INDIANA
UNIVERSITY
LIBRARY

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 1. 2. Januar

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Die neuen Hungergehälter der Beamten in Deutschland. Von Höllein 1

Politik.

Vor den Kammerwahlen in Frankreich 3

Wirtschaft.

Soll das Defizit Deutschlands durch Steuern oder durch Inflation gedeckt werden? Von Fink 4

Arbeiterbewegung.

Die Auswirkungen der Weimarer Konferenz. Von Lada . 5

Aus dem faschistischen Italien.

Brief aus Italien. Von Masci 6

Weißer Schrecken.

Die Herrschaft des Mordes. Von Rappoport 7

Aufruf.

Vergesset nicht Mateu und Nicolau! 7

Buchbesprechungen.

Die Greueltaten der faschistischen Regierung an den Volksmassen in Bulgarien 8

Die neuen Hungergehälter der Beamten in Deutschland.

Von Emil Höllein (Berlin).

I.

** Die „legale“ Diktatur der Großbourgeoisie in Deutschland macht sich nunmehr auch der Beamtenschaft in nicht mehr mißzuverstehender Weise fühlbar. Durch das Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember, das im Reichstag mit 313, darunter 128 sozialdemokratischen Stimmen, zur Annahme gelangte, erhielt die neue Reichsregierung Marx die praktisch völlig uneingeschränkte Vollmacht, alle „Maßnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet“. Und als eine solche „dringende“ Maßnahme erachtete sie denn auch bereits vier Tage später — am 12. Dezember — gewissermaßen als Korrelat zu ihrer ungeheuerlichen und unsozialen Personalabbauverordnung und ihren rigorosen Arbeitszeitverlängerungsplänen ein womöglich noch ungeheuerlicheres und unsozialeres Attentat auf die Gehaltsbezüge der deutschen Beamtenschaft. Man kann, ohne sich irgendwie der Gefahr eines Vorwurfes der Übertreibung auszusetzen, behaupten, daß die neue Besoldungsverordnung das Gros der deutschen Beamten der denkbar schlimmsten materiellen und kulturellen Verelendung überantwortet.

Als Beweggrund für diesen zweiten Generalangriff auf die Existenzgrundlage der Beamtenschaft gibt die Reichsregierung die katastrophale Finanzlage des Reiches an. Es kann in der Tat nicht verleugnet werden, daß der Stand der deutschen Reichsfinanzen einfach trostlos ist. Doch diese Feststellung allein vermag das Attentat der Reichsregierung auf die Beamtenschaft weder zu rechtfertigen noch zu entschuldigen. Im Gegenteil, sie ist die denkbar schärfste Anklage gegen die Regierung und die hinter ihr stehenden bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie. Denn lediglich durch die notorische Steuerscheu der Bourgeoisie, deren parlamentarische Vertreter und Regierungsmitglieder bisher jede wirksame Besteuerung des Besitzes mit allen Mitteln verhinderten oder sabotierten, und durch die verbrecherische Feigheit der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer, die trotz besserer Einsicht und genauer Erkenntnis der unvermeidlichen Folgen der Steuerpolitik jeden Machtkampf zur Erzwingung von wirklichen Steuerleistungen des Kapitals geflissentlich ausweichen und hintertreiben, ist jene katastrophale Leere in den Kassen des Reiches, der Länder und Gemeinden entstanden, die man jetzt zum Vorwand zur wirtschaftlichen und sozialen Erdrosselung der Beamtenschaft macht. Erst nachdem dem Inflationsschwindel, dessen verheerende Wirkung mit ihrer vollen Wucht ausschließlich auf den Arbeitern, Angestellten, Beamten, Kleingewerbetreibenden, Kleinbauern und Kleinrentnern lastete, durch die vollkommene Repudiation der Papiermark im In- und Ausland ein Ende bereitet war, besannen sich Reichsregierung, Bürgertum und Sozialdemokratie wieder auf ihre Pflicht, für Deckung der Reichsausgaben zu sorgen. Und dabei lieferte man bedenkenlos die Finanzhoheit des Reiches dem Großkapital aus. Die Rentenmark ist die Währung der Schwerindustrie und der Großagrarier. Sie unterstellt das Reich politisch und wirtschaftlich der Kontrolle und der Herrschaft des Großkapitals. Die Wirtschaftsmagnaten bestimmten fortan ausschließlich den Gang der Reichspolitik nach innen wie nach außen. Sie diktierten absolut und souverän in Deutschland. Sie befahlen die Sanierung der Reichsfinanzen ausschließlich auf Kosten der Hand- und Kopfarbeiter und der immer mehr verelendeten Mittelschichten. Sie betreiben aus niedrigen Besitz- und Profitinteressen selbstherrlich die politische und wirtschaftliche Loslösung von Rhein und Ruhr vom Reichskörper. Sie reißen mit Tücke und Wuchermethoden das letzte wertvolle Vermögensobjekt des Reiches, die Eisenbahnen, an sich, um ganz Deutschland unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen. Sie dekreditierten souverän den Beamtenabbau, wonach unbekümmert um alle staatspolitischen und sozialen Interessen binnen kürzester Frist mit eiserner Rücksichtslosigkeit 25% aller Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten — rund 500.000 Menschen — auf die Straße gesetzt werden sollen. Sie erzwangen die Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten auf 54 und mehr Stunden pro Woche. Sie haben auch die völlig beispielslos in der Geschichte dastehende Verringerung der Beamtenbezüge angeordnet und durchgesetzt.

Mit all diesen Einzelmaßnahmen verfolgen sie nur ausschließlich eigennützige Profitinteressen. Sie wollen auch in Zukunft, trotz der Not des Reiches, sich von jeder ernsthaften Steuerzahlung drücken. Sie wollen alle Lasten des verlorenen Weltkrieges, des Versailler Friedensvertrages und des zusammen-

D 410
.I62
1924
Jan.-June

gebrochenen Ruhrkrieges auf die Schultern der werktätigen Massen abwälzen. Für sie sind Beamtenabbau, Arbeitszeitverlängerung und Gehaltsreduzierung für die Beamten nur Waffen in ihrem Kampf zur Niederwerfung der Gesamtarbeiterschaft.

Die Beamten sollen den Prell- und Sturmbock für die bereits im Gange befindliche Generaloffensive gegen das Industrieproletariat abgeben. Von ihnen vermutet man den schwächsten Widerstand gegen den Angriff auf ihre Existenzrechte. Sind sie niedergezwungen, dann ist eine breite Bresche in die Mauer des gesamtproletarischen Widerstandes geschlagen. Dann kann man bequem und mit Erfolg eine Schicht der Hand- und Kopfarbeiterschaft gegen die andere ausspielen. Wie das gemacht wird, zeigte eine regierungsoffiziöse Auslassung in der Abendausgabe des Berliner Tageblatt vom 12. November, worin es hieß:

„Die Regierung vertritt den Standpunkt, daß die unter sehr erträglichen Bedingungen arbeitenden Beamten eine längere Arbeitszeit auf sich nehmen müssen als die Bergarbeiter, die jetzt unter Tage acht Stunden, über Tage sogar zehn Stunden tätig sind. Im übrigen haben die Bergarbeiter, als sie diese Regelung zugestanden, keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine entsprechende Erhöhung der Arbeitszeit bei den Beamten Voraussetzung sei. Die dringende Notwendigkeit einer größeren Kohlenförderung schafft also eine Zwangssituation."

Und was für die Verlängerung der Arbeitszeit gilt, gilt auch für den Gehalts- und Lohnabbau. Überall müssen jetzt bei den Tarifverhandlungen die neuen Hungerbezüge der Beamten herhalten, um den Arbeitern und Angestellten aller Industrien und Gewerbe die gleiche oder eine noch erbärmlichere Entlohnung aufzuzwingen. So wird der Gesamtheit aller derjenigen, die, um leben zu können, gezwungen sind, ihre körperliche oder geistige Arbeitskraft zu verkaufen, in eindringlichster Weise demonstriert, daß nur ihre geschlossene Einheitsfront, nur ihre uneingeschränkteste Solidarität im Klassenkampfe gegen das Kapital in all seinen Formen und Organen, sowohl die einzelnen Berufsgruppen, wie die Gesamtklasse der Angestellten, vor Verelendung und Untergang zu schützen vermag.

II.

Was nun die durch Verordnung vom 12. Dezember 1923 den Beamten mit rückwirkender Kraft ab 1. Dezember aufoktroyierten neuen Gehälter anbelangt, so bedeuten sie für die unteren und mittleren Besoldungsgruppen die denkbar schlimmste Pauperisierung und für die höheren Beamtengruppen die vollkommene Proletarisierung und kulturelle und soziale Deklassierung.

Diese Feststellungen drängen sich geradezu auf aus einem Vergleich der Vorkriegsbezüge der Beamten mit den Gehältern, die ihnen jetzt auf dem Verordnungswege aufgezwungen sind. Es ist bekannt, daß in bezug auf Beamtenentlohnung in Deutschland allezeit der Grundsatz der striktesten „altpreußischen Sparsamkeit" geherrscht hat. Die Gehälter, besonders die der unteren und mittleren Beamtengruppen, entsprachen in der Vorkriegszeit nur einem recht karg bemessenen Existenzminimum. Man begründete die niedrige Entlohnung der Beamten mit dem Hinweis auf die lebenslänglich gesicherte Existenz und die Pensionsanwartschaft der Beamten. Der 25%ige Beamtenabbau, der jetzt in rigorosester Weise durchgeführt wird, und die gleichzeitige radikale Beschneidung der Pensionsbezüge illustrieren jedoch deutlich, wie der Großkapitalsmus mit den „gesetzlich verbrieften Rechten" der Beamtenschaft umspringt, sobald sie ihm lästig werden. Die lebenslängliche Anstellung wurde mit einem Federstrich beseitigt, und die Alters- und Hinterbliebenenversorgung auf klägliche Almosen reduziert.

Weit schlimmer aber ist noch der Abbau der Beamtenbezüge selbst. Obwohl seit 1914 die Weltmarktpreise allgemein gestiegen sind und heute mindestens 60% über dem Friedensniveau liegen, hat die großbürgerliche Koalitionsregierung selbst bei den schlechtbezahltesten Beamtenkategorien die neuen Rentenmarkbezüge zahlenmäßig noch weit unter das Friedensniveau herabgedrückt. Eine schematische Gegenüberstellung von Friedensmark und Rentenmark würde jedoch die materielle Verelendung der Beamtenschaft infolge der neuen Gehälter nicht in ihrer ganzen grausamen Furchtbarkeit erscheinen lassen. Wir haben deshalb die Rentenmarkgehälter in Friedensmark umgerechnet und dabei lediglich die allgemeine Weltteuerungsziffer (160 im Jahre 1923, gegenüber 100 im Jahre 1914), nicht aber die nachweislich weit höhere innerdeutsche Teuerungsziffer zugrunde gelegt, wodurch der Friedenskaufkraft-Prozentsatz der neuen Beamtengehälter höher erscheint, als er tatsächlich ist.

In der nachstehenden Übersicht sind zur Erleichterung d Urteils die Beamtengehälter in Wochenbezügen ausgedrück Die Zahlen umschreiben die Gesamtbezüge eines verheirat ten Beamten mit 2 Kindern von 6 und 14 Jahren in der höchst Ortsklasse A, und zwar sowohl im Anfangs- (A) wie im En gehalt (E). Wir bringen untenstehend die Bezüge folgender B soldungsgruppen: II (Postschaffner, Amtsgehilfen), IV (Betrieb assistenten, Lokomotivheizer), VII (Obersekretäre, Volksschu lehrer), X (Regierungsräte, Oberlehrer) und XIII (Ministerialräte

Übersicht über die Wochenbezüge eines verheirateten Beamte mit 2 Kindern in Ortsklasse A.

Gruppe		im Frieden Mark	ab 1. Dez. 1923 in Rentenmark	in Friedensmark	% der Friedenskaufkraft
II	A	30·38	22·15	13·84	45
	E	36·15	27·57	17·23	42
IV	A	36·15	25·96	16·22	44
	E	49·61	31·84	19·90	40
VII	A	51·32	37·50	23·43	44
	E	97·50	46·84	29·27	30
X	A	94·23	55·30	34·56	37
	E	151·92	69·92	43·70	28
XIII	A	186·15	83·—	51·87	28
	E	263·07	108·—	67·50	25

Aus obiger Gegenüberstellung ergibt sich: Die Wochenbezüge, von denen noch die sehr drückende Lohnsteuer und ab 1. Januar 1924 eine von Monat zu Monat bis 1. Oktober progressiv bis zur Friedenshöhe steigende Goldmiete (von der 50% als Steuer vom Reich einbezogen werden sollen) in Abzug zu bringen sind, sind für die ersten beiden Gehaltsgruppen buchstäbliche Hungergehälter, die nicht einmal zur Beschaffung der primitivsten Nahrung, geschweige denn von Kleidung, Heizung, Beleuchtung usw. notdürftig ausreichen. Ebenso ist für die Gruppe VII noch nicht einmal ein dürftiges Existenzminimum gewährleistet. Die Gruppe X, die schon akademische Bildung voraussetzt, erhält noch nicht einmal die Friedensbezüge eines qualifizierten Metallarbeiters oder Buchdruckers. Und selbst die höchste Gehaltsgruppe der aufsteigenden Gehälter muß sich mit einer Bezahlung begnügen, die nach Bestreitung des „standesgemäßen" Aufwands an Kleidung und Wohnung nur einen sehr einfachen Lebensunterhalt gestattet. Die sozialen Folgen dieser planmäßigen Unterbezahlung der Beamtenarbeitskraft bei gleichzeitiger gesteigerter Arbeitszeit und Arbeitsintensität können gar nicht düster genug ausgemalt werden. Pauperisierung, rascher Verbrauch der Lebensenergien infolge Unternernährung und ständiger Nahrungssorgen, geistiges und kulturelles Verkommen, Krankheit und Siechtum sind unausbleiblich, besonders bei den unteren und mittleren Beamtengruppen. Aber auch die höheren Beamten, bisher die treuesten Stützen des kapitalistischen Klassenstaates, werden auf eine Lebensstufe herabgedrückt, die vollkommen proletarisch ist.

Die Erregung in der Beamtenschaft über den gegen sie gerichteten Angriff ist ungeheuer. Überall zeigen sich starke radikalisierende Tendenzen, die wegen des Anhaltens, ja sogar der weiteren Steigerung der drückenden Lebensnöte sich nicht vermindern, sondern eher noch steigern werden. Die Sozialdemokratie, die eine Zeitlang bei den Beamten große Sympathien hatte, hat heute bei ihnen vollkommen abgewirtschaftet. Auch die bürgerlichen Parteien haben viel an Ansehen und Einfluß bei der Beamtenschaft verloren. Der politisch unreife Teil der Beamtenmassen zeigt starke national-sozialistische und antisemitische Neigungen, während der urteilsfähigere Teil unter dem Druck des Angriffes sich immer mehr zu der Erkenntnis durchringt, daß die Beamtenschaft einen wichtigen Teil der Arbeiterklasse bildet, daß ihr Schicksal mit dem des übrigen Hand- und Kopfproletariats auf Gedeih und Verderb verbunden ist und daß weder Reichstag, noch bürgerliche Parteien, noch die Sozialdemokratie sie vor dem Untergang retten werden. In den überfüllten Massenversammlungen der Beamten in den letzten Wochen fanden die Kommunisten überall starken Beifall, als sie den Kampf gegen die Beamten als einen Teilausschnitt der Generaloffensive des Kapitals gegen die Gesamtarbeiterklasse kennzeichneten, die Ab-

wendung der Niederlage und deren Folgen für die Beamtenschaft nur durch die Austragung des Machtkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat betonten und die Beamten zur geschlossenen solidarischen Unterstützung der Kommunisten, die diesen Machtkampf planmäßig vorbereiten, aufforderten.

Der kapitalistische Klassenstaat vernichtet durch seinen Gewaltstreich gegen die Beamten, nach der schon vorausgegangenen Expropriierung und Pauperisierung der Kleinrentner und Kleingewerbetreibenden, eine weitere starke und wichtige Schicht des Mittelstandes und untergräbt so einen der wichtigsten politischen Pfeiler seiner Macht. An uns Kommunisten liegt es, diesen Pfeiler vollends herauszuziehen und so den Zusammensturz des dem Tode geweihten Systems zu beschleunigen.

Politik

Vor den Kammerwahlen in Frankreich.*

Gegen die Bürgerlichen Blocks für den Arbeiter- und Bauernblock.

** Die Mehrheit des Parlaments hat den Grundsatz des Verhältniswahlverfahrens abgelehnt, weil es allen Parteien erlaubt hätte, im Frühjahr in den Wahlkampf unter ihrer eigenen Flagge einzutreten. Sie hat ein Wahlverfahren beibehalten, das die Vertretung der Parteien verfälscht und sie zu Koalitionen drängt, das heißt zur unvermeidlichen Konfusion der Programme.

Die Kommunistische Partei ist der Ansicht, daß die Wahlen des Jahres 1924 eine Bedeutung haben, die weit über jene der vorangegangenen Abstimmungen hinausgeht.

Besser noch als im Jahr 1919 wird das Land die Politik des Krieges und derjenigen, die ihn herbeigeführt haben, beurteilen können. Der Friede von Versailles hat den Sieg des französischen Imperialismus besiegelt, dessen Politik seit dem Kriegsende die Welt zur Verwüstung, Frankreich zum Bankrott geführt und Aussichten auf neue Kriege geschaffen hat.

Im Innern ist diese imperialistische Politik der Bourgeoisie ihrem Wesen nach arbeiterfeindlich.

Der Wahlkampf muß gegen die für diese Politik Verantwortlichen die Masse ihrer Opfer ins Feld führen: Arbeiter, Beamte und Kleinbauern, Mieter und Verbraucher mit geringem Einkommen. Das Land muß die Schuldtragenden an dieser Politik des Bankrotts, der Teuerung und des Krieges wegfegen.

Schon treten die Stellungen deutlich hervor. Dem Nationalen Block, der seit 1919 der Machtträger des französischen Imperialismus war, und für die jetzige Lage unmittelbar verantwortlich ist, stellt sich der Block der Linken entgegen, der, wenn auch noch nicht offiziell, die Führer der sogenannten linken Bourgeoisie und die Führer der sozialistischen und der sozialistisch-kommunistischen Partei umfaßt.

Die Kommunistische Partei hat sich geweigert, in einen derartigen Block einzutreten, und hat immer wieder die Arbeiter und die Bauern vor einem solchen Hereinfall gewarnt....

Die Scheidung der Bourgeoisie in eine Bourgeoisie der „Rechten" und eine Bourgeoisie der „Linken" ist eine oberflächliche. In Wirklichkeit haben alle Kapitalisten gemeinsame Klasseninteressen. Die Unternehmer der Rechten und der Linken haben das gleiche Interesse, ihre Arbeiter auszubeuten, die Hausbesitzer der Rechten und der Linken haben den gleichen Willen ihre Mieter auszuplündern, die Händler und Spekulanten der Linken betreiben die Teuerung gerade so wie jene von der Rechten.

Dieser Kampf zwischen der rechten Bourgeoisie und der linken Bourgeoisie ist bloß ein oberflächlicher politischer Kampf, um Machtprivilegien zu begünstigen. Im Grunde ist die Klasse der Bourgeoisie immer bereit, ihre Vorrechte gegen die Klasse der Arbeiter und Bauern, die sie ausbeutet, zu verteidigen. Diese oberflächliche Scheidung wird nur deshalb unternommen, um die wirkliche Klassenscheidung zu verhüllen und um zu verhüten, daß der Kampf im nächsten Frühjahr seinen wahren Charakter, den Charakter des Klassenkampfes aller Ausgebeuteten gegen ihre Ausbeuter, annimmt.

Große Massen von Arbeitern, Angestellten, Bauern, Beamten und Kleinbürgern sind mit dem Regime, das ihr Leben immer unsicherer gestaltet, unzufrieden, und bereit, sich nicht nur gegen den Nationalen Block, sondern auch gegen das kapitalistische Regime — den wirklichen Verantwortlichen — aufzulehnen.

Der Block der Linken.

Der Block der Linken ist nur ein Manöver eines Teiles der Bourgeoisie, um zu verhüten, daß der Ausdruck dieser berechtigten Unzufriedenheit den Lebensinteressen der Bourgeoisie Schaden bringe, und um unter der Maske der „Linken" die Unzufriedenen weiter dazu zu verhalten, dem Profit des kapitalistischen Systems als Dividenden- und Kanonenfutter zu dienen. Die proletarischen Parteien, die sich diesem Vorgehen anschließen, liefern der kapitalistischen Klasse einen Teil des Proletariats aus und verraten die Arbeiterklasse.

Es ist durchaus wahr, daß die Bourgoisie der Linken sich nicht von der Regierung des Nationalen Blocks unterscheidet, daß sie nicht aufgehört hat, die imperialistische Außenpolitik Poincarés zu unterstützen, daß sie sich mit der arbeiterfeindlichen Politik des Nationalen Blocks unmittelbar nach den Streiks des Jahres 1920 solidarisiert hat und auch heute noch durch drei radikale Mitglieder das Ministerium mitunterstützt. Der Senat, der eine linke Mehrheit hat, hat soeben eine skandalöse Erhöhung der Mieten um 104% angenommen. Renauld Jean hat auf der Tribüne der Kammer die Einzelheiten dieser durch und durch kapitalistischen und arbeiterfeindlichen Politik enthüllt.

Die Gegensätzlichkeit zwischen der Rechten und der Linken ist so künstlich, daß ihre Grenze noch sehr ungenau ist und sich jeden Tag mehr nach rechts verschiebt. Das geht so weit, daß schließlich noch Poincaré als ein „linkes" Element angesehen werden wird. In einer redaktionellen Bemerkung, die die „Ere Nouvelle" kürzlich gelegentlich einer Rede von Herrn Chaumet machte, konnte man folgende bezeichnende Zeilen lesen: „Sobald sich Poincaré auf die Seite der Republik gegen die Reaktion stellt, wird er bei uns keine Gegner mehr finden."

Und das ist die äußerste Linke der radikal-sozialistischen Partei, ihr sozialistelnder Flügel, der derartige Erklärungen abgibt!

Nicht der Block der Linken ist es, der die Interessen der Arbeiter von Stadt und Land gegen diejenigen verteidigen wird, die sie versklaven.

Die Arbeiter und die Bauern haben ihre eigenen Forderungen.

Die Arbeiter und die Bauern haben ihre eigenen Forderungen, für die sie sich auf dem festen Boden des Klassenkampfes gegen die gesamte Bourgeoisie vereinigen können.

Sie müssen gemeinsam:

1. Sich einer abenteuerlichen Außenpolitik widersetzen, die in der Welt Verwüstung und den Bankrott in den öffentlichen Finanzen schafft;
2. für die Aufhebung des Vertrages von Versailles und seiner unheilvollen Folgen kämpfen;
3. die internationale Solidarität und den Friedenswillen der Werktätigen bekräftigen;
4. die offizielle Anerkennung der Sowjetrepublik fordern;
5. die Arbeiterklasse, die Angestellten, die Beamten, die Kleinbauern gegen Spekulation, Teuerung, gegen die hohen Preise der Mieten und gegen die Vorstöße auf den Achtstundentag verteidigen;
6. für die Beamten die Meinungs- und Koalitionsfreiheit und die Zulage von 1800 Francs verlangen;
7. ein System der Sozialversicherung fordern, das kein Betrug oder Diebstahl an ihnen sein darf;
8. eine Finanzpolitik verlangen, die die Besteuerung der Löhne und die indirekten Steuern beseitigt und an die Erfassung der großen Kapitalien der Kriegsgewinner, der Händler und der Spekulanten geht;
9. die Gleichheit der politischen und wirtschaftlichen Rechte für Arbeiter und Arbeiterinnen anstreben.

Der Arbeiter- und Bauernblock.

Der Bildung eines Blocks der Linken setzt die Kommunistische Partei den Gedanken der Schaffung eines Arbeiter- und Bauernblocks entgegen. Der Block der Linken bedeutet naturnotwendig die Zusammenarbeit und die Vermischung der Klassen, der Arbeiter- und Bauernblock ist im Gegenteil dazu der deutliche und unversöhnliche Klassenkampf.

Die Kommunistische Partei verlangt von den beiden anderen proletarischen Parteien, der künstlich in eine Rechte und eine Linke geschiedenen Bourgeoisie, die Einheitsfront aller Arbeiter entgegenzusetzen.

Tiefgehende Meinungsverschiedenheiten trennen uns in den Fragen der Vaterlandsverteidigung, der Diktatur des Proletariats

*) Die KPF. hat an die übrigen proletarischen Parteien einen Offenen Brief gerichtet, der die politische Lage gut beleuchtet. Der obige Artikel ist im wesentlichen eine Wiedergabe dieses Offenen Briefes. D. R.

und der revolutionären Methoden. Sie machen eine organisatorische Einheit der politischen Parteien des Proletariats unmöglich. Aber für eine genau umschriebene und wichtige Aktion, bei der es sich darum handelt, die Gesamtheit des Proletariats zum Kampfe gegen die Bourgeoisie mitzureißen, ist die Kommunistische Partei bereit, die Fragen, die uns trennen, zurückzustellen, um für ein Minimalprogramm des Kampfes die Einheit der proletarischen Kräfte zu verwirklichen. Indem sie dieses Opfer bringt, beweist sie ihren Willen, die Einheit der Kräfte der Arbeiterschaft auf der soliden Grundlage des Klassenkampfes verwirklicht zu sehen.

Die Kommunistische Partei schlägt daher allen proletarischen Organisationen eine gemeinsame Konferenz vor, um die Plattform und die praktischen Probleme zu untersuchen, die bei der Bildung eines Arbeiter- und Bauernblocks zur Frage gestellt werden.

Diese gemeinsamen Besprechungen und die Bildung eines Klassenblocks der Arbeiter und der Bauern haben naturnotwendig zwei elementare Bedingungen zur Voraussetzung:

1. **Eine einheitliche Taktik im ganzen Lande.** Es hieße, aus dem Block der Arbeiterklasse ein Possenspiel machen, wenn er nur teilweise in gewissen Departements durchgeführt würde, während sich in anderen der Block der Linken bilden würde. Der Arbeiter- und Bauernblock muß den Klassenkampf bei den nächsten Wahlen im Landesmaßstabe hervorrufen.

2. **Eine Praxis des wirklichen Klassenkampfes, die den absoluten Bruch mit den bürgerlichen Linksparteien beinhaltet.** Eine gewisse Anzahl von sozialistischen und sozialistisch-kommunistischen Föderationen hat bereits mit der Radikalen Partei den Block der Linken in ihrem Departement geschaffen. Obgleich die beiden Parteien nicht offiziell Stellung genommen haben, arbeiten ihre angesehensten Führer täglich an der Schaffung des Blocks der Linken mit den Führern der Radikalen mit, sowohl in Versammlungen und öffentlichen Kundgebungen wie auch in der besonderen Presse des Blocks der Linken: „Ere Nouvelle", „Quotidien", „Paris-Soir" usw....

Man kann nicht zugleich den Block der Linken und den Arbeiter- und Bauernblock, die Zusammenarbeit und den Kampf der Klassen handhaben. Dadurch, daß die Kommunistische Partei den anderen proletarischen Parteien die Bildung des Arbeiter- und Bauernblocks vorschlägt, stellt sie diese Parteien vor die notwendige Wahl: **Mit der Kommunistischen Partei die Einheit des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie der Rechten und der Linken zu schaffen;** oder aber mit der Radikalen Partei gegen die Kommunistische Partei, die sich unbedingt weigert, die Zusammenarbeit der Klassen mitzumachen.

Die Kommunistische Partei ist bereit, die notwendigen Opfer für die Bildung des Arbeiter- und Bauernblocks zu bringen, der die Aufgabe haben wird, die Gesamtheit des kapitalistischen Regimes in den Anklagezustand zu versetzen.

Wirtschaft

Soll das Defizit Deutschlands durch Steuern oder durch Inflation gedeckt werden?

Von G. Fink (Berlin).

** Die Finanzen des Deutschen Reiches sind nicht erst seit heute bankrott. Durch die Einstellung des Banknotendrucks zum Zwecke der Defizitdeckung ist aber die Frage, auf welche Art und Weise das Defizit gedeckt werden soll, aufgeworfen worden. Bis zum 15. November 1922 wurden in immer steigendem Maße die Ausgaben des Reichs durch Banknotenemission gedeckt. Die Einnahmen betrugen zeitweilig nur 1% der Ausgaben. Seit dem 15. November 1923 ist nicht der Banknotendruck an sich eingestellt — allein in der Zeit vom 15. bis 30. November ist der Banknotenumlauf von 100 auf 400 Trillionen gestiegen — aber nur durch Reichsschatzanweisungen gedeckte Banknoten dürfen nicht mehr gedruckt werden. Dem Reich standen zur Deckung seines Defizits und zur Einlösung der Reichsschatzanweisungen 1200 Millionen Rentenmark zur Verfügung. Diese Summe, die mindestens bis zum 1. April 1924 reichen sollte, war schon Ende Dezember vollkommen aufgebraucht. Nur mit Hilfe einmaliger Steuern, der letzten Rate der Rhein-Ruhrabgabe, konnte die Reichsregierung die fälligen Beamtengehälter auszahlen.

In den letzten Monaten betrug das Defizit des Reiches etwa 500 bis 600 Millionen Goldmark. Durch einen scharfen Beamtenabbau, durch Hungergehälter für die Beamten und Angestellten, durch Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützungen, durch Einschränkung aller Ausgaben für kulturelle und soziale Zwecke will die Reichsregierung dieses Defizit möglichst verringern. Der Beamtenabbau bringt aber im Augenblick keine wesentliche Erleichterungen, da nach bürgerlichen Berechnungen etwa 25 bis 30 Millionen Goldmark an Gehältern durch den Abbau erspart werden können, wovon aber ein Teil wieder zur Bezahlung von Pensionen und Ruhegehältern, ein anderer Teil, wenigstens für die nächsten zwei Monate, für Abfindungen ausgegeben werden muß. Auch die schärfste Einschränkung der Ausgaben könnte nicht darüber hinweghelfen, daß wenn eine neue Inflation vermieden werden soll, die deutsche Bourgeoisie Steuern bezahlen müßte.

In dem letzten Jahre hat die deutsche Bourgeoisie infolge der Inflation und infolge der Steuergesetzgebung so gut wie überhaupt keine Steuern bezahlt. Das Reich wurde durch Steuerzahlungen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und des Kleinbürgertums und durch die Inflation finanziert. In den ersten zehn Monaten von 1923 gingen zum Beispiel an Lohnsteuer ein 188 Millionen Goldmark, an Einkommensteuer 30 Millionen Goldmark. Während in allen Industrieländern das Aufkommen an direkten Steuern durch die Lohn- und Gehaltsempfänger in den Gesamtsteuereinnahmen fast verschwindet, ist die Lohnsteuer eine der hauptsächlichsten Stützen der deutschen Steuergebarung. Die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen zwei Steuerverordnungen und die angekündigte dritte Steuerverordnung lassen erkennen, daß die deutsche Bourgeoisie nach wie vor keine Steuern bezahlen wird.

Die Steuernotverordnungen bedeuten eine Verschärfung der bisherigen Belastung der werktätigen Massen, während sie dem Besitzenden keinerlei Steuerlasten und einzelnen Schichten sogar Erleichterungen bringen. Die neue Form der Lohnsteuer bedeutet für die Empfänger eines geringen Lohnes mit einer größeren Familie eine schärfere Belastung als bisher, während die Empfänger der großen Gehälter besser wegkommen. Während bisher der Lohnabzug in der Weise gehandhabt wurde, daß jeweils eine bestimmte Summe für Frau und Kinder steuerfrei gelassen wurde, ist jetzt das steuerfreie Minimum mit 12 Mark pro Woche oder 50 Mark pro Monat festgesetzt, alle Beträge darüber sind mit 10% zu versteuern. Bei Verheirateten, respektive Familienvätern mit ein, zwei oder drei Kindern beträgt der Steuersatz 9, 8, 7 usw. Prozent. Die steuerfreie Grenze ist so niedrig angesetzt, daß sogar die Kurzarbeiter vielfach zur Steuerleistung noch herangezogen werden. Während 1913 das steuerfreie Einkommen 900 Mark betrug, ist es jetzt auf 600 Mark herabgesetzt worden, trotzdem 900 Mark von 1913 in ihrem Realwert jetzt etwa 1800 Mark entsprechen würden. Eine Verschärfung tritt auch bei den indirekten Steuern ein. Die Umsatzsteuer wird auf Gold umgestellt und von 2 auf 2½% erhöht; dabei muß aber bedacht werden, daß infolge der andauernden Entwertung der Mark bisher die Umsatzsteuer vom tatsächlichen Verkaufspreis nur einen Bruchteil von 2% betragen hat. Sämtliche anderen indirekten Steurn werden ebenfalls auf Gold umgestellt. Eine neue, besonders scharfe Belastung der werktätigen Massen wird aber die Neuregelung der Mietwirtschaft bringen. Die Mieten sollen auf den Stand von 1914 gebracht, 50% als Mietzinssteuer abgeführt werden. Die Regierung rechnet damit, daß Lohnsteuer und Umsatzsteuer die Hauptstützen ihrer Einnahmen auch im Steuerjahre 1924 sein werden. Die Lohnsteuer soll trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ein Viertel der gesamten Steuereinnahmen einbringen, und wird auf 900 Millionen Goldmark im Jahre veranschlagt.

Die Einkommensteuerbelastung für die Besitzenden steht in keinem Verhältnis zur Belastung der Arbeiter. Die Abschlußzahlung für 1923 beträgt 40 Goldpfennige für 1000 Mark Jahressteuerschuld 1922. Soweit aber für die Einkommenfestsetzung ein Geschäftsabschluß vor dem 1. Juli 1922 zugrunde lag, wird das Vierfache, 1·60 Goldmark erhoben. Das bedeutet aber eine ungeheuere Bevorzugung derjenigen, die ihr Geschäftsjahr nicht nach dem Kalenderjahre festgelegt haben, was in den letzten Jahren vielfach nur mit Rücksicht auf die Steuern geschehen ist. Am 1. Juli 1922 betrug nämlich der Dollarkurs 375 Mark, am 31. Dezember 1922 7350 Mark. Gewerbliche und industrielle Unternehmungen zahlen 1924 2% Bruttoeinnahmen, von denen Lohn- und Gehaltsaufwendungen abgezogen werden können. Die Vermögenssteuer ist nach oben wenig progressiv. Während die kleinen Vermögen unter 25.000 Mark 3 Mark pro Tausend Vermögenssteuer zu zahlen haben, zahlt die höchste Gruppe mit Vermögen über 5 Millionen Goldmark 7·5 vom Tausend. Während

alle indirekten Steuern erhöht werden, wird die Erbschaftssteuer herabgesetzt. Sie betrug bisher 6 bis 17%, jetzt nur 2 bis 10%. Besonders interessant ist auch die Herabsetzung der Fusionssteuer von 7 auf 4%. Damit wird der Konzentrationsprozeß, die Expropriation der kleinen und mittleren Kapitalisten durch die Schwerindustrie, erleichtert. Um dem Versicherungsgewerbe wieder auf die Beine zu helfen, wird die Versicherungssteuer herabgesetzt. Eine Börsensteuer wird vorläufig nicht vorgesehen, sondern soll vom Reichsfinanzminister bis zum 15. Februar 1924 erlassen werden. Die Landabgabe, die 75 Pfennige pro 1000 Mark des beim Wehrbeitrag geschätzen Grundstückwertes betrug, wird aufgehoben und durch eine Steuer von 1 Mark pro Vierteljahr ersetzt.

Diese Steuerpolitik zeigt, daß die deutschen Kapitalisten nach wie vor keine Steuern bezahlen wollen. Das Schwergewicht der entscheidenden Gruppen des deutschen Kapitals befindet sich heute, zumal nach Ablösung des Ruhrgebietes vom Reich, nicht mehr in Deutschland. Die soziale Zuspitzung besteht weiter und wird durch den rigorosen Abbau der Ausgaben des Reichs, durch den Personalabbau und durch die Arbeitszeitverlängerung weiter zugespitzt. Die Reparationsfrage ist nach wie vor nicht gelöst. So wird die deutsche Bourgeoisie auch weiterhin keine Steuern bezahlen. Eine äußere Anleihe ist in größerem Maße nicht zu erlangen, da bei den bestehenden Verhältnissen größere Summen für Deutschland nicht aufzubringen sind und schon deswegen nicht aufgebracht werden können, weil die französische Regierung solchen Anleihen kein Prioritätsrecht vor den Reparationsschulden einräumen wird. So bliebe zur Deckung des Defizits nur der Weg einer neuen Inflation, in welchem Zahlungsmittel auch immer, übrig. In einem gewissen Sinne hat schon eine Inflation durch die Ausgabe ungedeckter Reichsschatzanweisungen mit dreimonatiger Laufzeit begonnen.

Die Finanz- und Währungsfrage ist aber auch deswegen von so großer Bedeutung, weil von ihr mitabhängt, ob der Sanierungsversuch durch die Arbeitszeitverlängerung gelingen wird. Da die Bourgeoisie keine Steuern bezahlt, eine Anleihe nicht zu erhalten ist, so wird über kurz oder lang eine neue Inflation schon aus diesem Grunde beginnen. Eine Inflation der Rentenmark aber würde nicht nur einen neuen Lohnbetrug und eine weitere Expropriation des Kleinbürgertums bedeuten, sondern auch eine Enteignung der kleinen und mittleren Bauern. Damit aber wird die Basis der Herrschaft der Schwerindustrie in Deutschland noch enger, die Kaufkraft des inneren Markts noch geringer.

Arbeiterbewegung

Die Auswirkungen der Weimarer Konferenz.

Von Lada.

** Die Auswirkungen der Weimarer Konferenz lassen sich in diesem Moment noch nicht mit aller Genauigkeit darstellen. Unter dem Kürassierstiefel der Militärdiktatoren stößt jegliche freie Betätigung der Arbeiterschaft auf unüberwindliche Schwierigkeiten; unter diesen Umständen kann auch keine genaue Berichterstattung von allen Arbeiterversammlungen erwartet werden. Es ist jedoch bekannt, daß in zahlreichen Ortschaften in vielen Gewerkschaftsversammlungen Stellung zu der Weimarer Konferenz genommen wird, wobei die Beschlüsse überall dort begrüßt und gutgeheißen werden, wo sich nur der oppositionelle Geist in den Gewerkschaften regt. Dort, wo die Gewerkschaftsbureaukratie die Mitgliedschaft noch im Zaume hält — sei es dank einer geschickten Gehirnverkleisterung oder dank allerlei Machenschaften und Schiebungen — dort wird am liebsten die Weimarer Konferenz totgeschwiegen. Die Tatsache aber, daß das Publikationsorgan des ADGB., der „Vorwärts", sich wiederholt gezwungen sieht, auf die Weimarer Konferenz zurückzukommen, um sie als „kommunistische Spaltungskonferenz" zu beschimpfen, zeugt davon, daß von dieser Taktik des Totschweigens nicht allzuviel erwartet wird, weil die Bewegung immer weitere Kreise ergreift. Die Unzufriedenheit dieser weiten Kreise der Mitgliedschaft mit der Gewerkschaftsbureaukratie macht sich auch öfter in der Forderung Luft, daß ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß schon in den nächsten Wochen von der Opposition einberufen werde. Es ist auf anderer Seite hervorzuheben, daß neben jenen Gewerkschaftskreisen, die unter dem Zeichen der Weimarer Konferenz wirken, auch andere Kreise einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß als eine unumgängliche Notwendigkeit betrachten, ohne dennoch für zweckmäßig zu erachten, sich der Weimarer Bewegung anzuschließen. Hier sind in erster Linie die Chemnitzer Gewerkschaften zu erwähnen, die ihrer Stellung in einer einstimmig angenommenen Entschließung am 22. November Ausdruck gaben. Es ist deshalb verständlich, daß die Bundesleitung nicht umhin können wird, sich mit der Weimarer Konferenz in der nächsten Bundesausschußsitzung zu befassen, um zu ihr Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme wird von den Ortsausschüssen abgewartet, die die Leitung der mit der Weimarer Konferenz begonnenen Bewegung innehaben, damit sie ihrerseits weitere Schritte beschließen können. Bekanntlich hat sich die Weimarer Konferenz trotz der Ungeduld einzelner ihrer Mitglieder durch keinen Termin binden lassen; die Zwölfer-Kommission wird in voller Freiheit und nach reiflicher Prüfung der Gesamtlage in den nächsten Tagen (noch vor Neujahr) beschließen, ob und in welcher Art weitere Schritte zur Vorbereitung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses getroffen werden sollen.

Nachstehend lassen wir kurz einige Mitteilungen über die Stellungnahme von verschiedenen Gewerkschaftsversammlungen zu der Weimarer Konferenz folgen.

In einer gut besuchten Versammlung der Funktionäre der Gewerkschaften des unteren Kreises Solingen berichtete ein Kollege über die Weimarer Konferenz in einem ausführlichen Referat. Er hob scharf hervor, daß Massenaustritt aus den Gewerkschaften Rechtlosmachung der Arbeiterklasse herbeiführen würde. Unsere Aufgabe ist, aus den Tausenden und Millionen von Buchsoldaten aktive revolutionäre Mitarbeiter zu erziehen.

Auch in Remscheid und vielen anderen Ortschaften Rheinland-Westfalen wird die Bewegung mit größtem Enthusiasmus begrüßt; die Mitgliedschaften sind in ihrer großen Mehrheit der reformistischen Politik der Gewerkschaftsbureaukratie gegenüber sehr feindlich gestimmt.

In Württemberg ist die Berichterstattung über die Weimarer Konferenz vom General Reinhard verboten worden. Im Zeppelinwerk Friedrichshafen ist der Bericht trotzdem erstattet worden. Der Betrieb ist „zur Strafe" mit Schupo besetzt. Die Leiparts und Nörpel können sich bei Reinhard für die Hilfe bedanken!

In Insterburg hat sich das Ortskartell für die Weimarer Konferenz ausgesprochen.

In Erfurt hat der Schuhmacherverband die Weimarer Beschlüsse begrüßt und gutgeheißen.

In Berlin wurde über die Weimarer Konferenz referiert: in fünf großen Versammlungen der Buchdrucker, in einer großen Versammlung der Branche der Eisen- und Revolverdreher des D. M. V. am 9. Dezember (700 bis 800 Anwesende), in der Mitgliederversammlung des Fleischerverbandes, in der Versammlung der Holzarbeiter am 18. Dezember. Die DMV.-Versammlung nahm trotz des gegnerischen Korreferats von Ziska einstimmig eine Resolution an, in der die Weimarer Konferenz begrüßt, ihre Beschlüsse gutgeheißen werden. Die Versammlung des Fleischerverbandes hat ähnliche Beschlüsse gefaßt. Auch die mittlere Ortsversammlung des DMV. befaßte sich mit der Konferenz, jedoch lehnte die Ziska-Mehrheit den Anschluß an ihre Beschlüsse ab. In vier Versammlungen, die am 2. Dezember stattfanden, und an denen sich die Berliner Buchdrucker aus sechs Bezirken beteiligten, wurde Stellung genommen zum letzten Streik und zur Weimarer Konferenz. Die angenommene Resolution stellte unter anderm fest, daß die von dem ADGB. befolgte Taktik sich direkt arbeiterfeindlich auswirkt. Die Versammlungen begrüßten die Weimarer Konferenz und erklärten sich mit ihrem Appell an die deutsche Arbeiterschaft einverstanden. Nur die fünfte Versammlung, in der die Buchdrucker aus den drei südlichen und westlichen Bezirken vertreten waren, lehnte die Resolution ab. In der Versammlung der Holzarbeiter ist eine Entschließung, die von der Ortsverwaltung fordert, daß sie sich auf den Boden der Weimarer Beschlüsse stellt, trotz dem heftigen Einspruch des ersten Bevollmächtigten mit einer großen Mehrheit gegen nur 12 Stimmen angenommen worden.

In Neustettin hat eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung sich am 9. Dezember ganz auf den Boden der Beschlüsse der Weimarer Konferenz gestellt.

In Stettin erklären sich die Bauarbeiter, Holzarbeiter, Bäcker und Buchdrucker mit der Weimarer Konferenz einver-

standen. Eine von ihnen einberufene Versammlung von 500 Gewerkschaften erklärte sich einstimmig für die Weimarer Beschlüsse. Auch in Köln erklärt sich der Ortsausschuß mit ihr solidarisch.

In Kiel und Neumünster erklärten sich die Kartellsitzung und eine Gewerkschaftsversammlung mit den Beschlüssen der Weimarer Konferenz einverstanden. In Pinneberg hat das Gewerkschaftskartell sich mit allen Stimmen gegen zwei für die Weimarer Beschlüsse ausgesprochen.

In Limbach hat sich das Gewerkschaftskartell die Beschlüsse von Weimar einstimmig zu eigen gemacht. Eine Resolution in diesem Sinne, die außerdem noch dem ADGB.-Vorstand das Vertrauen abspricht, ist einstimmig von der Versammlung angenommen worden, in der ungefähr 1000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter anwesend waren.

Nach diesen ersten Erfolgen der Bewegung ist zu erwarten, daß sie immer weitere und weitere Kreise ziehen wird, bis die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft hinter ihr steht. Dann gilt es, für die gegenwärtige abgewirtschaftete Bundesleitung, für alle Leipart, Graßmann und Wissell zu sagen: Vogel friß oder stirb. Entweder sich dem Willen der Mehrheit unterwerfen und den Kongreß einberufen oder -- abdanken!

Aus dem faschistischen Italien

Brief aus Italien.

Von G. Masci (Rom).

** In der Konferenz, die am 19. Dezember auf unmittelbare Veranlassung und in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Mussolini zwischen dem Generalstabe der italienischen Industrie und den wichtigsten Führern des faschistischen Syndikalismus abgehalten wurde, wurde offiziell das vollständige Mißlingen der faschistischen Programme und Praxis auf gewerkschaftlichem Gebiete festgestellt.

Die angestrengten Versuche der Faschisten, vor und nach ihrer Machtergreifung, um eine ihnen genehme Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, sind wohl bekannt. Bekannt ist aber auch, wie diese Versuche, während sie unter der Landwirtschaft einen beträchtlichen Erfolg hatten, unter der Industrie gänzlich fehlschlugen. Es war den Faschisten bei den Lebens- und Arbeitsbedingungen der armen Bauern und Landarbeiter, die in einer großen Anzahl von Dörfern ohne Verbindung mit Gewerkschaften zerstreut lebten, unter Anwendung körperlicher Gewalt und wirtschaftlichen Boykott ein leichtes, die Massen auf dem Lande zu zwingen, in die faschistischen Zünfte einzutreten. Anders erging es ihnen in der Industrie. Ausgenommen bei den Eisenbahnern, die unter staatlichem Zwang und der immerwährenden Drohung der Entlassung standen, und den Hafenarbeitern, die schon früher eine streng zunftmäßige Organisation hatten (bestimmt durch die Lage im italienischen Hafenverkehr, der sich sprungweise entwickelt, je nach der Stellung der Ausfuhr zur Einfuhr und in Abhängigkeit von den großen, periodischen Getreide-, Kohlen- und Kaffeekampagnen).

In den großen Industriestädten gelang es den Faschisten, nur unbedeutende Gruppen zu organisieren, die fast immer aus Arbeitslosen oder aus verbrecherischen Elementen bestanden, denen die faschistische Mitgliedskarte die Straflosigkeit der Sabotage, des Diebstahls im Betriebe und der Gewalttätigkeit gegen die Werkmeister sicherte.

Und doch war es für die faschistische Politik notwendig, um jeden Preis die Massen zu erobern. Die faschistische Regierung kann sich an der Macht nur insolange halten, solange sie das Bestehen der nichtfaschistischen Organisationen unmöglich macht. Mussolini stützt seine Macht auf breite Schichten des Kleinbürgertums, das wirklich glaubt, daß der Klassenkampf eine „teuflische" Erfindung der Sozialisten und Kommunisten sei. Die sogenannte hierarchische Auffassung des Faschismus hängt damit zusammen.

Für den Faschismus ist es unbedingt notwendig, daß keine unabhängigen, klassenmäßigen Organisationen bestehen, sondern daß das gesellschaftliche Leben in einer Reihe kleiner Zünfte organisiert werde, die der faschistischen Elite, als dem konzentrierten Ausdrucke aller Vorurteile und utopischen Träume des Kleinbürgertums, unterworfen und von ihr kontrolliert werden. Daher die Notwendigkeit des integralen Syndikalismus, der ein revidierter Begriff des christlich-demokratischen Syndikalismus ist, wobei die religiöse Idee durch die zur Gottheit erhobene Nation ersetzt erscheint.

Dieses Programm wurde von den Industriellen entschieden bekämpft, die sich weigerten, in die faschistischen Zünfte einzutreten, das heißt sich von den verschiedenen Rossoni und Comp. kontrollieren zu lassen. Die Faschisten haben vor einigen Monaten gegen die Abwehr der Industriellen einen demagogischen Kampf eingeleitet, der bis zur Ankündigung und großzügigen Propaganda eines Generalstreiks der Metall- und Textilarbeiter gedieh. Die Kampagne gegen die Industriellen erreichte ihren Höhepunkt unmittelbar nach dem Besuche Mussolinis in den Fiat-Werken in Turin anläßlich des Jahrestages des faschistischen Marsches auf Rom. Die Arbeiter der Fiat-Werke (6000 bis 7000), die gezwungen wurden, eine Rede Mussolinis im Hofe der Fabrik anzuhören, bereiteten dem Führer der Faschisten einen feindseligen Empfang. Die Faschisten schoben die Schuld daran den Turiner Industriellen zu und behaupteten, daß sie den antifaschistischen Geist fördern und lieber mit den reformistischen Organisationen verhandeln als mit den faschistischen; daß sie die faschistischen Arbeiter aus den Werken entließen und so die Entwicklung der Zünfte verhinderten usw.; sie gingen so weit, den Chef der Fiat, den Senator Giovanni Agnelli, in einem Kaffeehause tätlich anzugreifen.

Die Lage wurde sowohl für die Industriellen wie für die Regierung sehr ernst. Das kommunistische Gewerkschaftskomitee griff in die Agitation ein und forderte die Arbeitermassen auf, an dem Kampfe gegen die Industriellen teilzunehmen, auch wenn die ersten im Kampfe die Faschisten gewesen waren, und die Bewegung auszuweiten. Diese Agitation wurde von den Führern der Zentrale der Fasci abgewürgt, und es wurde die Zusammenkunft einberufen, die am 19. Dezember stattfand. In seiner dort gehaltenen Rede gesteht Mussolini, daß es unmöglich ist, in einer und derselben Gewerkschaft Arbeiter und Industrielle zu organisieren. Der integrale Syndikalismus kann, nach Mussolinis Worten, nur auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion angewendet werden. Die Faschisten müssen die organisatorische Selbständigkeit der Industriellen achten und nur darauf hinarbeiten, daß keine Klassenkonflikte entstehen. Der Sinn dieser Worte ist klar. Die Faschisten verzichten nicht nur auf die Erscheinungsformen eines Kampfes gegen die Industriellen, sondern auf jeden Versuch, unter ihrer entscheidenden Kontrolle die Interessen der Klassen ins Gleichgewicht zu bringen. Sie stellen sich, wie sie selbst eingestehen, nur die Aufgabe: die Arbeiter zu organisieren, um sie, an Händen und Füßen gefesselt, den Kapitalisten auszuliefern. Das ist der Anfang vom Ende des faschistischen Syndikalismus. Sogleich nach der Zusammenkunft haben viele Grundbesitzer lauten Protest gegen die verschiedenartige Behandlung erhoben, die der Faschismus der Industrie und der Landwirtschaft angedeihen läßt. Sie geben Gewalttaten bekannt, die die faschistischen Gewerkschaftsorganisationen zum Schaden der Grundbesitzer begangen hätten, um sie zu zwingen, Arbeitsverträge zu achten, die sie natürlich für unsinnig und gegen das nationale Interesse erklären, und sie fordern, wieder den Allgemeinen Verband der Landwirtschaft errichten zu dürfen, der von den faschistischen Zünften verdrängt worden ist. In Parma haben die Agrarier sich schon in unmittelbaren Gegensatz zum Faschismus gestellt und damit eine ganze Reihe von Zwischenfällen und Zusammenstößen herbeigeführt. In Reggio Emilia ist der Abgeordnete Corgini, ehemals Unterstaatssekretär der Regierung Mussolini, aus dem Fasci ausgeschlossen worden und führt jetzt eine wütende Kampagne für die Selbständigkeit der Organisation der Grundbesitzer.

Es verdient bemerkt zu werden, welch vollen Erfolg die von unserer Partei angewendete Taktik erzielte, die faschistischen Gewerkschaftsführer vor den Massen zu entlarven, die sich gegen die Industriellen das Maul vollnahmen. Man hat allerdings den Faschisten die Befriedigung verschafft, Versammlungen mit vielen Tausenden von Arbeitern zu haben, aber es ist erreicht worden, sie an die Wand zu drücken, ihnen offiziell alle Behauptungen, die sie gemacht hatten, vorzuhalten und sie so vor dem rückständigen Teile der Arbeitermassen und Angestellten zu diskreditieren. Wenn diese Taktik verallgemeinert und auch auf das landwirtschaftliche Gebiet ausgedehnt werden würde, so könnte man um vieles den Zerfall des Faschismus und damit die Reorganisierung der revolutionären Kräfte beschleunigen. Aber gegen diese Taktik siend sowohl die reformistischen wie auch die maximalistischen Sozialisten, die die legalen Gewerkschaftszentralen und die einzigen Zeitungen proletarischen Charakters, die noch in Italien erscheinen, in Händen haben. Sie zeigen damit wieder einmal, daß sie den

Faschismus nicht wirklich bekämpfen wollen. Sicherlich begegnet man vielen Gefahren, wenn man den Faschismus angreifen will, um ihm im Innern seiner eigenen Gewerkschaftsorganisationen oder bei den Agitationen, die er manchmal in Szene setzt, die Kontrolle und die Leitung der Massen streitig zu machen, die in die Bewegung eintreten. Es ist übrigens sicher, daß breite Schichten nicht nur von Landarbeitern, sondern auch von Fabriksarbeitern, die keine andere Kampfesmöglichkeit gegen die Bourgeoisie haben, sich bei diesen Agitationen in den Bannkreis der faschistischen Demagogie ziehen lassen, da sie hoffen, auf diese Weise aus den Unternehmern etwas herauszuholen. Die Unversöhnlichkeit, die die Herren Reformisten und Maximalisten zur Schau tragen, ist in Wahrheit nicht Unversöhnlichkeit gegen den Faschismus, sondern gegen den ärmsten und rückständigsten Teil der Arbeiter, und begeht überdies das große Unrecht, sich nicht immer gleich zu sein, und den Faschisten, die an der Herrschaft sind, die mannigfaltigsten Zugeständnisse zu machen.

Weißer Schrecken

Die Herrschaft des Mordes.

Von Charles Rappoport (Paris).

** Es ist noch nicht zu spät, um über den Freispruch der beiden Mörder des Sowjetgesandten Worowski, Konradi und *Puskin*, zu reden. Denn sowohl die revolutionäre wie die konterrevolutionäre russische Presse beschäftigt sich noch lebhaft mit ihm. Die „Istwestija" veröffentlicht berechtigt empörte Erklärungen unseres Freundes Tschitscherin, des Volkskommissärs für auswärtige Angelegenheiten. Herr Miljukow billigt in seinem in Paris erscheinenden Blatte in zynischer Weise den Freispruch der Mörder. Jetzt erfahre ich soeben durch ein konterrevolutionäres Schmutzblatt in russischer Sprache, das sogar einen Alexinski mit Ekel erfüllte, daß der blöde Renegat Hervé, dieser einst ehrliche Mann, den der von Grund aus unehrliche und unmenschliche Nationalismus nicht verrückt gemacht hat — denn er war es immer — wohl aber ihn auf die Stufe einer erbärmlichen Kanaille herabdrückte, ich erfahre also soeben, daß dieser Schandkerl anläßlich des Lausanner Prozesses eine tatsächliche Aufforderung zum Meuchelmord veröffentlicht hat.

Ich werde mir das Original dieses Schandartikels besorgen, um es auszugsweise zu veröffentlichen, damit wir den Strolch in den Bereich unserer Fußtritte bekommen für den Fall, daß seine Mordaufforderungen befolgt werden sollten.

Ich füge hinzu, daß das fragliche Schandblatt, das die blutrünstige Prosa des Schandkerls veröffentlichte und diese natürlich noch mit eigenen Gemeinheiten schmückte, ebenfalls in Paris erscheint. Die Regierung des Herrn Poincaré, die selbstverständlich jede in Frankreich in russischer Sprache erscheinende bolschewistische Zeitung verbieten würde, gestattet, ja, ermutigt sogar die Veröffentlichung der konterrevolutionären Schmutzkübel. Diese blöde reaktionäre Regierung erlaubt den überlebenden Lakaien des rasputinischen Zarismus, die Lichtstadt Paris zu ihrer Kloake herabzuwürdigen. Es wird sogar unter Anführung von Tatsachen behauptet, daß die Polizeipräfektur ein ganzes Rudel zaristischer Polizeispitzel regelmäßig beschäftigt. So wird das zaristisch-französische Bündnis in Frankreich wieder hergestellt. Den kommunistischen Vertretern im Pariser Gemeinderat erwächst die Pflicht, eines Tages dem Herrn Polizeipräfekten in dieser Angelegenheit ein paar recht indiskrete Fragen vorzulegen.

Doch kommen wir zum Fall Konradi und Genossen zurück. Es wäre zweifellos ungerecht, wenn man die gesamte Schwejz für den Justizskandal des Freispruches verantwortlich machen wollte. Jedenfalls ist die deutsche Schweiz, die den größten Teil des Landes ausmacht, nicht Schuld daran. Kein einziger deutsch-schweizerischer Zeuge hat vor Gericht seinen Geifer gegen das unter der Sowjetherrschaft lebende russische Volk verspritzt. Ebensowenig soll man die Mehrheit der von Grund auf reaktionären welschen Schweiz unmittelbar beschuldigen. Die Mehrheit der Geschwornenbank hat sich bekanntlich für die Verurteilung der Mörder ausgesprochen. Der Skandal des Freispruches wurde vielmehr vorbereitet durch einen kleinen reaktionären Klüngel, der glaubt, die französische Reaktion nachäffen und womöglich noch übertreffen zu müssen, durch die gesamte französische, schweizerische bürgerliche Presse, die monatelang, mit dem „Journal de Genéve" und der „Tribune de Lausanne" an der Spitze, eine niederträchtige Verleumdungs- und Provokationskampagne gegen den Ermordeten getrieben hat. Und die schweizerische Bundesregierung hat das Verbrechen ruhig geschehen lassen, aus Furcht vor den hochmächtigen reaktionären Gewalten. Schließlich hat der Staatsanwalt, Herr Bact, der in einer mehr als lächerlichen Anklagerede, statt die Mörder als solche zu brandmarken, im Gegenteil alles getan, um ihre Opfer herabzuwürdigen, die volle Verantwortung für den erfolgten Freispruch zu tragen.

Gewiß hat dieser Herr Bact, als er die Schmach eines Freispruches vorauszuahnen begann, sich ein wenig selbst zu korrigieren versucht, indem er nach Beantragung wahrhaft freundschaftlicher Strafen für die Mörder den Nachweis führte, daß der in Lausanne gegen die russische Revolution geführte Prozeß jeder Autorität und Objektivität ermangelte. Allein da war es bereits zu spät. Die unmoralische Atmosphäre des Freispruches war bereits geschaffen. Und so haben die welsche Presse und Herr Bact Worowsky zum zweiten Male gemeuchelt, indem sie die Mörder mit der ausdrücklichen Ermächtigung zu neuen Mordversuchen in Freiheit setzen ließen. Es wird sogar behauptet, daß Herr Bollodnini sich zurzeit frei in Paris herumtreibe. Er macht hier höchstwahrscheinlich mit seinem Mordbruder Villain, dem Mörder von Jean Jaurés, der ebenfalls freigesprochen worden ist, Bekanntschaft. Die Gegenrevolution ist sich vollkommen bewußt, daß sie endgültig erledigt ist, ihre Ziele auf alle Zeiten in Frage gestellt sind. Das gesamte russische Volk hat sie angespien. Da sie Rußland selbst nicht zu erdolchen vermochte, suchte sie jetzt die wirklichen Freunde Rußlands, die der Befreiung der Arbeiter und Bauern ihr ganzes Leben weihen, ohne jemals die Macht für ihre persönlichen Ziele zu benutzen, durch individuellen Mord aus der Welt zu schaffen.

Ich habe in Lausanne an der Hand von Tatsachen den Nachweis geführt, daß unsere russischen Genossen, selbst nachdem sie zur Macht gelangt sind, im Gegensatze zu den Überlieferungen aller bisherigen Regierungen niemals die Vorteile der Staatsmacht für sich ausnutzen. Im Gegenteil, sie verbrauchen ihre ganze Kraft, ja ihre Gesundheit im Dienste der Revolution. Sie arbeiten sich buchstäblich zu Tode. Ebenso wie die ruhmbedeckten Mitglieder der Pariser Kommune sind sie keine Nutznießer, sondern nur die Arbeiter der Revolution. Alles, was man in der kapitalistischen Presse über ihr Leben zusammenschmiert, ist weiter nichts als Niedertracht und plumpe Verleumdung.

Ihr Banditen und Mordgesellen, ihr Anzettler und Vorbereiter neuer nationaler Völkergemetzel und Länderverheerungen, ihr werdet niemals unsere Freude begreifen können, daß wir der Revolution nicht nur durch unser Leben, sondern, wenn es sein muß, auch durch unseren Tod dienen dürfen. Es wird uns viel leichter fallen, auf unserem Kampfposten zu sterben, als gezwungen zu sein, euch mit euren eigenen Waffen, die einzigen, die ihr versteht und die ihr respektiert, niederzukämpfen. Für den einen ermordeten Worowsky werden Hunderte neue erstehen, um derselben unsterblichen Sache ihre Dienste zu weihen.

Aufrufe

Vergesset nicht Mateu und Nicolau!

Zwei Unschuldige, die von der spanischen Reaktion zur Todesstrafe verurteilt wurden, Nicolai und Mateu, warten in ihren Zellen darauf, daß ihnen das internationale Proletariat in letzter Stunde zu Hilfe kommt.

Während des Prozesses haben die Arbeiter aller Länder ihnen die Gefühle ihrer Solidarität kundgegeben; der abscheuliche Schuldspruch der spanischen Reaktion hat überall empörte und eindringliche Proteste hervorgerufen.

Dieses Todesurteil ist noch nicht ausgeführt, es ist noch nicht zu spät, unsere beiden tapferen Genossen zu retten!

Genossen! Das gesamte Proletariat ist an der Befreiung von Mateu und Nicolau interessiert. Anarchisten, Syndikalisten, Sozialisten und Kommunisten haben die Pflicht, in gemeinsamem Vorgehen einmütig die Befreiung der beiden Unschuldigen zu verlangen.

Die spanische Justiz rechnet darauf, sie im Verborgenen zu töten. Amerikanische Methode. Erinnert Euch an Sacco und Vanzetti! Auch sie hofft man im Verborgenen umbringen zu können.

Proletarier! Genossen! In den letzten Jahren hat die Reaktion eine Anmaßung bekundet, die vorher nicht erreicht war. Sie glaubt, das Spiel gewonnen zu haben. Der Augenblick scheint ihr gekommen, Eure Organisationen zu zerstören.

Arbeiter, Ihr müßt Euch zur Wehr setzen! Bildet gemein-

same Aktionskomitees, fordert die Freilassung Eurer Eingekerkerten! Weckt die Eingeschlafenen, fordert von Euren Führern, daß sie handeln! Bedeckt die Wände mit Plakaten, bringt Eure Aufrufe in die Massen!

Das Proletariat kann nicht mehr die straflose Hinmordung seiner besten Söhne dulden!

Angesichts der Offensive der reaktionären Diktatur richtet die Einheitsfront des revolutionären Proletariats auf!

Für Mateu und Nicolau, für Sacco und Vanzetti, die in ihren Zellen eingemauert sind, die nur die Hoffnung auf die internationale Solidarität der Arbeiterschaft haben! Für die Tausenden von Gefangenen, die die Revolution erwarten! für die Weltrevolution!

Moskau, Dezember 1923.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Buchbesprechungen

Die Greueltaten der faschistischen Regierung an den Volksmassen in Bulgarien.*

Von R. A.

** Herr Zankoff, Haupt der Regierung des reaktionären Blocks in Bulgarien, Freund von Mussolini, anerkannt von allen großen und kleinen Mächten, hat sich die Macht am 9. Juni so angeeignet, wie die Einbrecher des Nachts nach sorgfältigen Vorbereitungen einen Kassenschrank sprengen. Die Ermordung seines Vorgängers Stambulijski und einige außergesetzliche summarische Hinrichtungen haben das Werk vollendet, jedoch fühlte sich auch dann die neue Regierung noch immer nicht in Sicherheit. Eine mächtige Kommunistische Partei bewahrte im Lande alle ihre Kräfte unversehrt.

In der Nacht vom 11. auf den 12. September ließ Herr Zankoff plötzlich mehr als 2000 Kommunisten verhaften, alle Parteilokale sperren, ihr ganzes Vermögen beschlagnahmen. Dieser zweite Gewaltstreich sollte ihm anfangs weniger gelingen als der erste. Die bulgarische KP. rief die Massen auf, die sich bereits in Gärung befanden. In einigen Tagen erfaßte die Erhebung der Arbeiter und Bauern fast ganz Bulgarien. Es muß festgehalten werden, daß die revolutionierten Massen keinerlei Ausschreitungen begingen, und daß es kein einziges Beispiel einer großangelegten Volkserhebung gibt, die gegenüber ihren Feinden so viel Mäßigung und Großmut an den Tag gelegt hat. Verschiedene taktische Fehler der Aufständischen, vor allem aber die militärische Unterstützung der Streitkräfte der Regierung durch die Bourgeoisie von Sofia, durch die mazedonischen Banden und die Soldaten Wrangels führten schließlich dazu, daß der Reaktion der Sieg zufiel.

Die Unterdrückung, die darauf folgte, läßt sich mit ihrer Bestialität, ihrer Wildheit und ihrem Umfange nur mit den Massenschlächtereien vergleichen, die von der Bourgeoisie nach der Kommune von Paris im Jahre 1871, nach der Revolution in Finnland im Jahre 1918 und nach dem Sturze der Sowjetregierung in Ungarn im Jahre 1919 verübt worden sind. Aus diesen wiederholten Tatsachen drängt sich die Schlußfolgerung auf: der weiße Terror, der zum Zweck hat, den Lauf der Geschichte nach rückwärts zu wenden und eine Herrschaft der Ausbeutung und der Gewalt zu bewahren, ist unendlich blutiger, Kulturwerte zerstörender und grausamer als der rote Terror, zu dem die proletarischen Revolutionen in den Stürmen der größten Gefahr zu greifen genötigt waren.

Das Ausland-Hilfskomitee für die Opfer des weißen Terrors in Bulgarien (Dr. W. Awranoff, G. Najdenoff, W. Dodoff) hat über die von der bulgarischen Reaktion verübten Grausamkeiten eine kurze aber erschütternde Aufstellung von Dokumenten veröffentlicht, denen wir auszugsweise folgende Tatsachen entnehmen.

* * *

Die Städte Ferdinand und Berkowitza wurden lange Zeit nach ihrer Räumung bombardiert. In Ferdinand hat man 150 Gefangene ermordet. Man hat die im Spital vorgefundenen Verwundeten niedergemacht, den Doktor St. Ilieff, mehrere Krankenpflegerinnen und einen Geistlichen getötet. Ilieff wurden Nase und Ohren abgeschnitten, bevor er den Gnadenstoß erhielt. (Die kleine Stadt Ferdinand hat nur 6000 Einwohner.)

An verschiedenen Orten sind massenweise Aufständische, die sich den Behörden gegen das formelle Versprechen der Amnestie ergeben hatten, niedergeschossen worden.

In Prewala und Gorna-Luka metzelten die Wrangelleute 22 Bauern nieder, in Tschiprowtzi 35, in Wlaschko-Selo 13..... Die Mehrzahl der Hinrichtungen fand auf öffentlichen Plätzen statt, vor den Augen der Einwohner, nachdem jeder Widerstand aufgehört hatte.

In Beli-Mel bei Ferdinand werden 33 junge Leute niedergeschossen, in Gaganitza 42 junge Leute abgeschlachtet.

In Lom, einer bedeutenden Stadt, deren gesamte Arbeiterbevölkerung am Aufstande teilgenommen hatte, wurden 2000 Verdächtige verhaftet und unter grausamen Bedingungen auf Kähnen gefangen gehalten. 30 bis 40 Hinrichtungen finden dort jeden Tag statt. Die Leichen werden in die Donau geworfen. Man kennt nicht die Gesamtzahl der Opfer, die sich auf mehrere Hunderte belaufen muß.

In Borowan wird der Direktor des Gymnasiums Kosta Petroff sadistisch gemartert, man bindet ihn an ein fahrendes Automobil. Sein Leichnam ist unkenntlich.

Im Dorfe Gorna Gnojnitza werden fünf Tage nach der Beendigung der Aufstandsbewegung mehr als hundert Morde gemeldet.

In Bregowo 300 Hinrichtungen.

In Philippopel werden 300 Personen, die vor dem Aufstande verhaftet worden waren, gemartert und erschossen. Außerdem zählt man mehr als 200 „spurlos" Verschwundene.

In Brazigowo sind mehr als 200 Aufständische, die sich ergeben hatten, niedergeschossen worden.....

Die Aufstellung des Hilfskomitees weist nicht weniger als 64 Rubriken dieser Art auf. Man findet darin Fälle von mittelalterlichem Schrecken. In Slawowitza zum Beispiel hat man den Lehrer buchstäblich zerstückelt. Wir stellen dabei fest, daß der weiße Terror besonders gegen die fortschrittlichen Intellektuellen, ländlichen Geistlichen, Lehrer, Rechtsanwälte, Kommunisten- und Bauernführer wütete. Man könnte leicht mehr als fünfzig Namen von solchen anführen. Wir erwähnen den Ingenieur Kurteff in Elissejna, den Popen Ignatoff in Medkowetz, einen der Führer des Aufstandes in dieser Gegend, der heldenhaft gestorben ist; den kommunistischen Abgeordneten Titorenkoff und den Rechtsanwalt Kamenoff, die in Belogradtschik ermordet wurden; den kommunistischen Abgeordneten Zistoff, der in Bregowo ermordet wurde, nachdem er gezwungen worden war, der Vergewaltigung seiner Frau beizuwohnen; den früheren Bürgermeister von Warna, Kondoff, den Hauptmann Weltscheff und den Rechtsanwalt Stoiloff, die in Stara Zagora getötet wurden; den ehemaligen kommunistischen Abgeordneten Arsen Wassiljeff und den bekannten Organisator Azeff in Gorna Djumaja; den wohlbekannten Abgeordneten Boris Sotiroff und die Rechtsanwälte Kosta Petrunoff und A. Maltscheff in Samokoff, die alle vor dem Aufstande verhaftet worden waren und getötet wurden, nachdem man ihnen Zunge, Nase und Ohren abgeschnitten hatte; den Bürgermeister von Ichtiman, Miltscheff, der erschossen wurde, ebenso wie zwei Lehrerinnen seiner Stadt, die Intellektuellen Sineff, Kiradjieff, Schischkoff, Sawow, Herschkowitsch, Galaboff, alles Notabeln von Philippopel; den alten Markowski, einen angesehenen Politiker, der im Lazarett vergiftet wurde; den Redakteur des Organs der jungen Bauern, Radoslaw Moteff.....

Halten wir uns die folgenden Geständnisse der Regierungspresse des Herrn Zankoff vor Augen: „Narod" (Das Volk, sozialdemokratisch), schreibt am 13. Oktober: „In den Orten, wo das Volk aufgestanden ist, sind Tausende von Verhafteten, in die in Gefängnisse umgewandelten Schulen eingekerkert worden." „Utro" (Der Morgen, Regierungsorgan), vom 8. Oktober, stellt dieselbe Tatsache fest. Der „Radikal" vom 23. Oktober sagt: „Unverzeihliche Dinge sind passiert, auch dort, wo es keinen Zusammenstoß gab, und da, wo er schon lange vorüber war", und „Die Empörung und der Abscheu über die durch nichts zu rechtfertigenden Greueltaten ist allgemein". „Mir" (Die Welt), vom 13. Oktober, schätzt die Zahl der Getöteten auf 3 bis 5000. Der „Mir" vom 17. Oktober (mehr als 15 Tage nach dem Ende des Aufstandes) ruft aus: „Genug Blutvergießen!" Drei Tage darauf muß dieselbe Zeitung nochmals darauf bestehen: „Genug, genug!" „Nesawissimost" (Die Unabhängigkeit, nationalliberal), stellt am 18. Oktober fest, daß „neun Zehntel von den Getöteten nicht im offenen Kampfe gefallen sind". Diese Zeitung unterstützte die Forderung der Sozialdemokraten nach einer Untersuchung der Greueltaten.

*) Aufstellung vom bulgarischen Auslands-Hilfskomitee über die verübten Greueltaten und Massenmorde während und nach dem Septembervolksaufstand in Bulgarien.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 2. 4. Januar

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Über die gegenwärtige Lage in der Kommunistischen Partei Deutschlands. Von Thalheimer 9

Deutschland.
Der erste proletarische Gesundheitstag in Berlin. Von G. G. L. Alexander 10

Politik.
Die Labour Party am Scheidewege. Von Lecki 11

Arbeiterbewegung
Arbeiterkämpfe und faschistische Gewerkschaften in Italien. Von Grieco 12

Deutschlandhilfe.
Die Arbeiterhilfe für Deutschland 14

Faschismus.
Faschismus in den Vereinigten Staaten. Von Browder. 15

Aus der Internationale.
Erklärung der Kommunistischen Partei Bulgariens . . . 16

Über die gegenwärtige Lage in der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Von A. Thalheimer.

** Der Rückzug, den die deutsche Arbeiterklasse im Oktober angetreten hat, und der Gegensatz zwischen den hochgespannten Erwartungen und Vorbereitungen der Partei und dem wirklichen Verlauf der Dinge hat natürlich nicht verfehlt, bestimmte Rückwirkungen in unserer Partei auszuüben. Diese Rückwirkungen äußerten sich in einer vorübergehenden Herabsetzung der Aktivität, die ihren ideologischen Ausdruck fand in der Parole: Alles oder nichts. Das heißt, da der Entscheidungskampf nicht geführt werden konnte, ergab sich ein starkes Zögern an die Organisation derjenigen Teilaktionen heranzutreten, die notwendig und möglich waren. Diese herabgesetzte Aktivität machte sich vorübergehend geltend in der Vernachlässigung der elementaren Aufgaben, die der Partei durch ihre Verweisung in die Illegalität und die Repressalien des Faschismus auferlegt waren. So zum Beispiel in der Verbreitung der illegalen Literatur, Plakate, Klebezettel, der Durchführung der illegalen Propaganda und den übrigen Vorbereitungen von Teilaktionen. Man kann sagen, daß dieser Zustand bereits in der Hauptsache überwunden ist und daß das Gros der Partei mit Ernst und Eifer an die gegenwärtigen Aufgaben herangeht. In allen Bezirken wird Initiative entwickelt um illegale Literatur herauszugeben und sie zu verbreiten. So ist es zum Beispiel in Berlin gelungen, die Verbreitung der illegalen Literatur in wenigen Wochen von etwa 5000 auf über 20.000 Exemplare (dreimal wöchentlich) zu steigern. Entsprechende Steigerungen der Tätigkeit der Partei zeigen sich in den übrigen Bezirken. Organisatorisch hat die Auferlegung der völligen Illegalität der Partei nicht die Schwierigkeiten bereitet, die der Gegner vermutet hat. Gestützt auf die Erfahrungen der alten Garde des Kommunismus in Deutschland hat die Partei verstanden in tausend verschiedenen Formen sich auf die illegale Arbeit einzurichten. Die organisatorische Hauptarbeit der Partei gilt im Augenblick der Aufgabe, das Schwergewicht der Parteiarbeit in die Betriebe und speziell in die Betriebszellen zu verlegen. Diese Arbeit ist in der Durchführung begriffen. Sie wird erschwert durch die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in ganz besonderer Weise die Mitglieder der Partei betroffen hat. Die Unternehmer haben systematisch die Gelegenheit benützt, um ihre Betriebe von Kommunisten zu „reinigen". Aber auch für diesen Zustand hat die Partei besondere organisatorische Formen gefunden. Die vielen Verhaftungen von Parteimitgliedern haben so gut wie nirgends Lücken gelassen, die nicht sofort wieder ausgefüllt worden wären. In dieser Beziehung hat die Parteimitgliedschaft eine bewundernswerte Zähigkeit und Opferwilligkeit an den Tag gelegt, die jeden Zweifel darüber zerstreut, als ob etwa die Partei in der langen legalen Periode an ihrem revolutionären Charakter eingebüßt habe. Natürlich zeigen sich noch allenthalben Mängel, die aber bei der Riesenhaftigkeit der Aufgabe unvermeidlich sind. Mitgliederverluste in größerem Umfang sind nicht eingetreten. Die Übertritte aus der SPD. vollziehen sich aber erst vereinzelt.

Parteipolitisch treten gegenwärtig drei Hauptströmungen in der Partei auf. Die parteipolitischen Auseinandersetzungen drehen sich um zwei Hauptfragen: 1. Die Ursachen der Oktoberniederlage; 2. die allgemeinen Perspektiven der Revolution in Deutschland. In dem, was gegenwärtig zu tun ist, besteht weitgehende Übereinstimmung in der Partei. Diese Auseinandersetzungen haben zur Fixierung von Thesen der verschiedenen Gruppen geführt, die demnächst der Parteiöffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen*).

Die bisher führende Gruppe innerhalb der Zentrale vertritt die Ansicht, daß die Ursachen der Oktoberniederlage in erster Linie in objektiven Gründen zu suchen ist. Sie erblickt die Hauptursachen in der von uns unterschätzten, hemmenden Kraft der Sozialdemokratie und der gelben Gewerkschaften. Die in Sachsen und Thüringen sowie die in Hamburg gemachten Erfahrungen zeigen, daß nicht nur die linken sozialdemokratischen

*) Die Thesen der mittleren Gruppe haben wir bereits in Nr. 185 veröffentlicht. D. R.

Führer nicht bereit waren, für die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus zu kämpfen, sondern daß dasselbe der Fall war auch bei der Mehrheit der linkssozialdemokratischen Arbeiter. Infolgedessen war es unmöglich, im Oktober den Entscheidungskampf zu führen. Er hätte bei gespaltener Arbeiterfront und bei unzureichender technischer Vorbereitung zu einer zerschmetternden Niederlage der Partei führen müssen. Was die Partei selbst anlangt, so erkennt sie an, daß sowohl politisch wie organisatorisch eine Reihe Fehler und Schwächen in der Vorbereitung vorhanden waren, die allesamt sich ableiten aus einer Grundtatsache: der Überschätzung des Tempos der Revolution, der Überschätzung der eigenen Kräfte und der Unterschätzung der Kräfte des Gegners, vor allen Dingen der hemmenden Kraft der Sozialdemokratie und der Amsterdamer Gewerkschaften. Gegenwärtig ist die Hauptaufgabe, den fast ohne Widerstand sich vollziehenden Rückzug der Arbeiterklasse zum Stehen zu bringen und an allen Punkten, wo die Offensive einsetzt, zu versuchen, Zentren der Abwehr durch die Partei zu bilden und um diese Zentren die Arbeiterschaft zu sammeln. In der Frage der revolutionären Perspektive ist diese Gruppe der Ansicht, daß keine der grundlegenden politischen oder wirtschaftlichen Fragen Deutschlands durch die schwerindustriell-junkerliche Militärdiktatur gelöst werden kann, daß also die Situation nach wie vor objektiv revolutionär bleibt, daß die Klassengegensätze sich zuspitzen müssen. Dagegen sieht sie keine Möglichkeit, bereits jetzt mit Sicherheit etwas darüber auszusagen, in welchem Tempo die neuen Zuspitzungen vor sich gehen und welche Formen sie im einzelnen annehmen werden. Gewiß ist die Partei ein wesentlicher Faktor, aber sie ist nicht der alleinige Faktor.

Ganz anders betrachtet der bisherige linke Flügel der Partei die Ursachen der Oktoberniederlage und die revolutionären Perspektiven. Er vertritt die Ansicht, daß die Partei im Oktober den Entscheidungskampf hätte aufnehmen müssen, auch auf die Gefahr einer Niederlage hin. Er sieht also in dem Oktoberrückzug nicht ein Ergebnis der vorhandenen Kräfteverhältnisse, sondern im wesentlichen ein Versagen der Partei und insbesonders der Parteileitung. Dieser Flügel verlangt infolgedessen, daß der Linken die Führung der Partei in die Hand gegeben werde. Der Auswirkung dieser Einstellung ist es zu einem wesentlichen Teil zuzuschreiben, daß der Übergang zu den Teilaktionen auf starke Hemmungen in der Partei gestoßen ist. Was die gegenwärtigen Aufgaben anbelangt, so legt dieser Flügel den Hauptnachdruck auf die Propaganda der Endziele, der proletarischen Diktatur und der Sozialisierung. Diese Strömung innerhalb der Partei ist gefühlsmäßig zu einem wesentlichen Teil eingestellt auf die Schichten innerhalb der Arbeiterklasse, Arbeitslose und Kurzarbeiter, die infolge ihrer Lage geneigt sind, die objektiven Schwierigkeiten des revolutionären Weges zu übersehen. Die revolutionäre Perspektive dieses Flügels besagt, daß binnen kürzester Zeit die Situation sich wieder zum Entscheidungskampf zuspitzen werde.

Zwischen diesen beiden Gruppen steht eine mittlere Gruppe, die hauptsächlich bemängelt, daß der Oktoberrückzug nicht unter genügender Ausnützung der Möglichkeit von Teilkämpfen vollzogen worden sei, und die geneigt ist, die Ursachen des Rückzuges ebenfalls hauptsächlich in subjektiven Fehlern der Partei zu suchen. Es ist sehr schwer, die Ansichten dieser Gruppe klar wiederzugeben, da sie nicht einheitlich sind und es in der Natur einer mittleren Gruppe liegt, Widersprechendes zu vereinigen. Sowohl in der linken wie in der mittleren Gruppe sind mehr oder weniger starke Ansätze dazu vorhanden, ähnlich wie nach der Märzaktion, die Analyse der objektiven Verhältnisse zu vernachlässigen und die Rolle der Partei nicht genügend im Zusammenhang der gesamten Kräftefaktoren zu betrachten. Auch diese Gruppe glaubt, jetzt schon mit Sicherheit sagen zu können, daß bereits in den nächsten Monaten die Grundlage für umfassende Massenkämpfe vorhanden sein wird.

Die Auseinandersetzungen, die jetzt in der Partei stattfinden, sind unseres Erachtens unvermeidlich, und sie werden sich für die Klärung der Methoden des revolutionären Kampfes unter den deutschen Verhältnissen fruchtbar erweisen. Der Gang der proletarischen Revolution in Deutschland ist nicht einfach ein Abklatsch des Ganges der russischen Revolution, und so betrachten wir es nur als ein Zeichen der Gesundheit, daß die Partei mit allem Ernst sich bemüht, aus der zurückgelegten Wegstrecke die Lehren für die Zukunft aus eigener Kraft zu ziehen. Bei aller Schärfe der Auseinandersetzungen steht unzweifelhaft fest, daß die übergroße Mehrheit der Partei unter keinen Umständen ein Rütteln an der Parteieinheit duldet.

Deutschland

Erster proletarischer Gesundheitstag in Berlin.

Von G. G. L. Alexander.

** Der Proletarische Gesundheitsdienst rief zum 23. bis 25. Dezember seine Vertreter aus dem Reich zu einer ersten Tagung im Reichsmaßstabe zusammen. Sie waren trotz der Festzeit zahlreich erschienen. Außer ihnen auch die Vertreter anderer Verbände, mit denen eine engere Zusammenarbeit im proletarischen Sinne besprochen werden sollte. Eine engere Tagung der Mitglieder des PGD. in Kliems Festsälen besprach am 24. Dezember die Organisationsfragen und die Möglichkeiten eines intensiven Ausbaues der Tätigkeit, der werbenden und schaffenden Aktionsmöglichkeiten der schon bestehenden Ortsgruppen, die jetzt die Zahl von 56 erreicht haben. Zur Charakterisierung der politischen Verhältnisse in Deutschland verdient es in aller Welt angeprangert zu werden, daß diese Tagung des Proletarischen Gesundheitsdienstes, also einer gemeinnützigen Organisation nur unter Bewachung durch zwei Kriminalbeamte der Abteilung Ia stattfinden durfte.

Am 25. Dezember fand im Herrenhaus der Ärztekongreß des PGD. statt. Es waren zahlreiche Ärzte, im ganzen ungefähr einige Hundert Besucher erschienen. Die Tagesordnung versprach die Erörterung der brennendsten Fragen, Fragen der Sozialhygiene, die gegenwärtig Schicksalsfragen für das deutsche Proletariat sind.

Nach den Begrüßungsreden des Vorsitzenden Deutschmann und der Vertreter verschiedener Körperschaften sprach Dr. med. Klauber als erster Referent über die Gesundheitslage der werktätigen Massen Deutschlands. An Hand reichen Zahlen- und Erfahrungsmaterials zeichnete er die Verelendung der verschiedenen Gruppen der „20 Millionen auf dem Aussterbeetat" des Herrn Gruber (München), angefangen bei den Kindern und Jugendlichen, deren schwere Bedrohung durch Gewichtsunterschiede zwischen Volksschulkindern und denen der höheren Schulen von zwölf Pfund gekennzeichnet wird. Auch die Tuberkulose, die schon Kinderkrankheit geworden ist, hat soziale Ursachen und ist nur durch deren Beseitigung zu beheben. Dagegen stellt das Zentralkomitee für Tuberkulosebekämpfung seine Tätigkeit ein. Der Referent brandmarkt alle schamlosen Maßnahmen des kapitalistischen Staates, die Entlassung ganzer Scharen von Arbeitern — in Berlin 300.000, um sie dann als Erwerbslose zu Notstandsarbeiten (Straßenreinigung) zu niedrigen Löhnen zu verwenden. Dagegen sind 3½ Millionen Golddollars ins Ausland verschoben worden, was eine Plünderung des Nationalvermögens bedeutet. Angesichts dieser Tatsache, erzählt Dr. Klauber, haben die Amerikaner den Vorschlag gemacht, daß die Zinsen dieses deutschen im Ausland investierten Vermögens zur Linderung der Not in Deutschland verwendet werden sollten.

Abbau des Gesundheitswesens auf der ganzen Linie, das bedeutet gegenüber diesem Vorschlag die Hilfe des kapitalistischen Systems. Auch das Inventar von Krankenhäusern samt Wäsche und Medikamenten ist ins Ausland verschoben worden. So wie in Holland Lebensmittel verbrannt wurden, weil die hohen Transportkosten die Ausfuhr nach Deutschland nicht lohnen. Mitten in diesem Chaos wird auf der Tagung der Hygieniker in Berlin Planwirtschaft gefordert! Jetzt wo es zu spät ist. Planwirtschaft auf einem einzelnen Gebiete nützt uns jetzt nicht, auch nicht für die Krankenkassen, sondern nur die allgemeine Sozialisierung auf wissenschaftlicher Grundlage.

Dr. Klauber führt noch einige Beispiele aus Hamburg und Prenzlau an, wie Arme den Armen im Rahmen der IAH. und des PGD. geholfen haben und begründet daraus die Notwendigkeit des Abbaues und der Unterstützung dieser Proletarischen Organisationen. Er schließt mit einem Protest gegen die Verhinderung und polizeiliche Schikanierung des Rettungswerkes des PGD. und einem Aufruf an die Ärztevertreter den PGD. zu unterstützen.

Darauf spricht Dr. med. L. Wolf für die Ärztegemeinschaft des PGD. und über ihre Aufgabe: die Bekämpfung der Mißstände vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes aus. Er skizziert die bisherige Tätigkeit: 1. Der Arbeitersamariterkurse durch proletarisch eingestellte Ärzte. 2. Die Broschüren Dr. Klaubers vom radikalsozialistischen Standpunkt aus. 3. Das Gesundheitsprogramm des PGD. mit der Grundtendenz: Sozialisierung des Heilwesens. Wolf spricht weiter über die Bedeutung des Ärzte-

standes für eine mögliche soziale Umwälzung; daher gilt es eine planmäßige Überzeugungskampagne unter den Ärzten und Intellektuellen, es gilt sie von der Bedeutung der kommunistisch gesinnten Ärzte für das Wohl des gesamten Standes zu überzeugen und die Ärzteschaft bei ihrem wirtschaftlichen Interesse zu fassen und aufzuklären. Er schildert das Verhalten der kommunistischen Ärzte während der verschiedenen Konflikte und Streiks gegenüber den kranken Proletariern und die Zusammenarbeit der Ärzte des PGD. mit der IAH. zur Linderung der Not. Er spricht die Hoffnung aus, daß die Ärzteschaft, durch ihre eigenen Kämpfe getrieben, bald einsehen wird, wie notwendig die Arbeit und die Ziele des PGD. sind, daß es nur Untergang in die Barbarei oder Aufstieg durch den proletarischen Klassenkampf gibt.

Über „Die Sozialisierung des Gesundheitswesens" spricht Dr. Fränkel. Er spricht von der Rolle des historischen Materialismus für die medizinische Wissenschaft und die Gesundheitspflege, von dem Interesse des kapitalistischen Staates an der Förderung dieser Wissenschaft, weil er gesunde Arbeitsware braucht, während er an den Ärzten, je mehr das Überangebot wuchs, kein Interesse hat. Die Sozialisierung des Heilwesens kann im bürgerlichen Staat nichts bedeuten, da dieser weder den Willen noch die Macht dazu hat. Das Proletariat hat schon heute Aufgaben, das Versagen des bürgerlichen Staates zu korrigieren und die Sozialisierung vorzubereiten. Es soll den Staat damit nicht entlasten, sondern entlassen. Es gilt private Funktionen zu gesellschaftlichen zu machen. Das Alte muß unterhöhlt und in ihm schon das Neue entwickelt werden. Es darf keine Sozialisierung mehr ohne das Proletariat geben, alle Fürsorgeeinrichtungen gehören unter die Kontrolle des Proletariats. Die Gesundheitspflege muß zu einem brennenden Diskussionsstoff in den Betrieben werden. Alle Fragen und Institutionen: Fürsorge, Schulhygiene, Krankenhäuser, Krankenkassen, müssen eng mit dem Leben des Proletariats verknüpft werden und dem Einfluß der Betriebsräte, der Elternbeiräte, der Kranken- und Kassenräte unterstellt sein. Notwendig ist eine Erfahrungssammlung über die Wirkungen der Arbeit und Arbeitszeit in den Betrieben. Positive Leistungen des PGD. im Sinne der Sozialisierung sind: Errichtung von Behandlungsstätten, Haus-, Siechen- und Jugendpflege, Schutz gegen geistige und körperliche Verwahrlosung als Konkurrenzunternehmen gegen die bürgerliche Wohlfahrtspflege. Die grundlegenden Leitsätze legt Dr. Fränkel in einem Programm fest und fordert die Heranbildung von proletarischen Sozialhygienikern, im Hinblick auf die Sozialisierung der Gesundheitspflege.

Darauf spricht Dr. Roeder vom Bund Sozialistischer Ärzte. Seine Kritik richtet sich nicht gegen die Ärzte, sondern geht von der Frage aus: Ist der Beruf richtig organisiert? Er stellt fest, daß die Regelung der Prophylaxe und der Heilungsmöglichkeiten im freien Berufe unmöglich sind und entwickelt dann den großzügigen Plan eines Gesundheitsausschusses mit 40 Ärzten, in dem Gemeinschaftsarbeit ebenso möglich ist wie freie Ärztewahl. Trennung von Fürsorge und Heilung hört auf und die Psyche des Arztes wird von Grund aus verändert durch dies System, in dem es keine Erwerbsfrage mehr gibt. Dr. Roeders Gesamteinstellung, vom Standpunkt sozialistischer (nicht kommunistischer) Ärzte aus, hebt sich dadurch von der Dr. Fränkels ab, daß er gegen die Heranziehung breiter Proletarierkreise zur aktiven, respektive kontrollierenden Mitarbeit auf dem Gebiete des Heilwesens ist, und nur Sachverständige beigeordnet haben will. Die Diskussion zeigt, wie notwendig und wichtig es ist, gerade die Frage der Sozialisierung in breiten Kreisen zu erörtern und zu klären; es kommen die merkwürdigsten Irrtümer an den Tag, zum Beispiel meint einer der sozialistischen Diskussionsredner, daß das von Roeder skizzierte Gesundheitshaus nicht anderes sei als eine erweiterte Poliklinik, und daß wir also so etwas schon haben. Dr. Klauber klärt die verschiedenen Irrtümer auf. Das Ergebnis ist, daß nur von einer klaren, prinzipiellen, proletarischen Bundeinstellung vom Gesichtspunkt des Klassenkampfes aus diese Fragen aufgerollt und gelöst werden können und die Diskussion enthüllt die Verwaschenheit der sozialdemokratischen Ideologie und ihre verhängnisvolle Wirkung bei der Lösung der praktischen Aufgaben.

Das Referat Dr. Goldenbergs über die Tätigkeit des Narkomstraws, des russischen Kommissariats für Volksgesundheit, klärt besser als die Diskussion es ermöglicht, über die großzügige Auffassung der Gesundheitsfragen und ihre Lösung durch den Arbeiterstaat auf, vor allem demonstriert es die praktische Mitarbeit der Arbeiter selbst am Aufbau des Gesundheitswesens durch eine großzügige Wort- und Tatpropaganda. Nur durch die höchste Aktivisierung der breiten Massen konnten die Seuchen bekämpft, durch Aufklärung — von der Schule angefangen — und durch Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Geschlechtskrankheiten und die Prostitution eingeschränkt werden. Dr. Goldenberg sagt: In Rußland hat man voll das Bewußtsein davon, wieviel noch zu leisten ist und daß das Geleistete nur erst eine Illustration sei des allgemeinen Umschwungs auf dem Gebiete der Sozialhygiene, seitdem die Macht in den Händen der Arbeiter und Bauern ist.

Am Schlusse nimmt der Kongreß zwei Resolutionen an: „Für ein Alkoholverbot und gegen die Abschaffung des Achtstundentages durch die Regierung."

Politik

Die Arbeiterpartei am Scheidewege.

Von Jack V. Leckie (London).

** Mit weniger als einem Drittel der Stimmenstärke des ganzen Unterhauses ist die Britische Arbeiterpartei im Begriffe, die parlamentarische Macht zu übernehmen. Sie kann nur mit Zustimmung und Unterstützung der bürgerlichen Oppositionsparteien im Amte verbleiben. Wie wird sie unter diesen Umständen handeln?

Drei Wege können gegangen werden; zwei von ihnen sind für das inländische und für das internationale Proletariat verhängnisvoll. Innerhalb ihrer eigenen Reihen sind nur sehr wenige Stimmen zu vernehmen, die sich dagegen wenden, das Ministerium zu übernehmen. Zuerst soll die Partei in die Regierung eintreten und sich dann zu einem von ihr selbst gewählten Zeitpunkte mit einem klaren Programm für die Arbeiterklasse an die Wählerschaft wenden, ihr eine Arbeitsmehrheit über das ganze Haus zu geben. Eine solche Taktik würde die Liberalen und Konservativen zwingen, ihre Kräfte offen gegen die Arbeiter zu vereinigen. Dies würde jedoch die Losungen in beträchtlichem Maße klarstellen und sogar, wenn eine Niederlage eintreten sollte, würde sich aus der Unfähigkeit des Kapitalismus, seine eigenen gesellschaftlichen Gebrechen zu überwinden, eine baldige Rückkehr der Arbeiterpartei zur Macht ergeben.

Der zweite Weg läuft parallel mit jenem, den die SPD. verfolgt hat. Gewisse Elemente sind mehr an der Festigkeit des Kapitalismus oder an dem Innehaben einer Ministerstelle in Seiner Majestät erster Arbeiterparteiregierung interessiert als an der dauernden Lösung von Fragen der Arbeiterschaft. Nur feile Dienstfertigkeit für die bürgerlichen Interessen könnte der Arbeiterklasse eine solche Ehre einbringen!

Der dritte Weg ist der, zögernd und ziellos, der mächtigen Opposition auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, sich treiben zu lassen. In einer solchen Notlage, technisch überlistet und gezwungen, sich an das Land mit unwesentlichen Losungen zu wenden, würden die Ergebnisse für das erwachende Klassenbewußtsein verhängnisvoll sein. Es würde die kapitalistische Behauptung, daß „die Arbeiter zum Regieren unfähig" sind, bekräftigt werden, die Massen würden kraftlos gemacht und die Arbeit der kommunistischen Fraktionen gehemmt werden.

Die Zukunft der Arbeiterpartei hängt von der Geschicklichkeit der anwachsenden revolutionären Minderheit und ihrer Fraktionen ab, drei Hauptfaktoren gründlich zu verstehen: erstens die Arbeiterpartei als Kampfinstrument, und wie sie am besten zu vervollkommnen und zu kontrollieren ist; zweitens, wie durch sie die unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiterklasse verdolmetscht und zum Ausdrucke gebracht werden sollen; drittens die organischen Tendenzen des britischen Kapitalismus.

Die Begrenzung der Sichtweite der Arbeiterschaft auf nationale Horizonte ist besonders gefährlich. Die hungernden Massen Deutschlands werden für den letzten kapitalistischen Krieg verantwortlich gemacht und sind entsprechend zu bestrafen. Das Prinzip, die Nation und das Reich als mit wohlbestimmten kapitalistischen Rechten ausgestattet anzusehen, muß in seinen letzten Folgerungen — trotz allen Geredes über den Völkerbund — zur Bereitschaft führen, sie zu verteidigen. Das erklärt Poincarés tiefe Bestürzung über die Erfolge der Arbeiterschaft. Weiters das verhältnismäßig geringe Interesse des britischen Kapitalismus im Bereiche auswärtiger Angelegenheiten. So paradox es scheinen mag, so könnte die angeblich pazifistische Arbeiterpartei mit größerem Erfolge als jede andere gegenwärtig das Land nötigenfalls in eine Kriegspolitik führen.

Um Britannien in die Lage zu versetzen, mit Erfolg im Auslande zu konkurrieren, braucht es zu seiner Sicherung die Grundlage eines geschützten Heimatlandes. Der Zollschutz ist die finanzielle Reorganisation und Politik, die am meisten mit den Bedürfnissen des modernen Kapitalismus übereinstimmt.

Die Geschichte der Handelspolitik zeigt auf, daß der Freihandel in Europa in den Jahren 1860 bis 1870 vorherrschend war. Ein paar Jahre später ging der Schwerpunkt von der Textilmanufaktur auf die Eisen- und Stahlproduktion über. Bis zum Ende des letzten Jahrhunderts hatten die meisten wichtigen kapitalistischen Länder — mit Ausnahme Großbritanniens — Schutzzollsysteme eingeführt.

In Deutschland herrschte von 1903 angefangen das Hochschutzzollsystem vor. Es wurde in einem Augenblick eingeführt, als die Anwendung der Kartelle in der Industrie und bei den Prozessen der Massenproduktion sich in voller Entwicklung befand. In Britannien hinkten die industrielle Entwicklung und die kapitalistische Expansion nach. Die Vorteile einer Massenproduktion wurden in großem Maßstabe zum erstenmal während des Krieges ausgenützt. Das Kartell als ein Instrument zentralisierter Organisation ist im ausgedehnten Gebrauch erst seit 1918 gekommen. Die Forderung der britischen Kapitalisten nach Anwendung des Zollschutzes ist im Grunde genommen ein Ausdruck der organischen Bedürfnisse des britischen Kapitalismus.

Die Verständigung der französischen, englischen und deutschen Kapitalisten über die Ausbeutung des Ruhrgebietes erhöht noch mehr das Bedürfnis nach Schutzzoll als Instrument der Kapitalisten; erstens, um den britischen Ausbeutern einen Anteil an der Beute zu ermöglichen; zweitens, um die Überflutung des Inlandsmarktes mit fremden, billig hergestellten Stahlwaren zu verhindern.

Auf der vor kurzem abgehaltenen britischen Reichskonferenz beharrten die Kolonien auf Anwendung von Reichsvorzugszöllen als eines Mittels, sich das Monopol der britischen Inlandsmärkte zu sichern. Wie weit dies die Forderungen des in den Kolonien heimischen Kapitals in Opposition gegen oder in Übereinstimmung mit dem in den Kolonien angelegten britischen Kapital zum Ausdruck brachte, ist eine Sache bloßer Vermutung.

Die politischen Bedürfnisse von Finanzkapital und Schwerindustrie sind die Hauptinteressen der Konservativen Partei. Die Liberale Partei ist gewissermaßen ein Anachronismus, ein Überbleibsel aus der Periode, die der zweiten industriellen Umwälzung voranging, als die Textilien noch die Hauptmanufaktur waren. Im besten Falle verkörpert sie, die Bedürfnisse der Mittelklasse vertretend, einen Protest nach zwei Seiten. Auf der einen Seite versucht sie die Fertigwarenindustrie vor der Herrschaft der Schwerindustrie zu schützen, auf der anderen Seite scheint sie mit ihren Plänen von Inflation und leichten Krediten einen rettenden Ausgang aus der Tyrannei der Banken zu bieten.

Die revolutionären Elemente geben zu, daß Inflation und Schutzzoll nicht entgegengesetzte oder einander notwendigerweise ausschließende Systeme sind. Sie stellen vielmehr augenblicklich einen politischen Konflikt in den Reihen des britischen Kapitals dar. Es ist richtig, daß der Erfolg der einen oder anderen oder beider Bestrebungen der Arbeiterklasse auch nicht die leichteste dauernde Besserung ihrer Verhältnisse bringen wird. Bis zu einem bestimmten Punkt kann die Inflation dadurch, daß sie die Preise und Arbeitskräfte verbilligt, allen Kapitalisten Vorteile bringen. Der Schutzzoll jedoch versucht nicht nur die produzierende Klasse, sondern auch ebenso einen Teil der kapitalistischen Klasse zu versklaven. Er ist die organisierte staatliche Herrschaft besonderer Finanz- und Industriegruppen über alle anderen Formen.

Dies erklärt vollauf, warum die Arbeiterpartei von allen offenen und anderen fesselnden Bündnissen mit der liberalen Partei ferngehalten werden muß. Die liberale Partei ist wirtschaftlich zu einem baldigen Verschwinden in der Versenkung bestimmt, wenn nicht opportunistische Fehler auf Kosten der Arbeiterpartei ihr eine neue Lebensfrist verschaffen. Die Frage, wie weit es zu rechtfertigen ist, gewisse Teile der Losungen der liberalen Partei aufzunehmen, um damit ihre besten Elemente zu gewinnen, ist eine Sache, die sorgfältige Behandlung erfordert. In Verbindung damit entsteht eine interessante Frage. Werden im Bestreben, diese Elemente einzufangen, die Nationalisten der Arbeiterpartei so sehr die große Trommel des Freihandels rühren, daß sie die einheimischen Kapitalisten in bedenklichen und ständigen Nachteil bei ihren Konkurrenzkämpfen mit dem ausländischen Kapital versetzen?

Mit anderen Worten, wird die Arbeiterpartei als die Regierung Seiner Majestät sich bloß mit liberalen Fetzen schmücken? Wird sie erkennen, daß das britische Kapital in seinen Kämpfen gegen besser ausgestattete Länder sich taktisch im Nachteile befindet? Wenn der britische Kapitalismus den britischen Arbeitern unter dem Schutzzollsystem mehr Beschäftigung gewähren kann, wie weit ist es tunlich oder gerechtfertigt für die Arbeiterpartei, sich ihm mit Freihandelsquacksalbereien zu widersetzen? Was ist die Entscheidung der Arbeiterpartei in der Frage: Freihandel oder Schutzzoll?

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Konservativen, indem sie auf lange Sicht arbeiten, auf die Wahrscheinlichkeit spekulieren, daß die Opportunisten der Arbeiterpartei zu einem Bündnis mit der liberalen Partei genötigt werden oder sich damit begnügen, die Gebärden der liberalen Partei nachzuahmen. Da sie außerordentliche wirtschaftliche Macht besitzen, können sie die Arbeitslosigkeit noch weiter vermehren und darauf bauen, daß das Rückschwingen des politischen Pendels ihnen bald die zur Durchführung ihres Schutzzollprogramms notwendige Mehrheit verschaffen wird.

Es ist wesentlich, daß der linke Flügel und die kommunistischen Fraktionen innerhalb der Arbeiterpartei auf die Ausschaltung der liberalen Partei von der politischen Arena hinarbeiten. Das Programm der Arbeiterpartei muß für die Elemente des Mittelstandes anziehend gemacht werden. Da die Arbeiterpartei weder organisch noch zahlenmäßig bereits stark genug ist, eine Politik staatlicher Kontrolle des gesamten Außenhandels und die Regulierung der Preise des heimischen Marktes durchzuführen, kann sie noch gezwungen werden, ein gewisses Maß von Zollschutz für das einheimische Kapital zuzulassen. In diesem Falle wäre die Einkommensteuer in Hinsicht auf die Pläne zur gesellschaftlichen Entwicklung beträchtlich zu erhöhen. Es ist jedoch vielmehr vorzuziehen, wenn die Arbeiterpartei veranlaßt werden kann, die Sozialisierung der Industrie und die Arbeiterkontrolle aufzunehmen.

Da die Kolonien gegenwärtig für Vorzugszölle im Reiche und Schutzzoll Sturm laufen, ist es die Pflicht der Partei, die Entwicklung ihrer Bruderparteien in den Kolonien zur Übernahme der Macht zu fördern.

Wie die Haltung der Arbeiterpartei gegenüber Indien, Ägypten und den unterdrückten Nationalitäten überhaupt sein wird, ist schwer vorauszusagen. Wird sie die Forderungen des in den Kolonien heimischen Kapitals gegen das britische Anlagekapital unterstützen oder wird sie gegen beide die Entwicklung einheimischer Gewerkschaften, Arbeiter- und Revolutionsparteien begünstigen? Bei der Frage der Ausgaben für Heer und Flotte, bei der Verwendung von Truppen und Polizei während industrieller Konflikte wird es interessant sein festzustellen, welche besondere Ideologie und welche Gruppen vorherrschen.

Unbeschadet dieser Schwierigkeiten stehen indessen die Hauptaufgaben der revolutionären Fraktionen klar da. Die Ausschaltung der Liberalen Partei und die Durchdringung der Arbeiterpartei, um sie unter Kontrolle zu bringen, sind Aufgaben allerersten Ranges. Da das revolutionäre Tempo wächst und die Illusionen dahinschmelzen, müssen die zahlenmäßige Größe und die Macht der Kommunistischen Partei wachsen. Verstärkte marxistische Erziehung hat den Prozeß zu vertiefen und zu beschleunigen. Mit dem Eintritte der Britischen Arbeiterpartei in das Amt als Seiner Majestät Regierung ist die Morgendämmerung der Britischen Kommunistischen Partei angebrochen. Bei verständiger Ausnützung der Lage muß das britische Proletariat wieder zur kämpfenden Vorhut gemacht werden. Sollte diese Aufgabe wirklich zu schwer sein?

Arbeiterbewegung

Arbeiterkämpfe und faschistische Gewerkschaften in Italien.

Von Ruggiero Grieco.

** Seit zwei oder drei Monaten macht sich in Italien ein Wiederaufleben der Arbeiterbewegung bemerkbar. Die Erregung der Arbeiter kommt vorläufig nur in einer Polemik zwischen Unternehmern und Lohnarbeitern zum Ausdruck, doch nimmt diese Polemik oft scharfe Formen an, und es ist sehr wichtig, sie ständig zu verfolgen, da sich in ihr die Stimmung des gewerkschaftlichen Faschismus, ferner das Verhältnis der Besitzer zu den faschistischen Arbeiterorganisationen widerspiegeln. Diese Stimmung und dieses Verhältnis müssen unbedingt zu einer Revision

und zu einer Krise der gelben Gewerkschaftsbewegung führen und die zukünftigen Beziehungen zwischen dieser und der nationalen Faschistenpartei beeinflussen.

Die wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft zwischen Lohnarbeitern und Arbeitgebern.

Eine der Grundprinzipien der faschistischen Gewerkschaftsbewegung besteht in der Arbeitsgemeinschaft, die zwischen den Arbeitgebern und ihren Arbeitern zu bestehen hat. Aus dieser Voraussetzung ergibt sich der typische Charakter der Körperschaften, in denen (wenn auch in untereinander verschiedenen Gewerkschaften) sowohl die Industrie- und Landarbeiter als auch die Industriellen und Agrarier (Bauern, Pächter usw.) organisiert sind. Eine so verstandene Arbeitsgemeinschaft hat den Zweck, „den Burgfrieden der Arbeit" herbeizuführen, der „eine wichtige Vorbedingung der Volkswirtschaft und des sozialen Friedens" ist.

Unter diesem Banner wurde die faschistische Gewerkschaftsbewegung organisiert und subventioniert, die Hand in Hand mit den militärischen Organisationen der Faschisten, den Zerstörern der Klassenorganisationen, arbeiteten. Durch die Zerstörung der Klassenorganisationen wurden auch die Arbeitsverträge gebrochen, die diese mit den Unternehmern in den Jahren von 1918 bis 1922 abgeschlossen hatten. Die neuen, von den faschistischen Organisationen zustande gebrachten Verträge haben die Löhne auf ein Minimum reduziert und haben, was die moralischen Klauseln anbetrifft, die Arbeiter und Bauern in jenes Stadium zurückversetzt, in dem sie sich zu Beginn ihres Kampfes befanden.

Nachdem der Faschismus die Staatsmacht ergriffen hat, entstand für ihn die Notwendigkeit, seine Parteiorgane zu erhalten und zu stärken und den in der Machtergreifung vorangegangenen Kämpfen zum Ausdruck gebrachten Gewerkschaftsprinzipien konkrete Form zu verleihen. So wurden innerhalb der Nationalen Föderation der faschistischen Korporationen Gewerkschaften von Arbeitern, Bauern, Handwerkern, Industriellen, Landwirten gegründet. Trotz der gegenteiligen Versicherungen des Generalsekretärs des Nationalkomitees der ehemaligen Frontkämpfer, Rossoni, in der Sitzung des Genfer Arbeitsbureaus, des Völkerbundes ist es eine klare und offenkundige Tatsache, daß die faschistischen Gewerkschaftsorganisationen sowohl Arbeiter als Unternehmer umfassen.

Aber eine Gewerkschaftsorganisation, die leben, das heißt bestimmte Interessen verteidigen muß, erprobt ihre Lebensfähigkeit in der Aktion.

Die faschistische Theorie hatte die Behauptung aufgestellt, daß der Streik eine politische und antinationale Waffe sei; aber die faschistischen Organisationen waren durch den Druck der Massen, die sie nicht verlieren wollten, selbst von Zeit zu Zeit gezwungen, zu dieser Waffe zu greifen. In der ersten Zeit der Faschistenherrschaft zwangen Partei und Regierung die Unternehmer, den Forderungen der faschistischen Gewerkschaften nachzugeben, um zu vermeiden, daß die organisierte Masse die so sehr verpönte Taktik der „bolschewistischen Periode" wiederhole; die Unternehmer gingen, wenn auch widerwillig, darauf ein, auch deshalb, um denienigen ihre Dankbarkeit zu zeigen. die die „rote Gefahr" verhindert hatten und die jetzt, von der Höhe ihrer Macht herab, die Unantastbarkeit der Rechte des Unternehmertums verkündeten.

Unter dem Drucke der faschistischen Organisationen hatte dann für einige Zeit jede Lohnbewegung der Arbeiter aufgehört. Die faschistischen Redner und Zeitungen legten diesen Umstand als Beweis dafür aus, daß die „nationale" Gewerkschaftsmethode die richtige sei. Aber nach und nach haben die Lohnbewegungen der in den Korporationen organisierten Arbeiter wieder begonnen, und in letzter Zeit häufen sie sich zusehends.

Die faschistischen Schriftsteller sind über diese Erscheinung absolut nicht erstaunt, sie erklären sie sogar als eine Notwendigkeit. Sie behaupten jetzt, die faschistische Methode wolle den Kampf der Arbeiter um gerechte wirtschaftliche Forderungen nicht verhindern, sondern sie in einer besonderen und siegreichen Art zum Abschluß führen, ohne die Ordnung zu verletzen und den Produktionsprozeß zu stören.

Das von Edmondo Rossoni redigierte Blatt der Föderation der Korporationen „Lavoro d'Italia" bringt in seiner Nummer vom 17. November einen Artikel unter dem Titel: „Die Idee und die Erfahrung" (man könnte ihn auch betiteln: „Der Wunsch und die Wirklichkeit"), in dem es heißt:

> „In Turin haben die faschistischen Gewerkschaften eine Versammlung abgehalten, in der die Redner verschiedene Industrielle scharf aufs Korn nahmen.
>
> In Genua haben die Sekretäre der faschistischen Gewerkschaften, die eine Konferenz abhielten, eine lange — viel zu lange — Resolution angenommen, in der darüber geklagt wird, daß die Organisation der Industriellen Liguriens nicht genügend vom Geist der Arbeitsgemeinschaft beseelt sei.
>
> In Florenz besteht kein gutes Einvernehmen zwischen dem Verband der Industriellen und dem faschistischen Gewerkschaftsverband. Wird etwa aus diesem Grunde der Arno aus den Ufern treten und die schöne Hauptstadt von Toskana überschwemmen?
>
> In den Abruzzen bekämpfen die faschistischen Gewerkschaften den „antisozialen" und „antinationalen" Fürsten Torlonia, den Besitzer fast des gesamten Fucino-Gebietes. Wird aus diesem Grunde das Wasser zurückkehren, um den trocken gelegten Boden von neuem zu überfluten?
>
> Keine dieser Erscheinungen ist ernst genug, um fürchten zu lassen, daß in der nächsten oder entfernteren Zukunft eine Katastrophe eintreten könnte. Die Katastrophe besteht nur in den Köpfen der sozialistischen Politikanten, die in jedem — absolut natürlichen — wirtschaftlichen Gegensatz eine Tragödie sehen, weil sie dummerweise noch Revanchehoffnungen hegen."

Das Faschistenblatt versucht, einen Trumpf gegen uns auszuspielen, es zeigt indessen die Notwendigkeit für den Faschismus, seine Prinzipien und sein Programm zu revidieren — doch kann er das nicht. Denn gleichzeitig mit dem Beginn der Polemik zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen macht sich auch eine tiefere Furche in den Korporationen selber bemerkbar, die die Gefahr einer Spaltung in sich birgt, so daß nicht nur das faschistische Prinzip angegriffen wird, sondern auch das künstlich hergestellte, organisatorische Band zerrissen werden muß, wodurch die beiden Parteien in ihre ursprünglichen Stellungen zurückgetrieben werden. Dieser Prozeß ist kein sehr rascher, aber er ist nicht mehr zu vermeiden. Wir müssen die einzelnen Phasen seiner Entwicklung geduldig abwarten, denn dieser Prozeß wird eine große Erfahrung für das Proletariat sein, das in dem Zusammenbruch des Experiments der Arbeitsgemeinschaft der Klassen einen klaren Beweis für die Richtigkeit unserer Kritik und die Notwendigkeit der unabhängigen Klassenorganisation sehen wird.

Und die Arbeiter werden zu ihren proletarischen Organisationen zurückkehren, die nur geschwächt, nicht aber vernichtet sind.

„Gewerkschaftliche Freiheit."

Nach der systematischen Zerstörung der gewerkschaftlichen Klassenorganisationen und der Arbeitergenossenschaften sahen die wenigen übriggebliebenen Arbeiterorganisationen ihre Reihen stark gelichtet. Doch wäre es ein Irrtum, wollte man denken, daß die Arbeiter die roten Organisationen verlassen haben, um den faschistischen Korporationen beizutreten. Der größte Teil von denjenigen, die den „alten" Organisationen den Rücken kehrten, blieben außerhalb sowohl dieser als auch der neuen Organisationen. Es muß hier darauf hingewiesen werden, daß in den Jahren 1921 und 1922 die Emigration sehr stark war (besonders nach europäischen Ländern) und daß besonders die von der Regierung nicht kontrollierte Auswanderung (vor allem nach Frankreich und Belgien) Tausende von italienischen Arbeitern, die von den wütenden Verfolgungen fliehen mußten, als Arbeitskraft auf den Markt warf. Es muß zugegeben werden, daß eine bestimmte Anzahl von Arbeitern sich spontan den faschistischen Korporationen angeschlossen haben, doch stellen sie nur eine Zahl dar, nicht aber eine proletarische Kraft, denn es sind entweder Elemente, die durch den Hunger gezwungen wurden, ins feindliche Lager überzugehen, oder es sind „deklassierte", verkommene Elemente, die den Industriellen oft vom politischen Faschismus für ihre Betriebe aufgezwungen werden. Diese mit Zwangsmitteln ausgeübte Rekrutierung dauert jetzt noch an, doch trägt sie wenig dazu bei, die faschistischen Korporationen innerlich stark zu machen.

Vor kurzem erschien im „Popolo", dem Organ der Klerikalen Partei, folgende Notiz:

> „In den letzten Tagen hat der faschistische Verband der Hafenarbeiter in Ancona eine schwere Krise durchgemacht, die als eine Auflehnung der Arbeiterklasse gegen das faschistische System betrachtet werden kann."

Der an Zahl sehr starke Hafenarbeiterverband, der unter der Herrschaft der Roten eine der stärksten gewerkschaftlichen Kräfte des Bezirkes darstellte, mußte, als der Faschismus ans Ruder kam, gute Miene zum bösen Spiel machen. Der Verband schloß sich den faschistischen Korporationen an. Wenn

letztere aber auch den Verband absorbiert haben, so ist es der faschistischen Partei doch nicht gelungen, die einzelnen Mitglieder für sich zu gewinnen, obgleich sie ihnen neue Führer gab, die das absolute Vertrauen der Partei genossen. Man tat alles, um eine Assimilation herbeizuführen: zunächst versuchte man es mit Versprechungen, dann mit Zwang, indem man die Arbeiter aufforderte, an allen faschistischen Manifestationen teilzunehmen. Wie leicht vorauszusehen war, erreichte kein Mittel seinen Zweck. Zwar ist ein wichtiger Arbeiterverband vom Faschismus aufgesogen worden, doch sind seine Mitglieder nicht zu Faschisten geworden. Bald entstand unter den Arbeitern des Verbandes Unzufriedenheit, die jedesmal besonders scharf hervortrat, wenn die Hafenarbeiter gezwungen wurden, an politischen Umzügen der Faschisten teilzunehmen.

Als vor kurzem der Jahrestag des „Marsches auf Rom" gefeiert wurde, sollten die Arbeiter wiederum — und zwar mittels Androhung von Strafen — gezwungen werden, an der Feier teilzunehmen. Da in den Feierlichkeiten auch eine religiöse Messe mit inbegriffen war, so sollten die Arbeiter gezwungen werden, auch diese religiöse Feier mitzumachen. Die Arbeiter beschlossen, an der religiösen Zeremonie nicht teilzunehmen, um sich auf diese Weise auch der Pflicht der Teilnahme am Umzug zu entziehen. Das gefiel den Führern nicht; sie hielten es für notwendig, zu Strafmaßnahmen zu greifen, um ihre Herrschaft im Verband zu behaupten. Einige Tage später fand eine Versammlung statt, in der Herr Liverana und der zweite Generalsekretär des Verbandes, Herr Tommasi, referierte, dieser letztere über das Thema: „Gewerkschaftliche Pflichten".

An der Versammlung nahmen etwa 800 Hafenarbeiter teil. Als Tommasi in seinem Referat auf das oben geschilderte Ereignis zu sprechen kam und darauf hinwies, wie notwendig es sei, an den politischen Kundgebungen der Partei teilzunehmen, hielt er es für angebracht, in diesem Zusammenhang mitzuteilen, daß allen denjenigen, die der Feier des ‚Marsches auf Rom' ferngeblieben sind, ihre Arbeit gekündigt werden würde.

Das war das Zeichen für eine sehr geräuschvolle Protestkundgebung von seiten der Arbeiter gegen die Führer des Verbandes. Es erschallten Rufe ‚Es lebe die Freiheit!' man verlangte mit lauter Stimme, daß die Strafmaßnahmen zurückgezogen werden und daß es jedem Verbandsmitglied erlaubt sei, an politischen Kundgebungen teilzunehmen oder nicht, je nach seiner Überzeugung. Schließlich gingen die Arbeiter unter lautem Schreien und Pfeifen auf die Straße, während die Führer, von neuem durch die Rufe: ‚Es lebe die Freiheit!' unterbrochen, die Auflösung des Verbandes verkündeten.

Diese mutige Auflehnung der Hafenarbeiter bedeutet wohl eine stolze Tat — denn die Tatsache der Messe war nur ein Vorwand, um sich gegen das ganze System aufzulehnen — aber auch ein sehr gefährliches Unternehmen, das eine schwierige Lage schaffen und unvermeidliche Repressalien hervorrufen mußte.

In der Tat beschlossen die faschistischen Führer sofort, den Verband durch individuelle Beitrittsmeldungen neu zu gründen, um unliebsame Elemente auszuschalten. Wer aber nicht mehr im Verband ist, dem wird es auch nicht mehr gelingen, Arbeit zu finden.

Ein ähnliches Ereignis hat in Spezia stattgefunden, wo der Ex-Sozialist Professor Rossi, Sekretär des Bezierksverbandes der Kommunalbeamten, alle Mitglieder des Verbandes schriftlich aufgefordert hatte, an der Feier des „Marsches auf Rom" teilzunehmen. Die Kommunalbeamten erschienen jedoch nicht. Der Faschist Rossi versandte hierauf an die Verbandsmitglieder folgenden Brief: „Ich finde keine Worte für das Verhalten der Kollegen, die der gestrigen Feier ferngeblieben sind. Am ersten Jahrestag des Marsches auf Rom haben die Kommunalbeamten Spezias den Wunsch empfinden müssen, sich um das faschistische Banner zu scharen und an der stolzen Feier teilzunehmen. Die Kollegen, die gestern diesen Wunsch nicht empfanden und dem Befehl des Verbandssekretariats nicht nachgekommen sind, haben sich als unserer Sache unwürdig erwiesen. Ich fordere sie auf, sich ein höheres Bewußtsein ihrer Pflicht anzueignen. Ich teile außerdem mit, daß alle gestern abwesenden Kollegen, die sich nicht genügend entschuldigen können, eine Strafe von fünf Lire zu zahlen haben (die vom Gehalt des kommenden Monates abgezogen werden) und daß in Zukunft in ähnlichen Fällen die strengsten Maßnahmen angewandt werden."

Hingegen sind die Faschisten stets in der Minderheit in den internen Kommissionen (Fabrikkomitees), wenn die Arbeiter die Möglichkeit haben, an den Wahlen teilzunehmen. Wo jedoch die Wahlen unter der Kontrolle und dem damit verbundenen Terror der Faschisten vor sich gehen, dort bleibt die Mehrheit der Arbeiter den Wahlen fern, und mit einem geringen Prozentsatz der Stimmen erhalten die Faschisten die Sitze in der internen Kommission.

Sehr bezeichnend war die Wahl im Lancia-Werk in Turin, die vom Metallarbeiterverband jetzt angefochten wird. „Am 28. Oktober" — so teilt der Verband mit — „begaben sich mehrere den faschistischen Gewerkschaften angehörende Arbeiter des Werkes Lancia zur internen Kommission und forderten diese unter Drohungen auf, zu demissionieren. Die Mitglieder der Kommission, die alle zum Metallarbeiterverband gehörten, folgten dieser Aufforderung, um den regelmäßigen Gang der Arbeit nicht zu stören und um Zusammenstöße zu vermeiden, vor allem aber weil sie überzeugt waren, bei der Neuwahl wiedergewählt zu werden. Am 6. November fragte ein Vertreter des Metallarbeiterverbandes bei der Direktion des Werkes telephonisch an, ob der Tag der Neuwahl bereits festgesetzt sei; er erhielt die Antwort, daß man, im Einverständnis mit den faschistischen Gewerkschaftskorporationen, noch zwei bis drei Wochen damit warten wolle. Am 8. November jedoch verlangten die den faschistischen Gewerkschaften angehörenden Arbeiter von der Direktion, daß die Wahlen für den nächsten Tag angesetzt werden. Die Direktion antwortete, daß das Fabrikreglement dies nicht gestatte (Art. 30: acht Tage vor den Wahlen müssen diese bekanntgegeben und die Liste der Wähler und der Wahlkandidaten ausgelegt werden). Aber die faschistischen Arbeiter erklärten, kein anderes Reglement, als ihren eigenen Willen anerkennen zu wollen. Am Morgen des 9. November wurden einige Mitglieder der alten Kommission von den faschistischen Arbeitern benachrichtigt, daß man sie ‚faschistisch' behandeln würde, wenn sie sich als Kandidaten in die Wahlliste eintragen lassen werden, und am Nachmittag desselben Tages — in offenem Gegensatz zu dem, was das Fabrikreglement vorschreibt und ohne jede Kontrolle — schritt man zur Wahl. Um zu zeigen, wie die Wahlfreiheit geachtet wurde, genügt es, darauf hinzuweisen, daß die Arbeiter an einer doppelten Reihe von Faschisten vorbeischreiten mußten und daß selbst ein Mitglied der alten Kommission — unter Androhung von Schlägen — gezwungen wurde, für die faschistische Liste zu stimmen. Selbstverständlich wurde auf diese Weise die innere Kommission des Lancia-Werkes von Faschisten besetzt."

Die italienischen Arbeiter aber, die in die faschistischen Organisationen hineingezwungen wurden, lassen keine Gelegenheit vorübergehen, um zu zeigen, daß sie ein Abgrund von den Prinzipien und Methoden des Faschismus trennt.

In diesen Widersprüchen liegt eine der stärksten Ursachen für die unvermeidliche Krise des Faschismus in Italien.

Deutschlandhilfe

Die Arbeiterhilfe für Deutschland.

** Es sind erst wenige Wochen vergangen, seit das Exekutivkomite der Internationalen Arbeiterhilfe in Aufrufen an die Arbeiter aller Länder die Hilfsaktion für die hungernden Arbeiter Deutschlands begann. Heute ist die Aktion soweit vorgeschritten, daß die von der Internationalen Arbeiterhilfe geleistete Hilfe in ihrem Umfang alles weit übertrifft, was von anderen privaten Organisationen geleistet wird. Über 50 Küchen wurden von der Internationalen Arbeiterhilfe in Berlin und in anderen deutschen Städten gegründet, über 15.000 Arbeiter, Arbeiterfrauen und Arbeiterkinder werden durch die Internationale Arbeiterhilfe täglich gespeist. Man hat zwar in der bürgerlichen Presse auch die Tätigkeit der Internationalen Arbeiterhilfe für das hungernde Rußland nicht völlig totschweigen können. Heute aber vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Zeitungen aller Parteirichtungen von dem Hilfswerk, das die Internationale Arbeiterhilfe für Deutschland leistet, Notiz nehmen müssen.

Der Umfang dieser Hilfstätigkeit für die deutschen Arbeiter hat eine Neuorganisation der Internationalen Arbeiterhilfe notwendig gemacht. Besondere Hilfskomitees der Internationalen Arbeiterhilfe wurden in den einzelnen deutschen Städten gegründet, denen die Aufgabe zufällt, an der Organisierung der Sammel- und Hilfstätigkeit mitzuwirken. Diese Komitees umfassen Vertreter nicht nur beider proletarischen Parteien, sondern auch derjenigen bürgerlich-intellektuellen Kreise, die für das spezifisch proletarische Hilfswerk der Internationalen Arbeiterhilfe Verständnis bezeugen und an ihm teilnehmen wollen.

Es ist selbstverständlich, daß die Tätigkeit der Internationalen Arbeiterhilfe sich grundsätzlich von allen philanthropischen

Unternehmungen bürgerlicher Art unterscheidet. Ganz klar kommt in der Hilfsaktion zum Ausdruck, daß es sich hier nicht um Almosengeben und Almosennehmen handelt, sondern daß hier Arbeiter Arbeitern helfen, daß hier die Solidarität der Arbeiter aller Länder zu einer realen Tat wird — im Interesse des gegenwärtig am schwersten kämpfenden deutschen Proletariats.

Während noch in manchen Schaufenstern Berlins die berüchtigten Plakate kleben: „An Franzosen und Belgier wird hier nicht verkauft", sieht man in einer Berliner Speisestelle der Internationalen Arbeiterhilfe die Bezeichnung „Speisestelle Frankreich der Internationalen Arbeiterhilfe", sehen täglich 250 Proletarier während ihrer Mahlzeit die Inschrift: „Die französischen Arbeiter helfen den deutschen Brüdern". Und sie verstehen auch, worum es sich handelt, wenn es auch zum Teil politisch indifferente Arbeiter sind, die an der Speisung teilnehmen. Mit großem Enthusiasmus stimmten alle zu, als einer von ihnen vorschlug, durch die Internationale Arbeiterhilfe dem französischen Proletariat folgende Adresse zu übermitteln:

„Die in der Speisestelle Frankreich, in Berlin-Weißensee von der Internationalen Arbeiterhilfe gespeisten Proletarier und Proletarierfrauen sprechen den Arbeitern Frankreichs für ihre Hilfe ihren heißen Dank aus. Sie verstehen diese Hilfe nicht als ein Almosen, sondern als einen Beweis der brüderlichen Solidarität französischer Arbeiter, dazu bestimmt, die Kampfkraft des deutschen Proletariats gegen Kapitalismus und Imperialismus zu erhalten. Sie geloben den Arbeitern Frankreichs, sich stets dieser Solidarität würdig zu erweisen und reichen ihnen über alle Grenzpfähle und Bajonette hinweg mit Dank die Bruderhand."

Es sind natürlich in erster Linie die kämpfenden Arbeiter, denen die Internationale Arbeiterhilfe zu helfen sucht. So wie sie während des Buchdruckerstreiks in Berlin einen Teil der Berliner streikenden Buchdrucker speiste, eilte sie in Leipzig den ausgesperrten Metallarbeitern zu Hilfe. 6000 Ausgesperrte werden aus den Mitteln der Internationalen Arbeiterhilfe täglich in Leipzig gespeist.

Wie großen Erfolg auch die Propaganda der Internationalen Arbeiterhilfe in allen Ländern bisher gehabt hat, sie muß weit stärker die Unterstützung aller kommunistischen Parteien des Auslandes finden. Es handelt sich nicht darum — man muß es immer wieder betonen — einzelnen notleidenden Arbeitern aus philanthropischen Gründen zu helfen, es handelt sich vielmehr darum, die Kampfkraft der deutschen Arbeiterklasse zu erhalten. Es handelt sich um die Vorbereitung einer größeren Aufgabe: daß die Arbeiter aller Länder durch brüderliche Solidarität verbunden werden, auch für den gemeinsamen Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus.

Faschismus

Der Faschismus in den Vereinigten Staaten.

Von Earl R. Browder (Chicago).

** Gewaltanwendung gegen die Arbeiterbewegung ist nichts Neues in den Vereinigten Staaten. Seit den ersten Anfängen der Gewerkschaftsbewegung sind außergesetzliche bewaffnete Kräfte von den Unternehmern dazu verwendet worden, die wachsende Macht der Arbeiter zu bekämpfen. „Homestead", „Pullman", „Ludlow" „Mc Kees Rocks", „Lawrence", „Mesaba Range", „Der Stahlstreik", „Herrin" sind nur besonders hervortretende Ereignisse einer andauernden und unnachgiebigen Kriegführung. Der Name Pinkerton, des Organisators von Streikbrecherarmeen, ist schon seit Jahren eine internationale Bezeichnung für Gewaltanwendung gegen Arbeiter geworden. Diese Tradition ist von einem Dutzend würdiger Nachfolger fortgeführt worden, wie Thiel, Burns und anderen. Der Boden Amerikas ist durch Generationen hindurch mit der Vorbereitung der faschistischen Bewegung fruchtbar gemacht worden, die im geschichtlichen Zeitalter des Zusammenbruches des kapitalistischen Systems, den außergesetzlichen Kampf, der gegen die Arbeiterklasse gerichteten Kräfte, zu einer Massenbewegung ausbauen will.

Der Faschismus hat sich im amerikanischen Klassenkampf bisher noch nicht als eine gesonderte Einrichtung bemerkbar gemacht, da es trotz des erbitterten Klassenkampfes noch nicht zu einer weitausholenden und grundlegenden Krise des kapitalistischen Systems gekommen ist und der amerikanische Kapitalismus noch stark, jung und mit seinen Produktivkräften im Wachsen begriffen ist. Die Arbeiterbewegung im allgemeinen ist aber noch völlig von einer Bureaukratie ohne die geringste Spur von Klassenbewußtsein beherrscht, die Ideologie der Gewerkschaftsbewegung ist durchaus mit bürgerlichem Einfluß durchsetzt und stellt auch nicht die geringste Bedrohung des Kapitalismus dar. Die objektive Stärke des Kapitalismus, zusammen mit der subjektiven Schwäche der Arbeiterbewegung, macht noch eine derartige Krise unmöglich, die eine wohlorganisierte und streitbare faschistische Bewegung, vergleichbar den klassischen Banden Mussolinis, hervorbringen würde.

Dennoch ist die Gefahr des Faschismus vorhanden und unter dem Einflusse von Mussolinis Erfolgen im Wachsen. Zweigstellen von Mussolinis eigener Partei werden unter der eingewanderten italienischen Bevölkerung gebildet. Der Ku-Kux-Klan blüht besonders im Süden und mittleren Westen und reicht von seinen Hochburgen, den rückständigen Agrargebieten, bis in die Kreise des Mittelstandes in den Städten. Die amerikanische Legion, ehemalige Soldaten unter der Führung bürgerlicher ehemaliger Offiziere, ist gleichfalls ein mächtiger Vertreter faschistischer Ideologie, trotzdem ihre Entwicklung in dieser Richtung etwas aufgehalten wurde. Die „Minute Men of the Constitution" (ständige Bereitschaft für die Verfassung), die neueste Erscheinung auf dem Gebiete der aufblühenden faschistischen Organisationen, verspricht eine streitbare arbeiterfeindliche Bande auserlesener Mitglieder der Bourgeoisie zu werden. Der Faschismus paßt sich den nationalen und örtlichen Eigenarten entsprechend an und stellt in Aussicht, daß die Arbeiterbewegung herausgefordert wird, ehe noch revolutionäre Vorgänge das Gesellschaftsleben in Amerika erschüttert haben. Die Gegenrevolution in diesem Lande organisiert ihre Kräfte in weitem Vorsprunge vor der Revolution.

Die amerikanischen Arbeiter haben noch keine klare Vorstellung davon, was der Faschismus für die Arbeiterbewegung bedeutet; die kapitalistische Klasse aber hat mühelos den Faschismus als ihren Bundesgenossen erkannt. Richter Gary vom Stahltrust besuchte in diesem Jahre Mussolini und verherrlichte nach seiner Rückkehr ihn und sein Werk. Die Arbeiterbewegung verhält sich mehr zögernd. Gegen die unmittelbaren Zweigstellen von Mussolinis Partei war sie gezwungen, Stellung zu nehmen. Dank der eifrigen Gegenaktion der Gewerkschaften mit starker italienischer Mitgliedschaft, besonders im Kleidungsgewerbe in der Stadt New York, wurde der Antifaschistenbund geschaffen, größtenteils auf Drängen und unter Führung der Kommunisten. Der Antifaschistenbund hat durch seine Propaganda die Faschistenpartei neutralisiert und die amerikanische Arbeiterbewegung wachsam gegen den Faschismus gemacht. Doch bedeutete dies nicht Aktion gegen die Faschistenbewegung amerikanischer Herkunft und amerikanischer Marke.

Welche Verwirrung in den Köpfen der Arbeiter herrscht, zeigte der Kongreß der A. F. of L. in Portland, wo, ohne daß weitere Kreise von Arbeitern den Widerspruch erkannt hätten, der Faschismus an einem Tage in aller Form verurteilt wurde, während am nächsten Tage der Kommandant der amerikanischen Legion eine lange Ansprache hielt, die mit Beifall aufgenommen wurde, und der Kongreß ein förmliches Bündnis mit der Legion guthieß. Auf dem Kongreß der Federation of Labour von Illinois in Decatur im September 1923 stellte deren Vorsitzender, John H. Walker, in seinem Berichte die faschistische Bewegung als eine bloße Erweiterung des wohlbekannten Feldzuges der Kapitalisten für „open shop" (Zulassung Unorganisierter in die Betriebe) hin und forderte zugleich zur Bildung von Stützpunkten der amerikanischen Legion in den Gewerkschaften auf.

Die amerikanische Legion besteht aus ehemaligen Soldaten und wird von ehemaligen Offizieren des amerikanischen Expeditionskorps in Frankreich geleitet. Sie entwickelt sich immer mehr in faschistischer Richtung, hat in zahllosen Städten Streikbruch und Gewalttaten gegen die Arbeiterbewegung verübt und sich bei den Arbeitern verhaßt gemacht. Sie hat Mussolini eingeladen, auf ihrem Kongresse in San Francisco im Oktober 1923 ihr Gast zu sein. Den Gewerkschaften gegenüber hat sie aber frühzeitig ihre Haltung geändert und ihre Politik auf die „Aushöhlung von innen" eingestellt, wobei sie trotz der Behinderung durch den Haß der einfachen Gewerkschaftsmitglieder den Erfolg erzielte, daß der Kongreß der A. F. of L. in Cincinati im Juni 1922 ein offenes Bündnis zwischen der Legion und der Gompers-Bureaukratie schloß. Jetzt, ein Jahr darauf, hat die Legion bereits feste Stützpunkte in den Gewerkschaften dank der Mithilfe der Gewerkschaftsbureaukraten, unter denen sich ohne Zweifel, wie in Italien, künftige Führer der Faschistenpartei heranbilden.

Die „Minute Men of the Constitution" wurden erst im Jahre 1923 organisiert und werden vom Brigadegeneral Charles G. Dawes, dem „Hölle und Maria"-Dawes, geführt, der neben seiner

militärischen Würde ein ehemaliger Budgetexperte in der Verwaltung von Harding und ein Bankier ist, der mit der Central Trust Company in Chicago in Verbindung steht. Die Minute Men sind eine auserlesene Gesellschaft im Gegensatze zur Legion, die, wenngleich von bürgerlichen Elementen geführt, doch mehr Massencharakter hat und daher in ihrer Entwicklung zu einer völlig faschistischen Organisation behindert wurde. Um ihre Massengefolgschaft zu erhalten, war sie gezwungen, einen Kampf um die „Soldatenprämie" vorzutäuschen, woraus aber die klassenbewußte Bourgeoisie die Schranken faschistischer Ausnützung dieser Organisation ersah und daher zur Bildung der Organisation der Minute Men als Sturmtruppen der Gegenrevolution schritt.

In vieler Beziehung von ganz anderer Art ist der Ku-Kux-Klan, die am reinsten einheimische Organisation von 100%igen Amerikanern. Er hat seinen Ursprung und seine Hochburgen in den Agrargebieten, wo er hunderttausende Mitglieder gewann, und wirbt jetzt unter den Handelsangestellten, kleinen Beamten, städtischen Angestellten und anderen Mittelstandselementen besonders in den mittleren Weststaaten, hat aber auch Erfolge bei vereinzelten Gemeinschaften von Arbeitern wie bei Kohlenbergleuten. Er ist nicht nur theatralisch aufgemacht, sondern sehr streitbar und von wachsendem politischen Einflusse. Im Staate Oklahama, der vorwiegend agrarisch ist, aber auch eine große, neu entwickelte Petroleumindustrie und 70.000 Quadratmeilen Grundfläche (mehr als sechsmal soviel wie Belgien) umfaßt, sind Streitigkeiten zwischen dem Klan und dem Gouverneur Walton so weit gediehen, daß der Gouverneur auf mehrere Wochen Ausnahmszustand erklären und mehrere Zehntausende von Soldaten mobilisieren mußte. Im Staate Oregon soll der Klan hinter einer Bewegung zur Abberufung des Gouverneurs stehen, die eine ähnliche Entwicklung zu nehmen verspricht. In vielen Staaten, besonders im mittleren Westen und Süden, wird der Klan zu einem bestimmenden Faktor im politischen und gesellschaftlichen Leben. Der K. K. K. ist eine eigenartige Mischung von Überlieferung, Mummenschanz, Rassenhaß, Provinzialismus und Fanatikertum, erhalten und weitergetrieben durch die ungelösten wirtschaftlichen Fragen breiter Massen und geschickt organisiert, um den verschiedensten privaten und Gruppeninteressen zu dienen. Zur Überlieferung aus der Zeit nach dem Bürgerkriege, als der Klan als eine Waffe zur Niederhaltung der kurz vorher aus der Sklaverei befreiten Neger entstand und aus der er Namen, Ritual, Trachten, Flammenkreuz usw. ableitet, ist nun noch eine wilde antisemitische, antikatholische, „fremden"feindliche, 100%ige amerikanische Propaganda dazu getreten, durchwebt von einem streitbaren, wenn auch nicht genau bestimmten antikommunistischen Geist, der in der Praxis direkt gewerkschaftsfeindlich wirkt.

Trotzdem der K. K. K. dem Namen nach eine zentralisierte Organisation ist, ist er tatsächlich nicht einheitlich und vielfach zersplittert, in einer Gegend scharf für die Prohibition und in der anderen ebenso gewaltsam gegen diese, in einem Gebiete für die Kleinbauern und Kleinpächter, in einem anderen gewalttätig gegen Pächter und Landarbeiter, überall aber von der üblichen faschistischen Gewaltsamkeit, die jedoch im Gegensatz zu der kühnen und offenen Gewalt, deren sich die Faschisten Italiens rühmen, unter der weißen Tracht und Kapuze heimlich ausgeübt wird.

Trotz vieler örtlicher Gegensätze und mancher Widersprüche — die Gompers-Bureaukraten sind für die amerikanische Legion, aber gegen die Faschisten und den K. K. K., viele Abteilungen der Legion sind öffentlich gegen den Klan, Sektionen der Arbeiterbewegungen sind gegen die Legion — zeigt sich doch ein einheitlicher faschistischer Geist. Die Gewerkschaftsbureaukratie spielt bei der Entwicklung des Faschismus eine immer wichtigere Rolle. Auf dem Kongresse der A. F. of Labour in Portland im Oktober 1923 wurde das grundlegende Programm des Gompers-Apparats von Major George L. Berry, Vorsitzendem des Verbandes der Zeitungsleute und hervorragendem Mitglied der amerikanischen Legion, wie folgt, bekanntgegeben:

„Wir von der A. F. of L. treten für vier Hauptgrundsätze ein, die die Industrie beherrschen sollen. Diese sind: Privateigentum, entsprechendes Eigentum für Investitionen, entsprechendes Einkommen der Industrie für Abnützung, und daß alle Arbeiter einschließlich der Betriebsleiter anständig entschädigt werden für das, was sie in die Industrie hineinstecken."

Diese Kundgebung hat begeisterte Zustimmung der Unternehmer und die Billigung arbeiterfeindlicher Organe, wie „Chicago Tribune" und „Journal of Commerce", gefunden. Die Beamten des Vereinigten Verbandes der Bergarbeiter sagten am Schlusse einer Artikelreihe gegen die „rote Gefahr": „Es ist eine Lage, die nicht nur die organisierten Arbeiter, sondern ebenso auch jeden Unternehmer herausfordert. Dies ist eine Gelegenheit, wo der Arbeiter und der Unternehmer einander sehr gut die Hände reichen und zusammen kämpfen können statt gegeneinander." Viele Handlungen sind in diesem Geiste schon unternommen. Berry hatte knapp vor dem Kongreß von Portland einen Streik der einfachen Mitglieder seiner Gewerkschaft in New York gewaltsam gebrochen, der Kongreß schloß Wm. F. Dunne, einen kommunistischen Delegierten, aus, die Beamten der Bergarbeiter haben mit der „British Empire Steel Corporation" zusammen den Streik in Nova Scotia gebrochen; dieselbe Bande hat die heldenhaften Bergarbeiter von Herrin (Illinois) wegen ihres Widerstandes gegen die bewaffneten Kräfte während des großen Streiks im Jahre 1922 denunziert und vorgeschlagen, der Regierung bei deren Bestrafung behilflich zu sein, obgleich die Angeklagten schon von den kapitalistischen Gerichten freigesprochen waren. Die „sozialistischen" Verbände schließen sich dem großen Feldzuge an, und der von der SP. geleitete Internationale Damenkleiderverband folgt am stärksten den Spuren von Gompers; die Kommunisten werden hinausgeworfen und ganze Verbände mit Vernichtung bedroht, wenn sie sich nicht der faschistischen Diktatur beugen.

Angesichts dieser Vorgänge und der wüsten Hetze gegen die Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale haben wir allen Grund anzunehmen, daß mit dem Wachsen der revolutionären Bewegung in Europa und dem Steigen der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise, mit der Verschärfung des Klassenkampfes und der Zunahme der Macht der Roten Internationale in den Reihen der einfachen Gewerkschaftsmitglieder — die amerikanischen Faschisten bald Wirklichkeit und in bezug auf Gewalttätigkeit und Roheit mit den klassischen Vertretern des Faschismus in Italien in erfolgreichen Wettbewerb treten werden.

Aus der Internationale

Erklärung der Kommunistischen Partei Bulgariens.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Bulgariens (engherzige Sozialisten) erklärt, daß die Haltung, die der als Kommunist gewählte Abgeordnete Dr. Nikola Sakaroff in seiner Rede in der Parlamentssitzung vom 24. Dezember gelegentlich der Debatte über die Antwort auf die Thronrede eingenommen hat, mit der Stellungnahme der Kommunistischen Partei zu den berührten Fragen nichts gemein hat, sondern im Gegenteil, zu dieser im vollen Widerspruch steht.

Die Kommunistische Partei Bulgariens verbleibt weiter eine Sektion der Kommunistischen Internationale. Ihr Vertreter in der Internationale ist auch heute noch Genosse Wassil Kolaroff. Die Genossen Wassil Kolaroff und Georgi Dimitroff waren während der Septemberaufstände nicht auf eigene Faust, sondern als Mitglieder des Zentralkomitees und in seinem Namen, in vollem Einklang mit der Taktik der Partei, tätig. Die Kommunistische Partei leugnet nicht ihre Teilnahme an dem Septemberaufstande. Die Volksmassen waren provoziert und gezwungen worden, um ihrer Selbstverteidigung willen zu den Waffen zu greifen. Die Kommunistische Partei griff ein und stellte sich an die Spitze der Bewegung, um sie, so weit dies bei ihrem elementaren Charakter getan werden konnte, zu organisieren und ihr ein klares und richtiges Ziel zu geben: Sturz der bürgerlichen Staatsstreichregierung und Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung. Die gesamte Verantwortung für die Provozierung des Aufstandes und für die darauf folgenden blutigen und barbarischen Untaten schreibt die Partei zur Gänze der Regierung zu.

Durch seine Rede gegen die Partei hat sich Dr. Nikola Sakaroff selbst außerhalb der Reihen der Kommunistischen Partei gestellt. Durch sein Verhalten hat er Verrat an der Partei und an den werktätigen Massen verübt. Daher schließt ihn das Zentralkomitee aus der Partei aus und fordert ihn auf, sein Abgeordnetenmandat, das ihm von den Wählern des Kreises Sistoff als Kandidaten der Partei anvertraut worden ist, niederzulegen.

Das Zentralkomitee erklärt, daß jeder Abgeordnete, der im Parlamente die Stellungnahme des Dr. Sakaroff oder andere parteiwidrige Anschauungen vertreten sollte, als aus der Kommunistischen Partei ausgetreten betrachtet werden wird.

Das Zentralkomitee der KPB.
(engherzige Sozialisten).

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

[illegible] Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 3. 8. Januar

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Große Koalition in Sachsen. Von Böttcher 17

Deutschland.

Ein genossenschaftlicher Ernährungskongreß in Deutschland. Von Schröder 18

Politik.

Das „konsolidierte" Horthy-Ungarn. Von Landler . . . 19

Wirtschaft.

Die russisch-englischen Wirtschaftsbeziehungen. Von Bittel 21

Arbeiterbewegung.

Neue Pläne der Klassenarbeitsgemeinschaft in den Vereinigten Staaten Nordamerikas. Von Browder . . . 22

Proletarische Frauenbewegung.

Zur Frauenbewegung in China. Von Hsiany. 23

Aus der Internationale.

Die Kommunistische Balkanföderation zu den Vorfällen in der KPB. 24

Aufrufe.

Der Internationale Bauernrat an die Bauern der ganzen Welt 24

Große Koalition in Sachsen.

Von Paul Böttcher.

Dresden, 4. Januar.

** Die Sozialdemokratie hat am 4. Jänner in Sachsen die Große Koalition mit dem Bürgertum geschlossen. Der ehemalige „königliche" Minister und Sozialdemokrat Heldt wurde mit 25 sozialdemokratischen sowie mit sämtlichen demokratischen und volksparteilichen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. 15 linke sozialdemokratische Abgeordnete gaben eine Erklärung gegen ihren Parteikandidaten Heldt ab und verließen vor der Abstimmung den Saal. Dittmann, Wels und Ebert haben mit Hilfe ihrer sächsischen Werkzeuge den Staatsstreich gegen die Arbeiter innerhalb der eigenen Partei geführt. Auf Befehl der Ebert-Clique wurde der Kampf für die Erhaltung der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung von der VSPD. verhindert. Dieselbe Clique organisierte den Verrat des Fellisch-Kabinetts. Jetzt hat sie ihren dritten Streich geführt und gegen „das halbe Dutzend junger Redakteure und Schullehrer" die Große Koalition in Sachsen durchgesetzt. Damit hat die Sozialdemokratie die Befehle der Militärdiktatur gehorsam erfüllt und zu ihrem Oktoberverrat den Schlußstein gesetzt.

Die herrschende Klasse begrüßt den Verrat der sozialdemokratischen Führer als „eine politische Tat". Die faschistischen „Leipziger Neuesten Nachrichten" feiern bereits den Burgfrieden und preisen in hohen Tönen die staatsmännische Weisheit der sozialdemokratischen Führerclique:

> „Aus den sozialdemokratischen Erklärungen der Herren Wirth und Heldt klang seit langer Zeit zum ersten Male wieder der Ton der Volksgemeinschaft heraus; nichts von Klassenhaß, Klassenkampf und sonstigen Phrasen, die gerade unser Volk so tief ins Unglück geführt haben. Auch die Reden des demokratischen und volksparteilichen Abgeordneten waren auf den versöhnlichen Ton gestimmt, den die Stunde erheischt."

Noch ehe die Regierungserklärung zusammenkompromisselt ist, hat bereits Herr Heldt den bürgerlichen Parteien wissen lassen, daß er ein treuer Knecht der Arbeitsgemeinschaft und des Burgfriedens sein wird.

Die Sozialdemokratie hat ihr offenes Bündnis mit dem faschistischen Klassenfeind mit der Notwendigkeit begründet, „die Republik zu erhalten und zu schützen". Unverhohlen bekennen sich die sozialdemokratischen Faschisten zum sozialen Inhalt der Ebert-Republik. Die Politik des Ausnahmezustandes und der Ermächtigungsgesetze wird von der „Opposition" der VSPD. in Sachsen offiziell aufgenommen. Die rechte Führerclique führte den parlamentarischen Handstreich zwei Tage vor dem sozialdemokratischen Landesparteitag, der über die Taktik der Partei entscheiden sollte. Formell und politisch hat sich die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion über die Beschlüsse ihrer Parteimitglieder hinweggesetzt. Es sind jene Führer, die sich in ihren Parteibezirken im Lande vor der Arbeiterschaft als „Opposition" gegen die Politik der Reichstagsfraktion vorstellen. Eine Führerclique, der die Beschlüsse ihrer eigenen Parteimitglieder nichts gelten, pfeift naturgemäß auf die Interessen des gesamten Proletariats. Die Bildung der Großen Koalition in Sachsen bringt die Tatsache zum Ausdruck, daß die sozialdemokratischen Führer nicht zum Proletariat gezählt werden können. Die „proletarische Mehrheit" im sächsischen Landtag mußte sich dem General und der Großen Koalition unterwerfen. Warum? Weil diese proletarische Mehrheit nur eine Fiktion ist. Denn die sozialdemokratische Mehrheit dieser proletarischen Mehrheit ist leider vom Proletariat gewählt worden, befindet sich jedoch politisch im Lager der Konterrevolution. Aus diesem Grunde kann die proletarische Mehrheit nicht zur Geltung kommen. Eine proletarische Mehrheit im Parlament ist erst dann proletarisch, wenn sie geschlossen revolutionär auftritt, das heißt wenn sie die Krise des Kapitalismus mit revolutionären Mitteln löst, den bürgerlichen Parlamentarismus durch die Diktatur des Proletariats und seine Organe, die politischen Arbeiterräte, ersetzt.

Die Kommunisten haben im sächsischen Landtag erklärt, daß sie auch nach Neuwahlen eine sozialdemokratische Minderheitsregierung nicht unterstützen werden. Diese Erklärung ist die einzig richtige Antwort auf die Zerstörung der proletarischen Einheitsfront unten, durch die sozialdemokratischen Führer oben. Seit 1920 unterstützen die Kommunisten in Sachsen sozialdemokratische Minderheitsregierungen. Die sozialdemokratischen

Arbeiter waren einverstanden, als die Kommunisten die rechte Führergarnitur durch den Sturz des Kabinetts Buck-Lipinski im Frühjahre 1923 beseitigten. Die sozialdemokratischen Arbeiter setzten an die Stelle der als Feinde des Proletariats erkannten Führer neue, „linke" Führer. Diese Linken haben sich im letzten Jahre selbst abgesägt. Das Vertrauen ihrer Anhänger wurde durch ihre schwankende Politik der Halbheit und des Überlaufens in das konterrevolutionäre Lager getäuscht und mißbraucht. Der politischen Fragestellung, revolutionäre oder reformistische Lösung der Krise, wichen die Linken feige aus. Sie unterschieden sich von den Rechten nicht dadurch, daß sie die Macht der herrschenden Klasse beseitigen wollten, sondern sie wollten zur Erhaltung der kapitalistischen Herrschaft im Gegensatze zu den rechten Führern nur eine andere Methode. Die Linken hofften, die Bourgeoisie mit Hilfe der Kommunisten auf dem Wege über Neuwahlen retten zu können. Diese Hoffnungen haben ihnen die Kommunisten durch ihre klare Stellungnahme zerschlagen. Nach dem Siege der faschistischen Diktatur, nach dem Zusammenbruche der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus ist eine Arbeiterregierung vom Boden der Demokratie aus nicht mehr möglich. Selbst die kleinste Reform auf sozialem Gebiete, sei es in der Frage der Arbeitszeit oder Arbeitsdienstpflicht, in der Erwerbslosen- oder Lohnfrage, beim Beamtenabbau oder Steuersystem, überall wird sofort die Machtfrage aufgerollt. Die Machtfrage muß aber heute auf dem Boden der bürgerlichen Diktatur ausgefochten werden. Die Sozialdemokraten, die erklären, vom „Rechtsboden" aus gegen die Militärdiktatur ankämpfen zu wollen, verschleiern hinter dieser Frage nur ihre Passivität und Feigheit. Das Proletariat steht im Klassenkampfe in der gegenwärtigen Zeit außerhalb jeden „Rechts". Nur durch bewußte Zertrümmerung der bürgerlichen unrechtmäßigen Herrschaft kann sich das Proletariat sein Recht erobern. Das geschieht dadurch, daß es der bürgerlichen seine eigene Diktatur entgegensetzt.

Der Landesparteitag der VSPD. am 6. Jänner wird keine Lösung der Krise bringen. Die linken Abstinenten haben in ihrer Erklärung bei der Wahl des Ministerpräsidenten gesagt, daß sie die Entscheidung des Landesparteitages am 6. Jänner abwarten wollen. Inzwischen haben sie ein Volksbegehren auf Auflösung des Landtages gestellt. Weder durch eine „Reinigung" in der Führerschaft noch durch ein parlamentarisches Manöver wird die sächsische Dauerkrise entschieden. Das proletarische Sachsen ist ein geschichtliches Musterbeispiel für die Unmöglichkeit, erstens mit Hilfe parlamentarischer Mittel auch nur tiefgehende Reformen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft durchzuführen, und zweitens mit der sozialdemokratischen Partei gemeinsam eine aktive proletarische Klassenpolitik zum Sturz der bürgerlichen Gesellschaft zu betreiben.

Die gesamte Arbeiterschaft, und vor allen Dingen die sozialdemokratische, muß aus diesen Lehren die Konsequenzen für die aktuelle Politik ziehen. Der Märzparteitag 1923 der sächsischen VSPD. hatte die Frage Koalitionsregierung oder Arbeiterregierung zu entscheiden. Die Massen entschieden damals für Arbeiterregierung. Die Führer verrieten die Massen in dem Augenblick, als es galt, den Kampf um die Arbeiterregierung durch Massenaktionen aufzunehmen. Der Dezemberparteitag sanktionierte diesen Verrat. Der sozialdemokratische sächsische Jännerparteitag 1924 findet die obige Frage durch die Geschichte liquidiert. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die sich auf diesem Jännerparteitag wieder für die Einheitsfront mit den Kommunisten entscheiden, sie müssen sich entscheiden für die Diktatur des Proletariats. Die linken Sozialdemokraten stehen auf diesem Parteitag nicht vor der Frage Koalition oder Arbeiterregierung, sondern vor der Entscheidung über bürgerliche oder proletarische Diktatur. Wird diese Frage auf dem Landesparteitage diskutiert und entschieden, dann bedeutet das praktisch die Spaltung der sozialdemokratischen Partei*). Nur wenn die sozialdemokratischen Arbeiter den Mut finden, diesen Weg zu gehen, hat der Parteitag für die Geschichte des sächsischen Proletariats Bedeutung. Fehlt dieser Mut zur Entscheidung, dann kommt nichts heraus, als ein komödiantenhaftes Führergezänk, von dem man mit Heine sagen kann: „Mich will bedünken, der Rabbi und der Mönch, sie beide täten stinken!"

*) Nach den letzten Nachrichten ist der Landesparteitag, nach der Abstimmung zur Frage der Großen Koalition, von den in der Minderheit gebliebenen Koalitionsfreunden gesprengt worden.

Das Koalitionskabinett Heldt ist in seiner Zusammensetzung noch nicht endgültig fertig. Es ist ermöglicht worden durch die stärksten Konzessionen der Sozialdemokraten an die bürgerlichen Parteien. Die Deutschnationalen beteiligen sich an dem Kabinett nicht, weil sie ein bürgerliches Kabinett verlangen. Die Wirkungen der Großen Koalition werden, in Verbindung mit der Militärdiktatur, das sächsische Proletariat doppelt schwer belasten. Die Arbeiterschaft Sachsens hat es in der Hand, dafür zu sorgen, daß dieses Koalitionskabinett nur eine Episode sein wird. Wie lange diese Episode dauert, hängt davon ab, in welchem Tempo die Mehrheit der sächsischen Arbeiterklasse sich unter der Führung des Kommunismus zum Widerstande gegen die bürgerliche Diktatur sammelt. Die Gemeinderatswahlen, die am 13. Jänner in ganz Sachsen stattfinden, werden ein Gradmesser für dieses Tempo sein. Die sächsischen Gemeinderatswahlen kommen in ihrer politischen Bedeutung den Landtagswahlen gleich. Der politische Wert des Wahlausganges wird noch gesteigert durch die Tatsache, daß diese Gemeinderatswahlen die ersten Wahlen unter dem Ausnahmezustand sind; es sind außerdem die ersten Wahlen nach dem Verbot der Kommunistischen Partei. Im Anschlusse an die sächsischen Gemeinderatswahlen finden im Februar Landtagswahlen in Thüringen und Mecklenburg statt. Das sächsische Proletariat führt das Vorgefecht für alle diese Wahlkämpfe. Der Koalitionsverrat der sächsischen Sozialdemokratie zeigt der Arbeiterschaft, daß es notwendig ist, endgültig mit dieser Partei zu brechen, diese Partei zu zertrümmern und die Arbeiterklasse unter die rote Fahne des Kommunismus zu vereinigen. Geschieht dies, dann hat tatsächlich die Totenglocke der bürgerlichen Gesellschaft geschlagen und das Gespenst der proletarischen Diktatur wird Fleisch und Blut werden.

Deutschland

Ein genossenschaftlicher Ernährungskongreß in Deutschland.

Von Otto Schröder (Weißenfels).

** Innerhalb der deutschen Konsumvereinsbewegung ist schon seit den ersten Jahren des Bestehens des „Zentralverbandes deutscher Konsumvereine" (1903) eine Opposition vorhanden. Es sind genau dieselben Gegensätze, die innerhalb des Internationalen Genossenschaftsbundes und innerhalb der sozialistischen Internationale (II. Internationale) eine große Rolle spielten. Nämlich, ob die Genossenschaften Organisationen sind, die eingestellt sind auf die Arbeiterinteressen und auf die sozialistische Arbeiterbewegung; ob also die Genossenschaften Faktoren im Klassenkampf des Proletariats sind! Oder ob die Konsumvereine Organisationen der Allgemeinheit sein, die, eng begrenzt, den Verbrauchern aller Richtungen dienen sollen und in den großen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen unserer Zeit „Neutralität" zu bewahren haben.

Diese Frage war auf einer großen Anzahl von Genossenschaftstagungen die Entscheidende. Sie wurde auch in umfangreichen Diskussionen auf dem internationalen Sozialistenkongreß 1910 in Kopenhagen erörtert. Als die eifrigsten Verfechter der politischen „Neutralität" erwiesen sich stets die deutschen Genossenschaftsführer, und in Kopenhagen war der bekannte deutsche Gewerkschafter und Genossenschafter v. Elm der Führer der Neutralitätsgruppe. Aber auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie haben heftige Kämpfe stattgefunden, und man braucht nur die Namen Fleißner, Wurm und Göhre zu nennen, um den Kennern der Genossenschaftsgeschichte diese Kämpfe in Erinnerung zu rufen.

Es ist selbstverständlich, daß seitdem die Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der „Neutralität" und denen des Sozialismus nicht aufgehört haben. Aber seit Kriegsende ist eine Veränderung in der Art eingetreten, daß die Auseinandersetzungen nicht nur zwischen den Führern stattfinden, sondern sich eine breite Front der Mitgliedermassen selber aktiv beteiligt. Es ist bekannt, daß sowohl die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD.) als auch die „verbotene" Kommunistische Partei (KPD.) die Genossenschaftsarbeit in ihre Parteiarbeit eingegliedert hatten und beiderseits Zeitschriften herausgaben („Die sozialistische Genossenschaft", Greiz, und „Der kommunistische Genossenschafter", Berlin), die in proletarischer Opposition zum Zentralverband standen. Auf

den letzten Genossenschaftstagungen und insbesonders in zahlreichen örtlichen Generalversammlungen ist es oft zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen.

Seit einiger Zeit steuert die Opposition auf ein konkretes Ziel los, nämlich auf die Veranstaltung eines genossenschaftlichen Ernährungskongresses. Diese Bewegung wurde eingeleitet durch einen Aufruf von 22 Konsumvereinen, der Mitte Oktober erschien — zu einer Zeit, wo „das große Sterben der deutschen Konsumvereine" begann — und ist von bekannteren Konsumvereinen unterzeichnet, wie Halle, Gotha, Remscheid, Weißenfels, Limbach, Velbert usw. In dem Aufruf wurde auf die furchtbare Lage, in der sich das deutsche Proletariat befindet, die eine Ernährungskatastrophe bedeutet, hingewiesen und festgestellt, daß in dieser Situation die Konsumvereine, die die Ernährung der Arbeiterschaft sicherstellen müßten, selber am Ende ihrer Kraft sind. Weiter sind eine Reihe Forderungen aufgestellt, die dem Proletariat und insbesonders den Konsumvereinen — wenn sie verwirklicht werden — aus ihrer katastrophalen Lage helfen. Um bei dem Rettungswerk zu einer entscheidenden Tat zu kommen, wurde ein Ernährungskongreß aller Arbeiterparteien, Gewerkschaften, Konsum- und Produktionsgenossenschaften gefordert.

Der Aufruf löste innerhalb der Genossenschaftskreise eine spontane Bewegung aus, und schon einige Tage nach seiner Veröffentlichung fand in Leipzig eine vorbereitende Konferenz für den Ernährungskongreß statt, die von 29 Geschäftsführern, 16 Aufsichtsräten, 2 Sekretären und 3 Betriebsräten beschickt war. Auf der Tagesordnung standen zwei Referate der Genossen Ertinger und Eitzen. Außer einer Resolution — die einstimmig angenommen wurde — wählte die Konferenz eine vorbereitende Kommission für den Ernährungskongreß, die aus drei sozialdemokratischen und einem kommunistischen Geschäftsführer bestand. Die Kommission hatte, nachdem sie sich mit verschiedenen Rundschreiben an die Konsumvereine und übrigen Arbeiterorganisationen gewandt hatte, und nachdem eine Reihe Zustimmungserklärungen von Konsumvereinen, den landwirtschaftlichen Genossenschaften, dem Reichsausschuß der Betriebsräte usw. eingegangen waren, für Sonntag, den 2. Dezember, den Kongreß nach Weißenfels eingeladen.

Erfreulich ist, daß sich bei dieser Bewegung nicht nur — wie es erstimmer der Fall war — die kommunistischen Genossenschafter beteiligten, sondern daß auch sozialdemokratische Genossenschafter ihre Stimme für den Kongreß erhoben und an den Vorarbeiten teilnahmen. Dies bewies sowohl die Konferenz in Leipzig — die in ihrer Mehrheit von Sozialdemokraten beschickt war — als auch die Briefe einer Reihe Konsumvereine, die nicht unter kommunistischem Einfluß stehen. Ganz anders hingegen wurde die Forderung von den Zentralverbandsinstanzen in Hamburg aufgenommen. Sie haben weder den Aufruf noch das Einladungsschreiben zur Konferenz in der Fachpresse veröffentlicht, aber dafür eine systematische Hetze gegen den Kongreß veranstaltet. Sie sind so weit gegangen, in einer Bekanntmachung der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" vom 24. November „Gegen den Mißbrauch der Konsumvereine durch politische Parteien", den Kongreß als eine „Veranstaltung im Interesse der kommunistischen Partei" zu denunzieren, weil sie wußten, daß durch diese Denunziation der Kongreß in einer Zeit der staatlichen Kommunistenhetze zur Unmöglichkeit wurde. In Hamburg kann man einen neuen „Erfolg" buchen: die Zentralverbandsinstanzen mit der Militärdiktatur Arm in Arm gegen die proletarische Opposition. Vom Wehrkreiskommando 4 in Dresden wurde die Genehmigung für den Kongreß am 2. Dezember versagt.

Wie dieser Widerstand des Zentralvorstandes aufgenommen wird, zeigt eine Resolution, die in einer überfüllten Generalversammlung unseres Konsumvereines mit großer Mehrheit angenommen wurde:

> „Die Generalversammlung begrüßt auf das lebhafteste, daß der Weißenfelser Verein die Führung der Gruppe der 22 Konsumvereine übernommen hat, die zur Rettung der Genossenschaftsbewegung und zu einer wirksamen Hilfe im Ernährungskampfe des Proletariats einen Ernährungskongreß einberufen werden. Daß sich diesmal zahlreiche neue Konsumvereine beteiligen wollten, ist ein erfreuliches Zeichen für die unbedingte Richtigkeit des Wollens der proletarischen Opposition.
>
> Umso empörter ist die Generalversammlung über den Vorstand des ‚Zentralverbandes deutscher Konsumvereine' in Hamburg, der diesmal nicht nur die übliche Sabotage gegen alles, was Opposition bedeutet, geübt hat, sondern — wie seine Bekanntmachung vom 24. November in der ‚Rundschau' beweist — in seiner Erregung so weit gegangen ist, diesen Kongreß als eine parteipolitische Veranstaltung der Kommunisten zu denunzieren, weil hierdurch in der Zeit der staatlichen Kommunistenhetze die Abhaltung der Konferenz zur Unmöglichkeit wurde. Inzwischen ist die KPD. bereits von der Militärdiktatur Seeckts verboten worden. Die Generalversammlung protestiert auf das entschiedenste gegen diese Vergewaltigung der revolutionären Arbeiterbewegung!
>
> Die Generalversammlung fordert die Verwaltung des Konsumvereins auf, weiter zu marschieren auf ihrer alten Linie für eine klassenbewußte proletarische Genossenschaftsbewegung, damit die Konsumvereine endlich aufhören, die verräterische Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten fortzusetzen und sich restlos einstellen auf einen energischen und konsequenten Kampf zusammen mit sämtlichen Arbeiterorganisationen für die Ernährung des Proletariats und zur Eroberung wirtschaftlicher und politischer Machtpositionen für die Arbeiterklasse."

*

Auch von anderen Vereinen wird mit aller Energie an dem Kongreß festgehalten, weil er als Symbol gebraucht wird für eine rettende Aktivität aus einer Situation, die durch ihre Unentschlossenheit und ein gefährliches Sichtreibenlassen gekennzeichnet ist. In einer Besprechung von Vertretern der 22 Konsumvereine ist ein Protest gegen die Bekanntmachung des Zentralvorstandes beschlossen worden und die vorbereitende Kommission hat sich nochmals an den Zentralvorstand wegen der Beteiligung an dem Kongreß gewandt. Vom Konsumverein Halle ist der vorbereitenden Kommission die Zeitung zur Verfügung gestellt zur geistigen und organisatorischen Förderung des Kongresses, und die erste Nummer der Genossenschaftszeitung ist bereits erschienen. (Bezug durch das Sekretariat des Allgemeinen Konsumvereins, Halle an der Saale.)

Der Kongreß, der durch das Verbot des Wehrkreiskommandos verschoben worden ist, soll in den nächsten Wochen stattfinden. Für die Genossenschaftsbewegung wird er eine Art Ventil bedeuten, um die aufgespeicherten Sprengungen „ungefährlich" zur Entladung zu bringen. Der Zentralverband wird sich gründlich überlegen müssen, ob er nicht noch in letzter Minute kehrt macht und mit der Opposition gemeinsam die Lebensfragen der Konsumvereine und des Proletariats löst; andernfalls wird er auf seine „Führerrolle" bald gänzlich verzichten müssen.

Politik

Das „konsolidierte" Horthy-Ungarn.

Von Eugen Landler.

Die Frage der ausländischen Anleihe.

** Die jetzt vor dem Abschlusse stehende ausländische Anleihe und die jüngsten Bombenattentate rücken die ungarische Frage wieder in den Vordergrund. Die gegenwärtige Horthyregierung wurde von der ausländischen Anleihesachverständigenkommission als Vertreterin der Großagrarier und des ungarischen Finanzkapitals eingeschätzt. Die ungarische bürgerliche Opposition und die Sozialdemokratie brandmarkten diese Regierung in den letzten Wochen — immer aber in sehr loyalem Tone — als die Führerin der Desorganisationstendenzen und die stillen Kompagnons der Erwachenden Magyaren. Die letzte Einschätzung widerspricht nur scheinbar der ersteren. In einem Lande, in dem es möglich war, die Diktatur des Proletariats zu errichten und monatelang aufrechtzuerhalten, ist es schon eine Höchstleistung der siegreichen Konterrevolution, daß sie neben den kapitalistischen Desorganisationstendenzen auch kapitalistische Konsolidierungstendenzen aufzeigen kann.

Worin besteht der ungarische Konsolidierungsprozeß, den die Sachverständigen konstatierten und als gut fundierte Grund-

lage der Völkerbundanleihe akzeptierten? Sie stellten fest, daß trotz des Sturzes der Habsburger, trotz der gewesenen Räteherrschaft und, trotzdem die siegreiche Gegenrevolution anscheinend das städtische Kleinbürgertum, die Mittel- und Kleinbauern und die deklassierte ungarische Gentry begünstigte, in Ungarn eine nicht hoch genug einzuschätzende Tendenz, den Großgrundbesitz wieder zur Herrschaft zu bringen, vorhanden ist und daß im Bunde mit dieser Tendenz das Finanzkapital ungeheuren Einfluß auf das ungarische Wirtschaftsleben gewonnen hat.

Was bedeutet diese Feststellung? Vor der Diktatur war Ungarn das klassische Land der Latifundien. Der Großgrundbesitz besaß beinahe die wirtschaftliche und politische Alleinherrschaft. Trotz dieser Struktur vollzog sich in den letzten Jahrzehnten in Ungarn eine großzügige Industrialisierung, worauf Engels schon in den neunziger Jahren aufmerksam machte (Vorwort zu „Klassenkämpfe in Frankreich"). Dieser Einfluß erreichte im agrarfeudalem Ungarn während des Krieges einen enormen Höhepunkt. Die Räteherrschaft hat den Großgrundbesitz nicht zerschlagen. Die siegreiche Konterrevolution konnte — trotz Vorspiegelung falscher Tatsachen — namentlich trotz antikapitalistischer und ursprünglich antigroßagrarischer Parolen, das Zurgeltungkommen der tatsächlichen wirtschaftlichen Macht des Großgrundbesitzes in Ungarn keineswegs verhindern.

Ebenso steht es in Ungarn mit der Machtposition des Finanzkapitals. Ungarn hatte eine verhältnismäßig stark entwickelte Großindustrie, die vom Bankkapital beherrscht wird. Das verkleinerte Ungarn hat mehr als 60% seiner ursprünglichen Grundfläche verloren, aber mehr als 70% seiner Großindustrie behalten. Die Großagrarier haben schon jahrzehntelang sehr rege persönliche und materielle Verbindungen mit dem Finanzkapital, das seinen Einfluß auch auf landwirtschaftlichem Gebiete ausübte. Die Räteherrschaft verursachte dem Finanzkapital starken Schaden, die unmittelbaren Auswirkungen verspürte es noch lange, und auch die rumänische Besatzung lähmte lange seinen Einfluß. Auch die erste Zeit des weißen Terrors begünstigte die Stärke seines Einflusses keineswegs. Die blödsinnige Parole: „Vernichtung des Kapitals und der Großindustrie, Herstellung des christlichen Kleinbetriebes durch christliche Staatsunterstützung!" konnte aber keinesfalls dauernd hindernd wirken. Die Unterstützung Horthy-Ungarns durch die internationale Reaktion, die Rückständigkeit der Industrie in Rumänien und Jugoslawien und das Vorkommen gewisser Rohmaterialien begünstigten die weitere Industrialisierung Horthy-Ungarns und auch den Einfluß des Finanzkapitals. Tatsächlich konnte man schon Anfang 1923 feststellen, daß eine einzige Großbank, die Rothschildsche Kreditbank, 152 der größten Industrieunternehmungen beherrscht. Im Jahre 1923 wurden von den Banken 220 Fabriken in Ungarn gegründet, und zwar 70 Textil-, 52 chemische, 30 Ziegel-, 45 Ernährungsmittel-, 48 Eisen- und Metall-, 28 Papier-, 10 Möbel-, 16 Leder-, 5 Glas-, 5 Bürsten- und 2 Edelmetallfabriken.

Diese Tatsachen, diese von der ausländischen Kommission konstatierten und von der bezahlten ausländischen Presse großgezogenen Konsolidierungstendenzen, beweisen, daß sich die wirtschaftlichen Kräfte auch in Horthy-Ungarn mit Naturnotwendigkeit durchsetzen. Bedeuten sie aber gleichfalls, daß die durch Krieg, proletarische Revolution und Gegenrevolution hervorgebrachten und umgestalteten Kräfte und die von diesen Kräften geleiteten Tendenzen beseitigt wurden?

Eine gedrängte Darstellung der anderen Seite wird jedermann davon überzeugen, daß dies keineswegs der Fall ist.

Im verkleinerten Ungarn blieb das Verhältnis des Großgrundbesitzes zum Klein- und Mittelbesitz fast dasselbe. Die mittelalterlichen Überbleibsel wirken sich noch mehr aus. Von den in der Landwirtschaft beschäftigten Erwachsenen beträgt, zusammen mit den Landarbeitern, 1,300.000 die Zahl derjenigen, die vom Ertrage des eigenen Bodens sich und ihre Familien nicht erhalten können; mit den Minderjährigen und arbeitsunfähigen Familienmitgliedern zusammen macht diese Schichte die Hälfte der gesamten Bevölkerung aus. Die Schichte der mittleren und kleinen Landwirte ist in Ungarn zahlenmäßig die größte besitzende Klasse. Vor dem Kriege vollkommen verschuldet und unorganisiert, war sie politisch in das Schlepptau der Großagrarier geraten. Während des Krieges bezahlten sie ihre Schulden mit billigem Gelde bei enorm hohen Getreidepreisen und machten sich so wirtschaftlich unabhängig. Die Diktatur wollte sie neutralisieren, die Gegenrevolution begünstigte sie in der ersten Zeit mit allen Mitteln. Sie waren die stärkste Stütze der Gegenrevolution und glaubten nicht nur selbst, sondern erweckten auch nach außen den Anschein, die führende Klasse der Gegenrevolution zu sein. Was aber kein Schein ist: Diese Klasse ist in der Nachkriegszeit nicht dieselbe Klasse wie vor dem Kriege. Die Gegensätze verschärfen sich um so mehr, als diese Schichte sich nur eines einzigen bewußt ist, daß eine Konsolidierung im Geiste des Großgrundbesitzes und des Finanzkapitals eine ungeheuere Belastung für sie und das Verschwinden ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit bedeuten würde. Dagegen wehren sie sich mit allen Kräften. Das ganze Wesen des ungarischen Parlamentarismus und der Leitung der Regierungsgeschäfte besteht eben darin, daß einmal die Bauernpartei hinter den Kulissen ihre Erpressungsmanöver gegen die Großagrarier, ein anderes Mal diese die ihrigen gegen die Bauernpartei durchführen. Vielleicht könnte die wirtschaftlich stärkere Kraft die Bauern niederringen. Diese Kraftprobe würde aber katastrophal wirken. Es könnte dann eine viel ernstere Partei der Kleinbauern entstehen. Und eben, weil Ungarn eine ernste proletarische Diktatur mitgemacht hat, fürchten sich die Großagrarier vor nichts so sehr wie vor einer solchen Partei, die — da die Sozialdemokratie in Ungarn die Interessen der Landarbeiter immer verraten hat — die eine Million starke Landarbeiterschaft mit sich reißen könnte. Diese Umstände machen es erklärlich, daß die sonst konservative Bauernpartei im jetzigen „Konsolidierungsprozeß" sehr lebendig als ein wichtiges Desorganisierungselement wirkt.

Ebenso wirken aber auch noch in Ungarn die Kräfte einer Schichte, die zwar zum größeren Teile schon längst besitzlos geworden ist, aber dennoch in der Geschichte Ungarns immer eine eigenartige große Rolle spielte. Das sind die ungarischen Gentry, alte Adelige, einst neben den Magnaten und Pfaffen die Besitzer des feudalen Eigentums. Ihrem Charakteristikum nach steht ihr der polnische Adel am nächsten, dem sie auch immer große Sympathien entgegenbrachte. Beschränkt, roh, arbeits- und kulturscheu, mit ausgeprägten barbarischen Instinkten, wurde diese Schichte nach ihrem wirtschaftlichen Untergang von der ungarischen Oligarchie als schlecht besoldetes Werkzeug des ungarischen Unterjochungsapparates untergebracht. Sie war die Seele der unter Horthys Führung — während der ungarischen Räteherrschaft und unmittelbar nach dem Sturze der Diktatur — sich zusammenraffenden nationalen Armee, hauptsächlich aber der sogenannten Offiziersdetachements. Aus dieser Schichte stammen jetzt größtenteils die Führer der weißen Terrorgruppen, der bewaffneten Macht; sie sitzen in den verschiedenen Ministerien und in den Munizipalverwaltungen an der Spitze. Horthy selbst gehört der Gentry an, und sie betrachtet ihn nicht nur als Führer, sondern auch als die einzige Hoffnung zur Rekonstruierung der Macht des „magyarischen Mittelstandes". Der Krieg, die Revolution und die Gegenrevolution brachten es dazu, daß auch diese Schichte nicht dieselbe geblieben ist. Die Erschütterung Ungarns — und sie sehen in der ganzen Krise des Kapitalismus nur dies einzige — hat sie zum Bewußtsein ihrer Deklassiertheit wenigstens in dem Sinne gebracht, daß jede wie immer geartete Konsolidierung ihren Tod bedeuten würde. Jetzt sind sie organisiert, in sämtlichen legalen und illegalen patriotischen Vereinigungen haben sie die Oberhand, sie spielen eine führende Rolle unter den unzufriedenen Staatsangestellten; teilweise bewaffnet, leben sie vorzüglich aus legalen und illegalen Staatsmitteln, von Benefizien, patriotischen Erpressungen, Raub, Mord und Attentaten, und sie haben ihren Beschützer und Verweser: Horthy. Es liegt eben in der Dialektik der Dinge, daß diejenigen, die in einem agrarfeudalem Lande unter normalen Verhältnissen die Beschützer der Oligarchie waren, im labilen Zustand des Machtapparates mit Bomben sich auch gegen eine agrarfeudale Konsolidierung wehren.

Der Geist der ungarischen gegenrevolutionären Bureaukratie spiegelt den Geist dieser Schichte vollkommen wider. Nach dem Sturze der Räteherrschaft hat man zu Tausenden die „destruktiven" Elemente aus der Bureaukratie entfernt und die Ämter mit Angehörigen der Gentry vollgestopft. Obwohl Ungarn die Hälfte seiner Bevölkerung verloren hat, ist die Zahl der Staatsbeamten jetzt mit 60% größer als sie es im großen Ungarn war. Ein bedeutender Teil der Einnahmen wird dazu verwendet, den Beamten — nebst Entlohnung — Lebensmittel und Bedarfsartikel zu einem Preise zu geben, der 10 bis 20% des Marktpreises beträgt. Es ist begreiflich, daß diese Schichte jeder „Konsolidierungstendenz" als Todfeind gegenübersteht, daß sie weiß, daß dies neben dem Personalabbau auch den vollständigen Abbau der Lebensmittelzuschüsse bedeuten würde.

Diese Tatsachen machen es verständlich, daß, während die Horthyregierung mit sämtlichen Parteien, die Sozialdemokratie selbstredend eingeschlossen, wiederholt Burgfrieden im Interesse der die Konsolidierung befestigenden Anleihe schließt, die besten Stützen derselben Gegenrevolution, Bauern und Gentry, mit der ausgesprochenen Absicht, die Anleihe und damit die Konsolidierung zu verhindern, mit Hitler zur Durchführung eines bewaffneten Putsches formelle Verträge abschließen, gegen die französische Gesandtschaft Bombenattentate inszenieren und durch Handgranaten Hunderte töten wollen. Ebenso wird es auch begreiflich, warum alle diese Verbrecher unbestraft bleiben müssen und warum der große Verkünder der Konsolidierung, Bethlen, gleichzeitig auch der höchste verantwortliche Beschützer aller destruktiven Bestialitäten bleiben muß.

Wirtschaft

Die russisch-englischen Wirtschaftsbeziehungen.

Von Karl Bittel.

** Für die Wirtschaft Großbritanniens ist es auf die Dauer eine Unmöglichkeit, von dem Wirtschaftskörper Rußlands völlig abgetrennt zu sein. Man rechnet daher damit, daß in allernächster Zeit eine Wiederaufnahme der gesamten Handelsbeziehungen mit Rußland und nach der Beseitigung der Regierung Baldwin auch die politische Anerkennung der Sowjetregierung durch Großbritannien erfolgen wird.

Unter den Vorkämpfern für geregelte Wirtschaftsbeziehungen sind mit Erfolg die Genossenschaften beider Länder tätig. Es bestehen bereits lebhafte Beziehungen insbesondere zwischen dem „Zentrosojus", dem großen Allrussischen Genossenschaftsverband, dessen Ressort Auslandtätigkeit von dem Genossen Kissin geleitet wird. Dieser „Zentrosojus" hat auch in London ein selbständiges Kontor (W. S. 2., Haylitt House, Southampton), das bereits eine sehr lebhafte Ein- und Ausfuhrtätigkeit entwickelt hat. Ebenso ist der große englische Genossenschaftsverband ein starker Faktor der Beziehungen zu Rußland, und erst neuerdings ist der Sekretär des Internationalen Genossenschaftsbundes May zum zweiten Male in Moskau gewesen, um tatkräftig für diese Beziehungen einzutreten.

Es ist noch erinnerlich, daß, als vor einem halben Jahre durch das Ultimatum von Curzon eine schwere Gefahr für die gegenseitigen Beziehungen drohte, es der englische Genossenschaftstag in Edinburgh gewesen ist, der seine Autorität, die er in weiten Kreisen Großbritanniens genießt, zu folgender einstimmig beschlossenen Resolution an die Regierung verwendete:

„Der Kongreß ist der Meinung, daß die gegenwärtige kritische Lage, in der sich Großbritannien und Rußland befinden, eine Bedrohung für das Fortbestehen der wirtschaftlichen Beziehungen und darüber hinaus vor allen Dingen auch für den europäischen Frieden bedeutet. Er fordert daher die britische Regierung auf, durch fortgesetzte Verhandlungen und auf jede andere Weise ihren ganzen Einfluß dafür einzusetzen, daß die Beziehungen zu Rußland aufrechterhalten und gebessert werden und so der europäische Friede gewahrt bleibe."

Sowjetrußland hat soeben, dank der Rührigkeit der Genossenschaftsorganisationen, einen eminenten Sieg auf seiner Wirtschaftsfront errungen: Mit erheblichem englischen Kapital ist eine englisch-russische Getreideexportgesellschaft gegründet worden. Diese gemischt-nationale Gesellschaft ist als ein Vorläufer dessen zu betrachten, was nach dem Zustandekommen der politischen Vereinbarungen zwischen Großbritannien und Sowjetrußland in größerem Umfange existieren wird. Dann werden endlich für Sowjetrußland die notwendigen Kredite nicht nur für den Aufbau, sondern für die fabelhaften Projekte zur Elektrifizierung und Ökonomisierung seiner Volkswirtschaft beschafft werden können.

Diese Gründung ist zugleich als der erste große Erfolg des internationalen genossenschaftlichen Warenaustausches zu betrachten. Zwar hat es der Internationale Genossenschaftsbund selber nicht fertig gebracht, einen internationalen genossenschaftlichen Handelsaustausch zu schaffen, obwohl bereits im Jahre 1921 der Geschäftsführer der tschechischen Großeinkaufsgesellschaft Lustig (Prag) einen entsprechenden Vorschlag beim Internationalen Genossenschaftsbund gemacht hat, worüber aber bis heute noch die Verhandlungen schweben.

Über den interessanten organisatorischen Aufbau der Gesellschaft seien folgende Einzelheiten mitgeteilt: Die russischen Partner sind die Export-chleb m. b. H., die Arcos m. b. H. und der „Zentrosojus".

Die Export-chleb ist diejenige wirtschaftliche Organisation, die in der Hauptsache die Geschäfte des staatlichen Außenhandelsmonopols besorgt. An ihr sind beteiligt das Volkskommissariat für den Außenhandel, die Staatsbank, der „Zentrosojus", der Allrussische Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften „Selskosojus", die Allrussische Genossenschaftsbank „Wsekobank" und die Getreidebaugesellschaft m. b. H. „Chlebo-product".

Die Arcos m. b. H. ist die Ein- und Verkaufsagentur des Kommissariats für den Außenhandel, die die Regierungsabteilung, Truste und die nichtgenossenschaftlichen Organisationen in London vertritt.

Der „Zentrosojus" England m. b. H. ist die Londoner Organisation des Zentrosojus in Moskau.

Die englischen Partner sind die englische Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine „Co-operative Wholesale Society (C. W. S.) in Manchester, die 1226 Organisationen umfaßt, ein eigenes Kapital von 28 Millionen Pfund Sterling besitzt und einen Warenumsatz 1920/21 von 96 Millionen Pfund Sterling hatte. Außerdem sind beteiligt die Getreidefirmen Lawrence, Shipton und Andersohn & Co. und die Schiffsreedereien Furness, Withy & Co.

Das Kapital der Gesellschaft beträgt 100.000 Pfund Sterling, davon sind 50.000 Pfund von russischer Seite aufgebracht, 25.000 von den englischen Genossenschaften und 25.000 Pfund von den englischen Firmen. Im Vorstand sind vier russische Vertreter, darunter die Genossen Kissin und Wise vom „Zentrosojus". Von englischer Seite zwei Genossenschafter (Golightly und Hawkins) und zwei Vertreter der Privatfirmen. Den Vorsitz im Vorstand führt ein russischer Genosse.

Die Aufgabe der Gesellschaft ist das Aufkaufen von Getreide in den russischen Häfen und der Export nach England, Frankreich und Südeuropa. Ein Verkaufsmonopol von Getreide hat die Gesellschaft in Italien, Frankreich, Belgien, Spanien und Portugal und für bestimmte Getreidearten auch in anderen Ländern. Es haben sich bereits führende englische Banken bereit erklärt, jederzeit Kredite bis zu einer Million Pfund Sterling zu geben, und ebenso wird die Bank der englischen Konsumvereine die Finanzierung fördern.

Es sei bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß der „Zentrosojus" zu den aktivsten Pionieren für die erfolgreiche Ausgestaltung des russischen Außenhandelsmonopols gehört, an den neben dem Staat und den großen Trusten sämtliche Genossenschaftsarten Teilhaber sind. Die Außenhandelstätigkeit des „Zentrosojus", der jetzt in England, Schweden, Türkei, Tschechoslowakei, Lettland, Estland, Nordamerika, Persien, China usw. große eigene Kontore hat, weist heute bereits eine aktive Handelsbilanz in Höhe von etwa 1 Million Pfund Sterling auf; in Amerika ist es ihm gelungen, von einer Reihe amerikanischer Firmen laufende Kredite in Höhe von mehreren Millionen Dollar zu erhalten; außerdem haben sich amerikanische Banken bereit erklärt, die Operationen des „Zentrosojus" auf dem Rohstoffmarkte sowohl in Amerika als auch im fernen Osten und in den Baltischen Staaten laufend zu finanzieren.

Soeben wird auch mitgeteilt, daß es dem „Selskosojus", dem Zentralverband der Allrussischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, während seiner Anwesenheit auf dem Washingtoner Kongreß für Landwirtschaft in New York gelungen sei, erfolgreiche Verhandlungen wegen Krediten zu pflegen. In derselben Richtung arbeitet die Allrussische Genossenschaftsbank — die „Wsekobank" — die jetzt an 20 Stellen Rußlands Filialen hat. Auf ihrer letzten Session hat sie den Beschluß gefaßt, die Bildung von gemischten Banken im Auslande einzuleiten, um damit die Verbindung mit den ausländischen Geldmärkten besser zu gestalten und die ausländischen Finanzoperationen der Genossenschaften zu konzentrieren, um zugleich auf diesem Wege ausländisches Kapital zur Finanzierung der russischen Genossenschaftsbewegung mobil zu machen.

Ohne Zweifel haben mit der Gründung der Getreideexportgesellschaft die russischen Genossenschaften in Verbindung mit den englischen Genossenschaften erneut einen entscheidenden Schritt auf jenem Wege getan, auf dem sich Sowjetrußland den Weltmarkt erobern wird. Die Genossenschaftsbewegung kann stolz darauf sein, daß sie mitgeholfen hat bei der Pionierarbeit, den weiten russischen Markt für Europa zu erschließen. Bei den

Kapitalisten ist die Erregung natürlich darüber groß, weil diese Handelsverbindung möglich ist „unter der Knute des russischen Außenhandelsmonopols". Damit sind ihre Spekulationen hinfällig, mit denen sie bestimmt damit rechneten, mittels kaufmännischer Interventionen (mit dem gleichen Zweck wie die militärischen Interventionen) Sowjetrußland niederzuzwingen und wie eine Kolonie dem Kapital tributpflichtig zu machen. Jedenfalls ist erneut erwiesen, daß das Außenhandelsmonopol Rußlands kein Hemmnis für den internationalen Warenaustausch ist, sondern im Gegenteil, daß es auf einer ganz neuen — antikapitalistischen — Basis die internationalen Handelsbeziehungen zu regeln vermag, wenn es auch weiterhin gelingt, die großen genossenschaftlichen Organisationen direkt in die internationale Handelstätigkeit einzubeziehen.

Arbeiterbewegung

Neue Pläne der Klassenarbeitsgemeinschaft in den Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Von Earl R. Browder (Chicago).

** Wenn die kürzlich ausgeheckten Pläne der Eisenbahnwerkstättengewerkschaften Wirklichkeit werden, so werden diese binnen kurzem auf die Stufe von Hilfsstellen der Verwaltungen der verschiedenen Eisenbahngesellschaften herabsinken, und ihre Rolle als Kampforganisationen wird endgültig ausgespielt sein. Das ist der wirkliche Sinn der „Zusammenarbeitspläne", die Herr Wm. H. Johnston in einer Versammlung in St. Louis ankündigte und über die in der Gewerkschaftszeitung „The Labour" vom 24. November berichtet wird. Herr Johnston bringt in Vorschlag — und er spricht offenbar für die meisten Beamten der Werkstättenarbeitergewerkschaften — daß die Gewerkschaften zu wirksamen Hilfsorganen der Gesellschaften werden sollen, die diesen Gesellschaften durch die Beschäftigung von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern weit größere Vorteile bringen sollen als die Beschäftigung von Nichtorganisierten. Die Gewerkschaftsbureaukraten wollen sich also die Gunst des Kapitals erkaufen, damit die Verbände, statt von den Unternehmern boykottiert zu werden, vielmehr von ihnen freundlichst in die Beratungszimmer eingeladen werden.

Und dieser Plan wird jetzt ausgeprobt bei der „Baltimore- und Ohio-Eisenbahngesellschaft". Die Gewerkschaften werden kompetente Sachverständige stellen, die den Unternehmern zeigen sollen, wie man aus ihren Mitgliedern höhere Arbeitsleistungen herauspressen kann. „Der Gedanke, der unserem Dienst bei der Baltimore- und Ohio-Gesellschaft zugrunde liegt," sagt Herr Johnston, „kann mit der Idee verglichen werden, die dem Betriebsdienst zugrunde liegt, der durch große Hilfsgesellschaften, die den Eisenbahnen vertragsmäßig Brückenbogen, Überhitzer, Schmieröl usw. liefern, ausgedehnt wird." Mit anderen Worten: Die Gewerkschaft soll eine Art Hilfsgesellschaft für die Eisenbahnunternehmungen werden und diesen Arbeitskraft verkaufen, genau so wie eine andere Gesellschaft ihr Schmieröl gegen Bezahlung liefert. Sie will wie jede andere Erwerbsgesellschaft auf dem Markt konkurrieren und sich verpflichten, größere Arbeitsleistungen zu geringeren Kosten, als sie selbst nichtorganisierte Arbeitskräfte zu liefern vermögen, zur Verfügung zu stellen. Das ist der eigentliche Inhalt des famosen Planes der Gewerkschaftsbureaukratie.

Die Wirkung dieses Vorschlages muß, sofern er in der gesamten Verkehrsindustrie Geltung erlangt, auf die vollkommene Ausschaltung des Gewerkschaftsgedankens hinauslaufen. Er verkörpert eine Methode, die den Eisenbahnunternehmungen gestattet, die Eisenbahngewerkschaften ihren Ausbeutungszwecken unterzuordnen und zu Quellen der Profitsteigerung zu machen. Er schafft eine neue direkte Konkurrenz für die gelben Werkvereine, indem er dem Unternehmertum verspricht, daß es mit ihm noch weit besser fahren werde, als wenn es unter erheblichen Kosten selbst gelbe Werkvereine großzüchtet. Herr Johnston drückt sich über diesen Punkt wie folgt aus: „Ich möchte so nachdrücklich wie nur möglich betonen, daß es in der Aufgabe der positiven Zusammenarbeit innerhalb der Eisenbahnindustrie keinen Ersatz für die wirklichen Eisenbahnverbände geben kann ... Ich bleibe dabei, daß eine solche Regelung der Frage, solange sie ihren gesunden Sinn behauptet, nie wieder den Wunsch aufkommen lassen wird, daß die angeschlossenen Berufsorganisationen aus dem geplanten Vertragsverhältnis ausgeschaltet werden." Die Agitation für den „offenen Betrieb" (das heißt für die vollkommene Freiheit der Unternehmer bei der Einstellung ihrer Arbeitskräfte) soll dadurch gegenstandslos gemacht werden, daß die Gewerkschaften selbst alles aus ihren Organisationen fernhalten, was das Unternehmertum nicht wünscht. Wenn man die Gewerkschaften zu Organisationen ganz nach dem Wunsche der Unternehmer macht, wenn man sie zu Profitquellen für die Kapitalisten zum Nachteil der Arbeiter umgestaltet, so folgt daraus, so sicher wie die Nacht auf den Tag folgt, daß es in Zukunft zu keinen Konflikten mehr mit dem Unternehmertum kommen wird. Die Sache ist also ganz verblüffend einfach.

Wie ist es möglich, daß ein so schmutziges Gift, von sogenannten verantwortlichen Gewerkschaftsführern, in die Arbeiterbewegung hineingeträufelt werden kann? Wären diese Vorschläge vor zwei Jahren gemacht worden, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Mitgliedermassen sie aufs allerschärfste zurückgewiesen hätten. Allein jetzt haben die Werkstättenarbeiterorganisationen einen langen verlorenen Kampf hinter sich, die Verbände sind auf einer ganzen Anzahl von Eisenbahnlinien vollkommen ausgeschaltet und als Gesamtheit überall ernstlich geschwächt, überall herrschen Pessimismus und Hoffnungslosigkeit. Die Austrittsbewegung hat erhebliche Fortschritte gemacht. Unter diesen Umständen haben die Werkstättenarbeiterorganisationen, die unter der reformistischen Seuche ihrer Führung leiden, die Bereitwilligkeit ausgesprochen, sich von denselben Kurpfuschern eine neue Dosis Medizin verabreichen zu lassen.

Das Hauptmotiv für das Vorgehen der reaktionären Bureaukratie der Eisenbahnwerkstättenarbeiterverbände liegt in ihrem Wunsche, sich in der Führung und in ihren angenehmen Lebensstellungen zu behaupten. Sie fürchten jeden ernstlichen Kampf gegen die Eisenbahngesellschaften, waren aber durch die Mitgliedermassen gegen ihren Willen zur Streikanerkennung gedrängt worden. Nichtsdestoweniger haben sie kein Mittel unversucht gelassen, um den Kampf zu sabotieren. Sie taten nichts zur Zentralisierung des Kampfes, zur Unterstützung der Streikenden, noch zur Erweiterung des Streikes auf die übrigen Berufsgruppen. Nach dem Mißerfolg des Streikes verbreiteten sie Panikstimmung, um zu versuchen, sich in ihren Stellungen zu behaupten. Die einzige Maßnahme, die die Situation hätte retten können, der Zusammenschluß aller bestehenden Eisenbahnergewerkschaften, war ihnen natürlich im Herzen zuwider. Statt dessen versuchen sie ihre Organisationen mit Unterstützungseinrichtungen aller Art zu beglücken. Doch diese Versuche erlitten kläglich Schiffbruch. So blieb der bankrotten Bureaukratie, die vor jeder fortschrittlichen Maßnahme zurückschreckte, nur noch ein Ausweg: der Gang zum Unternehmertum. Und sie machte diesen Gang. Der Erfolg war der Plan der Zusammenarbeit mit den Unternehmern.

Es ist also durchaus kein Wunder, daß die kapitalistische Presse den Vorschlag Johnstons als staatsmännisch begrüßt und eine neue Ära brüderlicher Zusammenarbeit zwischen Arbeit und Kapital ankündigt. Die Kapitalisten haben in der Tat allen Grund, sich zu freuen, wenn es ihnen gelingt, mit Hilfe von Leuten, wie Johnston, erfolgreich Arbeitsgemeinschaftspolitik zu betreiben. Denn diese bedeutet auf eine gewisse Zeit hinaus bestimmt eine Lähmung der Arbeiterbewegung. Bei dieser Zusammenarbeit spielen die Kapitalisten die Rolle des Wolfes in der Fabel von Wolf und Lamm. Daß aber sogar ein Teil der Gewerkschaftspresse in das Freudengeheul der Wall Street einstimmt, ist ein weiterer Beweis für die vollkommene Skrupellosigkeit oder Korruption der herrschenden Führerclique in der amerikanischen Arbeiterbewegung.

Allein der überschlaue Plan der Arbeitsgemeinschaft zwischen den Werkstättenarbeiterverbänden und den Eisenbahnkapitalisten dürfte wohl kaum gelingen. Nicht die Propaganda der fortschrittlichen und revolutionären Gewerkschaftler wird ihnen das Genick brechen, sondern die harten und zwingenden Tatsachen des Klassenkampfes selbst.

Die Raubgier der Eisenbahngesellschaften wird die Arbeiter sehr rasch aus dem süßen Traum der Burgfriedenspolitik aufschrecken und sie zur Wiederaufnahme des Kampfes gegen ihre Ausbeuter zwingen. Die Arbeitsgemeinschaft ist schon im voraus zum Tode verurteilt. Aber in ihrem Fall kann sie den Eisenbahnergewerkschaften den schwersten Schaden zufügen.

Die Aufgabe der klassenbewußten Arbeiter in den Eisenbahnergewerkschaften muß sein, die Unternehmerpropaganda mit äußerster Energie zu bekämpfen und die Mitgliedermassen auf die ungeheuerlichen Folgen der ihnen drohenden Lage aufmerksam zu machen. In den Werkstättenarbeiterorganisationen muß

der Geist wahren Gewerkschaftlertums mit allen Mitteln lebendig gehalten und vertieft werden, und zwar allen Burgfriedensplänen der Johnstons und Compagnie zum Trotz. Es muß darauf hingearbeitet werden, daß alle bestehenden Eisenbahnerorganisationen einen neuen Aufschwung nehmen und sich im Kampfe durchsetzen. Ein Hauptziel muß dabei sein: die Zusammenfassung der zahlreichen Eisenbahnergewerkschaften in einen mächtigen Industrieverband, der imstande ist, die Forderungen der Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum im Kampfe durchzusetzen. So und nicht anders muß die Parole aller tätigen Gewerkschaftler gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik der reaktionären Gewerkschaftsbureaukratie lauten.

Proletarische Frauenbewegung

Zur Frauenbewegung in China.

Von K. G. Hsiany.

Die gegenwärtige Frauenbewegung in China offenbart sich in drei verschiedenen Richtungen: Die Arbeiterinnenbewegung, der Feminismus und die Bewegung des Y. M. C. A.

I. Die Arbeiterinnenbewegung.

Infolge der Entwicklung des internationalen Imperialismus wurde die chinesische Mauer zerstört, die Industrialisation geschaffen. Auf der Ruine des patriarchalischen Regimes erstanden moderne Fabriken, die größtenteils den Kapitalisten des Auslandes gehörten. Die Textil-, Seiden- und Zigarettenindustrie umfassen eine ganze Armee von Arbeiterinnen. Die ausländischen Kapitalisten konstatieren mit Recht, daß die Frauen ihrem Betrug viel leichter zum Opfer fallen als die Männer und beuten sie deshalb unbarmherzig aus. Durch Not und Entbehrungen werden die Arbeiterinnen in den Klassenkampf gedrängt. Die folgenden Statistiken bezeugen die Aktivität der Bewegung:

Ort	Fabrik	Zahl der Streikenden	Datum	Beweggrund	Resultat
Shanghai	Sino-japanische Textilfabrik	1.000	2. II. 1922	Volle Gehaltauszahlung per Monat	Mit Erfolg
Shanghai	Sansin Textilfabrik	1.000	13.—23. II.	Gehaltserhöhung	Erfolglos
Shanghai	Chensin Textilfabrik	80	Februar 1922	Gegen den Werkmeister	Erfolglos
Shanghai	Japanische Textilfabrik	70	29. III. 1922	Aufrechterhaltung der Gehälter	Erfolglos
Shanghai	Sino-japanische Textilfabrik	3.800	16.—26. IV. 1922	Gehaltserhöhung	Mit Erfolg
Shanghai	Anglo-amerik. Zigarettenfabrik	300	3.—5. V. 1922	Aufhebung des neuen Fabrikreglements	Mit Erfolg
Shanghai	Ymen-Mo Textilfabrik	200	19. VI. 1922	Gehaltserhöhung	Mit Erfolg
Shanghai	44 Seidenfabriken	20.000	15. VIII. 14. IX. 1922	Gewerkschaftsrecht, Gehaltserhöhung, Verminderung des Arbeitstages	Erfolglos
Shanghai	Japanische Textilfabrik	—	2. X. 1922	Behandlung d. Arbeiterinnen	Mit Erfolg
Shanghai	Vanson Textilfabrik	—	17.—19. X. 1922	Gehaltserhöhung	Mit Erfolg
Shanghai	Sino-japanische Textilfabrik	—	1.—23. XI. 1922	Gewerkschaftsrecht	Erfolglos
Shanghai	Anglo-amerik. Zigarettenfabrik	2.000	2.—29. XI. 1922	Gehaltserhöhung	Erfolglos
Shanghai	Hanto Textilfabrik	—	17. XII. 1922	Verfolgung der Arbeiterinnen	Erfolglos
Shanghai	Anglo-amerik. Zigarettenfabrik	150	13. XI. 1922	Gehaltserhöhung	Erfolglos
Hupei	Anglo-amerik. Zigarettenfabrik	3.000	November 1922	Gewerkschaftsrecht und Gehaltserhöhung	Mit Erfolg
Hupei	Anglo-amerik. Zigarettenfabrik	3.000	Januar 1923	Gewerkschaftsrecht und Behandlung der Arbeiterinnen	Mit Erfolg

Die Zahl der Streiks ist 18, 60 Fabriken waren an den Streiks beteiligt. Zahl der Streikenden: 30.000; Beweggrund: Gehaltserhöhung und Verminderung der Arbeitszeit. Der Leser wird in diesen Statistiken drei Streiks von höchster Wichtigkeit bemerken: zwei in Shanghai: Seiden- und Sinojapanische Textilindustrie, einen in Hupei: Zigarettenfabrik. Die erste Anstrengung um das Recht der Gewerkschaft war infolge der Unorganisiertheit ohne Resultat. Wie dem aber auch sei, so war es doch der erste größte Streik der chinesischen Arbeiterinnen, der mehr als 20.000 Frauen in den Kampf gezogen hat. Die zwei anderen waren, dank der Solidarität der Arbeiterinnen, mit Erfolg gekrönt.

II. Die feministische Bewegung.

Nach der Revolution 1911, an der sich mehrere Frauen führend beteiligt hatten, begann in China die feministische Bewegung. Obschon gleich nach dem Thronsturz diese Bewegung eine große Tätigkeit entfaltete, so schwächte sie sich doch schon während der Reaktionszeit, die bis 1919 dauerte, merklich ab. Mit der Konstituierung der Regierung des Südens erwachte auch die feministische Bewegung wieder, und zwar hauptsächlich in Kanton. Eine Gruppe intellektueller Frauen forderte die Gleichheit bürgerlicher und politischer Rechte für Frauen. Diese Forderung wurde von der Jugend beiderlei Geschlechtes lebhaft unterstützt und im Jahre 1920 mit Erfolg gekrönt: in den Gemeinderat von Kanton wurde eine Frau gewählt; andere wurden zu Inspektoren des Unterrichtes, zu Gemeindebeamten, Beamten der Statthalterschaft etc. ernannt. Im Jahre 1922 schufen die Studentinnen von Kanton eine politische Gesellschaft, die sich zum Ziele setzte, um ökonomische, politische und bürgerliche Rechte zu kämpfen. — In Shanghai, Tientsin, Nanking, Peking und anderen großen Städten bildeten sich gleichartige Organisationen mit der Aufgabe: **Kampf um Gleichheit zwischen Mann und Frau.**

Die Tätigkeit der chinesischen Feministinnen besteht in gemeinschaftlichen Bittgesuchen und pazifistischen Forderungen an das Parlament:

Im feministischen Programm stehen folgende Forderungen:

1. Politische Rechte;
2. Erbrecht und unabhängige Verwaltung des Vermögens;
3. Arbeitsgleichheit — Lohngleichheit;
4. Gleiche Rechte in der Ehe;
5. Gleichheit im Unterricht und Erziehung.

Die feministische Assoziation von Shanghai hat außerdem in ihrem Programm Forderungen für die weiblichen Postangestellten sowie die Forderung des Achtstundentages für die Arbeiterinnen der Seidenfabriken aufgestellt, ferner Untersagung der Beschäftigung in Fabriken für Kinder unter 14 Jahren und einen Ruhetag pro Woche für die Arbeiterinnen.

Die Frauenassoziation Chinas hat zum letzten Internationalen Frauenkongreß eine Delegation geschickt.

III. Die christlichsoziale Frauenbewegung.

Außer den oben genannten Organisationen existieren in China noch christliche Frauenorganisationen (Christliche Jugend, Anglo-amerikanische Assoziation der christlichen Frauen usw.). Sie sind ziemlich zahlreich und arbeiten für wohltätige Zwecke, sie errichten zum Beispiel Stellenvermittlungsbüros für Frauen, Gesellschaften für gegenseitige Hilfe, Schulen für junge Mädchen usw.

Diese Gesellschaften beschäftigen sich mehr oder weniger mit den Arbeiterinnen, aber nur im rein kleinbürgerlichen, demokratischen Sinne. Sie haben Delegationen an die Internationalen Kongresse für Arbeitsschutz der Frau geschickt.

•

Von diesen drei Arten von Frauenbewegung in China ist nur die Arbeiterinnenbewegung eine Massenbewegung. Die feministische Bewegung ist eine Bewegung der Intellektuellen mit rein kleinbürgerlicher Ideologie und opportunistischer Taktik, die nicht die geringste revolutionäre Tat zuläßt.

Trotzdem ist aber zu bemerken, daß viele Mitglieder der chinesischen Frauenorganisationen aktiv die nationalrevolutionäre Bewegung unterstützen und also in eine breitere Tätigkeit der Massen übergehen. Es gibt darunter Elemente, die mehr oder weniger enge Verbindungen mit den breiten Massen der Arbeiter haben.

Die feministische Bewegung Chinas umfaßt einige tausend aktive Mitglieder.

Die christlichsoziale Bewegung sucht die Massen der Arbeiterinnen in ihre Reihen zu ziehen, indem sie Reformen für die

ökonomische Verbesserung, besonders aber Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Frau verlangt; aber diese reformistische Bewegung steht ganz unter dem Einfluß des ausländischen Kapitals und versucht immer wieder, die revolutionäre Bewegung lahmzulegen.

Aus der Internationale

Die Kommunistische Balkanföderation zu den Vorfällen in der KPB.

** Das Präsidium der Kommunistischen Balkanföderation befaßte sich mit der Lage der K. P. Bulgariens und mit dem äußerst zu verurteilenden Verhalten einiger ihrer Vertreter im Parlament. Es findet den Beschluß des ZK. der KPB., Nikola Sakaroff und die mit ihm solidarisierenden Mitglieder der Partei, die sich in Gegensatz zu ihrem Programm und ihren Prinzipien gestellt und gegen die Disziplin derselben verstoßen haben, aus der Partei auszuschließen, als vollkommen richtig.

Der Septemberaufstand und die schwere Lage, in die die K. P. Bulgariens nach der Niederlage dieser Volksbewegung geraten ist, mußten selbstverständlich die unsicheren, schwankenden und unserer Bewegung fremd gegenüber stehenden Elemente, die sich während der vorigen Periode in die Reihen der Partei eingeschmuggelt haben, ans Tageslicht bringen. Die Reinigung der Partei von diesen Elementen ist in unvermeidlicher Gesundungsprozeß sowie eine Vorbedingung für den Erfolg ihres weiteren Kampfes.

Das Präsidium ist fest davon überzeugt, daß die ganze Partei wie ein Mann gegen die Versuche einiger ihrer kleinmütigen und verräterischen Elemente, die Partei zu spalten und dieselbe vom Befreiungskampfe gegen die militärisch-faschistische Diktatur abzulenken, aufstehen wird.

Aufrufe

Der Internationale Bauernrat an die Bauern der ganzen Welt.

Den nachfolgenden Aufruf, der uns verspätet zuging, bringen wir wegen seiner Wichtigkeit noch nachträglich zur Kenntnis unserer Leser. Die Red.

Genossen!

** Die Arbeiter und Bauern Bulgariens haben sich, in einem brüderlichen Kampfbündnis vereint, kämpfend gegen die bulgarische faschistische Regierung aufgelehnt, die sich auf die bewaffnete Clique königlicher Offiziere, auf die abenteuerlichen mazedonischen Militärabteilungen und auf die weißgardistischen Reste der konterrevolutionären Armee des Generals Wrangel stützt.

Die Arbeiter und Bauern Bulgariens wollten das unerträgliche Joch der in- und ausländischen Parasiten und Ausbeuter abwerfen, erlitten aber eine vorübergehende Niederlage und sind jetzt die Opfer schonungsloser Gewalttaten. Die bürgerlichen Militaristenbanden haben über 5000 Bauern und Arbeiter getötet, ihre Opfer bei den Massenhinrichtungen auf das grausamste mißhandelt und nicht einmal die Greise, Kinder und Frauen verschont. Ganze Dörfer wurden dem Boden gleichgemacht; über 15.000 Bauern und Arbeiter wurden in die Gefängnisse geworfen, denen die Todesstrafe droht. Ungefähr 2000 Kämpfern des Bauern- und Arbeiteraufstandes ist es gelungen, der Rache der Konterrevolution zu entgehen und die Grenze nach Jugoslawien, Rumänien, der Türkei und Griechenland zu überschreiten. Die Angehörigen der Ermordeten, der Gefangenen und jener, die die Grenze überschritten haben, wie auch die Verhafteten und Emigranten selbst befinden sich in einer schrecklichen materiellen Lage. Die Arbeiter und Bauern Bulgariens haben durch den Kampf gegen die bulgarische Bourgeoisie nicht nur für ihre eigene Befreiung gestritten, sie haben durch ihren Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung in ihrem Lande die Front der Feinde der Arbeiter- und Bauernklasse, die Front der Großgrundbesitzer und Kapitalisten aller Länder geschwächt und erschüttert. Der opfervolle Kampf, den die Arbeiter und Bauern Bulgariens begonnen haben, und ihr brüderliches Kampfbündnis wird in naher Zukunft zu ihrem vollen Siege führen.

Vorläufig triumphieren aber noch die Henker der Arbeiter und Bauern, und ihre Rache ist genau so groß wie ihre Angst vor ihrem herannahenden Sturz.

Zu einer Zeit, da in Bulgarien das Blut der Arbeiter und Bauern in Strömen fließt und die Verzweiflungsrufe Tausender von Opfern ertönen, die von den zügellosen faschistischen bürgerlichen Schergen gemordet werden, und da die gesamte „zivilisierte" bürgerliche Welt wie auch alle Verräter der Arbeiter- und Bauernschaft schweigen und ihre Augen vor diesen schreckenerregenden Orgien der Rache verschließen, muß aus der Brust von Millionen Arbeiter und Bauern aller Länder laut die Stimme der Entrüstung und des Protests ertönen.

Die bürgerlichen Verbrecher und ihre Lakaien mögen zittern vor dem heiligen und gerechten Zorn der werktätigen Volksmassen in Stadt und Land.

Bauern aller Länder! Lasset Eure Brüder, die Arbeiter und Bauern Bulgariens, von den Faschisten nicht mißhandeln! Rettet sie vor dem Hungertode und erweist ihnen jegliche Hilfe!

Bauern aller Länder! Fordert, daß die unmenschlichen Verfolgungen der bulgarischen Arbeiter und Bauern unverzüglich eingestellt werden! Protestiert gegen die grausamen Mißhandlungen und den weißen faschistischen Terror in Bulgarien!

Bauern aller Länder! Beschleunigt eine reiche materielle Hilfe für Eure verfolgten bulgarischen Brüder!

Die Arbeiter aller Länder haben in dieser Beziehung schon eine energische Tätigkeit eingeleitet, und auch Ihr müßt Euch im Namen Eurer Kampflosung: „Bauern und Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!" auf das aktivste und in Massen an den antifaschistischen Demonstrationen und Protesten und an der Sammlung von Mitteln zur Unterstützung der Bauern und Arbeiter Bulgariens beteiligen.

Von Dorf zu Dorf, von Bauernhof zu Bauernhof ertöne der laute Ruf: „Helft den bulgarischen Arbeitern und Bauern! Nieder mit der blutigen Herrschaft der Großgrundbesitzer und Kapitalisten! Nieder mit dem Faschismus! Es lebe die internationale Solidarität und Brüderlichkeit aller Werktätigen! Es lebe der brüderliche Bund der Arbeiter und Bauern der ganzen Welt!"

Arbeiter und Bauern aller Länder vereinigt Euch!

Moskau, 22. Oktober 1923.

Der Internationale Bauernrat.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 4. 11. Januar | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Amerika und die deutsche Frage. Von Pepper . . . 25

Politik.

Die Sowjetunion und Afghanistan. Von Raskolnikow 26

Rote Hilfe.

Das Kinderelend deutscher Barrikadenkämpfer. Von Wagner 27

Aus dem Lager der Gegner.

Neue Strömungen im indischen Nationalismus. Von Roy 27

Aufrufe.

An die Arbeiter-, Bauern- und revolutionären Organisationen der ganzen Welt 30

Bibliographie.

Karl Liebknecht, Schriften und Reden 31

Amerika und die deutsche Frage.

Von J. Pepper (New York).

** Die amerikanische Regierung, das sind der Präsident Coolidge, der Stahltrust und die Wall Street, haben den Plan für die ausgedehnteste reaktionäre Verschwörung geschaffen, die man sich vorstellen kann. Ihre Endziele sind: die Rettung des deutschen Kapitalismus durch eine internationale Anleihe, die Vorbereitung eines entscheidenden Feldzuges gegen Sowjetrußland und im Innern der Vereinigten Staaten die Unterwerfung der kleinen Landwirte und der Proletarier unter das gefestigte Gesetz des Kapitals.

Noch niemals hatte der Imperialismus der Yankees einen kühneren Plan ausgeheckt. Noch niemals ist ein größer angelegter Versuch zur Wiederherstellung des Kapitalismus ins Auge gefaßt worden.

Man muß dieses Vorhaben kennen, um den englisch-amerikanischen Plan zur Regelung der Reparationsfrage zu begreifen.

Die Vereinigten Staaten wollen eine deutsche Revolution verhindern. Der ganze Plan beruht im Grunde auf einer großen internationalen Anleihe, die die amerikanischen Bankiers Deutschland gewähren würden und die die Regierung von Washington zu garantieren hätte. Die Finanzleute der Wall Street verstehen besser als irgend jemand die Bedeutung des bevorstehenden sozialen Kampfes in Deutschland. Sie wissen, daß die deutschen Kapitalisten ohne eine Anleihe ihre Industrie nicht mit Rohstoffen versorgen und die Verpflegung des Reiches nicht sichern können. Sie wissen, daß die Unfähigkeit der herrschenden Klassen Deutschlands, ihre Unfähigkeit, die Produktion fortzuführen und das Land zu ernähren, eine Revolution herbeiführen muß. Menschenfreundliche Gefühle kommen bei dieser amerikanischen Anregung nicht in Betracht. Es handelt sich nur darum, daß die großen Finanzleute jenseits des Atlantischen Ozeans von einem Sowjetdeutschland nichts wissen wollen.

Die Vereinigten Staaten hätten längst Deutschland retten können. Es hätte genügt, wenn sie gegen den französischen Imperialismus Stellung genommen hätten. Es geschieht wahrlich recht spät, daß sich der Präsident Coolidge geneigt erklärt hat, Deutschland zu Hilfe zu kommen, indem er ihm eine internationale Anleihe erleichtert. Die Wahrheit ist die, daß das amerikanische Kapital Deutschland nicht helfen wollte, solange es notwendig war, den französischen Imperialismus zu bekämpfen. Das Mitleid des Herrn Coolidge mit dem hungernden Deutschland erwacht erst beim Gedanken an den Sturz des deutschen Kapitalismus.

Herr Calvin Coolidge, der Präsident der Republik dafür geworden ist, daß er einen Streik der Polizei in Boston gebrochen hat, ist sich selbst treu. Der amerikanische Kapitalismus wollte an der Spitze seiner Republik einen guten Streikbrecher sehen. Diese Rolle hofft Herr Coolidge im internationalen Maßstabe zu spielen.

Seine Politik gegenüber Deutschland, erklärte Coolidge erst vor kurzem, sei die ausgesprochene Nichteinmischung. Aber er hat sich noch deutlicher ausgesprochen: „Wenn sich die deutsche Republik in eine Monarchie verwandeln würde, würden die Vereinigten Staaten sich nicht einmengen." Die deutschen Monarchisten hätten in ihren kühnsten Träumen keine feierlichere und wirksamere Aufmunterung erhoffen können. Herr Child, der Botschafter der Vereinigten Staaten in Rom, hat sich am Tage nach dem Staatsstreiche, der Mussolini zur Diktatur gebracht hat, mit seinen Glückwünschen beim faschistischen Ministerpräsidenten eingestellt. Herr Woods, Botschafter der Vereinigten Staaten in Madrid, war der erste ausländische Diplomat, der den General Primo de Rivera nach seinem Pronunziamento beglückwünscht hat. Dies genügt, um zu zeigen, welche Fortschritte die auswärtige Politik des amerikanischen Imperialismus seit 1917 gemacht hat. Im Jahre 1917 erklärten die Vereinigten Staaten den Mittelmächten den Krieg, um „in der Welt dem demokratischen Prinzip zum Durchbruch zu verhelfen". Im Jahre 1923 ist der amerikanische Imperialismus in Europa der Vorkämpfer der brutalsten, antidemokratischesten Formen der Diktatur. Im Jahre 1918 erklärte Wilson dem deutschen Volke, daß Amerika mit den Hohenzollern nicht verhandeln würde. Im Jahre 1923 verspricht Coolidge dem deutschen Volke Brot im Falle der Wiederherstellung der Monarchie.

Was ist die Ursache dieser Änderung? Der amerikanische Kapitalismus ist an der Sicherstellung des Kapitalismus in Deutschland interessiert. Aber er hat kein Zutrauen zur kleinbürgerlichen und sozialdemokratischen Republik Eberts; er zweifelt, ob diese armselige Republik die Kraft hat, die Ordnung zu erhalten. Er glaubt, daß eine unmittelbare Diktatur der Groß-

grundbesitzer und der Schwerindustrie ihren Gläubigern mehr Garantien für die Rückzahlung bieten würde.

Schließlich wünscht er die Isolierung Rußlands und auch dort die Wiederherstellung eines ernst zu nehmenden Kapitalismus. Ein reaktionäres Deutschland, denkt er, würde dazu gerne die Hand bieten.

Im Inlande stößt ihn eine andere Triebkraft vorwärts. Er ist bereit, Deutschland Anleihen zu gewähren, allenfalls auch anderen Ländern Europas, unter der Bedingung, daß die Schuldnerländer das amerikanische Gold für den Ankauf von Getreide und Lebensmitteln in Amerika verwenden.

Und das ist verständlich. Der amerikanische Kapitalismus erlebt mit Angst den Bankrott der Farmer, die durch ihre schlechte Wirtschaftslage immer stärker revolutioniert werden. Das vollständig zusammengebrochene Europa kann den Landwirten der Neuen Welt weder Getreide noch Vieh abkaufen. Auf der anderen Seite des Atlantischen Ozeans hat das Elend des deutschen Proletariers sein Gegenstück an dem Elend des amerikanischen Landwirtes. Schließlich scheint die Blütezeit der amerikanischen Industrie ihrem Ende entgegenzugehen. Die Petroleumindustrie macht eine Überproduktionskrise durch. Kupfer ist auf 12·5 Cents pro Pfund gesunken. Die Aufträge in der Stahlindustrie nehmen ab. In der Bauindustrie herrscht Stillstand. Kurzum, die Truste sehen eine Krise kommen, die ihnen Millionen von Arbeitslosen mit einer höchst beunruhigenden Gemütsverfassung auf den Hals zu hetzen droht. Unter diesen Umständen Deutschland eine Anleihe zu gewähren, hieße, es ihm ermöglichen, in Amerika Getreide, Petroleum, Textilprodukte, Kupfer, Stahl zu kaufen.

Aus allen diesen Gründen sieht die Republikanische Partei in Ängsten die allgemeinen und Präsidentenwahlen von 1924 näherkommen. Die Unzufriedenheit der Farmer und der Arbeiter stellt ihr eine sichere Niederlage in Aussicht. Die beiden traditionellen Parteien, die republikanische und die demokratische, fürchten das Aufkommen einer dritten Partei, die die Kandidatur von Ford propagieren könnte. Die Arbeiterpartei kristallisiert sich inzwischen auch heraus, trotz der Gompers, der Johnston und der Hilquitt. Wenn das Jahr 1924 in Amerika ein Jahr der Industriekrise wird, werden die Vereinigten Staaten so große Schwierigkeiten zu erfahren haben, wie sie sie seit dem Sezessionskriege nicht erlebten.

Politik

Die Sowjetunion und Afghanistan.

Von A. Raskolnikow,

Genosse Raskolnikow, der bisherige bevollmächtigte Vertreter der Sowjetunion in Afghanistan, äußerte sich nach seiner Rückkehr nach Moskau einem Redakteur der „Prawda" gegenüber über die innen- und außenpolitische Lage Afghanistans. Nachstehend bringen wir das Wesentliche dieses Interviews zum Abdruck. Die Red.

** Obwohl Afghanistan in der Nachbarschaft der Sowjetunion liegt, haben nicht nur die Arbeiter- und Bauernmassen Sowjetrußlands, sondern auch des an der afghanistanischen Grenze liegenden Sowjetturkestan über dieses Land eine ziemlich unklare Vorstellung. Unter dem Joche des englischen Imperialismus war Afghanistan von der gesamten Außenwelt künstlich isoliert und für europäische Besucher fast unerreichbar. Erst im Jahre 1919 nahm das Land seine diplomatischen Beziehungen mit anderen Ländern, besonders auch mit den Sowjetrepubliken auf.

Afghanistan lebt heute, nachdem es den Weg der Reformen und des planmäßigen Staatsaufbaues betrat, in einer äußerst wichtigen Periode seiner Geschichte. In wirtschaftlicher Hinsicht gehört Afghanistan zu den rückständigsten Ländern. Die Mehrzahl seiner Bevölkerung führt noch ein Nomadenleben und beschäftigt sich mit Viehzucht. Die Anfänge einer einheimischen Industrie sind in Kabul in der Fabrik „Maschin-Chane" konzentriert, in der militärische Ausrüstungsgegenstände und allgemeine Bedarfsartikel hergestellt werden.

Um diese Anfänge einer Industrie zu fördern, erhebt die Regierung hohe Einfuhrzölle. Besonders stark kämpft sie gegen die Einfuhr englischer Waren. So werden zum Beispiel englische Manufakturwaren, Zigaretten, Luxusartikel mit 200 bis 300% ihres Nominalwertes verzollt. Als Kuriosum dieses Kampfes gegen die englische Einfuhr kann folgendes Beispiel angeführt werden: Wenn der Emir einen seiner Untergebenen in einem aus englischem Stoffe genähten Kleide bemerkt, schneidet er in das Kleid mit einer Schere eigenhändig ein großes Loch. Dieser Kampf gegen die englische Einfuhr berührt natürlich die Interessen der englisch-indischen Kaufleute sehr empfindlich.

Während der letzten 80 Jahre hatte Afghanistan mit England drei Kriege und kann den Engländern ihre blutigen Strafexpeditionen noch immer nicht verzeihen. Besonders erbittert denkt die Bevölkerung von Kabul an den letzten englisch-afghanischen Krieg im Jahre 1919 zurück, während dessen englische Aeroplane gegen die Hauptstadt Afghanistans eine ganze Reihe von Bombenangriffen geführt haben.

Wir dürfen behaupten, daß der elementare Haß der Bevölkerung gegen die Engländer in direktem Verhältnis steht zu den aufrichtigsten und wärmsten Sympathien zur Sowjetunion. Die im Mai dieses Jahres ausgebrochene Krise der russisch-englischen Beziehungen trug in starkem Maße zum Wachsen der Volkstümlichkeit der Sowjetunion in Afghanistan bei. Die Bevölkerung hat sich davon überzeugt, daß Sowjetrußland trotz des starken Curzonschen Druckes auf eine selbständige und unabhängige Politik im Osten nicht verzichtet, und das vermehrte das Prestige Sowjetrußlands außerordentlich. In der letzten Zeit erfuhr unsere Freundschaft mit Afghanistan eine besondere Verstärkung. Dieser Umstand gab Lord Curzon und anderen Gehilfen des englischen Imperialismus keine Ruhe. Die Intrigen und diplomatischen Kniffe des englischen Gesandten in Kabul führten nicht zu dem erwünschten Resultat. Die Regierung Afghanistans weigerte sich, die Rolle eines Werkzeuges der englischen Politik zu spielen, und hielt an ihrer selbständigen politischen Linie fest. Somit blieb den Engländern nichts anderes übrig, als mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und die Regierung des unabhängigen Afghanistan durch ein Ultimatum herauszufordern. Aber die unmittelbaren Ursachen des englischen Vorgehens liegen noch tiefer. Es handelt sich darum, daß sich England von der revolutionären Stimmung der zwischen Indien und Afghanistan wohnhaften Volksstämme sehr beunruhigt fühlt.

Diese Volksstämme, obwohl sie nicht vollkommen unabhängig sind, und sich in einem gewissen Grade unter englischem Einflusse befinden, haben bis zur letzten Zeit eine gewisse Unabhängigkeit genossen. Jetzt hat England erkannt, daß die Zeit zu einer endgültigen Unterjochung dieser Stämme und ihrer Entrechtung ähnlich der übrigen indischen Bevölkerung gekommen ist, um seine entscheidenden Operationen in Asiristan und Afridistan mit gesicherter Rückendeckung durchführen zu können. Das Ultimatum bildet einen Teil des großangelegten englischen Planes und soll die Regierung Afghanistans einschüchtern, eine Panikstimmung hervorrufen, um dadurch die Operationen von dieser Seite her zu sichern.

Im Falle eines Krieges zwischen England und Afghanistan werden alle Sympathien der 70 Millionen englischer Muselmanen an der Seite Afghanistans sein. Außerdem ermöglicht die günstige geographische Lage Afghanistans die Verteidigung der engen Bergtäler mit geringen Kräften gegenüber der vieltausendköpfigen englischen Armeee.

Angesichts der großen Anhänglichkeit der Bevölkerung an ihre junge Unabhängigkeit, sind die Aussichten auf eine Kapitulation der Regierung Afghanistans vor England äußerst gering. Sie ist sich vollkommen klar, daß die Ausweisung des Bevollmächtigten Vertreters des Rätebundes aus Kabul in Wirklichkeit das Ende der unabhängigen Existenz des Staates bedeuten würde. Das Ergebnis dieses frechen und anmaßenden Ultimatums des Lord Curzon wird allen Anzeichen nach darin bestehen, daß Afghanistan noch viel stärker als bisher eine Annäherung an die Sowjetunion suchen wird. Die Geschichte arbeitet für uns.

Die lügenhaften Behauptungen der englischen Presse, Afghanistan sei nicht von der englisch-indischen Grenze her, sondern von Turkestan bedroht, wo angeblich die „Sowjetimperialisten" große Kräfte zu einem Angriff gegen Afghanistan konzentriert hätten, sind nur zur Bearbeitung der englischen und indischen öffentlichen Meinung erfunden worden, die man mit dem Gespenst der „Roten Gefahr" schrecken will. Bekanntlich gibt es in Turkestan eine territoriale Armee, und daher kann hier von einer Konzentrierung großer Streitkräfte überhaupt keine Rede sein.

Rote Hilfe

Das Kinderelend deutscher Barrikadenkämpfer.

Von Ehrenfried Wagner.

** Im Monat November waren in Deutschland zwölfhundert Frauen und zweitausendvierhundert Kinder revolutionärer Kämpfer zu unterstützen, wovon allein 400 Kinder auf Hamburg entfallen. Das bedeutet für die Rote Hilfe keine leichte Aufgabe. Es darf nicht vergessen werden, daß schon an sich in Deutschland eine große Hungersnot herrscht. Was die Kinder der politischen Gefangenen und der toten Barrikadenkämpfer betrifft, so befinden sich dieselben in ganz besonders trostlosen Verhältnissen.

Von den 2400 Kindern, die auf Rote Hilfe warten, besitzen 1800 keine Hemden und nur 350 Hemd und Kleid. Nur 10% haben brauchbares Schuhzeug, alle anderen haben derart zerrissene Stiefel, daß sie damit unmöglich bei nassem Winterwetter auf die Straße gehen können. Sie können nicht einmal zur Schule gehen und sind gezwungen, im Bett liegen zu bleiben. Nur 3% der Kinder leben in einer geheizten Stube. Nahrungsmittel in geregelter Weise erhalten nur diejenigen Kinder, deren Mütter arbeiten und die einen halbwegs erträglichen Lohn beziehen. Das ist ein verschwindend geringer Prozentsatz. Diejenigen Frauen, deren Männer sich an „Unruhen" oder „Gewalttätigkeiten" beteiligt haben, stehen damit auch außerhalb der Gesetze der bürgerlichen Ordnung und haben natürlich keinerlei Anspruch auf Unterstützung durch die Staatskasse. Sie sind auf sich selbst angewiesen. Woher aber sollen sie Arbeit erhalten, da es gegenwärtig in Deutschland sowieso schon Millionen von Arbeitslosen gibt?! Der Witwe eines im Straßenkampfe gefallenen sächsischen Arbeiters wurde ein Wochenlohn von einer Goldmark gleich ein Vierteldollar, angeboten unter der Bedingung, daß sie täglich sechs Stunden Pflichtarbeit verrichtet. Diese Pflicht- oder besser Zwangsarbeit sollte im Reinigen von Aborten und Spucknäpfen in Schulgebäuden bestehen. Für den gesamten Wochenlohn hätte sie sich gerade ein Pfund Pferdefleisch kaufen können.

Ohne eine breitere Schilderung dieser Notstände zu geben, kann man sich sehr wohl vorstellen, wie schwer es den Frauen politischer Gefangener wird, sich und ihre Kinder vor dem Verhungern zu schützen. Da die Preise für Gas und Heizmittel unerschwinglich hohe sind, können nur 15% der Kinder politischer Gefangener zu Hause ein warmes Mittagessen erhalten. Die übrigen müssen sich mit einem lauwarmen Aufguß von Kaffeeersatz und einer Scheibe eines aus Kartoffeln und Speltzen bestehenden Brotes begnügen. Sämtliche Kinder sind unterernährt und keines hat das seinem Alter entsprechende Körpergewicht. Milch wird auch an Kinder nur auf ärztliches Attest ausgegeben, und zwar nicht mehr als 50 g täglich. Dazu ist diese Milch fast stets stark verdünnt. Da aber Hinterbliebene von „Plünderern" und „Hochverrätern" kein Recht haben, Armenhilfe in Anspruch zu nehmen, so können die Kinder der politischen Gefangenen nicht einmal in den Besitz dieses bescheidenen Nahrungsmittels kommen. Selbst im Krankheitsfalle sind lange Wege und Petitionen nötig, ehe ärztliche Hilfe geschickt wird. Der Gesundheitszustand ist ein beängstigend schlechter. Stark ist die Tuberkulose unter diesen schlecht ernährten Kindern verbreitet. Fast mit ähnlich hohem Prozentsatz treten unter ihnen auch Skrofulose, Rhachitis, Skorbut und progressiver Kräfteschwund auf. Man kann ohne jede Übertreibung sagen, daß wenn diesen Kindern der politischen Gefangenen nicht umgehend durchgreifende Hilfe gebracht wird, man mit einem Massensterben derselben rechnen muß.

Gewiß ist die Rote Hilfe in der letzten Zeit dazu übergegangen, an die Hinterbliebenen der politischen Gefangenen wenigstens einmal täglich ein warmes Mittagessen zu verabfolgen, aber angesichts der ungeheuren Not ist auch das nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Man kann nicht im entferntesten davon sprechen, daß diese Not auch nur einigermaßen gelindert wäre, trotz der großen Summen, die das Zentralkomitee der Internationalen Roten Hilfe in der letzten Zeit nach Deutschland geschickt hat. Erst in den letzten Tagen erhielt das ZK. der IRH. folgendes dringende Telegramm aus Deutschland:

„Schickt sofort Geld. Uns fehlen alle Mitteln, die Unterstützungen auszuzahlen.

Rote Hilfe Deutschland."

Das ZK. hat natürlich sofort einen größeren Betrag überwiesen. Aber man muß berücksichtigen, daß heute die Kaufkraft des Dollar in Deutschland stark geschwunden ist. Für einen Dollar kann man sich gegenwärtig vielleicht gerade ein Pfund Fleisch kaufen. Nehmen wir einmal nur 3600 Unterstützungsheischende an (und das wären nur die Familienangehörigen der Gefangenen), so kann man sich selbst ausrechnen, daß mit einer Summe von 5000 Dollar monatlicher Unterstützung für die Gesamtzahl nicht viel anzufangen ist. Hinzu kommt, daß die eingangs genannten Zahlen der Hinterbliebenen noch aus der Zeit vor der Illegalität der deutschen Kommunistischen Partei stammen und daß inzwischen die Zahl der Opfer gewachsen ist und täglich noch wächst. Zu gleicher Zeit aber übersteigen die Preise für Lebensmittel immer mehr die Weltmarktpreise, das heißt man kann sich in Deutschland für einen Dollar immer weniger kaufen. Da die Zahl der Gefangenen, Hinterbliebenen, Flüchtlinge sehr gewachsen ist, macht sich für Deutschland eine monatliche Unterstützung von mindestens 30.000 Dollar notwendig. Das Zentralkomitee der Internationalen Roten Hilfe kann aber aus seinem Fonds keine höhere Summe als 10.000 Dollar für Deutschland auswerfen. Die übrigen 20.000 Dollar müssen durch schnellste und intensivste Sammlungen vom internationalen Proletariat aufgebracht werden.

Wir alle sind dafür verantwortlich, daß die Kinder und Frauen derjenigen Revolutionäre, die heute im Gefängnis sitzen, nicht im Elend umkommen. Es müssen warme Kleidungsstücke bereitgestellt und Gelder gesammelt werden einerseits zur baren Unterstützung der Opfer des Klassenkampfes, andererseits zur Errichtung von Kinderheimen, in denen die deutschen Revolutionswaisen unterzubringen sind. An diesem so notwendigen Hilfswerk müssen alle Arbeiter und alle Sympathisierenden des revolutionären Kampfes mithelfen und auf keinem Fall dürfen diese Kinder der tapferen Klassenkämpfer im Stich gelassen werden.

Aus dem Lager der Gegner.

Neue Strömungen im indischen Nationalismus.

Von M. N. Roy.

** Das hervorragendste Merkmal der indischen Nationalistenbewegung während des letzten Halbjahres ist ein Zug nach rechts gewesen. Das Programm der streitbaren Massenaktion, das mit der Kampagne für Non-Cooperation (Nichtmitwirkung) untrennbar verbunden war, ist endgültig durch den Konstitutionalismus verdrängt worden. Jegliche Tendenz revolutionärer Natur ist abgewiesen worden. Die Führung des Nationalkongresses ist in die Hände der oberen Mittelklasse übergegangen, deren Programm es ist, nicht die Regierung zu boykottieren, sondern den Weg für Verhandlungen freizumachen, die allenfalls zu einem Kompromiß mit dem Imperialismus führen werden. Zum Ziele des Kongresses ist unter der neuen Führung der Swaraj-Partei offen die Herbeiführung der Stellung als Dominion innerhalb des Imperiums erklärt worden. Die scheinparlamentarischen Einrichtungen, die unter dem Namen Reformcouncils (Reformräte) bekannt und bisher von den Anhängern der Nichtmitwirkung boykottiert worden sind, sind von der neuen Führung als das ergiebigste Gebiet nationalistischer Betätigung bezeichnet worden.

Im letzten Jahre, als der Kongreß noch von den Anhängern Gandhis geführt wurde, beantragte der rechte Flügel unter der Führung von C. R. Das die Ablehnung des Boykotts der Räte. Auf dem Kongreß von Gaya im Dezember 1922 wurde dieser Antrag abgelehnt. Der rechte Flügel, der sich weigerte, der Entscheidung des Kongresses beizutreten, konstituierte sich innerhalb des Kongresses als eine neue Partei, bekannt als die Swaraj-Partei, und begann die Agitation für die Aufhebung des Bannspruches gegen die Räte. Die neue Partei bestand aus den Elementen der oberen Mittelklasse innerhalb des Kongresses und zählte daher in ihren Reihen einige der fähigsten und geschicktesten Politiker der nationalen Bewegung. Die orthodoxen Anhänger Ghandis hatten auf der anderen Seite nichts Konkretes zu bieten, das der Bewegung neuen Anstoß gegeben hätte. Sie konnten nur die abgenützten Formeln wiederholen, die auf dem Gebiete der praktischen Politik jämmerlich unfähig befunden worden waren. Dadurch, daß sie die sreitbare

Aktion der Massen rundwegs abwiesen, hatten die Anhänger Ghandis deren Vertrauen verscherzt. Die einst mächtige Nichtmitwirkungsbewegung war zu einer bloßen Schaustellung herabgesunken. Untätigkeit und Zersetzung charakterisierten die Bewegung zu jener Zeit. Getrennt von den Massen, war die nationalistische Bewegung wieder einmal zu einer ausschließlichen Angelegenheit der Mittelklasse geworden. Unter solchen Umständen war es nur natürlich, daß jene Führer, die ein auf die Förderung der Interessen der Bourgeoisie berechnetes Programm ausgeben konnten, den Kongreß auf ihre Seite zu bringen vermochten.

Eben dieses ist tatsächlich eingetreten. Nach einem halben Jahre erbitterter Anfehdung wurde die Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Nationalkongresses in Delhi beschlossen. Dieser trat Mitte September 1923 zusammen und sprach sich zugunsten der Swaraj-Partei aus. Der Bannfluch gegen die Räte wurde aufgehoben, und den Mitgliedern des Kongresses wurde es gestattet, bei den bevorstehenden allgemeinen Wahlen mitzukämpfen. Dies stellte einen vollständigen Sieg der oberen Mittelklasse dar, die wirtschaftlich und ideologisch sehr eng mit den Großkapitalisten und Großgrundbesitzern verbunden ist, und bezeichnete die Niederlage und die Demoralisierung des Kleinbürgertums, das die Nichtmitwirkungsbewegung geleitet hatte. Der Sieg der Swaraj-Partei war um so entscheidender, als die meisten der hervorragenden Persönlichkeiten des Flügels der Anhänger Ghandis, der für die Fortsetzung des Boykotts der Räte eintrat, zu einer offenen oder stillschweigenden Verständigung mit dem rechten Flügel gelangten. Mohamed Ali, die rechte Hand Ghandis und der Führer der Kalifats-Bewegung (auf Wiederherstellung des Kalifentums), wandte sich selbst an den Kongreß, um die Aufhebung des Boykotts der Räte gutzuheißen. Er deutete sogar an, daß er dies mit Ermächtigung von Herrn Ghandi tue.

Der außerordentliche Kongreß von Delhi bezeichnete einen Wendepunkt in der ganzen Bewegung. Das Kleinbürgertum, das seine eigenen Interessen im neuen Programme nicht wiedergespiegelt fand, konnte weder mit den neuen Führern übereinstimmen noch ein eigenes Programm entwickeln, das auf dem Kongreß sich Gehör hätte verschaffen können. Wenn das Kleinbürgertum kühn genug gewesen wäre, das ursprüngliche Programm der Nichtmitwirkungsbewegung im vollen Bewußtsein seiner revolutionären Bedeutung wieder zu beleben, so wäre es wohl imstande gewesen, die Führung des Kongresses wieder in die Hand zu bekommen. Das will sagen, es hätte sich nur dann durchsetzen können, wenn es den Mut gehabt hätte, sich wieder auf die Massen zu stützen, um den rechten Flügel zu bekämpfen. Aber soviel kann vom Kleinbürgertum nicht erwartet werden. Es bleibt jedoch Tatsache, daß dieses Element, unbefriedigt von den Entscheidungen in Delhi, ein fruchtbares Gebiet für die Propaganda des revolutionären Nationalismus bietet.

— Die beiden Monate, die auf den Kongreß von Delhi folgten, waren gekennzeichnet durch die Wahlkampagne zu den neuen Reformräten, die das einzige Zeichen nationalistischer Betätigung war. Mit Rücksicht darauf, daß die sechs Millionen Menschen, die unter einer Bevölkerung von 320 Millionen die indische Wählerschaft bilden, den besitzenden Oberklassen reichen Intellektuellen und den besitzenden Bauern, die mit den Grundbesitzern enge Beziehungen haben, angehören, konnten die Wahlwerber sich unzweideutig nur der Wahrnehmung der Interessen dieser Elemente hingeben. Daher hat die Wahlkampagne die wahre Natur der Swaraj-Partei, die heute die Führung des Nationalkongresses hat, klar zutage gebracht. Befreit von allem Beiwerk von Sentimentalität, womit Herr C. R. Das es ursprünglich bekleidet hatte, hat das Programm der Swaraj-Partei (und daher auch des Kongresses) zu seinen Hauptgrundlagen: 1. Stellung als Dominion; 2. parlamentarische Opposition, um die Regierung zu zwingen, mit den „Vertretern" der Nation zu verhandeln; 3. Schutz des Privateigentums und Entwicklung des einheimischen Kapitalismus; 4. Verteidigung des landbesitzenden Adels; 5. Schutz der Eingeborenenstaaten; 6. dezentralisierte Regierung.

Die zur Durchführung des Programms vorgeschlagenen Methoden sind in hervorragendem Maße bürgerliche. Konstitutionelle Opposition ist zum Hauptpfeiler der Bewegung geworden. Der Plan geht dahin, eine Mehrheit der wählbaren Sitze zu erringen und dann eine Resolution für Selbstverwaltung einzubringen. Wenn die Regierung die Resolution zurückweist, so soll Obstruktionspolitik angewendet werden, um das Regieren durch die Rate unmöglich zu machen. Dies klingt alles ganz annehmbar, solange man nicht die Tatsachen untersucht. Erstens hat die Swaraj-Partei, obgleich sie bei den soeben beendigten Wahlen namhafte Siege aufzuweisen hatte, doch nicht mehr als ungefähr ein Drittel der Sitze erobern können. Die Erringung einer Mehrheit, wovon der Erfolg des ganzen Planes abhängig ist, wird nur dann möglich sein, wenn die Bourgeoisie als Klasse fest hinter dem Kongresse steht, das ist wenn der Kongreß ganz offen die Vertretung der Oberklassen geworden ist. Zweitens wird eine parlamentarische Mehrheit, selbst wenn sie gesichert ist, nicht ausschlaggebend sein, solange nicht der Kongreß zu einem Plane außerparlamentarischer Aktion zu der Zeit bereit ist, wenn seine Resolution, wie es unvermeidlich ist, zurückgewiesen wird. Beides zusammen ist nicht möglich, weil außerparlamentarische Aktion eine revolutionäre Bewegung, die auf die Massen gestützt ist, mit sich bringt, und diese Bewegung von der Bourgeoisie nicht geduldet werden wird. Die logische Entwicklung des neuen Programms des Kongresses wird daher Konstitutionalismus von reinstem Wasser sein, was ein Zurückgehen zu dem Zustand bedeutet, der vor der Einleitung der Nichtmitwirkungskampagne im Jahre 1919 bestand.

Obgleich die Swaraj-Partei bei dem vor kurzem stattgefundenen Wahlen sich nicht eine Mehrheit sichern konnte, hat eine Anzahl ihrer Kandidaten auf Kosten hervorragender gemäßigter und loyalistischer Führer Sitze erlangt. Die Männer an der Spitze der Swaraj-Partei konnten über die Ergebnisse der Wahlen keinerlei Illusionen gehabt haben; sie wußten ganz gut, daß sie selbst nicht eine Mehrheit erzielen konnten. Sie suchten daher noch vor dem vollen Einsetzen der Wahlkampagne eine Koalition mit dem linken Flügel der Liberalen Partei, den früheren Führern des Nationalkongresses und Vertretern der Großbourgeoisie und der fortschrittlichen Grundbesitzer. Obgleich eine solche Koalition nicht formell zustande kam, wird die Parlamentsfraktion der Swaraj-Partei stark durchsetzt mit durch und durch bürgerlichen Mitgliedern, die der Partei während der Wahlen ihren Stempel aufgedrückt haben, trotzdem die meisten von ihnen niemals an der nationalistischen Bewegung irgendwie direkt Anteil genommen hatten. Ihr Anschluß ist um einen ziemlich hohen Preis erkauft worden, da sie die von der Swaraj-Partei formulierte Taktik nicht unterschreiben. Um sie daher in ihren Reihen zu erhalten, wird die Swaraj-Partei ihre parlamentarische Taktik abzuändern haben. Auf diese Weise wird der Plan, die Räte „scheitern zu lassen", wovon so viel gesprochen worden ist, völlig in Frage gestellt, da vor allem keine Mehrheit der Swaraj-Partei besteht, und zweitens diejenigen, die als Anhänger der Swaraj-Partei gewählt worden sind, keineswegs einmütig dieser Taktik zustimmen. Was sonst kann dem Kongreß, der von einer Partei in einer solchen zweifelhaften Lage geführt wird, übrig bleiben, als zu allen praktischen Zwecken eine Partei der Bourgeoisie zu werden, die sich konstitutioneller Agitation hingibt, um mit dem Imperialismus einen Handel zu betreiben?

Diese Einstellung der nationalistischen Bewegung auf rein bürgerliche Grundlage läßt die untere Mittelklasse und die Massen auf dem Trockenen sitzen. Aber die Gärung unter diesen Elementen ist noch eine starke, und die Ursache dieser Gärung kann nicht mit Umgehung eines vollständigen Umsturzes beseitigt werden. Mit dem Zerfließen aller seiner Illusionen, einer nach der anderen, ist das Kleinbürgertum in einer bemitleidenswerten Lage. Aber es besteht in seinen Reihen ein bedeutendes ungebärdiges Element, das der erste Antrieb revolutionären Ausbruchs in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts gewesen ist. Das sind die deklassierten Intellektuellen, die nichts zu verlieren haben als ihre Vorurteile. Der Zusammenbruch der Nichtmitwirkungsbewegung und die Rückkehr des Kongresses zu den alten Methoden des Konstitutionalismus haben diese revolutionären Elemente auf ihre eigenen Mittel zurückgeworfen, die jedoch nicht sehr große sind. Sie sind zum Terrorismus zurückgekehrt, der sich schon längst immer wieder als fruchtlos erwiesen hat. Aber der Idealismus und die Hingabe dieser Elemente sind unleugbar. Wenn sie eine gut orientierte politische Führung bekommen, werden sie sicher besser Bescheid wissen. Im Hinblick auf die geistige Rückständigkeit der Massen wird es geschichtlich notwendig, daß die anfängliche Führerschaft einer wirklichen Befreiungsbewegung aus den Reihen dieser deklassierten Intellektuellen herstammt. Der Kader einer Partei der Arbeiterklasse muß auf einige Zeit aus ihren Reihen rekrutiert werden. Die Klärung des Klassencharakters des Kongresses hat diese Aufgabe zu einer leichteren gemacht. Die schnelle Entwicklung des bürgerlichen Nationalismus zerstreut viele reaktionäre gesellschaftliche

und wirtschaftliche Doktrinen, die bis jetzt die Anschauungen der unteren Mittelklassen verwirrt haben.

•

Zugleich mit ihrem Zeitgenossen, der Nichtmitwirkungskampagne, ist auch die Kalifatsbewegung an Erschöpfung gestorben. Die gefährlich reaktionären Tendenzen, die in dieser Bewegung eingebettet waren, haben immer mehr ihre äußere politische Wirksamkeit paralysiert und seit dem letzten Jahre zu den religiösen und konfessionellen Konflikten geführt, die in Indien solch ernstes Ausmaß angenommen haben, daß die nationalistischen Führer nun gänzlich am Ende ihres Lateins angelangt sind. Insbesondere in den nördlichen Provinzen, wo die muselmanische Bevölkerung vorherrscht, sind konfessionelle Konflikte zu einem regelrechten Bürgerkriege ausgewachsen, der von den reaktionären Elementen beider Religionsgemeinden unterstützt und von der Regierung gefördert wird. Diese logische Entwicklung des äußersten Fanatismus, den die Kalifatsbewegung hervorrief, führte zur Organisierung des Allindischen Hindu-Sabha, worin alle reaktionären Tendenzen krystallisiert sind. Das eingestandene Ziel dieser Hinduorganisation ist die Verteidigung ihrer eigenen Religionsgemeinde. Viele hervorragende Kongreßführer nehmen an der Unterstützung dieser reaktionären Hindubewegung teil, was den muselmanischen Geistlichen, Grundbesitzern und loyalistischen Beamten eine Handhabe bei ihren Bemühungen geboten hat, den muselmanischen Massen die „unversöhnliche" Feindseligkeit der Hindus zu zeigen. Ein Geist des Fanatismus, aufgepeitscht durch intensive Agitation für die Verteidigung der Religion und der gesellschaftlichen Traditionen, wie ihn die Kalifatsbewegung hervorgerufen hat, kann leicht in eine Richtung gelenkt werden, von wo der Angriff auf die Religion angeblich herrühren soll. Die Kalifatsbewegung ist so in ein Wiederaufleben der heftigen Rivalität zwischen den beiden großen indischen Religionsgemeinden ausgeartet. Das Ergebnis ist für die nationalistische Bewegung verderblich gewesen.

Andererseits ist der Kalifatsbewegung als solcher durch den Gang der Ereignisse in der Türkei der Boden entzogen worden. Als die Nachrichten durchsickerten, daß die Türken, die als die Wächter des Kalifats angesehen worden waren, selbst diese veraltete Einrichtung abgewiesen haben, wurde die Aufgabe, die Begeisterung der indischen Muselmanen für diese Losung aufrechtzuhalten, immer schwieriger. Dann ist es nicht allgemein bekannt, daß nur sehr wenige der wirklichen Führer der muselmanischen Religionsgemeinde sich der Kampagne für das Kalifat angeschlossen haben. Sie „liegen darnieder", bis die Begeisterung der Massen, die durch ganz andere Ursachen als „das Unrecht am Kalifat" erweckt ist, aber von den Enthusiasten für das Kalifat ausgebeutet wird, vorbeigegangen ist. Diese Führer haben jetzt eine Kampagne zugunsten der Aussöhnung mit England eingeleitet, sie haben die alten Argumente wieder aufgefrischt, daß die Muselmanen sich in Indien in der Minderheit befinden, und daß Selbstverwaltung nach dem Grundsatz der Volksvertretung sie unter die Vorherrschaft der Hindus bringen wird. Sie folgern daraus, daß die Interessen der Muselmanen besonders zu behandeln wären. Die Versuche, die gemacht wurden, um die Allindische Muselmanenliga wieder zu beleben, die eine rivalisierende Organisation des Nationalkongresses bis zu ihrer Aufsaugung durch die letztere nach dem Zusammenschluß von Lucknow von 1916 gewesen war, sind nur andere Anzeichen der außerordentlich schwachen Grundlage, auf der die „Einheit der Hindus und der Muselmanen", begründet auf der Agitation für die Nichtmitwirkung und das Kalifat, beruht hatte.

Die Führer beider Religionsgemeinden stehen betroffen vor der Wendung der Ereignisse, die jeder von ihnen mit einem Gran Voraussicht hätte vorher sehen können. Da sie unfähig sind, eine Lösung zu finden, weichen sie Losungen aus, während der bittere Konflikt zwischen den Religionsgemeinden den Lebensnerv der Nationalistenbewegung aufzehrt. Die einzige Lösung der gegenwärtigen Verlegenheit liegt in der vollkommenen Abschaffung gesonderter Organisationen der Religionsgemeinschaften, wie das Kalifat und das Hindu Sabha, und in der Einstellung der Agitation unter den Massen mehr auf eine nationalistische als auf eine außernationalistische oder religionsgemeindliche Grundlage, mehr auf Wirtschaftskampf als auf religiösen Fanatismus. Nur durch Hinweis auf die Gleichheit ihrer Klasseninteressen kann von den indischen Massen eine wirkliche und stetige Einheit herbeigeführt werden.

Diese Tatsache wird eindrucksvoll dargetan durch die Entwicklung der halb agrarischen, halb religiösen Bewegung der Sikhs im Puntschab, die sich als eine örtliche, oder besser, provinzielle entwickelte, da es dem Nationalkongreß nicht gelang, sie auf eine die ganze Nation umfassende Grundlage zu bringen. Auch in diesem Falle sabotierte die bürgerliche Führerschaft bei jedem Schritte die revolutionären Tendenzen der Bewegung, wodurch sie bedenklich ihre ungeheuren Entwicklungsmöglichkeiten schwächte. Die Sikh-Bauernschaft antwortete auf den Schrei nach Reform der Kasten in der Hoffnung, dadurch zu den Liegenschaften der Kirche zu kommen. Das Komitee für Reform der Kasten, das von den weltlichen Grundbesitzern (die sich von der Geistlichkeit, der sie die Herrschaft entreißen wollen, unterschieden) und von den Kapitalisten beherrscht wurde, tat sein Bestes, um die treibenden Kräfte der Massenaktion, die der ganzen Bewegung zugrunde lagen und ihr Stärke verliehen, zu verwirren und abzulenken. Während die Massen ihren festen Entschluß kundgaben, den Kampf bis zu Ende zu führen, ließ sich das Komitee auf Verhandlungen mit der Regierung und mit den Behörden der Kasten ein. In der Hoffnung, zu einem Kompromiß zu gelangen, stellte das Komitee praktisch alle Kampftätigkeit ein, deren Wirksamkeit das einzige Mittel gewesen war, die Regierung zu Verhandlungen zu veranlassen. Die letztere beeilte sich, diese innere Schwäche der Bewegung zu erfassen, und wies die Vorschläge einer Verständigung, die vom Reformkomitee ausgingen, scharf zurück. Die Folge davon war eine Spaltung der Bewegung. Der streitbarste Teil setzte sich für eine vorzeitige Kampagne mit Gewaltmaßnahmen ein, die nur die Form von krampfhaftem und gänzlich wirkungslosem Terrorismus annehmen konnte. Die Regierung stürzte sich auf diese Elemente mit schweren Repressalien, ebenso wurde auch ihr Verhalten gegenüber den anderen Elementen der Bewegung ein härteres. Das Reformkomitee setzte nochmals mit einer Kampagne für Massenkundgebungen gegen die Handlungsweise der Regierung ein. Diese antwortete damit, daß sie die ganze Bewegung für illegal erklärte und sie in Bann tat. Mehr als dreihundert der hervorragendsten Führer der Sikh wurden verhaftet, darunter alle Mitglieder der Reformkomitees, während die Organe der radikalen Sikhbewegung eingestellt und ihre Lokale geschlossen wurden. Die Regierung wagte diese drastischen Maßregeln, die von seiten der nationalistischen Bewegung geringen oder keinen Widerstand fanden, weil sie die Lage richtig einschätzte. Der Nationalkongreß, durch konfessionelle und fraktionelle Streitigkeiten zerrissen, war nicht in der Lage, den Sikhs zu Hilfe zu kommen: selbst wenn er stark genug gewesen wäre, dies zu tun, hätte er niemals die revolutionäre Bedeutung und die Entwicklungsmöglichkeiten der Sikhbewegung verstanden und hätte sich, falls er sie verstanden hätte, ihnen widersetzt, so wie er sich der Massenbewegung widersetzt hatte, die den Konstitutionalismus der Nichtmitwirkungsbewegung zu überwältigen gedroht hatte. Unter keinen denkbaren Umständen wird der Kongreß, wie er jetzt zusammengesetzt ist, die Losung: „Land für die Bauern!" unterschreiben, die die einzige sachliche Parole für die Sikhbewegung ist, wenn sie sich gegen die Pegierungsverfolgungen durchsetzen und ihr Programm der Reform der Kasten verwirklichen will.

Das Programm politischer Unabhängigkeit, das im vorletzten Jahre dem Nationalkongreß vorgelegt und von seinen Führern zurückgewiesen wurde, ist von einem beträchtlichen Teile des linken Flügels aufgenommen worden, und und eine entschieden gehaltene Resolution, die der Provinzkonferenz der Vereinigten Provinzen im letzten Jahre vorgelegt wurde und die als das Ziel des Kongresses die „vollständige Unabhängigkeit von jeder Fremdherrschaft" bezeichnete, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Ein Studium der nationalistischen Presse zeigt deutlich, daß die Ideologie der indischen Bewegung große Veränderungen nach links mitmacht, nicht weniger als nach rechts. Während bis vor kurzem das Programm des Nationalkongresses durch undeutliche Allgemeinheiten über „Swarai" gekennzeichnet war, gibt es heute keine politische Partei im Lande, die diesen Namen verdient, die nicht in ihrem Programm Klauseln betreffend die gesellschaftliche und wirtschaftliche Wohlfahrt der Massen hätte. In jeder Provinz halten große Massen des Kleinbürgertums nach einer neuen Führerschaft Ausschau. Die Losung „Vereinigt Euch mit den Arbeitern und Bauern!" gewinnt schnell Boden. Ein hervorragendes Mitglied des Kongresses hat sich bei der Vorlage der Resolution der Arbeiter in der eben erwähnten Provinzkonferenz offen ausgesprochen und den Nationalkongreß

als das Organ der Bourgeoisie bezeichnet und die revolutionären Nationalisten aufgefordert, mit den Massen zu gehen. Ein immer größer werdender Teil der öffentlichen Meinung im Lande ist der Ansicht, daß bloße politische Freiheit ohne eine vollständige gesellschaftliche und wirtschaftliche Umwälzung eine bedeutungslose und nichtige Erscheinung wäre.

So erweitert sich der Kampf gegen den Imperialismus immer mehr, und das Element des Klassenkonflikts wird im Rahmen der indischen Politik immer klarer enthüllt und entwickelt, da die politische Ideologie geklärt wird und die nationalistische Bewegung sich in zwei Strömungen teilt: in eine „konstitutionelle" und kompromißlüsterne und eine andere, die durch den wirtschaftlichen Druck immer mehr revolutionär und gegen Kompromisse eingestellt wird in ihrem Kampfe gegen einen zweifachen Feind, den ausländischen und einheimischen Kapitalismus. Von der weiteren Entwicklung dieses Kampfes und von dessen endgültigem Ausgange hängt das Schicksal der 300 Millionen indischer Proletarier und Bauern ab.

Aufrufe

An die Arbeiter-, Bauern- und revolutionären Organisationen der ganzen Welt.

Den nachfolgenden Aufruf, der uns verspätet zuging, bringen wir wegen seiner Wichtigkeit noch nachträglich zur Kenntnis unserer Leser.

Die Red.

** Am 9. Juni wurde die Bauernregierung in Bulgarien durch die Militärliga mit Unterstützung der bürgerlich-monarchistischen und konterrevolutionären Organisationen gewaltsam gestürzt. Die gesamte Welt war aber erstaunt, als sie erfuhr, daß zu den Urhebern des Umsturzes auch die bulgarischen Sozialdemokraten gehörten, die den Anspruch erhoben, als Vertreter der werktätigen Massen angesehen zu werden und sich zur sozialistischen Internationale rechnen.

In Wirklichkeit treten aber diese „Freunde" der Arbeiter nicht zum erstenmal gegen das kämpfende Proletariat auf. Noch in der kritischen Zeit, als nach der militärischen Katastrophe ganz Bulgarien von der flammenden Entrüstung der Arbeiter und Bauern erfaßt war, stellte sich die sozialdemokratische Partei ganz in den Dienst der bankrotten und erschrockenen monarchistischen Bourgeoisie, um deren Herrschaft zu retten. Schon bei dieser Gelegenheit besudelte sie ihre Hände mit Arbeiterblut. Weiterhin lieferte die bulgarische Regierung unter ihrer Mithilfe dem General Denikin Waffen und Munition, und als die geschlagenen weißen Banden des Baron Wrangel in Bulgarien Zutritt fanden, wo sie anfingen, sich energisch zu einem neuen Überfall auf Sowjetrußland vorzubereiten und sogar gegen die schaffenden Massen des Landes, das sie aufgenommen hatte, Ränke zu schmieden, zögerten die Sozialdemokraten keinen Augenblick, in voller Einmütigkeit mit der reaktionären Bourgeoisie die Wrangelbanden gegenüber der Kampagne der Kommunistischen Partei, die sich die Vernichtung dieses gefährlichen konterrevolutionären Nestes zum Ziel setzte, in Schutz zu nehmen.

Während der Hungersnot in Rußland waren die bulgarischen Sozialdemokraten die einzige „Arbeiterpartei" der Welt, die nicht nur nichts im Interesse der Hungernden unternahm, sondern von der Regierung zynisch die Beschlagnahme des von den kommunistischen Organisationen gesammelten Getreides forderte und die Massen zur Plünderung dieser Vorräte anspornte.

Für diese arbeiterfeindlichen und verräterischen Handlungen wurde die Sozialdemokratische Partei dadurch schwer bestraft, daß die werktätigen Massen sich von ihr abwendeten. Die Zahl ihrer Wähler, die 1919 100.000 betrug, fiel 1923 auf 25.000 und die Zahl ihrer Parlamentssitze von 39 auf 2, die sie auch nur mit Hilfe des bürgerlichen Blocks erlangten. Die Gewerkschaften, die ihr bisher Gefolgschaft leisteten, verließen sie ebenfalls und schlossen sich den kommunistischen Gewerkschaften an. Auf solche Weise wurde sie zu einem verachteten, bei den Massen einflußlosen kleinen Häuflein. Die Vergangenheit dieser Partei ist aber nichts im Vergleich mit ihrer schmachvollen, gemeinen und ehrlosen Gegenwart. Ihr Bündnis mit den bulgarischen Generalen, Faschisten und Konterrevolutionären, diesen Dienern des Bank- und Wucherkapitals, wurde endgültig besiegelt am 9. Juni durch den blutigen Feldzug gegen das schaffende Volk. Nach dem Sturze Stambulinskis entsendete sie in die Generalsregierung einen Minister und erwies den militärisch-faschistischen Banden bei der Unterdrückung des ausgebrochenen Bauernaufstandes aktive Unterstützung. Die Verantwortung für die ohne jedes Gerichtsverfahren und ohne Untersuchung vollzogene Ermordung der Bauern, die sich zum Schutze der Bauernregierung erhoben haben, die Verantwortung für die diebischen und gemeinen Morde an vielen verhafteten Führern des Bauernbundes der Kommunisten, die von den Organen der Macht begangen wurden, die Verantwortung für die Massenverhaftungen der Arbeiter und Bauern, für die von der bürgerlich-faschistischen Justiz gefällten Bluturteile lastet in vollem Umfange auch auf den bulgarischen Sozialdemokraten. Aber in noch größerem Umfange sind sie für die Zertrümmerung der Kommunistischen Partei und der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft verantwortlich. Nach dem 9. Juni wurde die KP. Bulgariens, trotzdem sie an dem bewaffneten Kampfe gegen den Umsturz nicht teilnahmen, genau so wie alle anderen Arbeiterorganisationen tatsächlich außerhalb des Gesetzes gestellt. An vielen Orten wurden die Arbeiterlokale geschlossen und das Versammlungsrecht wurde den Arbeitern und Bauern entzogen; die Arbeiterpresse war regelmäßig der Zensur und Konfiskation ausgesetzt; Massenverhaftungen von Arbeitern und Bauern und grausame Mißhandlungen wurden zur alltäglichen Erscheinung und alle Streiks wurden von der Polizei unterdrückt. Das alles geschah mit Zustimmung des sozialdemokratischen Ministers und die sozialdemokratische Partei fand kein einziges Wort des Protestes gegen dieses barbarische Regime der Unterdrückung der Arbeiterklasse. Ja, noch mehr, ihr Minister gab seine vorherige Zustimmung zur Anwendung der schärfsten Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei.

Auf Beschluß der Militärliga wurden am 12. September im ganzen Lande ungefähr 2000 Arbeiter- und Bauernbündler, darunter alle Führer der Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, verhaftet. Gleichzeitig wurden alle Lokale der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaften besetzt und ihre Archive beschlagnahmt. Die kommunistische und proletarisch-gewerkschaftliche Presse wurde eingestellt. Als Vorwand hierzu diente die Behauptung, daß die Kommunistische Partei einen Umsturz für den 16. September vorbereite. Die sozialdemokratische Presse unterließ es nicht nur, gegen dieses beispiellose Verbrechen und diese empörende Provokation, die bei der gegenwärtigen inneren und internationalen Lage des Landes notwendigerweise zum offenen Bürgerkrieg führen mußte, zu protestieren. Sie machte vielmehr durch die Artikel ihres Hauptführers Sakysow den Vorschlag, die Kommunistische Partei in aller Form außerhalb des Gesetzes zu stellen.

Die Sozialdemokratie trägt die volle Verantwortung für die beispiellosen Grausamkeiten, die die Regierungstruppen und -banden nach der Unterdrückung des Volksaufstandes begangen haben. Sie ist verantwortlich für die Ermordung aller gefangenen und verwundeten Aufständischen, für die Morde an den noch vor dem Aufstand verhafteten kommunistischen und proletarischen Führern und für die grausamen Mißhandlungen wehrloser Frauen und Kinder.

Während selbst eine der bürgerlichen Parteien ihrer Entrüstung über die begangenen Schandtaten Ausdruck verlieh und die Regierung der Provokation beschuldigte, verblieb die Partei der bulgarischen Sozialdemokraten ruhig in der Henkerregierung und fuhr fort, diese mit beispielloser Schamlosigkeit gegen die Kommunistische Partei, die Gewerkschaften und das Arbeitergenossenschaftswesen zu hetzen und die Beschlagnahme ihres gesamten Besitzes zu fordern.

Nachher schacherte sie mit der Regierung um den Preis für ihre früheren und zukünftigen Dienste. Dieses Schachern führte zur Blockbildung, unter der Firma „Demokratischer Bund", mit den vereinigten Parteien der kapitalistischen und militärisch-monarchistischen Diktatur; die Mandate im zukünftigen, weißgardistischen Parlament wurden verteilt: den Sozialdemokraten, die selbständig nichts erhalten würden, sichert die Regierung ungefähr 40 Mandate zu. Für diesen hohen Preis verzichteten sie auf ihr Programm und zeichneten mit dem Namen ihrer Partei die Firma der bis über die Ohren vom Arbeiterblut besudelten Regierung. Nachdem sie sich an allen Verbrechen dieser Regierung beteiligt haben, bekunden sie jetzt, wie das auch die reaktionärste bulgarische Presse feststellt, eine starke patriotische Gesinnung, indem sie mit Hilfe ihrer formellen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Internationale der Regierung helfen, bei den Arbeitern und Bauern anderer Länder den falschen Glauben zu erwecken, daß in Bulgarien nicht eine Diktatur der Ge-

nerale und Bankiers, sondern eine Regierung der „Demokratie" und der „sozialen Reformen" herrscht.

Die bulgarische sozialdemokratische Partei hat noch einmal versucht, die proletarische öffentliche Meinung zu täuschen, indem sie noch 1921 formell aus der Zweiten Internationale ausgetreten ist und den Wunsch bekundet hat, sich der Wiener Internationalen Arbeitsgemeinschaft anzuschließen; die Wiener Konferenz hat aber ihre Aufnahme mit Rücksicht auf ihre Vergangenheit abgelehnt, so daß sie auf diesen Plan verzichten mußte und noch immer fortfährt, durch ihre Tätigkeit zum Ruhme der Hamburger Internationale beizutragen. Wie es scheint, haben aber die letzten Heldentaten dieser Partei manche Opportunisten wieder in Verlegenheit gebracht. So hat das Organ der österreichischen Sozialdemokratie, die „Arbeiter-Zeitung", sie offen als Bundesgenossen der bulgarischen Weißgardisten gebrandmarkt und auch die jugoslawischen Sozialisten und die russischen Sozialrevolutionäre haben sie scharf angegriffen. Diese vereinzelten Kundgebungen haben aber nicht den geringsten Wert, da die Partei trotzdem in der Sozialdemokratischen Internationale verbleibt und sich für ihre verräterischen Ziele der Autorität Amsterdams, der Labour Party usw. bedienen kann.

Gerade zur Zeit des Massenterrors befand sich Noell Buxton, Mitglied der Labour Party-Fraktion im englischen Parlament, „zu Gast" bei den bulgarischen Sozialisten und hat im Namen der Labour Party ihren verloren gegangenen politischen Kredit wieder hergestellt. Und im gegenwärtigen Augenblick befindet sich Herr Janko Sakysoff, Führer einer Partei, die sich an der Zertrümmerung der größtenteils zum Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbund gehörenden Gewerkschaften beteiligt hat und für die Verhaftung und gemeine Ermordung einer ganzen Reihe von Gewerkschaftsfunktionären verantwortlich ist, in Amsterdam als Vertreter des „organisierten bulgarischen Proletariats".

Das erklärt sich dadurch, daß alles, was die bulgarischen Sozialisten begangen haben, sich von den Handlungn ihrer Genossen, der Führer der Sozialdemokratie der übrigen Länder, nur in dem Grade, nicht aber dem Wesen nach unterscheidet. Ihren Handlungen liegt der Verrat am Proletariat und seinem revolutionären Kampf zugrunde, der charakteristisch für die gesamte internationale Sozialdemokratie ist. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben klar gezeigt, daß die sozialistischen Führer mit allen Mitteln bestrebt sind, den revolutionären Willen der Arbeitermassen zu töten und ihren Kampf im Keime zu ersticken. Und wenn dann, ihren Anstrengungen zum Trotz, der Kampf entbrennt, schrecken sie vor dem Verrat, dem offenen Übergang zur Bourgeoisie und einer offenen Beteiligung an den blutigsten Repressalien gegen die schaffenden Massen nicht zurück.

Gegenwärtig, da in Deutschland von neuem eine machtvolle revolutionäre Welle ansteigt, die die Grundpfeiler der kapitalistischen Herrschaft erschüttert und das gesamte bankrotte bürgerliche und faschistische Europa mit der Zertrümmerung bedroht, und wo ferner die „erprobten" Führer der deutschen Sozialdemokratie einen neuen Verrat an der internationalen Revolution vorbereiten, lenkt das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale die Aufmerksamkeit der Arbeiter und Bauern aller Länder, zu welcher politischen Richtung sie auch gehören mögen, auf die schmachvollen Handlungen der bulgarischen Sozialdemokraten. Diese Handlungen müssen jeden ehrlichen Arbeiter und aufrichtigen Revolutionär empören. Das internationale Gericht der Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen Welt muß ein für allemal diesen verräterischen „Internationalisten" und ehrlosen Mördern der Arbeiter und Bauern die Maske herunterreißen. Nachdem das bulgarische schaffende Volk sie auf ewig verlassen und für sie nur Haß und Verachtung übrig hat, wird ihre moralische und politische Isolierung durch die schaffenden Massen der anderen Länder eine Schutzmaßnahme gegen weitere Verrätereien und Treubrüche ihrerseits sein.

An den Pranger mit den Verrätern und Mördern der bulgarischen Arbeiter und Bauern!

Es lebe die internationale Solidarität der Werktätigen!

Es lebe die internationale Revolution!

Moskau, Oktober 1923.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Bibliographie

Karl Liebknecht, Schriften und Reden.

Zusammengestellt von Ernst Drahn.

Wir werden von Zeit zu Zeit besonders wichtige bibliographische Mitteilungen bringen. Wir machen nun — anläßlich des kommenden Jahrestages der Ermordung unseres unvergeßlichen Märtyrers — den Anfang mit der Aufzeichnung der Schriften, die von und über Liebknecht erschienen sind.

Die Red.

** Compensationsvollzug und Compensationsvorbringen nach gemeinem Recht. (VII und 127 S.) Paderborn: R. Heydek. 1897. 8°.

Juristische Doktordissertation an der Universität Würzburg.

Vorbehaltszahlung und Eventualaufrechnung nach heutigem und zukünftigem Reichsrecht. (XII und 217 S.) I. Band. Berlin: R. L. Prager. 1899. 8°.

Die neue Methode. Artikel in der Zeitschrift „Die neue Zeit". Stuttgart. XX, 2. S. 713.

Zum Kaiserinselprozeß. Eine neue Ära Tessendorf. Artikel in der Zeitschrift „Die neue Zeit". Stuttgart. XXII, 1. S. 129.

Ein Dokument zur Zeitgeschichte. (Der Königsberger Prozeß.) Artikel in der Zeitschrift „Die neue Zeit". Stuttgart. XXIII, 1. S. 756.

Verteidigungsreden im „Königsberger Prozeß". Siehe Eisner, Kurt: Der Geheimbund des Zaren, der Königsberger Prozeß wegen Geheimbündelei ... vom 12. bis 25. Juli 1904. Berlin: Buchh. Vorwärts. 1904. 8°.

Gegen den Militarismus. Rede auf der I. Generalversammlung des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands am 24. August 1906 zu Mannheim. Veröffentlicht im „Bericht" von Ludwig Frank in der Zeitschrift „Die Junge Garde". Mannheim 1906. 4°.

Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung. (VII und 126 S.) Leipzig: Leipziger Buchdruckerei A. G. 1907. 8°.
Neudrucke: Zürich 1911. — Berlin 1919.

Rechtsstaat und Klassenjustiz. Ein Vortrag, gehalten zu Stuttgart am 23. August 1907. (30 S.) Stuttgart: Kommissionsverlag Paul Singer. 1907. 8°.

Verteidigungsreden im Hochverratsprozeß vor dem Reichsgericht am 9. bis 12. Oktober 1907. Siehe „Hochverratsprozeß, Der, gegen Liebknecht vor dem Reichsgericht". (87 S.) Berlin: Buchh. Vorwärts. 1907. 8°.

Reden auf Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie.
1904 zur Frage 1. des Militarismus und 2. des Massenstreiks.
1905 zur Frage des Militarismus.
1906 zur Frage 1. der Jugendorganisation und 2. des Massenstreiks; 3. des Militarismus.
1907 zur Frage des Militarismus.
1910 zur Frage 1. der Badischen Budgetbewilligung, 2. der Maifeier, 3. der Vergewaltigung Finnlands, 4. Marokkokrise, 5. des Massenstreiks.
1911 zur Frage 1. des Imperialismus, 2. der Jugendbewegung, 3. des Organisationsstatuts.
1912 zur Frage 1. der Abrüstung, 2. der Jugendbewegung.
1913 zur Frage 1. des Miltarismus, 2. des Falles Radek, 3. des Massenstreiks.
Texte siehe in den Parteitags-Protokollen der Deutschen Sozialdemokratie. Berlin: Buchhandlung Vorwärts. 1904 bis 1913. 8°.

Reden im preußischen Abgeordnetenhause. Siehe die Drucksachen der Tagungen von 1908 an bis 1916.

Reden im deutschen Reichstage. Siehe die Drucksachen der Reichstagsverhandlungen.
Nähere Angaben siehe für Landtag und Reichstag „Sozialdemokratische Partei-Correspondenz". Berlin (1910—1916): Verlag „Vorwärts", 5. bis 11. Jahrgang. — Auszüge von diesen Reden siehe: Karl Liebknecht, Reden und Aufsätze. (VII und 375 S.) Hamburg: Carl Hoym Nachf. 8°.

Zum Krupp-Skandal 1913:
1. Hokuspokus.
2. Zur Krupp-Vertrustung. (Fragmente eines Buches u. d. Rüstungsindustrie.)
Beide Artikel befinden sich in den vorgenannten „Liebknecht, Reden und Aufsätze". Hamburg 1921. S. 69 ff.

Über Parlamentarismus. (Eine Antwort an einen russischen

Sozialisten.) Berlin, den 11. Dezember 1913. („Liebknecht, Reden und Aufsätze." Hamburg 1921. S. 224.)
Briefwechsel mit dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei. (16 S.) (Privatdruck Berlin 1914.) 8°.
Liebknecht, Mehring, Luxemburg, Zetkin an die englischen Genossen. Labour Leader, London, 1. Jänner 1915.
Siehe Sozialdemokratische Partei-Correspondenz 1915. 10. Jahrg. S. 27.
Erklärung Liebknechts gegen die Reichstagsfraktion der SPD.
1. Vorwärts, Berlin, vom 4. Februar 1915. Nr. 35.
2. Leipziger Volkszeitung, Leipzig, vom 6. Februar 1915. Nr. 30.

Klassenkampf gegen den Krieg! Material zum „Fall Liebknecht". (88 S.) Manuskriptdruck, Berlin 1915. 8°.
Nachdrucke: 1. Manuskriptdruck mit „Zur Vor-Beachtung". Berlin 1916. 8°. 2. (109 S.) Berlin: A. Hoffmanns Verlag, 1920. 8°. (Anhang: I. Betrachtungen und Erinnerungen aus „großer Zeit", geschrieben von Karl Liebknecht im Berliner Untersuchungsgefängnis Moabit, 1915. II. Karl Liebknecht zum Gedächtnis von Karl Radek.)

Die Wahlrechtsfrage in der Kriegszeit. Rede des Abgeordneten Dr. K. Liebknecht zum Etat des Ministeriums des Innern im preußischen Landtag am 2. März 1915. (8 S.) Berlin: Verlag Hermann Müller, 1915. 8°.

Begründung der verneinenden Abstimmung am 2. Dezember 1914 an den Reichstagspräsidenten. Abgedruckt in der Zeitschrift „Jugend-Internationale", Nr. 11, S. 7. Neudruck der elf historischen Nummern. Berlin 1921. Fol.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land! (2 S.) Flugblatt, Berlin, Mai 1915. Fol. Abgedruckt bei Drahn und Leonhard.

Die Unterirdische Literatur des revolutionären Deutschland während des Weltkrieges. (200 S.) Berlin-Fichtenau: Gesellschaft und Erziehung, 1920. 8°. S. 24.

„Offener Brief" an den Vorstand der SPD. (2 S.) Flugblatt, Berlin, den 9. Juni 1915. Fol. Siehe Drahn etc. „Unterirdische Literatur", S. 27.

Krieg und Justiz. Rede des Abgeordneten Liebknecht im preußischen Abgeordnetenhaus (20. Sitzung) am 3. März 1916. (30 S.) Paderborn: Wilhelm Täubert, 1916. 8°.

Dr. Karl Liebknecht zu den Thesen Dr. Eduard Davids. Berlin, den 16. August 1915.

An den Vorstand der Reichstagsfraktion. Berlin, den 17. August 1915.
Beide Stücke sind als „Informations-Material" in Schreibmaschinenschrift verbreitet worden. Siehe: Spartakus-Briefe. Erste Ausgabe (X und 162 S.) Leipzig-Berlin: Frankes Verlag, 1921. 8°. S. 9 ff.

Liebknechts Rede auf dem Potsdamer Platz. (4 S.) Sonderdruck der Zeitschrift „Revolution", Mai 1920. 8°.

Artikel in den Nummern der „Spartakus-Briefe". Politische Briefe vom 27. Januar 1916: Die Dezembermänner von 1915. — Ein schwarzer Tag im Reichstag. — Liebknechts kleine Anfragen. — Sitzung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 12. Januar 1916. — Die Preßzensur gegen die Anfragen. — Parlamentszensur gegen die Anfragen.
Politische Briefe vom 3. Februar: Die Lebensfrage des Sozialismus.
Politische Briefe vom 9. März: Die Gegensätze in der „Opposition".
Politische Briefe vom 30. März: Nüchterne Prüfung und scharfe Entscheidung.
Politische Briefe vom 13. April: Allerlei aus dem Reichstag.
Politische Briefe vom 22. April: Kampf um die Partei. Schreiben an den Präsidenten vom 9. April 1916.
Politische Briefe vom 15. Mai 1916: Auf zur Maifeier! Ist auch als zweiseitiges Folioblatt gedruckt verbreitet.
Die letzte parlamentarische Aktion Karl Liebknechts vom 28. April 1916.
Gedruckte Spartakus-Briefe.
Nr. 1 vom 20. September 1916: Das Bekenntnis eines internationalen Sozialdemokraten von Armierungssoldat Liebknecht. — An das königliche Kommandanturgericht Berlin, den 8. Mai 1916.
Nr. 2 vom 5. November 1916: Nicht die alte Leier, sondern das neue Schwert.
Der Neudruck dieser Artikel erfolgte in „Spartakusbriefe". Erste Ausgabe, Bd. I und Neudruck, Bd. II. Berlin-Leipzig: Frankes Verlag, 1920/21. 8°.

Das Zuchthausurteil gegen Karl Liebknecht. (169 S.) Wörtliche Wiedergabe der Prozeßakten. Herausgegeben von der Kommunistischen Partei. Berlin 1919. 8°. Ausgabe im Verlag der Aktion Berlin-Wilmersdorf 1919 mit dem Porträt Liebknechts und einem Photo: Liebknecht auf dem Totenbette. (169 S. und Bild.)

Karl Liebknechts Briefe aus dem Felde, aus der Untersuchungshaft und dem Zuchthaus. (138 S., illustr.) Berlin-Wilmersdorf: Aktions-Verlag, 1921. 8°.

Was will der Spartakusbund? (8 S.) Zentralstelle des Spartakus-Bundes. Berlin 1918. 8°.

Für und wider die Nationalversammlung! Darin Liebknechts Rede vom 26. November 1918. S. 9 ff. (40 S.) O. V. Berlin 1918. 8°.

Lenin-Trotzki-Liebknecht: Gegen den bürgerlichen Militarismus! Gegen den Pazifismus! Für die Bewaffnung des Proletariats. (40 S.) Berlin: Junge Garde, 1921. 8°.

Karl Liebknecht, Politische Aufzeichnungen aus dem Nachlaß. (X u. 162 S.) Berlin-Wilmersdorf: Verlag der Aktion, 1921. 8°.

Karl Liebknecht, Reden und Aufsätze. (VII u. 374 S.) Hamburg: Carl Hogen Nachf., 1921. 8°.

Studien über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. (367 S.) München: Kurt Wolff Verlag, 1922. 8°.

An die Arbeiter und Soldaten der Ententemächte. Enthalten in der Zeitschrift: Die kommunistische Internationale, Nr. 4, S. 557.

Die Krisis in der U. S. P. Referat auf dem „Gründungsparteitag der KPD. vom 30. Dezember 1918 bis 1. Jänner 1919". Enthalten in der gleichnamigen Schrift. (56 S.) Berlin 1919. 8°. S. 4 ff.

Artikel in der „Roten Fahne". Berlin 1918/19.
Nr. 4. Der neue Burgfrieden.
Nr. 6. Das, was ist.
Nr. 10. An die Proletarier aller Welt.
Nr. 29. Was will der Spartakusbund?
Nr. 32. Rede vom Balkon des preußischen Abgeordnetenhauses.

Und in:

Trotz alledem! Von Klara Zetkin. Mit Anhang: Die letzten Aufrufe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. (23 S.) Verlag Rote Fahne, Berlin, 1919. 8°.

Erklärung des Revolutionsausschusses: Ledebour, Scholze, Karl Liebknecht vom 6. Jänner 1919. Erklärung der Übernahme der Regierungsgeschäfte. Siehe „Sozialdemokratische Partei-Correspondenz", 1919, S. 55.

Besiegt — nicht überwunden. (Gedicht.) Siehe: „Die Revolution", Unabhängiges soz. Jahrbuch 1920. Berlin: Verlagsgen. „Freiheit", 1920. 8°. S. 98.

Biographische Schriften.

Kautsky, Karl: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches. Ihre Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie. (20 S.) Berlin: Verlagsgen. „Freiheit", 1921. 8°.

Kautsky Karl: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Gedächtnis. In der Zeitschrift „Der Sozialist". Berlin 1919. 5. Jahrg. Nr. 4.

Laufenberg, Heinrich: Karl Liebknecht zum Gedächtnis. (15 S.) Hamburg: Willaschek & Cie., 1919. 8°.

Levi, Paul: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Gedächtnis. (12 S.) Berlin, Kommunistische Partei Deutschlands, 1919. Lex-8°.

Karl Liebknechts letzte Tage. (8 S.) O. V., o. O., o. J. 8°.

Der Meuchelmord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. (16 S.) Berlin, Kommunistische Partei Deutschlands, 1919. 8°.

Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Zusammenfassende Darstellung des gesamten Untersuchungsmaterials mit ausführlichem Prozeßbericht. (115 S.) Berlin, Verlagsgen. „Freiheit", 1920. 8°.

Paul, Wm.: Karl Liebknecht: The Man, His Work and Message. (21 S.) Glasgow: Socialist Labour Press, 1920. 8°.

Radek, Karl: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches. (38 S., illustr.) Hamburg: Carl Hoym Nachf., 1921. Lex.-8°.

Schumann, Harry: Karl Liebknecht. Ein unpolitisches Bild seiner Persönlichkeit. (214 S. m. 12 Bildern.) Dresden: Carl Reißner, 1919. 8°.

Zetkin, Clara: Revolutionäre Kämpfe und revolutionäre Kämpfer. 1919. (32 S.) Stuttgart: Verlag Spartakus, 1919. 8°.

Weitere Literatur siehe:

Drahn, Ernst: Bibliographie des wissenschaftlichen Sozialismus. (VIII u. 160 S.) Berlin: „Kniga", Buch- und Lehrmittelgesellschaft, 1923. 8°.

Der moderne Sozialismus. S. 20 f. — Geschichte der Revolutionen. S. 29—32. — Biographien. S. 38 etc.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 5. 15. Januar

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Probleme der deutschen Revolution. Von Sinowjew . 33

Deutschland.

Ein bürgerliches Urteil über die „aufgelöste" KPD. . 34

Politik.

Brief aus Spanien. Von J. B. 35

Union der Sowjetrepubliken.

Die Sowjet-Union und Frankreich. Von Tschitscherin 36

Die Sowjet-Union und die Vereinigten Staaten Nordamerikas 37

Wirtschaft.

Die Lage des Mittelstandes in Frankreich. Von Ch. O. . 37

Arbeiterbewegung.

Der Kampf der Berliner Metallarbeiter. Von Heckert 38

Aus der Internationale.

Zur Lage in der KPD. 40

Probleme der deutschen Revolution.

Von G. Sinowjew (Moskau).

Unter obigem Titel haben wir im Oktober und November v. J. eine Artikelserie des Gen. Sinowjew veröffentlicht. Diese Artikelserie ist jetzt bereits in Broschürenform — vermehrt durch ein Vor- und Nachwort — erschienen. Nachstehend bringen wir das Vorwort zum Abdruck. Auf die Broschüre selbst werden wir noch zurückkommen. (Die Red.)

** In dem Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, macht die revolutionäre Bewegung in Deutschland neue Schwierigkeiten durch. Die Herren Sozialdemokraten fühlen sich als Sieger. Im revolutionären Lager herrscht hier und da Verwirrung.

Aber es wäre die größte Charakterlosigkeit, anläßlich der zeitweiligen Mißerfolge in Verzweiflung zu geraten. Der Weg der deutschen proletarischen Revolution ist wahrlich nicht mit Rosen bestreut. Dem deutschen Proletariat steht ein äußerst kluger Gegner in der Gestalt der deutschen Bourgeoisie gegenüber, die vortrefflich organisiert ist und mit größter Geschicklichkeit manövriert. Ein noch gefährlicherer Gegner ist für das Proletariat die deutsche Sozialdemokratie, die, man muß ihr in dieser Hinsicht Gerechtigkeit widerfahren lassen, eine unerhörte Elastizität und Anpassungsfähigkeit an den Tag legt, indem sie bald ihren rechten, bald ihren „linken" Flügel, bald ihr „Zentrum" vorschiebt, heute in die bürgerliche Regierung eintritt, morgen aus derseben wieder austritt und die Komödie der „Opposition" spielt, indem sie heute fast „revolutionäre" Resolutionen faßt, morgen als die zuverlässigste Truppe der Konterrevolution auftritt. Es nicht leicht, gegen einen solchen Gegner zu kämpfen. Einzelne Niederlagen sind unvermeidlich, aber gerade durch diese wird das deutsche Proletariat gestählt werden und seinen endgültigen Sieg vorbereiten.

Aus Hamburg, wo die Arbeiter mit prachtvollem Heroismus kämpften, wird uns mitgeteilt: „Die Polizei wütet natürlich unumschränkt, aber weder die Organisation noch die Arbeiterklasse hat das Gefühl, daß sie geschlagen wäre." Dessen ist sich auch die Bourgeoisie bewußt. Die heutige Nummer der Zeitung des Herrn Cuno bringt einen Artikel unter der charakteristischen Überschrift: „Nach dem Siege schnalle man den Gürtel fester!"

Gewiß. Noch einige solche „Siege", und die Arbeiterklasse wird die Bourgeoisie vollständig schlagen.

Die Losung des „Festerschnallens des Gürtels" wird auch für uns die richtige sein.

Die objektiven Ursachen, die die revolutionäre Krise in Deutschland hervorriefen, wirken weiter. Weder Kahr noch General Müller, weder Hitler noch sogar Stresemann „selbst" werden diese objektiven Ursachen beseitigen können. Die ökonomische Krise spitzt sich von Tag zu Tag mehr zu. Die Bourgeoisie kann nicht regieren. Die inneren Gegensätze spitzen sich ebenfalls zu. Die internationale Lage des bürgerlichen Deutschland aber wird nicht nur nicht besser, sondern verschlimmert sich mit großer Geschwindigkeit.

„Man schnalle den Gürtel fester", das heißt, — Arbeiter, bewaffne dich und verbessere deine Organisation. Das ist die Parole unserer Tage.

Wenn wir in der kürzesten Weise die Aufgaben formulieren sollten, die sich vor dem deutschen Proletariat in der gegenwärtigen Epoche erheben, so würden wir sagen, daß dieser Aufgaben zwei sind: 1. den Einfluß der „linken" Sozialdemokratie zu liquidieren, und 2. „die Revolution zu organisieren".

Wir wollen uns deutlicher ausdrücken.

Einige Genossen sind der Ansicht, daß die Taktik der KPD. in Sachsen ein Fehler war. „Sachsen ist ein großer und vielleicht verhängnisvoller Fehler", schreibt uns einer von den alten Genossen aus Deutschland.

Ist diese Diagnose richtig? Nein.

Jene, die die ganze Lage in Deutschland ausschließlich durch die sächsische Brille betrachteten, verfielen selbstverständlich in Provinzialismus und entstellten die Perspektive. Immerhin aber war das sächsische Experiment kein zufälliges, und es wird für die deutsche Revolution nicht verloren sein. Die Aufgabe aller Aufgaben in Deutschland läuft letzten Endes darauf hinaus, jene Arbeiterschichten — die Parteilosen mit einbegriffen — auf unsere Seite zu bringen, die noch den „linken" Sozialdemokraten folgen. Gegenwärtig genießt die sogenannte „linke" Sozialdemokratie zweifellos noch einen bedeutenden Einfluß unter den deutschen Arbeitern. Die heutige „Linke" spielt etwa dieselbe Rolle, wie sie in den Jahren 1919/20 die Unabhängigen spielten. Wie an

einen rettenden Anker klammern sich an die heutigen „linken" Sozialdemokraten alle jene Schichten des Proletariats, die immer noch den blutigen Bürgerkrieg vermeiden zu können hoffen. Und diese Arbeiterschichten würden uns Kommunisten die Verantwortung zuschieben, wenn wir uns weigern würden, zusammen mit den „linken" Sozialdemokraten das Land auf friedlichem Weg aus der Krise herauszuführen. Die Bedeutung des sächsischen Versuches besteht ja gerade darin, daß die erwähnten Arbeiterschichten an seinem Beispiel die Charakterlosigkeit und konterrevolutionäre Schäbigkeit dieser „linken" sozialdemokratischen Arbeiterführer werden erkennen müssen.

Den Illusionen hinsichtlich der Möglichkeit eines langen und dauerhaften Bündnisses mit den „linken" Sozialdemokraten muß ein Ende gemacht werden. Eine solche „linke" Gattung gibt es in Deutschland „unter den Führern" nicht. Es gibt Sozialdemokraten, die unter bestimmten Umständen zu parlamentarischen Kombinationen mit den Kommunisten bereit sind, aber es gibt keine sozialdemokratischen Führer, die zu einem entschiedenen Kampf gegen die Bourgeoisie bereit wären.

Wir wissen nicht und niemand kann wissen, wie lange das Interemezzo dauern wird, das durch das gegenwärtige Kräfteverhältnis geschaffen wird, aber der Schwerpunkt der ganzen politischen Arbeit der KPD. beruht, solange die heutige Lage fortdäuert, darin, möglichst schnell und möglichst radikal den Einfluß der „linken" Sozialdemokratie zu liquidieren. Das ist gegenwärtig eine der wichtigsten, vielleicht die wichtigste politische Voraussetzung unseres Sieges.

Die andere Aufgabe besteht darin, die Revolution zu „organisieren".

Wir werden diesen Ausdruck sofort näher erläutern.

Schon am Vorabend der Revolution von 1905, als eben erst die Streitigkeiten zwischen den Bolschewiki und Menschewiki in Rußland begannen, stellten beide Fraktionen zwei kurze, lapidare Formeln auf, die die Taktik jeder dieser Fraktionen am besten charakterisierten. Die revolutionärsten der damaligen Menschewiki (Martow) stellten die Formel auf: „Die Revolution entfesseln". Die Bolschewiki, mit Lenin an der Spitze, stellten dieser Formel die Formel: „Die Revolution organisieren" entgegen. Und je mehr sich der Aufstand des Jahres 1905 näherte, desto zuversichtlicher ertönte diese Forderung der Bolschewiki — „die Revolution organisieren". Und im Jahre 1917 gedachten wir dieser Formel „die Revolution organisieren" um so häufiger, je mehr wir uns dem Oktober näherten.

Es mangelte selbstverständlich nicht an gegen uns gerichteten Beschuldigungen des Blanquismus, Putschismus usw. Aber wir überließen es den Menschewiki zu sagen, was ihnen beliebte, während wir selbst das taten, was wir für notwendig hielten.

„Wenn ihr nicht müßig von der Revolution schwatzt, wenn eure Worte von der „Entfesselung" der Revolution nicht nur Worte sind, so müßt ihr mit uns zusammen gerade zur Organisierung der Revolution übergeben," sagten wir zu den Menschewiki.

Revolution und Austand sind keine Synonyme. Der Aufstand ist nur ein Teil der Revolution, jedoch ein nicht unwichtiger, ein für sie entscheidender Teil. Wer den Sieg der Revolution will, muß den Sieg des Aufstandes wollen. Wer aber diesen letzteren will, der muß es verstehen, diesen Aufstand zu organisieren.

Selbstverständlich kann keinerlei Organisation die objektiven Kräfte ersetzen, die für die Revolution arbeiten, wenn nicht die ganze Situation eine revolutionäre ist. Wenn das ganze Klassenverhältnis nicht mit Unvermeidlichkeit zur revolutionären Krise führt, wird keine Organisation von Revolutionären die Revolution „machen" können. Wenn aber alle objektiven Voraussetzungen der Revolution vorhanden sind, wenn das gegenseitige Verhältnis der Klassen, wenn die ökonomische Lage innerhalb des Landes, wenn die anderen wichtigen Faktoren der inneren und äußeren Politik für die Revolution arbeiten, so ist die organisatorische Vorbereitung des Aufstandes von entscheidender Bedeutung.

Die deutsche Revolution ist in dieser Hinsicht in die entscheidende Phase eingetreten. Die Lichter sind niedergebrannt, und die Blumen sind verwelkt. Alle Illusionen sind erbarmungslos zerstört. Die Frage des Sieges des Proletariats ist zu einer Frage der Bewaffnung und Organisation geworden. Unter den Millionenmassen der Arbeiter ist das brennende Bedürfnis nach Bewaffnung erwacht. Alle Mittelwege wurden bereits gegangen, alle Kompromisse erprobt, die ganze weiße Magie der rechten und „linken" Sozialdemokraten, alle parlamentarischen Zauberkünste ausprobiert, und das Resultat ist: Hungersnot, Ströme von Blut und Orgien des Faschismus. Die Revolution organisieren — das ist es, worauf die KPD. die Aufmerksamkeit der Avantgarde der Arbeiterklasse lenken muß, das ist es, wofür sie alle die Zeit verwenden muß, die ihr noch bis zu den entscheidenden Schlachten zur Verfügung bleibt.

Die Losung „Generalstreik" ist ausgegeben worden. Deutschand geht diesem Generalstreik mit Unvermeidlichkeit entgegen.

Die Losung der Einheit von unten herauf, das heißt der Einheit aller Arbeiter gegen die konterrevolutionären Führer, ist ausgegeben worden. Deutschland geht mit Unvermeidlichkeit dieser Einheit von unter herauf entgegen.

Selbstverständlich werden gewisse Teile der Arbeiter trotzdem neutral oder bis zum letzten Augenblick schwankend bleiben. Die Kräftekonstellation wird im entscheidenden Augenblick wahrscheinlich folgende sein: die kommunistische Avantgarde reißt die Mehrheit oder fast die Mehrheit der entscheidenden Arbeiterschichten mit sich fort. Ein Teil der übrigen Arbeiter wahrt wohlwollende Neutralität in bezug auf die Kommunisten, der andere Teil schwankt. Die rechten Führer der Sozialdemokratie stehen zusammen mit der Bourgeoisie und den weißen Generalen auf einer Seite der Barrikade, die „linken" Führer pendeln zwischen den zwei Feuerlinien hin und her.

Bereits der weiße Umsturz in Bayern bedeutete, daß die Initiative zeitweilig in die Hände des Gegners übergeht. Das bedeutet ja aber, daß unter der gegenwärtigen Lage der Dinge in Deutschland der Gegner uns in die Hände arbeiten wird. Der General Müller wird vielleicht jenen Teil der sächsischen Arbeiter, der noch dem „linken" Sozialdemokraten Zeigner folgte, eher von den friedlichen Illusionen heilen.

Die Ereignisse jagen einander mit schwindelerregender Schnelligkeit. Die Aufgaben, die sich auf die Schultern der Avantgarde des deutschen Proletariats und seiner kommunistischen Partei legen, sind wahrhaft riesengroß. Es hat einzelne Niederlagen gegeben, und wird sie noch geben. Vorläufig haben unsere Arbeiter noch keine Kämpfe gegen die Reichswehr zu bestehen gehabt. Aber unsere Hauptstreitkräfte haben sich noch nicht an den Kämpfen beteiligt. Die Hauptarmeen des Proletariats sind noch nicht in den Kampf geführt worden. Das Schlimmste, was wir tun könnten, wäre, dem Nörgeln und inneren Zwistigkeiten Raum zu geben. Noch niemals waren diese Streitigkeiten so schädlich und verbrecherisch wie gegenwärtig. Fehler sind unvermeidlich. Wenn wir aber keine sehr großen Fehler begehen werden, so wird sich das Kräfteverhältnis von Tag zu Tag zu unseren Gunsten verändern.

Die Hauptperspektive, die in unserer, in der zweiten Oktoberhälfte geschriebenen Broschüre skizziert ist, behält, hoffen wir, ihre Richtigkeit.

Unbeugsamer Wille zum Kampf, Unerschütterlichkeit des Entschlusses, Festigkeit der Hand und Klarheit des Blickes — das ist es, was die Avantgarde des deutschen Proletariats im gegenwärtigen Augenblick braucht.

Die „linke" Sozialdemokratie wird bald politisch geschlagen sein. Die KPD. wird mit Unterstützung aller lebendigen Kräfte des deutschen Proletariats lernen, die Revolution zu „organisieren". Die Stunde wird schlagen, und es werden Ereignisse eintreten, die historisch unvermeidlich sind. Es gibt keine Macht in der Welt, die das Schicksal der deutschen Bourgeoisie von ihr abwenden könnte.

Niemand wird unseren Händen den Sieg entreißen...

Moskau, den 2. November 1923.

Deutschland

Ein bürgerliches Urteil über die „aufgelöste" KPD.

** Unsere KPD. hat, sowohl unter dem Ausnahmezusand als auch nach der Auflösung durch den General Seeckt, nicht einen Augenblick zu arbeiten aufgehört. Mit einer bewunderungswürdigen Elastizität hat sie es verstanden, sofort zur illegalen Arbeit überzugehen, illegale Flugblätter herauszugeben, illegale Versammlungen abzuhalten und regelmäßig erscheinende illegale Zeitungen zu verbreiten. Diese Tatsachen sowie die großen Demonstrationen, die die Partei in den verschiedensten Städten Deutschlands veranstaltete, zeugen von der gesunden Kraft, die der deutschen Partei innewohnt. Die Gegner versuchten zuerst, diese Tatsachen totzuschweigen. Allmählich müssen sie jedoch

mit süß-saurer Miene zugeben, daß alle Verfolgungen der KP. durch die Militärdiktatur nichts gefruchtet haben.

Als ein bezeichnendes Dokument geben wir nachstehend eine Auslassung des in Nürnberg erscheinenden reaktionären bayrischen Blattes „Fränkischer Courier" (vom 7. Januar, Nr. 7) wieder:

„Die durch General v. Seeckt verfügte Auflösung der KPD. und das damit verbundene Verbot der kommunistischen Presse hat trotz aller Strenge nicht das weitere geheime Erscheinen der kommunistischen Flugblätter verhindern können. Vor allem die Berliner „Rote Fahne", das Hauptorgan der KPD., gegen das sich das Verbot in erster Linie richtete, hat, obwohl man mit den schärfsten Maßnahmen vorging, die Redaktionsräume beschlagnahmte, die Hauptschriftleiter unter Aufsicht stellte und sonst in jeder Weise eine Neuausgabe in anderer Form und an anderer Stelle zu unterbinden versuchte, wieder in großer Auflage mit kaum verändertem Aussehen erscheinen können. Zwar lautet der Titel „Die Fahne der Revolution", aber der Untertitel „Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands" beseitigt jeden Zweifel. Es erscheint wöchentlich — herausgegeben von der Zentrale der KPD. (!). Eine Druckerei wird natürlich nicht genannt. Ganz geheim wird die „Fahne der Revolution" in den großen Betrieben und Arbeiterkolonien verteilt und geht von Hand zu Hand weiter. Vereinzelt erscheint sie in den Berliner Straßen angeklebt an den Häuserwänden.

Der Inhalt ist in der üblichen Weise gehalten — voll von gehässigen Ausfällen und Beschimpfungen in den sattsam bekannten Phrasen: Nieder mit der Regierung des Hungers, der Unterdrückung des arbeitenden Volkes, der Zerstückelung Deutschlands! usw. In den bisher erschienenen Nummern konzentriert sich der Hauptangriff gegen die Person des Generals v. Seeckt, gegen den „faschistischen Diktator", den „General aus dem Kehrichthaufen der Geschichte". Großen Raum nimmt die zur Auflösung der Partei erlassene Deklaration der Reichstagsfraktion der KPD. ein, ferner das Manifest der in Weimar abgehaltenen Reichskonferenz oppositioneller Ortsausschüsse des ADGB. und oppositioneller Gewerkschaftsgruppen an die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, in dem die unverzügliche Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses gefordert wird. Die Hauptereignisse der Woche werden in einer kurzen Zusammenstellung als Wochenchronik tendenziös aufgemacht. Natürlich wird zu öffentlichen Demonstrationen aufgefordert. Die Losung ist: Bewaffnung des Proletariats!"

Politik

Brief aus Spanien.

Von J. B. (Barcelona.)

** Seit langen Monaten bereits regiert der General Primo de Rivera Spanien als absoluter Monarch. Der andere Monarch, der erbliche und von Gottes Gnaden, Alfonso XIII., führt ehrfuchtsvoll hinter dem Manne, den er mit familiärer Ehrerbietung „meinen Mussolini" nennt, sein verdorbenes Blut und seine überflüssigen Zustimmungserklärungen spazieren. Alfonso XIII., der gegen die Militärs nichts vermag und nichts wagt, hat den Staatsstreich noch vor dessen Vollendung begünstigt. Den wertvollsten Politikern der spanischen Bourgeoisie, die ihm seinen Treueid auf die Verfassung vorgehalten haben, hat er mit Ausweisungsbefehlen geantwortet. Jetzt liest man alle Tage in den Madrider Zeitungen die unbekümmerten Äußerungen, die der General Primo de Rivera über die Dekrete macht, die er — nur der Form wegen — dem meineidigen Könige der auch ein Schattenkönig ist, zur Unterschrift vorzulegen im Begriffe ist.

Es regnet Dekrete seit mehr als sechs Monaten. Man hat sich daran gewöhnt. Sie erregen nicht mehr Aufsehen. Was hat das Direktorium gemacht, um die Atmospäre des Landes zu reinigen, „die Nation auf den Weg der Gesundung zu führen?" Es muß anerkannt werden, daß es der Zivilbureaukratie fühlbare Schläge beigebracht hat. Die militärische Bureaukratie hat es nicht angetastet. Es hat die Geschwornengerichte unterdrückt, die Kammern aufgelöst, die Wahlen auf unbestimmte Zeit verschoben, sich selbst die eigenen Vollmachten verlängert und den angesehensten Vertretern der liberalen Bourgeoisie mehrmals öffentliche Beleidigungen angetan. Eine Politik von Militärs, die die Geschäfte gewisser industrieller und agrarischer Kreise besorgen und dabei den Mittelklassen und besonders dem Kastengeist der Offiziere schmeicheln; Bemühungen, die bisweilen ziemlich geschickt den italienischen Faschismus nachahmen — welches sind die Ergebnisse von all dem? Da es in Spanien weder große bürgerliche Parteien gibt, die von fähigen Menschen geleitet werden, da eine tiefgreifende Korruption die demokratische Bourgeoisie durchseucht hat, bevor sie noch stark geworden ist, da die Arbeiterklasse noch zersplittert und überdies noch zu sehr von den alten sozialistischen und anarchistischen Ideologien durchtränkt ist, um eine große Bewegung des Widerstandes und des Angriffes gegen die Diktatur schaffen zu können, wird diese so fortbestehen, wie sie eben fortbesteht, daß heißt ohne etwas zu schaffen, noch irgendeine Frage zu lösen. Die finanzielle Lage bleibt eine jämmerliche. Der „Impartial" gab Ende Dezember an, daß sich die öffentliche Schuld auf 4 Milliarden Pesetas beläuft, daß der spanische Wechselkurs bedroht ist, daß Spanien vor einer Produktions- und Handelskrise steht. Es kauft im Auslande viel mehr ein, als es ausführt. Sein Nationalvermögen wandert aus. Die Schutzzollmaßnahmen, die vom Direktorium getroffen wurden, um die leistungsunfähige und rückständige einheimische Industrie zu schützen, können die Auszehrung gerade nur aufrechterhalten. Keinerlei durchgreifende Lösung steht in Aussicht. Was macht man zur Verbesserung der Verkehrsverhältnise? Nichts. Was macht man, um die marokkanische Dauerkrise zu beseitigen? Nichts.

Hier tritt die ganze Ohnmacht der Regierung des Marquis de Estella klar in Erscheinung. Das Direktorium sollte dem marokkanischen Feldzuge ein ehrenvolles Ende bereiten. Ist dies geschehen? Dies wird, wie es scheint, nie geschehen. Man hat Truppen zurückberufen. Man geht daran, die Generale Berenger und Navarro als die für die vorangegangene Katastrophe in Marokko Verantwortlichen abzuurteilen. Man wird sie vielleicht zum Tode verurteilen. Aber Marokko ist keineswegs zur Ruhe gebracht. Kein militärischer Sieg hat die Lorbeeren des spanischen Militarismus wieder vergoldet. Nachdem Primo de Rivera, wie es scheint, in London vorsichtige Verhandlungen über einen Austausch von Ceuta gegen Gibraltar eingeleitet hatte, mußte er, von Herrn Poincaré kühl aufgenommen, wohlweislich den Rückzug antreten. In der Frage von Tanger, die nach Verhandlungen von der Dauer von zwei Monaten endlich gegen den 20. Dezember durch die Verständigung von Paris gelöst worden ist, hat der falsche Mussolini des Königs Alfonso eine demütigende Schlappe erlitten. Es ist Frankreich, das aus dieser Konferenz siegreich hervorgeht, es sind Frankreichs Interessen, die in Tanger im Vordergrunde bleiben.

Der einzige bedeutende Erfolg der Auslandspolitik des Direktoriums ist die Annäherung an Italien, die übrigens von der vorangegangenen Regierung vorbereitet worden war. Aber ist dies nicht eher ganz einfach ein Erfolg der englischen Politik? Zu wessen Gunsten vergrößern Spanien und Italien ihre Flotten im Mittelmeer? Und gegen wen? Wenn das italienisch-spanische Bündnis zustande kommt, so will das besagen, daß im nächsten europäischen Kriegsbrand Spanien nicht mehr verschont bleibt und schon heute zu einer der Schachfiguren wird, die von einer der kriegführenden Parteien des kommenden Weltkrieges ausgespielt werden sollen.

•

Im Inlande hat sich das Direktorium in diesen letzten Wochen sehr viel mit den katalonischen Separatisten befaßt. Es hat eine größere Anzahl von ihnen verhaften lassen und sich nicht gescheut, Gemeinderäte der katalonischen Gemeindeverwaltung hinter Schloß und Riegel zu setzen. Es ist untersagt worden, in den Schulen in der katalonischen Sprache zu unterrichten. Auf der anderen Seite muß das Geschrei angemerkt werden, das über eine angebliche kommunistische Verschwörung erhoben wurde, dem Dutzende von Verhaftungen in Sevilla, Bilbao, Madrid, Barcelona und Valencia folgten, und das schon nach einigen Tagen ein jämmerliches Ende fand. Man versteht nicht recht, welchen Beweggründen diese unsinnigen Polizeischikanen entspringen. Weder stellen die Katalonier eine ernsthafte Gefahr dar, noch denkt die kommunistische Partei Spaniens, die sich noch in der ersten Periode ihres Werdens befindet, daran, „über Nacht" die Revolution zu machen. Von den verhafteten Kataloniern wurde übrigens die Mehrzahl schon entlassen oder wird bald entlassen, ohne sonst irgend weiter verfolgt zu werden. Sie kommen gewöhnlich mit einigen Wochen Gefängnis und einigen idiotischen Verhören davon. Das Direktorium bekräftigt auf diese Weise seine Autorität, seine Wachsamkeit und selbst sein Wohlwollen gegenüber den Feinden des Staates! Bei der

Unterdrückung der Arbeiterbewegung zeigt es sich natürlich härter als gegenüber katalonischen Separatisten. Von den Presos Gubernativos (Staatsgefangenen), die teils vor, teils nach dem Staatsstreiche auf dem Verwaltungswege eingekerkert wurden, sind noch immer die aktivsten Arbeiter in Haft. Die proletarische Presse, die der Vorzensur ausgesetzt ist, trägt täglich deren Merkmale. Die unschuldig zum Tode Verurteilten des Prozesses Dato, Mateu und Nicolau, haben soeben ihre Strafe bestätigt erhalten. Um sie zu retten, bleibt nur das Ansuchen um Begnadigung durch den König offen. Bei der gegenwärtigen Sachlage ist eine Begnadigung ebenso möglich wie die Vollendung des Verbrechens. Das Direktorium mag im Sinne haben, durch eine Infamie seine Festigkeit zu zeigen, es kann sein Interesse darin finden, den revolutionären Arbeitern diese blutige Herausforderung hinzuwerfen, um dann sofort deren Entrüstungskundgebungen unterdrücken und sich dadurch die Gunst sogar des kleinen Unternehmertums Kataloniens wiederzugewinnen. Aber Herr Dato war einer von den ziemlich verdächtigen Politikern der alten Parteien, die gegenwärtig all ihr Mögliches tun, um die Militädiktatur zu unterwühlen, und das bei den Arbeitermassen völlig unpopuläre Direktorium mag es vorziehen, sie nicht noch mehr zu reizen.

Unsere syndikalistischen Genossen, die der RGI. angeschlossen sind, und die Kommunisten von Katalonien haben letzthin während einiger Zeit in Barcelona eine große Tageszeitung erscheinen lassen, „La Lucha Obrera“ (Der Arbeiterkampf). Aber auf der Generalversammlung von Granollers vom 30. Dezember hat der Arbeiterverband Kataloniens seine anarchistische Orientierung beibehalten. Auf diese Weise macht sich die Gesundung der Gemüter in den syndikalistischen Kreisen von Barcelona, die so wichtig für die revolutionäre Bewegung Spaniens sind, noch immer nicht fühlbar. Anarchistische Orientierung will unter den vorliegenden Umständen besagen: Diktatur einer kleinen Zahl anarchistischer Führer innerhalb der Organisation und Vorherrschaft einer derart verwirrten Ideologie, einer derart hohlen Phraseologie, daß es sogar schwer fällt, sie einer ernsthaften Kritik zu unterziehen. Um ein Beispiel anzuführen: Pestana schrieb am Tage nach der Generalversammlung vom Granollers über sie in der „Solidaridad Obrera“ (Arbeitersolidarität) vom 5. Januar einen Artikel von eineinhalb Spalten, der mit den Worten beginnt: „Als sich der Besieger der Griechen, Alexander der Große, zum Feldzuge gegen Asien anschickte...“ und wo wir Asien, Persien, Ägypten, Christoph Columbus, Magellan Galilei, Newton, Luther, die Reform, Spinoza, angeführt finden, all dies, um zu sagen, daß die spanische Gewerkschaftsbewegung nicht zu verzweifeln hat. Dies ist auch unsere Meinung, obgleich es nichts gibt, das einen mehr zur Verzweiflung bringen muß, als so eine Rhetorik. Die „Solidaridad Obrera“, die einzige spanische syndikalistische Tageszeitung, verdient auch in anderen Beziehungen unsere Aufmerksamkeit. Sie hat dem Prozeß Germaine Berton ungefähr zehnmal mehr Raum gewidmet als der gegenwärtigen revolutionären Lage Deutschlands. Sie bringt für ihre Arbeiterleser Mitteilungen über Rußland, die in allen Punkten der großen bürgerlichen Presse würdig sind. „Panik in Moskau, Tausende Kommunisten verhaftet... Die ‚Prawda‘ unter Zensur ... Demission Trotzkis...“ Das ist geradezu die systematische Vergiftung der Gemüter der Arbeiter.

Die Kommunistische Partei Spaniens veröffentlicht „La Antorcha“ (Die Fackel) und „La Bandera Roja“ (Die Rote Fahne). Mit der RGI. sympatisierende Syndikalisten geben in Barcelona „La Batalla“ (Der Kampf) heraus.

Union der Sowjetrepubliken

Die Sowjet-Union und die kapitalistischen Mächte.

I.

Die Sowjet-Union und Frankreich.

Von G. Tschitscherin.

Nachfolgende Zeilen entnehmen wir einem Interview des Genossen Tschitscherin mit einem Redakteur der Moskauer „Prawda“.

Die Redaktion.

** Jedem sachkundigen Beobachter der internationalen Verhältnisse muß die gegenwärtige bedeutende Befestigung der außenpolitischen Lage der Sowjet-Union in die Augen fallen. So sehr fördernd wirkte in dieser Beziehung die durch die Sowjetrepublik rückhaltlos durchgeführte Friedenspolitik, die Politik der friedlichen Beilegung internationaler Konflikte und der systematischen Entfaltung immer engerer wirtschaftlicher Beziehungen mit anderen Ländern. Die innere Erstarkung und Konsolidierung der Sowjetmacht ist mit eine der Hauptursachen der Besserung in der internationalen Lage der Sowjet-Union. Eine ernste Rolle spielt in dieser Beziehung auch die Entwicklung unseres Getreideexportes.

Die bisherigen internationalen Verbindungen der Sowjet-Union nehmen festere Formen an, neue Verbindungen werden angeknüpft und nehmen eine günstige Entwicklung. Auf dem Gebiete der Beziehungen der Sowjetrepubliken mit England brachte die ganze Periode, die auf die englisch-russische Krise folgte, eine bedeutende Befestigung. Die allgemeinen wirtschaftlichen sowie auch politischen Interessen, die auf eine Annäherung zwischen den Sowjetrepubliken und Italien hinwirken, führten zu den gegenwärtigen Römer Verhandlungen, aus deren Anlaß Mussolini in einer Parlamentsrede die Möglichkeit einer unmittelbaren de jure-Anerkennung der Sowjet-Union feststellte. Die sich immer öfter wiederholenden Reisen amerikanischer Staatsmänner und Vertreter wirtschaftlicher Gruppen nach Moskau hatten zur Folge, daß in Amerika die Verhältnisse für die Wiederaufnahme der Beziehungen mit der Sowjet-Union viel günstiger geworden sind. Was Japan anbelangt, so haben Mitglieder der Regierung dieses Landes in der letzten Zeit öfter Erklärungen abgegeben, wonach die Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjet-Union in der nächsten Zukunft bevorstehe. Auch mit anderen Staaten Europas und Asiens erfahren die bestehenden Beziehungen der Sowjet-Union eine Erstarkung, und neue Verbindungen sind in Entwicklung begriffen.

Nur die französische Regierung setzt ihre feindliche Politik gegenüber der Sowjet-Union fort, obwohl in der französischen Gesellschaft selbst die Strömung für die Wiederaufnahme der für beide Länder äußerst vorteilhaften und notwendigen wirtschaftlichen, aber auch der politischen Beziehungen unaufhaltsam zunimmt. Seitens der Sowjetrepubliken wurde und wird dem aufrichtigen Wunsche, mit Frankreich Verhandlungen anzuknüpfen und zwischen den beiden Ländern friedliche und normale Verhältnisse herzustellen, wiederholt und unzweideutig Ausdruck gegeben. Mit tiefem Bedauern müssen wir feststellen, daß die Feindseligkeit der französischen Regierung gegenüber der Sowjet-Union trotzdem nicht nachgelassen hat.

Wir dürfen behaupten, daß die erforderliche Regelung der politischen Verhältnisse und das Entstehen eines ungestört dauerhaften Friedens durch die feindselige Tätigkeit der französischen Diplomatie gegenüber den Sowjetrepubliken verhindert wird. Als die erste und wichtigste Voraussetzung jeder Verständigung der Sowjet-Union mit Frankreich — wenn die Zeit dazu reif sein wird — müssen die feindseligen Handlungen der französischen Diplomatie gegenüber der Sowjet-Union aufhören.

Die Sowjetregierung hat schon lange gehofft, daß eine ständige wirtschaftliche Annäherung zwischen den Sowjetrepubliken und Frankreich in breiten französischen Geschäftskreisen ein ernstes Interesse für die Besserung der Beziehungen mit den Sowjetrepubliken erwecken wird. Die Sowjetregierung hat die Vertreter der französischen Handels-, Industrie- und Finanzkreise, in der Absicht, den wirtschaftlichen Verkehr zwischen den beiden Ländern zum gegenseitigen Vorteil zu fördern und mit dem Ziele einer allmählichen gegenseitigen Annäherung der beiden Länder, immer mit offenen Türen empfangen. Mit Zufriedenheit müssen wir erwähnen, daß das Interesse französischer Geschäftskreise für eine Annäherung an uns tatsächlich im Wachsen begriffen ist. Dennoch stößt die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf ein unüberwindliches Hindernis in dem Umstand, daß heute jede vertragsmäßige Regelung des Handels zwischen den beiden Ländern fehlt.

Senator de Monsi hat bereits im vergangenen Jahre im „Revue Hebdomadaire“ darauf hingewiesen, daß die Handelsoperationen zwischen Frankreich und Rußland bei der gegenwärtigen Rechtslage jeder Sicherheit entbehren und daß die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern mangels einer vertragsmäßigen Regelung vollkommen unmöglich ist. Wenn die aus den Sowjetrepubliken eingeführten Waren oder ihre Depositen in französischen Banken sequestriert und sogar auf gerichtlichem Wege beschlagnahmt werden können, weil die französischen Gerichte die bei uns vollzogene Nationalisierung nicht anerkennen, dann ist der Handel zwischen beiden Staaten der elementarsten Sicherheit beraubt. Das Urteil eines französi-

schen Gerichtes, das uns das Recht auf die von uns gekauften Waren absprach, ist die logische Folge der Erklärung des Ministerpräsidenten Poincaré. Der französische Ministerpräsident selbst verhinderte dadurch jeden einigermaßen normalen Handelsverkehr zwischen den beiden Staaten.

Die Sowjetregierung ist daher zur Feststellung gezwungen, daß ihre Versuche, eine allmähliche wirtschaftliche Annäherung an Frankreich anzubahnen, infolge der Politik der französischen Regierung erfolglos geblieben sind.

Ich muß mit tiefstem Bedauern feststellen, daß diese Politik der französischen Regierung unsere Hoffnungen auf eine wirtschaftliche Annäherung zwischen uns und Frankreich zunichte macht. Ich muß gestehen, daß, solange dieser Zustand dauert, ich keinen Ausweg aus der Sackgasse sehe, in die unsere wirtschaftlichen Beziehungen mit Frankreich geraten sind. Ich bin aber von der Hoffnung erfüllt, daß die Erkenntnis der eigenen Interessen die französische Gesellschaft selbst in der nächsten Zukunft zur Änderung der französischen Regierungspolitik in dieser Frage bewegen wird. Wenn die Zeit zum Abschluß eines Abkommens zwischen der Sowjet-Union und Frankreich da sein wird, wird die Sicherung unserer Waren gegen die Beschlagnahme eine der wichtigsten Fragen sein. Ich gebe nicht die Hoffnung auf, daß die französische Regierung sich endlich entschließen wird, dem Beispiel Englands zu folgen, mit dem wir einen Vertrag haben, der unsere Handelsbeziehungen trotz zeitweise vorkommender Konflikte mehr oder minder garantiert.

Vorläufig haben wir durch das Verschulden der heutigen französischen Regierung keine auch nur einigermaßen normalen Beziehungen mit Frankreich; wir müssen uns leider nicht nur damit abfinden, daß eine weitere Entwicklung der Handelsbeziehungen derzeit unmöglich ist, sondern auch mit der Einschränkung der bereits bestehenden Beziehungen. Mit Rücksicht auf die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten in der Frage der Sicherung unserer Waren und Lager müssen wir unseren wirtschaftlichen Organen den Rat geben, bei Erwägung der Anträge französischer Firmen die größte Vorsicht zu üben.

II.

Die Sowjet-Union und die Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Erklärung der Arbeiterpartei Amerikas.

Die Arbeiterpartei hat in einer von ihr veröffentlichten Feststellung die Beschuldigung erhoben, daß die Regierung Coolidge den Brief gefälscht hat, der vom Staatssekretär Hughes in seiner Kampagne gegen die Anerkennung der russischen Sowjetrepublik in die Welt gesetzt wurde.

Der volle Wortlaut der von der Arbeiterpartei ausgegebenen Feststellung ist der folgende:

Die Red.

** Staatssekretär Hughes versucht, das ganze Land mit einer Mache irrezuführen.

Der Staatssekretär hat einen Brief veröffentlichen lassen, der angeblich von Gregor Sinowjew, dem Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale, an die Arbeiterpartei Amerikas gesandt worden ist.

Der Brief ist vom ersten bis zum letzten Worte eine Fälschung: Die Arbeiterpartei erklärt, daß sie nie einen solchen Brief bekommen hat. Sie behauptet, daß kein solcher Brief jemals von der Kommunistischen Internationale geschrieben wurde.

Die Mache des Staatssekretärs will glauben machen, daß die Kommunistische Internationale der Arbeiterpartei Weisung erteilte, Schieß- und Sappeurübungen vorzunehmen.

Jeder, der nur einigermaßen mit der Stellungnahme und den Betätigungsformen der Kommunistischen Internationale vertraut ist, weiß, daß Sinowjew niemals solche törichte, kindische Weisungen geben würde. Die Kommunistische Internationale weiß, daß es niemals eine erfolgreiche kommunistische Revolution in den Vereinigten Staaten geben kann, solange nicht die Kommunisten die Mehrheit der amerikanischen Arbeitermasse für sich erobert haben.

Die Kommunistische Internationale schlägt der Arbeiterpartei Amerikas nicht Betätigung durch „Schießen" vor, sondern Betätigung in den Gewerkschaften; nicht „Sappeurarbeit" auf eingebildeten Exerzierplätzen, sondern den Bau von uneinnehmbaren Schützengräben für die Arbeiterklasse auf dem politischen Kampffelde in Amerika.

Die einzigen bewaffneten schießenden Truppen in diesem Lande sind die Banditen, die von den Privatdetektivagenturen der Unternehmer und vom Justizdepartement dazu verwendet werden, die Organisationen der Arbeiter und Farmer zu zerschlagen. Ein Heer von 6000 dieser schwerbewaffneten besonderen Ordnungsmacher wurde vom Justizdepartement angeworben, um den letzten Eisenbahnerstreik zu brechen.

Die Kommunistische Internationale gab solche dummen und eselhaften Weisungen niemals aus und konnte sie niemals geben. Der ganze Einfall ist in den Gehirnen von Verrückten entstanden. Er wurde von Wahnsinnigen ausgeheckt, die Berufsspione sind und von gefälschten Enthüllungen über eine angebliche „rote Gefahr" leben.

Wir klagen öffentlich das Staatsdepartement und das Justizdepartement an, diesen Brief gefälscht zu haben, um das Volk der Vereinigten Staaten irrezuführen.

Wir verlangen sofortige und gründliche Ausforschung der Herkunft dieses Briefes und der für seine Verbreitung Verantwortlichen.

Wir behaupten, daß das Justizdepartement und die gesamte Regierung Coolidge wissen, daß dieser Brief durch und durch eine Fälschung ist. Der einzige Grund, den sie haben können, um zu so verzweifelten Taten zu schreiten, ist, daß sie die steigende Welle für die Anerkennung Sowjetrußlands im amerikanischen Volke fürchten.

Die Regierung weiß, daß die Massen der Arbeiter und Farmer immer mehr zur Erkenntnis gelangen, daß das Gedeihen Amerikas vom Bestehen des Weltmarktes abhängig ist. Ein gesunder Weltmarkt ist nicht möglich ohne die völlige Anerkennung der Sowjetregierung.

Die Arbeiterpartei wendet sich an alle ehrlichen Arbeiter und Farmer, ohne Rücksicht auf ihre politischen Anschauungen, daß sie mithelfen mögen diese ungeheuerliche Mache bloßzustellen. Wir fordern die fortschrittlichen Mitglieder des Kongresses auf, sich durch diesen reaktionären Angriff nicht in die Flucht schlagen zu lassen.

Wir rufen die fortschrittlichen Mitglieder des Kongresses und des Senats auf, eine Untersuchung über diesen Schwindelbrief zu verlangen und ihren Kampf um die Anerkennung der russischen Sowjetregierung fortzuführen.

Gez.

C. E. Ruthenberg
Sekretär der Exekutive der Arbeiterpartei Amerikas.

Wirtschaft

Die Lage des Mittelstandes in Frankreich.

Von Ch. O. (Paris).

** Bei den bevorstehenden Wahlen in Frankreich wird die Haltung des Mittelstandes von großer Bedeutung sein. Dies haben die politischen Parteien Frankreichs sehr wohl begriffen. Der Mittelstand soll die wichtigste Basis des zu bildenden „Blocks der Linken" sein. Aber die Nationalisten um Poincaré haben den Kampf um die Gewinnung, beziehungsweise Festhaltung des Mittelstandes mit den links gerichteten Parteien bereits aufgenommen. Die „Union der wirtschaftlichen Interessen", die sich im Gefolge Poincarés befindet und eine starke finanzielle Organisation ist, hat in ihr Programm Forderungen aufgenommen, die vor allem den materiellen Bedürfnissen des Mittelstandes entsprechen sollen. Es ist bezeichnend, daß bei der Konkurrenz um den Mittelstand nicht, wie es meist bisher war, nationalistische und imperialistische Losungen, sondern nackte ökonomische Forderungen, die vor allem die Erleichterung von den drückenden Steuerlasten und die Wiederherstellung der Währung bezwecken, in den Vordergrund gestellt werden. Dies beweist, daß auch in Frankreich der Mittelstand wirtschaftlich auf das schwerste bedroht und geschädigt ist und alle seine Interessen sich um die Verbesserung seiner Wirtschaftslage bewegen.

Die Wirtschaftslage des französischen Mittelstandes wird in einem Artikel des Gen. Marcel Fourrier klar beleuchtet, dessen Darstellung wir im folgenden eine Reihe charakteristischer Daten entnehmen. Seit der Niederschrift des angeführten Artikels hat sich infolge des weiteren rapiden Rückganges des französischen Franken die wirtschaftliche Lage des französischen Mittelstandes noch mehr verschlechtert, und zwar in ganz empfindlicher Weise. Es zeigt sich dieselbe Erscheinung, die in allen

Ländern mit sinkender Valuta zutage getreten ist und zutage treten mußte.

Der Niedergang der französischen Mittelklasse hat bereits bei Beginn des Krieges eingesetzt. Die Friedensschlüsse haben diesem Niedergang keineswegs ein Ende bereitet. Hatte der Krieg die Renten des kleinen französischen Bourgeois empfindlich angegriffen, so sind sie in den Jahren seit „Wiederherstellung des Friedens" beinahe zum Nichts zusammengeschrumpft. Anstatt daß ihm das Vaterland für seine nationalistische Haltung während und seit dem Krieg seine feste 3%-Rente gesichert hätte, entwertet sie sich von Tag zu Tag, während die Aktien der großen Privatunternehmungen auf der Börse ihren Wert seit 1914 verdoppelt haben. Die Kleinbürger der Städte, die kleinen Rentner, Kleingewerbetreibenden, selbständigen Handwerker und Angestellten werden auf das schwerste getroffen und revoltieren daher. (Von den kleinen und mittleren Grundbesitzern auf dem Lande, deren Lage eine andere ist, muß abgesehen werden.)

Vor 1914 waren im allgemeinen die wichtigsten Einkommenquellen für die mittlere Stadtbourgeoisie einerseits ihr Besitz an Renten, staatlichen Bodenrenten, sicheren Wertpapieren, wie kommunalen oder Grundrenten, andererseits immobiler Besitz, vor allem Hausbesitz, der sich bescheiden verzinste. Die Einkünfte der Großbourgeoisie rekrutierten sich hauptsächlich aus dem Anteil an den großen Unternehmungen, Aktiengesellschaften und Spekulationsgeschäften. Ihr Immobilienbesitz bestand hauptsächlich in Fabriken, Magazinen und Wohnhäusern, die sich glänzend verzinsten. Wenn sich nun auch das mobile und immobile Kapital als solches in der Zeit zwischen 1914 und 1923 verhältnismäßig wenig verändert hat, so kann man das von den Einkünften nicht sagen.

Die Renten und sicheren Wertpapiere der mittleren und kleinen Bourgeoisie entwerteten sich in viel beträchtlicherem Maße als der Aktienbesitz der Großbourgeoisie. Man vergleiche nur, wie dies bei nachstehenden typischen Beispielen geschieht, und der Unterschied springt in die Augen.

(Typische Wertpapiere)

A. Der mittleren Bourgeoisie	1914	1923
3% langfristige (perpetuelle) Rente	88	54
3% amortisable Rente	75	66
3% Russen 1896	74	17
5% Russen 1906	104	28
6% unifizierte Türken	87	55
5% Türken 1914	93	33
2% Stadt Paris 1899	367	236
2¾% Stadt Paris 1905	360	330
3% Grundrente 1903	460	300
3% Grundrente 1909	225	160
3% Kommunalanleihe 1906	420	290
B. Der Großbourgeoisie	**1914**	**1923**
Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft	1050	1330
Rio-Tinto	1870	2550
Crédit Lyonnais	1300	1650
Central Mining	175	840
Lautaro	250	675
Eisen- und Stahlwerke der Marine	1500	800
Fives-Lille	1000	2710
Say-Raffinerien	420	3300
Baku-Petroleum	1500	2645
Royal Dutch	400	28.700
Minen von Carmaux	2400	1555
Minen von Lens	1250	430

Dazu muß bemerkt werden, daß die angeführten Papiere im Jahre 1914 ein Kapital in Gold-Franken repräsentierten, im Jahre 1923 jedoch in Papier-Franken galten, also einen dreifach — jetzt fast vierfach — geringeren Wert hatten. Wie nun die obigen Tabellen zeigen, wird die mittlere Bourgeoisie auf das schwerste getroffen, weil der Verlust, den ihr Portefeuille erleidet, zwischen 75 und 90% beträgt, während die Entwertung der Aktien, die im Besitz der Großbourgeoisie sind, bloß zwischen 10 und 35% schwankt.

Auch bezüglich des immobilen Besitzes zeigt sich, daß vor allem die Sicherheit der Einkünfte aus der Zinsrente für die mittlere Bourgeoisie stark bedroht ist. Sofern aber die Kleinbürger und Mittelbürger nicht Hausbesitzer sind, werden sie als Mieter durch die vor kurzem erlassene Verordnung des Senats, wonach eine Erhöhung der Mietzinse um 100% zulässig ist, wirtschaftlich sehr empfindlich belastet, ohne daß sie diese Belastung zu kompensieren imstande sind.

Man kann im allgemeinen feststellen, daß durchschnittlich das Kapital der mittleren Bourgeoisie seit Kriegsbeginn um 70%, das der Großbourgeoisie um höchstens 30% entwertet ist.

Kleingewerbe und Kleinhandel befinden sich in einer besonderen Wirtschaftskrise. Dies vor allem durch den Umstand, daß die großen Steuerlasten am meisten auf sie drücken. Wenn der Umsatz in dem Geschäfte eines kleinen Geschäftsmannes im laufenden Jahre 100.000 bis 120.000 Franken beträgt, so muß er 2500 bis 3000 Franken Steuer zahlen. Er wird überdies einer wahren fiskalischen Inquisition unterworfen. Zwar ist es richtig, daß im allgemeinen Abgaben, Zölle, Steuern auf die Masse der Verbraucher abgewälzt werden, aber was im besonderen die Umsatzsteuer („taxe sur le chiffre d'affaires") betrifft, so ist zwar der Großhändler in der Lage, sie in die Preise, die er feststellt, ganz einzukalkulieren, nicht aber der Detailverkäufer, der in zehn Fällen neunmal die Ware gemäß dem Preis des Grossisten zu verkaufen gezwungen ist, wenn er nicht den Absatz seiner Ware beeinträchtigen will. Wenn man bedenkt, daß von 1,720.000 Kaufleuten und Industriellen, die der Umsatzsteuer unterworfen werden, nicht weniger als 1,515.000 Unternehmungen haben, deren Geschäft im Jahre 120.000 Franken nicht übersteigt, so erkennt man, welch große Zahl der mittleren und kleinen Bourgeoisie hier in Mitleidenschaft gezogen ist.

Auch die Lage des Kleingewerbes ist keineswegs günstig. Die Zahl der Bankerotte ist seit 1922 im Ansteigen. Die Kleingewerbetreibenden — Kaufleute und Handwerker — können kaum irgendwelchen Bankkredit erhalten. Wenn sie ihre Papiere belehnen lassen wollen, begegnen sie den größten Schwierigkeiten. Viele von ihnen sind genötigt, ihr Geschäft zu schließen.

So ist die wirtschaftliche Situation des Mittelstandes gegenüber der früheren Zeit sehr verändert. Der Mittelstand ist in einer ständig fortschreitenden Verarmung begriffen. Dadurch aufgerüttelt, beginnt er auch seine politischen Anschauungen zu revidieren. Seine Wiedererstehung gehört in das Reich kleinbürgerlicher Illusionen.

Arbeiterbewegung

Der Kampf der Berliner Metallarbeiter.

Von Fritz Heckert.

** Nachdem es soeben erst der deutschen Schwerindustrie, dank der Politik der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsführerschaft, gelungen war, eine breite Bresche in den Achtstundentag zu legen und der wichtigen Arbeiterschicht, den Bergarbeitern, einen längeren Arbeitstag zu oktroyieren, wäre es ein Wunder gewesen, wenn sie sich mit einem ersten Erfolg zufrieden gegeben hätten. Wir sehen jetzt in allen Teilen des Landes und in allen Berufsschichten einen planmäßigen Angriff auf den Achtstundentag. Gepaart ist der Angriff mit dem Angriff auf den Lohn. Beseitigung des Achtstundentages und Lohnabbau sind nach dem Unternehmertum notwendige Maßnahmen, um die deutsche Wirtschaft vor der Katastrophe zu bewahren. Mit der Einführung der Dienstdauervorschriften für die Eisenbahner fing es an, und jetzt müssen die Berliner Metallarbeiter „ein Opfer für das Vaterland und die bedrängte Wirtschaft" bringen, nachdem man der Beamtenschaft erfolgreich den Neunstundentag aufgezwungen hat. Was aber das Interessanteste bei all diesen Maßnahmen gegen die arbeitenden Schichten ist, ist das Verhalten der hohen Instanzen in der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsführerschaft. Jedesmal, wenn die kapitalistische Räuber- und Betrügerpolitik ein Opfer von der Arbeiterklasse verlangt, sind es die Sozialdemokraten, die dieses Opfer den Arbeitern schmackhaft machen. Es waren Sozialdemokraten, die den Abwehrkampf der Eisenbahner im Jahre 1922 sabotierten und erklärten: Beamte haben kein Streikrecht! Und als man den Bergarbeitern an der Ruhr den Achtstundentag raubte — das war die Einleitung zur endgültigen Beseitigung des Achtstundentages für alle Arbeiter im Reiche — da schrieb der Bergarbeiterführer Löffler im „Vorwärts", die verlängerte Arbeitszeit sei nicht nur notwendig im Interesse des Vaterlandes, sondern sie bringe auch der Arbeiterklasse Nutzen. Ist eine solche Politik etwas anderes als eine direkte Aufforderung an das Unternehmertum, in seiner Offensive gegen die Arbeiterklasse fortzufahren?

In Berlin verlangten die Metallindustriellen plötzlich den Abbau der Löhne um 14 bis 20%, damit sie wieder konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt würden. Als die Arbeiter dieser dreisten Forderung Widerstand entgegensetzten, erfolgte die Aussperrung von 150.000 Metallarbeitern. Dabei verbanden die Herren Kapitalisten ihre Lohnabbauforderungen mit der Forderung nach Beseitigung des Achtstundentages. Wahrscheinlich wären sie in der Lohnfrage zugänglich gewesen, wenn man ihnen in der Arbeitszeit ihre Wünsche befriedigt hättte. Es ist ganz der gleiche Fall wie bei den Kohlenarbeitern. Monatelang lagen die Bergarbeiter arbeitslos auf der Straße oder arbeiteten zwei bis drei Tage in der Woche. Kein Kapitalist dachte daran, daß durch die Nichtbeschäftigung der Bergarbeiter Kohlenmangel eintreten werde und das Vaterland in Not gerate. Monatelang erhielten die Bergarbeiter einen Hungerlohn, der sie direkt arbeitsunfähig machte, und kein Hahn krähte darnach.

Das Unternehmertum hat sich einen recht passenden Augenblick für die Aussperrung herausgesucht. Zu den 150.000 ausgesperrten Metallarbeitern kommen noch ungefähr 100.000 Metallarbeiter aus dem Heer der 400.000 Arbeitslosen Berlins. Das ist eine gewaltige Zahl von Arbeitern, auf die man mit dem bewährten Mittel des Hungers einwirken will, um sie mürbe zu machen. Die große Zahl der Ausgesperrten machte die Bewegung aber zu einem mehr lokalen Ereignis, noch mehr aber ihr Inhalt und der Ort, an dem sie stattfand. Berlin ist nicht nur der Zentralpunkt des Reiches, er ist auch der Sitz der Zentralen der Unternehmerorganisationen und des ADGB., nebst der anderen Spitzenverbände der Arbeiter. Ein endgültiger Sieg des Unternehmertums über den wichtigsten Teil des Berliner Proletariats hätte unübersehbare Folgen nach sich ziehen müssen. Die Berliner Metallarbeiter kämpften darum nicht allein für ihre Sache, sondern um die Sache des ganzen deutschen Proletariats. Deshalb war der Kampf auch eine Angelegenheit des gesamten Arbeitervolkes. Wäre es dem Unternehmertum gelungen, die Berliner Metallarbeiter entscheidend zu schlagen, so wäre das ein Signal zur verstärkten Offensive gegen die ganze Arbeiterfront gewesen.

Der Kampf hat mit einem Kompromiß geendet. Nach den Meldungen des „Vorwärts“ vom Sonntag, den 6. Jänner, bleibt der Achtstundentag „im Prinzip“ erhalten, dabei versprachen aber die Gewerkschaftsführer, daß die Organisation bereit sei, falls eine wirtschaftliche Notwendigkeit zur Verlängerung der Arbeitszeit vorliege, diesen wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen zu wollen.

Was diese Worte aus dem Munde der Gewerkschaftsbureaukraten bedeuten, ist nach allen trüben Erfahrungen, nur zu gut bekannt. Und schon wird auch bekannt, daß der „Vorwärts“ schwindelt, um den Verrat der Gewerkschaftsführer am Achtstundentag zu verdecken. Der „Montag-Morgen“ vom 7. Januar berichtet nämlich über die getroffenen Vereinbarungen über die Arbeitszeit ganz anders. Es heißt da: „Die Vereinbarung bestimmt, daß in allen Betrieben die Mindestzahl der Arbeitsstunden wöchentlich 48 Stunden beträgt. Darüber hinaus kann jedoch, wenn die Verhältnisse es erfordern, täglich neun Stunden gearbeitet werden, und die Leistung wird, allerdings mit Einverständnis des Betriebsrates, im Notfall auf zehn Arbeitsstunden täglich verlängert. Ein Überstundenzuschlag tritt erst bei der elften Arbeitsstunde in Kraft.“

Der Lohnabbau beträgt, nicht wie von den Unternehmern gefordert, 14 bis 20%, sondern nur 4 bis 6%. Hierbei muß aber berücksichtigt werden, daß eine Erhöhung der Löhne um 20% gefordert worden war. Wie immer, wird dieses Kompromiß von den Reformisten als ein großer Sieg gefeiert, und man versteigt sich zu der Bemerkung: „Aber diese neuen Löhne müssen gewertet werden als die Grundlage zur Erkämpfung höherer Löhne, die den Lebensnotwendigkeiten angepaßt sind.“ Das ist ein ganz neuer Begriff in der Gewerkschaftsstrategie: Der Lohnabbau ein Sieg und die Grundlage für Erkämpfung höherer Löhne.

Noch größer wäre der Sieg, wenn es keine Kommunisten gäbe, sagt der „Vorwärts“, denn die Unternehmer haben auch darauf gerechnet, daß durch die von den Kommunisten betriebene Hetze die Arbeiterschaft so gespalten würde, daß sie auch moralisch nicht imstande sein würde, dem Diktat der Unternehmer Widerstand zu leisten. Für die braven Führer gibt es aber ein Lob: „Der Kampf in der Berliner Metallindustrie hat auch gezeigt, daß es die „Amsterdamer Veräter“ sind, die auch in tiefster Not ihren Mann stellen, und daß ein wohlüberlegtes Abwägen der Kampfbedingungen nicht den Kampfgeist tötet, wenn es hart auf hart geht.“

Diese Urteile der Herren Reformisten sind ein wenig voreilig, ihnen täte Bescheidenheit notwendiger. Als im Fruhjahr 1922 der große Kampf der süddeutschen Metallarbeiter entbrannte, haben wir auf den großen Ernst der damaligen Bewegung aufmerksam gemacht. Das Unternehmertum bemühte sich seinerseits, die 46stundige Arbeitszeit abzuschaffen und die 48-Stunden-Woche einzuführen. Der Kampf endete mit dem Sieg der Unternehmer. Und warum? Weil die Gewerkschaftsbureaukratie in ihrer Verblendung gar nicht sah, daß dieser Kampf schon den Entscheidungskampf um den Achtstundentag einleitete. Es wurden nicht, wie wir verlangten, alle Kräfte der Arbeiterklasse zur Abwehr dieses Angriffs mobilisiert. Nicht einmal im Kampfgebiet wurden die Reserven der Arbeiterklasse in den Kampf eingesetzt, geschweige denn, daß der ADGB. ernstliche Anstrengungen zur Unterstützung der Kämpfenden gemacht hätte. Die Passivität wurde entschuldigt mit der Treue zum Tarifvertrag und zur Arbeitsgemeinschaft. Heute zeigt das Unternehmertum, was es von der Arbeitsgemeinschaft und den Tarifverträgen hält — nämlich nichts, wenn sie Hindernisse zur Durchführung ihrer Pläne sind. Solche Einfaltspinsel gibt es nur unter der Arbeiterklasse, beziehungsweise den Gewerkschaftsführern, die den Feinden Treue halten, damit diese ungestört die Klassengenossen der kämpfenden Arbeiter niederwerfen können. Das Proletariat hat diese Treue am falschen Ort mit dem Verlust seiner Klasseneinigkeit bezahlt. Es ist die fluchwürdige Politik der Gewerkschaftsführer, die zur Ohnmacht der deutschen Gewerkschaftsbewegung geführt hat, und die es dem Unternehmertum erlaubt, mit der Arbeiterklasse Schindluder zu treiben.

Was soll aber hernach das Gerede von der „wohlüberlegten Abwägung der Kampfbedingungen“ durch die Amsterdamer? Im Sommer des letzten Jahres haben die Unternehmer mittels der Inflation den Abbau der Löhne ohne Widerstand seitens der Gewerkschaftbureaukratie betreiben können. Als der Betrug gar zu arg wurde, machten die „berufenen Instanzen“ einen scheinbaren Versuch zum Schutz der Arbeitslöhne vor dem Verfall. Der Kampf um den „wertbeständigen Lohn“ wurde auf die Tagesordnung gesetzt. Welch Schwindel mit diesem Schlagwort aber geführt wurde, bewies der Kampf der Berliner Metallarbeiter im Juli des Vorjahres. Das Ergebnis des Kampfes war keine Steigerung des Reallohnes, nicht einmal ein Schutz des Erreichten vor weiterer Entwertung. Die Verbandsleitung schwindelte das negative Ergebnis zu einem großen Gewinn der Arbeiter, um diese von der Fortsetzung des Kampfes und seiner Ausdehnung abzuhalten. Unsere Parole: Kampf um den Friedensreallohn! verhöhnte die „Metallarbeiterzeitung“ als eine „recht bescheidene“ und „nichtrevolutionäre“ Forderung. Sie behauptete, der Friedensreallohn sei kein Kampfesobjekt, das Unternehmertum könne den doppelten Friedensreallohn zahlen. Wir wissen nicht, was sich der Skribifax der „Metallarbeiterzeitung“ bei der Niederschrift seiner Behauptungen gedacht hat, aber wir erinnern jetzt die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes daran, wenn ihre Führer heute ihnen erklären, im Interesse des Vaterlandes oder der Wirtschaft in einen Lohnabbau und eine Verlängerung der Arbeitszeit zu willigen. Dabei soll nicht vergessen werden, daß im Sommer 1923 eine weit bessere Konjunktur zum Kämpfen war, als jetzt während der großen Arbeitslosigkeit und unter dem Belagerungszustand. Besonders günstig war aber die Gelegenheit zur Verbesserung der Lage der Arbeiter in den Tagen, in denen die Arbeiter durch einen entschlossenen Angriff die Cuno-Regierung stürzten. Aus Angst vor der Ausbreitung dieser Bewegung machte das Unternehmertum große Lohnzugeständnisse. Damals nahmen die „klugen Führer“ die Gelegenheit nicht wahr, sie redeten sich vielmehr das Maul wund, um den Arbeitern zu beweisen, daß sie zum Kämpfen und zum Siegen viel zu schwach seien, daß ihnen eine totsichere Niederlage bevorstehe, wenn sie weiter im Kampfe beharrten. So wurde einem erfolgverheißenden Vormarsch der Arbeiter das Rückgrat gebrochen, und unter viel ungünstigeren Verhältnissen muß heute der Kampf geführt werden. Das Verhalten der Gewerkschaftsführer in der Cuno-Krise hat die Gewerkschaften in eine große moralische Krise, in einen Auflösungsprozeß gestürzt und nicht das Verhalten der Kommunisten, wie der „Vorwärts“ anläßlich der Verherrlichung des „Sieges“ im jetzigen Metallarbeiterkampf schreibt.

Der neue Berliner Metallarbeiterkampf trug alle Mängel der Kämpfe in der Nachkriegszeit. Keine genügende Vorbereitung, keine genügende Zusammenfassung der Kräfte, keine aktive Führung und keine aktive Unterstützung seitens der anderen Gewerkschaftsverbände. Schon vor Beginn des Kampfes stand es für jeden Gewerkschafter fest, daß der Kampf nur dann Aussicht auf Erfolg haben kann, wenn er schnell durchgeführt würde. Die Arbeiter können nach der langen Elendsperiode ohne Unterstützung keine langen Kämpfe mehr führen. Aber auch die Gewerkschaften sind nicht in der Lage, längere Kämpfe zu finanzieren. Diese Umstände zwingen dazu, sofort alle Kräfte in den Kampf zu führen, um durch schnellste und stärkste Steigerung des Druckes auf das Unternehmertum und auf den Staat eine erfolgreiche Durchführung des Kampfes zu ermöglichen. Da nach einer Niederlage in solchem Kampfe auch die Arbeiter anderer Berufe vom Unternehmersieger attackiert werden, lag kein Grund vor, zu zaudern. Die wichtigsten Arbeiterschichten mußten zur sofortigen Verstärkung der Kampffront eingesetzt werden. Jedes Zaudern und abwartende Beiseitestehen dieser Schichten bedeutet eine Stärkung des Gegners, und eine Schwächung der eigenen Front.

Der Metallarbeiterkampf hat mit einem faulen Kompromiß geendet. Bald wird das Unternehmertum die Arbeiter zu neuem Kampf stellen, schon wurden die Buchdrucker und die Holzarbeiter von neuen Angriffen der Kapitalisten bedroht. Da gilt es, keine Zeit zu verlieren und nachzuholen, was diesmal versäumt wurde. Das gilt insbesondere für die Kommunisten. Diese dürfen sich nicht damit begnügen, Auchteilnehmer am Kampfe zu sein, sie müssen Vortrupp und Führer werden. In diesem Metallarbeiterkampf haben sie ihre Aufgabe nicht voll erfüllt.

Trotz seiner Mängel hat der Kampf der Metallarbeiter aber eines gezeigt: Das Proletariat ist nicht entscheidend geschlagen vom Faschismus, es hat noch Kraft und Willen zum Kampf. Aus tiefer Depression ist es wieder erwacht und hat sich zu Hunderttausenden unter ungünstigen Bedingungen zum Kampf gestellt. Ist das nicht ein Beweis, daß es noch an seine Kraft glaubt? Aus diesem Metallarbeiterkampf müssen die Arbeiter lernen, eifrig zu rüsten, damit uns die kommenden, größeren Kämpfe fähiger finden, zu siegen.

Aus der Internationale

Zur Lage in der KPD.

In Nr. 185 vom 28. Dezember v. J. der „Inprekorr" haben wir die Thesen der mittleren Gruppe innerhalb der KPD. veröffentlicht. Wir bringen nachstehend die Thesen einer der beiden übrigen Gruppen zum Abdruck und lassen die „Skizze zu Thesen über die politische Situation und über die Lage der Partei" (vorgelegt vom Polbüro der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg) in der nächsten Ausgabe folgen.

Die Red.

Thesen zur Oktoberniederlage und zur gegenwärtigen Lage.

Von A. Thalheimer und H. Brandler.

1. Dezember 1923.

I. Zur Oktoberniederlage.

1. Der Oktoberrückzug war unvermeidlich und richtig.

2. Die grundlegenden Ursachen der Oktoberniederlage sind objektiver Art und nicht wesentlichen taktischen Fehlern der KPD. geschuldet. Die entscheidende Ursache ist der noch zu starke hemmende Einfluß der Sozialdemokratie. Die Mehrheit der Arbeiterklasse war nicht mehr bereit, für die Novemberdemokratie zu kämpfen, die ihnen bereits materiell nichts mehr gab, und noch nicht bereit, für die Rätediktatur und den Sozialismus zu kämpfen.

Oder anders ausgedrückt: Die Mehrheit der Arbeiterklasse war noch nicht für den Kommunismus gewonnen.

3. Der gemeinsame Fehler der Exekutive wie der Zentrale der KPD. war die falsche Beurteilung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Arbeiterklasse, zwischen SPD. und KPD.

Die KPD. hat in dieser Beziehung sich kritisch gegenüber der Exekutive verhalten, aber nicht genügend energisch. Die Exekutive hat dieser Kritik nicht das genügende Gewicht beigelegt.

4. Die Folgen dieser falschen Beurteilung des Kräfteverhältnisses waren:

a) ein zu früher Termin des Endkampfes,

b) die Vernachlässigung der Teilkämpfe und der politischen Vorbereitung,

c) infolge der mangelnden Verbindung zwischen politischer und technischer Vorbereitung litt auch die militärisch-technische Vorbereitung.

5. Mängel zweiter und dritter Ordnung waren:

a) in Sachsen und Thüringen nicht genügende Ausnützung der gegebenen Positionen sowohl in bezug auf Zersetzung der SPD. und Heranziehung der SPD.-Arbeiter an die KPD. wie auch in bezug auf die Organisation der militärischen Abwehr.

b) Schwerfälligkeit der organisatorischen Umstellung der Partei für den Bürgerkrieg.

6. Alle diese Fehler und Mängel ändern nichts wesentliches in dem grundlegenden Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse.

II. Zur gegenwärtigen Lage.

1. Die Militärdiktatur Seeckt stützt sich sozial auf Schwerindustrie und Großagrarier. Sie sucht sich die selbständige Bewegung der Mittelschichten (den kleinbürgerlichen Faschismus) teils durch Konzessionen, teils durch Repressalien unterzuordnen. Sie sucht, die Zersplitterung der Arbeiterklasse zu erhalten und zu vertiefen, einerseits durch Beibehaltung des Scheins der bürgerlichen Demokratie und dadurch Gewinnung der Sozialdemokratie als Schutztruppe andererseits durch Repressalien gegen die KPD.

2. Die Lebensdauer der Militärdiktatur hängt ab:

a) von der Möglichkeit, ein zeitweiliges wirtschaftliches Gleichgewicht wieder herzustellen durch erhöhte Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Mittelschichten, Kürzung der Ausgaben und ausreichende Steuerleistung der Besitzenden. Die ersten zwei sind durch die gegenwärtigen Machtverhältnisse möglich, das letztere ist fraglich und wird entscheidend sein.

b) vom Tempo der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter für den Kommunismus und Zersetzung und Neutralisierung der Mittelschichten.

3. Das Tempo der erneuten objektiven Zuspitzung der Lage ist noch nicht abzuschätzen. Dagegen muß allgemein mit einer Verschärfung der Klassengegensätze und Kämpfe gerechnet werden.

4. Von der KPD. hängt ab das Tempo der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter für den Kommunismus. Auf die politische und organisatorische Liquidation der SPD. sind alle Kräfte zu konzentrieren.

5. Die politische Plattform dieser Liquidation ist

negativ: Zerstörung der demokratischen und sozialreformistischen Illusionen,

positiv: Gewinnung der Arbeiter für den Kampf um proletarische Diktatur und Sozialismus.

6. Mit dieser grundsätzlichen und kritischen Propaganda sind politische, wirtschaftliche und militärische Teilkämpfe zu verbinden. Der Entscheidungskampf ist die Kulmination und Resultante dieser Teilkämpfe.

7. Das nächste Kettenglied: Eroberung der Bewegungsfreiheit (der Straße usw.) durch revolutionäre Massenaktion (zunächst friedliche und bewaffnete Demonstrationen, Streiks, durch bewaffnete und geschützte Versammlungen usw.).

8. Verlegung des organisatorischen Schwergewichts in die Betriebszellen.

9. Erhöhung der Aktivität und Disziplin in der Partei. Ausscheiden passiver Elemente aus der Partei, gleichzeitig breitere Massenverbindung.

Erweiterte Exekutivsitzung, im Anschluß daran außerordentliche Parteikonferenz.

Zur Beachtung!

In der Nummer 4, vom 11. Januar, ist durch ein technisches Versehen der Artikel: „Neue Strömungen im indischen Nationalismus" von M. N. Roy, nicht in der richtigen Rubrik „Politik" erschienen.

Wir weisen auf die besondere Wichtigkeit dieses Artikels hin.

Die Redaktion.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Wirtschaftspolitische Resolution des ZK. der RKP.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 6. 18. Januar | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — **Zentralversand:** IX., Berggasse 31. — **Postadresse:** Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — **Telegrammadresse:** Wien, Inprekorr. — **Einzahlungen für Österreich:** Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Wo stehen wir? Von Rhenanus 41

Politik.

Das „konsolidierte" Horthy-Ungarn. Von Landler . . 43

Union der Sowjetrepubliken.

Die nächsten wirtschaftspolitischen Aufgaben der KP. Rußlands 44

Wirtschaft.

Die französische Staatsschuld 49

Arbeiterbewegung.

Der italienische Verband der Seeleute und die Faschisten. Von Grieco 49

Aus der Internationale.

Der Kongreß der Kommunistischen Partei Frankreichs. Von Jacques 51

Zur Lage in der KPD. 51

Wo stehen wir?

Vor neuen Kämpfen in Deutschland.

Von Oskar Rhenanus (Berlin).

** Nach den Oktoberereignissen und der unmittelbar darauf verschärft einsetzenden Kapitalsoffensive sind einzelne Genossen zu der Auffassung gelangt, daß wir in Deutschland nunmehr eine längere Periode der Stagnation, wenn nicht des Rückganges der Arbeiterbewegung vor uns haben. Für die Kommunistische Partei, die bewußt den Klassenkampf des Proletariats führen will, ist deshalb die Beantwortung der Frage: „Wo stehen wir?" von großer Bedeutung. Sowohl international gesehen wie auch besonders in Deutschland liegen unseres Erachtens keine Anzeichen vor, die auf eine bevorstehende Befestigung des kapitalistischen Systems und damit auf eine Sumpfperiode der Arbeiterbewegung schließen lassen. Im Gegenteil. International glauben wir, wenn auch nicht eine katastrophale, so doch langsame Verschärfung der wirtschaftlichen Lage in fast allen kapitalistisch führenden Ländern zu sehen, sowohl in Amerika als auch in England und Frankreich. Der wachsende imperialistische Gegensatz zwischen England und Frankreich trägt zur Verschärfung der wirtschaftlichen Lage in Europa bei. Schließlich ist in Zentraleuropa, in Deutschland und Polen wie auch in den Donau- und Balkanländern im allgemeinen wenig von einer Konsolidierung zu merken. Besonders in Deutschland und Polen ist eine sehr scharfe wirtschaftliche und politische Zuspitzung in Kürze zu erwarten.

Die Militärdiktatur Seeckts wird als Beauftragte der Industrie eine Konsolidierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht herbeiführen. Im Gegenteil, die Folgen des Ruhrkampfes werden sich erst auswachsen. Schon jetzt zählt Deutschland mindestens 3½ Millionen Arbeitslose und 4 Millionen Kurzarbeiter. Während die Belebung der Produktion im besetzten rheinisch-westfälischen Gebiet nur sehr langsam erfolgen wird, ist im unbesetzten Gebiet mit einer beträchtlichen Steigerung der Stillegung der Produktion und damit der Erwerbslosigkeit zu rechnen. Finanziell ist die Lage für das Reich hoffnungslos, um so mehr, da das rheinisch-westfälische Schwerkapital nach seiner Anlehnung an die französische Interessensphäre nicht mehr daran denkt, für die Stabilisierung des übrigbleibenden Deutschland entscheidende Opfer zu bringen. Die wirtschaftliche Loslösung des Rhein- und Ruhrgebietes und daran anschließend auch die politische Trennung mit all ihren Folgen wird sich immer mehr durchsetzen, so daß die Auffassung des Genossen Pawlowsky, die deutsche Bourgeoisie könne bei Aufbringung entscheidender Opfer eine ernste Stabilisierung herbeiführen, geradezu utopisch ist. Die deutsche Industrie denkt nicht daran, Steueropfer zu bringen (man betrachte sich nur die Steuerverordnungen der Regierung), sondern versucht, die gesamten finanziellen Folgen des Ruhrkampfes auf die Besitzlosen abzuwälzen. Der scheinbaren Markstabilisierung wird bei der erneut einsetzenden Inflationswelle und der dadurch herbeigeführten neuen Teuerung bald die grausame Ernüchterung folgen. Die kapitalistische Klasse Deutschlands wird die Militärdiktatur und den Ausnahmezustand immer mehr legalisieren und verschärfen, um so in rücksichtsloser Offensive gegen alle Besitzlosen zu versuchen, ihre Interessen restlos durchzusetzen.

Arbeitszeitverlängerung, Lohnabbau, Beseitigung aller Rechte der Arbeiter in den Betrieben, Zerstörung des Koalitionsrechtes, Aufhebung der Erwerbslosenunterstützung, Zwangsarbeit für die Erwerbslosen, neue Steuerbelastungen, Einführung der Goldmiete, Beamtenabbau und Beseitigung jeder staatlichen Wirtschaft, kurz schrankenlose Herrschaft der kapitalistischen Klasse und ungehemmte Ausbeutung der Arbeiterklasse ist das Programm der Bourgeoisie. Die Durchführung dieses Programms aber führt naturnotwendig in rapidem Tempo zu einer außerordentlichen Verschärfung der Klassengegensätze, in der den proletarischen Massen auch die letzten Illusionen über eine Verständigung mit der Bourgeoisie, über die politische „Volks-

gemeinschaft" und wirtschaftliche „Arbeitsgemeinschaft" genommen werden. Daher die Zersetzung der Sozialdemokratischen Partei, die in manchen Orten schon zu einer völligen Auflösung geführt hat, daher auch der Bruch der Arbeitsgemeinschaft durch den Austritt der AFA. und den wahrscheinlich bevorstehenden Austritt des ADGB. aus ihr. Die Durchführung des industriell-kapitalistischen Regierungsprogramms bringt ferner eine außerordentliche Radikalisierung zweier großer bedeutender Mittelschichten, die bisher zwischen Bourgeoisie und Proletariat standen, auf der einen Seite die Beamten und Angestellten und andererseits die Klein- und Mittelbauern, Siedler und Pächter. Der rücksichtslos durchgeführte Beamtenabbau, verbunden mit der Verlängerung der Arbeitszeit und einem Abbau der Löhne, hat in den Kreisen der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten stark zersetzend und radikalisierend gewirkt. Demonstrationen der Eisenbahner, Postler, ja selbst der Schupo sind keine Ausnahmeerscheinungen mehr. Die Wirtschafts- und Steuerpolitik des Kapitals führt auf dem Lande zu einer völligen Vernichtung der bäuerlichen Klein- und Mittelschichten, so daß auch in diesen Kreisen der Boden außerordentlich gelockert und für eine selbständige Klassenpolitik reifer geworden ist. Diese beiden Schichten werden also durch den schweren Druck des Kapitals immer mehr in die bevorstehenden Klassenkämpfe hineingezogen, und da schon jetzt ersichtlich ist, daß die Unternehmeroffensive in den nächsten Wochen in verschärftem Maße einsetzen wird, ist es klar, daß wir in Deutschland vor großen wirtschaftlichen Massenkämpfen stehen, die bei der heutigen Klassenzuspitzung selbstverständlich auch politische Klassenkämpfe sein werden. Es kommt darauf an, daß die jetzt auf einem gewissen Rückzug befindlichen Arbeitermassen gegenüber der Kapitalsoffensive zum Stehen gebracht werden und zu größeren Verteidigungskämpfen kommen, die bei der außerordentlichen Zuspitzung sehr schnell in Offensivkämpfe umschlagen können. Im Kampfe um den Achtstundentag, um den Lohnabbau, um die Rechte der Arbeiter in den Betrieben, im Kampfe der Erwerbslosen um eine menschenwürdige Unterstützung, gegen die Zwangsarbeit und für eine Wiederaufnahme der Produktion, und im Kampfe der proletarischen und halbproletarischen Schichten auf dem Lande, im Kampfe gegen neue Steuerlasten, gegen die Goldmiete wird es zumal bei der politischen Zuspitzung durch die Militärdiktatur aller Wahrscheinlichkeit nach in diesem Frühjahr zu großen, schweren Klassenauseinandersetzungen in Deutschland kommen. Vor allem dann, wenn die Illusionen über die Markstabilisierung nur zu brutal zerstört werden.

Zu irgendwelchem Pessimismus liegt deshalb keine Veranlassung vor.

Der wuchtige Kampf der Metallarbeiter im rheinisch-westfälischen Gebiet um den Achtstundentag, der Kampf der Berliner Metallarbeiter gegen den Lohnabbau und die Verlängerung der Arbeitszeit zeigen schon jetzt, daß die arbeitenden Massen keineswegs gewillt sind, sich die Unternehmerwillkür hemmungslos aufzwingen zu lassen. Das sind die ersten starken Zeichen eines aktiven Widerstandes der Arbeiterklasse nach den etwas stilleren Weihnachtswochen. Die nach den Oktoberkämpfen teilweise eingetretene Stimmung der Niedergeschlagenheit in den Arbeitermassen weicht jetzt zusehends einer entschlossenen Kampfesstimmung. Der Arbeitermassen bemächtigt sich immer mehr ein verbissener Groll, der sich sehr schnell in neuen großen Massenkämpfen entladen wird.

So reifen objektiv und subjektiv die Voraussetzungen für neue revolutionäre Kämpfe, über deren Ausmaß wir jetzt noch nicht urteilen können. Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es deshalb, klar und zielbewußt vorauszuschauen, die deutschen arbeitenden Massen in den bevorstehenden Kämpfen zu führen, und diese Kämpfe so zu steigern, daß sie nicht nur zu Abwehrkämpfen gegen das Kapital, sondern auch zu entscheidenden Klassenkämpfen werden.

Das Direktorium der KPD. hat deshalb beschlossen, neben den besonderen Aufgaben der Umstellung der Partei auf Illegalität (eine Aufgabe, die wir noch keineswegs gelöst haben) die Gesamtpartei zu mobilisieren für eine breit angelegte aktive Kampagne zum Kampf der Arbeitermassen gegen die Kapitalsoffensive, gegen die Durchbrechung des Achtstundentages, gegen jeden Lohnabbau, für Friedensreallöhne, gegen die Beseitigung der Rechte der Arbeiter in den Betrieben, gegen die Ausschaltung der Gewerkschaften in den Lohnkämpfen, gegen die Beseitigung der Erwerbslosenunterstützung, gegen die Zwangsarbeit der Erwerbslosen, für die Wiederaufnahme der Produktion und die Wiedereinreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß und für eine menschenwürdige Entschädigung der Erwerbslosen, gegen neue Steuerlasten, gegen die Goldmiete, gegen den Lohnabbau und die Arbeitszeitverlängerung bei den Beamten und deren Abbau, für eine Besserstellung der Landarbeiter, gegen die brutale Vernichtung der kleinbäuerlichen Schichten auf dem Lande, für deren Schutz und Sicherstellung.

Dieser Kampf muß frontal geführt werden gegen die industrielle Bourgeoisie, den agrarischen Großgrundbesitz und deren Militärdiktatur durch Seeckt und Ebert. Jeder einzelne auch der kleinste Vorstoß der industriellen oder agrarischen Unternehmer, jeder einzelne Vorstoß der Militärdiktatur muß mit einer proletarischen Aktion beantwortet werden. Vor allem muß jede Durchbrechung des Achtstundentages, jeder Lohnabbau und jede Zwangsarbeit bei den Erwerbslosen mit allen Mitteln von der Arbeiterklasse verhindert werden. In diesen Kämpfen muß sich trotz der Militärdiktatur das Proletariat unter Führung der Kommunistischen Partei unter allen Umständen die Straße erobern. Jede Aktion ist zu proletarischen Demonstrationen auszunützen, bei denen sich die Demonstrierenden keine Terrorakte der Polizeibeamten gefallen lassen dürfen. Immer lauter muß unter unserer Führung der Ruf erschallen: **Bewaffnung der Arbeitenden!**

Im engsten Zusammenhang mit diesen wirtschaftlichen Kämpfen ist der Kampf gegen die Militärdiktatur, gegen den Belagerungszustand, gegen das Verbot der Kommunistischen Partei und für die Freilassung der politischen Gefangenen zu führen, und zwar nicht wie die SPD. für die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie, sondern Aufgabe der Kommunisten ist es, in allen diesen Einzelkämpfen mit der weißen Diktatur den arbeitenden Massen lebendig und anschaulich die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur aufzuzeigen. Gegenüber der Macht der Industriekonzerne ist die Losung der Sozialisierung überall in den Vordergrund zu stellen. Den Arbeitern, Angestellten und Beamten müssen wir immer wieder zeigen, daß jeder neue Versuch eines Zusammenarbeitens und eine Verständigung mit der Bourgeoisie nur zu neuen Niederlagen führen muß, daß der einzige Rettungsweg aus sozialer und nationaler Knechtschaft die Diktatur des Proletariats und das Bündnis mit Sowjetrußland ist. Der Gedanke der politischen Arbeiterräte muß in Verbindung damit von uns jetzt in die Massen getragen werden.

Die proletarischen Schichten, so weit sie nicht schon unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei stehen, befinden sich noch im Lager des Faschismus, des Klerikalismus oder aber der Sozialdemokratie. Der politische Kampf gegen den vom Kapital ausgehaltenen Faschismus, gegen die arbeiterfeindliche Zentrumspartei, gegen die Sozialdemokratische Partei, und zwar gegen ihre linken wie gegen ihre rechten Führer, ist deshalb besonders scharf von uns zu führen. Bei allen diesen Kämpfen müssen wir lernen, jeden kleinsten Einzelkampf sofort mit dem großen Abwehrkampf der Arbeiterklasse politisch zu verbinden. Selbstverständlich sind diese Bewegungen auszunützen für eine Verbreiterung der Basis der Weimarer Konferenz in den Gewerkschaften und deren Eroberung und Umbau in wirklich revolutionäre Organe der Arbeiterklasse. Die Arbeit der Betriebsräte und der Kontrollausschüsse wird neu belebt, die Neuwahl der Betriebsräte im Frühjahr politisch ausgenutzt werden. In allen diesen Kämpfen aber wird die Kommunistische Partei ihre Aufgabe nur dann erfüllen, wenn alle ihre Funktionäre und Mitglieder in marxistischem Geiste endlich lernen, alle Mittel des Klassenkampfes anzuwenden, das heißt, nicht wieder auf einen „Endkampf" im März oder Mai zu warten, um dann mit der Knarre oder der Handgranate loszuschlagen, sondern schon jetzt in täglicher und zäher systematischer politischer und organisatorischer Arbeit die Massen in jedem wirtschaftlichen oder politischen Kleinkampf für uns zu gewinnen. Deshalb gilt es auch, in engster Verbindung mit dieser Kampagne, die bevorstehenden Wahlen in Sachsen, Thüringen, Mecklenburg, Braunschweig und Saargebiet zu einer gesteigerten Propaganda für den Kommunismus, für die Diktatur des Proletariats, für die Herrschaft der Arbeiterklasse auszunützen. Wir müssen dabei auch lernen, trotz unserer Illegalität, in lebendigster Fühlung mit den Arbeitermassen zu bleiben, deren Kämpfe auszulösen und zu führen und ihnen Tag für Tag zu zeigen, daß die Kommunistische Partei lebt und trotz rücksichtsloser Verfolgung den Kampf für die Befreiung der Arbeitenden, den Kampf für die soziale Revolution weiterführt. Die Kommunistische Partei muß es verstehen, den von der Sozial-

demokratie gelähmten Kampfeswillen der Arbeiterklasse zu beleben und dem deutschen Proletariat die Zuversicht und den Glauben an seine eigene ungeheure Kraft wieder zu geben.

Die Lage ist sehr ernst. Bei den bevorstehenden Kämpfen wird sehr viel von der Geschlossenheit und Entschlossenheit, von der Aktivität und Lebendigkeit der Kommunistischen Partei abhängen.

Kommunisten! Heran an die Arbeit!

Politik

Das „konsolidierte" Horthy-Ungarn.

Das Ringen von Konterrevolution und Revolution.

Von Eugen Landler.

** Die Staatsfinanzen Horthy-Ungarns sollen durch eine ausländische Anleihe nach österreichischem Muster „saniert" werden. Wie die Staatsfinanzen in Ungarn jetzt aussehen, kann am besten damit charakterisiert werden, daß seit viereinhalb Jahren Horthy-Ungarn kein einziges Mal imstande war, dem Parlament ein definitives Budget zu unterbreiten. Im Jahre 1923 war sie auch außerstande, ein provisorisches Budget parlamentarisch durchzuführen. Die Debatte, die jetzt die „Opposition" in Ungarn bei der Besprechung der Staatsfinanzen führt, bringt — obzwar sie sehr loyal gehandhabt wird — den Zustand der Staatsfinanzen, der Produktion, der Justizverwaltung und das ganze „konsolidierte" öffentliche Leben in eine Beleuchtung, die auch in einem gegenrevolutionären Milieu abstoßend wirken muß.

Vor vier Monaten wurde im Parlament bewiesen, daß die großen Banken einen bedeutenden Teil der höheren Staatsfunktionäre mit Gratisaktien gekauft haben. Unter anderen auch den Ministerpräsidenten, den Minister des Innern, den Polizeichef und den Oberstaatsanwalt. Es wurde die Einleitung einer Untersuchung angeordnet, die aber bisher nicht durchgeführt wurde. Es wird die Anklage erhoben, daß keine einzige Ausfuhr- oder Einfuhrbewilligung ohne Bestechung der höchsten Instanzen erreicht werden kann. Es wurde vor eineinhalb Jahren eine „Riesenaktion" unter persönlicher Führung Horthys zur Unterstützung der hungernden Landarbeiter eingeleitet. Zu diesem Zwecke wurden auch außerordentliche Steuern im Ausmaße von vielen Milliarden geschaffen. Man forderte öffentliche Abrechnung, es werden Anspielungen laut, daß man diese Milliarden veruntreut oder zu Zwecken illegaler militärischer Organisationen verwendet habe, ohne daß der Ministerpräsident den Mut hätte, diese Anwürfe zurückzuweisen.

Wird gegen einen Arbeiter, der eines „politischen Delikts" (zum Beispiel „Aufreizung zum Streik") verdächtig ist, eine Untersuchung eingeleitet, so foltert man ihn auf das schrecklichste. Ein Abgeordneter wies dem Parlament die während der Untersuchung abgehackten Fingerspitzen eines Arbeiters vor. Dagegen wird z. B. der gewesene Oberleutnant Piroska, als einer der Täter des Csongrader Mordattentates, wobei mehrere Personen getötet wurden, verhaftet. Beim Verhör ruft ihn der Untersuchungsrichter zur Ordnung. Er bestellt sich zwei Bevollmächtigte, fordert den Untersuchungsrichter zum Duell, und die „Ehrensache" wird durch Aufnahme eines Protokolles regelrecht beigelegt. Ein Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft wird, weil er in Rußland kommunistische Propaganda betrieb, sofort nach der Ankunft in Budapest verhaftet, ohne daß er imstande gewesen wäre, sich auch nur eine Minute in Ungarn politisch zu betätigen. Er wird zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die Führer der Erwachenden Magyaren, die mit Hitler einen Staatsvertrag zum Sturze der jetzigen Regierung unterzeichneten, den bewaffneten Putsch vorbereiteten und eine Mordliste verfertigten, werden freigelassen, und der Oberstaatsanwalt Ungarns kann wochenlang an den Versammlungen der Erwachenden, wo öffentlich zum Mord aufgerufen wird, regelmäßig teilnehmen, ohne auch nur disziplinarisch zur Verantwortung gezogen zu werden. Solche Details der Korruption und von Schandtaten könnten seitenlang aufgezählt werden, ohne den „konsolidierten" Horthy-Sumpf auch nur annähernd auszuschöpfen.

Dementsprechend muß man auch die von der bezahlten ausländischen Presse hoch gepriesene Produktion in Horthy-Ungarn beurteilen. Die Sachverständigenkommission mußte es — trotz ihrer ausgesprochenen reaktionären Zuneigung — klipp und klar aussprechen, daß sowohl die landwirtschaftliche wie auch die industrielle Produktion Horthy-Ungarns ungeheuere Mängel und Fehler aufweist, die auf die Staatsfinanzen zerstörend wirken müssen. Unter dem Einflusse des Finanzkapitals ist die Technik in den Großgrundbesitz eingedrungen. Die erste Folge davon war, daß die schon früher unerhört niedrigen Löhne in einem Ausmaße herabgedrückt wurden, wie in keinem anderen Lande Europas. Die andere Folge war die Einführung eines Ausbeutungssystems, die fast die Hälfte der Landarbeiter und der landarmen Bevölkerung, in manchen Gegenden noch einen größeren Prozentsatz arbeitslos machte und der Hungersnot auslieferte. Das Elend der Landarbeiter und landarmen Bauern in Ungarn ist ein schreckliches. Epidemien kommen immer wieder, und der Prozentsatz der Kindersterblichkeit auf dem Lande marschiert an der allerersten Stelle der europäischen Statistik. Dabei wird ein Agrarwucher im Inlande betrieben, der jede Phantasie übertrifft. Trotz des billigeren amerikanischen Getreides und der russischen Getreideausfuhr übertreffen die Preise der Agrarprodukte längst die Weltparität. Jedwede Wendung: Sinken oder Stabilisierung der Krone, Einschränkungen oder Freigabe des Handels, wird als Rechtstitel für die Preistreiberei benützt. Dabei ist das Erträgnis des Bodens in Horthy-Ungarn noch immer das niedrigste in Mitteleuropa, was teilweise auf die Agrarzölle zurückzuführen ist, die den Großagrariern ohne Investition ein horrendes Einkommen sichern, teilweise seinen Grund darin findet, daß über zwei Millionen Joch Felder Fideikommißbesitz und große Kirchengüter bilden, wo nur Mißwirtschaft getrieben wird.

Die in der besoldeten ausländischen Presse hochgepriesene industrielle Produktivität Horthy-Ungarns unter dem Einflusse des Bankkapitals fußt ebenfalls auf der unbeschränkten Ausbeutungsmöglichkeit der Arbeitskräfte und der inländischen Konsumenten. Es läßt sich ohne Zweifel konstatieren, daß Hunderte von Fabriken im letzten Jahre gegründet und auch neue Industriezweige eingeführt wurden. Gleichzeitig muß aber konstatiert werden, daß die Ausfuhr mit unerhört großen staatlichen Mitteln gefördert und die Einfuhr absolut unmöglich gemacht wurde. Trotzdem der ungarische Arbeiter in ganz Europa die niedrigsten Löhne bekommt, trotzdem gewisse Rohmaterialien im Lande vorhanden sind, sind die Produkte der ungarischen Industrie durchwegs viel teurer als ausländische Produkte. So werden Textilwaren um 50 bis 100% teurer verkauft. Der Achtstundentag existiert in Ungarn nur auf dem Papier, von Arbeiterschutz kann nicht gesprochen werden, Arbeitslosenunterstützung besteht überhaupt nicht. In Textilfabriken und auch in anderen Industriezweigen arbeiten massenhaft Kinder unter zehn Jahren, Frauenarbeit wird mit 10% des Friedensreallohnes, auch darunter bezahlt. Was die Löhne überhaupt betrifft, so werden diese statt durch Zahlen besser durch folgenden Fall beleuchtet. Bei einer Nachtarbeit überfiel einen Arbeiter Schwindel, er stürtzte in einen Kessel, in dem heißes Material bereitet wurde, und starb. Er hatte eine Frau und zwei Kinder zu ernähren. Die amtliche Untersuchung stellte fest, daß dieser Arbeiter monatelang bei Tag in einer Fabrik und nachts in einer anderen arbeitete, um die Familie ernähren zu können. Trotz täglicher siebzehnstündiger Arbeit hat er, wie die Sezierung feststellte, den Schwindelanfall und damit den Tod infolge Hungers erleiden müssen. Das Elend der ungarischen Arbeiterschaft unter dem „riesigen Aufschwung" zwingt qualifizierte Arbeiter, nicht nur nach Mittel- und Westeuropa und Amerika, sondern sogar nach der Türkei in Massen auszuwandern. Wenn wir nebst all diesem in Betracht ziehen, daß im einzigen Monate Oktober 1923 140 Kaufleute in Budapest ihre Geschäfte schließen mußten, teilweise, weil sie auf reellem Wege keine Ware erhalten konnten, teilweise, weil die Kaufkraft der Konsumenten die Teuerung nicht durchhalten konnte; daß dagegen im Jahre 1923 mehr als 3000 Konzessionen zum Valutahandel, über 1300 Bankkonzessionen erteilt und 37 Bankaktiengesellschaften gegründet wurden; daß die Novemberausfuhrstatistik eine sehr verringerte Ausfuhr von Maschinen, Motoren, Eisen- und Metallwaren im Verhältnisse zur vorjährigen aufweist; daß dagegen, um die Bilanz von Export und Import — die bis Ende des Jahres jämmerlich ausgesehen hat — zu verbessern, nicht nur Agrarprodukte, sondern auch andere Waren in den letzten Monaten zu Schleuderpreisen zum Export gebracht wurden; wenn man

schließlich in Betracht zieht, daß dabei in fast allen Branchen der Industrie in den letzten zwei Monaten des vergangenen Jahres Arbeitslosigkeit eingetreten ist, so muß festgestellt werden, daß in Ungarn wohl von einer an ihrem Ende stehenden schwindelhaften Spekulationskonjunktur, aber nicht von einsetzenden wirtschaftlichen „Konsolidierungstendenzen" gesprochen werden kann.

Betrachtet man also die wirtschaftlichen und politischen Zustände in Horthy-Ungarn etwas genauer, so muß das schwindelhafte Reklametamtam der bezahlten Presse ganz jämmerlich zusammenbrechen. Bei einer solchen Analyse wird sich auch herausstellen, daß das, was wir jetzt in Ungarn sehen, letzten Endes auch dort als das Ringen der siegreichen Konterrevolution mit der niedergeschlagenen Revolution betrachtet werden muß. Daß die revolutionären Kräfte trotz der revolutionären Traditionen anscheinend langsamer anwachsen und sich organisieren, sich schwerfälliger vorbereiten, wird niemand irreführen, wenn man bedenkt, daß es sich um das Musterland des weißen Terrors handelt, wo die Greueltaten, wenn möglich, die der französischen Bourgeoisie von 1871 übertreffen und das Maß der sozialdemokratischen Verräterei mit diesem Maße der Schandtaten des weißen Terrors wetteifert. Die sozialdemokratischen Führer haben an der ersten Horthy-Henkerregierung teilgenommen und haben ruhig ihre eigenen Genossen hinmorden lassen. Einen Tag nach der Ermordung des Chefredakteurs ihres Zentralorganes, Somogyi, boten sie in einem offenen Briefe dem Mordbanditen Horthy ihre Hand an, sie schlossen vor den Parlamentswahlen mit den Mördern einen Pakt, laut dem sie sich verpflichteten, den weißen Terror im Auslande bei ihren Genossen abzuleugnen und jedwede Agitation bei den Landarbeitern zu unterlassen, und so schlossen sie wiederholt im Interesse der „Konsolidierung" Burgfrieden mit der Horthy-Regierung. Man vergesse nicht, daß die ungarische Sozialdemokratie nie über eine eigentliche politische Organisation verfügte. Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wird automatisch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Obzwar sie jetzt im Parlament 24 Abgeordnete hat, dauert dieser Zustand noch immer fort, weil sie eine eigene politische Organisation fürchtet und weil sie, mit der Parole „Ideelle Einheit der Partei und Gewerkschaften!" die Arbeiter täuschend, die Gewerkschaften besser beherrschen zu können glaubt. Unter diesen Umständen ist die Organisierung und Entfaltung der revolutionären Kräfte begreiflicherweise schwerer ins Rollen gekommen, doch wird sich dieser Prozeß um so intensiver entfalten, als nicht nur die Erfahrungen und Traditionen einer wirklichen Diktatur des Proletariats lebendig wirken, sondern auch die Greueltaten der weißen Horthy-Diktatur und der allerschändlichste Verrat der sozialdemokratischen Führer die Arbeiterschaft von ihren demokratischen Illusionen befreiten. Trotz voraussichtlichen Verrates der Gewerkschaftsbureaukratie und der sozialdemokratischen Führer wird die schreckliche wirtschaftliche Lage das Proletariat in kürzester Zeit zu spontanen großen Bewegungen zwingen. Die Textilsklaven Horthy-Ungarns haben vor kurzem ganz unerwartet den Kampf zur Verteidigung des Achtstundentages eröffnet. Diese kommenden Kämpfe werden mit Bestimmtheit Resultate zeitigen, die als große Erfolge der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung gelten werden.

Union der Sowjetrepubliken

Die nächsten wirtschaftspolitischen Aufgaben der KP. Rußlands.

Resolution des Politischen Büros des ZK. der RKP.

Nachfolgende Resolution wurde durch das politische Büro des ZK. der RKP. am 24. Dezember vorigen Jahres angenommen und bildet jetzt den Gegenstand einer breiten Diskussion in allen Organisationen der Partei. Nach Beendigung der Diskussion wird die Resolution zur endgültigen Formulierung dem Plenum des Zentralkomitess vorgelegt werden. Die Redaktion.

** Bei der Entscheidung der aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen muß die Partei von den Hauptaufgaben der gegenwärtigen historischen Periode ausgehen; diese ist: die wirkliche Durchführung des Bündnisses zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft, des Zusammenschlusses von Stadt und Land, des Zusammenschlusses der nationalisierten Industrie und der Bauernwirtschaft.

Nur die richtige Lösung jener Fragen, die auf dem Gebiete des Verhältnisses der Arbeiterklasse zur Bauernschaft entstehen, kann die wirtschaftliche Grundlage der proletarischen Diktatur endgültig befestigen und sie vor jeder Erschütterung bewahren.

Der 12. Parteitag hat in seiner Resolution über die Organisierung der Industrie mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Geschwindigkeit der Entwicklung unserer Staatsindustrie objektiv bedingt ist durch den Zustand der Bauernwirtschaft und daß eine sorgfältige Anpassung der gesamten Wirtschaftspolitik an das Entwicklungsniveau der Bauernwirtschaft die wichtigste Aufgabe darstellt. Die unrichtige Lösung dieser Aufgabe führt unvermeidlich zu katastrophalen Folgen, nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiete. Nur eine grundsätzliche Änderung der heutigen politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen der europäischen Industriestaaten könnte die unmittelbare Abhängigkeit der Staatsindustrie vom Zustand der Bauernwirtschaft mildern und Verhältnisse schaffen, die einen schnelleren Übergang zur Herrschaft der sozialistischen Wirtschaft ermöglichen.

Die Resolution des 12. Parteitages sagt:

> „Die Landwirtschaft hat, trotzdem sie sich bei uns noch immer auf einem niedrigen technischen Niveau befindet, eine herrschende Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben der Sowjetmacht... Unsere Partei darf bei der Erwägung jedes einzelnen Schrittes, den sie unternimmt, die tatsächlich vorherrschende Bedeutung der Bauernwirtschaft auf keine Minute vergessen, auf keine Minute aus den Augen verlieren... Nicht nur die Außerachtlassung, sondern auch eine nicht genügend aufmerksame Beachtung dieses Umstandes würde sowohl auf wirtschaftlichem wie auch auf rein politischem Gebiete unzählige Gefahren mit sich bringen, weil sie unvermeidlich zur Zersprengung oder zur Schwächung jenes Bündnisses des Proletariats und der Bauernschaft, jenes Vertrauens der Bauernschaft zum Proletariat führen würde, das in der heutigen historischen Übergangsperiode eine der Hauptstützen der Diktatur des Proletariats bildet. Die Bewahrung und Befestigung dieses Bündnisses, dieses Vertrauens ist die Hauptbedingung der Standhaftigkeit der Sowjetmacht und folglich die Hauptaufgabe der Partei."

Diese systematischen Weisungen der Partei fanden bisher keinen vollkommenen Ausdruck in der Praxis unserer Wirtschaftsorgane. Es war bei weitem nicht genügend beachtet worden, daß die Notwendigkeit der Herstellung eines möglichst breiten Austauschverkehres zwischen Stadt und Land die Hauptursache des Überganges zur neuen Wirtschaftspolitik gewesen ist und daß in der neuen Wirtschaftspolitik die Versorgung der Bauernschaft mit Erzeugnissen der Staatsindustrie die wichtigste wirtschaftliche Aufgabe bildet.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die auf unserem Wege stehen (Absatzkrise) sind in bedeutendem Grade die Folgen der ungenügenden Beachtung dieser Weisungen der Partei in bezug auf die Rolle und Bedeutung der Bauernwirtschaft und auf jene Besonderheiten, die mit der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats in einem überwiegend bäuerlich bevölkerten Lande verbunden sind. Die Aufgabe der Partei muß zunächst in der sorgfältigen und systematischen Durchführung der oben geschilderten Politik bezüglich des Verhältnisses von Stadt und Land bestehen, und es dürfen keine schädlichen wirtschaftlichen und politischen Abweichungen in der Richtung der Unterschätzung der Bedeutung der Bauernwirtschaft im wirtschaftlichen Gesamtbau des Landes zugelassen werden.

Das Mißverhältnis zwischen dem Tempo des Wiederaufbaues der Bauernwirtschaft und der Staatsindustrie führte bei dem bestehenden freien Warenverkehr zu den Krisenerscheinungen der letzten Zeit. Bezeichnend für diese Krise ist das Mißverhältnis zwischen den maßlos hohen Preisen der Industrieerzeugnisse und dem niedrigen Preise der Landwirtschaft. Die Industrie, die auf dem Boden des städtischen Marktes, der viel höhere Preise zu zahlen imstande ist, emporwuchs, konnte im Zeitpunkte der Realisierung der Ernte ihren Waren unter den minder zahlungsfähigen Massenverbrauchern der Bauernschaft keinen Absatz verschaffen. Andererseits fand die Bauernschaft keinen genügend breiten inneren und äußeren Markt für den vorteilhaften Verkauf ihres Getreides vor; das war die Ursache der niedrigen Getreidepreise.

Zur Verschärfung der Absatzkrise beigetragen haben: die ungenügende Entwicklung der Handelsbeziehungen, die Preis-

politik der Syndikate, die Höhe der Betriebsunkosten sowohl in der Industrie wie auch besonders im Handel, die schwache Entwicklung der Geldwirtschaft und das Doppelvalutensystem, wobei unter der Entwertung der Sowjetnoten die Bauernschaft am meisten zu leiden hatte.

Dank der zähen Arbeit ergab das abgelaufene Jahr unzweifelhafte Erfolge auf dem Gebiete des Wiederaufbaues der Industrie und des Transports. Die Staatsindustrie erzeugte im letzten Jahre mehr Waren als je in einem Jahre seit dem Bestehen der Sowjetmacht. Andererseits hat die Bauernschaft zweifelsohne ihre Anbauarbeiten erweitert, ihre Wirtschaft gewissermaßen gehoben, den Anbau von Spezialkulturen gesteigert und hatte dank der Ablösung des größten Teiles der Naturalsteuern durch Geldsteuer, trotz der verhältnismäßig schlechteren Ernte als im Vorjahre, größere Getreidevorräte zur Verfügung.

Die jetzige Krise kann also keineswegs mit jener Produktions- und Ernährungskrise verglichen werden, die das Land in den Jahren 1919/20/21 durchmachte. Die jetzige Krise ist die Folge des Mißverhältnisses zwischen den erwähnten einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft, besonders aber die Folge davon, daß unsere Staatsindustrie und unsere staatlichen Handelsorgane es nicht verstanden haben, den Weg zum bäuerlichen Massenmarkt zu finden.

I.

Die Landwirtschaft.

Die geringe Aufnahmefähigkeit und schwache Zahlungsfähigkeit des bäuerlichen Marktes wie auch der hohe Selbstkostenpreis der Erzeugnisse der städtischen Industrie sind die Folgen der langen Periode äußerer und innerer Kriege. Das Sinken der Preise für landwirtschaftliche Produkte ist eine Welterscheinung, die in den kapitalistischen Ländern, zum Beispiel in Amerika, dazu führte, daß ungeheuere Getreidemengen vernichtet (verbrannt) wurden, um eine künstliche Preiserhöhung herbeizuführen.

Die städtische und industrielle Bevölkerung der Sowjetunion bildet keinen hinreichenden Absatzmarkt für die Bauernwirtschaft. Die Erhöhung der Getreidepreise kann in erster Linie das Resultat der Eroberung ausländischer Märkte sein. Diesen Umstand hat die Partei schon im vorigen Jahre in Betracht gezogen und stellte die Notwendigkeit der möglichst breiten Förderung der Getreideausfuhr fest. Im vorigen Jahre wurden 40 Millionen Pud Getreide ausgeführt, im laufenden Wirtschaftsjahre ist als die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik die Ausfuhr von 250 Millionen Pud Getreide beschlossen worden. Der Erfolg des Kampfes der bäuerlichen Getreideproduzenten um die ausländischen Märkte erfordert jedoch die Anpassung der Landwirtschaft an die Verhältnisse dieser Märkte. Die Partei setzte die Unterstützung der Bauernschaft auf die Tagesordnung, und zwar hinsichtlich der Hebung des technischen Niveaus der Bauernwirtschaft, der Einführung intensiverer Bodenkulturen, der Erhöhung des Betriebskapitals der Bauernwirtschaft, der Erneuerung des Inventars usw.

Vor allen Dingen muß die Organisation der staatlichen Getreideeinkaufsstellen und der staatlichen Ausfuhrorgane verbessert, die Betriebsunkosten auf diesem Gebiete herabgesetzt, die Rolle und die Einkünfte jeder Art Vermittler und Aufkäufer im Getreidehandel so stark als möglich eingeschränkt werden.

Die Sowjetmacht kann und muß den Bauern auch bei der Verstärkung seines Betriebskapitals unterstützen, und zwar: a) durch die Organisierung eines billigen landwirtschaftlichen Kreditwesens (Gründung einer landwirtschaftlichen Bank); b) durch die Lieferung landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen an die Bauernschaft bei Gewährung eines Zahlungskredits unter Vorzugsbedingungen; c) durch die Unterstützung der landwirtschaftlichen Genossenschaften usw. Bei allen ihren Maßnahmen in bezug auf die Bauernschaft muß die Partei von der Notwendigkeit ausgehen, die ärmsten und mittleren Schichten der Bauernschaft in jeder möglichen Weise zu unterstützen, besonders durch Bildung von Gemeinschaften zur gemeinsamen Bestellung des Bodens, damit die armen Bauern von der Gewalt der Großbauern befreit werden können.

Die Bauernwirtschaft bildet die Grundlage für den Wiederaufbau der Industrie und folglich auch für das Wachsen der Arbeiterklasse, da der bäuerliche Markt den wichtigsten Massenabsatzmarkt für die Erzeugnisse der Industrie darstellt. Die Bauernwirtschaft ist andererseits die wichtigste Rohmaterialquelle für unsere Industrie. Daher ist die größtmöglichste Unterstützung der Bauernwirtschaft nicht nur im allgemeinen Interesse der Sowjetmacht, sondern auch im besonderen Interesse der schnellsten Entwicklung der Industrie erforderlich.

II.

Die Staatsindustrie.

Nur die Entwicklung der nationalisierten Großindustrie kann für die proletarische Diktatur unerschütterliche Grundlagen schaffen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, erteilte der 12. Parteitag genaue Weisungen bezüglich jener Maßnahmen, die die Partei im Interesse der Befestigung und Entwicklung unserer Staatsindustrie zu ergreifen und systematisch durchzuführen hat.

Die Staatsindustrie hat im vergangenen Jahre eine bedeutende Entwicklung erfahren; sie steigerte ihre Produktion in Quantität und Qualität. Die Zunahme der Produktion ging dabei von Monat zu Monat ohne starke Schwankungen und Sprünge vor sich.

Das Tempo der Entwicklung der staatlichen Großindustrie überstieg im vergangenen Jahre einigermaßen das Entwicklungstempo der Landwirtschaft und der Klein- und Hausindustrie. (Die gesamte Produktion der Großindustrie hat sich im Verhältnisse zur Produktion des Jahres 1921 fast verdoppelt. Die Gesamtproduktion der Staatsindustrie beträgt 35% der Vorkriegsproduktion gegenüber 20 bis 22% im Vorjahre.)

Besonders die Erfolge, die auf dem Gebiete der Brennmaterialwirtschaft erzielt wurden, garantieren die Möglichkeit der Fortsetzung des Wiederaufbaues der übrigen Produktionszweige. Der Transport befindet sich in einem solchen Zustand, der ihm gestattet, allen volkswirtschaftlichen Anforderungen ohne besondere Schwierigkeiten nachzukommen. Außerdem müssen verschiedene Erfolge erwähnt werden, die auf dem Gebiete der Organisierung der Produktion in den Fabriken und Werkstätten und auch sonst erzielt worden sind.

Im Wettlauf um die Deckung der Verluste, die die Industrie im ersten Jahre der neuen Wirtschaftspolitik erlitten hatte, haben einige Wirtschaftsorgane die Direktiven des 12. Parteitages, worin die Notwendigkeit des Strebens nach Rentabilität ausgesprochen wurde, unrichtig angewandt und die Preise auf eine Niveau erhöht, das nur bei einem zahlungsfähigeren Markt als angemessen erscheint. Die hohen Warenpreise stießen auf die niedrige Zahlungsfähigkeit des bäuerlichen Massenmarktes. Die Waren konnten nicht verkauft werden und brachten der Industrie nicht nur nicht die erwarteten Gewinne, sondern stellten die Unternehmung vor die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit und Produktionseinschränkung.

Die im Kampfe um die Beherrschung des Marktes und um die Feststellung von Einheitspreisen entstandenen Syndikate waren die unmittelbaren Urheber dieser Politik der hohen Preise. Diese Politik war zweifelsohne die Folge einer unrichtigen Ausnützung der monopolartigen Organisation einzelner Industriezweige bei der unzureichenden Entwicklung der regelnden Organe.

Die sozialistische Akkumulation ist der wichtigste und der entscheidende Faktor für das Schicksal der proletarischen Diktatur unter der Herrschaft der neuen Wirtschaftspolitik. Jedoch ist es ein Fehler vom Gesichtspunkte des sozialistischen Aufbaues, wenn die Preise der Produkte außer dem Selbstkostenpreis und dem notwendigen Minimalgewinn auch die Ausgaben für eine so rasche Wiederherstellung und Erweiterung des Grundkapitals enthalten, die die große Masse der Bevölkerung des Landes im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht tragen kann. Die Preispolitik muß in der Zukunft viel mehr als bisher mit dem Bauernmarkt in Einklang gebracht und das Entwicklungstempo der Industrie viel vorsichtiger als bisher mit dem allgemeinen Entwicklungsgang der Aufnahmefähigkeit des Bauernmarktes in Einklang gebracht werden.

Von der diesjährigen Produktion der Industrie wurden sieben Zehntel an städtische Verbraucher abgesetzt und nur drei Zehntel zur Befriedigung des bäuerlichen Konsums. Das beweist, daß unsere Industrie noch bei weitem nicht genügend fähig war, sich zum bäuerlichen Massenverbrauch Zugang zu verschaffen.

Jene Höhe, die die Preise der Industrieerzeugnisse im vergangenen Jahre erreichten, findet ihre Erklärung nicht nur in objektiven Ursachen, sondern ist in bedeutendem Maße die Folge von Organisationsmängeln der Industrie und des Fehlen jener Ökonomie an den Betriebskosten, die zum Wiederaufbau der Wirtschaft der Republik vollkommen unerläßlich ist. Die Politik der Preisherabsetzung muß die Aufmerksamkeit der Industrie auf die Erniedrigung des Selbstkostenpreises durch eine weitere Verbesserung und Ausdehnung der Produktion und durch die maximale Einschränkung der Betriebsunkosten, ferner

auf die Verbesserung und Verbilligung des Handelsapparats der Industrie lenken.

Im Zusammenhange hiermit müssen die bestehenden Syndikate einer Revision unterzogen werden. Nur jene Syndikate dürfen bestehen bleiben, deren wirtschaftliche Zweckmäßigkeit erwiesen wird. Nur durch die strenge Durchführung der Politik der Anpassung an den Massenmarkt, der Herabsetzung des Selbstkostenpreises und der Erweiterung der für den Massenverbrauch bestimmten Erzeugnisse wird die Staatsindustrie in der Lage sein, die Konkurrenz mit dem Privatkapital in der Belieferung des Massenkonsumenten: des Bauern und des Arbeiters, erfolgreich aufnehmen zu können. Indem die Partei in jeder möglichen Weise die Eroberung des Marktes des breiten Massenverbrauches durch die nationalisierte Staatsindustrie fördert, steht sie weiter auf dem Standpunkte, daß es notwendig ist, der Kleinindustrie eine gewisse Unterstützung angedeihen zu lassen, da sie keinen großen Geldaufwand noch besonderes Rohmaterial, Heizmaterial und Nahrungsmittelvorräte für ihren Wiederaufbau fordert und dabei der Bauernwirtschaft eine gewisse Hilfe bringen und deren Produktivkräfte heben kann, wodurch der gesamte Warenverkehr des Landes erhöht wird.

Ein unerläßliches Element bei der Verbesserung der Organisierung unserer Industrie bildet die Konzentration der Industrie. Wir erhielten vom alten Wirtschaftsregime eine große Anzahl von Unternehmungen in Erbschaft, die ohne einen Zusammenhang mit einem allgemeinen Wirtschaftsplan und mit jener Ordnung des volkswirtschaftlichen Lebens, in der wir uns heute befinden, entstanden sind. Diese Unternehmungen stellen eine äußerst starke Belastung für das volkswirtschaftliche Budget dar. Ihre Unterhaltungskosten bei einer ungenügenden Beschäftigung oder ihre Konservierung bei vollkommenem Stillstand wirken unvermeidlich erhöhend auf die Preisbildung. Die Partei darf aber auf keine Minute vergessen, daß die kommerziellen und Budgetrücksichten hier viel mehr als auf jedem anderen Gebiete durch politische Rücksichten kontrolliert werden müssen, das heißt unter den gegebenen Verhältnissen durch die Rücksicht auf die Bewahrung der politischen Macht der Arbeiterklasse. Dort, wo die Schließung von Betrieben einen Schlag gegen die politische Kraft des Proletariats bedeuten, seine Hauptkaders sprengen und zu seiner Zerstücklung führen würde, dort wäre die Durchführung einer rücksichtslosen Konzentration ein unzulässiger politischer Fehler.

In der vorangehenden Periode konzentrierte die Partei ihre Kräfte auf die Verstärkung und Erweiterung der Kohlen- (Donezbecken) und Naphthaproduktion (Baku), da ohne die Sicherstellung der Heizmaterialindustrie von der Erstarkung anderer Industriezweige keine Rede sein konnte. Die gegenwärtig erzielten Erfolge in der Brennmaterialwirtschaft ermöglichen und erfordern, daß die Partei ihre Aufmerksamkeit nunmehr auf die Metallurgie konzentriert. In der nächsten Periode muß die Metallindustrie in den Vordergrund gestellt werden und vom Staat eine viel größere Unterstützung erhalten als im vorigen Jahre, und zwar eine allseitige, besonders aber finanzielle Unterstützung.

III.

Arbeitslohn und Gewerkschaften.

Die im Herbst entstandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden von Schwankungen auf dem Gebiete des Arbeitslohnes begleitet und riefen sowohl bezüglich des Zeitpunktes wie auch der Auszahlungsform des Arbeitslohnes eine Reihe von Mißständen hervor. Das politische Bureau hat Anfang August und das Plenum des ZK. im September mehrere Beschlüsse gefaßt, die auf den Schutz des Arbeitslohnes vor dem Sinken und die Erhöhung des Arbeitslohnes der in dieser Hinsicht zurückgebliebenen Arbeiterkategorien (z. B. Eisenbahner) gerichtet waren.

Die Partei ist der Meinung, daß der Zustand der Industrie und der gesamten Staatswirtschaft die Einstellung solcher Auszahlungsformen des Arbeitslohnes gestattet, die eine faktische Lohnherabsetzung bedeuten (Surrogate, große Noten) und eine Reihe energischer Maßnahmen gegen die verzögerte Auszahlung des Arbeitslohnes ermöglicht. Die Partei fordert von allen Wirtschaftsorganen die Fortsetzung des Kampfes gegen alle diese Mißstände und besteht darauf, daß die rechtzeitige Auszahlung des Arbeitslohnes eine unerläßliche Pflicht der Wirtschaftsorgane darstellt.

Der der heldenhaften Kraftanstrengung der Arbeiterklasse zu verdankende Aufschwung der Industrie und des Transports muß sich in der Besserung der Lage der Arbeiter widerspiegeln. Die Gewerkschaftsorgane müssen ständig darauf achten, daß diese beiden Linien: der wirtschaftliche Aufschwung und der Aufschwung im Wohlstande der Arbeiterklasse, miteinander in Einklang stehen sollen.

Der Wiederaufbauprozeß unserer Industrie hat unvermeidlicherweise das zahlmäßige Wachsen des Proletariats, seine Konsolidierung, die Erhöhung seines materiellen und Kulturniveaus zur Folge. Hieraus entspringt für die Gewerkschaften die besonders dringende Aufgabe, sich viel mehr als bisher der Sache der Organisierung und Leitung der Industrie anzunehmen.

Mit besonderer Aufmerksamkeit müssen die Gewerkschaften die Auswahl jener organisatorischen Kräfte aus den Arbeitermassen durchführen, die in der Staatsindustrie führende Posten besetzen können. Die Partei, die Gewerkschaften und Wirtschaftsorgane müssen sich zu diesem Zwecke das Ziel setzen, mittels besonderer Schulen und auch mittels der Heranziehung breiter Massen zur Beurteilung der Wirtschaftslage und der laufenden Arbeit der Industrieunternehmungen die Kaders dieser aus Arbeiterkreisen hervorgehenden Wirtschaftsführer auszubilden. Regelmäßig müssen Industriekonferenzen veranstaltet werden, zu denen zur Besprechung der aktuellen Fragen des Produktionslebens und zum Meinungsaustausch Vertreter der Wirtschafsorgane, der Gewerkschaften, der Partei und der parteilosen Arbeiter zugezogen werden sollen. Diese Konferenzen sollen den Gewerkschaften ermöglichen, die Geschäftsführung in den Unternehmungen sorgfältig zu studieren und zu kontrollieren und die Wirtschaftsorgane im Kampfe gegen die Mißwirtschaft, gegen die hohen Betriebsunkosten usw. in jeder möglichen Weise zu unterstützen.

IV.

Der Außenhandel.

Das Außenhandelsmonopol ist eines der Hauptelemente der gesamten Wirtschaftspolitik der Partei. Es hat sich besonders unter den Verhältnissen der neuen Wirtschaftspolitik sowohl als eine Waffe zum Schutze der Reichtümer des Landes vor der Ausplünderung durch einheimische und ausländische Kapitalisten wie auch als Mittel der sozialistischen Akkumulation vollständig bewährt.

Nur durch eine vollständige Beibehaltung des Außenhandelsmonopols können wir schon jetzt eine aktive Handelsbilanz erreichen und den Ertrag des Außenhandels in den Händen des Staates konzentrieren.

Durch die Verhinderung jeder Vergeudung der Volksmittel auf die Einfuhr solcher Waren, die im Inlande erzeugt werden können, ermöglicht das Außenhandelsmonopol die Organisierung einer planmäßigen Einfuhr solcher Erzeugnisse, die für die Entwicklung unserer Industrie und der Bauernwirtschaft unentbehrlich sind. Das Außenhandelsmonopol muß auch weiterhin als das — besonders in der Periode der neuen Wirtschaftspolitik — wichtigste Elemente der Wirtschaftspolitik der Partei in vollem Umfange beibehalten werden.

V.

Der Innenhandel und das Genossenschaftswesen.

Unter der neuen Wirtschaftspolitik kommt der Organisierung des Handels eine außerordentliche Bedeutung zu, da der Zusammenschluß der nationalisierten Industrie und des bäuerlichen Marktes durch den Handelsapparat vollzogen werden muß. Jede Erstarkung des Genossenschaftswesens und des Staatshandels und die Erweiterung ihres Tätigkeitsfeldes bedeutet die Erweiterung der Sphäre der sozialistischen Wirtschaft. Jede Schwächung der Positionen der Genossenschaften und des Staatshandels und die Erstarkung der Positionen des Privatvermittlers und Aufkäufers bedeutet die Erweiterung der Herrschaftssphäre der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse. Daher bildet die Unterstützung der Genossenschaften und des staatlichen Handels, die Eroberung der Positionen des privaten Handelskapitals auf dem Wege der Konkurrenz und die wirtschaftliche Ausnützung dieses Privatkapitals durch den staatlichen Handel und die Genossenschaften die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik der Partei.

Unterdessen hat die Krise bewiesen, daß die Genossenschaften und der Staatshandel nicht auf der Höhe der ihr zugewiesenen Aufgaben: der Herstellung einer unmittelbaren Verbindung zwischen der Staatsindustrie und dem Massenverbrauche, stehen.

Die ungenügende Beweglichkeit und Verzweigung dieser Organe, die Schwerfälligkeit und der Bureaukratismus des Handelsapparats, die Höhe der Betriebsunkosten, die Unfähigkeit zur Eroberung des Massenmarktes, die ungenügende Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse der zerstreut lebenden, vielmillionenköpfigen Bauernschaft fordern von der Partei eine zähe Arbeit an der Beseitigung dieser durch die Krise hervorgerufenen Mängel. Die Fragen des Handels erheben sich vor der Partei in ihrer ganzen Größe.

VI.

Das Privatkapital.

Das Problem des Verhältnisses zwischen dem privaten und dem Staatskapital ist heute auf dem Gebiete der Wirtschaft das wichtigste Problem, da es das Schicksal der Frage des Kräfteverhältnisses zwischen dem sich auf die nationalisierte Industrie stützenden Proletariat und der sich auf die Elemente des freien Marktes stützenden neuen Bourgeoisie entscheidet. Bei der Feststellung der Grundlagen der neuen Wirtschaftspolitik, die sich vollkommen bewährt hat und keiner — faktisch zur Rückkehr zum „Kriegskommunismus" neigenden — Revision bedarf, hat die Partei notwendigerweise nicht nur die Akkumulation gewisser Mittel durch das Privatkapital mittels des Handels gestattet, sondern auch dazu ihre Zustimmung gegeben, daß ein Teil der sich im Besitze des Staates befindenden Produktionsmittel dem Privatkapital zur Verfügung gestellt wird (Konzessionen, Pachtverträge usw.). Auf diesem letzten Gebiete ist der Anteil des Privatkapitals sowohl absolut wie auch relativ ganz gering. Die verhältnismäßig größere Rolle des Privatkapitals im Handel findet ihre Erklärung in der größeren Anpassungsfähigkeit des Privatkapitals an den Detailverkehr und an die Bedienung der Bedürfnisse der Dorfbevölkerung.

Es ist nicht die Aufgabe des Staatskapitals, eine unmittelbare Verbindung mit der ganzen Hundertmillionenmasse der zerstreut lebenden bäuerlichen Produzenten herzustellen, aber auch auf diesem Gebiete muß dem Wachsen des Privatkapitals eine Schranke gesetzt werden durch die Befestigung der wirtschaftlichen Rolle der Genosesnschaften und des Staatshandels und durch eine Anpassung an die Bedürfnisse und Bedingungen des Handelsverkehrs im Dorfe.

Eine der Hauptbedingungen der Befestigung unserer Positionen gegenüber dem Privatkapital ist eine richtige Preispolitik. Durch die Konzentrierung der Hauptmasse der im Dorfe gebrauchten Erzeugnisse in ihren Händen, muß die Sowjetmacht einen Zustand zu erreichen bestrebt sein, wo die Staatsorganisationen und die Genossenschaften billiger verkaufen als der Privatkaufmann. Wir müssen erreichen, daß der Massenkonsument — der Arbeiter und Bauer — den Vorzug des Genossenschafts- und Staatshandels über den Privathandel klar erkennt. Den Genossenschaften gehört die wichtigste Rolle bei der Organisierung des Handels, besonders des Detailhandels. Daher müssen verschiedene Maßnahmen getroffen werden, die die Genossenschaftsorganisationen zu wirksamen Waffen der Verdrängung des privaten Handelskapitals machen (staatliche Unterstützung der Genossenschaften, besonders der Konsumgenossenschaften der Arbeiter; der Übergang der Genossenschaften auf das System der freiwilligen Mitgliedschaft; die größte Aufmerksamkeit soll der Ausdehnung des Netzes und der Befestigung der unteren Genossenschaftszellen zugewendet werden; die Ermöglichung einer unmittelbaren Verbindung zwischen diesen unteren Genossenschaften und der Staatsindustrie; rücksichtslose Verringerung der Betriebsunkosten; möglichst weitgehende Ausschaltung aller Verbindungsglieder, durch die die Ware zum Verbraucher gelangt usw.).

Gleichzeitig müssen, um die Tätigkeit des Privatkapitals der allgemeinen Richtung der Wirtschaftspolitik der Sowjetmacht zu unterordnen, weitere Maßnahmen der Preisregelung in bezug auf die Hauptgegenstände des Massenverbrauches getroffen werden. Anderseits muß eine Regelung der privaten Akkumulation durch steuerpolitische Maßnahmen erzielt werden. Eine rücksichtslose Besteuerung des Luxus, die Steigerung des Kampfes gegen die gesetzwidrige Spekulation usw. sind unentbehrliche Maßnahmen.

Die Partei hat auf die Getreiderequisitionen und auf das System der Naturalentlohnung der arbeitenden Bevölkerung entschieden verzichtet. Dadurch, daß die Partei der Bauernschaft das freie Verfügungsrecht über die Frucht ihrer Arbeit anheimgestellt hatte, hat sie zugleich in gewissem Maße die Beteiligung des Privatkapitals an dem Warenverkehr zugelassen, und es besteht kein Grund, von dieser Politik abzurücken. Aber die Partei muß systematisch an die Befestigung ihre Positionen auch auf diesem Gebiete herangehen und um di vollkommene Beherrschung des bäuerlichen Massenmarkte einen zähen Kampf führen.

VII.

Finanzpolitik.

Eine außerordentlich wichtige Errungenschaft auf der Wege der Erfüllung der Hauptaufgaben unserer Wirtschafts politik stellt die Schaffung einer festen Valuta, des Tscherwonetz und die Verwandlung dieser festen Valuta in die Hauptvalut des Landes dar (aus der mit 350 Millionen bezifferten Gesam masse des umlaufenden Geldes beträgt die Summe des i Umlauf befindlichen Tscherwonetzgeldes 370 Millionen, als ungefähr vier Fünftel).

Die Einführung des Tscherwonetz und die Bewahrung seines Charakters als feste Valuta war nur dank dem fortschreitenden Entwicklungsgang unserer ganzen Wirtscha möglich und beweist, daß wir uns auf dem richtigen Wege de wirtschaftlichen Wiedergeburt befinden.

Der Tscherwonetz ist gegenwärtig eine der wesentlichste Stützen für die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft. Di oben erwähnte Entwicklung der Staatsindustrie im vergangene Jahre wäre unmöglich gewesen, wenn wir den Tscherwonet nicht gehabt hätten. Auf der Grundlage des Tscherwonetz umlaufes wurde und wird die Gewährung von Krediten a die Industrie, den Handel und die Landwirtschaft vorgenommen Die Bankkredite an die Industrie und den Handel haben ein bedeutende Entwicklung erfahren. Dieser Kredit bildete jene Manövrierungsfonds des Staates, ohne den eine planmäßig Entwicklung der Industrie und der gesamten Volkswirtscha unmöglich ist. Mit Hilfe dieses Kredits konnte die Industri ihre Produktion ohne Rückschlag zur Entfaltung bringen un bis zum Zeitpunkt der Ernterealisierung einen großen Waren fonds anhäufen.

Die strenge Durchführung der kommerziellen Kalkulation die richtige Berechnung des Selbstkostenpreises und die rich tige Regelung der Rechnungsführung in unseren Fabriken un Werkstätten, in den Trusts, Syndikaten und Handelsorganisa tionen war nur mit Hilfe der festen Tscherwonetzvaluta mög lich und wird auch in der Zukunft nur mit ihrer Hilfe befestig und verbessert werden können.

Die Politik der Partei in der nächsten Zeit muß sich au die Bewahrung der Stabilität des Tscherwonetz und auf di Vollendung der Geldreform gerichtet sein. Die Interesse breiter Massen fordern die Vollendung der Geldreform, da heißt, die Ersetzung der sinkenden Sowjetnote durch fest Valuta. Die Vollendung der Geldreform muß in der nächste Periode eine der Hauptaufgaben der Sowjetmacht werden.

Die erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe bedeutet di Besserung der Lage der Bauernwirtschaft, die Hebung de materiellen Lage der Arbeiterklasse und der werktätigen Be völkerungsschichten überhaupt und die Gesundung des ge samten Wirtschaftslebens.

Die erfolgreiche Durchführung der Geldreform ist nu möglich, wenn das Budgetdefizit soweit als möglich verringer wird und alle Wirtschaftsorgane die strengste Sparsamkeit be obachten werden. Der Kampf gegen jede Art überflüssiger Aus gaben ist also ein wesentliches wirtschaftliches Erfordernis.

Auf dem Gebiete des Staatsbudgets können bedeutend Errungenschaften festgestellt werden. Die normalen Einnahme quellen sind im Steigen begriffen. Die Bedeutung der Emissio wird stets geringer. Nunmehr müssen alle Kräfte angespann werden, um die Geldmittel des Staates, ohne die Steuerlast de werktätigen Bevölkerungsschichten zu erhöhen, durch die Er höhung der Rentabilität der Staatsgüter und Unternehmunge zu vermehren.

Gleichzeitig ist eine unbestreitbare Besserung der Lag in bezug auf die Aufstellung der Budgetpläne selbst einge treten. Schon seit einigen Jahren ist die Sowjetmacht bestreb ein festes Budget aufzustellen. Aber nur im vergangenem Jahr ist auf diesem Gebiete eine bemerkenswerte Besserung erreich worden. Zum ersten Male haben wir ein mit dem wirkliche Leben im Einklang stehenden Budgetplan, der in viel größere Maße als bisher gestattet, auf dem Gebiete der Staatsverwaltun und der Staatswirtschaft mit Voraussicht und Berechnung z arbeiten.

Schon die Einführung der Tscherwonetzvaluta allein er leichterte im bedeutendem Maße die Kalkulation und folglic

auch die planmäßige Führung sowohl der Gesamtwirtschaft wie auch der einzelnen Unternehmungen. Die Verbesserung und Vervollkommnung der Budgetpläne wäre der nächste Schritt. Aber nur die Vollendung der Geldreform ermöglicht auf Grund einer festen Geldeinheit die Aufstellung von realen Finanzplänen für die Industrie und den Handel, sie allein ermöglicht eine richtige Kalkulation und die Organisierung einer wirklichen Rechnungführung.

Die Geldreform muß also eine der wesentlichen Voraussetzungen für die notwendige Verstärkung der Übereinstimmung zwischen den einzelnen Teilen der Volkswirtschaft bilden, und sie wird zum erstenmal eine reelle Grundlage für eine wirklich planmäßige Führung der Wirtschaft schaffen.

VIII.

Über die Notwendigkeit des Ausbaues der planwirtschaftlichen Grundlage.

Es wäre von Grund auf verfehlt, anzunehmen, daß eine planmäßige staatliche Führung bei der Vorherrschaft der Kleinbauernwirtschaft, bei der steigenden Bedeutung des Weltmarktes und dessen Preisgestaltung für unsere Wirtschaft die Möglichkeit von Krisen unter der neuen Wirtschaftspolitik ausschließen würde.

Die gegenwärtige Krise hebt dennoch die Notwendigkeit hervor, die Arbeit im Interesse der Anpassung der einzelnen Zweige der Volkswirtschaft aneinander und dem Ausbau der planwirtschaftlichen Grundlage bei der Tätigkeit der staatlichen Wirtschaftsorgane zu steigern.

In viel größerem Maße als bisher muß die Partei lernen, die einzelnen Elemente der Staatswirtschaft sowohl miteinander wie auch mit dem Markte in Einklang zu bringen. Diese Aufgabe wird dadurch erleichtert, daß wir auf dem Gebiete der Erfüllung der wichtigsten Voraussetzungen einer planwirtschaftlichen Leitung bemerkenswerte Erfolge erzielt haben, ohne die die Planwirtschaft sich leicht in eine bureaukratische Utopie hätte verwandeln können. Diese Voraussetzungen einer erfolgreichen Planwirtschaft sind: 1. Die Schaffung einer festen Valuta; 2. die Organisierung des Kreditwesens; 3. die Akkumulation eines Manövrierungsfonds; 4. die Errichtung und Befestigung gewisser Organisationsformen der Wirtschaft (Trusts); 5. das Vorhandensein verschiedener, auf der Erfahrung beruhender Pläne, vor allen Dingen Budgetpläne usw.

Das Vorhandensein dieser Bedingungen ermöglicht eine viel erfolgreichere Arbeit der staatlichen, planwirtschaftlichen Organe. Auf der Tagesordnung steht der Ausbau des staatlichen planwirtschaftlichen Instituts (Gosplan), die Erhöhung seiner Rolle auf dem Gebiete der Finanz- und Kreditpolitik, die Herstellung einer viel engeren Verbindung zwischen der Tätigkeit des Planwirtschaftlichen Instituts, des Finanzvolkskommissariats, des Obersten Volkswirtschaftsrates, des Volkskommissariats für Landwirtschaft, der Kommission für Binnenhandel usw., der Ausbau der lokalen Organe des Instituts usw.

Als seine nächste Pflicht muß das Institut für Planwirtschaft das systematische Studium der jeweiligen Marktkonjunktur und die Ausarbeitung besonderer Maßregeln im Interesse der Einwirkung auf die Marktverhältnisse betrachten. Das Institut für Planwirtschaft muß in Wirklichkeit jene Stelle einnehmen, die ihm in der Resolution des 12. Parteitages zugewiesen wurde. Die Ernennung eines der stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissäre zum Vorsitzenden des Planwirtschaftlichen Instituts gewährleistet die unmittelbare Anteilnahme des Instituts an der Lösung aller aktuellen Fragen des Wirtschaftslebens.

IX.

Praktische Schlußfolgerungen.

A. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft.

1. Der Übergang der Landwirtschaft zur intensiveren Kulturform, der Ausbau der Rohmaterialkulturen, der Viehzucht usw. durch verschiedene Anspornungsmaßnahmen (Steuererleichterungen, Darlehen usw.).

2. Die Steigerung der Getreideausfuhr in jeder möglichen Weise, um den Überflüssen der bäuerlichen Brotproduktion zum Weltmarkt Zugang zu verschaffen und daher für die Bauernwirtschaft vorteilhaftere Getreidepreise zu erzielen; zum selben Zwecke die möglichst größte Verringerung der Betriebsunkosten beim Ankauf und Transport des Getreides.

3. Alle notwendigen Maßnahmen zur Organisierung des staatlichen Getreidehandels auf dem inländischen Markte in solchen Formen, die die Stabilität der Getreidepreise sichern (zweckmäßige Disponierung über entsprechende Getreidemengen, Tarifregelungen, Ausbau des Elevatornetzes usw.).

4. Der Ausbau eines weitverzweigten Netzes von landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften in den Dörfern, als Hauptorgane für den Ankauf der landwirtschaftlichen Produkte und für die Versorgung der Bauernschaft mit den notwendigen Gebrauchsartikeln.

5. Dringende Maßnahmen im Interesse des Ausbaues des landwirtschaftlichen Kreditwesens durch die Gründung einer zentralen landwirtschaftlichen Bank und kleinerer Kreditgesellschaften, die den Bauern, Bauerngenossenschaften und Kollektivwirtschaften ermöglichen, sich landwirtschaftliche Maschinen und Geräte mit Hilfe eines langfristigen Kredits zu erschwinglichen Preisen zu verschaffen.

6. Der Übergang, vom Jahre 1924 an, zu Erhebung einer einheitlichen landwirtschaftlichen Steuer in Geldform, berechnet in fester Valuta.

7. Für das Jahr 1924 müssen für die unvermögenden Bauernwirtschaften große Steuererleichterungen festgesetzt werden; die Organisationen der landwirtschaftlichen Arbeiter (Allrussischer Verband der Land- und Forstarbeiter) und der armen Elemente der Bauernschaft (zum Beispiel die Komitees der armen Bauern usw.) müssen in jeder möglichen Weise unterstützt werden.

8. Es ist dem Zustand ein Ende zu setzen, daß lokale Behörden ungesetzliche Steuerzusätze erheben; freiwillige Steuererhebungen dürfen nicht anders als mit der fallweise einzuholenden Erlaubnis der Zentralbehörden stattfinden.

B. Auf dem Gebiete der Industrie.

1. Rationalisierung der Produktion und Erhöhung der Produktivität der Arbeit.

2. Erhöhung des Beschäftigungsgrades der Unternehmungen und die planmäßige Verteilung der Bestellungen, besonders in der Schwerindustrie.

3. Verringerung der Betriebsunkosten durch die Vereinfachung der Organisation der Industrie, die Herabsetzung der Zahl der Angestellten usw.

4. Verbilligung des industriellen Roh-, Brenn- und Hilfsmaterials sowohl durch Verringerung der Unkosten beim Ankauf wie auch durch Einfuhr billigen ausländischen Rohmaterials.

5. Schaffung einer ordentlichen Kalkulation in der Industrie unter strenger Verantwortlichkeit für ihre Richtigkeit.

6. Genaue Feststellung der Rechte und Pflichten der Leiter der Trusts und der Direktoren der Unternehmungen im Interesse der vollständigen Liquidierung der Überbleibsel aus der Periode der Warenzentralen.

7. Systematische Bekleidung verantwortlicher Posten in den Industrieunternehmungen und Wirtschaftsvereinigungen durch praktische Wirtschaftsfunktionäre, die aus Arbeiterkreisen hervorgehen.

8. Kräftige Unterstützung der Wirtschaftsfunktionäre bei ihrer unter den Verhältnissen des verzweifelten Kampfes gegen das Privatkapital äußerst schwierigen Arbeit an dem wirtschaftlichen Aufbau.

9. Zu steigern ist die Teilnahme der Gewerkschaften an der Führung der Wirtschaftsorgane, an der Kontrolle, deren Tätigkeit und bei der Auswahl der Wirtschaftsfunktionäre.

10. Die Parteiorganisationen in den Unternehmungen müssen der Produktion näher gebracht werden mittels einer regelmäßigen Information der Parteizellen über den Gang der Arbeiten in den Unternehmungen und Vereinigungen, mittels der freien Aussprache über alle Seiten der Tätigkeit der Wirtschaftsorgane und der Anspornung der Initiative einzelner Genossen zur Forschung nach den zur Verbesserung der Wirtschaftsarbeit nötigen Maßnahmen.

C. Auf dem Gebiete des Arbeitslohnes.

1. Der Kurs auf die Erhöhung des Arbeitslohnes in Übereinstimmung mit dem Aufschwung der Industrie und der Arbeitsproduktivität.

2. Verhängung strengster Strafen für die Zurückhaltung des Arbeitslohnes. Vollständiger Schadenersatz für Kursverluste der Sowjetnoten bei verspäteter Auszahlung des Arbeitslohnes.

3. Verbot der Auszahlung allzu reichlicher Tantiemen. Die Auszahlung von Tantiemen nur aus dem Reingewinn und nur an einzelne sich besonders auszeichnende und verdienstvolle Funktionäre im Einvernehmen mit den Gewerkschaften.

4. Besserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter; als aktuelle Aufgabe: die Sicherstellung eines Staatskredits für den staatlichen Wohnungsbau.

5. Besondere Aufmerksamkeit muß der Bezahlung der Versicherungsbeiträge gewidmet werden, um in erster Linie jenen Teil der Arbeitslosen zu versorgen, der aus wirklich proletarischen Elementen besteht und die vor allen anderen an die Produktion heranzuziehen sind, wenn dies durch die Erweiterung der Produktion ermöglicht wird.

D. Auf dem Gebiete des Außenhandels.

1. Weitere Maßnahmen zur Befestigung des Außenhandelsmonopols.

2. Heranziehung ausländischen Kapitals an den Außenhandel durch Anspornung zur Gründung von gemischten Export- und Importgesellschaften.

3. Durchführung des mit den wirtschaftlichen Grundplänen im Zusammenhang stehenden Export-Importplanes, der die aktive Handelsbilanz (Überwiegen der Ausfuhr über die Einfuhr) und die Versorgung der Sowjetindustrie mit billigem Rohmaterial und billigen Halbfabrikaten sichert.

4. Kräftiger Ausbau der ausländischen Exportkredite.

E. Auf dem Gebiete des Binnenhandels.

1. Ausdehnung des unteren Handelsapparats, besonders des unteren Genossenschaftsnetzes, auf Grund einer aufmerksamen Wahrnehmung der Interessen des Verbrauchers (Einführung der für den Massenverbrauch unentbehrlichen Warenassortiments usw.) und die Regelung des Verhältnisses zu den privaten Handelsvermittlern in der Richtung der Unterordnung der letzteren unter die Genossenschaften und den Staatshandel (durch Regelung der Detailpreise, Wareninterventionen usw.).

2. Ausbau der Regelung der Engrospreise, vor allem die der wichtigsten Massenverbrauchsgegenstände, in erster Linie Gegenstände des bäuerlichen Konsums. Ausdehnung der Preisregelung auch auf die Detailpreise durch Feststellung von Höchstzuschüssen seitens der Engrosorgane für die Genossenschaften; durch Manövrierung der Staatsorgane mit bestimmten Warenmengen zum Zwecke der Herabdrückung der Preise in den entsprechenden Bezirken, endlich durch eine Kreditpolitik, die vor allem Dingen auf die Bedienung der unteren Handelsorgane gerichtet ist.

3. Anerkennung der Notwendigkeit der Preisregelung für Salz, Petroleum und Zucker in allen Handelskategorien (Genossenschafts-, Staats- und Privathandel).

4. Änderung des vorhandenen Systems zentralisierter Ankäufe durch höhere Organe in der Richtung einer starken Anspornung zu unmittelbaren Abschlüssen zwischen den unteren Handelsorganisationen, Fabriksvereinigungen und Handelslagern; eine entsprechende Umgestaltung des Systems der Kreditgewährung an die Genossenschaften und staatlichen Handelsorgane.

5. Revision des bestehenden Systems der Syndikate; Auflösung jener Syndikate, deren wirtschaftliche Zweckmäßigkeit nicht erwiesen ist; Beschränkung der Handelstätigkeit der übrigen Syndikate in der Regel auf den Großhandel.

6. Revision der bestehenden Eisenbahntarife in der Richtung der Verbilligung der Massentransporte.

7. Das Ergreifen aller notwendigen Maßnahmen zur Verringerung der Handelsunkosten; Verminderung der Zahl der Handelsvertretungen in Zentrum und in der Provinz, Verwendung der genossenschaftlichen und der staatlichen Handelsorgane als Kontrahenten, endlich Ausschaltung der überflüssigen Ausgaben (in bezug auf Beförderungsmittel, Aufmachung, Reklame usw.).

8. Auswahl einer speziellen Reserve von Funktionären für den Ausbau der Organe der Genossenschaften und des Staatshandels.

9. Genaue und rechtzeitige Rechenschaftslegung der Handelsorgane.

F. Auf dem Gebiete der Finanzen.

1. Strengste Durchführung des festgesetzten Jahresbudgets mit der unbedingten Beschränkung der Defizitsumme auf die vom Budget vorgesehene Summe.

2. Übergang zu einer festen Valuta, Einstellung der Emission der nicht stabilen Sowjetnoten und Herausgabe — noch bis zum Frühjahr — eines stabilen Wechselgeldes in Stücken unter einem Tscherwonetz sowie Herausgabe von Silbergeld — all dies in Verbindung mit der Reform der landwirtschaftlichen Steuer.

3. Herabsetzung der indirekten Steuer auf die Gegenstände des Massenverbrauches, vor allem auf Salz, Petroleum und Raffinadezucker.

4. Verbilligung des Kredits für die Industrie und für den Getreideankauf und Dezentralisierung des Kreditwesens in der Richtung einer Annäherung an die unteren Wirtschaftseinheiten.

5. Jede mögliche Ausnützung der regelnden Rolle des Kredits durch die Koordinierung der Tätigkeit der Staatsbank und anderer Kreditanstalten vermittels des Planwirtschaftlichen Instituts und des Rates für Arbeit und Verteidigung mit den führenden Organen der Industrie und des Handels.

G. Auf dem Gebiete der planwirtschaftlichen Tätigkeit.

1. Erhöhung der Rolle des staatlichen Planwirtschaftlichen Instituts bei der Ausarbeitung reeller Wirtschaftspläne für den Rat der Arbeit und Verteidigung in bezug auf die Verbindung der einzelnen Elemente der Volkswirtschaft und der Regelung der Marktverhältnisse auf Grund eines systematischen Studiums der Wirtschaftskonjunktur.

2. Enge Koordinierung der Tätigkeit des Finanzvolkskommissariats, des Obersten Wirtschaftsrates, des Kommission für Binnenhandel und anderer wirtschaftlichen Volkskommissariate mit der Arbeit des Planwirtschaftlichen Instituts bei unbedingter Übereinstimmung des allgemeinen Arbeitsplanes des Zentraler Statistischen Amtes mit dem Arbeitsplan des Planwirtschaftlichen Instituts.

3. Verstärkung des Planwirtschaftlichen Instituts mit neuer Arbeitskräften.

Wirtschaft

Die französische Staatsschuld.

** Auf Grund der Aufstellungen des bekannten französischen Volkswirtschaftlers an der Pariser Universität, Professor Charles Gide, sind die öffentlichen Schulden Frankreichs, die vor dem Kriegsbeginn ungefähr 30 Milliarden Franken betragen haben, seit damals auf mehr als das Dreizehnfache gestiegen und dürften 400 Milliarden Franken bereits überschritten haben. Die Ausgaben der fünf Kriegsjahre erhöhten die öffentlichen Schulden auf 171 Milliarden. Seit Ende 1918 ist diese Schuld um weitere 213 Milliarden gestiegen.

Die Aufteilung der öffentlichen Schulden Frankreichs kommt folgendermaßen zum Ausdruck:

	Milliarden Franken
1. Vorkriegsschuld (konsolidierte Rente)	25
2. (Sechs) Kriegsanleihen (konsolidierte Renten zu 4, 5 und 6%) und 1922 10·5 Milliarden Franken Schatzscheine	133
3. Kurzfristige Schuld (Bons de la Defense nationale, Schatzscheine, Schuldverschreibungen usw.) . . .	70
4. Anleihe bei der Bank von Frankreich	23
5. Äußere Anleihe (beim gegenwärtigen Wechselkurs des Franken, ungefähr 19 Franken für den Dollar)	120

Dazu kommen noch die Anleihe für die Wiederherstellung der befreiten Gebiete und sonstigen Schulden, so daß die Gesamtsumme mehr als 400 Milliarden beträgt. Professor Gide vermutet, daß bis zur Vollendung des Wiederherstellungswerkes um 1930 herum die öffentlichen Schulden vermutlich 500 Milliarden erreicht haben werden.

Stellt man diesem Passivum die Schuldforderungen Frankreichs gegenüber, so figuriert nur die Schuldforderung an Deutschland mit einem nennenswerten Betrag, nämlich 68 Milliarden Goldmark als der für Frankreich von der Londoner Konferenz festgesetzte Reparationsbetrag. Aber da dieser Betrag, der ungefähr die Hälfte der französischen öffentlichen Schulden bedeutet, in Jahresraten getilgt werden soll, so ergibt sich daraus nur ein verhältnismäßig geringer aktueller Wert dieser Schuldforderung.

Welche Last bedeutet diese Schuld im Verhältnis zum französischen Nationalreichtum? Nach dem französischen Budget überschreitet die Zinsenlast für die öffentliche Schuld im Jahre 1923 nicht ganz 13·2 Milliarden Franken. Dieser Betrag muß

wie Professor Gide berechnet, im Laufe der nächsten Jahre auf 20 oder 25 Milliarden steigen. Das ist eine erdrückende Belastung des französischen Nationaleinkommens, das vor dem Kriege auf 35 Milliarden Goldfranken geschätzt wurde. Wenn man die Entwertung des Papierfranken berücksichtigt, so würde die Zinsenlast der öffentlichen Schuld ungefähr 18 bis 20% des Nationaleinkommens ausmachen, während sie vor dem Kriege 3·5% betrug. Dies ist eine optimistische Schätzung, weil nicht angenommen werden kann, daß sich das Nationaleinkommen entsprechend der Entwertung des Franken vermehrt hat. Professor Gide zeigt die Möglichkeit auf, daß die Belastung des Nationaleinkommens durch die öffentliche Schuld 57%, ja, bei Einrechnung des Budgets 90% des Nationaleinkommens betragen kann, falls der Franken auf dem Stande des Franken der Vorkriegszeit steigen würde. (Was allerdings eine etwas unwahrscheinliche Annahme des Professors Gide ist.)

Jedenfalls kommt dieser nichts weniger als revolutionäre Volkswirtschaftler zu dem Schluß, daß Frankreich eine solche Belastung nicht ertragen kann.

Arbeiterbewegung

Der italienische Verband der Seeleute und die Faschisten.

Von Ruggero Grieco (Rom).

** Eine Revolte der Seeleute hat den Kapitän Giulietti, der an der Spitze des italienischen Verbandes der Seeleute stand, seines Postens enthoben. Ist diese Absetzung eine definitive? Mit dieser Frage beschäftigt sich seit einigen Tagen die gesamte italienische Presse. Am Abend des 2. Januar hatte der Kapitän Giulietti in Genua, wo der Verband seinen Zentralsitz hat, eine Mitgliederversammlung einberufen. Man erfuhr, daß die Dissidenten beabsichtigten, an der Versammlung teilzunehmen, um Giulietti gewaltsam aus dem Verband zu entfernen. Und tatsächlich, kaum hatte die Sitzung begonnen, als es zwischen den Anhängern Giuliettis und den Dissidenten zu Streitigkeiten kam, die schließlich in einen regelrechten Kampf, bei dem über 500 Revolverschüsse abgegeben wurden, ausarteten. Die nach dem Kampfe erschienene Polizei verhaftete eine Anzahl von Anhängern Giuliettis. Die Dissidenten versammelten sich im Seemannshaus und hielten dort eine Sitzung ab, in der sie beschlossen, Giulietti seines Amtes als Sekretär und Vertrauensmann des Verbandes zu entheben und Gabriele d'Annunzio zum Führer des Verbandes zu proklamieren. Giulietti protestierte durch ein Communiqué gegen den Übergriff einer bewaffneten Bande (von der ein Teil dem Verband der Seeleute gänzlich fernsteht) und warnte die Verschwörer vor dem Mißbrauch des Namens Gabriele d'Annunzios als Schild für ihre den Verband zersetzenden Umtriebe. Giulietti appellierte in dem Communiqué an die Einheit der starken Gewerkschaftsorganisation. Man glaubte, die Angelegenheit würde auf gewerkschaftlichem Wege geregelt werden, als durch die Stefani-Agentur eine Verordnung des Präfekten von Genua mitgeteilt wurde (diese Verordung war sicherlich schon mehrere Tage vor den geschilderten Ereignissen von der Regierung fertiggestellt worden), die die Leitung des Verbandes der Seeleute einem Triumvirat anvertraute, das sich aus dem Vizeadmiral und Staatsminister Umberto Cagni, dem Regierungskommissär des Genueser Hafenkommandanten Mario Barenghi und dem Kapitän Manzutto zusammensetzt. Eine andere Verordnung ernannte den Kommandanten Barenghi zum Regierungskommissär der Genossenschaft Garibaldi, die dem Seeleuteverband angegliedert ist. Diese beiden gesetzwidrigen Maßnahmen wurden rechtskräftig gemacht durch eine gesetzliche Bestimmung der Kommunal- und Provinzialbehörde, in der die Kontrolle der politischen Gewalt über Vereinigungen, also auch Gewerkschaften und Genossenschaften, vorgesehen wird, und zwar um die gute Verwaltung des einer Kollektivität angehörenden Besitzes zu sichern. Die üblichen Gründe der „öffentlichen Ordnung" mußten außerdem, wie immer, herhalten, um diesen Akt der Willkür zu rechtfertigen. So haben wir heute in Italien eine Gewerkschaftsorganisation, die von drei hohen Staatsbeamten geleitet wird. Es muß darauf hingewiesen werden, daß der Verband der Seeleute sowohl Matrosen als auch Offiziere umfaßt.

Zweifellos ist Kapitän Giulietti der Schöpfer der starken Organisation der Seeleute. Er gehörte einst der Sozialistischen Partei an, aus der er jedoch noch vor dem Kriege ausgeschlossen wurde. Während des Krieges trat seine Organisation für die Heilige Allianz ein, was dem Verband gestattete, seine Kasse zu bereichern, während alle übrigen Gewerkschaften verarmten. Aber Giulietti behielt seine individualistische und rebellische Mentalität. Als nach Beendigung des Krieges die Welle der proletarischen Bewegung hoch ging, da war Giulietti radikal. Er beherrschte die italienischen Meere. Er beschlagnahmte die Schiffe der russischen Konterrevolutionäre auf Grund der Verfügung über Seeräuberschiffe, er stellte Verbindungen mit dem Schwarzen Meere her, er stellte sich schließlich der Sozialdemokratischen Partei vollständig zur Verfügung. Später schloß er sich mit seiner Organisation der Allgemeinen Arbeitsföderation an. Der von ihm geleitete Verband war und ist der reichste Italiens; er besitzt ein Kapital von etwa 20 Millionen Lire. Die ebenfalls von Giulietti gegründete, dem Verband angegliederte Genossenschaft „Garibaldi" machte und macht jetzt noch große Geschäfte. Aber Giulietti lavierte ständig; bei jeder Gelegenheit trat er für die Interessen seiner von ihm vollständig beherrschten Organisation ein. Nie hat der Verband Kongresse abgehalten. Die Mitgliederversammlungen in Genua (zu denen sowohl die dort ständig arbeitenden, als auch die vorübergehend in Genua weilenden Seeleute Zutritt hatten) diktieren die Bestimmungen für den gesamten Verband. Verbandsstatuten hat es ebenfalls nie gegeben. Und nur selten machten sich gegen einen solchen Zustand Stimmen bemerkbar, denn die Masse der Mitglieder war Giulietti ergeben und dankbar für die gewerkschaftlichen Siege, die dieser stets errang. In den Jahren 1919 und 1920 war Giulietti Patriot und Revolutionär. Mit starken Geldsummen unterstützte er die anarchistische Zeitung „Umanita Nuova", den sozialistischen „Avanti", das Faschistenblatt „Popolo d'Italia". Er brachte Malatesta aus London nach Italien und leistete der revolutionären Bewegung große Dienste, während er gleichzeitig das Fiume-Abenteuer D'Annunzios unterstützte. Auf Geheiß der D'Annunzianer brachte er eine amerikanische Ladung anstatt an ihren Bestimmungsort nach Fiume, wo es an Lebensmitteln und Geld mangelte. Bei einer Zusammenkunft mit D'Annunzio in Fiume ernannte Giulietti den Dichter im Namen seiner Organisation zum Ehrenvorsitzenden des Verbandes der Seeleute. D'Annunzio wurde von nun an der erste Seemann Italiens genannt, und er übernahm den höchsten Schutz der Seeleute. Das Verhalten Giuliettis erlaubte diesem zwar, die organisatorische Einheit des Verbandes aufrecht zu erhalten, doch brachte es Sozialisten und Liberale, Kommunisten und Faschisten gegen ihn auf. Gegen die kommunistischen Gruppen, die in Genua und in allen übrigen Hafenstädten für die Demokratisierung des Verbandes, für die Einberufung eines Kongresses und die Festlegung endgültiger Statuten eintraten, hetzte Giulietti seine Söldlinge auf, von denen unsere Genossen oft tätlich angegriffen wurden. Alle kommunistischen Funktionäre wurden ihrer Ämter enthoben. Oft versuchte er es mit Schmeichelworten und Bestechungen. An die Spitze der Garibaldi-Genossenschaft hatte Giulietti den Kommandanten Luigi Rizzo gestellt, einen D'Annunzianer, der im Kriege zwei österreichische Panzerschiffe versenkt hatte. Doch bald begann ein stiller Kampf zwischen Rizzo und Giulietti. Als die Faschisten begannen, die Straßen in Italien zu beherrschen, da gewann Giulietti plötzlich Sympathien für den Faschismus. Dieser Moment erschien Rizzo (der zu der Zeit antifaschistisch orientiert war) günstig, um eine Opposition gegen Giulietti zu organisieren und ihn zu stürzen. Rizzo versprach die Demokratisierung des Verbandes. Im Moment, als die Faschisten ans Ruder kamen, befand sich der Seeleuteverband in kritischer Lage. Giulietti fürchtete Repressalien von seiten der Genueser Faschisten, die für die Interessen der Reeder eintraten und folglich wütende Feinde Giuliettis waren, und konnte daher nicht mehr offen arbeiten. Eine Amnestie für die Seeleute (um die D'Annunzio Mussolini gebeten hatte) nahm Giulietti die Angst vor eventueller Bestrafung. Als dem Sieg des Faschismus die Annullierung der Arbeitsverträge folgte, gelang es Giulietti, mit Hilfe D'Annunzios, die Gefahr fühlbarer wirtschaftlicher Erschütterungen des von ihm geleiteten Verbandes zu umgehen. D'Annunzio selbst diktierte den Vertrag, für die Seeleute, zu dessen Annahme er die Regierung und diese die Reeder zwang. Dieser Vertrag schien einen neuen Sieg Giuliettis über seine Gegner zu bedeuten. Doch die Reedereibesitzer wollten sich nicht fügen. Die Ereignisse der letzten Tage sind sicherlich eine Folge von hinter den poli-

tischen Kulissen in Rom geführten Verhandlungen. Man nimmt sogar an, daß der gegen Giulietti geführte Schlag von den politischen Behörden vorbereitet worden ist, die ihm die Färbung einer spontanen Revolte der Seeleute gegen die Diktatur Giuliettis gaben. Das Banner der Seeleute trägt immer noch — so behaupten die Faschisten — den Namen D'Annunzios, doch Giulietti müsse entfernt werden. Nur unter dieser Bedingung wollen die Besitzer den Vertrag unterzeichnen, doch mit der Reserve, daß er später abgeändert werden könne. Die Faschisten und einzelne D'Annunzianer haben zusammen mit den Reederbesitzern in der letzten Zeit eine emsige Tätigkeit entwickelt, um Giulietti zu stürzen. Der Sturz Giuliettis scheint tatsächlich ein endgültiger zu sein, da sich verschiedene seiner einflußreichen Anhänger, denen scheinbar große Versprechungen gemacht worden sind, ebenfalls gegen ihn gestellt haben.

Aus der Internationale

Der Kongreß der Kommunistischen Partei Frankreichs.

Von Jacques (Paris).

** **Am 20. Januar findet der Kongreß der KP. Frankreichs in Lyon statt.** Seine Bedeutung wird klar, wenn wir ihn mit dem letzten Kongreß der Partei (Mitte Oktober 1922 in Paris) vergleichen.

Auf dem Pariser Kongreß lag die Führung in den Händen Frossards. Die Partei war durch Elemente, wie Frossard, in eine ständige Krise verwickelt. Innerhalb der Partei waren drei Fraktionen, die sich gegenseitig bekämpften. Auf dem Pariser Kongreß entstand dann eine Situation, wo Frossard und seine Anhänger etwas über zwei Fünftel der Stimmen erhielten, die kommunistische Linke bekam etwas weniger als zwei Fünftel der Stimmen. Ungefähr ein Fünftel fiel der Richtung Renauld zu, die gegen die Einheitsfronttaktik der Internationale war. Frossard und seine Clique haben, gestützt auf ihre relative Majorität, die ganze Parteiorganisation und Presse in ihre Hände genommen, und die ganze bürgerliche Welt sah schon mit Freude die Zeit kommen, wo die Kommunistische Partei Frankreichs von der Komintern abfällt.

Es kam aber anders.

Der IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der zwei Wochen nach dem Pariser Parteitag begann, zeigte, daß er nicht umsonst die Kenntnisse und Erfahrungen aller Kommunistischen Parteien in sich vereinigte. Er hat in zahllosen Sitzungen, die über einen Monat dauerten, alle Fragen der französischen Arbeiterbewegung und der französischen Sektion der KI. untersucht. Es wurde ein Aktionsprogramm ausgearbeitet, das für jedes Tätigkeitsfeld der Partei die Aufgaben und ihre Lösung klarstellte. Es wurde eine neue Zentrale eingesetzt, die, den Stimmen des Pariser Kongresses entsprechend, aus den Genossen der drei Richtungen zusammengesetzt wurde. Die wichtigste Maßnahme war die Reinigung der Partei von den reformistischen und bürgerlichen Elementen, die die Hauptursache der Krise waren. Es wurde beschlossen, daß kein Mitglied der Partei Mitglied einer bürgerlichen Organisation oder eines bürgerlichen Vereins sein darf. (Bis zum IV. Weltkongreß waren selbst in der Parteizentrale noch Freimaurer.) Es wurden Maßnahmen getroffen, die den proletarischen Charakter der verschiedenen Parteiinstanzen schützen.

Die Beschlüsse des IV. Weltkongresses wurden von der überwältigenden Majorität der Parteimitglieder mit dem Gefühl einer glücklichen Lösung empfangen. Einige hundert Intellektuelle, Freimaurer, Bürgermeister, Parteifunktionäre, die einsahen, daß sie in einer wirklich Kommunistischen Partei nichts mehr zu suchen haben, oder die lieber die Partei, als die Freimaurerloge verließen, fielen ab, mit Frossard an der Spitze. Die große Masse der Partei empfand ihre Entfernung als eine Erlösung nach jahrelanger Krankheit.

Eine Woche nach Frossards Austritt kam die Ruhrbesetzung und damit das „Komplott" der Kommunisten, die auf der Konferenz von Essen mit den deutschen Genossen zusammen die Kampfmaßnahmen gegen den französischen Imperialismus berieten. Die Führer der Partei und der revolutionären Gewerkschaften wanderten in das Gefängnis. Aber die Partei lieferte einen schlagenden Beweis ihrer Stärke und Elastizität. Sie nahm den Kampf mit unverminderter Kraft auf und setzte die ganze französische Arbeiterschaft in Bewegung. Das „Komplott" fiel in einigen Wochen in sich zusammen und verwandelte sich in eine große Niederlage Poincarés und der französischen Bourgeoisie.

Seit dieser Zeit nimmt endlich die Kommunistische Partei Frankreichs die Stelle in der französischen und in der internationalen Arbeiterbewegung ein, die ihr versagt war, solange die Reformisten und Freimaurer in ihren Reihen waren. Sie ist die klare, entschlossene Führerin des französischen Proletariats geworden, die in dem Kampf für die Tagesforderungen, für die Amnestie, gegen den französischen Imperialismus, gegen die korrupte bürgerliche Presse beweist, daß sie das Vertrauen der französischen Arbeiterschaft verdient. Durch ihre Tätigkeit hat sie das Vertrauen der besten Elemente der revolutionären Syndikalisten erobert und ihre Entwicklung zum Kommunismus beschleunigt. Sie hat dabei verstanden, sich zu reorganisieren, und die Partei hat auch auf diesem Gebiet einen großen Schritt vorwärts gemacht. Ihre Presse hat sich weiter entwickelt: die „Humanité" blieb mit 170.000 Auflage das größte proletarische Organ des Kontinents.

Der Kongreß in Lyon wird die Bilanz des vergangenen Jahres ziehen. Er wird die Fehler, die während der Arbeit gemacht worden sind, verbessern und die nächsten Schritte der Partei beraten. Neben den laufenden Fragen der nationalen und internationalen Politik wird sich der Kongreß hauptsächlich mit der Frage der Betriebszellen, die in der Zukunft die Grundlage der Partei bilden sollen, beschäftigen. Daneben wird die Frage der Taktik der Partei bei den bevorstehenden Wahlen den größten Raum einnehmen. Die Linie der Partei ist in dieser Frage klar durch die Beschlüsse der Komintern gezeichnet: sie wird den Wahlkampf unter der Losung des Arbeiter- und Bauernblocks, gegen jeden Links- oder Rechtsblock der Bourgeoisie führen. Da die Sozialdemokraten auch in Frankreich die Einheitsfront der Arbeiter verraten und lieber die Einheitsfront mit der Bourgeoisie bilden, wird unsere Partei die einzige sein, die die Fahne des Klassenkampfes bei den Wahlen hochhalten wird. Ihre Anziehungskraft nimmt dementsprechend in den Bezirken, wo die Sozialdemokraten noch Einfluß auf Industriearbeiter haben, zu.

Der Kongreß in Lyon wird das Bild einer starken, gesunden Massenpartei bieten, die, befreit von der reformistischen Seuche, endlich den richtigen Weg gefunden hat. Es wird noch Nachwehen geben, es wird noch Schwierigkeiten und Wachstumkrankheiten geben, aber die Partei wird aus ihnen immer stärker und gesunder hervorgehen.

Zur Lage in der KPD.

In Nr. 185 vom 28. Dezember und in Nr. 5 vom 15. Januar haben wir die Thesen von zwei Gruppen innerhalb der KPD. veröffentlicht. Nachstehend bringen wir die Skizze zu den Thesen der dritten Gruppe.

Die Redaktion.

Skizze zu Thesen über die politische Situation und über die Lage der Partei*)

vorgelegt vom Polbureau der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg.

1. Durch die Verschärfung der Reparationskrise im Januar 1923 wurde das Wirtschaftschaos in Deutschland sowie der politische Zusammenbruch ungeheuerlich gesteigert.

2. Dieser steigende wirtschaftliche und politische Druck verwandelte die bis dahin rückläufige Bewegung der Arbeiterklasse in eine aufwärtsgehende proletarische Bewegung von offensivem, revolutionärem Charakter.

3. Die ersten Zeichen der neuen revolutionären Welle waren die Ruhrkämpfe im Mai, die Kämpfe in Oberschlesien, der Metallarbeiterstreik in Berlin, die Lohnkämpfe im sächsischen Erzgebirge. Diese Bewegungen erreichten ihren Höhepunkt im Cunostreik.

4. Die Bedeutung des Cunostreiks lag in folgendem: Die Arbeiter gingen von wirtschaftlichen Forderungen (Notendruckerstreik, Inflationskrise) aus, und in der Bewegung selbst erhielt der Streik einen zugespitzten politischen Charakter (Berliner Betriebsräte lehnten ab, für wirtschaftliche Forderun-

*) Diese Skizze soll nur als Grundlage der Diskussion gelten; die ausführlichen Thesen werden später veröffentlicht.

gen zu kämpfen und stellten die Regierungsfrage!). Der Cunostreik hatte die Kräfte des Proletariats belebt und aktiviert, die Bourgeoisie erschreckt und zersetzt. Nach dem Cunostreik fürchtete die Bourgeoisie die „zweite Revolution", die Schichten der ländlichen und städtischen Kleinbürgermassen begannen offen mit der Arbeiterschaft und der KPD. zu sympathisieren. Die objektiven Verhältnisse in Deutschland zwischen dem Auguststreik und den Oktoberereignissen waren reif zur Machtergreifung durch das Proletariat.

5. **So war es vollkommen richtig von der Exekutive der Komintern, im Oktober 1923 von der KPD. die Einstellung auf den Endkampf zu verlangen.** Dieser Kampf hätte unter Umständen durch eine Reihe von Teilkämpfen eingeleitet werden können, aber die Partei hatte die Pflicht, in dieser historischen Situation mit allen Kräften in den Kampf hineinzugehen und eine entscheidende Schlacht zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat herbeizuführen. Die Siegesaussichten der KPD. waren im Oktober sehr groß. **Aber die KPD. hätte diesen Kampf auch wagen müssen auf die Gefahr einer Niederlage hin, die den Kommunisten gute revolutionäre Traditionen im Proletariat** gegeben und den Sieg erst vorbereitet hätte. Das beste Beispiel für die Wahrheit dieses Satzes ist der Hamburger Kampf, der dem Ansehen der KPD. in Hamburg unter der Arbeiterschaft trotz seiner Mängel sehr genützt hat.

6. Das kampflose Zurückweichen der KPD. im Oktober erleichterte den Sieg der Schwerindustrie, zersetzte und deprimierte breite Teile des Proletariats. Auch in den Reihen der eigenen Partei ist schwere Verwirrung hineingetragen, die heute noch nicht beseitigt ist. (Die KPD. hatte versprochen, den Faschismus nicht siegen zu lassen usw. usw.)

7. Die Ursachen für den Oktoberzusammenbruch der KPD. liegen:

a) Die Parteileitung weigert sich bis in den Oktober hinein, die Parteimitgliedschaften auf den Endkampf einzustellen, und mußte erst von der Exekutive der Komintern dazu gezwungen werden (Perspektive der linkssozialdemokratischen, rein gewerkschaftlichen Regierung im August!). Diese Umstellung konnte dadurch nur ganz oberflächlich und ohne wirkliche praktische Auswirkungen in der Presse, Propaganda, Organisation, Gesamtpolitik der Partei geschehen.

b) In der rein militärisch-technischen Vorbereitung, wobei die Partei politisch und propagandistisch gar nicht auf die Losungen des Endkampfes eingestellt war, noch dazu, da auch militärisch-technische Vorbereitungen seit der Märzaktion so gut wie nicht geleistet worden waren, ein Versäumnis, das in der kurzen Zeit von der Oktober-Konferenz in Moskau bis zu den entscheidenden Ereignissen nicht nachgeholt werden konnte.

c) In der revisionistischen Einheitsfronttaktik und dem Bündnis mit der linken VSPD., das sich am krassesten in Sachsen und Thüringen zeigte. Die Partei hatte durch ihre Taktik die linke VSPD. erst in der Arbeiterschaft populär gemacht. Die Partei hatte durch ihre jahrelange Einheitsfronttaktik unter den Kommunisten selbst das Gefühl der Schwäche und die Einstellung erzeugt, als ob man nur im Bunde mit der SPD. die Kämpfe, insbesondere entscheidende Kämpfe wagen könne. (Theorie vom Herüberziehen der SPD. vom linken Flügel der Bourgeoisie auf den rechten Flügel der Arbeiterklasse!)

d) Insbesondere hat die Partei durch die ständige Propaganda der Übergangslosungen im Rahmen der Demokratie und der Verfassung (Sachwerterfassung, Arbeiterregierung!) verabsäumt, in den breiten Massen das kommunistische Programm überhaupt noch am Leben zu erhalten. Entscheidend ist, daß die Partei diesen Fehler nicht einmal nach den Maikämpfen im Ruhrgebiet, nicht einmal nach dem Cunostreik, ja sogar nicht einmal nach der Oktoberniederlage korrigiert hat, und daß sie bis zur Oktoberkonferenz in Moskau hartnäckig an der Theorie und Praxis der Zwischenstufen festhielt.

Aus der Theorie und Praxis der Übergangsforderungen entsprang die Konzentration der Arbeit der Parteimehrheit auf gewisse Bezirke, wo das Zusammengehen mit der linken SPD. möglich war (Sachsen und Thüringen!) und die Vernachlässigung anderer wichtiger Kampfposten des deutschen Proletariats, so insbesondere des Ruhrgebietes und der Ruhrfrage. (Der Leipziger Parteitag beschäftigte sich nicht speziell mit der Ruhrbesetzung!)

e) Aus der Theorie der Übergangsforderungen, aus der Praxis des Zusammengehens mit der SPD. entspringt der scharfe Kampf der Parteimehrheit gegen die Linke in der Partei, dessen organisatorische und persönliche Auswirkungen mit zur inneren Schwächung der Partei beigetragen haben.

8. Der Zentralausschuß, der nach den Oktoberereignissen tagte, hat es verabsäumt, zu all den in der Partei schwebenden Fragen Stellung zu nehmen. Seither ist die Krise in der Arbeiterschaft und in der Partei gewachsen. Die deutsche Arbeiterschaft hat, zum großen Teil durch die Schuld der KPD., den Achtstundentag kampflos an die Unternehmer preisgegeben. Das Ruhrgebiet befindet sich im Ablösungsprozeß von Deutschland, auf die Micumverhandlungen folgen in den nächsten Wochen offizielle Verhandlungen von Regierung zu Regierung. Die Herrschaft der weißen Generale wirft Hunderte von Proletariern in Schutzhaft und Gefängnis, ohne daß sich die Arbeiter mit genügender Kraft dagegen wehren. Nach dem Ansteigen der revolutionären Stimmung im Proletariat vor und nach dem Cunostreik befinden wir uns gegenwärtig in einer Periode der Niedergeschlagenheit und Depression.

9. Die internationale Krise und die Krise des deutschen Kapitals werden aber in den nächsten Monaten eine Reihe neuer scharfer Zuspitzungen bringen.*) Die KPD. darf nicht noch einmal einen „deutschen Oktober" erleben, wenn sie nicht jedes Prestige als revolutionäre Partei bei den Massen verlieren soll. Klares Aussprechen der begangenen Fehler, **Abrechnen mit den Revisionisten in den eigenen Reihen, Bruch mit den Theoretikern und Praktikern der Zwischenstufen,** schleunigste Sammlung aller Kräfte der Partei zu illegaler Arbeit müssen sofort durchgeführt werden. Jede Woche weiterer Verzögerung der Klärung verschlechert den Zustand der Partei und verhindert ihre Kampffähigkeit.

10. Ausgehend von der Bilanz der Oktoberniederlage muß die Partei ein Aktionsprogramm schaffen. Die wichtigsten Punkte der Arbeit in den nächsten Monaten sind:

a) Einstellung der Partei auf den Machtkampf, politisch, organisatorisch, militärisch, technisch.

b) Lebendige, konkrete, unmittelbare Propaganda für die Diktatur des Proletariats. (Die Partei muß in der täglichen Agitation zeigen, wie die weiße Diktatur die Fragen des Proletariats löst und wie die rote Diktatur sie lösen wird.)

c) Propaganda der Sozialisierung (Rettungsprogramm, Hetze gegen die großen Trusts und Konzerne. Gegen die 30 oder 40 Schwerindustriellen muß dieselbe Hetze entfaltet werden, ja noch konzentrierter wie gegen Seeckt, Ludendorff und Hitler. Wir müssen den breitesten Massen klar machen, wer die Macht in der Hand hält und wie die Verbindung zwischen dem Regierungsapparat und der Schwerindustrie läuft).

d) Politisierung der Betriebsrätebewegung, die Ausnützung der Betriebsrätebewegung zur Vorbereitung der politischen Arbeiterräte. Unermüdliche Propaganda für die proletarischen Räte als Vorbedingung der proletarischen Diktatur (Kontrollausschüsse).

e) Arbeit unter den Erwerbslosen in Verbindung mit den Betriebsräten, Schaffung von Erwerbslosenräten.

f) Entfesselung von Kämpfen um den Achtstundentag, gegen die Sondergerichte usw., unter Führung der KPD. und der Betriebsräte.

g) Restloser Bruch mit der rechten und linken SPD. in Theorie und Praxis, schärfste Bekämpfung der SPD. und der Gewerkschaftsbureaukraten innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften.

h) Verstärkte Arbeit für das kommunistische Programm unter den Bauern, Landarbeitern, Mittelständlern, Beamten, Intellektuellen.

11. Zur Reorganisation der Partei ist notwendig:

a) Einschränkung der Zentrale auf neun Mann, Verkleinerung des zentralen Apparats auf ein Zehntel, Ausschaltung der Rechten aus der Führung. Lebendige Verbindung der Zentrale mit der politischen Arbeit der Bezirke.

b) Liquidierung des Kampfes gegen die Linke durch die Parteimehrheit, durch gemeinsamen Kampf des Parteizentrums und der Parteilinken gegen die Parteirechte.

c) Einberufung einer Erweiterten Exekutivsitzung noch im Januar.

d) Einberufung eines Parteitages spätestens im Februar.

*) Über diesen Punkt folgen ausführliche Thesen.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Russische Parteidiskussion I.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 7. 18. Januar. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Die russische Parteidiskussion.

** Seit dem Siege der proletarischen Revolution in Rußland wird gegenwärtig die dritte große Diskussion innerhalb der RKP. ausgefochten.

Die erste Diskussion ging um den Brest-Litowsker Frieden, ging um die Frage, ob wir den bewaffneten Kampf gegen den deutschen Imperialismus aufnehmen können. Die Bolschewiki haben die „bewaffnete Diskussion" der Oktober-Revolution gegen die Menschewiki und SR. siegreich bestanden, aber sie waren zu schwach zu einer „bewaffneten Diskussion" gegen den damals noch bis zu den Zähnen bewaffneten deutschen Imperialismus. Die zweite Diskussion innerhalb der Partei fand im Jahre 1920 statt. Nachdem die russische Arbeiter- und Bauernschaft den Kampf gegen den Entente-Imperialismus und gegen die innere Gegenrevolution siegreich zu Ende geführt hatte, traten die Instinkte der vielmillionenköpfigen russischen Bauernschaft in eine Diskussion mit der Methode des sogenannten „Kriegskommunismus" ein. Die Debatte entspann sich damals um die Gewerkschaftsfrage. Die Urheber der Diskussion haben es nicht begriffen, daß die Frage mit dem Problem des Verhältnisses zur Bauernschaft identisch ist, ebenso wie es in der Diskussion um den Brest-Litowsker Frieden der Fall war. Die zweite Diskussion mündete auf dem X. Kongreß in ein großzügiges Kompromiß mit den Bauern in der neuen Wirtschaftspolitik sowie in der Befestigung der Parteieinheit durch das feste Gewebe der Leninschen Linie: im strengen Verbot jeder Fraktions- und Gruppenbildung innerhalb der Partei. Die Wurzeln der dritten Diskussion führen bis zu den Diskussionen um den Brester Frieden und um die Gewerkschaftsfrage zurück, nur wurde die Zahl derjenigen Genossen kleiner, die an der Seite der Opposition gegen die Leninsche Linie kämpften (obwohl die führenden Persönlichkeiten der Opposition auch jetzt fast die gleichen sind wie während der früheren Gruppierung gegen die Leninsche Taktik). Der Angriff der Opposition richtet sich hingegen gerade gegen jene Prinzipien, die in den früheren Diskussionen als Beschlüsse der überwiegenden Mehrheit der Partei als Vollendung der Resultate der zwanzigjährigen Kämpfe des Bolschewismus gewonnen wurden.

Wie zur Zeit der Gewerkschaftdebatte, so trat auch jetzt in der dritten Diskussion die Grundfrage der Debatte nicht sofort in den Vordergrund. Die Diskussion entbrannte nicht um die Neue Wirtschaftspolitik, um das Verhältnis zur Bauernschaft (diese Frage spielte scheinbar nur eine untergeordnete Rolle), sondern um die Frage der Grenzen der innerparteilichen Demokratie. Die zur rechten Zeit einstimmig gefaßte Resolution des ZK. gewährte nicht den geringsten Angriffspunkt für die Opposition, daher war die Opposition gezwungen, die Beschlüsse des X. Kongresses über die Parteieinheit und die alte Garde des Bolschewismus, die sozusagen eine persönliche Garantie dieser Einheit darstellt, unter Feuer zu nehmen. Der Sieg in dieser Frage oder wenigstens die Erringung einer Konzession vor Zentralkomitee in der Frage über die Freiheit der Fraktionsbildung wäre die Voraussetzung dafür gewesen, daß die Opposition an der wirtschaftlichen Front in bezug auf die Frage des Verhältnisses zur Bauernschaft den Angriff beginnen kann.

Heute ist es bereits im Laufe der Debatte klar geworden, daß die Opposition gar nicht fähig ist, mit einem positiven wirtschaftlichen Programm hervorzutreten, das innerhalb der Partei durch eine bemerkenswerte Anzahl von Genossen als diskutabel betrachtet wäre. So läuft die Debatte zu neun Zehnteln auf dem Gebiete der Organisationsfragen weiter. Gerade dieser Umstand wird die Diskussion für die breiten Massen der Parteimitglieder in kurzer Zeit gegenstandslos machen. Die innerparteiliche Arbeiterdemokratie wurde durch die Parteimassen auf Grund der These des ZK. auf der breitesten Grundlage verwirklicht. Die Diskussion, die um diese Frage geführt wurde, war in ihrem Umfang, in ihrer Form, in ihrer Methode der klarste Beweis dafür, daß jede Forderung nach Garantien für die Verwirklichung der innerparteilichen Demokratie jede Grundlage entbehrte. Es gibt vielleicht keine einzige Parteizelle innerhalb der RKP., wo die Frage der innerparteilichen Demokratie nicht der freiesten und breitesten Diskussion unterzogen worden wäre oder unterzogen werden wird. Es kam kein einziger Fall vor, daß der Parteiapparat, der die Zielscheibe der Angriffe der Opposition bildete, die Freiheit der Diskussion beschränkt hätte. Auch die Massen der Partei haben die innerparteiliche Demokratie nicht als ein von oben kommendes Geschenk betrachtet, und sie suchten und fanden die Garantien für die Durchführung der Beschlüsse vor allen Dingen in sich selbst und in der alten, während der Kämpfe gegen den Opportunismus vielfach geprüften bolschewistischen Garde, die gleichfalls unter heftigem Feuer stand.

Von den Forderungen der Opposition stieß das die Parteieinheit bedrohende Bestreben nach Freiheit der Fraktionsbildung auf die heftigste Ablehnung. Die Massen der Parteimitglieder waren sich der Verantwortung bewußt, die sie nicht nur gegenüber dem russischen Proletariat und der russischen Bauernschaft

tragen, sondern auch gegenüber der internationalen kommunistischen Bewegung, und unterstützten das Zentralkomitee gerade in dieser Frage am stärksten. Die Diskussion bewies, daß die kollektive Beurteilung der wichtigen Fragen des Sowjetstaates und der Partei bei weitem nicht einer fraktionsmäßigen Gruppierung der Parteimitgliedschaft bedarf. Die Einheit einer herrschenden und für die internationale Revolution in erster Linie verantwortlichen Partei kann nicht einmal auf die kürzeste Zeit ohne äußerst ernste Folgen in Frage gestellt werden.

Nicht weniger einmütig verhielt sich die Partei in der zweiten Frage der Diskussion: in der Frage des Verhältnisses der alten bolschewistischen Garde zur jungen Parteigeneration. In der RKP. stößt jede Strömung, die sich gegen die Leninsche Taktik richtet, auf den heftigsten Widerstand der unmittelbaren Schüler Lenins, der alten bolschewistischen Garde. Diese Garde erwies sich aber bei weitem nicht als isoliert in dem Kampfe um die Verteidigung der unter der unmittelbaren Führung Lenins errungenen Resultate. So wie die Forderungen nach der Freiheit der Fraktionsbildung auf den Widerstand der breitesten Massen der Parteimitgliedschaft gestoßen sind, fand die alte bolschewistische Garde auch die Massen der Jugend an ihrer Seite gegenüber jenen Versuchen, die die Parteieinheit von einer anderen Richtung: durch die Versuche der Teilung der Parteimitgliedschaft nach Generationen, bedrohten. Die Manifestationen der Führer des Jugendverbandes, der Jugendorganisationen von Petersburg und anderen Industriezentren, stehen hier den Beschlüssen einiger Universitätsparteizellen gegenüber, die sich auf den Standpunkt der Forderung der Fraktionsfreiheit stellten. Die Einheit der alten und jungen bolschewistischen Garde wurde während der Debatten nicht nur nicht erschüttert, sondern sie wurde noch stärker dadurch, daß die in die alten Kämpfe des Bolschewismus zurückführenden Wurzeln der Diskussion, die der Nach-Oktober-Generation wenig bekannt waren, der Jugend sichtbar geworden sind. Sie hat den Sinn der alten Kämpfe innerhalb der Partei jetzt erst richtig begriffen.

Die Diskussion wird auf der allrussischen Parteikonferenz entschieden werden. Nach den bisherigen Anzeichen ist nicht mehr zweifelhaft, wie die Entscheidung ausfallen wird. Nicht einmal eine verschwindende Minderheit hat sich entschieden auf den Standpunkt der Opposition gestellt, dagegen nahm die überwiegende Mehrheit der Partei (bis 90, ja 100% der Parteimitgliedschaft in den größeren Zentren) für die alte bolschewistische Garde mit der größten Entschiedenheit Stellung.

Die überwiegende Mehrheit der Partei gab sich also mit der größten Klarheit Rechenschaft darüber, daß die RKP. nicht nur eine von den Kommunistischen Parteien ist, sondern eine herrschende Partei ist, deren Krise zugleich eine Krise des proletarischen Staates bedeutet, daß die RKP. die führende Partei der Kommunistischen Internationale ist, daher ihre Krise die Krise der Kommunistischen Internationale in sich birgt. Die überwiegende Mehrheit der Partei wies mit Entschiedenheit, aber nüchtern und ohne Fraktionsgehässigkeit, auf die politischen Fehler der Führer der Opposition hin. Dabei dachte kein einziger Genosse der Mehrheit daran, diese Fehler zur politischen Unmöglichmachung der Führer der Opposition oder zu ihrer Verdrängung aus ihren Positionen auszunützen. Aus der Diskussion wird die RKP. nicht nur reicher an Erfahrungen, sondern auch in befestigter Einheit und noch enger geschlossenen Reihen hervorgehen.

Die Resolution des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der KP. Rußlands über „Den Parteiaufbau" ist in der Sonderausgabe Nummer 186 (31. Dezember 1923), und die Resolution des Politischen Büros des Zentralkomitees der RKP. über „Die nächsten wirtschaftlichen Aufgaben der KP. Rußlands" ist in der regulären Ausgabe, Nummer 6, veröffentlicht.

Referat und Schlußwort

des Genossen Kamenew

auf der Versammlung der Funktionäre der Moskauer Organisation (am 11. Dezember 1923).

Genossen! Ich werde nur über die allerwichtigsten Punkte sprechen und auch darüber, was sich aus der Diskussion ergeben hat, die augenblicklich in allen Rayons vor sich geht. Wenn man sich ernstlich mit den Einwänden, Zweifeln und Hinweisen auseinandersetzt, die wir alle auf den Rayonsversammlungen gehört haben, so muß man offen sagen, daß als Resultat und als Bilanz dieser Diskussion sich die Kardinalfrage ergibt, die in folgendem besteht: Ja, die Arbeiterdemokratie wurde von der Zentrale verkündet; ja die Grundgarantien der Durchführung der Arbeiterdemokratie sind in der Resolution der Zentrale vorhanden; verdient aber die vorhandene Zentrale Vertrauen? Darf man glauben, daß das seitens der Zentrale eine wirklich fest beschlossene Politik ist und darf man dem glauben, daß die augenblickliche Zentrale diese Politik durchführen wird? Ich formuliere mir auf diese Weise alle Zweifel und Einwände, die wir alle von seiten jener gehört haben, die als Opponenten gegen die Zentrale auftreten, stelle mir diese Fragen in dieser Form und denke, daß sie auch so von der ganzen Moskauer Organisation gestellt werden müssen. Eins von beiden: Entweder diese Resolutionen können im Punkte ihrer Durchführung der Zentrale anvertraut werden oder wir haben vor uns ein Papier, für dessen Durchführung die Partei natürlich besorgt zu sein hat, denn es geht von der Zentrale aus, die vorher nicht auf diesen Gedanken gekommen ist, die das nur unter Druck getan hat; wir haben ein Papier, hinsichtlich dessen nicht die Überzeugung besteht, daß die Zentrale seinen Inhalt wirklich ausführen wird. Das ist die Kardinalfrage, die vor Eurer Versammlung steht, auf die eine klare unzweideutige Antwort erfolgen muß. Die Schwenkung, die wir mit Euch zu vollziehen beabsichtigen, darf nicht unternommen werden, wenn wir kein gegenseitiges Vertrauen besitzen. Deshalb glaube ich, daß ich im Namen der Zentrale ausführen soll, wie die Zentrale auf diesen Gedanken gekommen ist, auf jene Grundlagen, die in ihrer Resolution formuliert wurden. Das geschah unter folgendem Einfluß: haben die auf den Versammlungen wiederholt erfolgten Äußerungen, die behaupten, daß das unter dem Druck der innerparteilichen Opposition geschehen ist, daß irgend ein konkretes Dokument besteht, durch das alle diese Freiwilligkeit vorgeschrieben wurde, daß aber die Zentrale darauf nicht gehört hat usw., haben diese Äußerungen irgend eine Grundlage? Zunächst erachte ich es für notwendig, diese Fragestellung von allen möglichen unkontrollierten Gerüchten und Redereien, die sich um sie gebildet haben, abzugrenzen. Auf einer Rayonsversammlung mußte ich aus Anlaß einer schriftlichen Erklärung einem der Genossen direkt sagen, daß derartige Erklärungen in unserer Mitte eine Reflexion jenes Geschwätzes unter uns darstellen, das bereits zu einer politischen Waffe gegen unsere Partei in den Händen unserer Feinde geworden ist. Denn es kann für niemanden von uns ein Zweifel bestehen, für uns alte Bolschewiki aber, die wir die rauhe Schule durchgemacht haben, ist es eine vollkommen einleuchtende Tatsache, daß in dem Moment, in dem die Bourgeoisie der Presse und der Möglichkeit

eines offenen Überfalles auf uns beraubt ist — daß in diesem Moment das kleinbürgerliche Geschwätz, das in unsere Reihen durchsickert, vor nichts Halt macht, uns nach und nach zersetzt und die Autorität unserer zentralen Institutionen untergräbt, eine politische Waffe gegen uns ist. Wir stehen augenblicklich vor der Gefahr, daß die wenig geschulten, nicht genügend festen Kreise unserer Partei auf dieses Geschwätz hereinfallen. Schieben wir es darum bei Seite, zusammen mit all den unkontrollierten Gerüchten und Tatsachen, die nicht dokumentarisch belegt werden können, und ziehen wir sie nicht in unsere sachliche Diskussion herein. Nehmen wir nur das vor, was jeder von uns nachprüfen kann.

Welches waren die Ursprünge dieser Frage in der Zentrale? Das erste und grundlegende Ereignis, das die Zentrale zwang, auf die krankhaften Erscheinungen, die sich innerhalb unserer Partei zeigten, aufmerksam zu werden, ergab sich aus Erscheinungen, die außerhalb unserer Partei vorgingen, aber unter der Arbeiterklasse. Wir hatten im Juli und August überaus alarmierende Erscheinungen innerhalb der Arbeiterklasse, die nicht ohne Aufmerksamkeit seitens der zentralen Institutionen bleiben konnten. Wir machten eine Periode der Streiks in Charkow und Sormowo durch. Die direkten Ursachen, die anlaßgebenden Ursachen, die diese Streiks ausgelöst haben, waren in vielem in den einzelnen Fällen verschieden. Wir waren als Parteiapparat, als Staatsapparat zum Teil daran Schuld. Aber das war nur ein Anlaß. Die allgemeinen Verhältnisse, die die Bewegung auslöste, zwangen uns, die Aufmerksamkeit auf die Lage innerhalb unserer Partei selbst zu richten. Kann man sich, fragen wir uns, eine Lage vorzustellen, in der die Parteiorganisation sich nicht imstande erweist, eine sich nähernde Welle der Massenunzufriedenheit vorauszusehen; daß sie, wie sich der Vertreter einer Zelle und der Direktor von Zindel, wo im August ebenfalls eine Bewegung aufsprang, äußerte, daß sie, für die Zelle vollkommen unerwartet, kam, so daß dieser Genosse erklärte: „Wir haben die Bewegung nicht geahnt. Die Jatscheka verlor den Kopf, als sie begann; sie verlor die Richtung. Läßt sich das nur auf Konto der Zelle (Jatscheka) setzen, oder mußte das als Symptom krankhafter Erscheinungen gelten, die sich innerhalb unserer Organisation bemerkbar machten? Wir würden blinde und kurzsichtige Leute sein, wollten wir sagen: das, was in Moskau, in Charkow, in Sormowo und an anderen Orten vor sich ging, ist eine vorübergehende Episode, die unserer Aufmerksamkeit nicht bedarf und nicht dem inneren Aufbau und dem inneren Leben unserer Partei angehängt werden dürfen. Zur gleichen Zeit machten sich innerhalb unserer Partei Erscheinungen bemerkbar, die gleichfalls symptomatisch waren und schon unsere ganze Aufmerksamkeit auf sich zu lenken vermochten. Das war das Auftauchen der konterrevolutionären ‚Arbeitergruppe', die eine Gefahr in sich barg und deren symptomatisches Wesen nicht darin bestand, daß eine konterrevolutionäre Organisation hervortrat, sondern darin, daß eine von diesen Organisationen — die Arbeitergruppe — mit der Arbeiterklasse Verbindung besitzt, daß die im Zusammenhang damit aufgetauchten Gerüchte, wenn auch in einem sehr tiefstehenden und haltlosen, so doch in einem gewissen Teil unserer Partei zu wirken begannen. Diese zwei Grunderscheinungen, die unabhängig davon sind, wie die Dinge in der Zentrale sich abspielten, welche Meinungsverschiedenheiten dort bestehen und was sich darüber sagen läßt, stellten uns vollkommen unabhängig davon vor die Frage: Die Partei ist von einer Krankheit befallen, die geheilt werden muß. Und bei der weiteren Analyse und Vertiefung dieser Frage mußten wir konstatieren, daß im Leben der Arbeiterklasse es eine ganze Reihe von Erscheinungen gibt, an die sich die Partei zu langsam anpaßt und denen die Partei nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet hat. Erstens hat vor zwei Jahren Genosse Lenin darauf hingewiesen, daß bei uns eine Deklassierung, eine Zersetzung des Proletariats vor sich geht.

Jetzt müssen wir es begreifen und können es zuweilen durch statistische Angaben belegen, daß dieser Prozeß der Deklassierung des Proletariats, der der Grundprozeß des inneren Lebens unserer Partei von 1919 bis 1920 und 1921 war, daß er jetzt abgeschlossen ist und daß wir gegenwärtig den umgekehrten Prozeß haben — den Prozeß der Konsolidation, der Besserung, der Rückkehr des erblichen Ehrenproletariats in die Stadt, der Belebung des Innenlebens der Arbeiterklasse und der Verbesserung ihrer materiellen Lage. Und auf dieser Basis, auf der Basis der Konsolidierung der Arbeiterklasse, der verhältnismäßigen Verbesserung der materiellen Lage, haben wir eine Belebung des inneren ideellen, kulturellen und politischen Lebens der Arbeiterklasse, ein Wachsen ihrer Bedürfnisse, ein Wachsen des kulturellen Niveaus und steigende politische Anforderungen an uns, an die Kommunisten. Jetzt steht darum vor der Partei die Aufgabe, nicht zu spät zu kommen, um ihr inneres Leben umzustellen und sich diesen neuen Aufgaben im Zusammenhang mit dem gestiegenen Niveau und der fortgeschrittenen Konsolidierung der Arbeiterklasse anzupassen. Wenn die Zentrale und alle Parteiorganisationen als Antwort auf diese Tatsachen die Augen verschließen oder sagen wollten, daß es um alles gut bestellt sei, so wären sie ohne Frage die größten Verbrecher, sie würden die Linie eines offiziellen behördlichen, einwandfreien Befundes hervorkehren, die die Partei in den Abgrund reißen kann. Tatsächlich ist nichts derartiges passiert und konnte auch bei der Struktur unserer Partei, bei unseren Traditionen nicht passieren. Diese Tatsachen liegen ganz objektiv jener Bewegung zugrunde, die in allen unseren Organisationen einsetzte und die in der Zentrale begann und deren Sinn darin besteht, das politische Leben innerhalb unserer Partei selbst zu beleben und auf das erforderliche Niveau zu stellen. Dazu kommt noch ein Umstand, der sich immer schärfer hervordrängt und dem wir schon jetzt größere Aufmerksamkeit widmen müssen als bisher, beziehungsweise mit dem wir auch ferner zu tun haben werden. Wir leben unter den Verhältnissen der Nep. Ich will auf dieser Versammlung auf die neue ökonomische Politik nicht eingehen, aber ich weiß, daß gegen sie und gegen die öffentliche Wirtschaftspolitik der Zentrale ebenfalls eine energische Attacke geritten wird, und ich bin überzeugt, daß wir in einiger Zeit auf einer ähnlichen Versammlung uns darüber auseinandersetzen müssen, wer Recht hat — die Zentrale, die eine bestimmte wirtschaftliche Linie durchführt, oder jene Angriffe, die in den Rayons erfolgen. Augenblicklich verbreite ich mich nur über die Frage des Einflusses der Nep auf unser eigenes Niveau, darüber, ob wir uns brüsten können, daß in unserer Partei jene Kampfeinheit, jene psychologische und politische Eigenart erhalten geblieben sind und erhalten bleiben, die unsere Partei noch vor einigen Jahren während des Bürgerkrieges charakterisierten. Wenn wir nicht die Augen verschließen und versuchen wollen, die Sache so darzustellen, als ob alles klappt; wenn wir zugeben, daß wir die eigene Erfahrung kritisch betrachten müssen, so müssen wir zu folgendem Schlusse kommen: Natürlich, nicht. Schon allein deshalb, weil unsere Partei aus drei Teilen besteht: aus dem Proletariat, der Bauernschaft und aus Angestellten — der Intelligenz, und man sich nicht vorstellen darf, daß diese drei besonderen Gruppen nicht dem entsprechenden Einfluß entsprechender Schichten unterliegen, die jenseits unserer Partei stehen. Darum hat der proletarische Flügel unserer Partei, der sich dauernd unter dem Druck der Massen der Fabriken und der Betriebe befindet, eine andere psychologische Verfassung, als sagen wir einmal, der Intelligenzflügel der Partei oder jener Flügel der Partei, der aus Angestellten besteht, der sich in einer anderen Atmosphäre auch als der bäuerliche Flügel der Partei befindet, der wiederum sein eigenes Milieu besitzt. Ohne uns darüber zu verbreiten, sehen wir deutlich, das auf die zwei Flügel unserer Partei diese Nep verschiedenartig wirkt, vor allem auf den ersten Flügel, auf jenen Flügel, den wir mit Euch zusammen sehr tief in das uns feindliche Lager — in die Nep gesandt haben. Wir haben sie dort hingesandt und wir müssen sie in jeder Hinsicht unterstützen, aber wir dürfen nicht die Augen verschließen darüber, daß wir sie auf eine solche Position gesandt haben, während sie sich nicht losreißen können aus der von unserem Parteimilieu vollkommen verschiedenen Atmosphäre. Wenn wir einen Arbeiter nehmen, einen Kommunisten aus der Intelligenz, und ihn zum Direktor einer Bank oder zum Vorsitzenden der Handelsbörse oder zu einer verantwortlichen, ausführenden Person machen, oder ihn an die Spitze eines Syndikats stellen, so müssen wir uns Rechenschaft abgeben darüber, daß wir einen Genossen auf einen sehr gefährlichen Platz senden, daß wir ihn nicht ausschicken, um Auge in Auge sich mit der Bourgeoisie zu schlagen, sondern mit ihr Verträge abzuschließen, Abkommen zu unterschreiben, Handel zu treiben usw. Ich wiederhole, wir wären blind, wollten wir hier den Marxismus vergessen und jenes vergessen, daß die Abteilung, die wir auf diese Position vorgeschoben haben, mehr als eine andere Abteilung, mehr als die Arbeiter am Schraubstock — als Kommunisten der Ausartung und der Nep unterworfen sind. Und wir wären Verbrecher mit Bezug auf jene Genossen, wenn wir nicht Maßnahmen ergreifen würden zur Neutralisierung dieses Einflusses.

Wenden wir uns jetzt einer anderen Seite zu — nehmen wir jene Genossen aus den Arbeitern oder sogar aus den Arbeits-

losen, den Kommunisten, die wir in eine solche Lage stellen, bei der wir von ihnen fordern, daß sie als Kommunisten unser Endziel, den Kommunismus, unseren jüngsten blutigen Kampf mit den Weißgardisten verstehen, überdenken und sich im Kopfe zurechtlegen gegenüber jenen äußeren Unarten, die unmittelbar den Prinzipien des Kommunismus und Sozialismus widersprechen, die sie aber — die Arbeitslosen oder das städtische Proletariat — auf Schritt und Tritt vorfinden, wenn sie auf die Straßen gehen, die Auslagen betrachten und diese ganze sich anfressende Nep sehen. Welch einen Grad von Beherrschungsvermögen, Erfahrung, theoretischem Verstehen fordern wir von diesen Genossen, auf daß sie sich nicht hinreißen lassen von anarcho-syndikalistischen Stimmungen. Wir müssen uns Rechenschaft abgeben darüber, daß in dem Umfang, in dem die Nep existiert, in jener Lage, in der sich die Beziehungen zwischen den einzelnen Arbeitern, den Arbeitslosen und dieser Nep-Männerbourgeoisie zuspitzen, die anarcho-syndikalistischen Stimmungen beinahe an dem Wall unserer Partei unvermeidlich aufkommen werden. Und wenn die Arbeitergruppe, das Mjasnikow-Pack, einiges Gehör seitens zwar sehr beschränkter Elemente unserer Partei gefunden hat, so erklärt sich diese Aufmerksamkeit den konterrevolutionären Reden Mjasnikows gegenüber durch jene Widersprüche, die wir nicht vernichten konnten, die bleiben und in diesem Flügel unserer Partei stets einige Zweifel, einige Schwankungen, eine gewisse Aufmerksamkeit jenen Stimmungen gegenüber aufkommen lassen werden, die im Milieu des Mjasnikow wirken. Worin besteht das Wesen der Mjasnikowschen Richtung? In der Gegenüberstellung der Arbeiterklasse unserem Staate. Was ist Menschewismus? Die Gegenüberstellung der Arbeiterklasse unserem Staate. Zu begreifen, daß unser Staat mit all jenem Schlechten, was an ihm ist, mit der ungenügenden Auszahlung des Arbeiterlohnes, trotzdem ein Arbeiterstaat ist, das fordert vom Arbeiter ein hohes Niveau politischer Schulung, auf das nicht alle von uns rechnen dürfen. Das sind die zwei Gefahren, die von verschiedenen Seiten auf uns einstürmen: seitens der Ausartung der Nep und seitens der anarcho-syndikalistischen Strömung. Wie sollen wir mit ihnen fertig werden, wie sollen wir es machen, daß die erhöhten Anforderungen an unsere Partei entsprechend beantwortet werden, daß nicht nur ein beliebiger Streik an uns vorübergeht, sondern von uns aufgefangen wird; wie sollen wir den Wirtschaftlern einerseits und dem aus dem Häuschen geratenen Proletarier andererseits helfen, wie innerhalb der Partei ein Gegengift gegen diese zersetzenden Einflüsse finden, wie sollen wir die Antwort finden auf die den Proletarier beschäftigenden Fragen, die ihm umsomehr zusetzen werden, je breiter sich das sich widersprechende System der Nep entfalten wird? Diese Antwort ist in der Arbeiterdemokratie, in der Hebung des allgemeinen Tones des ideellen Lebens unserer Partei, darin, daß jede Zelle sich in ein Laboratorium des Parteigedankens verwandelt, wo jedes Mitglied unserer Partei und jeder, unserer Zelle Vertrauen schenkende, parteilose Arbeiter Antwort auf die ihn erregenden Fragen auf dem Wege einer freien Diskussion erhalten kann, die Antwort liegt darin, daß die Beschlüsse der Zelle nicht von oben diktiert werden, sondern das Ergebnis einer selbständigen Überlegung dieser Grundfragen bilden. Diese Hebung des Niveaus des politischen Lebens auch in der Zelle und in den höher stehenden Organen, die Besprechung aller Fragen, die vor der Partei dort stehen, wo der Besprechung keine unüberwindlichen Hindernisse im Wege stehen, ist im gegenwärtigen Moment für uns Garantie gegen die Zersetzungen, die von verschiedenen Seiten kommen und auf unsere Partei einstürmen, ebenso wie andere Maßnahmen, Maßnahmen der härtesten Disziplin, der höchsten militärischen Art, im Augenblick des erbitterten Kampfes unserer Partei gegen die zersetzenden Einflüsse anderer Art Garantien gegen sie wären.

Eine andere Bedingung der Arbeiterdemokratie, die durch die allgemeine Lage diktiert wird und ohne die eine freie Diskussion nicht garantiert wird, ist der Übergang zum System der Wählbarkeit der Angestellten unserer Partei.

Ihr wißt, Genossen, daß diese Frage über die Diskussion aller Fragen und die Hinzuziehung aller Parteimitglieder zu ihr, die Frage der Wählbarkeit des ganzen Parteiapparats von unten bis oben, als Problem, als Aufgabe für uns nichts neues ist. Die Partei hat nicht erst jetzt dieses System ausgedacht. Wir wußten längst, daß der demokratische Zentralismus nicht darin besteht, daß die Partei von unten gewählt wird, sondern darin, daß die angesellten Personen und Institutionen unabweichlich die Weisungen der Partei durchführen. Das haben wir vor einigen Jahrzehnten festgelegt; jedoch mußten wir diesen demokratischen Zentralismus unter verschiedenen Verhältnissen verschieden anwenden, und wenn wir uns jetzt mit dem Übergang zur breiten Anwendung dieses Elements verspätet hätten, so würden wir einen bedeutenden Fehler begangen haben. Kann man aber sagen, daß hier wirklich die Zentrale nicht rechtzeitig aufmerksam geworden ist? Wie kam diese Arbeiterdemokratie? Schon die Vollsitzung der Zentrale im September, die speziell im Zusammenhang mit den Erregungen und im Zusammenhang mit der Bildung der Arbeitergruppe, von der ich gesprochen habe, einberufen wurde, diese Septembervollsitzung nahm ein Referat des Genossen Dserszinski entgegen, der darauf hinwies, daß das Absterben unserer Partei, das Absterben ihres inneren Lebens, das Vorwiegen der Ernennung über die Wählbarkeit — zu einer politischen Gefahr werden und unsere Partei in bezug auf die politische Führung der Arbeiterklasse parallisieren kann. Auf Grund der Analyse dieser Bewegung, die sowohl außerhalb wie innerhalb der Partei im Juli und August war, bildete Genosse Dserszinski zur Überprüfung der innerparteilichen Lage eine breite Kommission, die er beauftragte, diese Frage im ganzen zu behandeln. Das daraufhin zusammengetretene Oktoberplenum faßte den Beschluß, den die Resolution der Zentrale zitiert und in dem es heißt: „Das Plenum der Zentrale und der Z. K. K. (Zentral-Kontroll-Kommission) billigen vollauf dem vom Pol-Büro rechtzeitig eingeschlagenen Kurs auf die innerparteiliche Demokratie sowie die vom Pol-Büro vorgeschriebene Verstärkung des Kampfes gegen die ‚Überspannungen' und den zersetzenden Einfluß der Nep auf die einzelnen Elemente der Partei."

Diese Resolution ist die einzige Resolution des Oktoberplenums, die sich über die Demokratie ausläßt. Das Oktoberplenum beschäftigte sich auch mit anderen Fragen, die auf die Demokratie nicht bezug haben, es beschäftigte sich mit sehr kitzlichen Fragen, aber nicht auf dem Gebiet der Demokratie. Über die Demokratie debattierte das Plenum der Zentrale und der Z. K. K. in folgendem Zusammenhange. Die darüber gefaßte Resolution lautet: „Das Plenum beauftragt das Pol-Büro, alles zur Beschleunigung der Arbeiten der Kommissionen,. die vom Pol-Büro in der Septembersitzung ernannt wurden, Notwendige zu tun: 1. Die Kommission über das Mißverhältnis der Preise zwischen Industrie und Landwirtschaft; 2. über den Arbeitslohn und 3. über die innerparteiliche Lage. Das Pol-Büro hat nach Ausarbeitung der notwendigen Maßnahmen über diese Fragen, deren sofortige Durchführung zu beginnen und auf der folgenden Vollsitzung der Zentrale darüber zu berichten." Somit hat die Oktobervollsitzung dem Pol-Büro den Auftrag gegeben, die Resolution auszuarbeiten; wir haben sie ausgearbeitet, mehr noch: wir haben erreicht, daß diese Resolution, in der heute alle Bestandselemente der innerparteilichen Arbeiterdemokratie vorhanden sind und wo darauf hingewiesen ist, worin diese Arbeiterdemokratie besteht, wie sie praktisch angewandt werden muß, einstimmig vom Pol-Büro und vom Präsidium der Z. K. K. angenommen wurde.

Dadurch hat die Partei die Garantie dessen gegeben, daß jene Schwenkung, die wir vollziehen, wirklich einmütig und mit den geringsten möglichen Schäden für die Partei vollzogen werden kann und muß.

Jede Schwenkung, Genossen, ist schwer. Wir haben mit Euch eine ganze Reihe Schwenkungen gemacht — die einen waren schwerer, kosteten der Partei mehr, die anderen waren leichter. Wir wissen, daß wir, als wir in der Frage der Gewerkschaften umschwenkten, diese Schwenkung im gegenseitigen Kampfe vollbrachten, in einem überaus heftigen Kampfe, wobei die Partei im ganzen in die Diskussion über diese Plattform hineingezogen wurde. Und als wir den grundlegenden prinzipiellen Umschwung zur Nep unternahmen, da unternahmen wir ihn ohne innere Diskussion, ohne inneren Kampf, ohne Fraktionsgruppierungen. Auf diesem Gebiet, auf dem Gebiet der Nep, vollzogen wir die Schwenkung einmütig und deshalb glatt, mit dem geringst möglichen Nachteil.

Worum handelt es sich jetzt? Wir sind nach wie vor für die Arbeiterdemokratie. Nirgends habe ich auch nur eine sachliche Korrektur aus Anlaß dieser Resolution der Zentrale vernommen. Niemand wird behaupten, daß die Arbeiterdemokratie in dieser Resolution entstellt sei, daß der oder der Punkt hinzugefügt werden müßte: praktische Vorschläge über die Durchführung der wirklichen Arbeiterdemokratie sehen wir nicht. Es besteht aber die Gefahr, daß diese Schwenkung uns auch sehr schwer fallen wird, daß es ohne krankhafte Erscheinungen nicht

abgehen wird. Wir haben oben in der Zentrale das Maximum dessen getan, was notwendig ist, um der Zentrale die leichte Begehung dieser Schwenkung zu sichern, wir haben das durch die einstimmige Annahme der Resolution in der Zentrale erreicht. Was für eine Gefahr kann sich nun bei ihrer Durchführung ergeben? Die Gefahr besteht darin, daß wir auf einen neuen Weg einschwenken und derart umwerfen können, daß die Räder der Parteimaschine an dieser Kurve des Parteiwagens in der Luft laufen können... Ihr vermögt unsere Zentrale zu schätzen. Ihr wißt, daß wir damit die Einheit unserer Partei verlieren. Wir stehen vor der Gefahr, die an dieser Kurve droht. Sie besteht darin, daß, wenn wir keine festen Gruppierungen besitzen, wir nicht wissen, was wir über die Freiheit der Diskussion, die wir verkünden, denken sollen. Auf allen Rayonsversammlungen stößt man auf eine Frage: Wie steht es denn, schließt diese Arbeiterdemokratie die Diskussionsfreiheit und die Freiheit der Gruppierungen ein oder aus? Die Arbeiterdemokratie, ebenso wie jede Demokratie, schließt die Freiheit der ideellen Gruppierungen in sich. Wenn wir an die Demokratie denken, an ihre volle, uneingeschränkte Form, so läßt sich das Recht der Gruppierungen nicht ausschalten. Wir behaupten jedoch bestimmt, daß jene Arbeiterdemokratie, die gegenwärtig von der Resolution der Zentrale formuliert wird, keine Freiheit der Gruppierungen zuläßt, schon gar nicht zu reden von einer Freiheit der Fraktionen. Auch hier müssen wir uns verständigen. Wenn es Genossen gibt, die glauben, daß diese Beschränkungen unmöglich seien, wie der Genosse Preobraschenski (es ist gut, daß er hier ist), behauptet: Wir können ohne diese Freiheit der Gruppierungen die Arbeiterdemokratie nicht verstehen. Warum sind wir gegen Gruppierungen? Darum, weil wir die Partei im ganzen in jener Grundlage belassen müssen, in der sie sich befindet. Wir sind gegen die Gruppierungen, weil wir nicht bloß eine Kommunistische Partei vorstellen, weil wir uns mit Euch, als Kommunistische Partei, in einer besonderen Lage befinden. Wenn sogar die Kommunistischen Parteien Frankreichs oder Deutschlands eine Freiheit der Gruppierung besitzen, so ist das nur ein Umstand, der in sich die Erbschaft der organisatorischen Methoden der Sozialdemokratie birgt. Nicht so unsere Partei, die sich von allen anderen Kommunistischen Parteien dadurch unterscheidet, daß jene Parteien erst noch um die Macht kämpfen, während wir das Land regieren – hier darf man sich keinerlei Illusionen hingeben. Hier sind 400.000 Kommunisten verschiedener Elemente, verschiedener Generationen und aus verschiedenen Parteien — und diese 400.000 Kommunisten regieren das Land. Können wir zwischen diesen 400.000 Kommunisten eine Freiheit der Gruppierungen zulassen? Wir sagen — nein. Diese Freiheit der Gruppierungen führt zur Spaltung der Staatsmacht, und nur unverantwortliche Leute, nur jene, die das gegenseitige Verhältnis zwischen unserer Partei und der Staatsmacht nicht verstehen, können damit spielen und darüber viel reden.

Der X. Kongreß unserer Partei hat in einem überaus schweren Augenblick diese Frage gestellt, und wir müssen die Genossen, die sagen: Die Resolution der Zentrale ist ungenügend oder muß anders ausgelegt werden — wir müssen sie fragen: Was schlagt Ihr vor, mit der Resolution des X. Kongresses zu machen? Das war die Resolution des Genossen Lenin, von seiner Hand geschrieben und angenommen ohne jederlei Änderungen. Genosse Lenin hat begriffen, wodurch Gruppierungen und Fraktionen hervorgerufen werden können. Es gibt ein gewisses Übergangsstadium. Als wir auf einer Versammlung sagten, daß das die Resolution des X. Kongresses ist, die vor zwei Jahren verfaßt wurde, so erwiderte jemand, daß die Resolution veraltet sei und man sie abändern müsse, da sie vor zwei Jahren geschrieben worden sei. Diese Resolution gibt eine solche Formulierung, daß sie nicht veralten kann. Wir führen augenblicklich eine Existenz, umgeben vom Kleinbürgertum, eine Existenz, die zu drei Vierteln sich im Schraubstock von dem herrschenden Regime und der Sowjetregierung feindlichen Elementen befindet, eine Existenz, die von allen Seiten von den Fangarmen der Nep umgeben ist. Bis zu jener Zeit, zu der diese objektive Lage bleibt, bleiben auch jene Worte der Resolution des X. Kongresses voll in Kraft.

Ich sage, wenn ein Mitglied der Partei über irgendetwas im Zweifel ist — so soll es in seine Organisation gehen, dort diskutieren, sich eine Mehrheit suchen, aber das im Rahmen der Partei tun. Wenn es aber zu anderen Leuten geht oder zu Genossen, die eine ganz andere Partei haben, so begeht es ein Verbrechen. Wir wissen also, daß es viele Genossen gibt, die sich gerade mit der Bildung von Gruppierungen beschäftigen.

Wir haben nichts gegen Meinungsverschiedenheiten. Angenommen, heute ergeben sich unter uns Meinungsverschiedenheiten aus Anlaß des einen oder anderen Dekrets, aus Anlaß der einen oder anderen Verfügung. Die Genossen kommen zusammen und diskutieren. Das ist eines. So steht zum Beispiel auf der Tagesordnung die Geldreform, eine für die ganze Sowjetmacht und die Partei wesentliche Frage. Vielleicht gibt es auch hier eine Gruppe Genossen, die sagt: Wir sind nicht einverstanden damit, wie diese Reform durchgeführt wird. Aber das ist eine zufällige Meinungsverschiedenheit, die der Diskussion der Partei unterliegt. Wenn aber diese Genossen, die im Laufe all dieser Jahre sich auf jene Plattform geeinigt hatten, kommen und sagen, daß sie überhaupt nicht mit uns einverstanden sind, wenn sie eine Gruppierung bilden, die in sich selbst geschlossen ist, so erlauben sie, daß wir auf dem Gebiete der Politik keine Säuglinge sind, so erlauben sie, daß wir dem nicht glauben. Und wir sagen: Ihr geht auf gefährlichen Wegen, Ihr geht auf dem Weg, den der Kongreß verboten hat. Wir sagen das deshalb, weil wir gut wissen, wie sich die Fraktionen bilden, wie sie auf ihr Ziel losgehen. Wir selbst haben uns als Fraktion gebildet, wir waren 20 Jahre eine Fraktion in der Russ. Soz. Arb.-Partei und wir waren ganz bewußt eine Fraktion, da wir unter Beschreitung dieses Weges die Macht erobern wollten, und wir haben das erreicht. Wir haben uns von den Menschewiki gespalten und haben unsere Partei als Ganzes aufgemacht. Um die vor uns stehende Frage zu lösen, muß man offen aussprechen, wohin die Fraktion führt und was eine solche Gruppierung gibt. Wir verstehen die Struktur der Partei anders als jene Genossen, die auf dem Standpunkt der Freiheit der Gruppierungen stehen. Es gibt zwei Formen der Parteigruppierungen: sagen wir eine menschewistische Partei, mit der wir sehr lange in Nachbarschaft gelebt haben und die wir kennen lernten, und unsere Fraktion — die Bolschewiki. Welcher Unterschied besteht zwischen ihnen? Der Unterschied besteht darin, daß wir eine zentralisierte, bis zum letzten auf ihrer ideellen Basis vereinigte Organisation des Stoßtrupps der Revolutionäre waren. Was waren sie? Sie waren ein Koalition verschiedener Schattierungen, verschiedener Gruppierungen. Das war die menschewistische Organisation, und darum ist sie im innerparteilichen Kampf unterlegen. Wir standen da als einheitliche Organisation, sie — als eine Koalition verschiedener Schattierungen und Gruppierungen. Nicht umsonst nannte Genosse Lenin die Menschewiki die Helden der kleinen Vorbehalte. Wenn wir eine Organisation vor uns haben, in der der eine Teil dem anderen gegenübersteht, so muß natürlich jeder Teil dieser Gruppierungen den anderen gegenüber Vorbehalte machen. Ich fürchte, daß Genosse Preobraschenski sich gegenüber dem Genossen Sapronow Vorbehalte machen wird, und der Genosse Sapronow gegenüber dem Genossen Ossinski. Genossen, ich frage Euch, was wollt Ihr? Wollt Ihr eine festverschmolzene Kampforganisation mit all der inneren Demokratie, die in der Partei ist oder geht Ihr darauf aus, unsere Partei in eine Koalition von Gruppen zu verwandeln, kleinen Gruppierungen, Schattierungen usw.? Diesen Luxus aber können wir uns nicht erlauben. Und wir glauben, daß die Partei bis zum nächsten Kongreß jene Zentrale mit dem Henkerstrick vertreiben würde, die die Partei in einen solchen Zustand bringen würde. Eine solche Ausartung der Partei würde ihre volle Niederlage an der Front der wirklichen Staatsmacht bedeuten. Es gilt, darnach zu streben, diese Schwenkung darum einmütig zu vollziehen und so, daß wir nur das geringste dabei verlieren. Wenn aber irgendjemand diese Schwenkung ausnutzt, um in unsere Vorstellungen über die Dinge das einzuschalten, was das Wesen der menschewistischen Partei war, so erlauben Sie, Genossen, daß wir einen Punkt machen. Das werden wir nicht zulassen, wie wir auch was anderes nicht zulassen werden, was man gleichfalls auf den Rayonsversammlungen zu hören und zu fühlen bekam. Auf allen diesen Versammlungen wurde die Frage über den Apparat aufgeworfen. Warum sollte man nicht die günstige Gelegenheit benutzen, wenn die Partei sagt: Ja, es gab wirklich Fehler, es gab „Ernennungskünstler", es sind Dummheiten vorgekommen. Warum sollten in jenem Augenblick nicht jene Genossen kommen, die drei Jahre an die Türe getrommelt haben, und sagen: „Nun, dann nieder mit dem Apparat". Wenn die Aufgabe gestellt wird, diese Schwenkung zu einer Hetze des einen Teiles der Partei gegen den anderen auszunutzen — so bedeutet das über die Schnur hauen und sich den Hals brechen.

Was ist unser Parteiapparat? Nach der Auskunft, die ich in der Zentrale erhalten habe, arbeiten im Parteiapparat 20.000 Genossen. Ich weiß nicht, ob das viel oder wenig ist. Aber ich

weiß, daß in unseren Volkskommissariaten eine viel größere Anzahl Apparatmenschen arbeiten. Wenn aber unter 400.000 Mitgliedern der Partei 20.000 von dem erfaßt sind, was wir die Parteiapparatsarbeit nennen, so wird das durch die Notwendigkeit geboten. Es fragt sich also, wie wir mit diesem Apparat umzugehen haben, ob man ihn zu etwas braucht, oder ob das eine besondere Auswahl von Leuten in der Partei ist, die man hinausjagen soll? Ich behaupte, daß man diesen Apparat erneuern muß, die Fehler des Apparats durch alle gemeinschaftlich verbessern muß — wenn man aber eine Losung ausgibt: „Nieder mit dem Parteiapparat", so muß man aufpassen, daß man damit nicht den ganzen Regierungsapparat zerschlägt, aufpassen, daß dadurch nicht das Skelett der Partei überhaupt verletzt wird, mit Hilfe dessen die Partei bisher gearbeitet hat, wie sie arbeiten mußte. Kann man ohne diesen Apparat jene staatlichen Aufgaben erfüllen, die auf der Partei lasten? Ihr vergeßt, daß wir mit Euch zusammen zu drei Vierteln eine staatliche Arbeit ausführen — oder Ihr werdet jenen glauben, die sagen: Die Partei soll sich mit ihren Sachen beschäftigen, aber der Staat mit den staatlichen Dingen. Es gibt solche, die so reden. Das ist ein trügerischer, politischer Weg. In unserem Agrarlande, bei unserer Anzahl des Proletariats, bei der Nep, bei unserem Staatsapparat darf nicht vergessen werden, daß Genosse Lenin diesen Apparat gesäubert hat, daß auf uns Kommunisten als Partei diese ungeheure Aufgabe der rein staatlichen Arbeit lastet.

Die Losung „Weg von den Stellen mit den Apparatmenschen", haben wir Bolschewiki gegen die Menschewiki gebraucht, weil wir diese Partei vernichten wollten.

Es muß beachtet werden, daß wir einen mächtigen zentralisierten Apparat brauchen. Der Apparat, den wir haben, ist schlecht, er macht Fehler, wie auch alle unsere Parteimitglieder. Aber irren sich etwa nicht auch jene Parteimitglieder, die die Partei auf verantwortliche Posten gestellt hat, die Wirtschaftler, die Konsumgenossenschaftler? Sie irren sich auch. Aber unsere Fehler, die uns mehr angehen, die sich unmittelbar am Fleische der Partei zeigen, tun uns natürlich weher. Aber im allgemeinen hat der Parteiapparat die ihm von der Zentrale diktierte Politik durchgeführt. Der Apparat ist ein Werkzeug, ein Instrument, und wenn Ihr verschweigen wollt, daß der Apparat seine Politik durchgeführt hat, wenn Ihr die allgemeine Politik durch die Losung untergraben wollt „Weg von den Stellen mit den alten Apparatmenschen", so wird die Partei das nicht zulassen. Sie wird ihren Apparat systematisch erneuern und seine Krankheiten kurieren. Deshalb sagt sie: „Erneuert bei allen Neuwahlen systematisch den Parteiapparat und stellt auf die Posten Genossen und Leute, die wirklich fähig sind, die Arbeiterdemokratie durchzuführen."

Zum Schlusse möchte ich mir selbst und Euch noch die Frage vorlegen: Vor uns ist eine Resolution, vor uns ist eine historische Wendung, die natürlich in der allgemeinen politischen Situation nicht so wesenxlich ist, wie die Schwenkung zur Nep. Wir haben die Garantie gegeben, daß diese Schwenkung mit dem für die Partei geringsten Verlust vollzogen wird, und ich antworte auf die Frage, was geschehen soll zur Ausführung der Beschlüsse der Zentrale, vollkommen klar: „Von oben bis unten das Parteileben erneuern, alle Fragen politischen und ökonomischen Charakters zur Debatte der breiteren unteren Schichten der Partei stellen, die unsere Politik bestimmen; unseren Apparat systematisch bei den Neuwahlen erneuern; die Ernennungen fallen zu lassen, um die Resolution der Zentrale durchzuführen". Was aber nicht geschehen darf, das ist folgendes: Es dürfen an dieser Kurve keinerlei Gruppierungen, weder fraktionsmäßige noch nichtfraktionsmäßige gebildet werden, der eine Teil der Partei darf nicht gegen den anderen gehetzt, die Schwenkung der Partei darf nicht zu einem versteckten Kampf um die Macht in der Partei verwandelt werden. Dann werden wir unsere Aufgabe erfüllen. Erweisen wir uns schwach, um denen Widerstand zu leisten, die gegenwärtig die Partei gegen sich selbst ausspielen wollen, wenn wir in dieser Beziehung nicht genügend fest sein werden, so werden wir zu Verbrechern vor der gesamten Meinung der Partei und dem künftigen Parteitag. Ich habe die tiefe Überzeugung, daß die Moskauer Organisation diesen Fehler nicht macht, daß sie alles wägen wird, die gesamte Kritik aufmerksam diskutieren wird in ihren Zellen, und schließlich geschlossen und vorsichtig, unter Wahrung der alten bolschewistischen Disziplin und der alten bolschewistischen Ideologie die Schwenkung vollziehen und niemandem gestatten wird, sie dabei zu hindern.

Schlußwort:

Ich habe in meinem Referat die wesentlichste und wichtigste Frage des heutigen Moments des Parteilebens aufgerollt. Ich glaube, daß ihr heute beschließen müßt, daß dieser Beschluß nicht nur für die Moskauer Organisation gesetzt zu werden hat, sondern daß er die allgemeine Meinung der Partei auch in der Provinz bestimmt. Darum bitte ich Euch, jene nervöse Stimmung abzulegen, die augenblicklich herrscht und die Bilanz der heutigen Diskussionsversammlung zu ziehen.

Genossen, alles das, was hier gesagt wurde, ist nicht ganz so, wie Genosse Sinowjew das forderte oder wollte. Hier wurde von einem Monopol gesprochen, das ist nicht richtig. Nicht richtig deshalb, weil keinerlei Monopol gegen die Diskussion bestand. So lange die Diskussion nun bereits in Moskau vor sich geht, ist doch nicht ein einziger Umstand aufgetaucht, daß diese verschrieenen Apparate irgend eine Parteizelle gehindert hätten, diese Diskussion zu führen, und es gibt keine Macht, die dem jetzt, bei der bestehenden Resolution der Zentrale, entgegenhandeln oder irgend jemand hindern könnte, eine beliebige Frage zu diskutieren. Wir müssen zu irgend einem Beschlusse kommen, damit unsere Diskussion nicht wie ein Witz aussieht. Die Frage liegt nicht darin, ob die Zentrale die einen oder die anderen Genossen befriedigt, es geht um die Thesen, darum, daß wenn die Führer dieser Zentrale bei der Wendung, zu der sie auffordern, zur Spaltung führen, das sehr schlimm sein wird. Und die zweite Frage: Schließt jene Demokratie, zu der wir aufrufen, die Freiheit der Gruppierungen ein — das ist die wesentliche Frage, auf die geantwortet werden muß, und jenes Monopol, von dem Genosse Sapronow sprach. Sapronow hat darauf verwiesen, daß Kamenew soviel Lenin zitiert, während er selbst den vierten Teil seines Referats darauf verwandte, einen Artikel des Genossen Trotzki zu verlesen. Genosse Preobraschenski sagte: „Genosse Kamenew und andere Genossen mit ihm kämpfen um das Monopol der Auslegung Lenins." Nein, Genossen, um die Auslegung Lenins kämpfen wir nicht. Vielleicht existiert hier ein gewisses Monopol, das ist das Monopol, das die Partei einer Gruppe von Personen gegeben hat, und das wir erfüllen müssen, ohne es aus unserer Hand zu lassen, so lange die Partei existiert, sonst wäre das ein Verbrechen und es wären andere Leute, andere Führer der Zentrale zu bestimmen. Dieses Monopol, das wir zu verteidigen verpflichtet sind, verteidigen wir, da wir sonst nicht die Führer der Zentrale, sondern nur alte Weiber wären (Beifall). Das ist die Frage, auf die die Moskauer Organisation Antwort erhalten muß, die Frage: Stellt die Zentrale, wie man das in der Moskauer Organisation leise flüstert, eine Gruppenfraktion dar? Die Angabe, daß auf dieser Versammlung die Leute des Apparats mobilisiert worden seien, ist Unsinn. Wenn Genosse Sinowjew in seinem Vortrag sagte, daß wir Mitglieder der Zentrale uns bemühen, die Fragen über die Meinungsverschiedenheiten nicht aufzurollen — so bedeutet das, daß wir keine solchen haben. Es darf nicht gesagt werden, daß die Mehrheit der Zentrale sich in eine Gruppe, in eine Gruppe, in eine Fraktion verwandelt habe. Habt Ihr, Genossen, an der Spitze Euerer Partei eine Zentrale, die vom Kongreß gewählt wurde und sich nicht zufällig gebildet hat, da die Wahlen auf dem Kongreß nicht durch eine zufällige Mehrheit erfolgen? Die Zentrale und ihre Zusammensetzung, wie sie besteht, hat sich in Jahrzehnten gebildet durch die Auslese des einen nach dem anderen. Wie viele Leute haben wir nicht hinzugezogen? Waren nicht die Genossen Preobraschenski, Smirnow und Sapronow Mitglieder der Zentrale? Sag' also nicht, daß das eine zufällige Gruppierung von Leuten sei, die sich aus persönlicher Freundschaft zusammengefunden und die Macht usurpiert hätten. Das ist das, was die Partei, durch eine langwierige Auslese, durch eine Auslese jener geschaffen hat, die sie von unten her in den Vordergrund zu rücken für notwendig hielt. Genosse Preobraschenski sagte, er hätte etwas von einem Dreierkopf gehört. Ich möchte den Genossen Preobraschenski fragen, ob er auch nur ein politisches Dokument kennt, auch nur einen einzigen Beschluß, eine einzige Verfügung, die von dem Dreierkopf ausgegangen wäre? Kennt er ein einziges Dokument, bei dem die Politik der Zentrale nicht im Namen der Zentrale durchgeführt worden wäre?

Bedeutet das nun, daß in der Zentrale keinerlei Meinungsverschiedenheiten sind? Durchaus nicht. Wir wurden nicht gewählt, weil wir in allem miteinander übereinstimmen. Wir streiten in der Zentrale und wir haben Mehrheit und Minderheit, wie in jeder anderen Zelle. Eine Fraktion würde dann bestehen, wenn irgend welche Beschlüsse hinter dem Rücken der Zentrale durchgeführt würden, wenn Mitglieder der Zentrale, die mit der von

ihnen durchgeführten Linie nicht einverstanden sind, der Möglichkeit beraubt würden, gemeinsam den gefaßten Beschluß zu diskutieren. Solange dies nicht der Fall ist, und Ihr habt kein Recht zu behaupten, daß es der Fall sei, habt Ihr auch kein Recht zu behaupten, daß die Zentrale ein Fraktionszentrum sei. Entweder glaubt Ihr der Zentrale oder den anderen, da anders die Zentrale nicht arbeiten kann. Und Ihr müßt diese Antwort geben, trotzdem die Genossen Preobraschenski und Sapronow erzählen, daß die Linie der Zentrale im großen und ganzen richtig ist, denn wenn das nicht der Fall ist, und wenn auch nur ein Zehntel der Partei glauben würde, daß die Zentrale die Partei mit dem Maulkorb leitet, so taugt diese Zentrale nicht. Wenn Ihr selbst die Frage nicht so stellen werdet, so werden wir die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages fordern.

Jetzt zum Parteiapparat. Die Frage muß politisch angefaßt werden. Natürlich wissen alle, was für ein Parteiapparatmensch ich bin und was für einer der Genosse Kalinin ist. Der Genosse Sapronow hat gesagt, daß der Parteiapparat sich in einen Fraktionsapparat verwandelt habe, Ihr habt vom engen Fraktionswesen gesprochen. Das habt Ihr gesagt und nicht das, daß der Apparat faul sei, daß man ihn gewissermaßen vergleichen könne mit dem Apparat der deutschen Sozialdemokratie. Was für ein Blödsinn und was wollt Ihr damit sagen? Dort hindert der Apparat die Entwicklung der Revolution. Was folgt also daraus? Es folgt entschieden nichts daraus. Eines ist klar, daß die deutsche Sozialdemokratie einen Apparat besitzt, der ihrer wert ist. Die Frage ist, ob wir einen Apparat haben, der unserer Partei dient? Wir sagen, daß wir diesen Apparat auffrischen müssen, daß der Apparat Fehler aufweist. Es fragt sich also, warum man über den Apparat herfällt. Weil er schlecht ist? Wenig biegsam? Weil er den Arbeitern den Mund stopft? Dann schleppt an den Haaren jenen Menschen ans Licht der Sonne, der die Arbeiter nicht reden läßt, der die Diskussion verbietet, der die Führung durch Maulkorbmethoden ersetzt. Ihr habt mehr gesagt: Ihr habt gesagt, daß der Parteiapparat sich in einen Fraktionsapparat verwandelt habe, was bedeutet, daß Euch zu neun Zehnteln die Politik der Zentrale nicht gefällt. Diese Politik der Zentrale wird Euch auch dann nicht gefallen, wenn die Zentrale aus Sapronow, Preobraschenski bestehen und durch den Zentralapparat jene Beschlüsse verwirklichen wird, die Euch aus irgend einem Grunde nicht gefallen.

Was ist über das Fraktionswesen zu sagen? Haben wir nicht etwa die menschewistische Partei vernichtet? Haben wir etwa nicht die „Arbeit" der Sozialdemokratie in Deutschland vernichtet? Aber wir kennen den politischen Hintergrund unserer Handlungen. Dort haben wir einen uns feindlichen Apparat einer Fraktion vernichtet, die eine schändliche Politik betrieb. Und wenn Ihr über den Fraktionsapparat hier sprecht, so sagt Ihr dadurch indirekt, daß Euch diese Politik des Apparats nicht gefällt, weil er nicht in Euren Händen ist, weil er eine Politik betreibt, gegen die Ihr Sturm lauft.

Wir sagen, der Apparat muß erneuert werden und wir haben das in der Hand. Wir haben die Neuwahlen in der Hand.

Dürfen wir auch nur eine Minute daran denken, die Reifen zu schwächen, die unsere Partei nicht nur zu einer Partei zusammenschmieden, sondern zu einer militärischen Kolonne? Wenn Ihr uns beweist, daß Gruppierungen nicht mehr gefährlich sind, daß der Einfluß der Nep ungefährlich ist, daß wir international einen Platz erobert haben, der uns Macht und Festigkeit verleiht, wenn Ihr uns sagen werdet, daß die Lage der Demokratie bei uns geändert und die Lage unseres Apparats sich soweit gefestigt habe, daß die Gruppierungen der Partei darauf keinen Einfluß haben werden, dann werden wir antworten: „Ja, die Zeit zur Freiheit der Diskussion ist gekommen." Solange man uns aber das nicht beweist, werden wir sagen: „Diskutiert, beratet, geht aus einer Zelle in die andere, aber bildet keine Fraktionen, die zur Zerreißung der Einheit der Partei und der Einheit der Rätemacht führen."

Schließlich möchte ich mich noch darüber verbreiten, was der Genosse Radek gesagt hat. Er sprach von einer Spaltung und hielt hier eine leidenschaftliche Rede gegen die Spaltung. Ich weiß nicht, woher er diese Worte über die Spaltung nimmt? Wenn er nur wiederholen wollte, was Genosse Lenin sagte: „Seid auf der Hut und fürchtet die Spaltung, nehmt Maßnahmen, um sie zu verhüten", so wäre es einfach nur erforderlich gewesen, den Artikel Lenins zu nehmen und diese Zeilen zu verlesen. Warum hat Radek davon gesprochen? Wenn es Tatsachen gibt, die die Spaltung beweisen, so war er verpflichtet, von ihnen zu reden, denn so zu reden, das heißt man Zweifel und Alarm säen. Man darf sich nicht ruhig zu Worten verhalten, wenn ein verantwortliches Mitglied der Zentrale kommt und von der Spaltung spricht. Eine Spaltung gibt es in der Partei nicht, auch keine Anzeichen und wird es auch nicht geben. Radek sagte: „Beide Seiten .." Welche beiden Seiten? Beide streitende Seiten —, aber er vergaß, daß wir keine Seite sind. Wir befinden uns nicht in einer Lage, wo das ZK. die eine Seite und irgend eine fraktionelle Gruppe die andere Seite wäre. In der Partei ist eine Zentrale, die sich nicht als Seite fühlt, sie führt die Politik und führt sie durch, hört die Kritik an, der gegenüber sie sich verantwortet. Wenn wir kein solches mutiges Organ haben werden, das in solch entscheidenden Augenblicken, wie die deutsche Revolution, die Verantwortung auf sich nehmen wird, so werden wir auch keine Partei haben. Es gibt keine zwei Seiten, es gibt nur ein Ganzes — die Zentrale, deren Kritik wir schätzen dem Wesen nach, und wenn die Kritik ihrer Tätigkeit richtig ist, werden wir viel davon aufnehmen. Das bedeutet nicht, daß alles, was nicht aus unserem Lager kommt, abgelehnt werden muß von uns, aber alles, was wir hören, muß kritisch abgeschätzt werden, weil in den Augenblicken sämtlicher geschichtlichen Wendungen diese Genossen uns solche Dinge vorgeschlagen haben, die unseren Parteikarren in den Abgrund getrieben hätten. Und nicht umsonst hatte Genosse Lenin bei der Taxierung der Fehler der Zentrale gesagt: „Ja, die Zentrale ist daran schuld, ja, sie hat das nicht vorausgesehen, ja, hier muß man heilen". — Aber immer hat er hinzugefügt: „Kuriert die Fehler der Zentrale nicht mit jenen weißen Salben, die in den Apotheken von Sapronow, Preobraschenski, Ossinski und anderer hergestellt werden." Sapranow hat in dieser Kardinalfrage seine Einheit mit Trotzki demonstriert. Wie sollte er sich nicht auf Trotzki zu stützen versuchen. Menschlich ist das vollkommen begreiflich. Es klingt sehr gut: „Ich aber bin mit Trotzki einverstanden." Daß Sapronow einverstanden ist mit der Formulierung Trotzkis, um die Zentrale zu schlagen, daran zweifle ich nicht, ob aber Trotzki mit Sapronow einverstanden ist, das weiß ich nicht. (Beifall.) Radek sagte: „Ich bedauere, daß Trotzki in diesem Artikel den Vergleich der ‚Spitzen unserer Partei' mit der Ausartung der Bernstein und anderer Schüler von Marx zugelassen hat." Radek ist, wenn auch nicht ganz, so doch zu neun Zehnteln, auf der Linie Sapronows. Ich habe wenigstens diesen Eindruck empfunden, und trotzdem hält er es für nötig zu sagen, er bedauere, daß Trotzki unnötigerweise diesen Vergleich gemacht habe. Ich bedauere in diesem Falle zusammen mit Radek, daß Trotzki eine solche Formulierung gebraucht hat, die Sapronow gestattete, sich an sie zu klammern und gegen die Zentrale zu richten. Das beweist, daß man mit solchen Formulierungen vorsichtiger sein muß. Ich habe hier einen Zettel, der von Arbeiterhand geschrieben wurde: „Trotzki fordert doch auf, die Apparatmenschen zu entfernen, wie sollen wir uns da zurechtfinden!" Sichtlich hat diese Formulierung bei dem Verfasser dieses Zettels diese komplizierte Frage ergeben. Ich spreche nicht von dem Artikel Trotzkis, sondern von der Ausnutzung seiner Formulierungen.

Schließlich bedarf der Artikel Trotzkis der Ergänzungen und der Erläuterungen, damit in der Tiefe der Masse nicht Zweifel auftauchen darüber, ob Genosse Trotzki auffordert, die Apparatmenschen zu entfernen. Die Rettung liegt in der strengen Wahrung und Durchführung der Resolution des X. Kongresses. Wenn die Wendung unter der Parole erfolgt: „Weg, fort!" so liegt darin die Gefahr, daß die gesunde Notwendigkeit zu weit geht, über die Schnur haut und das Wesen unseres Apparats trifft. Wenn Ihr sagt, daß die Moskauer Organisation, die von der Zentrale ausgearbeitete Resolution annimmt und sich verpflichtet durchzuführen unter der Führung der Zentrale, unter gleichzeitiger Bewahrung unserer Partei vor jedwedem Fraktionswesen, unter Abweisung jeder Hetze des einen Teiles gegen den anderen, dann werden wir die Schwenkungen leicht vollziehen. Wenn wir aber an dieser Wendung die Zügel fahren lassen, so werden wir einen Monat darauf Fraktionen und Teile haben, die gegeneinander ausgespielt werden. Die Partei muß durch die Zentrale vor allem vor der inneren Spaltung bewahrt werden. Es ist bisher üblich gewesen, die Moskauer Organisation zu loben. Wir lesen in den Zeitungen und hören von dem Genossen Preobraschenski, daß die Moskauer Organisation eine lebendige Organisation sei, wenn sie auch einen gewissen Bureaukratismus zeige. Ich befürchte, daß diese Genossen die Moskauer Organisation gelobt haben, weil sie auf ihre ersten Schritte hin hofften, daß sie die Moskauer Organisation loben, wenn sie geschlossen die Zentrale unterstützt und diese Gruppe ablehnt.

Genosse Stalin über die Aufgaben der Partei.

Bericht über den Parteiausbau

auf der erweiterten Sitzung des Bezirkskomitees von Krasnaja-Presnic mit den Gruppenorganisatoren, den Mitgliedern des Diskussionsklubs und den Zellenbüros am 2. Dezember 1923.

Genossen, ich muß vor allem betonen, daß ich hier als Referent in meinem eigenen Auftrage und nicht im Namen der Zentrale der Partei auftrete. Wenn die Versammlung beschließt, mein Referat anzuhören, so stehe ich zu Diensten (Wir bitten!), das heißt nicht, daß ich irgendwelche Meinungsverschiedenheit mit der Zentrale in dieser Frage habe — durchaus nicht. Ich trete hier in meinem eigenen Namen nur deshalb auf, weil die Kommission der Zentrale zur Ausarbeitung von Maßnahmen zur Verbesserung der innerpolitischen Lage in diesen Tagen der Zentrale die Ergebnisse ihrer Arbeit vorlegen wird. Die Ergebnisse sind noch nicht vorgelegt worden, und deshalb habe ich vorerst kein formelles Recht, im Namen der Zentrale aufzutreten, obwohl ich überzeugt bin, daß das, worüber ich reden werde, im wesentlichen auch der Ausdruck der Stellung der Zentrale zu diesen Fragen sein wird.

Die Diskussion — ein Zeichen der Kraft der Partei.

Die erste Frage, die ich hier hier aufwerfen möchte, das ist die Frage über den Sinn der augenblicklich in der Presse und den Zellen vor sich gehenden Diskussion. Worüber spricht diese Diskussion und was bedeutet sie? Ist das nicht ein Sturm, der in das ruhige Leben der Partei eingebrochen ist, ist diese Diskussion nicht ein Anzeichen, wie die einen sagen, für die Zersetzung der Partei, ihres Zerfalls oder — wie die anderen sagen — das Anzeichen einer Ausartung der Partei? Ich glaube, Genossen, daß weder das eine noch das andere zutrifft: weder eine Ausartung noch eine Zersetzung. Es handelt sich darum, daß die Partei in der letzten Zeit gewachsen ist, daß sie sich erheblich von überflüßigem Ballast befreit hat, daß sie proletarischer geworden ist. Ihr wißt, daß wir vor zwei Jahren nicht weniger als 700.000 Parteimitglieder hatten. Ihr wißt, daß aus der Partei mehrere Hunderttausend früherer Parteimitglieder ausgetreten sind oder ausgestoßen wurden. Weiter hat sich die Partei in ihrer Zusammensetzung gebessert und sich qualitativ in dieser Zeit gehoben im Zusammenhang mit der Besserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse, im Zusammenhang mit der Hebung der Industrie, in Hinsicht auf die Rückkehr alter qualifizierter Arbeiter vom Lande, in Hinsicht der neuen Welle eines kulturellen Aufschwunges unter den Industriearbeitern. Mit einem Worte: in Hinsicht aller dieser Bedingungen ist die Partei gewachsen, hat sich qualitativ gehoben. Ihre Bedürfnisse sind größer geworden, sie stellt mehr Anforderungen, sie will mehr wissen, als sie bisher wußte, und sie will mehr entscheiden, als sie bisher entschieden hat.

Die eingerissene Diskussion stellt kein Anzeichen von Schwäche der Partei dar, noch viel weniger der Zersetzung oder der Ausartung, sondern ein Anzeichen von Kraft, ein Anzeichen von Stärke, ein Anzeichen der Verbesserung der qualitativen Zusammensetzung der Partei, ein Anzeichen der Hebung ihrer Aktivität.

Die Ursachen der Diskussion.

Die zweite Frage, die vor uns auftaucht, ist die Frage darüber, warum gerade im gegenwärtigen Moment, im Herbste dieses Jahres die Frage über die innerparteiliche Politik einen so scharfen Charakter angenommen hat? Wie ist das zu erklären? Wo sind die Ursachen? Ich nehme an, Genossen, daß wir es hier mit zwei Ursachen zu tun haben. Die erste Ursache, das ist die Welle der Gärung und der Streiks in Verbindung mit dem Arbeitslohn, die im August d. J. über einige Gebiete unserer Republik hinwegging. Es handelt sich darum, daß diese Streikwelle Mängel unserer Organisationen, die ungenügende Fühlung einiger unserer Organisationen — sowohl parteilicher als staatlicher — mit den Ereignissen in den Unternehmungen aufgedeckt hat, daß sich in Verbindung mit dieser Streikwelle das Vorhandensein einiger illegaler, ihrem Wesen nach antikommunistischer Organisationen innerhalb der Partei, die darnach streben, die Partei zu zersetzen, herausgestellt hat. Alle diese Mängel nun, die sich im Zusammenhang mit der Streikwelle ergeben haben, haben der Partei so scharf in die Augen geleuchtet, haben die Partei mit einem derart ernüchternden Lichte übergossen, daß sie die Notwendigkeit innerparteilicher Umstellungen erkannte. Die zweite Ursache, die die Frage der innerparteilichen Politik gerade in diesem Moment zuspitzte, das sind die massenhaften Urlaube, die unsere Parteigenossen zugelassen haben. Diese Urlaube sind natürlich vollkommen begreiflich, haben aber infolge ihres Massencharakters dazu geführt, daß der Puls des Parteilebens gerade im Augenblick der Gärung in den Betrieben erheblich geschwächt wurde, was in hohem Grade die Aufdeckung der gerade zu jener Periode, im Herbste dieses Jahres, angewachsenen Mängel erleicherte.

Die Mängel des innerparteilichen Lebens.

Worin bestehen nun diese Mängel des innerparteilichen Lebens? Etwa darin, daß die Linie der Partei falsch war, wie einige Genossen denken, oder darin, daß die Linie der Partei richtig war, in der Praxis aber vom richtigen Wege abwich und in Anbetracht gewisser subjektiver und objektiver Verhältnisse eingestellt wurde?

Ich glaube, daß der wesentliche Mangel unseres innerparteilichen Lebens gerade darin besteht, daß, unbeschadet der richtigen Linie der Partei, die ihren Ausdruck in den Beschlüssen unserer Kongresse fand, die Praxis in der Provinz (nicht überall natürlich, aber in einigen Bezirken) falsch war. Bei einer richtigen proletarisch-demokratischen Linie unserer Partei hat die Praxis in der Provinz Tatsachen und Erfahrungen im Sinne einer bürokratischen Entstellung dieser Linie geschaffen.

Darin besteht der wesentliche Mangel. Das Vorhandensein von Widersprüchen zwischen der grundlegenden Linie der Partei, wie sie der X., XI. und XII. Kongreß festgelegt hat, und der Praxis unserer Organisationen in der Provinz bei der Durchführung dieser Linie, darin besteht das Wesen aller Unzulänglichkeiten des innerparteilichen Lebens.

Die Linie der Partei sagt, daß die wichtigsten Fragen unserer Parteipraxis, natürlich mit Ausnahme jener, die sich nicht aufschieben lassen oder die ein militärisches, diplomatisches Geheimnis darstellen, unbedingt auf den Parteiversammlungen zur Debatte gestellt werden müssen. Das fordert die Linie der Partei. Die Praxis der Partei in der Provinz aber, wenn auch natürlich nicht überall, war dafür, daß eigentlich kein besonderes Erfordernis besteht, eine Reihe von Fragen der innerparteilichen Praxis auf den Parteiversammlungen zu behandeln, da die Zentrale und die anderen führenden Organisationen diese Frage selbst entscheiden.

Die Linie der Partei legt fest, daß die beamteten Personen unserer Partei unbedingt gewählt werden müssen, soweit keine unüberwindlichen Hindernisse in der Art der Parteimitgliedschaft usw. vorhanden sind. Ihr wißt, daß nach dem Statut der Partei für einen Sekretär der Gouvernements-Parteileitung eine Mitgliedschaft vor dem Oktober bedingt ist, für einen Sekretär der Bezirksleitung eine dreijährige Mitgliedschaft, für einen Sekretär der Zelle eine einjährige. Die Parteipraxis aber hat nicht selten dafür gehalten, daß, wenn schon eine längere Parteimitgliedschaft notwendig ist, dann also keine wirklichen Wahlen stattzufinden brauchen.

Die Linie der Partei legt fest, daß die Masse der Partei über die Arbeiten der wirtschaftlichen Organe, der Unternehmungen und der Trusts auf dem Laufenden gehalten werden muß, denn unsere Parteizellen tragen natürlicherweise die moralische Verantwortung vor den parteilosen Massen für Un-

zulänglichkeiten in den Betrieben. Nichtsdestoweniger hat die Parteipraxis geglaubt, daß, wenn doch eine Zentrale vorhanden ist, die den wirtschaftlichen Organen Anweisungen erteilt, und wenn weiter die wirtschaftlichen Organe durch diese Anweisungen gebunden sind, so werden die erteilten Weisungen auch ohne Kontrolle seitens der Parteimassen von unten durchgeführt werden.

Die Linie der Partei legt fest, daß die verantwortlichen Funktionäre der verschiedenen Gruppen der Arbeit, seien sie Parteiarbeiter, Wirtschaftler, Gewerkschafter, Militärs, bei all jener Spezialisierung, die sie bei ihrer eigenen Arbeit erhalten, trotzdem untereinander verbunden sind, die unzerreißbaren Teile eines Ganzen darstellen, denn sie alle arbeiten für die eine Sache des Proletariats, die nicht in Teile zerrissen werden kann. Die Praxis der Partei ist dafür, daß, wenn schon eine Spezialisierung der Arbeit gegeben ist, eine Arbeitsteilung in eigentliche Parteiarbeiter, Wirtschaftler, Militärs usw., so tragen die Parteiarbeiter keine Verantwortung für die Wirtschaftler, die Wirtschaftler nicht für die Parteiarbeiter und daß überhaupt eine Entfremdung und sogar ein Verlust der Fühlung unter ihnen unvermeidlich sei.

Das sind im allgemeinen die Widersprüche zwischen der Linie der Partei und der Praxis der Partei.

Ich bin weit davon entfernt, die örtlichen Organisationen für diese Entstellung der Linie der Partei anzuklagen, denn, wenn man die Sache richtig nimmt, handelt es sich nicht so sehr um eine Schuld, als um eine Art natürliches Übel unserer Organisationen in der Provinz. Worin dieses Übel besteht und wie dieser Sache abgeholfen werden kann, darüber werde ich noch sprechen. Ich wollte indeß diese Tatsache feststellen, um die Widersprüche aufzuklären und dann zu versuchen, Maßnahmen zur Besserung vorzuschlagen. Ich bin gleichfalls weit davon entfernt, unsere Zentrale frei von Sünden zu betrachten, auch sie hat kleine Sünden, wie sie jede andere Organisation und Institution hat, und dabei ist ein Teil Schuld und ein Teil natürliches Übel, ein Teil Verschulden, wenn auch nur darin, daß die Zentrale aus diesen oder jenen Gründen diese Unzulänglichkeiten nicht rechtzeitig aufgedeckt und Maßnahmen zu ihrer Abstellung getroffen hat.

Die Frage aber dreht sich jetzt nicht darum; vielmehr geht es darum, sich über die Ursachen dieser Unzulänglichkeiten, von denen ich soeben gesprochen habe, klar zu werden.

Die Ursachen der Unzulänglichkeiten.

Die erste Ursache besteht darin, daß unsere Parteiorganisationen einige Überbleibsel der Kriegszeit, einer vergangenen Periode, aber einer Periode, die in den Köpfen unserer Funktionäre die Überreste eines Militarismus in der Partei gelassen hat, nicht überwunden oder wenigstens immer noch nicht überwunden haben. Meiner Meinung nach ist als ein Ausdruck dieser Überbleibsel jenes Verhältnis zur Partei zu betrachten, kraft dessen die Partei keinen selbständigen Organismus, keine selbständige Kampforganisation des Proletariats darstellte, sondern eine Art System von Institutionen, eine Art Komplex einer ganzen Reihe von Institutionen, in denen es niedrigere und höhere Angestellte gibt. Das, Genossen, ist eine überaus falsche Anschauung, die nichts gemeinsam hat mit Marxismus, eine Anschauung, die wir als Überrest aus jener Periode übernommen haben, als wir die Partei in der Kriegszeit militarisiert hatten, als die Frage der Selbsttätigkeit (Eigentätigkeit) der Parteimassen wohl oder übel zurückgedrängt wurde und als die militärischen Befehle ausschlaggebende Bedeutung besaßen. Ich kann mich nicht erinnern, daß diese Anschauung jemals fertig ausgesprochen worden sei. Aber diese Anschauung oder wenigstens die Grundelemente lasten immer noch auf unserer Arbeit. Genossen, gegen diese Anschauungen müssen wir mit allen Kräften kämpfen, denn sie sind eine der realsten Gefahren, die günstige Umstände schaffen dafür, daß die im Wesen nach richtige Linie unserer Partei in der Praxis entstellt werden konnte.

Die zweite Ursache besteht in dem Vorhandensein eines gewissen Druckes unseres Staatsapparates, der seinem Wesen nach bürokratisch ist, auf die Partei und die Parteifunktionäre. 1917, als es aufwärts ging, dem Oktober entgegen, haben wir uns die Dinge so vorgestellt, daß wir eine Kommune haben werden, daß das eine Vereinigung der Werktätigen sein wird, daß wir mit dem Bürokratismus in der Verwaltung aufräumen werden und daß der Staat, wenn nicht in der allernächsten Zeit, so aber doch in zwei, drei nicht allzulangen Übergängen in eine Vereinigung der Werktätigen verwandelt werden kann. Die Praxis dagegen hat gezeigt, daß das ein Ideal ist, von dem wir noch weit entfernt sind, daß dazu, um den Staat von den Elementen des Bürokratismus zu befreien, dazu, um die Sowjetgesellschaft in eine Vereinigung der Werktätigen zu verwandeln, eine hohe Kultur der Bevölkerung notwendig, eine vollkommen sichergestellte, friedliche Umgebung, in der keinerlei Notwendigkeit für das Bestehen großer militärischer Verbände vorhanden ist, die große Mittel erfordern und große Verwaltungen und durch ihre Existenz den ganzen staatlichen Institutionen ihren Stempel aufdrücken. Unser Staatsaparat ist bürokratisch und wird lange noch bürokratisch sein. In diesem Apparat arbeiten unsere Parteigenossen und die Umgebung, die Atmosphäre dieses bürokratischen Apparates ist eine solche, daß sie die Sache der Bürokratisierung unserer Parteifunktionäre und Parteiorganisationen erleichtert.

Die dritte Ursache der Unzulänglichkeiten besteht in der ungenügenden Aktivität mancher unserer Zellen, in der Rückständigkeit und manchmal sogar der restlosen Unkundigkeit des Lesens und Schreibens besonders in den Randgebieten. Die Zellen in diesen Bezirken sind wenig aktiv, politisch und kulturell rückständig. Dieser Umstand schafft unzweifelhaft einen ungünstigen Boden für die Umstellung der Linie der Partei.

Die vierte Ursache ist das Fehlen einer genügenden Anzahl parteipolitisch geschulten Genossen in der Provinz. Unlängst habe ich das Referat des Vertreters der ukrainischen Organisationen in der Zentrale angehört. Es referierte ein im höchsten Grade fähiger, vielversprechender Genosse. Er sagte, daß von 130 Zellen 80 Zellen Sekretäre besitzen, die durch die Gouvernementsparteileitung eingesetzt worden seien. Auf eine Bemerkung, daß diese Organisation im gegebenen Falle nicht richtig handelt, begann dieser Genosse sich darauf zu beziehen, daß es in den Zellen keine des Lesens und Schreibens kundigen Leute gibt, daß sie keine längere Parteimitgliedschaft haben, und daß die Zellen selbst bitten, ihnen Sekretäre zu geben usw. Ich kann zugeben, daß dieser Genosse um 50% zu heiß gekocht hat, daß hier eigentlich der Kern nicht darin besteht, daß es in den Zellen keine geschulten Leute gibt, sondern darin, daß die Gouvernementsparteileitung ihren alten Traditionen gemäß des Guten zu viel getan hat. Wenn aber die Gouvernementsparteileitung zu 50% recht hat, geht dann daraus nicht hervor, daß, wenn es solche Zellen in der Ukraine gibt, diese noch mehr in den Randgebieten vorhanden sind, wo die Organisationen jung sind, wo es weniger Parteiverbände und des Lesens und Scheibens Kundige gibt als in der Ukraine? Das ist auch eine der Ursachen, die günstige Verhältnisse dafür geschaffen haben, daß unsere dem Wesen nach richtige Linie der Partei in der Provinz entstellt wurde.

Schließlich die fünfte Ursache: das ist die ungenügende Information. Wir informieren schlecht — die Zentrale vor allem — vielleicht deshalb, weil alle zu sehr mit Arbeit überlastet sind. Wir werden aus der Provinz schlecht informiert, das muß aufhören. Das ist eine der ernsten Ursachen dessen, daß innerhalb der Partei Unzulänglichkeiten entstehen konnten.

Wie sind die Unzulänglichkeiten zu beseitigen?

Erstens muß nach jeder Richtung und ohne Unterlaß gekämpft werden gegen die Überbleibsel und Ansätze der Kriegsperiode in unserer Partei, gegen die falsche Anschauung darüber, als ob unsere Partei ein System von Institutionen sei und nicht eine aktiv denkende, eigentätige, von lebendigem Leben durchflutete, das Alte zerstörende und das Neue schaffende Kampforganisation des Proletariats.

Zweitens muß die Aktivität der Parteimassen gehoben werden dadurch, daß ihnen gegenüber alle sie interessierenden Fragen zur Debatte gestellt werden, soweit diese Fragen offen behandelt werden können, um dadurch die Möglichkeit einer freien Kritik aller und aller Erwägungen der Parteiinstanzen zu gewähren. Denn nur auf diesem Wege kann die Parteidisziplin in eine wirklich bewußte, wirklich eiserne Disziplin verwandelt werden. Denn nur auf diesem Wege kann die politische, wirtschaftliche und kulturelle Erfahrung der Parteimassen gehoben werden. Denn nur auf diesem Wege können die Bedingungen geschaffen werden, die notwendig sind, daß aus den Parteimassen heraus Schritt um Schritt neue aktive Funktionäre, neue Führer von unten kommen.

Drittens ist es notwendig, alle Parteifunktionäre, soweit nicht unüberwindliche Bedingungen in der Art des Fehlens einer längeren Parteimitgliedschaft usw. ge-

geben sind, durch Wahlen ernennen zu lassen. Die Ignorierung des Willens der Mehrheit der Organisationen bei der Aufstellung von Genossen für verantwortliche Parteistellen muß aus der Praxis ausgemerzt werden. Es muß erreicht werden, daß das Element der Wahl in der Tat durchgeführt wird.

Viertens ist es notwendig, daß bei der Zentrale, bei den Gouvernements- und Gebietsparteileitungen dauernd tätige Konferenzen verantwortlicher Funktionäre aller Zweige der Arbeiter, Wirtschaftler, Parteiarbeiter, Gewerkschafter und Militärs stattfinden, daß die Konferenzen regulär erfolgen, daß auf den Konferenzen Fragen aufgeworfen werden, die die Konferenz für notwendig befindet, daß die Fühlung mit den Funktionären aller Waffengattungen nicht unterbrochen wird, daß alle Funktionäre sich als Mitglieder einer Parteifamilie fühlen, die für eine allen gemeinsame Sache arbeiten, für die Sache des Proletariats, das unzerreißbar ist; daß um die Zentrale sowohl als um die lokalen Organisationen eine Umgebung geschaffen wird, die der Partei die Möglichkeit gibt, die praktische Erfahrung unserer verantwortlichen Funktionäre auf allen Arbeitsgebieten zu kontrollieren und sie ihnen zu verschaffen.

Fünftens ist es notwendig, unsere Produktionszellen mit Fragen zu beschäftigen, die mit dem Gang der Dinge in den Betrieben und Trusts zusammenhängen. Die Sache muß so angefaßt werden, daß die Zellen über die Arbeit der führenden Organe unserer Betriebe und Vereinigungen auf dem Laufenden sind, daß sie auf diese Arbeit Einfluß haben können. Ihr wißt, als Vertreter der Zellen, wie groß die moralische Verantwortung unserer Produktionszellen vor den parteilosen Massen für den Gang der Dinge im Betriebe ist. Um die Zelle in den Stand zu setzen, die parteilose Masse zu führen und für sich zu gewinnen, um sie in den Stand zu setzen, die Verantwortung für den Gang der Dinge im Betriebe zu tragen, muß sie auf dem Laufenden sein, muß sie die Möglichkeit haben, so oder anders die Dinge zu beeinflussen. Es ist deshalb unerläßlich, daß die Zellen zur Besprechung der wirtschaftlichen Fragen herangezogen werden, die mit dem Betriebe zusammenhängen, daß von Zeit zu Zeit Wirtschaftskonferenzen der Vertreter der Zellen der Betriebe, die einem Trust angehören, zur Besprechung von Fragen zusammentreffen, die die Angelegenheiten des Trusts betreffen. Das ist einer der sicheren Wege, die notwendig sind, sowohl zur Bereicherung der wirtschaftlichen Erfahrung der Parteimassen wie auch zur Organisation der Kontrolle von unten.

Sechstens ist es notwendig, die qualitative Zusammensetzung unserer Parteizellen zu heben. In dem Artikel des Genossen Sinowjew war bereits davon die Rede, daß unsere Parteizellen verschiedentlich in qualitativer Hinsicht hinter der sie umgebenden parteilosen Masse zurückgeblieben sind. Diese Behauptung darf selbstverständlich nicht verallgemeinert und auf alle Zellen übertragen werden. Es wäre richtiger, zu sagen, daß zum Beispiel unsere Parteizellen auf einer höheren kulturellen Stufe stehen würden, als sie jetzt stehen, und eine weit größere Autorität unter den Parteilosen genießen würden, wenn wir diese Zellen nicht verwüsten würden, wenn wir aus diesen Zellen nicht Leute nehmen würden, die wir gezwungenerweise an die wirtschaftliche, verwaltungstechnische, gewerkschaftliche oder eine andere Arbeit überweisen müssen. Wenn alle unsere Genossen, die Arbeiter, wenn die Verbände, die wir in den vergangenen sechs Jahren aus den Zellen genommen haben, zu ihren Zellen zurückkehren würden, würde es dann noch eines Beweises bedürfen, daß diese Zellen jeden parteilosen Arbeiter, selbst wenn er sehr entwickelt ist, um ganze drei Köpfe überragen? Gerade deshalb, daß die Partei keine anderen Verbände zur Verbesserung des Staatsapparats besitzt, gerade deshalb, daß die Partei genötigt ist, auch weiterhin diese Quelle zu benützen.

Wir müssen uns freimachen von jenem überflüssigen Formalismus, den unsere Organisation manchmal bei der Aufnahme von Mitgliedern in die Partei entfaltet, soweit es sich um Genossen aus dem Arbeiterstande handelt. Man soll sich von dem Formalismus nicht allzusehr hineinreißen lassen. Die Partei kann und muß die Aufnahmebedingungen für neue Mitglieder aus den Reihen der Arbeiterklasse erleichtern. Diese Aufgabe ist von den örtlichen Organisationen bereits in Angriff genommen worden. Die Partei muß diese Sache in die Hand nehmen und eine organisierte Kampagne entfalten, um den Eintritt neuer Mitglieder aus den Arbeiterreihen vom Schraubstock zu erleichtern.

Siebentens — es ist notwendig, die Arbeit unter den parteilosen Arbeitern zu verstärken. Das ist auch eines jener Mittel, das die innerparteiliche Lage und die Aktivität der Parteimassen heben kann. Ich muß sagen, daß unsere Organisationen darauf noch immer nicht genug Aufmerksamkeit verwenden. Ganz besonders auf die Hinzuziehung parteiloser Arbeiter in unsere Räteorgane. Nehmen wir bloß die jetzt vor sich gehenden Wahlen zum Moskauer Rat. Einer der großen Mängel dieser Wahlen besteht darin, daß zu wenig Parteilose aufgestellt werden. Man sagt, daß ein Beschluß der Organisation vorliegt, kraft dessen zumindest diese oder jene Anzahl Parteiloser der und der Prozentsatz aufgestellt werden muß. Ich sehe aber, daß in der Tat viel weniger herauskommt. Man sagt, daß diese Massen sich direkt darum reißen, ausschließlich Kommunisten zu wählen. Ich zweifle daran sehr. Genossen, ich glaube, daß, wenn wir den Parteilosen nicht ein gewisses Mindestvertrauen entgegenbringen, wir zur Antwort ein sehr großes Mißtrauen unseren Organisationen gegenüber seitens der Parteilosen erhalten können. Dieses Vertrauen zu den Parteilosen ist unbedingt notwendig. Genossen, es ist unbedingt notwendig, die Kommunisten zu zwingen, ihre Kandidaturen fallen zu lassen. Man soll keine Reden halten darüber, daß nur Kommunisten gewählt werden müssen. Man muß die Parteilosen ermutigen, muß sie zur staatlichen Arbeit heranziehen. Wir werden daraus nur Vorteile ernten und werden dafür als Antwort das Vertrauen der Parteilosen zu unseren Organisationen erhalten. Die Wahlen in Moskau sind ein Musterbeispiel dafür, wie sehr sich unsere Organisationen mit ihrer Parteischale zu verdecken beginnen, anstatt das Feld ihrer Tätigkeit zu erweitern und Schritt um Schritt die Parteilosen um sich zu sammeln.

Achtens — muß die Arbeit unter den Bauern verstärkt werden. Ich weiß nicht, warum unsere Dorfzellen, die stellenweise kranken, aus denen zuweilen Leute davonlaufen, die kein großes Vertrauen bei den Bauern genießen (das muß anerkannt werden) — warum man diesen Zellen zum Beispiel nicht zwei praktische Aufgaben stellen soll: Erstens die Ausleger und Verbreiter der Sowjetgesetze zu sein, die mit dem Leben der Bauern zusammenhängen, und zweitens Agitatoren und Verbreiter der elementaren agronomischen Kenntnisse, wenn auch nur darüber zu sein, daß rechtzeitig die Felder bestellt werden, daß die Samen gereinigt werden usw. Wißt Ihr, Genossen, daß, wenn jeder Bauer sich darauf verlegt, ein Minimum von Arbeit der Reinigung der Samen zu widmen, man ohne jede Melioration und ohne neue Maschinen eine Erhöhung des Ernteertrages um 10 Pud per Desjatine erreichen kann? Was aber bedeutet die Zunahme der Ernte um 10 Pud per Desjatine? Das bedeutet eine Zunahme im Jahre um eine Milliarde Pud des allgemeinen Ertrages. Und das alles ließe sich spielend erreichen. Warum sollten sich unsere Dorfzellen nicht mit diesen Sachen befassen? Ist das etwa weniger wichtig als die Unterhaltung über die Politik Curzons? Der Bauer würde dann verstehen, daß die Kommunisten aufgehört haben, leeres Stroh zu dreschen, daß sie sich an die Arbeit gemacht haben, und dann würden unsere Dorfzellen das größte Vertrauen unter den Bauern genießen.

Ich verbreite mich schon nicht darüber, wie sehr zur Verbesserung und Belebung des Parteilebens die Verstärkung der parteierzieherischen und politisch aufklärenden Arbeit unter der Jugend notwendig ist, in der Roten Armee, unter den Frauendelegiertinnen und überhaupt unter allen Parteilosen.

Ich gehe auch darauf nicht ein, wie sehr wir eine Verstärkung der Information bedürfen, wovon ich bereits gesprochen habe, einer Verstärkung der Information von oben nach unten und von unten nach oben.

Das, Genossen, sind jene Besserungsmaßnahmen, jener Kurs auf eine innerparteiliche Demokratie, den die Zentrale noch im September dieses Jahres festgelegt hat und der jetzt von unten bis oben Leben gewinnen muß.

Jetzt möchte ich mich über zwei Extreme, über zwei Übertriebenheiten in den Fragen der Arbeiterdemokratie verbreiten, die in einigen Diskussionsartikeln der „Prawda" aufgetaucht sind.

Das erste Extrem betrifft die Ernennung durch Wahl. Es besteht darin, daß einige Genossen auf eine Ernennung durch „Wahl" bis zum äußersten hinarbeiten. Da einmal durch Wahl ernannt wird, so wähle bis zur Bewußtlosigkeit! Diese Anschauung, Genossen, ist irrtümlich. Die Partei wird sie nicht annehmen. Natürlich stehen wir augenblicklich nicht im Kriege, wir durchleben eine Periode friedlicher Entwicklung, wir haben aber die Nep. Vergeßt das nicht, Genossen. Nicht während des Krieges, sondern nach dem Kriege hat die Partei die Reinigung vorgenommen. Warum? Weil während des Krieges die Furcht vor der Niederlage die Partei zu einem Ganzen zusammengerückt

hat und eigene die Partei innerlich zerfressende Elemente gezwungen waren, sich der allgemeinen Linie in der Partei, die vor der Frage auf Leben und Tod stand, zu fügen. Jetzt sind diese Reifen um uns nicht mehr da, denn wir haben keinen Krieg, wir haben jetzt die Nep, wir haben den Kapitalismus zugelassen, die Bourgeoisie schlägt neue Wurzeln. Gewiß, das alles führt zur Reinigung der Partei, zu ihrer Festigung, andererseits wickelt uns die neue Atmosphäre der entstehenden und wachsenden Bourgeoisie ein, der Bourgeoisie, die noch nicht so stark ist, die aber schon einige unserer Genossenschaften und Handelsorgane auf dem Gebiete des inneren Handels zu schlagen verstanden hat. Gerade nach der Nep hat die Partei eine Siebung vorgenommen, die die zahlenmäßige Höhe der Partei auf ihre Hälfte herabgeschraubt hat. Gerade nach der Nep hat die Partei beschlossen, daß zur Sicherstellung unserer Organisationen gegen die Einflüsse der Nep es zum Beispiel notwendig ist, den nichtproletarischen Elementen den Zutritt zur Partei erschweren, daß es notwendig ist, die Parteimitgliedschaft als längere Zeitdauer für Funktionäre der Partei zur Bedingung zu machen usw. Hat die Partei richtig gehandelt, indem sie diese Vorbeugungsmaßnahmen getroffen hat, die die „breite Demokratie" beschnitten haben? Ich denke, daß sie richtig gehandelt hat. Deshalb gerade nehme ich an, daß die Demokratie notwendig ist, daß die Ernennung durch Wahlen notwendig ist, aber auch die beschränkenden Maßnahmen, die der XI. und XII. Kongreß angenommen hat, wenigstens die grundlegenden unter ihnen müssen noch in Kraft bleiben.

Das zweite Extrem betrifft die Frage über die Grenzen der Diskussion. Es besteht darin, daß einige Genossen eine unbegrenzte Diskussion verlangen, die das Alpha und Omega der Parteiarbeit in der Besprechung der Fragen erblicken und die andere Seite der Parteiarbeit vergessen, nämlich ihre tätige Seite, die die Durchführung der Parteibeschlüsse ins Leben verlangt. Die Partei ist nicht nur ein Verband Gleichhandelnder, ein Kampfverband Gleichhandelnder, die auf der Grundlage der gemeinschaftlichen ideellen Basis des Programms und der Taktik kämpfen.

Am Schlusse meines Referats muß ich Euch, Genossen, vor diesen Extremen warnen. Ich glaube, daß, wenn wir diese beiden Extreme ablehnen und ehrlich und entschlossen daran gehen, jenen Kurs auf die innerparteiliche Demokratie durchzuführen, den die Zentrale noch im September dieses Jahres festgelegt hat, wir ganz bestimmt eine Besserung in unserer Parteiarbeit erreichen werden.

Rede
des Genossen Sinowjew
auf der Parteikonferenz des Petersburger Bezirkes.

Genossen! Die Zentrale der Partei ist gegenwärtig ebenfalls mit der Besprechung jener Fragen beschäftigt, die in der Öffentlichkeit behandelt werden. Die Zentrale hat zu dieser Frage eine umfangreiche Kommission unter Beteiligung einiger Mitglieder des Pol-Büros der Zentrale gebildet. Diese Kommission wird in den nächsten Tagen zu arbeiten beginnen, und wir sind fest überzeugt, daß schon in den nächsen Tagen die Zentrale der gesamten Partei einen bestimmten und dabei einstimmig gefaßten Vorschlag in der Form einer Resolution über alle brennenden Fragen vorlegen wird, de in der letzten Zeit in der Presse aufgerollt wurden.

Vielleicht, Genossen, habe ich wirklich etwas falsch gehandelt, als ich meinen Artikel, der Diskussionsgegenstand sein sollte, überschrieb: „N e u e Aufgaben unserer Partei." Eine Reihe von Gegnern hat darauf hingewiesen, daß diese Fragen eigentlich alte, lediglich noch nicht gelöste sind und deshalb die Überschrift nicht ganz dem Inhalt entspricht. Um ganz genau zu sein, hätte man sagen müssen, es handelt sich um zeitgemäße Aufgaben der Partei — ob sie neu oder alt sind, werden wir später feststellen.

Vor uns erhebt sich aber in der Tat gegenwärtig eine ganze Reihe von Fragen, die der Lösung bedürfen, der autoritativen Lösung seitens der Partei.

Zwei Jahre arbeitet die Partei unter den Bedingungen der Nep. Ich habe schon auf dem 12. Parteikongreß betont, daß man zwei Dinge unterscheiden muß: erstens die Neue Ökonomische Politik ist ein geschichtlich notwendiges sehr ernstes Kapitel in der Geschichte unseres Kampfes um die Weltrevolution. Dabei haben wir aber, wenn wir von der Nep reden, häufig schon die Nepperei im Auge, das spekulative Moment. Ich glaube, Genossen, daß wir uns diesen Unterschied stets vor Augen halten müssen.

Wir haben zwei Jahre der Neuen Ökonomischen Politik hinter uns und gleichzeitig auch zwei Jahre der Nep, das heißt des Wachstums der Bourgeosie, des Wachstums der Spekulation mit allen unangenehmen Seiten dieser Erscheinungen.

Inwieweit macht sich diese Nep an unserer Partei bemerkbar? Haben jene Gegner recht, die gekrächzt haben, als sie prophezeiten, daß die Nep unsere Partei unbedingt in eine kleinbürgerliche Partei verwandeln wird? Ist es richtig, daß die Grundzelle unseres Parteiorganismus ausgeartet ist? Ist es richtig, daß wir aufgehört haben, die Partei der Weltrevolution zu sein und uns in eine Partei des demokratischen Kleinbürgertums verwandelt haben? Dieser Frage kommen wir nicht aus. Die Partei stellt diese Frage schärfstens, und ich glaube, daß wir diese Gefahren sehen müssen.

Mir scheint es, Genossen, daß die beste Antwort auf diese Fragen folgende ist: die deutsche Revolution entwickelt sich, wie sich um eine Anzahl von Monaten, d a ß aber und w i e unsere wir im Monat Oktober festgelegt haben auf Gund jener Angaben, die wir besaßen, erwiesen sich als zu kurz. Die Sache verschiebt sch um eine Anzahl von Monaten, d a ß aber und w i e unsere Partei auf die sich anbahnenden Ereignisse reagierte, bleibt auf jeden Fall ein Umstand allerernstester Natur.

Die Partei hat von unten bis oben, bis zum letzten Menschen, im Zusammenhang mit den heranziehenden Ereignissen in Deutschland so reagiert, wie die revolutionäre Partei des Proletariats reagieren muß, nicht aber wie eine Partei der Nep.

Diese Prüfung ist sehr wichtig. Das ist das geschichtliche Examen.

Die Partei hat darauf so reagiert, daß, wenn in Deutschland die Ereignisse eingetreten wären, sich unsere Partei als den Grundkern der Kommunistischen Internationale betrachtet hätte und bereit gewesen wäre, die Pflicht der revolutionären Partei des Proletariats bis zum letzten zu erfüllen.

Unabhängig davon, wie sich die Ereignisse jetzt entwickeln, muß uns die Prüfung, die unsere Partei mitgemacht hat, als die Garantie dessen dienen, daß die Partei im wesentlichen gesund ist.

Wäre in der Partei starke Fäulnis vorhanden, wäre eine Ausartung der Grundzelle des Parteioganismus gegeben, so hätte unsere Partei, als die Ereignisse in Deutschland reiften, anders reagiert, sie hätte den Kopf in den Sand gesteckt. Nichts dergleichen aber ist eingetreten. Im Gegenteil, wenn man uns einen Vorwurf machen kann, so jedenfalls nur den einer gewissen Überschätzung des Tempos der Geschehnisse, den, daß wir im Oktober, im November, im Dezember 1923 das erwartet haben, was in Deutschland vielleicht im Mai 1924 passieren wird — — keinesfalls aber den, daß wir uns der Nep hingegeben haben und versucht hätten, vor der Perspektive der Weltrevolution auszuweichen.

Unsere schwachen Seiten.

Das bedeutet durchaus nicht, daß wir keinerlei Schwächen innerhalb der Partei wie auf eine Hilfsinstitution zur erfolginnerhalb der Partei besitzen. Solcher Schwächen haben wir viele. Im Zusammenhang mit der Nep beobachten wir meiner Meinung nach im allgemeinen zwei Verkrümmungen, zwei falsche Anschauungen über das Wesen der Partei selbst.

Einerseits schauen diejenigen, die bis über den Kopf in der administrativ-wirtschaftlichen Arbeit sitzen, auf die Partei wie auf eine Hilfsinstitution zur erfolgreicheren Erledigung der administrativen oder wirtschaftlichen Arbeit. Die andern fallen ins andere Extrem und schauen auf die Partei wie auf eine Art freien Diskutierklub, wie auf ein „Parlament der Meinungen".

Weder das eine noch das andere ist richtig. Wir müssen das eine wie das andere Extrem ablegen und unsere Partei, wie das Bolschewisten geziemt, als einen politischen Organismus auffassen, der mit Tausenden von Fäden mit den Massen verbunden ist und sich die gigantische Aufgabe der Lenkung des ganzen Staates stellt.

Wie sieht der qualitative Bestand unserer Partei gegenwärtig aus? Wir haben eine Statistik bis zum 1. September 1923. Die

Statistik auf diesem Gebiet, allgemein gesprochen, hinkt. Wie Ihr wißt, wurde die letzte Statistik durch Kräfte der Zentrale der Partei besonders aufmerksam und sorgfältig zusammengestellt. ich glaube, daß sie der Wahrheit nahekommt.

Ihre Ziffern sind etwas überraschend. Wir haben alle angenommen, daß wir alle ungefähr eine halbe Million oder sogar 600.000 Parteimitglieder haben. Es stellt sich aber heraus, daß wir zum 1. September im ganzen Bunde 351.000 Kommunisten (mit den Kommunisten in der Roten Armee) und 92.000 Kandidaten der Partei haben. Hierzu muß man noch die K. J. zählen. Ich nehme aber den Bestand der Partei im engen Sinne dieses Wortes.

Parteimitglieder am Schraubstock haben wir 54.000 (ohne Kandidaten); das ist wenig.

Es versteht sich von selbst, daß es vollkommen unvermeidlich ist, daß wir bei der Leitung des Staates aus den Fabriken und Betrieben die besten, die reifsten kommunistischen Kräfte heraussaugen mußten und herausgesaugt haben. Anders hätten wir die Rote Armee, die wirtschaftlichen, administrativen und Räteorgane nicht bilden können. Es ist vollkommen begreiflich, daß die Partei, die den Staat regiert, einen erheblichen Teil ihres Bestandes eben in diesen Institutionen konzentrieren mußte. Trotzdem scheint es mir, Genossen, daß wir bei der entsprechenden Einstellung zu den Dingen begründete Aussicht haben, die Zahl der Parteimitglieder vom Schraubstock zu vergrößern und eine der wichtigsten Aufgaben besteht meiner Meinung nach gerade darin.

Wir stellen gegenwärtig die Frage der Belebung der Parteiarbeit, der Belebung der innerparteilichen Demokratie. Mit vollem Rechte weisen die Genossen darauf hin, daß diese Frage auf dem 10. Parteikongreß gestellt wurde, daß die Beschlüsse des 10. Kongresses beiweitem noch nicht voll durchgeführt, in einigen Teilen auch überhaupt nicht durchgeführt wurden.

Warum müssen wir die Fragen erneut jetzt stellen? Die überwiegende Mehrheit der Partei kennt ihre Zentrale und weiß, daß, wenn die Zentrale die einen oder die andern Fragen aufrollt, so deshalb, weil diese reif sind, und daß ihre Vorschläge ernsthaft und aufrichtig sein werden. So faßt das die Mehrheit der Partei auf.

Wir stellten diese Fragen im Jahre 1921, wir haben eine nicht schlechte Resolution in der Frage der innerparteilichen Demokratie verfaßt. Im wesentlichen aus objektiven Ursachen wurden diese Beschlüsse nicht durchgeführt.

Denken Sie zurück an jene Zeiten. Wofür haben sich die Petersburger Arbeiter seinerzeit interessiert? Die Lage war außerordentlich schwierig. Es war das Stückchen Brot, das damals die Arbeiter am meisten und vor allem interessierte. Ihr werdet Euch sehr wohl der damaligen Stimmung in einer ganzen Reihe anderer proletarischer Zentren erinnern.

Bei dem Übergang zur Nep haben wir gleichzeitig neue Aufgaben formuliert. Durchführen konnten wir sie aber zu jener Zeit nicht, als die Arbeiterklasse sich zersetzte, deklassiert wurde und als das Tagesgespräch, das wie ein Bleigewicht auf jedem Arbeiter lastete, die Frage der Ration der Kartoffeln war. Wir stellen die Frage jetzt unter weit günstigeren Umständen. Die grundlegende Veränderung besteht darin, daß der Prozeß der Deklassierung des Proletariats zu Ende ist.

Das Proletariat, das im Laufe einer Reihe von Jahren der Revolution dahinschmolz, sich spaltete und deklassiert wurde, beginnt jetzt wieder, sich zu einer kompakten Masse zusammenzuschließen. Das ist denn auch der Kardinalumstand, der die Lage ändert.

Dieselben Arbeiten, die all diese Jahre auseinanderstrebten, ziehen jetzt nach unseren Fabriken und Betrieben und bringen mit sich die gesammelte und durch Jahre vermehrte politische Erfahrung. Sie haben mit uns zusammen die ersten Erfolge an der wirtschaftlichen Front erlebt. Diese Erfolge, Genossen, sind noch sehr klein — machen wir uns nichts vor — aber sie sind uns teuer, gerade deshalb, weil sie die „Allerersten" sind.

Diese Stimmung, daß wir die ersten wirtschaftlichen Erfolge haben, erfaßt die breiten Kreise der gewissenhaften parteilosen Arbeiter. Es dringt eine gesunde Produktionsatmosphäre durch, die wir früher nicht hatten, ohne die alles Reden über den Aufbau der Partei auf Sand gebaut war. Schlecht oder gut — der Arbeitslohn ist gestiegen, die Produktivität der Arbeit hat sich gehoben, ebenso die Produktionsdisziplin. Wir haben uns einer Lage genähert, die wenigstens annähernd an eine normale anklingt. In dieser Lage besteht das Neue, was uns vom Jahre 1921 unterscheidet, und uns augenblicklich die Garantie dessen gibt, daß die jetzigen Beschlüsse in weit vollerem Maße in die Tat umgesetzt werden, als das mit den Beschlüssen von 1921 geschah.

Dann hat sich unsere Partei auch gesäubert, ist besser geworden, proletarischer ihrer Zusammensetzung, ihrem Niveau nach. Das läßt uns gleichfalls hoffen, daß es jetzt gelingen wird, die alten Aufgaben leichter zu lösen. Ich habe gesagt, daß die Beschlüsse von 1921 im wesentlichen Grade aus objektiven Gründen nicht in die Tat umgesetzt wurden. Es waren aber auch subjektive Gründe, die von uns abhängen, von unserer Organisation. Diese subjektiven Gründe zerfallen in zwei Gruppen: die eine — das ist die mechanische Art unserer Organisation. Es fiel uns sehr schwer, in Gang zu kommen, auf das neue Geleise vom Kriegskommunismus zur neuen Epoche zu gelangen. Die andere Gruppe der Ursachen findet ihre Erklärung in unserer ungenügenden kulturellen Bildung — das ist eine Grundursache, auf die wir auf Schritt und Tritt stoßen. Es gibt ein Minimum politischer Schulung, politischer Gelehrsamkeit, politischer und allgemeiner Kultur, ohne das viele der besten Beschlüsse dazu verurteilt bleiben, in der Luft zu hängen.

Eine der Fragen, für die das besonders gilt, ist die Frage der Arbeiterdemokratie.

Bolschewismus und Arbeiterdemokratie.

Ich habe bereits auf der Versammlung der Funktionäre gesagt, daß der Bolschewismus in der Frage der Arbeiterdemokratie nicht immer jene Stellung eingenommen hat, die wir gegenwärtig einnehmen. Es gab eine Zeit, als der Bolschewismus in Ansehung der objektiven Lage unseres Landes sich gegen eine breite Wählbarkeit innerhalb der Partei ausgesprochen hat. Eine solche Zeit war bis zur Revolution 1905.

Unsere Spaltung mit den Menschewisten verlief zum Teil auf dieser Linie. Die Menschewisten verfolgen die demagogische Linie des „Demokratismus" und der „Wählbarkeit" unter Umständen, unter denen davon keine Rede sein konnte. Ich erinnere Euch an den Artikel des Genossen Lenin, den er überschrieb: „Von Nachtigallenliedern wird man nicht fett" und erläutere, warum ich auf diesen Artikel zurückkomme. Es handelt sich um ein Ereignis im Januar 1905, mitten im Kampfe der Menschewiki mit den Bolschewiki. Die Menschewiki beschuldigten die Bolschewiki und insbesondere den Genossen Lenin, daß sie gegen die Demokratie innerhalb der Partei sind, daß sie die Arbeiter nicht zur Leitung der Partei zulassen wollen, daß sie Jakobiner seien, Verschwörer, übertriebene Zentralisten usw. Zu jener Zeit gab ein Menschewik, ein Arbeiter, der auch als „Arbeiter" zeichnete, eine Broschüre über „Die Aufgaben der Partei" heraus. Zu dieser Schrift verfaßte Paul Axelrod, einer der ältesten Führer des Menschewismus, ein Vorwort, wodurch er dieser Schrift eine ungeheure Bedeutung verlieh. In dieser Schrift sprach der menschewistische Arbeiter davon, daß uns die Menschewiki sehr viel in Hinsicht auf die Demokratie versprechen, aber nichts machen — bei ihnen herrscht in der Partei auch die Intelligenz. Genosse Lenin antwortete darauf mit dem Artikel „Von Nachtigallenliedern wird man nicht fett", in dem erschrieb: „Da seht Ihr, selbst Euer Arbeitermenschewik sagt, daß er sich nicht mit Redensarten abfüttern läßt, daß, wenn Ihr für die Demokratisierung seid, Ihr wirklich übergehen müßt zur Wählbarkeit, zur systematischen Rechnungslegung usw. Aber die Wählbarkeit ist gerade gegenwärtig unmöglich." Und Genosse Lenin schloß diesen Artikel im Namen des Bolschewismus wie folgt:

„Die ‚Iskra' (die alte) ist der Anschauung, daß die Demokratisierung, das heißt überhaupt die Anwendung des Elements der Wahl in den russischen konspirativen Organisationen unvereinbar ist mit der selbstherrlichen Polizeiordnung."

Das war damals der Grundgedanke des Bolschewismus.

In jenen Zeiten, während der Existenz des zaristischen Absolutismus, konnten wir uns nicht auf die Wählbarkeit einlassen.

Wir mußten eine strengstens konspirative und zentralisierte Parteiorganisation haben, wie Genosse Lenin nachwies. Er sagte, daß sonst die Wählbarkeit nur den Gendarmen zum Vorteil wird. Die revolutionären Arbeiter, die fähig sind, die Parteileitung zu übernehmen, werden wir selbst ernennen und ernennen ohne viel Aufhebens davon zu machen. Aber einen konsequenten Demokratismus innerhalb der Partei unter dem absolutistischen Regime zu predigen, während wir die höchste Konspiration und den höchsten Zentralismus brauchen, das heißt, sich mit Demagogie befassen und die Revolution in Gefahr bringen.

Es war nicht leicht, diesen offiziellen Standpunkt des Bolschewismus zu verteidigen. Die Menschewisten ernteten billige Lorbeeren, wie auch jetzt ein beliebiger „Demokrat" Lorbeeren erntet, der die Segnungen der Demokratie schildert, ohne Rücksicht zu nehmen auf die Gesamtlage.

Wenn wir die Frage stellen über die innerparteiliche Demokratie, müssen wir sie konkret stellen in Anpassung an die ge-

historische Epoche. Wir reden nicht von der Demokratie pt, sondern von der Demokratie, in der von uns durch- Epoche der Diktatur des Proletariats.

Januar 1905 sagte der Bolschewismus, daß eine breite arkeit innerhalb der Partei unmöglich ist. Was aber ist das e Demokratie in der Partei ohne Wählbarkeit? Also war eine breite Demokratie in der Partei unmöglich. Für uns ist höchste Gesetz — der Nutzen für die Revolution, aber nicht Buchstabe, nicht das Dogma. Der Vorteil der Revolution for- t, daß unsere Organisation konspirativ und streng zentralisiert Wenn sich die Lage ändert, dann werden wir auch die Frage Arbeiterdemokratie innerhalb der Partei stellen.

Und wirklich, als der Zarismus stürzte, stellten wir zum erstenmal die Frage der innerparteilichen Demokratie in anderer Weise.

Die gesamte Periode 1905—1907 gab ein buntes Bild der Kombination des Legalen mit dem Illegalen, also auch eine Kombination der Anfänge des innerparteilichen Demokratismus und der innerparteilichen rücksichtslosen Zentralisation und Konspiration, weil das die bunte Lage erforderte.

Es begannen die Jahre der Konterrevolution. Die Partei geriet in die Illegalität. Das Element der Legalität wurde geringer, bis zum Jahre 1911, als die „Swesda" erschien und darauf die „Prawda". Das Element der Legalität verschwand fast vollkommen und die Elemente der Konspiration und des Zentralismus nahmen überhand. In der Periode 1907—1912 lebten wir ganz in der Illegalität. Vom innerparteilichen Demokratismus war nichts zu hören. Die Parteileitungen wurden von oben her ernannt. Es wurden zwei bis drei Genossen gewählt, die das Recht der Kooptierung hatten.

Dann kam der Krieg. Die Parteiorganisationen erstarben, ein Teil wurde in die Illegalität getrieben und das Element der Konspiration nahm noch mehr zu.

Natürlich begannen wir nach dem Sturze des Zarismus im Jahre 1917 die Partei neu aufzubauen. Da aber begann der Bürgerkrieg, der die letzte angespannte Muskel forderte, sowie die Beschränkung des Prinzips der Demokratie auf bestimmte Grenzen.

„Der Vorteil der Revolution" — sagt Plechanow auf dem zweiten Parteikongreß, als er Bolschewist war — „das ist das höchste Gesetz. Die Prinzipien der Partei sind für uns wichtig insofern, als das der proletarischen Revolution vorteilhaft ist."

Die Mängel unserer Organisation.

Hatten wir oder haben wir nun unerfreuliche Seiten der Organisation? Zweifelsohne! Wir haben sie! Es werden eine viel zu große Anzahl von Zirkularen herausgelassen, die die lebendige Kraft ersetzen. Selbst in einer so prachtvollen und von allen geliebten Organisation, wie der RKJV. Es werden von oben her, von der Gouvernementsleitung beinahe alle Organisatoren der Kollektive ernannt — wir kennen solche Gouvernements. Es gab bei uns eine Regel, die Organisatoren der Kollektive zu ernennen. Jetzt muß und kann diese Regel geändert werden. Wir müssen den Zellen zuweilen die Möglichkeit geben, sogar zu irren, wenn sie als Organisator einen Menschen wählen, der sich untauglich erweist und dann durch einen anderen ersetzt werden muß. Selbstverständlich muß die Zelle dort, wo sie krank ist, geheilt werden.

Das eine oder andere bedarf auch in unserer Petersburger Organisation der Verbesserung. So zum Beispiel ist die Mitgliederzahl vom Schraubstock bei uns unverhältnismäßig gering. Insgesamt ungefähr 8000 mit den Kandidaten. Die Zahl der Arbeiter vom Schraubstock und der Rotgardisten aus Reih und Glied ist im Petersburger Arbeiter- und Rotgardistendeputiertenrat nicht groß genug (etwa 900 Arbeiter, von denen lediglich 167 der Werkstatt entstammen).

Wir haben 30.000 neue Metallarbeiter in Petersburg. Ist das in genügendem Maße in der Parteiorganisation zum Ausdruck gekommen? Nein! Das aber ist das größte Ereignis — 30.000 neue Metallarbeiter, unter denen ein erheblicher Kern alter „erblicher" Proletarier ist — müssen sich in unserer Organisation durch einen Zufluß frischen Blutes bemerkbar machen. Das ist noch nicht der Fall. Hier muß unbedingt Abhilfe geschaffen werden.

Warum können wir die Dinge nicht so machen, daß der nächstgelegene Betrieb in gewissem Sinne eine ganze Reihe von Institutionen „bedient"? Wir können die Angestellten überzeugen, daß sie, wenn sie zehn Menschen als ihre Delegierten aufstellen, fünf von ihnen von den Arbeitern jener Fabriken nehmen, die diesen Unternehmungen naheliegen. Warum sollte das unmöglich sein?

Die Arbeiterdemokratie kann und muß jetzt in die Tat umgesetzt werden. Man muß die Frage lediglich konkret anfassen.

Die Beschränkungen der Arbeiterdemokratie.

Es muß auf jene Beschränkungen eingegangen werden, die wir der Arbeiterdemokratie bewußt aufzuerlegen haben. Eine Reihe von Beschränkungen drängen sich von selbst auf und eine andere Reihe haben wir vorgenommen. Wir haben die Säuberung der Partei vorgenommen, was bedeutete, daß der am meisten proletarische Teil der Partei es im Interesse der Revolution für notwendig hielt, den am wenigsten verläßlichen Teil der Mitläufer, die sich in unsere Reihen eingeschlichen haben, ohne zu verstehen, was die Kommunistische Partei ist, zu revidieren und sie auszuschließen. Die Säuberung der Partei hat nichts gemeinsam mit den „reinen" Prinzipien der „ausgedehnten" Arbeiterdemokratie im wirklichen Sinne dieses Wortes. Was ist das für eine Demokratie, wenn wir von oben her einige Menschen ernennen und sagen ihnen: Säubert, soweit notwendig. Und sie haben ziemlich gesäubert. Mehr als 100.000 Mitglieder wurden aus unseren Reihen ausgeschlossen. Manche sagen, es wurde nicht genug gesäubert; andere sagen, es wurde zu sehr gesäubert. Genossen, es traf das eine und das andere zu in den verschiedenen Gouvernements. Im allgemeinen wurde die Operation gut durchgeführt.

Wir haben einmal den Beschluß gefaßt, daß auf einem Parteikongreß — ich glaube, auf dem X. Kongreß — nicht alle Parteigenossen das Recht, zu wählen, erhielten, sondern nur jene, die eine bestimmte Parteimitgliedschaft (zwei Jahre) aufzuweisen hatten.

Man könnte sagen, die Zentrale der Partei sucht sich die Delegierten aus, beschneidet das Wahlrecht der Parteimitglieder gerade vor dem Kongreß, auf dem sie kritisiert und neu gewählt wird. Vom Standpunkt einer abstrakten Arbeiterdemokratie sei das ein Hohn auf die „Demokratie". Wir aber brachten das vom Gesichtspunkte der Grundinteressen der Revolution aus, vom Gesichtspunkte des Vorteils der Revolution aus. Wir durften nur jene wählen lassen, die wirklich die Parteigarde darstellen.

Und bei der Ernennung der Sekretäre der Gouvernementsparteileitungen, der Bezirksleitungen, der Vorsitzenden der Gouvernementsgewerkschaftsräte legen wir auch die längere Parteimitgliedschaft zugrunde. Auch das ist keine reine Demokratie. Bei einer Demokratie wählt man den, den man will. Ist diese Beschränkung notwendig oder nicht? Sie ist notwendig! Der Vorteil der Revolution, das ist das höchste Gesetz.

Die dritte Beschränkung — das ist die Bestätigung der Sekretäre durch die übergeordnete Organisation. Auch da ist keine reine Demokratie, und trotzdem machen wir das.

Die vierte Beschränkung — das ist die in der Roten Armee. Eine Zeitlang waren mehr als 100.000 Parteimitglieder in der Roten Armee. Wir brauchen in der Roten Armee den Geist der kameradschaftlichen Disziplin, aber die reine Demokratie können wir dort nicht durchführen, ebensowenig die Wählbarkeit. Die politische Arbeit führen wir dort auf der Linie der Politischen Abteilungen, anders kann das nicht gemacht werden. Dabei waren aber die Funktionäre der Roten Armee eine Zeitlang der vierte oder der dritte Teil der ganzen Partei. Können wir das in der Epoche der Diktatur aufgeben? Nein! Diese Frage steht so: Entweder Rote Armee oder breite Arbeiterdemokratie. Und jeder Revolutionär wird sagen: Zum Teufel mit den heiligen Prinzipien der „reinen Demokratie", wenn wir nur eine richtige Rote Armee haben, die wirklich die Interessen der Revolution zu verteidigen imstande ist. Das ist eine ganze Reihe von Beschränkungen, die sich notwendigerweise aus der Diktatur des Proletariats ergeben. Auf sie müssen wir uns bewußt einlassen.

Arbeiterdemokratie und Fraktionsgruppierungen.

Es gibt noch eine Beschränkung der reinen Arbeiterdemokratie, die darin besteht, daß wir Gruppierungen und Fraktionen innerhalb der Partei verbieten. Häufig sagt man: Wir fordern Diskussionsfreiheit!, in Wirklichkeit aber will man sagen: Wir fordern Fraktionsfreiheit! Man schreibt — Diskussionsfreiheit und versteht darunter Fraktionsfreiheit, Freiheit zu Gruppierungen.

Die Fraktionsfreiheit, die Freiheit zu Gruppierungen — hat das etwas zu tun mit den Prinzipien der Arbeiterdemokratie? Ja, das hat unbedingt etwas damit zu tun. Die reine Arbeiterdemokratie fordert die Freiheit zu Gruppierungen innerhalb der Partei, weil, wenn wir wirklich „alle gleiche sind", wenn

wir „volle" Demokratie besitzen, ich natürlich das Recht habe, Gleichgesinnte um mich zu scharen, sie zusammenzuschweißen usw. Diese Fraktionsfreiheit bestand zur Zeit der Zweiten Internationale. Wir hatten dort eine solche Lage, wo beinahe innerhalb jeder Partei der Sozialdemokraten zwei oder drei Gruppen kämpften: Lenin und Rosa Luxemburg waren nur eine Fraktion der Zweiten Internationale, ihr linker Teil; so war es im internationalen Maßstabe im Laufe von 25 Jahren. In der Periode der organischen Entwicklung der Zweiten Internationale war das fast zur Regel geworden. Als aber die Komintern sich zu organisieren begann, sagte sie vor allem: Wir wollen jetzt nicht ein Parlament der Meinungen, keinen Briefkasten, sondern ein führendes Organ, eine einige, führende kommunistische Weltpartei, weil wir anders die Bourgeoisie nicht besiegen können. Um aber eine einige Arbeiterpartei zu haben, muß man sich lossagen von der Freiheit des Fraktionskampfes. In der Zweiten Internationale sahen wir auf dem Stuttgarter Kongreß auf der einen Seite Rosa Luxemburg und Lenin, auf der anderen Bernstein, Jaurès und andere. Für die Dritte Internationale ist das unmöglich, weil wir augenblicklich eine andere Epoche haben. Ausnahmsweise ereignet sich von Zeit zu Zeit auch ein Kampf von Gruppen in der Kommunistischen Internationale, aber das geschieht nur als Ausnahme. Wir ziehen es manchmal vor, einen sehr bedeutenden Teil der Partei wegzuschneiden, wie das in Norwegen gemacht wurde, um eine wirklich einige, homogene Kommunistische Partei zu erhalten und nicht ein „Parlament der Meinungen". Und das tun wir nicht deshalb, weil wir in den Zentralismus verliebt sind, sondern deshalb, weil die jetzige historische Situation fordert, daß die politische Partei aus einem Stück gegossen sei, weil sie anders die Bourgeoisie nicht besiegen kann, weil sie anders dem Untergang geweiht ist.

Das gilt vom internationalen Maßstabe. Im russischen Maßstabe ist das noch klarer. Können wir eine Freiheit der Fraktion und der Gruppen zulassen? Nein! Ich habe in meinen Thesen gesagt: Die Freiheit der Fraktionen innerhalb jener Partei, die den Staat lenkt, — das bedeutet die Freiheit zur Bildung des Keimes von Nebenregierungen.

Das ist keine Übertreibung. Unsere Partei ist die Seele der Regierung. Wir brauchen nicht einmal weit zu gehen. Haben wir doch selbst eine Reihe von Jahren in einer Partei mit den Menschewiki wie zwei Fraktionen gestanden, und jetzt? Jetzt sind wir zwei Klassen, zwei Welten. Wenn wir es jetzt gutheißen, daß innerhalb der Partei einzelne Gruppen und Fraktionen sein dürfen, die so handeln, wie es ihnen paßt, so wird das eine Nebenregierung im Keime bdeuten, nicht mehr und nicht weniger.

Die Partei kann sich darauf nicht einlassen. Die allerschwächste Teilung der Macht ist der Untergang der proletarischen Diktatur. Wenn wir ausgehalten haben, trotz aller Schwierigkeiten, die auf uns von allen Seiten herniedersausten, so nur deshalb, weil die Partei homogen wär.

Erinnern wir uns an die Diskussion auf dem X. Parteitag, erinnern wir uns daran, wie Genosse Lenin daraufhin Artikel schreiben mußte, in denen gesagt wurde, daß die Partei krank ist, daß sie fiebert — so drückte er sich aus — und wenn die Arbeiter nicht sofort Maßnahmen ergreifen, um diese Fiebertemperatur zu senken, so wird es uns schlecht gehen. Wir haben uns einen zu großen Luxus erlaubt: Wir haben eine Diskussion in ganz Rußland begonnen. Die Diskussion war groß, und auch die Prügelei war groß. Ihr wißt ja, wenn wir uns prügeln, dann prügeln wir uns richtig.

Aus dieser Lehre aber müssen wir lernen, daß, wenn wir etwas Ähnliches anzetteln würden, so wäre das die Teilung des Willens unserer Regierung, der Untergang der proletarischen Diktatur.

Manchmal sagt man, daß alles Unglück der Partei vom X. Kongreß ausgeht. Wieso? Gerade der X. Kongreß hat die Freiheit der Diskussion und der Besprechungen in der Partei anerkannt. Derselbe X. Kongreß aber nahm den Vorschlag des Genossen Lenin an über das Verbot der Fraktionen und der Gruppierungen. Das ist es denn auch, was manchen nicht gefällt.

Die Politik des X. Kongresses ist die Politik des Genossen Lenin. Darum gilt es, klar zu erkennen, daß hier ein Vorstoß gegen die Grundlagen der bolschewistischen Politik, gegen die Grundlagen des Leninismus, gegen seine grundlegende Bilanz vorliegt, die der X. Kongreß gezogen hat. Und deshalb muß aufs strengste unterschieden werden zwischen der Diskussionsfreiheit und der Freiheit der Besprechungen, die die Lage erlaubt, und der Freiheit von Gruppierugen und Fraktionen. Selbstverständlich bedeutet das durchaus nicht, daß wir jede Kritik als fraktionsmäßig bezeichnen müssen. Nicht im geringsten. Dann würden wir gerade selbst die Genossen auf das Fraktionswesen mit der Nase stoßen. Die Kritik ist notwendig, unvermeidlich und nützlich. Jene, die über „Parteidisziplin" heulen schon bei jedem Wort einer Kritik, die sich als Maulkorbdresseure aufspielen, müssen ausgelacht und abgesetzt werden. Fraktionen aber sind nicht zulässig.

Über das kulturelle Niveau der Partei und die parteilosen Arbeiter sowie noch einmal über die Arbeiterdemokratie.

Ich muß nun eingehen auf die Frage, die unter uns einigen Streit ausgelöst hat: die kulturelle Bildung der Parteilosen und der Parteiarbeiter. Bevor ich jedoch darauf eingehe, möchte ich mit dem Genossen Sarkis polemisieren, der zwei Artikel geschrieben hat, einen sehr richtigen und einen anderen eben so falschen.

Richtig ist der zweite und falsch ist der erste über die Frage der Arbeiterdemokratie. Genosse Sarkis, den wir kennen und schätzen als einen unserer besten Funktionäre, der in einem der wichtigsten proletarischen Zentren arbeitet, hat die Frage falsch gestellt.

Im allgemeinen läuft alles in dem Artikel darauf hinaus, daß in der Parteiorganisation keinerlei Verbesserungen notwendig sind.

Das ist natürlich nicht richtig, denn wir haben Verbesserungen nötig. Auf dem Gebiete der Arbeiterdemokratie sind wir in vielem zurückgeblieben. Unter den neuen Verhältnissen müssen wir zur Wahl der Organisationen und der Zellen von unten übergehen. Wir müssen zu einer größeren Öffentlichkeit der Wahl der Gouvernementsleitungen und der Rayonsleitungen gelangen. Wir haben Verbesserungen in der Parteiorganisation auch in Petersburg notwendig.

Genosse Sarkis ist zweifelsohne außerordentlich mit sich und seiner Partei zufrieden. Es muß gesagt werden, daß wir nicht nur Verbesserungen, sondern auch ernste Veränderungen brauchen, daß nicht alles gut gelagert ist, daß wir auf dem Gebiete der Arbeiterdemokratie auch in Petersburg zurückgeblieben sind, daß sich ein Schuß Bürokratismus bei uns überall bemerkbar macht, ja, daß es sogar ein Wunder wäre, wenn das unter den Verhältnissen der Nep nicht so wäre.

Was die Frage der kulturellen Bildung anlangt, so bin ich mit dem Genossen Sarkis einverstanden. Ich habe gesagt, daß politisch unsere Kollektiven in der Provinz stets einen Kopf höher sind als die parteilosen Massen, schon aus dem Grunde, weil sie ein Teil der Gesamtpartei sind, die organisiert vorgeht, ein Programm besitzt, eine Taktik, eine Tradition, eine Geschichte, daß wir aber auf kulturellem Gebiete, des Verkehrs untereinander und der Wirtschaft zuweilen bemerken, daß ein Teil unserer Parteifunktionäre in gewisser Hinsicht hinter manchen Parteilosen zurücksteht.

Genossen, hier muß man nüchtern reden. Genosse Sarkis hat Euch überzeugende Ziffern des Rayons Moskau-Narva angeführt. Ich aber bringe andere Ziffern; zum Beispiel sind in den Lehranstalten von Moskau 32.004 Menschen, unter ihnen 13% Mitglieder der RKP., 15·7% des RKJV., insgesamt also 28·7%, Parteilose aber 71·43%. In Petersburg registrieren die höheren Lehranstalten 25% Parteimitglieder und RKJV. und 74% Parteilose. Das ist das Zahlenverhältnis. Man wird sagen, daß das eben nur das Zahlenverhältnis sei. Es handelt sich um eine jener Fragen, wo die Quantität umschlägt in die Qualität.

Wie kann das kulturelle Niveau gehoben werden? Nur durch das Lesen von Büchern? Nein! Die uns nötige Kultur können wir nur erwerben durch die eigentätige und aktive Anteilnahme der Parteimitglieder am öffentlichen Leben — des Staates, der Gewerkschaften und der Partei.

Um das kulturelle Niveau der Parteimitglieder so zu heben, wie wir es brauchen, brauchen sie auch Bücher und Kurse und Räteparteischulen und Arbeiteruniversitäten sowohl wie Zeitungen und Unterstützungen usw. Aber das ist erst die Hälfte der Sache, die zweiten 50% sind Aufgaben, die in der lebhaften Anteilnahme an den Gewerkschaften, an den Räten, das heißt am Staate und an der Partei liegen.

Warum sind wir zurückgeblieben? Aus sehr einfachen Gründen. Die Partei hat aus den Parteizellen der Betriebe 10.000 der dort vorhandenen besten Kräfte herausgezogen. Ich habe die nicht umfangreiche Statistik über die Wahlen zum Petersburger Sowjet gesehen, wo auf etwas über 800 Menschen 711 Arbeiter kommen, die bis zum Jahre 1914 Arbeiter waren und sich jetzt in der organisatorischen und administrativen Arbeit betätigen. Was sind das

für Leute? Das sind dieselben, die in den Zellen waren und jetzt im Staatsapparat stehen, weil das die Diktatur des Proletariats erforderte. Selbstverständlich, wenn Zehntausende der besten Arbeiter aus den Zellen herausgeholt werden, sind sie politisch nicht mehr auf der Höhe. Das ist unser Unglück, aber nicht unser Verschulden.

Ein anderer Umstand: Der Mangel an Zeit. Hier wird richtig darauf hingewiesen, daß der parteilose Arbeiter mehr Zeit hat als unser Parteigenosse, der häufig über seine Kräfte hinaus belastet ist und dessen materielle Lage manchmal schlechter ist: mehr Abzüge, mehr materielle Opfer für die Partei, für die Gewerkschaften usw. Er kann sich häufig nicht das erlauben, was sich der Parteilose erlaubt und hat auch weniger Zeit. Darum kommt es vor, daß wir da und dort, aber weit nicht überall, wirklich zurückbleiben. Das muß man sehen, sonst würden wir den Vorwurf jener verächtlichen kommunistischen Prahlerei verdienen, derentwegen uns, und zwar mit Recht, Genosse Lenin auspeitschte.

Und wir ziehen daraus zwei Schlüsse.

Die einen — jene parteilosen Arbeiter, die alle möglichen Kurse mitgemacht haben und jetzt, im siebenten Jahre der Revolution, politisch sich uns genähert haben, müssen in die Partei aufgenommen werden...

Das ist ein Ausweg. Der andere aber besteht in folgendem: mit allen Kräften der Parteiorganisation zu helfen, das Verlorene aufzuholen, auf daß der Parteigenosse aus Reih' und Glied sich auf ein hohes Niveau im Sinne seiner Kenntnisse erhebe.

Bestimmte Erfolge haben wir immerhin bereits zu verzeichnen. In den Arbeiteruniversitäten, in den kommunistischen Universitäten, in den staatlichen Parteischulen wird eine bedeutende Schicht der Parteimitglieder unterrichtet; aber das genügt nicht, das ist ein Tropfen im Meere. Je mehr wir Ordnung schaffen, um so stärker werden wir darauf Gewicht legen.

Über die Wirtschaftler.

Ich muß noch einmal auf zwei Fragen eingehen: auf die Wirtschaftler und die Alterszusammensetzung unserer Partei.

Was die Wirtschaftler anbelangt, so muß ich sagen, daß unsere Richtung, die Leninschen, sich bemühen, mit den Wirtschaftlern unserer Partei auszukommen. Häufig wird die Sache so dargestellt, als würden wir die Wirtschaftler geradezu als Parteimitglieder zweiter Klasse betrachten.

Ich besonders habe dabei außerordentliches Pech. Man hat eine besondere Legende in Umlauf gesetzt, als ob ich auf irgendeiner Versammlung aktiver Funktionäre gesagt hätte, daß die Wirtschaftler Parteimitglieder zweiter Sorte seien. Erst unlängst hat sich in einer Sitzung der Zentrale ein alter Genosse, Smirnow, der einige Zeit lang Sekretär unserer Petersburger Organisation war, folgendermaßen an mich gewandt: „Darf ich Sie privatim fragen, ob es richtig ist, daß Sie das gesagt haben?" Ich anwortete darauf: „Wir kennen einander schon lange; in manchen Dingen stimmen wir nicht überein, Sie mögen in der einen oder anderen Frage mit mir auseinandergehen, aber man darf mich doch nicht für einen ausgemachten Narren halten. Konnten Sie wirklich glauben, daß ich derartiges gesagt hätte?"

Welches ist nun unsere wirkliche Stellung zu den Wirtschaftlern? Ich weiß, wie alle wissen, daß bei uns in der Partei sich der einzelne nicht die Arbeit aussucht, sondern die Partei ihm die Arbeit zuweist. Es ist deshalb lächerlich, an den Wirtschaftlern herumzunörgeln. Sie hat die Partei dahingestellt und nicht sie selbst haben sich dahinbegeben. Welcher sich selbst achtende Kommunist würde sich auf wirtschaftliche Arbeit begeben, wenn er nicht überzeugt wäre, daß die Partei hinter ihm steht, daß die Partei ihn nicht für einen Kommunisten zweiter Sorte hält? In der wirtschaftlichen Arbeit steht ein guter Teil aller Revolutionäre, hervorragende Funktionäre, die der Partei in einer ganzen Reihe von Arbeiten ihre Ergebenheit bewiesen haben. Die gesamte Schicht der Wirtschaftler haben wir noch nicht zusammengebracht, wir bringen sie zusammen, wir fühlen und machen Versuche. Das ist eine sehr wichtige und verantwortliche Sache. Dieser Verband von Wirtschaftlern kann seine Aufgabe nur in dem Falle erfüllen, wenn er hinter sich die Unterstützung der ganzen Partei weiß.

Es ist unzulässig, die Wirtschaftler als Parteimitglieder zweiter Sorte zu betrachten. Das ist eine entscheidende Gruppe, von ihrem Erfolg hängt alles ab, nach ihrer Haltung urteilen unsere parteilosen Genossen.

Indes, Genossen, gibt es ein anderes Extrem. Unter einem kleinen Teil der Wirtschaftler stößt man zuweilen auf folgende Stimmung: Warum kontrolliert mich die Partei so überaus? — Da kommt die Gouvernementsparteileitung und ihre Organisationsabteilung und die Rayonsleitung und ihre Organisationsabteilung und die Kollektive — das hält der stärkste Mann nicht aus.

Wir brauchen die Sünde nicht verheimlichen: Bei uns wird den Wirtschaftlern manchmal in Kleinigkeiten zugesetzt. Das ist unzulässig.

Was wir den Wirtschaftlern sagen und was jeder ehrliche Wirtschaftler selbst versteht — das ist das, daß der Wirtschaftler unter den Verhältnissen der Nep selbst einer großen Gefahr der Zersetzung unterworfen ist. Hier hat Genosse Preobraschenski recht. In seiner kürzlich in Moskau gehaltenen Rede sagte er, daß der Wirtschaftler unter den Verhältnissen der Nep genötigt ist, sich über die Schützengräben hinweg mit den Feinden zu verbrüdern. Das ist richtig gesagt. Wer genötigt ist, mit der Bourgeoisie zu arbeiten, der ist wirklich genötigt, wenn nicht sich zu verbrüdern, so doch mit der Bourgeoisie Umgang zu pflegen. Das bringt Gefahren mit sich.

Jeder Beruf hat seine beruflichen Gefahren. Die Partei muß das offen und bestimmt aussprechen, und kein sich achtender Wirtschaftler kann das in Abrede stellen — das ist eine unwiderlegliche Tatsache. Dagegen gibt es nur ein Mittel: die Parteikontrolle, den kameradschaftlichen Zusammenschluß und die Disziplin. Und das braucht man nicht zu fürchten.

Genossen, ich habe ganz zu Beginn gesagt, daß man die Neue Ökonomische Politik und den „Nepp" auseinanderhalten muß. Als Genosse Lenin sagte: „Lernt zu handeln", so haben das einige unserer Genossen von den Praktikern so verstanden, daß die Nep etwas Schmieriges, etwas ist, das nach dem Teufel riecht. Eine unvermeidliche Zone, durch die man hindurch muß. Unter der „Nep" — glauben sie — daß man kein richtiger Kommunist sein kann, daß man die Aufgaben der Revolution oberflächlicher anfassen muß usw. Wenn aber diese Zone überwunden ist und eine neue kommt, so werden wir gewissermaßen wieder reine Hemden anziehen und echte Kommunisten werden. Eine solche Einstellung ist nicht richtig und entspricht nicht dem, wovon der Genosse Lenin gesprochen hat. Genosse Lenin wollte mit seiner Parole sagen: Laßt Euch nicht betrügen, Ihr müßt die Sache mit der Bourgeoisie so anfassen, daß der Vorteil dem Arbeiterstaat zuteil wird. Die Nep — das ist ein ganzes Kapitel in der Geschichte der Arbeiterrevolution, das ist keine Zone, die wir mit geschlossenen Augen durcheilen können, um erst dann Kommunisten zu werden. Nein, strengt Euch an, Kommunisten gerade während der Nep zu sein.

Wir müssen sagen, daß in der Partei keine Absonderung und Teilung in Wirtschaftler, Gewerkschaftler, reine Parteiarbeiter usw. herrschen kann. Diese Teilung bringt uns um, wenn wir sie nicht vereinfachen.

Wir müssen eine Partei sein, wo die einzelnen Abteilungen ihre Arbeit auf der Grundlage einer bestimmten Arbeitsteilung ausführen. Jedoch darf man diese Arbeitsteilung nicht zu sehr mechanisieren, damit die Leute sich nicht in Automaten verwandeln und in kleine Schräubchen (nichtssagende Stellen ausfüllende Organe). Jeder besorgt seine Arbeit, und die Arbeit verbindet alles als Einheitsknoten und verteilt alle Kräfte. Keinerlei irgendwie geartete Schattierung in unserem Verhältnis zu den Wirtschaftlern in dem Sinne, als ob sie etwa Parteimitglieder zweiter Sorte wären, darf zugelassen werden. Gleichzeitig müssen wir die besonderen beruflichen Gefahren sehen, die sich aus den Verhältnissen der Nep ergeben.

Die Alterszusammensetzung der Partei.

Jetzt über die Alterszusammensetzung unserer Partei. Das ist auch eines der wichtigsten und interessantesten Probleme. Wie liegen die Dinge? Die Partei hat eine Geschichte hinter sich von mindestens 25 Jahren, und selbst wenn wir vom 2. Parteikongreß ab rechnen, das heißt von der entscheidenden Spaltung der Partei in Menschewiki und Bolschewiki, von 20 Jahren. Dabei hat die Partei eine persönliche Zusammensetzung, die zu 0·9 nicht 25 Jahre hinter sich hat, sondern zwei bis drei Jahre, das heißt eine Parteimitgliedschaft seit dem Jahre 1920. Das ist unsere Grundmasse. Das ist eine ganz eigenartige Erscheinung. Andere Parteien, die sich in der friedlichen parlamentarischen, demokratischen Atmosphäre gebildet haben, haben sich gesetzter entwickelt. Dort verlief die Sache so: Die Partei wurde gebildet, arbeitete ein, zwei, drei, fünf Jahre und sammelte nach und nach einen persönlichen Parteistab. Bei uns ist es umgekehrt gegangen. Die Grundmasse der Partei strömte in sie in breitem Strome erst hinein, als wir den Zarismus und Kerenski gestürzt hatten, und

es kam so, daß die Partei, die hinter sich eine zwanzigjährige Geschichte hat, einen überaus jungen persönlichen Stab besitzt. Sie hat eine Gruppe, die auf sich die Arbeit der letzten zwanzig Jahre genommen hat, die eine zwanzig- bis fünfundzwanzigjährige Tradition verkörpert, weiter eine andere Gruppe, die eine fünf- oder sechsjährige Tradition des Bürgerkrieges verkörpert, und schließlich hat sie eine Grundmasse, die noch jüngere Traditionen verkörpert. Dadurch wird eine im höchsten Grade charakteristische und eigenartige Lage geschaffen, und das kann auch nicht übergangen werden.

Unsere fundamentale Gruppe, die eine zwanzig- bis fünfundzwanzigjährige Entwicklung der Partei vertritt und den Zement der Partei bildet, besitzt ungeheure Verdienste, aber sie ist klein, sie stirbt aus und bleibt teilweise hinter dem Leben zurück, befindet sich nicht auf der Höhe jener Aufgaben, die vor uns stehen. Von der anderen Seite steigt eine neue Schicht empor, die rascher an die breiten Fragen und an die verantwortlichere Arbeit heran will und die darauf manchmal ein volles Anrecht besitzt, manchmal aber dazu durchaus nicht vorbereitet ist. Eines der intimsten Probleme der Partei besteht darin, den notwendigen Mittelweg zu finden für die notwendige Verschmelzung dieser Grundschicht, die eine fünfundzwanzigjährige Geschichte verkörpert, und der neuen Schicht, die die Partei herausgearbeitet hat während des Bürgerkrieges. Es muß unbedingt ein richtiges Verhältnis gefunden werden, daß diese ganze fünfundzwanzigjährige Erfahrung für die Partei nicht verloren geht, daß dieses angesammelte, riesige politische Kapital für die Partei nicht umsonst verpufft, und von der anderen Seite, daß diese Gruppe der Alten gleichzeitig niemandem von den jungen Mitgliedern im Wege steht, die eine aktivere Anteilnahme an der Partei erstreben, sondern es versteht, ihr ihre politische Erfahrung zu übermitteln und sie unter ihrer Anleitung zu führen.

Die allgemeine Lage und die Aufgaben der Partei.

Ziehen wir nun den Bilanzstrich. In der Arbeiterklasse liegen unsere Sachen nicht so schlecht, sondern besser wie früher. Das Vertrauen der Arbeiter zur Partei wächst; wenn wir keine großen wirtschaftlichen Schnitzer begehen werden, so werden wir das Vertrauen der Arbeiter erobern. Im großen und ganzen nimmt jedenfalls das Vertrauen der Partei zu. Jene Unzufriedenheit, die im Sommer durch die wirtschaftliche Lage hervorgerufen wurde, erwies sich als eine Episode. Jene Organisationen, die die sommerliche Unzufriedenheit und die Streiks verpaßt haben, richten wir auf und stärken sie.

Unsere Stellung unter der Bauernschaft ist gleichfalls nicht so schlecht, jedenfalls besser, als sie früher war. Die bäuerlichen Zellen haben sich gleichfalls selbst etwas gesäubert und befinden sich in einer besseren Lage als früher.

Was die anderen Schichten der Bevölkerung anbelangt, so haben wir hier etwas Neues. Wir haben einen Massenzustrom an Sympathien für die Ideen der Rätemacht unter der Intelligenz, sowohl der niedrigeren als der höheren, und fast unter der gesamten studierenden Jugend, die nicht nur aus unseren Reihen, sondern auch aus den Reihen anderer Klassen hervorgegangen ist. Das ist jenes Neue, das den gegenwärtigen Moment charakterisiert, was vor zwei bis drei Jahren nicht der Fall war. Daß also eine gewisse Massenbewegung zu uns vorhanden ist, das steht außer Frage. Wir müssen verstehen, diese Wendung auszunützen und müssen in ihr zwei Seiten unterscheiden. Sie hat eine ungeheure positive Seite. Diese Leute vermögen unsere Schulen auf die Beine zu bringen, das Professorentum vermag unsere höheren Lehranstalten aufrichten zu helfen, jene Aufgabe lösen zu helfen, die in seinem Briefe an die Gelehrten Genosse Trotzki aufgeworfen hat: Den Krieg entscheidet die Chemie und die Aviation.

Das Plus besteht darin, daß wir die Unterstützung kultureller und halbkultureller Schichten gewinnen, die uns das bringen, was wir nicht haben. Das Minus aber besteht darin, daß ihr am meisten kleinbürgerlicher Teil uns „umhüllen" wird, mit seinen Einflüssen in unserer Partei sein Gewicht durch Tausende von Kanälen durchsetzen wird, die für das unbewaffnete Auge unsichtbar sind. Deshalb sind wir eben auch Marxisten, um die Erscheinungen in dem Momente zu sehen, in dem sie Keime schlagen, während sie eben erst ihre Schale abzuwerfen beginnen. Wir sagen, das sind neue Erscheinungen, seht hin, wie auf der Leinwand: da ist ein Massenzustrom an Sympathie aus der Intelligenz, aus der studierenden Jugend, aus der Lehrerschaft, der uns unsere Kraft bezeugt: versteht es, ihn für unsere Zwecke und Aufgaben zu nützen. Behaltet aber im Auge, daß diese Erscheinung auch negative Seiten besitzt. Seid auf der Hut!

Ich bin der Anschauung, daß wir nicht zulassen dürfen, daß die Diskussion, die eingesetzt hat, jene Formen annimmt wie vor dem X. Kongreß, als Genosse Lenin schreiben mußte, daß die Partei fiebert, daß das Fieber gesenkt werden muß. Jetzt können wir uns diesen „Luxus" nicht mehr gestatten. Erstens ist das nicht nötig; wir werden reife Beschlüsse fassen in der Frage der Belebung der Parteiarbeit und der innerparteilichen Demokratie — und zwar einstimmig. Wir werden mutig die Arbeiterdemokratie in die Tat umsetzen. Alles, was getan werden kann und muß, werden wir unverzüglich beschließen und durchführen. Zweitens können wir uns diesen Luxus deshalb nicht gestatten, weil die internationale Lage in hohem Grade gespannt und verantwortungsvoll bleibt. Jede Woche kann eine neue Überraschung bringen. Die weißgardistische Presse greift unseren Streit natürlich gierig auf.

Die internationale Lage kann uns Überraschungen bringen. Das müssen wir im Auge behalten. Dann haben wir noch die Gründe innerparteilichen Charakters. Wir haben damals vor dem X. Kongreß die Sache ernstlich auf die Spitze getrieben. Damals aber hatten wir eine Person, deren Meinung für die Gesamtpartei absolut entscheidend war. Das war Genosse Lenin. Augenblicklich ist Genosse Lenin noch so krank, daß er an unseren Streitfragen nicht teilnehmen kann. Das belastet uns alle mit einer noch ernsteren Verantwortung. Die Zentrale unserer Partei, die aus einer Gruppe von Schülern des Genossen Lenin besteht, muß die allerverantwortlichsten Beschlüsse treffen. Die Zentrale kann gegenwärtig arbeiten und verantwortliche Funktionen ausführen, das Steuer herumwerfen, wo es nötig ist, unseren Übeln abhelfen und an der internationalen Front manöverieren, lediglich in dem Falle, wenn sie die Atmosphäre des vollen Vertrauens seitens der ausschlaggebenden Grundschichten unserer Partei empfindet. Wir k ö n n e n erreichen und werden es erreichen, daß die Wählbarkeit durchaus sichergestellt wird. Wir müssen eine Reihe von Verbesserungen auf dem Gebiete der Gewerkschafts- und Wirtschaftsarbeit vornehmen und eine ganze Reihe von Korrekturen durchführen. Unser Parteizentrum muß der Generalstab der Partei bleiben. Nur ein solcher Stab vermag die Partei in der Periode der proletarischen Diktatur zu führen. Wir müssen hier zwanzigmal überlegen und unsere Entscheidung wägen und sie mit jener maximalen Festigung und jener maximalen Einmütigkeit treffen, die für unsere Organisation charakteristisch ist.

Weitere Sondernummern „Russische Parteidiskussion" folgen!

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Russische Parteidiskussion II.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 8. 21. Januar.

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Der neue Kurs.

Brief des

Genossen Trotzki

an die erweiterte Sitzung des ZK. der RKP.

Moskau, 8. Dezember 1923.

Werte Genossen!

** Ich habe fest darauf gerechnet, daß ich, wenn nicht heute, so doch morgen an der Debatte über die innerparteiliche Lage und die neuen Aufgaben teilzunehmen vermag. Meine Erkrankung kam dieses Mal aber mehr als je unzeitgemäß und erwies sich von längerer Dauer, als die Ärzte anfänglich glaubten. Es bleibt mir nichts anderes übrig, als meine Gedanken in dem gegenwärtigen Briefe auszusprechen.

Die Resolution des Politischen Büros über die Frage des Parteiausbaues besitzt eine außerordentliche Bedeutung. Sie deutet an, daß die Partei an einem ernsten Wendepunkte auf ihrem geschichtlichen Wege angelangt ist. An Wendepunkten bedarf es, wie in vielen Versammlungen richtig hervorgehoben wurde, der Vorsicht, aber neben der Vorsicht auch der Festigkeit und der Entschlossenheit. Eine abwartende Haltung, eine Unentschiedenheit an den Wendepunkten wäre die schlechteste Sorte von Unvorsichtigkeit.

Einige konservativ veranlagte Genossen, die die Neigung verraten, die Rolle des Apparats zu überschätzen und die Eigentätigkeit der Partei zu unterschätzen, äußern sich kritisch über die Resolution des Politischen Büros. Sie sagen: Die Zentrale nimmt unerfüllbare Verpflichtungen auf sich; die Resolution würde lediglich falsche Illusionen erwecken und zu negativen Ergebnissen führen.

Es ist klar, daß diese Art, an die Sache heranzutreten, durch und durch von bürokratischem Mißtrauen zur Partei eingegeben ist. Der neue Kurs, den die Resolution der Zentrale verkündet, besteht gerade darin, daß das Schwergewicht, das unter dem alten Kurse fälschlicherweise nach der Seite des Apparats hin verschoben wurde, jetzt, unter dem neuen Kurse, nach der Seite der Aktivität, der kritischen Eigentätigkeit und der Selbstverwaltung der Partei, als einer organisierten Vorhut des Proletariats, verlegt werden muß. Der neue Kurs bedeutet durchaus nicht, daß dem Parteiapparat die Aufgabe gestellt wird, in der oder jener Frist das Regime der Demokratie zu dekretieren, zu schaffen oder aufzurichten. Nein! Dieses Regime verwirklichen kann die Partei selbst. Die Aufgabe läßt sich kurz so formulieren: Die Partei muß sich ihren eigenen Apparat unterwerfen, ohne auch nur eine Minute aufzuhören, eine zentralisierte Organisation zu sein.

In den Debatten und den Artikeln wurde in der letzten Zeit sehr häufig darauf hingewiesen, daß „die reine", „die umfassende", „die ideale" Demokratie undurchführbar ist und daß die Demokratie für uns überhaupt nicht Selbstzweck ist. Das ist vollkommen unanfechtbar. Mit demselben Recht und derselben Begründung läßt sich aber sagen, daß der reine oder absolute Zentralismus nicht durchführbar und nicht vereinbar ist mit der Natur einer Massenpartei und daß der Zentralismus sowohl wie der Parteiapparat in keinem Falle einen Selbstzweck darstellen. Demokratie und Zentralismus stellen zwei Seiten des Aufbaues der Partei dar. Die Aufgabe besteht darin, diese beiden Seiten in der richtigen Form ins Gleichgewicht zu bringen, das heißt in der Form, die am besten den Umständen entspricht. In der vergangenen Periode war dieses Gleichgewicht nicht vorhanden. Das Schwergewicht war fälschlicherweise auf den Apparat verlegt worden. Die Eigentätigkeit der Partei war auf ein Minimum herabgesetzt worden. Das hat Methoden und Gewohnheiten der Führung gebracht, die im Grunde dem Geiste der revolutionären Partei des Proletariats widersprechen. Die übermäßige Anziehung des Zentralismus des Apparats auf Kosten der Eigentätigkeit der Partei hat in der Partei das Empfinden der Unzulänglichkeit geweckt. Es hat auf dem äußersten Flügel eine außerordentliche, krankhafte Form bis zur Bildung illegaler Gruppierungen in der Partei unter der Führung von dem Kommunismus fraglos feindlicher Elemente angenommen. Gleichzeitig hat sich in der Partei die kritische Stellungnahme gegenüber den maschinellen Methoden der Lösung von Fragen erhöht. Das Verständnis oder wenigstens das Empfinden dafür, daß der Parteibürokratismus die Partei in eine Sackgasse zu führen droht, ist beinahe allgemein geworden. Es wurden warnende Stimmen laut. Die erste offizielle und in höchstem Grade wichtige Ausdrucks-

form des vor sich gegangenen Umschwunges in der Partei ist die Resolution über den neuen Kurs. Sie wird in dem Maße in die Tat umgesetzt werden, in dem die Partei, das heißt ihre 400.000 Mitglieder dazu bereit und imstande sein werden.

In einer Reihe von Artikeln wird hartnäckig der Gedanke vertreten, daß das grundlegende Mittel zur Belebung der Partei die Hebung des kulturellen Niveaus ihrer Mitglieder aus Reih und Glied sei, woraufhin sich alles übrige, das heißt die Arbeiterdemokratie, schon ganz natürlich ergeben würde. Daß wir das geistige und kulturelle Niveau unserer Partei angesichts der vor ihr stehenden Aufgaben heben müssen, das steht vollkommen außer Frage; aber gerade deswegen ist eine solch rein pädagogische vorschriftsmäßige Behandlung der Frage vollkommen ungenügend und infolgedessen falsch, und wenn wir auf ihr beharren, so kann sie nur eine Verschärfung der Krisis auslösen. Die Partei kann ihr Niveau als Partei nur heben, indem sie voll und ganz ihre Grundaufgaben vermittels der kollektiven eigentätigen Führung der Arbeiterklasse und des Staates der Arbeiterklasse erfüllt. Wir müssen nicht pädagogisch, sondern politisch an die Frage herantreten. Die Frage darf nicht so gestellt werden, als ob die Anwendung der Parteidemokratie in Abhängigkeit gestellt werden muß von dem Grade der „Schulung" der Parteimitglieder ihr gegenüber. Die Partei ist die Partei. Man kann an jeden einzelnen, der in unsere Partei eintreten und in der Partei bleiben will, einen sehr strengen Maßstab anlegen, aber der Eingetretene ist allein dadurch schon aktiver Teilnehmer an der gesamten Parteiarbeit.

Gerade durch die Tötung der Eigentätigkeit hindert der Bürokratismus die Hebung des allgemeinen Niveaus der Partei. Und darin besteht seine Hauptschuld. Da der Parteiapparat un- Baloun Sondernummer Der neue Kurs Inprekorr. vermeidlich aus erfahrenen und verdienten Genossen besteht, wird der Bürokratismus des Apparats sich am ärgsten an dem ideellen politischen Heranwachsen der jungen Generationen der Partei bemerkbar machen. Gerade dadurch ist der Umstand zu erklären, daß die Jugend — das sicherste Barometer der Partei — am heftigsten auf den Parteibürokratismus reagiert.

Es wäre indes falsch, zu glauben, daß die Übermäßigkeit der maschinellen Lösung der Parteifragen an der alten Generation, die in sich die politische Erfahrung der Partei und ihre revolutionäre Tradition verkörpert, spurlos vorübergeht. Nein, die Gefahr ist sehr groß auch in dieser Zone. Es ist nicht notwendig, von der — nicht nur im russischen, sondern im internationalen Maßstabe — ungeheuren Bedeutung der älteren Generation in unserer Partei zu sprechen: das ist allgemein bekannt und allgemein anerkannt. Aber es wäre ein grober Fehler, diese Bedeutung als sich selbst genügend einzuschätzen. Nur eine dauernde gegenseitige Beeinflussung der jüngeren und der älteren Generation innerhalb des Rahmens der Parteidemokratie vermag die alte Garde als einen revolutionären Faktor zu erhalten. Sonst vermögen die Alten leicht zu verknöchern und, ohne es selbst zu merken, zum vollendetsten Ausdruck des Bürokratismus des Apparats zu werden.

Eine Ausartung der „alten Garde" konnte im Laufe der Geschichte mehrmals beobachtet werden. Nehmen wir das jüngste und krasseste geschichtliche Beispiel: die Führer und die Parteien der Zweiten Internationale. Wir wissen ja doch, daß Wilhelm Liebknecht, Bebel, Singer, Viktor Adler, Kautsky, Bernstein, Lafargue, Guesde und andere direkte und unmittelbare Schüler von Marx und Engels gewesen sind. Wir wissen jedoch, daß alle diese Führer — die einen zum Teil, die anderen gänzlich — in der Umgebung der parlamentarischen Reformen und des starken Wachstums des Partei- und Gewerkschaftsapparates nach der Seite des Opportunismus ausarteten. Wir sahen ganz besonders scharf am Vorabend des imperialistischen Krieges, wie der gewaltige sozialdemokratische Apparat, gedeckt durch die Autoritäten der alten Generation, zur größten Bremse der revolutionären Entwicklung wurde. Und wir müssen sagen — gerade wir, die „Alten" —, daß unsere Generation, die natürlicherweise die führende Rolle in der Partei spielt, allein noch keine an sich hinreichende Garantie gegen eine schrittweise und unmerkliche Schwächung des proletarischen und revolutionären Geistes in sich schließt, wenn die Partei ein weiteres Anwachsen, eine Festigung der apparatmäßigen bürokratischen Methode erfährt, die die junge Generation in passives Erziehungsmaterial verwandelt und unvermeidlich die Entfremdung zwischen dem Apparat und der Masse, zwischen den Alten und den Jungen festen Fuß fassen läßt. Gegen diese fraglose Gefahr gibt es kein anderes Mittel, als einen ernsten, tiefen und radikalen Umschwung des Kurses nach der Seite der Parteidemokratie unter immer stärkerer Heranziehung der Proletarier vom Schraubstock zur Partei.

Ich werde mich hier nicht über die einen oder die anderen juristischen Auslegungen der Parteidemokratie und ihre statutengemäßen Beschränkungen verbreiten. So wichtig diese Fragen auch sind, sind sie doch Fragen zweiter Ordnung. Wir werden sie auf Grund der vorhandenen Praxis besprechen und werden ändern, was geändert werden kann. Vor allem aber muß der Geist geändert werden, der in den Organisationen herrscht. Es ist erforderlich, daß die Partei in Gestalt ihrer Zellen und Vereinigungen die kollektive Initiative zurückgewinnt, das Recht der freien, kameradschaftlichen Kritik — ohne Ängstlichkeit und ohne Furcht — das Recht der organisatorischen Selbstbestimmung. Der Parteiapparat muß unbedingt aufgefrischt und erneuert werden, dadurch, daß man ihn zwingt, zu begreifen, daß er der ausführende Mechanismus der großen Kollektive ist.

In der Parteipresse der letzten Zeit ist eine ganze Menge von Beispielen angeführt worden, die die weit fortgeschrittene bürokratische Ausartung der Parteisitten und -verhältnisse charakterisieren. Als Antwort auf eine kritische Stimme hört man: „Zeigen Sie Ihr Mitgliedsbuch vor!" Bevor der Beschluß der Zentrale über den neuen Kurs veröffentlicht wurde, haben die verbürokratisierten Vertreter des Apparats jede Erwähnung der Notwendigkeit einer Änderung der innerparteilichen Politik als Ketzerei betrachtet, als Fraktionsbildung und Untergrabung der Disziplin. Gegenwärtig sind sie eben so bereit, formell den neuen Kurs „zur Kenntnis" zu nehmen, das heißt ihn bürokratisch abzuwürgen. Die Erneuerung des Parteiapparats — selbstverständlich in dem genau abgegrenzten Rahmen der Statuten — muß erfolgen zum Zwecke der Ablösung der Verrannten und Verbürokratisierten durch frische Elemente, die mit dem Leben der Kollektive eng verknüpft oder fähig sind, eine solche Führung zu garantieren, und vor allem müssen von den Parteistellungen jene Elemente entfernt werden, die bei der ersten Stimme einer Kritik, einer Entgegnung, eines Protestes die Mitgliedskarte zum Zwecke von Repressalien einzufordern bereit sind. Der neue Kurs muß damit beginnen, daß alle im Apparat von unten bis oben empfinden, daß es niemand wagen darf, die Partei zu terrorisieren. Es genügt durchaus nicht, daß die Jugend unsere Formeln nachsagt. Es ist notwendig, daß die Jugend die revolutionären Formeln im Kampfe erobert, ihnen Fleisch und Blut verleiht, sich eine eigene Meinung, ein eigenes Wesen bildet und fähig ist, für die eigene Meinung mit dem gleichen Mute einzutreten, den eine offene Überzeugung und Unabhängigkeit des Charakters verleihen. Der passive Gehorsam, das mechanische Schauen nach dem Vorgesetzten, die Unpersönlichkeit, die Dienseifrigkeit und der Karrierismus müssen aus der Partei verschwinden. Der Bolschewik ist nicht nur ein Disziplinmensch — nein, er ist ein Mensch, der tief schürft und sich in jedem einzelnen Falle eine feste Meinung bildet und sie nicht nur mutig im Kampfe gegen die Feinde und ebenso unabhängig verteidigt, sondern das auch innerhalb der eigenen Organisation tut. Heute ist er in seiner Organisation vielleicht in der Minderheit. Er unterwirft sich, weil es sich um s e i n e Partei handelt. Es versteht sich aber, daß das nicht immer bedeutet, daß er unrecht hat. Er hat nur vielleicht früher als andere die neue Aufgabe oder die Notwendigkeit einer Schwenkung eingesehen und begriffen. Er wirft die Frage hartnäckig ein zweites und ein drittes und, wenn nötig, ein zehntes Mal auf. Dadurch erweist er der Partei einen Dienst, da er ihr hilft, der neuen Aufgabe voll gewappnet entgegenzutreten oder die notwendige Schwenkung ohne organisatorische Erschütterungen und Fraktionskonvulsionen zu vollziehen.

Ja, unsere Partei könnte ihre geschichtliche Mission nicht erfüllen, wenn sie in Fraktionsgruppierungen zerfallen würde. Das darf nicht sein und wird nicht sein. Das wird die Partei in ihrer Gesamtheit als eine eigentätige Kollektive verhindern. Aber die Partei kann mit den Gefahren der Fraktionsbildung nur fertig werden, wenn sie den Kurs auf die Arbeiterdemokratie ausbaut, befestigt und verstärkt. Gerade der Bürokratismus des Apparats ist eine der wichtigsten Quellen des Fraktionswesens. Er unterdrückt die Kritik und läßt die Unzufriedenheit sich einfressen. Er ist geneigt, den Fraktionszettel jeder individuellen oder kollektiven Stimme der Kritik, beziehungsweise der Warnung anzuhängen. Der mechanische Zentralismus wird unvermeidlich vom Fraktionswesen ergänzt, das zu gleicher Zeit eine drohende politische Gefahr ist.

In klarem Verständnis der Gesamtlage wird die Partei die notwendige Wendung mit aller Festigkeit und Entschlossenheit, wie sie durch die Bedeutung der vor uns stehenden Aufgaben

geboten werden, vollziehen. Die Partei wird gerade dadurch ihre revolutionäre Einheit auf ein höheres Niveau erheben als Garantie dafür, daß sie mit den wirtschaftlichen und internationalen Aufgaben von unermeßlicher Bedeutung fertig werden wird.

Ich habe in keinerlei Hinsicht die Frage erschöpft. Ich habe bewußt die Untersuchung vieler ihrer wesentlichen Seiten unterlassen aus der Befürchtung heraus, Eure Zeit zu sehr in Anspruch zu nehmen. Ich hoffe aber, daß es mir bald gelingen wird, mit der Malaria fertig zu werden, die — ich urteile nach mir selbst — sich in sichtbarer Opposition zum neuen Kurse der Partei befindet, und dann werde ich versuchen, in freierer mündlicher Rede nachzuholen und genauer auszusprechen, was ich in diesem Briefe nicht ausgesprochen habe.

Moskau, 10. Dezember.

PS. Ich benutze den Umstand, daß mein Brief in der „Prawda" mit zweitägiger Verspätung erscheint, um einige ergänzende Bemerkungen zu machen.

Mir wurde mitgeteilt, als ob die einzelnen Genossen bei der Veröffentlichung meines Briefes auf den Rayonversammlungen die Befürchtung geäußert hätten, daß meine Erwägungen über das gegenseitige Verhältnis der „alten Garde" und der jungen Generation ausgenützt werden könnten, um die Jugend den Alten gegenüberzustellen (!). Man kann ohne weiteres garantieren, daß dieser Gedanke in den Köpfen jener Genossen aufgetaucht ist, die noch vor zwei Monaten vor der Aufrollung der Frage über die Notwendigkeit einer Änderung des Kurses entsetzt zurückgeschreckt sind. Jedenfalls kann die Hervorhebung derartiger Befürchtungen unter der gegenwärtigen Lage und im gegenwärtigen Moment lediglich durch eine falsche Einschätzung der Gefahren und des Grades ihrer Wichtigkeit erfolgen. Die jetzige Stimmung der Jugend, die, wie das jedem denkenden Parteimitglied klar ist, einen im höchsten Grade symptomatischen Charakter trägt, ist ausgerechnet durch diese Methoden der „unbedingten Stille" hervorgerufen worden, die die einstimmig angenommene Resolution des Politischen Büros verurteilt, mit anderen Worten, gerade die „unbedingte Stille" hat in sich die Gefahr einer wachsenden Entfremdung zwischen der führenden Parteischicht und den jüngeren Mitgliedern, das heißt ihrer überwiegenden Mehrheit, hervorgerufen. Die Tendenz des Parteiapparats, für die Partei zu denken und zu entscheiden, führt in seinem Gefolge zu dem Bestreben, die Autorität der führenden Kreise **nur** auf die Tradition aufzubauen. Die Achtung der Parteitradition gegenüber ist fraglos das notwendigste Bestandselement der Parteierziehung und der Parteiverschmelzung; dieses Element aber kann lebendig und widerstandsfähig nur in dem Falle sein, wenn es fortwährend genährt und durch eine selbständige und aktive Kontrolle der Parteitradition durch die kollektive Ausarbeitung der laufenden Parteipolitik gestärkt wird. Ohne diese Aktivität und Eigentätigkeit kann die Achtung gegenüber der Tradition sich in eine behördliche Romantik oder direkt in einen nackten Behördenfimmel auswachsen, das heißt in eine **Form ohne Inhalt**. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß eine solche Art der Fühlung unter den Generationen vollkommen ungenügend und unzuverlässig wäre. Äußerlich mag sie fest erscheinen bis fünf Minuten vor dem Moment, in dem die drohenden Risse aufgedeckt werden. Gerade hier liegt die Gefahr des Kurses des Apparats, der sich auf die „unbedingte Stille" in der Partei stützt. Und so weit die revolutionär gebliebenen und nicht schief gelaufenen Vertreter der älteren Generation, das heißt — wie wir fest glauben — ihre überwiegende Mehrheit sich vollkommene Rechenschaft hinsichtlich der oben charakterisierten Perspektive abgeben und, indem sie sich auf den Boden der Resolution des Politischen Büros stellen und alles aufbieten werden, um der Partei zu helfen, die Resolution in die Tat umzusetzen, insoweit wird die Hauptquelle einer möglichen Ausspielung der verschiedenen Generationen in der Partei gegeneinander verschwinden. Die einen oder die anderen „Übertreibungen" oder das zu starke Auftreten der Jugend auf dieser Linie läßt sich dann verhältnismäßig leicht überwinden. Aber es ist vor allem notwendig, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich die Parteitradition nicht im Apparat konzentriert, sondern lebe und sich erneuere in der lebendigen Praxis der Partei. Dadurch allein wird auch eine andere Gefahr vermieden: die Zersplitterung der älteren Generation in Menschen „des Apparats", das heißt in solche, die die „unbedingte Stille" unterstützen, und in Elemente, die damit nichts zu tun haben. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß der Apparat der Partei, das heißt ihr organisatorisches Skelett, das aus der sich selbst genügenden Abgeschlossenheit heraustritt, nicht schwächer werden, sondern stärker werden wird. Darüber aber, daß wir einen mächtigen zentralisierten Apparat brauchen, können in unserer Partei nicht zwei Meinungen bestehen.

Es läßt sich vielleicht noch einwenden, daß die in dem Briefe gebrachte Bezugnahme auf die apparatmäßige Ausartung der Sozialdemokratie nicht richtig ist — angesichts des tiefen Unterschiedes der Epochen: der damaligen stillstehenden reformistischen und der jetzigen revolutionären. Es versteht sich, daß ein Beispiel nur ein Beispiel ist und keinesfalls eine Identität. Indes entscheidet diese Gegenüberstellung der Epochen in Bausch und Bogen an sich noch nichts. Nicht umsonst verweisen wir ja auf die Gefahren der „Nep", die eng mit dem schleppenden Charakter der internationalen Revolution verbunden sind. Unsere alltägliche praktische Staatsarbeit, die immer mehr detailliert und spezialisiert wird, birgt in sich, wie in der Resolution des Politischen Büros betont wird, die Gefahr einer Verengung des Horizontes, das heißt einer opportunistischen Ausartung. Es ist ganz klar, daß diese Gefahren um so ernster werden, je mehr die Parteiführung abgelöst wird von einer in sich selbst zurückgezogenen „sekretärmäßigen" Befehlshaberei. Wir würden schlechte Revolutionäre sein, wollten wir darauf hoffen, daß uns der „revolutionäre Charakter der Epoche" helfen wird, mit allen, ganz besonders mit allen inneren Schwierigkeiten fertig zu werden. Man muß der „Epoche", wie es sich gehört, durch eine richtige Verwirklichung des neuen Parteikurses, den das Politische Büro des ZK. einstimmig verkündet, helfen.

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Vor zwei oder drei Monaten, als die Fragen, die den Gegenstand der augenblicklichen Diskussion bilden, erst noch sozusagen auf die Tagesordnung der Partei gestellt wurden, waren einige verantwortliche Genossen aus der Provinz geneigt, herablassend mit den Achseln zu zucken; das waren ja nur lauter Moskauer Einfälle, in der Provinz sei es mit allem glänzend bestellt.

Und auch jetzt vernehmen wir in der einen oder anderen Korrespondenz aus der Provinz dieselbe Note, das verseuchte oder aufgeregte Moskau wird gegen „die ruhige und vernünftige Provinz" ausgespielt. Das bedeutet nichts anderes als einen heftigen Ausdruck desselben Bürokratismus, wenn auch in provinzieller Ausgabe. In der Tat ist die Moskauer Organisation unserer Partei die umfangreichste, die mit Kräften am reichsten ausgestattete und die lebendigste. Selbst in den Momenten der ausgeprägtesten Flaute war das selbständige Leben und die Aktivität der Moskauer Organisation trotz alledem höher als irgendwo anders. Wenn sich Moskau gegenwärtig durch irgendetwas von anderen Punkten unterscheidet, so nur dadurch, daß es die Initiative der Revision des Parteikurses auf sich genommen hat. Das ist kein Minus, sondern ein Verdienst. Die ganze Partei wird im Gefolge Moskaus das notwendige Stadium der Umwertung gewisser Werte der abgelaufenen Periode durchmachen. Je weniger sich der provinzielle Parteiapparat dem widersetzen wird, um so planmäßiger werden die provinziellen Organisationen durch das unvermeidliche Stadium der Kritik und der Selbstkritik hindurchkommen. Die Partei wird das Resultat in der Form einer gesteigerten inneren Festigkeit und einer Hebung des Niveaus der Parteikultur ernten.

J. Stalin:

Über die Diskussion,

über Genossen Rafael, über die Artikel der Genossen Preobraschenski und Sapronow und über das Schreiben des Genossen Trotzki.

** Die vor einigen Wochen begonnene Diskussion über die innere Lage der Partei geht augenscheinlich ihrem Ende entgegen, insofern man Moskau und Petersburg vor Augen hat. Wie bekannt, hat sich Petersburg für die grundsätzliche Linie der Partei ausgesprochen. Die Hauptbezirke Moskaus haben gleichfalls für die Richtlinie des Zentralkomitees Stellung genommen. Die Konferenz der Moskauer Parteifunktionäre vom 11. Dezember hat die organisatorische und politische Richtlinie des Zentralkomitees der Partei durchaus gutgeheißen. Es liegt keine Ursache vor, zu bezweifeln, daß die bevorstehende allgemeine Parteikonferenz der Moskauer Organisation dem Beispiele der Bezirke folgen wird. Die aus dem Block eines Teiles der „linken Kommunisten"*) (Preobraschenski, Stukow, Pjatakow und andere) und den sogenannten demokratischen Zentralisten (Rafael, Sapronow und andere) bestehende Opposition ist vernichtet.

Der Gang der Diskussion und die Umwandlungen, die die Opposition im Verlaufe der Diskussion erlitt, sind recht interessant.

Die Opposition begann damit, daß sie nichts Geringeres verlangte, als die Revision der grundsätzlichen Linie des inneren Ausbaues der Partei und der inneren Parteipolitik während der letzten zwei Jahre, im Verlaufe der ganzen Periode der neuen Wirtschaftspolitik. Die Opposition forderte die uneingeschränkte Durchführung der Resolution des X. Parteitages betreffs der inneren Parteidemokratie und bestand gleichzeitig auf der Abschaffung jener Beschränkungen (Untersagung von Gruppierungen, Parteipraxis usw.), die auf dem X., XI. und XII. Parteitag beschlossen wurden. Aber die Opposition begnügte sich damit nicht. Indem sie behauptete, daß die Partei sich ihrem Wesen nach in eine Organisation von militärischem Typus und die Parteidisziplin in eine militärische Disziplin verwandelt hätten, verlangte die Opposition eine Aufrüttelung des gesamten Personalbestandes des Parteiapparats von oben bis unten, die Enthebung der wichtigsten Arbeiter von ihren Posten und anderes mehr. Natürlich fehlte es nicht an scharfen Worten und Scheltreden gegen das Zentralkomitee. Die „Prawda" wimmelte von Artikeln und Artikelchen, die das Zentralkomitee sämtlicher Todsünden bezichtigten. Es fehlte nur noch, daß man ihm Schuld an dem japanischen Erdbeben gegeben hätte.

Das Zentralkomitee als solches mischte sich während dieser Periode nicht in die Diskussion in den Spalten der „Prawda" ein und gestattete den Mitgliedern der Partei vollkommene Kritikfreiheit. Es hielt es nicht einmal für notwendig, die häufig seitens der Kritisierenden erhobenen lächerlichen Beschuldigungen zu widerlegen, denn es war der Ansicht, daß die Parteimitglieder genügend Selbständigkeit besäßen, um die erörterten Fragen allein zu entscheiden.

Dieses war gewissermaßen die erste Periode der Diskussion.

Sodann, als die scharfen Worte verpufft waren und die Scheltreden ihre Wirkung verloren, da verlangten die Parteimitglieder eine sachliche Erörterung der Frage, und damit setzte die zweite Periode der Diskussion ein. Sie begann mit der Veröffentlichung der Resolution des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission betreffs des Parteiausbaues. Ausgehend vom Beschluß der Plenarsitzung des ZK. vom Oktober, worin die auf die innere Parteidemokratie eingehaltene Richtlinie gebilligt wurde, hatte das Politische Büro des Zentralkomitees und das Präsidium der ZKK. die bekannte Resolution verfaßt, die die zur Durchführung der inneren Parteidemokratie notwendigen Bedingungen bezeichnete. Diese Aktion schuf eine Umwälzung im Gang der Diskussion. Jetzt konnte man sich nicht mehr auf allgemeine Kritik beschränken. Der konkrete vom ZK. und der ZKK. vorgelegte Plan forderte von der Opposition entweder die Annahme dieses Planes oder die Vorlegung eines anderen parallelen und ebenso konkreten Planes für die Durchführung der inneren Parteidemokratie. Und hier stellte es sich nun heraus, daß die Opposition nicht imstande war, dem Plan des ZK. ihren eigenen konkreten Plan entgegenzusetzen, der den Anforderungen der Parteiorganisationen genügt hätte. Da begann die Opposition zum Rückzug zu blasen. Die Forderung, die während der letzten zwei Jahre eingehaltene Richtlinie der Partei im inneren Parteiausbau abzuschaffen, schwand aus dem Arsenal der Opposition. Auch die Forderung der Opposition betreffs der Abschaffung der von den X., XI. und XII. Parteitagen angenommenen Beschränkungen der Demokratie verblaßte. Die Forderung betreffs der Aufrüttelung des Apparats von oben bis unten wurde gemildert und in den Hintergrund gerückt. Die Opposition hielt es für angebracht, all diese Forderungen durch Anträge über die Notwendigkeit einer „genauen Formulierung der Fraktionsfrage", „Durchführung von Neuwahlen aller ehemals gewählten Parteiorgane", „Aufhebung des Systems der Ernennungen" zu ersetzen. Bezeichnend ist, daß sogar all diese um viele Male gemilderten Anträge der Opposition bei den Organisationen von Krasnaja-Presnia und Samoskwaretschje durchfielen, denn diese waren für die Resolution des ZK. und der ZKK. mit überwiegender Stimmenmehrheit.

Dieses war gewissermaßen die zweite Periode der Diskussion.

Gegenwärtig hat für uns die dritte Periode begonnen. Bezeichnend für diese Periode ist der fernere Rückzug, ich möchte beinahe sagen, die wilde Flucht, der Opposition. Dieses Mal fehlen in der Resolution der Opposition sogar die verblaßten und stark gemilderten Forderungen. Die letzte Resolution des Gen. Preobraschenski (augenblicklich der Zahl nach die dritte), die die Versammlung der aktiven Arbeiter der Moskauer Organisation (über tausend Personen) vorgelegt wurde, lautet:

„Nur die schnelle, einige und aufrichtige Durchführung der Resolutionen des Politischen Büros, besonders die Erneuerung des inneren Parteiapparats mittels Neuwahlen, kann unserer Partei ohne Erschütterungen und inneren Kampf den Übergang zum neuen Kurs sichern und die Geschlossenheit und Einheit ihrer Reihen wahrhaft festigen."

Man kann den Umstand, daß die Versammlung sogar diesen vollkommen unschädlichen Antrag der Opposition ablehnte, nicht bloß dem Zufall zuschreiben. Es ist auch keineswegs ein Zufall, daß die Versammlung mit erdrückender Stimmenmehrheit die Resolution betreffs „der Anerkennung der politischen und der organisatorischen Richtlinie des ZK." annahm.

*) So nannte sich die Opposition innerhalb der RKP. zur Zeit der Diskussion um den Brest-Litowsker Frieden. Die Red.

Über den Genossen Rafael.

Ich bin der Ansicht, daß Gen. Rafael unter der heutigen Opposition, richtiger gesagt: innerhalb des gegenwärtigen Blockes der Opposition — der folgerichtigste und vollendetste Vertreter ist. Auf einer der Diskussionsversammlungen erklärte Gen. Rafael, daß unsere Partei, im Grunde genommen, sich in eine Armeeorganisation verwandelt habe, daß ihre Disziplin eine militärische sei, und daß es deshalb nottue, den ganzen Parteiapparat als unbrauchbar und dem Geist der wahren Parteigenossenschaft fremd, von oben bis unten zu erneuern. Mir scheint, daß diese oder ähnliche Gedanken auch in den Köpfen unserer heutigen Opponenten spuken, daß sie sich aber aus verschiedenen Erwägungen scheuen, sie auszusprechen.

Man muß zugeben, daß Gen. Rafael in dieser Beziehung mutiger war als seine Kollegen in der Opposition.

Und dennoch irrt sich Gen. Rafael im Grunde. Er irrt sich nicht nur formell genommen, sondern auch vor allem im Wesen der Sache. Denn wenn sich unsere Partei in der Tat in eine Heeresorganisation verwandelt hat oder zu verwandeln begonnen hat, liegt es dann nicht klar auf der Hand, daß wir dann keine Partei im eigentlichen Sinne des Wortes, noch eine Diktatur des Proletariats, noch eine Revolution hätten?

Was ist das: eine Armee?

Eine Armee ist eine geschlossene, von oben her ausgebaute Organisation. Das Wesen der Armee bedingt es, daß an ihrer Spitze ein von oben her ernannter Stab steht, der die Armee auf der Grundlage des Zwanges formiert. Der Stab formiert aber nicht nur die Armee, er versorgt sie auch, er nährt und kleidet sie usw. Die materielle Abhängigkeit des ganzen Armeebestandes vom Stab ist eine vollkommene. Darauf basiert unter anderm jene Armeedisziplin, deren Verletzung die spezifische Form des höchsten Strafausmaßes — das Erschießen — nach sich zieht. Dadurch ist der Umstand zu erklären, daß der Stab die Armee dirigieren kann, wohin er will und wann er will, wobei er sich bloß von seinen eigenen strategischen Plänen leiten zu lassen braucht.

Was ist nun die Partei?

Die Partei ist das Vordertreffen des Proletariats und wird von unten her auf der Grundlage der Freiwilligkeit ausgebaut. Auch die Partei hat ihren Stab, aber der wird nicht von oben her ernannt, sondern von unten her durch die ganze Partei gewählt. Nicht der Stab formiert die Partei, sondern umgekehrt, die Partei formiert den Stab. Die Partei selbst formiert sich auf der Grundlage der Freiwilligkeit. Hier gibt es auch nicht jene materielle Abhängigkeit zwischen dem Stab der Partei und der Partei als Ganzem, deren oben hinsichtlich der Armee Erwähnung geschah. Der Stab der Partei versorgt diese nicht, er nährt und kleidet sie nicht. Damit wird unter anderm der Umstand erklärt, daß der Stab der Partei die Reihen der Partei nicht willkürlich — wohin er will und wann er will — diridieren kann, daß der Stab der Partei die Partei als Ganzes nur in der Richtung der ökonomischen und politischen Interessen jener Klasse leiten kann, von der die Partei selber einen Teil bildet. Daher rührt der eigenartige Charakter der Parteidisziplin, die sich hauptsächlich auf die Methode der Überzeugung gründet, zum Unterschied von der Heeresdisziplin, die sich hauptsächlich auf die Methode des Zwanges gründet. Hierin liegt der Hauptunterschied zwischen dem höchsten Strafausmaß in der Partei (Ausschluß aus der Partei) und dem höchsten Strafausmaß in der Armee (Erschießen).

Es genügt, diese beiden Definitionen miteinander zu vergleichen, um die ganze Ungeheuerlichkeit des Irrtums des Gen. Rafael zu begreifen.

Er sagt: „Die Partei hat sich in eine Heeresorganisation verwandelt". Wie aber kann man die Partei in eine Heeresorganisation verwandeln, wenn sie nicht materiell von ihrem Stab abhängt, wenn sie von unten her auf der Grundlage der Freiwilligkeit ausgebaut wird, wenn sie selber ihren Stab formiert? Wie kann man in diesem Falle den Zustrom der Arbeiter in die Partei, ihren wachsenden Einfluß unter den parteilosen Massen, ihre Popularität unter den werktätigen Schichten der ganzen Welt erklären?

Eines von beiden:

Entweder ist die Partei im höchsten Grade passiv und willenlos — wie läßt sich aber dann der Umstand erklären, daß eine derartig passive und willenlose Partei das revolutionärste Proletariat der Welt führt und nun bereits mehrere Jahre hindurch das revolutionärste Land der Welt regiert?

Oder aber die Partei ist aktiv und selbsttätig — aber dann ist es unbegreiflich, warum eine solche aktive und selbsttätige Partei in dieser Zeit nicht das militärische Regime in der Partei abgeschafft hat, wenn ein solches tatsächlich innerhalb der Partei vorhanden sein sollte?

Ist es denn nicht klar, daß unsere Partei, die drei Revolutionen durchgeführt hat, die Koltschak und Denikin aufs Haupt schlug und gegenwärtig an den Grundlagen des Weltimperialismus rüttelt, daß diese Partei nicht eine Woche lang jenes militärische Regime und jenen Befehlston dulden würde, von dem Gen. Rafael so leichthin und sorglos spricht — würde sie nicht dieses Joch sofort abwerfen und ein neues Regime einführen, ohne erst die Aufforderung des Gen. Rafael abzuwarten?

Aber es wird nicht so heiß gegessen, wie gekocht wird. Die Sache ist nämlich die, daß erstens Gen. Rafael die Partei mit der Armee und die Armee mit der Partei verwechselt hat, da er augenscheinlich von beiden nichts versteht. Zweitens ist die Sache die, daß Gen. Rafael augenscheinlich selbst nicht an seine Entdeckung glaubt — er braucht „Schreckensworte" über den Befehlston in der Partei, um die Hauptlosungen der heutigen Opposition zu begründen: a) betreffs der Freiheit der Fraktionsgruppierung, und b) betreffs der Enthebung der leitenden Elemente der Partei von oben bis unten von ihren Posten.

Augenscheinlich fühlt Gen. Rafael, daß es ohne „Schreckensworte" nicht gelingen würde, diese Losungen durchzubringen. Bloß darum handelt es sich.

Über den Artikel des Genossen Preobraschenski.

Gen. Preobraschenski sucht die Hauptursache der Mängel des ineren Parteilebens in der irrigen Grundlinie der Partei beim Parteiaufbau. Gen. Preobraschenski behauptet, daß:

„die Partei nun bereits seit zwei Jahren eine in der Hauptsache irrige Richtlinie bei ihrer inneren Parteipolitik einhält", daß „die Grundlinie der Partei beim inneren Parteiaufbau und bei der inneren Parteipolitik während der neuen Periode sich als falsch herausgestellt habe".

Worin besteht die Grundlinie der Partei während der Periode der neuen Wirtschaftspolitik? Die Partei hat auf ihrem 10. Parteitage die Resolution über die Arbeiterdemokratie angenommen. Hat die Partei mit der Annahme dieser Resolution richtig gehandelt? Gen. Preobraschenski ist der Ansicht, daß sie recht gehandelt habe. Auf demselben 10. Parteitag hat die Partei eine sehr ernste Beschränkung der Demokratie in Form des Verbotes von Gruppierungen beschlossen. Hat die Partei richtig gehandelt, indem sie diese Beschränkung beschloß? Gen. Preobraschenski ist der Meinung, daß die Partei dabei unrichtig gehandelt habe, denn seiner Ansicht nach hemmt eine derartige Beschränkung das selbstständige Denken der Partei. Auf dem 11. Parteitag hat die Partei neue Beschränkungen der Demokratie in Form der Festsetzung einer bestimmten Parteivergangenheit (als Voraussetzung der Bekleidung gewisser Parteifunktionen. Die Red.) usw. beschlossen. Der 12. Parteitag hat diese Beschränkungen nur bestätigt. Hat die Partei richtig gehandelt, indem sie diese Beschränkungen beschloß, die die Partei gegen kleinbürgerliche Tendenzen unter den Verhältnissen der Nep" sichern sollten? Gen. Preobraschenski ist der Ansicht, daß die Partei damit unrichtig gehandelt habe, denn diese Beschränkungen haben seiner Ansicht nach die Selbständigkeit der Parteiorganisationen beeinträchtigt. Die Schlußfolgerung ist klar: Gen. Preobraschenski schlägt vor, die Grundlinie der Partei, die auf diesem Gebiete vom 10. und 11. Parteitag angesichts der „Nep" beschlossen wurde, aufzuheben.

Aber der 10. und 11. Parteitag fanden unter der unmittelbaren Leitung des Gen. Lenin statt. Die Resolution betreffs des Verbots von Gruppierungen (die Resolution über die Einheit) ist auf dem 10. Parteitag vom Gen. Lenin selbst eingebracht und durchgesetzt worden. Die weiteren Beschränkungen der Demokratie, wie die Festsetzung der erforderlichen Mindestdauer der Parteimitgliedschaft gewisser Funktionäre usw., sind vom 11. Parteitag unter unmittelbarster Beteiligung des Genossen Lenin angenommen worden. Kommt es denn dem Gen. Preobraschenski gar nicht in den Sinn, daß er, im Grunde genommen, eine Abänderung der mit dem Leninismus verbundenen Richtlinie unter den Verhältnissen der „Nep" befürwortet? Beginnt Gen. Preobraschenski nun zu begreifen, daß sein Vorschlag betreffs der Abänderung der Hauptrichtlinie des Parteiaufbaues unter den Verhältnissen der „Nep" im Grunde ge-

nommen bloß eine Wiederholung gewisser Vorschläge der nicht unbekannten „anonymen Plattform" bedeutet, die eine Revision des Leninismus forderte?

Man braucht bloß diese Fragen zu stellen, um zu begreifen, daß die Partei dem Beispiel des Gen. Preobraschenski nicht folgen wird.

Was schlägt Gen. Preobraschenski eigentlich vor? Er verlangt nicht mehr und nicht weniger, als die Wiederherstellung des Parteilebens „nach dem Muster der Jahre 1917 bis 1918". Wodurch unterscheiden sich in dieser Hinsicht die Jahre 1917 und 1918? Dadurch, daß damals in unserer Partei Gruppierungen und Fraktionen bestanden, daß damals ein offener Kampf von Gruppierungen bestand, daß die Partei damals einen kritischen Augenblick durchmachte, der für sie eine Frage von Leben und Tod bedeutete. Gen. Preobraschenski fordert, daß jene Ordnung in der Partei, die vom 10. Parteitag abgeschafft wurde, wieder hergestellt werde, zum mindesten „teilweise". Kann die Partei diese Richtung einschlagen? Nein, sie kann es nicht. Erstens kann sie es aus dem Grunde nicht, weil eine Wiederherstellung des Parteilebens auf der Grundlage der Jahre 1917 und 1918, wo es noch keine neue Wirtschaftspolitik gab, den Bedürfnissen der Partei unter den Verhältnissen des Jahres 1923, wo es eine neue Wirtschaftspolitik gibt, nicht entspricht und nicht entsprechen kann. Zweitens aus dem Grunde, weil eine Wiederherstellung der ehemaligen Freiheit des Fraktionskampfes unausbleiblich dazu führen müßte, die Parteieinheit zu untergraben, besonders jetzt, in der Abwesenheit des Gen. Lenin.

Gen. Preobraschenski ist geneigt, die Verhältnisse des inneren Parteilebens der Jahre 1917 und 1918 als etwas Wünschenswertes darzustellen. Aber wir kennen eine Menge Schattenseiten jener Periode des inneren Parteilebens, Seiten, die in der Partei tiefgehende Erschütterungen hervorriefen. Sicher hat der innere Parteikampf unter den Bolschewiken niemals mit solcher Erbitterung gewütet, wie während dieser Periode, — der Periode der Brester Friedens. Es ist zum Beispiel bekannt, daß die „linken Kommunisten", die damals eine selbstständige Fraktion bildeten, sich bis zu einer derartigen Erbitterung hinreissen ließen, daß sie bezüglich der Ersetzung des damals bestehenden Rates der Volkskommissäre durch neue Leute, die zur Fraktion der „linken Kommunisten" gehörten, ernsthafte Besprechungen führten. Ein Teil der gegenwärtigen Opponenten, die Genossen Preobraschenski, Stukow, Pjatakow und andere, gehörten damals zur Fraktion der „linken Kommunisten".

Gedenkt nun Gen. Preobraschenski, diese alte „ideale Ordnung" der Dinge in unserer Partei wieder herzustellen?

Jedenfalls ist es klar, daß die Partei nicht auf eine derartige „Wiederherstellung" eingehen wird.

Über den Artikel des Genossen Sapronow.

Genosse Sapronow erblickt die Hauptursache der Mängel des inneren Parteilebens im Vorhandensein von „Parteipedanten", von „mit der Erziehung der Parteimitglieder nach Schulmethode beschäftigter Klassendamen" in den Parteiapparaten, die auf diese Weise die wahre Erziehung der Parteimitglieder durch den Kampf hemmen. Während Genosse Sapronow solcherart die Funktionäre unseres Parteiapparates in „Klassendamen" verwandelt, fällt es ihm gar nicht ein, zu fragen, woher diese Leute stammen und wie es geschehen konnte, daß in der Arbeit unserer Partei diese „Parteipedanten" zur Herrschaft gelangten. Als Gen. Sapronow diese mehr als gewagte demagogische Behauptung als bewiesen aufstellte, vergaß er, daß ein Marxist sich nicht mit bloßen Aussprüchen begnügen kann, daß er vor allem eine vorkommende Naturerscheinung begreifen und erklären will, um sodann wirkliche Verbesserungsmaßregeln zu treffen. Aber Gen. Sapronow kümmert sich augenscheinlich nicht um den Marxismus. Er will den Parteiapparat um jeden Preis schmähen, das übrige wird sich dann schon finden. Somit ist — nach der Meinung des Gen. Sapronow — die Böswilligkeit der „Parteipedanten" die Ursache der Mängel unseres inneren Parteilebens. Wirklich eine prächtige Erklärung!

Unverständlich ist nur folgendes:

1. Wie konnten diese „Klassendamen" und „Parteipedanten" die Herrschaft über das revolutionäre Proletariat der Welt beibehalten?

2. Wie kontnen unsere der Erziehung der „Klassendamen" anvertrauten „Parteizöglinge" die Leitung des revolutionärsten Landes der Welt beibehalten?

Jedenfalls ist es leichter, von „Parteipedanten" zu reden, als die großen Vorzüge unseres Parteiapparates zu verstehen und zu schützen.

Wie gedenkt Gen. Sapronow die Mängel unseres inneren Parteilebens zu beseitigen? Sein Heilmittel ist ebenso primitiv wie seine Diagnose. „Revision unseres Offiziersbestandes", Enthebung der heutigen Funktionäre von ihren Posten. Das sind die Heilmethoden des Gen. Sapronow. Darin erblickt er die größte Sicherheit für die Durchführung der inneren Parteidemokratie. Ich bin weit davon entfernt, die Bedeutung von Neuwahlen vom Gesichtspunkt der Demokratie im Interesse der Hebung unseres inneren Parteilebens leugnen zu wollen. Aber darin die Hauptgarantie erblicken wollen — das weist auf völlige Verständnislosigkeit sowohl für das innere Parteileben wie auch für seine Mängel hin. Unter den Opponenten gibt es Genossen, wie Bieloborodow, dessen „Demokratismus" unter dem Rostower Arbeitern bis jetzt unvergessen geblieben ist; Rosenholz, von dessen „Demokratismus" sich unsere Eisenbahner und Wassertransportarbeiter bis jetzt noch nicht erholt haben; ferner Pjatakow, über dessen „Demokratismus" das Dongebiet nicht bloß schrie, sondern heulte usw. dann folgt Alski, dessen „Demokratismus" allbekannt ist. Ist Gen. Sapronow nun der Ansicht, daß die Demokratie innerhalb der Partei triumphieren würde, wenn man die gegenwärtigen „Parteipendanten" durch die obengenannten geehrten Genossen ersetzen würde? Möge es mir gestattet sein, darüber einige Zweifel zu hegen.

Augenscheinlich gibt es zweierlei Arten von Demokratismus: den Demokratismus der Parteimassen, die nach Selbstbetätigung und nach aktiver Teilnahme an der Parteiführung streben, und den „Demokratismus" der unzufriedenen Parteiaristokraten, die das Wesen des Demokratismus in Ersetzung der einen durch die andern erblicken. Die Partei wird für den Demokratismus der ersten Art sein, und sie wird ihn mit eiserner Faust durchführen. Sie wird aber auch den „Demokratismus" der unzufriedenen Parteiaristokraten, die mit der wahren inneren Parteidemokratie der Arbeiter nichts gemein haben, beiseite schieben.

Um die innere Parteidemokratie zu sichern, ist es vor allem notwendig, aus den Gehirnen einiger unserer Arbeiter jene Überbleibsel und Gewohnheiten dr Kriegsperiode auszumerzen, auf Grund deren die Partei nicht als eine selbständige Organisation, sondern als ein System von Institutionen betrachtet wird. Aber diese Überbleibsel können nicht in allerkürzester Frist ausgemerzt werden.

Um die innere Parteidemokratie zu sichern, ist es zweitens notwendig, den Druck unseres bürokratischen, aus ungefähr einer Million Angestellten bestehenden Staatsapparates auf den Parteiapparat, der nicht mehr als 20.000 bis 30.000 Funktionäre umfaßt, zu beseitigen. Aber es ist undenkbar, in kürzester Frist den Druck dieser ungeheuren Maschine zu beseitigen und sie sich zu unterordnen.

Um die innere Parteidemokratie zu sichern, ist es drittens notwendig, die Hebung des kulturellen Niveaus einer ganzen Reihe zurückgebliebener Zellen zu erreichen und die Parteifunktionäre über das gesamte Territorium der Sowjet-Union richtig zu verteilen, was wiederum nicht in kürzester Frist geschehen kann.

Wie man sieht, ist es nicht gar so einfach, eine vollkommene Demokratie zu sichern, wie Gen. Sapronow es darstellen will, es sei denn, daß man unter Demokratismus den leeren, formellen Demokratismus des Gen. Sapronow und nicht den wahren, unverfälschten Arbeiterdemokratismus versteht.

Augenscheinlich bedarf es der Willensanspannung der gesamten Partei von unten bis oben, um die wahre, innere Parteidemokratie zu sichern und zu verwirklichen.

Über das Schreiben des Genossen Trotzki.

Die im Dezember veröffentlichte Resolution des ZK. und der ZKK. (Zentrale Kontrollkommission) betreffs der inneren Parteidemokratie wurde einstimmig angenommen. Genosse Trotzki hat für diese Resolution gestimmt. Man konnte darum annehmen, daß die Mitglieder des Zentralkomitees, darunter auch Gen. Trotzki, sich in einheitlicher Front an alle Parteimitglieder mit der Aufforderung wenden würden, das ZK. und seine Resolution einmütig zu unterstützen. Diese Annahme entsprach aber nicht der Wirklichkeit. Dieser Tage veröffentlichte Gen. Trotzki ein Schreiben an alle Parteiversammlungen, das nur als Versuch aufgefaßt werden kann, den Willen der Parteimitglieder zur Einheit bei der Unterstützung des ZK. und seiner Stellungnahme zu schwächen.

Man möge selbst urteilen.

Gen. Trotzki erwähnt den Bürokratismus des Parteiapparats und die Gefahr der Ausartung, die der alten Garde, das heißt den Leninianern — dem Grundkern unserer Partei — drohe, und schreibt:

„Eine Ausartung der ‚alten Garde' konnte im Laufe der Geschichte mehrmals beobachtet werden. Nehmen wir das jüngste und krasseste geschichtliche Beispiel: die Führer und die Parteien der II. Internationale. Wir wissen ja, daß Wilhelm Liebknecht, Bebel, Singer, Viktor Adler, Kautsky, Bernstein, Lafargue, Guesde usw. direkte und unmittelbare Schüler von Marx und Engels gewesen sind. Wir wissen jedoch auch, daß alle diese Führer — die einen teilweise und die anderen gänzlich — ... nach der Seite des Opportinismus ausarteten... Und wir müssen sagen — gerade wir, die „Alten" —, daß unsere Generation, die natürlicherweise die führende Rolle in der Partei spielt, allein noch keine an sich hinreichende Garantie gegen eine schrittweise und unmerkliche Schwächung des proletarischen und revolutionären Geistes in sich schließt, wenn die Partei ein weiteres Anwachsen, eine Festigung der apparatmäßigen bürokratischen Methode erfährt, die die junge Generation in passives Erziehungsmaterial verwandelt und unvermeidlich die Entfremdung zwischen dem Apparat und der Masse, zwischen den Alten und den Jungen festen Fuß fassen läßt..." „Die Jugend ist das sicherste Barometer der Partei, sie reagiert am schärfsten auf den Parteibürokratismus..." „Die Jugend muß die revolutionären Formeln kämpfend erobern..."

Vor allem muß ich ein mögliches Mißverständnis zerstreuen. Wie aus dem Schreiben hervorgeht, zählt Gen. Trotzki sich zur alten Garde der Bolschewiki, wodurch er sich gleichzeitig bereit erklärt, alle Anschuldigungen, die möglicherweise gegen die alte Garde erhoben werden könnten, auf sich zu nehmen, wenn diese tatsächlich den Weg der Entartung betreten sollte. Man muß zugeben, daß diese Bereitwilligkeit zur Selbstaufopferung zweifellos von Edelmut zeugt. Aber ich muß den Gen. Trotzki gegen den Gen. Trotzki in Schutz nehmen, denn er kann und darf aus begreiflichen Gründen die Verantwortung für eine etwaige Entartung der Grundkaders der alten bolschewistischen Garde nicht übernehmen. Aufopferung ist natürlich eine schöne Sache, aber bedürfen alte Bolschewiki ihrer? Ich bin der Ansicht, daß sie ihrer nicht bedürfen.

Zweitens ist es unverständlich, wie man solche Opportunisten und Menschewiki, wie Bernstein, Adler, Kautsky, Guesde und andere, mit der alten bolschewistischen Garde in einen Topf werfen kann, wo diese doch die ganze Zeit hindurch den Opportunismus, den Menschewismus und die Zweite Internationale mit Ehren bekämpfte und, wie ich hoffe, auch in Zukunft bekämpfen wird. Was ist die Ursache dieses Irrtums, dieses Durcheinanderwerfens, wozu bedarf es ihrer, wenn man bloß die Interessen der Partei im Auge hat und sich nicht von irgendwelchen Nebengedanken leiten läßt, die keineswegs die Verteidigung der alten Garde bezwecken? Wie sind diese Anspielungen auf den Opportunismus in bezug auf die alten Bolschewiki zu verstehen, die im Kampf gegen den Opportunismus groß geworden sind?

Drittens bin ich keineswegs der Überzeugung, daß die alten Bolschewiki absolut gegen die Gefahr einer Entartung gefeit sind, ebenso wie ich nicht mit Grund behaupten kann, daß wir zum Beispiel gegen ein Erdbeben gefeit sind. Eine derartige Gefahr kann und muß man als eine M ö g l i c h k e i t zugeben. Soll das aber bedeuten, daß diese Gefahr eine r e a l e und vorhandene ist? Ich glaube nicht. Und auch Gen. Trotzki hat keinerlei Anzeichen erwähnt, die von der Gefahr einer Entartung als von einer realen Gefahr sprechen. Währenddessen gibt es innerhalb unserer Partei eine Reihe von Elementen, die tatsächlich die Gefahr einer Entartung einiger Teile unserer Partei heraufbeschwören. Ich habe einen Teil der Menschewiki im Auge, die g e g e n i h r e n W i l l e n in die Partei gelangten und noch immer nicht ihre alten opportunistischen Gewohnheiten verloren haben. Gen. Lenin schrieb während der Säuberung unserer Partei über diese Menschewiki und die durch sie drohende Gefahr folgendes:

„Ein jeder Opportunist zeichnet sich durch Anpassungsfähigkeit aus, und als Opportunisten passen die Menschewiki sich gewissermaßen aus Prinzip der unter den Arbeitern herrschenden Strömung an, färben sich mit Schutzfarben, wie der Hase im Winter einen weißen Pelz anlegt. Diese Besonderheit der Menschewiki muß man kennen, und damit muß man rechnen. Damit rechnen jedoch heißt, die Partei von 99% der Gesamtzahl von Menschewiki säubern, die sich nach dem Jahre 1918, das heißt, nachdem der Sieg der Bolschewiki zuerst wahrscheinlich, dann aber zweifellos geworden war, der Partei angeschlossen haben."

Wie konnte es geschehen, daß Gen. Trotzki diese und ähnliche wirklich bestehende Gefahren außer Acht ließ und eine mögliche Gefahr, die Gefahr der Entartung der alten bolschewistischen Garde, in den Vordergrund stellte? Wie kann man die Augen vor der realen Gefahr verschließen und eine, im Grunde genommen, nicht tatsächliche und mögliche Gefahr in den Vordergrund rücken, wenn man die Interessen der Partei und nicht die Untergrabung der Autorität der Majorität des ZK. im Auge hat, das den leitenden Kern der alten bolschewistischen Garde bildet? Ist es dann nicht offensichtlich, daß solche Vorgangsarten bloß Wasser auf die Mühle der Opposition geben?

Viertens, wie kommt Gen. Trotzki dazu, die einer „Entartung" ausgesetzten „Alten" der „Jugend", diesem „sichersten Barometer der Partei", die „alte Garde", die bürokratisiert werden könnte, der „jungen Garde", „die revolutionäre Formeln kämpfend erobern muß", g e g e n ü b e r z u s t e l l e n? Woher diese Gegenüberstellung und wozu dient sie? Sind die Jugend und die alte Garde denn nicht immer als Einheitsfront gegen den inneren und äußeren Feind marschiert? Besteht denn in der Einheit der „Alten" und der „Jungen" nicht die Hauptstärke unserer Partei? Woher also dieser Versuch, die alte Garde ihres Glanzes zu berauben und die Eitelkeit der Jugend demagogisch zu reizen, um die geringe Kluft zwischen diesen beiden Haupttruppen unserer Partei zu erweitern? Wozu das alles, wenn man die Einheit der Partei, ihre Geschlossenheit im Auge hat und nicht den Versuch machen will, diese Einheit im Interesse der Opposition zu erschüttern?

Verteidigt man etwa so das ZK. und seine Resolution über die innere Parteidemokratie, die überdies einstimmig angenommen wurde?

Übrigens hat Gen. Trotzki sich augenscheinlich nicht eine derartige Aufgabe gestellt, als er mit seinem Schreiben an die Parteiversammlungen vor die Öffentlichkeit trat. Augenscheinlich hatte er etwas anderes im Sinne, und zwar unter dem Deckmantel der Verteidigung der Resolution des ZK. die Opposition in ihrem Kampf gegen das ZK. der Partei diplomatisch zu unterstützen.

Im Grunde genommen, wird dadurch auch der Doppelsinn erklärlich, der das Schreiben des Gen. Trotzki erfüllt.

Gen. Trotzki steht in einem Blocke mit den „demokratischen Zentralisten" und einem Teil der „linken Kommunisten" — das ist der politische Sinn dieses Schreibens des Gen. Trotzki.

Über den Kampf um die Partei.

Bericht des

Genossen Sinowjew

auf der Stadtversammlung des Kollektivbüros der Petrograder Organisation vom 15. Dezember.

I. Unsere Diskussion und ihre Geschichte.

** Im Oktober dieses Jahres wurden auf der Plenarsitzung des Zentralkomitees unserer Partei, die nach der Rückkehr einer großen Anzahl von Genossen aus dem Urlaub stattfand, unter anderm auch Fragen der Arbeiterdemokratie erhoben, das Politische Büro wurde bauftragt, eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Belebung der inneren Parteiarbeit usw. zu treffen.

Auf diesem Plenum hatte ich eine Rede zu halten, worin ich alles darlegte, was in meinem Artikel vom 7. November enthalten ist, der ja den äußerlichen Anstoß zu diesem Sturm im Wasserglase gab. Es versteht sich von selbst, daß ein bloßer Zufall diesen Artikel zum Mittelpunkt dieses Streites machte. Wenn der Artikel nicht gewesen wäre, so hätten wir dennoch dieselben Debatten gehabt, die gegenwärtig stattfinden, denn die in diesem Artikel erhobenen Fragen sind vom Leben selber erhoben worden, und man konnte ihnen nicht entrinnen.

Das Plenum des Zentralkomitees hat eine Resolution angenommen, worin es die Initiative des Politischen Büros des ZK. begrüßt und ihm den Auftrag gibt, diese Initiative der Erweiterung der Arbeiterdemokratie zu verwirklichen. Im Ergebnis andauernder Vorarbeit wurde dann jene Resolution gefaßt, die am 7. Dezember, das heißt etwa einen Monat nach meinem Artikel, im Drucke erschien und vom Politischen Büro der Partei und vom Präsidium der Zentralen Kontrollkommission einstimmig angenommen wurde.

II. Warum haben wir aufs neue die Frage der Arbeiterdemokratie erhoben?

Gegenwärtig wird seitens der Opposition vor allem die Frage erhoben: warum ist gerade jetzt, im Dezember, die Frage der Arbeiterdemokratie aufgeworfen worden? Dabei wird nach irgendwelchen Ursachen geforscht, die das Zentralkomitee der Partei bewogen haben, diese Frage aufzuwerfen. Unter den Mitgliedern der Opposition sind darüber eine Menge Schwänke in Umlauf gesetzt worden. So hat man zum Beispiel mir erzählt, daß Genosse Nevski, einer unserer alten Arbeiter, der aber schon längst die Richtschnur verloren hat und Fehler über Fehler begeht, indem er sich bald der Arbeiteropposition, bald anderen Antiparteigruppen anschließt, in Petersburg eingetroffen sei. Bezüglich seiner Ankunft wurde nach allen Seiten hin verbreitet, daß der Beschluß des Zentralkomitees — ein „Manifest vom 7. Dezember — infolge irgendeines Druckes gefaßt worden sei, daß das Zentralkomitee das getan habe, um der Partei Honig um den Mund zu schmieren usw. Dies ist noch keineswegs die schlimmste Anekdote. Wir haben in der Partei Leute, die über ihre eigene Partei noch viel faulere Witze reißen.

Darum also vor allem: warum ist diese Frage jetzt aufgeworfen worden? Wir haben doch auf dem X. Parteitag dieselben Fragen erörtert, und das war bereits im Jahre 1921. Warum befassen wir uns im Jahre 1923 aufs neue mit ihnen? Genossen, als ich auf einer der städtischen Versammlungen in Moskau diese Frage beantwortete, sagte ich, daß niemand anders als Genosse Lenin selbst bereits die beste Antwort darauf erteilt habe.

Bereits auf dem X. Kongreß unserer Partei hat er, gewissermaßen als Vorschuß, diese Frage beantwortet. Der X. Parteitag befaßte sich mit drei großen Fragen: Erstens mit der Frage der neuen Wirtschaftspolitik, zweitens mit der Frage der Arbeiterdemokratie und drittens mit der Frage der Fraktionsgruppierungen. Die Frage der neuen Wirtschaftspolitik lasse ich ganz bewußt links liegen, weil sie in ein ganz anderes Fach schlägt: es ist dies eine große Frage, über die wir, wahrscheinlich, noch debattieren werden und die augenblicklich nicht auf der Tagesordnung steht. Aber die Fragen der Arbeiterdemokratie und der inneren Parteigruppierungen sind eng miteinander verflochten. In der Frage der Arbeiterdemokratie trat auf dem X. Parteitag Gen. Bucharin als unser allgemeiner Berichterstatter auf, in der Frage der Parteigruppierungen war Gen. Lenin Berichterstatter. Diese beiden Berichte standen in engster Beziehung zueinander. Beide Redner sprachen im Namen des Zentralkomitees der Partei und vertraten dessen Ansichten. Nachdem also die Resolution über die Arbeiterdemokratie angenommen worden war, sagte Gen. Lenin in seiner letzten Rede gegen die Parteigruppierungen folgendes (ich führe Zitate aus den Protokollen des X. Parteitages an und empfehle jenen Genossen, die sich besonders für diese Diskussion interessieren, die bedeutenderen Reden, die auf dem X. Kongreß gehalten wurden, sorgfältig zu studieren): „Wir brauchen ein oder zwei Jahre zur Erholung, keinesfalls weniger. Vom geschichtlichen Gesichtspunkt aus ist dies ein geringfügiger Termin, aber unter unseren Verhältnissen ist das ein bedeutender Zeitraum.“ Und weiter wird mit Kursivschrift das hervorgehoben, was Gen. Lenin besonders zu betonen wünschte: „Ein oder zwei Jahre, um uns vom Hunger zu erholen, ein oder zwei Jahre regelrechter Versorgung mit Heizmaterial, damit die Fabriken arbeiten können, und wir werden seitens der Arbeiterklasse hundertmal mehr unterstützt werden und aus unserer Mitte werden viel mehr Talente hervorgehen. Niemand bezweifelt das, niemand kann daran zweifeln. Gegenwärtig erhalten wir keinen solchen Beistand, und das ist nicht unsere Schuld. Wir tun alles, was zu diesem Zweck nur geschehen kann. Niemand kann sagen, daß die Regierung, die Gewerkschaften, das Zentralkomitee der Partei in dieser Hinsicht auch nur eine Möglichkeit ungenützt vorübergehen ließen, aber wir wissen, daß die Not eine verzweifelte ist und daß überall Hunger und Elend herrschen und daß die Gleichgültigkeit überall daraus entspringt. Wir wollen nicht davor zurückscheuen, das Übel bei seinem rechten Namen zu nennen. Das ist es, was den Aufschwung der Tatkraft der Massen hemmt.“

Genossen, mir scheint, daß diese Worte die Lösung des Rätsels der ganzen Lage enthalten. Wir haben auf dem X. Parteitag eine vorzügliche Resolution über die Arbeiterdemokratie gefaßt, beinahe einstimmig gefaßt. Darauf trat der Führer und Meister der Partei hervor und sagte uns: Laßt aber nicht außer acht, daß wir etwa zwei Jahre brauchen, um die Betriebe einigermaßen in Gang zu bringen, und dann werden wir seitens der Arbeiter hundertfach mehr unterstützt werden, dann wird die Gleichgültigkeit der Arbeiter ein Ende haben und es wird sich eine neue Lage in der Partei herausbilden. Genossen, mir scheint dies die einzig richtige, einzig würdige und einzig marxistische Antwort auf die uns beschäftigende Frage, warum wir uns gerade jetzt mit der Arbeiterdemokratie befassen. Es gibt Leute unter uns, die Luft geschöpft haben, die den Glauben an die Revolution und an die eigene Partei verloren haben und die darum in jedem Beschluß des Zentralkomitees ihrer eigenen Partei unbedingt irgend eine Diplomatie suchen, anstatt daß sie, wie es Marxisten geziemt, die Antwort auf diese oder jene Beschlüsse der Partei vor allem in den objektiven Verhältnissen, in der wirtschaftlichen Lage und in der Lage der ganzen Arbeiterklasse suchen.

Die Partei ist nichts anderes als ein Teil der Arbeiterklasse. Alle Vorgänge in der Arbeiterklasse treten in einer oder der andern Weise in unserer Partei zutage. Die Debatten innerhalb der Partei spiegeln in 99 von hundert Fällen wichtige Vorgänge im Schoße der Arbeiterklasse wider. Das bezieht sich auch auf unsere gegenwärtige Debatte.

Genosse Lenin hat sich auch betreffs des Termins nicht geirrt. Er sagte: ein bis zwei Jahre werden vergehen. Seitdem sind gerade etwas mehr als zwei Jahre vergangen. Unter der Arbeiterklasse hat sich die Lage während dieser Zeit geändert. Ganze Schichten parteiloser Arbeiter sind kulturell gewachsen, auch unsere Partei ist herangewachsen (es handelt sich nicht

um die Quantität — der Menge nach ist unsere Arbeiterklasse nicht besonders gewachsen — es handelt sich hier um die Qualität). Im Jahre 1921 waren bloß Greise und Frauen auf den Fabriken zurückgeblieben, die Betriebe rührten sich kaum, die Arbeiter verhielten sich gleichgültig, sie nahmen in sehr geringem Maße am Partei-, Sowjet- und Gewerkschaftsleben teil. Nehmen wir zum Beispiel den Obuchower Betrieb. Vor zwei Jahren waren dort die Greise in der Mehrzahl, die murrten und sich ausschließlich mit der Produktion von Feuerzeugen befaßten, die im Schleichhandel verkauft wurden. Jetzt ist der Obuchower Arbeiter etwas ganz anderes. Bereits seit einem Jahr arbeitet er an Traktoren, er ist ein vollkommen anderer Mensch und ein anderer Arbeiter geworden. Jener Arbeiter, der Metall stibitzte, der Feuerzeuge verfertigte und sie heimlich verkaufte, war noch kein Proletarier im wahren Sinne dieses Wortes. Es ist wahr, er war sehr arm, er war arm wie eine Kirchenmaus, ihm fehlte oft das tägliche Brot, aber ihm fehlte auch die proletarische Psychologie. Es war eine andere Sache, als er an Traktoren zu arbeiten begann, als er zu fühlen begann, daß die Landwirtschaft, daß der Wohlstand des Landes seiner Arbeit bedurften. Er ist jetzt ein anderer Mensch, in ihm erwacht der Tatendrang. Er befaßt sich jetzt in anderer Weise mit den Angelegenheiten der Gewerkschaft, des Sowjet, der Partei. Das gleiche Bild allmählicher Gesundung erblicken wir auch in anderen Teilen des Landes. Die Gleichgültigkeit vergeht oder beginnt zu vergehen.

Diese Stimmung der Massen wirkt auch auf unsere Parteimassen und unsere Führer und auf das ganze Parteileben.

Dies ist der Grund, weswegen, wie Genosse Lenin es vorausgesagt hatte, sich jetzt eine ganz andere Lage, ganz andere Verhältnisse herausgebildet haben. Die Arbeiterklasse ist gewissermaßen ein wenig aufgetaut, die Reihen wachsen und festigen sich. Das ist die Lösung des Rätsels, weswegen das Zentralkomitee unserer Partei im September dieses Jahres daran zu denken begann, die Frage der Arbeiterdemokratie müsse aufs neue erhoben werden. In vielen Beziehungen sind die Umstände dazu günstig, und man kann diese Frage aufwerfen. Zuweilen müssen wir uns mit Diplomatie befassen, zum Beispiel, wenn wir mit Lord Curzon reden, wenn wir uns auf das Gebiet der internationalen Politik begeben. Aber wenn wir mit unserer eigenen Partei reden, die uns aufgezogen und auf verantwortliche Posten gestellt hat und in deren Mitte wir aufgewachsen sind — dann haben wir nichts mit Diplomatie zu schaffen, dann reden wir, wie es Revolutionären geziemt, dann sprechen wir, wie es Bolschewiken zukommt — wir reden, was wir denken. Sollten wir uns irren, so mag die Partei uns zurechtweisen.

Darum besteht unsere erste Anklage, die wir gegen unsere Opponenten erheben, darin, daß sie sich als Marxisten in die innerhalb der Arbeiterklasse sich abspielenden wichtigen Vorgänge vertiefen und darin die Erklärung suchen müssen, daraus Inspirationen für ihre Politik schöpfen müssen, statt daß sie sich und unsere ganze Partei damit erniedrigen, in den Herzen des Zentralkomitees lesen und irgendeine verächtliche Diplomatie darin herausfinden zu wollen.

Auf dem X. Parteitag sprachen die Genossen Lenin und Bucharin über die wichtigsten Fragen, also Leute, die in genügendem Maße das Vertrauen der Partei besitzen, und sie sagten dasselbe, was wir jetzt sagen. Wir bedürfen der Arbeiterdemokratie wie der Luft, ohne die wir nicht atmen können, denn ohne sie kann man keine richtige proletarische Umgebung für das Wachstum einer Proletarierpartei schaffen, und wir haben es bereits damals ausgesprochen, daß es zur Verwirklichung dieser Demokratie einer bestimmten Konstellation in der Arbeiterklasse selber bedürfe. Wir sagten: es werden ein oder zwei Jahre vergehen, bis wir die nötige Unterstützung seitens der Arbeiter erlangen.

Man könnte uns immerhin vorwerfen: Ihr habt trotz alledem den Augenblick versäumt, die Frage hätte nicht im September, sondern im April oder im August aufgeworfen werden müssen.

Wir aber glauben, daß wir nichts versäumt haben, daß wir die Frage rechtzeitig und als erste aufgeworfen haben. Den ersten Artikel über dieses Thema — vielleicht einen sehr schlechten, wie einige behaupten, aber, wie ich glaube, nicht gar so schlechten — lieferte, wie bekannt, ich. Die ganze Partei reagierte auf den Artikel, und darum nehmen wir an, daß im Zeitpunkt kein so großer Mißgriff begangen wurde. Natürlich stritt man sich nicht darum, warum die Frage im September und nicht im August aufgeworfen wurde, sondern um etwas ganz anderes — worüber ich weiter unten reden will.

III. Die Fraktionen und die Gruppierungen.

Die zweite bedeutende Frage, die uns jetzt erregt, das ist die Frage der Fraktionen oder Gruppierungen, was, meiner Ansicht nach, ein und dasselbe ist. Es ist Ihnen bekannt, Genossen, daß unsere Gegner, Genosse Preobraschenski und andere, die Sache folgendermaßen darstellen:

„Irgendeinmal haben wir nämlich volle Fraktionsfreiheit in der Partei gehabt. Wie schwer auch die Zeiten zu Anfang des Bürgerkrieges waren, wir konnten frei darüber debattieren, ob man die militärischen Spezialisten heranziehen könne oder nicht, ob der Brester Frieden geschlossen werden müsse oder nicht und dergleichen mehr. Nun aber werden wir seit dem X. Parteitag eingeschränkt, es gibt in der Partei keine freie Meinungsäußerung mehr. Daraus folgt, daß die ganze innere Parteipolitik seit dem X. Parteitag eine irrige war und darum auch die Beschlüsse des X. Kongresses irrige waren. Darum ist es notwendig, die Beschlüsse des X. Parteitages zu überprüfen."

Ich habe Sie bereits darauf hingewiesen, daß die Beschlüsse des X. Parteitages nicht nur mit Beteiligung des Genossen Lenin durchgeführt wurden, sondern daß er selbst sie durchführte. Er verfaßte die Resolution des X. Parteitages, er erstattete den Bericht, er war auf dem Kongreß der Hauptredner unserer Partei gerade in dieser Angelegenheit. Wir wollen aber annehmen, daß auch Genosse Lenin sich irren konnte. Mögen die Genossen aber dann geradeheraus sagen, daß sie dieser Meinung sind, und nicht über die Jünger Lenins herfallen, ohne dabei auch nur etwas Mut an den Tag zu legen. Lassen Sie uns aber sehen, Genossen, ob es stimmt, daß bei uns zur Zeit des Brester Friedensschlusses in der Partei solch paradiesische Zustände herrschten, daß es lohnen würde, sie zu verewigen? Unsere Partei ist noch dermaßen jung, daß die Mehrheit sich nicht mehr daran erinnern kann, was zur Zeit des Brester Friedens, also vor fünf bis sechs Jahren, geschah. Damals bildete sich eine Fraktion, die sich „linke Kommunisten" nannte. Der bedeutendste theoretische Führer dieser Fraktion war Genosse Bucharin, einer ihrer praktischen Organisatoren war der verstorbene Uritzky. Eine ganze Reihe hervorragender Mitglieder unserer Partei schloß sich ihnen an, eine Zeitlang fast die Hälfte des Zentralkomitees. Diese Fraktion sprach sich gegen die Abschließung des Brester Friedens aus. Ihre Mitglieder verletzten die Parteidisziplin in diesem selben Saal und stimmten gegen die Beschlüsse des Zentralkomitees in der Allrussischen Zentral-Exekutive, als die Frage des Brester Friedens entschieden wurde, und gaben ihre eigene Zeitung heraus. Mit einem Wort, sie führten sich wie eine Partei innerhalb der Partei, wie eine einzelne Fraktion auf. Und ein derartiger Zustand wird als normal bezeichnet! Ich möchte Ihnen eine Episode mitteilen, die sich gerade auf jene Zeit bezieht, und von der ich erst dieser Tage Kenntnis erhielt. Zu jener Zeit, die man uns als bestimmtes Ideal hinstellt, waren die linken Sozialrevolutionäre, die gleichfalls gegen den Brester Frieden waren, aber in Wirklichkeit eine kleinbürgerliche und gegenrevolutionäre Partei darstellten, derartig kühn geworden, daß sie sich mit dem offiziellen Vorschlag an die linken Kommunisten wandten, den Rat der Volkskommissäre mit Genossen Lenin an der Spitze zu verhaften und einen neuen Rat der Volkskommissäre zu ernennen. Wir haben davon erst vor einigen Tagen durch den Genossen Bucharin erfahren, der die Sache auf einer großen Versammlung in Moskau bekannt machte. Als die Debatten in der Fraktionsfrage soweit gediehen waren, sagte sich Genosse Bucharin: weiter läßt sich das nicht verheimlichen, ich will der Partei geradeheraus sagen, wie die Dinge damals standen. Ich bitte zu beachten: an der Spitze der linken Kommunisten standen dazumal ausgezeichnete, alte, erprobte Arbeiter; es ist wohl wahr, daß einige von ihnen erst seit kurzer Zeit in die Partei eingetreten waren, wie zum Beispiel der verstorbene Uritzky, aber es gab auch solche alte Parteigenossen darunter, wie Bucharin. Sie wiesen den Vorschlag der linken Sozialrevolutionäre entrüstet ab. Wir danken es ihnen, daß Sie Wladimir Iljitsch nicht verhafteten, aber der Umstand, daß sie ihrem Zentralkomitee nichts darüber mitgeteilt haben und daß wir die Sache erst nach sechs Jahren erfahren, ist eine ausgezeichnete geschichtliche Illustration dazu, was ein Fraktionskampf in einer Partei bedeutet, die einen Staat regiert.

Wenn eine Partei keinen Staat regiert, so ist die Fraktion auch ein Übel, aber ein mehr oder minder erträgliches Übel: in einem solchen Falle streitet man bloß darüber, ob irgendeine Zeitung herausgegeben werden soll, ob irgendein Sekretär ernannt werden soll usw. Diese Streitigkeiten stehen in keiner Beziehung zur Regierung, zur Machtfrage. Aber wenn eine Partei einen Staat regiert, besonders wenn ein Bürger-

krieg wütet, so verwandelt sich jeder Fraktionskampf innerhalb der Partei in einen Kampf um die Macht. Dieser Kampf ist besonders verhängnisvoll. Wenn es aber neben uns noch andere, der Partei feindlich gesinnte Kräfte gibt, wie zum Beispiel die linken Sozialrevolutionäre, diese toll gewordene Kleinbourgeoisie, dann mengt sich dieser „sich freuende Dritte" sofort in den Kampf und sucht ihn für sich auszunützen.

Ich benutzte in der auf unserer Konferenz angenommenen Resolution den Ausdruck: der Kampf zweier Fraktionen in einer Partei, die einen Staat regiert, enthält den Keim zweier Regierungen. Zu Anfang des Jahres 1918 waren auch zwei Regierungen im Keim vorhanden. Gegenwärtig lächelt jeder bei dem Gedanken, daß Bucharin und Uritzki im Ernst daran denken konnten, Genosse Lenin abzusetzen und durch Pjatakow zu ersetzen. Damals aber war die Lage derart, daß dieser Plan in der Partei der uns feindlich gesinnten linken Sozialrevolutionäre erörtert werden konnte. Wir waren um Haaresbreite vom allergrößten Unglück entfernt. Die Sache der Revolution hing an einem Haar. Ich werde die Begegnung mit Genossen Lenin in den Korridoren des Smolny nicht vergessen, als wir die Nachricht erhielten, daß die Deutschen, sich unser Schwanken betreffs der Schließung des Brester Friedens zunutze machend, ihre Truppen gegen Pleskau gesandt hätten. Genosse Lenin sagte zu mir: „Alles scheint verloren. Einmal im Leben habe ich Leuten nachgegeben, die die Partei auf den falschen Weg führten, und nun scheint die Revolution daran zugrunde zu gehen."

Wenn man behauptet, daß zu den Zeiten des Brester Friedens zurückgekehrt werden müsse, so sagen wir: nein, die Lehre, die wir damals erhielten, soll nicht vergebens gewesen sein. Es ist kein allzugroßes Unglück, wenn die Partei diesen oder jenen Fehler begeht, solange sie durch Schaden klug wird. Durch den zur Zeit des Brester Friedens begangenen Fehler haben wir gelernt, daß der Fraktionskampf den Untergang der Proletariatdiktatur bedeutet. Genossen, betrachten Sie sich die in Moskau herrschende Atmosphäre genauer. Man sagt, Petersburg sei Provinz. Ich erlaube mir der Meinung zu sein, daß das nicht ganz stimmt: Petersburg ist das Zentrum, das immer mehr und mehr wächst. Die Genossen Sapronow und Preobraschenski sagen: „Nun ja, sie sind dort in der Provinz zurückgeblieben und haben kein Verständnis für die Reize der Fraktions- und Diskussionsfreiheit", usw. Wir sind somit einfache Provinzler.

Schauen Sie also zu, was in Moskau vor sich geht. Durch alle Drähte und alle drahtlosen Telegraphen, in allen Kommissariaten und Kommissariatchen, deren es 1,000.000 + 1 gibt, summen alle Angestellten, die diese Kommissariate und Kommissariatchen füllen, nur das eine: etwas stimmt nicht in ihrer Partei, irgendein Bruch bereitet sich in der Partei vor; wollen sehen, was weiter kommt; laßt uns abwarten, womit das enden wird. Damit beschäftigt sich augenblicklich das bürgerliche und „staatsbeamtliche" — zwischen Anführungszeichen — Moskau. Das ist dasselbe, was ich anläßlich des Brester Friedens sagte. Sobald im Parteileben irgendwelche Meinungsverschiedenheiten entstehen, verbreiten sich diese mit Blitzesschnelle über den gesamten Staatsapparat, und der Staatsapparat spaltet sich, und statt zu arbeiten, beginnt man in den Ecken zu flüstern. Und die ersten, die sich über eine Prügelei innerhalb der Partei freuen würden, falls solch eine Prügelei zustande käme, das wäre der bürokratische Teil unseres Staatsapparats. Andere Parteien können sich Prügeleien gestatten, sie können sich diesen Luxus leisten — sie besitzen weder Kommissariate noch Spezialisten, noch Staatsbeamte. Wir aber dürfen das nicht tun. Während einer Diskussion in Moskau sagte ein junger Genosse, daß das ganze „Unheil" in unserer Partei daher rühre, daß sie die Macht ergriffen habe. Darin, Genossen, liegt ein Körnchen Wahrheit. Ehemals, solange die Partei nicht die Macht übernommen hatte, als man sich nicht an sie herandrängte, da gab es für sie keine Frage des Staatsapparats. Also, das ganze „Unheil" rührt daher, daß wir die Macht übernommen haben. Aber wenn Sie gestatten, Genossen, so rührt auch alles Gute daher, daß wir die Macht übernahmen. Wir haben ja die Partei selbst dazu gebildet, um die Bourgeoisie zu stürzen und die Macht den Arbeitern zu übergeben.

Vor etwa zwei Wochen nahm die Diskussion eine derartige Richtung, daß einige sagten: „Die die Fraktion verbietende Resolution des X. Parteitages muß aufgehoben werden. Ohne das wird keine Arbeiterdemokratie irgendetwas erreichen können". Weniger erfahrene und weniger diplomatische Genossen sagen das auch jetzt noch. So ist, zum Beispiel in der heutigen „Prawda", ein Artikel des Genossen Krylenko, des Staatsanwalts der Republik, erschienen. Soweit mir bekant ist, gehört Genosse Krylenko nicht zur Fraktion des „demokratischen Zentralismus", er erwägt bloß als Jurist vom Gesichtspunkt der Gesetzmäßigkeit aus und sagt: „Wenn Sie die Kampfesfreiheit nicht von einer bestimten Plattform aus anerkennen, so kommt dadurch die ganze Arbeiterdemokratie in Wegfall. Man möge mir ganz genau definieren, was eine Fraktion, was eine Gruppierung ist. Wenn Sie keine Fraktionen wünschen, werden wir uns selbstverständlich fügen, wie die Parteidisziplin es erfordert. Aber wir sind darauf gefaßt, daß die Arbeiterdemokratie auch dieses Mal, wie das nach dem X. Parteitag der Fall war, bloß eine Proklamation auf dem Papier bleibt." Es ist mir unbekannt, nach welcher Seite Genosse Krylenko jetzt neigt, aber mir scheint, daß sein Beruf ihn irre macht; er wünscht eine abgerundete juridische Formulierung dessen zu erhalten, was eine Fraktion ist, was eine Gruppe ist und was eine Arbeiterdemokratie ist. Statt das Leben für das zu nehmen, was es ist, sucht er nach irgendeinem „Kodex" und kommt dadurch zu Fall. Übrigens werden wir mit solchen Genossen, wie Genosse Krylenko, noch einig werden. Wir glauben, daß er begreifen wird, daß, wenn es schon schwer ist, unter den Verhältnissen der neuen Wirtschaftspolitik einen Kriminalkodex zu verfassen, es zur Ausarbeitung eines Kodex über die Gruppierungen bloß des guten Willens eines Revolutionärs bedarf, der die Interessen der Revolution tatsächlich versteht, und die Frage keineswegs wie die Sophisten stellt, die da fragen: „Kann ich mich, zum Beispiel, mit dem Genossen Preobraschenski zusammentun?" Man erwidert ihnen: „Jawohl." — „Kann ich in derselben Zelle reden?" — „Jawohl." — „Kann man in fünf Zellen reden?" — „Auch das." — „Dann scheint mir, daß dies des Rätsels Lösung ist, und Sie werden die Fraktionsfreiheit zugeben müssen." Meiner Ansicht nach ist ein derartiger Gesichtspunkt eines Revolutionärs unwürdig. Keiner verlangt, daß man sich nicht anschließe und nicht in die Zellen gehe. Nein, bitte, seht, geht nur in die Zellen, aber vergeßt nicht, daß wir die einzige legale Partei des Landes sind, daß wir von allen Seiten von Feinden umgeben sind, daß wir es nicht bis zu Gruppierungen kommen lassen dürfen. Vor zwei Wochen wurde die Frage aufgeworfen, ob wir die Resolution des X. Parteitages, das heißt die Resolution des Genossen Lenin aufheben könnten. Da stürzten wir uns in den Kampf. Als diese Genossen einsahen, daß es nicht gar so leicht ist, die Resolution des Parteitages aufzuheben, daß Genosse Lenin zwar krank und verhindert ist, selbst am Kampf teilzunehmen, daß er aber in dreißig Jahren andere Leute erzogen hat, die es verstehen werden, seine Sache zu vertreten, wenn er selbst an das Bett gefesselt ist (Beifall), da gingen sie zu ihren in Bereitschaft gehaltenen Positionen zurück und stellten die Frage so: man kann ohne Fraktionen auskommen, aber gestattet uns Gruppierungen. Wir erwiderten darauf: wie wissen sehr wohl, daß Gruppierungen nichts anderes sind, als dieselben Fraktionen. Warum sich hinter Pseudonymen verbergen? Besser, laßt uns offen über die Frage reden, wie Genosse Krylenko es tat.

IV. Die Zusammensetzung unserer Partei.

Warum dürfen wir keine Fraktionen und Gruppierungen zulassen? Außer dem bereits angeführten Grunde haben wir auch noch andere Motive. Betrachten Sie zum Beispiel die innere Lage unserer Partei, bedenken Sie die Altersstufe ihrer Mitglieder, die in der Partei herrschende Arbeitsteilung, ihren ganzen Personalbestand. Unsere Partei ist die größte Partei der Welt. Unter allen in der Komintern kommt sie an erster Stelle. Welche Mängel sie auch haben möge, sie war die erste, die eine große Revolution durchführte und nun das siebente Jahr an der Spitze der siegreichen Arbeiterklasse Rußlands steht. Wieviel schwache Seiten wir auch an ihr entdecken mögen, sie besitzt auch so starke Seiten, daß diese jene millionenmal übertreffen.

Betrachten wir die Partei als das, was sie ist. Vor allem wollen wir die Altersstufe der Mitglieder nehmen. Vor mir liegen genaue Tabellen. Vor dem Jahre 1905 gab es in unserer Partei 2517 aktive Mitglieder, von 1905 bis 1916 7914, im Jahre 1917 traten ihr 35.154 bei, im Jahre 1918 63.643, in 1910 107.840, in 1920 121.789, in 1921 40.419 und im Jahre 1922 fanden fast gar keine Aufnahmen statt, ohne Jahresangabe der Aufnahme traten 7000 bei. Diese Tabelle umfaßt nach allen Parteireinigungen 360.000. Bis zum Jahre 1916 hatten wir 10.000, im Jahre 1917 30.000. Alle übrigen sind später eingetreten; die überwiegende Mehrheit entfällt auf die Jahre 1919 und 1920. Was bedeutet eine derartige Zusammensetzung der Partei? Eine jede Partei hat ihre Geschichte. Unsere Partei hat eine ganz eigenartige Geschichte. Die Geschichte der Partei umfaßt den geringen Zeitraum von 20 bis 25 Jahren, und fast die ganze Mitgliederschaft ist schrecklich jung, sie ist erst seit zwei bis drei Jahren in der Partei.

Das kommt natürlich daher, daß, als wir unter dem Druck des Zarismus 20 Jahre unterirdisch damit beschäftigt waren, die Grundlagen der Partei zu legen, keine größeren Massen der Partei beitreten konnten. In den Jahren 1917 bis 1918 traten 100.000 Personen in die Partei ein. Das ist jene Generation, die die Partei während der Periode ihrer illegalen Tätigkeit herangezogen hat, während der Periode der „Iskra", „Prawda" und „Swesda" bis zum Oktober und ein wenig nach dem Oktober. Das macht insgesamt ein Viertel der Mitgliedschaft der Partei aus, aber drei Viertel davon sind ganz neue Genossen, die seit 1919 beitgetreten sind, prächtige Eigenschaften besitzen, denn sie haben die Schule der Revolution, die Schule des Bürgerkrieges durchgemacht. Wir wissen, daß sie starke Seiten besitzen, die jede beliebige Praxis in den Schatten stellen. Aber Genossen, was sie nicht haben— und das ist nicht ihre Schuld, obgleich es ihr Unglück ist — das ist die Kenntnis der Parteigeschichte, der ganzen Parteitradition, jenes Zusammenhaltens, das nur in langen Jahren unterirdischer Arbeit unter dem schweren Joch des Zarismus zustande kommen konnte.

Ferner, Genossen, mögen Sie folgenden Umstand beachten: Bis zum Jahre 1917 war unsere Partei vorwiegend eine Arbeiterpartei: Es gab nur etwa 2% Bauern in der Partei. Seit 1917 und 1918 besitzen wir eine ganze Menge Bauern unter uns — 66.000 Parteimitglieder, die den Boden bearbeiten, während es ehemals ihrer nur eine Handvoll gab.

Das ist eine bedeutende neue Klassenschicht.

Außerdem haben wir Mitläufer, die wir früher auch nicht besaßen. Die kleinbürgerlichen Mitläufer folgten den Menschewiken, aber jetzt, wo wir an der Macht sind, folgt ein Teil uns. Es haben sich große Massenorganisationen um uns gebildet, wie zum Beispiel der Russische Kommunistische Jugendverband. Es ist dies eine prächtige Organisation, aber auch sie hat ihre Mängel und ihre Mitläufer.

Außerdem, Genossen, müssen wir die Frage der Arbeitsteilung innerhalb unserer Partei betrachten. Ich will versuchen, einige der wichtigsten Kategorien aufzuzählen. Wir haben „Parteiarbeiter" (ich werde von ihnen an besonderer Stelle reden), das heißt Arbeiter, die unmittelbar im Parteiapparat tätig sind. Sodann haben wir Sowjetadministratoren, Parteiadministratoren, Gewerkschaftsadministratoren. Ferner Ökonomisten, Spezialisten, Beamte — Vertreter der Volkskommissariate usw.; dann haben wir militärische Arbeiter, Genossen, die an der Maschine tätig sind, 66.000 Genossen, die den Pflug handhaben, wir haben eine große Gruppe von Parteimitgliedern, die im Hörsaal sitzen, das sind die Studenten, von denen ich gleichfalls noch reden werde, usw. Ich habe bloß die Hauptgruppen aufgezählt. Wir können also in der Partei eine große Arbeitsteilung beobachten, und es kann auch nicht anders sein, da wir ja einen ungeheueren Staat regieren. Diese Arbeitsteilung hat ihre Vorteile, aber sie hat auch ihre negativen Seiten. Jeder Genosse spezialisiert sich auf einem beschränkten Gebiet und kat keinen klaren Überblick über das übrige. Jetzt, Genossen, betrachten Sie sich unsere Partei als das, was sie ist. Von der alten Garde ist nur ein kleines Häuflein von 10.000 Mann übrig geblieben. Eine ungeheuere Anzahl neuer, im Feuer des Bürgerkrieges gestählter Mitglieder ist eingetreten, die aber keine andauernde Vorbereitung und keine richtige Parteischule durchgemacht hat. Ein ungeheuerer neuer Zustrom an Bauern hat stattgefunden, Mitläufer haben sich eingefunden, eine Arbeitsteilung setzte ein. Wieviel also muß es in der Partei Tendenzen geben, die nach Spaltungen streben? Sie kann sich in der Sowjetrichtung oder Parteirichtung spalten; es kann ein Bruch zwischen dem alten Hauptteil der Partei und dem jungen Teil stattfinden; auch in wirtschaftlicher und produktiver Richtung und in gewerkschaftlicher Richtung kann ein Bruch stattfinden. Wir haben hier somit schon drei Möglichkeiten der Spaltung und des Zerfalls. Alle diese verschiedenen Tendenzen halten wir mit einer einzigen Klammer — mit der Parteidisziplin, mit den Beschlüssen der Parteitage, die den Generalstab der Partei zusammenhalten. Stellen Sie sich nun vor, daß zu diesen Grundtendenzen noch die Tendenz der Gruppenspaltung käme. Was würde dann geschehen? Es würde den Zerfall der Partei bedeuten, darüber muß man sich klar sein. Es handelt sich nicht darum, ob wir irgend jemandem gestatten oder nicht gestatten, „sich zusammenzutun", um zu zweien zu streiten — es handelt sich um das Bestehen der Partei selbst: das Schicksal der ganzen Partei steht auf dem Spiele. Darum wird die Frage erörtert, ob die Beschlüsse, für die Genosse Lenin kämpfte, nur er allein zu kämpfen versteht, aufgehoben werden müssen oder weiter bestehen sollen.

V. Die Majorität des Zentralkomitees und unsere Opposition.

Das ist der Grund, Genossen, weswegen wir, die Majorität des Zentralkomitees, zu dem die überwiegende Majorität — wenn ich nicht irre: 55 gegen 3 (die Kandidaten miteingerechnet) — an unserer Stellung festhalten. Sie können uns glauben, und ich weiß, daß die Mehrzahl der in diesem Saal Anwesenden uns glaubt (Beifall), daß wir uns nicht an die Epaulettes des Zentralkomitees klammern. Es ist Ihnen wohlbekannt, daß einige von uns vor wenigen Jahren in den vereinigten Zentralkomitees gemeinsam mit den Menschewiken saßen. Wir werden dort arbeiten, wohin uns die Partei beordert. Aber solange uns die Partei nicht absetzt, werden wir, wie Genosse Lenin es uns lehrte, mit Leidenschaft und Energie dafür kämpfen, um keine Freiheit von Fraktionsgruppierungen zu dulden. (Beifall.) Wir sind darauf gefaßt, daß man sehr schwere Anschuldigungen gegen uns erheben wird, daß wütende Ausfälle auf die Vertreter der gegenwärtigen Majorität des Zentralkomitees stattfinden werden. Aber wir haben ein dickes Fell, wir haben schon mancherlei erlebt, wir haben es verstanden, unter den schwierigsten Verhältnissen für unsere Ansichten zu kämpfen. Ich sage es Ihnen voraus: man wird Ihnen viel vorjammern, man wird Ihnen sagen, das wir rücksichtslos sind usw. Wir aber werden bis zum Schluß kämpfen. Sie Genossen Opponenten, glauben, daß Sie jetzt die Gruppierungsfreiheit erkämpfen werden, wir aber sagen: nein. Wir sind überzeugt, daß unsere Partei auf allgemeines Befragen in dieser Sache die einmütige Antwort geben wird: daß unsere, unter den Verhältnissen der neuen Wirtschaftspolitik tätige Partei, die von allen Seiten von der Bourgeoisie umringt ist und der ganzen Welt ein Beispiel an Disziplin gegeben hat, keine Fraktions- und Gruppierungsfreiheit dulden kann. Wir zweifeln nicht daran, daß die Partei auch dieses Mal ebenso antworten wird, wie sie es auf dem X. Parteitage getan hat.

Genossen, gegenwärtig ist unsere Debatte in eine ziemlich schwierige Zone gelangt, wie das im Jahre 1921 der Fall war. Es ist mir besonders unangenehm, in Abwesenheit des Genossen Trotzki gegen ihn zu polemisieren, aber leider konnte Genosse Trotzki nicht hier herkommen. Der Kern der gegenwärtigen Opposition ist die Fraktion des „demokratischen Zentralismus". Wir Petersburger, wir armen „Provinzler", sind mit dieser Fraktion wenig bekannt, aber in anderen Organisationen hat sie seinerzeit auf dem IX., X. und XI. Parteitag genug Lärm gemacht (nicht umsonst nannte Genosse Lenin sie „die Fraktion der größten Schreier") — ihre Anhänger waren Sapronow, Ossinski, Rafael und noch einige Ukrainer, zum Teil recht alte Bolschewiken und zum Teil alte Menschewiken. Diese Genossen haben für ihre Fraktion das vorzügliche Aushängeschild „des demokratischen Zentralismus" gewählt. In unseren Statuten heißt es, daß die Partei auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus arbeitet. Aber es ist Ihnen bekannt, daß man aus einem guten Wort manchmal schlimme Schlußfolgerungen machen kann. Diese Genossen haben bereits auf dem X. Parteitage dieselbe Richtung eingehalten, wie jetzt. Ihre Anträge sind vom X. und XI. Parteitag abgelehnt worden. Genosse Lenin sagte, daß dieses die prinzipienloseste aller Fraktionen sei, der er jemals in seinem langen Kampfe begegnet ist (die Fraktion „der größten Schreier"). Und kaum, daß in der Partei eine neue Frage aufgeworfen wird, so kommt auch schon diese leichtfertige Gruppe an die Oberfläche: „Aha! Demokratie?" schreien sie, „da sind wir auch dabei." Und nun beginnt das alte Lied nach einer neuen Melodie: Gestattet Fraktionen usw. Jetzt haben sich ihnen bedeutende Mitglieder des Zentralkomitees angeschlossen — Preobraschenski, Smirnow, Serebrjakow, Genossen, die auf dem X. Parteitag der RKP. auf Antrag des Genossen Lenin in das Zentralkomitee nicht wiedergewählt wurden. Das alles sind verhältnismäßig bedeutende Arbeiter, die Partei hat sie geprüft und durch Lenins Mund verkündet: Zu Führern der Partei taugt Ihr nicht. Diese Gruppe wurde auf dem X. Parteitag auf Antrag des Genossen Lenin kollektiv fallen gelassen, indem er offen vor dem Kongreß folgendes sagte: „Zu Führern der Partei taugen diese Genossen nicht, und ich rate dem Kongreß, sie nicht zu wählen." Der Kongreß folgte seinem Rat und wählte diese Gruppe nicht. Jetzt haben sich diese ehemaigen Mitglieder des Zentralkomitees der Gruppe des „demokratischen Zentralismus" angeschlossen.

Genosse Trotzki hat sich nicht klar ausgesprochen. Als die Resolution verfaßt wurde, war er gegen jede Formulierung, die die Fraktionen und Gruppierungen scharf verurteilte. Als er sich jedoch davon überzeugte, daß wir es scharf hatten auf seine jetzigen Verbündeten vom „demokratischen Zentrum", und sie in

der öffentlichen Meinung der Partei politisch fast vernichtet hatten, da gab er seine Zurückhaltung auf und sagte sein gewichtiges Wort.

VI. Der „neue Kurs" des Genossen Trotzki.

Wir haben einen Artikel des Genossen Trotzki vor uns, der unter der Spitzmarke „Der neue Kurs" auch in unseren Zeitungen veröffentlicht wurde. Leider ist dieser Artikel gleichfalls sehr unklar gefaßt, und nicht alle konnten ihn sogleich verstehen. Ich habe sogar solche Käuze angetroffen, die behaupten, daß Genosse Trotzki in diesem Artikel die Resolution des Zentralkomitees unterstütze. Es ist natürlich eine alte Sache, daß auch der Strick den Gehenkten „unterstützt".

Die Autorität des Genossen Trotzki ist allen ebensogut bekannt, wie seine Verdienste. Unter uns braucht man sich darüber nicht zu verbreiten. Aber Fehler sind und bleiben Fehler. Als ich einen Fehler beging, da hat die Partei mir ziemlich ernst in die Zügel gegriffen; Bucharin hat dasselbe über sich ergehen lassen müssen. Als Genosse Trotzki im Jahre 1921 bedeutende Fehler beging, da gab Genosse Lenin zwei Broschüren über die Fehler Trotzkis heraus. In ganz Rußland fanden Diskussionen statt, und auf dem Parteitag blieb Genosse Trotzki mit einer geringen Minderheit.

Und auch jetzt werden wir diese Frage dem Wesen nach erörtern, ungeachtet dessen, wer von uns ehemalige Verdienste aufzuweisen hat.

Ich wiederhole es, der Artikel des Genossen Trotzki ist äußerst unklar gehalten, aber wir, die Majorität des Zentralkomitees, sehen deutlich darin keine Unterstützung, sondern ein Durchkreuzen der Richtung des Zentralkomitees und seiner einstimmigen Beschlüsse. Wir haben in Kommissionen und Subkommissionen gemeinsam mit Genossen Trotzki eine ganze Woche lang an der Resolution gearbeitet. Selbstverständlich wurden alle Zugeständnisse gemacht, die nur möglich waren, um eine Einigung mit Genossen Trotzki zu erzielen, denn wir schätzen sein Einverständnis hoch ein. Und wer sollte die ungeheuere Autorität des Genossen Trotzki in der Partei nicht schätzen? Wir erreichten eine Einigung. Und was geschah? Die einmütig angenommene Resolution wurde veröffentlicht, und am nächsten Tage erscheint der Artikel des Genossen Trotzki, der zweifellos diese Einmütigkeit verletzt.

Sie sind selbstverständlich berechtigt, von mir die Beweise, die Bestätigung dessen zu fordern, daß der Artikel des Genossen Trotzki zur Resolution des Zentralkomitees im Widerspruch steht. Ich gehe jetzt zu diesem Beweise über.

VII. Was ist die Partei?

Es ist Ihnen bekannt, daß der „Trotzkismus" eine bestimmte Strömung in der russischen Arbeiterbewegung darstellte. Worin bestand das Wesen des alten „Trotzkismus"? Ich will mich jetzt nicht bei der Bauernfrage aufhalten, sondern nehme die Fragen, die uns gegenwärtig unmittelbar beschäftigen, wie zum Beispiel die Frage, was die Partei ist, die Frage, was die innere Parteidemokratie ist, die Frage, wie man sich zu den Fraktionen zu stellen habe. Vor seinem Eintritt in unsere Partei bekämpfte Genosse Trotzki mit aller ihm eigenen Leidenschaftlichkeit jene Anschauung, daß die Arbeiterpartei eine Summe verschiedener Richtungen, verschiedener Fraktionen, verschiedener Gruppen und Strömungen darstellen muß. Damals benützten wir sogar eine besondere, von Wladimir Iljitsch erdachte Bezeichnung: „Strömlinge", vom Worte „Strömung". In der Frage der Liquidatoren wiederholte Genosse Trotzki mehrmals, daß er das Liquidatorentum im Grunde unterstütze. Anfangs gab er zu, daß sie in vielen Dingen unrecht hätten, aber er hielt das Liquidatorentum für eine „gesetzliche Schattierung" in der Arbeiterpartei. Viele alte Genossen entsinnen sich dieser Worte von der „gesetzlichen Schattierung", die ich wörtlich anführe: „Mit einem Wort, leben und leben lassen. Die Partei ist ein Konglomerat einzelner Fraktionen und Strömungen."

Wir erwiderten bereits damals: Nein, wir können diese Formel „Leben und leben lassen" nicht zur Richtschnur nehmen, wir sagten: „Damit die Arbeiterklasse siegen könne, bedarf es einer einigen, stählernen bolschewistischen Partei, und wir können die Liquidatoren, die Menschewiken, nicht leben lassen." Wir müssen sie aus der Welt schaffen. (Beifall.) Aus diesem Grunde wogte dazumal der Streit, als Genosse Trotzki in Wien die Zeitung unter dem Namen „Prawda" herausgab. Wir gaben damals mit Hilfe der Arbeitergroschen in Petersburg die Arbeiterzeitung „Prawda" heraus.

Können wir in der Frage der „Strömungen" uns auf den Standpunkt des „Leben und leben lassen" stellen? Wir sagen auch jetzt: nein, wir können es nicht, denn die Partei darf sich nicht in eine Arche Noah verwandeln, wo es von jeder Art ein Paar gibt, die Partei darf sich nicht in ein Konglomerat einzelner Gruppen und Strömungen verwandeln. Die Partei, die unter den Verhältnissen der neuen Wirtschaftspolitik, also ziemlich buntscheckigen Verhältnissen, arbeitet, muß eine einige bolschewistische Partei des alten Leninschen Stiles sein. Sonst gehen wir zugrunde.

Der Hauptfehler des Genossen Trotzki in seinem Artikel „Der neue Kurs" besteht darin, daß es darin ein gewisses Wiederaufleben, eine gewisse Renaissance der alten Anschauungen gibt, die die „Gesetzlichkeit" einzelner Strömungen und Schattierungen anerkennen. „Leben und leben lassen", mag es verschiedene Meinungen geben, wir werden uns nachher schon zurechtfinden. Das klingt natürlich sehr demokratisch. Man kann die Sache sogar folgendermaßen darstellen: Auf der einen Seite stehen die blutdürstigen alten Bolschewiken, die andere Leute nicht „leben lassen" wollen, auf der anderen Seite aber sind die guten Leute mit der Devise „Leben und leben lassen". Es gibt natürlich solche, denen diese Engelsgüte gefällt. Aber der Bolschewismus gründet sich nicht auf Engelsgüte, er wurde durch das proletarische Mißtrauen gegen alles, was nicht zum Bolschewismus gehört, gegen alles, was nicht Leninismus war, gebildet. Warum haben die Menschewiken so kläglich Pleite gemacht? Erstens, natürlich, aus dem Grunde, weil sie Opportunisten waren, sodann aber auch aus dem Grunde, weil die Partei bei ihnen auf das Mosaikprinzip gegründet war: von jeder Art ein Paar, ihre Partei war ein Konglomerat von Strömungen. Sie werden sich entsinnen, wie Tschernow damit prahlte, daß es bei ihnen rechte und linke Sozialrevolutionäre gäbe, daß sie die Freiheit der Kritik schätzten usw. Ja, einige Monate hindurch genossen sie eine außerordentliche „Zungenfreiheit", wo aber sind sie jetzt und wie steht es mit ihrer Partei? Das gleiche wäre auch mit uns der Fall, wenn wir nicht gegen alles unversöhnlich gewesen wären, was nicht Leninscher Bolschewismus war.

VIII. Unser Parteiapparat.

Genosse Trotzki fällt mit der ganzen Macht seiner Argumentierung über unseren Parteiapparat her und schreibt: „Der neue Kurs bedeutet keinesfalls, daß dem Parteiapparat die Aufgabe gestellt wird, in einer bestimmten Frist das Regime der ‚Demokratie' zu dekretieren, zu schaffen oder zu errichten", und weiter heißt es in Kursivschrift: „Die Partei muß sich ihren Apparat unterordnen". Und dann folgt eine Erörterung darüber, daß man eine Reihe von „Parteiarbeitern" von ihren Posten entfernen und wieder ins Glied stellen müsse. Ich bin keinesfalls ein bedingungsloser Verehrer des Apparats und der Parteiarbeiter um jeden Preis, ich habe mich nie zu ihnen gezählt, und ich bin nicht minder über sie hergefallen als andere auch. Gegen den Bürokratismus bin ich sowohl in unserer Sowjetpresse als auch auf dem Allrussischen Sowjetkongreß scharf vorgegangen. Ich kenne die schwachen Seiten unseres Parteiapparats sehr wohl und weiß, daß dieser erneut und von unten her demokratisiert werden muß; wenn ich aber sehen muß, daß Preobraschenski, Sapronow und Rafael gegen die „Parteiarbeiter" überhaupt losheulen, und dieses Wort bei ihnen fast zu einem ebensolchen Schimpfwort geworden ist, wie das Wort „Tschekist" bei den Menschewiken, so treten wir hervor und bitten die Partei, auch uns in die Reihen der unglückseligen „Parteiarbeiter" einzufügen. Ihr mögt es nur wissen, Genossen: man schreibt „Parteiarbeiter", man meint aber damit das Zentralkomitee der Partei: das Zentralkomitee der Partei drückt ja allen seinen Stempel auf.

Wenn wir uns der Statistik zuwenden, so sehen wir, daß es bei uns in diesem ganzen entsetzlichen Apparat des Verbandes der Sozialistischen Republiken, der einen sechsten Teil der Erdkugel umfaßt, 18.000 Parteiarbeiter gibt, von denen die gute Hälfte aus technischen Arbeitern besteht, und darunter gibt es eine große Anzahl bescheidener, ehrenhafter Arbeitsbienen, die an dem Orte arbeiten, wohin sie die Partei gestellt hat. Ja, Beamter und Parteiarbeiter in der niederträchtigen menschewistischen Maschine sein, das ist eine Schande, aber im proletarischen Apparat der Kommunistischen Partei „Parteiarbeiter" sein, das ist keinesfalls eine Schande. Genosse Lenin hat den Staatsapparat, die ganze Sowjetmaschine durchgehechelt. Er sagte: Das ist zum Teil noch der alte zaristische Apparat, wir haben es nicht verstanden, ihn umzumodeln, und er hechelte diesen Apparat so durch, daß keine heile Stelle an

ihm übrig blieb. Und an wen appelliert er? An den Parteiapparat. Er legte einen bestimmten Plan der Reorganisation der Arbeiter- und Bauernkontrolle und der zentralen Kontrollkommission vor. Und wenn im Sowjetstaat irgendetwas faul war, so wandten sich alle Augen immer dem Parteiapparat zu, denn sonst konnten wir nirgends Schutz vor dem Bürokratismus finden. Unseren eigenen Apparat müssen wir erneuern und verbessern. Vergebens behaupten die Genossen, daß die Leute bei uns zu lange am Apparat kleben bleiben. Eher ist das Gegenteil der Fall. Sogar im Zentralkomitee, wo die qualifizierten Apparatarbeiter gesammelt werden, auch dort arbeiten von 134 verantwortlichen Arbeitern 90 weniger als ein Jahr. Auf diese Weise bleiben die Parteiarbeiter nicht nur nicht kleben, sondern haben nicht einmal Zeit zur notwendigen Vorbereitung, um den großen Apparat der Jetztzeit beherrschen zu können.

Wir, Genossen, sind ja „Provinzler". In Petersburg haben gerade jetzt die Neuwahlen der Kollektivbüros, der Sekretäre begonnen; wir sind der Meinung, daß das dem Geist der Demokratie entspricht, daß dadurch der Apparat die notwendige Erneuerung von unten nach oben erfährt. Aber eine Verurteilung des Apparats glattweg ist durchaus nicht am Platz. Wir haben vor kurzem den Fernen Osten erobert, und wir mußten dort eine neue Regierung bilden. Es mußte ein Sowjet-, ein Partei- und ein Wirtschaftsapparat geschaffen werden usw. Anfangs machten wir es natürlich in der Weise, daß die Ernennungen durch unseren Apparat geschahen. Ja, wie hätten wir es anders tun können? Wie können wir in anderer Weise den Staat regieren?

Wir wollen nicht behaupten, Genossen, daß bei uns ideale Zustände herrschen. Selbstverständlich haben auch wir unsere Mängel, und auch in unserem Apparat konnte sich Rost ansetzen; man muß ihn abputzen, der Apparat muß geschmiert werden, und einige Rädchen müssen ganz ausgeschaltet werden. Aber man darf das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Und hier begeht Genosse Trotzki den Hauptfehler, indem er anfängt, Leute zu unterstützen, die den Kern des Parteiapparats ausschalten wollen. Was bedeutet das, „die Partei muß sich ihren Apparat unterordnen"? War denn etwa bisher die Sache umgekehrt? Genosse Kalinin hatte in der Tat recht, als er während einer Diskussion in Moskau sagte: „Vor einigen Jahren nannten uns die Menschewiken ‚Komiteearbeiter', und das war im Munde der Menschewiken das größte Schimpfwort, aber jetzt nennt Ihr ‚Parteiarbeiter' dasselbe, was die Menschewiken mit ‚Komiteearbeiter' meinten."

Ja, Genossen, vieles in unserem Apparat muß verbessert, erneuert, gereinigt werden. Der Bürokratismus muß entfernt werden, aber jene, die den Apparat als ganzes herabsetzen wollen, müssen in ihre Schranken gewiesen werden, denn unser Parteiapparat ist die rechte Hand der Partei.

IX. Die „alte Garde" und die Jugend.

Unsere nächste Meinungsverschiedenheit mit dem Genossen Trotzki betrift jene Stelle seines Artikels, wo er sagt: „Eine Umwandlung der ‚alten Garde' konnte mehrmals in der Geschichte beobachtet werden. Nehmen wir das letzte und deutlichste geschichtliche Beispiel — die Führer und die Partei der II. Internationale. Wir wissen ja, daß Wilhelm Liebknecht, Bebel, Singer, Viktor Adler, Kautsky, Bernstein, Lafarge, Guide und andere direkte und unmittelbare Schüler von Marx und Engels waren. Wir wissen aber auch, daß alle diese Führer — die einen teilweise und die anderen durchweg — sich unter den Verhältnissen der Parlamentsreformen in der Richtung des Opportunismus umwandelten." Was die verstorbenen Bebel, Lafarge und andere anbelangt, die sich nicht wehren konnten, so wurden sie einfach in derselben Weise hineingemengt, wie man den Sack schlägt und den Esel meint; es ging nicht gut an, die Mitglieder des politischen Büros zu nennen, und darum wurden Bebel, Lafarge und andere angeführt. Das ist allen und jedem klar. Es ist ihnen auch klar, von welchen Jüngern die Rede ist. Genosse Trotzki tritt hervor und sagt uns: Ihr seid die direkten Jünger Lenins; die Jünger Marx' sind unter den Parlamentsverhältnissen auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen, daraus folgt, daß auch Euch etwas Derartiges passieren kann. Selbstverständlich können wir kein Patent daraufhin nehmen, daß uns niemals etwas Schlimmes zustoßen wird. Sollte das geschehen, womit uns Genosse Trotzki schrecken will, so wird uns die Partei unbarmherzig den Garaus machen. Was ist aber jetzt mit uns geschehen? Von allen vom Genossen Trotzki angeführten Personen weilen nur noch Kautsky und Bernstein unter den Lebenden, und auch sie sind schon politische Leichen, die den allerrechtesten Flügel der Scheidemannschen Partei zieren, obgleich sie beide Jünger von Marx und Engels sind. Also mit ihnen werden wir verglichen, und man hofft dadurch einen Schatten auf die politische Richtung der Majorität des Zentralkomitees werfen zu können.

Wo Bourgeoisie und Parlament herrschen, da verderben die Leute. Das stimmt. Zu unserem Glück aber herrschen diese bei uns nicht, und unsere Vergangenheit ist reiner als diejenige von Kautsky und Bernstein, und wir sind aus ganz anderem Holz geschnitzt...

Die dritte Stelle im Artikel des Genossen Trotzki, die besondere Einwendungen unsererseits hervorruft, das ist die Stelle von der Jugend. Dies ist eine besonders große und delikate Frage, aber sie kann nicht mit Schweigen übergangen werden. Genosse Trotzki sagt folgendes: „Insoweit unbedingt die erprobtesten und verdienstvollsten Genossen zum Parteiapparat gehören, insoweit wird der Bürokratismus des Apparats, das ideal-politische Wachstum junger Parteigenerationen am schwersten beeinflussen. Gerade dadurch wird jener Umstand erklärt, daß die Jugend das sicherste Barometer der Partei ist, daß sie am schärfsten auf den Parteibürokratismus reagiert." Mit andern Worten, es handelt sich hier um die Parteigenerationen, um den Grundkern — die alte bolschewistische Garde und um die Jugend.

Die Hauptziffern über die Altersstufe unserer Parteimitglieder habe ich Ihnen bereits genannt. Wir sind überzeugt, daß wir mit unserer jungen Garde nicht die geringsten Meinungsverschiedenheiten haben und haben können. Wir dürfen in keinem Falle zulassen, daß die alten Bolschewiken sie bevormunden wollen. Das wäre das dümmste, was man tun könnte. Es wäre lächerlich, daran denken zu wollen, wir könnten uns wie Leute betragen, die sagen: das Kücken darf die Henne nicht lehren wollen, hört auf die Alten, hört auf Papa und Mama; denn wir sind die Jünger des Genossen Lenin und wissen, daß, wenn die übrigen Verhältnisse die gleichen sind, die Regel gilt: je jünger, je besser. Wir wissen, daß die Ablösung erfolgt, daß nach uns alten Kommunisten die junge Generation an der Reihe ist. Es liegt uns ob, ihr zu helfen, ihr die von der Partei während langer Jahrzehnte gesammelte politische Erfahrung zu übermitteln. Es ist die Aufgabe der Partei, der heranwachsenden Jugend den Weg zu bereien, ihr die Möglichkeit zu bieten, zu lernen, um nachher dem Lande nützen zu können.

Ich erinnere Sie an die demagogische Bemerkung von Preobraschenski, der sagte, daß die Absolventen der Swerdlowschen Universität sich Kultur und Marxistische Kenntnisse aneignen, daß ihnen aber diese Kenntnisse nichts nützen, wenn sie sie im Leben nicht anwenden können. Wir wissen, daß alle einigermaßen hervorragenden Swerdlowschüler und -studenten unserer Universität Zirkel unterhalten und an der Parteiarbeit teilnehmen. Und wohl ihnen! Aber behaupten zu wollen, daß es in unserem Lande keinen Raum für die Anwendung Marxistischer Kenntnisse gebe, wo wir eine Unmenge sowohl einfacher Analphabeten als politischer Analphabeten besitzen, vor der Jugend behaupten zu wollen, daß sie ihre Kenntnisse nirgends wird anwenden können, da die Partei sie daran hindert — das ist eine schlechte Demagogie, Genossen.

Wenn Genosse Preobraschenski solche Dinge behauptet, so halte ich die Bemerkung des Genossen Trotzki über die Jugend zumindest unvorsichtig, besonders unter den Umständen, unter denen er diese Bemerkung machte. Genosse Trotzki begeht hier noch einen großen Fehler. Es ist unrichtig, diese Jugend als Barometer zu betrachten, nach dem das Zentralkomitee sich zu richten hat. Das Barometer, nach dem das Zentralkomitee sich richten muß — das sind die Arbeiter in den Fabriken und in den Betrieben. Wir wollen den Wert der anderen Gruppen dadurch keineswegs beeinträchtigen. Wenn man aber davon spricht, wer der „Wettermacher" in der Partei ist, so sind das selbstverständlich die Arbeiter. Wir suchen diese Arbeiter sowohl in den Zellen als an den Maschinen auf. Die Frage der Jugend ist augenblicklich besonders zugespitzt, und wir müssen uns in einer ganz bestimmten Richtung einigen. Wenn es irgend jemandem gelingen sollte, zwischen dem Hauptkern unserer Partei und der Jugend eine Scheidewand zu errichten, so würde diese Scheidewand natürlich ein großes Unglück für uns sein. Wir sind darum überzeugt, daß die ungeheure Majorität der wirklich proletarischen Jugend, die jetzt unter der Leitung der Partei lernt, in das Wesen unserer Meinungsverschiedenheiten eindringen und ihren Lobhudlern sagen wird: Lobt uns nicht allzusehr, Ihr werdet uns nicht mit dem alten Grundkern unserer Partei uneinig machen. Wir wollen vom alten Hauptkern der bolschewistischen Partei lernen. Ich denke, daß die große Mehrheit der Jugend so sprechen wird, und sie wird recht haben.

X. Schluß.

Ich habe nicht alle Streitfragen berührt, die dem Artikel des Genossen Trotzki entspringen können. Sein Artikel gehört zu jenen, die man nicht leicht vergessen kann. In den alten bolschewistischen Zeiten hätten wir jeden Satz des Artikels unter die Lupe genommen und keinen Stein auf dem anderen stehen gelassen, wie der Bolschewismus mit falschen Programmartikeln zu verfahren pflegte. Wir bedauern, daß Genosse Trotzki nach dem einmütig gefaßten Beschluß des Zentralkomitees diese Einmütigkeit verletzt hat und mit einem derartigen Artikel hervorgetreten ist. Dieser Artikel wird überall erörtert und wieder erörtert werden. Eine Diskussion allrussischen Umfanges hat begonnen. Aber alles hat auch seine guten Seiten. Die ganze Partei, darunter auch unsere Petrograder Organisation, wird über die in diesem Artikel aufgeworfenen Fragen nachdenken. Ich hoffe, daß unsere Organisation sich zu diesen Fragen klar und bestimmt aussprechen wird. Die Zusammensetzung des Zentralkomitees unserer Partei ist Ihnen wohl bekannt; Sie wissen, daß es die vor 25 Jahren gemachte Auslese unserer Partei ist. Das ganze Zentralkomitee ist ebenso und noch mehr, als zu Wladimir Illjitsch Zeiten, darüber einig, daß Genosse Trotzki auch jetzt einen politischen Grundfehler begeht, wie es auf dem X. Parteitag der Fall war, wo Genosse Lenin gegen ihn auftreten mußte.

Aber, wie sehr wir auch jetzt in einer Reihe von Fragen mit dem Genossen Trotzki verschiedener Meinung sein mögen, es ist doch selbstverständlich, daß Genosse Trotzki einer unserer Führer von größter Autorität ist und bleibt. Was auch kommen möge, die Mitarbeit des Genossen Trotzki im Politischen Büro und in anderen Organen ist unerläßlich. Und diese ist gesichert. Glaubt nicht Gerüchten, Legenden usw. Meinungsverschiedenheiten hat es gegeben und wird es geben. Die Partei wird entscheiden, wer recht hat, aber arbeiten werden wir gemeinsam und einmütig.

Wir müssen alle aufgeworfenen Fragen sorgfältig entscheiden, ohne die Schadenfreude unserer Feinde, der Sozialrevolutionäre, der Menschewiken, der Weißgardisten, zu fürchten. Wir sind vollkommen davon überzeugt, daß die Einheit unserer Partei gesichert ist. Natürlich bedürfen wir nicht bloß der äußeren Einheit, sondern der wahren Einheit auf der Grundlage Leninscher Anschauungen. Zu dieser Einheit fordere ich unsere Petrograder Organisation — die älteste Organisation der Bolschewiken — auf!

Weitere Sondernummern über die „Russische Parteidiskussion" folgen.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Varga: Das Weltwirtschaftsjahr 1923.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 9. 22. Januar | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Italien und Jugoslawien. Von Masci 85

Politik.

Das Ergebnis der Gemeindewahlen in Sachsen. Von Böttcher 86

Deutschland.

Amtliche Zahlen über die Not des deutschen Proletariats. Von Dörr 87

Wirtschaft.

Das Weltwirtschaftsjahr 1923. Von Varga 88

Arbeiterbewegung.

Die Kämpfe der Metallarbeiter im Rheinland-Westfalen und in Berlin. Von Lada 89

Aus der Internationale.

Die Balkankonferenz 91

Buchbesprechungen.

„Wir Intellektuellen und der Faschismus“ 91

Italien und Jugoslawien.

Von G. Masci (Rom).

** Der Abschluß des Freundschaftsvertrages zwischen Italien und Jugoslawien, der die Frage von Fiume liquidiert und eine neue Periode in der Geschichte der Beziehungen zwischen beiden Ländern einleitet, hat seine Begründung im besonderen in den folgenden drei Tatsachen:

1. Der bevorstehende Beginn der Wahlkampagne in Italien. Die faschistische Regierung will der konstitutionellen Opposition eine der stärksten Ursachen ihrer Erfolge und ihrer Entwicklung in den Kreisen der Bourgeoisie entreißen: das vollständige Fiasko der faschistischen Außenpolitik, die Italien in Europa isoliert hatte.

2. Die Übernahme der Macht in Griechenland durch die Regierung Venizelos. Die Regierung Mussolini hat sich davon überzeugen müssen, daß man nicht zwei Hasen zugleich erjagen kann. Venizelos ist der Politiker, der seit den Verhandlungen von Versailles bis heute am meisten dazu beigetragen hat, die Expansionspläne des italienischen Imperialismus zu durchkreuzen und zu zerstören. Im Konflikt mit Jugoslawien hatte Italien die Verträge gegen sich; im Konflikt mit Griechenland hingegen sind die Verträge zugunsten Italiens, und in dem nunmehr abgeschlossenen Freundschaftsvertrage wird gerade das betont, daß sich Italien und Jugoslawien verpflichten, den durch die Verträge festgesetzten „Status quo” zu erhalten. Mit dieser Ursache ist die Politik Frankreichs gegenüber der Kleinen Entente eng verbunden, die für Italien eine unmittelbare Gefahr bedeutet hätte, wenn der Fiume-Konflikt noch schärfer geworden wäre, wie dies noch bis vor kürzester Zeit wahrscheinlich schien.

3. Der neue Plan der Außenpolitik, der bis 1922 ein persönlicher Mussolinis war und jetzt Richtlinie der Regierungspolitik wird. Zu diesem Plane gehören die Abmachungen zwischen Italien und Spanien, die Politik der Annäherung an die Sowjet-Union, der Konflikt zwischen dem schwach von Spanien unterstützten Italien einerseits und England und Frankreich anderseits in bezug auf das Regime von Tanger; ein Vorspiel zu all dem waren der italienisch-griechische Konflikt und die Landung auf Korfu, eine durchaus übertriebene Reaktion auf die Ermordung des Generals Tellini, wenn man sie nicht in einem allgemeineren und umfassenderen Rahmen erfaßt.

Es ist immer eine persönliche Überzeugung Mussolinis gewesen (und darin näherte er sich mehr der Politik des „Corriere della Sera“, der „Stampa“ und der Richtung Nitti, als jener der großen Mehrheit der Faschisten und insbesonders der Nationalisten, die späterhin in die Faschistenpartei eingetreten waren), daß Italien sich in der Fiumaner und dalmatinischen Frage nicht verrennen dürfe, die die Schaffung einer militärischen Sicherheit an der Adria unmöglich machen würde, sondern daß es sich diese Sicherheit mit Zugeständnissen an Jugoslawien verschaffen und die notwendige Bewegungsfreiheit für eine umfassende Aktion im Mittelmeer, besonders im östlichen Teile, gewinnen solle.

Die Frage Dalmatiens war tatsächlich bereits liquidiert seit dem Augenblicke, da der Triumph der reaktionären Parteien in Jugoslawien und die Unterdrückung der Bauernbewegung den italienischen Besitzern der dalmatinischen Latifundien die Sicherheit verschafft hatten, daß ihre Rechte nicht zugunsten der kroatischen Bauern geschmälert werden würden. Es besteht in Dalmatien eine Lage ähnlich jener in den baltischen Ländern und in Galizien, das heißt ein Unterschied in der Nationalität zwischen den Landbesitzern, die die Städte bewohnen, und der Masse der Bauern, die den Boden bebauen. In der ersten Thronrede, die in Belgrad nach der Rückkehr der Dynastie gehalten wurde, war angekündigt worden, daß die italienischen Besitzer der Latifundien Dalmatiens enteignet werden sollten, daß die kroatischen Bauern von den feudalen Fesseln befreit werden und eine Zuteilung von Boden erhalten sollten. Die Lage hat sich heute vollständig geändert. Schon im letzten Jahre haben die italienischen Truppen die in Dalmatien besetzten Zonen geräumt, ohne daß etwas für die Grundbesitzer Katastrophales eingetreten wäre. Die Zeitungskampagne, die von den Agrariern gefördert worden war, hatte vollständig aufgehört, und der vor kurzem abgeschlossene Vertrag hat die neue Lage stabilisiert.

Die weitere Entwicklung des neuen Kurses der italienischen Außenpolitik wird uns auf die Fragen Antwort geben, die sich heute ein Teil der Presse stellt: Ist der italienisch-

jugoslawische Vertrag mehr gegen Frankreich als gegen England gerichtet? Eine objektive Prüfung der Lage und die Kenntnis der von Mussolini während seiner Laufbahn als faschistischer Zeitungsschreiber zur Schau getragenen Ansichten geben uns das Recht, schon jetzt vorauszusehen, daß im wesentlichen die italienische Außenpolitik immer mehr zu einer englandfeindlichen werden, wenn sie auch nach außenhin den Charakter des Gleichgewichts zwischen Frankreich und England bewahren wird. Es darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß die Faschistenpartei als eine kleinbürgerliche nationalistische Masse die außenpolitische Einstellung der Regierung beeinflußt. Die Faschisten möchten geradezu eine Politik vollständiger Unabhängigkeit von den Hegemoniemächten durchführen, die einander heute die Weltherrschaft streitig machen. Doch zwingt offensichtlich die wirtschaftliche Schwäche Italiens zu Kompromissen zwischen den zu Zwecken der inländischen Propaganda gemachten Äußerungen und der tatsächlichen Aktion. Und deshalb wird der schwindelhafte und abenteuerliche Charakter der faschistischen Außenpolitik auch weiterhin fortbestehen.

Politik

Das Ergebnis der Gemeindewahlen in Sachsen.

Von Paul Böttcher.

Dresden, 15. Januar 1924.

** Am 13. Januar haben in Sachsen die Wahlen zu den Gemeindevertretungen stattgefunden. Das Ergebnis dieser Wahlen ist von größter allgemeiner politischer Bedeutung, sowohl als Gradmesser für die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen wie für die Verschiebung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Klassen. Zwei Tatsachen sind durch den Wahlausfall voll beleuchtet worden: Der Zusammenbruch der Sozialdemokratie und die Krise der faschistischen Militärdiktatur. Diese beiden negativen Erscheinungen finden positiv ihren Ausdruck in den beispiellosen Wahlerfolgen der Kommunistischen Partei.

Als die Wahlen stattfanden, hatten die letzten weißen Expeditionstruppen kaum 14 Tage Sachsen verlassen. Seit dem 26. September regierte ununterbrochen der militärische Ausnahmezustand. Seit dem Einmarsch der Reichswehr nach Sachsen, am 21. Oktober, herrschte der verschärfte Belagerungszustand und weiße Terror. Am 23. November wurde die KPD. verboten. Die Oktoberniederlage und die Illegalität der KPD. erzeugten zunächst eine, wenn auch nur kurze, Lähmung der kommunistischen Aktivität und Stoßkraft. Auf ökonomischem Gebiet wirkte sich die politische Offensive des Kapitals nicht weniger brutal aus wie auf militärischem. Sachsens Arbeitslose und Kurzarbeiter standen mit ihren Zahlen an der Spitze Deutschlands. (Zirka 300.000 Vollerwerbslose und 200.000 Kurzarbeiter am 1. Januar 1924!)

Die Wahlkampagne war aus verschiedenen Gründen sehr kurz. Die Propaganda und Versammlungen setzten richtig erst Anfang Januar ein. Der Beschluß des Rechtsausschusses des Reichstages gewährte den „verbotenen" Parteien eine eingeschränkte Legalität der Wahlpropaganda. Trotzdem wurde die kommunistische Arbeiterschaft mit allen Mitteln polizeilicher Schikane an der Ausübung ihrer „demokratischen Rechte" gehindert. Mit einer Massenflut von Flugblättern und Plakaten arbeiteten die bürgerlichen Parteien. Besonders die Völkischen hatten enorme Mittel für Propagandazwecke zur Verfügung. Die Wahlkampagne zeigte eine starke politische Belebung der Arbeiterschaft. Die Arbeiterversammlungen waren durchwegs sehr gut besucht, in vielen Fällen überfüllt. Sozialdemokratische Versammlungen wurden vielfach von den Anhängern der Kommunisten absolut beherrscht. Politisch stand überall die Reichs- und Landespolitik im Vordergrund, die Gemeindepolitik spielte eine höchst untergeordnete Rolle.

Die KPD. führte den Wahlkampf mit ihren Endlosungen: Politischen Massenstreik, bewaffneten Aufstand, Diktatur des Proletariats. Gegen die weiße Diktatur die rote Diktatur. Stimmenabgabe für die KPD. ist das Ausdrucksmittel für die Anerkennung der kommunistischen Grundsätze und Abkehr von der sozialdemokratischen Politik. Die VSPD. hatte in ihrer Propaganda von vornherein Verteidigungsstellung bezogen.

Zur Illustration der Wahlergebnisse seien folgende wahllos herausgegriffenen Zahlenresultate angegeben.

	1923			1924			Veränderung		
	Komm.	Soz.	Bürg.	Komm.	Soz.	Bürg.	Komm.	Soz.	Bürg.
Leipzig	6	30	36	14	19	38	8	— 11	2
Dresden	4	38	42	10	21	44	6	— 17	2
Chemnitz	11	21	28	15	16	30	4	— 5	2
Plauen	7	18	35	10	11	40	3	— 7	5
Zwickau	3	16	17	8	13	27	5	— 3	10
Aue	3	13	10	8	6	13	5	— 7	3
Schwarzenberg	8	5	13	10	3	14	2	— 2	1
Grimma	1	7	13	4	4	13	3	— 3	—
	43	148	194	79	93	219	36	— 55	25

Ein genaues Gesamtresultat der Wahlen liegt noch nicht vor. Von amtlicher Seite ist eine Übersicht über die Wahlen in ganz Sachsen nicht zu erwarten. Nach einer eigenen Zusammenstellung des Wahlergebnisses aus den bedeutendsten großen und kleinen Städten haben in 129 Orten die Sozialdemokraten 628 und die Kommunisten 528 Sitze. In Leipzig hat die KPD. gegenüber den letzten Wahlen einen Stimmenzuwachs von 122%. Die KPD. erhielt bei den letzten Wahlen 18% der proletarischen Stimmen und am 13. Januar 41% der proletarischen Stimmen. Hatte die SPD., respektive USP., 1921 noch 82% aller proletarischen Wähler hinter sich, so jetzt nur noch 54%. Der Durchschnitt des sächsischen Wahlergebnisses liegt noch etwas über dem Leipziger Resultat.

Wie war es möglich, daß in Sachsen die Konterrevolution eine Mehrheit an Wahlstimmen erlangen konnte? Der Verrat am Sozialismus durch die Sozialdemokratie hat einen wesentlichen Teil der enttäuschten kleinbürgerlichen Schichten zu Hilfstruppen des Faschismus gemacht. Ein Teil der Arbeiterschaft hatte zwar die Kraft, mit der VSPD. zu brechen, aber noch nicht die politische Sicherheit, sich für den Kommunismus zu entscheiden. Er übte Stimmenenthaltung. Das tritt besonders anschaulich am Dresdner Ergebnis hervor. In Dresden verlor die VSPD. fast die Hälfte ihrer früheren Sitze, nämlich 17. Die KPD. hingegen gewann davon nur sechs und die Bürgerlichen zwei. Von den sozialdemokratischen Sitzen in Dresden sind neun diesmal verloren gegangen. Die Zertrümmerung der demokratischen Illusionen durch den sächsischen Anschauungsunterricht hatte also bei einem Teil der Arbeiterschaft noch nicht sofort einen Bruch und aktiven Kampf gegen diese Illusionen zur Folge, sondern zunächst Resignation. Es kommt hinzu, daß die Bourgeoisie alle Reserven mobilisierte und mit der Presse, Reichswehr, Unternehmerterror ökonomisch und politisch in allen Bevölkerungskreisen arbeitete, während die KPD. sich auf die Arbeiterklasse beschränken mußte.

Der Ausfall der Wahlen zeigt die tiefe Krise der Militärdiktatur. Die Bewegung der Arbeiter in vielen Bezirken ist so breit, daß sie entweder die Militärdiktatur ignoriert, oder den Ausnahmezustand auf jede Weise durchlöchert. In vielen Orten hat die „verbotene" KPD. ganz offen unter ihrem Namen die Propaganda geführt.

Die Katastrophe der Sozialdemokratie, die bei den Wahlen offenbar wurde, ist beispiellos in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die sozialdemokratische Presse hat dies selbst anerkennen müssen. Wenn die Sozialdemokratie trotzdem einige Prozent stärker aus den Wahlen hervorgegangen ist als die KPD., so verdankt sie das den vielen Frauenstimmen, die noch für die SPD. abgegeben wurden. Die „Leipziger Volkszeitung" sieht bereits das Schicksal des deutschen Menschewismus voraus. Sie stimmt am Tage nach der Wahl folgenden Schwanengesang an:

„Die deutsche Sozialdemokratie steht vor folgenschweren Entscheidungen, die auf dem kommenden Reichsparteitag zu treffen sind. Beispiele schrecken. Man denke zurück an die Haltung der russischen Sozialdemokratie vor der Oktoberrevolution des Jahres 1917. Wenige Wochen vor dem Siege der Bolschewiki waren die Menschewiki die Arbeiterpartei Rußlands schlechthin. Sie verfügten über einen ungeheuren Schatz des Vertrauens, der binnen weniger Wochen vertan worden ist. Und wenn auch damals die wirtschaftlichen Verhältnisse die besten Wegbereiter für die Bestrebungen der Kommunisten waren, so müssen doch die Erfahrungen der letzten Monate in Deutschland lehren, daß man entweder nur den staatspolitischen Illusionen folgen kann oder aber den Interessen des Proletariats, der Arbeiterklasse dienen."

Die Kommunistenhetze der deutschen sozialdemokratischen

Presse vor und nach den Wahlen wird wesentlich dazu beitragen, das Schicksal der russischen Menschewiki zum Schicksal der VSPD. zu machen.

Die Ursache des sozialdemokratischen Zusammenbruches sind hinlänglich bekannt. Es ist unnötig, in diesem Zusammenhang darauf einzugehen. Eins muß jedoch betont werden. Nicht nur der Zusammenbruch der VSPD. im allgemeinen ist in Sachsen erfolgt, sondern die Liquidierung des revolutionären Prestiges und Einflusses der linken sozialdemokratischen Führer bei den sozialdemokratischen Massen. In ihrem Scheinkampfe mit der Ebert-Clique trumpften die linken Schwätzer damit auf, daß sie in Sachsen die Partei gerettet und keine Verluste erlitten hätten. Stampfer hat nach der Wahl im „Vorwärts" alle Register gezogen, um die Linken und den Zusammenbruch ihrer Politik auf offenem Markt zu feiern.

Die sächsische Regierung der großen Koalition hat in ihrer Ergebenheitsadresse an die Reichsregierung und an den General Müller, die sie am 15. Januar als Regierungserklärung im sächsischen Landtag abgab, überhaupt nicht den Mut gefunden, die Frage der Gemeindewahlen zu berühren. Die Große Koalition weiß warum. Sie ist zustande gekommen gegen den Willen der sozialdemokratischen Arbeiter. Die jetzige Regierung ist infolgedessen eine Minderheitsregierung. Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen verschiebt jedoch auch parlamentarisch das Bild noch mehr zuungunsten dieser Minderheitsregierung von Müllers Gnaden. Wenn jetzt Neuwahlen zum sächsischen Landtag stattfinden, dann ist auch die Bildung einer Großen Koalition in Frage gestellt. Auf Grund des Wahlresultats vom 13. Januar würden die Kommunisten im sächsischen Landtag mit 24 Abgeordneten, Deutschnationale und Völkische sicher mit 26 Abgeordneten einziehen. Gegenüber diesen beiden Flügeln bringen Sozialdemokraten, Demokraten und Deutsche Volkspartei nur 46 Sitze auf. Sie befinden sich also in der Minderheit. Die Geburtsstunde der Großen Koalition in Sachsen ist zugleich ihre Todesstunde. Die sozialdemokratischen Führer, die gerade nach den Wahlen sehr stark betonen, daß sie zehnmal lieber mit der Bourgeosie, als mit den kommunistischen Arbeitern ein Bündnis schließen, sind infolge dieser Lage gezwungen, bei Bildung einer Koalitionsregierung ganz unverhüllt mit den Völkischen zu paktieren. Der Kapitalismus schafft in Sachsen eine solche Verschärfung der Klassengegensätze, daß darüber alle parlamentarischen Rechenkünste und Kombinationen der Burgfriedenspolitiker zu Schanden werden. Sachsen ist das erste Land, wo durch den Vormarsch des Kommunismus auch parlamentarisch der Sozialdemokratie die halbe Verschleierung ihres Bündnisses mit dem monarchistischen Faschismus durch eine sogenannte Große Koalition unmöglich gemacht wird. In Sachsen wird die Sozialdemokratie zum ersten Male praktisch vor die Frage einer offenen parlamentarischen Koalition mit den Deutschnationalen gestellt.

Die Kommunistische Partei hatte in Sachsen die Kraft, die Monopolstellung der VSPD. innerhalb der sächsischen Arbeiterschaft zu zerschlagen. Noch reichte jedoch diesmal die Stoßkraft der Kommunisten nicht aus, sich selbst das Monopol der Führung innerhalb der Arbeiterklasse zu sichern. In radikaler Weise das augenblickliche Gleichgewicht der Kräfte zu beseitigen und die absolute große Mehrheit der Arbeiterklasse innerhalb und außerhalb der Betriebe politisch und organisatorisch zu sammeln, das ist die unmittelbare Aufgabe, die die KPD. in den nächsten Wochen erfolgreich lösen muß.

Deutschland

Amtliche Zahlen über die Not des deutschen Proletariats.

Von Max Dörr (Berlin).

** Die Statistik des Deutschen Reiches und der Länder bleibt weit hinter den Vorgängen, die sie erfassen soll, zurück. Eine ungefärbte Zahlenangabe, in der sich die Not der Arbeiterklasse widerspiegelt, erscheint offenbar den Hauptschuldigen an der Verelendung des deutschen Poletariats zurzeit nicht erwünscht. In den statistischen Communiqués fehlt zum Beispiel eine Angabe über Hungertodesfälle vollständig, während Dr. Freudenberg in den statistischen Vierteljahrsberichten der Stadt Berlin mitteilt, daß seit 1922 allein in Berlin 105 Menschen als verhungert amtlich festgestellt wurden und daß deren Zahl in Wirklichkeit noch weit größer sein dürfte.

Die staatliche Statistik ist also unrichtig; dazu kommt noch, daß sie zeitlich erst lange nach den erfaßten Vorgängen veröffentlicht wird. Auch die mitgeteilten Angaben des Dr. Freudenberg reichen nur bis zum Oktober 1923. Daher kommt es, daß alle Veröffentlichungen in der deutschen und in der ausländischen Presse über die steigende Verelendung der deutschen Arbeiterklasse in den letzten Monaten mehr auf Schätzungen als auf exakte Zahlen beruhen.

Genaueres Material bietet das nachfolgend veröffentlichte Dokument, das der Bezirksbürgermeister Leid der Berliner Zentralverwaltung als Material überreichte. Der Bericht umfaßt Zustände bis zum 4. Jänner 1924 im Berliner Verwaltungsbezirk Wedding, einem ausgesprochenen Arbeiterquartier, von dessen 350.400 Einwohnern 98% der werktätigen Bevölkerung angehören.

Abschrift.

Stadt Berlin. Bezirksamt Wedding, Berlin N. 65, Exerzierstraße 11a.

Tgb. Nr. B. A. Wdg. Berlin, den 4. Januar 1924.

Zum Schreiben vom 27. Dezember 1923. Jug. I 1/23.

Die Notlage der Bevölkerung im Verwaltungsbezirk Wedding wird durch folgende Ziffern beleuchtet:

Am 31. Dezember 1923 wurden aus öffentlichen Mitteln folgende Personen unterstützt:

30.041 Erwerblose. Davon 18.025 Verheiratete zu 4 Köpfen gerechnet	72.100
12.016 Ledige	12.016
Sozialrentner	7.534
Almosenempfänger (laufend unterstützt)	3.077
Pflegegeldempfänger	890
Kleinrentner	935
Einmalige Unterstützte	3.729
Waisenkinder	743
Kriegsbeschädigte	1.998
Kriegerwitwen	2.580
Kriegerwaisen	5.587
Dazu kommen noch 14.500 Kurzarbeiter zu 4 Köpfen gerechnet	58.000
Insgesamt also	169.189

Personen bei einer Bevölkerungszahl von 350.400.

Auch die Wohnungsverhältnisse beleuchten die soziale Lage der Bevölkerung des Bezirkes Wedding. Im ganzen sind vorhanden: 105.885 Wohnungen.

Davon sind 90.843 kleine Wohnungen bis zu 2 Wohnräumen, 13.054 mittlere Wohnungen bis zu 3 bis 4 Wohnräumen, 1807 größere Wohnungen, 181 große Wohnungen.

Im Monat Dezember wurden unterstützt: 3967 laufend Unterstützte mit 35,285.464 Milliarden Mark, 3729 einmalig Unterstützte mit 9.681.439 Milliarden Mark.

Durch die Armenspeisung wurden im Monat Dezember 1923 181.012 Portionen, durch die Volksspeisung 30.375 unentgeltliche und 6615 verbilligte Portionen verausgabt.

Durch die staatliche Brotverbilligung wurden im Dezember 5052 Familien mit 10.474 Kindern, 1679 andere bedürftige Personen mit je 40% Brotverbilligung unterstützt.

Durch die Bäckermeister Groß-Berlins wurden 6200 Personen mit je 5% Verbilligung unterstützt.

Vom evangelischen Frauenverein, Vaterländischen Frauenverein und der Internationalen Arbeiterhilfe wurden Eßküchen im Bezirk eingerichtet.

Durchführung des Notdienstes der Frauen in Verbindung mit dem Wohlfahrtsamt:

Speisung und Weihnachtsfeier von über 1000 Personen am Weihnachtsabend aus aufgebrachten Mitteln der Reichswehr. Speisung durch Gulaschkanonen am selben Tage durch Vermittlung des Notdienstes und des Wohlfahrtsamtes. Die Firma Wittler spendete wöchentlich 70 Brote zur unentgeltlichen Verteilung. 70 Personen erhielten Privatmittagtisch in Familien der demokratischen Partei. Eine Butterspende für tuberkulose Familien wurde verteilt. Österreichische Hilfe in Form von Lebensmittelpaketen für Mittelstand und kinderreiche Familien.

Das Jugendamt berichtet:

Infolge der steigenden Erwerbslosigkeit hat das Kinderelend im Bezirk Wedding einen geradezu grausigen Umfang angenommen. Bei 8000 Säuglingen und Kleinkindern sind nach den Feststellungen der Bezirksfürsorgestellen rund 6000 ohne zureichende Wäsche. 2000 sind ohne eigenes Bett. Die übrigen leiden insbesondere durch fehlende Heizungsmöglichkeit der Wohnungen und mangelnde Ernährung. Private Hilfe ist mit

Ausnahme von 700 Portionen Quäkerspeisung nicht gewährt worden. Durch die Milchverbilligungsaktion wird nur eine geringe Linderung geschafft. Es fehlen für 3000 Kinder und für zirka 800 Schwangere medizinische Zusatznahrungsmittel. Allgemeine Zusatznahrung fehlt für mindestens weitere 5000 Kinder. Durch Nichtbereitstellung dieser Fehlmenge wöchentlich neue Erhöhungen der Krankheitsziffern. An Stelle der täglich ausgegebenen 700 Portionen Quäkerspeisung für Kleinkinder werden mindestens 7000 benötigt. Ebenso ist die Zahl von 350 Portionen für werdende Mütter viel zu gering; um den dringendsten Bedarf zu decken, wäre auch hier eine Erhöhung auf das Zehnfache äußerst notwendig.

Von den zirka 40.000 Schulkindern des Bezirks sind 25.000 ohne ausreichende Bekleidung. Für 15.000 fehlt Wäsche und warme Unterkleidung fast vollständig. Im Besitz von wetterfestem Schuhwerk sind nur eine geringe Anzahl der 40.000 Schulkinder. Schulversäumnisse bis zu 10% der Belegungsziffer der Schulen. Eine große Zahl der Schulkinder ist infolge vorstehender Umstände mit Hautkrankheiten und Ungeziefer behaftet. Durch Wohnungselend und ungeheizte Aufenthaltsräume ist die Schuljugend besonderen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt. Notwendig sind die Bereitstellung von geheizten Räumen mit Beschäftigungsmöglichkeit unter geeigneter Aufsicht. Bewegungsspiele im Freien können wegen fehlender Kleidung nicht durchgeführt werden. Durch Auslandhilfe und private Spenden erhalten bis jetzt täglich zirka 12.000 Schulkinder Zusatznahrung. Für weitere 18.000 ist Zusatznahrung unbedingt erforderlich.

Wegen Stellen- und Geldmangel kann Erholungsverschickung zurzeit nicht vorgenommen werden. 10.000 dringlich befundene Anträge müssen unberücksichtigt bleiben.

Für schulentlassene Jugend, deren Not besonders groß ist, bis jetzt keine Hilfe. 80% davon sind erwerbslos. Ernährung und Bekleidung fehlen. Folge davon ist die Zunahme der Kriminalfälle, Demoralisation täglich weiter umsichgreifend. Entstehende Schäden sind nicht wieder gutzumachen. Neben Ernährung, Bekleidung ist Beschäftigung notwendig. Unterbringung auf dem Lande zurzeit fast unmöglich. Gez. Leid.

Wirtschaft

Das Weltwirtschaftsjahr 1923.

Von E. Varga.

** Das Wirtschaftsjahr 1923, das fünfte seit Beendigung des Weltkrieges, hat die erwartete Konsolidierung des Kapitalismus im Weltmaßstabe nicht gebracht. Die Krise des Kapitalismus wurde auch in diesem Jahre nicht überwunden. Es zeigte sich auch in diesem Jahre mit großer Klarheit, daß eine einheitliche kapitalistische Weltwirtschaft mit einer einheitlichen Konjunktur, mit dem das kapitalistische Wirtschaftssystem kennzeichnenden Wechsel von Krise und Aufstieg, gegenwärtig nicht vorhanden ist. Während in den Vereinigten Staaten in der ersten Hälfte des Jahres eine Hochkonjunktur von sehr großer Intensität zustande kam, verharrt das Wirtschaftsleben Europas mit kleinen Schwankungen, je nach den einzelnen Ländern, weiterhin im Stadium der Krise. Am bezeichnendsten hierfür ist vielleicht die Tatsache, daß die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Europa Ende 1923 bedeutend größer ist, als es Ende 1922 der Fall war.

Diese Zerklüftung der Weltwirtschaft in verschiedene Teile, die ihre eigene Entwicklung durchmachen, macht es unmöglich, ein einheitliches Bild der ganzen Weltwirtschaft zu zeichnen: Man muß die wichtigsten Gebiete einzeln betrachten.

Amerika.

Aus dem Gesamtbild der kapitalistischen Welt hebt sich mit seiner besonderen Entwicklung vor allem Amerika heraus, wobei wir vor allem an die Vereinigten Staaten und Kanada denken: Die südamerikanischen Staaten zeigen in manchen Beziehungen ein etwas verschiedeneres Bild. Wie wir bereits erwähnten, ist die Wirtschaft der Vereinigten Staaten in der ersten Hälfte 1923 zu einer starken Hochkonjunktur emporgestiegen. Diese Konjunktur kulminierte ungefähr im April-Mai. Die Produktion erreichte damals eine Stufe, die ungefähr um 25% jene der besten früheren Jahre überragte. Um die Mitte des Jahres trat ein Abflauen der Konjunktur ein, ohne daß es zu einer Krise gekommen wäre. Die Produktion und das ganze Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten und Kanadas bewegen sich auf einem ziemlich hohen Konjunkturniveau weiter, ohne daß bisher klare Zeichen einer bevorstehenden Krise konstatierbar wären. Wir wollen damit nicht sagen, daß diese Krise nicht bald eintreten wird. Nach der allgemeinen Erfahrung der kapitalistischen Produktion dürfte dies in nicht ferner Zeit der Fall sein. Aber objektive Zeichen hierfür sind, soweit wir es überblicken können, vorläufig nicht aufzeigbar.

Von besonderem Interesse ist die Tatsache, daß diese Hochkonjunktur in Amerika voll und ganz auf die Bedürfnisse des inneren Marktes basiert. Besonders bezeichnend ist hierbei, daß der Außenhandel der Vereinigten Staaten in der Periode der höchsten Konjunktur, also in den Monaten März, April, Mai und Juni, einen Einfuhrüberschuß hatte, was in der Geschichte der Vereinigten Staaten eine seltene Ausnahme bildet. Mit dem Abflauen der Konjunktur ändert sich dies, und die Vereinigten Staaten zeigen von Juli an wieder eine stark aktive Handelsbilanz, die vor allem durch eine starke Abnahme des Imports bei einer geringen Zunahme des Exports entstanden ist. Dies deutet zugleich die Tatsache an, daß eben infolge des Abflauens der Konjunktur in den Vereinigten Staaten die Notwendigkeit entstand, weniger aus dem Auslande zu beziehen und eine größere Menge von Produkten dorthin abzusetzen.

Der Zusammenhang mit der europäischen Wirtschaft.

Wie wir bereits in einem früheren Artikel ausführten, war es für das Schicksal des alten Zentrums der kapitalistischen Weltwirtschaft, für Europa, von entscheidender Bedeutung, ob die Hochkonjunktur der Vereinigten Staaten auf die stagnierende Wirtschaft Europas eine Wirkung in dem Sinne ausüben wird, daß es auch in Europa zu einer Hochkonjunktur kommt. Anders ausgedrückt: Ist die Hochkonjunktur der Vereinigten Staaten imstande, sich auf Europa auszudehnen und eine Hochkonjunktur der gesamten kapitalistischen Welt nach sich zu ziehen? Diese Frage, die vor einem halben Jahr noch nicht beantwortet werden konnte, scheint sich jetzt im negativen Sinne beantworten zu lassen. Die Krise in Europa ist — wie fast jede Krise im Kapitalismus — eine Absatzkrise. Eine belebende Wirkung der amerikanischen Hochkonjunktur auf Westeuropa wäre nur dann möglich gewesen, wenn die passive Handelsbilanz der Vereinigten Staaten eine anhaltende Erscheinung gewesen wäre: das heißt, wenn die Vereinigten Staaten lange Zeit hindurch mehr Waren vom Weltmarkte aufgenommen hätten, als sie dahin abgesetzt haben. Zwar bestand die Mehreinfuhr der Vereinigten Staaten nur zu geringem Teile aus direktem Bezug europäischer Industrieprodukte (Eisen, Baumaterialien usw.), zu größerem Teil aus Rohprodukten, die aus anderen Weltteilen bezogen wurden. Aber eben der vermehrte Bezug von Rohstoffen aus den Überseeländern und die verminderte Ausfuhr amerikanischer Industrieprodukte nach diesen Gebieten hätte, wenn es lange dauernd gewesen wäre, der an Absatzmangel leidenden europäischen Industrie ermöglicht, ihre Produkte in jene Gebiete abzusetzen. Mit der Wendung im amerikanischen Außenhandel entfällt diese Möglichkeit. Damit befindet sich die europäische Wirtschaft in derselben Lage, wie vor Beginn der amerikanischen Hochkonjunktur. Die Wege des amerikanischen und des europäischen Kapitalismus scheinen sich für lange Zeit getrennt zu haben.

Die Vereinigten Staaten fahren auch weiter fort, als Gegenwert der Mehrausfuhr an Waren wie auch der Zinsen ihrer in den anderen Gebieten der Welt angelegten Kapitalien nicht Waren, sondern effektives Gold in großen Mengen an sich zu ziehen. In den letzten elf Monaten des laufenden Jahres hatten die Vereinigten Staaten einen Einfuhrüberschuß von 261 Millionen Dollar effektiven Goldes. Die im Besitz des Schatzamtes und der staatlich kontrollierten Notenbank befindliche Goldmenge hat sich von 3473 Millionen Dollar am 1. Dezember 1922 auf 3771 Millionen Dollar am 1. Dezember 1923 erhöht. Der Gesamtbetrag des in den Vereinigten Staaten befindlichen Goldes wird jetzt auf 4168 Millionen Dollar geschätzt, seit Kriegsbeginn eine Zunahme von 120%. Die Vereinigten Staaten besitzen bereits die Hälfte allen Goldes der Welt, das auf rund 8500 Millionen Dollar geschätzt wird*).

Die von Hoover für das Jahr 1923 vorausgesagte Goldausfuhr der Vereinigten Staaten ist absolut nicht verwirklicht. Und es taucht die Frage auf: Welche Aussicht besteht überhaupt noch, daß die europäischen kapitalistischen Staaten jemals zu einer Goldwährung werden zurückkehren können, wenn die Vereinigten Staaten in dem gleichen Maße fortfahren, das Gold der ganzen Welt auszupumpen und bei sich zu konzentrieren. Würde sich der Prozeß weitere 20 Jahre fortsetzen, so wäre die übrige Welt ganz und gar von ihrem Goldvorrat entblößt. Die

*) „Frankfurter Zeitung“ vom 21. Dezember 1923.

Tatsache der Anhäufung der Hälfte des Goldvorrates der Welt in den Vereinigten Staaten kennzeichnet symbolisch die eingetretene Verlegung des Schwerpunktes der kapitalistischen Weltwirtschaft nach den Vereinigten Staaten.

Die Entwicklung der europäischen Wirtschaft.

Gegenüber der amerikanischen Hochkonjunktur hat sich die Wirtschaft Europas als Ganzes im Verlaufe des Jahres 1923 eher verschlechtert als verbessert. Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist in den neutralen Ländern, in geringerem Maße auch in Frankreich und in Italien, eingetreten. Im letzten Vierteljahr zeigen sich auch in England die ersten Zeichen einer besseren Konjunktur.

Aber diese Besserung der Wirtschaftslage der Randländer ist im wesentlichen erkauft worden durch den fast vollständigen Stillstand der Wirtschaft Deutschlands. Die Ruhrbesetzung vernichtete die Produktion in diesem höchst industrialisierten Gebiet der Welt. Die Aufgabe des passiven Widerstandes hat daran bis heute nichts geändert. Der Produktionsstillstand hat sich infolge des Umschlages in der Preisbildung im Gegenteil auf ganz Deutschland ausgedehnt. Am Ende des Jahres gibt es in ganz Deutschland — im besetzten und unbesetzten Gebiet — ungefähr 3½ Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter. Es gehört nicht viel Prophetengabe dazu, um vorauszusehen, daß in dem Moment, wo das Ruhrgebiet und überhaupt Deutschland wieder zu produzieren beginnen wird, die Konjunktur in den umliegenden Staaten: Frankreich, England, Italien, Tschechoslowakei, sich wieder stark verschlechtern wird.

Das grundlegende Problem für Westeuropa besteht in der Frage der Liquidierung der „Über-Industrialisierung", die in der Kriegszeit vor sich gegangen ist. Auf ein grobes Schema gebracht, heißt das: „Es gibt in Europa 100 Hochöfen zu viel". Anders ausgedrückt: Ist es für die Industriestaaten Europas: England, Deutschland, seit Kriegsende Frankreich, Belgien, Tschechoslowakei, möglich, ihre Bevölkerung durch Export von Industrieartikeln und Import von Lebensmitteln und Rohstoffen zu ernähren? Die Entscheidung dieser Frage hängt von der Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes für industrielle Produkte ab. Da in den jüngeren kapitalistischen Ländern, und vor allem in den englischen Kolonien, während und in der Nachkriegszeit eine starke Industrialisierung vor sich gegangen ist, da das einzige Gebiet, das für eine großzügige Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise geeignet erscheinen würde, China, aus politischen Gründen vorläufig nicht kolonisiert werden kann, da das andere große Gebiet, Sowjetrußland, für eine kapitalistische Expansion nach alter Art ebenfalls unzugänglich ist, besteht kaum eine Aussicht dafür, daß sich die Wirtschaft Westeuropas auf der Basis der Vorkriegszeit regenerieren läßt. Das Gefühl dieser Unmöglichkeit zeigt sich vor allem in dem wirtschaftspolitischen Chaos in England.

Das Problem Englands.

Die Schicksalsfrage Westeuropas, ob sich seine Wirtschaft auf der Grundlage der Vorkriegszeit wieder herstellen läßt, ist für England am schärfsten gestellt, da England sich am weitesten in dieser Wirtschaftsrichtung entwickelt hatte. Die wirtschaftspolitischen Vorgänge des letzten Vierteljahres in England zeigen am klarsten die Verlegenheit der sonst so klar sehenden und zielbewußten englischen Bourgeoisie. Alle möglichen wirtschaftspolitischen Richtungen kreuzten sich durcheinander. Die eine Richtung war auf die Schaffung eines selbstgenügsamen englischen Weltreiches gerichtet, das die Kolonien mit dem Mutterlande durch Vorzugszölle zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet zusammenfassen sollte. Die konsequente Durchführung dieses Gedankens hätte zu einem hohen Zoll auf die nach England importierten Lebensmittel geführt, da nur auf dieser Grundlage eine nennenswerte Vorzugsbehandlung der Kolonien möglich gewesen wäre. Die Durchführung dieses Planes scheiterte an dem Widerstand der englischen Konsumenten, die bei den Wahlen die auf der Reichskonferenz beschlossenen niedrigen Zölle auf einige nicht lebenswichtige Konsumartikel und damit die ganze Konzeption des „selbstgenügsamen britischen Weltreiches" ablehnte.

Die zweite Richtung, die vor allem von den englischen Großindustriellen vertreten wird, wünscht die englische Industrie auf dem Weltmarkt durch eine Inflationspolitik wieder konkurrenzfähig zu machen: Tatsächlich ist in den letzten Monaten eine nicht unbedeutende Entwertung des Pfund Sterling eingetreten.

Eine dritte Richtung, die vom Handelskapital und der Labour Party vertreten wird, glaubt daran, daß die Ernährung Englands durch den Export von Industriewaren auch weiterhin möglich sein wird, wenn in Europa selbst wieder geordnete Wirtschaftszustände herrschen. Wie aber eine Restaurierung des normalen Kapitalismus möglich sei, darüber wurden bisher nur ganz allgemeine Redensarten bekannt.

Eine vierte Richtung endlich hat die Konsequenz aus der Zerrüttung der kapitalistischen Weltwirtschaft gezogen und tritt für Auswanderung, Entwicklung der englischen Landwirtschaft und für den Malthusianismus ein, hat also den Kampf um die Wiedergewinnung der alten Stellen Englands auf dem Weltmarkt bereits aufgegeben.

So sehen wir ein vollständiges Chaos in der englischen Wirtschaftspolitik und als wahrscheinliche Folge eine weitergehende Verselbständigung der englischen Kolonien vom Mutterland, also die gegenteilige Entwicklung, als sie die englischen Imperialisten wünschen würden.

Frankreich und die Reparationsfrage.

In einer ähnlichen Situation wie England befindet sich auch Frankreich, nur mit dem Unterschiede, daß die agrarische Basis Frankreichs ausgedehnter und gesünder ist, anderseits ist aber die Finanzlage des Staates unvergleichlich schlechter als jene Englands. Die Eroberung des Ruhrgebietes hat an den Grundfragen der französischen Wirtschaft wenig geändert. Zwar sichert der Besitz des Ruhrgebietes der französischen Schwerindustrie die notwendige Versorgung mit Kohle und Koks. Anderseits aber taucht die Frage auf, wo der Absatz für die volle Produktion der französischen und der Schwerindustrie des Ruhrgebietes zu finden sein wird? Das natürliche Absatzgebiet der Ruhrindustrie ist das unbesetzte Deutschland. Frankreich kann daher das Ruhrgebiet nicht ökonomisch von Deutschland abschneiden, da sonst die französische Schwerindustrie durch die Konkurrenz des Ruhrgebietes vernichtet werden würde. Alle die schönen Pläne über die Beteiligung des französischen Kapitals an der deutschen Industrie werden, falls sie durchgeführt würden, an dem gemeinsamen Problem der englischen, französischen und deutschen Schwerindustrie: dem Mangel an einem Absatzgebiet nichts ändern. Es ist besonders bezeichnend für das gegenwärtige Verfallsstadium des Kapitalismus, daß die französische Schwerindustrie ihren Absatz durch eine systematische und lang andauernde Beschränkung der Ausfuhr aus dem Ruhrgebiet, das heißt durch die von außen aufgedrängte Beschränkung der Produktion der Ruhrindustrie erreichen will. Statt durch die Ausdehnung des kapitalistischen Absatzgebietes einen Absatz für die vergrößerte Produktionsfähigkeit zu finden, versucht man durch politische Mittel die Konkurrenz zu erdrosseln, durch Abbau der Produktion das Gleichgewicht wieder herzustellen.

So sehen wir bei den französischen Kapitalisten das kaum verhüllte Bestreben, die Produktion des Ruhrgebietes weiterhin zu sabotieren, dieselbe in Grenzen zu halten, die dem „nationalen Interesse Frankreichs" entsprechen.

Die Ruhrbesetzung endete auf diese Weise vorläufig mit einem politischen Siege, aber mit keiner ökonomischen Kräftigung Frankreichs. Die rapide Entwertung des französischen Franken in den letzten Wochen des Jahres beweist dies zur Genüge. Dieselbe setzt sich weiter fort; ist aber das Vertrauen einmal erschüttert, so kann die Entwertung leicht ähnliche Dimensionen annehmen wie in Deutschland. Der sich immer weiter verschärfende englisch-französische Gegensatz wird auch die Anfang 1924 beginnenden Sachverständigenkonferenzen ergebnislos gestalten. Das so durch Entwertung des Franken bedrängte Frankreich wird weiter versuchen, sich auf Kosten Deutschlands schadlos zu halten. Mit dem Verschwinden der Hoffnung auf eine internationale Anleihe wird auch die Stabilisierung der Mark wieder in die Brüche gehen, das Chaos in Europa noch größer werden und mit aller Kraft einer kriegerischen Entladung zutreiben . . .

Die Aussichten für eine Wiederherstellung eines „normalen" Kapitalismus in Europa sind auch für das Jahr 1924 minimal.

Arbeiterbewegung

Die Kämpfe der Metallarbeiter im Rheinland-Westfalen und in Berlin.

Von W. Lada.

** Gestützt auf den Vorstoß der Schwerindustriellen im Bergbau, versuchten die Metallindustriellen Rheinland-Westfalens schon Mitte Dezember, in der Metallindustrie ihres Gebietes den

Zehnstundentag einzuführen. Der Verlängerung der Arbeitszeit sollte der Abbau der Löhne folgen. Mit der Gewerkschaftsbürokratie sind die Unternehmer gleich fertig geworden, und am 10. Dezember haben die reformistischen Gewerkschaftsführer ein Abkommen mit den Metallindustriellen abgeschlossen, das ihren Wünschen Rechnung trug; nur mußte das Abkommen noch durch eine Urabstimmung bestätigt werden. In Rheinland-Westfalen selbst setzte sich der Bezirksleiter Wolff für die Bestätigung des Abkommens ein. Aber die Haltung der Mitgliedschaft bereitete den verräterischen Führern eine Überraschung. Die Mitgliedschaft setzte sich der Bestätigung des Abkommens mit größter Kraft entgegen. Dieser Widerstand ist auf den Einfluß der Kommunisten im Gebiet zurückzuführen. Nach den letzten Ausweisen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die sich auf das Ende des dritten Jahrviertels 1923 beziehen, standen von 130.614 Mitgliedern, die der Verband in 13 Verwaltungsstellen des Gebietes zählte, hinter der Opposition 78.000, hinter der Sozialdemokratie 52.000. Insbesondere ist der Einfluß der Gewerkschaftsopposition in Bochum, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen und Oberhausen vorherrschend. Die Urabstimmung, die im Bezirk durchgeführt wurde, ergab eine erdrückende Mehrheit für den Widerstand gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. 42.680 Stimmen wurden für den Achtstundentag, im ganzen 549 für den Zehnstundentag abgegeben.

Die beiden wichtigsten Zahlstellen, die sich in den Händen der Kommunisten befinden, Essen und Gelsenkirchen, übernehmen die Leitung des Abwehrkampfes. Die Bezirkskonferenz des Verbandes, die am 20. Dezember in Dortmund zusammentrat, beschloß einstimmig die Aufnahme des Kampfes. In ihrem Flugblatt sprachen die Ortsverwaltungen Essen und Gelsenkirchen die ungeheure Bedeutung des Abwehrkampfes aus.

Am 16. Dezember trat in Solingen eine vom Ortsausschuß Solingen des ADGB. einberufene Konferenz der Ortsausschüsse und Betriebsräte zur Organisierung des Kampfes für die Erhaltung des Achtstundentages zusammen. 13 Ortsausschüsse, drei Betriebsrätezentralen, der Metallarbeiterverband, der Bauarbeiterverband, der Afa-Bund, der Deutsche Transportarbeiterverband und mehrere Betriebe waren durch 147 Delegierte vertreten. Die Konferenz hat Richtlinien zur Führung eines rücksichtslosen Kampfes um die Erhaltung des Achtstundentages ausgearbeitet und einstimmig beschlossen.

Die Stellungnahme der Solinger Konferenz gab nur der Stimmung Ausdruck, die schon vorher die Massen beherrschte. Nach neun Monaten des Ruhrkrieges stehen die Ruhrarbeiter zum großen Teile unzermürbt da. Schon seit Mitte November flackerte der Kampf hier und da in vereinzelten Betrieben auf, mit dem Ziel, die von den Unternehmern versuchte Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren. Nach der Solinger Konferenz hat der Kampf einen breiten Umfang und eine organisierte Form angenommen. Seit dem 18. Dezember steht die 7000 Mann starke Belegschaft des Krupp-Werkes Rheinhausen im Abwehrkampf gegen die Einführung des Zehnstundentages. In der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik erklärte die Belegschaft, mit aller Geschlossenheit und Zähigkeit am Achtstundentag festhalten zu wollen. Im Rheinstahlwerk in Hilden wurden von 1542 abgegebenen Stimmen 1427 für die Unverletzlichkeit des Achtstundentages, dagegen 8 abgegeben. In den Mannesmann-Röhrenwerken steht die Belegschaft ebenso geschlossen im Kampfe gegen die versuchte Verlängerung der Arbeitszeit. In der Heinrichs-Hütte, dem ausschlaggebenden Großbetrieb des ganzen Hattinger Kreises, verließ die Belegschaft am 2. Januar nach acht Stunden Arbeitszeit geschlossen den Betrieb. In Dortmund bei der Firma Hösch, ebenso wie in den Union-Werken, griffen die Unternehmer zu der Schließung der Betriebe, weil die Belegschaft nach einigen Schwankungen die verlängerte Arbeit verweigerte. In der August-Thyssen-Hütte in Hamborn arbeitete am 5. Januar nur ein kleiner Teil der Arbeiter 10 Stunden täglich; in der Gute-Hoffnungs-Hütte arbeiteten um dieselbe Zeit von 15.000 Arbeitern im ganzen 2000 mit zehnstündiger Arbeitszeit; das Walzwerk Dinslaken lag vollständig still. Ebenso verweigerten die Arbeiter im Krefelder Stahlwerk geschlossen die verlängerte Arbeitszeit, worauf die Direktion mit der Schließung des Betriebes und mit der Besetzung durch Polizei und Feuerwehr antwortete.

Wenn es auch sehr schwer ist, einen Überblick über die Gesamtsituation zu gewinnen, muß man dennoch feststellen, daß nach den Angaben der Industriellen selbst in der Eisenindustrie im ganzen 45 der Betriebe wieder in Gang gesetzt worden sind, während im Bergbau 40 bis 50% Zechen sich in das Joch der verschärften Ausbeutung des Kapitals begeben haben.

Der Umfang der Bewegung hat auch die „Führer" des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Düsseldorf dazu gezwungen, sich zum Schein hinter den Kampf zu stellen. Die Bezirksleitung erklärte, daß auf Grund der Urabstimmung das Berliner Abkommen im Bezirk nicht rechtmäßig ist und daher die gesamte Arbeiterschaft in der Hütten- und Metallindustrie verpflichtet ist, jede Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden abzulehnen. Trotz dieser Erklärung hören diese „Führer" nicht auf, die Bewegung zu sabotieren; diese geht aber ihrer Wege, ohne sich um die Verräter zu kümmern. Die am 1. Januar in Düsseldorf abgehaltene Betriebsrätevollversammlung der Gruppe Metall stellte beinahe einstimmig fest, daß die Arbeiterschaft fest entschlossen ist, den Kampf weiterzuführen. In Rheinhausen trat am 3. Januar eine Betriebsrätekonferenz für das gesamte Rheinland-Westfalen zusammen, die von 205 Delegierten beschickt wurde, darunter 104 Vertretern der freien Gewerkschaften; diese Konferenz stellte wiederholt eine allgemeine und im Wachsen begriffene Kampfstimmung fest und beschloß, daß der Kampf zu einem Generalstreik in schärfster Form erweitert werden soll. Unterdessen erklärte der Bevollmächtigte des Hauptvorstandes des DMV., Brandes, auf der Bochumer Konferenz am 2. Januar, daß er „keine Vollmachten" hätte, den Kampf im Bezirk zu sanktionieren und beschließen zu lassen!

Das ist die momentane Lage der Bewegung im Rheinland-Westfalen. 30.000 ausgesperrte Metallarbeiter allein im Düsseldorfer Bezirk (nach den Angaben der „Kölnischen Zeitung"), auf der einen Seite; höchste Kampfstimmung und größte Erregung auf der anderen Seite!

Ein ganz anderes Bild bietet die Metallarbeiterbewegung in Berlin. In der Betriebsräteversammlung, die über das abgeschlossene Abkommen entscheiden sollte, fehlte, wie in der Sitzung festgestellt wurde, ein bedeutender Teil der Betriebsräte, die von dem Stattfinden der Versammlung gar nicht benachrichtigt worden waren. Trotzdem unterstand sich die Gewerkschaftsbürokratie, die Entscheidung dieser Versammlung als die Willensäußerung der gesamten Metallarbeiterschaft auszugeben — dies trotz der lebhaften Proteste der kommunistischen Betriebsräte. Auf diese Weise ist die Bewegung zu einem Abschlusse gebracht worden, den der „Vorwärts" die Stirn hat, als einen „relativen Erfolg" zu kennzeichnen, während in der Tat das schmähliche Preisgeben des Achtstundentages vorliegt. Das abgeschlossene Abkommen gestattet sogar eine höhere als die Zehnstundenarbeitszeit, was sogar durch die Arbeitszeitverordnung nur als eine äußerste Ausnahme zugelassen wird, und der „Vorwärts" behauptet, daß der Deutsche Metallarbeiterverband mit seinem Abschlusse einen „Erfolg" gehabt hätte!

Unter dem Drucke der kommunistischen und sozialdemokratischen Opposition, unter dem Drucke der Arbeitermassen, sah sich der Vorstand des ADGB. in diesen Tagen gezwungen, alle Verbände und alle Arbeiter in den Betrieben aufzufordern, den Achtstundentag mit allen Kräften zu verteidigen. Am nächsten Tage begehen aber die Berliner Führer den schnödesten Verrat, indem sie nicht nur in den Abbau der elenden Löhne, sondern auch in die Verlängerung der Arbeitszeit bis neun, zehn Stunden und sogar darüber hinaus einwilligen. Das gelingt ihnen, weil die Massen nicht genügend aufgerüttelt worden sind, weil die gesamte Bewegung in den abgeschlossenen Räumen der Verhandlungszimmer und in den durchgesiebten Versammlungen der Verbandsfunktionäre verlaufen ist. Im Rheinland-Westfalen ist im Gegenteil die Arbeitermasse von Anfang an durch die aufklärende Agitation der Kommunisten, durch die Logik der Tatsachen selbst, bis aufs innerste aufgewühlt, sie treibt und stößt selbst die Führer zum Kampf. Die Gewerkschaftsbürokratie ist gezwungen, sich an die Spitze des Kampfes zu stellen, oder sie wird zurückgedrängt. Mag der Kampf in Rheinland-Westfalen diese oder jene Wendung nehmen, er wird dennoch eine große revolutionäre Bedeutung für das gesamte Proletariat Deutschlands haben.

Aus der Internationale

Die Balkankonferenz.

Im Dezember 1923 fand in Berlin die ordentliche Konferenz der kommunistischen Parteien der Balkanländer statt. An der Konferenz nahmen die Vertreter der bulgarischen, jugoslawischen, rumänischen und griechischen Partei sowie die Vertreter der Kommunistischen Internationale teil.

Auf der Konferenz wurden die Fragen der politischen und wirtschaftlichen Lage auf dem Balkan sowie die organisatorischen Fragen jeder einzelnen der BF. angehörenden Partei einer ausführlichen Erörterung unterzogen.

Die Abschätzung des bewaffneten Aufstandes in Bulgarien, die nationale und Agrarfrage — das waren die Hauptpunkte der Tätigkeit der Konferenz.

Der bewaffnete Aufstand in Bulgarien war ein Widerhall der allgemeinen Bewegung, der allgemeinen revolutionären Welle, die in der zweiten Hälfte 1923 Europa überflutete, und deshalb ist die Bedeutung dieser Abschätzung, der Bilanz der Erfahrungen dieses Aufstandes, nicht nur für die bulgarische, sondern auch für die anderen kommunistischen Parteien begreiflich. Der Aufstand enthüllte unsere starken und schwachen Seiten. Indem sich die bulgarische Kommunistische Partei an die Spitze des Aufstandes stellte, tat sie einen ganz korrekten und wichtigen Schritt vorwärts und wird, trotz der Niederlage, im kommunistischen Sinne aus ihr gefestigter hervorgehen.

Die nationale und Agrarfrage bilden die Kernpunkte der Politik auf dem Balkan. Ohne eine klare und richtige Lösung dieser Fragen und ohne eine entschlossene Durchführung der festgelegten Linie ist eine ernste politische Tätigkeit unmöglich. Die Konferenz widmete daher diesen Fragen ihre besondere Aufmerksamkeit.

Auf der Konferenz kamen keine Meinungsverschiedenheiten von größerer Bedeutung zum Vorschein. Die Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

Bei der Behandlung aller Fragen und bei den Beschlußfassungen verfolgte die Konferenz das Ziel, über dieselben je mehr konkretes Material und womöglich detailliertere Beschlüsse zu bringen. Die Konferenz hielt sich ganz richtig den Umstand vor Augen, daß allgemeine prinzipielle Gesichtspunkte über diese Fragen in den Beschlüssen der Kongresse der Kommunistischen Internationale und der Exekutive bereits vorhanden sind. Die Aufgabe dieser Konferenz bestand daher in der Erbringung von konkreten Beschlüssen, unter Anwendung der allgemeinen prinzipiellen Richtlinien auf die speziellen Bedingungen der einzelnen Balkanländer.

Als Resultat soll eine bedeutende Erleichterung der Tätigkeit der Parteien in den genannten Ländern erzielt werden.

Die Balkankonferenz wählte das Exekutivkomitee und das Präsidium der Kommunistischen Balkanföderation.

Buchbesprechungen

Wir Intellektuellen und der Faschismus.*)

Von G. G. L. Alexander.

** Die Antifaschistische Weltliga hat eine Reihe von kleinen Heften herausgegeben, in sehr handlichem, für die Propaganda geeignetem Format. Darunter eine Broschüre „Wir Intellektuellen und der Faschismus“ von einem Dr. Karl Müller-Brüssel. Wir haben bisher geglaubt, daß die Antifaschistenliga eine Kampagne gegen den internationalen Faschismus zu führen beabsichtigt. Wenn sie aber ihr Agitationsmaterial nicht geschickter abfaßt, wird sie das Gegenteil erreichen, nämlich, daß es, wie diese Schrift, den Faschisten selbst den Stoff für ihre Propaganda liefert. Wenn man von den Intellektuellen reden und sich an sie wenden will, muß man wohl selbst erst einmal klar sein über den Begriff „Intellektuelle“, über seine Bedeutung und darüber, wie weit man ihn fassen will. Das fordert eine klare und prinzipielle Analyse. Dr. Müller bringt weiter nichts als ein kleinbürgerliches Gerede über die Verkommenheit der Geistesarbeiter — kein Wort über die wirtschaftlichen, aus der Struktur der Gesellschaft erwachsenden Ursachen dieser Verkommenheit. Kleinbürgerlich ist seine Hochachtung vor dem Pfarrer, in dem er keinen Intellektuellen als mechanisierten „Geistesarbeiter“ sieht, und kleinbürgerlich ist sein Geschimpfe über den „Advokaten“, den Juristen, der für ihn der „Intellektuelle unter dem Mikroskop“, die schrecklichste Ausgeburt eines Intellektuellen ist. „Was allen anderen Menschen zum schwersten sittlichen und intellektuellen Vorwurf gereichen müßte, daß sie nämlich bei ihren Handlungen ohne sachliche Überzeugung und ohne sittliche Warheit sind, das ist für den Advokaten Selbstverständlichkeit und Berufspflicht.“ Diese Feststellung, die auch für andere Berufe (zum Beispiel den ärztlichen) geltend gemacht werden könnte, ist zum ersten äußerst geschickt für die Propaganda. Wenn schon etwas Ähnliches gesagt werden muß, so muß es sofort in den notwendigen, durch die Wirtschaftstruktur gegebenen Zusammenhang gestellt werden. Von der Verkäuflichkeit der geistigen Arbeitskraft in der kapitalistischen Gesellschaft sagt Dr. Müller in der ganzen Schrift aber kein Wort, obwohl das doch eine fundamentale Tatsache ist. In dieser Unterlassung zeigt sich überhaupt der schlimmste Mangel der Schrift, nämlich das Fehlen jeder wissenschaftlichen Grundlage. So stellt er gleich zu Beginn die naive Behauptung auf, daß die „geistigen Arbeiter“ früherer Zeiten, als da sind „der Derwisch, der hebräische Prophet, die Religionsstifter wie die Philosophen, die Apostel und Missionäre“ zwar „tätig mit dem Geiste“ waren, daß aber „die Ausübung ihrer geistigen Funktion das Ergebnis einer angeborenen seelischen Berufung“ war, während sie „für den modernen Intellektuellen aber bedeutet einen erlernten und angelernten Beruf“ — „das Wesen des Intellektuellentums ist aber nicht die geistige Arbeit, sondern deren Mechanisierung“. Tatsache ist aber, daß gerade zum Beispiel der Priesterstand ein fundamentales Beispiel für die Mechanisierung der geistigen Arbeit ist; kann von „angeborener seelischer Berufung“ die Rede sein, wo durch Erblichkeit eine strenge klassenmäßige Auslese getroffen wird, die allein die Wahrung des klassenbedingten Berufsgeheimnisses ermöglicht — kann von „seelischer Berufung“ die Rede sein, wo es sich bei Priestern wie bei Ärzten um die Erlernung und Beherrschung ganz bestimmter berufsmäßiger Dogmen, Formeln und überlieferter Kenntnisse (beim Arzt) handelt? Und das gleiche gilt, wo Dr. Müller seine Behauptung auf die katholischen Priester oder Pfarrer ausdehnt, von denen er sagt, daß sie nur selten ohne religiöse Veranlagung ihren Beruf wählen. Wer lacht da nicht, angesichts der auf fette Pfründe und sichere Anstellung spekulierenden großen und kleinen Kirchendiener aller Zeiten und Völker? Die Herren werden sich selber ins Fäustchen lachen über Herrn Müllers antifaschistische Propaganda. Ärzte und Juristen werden sich dagegen bedanken für einen Antifaschismus, der von ihnen behauptet, daß für diese Berufe „ein gutes Gedächtnis und eine Dosis Scharfsinn ebenso genügend“ seien ... wie „zum Kuhmelken“.

Auf dieser Grundlage kommt Dr. Müller schließlich zu Ergebnissen, die ebenso verblüffend sind für einen normalen Propagandisten, als seine „Wissenschaftlichkeit“ für einen geistigen Arbeiter beschämend ist. „Die erste Gefahr droht dem Intellektuellen aus dem drohenden Sieg des Kommunismus über die kapitalistische bürgerliche Kultur, die andere aus dem nicht weniger drohenden Untergang der gesamten Kultur in der Barbarei.“ (Fettgedruckt im Original!)

Was ist es nun aber mit den Intellektuellen und dem Faschismus?

Zuerst müssen wir den Begriff des Intellektuellen definieren — welche Kategorien von geistigen Arbeitern soll er umschreiben? Wir müssen aus den Wolkenhöhen des Müllerschen Intellektualismus in den Wirtschaftsprozeß hinabsteigen und aus ihm den Begriff, den Typus des Intellektuellen entwickeln und begreifen.

Die Bezeichnung „Intellektueller“ bedeutet im Sprachgebrauch einen Gegensatz zum Proletarier: Hand- und Kopfarbeiter. Ist jeder Kopfarbeiter Intellektueller? Im Bereiche der kapitalistischen Produktion ist die Arbeit Ware geworden. Der Handarbeiter verkauft seine Arbeitskraft direkt innerhalb des Produktionsprozesses — sie wird mehrwertbildender Faktor und verfällt damit der direkten Ausbeutung — der Handarbeiter wird zum direkten Ausbeutungsobjekt, zum Proletarier. Ein Teil der Kopfarbeiter: Techniker, Ingenieure, Chemiker, verkaufen ihre geistige Arbeitskraft auch direkt im Produktionsprozeß und verfallen demselben Schicksal der Ausbeutung und Proletarisierung, das heißt sie helfen Mehrwert schaffen. Daran ändert auch nicht, daß sie sich nicht als Proletarier fühlen.

Eine andere Kategorie von Kopfarbeitern bilden die sogenannten „freien Berufe“: Ärzte, Juristen, Lehrer, Pfarrer, Künstler, Schriftsteller. Sie stehen in einem fundamentalen, aus der gesellschaftlichen Struktur gegebenen Gegensatze zum Prole-

*) „Wir Intellektuellen und der Faschismus“, Schriften der Antifaschistischen Weltliga, Heft II.

tariat. Sie stehen nicht im Produktionsprozeß, sie leisten keine Mehrwert bildende, im Sinne der Produktion produktive Arbeit. Sie haben nicht die Funktion des Mehrwertschaffens innerhalb der Gesellschaft. Sie produzieren scheinbar in ihrer eigenen Einbildung für sich selbst ihre Lebensunterhaltskosten — das hat ursprünglich mit dem vielleicht unter Umständen schöpferischen Charakter ihrer geistigen Arbeit nichts zu tun. Sie stehen vielmehr als Mehrwertkonsumenten, sind also Mehrwertsverbraucher wie die Kapitalisten, im Produktionsprozeß. Die scheinbare „Freiheit" außerhalb des Produktionsprozesses — nur für sich selbst zu „produzieren", „unabhängig" nur für sich und durch sich selbst zu „verdienen", wird aber innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zur Prostitution, die ja auch nur eine scheinbare „Freiheit", „individuelle Betätigung" ist. Denn sie sind innerhalb des kapitalistischen Systems gezwungen, ihre Freiheit, die Produkte ihrer geistigen Arbeit zu „verkaufen" und deshalb an das auch für sich Mehrwert erpressende zahlungsfähige Kapital geschmiedet. Wenn also diese geistigen Arbeiter auch nicht direkt im Produktionsprozeß als gesellschaftliche Faktoren in Frage kommen, so ist ihre „individuelle" Arbeit doch eine gesellschaftliche Funktion, weil der ganze Wissenschafts- und Kunstbetrieb eine gesellschaftliche Funktion ist. „Man kann also von Wissenschaft sprechen überall da, wo die Gesellschaft planmäßig Erfahrungen ordnet, sammelt und willkürlich hervorruft."*) Diese gesellschaftliche Funktion bedeutet aber innerhalb der Klassengesellschaft zugleich Klassenfunktion:

„Wissen und Wissenschaft sind jetzt, der Eigenart der Gesellschaftsgruppierung gemäß, ungleichartig verteilt. In den Tiefen des sozialen Baues finden wir unentlohnte Überarbeit, eine armselige materielle Existenz, keine Freizeit, das heißt keinen Spielraum zu spezialisierter geistiger Arbeit, und nicht zuletzt planmäßige Absperrung von allen Gelegenheiten, sich erlebnismäßig-praktisch die Grunderfahrungen der Herrenklasse anzueignen."**)

Die Klassenfunktion der Wissenschaft und der geistigen Arbeiter zeigt sich heute in der mächtigen Entwicklung und im systematischen Ausbau der naturwissenschaftlichen Forschungsinstitute — nicht in einem abgelöst „wissenschaftlichen" ideologischen Interesse, sondern im wirtschaftlichen Interesse und im Auftrage des kapitalistischen Großbetriebes, im engen Zusammenhange mit der Produktion selbst, so daß heute unter der Wirkung des Zusammenbruches des kapitalistischen Staates in Deutschland diese staatlichen Institute nur noch durch das Privatkapital und im Sinne seiner Produktion erhalten werden.

Das Gegenstück dazu bildet die gänzliche Loslösung der Geisteswissenschaften: Philosophie, Philologie, Ökonomie, Geschichte usw. vom Produktionsprozeß und ihre bewußt geförderte Rückständigkeit und Stagnierung, da diese Wissenschaften dazu dienen, jede Reaktion ideologisch zu stützen und zu rechtfertigen. Sie liefern die Philosophie für die Ausbeuter und ihre moralische und historische Rechtfertigung und Sanktionierung durch den Staat. Sie gehören zum Machtapparat der bürgerlichen Gesellschaft. Je näher der Staat vor dem völligen Bankrott steht, um so weiger hat er Mittel, diese Lehranstalten zu halten, sie werden geschlossen. An allen diesen staatlichen Wissenschafts- und Kunstanstalten, Schulen, Hochschulen usw. finden wir die Hauptmasse der Intellektuellen, der geistigen Arbeiter, die hier im Brotstudium und Beruf stehen.

Dieser Teil der geistigen Arbeiter wird heute proletarisiert, obwohl er nicht im Produktionsprozeß steht, obwohl ihm nicht Mehrwert erpreßt werden kann wie dem Arbeiter, Techniker. Er, der Nutznießer des Mehrwertes innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, wird proletarisiert, weil der bürgerliche Staat kein Geld und die schwerkapitalistischen Machthaber kein Interesse mehr an ihm haben. Seine qualifizierten Arbeiter läßt er nicht durch Intellektuelle, sondern durch Fachbetriebsschulen ausbilden. Die geistigen Arbeiter sind also, weder, wie Dr. Müller behauptet, „auf den Faschismus angewiesen wie die Schmeißfliege auf den Kot", noch hat der Faschismus Interesse an der Hebung und Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Lage, nur daß er sie und ihre Arbeitsstätte ausnützt als Basis für seine reaktionäre Propaganda und Organisationen. Das bedeutet nicht, daß der Faschismus der Retter des Intellektualismus ist, denn wirtschaftlich läßt er ihn ruhig krepieren — er interessiert sich nicht für die Kultur. Es ist aber so, daß nicht nur der Faschismus Kulturlosigkeit, Untergang in der Barbarei bedeutet, sondern daß der Faschismus dies als bürgerliche hochkapitalistische Erscheinung bedeutet, denn die ganze bürgerliche Gesellschaft ist schon der Barbarei und dem Untergange geweiht. Das Intellektuellentum als mißbrauchte Klasse der bürgerlichen Kultur muß mit ihr untergehen. Der Intellektuelle als geistiger Arbeiter aber braucht nicht unterzugehen. Und hier kommen wir zu dem verhängnisvollsten Trugschluß des Dr. Müller: Daß nämlich „auch aus dem Sieg des Kommunismus dem Intellektuellen Gefahr drohe". Wahr ist, daß die kommunistische Gesellschaft den Typus des Intellektuellen nicht mehr herausbilden wird, weder den des im Produktionsprozeß Ausgebeuteten noch den des Prostituierten der „freien Berufe". Es wird keine „freien Berufe", auch keine Klassenfunktion der geistigen Arbeiter mehr geben, sondern nur noch die gesellschaftliche Funktion der Hand- und Kopfarbeiter. Wenn aber der „Intellektuelle" der bürgerlichen Gesellschaft in seinem Charakter als Intellektueller zu funktionieren nicht mehr Gelegenheit und Möglichkeit hat, so kann er doch als geistiger Arbeiter, als Kopfarbeiter im Sinne der neuen Ordnung einen breiten Wirkungskreis finden. Der Kommunismus macht das Intellektuellentum — wenn wir darunter geistige Prostitution, Verkäuflichkeit, Preisgabe oder Ausbeutung der geistigen Arbeitskraft verstehen — als bürgerliche Erscheinungen, die sie sind, unmöglich. Aber er bedeutet nicht Untergang, Gefahr für den Intellektuellen als geistigen Arbeiter, natürlich, sofern er eben bereit ist, innerhalb der neuen Gesellschaft zu produzieren. Denn die kommunistische Gesellschaft bietet dem geistigen Arbeiter weite Möglichkeiten der Betätigung. Es muß ausgesprochen und aufgezeigt werden, nicht daß „die Intellektuellen und der Faschismus aufeinander angewiesen sind wie die Schmeißfliege auf den Kot", sondern daß für die Intellektuellen als ausgebeutete Prostituierte der bürgerlichen Gesellschaft, als Proletarisierte des kapitalistischen Systems die gleichen Voraussetzungen wie für die handarbeitenden Proletarier gelten, die sie in den Kampf gegen dieses System zwingen. Wenn der Faschismus in allen Ländern zum nationalen Kampfe, zur Rettung nationaler Kultur aufruft, so müssen wir zeigen und aussprechen, daß der revolutionäre Kampf des Proletariats nicht nur um wirtschaftliche Interessen, um „materielle" Ziele geht, sondern daß er Kulturkampf ist, der einzige Kulturkampf, der heute geführt wird.

Wenn der Intellektuelle als der geistige Arbeiter innerhalb des staatlichen Wissenschafts- und Kunstbetriebes und der kapitalistische Interessen fördernden Forschungsinstitution nur im Sinne einer Klassenkultur arbeiten, produzieren konnte, fällt der Gegensatz des Klasseninteresses zu der kulturellen Entwicklung der Nation für den Handarbeiter, die unteren Klassen der Gesellschaft weg. „Die Sache des Proletariats ist die Sache der Menschheit", sagte schon Lassalle. Die Sache des Proletariats, sein Kulturkampf ist zugleich die Sache der Nation. Als bisher expropriierte und von den Kulturgütern getrennte Klasse kämpft es nicht nur um den Bissen Brot, sondern um diese Kulturgüter. Wenn es die Verbesserung seiner Klassenlage erstrebt, so fällt dieses Klasseninteresse zusammen mit dem Interesse des gesamten Volkes, denn es ist die einzige Klasse, in der praktisch und ideologisch sich die Volkseinheit verwirklichen kann, es ist sein Lebensinteresse, seine Existenzfrage, daß die Einheit des Reiches als Wirtschafts- und Kulturgebiet erhalten bleibt, denn die Zerstückelung des nationalen Bodens bedeutet seine eigene Zerstückelung, Erschwerung seiner Arbeitsmöglichkeiten und seines Klassenkampfes.

Wenn auch der Intellektuelle für die Einheit der Nation und nationale Kultur zu kämpfen ein zum Bestande seiner Ideologie gehörendes Interesse hat, so müssen wir ihm sagen, daß nur der revolutionäre Kampf des Proletariats diese Einheit und diese Kultur herstellen kann. Während die Einheit des Deutschen Reiches unter der Diktatur der Faschisten zerstört wird, ganze Gebiete abgetrennt und wirtschaftlich mit dem Ausland verbunden werden, wie die Operationen der Stinnes und Konsorten im Rheinlande vor aller Welt demonstrieren, sehen wir in Rußland, im Arbeiterstaate, das Gegenteil — den Zusammenschluß von 27 Nationalitäten, die ihre volle Individualität bewahren, zu einem großen internationalen wirtschaftlichen und kulturellen Komplex, zu einer höheren Einheit zusammengefaßt. Der Bericht, den bürgerliche Intellektuelle, wie Dr. Osborn, Dr. Behne, Frau Dr. Stoecker, in der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland" über ihre Eindrücke in Rußland geben, betont gerade als tiefsten Eindruck, als fundamentales Erlebnis diese Verwirklichung des Gedankens der Vereinigung von Nationalität und Internationalität, die an den Universitäten, besonders den Volkshochschulen, bei Gelegenheit der Revolutionsfeier, aber auch sonst in der Organisierung als lebendige Tatsache in Erscheinung trat.

*) Karl August Wittfogel: „Die Wissenschaft der bürgerlichen Gesellschaft", Seite 38, Malik-Verlag.

**) Wie vorstehend, Seite 10.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 10. 23. Januar | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

An alle Sektionen der Kommunistischen Internationale!

**** Am 21. Januar um 6 Uhr 50 Minuten abends ist Lenin plötzlich unter Symptomen einer Lähmung der Atmungsorgane verschieden. Die Bestattung findet am 26. statt. Die Kommunistische Internationale hat ihren hervorragendsten Führer und Lehrer verloren. Das internationale Proletariat hat den größten Verlust seit dem Tode von Karl Marx erlitten. Hut ab vor dem frischen Grabe des großen Meisters der Arbeiterklasse! Das internationale Proletariat weiß, wen es in der Person Lenins verloren hat. Die Kommunistische Internationale und die Sowjetunion werden ihre Reihen noch fester zusammenschließen für die Arbeit im Geiste der von Lenin verkündeten Lehren.**

Moskau, 22. Januar 1924.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale:

gez. **Sinowjew**

Lenin.

Von Julius (Wien).

** Die größte Tat der neueren Geschichte, die Errichtung und das siegreiche Bestehen einer Arbeiter- und Bauernrepublik auf einem Gebiete, das ein Sechstel der Erdoberfläche umfaßt, ist in der Hauptsache sein Werk.

Er war die Seele des Kampfes, der unter dem menschewistischen Regime im Jahre 1917 mit der Losung „Alle Macht den Räten!“ für die Errichtung der Diktatur des Proletariats geführt wurde. Er gab die Losung zum Oktoberaufstand aus. Unter seiner genialen Führung hat sich die Sowjetrepublik durch unsere Stürme hindurch siegreich behauptet und steht heute als uneinnehmbares Bollwerk da.

Seine Bedeutung für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt haben schon früher selbst die reformistischen Führer anerkannt. Wiederholt haben sowohl die Amsterdamer wie auch die zersprengten Überbleibsel der II. Internationale erklärt, daß die Aufrechterhaltung der Sowjetrepublik eine Lebensfrage auch für sie sei, der Sturz würde bedeuten das Ende der Errungenschaften der reformistischen Arbeiterbewegung. Aber sie erklären heute, wie sie es immer taten: diese indirekte Hilfe wäre alles, was die Arbeiter von Lenin bekommen hätten. Sein Beispiel auf andere Länder anwenden, wäre nicht das Heil, sondern das Verderben der Arbeiterbewegung. In Wirklichkeit ist das Wirken Lenins in Rußland nur ein Teil seines Gesamtwirkens. Seine welthistorische Bedeutung liegt nicht darin, daß er in einer bestimmten Epoche Führer des russischen Proletariats, sondern darin, daß er Führer des Weltproletariats war. Ein zweiter Marx, ein kongenialer Schüler des Meisters. Marx zeigte uns das Ziel, Lenin den Weg. Marx zeigte uns: Was — Lenin: Wie?

Zur Befreiung aus den Fesseln der politischen Unterdrückung braucht das Proletariat in erster Linie eine revolutionäre Partei. Lenins erste große Tat war die Schaffung der Partei der Bolschewiki. Es ist lächerlich, wenn die Opportunisten den Unterschied zwischen ihrer Auffassung und der Auffassung Lenins über die Rolle der Partei so darstellen, als würde es sich bei ihm um die Diktatur über die Masse handeln, während sie für die Selbstbestimmung der Masse wären. Wer die reformistischen Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien kennt, der kann ein Lied davon singen, was die Massen in entscheidenden Augenblicken in diesen Organisationen zu sagen haben. Die Losung der Reformisten war von jeher: „Und die Masse absolut, wenn sie unsern Willen tut“! Die reformistischen Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien stützen sich im besten Fall auf die opportunistischen Instinkte der Arbeiter. Im ersten Augenblick aber, wo sich die revolutionären Instinkte der von ihnen geführten Massen äußern, lassen sie diese im Stich oder vergewaltigen und verraten sie.

Das Parteiideal Lenins ist die revolutionäre Partei, die sich auf die revolutionären Instinkte der Masse stützt. In seiner Anschauung über die Rolle der Partei ist Lenin sogar den Radikalsten und Besten in der Zweiten Internationale weit voraus gewesen. Man erinnere sich der Polemik zwischen Lenin und Rosa Luxemburg im Jahre 1904 in der „Neuen Zeit“. Unsere geniale Märtyrerin hatte schon damals daran gezweifelt, daß die

sozialdemokratische Partei in einer revolutionären Situation die Führerin der Masse sein könnte. Sie vertraute nicht auf die Sozialdemokratie, deren Führer schon aus Angst um ihre Organisation konservativ sein mußten. Daraus zog sie jedoch nicht den Schluß, daß eben eine revolutionäre Partei notwendig wäre, sondern verließ sich auf den revolutionären Instinkt der Masse, der im entscheidenden Augenblick zum Durchbruch gelangen und die Führer mitreißen würde. Es hat sich aber inzwischen herausgestellt, daß eine reformistisch organisierte Partei, wie es die Sozialdemokratie ist, in der entscheidenden Situation den Sieg über den revolutionären Instinkt der Masse davontragen konnte.

Die bolschewistische Partei hat der russischen Revolution zum Sieg verholfen, und sie allein war es, die die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen wußte. Die Frage der revolutionären Partei ist durch die Geschichte im Sinne von Lenin entschieden. Dieser Lehre sind keine geographischen Grenzen gezogen. Das Proletariat kann nur in ihrem Zeichen siegen und den Sieg nur in ihrem Zeichen behaupten. Hier gilt wirklich das Wort: „An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen".

Die zweite Hauptlehre Lenins ist, daß das Proletariat verstehen muß, durch die Gewinnung oder mindestens Neutralisierung gewisser wichtiger nichtproletarischer Schichten das Kräfteverhältnis der Gesellschaft zu seinen Gunsten zu verschieben. Die Arbeiterparteien der Zweiten Internationale waren im besten Falle nur Zunftparteien der städtischen Arbeiter, die der Verschärfung des Gegensatzes zwischen den städtischen Konsumenten und den ländlichen Produzenten Vorschub leisteten, und so den Klassengegnern der Arbeiter — dem agrarisch-kapitalistischen Block — Millionen und aber Millionen von Hilfstruppen zuführten. Sogar die Besten der Zweiten Internationale, die marxistische Linke, hat nicht begreifen können, daß das Proletariat den Bauern gegenüber eine andere Stellung einnehmen muß. Diese Genossen ließen sich nicht von Zunftinteressen leiten, sondern sie konstruierten einen prinzipiellen Gegensatz zwischen Proletariat und Bauerntum: Das Proletariat stehe auf der Grundlage des gemeinsamen Eigentums der Produktionsmittel, während die Bauern Anhänger des Privateigentums wären. Aus diesem Grunde bestehe ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen Proletariern und Bauern. Nun sind aber die Bauern in ihrer überwiegenden Mehrzahl keine Ausbeuter: Sie arbeiten selber und sind im Staat vielfach eine unterdrückte Klasse. Weshalb überläßt man die Führung dieser breiten bäuerlichen Massen den Feinden der Arbeiter, die sie als Hilfstruppen gegen das Proletariat gebrauchen? Gegen den Willen dieser Klasse ist ein Sieg des Proletariats sehr erschwert, ein dauernder Sieg sehr wenig aussichtsreich. Mit ihrer Hilfe kann der Sieg in allen Ländern errungen werden. Unsere Stellung zum Bauerntum, die Lenin in Rußland so erfolgreich in die Praxis umsetzte und somit der Arbeiterklasse ganz neue Wege wies, ist die zweite Hauptgarantie unseres Sieges.

Lenin war ein orthodoxer Marxist, aber er hatte mit dem Marxpfaffentum und dem Dogmentum, das mit Marxismus nichts zu tun hat, nicht das Geringste zu schaffen. Er war Politiker und kein Metaphysiker. Ebensowenig wie in der Bauernfrage ließ er auch in anderen Fragen Dogmen konstruieren. Klassisch dafür ist sein Verhalten in der Frage des Brest-Litowsker Friedensschlusses sowie in der Frage der Neuen Ökonomischen Politik. Durch das lange Hinziehen des Weltkrieges und durch das Scheitern aller Versuche, ihn durch diplomatische Künste zu beenden, kam nach und nach die Ansicht auf, daß der Krieg nur durch die revolutionäre Erhebung des Proletariats in allen Ländern beendet werden könne. Davon gingen die Bolschewiki aus, als sie nach der Machtergreifung den Aufruf an alle kriegführenden Völker zum sofortigen Friedensschluß herausgaben. Sie wollten damit die Revolutionierung der Massen in den kriegführenden Ländern erreichen. Die Brest-Litowsker Friedensverhandlungen waren ebenfalls auf die Revolutionierung der Massen zugeschnitten. Gewisse Erfolge zeigten sich auch: Der schwere Stand der Ententeregierungen in jenen Tagen, die großen politischen Streiks in Deutschland und Österreich. Sie reichten jedoch nicht aus, um eine Beendigung des Krieges zu erzwingen. Es kam der Augenblick, wo das revolutionäre Rußland mit einer imperialistischen Macht Frieden schließen mußte. Die „Linken" wollten davon nichts wissen und beriefen sich darauf, daß dem Krieg — wie sie doch bis jetzt verkündet hätten — nur durch eine revolutionäre Erhebung ein Ende bereitet werden solle. Sie schlugen vor, sich bis in den Ural zurückzuziehen, als Zeichen dafür, daß die russischen Proletarier treu zu ihrer Auffassung stehen, nur einen Frieden durch die Erhebung des Proletariats anerkennen zu wollen. Lenin sah ein, daß ein solcher Rückzug die Errichtung einer gegenrevolutionären Regierung in Rußland zur Folge gehabt hätte. Dagegen würde der Friedensschluß eine Atempause gewähren, die der revolutionären Regierung die Möglichkeit geben würde, sich für weitere Kämpfe vorzubereiten. Er sagte damals zu den linken Genossen: „Wenn man um einen Hahn mit Kreide einen Kreis zieht, so fürchtet er sich, den Kreis zu überschreiten. Das ist verständlich, denn der Hahn, der den Kreis nicht selber gezogen hat, weiß nicht, wie leicht er zu überschreiten ist. Aber Ihr wart es doch selbst, die Ihr aus der langen Dauer des Krieges den Schluß gezogen habt, daß er nur mit einer allgemeinen Volkserhebung enden könnte. Nun aber seht Ihr, daß Ihr euch geirrt habt, daß es auch noch eine andere Möglichkeit gibt. Warum habt Ihr also Angst, diesen Kreis, den Ihr selbst gezogen habt, zu überschreiten? Warum rechnet Ihr nicht mit den tatsächlichen Verhältnissen?"

Ebenso war es mit der Neuen Ökonomischen Politik. Die politische Macht des Proletariats sollte zur Einrichtung einer sozialistischen Planwirtschaft dienen. Das erwies sich, in einem Lande wie Rußland, wo 30 Millionen Kleinbetriebe bestehen, vorerst als ein Ding der Unmöglichkeit. Beim weiteren Beharren auf diesem Prinzip hätten sich nicht nur die Bauern und Kleingewerbetreibenden, sondern auch das Proletariat gegen die Räteherrschaft erhoben. Es mußte also ein Ausweg gefunden, ein Kompromiß geschlossen werden. Lenin ging unbeirrt diesen Weg und rettete die Sowjetrepublik.

Denjenigen, die Lenin immer wieder vorwerfen, daß er die Diktatur über die Massen ausübte, muß gesagt werden, daß Lenin die Notwendigkeit gewisser Kompromisse viel früher als andere einsah. So wußte er bereits Anfang 1918, daß man mit dem System des Kriegskommunismus nicht auskommen werde, aber er mußte eben der Stimmung der Massen und der Stimmung in der bolschewistischen Partei Rechnung tragen. Er wußte ganz gut, daß auch diese Stimmung mit ein objektiver Faktor in der Entwicklung ist. Er vertrat seine Ansicht von dem Augenblick an, wo er sie als richtig erkannt hatte. Aber er drang erst auf ihre Durchführung, als er annehmen konnte, daß die überwiegende Masse des Proletariats auch tatsächlich das Verständnis dafür hatte.

Lenin war ein großer Realpolitiker, aber nicht ein Realpolitiker, der nur mit der Macht der Gegner der Arbeiterklasse rechnet — Lenin wußte sehr gut mit dieser Macht zu rechnen —, sondern ein Realpolitiker, der auch mit der Kraft der aufsteigenden Klasse, der revolutionären Macht des Proletariats rechnete. Ja noch mehr, Lenin wußte auch, wie sich diese Macht bis zur Überwindung der Gegner steigern läßt. Er rechnete kühl, aber er war kühn, wo er kühn sein sollte. Vor allem aber rechnete er gut.

Er war der erste Schüler von Karl Marx, der die Gedanken des Meisters in die Tat umgesetzt hat. Als Marx im Jahre 1883 starb, war nur eine kleine Gemeinde um sein Grab versammelt. Die Arbeiterbewegung war noch in ihrem Anfang, vom Marxismus noch sehr wenig berührt. Man kann ruhig sagen, daß nur einige Dutzend Menschen Karl Marx damals verstanden haben. Nur zwei oder drei Zeilen veröffentlichten die Blätter damals über das Hinscheiden des alten „48er Revolutionärs" und Gründers der Ersten Internationale.

Lenin starb als leitender Staatsmann, an der Spitze des größten Landes der Welt, an der Spitze des ersten Arbeiter- und Bauernstaates. Der ganze Erdball, Anhänger und Gegner, stehen unter dem Banne seiner Todesnachricht. Ein Hundertmillionenvolk begleitet ihn als seinen größten Sohn zu Grabe, und Millionen und aber Millionen von Proletariern der ganzen Welt sehen in diesem Toten ihren Führer, der ihnen noch über das Grab hinaus den Weg zu ihrer Befreiung zeigt.

Zwei Welten stehen sich heute gegenüber.

Eine kapitalistische Welt, die heute noch alle materiellen Machtmittel besitzt, die sich aber im Todeskampfe wälzt und nicht aus noch ein weiß, und die Welt Lenins, die Welt des aufsteigenden Proletariats, das sich bereits in Rußland ein festes Bollwerk geschaffen hat, und in allen anderen entscheidenden Ländern große und im Anwachsen begriffene Parteien besitzt, die den Weg gehen, den der große Führer gewiesen hat. Kein Zweifel: er führt zur baldigen Befreiung.

Lenin arbeitete sich zu Tode, aber er sah bereits das Herannahen des Sieges.

Er starb im Triumph!

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Sondernummer: XIII. Konferenz der RKP.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 11. 24. Januar. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Sitzung des Plenums des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands.

Moskau, 16. Januar 1924.

** Vor Beginn des Parteitages der RKP. tagte am 15. Januar das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands. Auf dieser Sitzung wurden die bisherigen Ergebnisse der in der RKP. geführten Parteidiskussionen zusammengefaßt. Das Plenum beschloß mit allen Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen, die vom Politischen Büro vorgelegten Resolutionen über die nächsten Aufgaben des Organisationsaufbaues der RKP. sowie über die wirtschaftspolitischen Aufgaben der RKP. dem Parteitag der Sowjet-Union vorzulegen. Ein im Geiste der Opposition gehaltener Ergänzungsantrag des Gen. Pjatakow wurde abgelehnt.

Hierauf wurde die internationale Lage behandelt. Mit besonderer Gründlichkeit und Ausführlichkeit wurden die Lehren der deutschen Ereignisse erörtert. Das Plenum billigte das Referat des Genossen Sinowjew, das dem Parteitag unterbreitet wird.

Die vom Politischen Büro vorgelegten Leitsätze über die deutschen Ereignisse ebenso wie die vom ZK. der RKP. vertretene Politik wurden gutgeheißen. Diese Politik ist auf eine Verständigung mit der Mehrheit der deutschen Parteizentrale auf der Grundlage der Zusammenarbeit mit den Linken eingestellt.

Das Plenum billigte den Beschluß des Politischen Büros vom 27. Dezember v. J. über die falsche Haltung des Genossen Radek in der deutschen Frage. In diesem Beschluß heißt es erstens, daß Genosse Radek völlig auf die Unterstützung der rechten Minderheit in der Zentrale der KPD. und auf die Desavouierung des linken Flügels der KPD. hinsteuert, wodurch objektiv eine Spaltung der deutschen Partei drohe. Die Politik des Politischen Büros der RKP. besteht jedoch in der Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der KPD.-Zentrale und der Zusammenarbeit mit den Linken. Dabei wird an ihren Fehlern gleichzeitig Kritik geübt und alles das unterstützt, was in ihrem Bestreben richtig ist und zugleich werden die größten Fehler der Rechten kritisiert. Zweitens sagt der Beschluß, daß die allgemeine Ansicht des Genossen Radek über die weitere Entwicklung des Kampfes in Deutschland von einer falschen Einschätzung der Klassenkräfte in Deutschland ausgeht. Sein Standpunkt stellt eine opportunistische Überschätzung der Differenzen innerhalb des deutschen Faschismus dar. Er versucht, die Politik der deutschen Arbeiterklasse auf diesen Differenzen zu begründen. Aus diesem Grunde sieht sich das ZK. der RKP. gezwungen, der Komintern zur Kenntnis zu bringen, daß Genosse Radek in dieser Frage nicht die Meinung des ZK. der RKP. vertritt.

Das Plenum des ZK. machte Genossen Radek darauf aufmerksam, daß es in der bolschewistischen Partei unzulässig sei, sich als ZK.-Mitglied den Beschlüssen des ZK. in internationalen Fragen nicht zu fügen und warnt Genossen Radek sowie andere Genossen aus der Opposition entschieden davor, den Fraktionskampf, der die internationale Arbeiterbewegung schädigt, auf die Komintern zu übertragen.

Die XIII. Konferenz der Kommunistischen Partei Rußlands.

Eröffnungssitzung

Moskau, 17. Januar 1924.

** Der Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands für die gesamte Sowjet-Union wurde am 16. Januar eröffnet. An der Tagung nehmen 355 Delegierte teil, darunter 127 mit beschließender und 228 mit beratender Stimme.

In das Präsidium wurden einstimmig gewählt: Lenin, Sinowjew, Stalin, Kamenjew, Trotzki, Bucharin, Rykow, Tomski, Kalinin, Rudsutak, Molotow, Krupskaja, Kujbyschew, Saluzki, Selenski, Cha-

ritonow, Ordschonikidse, Woroschilow, Frunsen, Rachinbajew, Smorodin und Uglanow.

Den Parteitag eröffnete im Namen des Zentralkomitees Kamenjew. Er wies darauf hin, daß die Parteidiskussion die Partei nur stärkte. Der Verlauf der Diskussion zeigte die Partei zusammengeschlossen, so daß sie jetzt mit einer geschärften kommunistischen Kampfeswaffe dasteht. „Die Konferenz wird zeigen, daß sich unsere Feinde, die mit der Schwächung der Partei rechneten, ebenso geirrt haben, wie es schon immer, seit sechs Jahren, der Fall war. Im vollen Bewußtsein der Einheit unserer Partei und ihrer restlosen Ergebenheit den Kampfprinzipien Lenins schreiten wir zur Zusammenfassung der Ergebnisse der Diskussion!" (Beifall.)

Namens der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands begrüßte ein deutscher Genosse den Parteitag: „Die Bedeutung der deutschen Revolution wurde durch die zeitweilige Niederlage durchaus nicht vermindert. Der Verlauf der russischen Revolution bekräftigt uns in unserer Überzeugung, daß, wenn die deutschen Ereignisse im Oktober keinen Erfolg hatten, das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Die deutsche Revolution ist eine Frage von Monaten. Die deutsche Arbeiterklasse fühlt sich nicht besiegt. Dies beweisen die gegenwärtigen Kämpfe um den Achtstundentag und gegen die Herabsetzung der Löhne. Die Militärdiktatur und der Faschismus sind nicht imstande, die Krisis in Deutschland erfolgreich zu bekämpfen. Die ganze Last der durch die Entente hervorgerufenen Forderungen werden auf die Arbeiterschaft, den Mittelstand und das Bauerntum abgewälzt. Infolgedessen ist das stärkere Hervortreten der revolutionären Bewegung unausbleiblich. Die von der KPD. begangenen Fehler werden mit Hilfe der Komintern wieder gutgemacht werden. Der nächste Revolutionskampf wird erfolgreich sein. Die Erfahrungen der russischen Arbeiterklasse sind für die werktätigen Massen Deutschlands in dieser Hinsicht von größtem Wert."

Referat des Genossen Rykow über die wirtschaftspolitischen Aufgaben der Sowjet-Union.

Nach den Begrüßungen hielt Genosse Rykow ein Referat über die wirtschaftspolitischen Aufgaben der Sowjet-Union. Eingangs befaßte er sich mit der Schilderung der gegenwärtigen Absatzkrise. Ein Rückblick auf die früheren Krisen zeigt den besonderen Charakter der gegenwärtigen Krise. Während die vorangegangenen Krisen durch einen Warenmangel hervorgerufen worden waren, wird der gegenwärtigen Krise ihr besonderer Stempel durch eine Überproduktion aufgedrückt. Die „Schere", das heißt die hohen Industriepreise gegenüber den niedrigen Preisen in der Landwirtschaft führen eine ungleichmäßige Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft herbei. Nach Auffassung einiger wäre Planlosigkeit die Ursache dieser ungleichmäßigen Entwicklung. Dies ist jedoch unrichtig. Der Grundfehler liegt in der Preispolitik. Um diese Ungleichmäßigkeit zu beheben, stellt sich das ZK. die Aufgabe, ein Minimum an Gewinn zu erreichen bei gleichzeitiger Steigerung der Löhne der Industriearbeiter. Zur Lösung der Frage der Getreidepreise war der Ankauf von ungeheuren Getreidemengen durch den Staat und die Organisierung der Getreideausfuhr notwendig. Trotz bedeutender Schwierigkeiten wurde die Aufgabe erfolgreich gelöst. 100 Millionen Pud Getreide sind ausgeführt worden. Aber zur völligen Harmonie der Preise müßte die Ziffer auf 200 Millionen Pud gesteigert werden.

Der Referent stellte mit Genugtuung die radikale Behebung der Brennstoffkrise in den letzten Jahren fest. Auch das Transportwesen ist zufriedenstellend: der Staat verfügt über eine große Anzahl von Lokomotiven und Waggons.

In der Lohnfrage ist ebenfalls ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen. Die frühere Gefahr einer Zersplitterung der qualifizierten Arbeiter ist nicht mehr vorhanden. Der größte Teil der Arbeitslosen besteht aus Angestellten und unqualifizierten Arbeitern.

Der Großhandel befindet sich im allgemeinen in den Händen des Staates, und der Kleinhandel überwiegend im Besitz des Privatkapitals.

Der Referent hebt ferner die ungenügende und unrichtige Funktion der Genossenschaften hervor. Die Genossenschaften müßten besser und billiger verkaufen als sonst, um den Absatzmarkt auf dem flachen Lande für sich zu gewinnen.

In der Finanzlage muß die Zunahme des Tschernowetzumlaufes hervorgehoben werden. Vier Fünftel des gesamten Umlaufes sind wertbeständig. Die Sowjetrubel dienen nur noch als Scheidemünze. Die rasche Durchführung der Finanzreform und die Erweiterung der Goldreserve gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Finanzpolitik.

Der Außenhandel der Sowjet-Union entwickelt sich weiter in der Richtung einer aktiven Handelsbilanz.

Es muß die Erweiterung des Einflusses der Planwirtschaftskommission vorgenommen werden. Der allgemeine Wirtschaftsplan muß auf die ökonomische Festigung des Proletariats eingestellt werden. Eine vollständige Detaillierung des Planes ist zwar unter der Nep undurchführbar, aber das ZK. wendet alles zur Förderung der Planwirtschaft an. „Unsere Resolution drückt klar aus, daß jede Stärkung der Genossenschaften und des Staatshandels und jede Erweiterung ihrer Tätigkeit die Ausbreitung der sozialistischen Wirtschaftssphäre bedeutet. Die Opposition ist völlig im Unrecht, wenn sie behauptet, daß ausschließlich die Planwirtschaft alles ändern werde. Zuerst muß die Republik für eine Planwirtschaft vorbereitet werden."

Diskussion.

In der Debatte über das Referat des Genossen Rykow ergriff das Wort als Oppositionsredner Genosse Pjatakow. Als erste Aufgabe der Staatswirtschaft bezeichnete er die Schaffung eines strengsten planmäßigen Wirtschaftssystems, das einzig und allein imstande wäre, die Staatswirtschaft dem Privatkapital gegenüber aufrecht zu erhalten. Die Staatsunternehmungen besitzen keine feste Form, die Staatstrusts stehen abgesondert von der Gesamtwirtschaft da. Dies müsse geändert werden, denn sonst wären die Perspektiven für eine sozialistische Wirtschaft ungünstig. Die Planwirtschaft sei keine Personalfrage, sondern eine Frage des Systems. Die Partei müsse der Frage der staatlichen Wirtschaftsorganisation ihre Hauptaufmerksamkeit widmen. Die bestehende Preisregulierung führe nicht zur Verbindung der Industrie mit der Bauernschaft, sondern nur zur Bereicherung der Vermittler. Die Behauptung des Genossen Rykow von einer Überproduktion in der Industrie sei nicht stichhaltig. Die Hauptursache der Wirtschaftskrise liege vielmehr in der industriellen Unterproduktion und landwirtschaftlichen Überproduktion. Die Aufgabe, die sich das ZK. betreffs der Staatsunternehmungen stellt, sei unrichtig. Nicht Minimalprofit, sondern Maximalprofit bei entsprechender Preis- und Lohnpolitik müsse die Richtschnur sein. Eine aktive Bilanz mit ausländischen Anleihen und eine Konzessionspolitik seien nicht miteinander in Einklang zu bringen.

Zweiter Sitzungstag.

Fortsetzung der Diskussion über das Referat des Genossen Rykow über die wirtschaftspolitischen Aufgaben der Sowjet-Union.

Moskau, 17. Januar 1924.

** Was am ersten Verhandlungstage schon klar zutage trat, daß nämlich die Opposition keinen Anhang fand bestätigte sich am zweiten Verhandlungstage. Kein Oppositioneller wurde in das Präsidium gewählt. Der Parteitag bereitete den führenden Mitgliedern des ZK. einen herzlichen Empfang, während die Opposition dagegen eine kühle Behandlung erfuhr. Die Ablehnung der oppositionellen Anträge wurde vom Parteitag mit Beifall aufgenommen. Die Opposition trat in der wirtschaftlichen Frage einen vollen Rückzug an.

Die Diskussion über das Referat des Gen. Rykow wurde fortgesetzt.

Gen. Lutowinow bespricht als erster Redner die Resolution zur Wirtschaftspolitik und erklärt, daß vor allem die Lohnfrage konkretisiert werden müsse. Die Grundaufgabe besteht in einer Sicherung vor einer Herabsetzung der jetzigen Löhne. Trotz der schweren ökonomischen Lage der Arbeiterklasse können die Löhne nicht erhöht werden. Die nächste Aufgabe ist Lohnausgleich und dann Lohnerhöhung der bis jetzt benachteiligten Schichten der Arbeiterklasse.

Gen. Preobraschenski als Oppositionsredner berührt die Fragen der sozialistischen und kapitalistischen Akkumulation und der Finanzreform. Der Redner unterstreicht die Notwendigkeit der theoretischen Klärung der jetzigen Wirtschaftsprozesse und weist darauf hin, daß nur die Stärkung der Planwirtschaft die sozialistische Akkumulation fördern wird. Die Preispolitik muß so eingestellt sein, daß gleichzeitig drei Ziele erreicht werden können: erstens Herabsetzung der Preise durch Förderung der Produktivität; zweitens Lohnerhöhungen; drittens Anhäufung von Staatskapital. Redner stellt fest, daß das Privatkapital im Wachsen begriffen ist. Es hatte in einem Jahre ungefähr 200 Millionen Goldrubel Profit. Das Privatkapital wetteifert jetzt mit dem Staat um die Eroberung des Bauernmarktes. Die Steigerung der Planwirtschaft ist eine ökonomische Notwendigkeit. Zu den Fragen der Finanzreform erklärt der Redner, daß die Einführung der Silbermünze für die nächste Zeit richtig ist. Die Hauptfrage besteht in der Schaffung eines richtigen Verhältnisses zwischen Tscherwonetz, Silbermünze und Sowjetrubel. Die Währungspolitik muß weiter eingestellt bleiben auf eine Stabilisierung des Tscherwonetz. Die Finanzreform muß parallel mit der Handelsbilanz behandelt werden.

Gen. Krassin schlägt die Ausarbeitung eines praktischen Planes zur Ausnutzung möglicher Außenkredite vor. Der Hauptgrund der falschen Preispolitik besteht darin, daß der Wiederaufbau der Wirtschaft ausschließlich auf die inneren Kräfte eingestellt ist. Die Frage der Auslandskredite steht jetzt auf der Tagesordnung. Der Wirtschaftsplan muß den Wiederaufbau der Industrie und Landwirtschaft mit Hilfe des Auslandskapitals vorsehen.

Gen. Molotow kritisiert die Vorschläge Pjatakows. Die Oppositionsanträge enthalten nichts, was die Resolution des ZK. nicht schon früher sagte. In den Verwaltungsfragen der Staatswirtschaft wurde von der Opposition kein einziger praktischer Antrag gestellt. Die Forderung eines Maximalgewinnes für die Industrie ist falsch. Der Redner ist überzeugt, daß die Konferenz jeden Versuch, die klaren Richtlinien des ZK. zu durchkreuzen, ablehnen wird. Die Hauptthese der Opposition — die Warenintervention — wurde von ihr selbst fallen gelassen, und zwar, weil sie sich über die Folgen dieser Forderung selbst nicht klar ist. Die Opposition spiegelt die Kinderkrankheit der „linken" Kommunisten vom Jahre 1918 wider. Lenin schrieb seinerzeit darüber eine ausgezeichnete Broschüre. Auch jetzt wieder wird die Partei auf Grund der alten Erfahrungen mit den linken Kindereien und dem Kleinbürgertum innerhalb der Partei fertig werden. (Beifall.)

Gen. Jewdokimow (Petersburg) erwidert Pjatakow und Preobraschenski. Wie der Vorredner, unterstreicht auch er, daß die Opposition nur Phrasen macht und daß sie keine Lehre aus der Diskussion ziehen will.

Zu dem Antrag des Gen. Krassin stellt der Redner fest, daß sich die Partei in bezug auf die Heranziehung von Auslandskapital feste Grenzen gesetzt hat. Die Zusammenarbeit mit dem Auslandskapital darf nur der Stärkung des Proletariats und nicht der Stärkung des internationalen Kapitals dienen. (Beifall.)

Gen. Kassior konstatiert ein nicht genügendes Interesse der Parteimassen gegenüber der Wirtschaftspolitik. Das vergangene Jahr zeigte größere Erfolge des Privatkapitals gegenüber dem Staatskapital.

Die Behandlung der Lohnfrage durch Rykow ist falsch. In der ersten Hälfte des Jahres 1923 ist keine Besserung in der ökonomischen Lage der Arbeiter zu verzeichnen. Es ist unrichtig, die Lage der Arbeiter lediglich auf Grund der Lohnhöhe zu beurteilen. Nur strengste Planwirtschaft gibt die Möglichkeit weiterer Befriedigung der Arbeiter.

Gen. Kamenjew, dessen Rede vielfach durch Beifall unterbrochen wird, erklärt, daß die Opposition mit ihren Anklagen gegen das ZK. im Recht gewesen wäre, wenn sie gleichzeitig Gegenmittel aufgezeigt und für diese auch aufrichtig gekämpft hätte. Die Opposition besitzt jedoch keinen zusammenhängenden Plan, sondern bloß einige Verbesserungsanträge, die überdies auch noch falsch sind. Die Bemerkungen der Opposition gegen die Nep. sind kindisch und zeigen deutlich den politischen Bankrott der Oppositionellen. Das Privatkapital muß auf dem Gebiete der freien Konkurrenz bekämpft werden. Darin besteht eben das Wesen der Nep. Anstatt die Schulübungen Pjatakows und seiner Anhänger zu dem Thema „Nep" und „sozialistische Akkumulation" anzuhören, sollte man sich lieber an die Worte Lenins erinnern, daß die Endentscheidung davon abhängt, ob der Bauer mit der Arbeiterklasse oder mit der Nep.-Bourgeoisie gehen wird. Der Gen. Preobraschenski beklagt sich wegen des Anwachsens der Nep., und der Gen. Krassin wirft uns die nicht genügende Zulassung des Auslandskapitals vor. Beiden gemeinsam ist die Panikstimmung und das mangelnde Vertrauen zum Heranwachsen der Elemente der sozialistischen Produktion. Die Opposition ergeht sich in Bücherweisheit deutscher Professoren. Die Versuche Pjatakows und Preobraschenskis, die Partei zu schrecken, müssen abgelehnt werden. Das ZK. verhält sich zur Planwirtschaft nicht skeptisch — wie die Opposition behauptet — sondern es verhält sich skeptisch zu der bürokratischen Entstellung der Planierung: zur Militarisierung der Wirtschaft. Die Aufstellung eines Planes macht erst Vorbedingungen erforderlich: Kredit, Banksystem, festes Budget, festes Wertmaß (Tscherwonetz). Das alles aber sind erst Errungenschaften der letzten Monate. Fehler gibt es natürlich genügend. Gerade Gen. Lenin eröffnete jeden Kongreß mit der Feststellung der begangenen Fehler — aber auch mit der Aufforderung, solche Fehler nicht auf Grund von Vorschlägen wie die von Preobraschenski, Pjatakow oder Sapranow zu beseitigen. (Beifall.) Die Frage Minimal- oder Maximalgewinne ist eine Frage größerer oder minderer Schnelligkeit der Zunahme von Grundkapital. Gen. Preobraschenski ist gegen die Nep. und sagt uns überflüssigerweise, man müsse Sozialist sein, weiß aber nicht zu sagen, wie er den Sozialismus praktisch besser aufbauen will.

Die Proteste der Oppostion gegen die Aktivbilanz und Goldanhäufung sind Unsinn. Die Aktivbilanz und die Anhäufung von Gold begann erst vor kurzem.

Kamenjew fordert die Vertreter der Opposition auf, lieber Professorenkatheder, nicht aber politische Posten in einer Partei zu besetzen, die an der Macht ist. Es gibt noch keine Bücher, in denen man darüber nachlesen könnte, wie die Diktatur des Proletariats praktisch-wirtschaftlich durchgeführt wird. Die Opposition spricht vor Arbeitern darüber, daß die Partei das Privatkapital, entgegen den Interessen der Arbeiter, unterstütze. Unter stürmischem Beifall der ganzen Konferenz erklärt Gen. Kamenjew, daß die Partei Verleumdungen von seiten einer prinzipienlosen Opposition nicht länger dulden wird.

Gen. Larin kritisiert ausführlich die Rede Pjatakows. Er, Pjatakow, will Planierung haben, was im wesentlichen richtig, aber gegenwärtig in vollem Ausmaße undurchführbar ist, da es außer der Staatswirtschaft bekanntlich auch noch eine Privatwirtschaft und einen Privatmarkt gibt, was natürlich die Pla-

nierung außerordentlich erschwert. Die Forderung des Gen. Preobraschenski, die Bauern nicht direkt durch Steuern, sondern durch Preispolitik zu belasten, ist objektiv eine Unterstützung des Großbauerntums, da der Klassencharakter der Steuer es erlaubt, die armen gegenüber den reichen Bauern zu schonen. Die Opposition verbirgt die in ihren Reihen bestehenden Differenzen in d ökonomischen Fragen. Um die Führer der Opposition schar sich keine proletarischen Schichten, die auf sie einen Druck au üben. Der Redner fordert den Parteitag auf, auf solche Stimm nicht zu hören und die Resolution der Zentrale zu unterstütze

Schluß der Diskussion über das Referat des Genossen Rykow über die wirtschafts politischen Aufgaben der Sowjet-Union.

Moskau, 17. Januar 1924.
Nachmittagssitzung.

Gen. Pjatakow verteidigt sich in zweiter Rede gegen den Vorwurf des Gen. Kamenjew, daß es der Opposition an gründlichen Argumenten mangle. Die Herbstkrise ist keine Produktions-, sondern eine Warenhandelskrise, die teilweise auch d Industrie ergriffen hat. Der Redner hofft, daß das ZK. in d Praxis zu einer festeren Wirtschaftsorganisation übergehen wir

Schlußwort des Genossen Rykow

Gen. Rykow erwidert dem Gen. Lutowinow in der Lohnfrage: „Die Löhne müssen erhöht werden; darüber existieren keine Meinungsverschiedenheiten. Das Maß der Erhöhung läßt sich momentan nicht feststellen." An Hand von Ziffernmaterial beweist Rykow das Auseinandergehen der Industrie- und der Landwirtschaftspreise.

Pjatakows Behauptungen, daß in der Resolution des Pol.-Büros die Frage der Industrieverwaltung nicht erörtert wurde, ist falsch. Die Verwirklichung der These von der Wareninterventionen, die die Opposition verteidigt, bedeutet die Auflösung der russischen Wirtschaft und die Auslieferung des russischen Marktes an das westeuropäische Kapital. Das aber wäre die allergrößte Gefahr. „Wir müssen den Staatshandel ausbauen und stärken, so daß er in kürzester Zeit das Privatkapital schlagen kann!" (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution des Pol.-Büros des ZK. wurde einstimm angenommen.

Auf die Frage des Gen. Kamenjew, ob sich gar keine Stimm gegen die Resolution erhebe, erfolgte keine Antwort, was a der Konferenz ein allgemeines Gelächter auslöste.

Die Ergänzungsanträge des Gen. Pjatakow wurden mit all gegen drei Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Zur Prüfung der Ergänzungsanträge von Provinzdelegierte wurde eine besondere Kommission eingesetzt.

Ein Antrag, die Kommission durch zwei Oppositionelle z ergänzen, wurde mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Bei der Abstimmung ergab sich, daß die eigentliche Opp sition auf der Konferenz keinen Vertreter mit beschließende Stimme zur Verfügung hatte.

Schluß des Zweiten Sitzungstages.

Referat des Genossen Stalin über den Organisationsaufbau der RKP.

Moskau, 19. Januar 1924.

** Genosse Stalin, von großem Beifall empfangen, referiert über den Organisationsaufbau. Er beginnt mit der Feststellung der einmütigen Annahme der Resolution des ZK. durch die Parteimassen und erklärt, daß es ein beispielloses Ereignis in der Geschichte der Partei ist, daß die Resolution nach breitester Diskussion vollkommen einmütig von den Parteimassen aufgenommen wurde und daß sogar die Opposition der Resolution zustimmte und nur unwesentliche Korrekturen dazu einbrachte. Die Frage, wer beleidigt hat oder wer beleidigt wurde, ob Trotzki vom ZK. oder umgekehrt das ZK. von Trotzki beleidigt wurde, ist keine prinzipielle Frage. Trotzki beleidigt sich selbst. Aus der Einmütigkeit der Annahme der Resolution des ZK. ist zu schließen, daß die Resolution den Bedürfnissen der Partei im gegenwärtigen Moment vollständig entspricht, und daß die Partei kräftiger und nicht geschwächt aus der Diskussion hervorgeht. Einige Genossen fetischisieren die Parteidemokratie und beurteilen sie, unabhängig von Zeit und Ort. Zur Parteidemokratie sind zwei Forderungen nötig: 1. Entwicklung der Industrie und Steigerung des Kulturniveaus der Arbeiterklasse und gleichzeitig qualitatives Wachsen der Partei. (Zur Zeit der Krise und Hungersnot kann keine Parteidemokratie durchgeführt werden.) 2. Als zweite Vorbedingung muß die günstige internationale Lage gegeben sein. Zur Kriegszeit wird die Partei mobilisiert und militarisiert und ist daher die Durchführung der Demokratie unmöglich. Gegenwärtig sind diese bei den Vorbedingungen vorhanden. Jedoch auch bei dem Vorhandensein der Vorbedingungen stellen sich der Durchführung der Demokratie Hindernisse entgegen: Ein Teil der Genossen schaut die Partei nicht als selbsttätige Organisation, sondern als Institutionssystem an. Diese Anschauung muß entschieden bekämpft werden. Das zweit Hindernis zur Durchführung der Parteidemokratie ist: di Schwerfälligkeit des Staatsapparats, der auf die Parteifunktionär einen unaufhörlichen Druck ausübt, der sich darin äußert, da sich die Parteifunktionäre oft — wenn auch unbewußt — gege die Durchführung der Parteidemokratie wenden. Drittes Hinder nis: Niedriges Kulturniveau der peripheren Landesorganisationen die nicht imstande sind, die demokratische Linie in der Parte durchzuführen.

Genosse Stalin stellt drei Stadien der Diskussion fest: 1. Angriff der Opposition nach der Veröffentlichung der Resolution des ZK. 2. Versuch der Opposition. dieser Resolution etwas Positives entgegenzustellen, wozu sie jedoch absolut nicht imstande war. 3. Auftreten des Genossen Trotzki, womit erst der heftige Kampf begann, der ohne dieses Auftreten nicht ausgebrochen wäre.

Genosse Stalin stellt in dem Auftreten des Genossen Trotzki sechs Grundfehler fest: Der erste Fehler bestand in der Tatsache des Auftretens an sich und in dem Schreiben des Genossen Trotzki an die Diskussionsversammlungen, einen Tag nach Veröffentlichung der vom ZK. einstimmig — einschließlich Trotzki — angenommenen Resolution. Das Schreiben des Genossen Trotzki, das eine neue — der Resolution des ZK. entgegengesetzte — Plattform entwickelte, wurde von der Opposition aufgenommen. Es entstand nun die Frage, ob es überhaupt ein ZK. gibt, dessen Beschlüsse für alle seine Mitglieder bindend sind, oder aber ob ein Mitglied des ZK. sich als Übermensch der Resolution gegenüberstellen darf. Das Auftreten des Genossen Trotzki stellt einen groben Disziplinbruch dar. Die Arbeiter

fragen das ZK.: „Was habt Ihr für eine Disziplin? Habt Ihr eine besondere Disziplin für die Masse und eine besondere für die Würdenträger?“ Keine Partei kann ein solches Vorgehen dulden. Das ZK. muß seine Autorität zu verteidigen verstehen. Der zweite Fehler des Genossen Trotzki bestand darin, daß er — trotz Aufforderungen der Organisationen, seinen Standpunkt gegenüber der Opposition zu präzisieren — die Antwort verweigerte. Der dritte Fehler ist die Gegenüberstellung von Parteiapparat und Partei. Der Parteiapparat wird zu 99% gewählt, wenn er aber einmal gewählt ist, muß der Apparat auch wirklich als leitende Körperschaft wirken. Die Forderung, die gewählten Funktionäre sollen nicht führen, ist menschewistisch. Genosse Stalin betont, daß er nicht daran denkt, den Genossen Trotzki mit den Menschewiki auf eine Bank zu setzen, aber die Gegenüberstellung von Parteiapparat und Partei ist menschewistisch. Der vierte Fehler des Genossen Trotzki äußert sich in seiner Annahme der Möglichkeit opportunistischer Entartung der Führerkaders und in der Charakterisierung der Jugend als Parteibarometer. Beide Annahmen sind lächerlich. Die Bolschewiki sind nicht dafür, jedes Alter zu ehren, bloß weil es Erfahrungen besitzt. Die alten Führer der deutschen Sozialdemokratie besitzen auch Erfahrungen, aber Erfahrungen im Kampfe gegen das Proletariat. Gegen diese Art von Erfahrungen muß die revolutionäre Jugend mit aller Kraft ankämpfen. Die Annahme der Möglichkeit opportunistischer Entartung der alten Führerkaders ist von Genossen Trotzki falsch, da die Erfahrungen der russischen Führer den Interessen der Revolution dienen. Genosse Stalin fragt: „Wie können die bolschewistischen Führerkaders, die den Weltimperialismus und Weltopportunismus auf Tod und Leben bekämpfen, in eine Reihe mit den Führern der ‚internationalen‘ Sozialdemokratie gestellt werden?“ und erklärt: „Das beste Gegengift gegen opportunistische Entartung sind die revolutionären Erfahrungen unserer Führerkaders.“ Der fünfte Fehler des Genossen Trotzki besteht in seiner Parole, sich nach der Parteijugend zu orientieren. Bisher galt in der Partei die Orientierung nach den Proletarierelementen. Genosse Trotzki spricht über die Notwendigkeit der Orientierung nach der studierenden Jugend. Wir müssen klar feststellen, daß das absolut keine dem gegenwärtigen Moment entsprechende Parole ist. Der sechste Fehler bestand in der Verkündung des Genossen Trotzki über die Gruppierungsfreiheit. „Wir sagten, Gruppierungen sind Fraktionen. Genosse Trotzki lehnte diese Auffassung ab. Er erklärte sich mit den Beschlüssen des X. Kongresses einverstanden, in denen jedoch gerade von Gruppierungen und nicht von Fraktionen die Rede war. Genosse Trotzki behauptet, Gruppierungen entstünden infolge der Bürokratisierung des Parteiapparats. Dies ist falsch und nicht marxistisch. Gruppierungen entstehen infolge objektiver Bedingungen des Staates und der Partei. Eine Föderation von Gruppierungen ist keine Partei. Die Auffassung des Genossen Trotzki steht in Widerspruch mit den Grundsätzen der Partei. Wir brauchen eine stahlharte Partei.“

Genosse Stalin erklärt, das hauptsächlichste Ergebnis der Diskussion ist darin zu erblicken, daß die Partei kategorisch ausgesprochen hat, daß sie keine Gruppierungen und Fraktionen dulde. Die Hauptfolgerung, die die Partei aus der Diskussion zu ziehen hat, besteht darin, daß sie den Arbeiterelementen ihre Tore weit öffnen muß. Die Opposition vertritt die Auffassung nichtproletarischer Elemente in der Partei. (Langandauernder Beifall.)

Dritter Sitzungstag.

Diskussion über das Referat des Genossen Stalin: „Der Organisationsaufbau der Partei.

Moskau, 18. Januar 1924.

** Genosse Preobraschenski beginnt die Debatte mit einer Analyse der „Nep“: Das Jahr 1923 bildet einen Wendepunkt im russischen Wirtschaftsleben, da es das erste Jahr des industriellen Wiederaufbaues ist. Dieser neuen Periode muß auch die innere Parteipolitik angepaßt werden. Bürokratische Tendenzen schwächen die Partei. Seit der Krankheit des Genossen Lenin hat das ZK. verschiedene politische Fehler begangen. Es hat mehrere spontan anwachsende Prozesse nicht vorausgesehen. Erst nach durchgemachter schwerer Wirtschaftskrise hat das ZK. die Notwendigkeit der Forderung nach Planwirtschaft anerkannt. Zur Frage der Arbeiterdemokratie hat die Opposition schon im Oktober v. J. im Plenum des ZK. eine Resolution eingebracht, die aber abgelehnt wurde. Erst unter dem Druck der Parteimassen hat das Plenum des ZK. im Dezember vorigen Jahres die Resolution angenommen, die alle Vorschläge der Opposition akzeptiert, so daß in der Frage der Parteidemokratie jetzt keine größeren Meinungsverschiedenheiten mehr bestehen. Das ZK. setzte aber seinen Kampf gegen die Opposition fort und proklamierte Losungen, die die Opposition als menschewistisch hinstellen. Diese Taktik ist gefährlich, da das ZK. dadurch die Opposition zur Fraktionsbildung treibt. Das ZK. ist konservativ und verabscheut jede Kursänderung. Das Auftreten gegen Trotzki war ein Fehler und politisch nicht berechtigt. Während der Nep erstarkte der Bürokratismus innerhalb der Partei. Das ZK. schüchterte die Parteimassen ein, indem es die Gefahr einer Parteispaltung an die Wand malte und die Opposition als Parteispalter brandmarkte. Ein weiterer Kampf gegen die Opposition wird erneut zu einer Parteikrise führen. Die Dezemberresolution des ZK. ist unter solchen Verhältnissen undurchführbar.

Genosse Lominadse (Tiflis) charakterisiert die Opposition als Zusammenschluß aller parteifeindlichen Elemente zwecks Zerstörung des Parteiapparats. Die Opposition hat kein klares Programm. Symptomatisch ist, daß sich sämtliche menschewistischen Elemente der Opposition anzunähern versuchen. Gegen die Opposition muß radikal vorgegangen werden.

Genosse Lominadse sagt weiter: Genosse Preobraschenski will die Fortsetzung des Kampfes innerhalb der Partei. Die Parteimehrheit jedoch verlangt die genaue Durchführung der Beschlüsse des X. Parteikongresses betreffend das Verbot der Fraktionsbildung.

Genosse Rjasanow greift die Opposition wegen ihrer Phraseologie über die Arbeiterdemokratie heftig an und weist auf die Unmöglichkeit hin, gegenwärtig die Parteidemokratie auf breiter Basis durchzuführen. Die Partei steht vor Durchführung schwerer Aufgaben, die nur kollektiv bewältigt werden können. Als Hauptaufgabe der Partei bezeichnet er die Heranziehung von breiten Schichten der Arbeitermassen. Der Fraktionskampf muß aufhören, und das ZK. und die Opposition müssen Frieden schließen.

Genosse Janoslavski spricht im Namen der Zentralkontrollkommission und sagt: Die Kommission fühlt sich verpflichtet, die Mehrheit des ZK. gegen die Beschuldigungen der Opposition in Schutz zu nehmen. Die Opposition versuchte in einigen Arbeiterversammlungen, Rotarmistenzellen und Hochschulen die Autorität von leitenden Parteiinstanzen herabzusetzen: „Es muß hier unterstrichen werden, daß das ZK. als Ganzes unser anerkannter Führer ist, nicht aber einzelne Mitglieder des ZK. Genosse Radek hat auf der letzten Sitzung des Plenums des ZK. die Hauptfehler der Opposition in ihrem Auftreten gegen das ZK. anerkannt. Genosse Radek sagte: „Es ist unerhört, die Autorität der Zentralorgane herabzusetzen.“ Der Versuch der Opposition, die Moskauer Parteiorganisationen zu gewinnen, ist gescheitert. Als nächste Aufgabe der Partei bezeichnet der Redner die Gesundung der durch die Opposition unterwühlten Parteiorganisationen. (Beifall.)

Genosse Sapranow, der als Redner der Oppositnon spricht, protestiert gegen die Behauptung des Genossen Stalin und auch anderer Vertreter der Parteimehrheit, daß die Opposition das Kleinbürgertum widerspiegle, und gibt seiner Befürchtung Ausdruck, daß die Fortsetzung des Kampfes gegen die Opposition eine neue Parteikrise heraufbeschwören werde, deren Folgen unübersehbar wären.

Genosse Radek versucht, die Wirtschaftspolitik der Opposition zu verteidigen, und erklärt, daß das ZK. falsche Schlüsse aus der Diskussion ziehe, und beharrt auf der Notwendigkeit des Ausbaues der inneren Parteidemokratie. Genosse Radek gibt zu, daß die Opposition viele Fehler gemacht hat, und hofft, daß das ZK. den Sieg über die Opposition nicht zur Vertiefung des Parteikampfes ausnützen werde.

Genosse Tarchanow gibt im Namen der Zentrale des Kommunistischen Jugendverbandes die Zustimmung zur Resolution des ZK. und sagt: Die beste Garantie gegen die opportunistische Entartung der alten Garde ist ihr fünfundzwanzigjähriger Kampf gegen den Opportunismus. Der Unterschied zwischen Kautsky und Lenin besteht darin, daß Kautsky bloß ein Kommentator von Marx ist, dagegen Lenin und die alte bolschewistische Garde auch gleichzeitig Kämpfer für die Verwirklichung der Ideen Marx' sind. Die Bolschewiki waren und sind vor allem Organisatoren des Kampfes gegen den Opportunismus. Um die revolutionäre Jugend zu erziehen, ist vor allem die Kontinuität der Traditionen zwischen den Alten und Jungen notwendig. Die Rolle der Jugend im Kampfe gegen den Bürokratismus besteht — nach Genossen Lenin — in der Unterstützung des Apparats durch die Jugend. Genosse Trotzki rät der Jugend hingegen, den Apparat zu zerschlagen. Die Partei und der Jugendverband müssen die Jugend zur praktischen Arbeit heranziehen.

Genosse Ryndin, Fabrikarbeiter vom Ural, erklärt, daß sich die Proletarier vor Autoritäten, die die Partei zur Spaltung führen, nicht beugen werden. Die Opposition behauptet, das Parteileben wäre flau. Der Redner dementiert unter dem Beifall der Konferenz diese Behauptung, indem er mitteilt, daß große Parteiorganisationen des Uralgebietes ihre Mitgliedschaften um 120 bis 150% an Betriebsarbeitern erhöhten. Genosse Ryndin schließt mit dem Wunsche, daß alle proletarischen Parteien der Welt ein so „opportunistisches" ZK. hätten, als es das ZK. der RKP. ist.

Das ZK. des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands zur Parteidiskussion in der RKP.

Moskau, 20. Jänner 1924.

** Das Plenum des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands nahm eine Resolution an, in der festgestellt wird, daß Genosse Trotzki und die Opposition aus Fraktionszielen die Frage zweier Generationen in der Partei aufwarfen. In der Resolution heißt es dann: „Das Plenum des ZK. des KJV. Rußlands weißt jeden Versuch, die Jugend den alten erfahrenen Bolschewikikaders gegenüberzustellen, kategorisch zurück! Nur die Führung durch die alte Garde, die in ihren Kämpfen gegen den Zarismus, gegen die Bourgeoisie und hauptsächlich gegen den Opportunismus erstarkte, kann die politische und ökonomische Macht der ersten proletarischen Republik sichern. Die Heranbildung neuer Kräfte und die Erziehung der Jugend darf nur auf der Grundlage des Leninismus vor sich gehen."

Schlußwort des Genossen Stalin zu dem Referat: „Der Organisationsaufbau der Partei".

** Nach einer kurzen Rede des Genossen Preobraschenski hält Genosse Stalin das Schlußwort.

Er erwidert den Oppositionsrednern und schildert, wie sich das Fraktionsvorgehen der Opposition gegen das ZK. entwickelte. Schon im September v. J. ergriff das Plenum des ZK. selbst die Initiative, indem es eine besondere Kommission bildete, die mit der Ausarbeitung konkreter Vorschläge zur Besserung der innerparteilichen Lage beauftragt wurde. Die Opposition aber wollte dem ZK. zuvorkommen und die Initiative an sich reißen. So entstand die Erklärung der 46 Genossen und der Brief des Genossen Trotzki. Anstatt an die vom ZK. eingesetzte Kommission heranzutreten, um mit ihr gemeinsam zu arbeiten, zogen es Genosse Trotzki und die Opposition vor, sich über das ZK. hinwegzusetzen und mit ihren Vorschlägen direkt an die Parteimitglieder heranzutreten. „Erst wenn die vom ZK. eingesetzte Kommission und das Politische Büro" — sagt Genosse Stalin — „die Meinungen der Opposition ignoriert haben würde, erst dann hätten Genosse Trotzki und die Oppositionellen an die Parteimitgliedschaft appellieren dürfen. Dann hätte die Partei gesagt: Das sind Revolutionäre, denen es auf den Kern und nicht auf die Form ankommt! Die Opposition hat es sich zu eigen gemacht, von sich aus das Genie Lenins zu verkünden. Das ist ein strategischer Schachzug, der zwei Ziele verfolgt: erstens ihre eigene Entfernung von der Linie Lenins zu verhüllen, und zweitens die Schwäche seiner nächsten Schüler zu unterstreichen. Wir haben einen Führer — Lenin. Während seiner Abwesenheit vertritt ihn ein Kollegium. Die Ereignisse, die sich aus dem Ultimatum Lord Curzons ergaben, waren für die Schüler Lenins eine Prüfung. Aber sie verstanden es, alle Schwierigkeiten zu überwinden und haben dadurch bewiesen, daß sie von ihrem großen Lehrer Lenin etwas gelernt haben."

In seiner weiteren Rede charakterisiert Genosse Stalin einzelne Führer der Opposition. An Hand von Zitaten schildert er, wie die Opposition durch die Menschewiki beurteilt wird und schließt mit folgender Warnung: „Ich wünsche, daß der Opposition die Küsse der Menschewiki nicht allzu fest ankleben mögen." (Beifall.)

Referat des Genossen Sinowjew über die internationale Lage.

Moskau, 19. Januar 1924.
Nachmittagssitzung.

„Wir stehen vor der Möglichkeit der Anerkennung de jure seitens Englands, Frankreichs, Italiens, Norwegens. Die politische Lage in England hat sich von Grund auf verändert. Lord Curzon steht bereits mit einem Fuß außerhalb der englischen Regierung. Unser Genosse Tschitscherin wartet den Sowjetkongreß ruhiger ab, als Lord Curzon die Eröffnung des Parlamentes in England. (Heiterkeit, Beifall.)

Vom Standpunkt der internationalen Arbeiterbewegung aus betrachtet, stellt die Regierung Macdonald ein Weltereignis dar. Die kommunistische Taktik muß darin bestehen, die englische Arbeiterpartei zu unterstützen. Lenin sagte uns schon: Je eher die Arbeiterpartei zur Macht gelangt, desto früher werden die englischen Arbeiter ihre Illusionen überwinden. Gegenwärtig sind die englischen Arbeiter davon überzeugt, daß, nachdem die Arbeiterpartei die Regierung übernommen hat, die Arbeitslosigkeit verschwinden, daß ein Druck auf die Besitzenden ausgeübt wird. In Macdonald sehen wir den typischen Vertreter der Arbeiteraristokratie. Trotzdem die Bourgeoisie in England die größte Macht darstellt, sieht sie sich gezwungen, die englische Arbeiterpartei die Regierungsgeschäfte übernehmen zu lassen. Diese Tatsache ist von kolossaler Bedeutung. Die Bourgeoisie hegt dabei jedoch Hintergedanken. Sie tut diesen Schritt keineswegs deshalb, weil es ihr gut geht.

Auch vom Standpunkt der Interessen Rußlands aus betrachtet, hat eine Regierung Macdonald große Bedeutung, obwohl es zweifelhaft ist, daß eine Regierung Macdonald Rußland anerkennt.

Die französische Presse schreibt ganz klar über die Mission des tschechoslowakischen Außenministers, Benesch, die darin besteht, Verhandlungen zwischen Frankreich und Rußland zu vermitteln. Wir werden aber diese Vermittlung ablehnen. Daß die Verhandlungen der französischen Regierung erfolgreich sein werden, ist unwahrscheinlich. Die französische Regierung sieht sich zu diesen Verhandlungen durch den Ausgang der englischen Wahlen und durch die bevorstehenden Wahlen in Frankreich selbst gezwungen. Alle Parteien in Frankreich suchen heute populäre Losungen. Die populärste Losung lautet: Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland.

Die in Frankreich bevorstehenden Wahlen werden wahrscheinlich die Kräfteverhältnisse im Lager der Bourgeoisie zugunsten ihres linken Flügels verschieben. In Italien, Polen und Norwegen macht sich ein ähnlicher Meinungsumschwung bemerkbar. Das ZK. der RKP. ist der Meinung, daß gegenüber der internationalen Bourgeoisie kein Grund für eine größere Nachgiebigkeit Sowjetrußlands vorhanden ist. Wir müssen an die Worte des Genossen Lenin erinnern, die er nach der Konferenz in Genua sprach: ‚Je später Ihr uns entgegenkommt, desto weniger vorteilhaftere Bedingungen werden wir Euch stellen, desto weniger werden wir nachgeben'.

Der gegenwärtige Zeitpunkt wird charakterisiert durch das Anwachsen der Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie einerseits und durch die Zunahme der Macht der Sowjet-Union andererseits. In der Frage der Konzessionen muß mit größter Vorsicht vorwärtsgeschritten werden. Es muß entschieden erklärt werden, daß wir für unsere Anerkennung de jure nichts zahlen werden. Wenn die Bourgeoisie bereit ist, uns Kredite zu gewähren, so werden wir bereit sein, über Konzessionen zu verhandeln."

Genosse Sinowjew geht nunmehr dazu über, Fragen der KI. und hauptsächlich die deutsche Frage zu besprechen. Er führt hierzu aus: Die Vorwürfe der Opposition über die Schweigsamkeit des ZK. in der Frage der deutschen Revolution sind nicht stichhaltig. In solchen Momenten besteht die Aufgabe nicht darin, zu diskutieren, sondern die Konsequenzen zu ziehen. In der Frage der deutschen Ereignisse war die RKP. vollkommen einig. Sie überschätzte zwar das Tempo der Ereignisse in Deutschland, sah aber nicht die Grundfrage über die Kräfteverhältnisse der einzelnen Klassen falsch. Die zweite Revolution ist in Deutschland unvermeidlich. Der Beschluß der Komintern über den Eintritt unserer deutschen Genossen in die sächsische Regierung geschah, um in Sachsen ein Aufmarschgebiet zu gewinnen, aber nicht um eine banale Parlamentskomödie zu spielen. Der Grundfehler besteht darin, daß unsere in die sächsische Regierung eingetretenen Genossen sich als Teilnehmer einer gewöhnlichen Koalition fühlten. Darin drückten sich sozialdemokratische Traditionen aus. Anstatt auf diesen Fehler hinzuweisen, begann Genosse Radek den rechten Flügel der KPD, der weiter „sächsische" Politik betreiben wollte, zu unterstützen. Genosse Radek versuchte, seinen Fehler durch eine eigenartige Theorie zu rechtfertigen. Die Formel des Genossen Radek, daß der Faschismus in Deutschland die Novemberrepublik besiegt hat, ist falsch und nicht marxistisch. Gegenwärtig ist der General Seeckt am Ruder, und die Sozialdemokraten nehmen an der Militärdiktatur teil. In Deutschland herrscht der Block der Bourgeoisie einschließlich der Sozialdemokratie. Aus dieser Tatsache geht hervor, daß die Sozialdemokratie selbst faschistisch geworden ist. Genosse Radek sucht nach Meinungsverschiedenheiten im faschistischen Lager. Solche Meinungsverschiedenheiten bestehen gewiß, doch darf man sie nicht überschätzen.

Als Endresultat stellte es sich heraus, daß die Mehrheit der Zentrale der KPD. die Auffassung der Komintern teilt. Die Komintern beschloß, das Zentrum der KPD.-Zentrale mit ihrem linken Flügel auf einer Plattform zu vereinigen. Genosse Radek aber tat alles, um unsere Vereinigung mit der Mehrheit der Zentrale der KPD. zu verhindern. Trotzdem wurde mit den deutschen Genossen eine einheitliche Resolution über sämtliche politischen Fragen angenommen.

Genosse Sinowjew schließt seine Rede mit der Erklärung, daß es die Partei nicht zulassen wird, den Fraktionskampf auf die Komintern zu übertragen. (Langandauernder, stürmischer Beifall.)

Eine Erklärung des Genossen Radek.

Genosse Radek legte der Konferenz eine Erklärung vor, in der es unter anderem heißt, daß die KPD. im Oktober vorigen Jahres richtig gehandelt hat, als sie dem bewaffneten Kampf auswich. Die im Lager der Kleinbourgeoisie bestehenden Meinungsverschiedenheiten müssen ausgenützt werden.

Der Redner versucht, die gegen ihn erhobene Anklage zu widerlegen, innerhalb der Zentrale der KPD. eine Spaltung herbeizuführen. Er sei stets gegen die ideelle Kapitulation gegenüber unreifen Oppositionsführern aufgetreten. Der rechte Flügel der Zentrale der KPD. ist im Kampfe gegen den Opportunismus herangewachsen.

Abstimmungen.

Die Konferenz nahm hierauf mit allen Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, die vom Plenum des ZK. vorgelegte Resolution über die Politik der Komintern an.

Mit allen gegen zwei Stimmen gelangte hiernach die vom ZK. eingebrachte Resolution über die Ergebnisse der Parteidiskussion zur Annahme.

Schlußrede des Genossen Kamenjew.

In seiner Schlußrede führt Genosse Kamenjew aus:

Die Schwankungen der außerhalb der Partei stehenden Elemente spiegeln sich oftmals in dem Verhalten der nicht stabilen Elemente innerhalb der Kommunistischen Partei wider. Diese Erscheinungen sind bei jedem Wendepunkt, den die Partei erlebt, wahrzunehmen. Diese Tatsache gibt unseren Klassenfeinden Anlaß zur Freude. In ihrer Abstimmung über die Resolution zur Wirtschaftsfrage zeigte die Konferenz in völliger Einmütigkeit, daß die Partei fest entschlossen ist, sich auf den sozialistischen Aufbau hin zu orientieren. Die Abstimmung über die Resolution über die innerparteiliche Demokratie brachte ebenfalls die volle Einmütigkeit der Partei in dieser Frage zum Ausdruck. Die in der Partei sich zeigenden Schwankungen sind lediglich vorübergehende Erscheinungen. Die Einmütigkeit der Partei beruht auf festem Boden, der gekennzeichnet ist durch: das Anwachsen des Bewußtseins, die Anzahl und das kulturelle Niveau der Arbeiterklasse und durch die feste wirtschaftliche Basis der Proletarierdiktatur. Die internationale Bourgeoisie wird sich bald überzeugen, daß es die Kommunistische Partei Rußlands verstanden hat, die Arbeiter und Bauern zum Aufbau eines solchen Staates zu führen, der kräftiger und fester dasteht als jede beliebige kapitalistische Macht.

Nachdem die Konferenz die bisherige Linie der Politik der Partei gebilligt hat, fordern wir die Parteimitglieder auf, im Sinne der Führung durch das ZK. zu arbeiten. Das ZK. der RKP. ist stark genug, um all seinen Feinden erklären zu können, daß ihre Hoffnungen auf eine Spaltung oder auch nur auf eine Erschütterung der Kommunistischen Partei Rußlands verfehlt sind. Die RKP. bleibt eine einmütige und stahlharte Partei, die bereit ist, die ihr gestellten historischen Aufgaben zu erfüllen! (Langandauernder Beifall. Die Kongreßteilnehmer erheben sich und stimmen die Internationale an.)

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 12. 25. Januar. 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

An die Proletarier aller Länder! 103

Politik.

Der Lohnsteuerskandal in Deutschland. Von Höllein 104

Union der Sowjetrepubliken.

Die Begnadigung der Sozialrevolutionäre 106

Arbeiterbewegung.

Der Kampf um den Achtstundentag im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Von Rhenanus 106

Aus der Internationale.

Über die Thesen der Mehrheit der Zentrale der KPD. Von Thalheimer 108

Faschismus.

Der Faschismus in Jugoslawien. Von M. 109

Buchbesprechungen.

„Soziale und Parteikämpfe in der 48/49er ungarischen Revolution." Von Révai 110

An die Proletarier aller Länder!

Aufruf der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschafts-Internationale.

** Die breiten Massen der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt sind niedergedrückt durch den Verlust Lenins, des bedeutendsten Führers der Arbeiterbewegung. Aber Genossen, dieser Verlust darf unseren Mut nicht sinken lassen. Mit Dank werden wir seiner unsterblichen Verdienste für die internationale Arbeiterbewegung gedenken und, begeistert durch sein leuchtendes Vorbild, werden wir die Verwirklichung seiner geschichtlichen Weisungen anstreben. Ebenso wie Marx wird auch

Lenin für immer unser Führer

bleiben. Marx gab uns die Lehre der Befreiung des Proletariats, und Lenin führte das Proletariat auf dem Wege zur siegreichen Verwirklichung dieser Lehre.

Lenin schuf die siegreiche revolutionäre Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei Rußlands. Mit dem unerschütterlichen Glauben an die revolutionäre Kraft und an die Zukunft der Arbeiterklasse, schritt er zur Bildung der Partei. Er schuf sie unter beispiellosen Schwierigkeiten, unter Verfolgungen und unter andauerndem Kampf gegen den zaristischen Despotismus, gegen die tiefwurzelnden Vorurteile, gegen die verräterischen Führer der Arbeiterklasse. In diesem langjährigen Kampf gelang es ihm,

eine siegreiche Strategie

auszugestalten: die Taktik des revolutionären Marxismus und die Parteiorganisation der kommunistischen Bewegung.

In der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung hat das Auftreten Lenins ein neues Kapitel eröffnet. Seit den ersten Tagen seiner Tätigkeit führte Lenin einen heroischen Kampf gegen den durch den Kapitalismus durchseuchten Geist, der in den Parteien der Zweiten Internationale vorherrschte. Und als beim Ausbruch des imperialistischen Krieges diese Parteien gutwillig in den Dienst der räuberischen kapitalistischen Regierung traten, erhob Lenin in genialer Voraussicht die historische Losung der proletarischen Weltrevolution:

„Der imperialistische Krieg muß in einen Bürgerkrieg umgewandelt werden!

Bewaffnet mit einem grenzenlosen revolutionären Mut und ausgestattet mit einem eisernen Siegeswillen führte er im Jahre 1917 das russische Proletariat zum Kampf um die Vernichtung des kapitalistischen Staates. Von allen Führern der modernen Arbeiterbewegung erfaßte er als erster die historische Bedeutung des politischen Erwachens der Bauernschaft und die Notwendigkeit der Bildung eines engen Kriegsbündnisses zwischen dem Bauerntum und dem Industrieproletariat unter Vorherrschaft des letzteren. Vor allen anderen erkannte er in den Arbeiter- und Bauernräten die großartige Staatsform der proletarischen Diktatur. Er scharte das Proletariat um die Losung:

„Alle Macht den Räten!"

Er bildete und festigte die Sowjetmacht und befreite die russischen werktätigen Massen von dem furchtbaren Druck der Rußland einkreisenden kapitalistischen Söldlinge.

Niemand von uns wird je die furchtbare Erschütterung vergessen, die das Attentat auf Lenin im Jahre 1918 bei jedem einzelnen hervorrief. Keinen Augenblick werden wir es vergessen, daß die Verräter der Arbeiterklasse mit einer vergifteten Kugel unseren teuren Führer meuchlerisch ermorden wollten.

Vor fünf Jahren wurde die Kommunistische Internationale von Lenin gegründet. Damals eröffnete er uns, worin die Aufgabe unserer Internationale bestehen muß: in der Verwirklichung der ewigen Ideale des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Und diese Aufgabe war die seines eigenen Lebens. Noch nie sah die Geschichte ein größeres Beispiel einer tiefen Ergebenheit dem Weltideale des Befreiungskampfes der Arbeitermassen. Noch nie hat jemand so viel zur Verwirklichung dieses Ideals beigetragen wie Lenin.

Bis zur letzten Zeit widmete er besondere Aufmerksamkeit der revolutionären Entwicklung Deutschlands, wo — wie wir alle glauben — bald die proletarische Revolution ihr Haupt erheben werde.

Lenin war und bleibt für ewig der unsterbliche Führer der proletarischen Weltrevolution. Mit seinem genialen, klaren Blick erfaßte er das nationale Erwachen und den revolutionären Aufstieg der Völker des Ostens, die den Kampf gegen die unterdrückende Macht des kapitalistischen Imperialismus führen. Er gab sich volle Rechenschaft über die Weltbedeutung des Erwachens der Völker des Ostens und arbeitete rastlos daran, sie an die Kommunistische Internationale heranzuziehen.

Sein unauslöschliches Verdienst ist in erster Reihe die Verwirklichung der Parole durch die Kommunistische Internationale:

„Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!"

Ein ähnliches Verständnis zeigte Lenin bei der Behandlung der kommunistischen Jugend- und Frauenbewegung. Er sah klar, daß die Entfaltung der Jugend- und Frauenbewegung den letzten Schlag bedeutet gegen den Hauptfeind der proletarischen Revolution, gegen die Flauheit und Passivität der Massen.

Mit gigantischen Schritten — wie es Lenin voraussah — schreitet die proletarische Weltrevolution vorwärts.

Lenin gedenkend, müssen wir alle Kräfte zusammennehmen zum Kampfe gegen das Joch des Kapitals. Bereitet Euch vor zum Kampfe, revolutionäre Proletarier aller Länder! Möge der Haß zu den Feinden des Kommunismus so flammend und ewig in unseren Herzen glühen wie die Liebe zu Lenin.

Zu diesem Kampf ruft die Exekutive der Kommunistischen Internationale alle ihre Sektionen auf. Wir wenden uns an die Millionen unserer Kampfgenossen in der ganzen Welt mit dem Aufruf: Folget den Lehren Lenins, die in unserer Partei stets fortleben werden!

Kämpfet wie Lenin und Ihr werdet siegen!

Die Exekutive der Kommun. Internationale.

Vorsitzender: Sinowjew.

Zetkin (Deutschland), **Kolarow** (Bulgrien), **Teracini** (Italien), **Steward** (England), **Stirner** (Südafrika), **Schüller, Unger** (Kommunistische Jugendinternationale), **Bucharin, Radek** (Union der Sowjetrepubliken), **Pruchniak** (Polen), **Amter** (Amerika), **Kuusinen** (Finnland).

Exekutive der Roten Gewerkschafts-Internationale; Losowski.

Politik

Der Lohnsteuerskandal in Deutschland.

Von Emil Höllein, M. d. R. (Berlin).

** Schon in Friedenszeit nahm Deutschland in der Frage der Besteuerung des Arbeitereinkommens eine sehr unrühmliche Sonderstellung unter den übrigen kapitalistisch regierten Ländern ein. Während außerhalb Deutschlands die unteren Einkommensteuergrenzen fast überall so hochgerückt waren, daß das Gros der Hand- und Kopfarbeiter von der Zahlung von Einkommensteuern von ihren Arbeitslöhnen praktisch verschont blieb, wurde in allen deutschen Bundesstaaten selbst das dürftigste Existenzminimum mehr oder minder rücksichtslos zur Staats- und zur Gemeindeeinkommensteuer herangezogen. Und zwar unbekümmert darum, daß dieselben Erwerbskreise ohnehin durch drückende indirekte Steuern und Abgaben aller Art, die vom Reich, Staat und Gemeinde erhoben wurden, steuerlich bereits sehr stark vorbelastet waren.

An dieser steuerlichen Ausbeutung der breiten Hand- und Kopfarbeitermassen in Deutschland hat weder die sogenannte Revolution von 1918 noch die Errichtung der „Demokratischen Republik" das geringste geändert. Im Gegenteil schuf sie für die Besitzenden — trotz aller konfiskatorischen Steuertarife auf dem Papier — praktisch nicht nur nahezu völlige Steuerfreiheit, sondern eröffnete ihnen zugleich auch noch allerlei Möglichkeiten, um selbst aus den Steuerleistungen der Arbeiter- und Konsumentenmassen noch gewaltige Sonderprofite zu ziehen. Entfielen doch in Vorjahre von den gesamten eingegangenen Einkommensteuern viele Monate hindurch 90 und mehr Prozent auf den Steuerabzug vom Arbeitslohn, während außerdem das Großkapital die den Arbeitern und Verbrauchern jeweils in vollwertigem Gelde abgeknöpften Lohn-, Umsatz-, Kohlensteuern, Zölle und Verbrauchsabgaben erst nach Monaten und immer nur in stark entwertetem Gelde an die Reichskasse abführte und daneben gleichzeitig auf der verbrecherischen Reichsbankkreditpolitik des Herrn Havenstein noch weitere zahllose Goldmillionen für sich herauszuschlagen verstand.

Die skandalöseste Leistung der neudeutschen Republik auf dem Gebiete der Steuerauswucherung des Proletariats war jedoch neben den „Ausbau" der lawinenhaft verteuernd wirkenden Umsatzsteuer ganz unzweifelhaft die Einführung der Lohnsteuer in der Form des unmittelbaren Abzuges vom Arbeitslohn. Den Arbeitern, Angestellten und Beamten wird bei jeder Lohn- oder Gehaltzahlung ein erheblicher Prozentsatz ihrer sauer verdienten Bezüge vom Unternehmer im Auftrage des Steuerfiskus einbehalten. So müssen die Lohn- und Gehaltempfänger ihre Einkommensteuer laufend bei jeder Lohn- und Gehaltzahlung zu ihrem tatsächlichen jeweiligen Kaufkraftwert entrichten. Die kapitalskräftigen Kreise dagegen wurden bisher immer erst nachträglich für das von ihnen im abgelaufenen Kalenderjahr erzielte Einkommen veranlagt. Ganz abgesehen davon, daß ihnen durch die raffiniert ausgeklügelten Einzelbestimmungen des Einkommensteuergesetzes die Möglichkeit in die Hand gegeben wurde, ihr wirkliches Einkommen zu verschleiern.

Gegen diese ausnahmegesetzliche Steuerbehandlung der Hand- und Kopfarbeiterschaft haben die Kommunisten von Anfang an — die Lohnsteuer wurde im Juli 1921 geschaffen — einen ebenso rücksichtslosen wie entschlossenen Kampf geführt. Aber auch hier stießen sie auf fanatischen Widerstand des sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Reformismus, der ihnen jedesmal in den Rücken fiel und dabei sogar vor offenster brutalster Gewaltanwendung gegen die rebellierenden Arbeitermassen (siehe den gewaltigen Lohnsteuerstreik der württembergischen Arbeiterschaft im August 1921) nicht zurückschreckte. Die Sozialdemokraten waren und sind inner- und außerhalb des Parlaments stets die eifrigsten Stützen und Befürworter der Steuerabzuges vom Arbeitslohn. Im Reichstag haben sie allezeit Arm in Arm mit den berufsmäßigen bürgerlichen Steuersabotteuren alle kommunistischen Anträge auf Aufhebung des Lohnsteuerskandals geschlossen niedergestimmt.

Nun, unter der Militärdiktatur, geht die Bourgeoisie natürlich noch weiter. Auf Grund des ihr von den Sozialdemokraten pudelgehorsam apportierten Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember 1923 hat die Marx-Regierung das Lohnsteuerausnahmegesetz gegen das Proletariat (neben der gleichzeitig von 2 auf 2½% erhöhten Umsatzsteuer) schlechtweg zur tragenden Säule ihres ganzen Finanzrettungsprogramms gemacht. Während sie den Kapitalisten für ihren systematischen Steuerbetrug in den letzten Jahren durch die Nacherhebung eines lächerlich geringen Steuersatzes großmütig Absolution erteilte, legte sie auf die ohnehin nominell bereits ungeheuerlich gekürzten und durch die erdrückende indirekte Steuerlast in ihrer Kaufkraft bereits stark ausgehöhlten Löhne und Gehälter der Hand- und Kopfarbeiterschaft noch eine unmittelbare Lohnsteuer, die in ihrer Höhe das Zwei- und Mehrfache der Vorkriegssteuerbelastung ausmacht.

Zur besseren Illustrierung der auspowernden Wirkungen der am 19. Dezember 1923 durch Ermächtigungsgesetzverordnung abgeänderten Lohnsteuer lassen wir zwei vergleichende Übersichten folgen, die die **nominelle** und die **reale** Steuerbelastung des Arbeitseinkommens der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten vor dem Kriege und heute deutlich erkennen lassen.

In der ersten Übersicht wird **rein nominell** die Lohnsteuerbelastung für dasselbe zahlenmäßige Einkommen nebeneinander gestellt. Zum Vergleich haben wir dabei die im Jahre 1914 in Preußen erhobenen Staatseinkommensteuersätze zuzüglich eines 100%igen Zuschlages für die heute in Wegfall gekommene Gemeindeeinkommensteuer herangezogen.

Aus der vorstehenden Übersicht ergibt sich, daß gewissermaßen als Ausdruck der republikanischen Steuerdemokratie heute bereits Jahreseinkommen mit einer Friedenskaufkraft von nur 422·50 Mark lohnsteuerlich erfaßt und sechs, beziehungsweise acht Einkommensteuerstufen, die im Frieden vollkommen steuerfrei blieben, bei Ledigen mit 0·8 bis 5·2% und bei Verheirateten mit zwei Kindern mit 0·5 bis 4·3% Lohnsteuer belegt wurden. Bei einem Realeinkommen von 1852·50 Mark beträgt heute die Lohnsteuerbelastung bei einem Ledigen 7·9 und bei einem Verheirateten mit zwei Kindern 5·5%, während sie sich im Frieden auf nur 3·6 und 3% bezifferte.

I. Vergleichende Übersicht über die *nominelle* Lohnsteuerbelastung 1914 in Preußen und 1924 im Reiche.

Einkommen pro		Lohnsteuerbelastung											
		1914 in Preußen*)						1924 im Reiche					
		Lediger			Verheirateter mit 2 Kindern			Lediger			Verheirateter mit 2 Kindern		
Woche Mark	Jahr Mark	pro Woche	pro Jahr	% des Eink.	pro Woche	pro Jahr	% des Eink.	pro Woche	pro Jahr	% des Eink.	pro Woche	pro Jahr	% des Eink.
12.—	624.—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13.—	676.—	—	—	—	—	—	—	0.10	5.20	0.8	0.07	3.64	0·5
15.—	780.—	—	—	—	—	—	—	0.30	15.60	2.0	7.21	10.92	1.4
17.—	884.—	—	—	—	—	—	—	0.50	26.—	2·9	0.35	18.20	2.1
20.—	1040.—	0 23	12.—	1.1	—	—	—	0.80	41.60	4.0	0.56	29.12	2.8
23.—	1196.—	0.35	18.—	1.5	0.23	12.—	1.0	1.10	57.20	4.8	0.77	40.04	3.3
25.—	1300.—	0.48	25.20	1.9	0.35	18.—	1.4	1.30	67.60	5.2	0.91	47.32	3.6
28.—	1456.—	0.65	33.60	2.3	0.48	25.20	1.7	1.60	83.20	5.7	1.12	58.24	4.0
31.—	1612.—	0.85	44.10	2.7	0.65	33.60	2.1	1.90	98.80	6.1	1.33	69.16	4.3
34.—	1768.—	1.05	54.60	3.1	0.85	44.10	2.5	2.20	114.40	6·5	1.54	80.08	4.5
40.—	2080.—	1.25	65.10	3.1	1.05	54.60	2.6	2.80	145.60	7.0	1.96	101.92	4.9
46.—	2392.—	1.45	75.60	3.2	1.25	65.10	2.7	3.40	176.80	7.4	2.38	123.76	5.2
51.—	2652.—	1.77	92.40	3.4	1.45	75.60	2.8	3.90	207.80	7.7	2.73	141.96	5.4
57.—	2964.—	2.10	109.20	3.7	1.77	92.40	3.1	4.50	234.—	7.9	3.15	163.80	5.5

*) Der Berechnung sind zugrundegelegt die Staatseinkommensteuersätze zuzüglich eines 100%igen Zuschlages für Gemeindeeinkommensteuer.

Aus der vorstehenden Übersicht ergibt sich zunächst, daß selbst die nominelle Steuerfreiheitsgrenze von der Diktatur-Regierung ganz bedeutend heruntergedrückt wurde. Während vor dem Kriege in Preußen jedes Einkommen bis 900 Mark überhaupt einkommensteuerfrei blieb und sich diese Steuerfreiheitsgrenze beim Vorhandensein von 2, 4, 6, 8 usw. unterhaltsberechtigten Familienangehörigen (außer der Ehefrau) um weitere 1, 2, 3, 4 usw. Steuerstufen erhöhte, wird heute bereits jeder Wochenlohn über 12 Mark (Jahreseinkommen 624 Mark) lohnsteuerpflichtig, sofern sein Bezieher nicht mindestens zehn Familienangehörige zu unterhalten hat. Schon bei einem Hungerwochenlohn von 17 Mark muß ein Lediger 2·9% und ein Verheirateter mit zwei Kindern 2·1% seines Einkommens für die Lohnsteuer hergeben. Die Steuerbelastung eines Ledigen mit 20 Mark Wochenlohn, die im Frieden nur 1·1% betrug, beziffert sich dagegen bereits auf 4% und macht für den Verheirateten mit zwei Kindern, der im Frieden in dieser Stufe noch ganz steuerfrei blieb, 2·8% aus. Und während 1914 in Preußen die Wochensteuerleistung eines Ledigen mit 20 Mark Wochenlohn nur 0·23 Mark betrug und sich in neun Stufen aufwärts bis zu einem Jahreseinkommen von nicht ganz 3000 Mark allmählich auf 2·10 Mark erhöhte, was einer prozentualen Belastung von 1·1 bis 3·7 entsprach, muß er heute für dasselbe nominelle Rentenmarkeinkommen mit bedeutend geringerer Kaufkraft schon 0·80 bis 4·50 Mark pro Woche oder 4 bis 7·9% seines Einkommens an Lohnsteuer entrichten. Für den Verheirateten mit zwei Kindern betrug die Wochensteuerbelastung bei einem Wochenverdienst von 23 Mark ab bis zu 31 Mark von 0·23 Mark hinauf bis 1·77 Mark oder 1 bis 3·1%, wogegen heute für dieselben Nominaleinkommen wöchentlich 0·77 bis 3·15 Mark oder 3·3 bis 5·5% des Einkommens an Lohnsteuer entrichtet werden müssen.

Doch die wirkliche derzeitige Steuerbelastung des Arbeitslohnes gegenüber der Friedenszeit wird erst aus der folgenden zweiten Übersicht ganz ersichtlich, in der das auf der Basis der Friedenskaufkraft umgerechnete heutige Realeinkommen dem Friedenseinkommen und der darauf ruhenden Steuerbelastung gegenübergestellt wird.

II. Vergleichende Übersicht über die *reale* Lohnsteuerbelastung 1914 in Preußen und 1924 im Reiche.

1924 im Reiche				1914 in Preußen			
Jahreseinkommen		Lohnsteuerbelastung für einen		Lohnsteuerbelastung desselben Realeinkommens für einen			
				Ledigen		Verheirateten mit 2 Kindern	
nominell in Rentenmark	real in Friedensmark*)	Ledigen %	Verh. m. 2 Kind. %	Mark	%	Mark	%
624.—	390.—	—	—	—	—	—	—
676.—	422.50	0.8	0.5	—	—	—	—
780.—	487.50	2.0	1.4	—	—	—	—
884.—	552.50	2.9	2.1	—	—	—	—
1040.—	650.—	4.0	2.8	—	—	—	—
1196.—	747.50	4.8	3.3	—	—	—	—
1300.—	812.50	5,2	3.6	—	—	—	—
1456.—	910.—	5.7	4.0	12.—	1.3	—	—
1612.—	1007.50	6.1	4.3	12.—	1.2	—	—
1768.—	1105.—	1.5	4.5	18.—	1.6	12.—	1.1
2080.—	1300.—	7.0	4.9	25.20	1.9	18.—	1.4
2392.—	1495.—	7.4	5.2	33.60	2.2	25.20	1.7
2652.—	1675.50	7.7	5.4	54.60	3.3	44.10	2.7
2964.—	1852.50	7.9	5.5	65.10	3.6	54.60	3.0

*) Als Umrechnungsgrundlage für das Realeinkommen wurde der allgemeine Weltentwertungsfaktor: 1 Friedensmark = 1.60 Rentenmark angenommen.

Allein so ungeheuerlich dieser Vergleich an sich auch erscheint, er erschöpft noch keineswegs die gesamte heutige Steuerauspowerung der Lohn- und Gehaltsempfängerschaft. Denn vor dem Kriege waren die indirekten Steuern und Verbrauchsabgaben

noch lange nicht so hoch und drückend wie heute. Es existierte vor allem noch nicht das Juwel der Massensteuerausplünderung, die Umsatzsteuer, die seit Beginn dieses Jahres auf 2·5% erhöht ist und in ihrer Auswirkung schon ganz für sich allein eine durchschnittliche Sonderbelastung des Arbeitseinkommens von mindestens 10% ausmacht.

Wie der Augenschein lehrt, versteht es die Bourgeoisie, die ihr von den Sozialdemokraten feige zugestandene „legale" Diktatur auch auf dem Gebiete des Steuerwesens meisterhaft für die Schonung des Geldsackes und für die gleichzeitige restlose Ausplünderung der verhungerten Arbeitermassen und der versinkenden Mittelschichten auszunutzen.

Steuerfragen sind und waren zu allen Zeiten Machtfragen, die nur durch Machtkämpfe zwischen den Klassen entschieden werden können. Die große historische Schuld, an der derzeitigen schamlosen Steuerausplünderung der ehrlichen Arbeit, fällt daher in ihrer ganzen Schwere vor allem auf die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaftsführer, die gestern und heute die Austragung des unvermeidlichen Machtkampfes zwischen Boufgeoisie und Proletariat mit allen, selbst den erbärmlichsten Mitteln, sabotiert und verhindert haben und ihre kapitalsrettende Schandarbeit auch in Zukunft unentwegt fortsetzen werden, solange ihnen dazu die Möglichkeit gegeben wird.

Union der Sowjetrepubliken

Die Begnadigung der Sozialrevolutionäre.

Wortlaut der Amnestieverordnung des Zentralen Vollzugsausschusses der Sowjet-Union.

** In Anbetracht dessen:

daß der Strafvollzug an den durch den Obersten Gerichtshof des Allrussischen Zentralen Vollzugsausschusses wegen schwerster Staatsverbrechen: — Organisierung von terroristischen Aktionen gegen Vertreter der Sowjetmacht, Vorbereitung und Führung von bewaffneten Aufständen und Unterhaltung von Beziehungen mit ausländischen Mächten zum Zwecke des Sturzes der Sowjetmacht — zum höchsten Strafausmaß (Tod durch Erschießen. Die Red.) verurteilten Mitgliedern des Zentralkomitees der rechten SR., den Bürgern **A. R. Goz, D. D. Donskoj** und anderen durch eine Verordnung des Präsidiums des Allrussischen Zentralen Vollzugsausschusses unter der Bedingung ausgesetzt wurde, daß die Partei der Sozialrevolutionäre — wie die oben erwähnte Verordnung lautet — „ihre unterirdisch-konspirative, terroristische Militärspionage und aufständische Tätigkeit gegen die Macht der Arbeiter und Bauern in Wirklichkeit einstellt";

daß den erwähnten Maßnahmen seinerzeit ausschließlich Erwägungen im Interesse der Sicherung der Sowjetrepublik gegenüber der möglichen Fortsetzung einer ähnlichen Tätigkeit seitens der Gesinnungsgenossen der Verurteilten zugrunde lag, wobei der Zentrale Vollzugsausschuß erklärte, „daß die Partei der SR., wenn sie ihre gegenrevolutionäre Tätigkeit wirklich einstellt, dadurch ihre verurteilten Führer von dem höchsten Strafausmaß selbst befreien würde";

daß ferner — obwohl während der vergangenen eineinhalb Jahre die Partei der rechten SR. ihre gegenrevolutionäre Tätigkeit weder auf dem Gebiete der Agitation noch der Propaganda für den Sturz der Sowjetmacht innerhalb des Landes; noch ferner ihre verräterische Tätigkeit im Auslande gegenüber den Arbeitern und Bauern mittels Organisierung und Vorbereitung bewaffneter Interventionen wirklich eingestellt hatte — nichtsdestoweniger diese Tätigkeit eines Häufleins erboster Emigranten, die mit den werktätigen Massen der Sowjet-Union jede Verbindung verloren haben und der innerhalb des Landes zerstreuten Gruppen ihrer Gesinnungsgenossen angesichts der allgemeinen auf der Entwicklung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues beruhenden Befestigung der innerpolitischen Lage der Sowjetmacht, angesichts des zunehmenden Vertrauens der werktätigen Massen zur Sowjetregierung und als Resultat dessen der Erhöhung der internationalen Bedeutung der Sowjetmacht, nunmehr keine ernste Gefahr darstellen kann;

daß endlich die Haltung der Verhafteten während der seit dem Urteil vergangenen eineinhalb Jahre sie gleichfalls nicht als so gefährlich erscheinen läßt, daß die Notwendigkeit der Vollstreckung des Urteils an den Verurteilten begründet wäre,

beschließt das Präsidium des Zentralen Vollzugsausschusses der Sowjet-Union:

1. Den Beschluß des Präsidiums des Allrussischen Zentralen Vollzugsausschusses über die bedingte Aussetzung der Vollstreckung des Urteiles des Obersten Gerichtshofes gegenüber den Bürgern **A. R. Goz, D. D. Donskoj, L. J. Gerstein, M. J. Gendeljman, M. A. Lichatsch, N. N. Iwanow, E. M. Ratner, E. M. Timofjejew, W. W. Agapow, A. I. Altowski** und **E. A. Iwanowa** einer Revision zu unterziehen und das über sie verhängte höchste Strafausmaß in eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren, mit strenger Einzelhaft zu verwandeln.

2. Dementsprechend die über die vom Obersten Gerichtshof verurteilten **A. B. Liberow, N. I. Artemjew, D. F. Rakow, F. F. Fedorovitsch, M. A. Wedenjapin** verhängte Gefängnisstrafe auf fünf Jahre, die Gefängnisstrafe der verurteilten **W. L. Utgoff, E. S. Berg, M. L. Lwow** auf zweieinhalb Jahre zu verkürzen.

3. Jenen Verurteilten, die nach Einberechnung der Präventivhaft sofort auf freien Fuß zu setzen sind, den Aufenthalt in allen industriellen und dichtbevölkerten Ortschaften der Sowjet-Union auf drei Jahre zu verbieten. Der Staatlichen politischen Verwaltung wird die Bestimmung des Aufenthaltsortes überlassen. Die betreffenden Personen werden der Aufsicht der entsprechenden lokalen Sektion der staatlichen politischen Verwaltung unterstellt.

4. Mit der Durchführung der vorliegenden Verordnung wird die Staatsanwaltschaft beauftragt.

Der Vorsitzende des Zentralen Vollzugsausschusses der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken:

M. Kalinin.

Der Sekretär des Zentralen Vollzugsausschusses der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken:

A. Enukidse.

Moskau, Kreml, am 14. Januar 1924.

Arbeiterbewegung

Der Kampf um den Achtstundentag im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Von Oskar Rhenanus (Berlin).

** Hellauf lodern die Flammen des gewaltigen Riesenkampfes im rheinisch-westfälischen Industriegebiete. Ein heldenhafter Kampf, in dem ein großer Teil der Arbeiter schon seit drei Wochen steht, ein Kampf, der von Tag zu Tag mehr an Kraft und Wucht zunimmt, ein Kampf, an dem jetzt bereits 550.000 Arbeiter teilnehmen. Den Metallarbeitern von Düsseldorf folgten fast alle Metallarbeiter des rheinischen Gebietes. Wenige Tage später standen auch die Textilarbeiter links und rechts des Rheines im Kampfe. Jetzt haben sich auch die Arbeiter des großen linksrheinischen Braunkohlengebietes ihren kämpfenden Brüdern angeschlossen. Durch die elementare Kraft dieses Kampfes wurden fast überall sogar die Gewerkschaftsführer gezwungen, wenigstens in Worten die Bewegung anzuerkennen. Die bürgerliche Presse, die sonst systematisch jeden proletarischen Kampf totschweigt, ist durch den gewaltigen Umfang der Bewegung gezwungen, Tag für Tag Berichte über dieses Ringen zwischen rheinischer Schwerindustrie und rheinischem Proletariat zu bringen. Der Kampf der rheinischen Arbeiter ist umso bewundernswerter, als gerade im besetzten Gebiet die Arbeitslosigkeit einen Umfang angenommen hat, den wir im Reiche bisher nirgendwo kannten. Lagen doch in den entscheidenden Industriegebieten seit vier, fünf Monaten 70 bis 80% der Arbeiter auf der Straße und fristeten ihr Leben mit einer mehr als menschenunwürdigen Hungerunterstützung. Dennoch hat die rheinische Arbeiterschaft diesen schweren Kampf um die Arbeitszeit aufgenommen, weil sie sich den Achtstundentag nicht rauben lassen will. Wieder einmal, wie schon oft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, haben damit die rheinischen Proletarier der deutschen Arbeiterklasse ein glänzendes Beispiel proletarischer Kampfkraft gegeben.

Zu gleicher Zeit kommen aus **fast allen Teilen des Reiches Nachrichten über ernste Abwehrkämpfe der Arbeiterschaft** gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, Kämpfe der Braunkohlen- und Kalibergarbeiter in **Mitteldeutschland,** der Metallarbeiter in Magdeburg, Halle, Mannheim, Kämpfe der Hütten- und Bergarbeiter in **Oberschlesien.** Auch die Metallarbeiter in **Berlin**

zeigten in den ersten Tagen der Bewegung, daß sie ernstlich gewillt waren, den Kampf aufzunehmen. Leider gelang es der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie durch die Schwäche und Untätigkeit unserer Berliner Genossen, diesen Kampf bald abzuwürgen. Aber entscheidend war auch hier der Kampfeswille der Arbeiterschaft.

So zeigt sich überall, daß **die Arbeiterschaft den Abwehrkampf gegen den Raub des Achtstundentages aufnimmt.** Die Fälle von widerstandsloser Hinnahme der Verlängerung der Arbeitszeit stehen erfreulicherweise vereinzelt da. Der Rückzug der deutschen Arbeiterklasse vor der Offensive des Kapitals ist zwar noch nicht ganz zum Stehen gekommen, aber wir sehen doch zum ersten Male wieder fast überall einen ernsten Widerstand der Arbeiter und große Abwehrbewegungen. Wie bisher die proletarischen Massenkämpfe im Rheinland ein Symtom aufsteigender proletarischer Bewegung in ganz Deutschland waren, so sicher auch jetzt. **Ohne Zweifel stehen wir vor großen Massenkämpfen in ganz Deutschland um Arbeitszeit, Lohn und Rechte der Arbeiter.**

Das Kapital ist über den Widerstand der Arbeiter erstaunt, glaubte es doch jetzt, nach der Errichtung der Seeckt-Diktatur, seine Ziele ohne große Anstrengung durchsetzen zu können. Was die deutsche Bourgeoisie will, ist klar. Ihr Wortführer **Stinnes** verkündete es schon vor einem Jahr, daß das deutsche Volk **auf 15 Jahre lang zwei Stunden pro Tag mehr arbeiten** müsse „ohne Bezahlung der Überstunden und bei völliger Ausschaltung von Lohnkämpfen und Streiks auf lange Zeit". Die „Kölnische Zeitung", das Organ der rheinisch-westfälischen Großbourgeoisie, forderte am 28. Oktober sogar die **Zwölfstundenschicht in der Braunkohlenindustrie und in der Eisen- und Stahlindustrie.** So sehr die Unternehmer bei ihrem Kampfe gegen den Achtstundentag wirtschaftliche Gründe, Steigerung der Produktion usw., vorspiegeln, so klar ist es, daß die deutsche Bourgeoisie vor allem aus **politischen** Gründen versucht, die zehn- und zwölfstündige Arbeitszeit durchzudrücken. Seit langem hat sie diesen Schlag gegen die Arbeiterklasse vorbereitet, und in zähem Groß- und Kleinkrieg versucht sie jetzt ihren Willen durchzusetzen.

Der Abwehrkampf der deutschen Arbeiter gegen diesen verruchten Plan des deutschen Kapitals wäre ein leichtes Spiel, hätten wir eine Arbeiterschaft, die sich ihrer Klasseninteressen wirklich bewußt wäre, hätten wir eine proletarische Einheitsfront mit Organen und Organisationen, die einheitlich und geschlossen die Absichten der Bourgeoisie zerschlagen würden. Die in erster Linie für diesen Kampf berufenen deutschen Gewerkschaften versagen völlig. Immer noch sind sie in den Händen der reformistischen sozialdemokratischen Führer, die noch bei jedem ernsten proletarischen Kampfe auf seiten der Bourgeoisie standen und auch diesmal, ihrer Tradition getreu, mit allen raffinierten Mitteln des Widerstandes und niedrigster Sabotage einen wirklichen Abwehrkampf der Arbeiterklasse verhindern. Die Leipart, Graßmann und Päplow, die jetzt als Führer der Gewerkschaften an der Spitze des Abwehrkampfes stehen müßten, sie **sabotieren ihn mit allen Mitteln und stoßen der kämpfenden Arbeiterfront den Dolch in den Rücken.** Immer noch hängen diese sogenannten Arbeitervertreter an der Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten, obwohl sie längst von den **Stinnes, Klöckner** und **Vögeler** den verdienten Tritt in den Hintern bekommen haben. Die **sozialdemokratische Partei** treibt dasselbe traurige Spiel, führt einen schwächlichen Scheinkampf in Worten, steckt aber in Wahrheit die Hände in die Taschen und läßt die Proletarier sich abkämpfen. Man beschaue sich nur die klägliche Haltung der sozialdemokratischen Presse im Rheinland-Westfalen während des dortigen gewaltigen Kampfes. Diese pazifistischen Jammergestalten lassen den Achtstundentag abwürgen nach dem Bibelspruch: „Der Herr hat ihn gegeben, der Herr hat ihn genommen, der Name des Herrn sei gelobt". Ihre sklavenhafte Liebedienerei vor dem deutschen Kapital kennt wirklich keine Grenzen mehr.

So ist der große, in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse sicher bedeutsame Abwehrkampf um den Achtstundentag **allein auf die Schultern der Kommunistischen Partei,** nur auf die Schultern der revolutionären Arbeitermassen gelegt. **Der Wille zur Abwehr ist in den breitesten Arbeiterschichten vorhanden,** aber dieser Wille braucht einen klaren Ausdruck, braucht eine organisierte Führung. Sie zu übernehmen, ist unsere erste Pflicht. Wir Kommunisten stehen vor der Aufgabe, **diesen großen Abwehrkampf vorzubereiten, zu führen und zu steigern.** Es ist klar, daß diese Abwehrbewegung die Voraussetzung ist für neue revolutionäre Kämpfe von entscheidender politischer Bedeutung. **Deshalb muß von uns sofort überall eine aufrüttelnde** Propaganda für den Achtstundentag aufgenommen werden. Die auf dem Boden der Weimarer Opposition stehenden revolutionären Gewerkschafter und die revolutionären Betriebsräte müssen im Vordergrunde der Bewegung stehen. **Wo die Gewerkschaften in den Händen der Weimarer Opposition sind, müssen sie die Vorbereitung und Organisierung des Abwehrkampfes vorbildlich übernehmen.** Da aber in vielen Orten die Gewerkschaftsbürokratie bei der Abwürgung des Achtstundentages den Unternehmern zur Seite steht, muß schon jetzt überall von Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen beschlossen werden, daß über diese Frage nur durch Urabstimmung entschieden werden kann. Jede Abmachung der Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern ohne Urabstimmung der Massen ist von vornherein ungültig zu erklären.

Wie führen wir den Kampf? Bei der verschiedenen Lage in den meisten Industriezweigen und Orten kommt ein generelles Kampfmittel nicht in Frage. In vielen Gebieten wird auch heute noch der Streik die richtige Antwort sein. In anderen Orten, bei anderen Verhältnissen, insbesondere bei Versuchen des Lohnabbaues, ist die passive Resistenz ein geeignetes Kampfmittel. Gegen die Durchbrechung des Achtstundentages aber ist nach den bisherigen Erfahrungen der beste Kampf das geschlossene Verlassen der Betriebe durch **die gesamte Belegschaft nach acht Stunden.** Entweder geben die Unternehmer dann nach, oder es wird durch die einsetzende Aussperrung der allgemeine Kampf erzwungen. In solchen Fällen muß sofort auf eine **Verbreiterung des Kampfes,** lokal auf die anderen Industrien, besonders auf die lebenswichtigen Betriebe, allgemein dann aber auch im ganzen Industriebezirk, gedrängt werden. Vor allem ist in solchen Fällen sofort ein gemeinsames Vorgehen **der Arbeiter mit den Erwerbslosen** herbeizuführen, um einen Streikbruch der Erwerbslosen zu verhindern.

So müssen wir Kommunisten in jedem dieser Abwehrkämpfe, und sei er noch so klein, aktiv und führend tätig sein, um den Achtstundentag zu erhalten und um auch auf diese Weise den Einfluß der Reformisten und Sozialdemokraten weiter einzudämmen und uns das Vertrauen der Mehrheit der Arbeiterklasse zu sichern. **Durch einen von uns geschickt geführten Abwehrkampf schwächen wir die Sozialdemokratie weit mehr als durch wochen- oder monatelange Propaganda.** Auch gilt es in solchen Kämpfen, das Selbstvertrauen der Arbeiter zu stärken. Leider gibt es noch manche Kommunisten, die das nicht erkennen, sondern auf den nächsten revolutionären „Endkampf" warten und jetzt in den einzelnen proletarischen Abwehrbewegungen passiv beiseite stehen. Nichts ist gefährlicher als dies, besonders in der jetzigen Periode der Illegalität. Die Partei muß es lernen, daß alle ihre Glieder **restlos auch in jedem proletarischen Tageskampfe** sich als die besten und aktivsten Klassenkämpfer zeigen. Nur so kommen wir vorwärts. Eine solche Taktik ist die beste Vorbereitung für den revolutionären Entscheidungskampf, zumal wenn wir es verstehen, in jedem einzelnen Teilkampf auch die **politische Machtfrage** aufzurollen und den Massen zu zeigen, daß alle Einzelforderungen, um die wir kämpfen, endgültig erst **durch die proletarische Diktatur** gesichert werden können.

Mit Recht weist die **„Frankfurter Zeitung"** darauf hin, daß „eine Verlängerung der Arbeitszeit in den deutschen Schlüsselindustrien in den europäischen Konkurrenzländern (Tschechoslowakei, Deutschösterreich, Frankreich usw.) ebenfalls eine Verlängerung der Arbeitszeit zur Folge haben würde". Deshalb ist **der Kampf um die Arbeitszeit in Deutschland auch ein Kampf von großer internationaler Bedeutung.**

Aus der Internationale

Über die Thesen der Mehrheit der Zentrale der KPD.

„Linke" Voraussetzungen — „rechte" Folgerungen.

Von A. Thalheimer.

Die hier besprochenen Thesen haben wir in der „Inprekorr.", Nr. 185 vom 28. Dezember v. J., abgedruckt. Die Red.

** Beim Durchlesen der Thesen der augenblicklichen Zentralemehrheit über die Taktik des Oktoberrückzuges und die nächsten Aufgaben der KPD. haben wir, einer marxistischen Gewohnheit folgend, uns umgeschaut nach einer Analyse der objektiven Situation während der Oktobertage. Zu unserem großen

Erstaunen findet sich davon kein Wort in den Thesen. In der einen Einleitung wird gesagt, daß die Lage in Deutschland vor und während der Oktoberereignisse objektiv in höchstem Grade revolutionär war. Das ist alles. Die Oktoberereignisse selbst, das heißt der Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik, und der Rückzug der Arbeiterklasse vor dem Faschismus hat nach den Thesen keinerlei objektive Gründe. Es heißt dort:

„Der Rückzug der Partei in den Oktoberkämpfen kann nicht erklärt werden nur durch organisatorische, militärische und technische Mängel, auch nicht durch das allgemeine ungünstige Kräfteverhältnis, sondern vor allem durch die Fehler der taktischen, strategischen Haltung der Partei im Kampfe um die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats, die erst die Voraussetzung des Erfolges war. Diese Fehler resultierten aus falscher theoretischer Einstellung über das Wesen des Bürgerkrieges und des bewaffneten Aufstandes und der falschen Einstellung der Rolle der Partei in diesen Kämpfen."

In diesen Sätzen ist der Kern der taktischen Einstellung dieser Thesen enthalten. Es ist zwar die Rede davon, daß die taktisch-strategischen Fehler der Partei vor allem die Ursache des Rückzuges waren, aber da von anderen Faktoren als der Partei in den Thesen, die den Oktoberrückzug betreffen, überhaupt nicht die Rede ist, so reduzieren sich tatsächlich nach der Thesenverfassung die Ursachen des Rückzuges nicht nur teilweise, nicht nur zum größten Teil, sondern vollständig auf Fehler der Partei. Hier eine objektiv revolutionäre Situation, dort die Kommunistische Partei, die infolge falscher Strategie die günstige Situation nicht ausnützt. Das ist der Grundgehalt der Thesen, soweit sie den Oktoberrückzug betreffen. Außer der Kommunistischen Partei spielen dort überhaupt keine Faktoren mit. Die SPD. und die von der SPD. geführten Gewerkschaften existieren nicht für die Thesen. Ebensowenig die Organisationen der Bourgeoisie. Um es ganz klar zu sagen, die Partei hat aus Dummheit (aus falscher theoretischer Einstellung über das Wesen des Bürgerkrieges und des bewaffneten Aufstandes und der falschen Einschätzung der Rolle der Partei in diesen Kämpfen") die Revolution verraten. Die wirkliche Linke hat wenigstens den Mut, das offen zu sagen und konsequenterweise Folgerungen daraus zu ziehen. Die halbe Linke, oder wie sie sich nennt, das Zentrum, unterscheidet sich von der Linken vor allem dadurch, daß sie nicht den Mut hat, klar auszusprechen, was aus ihren Voraussetzungen folgt. Wenn im Oktober die Lage objektiv revolutionär war und nur die fehlerhafte Strategie und Taktik der Partei den Sieg des Faschismus ermöglichte, so folgt daraus nach den gewöhnlichen Regeln der Logik, daß bei richtiger Strategie die Partei im Oktober den Faschismus hätte schlagen können. Was sagen aber die Thesen des Zentrums? Sie kritisieren das Zurückweichen der Partei auf und nach der Chemnitzer Konferenz, sie hüten sich aber, auszusprechen, daß man dem Entscheidungskampf nicht hätte ausweichen sollen. Sie kritisieren nur den „kampflosen Rückzug", aber nicht den Rückzug überhaupt. Zwar sehen sie die Ursachen des Rückzuges nicht in Fehlern, die unmittelbar vor dem Oktober liegen, sondern die weiter zurückliegen (man hätte früher vorbereiten sollen, man hat die Einheitsorgane, die Betriebsräte, nicht genügend ausgenützt usw.), aber bei Vermeidung dieser Fehler hätte man also siegen müssen. Diese Folgerung ist unausweichlich, sie wird aber von dem Zentrum nicht gezogen. Die eigentliche Linke sagt, da die Fehler einmal gemacht waren (an denen Linke wie Halblinke gleichmäßig beteiligt waren), so hätte man auch auf die Gefahr einer Niederlage hin den Entscheidungskampf aufnehmen müssen. Das ist ein Standpunkt, wenn auch ein falscher. Das Zentrum sagt, man hätte wenigstens den Rückzug mit Teilkämpfen machen müssen. Das ist kein Standpunkt.

Die Frage des Entscheidungskampfes war nicht zu wählen, wie warme oder kalte Würstchen. Die Frage stand so: Entweder nahmen wir den Kampf auf und der Gegner erzwang die Entscheidung (dieser Gegner existiert für das Zentrum überhaupt nicht) und wären katastrophal geschlagen worden (die wirkliche Linke nimmt das in Kauf) oder wir wichen dem Kampf aus. Außer diesen beiden Möglichkeiten gab es keine dritte.

Was ist der Kern dieser Anschauung? Es ist die wohlbekannte alte Offensivtheorie, die zum Sieg nur zwei Elemente braucht: den revolutionären Willen der revolutionären Partei und die blaue Luft. Die richtige Strategie und Taktik des Bürgerkrieges, und man siegt, wie immer auch die objektive Situation sein mag.

Worin besteht der strategische Grundfehler, die falschen Methoden des Bürgerkrieges? Nach den Thesen darin, daß zum Entscheidungskampf nicht übergeleitet wird durch Teilkämpfe. Sobald diese richtige Methode eingeschlagen wird, ist der Erfolg garantiert (vorausgesetzt, daß der Gegner gerade dann die Entscheidung will, wenn man selber soweit ist mit den vorbereiteten Teilkämpfen und die Mehrheit des Proletariats für den Entscheidungskampf hinter sich hat. D. V.) Wir unsererseits halten das für reine Kinderei.

Die taktischen Konsequenzen einer solchen Einstellung liegen auf der Hand. Sie bestehen darin, daß die Partei operiert ohne Berücksichtigung der objektiven Kräfteverhältnisse und der subjektiven Einstellung der Arbeiterschaft. Das heißt praktisch entweder reine revolutionäre Propaganda oder Putschismus oder Hin- und Herschwanken zwischen beiden.

Das sind die taktischen Folgerungen, die sich bei konsequentem Zuendedenken der Thesen ergeben würden. Wir sagen ergeben würden, denn in Wirklichkeit hüten sich die Thesen, auch hier die Folgerungen zu ziehen für die praktischen Aufgaben der Partei, Folgerungen werden nur gezogen in bezug auf die revolutionäre Perspektive, die da kurz und bündig bedeutet: Morgen geht's wieder los. Die sogenannte Analyse, die die Perspektive begründen soll, zählt teils richtig, teils unrichtig eine Anzahl revolutionärer Momente in der internationalen Lage wie in der inneren Lage Deutschlands auf. Für eine sorgfältige und gewissenhafte Analyse ergibt sich daraus nur die eine Folgerung, daß weder die internationale Lage noch die Lage in Deutschland letzten Endes eine andere als eine revolutionäre Lösung zuläßt. Über das Tempo der revolutionären Zuspitzung sagen diese Momente für sich genommen nichts. Zu diesem Zweck muß man mit derselben Sorgfalt die Auskunftsmittel prüfen, die international und national der Konterrevolution noch zur Verfügung stehen. Davon ist in den ganzen Thesen mit keinem Wort die Rede. Dagegen ist klar, daß das tatsächliche Tempo der revolutionären und konterrevolutionären Entwicklung immer nur die Resultante der beiden Faktoren ist, der revolutionsfördernden wie der revolutionshemmenden. Die Thesen sagen aber frisch, fröhlich, frei:

„Der Aufstieg der revolutionären Welle in Mitteleuropa steht daher unmittelbar bevor."

Und am Schluß der sogenannten Perspektive:

„Aus allen diesen Gründen ist schon in den nächsten Monaten in Deutschland mit einer scharfen Zuspitzung und mit großen proletarischen Massenkämpfen zu rechnen."

Das ist nicht ausgeschlossen, aber es ist in den Thesen nicht begründet, sondern einfach behauptet.

Es ist kein Zeichen von Stärke, sondern von einer Schwäche des revolutionären Selbstvertrauens, wenn man sich kurzfristige revolutionäre Perspektiven aus den Fingern saugen muß, um arbeiten zu können. In einer Situation, wo die Daten durchaus noch nicht erlauben, sich mit einiger Sicherheit über das Tempo der nächsten revolutionären Entwicklung auszulassen, wo die gegebene Lage das Zurückgedrängtsein der Arbeiterschaft in die Defensive ist, in einer solchen Lage erfordert die richtige Einstellung der Partei, sich sowohl auf ein schnelleres wie auf ein langsameres Tempo einzustellen, praktisch die Dinge da anzugreifen, wo sie anzugreifen sind, das heißt bei der Organisation der Abwehr der Arbeiterklasse und die weiteren Zwecke zu bestimmen nach der jeweiligen Veränderung der konkreten Lage, der objektiven Verhältnisse, wie der in der Arbeiterschaft wirkenden subjektiven Faktoren. Das ist unseres Erachtens neben der allgemeinen revolutionären Perspektive die einzig mögliche Grundlage für eine revolutionäre Politik, die nicht mit der Stange im Nebel herumfährt.

Soweit die Perspektive.

„Die nächsten Aufgaben der Partei" sollten, denkt man, logisch zusammenhängende und aus den strategisch-taktischen Vordersätzen entwickelte Folgerungen enthalten. Davon ist jedoch keine Rede. Es ist ein zusammenhangs- und systemloses Zusammenstellen von Einzelforderungen und Einzelaufgaben, was bei dem Fehlen einer wirklichen Analyse der objektiven und subjektiven Kampffaktoren nicht weiter verwunderlich ist. Diese „nächsten Aufgaben der Partei" passen zu der taktischen Grundauffassung wie die Faust aufs Auge. So figuriert zum Beispiel neben den Teilkämpfen die Propaganda der proletarischen Diktatur und eines Rettungsprogramms (das heißt der Sozialisierung) und die Forderung der Zerstörung der Sozialdemokratischen Partei. Alles das hängt vollkommen in der Luft, da in den Vordersätzen mit keinem Wort gesagt ist, welch enorme Rolle die Sozialdemokratie beim Oktober-Rückzug gespielt hat (es sind

ja nur die Fehler der KPD. schuld!), und da auch mit keinem Wort gesagt ist, daß die November-Republik besiegt ist, und daher die Übergangslosungen, die aus der bürgerlichen Demokratie heraus zu entwickeln waren, keine tatsächliche Unterlage mehr haben.

Die Thesen des Zentrums sind ein widerspruchsvolles Kompromiß zwischen „linken" Voraussetzungen und „rechten" Folgerungen. Ein solches Kompromiß kann nur die bestehende Konfusion vermehren und sie in der Linie der Partei permanent machen. Auf diesem Boden ist eine sichere Führung der Partei unmöglich. Die Genossen, die heute auf diesem Boden noch nicht stehen, sondern schwanken, werden sich an der Hand der tatsächlichen Aufgaben der Partei bald entscheiden müssen, ob sie ihre „linken" Voraussetzungen oder ihre „rechten" Folgerungen festhalten wollen. **Beides zugleich — geht nicht.**

Soweit über die Tatsachen im großen und ganzen, über Einzelheiten wäre noch mancherlei zu sagen.

Faschismus

Der Faschismus in Jugoslawien.

Von M. (Belgrad).

** In Jugoslawien bestehen zwei Arten faschistischer Organisationen. Die einen gruppieren sich um die sogenannte „Liga der nationalen Verteidigung", die insbesondere in Bosnien, Herzegowina und Wojwodien einnußreich ist.

Andere faschistische Organisationen organisieren sich um die „Fortschrittliche nationale Jugend", die dank der Ironie des Schicksals im Jahre 1921 in Spalato am adriatischen Meer entstanden ist. Sie ist in jeder Beziehung und von jedem Gesichtspunkte den italienischen faschistischen Organisationen nachgebildet, obwohl sie durch die demokratische Partei gegründet wurde und unter der Leitung des demokratischen „allserbischen" Führers M. Pribitschewitsch steht.

Die aktivsten faschistischen Elemente befinden sich im Gefolge der „Liga der nationalen Verteidigung". In Siha sind ihre Organisationen stark und stützen sich auf die von M. Pribitschewitsch gegründete Bauernvereinigung.

In ganz Jugoslawien ist also eine richtige faschistische Bewegung im Entstehen. Ihre sozialen Wurzeln reichen tief. Die serbische Bourgeoisie erleidet Niederlage auf Niederlage. Sie kämpft an drei Fronten: erstens gegen die kroatischen und slowenischen Kapitalisten; zweitens gegen die nationalen Minderheiten, die ungarische, deutsche, mazedonische und albanische; drittens endlich gegen das Proletariat. Die Steuerlast, die Teuerung der Lebenshaltung und die Exzesse der Reaktion rufen eine so allgemeine Unzufriedenheit hervor, daß die politische Oberherrschaft der serbischen Bourgeoisie direkt bedroht ist. Die Zwangsmittel des Staates sind für sie nicht mehr zureichend; sie braucht eigene terroristische Massenorganisationen und benötigt dazu die faschistische Bewegung.

Dieser jugoslawische Faschismus hat das Besondere an sich, daß er im Dienste eines Teiles der Bourgeoisie — der serbischen — steht und dazu bestimmt ist, die anderen Teile der besitzenden Klasse, und zwar die der kroatischen, slowenischen und bosnischen nationalen Minderheiten zu bekämpfen, außerdem natürlich das Proletariat in ganz Jugoslawien.

Die serbische besitzende Klasse bereitet sich darauf vor, ihre nationale Hegemonie durch die grausamsten Methoden eines Regimes, das auf der außergesetzlichen Gewalt beruht, aufrechtzuerhalten.

Buchbesprechungen

„Soziale und Parteikämpfe in der 48/49er ungarischen Revolution."*)

Von J. Révai (Wien).

** Der Name Erwin Szabó ist jenen, die auch mit der außerdeutschen (und zwar sowohl in sprachlichem, als auch im sachlichen Sinne) revolutionären marxistischen Vorkriegsliteratur einigermaßen vertraut sind, nicht unbekannt. Er gehörte zu den ersten, die die Gefahren des Parlamentarismus und das allmähliche Überhandnehmen des Opportunismus in der Sozialdemokratie, insbesondere in der deutschen, erkannt haben und als Reaktion dagegen den revolutionären Syndikalismus, die Lehre von der direkten, wirtschaftlichen Aktion, vom Antiparlamentarismus und Antimilitarismus entwickelt haben. Er war einer der besten Vertreter dieses revolutionären Vorkriegssyndikalismus. Freilich war diese seine syndikalistische Abart des Marxismus eigentlich bereits eine Abirrung von der Theorie des orthodox-revolutionären Marxismus, aber sein revolutionäres Temperament und seine revolutionäre Moral bewahrten ihn davor, ins Fahrwasser des Opportunismus und des Burgfriedens mit der Bourgeoisie zu geraten. **Uns Kommunisten trennt eine ganze Welt von Erwin Szabó, doch ehren wir ihn als einen der** ersten revolutionären, marxistischen Lehrmeister des ungarischen Proletariats, dessen Wirkung auf die ungarische Arbeiterklasse, obwohl er in der Massenbewegung eigentlich nie aktiv teilnahm, dennoch eine ungeheure blieb. Er geriet schon früh in Konflikt mit der ungarischen Sozialdemokratie und zog sich vom politischen Alltagskampf zurück. Aber durch seine literarische und pädagogische Tätigkeit wurde er zum Erzieher einer ganzen marxistischen Generation der revolutionären Intelligenz, die die Opposition gegen die Sozialdemokratie während des Krieges organisierte, eine antimilitaristische Propaganda betrieb und später an der Gründung der KPU. teilnahm. Das größte Verdienst E. Szabos ist dies: daß er die revolutionäre Lehre des Marxismus der ungarischen Arbeiterklasse zu vermitteln unternahm. Denn die ungarische Sozialdemokratie vernachlässigte fast vollständig die marxistische Erziehung des Proletariats. Das Kapital, das Elend der Philosophie, der Ursprung der Familie, der Anti-Dühring — also die Hauptwerke des revolutionären wissenschaftlichen Marxismus waren nicht übersetzt, geschweige denn die Gothaer Programmkritik oder die Jugendschriften. (E. Szabo hat diese Pflicht, deren Erfüllung die Aufgabe einer ganzen Partei gewesen wäre, als einzelner auf sich genommen. Er gab in ungarischer Übersetzung eine zweibändige Ausgabe der ausgewählten Werke von Marx und Engels heraus, er versah die einzelnen Schriften mit Einleitungen und Anmerkungen, die ein vollständiges Bild von der Lehre des historischen Materialismus sowohl in philosophischer als auch in ökonomischer und geschichtlicher Hinsicht gaben und die den Mehringschen Kommentaren im Nachlaß in jeder Hinsicht vollkommen ebenbürtig sind. Dies war auch theoretisch seine beste Leistung, hier war er dem orthodoxen Marxismus noch am wenigsten entfernt, obwohl er auch schon hier in einzelnen, sehr wesentlichen Punkten: in der nationalen Frage, in der Frage der Beurteilung der mittelalterlichen Bauernrevolutionen und der historischen Rolle der Gewalt Marx und Engels gegenüber eine kritische Stellung einnahm. Sein sich immer mehr entwickelnder Syndikalismus, die abstrakte Trennung zwischen Ökonomie und Politik und dementsprechend die abstrakte Verselbständigung der „Gewalt" überhaupt und der „Revolution" führten ihn während des Krieges zum Pazifismus und immer näher zu einem „ethischen Idealismus". Sein letztes größeres Werk, das er noch in seinem Leben veröffentlichte: „Imperialismus und dauernder Frieden", spiegelt diese Dualität eines humanistischen Pazifisten und eines proletarischen Revolutionärs in anschaulichster Weise wider. Sein Pazifismus war aber dennoch nicht dem seichten Pazifismus eines Reformisten Kautskyscher Abart ähnlich. Die proletarische Revolution verleugnete er nie, nur war er nicht imstande, den inneren Zusammenhang zwischen Imperialismus, Krieg und Revolution zu sehen. Der proletarische Kampf gegen den Krieg (den er, der damals schon Schwerkranke mit aller Energie unterstützte: er war die Seele einer jeden illegalen, antimilitaristischen Agitation) war für ihn das geeignetste Mittel, aber doch bloß Mittel zum Zweck; er sah nicht, daß der Kampf gegen den Krieg gleichbedeutend sein muß mit dem Kampf zum revolutionären Sturz der Bourgeoisie, für die Aufrichtung der proletarischen Diktatur. Die Russische Oktoberrevolution hat er mit Jubel begrüßt, und die Ehrung, daß die junge proletarische Diktatur ihn zum Ehrenmitglied der Sozialistischen Akademie in Petrograd ernannt hatte, ward keinem Unwürdigen zuteil. Die proletarische Diktatur in Ungarn hat er nicht mehr erlebt, aber die ungarische Arbeiterklasse ehrte sein Andenken und bezeugte ihre große Dankbarkeit ihrem trotz aller Meinungsverschiedenheit großem Lehrer gegenüber, indem der proletarische Staat die Veröffentlichung seines Nachlasses für seine eigene Aufgabe und Pflicht erklärte. Dazu kam es aber nicht mehr, das Hauptwerk dieses Nachlasses, das oben genannte Buch, erschien in einem bürgerlichen Verlag in der Emigration.

*) Erwin Szabó: Soziale und Parteikämpfe in der 48/49er ungarischen Revolution (Verlag Becsi Magyar Kiadó, Wien 1921).

Die Hauptgedanken des Buches, dessen einige Teile bereits vor Jahren im Grünbergschen „Archiv" erschienen sind, hat Szabo im wesentlichen schon in seiner Marx-Engels-Ausgabe, in seiner Einleitung zum Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung" über Ungarn formuliert. Das Buch selbst ist eine breitangelegte (an der Hand der gesamten 48er Zeitungs- und sonstigen Literatur, der Parlamentsdebatten usw.) Ausführung seines polemischen Standpunktes gegen die „Neue Rheinische Zeitung", die die 48er ungarische Revolution als eine bürgerliche Revolution bewertete und aus der Tatsache, daß die kleinen slawischen Nationalitäten (Kroaten und Serben, aber auch die Rumänen) im objektiven Bündnis mit Metternich dem ungarischen Freiheitskrieg in den Rücken fielen, den Schluß zog: diese „Nationchen", diese „Reste einer von dem Gang der Geschichte, wie Hegel sagt, unbarmherzig zertretenen Nation, diese Völkerabfälle werden jedesmal und bleiben bis zu ihrer gänzlichen Vertilgung oder Entnationalisierung die fanatischen Träger der Konterrevolution . . ." (Nachlaß S. 241). Dieser Einstellung gegenüber hat ja schon Mehring darauf hingewiesen, daß in der 48er ungarischen Revolution die revolutionäre Bourgeoisie „Schulter an Schulter stand mit einem kräftigen, kriegserfahrenen, trotzigen Adel", und daher die Begrüßung der ungarischen Revolution als Analogie in bezug auf ihren Heroismus und ihren Klasseninhalt zum Frankreich des Jahres 1793 verfehlt ist. Aber auch Mehring anerkannte die geschichtliche Berechtigung der Marx-Engelschen Vorwürfe gegen die slawischen Nationalitäten, fand nur ihre „etwas allzu summarische Erledigung" für übertrieben und wies auf die Änderung der geschichtlichen Situation und dementsprechend der Rolle dieser Nationalitäten hin. Szabo geht in der Kritik der Marxschen Anschauung weiter als Mehring. Er weist nach, daß die führende Klasse der ungarischen Revolution der mittlere Adel war, also an sich eine reaktionäre Klasse, und daß der soziale Inhalt der Revolution im Klassenkampf dieser Klasse gegen den mit der Dynastie verbündeten Hochadel und in ihrer Machtergreifung bestand. Der Einfluß der Bourgeoisie war verschwindend, und wo er manchmal zur Geltung kam, am seltensten im revolutionären Sinne. Industrielles Proletariat gab es fast überhaupt nicht und die revolutionäre Intelligenz, deren führende Stellung ja zu den wesentlichsten Merkmalen der bürgerlichen Revolution gehört, hatte in ihrem konsequent revolutionären Teil fast gar keinen Einfluß, ihr Hauptteil war bloß ein Anhängsel des Adels. Die „Neue Rheinische Zeitung" erwartete von Ungarn den revolutionären Offensivkrieg, und Mehring bezeichnete den Beschluß der „revolutionären" Nationalversammlung, Metternich gegen das revolutionäre Italien Waffenhilfe zu gewähren, als eine „unglaubliche Torheit". Daß aber das Ausbleiben des Offensivkrieges nicht zufällig war, ebenso wie die Waffenhilfe gegen Italien keine bloße „Torheit", sondern beides Folgen des beschränkt-feudalen Charakters der ungarischen Revolution waren, ist klar. Die „Nation" war der Adel, und nicht wie in der klassischen französischen Revolution alle gegen den Adel kämpfenden Klassen der Gesellschaft, also Bourgeoisie und unter ihrer Führung die Bauernschaft. Ein Hauptinhalt und eine Hauptaufgabe der bürgerlichen Revolution ist die Bauernbefreiung, oder genauer: die Führung des Kampfes der Bauern gegen die Feudalherren. Dies fehlt in der ungarischen Revolution vollständig. Szabo zeigt ausführlich, daß die Sache der politischen Reform und der Bauernbefreiung in der revolutionären Gesetzgebung nur in dem Maße fortgeschritten ist, in dem einerseits die außenpolitischen Ereignisse (Februarrevolution in Paris, Märzrevolution in Wien), andererseits die immer drohender werdende Gefahr einer inneren Bauernrevolution ständischer Adelsversammlung und später der Nationalversammlung Schrecken eingejagt haben. Und selbst dann, als man die Aufhebung der Feudallasten nicht mehr vermeiden konnte, hat man große Massen der Leibeigenen unter verschiedenen juristischen Vorwänden nicht befreit, man hat den jahrhundertelang vor sich gegangenen Raub an Bauernländereien seitens des Adels gesetzlich sanktioniert und die Entschädigung des Adels für den Verlust der Feudalabgaben so bemessen, daß nicht nur die restlose Umwandlung der feudalen Bodenrente in Geldrente erzielt worden ist, sondern noch darüber hinaus eine Vermehrung des adeligen Einkommens. Es ist also angesichts dieses durchaus feudalen Charakters der „revolutionären Bauernbefreiung" kein Wunder, daß das soziale und das nationale Moment in der ungarischen Revolution einen reellen Gegensatz aufwiesen (ein Umstand, der in der großen französischen Revolution durchaus nicht vorhanden war) und daß das nationale Moment, das im Kampfe gegen Habsburg ein revolutionärer Faktor war, gegenüber der Bauernschaft zu einem konterrevolutionären Faktor wurde, der zur Bemäntelung der systematischen Hintertreibung der Bauernbefreiung ständig benützt werden konnte. Die Folge davon war, daß die revolutionäre Einheit der Nation nicht hergestellt werden konnte, daß die ungarischen Bauern am Krieg gegen die Dynastie vielerorts nur ungern teilgenommen haben, vielerorts mit den einbrechenden slawischen Bauern sympathisierten, daß sie sogar in Broshaza und Békés gegen die Assentierungen bewaffneten Widerstand leisteten. (Bezeichnenderweise sind diese beiden Ortschaften der ungarischen Tiefebene diejenigen, wo die agrarsozialistische Bewegung der Dorfarmut auch heute am stärksten ist, und wo im Jahre 1906 ein revolutionärer Massenstreik der Erntearbeiter zu blutigen Zusammenstößen mit dem Militär führte.) Wenn also der Angriff der slawischen Nationalitäten gegen Ungarn die „Neue Rheinische Zeitung" veranlaßte, sie als „konterrevolutionäre Nationen" zu brandmarken, so hätte es leicht passieren können, daß die ungarischen Bauern aus demselben Grunde sogar aus dem Begriff der ungarischen „Nation" hätten ausgeschlossen werden müssen. Szabo weist nach, daß der Aufstand der Slawen eine regelrechte Bauernrevolution war und daß es nur dem feudalen Charakter der ungarischen Revolution zu verdanken ist, daß diese Völker sich der Revolution nicht angeschlossen haben, sondern sich von der Dynastie verführen ließen, daher objektiv eine konterrevolutionäre Funktion ausübten. An sich betrachtet, hinsichtlich ihres konkreten sozialen Inhaltes sind Bauernrevolutionen weder reaktionär noch revolutionär, sie sind an sich ein mittelalterliches Element, die nur in dem geschichtlichen Gesamtzusammenhang eine revolutionäre oder konterrevolutionäre Funktion erhalten. (Obwohl die Bauernaufstände des Mittelalters objektiv reaktionär waren, behandelte sie Engels als verzweifelte Rebellionen einer unterdrückten Klasse mit großer Sympathie.) Und ebenso wie es mit den nationalen Bauernaufständen der Slawen, stand es auch mit der ungarischen Revolution. Zwischen ihrer gesamteuropäischen Rolle und Funktion und ihrem konkreten sozialen Inhalt bestand ein reeller Antagonismus. Marx und Engels hatten vollständig Recht in der Bewertung der ungarischen Revolution, indem sie das Hauptgewicht auf den gesamteuropäischen Maßstab legten, und es war deshalb eine Fälschung und eine Leichenschändung, als die Sozialimperialisten à la Lensch ihre Äußerungen während des Krieges zur Begründung ihrer imperialistischen Ablehnung der nationalen Gleichberechtigung heranziehen wollten. (Übrigens hat auch Lenin die nationale Gleichberechtigung nicht als eine absolute Forderung vertreten und die Möglichkeit eines Widerstreites sogar zwischen dem „wahrhaft nationalen" Interesse und dem Gesamtinteresse der internationalen Revolution wohl anerkannt.) Daß aber andererseits die ungarische Revolution, trotz der „List und Vernunft", die eine bürgerliche Revolution durch eine feudale Klasse ausführen ließ, was ihren Hauptinhalt: die Bauernbefreiung betrifft, demnach reaktionär war, zeigt der Umstand, daß die 48-er Agrargesetze im Jahre 1867 zur Grundlage des Ausgleiches zwischen Ungarn und der Dynastie wurden und daß die Herrschaft des Feudaladels in Ungarn auch heute noch auf diesen Gesetzen begründet ist. Freilich, der 1867-er Ausgleich fand schon statt unter dem Drucke und auf Grund der Bedürfnisse einer industriellen und Finanzbourgeoisie und unter Umständen, die den Anachronismus der Machtergreifung des mittleren Adels im Jahre 1848/49 noch greller beleuchtet haben. Dieser mittlere Adel ging als Grundbesitzerklasse zugrunde und als Gentry als staatliche und munizipale Bureaukratie, leistete er vor dem Kriege der Staatsmacht des verbündeten Feudaladels und der Finanzbourgeoisie treue Gefolgschaft. Heute ist er bei der letzten Stufe eines Deklassierungsprozesses angelangt und bildet die Hauptmacht des ungarischen Faschismus.

Ervin Szabos Buch ist ein großer Gewinn für das Proletariat Ungarns und eine sehr wertvolle Bereicherung seiner theoretischen und daher materiellen Waffen. Nicht nur darum, weil es eine Geschichtslegende der ungarischen herrschenden Klassen, wonach in der 48-er-Revolution unter den Fittichen der nationalen Erhebung alles in der schönsten Eintracht vor sich ging, schonungslos und gründlich zerstört, sondern auch darum, weil es der ungarischen Arbeiterklasse ihre bürgerliche Erbschaft, die Bodenfrage, vor Augen führt, weil es ihr an Hand der 48-Ereignisse zeigt, daß in Ungarn eine siegreiche und die Macht behauptende proletarische Revolution nur Hand in Hand mit der Bauernschaft möglich ist.

Und daß es eine sehr notwendige Aufgabe ist, die ungarische Arbeiterklasse und die Kommunisten zu dieser Erkenntnis zu erziehen, zeigen die traurigen Erfahrungen der proletarischen Revolution in Ungarn im Jahre 1919.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Russische Parteidiskussion III.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 13. 28. Januar. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Referat des

Genossen Rykow

in der Versammlung des Parteizellen-Büros und der aktiven Parteiarbeiter der Organisation am 29. Dezember 1923.

** Da man es bei der Diskussion über den demokratischen Zentralismus in Wirklichkeit auf eine physische Erschöpfung des Gegners abgesehen hat, so trete ich jetzt mit einer zur Hälfte geschwundenen Stimme und in hohem Grade erschöpft auf diese Tribüne.

Das Fehlen eines Korreferenten muß meine Aufgabe notwendigerweise erschweren. Ich möchte meine Zeit in jeder möglichen Weise einschränken, damit die Zentrale in dieser Versammlung eine volle Kritik über ihre Politik auf dem Gebiete der Wirtschaft anhören kann und möchte mich insbesondere mit jenen Teilen unserer Resolution beschäftigen, gegen die Einwände erhoben werden.

Das Fehlen eines Korreferenten zeigt, daß es in bezug auf das Wesen der Resolution der Zentrale über die aktuellen Aufgaben der Wirtschaftspolitik keine solchen Meinungsverschiedenheiten gibt, die jene Gruppe der Parteimitglieder, die sich in der Frage des demokratischen Zentralismus als Opposition organisiert hat, veranlassen würde, der Partei irgendwelche parallele Entscheidungen in Vorschlag zu bringen. Das ist um so begreiflicher, weil es in bezug auf die praktische Arbeit nicht zu sagen ist, wer von uns in größerem Maße die Verantwortung für die Praxis in der Durchführung der Wirtschaftspolitik im vergangenen Jahre trägt, denn wenn ich zum Beispiel Vorsitzender des Obersten Volkswirtschaftsrates bin, so ist Genosse Pjatakow mein Vertreter, und wenn Genosse Kschischanowski, der auf unserer Plattform steht, Vorsitzender der Reichsplankommission ist, so ist Genosse Pjatakow sein Stellvertreter und die Genossen Preobraschenski und Smirnow sind Mitglieder der Reichsplankommission und Genosse Smirnow ist, soviel mir bekannt, auch Präsidiumsmitglied der Reichsplankommission usw. So fällt in allen führenden Organen, die die Verantwortung für die praktische Führung des Wirtschaftslebens tragen, die Verantwortung beiden Parteien in gleicher Weise zu. Das muß meines Dafürhaltens die Diskussion über die Wirtschaftsfragen davor bewahren, daß sie bis zu jenen Kleinigkeiten, Anekdoten und unkontrollierten Entschuldigungen hinuntersinkt, zu denen unsere Diskussion über die innerparteiliche Lage heruntergesunken ist. Ich erkläre das auch aus dem Grunde, weil natürlich sowohl ich wie die Zentrale keinesfalls erklären können, daß auf dem Gebiete unseres Wirtschaftslebens alles Notwendige schon gemacht worden ist.

Weder ich noch die Zentrale der Partei, noch die Partei als Ganzes können erklären, daß es auf dem Gebiete der Durchführung unserer Wirtschaftspolitik nicht die einen oder anderen Fehler gegeben hat. Das trifft auch im besonderen für den Genossen Sokolnikow zu. Die Diskussion über die Wirtschaftsfrage und die Wirtschaftspolitik wird eng mit allen Fragen unserer Finanzpolitik verbunden sein. Ich muß im voraus erklären, daß die Zentrale die Verantwortung für die grundlegenden Züge der Finanzpolitik übernimmt, aber weder die Zentrale noch Genosse Sokolnikow können die Verantwortlichkeit für jene Mängel übernehmen, die bestanden haben, bestehen und unabhängig von der Zusammensetzung der Zentrale unserer Partei, leider auch bestehen werden.

Wir müssen bestrebt sein, die Diskussion über unsere Wirtschaftspolitik auf ihrer prinzipiellen Höhe zu behalten und uns auf die Beleuchtung der grundlegenden Momente unserer Wirtschaftspolitik und unserer Wirtschaftspraxis zu beschränken. Wenn Ihr Euch den Leitsätzen der Zentrale zuwendet, so werdet Ihr sehen, daß sie im Grunde in drei Hauptteile zerfallen. In einem fassen wir die Ergebnisse der Tätigkeit der Partei und des Sowjetapparats fast in allen Gebieten unserer Wirtschaftspraxis zusammen.

Der andere Teil enthält die Kritik und die Feststellung dieser oder jener Fehler, die zugelassen wurden, und der dritte Teil berührt jene praktischen Maßnahmen, deren Durchführung wir in der nächsten Zukunft als unentbehrlich erachten.

Warum war es notwendig, vor der Partei Rechenschaft abzulegen über jene Erfolge, die im vergangenen Jahre auf dem Gebiete der Wirtschaft erreicht worden sind? Mich dünkt, daß diese Notwendigkeit durch den Umstand bedingt wird, daß aus der Mitte der Opposition der Zentrale unmittelbar vor dem letzten Plenum die Beschuldigung erhoben wurde, daß die Zentrale in ihrer Politik das Land an den Rand des Verderbens gebracht hat. Wie Ihr wißt, hat das letzte Plenum der Zentrale und der Zentralen Kontrollkommission beschlossen, die auf den Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Zentrale bezughabenden Dokumente nicht zu versenden, aber zur Erklärung der Tatsache, daß die Referate über die Wirtschaftspolitik mit einer ganzen Reihe von Ziffern gefüllt werden und daher notwendigerweise bis zu einem gewissen Grade langweilig sein müssen, glaubte ich

darauf hinweisen zu müssen, daß gegen die Politik der Zentrale eine solche Beschuldigung erhoben worden ist.

Im Gegensatz zu dieser Beschuldigung glaube ich, und ich hoffe das zu beweisen, daß im Ergebnisse des vergangenen Jahres nicht im geringsten Grade davon gesprochen werden kann, daß die Partei oder die Zentrale das Land an den Rand des Verderbens gebracht haben und daß, im Gegenteil, in allen Gebieten unserer Wirtschaft weit größere Erfolge erreicht worden sind als in den vorhergegangenen Jahren. Ich schreite daher an eine Analyse der einzelnen Zweige unserer Wirtschaft.

In der Resolution der Parteizentrale ist an die erste Stelle die Frage über die Lage der Bauernschaft und der Landwirtschaft und die Stellungnahme der Arbeiterschaft zur Bauernschaft gebracht. Wir taten dies nicht zufällig, sondern vorbedacht, da wir der Ansicht sind, daß gerade in diesem Punkte, in bezug auf die Stellungnahme zur Bauernschaft nicht alles in Ordnung ist. Die Zitate aus der Resolution des XII. Parteikongresses über die Industrie, die in dem einleitenden Teil unserer Resolution über die aktuellen Aufgaben der Wirtschaftspolitik eingefügt sind, stammen nicht aus der Feder des Verfassers der Resolution des letzten Parteikongresses, sondern wurden vom ZK. gegen den Wunsch des Verfassers in die Resolution des XII. Parteikongresses eingefügt. Die Gegner dieser Zitate wollten den Beweis führen, daß, da Genosse Trotzki auf dem Parteikongreß nicht über die Lage der Wirtschaft im allgemeinen, sondern über die Lage der Industrie berichtet, es nicht notwendig sei, in dieser Resolution mit solcher Ausführlichkeit über die Bauern, über die Stellungnahme zur Landwirtschaft zu sprechen, sondern schlugen statt dessen vor, im Namen des Parteikongresses einen besonderen Aufruf an die Bauern darüber zu richten, von welch gutem Willen die Kommunisten gegenüber den Bauern erfüllt sind. Wir erklärten uns damit nicht einverstanden und betonten, daß die Politik der Abeiterklasse auf dem Gebiete der Organisation der Industrie nur dann einen Erfolg erreichen kann, wenn die Interessen der Bauernschaft und des landwirtschaftlichen Marktes in der täglichen Arbeit unserer Industrie voll und ganz berücksichtigt werden. Diese Frage wurde letzten Endes im Plenum der Zentrale erörtert, das sich für uns und gegen die Opposition erklärte.

Wenn wir die Praxis unserer Wirtschaftsorgane im vergangenen Jahre ins Auge fassen, so sehen wir, daß diese Praxis die Interessen der Bauernschaft nur ungenügend berücksichtigt hat und daß, wenn der Parteizentrale gegenwärtig etwas zur Last gelegt werden kann, dies darin besteht, daß sie, in der Frage der Industrie auf der Höhe ihrer Aufgabe stehend und den Resolutionsentwurf des Genossen Trotzki entsprechend richtigstellend, nachher nicht darauf geachtet hat, daß diese Abänderung, die in der Resolution des Genossen Trotzki in der Bauernfrage getroffen worden ist, in der Tätigkeit aller unserer Wirtschaftsorgane voll und ganz verwirklicht werde. Daher steht jetzt, soviel ich mich besinnen kann, zum erstenmal in der Resolution der Parteizentrale über die Wirtschaftspolitik die Frage über die Beziehungen zur Bauernschaft und über die Lage der Landwirtschaft an erster Stelle und vor der Industrie und der Arbeiterfrage. Das geschah aus dem Grunde, weil wir gerade in diesem Punkte im Laufe des vorigen Jahres einen Fehltritt gemacht haben und weil ein bedeutender Teil der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Krisenerscheinungen, über die wir in den letzten zwei Monaten sprachen, durch die unrichtige Einschätzung der Bedeutung der Direktiven der Partei auf diesem Gebiete bedingt ist.

Ich gehe jetzt über zur Anführung ziffernmäßiger Angaben über die Lage der einzelnen Zweige unserer Wirtschaft. Ich führe sie nur zu dem Zwecke an, um zu zeigen, daß gegenwärtig von keinerlei Verderben und „Rand des Verderbens" für die Partei und die Arbeiterklasse gesprochen werden kann und daß wir mit bedeutendem Stolze auf die Arbeit blicken können, die die Partei im vergangenen Jahre geleistet hat. Hat sich die Lage der Bauernschaft im vergangenen Jahre verschlimmert oder verbessert? Wenn wir uns zu den Angaben über die Bodenfläche, die Gesamtproduktion, die Warenstärke der Bauernwirtschaft, das heißt zu jener Summe der Produkte des Bauern, die er auf den Markt wirft, wenden, so werden wir sehen, daß das vergangene Jahr eine weitere Besserung der Bauernwirtschaft gebracht hat.

Die Saatfläche ist im Vergleich zum vorhergegangenen Jahre um 18·8% — von 51·4 Millionen Desjatinen auf 61·2 Millionen Desjatinen — gestiegen und hat 71% der Saatfläche der Vorkriegszeit (in den Grenzen des gegenwärtigen Gebietes der SSR.) erreicht. Für das kommende Jahr hat sich die Lage einigermaßen verschlimmert; das geschah infolge des Ausfalles in den Herbstsaaten, der nach Angaben der Zentralen Statistischen Verwaltung 4% der Herbstsaatfläche des vergangenen Jahres beträgt — ein Ausfall, der hauptsächlich durch ungünstige klimatische Bedingungen hervorgerufen wurde. Es ist aber in Annahme begründet, daß dieser Ausfall durch die Frühjahrsaussaat wettgemacht werden wird.

Was die Gesamtproduktion der Landwirtschaft betrifft, so ist diese infolge des verringerten Ernteertrages im Vergleich zum vergangenen Jahre nur um ein geringes gestiegen. Die Reichsplankommission gibt die Gesamtproduktion mit etwas über 3000 Millionen Pud, die Zentrale Statistische Verwaltung mit 2794 Millionen Pud (gegen 2790 Millionen Pud, Angabe der Zentralen Statistischen Verwaltung für das vergangene Jahr) an. Die Naturalsteuer hat, wie Ihr wißt, eine leichtere Form angenommen, indem der Bauernschaft eine Ersetzung dieser Steuer durch eine Geldsteuer ermöglicht wurde und sie samt einer ganzen Reihe anderer Steuern zu einer einheitlichen landwirtschaftlichen Steuer zusammengefaßt wurde. In welch großem Umfange die Bauernschaft die Möglichkeit einer Ersetzung der Naturalform der Steuer durch eine Geldsteuer in Anspruch nimmt, erhellt daraus, daß von den 341·6 Millionen Pud Roggeneinheiten, die bis zum 1. Dezember als Steuer erhoben wurden — was mehr als 60% des Steuerarbeitsplanes beträgt — nur 77·4 Millionen Pud in Natura, das übrige hingegen in Geld- und Getreideanleihe entrichtet wurde, während im Jahre 1921 an Naturalsteuer (rund) 400 Millionen Pud Roggeneinheiten erhoben wurden. Die im vergangenen Jahre gehegte Befürchtung, daß den Bauern der Übergang von der Naturalsteuer zur Geldsteuer schwer fallen wird, hat sich nicht im geringsten bewahrheitet.

Im Zusammenhange mit dem allgemeinen Aufstieg der Landwirtschaft und zum Teil infolge der Tatsache, daß der Bauer die Möglichkeit erhalten hat, die Steuer in Geld zu entrichten, ist die Warenstärke der Bauernwirtschaft, das heißt die Summe der Produkte, die der Bauer auf den Markt wirft und die von Genossen Bruchanow für die Getreidekornproduktion allein mit 500 bis 550 Millionen Pud bemessen wird, gestiegen.

Dieser Umstand rollt vor unseren Handels- und Getreidebeschaffungsorganisationen in vollem Umfange die Aufgabe der Beschaffung riesiger Getreidemengen im Wege des Marktes sowohl zur Befriedigung der inneren Bedürfnisse als auch für die Ausfuhr ins Ausland — auf, eine Aufgabe von außerordentlicher Wichtigkeit, denn es ist mit ihr im bedeutenden Maße die Frage eines Marktes für die Produktion unserer Industrie verbunden. Für unsere Getreideabschaffungsorganisationen ist ein Programm für die Beschaffung von 270 Millionen Pud ausgearbeitet (hierher gehört nicht nur die Ausfuhr, sondern die Befriedigung der Bedürfnisse der zentralen von einer Mißernte betroffenen und nichtlandwirtschaftlichen Gouvernements auf Grund des Planes für Verteilung der Getreidevorräte).

Bis zum 20. Dezember wurde nach Angaben, die ich vom Getreidebeschaffungssonderausschuß des Rates für Arbeit und Landesverteidigung erhielt, Getreide in der Höhe von 163 Millionen Pud aufgekauft. (Im vergangenen Jahre wurden nur 54 Millionen Pud aufgekauft.) An das Ausland wurden bis zum 24. Dezember 93·5 Millionen Pug Brot- und Futterkorn verkauft von welcher Menge bis zu diesem Zeitpunkt 81·2 Millionen Pud ins Ausland abgesandt worden sind.

Indem ich über die Landwirtschaft spreche, muß ich wenigstens kurz jenen Teil von ihr schildern, an dem die Arbeiter am unmittelbarsten, nicht als Getreidekonsumenten, sondern Warenproduzenten, als Arbeiter der Fabriken und Industriewerke interessiert sind: ich meine die landwirtschaftlichen Rohstoffe für unsere Fabriken und Industriewerke und eine bedeutende Besserung der Lage auf diesem Gebiete im Zusammenhange mit der Ausbreitung der Saatfläche der technischen Pflanzkulturen. Wenn wir zum Beispiel — in den leinanbauenden Gebieten — die Saatfläche des Leins nehmen, so sehen wir, daß sie im Jahre 1920 nur 424.000 Desjatinen, im Jahre 1921 460.000 Desjatinen, im Jahre 1922 498.000 und im Jahre 1923 512.000 Desjatinen betrug, das heißt im Vergleich zum Jahre 1920 fast um 25% gestiegen ist.

Eine der Anspornungen, die die Bauernschaft in der Richtung der Entwicklung der technischen Pflanzkulturen vorwärtstreiben, ist die bedeutende Verteuerung der landwirtschaftlichen Rohstoffe für unsere Industrie, infolge des schnellen Anwachsens der diesbezüglichen Nachfrage, sowohl innerhalb unseres Staatenbundes wie auch im Auslande.

Nehmen wir die Preise für Leinen, Wolle und Häute, so werden wir sehen, daß das vergangene Jahr im Zeichen eines

starken Anwachsens der Preise für alle diese Waren gestanden hat.

Nach Angaben des Komitees für den Inneren Handel ist der Preis für Leinen vierter Gruppe von 3·20 Goldrubel im Januar 1923 auf 6·75 Goldrubel im Oktober 1923, das heißt um 110% gestiegen. Der Preis für Leinen fünfter Gruppe ist von 2·95 Goldrubel im Januar 1923 auf 6·72 Goldrubel im Oktober 1923, das heißt um 127% gestiegen, der Preis für Leinen sechster Gruppe stieg in der gleichen Periode von 1·65 Goldrubel auf 5·28 Goldrubel, das heißt um 220%.

Der Septemberpreis für Leinen bildete im Vergleich zum Vorkriegspreis für die vierte Gruppe 145%, für die fünfte Gruppe 132% und für die sechste Gruppe 111%.

Diese Gruppen umfassen faktisch 95% der russischen Leinenproduktion.

Sohlenleder ist von 38 Rubel 31 Kopeken für das Pud (Warenrubel) im Oktober 1922 auf 61 Rubel 66 Kopeken im Oktober 1923 gestiegen, die entsprechenden Ziffern für Rohwolle sind für das Pud 2 Rubel 88 Kopeken und 10 Rubel 31 Kopeken, was eine Preissteigerung von mehr als auf das Dreieinhalbfache bedeutet.

Ich muß auch auf die großen Erfolge, die im vergangenen Jahre auf dem Gebiete der Wiederherstellung unserer Baumwollproduktion — die Baumwolle ist eines der wichtigsten Rohprodukte unserer Industrie — erreicht worden sind. Betrug im Jahre 1920 die Produktion an Baumwollenfasern in Rußland 733.000 Pud, so haben wir im Jahre 1923 2,600.000 Pud Baumwollenphasern, was im Vergleich zum Jahre 1922 eine Steigerung auf mehr als das Dreifache bedeutet. Im Programm für das Jahr 1924 ist die Steigerung unserer Baumwollproduktion bis zu 6, bis zu 7 Milionen Pud enthalten. Die auf dem Gebiete der Entwicklung unserer Baumwollproduktion erreichten Erfolge bleiben aber hinter den Bedürfnissen unserer Baumwollindustrie, deren Tätigkeit im Jahre 1923 auf die Verarbeitung von ungefähr 6 Millionen Pud Baumwolle berechnet ist, zurück, und wir waren schon in diesem Jahre gezwungen, zur Einfuhr teuerer ausländischer Baumwolle Zuflucht zu nehmen, deren Preis im Vergleich zur Vorkriegszeit fast auf das Dreifache gestiegen ist.

Der Preis für das englische Pfund Baumwolle betrug in Pence (1913 7·27, 1920 11·89, 1922 15·2, 1923 20·03). In der Vorkriegszeit schwankte der Preis der russischen Baumwolle zwischen 14 und 16 Rubel für das Pud, während aus den gegenwärtig vor mir liegenden Angaben hervorgeht, daß die Reichshandelsstelle (Gostorg) für amerikanische Baumwolle, die der russischen an Qualität gleichsteht, einen Preis von 44 Rubel franko Murmansk angeboten hat.

Der Maximalpreis für russische Baumwolle ist gegenwärtig mit 25 Rubel festgesetzt.

Der gegenwärtige hohe Preis der Baumwollware ist in erster Reihe durch die in die Höhe gestiegenen Preise für Baumwolle bedingt, und insofern auf dem Gebiete der Baumwollproduktion eine Befriedigung der Bedürfnisse unserer Fabriken noch nicht gesichert werden kann und wir gezwungen sind, ausländische Baumwolle einzuführen — muß die weitere Entwicklung unserer Baumwollproduktion nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben unserer Wirtschaftstätigkeit bilden.

Im vergangenen Jahre ist die Besteuerung der Bauernschaft auf Weisung der Partei im bedeutenden Maße in Geldform vor sich gegangen, wobei jetzt schon festgestellt werden kann, daß wir von der einheitlichen landwirtschaftlichen Steuer nicht alles, was wir von ihr erwarteten, erhalten haben. Die Gründe hierfür waren: das gemischte System der Erhebung der einheitlichen landwirtschaftlichen Steuer, das System zweier Währungen (Tscherwonez und Sowjetgeld); schnelle Entwertung der Sowjetgeldzeichen, Schwankungen und Mannigfaltigkeit der Getreidepreise; all das erschwerte die Organisation einer solchen Technik der Erhebung der landwirtschaftlichen Steuer, bei der der Staat nicht Verluste erleiden dürfte und die in einzelnen Fällen keine Unrichtigkeiten in der Erhebung der Steuer hervorrufen soll. Zu den Aufgaben des nächsten Jahres in bezug auf die Bauernschaft gehören daher: 1. Ersetzung fast der gesamten einheitlichen landwirtschaftlichen Steuer durch eine einheitliche Geldsteuer. 2. Befreiung der Bauernschaft von allen und jeglichen ergänzenden Sammlungen, die bis jetzt erfolgten.

Die dritte und grundlegende Reform muß darin bestehen, daß wir der Teilung unserer Währung in zwei Teile, von denen der eine die Sowjetwährung, die sich von Tag zu Tag entwertet, den Werktätigen, vorwiegend der Bauernschaft, zufällt, während der andere Teil, die Tscherwonez-Währung, die ununterbrochen steigt und sich in großen Geldeinheiten im Handels- und Industrieverkehr bewegt, nur zu einem geringen Teile in die Hände der Arbeiter und Bauern gelangt. Das sinkende Sowjetgeldzeichen muß durch ein wertbeständiges Wechselgeld ersetzt werden. Der Tscherwonez-Umlauf ist gegenwärtig vorwiegend in den Städten konzentriert. Gewiß haben durch die Entwertung der Sowjetgeldzeichen auch die Arbeiter gelitten, aber im Bereiche der Bauernschaft hatten die Folgen der Entwertung sozusagen ein Monopol. Bei den Bauern hat es außer der Sowjetwährung sozusagen keine andere gegeben, und sie besaßen nicht den Vorteil, den die Arbeiter und Angestellten besessen haben, die diese Sowjetwährung immerhin nach irgendeiner Waren- oder Tscherwonez-Indexzahl erhalten haben. Diese grundlegende Reform in bezug auf die Landwirtschaft und die Bauernschaft muß im Laufe des nächsten Jahres durchgeführt werden. Ich werde hier eine ganze Reihe anderer Vorschläge, die von der Zentrale der RKP. angenommen und bestätigt worden sind und keinerlei Zweifel hervorrufen, nicht berühren, diese Vorschläge betreffen die Organisation des landwirtschaftlichen Kreditwesens, des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und eine größere Anpassung der gesamten Politik unserer Partei auf dem Lande an die innerhalb der Bauernschaft stattfindenden Schichtenbildung. Hat die neue Wirtschaftspolitik und der freie Warenumlauf nach Angaben, die ich von der Zentralen Statistischen Verwaltung erhalten habe, noch zu keiner scharfen Teilung der Bauernschaft in Reiche und Arme geführt, so steht es doch außer Zweifel, daß im großen und ganzen die neue Wirtschaftspolitik und der freie Warenumlauf genügend Voraussetzungen dazu schaffen, daß diese Schichtenbildung innerhalb der Bauernschaft jetzt weit schneller vor sich gehen kann, als es seit der Oktoberrevolution je der Fall war. Daher muß unsere gesamte Politik in bezug auf die Bauernschaft in allen ihren Bestandteilen sich im strengen Einklang befinden mit der Notwendigkeit, die armen Bauern und Mittelbauern zu unterstützen und gegen das Dorfwucherertum und die Entstehung einer Bourgeoisie auf dem Dorfe zu kämpfen.

Ich gehe jetzt zur Großindustrie über. Diese Frage ist von um so größerem Interesse, weil die gegenwärtige Periode mit einer Krise unserer Großindustrie zusammenfällt. Soll eine allgemeine Charakteristik ihrer Stellung zu den übrigen Wirtschaftszweigen gegeben werden, so ist zu erklären, daß unsere Großindustrie 1. im vergangenen Jahr ein stärkeres Wachstum aufzuweisen hat als in irgend einem der vorhergegangenen, und daß sie 2. in stärkerem Umfange als die Landwirtschaft und die Kleinindustrie gewachsen ist. In einer der Diskussionen wies man mich auf die Widersprüche in der Resolution der Parteizentrale hin, die darin bestehen sollen, daß wir an einer Stelle erklären, daß das Tempo der Wiederherstellung der Industrie im vergangenen Jahre schneller war als das Tempo der Wiederherstellung der Landwirtschaft, während wir an einer anderen Stelle von einem Mißverhältnis zwischen der sich erhebenden bäuerlichen Wirtschaft und der Industrie sprechen. Das Mißverständnis besteht hier darin, daß in dem einen Falle das Niveau genommen ist, das von der Landwirtschaft und der Industrie im Vergleich zur Vorkriegszeit erreicht wurde; dieses Niveau ist in der Landwirtschaft höher infolge der Tatsache, daß die Landwirtschaft im Laufe des Krieges und der Revolution kraft ihres extensiven Charakters keinen so starken Zerstörungen ausgesetzt war wie die Großindustrie und selbst in den für sich ungünstigsten Jahren sich auf einem weit höheren Niveau befand als die Industrie im Vergleich zu ihrem Vorkriegszustand.

Gegenwärtig hat die Landwirtschaft ungefähr 70 bis 75% ihres Vorkriegsumfanges, während die Industrie trotz ihrer bedeutenden Entwicklung im Laufe des vergangenen Jahres nur (annähernd) 35% ihres Vorkriegsniveaus erreicht hat.

Nehmen wir aber das Tempo der Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft im vergangenen Jahre, so werden wir feststellen müssen, daß die Industrie im Jahre 1922 im Vergleich zum Jahre 1921 einen unvergleichlich energischeren Aufstieg aufzuweisen hatte und ein bedeutend größeres Anwachsen der Produktion ergab als die Landwirtschaft.

Zur allgemeinen Kennzeichnung der Lage werde ich in verlängerter Form die Tabelle anführen, die Genosse Trotzki auf dem 12. Parteikongreß vorgelegt hat, und die die Stellung der Großindustrie, Kleinindustrie und Landwirtschaft sowohl in ihrem Verhältnis zum Vorkriegsniveau wie auch in bezug auf das Tempo der Entwicklung im Laufe der letzten drei Jahre anschaulich illustriert.

In dieser Tabelle sind, wie auch auf dem 12. Kongreß, nicht die wirtschaftlichen Operationsjahre, sondern die Kalenderjahre genommen; außerdem hat die Zentrale Statistische Verwaltung, die gegenwärtig über vollere Angaben verfügt als im April, als dieser Aufschluß dem Genossen Trotzki gegeben wurde, an den alten ziffermäßigen Angaben dieser Tabelle einige Abänderungen vorgenommen.

Produktion nach den Preisen der Vorkriegszeit

Industrie (Wert der Fertigprodukte)
(in Millionen Rubel)

	Groß- und Mittel-Industrie	Handwerk und Heimindustrie	Gesamtsumme	Landwirtschaft (Gesamtprodukte)
1913	3721·0	730·0	4451·0	6639·8
1921	669·0	260·0	929·0	3535·0
1922	1056·0	415·0	1471·0	3931·0
1923*)	1293·5	500·0	1793·5	4093·5**)

Somit sehen wir, daß die Landwirtschaft im Jahre 1923 fast zwei Drittel ihres Vorkriegsniveaus erreicht hat, während die Industrie (in bezug auf die Herstellung von Fertigprodukten) — sowohl die Groß- wie die Mittel- und die Kleinindustrie — 40·3% der Produktion von 1913 leistete.

Wenn wir uns nun zum Entwicklungstempo der Landwirtschaft und der Industrie im vergangenen Jahre wenden, so sehen wir, daß, während die Landwirtschaft ihre Produktion im Vergleich zu 1922 insgesamt nur um 4% gesteigert hat, die Gesamtindustrie eine Steigerung um 21,8% aufweisen kann. Und auch wenn wir die Entwicklung der Groß- und der Kleinindustrie von 1922 bis 1923 vergleichen, werden wir finden, daß, während die Großindustrie in bezug auf Fertigprodukte im Vergleich zu 1922 um 22,04% gestiegen ist, die Kleinindustrie in der gleichen Zeit eine Steigerung von 20% aufweist; diese Ziffer für das Wachstum der Großindustrie von 1922 bis 1923 ist minimal bemessen; nach Angaben, die ich aus der Reichsplankomission erhalten habe, hat sich die Gesamtproduktion der Großindustrie im vergangenen Jahre nicht weniger als um 35% gesteigert. In absoluten Ziffern bildete der Zuwachs der Produktion dieser Tabelle gemäß im vergangenen Jahre (in Millionen Vorkriegsrubel):

Für die Groß- und Mittelindustrie	237,3
Für die Handwerks- und Heimindustrie . .	85,0
Für die Gesamtindustrie	322,3
Für die Landwirtschaft	163,5

Welche Industriezweige weisen das stärkste Wachstum auf? Ihr wißt, daß in der Frage der Reihenfolge der Wiederherstellung der einzelnen Industriezweige noch zur Zeit des Kriegskommunismus sehr lebhafte Diskussionen stattgefunden haben und daß es bedeutende Schwankungen in der Frage gegeben hat, womit und in welcher Weise der Anfang gemacht werden soll. Diese Diskussionen und diese Schwankungen sind für mich persönlich mit der Frage einer Überschätzung der Bedeutung der Pläne verbunden, denn in jener Periode dachte man, daß es möglich ist, einen Plan zu schreiben und nach diesem Plan diese oder jene Fabrik, diesen oder jenen Industriezweig wieder zu errichten. Aus diesen Plänen ist, wie Ihr wißt, zum bedeutenden Teil nichts geworden, sie sind nicht gelungen. Mit dem Übergang zur neuen Wirtschaftspolitik geriet unsere gesamte Industrie unter die Kontrolle des Marktes, des Absatzes, und arbeitet unter den Bedingungen eines Waren- und Geldverkehres. Daher werden jetzt an dem technischen oder abstrakten Plan, den wir in der Kriegsperiode unserer Geschichte ausgearbeitet haben, kardinale Abänderungen durch den Markt vorgenommen. Die Industrie muß für den Markt arbeiten. Wenn Ihr Euch mit den zahlenmäßigen Angaben bekanntgemacht, so werdet Ihr sehen, daß die Einwirkung des Marktes sich in dem riesigen Anwachsen der Artikel des Massenverbrauches gezeigt hat, indem die Industrie, bestrebt, die Nachfrage zu befriedigen, parallel mit dem Anwachsen dieser Nachfrage ihre Produktion entwickelt und auf dem Markte Mittel für diese Entwicklung geschöpft hat. Die vorwiegende Einwirkung des staatlichen Planprinzips zeigte sich darin, daß wir aus unserem Budget eine möglichst große Menge von Mitteln für die Wiederherstellung der Heizmaterial-Industrie, für die Wiederherstellung unseres Transportwesens und für die Elektrifizierung des Landes anlegten und bestrebt waren, hier nicht nur die entsprechende Proportion mit der Leichtindustrie aufrecht zu erhalten, sondern auch die Voraussetzungen für eine weitere Entwicklung der Industrie zu schaffen. Die Zahlen, die ich hier anführen werde, werden das voll bestätigen. Ich möchte nur noch eine Bemerkung machen. Ich erinnerte mich soeben an die Dokumente, die ja an die Parteizentrale gesandt wurden. Dort wurde gesagt: erstens, daß wir das Land an den Rand des Verderbens gebracht haben, und zweitens, daß die Erfolge in den einzelnen Zweigen unserer Wirtschaft nicht dank dem ZK., sondern trotz der Tätigkeit des ZK. erreicht worden sind. In bezug auf dieses „trotz" muß ich daher sagen, daß auch das Wachstum der Leichtindustrie nicht als ein spontanes Wachstum unter dem Einfluß des Marktes ohne irgendwelche Beteiligung des Planprinzips zu betrachten ist.

Die Produktionspläne der gesamten Industrie und ihrer einzelnen Zweige wurden vom Obersten Volkswirtschaftsrat und von der Reichsplankommission erörtert und bestätigt.

Es wurde zum Beispiel ganz genau die für die Textilindustrie erforderliche Menge Baumwolle festgesetzt. Es wurden festgesetzt die Kredite für die Beschaffung von Baumwolle und anderer Rohstoffe im Auslande. Die Leichtindustrie erhielt aber keinerlei finanzielle Unterstützung von seiten des Staates, ihre Produktion wurde auf Grund des freien Kaufes und Verkaufes verteilt, und auf dem Gebiete der Preise beschränkte sich die Rolle der planausarbeitenden und staatlichen Organe lediglich auf die Festsetzung von Maximal-Engros-Preisen für einen sehr beschränkten Kreis von Waren.

In der Schwerindustrie wurden nicht nur die Produktionspläne, sondern auch die Verteilungspläne und die Preise festgesetzt.

Ich will damit nicht gesagt haben, daß alle diese Pläne gut waren, denn einige von ihnen sind nicht gelungen, und auf Grund der Erfahrung des vergangenen Jahres muß die Notwendigkeit einer Steigerung der Planarbeit auf dem Gebiete des Studiums des Marktes, der Festsetzung der Preise und der Kreditpolitik festgestellt werden.

In Ergänzung der von mir angeführten allgemeinen Tabelle über das Wachstum der Groß- und Kleinindustrie und der Landwirtschaft will ich gewisse Angaben aus den wichtigsten Zweigen unserer Industrie anführen.

Die Baumwollindustrie, deren Produktion im Jahre 1920 auf etwas mehr als 39 Millionen Vorkriegsrubel geschätzt wurde, hat im Jahre 1922 bis 1923 ihre Produktion bis zu 170 Millionen gesteigert, das heißt auf mehr als das Vierfache gebracht; die gesamte Textilindustrie hat, wenn wir die Produktion des Jahres 1920 gleich 100% nehmen, im Jahre 1922/23 ihre Produktion auf 323,9% gesteigert und im Vergleich zur Vorkriegsproduktion (1912) 39,9% erreicht. Die chemische Industrie als Ganzes ist von 18% der Vorkriegsproduktion (1912) im Jahre 1920 auf 46% im Jahre 1922/23 gestiegen.

Andere Zweige der Leichtindustrie sind im vergangenen Operationsjahre mehr oder minder ebenfalls bedeutend gewachsen.

Von der größten Bedeutung für die Wiederherstellung der Wirtschaft ist die Schwerindustrie und hiervon in erster Reihe der Zweig der Heizmaterialien. Das verflossene Jahr haben wir nicht nur ohne Heizmaterialknappheit durchgemacht, sondern kämpften wir sogar mit Schwierigkeiten in bezug auf Absatz des Heizmaterials und haben unsere Kohleneinkäufe im Auslande bedeutend eingeschränkt.

Die Gesamtproduktion an Steinkohle (in Tausenden Vorkriegsrubel) des verflossenen Jahres in allen Rayonen wird auf 69.273 geschätzt, was im Vergleich zum Jahre 1920 ungefähr 160% ausmacht. Das Donez-Bassin, hinsichtlich dessen, mit Rücksicht seiner außerordentlichen Rolle im gesamten Wirtschaftsleben des Landes, fast auf jedem Parteitag und auf den Tagen des Allrussischen Zentralen Vollzugsausschusses die Frage seiner allseitigen Unterstützung, Stärkung und Entfaltung auf der Tagesordnung stand, hat seine Gesamtproduktion im Jahre 1922/1923 auf 493,7 Millionen Pud ge-

*) Die Produktion für das Jahr 1923 ist nach einer rohen Schätzung angegeben.

**) Die Produktion der Landwirtschaft ist ohne Berücksichtigung eventueller Mangelhaftigkeit der statistischen Erfassung und außerdem ohne die Forstwirtschaft und Baumwollproduktion wie auch ohne einige andere geringfügige Zweige der landwirtschaftlichen Produktion angegeben.

bracht, sie somit im Vergleich zum Jahre 1920 um 83% gesteigert und fast 50% der Produktion der Vorkriegszeit erreicht.

Die Naphthaproduktion hat im Vergleich zum Jahre 1920 ihre Produktion um mehr als 30% gesteigert und im letzten Jahre 56,6% der Vorkriegsproduktion (1912) erreicht, wobei das Anwachsen der Produktion in den einzelnen Rayonen aus den folgenden Angaben hervorgeht:

In Baku ist die Naphthaproduktion von 175 Millionen im Jahre 1920 auf 212,8 Millionen Pud im Jahre 1922/23 gestiegen, was eine Steigerung um 22% darstellt; in Grosni sind die entsprechenden Zahlen 53 Millionen und 92 Millionen, was einer Steigerung um 74% gleichkommt. Wird die Steinkohlenproduktion samt der Naphthaindustrie genommen, so sehen wir, daß ihre Produktion, in Vorkriegsrubeln ausgedrückt, im Jahre 1922/23 fast 200 Millionen Rubel (Angaben des Obersten Volkswirtschaftsrats) oder mit anderen Worten ungefähr 50% der Vorkriegsproduktion ausgemacht hat.

Dank den Erfolgen auf dem Gebiete der Naphtha- und der Steinkohlenindustrie haben wir nunmehr eine sichere Basis in bezug auf die Heizmaterialversorgung des Landes.

Genau so wie wir aus der „Brotkrise" herausgekommen sind, können wir auch die Periode der Heizmaterialkrise als überwunden betrachten. Das ist in unserem wirtschaftlichen Aufbau eine Eroberung von äußerster Wichtigkeit. Ich kann mich erinnern, wie wir, als wir zusammen mit Wladimir Iljitsch im Rat für Arbeitswesen und Landesverteidigung arbeiteten, eine ungeheure Menge Arbeit und Zeit dafür verwenden mußten, um zu erreichen, daß die Arbeiter Brot bekommen und die Lahmlegung der Eisenbahnen infolge des Mangels an Heizmaterial vermieden wird. Wiederholt erörterten wir stundenlang die Frage über irgendein Gouvernementsforstkomitee, die Frage, welche Maßnahmen zu treffen sind, um das Gouvernementsforstkomitee zu veranlassen, irgendeiner Eisenbahnstation Holz zuzustellen. In diesem Jahre brauchen wir uns alle in dieser Form nicht mehr mit solchen Fragen beschäftigen. Wenn Ihr die grundlegenden Zahlen in bezug auf die Heizmaterialversorgung der Eisenbahnen nehmt, so werdet Ihr sehen, daß, während im Januar 1921 die Eisenbahnen Heizmaterialvorräte für elf Tage hatten — ich kann mich aus der Geschichte der gemeinsamen Arbeit mit Wladimir Iljitsch auf Zustände besinnen, als es nur mehr für zwei Tage Heizmaterial gab und der Stillstand der Eisenbahnen unmittelbar bevorzustehen schien — wir am 1. Oktober 1921 Heizmaterialvorräte für 26 Tage, am 1. Oktober 1922 für 39 Tage und am 1. Oktober 1923 für 70 Tage hatten.

Werden die grundlegenden Elemente der Heizmaterialwirtschaft so, wie sie in den Angaben über die gesamten Heizmaterialtransporte der Eisenbahnen im verflossenen Jahre zum Ausdruck gelangen, genommen und mit den analogen Angaben über die Jahre 1920 und 1921 verglichen, so gelangen wir zu dem Ergebnis, daß in den Jahren 1920/21 bei den gesamten Heizmaterialtransporten auf Holz 73%, auf Naphtha 11% und auf Kohle 16% entfielen. Wenn wir auf Grund dieser Angaben über das gegenseitige Verhältnis der verschiedenen Elemente unserer Heizmaterialbilanz urteilen, so werden wir sehen, daß Holz ungefähr drei Virtel unserer Heizmaterialbilanz gebildet hat und nur etwas mehr als ein Viertel auf das Mineralheizmaterial entfällt. In den Jahren 1922/23 sind die entsprechenden Zahlen für Holz 57%, für Naphtha 14%, für Kohle 29%; folglich bildet das Mineralheizmaterial — Kohle samt Naphtha — gegenwärtig schon 43% (statt der 27% im Jahre 1920/21). Mit anderen Worten: unsere Heizmaterialbilanz, die im Jahre 1920/21 nur zu einem Viertel aus Mineralprodukten bestand, ist nicht sehr weit davon entfernt, zur Hälfte auf Mineralheizmaterialien aufgebaut zu sein. In dieser Beziehung wurde eine hervorragende Besserung der Wirtschaft erreicht.

Bedeutend schlimmer ist es um die Wiederherstellung der Metallindustrie bestellt. In den Leitsätzen der Zentrale haben wir einen speziellen Absatz, in dem wir erklären, daß der Wiederherstellung der Metallindustrie eine außerordentliche Aufmerksamkeit gewidmet werden muß; bildeten bisher der Mangel an Heizmaterial und der Zustand des Transportwesens wie auch die Notwendigkeit der Verwendung riesiger Mittel für die Wiederherstellung der Heizmaterialwirtschaft und des Transportwesens ein außerordentlich großes Hindernis für die Entfaltung der Metallindustrie, so ist gegenwärtig die Lage in bezug auf Heizmaterial und Transportwesen dermaßen günstig, daß die Frage aufgerollt werden muß, wonach im gegenwärtigen Etatjahre die Mittel, die wir bisher für diese Wirtschaftszweige verwendeten, zum größeren Teil für die Wiederherstellung der Metallindustrie verwendet werden. Mit dem Schicksal der Metallindustrie ist das Schicksal des Hauptrupps der Arbeiterklasse, der Metallarbeiter, verbunden, die infolge ihrer Organisiertheit und ihres Klassenbewußtseins die führende Schicht der Arbeiterklasse bilden.

Werden die Zahlenangaben über die Metallindustrie im Jahre 1922/23 und im Jahre 1920 verglichen, so kann von einem bedeutenden Erfolge gesprochen werden. So haben wir in bezug auf Gußeisenproduktion während dieser Frist die Produktion mehr als verdoppelt (7,025.000 im Jahre 1920 und 18,360.000 im Jahre 1922/23), in bezug auf die Produktion der Martins-Öfen mehr als verdreifacht und die Produktion an Metallwalzen mehr als verdoppelt.

Im Durchschnitt bildet die gesamte „Metallindustrie einschließlich der Metallbearbeitung, wenn ihre Produktion nach den Vorkriegspreisen bewertet wird (hauptsächlich kommt die Metallbearbeitung in Betracht), im vergangenen Jahre 20% der Vorkriegsproduktion.

Werden aber die absoluten Zahlen über Gußeisen, Martins-Öfen und -Walzen genommen und mit der Vorkriegszeit verglichen, so muß erklärt werden, daß die auf dem Gebiete der Metallurgie (besonders auf dem Gebiete der Gußeisenproduktion) erreichten Erfolge völlig ungenügend sind und zeigen, daß wir erst im Begriffe sind, an die Wiederherstellung des Metallskeletts unserer Industrie zu schreiten; so hat die Gußeisenproduktion im vergangenen Jahre bloß ungefähr 7,9% im Vergleiche zum Jahre 1912, die Produktion der Martins-Öfen 14,8% und die Produktion der Walzen 13,7% betragen.

Die Wiederherstellung der Metallindustrie ist aufs engste mit dem Etat und den staatlichen Bestellungen verknüpft, da der Massenmarkt auch früher bloß 24% der Produktion der Metallindustrie verbrauchte. Unsere Metallwerke können sich nur in dem Falle entwickeln, wenn ihnen der Staat große Aufträge geben wird. Auf dem Wege der Wiederherstellung unserer Metallindustrie stehen noch immer riesige Hindernisse infolge des Fehlers, den wir im Jahre 1920 begangen haben und der darin bestand, daß riesige Bestellungen für Eisenbahnmaterial und Lokomotiven ins Ausland vergeben wurden. Diese Bestellungen sind jetzt in dem Umfange, soweit es die Verträge zuließen, eingeschränkt, sie nahmen aber trotzdem kolossale Mittel in Anspruch, und wir führen jetzt ein, was wir auf unseren Industriewerken produzieren können. Diese Bestellungen wurden zu einer Zeit gemacht, als ich an der Spitze des Obersten Volkswirtschaftsrates und Genosse Trotzki an der Spitze des Volkskommissariates für Verkehrswesen stand. Jetzt haben wir einerseits einen Überfluß von Lokomotiven an den Eisenbahnen und andererseits einen Mangel an Bestellungen bei unseren Lokomotivwerken. Die geringe Menge von Lokomotiven, die jetzt auf unseren Werken produziert wird, können wir nach fünf Jahren benötigen, und wir lassen sie herstellen, um unsere größten Werke, die in Kolomna, Sormowo und zum Teil die Putilowschen zu beschäftigen. Würden wir ihnen die Bestellungen überhaupt entziehen, so wäre eine Wiederherstellung des Lokomotivbaues in fünf bis zehn Jahren außerordentlich schwierig. Welcher Ansicht man über Konzentrierung auch sein möge, eine Konzentrierung, die soweit gehen würde, daß ein großer Teil der größten Industriewerke, auf denen Metallarbeiter beschäftigt sind, geschlossen wird, ist nicht mehr aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen unmöglich. Der Beschluß des 12. Parteitages über die Frage der Konzentrierung lautet:

„Der Ausweg aus der gegenwärtigen Lage liegt in einer radikalen Konzentrierung der Produktion (im Original gesperrt), in den technisch am besten ausgestatteten und geographisch am günstigsten liegenden Betrieben. Die dagegen erhobenen verschiedenen, nebensächlichen, zweitrangigen Einwände, wie wesentlich sie auch an und für sich sein mögen, müssen in den Hintergrund treten, gegenüber der grundlegenden wirtschaftlichen Aufgabe, die in der Versorgung der Staatsbetriebe mit dem erforderlichen Betriebskapital, in der Herabsetzung der Selbstkosten, in der Ausbreitung des Marktes und in der Gewinnung von Profit besteht."

Manche Genossen fingen an, auch das Motiv der Bewahrung der grundlegenden Kaders der Arbeiterklasse als zu den zweitrangigen Gründen gehörend zu betrachten.

Daher wird gegenwärtig in der Resolution der Parteizentrale als Ergänzung zu den vom 12. Parteitag gefaßten Beschluß über die Konzentrierung gesagt, daß die Konzentrierung unentbehrlich ist, daß aber hierbei der Notwendigkeit der Bewahrung der

grundlegenden Kaders der Arbeiterklasse Rechnung getragen werden muß. Das hat insbesondere auf die Metallarbeiter Bezug.

Das von mir gekennzeichnete Wachstum der Industrie gelangt in der Belebung des Transportwesens und des Handelsverkehrs zum Ausdruck.

Der Zustand des Transportwesens ist durch die folgenden grundlegenden Angaben gekennzeichnet:

	1921/22	1922/23	Prozentuell im Vergl. zu 1921/1922
Menge der in Warenzügen transportierten Waren (in 1000 Pud)	4,075.308	5,625.184	138
Durchschnittliche Verladung im Tage (Waggons und Zisternen)	9.769	11.818	121
Zurückgelegte Strecke aller Warentransporte in Güterzügen (in 1000 Pud) . . .	919,294.000	1.218,076.000	132·5
Spannung des Warentransportes in Pud-Werst für die Werst .	14.001	19.098	136
Zahl der Lokomotiven (Gesamtzahl)	19.338	19.659	101·6
Prozentsatz der „kranken" Lokomotiven	60·2	56·9	
Zahl der Güterwagen	409.735	418.287	102·9
Prozentsatz d. „kranken" Wagen	33·6	32·5	
Gesamtvorrat an Heizmaterial am 1. Oktober, in Holz ausgedrückt	503.742	1,139.969	226

Genosse Trotzki hat auf dem 12. Parteitag meine Einleitung zur Broschüre des Genossen Chalatow zitiert. In dieser Einleitung zur Broschüre des Genossen Chalatow habe ich darauf hingewiesen, daß die Industrie das erste Jahr der neuen Wirtschaftspolitik mit Verlust durchgemacht hat und daß erreicht werden muß, daß im Laufe des nächsten Jahres unsere grundlegenden Industriezweige sich der Defizitlosigkeit nähern oder defizitfrei werden. Einen bedeutenden Erfolg in dieser Beziehung sehen wir auf dem Gebiete des Transportwesens. Wenn wir nur das verflossene Jahr ins Auge fassen, so betrugen die Einkünfte im ersten Jahresviertel 52 Millionen, im zweiten Jahresviertel 100 Millionen, im dritten Viertel 110 Millionen und im vierten Viertel 116 Millionen. (Angaben des Volkskommissariates für Finanzwesen.)

Das Transportwesen arbeitet immer noch mit Defizit, das sich aber schnell verringert. Der staatliche Zuschuß für das Transportwesen betrug im Jahre 1922/1923 115 Millionen Rubel, während in diesem Jahre mit dem Volkskommissariat für Verkehrswesen Verhandlungen über eine Zahl von 40 bis 80 Millionen Rubel geführt werden, das heißt, daß die Höhe der Summe, die vom Staate für Unterstützung der Transportwirtschaft erforderlich ist, in diesem Jahre wenigstens um das Zweifache geringer ist als im Vorjahre, wobei aus dieser Zuschußsumme die Auslagen für die Hafenanlagen, Schutz der Flüsse usw. gedeckt werden, das heißt Auslagen, die nichts mit dem Eisenbahnbetrieb gemein haben. Wenn wir den Eisenbahnbetrieb an und für sich nehmen, so wird dieser im nächsten Jahre fast defizitlos sein.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß wir bei der Konzentrierung auf eine ganze Reihe politischer Schwierigkeiten gestoßen sind. Bei der Lösung dieser Schwierigkeiten haben wir in den Fällen mit den Putilowschen und den Briaesker Werken dem politischen Motiv gegenüber dem wirtschaftlichen den Vorrang gegeben und die Werke nicht geschlossen.

Daraus folgt aber nicht, daß die Direktive des Parteitages bezüglich der Konzentrierung nicht durchgeführt werden soll. Gewiß ist die Konzentrierung eine Sache, die nicht in ein oder zwei Wochen gemacht werden kann. Die Werke zu schließen, die Arbeiter nach neuen Betrieben zu bringen, dort für sie Unterkünfte zu finden und die Produktion am neuen Ort wieder in Gang zu setzen, ist eine Aufgabe, die nur binnen einer langen Frist, einer ganzen Reihe von Monaten, durchgeführt werden kann. Im Ergebnisse der Beschlüsse, die das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrates im Laufe der letzten sechs bis sieben Monate in der Frage der Konzentrierung der Industrie gefaßt hat, haben wir, nach vorläufigen Berechnungen des Obersten Volkswirtschaftsrates, bedeutende Erfolge in bezug auf die Gesundung verschiedener Seiten der Produktionstätigkeit zu verzeichnen. Vor allem kommt die Steigerung der Beschäftigung der Betriebe in Betracht; ich will mich diesbezüglich nur auf einige Beispiele beschränken: Vor der Konzentrierung der Baumwollindustrie waren die entsprechenden Betriebe zu 46,7% und nach der Konzentrierung zu 59,2% ihrer Leistungsfähigke
schäftigt. Die entsprechenden Zahlen vor und nach der
zentrierung in der Leinenindustrie betrugen 61,93 und 81
der Wollindustrie 60 und 75—100%, in der Lederindustri
und 90%, in dem Petersburger Maschinentrust 12 und 50%
in den staatlichen Gußeisenwerken 30 und 87—96%. Ich k
diese Aufzählungen weiter fortsetzen. Im Zusammenhang
der Frage der Preise haben sowohl ich persönlich wie auch
Reihe anderer Genossen in ihren Berichten mit Recht eine
an den Kommunisten geübt, die zur Arbeit in den Handels
Wirtschaftsorganen gesandt wurdenn. Wir kritisieren sie
Gesichtspunkte der Preissteigerung und der Höhe der Vert
kosten. In der gegenwärtigen Versammlung muß ich an der
derung, die ich früher gab, gewisse Änderungen vornehme
so mehr, weil in einer ganzen Reihe von Parteizellen diese
derung falsch ausgelegt wurde. Ich erstattete Bericht übe
Frage der Krise. Auch jetzt werde ich bei der Erörterun
Frage der Krise auf eine ganze Reihe Mängel hinweisen, di
dem Gebiete der Organisation unseres Wirtschaftslebens
gestellt und überwunden werden müssen.

Gleichzeitig hiermit muß ich aber feststellen, daß unsere
schafter im Laufe dieses Jahres eine umfangreiche Arbe
bezug auf die Organisation der Industrie, ihre Entwicklung
die Sicherstellung ihres ununterbrochenen Fortganges gel
haben. Fassen wir die Entwicklungslinie unserer Industri
vergangenen Jahre ins Auge, so werden wir sehen, daß sie
zum erstenmal in der Geschichte unserer Industrie von M
zu Monat ohne Schwankungen und gleichmäßig entwickelt
Das ist ein riesiger Erfolg sowohl des Planprinzips wie
der Tätigkeit unserer Wirtschafter. Ich kann mich besinnen
früher die Arbeiter von den Betrieben entlassen und dann w
eingestellt werden mußten, als wir infolge des Mangels, bal
Heizmaterial, bald an Rohstoffen gezwungen waren, diesen
jenen Betrieb für einige Wochen oder Monate zu schließen

Große Erfolge wurden von den Wirtschaftern auch auf
Gebiete der Organisation der Tätigkeit der Betriebe gele
Vor mir liegt eine zusammenstellende Tabelle darüber, wa
verflossenen Jahre auf dem Gebiete der Heizmaterialspar
der Verringerung der Zahl der Aushilfsarbeiter im Vergleich
Zahl der Facharbeiter, in bezug auf die Steigerung der Ro
terialersparnisse usw. geleistet worden ist. Ich will einige
diesen Zahlen anführen: Die Norm für die Herstellung von Ba
wollgewebe aus einem Pud Rohmaterial betrug bis März
85%, im Juli 87% und im Oktober 89%; in der Lederindu
wurden bis Ende 1922 für ein Pud Sohlenleder 1,92 Pud Ro
terial und im Jahre 1923 (nach Berechnung des Ledersyndi
1,89 Pud verwendet; auf dem Gebiete der Zuckerindustrie wu
aus einem Berkowetz Zuckerrüben in der Vorkriegszeit 65 Pf
im Jahre 1922 58 Pfund und im Jahre 1923 (Etatberechn
62,5 Pfund Zucker, das heißt um ein geringes weniger als
Vorkriegszeitnorm gewonnen. Auf dem Gebiete der Heizmate
ersparnis wurden im Jahre 1922/1923 für ein Pud Platteisen
Berechnung der staatlichen Gußeisenwerke 4,2 Pud Heizmat
und im Jahre 1923/24 (nach dem Programm) 3,5 Pud verbrau
für den Malzewschen Kreis sind die betreffenden Zahlen 4
3,3; für die Staatliche Industrie Farbiger Metalle sind d
Zahlen 4,6 und 4,4.

In bezug auf die Verringerung der Zahl der Aushilfsarb
im Vergleich zu den Facharbeitern haben wir im Vergleich
Anfang des Jahres 1922/23 eine Verringerung bei der Staatli
Industrie Farbiger Metalle um 24,4%, in den Werken „Der
Oktober" um 25%; beim Gummitrust betrug anfangs 1922/23
Zahl der Aushilfsarbeiter im Vergleich zu den Facharbeitern 15
und am Ende des verflossenen Jahres 66%.

Es muß auch die Steigerung der Produktivität der Arbe
hervorgehoben werden. Wenn — nach Angaben der Reichsk
kommission — die Produktivität eines Arbeiters in Vorkri
rubeln (Gesamtproduktion) für das Jahr 1920 548 Rubel bet
so beträgt sie für das Jahr 1922/23 schon 1292 Rubel und
reicht mehr als 60% im Vergleich zur Vorkriegszeit.

All das bedingt in diesem oder jenem Grade eine Ver
gerung der Selbstkosten der Produktion. So beträgt diese
ringerung für die „Chemische und Kohlenindustrie" 15%, für
Maschinenbau 12 bis 21%, für den Gummitrust 7%.

Ich bin aber weit davon entfernt, sagen zu wollen, daß
im Sinne einer elementaren Gesundung unserer Produktion
Konzentrierung der Tätigkeit der Industrie in den besten
trieben, Verringerung der Zahl der Aushilfsarbeiter, Verringer
der Betriebskosten usw. — schon alles geleistet haben, ja
muß vielmehr zugegeben werden, daß dies erst der Anfang

der erste Schritt in einer riesigen Arbeit, die unbedingt geleistet werden muß. Die Verbilligung der Produktion im Ergebnisse der Konzentration, der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Besserung der Organisation der Betriebsprozesse, die ich mit Ziffern veranschaulicht habe, bildet in der Gesundung unserer Industrie ein positives Symptom von größter Wichtigkeit. Die Erfolge aber, die wir auf diesem Wege bisher erreicht haben, sind im Vergleich zu jenen Aufgaben, vor denen wir stehen, völlig ungenügend.

Im Resultate der Kampagne, die wir für eine Herabsetzung der Preise geführt haben und führen werden, hat sich eine ganze Reihe von Fällen, namentlich in der Provinz, eine Übertreibung auf dem Gebiete der Kritik am Wirtschaftsapparat der Partei bemerkbar gemacht. Diese Übertreibung hat einen solchen Grad erreicht, daß mir Fälle mitgeteilt wurden, in denen die Kandidaturen von Genossen, die in Trusten und Syndikaten arbeiten, in den Parteiorganisationen abgelehnt wurden, weil die Trust- und Syndikatsleute die Preise in die Höhe getrieben und die Krise geschaffen haben. Das ist die größte Ungerechtigkeit. Gewiß haben sie Fehler bei der Feststellung der Preise begangen, aber sie waren es auch, die die riesigen Erfolge der Industrie im gesamten verflossenen Jahre herbeiführten. Die Kritik an den begangenen Fehlern muß in der Politik von der Kritik an Personen getrennt werden. Andere Wirtschaftsfunktionäre des gleichen Maßstabes, wie wir sie gegenwärtig haben mit ihrer riesigen Erfahrung, können wir binnen kurzer Zeit nicht finden.

Die Aufgabe besteht nicht darin, die gesamte Gruppe der Wirtschafter, selbst wenn sie große Fehler begangen haben, „durchzurütteln" oder ihnen die Unterstützung und Förderung in ihrer beispiellos schwierigen und verantwortlichen Arbeit zu verweigern, sondern darin, daß die Fehler gutgemacht werden sollen, daß an den Fehlern gelernt und daß die auf eine sorgfältige individuelle Auswahl der Wirtschafter und auf eine Besserung der Leistung der Wirtschaftstätigkeit durch die Partei gerichtete Arbeit gesteigert werde. Keinesfalls ist es zulässig, daß kommunistische Wirtschafter von irgendjemandem als Parteimitglieder zweiten Ranges betrachtet werden.

Auch muß berücksichtigt werden, daß in der Krise („Schere") sich nicht nur die Fehler der Wirtschafter, sondern auch die Schwäche der Organe, denen die Regelung der Wirtschaft obliegt, ausgewirkt hat.

Die Fragen der Industrie sind für unsere Partei von kolossaler Bedeutung, weil vom Wachstum der Industrie auch das Wachstum und die Kraft der Arbeiterklasse abhängt. In einem Lande, wo eine Arbeiterpartei an der Macht ist, in einem Lande, wo die Arbeiterklasse die unerschütterliche Stütze der Macht ist, ist das Schicksal unserer Partei im höchsten Grade sowohl mit den Fragen der Industrie wie auch mit den Fragen der Lage und des Wachstums der Arbeiterklasse verknüpft.

Nach Angaben des Obersten Volkswirtschaftsrates, die ungefähr 75% der gesamten Großindustrie erfassen (ohne Transportwesen, Volkswirtschaft, Holzverarbeitungsindustrie, einen Teil der Syndikatsindustrie, einen Teil der chemischen wie auch einen Teil der Lebensmittelindustrie), ist die Zahl der Arbeiter im verflossenen Jahre von 887.548 im Oktober 1922 auf 1,100.804 Personen, das heißt um 25% gestiegen. Alle drei wichtigsten Industriezweige — die Metallindustrie, Bergindustrie und Textilindustrie — wiesen im verflossenen Jahr ein bedeutendes Anwachsen der Zahl der Arbeiter auf. So ist in der Berg- und in der Metallindustrie die Zahl der Arbeiter mehr als um 10%, in der Baumwollindustrie mehr als um 45% gestiegen.

Diese Zahlen scheinen in einem gewissen Gegensatz zu stehen zum Anwachsen der Arbeitslosigkeit, deren Wachstum in einer ganzen Reihe von Städten mit großer Stärke eingesetzt hat, so daß die Zahl der Arbeitslosen die ansehnliche Zahl von ungefähr einer Million beträgt. Auf diesem Gebiete können wir gegenwärtig eine noch nie gesehene Erscheinung beobachten. Bei uns wächst gleichzeitig die Zahl der beschäftigten Arbeiter wie auch die Zahl der Arbeitslosen. Wie Ihr Euch errinnern könnt, war die größte Gefahr der letzten Periode des Kriegskommunismus die Gefahr der Zerbröckelung der Arbeiterklasse. Die geschulten Arbeiter verließen die Betriebe und zogen in die Dörfer. Wir haben eine ganze Reihe Gesetze über die Festbindung der Arbeiter an die Betriebe herausgegeben. In der Periode des Kriegskommunismus wurden Pläne der Zwangsversetzung von Arbeitern sowohl vom Genossen Sossowski wie auch von einer ganzen Reihe anderer Genossen in den Spalten unserer Presse mit großer Vorliebe erörtert. Solche Pläne wurden begründet durch den Mangel an Arbeitskraft, dadurch, daß die Arbeiter aus den Städten in die Dörfer flüchteten, wo sie besser und bequemer leben konnten. Gegenwärtig geht ein entgegengesetzter Zug vor sich. Jetzt ist infolge der Besserung der Lage der Arbeiterschaft, der Besserung der Lebensverhältnisse in den Städten, der Lösung der Verpflegungsfrage usw. ein Zustrom von Arbeitskraft vom Lande in die Stadt zu beobachten, und das Wesen der Frage der Arbeitslosigkeit besteht darin, daß das Wachstum unserer Industrie in ihrem Entwicklungstempo hinter dem Tempo der Rückkehr der Arbeiter in die Stadt etwas zurückbleibt. Das Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen ist natürlich sehr gefährlich; diese Gefahr verringert sich aber dadurch, daß unter den Arbeitslosen ein großer Prozentsatz auf die ungeschulten Arbeiter und auf Sowjetangestellte entfällt. Wird zum Beispiel die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Moskau und Petrograd nach den Hauptberufen verteilt, so stehen in Moskau am 1. Dezember die arbeitslosen Industriearbeiter 20%, Angehörige der intellektuellen Berufe 44,7% (das ist eine Folge der Einschränkung des Sowjetapparates) und ungeschulte Arbeiter 28% der Gesamtzahl. Die entsprechenden Zahlen für Petrograd sind: 22, 35 und 37%. Ungefähr die gleiche Proportion besteht auch im gesamten übrigen Rußland. So hat im November der Prozentsatz der Industriearbeiter unter den Erwerbslosen nach Angaben des Volkskommissariates für Arbeitswesen 24%, der Prozentsatz der intellektuellen Berufe 38% und der der ungeschulten Arbeiter 26% betragen. Somit entfällt die Hauptmasse der Arbeitslosen auf die ungeschulten Arbeiter, das heißt hauptsächlich Abkömmlinge vom Lande und auf die intellektuellen Schichten.

Gegenwärtig haben wir, trotzdem die Einkünfte aus den Versicherungsbeiträgen im Steigen begriffen sind und das Versicherungskapital wächst, noch keine Mittel, die es uns ermöglichen würden, uns der Aufgabe einer größeren Unterstützung der gesamten Arbeitslosenmasse zu unterziehen. Daher beantragt die Parteizentrale in ihren Schlußfolgerungen, aus der gesamten Masse der Arbeitslosen in erster Reihe die Industriearbeiter, die mit den Fabriken und Industriewerken verknüpften Arbeiter, die bei der weiteren Entwicklung der Industrie ausgenützt werden sollen und die ihrer Zusammensetzung nach proletarische Kaders sind, heranzuziehen. Das Hauptmittel des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit muß natürlich in der weiteren Entfaltung unserer Industrie bestehen.

Das Wachstum des Arbeitslohnes im gesamten vergangenen Jahr weist in allen Industriezweigen zusammen folgendes Bild auf:

Der Arbeitslohn ist nach Angaben der Wirtschafter um 87% und nach Angaben der Gewerkschafter um 63% gestiegen. Bei den Metallarbeitern ist der Arbeitslohn von Januar bis Dezember d. J. um 33,8% gewachsen. In bezug auf den Arbeitslohn hat die Parteizentrale eine besondere Direktive in dem Sinne erteilt, daß die in bezug auf Arbeitslohn zurückgebliebenen Kategorien der Arbeiterschaft dem allgemeinen Niveau näher gebracht werden sollen. Hierher gehören vor allem auch die Arbeiter des Transportwesens und die Metallarbeiter. Bei den Metallarbeitern stand der Arbeitslohn im Dezember schon um 17,9% über dem Durchschnittsniveau, während er im Januar noch auf dem Durchschnittsniveau oder um 3% darüber gestanden hat. Ich verfüge über keine streng kontrollierten ziffernmäßigen Angaben über den Arbeitslohn der Eisenbahnarbeiter; jene vorläufigen Angaben aber, die ich hierüber vom Allrussischen Zentralen Gewerkschaftsrat erhalten habe, sprechen darüber, daß der Arbeitslohn der Eisenbahner vom Januar bis Oktober dieses Jahres um 50 bis 60% gestiegen und im Oktober 1923 13 bis 14 Warenrubel erreicht hat. Im weiteren ist die allmähliche Steigerung des Arbeitslohnes in Übereinstimmung mit der allgemeinen Besserung unserer Wirtschaft und des Wachstums der Arbeitsproduktivität anzustreben.

Das ist die Sachlage in bezug auf Landwirtschaft, Industrie und Arbeitslohn. Trotz einer ganzen Reihe von Erfolgen auf allen diesen Gebieten machen wir seit Anfang des Sommers Krisenerscheinungen durch, die anfänglich von einer ganzen Reihe Funktionären nicht in ihrer vollen Bedeutung eingeschätzt wurden.

Wenn ich erkläre, daß diese Erscheinungen gefährlicher sind als jene, die früher stattgefunden haben, so will ich damit nicht sagen, daß sie jetzt zu einer Einschränkung der Produktion oder zu einer Verschlimmerung der Arbeiterklasse geführt haben — keine einzige Fabrik wurde geschlossen und der Arbeitslohn ist nach wie vor im Steigen begriffen. Das kann natürlich nur unter den Bedingungen der Herrschaft einer Arbeiter- und Bauernmacht gemacht werden. Diese Krise ist aber gefährlich, weil sie große Mängel in grundlegenden Dingen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Beziehungen, auf dem Gebiete der Beziehungen zwischen Stadt und Land, aufgedeckt hat.

Früher hatten wir Teilkrisen in bezug auf Heizmaterialien, Verpflegungskrisen, Transportkrisen und gewisse Mängel an einem entsprechenden Einklang zwischen den einzelnen Zweigen der Industrie durchgemacht. Gegenwärtig haben wir eine Krise der wachsenden Industrie, der wachsenden Landwirtschaft in der Sphäre des Warenverkehrs zwischen den beiden, wobei schon ganz vom Anfang des Sommers an alle Maßnahmen getroffen wurden, um die Waren dem Bauer zuzustellen. Die Krise entstand bei einer Anhäufung der Waren nicht in den Depots der Betriebe, sondern in den Depots der Genossenschaften und der Handelsorgane, und sie entstand hauptsächlich in der Folge der Disproportion der Preise der Produkte der Landwirtschaft und der Produkte der Fabrikindustrie.

Ich glaube, daß Ihr alle die „Schere" gesehen habt, die in einer ganzen Reihe von Zeitungen abgedruckt war und die diese Disproportion der Preise in der Gestalt zweier auseinandergehender Linien veranschaulicht. Gegenwärtig haben sich die beiden Schneiden der „Schere" einander genähert. Die Preise für Industriewaren, die im Vergleich zum durchschnittlichen Preisniveau am 1. Oktober 1,72 betragen haben, sind am 11. Dezember bis 1,52 zurückgegangen, während die landwirtschaftlichen Waren eine Preissteigerung aufzuweisen haben; sie sind von 0,54 im Vergleich zum Gesamtindex am 1. Oktober auf 0,69 am 11. Dezember gestiegen; somit hat sich der Winkel der „Schere", der am 1. Oktober 3·2 betrug, am 11. Dezember auf 2·2 verringert. Die Frage dieser Krise ist von grundlegender Wichtigkeit für die gesamte weitere Wirtschaftspolitik unserer Partei. Als wir die neue Wirtschaftspolitik einführten, wurden sowohl im Referat des Genossen Lenin wie auch in einer ganzen Reihe verantwortlicher Äußerungen dahingehende Erklärungen gemacht, daß bei der neuen Wirtschaftspolitik Krisen unvermeidlich sind. Aus diesen Krisen muß die Partei und müssen unsere Wirtschafter lernen und vor allem müssen wir aus der Krise im Herbst dieses Jahres lernen. Warum? Weil, wenn es uns nicht gelingt, einen Warenaustausch zwischen der Fabrik und dem Dorfe zustande zu bringen, wir nicht nur keine Perspektiven für die weitere Entwicklung unserer Industrie besitzen, sondern uns sogar ein wenig werden zurückziehen müssen. Eine riesige Anzahl der Bevölkerung — die Mehrheit: 100 Millionen unter 120 — besteht aus bäuerlichen Kleinproduzenten. Das wirtschaftliche Band der Arbeiter und Bauern besteht darin, daß die Bauern einerseits der Stadt Rohstoffe und Nahrungsmittel liefern und andererseits die grundlegenden Käufer für die Produkte der Industrie sind, und zwar Käufer, die ein ununterbrochenes Anwachsen der Nachfrage für die Produkte der Industrie sichern können. Wir haben eine hundertmillionenköpfige Bauernschaft, und wenn wir auch nur in einem gewissen Maße ein Band mit der Bauernwirtschaft, mit dem Bauernhof schaffen können, wenn jeder Bauer ein wenig von der Stadt kaufen wird, so erhalten wir die Perspektive von Möglichkeiten für ein ununterbrochenes und kolossales Wachstum unserer Industrie auf der Grundlage dieses Massenmarktes. Wird aber diese Anknüpfung nicht zustande gebracht, so wird die Industrie in dem gleichen Maße, wie es bisher der Fall war, sich auf den städtischen Markt, auf den Verbrauch des Arbeiters, auf den Verbrauch der Kleinbürger und der Bourgeoisie gründen müssen. Welche Aufnahmefähigkeit besitzt nun der Markt und warum ist die Frage der Krise gegenwärtig für uns die wichtigste?

Im verflossenen Jahr hat die Industrie die Erfolge, über die ich berichtete, hauptsächlich (zu sieben Zehnteln) auf Kosten der Stadt und des städtischen Marktes erreicht. Der städtische Markt ist zahlungsfähiger, schon aus dem Grunde, weil hier der Arbeitslohn, das heißt das Einkommen des Hauptkäufers der Stadt, des Arbeiters, in Warenrubel berechnet wird und die ganze Zeit hindurch gestiegen ist. Eine Berechnung des Warenrubels bedeutet eine Berücksichtigung der Teuerung. Genau so sind die Angestellten, die Nep-Leute, die Kleinbürger, die Kleinbourgeoisie infolge der allgemeinen Wiederherstellung des städtischen Lebens zahlungsfähiger als die Bauernschaft, und die Industrie ist auf Grundlage dieses zahlungsfähigen Marktes gewachsen, erstarkt, und hat sich entwickelt.

Sie hat eine Niederlage erlitten, als sie versucht hat, sich nun in aller Form mit dem weniger zahlungsfähigeren Bauernmarkt in Verbindung zu setzen, der im Vergleich zum städtischen seiner potentiellen Macht nach viel größer ist. Der Umstand, daß die Industrie sich die ganze Zeit hindurch der Stadt angepaßt hat und daß sie — unerwartet für sie selbst — auf dem Bauernmarkt eine Niederlage erlitten hat, erklärt sich zum bedeutenden Teil dadurch, daß die Absätze der Resolution des 12. Parteitages, die auf Beschluß des Plenums der Zentrale in dem ursprünglichen Entwurf dieser Resolution eingefügt wurden, in der Praxis nicht verwirklicht worden sind. Die Industrie, die ihre Grundlage in einem stets wachsenden städtischen Markt sah, verlor die Bauernschaft aus dem Gesicht — jedenfalls machte sie es sich nicht zu ihrer allerersten Aufgabe, in dem Assortiment und der Qualität der Waren wie auch in bezug auf die Preispolitik das Maximum des Möglichen für die Eroberung des Bauernmarktes zu leisten. Das trat auch in der Kalkulierung zutage. In einer ganzen Reihe von Kalkulierungen können solche Auslagen festgestellt werden, die man hätte aufschieben können, wie zum Beispiel die Kosten grundlegender Wiederherstellungen, die Kosten neuer Bauten, der Wiederherstellung des Grundkapitals usw. Die Industrie muß das klare Bewußtsein haben, daß das Schicksal ihrer Entwicklung von der Eroberung des Bauernmarktes abhängt, daß in der Preispolitik in erster Reihe mit diesem Umstand gerechnet werden muß und daß allerlei Auslagen für jene Zeit zurückgestellt werden müssen, in der die Industrie auf Grundlage des erweiterten Bauernmarktes und einer gesteigerten Massenproduktion die Möglichkeit für eine Steigerung ihrer Einkünfte gewinnen wird.

Die Möglichkeit zur Verwirklichung einer Politik hoher Preise wurde durch das Organisationssystem unserer Industrie in der Gestalt des Systems der Trust- und Monopolsyndikate gegeben.

Dieses System leidet an zwei Mängeln: erstens ist schon die Zahl der Syndikate etwas größer als dies notwendig ist und von den wirtschaftlichen Interessen verlangt wird, zweitens wurde die monopolistische Organisation der Syndikate nicht so ausgenützt, wie das erforderlich ist, das heißt nicht in der Richtung eines „Anschlusses" an den Bauer und einer Herabsetzung der Preise.

Gleichzeitig halte ich für verfehlt die Einwände gegen jede Zentralisierung und jegliches Monopol — Einwände, die zu Versuchen der Zerstückelung unserer Industrie in einzelne miteinander konkurrierende Unternehmen führen müssen. Werden wir einmal eine organisierte sozialistische Wirtschaft haben, so wird sie zentralisiert und im bedeutenden Maße monopolistisch sein. Jegliche Übertreibungen der Zentralisierung müssen beseitigt, es müssen Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Selbsttätigkeit der einzelnen Wirtschaftseinheiten getroffen werden und was die Hauptsache ist, es muß eine systematische Leitung der Industrie im System ihrer Organisation und in der Tätigkeit der regulierenden Organe selbst gesichert werden.

Ich habe schon gesagt, daß die Schneiden der „Schere" im Vergleich zur Lage im Oktober einander um ein Drittel nähergekommen sind. Das geschah sowohl infolge des Steigens der Getreidepreise (im Durchschnitt von 0,56 auf 0,69 im Vergleich zur gesamten Warenindexzahl), im Resultate der Steigerung des Aufkaufes und der Ausfuhr von Getreide und der Beendigung des größeren Teiles der Naturalsteuereinhebungskampagne und andererseits infolge einer Herabsetzung der Preise für die Produkte der Industrie. Im Zusammenhang hiermit ist der Warenaustausch auf dem Lande reger geworden. Eine Schärfe der Krise ist nicht mehr vorhanden, die Krise ist aber noch nicht überwunden. Eine weitere Annäherung der Schneiden der „Schere" und eine Steigerung des Warenumsatzes tut not. Diese Aufgabe kann nicht auf einmal, durch einen Befehl gelöst werden, sondern es muß hieran systematisch und beharrlich von Tag zu Tag gearbeitet werden.

Auf dem 12. Parteitag wurden in der Diskussion über die wirtschaftlichen Fragen zwei Momente berührt, die für die gegenwärtige Periode besonders aktuell und besonders brennend sind. Das sind die Fragen über das Privatkapital und die Organisation des Handels. Ich weiß nicht, ob es eine Plattform oder ein Projekt gibt, wonach mit der Nep Schluß gemacht werden soll und eine Richtung auf den Kriegskommunismus einzuschlagen ist. Ich weiß es aus dem Grunde nicht, weil die Diskussion über die Aufgaben der Wirtschaftspolitik erst einsetzt und die Zentrale die Einwände, die gegen ihr Resolutionsprojekt gemacht werden sollen, noch nicht kennt.

Damit es aber keinerlei Zweifel in bezug auf die Stellung der Parteizentrale zu Vorschlägen betreffend die Rückkehr zum Kriegskommunismus, falls solche Vorschläge gemacht werden sollen, geben soll, hat die Parteizentrale in ihre Resolution den Hinweis eingefügt, daß derlei Vorschläge unbedingt zurückgewiesen werden müssen. Sind aber etwa andere Reformen im Regime der neuen Wirtschaftspolitik erforderlich, und wenn dies der Fall ist, welche sind es dann? Die Beantwortung dieser Frage

hängt in erster Reihe davon ab, in welchem Maße in unserer Gesellschaft das Privatkapital gewachsen und erstarkt ist und eine Bedeutung erlangt hat. Als wir zur neuen Wirtschaftspolitik übergingen, wurde in allen Referaten, die hierüber sowohl von den Mitgliedern der gegenwärtigen Opposition wie auch von den Mitgliedern der gegenwärtigen Mehrheit gehalten wurden, darüber gesprochen, daß bei der neuen Wirtschaftspolitik der Staat die herrschenden Höhen des wirtschaftlichen und industriellen Lebens in seinen Händen behalten muß und alles, was nicht zu diesen Höhen gehört, Privathänden, gemischten Gesellschaften usw. übergeben werden soll. Bisher konnten wir das nicht tun. Sowohl unsere Verpachtungs- wie auch unsere Konzessionspolitik hat noch zu keinen ernsten Erfolgen geführt und bis auf den heutigen Tag befindet sich eine zahllose Menge von Kleinbetrieben, die man ohne die geringste Gefahr in andere Hände übergeben könnte, auf unseren Schultern. Die Konzessionspolitik hat im vergangenen Jahr zu großen Resultaten geführt, aber auch diese Resultate sind im Vergleich zu dem, was auf dem Gebiete der Hinzuziehung des ausländischen Kapitals zum Wirtschaftsleben unseres Landes gemacht werden kann und soll, völlig ungenügend. Die Rolle und Bedeutung des Privatkapitals bleibt gegenwärtig auf das Gebiet des Handels beschränkt.

Im Handel nimmt das private Kleinkapital eine vorherrschende Stellung ein. Bei der Erörterung der Fragen des Handels muß im Auge behalten werden, daß es zur Zeit, als wir zur neuen Wirtschaftspolitik hinübergingen, mit Ausnahme der Hamsterer, keinen Handel und keinerlei Handelsapparat gab. Die Verpflegung der Bevölkerung ging im Wege des Volkskommissariates für Verpflegungswesen ohne die Beteiligung von Geld vor sich.

Was stellt der Handelsapparat im gegenwärtigen Augenblick dar? Der Großhandel befindet sich vorwiegend in den Händen des Staates (77,4% des gesamten Umsatzes des Großhandels) und zusammen mit dem Genossenschaftswesen ergibt der staatliche Handel 85,5% des gesamten Großumsatzes.

Der Mittelhandel (Groß- und Kleinhandel) befindet sich zur Hälfte in den Händen des Staates und des Genossenschaftswesens (49,6%) und zur anderen Hälfte in den Händen des Privatkapitals, auf das 50,4% des Gesamtumsatzes des Mittelhandels entfallen.

Der Kleinhandel befindet sich in seiner Hauptmasse in den Händen des Privatkapitals (83,4% des Gesamtumsatzes des Kleinhandels). Ich habe Angaben aus der Kommission für den inneren Handel, die auf Grund der Angaben des Volkskommissariates für Finanzwesen über die Ausfolgung von Handelsausweisen für das erste Vierteljahr 1923 ausgearbeitet sind. Die Gesamtzahl der während dieser Periode ausgefolgten Handelsausweise beträgt 476.351, wovon 66% oder 314.000 auf die erste und zweite Kategorie*) entfallen. In der dritten Kategorie zählen Handelsunternehmen, die Privatpersonen gehören, ungefähr 100.000. Von den 314.000 Unternehmen der ersten und zweiten Kategorie gehören 99% dem Privathandel an. Was stellen diese 314.000 Handelsanstalten, die zur ersten und zweiten Kategorie gehören, dar? Diese Frage beantworten die folgenden Punkte des Gesetzes über die Handelsausweise, die keinerlei weitere Kommentare erfordern.

„Zur ersten Kategorie gehört der Handel mit in einer besonderen Aufzählung genannten Waren auf Wochenmärkten, Marktplätzen und an anderen Orten, der persönlich aus der Hand, vom Boden oder von kleinen Verkaufstischen, aus Säcken, Körben, Kisten, Gefäßen usw. vor sich geht, die mit dem gesamten Warenvorrat von einem Menschen getragen werden" . . . „Zur zweiten Kategorie gehört der durch eine Person oder mit Hilfe eines Familienmitgliedes betriebene Handel mit außer den in einer besonderen Aufzählung genannten Waren, die a) auf beweglichen Einrichtungen von keinem bedeutenden Umfang (Marktpulte, Tische, transportable Pulte, kleine Wagen, Kähne) auf Wochenmärkten, Marktplätzen und an anderen Orten gehandelt werden; b) die in kleinen, ständigen Räumen, die nicht die Bedeutung eines Zimmers besitzen (Kioske, Boden, Schuppen, Zelte, Ecken) und deren Umfang einen Quadratklafter nicht übersteigt und in die Käufer nicht eintreten können, gehandelt werden."

Das sind die beiden grundlegenden Katogorien der Kleinhändler, in deren Händen sich ungefähr 70% aller Handelsunternehmen befinden.

Ich will noch ein außerordentliches Dokument verlesen, das charakteristisch ist, wie es auf dem Dorfe um den Handel bestellt ist. In diesen Dokumenten heißt es: „Ständige private Handelsunternehmen gibt es im Landkreise nicht. Alle örtlichen Privathändler treiben nur auf den Märkten und Jahrmärkten, sowohl des eigenen Landkreises wie auch der anderen Landkreise Handel." (Aus den Erhebungen im Bezirk Schadrinsk, Landkreis Smolinskoje.)

„Außer den Wochenmarkttagen und den Jahrmärkten hat es in der Ortschaft Smolinskoje weder Hausierer noch Fahrhändler gegeben. In andere Ortschaften des Landkreises kommen Fahrhändler, die mit Butter, Fisch, Tee und Galanteriewaren Handel treiben." (Aus den Ergebnissen der Erhebungen im Landkreis Smolinskoje im Bezirk Schadrinsk). „Hausierer und Fahrhausierer gibt es, außer den Markttagen, keine." (Aus den Erhebungen im Landkreis Mechonskoje, Bezirk Schadrinsk.)

Ich könnte hier endlos lokale Mitteilungen anführen, die davon zeugen, daß in den Dörfern und Landkreisen in bezug auf den Handel so asiatische Verhältnisse herrschen, daß es nicht nur keine Detailgeschäfte, sondern auch keine Hausierer gibt. Bei einer solchen Sachlage ist natürlich der private Krämerladen ein Schritt vorwärts im Vergleich zu dem, was wir gegenwärtig haben. Der „Staatskapitalismus" konnte es sich nicht schon im dritten Jahre der neuen Wirtschaftspolitik zur Aufgabe machen, eine Lage zu erreichen, bei der nur eine geringe Anzahl von Staatsorganen — eine unmittelbare Verbindung zwischen der Fabrik und den Kleinkonsumenten — geschaffen ist. Das aber, was wir gegenwärtig auf dem Gebiete des Handels haben, läßt uns die Frage über den Handel im vollen Umfange aufrollen.

Wieviel hat das Privatkapital auf dem Gebiete des Handels verdient? Anfänglich wurde eine Ziffer von 600 Millionen genannt, die unrichtigerweise als Profit oder als durch die Privathändler angehäufter Gewinn bezeichnet wurde. Die Zahl von 600 Millionen ist das Ergebnis annähernder Berechnungen. Möglicherweise hat der Handel auch mehr, vielleicht auch weniger verdient, jedenfalls muß aber bei der Betrachtung dieser Zahlen im Auge behalten werden, daß hier die Auslagen für den Transport und für den Schutz der Waren, für den Unterhalt der Handelsgehilfen, für den Unterhalt der Räume usw. enthalten sind. Dieser Profit fällt auf ungefähr 4000 Privathändler. Natürlich wäre es weit besser, wenn dieser Profit — oder ein großer Teil — in den Händen des staatlichen und genossenschaftlichen Handels bleiben würde. Wiewohl bei der gegenwärtigen Sachlage zugegeben werden muß, daß das Wachstum des Privatkapitals noch keinen Umfang erreicht hat, der für unser System und für die Herrschaft unserer Partei gefährlich werden könnte, muß auch gesagt werden, daß es in unserer Wirtschaft schon ein Gebiet gibt, das Gebiet des Handels, auf dem das Privatkapital anfing, eine vorwiegende, herrschende und daher für uns gefährliche Stellung einzunehmen. Welche Maßnahmen müssen getroffen werden, um dieser Gefahr vorzubeugen? Die wichtigsten sind die folgenden zwei: Entwicklung des genossenschaftlichen Handels und Regelung des privaten Handels.

Es wurden auch dahingehende Vorschläge laut, daß der Staatshandel nach dem gleichen Typus organisiert werden soll, wie bei dem Zarismus der Wodkahandel organisiert war, das heißt, daß in den Dörfern und Landkreisen eine gigantische Anzahl von Krämerladen aufgestellt werden soll, in die Handlungsgehilfen zu stellen sind, die in diesen Läden mit staatlichen Waren Handel treiben werden. Dieses Ansinnen nannte ich in einer Diskussion eine bürokratische Utopie. Werden wir bis auf den heutigen Tag im Trust von Bogorodek-Stschelkowo, der sich unweit von Moskau befindet, betrogen, was wird dann mit uns geschehen, wenn wir in allen den weglosen Landkreisen Handelsgehilfen einstellen werden, die in unseren Läden Handel treiben sollen? Ich bin überzeugt, daß wir in einer riesigen Anzahl von Landkreisen schon binnen kurzer Zeit weder Waren, noch Geld, noch die Handlungsgehilfen, noch die Läden vorfinden würden.

Dem Genossenschaftswesen muß die Hauptverpflichtung und Verantwortlichkeit für die Organisation des Kleinhandels auferlegt werden. Der kolossale Fehler des Genossenschaftswesens und des staatlichen Handels besteht darin, daß sie mit dem Privathandel nicht in bezug auf billigere Verkaufspreise, sondern darin konkurrieren, um einen je größeren Profit zu erzielen. Im Resultate fanden die Bauern und Arbeiter keinen Unterschied zwischen dem staatlichen und genossenschaftlichen Handel einerseits und dem privaten Handel andererseits und fanden kein Interesse daran, um die Organisation des Genossenschaftswesens zu fördern und den staatlichen Handel gegen den privaten Handel zu unterstützen.

*) Unter „erste Kategorie" ist hier der Kleinhandel zu verstehen usw.

Die Richtung der Tätigkeit des staatlichen und des genossenschaftlichen Handels muß geändert werden, damit die Frage der Organisation primärer genossenschaftlicher Zellen in ihrem vollen Umfange auf die Tagesordnung gesetzt werde, damit in jedem Landkreis und -bezirk der genossenschaftliche und der staatliche Handel mit dem Privathandel konkurrieren und die Preise drücken können. Gegenwärtig ist der Hausierer in den Dörfern ein Monopolhändler und kann, da er keine Konkurrenten hat, jeden beliebigen Preis fordern. Wird es aber eine Konkurrenz geben, so wird sowohl der Privathändler wie der Hausierer die Preise herabsetzen und den Profit einschränken müssen und in vielen Fällen, besonders im Hausiererhandel eine den staatlichen Organen untergeordnete Rolle spielen.

Das zweite, was auf dem Gebiete des Handels unternommen werden muß, ist die Regulierung.

Ich muß sagen, daß, bevor die für die Frage der „Schere" eingesetzte Kommission der Zentrale den Antrag auf die Regulierung der Kleinhandelspreise gestellt hat, ihre Mitglieder sehr lange geschwankt haben. Uns schien, daß dies nicht so sehr eine prinzipielle Frage oder die Frage einer bestimmten Plattform sei, als vielmehr eine Frage der Praxis: der Möglichkeiten der Durchführung und Verwirklichung der Regelung der Kleinhandelspreise in unserem Lande im Jahre 1923 bei dem gegenwärtigen Zustand der Partei, der Wirtschaft und des Sowjetapparates. Natürlich können wir die Preise in den Marktpulten aller dieser Händler erster und zweiter Kategorie nicht regeln. Aber selbst wenn wir die beständigen Krämerläden ins Auge fassen, so kann auch hier der Handel aus einem legalen leicht zu einem illegalen werden. Treibt man bis jetzt geheimen Handel mit Getreidebranntwein, warum sollte man nicht mit Petroleum oder sonst etwas anderem geheimen Handel treiben, wenn dieser vorteilhaft sein wird? Wir haben daher beschlossen, uns als Experiment auf die Regelung der Kleinhandelspreise lediglich bei drei Produkten — Salz, Petroleum und Zucker — zu beschränken und schlagen in bezug auf diese Produkte eine Festsetzung der Höchstpreise für diese Waren nur bis einschließlich der Bezirksstädte vor. Weiter — in den Landbezirk, in das Dorf — wollten wir nicht gehen, da wir es dort mit völligem Fehlen der Wege, mit Hausiererhändlern, mit gelegentlichen Jahrmärkten oder einem geheimen Handel zu tun haben. Die genossenschaftlichen Organisationen müssen natürlich auch die weitesten und versteckten Dörfer erfassen.

Was das private Handelskapital in den Städten betrifft, so muß hier, insofern sich ein übermäßiger Grad seiner Akkumulation herausstellt, der Apparat der Steuererhebung verstärkt werden, besonders für jene Teile der Einkünfte des Privatkapitals, die bisher der steuerlichen Erfassung entgangen sind.

Ich habe noch zwei Fragen: die der Finanzpolitik und des Planprinzips kurz zu berühren. In bezug auf die Finanzpolitik erwartete ich, offen gesagt, größere Meinungsverschiedenheiten und war außerordentlich erfreut, als ich vom Genossen Preobraschenski hörte, daß er sich in der grundlegenden Frage der Finanzpolitik, in bezug auf die Direktive der Partei betreffend den Übergang zur wertbeständigen Währung, der Plattform der Parteizentrale anschließt. Das konnte eine grundlegende Frage in den Meinungsverschiedenheiten sein. Fällt das aber weg, so glaube ich nicht, daß in bezug auf das Wesen dieser Plattform große Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten denkbar wären.

Ich habe es anfangs meines Referats schon gesagt, daß wir nicht im geringsten in Abrede stellen, daß es eine Reihe von diesen Mängeln auf allen diesen Gebieten gegeben hat, und nur das eine behaupten, daß, als diese Mängel festgestellt wurden, sowohl die Zentrale wie Genosse Sokolnikow alle Maßnahmen trafen, um sie aus der Welt zu schaffen. Wir taten das in bezug auf den Getreideaufkauf und gingen dabei so weit, daß das Pol.-Büro jede Woche sich mit der Frage der Finanzierung dieser Operationen beschäftigte; das geschah auch in bezug auf den Arbeitslohn und eine ganze Reihe anderer Fälle. Ist im weiteren eine Wiederholung dieser Mängel denkbar? Ich denke, daß das wohl denkbar ist. Haben wir doch gegenüber den 400.000 oder 500.000 Parteigenossen, von denen immerhin ein bedeutender Teil in den Werkstätten und in den Dörfern arbeitet, Hunderttausende von Sowjetangestellten, und alle diese Sowjetangestellten stellen sich zur Durchführung unserer Maßnahmen ganz und gar nicht wie Parteigenossen. Es ist völlig ausgeschlossen, daß es bei einer solchen Sachlage keine Fälle bürokratischer Verzerrungen geben soll.

Die Frage des Kampfes gegen den Bürokratismus, seine Verzerrungen und die Zusammensetzung des Sowjetapparates in so wichtigen Angelegenheiten wie das Finanzwesen, die Einhebung der Naturalsteuer usw. aus fremden oder neutralen Elementen, ist natürlich eine Frage von großer Wichtigkeit und in der Frage der Finanzen von außerordentlicher Schwierigkeit.

Auf dem Gebiete der Finanzen — wir wollen nicht die einzelnen Fehler, die einzelnen Verzerrungen rechnen, die es, ich wiederhole es, gegeben hat, und ich persönlich kenne sie weit mehr als jeder andere, da ich infolge meiner Tätigkeit als „Apparatmensch" im Rat für Arbeitswesen und Landesverteidigung öfter als andere mit ihnen zu tun hatte — war unsere Politik in allen grundlegenden Fragen richtig und brachte für unsere Partei riesige Erfolge. Diese Erfolge können auch in bezug auf das Budget festgestellt werden. Erstens haben wir jetzt zum erstenmal ein wirkliches Orientierungsbudget. Seinerzeit wurde auf dem Sowjetkongreß auf Antrag Leninis unter dem Namen eines „Budgets" etwas bestätigt und — auf dem gesamten Erdball veröffentlicht, was einem Budget nicht in dem geringsten Grade ähnlich war. Nie fühlte er sich in einer so unangenehmen Lage, als damals, da er irgend einen Unsinn als Budget unterzeichnete und dem Allrussischen Sowjetkongreß zur Annahme vorlegte. Jetzt haben wir auf dem Gebiete des Budgets bedeutende Erfolge erreicht im Sinne der Aufstellung eines Orientierungs- und Vierteljahresbudgets und, was die Hauptsache ist, in Tscherwonezwährung. Früher wurde alles nach irgendwelchen Indexzahlen ausgefolgt. Jede Institution hatte nicht eine, sondern mehrere Indexzahlen, die je nachdem welche dieser Indexzahlen vorteilhaft und notwendig war, angewendet wurden. Infolge dieser Indexzahlen wußte niemand, wieviel er zu einer bestimmten Zeit erhalten werde und warum er so viel und nicht mehr und nicht weniger erhält. Gegenwärtig wird das gesamte Budget in Tscherwonezwährung aufgestellt und in Tscherwonezwährung werden die bewilligten Summen ausgefolgt, die demzufolge fester sind. Wir stellen auch gegenwärtig noch monatliche Kostenanschläge auf, und ich persönlich habe noch gestern über einen solchen Kostenanschlag im Rat für Arbeitswesen und Landesverteidigung beraten, und erst in der nächsten Zukunft beabsichtigen wir, zu vierteljährlichen Kostenanschlägen überzugehen. Wir betrachten es als einen riesigen Erfolg, daß wir es für drei Monate im voraus ganz genau wissen werden, wieviel jeder einzelne erhalten wird. Das ist ein riesiger Erfolg. Er erwies sich als möglich infolge der Einschränkung der Emission und des Eindringens des Tscherwonez in den gesamten Warenumsatz. Nehmen wir die wichtigsten zahlenmäßigen Angaben über die Emission, so sehen wir, daß ihr Anteil im Vierteljahr Oktober-November 47%, im Januar-März 32%, im April-Juni 29% und im Juli-September 17% betragen hat. Die Rolle der Emission ist von Monat zu Monat geringer geworden. Demzufolge, das heißt infolge der Einbürgerung des Tscherwonez, der Einschränkung des Defizits und der allgemeinen Besserung der Wirtschaft und des Warenumsatzes können wir jetzt die Frage des Überganges vom sinkenden Sowjetgeld zu einem wertbeständigen Wechselgeld auf die Tagesordnung bringen.

Ist diese Reform gegenwärtig möglich oder nicht? Ich denke, daß sie möglich ist, weil der gesamte Geldverkehr schon zu vier Fünfteln durch den Tscherwonez erfolgt. Die Bedeutung des Sowjetgeldes ist auf ein Fünftel, das heißt auf einige Dutzend Millionen beschränkt. Ist das aber der Fall, so müssen wir, unser Silber ausnützend, den Versuch machen, zu einem wertbeständigen Geldzeichen auf dem Gebiete des Kleingeldverkehrs übergehen. Die völlige Einmütigkeit der Partei in dieser Frage sichert den Erfolg bei der Durchführung dieser Geldreform.

An den Erfolg dieser Reform haben die Arbeiter- und Bauernmassen das größte Interesse. Es ist eine ganz andere Sache, Sowjetgeldzeichen in der Tasche zu haben, die jeden Tag im Werte fallen, oder Geldzeichen zu haben, deren Wert nicht fällt. Das ist für jeden Arbeiter und Bauer dermaßen verständlich, daß die allseitige Unterstützung der Reform ihrerseits in vollem Umfange gesichert ist. Das wird die Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Bauernmassen wie auch die Lage der Bauernschaft in riesigem Maße bessern. Damit der Erfolg dieser Reform völlig gesichert sei, ist eine weitere Einschränkung unseres Defizits und ein weiterer Kampf gegen jegliche überflüssige Ausgaben, gegen schlechte Wirtschaftsführung usw. erforderlich.

Meine Zeit ist schon abgelaufen, und ich gehe jetzt über zur letzten Frage, der Frage der Planmäßigkeit. Die Frage der Methoden, des Organisationssystems und des Tempos der Verwirklichung der Planwirtschaft war in der Parteizentrale die

ganze Zeit hindurch strittig. Die Meinungsverschiedenheiten gründeten sich darauf, daß die Verwirklichung des Planprinzips auf dem Gebiete der Wirtschaft ein ganzer, langwieriger Prozeß ist, der, um in einem gewissen Grade erfolgreich zu sein, eine ganze Reihe wirtschaftlicher Voraussetzungen erfordert. Daß der grundlegende Plan der Plan der Elektrifizierung der Repuplik ist, unterliegt keinem Zweifel, und die gesamte Wirtschaft der Republik muß sich der Verwirklichung dieses Planes anpassen, das heißt, daß wir im Einklang mit der Aufhäufung unserer materiellen Mittel den Reorganisationsplan unserer Wirtschaft auf der Grundlage des vom Sowjetkongreß bestätigten Planes verwirklichen müssen. Ich habe noch einen Plan, und zwar den Budetplan genannt, der vom Sowjetkongreß bestätigt worden ist und sich als völlig unnütz erwies. Er wurde von Preobraschenski dem Genossen Lenin zur Unterschrift vorgelegt, obwohl er selbst nicht genügend mit ihm einverstanden war. Ein anderer solcher Plan ist der Befehl Nr. 1042, dem sich dann die ausländischen Bestellungen angepaßt haben und von dem, außer den ausländischen Bestellungen, nichts übrig geblieben ist.

Würden wir für die gesamte Republik, einschließlich der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels einen Plan Nr. 1042 ausarbeiten und seine Durchführung mit dem größten Druck, wie dies die Kommunistische Partei tun kann, betreiben, und würde dieser Plan genau so mißlingen wie der Befehl Nr. 1042 oder der Sowjetplan, der vom Sowjetkongreß bestätigt worden ist, so wäre das eine weit ernstere Frage als die Verspätung mit der Flüssigmachung der einen oder der anderen bewilligten Summe, weil in einem bestimmten Plan die Sache gut gemacht werden kann, die Ausbreitung dieses festen Planes auf die gesamte Republik aber, ohne die Voraussetzungen für diesen Plan in deren Lage selbst und in der Organisation unserer Wirtschaft zu haben, im höchsten Grade gefährlich wäre. Das sind die Meinungsverschiedenheiten in ihrer entblößten und etwas übertriebenen Gestalt. In der darauffolgenden Diskussion sind sie verschwunden, und der Antrag, der Reichsplankommission administative Funktionen, Funktionen der Verwaltung zu übertragen, wurde zurückgenommen. Die neue Wirtschaftspolitik hat den Aufgaben in bezug auf die Planwirtschaft infolge der Herrschaft der Marktbeziehungen und des freien Warenumsatzes einen etwas anderen Charakter verliehen, und der auf dem letzten XII. Parteitag gefaßte Beschluß über die Reichsplankommission wurde von uns einstimmig gefaßt und im Namen der gesamten Parteizentrale dem Parteitag unterbreitet.

Wenn man mich jetzt fragt, ob sich das bevorstehende Jahr von dem früheren nicht dadurch unterscheidet, daß die vorhergehenden Jahre Jahre einer planlosen Wirtschaft waren, während das nachfolgende vorwiegend ein Jahr der Planwirtschaft sein wird, so werde ich darauf antworten, daß ein solcher prinzipieller Unterschied nicht vorhanden ist. In der Resolution des Parteitages wurde noch einmal wiederholt und betont, daß die Frage der Planwirtschaft die Frage eines langwierigen Kampfes ist.

Die Planwirtschaft muß erobert werden.

Damit wir aber die Frage der weiteren Schritte zur Verwirklichung des Planprinzips ins Auge fassen können, müssen wir eine wertbeständige Währung haben, Kredite organisieren, gewisse Fonds besitzen, ein mehr oder minder organisiertes Verwaltungssystem der Wirtschaft haben und Erfahrungen sowohl in bezug auf die Wirtschaftsführung wie auch in bezug auf Ausarbeitung von Plänen sammeln. Mir war, als ich im Obersten Volkswirtschaftsrat arbeitete, nichts leichter, als einen Plan zu bekommen. Jede Reichszentralstelle und -zentrale hatte ihren Literaten. Man brauchte nur telephonisch anzurufen, um, buchstäblich genommen, in drei Stunden einen fertigen Plan mit allen Zeichnungen, Kreisen usw. zu bekommen. Dieser Plan kann aber keinesfalls jene Änderungen in der Zusammensetzung unserer Wirtschaft und unseres Marktes, die während der vielen Kriegs- und Revolutionsjahres stattgefunden haben und die wir eigentlich erst jetzt festzustellen beginnen, erfassen. Wir kennen den Markt noch immer nicht, unser Markt ist praktisch noch nicht untersucht, und die Angaben über die Aufnahmefähigkeit unseres Marktes werden auf Grund der Angaben über die Jahre 1912/13 gegeben.

Auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Besitzverhältnisse, der Bedürfnisse und der Nachfrage sind Änderungen vor sich gegangen, wie sie die Geschichte noch nie gekannt hat. Wir halten in der Verwirklichung unserer Budgetplanes noch immer bei den monatlichen Kostenanschlägen und können das erst im Jahre 1924 bessern. Wir haben vierteljährliche Orientierungsbudgets, auf Grund deren für jeden Monat monatliche Pläne ausgearbeitet werden, und wir haben es bisher noch nicht einmal bis zu einem dreimonatlichen Plan gebracht. Das muß als Beweis dafür dienen, daß auch jene Voraussetzungen, auf die wir jetzt hinweisen, nicht genügend groß sind, um uns zu der Hoffnung zu berechtigen, daß wir eine so radikale Wandlung, wie sie theoretisch schon vor zwei, drei Jahren erwünscht war, verwirklichen können.

Immerhin haben wir dank der wertbeständigen Währung, dem Kreditverkehr und dem Banksystem, auf Grund der Vorräte an Rohstoffen, Getreide und Heizmaterial, angefangen, plangemäß zu manövrieren. Worin muß diesbezüglich die Direktive der Partei bestehen?

Zur Sicherung eines Erfolges dieses plangemäßen Manövrierens ist ein genaueres Studium der Marktkonjunktur (zu welchem Zwecke die Reichsplankommission den erforderlichen Apparat schon geschaffen hat), eine Steigerung der Bedeutung der Reichsplankommission auf dem Gebiete unserer Finanz- und Kreditpolitik und hauptsächlich das erforderlich, daß die Verwirklichung der Parteidirektiven in allen Sowjetorganen durch den genannten Parteiapparat gesichert wird.

Unsere Vorschläge, betreffend die Reichsplankommission sind nur Ergänzungen der Resolution des 12. Parteikongresses, die in ihrer vollen Bedeutung bestehen bleibt.

Ich habe heute in den Zeitungen die ersten Ansätze zu jener Diskussion, die sich ergeben wird, und Hinweise auf jene Frage, die aufgerollt werden sollen, gelesen. Ich weiß nicht, welcher Genosse es gezeichnet hat, aber es wurde dort die grundlegende Frage aufgeworfen:

Welche Vorschläge macht die Zentrale in bezug auf den freien Markt und auf die kleinbürgerlichen Elemente; werden wir uns dem Bauernmarkt anpassen oder werden wir diesen Markt uns anpassen?

Die in dieser Form gestellte Frage ist mir in einem gewissen Grade unverständlich. Ich sehe keine Möglichkeit, den Bauernmarkt ohne Anpassung unserer Industrie an die Bedürfnisse der Bauern uns anzupassen, und wenn diesbezüglich irgend ein anderer Vorschlag denkbar ist, so kann er nur aus der Periode des Kriegskommunismus genommen sein, als wir soweit gingen, daß einige Genossen davon träumten, Projekte für einen genauen Plan für die Führung jeder einzelnen Bauernwirtschaft auszuarbeiten. Ich denke, daß wir uns eine solche Auffassung nicht im geringsten zu eigen machen dürfen. Wir können uns die Bauernschaft durch ein ununterbrochenes Wachstum unseres Proletariats und unserer Industrie unterordnen, das Wachstum dieses Proletariats und dieser Industrie ist aber gegenwärtig nur im Wege der Eroberung des Bauernmarktes durch Befriedigung der Bedürfnisse der Bauern möglich. Jede Kopeke, die für die Wiederherstellung der Industrie angelegt werden kann, muß ohne die geringste Verzögerung zu diesem Zwecke angelegt werden. Das muß aber auf der Grundlage des Zusammenschlusses mit der Bauernschaft und nicht durch Feststellung solcher Preise geschehen, die für die Bauernschaft völlig unerschwinglich sind. Durch die Eroberung und Befriedigung des Bauernmarktes findet eine sozialistische Akkummulation statt, und die Akkummulation muß in einem ständigen Wachstum unserer Industrie und unserer Wirtschaft zum Ausdruck gelangen.

Gestern hat Genosse Preobraschenski in der Diskussion im Baumannschen Rayon gegen unseren Beschluß, dem Amerikaner Sinclair in der Form einer gemischten Gesellschaft gegen Gewährung einer Anleihe eine Naphthakonzession zu erteilen, Einwendungen erhoben. Er erklärte, daß er gegen diese Konzession und für eine reine Anleihe sei, und daß er von den beiden Formen der Hinzuziehung des Kapitals — Konzessionen und Anleihen —, die letztere vorziehe.

Um in der gegenwärtigen Versammlung einem solchen Einwand vorzubeugen, muß ich erklären, daß ich nicht nur mit dem Genossen Preobraschenski einverstanden bin, sondern weiter gehe als er und überzeugt bin, daß die gesamte Parteizentrale meine Stellungnahme in dieser Frage billigen wird. Ich ziehe die Organisation einer planmäßigen gesellschaftlichen Wirtschaft in Europa sowohl Konzessionen als auch Anleihen vor. Gegenwärtig ist das aber nicht vorhanden, und es ist schwer, zu sagen, wann es vorhanden sein wird, obwohl es irgend einmal unbedingt eintreten wird. Wir haben auch keine Anleihen, daß heißt, wir können bei voller Unterstützung der

Opposition keine solche bekommen. Daher gehen wir sogar auf eine solche Konzession, wie die in Baku und in Grosni, ein, aber unter der Bedingung einer festen und großen Vorteilhaftigkeit für uns, besonders jetzt, wo wir weit stärker geworden sind, als wir es früher waren, und die Wiederherstellung unserer Wirtschaft von Monat zu Monat fortschreitet.

Unabhängig vom Gange unserer Konzessionspolitik und unserer Verhandlungen über Anleihen, müssen wir, gestützt auf die schon erreichten Erfolge und auf die in unserer Gesellschaft innewohnenden Kräfte, von einem Tag zum andern Kopeke nach Kopeke für die Wiederherstellung unserer Wirtschaft und unserer Landwirtschaft anlegen.

L. Trotzki:

„Der neue Kurs".

I. Gruppierungen und Fraktionsbildungen.*)

** Die Frage der Gruppierungen und Fraktionen stand im Mittelpunkt der Diskussion. In dieser Beziehung muß mit aller Klarheit gesprochen werden, da die Frage eine sehr brenzliche und verantwortungsreiche ist. Dabei wird sie durch die Bank falsch gestellt.

Wir sind die einzige Partei im Lande, und in der Epoche der Diktatur kann das gar nicht anders sein. Die einzelnen Bedürfnisse der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, des Staatsapparates und seines Personals lasten auf unserer Partei und suchen durch deren Vermittlung politischen Ausdruck zu finden. Die Schwierigkeiten und Widersprüche der Entwicklung, die zeitweilige Nichtübereinstimmung der Interessen verschiedener Teile des Proletariats oder des Proletariats im ganzen und der Bauernschaft — alles das stürmt auf die Partei durch ihre Arbeiter- und Bauernzellen ein, durch den Staatsapparat, durch die studierende Jugend. Sogar episodische, zeitweilige Unstimmigkeiten und Schattierungen der Meinungen vermögen in irgendeiner entfernten Instanz den Druck bestimmter sozialer Interessen zum Ausdruck bringen; episodische Unstimmigkeiten und zeitweilige Gruppierungen der Meinungen vermögen unter gewissen Verhältnissen sich in dauernde Gruppierungen zu verwandeln; diese letzteren können sich ihrerseits früher oder später zu organisierten Fraktionen entwickeln; schließlich wird die festgebildete Fraktion, dadurch, daß sie in Gegensatz tritt zu den anderen Teilen der Partei, um so mehr Einflüssen unterworfen, die von außerhalb der Partei kommen. Das ist die Dialektik der innerparteilichen Gruppierungen, in einer Epoche, in der die Kommunistische Partei notgedrungen in ihren Händen die Führung des politischen Lebens monopolisiert. Welcher Schluß ergibt sich daraus? Wollen wir keine Fraktionen — so darf es keine dauernden Gruppierungen geben; wollen wir keine dauernden Gruppierungen — so müssen wir auch die zeitweiligen Gruppierungen vermeiden; schließlich um die Partei vor zeitweiligen Gruppierungen zu bewahren, ist es erforderlich, daß es in der Partei überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten gibt, denn wo zwei Meinungen sind, dort wird man sich schon immer gruppieren. Wie aber soll man andererseits Meinungsverschiedenheiten in einer eine halbe Million Mitglieder zählenden Partei vermeiden, die in ausnehmend komplizierten und schweren Verhältnissen das Leben des Landes lenkt? Das ist der wesentliche Gegensatz, der in der Lage der Partei der proletarischen Diktatur selbst wurzelt, und diesen Gegensatz kann man nicht nur durch formale Behandlung aus der Welt schaffen.

Jene Anhänger der alten Richtung, die für die Resolution der Zentrale in der Überzeugung stimmen, daß alles beim alten bleibt, urteilen zum Beispiel so: Kaum hat man die Schrauben des Parteiapparates etwas gelockert, und schon haben sich Tendenzen zu allen möglichen Gruppierungen ergeben; man muß die Schraube jetzt wieder fester anziehen. Von dieser knappen Weisheit sind Dutzende von Reden und Artikeln „gegen die Fraktionsbildung" durchtränkt. Diese Genossen halten in der Tiefe ihres Wesens dafür, daß die Resolution des ZK. entweder ein politischer Schnitzer ist, den man verschmieren muß, oder ein geschicktes Manöver des Apparates, das man ausnützen muß. Ich glaube, daß sie sich ganz grob irren. Und wenn etwas die größte Desorganisation in die Partei hineinbringen kann, so jenes hartnäckige Festhalten an der alten Richtung unter dem Scheine eines willigen Eingehens auf die neue.

Die öffentliche Meinung der Partei bildet sich unvermeidlich aus den Gegensätzen und Meinungsverschiedenheiten heraus. Diesen Prozeß nur auf den Apparat zu lokalisieren, während man der Partei alsdann die fertigen Früchte in der Form von Parolen, Befehlen usw. beibringt, heißt die Partei ideell und politisch entkräften. Die Partei zur Teilnehmerin an der Formulierung der Beschlüsse zu machen — heißt den zeitweiligen ideellen Gruppierungen entgegenkommen unter der Gefahr, sie in dauernde Gruppierungen und sogar in Fraktionen zu verwandeln. Was ist nun richtig? Gibt es in der Tat keinen Ausweg? Sollte sich denn keine Linie finden zwischen einem Regime der „unbedingten Partei„stille" und einem Regime der Zerreissung der Partei in Fraktionen? Ja, es gibt eine solche Linie, und die ganze Aufgabe der innerparteilichen Führung besteht darin, sie jedes einzelne Mal, besonders bei Wendepunkten, entsprechend der gegebenen konkreten Lage zu finden. Die Resolution der Zentrale sagt direkt, daß das bürokratische Regime in der Praxis eine der Quellen der Fraktionsgruppierungen ist. Diese Wahrheit bedarf jetzt kaum der Beweise. Die alte Richtung war sehr weit entfernt von einer „ausgebildeten Demokratie", und trotzdem bewahrte sie die Partei nicht nur nicht vor illegalen Fraktionsbildungen, sondern auch nicht vor dem Ausbruch der Diskussionen, der an sich — es wäre lächerlich, davor die Augen zu schließen! — mit der Bildung zeitweiliger oder dauernder Gruppierungen schwanger geht. Zur Vermeidung dessen ist es erforderlich, daß die führenden Parteiorgane ihr Ohr den breiten Parteimassen leihen, nicht jede Kritik als die Äußerung eines Fraktionswesens betrachten, und dadurch die ehrlichen und disziplinierten Parteigenossen auf den Weg der Abgeschlossenheit und des Fraktionswesens stoßen. — Eine solche Stellung der Frage über die Fraktionen bedeutet aber doch eine Rechtfertigung des Mjasnikowschen Unwesens (Führer der „Arbeitergruppe" — Opposition in der RKP. Red.) — vernehmen wir hier die Stimme der höchsten bürokratischen Weisheit. Ist dem wirklich so? Erstens aber — stellt der von uns oben unterstrichene Satz ein genaues Zitat aus der Resolution der Zentrale dar, und zweitens: seit wann kommt eine Erläuterung einer Billigung gleich? Zu sagen, daß eine Eiterbeule das Resultat einer schlechten Blutzirkulation infolge eines ungenügenden Zustroms von Sauerstoff ist, heißt durchaus nicht, die Eiterbeule „billigen" und sie als einen normalen Bestandteil des menschlischen Organismus anerkennen. Es gilt nur eine Schlußfolgerung: die Eiterbeule muß aufgeschnitten und desinfiziert werden, außerdem aber — und das ist noch wichtiger

*) Ich versuche, in einigen Artikeln eine Einschätzung jener Fragen zu geben, die gegenwärtig im Mittelpunkte der Parteidiskussion stehen. Ich werde bestrebt sein, meinen Ausführungen einen erläuternden Charakter zu geben, um sie auch dem einfachen Parteimitglied zugänglich zu machen, ohne die es eitel ist, über Parteidemokratie zu sprechen. Seitens des Lesers erwarte ich eine ruhige und nachdenkliche Behandlung des Themas. Versuchen wir zuerst einander zu verstehen, uns zu erhitzen haben wir immer noch Zeit. L. T.

— muß ein Fenster geöffnet werden, damit die frische Luft dem Blute besser Sauerstoff zuführen kann. Das Unglück besteht aber gerade darin, daß der stärkste Kampfflügel der alten Richtung des Apparates tief überzeugt ist von der Irrtümlichkeit der Resolution des ZK., ganz besonders in jenem ihrer Teile, in dem der Bürokratismus als eine der Quellen des Fraktionswesens bezeichnet wird. Und wenn die Anhänger des alten Kurses das nicht laut sagen, so lediglich aus formellen Gründen, wie überhaupt ihre ganze Denkweise vom Geiste des Formalismus durchdrungen ist, der die ideelle Grundlage des Bürokratismus darstellt.

Ja, die Fraktionen stellen das größte Übel in unseren Verhältnissen dar, und Gruppierungen — selbst zeitweilige — können sich in Fraktionen verwandeln. Es ist aber, wie die Erfahrung zeigt, vollkommen ungenügend, die Gruppierungen und Fraktionen als Übel zu bezeichnen, um dadurch ihre Entstehung unmöglich zu machen. Es bedarf einer bestimmten Politik, bedarf eines richtigen Kurses, um das in Wirklichkeit zu erreichen, wobei man sich jedesmal der konkreten Lage anzupassen hat.

Es genügt, sich gehörig in die Geschichte unserer Partei, wenn auch nur seit der Revolution, das heißt gerade seit jener Zeit hineinzudenken, seit der das Fraktionswesen besonders gefährlich geworden ist, und es leuchtet ein, daß der Kampf gegen diese Gefahr in keinem Falle sich in einer bloßen formellen Verurteilung und einem Verbot von Gruppierungen erschöpfen kann.

Die drohendste Unstimmigkeit entstand in der Partei im Zusammenhang mit der größten Aufgabe der Weltgeschichte, der Aufgabe der Machteroberung im Herbst 1917. Die Schärfe der Frage bei einem rasenden Tempo der Ereignisse verlieh den Meinungsverschiedenheiten beinahe unmittelbar einen scharf fraktionsmäßigen Charakter: die Gegner der Machteroberung, ohne es sogar zu wollen, schlossen sich faktisch mit Nichtparteielementen zum Blocke zusammen, veröffentlichten ihre Erklärungen in den Blättern der außerhalb der Partei stehenden Presse usw. Die Einheit der Partei stand auf des Messers Schneide. Auf welche Weise ist es gelungen, die Spaltung zu vermeiden? Nur durch die rasche Entwicklung der Ereignisse und ihren siegreichen Ausgang. Die Spaltung wäre unvermeidlich gewesen, wenn sich die Ereignisse einige Monate hingezogen hätten und um so mehr, wenn der Aufstand mit einer Niederlage geendigt hätte. Durch eine stürmische Offensive schritt die von der Mehrheit des ZK. fest geführte Partei über die Opposition hinweg, die Macht erwies sich als erobert und die zahlenmäßig sehr geringe, aber im Parteisinne hochqualifizierte Opposition stellte sich auf den Boden der Tatsachen des Oktober. Fraktionswesen und Drohung mit einer Spaltung waren in diesem Falle besiegt worden. Nicht auf formal statutenmäßigem Wege, sondern durch die revolutionäre Handlung.

Die zweite große Unstimmigkeit entstand im Zusammenhang mit der Frage des Brest-Litowsker Friedens. Die Anhänger des revolutionären Krieges schlossen sich in eine regelrechte Fraktion zusammen, mit einem eigenen Zentralorgan usw. Ich weiß nicht, inwieweit die kürzlich aufgetauchte Anekdote darüber, wie Genosse Bucharin nahe daran gewesen, die Regierung des Genossen Lenin zu verhaften, festen Boden unter sich hat. Allgemein gesprochen, sieht das etwas nach einem schlechten Abenteurerroman von Mayn Reed, nach einer schlechten kommunistischen — Pinkerton-Geschichte aus. Das ist anzunehmen. Die „Istpart" (Kommission für die Geschichte der Partei) wird es schon herausbekommen. Außer Zweifel steht jedenfalls, daß die Existenz einer linkskommunistischen Fraktion eine außerordentliche Gefahr für die Einheit der Partei bildete. Die Sache bis zur Spaltung zu treiben, hätte in jener Periode keine große Mühe gekostet und hätte von seiten der Führung — keines großen Verstandes bedurft. Es hätte einfach genügt, die linkskommunistische Fraktion als verboten zu erklären. Die Partei hat dagegen eine kompliziertere Methode angewandt: Aussprachen, Erklärungen, Überprüfungen an Hand der politischen Erfahrung, während sie sich vorübergehend mit einer so abnormalen Erscheinung, wie die Existenz einer organisierten Fraktion innerhalb der Partei, abfand.

Wir hatten in der Partei eine ziemlich starke und hartnäckige Gruppierung in den Fragen des militärischen Aufbaues. Ihrem Wesen nach war diese Opposition gegen die Errichtung einer regulären Armee mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen: zentralisierter Militärapparat, Heranziehung von Spezialisten usw. Einige Augenblicke hat der Kampf einen außerordentlich heftigen Charakter angenommen. Aber auch hier wie im Oktober hat die Prüfung geholfen. Die einzelnen Unebenheiten und Übertreibungen der offiziellen Militärpolitik wurden, nicht ohne Mitwirkung der Opposition, gemildert — nicht nur ohne Einbuße, sondern sogar mit Vorteil für den zentralisierten Aufbau der regulären Armee. Die Opposition selbst wurde nach und nach aufgesaugt. Sehr viele ihrer aktivsten Vertreter wurden nicht nur zur militärischen Arbeit herangezogen, sondern übernahmen darin verantwortliche Stellen.

Scharf traten die Gruppierungen in der Periode der denkwürdigen Diskussion über die Gewerkschaften hervor. Augenblicklich, wo wir die Möglichkeit besitzen, diese Epoche in ihrer Gesamtheit zu überschauen und sie mit der gesamten Erfahrung der Nachzeit zu beleuchten, erscheint es vollkommen natürlich, daß der Streit nicht um die Gewerkschaften und nicht einmal um die Arbeiterdemokratie ging: auf dem Wege über diese Streitigkeiten fand eine tiefe Unzulänglichkeit der Partei Ausdruck, deren Ursache die allzulange Dauer des Wirtschaftsregimes des Kriegskommunismus war. Der gesamte ökonomische Organismus des Landes war in aussichtsloser Klemme. Unter dem Deckmantel einer formellen Diskussion über die Rolle der Gewerkschaften und die Arbeiterdemokratie wurde auf Umwegen nach neuen wirtschaftlichen Pfaden gesucht. Der wirkliche Ausweg eröffnete sich in der Abschaffung der Zwangserfassung des Getreides und des Getreidemonopols und der schrittweisen Befreiung der staatlichen Industrie aus den Daumenschrauben der Herrschaft der „Zentralstellen". Diese geschichtlichen Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt, und sie verschütteten vollkommen die Diskussion über die Gewerkschaften, umsomehr, als auf der Grundlage der Nep die Rolle der Gewerkschaften selbst sich in einem ganz anderen Lichte zeigte und die Resolution über die Gewerkschaften nach einigen Monaten radikal abgeändert werden mußte.

Den dauerhaftesten und wegen mancher ihrer Eigenschaften höchst gefährlichen Charakter trug die Gruppierung der „Arbeiteropposition." In ihr widerspiegelten sich gebrochen die Strahlen, sowohl die Widersprüche des Kriegskommunismus wie auch die einzelnen Fehler der Partei, sowie einzelner objektiven Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaues. Aber auch hier beschränkte sich die Sache nicht auf ein formelles Verbot. In bezug auf die Beschlüsse über die Fragen der Parteidemokratie wurden formelle Schritte unternommen, aber in bezug auf die Säuberung der Partei faktische, im höchsten Grade wichtige Schritte, die dem entgegenkamen, was an der Kritik und an den Forderungen der „Arbeiteropposiiton" richtig und gesund war. Und was die Hauptsache ist, dank dem, daß die Partei durch ihre wirtschaftlichen Beschlüsse und Maßnahmen von ausnehmender Wichtigkeit im Grundlegenden und Wesentlichen die hervorgetretenen Unstimmigkeiten und Gruppierungen überschattete, wurde es möglich, beziehungsweise versprach es reale Erfolge, als der X. Parteitag das formelle Verbot der Fraktionsbildung erließ. Aber es ist selbstverständlich — das beweisen uns sowohl die Erfahrungen der Vergangenheit, wie auch der gesunde politische Verstand — daß allein das Verbot an sich nicht nur keine absolute, sondern überhaupt keine irgendwie ernste Garantie der Bewahrung der Partei vor neuen ideellen und organisatorischen Gruppierungen in sich schloß. Die Hauptgarantie ist die Richtigkeit der Führung, ein rechtzeitiges Augenmerk gegenüber allen Forderungen der Entwicklung, die sich in der Partei widerspiegeln, eine Biegsamkeit des Parteiapparates, der die Parteiinitiative nicht paralysiert, sondern organisiert, der sich nicht fürchtet vor den Stimmen der Kritik und der nicht das Gespenst des Fraktionswesens an die Wand malt. Das Andiewandmalen von Gefahren ist überhaupt meistens ein Produkt der Furcht. Der Beschluß des X. Parteitages, der das Fraktionswesen verbietet, kann nur den Charakter einer Beihilfe haben, gibt aber an sich noch nicht den Schlüssel zu allen und jeden inneren Schwierigkeiten. Es wäre ein zu grober, organisatorischer Fetischismus, anzunehmen, daß ein bloßer Beschluß allein, unabhängig vom Gang der Entwicklung der Partei, von den Fehlern der Führung, vom Konservativismus des Apparates, von äußeren Einflüssen usw., imstande ist, uns vor Gruppierungen und fraktionsmäßigen Erschütterungen zu bewahren. So an die Sache heranzugehen, wäre an sich schon arg bürokratisch.

Das krasseste Beispiel des Gesagten gibt die Geschichte der Petersburger Organisation. Bald nach dem X. Parteitag, der die Gruppierungen und Fraktionsbildungen verbot, flammte in Petersburg ein heftiger, organisatorischer Kampf auf, der zu zwei sich scharf gegenüberstehenden Gruppierungen führte. Auf den ersten Blick schien es das einfachste zu sein, eine der Gruppierungen (wenigstens eine) als schädlich, verbrecherisch, fraktionsmäßig usw. zu bezeichnen. Das ZK. aber lehnte eine solche

Methode, die ihr von Petersburg aus vorgeschlagen wurde, kategorisch ab. Das ZK. übernahm die direkte Vermittlung zwischen den beiden Gruppierungen und erreichte schließlich — allerdings nicht sofort — nicht nur deren Zusammenarbeit, sondern auch ihr Aufgehen in der Organisation. Dieses Beispiel von ausnehmender Wichtigkeit sollte man nicht vergessen; es ist geradezu unersetzlich zur Ausmistung der einen oder anderen bürokratischen Schädel.

Oben haben wir ausgeführt, daß jede irgendwie ernste und dauerhafte Gruppierung in der Partei, um so mehr eine organisierte Fraktion, die Tendenz besitzt, zum Ausdruck irgendwelcher besonderen sozialen Interessen zu werden. Jede falsche Abweichung, die der Gruppierung zugrunde liegt, kann bei ihrer Entwicklung zum Interessenausdruck einer dem Proletariat feindlichen oder halbfeindlichen Klasse werden. Alles das aber bezieht sich insgesamt und sogar in erster Linie auf den Bürokratismus. Von da muß auch ausgegangen werden. Daß der Bürokratismus eine falsche, ungesunde Abweichung ist, das steht, wie man hoffen sollte, unstreitbar fest. Ist dem aber einmal so, so droht er in seiner Entwicklung die Partei vom richtigen, das heißt vom Klassenwege abzubringen. Gerade darin besteht seine Gefahr. Es ist aber außerordentlich lehrreich und zugleich sehr beunruhigend, daß jene Genossen, die hartnäckiger, schärfer und zuweilen am gröbsten darauf bestehen, daß jede Unstimmigkeit, jede Gruppierung der Meinungen, selbst eine zeitweilige, den Ausdruck verschiedener Klasseninteressen darstellt, dieses Kriterium nicht auf den Bürokratismus anwenden wollen. Dabei ist hier das soziale Kriterium am meisten angebracht, denn im Bürokratismus haben wir es mit einem ganz zweifelfrei feststehenden Übel zu tun, einer bestimmten und unbestreitbar schädlichen Abweichung, die offiziell verurteilt, aber in keiner Weise überlebt ist. Und wie soll man sie auch sofort ausmerzen? Wenn aber der Bürokratismus, wie die Resolution der Zentrale sagte, die Partei von den Massen loszureissen droht, infolgedessen also auch die Gefahr einer Schwächung des Klassencharakters der Partei in sich birgt, so ergibt sich schon daraus, daß der Kampf gegen den Bürokratismus in keinem Falle von vornherein mit irgendeiner nichtproletarischen Erscheinung identifiziert werden darf. Im Gegenteil, das Streben der Partei, ihren proletarischen Charakter zu wahren, muß unvermeidlich in der Partei selbst eine Abwehr gegen den Bürokratismus erzeugen. Selbstverständlich lassen sich unter der Flagge dieser Abwehr verschiedene Tendenzen einführen, darunter auch falsche, ungesunde und schädliche. Enthüllen lassen sich diese schädlichen Tendenzen nur durch die marxistische Analyse ihres Ideengehaltes. Rein formal aber die Abwehr gegenüber dem Bürokratismus einer Gruppierung gleichzustellen, die als Abflußrohr fremder Einflüsse dienen soll, heißt, selbst vorsätzlich ein „Abflußrohr" bürokratischer Einflüsse zu sein.

Den Gedanken an sich, daß die Unstimmigkeiten in der Partei, und um so mehr die Gruppierungen, einen Kampf verschiedener Klasseneinflüsse bedeuten, darf man dagegen nicht zu primitiv und grob verstehen. In der Frage darüber zum Beispiel, ob wir Polen im Jahre 1920 mit dem Bajonett zu sondieren hatten, hatten wir episodische Unstimmigkeiten unter uns. Die einen waren für eine kühnere Politik, die anderen — für eine vorsichtigere. Waren das verschiedene Klassentendenzen? Das wird kaum jemand zu behaupten wagen. Das waren Unstimmigkeiten in der Einschätzung der Lage, der Kräfte, der Mittel, aber das grundlegende Kriterium der Einschätzung war auf beiden Seiten das gleiche. Die Partei kann häufig die eine oder andere Frage auf verschiedene Weise lösen, und Unstimmigkeiten tauchen hinsichtlich dessen auf, welcher dieser Wege besser, kürzer und ökonomischer ist. Diese Art Unstimmigkeiten können, je nach dem Charakter der Frage, breite Massen der Partei erfassen. Das wird aber durchaus nicht unbedingt bedeuten, daß es sich hier um einen Kampf zweier Klassentendenzen handelt. Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß das uns nicht nur ein einziges Mal, sondern Dutzende Male in Zukunft noch passieren wird, denn der Weg, den wir vor uns haben, ist schwierig, und nicht nur die politischen Aufgaben, sondern auch, sagen wir die organisatorisch-wirtschaftlichen Fragen des sozialistischen Aufbaues werden zu Unstimmigkeiten und zeitweiligen Meinungsgruppierungen führen. Die politische Überprüfung aller Schattierungen durch die marxistische Analyse ist für unsere Partei stets die unerläßlichste Vorbeugungsmaßnahme. Aber eben nur die konkrete marxistische Überprüfung, nicht aber eine automatische Schablone als Werkzeug der Selbstverteidigung des Bürokratismus. Jenen ideell politischen Inhalt, der nicht durch und durch gleichartig ist, der gegenwärtig gegen den Bürokratismus auftritt, zu überprüfen und durchzuführen, alles Fremde und Schädliche aus ihm auszumerzen, wird sich um so erfolgreicher erreichen lassen, je ernster wir den Weg des neuen Kurses beschreiten. Das aber läßt sich seinerseits nicht verwirklichen ohne einen ernsten Umschwung in der Stimmung und dem Selbstgefühl des Apparates der Partei. Wir sind im Gegenteil die Zeugen einer neuen Offensive des Parteiapparates, der jede Kritik des alten — formell verurteilten, aber noch nicht liquidierten — Kurses an Widerrufen mit dem Hinweis auf das Fraktionswesen abtut. Wenn das Fraktionswesen gefährlich ist — und dem ist so — so ist es verbrecherisch, die Augen vor der Gefahr eines konservativ-bürokratischen Fraktionswesens zu verschließen. Gerade gegen diese Gefahr richtet sich in erster Linie die einstimmig angenommene Resolution des ZK.

Die Sorge um die Einheit der Partei ist die wesentlichste und brennendste Sorge der überwiegenden Mehrheit der Genossen. Hier muß aber gerade herausgesagt werden: wenn augenblicklich eine ernste Gefahr für die Einheit besteht oder wenigstens für die Einmütigkeit der Partei, so ist das der wütende Bürokratismus. Gerade aus diesem Lager haben sich Stimmen vernehmen lassen, die man nicht anders nennen kann als provokatorisch. Gerade von dieser Seite wagte man zu sagen: „Wir fürchten die Spaltung nicht." Gerade die Vertreter dieses Lagers wühlen in der Vergangenheit und suchen alles hervor, was möglichst große Heftigkeit in die Parteidiskussion hineinbringen kann, indem sie künstlich die Erinnerungen an den alten Kampf und die alten Spaltungen beleben, um unmerklich und nach und nach das Denken der Partei an die Möglichkeit eines solch wahnsinnigen, selbstmörderischen Verbrechens, wie eine neue Spaltung zu gewöhnen. Das Bedürfnis der Partei nach Einheit wollen sie mit dem Bedürfnis nach einem weniger bürokratischen Regime in heftigsten Gegensatz bringen. Würde sich die Partei auf diesen Weg begeben und die notwendigsten Lebenselemente ihrer eigenen Demokratie opfern, so würde sie nichts gewinnen als eine Verschärfung des inneren Kampfes und eine Erschütterung ihrer Grundpfeiler. Es geht nicht an, seitens der Partei einseitig und ultimativ Vertrauen zu ihrem Apparat zu fordern, wenn man zur Partei selbst kein Vertrauen hat. Darin liegt das Wesen der Frage. Ein voreingenommenes bürokratisches Mißtrauen zur Partei, zu ihrem Bewußtsein und zu ihrer Disziplinierheit ist die Hauptursache aller Übel der Herrschaft des Apparates. Die Partei will keine Fraktionen und wird keine zulassen. Es ist ungeheuerlich, anzunehmen, daß die Partei zulassen wird, daß man ihren Apparat zerschlägt oder daß sie ihn selbst zerschlägt. Die Partei weiß, daß zum Apparat die wertvollsten Elemente gehören, die einen ungeheuren Teil der Erfahrung der Vergangenheit verkörpern. Aber sie will den Apparat erneuern und erinnert ihn daran, daß er ihr Apparat ist, von ihr gewählt wird und sich von ihr nicht loslösen darf.

Wenn man die eingetretene Lage in der Partei durchdenkt, ganz besonders so, wie sie sich in der Diskussion entpuppte, bis zu Ende durchdenkt, so werden zweierlei Perspektiven der weiteren Entwicklung klar. Entweder wird die gegenwärtig in der Partei vor sich gehende ideell-organisatorische Umgruppierung auf der Linie der Resolution des ZK. wirklich einen Schritt auf dem Wege des organisatorischen Wachstums der Partei bedeuten, den Beginn — selbstverständlich nur den Beginn — eines neuen, großen Kapitels, und dann wird das der für uns alle wünschenswerteste und für die Partei segensreichste Ausgang sein. Dann wird es leicht sein, mit den Übertreibungen der Diskussion und der Opposition und um so mehr mit den vulgärdemokratischen Tendenzen fertig zu werden. Oder aber der zum Gegenangriff übergegangene Parteiapparat wird mehr oder weniger unter den Einfluß seiner konservativsten Elemente gelangen und mit der Losung des Kampfes gegen das Fraktionswesen die Partei erneut auf die gestrigen Positionen der „unbedingten Parteistille" zurückwerfen. Dieser Weg wird viel schmerzhafter sein; er wird natürlich die Entwicklung der Partei nicht aufhalten, wird aber zwingen, diese Entwicklung mit großen Anstrengungen und Erschütterungen zu bezahlen, denn er führt den schädlichen, zersetzenden, parteifeindlichen Tendenzen neue Nahrung zu. Das sind objektiv die sich eröffnenden Möglichkeiten. Der Sinn meines Briefes „Der neue Kurs" bestand darin, der Partei zu helfen, den ersteren Weg zu beschreiten, als gesünderen und ökonomischeren. Und auf dem Hauptpunkte dieses Briefes bestehe ich voll und ganz, wobei ich die tendenziösen und lügnerischen Auslegungen über ihn von mir weise.

II. Die Frage der Parteigenerationen.

** In einer der Resolutionen, die während der Moskauer Diskussion gefaßt wurden, begegnete ich einer Beschwerde darüber, daß die Frage der Parteidemokratie durch die Streitigkeiten über das gegenseitige Verhältnis der Generationen, durch persönliche Ausfälle und dergleichen kompliziert sei. Diese Beschwerde zeugt von einer Unklarheit des Denkens. Persönliche Ausfälle ist eine Sache, die Frage über das Gegenseitigkeitsverhältnis der Generationen aber ist eine ganz andere. Die Frage der Parteidemokrie augenblicklich, ohne eine Analyse des Bestandes der Partei — sowohl im sozialen Sinne als auch im Sinne des Alters und der politischen Betätigungsdauer — aufzurollen, würde heißen, die ganze Frage in nichts aufzulösen.

Die Frage der Parteidemokratie ist aber doch nicht zufällig, in erster Reihe als die Frage des gegenseitigen Verhältnisses der Generationen aufgetaucht. Eine solche Fragestellung wurde durch die ganze Geschichte unserer Partei vorbereitet. Schematisch läßt sich ihre Geschichte in vier Perioden einteilen: a) die viertelhundertjährige Vorbereitungsperiode bis zur Oktoberrevolution, die in der Geschichte einzig dasteht; b) der Oktober; c) die Periode nach dem Oktober und d) „Der neue Kurs", das heißt die sich eröffnende Periode.

Daß die Geschichte vor Oktober trotz ihres Reichtums, ihrer Kompliziertheit und der Unterschiedlichkeit der durchgemachten Etappen nur eine Vorbereitungsperiode darstellte, ist augenblicklich vollkommen unbestreitbar. Der Oktober ergab die ideelle und organisatorische Überprüfung der Partei und ihres Personalbestandes. Unter dem Oktober verstehen wir die schärfste Periode des Kampfes um die Macht, angefangen sagen wir von den Aprilthesen des Genossen Lenin und endigend mit der faktischen Besitzergreifung des Staatsapparats. Das Kapitel Oktober, das Monate zählt, ist seinem Inhalte nach nicht weniger bedeutend als die gesamte Vorbereitungsperiode, die Jahre und Jahrzehnte zählt. Der Oktober gewährte nicht nur eine fehlerlose, in ihrer Art einzige Überprüfung der großen Vergangenheit der Partei, sondern wurde auch selbst zur Quelle der größten Erfahrung für die Zukunft. Durch den Oktober hat die Partei zum erstenmal ihren wirklichen Wert erkannt.

Nach der Eroberung der Macht beginnt ein rasches Wachstum in der Partei, sogar ein ungesundes Anschwellen. Von ihr angezogen werden, wie von einem mächtigen Magnet, nicht nur die weniger bewußten Elemente der Werktätigen, sondern auch offensichtlich fremde Elemente: Streber, Karrieristen und politische Mitläufer. In dieser überaus chaotischen Periode erhält sich die Partei als bolschewistische Partei nur kraft der faktischen inneren Diktatur der alten Garde, die die Prüfung des Oktobers bestanden hatte. In den Fragen von auch nur irgendwie prinzipieller Bedeutung nehmen die neuen Mitglieder der Partei — nicht nur aus der Mitte der Werktätigen, sondern auch die klassenfremden Elemente — fast widerspruchos die Führung der älteren Generation an. Die karrieristischen Elemente hielten dafür, daß sie sich ihre Lage in der Partei durch einen solchen Gehorsam am besten sicherstellen. Diese Elemente aber haben sich verrechnet. Die Partei hat sich auf dem Wege einer strengen Selbstsäuberung von ihnen befreit. Ihre Reihen sind enger geworden, aber das Selbstbewußtsein der Partei hat sich gehoben. Man kann sagen, daß die Selbstüberprüfung der Partei und die Säuberung den Ausgangspunkt bildeten, zu dem sich die neue Partei der Nachoktoberperiode selbst anerkannte: als eine Halbmillionenkollektive, die nicht nur unter der Führung der alten Garde steht, sondern auch selbst berufen ist, sich in den grundlegenden Fragen der Politik auszukennen, sie zu überdenken und zu lösen. In diesem Sinne stellen die Säuberung und die gesamte mit ihr verbundene kritische Periode gewissermaßen die Einleitung zu jenem tiefen Umschwung dar, der sich augenblicklich im Leben der Partei bemerkbar macht und wahrscheinlich in ihre Geschichte unter der Bezeichnung des neuen Kurses eingehen wird.

Eines muß von allem Anfang an klar verstanden werden: das Wesen der Reibungen und Schwierigkeiten, die wir augenblicklich vor uns haben, besteht nicht darin, daß die Sekretäre da oder dort über die Schnur gehauen haben und daß man ihnen einen kleinen Dämpfer aufsetzen muß, sondern darin, daß die Partei in ihrer Gesamtheit sich anschickt, in eine höhere geschichtliche Klasse überzugehen. Die Parteimassen sagen gewissermaßen zu dem führenden Apparat der Partei: „Ihr, Genossen, besitzt eine Erfahrung noch aus der Zeit vor dem Oktober her, die uns in der Mehrheit mangelt; aber unter Eurer Führung haben wir eine Nachoktobererfahrung gewonnen, die immer größere Bedeutung erhält. Und wir wollen nicht nur von Euch geleitet werden, sondern auch zusammen mit Euch an der Führung der Klasse teilnehmen. Wir wollen das nicht bloß deshalb, weil das unser Recht als Mitglieder der Partei ist, sondern auch deshalb, weil das lebenswichtig ist für die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit. Ohne unsere Erfahrung von unten, die nicht nur von oben her in Rechnung gestellt, sondern von uns selbst aktiv ins Leben der Partei hineingetragen wird, würde sich der leitende Parteiapparat verbürokratisieren und wir, einfache Mitglieder, fühlen uns angesichts der Parteilosen nicht im genügenden Grade ideologisch bewaffnet."

Der gegenwärtige Umschwung ist, wie gesagt, aus der ganzen vorhergegangenen Entwicklung entstanden. Auf den ersten Blick unmerkliche Molekularprozesse im Leben und Bewußtsein der Partei haben den Umschwung bedeutend früher vorbereitet. Die Absatzkrise gab der kritischen Gedankenarbeit einen gewaltigen Stoß. Das Herannahen der deutschen Ereignisse zwang die Partei, sich aufzuraffen. Gerade in diesem Moment stellte sich mit besonderer Schärfe heraus, wie sehr die Partei in zwei Etagen wohnt: in der oberen — die entscheidet, und in der unteren — die von den Beschlüssen nur erfährt. Eine kritische Revision der innerparteilichen Lage wurde jedoch aufgeschoben infolge der gespannten und fieberhaften Erwartung der nahen Auslösung der deutschen Ereignisse. Als sich herausstellte, daß diese Auslösung durch den Gang der Dinge verzögert wird, stellte die Partei die Frage des neuen Kurses auf die Tagesordnung.

Wie das nicht selten in der Geschichte vorkam, hat der „alte Kurs" gerade in den letzten Monaten die negativsten und geradezu unerträglichsten Seiten einer Verschlossenheit des Apparates, einer bürokratischen Selbstgenügsamkeit und einer Ignorierung der Stimmungen, der Gedanken und Anforderungen der Partei an den Tag gelegt. Aus bürokratischer Trägheit ist der Apparat mit den ersten Versuchen, die Frage einer kritischen Revision des innerparteilichen Regimes auf die Tagesordnung zu setzen, feindlich zusammengeraten. Das bedeutet natürlich nicht, daß der Apparat durch die Bank aus verbürokratisierten Elementen besteht oder gar aus irgendwelchen eingefleischten und unverbesserlichen Bürokraten. Nicht im geringsten! Die überwiegende Mehrheit der Funktionäre des Apparats, die die jetzige kritische Periode mitmachen und sich ihren Sinn klargelegt haben, wird vieles lernen und vieles aufgeben. Die ideell organisatorische Umgruppierung, die aus dem gegenwärtigen Momente des Umschwunges hervorgeht, wird letzten Endes sowohl für die Parteimassen aus Reih und Glied wie auch für den Apparat segensreiche Folgen haben. Im Apparat aber, so wie er sich an der Schwelle der gegenwärtigen Krise darstellt, haben die Züge des Bürokratismus eine außerordentliche, wahrhaft gefährliche Entwicklung erreicht. Und gerade diese Züge verleihen der augenblicklich vor sich gehenden ideellen Umgruppierung in der Partei den so scharfen Charakter, der berechtigte Befürchtungen hervorruft.

Es genügt, zu sagen, daß noch vor zwei bis drei Monaten allein die Erwähnung des Bürokratentums des Parteiapparats, des übermäßigen Druckes der Komitees und Sekretäre, bei den verantwortlichen und leitenden Vertretern des alten Parteikurses sowohl im Zentrum wie auch in der Provinz auf ein hochmütiges Achselzucken oder einen empörten Protest stieß. Ernennung der Funktionäre? Aber nichts dergleichen! Bürokratismus? Eine Erfindung! Opposition um der Opposition willen usw! Diese Genossen haben die bürokratische Gefahr, deren Träger sie selbst waren, aufrichtig übersehen. Erst unter den entschlossenen Stößen von unten haben sie nach und nach anzuerkennen begonnen, daß es vielleicht doch einen Bürokratismus gibt, aber lediglich irgendwo an der Peripherie der Organisation, in einzelnen Gouvernements und Bezirken, daß er eine Abweichung der Praxis von der richtigen Linie darstellt usw. Und diesen Bürokratismus legten sie aus als ein einfaches Überbleibsel der Kriegsperiode, das heißt als etwas, was nach und nach abnimmt, wenn auch nicht genügend rasch. Man braucht nicht erst von der grundlegenden Falschheit einer solchen Behandlung und einer solchen Erklärung zu sprechen. Das Bürokratentum ist kein zufälliger Wesenszug einzelner provinzieller Organisationen, sondern eine allgemeine Erscheinung. Sie geht nicht vom Bezirk aus über das Gouvernement zum Zentrum, sondern eher umgekehrt aus dem Zentrum über das Gouvernement zum Bezirk. Sie stellt durchaus kein „Überbleibsel" der Kriegsperiode dar, sondern stellt das Resultat der Übertragung von Methoden, Gewohnheiten der Verwaltung auf die Partei dar, was sich gerade in den letzten Jahren verstärkt bot. Der Bürokratismus der Kriegsperiode, mag er in den einzelnen Fällen noch so ausgeartete Formen angenommen haben, ist ein Kinderspiel im Vergleich zu dem jetzigen Bürokratismus, der sich unter Verhältnissen fried-

licher Entwicklung gebildet hat, als der Parteiapparat, ungeachtet des ideologischen Wachstums der Partei, hartnäckig fortfuhr, für sie zu denken und zu entscheiden.

Im Zusammenhang mit dem Gesagten erhält die einstimmig angenommene Resolution der Zentrale über den Parteiaufbau eine ungeheure prinzipielle Bedeutung, die voll und ganz von dem Bewußtsein der Partei erfaßt werden muß. Es wäre in der Tat unwürdig, sich die Sache so vorzustellen, als ob das Wesen der Entscheidungen auf ein „milderes", „rücksichtsvolleres" Herangehen der Sekretäre und der Komitees an die Parteimasse und auf einige organisationstechnische Veränderungen hinausläuft. Die Resolution der Zentrale spricht ja doch nicht vergeblich von einem neuen Kurse. Die Partei schickt sich an, in eine neue Phase der Entwicklung einzutreten. Es handelt sich natürlich nicht um eine Zerschlagung der Organisationsprinzipien des Bolschewismus, wie das der eine oder andere darzustellen versucht, sondern um ihre Anpassung an die Verhältnisse der neuen Etappe in der Entwicklung der Partei. Die Frage dreht sich vor allem um die Herstellung gesünderer gegenseitiger Beziehungen zwischen den alten Parteibeständen und der nach dem Oktober zugewachsenen Mehrheit der Parteimitglieder.

Die theoretische Vorbereitung, die revolutionäre Stählung und die politische Erfahrung bilden das Grundkapital der Partei, und die Träger dieses Kapitals sind vor allem die alten Personalbestände der Partei. Andererseits ist die Partei ihrem ganzen Wesen nach eine demokratische Organisation, das heißt eine solche Gemeinschaft, die durch den Gedanken und den Willen aller ihrer Mitglieder ihren Weg bestimmt. Es ist vollkommen klar, daß in der überaus komplizierten Lage am Tage nach dem Oktober die Partei umso sicherer und richtiger ihren Weg einschlagen konnte, je voller sie die angesammelte Erfahrung der älteren Generation auszunutzen vermochte, indem sie deren Vertretern die verantwortlichsten Stellen in der Parteiorganisation übertrug. Anderseits führte und führt das durchwegs dazu, daß die ältere Generation, die in der Partei die Stellung von Kaders einnimmt und von den Fragen der Verwaltung ganz in Anspruch genommen wird, sich daran gewöhnt, für die Partei zu denken und zu entscheiden und gegenüber der Parteimasse in erster Linie rein schulmäßige, pädagogische Methoden der Heranführung an das politische Leben anwendet: Kurse der politischen Elementarwissenschaften, Prüfung der Parteikenntnisse, Parteischulen usw. Daher eben kommt die Bürokratisierung des Parteiapparats, seine Abgeschlossenheit, sein selbstgenügsames Innenleben, mit einem Worte alle jene Wesenszüge, die eine arg negative Seite des alten Kurses bilden. Von den Gefahren des weiteren Lebens der Partei in zwei scharf von einander abgegrenzten Etagen habe ich in dem Brief über die Jungen und die Alten in der Partei gesprochen, wobei ich unter den Jungen selbstverständlich nicht nur die studierende Jugend im Auge habe, sondern überhaupt die ganze Nachoktobergeneration der Partei, angefangen vor allem bei den Betriebs- und Fabrikszellen.

Worin kam jene Unzulänglichkeit zum Ausdruck, die die Partei immer schärfer und schärfer zu empfinden begann? Eben darin, daß die Masse der Parteimitglieder sich sagte oder fühlte: „Mag man im Parteiapparat richtig oder nicht richtig denken und entscheiden, jedenfalls denkt und entscheidet man dort zu oft ohne uns und über uns hinweg. Wenn aber von unserer Seite eine Stimme des Mißverstehens, des Zweifels, des Einwandes oder der Kritik sich erhebt, bekommen wir zur Anwort ein Anschnauzen, eine Aufforderung zur Disziplin und noch öfter eine Beschuldigung der Oppositionsstreberei und selbst der Fraktionsbildung. Wir sind der Partei ergeben bis zum letzten und bereit, ihr alles hinzugeben. Aber wir wollen aktiv und bewußt an der Ausarbeitung der Parteimeinung und der Festlegung der Wege des Handelns der Partei teilnehmen!" Zweifellos wurden die ersten Äußerungen dieser Stimmungen unter den einfachen Mitgliedern nicht rechtzeitig erfaßt und von dem führenden Apparat der Partei berücksichtigt, und dieser Umstand wurde eine der wichtigsten Ursachen jener parteifeindlichen Gruppierungen in der Partei, deren Bedeutung man selbstverständlich nicht zu übertreiben braucht, deren warnenden Sinn aber zu unterschätzen unzulässig wäre.

Die Hauptgefahr des alten Kurses, wie er sich im Resultate sowohl großer historischer Ursachen wie auch unserer Fehler ergab, besteht darin, daß er eine Tendenz zu einer immer größeren Ausspielung einiger tausend Genossen an den Tag legt, die den führenden Bestand darstellen — gegenüber der übrigen Parteimasse als Objekt der Einwirkung. Wenn dieses Regime hartnäckig auch weiter aufrechterhalten bleibt, so würde es letzten Endes zweifelsohne die Gefahr einer Ausartung der Partei herbeizuführen drohen, und zwar gleichzeitig an ihren beiden Polen, das heißt sowohl unter der Parteijungmannschaft wie auch in den führenden Kaders. Hinsichtlich der proletarischen Grundlage der Partei, der Betriebszellen, der Studierenden usw., ist der Charakter der Gefahr vollkommen klar. Bedeutende Kreise der Partei, die sich nicht als aktive Teilnehmer der allgemeinen Parteiarbeit fühlen und die keine entsprechende und rechtzeitige Antwort auf ihre an die Partei gerichteten Anforderungen erhalten, würden beginnen, für sich ein Surrogat zu suchen — einen falschen Ersatz — für die Parteitätigkeit in Form aller möglichen Gruppierungen und Fraktionsbildungen. In diesem Sinne gerade sprechen wir von der symptomatischen Bedeutung solcher Gruppierungen, wie die „Arbeitergruppe".

Aber auch auf dem anderen Pol, auf dem Pol der Leitenden, ist die Gefahr jenes Kurses nicht geringer, der sich zu lange erhalten hat und im Bewußtsein der Partei als Bürokratismus auftaucht. Es wäre eine lächerliche und unwürdige Vogelstraußpolitik nicht zu verstehen oder nicht zu bemerken, daß die von der Resolution des ZK. formulierte Beschuldigung des Bürokratismus eine Beschuldigung eben gegen die führenden Kaders der Partei ist. Es geht nicht um einzelne Abweichungen der Parteipraxis von der richtigen idealen Linie, sondern eben um den Kurs des Apparats, um seine bürokratische Tendenz. Schließt der Bürokratismus die Gefahr einer Ausartung in sich oder nicht? Es wäre Blindheit, diese Gefahr zu verleugnen. Die Bürokratisierung droht bei ihrer dauernden Entwicklung mit der Losreißung von der Masse, mit der Konzentrierung der Aufmerksamkeit auf Fragen der Verwaltung, der Auswahl und Versetzung von Funktionären mit einer Verengerung des Horizontes, einer Schwächung des revolutionären Instinktes, das heißt einer größeren oder geringeren opportunistischen Ausartung der älteren Generation, wenigstens eines bedeutenden Teiles von ihr. Solche Prozesse gehen langsam und fast unmerklich vor sich, treten aber plötzlich in Erscheinung. In dieser Warnung, die sich auf eine objektive marxistische Voraussicht stützt, irgend welche „Beleidigung", einen „Anschlag" und anderes zu erblicken, ist nur möglich bei krankhaft bürokratischer Pedanterie und bei einem Hochmut des Apparatmenschen.

Ist jedoch die Gefahr einer solchen Ausartung in Wirklichkeit groß? Der Umstand, daß die Partei diese Gefahr begriff oder empfand und aktiv auf sie reagierte — wodurch sie auch im besonderen die Resolution des Pol.-Büros ins Leben rief — zeugt von der tiefen Lebensfähigkeit der Partei und erschließt allein dadurch lebendige Quellen des Gegengiftes gegen die bürokratische Vergiftung. Darin liegt die Hauptgarantie der revolutionären Selbsterhaltung der Partei. Soweit aber der alte Kurs sich bemühen würde, sich um jeden Preis durch ein Schweigegebot, eine immer künstlichere Auslese, eine Einschüchterung, mit einem Wort durch Methoden zu erhalten, die auf bürokratischem Mißtrauen zur Partei beruhen, würde eine faktische Gefahr der Ausartung eines wesentlichen Teiles des Kaders unvermeidlich herauswachsen. Die Partei kann nicht bloß vom Kapitale der Vergangenheit leben. Es genügt, daß die Vergangenheit die Gegenwart vorbereitet hat. Notwendig aber ist, daß die Gegenwart ideologisch und praktisch auf der Höhe der Vergangenheit steht, um die Zukunft vorzubereiten. Die Aufgabe der Gegenwart ist denn auch: das Schwergewicht der Parteiaktivität nach der Seite der Grundschicht der Partei zu verschieben.

Man mag sagen, daß eine solche Art der Verschiebung des Schwergewichtes sich nicht auf einmal, sprungweise, vollzieht; die Partei kann die älteren Generationen nicht sozusagen „ins Archiv abgeben" und mit einem Male ein neues Leben beginnen. Es verlohnt sich wohl kaum, bei einem solch armselig-dummen demagogischen Einwand stehen zu bleiben. Nur Verrückte können davon reden, die ältere Generation ad acta zu legen. Die Rede geht gerade darum, daß die ältere Generation bewußt den Kurs ändere und dadurch allein sich ihren weiteren führenden Einfluß in der gesamten Arbeit der selbsttätigen Partei sichere. Es ist notwendig, daß die ältere Generation den neuen Kurs nicht als ein Manöver betrachtet, nicht als einen diplomatischen Schachzug, nicht als eine vorübergehende Konzession, sondern als neue Etappe in der politischen Entwicklung der Partei. Dann werden sowohl die führende Generation wie die Partei im ganzen den Haupttreffer gewinnen.

Die soziale Zusammensetzung der Partei.

Die Frage ist selbstverständlich mit dem gegenseitigen Verhältnis der Generationen nicht erschöpft. In weiterem historischen Sinne wird die Frage entschieden durch die soziale Zusammensetzung der Partei, und vor allem durch das spezifische Gewicht der Fabrik- und Betriebszellen, durch den Proletarier von der Drehbank insbesondere.

Die erste Aufgabe der Klasse, die die Macht erobert hat, war die Schaffung eines Staatsapparats unter Einschluß der Armee, der Organe der Wirtschaftsverwaltung usw. Aber die

Installierung eines Staats-, Genossenschafts- und anderer Apparate bedeutet seinem ganzen Wesen nach eine Schwächung und Verwässerung der grundlegenden Fabrik- und Betriebszellen der Partei und ein außerordentliches Wachstum der administrativen Elemente, sowohl proletarischer wie auch anderer Herkunft in der Partei. Darin liegt der Widerspruch der Lage. Ein Ausweg aus ihr ist nur denkbar auf dem Wege ernster, wirtschaftlicher Erfolge, eines gesunden Pulsierens des Fabrik- und Betriebslebens und eines ständigen Zustroms von Arbeitern, die an der Drehbank verbleiben, zur Partei. In welchem Tempo dieser Grundprozeß verläuft, welche Flut- und Ebbezeiten er durchmachen wird, läßt sich jetzt schwer vorhersagen. Selbstverständlich muß auch im gegebenen Stadium unserer wirtschaftlichen Entwicklung alles geschehen, um eine möglichst große Anzahl von Arbeitern vom Schraubstock in die Partei hineinzuziehen. Aber eine ernstliche Änderung der Parteizusammensetzung, zum Beispiel in dem Umfange, daß die Fabrik- und Betriebszellen zwei Drittel der Partei bilden, kann erst ganz langsam und lediglich auf der Grundlage sehr ernster wirtschaftlicher Erfolge erreicht werden. Jedenfalls sind wir verpflichtet, noch mit einer sehr langwierigen Periode zu rechnen, im Laufe deren die erfahreneren und aktiveren Parteimitglieder — darunter natürlich auch jene proletarischer Herkunft — in den verschiedenen Stellen des staatlichen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und Parteiapparats beschäftigt sein werden. Und diese Tatsache an sich birgt schon Gefahren, da sie als eine der Quellen des Bürokratismus dient. Durchaus eine Sonderstellung nimmt in der Partei, und muß notwendigerweise einnehmen, die Schulung der Jugend. Schon durch die Erziehung einer neuen Sowjetintelligenz, mit einem großen Prozentsatz Kommunisten, vermittels der Arbeiterfakultäten, der Parteiuniversitäten, der höheren speziellen Lehranstalten, reißen wir junge proletarische Elemente vom Schraubstock nicht nur für die Zeit des Unterrichtes los, sondern der allgemeinen Regel gemäß auch für das ganze weitere Leben. Die Arbeiterjugend, die durch die höheren Schulen gegangen ist, wird zu ihrer Zeit natürlich von dem industriellen, dem staatlichen oder dem Parteiapparat selbst verschlungen werden. So entsteht ein zweiter Faktor, der das innere Gleichgewicht der Partei zum Nachteil der Grundzellen, der Fabriken und Betriebe, umstößt.

Die Frage, ob ein Kommunist aus proletarischer, intellektueller oder anderer Mitte stammt, hat natürlich ihre Bedeutung. In der ersten, nachrevolutionären Periode erschien die Frage der Beschäftigung vor dem Oktober sogar entscheidend, denn das Losreißen vom Schraubstock zu diesen oder jenen Sowjetfunktionen stellte damals etwas Vorübergehendes dar. Jetzt ist in dieser Beziehung bereits eine tiefe Veränderung deutlich geworden. Es besteht kein Zweifel, daß die Vorsitzenden der Gouvernementsvollzugsausschüsse oder die Divisionskommissäre einen bestimmten sozialen Sowjettypus darstellen, in erheblichem Grade sogar unabhängig davon, aus welcher Mitte der einzelne von ihnen hervorgegangen ist. In den letzten sechs Jahren haben sich ziemlich feststehende Gruppierungen der Gesellschaftsschichtung im Sowjetleben ergeben.

Wir haben infolgedessen — und dabei auf eine verhältnismäßig dauernde Periode — eine solche Lage vor uns, daß ein sehr erheblicher und der bestgeschulte Teil der Partei von verschiedenen Apparaten der Führung und der Verwaltung, der Wirtschaft und der Kommandostellen verschlungen wird; ein anderer erheblicher Teil studiert; ein dritter Teil ist auf die Dörfer verstreut und arbeitet in der Landwirtschaft, und nur ein vierter Teil (der Zahl nach gegenwärtig weniger als ein Sechstel) besteht aus Proletariern, die am Schraubstock stehen. Es ist vollkommen natürlich, daß das Wachstum des Parteiapparats und die dieses Wachstum begleitenden Wesenszüge der Bürokratisierung nicht von den Fabrik- und Betriebszellen erzeugt werden, die durch den Apparat zusammengefaßt werden, sondern gerade durch jene anderen Funktionen der Partei, die von ihr durch die Vermittlung der staatlichen Apparate der Verwaltung, der Wirtschaft, der Kommandostellen und des Schulwesens ausgeübt werden. Mit anderen Worten: die Quelle des Bürokratismus in der Partei ist die zunehmende Umstellung der Aufmerksamkeit und der Kräfte nach der Seite der Regierungsapparate und -institutionen bei ungenügend raschem Wachstum der Industrie. Angesichts dieser grundlegenden Tatsachen und Tendenzen müssen wir uns über die Gefahren einer Ausartung der alten Parteikaders durch den Apparat um so mehr klare Rechenschaft geben. Es wäre ein grober Fetischismus, anzunehmen, daß die alten Kaders lediglich deshalb, weil sie aus der besten revolutionären Schule der Welt hervorgegangen sind, in sich eine selbstgenügsame Garantie gegen alle und jederlei Gefahren einer ideologischen Versandung und opportunistischen Ausartung bieten. Nein! Die Geschichte wird durch die Menschen gemacht, aber die Menschen machen die Geschichte, darunter auch ihre eigene, durchaus nicht immer bewußt. Letzten Endes wird natürlich die Frage durch die großen Faktoren internationaler Bedeutung entschieden: durch den Gang der revolutionären Entwicklung in Europa und das Tempo unseres wirtschaftlichen Aufbaues. Aber die ganze Verantwortung fatalistisch auf diese objektiven Faktoren zu legen, ist ebenso unrichtig, wie Garantien nur in dem subjektiven Radikalismus zu suchen, den man von der Vergangenheit geerbt hat. Bei ein und derselben revolutionären Gestaltung und bei ein und denselben internationalen Verhältnissen kann die Partei besser oder schlechter den zerstörenden Tendenzen widerstehen, je nach ihrem Bewußtsein, mit dem sie den Gefahren gegenübersteht, und je nach der Aktivität, mit der sie diese Gefahren bekämpft.

Es ist vollkommen natürlich, daß die durch die ganze Lage hervorgebrachte Verschiedenartigkeit der sozialen Zusammensetzung der Partei die negativen Seiten des Kurses des Apparates nicht abschwächt, sondern im Gegenteil, außerordentlich verschärft. Es gibt und kann kein anderes Mittel zur Überwindung des korporativen und instanzenmäßigen Geistes einzelner Bestandteile der Partei geben, als ihre aktive Annäherung an das Regime der Parteidemokratie. Durch die Aufrechterhaltung der „unbedingten Stille", durch die Trennung von allen und allem trifft der Parteibürokratismus gleich schwer, wenn auch verschieden, sowohl die Betriebszellen wie auch die Wirtschafter, die Militärpersonen und die studierende Jugend.

Besonders scharf reagiert, wie wir sehen, die studierende Jugend auf den Bürokratismus. Nicht umsonst hat Genosse Lenin vorgeschlagen, zum Kampf gegen den Bürokratismus die Studierenden in breitester Form heranzuziehen. Ihrer Zusammensetzung und ihren Verbindungen nach widerspiegelt die studierende Jugend alle sozialen Schichten, die in unsere Partei eintreten, und saugt in sich ihre Stimmungen auf. Infolge ihrer Jugend und ihrer Empfänglichkeit ist sie geneigt, diesen Stimmungen unmittelbar aktive Formen zu verleihen. Als studierende Jugend strebt sie, zu erklären und zu verallgemeinern. Damit ist durchaus nicht gesagt, daß die Jugend in allen ihren Handlungen und Stimmungen gesunde Tendenzen hervorkehrt. Wenn dem so wäre, so würde das eins von beiden bedeuten: Entweder ist es in der Praxis der Partei mit allem glänzend bestellt oder die Jugend hat aufgehört, ihre Partei widerzuspiegeln. Aber weder das eine noch das andere trifft zu. Die Behauptung, daß nicht die Zellen der Lehranstalten, sondern die Zellen der Fabriken und Betriebe unsere Basis darstellen, ist im Prinzip richtig. Wenn wir aber sagen, daß die Jugend das Barometer ist, so räumen wir gerade ihren politischen Handlungen keine grundlegende, sondern eine symptomatische Bedeutung ein. Das Barometer macht nicht das Wetter, sondern zeigt es nur an. Das politische Wetter wird in der Tiefe der Klassen und in jenen Gebieten gemacht, wo die Klassen miteinander zusammenstoßen. Die Betriebszellen schaffen eine direkte und unmittelbare Verbindung der Partei mit der für uns grundlegenden Klasse, mit dem Industrieproletariat. Die Dorfzellen stellen in weit schwächerem Grade eine Fühlung mit der Bauernschaft her. Mit ihr verbinden uns in der Hauptsache die Armeezellen, die jedoch in ganz bestimmte Verhältnisse gestellt sind. Schließlich spiegelt die studierende Jugend, die aus allen Schichten und Zwischenschichten der Sowjetöffentlichkeit angeworben wird, in ihrer bunten Zusammensetzung alle unsere Vorzüge und Nachteile wider. Und wir wären schwerfällige Dummköpfe, würden wir ihren Stimmungen nicht aufs aufmerksamste unser Ohr leihen. Es kommt noch hinzu, daß ein bedeutender Teil unserer neuen Studentenschaft aus Parteimitgliedern mit einer für die junge Generation hinreichend ernsten revolutionären Parteivergangenheit besteht. Und ganz vergebens schimpfen gegenwärtig die unwilligen Apparatmenschen auf die Jugend. Sie ist — unsere Kontrolle und unsere Ablösung, und der morgige Tag gehört ihr.

Kehren wir indes zur Frage der parteimäßigen Überwindung der Verschiedenheit der einzelnen Teile und Gruppen der Partei, die durch ihre Staatsfunktionen auseinandergerissen werden, zurück. Wir sagten und wiederholen es hier, daß der Bürokratismus in der Partei durchaus nicht die absterbende Erbschaft irgendeiner vorhergegangenen Periode ist; im Gegenteil, diese Erscheinung ist eine dem Wesen nach neue Erscheinung, die sich aus den neuen Aufgaben der Partei, ihren neuen Funktionen, aus den neuen Schwierigkeiten und aus ihren neuen Fehlern ergibt.

Das Proletariat verwirklicht seine Diktatur durch den Rätestaat. Die Kommunistische Partei ist die führende Partei des Proletariats und infolgedessen auch seines Staates. Und die ganze Frage läuft darauf hinaus, wie diese Führung zu verwirklichen ist, ohne sich zu eng mit dem bürokratischen Apparat

des Staates zu verquicken und ohne sich in dieser Verquickung einer bürokratischen Ausartung auszusetzen.

Die Kommunisten innerhalb der Partei und innerhalb des Staatsapparats gruppieren sich auf verschiedene Art. Im Staatsapparat befinden sie sich in hierarchischer Abhängigkeit voneinander und in komplizierten persönlichen Verhältnissen den Parlosen gegenüber. Innerhalb der Partei sind sie alle gleichberechtigt, so weit es sich um die Bestimmung der grundlegenden Aufgaben und Methoden der Parteiarbeit handelt. Die Kommunisten arbeiten am Schraubstock, sitzen im Betriebsrat, verwalten die Unternehmen, die Trusts, die Syndikate, stehen an der Spitze des Obersten Volkswirtschaftsrates usw. Soweit es sich um die Führung der Wirtschaft seitens der Partei handelt, berücksichtigt sie — und muß sie berücksichtigen — die Erfahrung, die Beobachtung, die Meinung aller ihrer Mitglieder, die auf den verschiedenen Stufen der administrativen Wirtschaftsleitungen verteilt sind. Darin besteht ja der grundlegende, mit nichts zu vergleichende Vorzug unserer Partei, daß sie die Möglichkeit hat, in jedem gegebenen Moment die Industrie mit den Augen eines kommunistischen Drehers vom Schraubstock, eines kommunistischen Gewerkschafters, eines kommunistischen Direktors, eines roten Kaufmannes betrachten und unter Zusammenfassung der sich gegenseitig ergänzenden Erfahrungen aller dieser Funktionäre die Linie der Führung der Wirtschaft im allgemeinen und eines gegebenen Zweiges im besonderen festlegen zu können.

Es ist ganz natürlich, daß diese Art wirklicher Parteiführung nur auf den Grundlagen einer lebendigen aktiven Parteidemokratie verwirklicht werden kann. Und umgekehrt, je mehr die „apparatmäßigen" Methoden überwiegen, um so mehr wird die Parteiführung ersetzt durch eine Verwaltung ihrer Vollzugsorgane (Komitees, Büros, Sekretariate usw.). Wir sehen, wie sich bei einer Verstärkung dieses Kurses alle Dinge in den Händen einer kleinen Personengruppe konzentrieren, zuweilen eines einzigen Sekretärs, der ernennt, absetzt, Direktiven erteilt, zur Verantwortung zieht usw. Bei einer derartigen Ausartung der Führung tritt der grundlegende und unschätzbare Vorzug der Partei — ihre vielseitige kollektive Erfahrung — in den Hintergrund. Die Führung erhält einen rein organisatorischen Charakter und artet nicht selten in eine gewöhnliche Kommandoerteilung und Befehlshaberei aus. Der Parteiapparat dringt in alle Detailaufgaben und Fragen des Staatsapparats ein, lebt von seinen täglichen Sorgen, gelangt unter seinen Einfluß und sieht vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr. Wenn die Parteiorganisation als Kollektive reicher an Erfahrung ist als ein beliebiges Organ des Staatsapparats, so kann das durchaus nicht gesagt werden von den einzelnen Funktionären des Parteiapparats. Es ist in der Tat naiv, anzunehmen, daß ein Sekretär, kraft seines Sekretärtitels, in sich die ganze Summe des Wissens und Könnens verkörpert, das für die Parteiführung notwendig ist. In Wirklichkeit schafft er sich einen untergeordneten Apparat mit bürokratischen Abteilungen, mit bürokratischen Informationen und papiernen Auskünften und trennt sich durch diesen Apparat, der ihn in nahe Fühlung mit dem Staatsapparat bringt, von der lebendigen Partei ab. Es vollzieht sich hier das, was der bekannte deutsche Ausspruch folgendermaßen ausdrückt: „Du glaubst zu schieben und du wirst geschoben." Die ganze Vielfältigkeit der bürokratischen Alltagsarbeit des Staatsapparats dringt in den Parteiapparat ein und schafft in ihm einen bürokratischen Zug. Die Partei als Kollektive empfindet ihre Führung nicht, da sie diese nicht verwirklicht. Daher die Unzufriedenheit oder das Mißverstehen sogar in jenen Fällen, wo die Führung im wesentlichen richtig ist. Aber sie vermag sich nicht auf der richtigen Linie zu halten, soweit sie sich in Kleinigkeiten verausgabt, ohne einen systematischen, planmäßigen und kollektiven Charakter anzunehmen. Auf diese Weise stößt der Bürokratismus nicht nur die innerparteiliche Geschlossenheit um, sondern schwächt auch deren richtige Einwirkung auf den Staatsapparat. Das wird durch die Bank von jenen nicht bemerkt und verstanden, die am lautesten über die führende Rolle der Partei gegenüber dem Staatsapparat schreien.

Nieder mit der Fraktionsmacherei!

(Antwort der Redaktion des Zentralorganes der RKP., der „Prawda", an den Genossen Trotzki.)

** In seinem Artikel über „Gruppierungen und fraktionelle Gestaltungen" fordert Genosse Trotzki auf, „bestrebt zu sein, einander zu verstehen", denn „sich zu ereifern haben wir auch später Zeit". Genosse Trotzki verleiht, um seine eigenen Worte zu gebrauchen, seinem Artikel einen „erläuternden Charakter" und erwartet eine „ruhige und durchdachte Stellungnahme zur Frage".

Diese Ratschläge sind an und für sich sehr gut und sehr am Platze. Es ist nur zu bedauern, daß Genosse Trotzki sie in erster Reihe nicht sich selbst gegenüber in Anwendung gebracht hat. Denn wäre Genosse Trotzki nicht zuerst mit seinem berühmten Brief aufgetreten (das heißt hätte er sich nicht ereifert), wäre Genosse Trotzki bestrebt gewesen, „durchdacht und ruhig" den Standpunkt des ZK. zu begreifen, so müßte er vielleicht nicht nachträglich seine eigenen Schritte „erläutern" und die Partei wäre vielleicht von dem Diskussionsfieber, das jetzt an ihr rüttelt und ihre Kräfte untergräbt, verschont geblieben.

Genosse Trotzki „ereifert sich" (entgegen seinen eigenen Ratschlägen) nicht zum erstenmal und nicht zum erstenmal stellt er sich „aus Ereiferung" der Zentrale gegenüber. Genosse Lenin hat in seiner Broschüre: „Noch einmal über die Gewerkschaften" einen besonderen Punkt hervorgehoben: „Die Gefahr von Fraktionsaktionen für die Partei".

Genosse Lenin schrieb über das damalige Verhalten des Genossen Trotzki:

„Bedenkt doch nur: nach zwei erweiterten Sitzungen des ZK. (am 9. November und 7. Dezember), die einer beispiellos ausführlichen andauernden und erregten Erörterung des ursprünglichen Thesenentwurfes des Genossen Trotzki gewidmet waren ... bleibt ein Mitglied der Zentrale unter 19 Mitgliedern vereinzelt, sammelt sich eine Gruppe außerhalb der Zentrale und tritt mit dem „kollektiven Werk" dieser Gruppe als mit einer „Plattform" auf, und macht dem Kongreß den Vorschlag, zwischen zwei Tendenzen zu wählen!

Die Geschichte wiederholt sich, leider kommt aber an Stelle der Tragödie nicht immer eine Posse. Genosse Trotzki zwingt die Partei von neuem, kritische Zeiten durchzumachen.

— Bedenkt doch nur: Nach einer Reihe von Beratungen, nach einstimmig angenommenen Resolution des Polit-Büro, nach all dem tritt „ein Mitglied der Zentrale" mit einem Artikel über den „neuen Kursus" heraus, der sowohl gegen die Zentrale wie gegen die gesamte alte bolschewistische Garde die beispiellosesten Anklagen erhebt. Diese Anklagen werden von der gesamten Opposition (darunter auch von jenen Vulgär-Demokraten, von denen Genosse Trotzki spricht) aufgegriffen, es wird eine planmäßige Attacke gegen die Zentrale geritten und nach all dem ersucht Genosse Trotzki höflich, sich nicht zu „ereifern". „Sich ereifern" soll man natürlich nicht. Aber gerade Genosse Trotzki sollte mehr als jeder andere an diese weise Regel denken, denn sein Auftreten mit einem Artikel, der einen Sturm der Entrüstung in den erprobten bolschewistischen Reihen hervorgerufen hat, dieses Auftreten nach zwei Tagen, nach dem einstimmig gefaßten Beschluß kann nicht anders als ein Produkt der fraktionellen Reizbarkeit des Genossen Trotzki genannt werden.

Apropo, in zahlreichen Diskussionsversammlungen haben Vertreter der Opposition (Genosse Preobraschenki und andere) wiederholt erklärt, daß die Zentrale eine Hinüberleitung der Diskussion auf praktisches Geleise, auf die Erörterung der Fragen der Wirtschaftspolitik usw. hindert. Jetzt, nach der Veröffentlichung der Resolution der Zentrale über die Wirtschaftsfrage stehen wir einer neuen Aktion des Genossen Trotzki in bezug auf die alte Resolution gegenüber. Ein weiterer Beweis dafür, wer denn eigentlich die praktische Diskussion „hindert", die Zentrale oder jemand anderer. Die Zentrale ist gezwungen, zurückzuschauen, denn sie wird in ihrer Arbeit durch die fraktionelle Reizbarkeit des Genossen Trotzki gehindert.

1. Das Wesen der Meinungsverschiedenheiten.

Der Leninismus und die Abweichungen von demselben.

In der vor unseren Augen sich abspielenden Diskussion ist ein Zug überraschend: viele Parteigenossen, insbesondere von den jungen, betrachten mit Befremdung die unerwartet aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten. In bedeutendem Maße erklärt sich dies durch den Umstand, daß viele dieser Meinungsverschiedenheiten früher nicht in die Öffentlichkeit hinausgetragen

wurden. Sowohl zur Zeit des Genossen Lenin als auch später wurden Meinungsverschiedenheiten, die es zwischen der Mehrheit der Zentrale und dem Genossen Trotzki wiederholt gegeben hat, im Rahmen der Zentrale selbst überwunden. Das ZK. mußte so tun und handelte völlig richtig, denn auf diese Weise blieb die Partei von überflüssigen fraktionellen Erschütterungen verschont. Andererseits wurden jene Meinungsverschiedenheiten, die über den Rahmen des ZK. hinauskamen (Brest, Diskussion über die Gewerkschaften) in der Folge nicht mehr erwähnt und die Fehler einer Reihe von Genossen, darunter auch des Genossen Trotzki, wurden keiner kritischen Analyse unterzogen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine solche Sachlage auch ihre Nachteile hatte: diese Nachteile werden jetzt, da Genosse Trotzki die Meinungsverschiedenheit auf den weiten Schauplatz der Massendiskussion der Parteimitgliedschaft hinausträgt, besonders klar. Viele begreifen nicht das Wesen des Streites. Es tut hier daher einerseits eine geduldige Erläuterung und anderseits eine „ruhige und durchdachte Stellungnahme zur Frage" not.

Nach der Oktoberrevolution hat unsere Partei drei große Krisen durchgemacht: die von Brest, die in der Gewerkschaftsfrage und die gegenwärtige. Auf all diesen Stufen der Parteientwicklung hat sich Genosse Trotzki geirrt. Man muß, „ruhig und durchdacht" die Frage behandelnd, bestrebt sein, zu begreifen, worin die Wurzel dieser Irrtümer besteht. Nur wenn wir diese Wurzel voll erfassen, werden wir imstande sein, jene Abweichungen, die eine unvermeidliche Fortsetzung der früheren sind, rechtzeitig richtigzustellen.

Der Brester Frieden. Worin bestand hier der Irrtum des Genossen Trotzki (und der „linken Kommunisten")? Er bestand darin, daß Genosse Trotzki sich von der revolutionären Phrase, von einem Entwurf, von einem schönen papiernen Plan hinreißen ließ. Die Gegner des Brester Friedens hatten einen solchen Entwurf, sie sahen aber nicht die verdammte Wirklichkeit, die das Genie Lenin so wunderbar gesehen hat. Und vor allem sahen sie nicht die Bauernschaft, die nicht kämpfen wollte und konnte.

Die Gewerkschaftsfrage. Was bildete hier die Grundlage des Irrtums des Genossen Trotzki und einer Reihe anderer Genossen? Wieder das gleiche. Sie hatten einen vorzüglichen Produktionsgrundriß in bezug auf die „Verquickung"*) der Gewerkschaften, ihre Säuberung („Aufrüttelung"), ihre Anpassung an die „Produktionsdemokratie". Dieser Grundriß erwies sich als utopisch, trotz der großen Genauigkeit und Klarheit der Formulierungen.

Warum geschah das? Ebenfalls aus dem Grunde, weil diese politische Linie der wirklichen Sachlage widersprach.

Zur Zeit Brests schrie die grundlegende Gruppe der Bevölkerung, die Bauernschaft: Friede um jeden Preis! Man müsse ausruhen und Atem holen, koste es was es wolle. Genosse Trotzki und die „linken Kommunisten" verlangten aber entweder einen revolutionären Krieg oder wollten uns eine völlig sinnlose Formel — „Weder Krieg noch Frieden" aufzwingen.

Zur Zeit der Gewerkschaftsdiskussion forderte das Land die Beseitigung der Fessel des Kriegskommunismus, der die Entfaltung der Produktionskräfte hinderte, dafür wurde aber auf dem Gebiete des Gewerkschaftswesens ein festeres Anziehen der Schraube empfohlen. Somit handelt es sich auch hier um ein Nichtbegreifen der Wirklichkeit und vor allem um die Nichtberücksichtigung der Massenpsychologie der Bauernschaft. Ohne eine Berücksichtigung dieser Psychologie kann aber das Proletariat in unserem Lande nicht herrschen.

Die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten mit dem Genossen Trotzki haben die gleiche Grundlage. Diese Meinungsverschiedenheiten bestanden auch früher, als die Tätigkeit der Zentrale unmittelbar von dem Genossen Lenin geleitet wurde, sie bestanden auch nachher. Genosse Trotzki setzte alles Schlimme auf die Rechnung des Mangels an planmäßiger Arbeit. Dieser Mangel war es, der nach Meinung des Genossen Trotzki, das ganze Land zum „Verderben" gebracht hat. Gerade dessen beschuldigte der Genosse Trotzki — hartnäckig und systematisch — die gesamte Zentrale.

Es versteht sich von selbst, daß das „Verderben" sich nur in der erhitzten fraktionellen Einbildung des Genossen Trotzki befindet. Es versteht sich von selbst, daß keiner von den Mitgliedern der Zentrale irgendetwas gegen eine Steigerung der Ordnung und der Planmäßigkeit in der Arbeit einzuwenden haben kann. Die Zentrale war aber der Ansicht, daß bei dem Genossen Trotzki in dieser Frage eine ungeheuerliche Übertreibung vorhanden ist. Die Zentrale war der Ansicht, daß der Plan unserer Wirtschaftspolitik, soll er real sein und nicht auf dem Papier bleiben, mit äußerster Vorsichtigkeit ausgearbeitet werden muß. Die Zentrale war der Ansicht, daß wir entgegen der Meinung des Genossen Trotzki noch nicht von einer „Diktatur der Industrie" sprechen können und daß wir, wie uns das Lenin gelehrt hat, noch lange Zeit hindurch auf dem mageren Bauerngaul reiten müssen werden und nur auf diese Weise unsere Industrie retten und eine sichere Grundlage für die Diktatur des Proletariats schaffen werden.

Das ist die Wurzel der gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten. Man muß sich daher die Frage stellen: haben wir es hier nicht mit dem gleichen Irrtum — in einer neuen Form — zu tun?

Natürlich ist das der Fall. Auch hier sehen wir ein übermäßiges Heraustreiben des Planes ohne eine genügende Anpassung dieses Planes an die reale Sachlage. Auch hier liegt eine nichtgenügende Einschätzung der Bauernschaft zugrunde.

Diese ursprüngliche Grundlage aller Irrtümer des Genossen Trotzki ist nun die Abweichung vom Leninismus. Denn Lenin brachte in dem Marxismus das Neue, indem er als erster mit höchster Klarheit die Frage über Vereinigung der „proletarischen Revolution mit dem Bauernkrieg", über die Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft, über ihren Block, ihr wirtschaftliches und politisches Bündnis (theoretisch) aufrollte und (praktisch) löste.

Diese Abweichung des Genossen Trotzki vom Leninismus erklärt sich durch die gesamte historische Vergangenheit des Genossen Trotzki, durch die Eigenart seiner Ansichten hinsichtlich des Ganges der Revolution. Es ist unnütz, wegen Erinnerungen an diese Vergangenheit zu zürnen, da nun einmal die Arbeit im „erläuternden" Stil eingesetzt hat. Man muß „ruhig und durchdacht" das Thema behandeln und tatsächlich bestrebt sein, die Frage bis auf den Grund zu klären. Genosse Trotzki hat wiederholt offen und mannhaft erklärt, daß er „unter Kämpfen" zu Lenin gekommen ist. Offenbar ist er aber nicht restlos zu ihm gekommen.

2. Der Leninismus und die Abweichungen von ihm in der organisatorischen Frage.

In der Politik ist es gewöhnlich so, daß Abweichungen von der richtigen Linie in den grundlegenden Fragen von entsprechenden Abweichungen in einer Reihe anderer Fragen begleitet werden, die von wesentlicher Bedeutung für das Schicksal der proletarischen Partei sind.

In unserer gegenwärtigen Diskussion wie auch im letzten Artikel des Genossen Trotzki sehen wir klar, wie die Fraktion der Genossen Trotzki, Sapronow und Preobraschenski auch in den Fragen der innerparteilichen Politik wohl oder übel vom Leninismus ablenkt.

Welches war das allgemeine organisatorische Prinzip der bolschewistischen Partei? Diese Partei, unsere Partei, unterschied sich stets durch ihre Geschlossenheit und Einheit. Es gab eine scharfe Trennungslinie zwischen unserer Partei und ihrem organitorischen Wesen einerseits und den opportunistischen Parteien andererseits. Unsere Partei wurde aufgebaut und wuchs in den Kämpfen gegen den Opportunismus als eine aus einem einzigen Stück gehauene Partei. Unsere Partei war nie und — wir hoffen es — wird auch nie eine Föderation von miteinander Übereinkommen treffenden Gruppen, Grüppchen, Fraktionen und „Strömungen" sein.

Bei den Menschewisten, Sozialrevolutionären und den übrigen „Breiten", im Gegensatz zu den „ungeduldigen", „engherzigen" Bolschewisten, gab es hingegen die äußerste „Meinungsfreiheit", „Freiheit der Gruppierungen", „Freiheit der Strömungen". Vor nicht allzulanger Zeit, auf dem Prozeß der SR., haben sich die angeklagten SR. dieser „Duldsamkeit" gerühmt: sie hatten einen Flügel, der unmittelbar die Weißen unterstützte, sie hatten ein „Administratives Zentrum", sie hatten Linke, sie hatten Zentristen usw., mit einem Wort, von jeglichem Geschöpf je ein paar. Das gleiche war bei den Menschewisten der Fall. Unsere Partei hat aber ihre Feinde zum Teil gerade aus dem Grunde zertrümmert, weil sie eine einheitliche „eiserne Kohorte" von Kämpfern darstellte, die höchste Einheit des Willens verwirklichte und so aufgebaut war, daß alle Meinungsschattierungen sich in den gemeinsamen Strom ergossen und die Partei nicht in gegeneinander kämpfende und sich gegenseitig schwächende Fraktionen trennten.

Und wenn jetzt eine Reihe Genossen, mit dem Genossen Trotzki an der Spitze, diese organisatorische Tradition aufgibt, so geben sie damit die organisatorische Tradition des Leninismus auf. Gewiß kann man Traditionen — darunter auch Leninsche — verspotten, dann muß man es aber offen und unverhüllt machen. Gewiß können keinerlei Traditionen auf absolut ewiges Dasein Anspruch machen. Dann muß aber angegeben, erklärt und bewiesen werden, warum der Leninismus in diesem Punkte „veraltet" ist. Wir denken, daß er nicht ver-

*) Mit dem Staatsapparat.

altet ist, denn unsere Partei steht immer noch auf einem Kampfposten, ist von Feinden umgeben und muß daher genau so geschlossen und einheitlich sein wie früher.

Der Bolschewismus hat den Parteiappaat stets sehr hochgehalten und hält ihn auch jetzt hoch. Daraus folgt nicht, daß der Bolschewismus von einer Blindheit gegenüber den Krankheiten des Apparats (darunter auch seiner Bürokratisierung) befallen sein muß und befallen ist. Darüber werden wir in der Folge sprechen. Der Bolschewismus (Leninismus) hat aber nie die Partei dem Apparat gegenübergestellt. Vom bolschewistischen Standpunkte aus ist das elementare Unwissenheit, denn es gibt keine Partei ohne Apparat. Reißt aus der Partei ihren Apparat heraus und sie wird sich in eine zusammenhanglose Menschenmasse umwandeln. Demgegenüber bekundeten zum Beispiel die Menschewisten stets eine angeblich „demokratische" Verachtung gegenüber dem „Komiteewesen" und dem „Jakobinertum" der Bolschewisten. Unter dem Scheine der Verteidigung der „Selbständigkeit" der Parteimassen gegen den Apparat haben die Menschewisten stets die opportunistische Schnoddrigkeit der kleinbürgerlichen, „weitherzigen Arbeiterpolitiker" gegen die proletarische Organisiertheit und Disziplintheit des Bolschewismus verteidigt.

Man kann und soll mit aller Leidenschaftlichkeit gegen die Krankheiten des Apparats, in denen die Krankheit der Partei zutage tritt, kämpfen, aber die Partei dem Apparat gegenüberzustellen, heißt, auch hier vom Bolschewismus ablenken.

In den innerparteilichen Fragen hat stets auch die Frage über die Bedeutung der Parteileitung, die Frage der „Führer", die Frage der Zentralinstanz der Partei eine große Rolle gespielt. Die Bolschewisten haben nie ein Spiel mit formellem, hohlem Demokratismus getrieben, hinter dem stets Prinziplosigkeit verborgen ist. Lenin lehrte uns, die Führerrolle der grundlegenden Kaders, die die größten Erfahrungen im Kampfe erworben haben, hoch zu schätzen. Gewiß verspottete er grausam die „alten Narren", die die Lehren der Vergangenheit auf die neuen Erfordernisse der Gegenwart nicht anwenden konnten. Er warnte aber in jeder möglichen Weise vor einem „Spiel" mit formeller Demokratie, die in Worten eine bloß registrierende Rolle der Zentralinstanz verlangt, in Wirklichkeit aber zum Spielzeug von Demagogen der schlimmsten Sorte wird. Der Bolschewismus trat hier als eine der realen Sachlage voll und restlos Rechnung tragende Praxis auf. Und wenn jetzt einige Genossen es leichten Herzens für möglich halten, gegen die leitende Parteizentralinstanz sehr befremdende und einfach lachhafte Anklagen zu erheben, so geschieht das aus dem Grunde, daß sie die Rolle und die Bedeutung der leitenden Parteiinstanz nicht begreifen. Auch hier befinden sie sich auf einem Wege, der sie abseits vom Bolschewismus führt.

Verbunden hiermit ist die Frage betreffend die „alte Garde". In diesem Zusammenhange wollen wir aber bloß kurz auf die Kennzeichen der Tendenzen hinweisen, die sich in dem Standpunkt der Genossen Trotzki, Preobraschenski, Sapronow bemerkbar machen. In den nachfolgenden Zeilen werden wir sehen, wie diese Tendenzen in den Äußerungen der genannten Genossen, vor allem des Genossen Trotzki, konkret zutage treten. Eine ruhige und aufmerksame kritische Erörterung seiner Artikel wird für unsere Diskussion von Wert sein. Nur braucht man sich über Anklagen in bezug auf gegenleninistische Tendenzen nicht zu „ereifern". Es ist zu beweisen, daß sie nicht vorhanden sind. Unglücklicherweise sind sie aber vorhanden. Und die gesamte Partei wäre natürlich nur erfreut, wenn im Resultat eines „ruhigen und aufmerksamen" Gedankenaustausches diese Tendenzen verschwinden und von einer Einmütigkeit auf Grundlage der erprobten, im praktischen Leben geprüften, politischen und organisatorischen Anschauungen des Leninismus abgelöst werden würden.

3. Das Monopol auf Demokratie und die fraktionelle Opposition.

„Wir sehen" — schreibt Genosse Trotzki in seinem letzten Artikel „Über Gruppierungen usw." — „eine neue Offensive des Parteiapparats, die jegliche Kritik (von uns gesperrt; Red. „P.") an dem alten, in aller Regel verdammten, aber noch nicht liquidierten Kurs auf das entschiedenste mit Hinweis auf Fraktionsgebarung ablehnt." „Man muß den Deckel wieder fester schrauben. Von dieser kurzen Weisheit sind durchdrungen Dutzende von Reden und Artikeln ‚gegen Fraktionswesen'."

„Der energischste Flügel des alten Parteiapparats ist tief von der Irrtümlichkeit der Resolution der Zentrale überzeugt."

„Der wütende Bürokratismus ... gerade aus diesem Lager ertönten Stimmen, die man nicht anders als Provokation bezeichnen kann. Gerade hier fand man den Mut, zu sagen: wir fürchten keine Spaltung! Gerade die Vertreter dieses Lagers stöbern in der Vergangenheit herum (wohl eine Anspielung auf die Guèsdes und Vaillants? Red. „P."). Sie suchen alles heraus, was noch mehr Erbitterung in die Parteidiskussion bringen könnte, frischen künstlich Erinnerungen an alte Kämpfe und alte Spaltungen auf, um unmerklich und allmählich die Gedanken der Partei an die Möglichkeit eines so ungeheuren selbstmörderischen Verbrechens, wie eine neue Spaltung, zu gewöhnen."

So kennzeichnete Genosse Trotzki — wozu das verhüllen und geheim halten? — die offizielle Linie der Zentrale. Hat die Zentrale das Land zum Verderben geführt, geht sie auf dem Wege der Kautsky und Bernstein, warum sollte sie sich da gleichzeitig nicht auch mit dem tückischen Plan der Vorbereitung einer neuen (?) Spaltung der Partei abgeben? (Und wo ist die alte? Etwa die mit den Menschewisten? War die denn so schlecht?) Genosse Trotzki ereifert sich offenbar und schätzt die Tatsachen offenbar unrichtig ein. Richtiger gesprochen, er geht an den Tatsachen vorbei. Hierbei wiederholt er den gleichen Fehler, den er schon zur Zeit der Gewerkschaftsdiskussion begangen hat.

Unter den übrigen fraktionellen Übertreibungen des Genossen Trotzki weist Genosse Lenin auch auf die Leidenschaft Trotzkis für leichtfertige Anklagen hin. Lenin schreibt:

„Im Leitsatz Nr. XI (beim Genossen Trotzki; Red. „P.") ist eine wunderbar taktische, beweiskräftige, praktisch gehaltene ..., wie soll man es nur möglichst höflich sagen .... ‚Anspielung' darauf enthalten, daß die ‚Mehrheit der Gewerkschafter' ‚formell', das heißt in Worten, die Resolution des IX. Kongresses der RKP. anerkennt."

Jetzt haben wir es nicht mehr mit „Anspielungen", sondern mit offenen Anklagen zu tun. Die Zentrale sei trotz ihrer eigenen Resolution von der Irrtümlichkeit des neuen Kurses überzeugt, denkt nur daran, wie der „Deckel" wieder um so fester geschraubt werden soll usw. Wo sind aber die Tatsachen? Wo ist selbst nur die Spur eines Beweises, außer des bezweifelbaren Lesens in fremden Herzen? Die Tatsachen widersprechen entschieden den Äußerungen des Genossen Trotzki und der gesamten Opposition. Denn Genosse Trotzki selbst spricht über eine Explosion der Diskussion, über Übermäßigkeiten auf diesem Gebiete usw. Wo, wann und wem wurde je „verboten", sich zu äußern? Wo, wann und wem wurde der Zaum an den Mund gelegt? Befinden wir uns nicht inmitten einer ihrem Umfange und ihrer Intensivität nach beispiellosen Diskussion?

Wo hat es Genosse Trotzki gesehen, daß eine Kritik am alten Kurs, und sogar noch „jegliche" „mit Hinweis auf Fraktionsgebarung", „abgelehnt" wird?

Das sind doch wahrlich ungeheuerliche Beschuldigungen. Uns ist kein einziges Mitglied der Zentrale bekannt, das sich in den Diskussionsversammlungen mit der Kritik am „alten Kurs", einer Kritik, die in erster Reihe in der Resolution der Zentrale selbst enthalten ist, nicht solidarisch erklärt hätte. Auch Genosse Trotzki dürfte kaum in der Lage sein, uns ein Zentralmitglied zu zeigen, das sich für den „alten Kurs" erklären werde. Worum handelt es sich dann? Woher dieser große Lärm?

Es handelt sich darum, daß Genosse Trotzki die „Demokratie" zu strategischen Zwecken braucht, um die alten Kaders zu zerrütteln und um die Politik der Zentrale zu „verbessern". Subjektiv vom Gesichtspunkte seiner Ziele ist Genosse Trotzki völlig im Recht. Objektiv täuscht er sich aber gewaltig. Die Partei wird eine „Verbesserung" jener grundlegenden Linie, die sie vom Genossen Lenin gelernt hat, nicht zulassen.

Genosse Trotzki und die gesamte Opposition weisen gern darauf hin, daß sie das erste Wort über die innerparteiliche Demokratie gesprochen haben, wofür sie vom „wütenden Bürokratismus" dann auch verdammt wurden. Das ist eine entschiedene Entstellung der Tatsachen. Das Polit.-Büro hat sich noch im September, noch vor jeglicher Aktion der Opposition für den neuen Kurs entschlossen. Das Oktober-Plenum der Zentrale und der Zentralen Kontrollkommission hat diesen Beschluß des Polit.-Büro der Zentrale bestätigt. Auf der Grundlage dieser Beschlüsse wurde dann die einstimmig angenommene Resolution ausgearbeitet.

Diese Tatsachen werden aber, offenbar ebenfalls aus strategischen Gründen, sorgfältig umgangen, verhüllt und entstellt. Denn die Sache muß eben so dargestellt werden, daß die „Opposition" einen Märtyrerkranz trägt und für die „Demokratie" leidet.

Sowohl Genosse Trotzki wie auch die gesamte Opposition will durch die Demokratie die „alten Kaders" treffen. Daher die Worte über die „Offensive des Apparats" (Trotzki), daß „der neue Wein nicht in die alten Schläuche gegossen werden kann", daß „die Demokratie das organisierte Mißtrauen ist" usw. Von diesem Standpunkt aus ist es sehr interessant, daran zu erinnern, wie die jetzigen Verbündeten der Genossen Trotzki, Preobraschenski usw., auf dem X. Kongreß gesprochen haben. Hier zum Beispiel die Worte, in denen Genosse

Rafael die Tätigkeit der „neuen Schläuche", der Genossen Krestinski, Sibirjakow, Preobraschenski (damalige Sekretäre der Zentrale, jetzige „Oppositionelle") eingeschätzt hat:

„Nach dem IX. Kongreß unserer Partei hat die Zentrale schon vom nächsten Tag an gegenüber der Masse der Parteimitgliedschaft mit einer Politik zum Zähneknirschen eingesetzt. Diese Politik zum Zähneknirschen oder des ‚Zektranismus'*) (gegen Trotzki — Red. „P.") ... oder ... bürokratische Entstellung bestand darin, daß usw." (Protokolle Seite 52). Daraus folgt zumindest, daß die Opposition samt dem Genossen Trotzki gleichfalls Traditionen des Bürokratismus mit sich schleppen. In dieser Beziehung hat Genosse Lenin auf dem X. Parteikongreß besonders den Genossen Krestinski und Genossen Trotzki beschuldigt. Da nun der Monat September nach allen Regeln der Astronomie vor Oktober zu sein pflegt, so ist es völlig klar, daß Genosse Trotzki sich im hohen Grade irrt, wenn er die unschuldweiße Kleidung der Demokratie anzieht.

Die Zentrale hat einstimmig die bekannte Resolution über den „neuen Kurs" angenommen. Auf dieser Grundlage findet eine breite Parteidiskussion statt und werden Neuwahlen vorbereitet. Das ist jedem einzelnen bekannt. In dieser Diskussion nimmt die Zentrale, wie es der Zentrale einer bolschewistischen Partei auch geziemt, einen bestimmten Standpunkt ein. Die Zentrale wird mit eiserner Hand die Richtung auf die innerparteiliche Arbeiterdemokratie innehalten, denn sie sieht nicht weniger gut als andere, daß sie in der gegenwärtigen entstehenden Lage der Partei die Aufgaben, die ihrer harren, nur durch eine Hebung des politischen Niveaus und der politischen Aktivität der gesamten Parteimitgliedschaft lösen kann.

Unter solchen Bedingungen ist das Monopol auf Demokratie von seiten der Opposition und des Genossen Trotzki nur ein fraktioneller Schachzug, der dadurch, daß Genosse Trotzki auch hier unbegründete und leichtsinnige Beschuldigungen gegen die Zentrale erhebt, noch mehr den Charakter eines solchen gewinnt. So wird die Partei nicht zusammengeschlossen. So wird die Partei — ob mit Absicht oder unabsichtlich — nur erschüttert.

Es ist von Interesse, die folgende bezeichnende Tatsache zu erwähnen:

Nach der Annahme der Resolution des Pol.-Büro hat das Sekretariat der Zentrale ein Rundschreiben versandt und in der „Prawda" veröffentlicht, in dem den Parteiorganisationen die Wahrung der Diskussionsfreiheit zur Pflicht gemacht wird. Die Zentrale Kontrollkommission hat ebenfalls ein Rrundschreiben versandt und in der „Prawda" veröffentlicht, in dem die Drohung enthalten ist, Personen, die den regelmäßigen und freien Gang der Diskussion hindern, zur Verantwortung zu ziehen. Davon spricht aber niemand aus der „Opposition" auch nur ein Sterbenswörtchen. Warum? O, weiser Ödipus, löse das Rätsel!

4. Ein wertvolles Geständnis des Genossen Trotzki. Über Fraktionen und Gruppierungen.

Die oppositionellen Genossen, mit dem Genossen Trotzki an der Spitze, wenden mit Vorliebe das Argument an: „Die Zentrale will die Partei mit der Spaltung einschüchtern." Das Geschrei über Spaltung sei ein Versuch zur Verhinderung der Diskussion („das Schreckenmachen ist überhaupt meistens ein Produkt des Schreckens" — schreibt Genosse Trotzki).

Auch hier wiederholt sich die Geschichte in wunderbarer Weise. Nicht darum handelt es sich, werte Genossen, daß Ihr X. Y. usw., keine Spaltung wollt. Sehr oft kommt es so, daß Spaltungen nicht gemacht werden, sondern sich selbst machen. Es gibt eine gewisse objektive Logik des Kampfes, die mit elementarer Kraft zur Spaltung treibt, unabhängig von den subjektiven Wünschen der an der Spitze der Fraktionen stehenden Genossen. Diese Gefahr ist außerordentlich groß, wenn eine Arbeiterpartei in einem Lande herrscht, wo die Arbeiterklasse selbst eine Oase in der Bauernwüste ist.

Die Geschichte, sagten wir, wiederholt sich.

Auf dem X. Kongreß der Partei sprach Genosse Lenin die folgenden Worte:

„Die Umstände des Streites (es handelte sich um die Gewerkschaftsdiskussion. Red. „P.") werden im höchsten Grade gefährlich. Einige Genossen, mit denen ich im Laufe der Diskussion zusammenzukommen und zu streiten Gelegenheit hatte, sagten mir, als ich vor einigen Monaten sagte: ‚Gebt Acht, es liegt hierin eine Bedrohung der Herrschaft der Arbeiterklasse und der Diktatur der Arbeiterklasse': ‚Das ist ein Mittel der Einschüchterung, Sie wollen uns terrorisieren" (Protokolle, Seite 17).

Das gleiche wird jetzt in bezug auf unsere Zentrale, die die Leninsche Linie führt, gesagt.

Es ist auch gut, daran zu erinnern, daß Genosse Lenin in seinen letzten Artikeln genau so auf die Gefahr der Spaltung hingewiesen hat und aus voller Kraft bestrebt war, die Aufmerksamkeit auf diese Gefahr zu lenken. Wollte Genosse Lenin etwa auch hier die „Partei terrorisieren"? Eine lächerliche Beschuldigung. Wenn aber diese Gefahr vorhanden ist, und wenn sie sich noch verschärft, soll da etwa die leitende Parteiinstanz schweigen? Was für eine Zentrale wäre es, die auf diese Gefahr nicht hinweisen würde? Und welchen Wert haben letzten Endes diese alten, vermoosten Beschuldigungen hinsichtlich einer „Einschüchterung"? Sollte es möglich sein, daß sie als Zierart für die patentierten Verteidiger des neuen Kurses dienen können?

Im Gegensatz zum Genossen Preobraschenski, der behauptet, daß es keinerlei fraktionelle Gruppen und Gruppierungen geben kann, daß die Gruppierungen (die natürlich gänzlich unschuldig und nicht im geringsten fraktionell sind) keinerlei soziale Basis haben, und daß die Feststellung einer solchen Basis eine Abweichung vom Marxismus bedeutet, im Gegensatz zu allen diesen „unschuldigen" Ausführungen stellt Genosse Trotzki die Frage ganz anders. Er versteckt nicht den Kopf unter den Flügeln, sondern erklärt offen, ja, es gibt Gruppierungen, sie haben die Tendenz, sich in Fraktionen umzuwandeln, die Fraktionen sind aber „unter unseren Bedingungen das größte Übel". Das ist eine sehr offene Auffassung der Frage, und wir müssen dem Genossen Trotzki für sein offenes Geständnis nur dankbar sein. Er faßt hier die Frage richtig auf und gibt sich nicht mit jener juridischen Alchimie ab, mit der sich Vertreter der Opposition gewöhnlich abgeben.

Genosse Trotzki will aber aus dieser richtigen Auffassung der Frage auch einen „kleinen Nutzen" für seine „nichtfraktionelle" Fraktion gewinnen.

„Man braucht sich nur," schreibt Genosse Trotzki, „gehörig in die Geschichte unserer Partei, zumindest während der Revolution, das heißt gerade während jener Zeit, in der der Fraktionskampf besonders gefährlich wurde, hineindenken und es wird klar werden, daß der Kampf gegen diese Gefahr keinesfalls durch formelle Verdammung und Verbot von Gruppierungen erschöpft werden kann." Zur Zeit Brests gab es keinesfalls ein bloßes „Verbot". Die Partei hat kompliziertere Methoden angewendet: Diskussionen, Erläuterungen, Kontrolle durch die politische Erfahrung, und fügte sich vorübergehend in eine so abnormale und bedrohliche Erscheinung, wie das Bestehen einer organisierten Fraktion innerhalb der Partei.

Auf dem X. Kongreß hat die Partei durch ihre wirtschaftlichen Entscheidungen die Opposition „erledigt" usw.

Sehr wohl, Genosse Trotzki.

Wenden Sie, bitte, aber diese Kriterien auch auf die gegenwärtige Lage an.

1. Fraktionelle Gruppierungen (oder Gruppierungen mit der Tendenz zur Fraktionsbildung) werden vom Genossen Trotzki selbst zugegeben. Das ist das eine.

2. Die Partei „erledigt" den Fraktionsgeist durch die Resolution über die innerparteiliche Demokratie und über die Wirtschaftsfrage.

Das ist das zweite.

3. Die Partei wendet, um die Worte des Genossen Trotzki selbst zu gebrauchen, „kompliziertere Methoden" an: Diskussionen (gibt es etwa keine solchen? — Red. „P."), Erläuterungen (gibt es etwa auch das nicht? — Red. „P."). Kontrolle durch die politische Erfahrung mit vorübergehender Zulassung (von uns unterstrichen — Red. „P.") von fraktionellen Gruppierungen.

Wahrlich gute Formulierungen, die aber voll gegen den Genossen Trotzki sprechen!

Gleichzeitig beantworten sie auch voll die Frage des Genossen Preobraschenski, der nicht müde wird, zu fragen: Sind wir eine Fraktion, warum macht Ihr nicht ohne weiteres mit uns Schluß? Darum, liebster Genosse Preobraschenski, weil die Zentrale den klugen Rat des Genossen Trotzki befolgt, „sich vorübergehend fügt" und eine Aufklärungstätigkeit entfaltet.

Nun sei aber die Frage erlaubt: Gehört zur „Aufklärungstätigkeit" auch der Hinweis auf die Tatsache, die auch Genosse Trotzki erwähnt hat, und zwar, daß Fraktionen gefährlich sind und für die Revolution verhängnisvoll sein können? Unseres Dafürhaltens ist diese Frage zu bejahen. Nach Meinung des Genossen Trotzki, dessen Beweisführung an diesem Punkte nicht klappt, ist es eine „Einschüchterung".

Soll sich da einer auskennen!

Die ganze Beweisführung des Genossen Trotzki ist nicht abgerundet. Das kommt daher, daß Genosse Trotzki selbst auf

*) „Zektranismus" ist eine Abkürzung des Hinweises auf den im ZK. des Transportarbeiterverbandes herrschenden, äußerst straffen Zentralismus.

einem fraktionellen Standpunkt steht, der sich natürlich keinesfalls mit dem Hinweis auf die Verderblichkeit von Fraktionen in Einklang bringen läßt.

Schließlich ist beim Genossen Trotzki noch eine „Unebenheit" festzustellen. Er erhebt gegen die Zentrale die Beschuldigung, daß die Zentrale eben die bürokratische Fraktion darstellt. In der Feststellung, daß die Bürokratisierung einer herrschenden Partei im allgemeinen eine riesige Gefahr in sich birgt, kann man sich mit dem Genossen Trotzki nur einverstanden erklären.

Verkörperlicht aber die Zentrale diesen Bürokratismus, ist die Zentrale das Haupt der bürokratischen Fraktion, wozu sie dann belassen? Warum soll sie nicht fortgetrieben werden? Verderben des Landes plus Sozialverräterei, plus Ausartung in eine Bürokratie, genügt das nicht, um eine solche Zentrale zu vertreiben?

Warum wird das aber nicht empfohlen? Wird etwa die Partei auf eine solche Weise gerettet? Ist es etwa möglich, Resolutionen in Übereinstimmung mit einer solchen Zentrale anzunehmen?

Auch hier fehlt etwas in der Beweisführung des Genossen Trotzki.

Das ganze erklärt sich dadurch, daß Genosse Trotzki an diese Beschuldigungen nicht glaubt. Würde er an sie glauben, so würde er mannhaft alle Folgerungen aus ihnen ziehen. Er tut dies aber nicht. Warum? Weil er die Partei fraktionsmäßig erschüttern und an die Stelle der alten Leninschen Garde Genossen bringen will, die unsere bolschewistische Partei entbolschewisieren wollen. Das hat die Partei auch früher nicht zugelassen und wird es auch jetzt nicht zulassen.

Das ist das erste Ergebnis der ersten „Erläuterung" des ersten Briefes über den „neuen Kurs".

Genosse Trotzki hat seine Irrtümer nur vertieft, die Meinungsverschiedenheiten zugespitzt und seinen fraktionellen Standpunkt nur unterstrichen.

Nebenbei hat Genosse Trotzki abseits liegende, aber wichtige Fragen berührt:

1. Hinsichtlich der „nichtfraktionellen" Anspielungen des Genossen Trotzki auf die Fehler einer Gruppe alter Bolschewisten im Oktober 1917 ist es von Nutzen, eine vom Genossen Lenin im Jahre 1920 gemachte Einschätzung in Erinnerung zu bringen. (Gesammelte Werke, Band 17, Seite 373.) Genosse Lenin schrieb folgendes:

„Unmittelbar vor der Oktoberrevolution in Rußland und bald nach ihr beging eine Reihe vorzüglicher Kommunisten in Rußland einen Fehler, an den man sich bei uns jetzt ungern erinnert. Warum ungern? Weil es ohne besondere Notwendigkeit unrichtig ist, an solche Fehler zu erinnern, die gänzlich gutgemacht sind. In einigen Wochen, spätestens in einigen Monaten, haben alle diese Genossen ihre Fehler eingesehen und sind auf die verantwortlichen Partei- und Sowjetposten zurückgekehrt."

Entgegen dem Rate des Genossen Lenin erinnert sich Genosse Trotzki gern an diesen Zwischenfall. Warum? Weil ihm das aus fraktionellen Erwägungen heraus vorteilhaft erscheint.

2. Das Beispiel der Petersburger Meinungsverschiedenheiten im Jahre 1921 ist an den Haaren herbeigezogen. Es hat dort keinerlei Fraktionen gegeben. Die Meinungsverschiedenheiten wurden, wie es sich Bolschewisten geziemt, auf organisiertem Wege mit Hilfe der Parteizentrale überwunden. Beide streitenden Teile haben ihre früheren Meinungsverschiedenheiten längst vergessen.

3. „Entgegen der Redaktion der ‚Prawda' bin ich nicht der Meinung, daß mit dem Augenblicke der Veröffentlichung der Thesen über die wirtschaftlichen Fragen die Partei das Recht (!! Red. „P.") zur Fortsetzung der Erörterung der innerparteilichen Fragen verliert", schreibt Genosse Trotzki.

Das heißt beim Genossen Trotzki — „zur Ereiferung haben wir ja nachher Zeit". Was würde Genosse Trotzki geschrieben haben, wenn er sich entschlossen hätte, sich schon jetzt zu ereifern?

Wo wurde irgend jemand eines „Rechtes" beraubt und durch wen? Lassen Sie das, Genosse Trotzki! Je mehr Sie Ihren ersten Brief über den „neuen Kurs" erläutern, um so mehr enthüllen Sie selbst Ihren Fraktionsgeist und um so mehr werden Sie 99% der gesamten Partei gegen Ihre Irrtümer zusammenschließen.

5. Die Strategie des Genossen Trotzki. — Theoretische Voraussagungen oder fraktioneller Schachzug?

Der riesige „erläuternde" Artikel des Genossen Trotzki bezüglich der „Parteigenerationen" und der „gesellschaftlichen Zusammensetzung der Partei" ist eine Art „Obergerichtserläuterung". Das, was Genosse Trotzki in seinem Brief an die Rayonversammlungen sehr scharf, so scharf aufgerollt hat, daß er sofort einen ungeheueren Unwillen der alten Parteigenossen gegen seine „Linie" hervorgerufen hat, verschwindet jetzt förmlich in theoretisierenden Ausführungen allgemeinen Charakters. Da aber viele dieser Ausführungen an und für sich richtig sind, so ist es natürlicherweise leichter, in den „Wattedecken" dieser Ausführungen die „Stecknadeln" zu verstecken, die gegen die alten bolschewistischen Kaders und vor allem gegen die Parteizentrale gerichtet worden sind.

Wir müssen daher vor allem daran erinnern, wie Genosse Trotzki in der ersten Variante der Analyse dieses Problems („Die Alten" und „Die Jungen") diese Frage angefaßt hat.

Auf die Möglichkeit einer Ausartung der „nächsten Schüler Lenins" anspielend, schrieb Genosse Trotzki:

„Eine Ausartung der ‚alten Garde' war in der Geschichte wiederholt zu beobachten. Nehmen wir das jüngste und leuchtendste geschichtliche Beispiel: Die Führer und die Parteien der 2. Internationale. Wissen wir doch, daß Wilhelm Liebknecht, Bebel, Singer, Viktor Adler, Kautsky, Bernstein, Lafargue, Guesde u. a. direkte und unmittelbare Schüler von Marx und Engels waren. Wir wissen jedoch, daß alle diese Führer — die einen zum Teil, die anderen gänzlich — in der Umgebung der parlamentarischen Reformen und des starken Wachstums des Partei- und Gewerkschaftsapparates nach der Seite des Opportunismus ausarten. Wir sahen ganz besonders scharf am Vorabend des imperialistischen Krieges, wie der gewaltige sozialdemokratische Apparat, gedeckt durch die Autoritäten der alten Generation, zur größten Bremse der revolutionären Entwicklung wurde. Und wir müssen sagen — gerade wir, die ‚Alten' — daß unsere Generation, die natürlicherweise die führende Rolle in der Partei spielt, allein noch keine an sich hinreichende Garantie gegen eine schrittweise und unmerkliche Schwächung des proletarischen und revolutionären Geistes in sich schließt, falls wir zulassen, daß die Partei ein weiteres Anwachsen und eine Festlegung der bürokratischen Methoden der Politik des Apparats erleidet, die die junge Generation in passives Material der Erziehung verwandelt und unvermeidlich eine Entfremdung zwischen dem Apparat und der Masse, zwischen den Alten und den Jungen herbeiführt."

Gleichzeitig empfiehlt Genosse Trotzki der „Jugend", die er in den Vordergrund stellt, „die revolutionären Formen mit Kampf zu erobern", sich ein „eigenes Gesicht" (von uns unterstrichen. Red. „P.") auszuarbeiten, das sich offenbar vom „Gesicht" der Gesamtpartei unterscheiden soll. Hierbei hat Genosse Trotzki die Gefahren, die auf dem Wege der Jugend stehen, überhaupt nicht erwähnt, kein Wort über die Möglichkeit einer Ausartung der Jugend gesagt und keine Zeile darüber geschrieben, daß das „eigene Gesicht" sich als ein für den Kommunismus fremdes „Gesicht" herausstellen kann. Mit einem Wort: den alten Kaders und der Zentrale der Partei (in erster Reihe gerade dieser letzteren) wird im Wege einer historischen Analogie eine „Anspielung" auf die Möglichkeit einer Ausartung in eine sozialverräterische Bande gemacht; in bezug auf eine mögliche Ausartung der Jugend wird aber der stilistische Griff des Verschweigens angewendet.

Der „Sinn dieser Philosophie" war einem jeden, selbst einem der in der Politik nicht besonders gut beschlagen ist, klar. Genosse Trotzki leitete eine Attacke gegen die Zentrale und die alten Parteikaders ein und ist bestrebt, sich in dieser Attacke auf die Jugend zu stützen, und alle Seiten, sowohl die starken wie die schwachen dieser Jugend (mangelnde bolschewistische Stählung usw.), hierbei auszunützen.

Jetzt macht Genosse Trotzki erstaunte Augen wegen des „Argwohns" (! Red. „P.") und des „Apparat-Hochmuts" (!! Red. „P.") jener zahlreichen Genossen, die offenbar einen schlechten Geschmack besitzen und es nicht besonders lieben, wenn man sie — und dazu noch ohne Anführung irgendwelcher ernster Beweise — zur Branche der Sozialverräter rechnet. Genosse Trotzki stellt die Sache so dar, als ob es sich um die Erörterung einer theoretischen Möglichkeit, um Prozesse, die sich fast unmerklich „entwickeln", um ein theoretisches, „marxistisches Voraussehen" usw. handeln würde.

Hier müssen wir aber entschieden protestieren.

Man kann jede beliebige theoretische Frage, darunter auch die Frage der Partei, der Sowjetmacht, der Zentrale, jeder beliebigen Organisation und Person, erörtern. Einige Genossen haben diese Fragen schon längst, lange vor den jetzigen Diskussionen angeschnitten. Genosse Trotzki ist ja aber nicht mit

einem Referat in der Sozialistischen Akademie aufgetreten, sondern wendete sich zur Zeit einer erbitterten Parteidiskussion über den Kopf der Zentrale hinweg unmittelbar an mit der Diskussion aktuellster Frage beschäftigte Parteiversammlungen! Das aber ist gerade der Kern der Frage.

Genosse Lenin sagte auf dem X. Kongreß hinsichtlich gewisser oppositioneller Aktionen:

„Seht Ihr denn nicht den Unterschied zwischen der Propaganda von Ideen innerhalb kämpfender politischer Parteien und einem Meinungsaustausch in Fachveröffentlichungen und Sammelbüchern?... Wer für das Studium von Engelszitaten bis in die Feinheiten hinein Interesse hat — bitte sehr. Es gibt Theoretiker, die der Partei stets einen nützlichen Rat geben werden. Das ist unentbehrlich. Sieht das aber einem Kampf von Plattformen ähnlich, kann denn das verwechselt werden? Keiner, der unsere politische Lage richtig erfassen will, wird das verwechseln." (Protokolle, Seite 284.) Genosse Trotzki ist aber — vielleicht aus dem Grunde, weil er nicht wünscht, „unsere politische Lage richtig zu erfassen" — die ganze Zeit hindurch vergeblich bemüht, diese Sachen zu verwechseln. Niemand würde dem Genossen Trotzki wegen der Erörterung „theoretischer Möglichkeiten" auch nur ein Wort des Tadels gesagt haben. Das Wesen der Sache liegt aber gerade darin, daß wir es mit einer scharf hervortretenden, plattformgemäßen politischen Aktion zu tun haben. Diese Aktion ist nichts anderes als eine Attacke gegen die Zentrale mit Hilfe äußerst schwerwiegender (für die Zentrale einer revolutionären Partei schwerwiegendster) Beschuldigungen, mit dem Wunsch, sich hierbei auf die noch nicht genügend erfahrene Jugend zu stützen. So und nur so kann der strategische Plan des Genossen Trotzki eingeschätzt werden.

6. Die historische Stellung des „neuen Kurses".

Genosse Trotzki und die Vertreter der gegenwärtigen Opposition lieben es, die Sache überhaupt so darzustellen, daß wir vor einer neuen Epoche, einer neuen Periode stehen, der der „neue Kurs" entspricht. Der neue Kurs ist der Kurs der neuen Epoche — so kann gedrängt die grundlegende These des Genossen Trotzki und der gesamten „nichtfraktionellen" Fraktion formuliert werden. Durch eine solche Einstellung soll der Vorstellung von dem neuen Kurs eine stärkere Überzeugungskraft und gleichzeitig die Kurzsichtigkeit oder Blindheit der Anhänger der Zentrale bloßgestellt werden.

Dem Wesen der Sache nach ist aber eine solche Einstellung der Frage von Grund aus unrichtig. Sie hätte nur in dem Falle einen Sinn, wenn wir eine solche Einschätzung der internationalen Lage als richtig anerkennen würden, die die Sache der internationalen proletarischen Revolution begräbt, mit anderen Worten, wenn wir als opportunistische Liquidatoren dieser Revolution auftreten würden. Eines von beiden: Entweder sind bei dem Genossen Trotzki und seinen Anhängern die Worte „Epoche", „Periode" usw. bloß die üblichen Übertreibungen nach Art der vom Genossen Lenin verspotteten „Produktionsatmosphäre" — und dann haben wir es einfach mit einer nicht ernsten Einstellung der Frage zu tun. Oder werden diese Worte ernst genommen — dann müssen sie sich aber unvermeidlich auf eine opportunistische „Umschätzung aller Werte", auf eine Revision unserer Vorstellungen über den Gang der internationalen Revolution stützen.

Im Interesse der Objektivität und einer wirklichen Klärung des Streites müssen wir bemerken, daß kurz vor der Diskussion Genosse Trotzki selbst wiederholt erklärt hat, daß wir — wenn es sich um die „Epoche" handelt — nur vor einer Atempause stehen, während der die Gewehre gereinigt und die Stiefel geschmiert werden sollen. Bleibt aber Genosse Trotzki dem Wesen der Sache nach bei seiner alten Meinung — und wir sind überzeugt, daß er die Sache gerade so beurteilt — so ist eine Beurteilung des gegenwärtigen Zeitabschnittes als irgendeiner „epochalen" Periode völlig unbegründet und direkt falsch. Genosse Trotzki benötigte diese Übertreibung nur, um die angebliche Engstirnigkeit der Parteiorthodoxen, seinem fraktionellen Standpunkt entsprechend, zu unterstreichen. Auf diese Weise kann man aber die Partei nur verwirren und nicht ihr helfen, sich in der wirklichen Sachlage auszukennen. Im Interesse fraktioneller Ziele verzichtet Genosse Trotzki auf eine objektive Analyse, die für einen Marxisten in erster Reihe unentbehrlich ist.

Nie darf vom Standpunkte realer revolutionärer Politiker das versprochen werden, dessen Undurchführbarkeit von vornherein feststeht. Nie darf im Interesse der Gewinnung gewisser Chancen in einem vorübergehenden fraktionellen Kampf die Partei in grundlegenden Fragen irregeführt werden. Nie dürfen Schwierigkeiten, die auf unserem Wege stehen, verschwiegen werden.

Haben wir es lediglich mit einer (wenn auch verhältnismäßig andauernden) Atempause zu tun, so ist von keiner „Periode", und um so weniger von einer „Epoche" (Preobraschenski) die Rede. Während der Dauer von Kampfhandlungen muß der „neue Kurs" unvermeidlich eingeschränkt werden. Niemand wird behaupten, mit Ausnahme jener „Vulgärdemokraten" (Apropos, warum sollte dieses Pseudonym nicht aufgedeckt werden? — sollte es tatsächlich Sapronow „selbst" sein?), über die Genosse Trotzki schreibt, daß wir zur Zeit von Kämpfen sowohl auf Diskussionen wie auch auf manches andere zu verzichten haben werden.

Aus den oben angeführten Erwägungen kann aber keinesfalls ein Argument gegen den „neuen Kurs" gemacht werden. **Gerade darum, weil wir nur eine Atempause haben, gerade darum müssen wir diese Zeit (nicht „Epoche", nicht „Periode", sondern einfach Atempause) mit der äußersten Intensivität ausnützen.**

Wir stehen nicht vor Jahrzehnten friedlicher Aufbauarbeit und lediglich Kulturaufgaben: wir stehen vor einer „Periode" und „Epoche" erbitterter „Bürgerkriege und Völkerschlachten" (Marx). Wir haben jetzt eben nur eine Atempause; wollen wir daher diese Atempause mit der ganzen, Kommunisten eigenen Energie ausnützen, wollen wir sie aus allen Kräften ausnützen, um besser ausgerüstet in den Kampf zu treten, denn die Stunden dieser Atempause sind vielleicht nicht gar so lang? So muß der revolutionäre, bolschewistische Marxist diese Frage einstellen.

Stellen wir diese Frage so ein, so werden wir dem neuen Kurs seine richtige historische Stellung zuweisen. Es wird dann bei uns kein Geschrei von einer „Epoche", keinen organisatorischen Fetischismus, keine „demokatischen Illusionen", und schließlich keinerlei falsche Vorstellungen über den Charakter unserer Zukunft geben. Nur ein „Vulgärdemokrat" wird diese Behauptungen bestreiten wollen. Leider sehen wir aber, daß von dieser — einzig richtigen — Einstellung der Frage bei dem Genossen Trotzki nicht die Spur vorhanden ist. Auch hier erweist ihm seine „fraktionelle Reizbarkeit" einen „schlechten Dienst".

Die Unumgänglichkeit des neuen Kurses wird von allen zugegeben. Diese Unumgänglichkeit immer von neuem und neuem zu beweisen, würde heißen, eine offene Tür einbrechen zu wollen. Die Partei muß diese Atempause ausnützen, um die Parteireserven näher heranzuziehen, ihre politische Aktivität, Selbständigkeit, Initiative und politische Kultur zu steigern, um auf dieser Grundlage das bolschewistische Selbstbewußtsein der Partei auf die höchste Stufe zu bringen, um ihre Disziplin, ihre Geschlossenheit, Einheit usw. auf die höchste Stufe zu heben. Werden wir diese bescheidene, für eine Atempause berechnete Aufgabe durchführen — und wir werden sie ganz bestimmt durchführen — so wird die Partei in den neuen Kampf nicht einfach mit dem „alten Kurs" ziehen, sondern mit einem „alten Kurs", der mit der gesamten Arbeit, die wir jetzt während des neuen Kurses leisten, bereichert sein wird. Die grundlegende Aufgabe ist hier aber nicht die Entbolschewisierung der bolschewistischen Partei, wie das Genosse Trotzki will, sondern (im Wege von Diskussionen, Erläuterungen, Kontrollierung durch die politische Erfahrung usw.) die „Bolschewisierung" jener jungen Parteireserven, die zum aktiven Partei- und politischen Leben erwachen.

Es gibt keine Übel ohne eine gewisse gute Seite: aus der Erläuterung der Fehler des Genossen Trotzki werden die neuen Mitglieder der Partei lernen, was der Bolschewismus ist.

7. Die grundlegenden Etappen in der Entwicklung unserer Partei.

Genosse Trotzki wendet sich, indem er die historische Stellung des neuen Kurses nach seiner Art begründet, zur Geschichte unserer Partei.

Schematisch — schreibt Genosse Trotzki — kann diese Geschichte in vier Perioden zerteilt werden:

a) Die in der Geschichte beispiellose, ein Vierteljahrhundert dauernde Voroktober-Vorbereitung.

b) Oktober.

c) Die Nachoktober-Periode.

d) Der „neue Kurs", das heißt die jetzt einsetzende Periode.

Schon aus dieser „schematischen Darstellung" des Genossen Trotzki geht die gleiche Übertreibung, die Genosse Trotzki bei der Einschätzung des „neuen Kurses" zuläßt, hervor. Sind die Erwägungen des Genossen Trotzki selbst, die er aber jetzt vergessen hat, über die „Atempause", während der „die Gewehre gereinigt und die Stiefel geschmiert werden sollen", richtig, so ist ein Schema, in dem die **„Vierteljahrhunderts-Periode" der Voroktober-Vorbereitung der „Periode" des gegenwärtigen neuen Kurs gleichgestellt wird, völlig unzulässig.**

Auch hier in diesem Schema ist der gleiche „strategische Plan" des Genossen Trotzki zu sehen. Denn was kommt bei ihm eigentlich heraus?

Die Voroktober-Periode ist bloß eine Vorbereitung; Oktober ist eine „Prüfung der großen Vergangenheit der Partei"; die Nachoktober-Periode ist die faktische Diktatur der alten Kaders mit schweigsamer Gehorsamkeit der übrigen. Und nur die „neue Periode", als dessen Paten (ohne jede Berechtigung hierzu) sich die Opposition, mit dem Genossen Trotzki an der Spitze, betrachtet, leitet die eigentliche Geschichte einer „halbmillionenköpfigen Partei" ein, die „zum erstenmal sich als einer vielmillionenköpfigen Kollektive bewußt geworden ist"; somit wird die gesamte Vergangenheit der Partei bis zu den Manifesten der Opposition im Grunde genommen zur „Vorgeschichte" der Partei gemacht, deren wirkliche Geschichte mit dem Anfang des neuen Kurses einsetzt.

Man kann es ja ohne weiteres hinnehmen: es ist angenehm, sich für den Grundleger der eigentlichen Parteigeschichte zu halten, indem man gleichzeitig als strenger Ankläger gegen die alten Parteikaders auftritt. Das Unglück besteht aber darin, daß diese Partei-„Historiosophie" nicht im geringsten dem objektiven Gang der Ereignisse ähnlich sieht. Sie ist nur eine verzerrte Widerspiegelung dieses Ganges der Ereignisse im fraktionellen Spiegel der „nichtfraktionellen" Fraktion.

Wird die alte Geschichte so unterschätzt, so folgt daraus zwangsläufig auch eine Unterschätzung der alten Kaders, der alten Leitung, der alten Leninschen Tradition. Das ist der Sinn der historischen Disposition, die Genosse Trotzki fertiggebracht hat.

Gewiß spricht Genosse Trotzki im Vorbeigehen von der „großen Vergangenheit" der Partei, von der „in der Geschichte beispiellosen" Vorbereitung. Er geht aber im Grunde über die Linie dieser „Vorbereitung" hinaus, denn die Partei hat sich hier im Kampfe gegen alle Abarten des Opportunismus und der opportunistischen Schwankungen und Halbheiten „vorbereitet".

Vergleicht damit, wie Genosse Lenin die Frage eingestellt hat. In seinem wahrlich genialen strategischen und taktischen Werk: „Der Radikalismus — die Kinderkrankheit des Kommunismus" schreibt Lenin:

„Die Erfahrung der siegreichen proletarischen Diktatur in Rußland hat anschaulich gezeigt, daß die unbedingte Zentralisierung und Disziplin (Hört! — Red. „P.") des Proletariats eine der grundlegenden Bedingungen für den Sieg über die Bourgeoisie ist.

Damit befaßt man sich heute. Aber bei weitem ungenügend denkt man darüber nach, was das bedeutet und unter welchen Bedingungen es möglich ist. Sollten die an die Sowjetmacht und die Bolschewisten gerichteten Ausrufe der Begrüßung nicht öfter (vom Verfasser unterstrichen. Redaktion) von einer der ernstesten Analyse (vom Verfasser unterstrichen) der Gründe der Tatsache begleitet sein, daß es den Bolschewisten gelungen ist, eine für das revolutionäre Proletariat unentbehrliche Disziplin auszuarbeiten?" Und weiter:

„Der Bolschewismus besteht als eine Strömung des politischen Gedankens und als politische Partei seit 1903. Nur eine Geschichte des Bolschewismus während der gesamten (vom Genossen Lenin unterstrichen) Periode seines Bestehens kann zufriedenstellend erklären, warum es ihm gelungen ist, eine für den Sieg des Proletariats unentbehrliche Disziplin auszuarbeiten und unter den schwierigsten Bedingungen zu bewahren."

Das ist es gerade! Man muß sich öfter gerade zu der Vorbereitung wenden. Man muß aufs ernsteste die Vergangenheit analysieren und den Bolschewismus während der gesamten Periode seines Bestehens untersuchen. Das ist etwas ganz anderes als das, was wir bei dem Genossen Trotzki sehen.

Auch Lenin hat seine „Periodisierung".

Im gleichen Werk über die „Kinderkrankheit — Radikalismus" finden wir einen ganzen Abschnitt unter der Überschrift „Die Hauptetappen in der Geschichte des Bolschewismus". Genosse Lenin führt folgende sieben Etappen an: Die Jahre der Vorbereitung der Revolution (1902–1905); die Revolutionsjahre (1905–1907); die Jahre der Reaktion (1907–1910); die Jahre des Aufstieges (1910–1914); der erste imperialistische Weltkrieg (1914–1917); die zweite Revolution (von Februar bis Oktober); die Oktober-Revolution und die Periode der Herrschaft. Genosse Lenin hatte nicht die Aufgabe einer ausführlichen Analyse der auf Oktober folgenden Etappen. Seht aber, was Genosse Lenin schon über die erste Periode (1902–1905) schreibt:

„Alle Fragen, deretwegen in den Jahren 1905–1907 und 1917–1920 der bewaffnete Kampf der Massen stattgefunden hat, können (und müssen) in Keimgestalt in der damaligen Presse verfolgt werden." Im allgemeinen gelangt Genosse Lenin zu der Schlußfolgerung, daß auch die Fragen innerparteilichen Charakters (über die „Führer", organisatorische Formen usw.) nicht ohne eine Analyse dieser vergangenen Periode begriffen werden können. Auf die Frage, „gegen welche Feinde innerhalb der Arbeiterbewegung sich der Kampf richtete, in dem der Bolschewismus heranwuchs, erstarkte und sich stählte" (Abschnitt 4), antwortete Genosse Lenin:

„Erstens und hauptsächlich im Kampfe gegen den Opportunismus; zweitens, gegen ‚das kleinbürgerliche revolutionäre Wesen'."

Genosse Lenin führt auch ein Beispiel aus dem Gebiete dieses Kampfes des Bolschewismus an, ein Beispiel, das auch unmittelbar für unsere Zeit äußerst lehrreich ist:

„Angriffe gegen die ‚Diktatur der Führer' hat es in unserer Partei immer gegeben. Auf die ersten kann ich mich aus dem Jahre 1895 besinnen ... Auf dem IX. Kongreß unserer Partei (April 1920) gab es eine kleine Oppositon, die ebenfalls gegen ‚Führerdiktatur', ‚Oligarchie' usw. sprach." Genosse Lenin, der diese Erscheinung zu jener Zeit nicht für „schrecklich" hielt, trat aber vom Standpunkt des Bolschewismus, der im Kampfe auch gegen solche kleinbürgerliche Schwankungen „erstarkte", gegen diese kleinbürgerliche Tendenz auf.

Genosse Trotzki möge daher nicht zürnen, wenn wir, dem Beispiele Lenins folgend, in seiner gegenwärtigen Stellungnahme Rückfälle seines längst vergangenen Standpunktes jener Schattierungen des „politischen Gedankens" aufdecken, gegen die sich der Kampf, in dem der Bolschewismus „heranwuchs und erstarkte", richtete.

Kehren wir aber zum Schema des Genossen Trotzki zurück. Lassen wir die Voroktober- und Oktober-Periode beiseite und fassen wir die Charakteristik der dem „neuen Kurs" unmittelbar vorangehenden „Nachoktober-Periode" ins Auge. Genosse Trotzki charakterisiert diese Etappe folgendermaßen:

„Nach der Eroberung der Macht beginnt das rasche Wachstum der Partei und sogar ihr ungesundes Anschwellen. Von ihr angezogen wurden, wie von einem mächtigen Magnet, nicht nur die wenig bewußten Elemente der Werktätigen, sondern auch offenbar fremde Elemente: Streber, Karrieristen und politische Mitläufer. In dieser überaus chaotischen Periode erhält sich die Partei als bolschewistische Partei nur kraft der faktischen inneren Diktatur der alten Garde, die sich im Oktober überprüfte. In den Fragen irgendwie prinzipieller Bedeutung nahmen die neuen Mitglieder der Partei — nicht nur aus der Mitte der Werktätigen, sondern auch die fremdartigen Elemente — fast widerspruchslos die Führung der älteren Generation an."

Ist diese Charakteristik richtig? Unseres Dafürhaltens ist es bei weitem nicht der Fall. Aus dieser Charakteristik geht hervor, daß in der Nachoktober-Periode nur die „alten Kaders" die Befehlsgewalt hatten, und daß fast niemand von den Neuen auf führende Partei- und Sowjetposten gestellt wurde. Das ist eine offenbare und sehr große Übertreibung, die schädlich und objektiv völlig falsch ist.

Aus den oben angeführten Feststellungen des Genossen Trotzki geht in der Tat hervor, daß die Partei und ihre führenden Kreise es nicht nur nicht im geringsten verstanden haben, die Aufgabe der Hinzuziehung der neuen Parteigeschichte zur aktiven, politischen und Aufbauarbeit zu lösen, sondern der Lösung dieser Aufgabe nicht einmal nähergeschritten sind. Ist das aber wahr? Darf man die Sache ohne weiteres so darstellen und die Geschichte unserer Partei so schildern? Wenn das so wäre, wenn die „alten Kaders" durch eine solche chinesische Mauer von den jungen Mitgliedern unserer Organisation getrennt gewesen wären, wenn keinerlei innere Umarbeitung dieser jungen Mitgliedschaft vor sich gegangen wäre, wenn es zwischen ihnen und den „Alten" keinerlei Band gegeben hätte, so — entschuldigen Sie gütigst, Genosse Trotzki — wären wir von unseren Feinden schon längst kurz und klein geschlagen. Wir haben sehr viele neue Leute zum aktiven Leben hinzugezogen und haben sie auf führende Posten gestellt.

Noch auf dem 10. Kongreß hat Genosse Lenin erklärt:

„Wenn behauptet wird, daß es bei uns ein Mißtrauen gegenüber der Arbeiterklasse gibt, daß wir keine Arbeiter in die führenden Organe zulassen (hören Sie nur, Genosse Trotzki! — Red. „P."), so ist das durch und durch falsch. Jeden irgendwie erträglichen Administrator aus den Reihen der Arbeiterklasse suchen wir, nehmen ihn mit Freuden und prüfen ihn. Ich erwähnte schon, daß die entgegengesetzte Behauptung eine Unwahrheit ist, daß wir an den Mangel an Kräften leiden und die geringste Hilfe eines irgendwie verwendbaren Menschen — und eines Arbeiters schon dreifach — mit der äußersten Bereitwilligkeit nehmen." (Protokoll 67.)

So kennzeichnete Genosse Lenin die Sachlage.

Hat etwa einfach „der Alte gelogen"? Oder sind die Behauptungen des Genossen Trotzki eine Unwahrheit?

Unseres Dafürhaltens hat Genosse Trotzki auch hier stark übertrieben. Man könnte zählen, wieviel neue, nach dem Oktober eingetretene Mitglieder der Partei bei uns an führenden Stellen in der Armee, im Wirtschaftsleben, im Administrations- und Staatsapparat und im Parteiapparat stehen. Die Zahl, die wir erhalten würden, wäre nicht gar so klein. Genosse Trotzki vermengt hiermit eine andere Frage, und zwar die folgende:

Während der Periode des Bürgerkrieges und nachher, während der Periode der riesigen Schwenkung und der innerparteilichen Hinüberwerfung der Kräfte an die Wirtschaftsfront (sowohl der alten wie der jungen), hat sich das Gebiet des spezifischen parteipolitischen Lebens eingeschränkt, denn die Kräfte wurden auf die „praktische Arbeit" abgelenkt. Wir wiederholen aber, daß dies alle Mitglieder der Partei betroffen hat. Das ist eine zwar sehr ernste, aber andere Frage.

Genosse Trotzki hat somit offenbar übertrieben und zu weit gegriffen. Aber auch diese Übertreibung hat eine Bedeutung vom Standpunkte fraktioneller Strategie: Sie soll das „Prinzipielle" des neuen Kurses schärfer hervorheben, aus dem letzteren eine „Epoche" machen, einen noch größeren Keil zwischen die alten Kaders und die Jungen geschlagen und noch stärker das „Veraltetsein" dieser „alten Kaders" hervorheben. Auch hier sehen wir die konsequente Durchführung des alten fraktionellen „Plans".

8. Die „Alten" und der „neue Kurs".

Unsere gegenwärtige „Atempause", die eine objektive Bedingung und eine Garantie dafür ist, daß der „neue Kurs" durch unsere Partei voll durchgeführt werden kann, ist eine Atempause zweierlei Art. Erstens machen wir jetzt einen Zeitabschnitt durch, in dem wir die „Vorteile des Friedens" gnießen können. Andererseits können wir der „Belebung" des innerparteilichen Lebens eine größere Aufmerksamkeit widmen, da die Partei im großen und ganzen schon einen genügenden Kader von Wirtschaftsfunktionären und Administratoren zusammengestellt hat. Sie hat jetzt Zeit, die sie früher nicht hatte. Diese Zeit muß ausgenützt werden, um die innere Tätigkeit der Partei, aller ihrer Schichten und Zwischenschichten, sowohl der Alten wie besonders der „Jungen", im höchstmöglichen Grade rege zu gestalten. Es unterliegt keinem Zweifel — in dieser Frage gibt es keine Meinungsverschiedenheiten —, daß wir während des gegenwärtigen neuen Kurses die politische Aktivität und die Geistestätigkeit aller Mitglieder der Partei auf eine möglichst hohe Stufe bringen müssen, was nur durch die Methoden der innerparteilichen Demokratie gemacht werden kann. Wir behaupten aber, daß der Streit nicht um diese Frage geht.

Der Streit geht um die Frage, ob dies auf einem solchen Wege geschehen soll, daß die junge Mitgliedschaft der Partei von den alten Parteikaders geistig näher gebracht und assimiliert werden wird, oder in der Weise, daß bei uns eine neue Partei geschaffen wird, wo eine im bolschewistischen Sinne nicht genügend feste Jungmitgliedschaft unter der Leitung von Genossen, die vom Leninismus ablenken, versuchen wird, die grundlegenden bolschewistischen Kaders auf die eigene Art, das heißt nicht nach dem Leninschen Muster umzuarbeiten.

So steht es mit der Frage.

Genosse Trotzki, der die gesamte Geschichte der Partei als eine Vorbereitungsstufe für den neuen Kurs darstellt, stellt die gesamten gegenseitigen Beziehungen im Grunde auf den Kopf. Nicht die alte Garde soll die Neuen mit sich führen, sondern die Neuen sollen die alte Garde führen. Und da Genosse Trotzki eben der Meinung ist, daß von allen „Alten" er allein das Richtige weiß, so kommt das Resultat heraus, daß die alte Garde durch den von „Fraktionsgeist" und „Zirkelwesen" freien Genossen Trotzki mit Hilfe der tatfreudigen jungen Mitgliedschaft „richtiggestellt" werden muß.

Das ist ein offenbar demagogischer Standpunkt, der sehr wenig mit dem Leninismus gemein hat.

Indem Genosse Trotzki die Zeitrechnung der Partei mit dem Anfang des „neuen Kurses" anfängt, wiederholt er einen seiner alten Irrtümer.

Noch im Jahre 1914 schrieb Genosse Trotzki in seiner Wiener Zeitschrift „Borba" (Der Kampf):

„Die vorrevolutionäre Sozialdemokratie war bei uns nur ihrer Idee, ihren Zielen nach eine Arbeiterpartei. In Wirklichkeit stellte sie eine Organisation der marxistischen Intelligenz dar, die die erwachende Arbeiterklasse mit sich führte."

Genosse Lenin (siehe „Prosweschtschenie", 1914, Nr. 5, Artikel: W. Illjin's gegen Trotzki, „Über die durch Geschrei von der Einheit gedeckte Zerstörung der Einheit") fiel damals mit der gesamten Kraft seiner Logik über den Genossen Trotzki her.

Jetzt ist Genosse Trotzki genau so der Meinung, daß die halbmillionenköpfige Partei erst jetzt in Entstehung begriffen ist, daß es früher „nur den Apparat" gegeben hat, der die Befehlsgewalt hatte und dem schweigend Gefolgschaft geleistet wurde.

Der Bolschewismus unterschied sich stets vom formellen Demokratismus der Menschewisten dadurch, daß er die wirklich vorliegenden Verhältnisse innerhalb der Partei sah und auch jetzt sieht. Er verheimlicht nicht vor der Partei und vor der Arbeiterklasse, daß die Partei von Führern geführt wird, daß diese Führer in erster Reihe die fortgeschrittensten Mitglieder der Partei führen, diese letzteren wieder, die ihnen im Klassenbewußtsein und Erfahrung folgenden Schichten der Partei führen usw. Das ist eine reale Kette, deren Glieder miteinander verbunden sind; das Ziel ist, die Sache so zu organisieren, daß die Bewußteren die weniger Bewußten führen, daß die weniger Bewußten und weniger Aktiven immer mehr bewußt und aktiv werden. Eben diese innere Mechanik ist der reale Demokratismus. Der nicht bolschewistische Demokratismus spricht darüber nicht gerne, da er das nicht für demokratisch hält, sondern führt die Arbeiter irre, verheimlicht vor ihnen die Wahrheit, verdunkelt alles mit Phrasen über „Selbstbestimmung der Partei", schreit gegen die Führer, belehrt aber in Wirklichkeit nicht eines Besseren, sondern paßt sich dem Schlimmeren an.

Dadurch erklärt es sich, daß wir uns nicht im geringsten fürchten, jetzt — da gegenwärtig die Möglichkeiten für die Steigerung des Wachstums der gesamten Masse der Parteigenossen auf ein Vielfaches gegeben sind — offen zu sagen:

Die alte Garde des Bolscheswismus ist das wertvollste Kapital unserer Partei, und daher muß sie, diese alte Garde, die Jugend mit sich führen. Gewiß wird sie keinen Groschen wert sein, wenn sie sich in sich verschließen wird, wenn sie die Aufgabe der Hinzuziehung der jungen Mitgliedschaft zur aktiven Arbeit nicht begreift, wenn sie sich gegen die Jugend „sträuben" wird. Genau so viel wären aber auch jene „Alten" wert, die der Jugend schmeicheln würden, ohne auf ihre Mängel hinzuweisen.

Das ist die richtige Einstellung der Fragen über die „Alten" und den „neuen Kurs."

Wie ist es aber beim Genossen Trotzki?

Beim Genossen Trotzki ist es „ganz verkehrt".

Unternimmt doch gerade Genosse Trotzki seinen Feldzug gegen die „Alten" und gerade zu dem Zwecke, dieses Salto mortale zu machen.

Auf welche Weise geschieht das?

Durch verschiedene Griffe.

Griff Nr. 1: Die Zentrale und die alten Kaders haben das Land zum Verderben gebracht.

Diese Behauptung braucht jetzt wohl nicht mehr widerlegt zu werden.

Daß dies eine „Ente" ist, ist auch einem Säugling ersichtlich.

Griff Nr. 2: Den alten Kaders droht das Schicksal der Sozialverräter.

Mit diesem Griff haben wir uns zum Teil schon beschäftigt. Hier müssen aber trotzdem noch einige Worte gesagt werden. Die „Schüler Marx'" arteten überhaupt nicht einfach aus dem Grunde aus, weil der Apparat der Sozialdemokratischen Partei gewachsen ist, wie das Genosse Trotzki darstellt. Sie arteten aus, weil die entsprechenden Staaten anfingen, eine imperialistische Politik zu machen, die Arbeiter „ihres" Landes durch Almosen auf Kosten der Kolonialraube zu bestechen, die Arbeiterklasse, und insbesondere ihre Aristokratie an der Raubpolitik des bürgerlichen Staates interessiert zu machen. Ohne diese grundlegenden wirtschaftlichen Tatsachen hätte es auch kein Wachstum der Sozialverräter gegeben. Nicht „das Wachstums des Apparats" bildete den Grund seiner Ausartung, sondern die Ausartung war eine Folge der oben angeführten wirtschaftlichen Gründe.

Genosse Trotzki schreibt:

„Bürokratisierung droht in ihrer dauernden Entwicklung mit einer Lostrennung von der Masse, mit der Konzentrierung der gesamten Aufmerksamkeit auf die Fragen der Administration, der Auswahl und Versetzung von Leuten, mit einer Einschränkung des Gesichtskreises, einer Schwächung des revolutionären Gefühls, das heißt mit einer mehr oder minder opportunistischen Ausartung der älteren Generation oder wenigstens eines bedeutenden Teiles von ihr. Solche Prozesse entwickeln sich langsam und fast unmerklich und treten nicht auf einmal hervor. In dieser Warnung, die sich auf ein objektives marxistisches Voraussehen stützt, irgendeine „Beleidigung", einen „Anschlag" usw. zu sehen, kann man nur bei einem krankhaften Bürokratenargwohn und einem Apparat-Hochmut."

Auch hier ist nicht alles richtig.

Daß die Prozesse der opportunistischen Ausartung sich langsam entwickeln, ist wahr. Daß sie sich aber fast unmerkbar entwickeln, ist zu übereilt gesagt. Konnte etwa nicht verfolgt werden, wie der Marxismus von den Bernsteins und den „jungen" (!) Revisionisten entstellt worden ist? Ging etwa das Wachstum des Revisionismus unmerkbar und von allen unbemerkt vor sich. Hat etwa die Ausartung Kautskys nicht die „linken Radikalen", die zukünftigen Kommunisten ins Leben gerufen? Parallel mit der Ausartung des Apparats ist auch die Ausartung sowohl der Ideologie wie der Politik der Sozialdemokratischen Partei in der Richtung zum Opportunismus vor sich gegangen.

Wenn nun Genosse Trotzki seine Beschuldigungen ernst nehmen würde, so müßte er zeigen, wo in der Politik unserer Partei eine Abweichung in der Richtung des Opportunismus vorhanden ist. Wo? Ist doch eine ungeheuerliche Annahme, daß zuerst der gesamte „Apparat" ausartet, wobei diese Ausartungsprozeß die Politik der Partei in jungfräulicher revolutionärer Reinheit beläßt, und nachher, nach der völligen Ausartung des Apparats, der politische Verrat einsetzt. Beide Prozesse müssen notwendigerweise parallel vor sich gehen. Wo gibt es aber bei uns opportunistische Abweichungen? Etwa in den Entscheidungen im Zusammenhange mit der deutschen Revolution? Oder sonst wo? **Wo sind die Partei und ihre früheren Instanzen von der marxistischen revolutionären Linie abgewichen?**

Auf diese Frage gibt es und kann es bei dem Genossen Trotzki keine Antwort geben. Denn es gibt keine solche Tatsache. Fehlen aber solche Tatsachen, so ist es klar, wie Genosse Trotzki seine gesamte Beweisführung an den Haaren herbeiführt.

Theoretisch ist die Gefahr der zukünftigen Ausartung bei uns vorhanden. Sie ist gegeben durch die Möglichkeit des dauernden und allmählichen Sieges der kapitalistischen Wirtschaft über die sozialistische Wirtschaftsinsel und durch das mögliche allmähliche „Zusammenwachsen" unserer Wirtschafts- und Verwaltungskaders mit der neuen Bourgeoisie. Es gibt aber bei uns keinen einzigen Menschen, der diese Gefahr nicht sehen würde. Die Gesamtpartei und unsere alte Garde, die im Kampfe gegen den Opportunismus aufgewachsen ist, führen einen hartnäckigen Kampf gegen diese Gefahr. Wir kennen keinen einzigen führenden Genossen, der eine „Abweichung" abseits von diesem im denkbar höchsten Grade notwendigen Kampf aufweisen würde. Gerade die Entscheidungen der „deutschen Tage" haben gezeigt, daß die Leitung der Partei derart ist, daß sie bereit ist, das Schicksal aller russischen revolutionären Eroberungen der internationalen proletarischen Revolution halber aufs Spiel zu setzen, natürlich in den durch die Zweckmäßigkeit bedingten Grenzen. Das beweist am besten, wie sehr sich Genosse Trotzki in seinem beharrlichen Bestreben, eine Attake gegen die alte bolschewistische Garde zu reiten, „ereifert" hat.

Schließlich wollen wir auf den Griff Nr. 3 hinweisen.

Genosse Trotzki stellt die Sache so dar, daß von den „Alten" niemand, entschieden niemand die Unentbehrlichkeit des „neuen Kurses" begreift. Genosse Trotzki schreibt folgendes:

„Wie das nicht selten in der Geschichte vorkam, hat der „alte Kurs" gerade in den letzten Monaten die negativsten und geradezu unerträglichsten Seiten einer Verschlossenheit des Apparats, einer bürokratischen Selbstzufriedenheit und einer Ignorierung der Stimmung, der Gedanken und der Verlangen der Partei an den Tag gelegt. Das bedeutet natürlich nicht, daß der Apparat mit den ersten Versuchen, die Frage einer kritischen Revision des innerparteilichen Regimes auf die Tagesordnung zu stellen, aneinander geraten. Das bedeutet natürlich nicht, daß der Apparat durch die Bank aus verbürokratisierten Elementen besteht, oder gar aus irgend welchen eingefleischten und unverbesserlichen Bürokraten. Nicht im geringsten! Die überwiegende Mehrheit der Funktionäre des Apparats, die die jetzige kritische Periode mitmachen und sich ihren Sinn klarlegen wird, wird vieles lernen und vieles aufgeben."

Somit werden diese Leute erst nach Durchmachen der Prüfungen der kritischen Perioden so manches lernen (wohlgemerkt, in der Zukunft). Wie ist es aber jetzt? Jetzt, anfangs? Aus dem obigen folgt, daß alle „Alten" gegenwärtig nichts verstehen. Wer wird sie aber lehren? Die Antwort ist klar: Lehren wird sie die „Jugend", an der Spitze mit einem einzigen „Alten", allerdings nicht rein Leninischer Prägung, das heißt: mit dem Genossen Trotzki.

Alles das ist sehr gut. Aber auch das widerspricht ein wenig der Wahrheit. Denn trotz allem kann Genosse Trotzki die Tatsachen, über die wir oben sprachen, nicht in Abrede stellen. Die Zentrale der Partei hat eine Linie in der Richtung des neuen Kurses beschlossen. Die Zentrale wird sich an diesen Kurs halten und wird ihn voll durchführen. Die alten Parteikaders werden ihr dabei helfen, und wer von ihnen sie daran hindern wird, wird dadurch unsere Parteidisziplin verletzen und der gesamten Partei gegenüber dafür die Verantwortung tragen.

9. Die Jugend und der „neue Kurs".

In seinem ersten Brief über den „neuen Kurs" wies Genosse Trotzki nur auf die Möglichkeit einer Ausartung der „alten Garde" hin. In der „erläuternden" Auslegung macht Genosse Trotzki schon einige Richtigstellungen zu seinem anfänglichen — offen strategischen — „Schema". Genosse Trotzki schreibt hier:

„Die Hauptgefahr des alten Kurses, wie er sich im Resultete sowohl großer historischer Ursachen wie auch unserer Fehler ergab, besteht darin, daß er eine Tendenz zu einer immer größeren Ausspielung einiger Tausend Genossen an den Tag legt, die den führenden Bestand darstellt — gegenüber der übrigen Parteimasse als Objekt der Einwirkung. Wenn dieses Regime auch weiter hartnäckig aufrecht erhalten bliebe, so würde es letzten Endes zweifelsohne drohen, eine Ausartung der Partei hervorzurufen — und zwar gleichzeitig an ihren beiden Polen, das heißt sowohl unter der Parteijungmannschaft als auch unter dem führenden Personalbestand. Hinsichtlich der proletarischen Grundlage der Partei, der Betriebszellen, der Studierenden usw. ist der Charakter der Gefahr vollkommen klar. Bedeutende Kreise der Partei, die sich nicht als aktive Teilnehmer der allgemeinen Parteiarbeit fühlen und die keine entsprechende und rechtzeitige Antwort auf ihre Parteifragen erhalten, würden beginnen, für sich ein Surrogat zu suchen, einen falschen Ersatz der Parteieigentätigkeit in der Form aller möglichen Gruppierungen und Fraktionsbildungen. In diesem Sinne gerade sprechen wir von der symptomatischen Bedeutung solcher Gruppierungen wie der ‚Arbeitergruppe'.

Und an anderer Stelle:

„Besonders scharf reagiert, wie wir sahen, die studierende Jugend auf den Bürokratismus. Nicht umsonst hat Genosse Lenin vorgeschlagen, zum Kampf gegen den Bürokratismus die Studierenden im breiten Umfange heranzuziehen. Ihrer Zusammensetzung und ihren Verbindungen nach widerspiegelt die studierende Jugend alle sozialen Zwischenschichten, die in unsere Partei eintreten, und saugt ihre Stimmungen in sich auf. Infolge ihrer Jugend und ihrer Empfänglichkeit ist sie geneigt, diesen Stimmungen unmittelbar aktive Formen zu verleihen. Als studierende Jugend ist sie bestrebt, zu erklären und zu verallgemeinern. Damit ist durchaus nicht gesagt, daß die Jugend in allen ihren Handlungen und Stimmungen gesunde Tendenzen aufweist. Wenn dem so wäre, so würde das eins von beiden bedeuten. Entweder ist in der Partei alles gut bestellt oder die Jugend hat aufgehört, ihre Partei widerzuspiegeln."

Das ist alles. Folglich besteht beim Genossen Trotzki die ganze Frage, erstens in der „Verdrängung" der Jugend durch den Parteiapparat und zweitens in den widerspiegelten krankhaften Erscheinungen innerhalb der Partei, die nach Auffassung des Genossen Trotzki ebenfalls ein Produkt der von seiten des Apparats stattfindenden „Verdrängung" sind. Die Spitze der Beschuldigung ist wieder gegen die alte Stelle gerichtet, und damit ist die Frage erschöpft. „Von ihm" (vom Apparat) „kommt alles."

Wir müssen von vornherein einen Vorbehalt machen. Inwiefern eine „Verdrängung" von seiten des Apparats wirklich stattgefunden hat, insofern ist Genosse Trotzki im Recht. Das ist aber keinesfalls neu und nicht originell. Darüber spricht auch die Resolution der Zentrale.

Der Irrtum des Genossen Trotzki besteht darin, daß er sich nicht die Mühe einer Analyse der inneren Tendenzen in der Entwicklung der Jugend nimmt, ihre eigenartigen Züge und die besonderen Gefahren, die auf ihrem Wege stehen, nicht sieht oder nicht sehen will.

Sich gegen die Jugend „sträuben" können nur Narren. Sie aber auf die Gefahren, die durch ihr gegenwärtiges Sein bedingt sind, hinzuweisen, ist Pflicht der Parteiführer.

Am verwunderlichsten ist, daß Genosse Trotzki während der Parteidiskussion seine eigenen früheren Reden vergessen hat.

Auf dem XI. Parteikongreß zum Beispiel hat Genosse Trotzki folgendermaßen gesprochen (Protokolle, Seite 119—120):

„Die Übermittlung der Erfahrungen in bezug auf die Vorbereitung des politischen Niveaus der Parteijugend ist eine äußerst komplizierte Aufgabe, die im bedeutenden Grade (um Gotteswillen, wie schrecklich! — Red. „P.") auf pädagogischem Wege (Hört! — Red. „P.") gelöst werden könnte; vergessen wir nicht, daß gegenwärtig die Jugend jene Erfahrung des Klassenkampfes, durch die die Partei in der vorangegangenen Periode, das heißt unter dem bürgerlichen Regime, geschaffen und gestählt wurde, nicht besitzt. Die Jugend erwacht, lebt unter

den Bedingungen des Durcheinanders und des schwerfälligen Aufbaues der zukünftigen sozialistischen Wirtschaft und dazu noch der Komplikationen der Nep. und alles sonstigen.... Der Arbeiter weiß nicht, wie er seine Unzufriedenheit zum Ausdrucke bringen und gegen wen er sie richten soll. In unserem Falle wird bei den jungen Arbeitern keine Grundlage der Klassenerfahrung, des Kampfes geschaffen. Auf welche Weise soll nun dieser Mangel behoben werden? Mit künstlichen Rezepten läßt sich all dies nicht machen: man kann diesen Mangel nur durch eine Hebung ihres theoretischen Niveaus im Geiste des Marxismus, im Geiste des Materialismus beheben. Das ist die wichtigste Aufgabe der Partei."

Damals hat Genosse Trotzki den grundlegenden Mangel der Jungmannschaft gesehen, jetzt spricht Genosse Trotzki kein Wort darüber.

Damals hat Genosse Trotzki die Bedeutung der pädagogischen Methoden überschätzt, jetzt „sträubt" sich Genosse Trotzki gegen diese Methoden, nennt sie „Schulmeisterei", „Erzieherei" usw. Die „ältere Generation", heißt es bei ihm, „verwendet gegenüber der Parteimasse in erster Reihe rein schulenmäßige, pädagogische Methoden der Hinzuziehung zum politischen Leben: Kurse der politischen Elementarkenntnisse, Prüfung der Parteikenntnisse, Parteischulen usw. Daher eben kommt die Bürokratisierung des Parteiapparats, seine Abgeschlossenheit, sein autarkes (selbstgenügsames) inneres Leben, mit einem Worte: daher kommen all jene Wesenszüge, die eine arg negative Seite des alten Kurses bilden."

So stürzt Genosse Trotzki aus einem Extrem in das andere.

Das aber sei nur nebenbei gesagt. Kehren wir zur Grundfrage zurück.

Der erste negative Zug der zeitgenössischen Jugend, richtiger ausgesprochen, ihrer Lebensverhältnisse, besteht darin, daß **sie nicht die Erfahrung des Klassenkampfes hat, die, um die Worte des Genossen Trotzki der „Epoche" des XI. Kongresses zu gebrauchen, die „Partei geschaffen und gestählt hat".**

Ist das richtig oder nicht? — Es ist unbedingt richtig.

Ist es wichtig oder nicht? — Es ist unbedingt wichtig.

Wollen wir uns nun fragen: Gibt es im Leben unserer studierenden Jungmannschaft nicht besondere Bedingungen, solche Bedingungen, die die Gefahren auf diesem „Pol" der Partei noch mehr vertiefen?

Unsere studierende Jugend bildet die jungen Kaders der neuen Parteiintelligenz, die zukünftigen „roten Fachleute". Das ist eine Wahrheit, die „keiner Beweise bedarf". Zugegeben. Denken wir aber auch daran, daß selbst für die „Alten" die Rolle des Fachmannes, die unentbehrlich, unvermeidlich und historisch gerechtfertigt ist, Gefahren in sich birgt. Darin sind wir alle einverstanden. Es fragt sich nun, ob diese Gefahren nicht größer sind für jene Genossen, die sich dadurch unterscheiden, daß sie nicht die Erfahrung des Klassenkampfes, die Charakterfestigkeit, die Stählung, die alte revolutionäre Erfahrung, die sich aufgehäuft hat und sozusagen zur „zweiten Natur" geworden ist, besitzen. Sind für solche Genossen das „Durcheinander", die Lockungen der Nep., die ideologische „Verdunklung" usw. nicht besonders gefährlich? Besitzen sie nicht eine geringere „Widerstandskraft" gegenüber den schädlichen Einwirkungen, die sie von allen Seiten umgeben und noch lange umgeben werden?

Man braucht die Frage nur so anzufassen, um völlig klare Antworten zu erhalten. Gibt es doch für einen Marxisten in dieser Frage nur eine Antwort: Das ist klar wie das Tageslicht.

Wollen wir die Frage theorethisch stellen und versuchen, — hierbei „marxistisch vorauszusehen", so können wir sagen, daß gerade unsere studierende Jugend am Scheidewege steht und daß folglich gerade sie im höchsten Grade im Sinne einer Wesensverwandlung „bedroht" ist.

Wir erlauben uns, ein Zitat aus einer im Auftrage des Pol.-Büros der Zentrale (einschließlich der Stimme des Genossen Trotzki) im Zusammenhange mit einigen ideologischen Entstellungen im Kreise der studierenden Jugend geschriebenen Broschüre anzuführen.

„Unsere Jugend — lesen wir dort — steht auf einer Grenzlinie. Sie besteht aus neuen Leuten, mit neuen für die Epoche notwendigen psychologischen und physiologischen Zügen. Die funktionelle Rolle dieser Jugend oder, richtiger gesprochen, eines gewissen Teiles von ihr wird aber vom **Gesamtschicksal unserer Revolution abhängen.**

Aus ihr können amerikanisch-kapitalistische Geschäftsleute, Heerführer, Unternehmer, Geschäftemacher der bürgerlichen Intelligenz hervorgehen, wenn unsere Entwicklung in der Richtung unserer Ausartung und unserer Umwandlung in ein bürgerlich-kapitalistisches Land vor sich gehen wird. Aus ihr können hervorgehen (und wir hoffen, daß es gerade so geschehen wird) feste, mutige, sachverständige, der Arbeiterklasse ergebene Baumeister der neuen Gesellschaft, **wenn wir uns auf der Linie einer immer weiter vorwärts schreitenden sozialistischen Wirtschaft entwickeln werden.**

Wie kann, wenn wir diesen Prozeß vom gesellschaftlich-psychologischen Gesichtspunkte aus betrachten, die eine Perspektive in die andere hinübergehen?

Sehr einfach.

Der heiße Wunsch nach schöpferischer Selbstbetätigung kann sich in Individualismus umwandeln.

Der (völlig berechtigte) Wunsch, die marxistische Theorie weiter zu entwickeln, kann sich umwandeln in einen Verzicht auf den Marxismus.

Der Wunsch nach Neuem, der Enthusiasmus, kann eine religiöse Hülle annehmen.

Hier gibt es Tausende Abstufungen.

Der Wunsch, ‚alles zu verstehen und alles zu begreifen', kann sich umwandeln in eine vulgäre Vereinfachungssucht usw."

Anläßlich dieser im Auftrage der Zentrale gerade im Zusammenhange mit den Krankheitserscheinungen der Jugend durchgeführten Arbeit hat niemand Einwendungen erhoben.

Jetzt aber haben sich die Zeiten geändert und für die „Epoche" der Diskussionen wurde eine gewisse Umwertung der Werte erforderlich.

Die Charakteristik, die unsere studierende Jugend dort erhielt, war aber völlig richtig, das heißt eine solche, die der objektiven Wirklichkeit entsprach.

Nun, gut damit. Das ist im bedeutenden Maße das Gebiet theoretischer Voraussehungen. Wie steht es aber um diese nächste Zukunft und um die Gegenwart? Hier ist für uns nur die Festlegung eines einzigen außer Zweifel stehenden Satzes wichtig: Die Jugend ist weniger standhaft, wenn auch mehr „empfänglich".

Das eine widerspricht nicht im geringsten dem anderen, da sie in beiden Richtungen „empfänglich" ist. Gerade das muß vor allem im Auge behalten werden. Das „eigene Gesicht" der Jugend, über das Genosse Trotzki spricht, kann sich als so „eigen" erweisen, daß es dem Gesicht der Partei, wie es sich in den Kämpfen mit dem Opportunismus herausgestaltet hat, ganz und gar nicht ähnlich sehen wird. Das ist der Grund, warum wir die größte Vorsicht beobachten müssen. Die Aufgabe des Parteiführers besteht nicht darin, Mißtrauen zur alten Garde zu säen und die Mängel und Gefahren, die der Jungmannschaft drohen, zu verschweigen, sondern darin, der Jungmannschaft ein kameradschaftliches Vertrauen gegenüber den alten Parteikaders beizubringen und mit der Jugend furchtlos, ehrlich und offen darüber zu sprechen, welche Gefahren ihrer auf dem ihr bevorstehenden glorreichen Wege harren.

Die Jugend ist empfänglich. Sie ist durch Bevormundung nicht zu gewinnen, durch Druck nicht zu erobern. Das ist richtig. Die Jugend kann nicht im Geiste des „Büffelns" und des Formalismus erzogen werden. Die Jugend kann nicht durch die Schule allein gelehrt werden. Keiner hat mehr darüber gesprochen als Lenin, daß eine Vereinigung der Theorie mit der Praxis, darunter sowohl mit der Wirtschaftspraxis wie auch mit der parteipolitischen Praxis erforderlich ist.

All das ist dreifach war. Kann der Bürokratismus Erwachsene würgen, so wirkt er sich besonders verhängnisvoll gerade auf die Jugend aus.

Aus diesen absolut richtigen Feststellungen folgt aber keinesfalls, daß eine Leitung der Älteren oder Erfahreneren, eine Leitung, die ohne kameradschaftliches Zutrauen undenkbar ist, überflüssig ist. Dieses kamaradschaftliche Zutrauen wird aber durch bissige Sentenzen von der Art jener, mit denen Genosse Trotzki seinen Artikel über die Alten und die Jungen schließt, nicht gestärkt:

„Es ist notwendig, daß die ältere Generation den neuen Kurs nicht als ein Manöver betrachtet, nicht als einen diplomatischen Schachzug, nicht als eine vorübergehende Konzession, sondern als neue Etappe in der politischen Entwicklung der Partei."

Genosse Trotzki! Das „diplomatische Manöver" besteht glücklicherweise nur in Ihrer Einbildung!

10. Die alten Traditionen und der neue Kurs.

Die ganze Zeit hindurch waren wir bestrebt, den Beweis zu führen, daß beim Genossen Trotzki in einer Reihe von sowohl wirtschaftlichen wie allgemein politischen und innerparteilichen Fragen eine Abweichung vom bolschewistischen Anschauungssystem vorhanden ist. Folgt aber etwa daraus, daß wir, wie das einige Genossen darstellen wollen, gegenüber allem Neuen, gegenüber den neuen Erfordernissen des praktischen Lebens blind und taub sind?

Eine solche Folgerung können nur Leute ziehen, die das ABC des Bolschewismus nicht kennen.

Das „Neue", das „Eigenartige" vergessen, hieße — wie Genosse Lenin schrieb — „jenen alten Bolschewisten" ähnlich zu werden, die in unserer Partei durch unsinnige Wiederholung einiger fest eingelernter Formeln statt eines Studiums der Eigenart der neuen, realen Wirklichkeit schon wiederholt eine traurige Rolle spielten. (Lenin XIV, 1. Teil, Seite 28.) Solche Leute sind in das Archiv der „bolschewistischen" vorrevolutionären Raritäten (man kann es Archiv der „alten Bolschewisten" benennen) zu geben. (Lenin XIV, 1. Teil, Seite 29.)

So verspottete Genosse Lenin jene, die das Studium der neuen, in Gestaltung begriffenen Lage durch eine sinnlose Wiederholung alter Formen und Grundsätze ersetzten. Eine solche scheinbolschewistische Archäologie würde in Wirklichkeit den Tod des Bolschewismus bedeuten.

Die Weisheit Lenins besteht aber nicht nur darin, daß er die tiefgehenden Umstürze in den Beziehungen zwischen den Klassen und die Offenbarung dieser Umstürze auf der Oberfläche des gesellschaftlichen Lebens richtig einschätzte, sondern auch in einem riesigen Gefühl der entsprechenden Proportionen, in einem riesigen, richtigen Erfassen der realen Wirklichkeit, wenn sie in der Form bescheidener und kleiner Aufgaben vor uns steht. Lenin versteht sowohl das „Antreiben" wie auch das „Bremsen". Nur bei einer solchen allseitigen Erfassung der Ereignisse, Aufgaben, Probleme und Fragen kann eine richtige Leitung der Partei, im Wege der Partei eine Leitung der Arbeiterklasse und im Wege der Arbeiterklasse die Leitung der Bauernschaft, das heißt des gesamten Landes, verwirklicht werden.

Gibt es gegenwärtig bei uns „Neue's"?

Gewiß. Dieses Neue zerfällt in eine Reihe von Momenten.

Friede. Wirtschaftlicher Aufstieg. Wachstum der Arbeiterklasse. Wachstum der neuen Bourgeoisie. Hebung des Kulturniveaus der Partei als Ganzes.

Gleichzeitig hiermit eine verhältnismäßige Mannigfaltigkeit der Partei, eine Getrenntheit ihrer Bestandteile und nicht bearbeitete Reserven.

Außerhalb der Arbeiterklasse und der Stadt die wachsende Aktivität der Bauernschaft.

In der Zukunft die Perspektive von vielleicht sehr großen Kämpfen.

All das erfordert eine Berücksichtigung. All das macht zur Aufgabe die Hebung der Geschlossenheit der Partei auf der Grundlage einer von der Gesamtpartei durchdachten Linie, auf der Grundlage des Überganges der Parteireserven zur höheren Stufe der Parteientwicklung und der Parteiaktivität. Das steht außer Zweifel.

Dem entspricht der verhältnismäßig neue „neue Kurs": eine Ausarbeitung des Rahmens der innerparteilichen Demokratie, die Praxis eines breiten Wahlsystems, einer breit angelegten Erörterung der aktuellen Fragen und die Hebung der Aktivität der gewöhnlichen Parteimitglieder.

Ändern etwa aber die neuen Verhältnisse die alten Grundlagen bolschewistischer Anschauungen?

In den oben angeführten „Briefen über die Taktik" schrieb Genosse Lenin:

„Die bolschewistischen Losungen und Ideen sind im allgemeinen durch die Geschichte voll bestätigt." Ist dieser Satz, trotzdem er alt ist, richtig?

Wir zweifeln keinen Augenblick an seiner Richtigkeit.

Ist er aber richtig, so hätte Genosse Trotzki eine für die Partei tausendmal nützlichere Tat vollbracht, wenn er der Partei erzählt hätte, was die Grundlage seines Irrtums zur Zeit Brests und zur Zeit der Gewerkschaftsdiskussion war; was ihn vom Genossen Lenin in den wirtschaftlichen Fragen trennte und wo die Wurzel dieser Unterschiede liegt. Es wäre besser gewesen, wenn Genosse Trotzki angegeben hätte, wo und wann Lenin über die Gruppierungsfreiheit so dachte, wie jetzt Genosse Trotzki denkt, und warum jetzt eine Revision der alten bolschewistischen Tradition zulässig ist.

Es wäre besser gewesen, wenn Genosse Trotzki Stellen aus dem letzten Artikel Lenins, wo Wladimir Illitsch erzählt, auf welche Weise und aus welchem Grunde unsere Zentrale zu einer „Gruppe mit der höchsten Autorität" wurde, seinen verwunderlichen Beschuldigungen gegen diese „Gruppe mit der höchsten Autorität" gegenüber gestellt hätte.

Es wäre besser gewesen, wenn Genosse Trotzki Lenins und seine eigene Stellungnahme zur alten Parteigarde und zu den „Jungen" verglichen hätte usw. Auf diese Weise hätte die Sache der Parteierziehung gefördert werden können.

Wir versuchten, gerade diese Arbeit zu leisten, da viele kurzsichtige oder im Parteisinne nicht genügend erzogene Genossen in dem sich abspielenden Parteikampf einen Kampf von Personen sehen. Sie begreifen nicht, daß hinter diesem Kampf von Personen ein Kampf politischer Tendenzen, ein Kampf von Richtungen innerhalb der einzigen legalen Partei in unserem Lande steht.

Inwiefern diese Meinungsverschiedenheiten entstanden sind, müssen sie erörtert, müssen sie einer Kritik unterzogen werden. Nur eine solche Diskussion kann fruchtbringend sein. Nur eine solche Diskussion kann das geistige Wachstum unserer Partei fördern. Und nur aus einer solchen Diskussion wird die Partei noch stärker, noch geschlossener und noch einheitlicher hervorgehen, als sie früher war.

N. Krupskaja—Lenin:

Näher zur Arbeitermasse!

** In seinem Artikel „Der neue Kurs" (Nr. 295 „Prawda") weist Genosse Trotzki bei Erwähnung der sozialen Zusammensetzung unserer Partei darauf hin, daß nur der sechste Teil der Partei an der Maschine arbeite.

Eine Partei, worin nur der sechste Teil der Arbeiter von der Maschine kommt, muß jeden ihrer Schritte besonders sorgfältig erwägen, denn die läuft besonders leicht Gefahr, sich vom Klassenstandpunkt des Proletariats zu entfernen.

Mittlerweile aber erleben wir einen geschichtlichen Augenblick, wo schon die geringste Abweichung von der eingehaltenen Klassenrichtung besonders verhängnisvoll auf den internationalen Kampf des Proletariats wirken muß. Das gilt für die Kommunistische Partei jedes Landes, aber Mißgriffe der RKP., die gegenwärtig an der Spitze der gesamten internationalen Bewegung des Proletariats steht, wären ganz besonders verhängnisvoll.

Wie könnte die Partei sich gegen Abweichungen von der Klassenrichtung sichern? Dadurch, daß sie in allerengster Fühlung mit der Arbeitermasse bleibt, daß sie sich von ihrem Klasseninstinkt leiten läßt, der den rechten Weg finden und die richtigen Beschlüsse fassen hilft.

Und wenn die Zahl der Fabrikarbeiter nur den sechsten Teil der gesamten Mitgliederschaft der Partei ausmacht, die aber insgesamt mit der Masse lebt und arbeitet, so fällt dieser sechste Teil verhältnismäßig schwerer ins Gewicht als alle übrigen sozialen Schichten unserer Partei.

Eine der Hauptaufgaben des Parteiapparats besteht in der Herstellung eines engen Kontakts zwischen der Arbeitermasse und den Spitzen, in der Vertiefung dieses Kontakts, in der Verbindung der Massen mit der Partei.

All dies weiß die Mehrheit der alten Parteigenossen sehr wohl, die bereits damals Hand in Hand mit ihr arbeitete, als die Partei noch keine Macht besaß und noch keine Sorgen um den Staatsapparat hatte, und als die Arbeit mit den Massen die Hauptaufgabe der Partei war.

Dieses verhältnismäßige Gewicht des sechsten Teiles wird von der Gruppe des demokratischen Zentralismus nicht genügend eingeschätzt, denn sie erblickt den Schwerpunkt der Frage nicht darin, daß diesem sechsten Teil genügender Einfluß auf die Partei gesichert werden muß, sondern darin, daß die Rechte eines jeden Parteimitgliedes gesichert werden müssen, denn die Partei behandelt die Angelegenheit in allzu formeller, ihr fremder Art und Weise.

Auch Genosse Trotzki vergißt die Notwendigkeit, sich in erster Linie nach dem Fabrikarbeiter, nach der Arbeitermasse zu richten, wenn er die Partei auffordert, sich nach der Jugend zu richten. Bisher kannte unsere Partei keine Einteilung in Alt und Jung, bisher wurde in der Partei das Alter nicht beachtet. Eine derartige Einteilung hätte vielleicht Sinn, wenn die Alten die Arbeit aufgäben, wenn sie sich in eine Art Heiligenbilder verwandeln täten — aber unsere älteste Generation stand bisher im Mittelpunkt des Kampfes und der Arbeit, und sie besitzt nicht

weniger revolutionäre und nachrevolutionäre Praxis als die neuen Parteimitglieder. Dafür haben die Alten eine gute marxistische Schule durchgemacht, die es ihnen möglich macht, die gesammelten Erfahrungen und die alten Parteitraditionen im rechten Lichte zu betrachten. Das weiß niemand besser, als die Jugend selber, die die auf der Partei liegende Verantwortung fühlt. Die Losung der Orientierung nach der Jugend im Gegensatz zur Losung der Orientierung nach den Arbeitermassen ist von Grund aus falsch, und darum ist es ein Leichtes, sie demagogisch auszunützen.

Wir haben in der Partei eine vorzügliche Tradition: die Selbstkritik nicht fürchten, nicht fürchten, was die Gegner sagen würden, und nicht fürchten, seinen Fehler einzugestehen, sobald er sich herausstellt, sondern ihn, sobald er erkannt ist, verbessern.

Die rauhe Wirklichkeit, die Schärfe des Kampfes gestatteten es nicht, sich mit Phrasen einzulullen, sie ließen die Herrschaft toter, ihres lebendigen Inhaltes beraubter Formeln nicht zu, sondern zwangen immer dazu, jede Frage ihrem Wesen nach zu erörtern, die konkrete Wirklichkeit in Betracht zu ziehen, sich nach der Masse zu richten.

Darin bestand die Stärke unserer Partei, das verhalf ihr zum Siege.

„Sehen können!" lautete die Losung eines jeden verantwortlichen Arbeiters.

Insofern die Parteidiskussion zur Klärung der Frage beiträgt und die Richtschnur ausgleichen hilft, kann man sie bloß freudig begrüßen.

Aber es ist von Wichtigkeit, daß die Diskussion das Wesen der Sache erfaßt, daß praktische Vorschläge gemacht werden. Die Thesen des Zentralkomitees betreffs des ökonomischen Ausbaues strebten gerade darnach, die Diskussion in sachliche Bahnen zu lenken. Man muß auch die Debatte über den Bürokratismus und über den Apparat in sachliche Bahnen lenken.

Man behauptet, daß der Parteiapparat bürokratisch sei, daß er das Parteileben lähme, daß er, statt den Zusammenschluß der Arbeitermasse und der leitenden Zentrale zu fördern, sich bloß in eine Scheidewand zwischen ihnen verwandelt habe. Wir wollen darüber nicht streiten.

Was aber muß geschehen, um das zu ändern?

Wo ist der praktische Vorschlag?

Soll der Parteiapparat aufgelöst werden?

Man muß ein Säugling sein, um solch einen Vorschlag zu machen. Muß der Bestand des Apparats erneuert werden? Sind weniger bürokratisch veranlagte Leute nach der Art des Genossen Pjatakow oder des Genossen Ossinsky zu suchen?

Nicht um die Leute handelt es sich, sondern um das System, um die Struktur des Apparats. Natürlich ist das allen klar. Darum muß man also nicht über den Bürokratismus im allgemeinen und den Parteibürokratismus im besonderen reden und über das aufrichtige oder nicht aufrichtige Bestreben, ihn zu bekämpfen, streiten, sondern konkrete Vorschläge machen, wie der Apparat selbst umgewandelt werden könne, damit auch nicht der Schatten irgendeines Bürokratismus darin Raum habe.

Es wurde der Vorschlag gemacht, die ZKK. aus Fabrikarbeitern zu bilden, aber dieser Vorschlag ging nicht von der Opposition aus. Ist er aber erörtert worden? Man könnte eine Reihe anderer, dasselbe Ziel verfolgender Vorschläge machen.

Eine Diskussion in sachlichen Bahnen zeitigt viel bessere Ergebnisse als eine Diskussion „im allgemeinen", als allerlei Verdächtigungen, die bloß einen bitteren Bodensatz übrig lassen, der die Arbeit hemmt.

Näher zu den Massen! Dann wird unsere Partei aus der gegenwärtigen Diskussion gekräftigt hervorgehen.

Die wirtschaftspolitische Resolution des Genossen Ossinski.

Resolution zum Referat über die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik, unterbreitet vom Genossen Ossinski in der Versammlung der Parteizellenbüros und der aktiven Funktionäre der Moskauer Organiation*).

** In Anbetracht dessen, daß die Resolution des Pol.-Büros des ZK. über die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik zum größten Teil eine Darlegung der Beschlüsse des XII. Kongresses der KPR. bildet mit Hinzufügung einiger neuer Vorschläge von zweifelhaftem Werte und mit Mängeln in bezug auf einige aktuell gewordene Fragen, hält die Versammlung eine Richtigstellung dieser Resolution auf der folgenden Grundlage notwendig:

1. Es ist notwendig, nicht nur die Frage über die grundlegende und ausschlaggebende Bedeutung des Zusammenschlusses der nationalisierten Industrie und der Bauernwirtschaft aufzurollen, sondern auch darzulegen, warum dieser Zusammenschluß in der verflossenen Periode nicht zustande gebracht wurde und warum der Zusammenschluß des Dorfes mit der privaten Heimindustrie und dem privaten Handelskapital sich erfolgreicher entwickelt hat. Die wichtigsten Gründe sind: Mangel an einem Plan, der die Tätigkeit aller Zweige der staatlichen Wirtschaft zusammenfassen würde, Zusammenhanglosigkeit und Systemlosigkeit in der Tätigkeit der leitenden Organe und im Zusammenhange hiermit der Mißklang und das Vorherrschen elementarer Kräfte in der Tätigkeit der gesamten wirtschaftlichen Peripherie.

Indem die Resolution „eine Reihe von Wirtschaftsorganen" wegen der unrichtigen Anwendung der Direktiven des XII. Parteikongresses und der übermäßigen Hebung der Preise tadelt, läßt sie außer acht, daß ein solcher Tadel gerade das Fehlen einer Leitung der Handelstätigkeit der Wirtschaftsorgane durch die höheren Instanzen voraussetzt. Dieser Tadel muß daher in erster Reihe gegen die höheren Instanzen gerichtet werden.

2. Mit Beiseitelassung der Frage, ob unter den Bedingungen der neuen Wirtschaftspolitik Krisen überhaupt oder nur sogenannte „Depressionen" unvermeidlich sind, ist festzustellen, daß die gegenwärtige Krise nichts mit solchen unvermeidlichen Erschütterungen gemein hat. Sie ist weder durch eine plötzliche Einschränkung der Nachfrage von seiten der Bauernschaft infolge einer Mißernte (ein nicht zu beseitigender eventueller Grund einer Depression) noch durch einen plötzlichen Umschwung in der Gestaltung der Weltpreise bedingt. Auch kann zur Erklärung dieser Krise nicht auf den angeblich aus objektiven Gründen entstehenden Mißklang zwischen der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion hingewiesen werden. Findet eine spontane, mit der Entwicklung der Landwirtschaft nicht in Einklang gebrachte Entwicklung der staatlichen Industrie statt, so ist das das Ergebnis eines Mangels an Plan und Leitung.

Die wichtigsten Gründe der gegenwärtigen Krise sind:

a) Das Chaotische unseres Industrieaufbaues.

b) Eine zusammenhanglose und falsche Kreditpolitik; infolge der letzteren wurden im Frühjahr und im Sommer 1923 die Mittel der Staatsbank voll für die Operationen der Industrie und des Großhandels, auf ungesunder Grundlage und ohne Bewahrung einer Reserve für die Periode der Getreiderealisierung im Herbst, in Anspruch genommen.

Die Resolution muß in der Richtung der Feststellung der wirklichen Gründe der Krise und der Klärung der begangenen konkreten Fehler umgearbeitet werden; eine Vertuschung dieser Fehler hindert ihre Beseitigung.

3. In der Resolution des Pol.-Büros wird die Frage der Verwaltung der Industrie, die unter den nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik von riesiger Bedeutung ist, überhaupt nicht berührt. Es ist notwendig, die Frage über Schaffung eines engen Bandes zwischen den gegenwärtig faktisch autonomen Trusten

*) Die Resolution wurde mit erdrückender Mehrheit von der Versammlung abgelehnt.

einerseits und dem Obersten Volkswirtschaftsrat andererseits wie auch die Aufgabe der Schaffung eines straffen und zusammenhängenden Systems der Staatswirtschaft auf der Grundlage eines Wirtschaftsplanes und einer richtigen Leitung der staatlichen Unternehmen in den Vordergrund zu bringen und konkret auszuarbeiten. Das wird die Stellung unserer staatlichen Wirtschaft im Kampfe gegen das Privatkapital und auf dem Gebiete eines wirklichen Zusammenschlusses der staatlichen Industrie mit dem Dorfe in höherem Grade stärken.

4. Die Resolution des Pol.-Büros gibt in einem ihrer Punkte eine völlig unrichtige Weisung, die darin besteht, daß bei der Kalkulierung des Preises der Produkte nur ein „unentbehrlicher minimaler Profit" berechnet werden soll. Eine solche Zielsetzung widerspricht den Beschlüssen des XII. Kongresses, bildet einen Übergang zum Standpunkt der üblichen bürgerlichen „Staatswirtschaft" und nimmt die Möglichkeit, den Staatsetat auf die Einkünfte aus der Industrie aufzubauen. Die diesbezügliche Weisung kann nur folgendermaßen formuliert werden:

„Erreichung des größtmöglichsten Profits beim gegebenen Durchschnittspreis und mit einem unbedingten Streben zur Herabsetzung des Preises durch Ausbreitung und Vervollkommnung der Produktion."

5. Die Resolution des Pol.-Büros schätzt die Erfolge des Privatkapitals im allgemeinen, und namentlich die des privaten Handelskapitals, das sich schon 14% des Großhandels, 50% des Mittelhandels und 80% des Kleinhandels bemächtigt hat und auch große Summen in Waren und wertbeständiger Währung aufgehäuft hat, nicht richtig ein. Es ist notwendig, der Tätigkeit auf dem Gebiete des Handels eine weit größere Aufmerksamkeit, als es bisher geschehen ist, zu widmen. Im Zusammenhange hiermit ist es notwendig (siehe den Artikel des Genossen Lenin über das Genossenschaftswesen), auf dem Gebiete des Kampfes gegen das private Handelskapital die genossenschaftlichen Organisationen in den Vordergrund zu stellen und hierzu einen Plan für deren gesteigerte Kreditierung sowohl mit Waren der staatlichen Industrie als auch mit Geld auszuarbeiten.

6. Ein sehr verbreiteter, aber völlig unrichtiger Grundsatz ist die in der Resolution enthaltene Forderung nach einer aktiven Handelsbilanz. Diese Forderung bedeutet im Grunde: je mehr exportieren, je weniger importieren, und zwar sollen nur Produktionsmittel eingeführt werden. Der auf diese Weise erhaltene Überschuß ist in Gestalt eines Goldfonds zu sammeln.

Es ist aber folgendes zu berücksichtigen:

a) Sowjetrußland kann sich den Luxus, von den Banknoten zu Metallgeld überzugehen, nicht erlauben und hat diese Mittel für produktive Zwecke zu verwenden;

b) die Einfuhr der notwendigen industriellen Rohstoffe (Baumwolle) ist soweit wie nur möglich auszubreiten;

c) die teilweise Einfuhr der fehlenden allgemeinen Bedarfsartikel könnte das wichtigste und äußerst ertragreiche Mittel des Staates im Kampfe gegen die Warenspekulation sein;

d) die Einfuhr bäuerlicher Bedarfsartikel ist ein wichtiges Mittel zur Entwicklung der Ausfuhr. Daher ist nicht das größtmöglichste Übergewicht der Ausfuhr gegenüber der Einfuhr, sondern die Bewahrung eines festen Gleichgewichtes zwischen der ersteren und der letzteren anzustreben.

Andererseits kann die Handelsbilanz Sowjetrußlands, insoweit es im Auslande Anleihen erhalten und in der Lage sein wird, eine breit angelegte Einfuhr von Produktionsmitteln und zum Teil auch fehlender Bedarfsartikel ohne jeden Nachteil für die Entwicklung der Produktionskräfte zu schaffen, passiv sein, denn ihre Verrechnungsbilanz wird aktiv sein.

Es ist notwendig, nicht die abstrakte Losung einer aktiven Handelsbilanz zu verkünden, sondern an die rationelle Ausarbeitung eines Einfuhrplanes zu schreiten (das heißt: teilweise Einfuhr aus dem Auslande fehlender und besonders teuer gewordener Produkte).

7. Das Fehlen einer streng durchdachten Kreditpolitik, die faktische Autonomie der Staatsbank (ein Beispiel: Einstellung der Kredite für die Industrie im Herbst dieses Jahres ohne Wissen der Reichsplankommission und des Obersten Volkswirtschaftsrates), der Versuch, einen allgemeinen Wirtschaftsplan durch Maßnahmen der Finanzzentrale zur Regelung der Wirtschaft zu ersetzen, und der Mißerfolg solcher Methoden einer eigenartigen „plangemäßen Arbeit" erfordert entschiedene Schritte in der Richtung der Einfügung des Planes für Verteilung der Kredite in den allgemeinen Wirtschaftsplan und eine entsprechende Abänderung der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Staatsbank und der Reichsplankommission.

8. Die zentrale Frage der proletarischen Wirtschaftspolitik auf dem Gebiete der Industrie ist die auf die systematische Besserung der Lage der Arbeiterklasse gerichtete Tätigkeit. Die in dieser Richtung erreichten Erfolge sind die wichtigste Gewähr für eine erfolgreiche Entwicklung der Industrie. Die Maßnahmen zur Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter wie auch zur Stärkung und Belebung unserer Gewerkschaften und zu ihrer Befreiung von dem lähmenden Einfluß der „Partei-Windstille" müssen in breiterem Umfange und gründlicher ausgearbeitet werden.

Auch die in der Resolution des Pol.-Büros völlig außer acht gelassene Frage über die Maßnahmen zum Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit muß auf die Tagesordnung gestellt und ausgearbeitet werden. Es muß auch festgestellt werden, daß die Schaffung einer Planmäßigkeit in unserem wirtschaftlichen Aufbau und die Systematisierung unserer staatlichen Wirtschaft, indem sie die Akkumulation von Produktionsmitteln durch den Staat erleichtern werden, einen machtvollen Faktor bilden werden, der die Arbeitslosigkeit verringern und die Lebenshaltung des Proletariats heben wird.

9. Es kann nur begrüßt werden, daß die Resolution des Pol.-Büros es als notwendig bezeichnet, die Beschlüsse des XII. Kongresses über die Reichsplankommission und im allgemeinen über die Organisation der plangemäßen Leitung der Wirtschaft zu verwirklichen. Auf die natürliche Frage aber, warum dies nicht nach dem XII. Kongreß geschehen ist, gibt die Resolution nur eine indirekte Antwort, die ernste Befürchtungen bezüglich der Zukunft erweckt. Die Resolution verbindet die Möglichkeit einer plangemäßen Leitung mit der Einführung einer wertbeständigen Währung und erklärt somit die Verschiebung der Verwirklichung der Beschlüsse des XII. Kongresses mit der Notwendigkeit einer vorherigen Verwirklichung der Geldreform. Eine solche Einstellung der Frage ist unrichtig und gefährlich, denn ohne ein allgemeines und ununterbrochenes Ineinklangbringen der Finanzen mit anderen Elementen der Staats- und Volkswirtschaft ist die Sicherung eines wirklich stabilen Geldverkehrs undenkbar. Es ist unrichtig, anzunehmen, daß die Voraussetzungen für eine plangemäße Leitung der Wirtschaft stückweise vorbereitet werden können. Gerade eine solche Einstellung führt von Zeit zu Zeit zu einem scharfen Mißklang zwischen den grundlegenden Faktoren der Wirtschaft und ist einer der wichtigsten Gründe der gegenwärtigen Krise, die zum bedeutenden Teil eine Folge des Mangels an Einklang und Voraussicht ist.

10. Infolge der ungeheuren Wichtigkeit und Kompliziertheit der Fragen, die durch die Resolution des Pol.-Büros zur Erörterung durch die Partei gestellt sind, ist eine ausführliche Erörterung aller ihrer Punkte in der Presse, eine Veröffentlichung der wichtigsten Zahlen und des Materials über die wichtigsten Fragen der Wirtschaft, die Herausgabe besonderer Sammelbücher usw. notwendig, was bisher nicht geschehen ist. Die Diskussion über den wirtschaftlichen Aufbau wurde so eingeleitet, daß sie nicht richtig entfaltet und von der Peripherie und der Masse der Parteizellen ausgenützt werden kann. Wünschen wir eine wirkliche Diskussion der Gesamtpartei, so muß dieser Mangel unverzüglich abgestellt werden.

Die Parteiorganisationen in der Diskussion.

** Der Kampf der Meinungen, der gegenwärtig in den klassenbewußten Arbeiterkollektivs Sowjetrußlands vor sich geht, wurde in ihrem wesentlichen Teil von den Problemen der ersten Staatsmacht des Proletariats hervorgerufen. Durch diesen Umstand erklärt sich das ungeteilte Interesse der ganzen Partei zur Diskussion. Es ist allgemein bekannt, daß die Parteitradition der russischen Bolschewiki keine friedliche, selbstbegnügte Idylle darstellt. Diese Partei war im Laufe ihrer 25jährigen Geschichte nicht nur Trägerin unaufhörlicher Klassenkämpfe, sondern bewahrte ihre Ideenklarheit und Kampfeskraft auch im ständigen Kampfe gegen jene kleinbürgerlichen Abweichungen, die in ihrer eigenen Mitte aufkamen.

Die Parteidiskussion, die bereits drei Monate mit außerordentlicher Energie fortgesetzt wird, brachte gerade kraft des allgemeinen Charakters der debattierten Fragen eine außerordentliche Lebhaftigkeit in die Partei. Die ganze Partei, von den ver-

...örtlichen Funktionären bis zu den in den Betrieben arbeitenden Kommunisten, wurde durch die Diskussion buchstäblich ...ert. Die meisten Diskussionsversammlungen dauern sechs ... acht Stunden, und es ist charakteristisch für die Diskussion, daß zum Beispiel in der Stadtversammlung der Moskauer Parteiaktivisten, an der mehr als tausend Funktionäre aus den Parteizellen teilnahmen, nach dreistündigen heftigen Debatten ein Antrag betreffs 15 Minuten Pause durch eine große Majorität abgelehnt wurde. Es sind eben Grundfragen der Revolution, die an der Tagesordnung sind, und dieser Umstand verhundertfachte die bolschewistische Treue zur Partei, die Teilnahme an den ...rigsten Momenten des Parteilebens.

Einen der wichtigsten Momente der Debatten bildet die Frage über die Einheit der Partei. Fast sämtliche Beschlüsse der Moskauer Parteiversammlungen äußern sich einmütig und energisch über die Notwendigkeit der Bewahrung der Einheit in der Partei.

Die Kommunistische Parteizelle der Moskauer Fabrik „Einer" erklärt in ihrem Beschluß, daß

„bei jeder Diskussion an die Losung unseres Führers, des Genossen Lenin, erinnert werden muß: Die Einheit der Partei über alles! Deshalb halten wir die übertriebene Darstellung der Mängel und Fehler, die nicht genügende Würdigung der positiven Errungenschaften schädlich für die Partei".

Auch der an revolutionären Traditionen reichste Bezirk Moskaus, der Schauplatz blutiger Barrikadenkämpfe gegen den Zarismus, der Bezirk Krasnaja-Presnja, betont die Notwendigkeit der Einheit. Die Parteizelle der berühmten „Trjochgornaja Manufaktura" erklärt:

„Die Zelle wird im Interesse der Parteieinheit aktiv gegen Fraktionsgruppierungen in der Zelle und in der Partei kämpfen.

Die Zelle der Kavalleriedivision der Moskauer Miliz erklärt, daß sie, was Gruppierungen oder Fraktionen anbelangt, wie bisher, den Worten Lenins folgen wird, die in den Bestimmungen des 10. Kongresses enthalten sind.

Die Zelle des Betriebes „Java"

sagt sich entschieden los von den Genossen, die vorschlagen, Fraktionen mit ihrer Gruppendisziplin in der Partei zuzulassen.

Die Zelle des chemischen Betriebes

erklärt die vom Zentralkomitee begonnene Diskussion als richtige, verurteilt sämtliche Genossen, die die Diskussion zwecks Gruppierungen auszunützen trachten.

Aus dem Beschlusse der kommunistischen Arbeiter einer großen Moskauer Strümpfefabrik:

„Die Versammlung erklärt, daß die Partei, die den Staat leitet, unter keinen Umständen organisierte Fraktionen dulden darf, denn dies wäre der Keim für die Entstehung zweier oder mehrerer Regierungen, eine solche Entzweiung bedeutet aber den Tod der proletarischen Diktatur!"

Eine vereinigte Zellenversammlung des Betriebes „Sichel und Hammer" und der 43. Milizabteilung erklärt in ihrem Beschlusse:

„einzig und allein mittels kameradschaftlicher und bewußter Eintracht der ganzen Partei mit ihrem erprobten Zentralausschusse, dem wir vollständig und bedingungslos vertrauen, können mit Leichtigkeit solch schwierige Fragen gelöst werden, wie Besserung der materiellen Lage der Arbeiter, Konsolidierung des Industrie-, Handels- und administrativen Apparates, engere Verbindung mit dem Bauerntum und Hilfeleistung dem Internationalen Proletariat. Indem wir die völlige Freiheit einer sachlichen Diskussion anerkennen und auf eine solche bestehen, verurteilen wir ganz entschieden die Zwietracht und Fraktionsgruppierungen in der Partei und fordern ihre Einstellung."

Ihren Höhepunkt erreichten die Moskauer Debatten auf der Stadtversammlung der Vertreter der Rayons und Zellenorganisationen. An dieser Versammlung wurden alle Meinungsschattierungen zusammengefaßt und schließlich mit überwältigender Mehrheit ein Beschluß angenommen, in dem die politische und organisatorische Linie des Zentralausschusses gebilligt wird.

„Der Parteiaufbau" — so lautet der Beschluß — „ist entsprechend dem Beschlusse der Zentrale, der den richtigen Weg zur Befestigung der Partei anweist, durchzuführen. Die Versammlung fordert sämtliche Parteimitglieder zur höchsten Aktionseinheit auf, bestätigt sein letztes Vertrauen zum Zentralkomitee und ist der Meinung, daß man nun an die praktische Verwirklichung der Demokratie innerhalb der Partei schreiten müsse, unter Führung der Zentrale."

Der Antrag der Opposition, der vom Genossen Preobraschenski vorgeschlagen und von einer sehr bedeutenden Majorität abgelehnt wurde, erklärt:

„der über den Parteiaufbau vom Politischen Büro am 5. Dezember gefaßte Beschluß, der die Notwendigkeit ernster Abänderung der Parteilinie, Durchführung des Wahlprinzips der Funktionäre und Vollzugsorgane der Partei und allgemeinen Übergang zum demokratischen Regime innerhalb der Partei sowie die Notwendigkeit der Steigerung der Planmäßigkeit in der Wirtschaftsleitung verkündet, stellt den ersten ernsten Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung der für die Partei längst herangereiften Maßnahmen dar. Einzig und allein die rasche, kameradschaftliche und aufrichtige Durchführung des Beschlusses des Politischen Büros, besonders Auffrischung des Parteiapparats mittels Neuwahlen, kann unserer Partei den Übergang zum neuen Kurs ohne Erschütterungen und inneren Kampf garantieren und die wirkliche Harmonie und Einheit ihrer Reihen befestigen.

Die Versammlung glaubt an die Disziplniertheit und an das Bewußtsein der Parteimitglieder im neuen Kurs der Parteipolitik. Indem die Versammlung das Fehlen ernster prinzipieller Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei feststellt, erklärt sie es für vollkommen unzulässig, im gegenwärtigen Augenblick die Frage über die Fraktionsgruppierungen in den Vordergrund zu stellen, was im gegenwärtigen Momente objektiv Kampf gegen die Freiheit der vom Beschlusse des Politischen Büros verkündigten Diskussion bedeutet."

Die Stellungnahme der Petrograder Parteiorganisationen ging auf der Stadtversammlung der aktiven Funktionäre (ungefähr 3000 Genossen) vor sich und wurde in der Form eines Briefes der Stadtorganisation an sämtliche Parteimitglieder veröffentlicht. Es ist kein Zufall, daß die Petrograder Organisation, eine der ältesten der Partei, in dieser Debatte den Inhalt der wankensfreien orthodox-bolschewistischen Politik am bündigsten formulierte. Der Resolution der Petrograder Organisation schloß sich eine ganze Reihe von Provinzorganisationen an:

„Als Vorhut im Kampfe gegen die Grundlinie des Bolschewismus" — so heißt es unter anderem —, „wie dies auch öfters bisher geschah, tritt die Gruppe des sogenannten demokratischen Zentralismus auf, deren Richtung von einigen unserer Parteikongresse verurteilt und vom Genossen Lenin und dem ganzen ZK. mehr als einmal als eine vollständig unrichtige Richtung bezeichnet wurde. Wie diese und einige andere Gruppen vor dem 10. Kongreß unserer Partei in besondere Fraktionen zu organisieren versuchten und irgendeine Art Partei in der Partei zu bilden begonnen, so versucht die oben genannte Gruppe auch jetzt im Zusammenhang mit den gestellten Aufgaben der Arbeiterdemokratie nicht nur als Fraktion aufzutreten, sondern auch Legalisierung der Fraktionen von der Partei zu fordern. Fraktion oder ‚Fraktionsgruppierung' ist ein und dasselbe. Dies versteht nur derjenige nicht, der es nicht verstehen will. Wir zweifeln nicht einen Moment daran, daß unsere Partei in gewaltiger Einheit wieder und wieder jedwede Teilung der Partei in Fraktionen und Gruppierungen verurteilen wird.

Der Partei bleibt nichts anderes übrig, als ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen, als sie dem Briefe des Genossen Trotzki Angriffe gegen die unmittelbaren Schüler des Genossen Lenin entnimmt, die Trotzki mit Eduard Bernstein, Kautsky, Adler, Guèsdes und anderen Führern der Sozialdemokratie vergleicht. Wenn Genosse Trotzki die genannten Schüler des Genossen Lenin ernst derart wertet, so wäre es seine Pflicht gewesen, nicht einstimmige Beschlüsse mit ihnen zu fassen, sondern offen vor der ganzen Partei mit seiner Beschuldigung aufzutreten."

Den Angriffen gegen den Parteiapparat stellen die Petrograder Genossen ihre klare und nüchterne Auffassung entgegen:

„Wir alle sind uns der schwachen Seiten unseres Apparates wohl bewußt, uns allen ist es bekannt, daß dieser ständige Auffrischung von unten fordert, Korrektur seiner bürokratischen Entstellungen usw., aber es ist uns als Bolschewiki ebenfalls bekannt, welch kolossale Verdienste unser zentralisierter Parteiapparat besitzt. Und wir alle, die bis jetzt dem Genossen Lenin folgen, wußten, daß wir gegen die wahrhaftig ungeheuren bürokratischen Entstellungen des Staatsapparates nur mittels der Partei und mittels unseres Parteiapparates anzukämpfen imstande sind.

. . . Wir zweifeln keinen Moment daran, daß die überwältigende Mehrheit unserer Partei den Brief des Genossen

Trotzki genau so werten wird wie wir Petrograder. Je früher der Genosse Trotzki seinen Fehler anerkennt und korrigiert, desto besser wäre es für unsere Partei.

. . . Die Einheit der Partei und die Eintracht in ihrem Generalstabe wird um jeden Preis gesichert sein. Die Partei der Bolschewiki darf sich nicht in ein Konglomerat von Fraktionen, Gruppen, Strömungen, Schattierungen usw. verwandeln. Der Zentralausschuß unserer Partei darf sich nicht in ein „Parlament der Meinungen" verwandeln . . . Unsere Partei muß das bleiben, was es zu sein berufen ist: eine aus einem Guß geschmiedete bolschewistische Partei, die Avantgarde des Proletariats. Die Zentrale der Partei ist verpflichtet, den Generalstab der Partei zu bilden, der ihre ungeteilte Unterstützung und ihr Vertrauen besitzt. Bis zu dem Moment, wo der Genosse Lenin nicht unmittelbar zum Steuer zurückzukehren imstande ist, kann es nur von einer Kollektive, das heißt nur vom ZK. unserer Partei geführt werden, das mit gewaltiger Einheit auf dem 12. Kongreß unserer Partei gewählt wurde und die besten Kräfte der Partei in sich schließt."

An der Konferenz, auf der dieser Beschluß gefaßt wurde, nahmen zum größten Teil erprobte, erfahrene Kämpfer der bolschewistischen Partei teil: Ein Zehntel der Teilnehmer waren in der illegalen Periode der bolschewistischen Partei aktive Parteiarbeiter, die Hälfte der Konferenz bestand aus Parteimitgliedern seit 1917—18, ein Drittel seit 1919 und bloß zwei Genossen seit 1922. Von 612 Delegierten sind 462 Arbeiter.

Die einzelnen Parteizellen der Petrograder Betriebe schlossen sich fast einstimmig diesen Beschlüssen an. Dasselbe muß auch von der Provinz und in erster Reihe von den Industriegebieten festgestellt werden.

An den Parteiversammlungen des alten bolschewistischen Proletariernestes Iwanowo-Wosnesensk traten im ganzen drei Genossen auf der Plattform der Opposition auf. In Tula wurde der Beschluß des ZK. mit kolossaler Majorität angenommen.

Die Kommunisten des Donezer Kohlenbeckens sagen in ihrer Resolution:

„Wir erklären im Angesicht der ganzen Partei, unsere Arbeiterorganisation fest und gesund ist, daß sie mals Schwankungen kannte und ihre ganze Arbeit Lösung der bevorstehenden Aufgaben der praktischen Ar widmet."

Auf einer der zahlreichen Versammlungen in Baku wu nach Referaten in russischer und türkischer Sprache einstim eine Resolution angenommen, in der es unter anderem hei

„Nieder mit jedweden Gruppierungen und Fraktionen KP., die sich gegen die alte, vom ZK. verwirklichte leninis Richtung und Taktik richtet, einerlei wer auch immer an Spitze dieser Gruppe stehe."

Das ganze Uralgebiet — mit Ausnahme des nicht ind striellen Tscheljabinsk — steht fest an der Seite der alten Ga des Zentralkomitees.

„Wir sind für die völlige Unterstützung des Zentr komitees," sagt die Resolution der Jekaterinburger Or nisation. „Wir verurteilen entschieden jedwede Gruppierung und Fraktionen und verbleiben in dieser Hinsicht auf d Standpunkte der Beschlüsse des 10. Parteikongresses. Den Standpunkt der Gruppe Sapronow, die von Preob schenski und anderen unterstützt wird, lehnen wir als Sta punkt einer prinziplosen Fraktion ab."

Derselbe Ton und derselbe Inhalt in den Resolutionen proletarischen Organisationen von Twer, Jaroslaw, Rostow Don. Minsk usw. In den hervorragenden Bauerngebieten g die Diskussion natürlich langsamer vor sich; aber auch die ganisationen der Bauerngouvernements und die industriel Flecken in diesen Gebieten stellen sich ebenfalls an die Seite Zentralkomitees.

Es muß noch festgestellt werden, daß kein einziger Fall v handen ist, wo die Parteiinstanzen in der Diskussion einen Dr auf die diskutierenden Massen ausgeübt hätten. Die Zentr Kontrollkommission forderte die Parteimitglieder offiziell a jeden Fall eines Versuches der Beschränkung der Diskussio freiheit sofort zu melden. Es ist keine einzige Beschwerde e getroffen. Trotzdem entwickelte sich die Diskussion mehr und m zugunsten des Zentralkomitees.

Die Resultate der Diskussionen in der Provinz.

Übersicht der Resolutionen, die auf Sitzungen und Versammlungen von Betriebs- und anderen Zellen der Zeit vom 18. Dezember 1923 bis zum 6. Januar 1924 gefaßt und mitgeteilt wurden.

Für die Richtung des ZK.

In Petersburg — 31.
In der Ukraine (Jekaterinoslaw, Charkow, Poltawa, Winniza, Tschernigow, Nikolajew, Odessa), einschließlich des Don-Beckens — 75.
In Transkaukasien (Baku, Tiflis) — 19.
Im Südosten (Rostow, Dagestan, Stawropol, Nowo-Rossisk, Grosny) — 48.
Im Ural (Jekaterinburg, Tjumen, Perm) — 24.
In Sibirien (Omsk, Nowo-Nikolajewsk, Barnaul) — 4.
In der Krim (Simeropol, Sewastopol) — 3.
Im Wolgagebiet (Samara, Saratow, Zarizyn, Tscheboksar, Kasan) — 14.
In den Zentralgouvernements (Nischni-Nowgorod, Woronesch, Iwanowo-Wossnesensk, Rasjan, Kostroma, Tambow, Jaroslawl, Orel, Wladimir, Twer, Tula, Pensa, Orechowo-Sujewo) — 55.
In den westlichen Gouvernements (Smolensk, Minsk, Gom Witebsk, Weißrußland) — 10.
In den nördlichen Gouvernements (Wjatka, Wologda) — 2.
Im Gouvernement Ufa — 3.

Insgesamt: 288.

Für die Richtung der Opposition.

In der Ukraine (Odessa, Dongebiet) — 4.
Im Ural (Tscheljabinsk) — 1.
In den zentralen Gouvernements (Iwanowo-Wosnesensk) 1.
Kasan — 1.
Wjatka — 1.

Insgesamt: 8.

Die Daten aus Kiew sind in diesen Ergebnissen noch nic enthalten.

Die „Resolution des Parteitages der RKP. über die Ergebnisse der Diskussion und über die bürger lichen Tendenzen in der Partei" erscheint in der

nächsten regulären Ausgabe (Nummer 14).

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Resolution der XIII. Konferenz der RKP. zur Parteidiskussion.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 14. 28. Januar | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Ade Iljitsch! Ade Führer! Von Trotzki 143
Lenin. Von Thalheimer 144
Lenin und die marxistische Methode. Von Julius . . 145
Politik.
Die politische Krise in Griechenland. Von Stawrides 146
Bürgerliche Blocks und der Anarchismus in Frankreich. Von Treint 147
Union der Sowjetrepubliken.
Resolution über die Ergebnisse der Diskussion und die kleinbürgerlichen Tendenzen in der RKP. 148
Deutschland.
Der Wahlkampf in Thüringen. Von Abusch . . . 151
Die Justiz in der Ebert-Republik. Von Erikus . . 152
Wirtschaft.
Industrie und Landwirtschaft in Deutschland. Von Ferid 153
Die Petroleumfrage. Von Nearing 153
Arbeiterbewegung.
Der Eisenbahnerstreik in England. Von Ashleigh . . 154
Aus der Internationale.
Der Lyoner Kongreß der KPF. Von Jacques . . . 155
Rote Hilfe.
Ein Jahr „Rote Hilfe". Von Wagner 156
Faschismus.
Faschismus in Polen. Von Domski 157
Buchbesprechungen.
„Bulletin der Balkanföderation" 158

Ade Iljitsch! Ade Führer!

Von L. Trotzki.

** **Lenin ist nicht mehr.** Lenin ist dahingegangen. Die dunklen Gesetze, die die Tätigkeit der Blutgefäße beherrschen, haben diesem Leben ein Ende bereitet. Die ärztliche Kunst hat nicht vermocht, das zu vollbringen, was von ihr Millionen von Menschenherzen mit Leidenschaft gefordert hatten. Wie viele unter ihnen hätten ohne Zögern ihr eigenes Blut bis zum letzten Tropfen dahingegeben, um wieder zu beseelen, wieder zu beleben den Blutkreislauf des großen Lenin, des Iljitsch, des einzigen, des unvergleichlichen Führers. Aber dort, wo die Wissenschaft nichts mehr vermochte, ist ein Wunder nicht eingetreten.

Lenin ist nicht mehr. Diese Worte stürzen auf unser Bewußtsein ein wie ein ungeheurer Fels ins Meer. Wie es glauben, wie es fassen? Das Bewußtsein der Werktätigen der ganzen Welt wird sich dagegen sträuben, diese Tatsache hinzunehmen, denn die Feinde sind mächtig und drohend, der Weg, der zu durchmessen ist, ist lang und gefahrvoll, das ungeheure Werk, das größte, das die Geschichte kennt, ist noch nicht vollendet.

Lenin ist den arbeitenden Klassen der Welt vonnöten, mehr als je in der Geschichte der Menschheit ein Mensch vonnöten gewesen sein mag.

Die zweite Phase seiner Krankheit, schwerer als die erste, dauerte bereits zehn Monate an. Nach dem bitteren Ausdruck, den die Ärzte anwandten, „spielten" die Organe seines Blutkreislaufes die ganze Zeit. Ein entsetzliches Spiel, fürwahr, das sie mit dem Leben von Iljitsch trieben. Es war eine Besserung, ja sogar eine vollständige Wiederherstellung seiner Gesundheit ebenso zu erwarten wie eine Katastrophe. Wir alle haben die Heilung erwartet; aber es war die Katastrophe, die eingetreten ist. Das Nervenzentrum, das die Atmung zu regeln hat, verweigerte weiteren Dienst und verlöschte die Flamme dieses genialen Denkers.

Und so ist es gekommen! Iljitsch ist nicht mehr. Die Partei ist verwaist, verwaist die Arbeiterklasse. Das ist es, was man vor allem empfindet, da man den Tod dessen erfährt, der der Meister, der Führer gewesen ist. Wie sollen wir auf unserem Wege weiterschreiten, Genossen? Werden wir nicht vom Wege abirren, jetzt, da Lenin nicht mehr unter uns ist?

Der Leninismus bleibt bestehen. Lenin ist unsterblich durch seine Lehre, durch seine Arbeit, durch seine Methode, durch sein Vorbild, die in uns leben, die da leben in der Partei, die er geschaffen hat, im ersten Arbeiterstaate, dessen Haupt und dessen Lenker er gewesen.

Unser Schmerz ist ungeheuer gleich unserem Verluste, aber wir sagen der Geschichte Dank, die uns als Zeitgenossen Lenins zur Welt kommen ließ, die es uns gestattet hat, an seiner Seite zu arbeiten, seine Schüler zu sein.

Unsere Partei ist der in die Tat umgesetzte Leninismus; unsere Partei ist der gemeinsame Führer der Arbeiterklasse. In jedem von uns ist ein Teilchen von Lenin. Wie werden wir auf unserem Wege weiterschreiten? Mit der Fackel des Leninismus in der Hand. Werden wir den richtigen Weg finden? Durch gemeinsames Denken, durch gemeinsames Wollen werden wir ihn finden.

Morgen, übermorgen, noch nach Wochen und Monaten, werden wir uns sagen: „Es ist unmöglich, daß Lenin nicht mehr ist." Jawohl, sein Tod wird uns noch lange Zeit unglaublich, undenkbar, als ein willkürlicher und ungeheuerlicher Frevel der Natur erscheinen. Möge uns die Wunde, die sich beim Gedenken an den großen Verblichenen immer wieder öffnen wird, ständig daran mahnen, daß unsere Verantwortung nun noch größer geworden ist: Zeigen wir uns seiner würdig, der uns allen Lehrer gewesen ist. In unserem Schmerze schließen wir die Reihen und die Herzen enger zu neuen Kämpfen.

Genossen! Brüder! Lenin ist nicht mehr unter uns . . .
Ade Iljitsch! Ade Führer!

Lenin.

Einige Bemerkungen über Lenin als Theoretiker.

Von A. Thalheimer.

I.

** Die folgenden Bemerkungen, in aller Eile hingeworfen, wollen und können nicht mehr sein als vorläufige Bemerkungen. Das Werk Lenins ist von einem Ausmaß, einer Tiefe und Reichweite, daß es vieler und gründlicher Arbeit bedarf, um es voll zu ermessen. Karl Marx' Werk ist heute, 41 Jahre nach seinem Tod, bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Es hängt das, worauf Rosa Luxemburg einmal hinwies, eng zusammen mit den Bedürfnissen der verschiedenen Stadien des proletarischen Klassenkampfes. Die kämpfende Arbeiterklasse entnimmt der Theorie immer nur das, was sie unmittelbar für ihren Klassenkampf bedarf. Sie kann sich nicht den Luxus der Theorie um der Theorie willen leisten. Die marxistische Theorie aber arbeitet der Praxis des Klassenkampfes weit vor, und um so weiter, je tiefer und folgerichtiger sie ist. Das Arsenal der revolutionären Theorie wird von der revolutionären Praxis nur stückweise in Gebrauch genommen. Das Verhältnis beider ist freilich kein einseitiges, sondern ein wechselseitiges, dialektisches. Die Praxis des Klassenkampfes, befruchtet von der Theorie, wird ihrerseits wieder der fruchtbare Mutterboden neuer theoretischer Einsicht.

Das Verhältnis ist zu vergleichen mit dem der „reinen" Naturwissenschaften zu den angewandten zur Technik usw. Ein Beispiel: Das mathematischen Genie eines Gauß, eines Riemann usw. hatte lange im voraus die mathematischen Methoden entwickelt, von denen später die physikalische Theorie der Relativität Gebrauch machte. Karl Marx' riesiges theoretisches Arsenal bot die Mittel zuerst für die politische Selbständigmachung der Arbeiterklasse, für ihre Trennung von der noch revolutionären Bourgeoisie, also für ihre Konstituierung als selbständige Klasse, dann für die Führung des proletarischen Klassenkampfes in den langen Zeiten der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Kämpfe und der breiten politischen und wirtschaftlichen Organisation des Proletariats; für das Zeitalter des revolutionären Endkampfes, hier aber nur in den gröbsten Umrissen; und schließlich für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.

Es zeugt für das unvergleichliche Genie Marx', daß er an der Scheidelinie bürgerlicher und proletarischer Revolution, an der Schwelle eines riesigen Aufschwunges der kapitalistischen Wirtschaft und der bürgerlichen Macht und der erst noch kleinen und unsicheren Anfänge des proletarischen Klassenkampfes bereits die Grundformen des revolutionären Endkampfes und des sozialistischen Aufbaues in den Umrissen zu zeichnen wußte. Er griff damit seiner Zeit weit voraus, und zwar nicht in spekulativer Weise, sondern durch eine tiefe realistische Analyse der Wirklichkeit der kapitalistischen Wirtschaft und Politik und der Erscheinungen des proletarischen Massenkampfes.

Marx' Nachfolger in der Theorie in der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Periode haben fast alle Marx verflacht und somit verfälscht. Sie entnahmen ihm, was für diese Periode brauchbar schien. Sie verloren völlig aus dem Auge das, was Marx über die proletarische Revolution und ihre konkreten Form zu sagen hatte. Die Marx'sche revolutionäre Theorie wurde in ihren Händen ein Leitfaden für historische Erklärung der Vergangenheit, aber nicht für revolutionäres Handeln in der Gegenwart.

Hier setzt die Arbeit Lenins ein, und nicht zufällig. Vom Mutterboden der sich vorbereitenden russischen Revolution aus machte er die verschüttete Marx-Theorie der proletarischen Revolution wieder lebendig und bereicherte sie mit den Massenerfahrungen des proletarischen Klassenkampfes seiner Zeit. Der Gedanke der proletarischen Diktatur, „vergessen" von den Kautskys, wurde von ihm sozusagen neu entdeckt. In jahrzehntelangen theoretischen Kämpfen wehrte Lenin die reformistischen und anarchistischen Verfälschungen und Verflachungen Marx' ab. Seine größte Tat ist aber darüber hinaus, die Bestimmung der konkreten Formen der proletarischen Diktatur an der Hand der Massenerfahrungen und der schöpferischen Taten des russischen Proletariats, die Entdeckung der Rolle der Sowjets, der Räte — und, damit verbunden, die konkrete Kritik und Überwindung der bürgerlichen Demokratie.

In dieser Richtung ist Lenin wahrhaft bahnbrechend und schöpferisch. Und in dieser Beziehung ist seine Bedeutung universell, maßgebend für alle Länder, in denen die proletarische Revolution auf der Tagesordnung steht.

Die zweite große Leistung Lenins ist die Herausarbeitung der Organisation der Revolution unter den Bedingungen Sowjetrußlands.

Die dritte und jüngste, die Herausarbeitung der Grundzüge der Politik des ersten Staates proletarischer Diktatur, Sowjetrußlands.

Auch hier sind Elemente von universeller allgemeiner Bedeutung für den proletarischen Klassenkampf. Aber hier beginnt auch für die Späteren die Aufgabe der kritischen Trennung dessen, was von allgemeiner Anwendung ist und was in der Besonderheit der russischen Verhältnisse wurzelt. Niemand hat eindringlicher auf diese Notwendigkeit hingewiesen als gerade Lenin selbst. Lenin aus dem Russischen ins Westeuropäische zu übersetzen, ist nicht nur eine sprachliche Aufgabe und auch nicht die Aufgabe eines einzelnen. Es ist das die eigentliche Aufgabe der proletarischen Revolution unter den Verhältnissen Westeuropas und Amerikas. Dazu kommt noch die Aufgabe der Anwendung für Asien und Afrika. Es gilt, das von Lenin Überkommene an Hand der Bedingungen der proletarischen Revolution in Westeuropa und der Erfahrungen des Massenkampfes in Westeuropa weiter zu entwickeln, konkreter zu bestimmen. Das ist eine Aufgabe für eine ganze Generation. Sie erfordert nicht nur die bloße Aneignung der Leninschen Lehre, das ist die Voraussetzung, sondern auch ihre schöpferische Weiterbildung.

II.

So wenig wie bei Marx ist bei Lenin der revolutionäre Praktiker vom Theoretiker zu trennen. Die Welt nicht nur anders zu interpretieren (auszulegen), sondern zu verändern, das war Marx' Lebensmotto und es war auch das Lenins. Aus dem revolutionären Willen und der tiefen dialektischen Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit geboren, wurde die Marx'sche Theorie die größte praktische Gewalt, die die Geschichte kennt. „Die Theorie wird Gewalt, sobald sie die Massen ergreift." Marx war hierin ein echter Schüler Hegels, des letzten und größten deutschen Philosophen. Hegel, der Idealist, war durchaus nicht, wie man sich das oft vorstellt, ein in den Wolken schwebender Träumer. Seine idealistische Philosophie war auf das Praktische gerichtet. In Marx' Hand wurde der dialektische Materialismus zur wuchtigen revolutionären Waffe. Er konnte die Massen ergreifen, weil er aus dem Leben der Masse geboren war. Lenins unvergleichliche Macht, worauf beruht sie? Auf der Gewalt der revolutionären Theorie. Der bürgerliche Verstand schwelgte und schwelgt in den phantastischesten Vorstellungen von den äußeren Machtmitteln, über die Lenin verfügte. Das Rätsel der persönlichen Macht Lenins ist, wie bei Marx, das völlige Aufgehen der Person im Gedanken der proletarischen Revolution. Die äußeren Machtmittel, über die Lenin als Person verfügte, waren geringer als die irgendeines bürgerlichen Herrschers.

III.

Die besondere theoretische Tat Lenins für die proletarische Revolution Rußlands ist die Herstellung der Brücke zwischen der bäuerlich-bürgerlichen und der proletarisch-sozialistischen Revolution. Dieses Problem hat Lenin für Rußland mit der denkbar größten Genauigkeit gelöst. Die Bedeutung dieser Lösung geht aber weit über die russischen Grenzen hinaus. Sie hat ihre Bedeutung für Mittel- und Westeuropa wie für Amerika, wenngleich hier das besondere russische Problem nirgends in dieser Form wiederkehrt. Denn die bäuerliche Revolution in Rußland, für sich betrachtet, ist ja nur ein Nachzügler der bäuerlichen Revolutionen von 1789 in Frankreich und von 1848 im übrigen Europa. Die Besonderheit der russischen Bauernrevolution ist erstens ihre Verbindung mit der proletarisch-sozialistischen Revolution Rußlands, zweitens mit der Periode der Weltrevolution überhaupt. Dieser Umstand gibt ihr einen ganz neuen Kurs im Vergleich zu den Bauernrevolutionen, die mit großbürgerlichen Revolutionen verbunden waren. Andererseits bildet dieser Umstand eine historische, das heißt vorübergehende Schranke der proletarisch-sozialistischen Revolution in Rußland. In Westeuropa ist das

kleinbürgerliche Eigentum bereits Voraussetzung der proletarischen Revolution, während es in Rußland ihr Geschöpf ist. Eine ganz hervorragende Bedeutung hat aber die Bestimmung der Rolle der bäuerlichen Revolution im Verhältnis zur proletarischen für die Kolonialvölker mit vorwiegend bäuerlicher Bevölkerung. Die Verknüpfung der proletarisch-europäischen mit den nationalen Revolutionen der Kolonialvölker zählt mit zu den bedeutendsten theoretischen Taten Lenins.

IV.

Lenins Größe als Theoretiker macht seine Verbindung revolutionärer Kühnheit mit dem größten Realismus. Der Opportunist und Eklektiker verliert im Strom der Ereignisse den revolutionären Leitfaden und geht ins Lager des Klassenfeindes über. Der Anarchist und Syndikalist verliert den Boden der Wirklichkeit unter den Füßen. Der revolutionäre Realist, der Lenin war, setzt in den Ereignissen das revolutionäre Ziel durch. Lenin ließ sich weder durch die Formeln anderer noch durch die eigenen den Blick für die Wirklichkeit verschleiern. Er ließ sich aber ebensowenig durch Scheinwirklichkeiten, durch bürgerliche Phraseologie blenden. Er führte einen unerbittlichen Kampf gegen den Opportunismus, aber nicht minder gegen „linke" Abweichungen.

V.

Im selben Sinne, wie Lenin sich zum orthodoxen Marxismus bekannte, bekennen wir uns zum Leninismus: im Sinne der lebendigen revolutionären Theorie, nicht im Sinne des Buchstabens. Leninismus ist ein Schlagwort und Kampfruf in unserer russischen Bruderpartei geworden. Unter dem Banner des Leninismus marschiert darüber hinaus die gesamte Kommunistische Internationale. Möge sie sich immer bewußt sein, daß Leninismus wie Marxismus vor allem eine lebendige, schöpferische Methode ist, die Verbindung der größten revolutionären Kühnheit mit der schärfsten realistischen Analyse.

VI.

Der schriftstellerische Stil Lenins war „der ganze Mann". Von größter Einfachheit und Klarheit, voll Energie, unkonventionell, ganz dem jeweiligen Zweck angepaßt, kein äußerlicher Glanz, keine Phrase, wahrhaft, zusammengehalten durch strenge Logik und getragen von revolutionärer Leidenschaft.

Der schriftstellerische und rednerische Stil Lenins hat auf den ersten Blick für den Westeuropäer etwas Fremdes. Es ist der Stil einer tiefen Intuition, die durch Prägnanz und Wiederholung sich einhämmert, dagegen oft auf die gewöhnliche Manier des Raisonnements verzichtet.

Lenin und die marxistische Methode.

Einige Andeutungen.

Von Julius (Wien).

** So verschieden auch Lenin durch unsere Gegner beurteilt wird, das eine müssen sie alle zugeben: Er gehörte zu den wenigen ganz Großen, die die menschliche Geschichte je hervorgebracht hat. Er wird einmütig als ein Säkularmensch bezeichnet, eine Erscheinung, die nur etwa alle hundert Jahre auf Erden wandelt. Als Revolutionär wird er von ihnen an die Seite von Cromwell und Robespierre gestellt, also mit Männern verglichen, die im höchsten Wellengange der revolutionären Stürme als Staatslenker das Ruder zu führen hatten.

Diese Bewunderung für den gewaltigen Revolutionär versuchen sie dann auf jede Weise einzuschränken. Sie erklären, daß sein Experiment fehlgeschlagen und nur eigentlich bewiesen hätte, daß sich die Lehren von Marx eben nicht verwirklichen ließen. Ja, sie gehen noch weiter. In dem Bestreben, aus jeder Blume Honig zu saugen, stehen sie nicht an zu behaupten, daß das Wirken selbst dieses größten Schülers von Marx eigentlich die krasseste Widerlegung des Marxismus darstelle, der da behaupte, nicht einzelne Personen machen die Geschichte usw. Die große welthistorische Erscheinung, der Bolschewismus, ist das nicht das persönliche Werk Lenins, das ohne ihn gar nicht denbar wäre?

Es fällt uns nicht ein, uns aus diesem Anlaß mit unseren Gegnern über den historischen Materialismus auseinanderzusetzen, den Unterschied aufzuzeigen, wie sie sich den Marxismus vorstellen und wie er in Wirklichkeit ist. Desgleichen wollen wir darauf verzichten, nachzuweisen, in welcher Weise sich die Taten Lenins durch den historischen Materialismus erklären lassen. In diesem Augenblick hätte eine solche Untersuchung den Anschein, als wollte man Lenin gegen den historischen Materialismus oder den historischen Materialismus gegen Lenin verteidigen. Wenn wir nun vom Marxismus im Zusammenhange mit Lenin sprechen, so nur deshalb, um kurz anzudeuten, was Lenin positiv bei der Vollbringung seiner Taten dem Marxismus zu verdanken hatte.

Es war geradezu ein Kennzeichen früherer revolutionärer Epochen, daß dort die handelnden Hauptpersonen plötzlich emporgekommen sind, früher kaum bekannt waren. Der geistreiche Historiker der französischen Revolution Mignet bezeichnet das plötzliche Auftauchen aus dem Nichts geradezu als eine Vorbedingung für den erfolgreichen Revolutionär. Weshalb? Offenbar, weil sich in revolutionären Zeiten die Verhältnisse rasch ändern, immer neue Situationen entstehen, und daher Personen, die sich in anderen Zeiten hervorgetan haben und demgemäß mit der Vergangenheit allzusehr belastet sind, in der Regel nicht die Träger ganz neuer Gedanken, nicht die Vollstrecker ganz neuer Maßnahmen sein können, die den alten völlig entgegengesetzt sind.

Bekanntlich widerspricht Lenins Wirken ganz und gar diesem Schema. Er war kein Neuling in der russischen revolutionären Bewegung. Sein Name war freilich erst im Sommer 1917 in jedermanns Mund, aber er war schon rühmlich bekannt in der ganzen II. Internationale und erst recht in der russischen revolutionären Bewegung, wo er allgemein als sehr bedeutender Führer galt. Seine Vergangenheit war indessen keine Belastung für seine spätere gewaltige Arbeit. Und weshalb? Weil er vor den anderen Revolutionären die Kleinigkeit voraus hatte: Die Kenntnis und das volle Erfassen der Marx'schen Methode für die Erforschung der geschichtlichen Entwicklungstendenzen.

Der damals noch orthodoxe Marxist Plechanow, Freund und erster Meister Lenins, erklärte gegen Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts: Entweder wird die russische Revolution als proletarische Revolution siegen, oder sie wird überhaupt nicht siegen. Die Erfahrungen der 48iger Revolution zeigten, daß die Bourgeoisie aus Angst vor dem Proletariat zur Durchführung selbst einer bourgeoisen Revolution unfähig ist. Dies erkannte man für den Westen allgemein an, und es war das Verdienst der russischen Marxisten, daß sie aus der genauen Kenntnis der russischen Verhältnisse heraus auch für ihr Land diese Schlußfolgerung gezogen haben. Sobald Lenin dies erkannte, zog er als Kämpfer die unerbittlichen Folgerungen daraus. Bei ihm heißt es nicht mehr: entweder oder. Die russische Revolution wird als proletarische siegen — lautete die Losung Lenins. In diesem Sinne arbeitete er, und die russische Revolution siegte, siegte unter seiner Leitung als proletarische Revolution.

Noch mehr.

Es galt geradezu als Entwicklungsgesetz jeder Revolution, daß sie über das ursprüngliche Ziel hinaustreiben muß. Sonach tritt aber unvermeidlich der Rückschlag ein. Wenn man einen krummen Rohrstock gerade biegen will, muß er nach der entgegengesetzten Seite gebogen werden. Es wäre der Thermidor — der Name des Monats nach dem französischen Revolutionskalender, in dem Robespierre gestürzt wurde — unvermeidlich. So wurde auch der Herrschaft des Bolschewismus nicht nur von der Bourgeoisie, sondern auch von der Sozialdemokratie der Thermidor ununterbrochen prophezeiht. Zweifellos wäre es auch dazu gekommen, ja, wenn eben die russischen Revolutionäre keine Marxisten gewesen wären, wenn der Führer der russischen Revolution Lenin nicht der ausgezeichnete Marxist gewesen wäre. Er wußte ganz genau, daß sich gewisse Dinge selbst mit revolutionären Methoden nicht übers Knie brechen lassen und es deshalb oft notwendig ist, anders zu handeln, als man es sich vornahm. Er sprach das klar in seiner Rede über das Gold auf dem XI. Kongreß der RKP. aus. Er sagte dort:

„Für jeden echten Revolutionär besteht die größte Gefahr, vielleicht auch die einzige Gefahr, darin, daß er in seinem

Revolutionarismus über das Ziel schießen, die Schranken und die Bedingungen der angemessenen und erfolgreichen Anwendung revolutionärer Methoden vergißt. Echte Revolutionäre brachen sich am häufigsten daran das Genick, daß sie die „Revolution" mit großen Buchstaben schrieben, die Revolution beinahe zu einem Abgott machten, den Kopf verloren, unfähig wurden, kaltblütig und nüchtern zu erwägen, zu folgern, zu prüfen, in welchem Augenblick, unter welchen Umständen, auf welchem Aktionsgebiet man revolutionär handeln, und in welchem Augenblick, unter welchen Umständen und auf welchem Aktionsgebiet man reformistisch handeln muß."

Die klare Erfassung der Verhältnisse mit Hilfe des Marxismus und der daraus folgenden Konsequenzen hat Lenin befähigt, den Weg der Neuen Ökonomischen Politik einzuschlagen und damit die russische Revolution vor dem Thermidor zu retten.

Deshalb ist denn auch ein jeder Vergleich Lenins mit irgend einem bürgerlichen Revolutionär sinnlos. Diesen allen fehlte das, was Lenins größte Stärke war: die souveräne Kenntnis der Bewegungskräfte der Gesellschaft.

Das Wirken Lenins, sowohl in der Vorbereitung der Revolution als auch bei der Erhaltung ihrer Errungenschaften, stellt den größten Triumph des Marxismus dar.

Politik

Die politische Krise in Griechenland.

Von El. Stawrides (Athen).

** Man könnte meinen, daß nach der Unterfertigung des Lausanner Vertrages, und insbesondere nach den Neuwahlen, Griechenland die Periode der politischen Krise überwunden hätte und in eine ruhigere und stabilere Periode eingetreten wäre. Mag man dies vielleicht auch außerhalb Griechenlands nicht bemerken, so gibt es in Griechenland selbst „ernste" Politiker, die nicht nur an eine solche Möglichkeit glauben, sondern sie auch zu realisieren versuchen. Aber diese Auffassung der politischen Lage Griechenlands erweist sich als unbegründet und irrig, weil die Ursachen der Krise noch nicht verschwunden sind. Um diese Ursachen richtig zu erkennen, müssen wir kurz die soziale Basis der politischen Parteien Griechenlands betrachten.

Griechenland ist vor allem ein agrarisches und maritimes Gebiet. Vom ökonomischen Gesichtspunkt ist es kein Land, das sich selbst genügt. Seine wirtschaftliche Prosperität hängt davon ab, ob die politischen Umstände ihm den Handel mit dem Ausland gestatten oder nicht. Dieses Bedürfnis Griechenlands sowie seine geographische Lage nötigen es, sich der Gnade mächtiger Staaten zu vergewissern, insbesondere der Staaten, die die herrschenden Mächte des Mittelländischen Meeres sind. Vor den Balkankriegen lebte es von seiner kleinen Produktion und seinem Transitgeschäft. Da die Industrie nicht entwickelt war, hat sich das griechische Kapital vor allem auf Schiffahrt und Seehandel geworfen und erreicht, daß die griechische Flagge die erste nach der englischen im Mittelländischen Meer ist.

Der Krieg aber, insbesondere der Weltkrieg und der letzte Feldzug nach Kleinasien, hat dem griechischen Kapital die Gelegenheit geboten, sich in raschem Tempo zu entwickeln und so im Lande eine Klasse von Kapitalsbesitzern, eine richtige Großbourgeoisie, zu schaffen, die ihre Interessen mit den Kapitalisten des Westens eng verknüpft hat und als ihr Hauptagent im Orient tätig ist.

Nachdem die griechische Großbourgeoisie die ökonomische Oberherrschaft im Lande an sich gebracht und die restlichen Kreise des Feudalismus, die um den König konzentriert waren, verdrängt hatte, wollte sie natürlich auch die politische Leitung des Landes in ihre Hand nehmen, um sowohl den eigenen Interessen wie auch den Interessen des ausländischen Kapitals zu dienen.

Zu diesem Zwecke hat sich die griechische Großbourgeoisie mit der Venizelos-Partei verbündet. Sie bildet gegenwärtig die soziale Basis dieser Partei. Die Politik dieser Partei dient den Interessen der Großbourgeosie und ist imperialistisch und nationalistisch. Unter der Führung dieser Partei hat das griechische Volk die Balkankriege mitgemacht, ist an der Seite der Entente in den Weltkrieg eingetreten, wurde nach der Ukraine gegen die Bolschewiken ins Feld geschickt, unternahm den Eroberungszug nach Kleinasien und bereitete nach der Niederlage, die es dort erlitten hatte, den neuerlichen Krieg gegen die Türkei in Thrazien vor.

Gegen diese Partei wendet sich die ganze übrige Bevölkerung des Landes, da ihre Interessen denen der Großbourgeoisie und der europäischen Kapitalisten entgegengesetzt sind. Gegen sie wenden sich alle die, die den Krieg hassen und den Frieden wollen. Gegen sie wenden sich alle die, die immer die Konsequenzen der imperialistischen Politik auf sich nehmen müssen. Das sind die Arbeiter, die Bauern und die Kleinbürger, das heißt die überwiegende Majorität des griechischen Volkes. Sie alle, deren Interessen denen der Großbourgeoisie widerstreiten, sind antivenizelistisch. Dennoch hat die Venizelos-Partei, die doch nur eine Minorität im Lande vertritt, geherrscht und herrscht noch. Griechenland befindet sich also unter der Diktatur der Großbourgeoisie. Die Ursache liegt einerseits darin, daß die Großbourgeoisie das Wirtschaftsleben des Landes leitet und deshalb den anderen bürgerlichen Parteien das Regieren sehr schwer ist, anderseits darin, daß die politische Organisation des antivenizelistischen bürgerlichen Lagers nur auf der Negierung dessen beruht, was die Venizelos-Partei macht, nicht aber auf einem positiven politischen Programm.

Die Kommunistische Partei ausgenommen — die einzige Partei der Arbeiterklasse — die auf die Majorität der Arbeiterklasse, auf eine ziemlich ernste Minorität der ländlichen Bevölkerung und auf einen kleinen Teil der Kleinbourgeoisie Einfluß hat, ist die übrige Bevölkerung, die große Majorität der Klein- und Mittelbourgeoisie, die Majorität der Bauernklasse und ein kleiner Teil der Arbeiterklasse ohne jede klare politische Orientierung, hat verworrene politische Ansichten, bleibt bei einer kümmerlichen und unfruchtbaren Negation stehen, und ist ohne jede politische Organisation. Diese Teile der Bevölkerung, die noch nicht die notwendige Entwicklung durchgemacht haben, um die kommunistischen Auffassungen zu verstehen und zu bejahen, obwohl ihre objektiven Lebensbedingungen dafür sehr günstigt sind, werden zum politischen Werkzeug der übriggebliebenen feudalen Kreise, denen durch die Venizelos-Partei die Macht entrissen wurde.

Die Tatsache, daß keine andere proletarische Partei als die Kommunistische, und auch keine besondere Bauernpartei existiert, erleichtert zwar das Vordringen der Kommunistischen Partei, aber sie kann, infolge der gegebenen subjektiven Gründe, die für sie günstigen Umstände nicht genügend ausnützen.

Der Interessengegensatz zwischen der gegenwärtig herrschenden Großbourgeoisie und den übrigen Schichten, der politisch als gegenseitige Bekämpfung der Venizelisten und Antivenizelisten zum Ausdrucke kommt, hat auf Grund der letzten Ereignisse zu einer äußerst kritischen Zuspitzung geführt. Dadurch tritt der Klassenkampf in Griechenland in ein sehr ernstes Stadium. Es hat sowohl die führende Venizelos-Partei durch ihre während der Parlamentswahlen getroffenen Maßnahmen und ihren Terrorismus überhaupt, den sie in der Zeit der sogenannten Revolution des Obersten Plastiras ausgeübt hat, als auch die antivenizelistische Bourgeoisie durch das militärische Unternehmen von Metaxas (Staatsstreich der Generäle Leonardopoulos und Gargalides) und durch die Wahlenthaltung bei den Parlamentswahlen den Boden legalen politischen Kampfes verlassen.

Die Kommunistische Partei Griechenlands ist noch nicht in der Lage, die Initiative zum Kampfe gegen den Venizelismus zu ergreifen, und zwar aus subjektiven Gründen, da sie noch nicht auf die Gefolgschaft der Bauernschaft und der Kleinbourgeoisie rechnen kann. So bleibt die Initiative den Monarchisten und Feudalen, die sich um den König scharen, vorbehalten. Daher ist es die ernsteste Aufgabe der Kommunistischen Partei Griechenlands, die Führung in diesem Kampfe gegen die Großbourgeoisie zu erobern.

Wenn wir diese Grundlage der gegenwärtigen politischen Situation in Griechenland betrachten, müssen wir zu dem Ergebnis kommen, daß die gegenwärtige politische Krise kein Ende finden wird, sondern sich in der nächsten Zeit immer schärfer zuspitzen muß. Dieser Kampf zwischen den beiden ausschlaggebenden Parteien innerhalb der griechischen Bevölkerung muß sehr rasch zu neuerlichen bewaffneten Zusammenstößen führen und schließlich in einen offenen Bürgerkrieg übergehen, der zweifellos durch militärische Handlungen und blutige Zwischenfälle eingeleitet werden wird.

Wenn es unter diesen Umständen der Kommunistischen Partei Griechenlands gelingt, die royalistischen Kaders von der politischen Ausnützung der überwiegenden Majorität der Bauernklasse und des Kleinbürgertums zu verdrängen und sich im Kampf gegen die Venizelos-Partei an die Spitze zu stellen, dann

wird die Frage der Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung in Griechenland auf die Tagesordnung gestellt.

Venizelos, der die schwache Grundlage seiner Partei — was nämlich ihre soziale Basis betrifft — erkennt, die trotz der Stärkung seiner Partei durch die thrazischen und kleinasiatischen Flüchtlinge gegeben ist, beeilt sich, nun im Dienste der Interessen der Großbourgeoisie und des englischen Kapitals seine Machtstellung zu befestigen, indem er eine Schwenkung nach rechts vollzieht, und so zwar nicht die ökonomischen Interessen der Massen, wohl aber die politischen Interessen der Royalisten berücksichtigt, die, wie gesagt, gegenwärtig die Führer der Massen in ihrem Kampf gegen Venizelos und seine Partei sind.

Wird Venizelos mit seiner Pendelpolitik auf die Dauer Erfolg haben? Wir glauben, dies mit aller Entschiedenheit verneinen zu können. Die politischen und wirtschaftlichen Konflikte werden sich verschärfen und in heftigen Kämpfen zur Entladung kommen.

Bürgerliche Blocks und der Anarchismus in Frankreich.

Von Albert Treint (Paris).

** Die Kommunistische Partei Frankreichs hatte am Freitag, den 11. Januar, ein großes Meeting in den Versammlungssaal des CGTU., Grange-aux-Belles-Straße, einberufen. Die Anarchisten, die sich um das anarchistische Tagblatt „Le Libertaire" gruppieren, und mit ihnen die syndikalistische Minderheit innerhalb der CGTU. erklärten von vornherein, daß sie es nicht zulassen werden, daß kommunistische Redner sich mit Gewerkschaftsfragen beschäftigen. Die Zeitung „Le Libertaire" veröffentlichte einige Artikel, die in provozierendster Form dieses „Verbot" für die kommunistischen Redner bekräftigten. Tatsächlich kamen Anhänger der Minorität in die Versammlung, fest entschlossen, die kommunistischen Redner zu stören. Ein Stück Gußeisen wurde gegen die Genossin **Marthe Bigot** geschleudert und ungefähr 20 Revolverschüsse seitens der anarchistischen Versammlungssprenger in die Richtung der Tribüne abgefeuert. Zwei Arbeiter, die sich als Zuhörer unterhalb der Tribüne befanden, wurden getötet. **Die beiden Getöteten waren selbst Syndikalisten**, der eine war Anarchist, der andere sympathisierte mit den Kommunisten. Die Zeitung „Le Libertaire", die sich nach dieser furchtbaren Tat in Verleumdungen und Lügen gegenüber den Kommunisten erging, hatte die freche Stirne, die blutige Mordtat, die das Ergebnis der provokatorischen Hetze des anarchistischen Blattes war und zweifellos von unverantwortlichen Elementen, wie sie sich innerhalb der Reihen der Anarchisten nur zu zahlreich finden, begangen worden ist, auf die Kommunisten abwälzen zu wollen.

Die anarchistischen Gewaltakte gegen die Kommunisten häufen sich seit Jahr und Tag. Es fanden anarchistische Expeditionen gegen die „Humanité" statt. Provokatorische Aufrufe zu Gewalttaten wurden im „Libertaire" veröffentlicht. Gegen die Genossen **Monmousseau, Semard** und **Raymond** wurde ein Feldzug organisiert, der in Gewaltaktionen seinen Ausdruck finden sollte. Und auch kürzlich, nach der Bluttat von Grange-aux-Belles, wurde der Verfasser dieser Zeilen Objekt eines mißglückten Attentats, das am 19. Januar, kurz vor Eröffnung des Parteitages der Kommunistischen Partei Frankreichs, in Lyon versucht wurde. (Auf dem Wege zu dem großen öffentlichen Meeting der KPF. in Lyon wurden auf Genossen Treint mehrere Revolverschüsse abgegeben, die glücklicherweise ihr Ziel verfehlten. Die Red.)

Die Arbeiterklasse muß den furchtbaren Sinn des blutigen Dramas von Grange-aux-Belles erkennen. Sie muß erkennen, wie sich der Begriff des gewaltsamen Klassenkampfes, den das Proletariat notwendigerweise der mit allen Mitteln der Gewalt ausgerüsteten kapitalistischen Klasse liefern muß, in den Gehirnen gewisser Arbeiter ganz verzerrt. Arbeiter töten einander, wenden Gewalt gegen einander an, anstatt die Interessen des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie zu verteidigen.

Kein Zweifel, daß sich nur in den Köpfen **anarchistischer** Arbeiter diese Wahnideen von der Gewaltanwendung gegen die Kommunisten festsetzen konnten. Kein Mensch wird so närrisch sein, zu glauben, daß es Kommunisten waren, die eine **kommunistische Versammlung mit Revolverschüssen gesprengt haben.**

Was kann die Folge davon sein? Es kann sich sehr wohl ereignen, daß unter dem Deckmantel der brutalen Sitten, die die Anarchisten in den Arbeiterversammlungen eingeführt haben, sich, hübsch maskiert, die Gewalt der Bourgeoisie gegen das Proletariat austoben könnte, in Form von Gewaltakten der Royalisten, der bürgerlichen Ligen und der Polizei. Die Anarchisten müssen sich darüber Rechenschaft geben, daß die Folge der ständigen Hetze, die ihre Führer gegen die Vorkämpfer der Kommunistischen Partei und der Majorität der CGTU. veranstalten, die sein wird, daß die Royalisten (die Camelots du Roi), die Polizisten und die Faschisten lachend und ungestraft die revolutionären Arbeiter umbringen werden, während die eine Fraktion des Proletariats die blutige Verantwortung hierfür der anderen zuschieben wird.

Die anarchistische Partei, die ihre Mitglieder keiner Kontrolle unterwirft, ermöglicht es, daß sich Provokateure aller Art, Royalisten, Faschisten, Polizisten in ihre Reihen einschleichen. Dank dem allerdings geringen Einfluß, den die anarchistische Partei in den Arbeiterorganisationen noch hat, können diese Provokateure zu verantwortlichen Posten gelangen und dort ihr trauriges Geschäft erfüllen. Solche Fälle wurden erst in letzter Zeit wieder an das Tageslicht gebracht. Und wieviele sind noch nicht aufgedeckt? Es ist gewiß keine Arbeiterorganisation — so sorgsame Maßnahmen sie auch treffen mag — vor dem Eindringen solcher Leute geschützt. Aber diese Gefahr muß auf ein Minimum herabgesetzt werden. Dies müßte sich auch die anarchistische Partei zur Pflicht machen und dürfte nicht jedermann, mag sein Vorleben noch so dunkel sein, in ihre Reihen aufnehmen.

Die Ehrlichen unter den Anarchisten müssen sich darum rechtzeitig von dieser verhängnisvollen Bahn abwenden und es nicht zulassen, daß die Arbeiterbewegung zu Nutz und Frommen der Bourgeoisie schwer geschädigt wird.

Die Kommunistische Partei Frankreichs, die siegreich die vorjährige Krise überwunden hat und auf dem Wege der Kommunistischen Internationale vorwärtsging, war auf dem besten Wege, alle Arbeiterorganisationen mit lebendigem, revolutionärem Geist zu erfüllen und die zerstreuten Kräfte der Arbeiterbewegung zu sammeln. Sie arbeitete daran, gegenüber den bürgerlichen Blocks den Arbeiter- und Bauernblock aufzurichten. Und dies nicht nur auf dem Felde der parlamentarischen Wahlen, sondern auf allen Kampffeldern, auf denen sich die Kräfte der miteinander kämpfenden Klassen messen können und müssen. Im Süden waren wir soweit gekommen, daß verschiedene Streiks durch die Bauern der benachbarten Dörfer unterstützt wurden.

Es kam die Zeit, wo sich die Folgen der Ruhrpolitik Poincarés einstellten, wo der französische Frank stürzte und die steigende Teuerung eine steigende Welle der Arbeiterforderungen mit sich brachte. Der Zusammenbruch des nationalen Blocks wurde zur Tatsache. Aber es wurde für die Bourgeoisie auch schwer, ihre Sache auf die Karte des Blockes der Linken zu setzen. Denn auch da hat sie nicht die Gewißheit, ihr Spiel zu gewinnen. Hat doch der Block der Linken im Interesse der französischen Bourgeoisie durch Herrn **Herriot** erklärt, daß auch er von der Ruhrpolitik nicht abrücken könne.

In dieser Situation geht nun die Hetze der Anarchisten gegen die Kommunisten und gegen die Führung der CGTU. los. Es ereignet sich das blutige Drama von Grange-aux-Belles. Die Anarchisten drohen, die kommunistischen Versammlungen zu sprengen. Der „Libertaire" fordert zur Spaltung der CGTU. auf.

In diesem Augenblick, wo die Anarchisten davon sprechen, den Kommunisten den Mund zu stopfen, in diesem Augenblicke — es ist ein sehr bedeutsames Zusammentreffen — werden Versuche der Bourgeoisie deutlich, die Parlamentswahlen plötzlich und überraschend vorzunehmen.

Schon beginnt der „Temps" am 15. Januar in einem Artikel eine Kampagne dafür, daß die Wahlen von dem „einstigen Kampfgeist" beherrscht sein müssen.

In einer unverblümten Weise appelliert die „Liberté" am selben Tage an den Faschismus. Mögen sich die Proletarier unter einander mit Gewalt befehden, die Vereinigung unter dem Banner des nationalen Ideals werde die Rettung des Mittelstandes von dem wachsenden Elend bringen. Die französischen Faschisten singen schon dasselbe Lied, das Mussolini vor seiner Machtergreifung gesungen hat.

All dies ist das Zeichen einer sehr bemerkenswerten politischen Entwicklung.

Die Zeitungen des Blocks der Linken dürften sich zu unrechter Zeit freuen. Sie reiben sich die Hände und hoffen, daß die Anarchisten, zu Nutz und Frommen der Koalition Herriot-Blum, die Kommunisten außer Gefecht setzen werden. Aber die Dinge dürften sich vielleicht nicht so einfach entwickeln. Die

Ablenkung und Schwächung der Arbeiterbewegung, der Kampf auf Leben und Tod, den die Anarchisten gegen die Kommunistische Partei entfesseln, könnten, wenn sie zur Wirklichkeit würden, viel eher dem Faschismus als dem Block der Linken den Weg öffnen.

Die Großindustrie und ihr Mann, Poincaré, glaubt wohl, stark genug zu sein, um den Faschismus in ihrer Hand zu behalten und ihn genügend zu beherrschen, um ihn den Interessen des Hüttenkomitees (Comité des Forges) der „Vereinigung für wirtschaftliche Interessen" und der Madrider Strabe dienstbar zu machen.

Wird man die Wahlen rasch und plötzlich vornehmen oder nicht? Jedenfalls beabsichtigt man, sie unter einem Regime des Schreckens gegenüber der Arbeiterschaft durchzuführen, wenn nicht überhaupt ein solches Regime der Einschüchterung dazu dienen soll, die Wahlen hintanzuhalten und die Session der Kammer des Nationalen Blocks zu verlängern oder gar, sie aufzulösen, ohne Neuwahlen vorzunehmen.

Die Großindustrie wird alle Mittel gut finden, mit denen sie ihre Macht behaupten und sich der Ruhrkohle bemächtigen kann, um so ihre Hegemonie über Europa tatsächlich zu vollenden.

In wechem Maßstabe wird man nun das blutige Drama von der Grange-aux-Belles-Straße ausnützen? In welchem Maßstabe wird mit Vorbedacht, im Interesse der blutigen Polizeimethoden, ein solches Drama ins Werk gesetzt?

Hier liegt die Gefahr.

Unter der Maske des Anarchismus öffnen die Provokateure dem Faschismus und der verschärften Diktatur der Schwerindustrie den Weg.

Mögen nun die Provokateure selbst handeln oder mögen sie die Überspanntheit allzu naiver Anarchisten ausnützen, es läuft auf dasselbe hinaus.

Angesichts dieser Gefahr müssen die ehrlichen Anarchisten zum Bewußtsein der Interessen der Arbeiterklasse kommen.

Darum ruft die Kommunistische Partei Frankreichs, trotz der Drohungen, die sie niemals einschüchtern werden, alle Proletarier Frankreichs dazu auf, sich in der CGTU. zu vereinigen, um dann in der gewerkschaftlichen Organisation geschlossen den rücksichtslosen Klassenkampf gegen die drohend vordringende Bourgeoisie zu führen.

So wie in anderen Ländern, wird auch in Frankreich die Erfahrung lehren, daß ein solcher Kampf nur siegreich sein kann, wenn in ihm der kommunistische Geist lebt und wenn die ganze revolutionäre Avantgarde es versteht, sich in einer starken und wirklich kommunistischen Partei zusammenzuschließen.

Union der Sowjetrepubliken

Über die Ergebnisse der Diskussion und über die kleinbürgerlichen Tendenzen in der RKP.

Resolution der XIII. Parteikonferenz der RKP.

(Angenommen am 18. Januar mit allen gegen zwei Stimmen.)

I.

Die Umstände der Entstehung der Diskussion.

** Lange vor irgendwelchem Hervortreten der „Opposition" hat schon im September 1923 das Plenum des ZK. und noch früher das Politische Büro des ZK. unserer Partei die Frage über die Notwendigkeit einer Belebung der Parteiarbeit und der Stärkung der Arbeiterdemokratie innerhalb der Partei aufgerollt.

Der Aufschwung der Industrie, der dem Deklassierungsprozeß des Proletariats ein Ende setzte, die Hebung des kulturellen Niveaus der Arbeiterklasse und die Zunahme ihrer Aktivität, haben für die tatsächliche Durchführung der grundlegenden Elementen einer innerparteilichen Demokratie günstigere Bedingungen geschaffen. Andererseits ließen die wirtschaftlichen Konflikte des vergangenen Sommers — obwohl sie an und für sich noch keine Gefahr bedeuteten und ihrem Umfang nach geringer waren als in der Vergangenheit — merken, daß die Verbindung der Parteiorganisationen mit der parteilosen Arbeitermasse stellenweise ungenügend war.

Das ZK. war sich dessen bewußt, daß das Einschlagen neuer Wege nur vollkommen durchdacht, vorsichtig und nach ernster Vorbereitung vor sich gehen könne. Im Bewußtsein dessen, hat das ZK. der Partei im September 1923 die Vorbereitungsarbeiten auf diesem Gebiete in Angriff genommen.

Diesen Augenblick hielten die alten oppositionellen Gruppen und Grüppchen, deren Politik die Partei schon wiederholt verurteilt hatte, für geeignet, um zum Angriff gegen das ZK. der Partei überzugehen. In der Hoffnung, daß die Frage der innerparteilichen Demokratie die gesteigerte Aufmerksamkeit aller Parteimitglieder auf sich lenken werde, beschlossen die oppositionellen Gruppen, diese Parole für ihre Fraktionszwecke auszubeuten. Nach dem Septemberbeschluß des Plenums des ZK. der RKP. erschien der Brief des Genossen Trotzki und unmittelbar danach der Brief der 46 Genossen. Diese Dekomente enthielten eine durchaus falsche und ultra-fraktionelle Einschätzung der wirtschaftlichen Lage des Landes und des inneren Zustandes der Partei, prophezeiten eine schwere Wirtschaftskrise in der Republik und eine Krise innerhalb der Partei und beschuldigten das ZK., daß es die Partei unrichtig führe.

Die Schädlichkeit dieser fraktionellen Aktionen des Genossen Trotzki und der 46 Genossen wurde noch dadurch gesteigert, daß die erwähnten Briefe sofort weiten Kreisen der Parteimitgliedschaft bekannt wurden, in den Rayons, unter der studierenden Jugend in Moskau, und unmittelbar danach auch in der ganzen Sowjet-Union die weiteste Verbreitung fanden.

Die gemeinsame Sitzung des Plenums des ZK. und der ZKK., die unter Teilnahme der Vertreter der zehn größten Parteiorganisationen im Oktober stattfand, hat das Auftreten des Genossen Trotzki und der 46 Genossen verdientermaßen als fraktionsmäßiges Vorgehen verurteilt. Gleichzeitig fand die Initiative des Politischen Büros in der Frage der Belebung der innerparteilichen Tätigkeit und der Stärkung der Arbeiterdemokratie die einmütige Billigung der gemeinsamen Sitzung des Plenums des ZK. und der ZKK. Die gemeinsame Sitzung des Plenums des ZK. und der ZKK. beschloß, die vom Genossen Trotzki und den 46 Genossen begonnenen Streitigkeiten nicht über den Rahmen des ZK. hinauszutragen, die Briefe des Genossen Trotzki und der 46 Genossen, desgleichen auch die Antwort des Politischen Büros und die Resolution des ZK. und der ZKK., die die „Opposition" mit 102 gegen 2 Stimmen, bei zehn Stimmenenthaltungen, verurteilt hatte, nicht zu veröffentlichen.

Ungeachtet dessen haben sich der Genosse Trotzki und seine 46 Anhänger dem Beschlusse einer so autoritativen Parteiinstanz nicht unterworfen und setzten ihren systematischen Feldzug gegen das ZK. der Partei anfangs in breiten Kreisen der Moskauer Organisation und dann auch in der ganzen Sowjet-Union fort.

Das Pol. Büro nahm auf Grund des Beschlusses der gemeinsamen Plenarsitzungen die Ausarbeitung der Resolution über die innerparteiliche Lage und über die Arbeiterdemokratie in Angriff.

Trotz des fraktionsmäßigen Vorgehens des Genossen Trotzki fand es die Mehrheit des Pol. Büros für notwendig, mit ihm ein Einverständnis zu erzielen. Als Ergebnis langer Bemühungen der Mehrheit des Pol. Büros wurde die Resolution des Pol. Büros und des Präsidiums der ZKK. über den innerparteilichen Aufbau einstimmig angenommen und am 5. Dezember 1923 veröffentlicht.

Eine der meist umstrittenen Fragen stellte bei der Ausarbeitung der Resolution des Pol. Büros und des Präsidiums der ZKK. die Frage der Fraktionsbildung dar. Bei der Ausarbeitung der Resolution des Pol. Büros und des Präsidiums der ZKK. hat Genosse Trotzki anfangs gegen das Fraktionsverbot keine Einwände erhoben, bestand aber darauf, daß die Freiheit von Gruppierungen nicht verboten werde. Dessen ungeachtet, gelang es, eine einstimmig gebilligte Formulierung zu finden, die in der Fraktionsfrage auf den Beschluß des X. Parteitages der RKP. verweist.

Die „Opposition" setzte jedoch ihren Fraktionskampf fort. Während die Mehrheit des ZK. und der ZKK. — durch den eigenen Beschluß über die Nichtveröffentlichung der betreffenden Dokumente gebunden — diesen Beschluß loyal befolgte, fuhr die „Opposition" fort, ihre Fraktionsdokumente zu verbreiten. Zwei Tage nach der Veröffentlichung der vom Pol. Büro und dem Präsidium der ZKK. einstimmig angenommenen Resolution veröffentlichte Genosse Trotzki seinen bekannten Brief unter dem Titel: **„Der neue Kurs"**, der in Wirklichkeit ein gegen das ZK. gerichtetes Fraktionsmanifest darstellt. Die in kurzer Folge darauf erschienenen Artikel des Genossen Trotzki gaben seinem fraktionsmäßigen Vorgehen eine noch stärkere Betonung, ebenso auch die Broschüre des Genossen Trotzki („Der neue Kurs"), die am Tage der Eröffnung der Parteikonferenz erschien.

Seit dem Erscheinen des Fraktionsmanifests des Genossen Trotzki erfuhr der Kampf eine noch weitere Verschärfung. Die „Opposition" begann in Moskau, besonders in den militärischen Parteizellen, und in den Zellen der Hochschulen eine in der Geschichte unserer Partei noch nie dagewesene Kampagne gegen das ZK., indem sie das Vertrauen der Partei zum ZK. zu untergraben suchte. Die Vertreter der Opposition werden nach allen Gegenden Rußlands entsandt. Der Kampf nimmt unerhört scharfe Formen an. Den Kern der „Opposition" bilden Mitglieder der ehemaligen Gruppe des „demokratischen Zentralismus", die mehrere Jahre hindurch die Linie der Partei bekämpfte. Diesem Kern schlossen sich einige ehemalige Mitglieder des ZK. an, die auf dem X. Parteitag der RKP. auf Vorschlag des Genossen Lenin nicht wiedergewählt wurden (Preobraschenski, Smirnow, Serebrjakow). An der Spitze dieses ganzen oppositionellen Blocks steht Genosse Trotzki, daher erhielt der Block in der ersten Zeit eine gewisse Autorität.

II.

Der ideologische Gehalt der „Opposition".

Die Meinungsverschiedenheiten der großen Mehrheit unserer Partei mit der heutigen „Opposition" — wie es sich im Laufe der Diskussion herausstellte — bestehen hauptsächlich in folgenden sechs Punkten:

1. Die „Opposition", an deren Spitze Genosse Trotzki steht, gab die Parole der Zertrümmerung des Parteiapparats heraus und versuchte, den Schwerpunkt des Kampfes gegen den Bürokratismus des Staatsapparats, auf den „Bürokratismus" im Parteiapparat zu verlegen. Eine so oberflächliche Kritik, und der Versuch einer direkten Diskreditierung des Parteiapparats kann objektiv nur dazu führen, daß sich der Staatsapparat dem Einfluß der Partei entzieht, daß die staatlichen Organe sich von der Partei loslösen. Die Tendenz, die staatlichen Organe dem Einflusse der Partei zu entziehen, zeigte sich beim Genossen Trotzki schon vor dem X. Parteitag. In der gegenwärtigen Diskussion nahm diese Tendenz nur eine andere Form an.

2. Die „Opposition" versuchte, die junge Generation der Partei den Hauptkaders der Partei und ihrem ZK. entgegenzustellen. Anstatt die Jugend zu belehren, daß unsere Partei sich nach ihrem proletarischen Grundkern, nach den kommunistischen Arbeitern, die am Schraubstock stehen, zu orientieren hat, suchte die vom Genossen Trotzki geführte „Opposition" zu beweisen, daß das „Barometer" der Partei die studierende Jugend sei.

3. Genosse Trotzki gebrauchte zweideutige Anspielungen in bezug auf eine Entartung der Hauptkaders unserer Partei und versuchte dadurch die Autorität des ZK. zu untergraben, das in der Zeit zwischen den einzelnen Parteitagen der einzige Vertreter der gesamten Partei ist. Genosse Trotzki versuchte nicht nur, sich selbst allen anderen Mitgliedern des ZK. entgegenzustellen, sondern brachte auch Beschuldigungen vor, die in den weitesten Kreisen der Arbeiterklasse Unruhe hervorrufen und in der ganzen Partei zu stürmischen Protesten führen mußten.

4. Der Bankrott der „Opposition" trat am krassesten in den wirtschaftlichen Fragen zutage. Sie vermochte ihre gegen das ZK. der Partei erhobenen Beschuldigungen durch gar nichts zu stützen und machte nicht einmal den Versuch, der Politik der Partei irgendwelche, auch nur einigermaßen systematisch aufgebaute Anträge zu den wirtschaftlichen Fragen entgegenzusetzen.

Es gibt in der Kritik an der Wirtschaftspolitik der Partei in der „Opposition" zwei Schattierungen. Der eine Teil der „Opposition" zollt der „linken" Phraseologie gegen die neue Wirtschaftspolitik überhaupt einen reichen Tribut. Dieser Teil der „Opposition" gab Erklärungen ab, denen nur dann ein Sinn abgewonnen werden konnte, wenn diese Genossen empfohlen hätten, auf die Neue Wirtschaftspolitik zu verzichten und zum Kriegskommunismus zurückzukehren. Der andere, weit einflußreichere Teil der „Opposition" wirft dagegen dem ZK. vor, daß es dem ausländischen Kapital nicht genügend entgegenkommt, keine hinreichenden Zugeständnisse den imperialistischen Mächten macht usw. Dieser Teil der „Opposition" (Radek) brachte direkte Anträge ein, bezüglich der Revision jener Bedingungen, die die Partei hinsichtlich der Genueser Konferenz festgelegt hatte, und schlägt vor, dem internationalen Imperialismus viel größere Zugeständnisse zu gewähren, um die geschäftlichen Beziehungen mit dem ausländischen Kapital zu verstärken. Die Partei lehnte, ohne zu zaudern, diese beiden Irrtümer ab.

5. Die „Opposition" hat in allen ihren Schattierungen in bezug auf die Bedeutung der Parteidisziplin gänzlich unbolschewistische Anschauungen an den Tag gelegt. Das Vorgehen einer ganzen Reihe von Vertretern der „Opposition" stellt einen unerhörten Bruch der Parteidisziplin dar und weckt Erinnerungen an jene Zeiten, wo Genosse Lenin genötigt war, gegen den „Intellektuellenanarchismus" in Organisationsfragen zu kämpfen und die Fundamente der proletarischen Disziplin in der Partei zu verteidigen.

6. Die „Opposition" hat den Beschluß des X. Parteitages der RKP., der die Fraktionsbildung innerhalb der Partei verbietet, offen verletzt. Die bolschewistische Auffassung der Partei als ein einheitliches Ganzes wird von der „Opposition" durch die Auffassung der Partei als einer Summe aller möglichen Richtungen und Fraktionen ersetzt. Diese Richtungen, Fraktionen und Gruppierungen müßten nach den „neuen" Ansichten der „Opposition" in der Partei gleichberechtigt sein, während das ZK. der Partei nicht so sehr der Führer der Partei als vielmehr ein bloßer Registrator und Vermittler zwischen den Richtungen und Gruppierungen sein müßte. Eine solche Auffassung über die Partei hat mit dem Leninismus gar nichts gemein. Die Fraktionstätigkeit der Opposition haben die Hoffnungen aller Feinde der Partei, darunter auch der europäischen Bourgeoisie, auf eine Spaltung der RKP. neu belebt. Diese fraktionsmäßigen Handlungen haben der Partei wieder mit der ganzen Schärfe die Frage gestellt, ob die RKP. als eine herrschende Partei die Bildung von Fraktionsgruppierungen innerhalb der Partei zulassen könne.

Als Bilanz dieser Differenzen und nach der Analyse des ganzen Charakters der Handlungen der Oppositionsvertreter gelangt der Bundesparteitag zur Schlußfolgerung, daß wir in der Gestalt der heutigen Opposition nicht nur mit einem Revisionsversuch des Bolschewismus, nicht nur mit einer direkten Abschwenkung vom Leninismus, sondern auch mit einer ausgesprochen kleinbürgerlichen Abweichung zu tun haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese „Opposition" objektiv den Druck der Kleinbourgeoisie auf die Positionen der proletarischen Partei und deren Politik widerspiegelt. Die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie beginnt man außerhalb der Partei schon in erweitertem Sinne zu interpretieren, und zwar wird sie gedeutet als eine Schwächung der Diktatur des Proletariats und eine Erweiterung der politischen Rechte der neuen Bourgeoisie.

Bei der Tatsache, daß die RKP., die die Diktatur des Proletariats verkörpert, ein Monopolrecht auf die Legalität im Lande besitzt, ist es unvermeidlich, daß die innerhalb am wenigsten gefestigten Gruppen der Kommunisten zuweilen nichtproletarischen Einflüssen unterliegen. Die gesamte Partei muß sich über diese Gefahren klar sein und entschieden für die Erhaltung der proletarischen Linie der Partei eintreten.

Diese kleinbürgerliche Abweichung erheischt einen systematischen und energischen Kampf unserer gesamten Partei.

III.

Die positiven Ergebnisse der Diskussion.

Die Zunahme der Aktivität und des kulturellen Niveaus breiter Massen parteiloser Arbeiter und eines Teiles der werktätigen Bauern stellen einen neuen Faktor dar, der bei einer richtigen Politik der Partei der Sache der Revolution den größten Nutzen bringen kann. Um ihren Aufgaben vollkommen entsprechen zu können und die Möglichkeit zu haben, die Führung dieser zu einer aktiven Teilnahme am Aufbau des Sozialismus emporstrebenden Massenschichten der Arbeiter und besitzlosen Bauern in der Hand zu haben, muß die Partei unter allen Umständen ihr inneres Leben auffrischen und aktiver gestalten. In diesem Sinne brachte die Diskussion der Partei, trotz der kleinbürgerlichen Abweichung der „Opposition", einen erheblichen Nutzen.

Die kleinbürgerlichen Irrtümer der „Opposition" wurden von der Partei rasch und entschieden korrigiert. Kaum hatten die Debatten innerhalb der Partei eingesetzt, als auch schon eine große proletarische Organisation der Partei nach der andern die kleinbürgerlichen Schwankungen der „Opposition" einer strengen Kritik unterzog und die Linie des ZK. unterstützte. Als erste, wie bei prinzipiellen Debatten in der Partei auch bisher immer, meldete sich die älteste bolschewistische Arbeiterorganisation, die Petersburger Organisation der RKP. Dem Briefe der Petersburger Organisation haben sich Dutzende der größten proletarischen Organisationen der Sowjetregierung vorbehaltlos angeschlossen. Die mit einer riesigen Stimmenmehrheit angenommene Resolution der Moskauer Gouvernementskonferenz sprach eine ebenso entschiedene Verurteilung der „Opposition" aus. Zur Zeit des Zusammentrittes der Bundesparteikonferenz hat die ganze Partei in ihrer erdrückenden, absoluten Mehrheit die kleinbürgerlichen Abirrungen einmütig verurteilt.

Ein Resultat der Diskussion ist, daß der Grundkern der Partei sich noch mehr zusammengeschlossen hat. Die proletarischen Zellen der gesamten Sowjet-Union haben die Fehler der „Opposition", ohne einen Augenblick zu zögern, in der energischesten Weise abgelehnt. Die junge Generation der Partei, die zum erstenmal Zeuge harter Streitigkeiten innerhalb der Partei ist, hat zum erstenmal die Möglichkeit, sich an einem lebendigen Beispiele zu vergegenwärtigen, was wirklicher Bolschewismus ist. Die dem Fabrikleben am nächsten stehenden Teile des KJV. haben die Grundlinie der Partei ohne Schwankungen unterstützt. Die Schwankungen eines Teiles der studierenden Jugend der Hochschulen stellen eine vorübergehende Erscheinung dar. Durch eine entsprechende Aufklärungsarbeit der Partei werden diese Schwankungen bald überwunden sein.

Die Aktivität und das Klassenbewußtsein aller Parteimitglieder haben sich erhöht. Von neuem wurden ernste wirtschaftliche und Parteifragen aufgerollt, die die Partei im Laufe der nächsten Periode bearbeiten wird.

Mit besonderer Schärfe wurde von der ganzen Partei das Streben nach der Sicherung der Parteieinheit betont. Die geringste Anspielung auf die Möglichkeit der Gefahr einer Spaltung rief und ruft bei der ganzen Masse der Parteimitgliedschaft den schärfsten und stürmischesten Protest hervor. Die Partei wird politisch einen jeden vernichten, der es wagen wird, sich an der Einheit der Partei zu vergreifen. Die Einheit der Partei ist viel mehr gesichert als je.

IV.

Praktische Schlußfolgerungen.

Angesichts der gesamten Lage innerhalb der Partei erachtet die Bundesparteikonferenz folgende Maßnahmen für notwendig:

1. Der proletarische Kern der Partei und sein Schwergewicht in der gesamten Parteipolitik muß quantitativ gestärkt werden. Im Laufe des nächsten Jahres muß eine erhöhte Werbetätigkeit unter den in Betrieben tätigen Arbeitern einsetzen, mit dem Ziele, aus den Reihen der wirklichen Proletarier der RKP. nicht weniger als 100.000 neue Mitglieder zuzuführen. Zu diesem Ziele muß daher der Eintritt in die Partei für Arbeiter möglichst erleichtert werden. Gleichzeitig muß für diese Periode die Aufnahme in die Partei für alle nichtproletarischen Elemente gänzlich gesperrt sein. Innerhalb der Partei muß eine systematische Propaganda geführt werden in der Richtung, daß sich die ganze Partei auf ihren grundlegenden, proletarischen Kern orientieren soll.

2. Zur Festigung der Verbindung der Partei mit den Parteilosen muß unbedingt erreicht werden, daß in allen Sowjets und in allen Sowietorganen den parteilosen Arbeitern nicht nur in Worten, sondern in der Tat eine genügend ernste Vertretung eingeräumt werde. Das ZK. hat aufs strengste für die Durchführung dieses Beschlusses zu sorgen und die ihm zuwiderhandelnden Ortsorganisationen in der energischesten Weise zur Ordnung zu rufen.

3. Die Parteiorganisationen müssen eine besonders sorgfältige Aufklärungsarbeit unter jenen Zellen leisten, die während der vergangenen Diskussion sich in höherem oder geringerem Maße in der Frage der Parteilinie schwankend gezeigt haben. Aufklärung, Aufklärung und immer wieder Aufklärung — das ist die Hauptaufgabe, die vor allen Dingen den Hauptkaders unserer Partei obliegt.

4. Besondere Aufmerksamkeit muß der Aufklärungsarbeit unter der Jugend gewidmet werden. Wenn die materiellen Mittel nicht hinreichen, so muß es die Partei vorziehen, über ein kleineres Kontingent von Studierenden zu verfügen, aber dafür die materielle Lage der Studierenden zu heben und die Qualität der Arbeiter in den Hochschulen zu verbessern. Es ist unerläßlich, daß besondere Maßnahmen dafür getroffen werden, die Richtigkeit der parteimäßigen Führung der Arbeit unter der Jugend zu sichern. Die Partei kann es nicht zulassen, daß der Jugend geschmeichelt wird, sie darf aber ebensowenig ein System der Kommandoworte und der bürokratischen Bevormundung dulden. Eine beharrliche Aufklärung über die Grundlagen des Leninismus vermag allein zum Ziel zu führen.

5. Eine der wichtigsten Aufgaben besteht darin, daß das Studium der Geschichte der RKP. auf das entsprechende Niveau erhöht wird, und vor allem das Studium der Hauptmomente des Kampfes zwischen Bolschewismus und Menschewismus, der Rolle der einzelnen Fraktionen und Richtungen während dieses Kampfes, und besonders die Rolle jener eklektischen Fraktionen, die den Menschewismus mit dem Bolschewismus zu „versöhnen" suchten. Das ZK. muß eine Reihe von Maßnahmen treffen, um die Herausgabe geeigneter Leitfäden der Geschichte der RKP. auf das entsprechende Niveau zu erhöhen und den Unterricht in der Parteigeschichte für alle Parteischulen, Hochschulen, Zirkel und dergleichen obligatorisch zu machen.

6. Nach dem Vorbilde unserer größten proletarischen Organisationen müssen in allen unseren Organisationen zum Studium des Leninismus Zirkel geschaffen werden. Diesem Studium müssen in erster Linie die gesammelten Werke Lenins zugrunde gelegt werden, wobei für die geeignete Leitung der Zirkel gesorgt werden muß.

7. Durch entsprechende Kräfte muß das Zentralorgan der Partei („Prawda") verstärkt werden, um ihm Möglichkeit zu geben, die Grundlagen des Bolschewismus systematisch zu behandeln und gegen alle Abweichungen anzukämpfen.

8. Die gegenwärtige Diskussion ist von den Spalten der „Prawda" auf eine besondere Diskussionsbeilage zu verlegen.

9. Die Diskussionsfreiheit innerhalb der Partei bedeutet unter keinen Umständen die Freiheit der Untergrabung der Parteidisziplin. Das ZK. der Partei und alle Parteizentren in der Provinz haben sofort die strengsten Maßnahmen zu treffen zum Schutze der eisernen bolschewistischen Disziplin, überall, wo sie zu schwanken beginnt.

10. Gegen die Verbreitung von ungeprüften Gerüchten und von nicht zu verbreitenden Dokumenten oder ähnlichen Handlungen, die beliebte Methoden prinzipienloser, von kleinbürgerlichen Stimmungen verseuchten Gruppen darstellen, müssen die energischesten Maßnahmen ergriffen werden, unter Umständen bis zum Ausschluß aus der Partei.

11. Unerläßlich ist die Verbesserung der Information über die Tätigkeit des ZK. und des innerparteilichen Lebens überhaupt. Zu diesem Zwecke müssen die stenographischen Berichte über die Plenarsitzungen des ZK. allen Mitgliedern und Kandidaten des ZK. und der ZKK. zugesandt werden. In der „Prawda", in der „Iswestija" und anderen Zeitungen im Zentrum und in der Provinz muß die Rubrik für das Parteileben groß angelegt werden. Beim ZK. der Partei muß eine spezielle Informationsabteilung eingerichtet werden.

12. Besondere Aufmerksamkeit muß der richtigen und gesunden Führung der Parteiarbeit innerhalb der Armee gewidmet werden. Die Versuche, innerhalb der Roten Armee eine Fraktions„tätigkeit" zu führen, muß die Partei besonders streng bestrafen.

13. Die Konferenz erachtet es für durchaus zweckmäßig, sich den Beschluß des X. Parteitages der RKP. über das Fraktionsverbot bedingungslos und in allen Punkten zu eigen zu machen. Die Konferenz hält es für nötig, dem XIII. Parteitag vorzuschlagen, diesen Beschluß im Namen des höchsten Parteiorgans zu bestätigen.

14. Die Konferenz schlägt dem ZK. vor, den bisher noch nicht veröffentlichten § 7 der Resolution über die Einheit der Partei, die auf dem X. Parteitag auf Antrag des Genossen Lenin angenommen wurde, und die der gemeinsamen Sitzung des ZK. und der ZKK. das Recht zuerkennt, mit zwei Dritteln der Stimmen jedes Mitglied des ZK. in den Kandidatenstand zurückzuversetzen, ja selbst jedes Mitglied des ZK. im Falle der Verletzung der Parteidisziplin oder im Falle von „Fraktionshandlungen" aus der Partei auszuschließen.

15. Die Konferenz kann den Beschluß der letzten Moskauer Gouvernementskonferenz nicht unbeachtet lassen. Dieser Beschluß brachte der gesamten Partei zur Kenntnis, daß sich in Moskau eine Fraktionsgruppierung gebildet hat, die die Einheit der Partei untergräbt. Die Konferenz ist der Ansicht, daß das ZK. der Partei und die ZKK. sofort die energischesten Maßnahmen — nötigenfalls bis zum Ausschluß aus der Partei — zu treffen haben, gegen jene Mitglieder, die im politischen Hauptzentrum der Sowjet-Union den Spaltpilz in die Reihen der Partei hinzutragen versuchen.

Indem die Konferenz die Diskussion über die bisherigen Streitfragen für das ganze Land als abgeschlossen erklärt, fordert sie alle Parteiorganisationen auf, zur sachlichen Arbeit überzugehen. Die Hauptvoraussetzung der weiteren Erfolge der proletarischen Revolution ist die unerschütterliche Einheit der RKP., der führenden Partei der proletarischen Diktatur. Die Einheit der Partei ist die Haupterrungenschaft des proletarischen Vortrupps. Die Einheit der RKP. muß aufs peinlichste geschützt werden. Die Bundesparteikonferenz ist davon überzeugt, daß das ZK., um das sich — wie es der Ausgang der Diskussion gezeigt hatte — wieder und wieder die ganze Partei schart, diese Einheit entschieden zu wahren wissen wird.

Deutschland

Der Wahlkampf in Thüringen.

Von Alexander Abusch.

I.

** In Deutschland hat, auf den Trümmern der bürgerlichen Demokratie, eine Herrschaft des schwerindustriellen und großbürgerlichen Faschismus ihre Diktatur aufgebaut. Die deutsche Bourgeosie wußte den kleinbürgerlich-radikalen Faschismus der Hitler und Ludendorff als Stoßtrupp gegen die Arbeiterklasse zu benützen, die Gegensätze innerhalb dieser faschistischen Reihen wach zu halten und deren Vorstoß im Münchner Hitler-Putsch als Endglied in ihrem „loyalen" Aufmarschplan einzuordnen. Der Hitler-Putsch half dem General Seeckt, die gesamte vollziehende Gewalt zu bekommen.

Der Charakter der regierenden Diktatur ergibt sich aus ihrer Beeinflussung durch eine Anzahl großkapitalistischer Wirtschaftsgruppen. Sie hat keinen einzelnen Diktator. Sie ist außenpolitisch haltlos. Sie gelangte durch den Oktober-Verrat der rechten und linken VSPD.-Führer zur Herrschaft, ohne die revolutionäre Arbeiterklasse Deutschlands entscheidend besiegt zu haben. Dadurch ist ihre Regierungsweise unsicher. Sie konnte zwar die KPD. verbieten, aber sie fühlt sich noch nicht stark genug, die Kommunisten auch bei den parlamentarischen Wahlen ausschalten zu können. Die neuartige Form, in der auf Grund der Machtverhältnisse der Faschismus seine Herrschaft in Deutschland etablieren mußte, bringt mit sich, daß er sich immer noch eine löcheriges, „demokratisches" Mäntelchen umhängt.

Nach den Wahlen in Sachsen können daher auch in Thüringen die Kommunisten in den Wahlkampf treten. Die „Legalität" dieses Wahlkampfes ist eine beschränkte. Die Wahlzeitungen wurden erst spät erlaubt und unterstehen der militärischen Vorzensur. Versammlungen werden überwacht und von der Reichswehr willkürlich aufgelöst. Kommunistische Landtagskandidaten werden steckbrieflich verfolgt, mit Aufenthaltsbeschränkungen bedacht, oder liegen, bestialisch von der Reichswehr mißhandelt, in den Gefängnissen und Konzentrationslagern. Das Gesicht der heuchlerisch „demokratischen", aber brutalen Faschistendiktatur in Deutschland kommt hier zu einem treffenden Ausdruck.

II.

Am 14. Dezember wurde der Thüringer Landtag auf Antrag der Kommunisten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten aufgelöst. Das Leben eines Parlaments fand sein Ende, das unter dem Militärstiefel längst nur noch ein Scheindasein lebte, ohne irgendwelche politische Macht.

Thüringen besaß eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit im Parlament: 22 Sozialdemokraten, 6 Kommunisten, denen 26 bürgerliche Abgeornete gegenüberstanden. Bis Oktober 1923 regierte eine sozialdemokratische Minderheitsregierung, die mit dem Bürgertum liebäugelte. Sie formierte nicht die proletarische Klassenfront gegen den bedrohlichen Aufmarsch des bayrischen und gesamtdeutschen Faschismus. Nur die Kommunisten mobilisierten das Proletariat zur revolutionären Einheitsfront unter der Parole der gemeinsamen Hundertschaften.

Als aber mit sozialdemokratischer Zustimmung die weißen Generäle ihr Banner auf den Trümmern der Novemberrepublik hißten, als das Kapital zu einem neuen entscheidenden Sturm die Offensive in ganz Deutschland ansetzte, als die faschistischen Kolonnen der Hitler-Ludendorff sich in Vorbereitung ihres Putsches an der Südthüringer Grenze sammelten und außerdem eine ungeheure Erregung das hungernde Proletariat zu einer Front zusammenschweißte, da war die Situation für die KPD. gegeben, neben Sachsen auch in Thüringen in die Regierung einzutreten. In jener objektiv und subjektiv revolutionären Situation war der Regierungseintritt ein Mittel, den Staatsapparat für die letzten Rüstungen zum Entscheidungskampfe auszunutzen. Gleichzeitig bedeuteten die Existenz und das Programm von sozialdemokratisch-kommunistischen Regierungen das schärfste Aufrollen der Klassenfront zwischen diesen und der weißen Reichsregierung, also der gesamten Ausbeuterklasse.

Nur unter dem Druck der Massen gingen die sozialdemokratischen Führer Thüringens in diese Regierung. Die Auffassung des Genossen Thalheimer ist irrig, daß in den Oktobertagen in Thüringen die linkssozialdemokratischen Arbeiter nicht kampfbereit gewesen wären. (Die Führer natürlich nicht.) Aber die Arbeiter verbrüderten sich in vielen Orten in der festen Entschlossenheit, unter Führung der KPD. revolutionär zu kämpfen.

Die Regierungstätigkeit der rechten und linken VSPD.-Führer war von der ersten bis zur letzten Minute der gemeinsamen Regierung: Sabotage an der revolutionären Mobilisierung der Arbeiter, Konspirationen mit den faschistischen Reichsministern gegen die Kommunisten und heillose Angst vor der proletarischen Revolution. Sie sabotierten jede Unterstützung des sächsischen Proletariats. Sie riefen — statt die kampfbereiten Arbeiter nach den Forderungen der Kommunisten zu mobilisieren — die Regierung der Generalsdiktatur gegen die bayrische Gefahr um Hilfe an. Diese kam mit den Truppen des General Hasse. Diese hausten in Thüringen wie im Feindesland. Sie verhafteten Hunderte von Kommunisten und Sozialdemokraten, wüteten in blutigster Weise gegen verhaftete Revolutionäre. Das Land Thüringen wurde — nach dem Oktober-Verrat der „linken" VSPD.-Führer in Deutschland — wehrlos der Rache der Faschistendiktatur ausgeliefert.

III.

Jetzt im Wahlkampf haben sich die Vertreter aller kapitalistischen Parteien — Demokraten, Landbund, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale — zu einem „Thüringer Ordnungsbund" zusammen geschlossen. General Hasse führte, als Beauftragter der kapitalistisch-faschistischen Diktatur, diesen Zusammenschluß herbei. Die Ausbeuterklasse, die schon das Wanken ihrer Herrschaft im Gluthauch der anmarschierenden proletarischen Revolution erlebt hat, bildet für den Wahlkampf eine einige Klassenfront, um die parlamentarische Arbeitermehrheit zu brechen. Der kleinbürgerliche Faschismus marschiert gesondert für eine „Vereinigte völkische Liste", obwohl die größte faschistische Organisation Thüringens, der „Jungdeutsche Orden", sich für die Ordnungsliste erklärt hat. Die Zersetzung und Verwirrung im kleinbürgerlichen Faschismus nach dem zusammengebrochenen Hitler-Putsch tritt in diesem Wahlkampf in Erscheinung. Aber dennoch nicht so stark, daß diese Faschisten nicht als ein zu beachtender Faktor auftreten könnten.

Die Kommunisten führen den Wahlkampf in Thüringen im Bewußtsein der Bedeutung, die er, als Gradmesser für die Kraft der kommunistischen Bewegung, im Deutschland der faschistisch-kapitalistischen Diktatur haben wird. Der Kampf wird geführt nach drei Monaten schlimmsten weißen Terrors. Damit ist mit seiner nationalen auch seine internationale Bedeutung aufgezeigt.

Im Rahmen Thüringens ist der Sinn der kommenden Wahl die rücksichtslose Abrechnung des Proletariats mit den rechten und linken VSPD.-Führern, die gleichermaßen als Agenten der Bourgeoisie entlarvt sind. Sie sind mit dem ungeheuerlichsten Verrat im Dienste der Klassenfeinde, die sie in allen entscheidenden Situationen trieben, gleichermaßen belastet. Die „Linken" versuchen jetzt, als letzter Retter, den vollständigen Zerfall der Partei des Arbeiterverrats mit ihren radikalen Redereien zu verhindern.

Das illegale Organ der KP. Großthüringens, „Die Revolution", hat in ihrer Nr. 7 die Taktik und die Grundsätze dieses Wahlkampfes folgendermaßen gekennzeichnet:

> „Nur die Beseitigung der verräterischen „rechten" und „linken" VSPD.-Führer, nur die vollständige Zertrümmerung der VSPD. und Sammlung der Arbeiter in der revolutionären Einheitsfront unter Führung der KPD. macht die Bahn frei, die Militärdiktatur im bewaffneten Aufstand zu stürzen. Der Kampf für eine proletarische Mehrheit in Thüringen ist der Kampf, die revolutionäre Mehrheit des Proletariats unter die Führung der Kommunisten zu bringen. Eine parlamentarische Mehrheit von KPD. und VSPD. ist nicht mehr als proletarisehe Mehrheit zu betrachten, denn die VSPD.-Führer haben in der hinter uns liegenden Periode der bürgerlichen „Demokratie" eindeutig gezeigt, daß sie eine Parteipolitik des Arbeiterverrats und nicht eine proletarische Klassenpolitik betreiben. Wir können uns jetzt — unter der Geisel der Faschistendiktatur — nicht mehr auf eine lange, parlamentarische Periode, sondern müssen uns auf die Sammlung der Kräfte zur proletarischen Revolution einstellen.
>
> Taktisch gilt es, anzuknüpfen an alle Kämpfe des Proletariats, an den Massenkampf gegen die Mehrarbeit und die Massenverweigerung der Pflichtarbeit für Erwerbslose. Der Wahlkampf muß eine revolutionäre Mobilisierung der breiten Arbeitermassen werden, die... beschleunigt die Zuspitzung

zum Bürgerkrieg, zum großen Entscheidungskampf zwischen Arbeit und Kapital."

Der 10. Februar wird — darauf richtet sich die Arbeit der Kommunisten — den Beweis erbringen müssen, daß die Mehrheit des Thüringer Proletariats zu den Kommunisten steht und für die Diktatur des Proletariats zu kämpfen gewillt ist.

Die Justiz in der Ebert-Republik.

Von Erikus.

** Unter dem reaktionären Justizminister Dr. Emminger hat die deutsche Klassenjustiz jetzt den Höhepunkt erreicht, den man ganz allgemein auch in demokratischen Kreisen als „Emmingerei" bezeichnet. Aber ob nun unter dem bayrisch reaktionären Emminger oder unter dem sozialdemokratischen Radbruch — die Justiz bleibt ihrem Klassencharakter treu und die Emmingerei ist nur der passendste und klarste Ausdruck ihres antirevolutionären und antidemokratischen Charakters. Auch die von dem neuen Justizminister unter dem Deckmantel des Ermächtigungsgesetzes kurzer Hand eingeführte **Reform der Gerichtsverfassung und des Strafprozesses** liegt ganz in der offiziellen Kursrichtung gegen das arbeitende Volk. Man läßt von den Schwurgerichten nur den Namen übrig, und der Einzelrichter kann nunmehr nach eigenem Ermessen bis zu 15 Jahre Zuchthaus verhängen. Auch, im Zivilprozeßwesen stehen nicht minder einschneidende, willkürliche Verschlechterungen für die Rechtsuchenden bevor.

Der Sinn der Ausnahmegerichte, die man unter der Firma Ebert-Seeckt gegen die Kommunisten eingesetzt hat, geht ebenso wie die neue Reform Emmingers (der aus den Gefilden der bayrischen Blutjustiz stammt) dahin, möglichst rasch und ohne Aufhebens sowie ohne Möglichkeit der Nachprüfung unliebsame Elemente, die politisch irgendwie verdächtig sind, hinter Schloß und Riegel zu bringen. Die Richter und Staatsanwälte fühlen sich völlig selbstherrlich. Bei der höchst flüchtigen Vorbereitung der Verfahren hat der denunzierende Spitzel weit mehr Einblick als der Verteidiger. Berufung oder sonstige Rechtsmittel, die bei den Sondergerichten überhaupt nicht zulässig sind, sollen auch in legalen Prozessen außerordentlich erschwert werden. Die bayrische Praxis triumphiert.

Die weiße Justiz wirkt sich nicht nur in der Rechtsprechung der niederen und höheren Gerichte aus; sie läßt ihr Wüten auch in dem Vorgehen gegen Unschuldige, die sich irgendwie nach rechts hin unbeliebt gemacht haben, aufs krasseste erkennen. Wenn es zu einer Anklage nicht reicht, werden die Verfehmten in **„Schutzhaft"** genommen, und in **Konzentrationslager** gesperrt, wie sie schlimmer und schändlicher nicht gegen Kriegsgefangene angewendet wurden. Was gegen die in Schutzhaft Befindlichen an barbarischen Mißhandlungen und sonstigen Quälereien geleistet wird, darüber haben die Reichstags- und Landtagsstenogramme spaltenlanges Material gebracht. Mit Vorliebe geht man unter dem Belagerungszustande gegen sozialistische Lehrer vor, die man in Schutzhaft nimmt, wenn sie zum Beispiel auch nur ein proletarisches Gedicht oder ein sozialistisch angehauchtes Wort verlauten lassen. Auch gegen Ärzte, die in der Arbeiterschaft Samariterdienste geleistet haben, wurden die brutalsten Maßnahmen während und nach ihrer Verhaftung angewendet. Gegen Arbeiter wird wegen der geringfügigsten Vergehen, die früher höchstens mit drei Mark Ordnungsstrafe belegt wurden, rücksichtslos mit Gefängnisstrafen vorgegangen. In vielen Fällen wurde wegen verbotenen Plakatklebens bis zu sechs Monaten Gefängnis erkannt. Ohne Strafaussetzung, ohne jede Bewährungsfrist. Vier Monate Gefängnis erhielten zwei junge Leute in Königsberg, die, auf einem Hofe bettelnd, Lieder sangen, worin der Satz vorkam: „Wir schwören Rache für vergossenes Arbeiterblut". Sie hätten unbestraft das Ehrhardt-Lied gegen die Judenrepublik singen dürfen. Drei Monate Gefängnis erhielt in Berlin ein 17jähriger junger Mensch, weil er den Anordnungen eines Polizeibeamten, weiterzugehen, nicht schnell genug folgte. Er hatte keinen Widerstand geleistet, war völlig unbestraft, und erhielt nun die Höchststrafe von drei Monaten Gefängnis wegen „Nichtbefolgung". Er soll dort von seinem „kommunistischen Trotz" geheilt werden.

In einem Hamburger Prozeß kam folgendes zur Sprache: Ein Fünfzehnjähriger wurde von vier Geschossen von unten nach oben durchbohrt. Nach Bekundung der Eltern ist er von Sipomannschaften erschossen worden. Der Knabe befand sich auf dem Dach des Hauses mit einem Polizeiwachtmeister, der ihn zwang, aus der Dachluke zu klettern, um angeblich dort liegende Gewehre zu holen. Hierbei trafen ihn die Geschosse der Sipo. Die Eltern bekundeten, daß der Knabe geschrieen hat, weil er, von dem betreffenden Wachtmeister mit dem Gummiknüppel geschlagen, erst gezwungen werden mußte, auf das Dach hinaufzuklettern, wo er den Tod fand. Das Gericht verhinderte den hierfür angebotenen Zeugenbeweis.

Das ist eine abgekürzte Blutjustiz gegen Arbeiter, wie sie auch auf legalem Wege nicht erst eingeführt zu werden braucht. In Hamburg wurden zwei Todesurteile gefällt, und auch durch eventuelle Begnadigung kann der an revolutionären Arbeitern begangene Justizmord nicht wieder gutgemacht werden; er fällt auf die Sozialdemokratie, deren Vertreter Radbruch, als Reichsjustizminister, das Hamburger Sondergericht einsetzte, das ebenso wie die übrigen in Mitteldeutschland usw. auf die Urheberschaft und das Patronat des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert zurückgeht.

Als jüngst in Berlin ein Arbeiter einem faschistischen Burschen, der ein kommunistisches Plakat abgerissen und mit der Pistole um sich geschossen hatte, das Mordwerkzeug abnahm, erhielt er auf Aussage des nichtangeklagten Faschisten noch über den Antrag des Staatsanwaltes hinaus eineinviertel Jahr Gefängnis. Für bloßes Plakatkleben werden außer Gefängnisstrafen auch ungeheuerliche Geldstrafen verhängt. Jüngst beantragte ein Staatsanwalt in Berlin gegen einen Arbeiter nur wegen unerlaubten Vertriebes von Flugblättern eine Geldstrafe von 1000 Goldmark, um den Fiskus aus der angeblich doch alles zahlenden Parteikasse zu bereichern. Das Wort „Kommunist" wirkt auf Anklagebehörde und Richter gleichsam wie ein Zauberwort, um sofort mit den schärfsten Mitteln vorzugehen. Vielfach ist es auch üblich geworden, bei Haussuchungen in Wohnungen der Verhafteten vorgefundene sozialistische und kommunistische Bücher, das Privateigentum von Arbeitern, zu beschlagnahmen und zu verbrennen. Zeitungen, auch sozialdemokratische, die von Übergriffen, Mißhandlungen von Schutzhaftgefangenen usw. Mitteilungen an die Öffentlichkeit bringen, werden verboten.

Daß oftmals Denunzianten und Hauptbelastungszeugen nichts anderes als nationale Lügner sind, zeigt ein typischer Fall der Urteilspraxis des Hamburger Ausnahmegerichtes. Ein gewisser F. beschuldigte aus Rache einen Arbeiter, er hätte an den Oktoberkämpfen teilgenommen. Der Angeklagte bestreitet; Braut und Schwester sind bereit, unter Eid auszusagen, daß der Angeschuldigte um die kritische Zeit noch im Bette lag. Das Gericht lehnte die Vereidigung ab. Nachbarn sagen aus, daß der Denunziant in der ganzen Gegend als verlogener Mensch bekannt ist. Das Gericht muß selbst zugeben, daß er kein anständiger Mensch ist. Der Staatsanwalt will ein Opfer und beantragt zwei Jahre Zuchthaus. Das Gericht geht darüber hinaus und erkennt sogar auf dreieinhalb Jahre Zuchthaus.

So sieht die weiße Justiz gegen Arbeiter aus. Sie kann sich nicht genug tun an Racheakten gegen revolutionäre Arbeiter. Kämpfe für die Freiheit der Republik werden als Landfriedensbruch, Hochverrat und Aufruhr erachtet. Dabei handelt es sich in allen solchen Fällen um sogenannte Überzeugungsverbrechen im Sinne der Definition aller juristischen Autoritäten, wonach höchstens eine Festungsstrafe gegeben werden könnte. Das Zuchthaus kann revolutionären Arbeitern, die für ihre Überzeugung gekämpft haben, Gesundheit, Freiheit und das Leben, aber nicht die proletarische Ehre nehmen, die ihnen vom Klassenstandpunkte im höchsten Maße gebührt.

Die Schreckensurteile der weißen Justiz gegen „Landfriedensbrecher" in Magdeburg, Frankfurt, Oldenburg Sorau usw. zeigen nur immer dieselbe Rachejustiz, die, wenn es sich ausnahmsweise um Anklagen gegen Rechts handelt, so überaus milde sein kann. Man denke nur an die glänzend davon gekommenen Küstriner Putschisten im Prozeß Buchrucker, oder an die jüngst vom Münchener Volksgericht zu Geldstrafen von 5 bis 55 Mark verurteilten nationalsozialistischen Aufrührer und Landfriedensbrecher, die an dem hakenkreuzlerischen Rummel aus Anlaß des Turnerfestes teilgenommen hatten, wobei mit Schießprügeln lustig gegen die Polizei geknallt wurde. Die Zahl der **Landfriedensbruchprozesse** mit ihren langjährigen Zuchthaus- und Gefängnisurteilen ist unzählig und reißt noch immer nicht ab.

Wie sehr die Gerichte im Dienste rechtsgerichteter Kreise stehen, geht auch daraus hervor, daß sie die Bemühungen militärisch-faschistischer Kreise, die auf die Unterdrückung linksgerichteter Bestrebungen hinzielen, aufs eifrigste unter-

stützen. Es handelt sich hierbei um eine Auswirkung der Militärdiktatur, die neben der militärischen Schutzhaft vor keinem Mittel zurückschreckt, um auch die letzten kläglichen Reste einer staatsbürgerlichen Freiheit von Republikanern zu unterbinden. Auch die Aufdeckung von Waffenschiebungen und hochverräterischen Unternehmungen der Rechten wird nicht nur in Bayern als Landesverrat bestraft. In diesem Zusammenhange sei erwähnt, wie in Schwedt a. O. aus Mißvergnügen darüber, daß der Küstriner Putsch mißlungen war, ein Arbeiter verhaftet wurde, weil er verschiedene Vorbereitungen rechtsstehender Kreise beobachtet und rechtzeitig unterbunden hatte. Die mehrmonatliche Untersuchungshaft wurde schließlich vom Staatsgerichtshof aufgehoben, aber es wurde dann einfach die militärische Schutzhaft gegen ihn verhängt.

Eberts juristische und militärische Schergen füllen die Zuchthäuser, die Gefängnisse und die Konzentrationslager der Republik mit dem besten Teil des revolutionären Proletariats. Wer hungert, wird erschossen oder eingesperrt. Die Diktatur der weißen Justiz ist nur ein Teil der auf allen Gebieten heute mehr als je herrschenden faschistischen Diktatur. So verrichtet der Justizfaschismus in Deutschland mit unentrinnbarer Wirkung eine grausame und blutige Aufklärungsarbeit. Der proletarische Befreiungskampf wird auch den Terror der weißen Justiz in Deutschland niederringen.

Wirtschaft

Industrie und Landwirtschaft in Deutschland.

Von Ali Ferid.

** Werfen wir auf das Verhältnis zwischen den Preisen industrieller und agrarischer Produkte in Deutschland einen Blick, so scheint sich das Bild von 1914 zu wiederholen. Damals wurde die Zwangswirtschaft eingeführt, die für agrarische Produktion einen bestimmten Preis festsetzte und ihre Möglichkeit, sich während des Krieges zu bereichern, einschränkte, während andererseits die Arbeiter zu relativ niedrigen Kosten ihre Subsistenzmittel bestritten und die industriellen Unternehmer bei relativ niedrigen Löhnen und niedrigen Produktionskosten ihre Gewinne ungeheuer steigern konnten.

Auch heute liegen in Deutschland die Preise für Weizen, Roggen, Hafer, Gerste und Fleisch im Durchschnitt nicht über den Vorkriegspreisen, das heißt, sie liegen unter dem Weltmarktniveau. Andererseits stehen die Preise für Industrieprodukte zwischen 50 und 100% des Vorkriegsniveaus.

Die Ursache dieses Preisverhältnisses liegt aber vor allem in einer aktuellen Situation begründet. Die Ernte von 1923 hat die von 1922 durchweg übertroffen, wie das aus folgenden Ziffern hervorgeht. Es wurde produziert:

In Millionen Tonnen

	Weizen	Roggen	Hafer	Gerste
1913	4·06	10·22	8·72	3·05
1919	2·17	6·10	4·41	1·67
1922	2·03	5·32	4·13	1·59
1923	2·99	7·18	5·08	2·16

Aus diesen Ziffern geht aber zugleich hervor, daß, da die Ziffern von 1913 nur für das verkleinerte Gebiet Deutschlands gelten, der Importüberschuß 1923 größer sein mußte als vor dem Kriege. Infolge Rückganges der Anbaufläche und Verminderung des Durchschnittsertrages pro Hektar war die landwirtschaftliche Produktion nach diesen amtlichen Ziffern um fast ein Drittel geringer als vor dem Kriege. Wenn auch die Richtigkeit dieser amtlichen Statistik zu bezweifeln ist und aus Gründen der Steuern oder des Ablieferungszwanges, der Anfang 1923 noch bestand, seitens des Agrarkapitals — die Kleinbauern kommen weniger in Frage — falsche Angaben wahrscheinlich sind, so steht doch die Tatsache der Extensivierung fest. In der Viehwirtschaft zeigt sich eine Parallelerscheinung. Die Ergebnisse der Ernte 1923 reichen also zur Erklärung des niedrigen Standes der landwirtschaftlichen Preise nicht aus. Hinzu kommt vor allem die wichtige Tatsache, daß in den letzten Monaten der Papiermarkwährung — weder der Agrarkapitalist noch der Bauer Produkte in großer Menge auf den Markt gebracht hat, da nur geringe Aussicht bestand, die erzielten Papiermarkmengen in erforderliche Betriebsmittel umzusetzen. Jetzt, nach Stabilisierung der Mark, hat sowohl der Agrarkapitalist wie der Bauer ein großes Interesse daran, zum kommenden Frühjahr sich mit Betriebsmitteln zu versehen, und sie werfen daher die bisher aufgespeicherten Produkte auf den Markt. Dazu kommt ferner, daß gerade in diesen Wochen eine starke Vermehrung des Imports russischen Getreides eingesetzt hat.

Der Importüberschuß betrug:

	Weizen	Hafer	Gerste
1913 (ganzes Jahr) . . .	1·99	0·06	2·92
1922 (Juni bis September)	0·93	0·04	0·16
1923 (Juni bis September)	0·42	0·03	0·18

Selbst wenn man annimmt, daß die Zufuhren vom September bis Oktober 1923, vor allem aus Sowjetrußland relativ große wären, und wenn man berücksichtigt, daß statt eines Ausfuhrüberschusses von 530.000 t Roggen (Januar bis September 1923) ein Importüberschuß von 770.000 t bestand, so ändert das noch immer nichts an der Tatsache, daß die vorhandenen Getreidemengen für den Konsum in Deutschland in Wirklichkeit unzureichend sind, und daß, wenn die Produktion in Deutschland verbilligt werden soll, auch das Industriekapital ein Interesse an der Vermehrung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung haben muß.

Bedeutet also das augenblickliche Preisverhältnis eine Extensivierung der Landwirtschaft durch das Industriekapital? Das Verhalten des industriellen, kommerziellen und Bankkapitals in dieser Frage ist geteilt. Sicher ist, daß die Tendenz der Unterwerfung des Landes durch die Stadt, der Unterordnung des minderorganisierten Agrarkapitals unter das höher organisierte Industriekapital sich fortsetzen muß, aber die Methode dieser Entwicklung ist noch nicht entschieden. Zahlreiche industrielle Kreise zeigen ein lebhaftes Interesse an der Entwicklung der agrarischen Verhältnisse, in erster Linie die Schwerindustrie. Sowohl die „DAZ." wie auch die „Bergwerkszeitung" haben ein bestimmtes landwirtschaftliches Programm im Auge, bei dem die Vermehrung des bebauten Bodens, auch die Urbarmachung der bestehenden Ödländereien eine große Rolle spielen. Es handelt sich dabei um die Schaffung einer neuen Bauernschicht, wie sie notwendig ist zur Vermehrung der industriellen Akkumulation. Wie sehr diese Interessen der industriellen Gruppen mit denen des Agrarkapitals Hand in Hand gehen, zeigt die Zusammensetzung des Direktoriums der Banken, in denen dem Agrarkapital 50% eingeräumt wurde, und zeigt ebenso das Eintreten der Stinnes und Hugenberg für die Ernennung Dr. Helfferichs zum Reichsbankpräsidenten und ihr Kampf gegen Hjalmar Schacht.

Wenn ein großer Teil des deutschen Industriekapitals sich zum Verfechter agrarischer politischer Interessen macht, so deswegen, weil diesen Teil mit dem Agrarkapital nicht nur bestimmte soziale und politische Interessen verknüpfen, sondern auch weil es ihm gelungen ist, sich einen bedeutenden Teil des Agrarkapitals bereits unterzuordnen. Stinnes ist charakteristisch für diese Tatsache. Stinnes hat — um nur einige Beispiele herauszugreifen — durch den Besitz der bayrischen Hypotheken- und Wechselbank, durch die Beherrschung der Belieferung der gesamten ostpreußischen Landwirtschaft mit Betriebsmitteln, durch seinen Forstbesitz in Ostdeutschland und in Österreich, durch den Besitz zahlreicher Rittergüter in Ostpreußen und Schlesien, durch das Hinübergreifen in die Margarine- und Zuckerproduktion unmittelbar agrarische Interessen. Es ist selbstverständlich, daß bei einem Zusammengehen des schwerindustriellen Kapitals die entscheidende Macht nicht bei den Agrarkapitalisten liegt. Auf der anderen Seite zeigt sich, daß ein großer Teil des Fertigkapitals, des Bankkapitals und des Handelskapitals, soweit sie eben nicht mit agrarischen Interessen verknüpft sind, die fortschreitende Unterordnung des Landes unter die Stadt nicht durch Zusammenarbeit und allmähliche Eroberung, sondern durch den Kampf erreichen wollen. Es ist wahrscheinlich, daß, wenn auch unter Rückschlägen, das schwerindustrielle Kapital aus dieser Entwicklung als Sieger hervorgehen wird.

Die Petroleumfrage.

Von Scott Nearing (Philadelphia).

** Die englischen Imperialisten erlangten in dem Krieg um das Petroleum für eine Zeit die Vorherrschaft vor ihren amerikanischen Konkurrenten, als die Royal Dutch Shell Company ihre Konzessionen im Karaibischen Meer (Kuba) und in Mesopotamien, und zwar in den Jahren 1918 und 1919 erhielt.

Die Royal Dutch-Gesellschaft für Petroleumgewinnung wurde

im Jahre 1890 und die Transportgesellschaft Shell Company im Jahre 1897 gegründet. Diese beiden Gesellschaften haben zusammen die Leitung von 103 Hilfsgesellschaften in Ägypten, Rußland, Niederländisch-Indien, Malakka, Englisch-Indien, China, Korea und in der Mandschurei, auf den Philippinen, in Siam, Rumänien, Australien, Mexiko, Neuseeland, Südafrika, Venezuela, Dänemark, Finnland, Holland, Jugoslawien, Italien, Polen, Norwegen, Japan, Kanada, auf Trinidad, in Schweden, England und den Vereinigten Staaten Amerikas.

Von dem ganzen in nachstehenden Ländern gewonnenen Petroleum entfallen folgende Mengen auf die Royal Dutch-Gesellschaft:

Vereinigte Staaten von Nordamerika	2%
Niederländisch-Indien	97%
Englisch-Borneo	98%
Ägypten	5%
Rumänien	29%
Venezuela	5%
Mexiko	27%
Trinidad	16%

Die sozusagen strategische Stärke der Royal Dutch-Gesellschaft besteht in ihren 120 Depots, die sich in den größten Häfen der Welt befinden, davon 10 auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Trotz ihrer sich über die ganze Welt erstreckenden Organisation und der Unterstützung seitens der englischen Regierung sind die amerikanischen Konkurrenten der Royal Dutch überlegen, dank der reichen Petroleumlager in den Vereinigten Staaten.

Der Petroleumvorrat der ganzen Welt wird auf 40 Milliarden amerikanischer Tonnen geschätzt. Von dieser Quantität entfallen:

Länder	Milliarden Tonnen
Nordamerika	12·5
Davon	
Vereinigte Staaten	7
Mexiko	5
Kanada	0·5
Asien	10
Davon	
Persien und Mesopotamien	6
Südamerika	10
Davon	
Argentinien und Brasilien	3
Kolumbien, Venezuela und Peru	6
Rußland	6

Die größten Petroleumlager sind gewöhnlich auf einer kleinen Anzahl von Punkten konzentriert.

Bis jetzt sind die Vereinigten Staaten die größten Petroleumproduzenten. Im Jahre 1870 betrug ihre Produktion 90% der Weltproduktion, im Jahre 1900 nur die Hälfte davon. Aber im Jahre 1920 entfielen von in der ganzen Welt gewonnenen 695 Millionen Tonnen Petroleum 443 Millionen Tonnen auf die Vereinigten Staaten, im Jahre 1912 von 851 Millionen Tonnen 551. Im Jahre 1922 hat sich nur die Petroleumproduktion in Mexiko auf 185 Millionen Tonnen gehoben. Auf diese Weise wird neuerlich in Amerika neun Zehntel der Weltproduktion gewonnen. Rußland hat im Jahre 1922 nur 35 Millionen Tonnen, Persien 21 Millionen Tonnen geliefert.

Nicht nur, daß im ganzen die Vereinigten Staaten in der Weltpetroleumproduktion, die vom strategischen Gesichtspunkte so wichtig ist, die Oberhand haben, so sind sie auch die größten Verbraucher dieses flüssigen Brennstoffes. Und zwar vor allem dank des Automobils. Wie andere amerikanische Industrien, so hängt auch die Automobilindustrie von der Benzolindustrie ab. Das Automobil ist das gebräuchlichste Transportmittel in den Vereinigten Staaten geworden. Im Jahre 1900 waren 13.824 Automobile in den Vereinigten Staaten registriert, im Jahre 1910 468.847 und im Jahre 1922 mehr als 12 Millionen.

Die Standard-Oil-Gesellschaft, der amerikanische Petroleumtrust, hat eine ausdauernde Kampagne in Frankreich unternommen, um sich die Ausbeutung der Petroleumquellen in Syrien und Mesopotamien zu sichern. Es heißt, daß dieser Trust eifrig daran arbeitet, in Rußland Konzessionen zu erlangen. Da der Standard-Oil-Trust in den Vereinigten Staaten, auf den Antillen und in Südamerika beherrschend ist, so würden ihm einige wichtige Konzessionen im Orient und in Rußland einen endgültigen Vorsprung vor England geben.

Das Petroleum ist der Hauptbrennstoff der Zukunft. Aeroplan, Dampfgeschwindigkeit, Kriegs- und Transportmittel, Unterseeboot konsumieren es. Der Staat, der über Petroleum verfügt, wird seine Rivalen, die über keines verfügen, in Schach halten. Daher die Verbissenheit der Engländer und Amerikaner in ih Streite um die Naphthaquellen an allen Ecken und Enden Welt.

Die Macht der Amerikaner hat ihren schwachen Punkt. Vereinigten Staaten verbrauchen mehr Petroleum, als sie er gen. Im Jahre 1921 mußten sie an nichtraffiniertem Nap 5,408.000 Gallonen, im Jahre 1922 5,709.000 Gallonen im tieren. Wenn der amerikanische Verbrauch sich nicht verrin werden die Reserven der Vereinigten Staaten noch vor Ab von 20 Jahren erschöpft sein.

Diese Tatsachen geben zum Denken Anlaß. Der Krieg 1914 bedeutete das Ringen Frankreichs und Deutschlands um Besitz des lothringischen Eisens und der Ruhrkohle sowie Ringen Deutschlands und Englands um die Beherrschung großen Transportwege im Orient. Das war der Kohlen- Eisenkrieg. Der nächste Krieg wird vielleicht der Petrole krieg sein. Jedenfalls bedeutet die englisch-amerikanische K kurrenz um den Besitz der Petroleumquellen andauernd e der einschneidendsten Interessengegensätze, den die Wel schichte kennt, trotz aller Verschleierung in Form der offizie freundschaftlichen Beziehungen, der diplomatischen Höflichke und Verträge.

Arbeiterbewegung

Der Eisenbahnerstreik in England.

Von Charles Ashleigh (London).

** Ich schreibe diesen Aufsatz am ersten Tage des Str des Lokomotivführer- und Heizerverbandes (Associated Soc of Locomotive Engineers and Firemen A. S. L. E. F.), ei Streiks im Reichsumfange, der gestern nachts, Schlag 12 U eingesetzt hat. Heute ist der 21. Januar.

Und heute Abend wird das Mißtrauensvotum gegen Baldwin-Regierung im Unterhause eingebracht und morgen w Ramsay Macdonald, das Haupt der Labour Party, vom Kö eingeladen werden, eine Arbeiterregierung zu bilden. Die eignisse überstürzen sich gegenwärtig in England.

Der gegenwärtige Kampf läßt sich auf das Jahr 1922 zurü führen, als die Eisenbahngesellschaften gewisse Änderungen dem Lohnübereinkommen, das zwischen ihnen und den Gewe schaften bestand, verlangten. Dieses Übereinkommen war na dem großen Streik im September 1919 zustande gekommen. sah bestimmte Grundlöhne für die verschiedenen Kategorien v und ließ auch eine gleitende Zulage zu, die nach den Lebe kosten berechnet und zu den Grundlöhnen zugeschlagen wur Gemäß dieser gleitenden Zulage sind nun die Löhne bei d Eisenbahnen beinahe bei den Grundlöhnen angelangt.

Für die Eisenbahner gibt es drei Gewerkschaften: der Eise bahnerverband (National Union of Railwaymen N. U. R.), d auch Heizer und Lokomotivführer umfaßt, ist eine Industr arbeitergewerkschaft, ferner die Eisenbahnbeamtengewerksch Railway Clerk's Association (R. C. A.), die, wie schon der Nam sagt, sich auf die Beamtenschaft bei den Eisenbahnen beschränk und schließlich der Lokomotivführer- und Heizerverband (A. L. E. F.).

Die drei Gewerkschaften stellten sich im Jahre 1922 geg die Forderungen der Unternehmer nach Lohnherabsetzung, u die Gesellschaften bestanden damals nicht auf ihrer Forderun Sie warteten ihre Zeit ab. Vor ungefähr sechs Monaten nahmen s ihren Angriff auf die Lebenshaltung der Eisenbahner wieder au

Die Angelegenheit kam vor das Allgemeine Schlichtung amt, in dem die Gewerkschaften und die Unternehmer in gleich Zahl vertreten sind. Die Verhandlungen zerschlugen sich. Darau hin wurde die Sache dem Britischen Einigungsamt übertrage Dieses Amt, das durch das Eisenbahngesetz vom Jahre 192 geschaffen wurde, setzt sich zusammen aus sechs Vertretern d Unternehmer, aus sechs Vertretern der Gewerkschaften (je zw Vertretern der drei Gewerkschaften), aus vier Vertretern d Reisenden (unser alter Freund, „das Publikum") und einem „un abhängigen" Vorsitzenden, zurzeit Sir William Mackenzi Der Vorsitzende ist jedoch ein Angehöriger der Ausbeuterklass Auf diese Weise sind die Vertreter der Gewerkschaften in eine Minderheit von sechs zu elf. Es ist die ewig alte Geschichte.

Das Britische Einigungsamt hat keine Befugnis, seine En scheidungen aufzuzwingen. Es ist nur eine beratende Körpe schaft, gebildet in der Erwartung, daß die Differenzen zwische Unternehmern und Arbeitern bei den Eisenbahnen durch Ver

handlungen beigelegt und so Streiks vermieden werden. Seine Entscheidungen sind jedoch keineswegs bindend. Es kann verglichen werden mit der Schlichtungsstelle, errichtet in den Vereinigten Staaten vor dem Bergarbeiterstreik, nur trägt es einen offizielleren Charakter.

Das Amt fällte einen Schiedsspruch, der für gewisse Schichten der Eisenbahnarbeiter ungünstig war. Der Eisenbahnerverband (N. U. R.) nahm diesen Schiedsspruch durch seine Delegiertenkonferenz an, eine Körperschaft, die von einem Teil der Mitgliedschaft als reaktionär und die Interessen der Mitglieder nicht wahrend bezeichnet wurde. Diese Konferenz nahm die Entscheidung des Amtes mit 59 gegen 20 Stimmen an. Die Exekutive der Eisenbahnbeamtengewerkschaft (R. C. A.) nahm gleichfalls die Entscheidung nach einem „Ausholen der Stimmung" unter den Mitgliedern an. Der Lokomotivführer- und Heizerverband (A. S. L. E. F.) nahm eine geheime Abstimmung unter den Mitgliedern vor, die eine Ablehnung des Schiedsspruches mit einer Majorität von 23.919 Stimmen ergab. Das war eine überwältigende Majorität. Es muß festgestellt werden, daß diese Gewerkschaft die einzige von den dreien war, die eine wirkliche Abstimmung unter ihren Mitgliedern in dieser Frage vornahm.

Die A. S. L. E. F. weist darauf hin, daß der Schiedsspruch für die Heizer bei Zügen mit Meilengeldern einen Ausfall von 9 bis 18 Schillingen die Woche bedeutet und daß die Löhne der Lokomotivführer um 11 bis 22 Schillinge die Woche herabgesetzt würden.

Andere Führer, die nicht nach Meilengeldern bezahlt werden, würden gegen 6 Schilling die Woche verlieren. Der Schiedsspruch würde auch eine Reduktion in der Sonntags- und Überzeitbezahlung verursachen.

Als die Abstimmung gegen den Schiedsspruch feststand, bemühte sich die A. S. L. E. F. auf jegliche Weise, den Streik zu vermeiden. Die Unternehmer wurden immer wieder aufgefordert, die Unterhandlungen wieder aufzunehmen. Diese weigerten sich, und die Eisenbahngesellschaften setzten endgültig fest, daß der neue Lohntarif Sonntag, den 20. Januar, in Kraft treten müsse. Nach wiederholten Bemühungen von seiten der Gewerkschaft, zu einer Beilegung des Konflikts zu gelangen, wurde der Streik ausgerufen.

Inzwischen rief das Verhalten der reaktionären Führer des Eisenbahnerverbandes (N. U. R.) bei den eigenen Mitgliedern wie bei der ganzen organisierten Arbeiterschaft große Unzufriedenheit hervor. Bei dem großen Eisenbahnerstreik im Jahre 1919, als der Eisenbahnerverband (N. U. R.) gegen die Unternehmer auftrat, waren die Forderungen des Lokomotivführer- und Heizerverbandes (A. S. L. E. F.) bewilligt worden. Nichtsdestoweniger trat auch der A. S. L. E. F. aus Sympathie mit den Arbeitern des N. U. R. in den Streik. Jetzt aber taten die Führer der N. U. R. alles, um den Streik in Mißkredit zu bringen.

J. H. Thomas, von einiger Berühmtheit als Exreaktionär, hat Aussprüche über den Streik veröffentlicht, die man von einem Arbeiterführer kaum für glaublich halten würde. Nach den heutigen Zeitungen soll er gesagt haben, „der Streik ist ein vollständiges Fiasko". Er hat zusammen mit Cramp, dem Arbeitersekretär der N. U. R., ein Manifest an die Mitgliedschaft der N. U. R. herausgegeben, worin es heißt, man erwartet, daß jedes Mitglied während des Streiks bei der Arbeit verbleibe, Bomley, der Führer des Lokomotivführer- und Heizerverbandes (A. S. L. E. F.), antwortete mit Bezug auf die Auslassungen Thomas', daß alle Lokomotivführer und Heizer, die dem N. U. R. angehören und sich am Streik beteiligen, aus den Kassen der A. S. L. E. F. Streikgelder erhalten würden.

Die Exekutive der „Labour Party" hat ihr Mißfallen an dem Streik kundgetan, offenbar in der Meinung, daß er der bevorstehenden Arbeiterregierung Schwierigkeiten machen werde. Der „Daily Herald" schlägt in seinem heutigen Leitartikel einen recht gleichgültigen Ton an. Der Streik wird als „bedauerlich" bezeichnet, und es wird angedeutet, daß die Vertreter des A. S. L. E. F. vor dem Schlichtungsausschusse nicht den genügenden Nachdruck auf die Entschlossenheit ihrer Leute legten. Er erwähnt auch die Unstimmigkeiten der Führer der verschiedenen Eisenbahnergewerkschaften und stellt fest, daß die Unstimmigkeiten auch in den Massen bestehen. Der Leitartikel will hauptsächlich zeigen, daß der Urteilsspruch nicht bindend ist und daß daher die Streikenden nicht gegen die Verfassung handeln. Soweit gut. Aber der ganze Ton des Artikels ist der einer verliebten Mutter, die ihr irrendes Kind zurecht weist. Der Artikel beginnt mit der Feststellung: „Wir betrachten Streiks unter gewissen Umständen als bedauerliche Notwendigkeiten, solange das gegenwärtige System währt. Aber nicht alle sind notwendig. Nicht alle sind klug." Solch eine Feststellung mag im Prinzip vollkommen richtig sein. Aber sie gerade zu einer Zeit zu drucken, wo Tausende ausgebeuteter Arbeiter in einem Kampf, um ihre elende Lebenshaltung zu wahren, treten, bedeutet der Moral der Streikenden im höchsten Maße Abbruch tun. Der „Daily Herald" ist das offizielle Organ der Arbeiterbewegung, politisch und gewerkschaftlich. Er hätte die Bemühungen der Mitglieder des Lokomotivführer- und Heizerverbandes mit ganzem Herzen unterstützen sollen, sobald sich diese für den Streik entschieden hatten. Sie stehen im Kampfe gegen die ungeheure Macht des Kapitalismus, und der „Daily Herald" gibt keinen Schrei um Hilfe von sich, keinen flammenden Aufruf zur Solidarität!

Nunmehr bekennen die Reformisten und Karrieremacher der Labour Party Farbe. Sie machen es den Kommunisten leicht, da sie sich selbst als Männer zeigen, die die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter, die die Massenaktion ihren parlamentarischen Ambitionen unterordnen.

Trotz der niederträchtigen gegenteiligen Behauptung von Thomas dehnt sich der Streik aus. Berichte der kapitalistischen Presse zeigen schon, daß der Verkehr auf den Bahnen gelähmt ist. Bromley behauptet, daß der Streik seinen Höhepunkt nicht vor Donnerstag erreichen wird. Aber das Land sieht schon den Anfang eines großen wirtschaftlichen Kampfes.

Trotz des Verrates von Thomas zeigt sich die Mitgliedschaft des Eisenbahnerverbandes (N. U. R.) fest und zuverlässig. Schon laufen Meldungen von den verschiedenen Orten ein, daß die Lokomotivführer und Heizer, die Mitglieder der N. U. R. sind, sich dem Streik anschließen. Proteste gegen die Handlungsweise von Thomas kommen täglich aus den Zweigstellen seines Verbandes.

Die KP. Englands und das Britische Büro der Roten Gewerkschaftsinternationale stehen den streikenden Arbeitern bis zum Endkampfe zur Seite. Die Politik der Partei und der Roten Gewerkschaftsinternationale ist folgende:

1. Die sofortige Ausdehnung des Streiks auf alle Heizer und Lokomotivführer, die Mitglieder des Eisenbahnerverbandes (N. U. R.) sind, und auf alle anderen Schichten der Eisenbahner. Generalstreik aller Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten.

2. **Die weitere Ausdehnung des Streiks auf die anderen Transportarbeiter.** Dies soll die Tausende Arbeiter, die im Autotransport beschäftigt sind, in den Streik ziehen. Vom Staat und von den Kapitalisten wurden schon Vorkehrungen getroffen, um den Eisenbahnverkehr soweit als möglich durch Automobiltransporte zu ersetzen. Das setzt die Autotransportarbeiter in eine vorzügliche strategische Lage, durch einen Streik eine Verbesserung ihrer eigenen Lohnverhältnisse zu erzwingen und zugleich ihre Solidarität mit den Eisenbahnern zu zeigen.

3. Gewerkschafts- und Arbeiterverbände in allen Orten werden von der KP. und der Roten Gewerkschaftsinternationale aufgerufen, Aktionskomitees zu bilden, um alle Streikkräfte zu verbinden, die Arbeiter der verschiedenen Eisenbahnergewerkschaften, als auch die Arbeiter der anderen Industriezweige zu vereinigen und dadurch den Streik auszudehnen und ihm eine Stütze zu verleihen. Das wird ein Werkzeug sein, das den Willen der Massen nach solidarischer Aktion zum Ausdruck bringt und das den Druck der Massen auf die diversen Führer weitergibt und den gegenwärtigen Streik zu einer großen Massenbewegung ausdehnt.

Dieser Eisenbahnerstreik ist kein vereinzeltes Ereignis. Großbritannien nähert sich einer Periode großer Aktivität der Arbeiterklasse. Es ist die zweite Welle, die der Apathie und Entmutigung durch den tragischen Verrat des „Schwarzen Freitag" im Jahre 1921 folgte. Ein über das ganze Land ausgedehnter Dockarbeiterstreik ist für den Anfang Februar zu erwarten. Die Bergarbeiter stimmten mit ungeheurer Majorität für die Beendigung ihrer Vereinbarung mit den Unternehmern. Ein Bergarbeiterstreik scheint für die nächste Zukunft als unausweichlich. Auf diese Art geraten die Massen der englischen Arbeiter in den Schlüsselindustrien, dem Eisenbahn- und Schiffstransport und im Bergbau in Bewegung und bereiten sich für gigantische Kämpfe mit ihrer Herrenklasse vor. Die Arbeiterregierung hat einen schweren Weg zu marschieren. Es wird sich bald zeigen, wie ergeben die Arbeiterführer, die das neue Kabinett bilden werden, den Interessen der Arbeiter sind.

Die zweite Welle, von der Genosse Sinoview geschrieben hat, beginnt Großbritannien zu erreichen. Die Kräfte des englischen Proletariats sammeln sich für riesenhafte Schlachten, von

denen der gegenwärtige Streik nur ein Anfang ist. Der KP. und der Roten Gewerkschaftsinternationale erwächst in England eine gewaltige Aufgabe. Sie müssen die britischen Arbeiter zur Annahme der Politik des offenen Kampfes gewinnen, sie müssen die Schranken zwischen den Fachverbänden niederreißen, sie müssen die Arbeiter für die drohenden Schlachten, die sie mit der stärksten kapitalistischen Klasse der Welt zu bestehen haben, mobilisieren.

Aus der Internationale

Der Lyoner Kongreß der KPF.

Von Jacques (Paris).

** Der letzte Kongreß der KPF. fand Mitte Oktober 1922 statt. Er zeigte, daß die Partei in drei scharf gegrenzte und sich bekämpfende Fraktionen zerfallen war. Dem IV. Weltkongreß fiel die schwere Aufgabe zu, durch die Zusammenfassung aller revolutionären Elemente der Partei und durch die Entfernung der Reformisten, Freimaurer und kleinbürgerlichen Politikanten eine Gesundung herbeizuführen.

So fällt in die Zeit zwischen dem Pariser und Lyoner Kongreß (der im 23. Januar 1924 seine Arbeit beendigte) die große Reinigung der Partei und die Frossard-Krise. Mit Frossard an der Spitze haben die Partei die Führer verlassen, die bisher konsequent die Entwicklung zu einer kommunistischen Partei sabotierten. Die Partei verlor mit ihnen einige tausend Mitglieder, sie wurde aber durch die Reinigung so stark, daß sie einige Tage nach der Spaltung die große Kampagne gegen die Ruhrbesetzung führen konnte. Sie bewies in den Konferenzen von Essen und Frankfurt, daß sie den richtigen Kontakt mit den deutschen Arbeitern gefunden hat. Sie hat den Kampf für die Amnestie so erfolgreich geführt, daß die Regierung schrittweise nachgeben mußte. Sie hat es verstanden, die Verbindungen mit den revolutionären Gewerkschaften enger zu knüpfen, sie hat die alte föderalistische Organisation der Partei in eine zentralistische umgewandelt und sie hat die Einheitsfronttaktik gut angewendet.

Der Lyoner Kongreß hatte die Bilanz der vergangenen fünfzehn Monate zu ziehen. Prinzipielle oder taktische Gegensätze waren in der Partei im Laufe dieser Zeit nicht aufgetaucht; sie ging den Weg, den ihr der IV. Weltkongreß vorzeichnete. Die Hauptaufgabe bestand nur darin, die Entgleisungen, die bei der Durchführung der verschiedenen Kampagnen oder bei der Reorganisation naturgemäß entstehen, festzustellen und für ihre Beseitigung zu sorgen. Dementsprechend nahm der Kongreß einen — im Gegensatz zu den vorhergehenden — ruhigen Verlauf. Es war der Kongreß einer Partei, die nach manchen Krisen endlich den richtigen, gesunden Weg gefunden hat.

Die erste wichtige Frage war das Verhalten der Partei bei den bevorstehenden Wahlen, wo der reaktionäre Block National gegen den kleinbürgerlichen Block der „Linken" kämpft. Die französischen Sozialdemokraten gehen natürlich mit der Bourgeoisie und bilden zusammen mit den kleinbürgerlichen Parteien den Block der „Linken". Die Kommunistische Partei schlägt ihnen eine Einheitsfront für einen Block der Arbeiter und Bauern vor. Sie macht diesen Vorschlag auf Grund eines Minimalprogramms, verlangt aber dagegen, daß die Sozialdemokraten auf jede Mitarbeit mit der Bourgeoisie verzichten und die Einheit der gespaltenen Gewerkschaften wiederherstellen helfen. Die Kommunisten bestehen aber auf den völligen Bruch mit der Bourgeoisie, den die Sozialdemokraten nie und nimmer durchführen werden, trotzdem die Losung: „Block der Arbeiter und Bauern" in ihren Reihen großen Anhang findet.

In Frankreich war die alte sozialdemokratische Partei eigentlich nur eine Wahlorganisation, der Tummelplatz von „Politicien", die die Partei nur als Sprungbrett benützten, um durch das Parlament in das Lager der Bourgeoisie hinüberzumanövrieren. Die Kommunistische Partei, um zu zeigen, daß sie auch auf diesem Gebiete mit der alten Partei gebrochen hat, beschloß auf dem Kongreß in Lyon, daß wenigstens neun Zehntel der Kandidaten Proleten oder Bauern sein müssen, die in den Betrieben oder in der Landwirtschaft arbeiten. Parteiangestellte werden nur ausnahmsweise als Kandidaten aufgestellt. So wird die KPF. die einzige Partei sein, die unter eigener proletarischer Flagge die Wahlschlacht führen wird.

Auf dem Gebiete der Gewerkschaften wurde hauptsächlich die Frage behandelt, wie die Partei am besten für die Wiedervereinigung der gespaltenen Gewerkschaften arbeiten kann. Eng damit war die Frage der Umstellung der Parteiorganisation auf die Betriebszellen verknüpft. Neben der Diskussion über den politischen Bericht nahm die Gewerkschafts- und Betriebszellenfrage die meiste Zeit des Parteitages in Anspruch.

Zur Ruhrpolitik der französischen Bourgeoisie wurden Thesen angenommen, die die Unfähigkeit der Bourgeoisie bei der Lösung der internationalen Fragen feststellt und in dem Zusammenschluß der deutschen und französischen Arbeiterschaft den Ausweg zeigt. Die Parteiorganisation betreffend, wurden außer dem Umbau der Organisationen auf Betriebszellen Maßnahmen getroffen, die den besseren Kontakt der Provinz mit der Zentrale sichern. Die Bauern- und die Kooperativfrage wurden ebenfalls behandelt.

Der Kongreß war etwas mangelhaft vorbereitet, da die Partei eben in der Woche vor dem Kongreß mit dem Vorfall in Grange-aux-Belles — wo durch die Provokation der Anarchisten zwei Arbeiter getötet wurden — sehr beschäftigt war. Ein Bericht über die internationale Lage wurde nicht gegeben, auch mußte sich die Diskussion in der Frage der inneren Situation auf die vor einem Monat gedruckten Berichte beschränken. Die Diskussion war sachlich und ernst, und speziell die jüngeren Elemente der Partei zeigten dabei, daß der Nachwuchs zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Am dritten Tage des Kongresses kam die Nachricht von dem Tode Lenins. Mit tiefer Erschütterung nahm der Kongreß Kenntnis von dem ungeheuren Verlust, den die Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen kapitalistischen Welt dadurch erlitten hatten. In den meisten Augen waren Tränen, und der Beschluß des Kongresses, Lenins Arbeit und Lehre mit noch größerer Energie weiterzuführen, war der Ausdruck der Gefühle aller Anwesenden.

Die Kommunistische Partei Frankreichs zeigte auf diesem Kongreß, daß sie sich auf dem besten Wege befindet. Ihr Kongreß war mit der Beratung über die schwierigen Tagesfragen ausgefüllt. Unsere Partei hat noch manche Mängel, sie wird noch manche Schwierigkeiten zu überwinden haben, sie entwickelt sich aber stetig und gut zur revolutionären Partei, die den französischen Kapitalismus niederringen wird.

Rote Hilfe

Ein Jahr „Rote Hilfe".

Von Ehrenfried Wagner.

** Das Zentralkomitee der Internationalen Roten Hilfe ließ sich bei seiner Tätigkeit im verflossenen Jahre ganz besonders von dem Gedanken leiten, die Tragfähigkeit der Roten Hilfsorganisation so zu gestalten, daß sie auch stärkeren Belastungsproben standhalten kann. Die zur Verfügung stehenden Geldmittel wurden mit der größtmöglichen, politisch zulässigen Sparsamkeit ausgegeben. Da die politische Entwicklung in Westeuropa gegen Ende des verflossenen Jahres auf Sturm deutete, und mit schweren opferreichen Kämpfen des Proletariats zu rechnen war, hielt es das ZK. der IRH. für notwendig und angebracht, solange es noch die Zeit erlaubte, einen größeren Reservefonds anzusammeln. Damit aber in dieser Zeit die einzelnen Länder der laufenden Unterstützungssummen für ihre Gefangenen nicht entbehren sollten, trieb das ZK. die Landeskomitees zur Entfaltung intensivster Sammeltätigkeit an. Weiterhin wurde zur Gründung neuer Landeskomitees geschritten. Es kamen im Verlaufe des letzten Jahres solche neue Komitees hinzu in Dänemark, Mexiko, Schweiz, Österreich, Tschechoslowakei, und neuerdings beginnt man damit, auch in China und in Finnland. Auf Grund dieser weitsichtigen Politik wurde das ZK. nicht nur instand gesetzt, ihren laufenden Verpflichtungen nachzukommen, sondern es gelang ihr auch, einen größeren Reservefonds aufzuspeichern.

Es war gut, daß das ZK., getreu den Worten Lenins, bei der großen Offensive des westlichen Proletariats zugleich auch an die organisatorischen Notwendigkeiten eines Rückzuges dachte. Die Kämpfe in Bulgarien, in Polen und in Deutschland brachten dem Proletariat nicht die erwünschten Erfolge. Sie endeten überall für das Proletariat mit schweren und großen Opfern. An die Rote Hilfe wurden die größten Anforderungen gestellt. Zu den laufenden Unterstützungen kamen solche außerordentlicher Art hinzu. Es galt also, Tausende von Witwen und Waisen zu unterstützen. Dadurch sah sich das ZK. vor einen erweiterten Aufgabenkreis gestellt.

Während bisher nur eine verhältnismäßig kleine Zahl politischer Gefangener und ihre Angehörigen durch laufende Geldbeträge zu unterstützen waren, mußte jetzt eine den neuen Aufgaben entsprechende neue Art der Hilfe aufgebaut werden. Das war die Versorgung der Revolutionswaisen, das sind die Kinder, deren Väter oder Mütter im Straßenkampf gefallen waren. Wie schnell auch schon die eben erst gebildeten Landeskomitees ihre Aufgaben nicht nur begriffen hatten, sondern sich ihnen auch gewachsen zeigten, bewiesen gerade in dieser Kinderfürsorge die Komitees in Österreich und in der Schweiz. Österreich realisierte zuerst den Gedanken der Unterstützung von Revolutionswaisen, und die Schweiz brachte es fertig, in sehr kurzer Zeit für 100 Kinder Aufenthaltsmöglichkeit zu schaffen. Neben dieser Versorgung deutscher Kinder ging man in der Schweiz an die Errichtung eines Kinderheimes für die Kinder italienischer und bulgarischer Opfer. In Deutschland selbst besitzt die Rote Hilfe zwei Kinderheime, die Errichtung eines dritten wird geplant. Neben der Erledigung dieser neuen äußerst wichtigen Aufgabe der Kinderversorgung blieb die andere der Unterstützung der Gefangenen selbst nach wie vor akut. In Bulgarien und in Deutschland war die Zahl der Gefangenen auf 10.000 angewachsen. Wenn sich auch in Bulgarien am Ausgang des Jahres die Zahl der Gefangenen etwas reduziert hat, so wuchs und wächst diese in Deutschland täglich. Diese Gefangenen kamen aus allen Parteilagern: Anarchisten, Kommunisten ebenso wie Sozialisten und revolutionäre Bürgerliche. Bei den Sammlungen wurde daher auch nach wie vor der größte Nachdruck darauf gelegt, daß die Rote Hilfe, unbekümmert um die Parteizugehörigkeit, alle proletarischen Opfer des Klassenkampfes zu unterstützen habe. So schlossen sich auch den Landesorganisationen der Roten Hilfe die verschiedensten Arbeiterparteien, Gewerkschaften, Genossenschaften sowie Arbeitergesang- und Sportvereine an. Gerade die letzteren waren es, die zugunsten der Revolutionsopfer Konzerte und Sportfeste veranstalteten, deren Reinerträge der Roten Hilfe zuflossen.

Zur Mobilisierung weiterer Hilfskräfte und zur intensiveren propagandistischen Bearbeitung der Massen hatte das ZK. am Ende des Jahres eine rege Pressekampagne entfaltet. Zu diesem Zwecke war ein regelrechter „Zeitungsdienst" eingerichtet, der die gesamte Presse des Auslandes mit Notizen und Propagandamaterial versorgte. Dadurch gelang es, die Arbeiterpresse für die Tätigkeit der Roten Hilfe dauernd auf dem laufenden zu halten und durch Aufrufe die Massen propagandistisch zu bearbeiten und dadurch die Arbeiten der Organisationen wesentlich zu unterstützen. Wenn auch dieser Zeitungsdienst sich heute noch in den zartesten Anfängen bewegt und mit dem bescheidensten Apparat arbeitet, so ist es heute doch schon gelungen, daß in den bedeutendsten Ländern des Auslandes das Propagandamaterial der Roten Hilfe zur Verbreitung kommt.

Welche Anforderungen im Verlaufe des verflossenen Jahres an die Internationale Rote Hilfe gestellt wurden, geht bis zu einem gewissen Grade aus den finanziellen Leistungen hervor, die die IRH. in dieser Zeit erfüllt hat. In der Zeit von März 1923 bis Januar 1924 bewilligte das Zentralkomitee der Internationalen Roten Hilfe zur Unterstützung der politischen Gefangenen die Gesamtsumme von 95.665 Dollars und 3000 Francs. Auf die einzelnen Länder entfallen folgende Summen: **Deutschland** 41.400 Dollar und 3000 Francs, **Österreich** 650 Dollar, **Italien** 8000 Dollar, **Polen** 900 Dollar, **Litauen** 1450 Dollar, **Lettland** 540 Dollar, **Estland** 625 Dollar, **Rumänien** 2250 Dollar, **Finnland** 1000 Dollar, **Jugoslawien** 750 Dollar, **Türkei** 250 Dollar, **China** 1250 Dollar, **Japan** 5000 Dollar und **Bulgarien** 23.500 Dollar. So bedeutend diese Summen auch erscheinen mögen, stellen sie doch nur eine ganz bescheidene Hilfe dar gegenüber der tatsächlichen Not der Gefangenen und ihrer Angehörigen. Die gewährten Unterstützungssätze reichen gerade aus, daß die Gefangenen nicht zu verhungern brauchen und ihre Angehörigen nicht der Straße preisgegeben sind. Aber selbst um diese bescheidenen Sätze auch weiterhin zahlen und darüber hinaus noch eine wirksamere Hilfe geben zu können, sind die größten Anstrengungen des internationalen Proletariats notwendig. Das Zentralkomitee wird den Ausbau der Organisationen fortsetzen und alle Länder der Welt in ihren Apparat der revolutionären Solidarität einspannen müssen. Zu diesem Zwecke und um Heerschau über die gegenwärtigen vorhandenen Kräfte halten zu können, wird das Zentralkomitee schon in nächster Zeit zu einem internationalen Kongreß der Roten Hilfe aufrufen. Durch die Erfahrungen des letzten Jahres wesentlich gefestigt, wird aber auch im neuen Arbeitsjahr die Internationale Rote Hilfe im Kampfe gegen die Weltreaktion weiterhin treu auf der Wacht stehen!

Faschismus

Der Faschismus in Polen.

Von L. Domski (Warschau).

** Polen bietet gegenwärtig ein spaßiges Schauspiel, das sehr an den Ausgang des Hitlerschen Putsches in München erinnert. Am 13. Januar nachts wurden eine Anzahl von Faschisten verhaftet, die unter der Firma der „Bereitschaft der polnischen Patrioten" (PPP.) halb illegal ihr Unwesen getrieben haben. Die Polizei, die diese Achtgroschenjungen verhaftet hat, hat selbst sehr wenig Freude an ihrer Heldentat: denn die Verzweigungen der polnischen schwarzen Hundertschaften reichen so weit und vor allem so hoch, daß die Staatsanwaltschaft gegen eine ganze Anzahl von Zeitungen Strafverfahren anhängig gemacht hat wegen der „Mitteilungen über das schwebende Verfahren gegen die PPP.". Während der schwebenden Verfahren gegen die Kommunisten ist man viel weniger delikat.

Die PPP. ist nicht die einzige faschistische Organisation in Polen. Es gibt deren mehrere. Wir besitzen die „**nationale Volkswehr**", den „**Faschistenorden**", den „**Orden der Gesetzesritter**", die „**Technische Nothilfe**" (SSS.), die „**Legion für Schutz der Verfassung**" usw. Aber die PPP. ist die bedeutendste aller illegalen faschistischen Organisationen. Sie äffte die bekannte amerikanische Ku-Klux-Klan-Organisation nach, indem sie die Mitgliederaufnahme, die Sitzungen und Gottesdienste (!) mit geheimnisvollem Zeremoniell umgab. Die Sitzungen und die Vereidigung neuer Mitglieder fanden in den Kellern einer Warschauer Kirche statt, den Eid nahmen Pfaffen ab, die sich an der Tätigkeit der Organisation stark beteiligten (man findet unter ihnen bekannte Namen, wie **Oraczewski, Godlewski** u. a.).

Das Programm dieser Organisation ist wahrlich unzweideutig. Sie beabsichtigt die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechtes. Nur gebildete Menschen dürfen Wahlrecht haben. Dann müssen die Streiks bekämpft und alle Kommunisten, Sozialisten und Juden unschädlich gemacht werden. Den Juden muß das Wahlrecht entzogen werden.

Die Organisation war illegal und sehr konspirativ. Die Teilnehmer waren nur unter Spitznamen bekannt. Nach der Bildung der Witos-Regierung mit Beteiligung der Nationaldemokratischen Rechten machte die Organisation Miene, sich legalisieren zu wollen.

Natürlich stehen die Faschisten den regierenden Herren von der Schwerindustrie und vom Großgrundbesitz nahe — so verhandelten sie mit dem Kriegsminister **Szeptycki** und dem Unterrichtsminister **Glombinski**. Aber sie wollten ihre oganisatorische Selbständigkeit bewahren. Wie Hitler in Deutschland, finden sie die großbürgerlichen Parteien zu opportunistisch. Man sollte ganz anders zupacken, alle „Linken" aus den Staatsämtern verjagen, mit Pilsudski, mit der PPS., mit den nationalen Minderheitsparteien gründlich aufräumen.

Es ist nur natürlich, daß auch in Polen die örtlichen Kahrs mit den örtlichen Hitlers nicht gerade im besten Einvernehmen leben. Die Nationaldemokraten versuchten sogar einmal, die PPP. als eine gefährliche linksstehende Organisation, die Pilsudski nahesteht, zu denunzieren. Sie mußten dann diese „Verleumdungen" zurücknehmen und die nationale Zuverlässigkeit der PPP. anerkennen. Jetzt, nach der Verhaftung der Ku-Klux-Klan-Leute munkeln die Nationaldemokraten etwas wie: „wir haben es ja gesagt". Aber sie sprechen es nicht laut aus; denn die Faschisten haben allzu starke Verbindungen.

Die Untersuchung hat gezeigt, daß ein ganzer Plan eines bewaffneten Rechtsumsturzes vorlag. Die Verschwörer waren sowohl über die Organisation der Polizei und der Behörden wie über die Geheimnisse der Armeeorganisation ausgezeichnet unterrichtet. Sie hatten so gut eingeführte Leute unter sich, wie den Polizeikommissär **Gostynski**, den General **Wroczynski** usw. Sie hatten eine Unmenge von Polizeispitzeln. Für den Fall der Machteroberung besassen sie fertige Kandidatenlisten für die Besetzung aller wichtigeren Ämter sowohl in der Hauptstadt wie auch in der Provinz.

Durch die Verhaftungen unter den „polnischen Patrioten" hat sich gezeigt, daß die Kämpfe der Parteien im Parlament keineswegs den Hauptinhalt des politischen Lebens Polens bilden. Wie überall, sind hier außerparlamentarische und antiparlamentarische Kräfte tätig. Auf einer Seite die illegalen Kommunisten, andererseits die illegalen Faschisten. Und auch die „Linke" hat ihre Kampfverbände, wie die Schützenvereine und

die Polnische Freiheitsorganisation, in denen sich die Anhänger Pilsudskis sammeln, die aber, wie die Rechtspresse immer wieder hervorhebt, stark mit den Anhängern des Kommunismus durchsetzt sind. So ist in Polen wie in Deutschland der politische Boden vom Bürgerkrieg unterminiert. Es ist klar, daß nicht die „Linke" es sein wird, die die Signale zum Bürgerkrieg geben wird. Dazu hatte sie schon ganz andere Anlässe und Gelegenheiten, ohne es zu wagen, sie auszunützen. Während der Zeit, da Pilsudski Präsident war, hat die Linke umfassende Möglichkeiten, sie wurde aber durch den parlamentarischen Kretinismus machtlos gemacht. Die Ausschaltung Pilsudskis, der Mord am Narutowicz konnten die Linken nicht zum Kampfe anfeuern. Während der Krakauer Novemberereignisse, die zeigten, daß in der Armee die Erinnerungen an Pilsudski und die linken Sympathien stark sind, wußten die Sozialisten nur zu vermitteln und zu beruhigen. Jetzt, auf dem letzten PPS.-Kongreß warnten die Führer der Partei ihre Genossen, sich auf die Diktatur Pilsudski einzuschwören. „Er ist nicht unser Mann" — erklärten sie der erstaunten Menge; nur weil sie fürchteten, in ein ungewisses Abenteuer mit möglichen revolutionären Verwicklungen hineingezogen zu werden.

Es ist ausgeschlossen, daß die Rechte ihre Faschisten opfert: die Faschisten werden heil davonkommen. Bei der unter den jetzigen Umständen unvermeidlichen neuen Massenstreikwelle in Polen wird die Bourgeoisie auf ihre Dienste nicht verzichten können. Und vielleicht wird der Diener dann die Gelegenheit nicht versäumen, sich zum Herren aufzuschwingen.

Buchbesprechungen

Bulletin der Balkanföderation*).

Von A. Neurath (Prag).

** Mit Recht wird die Balkanhalbinsel als der fortglimmende Herd bezeichnet, an dem sich immer und immer wieder gewaltige Brände entzünden können. Dem Weltkrieg gingen jene Konflikte zwischen Österreich und Serbien voraus, an denen alle Großmächte beteiligt waren und die schließlich zu der großen Katastrophe führten. Obwohl die Türkei nach dem Krieg aus Europa entfernt worden ist, bleibt der Balkan nach wie vor jener gefährliche Boden, auf dem soviel Explosionsstoff erzeugt wird als nötig ist, um die ganze Welt noch einmal in Brand zu stecken.

Im Kampfe um die Beherrschung des Balkans sind Deutschland und Österreich gegenwärtig ausgeschaltet. Um so heftiger ringen England und Frankreich um den entscheidenden Einfluß auf jenes Gebiet. Das bedeutendste Gebiet auf dem Balkan ist wegen seiner geographischen Lage Mazedonien. Mazedonien ist fast von allen Nationen des Balkans bewohnt, und zwar in einem solchen Verhältnis, daß keine Nation über die Mehrheit verfügt. Dieser Umstand hatte es den Großmächten schon früher erleichtert, die kleinen Balkanstaaten und die Mazedonien bewohnenden Nationen gegeneinander zu verhetzen. Mit ganz außergewöhnlicher Geschicklichkeit hat sich das frühere zaristische Rußland in dieser Hinsicht betätigt. Das zaristische Rußland ist vernichtet, die Bauern und Arbeiter Rußlands haben die politische Macht ergriffen und den arbeitenden Klassen aller Balkanländer die Hand zu einem Freundschaftsbund geboten, der sich gegen die Bourgeoisie aller Klein- und Großmächte richten soll. Der Kampf zwischen England und Frankreich geht — wie schon seit vielen Jahren — um die Beherrschung der Meerengen. Wie immer sich diese Großmächte zu den Balkanländern verhalten, ihr letztes Ziel besteht in der uneingeschränkten Beherrschung der Meerengen.

Die Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands rufen die Bauernmassen der Balkanstaaten auf zum Kampfe zunächst gegen die eigene Bourgeoisie. Nach dem Siege der Unterdrückten und Ausgebeuteten der Balkanstaaten über ihre Ausbeuter wird die Schaffung einer republikanischen Balkanföderation möglich sein, die, gestützt auf die Freundschaft des gewaltigen russischen Arbeiter- und Bauernstaates, die Kraft haben wird, alle frechen imperialistischen Ansprüche der kapitalistischen Großmächte abzuweisen.

Im Sinne dieser Politik wirken vor allem die Sektionen der Kommunistischen Internationale auf dem Balkan. Im wesentlichen sind es gemeinsame wirtschaftliche und politische Aufgaben, die den arbeitenden Massen der Balkanstaaten gestellt sind. Der nationalen Verhetzung kann nur die KP. entgegenwirken. Aus diesem Grunde wurden die Balkansektionen der Komintern in einer höheren Einheit (Balkanföderation) zusammengefaßt. Die Kommunistischen Parteien des Balkans stehen tatsächlich vor den schwierigsten und kompliziertesten Aufgaben. In erster Linie widmen sich dort die kommunistischen Parteien den Problemen der Nationalitäten- und der Agrarfrage.

Die möglichst genaue Kenntnis der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Balkans ist natürlich nicht nur für die Arbeiter und Bauern der Balkanstaaten, sondern auch für das Proletariat aller kapitalistischen Staaten, besonders aber der europäischen Staaten außerordentlich wichtig. Das hat schon die II. Internationale erkannt, und sie hat sich während der beiden Balkankriege bemüht, einiges Material über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der Balkanländer zu verbreiten. Diese notwendige Aufklärung ist heute dringender geworden denn je. Wir müssen bedenken, daß der Balkan vor allem von Kleinbauern bevölkert ist. Ungefähr 80 bis 85% der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig. Nur in einigen Balkanstaaten gibt es einigermaßen entwickelte Industrien, wie zum Beispiel in Jugoslawien, und da vor allem wieder in Kroatien, und ferner in Rumänien. Außerdem spielt in den kleinen Städten das Handwerkertum eine nicht geringere Rolle als das Industrieproletariat. Die KP. eines Balkanstaates muß es also verstehen, möglichst großen Einfluß auf solche Arbeitermassen zu gewinnen, die sich noch wenig von ihrer kleinbürgerlichen Ideologie freimachen konnten und infolgedessen vor allem der nationalistischen Verhetzung nicht unzugänglich sind. Die größte Aufmerksamkeit muß die KP. dem Agrarproblem zuwenden. In jedem Balkanstaat verstehen es die Großgrundbesitzer, die kleinen Bauern für sich zu gewinnen, sie für ihre Interessen auszunützen. Das gilt ganz besonders für Jugoslawien. Der Kampf der Radic-Partei gegen die serbische Regierung, das heißt gegen die serbische Bourgeoisie, ist vor allem ein Kampf zwischen zwei gewaltigen Gruppen von Ausbeutern innerhalb des jugoslawischen Königreichs. Tatsächlich ist es der Radic-Partei gelungen, großen Einfluß auf die kleinbäuerlichen Massen zu gewinnen und deren ökonomische Kraft gegen die serbische Bourgeoisie auszuspielen.

Da ist es nun die Aufgabe der KP., die Bauernmassen loszulösen von der Bourgeoisie, sie zu verbünden mit dem Industrieproletariat, sie über die nationale Frage und die Bodenverteilung usw. aufzuklären. Besonders wichtig ist die Aufgabe der Balkanföderation, die Bauern und Arbeiter der verschiedenen Balkanstaaten einander näherzubringen, ihnen das Verständnis der Verhältnisse in den einzelnen Balkangebieten zu erleichtern und so allmählich die große, das ganze Balkangebiet umfassende Einheitsfront der Arbeiter und Bauern herzustellen. Diese Aufgabe, die ihre Bedeutung nicht nur für das Balkanproletariat, sondern für die gesamte internationale Arbeiterschaft hat, wird dadurch außerordentlich gefördert, daß die Balkanföderation seit dem 15. Januar ein Bulletin herausgibt, das vor allem als Informationsorgan gedacht ist und in dem auch zu den schwierigsten Problemen der Balkanpolitik (Nationalitätenfrage und Agrarproblem) in Aufsätzen und Resolutionen der Balkanföderation Stellung genommen wird. Diese Zeitschrift verdient die größte Aufmerksamkeit der Vertrauenspersonen der europäischen Sektionen in der Kommunistischen Internationale. In dem ersten Heft, das vor uns liegt, werden die Beschlüsse der Balkanföderation in der bulgarischen, rumänischen und griechischen Frage veröffentlicht. Außerdem enthält die Nummer Aufsätze über die Nationalitätenfrage und das Agrarproblem sowie über die Gewerkschaftsfrage und ferner Aufsätze über die mazedonische, thrazische Frage und die Frage der faschistischen Bewegung.

*) Das Bulletin der Balkanföderation erscheint einmal monatlich. Preis pro Exemplar Kö 3000. Bestellungen oder Sendungen sind zu richten an: Josef Grün, Wien, IX., Liechtensteinstraße 117.

Zur Beachtung!

In der Nr. 185 vom 28. Dezember v. J. veröffentlichten wir einen kurzen Bericht über den Vortrag des Genossen D. B. Rjasanow „Über den literarischen Nachlaß von Marx und Engels". Der Artikel, wie uns Genosse Rjasanow selbst mitteilt, enthält mehrere Ungenauigkeiten sowohl was die neuen Funde im Nachlasse, wie auch was den Charakter der Verhandlungen Riasanows mit Bernstein und mit dem Zentralvorstande der VSPD. betrifft. Der vollständige Text des Vortrages, den Genosse Riasanow nach seiner Rückkehr in der Moskauer „Sozialistischen Akademie" hielt, wird in der nächsten Nummer der „Kommunistischen Internationale" veröffentlicht werden.

Die Redaktion.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Kreibich: Der französisch-tschechoslowakische Vertrag.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 15. 1. Februar | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Der Tod Lenins und die Aufgaben seiner Schüler. Von Sinowjew 159

Politik.

Der französisch-tschechoslowakische Vertrag. Von Kreibich 161

Die Parlamentswahlen in Italien. Von Grieco . . . 161

Wirtschaft.

Der Niedergang des belgischen Franken. Von D. P. . . 163

Die Petroleumrevolution in Mexiko. Von Ferid . . . 164

Arbeiterbewegung.

Streikbewegungen in England. Von Murphy 164

Aus der Internationale.

Ein Tagblatt in englischer Sprache in Amerika. Von Amter 166

Buchbesprechungen:

„Russische Erzählungen" 166

Der Tod Lenins und die Aufgaben seiner Schüler.

Von G. Sinowjew.

** Kann man sich einen Menschen vorstellen, der irgendeinmal Wladimir Iljitsch sprechen gehört hat und es vergessen hätte? Und Hunderttausende, wenn nicht Millionen, haben seine lebendige Sprache gehört. Jedem, der das Glück hatte, Wladimir Iljitsch sprechen zu hören, gab Genosse Lenin gleichsam einen Teil seiner selbst hin. Wo sich heute auch diese Hunderttausende und Millionen befinden mögen, die Lenin oder nur über Lenin sprechen hörten, wie sehr sie auch über die ganze Welt zerstreut sein mögen — wohl alle von ihnen sind erfüllt von dem feierlichen Gefühl der tiefsten seelischen Dankbarkeit an Wladimir Iljitsch, denken heute an ihn, der mit einer unerhörten Kraft, wie noch niemand bisher, die Herzen aller um eine bessere Zukunft der Menschheit Kämpfenden ergriff. In der ganzen Welt, in allen Sprachen wird heute von Millionen und aber Millionen Werktätiger ein Name wiederholt: Lenin.

Jeder, der Lenin kannte, der Lenin sprechen hörte, muß sich heute dem Gefühl einer persönlichen Dankbarkeit jenem Menschen gegenüber hingeben, der die Idee der Arbeiterklasse auf eine so unantastbare Höhe erhob, der die Menschheit um einen ganzen Kopf größer machte. Mit um so größerer Kraft strebt dieses Gefühl in uns Mitgliedern jener Partei empor, die vom Genius Wladimir Iljitschs geschaffen wurde, in jenen Schülern Wladimir Iljitschs, die zwanzig Jahre lang und noch länger an seiner Seite arbeiteten, den Kummer der Niederlagen und die Freude der Siege mit ihm teilten, die von ihm lernten und ihn nicht nur als genialen Führer, sondern auch als Menschen und Lehrer kannten und verehrten.

Am 14. März 1883, am Todestage von Karl Marx, schrieb Engels an Sorge, den alten Freund von Marx, folgendes:

„Alle mit Naturnotwendigkeit eintretenden Ereignisse tragen ihren Trost in sich, sie mögen noch so furchtbar sein. So auch hier. Die Kunst der Ärzte hätte ihm vielleicht noch auf einige Jahre eine vegetierende Existenz sichern können, das Leben eines hilflosen, von den Ärzten zum Triumph ihrer Künste nicht plötzlich, sondern zollweise absterbenden Wesens. Das aber hätte unser Marx nie ausgehalten. Zu leben mit den vielen unvollendeten Arbeiten vor sich, mit den Tantalusgelüsten, sie zu vollenden und der Unmöglichkeit, es zu tun — das wäre ihm tausendmal bitterer gewesen als der sanfte Tod, der ihn ereilte. Und nach dem, was vorangegangen und was selbst die Doktoren nicht so gut kennen wie ich, war meiner Ansicht nach nur diese Wahl."

Heute, wo das kaum getrocknete Protokoll über die ärztliche Obduktion Wladimir Iljitschs vor uns liegt, müssen auch wir diese Engelsschen Worte bei Genossen Lenin anwenden. Die hartnäckige Sklerose, das Resultat einer übermenschlichen Kräfteanstrengung bei einer unerträglich schweren Geistesarbeit, hat die Lage Wladimir Iljitschs schon vor jenem Schlag, der am 21. Januar erfolgte und zur Katastrophe führte, hoffnungslos gestaltet. Lenin, der Fähigkeit beraubt, zu sprechen, zu schreiben, Revolutionäre in den Kampf zu führen, zu arbeiten und wieder zu arbeiten! — kann man sich denn größere Qualen dieser Rebellennatur, dieses Verschwörers aller Verschwörer, dieses Denkers aller Denker vorstellen?

Aber Hand aufs Herz! Möge jeder in sich die Gefühle durchleben, die der Tod von Wladimir Iljitsch in uns erweckt. Wollen wir aber schon jetzt mit der ganzen Kaltblütigkeit und Ruhe, die wir von Wladimir Iljitsch gelernt haben, versuchen,

uns über die Aufgaben klar zu werden, vor die die Schüler Lenins durch seinen Tod gestellt wurden.

Bis zur letzten Zeit noch hat keiner von uns, keiner aus unserer Partei die Hoffnung aufgegeben, daß Wladimir Iljitsch noch zur Arbeit zurückkehren wird. Wir glaubten an ein Wunder: es ist ja Lenin zehn- und hundertmal scheinbar Unmögliches gelungen! Jetzt ist es damit zu Ende. Die Partei muß ohne Lenin arbeiten.

„Die Bewegung des Proletariats geht ihren Gang weiter, aber der Zentralpunkt ist dahin, zu dem Franzosen, Russen, Amerikaner, Deutsche in entscheidenden Augenblicken sich von selbst wandten, um jedesmal den klaren, unwiderstehlichen Rat zu erhalten, den nur das Genie und die vollendete Sachkenntnis geben konnte."

So schrieb Engels am Todestage von Karl Marx.

Uns alle übermannt heute dieses Gefühl der Verwaistheit.

Die Aufgaben, vor denen die Marxisten im Jahre 1883 — nach dem Tode von Karl Marx — standen, waren schwer und kompliziert, aber wie vielfach schwerer und komplizierter sind jene Aufgaben, vor denen wir Marxisten und Lenin-Schüler im Jahre 1924 stehen, da uns Genosse Lenin verließ?

Nach dem Tode Marx' standen die Marxisten in erster Linie vor theoretischen Aufgaben. Die internationale Arbeiterbewegung befand sich in einer Epoche tiefer Ziellosigkeit. Die erste Internationale war zerfallen, die zweite konnte noch nicht entstehen. Die französische Arbeiterbewegung — und nicht nur sie allein — konnte sich nach der schweren Niederlage der Pariser Kommune im Jahre 1871 noch immer nicht aufrichten. Die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung begann sich eben erst zu entfalten. Die Hauptaufgabe bestand darin, daß die große theoretische Erbschaft von Marx der breiten Arbeiterbewegung zum Vermögen gemacht werde.

Die Aufgabe der Marxisten und Leninisten ist heute viel komplizierter und verantwortungsvoller. Die internationale proletarische Revolution hat begonnen. Sie errang ihre ersten Siege in einem der größten Länder der Welt. Zur gleichen Zeit stehen aber noch alle Schwierigkeiten des großen Kampfes um die Verwirklichung der proletarischen Diktatur in internationalem Maßstabe vor uns. Die Zweite Internationale trägt ihre giftigen Miasmen noch immer in die internationale Arbeiterbewegung. Die Aufgaben der von Wladimir Iljitsch geschaffenen Kommunistischen Internationale werden mit jedem Tage schwerer. Der Weg wird immer schwieriger und gewundener. Das auf seinen Sieg zuschreitende internationale Proletariat wird in Gestalt seiner einzelnen Truppen nicht nur ein- oder zweimal den Weg verlieren und mit blutigem Kopfe neue Wege suchen. Zertrümmert durch den ersten imperialistischen Weltkrieg, gekreuzigt und betrogen von den Pseudoführern der Zweiten Internationale, erholte sich das internationale Proletariat noch immer nicht von dem entsetzlichen Gefühle der Weglosigkeit. Die Marxisten und Leninisten, die jetzt die internationale Arbeiterbewegung ohne unsereren unvergleichlichen Lehrer und Führer zu führen haben, stehen vor dem unentdeckten Lande der schwierigsten — nicht nur theoretischen, sondern auch praktischen — politischen Arbeit.

Die **erste Aufgabe** der Lenin-Schüler in **Rußland** besteht darin, in Abwesenheit Lenins vor allen Dingen die Grundidee des Leninismus, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft zu befestigen. Die grundlegende und wichtigste Aufgabe der RKP. nach dem Tode Lenins besteht vor allem darin. Durch unsere Arbeit müssen wir erreichen, daß in der kürzesten Zeit Millionen und aber Millionen russischer Bauern wohl begreifen: **Lenin ist gestorben, aber die Leninsche Partei wird in dieser Frage, die das Geschick der ganzen russischen Revolution bestimmt, die bisherige Politik mit einer noch größeren Energie fortführen.** Wir wollen erreichen, daß es in kürzester Zeit unter den aktiven Schichten der Bauernschaft keinen einzigen Menschen gibt, der es nicht wüßte, daß die Partei der Bolschewiki, ebenso wie vordem und mit einer noch größeren Kraft, die Politik des unauflöslichen Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft fortsetzt.

Die **zweite Aufgabe** der RKP. besteht in einem noch stärkeren Ausbau der **Verbindung der Partei mit den parteilosen Arbeitermassen.** Der Tod Lenins hat nicht nur den kommunistischen, sondern auch den parteilosen Arbeiter aufs tiefste erschüttert. Wenn wir die Gebote Wladimir Iljitschs erfüllen wollen, dann müssen wir in der Weise arbeiten, daß in einer kurzen Zeit Millionen und aber Millionen parteiloser Arbeiter unserer Union begreifen: **Lenin ist zwar gestorben, aber die von ihm geschaffene Partei wird das Leninsche Vermächtnis nicht vergeuden, sondern sie wird verstehen, den Kontakt der kommunistischen Vorhut mit der ganzen Masse der parteilosen Arbeiter aufrechtzuerhalten;** sie wird mit dem Leninschen Pflug den Boden immer tiefer und tiefer aufzureißen, das Niveau der parteilosen Arbeiter emporzuheben, jeden Arbeiter, in dem nur ein Fünkchen Begabung lebt, zu unterstützen wissen; sie wird der vielmillionenköpfigen Arbeitermasse zum Lernen und nochmals zum Lernen, zur Hebung ihres Kulturniveaus und zur Teilnahme am sozialistischen Aufbau verhelfen.

Die **dritte Aufgabe**, vor der die Schüler Lenins stehen, besteht darin, **die Einheit der durch Wladimir Iljitsch geschaffenen Partei um jeden Preis zu bewahren.** Das Größte, das der Genius des Genossen Lenin geschaffen hat, ist die Russische Kommunistische Partei. Das Beste, das Wladimir Iljitsch besaß, gab er seiner Partei hin. Mit seinem Herzblut schweißte er sie zusammen. Unsere Partei dachte sich Wladimir Iljitsch immer als eine Partei aus einem Guß, als eine aus einem Stück geformte Organisation, die alles in sich zusammenzufügen versteht, was in der ganzen Arbeiterklasse Kräftiges ist. In diesem Sinne ist die Erbschaft, die uns Wladimir Iljitsch Lenin hinterlassen hat, unvergleichlich wertvoller als selbst jene Erbschaft, die Marx den Marxisten im Jahre 1883 nach seinem Tode hinterließ. Die Russische Kommunistische Partei war und bleibt die Vorhut, das Haupt, die kollektive Führerin der Arbeiterklasse. Diese Aufgabe kann unsere Partei selbstverständlich nur dann erfüllen, wenn sie ihre Einheit bewahrt. Noch viel schärfer als bisher wird die ganze Partei wie ein Mann auf jeden Versuch reagieren, die Reihen der Partei zu zersetzen.

Unsere **vierte Aufgabe** besteht darin, die Partei des **kämpfenden** Bolschewismus zu bleiben. Durch das bunte Getriebe der neuen Wirtschaftspolitik, durch die Schwierigkeiten der Übergangsperiode muß die Partei in der Einkreisung der Feinde manövrieren, wenn es nötig ist, sich zurückziehen, um morgen besser angreifen zu können. Sie muß die Partei des **kämpfenden** Bolschewismus bleiben, so wie sie Genosse Lenin geschaffen hat. Die Vorbedingung dazu ist: Alle Gefahren der Epoche der neuen Wirschaftspolitik klar zu sehen, die Augen vor der wirklich bestehenden Gefahr der Entartung nicht zu schließen und den entschiedensten Kampf gegen die Verfälschungen des Leninismus und gegen die Rückfälle in die kleinbürgerlichen Anschauungen, wo immer sie auch herkommen mögen, aufzunehmen.

Denken wir an die ersten Tage im Smolny, nach dem großen Oktoberumsturz. Hunderte und Tausende von Soldaten aus den Schützengräben, kummervolle, vernachlässigte Bauern in Soldatenmonturen, strömten in den Smolny, um Lenin zu sehen, mit ihm einige Worte zu wechseln, ihn darüber zu befragen, was mit Rußland geschehen, was mit uns allen sein werde. Tausende und aber Tausende dieser Bauernsoldaten blickten erwartungsvoll in die Augen Wladimir Iljitschs. Mit dem tiefen Gefühl der Volksmassen errieten sie schon, daß er zum neuen Führer Rußlands auserwählt ist. Einige dieser Soldaten haben den Genossen Lenin im wahren Sinne des Wortes geprüft. Was bist du für ein Mensch? Wirst du uns zum Siege, ins neue Leben führen können? Jetzt, wo dieser Riese vom erbarmungslosen Tod hinweggerafft ist, blicken die Arbeiter und Bauern ebenso erwartungsvoll und fragend **auf unsere ganze Partei**, die vom Genossen Lenin geschaffen wurde. Der Arbeiter und der Bauer fragen unsere Partei: Werdet Ihr uns denn auch jetzt zum Siege führen, wo Lenin nicht mehr lebt?

Wir müssen so arbeiten, daß wir sowohl der Arbeiterklasse wie der Bauernschaft mit vollem Recht antworten können: **Ja, wir führen Euch zum Siege!** Die Partei, die vom Genossen Lenin geformt wurde, **wird die Aufgaben erfüllen können**, vor die uns die große historische Epoche stellt.

Die russischen Schüler Lenins, die Schüler Lenins in der Kommunistischen Internationale und in der ganzen Welt stehen vor einer unermeßlich wichtigen, großartigen Aufgabe. Die wichtigste Erbschaft, die uns unser verstorbener Lehrer hinterlassen hat, ist erstens die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und zweitens die Kommunistische Internationale und ihre Vorhut, die Kommunistische Partei Rußlands.

Im Bewußtsein der unermeßlichen Wichtigkeit unserer Aufgaben, die wir von nun an auf Grund unserer kollektiven Erfahrungen ohne die genialen Ratschläge Wladimir Iljitschs zu erfüllen haben werden, müssen wir um jeden Preis noch mehr zusammenhalten und eine noch enger zusammengeschlossene Familie bilden. Der Tod Lenins muß das Signal zum brüderlichen Zusammenschluß aller wirklicher Schüler Lenins sein. Wir werden entschlossen bleiben, so zu arbeiten, daß wir alle zusammen, wenn auch in geringem Maße, Lenin ersetzen. Mögen wir sein großes Werk mit seiner Hingabe, seiner Vorsicht, seiner Ruhe, seiner Energie und seinem Mut, mit seiner Liebe zur Sache, und — wenn auch in geringerem Maße — mit seinem weiten Blick fortsetzen.

Politik

Der französisch-tschechoslowakische Vertrag.

Herr Benesch auf schiefer Bahn.

Von Karl Kreibich (Prag).

** „Die Entscheidung drängt, und es naht der Augenblick, wo Frankreich seinem tschechoslowakischen Verbündeten kein Schwanken und keine Extrawurst mehr erlauben kann." So schrieben wir in einer längeren Betrachtung über die äußere Politik der Tschechoslowakei im August v. J.*) Der Augenblick ist sehr rasch gekommen, und zwar mit dem Siege Frankreichs an der Ruhr und dem Zerfall der Entente. Der Vertrag, den Benesch am 25. Januar in Paris unterzeichnet hat, ist der Anfang vom Ende der Politik, die Masaryk und Benesch fünf Jahre lang verfolgt haben. Es zeigt sich, daß der überschwenglich festliche und feierliche Empfang Masaryks in Paris ein Begräbnis erster Klasse war.

Herr Benesch hat durch seine Presse schwören lassen, daß der Vertrag, den er mit Poincaré abgeschlossen hat, gar nichts Neues, daß er nur etwas Selbstverständliches und die Bestätigung und vertragliche Festlegung eines längst bestehenden Zustandes sei. Diese Darstellung wird hinfällig, wenn man nur die Frage stellt, wieso ein so selbstverständlicher Zustand überhaupt erst vertraglich festgelegt werden muß und, wenn diese Festlegung als selbstverständlich und notwendig hingestellt wird, warum dies erst jetzt, und gerade jetzt geschehen mußte, wo der imperialistische Sinn der französischen Außenpolitik aller Welt so sinnfällig geworden ist und die Entente allgemein totgesagt wird. Der tschechoslowakisch-französische Vertrag ist auch in unseren Augen etwas Selbstverständliches und Natürliches, aber in dem Sinne, daß er eine selbstverständliche und natürliche Folge der Politik des Herrn Benesch ist. Benesch konnte seine Politik des Lavierens zwischen den entscheidenden Mächtefaktoren und der Wahrung einer gewissen Selbständigkeit nur so lange betreiben, so lange Frankreich das duldete, weil es nicht stark genug war, es zu verhindern. Heute hört das Lavieren auf, heute braucht Frankreich, um seine Hegemonie auf dem Kontinent aufrechtzuerhalten, die Tschechoslowakei, und heute hat es auch die Macht, Herrn Benesch an die Kandare zu legen.

Die offiziöse Presse und die der Regierungskoalition sucht die Sache so darzustellen, wie wenn es sich um gar nichts anderes handelte als um einen Vertrag, wie ein solcher schon längst mit Italien abgeschlossen wurde. Aber dem widerspricht der Wortlaut des Vertrages. Nach dessen Wortlaut verpflichten sich die beiden Staaten, in allen Fragen der Außenpolitik in Übereinstimmung vorzugehen. Es gibt keine wichtige Frage der äußeren Politik, auf die sich diese Verpflichtung zur Übereinstimmung nicht erstrecken würde. Freilich ist diese Verpflichtung gegenseitig, aber daß das bei dem Vertrag eines Riesen mit einem Zwerge praktisch auf die Unterordnung des Kleinen unter den Großen hinausläuft, ist nur selbstverständlich.

Mit besonderer Geflissenheit wurde nach der ersten Meldung über den bevorstehenden Abschluß eines tschechoslowakisch-französischen Vertrages das Gerücht dementiert, daß auch eine Militärkonvention zwischen den beiden Staaten abgeschlossen wurde. Um das Dementi glaubwürdiger zu machen, wurde versichert, daß die Generalstäbe, die obersten Leitungen der beiden Armeen enge zusammenarbeiten wollen. Ist denn das nicht schon eine Militärkonvention? Aber einer solchen bedarf es auch gar nicht. Chef des Generalstabes der tschechoslowakischen Armee ist schon seit ihrem Bestande ein französischer General, und die Rüstungsindustrie der Tschechoslowakei ist in den Händen des französischen Kapitals. Man braucht kein besonderer Militärfachmann zu sein, um zu wissen, daß eine Armee, deren Generalstab und Belieferung mit Kriegsmaterial in den Händen einer fremden Macht sind, keine Grundlage für eine von dieser Macht unabhängigen Politik ist. Herr Benesch kann keine von Frankreich unabhängige Politik machen, weil er eine französische Armee in der Tschechoslowakei stehen hat. Daß aber der Vertrag des Herrn Benesch mit Poincaré keine anderen als machtpolitische und militärische Grundlagen hat und keineswegs mit wirtschaftspolitischen Erwägungen etwas zu tun hat, liegt angesichts der lächerlich geringfügigen tschechoslowakisch-französischen Handelsbeziehungen auf der Hand. An demselben Tage, an dem der Vertrag in Paris unterzeichnet wurde, veröffentlichte man in Prag die vorläufigen Ergebnisse der Warenausfuhr im Jahre 1923, aus denen hervorgeht, daß im vergangenen Jahre bei einer Gesamtausfuhr im Werte von 12½ Milliarden Kronen insgesamt für 302 Millionen nach Frankreich exportiert wurde, während nach Österreich und Deutschland für rund 5 Milliarden Waren gingen. Dabei wurde auch jene lächerlich geringe Ziffer nur um den Preis erreicht, daß wir dafür von Frankreich auf Grund eines äußerst miserablen Handelsvertrages ein hohes Kontingent von französischen Weinen, Branntweinen, Parfüms und Luxusseifen beziehen mußten. Es hat wohl in der ganzen Geschichte der Staatenbündnisse noch kein Beispiel gegeben, wo zwischen der Geringfügigkeit der ökonomischen Bedeutung zweier Staaten für einander und der Innigkeit ihres politischen Bündnisses ein solcher Widerspruch bestanden hätte, wie das bei der Tschechoslowakei und Frankreich der Fall ist.

Es ist kein Zufall, daß die Fertigstellung und Unterzeichnung des Vertrages zwischen Prag und Paris in dieselbe Zeit fällt, in der Poincaré, trotz dem Scheitern der separatistischen Bewegung im ganzen Rheinland, so gewaltige Anstrengungen macht und selbst einen Konflikt mit England riskiert, um in der bayrischen Rheinpfalz eine separatistische Regierung zu erhalten. Vom Rheinknie bis Mainz führt ja die kürzeste Strecke, die Mainlinie, vom französischen Gebiet (im militärpolitischen Sinne französisch) nach der Tschechslowakei.

Als es galt, den Vertrag mit Poincaré schmackhaft zu machen, ließ Herr Benesch durch seine Schmöcke geheimnisvolle Geschichten verbreiten, daß hinter diesem Vertrage seine Absicht lauere, eine Annäherung Frankreichs und Rußlands zustandezubringen. Heute ist es schon still geworden davon, und in den Tagen vor und nach der Unterzeichnung hört und liest man von Rußland kein Wort mehr. Dafür haben die von Benesch ausgehaltenen monarchistischen russischen „Studenten" in Prag kurz zuvor den Tod Lenins als Anlaß zu einer Pöbelei benützt, und kam die Meldung aus Belgrad, daß der „Generalstab" Wrangel von Jugoslawien nach Paris übersiedelt. Das ist schon eine durch Erfahrung bestätigte politische Wetterregel: Wenn Benesch von seinem Wohlwollen für die Sowjetrepublik spricht, steht sicher eine neue Aktion gegen dieselbe bevor.

Mit der Kapitulation der tschechoslowakischen Außenpolitik vor Frankreich sinkt auch die Bedeutung der Kleinen Entente. Sie hat nur einen Sinn, wenn sie das Bestreben nach einer gewissen Selbständigkeit und einer eigenen Politik verkörpert. Und nur so lange Benesch über eine gewisse Unabhängigkeit verfügte, konnte er der Führer der Kleinen Entente sein. Dem hat der Pariser Vertrag ein Ende gemacht, und darum ging die mit so großem Lärm angekündigte Belgrader Konferenz aus wie das Hornberger Schießen. Der Bericht über die Tanzkünste des Herrn Benesch auf dem Hofball meldete den einzigen Erfolg des tschechoslowakischen Außenministers und war die einzige positive Meldung überhaupt. Die ganze Konferenz trat in den Hintergrund angesichts der Meldung über den bevorstehenden jugoslowisch-italienischen Vertrag. So brachte Herr Benesch von Belgrad nur ein Kuckucksei mit, das er noch dazu als ein selbstgelegtes bezeichnen mußte, nur um seine Blamage zu verschleiern. Die nachher erfolgte Zurückweisung des französischen Militärkredits durch Rumänien vervollständigt das Bild.

Jene Politik, die den Lenkern des tschechoslowakischen Staates vorschwebte, hat sich als Utopie erwiesen. Man konnte mit ihr spielen, solange es mit der Umgruppierung der Machtverhältnisse in Europa nicht ernst wurde. Jetzt hört das Spiel auf, und die guten, ehrlichen Ideologen Masaryk und Benesch dürfen nun nicht mehr schlechte Musikanten sein. Entweder müssen sie aus dem Orchester der europäischen Machtpolitik austreten oder sie müssen die letzten Reste ihres besseren Menschen fahren lassen, um als gute Musikanten vor dem Kapellmeister Poincaré bestehen zu können. Solange, bis das Proletariat der ganzen Gesellschaft den Marsch blasen wird.

*) Siehe „Inprekorr." Nr. 132, 133 und Wochenausgabe Nr. 33 vom 18. August v. J.

Die Parlamentswahlen in Italien.

Von Ruggiero Grieco.

I.

Die bürgerlichen Parteien und die Wahlen.

** Würde Mussolinis Macht gestärkt oder geschwächt worden sein, wenn er am 29. Oktober 1922, als er den Auftrag bekam, das Kabinett zu bilden, das Parlament aufgelöst hätte? Hierüber sind die Meinungen verschieden. Die meisten sind der Ansicht, daß die von Mussolini befolgte Methode, sich der alten Kammer so lange zu bedienen, bis die politische Lage ihm gestatte, Neuwahlen vornehmen zu lassen, sich als gut erwiesen

habe. Es ist nicht unsere Aufgabe, hier die Qualitäten der alten Kammer zu analysieren — sie unterscheidet sich u. E. durch nichts von den ihr vorausgegangenen, und auch die ihr folgenden werden ihr in allem gleichen. Wir waren absolut nicht erstaunt — wie manche anderen — über die Tatsache, daß die Abgeordneten der jetzigen Kammer sich die Peitschenhiebe, die Mussolini ihnen versetzte, gefallen ließen, ohne auch nur gegen den physischen Schmerz Einspruch zu erheben. Die darüber staunten, vergessen, daß dieselben Abgeordneten zwei Jahre hindurch nichts getan haben, um die Entwicklung des Faschismus zu verhindern, daß sie ihn im Gegenteil offen und im Geheimen unterstützten. Vielleicht taten sie es, weil sie glaubten, der Faschismus würde ein gefügiges Instrument in ihren Händen sein; daß er nach der Macht streben würde, daran dachten sie nicht, und sie mußten sich durch Mussolini, als er in Rom einzog, eines Besseren belehren lassen. Mussolini hätte, wie Primo de Rivera, den Senat und das Parlament auflösen und ein oder zwei Jahre auf Grund eines vom König erlassenen Ermächtigungsgesetzes regieren können. Aber in Italien ist die Demokratie weiter vorgeschritten als in Spanien. Die italienische Regierung will in der europäischen Politik eine der ersten Geigen spielen. Für die Ausstattung einer Großmacht aber ist ein gewisses Quantum an Scheindemokratie ebenso notwendig wie bei Zeremonien die Toiletten. Mussolini dachte nicht daran, ein Vorläufer des Generals de Rivera zu sein; aber es ist gelungen, das Parlament zu beseitigen, ohne seine Auflösung zu proklamieren, ohne „die Pfeiler der Verfassung" anzutasten. Er hat die Kammer am Leben erhalten, doch hat er sich von ihr ermächtigen lassen, ein Jahr hindurch zu regieren, ohne sie zu befragen. Die Kammer ist darauf eingegangen, sich nicht befragen zu lassen und die Regierung nicht zu kontrollieren. Die Liberalen rechtfertigen sogar theoretisch ihr Verhalten gegenüber dem faschistischen Staatsstreich, **der das Alte und das Neue zusammengelötet habe, ohne den inneren Frieden im Land zu gefährden.**

Mitte Dezember hat der Ministerpräsident die erste Sitzungsperiode der Legislatur für geschlossen erklärt. Der Verfassung gegenüber hat er sein Ansehen gewahrt. Er regelt seine Macht mit den Satzungen der Statuten. Nach Erlaß des Dekrets über die Schließung der Sitzungsperiode bestehen zwei Möglichkeiten: entweder es wird eine Verordnung über die Wiedereröffnung der Session mit einer Thronrede erlassen oder aber es wird die Auflösung des Parlaments und die Ansetzung von Neuwahlen verkündet.

Innerhalb des Monates Januar wird Mussolini seine Absichten bekanntgeben. Das Kabinett hat dem Ministerpräsidenten in der Frage der Wahlen absolute Vollmacht erteilt.

Unserer Ansicht nach stehen die Wahlen sehr bald bevor. Welches ist das Verhältnis der Parteien zu den Parlamentswahlen? Welche Stellung nehmen ihnen gegenüber die Arbeiterparteien und das Proletariat ein?

Der an die Macht gekommene Faschismus hat in allen bürgerlichen Parteien Krisen verursacht. Die Mehrheit im Parlament bestand vor Oktober 1922 aus den vier demokratischen Fraktionen (die im Land keine Organisation haben), das heißt der demokratischen, demokratisch-sozialen, italienisch-demokratischen und demokratisch-liberalen, ferner aus der Fraktion der Popolari (klerikale Volkspartei) und den rechts orientierten Fraktionen (Faschisten, Rechtsliberale, Nationalisten, Agrarier). Der faschistischen Regierung gegenüber nahm die Mehrheit im Parlament eine abwartende Haltung ein, jedoch stimmte sie sowohl für das Ermächtigungsgesetz wie für die wenigen Gesetzentwürfe, die die Regierung der Kammer vorlegte. Aber außerhalb des Parlaments wurde die Orientierung der bürgerlichen Parteien automatisch erzeugt durch die zahllosen Interessen, die vom Faschismus berührt wurden und ihm gegenüber verteidigt werden mußten. Verschiedene Gruppierungen, wie zum Beispiel diejenige, an deren Spitze die Nitti-Demokratie stand, haben sofort gegen die Politik des Faschismus, der faschistischen Regierung Stellung genommen. Es muß jedoch erwähnt werden, daß verschiedene von diesen Gruppen (die Liberalen) das Entstehen und die Konsolidierung des Faschismus in jeder Weise gefördert haben. Die Chronik ihrer Zeitungen war ein wahres „Heldenlied", das besonders die militärische Organisation der Faschisten verherrlichte. Diese Gruppen waren der Meinung, der Faschismus könnte wieder rasch abgetan werden, wenn man ihn nicht mehr brauche. Man glaubte, die Faschisten würden sich mit ihren auf dem Kongreß zu Neapel im Oktober 1922 aufgestellten Forderungen — sie verlangten den Sturz des Ministeriums und die Teilnahme der Faschisten an der neuen Regierungskoalition mit vier Portefeuilles (Marine, Krieg, Ministerium des Innern, Außenministerium) — zufriedengeben. Vor dem Neapeler Kongreß hatten Besprechungen mit Giolitti stattgefunden, in denen als Vermittler Mitglieder der Faschistenpartei auftraten. Giolitti lehnte die Forderung der Faschisten ab, die ihm das Recht genommen hätte, die Ministerien nach eigenem Gutdünken zu verteilen. Die Faschisten beschlossen hierauf, zu extremen Mitteln zu greifen. Der Marsch auf Rom, der bisher als ein nicht durchführbare Lösung schien, nahm greifbarere Gestalt an. Das Unternehmen gelang, und der Faschismus trug den Sieg über seinen Vater Giolitti davon. Wären Mussolini und Giolitti in ihren Verhandlungen über die Bildung des Kabinetts zu einem Kompromiß gelangt, so wäre die faschistische Bewegung wahrscheinlich unterlegen. Giolittis Taktik bestand stets darin, die Entwicklung von Bewegungen mit entgegengesetzten Tendenzen zu fördern, wobei er sich von dem Kriterium leiten ließ, daß jede Bewegung, wie eine Krankheit in sich — und außerhalb — Keime für eine neue Bewegung erzeuge, die der ersten entgegengesetzt ist und folglich gefördert werden muß. Giolitti hat sich schon öfters dieses Systems bedient, das ihm unfehlbar erscheint. Typisch ist zum Beispiel für ihn sein Kampf gegen die Rechte nach 1890, in dem er sich auf den reformistischen Sozialismus stützte; ferner seine Taktik gegenüber den Sozialisten (deren Führer er gut kannte), denen er half, die Entwicklung der Arbeiterorganisationen so weit zu bringen, daß die revolutionäre Bewegung 1920 möglich war, während er gleichzeitig zur Organisation des Faschismus schritt, der „durch eine spontane Reaktion" der öffentlichen Meinung die Arbeiterbewegung zerstören sollte. Im Oktober 1922 hatte der Faschismus, nach Giolittis Meinung, seine Aufgabe erfüllt und mußte vom Liberalismus absorbiert werden. Dies geschah aber nicht. Die durch das Resultat ihrer Taktik enttäuschten Liberalen haben nach dem Oktober 1922 eine argwöhnisch-abwartende Haltung der faschistischen Regierung gegenüber angenommen, obgleich sie sich alle in der Kammer durch Abstimmungen zugunsten der Regierungsvorschläge kompromittiert haben. Eine klare ablehnende Haltung dem Faschismus gegenüber haben die Nitti-Anhänger eingenommen, die die Zeitung „**Mondo**" („Die Welt") in Rom herausgeben. Wichtig ist noch, auf die antifaschistische Einstellung der Mailänder Zeitung „**Corriere della Sera**" hinzuweisen, einer sowohl in Oberitalien wie im Auslande viel gelesenen Zeitung, die die historische Traditon des Cavourschen Liberalismus aufrecht zu erhalten behauptet. Die Turiner Zeitung „Stampa" („Die Presse"), ein Blatt Giolittis, das aber jetzt eine von diesem unabhängige Haltung zur Schau trägt, gehört ebenfalls zur Opposition, während Giolitti erklärt, ein Freund und Befürworter der „nationalen Regierung" zu sein. Wir haben schon gesagt, daß die demokratischen Fraktionen im Parlament keine im Land bestehenden Organisationen vertreten. Es gibt wohl eine demokratisch-soziale Organisation, die in ihrer Mehrheit die faschistische Regierung unterstützt und die sogar in der Regierung — durch den Postminister Colonna di Cesario — vertreten ist. Aber auch diese Organisation stellt kein kompaktes Ganzes mit einheitlichem Programm dar. Vor kurzem löste sich zum Beispiel von ihr ein großer Teil ab (die Organisation der Provinz Venetien), der sich faschistenfeindlich erklärte. Es besteht ferner eine Organisation der Liberalen Partei, die in der letzten Zeit etwas erstarkt ist, in der es aber keine Disziplin und keine klaren Direktiven gibt. Das Zentralkomitee der Liberalen Partei hat verschiedentlich erklärt, daß es das Wiederaufbauprogramm der faschistischen Regierung gutheiße, doch sind nicht alle Liberalen mit dieser Erklärung einverstanden, viele haben sich außerhalb der Partei gestellt, die einen, um die Freiheit zu haben, den Faschismus zu kritisieren, die anderen — um verantwortliche Posten im Staat einnehmen zu können.

Die Nationalisten vereinigten sich mit den Faschisten gleich nach dem Marsch auf Rom zu einer Partei. Die Popolari (Klerikale Volkspartei) haben eine schwere Krise durchgemacht, die noch nicht ganz überwunden ist; in letzter Zeit nehmen sie eine dem Faschismus stets feindlicher gegenüberstehende Haltung ein. Der rechte Flügel gehört zwar noch der Partei an, um in ihr für das Programm der faschistischen Regierung zu kämpfen, aber diese Richtung hat innerhalb der Partei nicht viele Anhänger.

Es läßt sich noch nicht genau sagen, in welcher Lage sich die bürgerlichen Parteien bei den Wahlen befinden werden. Das neue Wahlgesetz, das Mussolini von der Kammer annehmen ließ, beruht auf einem gemischten System: Das Majoritätsprinzip besteht für die Liste, die die absolute Mehrheit davonträgt, das Prinzip der Proportionalität für die Minderheiten. Die Liste der Mehrheit hat ein Anrecht auf zwei Drittel der Parlamentssitze, die Minderheiten müssen die übrigbleibenden Sitze — ein Drittel — unter einander teilen. Dieses Wahlgesetz ist so ausgearbeitet, daß es von vornherein der Regierung einen Sieg sichert. Mussolini wird eine Mehrheitsliste zusammensetzen, in der neben Faschisten auch Freunde aus anderen Parteien figurieren werden; jedoch wird die Zahl der Faschisten in ihr so stark sein, daß Überraschungen von seiten der anderen Parteien angehörenden Abgeordneten nicht eintreten können. So wird die Regierungsliste, das heißt die der Faschisten, auch Namen von Demokraten,

wie Popolari, Reformisten (Ex-Reformisten, Girondisten), Liberalen enthalten.

Welche Haltung werden die Oppositionsparteien einnehmen und wie werden sich die der Regierung freundschaftlich gegenüberstehenden Parteien verhalten, die jedoch ihre eigene Physiognomie behaupten wollen? Bisher haben sich diese Parteien noch wenig über diese Frage ausgesprochen — mit Ausnahme einiger Führer, deren Meinung jedoch für die Stellung der Parteien nicht absolut maßgebend ist. So soll Giolitti erklärt haben, die Liberalen müßten, obgleich sie der Regierung freundschaftlich gesinnt seien, auf Sitze der Minderheit Anspruch erheben, nicht aber in der Regierungsliste figurieren. Auch die Popolari wollen mit einer intransigenten Liste in den Kampf treten. Ferner spricht man von einer Liste der konstitutionalen Opposition, deren Zustandekommen jedoch problematisch erscheint. An der Vorbereitung einer solchen Liste arbeiten verschiedene Gruppen, die augenblicklich im Entstehen begriffen sind, so die „Demokratische Liga" (Rom) und die „Liga für demokratische Kontrolle" (Mailand). Man nimmt an, daß sich auch der Ex-Minister, Ex-Sozialist Bonomi, einer der Väter des Faschismus, heute Antifaschist, für diese Liste interessiert. Kommt diese Oppositionsliste zustande, so wird es außer ihr und der Regierungsliste noch die Liste der Popolari (Opposition) und eine „Liste der Freunde der Regierung", die in die Regierungsliste nicht eingeschlossen sind, geben. Diese letztgenannte Liste wird natürlich von der Regierung unterstützt werden.

Wirtschaft

Der Rückgang des belgischen Franken.

Von D. P. (Brüssel).

** Als der passive Ruhrwiderstand einsetzte, wurde der Dollar mit ungefähr 20 belgischen Franken bewertet. Der Franken hatte sich später für einige Wochen verbessert, so daß der Dollar 17 Franken galt. Dann aber, als der Erfolg der französisch-belgischen Ruhrpolitik durch den Abschluß von Verträgen mit den Ruhrindustriellen sowie durch mehrere andere „Vertrauen erweckende" Perspektiven, wie die Einberufung des Sachverständigenausschusses, vollkommen zu sein schien, setzte wider alles Erwarten eine Abwärtsbewegung des Franken in Belgien — ähnlich wie in Frankreich — ein. An einem Tage, am 14. Januar allein, ist der Wert des Dollars von 23·40 auf 24·70 Franken gestiegen, das englische Pfund von 100 auf 103·75 Franken, während allerdings der französische Frank noch mehr gesunken ist als der belgische. Am 14. Januar waren 100 französische Franken gleich 109·50 belgische Franken.

Der Sprung um 1·30 Franken für einen Dollar an einem einzigen Tage ist in der Geschichte der Entwertung des belgischen Franken sehr bemerkenswert. Die Situation hat sich seither nicht gebessert. Sie ist schwankend geblieben.

Diese Baisse der belgischen Währung herrscht zu der gleichen Zeit, in der die Presse und die Regierung eine großangelegte Kampagne durchführen, um der Öffentlichkeit im Inlande und im Auslande Vertrauen zum belgischen Franken einzuflößen. Sie greifen dabei zu ihren wirksamsten Argumenten, indem sie auf die beneidenswerte wirtschaftliche Lage Belgiens hinweisen und den Währungssturz auf Schiebungen und Spekulationen im Auslande zurückführen, die sich gegen Frankreich, Belgien und deren Währung richten.

Die Empörung gegen das anonyme Ausland, das den Frankkurs hinunterdrückt — man beschuldigt insbesondere die Deutschen, diese Baisse herbeizuführen — ist groß, und man hört aufs neue überall den alten Refrain von Belgiens Märtyrertum.

Es ist richtig, daß sich der Steuereingang auf normale Weise vollzieht und daß das Budget für Belgien im Jahre 1924 eine Vermehrung des Steuereinganges um 25% vorsieht. Es ist auch richtig, daß die ökonomische Lage, was die Produktion und den Austauschverkehr betrifft, gut, ja sogar besser ist, als in vielen Perioden seit Kriegsende. Sie ist gar nicht sehr weit entfernt von der Situation vor dem Kriege; gewisse Schlüsselindustrien, wie die Kohlen- und Erzgewinnung, die Guß- und Stahlproduktion, haben in bestimmten Monaten die Produktion von 1913 bereits überschritten.

Übrigens ist auch die Arbeitslosigkeit auf ein sehr kleines Ausmaß reduziert.

Unter diesen Umständen ist die Bewegung der Währung einerseits und der Lebenskosten andererseits tatsächlich von einer Merkwürdigkeit, die auch außerhalb des belgischen nationalen Wirtschaftsgebietes Interesse erregen muß.

Mit dem Moment, da der Dollar, der vor dem Kriege gleich 5·15 Franken galt, bis zu 25 belgischen Franken steigt, ist eine sehr gefährliche Etappe der Geldentwertung erreicht. Die Schwankungen werden größer und die Preise variieren in erheblicher Weise. Diese Situation ist für ein Land, das sich seit der großen Kriegskatastrophe in einer gewissen Stabilität befunden hat, sehr kritisch.

Die belgische Bourgeoisie machte bisher keine Anstrengungen, um die Staatskassen zu füllen. Sie begnügte sich damit, die Zahl der Staatsbeamten abzubauen und deren Gehälter hinunterzudrücken, obwohl zu diesem Vorgehen kein Anlaß gegeben ist. Aber auch das ging vorüber. Es war sogar notwendig, die Gehälter des ganzen Staatspersonals durch eine außerordentliche Zulage in Höhe von einem Zwölftel des Jahresgehalts aufzubessern.

Das belgische Proletariat befand sich in den Jahren 1920, 1921 und 1922 unter besseren Lebensbedingungen als vor dem Kriege, was übrigens zur Erklärung der Apathie der belgischen Arbeiterklasse beiträgt.

Im Jahre 1923 hatte eine Erhöhung des Mietzinses diese günstige Situation verschlechtert. Auch verstärkte sich der Widerstand der Unternehmer gegen die Arbeiterklasse. Aber die wirtschaftliche Situation hat es schließlich den Arbeitern ermöglicht, ihre Positionen ohne ernstliche Verluste zu behaupten. Immerhin hat die Teuerung, die fortdauernde Steigerung der Lebenskosten, die Arbeiter wieder in die Lage versetzt, in der sie sich im Jahre 1914 befanden. Alle Anzeichen — die unverhüllte Offensive gegen den Achtstundentag — sprechen dafür, daß das Jahr 1924 nicht so ruhig verlaufen wird wie die vorhergehenden Jahre.

Die Steuersabotage der Bourgeoisie kommt insbesondere in ihrem Widerstande gegen die progressive Einkommensteuer zum Ausdrucke. Man greift mehr und mehr zur indirekten Besteuerung, die die Masse der kleinen Verbraucher schwer belastet. Die Bourgeoisie schiebt die Ursachen aller drohenden Gefahren einerseits auf Deutschland und andererseits auf die Forderungen der Arbeiter. Indessen hat sich die Bourgeoisie an den vom Staat verschleuderten Geldern, an den Reparationen, an den Leistungen für erlittene Kriegsschäden, an den großen Handelsgewinnen, an den Wucherzinsen usw. ungeheuer bereichert.

Die belgische Regierung wird sich sehr bald großen Schwierigkeiten gegenüber sehen. Sie hat mit einem Defizit von ungefähr 2 Milliarden Franken zu rechnen. Die Staatsschuld übersteigt 40 Milliarden und der Zinsendienst für öffentliche Schulden erfordert 2 Milliarden. Die Finanzgebarung wird immer schwieriger. Die bevorstehende Anleihe, die der Staat begeben wird, wird unter ungünstigeren Bedingungen als bisher erfolgen, und dem Vertrauen, das man mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten sucht, einen starken Stoß versetzen.

Schon zeigt sich deutlich, daß kein festes Vertrauen in die Zukunft Belgiens besteht. Die Finanz- und Spekulationskreise hat die Welle des Pessimismus, die sich überall bemerkbar macht, ganz besonders stark ergriffen. Die konsolidierten Anleihen von 12 Milliarden, die die Regierung seit dem Waffenstillstande aufgenommen hat, sind in ihrem Wert um 2 Milliarden gesunken. Bei gewissen Anleihen beträgt der Rückgang 20%. Hier wird die Sabotage der belgischen Bourgeoisie sowie die Inkonsequenz der Kapitalisten deutlich sichtbar. Dadurch, daß die Bourgeoisie und die Hochfinanz die Finanzierung des Staates sabotieren und sich weigern, der Regierung die notwendigen Summen zu entrichten, damit die Zinsen für die Kriegsanleihen und Kriegsschulden gedeckt werden können, hat sich die Regierung genötigt gesehen, den Zinsfuß der kurzfristigen Anleihen von 4 auf 5% zu erhöhen, was einen Rückgang der Kurse der konsolidierten (langfristigen) Anleihen zur Folge hatte. Damit war ein weiteres Ansteigen der Teuerung verbunden.

Die führenden Klassen Belgiens, die mit zu den Anstiftern der Politik von Versailles gehören, haben Belgien in die kritische Situation gebracht, in der es sich heute befindet. Das Land wird durch das gleichzeitige Steigen der Preise und des Rückganges des Franken schwer getroffen. Um sich aus ihrer üblen Lage zu retten, wird die belgische Bourgeoisie nur zu einem Mittel greifen: zu rücksichtslosem Kampf gegen die Arbeiterklasse, zur Herabdrückung der Löhne und zur Verlängerung der Arbeitszeit.

Die Petroleumrevolution in Mexiko.

Von Ali Ferid.

** Allem Anschein nach wird die mexikanische Revolution gegen den Präsidenten Obregon mit einem Kompromiß enden, freilich mit einem Kompromiß, bei dem Mexiko den Vereinigten Staaten alle diejenigen Konzessionen macht, die die Standard Oil Co. für notwendig hält. Für die Vereinigten

Staaten ist der unbedingte Besitz der mexikanischen Ölfelder eine Lebensfrage. Von den ursprünglich 15 Milliarden Barrels Erdölvorräten der Vereinigten Staaten sind heute nur noch 9 Milliarden vorhanden, 40% sind also bereits verbraucht. Während 1921 die Erdölreserven der Welt sich nur um 0·5% vermindert haben, verminderten sich im gleichen Jahre die Erdölreserven der Vereinigten Staaten um volle 5%. Bei weiterer Steigerung der Erdölproduktion im bisherigen Maßstab ist damit zu rechnen, daß die Erdölfelder der Vereinigten Staaten im Jahre 1931 erschöpft sein werden.

Über die Menge der Erdölreserven Mexikos liegen zurzeit noch keine vollständigen Angaben vor, doch sind diese Reserven, nach den sehr willkürlichen Schätzungen zu urteilen, zwischen 6 und 10 Milliarden Barrels einzuschätzen. Von diesen Feldern gehören etwa 50% der Standard Oil Co. (das heißt ihren hauptsächlichen Untergesellschaften Huexteca Oil Co., New England Fuel Oil Co. usw.).

Die stärkste Konkurrenz bereitet den Mexikanern die Royal Dutch, die sich seit 1902 in Mexiko festgesetzt hat. In den letzten Jahren hat sie besonders durch die Mexican Eagle Co. große Expansion getrieben, viele Konzessionen erworben, Bohrungen gemacht, Raffinerien gebaut usw. Von 1920 bis 1921 stieg die Produktion einer anderen Shell-Gruppe, der „Corona", von 4 auf 13 Millionen Barrels.

Seit dem Sturze des Präsidenten Porfirio Diaz (1910) ist Mexiko bestrebt, den überragenden Einfluß des amerikanischen Petroleumkapitals auf mexikanische wirtschaftliche und nationale Interessen zu hemmen. Der Staat selbst sollte zum Eigentümer aller mexikanischen Petroleumvorräte gemacht werden. 1917 wurde das in der neuen mexikanischen Verfassung festgelegt, die freilich von Washington ebensowenig anerkannt wurde, wie die verschiedenen Regierungen, die auf der Grundlage dieser Verfassung zustande kamen.

Der Artikel 27 der mexikanischen Verfassung, der die Nationalisierung sämtlicher mexikanischer Ölfelder vorsieht, war letzten Endes der Grund zur Ermordung des Präsidenten Carranza, nachdem seitens der Vereinigten Staaten nicht nur mit Noten, sondern auch mit Kriegsschiffen gedroht worden war. Aber auch der Nachfolger Carranzas, Obregon, versuchte die Erdölpolitik im nationalen Interesse fortzuführen und beabsichtigte, auf den Erdölexport einen 25%igen Zoll zu legen. Mit dieser Maßnahme fand er im Lager der Vereinigten Staaten Freunde, denn die kleinen amerikanischen Ölgesellschaften, die keine Konzession in Mexiko haben, leiden unter der Konkurrenz der mexikanischen Petroleumproduktion. (Die Lage der mexikanischen Ölfelder ist so günstig, daß mit relativ geringen technischen Mitteln sehr große Petroleummengen gefördert werden können.) Diese kleinen Erdölproduzenten befürworteten auch eine Anerkennung der Obregon-Regierung, die freilich unter diesen Bedingungen nicht erfolgte, weil die Standard Oil Co. (und ebenso Harding) eine Anerkennung der Obregon-Regierung nur geben wollten, wenn zum mindestens der Besitz der bisherigen amerikanischen Erdölkonzessionen garantiert würde. Noch auf der Panamerika-Konferenz im Frühjahr 1922 war von einer Einigung zwischen Mexiko und Washington keine Rede. Aber hinterher sollte bald Obregon unter der Bedingung anerkannt werden, daß in dem neuen Petroleumgesetz die Klausel eingefügt werde, daß alle vor 1917 erlangten Konzessionen bestätigt würden.

Allem Anschein nach hat Rockefeller, obwohl die Revolutionäre nicht gesiegt haben, den Kampf gegen Obregon gewonnen, sonst wäre es unerklärlich, warum die Regierung Coolidge, die eine ausgesprochene Rockefeller-Regierung ist, Obregon mit Waffen unterstützt hatte. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat also Obregon alle Garantien gegeben, die Rockefeller von ihm gefordert hat.

Arbeiterbewegung

Streikbewegungen in England.

Von J. T. Murphy.

** In England gehen wir einer Periode schwerer Kämpfe entgegen. Zwei große Streiks sind schon entbrannt und andere sind in naher Sicht. Gegenwärtig stehen alle deutschen Seeleute in den britischen Häfen in Streik, und die Lokomotivführer und Heizer legen den Verkehr auf den Bahnen still. Wenn nicht rasch eine Vereinbarung zustande kommt, so genügt ein Funke, um das ganze Transportwesen stillzulegen. Die Dockarbeiter sympathisieren mit den streikenden Seeleuten und zeigen ihre Sympathie in der Praxis. Sie sind aufgebracht durch die brüske Zurückweisung ihrer Forderungen nach Lohnerhöhung von 2 Schilling pro Tag. Ihr gegenwärtiges Übereinkommen läuft am 31. Januar ab. Die Bauarbeiter haben auch ihre Forderungen auf eine Lohnerhöhung von 2 Pence für die Stunde auf den Grundlohn aufgestellt, während die Bergarbeiter mit überwiegender Majorität ihren Tarif mit den Bergherren auf drei Monate gekündigt haben.

Man kann beobachten, daß alle diese Kämpfe entweder gegen Lohnherabsetzungen oder für Lohnerhöhungen geführt werden. Viele Übereinkommen, die am Beginne des Jahres 1924 beim großen Preisrückgange getroffen worden sind, endigen jetzt automatisch, und neue Forderungen stehen auf der Tagesordnung.

Die Arbeiter sind über die Verluste der letzten drei Jahre verbittert. Die Zahl der Arbeitslosen ist jetzt nicht so groß wie im Jahre vorher, und die allergeringste Verbesserung der Wirtschaft scheint als Signal für eine Vorwärtsbewegung zu dienen. Außerdem haben die Arbeiter in einigen Industriezweigen ihre Positionen gegen die Offensive der letzten paar Jahre behauptet und sind jetzt ermutigt, sich langsam vorwärtszuarbeiten. Von diesen stehen die Bauarbeiter in erster Reihe. Während andere Arbeitszweige von Arbeitslosigkeit hart getroffen waren, hat die große Nachfrage nach Bauarbeitern und noch dazu die gewaltige Organisation, die sie aufgebaut haben, deren Löhne ziemlich hoch gehalten und eine kürzere Arbeitszeit durchgesetzt (es wird je nach der Saison 41½ bis 46 Stunden per Woche gearbeitet). Vor einiger Zeit erst erhielten sie eine Lohnerhöhung von ½ Penny per Stunde infolge der Annahme der gleitenden Lohnskala. Aber dies steht ihrer neuen Forderung nach Erhöhung des Grundlohnes um 2 Penny die Stunde nicht entgegen.

Aber mehr als Lohnfragen spielt seit der Kriegszeit bei diesen Auseinandersetzungen das Bestreben eine Rolle, ein obligatorisches Schiedsgericht einzuführen, und wiederholt wurden Versuche gemacht, es durch eine Hintertür hineinzuschmuggeln. Im Prinzip wurde es von der gesamten Gewerkschaftsbewegung mit Nachdruck zurückgewiesen, aber in der Praxis wurde wiederholt der Versuch gemacht, es durchzuführen. An Stelle von Zwangsschiedsgerichten wurden Schiedsgerichte errichtet, die von beiden, Unternehmern und Gewerkschaften, nach Übereinkommen angerufen werden konnten, und deren Schiedsspruch dann für beide Parteien, die appelliert hatten, bindend war. Außerdem wurden Einigungsämter eingesetzt, an die beide Teile ihre Forderungen richten konnten. Der Spruch dieser Körperschaften wurde den betreffenden Organisationen zur Annahme oder Ablehnung vorgelegt. Außerdem gibt es verschiedene Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen, direkt von Unternehmer zu Arbeiter, wie es bei den Bergarbeitern der Fall ist.

Der gegenwärtige Kampf zwischen den beiden Eisenbahnergewerkschaften macht den Prozeß der Entwicklung von Einigungsämtern in Zwangsschiedsgerichtshöfe zum Brennpunkt. Die NUR. (Eisenbahnerverband), geführt von Thomas, steht in diesem Bemühen, den Kampf durch Schiedsspruch zu ersetzen, in erster Reihe. Es ist kaum ein Jahr her, daß das, was unter dem Namen des 728. Schiedsspruches bekannt ist, als Waffe gebraucht wird, um die Eisenbahner zu benachteiligen und die konkurrierenden Gewerkschaften niederzuschlagen. Die Einigungsämter bei den Eisenbahnen spielen in diesem Kampfe die Hauptrolle. Thomas und Cramp von der NUR. glauben, daß sie nach Unterzeichnung des Schiedsspruches des Einigungsamtes für dessen Annahme in den Gewerkschaften kämpfen müssen. Aber die Lokomotivführer und Heizergewerkschaft, geführt von Bromley, weisen diesen Standpunkt zurück und sind der Meinung, daß die Mitglieder der Gewerkschaften in bezug auf ihre eigenen Verhältnisse über die Annehmbarkeit des Schiedsspruches entscheiden sollen. Bromley meint, daß die Einigungsämter und Schiedsgerichte nur die ersten Stufen sind im Kampfe um das, was den Mitgliedern nottut, und nicht das Ende des Kampfes bilden. Thomas und Cramp nennen diejenigen, die dem Vertrag nicht zustimmen wollen, „Streikbrecher am Vertrage".

Schiedsgerichte und Arbeiterregierung.

Daß der Kampf vom Standpunkt der Entwicklung zum Zwangsschiedsgericht wichtig ist, muß besonders angesichts des Regierungsantrittes der Labour Party betont werden. Die Parole dieser Regierung wird offenkundig „Wirtschaftsfriede" heißen, und es ist sicher, daß jegliche Auseinandersetzung benützt werden wird, die „Beschwichtigungsmaschinerie" weiter zu entwickeln, um Massenaufstände zu ersticken. Sobald es klar wurde, daß die Arbeiterpartei darangehe, die Zügel der Regierung zu ergreifen, begann sogar das Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei, „The New Leader", über die wirtschaftlichen Kämpfe zu seufzen und für die „gemeinsame Sache" einzutreten. So schrieb Brailford über die Krise bei den Eisenbahnen: „Es wäre schwer gewesen, eine so aufgetüftelte Ablenkung zu erfinden, um das öffentliche Vertrauen zu erschüttern

und eine Panikstimmung zu nähren." „Was auf dem Spiele steht, ist die ganze Zukunft dieser Beschwichtigungsmaschinerie." „Niemand bestreitet das grundsätzliche Recht einer Körperschaft, eine Entscheidung abzulehnen, wenn sie sie befriedigt. Aber es ist klar, daß, wenn es geschieht, das moralische Gewicht dieser Entscheidung vernichtet wird." „Die wahre Sanktion für die Wirkung der Schiedsgerichte ist die öffentliche Meinung." „Früher oder später muß die Disziplin der Klassenkämpfe der Disziplin im Dienste weichen." „Dieser Streik wird, wenn er weiter um sich greift, der Labour Party in der öffentlichen Meinung einen Schlag versetzen, wie es Rothermere oder Beaverbrook nicht vermochte... Wenn wir fähig sein wollen, zu regieren, müssen wir lernen, auf dem wirtschaftlichen wie auf dem politischen Feld unserer Rivalitäten Herr zu werden, müssen wir lernen, im Interesse des Sieges der gemeinsamen Sache, unsere Egoisten zu unterdrücken im Betriebe wie auch in der Partei."

Aber das ist noch nicht alles. Würde das einfach der Erguß des „New Leader" sein, wir könnten füglich darüber hinweggehen. Aber diese Erklärungen sind symptomatisch für die unter der Führerschaft weitverbreiteten Ansichten. Der Parlamentarismus scheint die Führer auf Kosten der Arbeiterbewegung salonfähig zu machen. Gibt es da noch eine Aussicht auf einen Kampf der Gewerkschaften gegen die Unternehmer?

Nichts kann den Tiefstand der Gewerkschaften besser illustrieren als der gegenwärtige Konflikt zwischen den Eisenbahnergewerkschaften.*)

In „Workers Weekly", dem Organ der Kommunistischen Partei Englands, wird dieser Konflikt folgendermaßen dargestellt:

Was verlangen die Eisenbahnergesellschaften? Sie wollen den Eisenbahnern den Schiedsspruch des nationalen Lohnamtes aufzwingen. Das bedeutet:

1. Reduzierung von 9 bis 22½ Schilling für alle Lokomotivführer und Heizer bei Streckendienst.
2. Reduzierung durchschnittlich von 1 bis 2 Schilling pro Tag für Rangierlokomotivführer.
3. Geringere Sonntagsentlohnung und Herabsetzung des garantierten Mindesttaglohnes.

Sind die Gesellschaften imstande zu zahlen? Die Gesellschaften wollen den Eisenbahnern eine halbe Million Pfund Lohneinkommen rauben. **Die Gesellschaften haben um Millionen größere Profite als früher.** Den Gesellschaften sind die Profite vom Jahre 1913 (ihrem Konjunkturjahr) plus 20% aller ihrer Einlagen garantiert. Mit Recht hat Sir Sam. Fay, der Generaldirektor der Großen Zentraleisenbahn (G. C. R.), das Gesetz vom Jahre 1921 ein „Dividenden bringendes Privilegium" genannt. Ihre Reserven sind von 17 Millionen Pfund im Jahre 1913 auf über 145 Millionen Pfund im Jahre 1923 angewachsen, eine Zunahme von 750%. 60 Millionen Pfund Staatsgelder haben sie von der Regierung als „Kompensation" für die Benützung der Eisenbahnen während des Krieges erhalten. Die Dividenden vom Jahre 1923 erreichten eine Höhe wie nie zuvor. Nun sind sie bereit, Millionen — der Streik im Jahre 1919 kostete sie 50 Millionen Pfund — hinauszuwerfen, um die Eisenbahner um eine halbe Million zu berauben.

Wie verhält sich die Eisenbahnergewerkschaft? Die Eisenbahnergewerkschaft (NUR.) umfaßt hauptsächlich andere Schichten als Lokomotivführer. Der kapitalistische Angriff wendet sich geschickt nur gegen die Lokomotivführer, um so die Gegensätze zwischen den Gewerkschaften auszunützen. Der „Daily Herald" schreibt am 5. November 1923: „Es liegt im unmittelbaren und offensichtlichen Interesse jedes Arbeiters im Lande, den Eisenbahnern bei ihrem Widerstande zu helfen. Wenn deren Löhne reduziert würden, würden auch alle anderen heruntergehen." Das Büro der Roten Gewerkschaftsinternationale und sein Organ „Worker" (Der Arbeiter) führen einen glänzenden Kampf in derselben Richtung. „Ein Berufsverband, der kämpft, ist besser, als ein Industrieverband, der Angst hat." Die besonders wirkungsvolle Parole des „Worker" bewahrheitet sich. „Streikbruch im Auftrag von Thomas bleibt immerhin Streikbruch." Dieser Ausspruch trifft die Führer an ihrer wunden Stelle.

Der Streik der Seeleute.

Wenden wir uns nun dem anderen Streik zu und den Streiks, die sich vorbereiten. Das hervorragendste Ereignis der letzten paar Wochen war der Streik der deutschen Seeleute bei ihrer Landung in den britischen Häfen. Mehr als 100 Schiffe wurden angehalten und die Mannschaften von den englischen Gewerkschaften unterstützt: dem Nationalen Matrosen- und Heizerverband (NSFU.) und der Allgemeinen Transportarbeitergewerkschaft (TGWU.). Die zwei Gewerkschaften, die direkt am Streik beteiligt sind, sind die Seeleutesektion des Transportarbeiterverbandes und der Deutsche Schiffahrtsbund. Obwohl der eine an Amsterdam angeschlossen ist und der andere an die Rote Gewerkschaftsinternationale, so kämpfen sie doch zusammen. In den Häfen gibt es keine Differenzen, nur die Frage, wie der Streik gestärkt werden könne, steht auf der Tagesordnung. Hierbei hilft die Dockarbeitersektion des Transportarbeiterverbandes ständig mit. In den Londoner Docks zwang sie durch Unbrauchbarmachung der Ausblasemaschinerien den deutschen Konsul zu Verhandlungen, und in allen Häfen stellen die britischen Gewerkschaften Streikposten, stellen ihre Büros den Streikenden zur Verfügung und verlautbaren, daß jeder Versuch, Streikbrecher vom Kontinent oder sonstwo heranzuziehen, zu einer größeren Ausdehnung des Streiks in allen Häfen führen würde. Die deutschen Seeleute haben Löhne von 2 Pfund 18 Schilling im Monat, die britischen dagegen 9 Pfund. Die deutschen Seeleute verlangen nun die gleiche Entlohnung.

Im Februar dürften auch die Dockarbeiter für ihre eigenen Forderungen in den Streik getrieben werden. Der Tarifvertrag der Transportarbeiter läuft am 31. Januar ab, und die Dockarbeiter stellten die Forderung nach einer Erhöhung von 2 Schilling per Tag auf. Das wurde glatt verweigert.

Andere Bewegungen, die sich entwickeln, sind die der Bauarbeiter und der Bergleute. Aber die Zeit der Verhandlungen ist noch nicht vorüber. Die Bergarbeiter haben mit überwältigender Majorität beschlossen, ihren Lohnvertrag mit dreimonatiger Frist zu kündigen. Die neuen Bedingungen, die die Bergarbeiter aufstellen, sind noch nicht beschlossen.

Alle diese Kämpfe beginnen mit Lohnforderungen und entwickeln sich zu einem Kampf gegen das Zwangsschiedsgericht und dagegen, daß der Schiedsspruch einer Verhandlungskommission einen bindenden Charakter erhält.

*) Diese Auseinandersetzungen sind ausführlich im Aufsatze von Charles Ashleigh: „Der Eisenbahnerstreik in England" gekennzeichnet. (Inprekorr. Nr. 14 vom 28. Januar. Die Red.)

Aus der Internationale

Ein kommunistisches Tagblatt in englischer Sprache in Amerika.

Das erste kommunistische Tagblatt in englischer Sprache.

Von J. Amter (Chicago).

** Ein Ereignis von außergewöhnlicher Bedeutung hat sich in der kommunistischen Welt abgespielt. Die Workers Party of Amerika (Arbeiterpartei in Amerika) gibt ein Tagblatt in englischer Sprache heraus — **das erste kommunistische Tagblatt in englischer Sprache in der ganzen Welt.**

An und für sich würde diese Tatsache nicht von so großer Bedeutung sein, da die Workers Party noch über andere Tagblätter verfügt. Aber die Tatsache, daß es der Partei gelungen ist, einen Fonds von 100.000 Dollar zusammen zu bekommen, um die Zeitung herausgeben zu können, zeigt die wachsende Stärke der Partei und die Sympathie und das Interesse in den amerikanischen Massen.

Der Daily Worker erscheint in Chicago. Als es zuerst bekannt wurde, daß die Workers Party beabsichtigt, eine Zeitung in dieser Stadt herauszugeben, haben die Bankiers und Fabrikanten Chicagos sofort eine Einschüchterungskampagne begonnen. Der Daily Worker ist das offizielle Organ der Partei, und wird das direkte Mittel sein, durch das das Zentralexekutivkomitee zu den amerikanischen Arbeitern sprechen wird. Die Kapitalisten von Chicago erkannten diese Tatsache und unternahmen alles, was in ihrer Macht steht, um das Erscheinen dieser Zeitung unmöglich zu machen.

Die Workers Party hat elf andere Tagblätter — in **jüdischer, deutscher, russischer, litauischer, drei in finnischer, ungarischer, polnischer, ukrainischer und tschechischer** Sprache — außerdem eine Anzahl von Wochenblättern. Diese Zeitungen haben zusammen eine tägliche Auflage von 155.000, ein respektabler Erfolg für eine Partei von 22.000 Mitgliedern. Wie in allen Ländern, wird jedes Exemplar von mehreren Arbeitern gelesen. Man kann deshalb ruhig annehmen, daß die kommunistische Tagespresse in den Vereinigten Staaten zu einer halben Million Arbeitern spricht.

Angesichts der starken Verbreitung der fremdsprachigen Presse war die Herausgabe eines englischen Tagblattes ein schwieriges Unternehmen.

Es war um so schwieriger, da ein englisches Tagblatt einen ganz anderen Charakter als die fremdsprachigen Tagblätter haben muß. Obwohl ein kommunistisches Tagblatt nicht mit der kapitalistischen Presse konkurrieren darf, muß es doch einige Züge der kapitalistischen Presse wiedergeben, die für den amerikanischen Leser unerläßlich sind. Es muß einen erstklassigen Nachrichtendienst haben; es muß Berichte aus erster Hand über alle bedeutenden Ereignisse, wie Streiks, Tarifabschlüsse usw., wie auch

über Konferenzen der Bankiers und Fabrikanten usw., bringen. Es muß immer am Laufenden sein über die Tätigkeit der Kongreßsitzungen der Vereinigten Staaten. Mit anderen Worten, ohne daß der Daily Worker versucht, mit der kapitalistischen Presse zu konkurrieren, muß er doch in einem großen Ausmaße die kapitalistische Presse den Arbeitern und Bauern ersetzen.

In seinem Artikel für die erste Ausgabe des Daily Workers hat Genosse Sinowjew auf die große Bedeutung der Bauernbewegung in Amerika hingewiesen. Eine Revolution ohne Bauern ist in den Vereinigten Staaten eine absolute Unmöglichkeit. Die Lage ist heute so, daß die Bauern in vieler Hinsicht rebellischer — ja sogar klassenbewußter — sind als die Mehrzahl der Arbeiter. — Man kann das nicht nur den verhältnismäßig schlechteren ökonomischen Verhältnissen der Bauern zuschreiben, sondern der absoluten Unmöglichkeit der großen Mehrheit der kleinen Bauern, ihre Wirtschaft weiter zu betreiben. Im vorigen Jahre wurden mehr als 300.000 Hypotheken den Bauern gekündigt. Während früher 5 bis 8% aller Bankrotte auf die Bauern entfielen, fielen im Jahre 1923 15% auf die Bauern.

Daher muß der Daily Worker auch zu den Kleinbauern sprechen. Das vermehrt natürlich die Pflichten der Zeitung.

Was das für eine Partei von 22.000 Mitgliedern, von denen nur 3000 die englische Sprache sprechen und von denen die Mehrzahl fremdsprachige Tageszeitungen und Wochenblätter unterstützen, bedeutet, ist klar. Es beweist, daß trotz der 19 Nationen, aus denen sich die Workers Party of America zusammensetzt, die Genossen in ihrer Gesamtheit nicht nur die Notwendigkeit eines englischen Tagblattes sehen, sondern daß sie auch keine Opfer gescheut haben, um ihr Ziel zu erreichen. Und die Aussichten des neuen Tagblattes? Am 12. November ist der **New York Leader**, der frühere New York Call, eingegangen. Das Umtaufen der angeblich sozialistischen Zeitung, hat sie nicht vor dem Untergange gerettet. Als eine sozialistische Zeitung war der Call während der ersten Zeit des Krieges das Organ aller revolutionären und radikalen Bestrebungen. Das Vorgehen der Kapitalisten nach dem Kriege, und besonders der Zerfall der Sozialistischen Partei nach der Absplitterung der Kommunisten, trieb die Partei in ein opportunistisches Fahrwasser, was sich auch in ihrer Zeitung bemerkbar machte. Der New York Call geriet in finanzielle Schwierigkeiten. Man versuchte eine Reorganisation: Der New York Call wurde zum New Yorker Leader, einer liberalen bürgerlichen Zeitung, der an die Arbeiter überhaupt nicht mehr appellierte. Die Arbeiter weigerten sich, das Blatt zu unterstützen. Das ist eine der günstigen Entwicklungen der letzten zwei Jahre, ein Resultat der tatkräftigen kommunistischen Propaganda. Die amerikanischen Arbeiter sind nicht mehr mit Halbheiten zufrieden. Sie sind zwar noch nicht zur Revolution bereit, sie wollen auch nicht, daß man mit ihnen ein Spiel treibt. Das können die Sozialisten nicht verstehen, und infolgedessen verlieren sie in den Vereinigten Staaten ständig an Boden. Der Daily Worker betritt die Kampfarena, belastet mit großen Verantwortlichkeiten und Pflichten, aber mit den besten Aussichten für die Zukunft. Die Tätigkeit der Workers Party bietet die beste Gewähr dafür.

Buchbesprechungen

Russische Erzählungen.*)

Von K. Cs.

** Der Band besteht aus vier ausgewählten Erzählungen. Man kommt fast in Verlegenheit, wenn man die eine der anderen vorziehen will. Die Erzählungen sind von vier verschiedenen Verfassern, trotz alledem haben sie etwas Gemeinsames an sich. Der Schauplatz ist die Revolution; Gestalten, Typen, Geschehnisse der Revolution beleben die Seiten. Ssaschka, der kleine Lumpenproletarier in Ssejfulius' „Invalide", das Räubergeschlecht Bokow und das kleine eitle Sowjetfräulein in den „Freizüglern" von Jakowlew und die trägen sibirischen Bauerngestalten aus Iwanows „Partisanen" — alle sind vom Wirbel der Zeit erfaßt, sie sind sozusagen entpersönlicht. Sie leben — lieben — leiden — treiben — sterben; ihr Getreide wächst jedoch aus ihrem Boden heraus. Irgendeine dunkle Kraft peitscht sie nach eisernen Gesetzen vorwärts. Sie sind welkes Laub der kapitalistischen Erziehung, arme, unwissende Bauern oder Proletarier, die ans Licht wollen und die der Sturmwind weitertreibt. Sie sehen die Sonne am Horizont, aber ihre eigene Schwerkraft, ihre Dunkelheit, ihre Ratlosigkeit — Erbschaften einer alten Welt — drücken viele zu Boden.

Die Art und Weise, wie die künstlerische Darstellung bei allen vier Verfassern das Thema in Angriff nimmt, läßt auf ein und dieselbe Weltanschauung schließen, man bearbeitet und betrachtet Grundverschiedenes aus derselben Perspektive. In der jungen revolutionären russischen Literatur ist das öfter der Fall. Der historische Materialismus als Weltanschauung hat der Literatur seinen determinativen Charakter auferlegt. Die Erzählungen tragen ein Gepräge von revolutionärem Massenheldentum an sich und sind hauptsächlich deshalb von Bedeutung, weil sie nicht so sehr in der Form als vielmehr dem Wesen nach eine Änderung bringen. Man gewinnt, indem man das Buch durchblättert, das Gefühl, wie kindisch-lächerlich eigentlich alles individuelle Wollen in dem großen Strome der historischen Gesetzmäßigkeiten verschwindet. Ein urelementarer Kollektivismus — obwohl noch negativ — vereint die in gemeinsamem Leiden verbundene Masse.

Am deutlichsten kommt eine solche Art von Entpersönlichung in Tamarius' „Wüste" zum Ausdruck. Es klingt stellenweise wie in einem Epos. Es stammt ja aus der Heldenzeit der Revolution. Vierhundert politische Gefangene werden von einem Kriegsschiff der Weißen am Ufer des Kaspischen Meeres auf einer öden Wüstenhalbinsel an Land gesetzt, damit sie ohne Wasser und Nahrung dem Tode preisgegeben seien. Und die Vierhundert durchwandern die Wüste unter unsäglichen Qualen. Es ist ein fast biblischer Leidensweg einer heldenhaften Masse. Viele sinken um, und ihre Spuren verweht der Sand. Von den vierhundert roten Arrestanten erreicht nur ein kleines Häuflein das Ziel:

„Knapp 20 Werst vor der Stadt brach der Turkmene zusammen, blutiger Schaum quoll ihm aus dem Munde. Doch die Stadt tauchte schon auf, wenn auch nur undeutlich mit den Augen wahrzunehmen, die blutunterlaufen, geschwollen, vom Sand verklebt und vereitert, den Dienst versagten.

Dies war mittags, am zehnten Marschtage. Eine Gruppe sonderbar aussehender Leute betrat die Stadt Krasnowodsk. Die schwarzen, verbrannten Gesichter mit tief eingefallenen Augen, die blutenden Geschwüre auf den Lippen, die schmutzigblutigen Fetzen auf dem Körper, die erweiterten Pupillen und irr brennenden Augen machten das Volk auf sie aufmerksam; die nackten, zerfetzten, von Splittern durchbohrten Füße dieser Leute klebten an den heißen Steinen fest und hinterließen blutige Spuren usw."

Ssejfulius' „Invalide" ist ein Kapitel an und für sich. Ssaschka, der 16jährige kleine Strolch, ein Lumpenproletarier, der Sohn einer Prostituierten, ein russisch-liebenswürdiger Taugenichts, ist ein Elendsprodukt einer verfaulten Gesellschaft. Im großen Revolutionswirbel taumelt er herum, wie ein Nachtschmetterling im Licht. Er ahnt etwas von einem besseren Sein, er selbst aber vermag nicht über sein verfehltes Ich hinweg. Er kann nicht mehr gerettet werden. Er wird zum Einbrecher und kommt vor das Jugendgericht. Über ihn hinweg „läuten aber doch die Glocken der Befreiung".

In **Jakowlews „Freizügler"** zieht die Geschichte einer alten Räubergeneration an uns vorüber. Am Ufer der Wolga, in einer alten Schenke, vor zweihundert Jahren, beginnt die Geschichte. Der Schenkenwirt Bokow ist ein Räuber. Und alle seine Nachkommen sind ebenfalls Banditen. Das Blut der Ahnen vererbt sich. Der letzte Bokow lebt in der heutigen Revolutionszeit. Er wird Kommunist und Sowjetvorsitzender. Da kommt das Weib. Ninotschka, die kleine eitle Dirne von adeliger Herkunft, das Sowjetfräulein („Barisnja"), wird seine Sekretärin, seine Frau und sein Verhängnis. Sie verleitet ihn zu bösen Taten, sein altes Räuberblut rächt sich, und beide werden vom revolutionären Gericht zum Tode durch Erschießen verurteilt.

Iwanow ist der Meister des Bäuerlichen. In seinen „Partisanen" erlebt man träge sibirische Bauerngestalten im revolutionären Milieu. Die Verhältnisse machen aus den Bauern revolutionäre Partisanen. Dem ausschlaggebenden Moment jedoch fehlt jeder prinzipielle Vorbedacht. Koltschaktruppen provozieren die Bauern beim Schnapstrinken; es ist fast lächerlich — aber dies ist hier der große Moment, der den sibirischen Bauernaufstand, die Partisanenbewegung, in dieser Gegend in Schwung bringt. Alles geht elementar vor sich, die Verhältnisse drängen unbewußt; — wo dann der Zündstoff explodiert, ist eigentlich Nebensache.

Carl Holtz' Illustrationen haben den Inhalt der Erzählungen prächtig erfaßt.

*) „Russische Erzählungen." Band II. Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahnbley, Hamburg 8; 1923. Zeichnungen von Karl Holtz.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 16. 4. Februar

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Die Lage in Deutschland und die KPD. Von G. Sinowjew 167

Politik.

Die Parlamentswahlen im Saargebiet. Von Zink . . 172

Wirtschaft.

Die Wirtschaftslage in der Schweiz und die Aufgaben der Arbeiterklasse. Von Zuercher 173

Arbeiterbewegung.

Die Gewerkschaftsspalter in Deutschland am Werke. Von Heckert 174

Die englische Arbeiterpartei und der Lokomotivführerstreik. Von Lada 175

Jugendbewegung.

An die werktätige Jugend der ganzen Welt! 176

Aus der Internationale.

Brief des EK. der KI. und des Vollzugsbüros der RGI. an die Familie des Genossen Lenin 177

Aufrufe.

Der Internationale Bauernrat an die Bauern und Arbeiter der ganzen Welt! 177

Buchbesprechungen:

Schriften zur Währungsfrage 178

Die Lage in Deutschland und die KPD.

Von G. Sinowjew.

Aus einer Rede, gehalten auf der XIII. Parteikonferenz der RKP.

** Auf unserer Herbstkonferenz haben wir das Vorhandensein einer ernsten politischen Krise in Deutschland festgestellt. Unsere Opposition hat oft darüber gespottet, daß wir über diese Frage nicht allzuviel gesprochen haben. Das war für sie ein Beweis dafür, daß unsere Partei aus „Schweigern" besteht, daß das Leben in der Partei erloschen ist usw. Ich denke, daß sie das innere Wesen einer bolschewistischen Partei sehr schlecht kennen, wenn sie die Sache in dieser Weise erklären und einschätzen. Ich sage nicht, daß in der Partei alles in der besten Ordnung war, aber wenn auf unserer Herbstkonferenz angesichts der ungeheuer wichtigen Ereignisse vollkommene Einmütigkeit unter uns geherrscht hat, dann habe ich den Mut, Euch, Genossen aus der „Opposition", zu versichern, daß diese Einmütigkeit nicht darauf beruhte, daß wir etwa „Schweiger" sind, sondern daß sie dem Wesen der bolschewistischen Partei entsprang. Die Partei hat begriffen, daß eine Situation entstanden ist, die man nicht anders einschätzen konnte, als eine revolutionäre Situation mit sehr großen Aussichten auf Erfolg. Die Partei hat begriffen, daß es sich, wenn ein solcher Augenblick gekommen ist, nicht nur darum handelt, Reden in die Luft zu sprechen, und eine große Diskussion vom Stapel zu lassen, sondern darum, die der Gesamtlage entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen. Mir scheint, gerade darin findet unsere damalige Stimmung ihre Erklärung. Alle haben wir die Lage in der Weise eingeschätzt, daß die Revolution in Deutschland eine Frage von Wochen ist. Alle Nachrichten unterstützten diese Annahme. Die pessimistischesten Ansichten unterschieden sich von den optimistischesten nur darin, daß die pessimistischen Genossen die Revolution zwei, drei oder vier Wochen später erwarteten.

Das waren also die großen Differenzen. Manche Genossen sagten: „Es ist eine Frage von Tagen"; andere behaupteten: „Zwei, drei oder vier Wochen später werden wir eine solidere Mehrheit in den Arbeitermassen haben, und dann werden wir obenauf sein". Charakteristisch für die Sachlage war der Riesenstreik im August: starkes Schwanken in den Reihen unserer Gegner, in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie. Die Kommunistische Partei wurde durch eine revolutionäre Welle von einer Höhe emporgehoben, wie wir sie in Deutschland noch nie erlebt haben. Das Kleinbürgertum begann auf die Seite der Kommunistischen Partei zu treten. Die Bauernschaft war schwankend geworden, die Mark entwertete sich in katastrophaler Weise, die Bourgeoisie verlor den Kopf, rote Hundertschaften wuchsen überall in den Betrieben, die Betriebsrätebewegung erstarkte — mit einem Worte, das typische Bild einer wirklichen vorrevolutionären Krise stand vor uns. Darum gab es nur eine Frage: Was ist eine bolschewistische Partei nach zwei Jahren neuer Wirtschaftspolitik, wie wird sie handeln? Wird sie zögern, wird sie diskutieren, wird sie den Überklugen, die in diesem Augenblick sagen: „Wir dürfen nicht riskieren," die Führung überlassen, oder wird die russische Partei als die wichtigste Partei der Kommunistischen Internationale auf ihrem Posten sein und die ganze Last der Verantwortung auf sich zu laden wagen?

Ich weiß, daß eine große Enttäuschung unvermeidlich war, als der Sieg der Revolution ausblieb. Man sagte uns: Ihr habt uns ja die Revolution „versprochen" — wo ist denn Eure Revolution geblieben? Eine solche Stimmung hat es unter den Arbeitermassen gegeben, und zwar aus vollkommen erklärlichen Gründen. Aber ich denke, Genossen, daß sowohl das ZK. wie auch die Komintern Euch sagen müssen, daß wir, wenn sich ähnliche Fälle wiederholen, unter denselben Verhältnissen ebenso handeln müssen. Wir haben uns hier im Tempo der Ereignisse geirrt, worin sich Marxisten schon sehr oft geirrt haben, Marx selbst nicht ausgeschlossen. Was Wunder, wenn auch wir, die Schüler von Marx, das Tempo der Ereignisse mit der deutschen, der französischen, der polnischen, der tschechischen und mit anderen Parteien, die mit uns zusammen die Beschlüsse faßten, irrtümlich beurteilten?

Aber im wesentlichen haben wir uns ebensowenig geirrt wie die Bolschewiki nach der Niederlage des Dezemberaufstandes im Jahre 1905, als sie im Gegensatz zu den Menschewiki sagten: „Die zweite Revolution wird kommen"! — und sie kam.

In der Frage des Zeitpunktes hat sich Lenin damals geirrt. Er hat den Beginn des Aufstandes für das Frühjahr 1916 „festgesetzt" und dann mußte dieser auf den Spätsommer „verlegt" werden. „Nach der Beendigung der Feldarbeiten" — sagte Wladimir Iljitsch — „wird der Bauer beweglicher sein." Aber der Aufstand kam auch im Spätsommer nicht, sondern erst nach vielen Jahren. Die Menschewiki haben natürlich über die nicht eingetroffene „Prophezeiung" viel gespottet.. In der Zeitfrage haben sich die Marxisten und auch Marx selbst nicht selten geirrt, weil wir über kein solches Instrument verfügen, das es uns ermöglichen würde, in dieser Frage jeden Irrtum zu vermeiden. Aber in der Haupteinschätzung der Klassenkräfte und darin, daß ein zweite Revolution unvermeidlich ist, hat sich der Bolschewismus nicht geirrt und in dieser Frage hat sich auch die Kommunistische Internationale nicht geirrt. Die zweite Revolution in Deutschland ist unvermeidlich, und die Zeit, die uns von ihr trennt, ist nicht allzu lang.

Genossen, Ihr werdet ohne weiteres verstehen, daß nach dem Mißerfolg, nach dem kampflosen Rückzug eine mehr oder minder ernste Krise der Partei, eine mehr oder minder gründliche Umwertung der Werte unausbleiblich ist. Gerade in einer solchen Zeit kann man den wirklichen Revolutionär erkennen. Jene, die nur zufällig zur Partei kamen, werden in einer solchen Zeit von einer Panik ergriffen, sie schwenken nach der äußersten Linken oder äußersten Rechten ab, demoralisieren die Partei; es gibt Heulen und Zähneklappern, eine Jeremiade. Der eigentliche Kern der Partei wird gerade durch solche Ereignisse gestählt. In der deutschen Partei gibt es gegenwärtig in diesem Sinne schwere Meinungsverschiedenheiten und mit der KPD. muß sich auch das EK. der Komintern und auch das ZK. unserer Partei über diese Meinungsverschiedenheiten Klarheit verschaffen.

Ich kann mich hier nicht auf alle Einzelheiten einlassen — das wird von mir auch nicht gefordert — ich will nur den Hauptkern der Streitigkeiten skizzieren, um so mehr, da diese Streitigkeiten wiederum mit unseren inneren Streitigkeiten in enger Beziehung stehen, und sehr stark an die Streitigkeiten mit unserer „Opposition" erinnern.

Ich weiß nicht, Genossen, wie es bei Euch in der Provinz war, aber in Moskau war es so, daß die Frage der deutschen Revolution, die Frage über die Kommunistische Internationale und über die Führung der Kommunistischen Internationale keine unwesentliche Rolle in diesen Diskussionen spielte. Die Genossen aus der „Opposition" haben auf allen Versammlungen außer tausend und einem Vorwurf gegen das ZK. auch noch dem EK. der Komintern vorgeworfen, daß es die deutsche Partei, die deutsche Zentrale zugrunde richtet. In dieser Hinsicht hat sich besonders Genosse Radek hervorgetan.

Ich muß Euch erklären, Genossen, daß für unsere Ansichten, besonders in der deutschen Frage, in Wirklichkeit das ganze ZK. der RKP. und darüber hinaus das ganze Politische Büro die Verantwortung trägt. Diese Frage berührt Rußland sehr nahe. Schon darum waren die Vertreter unserer Partei in der Komintern gezwungen, jede Frage dem Politischen Büro zu unterbreiten, außerdem aber war eine solche Haltung auch infolge der Lage in unserer Partei notwendig. Solange Genosse Lenin unmittelbar an der Arbeit teilnahm, war es bei uns üblich, daß wir, die Funktionäre der Komintern, die Richtlinien unmittelbar festsetzten und uns nur mit dem Genossen Lenin persönlich berieten. Das ganze ZK. war dann der Ansicht, daß sich die Sache infolgedessen auf dem richtigen Geleise befindet. Als dies nicht mehr möglich war, mußten wir auf diesem Gebiete die Führung Iljitschs durch eine kollektive Führung ersetzen. Darum mußten die Vertreter des ZK. und der Komintern die Frage der deutschen Revolution in allen ihren Einzelheiten im Politischen Büro beraten, was wir auch getan haben. Der größte Teil der Beschlüsse wurde einstimmig gefaßt. Sie sind daher kollektive Beschlüsse, für die wir die Verantwortung tragen. Das bedeutet natürlich nicht, daß mich persönlich keine große Verantwortung trifft. Selbstverständlich trage ich aus begreiflichen Gründen eine große Verantwortung.

Worin bestanden unsere Meinungsverschiedenheiten? In der Partei wurden einige unrichtige Angaben verbreitet, die ich zu widerlegen genötigt bin. Es sind Gerüchte im Umlauf, das EK. der Komintern hätte beschlossen, den Aufstand in einer bestimmten Frist herbeizuführen und sie hätte diese Frist der deutschen Partei aufgezwungen. Ich behaupte entschieden, daß der deutschen Partei die Lösung dieser Frage selbst anheim gestellt wurde. Das war unser Standpunkt.

Die zweite Frage, deren Klärung heute höchst wichtig ist, da sie Euch unmittelbar den Kern der Meinungsverschiedenheiten in der KPD. nahebringt, ist die sächsische Regierungsfrage. Wie war die Lage in Sachsen überhaupt? Im sächsischen Parlament gab es eine aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehende Mehrheit gegenüber der Bourgeoisie. Die Differenz betrug, wenn ich mich nicht irre, etwa sechs Stimmen zugunsten der Sozialdemokraten und Kommunisten. Der rechte Flügel der KPD. machte einige Male den Versuch, eine Verständigung mit den Sozialdemokraten zu erzielen, und legal eine Regierung auf parlamentarischer Basis zu bilden. Das EK. der KI. war immer dagegen. Aber als wir die Ereignisse in der Weise einschätzten, daß die Krise eine Frage von Wochen ist, haben wir damals gesagt: Jetzt ist die Zeit gekommen, wo wir unter gewissen Bedingungen in die Regierung eintreten können, um Sachsen als Aufmarschgebiet zu benützen, von wo aus wir den Kampf um die Macht organisieren und entfalten können. Das war damals, als der General Müller zum Militärbefehlshaber in Sachsen ernannt wurde. Ich erinnere mich des Kronstädter Beispiels, im Jahre 1917, als die provisorische Regierung den Kadetten Pepeljajew zum Kommissär ernannt hatte, die eigentliche Macht sich aber in den Händen des Kronstädter Sowjets befand — wie sich damals der Kronstädter Sowjet gar nicht um Pepeljajew kümmerte, ihn verspottete, und wir ihn später zur rechten Zeit verhafteten! Uns schien es, daß die deutschen Genossen vor derselben Aufgabe stehen: sie treten in die Regierung ein, ignorieren den General, mobilisieren die Arbeiter zum Zusammenschluß mit den revolutionären Arbeitern des ganzen übrigen Deutschland, mit anderen Worten: wir betrachteten den Eintritt in die sächsische Regierung als ein Manöver, um einen Fußbreit Boden zu erobern, um die Ereignisse von dort aus zur Entfaltung zu bringen. Wir nahmen damals an, daß wir unsern Eintritt in die sächsische Regierung praktisch an solche Bedingung knüpfen mußten, die die hinter der Regierung Zeigner stehende Gruppe bereit finden ließ, den Kampf gegen das weiße Bayern, gegen die Faschisten, wirklich aufzunehmen, die sofortige Bewaffnung von 50.000 bis 60.000 deutschen Arbeitern durchzusetzen und den General Müller zu ignorieren. Dasselbe war in Thüringen der Fall. Ihr seht jetzt, wie wir uns den Eintritt in die sächsische Regierung vorgestellt haben.

Wir haben uns die Sache keinesfalls als eine parlamentarische Kombination vorgestellt, sondern als ein Manöver zur Erreichung einer bestimmten Position. Die deutschen Genossen haben das für möglich gehalten.

Jetzt werden, wie Ihr wißt, Versuche gemacht, diese ganze Politik nachträglich zu revidieren, und man sagt, die Komintern wäre zu spät gekommen, man hätte die Vorbereitung um drei, vier Monate früher beginnen sollen. Ihr kennt die Broschüre des Genossen Trotzki „Der Neue Kurs", worin er sich auch mit der deutschen Frage beschäftigt. Er spricht direkt aus, der Fehler hätte gerade darin bestanden, daß, „wenn die Kommunistische Partei das Tempo ihrer Arbeit durch die vollständige Ausnützung der ihr durch die Geschichte zur Verfügung gestellten fünf bis sechs Monate zur Organisierung der politischen und technischen Vorbereitungen stark beschleunigt hätte, der Ausgang der Ereignisse ein anderer gewesen wäre als der, den wir im November wahrnehmen mußten". Eine solche Fragestellung ist überhaupt fruchtlos. Es versteht sich von selbst, daß wir, wenn wir die Vorbereitungen fünf Monate früher begonnen hätten, unter sonst gleichbleibenden Verhältnissen besser hätten vorbereiten können. Überhaupt, wenn das viele „Wenn" nicht wäre, so würden wir besser stehen — das ist eine billige Weisheit. Es ist jedoch nicht ohne Interesse, uns bei der Frage aufzuhalten, welche Ansicht die führende Gruppe der Komintern gerade vor fünf bis sechs Monaten war. Im Juli setzte in Deutschland offensichtlich ein Umschwung ein. Die Zentrale der KPD., die das Ansteigen einer neuen revolutionären Welle spürte, erließ einen revolutionären Aufruf gegen die Faschisten. Die Zentrale der KPD. sprach im Namen der Partei offen aus, daß wir für jeden ermordeten Arbeiter zehn Faschisten erschlagen werden. Wer die Geschichte der KPD. kennt, der muß es verstehen, daß das der Anfang eines neuen Kapitels ist. Die Bewegung dehnte sich aus. Die Partei gewann einen immer größeren Einfluß. Und so beschloß sie, den Euch bekannten Antifaschistentag zu veranstalten. Das war ein außerordentlich großes Ereignis. Die sozialdemokratischen Arbeiter standen auf unserer Seite, und alle sahen in der KPD. den Sturmbock, der den Faschismus niederrennen wird, bevor er noch ganz erstarkt

ist. In diesem Augenblick entsanden die ersten Meinungsverschiedenheiten innerhalb des EK. der Komintern. Genosse Bucharin und ich waren abwesend, wir wurden im EK. durch den Genossen Radek ersetzt. Genosse Bucharin und ich, als Mitglieder des EK. der KI., haben, als wir diesen Aufruf erhielten, an die KPD. ein Begrüßungsschreiben gesandt, worin wir erklärten, daß wir diesen Aufruf für großartig halten und die KPD. in ihrem Kampfe und in der Frage des Antifaschistentages wärmstens unterstützen. Genosse Radek begann gegen uns eine heftige Polemik. Er telegraphierte uns (mir und dem Genossen Bucharin) am 12. Juli (das Telegramm ist in meinen Händen), unsere Politik bedeute, daß die Komintern die KPD. einer Juliniederlage entgegentreibe, daß wir uns „unter dem Eindrucke der bulgarischen und italienischen Ereignisse befänden" und die Sache in Deutschland leichtfertig beschleunigen. Genosse Radek sandte am 26. Juli im Namen des Präsidiums der Exekutive ein Telegramm mit folgendem Inhalt ab: „Das Präsidium der Komintern schlägt vor, auf die Straßendemonstrationen am 29. Juli zu verzichten ... Wir befürchteten Rückschläge". Ein Teil unserer Genossen hat den Genossen Radek darin unterstützt.

Als Genosse Trotzki über seine Meinung befragt wurde, antwortete er, daß er sich der Stimme enthalte, da ihm das ganze Material nicht zur Verfügung stehe.

Die Meinungsverschiedenheiten hatten also folgenden Inhalt: Genosse Bucharin und ich sagten: Wir gratulieren zu diesem Schritt, und unterstützten diesen Beginn eines neuen Kapitels sehr. Radek beschuldigte uns, daß wir die Partei einer Juli-Schlacht, daß wir die Partei neuen Niederlagen entgegentreiben. Radek beantragte, den Antifaschistentag abzublasen. Genosse Trotzki enthält sich der Stimme. Ich erzähle das nicht, um hieraus Vorwürfe zu schmieden. Man kann sich ja irren. Aber man soll dann nicht später kommen, dann den Gescheiten spielen und sagen, daß, wenn wir uns früher vorbereitet hätten, es besser gegangen wäre. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Oder man sagt uns, daß die Frage damals entschieden wurde, als die Ruhrkrise ausbrach. Man hätte schon damals sehen sollen, daß ein neues Kapitel beginnt! Wieder die Steine im Glashaus! Innerhalb der Komintern fanden zwei internationale Konferenzen über die Ruhrfrage statt, die eine in Essen, die andere in Frankfurt. Diese beiden Konferenzen betrachteten wir als den Beginn eines neuen Kapitels.

Die Exekutive der Komintern traf im Zusammenhang damit eine ganze Reihe von Maßnahmen. Warum hat Genosse Trotzki der Objektivität halber in seiner Broschüre nicht erwähnt, daß sich Genosse Radek, der diese Bewegung am besten kannte, der sich für den besten Kenner dieser Bewegung hielt und sich in der Tat an dieser Bewegung am meisten beteiligte — daß sich Genosse Radek am meisten von uns geirrt habe? Er hat die Partei an den Rockschößen zurückgehalten, als man sie in den Kampf hätte führen sollen.

•

Worin bestehen gegenwärtig die Meinungsverschiedenheiten in der KPD.? Die Genossen streiten darüber, ob der Rückzug notwendig gewesen ist oder nicht, oder wenn er notwendig gewesen ist, hätte er kampflos oder unter Kämpfen vollzogen werden sollen?

Genossen! Die Meinungsverschiedenheiten sind sehr groß. Uns, die zwei bis drei Revolutionen hinter sich haben, sind diese Meinungsverschiedenheiten sehr gut bekannt. Der beste Teil der deutschen Arbeiter ist sehr unzufrieden darüber, daß die Partei sich kampflos zurückgezogen hat, da der Kampfwille viel stärker war als während der ersten deutschen Revolution. Man muß die deutschen Genossen darüber erzählen hören, wie die Arbeiter die Straße beherrscht haben, wie die Hunderttausende zählenden Massen der Arbeiter bis zum nächsten Morgen nicht auseinandergingen, sich der Lastautomobile bemächtigten, wie sich Zehntausende von Frauen erhoben, wie sich im Ruhrgebiet die deutschen Frauen mit ihren hungernden Kindern den französischen Soldaten entgegenwarfen, wie die französischen Soldaten Gewehr bei Fuß standen und mit ihnen eine brüderliche Unterhaltung begannen und wie die Arbeiter ihren sozialdemokratischen Führern den Rücken kehrten und nur mit den Kommunisten gingen. Diese Erzählungen beweisen klar, daß in der Partei ein ungeheurer Aufschwung vor sich ging.

Nach der Oktoberberatung gaben sich die deutschen Genossen der Stimmung hin, daß der Kampf morgen entbrennt, daß sie morgen entweder siegen oder sterben werden. Daher verursachte der Rückzug eine große Depression und Enttäuschung, und dazu kam noch die schwere sächsische Prüfung. Ihr erinnert Euch, Genossen, an die Stellungnahme des EK. der KI., über den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung. Aber, Genossen, wie geschah es in Wirklichkeit? In Wirklichkeit kam es ganz anders. In die Regierung sind drei Mitglieder der Zentrale der KPD. eingetreten: Böttcher, Heckert und Brandler. Brandler bekam kein Ministerium, sondern die Leitung der Staatskanzlei. Wir haben uns alle vor Freude die Hände gerieben: Es gibt nichts Schlaueres als die KPD., sie sichert sich die Führung der Staatskanzlei. Brandler wird sie übernehmen und ihm wird die Polizei und der ganze Apparat gehorchen. Aber wir haben uns sehr getäuscht; es gab da nichts Schlaues, sondern nur eine echt deutsche Verbeugung vor der Regierungskanzlei, wo, wie man glaubte, die Geheimnisse aller Geheimnisse verborgen sind, und man entsandte dahin den hervorragendsten Funktionär der Parteizentrale. Sie verbrachten in den Regierungsstellen ganze elf Tage, eigentlich nur neun Tage, weil sie ja während der letzten zwei Tage schon zwischen der Regierung und dem Gefängnis standen. Natürlich konnte man während elf Tagen wenig erreichen, und das EK. der KI. machte es ihnen natürlich nicht zum Vorwurf, daß sie sich während dieser Zeit nicht 60.000 Gewehre verschafft haben. Jeder Kampf kann mit einer Niederlage enden, besonders ein revolutionärer Kampf, und statt der 60.000 Gewehre kann man sehr leicht eine Kugel in den Kopf bekommen. Aber man muß sich immer so benehmen, wie ein Revolutionär sich benehmen soll. In Wirklichkeit haben sich aber unsere Genossen als Teilnehmer an einer gewöhnlichen Koalition gefühlt, die aus Kommunisten und Sozialdemokraten bestand. Sie sagten, daß „wir auf dem Boden der Verfassung stehen", daß „wir nur dem Landtag verantwortlich sind" und dergleichen.

Hier zeigten sich die alten sozialdemokratischen Traditionen. Bebel hat seinerzeit das reaktionäre Vorgehen der Regierung mit Erfolg dadurch enthüllt, daß er zeigte, die Regierung tritt die eigenen Gesetze und die eigene Verfassung mit Füßen. Damals war das eine revolutionäre Agitation. Wenn aber die Kommunisten, jetzt im Jahre 1923, die Bebelschen Töne anstimmen, wo General Müller mit seinen Truppen gegen sie marschiert, wenn sie in einem solchen Augenblick sagen, daß „sie auf dem Boden der Verfassung stehen", daß „sie nur dem Landtag verantwortlich seien", dann wird daraus eine banale Parlamentskomödie.

Diese Erfahrung öffnete uns die Augen über viele Schwächen der KPD., deren Vorhandensein wir auch schon früher vermutet haben, aber die wir mit besonderer Anschaulichkeit erst jetzt gesehen haben. Sobald wir sahen, welchen Verlauf die Ereignisse nehmen, schrieb das EK. der KI. an die KPD. einen vertraulichen Brief mit der Bitte, ihn an alle Mitglieder der Zentrale weiterzugeben. Wir waren mit dem Inhalt des Briefes einverstanden, mit uns auch Genosse Trotzki, der nur einige redaktionelle Änderungen beantragte. In diesem Briefe schrieb die Exekutive der Komintern folgendes:

„Aus Eurer Überschätzung des Grades der politischen, technischen Vorbereitung folgte unvermeidlich auch der politische Fehler. Wir, hier in Moskau, wie es Euch wohl bekannt sein muß, betrachteten den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung nur als ein militärisch-strategisches Manöver. Ihr habt diesen Eintritt in einen politischen Block mit der „linken" Sozialdemokratie verwandelt, die Euch die Hände band. Wir stellten uns die Sache in der Weise vor, daß der Eintritt in die sächsische Regierung die Eroberung eines Aufmarschgebietes bedeuten würde, um von da aus die Kräfte unserer Armeen zu entfalten. Ihr habt die Teilnahme am sächsischen Ministerium in eine banale parlamentarische Kombination mit den Sozialdemokraten verwandelt. Das Resultat war unsere politische Niederlage. Und was noch schlimmer ist, es ergab sich etwas, was sehr stark an eine Komödie erinnert. Eine Niederlage im Kampfe können wir ertragen, aber wenn eine revolutionäre Partei am Vorabend des Aufstandes geradezu in eine lächerliche Lage gerät, so ist das schlimmer als eine Niederlage. Die Partei hat im ganzen Reiche ganz und gar nicht eine Politik geführt, die den Auftakt zum entscheidenden Kampf hätte bilden können und müssen. Kein einziger entschieden revolutionärer Schritt. Keine auch nur einigermaßen klare kommunistische Rede. Kein einziger ernster Schritt, um die Bewaffnung der Arbeiterschaft in Sachsen vorwärtszutreiben, keine einzige praktische Maßnahme, um in Sachsen Räte zu schaffen. Statt dessen eine „Geste" von Boettcher, der erklärt hatte, daß er das Gebäude des Ministeriums nicht verläßt, so lange er nicht mit Gewalt entfernt wird. Nein, Genossen, so kann man eine Revolution nicht vorbereiten."

Genosse Radek begann, anstatt die deutsche Partei auf diesen Fehler aufmerksam zu machen, in seinen Artikeln den rechten

Flügel der KPD. zu unterstützen, der diese opportunistische „sächsische" Politik verewigen will. Man darf, Genossen, natürlich diese Fehler nicht überschätzen. Die KPD. ist trotzdem eine der besten Sektionen der Komintern, eine mächtige proletarische Partei mit einigen hunderttausenden Arbeitermitgliedern, und sie wird die deutsche Arbeiterklasse zum Siege führen. Aber sie hat auch ihre Schwächen. In ihr stecken noch Überreste aus der II. Internationale. Und das ist auch natürlich: Wir sind ja im Schoße der II. Internationale entstanden. Die III. Internationale ist nicht vom Himmel gefallen und Überreste der II. Internationale sind in allen Parteien vorhanden. Ja, man darf die Fehler nicht verbergen, auch in unserer Partei haben wir kleinbürgerliche Tendenzen, und was anderes ist das als eine Erbschaft der II. Internationale? Solche Überreste gibt es zweifelsohne auch in der deutschen Partei. Fehler kann man gutmachen, aber nur in dem Falle, wenn man die Fehler nennt, wenn wir nicht in einen Vorzug verwandeln wollen, was ein offensichtlicher Fehler ist.

Radek nahm sich der Verteidigung des rechten Flügels der Partei an und begann eine ganze Philosophie zu konstruieren, um deren opportunistisches Verhalten rechtfertigen zu können. Worin kam dies zum Ausdruck? Nach der Niederlage fand eine Konferenz statt. Hier wurde eine Resolution angenommen, deren Kernpunkt folgender Satz war: „Der Faschismus hat über die Novemberrepublik gesiegt, besiegte jedoch nicht die Arbeiterklasse." Als wir diese Resolution gelesen haben, schien es uns, als ob das entweder ein literarischer Seitensprung oder Opportunismus ist. Es stellte sich heraus, daß es beides war. Das kommt oft vor.

Worin liegt nun in Wirklichkeit die Unrichtigkeit dieses Satzes? Vor allem gefällt uns schon das Wort „Novemberrepublik" nicht. Die erste deutsche Revolution brach im Monat November aus, und sie heißt daher Novemberrevolution. In einem Zeitungsartikel kann man natürlich dieses Wort gebrauchen, wie wir zum Beispiel von einer „Julimonarchie" sprechen, aber da, wo es sich um eine theoretische Analyse handelt, mit deren Hilfe wir die Perspektive für uns selbst und für die deutschen Arbeiter klären wollen, müssen wir eine solche Redewendung vermeiden. In diesem Falle wäre eine andere Redewendung angebrachter gewesen, die wir von Marx gelernt haben. Was ist Deutschland heute? Eine bürgerlich-demokratische Republik. Nach der Novemberrevolution nannte sie sich anfangs „sozialistisch", aber das war nur ein Betrug. Sie ist eine bürgerlich-demokratische Republik, das ist viel richtiger und klarer gesagt. Aber es handelt sich natürlich nicht um die Terminologie. Was bedeutet es: „Der Faschismus hat über die Novemberrepublik gesiegt, hat aber die Arbeiterklasse nicht besiegt"? Wir finden hier den Sinn nicht.

Welche Konsequenzen wurden hieraus gezogen? Man sagt uns, die Sozialdemokratie sei vom Faschismus besiegt. Dabei ist gerade diese Behauptung vollkommen unrichtig. Wenn die Sozialdemokratie im Kampfe besiegt worden wäre, hätten wir eine ganz andere Taktik befolgen müssen. Wir schlagen jetzt vor, mit den gegenrevolutionären Spitzen der deutschen Sozialdemokratie jede Unterhandlung zu unterlassen. Wenn aber der Satz wahr wäre, daß die deutsche Sozialdemokratie vom Faschismus besiegt wurde, wo würde daraus entspringen, daß wir uns im Gegenteil der deutschen Sozialdemokratie annähern sollen? Marx lehrte uns, daß wir, wenn kleinbürgerliche Parteien, im gegebenen Fall die sozialdemokratische Partei, gegen die Reaktion im Kampfe stehen, diese Parteien in diesem Kampf unterstützen müssen. Aber das ist ja das Entscheidende, daß dem eben nicht so ist.

Genosse Radek fragt: Wer herrscht denn heute in Deutschland? Und er antwortet: Der General — und zieht die Schlußfolgerung: Also haben die Faschisten die Sozialdemokratie besiegt. Wir sagen aber, das „also" ist hier durchaus nicht angebracht. Wer herrscht in Deutschland? Seeckt. Und wer nimmt an der Macht teil? Die deutsche Sozialdemokratie. Sind denn Ebert, der Reichspräsident, und Severing, der preußische Innenminister, nicht Sozialdemokraten? Aber nicht genug damit? Nicht nur die Spitzen der Sozialdemokratie sind an der Macht beteiligt. Wissen wir denn nicht, daß ein paarmal zehntausend, wenn nicht noch mehr einfache Mitglieder der sozialdemokratischen Partei als Bürgermeister, Polizeivorsteher usw. gleichfalls an der Macht beteiligt sind? Auch das ist ein Stückchen Macht. Ohne Zweifel. Die Sozialdemokratie ist auch weiter Teilhaber an der Macht geblieben. Hier liegt der Hund begraben. Seit fünf Jahren, seit der Novemberrevolution, herrscht in Deutschland der Block der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie. Innerhalb dieses Blocks ändert sich von Zeit zu Zeit das Kräfteverhältnis. Schon die bürgerliche Revolution in Deutschland ist gegen den Willen der Sozialdemokratie ausgebrochen. Sodann übernahm die Sozialdemokratie die Macht, und begann die deutsche Revolution bergab zu führen, indem sie die Macht allmählich der Bourgeoisie zurückgab. Auch heute haben wir einen Block der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie vor uns. Die Sozialdemokratie ist auch heute noch eine mitregierende Partei in Deutschland, Genosse Radek!

Das entscheidet unsere Taktik gegenüber der Sozialdemokratie. Es handelt sich darum, daß die Sozialdemokratie selbst faschistisch geworden ist. Genossen, diese Erscheinung können wir nicht nur in Deutschland wahrnehmen, sondern in der ganzen II. Internationale.

Sehen wir nun nach Italien! Nehmen wir die Partei Turatis. Turati ist schon seit 25 Jahren Opportunist. Aber konnte man vor zehn Jahren sagen, daß Turati etwa ein Sozialdemokrat von faschistischem Einschlag ist? Nein, er war Revisionist und gab eine schlechte Zeitung heraus. Jetzt ist er aber ein Sozialdemokrat mit faschistischem Einschlag, seine Partei ist ein Flügel des italienischen Faschismus. Oder denken wir an Bulgarien, an ein Land, daß Euch bekannter ist. Nehmen wir die dortigen Menschiwiki, mit Sakasow an der Spitze. Er ist seit 20 Jahren Opportunist. Aber konnte man vor zehn Jahren behaupten, daß Sakasow ein Sozialdemokrat mit faschistischem Einschlag ist? Plechanow schimpfte auf ihn wegen seines revisionistischen Standpunktes, wegen seiner „Kritik" am Marxismus. Und jetzt nimmt die Partei dieses Sakasow teil an der Regierung des Faschisten Zankow, läßt Kommunisten niedermetzeln usw. Dasselbe sehen wir in allen Parteien der II. Internationale. Dasselbe war auch in Deutschland der Fall. Jetzt müssen wir den Arbeitern sagen, daß die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist und dürfen nicht alles umdrehen und sagen, der Faschismus hätte die Sozialdemokrie besiegt, aber nicht die Arbeiter.

Hieraus entspringen zwei taktische Schlußfolgerungen. Wenn die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist, dann muß man sie an der Kehle packen, dann muß man auf jede Verhandlung mit ihren Spitzen verzichten, dann müssen wir sie als Leute betrachten, die jenseits der Barrikade stehen. Worin besteht das Neue in der internationalen Arbeiterbewegung? Darin, daß die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist. Der Faschismus ist heute eine Mischung der schwarzen Reaktion und der sozialen Demagogie, der direkten Reaktion der Gutsbesitzer und der Aufpeitschung der Instinkte der besitzlosen Volksschichten. Wir sehen das an dem Beispiel von Mussolini und an anderen. Darum fällt es der Sozialdemokratie leicht, sich mit dem Faschismus zu paaren. Das muß den deutschen Arbeitern erklärt werden.

Die deutsche Sozialdemokratie ist ein Teil des gegenwärtigen Regierungsblockes, trotzdem dort Generale an der Macht sind. Ihrem Typus nach unterscheidet sich die deutsche Republik heute schon nicht mehr allzusehr von jeder anderen bürgerlichen Republik, zum Beispiel der französischen. Wozu eine Terminologie gebrauchen, die die bürgerliche Presse Euch gelehrt hat? Wozu von einer Novemberrepublik sprechen? Benützet die marxistische Terminologie: bürgerliche Demokratie, dann werdet Ihr den Arbeitern sagen können, was wirklich ist, daß Deutschland, im Grunde genommen, eine ebenso bürgerliche und ebenso reaktionäre Republik ist wie Frankreich.

Die Sozialdemokratie ist ein Flügel des Faschismus und hieraus entspringt unsere Taktik. Genosse Radek sucht auch Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Faschismus. Allerdings gibt es solche, und sie haben auch eine gewisse Bedeutung. Aber durch ihre Überschätzung gibt Radek der ganzen deutschen Partei eine falsche Orientierung. Hieraus folgt, daß er jene himmelschreiende Geschichte rechtfertigt, die in Sachsen vor sich ging, und die nichts anderes ist, als ein Symptom des Opportunismus, und die wir als eine banale Parlamentskomödie einschätzen. Und er, Radek, verteidigt sie. Das sind in kurzen Zügen unsere derzeitigen Meinungsverschiedenheiten.

•

Auf dem Boden dieser Ereignisse begann ein tiefer Differenzierungsprozeß in der Zentrale der KPD. Letzten Endes stellte es sich heraus, daß die deutsche Zentrale in ihrer Mehrheit dieselbe Linie einschlug, wie das EK. der Komintern. Es ergab sich folgendes Verhältnis: Zwei Genossen auf dem rechten Flügel — Brandler und Thalheimer —; 15 Genossen im Zentrum, deren Stellungnahme im großen und ganzen mit unserem Standpunkt übereinstimmt, nur daß ihr Standpunkt weniger klar formuliert ist; der linke Flügel, der in der Zentrale über sechs, sieben Genossen verfügt und sich viel mehr mit der Vergangenheit beschäftigt, die alte Taktik als Ganzes verwirft, aber im wesentlichen letzten Endes doch unseren Standpunkt einnimmt. Gegenwärtig findet eine Konferenz statt.

Die Exekutive der Komintern wurde vor die Frage gestellt, welchen Rat sie der deutschen Partei jetzt geben soll. Die Exekutive schlug den Kurs ein, die Partei gegen die rechten Abweichungen zu kehren, gegen jene rechten Abweichungen, die dort nicht nur zufällig auch Genosse Radek vertritt und die bei uns hier zuweilen in „linker" Toga prangen. Die Exekutive schlug den Weg ein, die 15 Genossen der Mehrheit mit den linken Genossen zur Herstellung einer gemeinsamen Plattform zu bewegen. Genosse Radek machte alles mögliche und unmögliche, um die Komintern an der Durchführung dieses Beschlusses zu hindern. Er hat sich direkt geweigert, sich dem Beschluß des ZK. unserer Partei zu fügen, das unserer Delegation in der Exekutive gewisse Weisungen erteilte. Wir fragten ihn: Wirst du die Beschlüsse durchführen? Er antwortete: Nein, da ich vom internationalen Kongreß und nicht von euch gewählt wurde. Formell hat er recht. Wir sind alle vom internationalen Kongreß gewählt worden; aber es ist selbstverständlich, daß wir dort unsere Partei vertreten müssen. Wir nahmen einen Beschluß an, wie es Euch bekannt ist, demzufolge der Exekutive der Komintern mitzuteilen ist, daß Genosse Radek in dieser Frage nicht den Standpunkt unserer Partei vertritt. Die Genossen Trotzki, Radek und Pjatakow verfaßten Kontrathesen, mit denen sie sich, über den Kopf unseres ZK. hinweg, an die deutschen Genossen wandten, ohne sie auch nur nachträglich unserm ZK. zugestellt zu haben. Genosse Radek tat alles mögliche, um zu verhindern, daß die Exekutive sich mit der Mehrheit der Zentrale der KPD. in Verbindung setzt. Wir, die andern Mitglieder der Exekutive, machten zuerst einen Verständigungsversuch, wählten eine paritätische Kommission, um unsere Meinungsverschiedenheiten zu beheben. Die Genossen Radek und Pjatakow beantragten Korrekturen opportunistischer Art, die für uns unannehmbar waren. Wir mußten sie ablehnen. Wir versuchten also alles, um zu einer Verständigung zu gelangen, sie aber versuchten alles, um den Fraktionskampf in die Internationale hineinzutragen.

Aber ich bin doch glücklich, Euch sagen zu können, daß es uns trotz dieser Fehler, trotzdem Genosse Trotzki und Genosse Radek früher eine sehr große Autorität unter den deutschen Genossen hatten, schon gelungen ist, eine gemeinsame Resolution der Mehrheit und des linken Flügels der deutschen Zentrale über alle politischen Fragen zu erreichen. Gerade heute hat die Kommission ihre Arbeit beendet, und sie hat die wichtigste politische Resolution einstimmig angenommen. Noch vor einigen Tagen, im letzten Moment vor der Wahl der Kommission, versuchte Genosse Radek, zwischen dem linken Flügel und der Mehrheit der Zentrale der KPD. einen Fraktionskampf zu entfachen. Er spottete darüber, daß wir, die Exekutive der Komintern, zwischen dem linken Flügel und der Mehrheit der Zentrale eine „Ehe" zustandebringen wollen. Wir antworteten: Was ist Schlimmes daran, wenn wir zwischen der Mehrheit der Zentrale und dem linken Flügel, das heißt Hamburg und Berlin, wo sich die besten revolutionären Arbeiter befinden, ohne die in Deutschland keine Revolution möglich ist, eine sogenannte „Ehe" zustandebringen wollen? Trotz ihrer Schwäche in der Vergangenheit haben die Linken im allgemeinen die opportunistische Gefahr richtig gekennzeichnet. Und heute haben sie eine bessere Verbindung mit der Arbeiterklasse Deutschlands als die Rechten, von denen einige echte politische Bankrotteure sind. Nicht darin liegt das Schlimme, daß sich die Rechten geirrt haben, sondern schlimm ist, daß sie ihre Fehler nicht einsehen wollen, was auch bei unserer Diskussion der Fall war.

•

Die Taktik der Einheitsfront. Die Politik der Exekutive der Komintern besteht darin, die deutsche Partei nach links zu orientieren und sie gegen die opportunistischen Gefahren einzustellen. Genosse Trotzki hat hier recht, wenn er schreibt, daß man im Jahre 1921 die deutsche Partei ein wenig nach rechts orientieren mußte, als sie sich im März 1921 den Kopf einrannte, und daß die Partei jetzt aus Passivität fortfuhr, die Gefahr links zu sehen. Jetzt ist die Zeit da, wo die Gefahr von rechts kommt. Das ZK. und die Komintern haben das schon angekündigt. Wir setzten im wesentlichen eine Verständigung des Hauptkerns der deutschen Partei mit den Vertretern der großen linken proletarischen Organisation durch, die bisher gegenüber einzelnen Vertretern jener Rechten, die unlängst erst den sächsischen Fehler begangen haben und diese offensichtlich sozialdemokratischen Fehler für reines Gold des wissenschaftlichen Kommunismus hinzustellen versuchten, voller Mißtrauen waren. So steht die Sache, Genossen. Zum Schluß will ich noch darauf hinweisen, daß offensichtlich auch in der Frage über die Einheitsfronttaktik Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Was ist die Einheitsfronttaktik? Wir wollen darüber nochmals eine genaue Formulierung geben. Von unserem Gesichtspunkt aus ist die Einheitsfronttaktik nichts anderes, als eine Methode der revolutionären Agitation und der Mobilisierung der Massen in jenem Stadium der Bewegung, wo wir noch in der Minderheit sind, wo das Kapital noch angreift, wo wir uns verteidigen, wo die Sozialdemokraten noch stark sind usw. Wir sagen, daß dies eine Methode der Agitation und der Organisation ist und nichts anderes. Wer da sagt, daß das etwas anderes bedeutet, der reicht den Sozialdemokraten einen Finger. Radek und der rechte Flügel der KPD. gehen gerade davon aus, daß die Einheitsfronttaktik auch etwas anderes bedeutet, etwas mehr als eine Methode der Agitation und Organisation. Sie sprechen den Gedanken nicht ganz aus. Aber sie denken, daß die Einheitsfronttaktik eine Regierungsbildung mit der SPD. bedeutet, daß das eine ganze Etappe ausfüllen könne, daß eine Art von Bündnis zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten auf der Grundlage der „Demokratie" möglich sei usw. Das eine bringt das andere mit sich. Hieraus entsteht die Ansicht, daß die Sozialdemokratie vom Faschismus besiegt sei.

Radek wendet ein, daß auch er auf die Sozialdemokraten schimpft. Nicht das Schimpfen ist aber das Entscheidende, sondern die Einschätzung, die Klassenanalyse. Es ist nicht notwendig, daß Ihr allzusehr auf die Sozialdemokratie schimpft, Ihr müßt nur sagen, daß sie jetzt an dem faschistischen Block teilnimmt, anstatt daß Ihr jetzt sagt, daß sie besiegt ist, daß sie dem Faschismus zum Opfer gefallen ist, dann habt Ihr eine andere Perspektive vor Euch. Hieraus ergibt sich auch der unrichtige Standpunkt über die Einheitsfronttaktik.

Bisher hat hier eine Unklarheit geherrscht. Jetzt muß klar Stellung genommen werden. Unser Standpunkt in der Exekutive besteht darin, daß die Einheitsfronttaktik nichts anderes ist, als eine Methode der Agitation und der Mobilisierung, eine Methode der Manöverierung in einer Lage, wo wir von Sozialdemokraten umgeben sind, nicht aber irgendeine demokratische Koalition mit der Sozialdemokratie auf parlamentarischer Grundlage. Aber man muß sich über diese Frage klar aussprechen. Genosse Radek drohte damit, daß hieraus in der Kommunistischen Internationale eine Krise entstehen werde. Ich glaube, daß dies nicht der Fall sein wird, wenn es aber unvermeidlich sein sollte, dann müssen wir sagen — je schneller, desto besser. Wir müssen in der Kommunistischen Internationale diese Frage klarstellen, unsere Partei muß sich darüber aussprechen und auf Grund ihrer Erfahrungen den Arbeitern anderer Länder den Weg weisen.

Das wären also unsere Meinungsverschiedenheiten. Ihr seht demnach, daß sich der Kampf teilweise auch auf die Linie der Komintern ausdehnte, daß man in der Komintern versuchte, gegen die Linie unserer Partei eine Front aufzurichten. Genosse Radek erklärte in Moskau vor Studenten, daß das ZK. durch die Exekutive der Komintern die deutsche Partei zugrunde richte. Wir, als begeisterte Internationalisten, würden schonungslos gegen ein solches Zentralkomitee vorgehen, das es wagen würde, sich gegenüber einer Bruderpartei, die von ihm Führung erwartet, nachlässig zu verhalten. Man sollte uns die Haut über die Ohren ziehen, wenn wir in dieser Frage wirklich einen Fehler zugelassen hätten. Aber es handelt sich darum, daß auch in dieser Frage die Rollen wieder so fatal verteilt sind, daß jene Genossen, die das ZK. der Entartung beschuldigten, in Wirklichkeit sich selbst hinter den Rockschößen jenes rechten Flügels verstecken, der in der eigenen Zentrale nur zwei von 25 Stimmen erhielt. Es stellte sich heraus, daß sie in dieser Frage wieder auf dem rechten Flügel stehen und nicht dort, wo wirkliche Marxisten und Bolschewiki stehen sollen.

Die Komintern befindet sich natürlich in einer schweren Lage. Nach einer Niederlage muß die Arbeiterklasse stufenweise zum Siege geführt werden. Wir sind davon überzeugt, daß die letzten Ereignisse in Polen, Deutschland und Bulgarien trotz allem den Anfang einer neuen Welle der internationalen Revolution bedeuten, die vielleicht diesmal noch abflauen, dann aber wieder aufsteigen wird. Aber das sind Ereignisse von größter Wichtigkeit.

Die Regierung Macdonald wird auch eine „Arbeiterregierung" sein, und die Arbeiter werden daraus lernen. Die Komintern erfüllt zweifelsohne ihre historische Mission, wenn sie nicht zuläßt, daß nach solchen Methoden gehandelt wird,

wie wir es hier vom Genossen Radek sehen, wenn sie nicht zuläßt, daß die Fraktionsmethoden in internationalem Maßstabe in unsere Organisationen hineingetragen werden. Nicht jede Kommunistische Partei hat einen solchen Parteiapparat wie wir. Sie haben kein so hartes Gerippe wie wir. Ich denke, es ist jetzt schon klar genug, daß der, der uns, unseren Apparat angreifen will, nicht mit heiler Haut davonkommen wird. Unsere jungen Bruderparteien sind noch nicht so gestählt, sie haben noch keinen so festen Apparat und keine solche Führung wie wir, und dort kann man natürlich viel Unheil anrichten. Für diese Parteien tragen wir eine große Verantwortung. Bedenkt es, Genossen, daß, wenn Ihr in Orenburg oder Jekaterinenburg lebt, so tragt Ihr auch dort einen Teil der Verantwortung für die ganze Kommunistische Internationale, für diese größte Arbeiterorganisation der Welt. Und es ist keineswegs leicht, in Abwesenheit Iljitschs für die Arbeit dieser Organisation die Verantwortung zu tragen. Und ich glaube, daß wir in dieser Frage besonders unversöhnlich und besonders „hartnäckig" vorgehen müssen, wie es den Bolschewiki, den Schülern Lenins, geziemt. Wir müssen, Genossen, energisch zum Ausdruck bringen, daß wir uns hier keine Spässe gestatten, daß wir nicht erlauben, die kommunistischen Bruderparteien zu belästigen, daß wir nicht erlauben, die internationale Disziplin zu verletzen, daß wir nicht erlauben, den Fraktionskampf in die Internationale, in den Reihen der internationalen Organisation des Proletariats hineinzutragen. Wir müssen zeigen, Genossen — und darin werden mit uns alle Parteien der Komintern einverstanden sein — daß wir trotz allem auch weiterhin mit fester Hand die Kommunistische Internationale führen werden, und sollten sich Genosse Radek und andere Genossen rechtsgerichtete Seitensprünge erlauben, so werden wir solche Leute rasch auf den richtigen Platz stellen können. Gegenwärtig muß die Komintern als Ganzes, muß insbesondere aber die KPD. ihre Kräfte gegen die rechten Fehler konzentrieren, Fehler wie sie im Vorschlag des Genossen Radek enthalten sind.

Jene Genossen, die nicht nur die Revolution von 1917, sondern auch von 1905 durchmachten, wissen, wie wir dieser Meinungsverschiedenheiten Herr werden können, in welcher Linie sich diese Meinungsverschiedenheiten bewegen. Denkt daran, wie Martow Differenzen suchte zwischen den Kadetten und den Oktobristen, zwischen Miljukow und Gutschkow. Solche Differenzen gab es ja natürlich, aber das waren nur Detailfragen und Nuancen. Martow verlor sich in den Versuchen, die Taktik der Partei auf diese feinen Differenzen aufzubauen, ebenso wie sich auch Radek darin verliert. Außer Gutschkow und Miljukow war noch Purischkewitsch da — es bestand noch der „Verband des russischen Volkes" —: das waren die Keime des russischen Faschismus. Seine schwarzen Hundert waren die Kampforganisationen des russischen Faschismus. Sie hatten Anhang in den Massen, sie hatten Anhang im Dorfe, sie hatten eine Zeitlang Hausknechte, Droschkenkutscher, Köchinnen — mit einem Worte kleine Leute hinter sich. Wir erinnern uns noch sehr gut daran, daß Genosse Lenin zur Zeit des Dezemberaufstandes, als die Hausknechte, die kleinen Leute hinter unseren Kämpfern standen, dies uns als unsere größte Errungenschaft anrechnete. Radek hat Recht, daß man versuchen muß, diese kleinbürgerlichen Schichten dem Einflusse des deutschen Faschismus zu entziehen. Wir stimmen darin mit ihm überein. Aber man muß sich darüber ganz klar sein, daß wir unsere Taktik dennoch nicht auf die Gegensätze zwischen den Dynastien der Wittelsbacher und der Hohenzollern aufbauen dürfen, wie das Genosse Radek in seiner Resolution erklärt. Es gibt unter ihnen natürlich Meinungsverschiedenheiten, wie es solche auch zwischen der Bande des N. N. Romanow und der Bande Nikolaus II. gab; aber die Taktik einer proletarischen Partei darf keineswegs darauf beruhen. Ich glaube, daß unser einmütiger Beschluß darin bestehen muß, die deutsche Partei zu stärken. Die deutsche Partei schenkt schon heute dem Märchen, daß es in der RKP. eine große Krise gäbe, keinen Glauben. Einige deutsche Genossen, die hier einige Wochen verbrachten, haben wohl etwas gelernt. Ihre Zentrale hat etwas gelernt. Als sie sahen, wie unser ZK. um Moskau kämpfte, als die Anhänger der „Opposition" es ihm entreißen wollten, sagten die Genossen: Wenn wir eine solche Zentrale hätten, so hätten wir es nicht schlecht. Ich glaube, Genossen, daß diese Erfahrung für sie von großem Nutzen sein wird.

Wir betrachten es als ein gutes Vorzeichen für die KPD., daß es ihr mit Hilfe der Exekutive der KI. gelungen ist, eine einheitliche politische Plattform zwischen der Mehrheit der Zentrale und den linken Vertretern der Hamburger, Berliner und der Rheinischen Organisation zu finden. Diese Plattform wird sich jetzt unter der Kontrolle der Komintern wahrscheinlich auch auf dem nächsten Parteitag der KPD. durchsetzen. Sie stellt die Reihen der KPD. gegen die opportunistischen Abweichungen um. Wir halten das als ein glückliches Vorzeichen für die KPD., die, was man auch sagen möge, trotz all ihrer Fehler, eine starke Partei ist, aber vor ungeheuren Aufgaben steht.

Die Komintern begründet jetzt ihre Taktik in Deutschland — auf Grund bitterer Erfahrungen — auf zwei Möglichkeiten: auf die Möglichkeit einer rascheren Entwicklung der Ereignisse, vielleicht schon in diesem Winter, oder auf die Möglichkeit einer längeren Windstille.

Ihr erinnert Euch daran, Genossen, daß die Bolschewiki nach dem Jahre 1905 fast anderthalb Jahre lang nicht wußten, in welcher Richtung sich die Ereignisse entwickeln, ob in der Richtung einer längeren Epoche der Konterrevolution oder in der Richtung eines neuen raschen revolutionären Aufschwunges. Wir konnten erst im Jahre 1907 die Lage richtiger einschätzen und dann auch nur mit Schwankungen.

Es ist begreiflich, daß wir auch für Deutschland nicht voraussagen können, wohin dort die Ereignisse führen — auf eine unmittelbare Entspannung oder auf eine kürzere oder längere Windstille. Alles spricht hier für eine kürzere Dauer der Windstille, wie es bei uns war. Wir sind natürlich keine Geschichtsschreiber, sondern eine lebendige politische Partei, und dieses Kräfteparallelogramm hängt auch von uns ab.

In dieser Hinsicht — was die KPD. betrifft — dürfen wir unseren Genossen aus der Opposition am wenigsten leichtsinnige Spässe erlauben. Was man auch sonst sagen möge, so steht die KPD. kraft ihres historischen Schicksals auf dem Vorposten der internationalen Revolution.

Natürlich hat der Beschluß unserer Partei im gegenwärtigen Augenblick eine viel größere Bedeutung als je vorher. Die rechten Abirrungen in der deutschen Partei wird die Exekutive der KI. sehr schnell überwinden, trotzdem die Genossen, die diese rechten Abirrungen verschuldet haben, in der Person des Genossen Radek und zum Teil auch des Genossen Trotzki eine Unterstützung bekamen. Wir hoffen, daß Genosse Radek seinen Fehler noch einsehen wird, und das wird natürlich der beste Ausweg sein, sowohl für uns wie auch für die KPD. und auch für ihn selbst. Sollte er aber diese Fehler nicht einsehen, so werden wir die Kraft, den Willen und die Geschlossenheit haben, trotz dieser Fehler jene Linie durchzuführen, die wir für die einzig richtige halten.

Politik

Die Parlamentswahlen im Saargebiet.

Von W. Zink.

** Für den 27. Januar d. J. waren von der Regierungskommission des Saargebietes Neuwahlen für das sogenannte Landesparlament, für den Landesrat angesetzt. Das Parlament stellt eine demokratische Scheinkonzession des Völkerbundes, von dessen „Treuhändern" bekanntlich das Saarbecken verwaltet wird, an die saarländische Bevölkerung dar. Herrschte bis 1920 die französische Militärdiktatur unbeschränkt, so wurde diese später durch eine vom Völkerbundsrat ernannte „Regierungskommission" abgelöst, der das herrschende Frankreich seinen Stempel aufzudrücken vermochte. Um diesen Zusammenhang etwas zu verschleiern, gestand der Völkerbund eine parlamentarische Vertretung durch den Landesrat zu, der jedoch keine gesetzgebende, sondern lediglich „begutachtende" Rechte erhielt.

Selbst das Interpellationsrecht war illusorisch und wurde erst — in beschränktem Umfange — nach energischen Vorstößen der gegenüber der Regierung in Opposition stehenden Parteien erzielt. Der Völkerbund, als die Aufsichtsinstanz des Saargebiets, war mit dieser Farce einer parlamentarischen Vertretung vollkommen einverstanden. Auf Vorhaltungen und Beschwerden billigte der englische Vertreter des Völkerbundrates die Verkümmerung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Saarvolkes.

Der erste Landesrat, in dessen Periode der große Bergarbeiterstreik mit den rigorosen Unterdrückungsmaßnahmen (Zuchthausstrafen wegen Kritik am Völkerbund, am Friedensvertrag, wegen „Aufhetzung" usw. und das berüchtigte Anti-

streikpostenverbot) fiel, war im Frühsommer 1922 gewählt worden. Unsere damals noch schwache Partei vermochte mit 14.629 Stimmen zwei Mandate zu erobern. Die Sozialdemokraten, denen der gesamte reformistische Gewerkschaftsapparat zur Verfügung stand, erzielten 29.210 Stimmen und fünf Mandate. Die absolute Mehrheit erhielt das Zentrum mit 92.382 Stimmen gleich 16 Mandaten. Die drittstärkste Partei war die des Schwerindustriellen Röchling, der den Franzosen an der Saar als einziger deutscher Magnat scheinbar einen nationalistischen Kampf liefert. Er sammelte das national-deutsche Kleinbürgertum und das faschistische Element und errang insgesamt 32.470 Stimmen und fünf Mandate. Zu diesen Parteien gesellten sich noch die frankophilen Haus- und Grundbesitzer mit 15.678 Stimmen oder zwei Mandaten.

Seit dieser ersten Wahl hat die politische Reife des Saarproletariats große Fortschritte gemacht, und zwar dank des Anschauungsunterrichts, den einmal die deutschen Vorgänge und sodann die Verhältnisse im Saargebiet selbst boten. Die Wahlen wurden zu einem Prüfstein dafür, ob das klassenbewußte saarländische Proletariat mit dem Tempo der revolutionären Entwicklung Schritt halten würde. Unserer Aufrüttelung kam es vor allem darauf an, die von der Saar-Sozialdemokratie geflissentlich versuchte Abschnürung der proletarischen Bewegung an der Saar von der Bewegung in Deutschland — sei es im besetzten, sei es im faschistischen Belagerungszustandsgebiet — zu verhindern. Unsere Agitation hat seit Jahr und Tag darauf hingewiesen, daß, entgegen dem Schwindel der auf „westliche Orientierung" hindrängenden Poincaré-Propagandisten, das Saargebiet nicht die friedliche, von keinerlei Auswirkung der sozialen Kämpfe in Deutschland erschütterte „Oase" sein würde, sondern daß die Auswirkungen des gewaltigen Kampfes in Deutschland naturnotwendig auch das Saargebiet zu spüren bekommen würde. Und just noch wenige Tage vor der Wahl ließen die Scharfmacher jegliche Rücksicht auf die Abstimmung fallen. In einem Schreiben an die Saarbrücker Stadtverwaltung und an die Regierungskommission gaben sie offen zu erkennen, daß auch sie Nutznießer der Verelendungs- und Unterdrückungsoffensive der Stinnes-Republik sein wollen. Nachdem bereits die Grubenverwaltung die durch die Steigerung der Lebensmittelpreise und durch die Entwertung des Franken notwendiger denn je gewordenen Lohnforderungen mit dem Bemerken zurückgewiesen hat, daß höherer Frankenlohn nur eine Vermehrung der Inflation (!) und damit weitere Teuerung bedeutet (also Rettung des schwindsüchtigen Franken durch weiteren indirekten Lohnabbau), halten auch die Unternehmer der Hütten- und Metallindustrie die Stunde für gekommen, um der Arbeiterschaft den Lohn zu senken und den Achtstundentag zu rauben. Der Unternehmerverband rüffelte die Stadtverwaltung Saarbrücken, weil sie es gewagt hatte, die Löhne ihrer Angestellten und Arbeiter über das Niveau der Löhne der Metallindustrie hinaus zu erhöhen. Die Regierungskommission wurde scharf gemacht, solche Lohnerhöhungen durch die Kommunen zu verhindern, worauf die Regierungskommission, der das Wohl der Arbeiterschaft so sehr am Herzen liegt, natürlich prompt reagierte.

Am Wahltage hat das Saarproletariat auf die Kampfansage des vereinigten französisch-deutschen Scharfmachertums eine unzweideutige Quittung erteilt. Gegenüber 1922 hat die Kommunistische Partei einen Stimmenzuwachs von nahezu 200 Prozent erfahren, und zwar stiegen die für die KPD. abgegebenen Stimmen von 14.629 auf über 40.000. Unsere Partei rückt als drittstärkste in den Landesrat. (Zur Zeit, da dieser Bericht abgeht, war es noch zweifelhaft, ob fünf oder sechs Mandate auf unsere Liste entfallen.) Unsere Partei hat trotz mangelhafter Presse, die infolge Abtreibung der Druckmöglichkeit durch unsere vereinigten Gegner einschließlich der SPD. außerhalb des Saargebietes hergestellt werden muß, trotz erschwerter Wahlpropaganda (nur gebürtige Saarländer dürfen öffentlich in dem Paradies des Völkerbundes sprechen) den stärksten Stimmenzuwachs von allen Parteien. Vor allem in den Industrieorten, wo die Metallindustrie überwiegt, wurde stark kommunistisch gewählt. In Dillingen, in Dudweiler, in Ludweiler usw. marschiert die KPD. an erster Stelle vor den anderen Parteien. Selbst in die bisherigen Hochburgen des Zentrums ist sie erfolgreich eingedrungen, zum Entsetzen der Kleriker, die sich ihrer Schäfchen vergewissert zu haben meinten. Jedoch die arbeiterfeindliche Haltung des Zentrums bei den Wirtschaftskämpfen, sein Liebäugeln mit dem französischen Gruben-Imperialismus, der auf den Schächten ein unmenschliches Antreibe- und Menschenschindersystem beliebt, haben die christlichen Arbeiter in die Reihen des Klassenkampfes getrieben.

Davon profitierte auch nochmals die SPD., die ebenfalls ihre Stimmenzahl erhöhen konnte, und zwar von 29.210 auf 44.563. Statt der bisherigen fünf Mandate konnte diese Partei, der wiederum der Gewerkschaftsapparat und eine technisch gute Presse zur Verfügung stand, sechs Mandate einheimsen. Jedoch der Spaltpilz sitzt schon tief in der saarländischen VSPD. Die Auswirkungen des Zerfalls dieser Partei im Reiche werden sich auch hier bald bemerkbar machen.

Alle übrigen Parteien erlitten schwere Mandats- und Stimmenverluste. Die absolute Mehrheit des Zentrums ist dahin. Die mit ungeheurem Korruptionsfonds arbeitende separatistische Organisation (eine Vereinigung von Streikbrecherelementen, Gruben-Pinkertons und Poincaré-Agenten) erlitt eine blamable Niederlage. Ganze 5000 Stimmen konnte diese saarländische „Heimat"-Partei kaufen.

Die Wahlen eröffnen der revolutionären Arbeiterbewegung an der Saar eine Reihe neuer Betätigungsmöglichkeiten. Es gilt, die eroberten Positionen organisatorisch auszubauen und die neu zu uns gekommenen Massen politisch zu schulen. Eine wichtige Hilfe hierfür würde die Errichtung einer eigenen Presse sein können.

Große Aufgaben harren der Vollendung, wenn das Saarproletariat zum Bindeglied der deutschen und französischen kommunistischen Bewegung werden soll!

Wirtschaft

Die Wirtschaftslage in der Schweiz und die Aufgaben der Arbeiterklasse.

Von Zuercher.

** Die wirtschaftliche Lage der Schweiz steht im Zeichen einer neuen Verschärfung der Krise. Hatten wir während des Sommers 1923 eine gewisse Stagnation, hervorgerufen durch das Anziehen des Exports einiger weniger Industrien und vor allem durch eine lebhafte Bautätigkeit, zu verzeichnen, so nähern wir uns nunmehr einem Zeitpunkte des rascheren Verfalles der nationalen Wirtschaft. Einmal ist durch die völlige Auflösung der deutschen Wirtschaft die Schweiz ihres größten Absatzmarktes beraubt. England, als zweitgrößtes Absatzgebiet der schweizerischen Industrieprodukte, sucht durch Abschließung des eigenen Wirtschaftsgebietes nach außen die durch eine chronische Krise erzeugte Massenarbeitslosigkeit zu beheben, was wiederum die schweizerische Exportindustrie aufs empfindlichste treffen wird. Frankreich, das aus dem Ruhrkriege als Sieger hervorgeht und immer mehr zur vorherrschenden Macht in Mitteleuropa wird, ist dennoch nicht in der Lage, seine Staatsfinanzen nur einigermaßen zu sanieren. Ein weiteres Sinken des französischen Franken ist unausbleiblich und damit auch hier dem schweizerischen Export eine Schranke gesetzt. Dazu kommt, daß auch Amerika sich immer mehr von Europa abwendet und dort die Tendenz einer gänzlichen Abschließung vom europäischen Festlande an Boden gewinnt.

Das Schicksal der schweizerischen Exportindustrien scheint also, wenn auch nicht in einigen Monaten und auch nicht durch einen sprunghaften Verfall, so doch durch wellenlinienartige Abwärtsentwicklung besiegelt.

Die Wirtschaftspolitik des Bürgertums sucht sich dieser Entwicklung anzupassen. Während man anfänglich im Bundeshause in Bern durch eine Politik und Subventionen die Exportindustrie über Wasser zu halten glaubte, ist man heute an einem deutlichen Wendepunkt der Wirtschaftspolitik angelangt. Das Programm der nationalen Abschließung, der Rückkehr der Schweiz zum Selbstversorgerland, zur Autarkie, ist zum Prinzip erhoben worden. Das bedeutet nichts anderes als Abbau der Exportindustrie, was gleichbedeutend ist mit der Existenzlosmachung von einer halben Million Köpfen der schweizerischen Bevölkerung. Aber das ist noch nicht alles. Die schweizerische Landwirtschaft selbst, die heute noch den vierten Teil der Gesamtbevölkerung umfaßt, ist mit der Exportindustrie aufs innigste verknüpft. Der Verfall der Industrie ist gleichbedeutend mit der Verschärfung der Krise in der Landwirtschaft, die auch dem Ruin entgegengeht. Die Existenz des gesamten werktätigen Volkes ist somit durch die Wirtschaftspolitik der herrschenden Klasse aufs äußerste bedroht.

Die heutige Wirtschaftspolitik des Bundesrates, als der Po-

litik der herrschenden Klasse, der Großbauern und der Bankkapitalisten, wirkt sich in erster Linie gegen die Arbeiterklasse aus. Diese soll in ihrer Lebenshaltung heruntergedrückt werden. Lohnabbau, Beseitigung der Arbeitslosenfürsorge, Abschaffung des Achtstundentages, das sind die Folgen dieser Politik. Und die schweizerische Bourgeoisie ist gewillt, bis zur äußersten Konsequenz diesen Weg der Reaktion zu gehen. Sie wird im Kampfe um ihre eigene Existenz auch vor den Mitteln der bewaffneten Gewalt nicht zurückschrecken.

Die Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, den Abwehrkampf gegen die revolutionären Bestrebungen der schweizerischen Bourgeoisie aufzunehmen und zu organisieren. Dabei muß mit allem Nachdruck betont werden, daß die Arbeiterschaft der Aushungerungspolitik der Bourgeoisie nur wirksam entgegentreten kann, wenn sie ihren Kampf gegen diese Politik als Klasse führt. Die alte Methode des gewerkschaftlichen Einzelkampfes muß in der heutigen Periode des Verfalles der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in den meisten Fällen mit einem Mißerfolg für die Arbeiterschaft enden. Die Bourgeoisie ihrerseits ist bestrebt, solche Einzelkämpfe zu provozieren, um so leicht über eine Kategorie oder Gruppe der Arbeiterklasse nach der anderen zu siegen und ihr Programm restlos zu erfüllen. Die Führung einer wirklich proletarischen Klassenkampfpolitik besteht darin, daß die Arbeiterklasse es nicht zuläßt, daß die Bourgeoisie die nationale Wirtschaft mehr und mehr dem Zerfall überläßt, ja diesen Zerfall durch eine verblendete, reaktionäre Wirtschaftspolitik geradezu fördert.

Die Arbeiterklasse muß dem reaktionären, volksfeindlichen, großkapitalistischen Wirtschaftsprogramm ihr eigenes proletarisch-revolutionäres Wirtschaftsprogramm entgegenstellen, ein Wirtschaftsprogramm der Zukunft des gesamten werktätigen Volkes. Verhinderung der Abwanderung des schweizerischen Kapitals, Öffnung des Bankgeheimnisses, Umstellung der schweizerischen Industrie auf Massenbedarfsartikel unter intensiver Ausnützung der schweizerischen Wasserkräfte, planmäßige Elektrifizierung, Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland sind die nächsten Forderungen, die in diesem Programm enthalten sein müssen. Führt die Arbeiterklasse ihren Kampf auf der Grundlage eines solchen Programms, so wird sie auch immer mehr Verbündete unter den Mittelschichten, unter den Angestellten und den Kleinbauern gewinnen. Und in der Gewinnung, der Neutralisierung dieser Schichten, in ihrer Loslösung von den Führern des Großkapitals und ihrer Sammlung unter der Fahne des Klassenkampfes ist auch der Sieg der schweizerischen Arbeiterklasse über die kapitalistische „Ordnung" verbürgt.

Die Aufnahme des Abwehrkampfes ist heute eine dringende Notwendigkeit, soll nicht eine weitere Verschlechterung der Lage der Arbeiter eintreten. Daß es möglich ist, mit Erfolg Kämpfe zu führen, ist durch den letzten Streik im Holzgewerbe bewiesen worden. Hier wurde auch der Beweis erbracht, daß der Wille zur Solidarität und zum Kampf in weitesten Kreisen der organisierten Arbeiter vorhanden ist. Dieser Kampf- und Solidaritätswille kann aber heute nicht restlos ausgenützt werden, weil ein Teil der Gewerkschaftszentrale und namentlich die Leitung des Gewerkschaftsbundes auf dem Standpunkt steht, möglichst allen schärferen Kämpfen auszuweichen. Der Erfolg in Basel war allerdings durch die relativ günstigeren Verhältnisse im Baugewerbe möglich. In anderen Gewerben und Industrien bedarf es weit größerer Anstrengungen, umfassenderer Vorbereitungen und namentlich einer zentralen Leitung, die willens und fähig ist, alle Kräfte zu mobilisieren und den gegebenen Verhältnissen entsprechend einzusetzen.

Die Schaffung eines Solidaritätskartells aller auf dem Boden des Kampfes stehenden Gewerkschaftsverbände, Kartelle, Unionen und lokalen Sektionen wird zu einer dringenden Notwendigkeit. Die Aufgaben dieses Solidaritätskartells hätten darin zu bestehen, die revolutionären Gewerkschaften und Kartelle zu aktivisieren, um den schweizerischen Gewerkschaftsbund zu einer wirklichen Kampforganisation auszubauen, die auch den Willen hat, den einheitlichen Massenkampf gegen die Reaktion aufzunehmen. Mittel dazu sind eine systematische Propaganda unter den Arbeitermassen und ein einheitliches Vorgehen im Gewerkschaftsbund und in seinen Organen. Bis die Instanzen des Gewerkschaftsbundes die Führung des Massenkampfes gegen die Bourgeoisie aufnehmen, müßten die dem Solidaritätskartell angeschlossenen Organisationen sich einen Ausschuß geben, der die Arbeit zur Revolutionierung des Gewerkschaftsbundes zu leiten und ferner den jeweiligen Verhältnissen entsprechend, soweit seine Kräfte reichen, den Massenkampf vorzubereiten und zu führen hätte.

Arbeiterbewegung

Die Gewerkschaftsspalter in Deutschland am Werke.

Von Heckert.

** Es ist der Arbeiterschaft aller Länder bekannt, daß die Lage der deutschen Arbeiterklasse eine so elende geworden ist, wie nie zuvor. Nirgendswo müssen die Arbeiter für solche Hungerlöhne sich ausplündern lassen, wie das in dem Lande geschieht, das die größte Gewerkschaftsbewegung der Welt hat. Dieses Elend der deutschen Arbeiter ist nicht allein, nicht einmal in der Hauptsache, den mißlichen Verhältnissen zu danken, in die Deutschland nach Beendigung des Weltkrieges gelangt ist. Eine unendlich größerere Schuld an der Lage der deutschen Arbeiter als diese mißlichen Verhältnisse des Reiches tragen die Spitzen der deutschen Gewerkschaften, insbesondere die Führer des ADGB. Diese Leute konnten sich seit mehr als zehn Jahren nicht genug tun in der Leistung freiwilliger Lakaiendienste an die Bourgeoisie.

Schon im Jahre 1917 schrieb die von der Noskesoldateska ermordete Rosa Luxemburg über die deutschen Gewerkschaftsführer, „daß sie Prostituierten gleichen, die jedem willig sind auf den leisesten Pfiff". Nirgends gab es nach Beendigung des Krieges und auch noch in späteren Jahren so viel und so günstige Gelegenheiten, um die Macht der Arbeiterklasse zu erweitern wie in Deutschland. Die Gewerkschaftsspitzen haben aber alles Menschenmögliche getan, um die Arbeiter dem Kapital wieder zur bedingungslosen Sklaverei zu überantworten. Dieses Schandwerk ist ihnen leider nur zu gut gelungen. Mit einer teuflischen Systematik waren die Gewerkschaftsführer in Deutschland tätig, um jeden Widerstand der Arbeiter gegen die Verelendung zu brechen. Die Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital wurde von den Gewerkschaftsführern aufgerichtet, und mit dieser Institution der raffiniertesten Betrügerei der Arbeiterklasse spielte man den Unternehmern einen Trumpf nach dem andern in die Hände.

Die deutschen Arbeiter waren nicht so dumm, um das Wesen der Arbeitsgemeinschaft zu verkennen. Sie fühlten instinktiv, daß diese eine Fessel des Proletariats ist, und seit ihrem Bestehen führen sie darum einen Kampf um ihre Beseitigung. Auf diesen Kampf der Arbeiter gegen die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften mit dem Unternehmertum antworten die Gewerkschaftsspitzen mit dem Ausschluß der Wortführer der Opposition aus den Verbänden und ihrer Denunziation an das Unternehmertum, damit sie von diesen gemaßregelt werden können. Auch hier haben wir eine Analogie mit der Kriegszeit. Die burgfriedlichen Gewerkschaftsführer denunzierten damals die Oppositionellen an die Militärbehörden, um sie in den Schützengraben oder in die Schutzhaft zu bringen. Und wie die Sozialdemokraten unter Führung der Gewerkschaftsinstanzen während des Krieges die Opposition gegen den Burgfrieden aus der Sozialdemokratischen Partei ausschlossen, so schließen sie jetzt die Gegner der Arbeitsgemeinschaft aus den Verbänden aus.

Als im Frühjahr 1922 nach dem großen Eisenbahnerstreik das kapitalistische Deutschland die erste große Offensive gegen den Achtstundentag und die Rechte der Arbeiter im Betriebe einleitete, da erklärten die Herren Gewerkschaftsführer nicht etwa: jetzt müssen alle Arbeiterkräfte zur Abwehr der Unternehmeroffensive eingesetzt werden, sondern im Gegenteil: „der beste Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse ist der Kampf gegen die Kommunisten". Ihrem Kampfruf entsprechend, haben die Gewerkschaftsführer eine große Anzahl revolutionärer Elemente aus den Gewerkschaften ausgeschlossen. Trotz dieser Maßregel gelang es ihnen aber nicht die Opposition gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik auszurotten. Diese wuchs vielmehr so beträchtlich, daß sie auf dem Gewerkschaftskongreß in Leipzig die Mehrheit erhielt und auf dem Kongreß den Austritt aus der Arbeitgemeinschaft, wie die Aufgabe aller arbeitsgemeinschaftlichen Tendenzen durchsetzte. Deutsche Gewerkschaftsführer sind aber über Mehrheiten erhaben, sie sind nur Schwärmer für die bürgerliche Demokratie, nicht aber Anhänger der Demokratie in der Arbeiterbewegung. Wie sie mit Heldenmut gegen die Diktatur des Proletariats kämpfen, so kämpfen sie mit noch größerer Kraft und unter Anwendung der schuftigsten Mittel für die Aufrichtung ihrer Diktatur in den Verbänden.

Im Jahre 1923 hat die arbeitsgemeinschaftliche Politik der Gewerkschaftsführer vollständig Schiffbruch erlitten. Die Kapitalisten können die Hilfe der Lakaien des ADGB. bei der Ausbeutung und Niederwerfung der Arbeiter entbehren. In ihrem

Kraftbewußtsein gehen die Unternehmer so weit, daß sie ihren besten Zutreibern aus der Gewerkschaftsführerschaft Fußtritte auf den Hinterteil versetzen. Die Unternehmer haben die ihnen günstige Situation gut und rasch ausgenützt, so daß es heute der deutschen Arbeiterklasse beispiellos schlecht geht. Natürlich will der deutschen Arbeiter aus diesem Elend heraus, und da er sich von den Gewerkschaftsführern verlassen und verraten fühlt, greift er zur Selbsthilfe. Eine große Anzahl solcher Selbsthilfsaktionen, die nicht die Sanktion der Führer erhielten, fanden in den letzten Jahren statt. Doch auch in diesen Aktionen fühlt der Arbeiter, daß er nur dann Aussicht auf Erfolg haben wird, wenn es gelingt, diese Bewegungen gut zu organisieren. Er versteht weiter sehr wohl, daß bei Fortsetzung der reformistischen Gewerkschaftspolitik nicht nur die Unternehmer auf der ganzen Front triumphieren werden, sondern daß auch die Gewerkschaften in Trümmer gehen.

Aus diesen Erfahrungen heraus wurde die Weimarer Konferenz organisiert und von dieser Konferenz das Programm aufgestellt: „Rettung der Gewerkschaften vor dem Untergang — Beseitigung der arbeitsgemeinschaftlichen Politik — Wiederaufnahme des rücksichtslosen Klassenkampfes — Reinigung der Gewerkschaften von allen klassenverräterischen Elementen und Neuaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu großen einheitlichen Industrieverbänden." Diese Bestrebungen haben einen ungeheuren Widerhall bei der proletarischen Klasse ausgelöst, Weimar wird von ihr als Rettungsweg aus der Ohnmacht und Erniedrigung aufgefaßt. Anders von den Gewerkschaftsspitzen. Diese wollen ihre arbeitsgemeinschaftliche Politik fortsetzen, sie wollen nichts vom Klassenkampf wissen. Sie führen keinen Kampf gegen den Lohnabbau und geben kampflos den Achtstundentag preis, Ohnmacht und Elend der Arbeiterklasse damit vergrößernd. Gerade in den Tagen, wo es dem Unternehmertum geglückt ist, den Arbeitern wichtiger Gebiete den Achtstundentag zu entreißen, tritt der ADGB. zusammen, um **einen neuen Feldzug gegen die oppositionellen Gewerkschaften** zu organisieren. Diese Leute, die zu dumm und zu feige sind, auch nur die kleinste Position der bedrohten Arbeiterklasse zu verteidigen, beschließen einstimmig: „Diese Vorgänge (Kampf der Weimarer Opposition zur Rettung der Gewerkschaften) zwingen die Gewerkschaften zur Aufrichtung einer **gemeinsamen Abwehr**... Wer sich in den Dienst dieser Sonderorganisation stellt oder den oben gekennzeichneten Bestrebungen gar wissentlich Vorschub leistet, **stellt sich außerhalb der Gewerkschaften.** Die Gewerkschaften von derartigen Schädlingen zu befreien, erfordert das Interesse der Selbsterhaltung und der uneingeschränkten Kampfkraft der Gewerkschaften... Der Bundesvorstand erwartet deshalb von allen Gewerkschaftsmitgliedern, daß sie **mit aller Entschiedenheit von den gekennzeichneten Zersplitterern abrücken** und die notwendigen Maßnahmen zur Befreiung der Organisation von diesen Elementen tatkräftig unterstützen."

Und sofort machen sich entsprechend dieser Anweisung von oben die beamteten Kreaturen des ADGB. in den unteren Organen an die Ausführung dieses teuflischen Planes zur Vernichtung der deutschen Gewerkschaften. Die Gewerkschaftskommission von Berlin und die Gewerkschaftskonferenz von Berlin-Brandenburg haben beschlossen, alle Ortskartelle des ADGB. die sich auf den Boden von Weimar stellen, auszuschließen, und sie sprechen die Erwartung aus, daß die Verbände schnell von den oppositionellen Elementen gereinigt werden.

Das ist die Anweisung zur Zertrümmerung der Gewerkschaften. Das ist die beste Art zur Auslieferung der wehrlos gemachten Arbeiterklasse an die kapitalistischen Blutsauger. Das ist ein Werk, so unerhört, daß jeder bisherige Verrat dieser Instanzen dagegen verblaßt. Im Krieg haben die Gewerkschaftsführer die Gewerkschaften zu den besten Bollwerken der Reaktion ausgebaut, in der Revolution wurden sie von ihnen der Konterrevolution dienstbar gemacht und jetzt sollen sie einfach der Vernichtung überliefert werden. Die Opposition wird alles tun, um diesen Plan zu nichte zu machen. Die faschistischen Banditen an der Spitze des ADGB. sollen ihr Werk nicht vollenden. Die Arbeiter werden auf der Hut sein. In allen Betrieben, in allen Orten, in allen Gewerkschaften werden die Arbeiter aufstehen und dem Gesindel das Handwerk legen, dessen einzige Fähigkeit nur darin besteht, sich für ihre Judastaten an der Arbeiterklasse aus den Taschen der Verratenen zu bezahlen. Vielleicht kann die Weimarer Opposition die Spaltung der Verbände nicht verhindern, aber sie wird verhindern, daß der Kapitalist den Nutzen aus dieser Tat der Arbeitsgemeinschaftler ziehen kann. Die deutschen Gewerkschaften werden unter der Führung der Opposition wieder wachsen zu einer mächtigen und siegreichen Waffe der Arbeiterklasse.

Die englische Arbeiterpartei und der Lokomotivführerstreik.

Von W. Lada.

Der Zufall, der es gewollt hat, daß an dem Todestag des großen Führers des revolutionären Proletariats der Führer der englischen Arbeiterpartei Ramsay Macdonald den Auftrag übernahm, die erste britische „Arbeiter"regierung zu bilden, hat das Hauptorgan des europäischen Menschewismus, den Berliner „Vorwärts", veranlaßt, „großzügige" Erwägungen über „Moskau und London" anzustellen. Aus diesen Erwägungen zieht es die Schlußfolgerung:

> „Das arbeitende Volk Deutschlands muß für den Kampf gegen die Geldsackherrschaft seine eigenen, den Verhältnissen des Landes angepaßten Formen finden. Ist es aber vor die Frage gestellt, ob es sich dabei mehr dem russischen oder mehr dem englischen Beispiel annähern will, so kann ihm die Antwort nicht schwer fallen."

Diese Antwort lautet nach dem „Vorwärts": **„London — nicht Moskau".**

Kein Zufall war es, daß sich ausgerechnet am selben Tage ein bürgerlich-demokratisches Blatt, die „Vossische Zeitung", ungefähr mit demselben Thema befaßte. Und Georg Bernhard schrieb darin folgende beachtenswerte Worte:

> „Die Form der Demokratie (in Deutschland) wird mißbraucht, um bestimmte wirtschaftliche **Cliqueninteressen** zur Herrschaft zu bringen. Nicht wirtschaftliche große Interessen, die mit dem Wohl der Mehrheit des Volkes verquickt sind, sondern **Cliquenprofite.** Dasselbe Deutschland, in dem Männer ehrlichster Gesinnung Schändung sozialistischer und demokratischer Ideen der bolschewistischen Autokratie zum Vorwurfe machen, **beugt sich unter der Knute schwerindustrieller Despoten."**

Hier ist von einem Bürgerlichen das Fazit der fünf Jahre Herrschaft der deutschen Menschewisten treffend gezogen. Sie haben die bolschewistischen Methoden der Diktatur des Proletariats als Schändung sozialistischer und demokratischer Ideen gebrandmarkt und haben eine Politik geführt, die letzten Endes sie selbst zu einer Niederlage, das Land unter die Knute schwerindustrieller Despoten gebracht hat. Wo ist die Ursache dieser Erscheinung zu finden. Einzig und allein darin, daß die deutsche Sozialdemokratie als **Arbeiterpartei und Arbeiterorganisation sich gegen die Arbeiterklasse gewandt hat.** In großen, blutigen Massenkämpfen suchte das deutsche Proletariat in den Jahren 1918—1920 dem Kapital die wirtschaftliche und politische Herrschaft zu entreißen; seine einst führende Arbeiterorganisation hat sich allen diesen Kämpfen in den Weg gestellt, hat sie alle als ein Verbrechen gegen das Vaterland erklärt, spiegelte dem Proletariat vor, daß sie bessere, sicherere Methoden zu seiner Befreiung besitze. Das Resultat war, daß sich die Arbeiterklasse immer mehr von der Sozialdemokratie abwandte und noch abwendet, daß die Sozialdemokratie das deutsche Proletariat unter die Knute schwerindustrieller Despoten gebracht hat.

Im Moment der Übernahme der Regierung steht die englische menschewistische Arbeiterpartei vor einer Prüfung, die zwar noch keineswegs mit der deutschen von den Jahren 1918—1920 zu vergleichen ist, die aber jedenfalls lehrreich sein kann. Im Moment der Übernahme der Regierung durch Macdonald ist in England der **Streik der Lokomotivführer ausgebrochen.** Sicherlich gehören die britischen Lokomotivführer weder zu den Schichten des Proletariats, die am meisten durch den Kapitalismus ausgebeutet werden, noch zu jenen, deren Klassenbewußtsein sehr stark entwickelt ist. Nach dem Schiedsspruch des Lohnamtes, der die Lokomotivführer und Heizer zu ihrem Streik veranlaßt hat, soll ihr Lohn auf 6 Pfund — also 120 Mark — in der Woche herabgesetzt werden. Das ist ein Lohn, um den die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten sicherlich die englischen Lokomotivführer beneiden können. Daß auf der anderen Seite der Führer der englischen Lokomotivführer Bromley geäußert haben soll: „Mag die Arbeiterpartei zum Teufel gehen, wenn ihre Existenz uns schlechtere Löhne einbringt," beweist auch, daß sich die englischen Lokomotivführer mit der Gesamtorganisation des englischen Proletariats nicht besonders verwachsen fühlen.

Wäre der Streik der Lokomotivführer in einer sozialistischen Gemeinschaft geführt, so müßte er als eine Bewegung gewertet werden, die sich gegen das allgemeine Interesse richtet, die sich

Sondervorteile für eine Schicht der arbeitenden Klasse vielleicht auf Kosten der Lebenshaltung des gesamten Proletariats zu erzwingen sucht. In einer kapitalistischen Gesellschaft muß diese Bewegung vor allen Dingen als solche beurteilt werden, deren Spitze sich gegen die Profitinteressen der Eisenbahnkapitalisten richtet. Unter diesen Bedingungen könnte die Stellungnahme einer wirklichen Arbeiterpartei, die das Steuer der Regierung in ihren Händen hielte, nur eine einzige sein: sich gegen diese Profitinteressen der Eisenbahnkapitalisten zu wenden. Wir sehen in England, daß davon keine Rede ist. Die Führer des großen Eisenbahnerverbandes, an dessen Spitze J. H. Thomas und Cramp stehen, von denen der erste gegenwärtig im Kabinett Macdonald das Kriegsministerportefeuille inne hat, hat sich vom ersten Moment an gegen den Streik der Lokomotivführer gewandt. Der Streik sei ein schwerer Fehler, weil — er der Arbeiterpartei ihr politisches Werk erschwere. Diejenigen gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner, die sich der Bewegung der Lokomotivführer anschließen wollen, werden im voraus als Verräter bezeichnet. Als der Streik der Lokomotivführer trotz der Bemühungen der Arbeiterpolitikaster ausgebrochen war, suchte Thomas die Eisenbahner mit allen Mitteln davon abzuhalten, daß sie sich der Bewegung anschließen. Trotzdem hat sich ein Teil der Mitglieder seines Verbandes der Bewegung angeschlossen und auch eine Anzahl von Grubenarbeitern, insbesondere in Glasgow und Newport, sind ebenfalls um ihre Lohninteressen in den Streik getreten. Denn trotz des enggewerkschaftlichen, ja sogar zünftlerischen Charakters der Bewegung der Lokomotivführer konnte diese in den Reihen der britischen Arbeiterschaft einen Widerhall finden, weil sie **das Prinzip der Aufrechterhaltung der Kriegslohnsätze** verteidigt.

Der Vorsitzende der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist von den Arbeitern für sein Auftreten gegen den Lokomotivführerstreik schon mit den Zurufen „Verräter" belohnt worden. Vor der Arbeiterpartei steht aber eine wichtigere Frage als die, das Odium des Arbeiterverräters von einem ihrer Mitglieder abzuwenden, der schon seit Jahren in weiten Arbeiterkreisen diesen Ruf hat. Es handelt sich darum, ob sich die englische Arbeiterregierung schon bei ihren ersten Schritten dazu entscheiden wird, **gegen die Arbeiterinteressen oder gegen die Interessen der Kapitalisten** einzugreifen. Es heißt, daß sie einstweilen beschlossen hat, vorläufig nicht einzugreifen; nach ihrer Auffassung sei der geeignete Augenblick zu einer Intervention noch nicht gekommen. Diese Stellungnahme ist in der Geschichte Englands nichts Neues. Auch der schlaue Demagoge Lloyd George „enthielt sich" bei gewissen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit jeder Intervention, um im geeigneten Moment auf eine entscheidende und ausschlaggebende Weise — für das Kapital einzugreifen. Für eine wirkliche Arbeiterpartei ist eine derartige Stellungnahme unzulässig und läßt schon von vorherein auf die **Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse** schließen. Für uns Kommunisten wird das keine Überraschung sein. Nach unserer festen Überzeugung **kann** der Menschewismus und Reformismus nicht anders handeln — ob es sich um die deutschen oder englischen Opportunisten handelt — denn letzten Endes sind sie ja doch nichts anderes als Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse. Aber die breiten Kreise der Arbeiterschaft, die sich zu dieser Überzeugung noch nicht durchgerungen haben, sehen es noch nicht ein. Sie müssen deshalb aufmerksam die Handlungen der englischen Arbeiterpartei am Staatsruder, besonders in ihren Beziehungen zu den **Problemen der Arbeiterbewegung**, verfolgen. Man darf annehmen, daß die Bewegung der Lokomotivführer nicht der letzte Arbeiterkampf sein wird, dem die englische Arbeiterpartei, als herrschende Partei, wird entgegentreten müssen. Mit schwächlichem Ausweichen vor dem Problem, mit schwankender Haltung, mit dem Lavieren zwischen den Interessen der Arbeiterschaft und des Kapitals wird sie sich nicht helfen können. Entweder **gegen das Kapital** oder **gegen die Arbeiterklasse**, so unerbittlich wird das Problem durch die soziale Entwicklung überall gestellt. Diesem Problem, an dem die deutsche Sozialdemokratie so elendiglich zusammengebrochen ist, wird auch ihre englische „Bruderpartei" nicht entgehen. Entpuppt sie sich durch ihre Regierungstätigkeit als eine Partei des Arbeiterverrats — ebenso wie das der Fall in Deutschland für die Sozialdemokratie war — so wird sich **eine freiere Bahn für die Entwicklung des englischen Kommunismus eröffnen. Die deutsche Arbeiterschaft aber wird dann einen klareren Einblick in das Problem „London oder Moskau" gewinnen.**

Jugendbewegung.

An die werktätige Jugend der ganzen Welt!

Genossen! Brüder!

** Ein großes Unglück hat die Armee des kämpfenden Proletariats der ganzen Welt getroffen. Am 21. Januar hat der Tod den genialsten Führer unseres Befreiungskampfes, Genossen **Lenin**, aus unseren Reihen gerissen. Er verließ uns in einem Augenblick, in dem wir seine Kampfesführung notwendiger als je brauchten. Von den ungeheuren Arbeiten und Sorgen überwältigt, fiel er, der so oft die geschlossenen Kolonnen der Arbeiterarmee zum Sturme geführt, auf seinem Kampfesposten in einem Momente, als das Weltproletariat sich zu neuen, entscheidenden Schlachten in den Städten und Bezirken Deutschlands vorbereitet.

Es ist ein Mann gestorben, der in sich die vieljährigen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, alle bitteren Lehren ihrer Niederlagen, alle Früchte ihrer glänzenden Siege vereinigte. Es ist der Führer gestorben, der weiter als wir alle sah, der die Gesetze, die unsere Bewegung regieren, vollkommen kannte, der über eine klare Vernunft, über eine große revolutionäre Leidenschaft, über den Wagemut der tapfersten Helden verfügte. Es ist der unermüdliche Lenin mit seinem eisernen, unbeugsamen Willen, mit seiner unerschöpflichen Energie, gestorben, der mit Haß gegen die Feinde der Arbeiterklasse und mit dem unerschütterlichen Glauben an den Sieg erfüllt war. Es ist der Führer gestorben, an den sich Genossen der verschiedensten Nationalitäten um Ratschläge und Weisungen wendeten, der in sich alles Gute, was in den Reihen der Arbeiterbewegung vorhanden war, vereinigte. **Es ist unser größter Theoretiker, Führer, Stratege, Massenorganisator, Kämpfer und Leiter gestorben.**

Genossen, junge Arbeiter, Arbeiterinnen, Bauern, Bäuerinnen, kommunistische Jugendliche aller Länder! Beugt Euer Haupt vor der Asche des größten Genies unserer Zeit, vor der Asche dessen, der uns zum Siege geführt hat. Senkt Eure Kampfesfahnen vor diesem frischen Grab!

Aber Ihr sollt nicht verzagen, Euch nicht dem Zweifel und der Verzweiflung überlassen. Überwindet den Kummer! Ihr wißt, daß Lenin nie für sich selbst gelebt hat, er lebte nur für die Sache der Arbeiter. Und wenn unsere Reihen nicht erschüttert werden, wenn die Wellen der Arbeiterrevolution auch weiterhin vorwärtsströmen werden, wenn die Millionen der Arbeiter das Vermächtnis Lenins auch künftighin achten und verwirklichen werden, so wird Lenin leben, wird mit uns sein, wird unseren Reihen die Kampfesfahne vorantragen. Unsere Lage ist schwer: Die Reaktion spannt alle ihre Kräfte an, um die Arbeiterklasse zu unterdrücken; in mehreren Ländern triumphiert die Macht des brutalen, unverhüllten Faschismus. Erbittert greift das Kapital die Arbeiter an und führt zuchthausmäßige Arbeitsbedingungen ein. Die kommunistische Bewegung wurde in einer Reihe von Ländern in die Illegalität gedrängt. Die Sozialdemokraten verraten von Tag zu Tag mehr die Interessen der Arbeiter. Die proletarische Jugend stöhnt unter einem dreifachen Joche: unter der faschistischen Peitsche, unter dem zehnstündigen Arbeitstag und unter dem sozialdemokratischen Verrat. Es gibt nur einen Weg, um sich aus dieser Lage zu befreien, um den Sieg zu erringen. Das ist der von Lenin gezeichnete Weg. Die Arbeiterjugend der ganzen Welt soll diesen Weg betreten und dann werden bessere Tage kommen, so wie auch die Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands unter der Führung Lenins den vollen Sieg errangen.

Achtet das Vermächtnis Lenins, vollendet seine Sache, denn sie ist die Sache der ehrlichen Arbeiter der ganzen Welt. Was hat Lenin geleistet und was hat er der Arbeiterklasse als Erbschaft zurückgelassen? Was müssen wir tun?

In Rußland hat Lenin eine **starke, zentralisierte, disziplinierte Partei** im Kampfe gegen den Faschismus, die Bourgeoisie und den Opportunismus geschaffen und erzogen. Er kämpfte für die Einheit, Zentralisierung, den Zusammenschluß der kommunistischen Parteien der ganzen Welt. Darum sollen auch nach dem Tode Lenins alle Kräfte und Gedanken der Arbeiter auf die Unterstützung der kommunistischen Parteien, auf den Kampf für ihre revolutionäre Einheit, gegen die Schwankungen und Halbheiten gerichtet werden.

Lenin hat das Wesen der bürgerlichen Demokratie enthüllt, er stellte die Frage der Diktatur des Proletariats auf die Tages-

ordnung, er führte die Arbeiter in Rußland zur Macht und trat an die Spitze des ersten proletarischen Staates der Welt. Möge die revolutionäre Arbeiterschaft und in erster Reihe die Arbeiterjugend auch nach dem Tode Lenins den Kampf um die Arbeitermacht keine Minute lang unterbrechen und sich noch enger um die kommunistischen Parteien, um die kommunistischen Jugendverbände, um die Roten Gewerkschaften und revolutionären Betriebskomitees vereinigen, sich zum letzten entscheidenden Kampfe vorbereiten, die erste Arbeiterrepublik, Sowjetrußland, unterstützen, der Reaktion und dem Faschismus den Todesstoß versetzen!

Lenin hat die Kommunistische Internationale gegründet und den Verrat der II. Internationale enthüllt. Die jugendlichen Arbeiter aller Länder, die kommunistischen Jugendlichen sollen auch künftighin über die internationale Solidarität der Arbeiter wachen und mit ihrer ganzen Energie gegen den Verrat der Sozialdemokraten und der II. Internationale kämpfen, sorgfältig darauf achten, daß in unseren eigenen Reihen die Ergebenheit an die Kommunistische Internationale — die erste Regel, das erste Gesetz bleibt.

Lenin hat die westlichen Arbeiter mit den Millionenmassen der unterdrückten Völker des Ostens in einer Armee vereinigt. Die Kampfeseinheit der europäischen und amerikanischen Arbeiter mit den Werktätigen der Länder des fernen Ostens und mit den kolonialen Sklaven gegen den Weltimperialismus soll auch künftighin aufrechterhalten und verstärkt werden. Die unterjochte Jugend des Ostens soll auf dem Wege ihrer nationalen und sozialen Befreiung in die Fußstapfen der Arbeiterjugend des Westens treten.

Lenin hat nicht nur die städtischen Arbeiter, sondern auch die Werktätigen der Dörfer zum Sturme gegen den Kapitalismus aufgefordert und geführt. Die städtischen Arbeiter sollen auch künftighin die revolutionären Bauern mit sich in den Kampf reißen, die Verbindung zwischen Stadt und Dorf gegen die gemeinsamen Feinde, die Kapitalisten und Agrarier, soll sich befestigen.

Lenin hat klar die Bedeutung des Kampfes der revolutionären Arbeiterjugend erkannt; er half uns, die richtige Linie zur Zeit des Weltkrieges zu finden, er unterstützte uns in der Bildung der Kommunistischen Jugendinternationale, hat wiederholt auf die Aufgaben der Arbeiterjugend aller Länder und besonders in Rußland hingewiesen. Mögen die jugendlichen Arbeiter aller Länder ihre Reihen fester um die Kommunistische Jugendinternationale schließen, ihre Verbindung mit den Massen verstärken, den Kampf gegen den Imperialismus und Militarismus führen, die von Lenin geschaffene geniale Strategie und Taktik des revolutionären Kampfes eifrig und energisch erforschen.

Lenin ist gestorben, aber die Resultate seiner ungeheuren Arbeit blieben zurück; es blieb zurück die Kommunistische Internationale, die Kommunistische Partei, die Kommunistischen Jugendverbände, die Roten Gewerkschaften, die Betriebskomitees und die bewaffneten Arbeitertruppen.

Die Arbeiterjugend der ganzen Welt soll ihre Reihen enger um das Vermächtnis Lenins schließen: Möge unsere Generation eine Generation der Leninisten sein, die den von unserem Führer begonnenen Kampf zu Ende führt!

Lenin ist gestorben, es lebe der Leninismus!

Im Namen Lenins weiter in den Kampf zum endgültigen Siege!

Moskau, am 27. Januar 1924.
Am Tage der Beerdigung Lenins.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale.

Aus der Internationale

Brief des EK. der KI. und des Vollzugsbüros der RGI. an die Familie des Gen. Lenin.

An N. K. Krupskaja-Uljanowa, an die Schwestern, an die Familie Lenins.

Liebe Genossen!

** In dieser ersten bitteren Stunde, wo wir und mit uns Millionen die ganze Last des Verlustes unseres größten Führers empfinden, wo wir alle von einem Gefühl beherrscht sind: es ist nicht möglich, es ist unmöglich, daß der Tod diesen Einzigen, Unersetzlichen unseren Reihen entrissen hat, denken wir mit tiefem Schmerz an Euch, die das Glück gehabt haben, während seines ganzen Lebens, eines Lebens voll Kampf und Arbeit, in seiner Nähe zu sein.

Wie schwer mußt Ihr diesen Schlag empfinden! Ihr wart ja mit ihm durch die innere Gemeinschaft der Gefühle und des Willens eng verbunden. Ihr habt diesen unermüdlichen Kämpfer der Revolution, der zum genialsten Führer der Arbeiter und Bauern Rußlands, zum Führer der Entrechteten der ganzen Welt geworden ist, von den ersten Tagen an gekannt. Ihr habt diesen großen, diesen großartigen Menschen aus der Nähe gekannt, dessen Herz den Kummer anderer Menschen in sich trug und der jedem Hilfsbedürftigen zu helfen bestrebt war.

In unserer Trauer gehört unser erster Gedanke Ihnen, teuere Genossin Nadjeschda Konstantiowna Uljanowa. Sie haben mit Lenin zusammen seinen steilen, dornigen, opferreichen Weg zurückgelegt, bis zu jener stolzen Klippe, von der aus der unvergleichliche Führer die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Verwirklichung der Träume seines Lebens: ein befreites Arbeitervolk auf freiem Boden, erblickte. Sie waren die nächste Zeugin dessen, wie die unermüdliche Arbeit, die tapfere, zielbewußte und mit der größten Verantwortung verbundene Führung des Kampfes von Tag zu Tag das Herzblut Lenins ausschöpfte, die Flamme seines Denkens verzehrte, bis endlich die mächtigen, scheinbar unendlichen Kräfte des Giganten erschöpft wurden. Sie, seine nächste Gehilfin im Kampfe und bei der Arbeit für die proletarische Revolution, begleiteten ihn auch auf seinem Leidensweg und waren — unterstützt von den treuen Schwestern — seine aufopfernde und feinfühlige Krankenwärterin.

Im Namen von unzähligen Massen der ganzen Welt, die Lenin geliebt haben und um ihn trauern, danken wir Euch Dreien für jene überströmende, sorgfältige Liebe, mit der Ihr ihn in den Tagen der bösen Krankheit umgeben habt. Unsere Dankbarkeit Euch gegenüber ist ebenso unerschöpflich, wie die Liebe und Verehrung für den großen Dahingeschiedenen. Für jeden, der in der Kommunistischen Internationale die Führerin des revolutionären Befreiungskampfes des Proletariats sieht, bleibt Lenin das Symbol seiner besten Bestrebungen, seines heiligen Kampfes. Einig mit Euch in unendlicher Trauer, wissen wir, daß Ihr Euch unserem feierlichen Versprechen anschließet, für den Kampf, wie er ihn verstand, Kräfte zu sammeln aus der Erinnerung an ihn, der unser Lehrer war in der revolutionären Theorie und Praxis und unser großes Vorbild.

Vorwärts zum Kampf — das ist die einzige, Lenins würdige Ehre, die wir ihm bezeugen können. **Die Weltunion der Kommunistischen Republiken ist das einzige Denkmal, das seiner Größe würdig ist.** In diesem Bewußtsein neigt die ganze Kommunistische Internationale das Haupt vor Euerem großen Schmerz.

Mit kommunistischem Gruße

Moskau, 22. Januar 1924.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.
Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Aufrufe

Der Internationale Bauernrat an die Bauern und Arbeiter der ganzen Welt!

Brüder und Genossen!

** Am 21. Januar 1924 ist Genosse Lenin, unser geliebter Führer, gestorben. Die Nachricht seines Todes erfüllt die Herzen aller Arbeiter und Bauern auch in den entferntesten Winkeln des Erdballes mit tiefem Kummer.

Den Namen Lenins kennt die ganze Menschheit. Besonders teuer ist dieser Name allen Werktätigen.

Lenin ist nicht nur ein Genie, das bisher beispiellos dasteht und vielleicht auch in der Zukunft nie mehr wiederkehren wird, nicht nur ein großer theoretischer Lehrer, sondern auch die Verkörperung des kollektiven Willens der Gedanken, der Wünsche, der Bestrebungen der Hunderte von Millionen Werktätiger, der Führer ihrer heroischen, übermenschlichen Taten.

Am Schraubstock oder hinter dem Pfluge war Lenins Name das Symbol des Sieges der Werktätigen über die Klasse der Ausbeuter.

Kein anderer als Lenin ist der Schöpfer des unbesiegbaren Bündnisses der Arbeiter und Bauern, das zur Begründung des

ersten — sich auf den sechsten Teil des Erdballes verbreitenden — Arbeiter- und Bauernstaates führte und in der nahen Zukunft zweifelsohne auch in allen Ländern zum Siege gelangen wird in der Gestalt der Weltunion der Arbeiter- und Bauernrepubliken.

Die Schaffung einer einheitlichen Kampf- und Arbeitsfront der Arbeiter und Bauern gegen die kapitalistischen und gutsherrlichen Ausbeuter, die Aufforderung zum Zusammenschluß zwischen Arbeitern der Stadt und den Bauern des Dorfes ist das Werk Lenins, und das ist sein wichtigstes politisches Vermächtnis.

Unsere Organisation, die die Bauerninternationale genannt wird, ist nichts anderes als die Vertreterin des Bündnisses der Arbeiter und Bauern in internationalem Maßstabe — sie ist das Ergebnis Leninschen Denkens.

Gestorben ist der Schöpfer des Bündnisses der Arbeiter und Bauern, der anerkannte Führer sowohl der Arbeiter wie auch der Bauern — sein Tod erfüllt Millionen von Bauern mit aufrichtigem Kummer.

Lenin ist gestorben — diese traurige Nachricht wird von allen Werktätigen wiederholt und dringt in allen Ländern bis zu den entlegensten Bauernhütten.

Die Feinde des arbeitenden Volkes hoffen, daß es ihnen jetzt leichter gelingen wird, die Kräfte der Werktätigen zu brechen.

Aber ihre Freude ist verfrüht!

Lenin ist gestorben, aber sein Geist, der die ganze arbeitende Menschheit mit der ungeheuren Tiefe seines Empfindens und seiner Selbstverleugnung ergriff, lebt weiter.

Lenin ist gestorben, sein Herz schlägt nicht mehr, aber sein Gedanke lebt, sein Gedanke ist unsterblich und führt die Arbeiter und Bauern zum Siege.

Wir fordern Euch, alle unsere Organisationen und unsere Anhänger in allen Ländern, auf, Eurem tiefen Kummer über den Tod unseres geliebten Führers Lenin Ausdruck zu geben.

Brüder und Genossen!

Es ist unsere heilige Pflicht, die wichtigsten Gebote Lenins, den wichtigsten Punkt seines politischen Vermächtnisses zu erfüllen: **das durch Lenin geschaffene Bündnis der Arbeiter und Bauern zu verwirklichen und auszubauen, den Zusammenschluß zwischen dem Dorfe der Bauern und der Stadt der Arbeiter zu befestigen.**

Brüder und Genossen!

Schließt Eure Reihen, die Reihen der Hunderte von Millionen Bauern mit dem Millionenheer der Arbeiter, und dann werden die Arbeiter und Bauern in gemeinsamer Arbeit den Erdball beherrschen und eine neue Ära in der Geschichte der Menschheit eröffnen.

Durch Kampf und Arbeit wird sie der unsterbliche Geist Lenins dieser glücklichen Zukunft entgegenführen.

Um so stärker, um so mächtiger möge unter den Bauernmassen der ganzen Welt der Ruf erschallen:

Bauern und Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!

Moskau, am 22. Januar 1924.

Das Präsidium des Internationalen Bauernrates.

Buchbesprechungen

Schriften zur Währungsfrage*).

Von E. Varga.

** Die Schriften des „Vereins für Sozialpolitik" gehörten vor einigen Jahrzehnten zu den besten und fortschrittlichsten Schriften auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Insbesondere im Kampf gegen die vorkapitalistischen Wirtschaftsformen leistete der Verein viel Nützliches. Ich erinnere zum Beispiel an die schönen Bände über den „Wucher auf dem Lande".

Mit der reaktionären Wendung, die die deutsche Bourgeoisie in dem letzten Jahrzehnte genommen hat, änderte sich auch Ton und Inhalt der Schriften des Vereins. (Am schärfsten zeigt sich dies, wenn wir die letzte und vorletzte Ausgabe von Herckners „Arbeiterfrage" vergleichen.)

Die Schriften des Vereins gewinnen immer mehr einen speziell bürgerlichen, reaktionären Charakter. Sie bieten dem Spezialisten manches Interessante; für die Kämpfer in den Reihen der Arbeiterschaft hingegen verlieren sie aber immer mehr an Interesse.

Das hier Gesagte trifft auch auf die oben erwähnten zwei Bücher zu. Theoretisch am interessantesten sind der Aufsatz von Mises und die Arbeit von Braun.

Mises steht voll und ganz auf dem Boden der Quantitätstheorie im engen Sinne. Als Grundthese seiner Auffassung schreibt er folgendes:

„Wird an der Übung, den Abgang im öffentlichen Haushalte durch Neuausgabe von Noten zu bedecken, festgehalten, dann muß unfehlbar früher oder später der Tag kommen, an dem das Geldwesen der Staaten, die dieses Verfahren einschlagen, ganz zusammenbricht."

Nun glaube ich folgendes feststellen zu müssen: Die These von Mises ist nur dann richtig, wenn es sich um einen bedeutenden Abgang im Staatshaushalte handelt. Die Neuausgabe von Noten zur Deckung des Staatshaushaltes kann unter Umständen so gering sein, daß sie eine, mathematisch ausgedrückt, verschwindende Größe bedeutet. Die wissenschaftliche Korrektheit hätte erfordert, diesen Fall auszuschließen, wenn man den Zusammenbruch des Geldsystems nicht auf einen Termin von vielen Jahrhunderten hinausschieben will.

Viel wichtiger ist aber folgendes: Die These Mises' ist natürlich richtig, **kann aber auf Grundlage der Quantitätstheorie nicht bewiesen werden.** Nehmen wir folgenden Fall: Die Wirtschaft eines Staates dehnt sich aus, die Produktion und der Umsatz hebt sich. Infolge dessen ist zur Abwicklung der Warenzirkulation jährlich eine zuschüssige Quantität von Zirkulationsmitteln nötig, vorausgesetzt, daß die Umlaufsgeschwindigkeit der Zirkulationsmittel unverändert bleibt. Wenn nun ein solcher Staat zur Deckung des Abgangs im Staatshaushalte zur Neuausgabe von Noten schreitet, aber jenes Quantum nicht überschreitet, das jährlich nötig ist, um das erhöhte Bedürfnis an Zirkulationsmitteln zu befriedigen, so kann auf Grundlage der Quantitätstheorie keinesfalls der Beweis erbracht werden, daß eine Entwertung des Geldes eintreten muß. Denn für die Quantitätstheorie muß es gleichgültig sein, welche Art von Zirkulationsmitteln und auf welchem Wege diese in Zirkulation gelangen, wenn nur das richtige Verhältnis zwischen der in Zirkulation befindlichen Warenmenge, beziehungsweise dem Gesamtpreis und der Menge, beziehungsweise der Summe der Zirkulationsmittel besteht.

Diese und ähnliche Unstimmigkeiten sind in den vorliegenden Arbeiten in nicht geringer Zahl enthalten. Was aber noch bemerkenswerter ist, der Ton der Arbeiten: insbesondere jener von Mises, ist überwiegend reaktionär. Mises selbst fordert kategorisch die Übergabe der Reichseisenbahn an das Privatkapital, eine Forderung, die mit den alten Traditionen des „Vereins für Sozialpolitik" ganz und gar im Widerspruch steht und außerdem von einem Wissenschaftler, der nicht im Dienste des deutschen schwerindustriellen Kapitals steht, kaum als ökonomisch anerkannt werden kann.

Mises stellt ferner die Frage so dar, als ob die deutsche Inflation bloß eine Folge der Feigheit oder Unwissenheit der Politiker der Nachkriegszeit wäre. Er wirft die Frage, welche Klassen an der Inflation eine Vermehrung, welche eine Verminderung ihres Einkommens erfahren, nicht auf. Hätte er diese Frage aufgeworfen, so hätte er zugeben müssen, daß es gerade die „nichtrevolutionären" Klassen: die Agrarier und Schwerindustriellen es waren, die im Wege der Inflation sich bereichert haben! Es ist sicherlich kein Zufall, daß die, dem deutschen Reichsverband der Industriellen entsprechende englische Organisation: die „Federation of British Industrie" für eine Inflationspolitik eintritt. Es ist aber unter diesen Umständen mindestens eine merkwürdige Behauptung, die Inflation sei durch die schlechte Politik der deutschen Minister und nicht durch die systematische, zielbewußte Steuersabotage der deutschen Bourgeoisie verschuldet.

Die Braunsche Arbeit über die Doppelnote ist eine Zusammenfassung der Sanierungsvorschläge der österreichischen Finanzen.

Es ist merkwürdig, daß die größte Sanierungsaktion, die ein Land in der Nachkriegszeit aus eigenen Kräften vollzogen hat, die Schaffung einer neuen stabilen russischen Valuta, in diesen Arbeiten überhaupt nicht erwähnt wird.

*) **„Pläne und Versuche zur Währungssanierung"** mit Beiträgen von Ernst Wilmersdörffer, Richard Kiliani, F. Gaertner, E. Pharmakides und Martha Braun. — **„Die Geldtheoretische und geldrechtliche Seite des Stabilisierungsproblems"** von Ludwig Mises und Franz Klein. — Verlag des „Vereines für Sozialpolitik".

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 17. 7. Februar.

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Sechs Tage, die wir nie vergessen werden.

Iljitsch Lenins Leichenbegängnis.

Von G. Sinowjew.

** Nicht gar so lange ist es her, daß Nadeschda Konstantinowna*) erzählte: „Bei uns steht alles gut. Er ist zur Jagd gefahren. Mich nahm er nicht mit. Er wollte mal ohne seine ‚liebe Pflegerin' auskommen. Die Beschäftigung (Lektüre) geht gut vonstatten. Er ist guter Laune — scherzt und lacht. Die Ärzte sind nunmehr alle der Ansicht, daß er bis zum Sommer sprechen wird..."

Und die Ärzte bestätigten dies alles.

Dennoch plötzlich die Schreckensnachricht — Iljitsch-Lenin ist gestorben...

... Nach einer Stunde schon fahren wir im Autoschlitten nach Gorki zum toten Iljitsch-Lenin: **Bucharin, Kalinin, Kamenew** und ich — (Rykow lag **krank**).

Wie freudig eilten wir auf den Ruf Lenins nach Gorki, wenn er sich gesund fühlte — wie auf Windesflügeln. Und nun...

Wir betrachten die Sterne. Wir bemühen uns, von etwas anderm zu reden. Lenin ist tot... was nun? Was nun? Und der Weg ist so lang — ganze zwei Stunden. Die Straße ist voller Schneewehen. Die Telephondrähte surren. Die Luft ist so klar. Die Nacht so hell.

Schon am Tore drängt sich ein kleines Häuflein von Menschen — das sind die Genossen von der Leibwache Lenins. Sie bestreuen den Weg, der zum Hause führt, wo Lenin ruht, mit Tannenreisern. Mir kommt eine Erinnerung: Unlängst, vor einigen Wochen war es, als wir durch eine Fensterritze mit Kamenew und Bucharin in den Park schauten, während Wladimir Iljitsch spazieren gefahren wurde. Freundlich, mit seinem gütigen Iljitschlächeln, nahm er mit seiner gesunden Hand seine Mütze ab, um diese selben Genossen von der Wache zu begrüßen. Wie sie alle strahlten. Mit welcher Liebe diese Arbeiter auf ihren Iljitsch Lenin schauten, sie liebten ihn, wie die Kinder... Heute jedoch drücken sie sich mit hängenden Köpfen aneinander, reden nur im Flüstertone und wischen ihre Tränen weg.

Wir betreten das Haus. Lenin liegt auf einem Tisch. Man hat ihm bereits seinen neuen Rock angezogen. Blumen, Tannenzweige. Er liegt in dem großen Zimmer. Die Balkontür steht offen. Draußen friert es. Auf diesem Balkon tranken wir im Sommer 1920 Tee und berieten über die Frage der Offensive auf Warschau.

Schneehelle Winternacht. Im Zimmer, wo Lenin ruht, ist es kalt. Viel Licht. Heller Mondschein. Viel Sterne. Durch die offene Balkontür scheinen die Bauernhäuser ganz nahe zu sein. Lenin mit dem Bauernrußland als Hintergrund — ein unvergeßliches Bild.

Lenin — fast als lebte er. Als hätte er sich bloß hingelegt, um auszuruhen. Er atmet ja. Gleich wird die Brust sich heben. Das Antlitz ist ruhig — so ruhig. Es ist noch gütiger geworden. Die Runzeln sind verschwunden. Nur im unteren Teile des Gesichts, in der Nähe des Halses, sind die kleinen Fältchen geblieben. Er hat sich das Haar erst unlängst stutzen lassen. Er sieht ganz jung aus. Das Gesicht ist so unendlich gütig und liebevoll. Der „Alte" scheint nur unzufrieden, weil man ihn gar so lange anschaut, weil Tränen über die Wangen rinnen. Wer hat denn jemals Bolschewiken weinen sehen... Einen Kuß auf die Stirne — diese schöne, unvergeßliche Leninstirne. Wie ist diese Stirne jetzt so kalt, kalt wie Marmor. Der Gedanke schneidet ins Herz: also wirklich **auf immer, auf ewig!**...

Für zwei Uhr nachts ist im Kreml die Plenarsitzung des Zentralkomitees anberaumt. Wir fahren mit der Bahn zurück. Sind bloß um eine Stunde verspätet. Wir treten ein. Auch dieser Augenblick wird uns unvergeßlich bleiben: alle fünfzig sitzen da und — schweigen. Grabesschweigen. Augenscheinlich schweigen sie schon lange so — seitdem sie hergekommen sind. Sie alle, die furchtlosen Leninkämpen, die auserwählten Kämpfer der Partei, die dem Tode schon oft ins Antlitz geschaut haben, sitzen mit fest zusammengebissenen Zähnen da. Die Worte wollen nicht über die Zunge. Und dann begannen sie zu sprechen. Bis in den Morgen hinein saßen sie da, die Verwaisten. In diesen Stunden traten wir einander näherer, als im ganzen früheren Leben, während der langen Jahre gemeinsamen Kampfes.

Am Dienstag fährt das ganze Zentralkomitee und die ganze Zentral-Kontroll-Kommission nach Gorki. In zwei Wagen dritter Klasse der gesamte Generalstab der Leninpartei. Stearinkerzen verbreiten trübes Licht im Wagen. Einzelne kleine Gruppen drücken sich in verschiedene Ecken. Alle schweigen. Hier und da werden aus irgendeinem Grunde alte Gefängniserinnerungen

*) Witwe Lenins.

aufgefrischt. Ein Genosse, der soeben noch „scherzte“ und gutmütig berichtete, wie man ihn im zaristischen Zuchthaus der Oreler Zentrale marterte, benutzt gleich darauf einen günstigen Augenblick, um in einem Winkel die Tränen fortzuwischen, damit niemand es bemerke.

Wir sind an der Haltestelle angelangt. Ein Teil fährt von hier in Bauernschlitten weiter, die übrigen gehen zu Fuß. In langer Reihe hintereinander herschreitend, bewegen sich die Mitglieder des Zentralkomitees auf dem schmalen Pfad auf Gorki zu.

Immer mehr und mehr Genossen und Freunde treffen ein. Die ersten Ehrenwachen an der Leiche Lenins. Man hat ihn in einen roten Sarg umgebettet und ihm ein rotes Kissen unter den Kopf gelegt. Noch liebevoller, noch gütiger erscheint sein Gesicht. Die Hand ist wie lebend. Sie hat bis zum letzten Augenblick am meisten den Schein des Lebens bewahrt.

*

Mittwoch, frühmorgens, Überführung der Leiche aus Gorki. Man hat ihn schon über die Treppe gebracht. Er ist schon auf der Straße. Hier wird das Gesicht sogleich starrer. Einige weiche Schneeflocken haben sich auf Iljitsch Lenins Rock gesetzt. Schnell, blast sie fort... Vier Werst zu Fuß. Selbstverständlich wird er getragen. Den ganzen Weg entlang stehen Bauernmengen. Dreizehnjährige Bauernbengel in abgenutzten Schafpelzchen wischen sich mit den Fäusten die Tränen aus den Augen. Niemand bekreuzigt sich. Die ersten Kränze sind aus einfachen Tannenzweigen gewunden.

Der Säulensaal des Dom-Sojus (Gewerkschaftshaus)... Wer hat diesen Saal so schön gemacht? Wessen liebevolle und geschickte Hand hat diesen Saal so herrlich geschmückt, den Saal, dem es beschieden war, zu einem historischen zu werden? Wie gut ist es doch, daß wir rechtzeitig unseren ursprünglichen Plan, Lenins Leiche in einem der Palastsäle des Kreml aufzubahren, aufgegeben haben. Wie gut, daß der Abschied des Volkes von Lenin gerade im Dom-Sojus stattfinden wird.

Der wunderbare Saal im Dom-Sojus gleicht einem Märchen. Dieser Saal an sich ist schon eine mächtige, wundervolle Trauersymphonie.

Und nun kam die Hauptsache — das Große, das Unvergeßliche: auf den Straßen erschien das Volk, die Arbeiterklasse — seine Kinder. Wie herrlich war diese Volksmasse. Die endlose Brandung einer lebendigen Menschenwelle. Tag und Nacht, ununterbrochen, durch kurze Wintertage und lange Frostnächte standen auf den Straßen Moskaus Hunderttausende von Arbeitern, ihre Mütter, Frauen und Schwestern, standen Bauern, Rotarmisten, stand die Schuljugend, die Kinder, stand das ganze, ganze Volk und wartete, bis es an die Reihe kam, um den Säulensaal zu betreten und an der Bahre des Führers und Lehrers vorüberzudefilieren. In vier Tagen haben siebenhunderttausend Menschen diesen Saal passiert. Und diese Welle wäre auch noch weiter gerollt, hätte man ihr am Samstag vor der Beisetzung nicht Einhalt geboten. Noch nie hat die Welt Großartigeres gesehen. Die Menge organisierte sich selber. Fünf Milizionäre konnten mit Leichtigkeit die Ordnung unter fünfzigtausend Menschen aufrechterhalten. Die Erklärung ist einfach: diese Fünfzigtausend sorgten selbst für die Ordnung. Schweigend, nur von einem Gedanken beherrscht, von einem einzigen Gefühl zusammengehalten, organisierte diese uferlose Masse sich selber. Man hörte fast, wie der Genius Lenins über dieser staunenswerten Volksmasse die Flügel regte. Alle waren so besonders weich gestimmt, so besonders höflich und gut zueinander. Als schauten sie, Trost und Verständnis suchend, einander in die Augen. Die Gesichter gewannen an Ausdruck. Jeder durchlebte einen historischen Augenblick, der seinem Gesicht den Stempel aufdrückte.

In endlosem, machtvollem Strom ergoß sich diese Welle in den Säulensaal und flutete von dort durch eine Reihe anderer Türen ebenso organisiert wieder hinaus. Wie das Meer den Felsen umkost, so umkosten die Augen dieser mächtigen Menschenwelle die tote Gestalt des geliebten, trauten Freundes.

Es war unmöglich, aus diesem Saal fortzugehen. Stunden hindurch standen wir alle da, in den Anblick dieser großartigen Menge versunken, durchdrungen von ihren Empfindungen. Man konnte sich von dem Bilde nicht losreißen. Und sowohl am Tage wie auch um fünf Uhr früh konnte man hier Hunderte der beschäftigtesten Genossen antreffen. Und die Menge wogte weiter und weiter — immer großartiger, immer einheitlicher. Die Arbeitermasse durchlebte zum zweitenmal ihre Revolution...

Ja, nur so durften wir unseren Lenin zu Grabe tragen. Das einfache, von Lenins Ideen begeisterte Volk hat das Leichenbegängnis gemeinsam mit uns improvisiert.

*

...Die schluchzenden Klänge des Trauermarsches ertönen. Es fällt immer schwer, diesen Marsch ruhig anzuhören. Und jetzt — an wessen Bahre erklingt er jetzt? — Lenins Bahre ist's..

Die ganze Partei hat an der Bahre des Geliebtesten der Geliebten gestanden.

Arbeiter und Arbeiterinnen hoben ihre Kinder empor, zeigten ihnen Lenin und flüsterten ihnen dabei etwas ins Ohr.

In der Ehrenwache — zu Häupten und zu Füßen des dahingeschiedenen Lenin — haben die Geschätztesten der Arbeiterklasse sich abgelöst. Fast von jeder Fabrik kamen Arbeiter. Aus jeder Kaserne kamen die einfachen Rotarmisten. Nur Auserwählten der Arbeiter, nur jenen, die die Liebe und das Vertrauen der ganzen Masse besaßen, war es beschieden, an dieser Ehrenwache teilzunehmen. Bäuerinnen und Arbeiterinnen, Seeleute und Rotarmisten, Parteiveteranen und aufstrebende Jugend, Russen und Deutsche, ja sogar junge Pioniere — liebe, prächtige Arbeiterkinder — haben an der Ehrenwache teilgenommen. Wie liebevoll hätte der Alte — wäre er noch am Leben — ihre Köpfchen gestreichelt...

Der Gesichtsausdruck der zur Ehrenwache Antretenden änderte sich augenblicklich. Soeben steht ein finnischer Revolutionär Wache. Er ist felsenhart. Nach der Juliniederlage beauftragte ihn unsere Partei, über Lenin zu wachen. In den Augenblicken höchster Gefahr hat sich kein Muskel in seinem Gesicht geregt. Jetzt ist er leichenblaß und bemüht sich vergebens, eine Träne zu verbergen.

Und Lenin liegt nach wie vor ruhig und gütig da, nur scheint er noch weiser, noch allverstehender geworden zu sein. Mit Recht sagte Bucharin: er erteilt seinen letzten Befehl — **Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Bolschewiken der ganzen Welt, schließt Euch zusammen!**

*

Samstag abend. Zweiter Sowjetkongreß des Verbandes der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Nadeschda Konstantinowna spricht. Wer könnte diesen Augenblick je vergessen? Tiefe Stille. Man könnte das Summen einer Fliege in diesem riesigen Zuschauerraum hören. Buchstäblich in zehn Worten faßte sie alles Wesentliche über Lenin und den Leninismus zusammen:

„Sein Herz schlug voll heißer Liebe für alle Werktätigen, für alle Unterdrückten. Nie sprach er selber darüber... Nicht nur sprechen und erzählen konnte er, er hörte auch aufmerksam zu, was der Arbeiter ihm sagte... Nur als Führer aller Werktätigen wird die Arbeiterklasse siegen können... Er wollte die Macht für die Arbeiterklasse, denn er wußte, daß die Arbeiterklasse dieser Macht nicht dazu bedurfte, um sich selbst auf Kosten der anderen Werktätigen ein bequemes Leben zu verschaffen. Er wußte, daß es die historische Aufgabe der Arbeiterklasse ist, alle Unterdrückten zu befreien... Der russische Arbeiter ist halb Arbeiter, halb Bauer.

Genossen, unser Wladimir Iljitsch ist dahingegangen, der Geliebte, der Einzige ist gestorben. Genossen, Kommunisten, erhebt es höher, das Banner, das Lenin teuer war, das Banner des Kommunismus. Genossen, Arbeiter und Arbeiterinnen, Bauern und Bäuerinnen, Werktätige der ganzen Welt, schließt Euch zu festen Reihen zusammen, sammelt Euch um das Banner Lenins, um die Fahne des Kommunismus...“

Ja, diese Rede stand vollkommen auf der Höhe des geschichtlichen Augenblicks. Sie war Wladimir Iljitsch' würdig. Nochmals und wiederum konnten wir uns von der echten Tapferkeit unserer Nadeschda Konstantinowna überzeugen. Je schwerer die Stunde, desto fester und tapferer zeigte sich immer Nadeschda Konstantinowna. Zum Beispiel in den Julitagen des Jahres 1917. Aber jetzt! Nur sie vermochte in einem solchen Augenblick eine Rede zu halten und noch dazu eine solche Rede.

Jahre und Jahrzehnte werden vergehen. Aber diese herrliche Rede wird immer gelesen werden und die Herzen stets neuer und neuer Generationen von Kommunisten durchdringen.

Wir alle, wir übrigen Redner, die auf dieser Kongreßsitzung zu reden hatten, befürchteten, gleich nach dem ersten Wort in

Schluchzen auszubrechen. Wir bemühten uns darum, Kälte zu heucheln. Und alles kam anders heraus, als wir es sagen wollten. Die Worte wollten nicht von der Zunge. Nicht nach Reden war uns zumute... Der Smolensker Bauer, der Arbeiter der Putilowschen Werke, die Fabrikarbeiterin der Krasnaja-Presnja (Vorstadt von Moskau), die Redner der Ostvölker — sie gestalteten den Abend schön.

In später Nacht defilierte noch einmal der ganze zweite Kongreß, das ganze Sowjetrußland an der Bahre Lenins vorüber...

Gegen Morgen defilierte in ebenso organisierter Weise eine Delegation aus Petrograd (Leningrad) von über 1200 Menschen vorüber: Arbeiter, Arbeiterinnen, Rotarmisten, Jugend... Alle weinten. Wenn irgendwo, so verstanden in Petersburg die Arbeiter, ihren Lenin mit besonders inniger Liebe zu umgeben. Sie, die als erste Lenin in das Feuer nachfolgten, waren nun gekommen, ihm den letzten Gruß zu entbieten. Blasse Gesichter, unterdrückte Tränen, andachtsvolles Schweigen...

Zwei „eigene" von den Petersburgern mitgebrachte Orchester schluchzen während des ganzen Vorbeimarsches der Delegation... Sie haben eine wundervolle Fahne mitgebracht — eine schönere haben wir noch nie gesehen. Sie pflanzen diese Fahne in nächster Nähe der Bahre auf. Ruhe sanft, Lenin...

*

Sonntag. Die letzen Ehrenwachen. Die „Internationale" ertönt — kräftig, schwungvoll und siegreich. Wir tragen Lenins Leiche hinaus. Wie gut, daß das in aller Morgenfrühe geschieht. Das gibt ein besonderes Gefühl der Erleichterung.

In der bitteren Winterkälte — wie mit Absicht hat ein grimmiger Frost von 26° R eingesetzt — war eine Million Menschen zum Roten Platz gekommen, um dem Leichnam Lenins die letzte Ehre zu erweisen. Und wiederum hat die Welt noch nie Großartigeres gesehen als diese Menge.

Wie gut, daß man beschlossen hat, Lenin in einer Gruft beizusetzen. Wie gut, daß wir rechtzeitig auf diesen Gedanken gekommen waren. Den Leichnam Lenins in die Erde einzugraben — das wäre schon zu unerträglich...

Die Gruft trägt eine kurze, doch vollkommen genügende Aufschrift: LENIN. Wahrlich, der Weg des Volkes, der hierher führt, wird nicht mit Gras überwachsen. In der Nähe wird sich hier das Leninmuseum erheben. Allmählich wird sich der ganze Platz in eine Leninstadt verwandeln. Jahrzehnte und Jahrhunderte werden vergehen — und dieses Grab wird Millionen Menschen, der ganzen Welt immer vertrauter, immer teuerer werden. Und man wird hierher wallfahrten — nicht nur von allen Orten unserer Sowjetrepublik, die den sechsten Teil des gesamten Erdenrunds umfaßt, sondern auch von China, Indien, Amerika, aus der ganzen Welt.

Um vier Uhr lassen wir unter Ehrenbezeigungen den Sarg in die Gruft hinab. Ganz Sowjetrußland leistet Ehrenbezeigungen. In Petersburg nehmen an diesem Tage 750.000 Menschen an der Trauerdemonstration teil — mehr, als in all diesen Jahren an irgendeiner anderen Petersburger Demonstration teilgenommen haben.

In Moskau strömte das Volk auf den Roten Platz, um den sterblichen Überresten Lenins die letzte Ehre zu erweisen. Hier erhob sich angesichts des ganzen Volkes der Sarg mit dem Leichnam Lenins. In Petersburg aber begab sich das Volk auf das Marsfeld (das Feld der Opfer der Revolution), wo es nur 53 flammende Scheiterhaufen erblicken konnte — entsprechend der Zahl der Lebensjahre Lenins. Und dennoch war das ganze Leningrad herbeigeströmt. In Charkow demonstrierte die ganze Stadt zu Ehren Lenins. In Rostow, in Kostrowa, in Kiew, in Archangelsk — überall dasselbe Bild. Millionen Herzen schlagen im gleichen Takt. In Paris, in Christiania, in Peking, in Berlin, in Prag, in London — in der ganzen Welt schwebt ein Name auf den Lippen von Millionen Menschen: **Lenin.**

In der Gruft bedecken wir den Sarg mit den sterblichen Überresten Lenins mit zwei Fahnen — zweien von den zehntausend Fahnen, die an der Trauerdemonstration beteiligt waren. Das sind die Fahnen der Komintern und des Zentralkomitees der RKP. Aber im letzten Augenblick dringt trotz der Wachen ein alter Bauer in die Gruft ein. Er hat einen günstigen Augenblick abgewartet und übergibt uns nun eine kleine Trauerfahne nebst einem Schreiben der Bauern des Saransker Kreises. Neben den Fahnen zweier mächtiger Organisationen, die die Bourgeoisie der ganzen Welt erzittern lassen, wurde nun noch eine Fahne angebracht — die Fahne der Bauern des Saransker Kreises....

Unvergeßlich bleibt der Augenblick, wo der gesamte Rote Platz entblößten Hauptes bei 25° Frost sang: „Unsterbliche Opfer sankt Ihr dahin..." Unvergeßlich bleibt die vieltausendköpfige Menge, die regungslos erstarrte, als der Sarg Lenins in die Gruft getragen wurde. Unvergeßlich sind die klopfenden Herzen all der Unsrigen. Unvergeßlich bleiben diese Augenblicke.

Unwillkürlich kommt jener Abend in Erinnerung, als Lenin aus dem Auslande in Petersburg eintraf — die Nacht auf dem Finnländischen Bahnhof, der Empfang durch die Zehntausende von Arbeitern und Soldaten. Jetzt — sind es Millionen. Damals — Vorabend großer Kämpfe. Heute — abgeschlossene Kämpfe und Ruhe nach entscheidenden Siegen. Jetzt — **Anerkennung des ganzen Volkes, aller Völker.**

*

Lenin ist tot. Einem Steine, einem Felsblock gleich lastet dieser Tod auf dem Herzen eines jeden unter uns. Niemand hat jemals so schwere Augenblicke durchgemacht. Und dennoch — dennoch ist es uns, als ob der Leninismus nicht nur lebt, sondern daß seine Blüte erst beginnt. Gewiß ist es so: die wahren Siege der Ideen Lenins in Europa, in Amerika, im Orient, in der ganzen Welt stehen noch bevor.

Wer von uns wird je diese sechs Tage vergessen — diese schlaflosen, unruhvollen, bleischweren und doch so düsterschönen Tage? Möge man uns einen anderen Namen aus der neuesten Geschichte der Menschheit nennen, der die Herzen von Millionen und aber Millionen Menschen in der ganzen Welt derart ergriffen hätte...

Diese sechs Tage haben gewissermaßen einen Strich, eine Grenze gezogen zwischen dem Rußland vor dem Tode Lenins und dem Rußland nach seinem Tode. Rußland ist zu einem neuen Bewußtsein seiner selbst gelangt. Bisher, während der ganzen Dauer der Krankheit Lenins, war es der Ansicht, daß Lenin

„... auch jetzt Rußland noch leitet
mit der gelähmten Hand".

Jetzt ist es zum Bewußtsein gelangt, daß wir von nun an uns selbst überlassen sind, daß wir irgendeine neue Grenzlinie überschritten haben. Rußland warf einen Blick auf sich selbst und bemerkte, daß es ein neues Rußland geworden war, daß es ein neues geworden war, weil Lenin das Beste, was er besaß, ihm hingegeben hat. Und gespannt begann das Land über sein eigenes Schicksal nachzusinnen. Und nach dem Leichenbegängnis seines genialen Führers wird es die Tränen trocknen und festen Schrittes mit hocherhobenem Haupt weitergehen auf dem Wege, auf den Lenin es geführt hat.

Denn auch im Leben unserer Partei hat mit dem Tode Lenins ein neuer Abschnitt begonnen. Unsere Partei denkt besonders gespannt über ihr ferneres Schicksal nach. Unendlich schwer und unwiederbringlich ist der Verlust. Die Verwaltung des riesigen Landes, die Leitung des Kampfes der Komintern, der Arbeit der Partei **ohne Lenin** — welch gigantische, welthistorische Verantwortung. **Jedes der 400.000 Mitglieder unserer Partei muß jetzt, mit dem Tode Lenins, besser, tiefer, reiner, tapferer, vorsichtiger, standhafter** werden.

Jeder, der auch nur einmal den lebenden Lenin gesehen hat, wird bis ans Ende seiner Tage dies Bild in seinem Herzen bewahren.

... Kein Bildnis Lenins ist zu sehen,
Denn keines gleicht ihm ganz und gar...
Erst wenn Jahrhunderte vergehen,
Dann malen sie es lebenswahr...

Was auch kommen möge, was unserer auch harren möge — das Bildnis Lenins wird den Werktätigen und Ausgebeuteten der ganzen Welt stets voranleuchten.

Schließt Euch enger zusammen, ihr Leninschen Reihen! Nie hat die Welt noch ein Heer gesehen, das kampfbereiter und seines Sieges würdiger gewesen wäre als unseres.

„Ade, Iljitsch! Ade, Lenin!" Durch das ganze Land und durch die ganze Erde klingt, gleich einem Echo, dieser Abschiedsgruß an den Führer und Lehrer.

Ans Werk, ans Werk, ans Werk! wie Lenin es uns lehrte!

Lenin ist tot — der Leninismus lebt. Er lebt in unserer großen Partei, in der Komintern, in der revolutionären Bewegung der ganzen Welt. Wenn die Proletarierrevolution in der ganzen Welt siegen wird, so wird das vor allem der Sieg des Leninismus sein.

Lenins Leben und Werk.

Von Karl Radek.

** Es ist zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit, daß die Nachricht von dem Tode eines Staatsmannes nicht nur die ganze Welt durchzuckt, sondern das Herz von Millionen in allen Ländern und unter allen Völkern erzittern läßt. Es gibt Länder, in denen ihn Millionen betrauern werden, in anderen vielleicht nur Hunderttausende, es wird auch Länder geben, wo nur ein paar Leute um ihn trauern werden. Aber es wird kein Volk geben, wo am 22. Januar sich nicht Menschen gesagt hätten: „Mein Führer ist gestorben."

Der Tod Lenins gibt dem proletarischen Gedanken in allen Ländern einen gewaltigen Anstoß. In allen Ländern haben die Proletarier an den Gedankenfragmenten Lenins, die durch unsere Briefe und Resolutionen bis zu ihnen gelangten, zu kämpfen gelernt. Als sie diese Gedanken an ihren eigenen Erfahrungen geprüft hatten und in ihnen die Wahrheit ihres Lebens sahen, waren sie beruhigt. Sie wußten, daß am Steuer des Schiffes der internationalen Revolution dieses Genie des internationalen Proletariats steht. Und sie hatten zu dieser Führung Vertrauen. Nun ist es anders. Jeder in den Reihen der Arbeiterschaft, der zu denken gewohnt ist, ist jetzt vor allem mit dem Gedanken beschäftigt, wie er aus dem Leben und dem Werke Lenins lernen kann, wie er in seinen Büchern die Waffen zu seinem Kampfe findet, wie er lernen kann, diese Waffen selbständig zu handhaben. Es gibt nichts Bezeichnenderes in dieser Hinsicht, als das Wort eines deutschen Kommunisten, der, als er die Nachricht vom Tode Lenins erhielt, sagte: „Gebt uns nicht eine **Auswahl** der Werke Lenins, gebt uns in den wichtigsten europäischen Sprachen **alle Werke Lenins**, damit wir uns durch selbständige Arbeit seine Denkungsart und seine Methode aneignen können."

Es werden viele Jahre vergehen, bis wir Lenin, sei es auch nur in den wichtigsten Ländern der Arbeiterbewegung, dieses Denkmal errichten können, bis wir mit Werken über das Leben und das Werk Lenins den europäischen Arbeitern helfen können, sich seine ganze Erbschaft anzueignen. Bis dahin besteht die Aufgabe der Kommunisten darin, sei es auch nur in ganz allgemeinen Zügen, die historische Rolle Lenins darzulegen, das Gerippe seiner Gedanken aufzuzeigen.

Lenin als Begründer des ersten proletarischen Staates.

Die Lehre von Karl Marx ist in seinen Büchern niedergelegt. Sein Briefwechsel stellt einen hinreichenden Kommentar zu seinen Werken dar. Lenin hat Dutzende von Büchern hinterlassen. Wenn sein Briefwechsel gesammelt sein wird, wird er neue Dutzende von Bänden füllen. Aber **der wichtigste Kommentar zur Leninschen Lehre ist das vollbrachte Werk Lenins**: die Schaffung der Kommunistischen Partei Rußlands und der Kampf dieser Partei um die Macht. Es sind die Methoden, mit deren Hilfe das Proletariat die Macht unter den schwierigsten Bedingungen behauptete, es sind die Methoden, die Lenin dem russischen Proletariat hinterließ, nicht nur als Mittel zur Behauptung der Macht, sondern auch als Mittel zur Lösung jener Aufgaben, in deren Namen die Arbeiterklasse Rußlands die Macht ergriffen hatte.

Marx hat an der Revolution der 48er Jahre in Deutschland teilgenommen. Aber da die proletarischen Elemente in dieser Revolution noch zu schwach waren, konnte er keine entscheidende Rolle spielen. Die Revolution von 1848 war in Deutschland an sich schon eine historische Spätgeburt. Sie kam allzu spät, um als bürgerliche Revolution zu siegen und — allerdings — durchaus zu früh, um vom Proletariat geführt zu werden. Der Revolution von 1848 folgten Jahrzehnte der Reaktion, und in dieser Periode konnte Marx nur die Rolle des Beobachters spielen, der den Mechanismus der bürgerlichen Welt studiert. Diese reaktionäre Epoche wurde durch die Epoche der nationalen Kämpfe abgelöst, in denen das Proletariat wiederum nicht die führende Kraft sein konnte. Demzufolge konnte auch Marx keine führende Rolle spielen. Dann erschien das Meteor der Pariser Kommune am Horizont. Nur Marx' Geist konnte den Sinn dieser schnell vorübergehenden Erscheinung begreifen. Aber auch hier konnte von einer führenden Rolle von Marx keine Rede sein.

Nach der Pariser Kommune und bis zum Tode von Marx herrschte in Europa die Reaktion. Die revolutionären Aufgaben der Bourgeoisie waren im Westen bereits erfüllt. Die Proletarier hatten entmutigt und langsam begonnen, ihre Armeen von neuem auszubauen. Sie hatten sich in verschiedenen Ländern in kleinen Gruppen gesammelt, ihre zersplitterten Bewegungen konnten nicht zentral geführt werden. Die ganze Genialität Marx' erschöpfte sich im Studium der grundlegenden Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Welt und des mit ihr verbundenen Proletariats. Er konnte seine Gedanken nicht im Feuer des Bürgerkrieges als ein Führergenie der Revolution prüfen.

Lenin stand mit beiden Füßen auf dem Boden der Marxschen Lehren, die er **tiefer** und **selbständiger** begriff als jeder andere Schüler von Marx. Aber Lenin bereitet sich vom ersten Tage seines Wirkens an vor, der praktische Führer der kommunistischen Revolution zu werden. Sein ganzes Leben widmete er der Ausarbeitung jener Aufgaben, die erst im Jahre 1917 gelöst wurden: **der Vorbereitung des großen Durchbruches durch die Front der internationalen Bourgeoisie, der im Oktober 1917 vollbracht wurde.** Im kommenden Frühjahr werden es dreißig Jahre sein, seitdem der junge Lenin in seiner Arbeit „Was sind die Volksfreunde?" folgendes schrieb:

> „Die Sozialdemokraten widmen der Klasse der Arbeiter ihre ganze Aufmerksamkeit und ihre ganze Tätigkeit. Wenn die Vorhut der Arbeiterklasse sich die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus, die Ideen über die historische Rolle des russischen Arbeiters aneignen wird, wenn diese Ideen weit verbreitet und unter der Arbeiterschaft feste Organisationen geschaffen werden, die den heutigen zersplitterten Wirtschaftskampf der Arbeiter in einen bewußten Klassenkampf verwandeln — dann wird der russische Arbeiter, der sich **an die Spitze aller demokratischen Elemente stellt**, den Absolutismus stürzen und das russische Proletariat **(an der Seite des Proletariats aller Länder)** auf dem geraden Wege des offenen politischen Kampfes **zur siegreichen kommunistischen Revolution führen.**"

Das Studium der Lehre Lenins über die kommunistische Revolution fordert in erster Linie das Studium **der Methoden Lenins als des Führers der Kämpfe des russischen Proletariats um die Macht.**

Die Kraft seiner Überzeugung, mit der Lenin als Politiker, als Führer der proletarischen Partei handelte, hat jeden in Erstaunen gesetzt. Manche betrachteten diese Kraft der Überzeugung als eine Folge seines autoritativen Charakters, der ihn von Natur aus zum Führer machte. Andere sahen die Quelle dieser Überzeugungskraft in seinem unerschütterlichen Glauben an den Sozialismus. Aber der autoritative Wille vereinigt nicht nur die Menschen, sondern stößt sie auch ab, wenn die historische Prüfung beweist, daß dieser Wille sich selbst und andere auf falsche Wege führt. Die Kraft Lenins als Führer bestand darin, daß seine Parteigenossen davon immer überzeugt waren, daß sein Wille sie auf dem richtigen historischen Wege vorwärts führt.

Diesen richtigen Weg konnte er nicht allein im Glauben an den Sozialismus finden. Unerschütterlich war der Glaube an den Sozialismus auch in dem Führer der englischen Reformisten, **Keir Hardie**, der das englische Proletariat auf falsche Wege führte; tief glaubte an den Sozialismus auch **Jean Jaurès**, der Führer des französischen Sozialismus, und auch der reinste Mensch der II. Internationale, Viktor **Adler**, der das österreichische Proletariat zu den Abgründen des Sozialpatriotismus führte. Aber alle diese erwähnten Führer haben trotz ihres großen Glaubens die historische Prüfung nicht bestanden. Der Sozialismus ist keine Religion, der Sozialismus ist eine Wissenschaft über die Voraussetzungen des Sieges des Proletariats. **Die eiserne Kraft der Überzeugung Lenins fand ihre Quelle darin, daß er, wie kein anderer Schüler von Marx, dessen Gesellschaftslehre durchdacht hatte,** daß diese Lehre ihm ins Blut überging, da er diese Lehre anwandte, wie kein anderer Schüler des Vaters des wissenschaftlichen Sozialismus. Beschäftigt mit der praktischen Arbeit an der Schaffung und Führung einer proletarischen Partei in Rußland, hinterließ Lenin nicht viele Arbeiten über die allgemeinen Prinzipien der Marxschen Lehre. Aber es genügt, daran zu denken, wie Lenin in seiner erwähnten Jugendarbeit die Fragen des historischen Materialismus aufstellt, es genügt, seine Fragestellung mit der gleichzeitigen Behandlung desselben Problems in den Werken Plechanows und Kautskys zu vergleichen, um zu sehen, wie selbständig Lenin theoretische Fragen des Marxismus gelöst hat. Zwei, drei Seiten, die den Unterschied zwischen der Dialektik und dem Eklektizismus behandeln und scheinbar ganz zufällig in seine zur Zeit der Diskussion über die Gewerkschaftsfrage herausgegebene Broschüre geraten sind, zeigen, wie bescheiden Lenin war, als er sich einen Schüler Plechanows nannte. Lenin war ein

großer, selbständiger marxistischer Denker. Und das war die Voraussetzung, die diesem stahlharten Menschen ermöglichte, zum führenden Politiker des internationalen Proletariats zu werden.

Lenin als Denker, Lenin als Politiker der russischen Revolution wuchs unter Verhältnissen auf, die die Fragen der Revolution als Fragen des praktischen Kampfes gestellt haben. Das ermöglichte ihm, die anderen Schüler von Marx um einen ganzen Kopf zu überragen.

Lafargue entwickelte sich in einem kleinbürgerlichen Lande, über das die Stürme dreier Revolutionen hinweggegangen waren, aber in dem der Kapitalismus die Voraussetzungen der neuen proletarischen Gesellschaft noch nicht geschaffen hatte. Das große Talent Lafargues konnte sich nicht zu einem Genie entfalten.

Kautsky, der nach Marx und Engels der erste war, der den Marxismus selbständig anzuwenden versuchte, konnte ihn nur zum Studium der Geschichte der Gesellschaft benützen. Was die lebendige Tat, die Fragen der deutschen Bewegung betrifft, diente ihm auf diesem Gebiete der Marxismus nur als ein Mittel dazu, dem Proletariat zu erklären, daß man den Klassenfeind weder umgehen noch über ihn hinwegspringen könne, daß man die Kräfte für die entscheidende Schlacht langsam sammeln müsse. Diese entscheidende Schlacht befand sich bei Kautsky in einer so weiten Ferne, daß, als er in seinen Werken über die soziale Revolution zaghaft an die Frage der Machtergreifung herankam, er selbst die Konturen dieser Frage so unklar erfaßt hatte, daß er eine der wichtigsten Aufgaben der proletarischen Revolution übersah — woher das siegreiche Proletariat am nächsten Tage nach dem Siege sein Brot nehmen wird.

Plechanow, der glänzende Interpretator der Marxschen Lehre, der glänzende Verteidiger dieser Lehre „gegen jede Art Kritik", lebte fern von den Quellen des Sturms, fern von Rußland. Und sein ganzes, großes Interesse für den revolutionären Kampf in Rußland erwies sich als ungenügend, um alle Kräfte seines Gehirns auf das Studium der praktischen Aufgaben des revolutionären Kampfes des russischen Proletariats zu konzentrieren. Und es gibt nichts Bezeichnenderes, als daß Plechanow nach der Schrift „Unsere Meinungsverschiedenheiten" keinen einzigen Aufsatz dem ausführlichen Studium einer der wichtigsten Fragen der russischen Revolution, der Agrarfrage, widmete.

Lenin als Theoretiker, Lenin als Politiker beschäftigte sich von den ersten Schritten seines Wirkens an gerade mit dem Studium des wichtigsten Tätigkeitsfeldes des russischen Proletariats und jener Hauptkräfte, die an der russischen Revolution teilnehmen sollten. Ein Vergleich der Behandlung der Agrarfrage bei Kautsky, Kschiwitzki, Compère Morel einerseits und Lenin andererseits zeigt uns anschaulich nicht nur den Unterschied zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen Westeuropas und Rußlands, nicht nur die Besonderheiten der Agrarfrage in Rußland und in Westeuropa, sondern auch den Vorzug Lenins als revolutionären Führer über den Hauptvertretern des revolutionären Sozialismus in Westeuropa. Lenin hat die Agrarfrage nicht nur vom Gesichtspunkte der Aufklärung der Schicksalsentwicklung des Kapitalismus, vom Gesichtspunkte der Richtigkeit oder Unrichtigkeit der wirtschaftlichen Lehre von Karl Marx auf agrarischem Gebiete studiert, **sondern in erster Linie vom Gesichtspunkte des Kampfes des Proletariats um die Macht, vom Gesichtspunkte der Auswahl des geeigneten Verbündeten des Proletariats in seinem Kampfe.**

Kautsky sah diesen Verbündeten nur in den landwirtschaftlichen Arbeitern. Aber ob seine Ablehnung der von ihm als Opportunismus gestempelten Versuche, die armen Bauern zu gewinnen, nur das Ergebnis einer guten oder schlechten Anwendung des Marxismus oder das Resultat der Passivität der deutschen Sozialdemokratie, das Resultat deren praktischen Verzichtes auf den Kampf um die Macht, der Verengerung des Horizontes des deutschen Proletariats zu einem Horizont von Zunftinteressen war — beantwortet am besten die Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht einmal den Kampf um die Gewinnung jener Dorfschichten zu beginnen verstand, die Kautsky für Verbündete des Proletariats hielt: der landwirtschaftlichen Arbeiter. Lenin entdeckte in der Bauernschaft einen Verbündeten für den Kampf des Proletariats um die Macht und lehrte Jahrzehnte hindurch an allen Höhen und Niederungen der russischen Geschichte, zwischen dem kämpfenden Proletariat und der Bauernschaft ein Bündnis zu schaffen.

Plechanow, obwohl er die Illusionen der Narodniki bezüglich der selbständigen revolutionären Rolle der Bauernschaft verwarf, konnte die Aufmerksamkeit der russischen Arbeiterklasse nicht auf die Frage des Bündnisses mit der Bauernschaft konzentrieren, des Bündnisses mit jener Klasse, ohne die das Proletariat nicht imstande sein wird, die Macht zu erobern, und gegen deren Willen es nicht imstande sein wird, den Sozialismus zu verwirklichen. Lenin hat das verstanden, und hier verwandelt sich Lenin, der große selbständige Denker des Proletariats, in den politischen Führer dieser Klasse. Den Kampf einer Klasse zu führen, heißt sich über die Bedingungen ihres Sieges Klarheit verschaffen und diese Bedingungen nie vergessen, weder in den Augenblicken der schwindelerregendsten Siege noch in den Augenblicken der erschütterndsten Niederlagen. Die Stellungnahme Lenins zur Bauernfrage ist ein neues Moment in der Geschichte der proletarischen Weltbewegung.

Die Agrarfrage wird nicht überall jene konkrete Rolle spielen, die sie in der russischen Revolution spielt. In allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern werden die landwirtschaftlichen Arbeiter eine wichtigere Rolle spielen als in Rußland, aber überall wird die Frage der Gewinnung jener Schichten, die das Brot erzeugen, die entscheidende Rolle in der proletarischen Revolution spielen. Und dieser Rolle der Eroberung des Brotes wandte in erster Linie Lenin durch seine Theorie und Praxis die Aufmerksamkeit des internationalen Proletariats zu.

Aber die Stellungnahme Lenins zur Agrarfrage hat noch eine Seite, die einen wichtigen Schatz für den kommenden Kampf des internationalen Proletariats darstellt. In ihrem Kampfe gegen den Opportunismus haben die Vertreter des revolutionären Marxismus in Westeuropa auch das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Auch wenn sie die Ansichten Lassalles über die „eine reaktionäre Masse" ablehnten, hatten sie in der Praxis Angst vor einem Bündnis des Proletariats mit nichtproletarischen Elementen. Lenin, der die menschewistische Politik eines Bündnisses mit der liberalen städtischen Bourgeoisie als einer Klasse, die nicht geeignet ist, mit dem Proletariat bis zum Sturze des Absolutismus mitzugehen, in der entschiedensten Weise bekämpfte, bestand mit unüberwindlicher Energie auf das Bündnis mit der Bauernschaft, mit jener kleinbürgerlichen Klasse, in deren Interesse der Sturz des Zarismus liegt. Er hat in dieser Weise auch das Proletariat anderer Länder gelehrt, die Frage des Verhältnisses zu den nichtproletarischen Elementen nicht vom Standpunkte der abstrakten Ablehnung eines Bündnisses überhaupt, sondern vom Standpunkte der konkreten Einschätzung der Interessen der in Frage kommenden Klasse zu betrachten, vom Standpunkte der Frage: auf welchem Abschnitte des historischen Weges eine nichtproletarische Klasse oder der Teil einer solchen Klasse mit uns gegen den Feind zusammengehen kann. In einer Broschüre über die „Kinderkrankheiten des Kommunismus" hat Lenin als eine der Hauptvoraussetzungen des Kampfes des Proletariats um die Macht und des Kampfes um die Behauptung der Macht gerade die Gewinnung des Massenverbündeten — wie schwankend auch sonst dieser sei — in den Vordergrund gestellt.

Die Hauptlehre Lenins als Politiker, der die Eroberung der Macht durch das Proletariat vorbereitete, ist seine Lehre über die Bedeutung einer proletarischen Partei. Die Streitigkeiten Lenins mit dem Menschewismus im Jahre 1903 über die Rolle der Partei, über den Kreis jener Personen, die Mitglieder einer proletarischen Partei sein können, zu verstehen, heißt: einen der Haupthebel der Leninschen Politik verstehen. Lenin hat dem Proletariat die Kunst des Manövrierens gelehrt. Diese Aufgabe stellte er dem Proletariat vom ersten Augenblick seiner historischen Tätigkeit an; zugleich belehrte er das Proletariat darüber, daß es keinen Manöverkampf führen kann, solange es sich nicht als manövrierendes Subjekt zusammengeschlossen hat. Wenn seine Lehre über das Verhältnis zur Bauernschaft und zur liberalen Bourgeoisie eine Lehre über die Manövrierung der proletarischen Partei darstellt, so bilden seine organisatorischen Ansichten eine Lehre darüber, wie sich das Proletariat dagegen schützen soll, um nicht selbst zu einem willenlosen Manövrierungsobjekt seiner Feinde zu werden.

Die Frage, die Lenin bei den Streitigkeiten über den ersten Punkt der Statuten der sozialdemokratischen Partei aufrollte, ist nicht minder wichtig als jene Fragen, die in allen anderen politischen Streitigkeiten mit dem Menschewismus eine Rolle spielten. Im Gegenteil, man kann behaupten, daß die Lösung dieser Frage über den ersten Punkt der Statuten die Voraussetzung für die Durchführung der ganzen politischen Linie Lenins gewesen ist. Die Arbeiterklasse Rußlands lebte unter dem Joche des Zarismus, der ihm nicht gestattete, eine mächtige Massenorganisation zu schaffen. Die Arbeiterklasse erhob sich zu einem elementaren Kampfe gegen die Willkürherrschaft in ihren wirtschaftlichen und politischen Streiks. Die Menschewiki träumten von der Schaffung einer breiten, proletarischen Massenpartei, aber eine solche Partei hatte keine Lebensmöglichkeit unter dem Zarismus. Alle Verhandlungen über eine breite demokratische Organisation bedeutete unter diesen Verhältnissen

ein leeres Spiel mit Plänen und hätte in Wirklichkeit die Türe der Arbeiterpartei jedem geöffnet, der seine Sympathie für die Arbeiterbewegung zum Ausdrucke brachte oder diese materiell unterstützte. Das bedeutete die Preisgabe der noch nicht zusammengeschweißten, noch nicht erstarkten Arbeiterbewegung den kleinbürgerlichen Einflüssen. Unter den Verhältnissen des Zarismus, gegen den sich breite Schichten der kleinbürgerlichen Intelligenz aufgelehnt haben, hat sich infolge des Fäulnis des europäischen Liberalismus jeder Advokat mit sozialistischen Kenntnissen gerühmt. Wer diese Leute nur auf Grund einer einfachen Anerkennung des Programms der Arbeiterpartei und deren materiellen Unterstützung aufnahm, der hat die zersplitterte Arbeiterbewegung dem Kleinbürgertum preisgegeben. Lenin, der gefordert hatte, daß jemand nur dann zu den Mitgliedern der Partei gezählt werden könne, wenn er in einer illegalen Organisation des Proletariats tätig ist, kämpfte für die Verringerung der Gefahren einer Unterordnung der Arbeiterbewegung unter die Führung der kleinbürgerlichen Intelligenz. Wer mit der bürgerlichen Gesellschaft gebrochen hatte und durch seine Teilnahme an einer illegalen Organisation des Proletariats riskierte, ein Berufsrevolutionär zu werden, so war auch damit noch keine absolute Bürgschaft dafür gegeben, daß er der Sache des Proletariats treu bleiben wird, aber einigermaßen ist das doch eine Bürgschaft.

Dadurch, daß Lenin den Weg des Proletariats auf Grund der marxistischen Analyse vorgezeichnet und die illegale Organisation der Berufsrevolutionäre begründet hatte, schuf er die Voraussetzungen für eine zentralisierte, revolutionäre Führung des proletarischen Kampfes. Selbst die besten Köpfe des europäischen Sozialismus, sogar Rosa Luxemburg, die den Kampf des russischen Proletariats aufmerksam verfolgte, sahen in den organisatorischen Prinzipien Lenins den Ausdruck einer Verschwörertaktik und befürchteten die Loslösung der bolschewistischen Organisation vom Massenkampf des Proletariats. Diese Befürchtungen erwiesen sich aber als unbegründet. Die Menschewiki schufen in den Zeiten des Aufschwunges eine breite Organisation, aber diese Organisation wurde von der unbeständigen, opportunistischen Intelligenz geführt. Lenin schuf eine Organisation, die den Kampf des Proletariats in den schwersten Momenten zu führen verstand, die es verstand, die revolutionären Prinzipien auch in den Jahren der revolutionären Windstille zu verteidigen und die in der Periode historischer Bewegungen, die das Proletariat zum Klassenkampfe vorwärtstrieben, eine breite Massenorganisation zu schaffen.

Lenin hat sich nie auf doktrinäre Organisationsformen versteift: von der illegalen Organisation vor 1905, die nur Tausende von Genossen umfaßte, hat er die Kommunistische Partei zunächst in eine Massenorganisation verwandelt, die zur Zeit der ersten und der zweiten Revolution Zehntausende von Mitgliedern zählte, dann aber in eine Organisation von Hunderttausenden, die nach der Oktoberrevolution auf Millionen Einfluß hatte. Die Formen haben sich geändert, aber durch diese wechselnden Formen führte Lenin einen Gedanken durch: daß das Proletariat, um siegen zu können, einer revolutionären Organisation bedarf. Diese Organisation muß eine **zusammenhaltende und zentralisierte Organisation sein, weil der Feind zehnmal stärker ist als sie.**

Nach der Begründung einer Massenpartei, die im Kampfe mit dem Feinde zu manövrieren fähig ist, hat sich Lenin vom ersten Schritte an die Aufgabe der **Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes zur Eroberung der Macht** gestellt. Er verstand es, in solchen Augenblicken, wo wir schwach waren oder wo wir nach Niederlagen zurückgeworfen wurden, der Partei beizubringen, um jeden Fußbreit Boden, um jede Position zu kämpfen, die kleinlichsten Alltagsarbeiten zur Sammlung der proletarische Kräfte zu besorgen. Aber keine Minute vergaß er, daß diese Arbeit **einen Zweck hat: die Vorbereitung der Machtergreifung durch das Proletariat.**

Es gibt nichts Lehrreicheres für einen Kommunisten, als wenn er die Arbeiten Lenins aus der Periode des Sieges der Gegenrevolution mit seinen Arbeiten aus der Periode des höchsten Aufschwunges der Arbeiterbewegung vergleicht. Als die erste Revolution unterdrückt wurde, kämpfte Lenin in der energischsten Weise gegen jeden, der den Sieg der Gegenrevolution nicht einsehen und in Erwartung eines baldigen neuen Aufschwunges der revolutionären Kräfte auf die schwierige Kleinarbeit der Kräftesammlung mit allen Mitteln verzichten wollte; ebenso energisch bekämpfte er aber jeden, der die revolutionäre Perspektive aus den Augen verlor und den revolutionären Kampf des Proletariats in einen Kampf um Groschen verwandeln wollte. In dieser Zeit der Reaktion studierte Lenin in der sorgfältigsten Weise die Lehren von 1905, um sie bei dem hsten Aufschwung für die Bewegung nutzbar zu machen.

Wie wertvoll ist in diesem Sinne sein im Jahre 1908 in der Zeitschrift der polnischen Sozialdemokraten erschienener Artikel, in dem er damals, auf Grund der Lehren des Moskauer Aufstandes die Frage der technischen Vorbereitung der künftigen bewaffneten Aufstände aufrollt.

Zur Zeit des imperialistischen Krieges, als die Arbeiterbewegung in der ganzen Welt nicht nur durch den militärischen Apparat, sondern auch durch den Verrat der Sozialdemokratie niedergeknüppelt wurde, arbeitet Lenin — obwohl er dabei jeden praktischen Schritt seiner Gesinnungsgenossen unterstützt und sich mit allerlei konkreten Sorgen für die Schaffung einer illegalen Organisation, mit der Ausnützung der legalen Möglichkeiten beschäftigt — in seiner Schweizer Einsamkeit an der Marxschen Lehre über den Staat, über die Diktatur des Proletariats und bereitet in dieser Weise den Oktober-Aufstand von 1917 vor. Selbst solche Kämpfer, wie Mehring und Rosa Luxemburg, die keine einzige Minute vor dem triumphierenden deutschen Imperialismus und dem triumphierenden Sozialpatriotismus der Internationale die Waffen streckten, betrachteten es als Romantizismus, daß Lenin im ersten Manifest des bolschewistischen Zentralkomitees schon im zweiten Monat nach dem Ausbruch des Weltkrieges die Parole des Bürgerkrieges herausgab. Sie haben zu dieser Zeit noch nicht einmal gewagt, die Parole der Spaltung der deutschen Sozialdemokratie herauszugeben.

Lenin hat schon in dieser dunklen Nacht den Oktober-Aufstand des Proletariats vorbereitet. Aber als er in den ersten Wochen der Februar-Revolution nach Rußland zurückkehrte und vor den staunenden Parteigenossen die Idee der Sowjetmacht entfaltete, lehrte er zugleich die Partei, den sich noch unter dem Einfluß der sozialpatriotischen Verdummung befindenden Massen die Lage mit äußerster Geduld zu erläutern und, im Maße des Wachstums der revolutionären Krise, unter den Massen Schritt für Schritt vorwärtszuschreiten. Lenin, der mit der Idee der Sowjetrepublik nach Rußland kam, gibt die Parole der Konstituante als eine Etappe zur Sowjetrepublik heraus. Die Parole der Sowjetrepublik war für ihn damals ein wegweisender Stern; aber er begriff, daß die Massen diesem Stern nur dann folgen werden, wenn sie durch die Idee der Demokratie, durch die Idee der Konstituierenden Versammlung schon enttäuscht sein würden. Er forderte von ihnen nicht, daß sie die demokratische Etappe überspringen, er wollte diese Etappe mit ihnen zusammen überwinden. Er liquidierte diese Parole nur nach der Machtergreifung, als die Konstituierende Versammlung den Massen in demonstrativer Weise zeigte, daß sie auf dem Wege zum Frieden, worum der Kampf in erster Linie ging, ein Hindernis darstellt.

Der ganze Marxismus belehrt das Proletariat, wie es den Kampf um die Macht führen soll. Gerade dieser Inhalt des Marxismus war aber damals dem internationalen Proletariat tief verborgen, nicht nur infolge des Opportunismus der Sozialdemokratie, die die Diktatur des Proletariats durch die bürgerliche Demokratie ersetzte, sondern auch infolge der Tatsache, daß die europäische Arbeiterbewegung sich nach dem Jahre 1871 auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie und innerhalb deren Rahmen entwickelt hatte. Lenin entdeckte die Lehre Marx' über die Diktatur des Proletariats von neuem, nicht nur weil er ein revolutionärer Schüler von Marx war, sondern weil das russische Proletariat den Weg des Kampfes um die Macht betreten hatte.

Lenin als Führer des Oktober-Aufstandes und als Führer der Sowjetmacht ist die höchste Verkörperung aller seiner Lehren aus der Vorbereitungsperiode. „Der revolutionäre Politiker muß mit Millionen Menschen rechnen" — sagte Lenin. Und als Führer Sowjetrußlands zeigte er dem Weltproletariat mit noch nie dagewesener Anschaulichkeit in millionenfachem Maßstabe alles, was der kleine Kreis der russischen Bolschewiki während der vorhergehenden Jahrzehnte gelernt hat. Durch das Symbol von **Sichel und Hammer** erinnert er das ganze europäische Proletariat daran: „Suche deinen Verbündeten im Dorfe, da dieses Bündnis dir das Brot für die Revolution bringen wird;" durch den **roten Stern** der Roten Armee zeigt er ihm, daß die **Kraft des Feindes durch die Kraft des Proletariats zu brechen ist.** des Proletariats, das jene Gesellschaftsklassen hinter sich führt, deren Interessen den Kampf gegen die Reaktion der Gutsbesitzer und Kapitalisten fordern. Als er an der Spitze des riesigen Staatsapparats stand, zeigte und bewies er den Proletariern aller Länder unaufhörlich, daß man die Macht nur dann behaupten kann, wenn man sich auf die geschlossene **Vorhut des Proletariats, die Kommunistische Partei,** stützt. So hat Lenin seine theoretischen Lehren im Feuer der Tat geprüft und ist dank dieser Prüfung zum Lehrer des internationalen Proletariats, zum Begründer der Kommunistischen Internationale geworden.

Lenin als Begründer der Kommunistischen Internationale.

Schon zur Zeit seines ersten europäischen Aufenthaltes vor der Verbannung begann Lenin mit großem Interesse die westeuropäische Arbeiterbewegung, die er früher nur aus Büchern und Zeitschriften kannte, in der Praxis zu studieren. Er hat oft über jene Eindrücke erzählt, die die Arbeiterversammlungen in der Schweiz, in Frankreich in ihm hervorgerufen haben; er erzählte oft darüber, wie alles, was er gesehen hat, dem Bild widersprach, das er sich in Rußland über die europäische Arbeiterbewegung entwarf. Aber der große Realist hat sich keine Minute dem Skeptizismus ergeben, sondern suchte im Alltag der westeuropäischen Arbeiterbewegung deren revolutionäres Wesen. Mit der Arbeiterbewegung und ihren Führern in Deutschland, der Schweiz, Frankreich und England kam Lenin erst im Jahre 1901 in nähere Berührung, als er, von der Verbannung zurückkehrend, mit Martow, Axelrod und Plechanow an der Herausgabe der „Iskra" teilnahm. Die „Iskra" war nicht nur das Kampforgan der russischen Sozialdemokratie, sondern auch das Kampforgan des europäischen Sozialismus. Die Zeit ihrer Herausgabe fiel mit dem Auflodern des Kampfes zwischen der revolutionären und revisionistischen Richtung des internationalen Sozialismus zusammen. Die praktischen Fragen der westeuropäischen Arbeiterbewegung wurden damals in der „Iskra" vor allen durch Plechanow behandelt. Lenin widmete seine Aufmerksamkeit hauptsächlich theoretischen Fragen, aber er studierte zugleich sorgfältig die praktischen Erscheinungen der Arbeiterbewegung. Er besuchte die Arbeiterversammlungen in München, hörte nicht nur aufmerksam den Reden der sozialistischen Redner auf den Meetings im Hyde-Park in London, sondern auch den Reden jener Prediger verschiedener religiöser Sekten zu, die unter den Arbeitermassen Englands großen Anklang fanden.

Daß der Revisionismus den Ausdruck der Interessen der Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie darstellt, darüber war sich Lenin seit der ersten Aktion Bernsteins klar. Nun sah es Lenin in anschaulicher Weise an den Typen der Arbeiterbewegung. Auf den internationalen Kongressen in Amsterdam und Stuttgart beobachtete er die führende Körperschaft der Zweiten Internationale und fühlte sich wahrscheinlich sehr einsam. Die Debatten über die Kolonialpolitik, über den Kampf gegen die Kriegsgefahr auf dem Stuttgarter Kongreß zeigten ihm, wohin der Weg der reformistischen Führer geht. Schon in seinen Artikeln über die Sitzungen des Internationalen Büros nach der ersten Revolution dringt der Ton seines tiefen Hasses gegen alle diese Van Kol, Troelstra und Branting durch.

Die Internationale war damals noch einheitlich, sie war noch nicht zerstückelt. Aber Lenin wußte bereits, daß in ihr die Feinde der Arbeiterklasse sitzen, und er wußte schon, aus welchen Leuten die ganze ehrbare Gesellschaft der Zweiten Internationale bestand, angefangen bei den offenen Revisionisten bis einschließlich Kautsky, den Lenin schon im Jahre 1901 in München kennen lernte und in dem er zumindest einen weltfremden Menschen sah. Der Theoretiker des polnischen Marxismus, Genosse Warski, hat in seinem Artikel über die Lehren des bolschewistischen Jubiläums sehr fein erfaßt, daß zu jener Zeit der ganze linke Flügel der Zweiten Internationale, die Besten mit einbegriffen, eben nur eine Opposition gegen den Reformismus innerhalb der Zweiten Internationale darstellte und nur Lenin allein die Grundlagen der künftigen Dritten Internationale vertrat. Es genügt, die kleine Rezension Lenins in der „Aufklärung" über das Buch des deutschen Gewerkschaftsführers Karl Legien zu lesen, worin dieser über seine Amerikareise berichtete, um klar zu erkennen, daß über diese ehrbare Gesellschaft außer Lenin kein anderer Mensch in dieser Art schrieb.

Die Differenzen zwischen dem Revisionismus und dem von Karl Kautsky geführten radikalen Marxismus waren nur Differenzen der Interpretation der Marxschen Doktrin. In Wirklichkeit, in der Alltagspraxis, sind diese beiden Richtungen sehr gut miteinander ausgekommen, und darauf beruhte die Einheit der Zweiten Internationale. Schon seit einigen Jahren trat der Kongreß dieser Internationale zusammen, wo es sehr selten zu ernstlicheren Kämpfen kam. Meistens endete die Sache mit der Annahme einer gemeinsamen Resolution. In der Praxis haben die sogenannten radikalen Marxisten nicht einmal eine revolutionäre Vorbereitung der Massen mittels einer klaren, deutlichen revolutionären Agitation vorgeschlagen. Im Jahre 1910 entstand eine Spaltung im Lager des sogenannten orthodoxen Marxismus. Die Spaltung erfolgte aus praktischen Gründen. Es entstand der sogenannte linksradikale Teil und das sogenannte Zentrum, mit Kautsky an der Spitze. Die Scheidung erfolgte in der Frage des Kampfes gegen den Imperialismus und in der Frage des Massenstreiks. Im ersten Augenblick schien es Lenin, als ob wir Linksradikale unsere Stellungnahme gegen den Imperialismus unrichtig formulierten, aber in der Frage des Massenstreiks unbedingt recht haben. Zu der Zeit, da Martow im Organ Kautskys sich in einem Artikel gegen Rosa Luxemburg aussprach, druckte Lenin im russischen Zentralorgan einen Artikel von Pannekock ab, in dem er die Stellungnahme der Linksradikalen verteidigte und die Linke moralisch unterstützte.

•

Der Krieg bricht aus. Es kommt der schwarze Tag, der 4. August. Lenin, der sich im Karpathengebiet befindet, erhält die Nachricht über den vollständigen Verrat der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie. Im ersten Augenblick zweifelt er an der Wahrheit dieser Nachrichten und denkt, daß sie vielleicht nur ein Kriegsmanöver der internationalen Bourgeoisie darstellen; bald überzeugt er sich aber von ihrer tragischen Stichhaltigkeit, geht nach der Schweiz und nimmt sofort seinen Kampfposten ein. Ich hatte Gelegenheit, mit ihm schon gegen Ende 1914 zu sprechen, als seine Stellungnahme schon im historischen Manifest des Zentralkomitees der Partei und in einigen Nummern des „Sozialdemokraten" fixiert war. Ich habe noch sehr gut die tiefe Erschütterung in Erinnerung, die in mir das Gespräch mit Lenin hervorrief. Ich kam aus Deutschland, um die Verbindungen mit den revolutionären Gruppen anderer Länder herzustellen. In Deutschland haben wir vom ersten Tage des Krieges an die Stellungnahme der sozialdemokratischen Mehrheit unbedingt abgelehnt. Wir lehnten die Vaterlandsverteidigung im imperialistischen Kriege ab. Wir standen im Kampfe mit Kautsky und Haase, die über eine schüchterne Opposition gegen die sozialpatriotische Führung der Partei nicht hinausgingen und sich von dieser nur darin unterschieden, daß sie für den Frieden seufzten. Wir stellten in unserer Propaganda, die wir sowohl in der zensurierten Presse wie auch in den hektographierten Blättern führten, die Perspektive des revolutionären Krieges gegen den Krieg auf. Aber das Gespräch mit Lenin bedeutete für mich — und durch meine Vermittlung auch für viele deutsche Genossen — einen heftigen Ruck nach links. Die erste Frage, die Lenin mir stellte, war die Frage über die Aussichten der Spaltung der deutschen Sozialdemokratie. Diese Frage war sogar mir und den Genossen, mit denen wir auf dem linken Flügel der Partei standen, wie ein Messerstich ins Herz. Wir haben tausendmal vom Reformismus als von einer Politik der Arbeiteraristokratie gesprochen. Wir hofften aber, daß die ganze deutsche Partei nach dem ersten patriotischen Rückschlag sich nach links entwickeln würde. Die Tatsache, daß Karl Liebknecht am 4. August nicht offen gegen den Krieg stimmte, findet ihre Erklärung gerade darin, daß er noch hoffte, die ganze Partei werde unter den Schlägen der Verfolgung der Regierung mit der Regierung und mit der Verteidigung des imperialistischen Vaterlandes brechen. Lenin stellte die direkte Frage, worin eigentlich die Politik der Zweiten Internationale bestehe: **ist sie denn ein Fehler oder ein Verrat an der Arbeiterklasse?** Ich begann ihm zu erklären, daß wir an der Grenze zweier Epochen stehen: zwischen der Epoche der friedlichen Entwicklung des Sozialismus und der Epoche des Sturmes und Dranges, daß es sich nicht nur um einen Verrat der Führer, sondern auch um eine Stellungnahme der Massen handelt, die nicht genug Kraft haben, um gegen den Krieg Widerstand zu leisten, die sich der Politik der Bourgeoisie unterwerfen, daß aber die Lasten dieser Politik die Massen zwingen werden, mit der Bourgeoisie zu brechen und den Weg des revolutionären Kampfes zu betreten. Lenin unterbrach mich mit den Worten: „Es ist Historizismus, daß alles im Wechsel der Epoche seine Erklärung findet. **Aber können denn die Führer des Reformismus, die schon vor dem Kriege das Proletariat systematisch ins Lager der Bourgeoisie hinüberführten, die vom Moment des Kriegsausbruches offen in dieses Lager übergingen, können sie denn die Vorkämpfer der revolutionären Politik sein?**" Ich antwortete ihm, daß ich daran nicht glaube. „Also," erklärte Lenin, „muß man der sich überlebten Epoche in Gestalt der reformistischen Führer auch den Fußtritt geben. Wenn wir der Arbeiterklasse den Übergang zur Politik des Krieges gegen den Krieg, des Krieges gegen den Reformismus erleichtern wollen, dann müssen wir mit den reformistischen Führern und mit jenen Leuten brechen, die nicht ehrlich an der Seite der Arbeiterklasse kämpfen. Die Frage ist nur, wann dieser Bruch vollzogen werden soll. Die Frage, wie dieser Bruch organisatorisch vorbereitet werden soll, ist nur eine taktische Frage, aber das Streben nach diesem Bruche ist die prinzipielle Pflicht jedes proletarischen Revolutionärs." Lenin bestand auf der schärfsten Form des ideellen Kampfes gegen die Sozialpatrioten, **bestand auf der Notwendigkeit der offenen Betonung des Verrats, gerade des Verrats dieser Führer.** Dieses Wort wiederholte er auch später öfter bei der gemeinsamen Arbeit; bei der Verfassung von Resolutionen beharrte er immer auf dem Standpunkt dieser

politischen Definition und hielt sie für eine Maßnahme der revolutionären Aufrichtigkeit und Folgerichtigkeit, des Willens zum Bruch mit der Sozialdemokratie.

Ebenso scharf stellte Lenin die Frage darüber, daß der Parole des Burgfriedens die **Parole des Bürgerkrieges** gegenübergestellt werden soll. Wir Linksradikale in Deutschland waren seit unserer Polemik mit Kautsky über die Fragen des Massenstreiks gewohnt, die Parole weniger klar zu formulieren: unsere Parole war die Parole der „Massenaktionen". Die Unklarheit dieser Parole entprach dem Keimzustand der revolutionären Bewegung in Deutschland in den Jahren 1911, 1912, als wir in der Demonstration der Berliner Arbeiter im Tiergarten zur Zeit des Kampfes um das allgemeine Wahlrecht im preußischen Landtag den Beginn des revolutionären Kampfes der deutschen Arbeiter erblickten. Lenin zeigte uns, daß wenn diese Parole auch geeignet gewesen wäre, um die Aktionen der Massen dem parlamentarischen Spiel der Führer der deutschen Sozialdemokratie in der Vorkriegsperiode gegenüberzustellen, so ist sie vollkommen ungeeignet in der Epoche des Blutes und des Eisens, in der Epoche des Krieges. „Wenn die Unzufriedenheit mit dem Kriege sich steigert" — sagte er — „dann können auch die Zentristen eine Massenbewegung organisieren, um auf die Regierung einen Druck auszuüben und sie zu zwingen, den Krieg durch eine friedliche Verständigung abzuschließen. Wenn unsere Perspektive, die Perspektive der Ablösung des imperialistischen Krieges durch die Revolution, kein frommer Wunsch ist, sondern eine Perspektive, für die wir arbeiten wollen, dann müssen wir klar und entschlossen die Parole des Bürgerkrieges herausgeben." Er hat sich außerordentlich gefreut, als Liebknecht in seinem Briefe an die Zimmerwalder Konferenz das Wort gebrauchte: **„Gegen den Burgfrieden, für den Bürgerkrieg."** Das war für Lenin der Beweis dafür, daß Liebknecht im wesentlichen mit uns einverstanden ist.

Die Spaltung der Zweiten Internationale als Mittel des Ausbaues der revolutionären Bewegung des Proletariats, der Bürgerkrieg als Mittel des Sieges über den imperialistischen Krieg — das waren jene zwei Hauptgedanken, die Lenin in die Köpfe der fortschrittlichen revolutionären Elemente aller Länder, mit denen er in Verbindung war, zu bringen versuchte. Aber trotzdem, daß Lenin schon damals klar und entschlossen die Stellung der künftigen Kommunistischen Internationale einnahm, nahm er an der Zimmerwalder und Kienthaler Konferenz der antimilitaristischen sozialdemokratischen Organisationen teil. Er verstand es vorzüglich, daß man zuerst in Blocks mit der zentristischen Richtung das Denken der Arbeiter in Schwung bringen, die Einheit der Sozialdemokratie erschüttern, bedeutende Teile der Arbeitermassen sammeln muß, um sich nicht nur mit der Propaganda begnügen zu müssen, sondern den Kampf beginnen zu können.

Er verfolgte aufmerksam nicht nur alle Dokumente der sich im Kampfe herausarbeitenden Richtungen — daß er übrigens, ohne seine Kräfte zu schonen, getan hat, beweist schon genügend die Tatsache, daß er die Broschüre des holländischen Marxisten Gorter über den Krieg, die in holländischer Sprache erschien, vom ersten bis zum letzten Worte mit dem Wörterbuch in der Hand durchlas, ohne ein einziges holländisches Wort zu kennen —, er verfolgte auch aufmerksam jedes Symptom der revolutionären Selbsttätigkeit der Massen und versuchte die bereits erreichte reale Stufe ihrer politischen Entwicklung festzustellen. Als mir in Bern ein alter Leipziger Genosse Bericht erstattete, der schon seit zwanzig Jahren auf dem äußersten linken Flügel der deutschen Sozialdemokratie steht, aber sich in prinzipiellen Fragen gar nicht auskennt, erlangte Lenin von ihm buchstäblich das ganze Bild der Bewegung. Ich erinnere mich daran, wie dieser Genosse erstaunt war, als Lenin ihm keine Ruhe gönnte, um zu erfahren, was für Zwischenrufe die Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Demonstrationen machen: „Sie machen Zwischenrufe, wie es halt in solchen Fällen üblich ist" — antwortete der Sozialdemokrat. Aber Lenin bestand darauf: „Trotzdem erzählen Sie mir, welche Zwischenrufe sie machen." Und er erhielt die ihm erforderlichen Aufklärungen. Er verfolgte mit der größten Aufmerksamkeit die kleinsten Sachen in der Arbeiterpresse Europas und Amerikas, um jene Massenstimmung zu erkennen, die die politischen Artikel, die von der Kriegszensur aufmerksamer durchgesehen wurden, nicht zum Ausdruck brachten. Der große revolutionäre Führer suchte auch im Auslande, in fremden Ländern diese intime Verbindung mit der Arbeitermasse, durch die man allein den Hebel der Bewegung finden kann. Er opferte ganze Abende, um in den Kneipen, bei Gesprächen mit Schweizer Arbeitern, die keinesfalls zur Blüte des revolutionären Proletariats gehörten, den realen Boden der Bewegung zu erforschen. Als die Genossen, die damals den linken Flügel der Schweizer Arbeiterbewegung führten, noch geschwankt haben, bestand er darauf, daß jeder von uns, wenn auch nur mit kleinen Gruppen von Arbeitern, Verbindung suchen soll, da diese seine alleinige Hoffnung bildeten.

Schon im Jahre 1916, als wir in verschiedenen Ländern die kleinen Gruppen unserer Gesinnungsgenossen sammelten und im Rahmen des Zimmerwalder Blocks die sogenannte **Zimmerwalder Linke** gründeten, bestand Wladimir Iljitsch darauf, das Programm der künftigen revolutionären Internationale zu entwerfen.

Dieser Vorarbeit entsprang später sein Buch: „Staat und Revolution". Schon im Jahre 1916 sprach er von der Idee der Staatskommune, die wir zuerst nicht besser verstanden, als die russischen Genossen nach der Februarrevolution die berühmten Aprilthesen Lenins. Jeder von uns hat das Buch von Marx über die Pariser Kommune mehreremal gelesen. Aber wir haben in ihm gerade das neue, die Idee der „Staatskommune" nicht bemerkt und es kostete Lenin viel Mühe, uns seinen Standpunkt verständlich zu machen. Sehr charakteristisch ist für ihn, als Taktiker, daß er uns auf Grund der Erfahrung von 1905 schon damals auf die mögliche Rolle der Räte als Organe der Staatskommune aufmerksam machte. Aber im Moment der Februarrevolution hatte Lenin, der von der wirklichen Lage in Rußland nur unklare Nachrichten erhielt, auf die Frage der Genossen **Pjatakow** und **Kolontaj**, die sich nach Rußland begaben und von ihm Direktiven verlangten, folgendes geantwortet: **„Kein Vertrauen zur provisorischen Regierung.** Die Konstituante — eine Farce. **Die Petersburger und Moskauer städtische Duma müssen** wir in unsere Hände bekommen." Lenin suchte für den Kampf um die Staatskommune Organe, die mit dem Alltagsleben der Massen in naher Berührung standen, ohne sich dabei in erster Linie um die Namen dieser Organe zu kümmern. Ein Resultat seiner Programmarbeiten aus dieser Zeit ist auch seine Fragestellung über das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Bis zum Kriege hat Lenin diese Frage im russischen Maßstabe behandelt als Mittel der Befreiung der russischen Proletarier vom Einflusse des großrussischen Chauvinismus und als Mittel, das Vertrauen der nichtrussischen Volksmassen Rußlands zu gewinnen, in denen er Verbündete im Kampfe gegen den Zarismus erblickte.

Während des Krieges trat er an diese Frage im Weltmaßstabe heran. Die Broschüre von Rosa Luxemburg über den Bankrott der deutschen Sozialdemokratie, worin sie die Möglichkeit nationaler Befreiungskriege in der Epoche des Imperialismus überhaupt bestritt, gab ihm Anlaß, sich von neuem mit der Selbstbestimmungsfrage zu beschäftigen. Mit einer unerhörten taktischen Elastizität hat er, der in der entschiedensten Weise die sogenannte Vaterlandsverteidigung in den imperialistischen Staaten ablehnte, uns, die den beschränkten westeuropäischen Horizont hatten, gezeigt, daß das, wenn die Periode der nationalen Kriege in Westeuropa auch vorüber ist, noch nicht für Südwesteuropa der Fall ist und ebensowenig für die nationalen Minderheiten in Rußland und die Kolonien in Asien. Lenin hat sich nicht in konkreter Weise mit dem Studium der kolonialen Bewegung beschäftigt; in diesen Fragen kannten sich viele von uns zehnmal besser aus als er, und er versuchte in der ehrlichsten Weise, das für ihn erforderliche konkrete Material sowohl aus Büchern wie aus Gesprächen zu sammeln. Aber dieses Material kehrte er dann gegen uns und kämpfte in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gegen die Stellungnahme Kautskys, für den diese Parole ein Instrument des Pazifismus, der Lösung der Elsaß-Lothringischen Frage war. Zu seiner grausamen Kritik, die er gegen meine Thesen in der Frage über das Selbstbestimmungsrecht der Völker richtete, zeigte er uns die Bedeutung dieser Frage, die gegen den Imperialismus die Sprengungskraft von Dynamit enthält. Die schlauen zentristischen Philosophen in der Art eines Hilferdings usw. versuchten, dem europäischen Proletariat zu beweisen, daß Lenin die koloniale und nationale Frage auf dem zweiten Kongreß der Komintern im Interesse des russischen Staates aufrollte. Aber Lenin führte in dieser Frage schon damals einen erbitterten Kampf gegen Gorter, Pannekoek, Bucharin, Pjatakow und mich, wo er noch als heimatloser, verfolgter Emigrant in der Schweiz lebte. Diese Frage hatte für ihn die Bedeutung **der Gewinnung der Bauernschaft als Verbündeten für das Weltproletariat im internationalen Maßstabe.** Ohne eine Verbindung mit der Revolution der versklavten jungen Völker des Ostens und der Kolonien kann das internationale Proletariat nicht siegen. Das lehrte uns Lenin schon im Jahre 1916.

Von allem Anfang der Februar-Revolution an war Lenin bestrebt, den Block mit den Zentristen zu sprengen, die Zimmerwalder Einigung zu liquidieren. Er war der Meinung, daß die russische Revolution, die die Frage der Revolution in allen kriegführenden Ländern aufrollt, uns Kommunisten die Kraft der Massen verleihen und die schwankenden Elemente des Zentrums in das Lager der Verräter abstoßen wird. Er erlaubte uns nicht, das Manifest der Zimmerwalder Kommission über die russische

Revolution zu unterzeichnen, damit die gemeinsame Unterschrift mit Martow die russischen Arbeiter nicht verwirre und den Kampf gegen Tscheidze und die Menschewiki nicht störe. Dieser Bruch erfolgte auch während des Jahres 1917 nicht, da wir versuchten, mit Hilfe des Zimmerwalder Büros die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands gegen den deutschen Imperialismus zum Kampfe zu bewegen, von der sich damals der Spartakusbund noch nicht losgelöst hatte. Nach der Machteroberung im Oktober 1917 starb der Zimmerwalder Bund faktisch ab. Der Kampf der russischen Arbeiterklasse war in der Tat das wichtigste Mittel der Aufrüttelung der Proletarier aller Länder. Das ganze Jahr 1918 wurde durch die Vorbereitungsarbeiten des **Gründungskongresses der Kommunistischen Internationale** in Anspruch genommen.

Dieser Kongreß, der — als die Kämpfe gegen Denikin und Koltschak begannen — im März 1919 stattfand, hat prinzipiell nichts Neues gebracht. Er hatte die ideelle Arbeit der Bolschewiki in der Zimmerwalder Linken während der vergangenen Kriegsjahre zur Grundlage. Sein Beschluß, das Manifest und in erster Linie die Thesen Lenins über Diktatur und Demokratie, bildeten die Grundlagen der künftigen Arbeit der Kommunistischen Internationale. Im Augenblick der Oktober-Revolution waren viele, die die Dekrete über den Frieden und über den Grund und Boden gelesen haben, der Ansicht, daß diese Dokumente dem Schicksal jener Proklamationen anheimfallen werden, die nie durchgeführt werden. Als im schwersten Augenblick der russischen Revolution, zur Zeit der Nachrichten über den Vormarsch Koltschaks bis zur Wolga, zur Zeit der Nachrichten über die Niederlage der jungen Roten Armee im Süden, die Beschlüsse des Ersten Kongresses der Kommunistischen Internationale erschienen, haben sich nicht nur viele westeuropäische Kommunisten, sondern auch viele von uns Mitgliedern der Russischen Kommunistischen Partei, die damals illegal im Westen arbeiteten, gefragt, ob diese Dokumente nicht das Vermächtnis der russischen Revolution darstellen, die sich in einer todesgefährlichen Lage befindet. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale, die damals durch die Mauer der Blockade von der westeuropäischen Arbeiterbewegung abgetrennt war, konnte praktisch auf unsere Schritte sehr wenig Einfluß nehmen, konnte den westeuropäischen Arbeitern sehr wenig helfen. Sie bahnten sich den Weg selbständig, lernten ihre Aufgaben selbständig zu lösen, und erst im Jahre 1920, nach dem Siege der Roten Armee über Denikin und Koltschak, begann die alltägliche Massenarbeit der Kommunistischen Internationale. Und **hier bereits stellt sich Lenin an die Spitze der internationalen Arbeiterbewegung als ihr praktischer Führer, als der gute Geist**, der der jungen kommunistischen Bewegung hilft, ihre ersten Schritte zu überlegen und ihr ihren weiteren Weg vorzuzeichnen.

Für den Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale verfaßt Lenin drei wichtige Dokumente. Die aus der ganzen Welt eingetroffenen Delegierten fanden die Übersetzung der Broschüre Lenins über den **„Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus"** vor. Sie kannten bereits die Schrift Lenins **„Staat und Revolution"**, die als Fackel ihr großes Ziel, die Diktatur des Proletariats, erleuchtete. Die Broschüre über den Radikalismus erleuchtet den Weg jener jungen kommunistischen Parteien, die da glaubten, daß sie mit einem Sprunge den Feind an der Kehle packen können, daß **die revolutionäre Welle sie direkt zum Ziele** führe. Den jungen kommunistischen Parteien, die in ihrem revolutionären Eifer jedes Kompromiß verwarfen, stellt Lenin die Erfahrung der russischen Revolution gegenüber. Er zeigt ihnen, daß zur Erkämpfung der Diktatur des Proletariats zuerst **die Mehrheit der Arbeiterklasse gewonnen werden** muß. Er zeigt ihnen, daß man zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse **alle Mittel** anwenden müsse, die den fortschrittlichen Arbeitern dieselbe bürgerliche Demokratie gewährt, die sie zu stürzen im Begriffe sind. Er zeigt ihnen, daß man auch, wenn der Weg zur Barrikade durch das Parlament führen sollte, von diesem Misthaufen aus den Arbeitermassen die Idee des Kommunismus predigen muß. Und er verweist sie auf die Massenorganisationen des Proletariats, auf die Gewerkschaften, die man den gelben Führern durch ständige Arbeit entreißen muß. Er zeigt ihnen, daß eine revolutionäre Minderheit auf Kompromisse nicht verzichten darf, wenn ihr diese Kompromisse die Gewinnung der Mehrheit erleichtern können. Es ist schwer, den Inhalt dieser unvergleichlichen Arbeit des großen Führers mit wenigen Worten zu schildern. Man kann aber sagen, daß sich noch selbst neun Zehntel der Führer der Kommunistischen Internationale den Inhalt nicht zu eigen gemacht haben. Diese kleine Broschüre enthält in gedrängter Form die Quintessenz der gesamten Philosophie des Bolschewismus, seiner Strategie und seiner Taktik, und es werden noch viele Jahre vergehen, Jahre von Siegen und Niederlagen, bis man sagen können wird, daß diese Gedanken Lenins in Blut und Fleisch der Führer der Kommunistischen Internationale übergegangen sind. Je mehr man diese Broschüre liest, um so mehr neue Gedankenreichtümer, neue Nuancen entdeckt man in ihr. Es genügt, darauf hinzuweisen, das ich erst nach einer zweijährigen Anwendung der Einheitsfronttaktik, erst im vorigen Jahre feststellen mußte, daß diese Taktik bereits in dieser Broschüre enthalten ist, woran ich gar nicht gedacht habe, als ich Januar 1921 diese Taktik zum ersten Male zögernd in dem bekannten „Offenen Brief" an die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften anwandte. Die unerschöpflichen Lehren, die in dieser Lehre über den Krieg des Proletariats dargelegt oder zwischen den Zeilen enthalten sind, werden für unsere Strategie keine geringere Bedeutung haben als das Buch Clausewitz' über die militärische Strategie für den Krieg. Die Schwierigkeit der Anwendung der Leninschen Lehren besteht darin, daß man die Strategie des Proletariats nicht im Wege der Propaganda, im Wege von Erinnerungen an dem Kampfe des russischen Proletariats erlernen kann. Die alltägliche Erfahrung der Kommunistischen Parteien in den verschiedenen Ländern ändert stets die Formen, in denen die Hauptfragen vor uns stehen, und jede Kommunistische Partei bedarf einer selbständigen Arbeit des Denkens, um sich auf das Niveau der revolutionären Strategie des größten revolutionären Führers erheben zu können.

Das zweite Dokument, das von Lenin dem Zweiten Kongreß vorgelegt wurde, besteht aus seinen **ersten Entwürfen über die Aufnahmebedingungen** in die Komintern. Wie oft hat man über diese Thesen gespottet. Wie oft hat man gegen sie protestiert. Aber wenn man sie durchliest, wenn man sich fragt, welche der Mitgliedsparteien der Kommunistischen Internationale nur den zehnten Teil dieser Bedingungen bereits zu erfüllen lernten, dann sieht man immer mehr ihre politische Bedeutung ein. Wenn das Buch Lenins über „Staat und Revolution" uns das Ziel der kommunistischen Bewegung oder, besser gesagt, ihre erste große Etappe zeigt, wenn die Broschüre über den Radikalismus den ganzen dornenvollen Weg des Kampfes um die Diktatur schildert — so behandeln diese Thesen Lenins die Frage, was eine Kommunistische Partei sein soll. Ohne Prüfung dessen, inwieweit diese Thesen erfüllt sind, lohnt es sich überhaupt nicht, neue Resolutionen anzunehmen. Diese Thesen bilden den Prüfstein, das Maß der Fortentwicklung der Parteien der Kommunistischen Internationale und ihrer Verwandlung aus linken sozialdemokratischen in wirklich kommunistische Parteien.

Das dritte Dokument Lenins ist sein Entwurf zu den Thesen über die **Kolonialfrage.** Auch diese Thesen gingen noch nicht in Fleisch und Blut der Kommunistischen Parteien des Westens über, deren Bourgeoisie Hunderte von Millionen Menschen in den Kolonien in ihren räuberischen Klauen hält, und auch noch nicht in das Bewußtsein unserer jungen kommunistischen Parteien im Osten. Die Arbeit der englischen, französischen, holländischen Genossen in den Kolonien stößt nicht nur auf große Schwierigkeiten seitens der Polizei der imperialistischen Mächte, sondern auch seitens unserer Genossen, die zur Arbeit unter den Massen der auf einem unerhört niedrigen Kulturniveau stehenden Kolonialvölker nicht genügend vorbereitet sind. Unsere Genossen in den Kolonien verirren sich sehr oft auf die Gewässer des linken Kommunismus. Erzogen durch die Literatur, die einen Kampf um die Diktatur verkündet, können sie nur mit Mühe und Not den Kampf um die Zusammenfassung des jungen Proletariats und der Handwerker von China, Korea, Persien, Indien, Ägypten gegen die fremdländische und einheimische Bourgeoisie mit den Versuchen verbinden, sich der nationalen Freiheitsbewegung der jungen einheimischen Bourgeoisie gegen die Bourgeoisie der sie unterdrückenden Metropole anzupassen. Und wieder werden Jahrzehnte vergehen, bis es in der Praxis gelingen wird, den nationalen Befreiungskampf der Kolonialvölker mit der proletarischen Revolution in Europa und Amerika zu verbinden. Aber das eine ist klar: Lenin hat den Weg des internationalen Proletariats in genialer Weise vorgezeichnet. Im buchstäblichen Sinne dieses Wortes wurde zum ersten Male in der Geschichte des Klassenkampfes in der Gestalt Lenins und seiner Lehre ein zusammenfassendes Zentrum für die Werktätigen **der ganzen Welt** geschaffen. Zum ersten Male beginnen wir aus jener Sackgasse herauszukommen, in der sich das europäische Proletariat befindet, um den Weg einer **wirklichen Weltbewegung** zu betreten. Das Buch des indischen Genossen Roy über Indien gab uns die erste theoretische Probe der Leninschen Lehre an einem konkreten Beispiel. Der Kampf der Zeitung, die Roy selbständig herausgibt, gibt uns die erste Probe der periodischen Anwendung der Leninschen Lehre, und

wir dürfen sagen, daß diese Probe bewiesen hat, wie weit- und tiefblickend unser Führer war. Zur Zeit des Hamburger Kongresses der Zweiten Internationale hat die Hamburger sozialdemokratische Zeitung ein Begrüßungsgedicht an den Kongreß abgedruckt. Der Poet wendet sich an den chinesischen Kuli der Reisfelder, an die Neger der südamerikanischen Baumwollplantagen, an die Schwarzen in den Goldgruben, und rief sie unter die befreiende Fahne der Internationale. Aber das sind leere Worte. Dieselbe Zweite Internationale feiert jetzt einen großen Sieg. Ihr Führer, Ramsay Macdonald, stellt die erste Arbeiterregierung zusammen. Und wen ernennt er zum Minister der 300,000.000 unterjochten Inder? Sir Sidney Oliwer, einen Beamten der alten Kolonialbehörde, den Gouverneur von Jamaica. Dieser Kolonialbeamte ist ein erprobter Beschützer der Zuckerplantagenbesitzer in Jamaica. Wird er jetzt die indischen Sklaven seiner Majestät des englischen Königs unter die Fahne der Zweiten Internationale rufen oder wird es vielleicht der Lord Chelmsford sein, der das fertigbringen wird, der ehemalige Vizekönig von Indien, der jetzt von Gnaden Macdonalds, des Führers der Zweiten Internationale, zum ersten Lord der Admiralität ernannt wurde? Nur die Kommunistische Internationale kann die Kolonialvölker organisieren, und das Verdienst Lenins, daß er uns diesen Weg zeigte, wird die Geschichte, die internationale Arbeiterklasse und die ganze Menschheit nie vergessen.

Der Dritte Kongreß der Kommunistischen Internationale traf Lenin wieder auf dem Kampfposten. Die revolutionäre Welle der Jahre 1918/1919 war abgeflaut. Die KPD., die zu einer Massenpartei des Proletariats geworden ist, hatte die geänderten Verhältnisse nicht in Rechnung gezogen, bemerkte nicht die bereits eingesetzte Offensive des Kapitals, ließ sich provozieren und stürzte sich in einen bewaffneten Kampf, ohne auch nur die Sympathien der Mehrheit der arbeitenden Massen zu besitzen. Alle haben wir den Fehler der Partei gesehen. Alle haben wir die Thesen der deutschen Zentrale, die im Moment des politischen Rückzuges eine Offensivtheorie entwarf, abgelehnt. Aber wir, die unmittelbaren Funktionäre der Kommunistischen Internationale, wußten, daß die Parteizentrale, die aus den alten Führern des Spartakus-Bundes und aus den besten Führern der Unabhängigen Partei bestand, die einzige mögliche Zentrale der deutschen kommunistischen Bewegung ist, und wollten die Lehren, die aus dieser Niederlage hervorgehen, unserer deutschen Bruderpartei in möglichst milder Form beibringen. Lenin zwang uns, unsere Thesen fünfmal umzuarbeiten. Er zwang uns, den deutschen Kommunisten und den Kommunisten der ganzen Welt in der brutalsten Weise zu sagen: **„Gewinnt zuerst die Mehrheit des Proletariats, und erst dann dürft ihr euch die Aufgabe der Machtergreifung stellen!"** Lenin hat die Kommunistische Partei gerettet, und er unterstützte mit derselben Entschiedenheit die Einheitsfronttaktik, die in den Reihen der Kommunisten — und nicht nur der westeuropäischen — auf heftige Widerstände stieß. Er wies mit außerordentlichem Feingefühl auf die Hauptunterschiede hin, die zwischen den russischen Verhältnissen des Jahres 1917 und jenen Verhältnissen bestehen, unter denen die westeuropäischen Kommunisten kämpfen müssen. Er hat es vorzüglich begriffen, daß es dort proletarische Massenorganisationen gibt, die eine Vergangenheit von einem halben Jahrhundert haben und sich in den Händen der gelben Führer befinden und daß dort eine sehr komplizierte, eine sehr zähe Arbeit nötig ist. Eine solche Situation bedarf einer Reihe von Kompromissen, die für Kommunisten unangenehm sind, die man aber, will man die Mehrheit des Proletariats gewinnen, unumgänglich in Kauf nehmen muß. Überlastet von der Staatsarbeit, hatte er keine Zeit, die Detailfragen der Entwicklung im Westen zu verfolgen, und dennoch hatte er einen besonderen Sinn, der ihn befähigte, den wesentlichen Unterschied in der Lage jedes Landes und in den Aufgaben der einzelnen Kommunistischen Parteien zu erfassen.

Auf dem Vierten Kongreß der Kommunistischen Internationale hat Lenin, der sich gerade vom ersten Schlage seiner Krankheit, die ihn uns raubte, erholt hatte, einen Bericht über die Lage in Rußland erstattet. Mit begeisterter Freude empfing ihn der Kongreß und beobachtete mit großem Schmerze die mühevolle Art, mit der der geliebte Führer die Worte suchen mußte, um seine scharf ausgeprägten Gedanken in einer fremden Sprache auszudrücken. Vor seinem Bericht hat Lenin, mit einem Auge blinzelnd, gefragt: „Und was sollen wir sagen, wenn man uns über die nächsten Perspektiven der Weltrevolution befragt?" und sofort hinzusetzt: „Ich werde ihnen sagen, daß dann, wenn sich die Kommunisten klüger benehmen, auch die Perspektiven besser sein werden". Der sich nach dem Haag begebenden russischen Gewerkschaftsdelegation erteilte Lenin Direktiven über die Methoden des Kampfes **gegen den Krieg.** Dieser letzte Rat Lenins für das internationale Proletariat stellt ein Musterbeispiel seines außergewöhnlichen Realitätsinnes dar. Er erklärte, daß derjenige, der nach den Lehren des imperialistischen Krieges für den Fall eines neuen Kriegsausbruches die Durchführung des Generalstreiks verspricht, entweder ein Dummkopf oder ein Betrüger ist. Wenn wir den imperialistischen Krieg nicht verhindern können, so werden die Massen in den Krieg ziehen, und dann werden auch wir in den Krieg ziehen müssen, um in den Reihen der imperialistischen Armeen für die Revolution zu arbeiten. Unsere Aufgabe besteht darin, daß wir jetzt **alles aufbieten müssen, um es nicht zu einem Kriegsausbruch kommen zu lassen.** Und wieder entfaltete Lenin Punkt für Punkt den Plan der alltäglichen revolutionären Arbeit gegen die Kriegsgefahr.

Ein Jahr Arbeit der Kommunistischen Internationale ohne Lenin liegt hinter uns. Dieses Jahr brachte uns zwei große Niederlagen: in **Bulgarien und in Deutschland.** Die Lehren aus diesen Niederlagen müssen wir allein, ohne Lenin, ziehen. Die revolutionäre Welle ist noch nicht im Aufsteigen begriffen, wie wir das im Sommer dieses Jahres erwarteten, und wenn sie auch im nächsten Jahre ausbleibt, dann werden wir eine ganze Reihe komplizierter Fragen klären müssen. Wir werden die Frage klären müssen, wie wir in der Periode der Reaktion, der Offensive des Kapitals, die Massen um uns sammeln **und wie wir ihre Alltagskämpfe mit der Vorbereitung zum Kampfe um die Diktatur verbinden können.** Wir haben 42 Parteien. Jede von ihnen lebt unter besonderen Verhältnissen. Alle **Besonderheiten** dieser Verhältnisse in Betracht zu ziehen und trotz dieser Besonderheiten eine **einheitliche kommunistische Arbeit** zu führen, ist außerordentlich schwer. Aber wir werden mit diesen Aufgaben fertig werden. Uns steht ja die Erbschaft Lenins zur Verfügung, der unerschöpfliche Vorrat seiner Gedanken, seiner Methoden, die in häufigen Angriffen und Rückzügen erprobt worden sind. Wir werden aus den Werken Lenins lernen. Wie in der Marxschen Lehre sind es auch hier **nicht die Resultate, nicht die konkreten Lösungen, die den größten Wert haben, sondern die Methoden der Lösung, die Art, wie dieser größte proletarische Revolutionär an die Probleme herantrat.**

Die Kommunistische Internationale und das russische Proletariat haben einen ungeheuren Verlust erlitten. Wenn aber je die Worte angebracht waren, daß der Tod nur den Körper eines großen Führers hinnahm, so sind sie hier angebracht. Darum wird die Kommunistische Internationale am Grabe Lenins keine Tränen vergießen, sondern sie wird mit zehnfacher Energie an der Aneignung dessen arbeiten, was an der Lehre Lenins unsterblich ist. Und mit Lenins Schwert in der Hand wird die Kommunistische Internationale siegen!

Der geliebte Führer ist nicht mehr unter uns. Durch das kollektive Denken aller kommunistischen Parteien unserer Internationale werden wir mit unseren Aufgaben fertig werden.

Die Fahne Lenins, seine Lehre bewaffnete die Kommunistische Internationale für die ganze Epoche, die uns noch von dem Siege der proletarischen Weltrevolution trennt.

Lenin und der Leninismus.

Von E. Pawlowsky (Moskau).

** Tiefe Trauer zog in das Herz von Millionen und aber Millionen revolutionärer Proletarier: Lenin, der eine, der siegreiche **Führer** und **ergebenste Diener** des um die Macht ringenden Proletariats ist tot! Führer und Diener war er zugleich: er führte im Kampfe, er zeigte den richtigen Weg. Er diente der Sache des Weltproletariats, immer und ununterbrochen, rastlos arbeitend, sich keine Ruhe gönnend bis zum Zusammenbruch, bis zu seinem frühen Tode . . .

Lenin ist tot, aber der Leninismus lebt. Die Lehre Lenins, die Weiterbildung des Marxismus, die Konkretisierung des Kampfes der Arbeiterklasse um die Macht, ist lebendig in den Köpfen seiner Schüler — wir alle maßen uns die Ehre an, seine Schüler zu sein — sie liegt vor in seinen Werken, die eine nie versiegende Quelle der Belehrung für jeden revolutionären Kämpfer bilden.

Wir wollen den schweren Versuch wagen, den wesentlichsten Inhalt der Lehren Lenins über die Strategie der proletarischen Revolution kurz zusammenzufassen.

Der Kampf um die Macht, die Niederwerfung der Bourgeoisie, die Errichtung der Diktatur des Proletariats liegt nich

in weiter nebelhafter Ferne, wie es die Sozialdemokraten aller Schattierungen glauben, sondern **ist eine durch die jetzt lebende Generation zu lösende konkrete Aufgabe.** Die Pflicht jedes ehrlichen Revolutionärs ist es, den Kampf um die Macht in den Vordergrund seines Denkens, seiner Tätigkeit zu stellen. Die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung ist reif zur Verwirklichung des Sozialismus. Es handelt sich darum, die richtige zum Ziele führende Methode dieses Kampfes zu finden.

Der Kampf um die Macht ist kein Scheinkampf durch Stimmzettel, durch parlamentarischen Kuhhandel oder durch die Besetzung von „Machtpositionen" im bürgerlichen Staat. Der Kampf um die Macht kann nur ein erbitterter, blutiger Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie sein. Auf diesen muß man sich vorbereiten . . .

Den ersten Schritt zur Vorbereitung des Kampfes sieht Lenin in der **Schaffung einer revolutionären Vortruppe des Proletariats; einer kommunistischen Partei.** Die Kommunistische Partei soll einen rein proletarischen Charakter haben, durch strengste Disziplin zusammengehalten, von einem einheitlichen Willen geleitet, handeln. Die scheinbar ganz bedeutungslose Organisationsfrage, derentwegen es Lenin auf die Spaltung der russischen Sozialdemokratie ankommen ließ, deckt den grundlegenden Zwiespalt in der modernen Arbeiterbewegung auf: Soll die Arbeiterpartei eine Organisation des konkreten Kampfes um die Macht sein oder eine formlose Zusammenfassung unzufriedener Elemente aus den verschiedenen Klassen mit unklaren Zielen, die innerhalb des Kapitalismus oder in einem fernliegenden, allmählichen, kampflosen Übergang zum Sozialismus erreicht werden sollen? Die Mitglieder der KP. sollen durch und durch Revolutionäre sein mit einer rein marxistischen Weltanschauung. Lenin duldete in diesem Punkte keinerlei Kompromisse, weder an die Religion noch an irgendwelche nicht marxistische philosophische Weltanschauung. Nur das uneingeschränkte Bekenntnis zum Marxismus garantiere die folgerichtige revolutionäre Tätigkeit.

Der Sieg über die Bourgeoisie kann mit den Kräften der Kommunistischen Partei allein nicht errungen werden. Die Mehrheit des Proletariats, ihre im Kampfe „ausschlaggebenden Teile" müssen in den Kampf ziehen. Aber das Proletariat stand organisatorisch und geistig in dem Banne der Opportunisten, der scheinrevolutionären Sozialdemokraten, dieser „Agenten der Bourgeoisie", die das Proletariat auf der Seite ihrer Bourgeoisie in den Krieg zum wechselseitigen Morden führten. Daher galt der Kampf Lenins in erster Linie den Opportunisten in der Arbeiterbewegung. Erst muß das Proletariat von dem Einfluß der Opportunisten befreit werden, bevor man den Endkampf mit der Bourgeoisie aufnehmen kann. Die wunderbare Artikelsammlung: **„Gegen den Strom!"** ist vor allem diesem Kampf gewidmet.

Der Kampf gegen den Opportunismus, gegen die Sozialdemokratie darf aber nicht bloß propagandistisch geführt werden. Die Kommunisten dürfen keine revolutionäre Propagandasekte bilden, sondern müssen überall sein, wo Arbeiter aus irgendwelchen Gründen in größerer Zahl zusammen sind: in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in den Kasernen, in den Genossenschaften, selbst in den Krankenkassen. Überall sollen die Kommunisten als Wortführer der arbeitenden Massen auftreten, die Führung jeder gegen die herrschenden Klassen gerichteten Bewegung an sich reißen, die Massen auf den Endkampf vorbereiten. Die Kommunistische Partei darf nicht als **abgeschlossene Sekte** der übrigen Arbeiterschaft **gegenüber** stehen, sondern muß als Nervengewebe das ganze Proletariat durchziehen, um es im gegebenen Moment zu einem einheitlichen Kampf führen zu können. Die Kommunistische Partei darf nicht die Partei der Arbeiteraristokratie der „organisierten" Arbeiter sein, sondern die Partei aller Arbeiter, auch der „niedrigen" unorganisierten Schichten. Dem Kampfe gegen die drohende Entartung der Kommunistischen Parteien zu selbstgefälligen wortrevolutionären Sekten dient seine zum Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale erschienene wunderbare Streitschrift: **„Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus".**

Will man den Kampf mit einem mächtigen Gegner aufnehmen, so muß man ein klares Bild über dessen Kräfte haben. Zwei Werke Lenins dienen vor allem diesem Zwecke. **„Der Imperialismus, die letzte Phase des Kapitalismus"** untersucht die allgemeinen Grundlagen der Macht der modernen Bourgeoisie, die inneren Widersprüche des Imperialismus. Er kam zu der für die spätere Strategie der Weltrevolution folgenschweren Erkenntnis, daß die Unterdrückung und Ausbeutung der Kolonialvölker eine der wichtigsten Stützen der modernen Bourgeoisie bildet.

„Staat und Revolution" erneuert die von den Opportunisten entstellte revolutionäre Lehre von Marx und Engels über die Rolle des bürgerlichen Staates. Mit unerreichter Klarheit wird festgestellt, daß es für das Proletariat kein Kompromiß mit dem bürgerlichen Staatsapparat geben kann, daß dieser Apparat nicht „erobert" werden kann, sondern zerschlagen und durch die Organe der proletarischen Diktatur, die Räte, ersetzt werden muß . . .

Die Bourgeoisie im Besitze des staatlichen Machtapparates mit Bundesgenossen, den Sozialdemokraten innerhalb des Proletariats, ist ein mächtiger, schwer niederzuringender Gegner. **Man soll** — wenn möglich — **Bundesgenossen zum gemeinsamen Kampfe heranziehen.** Es gibt in der modernen Gesellschaft eine große Klasse, deren Interessen jenen der Bourgeoisie — vor allem der Großgrundbesitzer — entgegengesetzt, mit jenen des Proletariats aber auf eine weite Strecke zusammenfallen: **die werktätigen Bauern!** Der werktätige Bauer ist kein Ausbeuter, kein Kapitalist. Sein Boden dient nur zur naturalen Grundlage der Ausnützung seiner eigenen Arbeitskraft. Er wird vom Großgrundbesitzer, vom Kapitalisten, von dem kapitalistischen Staat ausgebeutet. Er ist der natürliche Bundesgenosse des Proletariats im Kampfe gegen die Bourgeoisie.

Revolutionärer Leninismus und opportunistische Sozialdemokratie scheiden sich an diesem Punkte in schärfster Weise. Die Sozialdemokratie will von der Bauernschaft nichts wissen. Lenin sieht in den werktätigen Bauern Bundesgenossen. **Die Erfahrungen der russischen Revolution haben die Richtigkeit seiner Auffassung bewiesen.**

Als andere mögliche Bundesgenossen hat Lenin stets die von der Bourgeoisie **unterdrückten Nationalitäten und kolonialen Völker** betrachtet. Die Ausbeutung der Kolonien ist eine der Hauptstützen der imperialistischen Bourgeoisie. Sie ermöglicht es ihr, einer kleinen Schicht der Arbeiteraristokratie eine gehobene Lebensstellung zu gewähren, sie in Stützen der bürgerlichen Gesellschaft zu verwandeln. Die Befreiung der Kolonialvölker bedeutet den Zusammenbruch der Klassenherrschaft in den Mutterländern.

Dies scheinen uns die wesentlichsten Züge der Lehre des revolutionären Klassenkampfes, des Leninismus zu sein, insofern er sich auf die internationale revolutionäre Bewegung bezieht. Der andere Teil des Leninismus, **die Politik der Arbeiterklasse nach der Machtergreifung,** würde eine spezielle Darstellung erfordern. Wir wollen nur bemerken, daß diese Politik prinzipiell mit der Politik vor der Machtergreifung identisch ist. Aber keine Darstellung des Leninismus kann richtig sein, es fehlt daraus der Kern: **die Persönlichkeit Lenins.** Denn Lenin war nicht bloß der Theoretiker, nicht bloß der Generalstabschef des internationalen Kampfes des Proletariats, sondern auch der Heerführer, der Taktiker des Kampfes. Niemand kannte die internationale Arbeiterbewegung so gut wie er. Niemand konnte die schwierigsten Fragen so lösen wie er. Man sagte von ihm oft, er habe einen sechsten Sinn, eine Intuition für die Politik. Wenn niemand den richtigen Weg sah, sagten wir: Lenin wird ihn schon erraten. Aber es war keine Intuition, kein Erraten: die jahrzehntelang andauernde intensivste geistige Einstellung auf die Probleme der revolutionären Arbeiterbewegung hatte in ihm die Fähigkeit entwickelt, den richtigen Weg mit einem Schlag zu sehen, wo andere nur durch eine eingehende Analyse der Lage den Weg finden konnten . . .

Mächtig war sein Wille, zähe, suggestiv. Niemand konnte sich seinem Einflusse entziehen, der mit ihm in Berührung kam. Und dieser mächtige Wille kannte nur ein Ziel: **Kampf um die Erhaltung der Macht des russischen Proletariats, Kampf um die Macht des Weltproletariats!** Den Kampfeswillen der Arbeiter stellte er über alles. Nach der Märzaktion, auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale übte er die schärfste Kritik an der ungenügenden Vorbereitung und Führung des Kampfes. Aber mit stolzer Freude stellte er fest: Die deutschen Proletarier haben gekämpft, Hunderttausende Arbeiter zogen in den Kampf; das ist ein großer Erfolg, trotz der Niederlage . . .

Als Führer und Kämpfer stand er vor uns. Er schien nichts anderes als ein Kämpfer. Aber in der Tiefe seines Herzens verbarg sich die Liebe zur Menschheit: er liebte die Arbeiter, er liebte den russischen Bauern, er liebte vor allem die Kinder. Und darum wendete sich ihm nicht nur die Verehrung, sondern auch die Liebe des großen russischen Volkes und des Proletariats der ganzen Welt zu. Die Massen fühlten, daß er für ihr Wohl kämpft, für sie sein Leben opfert . . .

Lenin, der große Führer ist tot. Seine Lehren, sein Andenken ist uns geblieben. Wir alle müssen unsere Kräfte anspannen, unseren Willen stählen, unsere Energie verdoppeln, um die revolutionäre Willenskraft, die aus Lenin ausstrahlte, zu ersetzen. Nicht mutlose Trauer, entschlossenen revolutionären Kampfwillen fordert von uns der richtig verstandene Leninismus.

Lenin und die Kommunistische Internationale.

Von R. Schüller (Moskau).

** Inmitten der trauernden Millionenmassen, am offenen Grabe unseres Führers, steht die Arbeiterjugend. Unter den vielen Fahnen, die sich vor Lenins Grabmal senken, befindet sich das schwarzumflorte Banner der Kommunistischen Jugend-Internationale. Unser Lehrer ist nicht mehr unter uns . . .

Die jugendliche Arbeiterschaft von heute und ihre kämpfende Avantgarde, die Kommunistische Jugend-Internationale, hat mit Iljitsch gewiß nicht die Jahrzehnte gemeinsamen härtesten Kampfes teilen können, die der alten Garde einen so ungeheuren und reichen Schatz an Erfahrungen gegeben haben und sie so eng mit unseren großen toten Führer verbunden haben. Aber trotzdem ist die revolutionäre Arbeiterjugend durch die festesten und heiligsten Bande mit Lenin verknüpft. Trotzdem folgte sie mit schrankenloser Hingabe dem großen Führer, ist sie durch Lenins Tod vom furchtbarsten Schmerze getroffen.

Als die arbeitende Jugend, die heute in den Werkstätten und auf den Feldern steht, inmitten der unsäglichen Leiden und des Dunkels des imperialistischen Krieges erwachte und sich mühevoll den Weg zum Bewußtsein durchrang, da waren es zwei Namen, die sie entflammten, vorwärtsrissen, in die revolutionäre Kampffront einschweißten: **Liebknecht und Lenin.** Am Anfang unserer Jugend stand schon der große Ruf, die leidenschaftliche Parole, das gigantische Ziel — Lenin. Lenin, der Verkünder des Bürgerkrieges gegen den imperialistischen Krieg, Lenin, die Seele der russischen Revolution, Lenin, der Organisator des sozialistischen Aufbaues, Lenin, der Gründer der Kommunistischen Internationale, Lenin, der Führer der Weltrevolution! Unter seinen Losungen erfolgte die Formierung der Kampffront der revolutionären Arbeiterjugend, in seinem Namen erfolgte die Gründung der Kommunistischen Jugend-Internationale. Und als die großen Arbeiterparteien in Frankreich, Deutschland, der Tschechoslowakei, Norwegen usw. noch fern von der Kommunistischen Internationale standen, da hatte die gesamte internationale sozialistische Jugendbewegung, bis auf kleine Reste, schon die Umwandlung in die Kommunistische Jugend-Internationale vollzogen und sich um die Kommunistische Internationale, die Fahne Lenins, geschart.

Aber unser großer Iljitsch hat auch an der Schöpfung der Kommunistischen Jugend-Internationale selbst mehr Anteil genommen, als man im allgemeinen bisher dachte. Und ihm verdanken wir die richtige Lösung einer **entscheidenden Frage**, ja, wir müssen sagen, einer **Schicksalsfrage**, um deren Beantwortung die internationale sozialistische Jugendbewegung jahrelang rang. Es handelt sich um die Stellung zum **Militarismus**. Schon Karl Liebknecht hatte die Grundgedanken unserer praktischen revolutionären Arbeit gegen die bürgerliche Armee zum Gute der Sozialistischen Jugend-Internationale gemacht. Aber die prinzipielle Frage über den Militarismus blieb nicht völlig geklärt und wurde durch die einzelnen Jugendverbände vorwiegend im Sinne einer pazifistischen Ablehnung jeder Armee überhaupt beantwortet, was praktisch in der Forderung nach allgemeiner Abrüstung gipfelte.

Während des imperialistischen Krieges wurde diese Frage zu einer absoluten Lebensfrage der Sozialistischen Jugend-Internationale, die die klarste und baldigste Lösung forderte. Die Beibehaltung des alten pazifistischen Standpunktes hätte trotz aller revolutionären Glut der Jugend und schrankenloser Hingabe an den revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Krieg praktisch schließlich notwendig ins Lager der Pazifisten um Kautsky herum, das heißt zum Ziel der Beendigung des Krieges in einem pazifistisch-zentristischen Sinne führen müssen. Nur eine rücksichtslose und volle Umstellung auf den revolutionär-marxistischen bolschewistischen Boden konnte die revolutionäre Antwort auf diese Fragen geben und damit die Sozialistische Jugend-Internationale als revolutionäre Klassenkampforganisation retten. Diese Plattform bedeutete: Umwandlung des imperialistischen Krieges in den revolutionären Bürgerkrieg, Zertrümmerung der bürgerlichen Armee, aber Bildung der Roten Armee, bewaffneter Kampf um die Macht. Dieser Weg führte in gerader Linie zum Kommunismus. Es lag hier im Grunde die Frage, die für das Schicksal der ganzen Arbeiterbewegung entscheidend war. Und in der Jugend, die vom ersten Tage des Kriegsausbruches an die rote Fahne des Aufstandes erhoben hatte, rang man ehrlich und schwer um die richtige Lösung.

Noch auf unserer Berner Konferenz 1915, von der die Geschichte der Kommunistischen Jugend-Internationale datiert, behielt man ganz den alten pazifistischen Abrüstungsstandpunkt, der besonders energisch von den skandinavischen Genossen vertreten wurde. Noch 1915 und 1916 nahm die „Jugend-Internationale", das Kampforgan der internationalen revolutionären Jugendbewegung, diesen Standpunkt ein. Aber immer deutlicher und mehr vollzog sich die Standpunktswandlung in der Sozialistischen Jugend-Internationale, und zu verdanken war sie dem ständigen und ausschlaggebenden Einfluß der kleinen Gruppe der Bolschewisten in der Schweiz, mit denen die Jugend-Internationale die engste Zusammenarbeit unterhielt. Und es war kein anderer als **Lenin**, dessen klarer, durchdringender Kommunismus und dessen starke Faust half, das Steuer der Sozialistischen Jugend-Internationale herumzudrücken. Im Jahre 1917 erschien sein berühmter Artikel **„Das Militärprogramm der proletarischen Revolution"** in der „Jugend-Internationale", der für die internationale sozialistische Jugendbewegung von einem programmatischen Charakter war. Von nun an war es klar, daß **die Jugend Lenin bis zu den äußersten Konsequenzen folgen** würde. Von diesem Zeitabschnitt war der Weg der Sozialistischen Jugend-Internationale zum Kommunismus vollkommen gewiß!

So hat Genosse Lenin der proletarischen Jugendbewegung bei der Lösung der wichtigsten Fragen einen ungeheuren Dienst geleistet, so hat er an der Gründung der Kommunistischen Jugend-Internationale mitgewirkt. Und so hat er sich schon damals als das gezeigt, als was er heute leuchtend vor uns steht: **als der große und hinreißende Lehrer der arbeitenden Jugend.**

Über 700.000 jugendliche Arbeiter in Stadt und Land stehen heute in den Reihen der KJI. Noch gewaltig größere Massen folgen ihrer Führung. Die dreifach geknechtete Jugend in den Kolonien schart sich um ihre Fahne. Die wenigsten aus dieser riesigen Schar haben die Werke Lenins gelesen. Aber doch lebt in ihnen allen die Lehre Lenins. Doch ist die Seele der heutigen Arbeiterjugend der Geist Lenins, sind es seine Losungen, die sie unserem Kampfe angeworben haben. **Und wir wollen unermüdlich dafür wirken und arbeiten, daß die Kommunistische Jugend immer tiefer in das Werk Lenins eindringt, immer bewußter und gründlicher Lenins Bahn folgt.**

Niemand ist geeigneter als Lenin, die Jugend zu lehren. Denn er ist die himmelstürmende titanische Aktion und die schonungslose, schöpferische Klarheit und Wahrheit. Die Jugend wird ihn deshalb niemals verlassen.

Auf dem III. Kongreß des russischen Jugendverbandes 1920 sagte Lenin, indem er über die Aufgaben eines Kommunistischen Jugendverbandes sprach:

„Diese Generation (von heute) wird im besten Falle die Aufgaben der Aufrichtung einer solchen Gesellschaftsordnung lösen können, die so dem Proletariat und den arbeitenden Klassen ermöglichen wird, die Macht in ihren Händen zu behalten und eine feste Grundmauer zu errichten, worauf dann nur diejenige Generation weiterbauen kann, die unter ganz neuen Lebensbedingungen, ohne Ausbeutungsverhältnis von Mensch zu Mensch, an die Arbeit gehen kann . . . Um das zu verwirklichen, bedarf es einer Jugendgeneration, die in der Umgebung des verzweifelten, disziplinierten Kampfes gegen die Bourgeoisie zu bewußten Menschen heranwächst. In diesem Kampfe wird sie wirkliche Kommunisten erziehen, und jeden Schritt in ihrer Bildung und Erziehung muß sie mit diesem Kampfe verbinden, ihm unterordnen. Die Erziehung der Kommunistischen Jugend darf nicht darin bestehen, daß man ihr süße Reden und Sittlichkeitsregeln vorsetzt. Hierin besteht keine Erziehung. Wenn diese Menschen gesehen haben, wie ihre Väter und Mütter unter dem Joche der Bedrücker ächzten, wenn sie mitgelitten haben an den Qualen, die all denen, die den Kampf gegen die Ausbeuter begannen, zuteil wurden, wenn sie gesehen haben, welche Opfer es galt, um diesen Kampf fortzusetzen, um das Eroberte festzuhalten, was für wütende Feinde die Grundbesitzer und Kapitalisten sind — dann werden diese Menschen in dieser Umgebung zu Kommunisten erzogen."

Ja, Iljitsch, das will die heutige Kommunistische Jugend erreichen und dafür wird sie bis zu Ende arbeiten. Diesen Geist wird sie in die Millionenmassen der arbeitenden Jugend hineintragen und diese für den Kommunismus gewinnen.

Ade, unser großer Lehrer und Führer Iljitsch! Wir werden dein Werk weiterführen!

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Sinowjew: Lenin und die Arbeiter.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 18. 8. Februar | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Der Internationale Kommunistische Frauentag 1924.
Von Zetkin 191

Politik.
Die Parlamentswahlen in Italien. Von Grieco 193
Brief aus Belgien. Von Jacquemotte 194
Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko in Sicht. Von Pepper 194

Union der Sowjetrepubliken.
Kerkermeister des Zaren vor dem Moskauer Revolutionstribunal. Von Serge 195

Wirtschaft.
Die Krankheit des französischen Franken. Von Sadoul 196

Arbeiterbewegung.
Der Kampf der deutschen Seeleute in den britischen Häfen. Von Hardy 198

Genossenschaftsbewegung.
An die Genossenschaften aller Länder! 198

Aus der Internationale.
Lenin und die Arbeiter. Von Sinowjew 199

Deutschlandhilfe.
Die Frau als Vorkämpferin gegen die deutsche Hungersnot. Von Sturm 200

Weißer Schrecken.
Was bedeutet die Horthy-Amnestie? Von Király . . 201

Buchbesprechungen.
A. Holitscher und St. Zweig: „Frans Masereel". Von Alexander 202

Der Internationale Kommunistische Frauentag 1924.

Von Clara Zetkin.

I.

** Rüsten wir rechtzeitig, tatkräftig zum bevorstehenden Internationalen Kommunistischen Frauentag. Wir alle, Genossen wie Genossinnen, die in Kommunistischen Landesparteien organisiert sind und zum Banner der III. Internationale stehen. Es handelt sich ja keineswegs um eine besondere „Frauensache". Unser Frauentag ist eine Veranstaltung der gesamten Kommunistischen Internationale und der in ihr zusammengefaßten Kommunistischen Parteien. Sein Zweck ist, breitesten Frauenmassen der Werktätigen die frohe Botschaft zu bringen, daß der Kommunismus sie von Not und Leid, von Ausbeutung und Unfreiheit erlösen wird. Jedoch unter einer Bedingung. Daß sie selbst in der Kommunistischen Partei ihres Landes oder wenigstens unter ihrer Führung mit höchster Tatkraft dafür kämpfen, daß die Diktatur des Proletariats die Diktatur der ausbeutenden und unterdrückenden Bourgeoisie niederringt. Denn einzig und allein dadurch wird der lebendige Mensch — ob Weib, ob Mann — aus der zermalmenden und zermürbenden Gewalt des toten Besitzes befreit, aus jener Gewalt, die der Urgrund alles vielgestaltigen sozialen Jammers ist. Durch solche Erkenntnis, die müde, verzweifelnde Hoffnungslosigkeit von Millionen zu verscheuchen und stählernen Kampfeswillen zu schaffen, ist heiligste Pflicht.

Noch hält die Generaloffensive der Weltbourgeoisie gegen die Arbeiter aller kapitalistischen Länder an, reißt den Ausgebeuteten den letzten Bissen Brot vom Munde, verlängert und verschärft ihre Fron und zertritt ihre schwer errungenen, armseligen Rechte. Noch liegen alle Mächte des Kapitalismus auf der Lauer, um Sowjetrußland zu überwältigen, den einzigen Arbeiter- und Bauernstaat der Welt, die Schutz- und Trutzburg der Enterbten. Zu Nutz und Frommen des Reichtums einer winzigen Minderheit sollen diese tragen die Riesenkosten des imperialistischen Raubkrieges, der Wiedereinrenkung und Befestigung der in allen Fugen krachenden, zerrütteten kapitalistischen Wirtschaft und sollen obendrein fetten Profit für ihre Ausbeuter geben. In den Betrieben, Handelshäusern und Banken wie im Staat kehren die großen Kapitalisten sämtliche Machtmittel gegen die Habenichtse und Wenigbesitzenden. Die bürgerliche Demokratie enthüllt sich auch für die gläubigsten Gemüter als brutale Klassenherrschaft der Junker, Gruben- und Schlotbarone, der Handelsherren und Bankkönige, gesteigert zur nackten blutigen bürgerlichen Klassendiktatur und zum erbarmungslosen weißen Schrecken.

In Spanien und in Japan Militärdiktatur, in Italien andauernde Herrschaft des Faschismus, in Bulgarien und Deutschland Sieg des Militärsäbels. Militärdiktatur, Herrschaft und Sieg des Faschismus, was besagt es anderes als härteste Knebelung der Schaffenden mit Hand und Hirn, um ihnen das letzte Fünkchen Kraft abzupressen und in blinkendes Gold zu verwandeln? Die Tatsache der verschärften Ausbeutung und Versklavung der Millionen durch wenige greift von einem Land auf das andere über. Und überall sind es die Frauen, die Widerstandsschwächeren, die die erdrückendsten Bürden der Sorgen und Nöte zu tragen haben. Der Hunger von ungezählten Millionen nach Brot, Freiheit und Recht, das Aufbäumen ihres Menschentums gegen das Beschmutzt- und Zertretenwerden durch den eisernen Fuß der kapitalistischen Gewaltherrschaft gibt in den Bourgeoisstaaten die Losungen, mit denen unser Internationaler Kommunistischer Frauentag größte Frauenmassen wecken, sammeln und in den revolutionären Klassenkampf führen muß. Im Bund Sozialistischer Sowjetrepubliken aber wird die Veranstaltung die werktätigen Frauen in der Bekundung internationaler Solidarität mit ihren Schwestern im Westen und Osten vereinigen, wird sie zur tatkräftigsten Mitarbeit am Aufbau einer höheren Wirtschaft und Gesellschaft rufen.

Aufopfernde, kraftvolle Betätigung der **Solidarität mit dem notleidenden deutschen Proletariat**, das ist die allgemeine internationale Frauentagslosung, die durch die Situation breit in den Vordergrund geschoben wird, wie in den vorausgegangenen Jahren die Hungerhilfe für Rußland. Die Besetzung des Ruhrgebietes durch den französischen Imperialismus hat den Verfall

der deutschen Wirtschaft rasch ungeheuer gesteigert. Poincarés Bajonette und Stinnes' Hungerpeitsche zusammen schufen für das Ruhrproletariat eine Hölle des Elends. Arbeitslose und Kurzarbeiter machen weit über die Hälfte der Bevölkerung aus, die Hälfte, drei Viertel der Einwohner großer, früher blühender Städte, wie Köln, Duisburg und Düsseldorf — leben am Rande des Verhungerns aus öffentlichen Mitteln. Die Schwerindustriellen Rheinland-Westfalens, die Junker und Großkapitalisten des ganzen Reiches haben die Lage zu einem Riesenraubzug gegen die Proletarier, die Kleinbürger und Kleinbauern Deutschlands schamlos ausgenutzt. Ihre unstillbare Goldgier zerschlug in der Wirtschaft, was noch zu zerschlagen war, und plünderte den öffentlichen Schatz, den die Armen und Ärmsten mit ihren Steuern füllen müssen. Papiergeldschwindel, stillgelegte oder kurzarbeitende Betriebe, vom Markt verschwindende Waren prägen die Signatur des Tages.

Mit 4 Millionen Arbeitsloser und 3½ Millionen Kurzarbeiter war im Dezember ungefähr ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung Deutschlands ganz oder fast erwerbslos. Hinter diesen 7½ Millionen aber stehen weitere Millionen von Frauen, Kindern, alten Eltern, die vom Verdienst der jetzt Brotlosen lebten, stehen Millionen Kriegskrüppel, Kriegswitwen und Kriegswaisen, Sozial- und Kleinrentner, verkrachte Handwerker, kleine und mittlere Geschäftsleute, dazu das Heer entlassener und schlecht besoldeter Angestellter, Beamten, Lehrer, existenzlos gewordener Intellektuellen aller Art. In München waren zum Beispiel 15% der Ärzte ohne Erwerb. Um diesen großen Elendsblock liegt ein breiter Gürtel von Millionen, die morgen schon Brotlose, Heimatlose werden können. Jedoch auch die Glücklichen, denen Beschäftigung und Verdienst gesichert erscheint, entbehren zum großen Teil mit den Ihrigen das Nötigste. Der Lohn der Arbeiter, das Gehalt des Angestellten, Beamten usw. beträgt nur die Hälfte, ein Drittel der Vorkriegszeit, und die Preise des Lebensbedarfes sind auf das Doppelte und mehr gestiegen. Ein qualifizierter Arbeiter verdiente vor 1914 in einer Stunde so viel, daß er ein Pfund gutes Fleisch kaufen konnte, jetzt muß er sich acht Stunden plagen, um es bezahlen zu können. Der Tagesverdienst vieler Familienväter reicht nur knapp hin, um genug Brot zu beschaffen. In den Industriezentren, in vielen größeren Städten Bettler, Hungernde, Frierende, Ausgemergelte auf Schritt und Tritt. Zitternde Greisinnen und hohlwangige Kinder suchen im Kehricht nach Brotkrusten. Nicht allein das Proletariat, das leidensgewohnte, stellt die Heere der Verderbenden und Sterbenden. Die Beutesucht der großen Kapitalisten hat die mittleren Bevölkerungsschichten expropriiert und in die Tiefen aller sozialen Nöte gestoßen.

Dieses aber muß der Internationale Kommunistische Frauentag den Massen ins Bewußtsein hämmern, wenn er sie aufruft, sich in brüderlicher Solidarität an dem Kampf gegen das Hungersterben in Deutschland zu beteiligen. Die Ursache, daß Millionen vom schwärzesten Elend verschlungen werden, ist nicht wie in Sowjetrußland 1921/22 eine Naturkatastrophe. Sie ist sozialer, politischer Natur. Sie zerfleischt nur die Proletarier und Angehörigen der mittleren Bevölkerungsschichten, die Ausbeutenden und Wuchernden schlemmen wie nie. Sie hat ihre letzte Wurzel darin, daß die deutschen Arbeiter in ihrer Mehrheit von den verräterischen und feigen sozialdemokratischen Führern getäuscht, die in ihre Hand gefallene politische Macht nicht revolutionär gebraucht haben, um ihre Diktatur aufzurichten und den ihnen das Blut und Mark aussaugenden Vampyr Kapitalismus zu Boden zu schlagen. Von dem Trugbild der Demokratie genarrt, haben sie der bürgerlichen Republik fünf Jahre Kredit gegeben, um ihnen durch verheißene Reformen Brot, Recht, Freiheit zu sichern. Und das Ergebnis?

Die deutsche Bourgeoisie hat in diesen fünf Jahren ihre Herrsch- und Ausbeutungsgewalt über die Lohnsklaven befestigt, das Ende ist weder Demokratie noch Reformen, sondern die militärische Diktatur unter Seeckt. Der Achtstundentag ist vernichtet, das kümmerliche Recht der Betriebsräte wird zertreten, das Streikrecht den Unternehmern ausgeliefert und mit Maschinengewehren zur Strecke gebracht, die Löhne sinken. Die Wucherpreise für Lebensmittel, Kleidung, Wohnung, Kohlen usw. sind unerschwinglich, die Steuerlast steigt unerträglich, der Belagerungszustand räumt mit Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit auf und stampft wie in Bayern, Sachsen und Thüringen mit der Verfassung die letzten demokratischen Flitter unter die Füße. Der Sozialdemokrat Ebert reicht den wilhelminischen Generalen das Schwert, mit dem sie die Schaffenden der Knechtschaft Stinnes unterwerfen, die Hungernden und Meuternden zu Paaren treiben. Um die Ausgebeuteten und Enterbten der Verteidigung und Führung zu berauben, wurde die Kommunistische Partei verboten, ihre Presse unterdrückt, ihre Kämpfer füllen die Gefängnisse.

Politisch wie die letzte Ursache, ist auch die Auswirkung des grenzenlosen Elends in Deutschland. Hungersnot mordet vorzeitig Millionen Werktätiger, sie lichtet die Reihen und schwächt die Kraft ihrer Kämpfer. Das Proletariat aber bedarf für seine Schlachten wie nach dem Sieg für sein Aufbauwerk der Macht der Zahl. Der Hungernde, der in zitternder Gier nach einem Mundvoll Brot ausschaut, der vom Elend Zermürbte, sie werden vielleicht in einem Augenblick der Verzweiflung tollkühn vorwärts stürmen, allein ihnen eignet selten die Kraft, ausdauernd, zäh im Kampfe durchzuhalten, lockende Hoffnungen und Vorteile lassen sie leicht beiseite treten oder treiben sie gar den Heeren der Gegenrevolution zu. Erwerbslosigkeit und Entbehrungen haben viele um die faschistischen Fahnen gesammelt.

Die deutsche Hungersnot ist eine Gefahr für die revolutionäre Kampfeskraft des deutschen Proletariats. Ihr in internationaler Solidarität steuern, bedeutet den Willen, die Energie der Ausgebeuteten in Deutschland für die Revolution stärken und stählen. Das von Schwestern und Brüdern jenseits der Grenze gereichte Brot hat dafür zwiefache Kraft. Es sättigt nicht bloß den knurrenden Magen, es entzündet in der Erinnerung an die Spendenden die Flamme internationaler Gesinnung, es wirbt revolutionäre Kämpfer. So fordert es die Sache der Revolution in dem Lande Westeuropas, wo ihr endlicher stolzer Schrei: „Ich bin!" von größter Tragweite dafür sein wird, daß die Werktätigen in Frankreich und Polen, in der Tschechoslowakei und den übrigen kapitalistischen Staaten sich zur großen geschichtlichen Abrechnung mit ihren Klassenfeinden erheben. Der Internationale Kommunistische Frauentag darf nicht nur für Notleidende an die Herzen rühren. Er muß die Geister wachrütteln zur tatkräftigen Hilfe für revolutionäre Kämpfer. Er ist eine Aktion zielbewußter kommunistischer Erkenntnis und Entschlossenheit, Millionen Frauen zu tragenden Kräften der proletarischen Weltrevolution emporzuheben und diese dadurch vorwärts zu treiben.

Das große Ziel begreift in sich, daß der Internationale Kommunistische Frauentag eine zunehmende **Solidaritätskundgebung** sein muß auch für die Proletarier, die Schaffenden aller Länder, in denen die Herrschaft der Militärdiktatur, der Faschismus, die Ausplünderungs- und Unterdrückungsgewalt der großen Besitzenden steigert. Wo immer die Frauen am 8. März geloben, den schärfsten Kampf gegen das Elend und die Unfreiheit des Volkes der Arbeit zu führen, da werden sie auch der schwergeprüften Arbeiter- und Bauernschaft in **Jugoslawien, Griechenland, Spanien und Japan, in Italien und Bulgarien** gedenken. Hier tobt sich die Klassenherrschaft der Reichen und Ausbeutenden als zügelloser bestialischer weißer Terror gegen die Besitzlosen aus. Kein Recht schützt diese auch nur notdürftig. Durch das Verbot der Kommunistischen Partei ist die revolutionäre Vorhut in die Illegalität gedrängt, ihre Kämpfer schmachten in Kerkern, sie werden auf das grausamste gemartert, gemordet und gemeuchelt. In Japan richtete die Militärdiktatur ihr Regiment auf den Trümmern und der herzzerreißenden Not auf, die durch die Erdbebenkatastrophe geschaffen wurden. Mussolinis eiserne Faust würgt noch immer das italienische Proletariat, das sich unter der Kommunistischen Partei aufs neue zu sammeln beginnt, schwersten Hindernissen und Gefahren zum Trotz. Die in Bulgarien herrschende Wucher- und Offiziersclique nimmt für sich und die Bourgeoisie brutalste Rache dafür, daß die Arbeiter und Bauern sich unter kommunistischer Führung zu tapferem Kampf erhoben hatten. Doch auch hier sammelt die geächtete und gehetzte Kommunistische Partei die zersprengten Proletarier und wirbt ihnen unter den verelendenden Bauern Bundesgenossen. Es versteht sich, daß unter den obwaltenden Umständen unser Frauentag eindringlich den Ruf erheben muß: **Kampf gegen den weißen Terror! Hilfe für seine Opfer, für die Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz! Heraus mit den Eingekerkerten!** Sogar politisch noch nicht erwachte und geschulte Frauen werden ein offenes Ohr und Herz für diesen Ruf haben und durch ihr Herzgefühl Anregung zum Verstehenlernen empfangen.

Das Bewußtsein internationalen Verbundenseins schiebt für den Kommunistischen Frauentag noch eine andere politische Losung in den Vordergrund. **Die rückhaltslose Solidarisierung mit den nationalen Freiheitskämpfen,** in denen sich die Bevölkerung der Kolonial- und Halbkolonialländer, der von Kolonisation bedrohten Staaten und Gebiete wider den kapitalistischen Imperialismus erhebt. Von Irland bis China aufzüngelnde Flam-

men oder schon gewaltige Feuerbrände der nationalen Rebellion. Fast allerwärts neben ihr, mit ihr soziale Erhebungen — Streiks, Demonstrationen usw. — die sich sowohl gegen die fremden wie gegen die einheimischen Ausbeuter richten. Überall auch ein politisches, ein soziales Erwachen der Frauen. Frauenmassen stehen in Irland im Lager der nationalen Revolution, in den Ländern des Nahen und Fernen Ostens kann sich der Nationalismus tapferster Vorkämpferinnen rühmen, in Indien beteiligen sich tausende Arbeiterinnen an den Streiks. Die Revolution rüttelt an den letzten Herrschafts- und Ausbeutungsgebieten des Kapitalismus, sie vernichtet seine letzten Reserven. Wir begrüßen das freudigst, denn wir sind felsenfest davon überzeugt, daß nur die Überwindung des Kapitalismus, daß nur die Revolution den Frauen das Tor zur vollen sozialen Gleichheit und vollen menschlichen Freiheit öffnet. Darum bleibt eine Losung unseres Internationalen Kommunistischen Frauentages so selbstverständlich, daß sie keiner Begründung bedarf: umfassende, kraftvolle Solidarität mit Sowjet-Rußland, dem Land der proletarischen Revolution, wo die Diktatur der Arbeiterklasse gleiches Recht für beide Geschlechter geschaffen hat. Kampf gegen alle kapitalistischen Gewalten, die den Proletarier- und Bauernstaat niederwerfen wollen. (Fortsetzung folgt.)

Politik

Die Parlamentswahlen in Italien.

Die Taktik der Parteien für die am 6. April stattfindenden Parlamentswahlen.

Von Ruggiero Grieco (Rom).

** Die Rede, die Mussolini am 28. Januar in der Generalversammlung der Faschisten in Rom gehalten hat, eröffnet offiziell die Wahlkampagne. Der eigentliche Beginn der Periode der Wahlvorbereitung fällt bereits in den Dezember und kann datiert werden von dem Tage, da die Sitzungsperiode des Parlaments geschlossen wurde. Am selben Tage begann überall die Diskussion über das aktuelle Problem: die Wahlen. Die von Mussolini am 28. Januar im Palazzo Venezia gesprochenen Worte werden sicherlich nicht ohne Einfluß auf das Programm und die Taktik der im Wahlkampf stehenden Parteien sein.

Der Ministerpräsident hat die Aufgabe, die der Faschismus sich mit der Ausschreibung der Neuwahlen setzte, klar ausgesprochen: man will die Herbeiführung eines Volksbeschlusses. Die diesbezüglichen Äußerungen Mussolinis waren recht wenig geschickt. Es ist natürlich unmöglich, an die Neutralität der Regierung bei den Wahlen zu glauben, besonders in Italien, wo jeder die schlecht verkleidete politische Korruption kennt, die den Namen Giolittis berühmt machte, ebenso wie die Taten seiner Söldlinge, die, bezahlt durch die Regierungskandidaten oder die Regierung selber, um jeden Preis die Wahl ihres Soldherrn durchzuführen hatten. Doch verlangt die elementare Taktik der Regierung, mag diese vorurteilslos sein oder nicht, daß das Recht der Bürger auf Freiheit der Propaganda und der Abstimmung öffentlich verkündigt werde und daß alle Staatsorgane zur Wahrung dieses Rechtes angehalten werden. Mussolini, der nicht oft genug darauf hinweisen kann, daß er im Oktober 1922 keine Sondergerichte und Ausnahmsgesetze geschaffen, daß er den konstitutionellen Staatsapparat beibehalten und keine politische Organisation aufgelöst habe, sabotiert in Wirklichkeit systematisch die Gesetze der Verfassung; so hat er unsere Partei, ohne sie aufzulösen, in eine solche Lage gestellt, daß ihr jede irgendwie legale Arbeit unmöglich gemacht wird. In diesen Tagen gerade sind in Varese (Provinz Mailand) einige Genossen verhaftet worden, die beschuldigt werden, eine kommunistische Sektion gegründet zu haben (in Varese hat es immer eine kommunistische Sektion gegeben, die selbstverständlich illegal leben mußte). Unsere Presse ist vor einigen Monaten verboten worden, und erst vor wenigen Tagen wurde dieses Verbot aufgehoben; doch machen wir uns keine Illusionen — sicherlich wird es sehr bald wieder in Kraft gesetzt werden. Die Taktik Mussolinis dient ihm für seine Außenpolitik; es liegt ihm daran, nach außen hin nicht als Haupt einer reaktionären Regierung zu erscheinen, denn bei den bürgerlichen Regierungen, mit denen er verhandeln muß und die im gewissen Sinne der italienischen gleichwertig sind, ist es üblich, eine liberale und demokratische Sprache zu führen. In seiner Rede am 28. Januar hat Mussolini sich wohl davor gehütet, seine Ansicht über die italienischen politischen Probleme zu äußern oder gar ein Programm aufzustellen. Er unterzog — die in unserem Lande traditionelle Rhetorik ins Feld führend — das Verhalten der verschiedenen Parteien einer Prüfung und schloß mit dem üblichen Hinweis auf die Möglichkeit eines Appells an die Schwarzhemden, eine Möglichkeit, die stets gegenwärtig ist, die als Schreckgespenst herhalten muß für alle in Opposition gegen den Faschismus stehenden Parteien. Ein faschistisches Wahlprogramm gibt es nicht: in der Rede vom 28. Januar war es nicht enthalten, und es wird auch fernerhin nicht verkündet werden, nachdem der Ministerpräsident seinen Freunden versichert hat, daß er in dieser Wahlperiode seinen Mund nicht mehr öffnen werde. Wer die intellektuelle und politische Bewegung des Faschismus verfolgt, der weiß, daß dieser tatsächlich keine Theorie, keine Doktrin besitzt, daß er entstanden ist als Reaktion auf die große soziale Bewegung der Arbeiterschaft in den Jahren 1919/20. Der Faschismus beschäftigt sich vielmehr mit aktuellen Tatsachen, mit „Einzelfällen", die er — ohne Beschränkung durch vorgefaßte Methoden — je nach Opportunität und Erfordernis des gegebenen Moments prüft und zu lösen versucht. Darum kann sich der Faschismus den Luxus leisten, kein Programm zu haben. Das faschistische Programm kann in einem Wort ausgedrückt werden: Nation: Dem Parlamentarismus steht Mussolini als einer historischen Tatsache gegenüber: er sagt, so lange es die Krankheit des Parlamentarismus in Europa gibt, müsse man Wahlen veranstalten. Die Behauptung ist keine Theorie, sondern eine Pose. In Wirklichkeit ist Mussolinis Antiparlamentarismus darauf gerichtet, ein gefügiges Parlament als Instrument in seinen Händen zu haben.

Die Klerikale Volkspartei (Popolari), die schon viele Monate hindurch die politische Losung: „Weder Arbeitsgemeinschaft noch Opposition" verteidigt, geht jetzt mit ihrem Wahlmanifest entschlossen ins Lager der Opposition über. Die faschistische Presse beeilt sich, die Popolari als regierungsfeindliche Partei zu brandmarken.

Die Republikaner, die keine große Anhängerschaft im Lande haben, gehören zur Opposition und werden mit eigener Liste an den Wahlen teilnehmen.

Anhänger der Wahlenthaltung sind die unitaristischen Sozialisten (Turati-Partei), während die Maximalisten, deren Ansichten der „Avanti" vertritt, ihr Verhalten noch nicht klar zum Ausdruck gebracht haben. Die Kommunisten haben schon im Dezember ihren Willen zur Beteiligung an der Wahl kundgegeben. Über den von den Kommunisten an die Unitarier und Maximalisten gerichteten Vorschlag eines Wahlblocks der „proletarischen Opposition" wird besonders zu sprechen sein.

Die liberale und demokratische Opposition ist sich über ihr Verhalten noch nicht klar. Die Mailänder Gesellschaft zu Verteidigung des Proportionalwahlsystems ist umgewandelt worden in ein Komitee der demokratischen Verteidigung mit einem Programm, das in Opposition zum Faschismus steht. Mit diesem Komitee scheint die Demokratische Liga — die 1923 in Rom gegründet wurde und an deren Spitze Bonomi steht — in Verbindung getreten zu sein, um gemeinsam die Form der Teilnahme an den Wahlen am 6. April zu beraten. In diesen Tagen findet außerdem eine Konferenz der Autonomen Demokraten statt, einer Gruppe, die sich von der regierungsfreundlichen sozialen Demokratie, an deren Spitze der Minister Di Cesaro steht, abgetrennt hat und zur Opposition übergegangen ist. Man nimmt an, daß all diese oppositionellen demokratischen Gruppen einen Block bilden werden. Doch ist es schwierig, über das Verhalten der demokratischen Parteien Prognosen zu stellen: in ihren Reihen gibt es viele kleine Führer, die sich nach einem Abgeordnetenmandat sehnen, aber es gibt keinen großen Führer, der alle um ein ernstes Programm sammeln könnte.

Die Regierungsliste, die eine nationale Liste mit faschistischer Mehrheit sein wird, wird Namen von faschistenfreundlichen Persönlichkeiten beliebiger Parteien oder von parteilosen Faschistenfreunden enthalten. Die Aufnahme ihrer Namen in die Regierungsliste bedeutet nicht das Übereinkommen auf Grund eines bestimmten Programms (die Regierungsliste hat kein festes Programm) mit den Parteien, deren Mitglieder in der Liste figurieren. Die Regierungsliste umfaßt rechtsstehende Sozialisten aus der faschistenfreundlichen Gruppe Gironda (Entico Ferri, Cesare Alessandri), Popolari (Nationale Union der Popolari), Demokraten (Soziale Demokratie), Liberale (faschistenfreundliche Rechtsliberale). Die liberale Partei, die ihre Autonomie behalten will, wird sich an der Wahl der Liste der Minderheit beteiligen, ihre „parallele" Liste wird von der Regierung unterstützt werden. Das Wahlgesetz, das der Regierungsliste auf jeden Fall den Sieg sichert, nimmt durch das System der „parallelen" Listen noch eine Anzahl der Minderheitssitze für die liberalen Freunde

der Regierung in Anspruch und stärkt so die parlamentarische Stellung der Regierung.

Alles oben Gesagte trägt den Charakter einer Information; wir Kommunisten wundern uns über nichts, was mit diesen Wahlen zusammenhängt: sie unterscheiden sich von den früheren oder von den Wahlen in anderen kapitalistischen Ländern, weil die in Italien augenblicklich herrschende diktatorische Methode sich formell unterscheidet von den Methoden, die die Bourgeoisie in anderen Ländern gegenwärtig anwendet.

Brief aus Belgien.

Von J. Jacquemotte (Brüssel).

** Schon seit Wochen, wenn nicht seit Monaten, führt die bürgerliche Presse eine wütende Protestkampagne gegen die im Betriebe der belgischen Eisenbahnen bestehende Mißwirtschaft. An jedem Tag wird in spaltenlangen Artikeln aufs neue dargelegt, daß der Staat unfähig sei, die Eisenbahnen zu verwalten und den Bedürfnissen des Verkehrs Rechnung zu tragen.

Diese Kampagne hat den einzigen Grund, die öffentliche Meinung für eine Offensive des Kapitalismus vorzubereiten, die auf die Umstellung der staatlichen Bewirtschaftung der belgischen Eisenbahnen in eine privatkapitalistische Bewirtschaftung hinzielt.

Ein kleines Börsenjournal, der „Quotidien Financier" (Finanzielles Blatt), kündigte am 10. Januar in einem Artikel „Der Frieden der Götter" an, daß die beiden gewaltigen gegnerischen Gruppen „La Société Générale" und die „Banque de Bruxelles" dank der Diplomatie des Bankmagnaten Empain sich vollständig und endgültig ausgesöhnt hätten. Es führt als Ursache dieser Aussöhnung folgendes an:

„Es ist keine Kleinigkeit, um derentwillen die Götter Frieden geschlossen haben; nein, das geschieht mit der Aussicht auf ein ungeheures Geschäft, das gemacht werden soll: ein Trust der „Générale", der „Banque de Bruxelles", der „Banque Empain" und der „Financière du Transport" soll den Betrieb der Eisenbahnen des belgischen Staates übernehmen. Die Bedingungen sollen bereits niedergelegt, der Gesellschaftsvertrag fast fertiggestellt sein. Der Staat soll an den Einnahmen in einem noch zu bestimmenden Verhältnis beteiligt werden. Außerdem soll der Staat eine bestimmte Anzahl Millionen Franken vorgestreckt erhalten. Er wird jedes Risiko, er wird alle Sorgen los werden und außerdem vor finanziellen Verlusten gesichert sein. Er wird sogar Gelder einnehmen . . ."

Zahlreiche Regierungsblätter der Rechten wie der Linken bringen übrigens jetzt immer deutlichere Angaben über das angestrebte Ziel. Ein klerikaler Abgeordneter gibt in einem von dem Bankier Löwenstein ausgehaltenen Blatte seine „Hilfsmittel" bekannt, nachdem er die Notwendigkeit dargelegt hat, das Staatsbudget zu verringern, ohne die „zweifelhaft gewordene" Schuld Deutschlands zu berücksichtigen:

„Die Eisenbahnen verursachen uns 700 Millionen Franken Defizit; entäußern wir uns der Eisenbahnen! Vor dem Jahre 1914 waren sie zwei Milliarden wert; wir können also gegenwärtig mindestens einen Wert von sechs Milliarden veranschlagen; das bringt bei fünfprozentiger Verzinsung 300 Millionen ein. 300 Millionen Mehreinnahmen, 700 Millionen Ausgabenverringerung — das macht eine Milliarde aus . . ."

Ein liberales Blatt, „L'Union Libérale" in Verviers, dessen Meinung die des gegenwärtigen Eisenbahnministers Neujean ist, schreibt:

„Man hat ein Interesse daran, die Verwaltung dieses Nationalvermögens einer Privatgesellschaft anzuvertrauen . . ."

Wir erfahren, daß die Regierung bereits von einer gewissen ausländischen Eisenbahngesellschaft Vorschläge erhalten hat. Die wesentliche Bedingung dafür, daß diese Vorschläge in Betracht gezogen werden, bestand in folgendem: Absolute Freiheit gegenüber dem bestehenden Personal und die Berechtigung, 80.000 Eisenbahner abzubauen."

Es ist klar, daß die belgische Hochfinanz die Übergabe der Staatseisenbahnen in die Hände eines Transporttrusts vorbereitet und daß schon jetzt Verhandlungen im Zuge sind. Sie werden nicht zum Ziele führen, wenn die hungrigen Haifische, die um die Beute herumschwimmen, sich herumstreiten, ohne zu einer Einigung zu gelangen. Aber die Verständigung zwischen der „Société Générale de Belgique" und der mächtigen „Banque de Bruxelles" läßt annehmen, daß die Finanzleute sich nicht gegenseitig auffressen werden. Im Gegenteil!

Wird die belgische Arbeiterklasse, eingeschläfert durch das reformistische Chloroform, zu handeln wissen? Diese Frage gewinnt um so größere Bedeutung, als die Reaktion ihre Absichten immer unverhüllter und nachdrücklicher zu erkennen gibt.

Der ehemalige Kriegsminister im Kabinett des Burgfriedens, Devèze, hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem er — wobei er sich dagegen verwahrt, gegen „das große Prinzip sozialen Fortschritts" einen Anschlag verüben zu wollen — in der Praxis den Achtstundentag beseitigt, um den Neun-, ja sogar den Zehnstunden-Minimalarbeitstag einzuführen. Die Bekanntgabe dieses Entwurfes hat unter dem so zahlreichen Industrieproletariat Belgiens eine große Gärung hervorgerufen. Die Metallarbeiter des Zentralgebietes haben eine Entschließung angenommen, am Tage der Eröffnung der Diskussion über den Entwurf Devèze in der Kammer einen allgemeinen Proteststreik von 24 Stunden zu organisieren.

Die Kommunistische Partei nahm diese Entschließung als Losung auf und propagiert ihre Annahme und Durchführung unter der Gesamtarbeiterschaft Belgiens. Zahlreiche Arbeiterversammlungen haben bereits gleichartige Entschließungen angenommen und außerdem vorgesehen, falls die reaktionäre Mehrheit der Kammer den Entwurf annehmen sollte, den Generalstreik bis zum äußersten durchzuführen.

Die reformistischen Führer wenden sich gegen diese Aktionslosungen. Wenn sie auch erklären, daß sie entschlossen seien, für die Erhaltung des Achtstundentages zu kämpfen, so wollen sie doch lediglich die Arbeiter dazu bewegen, all ihr Vertrauen und all ihre Hoffnung auf die parlamentarische Aktion der Sozialdemokraten zu setzen.

Wenn die belgische Arbeiterklasse den Achtstundentag verteidigen können will, den sie durch ihren unmittelbaren Ansturm nach Kriegsende erobert hat, so wird sie sich ohne jegliche Verzögerung dem Einflusse der reformistischen Anschauungen vollständig entziehen und einen energischen Kampf gegen das Unternehmertum aufnehmen müssen.

Hierbei wird die Kommunistische Partei Belgiens voll und ganz auf der Seite der Arbeiterklasse stehen. Die aktiven Kommunisten setzen alles daran, um die Arbeiter aus ihrer Passivität, die in diesem Augenblick ganz besonders gefährlich ist, herauszureißen. Die KP. Belgiens wird dabei durch die Tatsache unterstützt, daß es der Partei vom 1. Januar ab gelungen ist, ihr Wochenorgan „Le Drapeau Rouge" (Die Rote Fahne) in eine Tageszeitung umzuwandeln. Das notwendige Gründungskapital in Höhe von 100.000 Franken ist in weniger als drei Monaten durch eine Sammlung herbeigeschafft worden, die auf Grund eines Aufrufes an die Parteimitglieder, an die Sympathisierenden, an die Abonnenten und Leser der Wochenschrift „Le Drapeau Rouge" durchgeführt wurde.

Das Erscheinen der kommunistischen Tageszeitung und das Herannahen der allgemeinen Wahlen, die im Jahre 1925 stattfinden, hat die reformistischen Führer veranlaßt, ihre Angriffe gegen die revolutionären Arbeiter zu verstärken. Ständig drohen sie ganz laut mit Ausschlüssen. Die Verwirklichung dieser Drohungen begegnet aber noch — dank dem mächtigen Einheitsempfinden der Massen — großen Schwierigkeiten. Die reformistischen Führer bemühen sich, diese Schwierigkeiten zu beseitigen. Es erfolgen Einzelausschlüsse, die von den Zentralkomitees ohne Befragung der organisierten Arbeiter vorgenommen werden.

Die Kommunistische Partei, die aus dem letzten Kampfe gegen die Regierung gestärkt hervorgegangen ist (das „Große Komplott gegen die Sicherheit des Staates"), wird ihre Aktion unter den Arbeitern zur Verteidigung ihrer Klasseninteressen ohne Ermattung und ohne Schwäche fortzuführen wissen.

Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko in Sicht.

Von John Pepper (New York).

** Der gierige amerikanische Imperialismus bereitet einen neuen Kreuzzug vor: er will Mexiko erobern.

Die Regierung der Vereinigten Staaten kaufte zuerst für Obregon Waffen und schickt jetzt Kriegsschiffe nach Tampico.

Die Coolidge-Regierung erklärte zuerst, sie verkaufe Waffen an Obregon, weil dies die „konstitutionelle" Regierung von Mexiko sei und weil die Vereinigten Staaten an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Mexiko interessiert seien.

Die Coolidge-Regierung erklärt nun, daß sie Kriegschiffe entsenden mußte, um die durch die Regierung von Adolfo de la Huerta über Vera Cruz verhängte Blockade zu brechen, um so „die Einmengung in den gesetzlichen amerikanischen Handel zu verhüten".

Wir müssen die Arbeiter und Bauern in unserem Lande aufrütteln. Die größte Gefahr bedroht uns. Die Vereinigten Staaten, das jüngste, gierigste und mächtigste imperialistische Land der Welt geht offen darauf aus, Mexiko zu erobern, nachdem es dieses Land ökonomisch untergraben hat. Aber die Eroberung von Mexiko ist nicht bloß die größte Gefahr für die Arbeiter und Bauern von Mexiko, sondern auch die größte Bedrohung der Arbeiter und Bauern der Vereinigten Staaten. Die Kosten des Weltkrieges wurden mit dem Blute, dem Schweiße, aus dem Gelde der Arbeiter und Bauern der Vereinigten Staaten gezahlt. Die Arbeiter zahlen noch immer durch die erhöhten Kosten für die Lebenshaltung. Die Bauern zahlen noch immer durch den furchtbaren Bankrott von Millionen und aber Millionen der sich mit dem Boden Abrackernden. Ein neuer Krieg gegen Mexiko würde eine Verschärfung der Weltkrise bedeuten, er würde ein Anwachsen der Armee und der Flotte, die Verstärkung der zentralistischen Regierung bedeuten und neue und immer wieder neue Lasten auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung wälzen.

Das ist das verschlagenste und skrupelloseste Spiel, das der amerikanische Imperialismus spielt. Der Imperialismus der Vereinigten Staaten zwang zuerst die Obregon-Regierung auf die Knie, die Obregon-Regierung wurde von den Vereinigten Staaten anerkannt, aber erst nachdem Obregon alle Vorrechte und Privilegien der amerikanischen Kapitalisten in Mexiko anerkannt hatte, nachdem Obregon, der Vertreter des jungen mexikanischen Kapitalismus, nicht nur die Interessen des einheimischen mexikanischen Kapitals verraten, sondern auch begonnen hatte, die Arbeiter zu unterdrücken und die Bauern zu entwaffnen, die ihm bisher ihre Unterstützung geschenkt hatten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erkannte die Obregon-Regierung an nach der Kapitulation Obregons, aber die Obregon-Regierung scheint den Vereinigten Staaten noch immer zu radikal, und der amerikanische Imperialismus zettelte im selben Augenblick, in dem Obregon anerkannt wurde, eine Konterrevolution in Mexiko gegen Obregon an. Hinter Adolfo de la Huertas Konterrevolution standen nicht nur die Großgrundbesitzer, die einen Teil ihres Landes an die bewaffneten Leibeigenen abgeben mußten, standen nicht nur die unzufriedenen Offiziere und die reaktionäre katholische Kirche, sondern auch die mächtigen amerikanischen Ölinteressenten.

Wall Street (die New Yorker Börse) anerkannte Obregon, und Coolidge verkauft ihm Waffen, während zur selben Zeit die Konterrevolution de la Huertas durch Wall Street finanziert wird. Gleichzeitig aber schickt Coolidge Kriegsschiffe aus, um die Blockade, die die de la Huerta-Regierung verhängt hat, zu brechen.

Dies alles sind scheinbar lauter Widersprüche. Es kommt einem wie Wahnsinn vor. Aber es liegt eine furchtbare und blutige Methode und Logik in diesem Wahnsinn. Diese Methode und Logik ist die Methode und Logik des Imperialismus.

Dieses scheinbar widersprechende Vorgehen der Vereinigten Staaten läßt sich aus den Plänen der Wall Street und des Weißen Hauses erklären, die Mexiko erobern wollen. Die Vereinigten Staaten unterstützen Obregon und unterstützen Huerta, um dadurch jegliche Regierung in Mexiko unmöglich zu machen. Die amerikanischen Kapitalisten wollen in Mexiko eindringen. Die Chikagoer „Daily Tribune" hat die Pläne der Imperialisten verraten. So sagt die Chikagoer „Daily Tribune", die die Tendenz des amerikanischen Imperialismus vertritt, der nichts mit Europa zu tun haben, sondern das Lateinische Amerika erobern will:

Wir beschützten und unterstützten den richtigen Mann, aber wenn er freundschaftlich ist und Mexiko friedlich gestalten will, dann ist es höchste Moral, ihm Waffen und Munition zu liefern. Wenn aber diese Methode nicht von Erfolg begleitet sein sollte, werden die Vereinigten Staaten eventuell zu einer direkten Intervention gezwungen werden, wie sie in Haiti und anderen Orten dazu gezwungen waren.

„In diesem Falle wäre es für Amerika am weisesten, die gutbezahlten Mexikaner vom Lande anzuwerben und ihnen aufzutragen, die Ordnung in ihrer Heimat aufrechtzuerhalten, genau wie die Polizei auf den Philippinischen Inseln. Das würde natürlich einen Aufruhr erregen, aber er wäre gerechtfertigt. Er könnte durch die Unterstützung einer mexikanischen Verwaltung in der Weise, wie unsere Regierung es jetzt macht, vermieden werden."

Es ist unsere Pflicht, die Arbeiter und Bauern im ganzen Land aufzurufen, die Pläne des amerikanischen Imperialismus zu enthüllen und gegen den neuen Krieg zu kämpfen. Die Arbeiter und Bauern müssen erkennen, daß ein Schritt dem anderen folgt. Zuerst kam der Verkauf der Waffen, der zweite Schritt war die Entsendung der Kriegsschiffe. Der dritte Schritt wird die Landung von Truppen sein. Der vierte Schritt wird sein: die vollständige Mobilmachung der Armee und der Marine.

Es gibt eine Möglichkeit, daß der mexikanische Krieg nicht isoliert bleibt. Schon ist ein Konflikt zwischen den amerikanischen und britischen Ölinteressenten in Mexiko entbrannt. Heute schon schicken die Vereinigten Staaten Kriegsschiffe aus, um den „legitimen amerikanischen Handel" zu schützen. Morgen wird Großbritannien Kriegsschiffe entsenden, um den „legitimen britischen Handel" zu schützen.

In der imperialistischen Periode des Kapitalismus besteht immer die Möglichkeit und sogar die Wahrscheinlichkeit, daß ein lokaler Krieg nicht isoliert und lokalisiert bleibt. Im Jahre 1914 führte der ausgesprochen lokale Konflikt zwischen Österreich und Serbien zu der Explosion des Weltkrieges. Wer kann garantiren, daß der lokale Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko nicht im Jahre 1924 zu einem neuen Weltbrand führt? Wir müssen erkennen, daß Kriegsgefahr und Krieg in der imperialistischen Periode nicht Zufälle sind, sondern mit eherner Notwendigkeit aus der inneren Struktur der imperialistischen Periode selbst folgen. Was die Regierung der Vereinigten Staaten in Mexiko heute tut, wurde theoretisch schon am 8. November 1923 vom Handelsminister Hoover verkündet, der in einer Rede am amerikanischen Schiffahrtskongreß erklärte:

„Es muß rechtzeitig betont werden, daß unser internationaler Handel einer der Grundpfeiler unserer Lebenshaltung ist; daß die gesamte Struktur unseres Lebens und unseres Wohlbefindens von der Einfuhr von Waren abhängt, die wir selbst nicht hervorbringen und nicht hervorbringen können ... Zinn, Gummi, Kaffee, Zucker und eine Menge anderer Dinge. Fernerhin hängt die Zahl der Waren, die wir einführen können, von dem Umfang unserer Ausfuhr ab. Ja noch mehr, wir brauchen eine konstante Ausdehnung unseres Absatzmarktes, um unserer inländischen Produktion durch Erweiterung ihres Kundenkreises Stabilität zu verleihen."

Union der Sowjetrepubliken

Kerkermeister des Zaren vor dem Moskauer Revolutionstribunal.

Von Victor Serge (Kiew).

** Am 14. August 1912 ließ sich Herr Staatsrat I. P. Sementowskij, Inspektor der Hauptverwaltung der Gefängnisse des Zaren, im Gefängnisse von Kutomar eingetroffen, die Türe der Zelle des politischen Verurteilten Brillion öffnen und sprach ihn an, wobei er ihn duzte. „Ich bitte Sie", antwortete der Verurteilte, „mich nicht zu duzen." Worauf der Herr Inspektor nur die übliche Antwort der hohen Funktionäre einer Strafvollzugsverwaltung, also berufmäßiger üppig bezahlter Folterknechte, finden konnte:

„Man züchtige diesen Häftling!"

Dieser Häftling wurde auch sogleich mit Ruten gezüchtigt. Am folgenden Tage nahm er eine starke Dosis Morphium zu sich, ohne daß es ihm jedoch gelang, sich damit zu töten. Das ganze Gefängnis revoltierte. Den Mißhandlungen, den Grausamkeiten und der schändlichen Strafe der Auspeitschung hatten die revolutionären Eingekerkerten nur zwei Waffen entgegenzusetzen: den Hungerstreik und den Selbstmord, der letzte Appell an die öffentliche Meinung. Der Häftling Moschkin nahm Strychnin zu sich, kam aber nach entsetzlichen Qualen mit dem Leben davon. Ein gewisser Pirogow öffnete sich die Adern. P. Michailow wurde irrsinnig. Diejenigen, die nicht unter der Auspeitschung verröchelten, suchten aus Solidarität den Hungertod. Fünf Tapfere verübten Selbstmord. Der Verurteilte Wassiljew wurde mit einem Säbelhiebe niedergemacht, während man ihn auspeitschte. Der Direktor des Gefängnisses, Golowkin, sagte den Verurteilten: „Eure Sache ist es, zu sterben; die meine, Euch zu begraben."

In der Zentralstelle von Orel, einem andern berühmten Zarenkerker, im Zuchthause von Serentuj, im Zuchthause von

Akatuj, in Warschau, in allen Gefängnissen, deren weites Netz sich von den Polargebieten bis zur Krim, von den Grenzen Deutschlands bis Sachalin erstreckten, wiederholten sich die gleichen Greuel durch Jahre hindurch. Der Zarismus fühlte sich der Zukunft sicher. Die kleinen französischen Rentner ließen ihm jedes Jahr einige Milliarden aus ihren Ersparnissen zukommen: er hatte also die Mittel, seine Henker zu bezahlen.

* * *

Sechs Jahre sind seit dem Ende dieses Regimes vergangen. Der Herr Staatsrat I. P. Sementowskij, Inspektor der Hauptverwaltung der Gefängnisse, ein alter, beleibter Mann mit einem weißen Apostelbart, war nun am 10. Januar und den folgenden Tagen dieses Jahres nur mehr ein „Bürger", der höchst ehrfurchtsvoll vor dem Revolutionstribunal in Moskau erschien. Noch dazu in glänzender Gesellschaft.

Man sah an seiner Seite auf der Anklagebank den Dr. Rychlinskij, ein bemerkenswertes Muster von einem Arzte all dieser Strafvollzugsverwaltungen. Dieser Praktikus ließ seinerzeit eine besondere Sorte Watte herstellen, die dazu bestimmt war, durch entsprechende Massagen die Spuren von Schlägen zu verwischen. Einem sterbenden Häftling verweigerte er eine Tasse Bouillon. Er beließ Sterbende in ihren Ketten. Er gab seine Zustimmung zum „Herstellen von Tuberkulosen".

Diese Sache war die Spezialität der angeklagten Gefängnisaufseher Semaschko und Nowitschenko. Diese rohen Gesellen wußten, welche Rippen zu brechen waren, welche Stellen des Brustkorbes zu schlagen waren, um bei den Gefolterten eine galoppierende Schwindsucht herbeizuführen.

Ein ehemaliger Oberaufseher der Gefängnisse von Kutomar, Irkutsk, Serentuj, Orel namens Kovalew und ein ehemaliger Direktor der Gefangenentransporte, Melkich, verantworteten sich an ihrer Seite in größter Verlegenheit...

Das war der Prozeß der menschlichen Bestialität. Der Prozeß des Gefängnisses, der Maschine zur Zermalmung der Gesetzesübertreter, der Ausgestoßenen, der Aufrührer, die von der Bourgeoisie unserer Zeit auf den höchsten Grad der Vollkommenheit gebracht worden ist. Es kam die Rede auf gewisse Baumwollspinnereien in Orel, die derart gefürchtet waren, daß sich politische Häftlinge die Finger abschnittten, um nicht dorthin zu kommen.... Ein ehemaliger auf Lebenszeit zu Zwangsarbeit Verurteilter, der jetzt im Kaukasus eine hohe politische militärische Stellung bekleidet, kam zur Zeugenbarre, um den Selbstmord seines Zellengefährten Illinskij zu beschreiben: „Bevor er sich vergiftete, schrieb er mir, da er kaum mehr sprechen konnte: ‚Wenn Du mich nur ein wenig lieb hast, so hindere mich nicht zu sterben'." Ein anderer ehemals zu Zwangsarbeit Verurteilter gab folgende Äußerung eines Staatsanwaltes des alten Regimes wieder: „Das Ziel der Verwaltung ist ein einfaches: die Hälfte von Euch zu vernichten, die andere Hälfte kampfunfähig zu machen." — Man rief die Toten der Zentralstelle von Orel in Erinnerung: 21 politische Häftlinge, die in den Jahren 1911/12 getötet wurden, 18 Selbstmorde. Man gedachte der Verurteilten, die bei lebendigem Leibe verbrannt wurden, von der Höhe von Innengalerien herabgestürzt wurden, um auf den Fliesen der Korridore zerschmettert zu werden, denen die Brust mit Nägeln durchbohrt wurde...

Nach diesen Debatten baten die alten Folterknechte um die Nachsicht der Richter, Sementowskij mit Rücksicht auf sein hohes Alter (63 Jahre) und auf seine Kinder; der ehemalige Direktor der Gefangenentransporte, der angeklagt worden war, die Verurteilten zur Versendung an die Folterstätten ausgesucht zu haben, im Namen seines Sohnes, der im Alter von 18 Jahren bei der Verteidigung von Petrograd gegen Judenitsch gefallen war; der ehemalige Oberaufseher Kowalew und der Arzt Rychlinskij im Namen ihrer „ehrlichen Arbeit unter der Sowjetherrschaft". Die Öffentlichkeit hätte ein Vergeltungsurteil natürlich gefunden. In anderen Epochen hat sich die Revolution unerbittlich gezeigt gegenüber Feinden, die weit weniger abstoßend waren und ihr viel weniger Übles angetan hatten. Aber der Bürgerkrieg ist beendet, die Leidenschaften haben sich geglättet, die Revolution verteidigt sich nur, sie rächt sich nicht. Die Todesstrafen, die gegen Sementowskij und Melkich ausgesprochen wurden, wurden sofort in Anwendung der Amnestie, die anläßlich des fünften Jahrestages des Roten Oktober erlassen worden war, in zehn Jahre Gefängnis umgewandelt. Rychlinskij wurde zu fünf Jahren verurteilt. Der Oberaufseher Kowalew, der neben Hunderten von unqualifizierbaren Handlungen einige Anwandlungen von Menschlichkeit anführen konnte, die er einstmals gezeigt hatte, kommt mit derselben Strafe und Bewährungsfrist davon.... Was vor allem für Nachsicht zugunsten dieser alten Henker sprach, ist ihre völlige Ohnmacht, das Gefühl, daß sie einer endgültig abgetanen Vergangenheit angehören.

Auch die Revolution hat Gefängnisse, weil sie deren bedarf, da die kommunistische Gesellschaft, die wir wollen, nicht fertig aus dem Klassenkriege hervorgehen kann. In den schrecklichen Jahren des Bürgerkrieges und der Hungersnot haben sich ohne Zweifel Dramen abgespielt. Dort ist mehr als anderswo die Unkultur des russischen Volkes zum Ausdruck gekommen. Aber mehrere bedeutende Tatsachen überragen all dies: die Abschaffung der Verurteilung auf Lebenszeit, der Körperstrafen, der Strafen über zehn Jahre Einkerkerung, die radikale Abänderung des Strafvollzuges, die großzügige rückwirkende Anwendung der Amnestien, die Anwendung des Prinzips der Klassenjustiz, das systematisch die Arbeitenden begünstigt.

... Aber in sogenannten demokratischen Ländern setzen Folterknechte, die sich kaum von diesen alten Dienern der russischen Bourgeoisie unterscheiden, ihr elendes Handwerk täglich fort. Weiß man denn, was in den Gefängnissen von Frankreich, deren Außenseiten mit der Aufschrift „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" verziert sind, die Einzelzellen, das Schließen in Eisen, die Bestrafungen mit Dunkelzelle und Halbdunkelzelle bedeuten? Weiß man, was in den Gefängnissen Eberts geschieht, in den Gefängnissen von Mussolini, von Primo de Rivera, wo wir Tausende von Genossen haben? Was für Sementowskijs in der ärgsten Gestalt sind jetzt überall dort an der Arbeit?

Wirtschaft

Die Krankheit des französischen Franken.

Von Jacques Sadoul.

** Im Verlaufe der letzten Jahre haben wir des öfteren die Gründe dargelegt, warum die französische Bourgeoisie bei aller militärischen Stärke und wirtschaftlichen Festigung innerlich doch sehr gedrückt und infolgedessen auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft sehr verwundbar war.

Als im August 1923 das englische Pfund mit 80 und der Dollar mit 18 französischen Franken bewertet wurde, wiesen wir darauf hin, daß mit Rücksicht auf die Art und die Höhe der Wechsel und Verpflichtungen der Bank von Frankreich das Steigen des Pfundes auf 100 Franken und des Dollars auf 22 Franken vorausgesagt werden kann, also gerade die Kurse, die während der letzten Wochen tatsächlich erreicht wurden. Wir kündigten damals gleichzeitig an, daß die französische Regierung dem für sie sehr gefährlichen Fortschritt der Krankheit des Franken nur dadurch Einhalt wird gebieten können, wenn sie notgedrungen zu einer Radikalkur greift.

Die finanziellen Heilmittel der Poincaré-Regierung, die das Vertrauen der internationalen Frankenbesitzer wiederherstellen sollten, würden vor allem zur Ordnung der französischen Staatsfinanzen dienen und in der Erschließung neuer fiskalischer Einnahmen bestehen, die im Rahmen des normalen Budgets zur Bedeckung derjenigen Ausgaben dienen sollen, die durch den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete verursacht sind und die sich bereits auf über 100 Milliarden belaufen; sie figurieren bisher im Budget unter dem Titel „Eintreibbare Ausgaben" (nämlich seitens Deutschlands) und sind auf dem Wege von Anleihen gedeckt.

Zu den finanziellen kommen noch die politischen Heilmittel, die den Franken durch größere Geschmeidigkeit in der Außenpolitik Frankreichs, insbesondere durch Verminderung der Poincaréschen Intransigenz England wie auch Deutschland gegenüber helfen sollen.

Schon seit dem September 1923 hat Poincaré die Notwendigkeit solcher Heilmittel erkannt. Er hat seinen Willen, neue Steuern einzuführen, kundgetan. Die ihm zur Verfügung stehende Presse hat eine Kampagne geführt, um die öffentliche Meinung von seinen Absichten zu überzeugen. Aber die öffentliche Meinung nahm so heftig dagegen Stellung, daß die Regierung in Furcht geriet und kläglich den Rückzug antrat.

Als sich Poincaré auf diese Weise gezwungen sah, auf die finanziellen Heilmittel zu verzichten, verlegte er sich um so mehr darauf, die politischen Heilmittel in Anspruch zu nehmen. Aber diese ließen sich nicht ohne jene ins Werk setzen. Poincaré bot Baldwin herzlich die Hand und zeigte Stresemann das entgegenkommende Lächeln. Vergebliche Anstrengung. Dieses Entgegenkommen, das übrigens keineswegs der Ausdruck eines

guten Willens war, wurde zuguterletzt zurückgewiesen. Baldwin und Stresemann kalkulierten mit Recht damit, daß die Regierung Poincarés nicht den Mut haben würde, den französischen Bürgern einige Monate vor den Wahlen jene gewaltigen Opfer für den Fiskus aufzuerlegen, die allein zur Sanierung der Staatsfinanzen geeignet wären, und daß sie es also angesichts des drohenden Bankrottes billiger geben würde. Daher taten sie ihr möglichstes, um die Gefahr eines drohenden Bankrottes für Frankreich zu vergrößern. Sie hofften, durch diese Methode der Schwächung Frankreichs Poincaré zu nötigen, sich zu fügen oder zu demissionieren, sich in seiner Politik anpassungsfähig zu zeigen oder die Macht aus seiner Hand zu geben.

Da sich in England und Deutschland eine beträchtliche Menge der gegenwärtig in Umlauf befindlichen 20 bis 25 Milliarden Franken befand, waren diese in der Lage, im richtig gewählten Zeitpunkt einen großen Teil hiervon auf den internationalen Markt zu werfen und so auf die französische Devise einen gewaltigen Druck auszuüben. Diese finanzielle Offensive war durch einen andauernden und wirksamen Feldzug gegen den Kredit Frankreichs in der europäischen und amerikanischen Presse vorbereitet worden.

Die wichtige Attacke auf den Franken bewirkte seinen Sturz. Es half nichts, daß Poincaré sein Bestes tat, um ihn auf den verschiedenen Börsen der Welt zu stützen und gleichzeitig den Kredit Frankreichs vor der Öffentlichkeit zu verteidigen. Es war vergeblich. Denn die Kampagne gegen den Franken vollzog sich auf einer sehr soliden materiellen Basis, da der Wert des Franken im Grunde von den in Umlauf befindlichen Banknoten und von der Höhe der öffentlichen Schuld abhängig ist und es ein Leichtes ist, den Verteidigern des Franken nachzuweisen, daß die öffentliche Schuld, insbesondere die laufende Schuld Frankreichs ständig im Wachsen begriffen ist, während sich die Quantität und Qualität der Papiergeldverpflichtungen unausgesetzt zu vermindern trachtete.

Poincarés Anstrengungen mußten vergeblich bleiben. Denn die aufgezeigte materielle Grundlage des Frankenrückganges rechtfertigte die psychologische Einstellung dazu. Beurteilt man doch fast allgemein die Zukunft der französischen Finanzen pessimistisch. Die psychologischen Gründe erklären sich nicht so sehr durch eine Verschlechterung, als vielmehr durch eine unabsehbare Verlängerung der Unbeständigkeit der französischen Finanzen. Im Januar 1923 hatte Poincaré erklärt, daß die finanzielle Stabilität durch die Ruhrbesetzung, die Deutschland zum Zahlen zwingen sollte, rasch wiederhergestellt werden würde. Nach einem Jahr der Ruhrbesetzung hat nicht nur Deutschland nichts gezahlt, sondern die Verschärfung des französisch-englischen Konflikts ließ sogar eine im Sinne der französischen Imperialisten zufriedenstellende und schleunige Regelung der Reparationsfrage unwahrscheinlicher als jemals zuvor erscheinen.

Der Ausgang der englischen Wahlen steigerte noch das Unbehagen der unglückseligen Frankenbesitzer. Die Aussicht, daß eine „Arbeiterregierung" in England ans Ruder kommen werde, bewirkte geradezu einen Sturz der französischen Währung.

Einerseits verursachte die Aussicht, daß Macdonald zur Macht käme — was die englische Bourgeoisie beunruhigte — daß englische Kapitalien ins Ausland wanderten, wodurch der Kurs des englischen Pfundes zurückging. Der Rückgang des Pfundes bestimmte die Engländer, Dollar zu kaufen. Um aber den Rückgang ihrer nationalen Währung zu verzögern, kauften sie die Dollar mit Franken, die sie in beträchlichen Mengen besaßen. Sie warfen diese Franken massenhaft auf die Märkte von New York, London, Amsterdam und Paris, wodurch der Rückgang des französischen Franken beschleunigt wurde.

Andererseits sah man allgemein voraus, daß die Außenpolitik der Regierung der Labour Party den englisch-französischen Gegensatz verschärfen, den Widerstand Deutschlands gegen die französischen Ansprüche steigern und infolgedessen den Zeitpunkt in die Ferne rücken würde, in dem Frankreich die Reparationszahlungen in Empfang nehmen, das heißt die Unordnung der französischen Staatsfinanzen beseitigen können wird.

Die Bedeutung der auswärtigen Beziehungen Frankreichs — insbesondere zu England — für den Kurs des französischen Franken wird sehr klar, wenn man sich die Kursveränderungen des französischen Franken während der letzen vier Jahre vor Augen hält.

Im Jahre 1920 zog Millerand nach mancherlei Zögern Frankreich von neuem auf den Weg des Imperialismus. Immerhin strengte er sich an, auf England Rücksicht zu nehmen. Während seiner Manöver, die die Unterordnung der rheinisch-westfälischen Industrie unter das Eisenhüttenkomitee (Comité des Forges) bezweckten, machte er der englischen Bourgeoisie zahlreiche Konzessionen. Aber selbst diese widerspruchsvolle Kompromißpolitik mußte letzten Endes doch England beunruhigen. Im Verlaufe des Jahres stieg der Dollar langsam von 13 auf 16 Franken.

Im Jahre 1921 trieben Briand-Loucheur, die vor allem die Interessen des Export- und Bankgeschäftes vertraten, eine Politik internationaler Verständigung und industrieller Übereinkommen mit Deutschland. Sie gaben unablässig ihren Wunsch kund, mit England zu kooperieren. Im Verlauf dieses Jahres ging der Dollar von 16 auf 11 Franken zurück.

Im Jahre 1922 machte sich Poincarés Politik, die der pazifistischen Politik Briands entgegengesetzt war, geltend. Poincaré bezeigte — selbst gegen Millerand — seinen Willen, sich von der Vormundschaft Englands zu befreien. Der Dollar stieg von 11 auf 15 Franken.

Im Jahre 1923 besetzte Poincaré gegen den Willen Englands das Ruhrgebiet. Trotz der unbestreitbaren politischen Siege, die er über Deutschland davontrug, fiel der Franken zum Dollar rasch von 15 auf 18. Die Wahlerfolge der englischen Labour Party lassen an einen vollkommenen Bruch der Entente glauben. In einem Monat schnellt der Dollar von 18 auf 23 Franken hinauf.

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß der französisch-englische Gegensatz vorübergehend beigelegt werden wird, um ein französisch-englisches Zusammenarbeiten zu ermöglichen, da nur ein solches Zusammenarbeiten die Regelung der Reparationsfrage gewährleistet, die die ganze europäische Politik beherrscht und deren Lösung für England und Frankreich im gleichen Maße unumgänglich notwendig ist. Aber wir sind auch weiterhin der Meinung, daß nach der Regelung der Reparationsfrage die englisch-französische Kooperation wohl oder übel aufhören und der Gegensatz zwischen der imperialistischen Bourgeoisie der beiden Länder sich verschärfen und schließlich notwendigerweise zur gewaltsamen Auseinandersetzung führen wird.

Die internationalen Kapitalisten sind gleichfalls von der Unvermeidlichkeit dieses Kampfes überzeugt. Aber auch wenn diese Herrschaften von jenem für Frankreich ungünstigen, jedoch immerhin hypothetischen Element bei ihren unmittelbaren Berechnungen absehen, so sind sie dort bemüßigt, eine Reihe von Tatsachen festzustellen, die ihre pessimistischen Anschauungen über die Zukunft der französischen Finanzen rechtfertigen. Frankreich, das ohne den englischen Verbündeten einem Deutschland gegenübersteht, das entschlossen ist, die Reparationszahlungen so sehr wie möglich hintanzuhalten, Frankreich, das von einer ungeheuren Schuldenlast bedrückt ist, kann von einem Tag zum anderen in eine Inflationspolitik hineingeraten, die den Franken jäh entwertet. Unter diesen Umständen wird die Eile begreiflich, mit der sich die Kapitalisten ihrer Franken entledigen.

Wir haben darauf hingewiesen, daß zur „Beruhigung" der Frankenbesitzer sowohl die finanzielle als auch die politische Situation in Frankreich in Ordnung gebracht werden müßte.

Aber Poincaré konnte als Gefangener seines eigenen Systems keine geeignete Finanzpolitik machen. Die Finanzlage erfordert Sparsamkeit, seine Politik Verschwendung. Er kann die Schulden an die Alliierten nicht zahlen und muß jedem, der zu ihm kommt, Geld leihen. Im Verlauf von sechs Monaten hat er Belgien 500 Millionen und 1500 Millionen der kleinen Entente und Polen vorgestreckt. Er führt Krieg in Marokko. Er hält Syrien in seiner Hand. Er besetzt das Ruhrgebiet und das ganze Rheinland mit französischen Truppen.

Die große Politik Poincarés ist zwar eine Politik des Prestige, aber zugleich des Ruins. Am 13. Januar veröffentlichte das „Journal Offiziel" das Gesetz, das eine Anleihe von 300 Millionen für Jugoslawien und von 400 Millionen für Polen autorisiert. Gleichzeitig wurde die bevorstehende Bildung der Regierung Macdonald bekannt. Im Verlaufe des 14. Januar allein stieg der Dollar von 20 auf 23 Franken.

Das Unbehagen der Frankenbesitzer drohte sich in Panik zu verwandeln. Die Katastrophe war nahe. Es galt, so rasch wie möglich zu handeln. Die Währungskrise ist eine Vertrauenskrise. Das Vertrauen mußte erzwungen werden. Und um das Vertrauen zu erzwingen, mußte man, zumindest dem Anschein nach, das Budget ins Gleichgewicht bringen.

Arbeiterbewegung

Der Kampf der deutschen Seeleute in den britischen Häfen.

Von G. Hardy (London).

** Der Streik der deutschen Seeleute in den britischen Häfen dauert noch an. 75 Schiffe mit 1200 Mann sind zurzeit dadurch stillgelegt. Der Streikt dauert nunmehr die dritte Woche, und die Seeleute stehen so fest als je zu ihren Forderungen nach Löhnen, die den Lebensnotwendigkeiten halbwegs entsprechen. Sie verlangen, nach dem Tarif der englischen Seeleute bezahlt zu werden.

Um diesen Streik zu verstehen, müssen wir uns einigermaßen den Kampf dieser Arbeiterschicht seit dem Waffenstillstand vor Augen führen. Es waren die deutschen Matrosen, die in der Revolution von 1918 in bewunderungswürdiger Weise mitgewirkt hatten. Die Seeleute von Kiel revoltierten und in allen Häfen standen die Matrosen an der Spitze der revolutionären Erhebung. Seither sind sie aber ständig von den Sozialdemokraten betrogen worden. Gleich zu Beginn begann Noske seine Politik, die die Herrschaft der Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie seither kennzeichnet. Er beglückwünschte sie in Kiel wegen ihrer Bemühungen, die Revolution zu retten, die ihn und seine Kollegen während des Kapp-Putsches an der Macht erhielten. Aber als sie ihren Kampf zu einem Sieg der Arbeiterklasse steigern wollten, antwortete er gleich den Tag darauf mit Maschinengewehren. **Die Geschichte der letzten fünf Jahre in Deutschland ist die Geschichte blutiger Unterdrückung.**

Im letzten Jahre ging es den deutschen Seeleuten am schlechtesten. Der rapide Verfall der deutschen Mark hat auch die Seeleute arg getroffen. Seefahrer, die ein viertel Jahr fort waren, erhielten nach der Landung nicht genug Geld, um dafür einen Laib Brot kaufen zu können. Trotz alledem weigerten sich die Führer der reaktionären Gewerkschaften, den Kampf aufzunehmen, als der deutsche Schiffahrtsbund, der der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen ist, den Streik proklamierte.

Verbittert und verzweifelt begannen sie im August wieder zu revoltieren. Die Dockarbeiter und Matrosen streikten. Eine Anzahl Toter nach dreitägiger Schlacht blieben im Gedächtnis der verhungerten Frauen und der schwindsüchtigen Kinder haften. Der Stadt-Staat Hamburg wird von den Sozialdemokraten beherrscht, dessen Polizeipräsident für den Tod der kämpfenden Arbeiter verantwortlich ist. Eine geringe Lohnerhöhung wurde gewährt, aber das fortwährende Sinken der Mark machte sie in einigen Tagen wieder illusorisch. Die Frauen der Seeleute mußten wieder mit leeren Einkaufstaschen um die Läden herumstehen, die Preise waren gestiegen, ihr Geld war wertlos geworden. Wieder erscholl überall der allzu bekannte Ruf: „Kein Brot! Keine Kartoffel!" Die Gewerkschaftsbüros wurden überflutet von stöhnenden Frauen, die um Hilfe für sich und ihre Kinder riefen.

So ging es weiter, bis sich im Oktober die Arbeiter wieder zum Aufstand gezwungen sahen. Die Regierung Cuno war im August gefallen, und Stresemanns Herrschaft war um kein Haar besser. Die Leiden des Proletariats wurden unerträglich. In der letzten Oktoberwoche erreichte die Not den Höhepunkt. Da standen die Arbeiter von Hamburg wieder hinter den Barikaden und kämpften eine verzweifelte Schlacht. Sie verloren in zwei Schlachten 67 Tote und hatten viele Verwundete, aber nicht ohne den Streitkräften der Kapitalisten ebenfalls große Verluste zuzufügen.

Nun waren die deutschen Seeleute gezwungen, eine Aktion außerhalb Deutschlands in die Wege zu leiten. Die weißen Garden Noskes sind ohnmächtig, wenn die Seeleute international in Aktion treten. Sie haben einen anderen Ort für ihren Streik ausfindig gemacht, wo die Handgranaten der Reichswehr und der Grünen Polizei sie nicht erreichen können.

Im Gegensatz zu der Behauptung, daß die britischen Schiffsbesitzer den Streik der deutschen Seeleute in den britischen Häfen unterstützen und daß der britische Seemanns- und Heizerverband (NSFU.) die Leute zum Streik aufgerufen habe, sind die Seeleute, ausschließlich durch die deutschen Verhältnisse bestimmt, zu ihrer Entschließung gelangt. Sie beschlossen, abwechselnd in ausländischen Häfen zu streiken. Und die britische Schiffahrtsförderation läßt klar erkennen, daß sie den Streik für einen gefährlichen Präzendenzfall halte. Sie sehen in dieser Streikmethode eine Gefahr, die zu einer ähnlichen Aktion der britischen Seeleute führen könnte. Überall versuchen die britischen Schiffsbesitzer die Löhne herabzudrücken. Sie benötigen die Tatsache der niedrigen deutschen Löhne (sie betragen nur 2 Pfund 18 Shillinge im Monat), um den Lohn der britischen Seeleute zu erniedrigen. Wir können international nicht konkurrieren, ist ihr Ruf. Unlängst sagte Lord Inchape: „Wenn wir imstande sein wollen, unsere Schiffe auf See zu halten und unsere Ausgaben zu decken, dann wird es notwendig sein, weitere Lohnreduktionen vorzunehmen." Aber er sagte auch in der Aktionärversammlung: „Wir können wieder wie voriges Jahr 12% Dividende bezahlen." Sie wollen gegen die Dockarbeiter und Seeleute vorgehen, weil sie sich mit Profiten von Millionen Pfund noch nicht zufrieden geben. Sie wollen, daß die englischen unter ähnlichen Bedingungen wie die deutschen Seeleute arbeiten.

Aber es gibt Anzeichen, daß das Klassenbewußtsein im Anwachsen begriffen ist. Die Dockarbeiter auf den Viktoria- und Surreyhandelsdocks bei London streikten zur Unterstützung der Seeleute. Sie nahmen die Arbeit unter der Bedingung wieder auf, daß der Konsul und die Schiffsmakler die deutschen Schiffsunternehmer zu Verhandlungen einlade. Die Unternehmer lehnten ab. Die Vertreter der Streikenden, die von Hamburg nach allen britischen Häfen geschickt worden waren, berichteten, daß die Leute feststehen und entschlossen sind, den Streik durchzuhalten. Ihre Forderungen sollten von allen Arbeitern Englands tatkräftigst unterstützt werden. Die Internationalisierung der Seemannslöhne hat lange Zeit die fortgeschrittenen Seeleute beschäftigt. Nur weil sowohl die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF.) als auch die Rote Gewerkschaftsinternationale dies auf internationalen Kongressen zum Beschluß erhoben haben, wurde den Streikenden die Unterstützung gegeben. Auch dieser Streik ist internationaler Klassenkampf gegen die Schiffseigentümer.

Die englische Sektion der Roten Gewerkschaftsinternationale veranstaltet Sammlungen, um die Familien der Streikenden zu unterstützen. Nicht nur die britischen Löhne sind bedroht, sondern auch die internationale Solidarität unter den Seeleuten. Dieser Streik sollte ein Signal sein zur Bildung des internationalen Seemannsbundes. Gerade wie die Streikenden in England immer Verräter genannt werden, so nennt jetzt die deutsche Presse die Seeleute, die nahe am Verhungern und deren Frauen und Kinder in Not und Verzweiflung sind, Verräter, Pflichtvergessene und Werkzeuge in den Händen des Feindes. Zur selben Zeit überfällt in Deutschland der faschistische Diktator die Büros des „Deutschen Schiffahrtsbundes" und zwingt ihn wegen seiner internationalen Grundsätze und seiner internationalen Aktion zur Illegalität.

Streiks der Seeleute sind nun auch in den amerikanischen, chilenischen und australischen Häfen. Der Australische Schiffahrtsbund, gleichfalls der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen, unterstützt die Streikenden. Wenn auch die britischen Seeleute und Werftarbeiter ihre Pflicht erfüllen werden, indem sie von ihren Docks die Streikbrecher fernhalten, dann wird der Weg für weitere Aktionen internationaler Solidarität — wenn sie sich als notwendig erweisen — geebnet sein.

Genossenschaftsbewegung

An die Genossenschaften aller Länder!

Am 21. Januar 1924 ist Lenin gestorben.

Gestorben ist der große Führer des Proletariats, gestorben der große Lehrer, der die revolutionäre Lehre von Karl Marx von allem opportunistischen Schmutz, mit dem sie von den Verrätern an der Sache des Proletariats bedeckt wurde, gesäubert hatte und dieser Lehre ihren früheren echten revolutionären Glanz zurückgab — gestorben ist der Schöpfer der Grundlagen der revolutionären Taktik des Proletariats.

Es gibt keinen Zweig in der revolutionären Arbeit des Proletariats, der mit dem klaren, prüfenden Denken des großen Führers nicht in Berührung gekommen wäre, den er mit dem Glanze seines Genies nicht beleuchtet hätte.

Lenin hat es begriffen, wie machtlos eine Arbeiterbewegung ist, die in verschiedene selbständige, miteinander gar nicht oder fast gar nicht verbundene Strömungen gespaltet ist, und er war stets bestrebt, diese Strömungen in einer mächtigen Arbeiterbewegung zusammenzufassen.

Lenins Tätigkeit erfaßte auch die Genossenschaftsbewegung.

Schon im Jahre 1910, auf dem Kopenhagener Kongreß der

II. Internationale, hat Lenin in seinem Beschlußantrag über die Genossenschaftsfrage und später in einem Artikel die Aufgaben der revolutionären Genossenschafter in jener revolutionären Zeit glänzend dargelegt. Und während der russischen Revolution hat er in einer Reihe von Reden auf jene neuen Fragen hingewiesen, die im Laufe der Revolution entstanden sind und die die Genossenschaftsbewegung lösen soll. Er hat in diesen Reden die Aufgaben der Genossenschaften sowohl in der Periode des Kriegskommunismus wie auch unter der neuen Wirtschaftspolitik glänzend vorgezeichnet.

Der letzte Artikel, den Lenin geschrieben hat, war der Genossenschaftsfrage gewidmet. In diesem Artikel zeigte er die große Bedeutung der Genossenschaften nach der Machtergreifung durch das Proletariat und forderte eindringlich jeden zur Arbeit auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens auf.

Lenin hat alle Werktätigen zum revolutionären Kampfe aufgefordert. Auch auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens nahm er neue Aufgaben wahr, die nur durch alle Werktätigen gelöst werden können.

Die Genossenschaftsbewegung entfaltet sich zu einer großen mächtigen Bewegung und sie wird die Aufgaben, vor denen sie steht, nur dann erfüllen können, wenn sie sich die revolutionären Ideen Lenins zu eigen macht und den von ihm vorgezeichneten Weg beschreitet.

Dieses Vermächtnis ist den Genossenschaftern und den Werktätigen des Westens noch wenig bekannt. Dort ist die revolutionäre Bewegung innerhalb der Genossenschaften erst an ihrem Anfange, sie befindet sich erst auf der Suche nach neuen Wegen. Die Genossenschafter können für diese Aufgaben nur in der Lehre Lenins eine Lösung finden.

Wir fordern alle revolutionären Genossenschafter der ganzen Welt auf, die Leninschen Gedanken über die revolutionäre Arbeit der Genossenschaften einem aufmerksamen Studium zu unterziehen, wir fordern sie dringendst auf, mutig und unentwegt den Weg zu betreten, dessen Hauptlinie von Lenin vorgezeichnet wurde.

Wir fordern alle Sektionen, Gruppen und Organisationen von kommunistischen Genossenschaftern auf, mit gesteigerter Arbeit dafür zu sorgen, daß die Ideen Lenins über die Genossenschaften zum gemeinsamen Vermögen aller Werktätigen werden, daß die Genossenschaft in eine mächtige Waffe des Befreiungskampfes der Werktätigen, in eine Waffe der sozialistischen Aufbauarbeit verwandelt wird.

Der große Führer ist tot, aber die von ihm geschaffene revolutionäre Bewegung wird weiter leben, sie wird sich ausdehnen und entfalten.

Das Präsidium der Genossenschaftssektion der Kommunistischen Internationale.

Aus der Internationale

Lenin und die Arbeiter.

Von G. Sinowjew.

** In ihrem, dem Andenken von Karl Marx gewidmeten Artikel schrieb Rosa Luxemburg:

„. . . . Wenn wir das, was Marx für die zeitgenössische Arbeiterbewegung geleistet hat, in wenigen Worten formulieren wollten, so würden wir sagen, daß Marx die zeitgenössische Arbeiterklasse als historische Kategorie, das heißt als eine Klasse mit bestimmten historischen Existenzbedingungen und bestimmten Gesetzen der historischen Entwicklung entdeckt hat."

W. I. Lenin ist ein größeres Glück zuteil geworden: er hat die von Marx theoretisch „entdeckte" Arbeiterklasse in den Kampf geführt. Unter seiner Führung wurde der Arbeiterklasse wenigstens eines der Länder aus der „niedrigsten" Klasse zur herrschenden. Sein Genie hat eine internationale Organisation der Arbeiterschaft geschaffen, die sich im internationalen Maßstabe das gleiche Ziel gesetzt hat.

Mußte aber W. I. Lenin die Arbeiterklasse nicht mehr „entdecken", so hat die Arbeiterklasse W. I. Lenin selbst „entdeckt". Bei den allerersten Anzeichen der einsetzenden proletarischen Weltrevolution hat die internationale Arbeiterklasse in Lenin ihren auserwählten Führer gefühlt.

W. I. Lenin fühlte sich stets bloß als der Erste unter den Arbeitern, den der Gang der Geschichte auf die erste Stelle geschoben hat. Durch sein ganzes Vorgehen schien er uns gleichsam zu sagen: ich bin nur einer von den führenden Arbeitern. Mir wurde eine größere Bildung und Fähigkeit zuteil; meine Sache ist es, alle übrigen Arbeiter zu sammeln und in den Kampf zu führen.

Diese grundlegende Einstellung W. I. Lenins hat sich mit tausenden unsichtbaren Fäden, mit „drahtloser Telegraphie", von Herz zu Herz in die breitesten Kreise der parteilosen Arbeiter mitgeteilt. Die tief liebevolle, intim liebende Stellung der breitesten Schichten der parteilosen Arbeitermassen zu Wladimir Iljitsch ist mit besonderer Kraft im Jahre 1918 klar zutage getreten, als der durch die SR.-Kugel verwundete Genosse Lenin mit dem Tode kämpfte. Wer erinnert sich nicht an die damalige Massenflut von Resolutionen und Erklärungen, die von den Arbeitern selbst geschrieben wurden und ein ganz eigenartiges Gepräge der Fülle von Liebe, der Zärtlichkeit und der Anbetung im besten Sinne dieses Wortes trugen.

Die Arbeitermasse ist mit Lob und hochklingenden Beinamen nicht übermäßig freigebig. Der gewöhnliche Arbeiter ist in dem Ausdruck seiner Gefühle selbst einem geliebten Führer gegenüber bescheiden und zurückhaltend. W. I. Lenin gegenüber hat aber dieser gewöhnliche Arbeiter im Jahre 1918 Worte gefunden, die aus manchen Resolutionen parteiloser Arbeiter wahre Muster einer künstlerischen Prosa gemacht haben.

Das gleiche sehen wir in noch größerem Maßstabe jetzt, da Wladimir Iljitsch auf ewig seine Augen geschlossen hat. Lest das folgende Bruchstück aus dem Briefe einer Arbeiterin anläßlich des Todes des Genossen Lenin:

Die Erwerbslose Nikitorowa schreibt:

„. . . Unser teuerer Vater! Du hast auf ewig Deine Kinder verlassen . . . .

Wir wissen, daß bald die Stunde kommen wird, da aus allen Ländern der Welt Kränze auf Dein warmes Grab strömen werden. . . . Nicht der Morgentau des Sommers wird es befeuchten, sondern die Tränen Deiner Kinder, die Dich so heiß geliebt haben und Dir ewig ergeben sein werden . . ."

Wer kann daran zweifeln, daß diese Worte die Stimmung des Besten in den Reihen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen?

Eine einzige Träne einer solchen Arbeiterin ist der beste Lohn eines proletarischen Führers.

Wer die Zehn- und Hunderttausende von Arbeitern gesehen hat, wie sie in andachtvoller Stille gewartet haben, um in den Kolonnen-Saal zu treten, um dem Verblichenen die letzte Ehre zu erweisen, der wird dieses Schauspiel, dessen Größe von keinem anderen in der Weltgeschichte übertroffen wurde, nie vergessen.

Wer die Stellung der russischen Arbeiter zu Wladimir Iljitsch Lenin kennt, der hat nicht daran gezweifelt, daß als Antwort auf den Tod des Meisters die breite parteilose Arbeitermasse irgendein besonderes eigenes Wort sprechen wird. Wir wußten nur nicht, worin dieses bestehen wird. Jetzt ist das schon klar. Die parteilose Arbeitermasse antwortet damit, daß sie in einem Massenstrom den Reihen der von W. I. Lenin geschaffenen Partei zustrebt.

In Leningrad und Woronesch, in Kiew und Charkow, in Moskau und Iwanowo-Wossnesensk, im Donez-Becken und im Kaukasus, überall sehen wir die gleiche Erscheinung: ihre Häupter vor dem frischen Grab W. I. Lenins entblößend, offenbaren die parteilosen Arbeiter fest und ohne überflüssige Worte ihren Wunsch, in die Reihen unserer Partei einzutreten.

Ganze Betriebe beschließen, geschlossen in die Partei einzutreten oder die „Besten auszuwählen und sie als Mitglieder in die Partei zu entsenden".

Das ist eine völlig beispiellose Erscheinung, deren Wichtigkeit kaum überschätzt werden kann. Die Partei muß diese Erscheinung auf das aufmerksamste studieren, sie begreifen und aus ihr alle notwendigen praktischen Folgerungen ziehen.

„Dem durch den Verlust seines Meisters und Führers erschütterten Organismus der RKP. wollen wir unsere Kraft durch Eintritt in die Reihen der glorreichen Partei zu Verfügung stellen." So schrieben die parteilosen Arbeiter der Patronenwerke in Moskau.

Auf dem gemeinsamen Gelegenheitsmeeting der Arbeiter der Gußeisenwerke des „Moskust" und des Betriebes „Moto-Maschina" am 23. Januar morgens waren ungefähr 400 Arbeiter anwesend; 99 von ihnen offenbarten ihren Wunsch, unverzüglich in die Partei einzutreten. An die Parteizelle des Betriebes „Der Rote Lederarbeiter" kommen zu Dutzenden ähnliche Erklärungen parteiloser Arbeiter. „Wer stärker ist, soll in die Reihen der RKP. Wir werden bestrebt sein, die Besten in die Reihen der RKP. zu senden."

Diese Stimmen kommen aus den Kreisen der parteilosen Arbeiter der größten Betriebe von Leningrad und anderer Städte.

„Die versammelten 50 parteilosen Arbeiter haben die fünf Besten unter sich ausgewählt und senden sie in die Reihen der RKP."

Solche Resolutionen werden zu Dutzenden gefaßt.

Diese Bewegung setzt erst ein. Wir müssen es verstehen, sie zu beachten, sie zu unterstützen. Unsere unlängst beendete Bundes-Parteikonferenz hat beschlossen, im Laufe des nächsten Jahres nicht weniger als 100.000 neue Parteimitglieder, ausschließlich Arbeiter aus den Betrieben, in die Reihen unserer Partei zu bringen. Dieser Beschluß wurde vor dem Tode Wladimir Iljitsch Lenins gefaßt. War dieser Beschluß auch vor dem 21. Januar — dem Tag, an dem Wladimir Iljitsch seine Augen auf ewig geschlossen hat — richtig und tief gerechtfertigt, so ist er jetzt noch weit mehr richtig und gerechtfertigt.

Wir sprechen hier gar nicht über die Hunderte und Tausende von Resolutionen parteiloser Arbeiter, die nur allgemein über die Notwendigkeit, unsere RKP. zu stärken, sprechen. Wir sprechen nicht über jene Arbeiter, die ausschließlich unter der Einwirkung des Gefühls jetzt ihrer Treue gegenüber unserer Partei Ausdruck geben: wir zweifeln nicht daran, daß, wenn man die im Laufe der letzten Tage zum Kolonnen-Saal des Gewerkschaftshauses vorbeiziehenden Hunderttausende Arbeiter zum Eintritt in die Partei aufgefordert hätte, eine gute Hälfte dieser Aufforderung mit der größten Aufrichtigkeit nachgekommen wäre. Wir sprechen hier ausschließlich über jenen festesten, gestählten Teil der parteilosen Arbeiter, bei denen ihre gegenwärtige Haltung gegenüber der RKP. etwas völlig Reifes und Durchdachtes ist.

In solchen Tagen, wie die, die wir jetzt durchmachen, sieht ein jeder von uns mit besonderer Klarheit, wie stark unsere Partei ist und wie sie trotz aller unserer Schwächen mit der Masse der parteilosen Arbeiter verwachsen und verknüpft ist. Mit Unruhe stellen wir auf unseren Kongressen und Konferenzen die Frage: Wieviel Mitglieder haben wir, die in den Betrieben arbeiten? Ist diese Gruppe nicht zu klein? Sind wir nicht im Begriffe, uns von den Massen loszutrennen? Das ist eine berechtigte Unruhe. Wir wären keine Jünger des Genossen Lenin, wenn wir keine solche Frage stellen würden und wenn wir nicht bestrebt wären, rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Der Widerhall aber, den das Hinscheiden Wladimir Iljitschs bei Hunderttausenden und Millionen parteiloser Arbeiter unseres Republikenbundes findet, zeigt, daß schließlich die Frage, wie groß zahlenmäßig die Gruppe jener Mitglieder unserer Partei ist, die unmittelbar in den Betrieben arbeitet, eine untergeordnete Frage ist. Wir waren und bleiben die Partei der Arbeiterklasse, Fleisch von ihrem Fleisch. Die Arbeitermassen unserer Partei kennen und wollen keine andere Partei kennen außer der, die von Wladimir Iljitsch geschaffen und großgezogen wurde.

Unsere Partei möge der bemerkenswerten Bewegung, die in den letzten Tagen in den breiten Kreisen parteiloser Arbeiter eingesetzt hat, aufmerksamste Beachtung widmen. Wir müssen dieser Bewegung aus allen Kräften entgegenkommen. Wird es uns in der nächsten Zukunft gelingen, eine ganz neue Schicht von Arbeitern aus den Betrieben in unsere Partei zu bringen, so wird das der beste Kranz auf das frische Grab von Wladimir Iljitsch sein. Die neue Schicht der Arbeiter, die im Zusammenhange mit der in den letzten Tagen unter den parteilosen Proletariern bemerkbaren Begeisterung nach der notwendigen Sichtung in unsere Partei eintreten wird, wird — wir sind überzeugt davon — nicht die schlimmste Schicht sein.

Diese frischen Schichten gestern noch parteiloser Arbeiter werden mit Hilfe unserer Partei eine entsprechende Stählung und marxistische Schulung gewinnen und werden fürwahr würdige Fortsetzer der Sache Lenins sein. Gestern hörten wir zufällig die Unterhaltung zweier Arbeiter:

Der erste: Was werden wir nun ohne ihn (Wladimir Iljitsch) machen?

Der zweite: Nun, jetzt wird's immerhin nicht mehr so schwer sein. Was würden wir getan haben, wenn er vor drei oder vier Jahren gestorben wäre?

So übersetzen einfache Arbeiter in ihrer Sprache die Worte des Dichters: „Sage nicht mit Kummer: nicht sind sie mehr da, sondern mit Dankbarkeit: sie waren.

Das Unglück, das unsere Partei getroffen hat, wird von der gesamten Arbeitermasse unseres Landes als eigenes Unglück empfunden. Der beste Freund des Volkes ist gestorben. Aber auch durch seinen Tod hat er die Klasse, deren Fahnenträger er war, aufs neue zusammengeschlossen.

Näher, noch näher, an die Arbeitermassen heran — das ist unsere Antwort auf die Begeisterung, die unter den parteilosen Arbeitern eingesetzt hat. **Nur eine solche Politik unserer Partei wird Wladimir Iljitschs würdig sein.**

Deutschlandhilfe

Die Frau als Vorkämpferin gegen die deutsche Hungersnot.

Von Hertha Sturm.

** Das Jahr 1924 wird von entscheidender Bedeutung für die deutsche Revolution, für die Weltrevolution sein. Nach dem Oktobersieg des Faschismus schreitet das Schwerkapital zielbewußt und rücksichtslos zur Ausnutzung seiner Macht.

Die Durchführung dieses Ausbeutungsprogramms würde die Kampfkraft des deutschen Proletariats verhängnisvoll lähmen, den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland wie in der Welt auf Jahre hinaus verzögern. Mehr als jemals bedarf das kämpfende deutsche Proletariat der bewußten, tatkräftigen und zähen Solidarität seiner Klassenbrüder und -schwestern in aller Welt.

In voller Erkenntnis der Bedeutung der Kämpfe in Deutschland hat die Internationale Arbeiterhilfe sich mit Ablauf des letzten Jahres auf die Deutschlandhilfe umgestellt. Den Anknüpfungspunkt für die Hilfsaktion bildete der gräßliche Hunger, die große Not. Es galt aber zugleich, den leidenden Brüdern und Schwestern mit dem Brot den Glauben an die Unüberwindlichkeit der proletarischen Sache zu stärken, den Mut zur Besiegung der Not aus eigener Kraft zu beleben, das Vertrauen in die internationale Kampfgemeinschaft der Arbeiterklasse zu befestigen.

Im Rahmen dieser Hilfsaktion können und müssen die proletarischen revolutionären Frauen, an ihrer Spitze die Kommunistinnen, Hervorragendes leisten. Sie kennen von klein auf Sorgen, Not und Elend, täglich schauen sie der Not ins Auge: im ärmlichen Heim, bei den zermürbenden Arbeiten des Haushaltes, bei der Körper- und Seelenkräfte verzehrenden Pflege der Kinder, der Pflege der Alten und Kranken. Ihr Herz schlägt unmittelbarer und heißer für alle Mühseligen und Beladenen. Sie werden am tiefsten das Leiden der deutschen Arbeiter und vor allem ihrer Frauen verstehen.

Was muß dagegen geschehen?

Zuerst und vor allen Dingen ist es nötig, daß unsere Genossinnen und alle klassenbewußten Frauen aller Länder die Kenntnis von der Not der deutschen Arbeiterklasse weit hinaustragen an alle Stätten, wo Klassensolidarität in den Herzen wurzelt, ja, wo auch nur Menschlichkeit zu finden oder zu wecken ist. Das grenzenlose Elend der breiten Masse des deutschen Volkes muß aus den dunklen Löchern, in denen es sich verkriecht, herausgezerrt und als Schande für die Menschheit, als mahnende Pflicht für das internationale Proletariat in das Licht der Öffentlichkeit gestellt werden. Alle die furchtbaren Tatsachen und Zahlen, die das Hungerbulletin der IAH. über die deutsche Not veröffentlicht, die selbst die bürgerlichen Zeitungen nicht mehr totschweigen können, verblassen ja noch vor der grausigen Wirklichkeit. Das drohende Verderben des deutschen Proletariats darf den verhältnismäßig noch auskömmlich lebenden Arbeitern im Auslande keine Ruhe lassen. An den Frauen ist es, davon zu sprechen in Haus und Hof, auf dem Markt und auf der Straße. Sie müssen diese Frage auf die Tagesordnung aller proletarischen Zusammenkünfte setzen. In Betriebsversammlungen und Gewerkschaften, in Konsumgenossenschaften und Mietervereinigungen, in den Organisationen der Kriegsopfer und Sozialrentner, selbst bei den Erwerbslosen, ferner in großen politischen Kundgebungen der proletarischen Männer und Frauen muß für das deutsche Proletariat um Hilfe geworben, in Wort und Schrift muß diese Kampagne für Deutschland geführt werden.

Was weiter? Es heißt sammeln und geben! Die Arbeiter und Arbeiterinnen Rußlands, Hollands, Frankreichs, Amerikas, der Tschechoslowakei und vieler anderer Länder sind schon auf den ersten Ruf zu Hilfe geeilt. Aber angesichts der unermeßlichen Not müssen noch mehr Quellen erschlossen werden. Was bedeuten ein paar Hundert deutscher Kinder, die die Gastfreundschaft der Arbeiterfamilien Hollands und der Tschechoslowakei genießen sollen, verglichen mit den Scharen hungernder und frierender Kinder, die noch übrig bleiben, in einer einzigen Schule Berlins und keine warme Mahlzeit im Tage erhalten. Tausende, Zehntausende müßten und würden Väter und Mütter im Auslande finden, wenn die Propaganda dafür mit Feuereifer in Angriff genommen würde. Alle solche Hindernisse,

wie das Poincarésche Einreiseverbot für die hungernden deutschen Kinder, das aus Furcht vor einer deutsch-französischen Verbrüderung erlassen wurde, müßten von den Arbeitermassen im Sturm hinweggefegt werden.

Vergessen wir auch nicht die Familien der politischen Gefangenen. Der bürgerliche Staat lehnt ihre Unterstützung ab. Auch sie bedürfen tatkräftiger Hilfe. Die IAH. nimmt sich aller wirtschaftlich Schwachen an, soweit ihre Mittel und Kräfte nur reichen.

Die großen Sammelaktionen, vor allem an Geld, werden hauptsächlich in den Betrieben, Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften vor sich gehen. Auch große Kundgebungen und künstlerische Veranstaltungen werden Mittel einbringen. Aber die besondere Sammeltätigkeit der Frauen wird die von Haus zu Haus und bei den Geschäftsleuten sein. Jede kleinste Geldspende kann hier ohne Scheu gegeben und genommen werden, daneben aber auch unverderbliche Lebensmittel und neue oder gebrauchte Kleidungsstücke, Schuhe und Wäsche.

Der Internationale Frauentag steht vor der Tür. Mögen die revolutionären Frauen aller Länder sich bewußt sein, daß es nicht damit abgetan ist, in einer Woche für die internationale Klassensolidarität zu demonstrieren. Es heißt: handeln und kämpfen, heute, morgen, und alle Tage!

Die aktive Teilnahme der Frauen an der Internationalen Arbeiterhilfe, die Initiative, Erfindungsgabe, Ausdauer und Tatkraft, die sie entwickeln, wird der Prüfstein für die Reife ihres Klassenbewußtseins und für ihr revolutionäres Denken und Handeln sein.

Weißer Schrecken

Was bedeutet die Horthy-Amnestie?

Die Begnadigung von „Kommunisten".

Von Albert Király.

** Ungarn bot und bietet für die europäischen Großmächte ein Objekt, das sehr leicht von der einen Großmacht gegen die Interessen der anderen Großmacht ausgespielt werden kann. Die natürlichen Interessengegensätze der kapitalistischen Staaten Frankreich und England erheischen von beiden Seiten eine Politik, die alle Möglichkeiten ausnützt, um gegenüber der anderen Seite Vorteile zu gewinnen. Die französische Politik läuft auf eine Einkreisung Ungarns hinaus. Ungarns geographische Lage erleichtert diese französische Politik ganz erheblich. Von der einen Seite durch die Tschechoslowakei und von der anderen Seite durch Jugoslawien ist den französischen Einflüssen ein breiter Weg geöffnet. Die englische Bourgeoisie, die in Ungarn nicht unbeträchtliche Kapitalsmengen investiert hat, ist natürlich bestrebt, ihre Interessen in Ungarn mit allen Mitteln zu schützen. Die vor dem Kabinett Macdonald amtierenden Regierungen taten daher alles, um ihrer Bourgeoisie hierin gerecht zu werden. Der unter der Regierung Baldwin in Ungarn gewesene englische Gesandte Hohler war ein enger persönlicher Freund Horthys. Es war ein der ganzen Welt bekanntes offenes Geheimnis, wie dieser englische Gesandte Hohler der ungarischen Gegenrevolution jede Unterstützung zuteil werden ließ, die nur möglich war. Alle dem Horthy-Regime zur Last fallenden Schreckenstaten hat Hohler nicht nur abgeleugnet, beschönigt, vertuscht und gedeckt — er lieferte der ungarischen Reaktion sogar Waffen, Munition, Ausrüstungsgegenstände und stand ihr auch mit finanzieller Hilfe gegen das arbeitende Volk zur Seite.

Die auf eine Kolonisierung des Kontinents eingestellte Politik der Herren Baldwin und Lord Curzon wich natürlich in ihrer Haltung auch gegenüber Ungarn nicht von dieser Linie ab. Gleichgültig jedoch, ob der kapitalistische Staat England von einer konservativen Regierung oder von einer Arbeiterregierung Macdonaldscher Färbung geführt wird, wird Ungarn immer eine der Hauptfiguren auf dem großen europäischen Schachbrett bleiben, die — ebenso wie von Frankreich gegen England — von England gegen Frankreich gezogen wird.

Wie fast alle bürgerlichen Staaten der Welt, ist auch Ungarn in der Nachkriegszeit in einen sich immer mehr verstärkenden wirtschaftlichen Verfall geraten. Mit allen Mittel kämpft Ungarns Horthy-Regierung heute darum, die ihr in Aussicht gestellte internationale Anleihe zu erhalten. Ungarn hatte noch unter der englischen Regierung Baldwin gewisse Zusicherungen seitens Englands in bezug auf die Anleihe erreicht. Der ungarische Ministerpräsident, Graf Bethlen, war seinerzeit eigens zu diesem Zwecke nach England gereist. Nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Macdonald ließ Graf Bethlen durch die Presse mitteilen, daß in bezug auf die internationale Anleihe Schwierigkeiten entstanden seien.

Nachdem nun Macdonald die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, reiste Herr Peidl, der nach dem Sturz der Rätemacht in Ungarn der Gegenrevolution als sozialdemokratischer Ministerpräsident unschätzbare Dienste geleistet hat, in Gemeinschaft mit dem in Wien lebenden ungarischen Sozialdemokraten Garami, nach England. In welchem Auftrage und zu welchem Zwecke diese Reise zu Macdonald unternommen wurde, steht nicht fest. Man muß sich fragen, ob die ungarischen Sozialdemokraten, die nicht einmal zu dem Gründungskongreß der „Sozialistischen Arbeiter-Internationale" nach Hamburg einen Vertreter zu entsenden gewagt hatten, die Courage gefunden haben, die Hilfe des englischen Premiers Macdonald gegen das Schreckensregime Horthys anzurufen — oder ob Herr Peidl, seiner vergangenen Rolle getreu, als hilfsreicher Vermittler für die ungarische Bourgeoisie zu Macdonald reiste, um ein Wort für die Gewährung der internationalen Anleihe einzulegen — oder ob seine Mission beiden Zwecken diente. Es soll jedenfalls auf den ersten Blick als ein Erfolg Peidls erscheinen, daß die sich bisher in einem blutigen Rachetaumel wohlfühlende Horthy-Regierung plötzlich ein Schaffell umlegt und eine große Anzahl der von ihr unerbittlich verfolgten Gegner — nämlich viele „Kommunisten" — amnestiert. Nach den offiziellen Bekanntmachungen wurden 16 zu Kerkerstrafen verurteilte politische Gefangene und 22 nach dem Ausland Emigrierte begnadigt. In allen diesen Fällen wird in den offiziellen Mitteilungen nur von Kommunisten gesprochen. In Wahrheit liegen die Dinge jedoch so, daß bei allen 16 Amnestierten, die bereits seit fünf Jahren in den Kerkern schmachteten, der Ablauf ihrer Straffrist unmittelbar bevorstand. Unter den begnadigten 22 Emigranten befindet sich kein einziger Kommunist. Es handelt sich hier vielmehr durchweg um Anhänger der auf der äußersten Rechten stehenden Führer der ungarischen sozialdemokratischen Partei, die noch dazu seinerzeit lediglich wegen der in Ungarn um sich greifenden Pogromstimmung gegen alle nur irgendwie linksstehenden Politiker emigrierten.

Den wahren Charakter der Wölfe Horthy-Héjjas-Bethlen, die sich vor den Augen der Welt plötzlich in Schafe verwandeln wollen, erkennt man am besten aus den Tatsachen, die uns durch die Wirklichkeit in Ungarn gezeigt werden. Die Justizbestie der ungarischen Gegenrevolution warf 100.000 Arbeiter und Bauern in die Gefängnisse oder in die Internierlenlager, und noch heute, nach fünf Jahren, schmachten über 1000 politische Gefangene in den Kasematten der Horthy-Regierung, und zwar 830 politische Gefangene in den Gefängnissen und 180 in den Interniertenlagern. Die auch die meterdicken Mauern der Kerker durchdringenden Klagen der Gefangenen geben Kunde davon, daß die Mehrzahl von ihnen krank, der Tuberkulose preisgegeben ist. Und noch fürchterlicher ist die Lage der auf unbestimmte Zeit Internierten. 180 Gefangene müssen Hunger und Kälte erleiden, müssen Mißhandlungen über sich ergehen lassen und sind den Seuchen ausgesetzt.

Also nach der „Kommunisten"-Amnestie Horthys schmachten noch immer 814 politische Gefangene in den Kerkern, die insgesamt rund 5400 Jahre Gefängnis abzubüßen haben, während die 180 Internierten dem Tode geweiht sind. Unter den Gefangenen befinden sich noch vier zum Tode und ein zu lebenslänglicher Gefangenschaft Verurteilter. Es genügte also den Horthybestien nicht, über 50 Revolutionäre legal hinzumorden und tausende illegal zu massakrieren, denn noch heute warten vier Opfer der Vollstreckung des Todesurteils . . .

Die Führer der Revolution leben im Exil, und von denen, die nicht entkamen, wurden viele durch die Solidarität des russischen Proletariats befreit und gegen die als Geiseln zurückbehaltenen ungarischen Offiziere ausgetauscht. Die noch in Haft befindlichen gewöhnlichen Soldaten und Unteroffiziere der Arbeiterbewegung betätigten sich seinerzeit hauptsächlich in den humanitären Einrichtungen Sowjetungarns. Fünfzehn Frauen in Marianostra, die fast alle zu zehn oder mehr Jahren Kerker verurteilt sind, schmachten dort, weil sie die sozialistische Pädagogie, Volkskultur, Kinderpflege usw. propagierten. Hunderte der Vertrauensmänner, die die Kämpfe des ungarischen Proletariats um das tägliche Brot geführt haben, sind den Qualen der Gefängnisse und der Internierung preisgegeben. Die Gegenrevolution in Ungarn will weiter Henker des ungarischen Volkes sein. Sie will den 814 Gefangenen, den 180 Internierten und den etwa 30.000 in der Emigration lebenden Arbeitern, Bauern, Angestellten, Gelehrten usw. die Tore der Freiheit nicht öffnen . . .

Die Antwort des englischen Proletariats darf nicht anders lauten als: Keine materielle und moralische Unterstützung der ungarischen Bourgeoisie! Enthaftung der Internierten! Beseitigung der Internierung! Koalitions- und Versammlungsfreiheit! Aufhebung der Polizeikontrolle! Fort mit Horthy!

Buchbesprechungen

A. Holitscher und St. Zweig: „Frans Masereel"*).

Von G. G. L. Alexander.

** Das Holzschnittwerk des großen vlämischen Künstlers **Frans Masereel** hat sicherlich dem Proletariat mehr zu sagen als dem bürgerlichen Beschauer. Artur Holitscher erzählt in seiner Begleitschrift, daß er Zeichnungen Masereels in Moskauer Straßen an die Mauern geklebt gefunden hätte mit George Grosz — der einzige westliche Künstler, dem eine solche Volkstümlichkeit in Rußland beschieden ist —, aber Sowjetrußland ist auch wieder das einzige Land, in dem ein Künstler überhaupt eine solche Volkstümlichkeit erleben kann. Die Bedingungen dafür müssen im Künstler wie im Volke gegeben sein. Die Welt, die Gesellschaft kann auf verschiedene Weise betrachtet werden: die bürgerliche und die revolutionäre. Da ist Stefan Zweig, der auch einführende Worte zu Masereels Werk spricht. Er sieht nicht, wie Holitscher, das „scharfe Messer", mit dem Masereel seine Visionen eingräbt. Er sieht in ihnen „die Weltbreite des Werkes, in seiner unbegreiflichen Fülle", die Universalität des Künstlers, seine „Weltliebe", die das ganze Register der hellen und dunklen Taten umspannt, so daß man „wie von der Bilderschrift der Ägypter von seinen Blättern die ganze äußere Formenwelt unserer Welt restlos ablesen könnte". Das sind Merkmale, die der genießende Bürger zuerst sieht. Und wenn Stefan Zweig auch bekennt, daß der Künstler immer „ein Kämpfer auf Seite der Schwächeren und Unterdrückten" gewesen sei und „in seiner imaginären Selbstbiographie alle Treiber und Getriebenen der die Freiheit des Einzelnen befeindenden Mächte in grotesken Karikaturen an die Wand genagelt habe", „die Kriegshetzer, die Spekulanten, die Klassenrichter, die Polizisten, alle die Vertreter einer selbstsüchtigen Moral eines egoistischen Zweckes", so sieht und konstatiert er dies doch nicht im Sinne und aus der Perspektive dieser Gesellschaft des Klassenkampfes, sondern aus der Perspektive der bürgerlichen „Universalität", die die Welt ganz platonisch „nicht vergewaltigt" wissen will — „von keiner einzelnen Gruppe" — und der es um nichts anderes geht im Werke dieses Künstlers, als daß er die Welt in Bildern auflöse in unendlicher Verschlungenheit, durch tausende Einzelheiten darstelle, ohne darum die Idee der Einheit zu verlieren.

Gewiß sieht Masereel diese Welt, diese Gesellschaft als eine Einheit — er löst sie nicht auf — er zeigt sie in ihrer Vielfältigkeit in Bildern — aber was er zeigt, ist in diesen Bildern die Auflösung dieser Welt selber — Auflösung in tausend Episoden, Auflösung bis zur ungeheuren Explosion des Ganzen.

Und dazu braucht es das „scharfe Messer", das Holitscher in der Hand des Künstlers sieht.

Holitscher, nachdem er seinen leidenschaftlichen Zorn und Haß über diese Gesellschaft entladen hat: „Dieser Zeit den Spiegel vorhalten? Zu große Ehre! Vitriol in die Fratze dieser Zeit" — seinen Fluch über dieselbe Gesellschaft, in der Stefan Zweig immer noch „die wundervolle Einheit" sieht — dieser Holitscher sieht und bekennt sich zu einem anderen Masereel, zu jenem Masereel, der wie George Grosz in Rußland populär ist, zu dem Masereel, der der Revolution gehört, wenn er auch — wie Stefan Zweig behauptet — nichts von Gruppen und Parteien wissen will. Holitscher sagt unter anderem folgendes über Masereel: „Zu einer so sehr der Mechanisierung unterworfenen Periode der Weltauflösung, wie die es ist, die wir leiden, gilt der Phantasiemensch mit dem soliden Boden des Möglichen unter den Füßen. Ein solches erlesenes Individuum kann natürlich, einerlei, aus welcher innersten Berufsbetätigung er auch herstamme, nur der Mensch sein, in dem der Glaube an den sozialen Kampf als einzige Verheißung einer Neuschaffung der Welt alle Fähigkeiten, jegliches Handeln, sämtliche Instinkte bestimmt und lenkt, in dem Haß und Liebe zu dieser Zeitspanne derartig dosiert sind, daß die chemische Zusammensetzung die Explosivkraft des Organismus steigert."

„Haß und Liebe"... Ich sagte schon oben von den beiden Betrachtern des Werkes von Masereel: Man kann die Welt auf zweierlei Art betrachten. Das gilt ebenso von den Künstlern selbst. Da ist zum Beispiel George Grosz und da ist Masereel: „Haß und Liebe". Bei George Grosz sind sie gewiß nicht gleichmäßig verteilt. In seinem Werk herrscht der Haß. Die „gleichmäßige Dosierung" ist nicht da, auch nicht in der Wahl des Stoffes. Masereels Welt ist rund, er sieht sie als Ganzes, er sieht die ganze Gesellschaft in und mit Haß und Liebe. George Grosz scheint sie nur aus einem Punkte kurieren zu können: die Erotik. Er sieht nur noch ein Laster: Die Geilheit, die verdorbene Erotik der Gesellschaft, er sieht sie ganz einseitig — die ganze Vielfältigkeit ihres Verdorbenseins, ihrer Korruption sieht er nicht. Den Arbeiter aber, den Proleten stößt dieses einseitige und konzentrierte Bezogensein auf das Laster ab. George Grosz ist der absolute Verneiner — er hat keine positiv bejahenden Kräfte. Er sieht die Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft an ihrem empfindlichsten, für das Individium am empfindlichsten fühlbaren Punkt in der Erotik.

Aber die Menschen dieser Gesellschaft leben nicht nur ihr erotisches Leben. Die Welt ist rund, es geht ums Ganze: Und dieses Ganze in Liebe und Haß und einer ganzen vollen Skala von Zwischenempfindungen umspannt Masereel.

„Das Schicksal der Massen, der großen, in ihrem Aufschwung wie in ihrem Versagen gleich hilflosen hilfebedürftigen Massen des Volkes als sein eigenes fühlen, auf Leben und Tod, das bestimmt die Wirkung des Künstlers, der den sozialen Kampf kämpft; der in diese Zeit gesetzt, sich nicht unterkriegen läßt, die Distanz wahrt und doch in allen Manifestationen unlösliche Verbundenheit erkennen läßt."

Auch Masereel geht nicht an den bösen und schlimmen Dingen des Lebens vorbei... mit seinem scharfen Messer gräbt er sie ins Holz, damit sie Bild werden, Abbild der Welt. Aber er sieht nicht sie allein. Neben dem Ausbeuter mit der fetten blaurasierten Visage sieht er da die Schar der Gequälten in der zyklopischen Welt der Maschinen, die Pein der elenden dunklen Gassen, der Dachstuben, der gemarterten klagenden Kinder — er sieht viel mehr den tragischen Konflikt der Erotik: die unehelichen Mütter und Kinder, die toten Kinder — die Ausgestoßenen dieser Gesellschaft. Er sieht den Volksredner — in der Kirche und auf der Straße — er sieht die stummen Dramen der Liebe und er sieht auch das Volk in seiner Lust und Kraft beim Spiel, bei seinen Festen und breiten harmlosen Freuden.

In der Fülle der Kraft dieser Holzzeichnungen, scharf und vollebendigen Lebens, mit dem Messer eingegraben, bricht eine Vitalität aus, die das Ganze umspannt — in Haß und Liebe, die auch die bösen Dinge und Erscheinungen des menschlichen gesellschaftlichen Lebens bejaht, das heißt bewußt macht — nicht etwa, daß sie als gut oder notwendig hingestellt oder beschönigt und verschleiert werden. Nein, es wird gezeigt: Sie sind mit dem Schicksal dieser Gesellschaft verknüpft, sie werden ertragen, so unermeßlich groß sind Elend und Leiden dieser Gesellschaft, das ist ihr Gesicht — so ist der Schmerz, so ihre Lust, so stark sind trotz aller Widerstände die unerschöpflich explosiv hervorbrechenden Quellen ihrer überwindenden, das Faule zerstörenden gesunden Kräfte.

Das ist der Masereel, den Holitscher sieht, den auch der Prolet sehen wird, erkennen und verstehen wird als seinen Freund, der um seine Not weiß, der seine Kräfte kennt und ihm helfen will, der ihm den Blitz aus der Wolke als Waffe zuleitet, damit er mit dem Donner der Zerstörung regiere und Ordnung mache. Ja, das bin ich, wird der Arbeiter sagen, das sind wir, die Masse der kämpfenden Proletarier.

Ja — das wird der Arbeiter sagen — wenn, ja wenn er das Geld hat, sich dieses Buch, darin sein Schicksal, sein tägliches, alltägliches Leben eingegraben steht, zu kaufen.

*) „Frans Masereel" von Artur Holitscher und Stefan Zweig. Axel Junker-Verlag, Berlin.

Berichtigung.

In der Sondernummer 17 vom 7. d. M. ist auf Seite 190 ein Artikel des Genossen R. Schüller, „Lenin und die Kommunistische Jugend-Internationale", enthalten. Durch ein technisches Versehen wurde der Artikel mit dem Titel „Lenin und die Kommunistische Internationale" überschrieben. Wir nehmen an, daß unsere Leser aus dem Inhalt des Artikels den richtigen Titel sofort ersehen haben.

Die in der letzten Zeit vorgekommenen Druckfehler sind hauptsächlich auf die Anhäufung der Sondernummern zurückzuführen, wodurch der uns nach unserer Übersiedlung nach Wien zur Verfügung stehende technische Apparat erheblich überlastet wurde. **Die Redaktion.**

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

Losowski: Die Gegenwart und die unmittelbare Zukunft der Gewerkschaften und Betriebsräte.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 19. 12. Februar

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Die Anerkennung der SSSR. durch die englische Regierung. Von Radek 203

Politik.

Die liberale Arbeiterregierung Englands. Von Thalheimer 204

Deutschland.

Sammelt für den Kampf des deutschen Proletariats! . . 205

Arbeiterbewegung.

Die Gegenwart und die unmittelbare Zukunft der Gewerkschaften und Betriebsräte. Von Losowski 205

Proletarische Frauenbewegung.

Der Internationale Kommunistische Frauentag 1924. Von Zetkin 207

Aus der Internationale.

Lenins Persönlichkeit 210

Die Lage in Deutschland und die KPD. 213

Deutschlandhilfe.

Russisches Hilfswerk für die deutschen Gelehrten . . . 214

Aufrufe.

An die Seeleute aller Länder! 214

Die Anerkennung der SSSR. durch die englische Regierung.

Von Karl Radek.

Die Tatsachen sind ein hartnäckiges Ding. (Englisches Sprichwort.)

** Die englische Arbeiterregierung verständigte die Sowjetregierung davon, daß sie die normalen diplomatischen Beziehungen mit der Union der Sowjetrepubliken wieder aufnehme. Dieser Umschwung in der Politik der stärksten kapitalistischen Großmacht Europas ist auf drei Ursachen zurückzuführen.

1. Die Stärke der Union der Sowjetrepubliken.

Die englische Regierung stand an der Spitze des gegenrevolutionären Feldzuges gegen Sowjetrußland. Mit der Landung in Archangelsk hatte sie die Periode der unverhüllten Intervention eröffnet. Die heldenhafte Tat der von der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung geführten gesamten Arbeiter- und Bauernschaft Rußlands hat die Truppen Judenitschs, Koltschaks und Denikins, die im Dienste der englischen Regierung standen, zurückgeworfen und zerschmettert. Die ersten Zeilen der Anerkennung Sowjetrußlands durch den englischen Imperialismus wurden von den Bajonetten der Roten Armee in das Buch der Geschichte eingetragen.

Darauf nahm die Regierung des imperialistischen England eine Frontänderung vor und versuchte, Sowjetrußland durch die wirtschaftliche Macht des englischen Kapitalismus auf die Knie zu zwingen. Auf der Konferenz von Genua wollte der englische Imperialismus die durch die Mißernte hervorgerufene Hungersnot ausnützen und schlug die Anerkennung Sowjetrußlands unter der Bedingung der Anerkennung der zaristischen und bürgerlichen Schulden und der Wiedergutmachung der Verluste der ausländischen Kapitalisten vor. Der englische Imperialismus bot also der Sowjetregierung die Anerkennung um den Preis des Verzichtes auf alle wirtschaftlichen Errungenschaften der Oktoberrevolution an, da die Annahme der Genueser Bedingungen Lloyd Georges nichts anderes bedeutet hätte, als daß die Sowjetregierung als Bezahlung der zaristischen Schulden und der Schadenersatzforderungen den ausländischen Kapitalisten nicht nur das hätte zurückgeben müssen, was diese in Rußland vor der Revolution besaßen, sondern ihnen noch dazu riesige, noch unausgebeutete Naturschätze zur Ausbeutung zu überlassen gehabt hätte. Die Sowjetregierung lehnte die Forderungen des englischen Imperialismus ab. Die Ernte nach dem Abbruch der Genueser Konferenz, die Entwicklung unserer Landwirtschaft, die Anfänge eines Aufschwunges der Industrie zerstörten die Hoffnung des englischen Imperialismus, der darauf wartete, daß die Schlinge der Hungersnot uns zur Kapitulation vor dem Weltkapitalismus zwingen werde. Der Zerfall der gegenrevolutionären Parteien, die sich auf die kleinbürgerlichen Schichten zu stützen versuchten, die Erstarkung der RKP., die Erstarkung der Sowjetmacht nahmen dem englischen Imperialismus die Siegeshoffnung. Die Arbeiterregierung Englands vollbringt jetzt nur, was bereits die vernünftigsten Vertreter sowohl der Liberalen wie auch der konservativen englischen Bourgeoisie in Angriff genommen haben.

2. Der Zerfall im Lager der internationalen Bourgeoisie.

Der Gedanke der Intervention gegen Sowjetrußland hatte die Schaffung eines einheitlichen kräftigen Blocks aller bürgerlichen Staaten zur Voraussetzung. Dieser Gedanke, der in der Wilsonschen Idee des Völkerbundes zum Ausdruck kam, war eine Tot-

geburt, da Amerika sich dem Völkerbunde nicht angeschlossen hatte. Dem Fernbleiben Amerikas vom Völkerbund entspricht der wirtschaftliche Kampf des amerikanischen Kapitalismus gegen den Kapitalismus in Europa und dem fernen Osten. Innerhalb des Völkerbundes spielt sich ein verzweifelter Kampf zwischen dem englischen und französischen Imperialismus um die Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent ab, der nicht nur in scharfen diplomatischen Streitigkeiten zum Ausdruck kommt, sondern auch zu einem wilden Rüstungswettkampf führte. Jeder der bürgerlichen Staaten muß an sich denken, muß daran denken, wie er die internationale Wirtschaftskrise im eigenen Land überwinden und für den kommenden Kampf Verbündete finden kann. Dieser Umstand bewog nicht nur Herrn Poincaré, vorbereitende Schritte zur Anknüpfung von Beziehungen mit der Sowjetregierung zu unternehmen, sondern er bewog auch Mussolini dazu, der Sowjetregierung die Anerkennung anzubieten. Bevor es Frankreich und Italien gelungen ist, normale diplomatische Beziehungen mit Sowjetrußland anzuknüpfen, tut das jetzt die englische Regierung. Der Schritt der englischen Arbeiterregierung ist die Vollendung der Politik der englischen bürgerlichen Parteien. Auf dem Kongreß des Verbandes der englischen Handelskammern hielt der Vertreter einer der mächtigsten Organisationen der englischen Bourgeoisie, Sir Arthur Balfour, eine Rede, worin er folgendes sagte:

„Einhundertfünfzig mit Weizen beladene Schiffe sind auf dem Wege von Rußland nach England. Holzsendungen befinden sich gleichfalls auf dem Wege, und der Handel entwickelt sich Schritt für Schritt vorwärts. Die Wirkung des russischen Brotimports besteht nicht nur darin, daß das Brot bei uns billiger wurde, sondern auch in einem Preissturz des Weizens in Amerika, was den amerikanischen Farmer zum Nachdenken über die Verteuerung seiner Produktionsbedingungen infolge der schutzzöllnerischen Tarifpolitik bewog."

Die Annäherung an Sowjetrußland stellt für die englische Bourgeoisie ein Kampfmittel gegen das Rohmaterialmonopol dar, mit dessen Hilfe die amerikanische Bourgeosie Gold aus England herauszieht und durch ihre Zollpolitik die Konkurrenz der englischen Industrieerzeugnisse auf dem amerikanischen Markt erschwert. Aber die Anerkennung der Sowjetregierung bildet für die englische Bourgeoisie zugleich auch ein politisches Kampfmittel gegen die England bedrohenden Gefahren. In der Januarnummer der einflußreichen englischen Zeitschrift „Fortnightly Review" erschien ein mit „Augur" gezeichneter Artikel, der darauf hinweist, daß eine Annäherung Englands an Deutschland und Rußland nicht nur in Europa, sondern auch im Osten erforderlich sei. Unter dem Pseudonym „Augur" verbirgt sich einer der konservativsten und sowjetfeindlichsten Führer des englischen Außenministeriums. Die Anerkennung der Sowjetregierung sollte den Weg der Koordinierung der Kräfte gegen Frankreich eröffnen.

3. Die Spaltung der englischen Bourgeoisie und der Sieg der Arbeiterpartei.

Die englische Bourgeoisie ist in zwei Lager gespalten: in das liberale und konservative. Diese Spaltung entspricht nicht der früheren Aufteilung der englischen herrschenden Klasse auf Gutsbesitzertum einerseits und Handels- und Industriebourgeoisie andererseits. Im Lager der Konservativen befinden sich auch die einflußreichsten Kreise des englischen Industrie- und Finanzkapitals. Die gegenwärtige Spaltung ist darauf zurückzuführen, daß die englische Bourgeoisie — in verschiedene, besondere Interessen verfolgende Gruppen zerstückelt — unfähig ist, einen gemeinsamen Nenner für ihre Politik zu finden. Die durch den Krieg hervorgerufenen riesigen Schwierigkeiten, die internationalen Schulden, das wirtschaftliche Chaos, die Arbeitslosigkeit, das Anwachsen der Arbeiterbewegung, die Zunahme der Unruhen in den Kolonien — all dies ruft in der englischen Bourgeoisie Disharmonie, Zerwürfnisse, Unsicherheit hervor. Infolgedessen konnte auch die englische Arbeiterpartei zur Macht gelangen, obwohl sie kaum ein Drittel der Bevölkerung hinter sich hat. Die englische Arbeiterpartei hat Angst vor der Revolution. Sie will den Kapitalismus retten. Die Anerkennung der Sowjetmacht hat für sie die Bedeutung eines Kampfmittels gegen die Arbeitslosigkeit und gegen die Gefahren, die England seitens Frankreichs bedrohen. Wenn Ramsay Macdonald Sowjetrußland bedingungslos anerkennt, während seine Freunde aus der II. Internationale, die Herren Scheidemann, Ebert, Dittmann und andere, als sie im Jahre 1918 die Macht in Händen gehabt haben, Sowjetrußland nicht nur nicht anerkannt, sondern mit Hilfe ihres Kommissars Winnig im Baltikum gegen Sowjetrußland eine eiserne Brigade aufgestellt hatten, so kommt darin nur der Unterschied in der Lage jener beiden Parteien der II. Internationale, die die Macht in die Hände genommen haben, zum Ausdruck: die eine im Deutschland des Jahres 1918 und die andere im England des Jahres 1924. Die deutschen Sozialdemokraten konnten es damals versuchen, den deutschen Kapitalismus mit Hilfe der Entente zu retten, die sich damals zur Intervention gegen das junge, noch ungefestigte Sowjetrußland rüstete. Ramsay Macdonald versucht, England zur Zeit des völligen Zerfalls der Entente vor der Revolution zu retten, zu einer Zeit, wo sich der internationale Kapitalismus davon überzeugt hat, daß es außer Sowjetrußland kein anderes Rußland gibt. Ramsay Macdonald hat nur einen Schritt unternommen, mit dem gegenwärtig auch Herr Lloyd George einverstanden ist.

Daran, daß Ramsay Macdonald sein Versprechen so schnell zu erfüllen gezwungen war, haben die englischen Arbeiter ein sehr großes Verdienst. Erst kürzlich mußte das offizielle Organ Macdonalds, der „Daily Herald", einen Artikel bringen, der die englischen Arbeiter mit dem Versprechen beruhigt, daß die Anerkennung der Sowjetmacht ohne Verzögerung erfolgen wird. Aber in Wirklichkeit war die Absicht der Verzögerung vorhanden. Sie erwies sich infolge des Druckes der Arbeiter als undurchführbar. Die englischen Arbeiter stehen heute noch nicht auf dem Niveau der Chartisten, die für jede revolutionäre Bewegung auf dem europäischen Kontinent eine tiefe Sympathie an den Tag legten. Aber wenn auch der Verfasser der eben erst erschienenen Biographie Macdonalds (die dazu noch im offiziellen Verlag der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei erschien) Ramsay Macdonald in mehreren Kapiteln als einen Kämpfer gegen den Kommunismus rühmt, so betrachten trotzdem die englischen Arbeiter, auch die, die noch keine Kommunisten sind, Sowjetrußland als den ersten Arbeiterstaat und wollen ihm helfen. Daher war Ramsay Macdonald, der Feind des Kommunismus, gezwungen, sobald er zur Macht gelangte, nach seinem ersten Besuch beim König seine Visitenkarte und die Anerkennung auch der Sowjetregierung präsentieren zu lassen.

Die Bedeutung der Anerkennung.

Die Anerkennung der SSSR. durch den mächtigsten kapitalistischen Staat Europas hat eine riesige politische Bedeutung. Sie bedeutet, daß alle Versuche, uns für die Anerkennung materiielle Zugeständnisse zu entreißen, erfolglos blieben. Wir werden anerkannt, weil die kapitalistischen Staaten sich davon überzeugt haben, daß wir nicht nur gegenwärtig existieren, sondern auch in Zukunft existieren werden. Alles übrige ist nur auf Grund der Gegenseitigkeit, auf gegenseitiger materieller Vorteile möglich. Nach der seitens Englands erfolgten Anerkennung wurde faktisch zweifelsohne ein Präzedenzfall auch für die Anerkennung seitens anderer kapitalistischer Mächte geschaffen. Je später uns eine Regierung anerkennt, um so mehr wird sie durch diese Verzögerung verlieren.

Die Anerkennung ist wichtig auch in bezug auf den Zeitpunkt, in dem sie erfolgte. Alle Feinde der Sowjetunion spekulierten darauf, daß der Tod Lenins Sowjetrußland schwächen werde. Die Herren Menschewiki erklärten der kapitalistischen Welt sogar, daß unsere innerparteiliche Diskussion den Anfang vom Ende der Einheit der RKP. und somit auch Sowjetrußlands bedeute. Die englische Regierung, die mit uns im Moment des Kronstädter Aufstandes einen Handelsvertrag abgeschlossen hatte, erkennt die Sowjetregierung kurz nach dem Tode Lenins an und zeigt dadurch allen Schwätzern der Konterrevolution, wie eitel ihre Hoffnungen sind.

Politik

Die liberale Arbeiterregierung Englands.

Von A. Thalheimer.

(Der Presse durch Sonderabdruck bereits zugestellt.)

** In einer tschechischen Zeitschrift zog der Staatspräsident der Tschechoslowakei, Masaryk, eine für ihn charakteristische Parallele zwischen dem Regierungsantritt der Labour Party in England und dem ungefähr mit ihm zusammenfallenden Tode Lenins, des Führers der russischen Sowjetrepublik und der Kom-

munistischen Internationale. Die Politik Macdonalds als die „moderne, zivilisierte" Anwendung des Marxismus löse die revolutionäre „barbarische" Anwendung des Marxismus, wie sie durch Lenin verkörpert sei, ab. Es ist bezeichnend, daß der „Vorwärts" diesen Artikel Masaryks ohne jede Einschränkung abdruckt. Bereits die ersten Schritte der Regierung Macdonalds geben jedoch der Arbeiterschaft klaren Aufschluß darüber, was es mit der „zivilisierten marxistischen Politik" der Labour Party auf sich hat, und bereits die personelle Zusammensetzung der englischen Arbeiterregierung gab die nötigen Fingerzeige dafür. Die bürgerliche Presse bemerkte mit Genugtuung, daß die Mitglieder dieser Regierung fast durchwegs aus bürgerlichen Kreisen stammen, daß nur ein oder zwei ehemalige Arbeiter in ihr vertreten sind. In der Tat, sieht man sich die personelle Zusammensetzung der englischen Arbeiterregierung an, so fällt sofort auf, daß die sogenannten Arbeitervertreter in ihr in der Mehrheit entweder Intellektuelle des Fabianischen Schlages sind (mit Sidney Webb als dem Vater des Fabianismus an der Spitze) oder radikale bürgerliche Intellektuelle, die erst während des Krieges den Weg zur Arbeiterpartei gefunden haben, oder konservative Gewerkschaftsbürokraten vom Schlage der Thomas, Clynes oder Frank Hodges. Die „wilden Männer" vom Clyde haben sich mit einem unbedeutenden Posten begnügen müssen, und so entdeckt jetzt die liberale und selbst die konservative englische Presse, daß die Regierung Macdonalds eine Regierung von allerlei Talenten sei. Man erinnert sich, daß zu Beginn der Regierungsbildung eine kleine Panik in der Londoner City entstand und bereits englisches Kapital nach dem sicheren reaktionären Amerika zu flüchten begann. Diese Panik hat sich inzwischen gelegt. In Generalversammlungen englischer Aktiengesellschaften sind sogar direkte Beruhigungsreden an die Adresse des britischen Kapitals gerichtet worden.

Lloyd George und andere liberale Führer haben zur Beruhigung des englischen bürgerlichen Publikums wiederholt mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß diese Arbeiterregierung unter solchen Bedingungen auftrete, daß sie der englischen Bourgeoisie auf keinen Fall gefährlich werden könne. Diese Bedingungen bestehen darin, daß die liberale Partei in jedem beliebigen Augenblick die Labour-Regierung stürzen kann, und daß infolgedessen diese Regierung genötigt ist, sich streng an die Linie zu halten, die ihr von den Liberalen vorgeschrieben ist. Die Regierung Macdonald ist im strengsten Sinn eine liberale Arbeiterregierung. Die „Times" berichtet, einer der liberalen Führer habe zynisch bemerkt: „Macdonald regiert, aber wir herrschen." So ist es in der Tat, und die Taktik der Arbeiterregierung ist ganz auf diese Tatsache eingestellt. Sie besteht darin, zu versuchen, die Liberalen mit ihrem eigenen, dem liberalen Wahlprogramm zu schlagen. Die Regierung Macdonald will das liberale Programm durchführen und rechnet damit, daß, wenn die Liberalen in irgendeiner Frage ihres eigenen Programms die Arbeiterregierung zu Falle bringen, der Wahlkampf mit Erfolg für die Labour Party gegen die Liberalen durchgeführt werden könne.

Bei dieser schlauen Berechnung vergessen Macdonald und die seinen nur das eine, daß bürgerliche Politik in jedem Fall sich gegen die Klasseninteressen des Proletariats wenden muß. Darauf spekulieren natürlich die Liberalen, und wie uns scheint, mit mehr Recht. Es scheint das Schicksal der reformistischen Arbeiterparteien zu sein, daß sie alle konterrevolutionär gegen die Arbeiterklasse auftreten müssen. Die Regierung Ebert-Scheidemann begann damit gegen die Lohnbewegungen der Arbeiterschaft im Herbst 1918 aufzutreten, die Regierung Macdonald beginnt damit, gegen den Lokomotivführerstreik aufzutreten, und sie wird in ganz kurzer Zeit einer Reihe anderen großen sozialen Bewegungen der Arbeiterklasse gegenüberstehen, der Bewegung der Dockarbeiter, der Kohlenbergleute usw. Es zeigt sich eben an der englischen Arbeiterklasse, wie es sich in den Arbeiterklassen der ganzen Welt zeigen wird, daß sie, sobald sie ein Stück politischer Macht in den Händen hat, beginnt, an den Ketten ihrer sozialen Sklaverei zu rütteln. Die feine liberale und reformistische Trennung zwischen politischer Macht und sozialer Unterdrückung geht der Arbeiterklasse nicht in den Kopf. Wird die englische Arbeiterregierung im Kampf zwischen Kapital und Arbeit auf die Seite des Kapitals treten, so wird die englische Arbeiterklasse einen mächtigen Schritt vorwärts tun, und zwar gegen die jetzige Arbeiterregierung. Wenn die sehr schlaue englische Bourgeoisie mit gutem Recht damit rechnet, daß der nächste Zug im politischen Schachspiel zu ihren Gunsten ausfallen wird, so übersieht sie dennoch, daß gerade die Enttäuschung der englischen Arbeiterschaft über die liberale Politik ihrer liberalen Arbeiterregierung, die nicht ausbleiben wird, die englische Arbeiterklasse auf den Weg der proletarischen Revolution, und das heißt, auf den Weg Lenins führen wird.

Bezeichnend für den Charakter der liberalen Arbeiterregierung sind auch ihre ersten Schritte in der auswärtigen Politik. Einer der wichtigsten Probiersteine für eine revolutionäre, proletarische Politik ist die Haltung gegenüber den Kolonialvölkern. Eine der ersten Handlungen Macdonalds aber war eine Ankündigung in Indien, daß es von der Anwendung von Gewalt gegen die englische Herrschaft nichts zu hoffen habe. Damit hat Macdonald bewiesen, daß seine Regierung so gut imperialistisch ist wie irgendeine liberale oder konservative englische Bourgeoisregierung. Die liberale und konservative englische Presse war denn auch geradezu entzückt über dieses Glaubensbekenntnis der Arbeiterregierung zum Imperialismus. Weiter hat diese Regierung sofort mit großer Entrüstung das Gerücht dementiert, daß sie beabsichtige, den kriegsmäßigen Ausbau des Hafens von Singapore einzustellen. Und schließlich ist die Anerkennung Sowjetrußlands durch Macdonald ganz offen verbunden mit der Vertretung der imperialistischen Interessen der englischen Bourgeoisie. Macdonald wünscht, wie Lord Curzon, die Einstellung der „Propaganda", die angeblich von Sowjetrußland ausgeht, unter den Ostvölkern. Macdonald fordert von der Sowjetregierung die Anerkennung ihrer Schulden, die unter dem Zarismus gegenüber dem englischen Staat oder einzelnen englischen Kapitalisten gemacht wurden. Die Politik Macdonalds gegenüber Sowjetrußland ist in der Form weit behutsamer als die Curzons, aber in der Sache ist sie vom selben Charakter.

In der kontinental-europäischen Politik fehlt der Regierung Macdonald noch die sichere Linie. Es wird sich zeigen, daß auch die Regierung Macdonald, auf die sowohl die deutsche Sozialdemokratie wie ein großer Teil der deutschen Bourgeoisie ihre Hoffnungen setzen, nicht den Willen und die Kraft hat, einen Bruch mit Frankreich zu riskieren. Denn auch die liberale englische Bourgeoisie wünscht zwar nicht die französische Oberherrschaft über Kontinentaleuropa, aber sie wünscht ebensowenig eine Wiedererstarkung der deutschen Industrie und des deutschen Außenhandels, die der englischen gefährlich werden könnte. Was sich unter der pazifistischen Phraseologie Macdonalds verbirgt, das ist der Versuch, die territorialen Pläne Frankreichs gegenüber Deutschland zu durchkreuzen und gleichzeitig mit Frankreich und Amerika gemeinsam eine solche wirtschaftliche und finanzielle Kontrolle über Deutschland aufzurichten, daß die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in den Grenzen gehalten werden kann, die England und Amerika, als die dann ausschlagenden Mächte, bestimmen werden. Die Hoffnungen der deutschen Sozialdemokratie auf die Hilfe der Labour Party werden sich sehr rasch als Illusionen erweisen, und die Sprünge in der II. Internationale, die durch diese illusionären Hoffnungen im Augenblick überkleistert sind, werden sich dann um so mehr vertiefen.

Für unsere Kommunistische Partei in England hat jetzt ein Zeitabschnitt begonnen, der ihr ungeheuere Möglichkeiten des Aufschwungs bietet. Ihre Aufgabe wird es sein, den riesigen Entwicklungsprozeß des Klassenbewußtseins des englischen Proletariats, der mit der praktischen Schule der liberalen Arbeiterregierung einsetzt, auf Grund der überlegenen kommunistischen Einsicht und revolutionären Tatkraft zu beschleunigen und organisatorisch auszuwerten. Die Tatsachen werden erweisen, daß der Regierungsantritt Macdonalds in England wider Willen und wider Wissen der englischen Bourgeoisie und ihrer Arbeiterpartei gerade dem revolutionären Marxismus den Weg bahnen wird, der durch den Namen Lenins am hervorragendsten gekennzeichnet ist. Der liberalen englischen Arbeiterregierung gehört ein kurzer historischer Augenblick, dem „Leninismus" gehört das Morgen.

Die proletarische Revolution in England wird sicherlich keine genaue Kopie der proletarischen Revolution in Rußland sein, aber sie wird nicht die Grundzüge Macdonalds tragen, sondern die von Marx und Lenin. Sie wird in viel ausgesprochenerem Maß eine proletarische Revolution sein, als die russische es war, und sie wird, mit England als dem Mittelpunkt eines riesigen imperialistischen Weltreiches, von vornherein die großen Züge der Weltrevolution tragen, das heißt der Verbindung der proletarischen Revolution mit der agrarisch-kolonialen.

Deutschland

Sammelt für den Kampf des deutschen Proletariats!

An das internationale Proletariat! An alle Arbeiterorganisationen der Welt!

** Genossen! In Deutschland herrscht heute die schwärzeste Reaktion. Gestützt auf die vom Großkapital aufgerichtete Militärdiktatur, ist die deutsche Bourgeoisie zu einer scharfen Offensive auch gegen die sozialen Rechte der Arbeiterklasse übergegangen. Ein scharfer Kampf um den Achtstundentag, um die Erwerbslosenunterstützung, um die Höhe der Löhne, um die Rechte der Betriebsräte usw. hat begonnen. Auf der ganzen Linie ist das Unternehmertum zur Offensive übergegangen. Tausende füllen bereits die Gefängnisse.

In dieser Situation ist es ein Ereignis von größter historischer Bedeutung, daß das deutsche Proletariat trotz riesiger Arbeitslosigkeit und brutalster Militärdiktatur heute in großen Massenkämpfen um den Achtstundentag und zur Abwehr der allgemeinen Unternehmeroffensive steht. In Rheinland-Westfalen stehen bereits einige Wochen lang über eine halbe Million Arbeiter im Kampf um den Achtstundentag. In Schlesien bei den Berg- und Hüttenarbeitern und den Textilarbeitern dasselbe Bild. In Berlin haben die Metallarbeiter einen großen Massenstreik gegen den Lohnabbau geführt. In Mitteldeutschland kämpfen die Metallarbeiter einen zähen Kampf um den Achtstundentag und gegen den Lohnabbau. In Mannheim, Bremen und vielen anderen Städten treten täglich neue Teile der Arbeiterschaft in den opferreichen, verzweifelten Abwehrkampf gegen die Unternehmeroffensive.

Die Erwerbslosen führen jetzt in ganz Deutschland einen großen Kampf gegen die Zwangsarbeit, die sie ohne Bezahlung, auf Befehl der Behörden, leisten sollen und durch die sie zu Streikbrecherarbeiten und Lohndrückerei ausgenützt werden.

Genossen! Wir brauchen Euch nicht zu sagen, von welch großer internationaler Bedeutung ein erfolgreicher Abwehrkampf des deutschen Proletariats gegen die Beseitigung des Achtstundentages und gegen die kapitalistische Offensive ist. Ihr wißt aus eigener Erfahrung, wie wichtig für Euren Kampf um den Achtstundentag der Abwehrkampf des deutschen Proletariats ist. Die Beseitigung des Achtstundentages in Deutschland würde ohne Zweifel einen verschärften Feldzug der Bourgeoisie in allen kapitalistischen Ländern zur Verlängerung der Arbeitszeit zur Folge haben.

Die deutsche Arbeiterklasse kämpft um den Achtstundentag und gegen den Lohnabbau auf Vorposten für das internationale Proletariat. Das deutsche Kapital will sich durch ungeheuerliche Herabdrückung der proletarischen Lebenshaltung auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger machen. Das deutsche Proletariat wehrt sich in verzweifelten Kämpfen gegen seine Degradierung zu internationalen Lohndrückern.

Genossen! In Eurem Interesse, im Interesse des internationalen Klassenkampfes ist es deshalb notwendig, daß Ihr die Kämpfe in Deutschland nicht nur mit Aufmerksamkeit verfolgt, sondern auch mit allen Kräften unterstützt.

Insbesondere ist zunächst eine materielle Unterstützung der kämpfenden deutschen Arbeiterschaft notwendig, denn die Kämpfe in Deutschland werden unter den schwierigsten Verhältnissen geführt, und die Kämpfenden und die Opfer des Kampfes sind in größter Not. Der Bundesvorstand des ADGB. und alle reformistischen Gewerkschaftsinstanzen sabotieren den Kampf für den Achtstundentag und gegen die Unternehmeroffensive mit allen Mitteln. Selbst wo diese Gewerkschaftsführer unter dem Druck der Massen den Kampf gutheißen müssen, tun sie nichts für seine praktische und materielle Unterstützung.

Die Gelder, die das internationale Proletariat dem Bundesvorstand des ADGB. für die kämpfende deutsche Arbeiterschaft gegeben hat, wurden von diesem nur zur Bezahlung der Gewerkschaftsbeamten verbraucht. Wenn das internationale Proletariat will, daß die von ihm gesammelten Gelder wirklich zur Unterstützung des proletarischen Klassenkampfes in Deutschland verwandt werden, dürfen keine Gelder an den Bundesvorstand des ADGB. geleitet werden.

Alle Kämpfe um den Achtstundentag werden geführt von den revolutionären Betriebsräten und Erwerbslosenräten, die über keine Kassen zur Unterstützung der Opfer des Kampfes verfügen. Das, was die ausgepowerte deutsche Arbeiterschaft durch Sammlungen aufbringt, reicht bei weitem nicht zur Behebung der größten Not.

Wir fordern Euch deshalb auf, überall Sammlungen zugunsten der kämpfenden deutschen Arbeiterschaft, zugunsten des internationalen Kampfes um den Achtstundentag einzuleiten.

Alle gesammelten Gelder sind an das

Bureau confédéral de la Confédération Générale du Travail Unitaire (CGTU.), Paris, 33 Rue de la Grange-aux-Belles

zu richten.

Die CGTU. wird die gesammelten Gelder nach Deutschland weiterleiten.

Mit proletarischem Gruß:

Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte.

Der 12er-Ausschuß der oppositionellen Ortsausschüsse des ADGB.

Arbeiterbewegung

Die Gegenwart und die unmittelbare Zukunft der Gewerkschaften und Betriebsräte.

Von A. Losowski.

I.

** „Die Gewerkschaften haben ihre Zeit überlebt" — in diesen Worten läßt sich die gewerkschaftliche Einstellung der deutschen Genossen, die in der KPD. dem linken Flügel angehören, zusammenfassen. Zu dieser Schlußfolgerung kamen sie auf Grund ihrer Analyse der Tätigkeit der reformistischen Gewerkschaften in Deutschland während der letzten Zeit. Der Gedankenprozeß unserer linken Genossen kann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

Die Gewerkschaften sind nichts als ein konservatives und reaktionäres Ungeheuer, das nur zusammen mit der Bourgeoisie und dem kapitalistischen Staat erledigt werden kann. In den letzten Monaten haben sie mit besonderer Kraßheit ihr antiproletarisches Wesen gezeigt, indem sie durch ihre Führer der faschistischen Diktatur in der Durchführung des zehnstündigen Arbeitstages usw. ihren Segen gaben. Die Massen sind enttäuscht und verlassen die Gewerkschaften millionenweise. Die Gewerkschaften selbst leiden jetzt unter einer politischen und organisatorisch-finanziellen Krise; sie sind im Zerfall begriffen. Unsere kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften konnte bis jetzt keine Erfolge erzielen, weil die kommunistischen Gewerkschaftler nicht besser sind als die sozialdemokratischen Beamten. Wir müssen deshalb die Gewerkschaften verlassen und unsere ganze Arbeit und Energie auf die Betriebsräte konzentrieren, um diese zu einer Waffe der sozialen Revolution zu machen. Die Gewerkschaften erobern können wir nicht; infolgedessen müssen wir sie ihrem Schicksal überlassen. Sie werden zusammen mit dem kapitalistischen Staat, mit dem sie schon fast organisch zusammengewachsen sind, fallen.

Dies ist ungefähr die neue Gewerkschaftsphilosophie unserer linken Genossen in der KPD. Diese Anschauung müssen wir uns unbedingt näher betrachten, denn wollten wir unsere Taktik einer solchen theoretischen Gewerkschaftseinschätzung anpassen, dann müßten wir sehr traurige Folgen für die ganze revolutionäre und kommunistische Bewegung erwarten. Wir wollen daher in folgendem die Theorie und Praxis dieses Gewerkschaftspessimismus etwas eingehender analysieren.

*

Vor allem müssen wir darauf hinweisen, daß diese „neue" Gewerkschaftstaktik schon an Altersschwäche leidet. Die Wurzeln dieser Theorie sind in der KAP. zu finden, die sich doch gerade wegen dieser Frage von der Kommunistischen Internationale abgetrennt hat.

In der nächsten Ausgabe des Organs der RGJ. wird der Leser einen Artikel von Lenin finden mit der Überschrift „Sollen Revolutionäre in reaktionären Gewerkschaften arbeiten?" Dieser Artikel ist der Broschüre Lenins „Der Radikalismus — die Kinderkrankheit des Kommunismus" entnommen. Mit seiner ihm so charakteristischen Klarheit antwortet Lenin jenen Verfechtern der Gewerkschaftszerstörung, die nichts von der Eroberung der Gewerkschaften wissen wollen und die sich kleine, gute, unbefleckte Organisatiönchen gründen wollen. Es ist wahr, Lenin hat

sein Buch im Jahre 1920 geschrieben. Aber hat sich vielleicht inzwischen die Lage in Deutschland so wesentlich geändert, daß die damalige Kinderkrankheit jetzt zum einzigen Erlöser des Kommunismus geworden ist? Wir wollen sehen.

Was geht jetzt in Deutschland vor? Der Zerfall des Gewerkschaftsapparats und die wachsende Unzufriedenheit in den Massen. Die Gewerkschaften sind wegen ihrer finanziellen Schwierigkeiten vielfach geschwächt; ihre Mitgliederzahl ist bedeutend gefallen — aber es darf nicht vergessen werden, daß vier bis fünf Millionen Arbeiter noch immer in den reformistischen Gewerkschaften geblieben sind. Und welche Elemente haben eigentlich die Gewerkschaften verlassen? Ein großer Teil von ihnen sind Arbeitslose oder die schlecht bezahlten Arbeitskategorien, Arbeiter, die die Gewerkschaften verließen, weil diese den kranken Arbeitslosen keine Unterstützung mehr geben konnten usw.; und schließlich finden wir darunter auch einen gewissen Teil revolutionär gesinnter Arbeiter, die nicht länger den wiederholten Verrat der Gewerkschaftsspitzen dulden konnten. Jedoch noch immer sind Millionen von Arbeitern in den reformistischen Gewerkschaften geblieben, und die Unzufriedenheit dieser Masse mit der alten Politik kommt in dem aktiven Kampf gegen die Reformisten zum Ausdrucke. Was bedeutet nun die Behauptung der Linken, daß die Gewerkschaften mit der kapitalistischen Regierung organisch zusammengewachsen sind und infolgedessen nur zusammen mit ihr fallen werden? Wahr ist, daß die Spitzen, die Führer der Gewerkschaften, tatsächlich mit der Bourgeoisie zusammengewachsen sind. Aber es muß doch unterschieden werden zwischen Gewerkschaft und Gewerkschaftsbürokratie. Mag die von den Spitzen getriebene Politik sein, was sie will — **die Massen in den Gewerkschaften müssen doch erobert werden.** Daß die Arbeitermassen erobert werden können, geht aus der einfachen Tatsache hervor, daß zwischen diesen Massen und der Bourgeoisie nichts Gemeinsames ist oder sein kann.

Alles spricht für die Möglichkeit und Notwendigkeit der Eroberung der Arbeitermassen. Nun müssen wir aber die Methoden finden, die uns ermöglichen sollen, die Massen dem Einfluß der reformistischen Führer zu entreißen. Aber können wir denn dieses Ziel erreichen, indem wir die Gewerkschaften verlassen und, statt unsere Gewerkschaftsarbeit intensiver zu gestalten und die Opposition zu organisieren, uns lediglich mit den Betriebsräten abgeben?

Wenn wir diesen Standpunkt akzeptierten, dann müßten wir sofort die Parole ausgeben: „Alle Kommunisten müssen sofort aus den Gewerkschaften austreten." Was wären die Folgen? Mit dem Austritt unserer Genossen aus den Gewerkschaften würden sie im selben Augenblicke ihren ganzen Einfluß, den sie auf Millionen von Arbeitern in den reformistischen Gewerkschaften ausüben, verlieren. Einen besseren Dienst könnten sie den Reformisten nicht erweisen. Befreit vom Druck des aktivsten und revolutionärsten Teiles der Arbeiterklasse, könnten dann die Reformisten ihre verräterische Politik noch lange Zeit treiben. Eine zweite unausbleibliche Folge eines solchen Schrittes würde nicht nur der Stillstand, sondern der Rückgang der KP. Deutschlands sein.

Wir dürfen nicht das lehrreiche Beispiel der KAP. aus den Augen verlieren. Im Jahre 1919, zur Zeit der Spaltung, waren die Anhänger der Gewerkschaftszerstörung in der Mehrheit. Die Anhänger der Eroberung, die später die Einheitsfronttaktik durchführten, bildeten dann die jetzige Kommunistische Partei, deren Einfluß sich auf Millionen von Arbeitern erstreckt und die jetzt die einzige ernsthaft revolutionäre Kraft in Deutschland ist. Aber wie steht es mit der deutschen Kommunistischen Arbeiterpartei, die noch bei der Spaltung die Mehrheit hatte? Schlecht, sehr schlecht. In dem scharfen Klassenkampfe, der in Deutschland herrscht, spielt die KAP. absolut keine Rolle. (Nebenbei bemerkt, stand doch die KAP. sehr links.) Wie kann man das Verschwinden dieser Partei aus der politischen Arena Deutschlands erklären? Einfach mit der Tatsache, daß diese Partei sich für die Zerstörung der Gewerkschaften ausgesprochen hatte. Dadurch wurde ihre linke Einstellung absolut wertlos, und die Laune wurde zur Grundlage ihrer weiteren Taktik.

Unsere deutschen Genossen, aber nicht nur die deutschen, sondern alle diejenigen, die die Einheitsfronttaktik gern los werden möchten, müßten wirklich den ganzen Kampf, der sich schon um die Frage der Eroberung oder Zerstörung der Gewerkschaften abspielte, ganz aufmerksam durchstudieren; das würde uns viel Zeit und viele Diskussionen ersparen.

*

„Die alte Taktik der Eroberung der Gewerkschaften taugt ferner nicht," so sagen uns die deutschen Linken, „weil sie uns zur Einheitsfront mit den linken Sozialdemokraten führt. Wir kennen aber diese linken Sozialdemokraten sehr gut, wir haben sie in Sachsen arbeiten sehen; seid nur auf der Wacht, daß es bei uns zu keiner Sachsengewerkschaft kommt."

In der sächsischen Taktik der KPD. sind zwar eine Reihe von Fehlern auszusetzen, aber es wäre ein noch größerer Fehler, uns von allem, was in Sachsen und Thüringen gemacht wurde, abzukehren, denn das hieße das Kind mit dem Wasser aus der Wanne gießen. Aus der sächsischen Erfahrung ziehen unsere Genossen den Schluß, daß wir mit den linken Sozialdemokraten nichts zu tun haben dürfen und daß infolgedessen jeder Versuch, die gesamte Opposition im ADGB. zu organisieren, zum Scheitern verurteilt sei. Was diese Genossen am meisten befürchten, ist die Möglichkeit, daß, wenn wir die gesamte Opposition vereinigten, wir in der Formulierung unserer unmittelbaren Aufgaben und Parolen gehindert und gebunden sein würden. Anstatt klarer, unzweideutiger Parolen würden wir auf Formeln eingehen müssen, die den linken Sozialdemokraten annehmbar erscheinen. Und das, warnen uns die Linken, könnte uns in den Morast des Kompromisses und Opportunismus verführen.

Wollten wir diesen Standpunkt akzeptieren, dann würde unsere Arbeit in den Gewerkschaften absolut unmöglich. Worin bestehen eigentlich unsere gegenwärtigen Aufgaben in den Gewerkschaften? In der Organisierung der gesamten Opposition gegen die reformistische Leitung und ihre Politik. Könnten wir an diese Aufgabe überhaupt denken, wenn wir den Standpunkt unserer linken Genossen akzeptierten? Nein. Die zwei folgenden Beispiele zeigen, daß diese Genossen den Sinn der revolutionären kommunistischen Taktik gar nicht verstehen.

Im März 1923 wurde die Frankfurter Konferenz einberufen. Zu dieser Konferenz war eine kleine Gruppe von Sozialdemokraten gekommen, die trotz der Warnungen und Verheißungen der Zweiten und der Amsterdamer Internationale dorthin kamen. Obgleich die Kommunisten auf dieser Konferenz die Mehrheit hatten, erwähnten sie in der angenommenen Resolution weder die Diktatur des Proletariats noch die Notwendigkeit des Anschlusses an die Komintern oder RGI. Dies war eine unverhüllte Konzession gegenüber unseren Verbündeten in der Einheitsfront. Nun fragen wir, ob der internationale Kommunismus von dieser Taktik Nutzen oder Schaden geerntet hat? Es ist für jeden klar, daß es uns nur geholfen hat. Ein guter Beweis dafür war die tolle Wut, mit der die gesamte sozialdemokratische Presse die auf der Frankfurter Konferenz gefaßten Beschlüsse entgegennahm.

Das zweite Beispiel:

Im Mai 1923 hatten die russischen Gewerkschaften mit den Vertretern der **Internationalen Transportarbeiter-Föderation** eine Vereinbarung getroffen. In den gemeinsam unterzeichneten Resolutionen wird weder die Diktatur des Proletariats noch das Sowjetsystem, weder die Komintern noch RGI. erwähnt. Darin könnten unsere Linken auch ein Kompromiß, ein Aufgeben unserer Prinzipien, ersehen. **Aber ich konstatiere, daß trotz der oben genannten Auslassungen diese Resolutionen dem Kommunismus viel mehr Nutzen gebracht haben, als 100 der linkesten Artikel oder Manifeste.**

Betrachten wir nun die Weimarer Konferenz, die von unseren Linken scharf kritisiert wird, im Lichte dieser beiden Beispiele, so erblicken wir sofort die verwundbare Stelle dieser linken Einstellung. Worin besteht die politische Bedeutung der Weimarer Konferenz? Sie besteht darin, daß sie es versucht hat, die offiziellen Vertreter **ganzer** Organisationen (Gewerkschaften und Kartelle), die dem ADGB. angehören, zusammenzuberufen, indem sie durch die Kommunisten alle linken Elemente in den Gewerkschaften gegen die sozialdemokratische Politik vereinigte. **Die Bedeutung der Weimarer Konferenz besteht vor allem darin, daß sie überhaupt zustande gekommen ist.** Ihr politischer Wert ist um so größer, da sie zu einer Zeit, wo eine erhebliche Depression herrschte, zustande kam. Die Weimarer Konferenz hat ein ganz klares Programm zur Mobilisierung der Massen ausgearbeitet, so daß der jetzige Kampf in den Gewerkschaften sich um die Frage: **für oder gegen Weimar** dreht. Die Gewerkschaftsbürokratie ging dazu über, ganze Gewerkschaften und Kartelle wegen ihrer Teilnahme an der Weimarer Konferenz auszuschließen. Es ist deshalb lächerlich, von einer Gefahr, die uns angeblich von dem Block der gesamten Opposition droht, zu sprechen. Eine solche Gefahr glauben unsere linken Genossen darin zu sehen, daß in den von der Weimarer Konferenz angenommenen Resolutionen unser kommunistisches Programm und unsere Tak-

tik nicht genügend hervorgehoben wird (nichts wird über den bewaffneten Aufstand gesagt usw.). Es muß aber vor allem darauf hingewiesen werden, daß in den erwähnten Resolutionen sowohl die Eroberung der politischen Macht, als auch die Diktatur des Proletariats enthalten sind. Und wenn unsere Genossen bei der Formulierung der Resolutionen die nicht unbedeutende sozialdemokratische Minderheit, die sich auf dem Wege zu uns befindet, ein wenig berücksichtigten, so war das auch kein politischer Fehler, denn die Logik des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsspitzen wird jenen Teil der sozialdemokratischen Arbeiter, der gegenwärtig sich auf dem Wege zu uns befindet, zwingen, zusammen mit uns den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Das ist der Kern dieser Frage, und daher ist die Kritik der Linken unbegründet.

Die Opposition in den reformistischen Gewerkschaften muß unbedingt organisiert werden; zuerst wird diese Opposition den Rahmen einer kommunistischen Opposition übertreten müssen. Mit dem Anwachsen unseres Einflusses und der Eroberung der Massen wird auch unser kommunistisches Programm und Taktik eine reinere und mehr ausgeprägte Form annehmen. Aber für die erfolgreichere Eroberung der Massen gilt noch immer die Taktik der Einheitsfront. „Ja," wird uns gesagt, „aber die Einheitsfront von unten, und nicht von oben." Es ist unsere Ansicht, daß, wenn es uns gelingt, eine Konferenz einzuberufen, an der die Vertreter ganzer Gewerkschaften und Kartelle trotz der Warnungen des ADGB. teilnehmen, und wo die sozialdemokratischen Vertreter zusammen mit den Kommunisten Resolutionen annehmen, die die ganze Politik der Sozialdemokratie und der Amsterdamer Gewerkschaften aufs schärfste verurteilt, dies das Beste ist, was wir im Gebiet der Einheitsfront von unter leisten könnten.

Jedenfalls muß die Weimarer Konferenz, trotz der zum Teil unklaren Formulierungen und der Mängel in bezug auf die Betriebsräte, als ein ernster Schritt vorwärts auf dem Wege der Eroberung der Arbeitermassen betrachtet werden. Es ist wahr, daß die Gewerkschaftsbürokratie von der Weimarer Konferenz wenig betroffen ist, **aber unsere Aufgabe ist die Eroberung der Massen, nicht aber der Gewerkschaftskassen.**

(Schluß folgt.)

Proletarische Frauenbewegung

Der Internationale Kommunistische Frauentag 1924.

Von Clara Zetkin.

II.

** Die aufgezeigten allgemeinen politischen Losungen unseres Frauentages sind gleich für alle Länder. Es ist dabei eine platte Selbstverständlichkeit, daß für jedes einzelne Land jene Losung besonders hervortritt, die dort aus der Situation hervorwächst, die von der Generaloffensive der Bourgeoisie für die werktätigen Massen geschaffen worden ist. Die allgemeinen politischen Losungen prägen den Charakter unseres internationalen Frauentages als einer kommunistischen, einer revolutionären Kundgebung. Sie ziehen eine scharfe Scheidelinie zwischen ihm und reformistischen Frauentagsveranstaltungen. Denn wenn bei diesen auch von der Befreiung der Frau durch den Sozialismus und von der sozialen Revolution geredet wird, so sind das platonische, tönende Worte, hinter denen nicht der Wille zur Tat steht, kämpfend den Weg zum Sozialismus zu gehen. Der Reformismus lehnt in Wirklichkeit die Revolution ab, er erhofft von der bürgerlichen Demokratie, was nur die proletarische Diktatur zu geben vermag. Seine hervorragendsten Führer hassen und fürchten die Revolution, die Kampfestat der Massen sein wird, nicht aber Stimmzettelhäufung und Parlamentsbeschluß. Die reformistischen Frauentagsversammlungen wollen und sollen daher nicht Kämpferinnen für die revolutionäre Diktatur des Proletariats sammeln. Das ist ein unüberbrückbarer Gegensatz zu unserem internationalen Frauentag.

Sein Gehalt gipfelt in den politischen Losungen des revolutionären proletarischen Klassenkampfes und insbesondere in dem Nachweis, daß auch für die schaffenden Frauenmassen die Eroberung der Staatsmacht, die Aufrichtung der Diktatur durch das Proletariat das Gebot der Stunde ist, an dessen Erfüllung sie bewußt und hingebungsvoll ihre ganze Kraft widmen müssen. Allein die rein politischen Parolen erschöpfen nicht den Gehalt des Internationalen Kommunistischen Frauentages. Sie müssen dem Fühlen, Denken und Wollen der politisch noch unaufgeklärten und ungeschulten Millionen Frauen des arbeitenden Volkes dadurch verständlich, zielgebend, befeuernd gemacht werden, daß wir aufzeigen, in welch innerem, unzerreißbarem Zusammenhange sie stehen mit den Daseinsbedingungen dieser Millionen. Diese sollen verstehen lernen, daß und warum der Hungerschrei der erwerblosen oder kärglich entlohnten Arbeiterin und Angestellten, der darbenden Beamtin und Lehrerin, die Sehnsucht nach Wissen und Recht, der Schmerzensruf der Mutter nach Pflege und Erziehung für ihr Kind, kurz, daß der brausende Chor ihrer Sorgen, Leiden, Wünsche und Forderungen ausklingen muß in diesen Eidschwur: Kampf, revolutionärer Kampf an der Seite unserer Brüder für die nächste Etappe zur Befreiung, die Expropriierung der Bourgeoisie aus der Staatsmacht, die Durchführung der Diktatur des Proletariats.

Deshalb hat unser Frauentag in internationaler Solidarität auch alle jene Forderungen zu erheben, die vollem Recht der Frau in Theorie und Praxis gelten, durchgreifenden Schutz der weiblichen Berufstätigen, weitreichender Entlastung der Hausfrau, umfassender sozialer Fürsorge für Mutter und Kind. Zusammengefaßt: er muß für die Beseitigung aller gesetzlichen und sozialen Hindernisse eintreten, die der Entwicklung der Frau zu einem gleichverpflichteten, gleichberechtigten und gleichgewerteten Vollmenschen im Wege stehen; er muß Reformen und Maßnahmen heischen, die diesem hohen Menschheitsziel entgegenführen. Die Frauentagsforderungen der einen und anderen Art ergeben sich aus der Sonderstellung des Weibes vor der Gesetzgebung und der Gesellschaft; aus dem besonderen Pflichtkreis der Mutterschaft, der die meisten Frauen bindet; aus der physischen und psychischen Eigenart unseres Geschlechts; schließlich und nicht zumindest in allen Gesellschaftsorganisationen und Staaten, deren Grundlage das Privateigentum ist, aus der sozialen Struktur, der Klassenlage.

Wenn auch in den großen Grundlinien international übereinstimmend, werden doch unsere in Betracht kommenden Frauentagsforderungen in den einzelnen Ländern oder auch Ländergruppen verschieden sein. Bestimmend dafür sind vor allem: die Entwicklungsstufe und der Charakter der Wirtschaft; die Auswirkung davon im staatlichen, im sozialen Überbau, in der Ideologie der Gesellschaft und in der Gesetzgebung; Stärke der Frauenrechtsbewegung und ihre Orientierung; das Kräfteverhältnis zwischen den Ausbeutenden und Ausgebeuteten und die Kampfesenergie, der Kampfeswille, die Zielklarheit der unterdrückten Bevölkerungsklassen, die schaffenden Frauen inbegriffen. Die geschichtlich gegebenen Umstände bewirken so auf nationalem Boden Mannigfaltigkeit und Nuancierung der Frauentagslosungen, der Reformen und Maßnahmen, die den Nöten der breitesten Frauenmassen steuern, diese sozial emporheben und damit ihre Kampfesfähigkeit gegen Ausbeutung und Knechtschaft erhöhen sollen. Die kommunistischen Landesparteien werden in Verbindung mit den führenden Genossinnen zu prüfen haben, welche „spezifischen Frauenforderungen" im Rahmen des international Allgemeinen durch die gegenwärtige Situation in den Vordergrund geschoben werden.

Ein wesentlicher Unterschied betreffs der entsprechenden Frauentagslosungen, ihrem Charakter, ihrer Bedeutung und den wichtigsten Voraussetzungen für ihre Verwirklichung tritt zwischen den kapitalistischen Staaten und dem Bund sozialistischer Sowjetrepubliken zutage. Was immer wir am 8. März in den kapitalistischen, den nicht sowjetistischen Staaten zur Erleichterung des Frauenloses, zur Hebung der Frauenstellung fordern, es ist Kampfeslosung und muß Kampfesobjekt des Proletariats werden und insbesondere der schaffenden Frauen. Alle wirtschaftlichen und sozialen Reformen, die wir zugunsten der Arbeiterinnen, der weiblichen Berufstätigen überhaupt, der proletarischen und kleinbürgerlichen Hausfrauen, der Bäuerinnen, der Mütter und Kinder fordern, sind ihrem Wesen nach Schutzmaßnahmen gegen das Übermaß der Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft durch die besitzenden und herrschenden Klassen. Ein Übermaß des Raubbaues am Menschen, das sich steigert bis zur Verkümmerung und Niedertretung bester seelischer Frauenkräfte, bis zur Auslöschung von Frauenleben, und das mit der Mutter zusammen das noch ungeborene Kind schädigt, ja es oft genug vernichtet. Alle Frauenrechte, für die wir am 8. März die Stimme erheben, müssen Waffen werden, die Millionen Frauen gegen die ausbeutenden, herrschenden Klassen und ihren Staat kehren. Reformen und Rechte sind im Klassenkampf der schaffenden, leidenden Mehrheit gegen die plündernde, verknechtende und genießende Minderheit zu erobern. Der soziale Gegensatz zwischen

den Geschlechtern hat seine letzte und festeste Wurzel in dem Antagonismus zwischen den Besitzlosen und den Besitzenden, zwischen den Schöpfern und den Aneignern des gesellschaftlichen Reichtums.

So erklärt sich, daß in der Zeit, wo die Generaloffensive der Weltbourgeosie gegen die Werktätigen himmelschreiende Frauennöte schafft, die dringlichsten Forderungen nach Recht, Schutz, sozialer Fürsorge für die Frauen keine Erfüllung finden. Die bourgeoise Klassendiktatur bedeutet in dieser Beziehung Stillstand, ja Rückschritt. Nicht einmal in Großbritannien, dem Stamm- und Musterland bürgerlicher Demokratie, sind bis heute die Einschränkungen des allgemeinen Wahlrechtes für die Frauen gefallen, die in der Hauptsache die Proletarierinnen treffen. Weder in Frankreich, Italien, Spanien noch in Belgien und in der republikanischen Schweiz ist dem weiblichen Geschlecht das politische Wahlrecht zuerkannt worden. Die reformistischen Sozialdemokraten Belgiens streiten unter sich sogar noch immer darüber, ob sie dieses Recht auch nur fordern sollen: Mussolini, der es einst den Italienerinnen verheißen hat, will ihnen heute höchstens das Gemeindewahlrecht gewähren, und auch das nur als Privileg für Damen. Gewissenloser, brutaler noch stößt in den kapitalistischen Ländern die Bourgeoisie in Generaloffensive gegen die Wertung und Entlohnung der Frauenarbeit vor, gegen den Arbeiterinnen- und Mutterschutz, gegen alle sozialen Entlastungs- und Fürsorgemaßnahmen zugunsten der weiblichen Werktätigen. Abbau, rückwärts ist dort das Leitmotiv der Zustände.

Die meisten kapitalistischen Regierungen haben die sehr bescheidenen, unzulänglichen Vorschriften des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes nicht anerkannt, die von der Internationalen Arbeiterkonferenz zu Washington gefordert worden sind. Wo sie anerkannt wurden, blieben sie auf dem Papier. Überall reißt das kapitalistische Unternehmertum die Schranken nieder, die die Gesetzgebung der skrupellosen Auspressung der weiblichen Arbeitskraft gezogen hatte. Es reißt sie nieder in der Praxis mittelst seiner ökonomischen Macht, die durch die gegenwärtige Wirtschaftslage vergrößert wird, oder auch — nach bürgerlichem Recht geheiligt — durch Regierungsvorschriften und neue Gesetze. Das Verbot der Nachtarbeit, die Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit, der freie Sonnabendnachmittag für Arbeiterinnen, die Schutzzeit für Schwangere und Wöchnerinnen, die Stillpausen für nährende Mütter, diese und andere Reformen zur Zügelung der kapitalistischen Raffgier sind mehr oder weniger gewesen. Die berufstätigen Frauen werden in erster Linie die Opfer der Entlassungen, der Lohn- und Gehaltssenkungen, und Bettelpfennige sind es, die die weiblichen Erwerbslosen und Kurzarbeiterinnen empfangen. Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsheime, Krippen und Kinderorte werden in wachsender Zahl geschlossen oder ihre Leistungen verschlechtern sich. So gut wie nichts geschieht, um das entsetzliche Wohnungselend auch nur zu mildern, das die Frauen und Mütter in Mittel- und Westeuropa wie in den Vereinigten Staaten Nordamerikas auf das grausamste peinigt. Alles in allem sind in der Folge die einschlägigen Frauentagslosungen die gleichen wie im Vorjahre. Das besagt, daß unsere Aktions- und Kampfeskraft dafür aufs höchste gesteigert werden muß. Es ist dies um so nötiger, als die reformistischen Gewerkschaften für Arbeiterinnenrecht und Arbeiterinnenschutz nicht mehr leisten, was sie einst leisteten und zu leisten versprachen.

In Sowjetrußland, in den Räterepubliken sind die wichtigsten „spezifischen Frauenforderungen" erfüllt oder wenigstens offiziell anerkannt, und ihre möglichst rasche und vollkommene Verwirklichung wird eifrig, ja begeistert erstrebt. Die Diktatur des Proletariats brachte gesetzlich die volle Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne in der Familie, in der Gesellschaft, im Staat. Sie brachte einen durchgreifenden Arbeiterinnenschutz, dessen Durchführung und weitere Ausgestaltung Sache der Arbeiterinnen und Arbeiter selbst ist, denn ihre eigenen Beauftragten und Vertreter sind es, die in den Sowjetorganen, Gewerkschaften, Betriebskomitees dabei zusammenwirken. Soziale Einrichtungen und Maßnahmen zum Schutze und zur Fürsorge für Mutter und Kind gelten als vornehmste Pflicht des Staates. Es kann vorkommen, daß kurzsichtige, vorurteilsbefangene Beamte den anerkannten Grundsätzen in der Praxis Widerstand entgegenstellen. Allein ihr Widerstand kann verhältnismäßig leicht überwunden werden. Er wird nicht gestützt durch die Macht profitwütiger Kapitalisten in der Wirtschaft, nicht durch die Macht einer ausbeutenden Klasse im Staat und die Rücksicht auf das Privateigentum.

Der sowjetistische Arbeiter- und Bauernstaat ist die Sache, der Machtapparat der Proletarier, der Schaffenden, ohne Unterschied des Geschlechts. In der Wirtschaft wie auf allen Gebieten des sozialen Lebens hat er ihre dauernden Interessen als Klasse zu vertreten. Er wertet alle Maßregeln und Neuerungen, die der Gleichberechtigung der Frauen dienen, dem Recht und Schutz der Arbeiterinnen, der Fürsorge für die Mutterschaft, als Bausteine einer neuen, höheren sozialen Ordnung, die den Kommunismus verwirklichen soll. Allein das Werten, Wollen und Sollen des Rätestaates stößt auf eine Schranke. Es ist die Rückständigkeit und Schwäche, die Armut der Wirtschaft, aus der die Kosten der Reformen zugunsten des weiblichen Geschlechts zu bestreiten sind. Diese harte Tatsache erinnert die Frauen daran, daß ihr Schicksal — wie die Geschichte zeigt — aufs engste mit der Entwicklung der Arbeit verknüpft ist. Sie mahnt sie, daß für Gegenwart und Zukunft ihr ureigenstes Interesse fordert, ihre volle Kraft an den Aufbau, an die Steigerung des Ertrags der Wirtschaft zu setzen. Die tragende Grundlage der Reformen und Einrichtungen, die die Frauenmassen wirklich gleichberechtigt und frei machen, ist die Eingliederung der Frauen in die soziale Wirtschaft, in die soziale Arbeit, ist die Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit. Durch Quantität und Qualität ihrer Arbeit in der Gesellschaft müssen die Frauen den Reichtum mehren, von dem ihnen gegeben werden soll. Ihre sozialen Leistungen sind ihr Rechtstitel darauf. Im Lichte dieser Zusammenhänge sind die „spezifischen Frauenforderungen" zu betrachten, die am 8. März in Sowjetrußland und den mit ihm verbündeten Räterepubliken erhoben werden. Alles in allem sind sie die gleichen geblieben, weil die wirtschaftlichen Vorbedingungen ihrer Erfüllung noch nicht verwirklicht sind. Jedoch die Hinsteuerung auf das große Ziel fordert in den Sowjetstaaten eine Erweiterung der Frauentagslosungen oder, genauer gesagt, die stärkere Betonung, die schärfere Umreißung bestimmter Einzelforderungen.

Die Zahl und die Bedeutung der Bauernschaft, die Notwendigkeit, den individuellen kleinbürgerlichen Betrieb in die große soziale Ökonomie einzufügen, ihn auf den Weg der gemeinwirtschaftlichen Entwicklung zu führen, machen es zur Aufgabe des Frauentags, die innigste Solidarität zwischen den Proletarierinnen und Bäuerinnen zu fördern. Beide müssen sich als Schaffende, als Aufbauende zusammenfinden, müssen ihr Bestes dazu beitragen, daß sich Industrieproletariat und Bauernschaft in fester, treuer Bundesgenossenschaft bei wirtschaftlicher und kultureller Arbeit aneinanderschließen. Die Frauentagslosungen haben ferner die Gedanken und Herzen dafür zu erobern, daß der Staat, alle öffentlichen Organe, die Kommunistische Partei, die proletarischen Klassenorganisationen jeder Art Maßnahmen durchführen, die das Ziel verfolgen, die weibliche Jugend in Stadt und Dorf allseitig zu bilden und zu höchster Leistungstüchtigkeit zu erziehen. Schließlich muß unser Frauentag in den Sowjetländern alle sozialen Kräfte aufrufen, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lage der Proletarierinnen und Bäuerinnen zu heben. Dazu gehört vor allem das kraftvollste Eintreten für Einrichtungen und Formen der Lebensgestaltung, durch die den Frauen die hauswirtschaftlichen Bürden abgenommen, die Pflichten der Mutterschaft erleichtert werden. Zum Walten und Wirken des Staates, der Sowjetorgane in dieser Richtung muß sich gesellen die „Selbsthilfe" der proletarischen und bäuerlichen Massen, die in freier Initiative für Betriebe und Stadtbezirke Gemeinschaftsküchen und Speisehallen usw. schaffen, die in Industriezentren und abgelegenen Dörfern Krippen, Kinderhorte, Kinderheime und ähnliche Anstalten gründen. Die Genossenschaftsidee wird in dieser Beziehung Unschätzbares für die wirkliche Befreiung der Frau leisten. Unerläßlich ist aber auch die Revolutionierung der Geister, der Lebensgewohnheiten in Proletariat und Bauernschaft, die Überwindung des Vorurteils, daß es sich dabei um „Einigkeitswerte" handle und nicht um wandelbare, vergängliche Formen, deren Grundlage die Wirtschaft ist. So schließen sich die heurigen Frauentagslosungen in den sowjetistischen Staaten zum Ringe des zielbewußten Willens, einen Wirtschafts- und Gesellschaftsbau zu errichten, in dem die Frau in Wahrheit und Tat als sozial und menschlich Freie wohnt und wirkt.

In den Ländern des nahen und fernen Ostens liegt das Schwergewicht der „spezifischen Frauenforderungen" am 8. März auf den Kampfeslosungen für die volle rechtliche, gesetzliche Gleichstellung des Weibes mit dem Mann. Von den sozialistischen Räterepubliken abgesehen, ist die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts in der Gesetzgebung keiner dieser Länder anerkannt. Nicht einmal in Indien, in den holländischen Kolonialgebieten. Drückender noch als die allgemeine

Rechtlosigkeit vor dem Gesetz lastet auf der Frau der Zwang religiöser Satzungen, altersgrauer sozialer Sitten und Traditionen. Die Hinterlassenschaft von Jahrhunderten, ja Jahrtausenden liegt auf dem Fühlen, Denken und Wollen, den Lebensäußerungen und Lebensformen von Mann und Weib. Das macht sich besonders in den Beziehungen der Geschlechter zueinander geltend und gilt auch für die sowjetistischen Ostländer. Hier wird der vollen rechtlichen Gleichstellung von Frau und Mann so große Bedeutung zuerkannt, daß der 8. März zum Nationalfeiertag geworden ist. Jedoch dieser Feiertag ist zugleich Kampftag für die Praxis der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts und damit Kampftag gegen die Macht des Vorurteils, des Herkommens, der Bräuche. Einschlägige Forderungen werden leidenschaftlich begründet, die in diesem Kampf die Frauen aller Ostländer miteinander verbinden. Laut, eindringlich erschallt vor allem die Losung: fort mit dem Kalim, mit dem Frauenkauf. Denn die Sowjetgesetzgebung erhebt zwar die Frau zur Gleichberechtigten in der Ehe und Familie, allein die Wucht der Tradition erniedrigt sie in allen Ostländern zum „Objekt", das wie jede Ware vom Familienoberhaupt verkauft und gekauft werden kann. Die Zertrümmerung aller Gesetzestafeln, aller Satzungen, Vorurteile und Sitten, die die Frau des Orients in Knechtschaft halten, liegt im Interesse des Weltproletariats. Massen der weiblichen Bevölkerung können nur mit voller Kraft an den nationalen und revolutionären Kämpfen teilnehmen, wenn die Frau frei über ihre Person und ihre Lebensbetätigung verfügt.

Alle „spezifischen Frauenforderungen", für deren Erfüllung am 8. März Frauenmassen mobilisiert werden, sind Rinnsale, Bäche, Flüsse, die in den gewaltigen Strom des revolutionären proletarischen Klassenkampfs einmünden, der die Bourgeoisie aus der Offensive in die Defensive drängen und in der Aufrichtung der proletarischen Diktatur seinen nächsten Höhepunkt erreichen muß. Dieses große historische Ziel gibt dem Internationalen Kommunistischen Frauentag Schwung und Begeisterung, ballt die Entschlossenheit breitester Massen zu unwiderstehlicher Kampfesmacht zusammen. Ein dunkler Schatten wird auf das glühende revolutionäre Leben fallen, das der 8. März kündet: die Erinnerung daran, daß der geniale Führer des Weltproletariats von uns geschieden ist, einer der klarblickendsten, treuesten, wegweisenden Vorkämpfer für die volle soziale und menschliche Gleichberechtigung der Frauen. Schöpfen wir aus dankbarem Gedenken seines unsterblichen Lebenswerks die Kraft, seiner wert zu sein. Das besagt, jeden Tropfen unseres Herzblutes, jeden Atom unseres Willens, unserer Energie einzusetzen für den Sieg der Weltrevolution.

Aus der Internationale

Lenins Persönlichkeit.

Geschildert von seinen Kampfgenossen und Schülern.

Lenin, der Genosse.

Von N. Bucharin.

** Lenin ist tot. Wir werden niemals diese gewaltige Stirn wiedersehen, diesen herrlichen Kopf, der die Verkörperung der revolutionären Energie war, diese lebhaften, durchdringenden, aufmerksamen Augen, diese festen und ausdrucksvollen Hände, diese ganze prachtvolle Gestalt, die sich zwischen zwei Epochen der menschlichen Entwicklung erhoben hat. Es ist, als ob die Zentralstation der proletarischen Intelligenz eingestürzt wäre, von der der gewaltige Wille ausstrahlte, der durch Millionen von Verbindungsdrähten wie ein unsichtbares Fluidum in alle Ecken und Enden unseres Planeten strömte, überall, wo Arbeiterherzen schlagen, wo sich das Bewußtsein der Arbeiterklasse seine gewaltigen Waffen schmiedet, wo es sich zur Befreiung vorbereitet und die Befreiung ins Werk zu setzen beginnt.

Man kann in der Geschichte schwerlich einen Führer finden, der von seinen nächsten Kampfgenossen so geliebt wurde wie Lenin. Sie alle hegten für Lenin ein besonderes Gefühl. Sie liebten ihn einfach. Sie schätzten nicht nur seine mächtige Intelligenz und seine eiserne Faust. Nein. Die Freunde Lenins waren mit ihm durch eine Menge intimer Bande verknüpft. Lenin wurde ein Kamerad, ein Freund, ein nahestehender Verwandter. Er war im wahrsten Sinne des Wortes: der Genosse. Genosse — diesem großen Wort gehört die Zukunft. Es wird ein Tag kommen, wo das Verhältnis der Menschen untereinander wirklich ein Verhältnis von Genossen sein wird.

Diese große Einfachheit war auch der dominierende Zug von Lenins Politik.

Es war nicht die Einfachheit der naiven Leute. Es war die Einfachheit des Genies. Er fand einfache Worte, einfache Parolen, einfache Lösungen für die verwickeltsten Probleme. Nichts war ihm fremder als Mätzchen, Posen, Effekthascherei. Er haßte und verspottete dieses als eine verfluchte Erbschaft der Vergangenheit, die noch auf uns lastet. Er wußte, was eine Tat wert ist; er war der eingefleischte Feind des nutzlosen Lärms.

*

Lenin, der Mensch.

Von M. Liadow.

Ich möchte von Lenin als Menschen sprechen. Aber ich werde gewahr, daß es schwer, geradezu unmöglich ist, Iljitschs Privatleben zu schildern. Denn er hatte keines. Er gehörte mit Leib und Seele dem revolutionären Kampf. Es wäre beispielsweise etwas Merkwürdiges, den rein persönlichen Beziehungen zwischen Iljitsch und seiner Frau Nadeschda Konstantinowa oder seiner Schwester Maria Iljitschna nachzugehen. Zweifellos gab es irgendwo in den Tiefen ihres innersten Wesens ganz geheime Bande. Iljitsch war sehr zärtlich. Aber Nadeschda Konstantinowna erschien selbst seinen nächsten Freunden gegenüber niemals als seine Frau, sondern als seine zuverlässige Mitarbeiterin.

Welches waren Lenins nächste Freunde? Die wertvollsten Kämpfer der Partei. Vielleicht zog er den einen oder den anderen vor, aber man merkte es kaum. Er liebte alle, die der Partei dienten. Wenn sich einer von ihnen als Schädling für die Partei erwies, brach Lenin mit ihm und behandelte ihn durchaus schonungslos. So war beispielsweise Lenin mit A. A. Bogdanow sehr innig befreundet. In den Jahren 1904 bis 1907 schätzte und liebte er ihn sehr. So wie ihm Bogdanows Taktik als verderblich erschien, bekämpfte er ihn rücksichtlos. Der Freund war für ihn verschwunden. Iljitsch liebte Plechanow. Er zögerte im Jahre 1904 lange, bevor er mit ihm brach, da er im Zweifel war, ob er allein imstande sei, die bolschewistische Gruppe zu führen. Aber, so wie er sich zum Bruch entschlossen hatte, verschwand jede Zuneigung zu ihm und er griff ihn mit seiner gewohnten Wucht an.

Iljitsch war in der Ausführung seiner Beschlüsse unbeugsam. Wer ihn nicht aus der nächsten Nähe kannte, konnte ihn leicht für herzlos, mitleidslos und aller Sentimentalität bar halten. Und doch habe ich ihn in Genf, in einer Vorstellung, in der Sarah Bernhard spielte, verstohlen eine Träne trocknen sehen. Der harte, herzlose Iljitsch war von dem Schicksal der Kameliendame bis zu Tränen gerührt.

Es genügt, ihn auch nur einmal mit Kindern spielen gesehen zu haben, um an seine angebliche Grausamkeit und Herzlosigkeit nicht mehr zu glauben. Nur wenige Menschen, nur die besten, verstehen es, so wie er, die Sympathien der Kinder zu gewinnen und sie ganz vergessen zu machen, daß sie es mit einer „großen, ernsten Person" zu tun haben.

Iljitsch wird im Bewußtsein all jener, die ihn gekannt haben, so bleiben wie er war: einfach gegenüber allen, mit hellseherischem Verstand ausgestattet, unendlich gut und dennoch unbeugsam, rücksichtslos und unbarmherzig gegen sich selbst und gegen alle anderen, wenn es sich um die Partei, das heißt um die Revolution handelte.

*

Wie Lenin arbeitete.

Von N. Gorbunow.

Bei der Arbeit stellte Wladimir Iljitsch die höchsten Anforderungen. Er verfolgte mit einer unglaublichen Hartnäckigkeit auch die Ausführung der kleinsten Angelegenheiten. Er überzeugte sich von der Ausführung der Aufträge, er telephonierte zum Beispiel, um zu kontrollieren, ob ein von ihm abgesandtes Paket auch richtig angekommen sei, nagelte unbarmherzig die kleinste Nachlässigkeit fest, klärte kleine Mißverständnisse auf, wie sie sich tausend- und abertausendmal auf unsere russische Sorglosigkeit hin, auf unsere Ungewohnheit, gut zu arbeiten, auf unseren Mangel an Ordnung, unseren Mangel an Kultur hin ergaben. Aber Wladimir Iljitsch wußte es so zu machen, daß man sich niemals verletzt fühlte, selbst wenn er

auf das Haupt des Schuldigen alle Arten von Strafen, bis zu Arrest, lud.

Inmitten der größten politischen Ereignisse verlor Wladimir Iljitsch die laufenden Angelegenheiten niemals aus den Augen; jedermann konnte an ihn heran, er antwortete voll Lebhaftigkeit auf Hunderte und Tausende von Fragen, die verhältnismäßig wenig wichtig waren. Dies gab ihm die Möglichkeit, stets auf dem Laufenden und über alle aktuellen Dinge orientiert zu sein. Zuweilen widmete Wladimir Iljitsch der Ausführung einiger kleinerer Angelegenheiten mehr Gewicht als zahlreichen Beschlüssen des Rates der Volkskommissare.

Im folgenden seien beispielsweise einige der Aufträge angeführt, die er uns täglich zu Dutzenden gab. Sie stammen aus der Zeit vom Januar-Februar und sind fast wörtlich notiert:

„Es sind alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit das Verlangen der Bauern aus den Dörfern Gorki und Sianow, betreffend die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung, bei ihnen rasch erfüllt werde."

„Es ist der Frage der Torfgewinnung Aufmerksamkeit zu widmen, da sich die Techniker des ‚Hydrotorf' der Arbeit, wie sie die Sowjetrepublik erfordert, noch nicht anpassen konnten und sich ziemlich ungeschickt zeigen. Sehr wichtig."

„Es ist schleunigst die **Evakuierung der überflüssigen Verwaltungskörper** aus Moskau durchzuführen. Die angeschwollenen Dienststellen sind abzubauen. Es sind Maßnahmen zu treffen, daß die Evakuierungskommission aus energischen Leuten zusammengesetzt werde, und auch einige alte Moskowiter, die gut auf dem Laufenden sind, umfassen."

„Es sind die vorbereitenden Arbeiten zur **Organisierung eines Rates von Fachleuten**, der dem Rate für Arbeit und Verteidigung anzugliedern ist, in Angriff zu nehmen."

„Die Entwicklung des **Radio-Telephons** ist auf jede Weise besonders zu verfolgen und zu fördern."

„Es ist aufzuklären, warum die Verwaltungsdirektion der Petroleumgruben an die Arbeiter Anweisungen nur für 8, anstatt für 30 Arschin Stoff ausgegeben hat."

„Aus Amerika, Deutschland und England sind Werke und Abhandlungen zu beschaffen, die das **Taylor-System** und die wissenschaftliche Organisation der Arbeit behandeln."

„Es ist darnach zu trachten, daß die aus Amerika zurückgekehrte Arbeitergruppe (Tschijow, Gladun) die Fabrik ‚Amo' erhält, um dort die vorbildliche Produktion von Automobilbestandteilen zu organisieren."

*

Lenins Gehalt.

Von N. Gorbunow.

Ich will ein denkwürdiges Dokument aus dem Anfang des Jahres 1918 anführen, das in glänzender Weise die außerordentliche Bescheidenheit von Wladimir Iljitsch charakterisiert. Mit Rücksicht auf die Entwertung des Rubels wurde der Gehalt von Lenin ohne seine Einwilligung vom 1. März 1918 an von 500 auf 800 Papierrubel erhöht. Als Antwort auf diese Erhöhung schickte mir Lenin folgenden offiziellen Brief:

„An das Sekretariat des Rates der Volkskommissare,
N. P. Gorbunow!

Meine nachdrückliche Frage nach den Gründen der Erhöhung meines Gehaltes von 500 auf 800 Rubel pro Monat ab 1. März 1918 ist ohne Antwort geblieben. Mit Rücksicht auf die offenkundige Ungesetzlichkeit dieser Erhöhung — da Ihr, gemeinsam mit dem Administrator des Rates der Volkskommissäre V. D. Brontsch-Brujewitsch, unter Hintansetzung des Dekrets des CCP. vom 23. November 1917, aus eigener Machtvollkommenheit vorgegangen seid — erteile ich Euch einen scharfen Tadel.

gez. W. Uljanow (Lenin)."

Einige Tage vorher hatte mich Lenin als Vorsitzender des Rates der Volkskommissäre beauftragt, die Gehälter verschiedener Volkskommissare, insbesondere des Kommissars für Finanzen, Gukowsky, auf 2000 Rubel im Monat zu erhöhen.

*

Lenin, der Feind der Bürokratie.

Von I. Ejow.

Ich hatte damals mit Metallen zu tun. In den Staatsdepots klappte es nicht. Lager im Werte von hunderten Millionen Goldrubel waren unter schlechten Bedingungen aufbewahrt und Plünderungen preisgegeben. Wladimir Iljitsch erkannte dies und beauftragte mich, darüber zu wachen. Ich sollte ihm allmonatlich persönlich Bericht erstatten. Als die Zusammenstellung der vorhandenen Materialien erfolgt war — es waren 10 Millionen Puds, das heißt mehr als 160.000 t — ließ mich Wladimir Iljitsch kommen und sagte mir: „Was würdest du mit den Vorräten machen, wenn du heute darüber nach Belieben verfügen könntest?" Nach einem Augenblicke der Überlegung sagte ich: „Ich würde 90% der fertigen Fabrikate auf den ländlichen Markt werfen, 10% ließe ich den Städten. Was die Halbfabrikate und Rohstoffe betrifft, so ließe ich sie zu Fertigwaren verarbeiten, um es dann mit ihnen ebenso zu machen wie mit den bereits fertigen Fabrikaten." Lenin kam rasch auf mich zu, umarmte mich und sagte mir: „Du bist nicht auf den Kopf gefallen. Ich denke schon einige Tage an diese Sache, ich komme zum gleichen Ergebnis wie du."

Wladimir Iljitsch sagte mir öfter: „Weißt du, mein Junge, wenn du von der Aktenschmiererei genug hast, dann schreibe mir, aber schreibe mir kurz. Ich werde dir helfen."

Was den Kampf mit Bürokratismus und Aktenschmiererei betrifft, schrieb mir Wladimir Iljitsch, ich möge

„1. im Telegrammstil, aber klar und präzise die Mitglieder des Zentralkomitees der Partei und des Büros der Allrussischen Exekutive der Sowjets informieren;

2. den Zeitungen schreiben;

3. mir die Unterstützung der örtlichen kommunistischen Zelle sichern."

„Das sind drei unbedingt notwendige Maßnahmen. Man kann an der Schwierigkeit dieses Kampfes nicht zweifeln. Aber schwierig ist nicht unmöglich."

Wladimir Iljitsch warf mir vor, daß ich in diesem Kampfe nicht bis zum Äußersten gegangen bin. Im Postskriptum des oben zitierten Briefes schrieb er mir:

„P. S. — Wollen Sie mir nicht manchmal gleichzeitig mit kurzen, sehr kurzen Informationen über den Kampf gegen die Aktenwirtschaft knappe Mitteilungen über Ihre Organisation (wie groß das Personal? Wieviel Kommunisten? Veranwortliche? Durchführende Organe? Büroangestellte?) machen, sowie einen kurzen Arbeitsplan vorlegen?

Schreiben Sie kurz, im Telegrammstil; falls notwendig, mit besonderem Anhang. Wenn es lang ist, werde ich sicher nicht alles lesen können.

Wenn Sie praktische Vorschläge zu machen haben, dann tun Sie dies auf einem besonderen Blatt, mit dem Maximum an Kürze, wie ein Telegramm, Kopie an das Sekretariat. Lenin."

Einmal mußte ich warme Kleider an die Arbeiter der Depots ausgeben. Um die Kleider zu erhalten, waren drei Monate papierenen Dienstweges notwendig. Als ich nach einem Monat sah, daß die Sache sich in die Länge zog, ging ich zu Wladimir Iljitsch, der mir sagte: „Nimm, was du brauchst, Bruder, nur schicke mir ein kleines Stück Papier, auf dem geschrieben steht: entnommen zu diesem und jenem Zweck." Das tat ich auch.

*

Lenins praktischer Blick.

Von A. Lomow.

Wir — der Rat der Volkskommissare — versammelten uns gegen 11 Uhr abends im Smolny-Institut, wo regelmäßig die Sitzung stattfand. Wir arbeiteten dort meistens bis 4 oder 5 Uhr früh, manchmal bis 6 Uhr früh. Hier standen wir vor den hauptsächlich wirtschaftlichen Lebensfragen für das Land. Wladimir Iljitsch führte unfehlbar den Vorsitz, und zwar nicht deshalb, weil er stets zum Vorsitzenden bestimmt war, sondern weil es seine Gewohnheit war, die Debatten zu leiten und die Initiative zur Lösung der Fragen zu nehmen. Alle Resolutionen rührten von ihm her, meistens von seiner Hand geschrieben oder von ihm diktiert. Er zeigte das größte Interesse für die praktischen Einzelheiten jeder Sache.

Als man die Nationalisierung der Petroleumindustrie diskutierte, forderte er die Einberufung und Befragung der Techniker. Die Frage wurde einige Male zur Sprache gebracht, um Gukowski davon zu informieren, der in dieser Industrie lange gearbeitet hatte. Wladimir Iljitsch verabscheute die philiosophischen Erörterungen. Ihm kam es immer darauf an, die Sache praktisch zu erledigen. Als wir die Nationalisierung der Wolgaflotte besprachen, berief er nicht nur das Zentralkomitee der in Betracht kommenden Gewerkschaft ein, sondern auch die Kapitäne bestimmter Schiffe, die Delegierten der Flußtransportarbeiter von Nischni-Nowgorod und ehemalige kapitalistische Organisationen.

Im Frühling 1918 behauptete Wladimir Iljitsch in seinen Diskussionen mit uns, die wir damals Linkskommunisten waren, mit äußerster Schärfe seinen Standpunkt von der Superiorität des

Staatskapitalismus gegenüber dem ehemaligen kapitalistischen Regime sowie der Notwendigkeit, unsere „Nationalisierungstollheit" mit unserer Fähigkeit, die nationalisierten Unternehmungen zu „verdauen", in Einklang zu bringen. Damals und noch öfter sagte er uns, daß wir mehr Unternehmungen nationalisieren als wir vertragen, das heißt leiten konnten; er prophezeite uns, daß wir davon eine „schwere Verdauungsstörung" bekommen könnten, wie das dem deutschen Imperialismus passiert ist, als er die Ukraine besetzen und ausbeuten wollte.

Aber der Bürgerkrieg, der von den Industriellen finanziert wurde, die im Besitze ihrer Unternehmungen geblieben waren und dadurch Einnahmsquellen hatten, zwang uns, den Weg der Nationalisierung weiter zu beschreiten. Und am 28. Juli 1918 wurde auf Initiative Wladimir Iljitsch' und unter seiner persönlichen Leitung durch den Rat der Volkskommissare das Dekret über die Nationalisierung der gesamten Großindustrie beschlossen.

•

Lenins letzte Behausung.

Von M. Koltsow.

Gorki: Ein hohes altes weißes Haus. Ein prächtiger Giebel, schlanke weiße Säulen in edler, versilberter Holzverkleidung, in denen sich der Schnee bläulich spiegelt. Die Glastür öffnet sich leise, und man befindet sich im Hause. Das Bild dieses kleinen Palastes in Waldeinsamkeit, wo der große Führer der Revolution entschlafen ist, wo sich ein Leben voll freiwilligen Kampfes, wie es sich in dieser Art niemals wiederholen wird, vollendet hat, wird sich in den Gedanken von Millionen einprägen.

Das Haus ist still, bequem, geräumig. Die Teppiche verschlucken jeden Lärm.

... In dieses große Zimmer kamen die Kinder aus dem benachbarten Dorf, um mit dem guten Väterchen (Djadja) Lenin zu spielen. Sie kugelten sich auf dem Teppich herum, Lenin lächelte, streichelte die Kinder, beschenkte sie mit Äpfeln und Spielzeug. Da steht noch ein Weihnachtsbaum mit seinen kleinen Kerzen, Watteflocken, Flimmer- und Flitterwerk. Es war das letzte Fest mit seinen kleinen Freunden.

Eine steile Stiege. Schweigen.

Im Halbdunkel eines Vorraumes ruht sich auf einem Diwan Lenins Frau, Freundin und Kampfgenossin aus, Nadeschda Konstantinowna. Wie immer, auf ihrem Posten vor den offenen Türen von Iljitschs Zimmer. Krupskajas abgemagerte Züge sind wie zu Stein verhärtet, aber ihre bolschewistische Hand ist fest und schwer. Auf unsere Fragen antwortet sie einfach, höflich, klar, mit kurzen Worten ... Lenins Schwester, Maria Iljitschna, gönnt sich keine Ruhe, sie durchschreitet mit festem Schritt aufrecht das Sterbehaus.

Hier, im Zimmer des Todes, in das wir eintreten, herrscht eine tiefe feierliche Traurigkeit. Kein Weihrauch, keine Verzweiflung, kein Mystizismus. Daher die stolze, gebieterische Stille. Die Augen der Eintretenden werden ernst und unbeweglich. Die Lippen pressen sich zusammen.

Da ist er. Er hat sich gar nicht verändert. Wie er doch er selbst geblieben ist! Ein ganz schwaches Lächeln auf seinem Gesicht, dieses leichte, unbeschreibliche Lächeln, das nur die verstehen, die ihn kennen, ein ganz leichtes, schelmisches Kinderlächeln. Die Oberlippe mit ihrem borstigen Schnurrbart ist durch dieses kaum wahrnehmbare Kinderlächeln ein wenig aufgebogen. Man kann es nicht begreifen: Lenin — und unbeweglich, ohne lebendige Gebärden, ohne diese Stimme, ohne diese unvergeßliche Bewegung der Hände, mit der er uns begrüßte! Lenin — läuft nicht mehr hin und her, nicht mehr mit kurzen, munteren Schritten durch dieses Zimmer! Lenin liegt da, starr, ohne Leben, ohne Hoffnung, die Hände an der Hosennaht, die verkrampften Schultern in dem schlechten Khakirock.

•

Die letzte Fahrt.

Von M. Koltsow.

Greise. Sie haben sich ohne Lärm, in Strümpfen, auf dem kleinen Diwan niedergesetzt. Sie mummen sich warm in ihre Pelze ein, sie reiben sich ihre Fingerglieder, sie murmeln miteinander, einer unterbricht den anderen, sie graben alte Erinnerungen aus ... Es sind große Persönlichkeiten, die an der Regierung des Sowjetreiches beteiligt sind, das von Lenin geführt wurde. Es sind Leiter der großen Verwaltungskörper, des Staates, die die gewaltigen Ideen des Leninschen Genies in die Tat umsetzen, Politiker und Militärs. Aber in diesem Augenblick sind sie nichts als alte Männer, die mit dem hingebenden Eifer, mit dem sich alte Leute in die Vergangenheit vertiefen, zahllose Erinnerungen, die von Lebendigkeit und Gefühl gesättigt sind, mit einander austauschen. Lenins Scherze, seine Hartnäckigkeit, seine weitherzige Liebe zum Leben, sein Stolz als Schachspieler, seine Freude am Eislaufen, sein Briefwechsel, sein hingebendes Wesen als Kampfgenosse, seine köstliche Einfachheit ...

Nun wird es ganz hell. Es ist Zeit zur Abfahrt — für Lenin und auch für uns. Der rote Sarg wird langsam, über den Köpfen der Träger, die Stiege heruntergebracht. Unter tiefem Schweigen wird er aus dem Hause getragen. Man setzt ihn auf der Erde nieder. Es ist ein Augenblick unbeschreiblicher, unerträglicher Qual. Es ist eine Minute solcher Qual, daß das hohläugige Gesicht Stalins, das über den Sarg gebeugt ist, plötzlich wachsbleich erscheint. Die Totenbahre muß mit dem Glasdeckel bedeckt werden. Kleine Schneeflocken fallen auf Iljitschs aufgedeckte Stirne und Lippen. Man bedeckt ihn. Schluchzen. Die Bolschewiken weinen ...

•

Die Ursachen von Lenins Tod.

Von N. Semaschko.

Die Leichenschau hat ergeben, daß der Tod nur auf die Arteriosklerose des Gehirns zurückzuführen ist. Die Hauptarterie (arteria carotis interna) war an verschiedenen Stellen geradezu vollständig verkalkt.

Lenin war durch Vererbung für Arteriosklerose empfänglich. Sein Vater war an derselben Krankheit etwa in demselben Alter gestorben. Auch seine Mutter, obwohl sie sehr alt geworden ist, hat an demselben Leiden gelitten.

Aber die erworbenen Ursachen spielen bei der Krankheit eine viel größere Rolle als die vererbten. Die Sklerose hat vor allem das Gehirn angegriffen. Das heißt, das Organ, das am meisten arbeitete. Sie ergreift gewöhnlich die am wenigsten widerstandsfähigsten Punkte des Organismus. Dies war bei Wladimir Illjitsch infolge der ständigen Überanstrengung seines Denkens das Gehirn. Das Protokoll der Leichenschau stellt auch als Krankheit „Abnutzungsklerose" fest.

Man fand das Gehirn von Wladimir Iljitsch in einem solchen Zustand der Verbrauchtheit des arteriellen Systems, daß das Leben unmöglich war. Die Kliniker, die bei der Sektion des Toten anwesend waren, haben ihrer tiefen Verwunderung über die Leistung des Intellekts des gewaltigen Mannes Ausdruck gegeben, der, trotzdem das Gehirnsystem so furchtbar angegriffen war, noch Zeitungen las, sich für die Ereignisse interessierte usw.

Somit ist bewiesen, daß die übermenschliche intellektuelle Arbeit, die ständige Unruhe und die ständigen Sorgen den frühzeitigen Tod unseres Führers herbeigeführt haben.

•

Der Machtrausch lag Lenin fern.

Von G. Kryjanowski.

In langen Jahren der Arbeit, ohne Rücksicht gegen sich selbst, hat sich Lenin seinen eisernen Willen geschmiedet. Mehr als jeder andere war er im Recht, anzuordnen und von den anderen viel zu verlangen, da er mehr als jeder andere gegen sich selbst rücksichtslos, unbarmherzig, anspruchsvoll war.

Niemals hat in der Geschichte jemand den Titel der Persönlichkeit mit solchem Rechte getragen wie er. Und dennoch hat die Macht niemals auch nur im geringsten Wladimir Iljitsch berauscht. Niemals hat ihn die Macht auch nur mit dem kleinsten Schmutzfleck bespritzt.

Er wird in der Geschichte als der furchtbarste Feind der Autorität des Menschen über den Menschen bleiben, der ergebenste Freund der schwieligen Arbeiterhände, der unerschrockene Denker und der unbeugsame Vorkämpfer für den Kommunismus.

•

Lenins Tod befestigt die Einheit der Kommunistischen Partei Rußlands.

Von E. Preobraschenski*).

Wladimir Iljitsch ist nicht mehr unter uns. Unsere Feinde triumphieren. Die Dümmsten haben es sich seit langem zur Gewohnheit gemacht, die Gesundheit unserer proletarischen Diktatur mit dem Bulletin über Lenins Gesundheitszustand zu identifizieren.

---

*) Genosse Preobraschenski war bekanntlich der Führer der Opposition in der vergangenen Diskussion der RKP. Die Red.

Diese „Kenner" der russischen Revolution, unserer Arbeiterklasse und unserer Partei, diese großartigen „Kenner", die in den Kaffeehäusern von Paris, Berlin und Prag herumsitzen und sich durch die sprachlichen Übertreibungen anläßlich unserer in der letzten Zeit vor sich gegangenen Diskussionen gekräftigt fühlten — sie werden jetzt mit verdoppeltem Eifer für Rußland, das Lenin nicht mehr hat, konterrevolutionäre Pläne schmieden...

...In dem Augenblick, wo unsere Feinde die größten Unstimmigkeiten unter uns erwarten, wo sie auf die tiefen Gegensätze der Meinungen und auf heftigen Streit lauern, gerade in diesem Augenblick werden wir das Zeugnis größter Einmütigkeit ablegen, wir werden mit vollem Bewußtsein unseren festen Zusammenhalt und unsere eiserne Disziplin bewahren. Dies ist für alle Kommunisten so klar, so selbstverständlich, daß es gar nicht ausdrücklich gesagt zu werden braucht. In dem Augenblick, in dem die sterblichen Reste des Führers einer gewaltigen Revolution in das für ihn auf dem Roten Platze errichtete Grab hinabgesenkt werden, wird unsere ganze Partei in absoluter Einhelligkeit den Schwur leisten, ihre eiserne Einheit noch zu verstärken, um ihre gemeinsamen Anstrengungen, ihre hingebungsvolle Kampfgenossenschaft und Freundschaft in dem Ringen um den Kommunismus zu verzehnfachen.

*

Lenin, der Führer, auf den es ankam.

Von L. Kamenjew.

Er war an den Ufern der Wolga zur Welt gekommen, an der Grenze zwischen Europa und Asien. Es ist, als hätte die Geschichte in Voraussicht der Epoche der großen Umwälzungen, in Voraussicht der Kriegs- und Revolutionsjahrzehnte in ihm den Führer erschaffen, auf den es ankam, in dem sich die ganze gewitterhafte, revolutionäre Leidenschaft verkörperte, die ganze glühende Entschlossenheit, die jener Klasse Bahn brach, die „nichts zu verlieren hat als ihre Ketten" und die „eine Welt zu gewinnen" hat.

Die Geschichte hatte ihn mit der gewaltigsten Waffe der Weltkultur ausgerüstet, die seit Jahrzehnten und Jahrhunderten von den größten Geistern der Menschheit geschmiedet war: mit dem wisseschaftlichen Sozialismus, mit dem Marxismus... Aus der Tiefe der geschichtlichen Entwicklung steigen welterschütternd immer neue Wellen des Aufstandes und der Revolte. Die Masse der Sklaven, für die die Geschichte bisher nichts als ein ständiger Wechsel von Unterdrückung und Joch war, bringt den Unterdrückern ihre Existenz in Erinnerung.

Die lange Kette dieser Ausbrüche der Empörung leuchtet über den Wegen der Menschheit wie ein roter Schimmer. Es ist **die rote Linie der menschlichen Entwicklung**. Diese Linie bedeutete für Lenin nicht das, was sie für Kautsky oder für Plechanow bedeutete. Seit der Pariser Kommune hat einzig und allein Lenin — als wären in ihm die Erwartung und das Vertrauen von Millionen Unterdrückter konzentriert — in Theorie und Praxis diese rote Linie der Weltgeschichte wieder aufgenommen und fortgeführt.

Die Lage in Deutschland und die KPD.

Erklärungen der Genossen Radek und Sinowjew auf der XIII. Konferenz der RKP.

Erklärung des Genossen Radek.

** Genossen, ich beschränke mich auf eine kurze Erklärung, die ich in das Protokoll der Parteikonferenz aufzunehmen bitte:

Der Beschluß des Politischen Büros des ZK. der RKP. vom 27. Dezember 1923, der Beschluß des Plenums des ZK. der RKP. vom 15. Januar 1924 bewegen mich dazu, folgendes zu erklären:

1. Diese Beschlüsse beweisen, daß jene Genossen, die angenommen hatten, daß meine Differenzen mit der Mehrheit des ZK. in der deutschen Angelegenheit die Frage der Richtigkeit oder Unrichtigkeit des Rückzuges der KPD. vom 21. Oktober betreffen, im Unrecht waren. Das ZK. der RKP. wie auch das EK. der Kommunistischen Internationale haben unzweideutig anerkannt, daß die KPD. richtig gehandelt hat, als sie angesichts der überlegenen bewaffneten Kräfte des Feindes und der Zersplitterung der Hauptkaders der Arbeiterklasse einem bewaffneten Zusammenstoß ausgewichen ist.

2. Die Behauptung des Politischen Büros, daß meine Ansicht über die Bedeutung der Meinungsverschiedenheiten im Lager des deutschen Faschismus für die Entwicklung des Machtkampfes der Arbeiterklasse eine opportunistische Ansicht sei, stellt ein Beispiel der Unfähigkeit dar, den Leninismus auf die deutschen Verhältnisse anzuwenden. In den „Kinderkrankheiten" sagt Lenin folgendes:

„Einen mächtigen Feind besiegen kann man nur bei größter Anspannung der Kräfte und bei unbedingter, sorgsamer, vorsichtiger, geschickter Ausnutzung eines jeden — wenn auch des kleinsten — „Risses" zwischen den Feinden, eines jeden Interessengegensatzes zwischen der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder, so auch einer jeden — wenn auch der kleinsten — Möglichkeit, sich einen Verbündeten zu erwerben, wenn auch nur einen zeitweiligen, schwankenden, unbeständigen, unzuverlässigen, bedingten. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht ein Gramm von Marxismus und vom wissenschaftlichen heutigen „zivilisierten" Sozialismus überhaupt begriffen. Wer nicht praktisch während einer ziemlich bedeutenden Zeitspanne und in ziemlich verschiedenartigen politischen Lagen erwiesen hat, daß er es versteht, diese Wahrheit in der Praxis anzuwenden, der hat es noch nicht gelernt, der revolutionären Klasse in ihrem Kampfe um die Befreiung der ganzen werktätigen Menschheit von den Ausbeutern zu helfen. Das Gesagte bezieht sich in gleicher Weise auf die Periode vor und nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat."

Der einzige Massenverbündete, den das Proletariat in Deutschland gewinnen kann, ist die Dorfarmut und das städtische Kleinbürgertum. Hinsichtlich des letzteren mußte Genosse Sinowjew anerkennen, daß es in der deutschen Revolution gewissermaßen die Rolle spielt, die in Rußland die Bauernschaft gespielt hat. Man kann das Kleinbürgertum nicht anders gewinnen, als durch die entschiedenste, zäheste Ausnützung der Widersprüche zwischen der gutsbesitzerlichen und kapitalistischen Führung des Faschismus und der kleinbürgerlichen Masse, die vom Faschismus ihre Rettung erwartet, in Wirklichkeit aber von ihm proletarisiert wird.

3. Der Behauptung des Politischen Büros, daß meine Organisationspolitik objektiv zur Spaltung der KPD. führe, daß ich mich auf den rechten Flügel der Partei stütze und die Linke abstoße, widersprechen wichtige Tatsachen: Zur Zeit des Leipziger Kongresses der KPD., im Januar 1923, wurden die Vertreter der Linken nur dank meinem Zureden in die Zentrale aufgenommen. Im Sommer 1923 stimmte ich für die Verstärkung der Linken in der Zentrale der KPD., im September 1923 stimmte ich in der Exekutive gegen die Enthebung der linken Führer der Berliner Organisation von ihren Posten. Nur auf meine ausdrückliche Forderung wurden zwei Vertreter der Linken in die führende Körperschaft der KPD. aufgenommen. Wogegen ich auftrat und auftreten werde, das ist die ideelle Kapitulation vor der Taktik der unreifen, scheinradikalen linken Führer, das ist die Liquidierung der Einheitsfronttaktik in der Form, wie diese Taktik trotz des Widerstandes des Genossen Sinowjew, unter der Führung Wladimir Iljitschs, im Jahre 1921 eingeleitet wurde. Jener Teil der KPD., den die Resolution des Politischen Büros den rechten Flügel der KPD. nennt, ist die Kerngruppe der Partei, die schon 1911 in Kämpfen gegen Kautsky aufwuchs, die ganze Last des illegalen Kampfes des Spartakus-Bundes gegen den Krieg auf ihren Schultern trug, die Kommunistische Partei im Jahre 1918 begründet hat und den Bürgerkrieg in den Jahren 1919 und 1920 führte. Mit dieser Gruppe, die von den nächsten Mitarbeitern Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, von den Genossen Brandler, Pieck, Thalheimer, Walcher und Clara Zetkin geführt wird, war und bin ich im wesentlichen solidarisch.

4. Die Warnung des ZK. der RKP., daß ich den Fraktionskampf nicht in die Reihen der Internationale hineintragen solle, ist unbegründet und überflüssig. Dennoch — angesichts der durch den Beschluß des ZK. über die deutsche Frage geschaffenen Lage — um den Fraktionskampf nicht hineinzutragen in die Reihen des deutschen Proletariats, das gegenwärtig die wilden Attacken der Bourgeoisie abzuwehren hat, begnüge ich mich mit dieser Erklärung und verzichte darauf, meine Ansicht über die Ursachen der Niederlagen in Bulgarien und Deutschland und andere herangereifte Probleme der Komintern, die — ich zweifle nicht daran — in der nächsten Zukunft sowohl von der russischen wie auch von anderen Sektionen der Kommunistischen Internationale eine klare Antwort fordern werden, der Konferenz darzulegen.

Antwort des Genossen Sinowjew.

Ich weiß nicht, warum Genosse Radek vor unserer Konferenz seinen Standpunkt nicht verteidigen will. Es könnte nur

der Eindruck entstehen, daß vielleicht das Plenum des ZK. den Genossen Radek daran gehindert habe. Genosse Radek brachte am Ende der Debatten im Plenum des ZK. einen halbreuigen Antrag ein. Er sagte: „Verbietet es, daß ich sprechen soll, und ich werde mich diesem Beschlusse fügen." Wir antworteten ihm, daß wir keine faule Ware kaufen, und erklärten, wir wüßten nicht, warum wir ihm — wenn er vor anderthalb Monaten gegen das ZK. aufgetreten ist — das jetzt verbieten sollten, wo jede seiner Reden nur immer besser beweist, daß das ZK. recht hat. Ihr müßt daher wissen, Genossen, daß, wenn Genosse Radek hier seine Argumente nicht vorbrachte, dies nicht darum geschah, weil das ZK. ihn etwa daran gehindert hätte. Das ZK. lehnte das „Opfer" ab, das er uns anbot. Ich verstehe es nicht, Genossen, warum es der Mühe wert war, diese Ansichten vor Studenten darzulegen, und warum es sich nicht lohnt, sie hier vorzubringen. Dort wurde es sehr ausführlich getan... (Zwischenruf: „und geschmackvoll"), und sehr geschmackvoll. Ich muß sagen, daß, als mir durch den Genossen Kamenew diese Aktion des Genossen Radek bekannt wurde, ich ihm auf alte, bolschewistische Art einen „Zettel" schrieb: „Hätten Sie nicht die Liebenswürdigkeit, schriftlich mitzuteilen, was Sie da gesprochen haben, damit ich die Frage dem ZK. vorlegen kann?" Aber Genosse Radek hat dama's nicht geantwortet. Ich hielt es für meine Pflicht, mich an die ZKK. zu wenden. Die ZKK. hat mit ihrer Frage auch keinen Erfolg gehabt. Auf die vierte Frage antwortete Genosse Radek endlich.

Genossen, das Eintreten Radeks für größere Zugeständnisse an den Westen hatte schon früher begonnen. Er war einer jener wenigen, die für die Urquhart-Konzession gestimmt hatten — dazu hatte er das Recht — aber das ist eine klare, entschiedene Linie vom ersten Tage an. Und ich bedaure sehr, daß er uns hier zur Verteidigung dieser Linie wie auch zur Verteidigung seiner Stellungnahme in der Kommunistischen Internationale nichts sagen will.

Was die „Kinderkrankheiten" betrifft, so ist es sehr gut, daß Genosse Radek den Rat gibt, das betreffende Zitat durchzulesen. Ich gehe weiter und rate Euch, die ganze Broschüre durchzulesen, die jedem Leser einen großen ästhetischen Genuß bringen wird, aber ich begreife nicht, wieso man hieraus hinsichtlich der traurigen sächsischen Erfahrung Schlüsse ziehen könnte. Ich will nur noch einmal betonen, daß Genosse Radek auf die Darlegung seiner Argumentation aus eigenem guten Willen verzichtete. Was die Agitation in Deutschland betrifft, so hat schon Radek in dieser Beziehung alles getan, und wenn man auch hinterher Wasser ins Feuer gießt, so kann man dadurch das Feuer nicht immer auslöschen. Ich glaube jedoch, daß die große Mehrheit der deutschen Partei uns helfen wird, die schwere Krise, in der wir uns befinden, ohne Konvulsionen zu überwinden.

Deutschlandhilfe

Russisches Hilfswerk für die deutschen Gelehrten.

** Der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland" wurde soeben von der russischen „Kommission zur Hilfe für die deutschen Gelehrten" durch den Volkskommissar für Gesundheitswesen eine Summe von zunächst 2000 Dollar zur Verfügung gestellt, die für die notleidenden deutschen Gelehrten bestimmt ist. Ferner hat die „Zentralkommission zur Fürsorge für die deutschen Gelehrten" und der Vorstand des „Hauses der Gelehrten" in Moskau in zwei Sanatorien, nahe Moskau und Leninburg, deutschen notleidenden Gelehrten für die Winter- und Frühjahrsmonate 20 Freiplätze mit voller Verpflegung zur Verfügung gestellt.

Aufrufe

An die Seeleute aller Länder!

Kollegen! Genossen!

** In englischen Häfen stehen 1200 Seeleute seit vier Wochen im Streik. Sie kämpfen um höhere Heuer, um eine menschenwürdige Existenz.

Die Offensive des deutschen Kapitals gegen die Arbeiterschaft hat auch die deutschen Seeleute schwer getroffen. **Die deutschen Reeder bezahlen den Seeleuten nur den dritten Teil der auf den englischen Schiffen gezahlten Heuern. Die Heuer der englischen Matrosen beträgt zum Beispiel 9 Pfund im Monat und die der deutschen 2 Pfund 18 Schilling. Bei solchen Heuern müssen die deutschen Seeleute und ihre Familien verhungern.**

Diese Notlage, dieses Elend hat die deutschen Seeleute in den englischen Häfen zu einem Kampfe gegen ihre Ausbeuter gezwungen. Seit vier Wochen stehen insgesamt 1200 deutsche Seeleute auf deutschen Schiffen in englischen Häfen im Streik.

Sie streiken um höhere Löhne, um dieselbe Heuer, die ihre Kollegen in den übrigen Ländern erhalten, sie kämpfen um die internationale Heuer.

Seeleute der ganzen Welt!

Die in den englischen Häfen streikenden deutschen Seeleute wurden vier Wochen von den englischen Seeleuten in jeder Hinsicht vorzüglich unterstützt. Sie erhielten sowohl finanzielle wie auch moralische Unterstützung. **Durch die Unterstützung der englischen Kollegen konnten die Streikenden vier** Wochen durchhalten. Unter diesem Druck haben bereits einige Schiffe die Forderungen der Streikenden bewilligt, die Gesamtheit der deutschen Reeder jedoch lehnt die internationale Heuer ab und will die Seeleute auch weiter für Hungerlöhne arbeiten lassen.

Um dieses Vorhaben leichter durchführen zu können, haben die deutschen Reeder General v. Seeckt, den Vollstrecker der diktatorischen Gewalt in Deutschland, veranlaßt, den Deutschen Schiffahrtsbund mit allen seinen Ortsgruppen unter Konfiszierung seines Vermögens aufzulösen. Das geschah deshalb, weil der Deutsche Schiffahrtsbund, die einzige revolutionäre Organisation der deutschen Seeleute, sich sofort an die Spitze der Streikenden stellte, ihnen volle Unterstützung zur Durchführung ihrer Forderungen gewährte.

Die deutsche Regierung eilt nicht den Streikenden, sondern den Reedern zu Hilfe. **Den Streikenden droht die Gefahr, nach ihrer Rückkehr nach Deutschland vor Gericht gestellt und zur Verantwortung gezogen zu werden.**

Seeleute aller Länder! Der Streik der deutschen Seeleute in englischen Häfen darf nicht verloren gehen, denn **die Stimmen des internationalen Reedertums in England, Holland und anderen Ländern werden immer lauter, daß die Löhne ihrer Seeleute abgebaut werden müssen, weil sie sonst nicht imstande seien, mit den deutschen Reedern, die so niedrige Heuer bezahlen, zu konkurrieren. Der Streik der deutschen Seeleute in den englischen Häfen geht daher um die Interessen der Seeleute aller Länder.**

Kollegen! Genossen! Seeleute aller Länder!

Eilt Euren streikenden deutschen Kollegen in den englischen Häfen zu Hilfe. Sorgt dafür, daß sich kein Seemann für ein in England bestreiktes Schiff als Streikbrecher werben läßt! Sorgt dafür, daß Eure kämpfenden deutschen Kollegen in England ihren Streik siegreich zu Ende führen können. **Sammelt sofort überall, in der ganzen Welt, in allen Häfen, Gelder zur Unterstützung der Streikenden!** Dieser Kampf der deutschen Seeleute kann siegreich nur beendet werden, wenn die Seeleute aller Länder den Kämpfenden mit Geldunterstützungen zu Hilfe eilen. Vergeßt nicht, daß die deutschen Seeleute auch um Euretwillen den Kampf führen; daß sie und ihre Familien für die Seeleute aller Länder hungern.

Organisiert schnell eine internationale Unterstützungsaktion zugunsten der streikenden deutschen Seeleute. Schickt sofort große Summen nach England! Helft Eueren deutschen Kollegen, ihren Kampf siegreich zu Ende führen!

Seeleute aller Länder! Kollegen! Genossen! Handelt schnell! Rasche Hilfe tut not!

Es lebe die internationale Solidarität der Seeleute!

Hoch die streikenden deutschen Seeleute in englischen Häfen!

Mit internationalem Gruß:

Das **Internationale Propaganda-Komitee der revolutionären Seeleute, Transportarbeiter und Eisenbahner.**

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Russische Parteidiskussion IV.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 20. 15. Februar. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Bericht des

Genossen Sinowjew

in der Sitzung der Exekutive der Kommunistischen Internationale vom 6. Januar 1924.

Genossen!

** Ich werde versuchen, die Hauptpunkte der Differenzen herauszuschälen. Ich glaube folgende Fragen sind die wichtigsten:

1. **Der Streit über das Wesen der bolschewistischen Partei und, im Zusammenhange damit, über die Zulässigkeit der Gründung von Fraktionen in unserer Partei.**
2. **Parteiapparat und Arbeiterbürokratie.**
3. **Die Jungen und die Alten in unserer Partei.**
4. **Die „Entartung" der alten Garde, insbesondere des Kerns der alten Garde.**
5. **Wirtschaftsfragen.**
6. **Spezielle Meinungsverschiedenheiten mit Genossen Trotzki.**
7. **Das Kräfteverhältnis in der Partei.**

Diese sieben Punkte will ich nun behandeln.

I.

Das Wesen der bolschewistischen Partei.

Diese Frage bildet den eigentlichen Kernpunkt unserer Diskussion.

Unsere Partei hat als eine Partei, die bereits über sechs Jahre an der Macht steht, viele eigentümliche Züge, die keine andere Kommunistische Partei aufzuweisen hat. Im Verlaufe der Diskussion sagte einer unserer oppositionellen Studenten, das ganze Unglück der RKP. bestände darin, daß sie an der Macht sei. Das ist in gewissem Sinne richtig. Aber nur in gewissem Sinne; denn in der Tatsache, daß sie an der Macht steht, besteht auch gleichzeitig das ganze Glück unserer Partei. Um sich somit ganz korrekt auszudrücken, müßte man sagen: Die ganze Schwierigkeit des Problems besteht gerade darin, daß wir zu einer Staatspartei geworden sind.

Die Geschichte unserer Partei ist sehr eigenartig, ja steht in der Internationale gewissermaßen einzig da. Wir blicken zurück auf eine Geschichte von 25 Jahren, zum mindesten — sofern man das Jahr 1903, das Jahr der ersten Spaltung der Partei in Bolschewiki und Menschewiki zum Ausganspunkt nimmt — von 20 Jahren. Also eine reichlich lange Geschichte, ein ganzes Vierteljahrhundert. Das lebendige Inventar der Partei, die Mehrheit der Mitglieder, dagegen ist erst kurze Zeit in der Partei, erst seit 2—3 Jahren. Das ist eine ganz eigenartige Geschichte. Andere Parteien entwickelten sich organisch, sukzessive. Wir dagegen hatten eine ganz andere Entwicklung, und zwar eine zunächst 20 bis 25 Jahre umfassende Periode der Vorbereitungsarbeit, der Illegalität, worauf sich dann plötzlich ein starker Strom ganz junger Genossen, die jetzt das Knochengerüst der Partei bilden, in die Partei ergoß.

Ich will nun versuchen, die Eigenartigkeit der Lage unserer Partei schematisch anzudeuten.

Diese Eigenartigkeit wird charakterisiert durch folgende Faktoren:

Erster Faktor: Unerhört großes Territorium. Der Verband unserer Republiken umfaßt nicht mehr und nicht weniger als den sechsten Teil der gesamten Erdoberfläche mit einer für dieses ganze Territorium einheitlichen Partei.

Zweiter Faktor: Das nationale Moment. Wir haben auf unserem Territorium mindestens 100 Nationen, dabei aber eine einheitliche Partei. Das nationale Moment soll in unserer Partei nicht mitspielen. Wir besitzen somit eine einheitliche, internationale Organisation, was jedoch seinerseits große Komplikationen im Gefolge hat.

Dritter Faktor: Die wirtschaftliche Vielgestaltigkeit Rußlands. Lenin hat in einer seiner Arbeiten*) darauf hingewiesen, daß wir in Sowjetrußland verschiedenartige Wirtschaftssysteme besitzen, und zwar ein rein industrielles Wirtschaftssystem, bei dem in der Tat von einem Kommunismus gesprochen werden kann, aber auch eine ganze Reihe von Wirtschaftssystemen, die wirklich rückständig sind und an mittelalterliche Zustände gemahnen. So bildet die wirtschaftliche Vielgestaltigkeit Rußlands ebenfalls ein die Arbeit der Partei außerordentlich komplizierendes Moment.

Vierter Faktor: Die hohe Zahl von Parteimitgliedern, die erst relativ kurze Zeit der Partei angehören. Ich will Ihnen das an Hand einer kleinen Tabelle illustrieren.

Wir haben zurzeit 390.000 Mitglieder. Davon entfallen auf Genossen, die schon vor 1905, das heißt also vor der ersten Revolution, der Partei angehörten, 2500; auf Genossen, die bis zum Jahre 1917 der Partei beigetreten waren, 7900, zusammen

---

*) N. Lenin, „Die Naturalsteuer".

Vergl. ferner: N. Lenin, Rede auf dem IV. Weltkongreß der KI., Protokoll. Hamburg, 1923.

also rund 10.000 Genossen, die schon vor dem Jahre 1917 Mitglieder der Partei waren. 1917 erfolgten 35.000 Neueintritte. Wir erhalten somit für die Zeit bis 1918 etwa 50.000 Genossen. Im Jahre 1918 kamen hinzu 63.000, 1919: 107.000, 1920: 120.000, 1921: 400.000; im Jahre 1922 hatten wir beschlossen, keine neuen Mitglieder aufzunehmen.

Wie Sie sehen, sind drei Viertel der Mitglieder in den Jahren 1920 und 1921 der Partei beigetreten. Obwohl wir also auf eine Geschichte von 25 Jahren zurückblicken, besteht unsere Mitgliedschaft zu drei Vierteln aus solchen Genossen, die erst zwei bis drei Jahre der Partei angehören. Das ist ein sehr wichtiges Moment, das berücksichtigt werden muß, wenn man unsere Partei verstehen will.

Dazu kommt weiter die Fluktuation in der Partei. In jeder Partei gibt es selbstverständlich ein Fluktuieren, indem ein Teil ein-, ein anderer austritt. Bei uns dagegen lagen die Dinge ganz anders, nämlich, wie schon erwähnt, 50.000 Genossen bis zum Jahre 1918, worauf ein ungeheuerer Zustrom bis auf nahezu eine Millionen Mitglieder folgte. Es gab eine Zeit, da wir bereits die Zahl 700.000 überschritten hatten. Darauf haben wir dann auf dem Wege der Reinigung der Partei etwa eine Viertelmillion Mitglieder wieder abgestoßen, während ein anderer Teil selbst austrat. Es blieben so schließlich etwa 400.000 Genossen übrig. Eine solche außerordentliche Fluktuation ist selbstverständlich nirgends, in keinem anderen Lande, zu beobachten. Sie hat uns aber auch sehr große Schwierigkeiten bereitet.

Dazu kommt weiter die Arbeitsteilung in der Partei. Wir beherrschen das Land, halten den Staatsapparat in der Hand. Somit haben wir als Partei zu stellen: den Roten Diplomaten, den Roten Fabrikdirektor, den Genossenschafter, den Wirtschafter, den Redakteur usw. Die Partei muß demnach alles mögliche hergeben.

Betrachten Sie die wichtigsten Schichten der Partei — ich greife nur das Wesentlichste heraus —, so erhalten Sie:

1. eine Schicht, die beste, von etwa 56.000 bis 60.000 Genossen, die unmittelbar im Betriebe beschäftigt sind, somit einfache Arbeiter darstellen;

2. eine Schicht, die zweitbeste, die aus Bauern besteht, etwa 60.000 Bauern mit Kleinwirtschaft, also Kleinbauern;

3. eine dritte Schicht, die der Angehörigen der Roten Armee, zurzeit in der ganzen Armee 40.000, deren Mehrheit nicht im Waffendienst steht, sondern Abkommandierte, in der Armeeverwaltung, Intendantur usw. Tätige betrifft;

4. eine vierte Schicht, die der Studentenschaft, in ihrer Mehrheit aus Arbeitern bestehend, und etwa 40.000 bis 50.000 Genossen zählend.

Der Rest verteilt sich auf verschiedene kleinere Gruppen, wie Gewerkschafter, Wirtschafter usw., etwa zehn solcher Gruppen, die in weitere kleinere Untergruppen zerfallen.

Analysieren wir die Zusammensetzung der Partei nach der sozialen Herkunft der Mitglieder, so bilden Proletarier die große Mehrheit der Partei, Arbeiter dagegen, die heute noch in Betrieben als einfache Arbeiter beschäftigt sind, bilden nur eine Minderheit, deren Zahl 56.000 bis 60.000 beträgt.

Auch dieses Moment, Genossen, diese weitgehende Arbeitsteilung in der Partei, die absolut unumgänglich ist, darf also nicht übersehen werden. Ohne eine solche Arbeitsteilung kann man den Staat nicht beherrschen, obwohl sie neben stark positiven auch stark negative Seiten hat.

So liegen die Dinge. Dabei müssen Sie weiter im Auge behalten, daß wir in der Partei eine starke Gruppe von Mitgliedern besitzen, die früher anderen Parteien angehörten, also Anarchisten, Sozialrevolutionäre, Menschewiki und dergleichen mehr. Das sind etwa 25.00 bis 26.000 Genossen, worunter sich sehr viele befinden, die in den Parteien, denen sie früher angehörten, eine aktive, leitende Tätigkeit entfaltet haben. Das schafft ebenfalls eine ganz eigentümliche Situation. Gewiß ist es eine positive Erscheinung, die besagt, daß wir eben alle anderen Parteien geschlagen und, wie wir hoffen, ihre besten Elemente für unsere Partei gewonnen haben. Tatsache aber ist nicht minder, daß bei uns noch Elemente existieren, denen noch eine gewisse Nuance der Vergangenheit anhaftet und die teilweise noch nicht politisch in unsere Partei ganz aufgegangen sind. Dieses Moment darf ebenfalls nicht außer acht gelassen werden.

Das letzte zu berücksichtigende Moment besteht in unserem Monopol der Legalität. Betrachten Sie einmal irgendein anderes Land, zum Beispiel Deutschland, so sehen Sie daselbst beispielsweise drei Arbeiterparteien, in anderen Ländern zwei, in wieder anderen vier. Wir haben da einen Kampf dieser Parteien vor uns, das heißt jedermann findet seinen Platz in derjenigen Partei, für die er tatsächlich die größten Sympathien hat. Bei uns liegt die Sache selbstverständlich anders. Man kann die Diktatur des Proletariats nicht verwirklichen, ohne gleichzeitig alle anderen Parteien zu vernichten, sich also das Monopol der Legalität zu sichern. Dieses Monopol stellt demnach ein sichtbares Symptom der Diktatur des Proletariats dar. Das kann auch gar nicht anders sein. Das hat nun aber neben der sehr starken Lichtseite eine starke Schattenseite. Es wächst nämlich eine neue Generation heran, und zwar unter den Rotarmisten, teilweise auch unter den Arbeitern, den aktiveren kleinbürgerlichen Elementen und der Jugend. Sie alle halten Ausschau nach einem Kampffelde, suchen nach Möglichkeiten zur Befriedigung ihres Tatendranges und finden dafür kein anderes Betätigungsfeld vor als unsere Partei. So gelangen manche dazu, unsere Partei zu unterstützen, ja treten ihr sogar bei, jedoch nur, weil es eben keine andere Partei gibt, nicht aber, weil sie etwa wirkliche Kommunisten geworden wären. Gäbe es bei uns zum Beispiel noch zwei andere Parteien, so würden vielleicht manche dieser Elemente bei ihnen oder irgendwo in der Mitte stecken. In unserer gegenwärtigen Lage gilt es also klar zu sehen und sich bewußt zu sein, daß gewisse Elemente nur infolge des Monopolbesitzes der Legalität bei uns sind.

Dies ist, Genossen, annähernd das Schema der Struktur unserer Partei.

Aus ihm ergibt sich nun auch unsere Stellung zur Frage der Fraktionsbildung. Sie wissen, daß während der ganzen Epoche der II. Internationale eigentlich alle ihre Parteien Fraktionen aufwiesen. Rosa Luxemburg, Lenin und Clara Zetkin, was waren sie anderes als eine Fraktion der II. Internationale? Sie vertraten den linken Flügel der II. Internationale. In allen Parteien gab es eine Rechte und eine Linke, überall wurde gekämpft. In der III. Internationale sollte das anders sein. Wir dürfen Fraktionen nur ausnahmsweise dulden. Andernfalls könnte in der Tat die historische Aufgabe der III. Internationale nicht verwirklicht werden. Wir alle fassen die III. Internationale auf als eine Organisation, die aus einem Guß sein soll. Ihre historische Mission ist eine ganz andere als die der II. Internationale. Sie darf kein Sammelsurium von Richtungen, Schattierungen und ähnlichem darstellen. Am allerwenigsten darf dies eine Partei wie die unsere, die den Staatsapparat beherrscht und einen inneren Aufbau zeigt, wie ich ihn soeben kurz skizziert habe.

Daraus folgt unser Verhalten gegenüber Fraktionen. Vergegenwärtigen Sie sich doch noch einmal die Sachlage. Nehmen Sie zum Beispiel einmal die jungen Mitglieder der Partei. Da haben Sie 5 bis 6 Generationen: eine Generation bis 1905, eine bis 1917, eine von 1917, eine von 1918, eine von 1919 und 1920, also rund 5 Generationen. Nehmen Sie dazu noch die Arbeitsteilung, das heißt also wenigstens 10 Gruppen, nämlich Arbeiter, Kleinbauern, Wirtschafter, Rotarmisten, Studierende usw. Multiplizieren Sie beides, so erhalten Sie bereits 50 Kombinationen in der Partei. Das alles muß nun durch einen Knoten, durch den Knoten der Parteidisziplin zusammengehalten werden. Wenn Sie diesen 50 Kombinationen noch die Freiheit des Fraktionskampfes zugesellen, so erhalten Sie in jeder dieser 50 Abteilungen noch mindestens fünf weitere Kombinationsmöglichkeiten, das heißt, sie steigern auch die Gefahren um das Fünffache, was zur allgemeinen Auflösung führen muß. Daher ist uns eine Fraktionsbildung in unserer Partei in der Tat tausendmal gefährlicher als jeder anderen Partei.

Vergegenwärtigen Sie sich doch einmal, was beispielsweise Fraktionsbildungen in der Roten Armee bedeuten würden. Zwei Fraktionen in der Roten Armee bedeutet keine Rote Arme, zwei Fraktionen in der GPU. (Politische Hauptverwaltung) bedeutet keine GPU. Und doch versuchte man selbst das! Natürlich ohne Erfolg!

Im Verlaufe unserer jetzigen Diskussion mußte ich zum Beispiel zwei Nächte bei den Genossen der GPU. zubringen, wo 2000 Genossen versammelt waren. Worum wurde da gekämpft? Um die Frage, Genossen, ob dem ZK. das Vertrauen zu votieren sei oder nicht. Dasselbe geschah bei den Militärkursanten im Kreml, dasselbe in der Generalstabsakademie der Roten Armee. Das sind Tatsachen. Die Minderheitsfraktion kämpfte für ein Mißtrauensvotum, wir für ein Vertrauensvotum. Wir haben gesiegt! Aber stellen Sie sich doch einmal vor: Kämpfe in diesen drei Institutionen!

Ich bitte Sie, Genossen, sich das von mir entworfene Strukturschema unserer Partei immer vor Augen zu halten, wenn Sie verstehen wollen, was unsere Partei jetzt ist. Gewiß, es ist eine Leichtigkeit, zu erklären, wie es die Menschewiki tun: „Sehen Sie mal diese Partei an! Wieviele Gruppen, Untergruppen usw.,

und wie wenig Arbeiter in den Betrieben! Das ist doch keine Kommunistische Partei!" Das ist natürlich dummes Geschwätz. Für eine Partei, die an der Macht steht, ganz außergewöhnliche Schwierigkeiten zu überwinden hat und sich in einer ganz besonders komplizierten Situation befindet, sind wir der Ansicht, daß der bolschewistische Kern der Partei, diejenigen Arbeiter, die während der 25 Jahre Vorbereitungsarbeit herangereift sind, und dann 1917—1918 sozusagen potenzierte Mitglieder waren — daß diese Elemente allein das Zement der Partei bilden, ohne das alle die oben erwähnten Schichten in kürzester Frist in der Tat zerfallen müßten.

Bei solcher Konstitution der Partei wird nun innerhalb der Partei die Forderung nach der Arbeiterdemokratie erhoben. Die Arbeiterdemokratie ist ein Problem, das in bezug auf alle anderen Parteien relativ einfach liegt. In Deutschland zum Beispiel handelt es sich nur darum, ob wir legal sind. Sind wir das, so können wir die Arbeiterdemokratie voll durchführen. Sind wir dagegen nur halblegal oder illegal, so müssen wir uns den Bedingungen anpassen und die Demokratie etwas einschnüren. Wir dagegen stoßen auf positive Hindernisse ganz anderer Natur. Die Polizei brauchen wir zwar nicht zu fürchten, haben dafür aber eine Reihe objektiver sozialer Schwierigkeiten, die der Ausfluß dessen sind, daß wir in einem Lande wirken, in dem die Bauernschaft die Majorität besitzt, wobei wir überdies noch alle jene Schwierigkeiten haben, die ich Ihnen bereits kurz geschildert habe.

Der Bolschewismus kämpfte gegen den Menschewismus in der Frage der Arbeiterdemokratie von Anbeginn. Wir, die Bolschewiki, waren vor 1905 Antidemokraten. Lenin war ein ausgesprochener Antidemokrat. Der Bolschewismus verfocht damals die These: Wir können keine Arbeiterdemokratie ausbilden in einem Lande, in dem der Absolutismus herrscht, können unsere Komitees nicht wählen. In schlechten Zeiten gab es bei uns zum Beispiel eine Tradition, nicht einmal das ganze ZK. zu wählen. Man wählte auf dem Parteitag drei Genossen, von denen nur einer, um eine Adresse zu haben, genannt wurde. Der Parteitag sollte nicht einmal wissen, wer gewählt sei. Die Gewählten erhielten dann das Recht, weitere Genossen zu kooptieren. Dasselbe galt für die Ortskomitees. Die Menschewiki, die schon damals die Demokratie in kleinbürgerlichem Sinne verherrlichten, beschimpften Lenin als „Selbstherrscher", „Bürokrat" usw.*) Ja, selbst eine Kämpferin wie die Genossin Rosa Luxemburg**) verfiel einmal in dieser Sache in diesen Ton und verhöhnte Lenin. Auch sie fragte: Wo ist die Demokratie? Sie begriff eben die Lage nicht. Der ganze internationale Menschewismus, selbst solche Gestalten der Internationale, wie Rosa Luxemburg, haben die Sache damals nicht verstanden.

Als nun die Revolution von 1905 hereinbrach, begannen wir sofort, die Partei umzuorganisieren. Doch die Zeit der Legalität war nur von kurzer Dauer.

In der Geschichte der Bolschewiki lassen sich im allgemeinen folgende Perioden unterscheiden:

1. Periode bis 1905. Ausgesprochen antidemokratisch.

2. Periode, 1905 bis 1907. Verhältnismäßige Freiheit, Beginn der Einführung einer gewissen Demokratie in der Partei.

3. Periode, 1908 bis 1910. Konterrevolution, keine Spur von Demokratie.

4 Periode, 1911 bis 1914. Wiederaufleben der Arbeiterbewegung, Erscheinen der „Prawda" in Petersburg, eigenartige Kombination von Legalität und Illegalität.

5. Periode, völlige Illegalität vom August 1914 bis 1917. Während dieser Zeit bestand das ganze ZK. aus nur zwei Genossen, Lenin und Sinowjew, die sich beide in der Schweiz aufhielten. Keine Spur von Demokratie.

6. Periode, 1917 bis 1921. Bürgerkrieg, allgemeine Mobilisierung, äußerste Kräfteanspannung. In dieser Periode bestand in der Partei in Wirklichkeit eine militärische Disziplin.

Vom Jahre 1921 ab beginnt man über Arbeiterdemokratie zu sprechen.

Auf dem X. Parteitage 1921 wurden drei Gruppen von Fragen besprochen, die alle von außerordentlicher Bedeutung waren:

1. Die Einführung der Neuen Ökonomischen Politik. Die Frage kam auf während des Kronstadter Aufstandes, der allerdings zusammenbrach. Lenin war Berichterstatter. Der Parteitag beschloß den Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik einstimmig.

2. Die Einführung der Arbeiterdemokratie in der Partei. Berichterstatter war Bucharin, der im Auftrage des ganzen ZK. sprach. Fast einstimmig wurde beschlossen, zur Demokratie in der Partei überzugehen.

3. Die Frage der Fraktionsbildung. Berichterstatter war wiederum Lenin. Es wurde ein Beschluß gegen die Zulässigkeit der Fraktionsbildung gefaßt. Der Parteitag beschloß, diejenigen aus der Partei auszuschließen, die Fraktionen bilden würden.

Nachdem der Beschluß über die Einführung der Arbeiterdemokratie gefaßt war, hielt Lenin eine Rede, die eine kalte Dusche für alle die war, die sich allzusehr für die Demokratie erhitzten. Lenin*) erklärte u. a.:

„Es ist nicht wahr, daß wir die Massen nicht zur Arbeit heranziehen. Umgekehrt, jedes auch nur halbwegs bemerkbare Talent, jede auch nur im geringsten über die Arbeitermasse emporragende Qualität fand unsererseits die aufrichtigste Unterstützung. Es fehlt uns jetzt nur noch eines: eine geringfügige Erleichterung unserer Lage. Wir bedürfen jetzt eines oder zweier Jahre der Erholung vom Hunger, aber auch nicht weniger. Vom Standpunkte der Geschichte aus gesehen, ist das freilich eine äußerst kurze Frist, für unsere Verhältnisse dagegen bedeutet das einen großen Zeitabschnitt. **Ein bis zwei Jahre Erholung vom Hunger, ein bis zwei Jahre geregelter Versorgung mit Heizmaterial, um die Fabriken wieder in Gang zu bringen, und wir werden seitens der Arbeiterklasse eine hundertmal größere Unterstützung erhalten, ihre Reihen eine viel größere Anzahl Talente ausscheiden sehen. Niemand kann daran zweifeln."**

So, Genossen, sieht die Frage der Arbeiterdemokratie aus. Sie werden begreifen, daß viele halbkleinbürgerliche Elemente, wie wir solche teilweise auch in der Partei haben, die Demokratie eben im kleinbürgerlichen Sinne auffassen. Fiat democratia, pereat mundus — lautet ihre Losung. Es werde Demokratie oder ginge die Welt zugrunde. Wir dagegen stehen auf dem Standpunkt, den der verstorbene Georg Plechanow im Jahre 1903, als er noch revolutionärer Marxist war — er war nämlich kurze Zeit Bolschewik —, wie folgt formulierte:

„Jedes gegebene demokratische Prinzip darf nicht an und für sich in seiner Abstraktheit betrachtet werden, sondern in seinem Verhältnis zu jenem Prinzip, das als Grundprinzip der Demokratie bezeichnet werden kann, nämlich dem Prinzip, das lautet: salus populi suprema lex. In der Übertragung in die Sprache des Revolutionärs bedeutet das, daß der Erfolg der Revolution dieses oberste Gesetz sei. Und wäre für den Erfolg der Revolution eine temporäre Einschränkung in der Anwendung des einen oder anderen demokratischen Prinzips erforderlich, so wäre es ein Verbrechen, vor einer solchen Einschränkung haltzumachen. Meine persönliche Meinung geht sogar dahin, daß selbst das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts vom Standpunkte des von mir erwähnten Grundprinzips der Demokratie aus zu beurteilen ist. Hypothetisch ist der Fall denkbar, daß wir Sozialdemokraten uns gegen das allgemeine Wahlrecht aussprechen. Die Bourgeoisie der italienischen Republiken hat seinerzeit Vertretern des Adels die politischen Rechte entzogen. Das revolutionäre Proletariat könnte die politischen Rechte der oberen Klassen ebenso einschränken. Über die Tauglichkeit einer solchen Maßnahme könnte lediglich vom Standpunkte des salus revolutionis suprema lex geurteilt werden. Vom gleichen Gesichtspunkte hätten wir uns auch in der Frage der Erhaltung von Parlamenten leiten zu lassen. Würde das Volk im Gefolge einer anfänglichen revolutionären Begeisterung ein sehr gutes Parlament wählen — eine Art chambre introuvable —, so hätten wir danach zu streben, die Tagung des Parlaments zu einer langfristigen zu machen. Würden dagegen die Wahlen ungünstig ausfallen, so müßten wir danach streben, es nicht erst nach zwei Jahren, sondern wenn möglich schon nach zwei Wochen auseinanderzujagen**)."

So sprach Plechanow 1903. Nun, wir halten heute noch fest an diesem Standpunkte. Viele halbkleinbürgerliche, dem Menschewismus noch nicht ganz entfremdete Elemente huldigen dagegen der Auffassung einer Demokratie an sich. Das kann man nur verstehen, wenn man die Dinge von der Klassenperspektive aus betrachtet. Wir leben nun einmal in einem bäuerlichen Lande mit starken kleinbürgerlichen Schichten.

---

*) N. Lenin. „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte rückwärts." Genf 1904. (Russisch.)

**) Rosa Luxemburg. „Organisationsfragen in der russischen Sozialdemokratie." („Neue Zeit", 1904.)

*) Vergl. Protokoll des X. Parteitages. Petersburg, 1921. (Russisch.)

**) Vergl. Protokoll des II. (Londoner) Parteitages der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Genf, 1903. (Russisch.)

Ich glaube, Genossen, Sie werden sich nach meinen bisherigen Ausführungen nun nicht weiter wundern, daß die Frage der Fraktionsbildung bei uns in solcher Schärfe ausgekämpft wird. Wir erklären: Zwei Fraktionen in der Partei sind gleichbedeutend mit Keimen zweier Regierungen, zwei Fraktionen in der Roten Armee mit Keimen zweier Armeen. Das gleiche gilt für die GPU., ja für den gesamten Staatsapparat. Der Staatsapparat ist, wie Sie alle wissen, formal betrachtet, selbstverständlich vollkommen in unserer Hand. Überall stehen Kommunisten an seiner Leitung. Materiell, de facto, dagegen genommen, ist er teilweise noch in den Händen der Elemente des alten Regimes. Lenin nannte unseren Staatsapparat etwas übertrieben einen alten „zaristischen" Apparat*).

Zum Teil ist er in der Tat wirklich noch ein solcher Apparat. Und dieser Apparat lauscht jetzt in höchster Spannung unserer Diskussion. Alle die Spezialisten, Ingenieure usw. spitzen jetzt die Ohren und harren vor Ungeduld der Dinge, die da kommen sollen. Selbstverständlich bedeutet ein Kampf von Fraktionen in unserer Partei, die die Staatsmacht hat, den Beginn der Bildung zweier Regierungen. Wenn selbst in bürgerlichen Ländern, wie beispielsweise in England, schon ein Kampf innerhalb der liberalen Partei sehr schnell zur Herausbildung zweier Regierungen führt, um wieviel mehr muß das bei uns der Fall sein, die wir keine Demokratie, sondern die Diktatur einer Klasse in einem Lande haben, dessen Mehrheit aus Bauern besteht.

II.

Parteiapparat und Arbeiterbürokratie.

Nun zum zweiten Punkt der Daskussion, der Frage des Parteiapparates.

Zunächst müssen wir unterscheiden zwischen Staatsapparat und Parteiapparat. Wie schon gesagt, befindet sich der Staatsapparat zwar formal in unseren Händen, doch bedarf es noch jahrelanger Anstrengung, um ihn auch tatsächlich und ganz in die Hand zu bekommen. Wir müssen erst noch eine ganze Generation unserer Leute zur faktischen Beherrschung dieses Apparates erziehen. Er ist in der Tat teilweise sehr schlecht, bürokratisch, verfault, was wir immer gesehen haben. Der Staatsapparat muß mithin verbessert werden. Was aber brauchen wir dazu? Eine gute Kommunistische Partei. Doch was bedeutet in diesem Zusammenhange die Forderung nach einer guten Kommunistischen Partei? Mögen wir in der Partei auch 15.000 tüchtige Proletarier haben, so ermöglichen sie es uns doch noch lange nicht, den Staatsapparat zu kurieren. Warum nicht? Weil man durch Resolutionen, Meetings und bloße Worte den Bürokraten nicht beherrschen kann. Sie können jetzt, Genossen, in allen Diskussionsversammlungen eine sehr interessante Erscheinung konstatieren. Gerade die ausgesprochensten Bürokraten, die im Staatsapparat arbeiten, gebärden sich als die größten Demokraten, die gern alle möglichen Resolutionen annehmen und sehr demokratisch tun. Dennoch wird alles beim alten bleiben. Um den Bürokraten im Staatsapparat wirklich am Kragen zu packen, dazu bedarf es in erster Linie der Existenz eines starken bolschewistischen Parteiapparates. Mit anderen Worten: Es genügt nicht, Resolutionen zu fassen, man muß außerdem auch noch ein entsprechendes Instrument besitzen, muß die Möglichkeit haben, den Bürokraten das Knie auf die Brust zu setzen. Durch Resolutionen werden Sie nichts erreichen. Der Bürokrat wird selbst Hunderte von demokratischen Resolutionen beantragen, ohne daß sich das geringste änderte. Daher die große Bedeutung des Parteiapparates für die Aufrechterhaltung unserer Herrschaft.

Als Lenin unseren Staatsapparat durch seine unerbittlich scharfe Charakteristik bloßstellte, appellierte er gleichzeitig an die Partei und an den Parteiapparat und machte ganz konkrete Vorschläge zur Umwandlung unseres Parteiapparates, zeigte uns, wie man den Bürokraten beim Schopfe fassen kann.

Wir wissen sehr wohl, was Arbeiterbürokratie bedeutet. Ich selbst habe zum Beispiel das Schicksal der Bürokratie in der deutschen Sozialdemokratie studiert. Ich habe seinerzeit**) versucht, die russischen Arbeiter darüber aufzuklären, woran die deutsche Sozialdemokratie zugrunde gegangen sei, beziehungsweise welches die sozialen Wurzeln ihres Opportunismus wären. Ich hatte zur Erklärung der Ursachen ihres Niederganges drei Hauptmomente angeführt:

1. die Existenz kleinbürgerlicher Mitläufer, um deren Gunst die deutsche Sozialdemokratie bei allen Wahlen ein förmliches Wettrennen mit der Bourgeoisie veranstaltete, wobei sie die Prinzipien des Marxismus Schritt auf Schritt preisgab;
2. das rapide Wachstum und den zunehmenden Einfluß der Arbeiteraristokratie, wirtschaftlich privilegierter Schichten der Arbeiterklasse, und
3. die Entstehung einer Arbeiterbürokratie, des Zwillingsbruders der Arbeiteraristokratie, und deren zunehmende Bedeutung sowohl in der proletarischen Bewegung überhaupt wie insbesondere in der Politik der Partei.

Im Anschluß an Robert Michels*) entwarf ich folgendes Diagramm des Schichtenbaues der deutschen Sozialdemokratie:

——— Vorstände der Parteikomitees
———— Parteikomitees
————— Parteibeamte
—————————— Teilnehmer an allgemeinen Versammlungen
———————————— Parteimitglieder
————————————————— Wähler

Dazu bemerkte ich:

„Das Fundament der Pyramide bilden die vier Millionen umfassenden Massen sozialdemokratischer Wähler. Darauf folgt eine zahlenmäßig ebenfalls noch sehr starke Schicht von Parteimitgliedern in der Höhe von etwa einer Million. Sodann folgen die Teilnehmer an den allgemeinen Parteiversammlungen, die bereits weit weniger zahlreich sind. Über diesen erhebt sich eine kleine herrschende Gruppe von Parteibeamten. Die Spitze der Pyramide endlich bilden die kleinen Kaders prominentester Parteibeamten — die Komitees und deren Vorstände."

Die drei obenerwähnten Hauptmomente stellen lauter konterrevolutionär wirkende Faktoren dar, und Anton Pannekoek**) hatte daher mit seinen kritischen Artikeln, in denen er diese Seiten der Sozialdemokratie beleuchtete, vollständig recht. Die Arbeiterbürokratie war, ist und bleibt eine reaktionäre Kaste. Dessen ungeachtet mußten wir bereits damals feststellen, daß eine umfassende Arbeiterbewegung eines gewissen bürokratischen Apparates unmöglich gänzlich entbehren könne. Allerdings: haben wir bloß 1000 Mitglieder, so können wir auf bezahlte Funktionäre leicht verzichten. Stärkere Mitgliedschaften hingegen können unmöglich ohne eine gewisse Anzahl bezahlter Arbeiterbürokraten auskommen. Letzten Endes handelt es sich hierbei darum, die Dinge so zu organisieren, daß wir eine gute Arbeiterbürokratie erhalten, die wirklich mit der Arbeitermasse verbunden ist.

Die Arbeiterbürokratie unserer Partei darf durchaus nicht als besonders schlecht bezeichnet werden. Gerade die Tradition der Bolschewiki, die jahrzehntelang gegen die Menschewiki gekämpft und dabei eine Auslese von Revolutionären getroffen haben, hat uns geholfen, einen mehr oder weniger brauchbaren Parteiapparat zu schaffen. Er ist zahlenmäßig nicht einmal übermäßig stark, denn 18.000 Genossen bedienen die Maschinerie des Apparates auf einem Riesenterritorium, das ein Sechstel der Erdoberfläche umfaßt. Von diesen 18.000 Genossen sind über die Hälfte technische Mitarbeiter, während nur 7000 bis 8000 Genossen politisch tätig sind. Das scheint uns quantitativ nicht übermäßig hoch zu sein. Dabei muß immer im Auge behalten werden, daß unser Parteiapparat nicht nur auf Propaganda und Agitation eingestellt ist, wie das in anderen Ländern der Fall ist, sondern vor allem bestrebt ist, den Gang der Staatsmaschine zu regeln. Der Parteiapparat hat heute in alle Fragen einzugreifen, mag es sich nun um eine Heeresmobilisation, um die Zuteilung von Obligationen der Goldanleihe oder um irgendwelche Kampagnen auf dem flachen Lande handeln.

Wir sind der Ansicht, daß unser Parteiapparat qualitativ mit das Beste der Partei ist, daß er ihr festes Knochengerüst bildet. Wenn nun unsere „Opposition" anfängt, ihn zu kritisieren, daß sie dabei die Partei an sich dem Parteiapparat gegenüberstellt, so erklären wir eine solche Stellungnahme für absolut

*) N. Lenin, „Wie sollen wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren?" „Prawda", Nr. 16, 25. I. 1923.
Vergleiche auch: N. Lenin, Rede auf dem IV. Weltkongreß der KI. Protokoll. Hamburg, 1923.

**) G. Sinowjew, „Krieg und Sozialismus." Petersburg, 1920. (Russisch.)
Vergl. ferner: G. Sinowjew, „Arbeiterdemokratie und Erneuerung des Parteiapparates." Sammelband 1. Zur Parteidiskussion. „Für die Partei, für den Leninismus." Petersburg, 1924. (Russisch.)

*) Robert Michels, „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie." Leipzig, 1911.

**) Anton Pannekoek, „Der Imperialismus und die Aufgaben des Proletariats." 1915.

unbolschewistisch. Eine solche Gegenüberstellung ist unzulässig und würde dem Versuch gleichen, das menschliche Knochengerüst dem ganzen Menschen gegenüberzustellen. Selbstverständlich genügt das Gerüst allein noch nicht. Zu Knochen gehören auch Muskeln.

Der Parteiapparat stellt das Knochengerüst der Partei dar. Wir wissen natürlich sehr wohl, daß es auch Knochenkrankheiten gibt, ja sogar unheilbare. Das ist jedoch bei uns nicht der Fall. Lediglich halbmenschewistische Elemente, die gerade die bolschewistische Faust, den bolschewistischen Zentralismus, die Faust, die wirklich und allein den Bürokraten beim Schopfe zu fassen imstande ist, nicht vertragen können, sind es, die immer wieder seufzen, der Apparat sei ein Panzer und das sei doch unerträglich. Nun, erwidern wir, unerträglich doch nur für diejenigen Elemente, die man gerade an der Strippe halten muß.

Eine kleine Minderheit unserer Partei hat jetzt einen großen Feldzug gegen den Parteiapparat eingeleitet. Die Genossen der „Opposition" verfallen dabei in eine halbmenschewistische Denkweise. Trotzdem ist es ein allzu primitives Kampfmittel und eine demagogische Unterstellung, wenn jetzt gesagt wird: „So, so! Also Sie behaupten, Trotzki und Radek seien Menschewisten?" Man wird über Nacht weder Bolschewik noch Menschewik. Dazu entwickelt man sich erst allmählich. Das dauert manchmal Monate, zuweilen sogar Jahre. Was wir konstatieren, ist lediglich, daß diese Einstellung auf eine Entwicklung weist, die in der Richtung des Menschewismus verläuft. Diese Auffassung über die Rolle des alten bolschewistischen Parteiapparates erinnert uns lebhaft an unsere alten Differenzen mit den Menschewiki.

Wenn Genosse Radek und die anderen Genossen ihren Standpunkt revidieren, so wird unser jetziger Streit uns in einigen Wochen nur noch als eine Episode, als ein böser Traum erscheinen und bald vergessen sein. Beharrt dagegen die „Opposition" auf ihrem Irrtum oder macht sie gar den Versuch, ihre falsche Auffassung auch noch einer Plattform zugrunde zu legen, so wird die Hartnäckigkeit zum Menschewismus ausarten.

Ich erinnere Sie an den ersten Streit in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, auf deren II. Parteitag in London 1903, der die erste Spaltung der Partei in Bolschewiki und Menschewiki herbeiführte. Was veranlaßte damals die Scheidung? Lenin vollzog sie damals auf der Linie folgender Meinungsverschiedenheiten. Zur Beratung stand § 1 des Parteistatuts, der die Zugehörigkeit zur Partei umschrieb. Es lagen zwei Entwürfe der Formulierung des § 1 vor, ein Entwurf vom Genossen Leniu, ein zweiter von Martow*). Der Leninsche Entwurf lautete: „Als Mitglied der Partei hat jedermann zu gelten, der deren Programm anerkennt und die Partei sowohl durch materielle Mittel, wie durch persönliche Teilnahme an der Arbeit einer der Organisationen der Partei unterstützt." Der Martowsche dagegen hatte folgenden Wortlaut: „Mitglied der Partei ist derjenige, der deren Programm anerkennt, die Partei materiell unterstützt und ihr eine reguläre persönliche Unterstützung unter der Kontrolle der Partei angedeihen läßt."

Martow, von Paul Axelrod unterstützt, forderte somit eine losere, freiere, unbestimmtere Organisationsform. Lenin, dessen Waffengefährte damals Plechanow war, wollte dagegen eine wirkliche, straffe Organisation disziplinierter Revolutionäre.

So sah anfangs die ganze Meinungsverschiedenheit der beiden Richtungen aus. Damals glaubten viele Genossen, all der Streit sei eitle Wortklauberei. Lenin dagegen hatte schon damals auf Grund dieser Differenzen allein beide Richtungen richtig diagnostiziert, indem er schrieb:

— Der Streit hat unsere Partei in zwei Lager geschieden, in das Lager der Jakobiner und das der Girondisten der proletarischen Revolution.

Das war in der Tat nicht nur eine scharfsinnige Diagnose, sondern gleichzeitig auch eine geniale Prognose.

Nun, Genossen, vergleichen Sie einmal unsere heutigen Meinungsverschiedenheiten mit der „Opposition" mit denen vor 20 Jahren. Sie werden zu dem Ergebnis gelangen müssen, daß sie heute, im Jahre 1923, außerordentlich viel größer sind, als 1903. Dennoch erheischen sie keineswegs unbedingt eine Spaltung der Partei. Ich wiederhole: Werden von der Minderheit diese ihre Fehler anerkannt und in ein paar Wochen liquidiert, so bleibt der Streit eine bloße Episode. Versucht man hingegen, alle diese Tendenzen, die schon jetzt sichtbar sind und sich auch weiterhin noch zeigen werden, zusammenzufassen, sich auf sie festzubeißen, sie bis zur Formulierung einer Plattform zu steigern, so wird sich zwischen beiden Richtungen eine größere Kluft auftun, als es seinerzeit die war, die uns von den Menschewiki trennte.

Die Minderheit versucht, wie immer, ihre Position zu maskieren. Sie sagt selbstverständlich nicht, sie sei gegen den bolschewistischen Parteiapparat, sondern sei „nur" gegen den Bürokratismus des Apparates, der zu sehr verknöchert sei, erneuert werden müsse usw. Selbstverständlich sind wir alle gegen eine Verknöcherung des Apparates. Wie liegen die Dinge aber mit dem Bürokratismus? Wir bekämpfen ihn ja doch im Staatsapparat offen schon seit Jahren! Auf dem VIII. Rätekongreß im Dezember 1920 wurde der Frage der Verbesserung der Sowjetorgane und dem Kampfe gegen den Bürokratismus unseres Apparates sogar ein spezielles Referat gewidmet. Der Kampf gegen den Bürokratismus ging also in aller Öffentlichkeit vor sich. Das Zentralkomitee der Partei hatte damals mich zum Berichterstatter bestimmt*). Die Menschewiki waren 1920 noch eine legale Partei. Martow, der an diesem Kongreß teilnahm, höhnte: „Nun habt Ihr glücklich drei Jahre eine Diktatur und kommt jetzt plötzlich mit dem Kampf gegen den Bürokratismus daher!" Wir erwiderten den Herren: „Lacht, soviel Ihr wollt, der Bürokratismus wird dennoch jahrelang bekämpft werden müssen." In einer seiner Reden sagte Lenin: „Derjenige, der glaubt, der Bürokratismus könnte in wenigen Monaten verschwinden, ist ein Charlatan, denn der Bürokratismus wurzelt tief in der Struktur des Landes, in der ganzen sozialen Geschichte Rußlands." Unser Land besitzt viele Analphabeten, wurde unter dem Zarismus Jahrhunderte hindurch bürokratisch regiert, die Bestechung bildete unter der Herrschaft des Absolutismus eine allgemeine Erscheinung und ist dem ganzen Lande zur Gewohnheit geworden. Zudem ist das Land arm, was ebenfalls den Bürokratismus fördert. Wir befanden uns einmal in einer Lage, in der wir zehn Paar Stiefel unter dreihundert Personen zu verteilen hatten. Wie machten wir das? Nun, es wurden Ordres und Gegenordres herausgegeben und spezielle Kommissionen eingesetzt. Das hat den Bürokratismus natürlich nur gestärkt.

Lenins Schlußfolgerung lautete: „Um den Bürokratismus zu vernichten, muß man also zunächst genügend Stiefel haben, das heißt das Land darf nicht mehr so arm sein. Ferner muß man das Analphabetentum beseitigen und endlich die Bestechung vernichten, mit anderen Worten das Kulturniveau der Arbeiterklasse heben."

Ebenso stellen auch wir gegenwärtig die Frage. Wir können in dieser Hinsicht auch heute noch keine rosigen Perspektiven entwickeln und nichts versprechen. Vielleicht kann Genosse Radek uns versprechen, daß er, wenn man ihm die Arbeiterdemokratie gibt (Zwischenruf Radeks: Nein, ich kann es nicht versprechen.) — nun, wenn nicht Radek, so vielleicht Genosse Trotzki —, in einem halben oder meinetwegen auch einem ganzen Jahre den Bürokratismus in Rußland beseitigen wird. Wir unsererseits können so etwas nicht versprechen. Wir sagen es ganz offen, daß wir dazu Jahre brauchen, da die Vorbedingung dazu die Hebung des Kulturniveaus des Landes und die Beseitigung des Analphabetentums ist.

Die Dinge liegen durchaus nicht etwa so, daß Radek und Trotzki den Bürokratismus hassen, wir, das ZK. dagegen, ihn lieben. Es handelt sich, Genossen, um etwas ganz anderes, nämlich um die Bedeutung des eisernen Gerüstes, daß der bolschewistische Parteiapparat darstellt, der bei uns wirklich ein Kampfinstrument gegen den Menschewismus ist. Gerade dieses eiserne Instrument ist es, das man haßt, weil es gewissen Elementen allerhand Unannehmlichkeiten bereitet.

III.

Die Alten und die Jungen.

Ich komme zum dritten Streitpunkt, zum Punkt über die Alten und die Jungen in unserer Partei. In diesem Punkte, Genossen, besitzen Sie selbst von der früheren Internationale her ja auch schon eine gewisse Erfahrung, besonders die Genossen der deutschen Arbeiterbewegung. Sie wissen ja, was in Deutschland in den neunziger Jahren die sogenannten Jungen waren.

---

*) Vergl. Protokoll des II. (Londoner) Parteitages der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Genf 1904. (Russisch.) — Vergl. auch: G. Sinowjew. „Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands." 1923. Kap. 3.

*) Vergl. Stenographischer Bericht des VIII. Allrussischen Rätekongresses. Moskau 1921. (Russisch.)

Diese „Jungen" haben sich damals zwar sehr radikal gebärdet, waren aber in Wirklichkeit nur eine Spielart des Revisionismus. Engels hatte durchaus recht, als er damals Bebel schrieb: „Ich, der Alte, und Du, wir sind ja eigentlich die einzig Jungen in der Partei." Ich glaube, Genossen, daß unsere bolschewistische sogenannte alte Garde mit demselben Rechte wie Engels, von sich sagen darf, daß sie die wirklich Jungen in der Partei repräsentiert. Es handelt sich ja doch nicht um alte Papas, die ihre Kinder zur Artigkeit und Folgsamkeit zwingen wollen! So dumm ist die alte bolschewistische Garde nicht. Sie bedeutet immerhin etwas in der Internationale und hat es wohl auch schon bewiesen, daß sie es versteht, eine bolschewistische Partei großzuziehen.

Worum also handelt es sich bei unserem Streite? Es ist in der Jugend eine Doppelströmung zu beobachten. Die ganze Arbeiterjugend steht auf unserer Seite. Das ist eine feststehende Tatsache. Die Moskauer, Petersburger, Ukrainer, Uraler Arbeiterjugend und die Arbeiterjugend aller anderen Industriezentren hat sich ohne Zögern uns „Alten" angeschlossen und kategorisch erklärt: „Nur sachte, die Alten sind unsere Lehrer!" Die Studentenjugend dagegen hat sich sofort in zwei Lager gespalten. In Moskau war sogar die Mehrheit der Studentenjugend gegen die alte bolschewistische Garde. Eine interessante und merkwürdige Erscheinung. Unsere Studentenschaft umfaßt eine große Anzahl Arbeiter, besitzt aber auch einen großen Teil kleinbürgerlicher Existenzen. So schieden sich die Sympathien der Studentenschaft sofort in zwei Lager. Während ein Teil uns unterstützte, trat ein anderer gegen uns auf. Letzterer bemächtigte sich sofort des Kriegsrufes: Hie Junge, hie Alte. Wir aber kennen kein Problem des Alters, sondern nur ein Problem der politischen Linie, um die es sich allein für uns handelt.

Genosse Trotzki trat mit einem Artikel hervor, in dem er in einer Form, die man einem Genossen wie Trotzki niemals zugetraut hätte, in einer, man darf wohl sagen, vulgären Art, die jugendlichen Elemente der Partei gegen die alte Garde aufzupeitschen suchte. Was veranlaßte ihn zu diesem Schritte? Ich glaube, Genossen, daß er sich vulgärer Argumente nur darum bediente, weil ihm bessere fehlten. Trotzki sucht sich auf diejenigen Schichten zu stützen, die seinem Standpunkt am leichtesten zugänglich sind, einem Standpunkt, der bei uns nicht ganz unmodern ist und im gewissen Sinne einen revidierten Bolschewismus darstellt. Er brauchte eine Basis und fand sie in der Studentenschaft, zum Teil auch bei gewissen Elementen der Roten Armee. Selbstverständlich werden wir ihm auch diese Minderheiten nicht schenken, sondern sie für uns gewinnen. Das wird natürlich allmählich vor sich gehen. Man wird dazu einige Zeit brauchen. Da marxistische Bildung in diesen Schichten noch nicht tief verwurzelt ist, so läßt sich mit Demagogie leicht ein vorübergehender Erfolg erringen. Preobraschenski zum Beispiel kommt in die Swerdlow-Universität und spricht die Studenten etwa folgendermaßen an: „Ihr studiert an der Swerdlow-Universität, die eine große Kulturerrungenschaft für uns alle bedeutet, und sucht. Euch hier den Marxismus anzueignen. Das ist eine sehr große und wichtige Aufgabe. Doch wozu braucht Ihr das Studium des Marxismus, wenn Ihr Eure wissenschaftlichen Kenntnisse im praktischen Leben gar nicht durchsetzen könnt?"

Natürlich erntete Preobraschenski mit solchen Worten bei einem Teil der Studenten, die zwar schon ein halbes Jahr das „Kapital" von Marx studieren, aber noch nicht das Land regieren, billigen Applaus. Dieser Teil der Studentenschaft ist uns, die wir ihm nicht sofort die Möglichkeit geben, die Theorie in die Praxis umzusetzen, ein wenig Gram. Doch was sind solche Agitationsmittel anderes als ganz vulgäre Demagogie. Auch das Vorgehen Preobraschenskis erklärt sich einfach aus dem Mangel an ernsteren Argumenten. In einem Lande von den Dimensionen Rußlands, in dem es noch so wenig Marxisten gibt, so wenig Menschen, die auch nur ordentlich lesen und schreiben können, in dem eine so ungeheure Nachfrage nach Menschen mit wirklichem Wissen besteht, sich vor die jungen Studenten hinzustellen und ihnen zu erklären: Wenn Ihr die Universität absolviert habt, könnt Ihr Euere Kenntnisse doch nicht verwerten, — ist ordinäre Demagogie. Es ist wahrhaftig kein Kunststück, gewisse Schichten der Studentenschaft, in denen die kleinbürgerliche Ideologie noch sehr stark ist, durch solche billige Methoden zu ködern. Diese Methoden erinnern jedoch allzusehr an ähnliche Methoden des rechten Flügels des internationalen Sozialismus. Ich glaube, daß ich das wohl nicht zu beweisen brauche.

IV.

Die „Entartung" der alten Garde.

Mitten in der Diskussion überraschte uns Trotzki mit einem Artikel, in dem es etwa heißt:

— Immer wieder kommt man uns mit den vermaledeiten Schülern von Lenin. Waren nicht Bernstein, Kautsky und Guesde Schüler von Marx und Engels und sind doch entartet? Haben sie sich nicht allmählich zu Verrätern entwickelt? Wer garantiert uns, daß die Schüler Lenins vor einer Entartung geschützt sind?

Trotzki hat dieses Menetekel natürlich in eine elegantere Form gekleidet, eine Form, wie man sie bei ihm gewöhnt ist und die vortrefflich ist, wenn sie sich gegen die Bourgeoisie wendet, aber schlecht ist, wenn sie sich gegen die alte bolschewistische Garde richtet. Trotzki operierte nur mit Andeutungen und glaubte, niemand würde ihn verstehen, womit er nur bewies, daß er unsere Partei eben doch noch nicht gründlich genug kennt. Kaum eine Woche war nach dem Erscheinen seines Artikels verflossen, als in der Partei auch schon eine förmliche Entrüstung über Trotzkis Vorgehen ausbrach. Genosse Radek bestätigt es, wie Sie sehen. Es war eine aufrichtige Entrüstung, und zwar gerade in den Reihen unserer besten Arbeiter, die offen erklärten: „Genosse Trotzki, wir alle lieben Sie sehr, wir alle achten Sie, aber verschonen Sie uns, bitte, mit derartigen Anspielungen. Wir kennen unsere bolschewistische Garde, die unsere Partei geschaffen hat, zur Genüge, wissen auch, daß Sie, Genosse Trotzki, lange Zeit Menschewik waren — Trotzki ist von den Menschewiki zu uns gekommen, nicht aber wir zu ihm —, lassen Sie also, bitte, solche Anspielungen. Glauben Sie dagegen allen Ernstes, unsere Alten könnten den Weg Bernsteins und Kautskys beschreiten, so sagen Sie es, bitte, rund heraus, nicht aber in Form vager Andeutungen."

Es brach, wie gesagt, ein wahrer Entrüstungssturm los. Trotzki war gezwungen, zwei weitere Artikel zu veröffentlichen, um seine Auffassung besser zu präzisieren. Nun, diese Präzisierung fiel so aus, daß statt einer Klärung eine wesentliche Verschärfung der Lage entstand.

Es gibt keinerlei Beweise dafür, daß unsere alte Garde sich auf dem Wege einer Entartung befände. Gewiß gibt es keine absolute Garantie gegen eine Entartung. Wir haben immer wieder betont, daß im Falle einer Verlangsamung der sozialen Revolution, in der historischen Perspektive gesehen, uns sehr wohl die Gefahr droht, daß unsere Diktatur allmählich das Aussehen eines kleinbürgerlichen Staates gewinnt. Wir wiederholen es auch hier: Eine solche Gefahr besteht. Als Marxisten sehen wir sie, versuchen aber auch gleichzeitig, dieser Gefahr mit allen Mitteln zu begegnen. Das Endresultat unserer Anstrengungen hängt aber letzten Endes nicht davon ab, welche Präventivmittel die Partei dagegen ergreift, sondern von dem Gang der Weltereignisse, von der Entwicklung der Weltrevolution. Doch Trotzki sprach keineswegs von einer solchen allgemeinen Gefahr überhaupt, sondern hat sich in der Hitze des Diskussionsgefechtes zu einer versteckten Attacke gegen das Polit-Büro des ZK. hinreißen lassen. Er wich daher auch einer näheren Bezeichnung derjenigen Schüler Lenins aus, gegen die er seine Pfeile richtete, und unterließ es, Kamenew, Stalin, Sinowjew und Bucharin zu nennen, die er gerade meinte, als er von den entarteten Bernstein, Kautsky, Guesde usw. sprach. Nun, ich glaube, wir sind denn doch ein bißchen besser als Bernstein und Kautsky, und glaube auch, daß dieser Vergleich gerade den Genossen Trotzki veranlassen sollte, ihn zu bereuen.

V.

Wirtschaftsfragen.

Ein Kapitel von außerordentlicher Bedeutung.

Bestehen in wirtschaftlichen Fragen in unserer Partei wesentliche Meinungsdifferenzen? Nein, es bestehen keine solchen. Tendenzen jedoch machen sich auch auf diesem Gebiete bemerkbar. Bei gewissen Elementen der „Opposition" — nicht, soviel ich weiß, bei den Genossen Trotzki und Radek — besteht, wie es scheint, die Absicht, eine Revision der Neuen Ökonomischen Politik als solcher vorzuschlagen. Offen ist das noch nicht ausgesprochen worden, doch ist im Verlaufe des Kampfes gegen die alte Garde verschiedentlich versucht worden, den Haß und die Verachtung, die der Arbeiter gegenüber dem sogenannten „Nepmann" zeigt, gegen **uns** auszuspielen.

Sie werden. Genossen, begreifen, daß der Haß gegen die Bourgeoisie kein Privilegium zum Beispie des deutschen

Arbeiters ist, bei dem er nur besonders kraß in Erscheinung tritt, weil eben der Klassenkampf selbst sich in Deutschland in den krassesten Formen abspielt. Bei uns liegen die Dinge anders. Auch unser Arbeiter haßt den Bourgeois, befindet sich jedoch gleichzeitig in der merkwürdigen Lage, ihn heute noch nicht totschlagen zu können, sondern ihn dulden zu müssen. Er sieht die eleganten Geschäfte, wäre auch jederzeit in der Lage, sie zu schließen und muß sie dennoch bewußt dulden. Dieser Umstand erzeugt bei unseren Arbeitern eine ganz eigentümliche Psychologie. Er versteht, daß die jetzige Bourgeoisie ein notwendiges Übel ist. Er begreift das mit dem Kopfe, mit seinem Verstande. Der leidenschaftliche Haß des Proletariers gegen den Bourgeois besteht aber fort. Das gerade nützt unsere „Opposition" mangels besserer Argumente für ihre Zwecke aus. Ein positiver Vorschlag zur Revision der Neuen Ökonomischen Politik liegt indessen vorläufig noch nicht vor.

In wirtschaftlichen Fragen hatten wir, das heißt Lenin und wir mit dem Gen. Trotzki wiederholt die größten Meinungsverschiedenheiten. Immer wieder erklärte Lenin Trotzki: Sie müssen verstehen, daß wirtschaftliche Dinge etwas ganz anderes sind, als militärische Dinge. Bringen wir im Bürgerkriege beispielsweise einem Wrangel eine entscheidende Niederlage bei, so verschafft uns so ein Erfolg sofort eine prinzipiell neue Lage. In der Wirtschaft dagegen, meint Lenin, liegen die Dinge ganz anders. Da gäbe es keine solchen Erfolge, da hieße es, sich vor allem gedulden, vor allem verstehen, daß die Zeit der Hauptfaktor ist und es Jahre bedürfe, bis wirtschaftliche Erfolge wirklich sichtbar würden.

Trotzki gehörte stets zu den ungeduldigen Genossen, denen nichts paßte. Ihm schien immer alles schief zu gehen. Trotzki fehlt eben der Blick eines Wirtes, eines proletarischen Wirtes, der heute seine Wirtschaft hat. Diese Eigenschaft geht ihm vollkommen ab. Er hat kein Gefühl für die wirklichen wirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland, und besaß es auch nie. Das ist ein psychologisches Moment, das nicht außer acht gelassen werden darf.

Auf diesem Boden erwuchsen unsere Differenzen in der Frage des Wirtschaftsplanes.

Ich will Ihnen hier kurz die ausschlaggebenden leitenden Organe der staatlichen Wirtschaft aufzählen. Da haben wir zunächst den Rat der Volkskommissare, dem eine Anzahl Mitglieder des Zentralkommitees der Partei, einige unserer besten Staatsfunktionäre angehören. So wird zum Beispiel das Transportwesen von einem unserer hervorragendsten Genossen, einem Mitglied des ZK., dem Genossen Dserschinski geleitet. Die Leitung der Finanzen liegt in den Händen eines alten erprobten Bolschewiks, Mitglied des ZK., Gen. Sokolnikow. Die Oberleitung der Wirtschaft besitzt ebenfalls ein verdienter alter Bolschewik und Mitglied des ZK., Gen. Rykow. Dazu kommt noch der „Rat der Arbeit und Verteidigung", dem ebenfalls Mitglieder des ZK. angehören. Die bisher aufgezählten Instanzen stellen jene Körperschaft dar, die die eigentliche Leitung der Wirtschaft in der Hand hat. Außerdem besitzen wir noch eine Institution. die sich „Staatsplan" nennt. Sie besteht aus 300 Professoren und Spezialisten, die früher auf dem Gebiet der Wirtschaft tätig waren, deren Erfahrungen und Kenntnisse uns sehr zustatten kommen, die jedoch im großen und ganzen gewöhnliche bürgerliche Elemente darstellen. An der Spitze dieser Institution steht Gen. Krschyschanowski, ein alter tüchtiger Kommunist, dem sich neuerdings Genosse Zjurjupa, ebenfalls ein alter Kommunist, zugesellte. Dieser „Staatsplan" hat zwar eine kommunistische Spitze, ist jedoch im übrigen eine Körperschaft, die aus lauter bürgerlichen Professoren und bürgerlichen Intellektuellen besteht. Die Aufgabe dieser Leute besteht in der wissenschaftlichen Ausarbeitung eines Planes, sowie in der Sammlung und Sichtung geeigneten Materials zur Lösung allgemeiner Wirtschaftsfragen.

Nun hat sich Gen. Trotzki die Idee in den Kopf gesetzt. gerade dieser „Staatsplan" müsse zur wichtigsten Wirtschaftsinstitution Rußsands gemacht werden, und zwar auf Kosten des wirtschaftlichen Hoheitsrechtes des Rates der Volkskommissare und des Rates der Arbeit und Verteidigung. Trotzki selbst ist seit Jahren Mitglied des Rates der Volkskommissare, desgleichen Mitglied des Rates der Arbeit und Verteidigung, hat jedoch die Sitzungen weder des einen noch des anderen einmals besucht. Er hat beide Institutionen jahrelang boykottiert. Als Lenin erkrankte, schlug Lentn selbst, desgleichen das ZK., vor, Trotzki solle zu einem seiner Stellvertreter im Vorsitz des Rates der Volkskommissare und des Rates der Arbeit und der Verteidigung ernannt werden. Trotzki hat diesen Vorschlag mit Entrüstung abgewiesen. Überhaupt boykottierte Trotzki die wichtigsten Spitzeninstitutionen des Staates, und raisoniert dauernd über die Herabsetzung des „Staatsplanes", der seiner Meinung nach, alles viel besser organisieren würde. Das ist ein grober Irrtum Trotzkis, eine schematische Auffassung, die, wie mir scheint, nicht frei ist von einem Stich ins Menschewistische.

In der Tat. Wie stellen sich die braven Menschewiki den Übergang zur sozialistischen Wirtschaft vor? Etwa so: eines schönen Tages konstatiert die Arbeiterklasse, daß sie im Lande die Mehrheit hat, eine Mehrheit aus lauter wirklichen Proletariern in der Arbeiterbluse. Diese Mehrheit gewinnt die Macht und arbeitet unverzüglich einen gründlichen und erstklassigen Wirtschaftsplan aus, worauf sich dann alles harmonisch, wie am Schnürchen, nach diesem Plane abwickelt. Das Erfurter Programm war jenes Rezept, das alles leimte, klebte und kittete. Man könnte es auch ein Bellamy-Rezept nennen, denn ungefähr so stellte sich der Utopist Bellamy die Dinge vor. So etwa denkt man sich die sozialistische Umwälzung. Diese utopistische Vorstellung bildet den Kern der Auffassung der Opportunisten von der Einführung des Sozialismus. Gen. Lenin hat uns und Gen. Trotzki immer wieder klarzumachen gesucht: Seht ihr nun — fragte er uns — wie der wirkliche Sozialismus faktisch entsteht? Nicht wahr, doch nicht auf dem Wege der Verwirklichung eines erzgescheiten Planes, sondern auf Grund der besonderen Lage der wirklichen Kräfteverhältnisse.

Und in der Tat begann bei uns der Übergang zum Sozialismus nicht mit der Verwirklichung eines Planes, sondern mit einem Kampfe gegen — was meinen Sie wohl? — die Laus. Das Problem der Bekämpfung der Laus, war für uns ein Kardinalproblem, war das Problem des Kampfes gegen den Flecktyphus. Davon sprach Gen. Lenin in aller Öffentlichkeit schon 1919 auf dem VII. Allrussischen Rätekongreß. Er sagte damals: „Entweder siegt der Sozialismus über die Laus, oder die Laus siegt über den Sozialismus*)."

Der Sozialismus begann Wirklichkeit zu werden in einem armen, vom Kriege zerrütteten Bauernlande, ohne daß die Vollstrecker des Willens der revolutionären Massen einen fertigen Plan gehabt hätten. Was für einen Plan konnten wir denn bis jetzt überhaupt haben, da wir doch noch vor anderthalb Jahren fast das letzte Gold ausführen mußten, um vom Auslande für Petersburg und Moskau Roggen zu bekommen, damit unsere Arbeiter nicht glattweg verhungerten? Was für einen Plan konnten wir in einer Zeit haben, da unsere Eisenbahnen selbst noch im Jahre 1922 zum Beispiel für die Strecke Petersburg-Moskau nur für zwölf Stunden Heizmaterial hatten? Und noch dazu **was** für Heizmaterial! Direkt dem Walde entnommenes Frischholz! Das Donezbecken, unser Kohlengrubenzentrum, befand sich in den Händen der Weißen, die Naphtha-Produktion lag völlig darnieder, der Rubel war überhaupt kein Rubel. Erhielt jemand 100 Millionen Rubel ausgezahlt, so waren sie über Nacht schon auf 80 Millionen gesunken, am Tage darauf um eine noch höhere Quote. Was kann man denn für einen Plan haben, wenn man weder über Brot, noch Transportmittel. noch Geld, noch Kohle, noch Naphtha verfügt?

Darum wies Gen. Lenin ja gerade immer wieder auf diese rauhe Wirklichkeit hin, die den wirklichen Weg vorschrieb, auf dem der lebendige Sozialismus marschiert. Der Sozialismus folgt weder Bellamy, noch dem Erfurter Programm. Er kommt eben mit der Errichtung von Entlausungsanstalten, mit der Besserung der Menage der Soldaten, mit dem Kampfe gegen die Armut, gegen die Entwertung des Sowjetgeldes, gegen den Mangel an Heizmaterial und dergleichen mehr.

Und mir scheint, Genossen, daß das hartnäckige Beharren auf seinem schönen Plan dem Wesen nach nichts anderes darstellt, als eine erhebliche Konzession an die altmodische Auffassung, wonach ein guter Plan ein Allheilmittel, der Weisheit letzter Schluß sei. Trotzkis Standpunkt hat vielen Studenten sehr imponiert. „Das ZK. hat doch keinen Plan, man muß doch aber einen Plan haben!" — tönt es uns heute aus dem Munde eines Teiles der Studenten entgegen.

Genossen! Die Wiederherstellung der Wirtschaft in einem Lande wie Rußland, bildet in der Tat das schwierigste Problem unserer Revolution. Wie ich schon sagte, entbehren die beiden wichtigsten Spitzeninstitutionen unseres Staates der Mitarbeit Trotzkis. Trotzki arbeitet in jenen auch jetzt noch nicht mit. **Wir** wollen den Transport durch Dserschinski, die Wirtschaft durch Rykow, die Finanzen durch Sokolnikow leiten, **Trotzki** dagegen will alles mit Hilfe des „Staatsplanes" durchführen.

*) **N. Lenin.** „Gesammelte Werke." Band 16. Moskau 1922. (Russisch.)

Der „Staatsplan" ist eine wichtige Körperschaft und ist von „Lenin" selbst ins Leben gerufen worden. Aber der „Staatsplan" ist kein Allheilmittel.

Übrigens, wie sieht momentan unsere wirkliche Wirtschaftslage aus?

Im Oktober richteten Gen. Trotzki und nach ihm 46 Genossen seiner Fraktion einen Brief an das ZK., indem es hieß, wir befinden uns zur Zeit mitten in einer Finanz-, Wirtschafts-, innerpolitischen- und Parteikrise, mit einem Worte: das Land stehe vor dem Abgrunde. So malten sich die Dinge im Kopfe der erwähnten Genossen. Woher kommt das? Das kommt daher, daß Gen. Trotzki keinen Blick für die wirkliche Lage unseres Landes hat. Er kennt weder unseren Bauer, noch unseren Arbeiter genügend. Er kennt Rußland zu wenig und hat kein Gefühl für das Reale unseres Landes.

Die wirkliche Wirtschaftslage Rußlands ist heute besser, als wir erwarten konnten. Eine **Brotfrage** gibt es nicht mehr, Wir haben vorletztes Jahr 45 Millionen Pud nach dem Auslande ausgeführt, 1923 bereits 250 Millionen Pud und hoffen, 1924 ein noch größeres Programm zu verwirklichen. Wir beginnen auf dem internationalen Brotmarkt Faktoren zu werden. Ferner: Wir hatten 1922 218 Millionen Pud, im eben abgelaufenen Jahre 300 Millionen Pud **Naphthaausbeute. Alle dringendsten Bedürfnisse des Landes können heute als gedeckt angesehen werden, so daß wir einen Teil unserer Valuta zur Ausfuhr auswerfen können.** Was die **Kohle** des Donezbeckens betrifft, so haben wir nun zum erstenmal die festgelegte Produktionsnorm überschritten, und zwar um 10%. Das **Verkehrswesen** ergab 1923 statt der voraufgegangenen 150 Millionen ein Defizit von nur 40 bis 50 Millionen, sodaß wir nahe daran sind, unseren Verkehr defizitfrei zu gestalten. Gen. Dserschinski hat auf diesem Gebiete wahre Wunder vollbracht. Wir sind jetzt daran, unsere **Metallurgie** zu heben. Das wird nun, nachdem wir mit dem Naphtha und der Kohle ins Reine gekommen sind, möglich sein. Es hängt eben eines vom andern ab. Die metallurgische Produktion hat sich 1923 im Verhältnis zum Jahre 1922 schon um das Vierfache erhöht. Das ist selbstverständlich erst ein kleiner Gewinn, ein schüchterner Anfang. Die Metallurgie war besonders tief gesunken, Sie sehen, Genossen, es ist auch auf diesem Gebiete ein Erfolg zu buchen. Und vor allem haben wir heute eines: **Geld.** Einige Monate nach seiner Erkrankung fragte uns Lenin einmal lächelnd: „Sagt einmal, Genossen, wie kommt es, daß wir mit unserem elenden Sowjetrubel noch existieren"? Lenin sagte oft: „Ich fürchte keine Niederwerfung unserer Macht durch einen Aufruhr. Was ich fürchte, ist, daß uns einmal unser lausiger Rubel erwürgt, indem er uns einen glatten Finanzbankrott beschert. Wir sitzen zwar im Kreml, aber niemand will unseren Rubel annehmen!" Das sagte Lenin noch vor kaum einem Jahre! Heute dagegen, Genossen, haben wir den **Tscherwonez,** den Sie alle kennen. Es befinden sich heute 300 Millionen Goldrubel in Zirkulation, wovon 270 Millionen auf den Tscherwonez entfallen. Die ganze internationale Bourgeoisie beneidet uns bereits darum. Der Tscherwonez stellt eine wirkliche Valuta dar. Sie wissen, daß die Finanzen die Lage der Gesamtwirtschaft widerspiegeln. Hätte sich letztere nicht gebessert, hätten wir auch keinen Tscherwonez. Wir sind jetzt dabei, schon in der nächsten Zeit eine umfassende Finanzreform durchzuführen. Das ZK. hat bereits ein entsprechendes Projekt ausgearbeitet, das es dem dieser Tage in Moskau tagenden Bundesrätekongreß zur Annahme empfehlen wird. Es handelt sich um die Einführung einer einheitlichen Gold- und Silberwährung, die durch einen in der letzten Zeit aufgespeicherten, erheblichen Goldfonds gesichert ist. Auf dem IV. Weltkongreß der Komintern hob Genosse Lenin hervor, daß uns der Handel bereits 20 Millionen Goldrubel eingebracht abe und bemerkte dazu: „Also ein Anfang ist da." Nun, ich verrate Ihnen kein großes Geheimnis, wenn ich Ihnen mitteile, daß wir seitdem 20 mal 20 Millionen, wenn nicht mehr, herausgeschlagen haben. Wir besitzen eine wirkliche **Goldvaluta** und fürchten nicht mehr, daß der Rubel uns erwürgen könne.

Das ist eine Tatsache, Genossen. Darum sage ich: Würden selbst alle anderen Symptome, die eine Erholung unserer Wirtschaft bezeugen, wie die Steigerung der Kohlen- und Naphthaausbeutung usw., fehlen, es genügte das eben erwähnte finanzielle Symptom allein, um eine Besserung unserer Lage zu beweisen. Denn es ist klar, gingen die Finanzen kaput, dann könnte selbst eine alte bolschewistische Garde sich durch keinerlei Heldentaten mehr über Wasser halten, um so weniger, als just diese Garde in Finanzfragen keine imponierende Erfahrung sitzt. Wir machten wohl auch in der Vorkriegszeit internationale Anleihen, aber von der imposanten Höhe von 25 Francs, so zum Beispiel als wir die Zimmerwalder Linke schufen. Mit größeren „Finanzoperation" können wir Ihnen aus unserer Vergangenheit nicht aufwarten. Dennoch gelang es uns, unter den Mitgliedern unseres ZK. einen Genossen, noch dazu einen alten Revolutionär, zu entdecken, der die Finanzfrage beherrscht und seine Sache auf diesem Gebiete bisher sehr gut gemacht hat.

Weiter. Auf dem Gebiete des **internationalen Handels** besitzen wir nun schon nahezu ein halbes Jahr eine **aktive Bilanz,** und Krassin garantiert, daß auch in dieser Richtung die weiteren Aussichten günstig sind.

Ferner. Auch die **Landwirtschaft** hat sich erholt. Die Produktion ist auf 70 bis 80% der Vorkriegszeit gebracht. Manche Genossen, ja selbst solche der „Opposition", wie Gen. Sossnowski, der von diesen Dingen etwas versteht, behaupten sogar, wir hätten bereits 100% der Vorkriegsproduktion erreicht. In der staatlichen Wirtschaft haben wir 40% erreicht, während wir noch vor einem Jahre nur 22% hatten.

Sie sehen also, Genossen, daß wir marschieren. Gewiß marschieren wir langsam, gewiß sollte es schneller gehen, immerhin, wir marschieren vorwärts.

Was die **Lage der Arbeiterklasse** betrifft, so sind wir mit ihr keineswegs zufrieden. Wir können sie durchaus nicht als gut bezeichnen. Natürlich wäre es sehr angenehm, wenn wir heute einfach dekretieren könnten, jeder Arbeiter solle monatlich seine 100 Goldrubel haben. Das aber können wir leider noch nicht tun. Wir können jedoch feststellen, daß die Lage der Arbeiterschaft in allen Hauptzentren der Landes heute eine solche ist, daß der Arbeiter immerhin durchkommen kann. Das wird uns ein jeder bestätigen. Die Löhne sind in den wichtigsten Zentren fast auf dem Niveau der Vorkriegszeit angeiangt. Dazu kommt, daß der Durchschnittsarbeiter heute noch eine Reihe von Vergünstigungen genießt, die auch in Rechnung gesetzt werden müssen. Die Produktivetät der Arbeit hat sich gehoben. In den Kriegsjahren befand der Arbeiter sich in der denkbar schlimmsten Lage. Um sein nacktes Leben zu erhalten, mußte er häufig stehlen oder Dinge produzieren, die nichts mit seinem eigentlichen Berufe zu tun hatten, zum Beispiel: Feuerzeuge herstellen und verkaufen. Heute haben wir schon eine ganz andere Arbeiterschaft, mit einer anderen Psychologie vor uns. Das zeigt sich in Petersburg besonders deutlich. 1922 hatten wir in Petersburg 33.000 Metallarbeiter, 1923 dagegen 61.000, somit fast doppelt soviel. Während der Arbeiter vor zwei Jahren allerhand Material stahl und allerhand wertloses Zeug herstellte, um es zu Markte zu tragen oder damit zu spekulieren, da er keinen anderen Ausweg sah, arbeitet er heute planmäßig an der Herstellung zum Beispiel von Traktoren. Das hat ihn zu einem ganz anderen Menschen gemacht. Er begreift heute die Bedürfnisse des Landes und hat sich nun wieder seinem wirklichen Beruf zugewandt. Daraus erklärt sich die weitgehende Unterstützung, die unsere Partei heute seitens der Arbeiterklasse erfährt. Eine solche Unterstützung breiter Massen der Arbeiterschaft, wie wir sie heute haben, hatten wir bisher höchstens in den Monaten des Jahres 1917.

Und nun, Genossen, stellen Sie sich einmal vor, tritt Gen. Trotzki vor das ZK. hin und erklärt ihm, das Land stünde dicht vor dem Abgrunde. Grund? Der „Staatsplan" habe bei uns zu wenig Einfluß.

So etwas kann doch nur ein Genosse sagen, dem eben das Gefühl für das wirkliche Rußland abgeht. Trotzki ist doch nicht Radek. Wenn Gen. Radek diese Dinge nicht versteht, so begreifen wir das. Radek hat nun einmal ein anderes Fach, das er gut versteht.

Soviel über unsere Differenzen mit der „Opposition" auf dem Gebiete der Wirtschaftsfrage.

VI.

Spezielle Meinungsverschiedenheiten mit Genossen Trotzki.

Ich komme nun zur Besprechung einiger speziellen Meinungsverschiedenheiten mit dem Gen. Trotzki.

Unsere Differenzen mit Gen. Trotzki haben in unserer Mitte eine starke Beunruhigung hervorgerufen und beunruhigen selbstverständlich auch unsere Genossen von der Internationale.

Nachdem die „Opposition" eingesehen hatte, daß sie geschlagen ist, versteifte sie sich auf ein letztes Argument. Sie wandte sich an die Arbeiter etwa in folgender Form: „Nun schön, Ihr möget in allem Recht haben. Dann fordern wir aber eines: eine höfliche Behandlung Trotzkis." So hielt beispielsweise Gen. Radek gestern in einem Moskauer Stadtviertel eine Rede, in der erklärte, daß ZK. habe mindestens zu 80% Recht

und die Einheit sei notwendig. Dagegen mangele es der Partei noch an einer „höflichen Behandlung Trotzkis."

So sieht die Plattform der „Opposition" in der jetzigen letzten Phase der Diskussion aus. Sie sehen, Genossen, was für eine schöne prinzipielle Plattform wir vor uns haben.

Doch lassen wir die heitere Seite dieser Frage, denn sie hat auch eine andere Seite. Trotzki ist einer unserer begabtesten Genossen. Sie alle kennen den Einfluß, den er besitzt. Ich brauche also darüber kein Wort zu verlieren. Dagegen muß ich Ihnen auseinandersetzen, wie sich unser Verhältnis zum Gen. Trotzki tatsächlich gestaltet hat.

Zunächst: Gen. Trotzki war schon 1903 nicht nur ein ausgesprochener Menschewik, sondern einer derjenigen Genossen, die die Bolschewiki am heftigsten bekämpften, wobei Trotzki schon damals im wesentlichen dieselben Beschuldigungen gegen die Bolschewiki erhob, wie er sie heute vorbringt. Damals schrieb Trotzki eine Broschüre, in der er ausführte. Lenin glaube, er sei ein proletarischer Revolutionär; die launische Geschichte dagegen lehre, daß Lenin, der sich als Marxist aufspiele, sich selbst für einen proletarischen Revolutionär halte, objektiv zum Führer des Kleinbürgertums, zum Führer der Bauernschaft werden müsse. Die Bolschewiki würden sich nach Trotzki allmählich zu Führern einer Bauernpartei entwickeln. Mir scheint, Genossen, daß wir in den heutigen Anschuldigungen des Gen. Trotzki, besonders in dem Hinweise auf die Entartung der alten Garde, eine Renaissance der eben erwähnten alten Anschauung erleben, der Auffassung, daß wir, obwohl wir uns als proletarische Revolutionäre fühlen, in Wirklichkeit Kleinbürger seien. Denn was anderes könnte sonst der Hinweis auf eine Entartung bezwecken? Der Entartung muß doch eine Klassenbasis zugrunde liegen! Aus wem könnte denn aber eiue solche Klassenbasis bestehen? Doch nur aus dem Proletariat oder der Bauernschaft. Die Beschuldigung läuft somit darauf hinaus, uns ein Abschwenken zum Kleinbürgertum vorzuwerfen.

Vom Jahre 1905 ab war er fraktionslos, arbeitete einige Zeit sogar an unserer Presse mit. Später, in der Periode der Konterrevolution, gehörte er wieder den Menschewiki an und unterstützte zehn Jahre hindurch unsere schlimmsten Gegner. Im Jahre 1914, zu Beginn des Weltkrieges war Trotzki Internationalist, hat uns aber trotzdem wegen unseres revolutionären Internationalismus weiter bekämpft, während er die Menschewiki unterstützte, indem er statt für die bolschewistische Dumafraktion, für die Dumafraktion des Menschewisten Tscheïdze eintrat.

Bei dieser Gelegenheit erinnere ich an eine ähnliche Haltung Trotzkis zur Zeit des Kopenhagener Internationalen Kongresses im Jahre 1910. Am Tage der Eröffnung des Kongresses erschien im Berliner „Vorwärts" ein anonymer Artikel, in dem erklärt wurde, Lenin und der engere Kreis seiner Anhänger seien eine krimminelle Bande, die Expropriationen vornehme, Schufte usw. Der Verfasser dieses Artikels war Gen. Trotzki. So lagen die Dinge vor 1917. Im Jahre 1917, etwa im Juli, ist Trotzki dann unserer Partei beigetreten. Damals war Gen. Lenin anfangs gegen seine Aufnahme. Als es sich darum handelte, den Gen. Trotzki in die Redaktion der „Prawda" aufzunehmen, ergab die Abstimmung darüber, ob er in die Redaktion aufgenommen werden solle, folgendes Stimmenverhältnis: Genosse Kamenew und ich waren dafür, Lenin dagegen. Als damit die Frage seines Eintrittes in die Redaktion entschieden war, meinte Lenin lächelnd: „Ihr habt mich verraten. Nun. dann wird man der Redaktion eben noch zwei Arbeiter beigeben müssen, um gegen Euch und Trotzki für alle Fälle eine Mehrheit zu haben." So mißtrauisch war Lenin gegenüber Trotzki.

Nun, Genossen, Sie wissen alle, wie wirklich glänzend sich die weitere Tätigkeit Trotzkis besonders in den Oktobertagen gestaltet hat. Dann kam Brest-Litowsk. Da trat wieder ein Umschwung ein. Trotzki versteifte sich auf die Formel: Weder Krieg noch Frieden. Trotzki wurde plötzlich „linker" Kommunist zusammen mit Bucharin, Radek und anderen Genossen. Worin bestand der Fehler Trotzkis in der Brest-Litowsker Periode? Im Übersehen des Bauern. Er wollte um jeden Preis einen revolutionären Krieg zu einer Zeit führen, als die ganze Bauernschaft von einem Kriege nichts wissen wollte. Die alte Armee, die eine Bauernarmee war, befand sich in voller Auflösung und konnte durch keinerlei Mittel zum Kampfe gezwungen werden. Trotzdem hatte Trotzki bereits einen schönen Plan des von ihm geforderten revolutionären Krieges in der Tasche, der nur den Fehler hatte, daß ihm die Menschen für das revolutionäre Heer fehlten, das heißt die Bauern, die eben nicht kämpfen wollten.

Dann kam im Jahre 1921 die Gewerkschaftsfrage. In welcher Lage befand sich damals die Sowjetmacht? In Kronstadt Aufruhr, in Sibirien und im Gouvernement Tambow Bauernaufstände. Was signalisierten diese Ereignisse? Den Protest der Bauernschaft gegen die Einschnürung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte durch unseren Kriegskommunismus. Wie lautete nun Trotzkis Rezept dagegen? Besser Einschnüren, fester einschnüren! Wiederum übersah er den wahren Hebel der Bauerninteressen, aber auch der Forderungen der Arbeitermassen, die in Rußland noch eng mit den Bauern verbunden sind. Wir fochten damals einen heftigen Kampf aus über die Rolle der Arbeiterklasse und ihre Beziehungen zur Bauernschaft.

Nun sind wir zum drittenmal in einer Diskussion über das gleiche Thema hineingeraten, denn bei seiner kategorischen Betonung der Notwendigkeit seines Planes übersieht Trotzki wiederum die Bedürfnisse der Landwirtschaft. Die Basis unserer Wirtschaft repräsentiert das flache Land, die Bauernschaft. Diese Basis sind unsere Hunderte von Millionen Pud Brot.

Eine weitere Frage, über die wir mit Trotzki streiten, ist die Frage der Konzentration der staatlichen Wirtschaft. Theoretisch ist die Forderung nach einer Steigerung der Konzentration der staatlichen Industrie selbstverständlich richtig. Konkret-politisch sehen die Dinge aber auch in dieser Frage etwas anders aus. Wir besitzen beispielsweise eine Reihe erstklassiger Großbetriebe, wie zum Beispiel die Putilow-Werke in Petersburg oder das Brjansker Werk, die vom finanziellen Standpunkt aus unrentable Unternehmen darstellen. Was soll nun mit solchen Betrieben geschehen? Trotzki antwortet kurz und bündig: Also muß man die Putilow-Werke schließen. Wir dagegen, die Mehrheit des Polit. Büros, erklären: Mit nichten! Es gibt Ausnahmefälle, in denen man auch dann Zuschüsse geben muß, wenn das den unmittelbaren Interessen des Haushaltplanes des Staates widerspricht. Man muß also die unrentablen Unternehmen, trotz ihrer Unrentabilität, und sei es selbt künstlich, über Wasser halten. Warum wohl? Sehr einfach, weil in diesen Betrieben 8000 Arbeiter beschäftigt sind, die eine Kerntruppe der proletarischen Revolution bilden. Es sind Kristallisationszentren der Revolution, und diese sind für uns das Wichtigste. Trotzki aber opponiert nervös, fordert kategorisch die Schließung der Werke und bestürmt uns immer von neuem mit der Frage: Wo ist Euer Plan? Was ist das für eine Wirtschaft?

Ich glaube, Genossen, daß das bisher von mir entworfene Bild unseres Streites mit Trotzki Ihnen gezeigt hat, daß unsere Differenzen mit ihm nicht persönlicher Natur sind — gegenteilige Behauptungen sind dummes Geschätz! — sondern rein politischer Natur. Das kommt daher, daß Trotzki eben eine ganz andere Schule passiert hat, als wir, die mit Lenin jahrelang unmittelbar zusammenarbeiteten. Wir schätzen alle seine glänzenden Eigenschaften, die ich, wie gesagt, nicht aufzuzählen brauche, außerordentlich hoch ein, aber er hat nun einmal keine bolschewistische Schule hinter sich. Er übersieht immer wieder den Bauern und versteht darum auch die spezifische Rolle der Arbeiterklasse Rußlands, die in unserem Lande mit dem Kleinbauern noch eng verbunden ist, nicht vollauf zu würdigen.

Nun, Genossen, wir alle sind der Meinung, daß Trotzkis Mitarbeit unbedingt erforderlich ist. Man hört öfter einige Genossen sagen, wie ich es beispielsweise gestern in einer Versammlung hörte: „Aber das ZK. hat ja auch eine Fraktion, nämlich Eure Fraktion, die Fraktion der Mehrheit." Das ist reinster Unsinn. Das Verhältnis der Mehrheit zur Opposition ist im ZK. 53 zu 3, im Polit. Büro 9 zu 1. Habt Ihr schon einmal so eine Fraktion gesehen? Der letzte Parteitag hat uns fast alle einstimmig gewählt. Die „Opposition" erklärt: Wenn wir auf dem nächsten Parteitag auch die Mehrheit erhalten, so werden wir Euch trotzdem alle einstimmig wiederwählen. Daß wir eine Fraktion seien, ist somit eine durch nichts bewiesene Beschuldigung. Man wirft uns vor, wir unterhielten besonders engen Kontakt, kämen ins Polit. Büro mit unseren Vorschlägen nach bereits voraufgegangener Verständigung und ähnlichem. Das ist so ein Hauptschlager Radeks. Radek erzählt in Versammlungen etwa folgendes: Wißt Ihr, Genossen, was unser Polit. Büro eigentlich darstellt? Folgendes: Sinowjew verständigt sich mit Kamenew und Stalin. Dieses Trio vergewaltigt dann Bucharin, so daß sie, wenn sie ins Polit. Büro kommen, bereits vier Stimmen haben. Sie brauchen nur noch zwei Stimmen zu gewinnen, und sie haben die Mehrheit. Was

ist das anderes als eine Fraktion?, fragt darauf Radek sein erstauntes Auditorium.

Genossen, Sie interessieren sich selbsverständlich auch für die intimere Seite unseres Streites, über die ich Ihnen ebenfalls Aufklärung schuldig bin.

Ja, es ist wahr, daß die Mitglieder des Polit. Büros sich verständigen. Doch was stellt das Polit. Büro in Wirklichkeit vor? Doch die in erster Linie verantwortliche Körperschaft unseres Staates, die Regierung. Das Polit. Büro regiert das Land, und zwar ein Land, das den sechsten Teil der Erdoberfläche umfaßt. Dazu kommt weiter, daß wir doch auch ein bißchen Einfluß in der Internationale haben, also auch diese ein bißchen regieren. Können wir nun angesichts solcher Aufgaben alle Fragen technisch formal behandeln, etwa nach dem Schema: 12 Uhr Zusammentritt des Polit. Büros, Eröffnung der Sitzung, Verlesen der Tagesordnung und Abstimmung? Das ist natürlich ein Unding. Wir sind zwar ein Generalstab, aber ein revolutionärer Generalstab, dessen Mitglieder miteinander dauernd Fühlung haben und freundschaftliche Beziehungen zu einander unterhalten. Man hört jetzt des öfteren auf Versammlungen, die Mitglieder des Polit. Büros kämen in der Wohnung Sinowjews zusammen und verständigten sich dort. Und wie lagen die Dinge zu jener Zeit, als Lenin noch gesund war? Nun, damals kam man eben in der Wohnung Lenins, in seinem Arbeitszimmer oder beim Mittagessen mit ihm zusammen, besprach alle Dinge und versuchte in strittigen Fragen zu einer einheitlichen Auffassung zu gelangen. Das war manchmal gar nicht so einfach. So hat zum Beispiel Genosse Lenin in der Urquhart-Affäre seinen Standpunkt dreimal gewechselt. Bald war er für die Annahme des Vertrages, bald dagegen. Ich erinnere mich, wie er mir damals einmal telephonierte: „Sehen Sie, wie schwach ich geworden bin! Ich habe mir die Geschichte noch einmal überlegt und bin erneut umgefallen. Was sagen Sie zu solcher Charakterlosigkeit?"

Warum gelang es uns nun nicht, solche Beziehungen auch zum Genossen Trotzki herzustellen? Zum Teil aus Gründen persönlicher Charaktereigenschaften, die Trotzki auszeichnen. Trotzki ist ein ausgesprochener Individualist. Er ist daher auch gar nicht in der Lage, jemals eine feste Fraktion zu bilden. Während des Balkankrieges machte Trotzki einmal einen Ausflug nach dem Balkan. Als er darauf nach Kopenhagen kam, hatte er auch schon einen guten Plan über die Versöhnung der Weitherzigen mit den Engherzigen zur Stelle. Trotzki wollte immer die ganze Welt versöhnen, hat aber niemanden versöhnt. Er wollte eine Fraktion bilden, war selbst aber fraktionslos und hat auch eine Fraktion nie zustandegebracht. Warum nicht? Eben weil er ein ausgesprochener Individualist ist. Diese Unfähigkeit zur kollektiven Arbeit verhinderte die Herausbildung jener freundschaftlichen Beziehungen zwischen Trotzki und den alten Bolschewiki, die wünschenswert gewesen wären. Als weiteres kommt hinzu **unsere** ganze Vergangenheit, die eine Periode von zwanzig Jahren umfaßt, eine Zeitspanne, in der wir alte Bolschewiki, wir Leninisten, gemeinsam durch dick und dünn gingen.

Nachdem nun Lenin erkrankt war, taten wir unsererseits alles, um unsere Beziehungen zu Trotzki besser zu gestalten, uns mit ihm enger zu verbinden. Wir haben sogar zu einer Zeit, als der Konflikt zwischen uns bereits ausgebrochen war, nämlich im November letzten Jahres, zweimal versucht, mit Gen. Trotzki auf dem Wege von Privatbesprechungen ins Reine zu kommen. An den Privatbesprechungen beim Gen. Trotzki nahmen sämtliche Mitglieder des Polit. Büros teil. Wir taten es in dem Bewußtsein, daß es notwendig sei, Gen. Trotzki davon zu überzeugen, daß wir nicht im geringsten daran dächten, ihn zu verfolgen, sondern von dem aufrichtigen Wunsche beseelt seien, mit ihm zusammenzuarbeiten, mit ihm über die strittigen Fragen uns zu einigen. Wir haben somit alles Mögliche getan, um mit Trotzki ein Einvernehmen herzustellen. Und das Ergebnis? Tags darauf dieselbe Situation, dieselben Fragen. Dazu kam, daß eine Gruppe von Anhängern Trotzkis, statt ihm die wirkliche Lage der Dinge der Partei zum Bewußtsein zu bringen, ihn gegen das ZK. noch aufmunterte. Jetzt, da Lenin fehlt, können wir gegen das ZK. Sturm laufen — war die Losung dieser Gruppe. Nun, sie haben diesen Sturm auch in der Tat versucht. Ganz siegreich war er allerdings nicht, weder für Trotzki, noch für Radek. Man hatte sich eben etwas verspekuliert, indem man glaubte, Lenins Abwesenheit garantiere einen siegreichen Ausgang der Attacke.

Dies die Situation, Genossen. Natürlich sind alle beunruhigt, werfen alle besorgt die Frage auf: Was wird nun weiter geschehen? Wird es zu einem Bruch mit Trotzki kommen? Ja, auch die Genossen der „Opposition", die im Verlaufe der Diskussion eines Besseren belehrt wurden und heute erklären: „Ja, Ihr habt recht und wir stimmen für Euch", fragen dennoch gleichzeitig: „Aber was wollt Ihr mit Trotzki anfangen?" Darauf antworten wir: Selbstverständlich mit ihm zusammenarbeiten. Wir haben das bereits öffentlich ausgesprochen in einer besonderen Resolution des Polit. Büros, in der wir erklären, daß wir uns weder das Polit. Büro, noch die Sowjetregierung ohne Trotzki vorstellen. Andererseits müssen wir aber auch auf das entschiedenste erklären:

Wenn gewisse Kreise glauben sollten, daß wir nun alles schlucken würden, was uns Trotzki bietet, so irren sie sich. Wir werden es uns nicht nehmen lassen, die Partei als das zu vertreten, was sie ist. Es muß doch einmal offen gesagt werden, daß nicht **wir** zum Gen. Trotzki, sondern Gen. Trotzki zu uns in die Partei gekommen ist.

Mit einer solchen Feststellung wird Trotzkis hervorragenden Eigenschaften nicht im geringsten Abbruch getan. Trotzki muß sich etwas tiefer in das Wesen unserer bolschewistischen Partei versenken. Er versuchte, den Arbeitern klarzumachen, daß wir uns auf dem Wege befänden, Bernsteinianer zu werden und ähnliches mehr. Aber niemand hat ihm das geglaubt. Das beweißt, daß er eben unsere Partei nicht richtig einschätzt.

Sie brauchen, Genossen, nichts zu befürchten. Es wird auf keinen Fall zu einer Spaltung der Partei kommen. Wie 1921 wird Trotzki auch jetzt wieder seine Irrtümer einsehen. Zunächst wird eine Bundesparteikonferenz, darauf ein Bundesparteitag sprechen. Wir werden alles tun, um ungeachtet der momentan bestehenden Spannung Gen. Trotzki selbstverständlich alle einflußreichen Posten zu erhalten und ihm die Möglichkeit zu geben, zu arbeiten. Wir erwarten jedoch von Ihnen, Genossen, daß Sie sich nach dem Bilde, das ich Ihnen hier über unsere Differenzen entworfen habe, bewußt werden, daß es sich bei unserem Streite nicht um Lappalien, sondern um ernste politische und organisatorische Fragen handelt. Handelte es sich bloß um Kleinigkeiten, hätten wir schon zwanzigmal nachgegeben.

VII.

Das Kräfteverhältnis in der Partei.

Noch ein paar Worte über das Kräfteverhältnis in der Partei während der Diskussion.

Wie in jedem Kampfe, bildete sich selbstverständlich auch während unseres gegenwärtigen Streites eine sogenannte Puffergruppe heraus. Eine solche Puffergruppe hatten wir auch während unserer Gewerkschaftsdebatten im Jahre 1921. Damals war das Haupt der Puffergruppe Gen. Bucharin. Über die damalige Puffergruppe sagte Lenin in der Diskussion: Könnte ich so zeichnen wie Bucharin, ich würde Bucharin mit einem Eimer voll Petroleum, das er ins Feuer schüttet, zeichnen, und darunter die Worte setzen: Pufferfeuer. Lenin hatte Recht. Die Pufferfraktion trug in Wirklichkeit nicht zur Abschwächung, sondern im Gegenteil gerade zur Verschärfung des Kampfes bei. Das ist immer so. Statt klar auszusprechen, um was es sich wirklich handelt, statt die Differenzen offen herauszuschälen, macht man etwas ganz anderes: stützt unter dem Deckmantel der Vermittlung in Wirklichkeit eine der Fraktionen. In Fragen der Lebensinteressen der Revolution muß man sich eben für die eine oder andere Seite entscheiden, nicht aber fordern, Gutes und Schlechtes zu kombinieren.

Gen. Radek gefällt sich jetzt in der Rolle des Versöhners. Das ist jedoch nur eine Art Schachzug seinerseits, und beweist nur die Existenz einer Arbeitsteilung in der „Opposition". In Wirklichkeit ist Radek ein Trotzkianer. Er hat auch ungefähr dieselbe Vergangenheit und weist auch zum Teil dieselben Schwächen wie Stärken Trotzkis auf. In seiner Versöhnerrolle hat Radek hier in Moskau teilweise einen gewissen Erfolg zu buchen, doch die Mehrheit der Partei, diejenige Mehrheit, in deren Händen sich das Schicksal der Partei befindet, ist sich vollkommen darüber klar, daß Radek in Wirklichkeit kein Vermittler, sondern ein Anhänger der Fraktion Trotzkis ist. Er tritt zum Beispiel in den Versammlungen mit der Erklärung auf, das ZK. habe zu 80% Recht, fordert aber gleichzeitig die Anwesenden auf, für die Resolution der „Opposition" zu stimmen, die doch zu 80% Unrecht haben muß, wenn wir zu 80% Recht haben.

Das Kräfteverhältnis in der Partei ist etwa 9 zu 1. In der heutigen „Prawda" wird der Versuch gemacht, das Ergebnis der Diskussion, soweit es jetzt vorliegt, zahlenmäßig zu erfassen. Ich schalte ein, daß fast die ganze Partei sich bereits ausgesprochen hat. Das Ergebnis lautet: 288 Organisationen **für** uns, 8 **gegen** uns. Das wirkliche Verhältnis geben diese Zahlen nur annähernd wieder. Dabei fällt auf die 8 oppositionellen Organisationen kein einziges wichtiges Zentrum. Alle wichtigen, alle entscheidenden Industriezentren, die wirklich kompakte Proletariermassen aufweisen, wie Petersburg, Charkow, Baku, Jekaterinenburg und andere stehen in ihrer überwiegenden Mehrheit auf unserer Seite. Etwas anders steht die Sache in Moskau, wie in anderen Industriezentren. wo die „Opposition" erheblich stärker ist: Unsere Opposition versuchte, uns hier in Moskau ein Exempel à la Berlin zu statuieren, mit dem Unterschied indessen, daß es sich bei uns um eine rechte, revisionistische Strömung handelt. Das endgültige Verhältnis wird sich in Moskau höchstwahrscheinlich so gestalten, daß auf die „Opposition" etwa 20 bis 25% Stimmen der Parteimitgliedschaft entfallen werden. Ich muß Ihnen nun erklären, wie es kam, daß gerade in Moskau eine verhältnismäßig starke „Opposition" entstand. In erster Linie erklärt sich das aus dem Umstande, daß wir in Moskau etwa 20.000 Studenten haben. Dazu kommt noch das Kriegskommissariat. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß die Studentenschaft und das Kriegskommissariat — ich schalte ein, daß selbstverständlich die größere Zahl der Rotarmisten gegen Trotzki gestimmt hat — die Hauptherde der „Opposition" bilden. Dagegen sind die Arbeiter Moskaus in ihrer überwiegenden Mehrheit für das Zentral-Komitee. Die relativen Erfolge der „Opposition" in Moskau sind weiter die Folge dessen, daß die „Opposition" in Moskau ihre Hauptkräfte konzentriert hatte. Es sitzen hier über 1000 verantwortliche Funktionäre, die teilweise nach den Amtsstunden nichts zu tun, sich in der Partei ein bißchen illegal organisiert und ein halbes Jahr in oppositioneller Richtung gearbeitet haben. Daher ihre etwas größer Stärke in Moskau. Ich betone nochmals, daß sie bei der Arbeiterschaft Moskaus keine Unterstützung gefunden haben. Im Moskauer Proletariat ist die Stellung des ZK. unerschüttert.

*

Ich komme zum Schluß, Genossen.

Selbstverständlich muß die Internationale die Gründe unserer Differenzen sorgfältig studieren. Wir verlangen mit nichten. daß Sie uns aufs Wort glauben, sondern sind im Gegenteil der Ansicht, daß Sie Einsicht gewinnen müssen in alle entsprechenden Dokumente.

Ich glaube, Genossen, daß Sie nach ernster Prüfung der von uns gegen die „Opposition" vorgebrachten Argumente in allem wesentlichen unseren Standpunkt gutheißen werden. Die Besorgnisse wegen einer eventuellen Spaltung der Partei sind natürlich verständlich. Nun, wir versichern Ihnen, daß wir die Bedeutung der Minderheit um Trotzki keineswegs unterschätzen. Dennoch können wir Ihnen garantieren, daß es in unserer Partei unter keinen Umständen zu einer Spaltung oder auch nur Abspaltung von Parteimassen kommen wird. Wir haben allen Grund, zu behaupten, daß es uns gelingen wird, die ganze Angelegenheit schnell und schmerzlos zu liquidieren. Je energischer und geschlossener wir im Kampfe gegen die von der „Opposition" begangenen Fehler auftreten, umso schneller wird deren Liquidation erfolgen. Wie im Jahre 1921 wird es auch jetzt in der Partei zu keinen Verwicklungen kommen.

Um unsere Differenzen mit der „Opposition" kurz zusammenzufassen, zähle ich noch einmal die wesentlichsten fünf Punkte auf, um die gekämpft wird. Sie betreffen folgendes:

1. das Wesen unserer bolschewistischen Partei,
2. die Frage der Fraktionsbildung in einer Partei, die die Staatsgewalt verkörpert,
3. das Verhältnis zwischen den Alten und den Jungen,
4. die Einschätzung der Rolle der Bauern, als die Hauptfrage unserer Meinungsverschiedenheiten und endlich
5. die Rolle und den Charakter unseres Parteiapparates.

Das sind die wesentlichsten Punkte. Ich glaube zur Genüge bewiesen zu haben, daß wir in allen fünf Punkten mit der „Opposition" sehr wesentlich auseinandergehen. Summiert man die Divergenzen unserer Standpunkte in diesen fünf Punkten, so sieht man sofort, daß die Auffassungen beider Lager, als Ganzes genommen, durch eine weit größere Kluft voneinander geschieden sind, als es 1903 beim Streit zwischen Menschewiki und Bolschewiki der Fall war. Die Dinge liegen heute jedoch insofern anders, weil wir heute eine große Partei sind, die starke Arbeitermassen umfaßt. Diese Arbeitermassen sind imstande, auf Abwege geratende Genossen zur Ordnung zu rufen und die durch diese Genossen begangenen Fehler schnell zu korrigieren. Natürlich wird viel von dem Verhalten der „Opposition" selbst abhängen. Besteht man hartnäckig weiter auf den falschen Grundauffassungen in den aufgezählten fünf Hauptfragen, so kann eine solche Hartnäckigkeit allerdings dazu führen, daß es in der Partei zu einem Riß kommt. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit an Lenins, dem Londoner Parteitag von 1903 gewidmete, 1904 erschienene Broschüre: „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte rückwärts", in der Lenin die Abstimmungsresultate in den wichtigsten Fragen der Tagesordnung des Londoner Parteitages in einer graphischen Darstellung, einem Diagramm, zusammenfaßte, wobei sich ergab, daß Martow und Axelrod nicht nur in einzelnen Fragen, sondern in allen Hauptfragen eine Tendenz nach rechts zeigten. Wir Jungen verstanden die Bedeutung dieses Diagramms nicht ganz, zuckten mit den Achseln und fragten uns: Was will eigentlich Lenin? Wie kann man auf so geringfügige Differenzen eine ganze Theorie aufbauen, eine Theorie der Existenz rechter und linker Tendenzen? Lenins ganze Methode schien uns etwas gekünstelt. Es zeigte sich jedoch sehr bald, daß Lenin Recht hatte. Nun, Genossen, wollten wir uns der Leninschen Methode in unserem jetzigen Parteistreit bedienen, also ebenfalls ein entsprechendes Diagramm entwerfen, so würden wir zu einem Ergebnis gelangen, das noch viel überzeugender ausfallen würde, als das Ergebnis, zu dem Lenin 1904 bei der Analyse der Differenzen zwischen Menschewiki und Bolschewiki gelangte.

Noch eines, Genossen. Wir bitten Sie, bevor Sie sich ein endgültiges Urteil bilden, die wichtigsten in Frage kommenden Dokumente gründlich zu studieren. Ich betone das, weil eine unserer besten Sektionen, nämlich die polnische, es vorgezogen hat, anders zu verfahren. Statt erst das Material zu studieren und die Streitenden anzuhören, hat sich die polnische Partei beeilt, uns mit einem Liebesbrief ihres ZK. zu beglücken, in dem es heißt, wir sollten doch im Auge behalten, daß es notwendig sei, sich mit Trotzki zu verständigen; andernfalls könnten sich daraus schlimme Folgen ergeben. Darauf muß ich Ihnen, polnische Genossen, ganz offen erklären: Sie haben vielleicht geglaubt, mit einem solchen Liebesbrief auf uns Eindruck zu machen. Es mag vielleicht etwas unhöflich klingen, dennoch sage ich es Ihnen rund heraus, daß Ihre frommen Wünsche auf uns nicht den geringsten Eindruck gemacht haben. Wenn Sie einen Effekt erzielen wollten, hätten Sie uns sagen müssen: In dem und dem Punkte habt Ihr Unrecht, dies und jenes müßt Ihr korrigieren. Das wäre eine Kritik gewesen, aber **das** hätte auf uns Eindruck gemacht.

Wir sind jederzeit bereit, jeder Partei über alle von uns getanen Schritte Aufklärung zu geben. Sie haben als Internationale das Recht, hier einzuschreiten, doch erst nach Prüfung aller ausschlaggebenden Argumente, Dokumente und Standpunkte. Tun Sie das nicht, so ist jede Belehrung unserer Partei nicht nur verlorene Liebesmüh, sondern, objektiv genommen, eine Unterstützung der Fraktion Trotzkis. Genosse Warski erklärt uns, die polnischen Kommunisten seien keineswegs für Trotzki, sondern gegen ihn, da sie alte Bolschewiki seien. Sehr schön, dennoch haben sie die Geschäfte Trotzkis und Radeks besorgt. Gen. Radek hat in hiesigen Studentenversammlungen vor drei Wochen prophezeit, daß erstens die deutsche Partei sich gegen uns, die Mehrheit, erklären würde und ferner Genosse Warski versprochen habe, die polnische Partei würde außerdem gegen die falsche Leitung der Komintern auftreten. Ein Teil dieser Prophezeiung hat sich bewahrheitet. Die Zentrale der KPP. hat, ohne uns zu hören, ohne die Argumente und Dokumente zu prüfen, uns einen Brief geschickt, der faktisch auf eine Intervention zugunsten der Fraktion Trotzkis hinausläuft. Das nenne ich ein fraktionsmäßiges Vorgehen. Wir werden, Gen. Warski, Ihren Brief beantworten und den polnischen kommunistischen Arbeitern unseren Standpunkt auseinandersetzen, und ich wette hundert gegen eins, daß sich das kommunistische Proletariat Polens, das zwanzig Jahre lang mit uns Schulter an Schulter gekämpft hat, für uns, für den leninistischen Kern unserer Partei entscheiden wird. Nicht die Diplomatie Radeks und Warskis, selbst unter Beihilfe Waleckis, wird die Arbeiter Ihrer Partei überzeugen, sondern **wir.** Sie müssen sich beeilen, diesen Fehler wieder gutzumachen. Je schneller das erfolgt, desto besser.

Auch die deutschen Genossen sind beunruhigt und fragen sich: Was soll aus dieser Geschichte werden? Wie wird die Sozialdemokratie darauf reagieren? Die bürgerliche Presse führt bereits eine heftige Hetze, und verbreitet die tollsten Lügen-

nachrichten. Das stimmt. So heißt es zum Beispiel in der französischen bürgerlichen Presse, bald habe sich die Rote Armee gespalten, bald sei sie insgesamt gegen das Zentralkomitee und dergleichen Unsinn mehr.

Wir brauchen Ihnen wohl nicht zu erklären, daß nns der Parteistreit wahrhaftig kein Vergnügen ist. Es ist wirklich kein Vergnügen, Tage und Nächte hindurch auf Versammlungen zu hocken, wie ich das jetzt tun muß. Dagegen ist nun einmal nichts zu machen. **Es gibt eben Lagen in der Partei, da man prinzipielle Meinungsverschiedenheiten offen auskämpfen muß, und in einer solchen Lage befinden wir uns gegenwärtig.** Momentan ist dieser Kampf so gut wie beendet. Das Fazit lautet: Will die Minderheit den Kampf fortsetzen, so wird sich ihre schon jetzt ungünstige Lage von Tag zu Tag nur noch weiter verschlimmern. Doch sprechen alle Anzeichen dafür, daß den meisten von ihnen, unter anderen auch Radek, bereits ein Licht aufgegangen ist und sie allmählich zu begreifen beginnen, was ein Kampf gegen unser ZK. und noch dazu ein Kampf mit den leichtsinnigsten Argumenten bedeutet.

Will uns die Internationale bei der Liquidation unseres Streites behilflich sein, so werden wir eine solche Hilfe aufrichtig begrüßen. In einigen Tagen findet unsere Bundesparteikonferenz statt. Es wäre sehr wichtig, daß auf dieser die Exekutive vertreten wäre und dort ihre Meinung kundgäbe. Natürlich sind eine Reihe von Vorbesprechungen erwünscht. Wir sind jederzeit dazu bereit. Wir sind zu ausgesprochene Internationalisten, um die Meinung jeder Sektion der Internationale nicht nur anzuhören, sondern sie auch aufmerksam zu prüfen. Wir bitten Sie nur, sich bei Ihrer Beurteilung nicht von Sympathien leiten zu lassen, von Gefühlen, die manche unserer Genossen der Bruderparteien, unsere besten Freunde, damit zum Ausdruck bringen, daß sie sagen, daß sie für beide Seiten die gleiche Liebe empfinden. In politischen Dingen, bei Fragen, die das Geschick der Revolution entscheiden, muß unsere Losung sein: **Amicus Plato, sed magis amicu veritas!** Plato ist unser Freund, aber über Plato steht die Wahrheit! Kurzum: Untersucht zunächst die wahren Gründe der Parteikrise.

Prüft unsere Haltung, und Ihr werdet Euch nach gewissenhafter Untersuchung, ohne Rücksicht auf Eure Sympathie und Eure Freundschaft zu dem einen oder dem andern der leitenden Genossen der RKP., genötigt sehen, alle mit uns zu sein. Wir zweifeln nicht daran, daß Ihr nach eingehender Prüfung aller Gründe und Gegengründe zu einem reifen und ernsten Urteil gelangen werdet.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Varga: Das Problem der Stabilisierung der Mark.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 21. 16. Februar | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Ministerpräsident Ramsay Macdonald. Von Newbold . . 227

Politik.
Zum Tode des Expräsidenten Wilson. Von Radek . . . 228
Selbstherrschaft in Palästina. Von I. B. 230

Union der Sowjetrepubliken.
Zur Anerkennung der Sowjetunion durch England . . . 230

Deutschland.
Ergebnisse der Thüringer Landtagswahlen. Von Abusch 231

Wirtschaft.
Das Problem der Stabilisierung der Mark. Von Varga . 232

Arbeiterbewegung.
Die Gegenwart und unmittelbare Zukunft der Gewerkschaften und Betriebsräte (Schluß). Von Losowski . 233

Aus der Internationale.
Genosse Sinowjew an die italienischen Arbeiter! 235
Die englische Arbeiterpartei-Regierung und die KPE. . . 235

Deutschlandhilfe.
Die russische Liga zur Unterstützung von Kindern der Werktätigen Deutschlands. Von Nemo 236

Aufrufe.
An die Arbeiter aller Länder! 237

Buchbesprechungen:
„Bibliographie des wissenschaftlichen Sozialismus 1914—22." Von I. R. 238

Ministerpräsident Ramsay Macdonald.

Von Walton Newbold (London).

** Die neue Arbeiterregierung in England hätte gegenwärtig einen Aktivposten aufzuweisen, und zwar eine positive Maßnahme, die den Anfang einer neuen Periode in der europäischen, ja sogar in der Weltpolitik bezeichnen **könnte**, wenn Herr Macdonald nicht bloß ein geschickter Staatsmann, sondern auch ein Sozialist mit weitumspannendem und aufbauendem Gesichtskreis wäre.

Trotz der Feindseligkeit der Aristokratie und des Hofes hat die Arbeiterregierung, vorwärtsgetrieben von dem energischen Verlangen der ganzen Linken innerhalb der proletarischen Bewegung, die Union der Sowjetrepubliken offiziell anerkannt. Dies ist ein Entschluß, der nicht nur von den **fortgeschrittenen** Teilen des englischen Proletariats, sondern von der **gesamten** Arbeiterbewegung Großbritaniens mit Begeisterung aufgenommen wird. Auch der Großteil der industriellen Bourgeoisie, die hinter **Asquith** und **Lloyd George** steht, kann nicht umhin, die Anerkennung Sowjetrußlands günstig aufzunehmen. Was die Konservativen betrifft, so wird die klarblickende Richtung mit **Garvin** und **Lord Robert Cecil** an der Spitze der Anerkennung gleichfalls aus vollem Herzen zustimmen.

Es gibt jedoch dessen ungeachtet in der Note der englischen Regierung, in der die Anerkennung Sowjetrußlands ausgesprochen wird, beunruhigende Stellen.

Sie enthält Insinuationen von solcher Art wie diese:

„Es ist gleichfalls offenkundig, daß die freundschaftlichen Beziehungen nicht vollständig aufgenommen werden können, solange der eine oder der andere Teil Gründe haben wird, gegenüber dem andern den Verdacht zu hegen, daß derselbe eine seinen Interessen feindliche und auf den Umsturz seiner Einrichtungen abzielende Propaganda treibe."

Dies beweist deutlich, daß Macdonald nicht den geringsten Begriff des gewaltigen Werkes hat, das er verwirklichen müßte, um im europäischen Chaos Ordnung zu schaffen. Der verfallende Kapitalismus wird schon die Aufgabe auf sich nehmen, Macdonalds liberale Träumereien und demokratische Illusionen zu zerstören.

Macdonald ist nicht Marxist, er wird niemals Realist sein können. Mag er auch brüllen, er wird niemals ein Löwe sein. Mag er auch wie eine Taube girren, er wird niemals den Weltfrieden sichern. Ihm fehlt nicht der gute Wille, ihm fehlt die Erkenntnis der Lage und der unvermeidlichen Entwicklung der Dinge. **Lord Haldane** wird diesmal als Lordkanzler nicht einfach der Hüter des Gewissens seiner Majestät, sondern auch der Hüter des ehrenwerten kleinbürgerlichen Gewissens des Premierministers Macdonald sein.

Macdonald ersehnt leidenschaftlich den nicht zu verwirklichenden glückseligen Zustand des bürgerlichen Liberalismus. **Nach Macdonald ist der Sozialismus die Vollendung des Liberalismus.** So wird Macdonald zweifellos von der sich ihm bietenden Gelegenheit, eine unsterbliche historische Rolle zu spielen, keinen Gebrauch machen. Er will in der Anerkennung der Sowjetrepubliken **nicht** die Einleitung einer politischen und wirtschaftlichen Allianz zwischen der Arbeiterregierung Großbritanniens und dem russischen Arbeiter- und Bauernstaat sehen. Er will **nicht** diejenige Politik ins Werk setzen, die die Verwirklichung der Vereinigten Staaten Europas vorbereiten würde. Er will seine mächtige Stellung nicht dazu benützen, um das Bündnis, die Union der Arbeiter und Bauern der ganzen Welt vorzubereiten.

Macdonald ist die Verkörperung der moralischen Redlichkeit und Ehrlichkeit. Er ist das Symbol aller bürgerlichen Tugenden.

Übrigens ist es nach allem, was sich in England begeben hat, durchaus normal, daß in einem Land — wie England — wo

sich jedes Ereignis durch das, was ihm vorhergegangen ist, erklärt, Macdonald gleichzeitig der Herold wider Willen der proletarischen Revolution und der letzte Liberale ist.

Macdonald hat vor einigen Tagen auf einem zu Ehren des amerikanischen Botschafters gegebenen Bankett das Wort ergriffen. Zugleich mit der Mitteilung der Anerkennung Sowjetrußlands hat er folgende Sentenzen und tönende Worte ausgesprochen:

„Die ganze Zivilisation besteht darin, vernünftig zu sein, ehrliches Spiel („fair play") zu treiben, für einander wohlwollendes Verständnis zu haben und die gegenseitigen individuellen Streitigkeiten nicht untereinander auszutragen, sondern sie uninteressierten Seiten zur Entscheidung zu unterbreiten... Das Mittel, um diese Art des Lebens zu verwirklichen, ist noch nicht gefunden worden. Immerhin möchte ich aussprechen, daß Amerika weit davon entfernt war, dieses Mittel zu entdecken . . . Amerika, und wir selbst verlangen weder Büdnisse noch Verträge; wir befinden uns in der Lage zweier Völker, die dankt der Macht ihrer moralischen und geistigen Kräfte (Amen, mein lieber Ramsay!) . . . Seite an Seite verbleiben, nicht als politisch, sondern als menschlich Verbündete, um einander zu helfen . . ."

Das Telegraphenbüro hat nicht gemeldet, ob Macdonald unter die moralischen Kräfte den amerikanischen Botschafter Herrn Kellog zählt, den Juristen der New Yorker Wall-Street (wo sich die Börse und die Banken befinden), oder den Petroleumkönig Rockefeller!

So ist der sogenannte Sozialist beschaffen, der heute Ministerpräsident und Minister des Äußeren von Großbritannien ist: er legt sich vor den Repräsentanten der Bourgeoisie der Vereinigten Staaten platt zu Boden, aber bereitet sich vor, sich gegenüber den kommunistischen Diplomaten der Union der Sowjetrepubliken auf das hohe Roß zu setzen.

Man kann nicht umhin, sein Verhalten gegenüber der Bourgeoisie mit dem Trotzkys in Brest-Litowsk gegenüber den deutschen Generälen oder dem Tschitscherins in Genua gegenüber Lloyd George zu vergleichen.

Politik

Zum Tode des Expräsidenten Wilson.

Von Karl Radek.

** Die Nachricht über den Tod Wilsons hat niemanden erschüttert. Wilson ist politisch bereits an jenem Sommertag des Jahres 1919 gestorben, an dem er den Versailler Frieden unterschrieb. Amerika begräbt jetzt mit großen Feierlichkeiten das, was noch an Wilson nach seinem Pariser Tod im Jahre 1919 lebendig war.

Jedoch mit seinem Namen ist die letzte Utopie der Bourgeoisie verknüpft, eine Utopie, die in den letzten Kriegsjahren Millionen von Menschen beseelte, eine Utopie, die die letzte große Idee der kapitalistischen Welt gewesen ist. Nach dem Tode dieser Utopie kann die kapitalistische Welt nur noch so lange leben, wie es ihr die Arbeiterklasse erlaubt.

Die Karriere Wilsons stellt ein Musterbeispiel einer jener Dinge dar, die wir Europäer nicht begreifen. In Amerika gelangen zu führenden Staatsposten solche Leute, die gewöhnlich weder im Geiste noch im Charakter unter den andern hervorragen, von denen man buchstäblich nicht weiß, warum sie Präsidenten geworden sind und nicht alte Gehilfen eines jungen Sekretärs bei irgendeiner bürokratischen Behörde. Seit dem Tode Lincolns hatte Amerika keinen einzigen Präsidenten, der ein hervorragender Staatsmann gewesen wäre. Es schien, as ob die ganze Vergangenheit Wilsons ihn vor der Präsidentschaft hätte schützen sollen. Dieser Mensch hat die juristische Fakultät absolviert, um Rechtsanwalt zu werden, aber er selbst hat seine Fähigkeiten so richtig eingeschätzt, daß er, anstatt ein Rechtsanwaltsbüro aufzumachen, sich mit dem Unterricht junger Mädchen zu beschäftigen begann. Sodann beschloß er, sich dem Beruf eines Gelehrten zu widmen, begann Bücher zu schreiben, die jeder Dutzendprofessor täglich ausbrüten könnte, ohne dabei andere Organe anzustrengen, als die zum Sitzen nötig sind. Sein Buch über die Geschichte der Staaten hätte in den amerikanischen Kerkern zum Foltern der Sträflinge verwendet werden können. Sein Hauptwerk: „Die Geschichte Amerikas" ist das langweiligste pragmatische Handbuch eines mittelmäßigen bürgerlichen Geschichtschreibers. Das einzige Werk, worin Wilson etwas Temperament und Denkarbeit an den Tag legte, ist sein Zeitungsartikel über Edmund Burke, den großen konservativen englischen Schriftsteller, vom Ende des 18. Jahrhunderts, ein Gegner der französischen Revolution. Wilson lobt Burke, weil dieser begabte, obwohl charakterlose Schriftsteller gegen das Eindringen der Ideen der französischen Revolution in England kämpfte, und fragt sich mit Entsetzen, was geschehen wäre, wenn die Ideen der französischen Revolution in England gesiegt hätten.

Im Jahre 1910 verließ Wilson seinen Rektorposten an der Universität zu Princeton, wo seine schulreformerischen Ideen eine vollständige Niederlage erlitten, und kandidierte für den Posten des Gouverneurs von New Jersey. Bei der Mannigfaltigkeit der Gesetze in den verschiedenen amerikanischen Staaten, hat New Jersey, der in der Nähe von New York liegt, das Gesetz über die Trustkontrolle noch viel delikater angewendet, als dies in New York geschah. Die Trustkontrolle, die in New Jersey herrschte, war sehr kompromittiert und sie mußte einen Kandidaten mit weißer Weste stellen. Der gelehrte Professor, der keine Bestechungen annahm, und sich sogar als Rektor der Universität Princeton rühmen konnte, daß er gegen die Einmischung von Finanzleuten in die Angelegenheit der Universität kämpfte, war wie kein anderer geeignet, die alte Korruption zu udecken. Der Biograph Wilsons, Daniel Halevy, erklärt in ganz unzweideutiger Weise, warum die alten Ratten der demokratischen Korruption zu Wilson ihre Zuflucht nahmen. Ein Kniff der amerikanischen „Politiker" besteht darin, daß sie sich hinter Kandidaten verstecken, die keine Berufspolitiker sind. Sie kandidieren Männer, die zu gefallen wissen, die dank ihrem neuen Namen oder einem gewissen Ruhm, den sie auf anderen Gebieten, an der Universität oder bei der Justiz, erworben haben, mit einem Worte Männer, wie Wilson, die man durch hohe Posten erkaufen kann.

Die Politiker, die solche Kandidaten aufstellen, spekulieren auf die Unerfahrenheit des Neulings und auf ihre eigene Kunstfertigkeit, ihn schon am Tage nach der Wahl zur Machtlosigkeit zu verurteilen, und sich in dieser Weise die ungehinderte Herrschaft auch für die Zukunft zu sichern. Dank dieser Methoden der berühmten amerikanischen Demokratie ist aus unserem Professor ein Gouverneur geworden. Auf diesem Posten hat Wilson, ohne etwas an der Verwaltung des Staates zu ändern, gegen die Herrschaft der Trusts donnernde Reden gehalten. Wer diese, in einem „Die neue Freiheit" betitelten Buche erschienenen Reden liest, der denkt sich, „ein gerechter Mensch ist erstanden, um Sodom und Gomorrha zu vernichten". Wilson fordert die öffentliche Geschäftsführung der Trusts, er gibt buchstäblich die bolschewistische Parole aus dem Jahre 1917, die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses, heraus, fordert die Unterordnung der großen Trusts unter die Kontrolle der Gesellschaft. Dadurch gewann er den Ruhm eines aufrichtigen Demokraten und bereitete sich den Boden zu seiner Kandidatur zum Präsidenten der Vereinigten Staaten im Jahre 1912 vor. Der Krieg fand Wilson auf diesem Posten. Er ließ sich von der kriegsfeindlichen Stimmung der Mehrheit der Bevölkerung der Vereinigten Staaten hinreißen und hielt eine kriegsfeindliche Rede nach der anderen, als ob der Geist der pazifistischen Propheten in ihn gefahren wäre. Er sprach sich gegen die Geheimdiplomatie, gegen die Geheimverträge aus, er sprach über die gemeinsamen Interessen aller Nationen, über die Notwendigkeit der Vereinigung aller Völker. Er sprach so gut, daß er nicht nur alle bürgerlichen Pazifisten in Entzücken versetzte, sondern es begann buchstäblich auch in den Reihen der Sozialdemokratischen Parteien ein Wilson-Kultus, sobald die Kriegsmüdigkeit zu wirken begann. Der alte Kautsky schreibt sogar eine Untersuchung über die historischen Wurzeln des Wilsonschen Pazifismus. Während derselben Zeit arbeitet das Finan kapital der Vereinigten Staaten unter der Führung Morgans an der Versorgung der Armeen der Verbündeten. Es gibt Leute, die das mit der nationalen und Blutsverwandtschaft der führenden englischen und amerikanischen Finanzleute erklären wollen. Das ist aber ein Unsinn. Bankiers rein deutscher oder deutsch-jüdischer Abstammung, wie Baruch, Schwab, Kahn, arbeiten mit nicht geringerem Eifer für die Entente als Morgan. Das hat einen einfachen Grund. England beherrscht das Meer, die Lieferungen an Deutschland hätten zu Konflikten mit dem englischen Imperialismus geführt, dagegen konnte Deutschland die Lieferungen an die Verbündeten nicht verhindern, da seine Flotte in dem Dreieck der Nordsee eingeschlossen war. Vom August 1914 bis Februar 1918 lieferten die amerikanischen Trusts an die Entente Rüstungs- und Verpflegungsmaterial im Werte von 10.5 Milliarden Dollars. Der Überschuß der amerikanischen Ausfuhr über die Einfuhr erreichte 5.5 Milliarden Dollars. Die Entente bezahlte mit Gold und mit den amerikanischen Wertpapieren, die sich in den Händen der

Ententekapitalisten befanden. „Während zweier Kriegsjahre verdiente der junge Morgan mehr als der alte Morgan während seines ganzen Lebens," schreibt **John Kenneth Turner** in seinem prachtvollen Buch über die Beteiligung Amerikas an dem Weltkriege, ein Buch, das, sich auf Tatsachen stützend, das klarste Bild über die Diktatur des Finanzkapitals in den Vereinigten Staaten der Kriegszeit gibt. Jede Nachricht über die Möglichkeit von Friedensverhandlungen führt zum Sturz der Aktien der amerikanischen Trusts, und diese fürchteten nichts mehr als den Frieden. Dreiviertel der amerikanischen Presse arbeitet für Morgan und dessen Genossen im großen Raubzuge. Sie versuchen, die öffentliche Meinung für den Krieg mürbe zu machen. Schulter an Schulter mit ihnen arbeitet die amerikanische Bürokratie, die zur gleichen Zeit, da Wilson seine Reden über den Schutz der Freiheit und der Demokratie verkündet, Tausende von Menschen, die gegen die Kriegsgefahr kämpften, in den Kerker wirft. Im Jahre 1917 erfolgen die Präsidentenwahlen, und Wilson kandidiert als der Präsident, der Amerika vor dem Kriege rettete, als der Präsident der Neutralität und des Friedens. Die Trusts, die die ganze reale Macht besitzen, reiben sich vor Vergnügen ihre schmutzigen Tatzen. Wilson geht aus der Wahl als Sieger hervor. Die Kriegsvorbereitung geht mit Volldampf weiter.

Die Entente stößt auf große Schwierigkeiten bei der Bezahlung der neuen Bestellungen an die amerikanische Industrie. Sie droht, daß sie gezwungen sein werde, die notwendigen Rüstungsgegenstände im eigenen Lande herzustellen, wenn Amerika nicht in den Krieg eintrete. Im Frühjahr 1915 trifft Wilson alle Vorbereitungen zum Bruch mit Deutschland und setzt auch diesen Bruch durch. Die Teilnahme Amerikas an dem Kriege erfolgte wider den Willen der großen Mehrheit des amerikanischen Volkes. Ein Beweis dafür ist die unbedeutende Zahl der Freiwilligen, die sich bereit erklärten, in die Armee einzutreten. Ein weiterer Beweis ist die hochgehende Welle der Verfolgungen nicht nur gegen die Sozialisten, sondern auch gegen die übrigen Feinde des Krieges. Diese Verfolgungen nehmen in Amerika einen Umfang an, den nicht einmal das zaristische Rußland erlebt hat. Das Finanzkapital siegte, es kann jetzt Profite einheimsen, wie niemand bisher in der Geschichte der Menschheit, und zwar bereits auf Kosten der amerikanischen Massen. Wilson liefert die ganze Verwaltung der Kriegsindustrie, das Bestimmungsrecht über die Bestellungen, über die Preisfestsetzung in die Hände der interessierten kapitalistischen Organisationen aus. Er selbst dagegen beginnt über die Voraussetzung des ewigen Friedens zu predigen, der nach dem Sturze der Hohenzollern-Tyrannei erreicht werden würde.

Diese Prophezeiung flößt den erschöpften Armeen der Entente neue Kräfte ein. Die Reden Wilsons lassen im französischen, belgischen, englischen Soldaten den Glauben entstehen, daß der Krieg, in dem man ihn erschlagen wird, der letzte Krieg sein werde. Diese Reden bringen eine größere Zersetzung in die Reihen der Soldaten Deutschlands und Österreichs als die ganze illegale Propaganda des internationalen Sozialismus. Der Wilsonismus wird zu einem Massenglauben der auf den Kampffeldern leidenden Menschheit und des Kleinbürgertums aller Länder. Die Aufhebung der militärischen Bündnisse, der Geheimverträge, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Vernichtung des Militarismus — von Tag zu Tag wiederholen Tausende von Zeitungen die Losungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten, des Oberhauptes des mächtigsten Staates der Welt. Und es kam der Tag, wo die deutsche Front zu wanken begann. Die deutsche Regierung sieht den Abgrund, der sich vor ihren Füßen öffnet und klammert sich, wie an den letzten Strohhalm, an die 14 Punkte Wilsons, die den deutschen Kapitalismus vor der Wut der siegreichen Entente retten sollten. Sie wendet sich an den amerikanischen Präsidenten wie an einen Friedensrichter, um die Bedingungen des Waffenstillstandes. Es dauert einen Monat, bis Wilson diese Bedingungen dem Gehege seiner Zähne entschlüpfen läßt, er erklärt Deutschland in delikater Weise, daß es keinen Frieden erhalten könne, so lange es den Kaiser nicht opfere. In dieser Weise organisiert er buchstäblich den Aufstand. Der Aufstand bricht in der Tat aus, die deutschen herrschenden Klassen kapitulieren im Walde von Compiègne. Die Waffenstillstandsbedingungen sind entsetzlich. Sie führten zur völligen Machtlosigkeit Deutschlands bei den Friedensverhandlungen. Die Volksmassen in Deutschland glaubten jedoch fest daran, daß Wilson bei den Friedensverhandlungen seinen Mann stellen würde. Die sozialdemokratische Regierung, die vor der Entwicklung der Revolution eine Höllenangst hatte, nährte diese Hoffnungen. Nur Sowjetrußland erklärte von der Tribüne des Rätekongresses damals dem internationalen Proletariat und in der an Wilson gerichteten Note, daß alle Versprechungen Wilsons barer Betrug seien.

Die Versailler Tragikomödie beginnt. Wir haben jetzt schon ein ganz klares Bild darüber, was in jenem Raum vor sich ging, in dem das Schicksal der Menschheit durch vier Männer, **Clemenceau, Lloyd George, Wilson** und **Orlando** beschlossen wurde. Das Buch des Sekretärs von Wilson, Baker, das Buch von Tardieu, eines der führenden Männer der französischen Delegation, das Buch von Keynes, des englischen Finanzsachverständigen, haben dieses Bild für die Menschheit bewahrt. Auf der einen Seite stand der Greis Clémenceau, ein Mann mit eisernem Willen, der sich dessen bewußt war, daß die Stunde der Vergeltung für die Niederwerfung Frankreichs im Jahre 71 da ist, ein Mann, der fünfzig Jahre lang auf diesen Augenblick der Revanche wartete, die Verkörperung des Hasses; Lloyd George, Vertreter der mächtigen englischen Bourgeoisie, der daran dachte, wie er verhindern soll, daß Deutschland seine mächtige Flotte wieder aufbauen könne, wie er verhindern soll, daß Frankreich in der Zukunft zu einem gefährlichen Gegner Englands werde, wie er verhindern soll, daß Amerika die Welthegemonie übernimmt, und auf der anderen Seite der Professor, der von den europäischen Angelegenheiten keinen konkreten Begriff hatte, ein schwacher haltloser Mensch, der zu den Sitzungen von eleganten französischen Damen begleitet wurde, mit denen die französische Diplomatie diesen amerikanischen Puritaner umgab. Aber wenn auch Wilson kein beschränkter Schwächling unter den Wölfen, selbst wenn er ein Mensch aus Stahl gewesen wäre, so hätte er auch keine einzige seiner Versprechungen erfüllen können. Das amerikanische Finanzkapital, das die halbe Welt ausgeplündert hat, und die amerikanische Bevölkerung mußten mit der Stimmung der amerikanischen Kleinbürgermassen rechnen, die unter der wilden Teuerung litten, mit der Stimmung jener Massen, denen der Krieg schon mehr als verhaßt war. Fort mit den europäischen Angelegenheiten, das war die Stimmung dieser Masse. Das amerikanische Finanzkapital kam aus dem Kriege als stärkstes hervor, aber wenn es auch gelungen wäre, einen wirklichen Völkerbund zu schaffen, dessen Beschlüssen sich auch Amerika hätte unterordnen sollen, so hätte sich die Kombination der anderen Mächte im Rahmen dieses Bundes als stärker erwiesen. Es war für das amerikanische Kapital günstiger, einem atomisierten, balkanisierten Europa gegenüberzustehen und seine Hegemonie über ein Dutzend isolierter, schwacher Länder durchzusetzen, die der Hilfe Amerikas bedürfen. Alle Ideen Wilsons über die Schaffung eines wirklichen Völkerbundes, der den Weg zur Vereinigung der ganzen kapitalistischen Welt, zum Wiederaufbau der Wirtschaft eröffnet, wären für das amerikanische Kapital nachteilig gewesen. Ein Völkerbund aber, wie er nach der Kapitulation Wilsons zustande kam, hätte in den amerikanischen Massen keine Unterstützung finden können.

Die enttäuschten Pazifisten waren gegen den Versailler Frieden, weil er mit allen früheren Prophezeiungen Wilsons im Widerspruche stand, und die Masse der amerikanischen Bevölkerung war gegen diesen Frieden, weil er Amerika zum Garanten des Versailler Friedens machte und es mechanisch in den künftigen Krieg hineinzieht. **So kehrte Wilson von den Friedensverhandlungen nach Amerika als politischer Leichnam zurück.**

Es gibt Leute, die die Niederlage Wilsons mit seiner Schwäche erklären; andere sind der Meinung, daß dieser letzte Prophet der internationalen Bourgeoisie ein großer Heuchler und Charlatan gewesen sei. Diese Frage kann man getrost den Liebhabern der Biographien der großen Männer des niedergehenden Kapitalismus überlassen. Wäre Wilson ein kristallreiner Mensch von heldenhaftem Charakter gewesen, so hätte seine Idee trotzdem Schiffbruch erleiden müssen. Die kapitalistische Welt ist eine Welt, die auf der Grundlage der Konkurrenz aufgebaut ist. Gegen eine Räuberorganisation, die die Ausplünderung von Völkern in die Wege zu leiten versucht, stehen andere auf, die neue Methoden des Überprofits suchen. Mit dem Interesse der nationalen Bourgeoisie sind die Interessen von Dynastien, Offizierskliquen verknüpft, und diese Interessen sind alle auf die Verewigung der Konkurrenz, der Rüstungen, der Kriege, der nationalen Streitigkeiten gerichtet. Die Idee der organisierten Menschheit hört nur in dem Augenblick auf, ein Betrug oder eine Utopie zu sein, wo diese Idee durch jene Klasse aufgegriffen wird, die an der Aufhebung der Ausbeutung des einen Weltteiles durch den anderen ein Interesse hat, die Klasse, die endgültig nur durch ihre internationale Kampforganisation siegen kann, und die verpflichtet ist, das System der Ausbeutung nach ihrem Siege durch die internationale Organisierung der Wirtschaft zu ersetzen. Lenin war die Verkörperung dieser großen realen Idee der organisierten Menschheit. Es werden noch Jahrzehnte vergehen, bis diese Idee zur Verwirklichung

gelangen wird. Aber sie enthält kein Jota Utopie, sie ist ein Ziel, zu dem das internationale Proletariat strebt, da dieses Ziel wie ein Stern ihren Weg erleuchtet. Im Jahre 1918 hat man noch sagen können, daß die nächsten Jahrzehnte die Frage entscheiden werden, wer der Sieger bleiben wird. **Lenin oder Wilson.** Jetzt kann man ohne jede Übertreibung sagen, die Geschichte hat diese Frage bereits beantwortet: **Entweder siegt Lenin oder es siegt die Bestie eines neuen Weltkrieges, der tausendmal so blutig, grausam und vernichtend sein wird wie der Krieg von 1914—18.**

Selbstherrschaft in Palästina.

Von J. B.

** Als einziges der während des Weltkrieges eroberten Kolonialgebiete im Nahen Osten hat Palästina als Regierungsform nunmehr eine reine, absolute, mittelalterliche Selbstherrschaft. Während England mit Hilfe des Emir Freisal sich in Mesopotamien damit begnügen muß, einen englischen „Berater" einer nach ihrem Wunsche gebildeten arabischen Regierung zur Seite zu stellen, während Syrien seine Konstituante hat, die zwar, da von den Franzosen geschaffen, von der Bevölkerung nicht gerne gesehen wird, aber immerhin den Schein einer demokratischen Regierung wahrt, ist Palästina zu den Verwaltungsformen einer englischen „Crown Colony" übergegangen. Es herrscht über das Land ein von London aus ernannter Oberkommissar, der seinerseits aus den Verwaltern der verschiedenen Regierungsressorts und den Gouverneuren der wichtigsten Landesdistrikte den „Regierungsbeirat" bildet, der somit durchwegs aus englischen Beamten besteht. Die gesamte gesetzgeberische und exekutive Gewalt liegt in den Händen des Oberkommissars und seines Beirates. Das Volk hat nichts zu sagen, um so weniger, als im Gegensatz sogar zu der früheren reaktionären türkischen Konstitution auch die Bürgermeister der wichtigeren Städte nicht aus freier Wahl hervorgehen, sondern von der Regierung ernannt werden. Die Ausrede für diesen offenen Verstoß gegen die vom Völkerbunde im „Mandate" fixierten Satzungen, fand die imperialistische Macht in dem Umstande, daß das palästinensische Volk, das sich trotz Zuckerbrots und Peitsche nicht zu der Anerkennung der englischen Oberherrschaft verstehen will, die von der englischen Regierung ausgeschriebenen Wahlen einheitlich boykottierte (einheitlich — mit Ausnahme eines Häufchens zionistisch beeinflußter Juden, die es in ihrer chauvinistischen Verbohrtheit für besser hielten, mit der imperialistischen Regierung gegen die eingeborene Bevölkerung zu gehen — aber die sowohl zahlenmäßig wie auch hinsichtlich ihres politischen Gewichtes durchaus unbedeutend sind). Sogar die Gruppe der arabischen „Effendis" (Großgrundbesitzer) lehnte das englische Angebot, in der Form einer „arabischen Agentur" die Kulisse für die imperialistischen Allüren dem Volke gegenüber zu bilden, glatt ab. Nun wurde „zur Strafe" die rein englische Regierung gebildet.

Die so zusammengesetzte Regierung erlaubt sich die unerhörtesten Übergriffe. Das türkische Steuersystem, durch seine Unersättlichkeit, speziell in bezug auf landwirtschaftliche Besteuerung berühmt, wird von der englischen Steuerschraube noch weit übertroffen. Die breite Masse der Fellachen (arme Kleinbauern), ebenso wie die Gruppe eingewanderter ärmerer Kolonisten, werden durch dieses System völlig ruiniert. Die Bauerndelegationen, die einmal übers andere Bitten um Erleichterungen, Moratorien usw. einreichen, werden mit zynischen „Ratschlägen" von der Regierung abgewiesen. Die Getreidepreise werden immer wieder durch die Einfuhr billigen australischen Mehls heruntergedrückt. Die Verarmung des Landes, das kaum 700.000 Einwohner zählt, wird am besten durch die Ziffern der Handelsbilanz illustriert, die während der letzten vier Jahre jährlich mit zirka zwei Millionen Pfund passiv ist. Die Entwicklung der Industrie wird durch eine raffinierte Einfuhrpolitik hintangehalten. Zur Bezähmung des sich gegen die Fremdherrschaft aufbäumenden Volkes werden 300.000 Pfund, ein Drittel des Jahresbudgets der Regierung, für Polizei, Gefängnisse usw. aufgewendet. Die öffentlichen Arbeiter werden mit Vorliebe an ausländische Unternehmer vergeben, die dann 14 bis 16 Stunden täglich zu unglaublich niedrigen Preisen arbeiten lassen, indem sie sich vom Auslande (Ägypten, Sudan) speziell mitgebrachter Arbeiter bedienen. Im Lande herrscht inzwischen, besonders unter den eingewanderten Arbeitern, eine schreckliche permanente Arbeitslosigkeit, die 20 bis 30 Prozent aller Arbeiter betrifft. Es existiert keinerlei Arbeiterschutz oder Versicherung. Nimmt ein Lohnkampf ernstere Formen an, so ist die Polizei mit Knütteln und Arrestbefehlen zur Stelle, um Streikbrecher und Unternehmer zu „schützen" und entsprechend gegen die kämpfenden Arbeiter vorzugehen.

Der verzweifelte Zustand des Landes führt zu großer Auswanderung, die hauptsächlich nach Nord- aber auch nach Südamerika und Frankreich geht. Bezeichnend ist, daß während im arabischen Lager alle Volksschichten im Kampfe gegen den Imperialismus stehen, der die Enwicklung des Landes behindert, die „sozialistische" Partei **Ahduth Haavodah**, Mitglied der Hamburger Internationale und besonderer Schützling der englischen Labour Party, ihre national-jüdischen Ideale nur unter Assistenz der englischen Bajonette verwirklichen zu können glaubt. Sie paralysiert mit phantastischen Plänen eines „konstruktiven" Sozialismus (bei dem Gildenideen die Hauptrolle spielen) jegliche Klassenkampfaktion der Arbeiterschaft, sei es im Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen, sei es im Ringen um politische Freiheiten.

Die Kommunistische Partei Palästinas, die als einzige im Arbeiterlager den Klassenkampf propagiert und führt, ist dauernden Verfolgungen seitens der Regierungsorgane ausgesetzt; ein Sonderparagraph der sogenannten palästinensischen Konstitution ermächtigt die Regierung, jeden ihr Mißliebigen des Landes zu verweisen, und dieser Paragraph wird natürlich vor allem gegen unsere Genossen in Anwendung gebracht. Gleichwohl gewinnen die Kampflosungen gegen die brutale Selbstherrschaft immer mehr an Popularität. Ist die englische Regierung auch ängstlich bemüht, direkte Zusammenstöße mit der Landesbevölkerung nach Möglichkeit zu vermeiden und den „Frieden des Landes" aufrechtzuerhalten, so nimmt die permanente Krise in Palästina doch Formen an, die einen gewaltsamen Ausbruch nicht ferne erscheinen lassen.

Union der Sowjetrepubliken

Zur Anerkennung der Sowjetunion durch England.

Beschluß des II. Kongresses der SSSR.

** Der II. Rätekongreß der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (SSSR.) nimmt die Mitteilung über die seitens Großbritannien erfolgte vollständige Anerkenung de jure und über die völlige Wiederaufnahme der normalen diplomatischen Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten zur Kenntnis und stellt mit Freude fest, daß dieser historische Schritt eine der ersten Amtshandlungen der ersten aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen Regierung Englands gewesen ist.

Die aus der Großen Revolution hervorgegangene Arbeiter- und Bauernregierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken setzte sich den Kampf um den Frieden zu ihrer Hauptaufgabe und war während der ganzen Zeit ihres Bestehens bestrebt, mit allen Ländern normale Beziehungen herzustellen. Leider kam keine der bisherigen englischen Regierungen den Bestrebungen der Regierung der SSSR. entgegen. Damit nicht genug, noch im Mai vorigen Jahres wurde die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken durch die englische Diplomatie vor die Tatsache eines Ultimatums gestellt, das die Gefahr des Abbruches des begonnenen Handelsverkehres und eine direkte Gefährdung des europäischen Friedens in sich barg.

Die Arbeiterklasse Englands war während dieser ganzen Zeit ein treuer Verbündeter der werktätigen Massen der Sowjetunion in derem Kampf um den Frieden. Die Völker der Sowjetunion werden die Bemühungen der werktätigen Massen Englands und des fortschrittlichen Teiles der englischen Gesellschaft im Interesse der Aufhebung der Blockade, des Boykotts und der Einstellung der bewaffneten Intervention nicht vergessen. Sie sind sich darüber klar, daß die erfolgte Anerkennung den Erfolg des zähen Willens des englischen Volkes darstellt, das sich einmütig für die politische Anerkennung der Sowjetregierung als eine unerläßliche Voraussetzung der Befestigung des Weltfriedens, des Wiederaufbaues der durch den imperialistischen Krieg zerstörten Weltwirtschaft und insbesondere des erfolgreichen Kampfes gegen die industrielle Stagnation und die Arbeitslosigkeit in England selbst eingesetzt hat.

Die Bemühungen der friedliebenden Politik der Sowjetregierung unter der Führung W. I. Lenins und der zähe Wille des englischen Volkes führten endlich zur Wiederherstellung der normalen Beziehungen zwischen beiden Ländern, in einer Form, die der großen Völker beider Länder würdig war und das Fundament zu ihrer freundschaftlichen Zusammenarbeit legte.

In der gespannten Atmosphäre der heutigen internationalen Beziehungen, die die Gefahren neuer Weltkonflikte in sich tragen und die arbeitende Bevölkerung aller Länder in berechtigter Erregung halten, gewinnt dieser Schritt der englischen Arbeiterregierung eine besonders hervorragende Bedeutung.

Der II. Rätekongreß der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklärt, daß das Zusammenwirken der Völker Großbritanniens und der Sowjetunion eine der Hauptsorgen der Regierung der Sowjetunion bleiben wird, die gemäß ihrer bisherigen Friedenspolitik ihre ganze Kraft der Lösung aller Streitfragen, Mißverständnisse und der Entfaltung und Festigung der für das wirtschaftliche und politische Gedeihen der Völker beider Länder und der ganzen Welt so unentbehrlichen wirtschaftlichen Beziehungen widmen wird.

Der II. Rätekongreß der SSSR. reicht in Freundschaft dem englischen Volke seine brüderliche Hand und beauftragt die Regierung der SSSR., der englischen Regierung gegenüber alle notwendigen und der Tatsache der Anerkennung der Sowjetregierung entsprechenden Schritte zu unternehmen.

Der Vorsitzende des II. Rätekongresses der SSSR.
M. Kalinin,
Sekretär des II. Rätekongresses der SSSR.
A. Enukidse.

Deutschland

Ergebnisse der Thüringer Landtagswahlen.

Von Alexander Abusch.

** Die Landtagswahlen in Thüringen am 10. Februar d. J. ergaben für die Kommunisten 149.205 Stimmen und 12 Abgeordnetenmandate (bisher 6 Mandate), für die VSPD. 183.094 Stimmen und 15 Abgeordnetenmandate (bisher 22 Mandate), für den „Ordnungsbund" der vier bürgerlichen Parteien 384.601 Stimmen und 32 Mandate (bisher 26 Mandate), für die kleinbürgerlich-faschistischen „Völkischen" 76.793 Stimmen und 6 Mandate (bisher 0 Mandate). Die Wahlbeteiligung war sehr stark, ungefähr 89%. Diese Zahlenergebnisse müssen im Zusammenhang mit den Lehren und charakteristischen politischen Erscheinungen dieses Wahlkampfes gewürdigt werden.

Der Wahlkampf wurde vom **„Ordnungsbund"** mit unerhörten Geld- und Propagandamitteln zugunsten eines bürgerlichen Wahlsieges geführt. Die schwerindustrielle Presse der benachbarten preußischen Gebiete wurde in Hunderttausenden von Freiexemplaren nach Thüringen geworfen. Der Wahlkampf wurde mit Hilfe eines niederträchtigen Militärterrors gegen das Proletariat von der Bourgeoisie als eine Durchbruchsschlacht gegen die bisherige parlamentarische „Arbeitermehrheit" geführt. Die Industriellenverbände hatten pro Arbeiter 5 Goldmark für den Wahlfonds des „Ordnungsbundes" abgeführt. Eine unerhörte Lügenhetze hatte die Massen des kleinen und mittleren Bürgertums aus Angst vor den „roten Greueln" zu größter Wahlbeteiligung angetrieben. Der bürgerliche „Ordnungsbund" stieg von 26 auf 32 Mandate, nur durch eine stärkere Wahlbeteiligung als bei der letzten Landtagswahl (71%).

Neben dem Bürgerblock tauchen beim Wahlergebnis die **kleinbürgerlichen Faschisten**, Richtung Hitler-Reventlow, mit starken Stimmenzahlen auf. Sie hatten eine sehr starke Versammlungskampagne, mit Rednern aus allen Teilen des Reiches, durchgeführt und den Wahlkampf mit riesiger Geldverschwendung und gewaltigen Mengen von Flugblättern geführt. Sie hatten sich ein nach allen Seiten hin auswechselbares „soziales" Mäntelchen umgehängt. Sie arbeiteten mit größter Demagogie. Die Militärdiktatur hemmte diese Bewegung nicht, sondern förderte sie auf alle erdenkliche Weise. Ihre starke Stimmenzahl ist eine sehr ernste Tatsache für das revolutionäre Proletariat. Sie setzt sich nicht nur aus den Reihen der bisherigen Deutschnationalen und intellektuellen Zwischenschichten zusammen, sondern **auch aus proletarischen Kreisen.** Besonders in Südthüringen (außer Gotha) haben die Völkischen auch Teile des Proletariats unter ihren ideologischen Bann gebracht. Es handelt sich **um proletarische Kreise aus der ehemaligen Mitläuferschaft der Sozialdemokratie, die durch deren Politik enttäuscht** und von den sozialdemokratischen Führern losgelöst wurden. Im Oktober 1923 waren sie **instinktiv auf Seiten der Kommunisten im Kampfe für die proletarische Revolution in Deutschland** gewesen. Das Zerschellen ihrer revolutionären Stimmungen nach dem Oktoberrückzug der KPD., das monatelange Wüten des Reichswehrterrors **und vor allem die zahlenmäßig unzureichenden propagandistischen Kräfte der Kommunistischen Partei in diesem Wahlkampf, die nicht in allen Gegenden gegen die faschistische Propaganda die Gegenaktion durchführen konnten, wirkten dahin zusammen,** daß in abgelegenen Orten (Thüringen ist geographisch sehr zerrissen) **die Faschisten sich Vorteile aus der Loslösung des Proletariats von der sozialdemokratischen Verratspolitik holen konnten.**

Wie der **unzureichende propagandistisch-technische Apparat der Kommunisten** einen Teil von proletarischen Stimmen ins Lager der Faschisten gleiten ließ, so **kam auch die gleiche Tatsache der Sozialdemokratie zunutze.** Diese Tatsache allein verhinderte den völligen Zusammenbruch der Partei des proletarischen Klassenverrates. Während die Sozialdemokraten mit Aufbietung großer Geldmittel und mit „linken" Rednern aus dem ganzen Reiche eine drei- und vierfache Anzahl von Versammlungen als die Kommunisten veranstalten konnten, wütete gegen diese der **Terror der Generalsdiktatur** mit großer Schärfe. Kommunistische Redner wurden verhaftet, Versammlungen aufgelöst und eine Kette von Schikanen gegen das Erscheinen der kommunistischen Wahlzeitungen durchgeführt. Sie erschienen mit großen Behinderungen, Verspätungen, Zensurlücken und unterstanden einer doppelten und dreifachen Zensur. Aber trotz alledem haben die Kommunisten den Wahlkampf mit aller grundsätzlichen Klarheit geführt: **der herrschenden schwerindustriellen Faschistendiktatur die Notwendigkeit der proletarischen Revolution, des revolutionären Kampfes für die Diktatur des Proletariats entgegengestellt.** Trotz alledem haben die Kommunisten in diesem Wahlkampf **die Mehrheit der Thüringer Arbeiterklasse um das revolutionäre Banner des Kommunismus geschart.**

Die Mehrheit des Thüringer Proletariats ist nicht identisch mit den reinen Stimmzettelzahlen. Bei ihrer Feststellung muß man den Blick darauf richten, wie der Charakter der Wähler der Sozialdemokraten und Kommunisten im Verhältnis zueinander ist. **Wir sehen alle lebendigen und aktiven Kräfte der Thüringer Arbeiterschaft als Wähler der Kommunisten.** Die passiven, unklaren und verkleinbürgerlichten Arbeiter und Angestellten (die Lauen, die aus Tradition der Sozialdemokratie ihre Stimme geben), waren auf Seite der Sozialdemokraten. Diese erhielten außerdem einen gewissen Zufluß von bürgerlich-demokratischen Stimmen, die der Vereinigung von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen im „Ordnungsbund" nicht sonderlich gewogen waren.

In vielen Orten mit ehemals überwiegend sozialdemokratischen Stimmen haben die Kommunisten **nun eine starke Mehrheit** in der Arbeiterschaft gewonnen. Die Ergebnisse zeigen vielfach **ein Ansteigen der kommunistischen Stimmen** um 50, 100 und 200%, **im Durchschnitt um 100%.** Zum Beispiel in **Jena,** wo die Partei starke propagandistische Kräfte konzentrieren konnte, stiegen die kommunistischen Stimmen um zirka 250%. Dort schnitten auch die Völkischen sehr schlecht ab. In **Gera** konnte die „linke" Phraseologie der dortigen VSP.-Führer noch einmal verhindern, daß die VSPD. in die Minderheit geriet. Im **Altenburger Gebiet,** das wirtschaftlich und politisch vom Bezirk der thüringischen Partei losgelöst ist, erwies sich als Folge, daß die rechte VSPD. ihre dortige Festung halten konnte, wenn es auch gelungen ist, den aktivsten Teil des Proletariats auch dort um die kommunistische Fahne zu scharen. Im übrigen Gebiet Thüringens ergab sich **vielfach ungefähr Stimmengleichheit zwischen VSPD. und KPD., zum Teil ein Überwiegen der kommunistischen Stimmen.**

Im Oktober 1923, in der Situation entscheidender revolutionärer Zuspitzungen, standen in allen entscheidenden Städten die Mehrheit des Proletariats und weite Kreise der proletarisierten Volksschichten und des Kleinbürgertums hinter den Kommunisten. Der Stabilisierungsschwindel hat den Schrei jener Volksschichten nach einer revolutionären Lösung zum großen Teil vorläufig beseitigt. Um die Kommunisten scharte sich bei den Landtagswahlen am 10. Februar **eine revolutionäre Mehrheit des industriellen und ländlichen Proletariats, Minderheiten der Beamten,** Kleinbauern und Mittelständler. Der Rückzug des Proletariats aus dem Stadium des Entscheidungskampfes im Oktober 1923 hat trotz des weißen Terrors und der Schwächung unserer Propagandamöglichkeiten nicht zu verhindern vermocht, daß die Mehrheit der Thüringer Arbeiterklasse um das Banner der Kommunisten geschart blieb. Jedoch einen erheblichen Teil der seinerzeit sympathisierenden Schichten des zusammengebrochenen intellektuellen und gewerblichen Mittelstandes konnte die Partei nicht weiter unter ihrem ideologischen Einfluß halten.

Das Gesamtergebnis der Thüringer Landtagswahlen — 32 Ordnungsbündler, 6 Deutschvölkische, 15 Sozialdemokraten und 12 Kommunisten — birgt neue politische Verwicklungen in

sich. Die rein kapitalistisch orientierten, bürgerlichen Parteien haben nicht die erwartete absolute Mehrheit. Die kleinbürgerlich-faschistischen „Völkischen" werden vor politische Entscheidungen gestellt sein, die sehr weittragende Folgen für die Entwicklung ihrer Bewegung haben können, die aus überwiegend stimmungsmäßigen Erfolgen resultiert. So sehr es richtig ist, daß der deutsche kleinbürgerliche Faschismus von der Schwerindustrie als Stoßtrupp gegen das revolutionäre Proletariat gezüchtet wurde, so augenfällig es ist, daß er auch heute noch Unterstützungen von großkapitalistischer Seite bekommt, darf doch nicht verkannt werden, daß noch andere Kräfte in ihm wirksam sind, die aus der inneren Dynamik seiner Bewegung zu gegebener Zeit überwiegen müssen. Der Hitler-Putsch im November 1923, an dem die schwerindustriellen Auftraggeber nur ein sekundäres Interesse hatten (Auswertung zugunsten der Diktatur Seeckts) ist ein Beispiel dafür. Im Thüringer Parlament vor politische Entscheidungen gestellt, werden die faschistischen Führer zeigen müssen, wie ihre Handlungen zu ihren „sozialen" Phrasen stehen. Sie sind Angehörige verschiedener faschistischer Gruppen, ideologisch uneinheitlich: von den rein antisemitischen Rassetheoretikern bis zu Leuten, die starke nationalbolschewistische Charakterzüge offenbaren. Das parlamentarische Experiment muß nach allen Beobachtungen zum Zerfall dieser Gruppe oder zu ihrer politischen Diskreditierung bei ihren Wählern führen.

Die 150.000 revolutionären Kämpfer in Thüringen zeigen, daß den weißen Henkergeneralen zum Trotz die Sowjetfahne der proletarischen Revolution über Thüringen flattert. Die kommunistischen Versammlungen waren trotz militärischer und polizeilicher Bewachung ein Ausdruck starker Kampfbegeisterung, der Sammlung revolutionärer Kampfenergien im beginnenden Gegenangriff des deutschen Proletariats gegen die kapitalistische Diktatur. Dieser Wahlsieg wird nur die Veranlassung sein, mit verdoppelter Energie noch breitere Massen der Arbeiterklasse und der proletarisierten Volksschichten in die Kampfesreihen der proletarischen Revolution hineinzuziehen.

Wirtschaft

Das Problem der Stabilisierung der Mark*).

Von Eugen Varga.

** Wir haben immer die Auffassung vertreten, daß unter den gegebenen ökonomischen Verhältnissen eine Stabilisierung der Mark auf die Dauer unmöglich sei. Wir gingen dabei von der Annahme aus, daß die Wirtschaftsbilanz Deutschlands selbst passiv sei, das heißt, daß Deutschland mit Einrechnung der zu leistenden Reparationsabgaben mehr konsumiert als produziert. Hieraus folgt die Tendenz der deutschen Kapitalisten, ihr Kapital im Auslande anzulegen, was natürlich die Zahlungsbilanz verschlechterte und ihre entwertende Wirkung auf die Mark ausübte. Andererseits wurde im innerdeutschen Verkehr die Papiermark mit dem Fortschreiten der Entwertung in großen Maßstabe durch ausländische Zahlungsmittel — Pfund-, Dollar- und Gulden-Noten — ersetzt, was eine weitere Verschlechterung der Zahlungsbilanz des Landes bedeutete, da diese Notenmengen, die im Inlande als Zirkulationsmittel dienten, durch den Export von Waren, das heißt durch die Hingabe realer Werte an das Ausland erkauft wurden. Als Gegensteuer zur Besserung der Handelsbilanz diente in früheren Jahren der Verkauf von Marknoten und Markguthaben an das Ausland, und die Überfremdung von Kapital — Aktien, Häuser, Grundbesitz usw. — durch das Ausland. Es ist ferner immer in Betracht zu ziehen, daß bis zu vollzogener Expropriation der Mittelschichten, bis zu dem Umschwung in der Preisgestaltung im Kleinhandel, der ungefähr im August 1923 einsetzte, die führenden kapitalistischen Kreise Deutschlands noch ein Interesse an der Markentwertung hatten, und die von der Regierung versuchten Stützungsaktionen mehr oder minder bewußt durchbrachen**).

Nunmehr stehen wir der Tatsache gegenüber, daß die deutsche Mark seit ungefähr 15. November, also bereits mehr als zwei Monate***), tatsächlich stabilisiert ist. Und wir müssen nun die Fragen aufwerfen:

1. Was hat sich in den ökonomischen Verhältnissen Deutschlands geändert, das die Stabilisierung ermöglichte?

2. Besteht eine Aussicht, daß diese Stabilisierung eine endgültige ist — oder wird diese von ähnlich kurzer Dauer sein wie der Stabalisierungsversuch im Frühjahr 1923?

Hat sich in den ökonomischen Verhältnissen Deutschlands nichts Wesentliches geändert, was die immerhin seit mehr als zwei Monate andauernde Stabilisierung erklärt?

In den Produktionsverhältnissen Deutschlands hat sich in dem letzten Vierteljahr nichts geändert, was eine Stabilisierung der Valuta begründen würde. Gerade im Gegenteil: die Produktion Deutschlands ist im November und Dezember 1923 auf einen noch nie dagewesenen Tiefstand gefallen. Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter hat rund sechs Millionen erreicht. Die Stabilisierung kann daher keinesfalls auf dem Gebiete der Produktion gesucht werden.

Eine große Änderung erfolgte hingegen in der Zirkulationssphäre. Diese Änderung kann kurz dadurch gekennzeichnet werden, daß die Zirkulationsgeschwindigkeit des umlaufenden Geldes sich um ein vielfaches verlangsamt hat. Die Ursachen dieses Vorganges sind vor allem in dem politischen Umschwung und die daran schließende Änderung der psychologischen Einstellung weiter Kreise der Bevölkerung zu suchen. Wie wir schon in unserem letzten Bericht darstellten, wurde in den letzten Monaten 1923 eine große geldtechnische Änderung in Deutschland durchgeführt. Die Rentenbank wurde gegründet und die weitere Eskomptierung von Reichsanweisungen durch die Reichsbank eingestellt. Die für Staatsrechnung in Verkehr gebrachten Rentenbanknoten wurden durch den Rentenmarkkredit, den der Staat erhalten hatte, eingelöst. Im Zusammenhang damit wurde die Papiermark in der Höhe von 1 Billion Papiermark = 1 Goldmark, beziehungsweise 1 Rentenmark stabilisiert. Seither ist die deutsche Valuta nicht nur stabil, sondern goldgleich, das heißt für 1 amerk. Dollar kann man in Deutschland im allgemeinen nicht mehr als den dem nominellen Goldinhalt entsprechenden Betrag von 4·2 Rentenmark erhalten.

Wenn wir die Frage der Stabilisierung von der quantitativen Seite aus betrachten, so wäre diese ganz und gar unverständlich. Die Quantitätstheorie versagt für diesen Fall vollkommen. Während vor dem Erscheinen der Rentenmark an Umlaufsmitteln nicht mehr als ungefähr 200 Millionen Goldmark in Reichsbanknoten und ungefähr 600 Millionen Goldmark in Goldanleihe und Dollarschatzanweisungen in Umlauf waren, ist die Menge des in Umlauf befindlichen Geldes durch die Errichtung der Rentenbank auf das Mehrfache gestiegen*). Nach den Angaben des Finanzministers Luther waren am Ende des Jahres 1923 in Umlauf (Vossische Zeitung vom 30. Oktober):

	Millionen Goldmark
An Reichsbanknoten	400
An Rentenmark	1200
An Schatzanweisungen und Goldanleihe, kleine Stücke	300
An Notgeld	500
	2400

Seither hat sich diese Summe noch bedeutend vermehrt. Nicht nur die Reichsbahn gibt große Mengen von wertbeständigem und nichtwertbeständigem Geld heraus: auch die einzelnen Staaten — Preußen, Sachsen, Thüringen — ja die einzelnen Provinzen von Preußen und einzelne Städte emittieren weiter große Mengen von Papiergeld, das von der Zirkulation glatt aufgenommen wird und der Stabilisierung keinen Abbruch tut.

Die Erklärung für diese Tatsache kann nirgend anders liegen als in der Verlangsamung der Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes. Dies bedeutet, daß jeder einzelne, der in den Besitz von Geld gelangt, sich nicht wie früher beeilt, dieses Geld sofort in Ware oder in Wertpapiere umzusetzen, sondern

---

*) Aus dem demnächst erscheinenden Vierteljahrsbericht über die Weltwirtschaft für das IV. Vierteljahr 1923.

**) Siehe unseren Bericht über das II. Vierteljahr 1923.

***) Dieser vorliegende Teil des Vierteljahresberichtes wurde bereits im Januar d. J. fertiggestellt.

*) Nach Berechnungen des Staatssekretärs Hirsch betrug der Umlauf an deutschem Gelde pro Kopf der Bevölkerung:

Im Frieden etwa	90	Goldmark
Ende 1919 etwa	51	„
Oktober 1922 etwa	14	„
Juni 1923 etwa	6	„
Seither	2½—4	„
Anfang November 1923	1	„

Hingegen schätzt er — entsprechend dem Cuno-Angebot einer innerdeutschen Devisenanleihe — den deutschen Besitz an Devisen und ausländischen Noten auf 3 Milliarden Goldmark, also rund 50 Goldmark pro Kopf der Bevölkerung.

es, wie in Friedenszeiten, längere Zeit bei sich behält. Hierbei ist in Betracht zu ziehen, daß die umgesetzte Warenmenge gegenwärtig noch kleiner ist als vor einem halben Jahre, da die Produktion sich sehr vermindert hat. Die vermehrte Aufnahmefähigkeit der Zirkulationssphäre an deutschem Papiergeld kann nur zu einem kleinen Teil dadurch erklärt werden, daß ein Teil der früher die Zirkulation abwickelnden ausländischen Noten durch deutsches Papiergeld ersetzt wurde.

Die Frage ist nun: Welche Möglichkeiten sehen die einzelnen Agenten der Zirkulationssphäre, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu verlangsamen? Mit anderen Worten: Wodurch ist die Hoffnung der einzelnen Geldbesitzer begründet, daß das Geld sich in ihrer Hand nicht wie früher entwerten könnte?

Diese Hoffnung ist nicht durch die Qualität, durch die Art der Deckung des Papiergeldes begründet. Wie wir bereits in unserem letzten Bericht ausführten, ist die Rentenmark ein ebenso ungedecktes Papiergeld wie die alte Papiermark. Die Rentenmark kann nicht mit Gold eingelöst werden, sie kann nicht im Auslande gegen ausländische Zahlungsmittel eingetauscht werden. Ihre einzige Deckung besteht darin, daß sie zum Ankauf von Rentenbriefen, die 5% Jahreszinsen in Gold tragen, verwendet werden kann. Selbst vorausgesetzt, daß diese 5%ige Verzinsung durch die hyphothekarischen Eintragungen auf den deutschen Grundbesitz voll gedeckt ist, so kann dies unmöglich die Grundlage des absoluten Vertrauens sein, das man zur Renten- und zur Papiermark gegenwärtig in Deutschland hat. Denn eine jährlich 5%ige Verzinsung selbst in Gold ist unter den heutigen Verhältnissen, wo man für wertbeständige Anleihe 5% pro Monat und noch bedeutend mehr bezahlen muß, absolut kein Anreiz und keine Sicherheit.

Die Grundlage dieses größeren Vertrauens zu der Rentenmark liegt unseres Erachtens in dem politischen Umschwung, der in Deutschland fast gleichzeitig mit dem Erscheinen der Rentenmark eingetreten ist. In dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit in Deutschland hat die Arbeiterklasse vorläufig eine Niederlage erlitten. Diese Niederlage wirkt sich sozial in der Verlängerung der Arbeitszeit und in der Herabsetzung der Löhne aus. Die kapitalistische und sozialdemokratische Presse bezeichnet den gegenwärtigen Zustand als eine „Gesundungskrise", die nach einigen Monaten, nachdem die Produktion durch die oben erwähnten Maßnahmen verbilligt und die Preise entsprechend herabgesetzt wurden, eine Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage folgen wird. Diese Massensuggestion ist es vor allem, die das Vertrauen in die Mark hergestellt und dadurch die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes in so großem Maße verlangsamt hat.

Hierzu kommen jene Maßregeln, die zur Stabilisierung des Staatshaushaltes dienen sollen: die Umstellung der Steuern auf Goldbasis; die geplante Verminderung der staatlichen Ausgaben durch Personalabbau; die Selbständigmachung der Reichsbahn und der Post zum Staate, womit die weiteren Zuschüsse aufhören. Endlich die Tatsache, daß in den letzten Monaten keinerlei Reparationszahlungen geleistet wurden, und daß sich mit Aufgabe des Ruhrwiderstandes die Ausgaben des Reiches stark vermindert haben.

Bei der Beurteilung der Lage muß noch besonders in Betracht gezogen werden, daß die Rentenbank, **die deutsche Mark überhaupt, vollständig aufgehört hat, ein internationales Zahlungsmittel zu bilden.** Alle Import- und Exportgeschäfte Deutschlands werden in fremder Valuta abgewickelt, so daß die Möglichkeit besteht, eine tatsächliche Entwertung der Mark nicht unmittelbar in einem verschlechterten Kurse dem Ausland gegenüber, sondern in der Erhöhung der innerdeutschen Preise bei nomineller Aufrechterhaltung der Goldparität, beziehungsweise der Verhinderung des Preisabbaues zum Ausdruck kommen zu lassen. Tatsächlich genügt bei den gegenwärtigen nominellen Umsätzen an deutschen Zahlungsmitteln an den ausländischen Börsen eine ganz und gar geringfügige Interventionstätigkeit, um den Kurs formell aufrecht zu erhalten.

Selbstverständlich kann ein derartiger Glaube an die Wertbeständigkeit der Mark, wie er gegenwärtig in Deutschland tatsächlich vorhanden ist, auf die Dauer nur aufrecht erhalten werden, wenn die ökonomische Grundlage hierfür vorhanden ist. Zu diesem Zwecke müssen wir vor allem drei Umstände untersuchen:

1. Die Möglichkeit der Balanzierung des Staatshaushaltes,
2. Die Gestaltung der Handels- und Zahlungsbilanz,
3. Die zukünftige Gestaltung der Reparationsverpflichtungen.

Diese drei Fragen stehen miteinander in enger Verbindung.

(Schluß folgt.)

Arbeiterbewegung

Die Gegenwart und die unmittelbare Zukunft der Gewerkschaften und Betriebsräte.

Von A. Losowski.

II.

„Die Arbeiter verlassen die Gewerkschaften," hören wir von links, „wir müssen das in Betracht ziehen und nicht gegen den Willen derjenigen handeln, die nicht bleiben wollen."

Es ist wahr, daß ein gewisser Teil der Arbeiter aus den Gewerkschaften austritt, aber daraus folgt noch lange nicht, daß wir diesen Schritt billigen müssen. Am Anfang des Krieges rannten die Arbeiter zum Patriotismus und scharten sich um die Standarte des Imperialismus und Militarismus. Die Kommunisten aber rannten nicht mit, und wenn unsere linken Genossen sich jetzt auf die „Stimme des Volkes" berufen, beweist das noch bei weitem nicht die Richtigkeit der Renntaktik. Wenn die Elemente, die jetzt die Gewerkschaften verlassen, wirklich aktiv wären, was hinderte sie dann, die Gewerkschaftsbürokratie zum Teufel zu jagen? Das Austreten aus den Gewerkschaften heißt nichts anderes, als die Linie des geringsten Widerstandes suchen. Es ist nicht ein Zeichen der Aktivität, sondern umgekehrt — ein Beweis der Passivität der Massen. Ein jeder wirkliche Kommunist muß diese Taktik bekämpfen, denn es ist klar, daß infolge des Austritts der revolutionären Elemente aus den Gewerkschaften nur unsere Feinde gestärkt werden.

Um den Eindruck der Ergebnislosigkeit unserer Arbeit in den Gewerkschaften zu verstärken, weisen unsere linken Genossen noch auf einen Punkt hin. „Unsere kommunistischen Gewerkschafter", sagen sie, „sind nicht besser als die Sozialdemokraten, denn sie sind bereit, sich auf dieselben Kompromisse einzulassen, und in ihrem Verhalten ist nichts Kommunistisches, nichts Revolutionäres zu finden." Nun, wir wollen versuchen, die logischen Schlußfolgerungen aus diesen Behauptungen zu ziehen. Erstens sind die Arbeiter enttäuscht und verlassen die Gewerkschaften; zweitens sind die kommunistischen Gewerkschafter nicht anders oder besser als die Sozialdemokraten. „Deshalb", sagen die Linken, „müssen wir die Gewerkschaften verlassen und unsere ganze Energie auf die Betriebsräte konzentrieren." Wollten wir wirklich daran glauben, daß die Beschuldigung gegen die kommunistischen Gewerkschafter wahr sei, so wären unsere Aussichten nicht sehr glänzend. Warum und woher sollen schlechte Kommunisten, wenn sie die Gewerkschaften verlassen, besser werden? Ist es denn so sicher, daß die Betriebsräte aus schlechten Kommunisten gute Revolutionäre machen können? Ist denn die Form der Organisation allein imstande, unsere Taktik besser zu gestalten? Ist denn nicht der kommunistische Charakter unserer Arbeit das wesentliche und nicht die Organisationsform? Das alles scheint uns so selbstverständlich, aber nun kommen unsere linken Genossen mit einer Theorie, die den Tatsachen widerspricht. Wenn die Arbeiter aus den Gewerkschaften rennen, so muß ein jeder Kommunist dieses Rennen bekämpfen; wenn unsere kommunistischen Gewerkschafter nicht gut sind, so müssen wir sie aus der Partei verjagen und bessere finden. Aber wir dürfen nicht eine blankneue Theorie aufstellen, daß diese sozialdemokratischen Kommunisten zu richtigen Kommunisten verwandelt werden können, indem wir uns von den Gewerkschaften abwenden und unsere Arbeit auf die Betriebsräte übertragen.

Wie es scheint, ist die Einstellung dieser Genossen, gegenüber den historisch entstandenen Formen der Arbeiterorganisationen, überhaupt zu leichtsinnig. Die Gewerkschaften sind nicht etwa durch einen Zufall entstanden, und sie spielen keine zufällige Rolle in den sozialen Kämpfen. Die Arbeiterklasse kann nicht eines schönen Tages die Gewerkschaften von sich abwerfen wie man ein altes Hemd abwirft, denn die Gewerkschaften sind das organische Produkt einer ganzen historischen Epoche. Nicht nur in der Vergangenheit spielten sie eine bestimmte und wichtige Rolle, sondern sie spielen sie noch immer und werden in der nahen Zukunft noch eine weit wichtigere Rolle zu spielen haben. Daraus, daß die Gewerkschaftsspitzen reaktionär sind und daß die Bürokratie mit der kapitalistischen Regierung zusammengewachsen ist, folgt nicht, daß die Gewerkschaften ihre Zeit überlebt haben. In einigen Ländern schafft schon jetzt die Arbeiterklasse parallele, revolutionäre Gewerkschaftsorganisationen. Diese Tatsache wäre für uns absolut unbegreiflich, wenn wir den Gesichtspunkt der deutschen Linken akzeptierten.

Die Theorie der Linken, die sagt, daß die Gewerkschaften eine veraltete Organisationsform sei, ist speziell erfunden worden, um die Mut- und Kraftlosigkeit und den Pessimismus dieser Genossen zu rechtfertigen. Welch ein Widerspruch: Auf der einen Seite mutet man der KP. zu, die Bourgeoisie und den kapitalistischen Staat zu stürzen; das siegreiche deutsche Proletariat wird vor die ungeheure Aufgabe gestellt werden, die deutsche Revolution gegen die französischen, englischen, polnischen, rumänischen und jugoslawischen Bajonette zu verteidigen. Und auf der anderen Seite wollen die Linken derselben Arbeiterklasse, die aus sich heraus die Kraft aufbringen wird, die Bourgeoisie zu stürzen und gegen die gesamte kapitalistische Welt zu kämpfen, zumuten, daß diese Arbeiterklasse nicht imstande sein wird, das reformistische Gewerkschaftsgesindel über den Haufen zu werfen.

Die „Linkheit" unserer deutschen Genossen leidet an Altersschwäche, sie glauben nicht an den revolutionären Geist, an die schaffende Kraft der Arbeitermassen. Sie betrachten die Gewerkschaftsbürokratie als unbesiegbar.

Von solchen Stimmungen werden keine Revolutionen gemacht. Dieser Pessimismus verwandelt sich in eine schwarze Melancholie, sobald unsere Genossen eine praktische Antwort geben sollen, was wir tun müssen, wenn die Gewerkschaftsspitzen in Deutschland eine Spaltung hervorrufen? Diese Frage muß unbedingt beantwortet werden, wenn die deutsche Gewerkschaftsbürokratie eine offene Spaltungspolitik treibt. Sie will die Opposition nicht länger dulden, sie will ihre Allianz mit der Bourgeoisie ungehindert fortsetzen. Sollten aber die Reformisten den Verkauf der Arbeiterinteressen (en gros und détail) in Zukunft fortsetzen und sollten die Verbündeten des von Seeckt im ADGB. ihre Politik des Massenausschlusses weiter treiben, so wird uns weiter nichts übrig bleiben, als einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen und neue, von der Bourgeoisie unabhängige Gewerkschaften zu gründen.

Diese Perspektive ist sehr klar, und es dürfen und können keine zwei Meinungen in unseren Reihen darüber bestehen. Wir kämpfen für die Einheit der Gewerkschaften mit unserer ganzen Energie; wir tun das Möglichste, um eine Spaltung zu verhindern. Aber wir werden den Bundesgenossen der Stinnes und von Seeckt nicht erlauben, Millionen von Mitgliedern aus den Gewerkschaften auszuschließen. Die in diese Lage versetzten revolutionären Arbeiter werden gezwungen sein, einen Kongreß einzuberufen und revolutionäre Gewerkschaften zu gründen. Das scheint ganz klar zu sein; aber auch hier ziehen es die linken Genossen vor, anstatt eine konkrete und praktische Antwort zu geben, sich mit Jammern und Klagen abzugeben. „Parallele Gewerkschaften", jammern sie, „würden zu einem Streit zwischen den Arbeitern in jedem Betriebe führen. Die neuen Gewerkschaften werden ebenso machtlos sein wie die alten, und die Arbeiter werden bald enttäuscht sein. Sogar wenn wir alle Gewerkschaften unter unserem Einflusse hätten, könnten wir auch nichts tun, usw." In diesen Klagen kommt das pessimistische Wesen der revolutionären Phraseologie am klarsten zum Vorschein. Keiner von uns will parallele Gewerkschaften, weil wir alle wissen, daß sie ein Übel sind. Aber es wäre ein unverzeihlicher Leichtsinn unsererseits, die Möglichkeit zu verkennen, daß die Politik des ADGB. zu denselben oder ähnlichen Resultaten wie in Frankreich und in der Tschechoslowakei führen könnte. Die Behauptung, daß wir nichts tun könnten, ist nicht wahr. Wenn wir Kommunisten an der Spitze der Gewerkschaften ständen, hätten wir die Revolution schon längst gemacht, denn ein jeder Kommunist weiß, daß die elementarsten Forderungen der deutschen Arbeiterschaft eng mit der Machtfrage verknüpft sind. Von unserer Machtlosigkeit, wenn wir an der Spitze der Gewerkschaften wären, zu sprechen, ist nichts als eine Friedhofstimmung der Linken. Wenn es wirklich wahr ist, daß wir so hilflos und ungeschickt in den Gewerkschaften sind, woher dann die Schlußfolgerung, daß wir etwa besser und geschickter in den Betriebsräten wären?

Kein Wunder, daß ein leitender Genosse der Linken erklärte, daß er nichts Bestimmtes über die Tätigkeit der Betriebsräte sagen könne! Das ist eben der Kern der Sache!

In der letzten Zeit hat sich die Lage der deutschen Gewerkschaften bedeutend verändert. Die Bürokratie will unbedingt eine Spaltung herbeiführen, um sich von der Opposition zu befreien. Unter diesen Umständen die Gewerkschaften zu verlassen, wäre die größte politische Torheit. Bis zur letzten Möglichkeit müssen wir in den Gewerkschaften bleiben, die Opposition gut organisieren, auf jede Provokation mit einer scharfen politischen Abwehr und auf jeden Schlag mit zwei Schlägen antworten. **Wir dürfen der bürokratischen Bande, die sich an der Spitze der Gewerkschaften festhält, nicht erlauben, in den proletarischen Organisationen nach ihrem Belieben herumzuwirtschaften. Heraus mit den Verbündeten von Stinnes und Seeckt aus den Gewerkschaften! Heraus mit den Verrätern der Arbeiterklasse!** Dies sind die Parolen, die in jedem Betriebe widerhallen müßten. Wir dürfen nicht die aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen Arbeiter unorganisiert lassen; wir müssen sie zusammenfassen und, gemäß den Beschlüssen der Weimarer Konferenz, einen Kongreß einberufen, um vor der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands die große Frage zu stellen, **welche Gewerkschaften die deutschen Arbeiter haben wollen, von der Bourgeoisie abhängige oder von der Bourgeoisie unabhängige, revolutionäre Gewerkschaften.**

Wenn wir im Brennpunkt der jetzt wütenden Reaktion uns mit Jammern und Klagen und Phrasen beschäftigten, anstatt den verschärften Kampf aufzunehmen, wenn wir so töricht wären, über die Unmöglichkeit der Eroberung der Gewerkschaften zu lamentieren, und die Parole der Zerstörung der Gewerkschaften herauszugeben, so würden wir mit einem Schlag unseren ganzen Einfluß auf die Massen verlieren.

Deshalb — kein Lamentieren, keine Friedhofstimmungen, keine revolutionäre Phrasendrescherei, sondern eine intensivere Tätigkeit in der Organisierung der Opposition, die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses und die Verjagung der Verbündeten von Stinnes und Seeckt aus den Organisationen des deutschen Proletariats. **Das sind unsere Aufgaben.**

*

In einem Punkt haben die linken Genossen vollkommen recht. Die Betriebsräte wurden in der KPD. stiefmütterlich behandelt. Das war ein politischer Fehler, aber ich glaube, mich nicht zu irren, wenn ich konstatiere, daß in dieser Hinsicht alle Bezirke der KPD., darunter auch Berlin, Hamburg usw., die Betriebsräte stiefmütterlich behandelt haben. Damit muß jetzt Schluß gemacht werden, denn die weitere Behandlung der Betriebsräte, als ob sie Organisationen von zweiter oder dritter Bedeutung wären, birgt große Gefahren für die revolutionäre Bewegung in Deutschland in sich. Schon im Oktober 1920 hatten die Kommunisten auf dem Betriebsrätekongreß die Parole zur Sprengung der legalen Schranken des Betriebsrätegesetzes herausgegeben. In den letzten drei Jahren haben wir einen ziemlich großen Schritt auf dem Wege der Eroberung der Betriebsräte gemacht, aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Mehrheit der Betriebsräte in Deutschland noch in den Händen der Sozialdemokratie ist. Die Gefahr liegt nicht darin, daß wir noch nicht die Mehrheit der Betriebsräte auf unserer Seite haben, sondern viel mehr in der ungenügenden Tätigkeit der von uns schon eroberten Betriebsräte in den wirtschaftlichen Kämpfen des Proletariats. Die Kontrollkomitees, die Frage der Arbeitslosigkeit usw. sind von der größten Wichtigkeit für uns; jedoch blieben die Betriebsräte in den Lohnkämpfen und in den übrigen Konflikten fast teilnahmslos. **Hier muß unbedingt eine radikale Änderung eintreten.** Der Bankerott der reformistischen Gewerkschaften besteht unter anderem auch darin, daß sie nicht imstande sind, sogar wenn sie es wollten (und sie wollen es gar nicht), zentralisierte ökonomische Kämpfe durchzuführen. Diese Kämpfe werden deshalb lokal durchgeführt werden müssen. Die revolutionären Organisationen werden ihr Maximum von Aktivität und Initiative aufweisen müssen. Die brennenden Fragen der deutschen Arbeiterbewegung sind heute der Achtstundentag, der Lohnabbau und dergleichen. Wir müssen die Betriebsräte zu allen wirtschaftlichen Kämpfen heranziehen, damit sie als kampffähige Organe die Verlängerung des Achtstundentages und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verhindern können. Kurz, **die Betriebsräte müssen vorbereitet werden, die Rolle kampffähiger Organe der revolutionären Gewerkschaften zu spielen.**

Wenn wir von Industriegewerkschaften sprechen und die Parole „Eine Industrie — eine Gewerkschaft" herausgeben, vergessen wir gewöhnlich, daß solche Industrieverbände nur denkbar sind, wenn sie die Betriebsräte als Basis haben. Wir sind auch geneigt, zu vergessen, daß die Einheitsfront am besten in den Betrieben durch die Betriebsräte hergestellt werden kann, und daß wir nur in dem Maße dem Siege näher kommen, in dem wir den revolutionären Teil der Gewerkschaften und die Betriebsräte zur engen Zusammenarbeit führen und sie zu einer einheitlichen Macht gestalten, die gegen Bourgeoisie und Reformismus erfolgreich kämpfen kann. Zur selben Zeit, wo wir

mit der größten Energie in den Gewerkschaften arbeiten und die revolutionäre Oppositon zusammenfassen, müssen wir uns auch mit der Revolutionierung der Betriebsräte energisch beschäftigen. Nur dann wird unsere Bewegung in Deutschland Fortschritte machen können. Diese Taktik ist zwar etwas schwieriger durchzuführen, als einfach die Gewerkschaften zu verlassen; sie verlangt Ausdauer und die äußerste Anspannung und Konzentrierung unserer Energie, sie bedingt eine kompliziertere Manövrierungsfähigkeit und Selbstbeherrschung — aber dafür garantiert sie auch den Sieg. Wenn wir dagegen die Gewerkschaften verlassen sollten, müßten wir mit einer sicheren Niederlage rechnen.

*

Wir müssen unsere Taktik in Deutschland nicht vom engdeutschen, sondern vom internationalen Gesichtspunkt aus betrachten. Wenn wir uns ansehen, was in England, Italien und in anderen Ländern vor sich geht, so sind wir gezwungen, zuzugeben, daß die Amsterdamer überall gleich sind. Das müßte uns zur Internationalisierung unserer Taktik anspornen. Die **Thomas, d'Aragonas** usw. sind nicht besser als ihre deutschen Kollegen. Sie dienen alle demselben Gott und sind von der Geschichte zum gleichen Schicksal verurteilt. Aber welche Konsequenzen würde die Anwendung der von den Linken vorgeschlagenen Taktik haben? Nichts weniger als den Tod der kommunistischen Bewegung würde es bedeuten. Darüber können keine zwei Meinungen bestehen. Hier sei noch bemerkt, daß ich von den Gewerkschaften und ihrer Einigkeit keinen Fetisch mache, Götzendienerei ist keine gute Eigenschaft revolutionärer Marxisten. Die Gewerkschaften sind kein Ziel, sie sind das Mittel zum Ziel. Die Frage der Einheit oder Spaltung der Gewerkschaften muß nur vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit aus betrachtet werden. Auf Grund der Analyse der von uns während der letzten Jahre geleisteten Arbeit und der durch unsere Taktik errungenen Erfolge muß man zugeben, daß kein Grund vorliegt, warum wir diese Taktik ändern sollten. Sogar wenn es zu einer Spaltung kommen sollte, die doch bei der Fortsetzung der reformistischen Politik unvermeidlich sein wird, ja, sogar dann bleiben die Methoden unseres Einflusses auf die Massen dieselben. Die Gewerkschaften der ungestörten Herrschaft der Reformisten zu überlassen, wäre verbrecherisch. Es wäre ein grober politischer Fehler, ihnen dieses Tätigkeitsfeld abzutreten. Alle Zeichen sprechen dafür, daß wir binnen wenigen Monaten die Mehrheit des deutschen Proletariats auf unserer Seite haben werden. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß bei Ausbruch der Revolution in Deutschland die deutschen Betriebsräte vor eine Reihe spezifischer Aufgaben gestellt werden, wie zum Beispiel die Besetzung der Betriebe, die Arbeiterkontrolle und dergleichen. Mit der Verschärfung des revolutionären Kampfes und mit dem Sturz der bürgerlichen Regierung wird auch die jetzige Leitung des ADGB. fallen. Die Gewerkschaftsbürokratie wird abfallen, die Massen aber werden bleiben. Die Gewerkschaften werden dann von engen Fachorganisationen zu industriellen Verbänden verwandelt werden, die auf den Betriebsräten als Grundlage aufgebaut sein werden.

Je mehr wir uns dem entscheidenden Momente nähern — und dieser Moment ist sicher sehr nahe — desto unberechtigter wird der Vorschlag, die Gewerkschaften zu verlassen. Wer das nicht versteht, der soll ein Jahr lang täglich Lenins Broschüre „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" lesen. Dann wird es ihm klar sein, warum Revolutionäre in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten müssen.

Aus der Internationale

Genosse Sinowjew an die italienischen Arbeiter.

** Die Regierung Mussolini hat die Parlamentswahlen auf Grund des neuen Wahlgesetzes ausgeschrieben, das den Arbeiterparteien nur ganz geringe Möglichkeit beläßt, auch nur die kleinste Vertretung im Parlament zu erlangen.

Wir haben aus sicherer Quelle erfahren, daß die Polizeizentrale folgenden Auftrag hinausgegeben hat:

„In Anbetracht dessen, daß die italienischen Kommunisten sich an die marxistischen Sozialisten, an die Anhänger der III. Internationale und an die sozialistische Einheitspartei gewendet haben, eine proletarische Einheitsfront für die Wahlen zu bilden, muß es durch unsere Agenten, Mitglieder der faschistischen Partei, herbeigeführt werden, daß wenn der Einheitsblock der Kommunisten und Sozialisten zustande kommt, er Wahlenenthaltung (Boykott der Wahlen) beschließt. Wenn die Wahlenthaltung nicht durchgesetzt werden sollte, **muß versucht werden, die Verständigung zwischen Kommunisten und Sozialisten zu vereiteln.**"

Genossen! Italienische Arbeiter! Gebt acht auf dieses Spiel Eurer erbittertsten Feinde. Diese Feinde wollen: 1. Daß die kommunistischen Arbeiter sich nicht mit den sozialistischen Arbeitern zusammenschließen. 2. Daß Ihr die Wahlen nicht verwerten sollt, und die Arbeit der Faschisten dadurch erleichtert, daß Ihr Euch an der Wahl nicht beteiligt. Die italienischen Arbeiter sollen selbstverständlich nicht so handeln, wie es den Faschisten paßt, sondern wie es die Interessen des Proletariats erfordern, also 1. **Wahlbeteiligung, 2. Zusammenschluß aller Arbeiter gegen den blutigen Faschismus.**

gez. Sinowjew.

Die englische Arbeiterpartei-Regierung und die Kommunistische Partei Englands.

Resolution des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

** Der Regierungsantritt der englischen Arbeiterpartei stellt ein Ereignis von größter Bedeutung dar: Es kündet das Erwachen wachsender Arbeitermassen zum Klassenbewußtsein und zur Erkenntnis, daß beide bürgerliche Parteien nur Vertreter der Klasseninteressen der besitzenden und ausbeutenden Minderheit sind. Gleichzeitig ist die Politik der Arbeiterpartei-Regierung in England für die breitesten Arbeitermassen der ganzen Welt wie auch für die Völker des Ostens der Prüfstein, ob die Prinzipien der Zweiten Internationale über den Weg zum Sozialismus richtig sind. Darum hat das Verhalten der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Englands zur Politik der Arbeiterpartei-Regierung einschneidende Bedeutung für die Entwicklung der kommunistischen Bewegung. Dieses Verhalten wird durch folgende grundlegende Tatsachen bestimmt:

I. Die Arbeiterpartei-Regierung ist das Ergebnis der ökonomischen und politischen Zersetzung Englands, im Gefolge der schwersten Lasten und Erschütterungen durch den Weltkrieg. Der Umstand, daß die Arbeiterpartei bei den Wahlen vier Millionen Stimmen auf sich vereinigte, ist nicht das Ergebnis ihrer hartnäckigen, energischen und konsequenten Arbeit, um das Proletariat vom Einflusse der Bourgeoisie loszulösen. Allein schon der Umstand spricht dagegen, da3 die Arbeiterpartei nur ein einziges Presseorgan für das gesamte englische Proletariat besitzt. Er beweist, wie wenig es diese Partei verstanden hat, in den Arbeitermassen die Fähigkeit zu wecken, für den Kampf gegen die Bourgeoisie Opfer zu bringen. Die Arbeiterpartei konnte und wollte das Interesse der Arbeiterklasse dem Klasseninteresse der Bourgeoisie nicht klar, unversöhnlich und energisch entgegensetzen. Ein sehr großer Teil der Arbeiterklasse folgt noch immer den Liberalen und Konservativen, und die Arbeiterpartei selbst stellt in ihren führenden Schichten eher eine Art bürgerliche Fraktion dar, als eine Partei des proletarischen Klassenkampfes. Sie hat die Regierung übernommen als eine Partei der Minderheit der Bevölkerung, teils mit Billigung der bürgerlichen Parteien, teils dank der Uneinigkeit in den Reihen der Bourgeoisie und deren Unfähigkeit, diese Uneinigkeit angesichts der vom Kriege hinterlassenen gewaltigen Aufgaben und Schwierigkeiten zu überwinden.

II. Die gesamte Kommunistische Internationale weiß, daß die Arbeiterklasse sich nicht aus der ökonomischen Sklaverei und dem politischen Joch befreien kann, ohne die Bourgeoisie im revolutionären Kampfe zu besiegen, ohne den Apparat des bürgerlichen Staates zu zerschlagen und einen eigenen Staatsapparat zu schaffen, der sich auf die Massenorganisationen des Proletariats stützt. Schon deshalb kann die Kommunistische Partei Englands nicht hoffen, daß die Befreiung der englischen Arbeiterklasse das Resultat eines Wahlsieges, beziehungsweise der parlamentarischen Politik der Arbeiterpartei sein wird. Aber die Mehrheit der englischen Arbeiterklasse besitzt noch solche demokratische Illusionen, die besonders von den Führern der Arbeiterpartei in die Massen getragen worden sind, jetzt eröffnet das Regime der Arbeiterpartei-Regierung der englischen Arbeiterklasse den Erfahrungsweg, um zu prüfen, was die bürgerliche Demokratie wert ist.

Die Arbeiterpartei-Regierung ist keine Regierung des proletarischen Klassenkampfes, sondern im Gegenteil, sie strebt dar-

nach, das bürgerliche Staatswesen durch Reformen und — als Ersatz des Klassenkampfes — durch den Klassenfrieden zu festigen. Trotzdem befindet sie sich in gewissem Grade in Abhängigkeit vom Proletariat und seinen Klasseninteressen. Wenn es, was wir nicht erwarten, durch proletarische Klassenbewegungen gelingen sollte, die Arbeiterpartei-Regierung zum Kampfe mit dem Kapital zu treiben, so würde das die innere Krise in England außergewöhnlich zuspitzen. Wenn aber, wie zu erwarten ist, die Arbeiterpartei-Regierung die Interessen des Proletariats verrät, so wird sie dadurch dem Proletariat den besten Anschauungsunterricht erteilen für seine Befreiung von den Illusionen der kapitalistischen Demokratie und wird somit die Revolutionierung der Arbeiterklasse auf das stärkste beschleunigen.

Schon die Zusammensetzung der Arbeiterpartei-Regierung, die einen Block von rechten Arbeiterparlamentariern mit Gewerkschaftsbürokraten, mit radikalen Intellektuellen und sogar scheinradikalen Vertretern der alten Staatsbürokratie darstellt, läßt keine Hoffnung zu, daß die Arbeiterpartei den Weg des Kampfes beschreiten wird. Es ist im Gegenteil zu befürchten, daß sie den Weg des Kompromisses mit den Feinden der Arbeiterklasse, mit Lloyd George und Asquith gehen, daß ihr hauptsächlichstes Streben eben darin bestehen wird, bei diesen Führern des Kapitals Gefallen zu finden und mit ihnen einen Block gegen die Arbeiterklasse zu bilden.

Angesichts dieser Gefahr ist es die Aufgabe der Kommunistischen Partei, alles zu tun, was möglich ist, um folgendes zu erreichen:

a) Die breitesten Massen des englischen Proletariats sind zu mobilisieren, um einen Druck auf die Arbeiterpartei-Regierung und die Arbeiterpartei auszuüben, damit sie allen Ernstes den Weg des Kampfes gegen die kapitalistischen Klassen betreten.

b) Die Mehrheit der Arbeiterklasse muß dabei unterstützt werden, daß sie sich an Hand der eigenen Erfahrung von der vollständigen Untauglichkeit der Führer der Arbeiterpartei überzeugt, von ihrer kleinbürgerlichen und verräterischen Natur, von der Unvermeidlichkeit ihres Bankrotts.

Zu diesem Zweck hat die Kommunistische Partei Englands folgende nächsten Aufgaben durchzuführen:

1. Die Kommunistische Partei hat sofort eine breiteste Kampagne zu entfalten, sowohl um die Versprechungen der Führer der Arbeiterpartei wie auch für andere aktuelle Losungen, die geeignet sind, den klassenbewußten Teil der Arbeitermassen zu gemeinsamen Aktionen zu mobilisieren. Diese Losungen, die ganz einfache, klare und den revolutionären Arbeitern nahe am Herzen liegende Forderungen enthalten müssen, sind in einem Aktionsprogramm der KPE. festzulegen.

Auf Grund dieses Programms muß die Kommunistische Partei Englands die Arbeitermassen dafür gewinnen, von der Regierung eine entschlossene, mutige Politik zu fordern, die den Interessen der werktätigen Massen Englands sowohl wie auch den Interessen der vom englischen Imperialismus unterjochten Völker dient, Irland inbegriffen. Besonders ist zu fordern — und zwar ohne jede Rücksicht darauf, ob die Regierung durch den parlamentarischen Block der beiden kapitalistischen Fraktionen, der Liberalen und Konservativen, gestürzt wird — daß die Arbeiterpartei-Regierung sich für folgende Forderungen entscheidet:

a) Zum Zwecke des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit muß sie sowohl wirksame Schritte zur steuerlichen Belastung der Kapitalisten unternehmen, wie auch zur Durchführung der Staats- und Arbeiterkontrolle über die von den Kapitalisten eingestellten Produktionsbetriebe.

b) Sie muß die Initiative ergreifen zur Nationalisierung der Eisenbahnen, der Gruben und Bergwerke, die unter Heranziehung der Arbeiterorganisationen zu verwalten sind.

c) Die Regierung muß energische Schritte zur Befreiung der Bauern und Arbeiter Irlands, Indiens und Ägyptens aus dem Joch des englischen Imperialismus unternehmen.

d) Sie muß vorangehen im Kampfe gegen die Kriegsgefahr in Europa und in der Schließung des Bündnisses mit der Union der Räterepubliken.

e) Die Arbeiterpartei muß diese Schritte ihrer Regierung ausnützen, um neue Schichten des englischen Proletariats sowie der Arbeiter und Bauern der Kolonien zu wecken, zu erheben und sie zum Kampfe gegen die englische Bourgeoisie zu sammeln.

Es ist weiter zu fordern, daß, wenn sich die bürgerlichen Cliquen im Parlament vereinigen und die parlamentarische Arbeiterpartei-Regierung stürzen sollten, die Arbeiterpartei in die Wahlkampagne als die Verteidigerin und Führerin der Arbeiterklasse eintreten muß, um die schlummernden Kräfte des englischen Proletariats zu wecken und auf diese Weise seinen künftigen Sieg vorzubereiten.

2. Die Kommunistische Partei muß ihre ideologische, taktische und organisatorische Selbständigkeit wahren und eine kraftvolle Propaganda treiben für ihre historisch begründete Überzeugung von der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats als der einzigen Bürgschaft für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Die Kommunistische Partei hat sich mit ihren Losungen an alle Gruppen und Organisationen der Arbeiterklasse zu wenden, die von der Arbeiterpartei-Regierung einen entschlossenen Kampf gegen die Bourgeoisie fordern. Sie hat ihnen die Einberufung gemeinsamer Versammlungen, die Veranstaltung gemeinschaftlicher Demonstrationen, die gemeinschaftliche Entsendung von Delegationen usw. vorzuschlagen. Die Partei muß zu diesen und anderen gemeinschaftlichen Aktionen Abkommen erstreben, auch mit den „linken" politischen Organisationen der Arbeiterpartei.

Die Kommunistische Partei Englands muß sich bewußt sein, daß jetzt die objektiven Voraussetzungen entstehen für ihre Ausbildung zu einer einflußreichen revolutionären Massenpartei. Deshalb muß sie alles aufbieten, um ihre Organisation überall tief in den revolutionären Arbeitermassen, vor allem in den Produktionsstätten zu verwurzeln.

Moskau, den 6. Februar 1924.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Deutschlandhilfe

Die russische Liga zur Unterstützung von Kindern der Werktätigen Deutschlands.

Von Nemo.

** Als die russischen Arbeiter und Arbeiterinnen von der Lage und den Kämpfen des deutschen Proletariats im Herbst 1923 hörten, beschlossen sie sofort, diese Kämpfe zu unterstützen und die furchtbare Not der Arbeiterschaft zu lindern. Dieser Beschluß wurde zur Tat. Die russischen Genossen und die Genossinnen empfanden: Dies ist unser Kampf und wird unser Sieg sein!

Unter diesem erhebenden Eindruck stand die Vollversammlung der Delegiertinnen am 8. Oktober 1923 in Moskau im Siminschen Theater, wo Genossin Clara Zetkin hinreißend, begeisternd über den Kampf des deutschen Proletariats sprach, über sein revolutionäres Ringen gegen die Reaktion. Sie schilderte in packender Anschaulichkeit das namenlose Elend der Arbeiterschaft, sie ließ die Not und den Jammer der deutschen Proletarierkinder vor den Zuhörerinnen geistig lebendig werden. Ergriffen und begeistert von dem Gehörten, opferten die Anwesenden für ihre deutschen Brüder und Schwestern, was sie gerade bei sich hatten: Ringe, Ohrgeschmeide, Ketten, Hals- und Kopftücher, bares Geld, alles, alles wurde zu Füßen der greisen Genossin Zetkin aufgehäuft und ihr mit anfeuernden Worten für die deutschen Kämpfer überwiesen.

Dieses eine Beispiel internationaler Klassensolidarität war kein schnell verlöschendes Strohfeuer. Wie uns die Nachrichten aus Rußland zeigen, war es der Anfang einer systematischen, aufopfernden, freudigen Hilfe der russischen Werktätigen für das deutsche Proletariat.

In einer Delegiertinnenversammlung des Krasni-Presnenskier Rayons am 12. November 1923, an der 282 Delegiertinnen teilnahmen, sprach Genosse Finkowski über „Die Lage in Deutschland". Eine eifrige Debatte entstand. Die Genossinnen waren einig in dem Gedanken, sofort eine großzügige Hilfsaktion für das kämpfende deutsche Proletariat einzuleiten. Verschiedene Vorschläge wurden lebhaft erörtert: Bildung eines Unterstützungskomitees für die Kinder der Werktätigen Deutschlands, Errichtung eines Kinderheims für Berliner Arbeiterkinder. Schließlich einigte man sich auf den Plan, eine Liga zur Unterstützung der Kinder der Werktätigen Deutschlands zu gründen. Alle anwesenden Delegiertinnen wurden Mitglieder dieser Liga. Alle versicherten, ihr Möglichstes tun zu wollen, daß diese Organisation erfolgreich arbeiten könne; alle versprachen, sich dieser Arbeit mit Hingebung zu widmen. Gerade sie, die Arbeiterinnen von Krasni-Presni, die Mütter dieses Gedankens, würden sich mit allen Kräften für die Verwirklichung des Werkes einsetzen.

In derselben Versammlung wurde ein provisorisches Komitee der Liga gewählt und beschlossen, die Liga auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen. Mit den Delegiertenversammlungen aller Rayons, mit allen Arbeiterversammlungen sollten Verbindungen angeknüpft werden. Die organisatorischen Arbeiten, zum Beispiel Aufstellung eines Reglements, Ausarbeitung der nächsten Aufgaben, wurden dem neugewählten Komitee zugewiesen.

Am Schluß der Versammlung verpflichteten sich die Arbeiterinnen auf folgende Resolution, die einstimmig und mit großer Begeisterung angenommen wurde:

„Die Versammlung der Delegierten von Krasni-Presni, denen die Wunden des Jahres 1918 noch nicht vernarbt sind, empfinden die Schwierigkeiten des Kampfes der deutschen Proletariats besonders tief. Wir sagen: Deutsche Arbeiterinnen, laßt den Mut nicht sinken! Wir sind mit Euch, denn wir wissen, daß Euer Sieg unser Sieg ist, daß Eure Niederlage auch unsere Niederlage ist. Wisset, daß die Tränen und Leiden Eurer hungernden Kinder ebenso wie Eure auch unsere Mutterherzen zerreißen. Wir versprechen Euch, nicht mit Worten, sondern mit der Tat, mit allem zu helfen, was in unseren Kräften steht.

Es lebe die Vereinigung der Arbeiterklasse der ganzen Welt! Es lebe die Weltrevolution!"

In der Versammlung selbst wurden rührende Beispiele warmherziger, internationaler Solidarität kund. „Hier ist mein Ring," sagte eine der Delegiertinnen, „ ich hatte ihn aufbewahrt, um Holz dafür zu kaufen, jetzt aber soll er ein Scherflein für die deutschen Kinder sein." — Eine Bäuerin gab ihren Schmuck her, für den sie sich hatte Schuhe anschaffen wollen. Lieber wolle sie weiter barfuß gehen, wenn sie damit den deutschen Kindern etwas helfen könne. — Eine Arbeiterin brachte ein Kreuzchen. Dabei meinte sie: „Früher habe ich daran geglaubt, jetz gebe ich es hin für die Kinder der kämpfenden Arbeiter und Arbeiterinnen in Deutschland".

In dem Reglement der Liga kommt zum Ausdruck, daß ihre Mitglieder sich verpflichtet und berufen fühlen, die Hilfeleistung für die hungernden deutschen Kinder zu organisieren, da in ganz Sowjetrußland die Werktätigen bestrebt sind, das kämpfende Proletariat in Deutschland in diesen schweren Tagen zu unterstützen. Die organisatorischen Richtlinien geben bekannt, wie die Liga arbeiten wird. Vor allen Dingen soll eine eigene Presse geschaffen werden. In allen Gebieten, Gouvernements, Kreisen und Rayons wird man Zweigabteilungen der Liga ins Leben rufen.

Die ersten Sitzungen des Komitees beschäftigen sich mit der Ausarbeitung der Statuten, mit organisatorischen Angelegenheiten, z. B. Mitgliederbücher, Höhe der Beiträge, Abzeichen, Berufung von Genossen in die Geschäftsleitung der Liga, Schaffung eines Büros usw. Dann wurde das Präsidium beauftragt, einen genauen Plan für die nächsten Aufgaben auszuarbeiten. Genossin Riwlina machte den Vorschlag, zwecks gemeinsamen Arbeitens an den „Zentrosojus" (Vereinigung der russischen Konsumgenossenschaften) heranzutreten, der schon ein deutsches Kinderheim in Tambach-Dietharz in Thüringen geschaffen hat.

Im November und Dezember 1923 wurde eifrigst in ganz Sowjetrußland daran gearbeitet, überall Ortskomitees der Liga zu schaffen. In allen Betrieben und Büros sollen die Mitglieder der Liga Zellen bilden und überall unter der Arbeiterschaft für die Liga werben. Ein Aufruf wurde herausgegeben, der die Aufforderung an alle Werktätigen des Verbandes Sozialistischer Sowjet-Republiken enthält, zur Mithilfe und zur Mitarbeit für die Hungernden Deutschlands in die Liga einzutreten. Weiter sollen alle öffentlichen Arbeiterversammlungen, alle Sitzungen, Konferenzen, Kongresse ausgenützt werden, um für die Liga zu werben, um Sammlungen für das kämpfende deutsche Proletariat zu veranstalten, um „Subotniki" (freiwillige Überarbeit) zugunsten der deutschen Brüder und Schwestern zu organisieren usw. Geplant ist ferner die Vorbereitung einer großzügigen „Liga-Woche". In russischer und georgischer Sprache wurde ein wirksames Plakat mit folgendem Text herausgegeben:

„Arbeiterin und Mutter im freien Georgien! Hilf Deiner deutschen Schwesetrn, die Fesseln des Kapitals zu brechen! Unterstütze ihre hungernden Kinder!"

Die großzügige Aktion für die Liga, getragen von dem starken Solidaritätsempfinden des russischen Proletariats, angefeuert vom hochherzigen Enthusiasmus der russischen Arbeiterinnen, zeigt schon jetzt, nach so kurzer Zeit, glänzende Erfolge. Das Komitee der Liga konnte dem deutschen Reichskomitee der Internationalen Arbeiterhilfe bereits Ende Januar mitteilen, daß durch die Opferwilligkeit der russischen Arbeiterschaft schon der Fonds für die Errichtung und Unterhaltung von zehn Kinderheimen in Deutschland gesammelt sei.

So hilft das russische dem notleidenden deutschen Proletariat! In Deutschland jedoch werden unter sozialdemokratischem Einfluß die Sammlungen für die IAH., werden sogar Versammlungen und Kongresse dieser Organisation verboten, die dem Zwecke dienen sollen, den Hungernden Deutschlands zu helfen. Der russische Bruder, die russische Schwester helfen dem deutschen Proletariat in seiner schweren Zeit, während es die deutsche Bourgeoisie ruhig verhungern läßt.

Die deutsche Bourgeoisie wird ihr Ziel, die vollständige Knebelung des deutschen Proletariats, nicht erreichen. Gestärkt durch die Hilfe der russischen Brüder und der Arbeitsrüder der ganzen Welt, wird sich das deutsche Proletariat bald, bald erheben gegen die Feaktion, gegen die Ausbeuter, wird das deutsche Proletariat sie im Sturm hinwegfegen und sein Geschick in die eigene Hand nehmen!

Aufrufe

An die Arbeiter aller Länder!

Klassengenossen!

** In Deutschland ringt die Arbeiterschaft im schärfsten Kampfe um den Achtstundentag. Im November 1918 schloß die Bourgeoisie mit den Amsterdamer Gewerkschaftsführern den Pakt der Arbeitsgemeinschaft und schluckte den Achtstundentag, um die kapitalistische Wirtschaft vor der sozialen Revolution zu retten. Mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und Sozialdemokratie wurde die ökonomische und politische Macht des Unternehmertums immer mehr gestärkt. Die Bourgeoisie wälzte die Riesenlast der Kriegsschulden, Steuern und Kosten des Ruhrkrieges auf die Schultern des Proletariats. Durch katastrophalen Marksturz, wahnsinnige Teuerung, unerhörte Ausplünderung wurden die werktätigen Massen erbarmungslos in grauenhaftes Hungerelend gestürzt.

Seit der Ruhrbesetzung hat die Wirtschaftskrise katastrophale Formen angenommen. Riesengroß ist die Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter beträgt mehr als sieben Millionen. Diese Krise nützt die Kapitalistenklasse aus und führt mit aller Brutalität die schärfste Offensive gegeu die Grundrechte des Proletariats, gegen Koalitions- und Streikrecht, Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und vor allem gegen den Achtstundentag. Die Schwerindustriellen wollen durch zehn- und mehrstündige Arbeitszeit und Lohnabbau die Reparationszahlungen und Verpflichtungen des Micumvertrages aus den ausgehungerten Lohnsklaven pressen.

Neben der Beseitigung der gesetzlichen Schranken durch das Ermächtigungsgesetz haben die Kapitalisten, mit Stinnes an der Spitze, durch Produktionssabotage und Massenentlassungen den Boden für den zehn- bis zwölfstündigen Arbeitstag vorbereitet. **Heute führen sie mit den skruppellosesten Gewaltmitteln den Raub des Achtstundentages durch. Alle Machtmittel der faschistischen Militärdiktatur des General Seeckt stehen den Industriegewaltigen zur Verfügung.**

Dagegen hat die Arbeiterklasse durch die unerhörte und verräterische Politik der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie und Sozialdemokratie eine Machtposition nach der andern verloren. Trotzdem die Leipart und Graßmann sehr oft zur Beruhigung der Massen versicherten, daß am gesetzlichen Achtstundentag nicht gerüttelt werden darf, haben sie nie ernsthaft die Macht der Gewerkschaften gegen den Unternehmerangriff eingesetzt. Ja, sie haben sogar im Interesse des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft den Vorstoß der Unternehmer auf den Achtstundentag begünstigt und direkt erleichtert.

Auch die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale hat vollkommen versagt. Die von den Amsterdamer Führern auf den internationalen Kongressen zum Ausdruck gebrachten schönen Phrasen über den Kampf für den Achtstundentag und die sozialen Rechte der Arbeiter nützen den deutschen Arbeitern nichts, wenn die Taten ausbleiben.

Klassengenossen! Die Widerstandskraft des deutschen Proletariats wurde, mit Hilfe der Amsterdamer und sozialdemokra-

tischen Arbeiterverräter, durch Belagerungszustand, faschistische Militärdiktatur und riesige Arbeitslosigkeit geschwächt. Aber trotzdem spannt die deutsche Arbeiterschaft alle Kräfte an, um den Achtstundentag zu verteidigen.

Im Ruhrgebiet wurde den Bergarbeitern durch Zustimmung der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokraten die tägliche Arbeitszeit für Untertagsarbeit von 7 auf 8½ Stunden verlängert. Die Hütten- und Metallarbeiter weigerten sich, täglich länger als acht Stunden zu arbeiten und lehnten den Zehn- bis Zwölfstundentag ab. In fast allen größeren Städten in Rheinland-Westfalen sind die Berg- und Metallarbeiter in den Generalstreik getreten. Im mitteldeutschen Braunkohlengebiet stehen hunderttausend Proletarier im Generalstreik und wehren sich gegen die Einführung der Vorkriegsarbeitszeit. In den anderen Wirtschaftszentren kämpft die Arbeiterschaft ebenfalls hartnäckig gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. Noch größere Kämpfe stehen bevor.

Diese Kämpfe des deutschen Proletariats müssen unter den schwersten Bedingungen und mit zähem Opfermut geführt werden. Sie bedeuten, daß in Deutschland nicht bloß um die Verteidigung des Achtstundentages, sondern um die Macht zwischen Bourgeoisie und Proletariat gerungen wird. Der Kampf für den Achtstundentag ist zugleich ein Kampf gegen die faschistische Militärdiktatur und gegen die uneingeschränkte Herrschaft der Schwerindustriellen. Der Abwehrkampf gegen die Arbeitszeitverlängerung ist entscheidend für das Schicksal des deutschen und internationalen Proletariats.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Ihr müßt Euch darüber klar sein, daß der Kampf des deutschen Proletariats auch Euer Kampf ist. Wenn es gelingt, die deutschen Arbeiter zur zehn- und mehrstündigen Sklavenarbeit zu zwingen, so bedeutet das für die europäische Arbeiterschaft die größte Gefahr. Als Antwort auf die Schmutzkonkurrenz der deutschen Kapitalisten werden die ausländischen Industriellen unter Hinweis auf die niedrigen Löhne und die zehnstündige Arbeitszeit in Deutschland ihren Arbeitern Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit diktieren. Die Beseitigung des Achtstundentages in Deutschland wird in Frankreich, England, Belgien und in den anderen Ländern eine Verschärfung der Kapitalistenoffensive und eine kolossale Steigerung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Angesichts dieser Gefahren muß die Arbeiterschaft in allen Ländern die Kämpfe der deutschen Proletarier mit größter Aufmerksamkeit verfolgen und tatkräftig unterstützen. Sofort müssen unsere Genossen und die revolutionären Arbeiter aller Länder in **Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen ihre brüderliche aktive Solidarität** für die deutschen Klassengenossen zum Ausdruck bringen.

Klassengenossen! Fordert überall, in Versammlungen der Gewerkschaften und Betrieben, von den Instanzen der Amsterdamer Gewerkschaften und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, daß sie ihre Versprechungen und Beschlüsse der internationalen Kongresse für den Achtstundentag in die Tat umsetzen. Sind die reformistischen Führer nicht bereit, diesen Kampf aufzunehmen, so müssen ihn die Massen selbst führen.

Um den deutschen Arbeitsbrüdern schnelle und praktische Hilfe zu bringen, richtet die RGI. an die Proletarier aller Länder den Appell, sofort eine internationale Solidaritätsaktion zur Sammlung von Geldern zur materiellen Unterstützung der Streikenden und Ausgesperrten in Deutschland durchzuführen. Wenn die reformistischen Gewerkschaften in England, Frankreich, in der Tschechoslowakei und anderen Ländern, den deutschen Gewerkschaften Geld geben, so tun sie es nicht, um die revolutionären Kämpfe zu unterstützen, sondern um die Macht der arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsbürokratie zu stärken. Ganz offen hat das Gompers zum Ausdruck gebracht als er erklärte, man muß die deutschen Gewerkschaften deshalb finanziell unterstützen, weil sie sich als „bestes Bollwerk gegen den Bolschewismus" erwiesen haben.

Die **Rote Gewerkschaftsinternationale** dagegen fordert die Arbeiter aller Länder auf, Opfer zu bringen und Gelder zu sammeln für unsere deutschen Arbeitsbrüder und die proletarischen Massen, damit sie die schweren Kämpfe gegen die Kapitalsoffensive zum Siege führen können.

Klassengenossen! Geht sofort ans Werk! Handelt rasch! Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe! Beginnt sofort in allen Ländern mit einer internationalen Solidaritätsaktion für den Kampf der deutschen Arbeiter, denn der Sieg des deutschen Proletariats ist der Sieg des internationalen Proletariats.

Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Buchbesprechungen

„Bibliographie des wissenschaftlichen Sozialismus 1914—1922"*).

Von I. R. (Wien).

** Ernst Drahn, der bekannte Bibliograph, hat jetzt ein ziemlich dickleibiges Buch veröffentlicht, das beinahe berufen ist, eine empfindliche Lücke auszufüllen. Für den Marxisten, der auch inmitten seiner politischen Tagesarbeit Zeit finden muß für die wissenschaftliche Arbeit, wird diese Bibliographie des Sozialismus von großem Nutzen sein, sie wird die Arbeit des Zusammensuchens des notwendigen Materials ersparen oder wenigstens erleichtern. Dies um so mehr, da der Schwerpunkt der wissenschaftlichen sozialistischen Literatur noch immer in Deutschland geblieben ist. Der Marxismus und seine Dialektik als etwas spezifisch Deutsches existiert freilich nur in der Einbildung der Bourgeoisie, aber es ist trotzdem nicht zu leugnen, daß der Marxismus infolge der Sprache seiner Hauptwerke, seines wesentlichen Zusammenhanges mit der Hegelschen und Nach-Hegelschen deutschen Philosophie sowie nicht zuletzt infolge der wohl begründeten theoretischen und praktischen Vorherrschaft der deutschen Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit auch heute noch stark „deutsch" ist, wenigstens in dem Sinne, daß die bedeutendsten Werke der nichtdeutschen marxistischen Literatur ins Deutsche übersetzt werden müssen, um vor die „internationale Öffentlichkeit" zu gelangen. Darum ist die Arbeit Drahns als Hilfsmittel für marxistisch-wissenschaftliche Arbeit äußerst wertvoll.

Die Bibliographie ist systematisch, das heißt nach allgemeinen Gesichtspunkten geordnet, und es ist eine interessante Einleitung Ernst Drahns, „Zur Bücherkunde des deutschen Sozialismus", vorausgeschickt, die sich mit den Quellenwerken der Bibliographie des Sozialismus befaßt. Das Material ist nach folgenden Gesichtspunkten geordnet: Geschichte, Biographien, Marx-Engels, Lassalle, die Theorie von Karl Marx, Volkswirtschaft, Gewerkschaftsliteratur, Kultur, Philosophie, Religion, Rechtswesen, Kriegswissenschaft, Politik, dann das Verzeichnis von Protokollen, Beschlüssen, Programmen usw., ferner ein Zeitschriften- und Personenregister und zuletzt ein Verlegerverzeichnis nach politischen Richtungen. Außerdem zerfallen die Hauptgruppen in mehrere Unterabteilungen, wodurch die Orientierung noch mehr erleichtert wird. So zum Beispiel ist das Material des Kapitels „Geschichte" dreifach gegliedert: a) Allgemeines, b) Geschichte des Sozialismus, c) Geschichte der Revolutionen, wobei die sozialistische und Revolutionsgeschichte auch nach Ländern gruppiert ist, Deutschland außerdem auch noch zeitlich und geographisch. Die Bibliographie zieht in ihrer Systematik auch den Gesichtspunkt „Rußland" in Betracht, was nicht so sehr der subjektiven Einstellung des Verfassers entsprungen ist, als vielmehr infolge des Umstandes notwendig wurde, daß für die deutsche Wissenschaft, besonders der Nachkriegszeit, der Sozialismus und Marxismus wieder zu einem theoretisch zu bewältigenden Problem wurde, und das Problem „Rußland" objektiv in den Mittelpunkt aller Betrachtungen über Sozialismus und Arbeiterbewegung gerückt wurde. Andererseits aber wäre es interessant, an der Hand der Bibliographie Drahns zu untersuchen, wie das theoretische Interesse der Bourgeoisie zur Bewältigung der Probleme ihrer eigenen Gesellschaft im allgemeinen abgenommen hat.

Auf die eventuellen Mängel der Drahnschen Bibliographie wird man dann erst aufmerksam machen können, wenn diese inmitten ihrer Benützung ans Tageslicht kommen. Nur einen kleinen Irrtum, der uns zufällig auffiel, wollen wir hier vermerken: in der Abteilung „Geschichte der Revolutionen" ist die Broschüre Wilhelm Neménys: „133 Tage Bolschewistenherrschaft" in der Unterabteilung „Rußland" vermerkt, während sie die ungarische Diktatur behandelt. Die Bibliographie wäre vollständiger gewesen, wenn sie das Material auch nach der politischen Richtung des Verfassers geordnet hätte. Drahn gibt dies übrigens selbst zu, indem er sich mit Knappheit an Zeit entschuldigt. Alles in allem ist die Bibliographie eine sehr wertvolle Arbeit.

*) Ergänzungsband zur „Systematischen Bibliographie der wissenschaftlichen Literatur Deutschlands", verfaßt von Ernst Drahn, herausgegeben im Auftrage der Berliner Vertretung des russischen Volkskommissariats für Bildungswesen von Dr. Friedrich Braun und Dr. Hans Praesent, 1923.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 22. 18. Februar

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Die Lehren der deutschen Ereignisse und die Taktik der Einheitsfront.*)

Von G. Sinowjew.

** Die Ereignisse, die sich in Deutschland im Laufe der letzten Wochen abgespielt haben, und die Taktik der Kommunistischen Partei im Verfolg dieser Geschehnisse sind von der Art, daß sie vor allen Sektionen der Kommunistischen Internationale bis ins letzte klargestellt werden müssen. Jeder denkende Kommunist muß sich seine Gedanken machen über das, was in Deutschland vor sich gegangen ist, muß Antwort suchen auf eine Reihe „verdammter Fragen", die mit diesen Ereignissen verbunden sind. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale ist der Meinung, daß jetzt schon der Augenblick gekommen ist, da man darüber öffentlich sprechen kann und sprechen muß.

Im Oktober vorigen Jahres kamen sowohl die KPD. wie die Exekutive der Komintern zu dem Ergebnis, daß die revolutionäre Krise in Deutschland derart herangereift sei, daß der bewaffnete Aufstand nur eine Frage von Wochen sei. Die Vorgänge haben bewiesen, daß unsere Erwartungen übertrieben waren. Einige Genossen stellen die Frage so: „Die revolutionäre Krise in Deutschland war tatsächlich reif bis zum äußersten; die siegreiche bewaffnete Erhebung war", so sagen sie, „im Oktober möglich, aber die KPD. versäumte den richtigen Augenblick, und gerade darum gerieten wir in die Lage, in der wir uns augenblicklich befinden." Wir halten eine solche Diagnose für völlig unrichtig. Die KPD. hat in diesen kritischen Wochen viele Schwächen erkennen lassen, eine Reihe ernster Fehler begangen, doch wir sind keineswegs der Ansicht, es sei ein Fehler gewesen, daß die Partei im Oktober das Proletariat nicht zum Entscheidungskampf aufgerufen hat.

Nicht nur die technische, nein, auch die politische Vorbereitung reichte — das ist jetzt klar — nicht für entscheidende Kämpfe aus. Die hochsteigende Welle der politischen Streiks im August 1923 ließ uns glauben, die KPD. habe schon die Mehrheit des gesamten Proletariats hinter sich oder zum mindesten die Mehrheit seiner ausschlaggebenden Schichten. Die KPD. war nur — wie auch jetzt — auf dem Wege zur Eroberung dieser Mehrheit. Aber sie hatte sie noch nicht. Die zweite Hälfte September und der Anfang Oktober waren gerade die geeignetste Zeit zur Organisierung einer Reihe von Demonstrationen und Aktionen zwecks Hineinziehung großer Schichten der Arbeiterschaft in den aktiven Kampf. Aber ausgerechnet das wurde nicht gemacht. Die Hoffnung einiger Genossen, es werde gelingen, „mit einem Male" — sprunghaft — die Massen zur bewaffneten Erhebung zu bringen, waren unbegründet. Die technische Vorbereitung — wir haben den Organisationsapparat der Partei im Auge, die Bewaffnung der Arbeiter, den Grad der inneren Festigkeit der Roten Hundertschaften usw. — war, wie sich zeigte, ganz minimal.

Auf der anderen Seite wurden die technischen und politischen Kräfte des Gegners nicht nach Gebühr eingeschätzt. Inzwischen hat sich schon herausgestellt, daß der Gegner wenigstens über eine halbe Million Bewaffneter verfügt. Zugleich entwickelte der Feind weitaus mehr politische Elastizität und Anpassungsfähigkeit als man voraussetzen konnte, und es erwies sich, daß die deutsche Sozialdemokratie dem gegenrevolutionären Lager noch näher steht, als irgend einer von uns hätte vermuten können.

Fehler über die Festsetzung der Fristen, in der Beurteilung des Tempos sind unvermeidlich; die Revolutionäre haben sich getäuscht und werden sich noch täuschen. Die Aufgabe besteht darin, diese Fehler möglichst rasch zu verbessern und die nötigen Richtigstellungen vorzunehmen.

Auch im gegebenen Falle ist ein Fehler in der Einschätzung des Tempos der Geschehnisse unterlaufen.

Und nichts destoweniger bleibt die Beurteilung der Lage der Dinge in Deutschland, wie sie im Oktober gegeben wurde, richtig. Die KPD. darf keinesfalls die Frage des bewaffneten Aufstandes und der Eroberung der Macht von der Tagesordnung absetzen. Im Gegenteil, diese Frage muß vor uns stehen in ihrer ganzen Leibhaftigkeit und Dringlichkeit. So groß auch die Teilsiege der deutschen Gegenrevolution sein mögen, sie sind nicht entscheidend.

Nach der Niederlage der russischen Revolution im Jahre 1905 erklärten die Menschewiki die Revolution für tot und begraben. Die Bolschewiki aber sagten: Die objektiven Aufgaben der Revolution sind nicht gelöst — eine zweite Revolution wird kommen.

In diesem Streite von grundlegender Wichtigkeit behielt der Bolschewismus recht. Die zweite Revolution kam und siegte. Zugleich aber irrten sich die Bolschewiki im einzelnen bei der Abschätzung des Zeitpunktes der zweiten Revolution. Sie erwarteten eine neue Erhebung in den Jahren 1906 und 1907. Irrten sie sich so in der Frage des Tempos und der Frist, so irrten sich die Bolschewiki nicht bei der grundlegenden Einschätzung der Klassenkräfte.

Eine proletarische Revolution in Deutschland ist unvermeidlich. Der nächste Zeitabschnitt wird zweifellos eine neue Verschärfung der revolutionären Krise in Deutschland mit sich bringen. Die objektiven Aufgaben der Revolution sind nicht gelöst. Alle die gewaltigen Kräfte, die Deutschland geradenwegs auf die proletarische Revolution zutreiben, sie wirken nicht nur

*) Nachstehender Artikel, der die Grundlage der Resolution des EK. der KI. bildete, wurde vor der Beratung mit den deutschen Genossen geschrieben.

fort, sondern sie verstärken sich noch. Zwischen der russischen Revolution von 1905 und der von 1917 lagen 12 Jahre. Seit der Zeit der ersten deutschen Revolution sind schon fünf Jahre vergangen. Doch das Entwicklungstempo hat sich beschleunigt. Es ist ganz unzweifelhaft, daß es bis zur zweiten Revolution in Deutschland nicht Jahre dauern wird, sondern viel weniger. Die Taktik der KPD. und der ganzen Kommunistischen Internationale muß darauf beruhen, daß die proletarische Revolution in Deutschland eine Frage der nächsten Zeit ist.

Der Übergang der KPD. aus der Legalität zur Illegalität vollzieht sich mit riesigen Schwierigkeiten, aber im großen wird die Partei mit ihren Aufgaben fertig. Die Opfer sind groß, die Schwierigkeiten unermeßlich, aber es ist schon jetzt klar, daß es keinem Seeckt gelingen wird, die KPD. auf lange zu lähmen.

•

Die Taktik der Einheitsfront fand besonders in Deutschland ernsthafte Anwendung. Die starken und schwachen Seiten dieser Taktik erhellen am besten aus der deutschen Erfahrung der letzten Zeit. Um die Sektionen der Kommunistischen Internationale auf den rechten Weg zu führen, müssen wir besonders aufmerksam den Versuch der Anwendung der Taktik der Einheitsfront in den sich entwickelnden stürmischen Ereignissen studieren.

Die starken Seiten der Taktik der Einheitsfront bewährten sich am glänzendsten gerade in Deutschland. Auf dem III. Weltkongreß der Komintern wurden besonders eingehend die Aufgaben der KPD. diskutiert — im Zusammenhang mit der Niederlage, die das deutsche Proletariat in den Märzkämpfen des Jahres 1921 davontrug. Gerade damals wurde von der Kommunistischen Internationale die Losung aufgestellt: Heran an die Massen! Gerade damals erklärte die Komintern den deutschen Kommunisten, daß es sich jetzt nicht um den Kampf um die Macht handle, sondern nur um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Nach den Beschlüssen des III. Weltkongresses ging die KPD. an eine besonders ernsthafte und systematische Durchführung der Taktik der Einheitsfront. Je planmäßiger diese Taktik durchgeführt wurde, um so mehr Verwirrung entstand in den Reihen der Sozialdemokratie, desto mehr Sympathie fanden wir bei den Massen. Die ganze objektive Lage in Deutschland begünstigte die Taktik der Einheitsfront. Und wenn gut zwei Jahre nach diesem Beschluß des III. Weltkongresses, das heißt im Laufe einer verhältnismäßig kurzen Zeit, die KPD. so bedeutende Schichten des deutschen Proletariats auf ihre Seite gezogen hat, so erklärt sich dies zweifellos dadurch, daß die KPD. in diesen Jahren die Taktik der Einheitsfront richtig angewandt hat.

Mögen wir auch im Oktober 1923 noch keine sichere Mehrheit im deutschen Proletariat gehabt haben, aber allein schon die Tatsache, daß die KPD., die noch vor ganz kurzer Zeit eine kleine Handvoll Menschen darstellte, sich im Herbst 1923 ernstlich die Frage stellen konnte, ob sie nicht schon eine sichere Mehrheit im deutschen Proletariat hat, beweist, daß die Taktik der Einheitsfront im ersten Stadium ihrer Anwendung in Deutschland ihr Ziel erreicht hat. Die Ereignisse in Deutschland gehen jetzt einen Gang, der der KPD. zur dauernden Eroberung und Festhaltung der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse nicht wenig zu tun übrig läßt. Doch kann man auf jeden Fall ohne weiteres behaupten, daß die KPD. in der ersten Periode der Durchführung der Einheitsfront im ganzen richtig vorgegangen ist, als es sich um die Durchführung der elementaren Aufgabe handelte, die fortgeschrittensten Schichten des Proletariats auf unserer Seite zu ziehen und sie dem Einfluß der Sozialdemokratie zu entreißen.

Die Kritik aus den Reihen der „linken" Opposition, die versucht, die Taktik der Einheitsfront überhaupt zu verwerfen, ist durch und durch falsch. Die „linken" Genossen beschuldigen hier und da die Mehrheit der KPD., daß sie sich bei der Durchführung der Taktik der Einheitsfront allzusehr nach den zurückgebliebenen Schichten des Proletariats gerichtet habe, die noch im Schlepptau der Sozialdemokratie seien. Dieser Vorwurf ist völlig unberechtigt. Das Wesen der Einheitsfronttaktik erfordert gerade die allmähliche Befreiung der am meisten zurückgebliebenen mittleren und auch der höchststehenden Schichten der Arbeiterschaft vom Einfluß der gegenrevolutionären Sozialdemokratie. Will man diese Aufgabe mit Erfolg lösen, so muß man eben bei seinem agitatorischen Vorgehen mit der Stimmung und der Psychologie gerade dieser zurückgebliebenen Schichten rechnen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1921, während des ganzen Jahres 1922 und in der ersten Hälfte des Jahres 1923 hat die KPD. die Taktik der Einheitsfront mit Erfolg angewandt. Hier kamen mit besonderer Augenscheinlichkeit — wie sonst nirgends — die starken Seiten dieser Taktik zur Geltung.

•

Doch die Geschehnisse der letzten Monate in demselben Deutschland haben mit eben derselben Augenscheinlichkeit bewiesen, wie groß die Gefahren sind, die mit der Durchführung der Taktik der Einheitsfront verbunden sind.

Erinnern wir uns, daß schon bei den ersten Formulierungen der Taktik der Einheitsfront die Komintern aufs nackdrücklichste alle Parteien auf die Gefahren hingewiesen hat, mit denen die Durchführung dieser Taktik verbunden ist. In den ersten Leitsätzen zur Frage der Einheitsfront, die von der Exekutive der Komintern Ende 1921 angenommen wurden, haben wir geschrieben:

„Indem sie den vorgezeichneten Plan zur Durchführung empfiehlt, weist die Exekutive der Komintern alle Bruderparteien zugleich auf die Gefahren hin, mit denen sie unter bestimmten Bedingungen verbunden sein kann. Nicht alle Kommunistischen Parteien sind genügend gefestigt und gekräftigt, nicht alle haben endgültig mit der zentristischen und halbzentristischen Ideologie gebrochen. Fälle von Überspannung nach der anderen Seite sind möglich, Tendenzen, die in Wirklichkeit die Auflösung der Kommunistischen Parteien und Gruppen in einen formlosen Einheitsblock bedeuten würden. Soll die geplante Taktik mit Erfolg für die Sache des Kommunismus durchgeführt werden, so müssen die Kommunistischen Parteien, die diese Taktik anwenden, selbst stark und gut zusammengefaßt sein und ihre Führung muß sich durch Klarheit des Denkens auszeichnen."

Und um ihren Gedanken noch klarer zum Ausdruck zu bringen, fuhr die Komintern in denselben Leitsätzen fort:

„In den Gruppierungen innerhalb der Komintern selbst, die mit mehr oder weniger Recht als rechte oder gar halbzentristische gelten, finden sich zweifellos Tendenzen von zweierlei Art. Einige Elemente haben tatsächlich nicht mit der Ideologie und den Methoden der II. Internationale gebrochen, haben sich noch nicht befreit von der Pietät vor deren früheren organisatorischen Macht und suchen halbbewußt oder unbewußt Wege zu einer ideologischen Verständigung mit der II. Internationale und demzufolge auch mit der bürgerlichen Gesellschaft. Andere Elemente kämpfen gegen den formalen Radikalismus, gegen die Irrtümer der sogenannten „Linken" usw., um die Taktik der jungen Kommunistischen Parteien geschmeidiger und beweglicher zu gestalten und ihnen so die Möglichkeit zu sichern, schneller in die dichten Massen der Arbeiterschaft zu dringen. Der rasche Entwicklungsgang der Kommunistischen Parteien hat schon immer diese beiden Strömungen, äußerlich betrachtet, in dasselbe Lager getrieben, scheinbar in ein und diselbe Gruppierung. Die Anwendung der von uns bezeichneten Methoden, deren Aufgabe es ist, der kommunistischen Agitation einen festen Stützpunkt in einheitlichen Massenaktionen des Proletariats zu geben, wird am allerbesten innerhalb der Kommunistischen Parteien wahrhaft reformistische Tendenzen enthüllen und — bei richtiger Anwendung der Taktik — die innere revolutionäre Konsolidierung der Kommunistischen Parteien außerordentlich fördern, da sie, dank der praktischen Erfahrung, die ungeduldigen oder sektiererisch gestimmten linken Elemente neu erziehen und andererseits die Parteien von dem reformistischen Ballast reinigen wird."

Denselben Gedanken unterstrich auch der IV. Weltkongreß der Komintern in seiner Resolution über die Arbeiterregierung. In dieser Resolution lesen wir:

„Bei allen ihren großen Vorzügen hat die Losung der Arbeiterregierung, wie übrigens die ganze Taktik der Einheitsfront, auch ihre Gefahren. Um diese Gefahren zu vermeiden, um schon jetzt den Kampf aufnehmen zu können gegen die Illusionen von einer angeblich unvermeidlichen Etappe der ‚demokratischen Koalition, dürfen die Kommunistischen Parteien folgendes nicht vergessen: Jede bürgerliche Regierung ist zugleich auch eine kapitalistische Regierung, aber nicht jede Arbeiterregierung ist wirklich eine proletarische, sozialistische Regierung."

Dieser Warnungen des III. und IV. Kongresses der Komintern zu gedenken, ist im höchsten Maße gerade jetzt zeitgemäß, wo sogar der KPD., einer der besten Parteien der Komintern, bei Anwendung der Taktik der Einheitsfront schwere Fehler unterlaufen sind.

Der schwerste der Fehler dieser Art, die von der KPD. begangen wurden, ist ihr Vorgehen in Sachsen. Der Eintritt der

Kommunisten in die sächsische Regierung wurde von der Komintern aufgefaßt — und konnte nur so aufgefaßt werden — als ein militärisch-politischer Schritt, dessen Zweck war, der revolutionären Vorhut einen befestigten Stützpunkt für die weiteren Kämpfe zu erobern, **den unmittelbaren Kampf des deutschen Proletariats um die politische Macht im ganzen Lande zu entfesseln.**

Wenn auch die unmittelbar militärische Aufgabe sogleich in den Hintergrund trat — denn das Tempo der Ereignisse verlangsamte sich — so konnten und mußten die sächsischen Kommunisten auch dann noch vieles tun, vor allem aber folgendes:

1. Die Frage der Bewaffnung der Arbeiter unverhüllt aufs Tapet bringen. Schon in den ersten Stunden ihrer Teilnahme an der Arbeiterregierung durften die Kommunisten kein anderes grundlegendes Thema kennen als die Frage der Bewaffnung des Proletariats. Das war die Hauptbedingung, die auch die Exekutive der Komintern während ihrer Beratungen mit den deutschen Genossen hervorhob, als die Frage des Eintritts der Kommunisten in die sächsische Regierung entschieden wurde.

2. Die Kommunisten mußten mit demselben Nachdruck sofort die Frage der Sozialisierung der Großindustrie in den Vordergrund stellen, die Frage der Requirierung der Häuser der Bourgeoisie und der prunkhaften Villen für die obdachlosen Arbeiter und ihre Kinder, die Frage außerordentlicher revolutionärer Hilfsmaßnahmen für die Arbeitslosen, die Frage der sofortigen Verhaftung der Fabrikanten, die sich einer Produktionssabotage schuldig machten usw.

3. Die Kommunisten mußten den Gedanken der Schaffung politischer Arbeiterräte aufs entschiedenste zu beleben suchen.

4. Die Kommunisten hatten die Pflicht, schon von den ersten Stunden ihrer Teilnahme an der sogenannten Arbeiterregierung an die Charakterlosigkeit und das konterrevolutionäre Wesen der linken Sozialdemokratie mit Zeigner an der Spitze zu kritisieren und an den Schandpfahl zu stellen.

5. Die Kommunisten waren verpflichtet, die Frage des Bruches mit der linken Sozialdemokratie zu stellen, sobald es klar wurde, daß diese auch nicht zu einer einzigen entschiedenen revolutionären Maßregel greifen wollte.

Nichts von alledem wurde getan. Die kommunistischen Minister betonten mit außerordentlicher Beflissenheit, daß sie auf dem „Boden der Verfassung" stehen und wurden nicht müde zu wiederholen, daß sie „nur dem Landtag verantwortlich" seien. Das nahm der ganzen Agitation der Partei den Charakter, den sie hätte tragen müssen. Das Endergebnis: Wir erblicken nicht den kämpfenden Kommunismus, sondern eine recht zahme und loyale kommunistische Opposition gegen die „linken" Sozialdemokraten. Anstatt einer Kampfepisode, an Stelle der revolutionären Strategie sehen wir eine banale parlamentarische Arbeitsgemeinschaft mit den „linken" Sozialdemokraten. Es gab Augenblicke, wo die Partei oder zum mindesten ihre Vertreter in der „Arbeiter"regierung sich in die Gefangenen der „linken" Sozialdemokraten verwandelten.

Die sächsischen linken Sozialdemokraten mit Zeigner an der Spitze hielten eine enge Verbindung aufrecht mit den Elementen aus der Mitte der Sozialdemokratie. Diese wiederum ihrerseits befanden und befinden sich im Schlepptau der rechten Sozialdemokraten, die rechten Sozialdemokraten aber in dem Stresemanns, Stresemann in dem Seeckts, Seeckt aber in dem der offenen Faschisten. Das ist die ununterbrochene Kette.

Die KPD. muß die Fehler klar einsehen, die während des sächsischen Experiments begangen wurden, sonst wird zukünftig eine richtige Taktik der Partei unmöglich sein. Der Versuch in Sachsen hat die „linken" Sozialdemokraten endgültig diskreditiert. Er hat bewiesen, daß diese Helden von der traurigen Gestalt in Wahrheit Knechte der Gegenrevolution sind. Aber er hat zugleich bewiesen, daß sich auch in unserer Partei Elemente finden, die die Taktik der Einheitsfront nicht begriffen haben und nicht verstehen, sie revolutionär anzuwenden.

Die führenden Schichten der deutschen Sozialdemokratie sind im Augenblick nichts anderes als eine Fraktion des deutschen Faschismus mit sozialistischer Phraseologie. Das ist keine Übertreibung, das ist eine Tatsache. Der Faschismus ist eine Mischung der schwärzesten Gegenrevolution mit der verantwortungslosesten sozialen Demagogie. Einen Teil dieser „Synthese" stellen auch die führenden Schichten der gelben Sozialdemokratie dar. Allmählich wächst sich die ganze internationale Sozialdemokratie objektiv zu nichts anderem als zu einer Abart des Faschismus aus, das heißt zu einer von den Gruppen der Konterrevolution, was bedeutende Schichten der sozialdemokratischen Arbeiter nicht hindert, sich ganz ehrlich für Sozialisten zu halten. Kann irgend jemand daran zweifeln, daß die italienische Sozialdemokratie, an deren Spitze Turati und Modigliani stehen, im gegebenen Augenblick nichts anderes ist als eine Fraktion des italienischen Faschismus? Kann denn irgend wer zweifeln, daß — sagen wir — die bulgarische Sozialdemokratie, deren Führer Sakasow ist und die in das Ministerium des Faschisten Zankow eingetreten ist und die ärgste Henkersarbeit gegen Arbeiter und Bauern auf sich genommen hat, nichts anderes darstellt als eine Fraktion des bulgarischen Faschismus? Dasselbe gilt von der deutschen Sozialdemokratie im jetzigen Entwicklungsstadium. General Seeckt, der sich vom Faschismus in keiner Weise ernstlich unterscheidet, brauchte die deutsche Sozialdemokratie gar nicht zu besiegen. Die deutsche Sozialdemokratie selbst hat den General Seeckt gezeugt, hat ihn auf den Platz gestellt, den er nun einnimmt, und ist in der Tat seine Verbündete. Im Laufe von fünf Jahren, seit dem Oktober 1918, als die Macht der ersten deutschen Revolution in die Hände der sogenannten „Volksbeauftragten" geriet (drei Sozialdemokraten und drei Unabhängige Sozialdemokraten), haben die deutschen Sozialdemokraten und die deutschen Unabhängigen nichts getan, als langsam, bremsend, in das Lager der bürgerlichen Gegenrevolution hinabzugleiten, indem sie den Faschisten die Macht überließen. Nun ist dieser Prozeß seiner Vollendung nahe. Als gesetzlicher Erbe der ersten „revolutionären" Regierung Scheidemann-Haase erwies sich kein geringerer als ein Faschist, General Seeckt. Die Novemberrevolution hat den Faschismus in Hege und Pflege großgezogen. In einer Lage, die mit einigen ihrer Züge an die jetzige Lage in Deutschland erinnert — auf der Grenzscheide zwischen zwei Revolutionen — hat Genosse Lenin gesagt: Rußland zerfällt in drei Lager: 1. Das schwarze, rechte (Gutsbesitzer und Großkapital), 2. das schwankende Zentrum, die Mitte (Kleinbürgertum, Kadetten und sonstige „Demokraten") und 3. das linke Lager (Arbeiter, ein Teil der Bauernschaft).

Die Bolschewiki gaben sich sehr wohl Rechenschaft darüber, daß auch im ersten Lager Untergruppen bestehen, daß sich zum Beispiel die Kaufleute aus der Partei der Oktobristen von den eingefleischten schwarzen Gutsbesitzern aus dem „Russischen Volksverband" — die man jetzt Faschisten heißen würde — mehr oder weniger unterscheiden, daß zwischen dem ersten und zweiten Lager vermittelnde Gruppen stehen usw. Aber die Bolschewiki wußten, daß diese Abschattierungen und Einzelheiten keine ausschlaggebende Bedeutung haben. Die Bolschewiki lehrten das Volk und vor allem die Arbeiterklasse, über diese Teilung des Landes in drei Lager hinwegzukommen.

In der Hauptsache ebenso müssen die Kommunisten jetzt in Deutschland vorgehen. Wenn wir von den breiten Massen der Bevölkerung sprechen wollen, von den Millionen und aber Millionen, so ist auch das zeitgenössische Deutschland in drei Lager zerfallen.

1. Das schwarze, das die ganze Großbourgeoisie und einen wesentlichen Teil des mittleren Bürgertums sowie den reichsten Teil der Bauern vereint; in Wahrheit das faschistische Lager.

2. Weite Kreise des städtischen Proletariats, darunter auch ein erheblicher Teil der besser gestellten Arbeiter, die sich noch für Sozialdemokraten halten.

3. Der Hauptkern des städtischen Proletariats, der die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes erkannt hat.

Besieht man sich die Lage in ihrer Dynamik, so hat sich die Sache in Deutschland ungefähr so entwickelt:

Vor Ende September 1923 waren zwei Pole zu beobachten — das erste und das dritte Lager. Die mittleren, schwankenden Elemente (das zweite Lager) versuchten, einen mittleren, von Erschütterungen freien Weg zu finden, versuchten, den Kapitalismus zu retten.

Soweit es sich um die Menschenmassen handelt, so besteht auch heute noch solch ein zweites, mittleres Lager. Aber in den führenden Schichten der Parteien ist es seit Oktober zu einer Umgruppierung gekommen: es ist zu einem Übergang der führenden Schichten des zweiten Lagers (der sozialdemokratischen Führer) in das erste Lager gekommen. Die sozialdemokratischen Führer decken einfach das schwarze Lager.

Natürlich besteht ein Klassenunterschied zwischen Ebert und Seeckt, und man kann ihn nicht vergessen. Aber objektiv ist Ebert der Knecht und Gefangene Seeckts. Ebert und Severing können und wollen sich nicht aus der klammernden Umarmung des Faschismus reißen.

Daß Ebert und Seeckt in der gegebenen Zeitspanne dasselbe politische Ziel haben, darüber besteht kein Zweifel.

Spricht man von den Spitzen, von den politisch führenden Gruppen, so verschmelzen jetzt das erste und das zweite Lager in erheblichem Maße. Es versteht sich, zwischen Hitler-Ludendorff-Kahr-Knilling-Seeckt bestehen gewisse Unterschiede. Es bestehen Unterschiede und private Meinungsverschiedenheiten zwischen Severing, Ebert und Scheidemann auf der einen und Seeckt auf der anderen Seite. Ebert und Severing versuchen noch, sich auf die demokratischen Schichten der Bevölkerung zu stützen, darunter auch auf einen Teil der bestgestellten Arbeiter. Aber das alles sind doch nur Einzelheiten und Nuancen. In der Hauptsache sind sie unter sich einig. Es ist ihre gemeinsame Aufgabe, die proletarische Revolution in Deutschland zu ersticken.

Die Einzelheiten und die Schattierungen im feindlichen Lager sollen die deutschen Kommunisten nicht vergessen; aber am wichtigsten ist, daß das Volk, daß die Arbeiterklasse **das Wesen der Sache** versteht. Das Wesen aber der Sache besteht darin, daß General Seeckt ein Faschist ist wie andere, daß die Spitze der deutschen Sozialdemokratie durch und durch faschistisch geworden ist, daß sie sich tatsächlich mit General Seeckt, diesem deutschen Koltschak, nicht aufs Leben, wohl aber auf den Tod verbunden hat gegen die proletarische Revolution.

Und das ist der Grund, warum unsere ganze Stellung zur Sozialdemokratie einer Revision bedarf. Die Ereignisse der letzten Zeit haben mehr als zur Genüge bewiesen, daß die führenden Schichten der Sozialdemokraten bis zum Schluß die schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse sind und bis zur letzten Minute gegen das Proletariat kämpfen werden, jenseits der Barrikade. Die deutschen Kommunisten dürfen nicht vergessen, daß auch in Deutschland die bürgerliche Revolution vom November 1918, die Wilhelm stürzte und die Macht der „demokratischen Bourgeoisie" begründete, durchaus gegen den Willen der Führer der deutschen Sozialdemokratie ausbrach. Die ganze Taktik der Ebert und Scheidemann war bis zur letzten Minute darauf gerichtet, Wilhelm II. die Krone zu erhalten. Um so mehr werden die Scheidemann, Ebert, Wels und Müller bis aufs letzte gegen die heraufziehende **proletarische** Revolution kämpfen.

Noch gefährlicher als die Politik der Scheidemann und Ebert ist die Politik der jetzigen „linken" Sozialdemokratie. Der gefährlichste Feind der proletarischen Revolution im heutigen Deutschland ist die sogenannte „linke" Sozialdemokratie. Sie ist die letzte Illusion der sozialdemokratischen Arbeiter, sie ist die letzte historische Maskerade. Die deutschen Kommunisten dürfen nicht vergessen, daß sich unter den linken Sozialdemokraten im besten Falle solche Helden finden wie Zeigner, die großmütig darauf eingehen, mit den Kommunisten im „parlamentarischen" Rahmen zusammenzuarbeiten, daß aber solche „linke" Sozialdemokraten, die bereit wären, ihr Schicksal mit dem der Kommunisten zu offenem Kampf mit der Waffe in der Hand wider die Bourgeoisie zu verbinden, wildlebend nicht vorkommen. Den offenen Verrätern von der Art eines Noske und Ebert glauben selbst die einfachen sozialdemokratischen Arbeiter nicht. Aber den „linken" Sozialdemokraten, diesen Rosenfeld, Crispien, Zeigner und Levi, die in Wahrheit der schmutzigen, gegenrevolutionären Politik der rechten Sozialdemokraten nur zur Verhüllung dienen — ihnen glaubt ein erheblicher Teil der Arbeiter immer noch.

Der Augenblick ist gekommen, da die KPD. vor dem ganzen Land offen erklären muß, daß sie Verhandlungen und Übereinkommen jedweder beliebigen Art mit dem Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie ablehnt. Denn mit den offen gegenrevolutionären Bourgeois, die in diesem Parteivorstand sitzen, haben wir nichts zu verhandeln. Entweder siegt in Deutschland die faschistische Bourgeoisie und die käuflichen Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands werden, im Dienste der Faschisten, weiterhin ihr Mütchen an den Arbeitern kühlen, oder das deutsche Proletariat wird siegen, und dieser Sieg wird dann schon in jedem Falle dem sozialdemokratischen Parteivorstande zuleide erfochten werden.

Der Augenblick ist da, wo die KPD. offen aussprechen muß, daß sie ebenso Verhandlungen und Übereinkommen mit der zentralen Gruppe der sogenannten „linken" Sozialdemokraten ablehnt, so lange diese Helden nicht zumindest den Mut finden, mit der konterrevolutionären Bande, die sich im Parteivorstande der deutschen Sozialdemokratie festgesetzt hat, organisatorisch zu brechen.

Die Einheit von unten. Das ist's, wohin uns in Deutschland die Taktik der Einheitsfront geraden Wegs geführt hat.

Schon in den ersten Einheitsfrontthesen der Kommunistischen Internationale (Dezember 1921) haben wir geschrieben (und damit den Bruderparteien die Erfahrung der russischen Bolschewiki in Erinnerung gebracht):

„Dem diplomatischen Spiel der menschewistischen Führer haben die russischen Bolschewiki zwecks Gegenwirkung die Losung der „Einheit von unten" entgegengestellt, d. h. die Einheit der Arbeitermassen selbst im praktischen Kampfe um die revolutionären Forderungen der Arbeiter an die Kapitalisten. Die Praxis hat bewiesen, daß das die einzig richtige Antwort war. Und das Ergebnis dieser Taktik, die sich entsprechend den zeitlichen und örtlichen Umständen wandelte: eine riesige Zahl der besten menschewistischen Arbeiter wurden allmählich auf die Seite der Bolschewiki gezogen!"

Der Moment ist gekommen, da die KPD. ihren Fehler verbessern muß, da sie es fertig bringen muß, die Losung der Einheit von unten zu lebendiger Wirklichkeit werden zu lassen. Unter den Arbeitern, die noch der deutschen sozialdemokratischen Partei angehören, herrscht eine Gärung von bisher nie dagewesener Stärke. Die sozialdemokratischen Arbeiter suchen neue Wege und sehen den Bankrott der sozialdemokratischen Führer. So entschieden wir Verhandlungen, welcher Art auch immer, mit den gegenrevolutionären Spitzen ablehnen, so haben wir doch — das versteht sich — keinerlei Gründe, lokale Verhandlungen und Übereinkommen mit den sozialdemokratischen Arbeitern abzulehnen in all den Orten, wo wir es mit ehrlichen Proletariern zu tun haben, die aufrichtig den rechten Weg suchen und bereit sind, ihre Ergebenheit für die Sache der Revolution durch die Tat zu beweisen.

Einer der Umstände, die die tatsächliche Herstellung der Einheit von unten erleichtern, ist der jetzige innere Zustand der deutschen Sozialdemokratie. Man kann ohne Übertreibung sagen: die heutige deutsche Sozialdemokratie ist tatsächlich nur noch ein lockeres Gefüge schlecht untereinander verbundener Organisationen mit grundverschiedener politischer Einstellung. Die Rolle des Parteivorstandes spielt in Wirklichkeit die Parlamentsfraktion; aber gerade diese sozialdemokratische Parlamentsfraktion ist in den Augen der einfachen Parteimitglieder am allermeisten kompromittiert.

Wollten wir formal folgerichtig bis aufs letzte sein, müßten wir von jeder sozialdemokratischen Ortsorganisation als Vorbedingung des Abschlusses der Einheitsfront mit uns auch den Bruch mit dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fordern. Allein das ist im gegenwärtigen Augenblick als Regel nicht möglich. Schon die Tatsache, daß die gegebene örtliche sozialdemokratische Organisation ein ernstliches Übereinkommen mit der KPD. trifft und zusammen mit ihr den Kampf gegen das bestehende Regiment aufnimmt, bedeutet den tatsächlichen Bruch mit der gegenrevolutionären Spitze der deutschen Sozialdemokratie.

Doch um diese Taktik der lokalen Abmachungen und der Einheit von unten durchführen zu können, muß die KPD. sich der begangenen Fehler bewußt werden. Verbessern wir diese Fehler nicht, so laufen wir Gefahr, die Taktik der Einheitsfront zu kompromittieren, die bisher richtig war und es noch eine ganze Zeit lang bleiben wird.

Die Losung der **Einheit von unten** darf unter keinen Umständen allzu mechanisch aufgefaßt werden. Auch die Einheit von unten fordert Organisierung und Planmäßigkeit. Man muß es verstehen, diese Losung nicht nur in den allgemeinen Arbeiterversammlungen, nicht nur vor den Massen zu verteidigen, sondern man muß es auch verstehen, der Einheit in den Versammlungen der jeweils gewählten Vertreter, in den einzelnen Gewerkschaften, in den Betriebsräten, in den Arbeiterzentren der einzelnen Kreise und Städte organisiert und planmäßig zum Leben zu verhelfen. Man muß es verstehen, von unten auf die Sache der Einheit systematisch weiterzutreiben, einem Gliede immer ein weiteres hinzuzufügen, um schließlich die Einheit der arbeitenden Massen in dem Umfange durchgesetzt zu haben, der allein den Sieg sichern kann.

*

Fehler bei der Durchführung der Taktik der Einheitsfront waren unvermeidlich. Wir haben diese Fehler in einer ganzen Reihe von Ländern gesehen. In Frankreich verstand Anfang des Jahres 1922 ein erheblicher Teil der Partei die Taktik der Einheitsfront nicht und fürchtete aufrichtig, diese Taktik könne ein ideelles Zugeständnis an die Sozialdemokratie bedeuten. In England verstand anfangs ein Teil der Genossen die

Taktik der Einheitsfront so, daß er den falschen Schluß zog, als dürften die Kommunisten die opportunistische Arbeiterpartei im Parlament nicht kritisieren. In Finnland zog man Fehlschlüsse von beiläufig ähnlichem Charakter. In Rumänien glaubte ein Teil der Genossen aufrichtig, die Taktik der Einheitsfront laufe auf die parlamentarische Zusammenarbeit mit den rechten Sozialdemokraten hinaus. Die Kommunistische Partei Italiens beging lange Zeit einen Fehler entgegengesetzter Art und verstand es nicht (zum Teil versteht sie es auch heute noch nicht), die Taktik der Einheitsfront zur Enthüllung der italienischen Sozialdemokratie anzuwenden. Eine Reihe anderer Parteien faßte anfänglich diese Taktik zu mechanisch auf und dachte, es genüge, den Sozialdemokraten einmal im Monat einen schablonenhaften Offenen Brief zu schreiben und ihn dann zu vergessen, und verstand es nicht, im Zusammenhang mit der Taktik der Einheitsfront, einen aktuellen politischen Kampf zu führen usw.

Und trotzdem glauben wir nicht, daß die schlechte Durchführung bedeutet, daß der Gedanke an sich nicht richtig ist. Die falsche Durchführung der Taktik der Einheitsfront in einer ganzen Reihe von Ländern, insbesondere im Anfang, bedeutet nicht, daß die Taktik selbst falsch ist. Haben wir zum Beispiel nicht dasselbe bei dem Gedanken des revolutionären Parlamentarismus gesehen? Die Taktik der revolutionären Ausnützung des Parlamentarismus war und bleibt völlig richtig. Aber die praktische Durchführung gelang und gelingt uns zum Teil auch jetzt noch nur mit großer Mühe. Aber das bedeutet keineswegs, daß die recht haben, die grundsätzlich den revolutionären Parlamentarismus ablehnen. Das gilt in noch höherem Grade von der Taktik der Einheitsfront.

Es ist nur nötig, daß sich alle Kommunisten klar Rechenschaft darüber geben, was die Taktik der Einheitsfront ist und was sie sein soll. Man muß ein für allemal begreifen, daß für die Kommunistische Internationale die Taktik der Einheitsfront nur eine Methode der Agitation unter den Arbeitern war, die noch der Sozialdemokratie vertrauen — eine Methode, die gerade der gegebenen Epoche angepaßt ist. Und man muß nur ein für allemal den Gedanken fallen lassen, die Taktik der Einheitsfront sei irgend etwas ganz Besonderes, ja, daß sie etwa berechnet sei auf die Möglichkeit eines kürzer oder länger dauernden Bundes zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, eines Bundes, der es ermöglichen solle, im Rahmen der Demokratie für die ganze Übergangszeit eine „Arbeiterregierung" ans Ruder zu bringen und dort zu erhalten usw. Diese letztere Illusion muß man, soweit sie noch hier und da besteht, endgültig aufgeben.

Die Losung der „Arbeiterregierung" (oder der Arbeiter- und Bauernregierung) war und bleibt eine ausgezeichnete agitatorische Losung. Besser als irgendeine andere ist sie geeignet, um die Fahne des Kommunismus nicht nur die kommunistische Vorhut zu scharen, sondern auch die eine Mittelstellung einnehmenden Schichten, die noch zwischen uns und den Sozialdemokraten stehen, und unter günstigen Umständen auch die Schichten der Nachhut des Gros der proletarischen Infanterie. Doch es wäre das größte Unglück für die internationale Arbeiterbewegung, wollten wir in der Arbeiterklasse die Illusion wachrufen, als könnte die Arbeiterregierung tatsächlich auf friedlichem parlamentarischen Wege im Ergebnis einer Vereinbarung mit den sozialdemokratischen Führern erobert werden. In allen wichtigeren Ländern Europas ist die Lage der Dinge so, daß, wenngleich die Sozialdemokraten — was sich von ihnen gar nicht erwarten läßt — alle wie ein Mann zu dem Entschlusse kämen, auf die Seite der Arbeiter überzugehen, daß also auch dann eine friedliche Beilegung der Krise unmöglich wäre. Dieselbe Sozialdemokratie hat in einer Reihe von Jahren alles Mögliche und Unmögliche getan, um die Diktatur der Bourgeoisie zu befestigen, die jetzt so stark ist, daß sie ihre Macht unter dem Einfluß friedlicher „demokratischer" Einwirkungen nicht abgeben wird. Zugleich aber denken die Führer der Sozialdemokratie nicht nur gar nicht daran, auf die Seite des kämpfenden Proletariats überzugehen, sondern werden im Gegenteil mit jedem Jahr entschiedenere Parteigänger der bourgeoisen Gegenrevolution, und sind zu guterletzt schon so weit heruntergekommen, daß sie ein Flügel des Faschismus wurden.

Die Diktatur der Bourgeoisie muß abgelöst werden von der Diktatur des Proletariats, das geführt wird von der Kommunistischen Partei: Das ist es, was wir den Arbeitern beibringen müssen. Systematisch, ohne Wanken, unter Ausnützung jedes geeigneten Beispiels, jedes großen Ereignisses des Bürgerkrieges, besonders solcher wichtiger Begebenheiten wie der deutschen, muß die Kommunistische Internationale den weitesten Arbeiterkreisen klarmachen, daß die Hoffnung auf irgendeinen friedlichen Übergang zur Arbeiterregierung (oder zur Arbeiter- und Bauernregierung) im Rahmen der Demokratie nicht erfüllbar ist. Wir müssen den Arbeitern auseinandersetzen, daß die Einheitsfront der Proletarier den Kampf erheblich erleichtern und ihn mit dem Siege krönen, aber keinesfalls durch eine glatte, friedliche, demokratische, schmerzlose Entwicklung ersetzen wird. Die Taktik der Einheitsfront ist eine Taktik der **Revolution** und nicht der **Evolution**. Diese Taktik ist nur deshalb gut, weil sie **den Erfolg** der Revolution sichert und durchaus nicht darum, daß sie die Revolution durch eine friedliche Evolution ersetzt.

Die Taktik der Einheitsfront als eine Methode der Agitation unter den breiten Schichten der Arbeiter ist natürlich einem bestimmten Zeitabschnitt angepaßt, eben dem Zeitabschnitt, wo die Kommunisten in fast allen für die Arbeiterbewegung ausschlaggebenden Ländern sich noch in der Minderheit befinden, wo unmittelbar revolutionäre Schlachten noch nicht geschlagen werden. Entsprechend der Änderung der Lage wird es notwendig werden — und es ist schon nötig — die Taktik der Einheitsfront in ihrer Anwendung zu ändern. Schon jetzt muß in den verschiedenen Ländern die praktische Durchführung dieser Taktik verschieden sein. Um nur ein Beispiel anzuführen, weisen wir darauf hin, daß die Modifikation der Taktik der Einheitsfront, wie sie weiter oben für Deutschland vorgezeichnet wurde, im gegebenen Augenblick zum Beispiel gar nicht für Polen paßt. Die Sektionen der Kommunistischen Internationale müssen lernen, unter der allgemeinen Kontrolle der Exekutive der Komintern die Taktik der Einheitsfront so durchzuführen, wie es der konkreten Lage eines jeden gegebenen Landes angepaßt ist.

Die Ereignisse in Bulgarien, Polen und Deutschland, die sich im September bis November 1923 abgespielt haben, sind zweifellos der Anfang eines neuen Kapitels in der Geschichte der internationalen Revolution. In dem Maße, wie der Kampf hitziger werden und mehr und mehr den Charakter des Entscheidungskampfes annehmen wird, werden wir noch mehr als einmal die Art der Anwendung der Einheitsfronttaktik in den einzelnen Ländern ändern müssen. Es wird die Zeit kommen — sie ist nicht ferne — wo ganze jetzt noch starke sozialdemokratische Parteien mit Getöse zusammenbrechen, wo vor unseren Augen die Amsterdamer Gewerkschaften wie Seifenblasen zerplatzen, wo ganze Schichten der sozialdemokratischen Arbeiter in Massen zu uns übergehen werden. Die Taktik der Einheitsfront beschleunigt den Eintritt dieses Augenblickes. Doch wenn er da ist, müssen wir, versteht sich, die daraus folgenden taktischen Schlüsse ziehen.

Die einzelnen schüchternen Versuche der linken Kommunisten, die Fehler, die selbst in der besten Sektion der Kommunistischen Internationale — in der deutschen — vorgekommen sind, auszuschlachten zur Liquidierung der Taktik der Einheitsfront selbst, müssen entschieden zurückgewiesen werden. Die Taktik der Einheitsfront war und bleibt richtig, ungeachtet der Fehler, die selbst in Deutschland vorkamen. Die Komintern kann nicht zulassen, daß mit dem Bade auch das Kind ausgeschüttet wird. Unsere Aufgabe ist es, aus den begangenen Fehlern zu lernen, wie wir sie fernerhin vermeiden. Aber unter keinen Umständen ist es unsere Sache, zu diesen Fehlern noch neue, größere zu begehen.

Die Exekutive der Komintern ist tief davon überzeugt, daß es die KPD., die jetzt jeden Tag die größten politischen Erfahrungen sammelt, verstehen wird, rasch mit den begangenen Fehlern fertig zu werden und den rechten Weg zu finden. Die Exekutive der Komintern glaubt, daß für eine pessimistische Beurteilung der deutschen Ereignisse kein Grund vorhanden ist. Wahrhafte Revolutionäre, echte Kommunisten erschrecken nicht vor Schwierigkeiten und schwanken nicht bei den ersten Niederlagen. Die Aufgabe, die vor der KPD. steht, ist wahrhaft grandios. Sie und niemand anders muß das 15 bis 20 Millionen Köpfe starke deutsche Proletariat in den Kampf führen. Die Kämpfe, die in Bälde in Deutschland entbrennen werden, werden nicht nur die Geschicke des deutschen, sondern auch des gesamten europäischen Proletariats entscheiden. Die Kommunisten der ganzen Welt verfolgen mit der größten Sympathie den heldenhaften Kampf der KPD., die jetzt unter der Herrschaft des weißen Terrors ficht, unter dem Regen der Kugeln und den hageldichten Schlägen, mit denen die verräterische Sozialdemokratie sie aus dem Hinterhalte bedenkt. Die brüderliche Unterstützung der Kommunistischen Internationale im ganzen und ihrer einzelnen Sektionen ist der KPD. sicher.

Lehren der deutschen Ereignisse.

Vorliegender Beschluß, der für die gesamte Komintern von großer Bedeutung ist, wurde in einer vor kurzem abgehaltenen, gemeinsamen Besprechung des EK. der KI. mit den Vertretern der Zentrale der KPD. gefaßt.

Innerhalb der Zentrale der KPD. hat eine sich aus der verflossenen politischen Krise ergebende ernste Umgruppierung der Kräfte stattgefunden.

Es hat sich eine Rechte (Brandler) herauskristallisiert, die jedoch in der Zentrale eine verschwindende Minderheit an Stimmen erhielt (2 Stimmen gegen 27). Ferner hat sich eine kompakte Richtung herausgebildet, die zurzeit den Kern der Partei repräsentiert (17 Stimmen der Zentrale). Endlich besteht noch die alte Linke, Berlin-Hamburg.

Das EK. der KI. vertritt die Auffassung, daß im gegebenen Augenblick die volle Zusammenfassung des zentralen Kerns mit der Linken gegen die opportunistischen Fehler der Rechten erforderlich ist. Der vorliegende Beschluß, der mit Hilfe der Unterstützung des EK. der KI. diese beiden Richtungen, die neunundneunzig Hundertstel der gesamten KPD. vertreten, einigte, bildete gerade den Beginn einer solchen Zusammenfassung.

Für diese Resolution stimmten alle in Moskau anwesenden Vertreter der Sektionen der Komintern (darunter auch die Kommunisten Polens).

Im letzten Augenblick schlossen sich auch die Anhänger des Genossen Brandler der Resolution in ihrem wesentlichen Teil an, wobei sie eine besondere Erklärung abgaben.

Das EK. der KI. ist überzeugt, daß die Vereinigung des zentralen Kerns mit der Linken gegen die opportunistischen Fehler der Rechten es der KPD. erleichtern wird, die großen, ihr bevorstehenden Aufgaben richtig zu lösen. Fraktionelles Vorgehen, welcher Art auch immer und von welcher Seite auch immer ausgehend, wird von dem EK. der KI. aufs schärfste verfolgt werden. G. S.

** Die Ereignisse in Deutschland, Polen, Bulgarien, die sich vom Mai bis November 1923 abgespielt haben, bilden den Anfang eines neuen Kapitels in der Geschichte der internationalen Bewegung.

In Deutschland trat der proletarische Klassenkampf im Zusammenhang mit der Entwicklung der Ruhrkrise aus der Phase der allmählichen Sammlung der revolutionären Kräfte in eine neue Phase, in der es sich um den Kampf um die Macht handelt.

Die geschichtliche Wendung, die sich im August, September vollzog, und die im Laufe des Herbstes eingetretenen Ereignisse sind angesichts der weittragenden Bedeutung der deutschen revolutionären Bewegung von höchster Wichtigkeit für die Kommunistische Internationale. Die Lehren und Folgerungen aus den dabei gemachten Erfahrungen müssen deshalb von der gesamten Kommunistischen Internationale aufs gründlichste ausgewertet werden.

Da die taktische Bewertung dieser Ereignisse sich fest auf dem grundsätzlichen Boden der KI. halten soll, will die Exekutive hier wieder einmal die in der gegenwärtigen Epoche sowohl grundsätzlich wie praktisch wichtigste taktische Methode der KI., die Taktik der Einheitsfront, ganz konkret charakterisieren.

I. Taktik der Einheitsfront.

Auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale wurden die Aufgaben der KPD. im Zusammenhange mit der Niederlage im März besonders eingehend diskutiert und in die Losung zusammengefaßt: Heran an die Massen! Im Dezember desselben Jahres wurde die Methode der Eroberung der Massen konkretisiert durch die Beschlüsse der Exekutive über die Einheitsfronttaktik.

In Deutschland ging die KP. sofort an eine ernsthafte Durchführung der Einheitsfronttaktik. Die ganze objektive Lage in Deutschland begünstigte diese Taktik. Durch ihre Arbeit hat die Partei große Erfolge davongetragen, immer mehr Sympathien bei den Massen erworben und in die Reihen der Sozialdemokratie Zersetzung hineingebracht.

Eine Reihe unserer Sektionen hat nur langsam, unter Überwindung vieler Widerstände und unter großen Fehlern die Einheitsfronttaktik anzuwenden begonnen. In Frankreich verstand im Jahre 1922 ein erheblicher Teil der Partei nicht den Sinn der Taktik der Einheitsfront und befürchtete aufrichtig, diese Taktik könne ein ideologisches Zugeständnis an die Sozialdemokratie bedeuten. In England verstand ein Teil der Genossen die Taktik der Einheitsfront so, daß er den falschen Schluß zog, als dürften die Kommunisten die opportunistische Arbeiterpartei im Parlament nicht kritisieren. In Finnland zog man Fehlschlüsse von ähnlichem Charakter. In Rumänien glaubte ein Teil der Genossen aufrichtig, die Taktik der Einheitsfront laufe auf die parlamentarische Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten hinaus. Die Kommunistische Partei Italiens beging lange Zeit einen Fehler entgegengesetzter Art und hielt sich von einer breiten Anwendung der Einheitsfronttaktik ab, aus Furcht, daß die programmatische und theoretische Reinheit der kommunistischen Bewegung dadurch kompromittiert werden könnte. Eine Reihe anderer Parteien faßte gleichzeitig diese Taktik zu mechanisch auf und dachte, es genüge, den Sozialdemokraten einmal im Monat einen schablonenhaften Offenen Brief zu schreiben und ihn dann zu vergessen. Sie verstanden nicht, im Zusammenhang mit der Auswirkung der Taktik der Einheitsfront, einen aktuellen politischen Kampf zu führen.

Die fehlerhafte Durchführung der Taktik der Einheitsfront in einer Reihe von Ländern, insbesondere im Anfang, bedeutet aber nicht, daß die Taktik selbst falsch ist. Dieser Schluß wäre ebenso verkehrt, wie die Ablehnung der revolutionären Ausnutzung des Parlamentarismus deshalb, weil einzelne Parlamentsfraktionen sie nur unter großen Fehlern zu lernen vermögen. Die Taktik der Einheitsfront an sich war und bleibt richtig, ungeachtet der gelegentlichen Fehler.

Die Taktik der Einheitsfront hat ihre starken Seiten und ihre Gefahren. Mögen wir auch im Oktober 1923 noch keine sichere Mehrheit im deutschen Proletariat gehabt haben, allein die Tatsache, daß die junge Kommunistische Partei sich im Herbst 1923 ernstlich die Frage stellen konnte, ob sie nicht schon eine sichere Mehrheit zur Machtergreifung hatte, beweist, daß die Taktik der Einheitsfront imstande ist, die wichtigste Voraussetzung der Machteroberung, die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats für die proletarische Revolution, zu schaffen. Wenn dabei die Kommunistischen Parteien auch die Psychologie und Stimmungen zurückgebliebener, unter dem Einfluß der Sozialdemokratie stehender Massen zu berücksichtigen haben, so ist das nicht ein Beweis für die Unrichtigkeit der Taktik selbst, sondern lediglich eine Gefahrenquelle bei ihrer Anwendung.

Schon in den ersten Leitsätzen der Exekutive vom Dezember 1921 wurde nachdrücklichst auf die Gefahren hingewiesen, mit denen die Taktik der Einheitsfront verbunden ist: „Nicht alle Kommunistischen Parteien sind genügend gefestigt und gekräftigt, nicht alle haben endgültig mit der zentristischen und halbzentristischen Ideologie gebrochen. Fälle von Überspannung nach der anderen Seite sind möglich, Tendenzen, die in Wirklichkeit die Auflösung der Kommunistischen Parteien und Gruppen in einen formlosen Einheitsblock bedeuten würden. Soll die geplante Taktik mit Erfolg für die Sache des Kommunismus durchgeführt werden, so müssen die Kommunistischen Parteien, die diese Taktik anwenden, selbst stark und gut zusammengefaßt sein, und ihre Führung muß sich durch Klarheit des Denkens auszeichnen."

Der IV. Weltkongreß wies gleichfalls auf die Gefahren hin, die sowohl die ganze Taktik der Einheitsfront wie die besondere Losung der Arbeiterregierung in sich birgt. Der Kongreß erklärte: „Um diese Gefahren zu vermeiden und schon jetzt den Kampf aufnehmen zu können gegen die Illusionen von einer angeblich unvermeidlichen Etappe der ‚demokratischen Koalition' dürfen die Kommunistischen Parteien folgendes nicht vergessen: Jede bürgerliche Regierung ist zugleich auch eine kapitalistische Regierung, aber nicht jede Arbeiterregierung ist wirklich eine proletarisch-sozialistische Regierung!"

Diese Warnungen der Komintern müssen gerade jetzt, nach den deutschen Ereignissen, in Erinnerung gebracht werden, da sogar die KPD., die nach der russischen Sektion reifste Partei der Internationale, große Fehler bei der Durchführung der Einheitsfronttaktik zugelassen hat.

Es ist notwendig, daß sich die Kommunisten in allen Ländern jetzt ganz klar darüber Rechenschaft ablegen, was die Taktik der Einheitsfront ist und was sie nicht ist. Sie ist eine Taktik der Revolution, nicht der Evolution. Wie die Arbeiter-

(und Bauern-) Regierung für uns kein festes, demokratisches Übergangsstadium sein kann, so ist auch die Taktik der Einheitsfront keine demokratische Koalition, kein Bündnis mit der Sozialdemokratie. Sie ist **nur eine Methode der revolutionären Agitation und Mobilisierung.** Alle anderen Auslegungen lehnen wir als opportunistisch ab.

Dies müssen wir klar im Auge behalten, nur dann hat für die Kommunistische Internationale die Taktik der Einheitsfront einen Sinn und kann dem Ziele dienen, das Gros des Proletariats für den revolutionären Machtkampf zu gewinnen.

Die Einheitsfronttaktik als Agitationsmethode unter breiten Arbeiterschichten paßt sich selbstverständlich einer bestimmten Epoche an, eben der Epoche, in der die Kommunisten fast aller für die Arbeiterbewegung entscheidenden Länder sich noch in der Minderheit befinden. Nach Maßgabe der Veränderung des konkreten Milieus wird man auch die Anwendung der Einheitsfronttaktik modifizieren müssen. Auch jetzt muß die Durchführung dieser Taktik in den verschiedenen Ländern verschieden sein. In dem Maße, in dem der Kampf stürmischer wird und mehr und mehr den Charakter des Entscheidungskampfes annimmt, werden wir noch mehr als einmal die Art der Anwendung der Einheitsfronttaktik in den einzelnen Ländern ändern müssen. Es wird die Zeit kommen, wo ganze, jetzt noch starke sozialdemokratische Parteien zusammenbrechen oder, beim Beharren auf ihrem Verrat, wie Seifenblasen zerplatzen werden; wo ganze Schichten der sozialdemokratischen Arbeiter den Frontwechsel zu uns vollziehen. Die Taktik der Einheitsfront fördert und beschleunigt diesen Prozeß.

II. Die revolutionäre Krise in Deutschland.

Bald nach der Besetzung des Ruhrgebietes durch die französischen Heere hat die Exekutive der Kommunistischen Internationale die Aufmerksamkeit aller Sektionen auf die kommende revolutionäre Krise gelenkt. Die internationalen Konferenzen in Essen und Frankfurt waren auch diesen Fragen gewidmet.

Daß in Deutschland eine neue revolutionäre Welle anzusteigen begann, signalisierten die großen Ruhrstreiks und Kämpfe Mai—Juni, der oberschlesische Streik, der Metallarbeiterstreik in Berlin, die Kämpfe im Erzgebirge, im Vogtland und der politische Massenstreik im August 1923, der den Sturz der Cuno-Regierung brachte. Die rapide Zuspitzung der Lage äußerte sich in Teuerung, Geldentwertung, Inflation, unmäßigem Steuerdruck, Abbau des Parlamentarismus, verstärkter Offensive des Kapitals nach einer noch schwachen Offensive des Proletariats, in Lebensmittelknappheit, Lohnabbau, Abbau sozialer Errungenschaften der Arbeiterklasse, ferner im Wachsen der separatistischen und partikularistischen Bewegungen, im Wachsen der Verelendung des alten und des neuen Mittelstandes, im Schwinden des Einflusses der demokratischen Mittelparteien. Alle Lasten des Ruhrkrieges wurden auf das Proletariat und die immer mehr proletarisierten Mittelschichten abgewälzt. Die Zuspitzung der Klassengegensätze schritt mit dem Zerfall der von ihren Kampfzentren abgetrennten deutschen kapitalistischen Wirtschaft schnell vorwärts.

In vielen Provinzen zogen hungernde Massen bewaffnet aufs Land, um sich die notwendigen Lebensmittel zu holen. Breite Mittelschichten gerieten in Verzweiflungsstimmung und schwankten zwischen den beiden Polen, die einen Ausweg zeigten, den Kommunisten und den faschistischen Gruppen. In den Großstädten kam es immer wieder zu Plünderungen, zu Hungerdemonstrationen, zu Krawallen.

Die Klassenkräfte haben sich in Deutschland in den Monaten bis zum Winter 1923 fortwährend zugunsten der proletarischen Revolution verschoben. Die 18 bis 20 Millionen Proletarier standen von Beginn der Ruhrbewegung an jeglicher nationalistischen Stimmung fern. Unter den 6 bis 7 Millionen städtischen Kleinbürgern und 4 bis 5 Millionen Kleinbauern, Siedlern und Pächtern ging eine tiefe Gärung vor sich.

Die demokratische Koalitionspolitik war offensichtlich bankrott. Die Sozialdemokratie, die mit den demokratischen bürgerlichen Parteien die Regierungsgewalt geteilt hatte, mußte sich entscheiden, ob sie in einen festen Block mit den Vertretern der Schwerindustrie und des reaktionären Militärs gehen werde, was sie dann auch tatsächlich durchführte.

Die KPD. hatte und hat noch die Aufgabe, die Zeit der internationalen Verwicklung, die durch die Ruhrkrise entstanden ist, die Zeit der inneren, unerhört schweren Krise des deutschen Kapitalismus und der sich vollziehenden Liquidation der Ruhrkrise auszunutzen zum Sturze der Bourgeoisie und zur Errichtung der proletarischen Diktatur.

Zu diesem Zwecke sollte die Partei das Industrieproletariat zum Kampfe gegen die deutsche Schwerindustrie und gegen den französischen Imperialismus mobilisieren, gleichzeitig aber die städtischen und ländlichen Mitteschichten mindestens neutralisieren, nach Möglichkeit aber unter ihre Führung ziehen.

Die erste Aufgabe konnte nur gelöst werden, wenn es gelang, die Massen des Proletariats in ihrer Mehrheit aus der Einflußsphäre der Sozialdemokratie jeglicher Schattierung zu befreien und so zu organisieren, daß sie zum Kampfe auf die Stellungen des Kapitalismus bereit waren.

Diese Aufgabe wurde nur ungenügend gelöst. Die Ursachen werden unten besonders erörtert.

Die zweite Aufgabe bedeutete im wesentlichen die Zerstörung des faschistischen Einflusses, Umbiegung der nationalistischen Stimmungen, den Willen, den Kampf gegen die deutschen Großkapitalisten und gegen den französischen Imperialismus im Bunde mit dem Proletariat zu führen. Diese Aufgabe wurde von der KPD. mit Erfolg in Angriff genommen, wie am besten der Antifaschistentag am 29. Juli 1923 zeigte. Breite Schichten der kleinbürgerlichen Bevölkerung sympathisierten damals bereits mit der KPD., der es gelungen war, die Heuchelei der „sozialen" Propaganda der Faschisten, ihre objektive Rolle als Helfer der die Nation verratenden Großbourgeoisie und die Gemeinsamkeit der Interessen von Proletariat und Kleinbürgertum in ziemlich hohem Grade diesen Schichten klarzumachen.

Die Zersetzung im Lager der Bourgeoisie wuchs während jeder Woche. Das Vertrauen zur KPD. wuchs ebenfalls. Es galt, dieses Vertrauen zu organisieren und alle Kräfte zum entscheidenden Schlage vorzubereiten.

Die KPD. wie die Exekutive der Komintern kamen in Beratungen mit den Vertretern der fünf größten Parteien im September zu dem Ergebnis, daß die revolutionäre Situation in Deutschland derart herangereift sei, daß der Entscheidungskampf nur eine Frage von wenigen Wochen sei.

Von diesem Zeitpunkt ab mobilisierte die Partei alle die ihr zu Gebote stehenden Kräfte und rüstete mit allen Mitteln zum Entscheidungskampf. Die Partei hat fieberhaft gearbeitet, um ihr letztes Mitglied zu aktivisieren und für die Anforderungen des Kampfes zu wappnen. Um das gesamte Proletariat in die revolutionäre Kampffront einzureihen, hat die Partei überall die Bildung lokaler Aktionsausschüsse angeregt und unterstützt. Eine intensive Arbeit wurde unter den Eisenbahnern, Elektrizitäts-, Staats- und Gemeindearbeitern geleistet.

Die Exekutive der KI. hat die gesamte Internationale, besonders aber die Sektionen der deutschen Nachbarländer und Sowjetrußland auf die nahende deutsche Revolution eingestellt und mit den einzelnen Sektionen ihre Aufgaben festgelegt.

III. Der Oktober-Rückzug und seine Ursachen.

Die KPD. war im Oktober trotz aller Schwächen bewußt auf den revolutionären Machtkampf eingestellt. Wenn es trotz der revolutionären Situation und trotz der Anstrengungen der KI. und KPD. weder zum revolutionären Entscheidungskampfe noch zu politischen Massenkämpfen kam, so infolge einer Summe von Fehlern und Mängeln, die teilweise opportunistische Abweichungen enthielten.

Mängel in der Einschätzung der revolutionären Entwicklung.

Die Reife der revolutionären Situation in Deutschland wurde von der Partei zu spät erkannt. Auch die Exekutive der KI. hat nicht energisch genug auf die herannahende Entscheidung aufmerksam gemacht, so daß die wichtigsten Kampfmaßnahmen verspätet in Angriff genommen wurden. Schon mit Ablauf der vorigen Periode (Cuno-Regierung, Ruhreinmarsch) hätte die Machtfrage aufgerollt und die technische Vorbereitungsarbeit begonnen werden müssen. Die Partei hat die Bedeutung der Massenkämpfe im Ruhrgebiet und in Oberschlesien als Zeichen des gestärkten Kraftbewußtseins und der wachsenden politischen Aktivität nicht rechtzeitig erkannt und erst nach dem Cuno-Streik die notwendige Umstellung begonnen.

Taktische Fehler.

Die Aufgabe, die zahlreichen Einzelaktionen von Juli bis September zu steigern, zu verbreitern und auf politische Losungen zuzuspitzen, wurde nicht erfüllt.

Nach dem Cuno-Streik wurde der Fehler gemacht, elementare Bewegungen bis zum Entscheidungskampfe verschieben zu wollen.

Einer der schwersten Fehler war es, daß die instinktive Rebellion der Massen nicht durch Einstellung auf politische Ziele systematisch in bewußt revolutionären Kampfwillen verwandelt wurde.

Die Partei versäumte es, energische, lebendige Agitation für die Aufgaben der politischen Arbeiterräte durchzuführen, Übergangsforderungen und Teilkämpfe aufs engste mit dem Endziel der Diktatur des Proletariats zu verbinden. Die Vernachlässigung der Betriebsrätebewegung machte es auch möglich, die Betriebsräte zeitweilig die Rolle der Arbeiterräte übernehmen zu lassen, so daß es in den entscheidenden Tagen an einem autoritativen Zentrum fehlte, um das sich die schwankenden Arbeitermassen hätten sammeln können, die dem Einfluß der SPD. entzogen worden waren.

Da auch andere Einheitsfrontorgane (Aktionsausschüsse, Kontrollausschüsse, Kampfkomitees) nicht planmäßig ausgenützt wurden, um den Kampf politisch vorzubereiten, so wurde der Kampf fast nur als Parteisache und nicht als einheitlicher Kampf des Proletariats aufgefaßt.

Politisch-organisatorische Schwächen und Mängel.

Die Partei hat nur sehr wenig die Fähigkeit entwickelt, ihren wachsenden Einfluß in den Massenorganisationen des Proletariats organisatorisch zu festigen. Sie verstand es noch weniger, ihre Kräfte konzentriert für eine längere Periode auf eine Kampfaufgabe zu richten.

Die technischen Vorbereitungen, die Umstellung des Organisationsapparates auf den Machtkampf, die Bewaffnung und die innere Festigkeit der Hundertschaften waren minimal. Die viel zu kurzfristige und überhitzte technische Vorbereitung brachte praktisch fast nichts; sie stellte zwar im technischen Sinne die Parteimitgliedschaft auf die Aktion ein, erfaßte aber die großen proletarischen Massen noch nicht.

Fehler in der Einschätzung der Kräfteverhältnisse.

Die Überhitzung in den technischen Vorbereitungen während der entscheidenden Wochen, die Einstellung auf die Aktion als Parteikampf und nur auf den „entscheidenden Schlag" ohne vorherige anwachsende Teilkämpfe und Massenbewegungen verhinderten die Prüfung des wirklichen Kräfteverhältnisses und machten eine zweckmäßige Terminsetzung unmöglich. Damit wurde auch die Feststellung, ob die Mehrheit der Arbeiterklasse an den entscheidenden Punkten der Führung der KPD. folgte, zu einer ganz unrealen und unsicheren Berechnung. Tatsächlich ließ sich nur feststellen, daß die Partei auf dem Wege war, die Mehrheit für sich zu erobern, ohne schon die Führung über sie zu besitzen.

Die Unterstützung der Kräfte der Konterrevolution bestand besonders darin, daß die Partei die Stärke der Sozialdemokratie als hemmende Kraft im Proletariat unterschätzte.

Die Partei hat auch den Charakter und die Rolle der linken SPD.-Führer verkannt und selbst in ihren Reihen die Illusion aufkommen lassen, als ob wir durch entsprechenden Massendruck diese Führer zwingen könnten, gemeinsam mit uns zum Kampfe aufzurufen.

Die falsche politisch-strategische Orientierung auf Sachsen.

Die starre Einstellung — nur aus der Verteidigung der mitteldeutschen Positionen zum entscheidenden Kampfe überzugehen — war falsch. Sie führte zur Vernachlässigung anderer wichtiger Industrie- und Kampfgebiete und brachte nach dem kampflosen Aufgeben der sächsischen Position eine starke Desorientierung. Es war ein verhängnisvoller Fehler, daß die Partei alles so restlos auf die sächsische Karte setzte, daß sie für den Fall des Mißlingens weder eine Rückzugslinie vorgesehen und sich zu sichern versucht hatte, noch über irgendeinen anderen Aufmarschplan verfügte.

Infolge all dieser Fehler und Mängel der Partei und der Schwäche der Arbeiterklasse ergab sich im letzten Augenblick das Ausweichen vor dem entscheidenden Machtkampf. Während in Bulgarien, da die Partei noch keine bewaffneten Kämpfe durchgemacht hatte, die Niederlage noch zur Grundlage künftiger Siege werden kann, befinden wir uns in Deutschland, nach den Niederlagen 1919 und der März-Niederlage 1921, bereits in der Situation, wo die Kommunisten es im Kampfe verstehen müssen, die Massen zum Siege zu führen.

Ein großer Fehler war es auf jeden Fall, daß die Partei es nicht verstand, sich sofort auf Teilkämpfe umzustellen, daß sie trotz teilweiser Vorbereitungen völlig kampflos vor dem Einmarsch der Reichswehr, der Verhängung des Reichsbelagerungszustandes und der Unterdrückung der Partei zurückgewichen ist.

IV. Das sächsische Experiment und die Hamburger Kämpfe.

Die Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschland, die Verschärfung der Wirtschaftskrise, die Einstellung der Partei auf entscheidende Kämpfe veranlaßten im Oktober die Exekutive der KI. und die KPD., das Experiment des Eintritts von Kommunisten in die sächsische Regierung zu unternehmen.

Der Sinn des Regierungseintritts in Sachsen war nach der Auffassung der Exekutive eine spezielle militärische und politische Aufgabe, die in einer Instruktion wie folgt präzisiert wurde:

„Da wir die Lage so einschätzen, daß der entscheidende Moment nicht später als in vier, fünf, sechs Wochen kommt, so halten wir es für notwendig, jede Position, die unmittelbar nützen kann, sofort zu besetzen. Auf Grund der Lage glauben wir, bei gegebener Lage muß man die Frage unseres Eintretens in die sächsische Regierung praktisch einstellen. Unter der Bedingung, daß die Zeigner-Leute bereit sind, Sachsen wirklich gegen Bayern und Faschisten zu verteidigen, müssen wir eintreten, sofort Bewaffnung von 50.000 bis 60.000 wirklich durchführen, den General Müller ignorieren. Dasselbe in Thüringen."

Unter den ursprünglich angenommenen Voraussetzungen hatte dieser Regierungseintritt den Beschlüssen des IV. Kongresses entsprochen. Die Entfesselung revolutionärer Kämpfe, das Zusammenschweißen der Arbeitermassen hätte die Voraussetzung des Eintritts in die sächsische Regierung sein müssen; der Regierungseintritt hätte sich auf Massenbewegungen stützen müssen. Wenn auch die direkte militärische Aufgabe verschoben werden mußte, weil das Tempo des revolutionären Prozesses sich verlangsamte, so konnten und mußten auch in diesem Falle die Kommunisten eine wirkliche revolutionäre Aktivität entfalten, wobei sich jedoch ein bedenkliches Versagen zeigte.

Sie waren vor allem verpflichtet, die Frage der Bewaffnung der Arbeiter brutal zu stellen; schon in den ersten Stunden ihrer Beteiligung an der Arbeiterregierung durften die Kommunisten kein anderes Grundthema kennen, als die Frage der Bewaffnung des Proletariats.

Sie waren außerdem verpflichtet, ihr proletarisches Rettungsprogramm vor den Massen wie auch die Propaganda für die politischen Arbeiterräte mit aller Kraft zu entwickeln, um diese Mittel der Sabotage der linkssozialistischen Minister entgegenzustellen. Sie waren auch verpflichtet, im Parlament und vor den Betriebsräten auf die sofortige Ergreifung revolutionärer Maßnahmen hinzuwirken, wie auf die Konfiskation der Betriebe von Fabrikanten, die zur Sabotage der Produktion griffen, auf die Requisition der Wohnungen reicher Familien für wohnungslose Arbeiter und ihre Kinder.

Gleichfalls waren die Kommunisten verpflichtet, schon von der ersten Stunde ihrer Regierungsbeteiligung an das doppelzüngige Verhalten Zeigners, seine hinterhältigen Verhandlungen mit den Militärdiktatoren wie die ganze konterrevolutionäre Rolle der linken SPD.-Führer vor den breitesten Massen zu brandmarken.

Infolge dieser Unterlassung, und da die Partei es nicht vorstand, die Massen zu mobilisieren, wurde das sächsische Experiment zu keiner Kampfetappe: an Stelle revolutionärer Strategie ergab sich eine unrevolutionäre parlamentarische Kooperation mit den „linken" Sozialdemokraten. Die besondere Berufung der kommunistischen Minister auf ihre Verantwortlichkeit vor dem Landtag und der Verfassung gegenüber konnte nicht geeignet sein, demokratische Illusionen zu zerstören.

Nur durch angepaßte revolutionäre Arbeit der gesamten Parteiorgane hätte die Chemnitzer Konferenz zu einem Erfolg für die Partei werden können. Die Partei ließ sich durch den Stoß des Gegners, die vorausgesehene Reichsexekutive, faktisch überraschen. Ein um so größerer Fehler war es, daß, obgleich der Generalstreik vorgeschlagen werden sollte, gar nicht versucht wurde, die Konferenz von ihrer Eröffnung an ausschließlich auf die Abwehr gegen die Reichsexekutive umzustellen. Das war ein Fehler, die das verräterische Spiel der linken SPD.-Führer zweifellos erleichtert haben.

Einen Gegenpol zu Sachsen bildet der **Hamburger Aufstand**. Hier zeigte es sich, daß bei überraschendem, kühnem Einsatz entschlossener Kampftruppen der Gegner militärisch im Angriff überrumpelt wurde. Aber es zeigte sich gleichzeitig, daß

solcher bewaffneter Kampf, selbst wenn er, wie in Hamburg, von der Bevölkerung nicht ohne Sympathie aufgenommen wird und von Massenbewegung gestützt wird, zum Scheitern verurteilt ist, wenn er isoliert bleibt und am Orte selbst nicht von einer Rätebewegung, deren Fehlen in Hamburg besonders stark empfunden wurde, getragen ist.

Der Kampf selbst wurde durch einander widersprechende Befehle aus dem Zentrum im Reich gestört, und selbst die vorhandenen Streikbewegungen erlitten unter dem Ausbleiben von Kampfesnachrichten aus dem Reich und durch das Eintreffen der Nachrichten vom Ausgang der Chemnitzer Konferenz Abbruch.

Trotzdem konnte der Hamburger Kampf mit musterhafter Disziplin abgebrochen werden. Seine Lehren sind wertvoll für Partei und Komintern. Besonders anzumerken ist das schuftige Verhalten der Hamburger SPD.-Führer, die die Militäraktion gegen die Aufständischen unterstützten. Ihr Verhalten ist die Kehrseite der Medaille, deren Vorderseite das Verhalten Zeigners und seiner „Linken" in Sachsen ziert.

Das sächsische Experiment hat erheblich die „linken" Sozialdemokraten diskreditiert; es hat gezeigt, daß sie in Wirklichkeit Knechte der Konterrevolution sind. Der Hamburger Aufstand hat das Kraftbewußtsein des deutschen Proletariats sehr gestärkt und der Sozialdemokratie selbst einen schweren Schlag versetzt.

Die KPD. muß diejenigen Fehler, die während des sächsischen Experiments und in Verbindung mit dem Hamburger Kampf gemacht wurden, klar erkennen. Ohne das ist eine richtige Taktik der Partei in Zukunft unmöglich.

V. Die Rolle der Sozialdemokratie und die Wendung in der Taktik der Einheitsfront in Deutschland.

Die leitenden Schichten der deutschen Sozialdemokratie sind im gegenwärtigen Moment nichts anderes als eine Fraktion des deutschen Faschismus in sozialistischer Maske. Sie haben die Staatsgewalt an die Vertreter der kapitalistischen Diktatur übergeben, um den Kapitalismus vor der proletarischen Revolution zu retten. Der Innenminister **Sollmann** führte den Belagerungszustand ein, der Justizminister **Radbruch** stellte die „demokratische" Justiz auf Sonderjustiz gegen das revolutionäre Proletariat um. Der Reichspräsident Ebert übergab auch formal die Regierungsgewalt an Seeckt, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion deckte all diese Handlungen, sie stimmte den Ermächtigungsgesetzen zu, die die Verfassung aufhoben und die Gewalt den weißen Generalen übergaben.

Die ganze internationale Sozialdemokratie wächst allmählich zu einem offiziellen Waffenträger der kapitalistischen Diktatur aus. Die Turati und Modigliani in Italien, die Sakasow in Bulgarien, die Pilsudski in Polen und die SPD.-Führer vom Schlage Severings in Deutschland sind direkte Teilnehmer an der Regierungsgewalt der kapitalistischen Diktatur.

Fünf Jahre lang haben die deutschen Sozialdemokraten aller Schattierungen den allmählichen Abstieg ins Lager der Konterrevolution betrieben. Jetzt ist dieser Prozeß seiner Vollendung nahe. Der gesetzmäßige Nachfolger der „revolutionären" Regierung Scheidemann-Haase ist der Faschistengeneral Seeckt.

Es gibt zwar auch Unterschiede im Lager der kapitalistischen Diktatur, es können sogar Diffenrenzen von solcher Bedeutung vorkommen, daß wir sie in unserem Klassenkampf ausnützen können. Zwischen Ebert, Seeckt und Ludendorff gibt es Schattierungen. Aber über den Schattierungen im Lager der Feinde dürfen die deutschen Kommunisten nie vergessen, daß die Hauptsache ist, der Arbeiterklasse zum klaren Bewußtsein zu bringen, was das Wesen der Sache ist: daß im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit die Führer der SPD. mit dem weißen General auf Leben und Tod vereinigt sind.

Diese Führer der deutschen Sozialdemokratie sind nicht erst heute auf die Seite des Kapitals übergegangen. Im Grunde genommen standen sie immer bei den Klassenfeinden des Proletariats. Erst jetzt ist das vor den Massen kraß zutage getreten, nachdem sie den Übergang von der kapitalistischen Demokratie zur kapitalistischen Diktatur vollzogen haben.

Dieser Umstand veranlaßt uns jetzt, die Taktik der Einheitsfront in Deutschland einer Modifikation zu unterziehen.

Mit den Soldknechten der weißen Diktatur gibt es kein Verhandeln! Das ist es, was jetzt alle Kommunisten in Deutschland klar erkennen und mit wuchtiger Sprache laut vor dem gesamten deutschen Proletariat verkünden müssen.

Aber noch gefährlicher als die rechten sind die linken SPD.-Führer, diese letzte Illusion der betrogenen Arbeiter, diese letzten Feigenblätter für die schmutzige konterrevolutionäre Politik der Severing, Noske und Ebert.

Die KPD. lehnt nicht nur jede Verhandlung mit der Zentrale der SPD. ab, sondern auch mit den „linken" Führern, bis diese Helden nicht wenigstens so viel Mannhaftigkeit finden werden, um offen mit der konterrevolutionären Bande, die in dem Parteivorstand der SPD. sitzt, zu brechen.

Die Wendung in der Einheitsfronttaktik in Deutschland heißt jetzt: **Einheit von unten!** Schon in den ersten Einheitsfrontthesen der Exekutive der KI. vom Dezember 1921 hieß es:

„Als Gegengewicht zum diplomatischen Spiel der menschewistischen Führer stellten die russischen Bolschewiki die Losung der **Einheit von unten** in den Vordergrund, das heißt der Einheit der Arbeitermassen selbst im praktischen Kampfe für die revolutionären Forderungen der Arbeiter gegen die Kapitalisten. Die Praxis hat gezeigt, daß das die einzig richtige Antwort war. Und als Ergebnis dieser Taktik, die von den Umständen von Ort und Zeit abhängigen Änderungen unterworfen war, wurde auch ein ungeheurer Teil der besten menschewistischen Arbeiter allmählich für die Kommunisten erobert."

Die KPD. muß es verstehen, die Losung der Einheitsfront von unten durchzusetzen. Unter den Arbeitern, die noch der SPD. angehören, gärt es wie noch nie. Sie sehen den Bankrott ihrer Führer und suchen neue Wege. Wir haben deshalb keinen Anlaß, lokale Unterhandlungen und Vereinbarungen mit den SPD.-Arbeitern abzulehnen, wo vor uns ehrliche Proletarier stehen, die bereit sind, ihre Hingebung an die Revolution zu beweisen.

Die Einheitsfrontorgane, die Betriebsräte, Kontroll- und Aktionsausschüsse, müssen so ineinander greifen und zu einem dichten Netze verwoben werden, daß sie schließlich zum zentral geleiteten Träger und Apparat des Machtkampfes des Proletariats werden.

VI. Unmittelbare Aufgaben der Partei.

Die Grundeinschätzung der Lage in Deutschland, die im September von der Exekutive der Komintern gegeben worden ist, bleibt im wesentlichen bestehen. Der Charakter der eingeleiteten Kampfphase sowie die Hauptaufgabe der Partei bleiben dieselben. Die KPD. darf die Frage des Aufstandes und der Machteroberung nicht von der Tagesordnung streichen. Diese Frage muß vor uns in ihrer ganzen Leibhaftigkeit und Dringlichkeit stehen. Wie groß auch die Teilsiege der deutschen Gegenrevolution sein mögen, sie lösen keines der Krisenprobleme des kapitalistischen Deutschland.

Darum ergibt sich in Verbindung mit den in den letzten Monaten gesammelten Erfahrungen für die KPD. eine Anzahl unmittelbarer Aufgaben.

Die Partei muß die Kämpfe des Proletariats gegen den Abbau des **Achtstundentages und der Arbeiterrechte** organisieren. Die Partei muß die **Erwerbslosenbewegung** organisatorisch und politisch mit der Bewegung der Arbeitenden verbinden und die große Gefahr abwenden, daß die Arbeiterklasse gespalten wird in hungernde Erwerbslose und Arbeitende, die noch ein Stückchen Brot haben. Die Partei wird diese Arbeit am besten leisten können, wenn sie die kommenden Wirtschaftskämpfe von vornherein so vorbereitet, daß sie nicht nur gegen Lohnabbau geführt werden, sondern **politische Ziele erhalten** unter der Losung: „Arbeit für die Arbeitslosen!"

Die Agitation der Partei muß den breitesten Massen zum Bewußtsein bringen, daß **nur die Diktatur des Proletariats** den breiten Massen Rettung schaffen kann. Diese Aufgabe muß verbunden werden mit dem Ziel der politischen **Vernichtung der Sozialdemokratischen Partei**, und das erfordert die **Organisation der Einheitsfrontorgane** und eine klare Zielsetzung in allen Teilkämpfen.

Die Partei muß über das Industrieproletariat hinaus das Landproletariat, die Angestellten und Beamten, die Kleinbauern, den proletarisierten Mittelstand zu erfassen und zu Verbündeten der Arbeiterklasse unter der Hegemonie der revolutionären Arbeiter zu machen suchen. Das wird geschehen durch klare eindeutige Agitation, durch die Propagierung des wirtschaftlichen Programms der KPD., durch die Bekämpfung etwa noch vorhandener Reste einer pazifistischen, westlichen Orientierung, durch Hinweis auf die nationale Rolle der deutschen Revolution und die Bedeutung eines Bündnisses der deutschen Räterepublik mit Sowjetrußland sowie durch zähe Organisationsarbeit in Kontrollausschüssen und ähnlichen Organen der revolutionären Bewegung.

Mit der Agitation und Propaganda muß die innerparteiliche wie die nach außen greifende Organisationsarbeit Hand in Hand gehen. Die KPD. muß nicht nur eine gute Agitationspartei, sondern auch eine ebensolche Kampfpartei sein. Mit aller Hartnäckigkeit muß die Bewaffnung der Arbeiter und die technische Vorbereitung der entscheidenden Kämpfe vor sich gehen. Die proletarischen Hundertschaften müssen in der Wirklichkeit und nicht bloß auf dem Papier geschaffen und von den Sympathien breiter Arbeitermassen getragen werden, die wiederum nur erworben werden durch die aktive Führung der KPD. in allen Tageskämpfen und Aktionen des Proletariats. Nur dann, wenn die Arbeitermassen in den Hundertschaften ihren Schutz bei Demonstrationen und Streiks, bei allen Zusammenstößen finden, werden die Hundertschaften von den Massen bei der Bewaffnung, Ausbildung und bei der Erkundung des Gegners mit vollem Herzen unterstützt werden.

Voraussetzung für alle diese Aufgaben ist eine gründliche Verwertung aller bisherigen Erfahrungen durch die Partei. Hierher gehört die Ausrottung jeglicher Reste der demokratischen Illusionen in der Partei wie auch der Vorstellung, als ob die SPD. oder ideologisch und organisatorisch fest umrissene Gruppen dieser Partei als solche revolutionäre Kämpfe führen könnten. Es muß in die Köpfe der Mitglieder gehämmert werden, daß die KPD. vor dem Siege der proletarischen Revolution die Partei des Aufstandes, die Partei der Zerstörung des kapitalistischen Systems ist und daß in allen Teilkämpfen ihre Arbeit nur dann revolutionär ist, wenn sie sich auf die Zerschlagung des Staatsapparates der Bourgeoisie richtet und das Ziel der Errichtung der proletarischen Diktatur jederzeit im Auge hat.

Die Kommunistische Partei ist die einzige revolutionäre Partei, sie ist stark genug, den Sieg der Massen des Proletariats gegen alle übrigen Parteien vorzubereiten und zu erringen, das muß die feste Überzeugung jedes Parteigenossen werden.

Um diese Einstellung der Partei zu erreichen, muß die KPD. die gemachten Erfahrungen in der ganzen Mitgliedschaft offen diskutieren. Die Partei muß es lernen, Diskussionen zu führen, ohne ihre Aktionskraft zu schwächen. Um ihre volle Aktionskraft zusammenzuschließen, soll sie es nicht versäumen, trotz aller Schwierigkeiten, trotz der Illegalität alle Differenzfragen zu klären und die Diskussion auf einem **Parteitag** abzuschließen.

Die Aufrechterhaltung der Parteieinheit ist eine absolute Forderung der Kommunistischen Internationale. Die Exekutive der KI. fordert auch die gesamte Mitgliedschaft der KPD. auf, alles aufzubieten, damit auf dem Parteitag die ganze Partei einheitlich und geschlossen die Fraktionskämpfe liquidiert und volle Aktionsfähigkeit erlangt.

Die Exekutive der Komintern macht alle Mitglieder der KPD. und alle übrigen Sektionen der Komintern auf die Riesenaufgaben der jetzigen revolutionären Krise aufmerksam. Die Exekutive ist der festen Überzeugung, daß die Erfahrungen der letzten Monate nicht vergeblich sind und, wenn sie ernsthaft beachtet und verwertet werden, den Sieg des Proletariats näherrücken.

Moskau, 21. Januar 1924.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 23. 19. Februar. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Die aktuellen Aufgaben der Innen- und Außenpolitik der SSSR. Von Rykow 249
Politik.
Nach England — Italien. Von Radek 250
Deutschland.
Die Thüringer Landtagswahlen. Von Höllein 251
Wirtschaft.
Das Problem der Stabilisierung der Mark. Von Varga. (Schluß) 252
Arbeiterbewegung.
Der Streik der britischen Dockarbeiter. Von Hardy . . 255
Die Unternehmerattacke auf den Achtstundentag in der Schweiz. Von Weber 256
Proletarische Frauenbewegung.
Das Präsidium des EK. der Komintern an die Zentral-Komitees aller Sektionen 257
Aus der Internationale.
Das Präsidium des EK. der Kommunistischen Internationale an alle Sektionen 258
Beschluß des Präsidiums des EKKI. über den Lyoner Kongreß der KPF. 258
Aus dem Lager der Gegner.
Die terroristische Tätigkeit der georgischen Menschewiki. Von Otto 258
Aufrufe.
An die deutschen Arbeiter! 259
Unsere Probleme.
Die Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien. Von Lothar 259
Buchbesprechungen.
„Wir Intellektuellen und der Faschismus." Von Müller 260
Buchanzeigen.
„Lenin." Von Sinowjew 260

Die aktuellen Aufgaben der Innen- und Außenpolitik der SSSR.

Von A. I. Rykow.

** Viele russische und ausländische Journalisten haben sich mit der Bitte an mich gewandt, über meine Wahl zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare und über die aktuellen Aufgaben der Außen- und Innenpolitik der Sowjetunion ein Interview zu geben.

Ich glaube, daß dabei überhaupt die Bedeutung der Tatsache der Ernennung dieser oder jener Person zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare unserer Republik überschätzt wird.

In der Sowjetrepublik ist die entscheidende und führende Kraft schon seit mehreren Jahren die **Kommunistische Partei**, unter deren unmittelbarer Führung die Oktoberrevolution vollbracht wurde. Diese Partei bleibt auch weiterhin an der Macht.

Die Fortsetzung der Politik der ersten sechs Revolutionsjahre.

Die schwersten Jahre des revolutionären Kampfes, die Errichtung der Organisationsgrundlagen und der Grundlagen der Innen- und Außenpolitik des neuen Staates durchlebten die Völker der Union unter der unmittelbaren Führung des Genossen Lenin. Die weitere Politik muß darin bestehen, daß wir unter viel leichteren Verhältnissen als während der vorausgegangenen sechs Jahre die bisher eingeschlagene Politik fortsetzen.

Während der vergangenen sechs Jahre konnte ich einer der nächsten Mitarbeiter auf dem Gebiete der Staatstätigkeit sein, und ich wurde auf Vorschlag des Genossen Lenin vor zwei Jahren zu seinem Stellvertreter im Rate der Volkskommissare und im Rate der Arbeit und Verteidigung gewählt. In jenen Perioden, wo der Zustand des Gen. Lenin ihm gestattete, seine Arbeit im Rate der Volkskommissare und im Rate der Arbeit und Verteidigung zu leisten, haben wir zusammen gearbeitet. Die Hauptaufgabe der künftigen Arbeit sowohl für mich persönlich wie auch für den Rat der Volkskommissare und den Rat der Arbeit und Verteidigung besteht in der Fortsetzung der unter der Führung des Genossen Lenin festgestzten Politik.

In den Fragen der Innen- und Außenpolitik wurden unlängst durch die Kongresse der einzelnen Bundesrepubliken und durch den II. Rätekongreß der Sowjetunion wichtige Beschlüsse gefaßt. Sie bestimmen die Tätigkeit der Sowjetregierung für die ganze künftige Periode.

Die Einmütigkeit, die in der einstimmigen Annahme der Resolutionen der jüngst beendeten Rätekongresse zum Ausdruck kam, beweist, daß die Politik der Regierung die vollkommene Unterstützung der gesamten werktätigen Masse der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken genießt.

Auf dem Gebiete der Außenpolitik fordern diese Beschlüsse die Fortsetzung des Kampfes um den Frieden und um die Festigung der internationalen Lage der Sowjetunion. Die Union der Sowjetrepubliken hat nie fremdes Gebiet bedroht und will nicht über fremde Völker herrschen. Aber die beunruhigende Lage des heutigen Europa, der Bankrott des Versailler Friedens zwingen die Sowjetregierung, die Kampffähigkeit der Roten Armee, die bedeutend verkleinert wurde, aufrecht zu erhalten, um jeden Angriff, woher er auch kommen möge, abwehren zu können.

Meine Berufung zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare fiel mit der Anerkennung unserer Republik durch England zusammen. Diese Anerkennung ist für uns um so wertvoller, als sie eine der ersten Taten der neuen englischen Regierung war und den Standpunkt breiter Kreise der englischen Arbeiterschaft zum Ausdruck bringt. Ich würde gern in dieser Anerkennung das selbstlose Bestreben der heutigen englischen Regierung nach neuen Wegen und nach der Herstellung friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern Europas und Asiens sehen.

Haben wir denn ein Interesse daran, daß unsere friedlichen Beziehungen zu anderen Ländern weiter ausgebaut und gefestigt werden? Natürlich haben wir Interesse daran. Wir brauchen diese Beziehungen zum möglichst schnellen Wiederaufbau der Produktivkräfte unseres Landes. Aber der Ausbau dieser Be-

ziehungen kann nur auf der Grundlage jener Errungenschaften und jener Ordnung erfolgen, die die Völker der Union als Ergebnis der Oktoberrevolution geschaffen haben. In der Sowjetunion ist heute nur eine Regierung denkbar, eine Regierung, die fest auf der Wacht der Errungenschaften der Oktoberrevolution steht, und nur eine solche Regierung wird die Unterstützung der 130 Millionen unserer Bevölkerung haben.

Die Überzeugung von der Beständigkeit der Republik der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmistenräte hat im siebenten Jahre nach der Oktoberrevolution das Bewußtsein der westeuropäischen Kreise genügend tief erfaßt. Darin besteht die Grundlage der Möglichkeit erfolgreicher geschäftsmäßiger Verhandlungen über die gegenseitigen Ansprüche.

Jene Länder, die den Weg einer nüchternen Stellungnahme zum großartigen revolutionären Umsturz in unserem Lande früher als andere betraten, haben, glaube ich, keinen Grund, es zu bereuen. Unsere Beziehungen zu Deutschland haben sich nach dem Rapallo-Vertrag mit großem Erfolg und großen beiderseitigen Vorteilen entfaltet. Ich hoffe, daß unsere Beziehungen zu diesem Lande sich auch weiterhin so erfolgreich entwickeln werden.

Die Unterstützung der Ostvölker.

Die allgemeine Sympathie der Ostvölker für Sowjetrußland, die außergewöhnliche Volkstümlichkeit, die der Name Lenins dort hat, ist das Resultat jener Politik, die Wladimir Iljitsch mit besonderer Zähigkeit durchsetzte: **uneigennützige Unterstützung der Ostvölker in ihrem Streben nach nationalem, kulturellem und wirtschaftlichem Wiederaufbau.** Diese Politik werden wir auch weiterhin fortsetzen, und ich bin überzeugt davon, daß sie zur Festigung unserer Beziehungen zu den türkischen, chinesischen, persischen, afghanistanischen und anderen Ostvölkern führen wird.

Die Bildung des Nationalitätenrates innerhalb der Union, als eines Gliedes der höchsten Organe unserer Union, bildet eine verfassungsmäßige Garantie dafür, daß die Interessen jener Nationalitäten, die während der ganzen Geschichte des zaristischen Rußlands am stärksten unterdrückt waren, vollkommen gewahrt bleiben.

Die Anerkennung der Sowjetmacht durch die neue englische Regierung gewährleistet die Möglichkeit eines Umschwunges in der Außenpolitik auch anderer Länder in der Richtung der Herstellung friedlicher und normaler Beziehungen mit der Sowjetunion. Solange das nicht erfolgt, werden wir gezwungen sein, wirtschaftliche Beziehungen nur mit jenen Ländern aufrecht zu erhalten, in denen wir zur Wahrung unserer Interessen genügende Garantien haben. In den nächsten Tagen müssen wir den Abschluß der ein wenig in die Länge gezogenen Verhandlungen mit Italien erwarten*), das unter den ersten Staaten war, die die Frage der Notwendigkeit der Wiederherstellung dauerhafter Beziehungen mit unserer Republik offen auf die Tagesordnung setzten.

Der Wiederaufbau und die Entwicklung der Volkswirtschaft.

Auf dem Gebiete der Innenpolitik besteht unsere Hauptaufgabe wie bisher im Wiederaufbau und der Entwicklung unserer Wirtschaft, in erster Linie in der Entfaltung des Warenverkehrs zwischen Stadt und Land. Die Entwicklung der Ausfuhr der landwirtschaftlichen Produkte, die Organisierung des landwirtschaftlichen Kreditwesens, die Vergrößerung der Anbaufläche und der allgemeine Aufschwung der Landwirtschaft müssen die Kaufkraft der Hauptmassen unserer Bevölkerung — der Bauernschaft — heben und dadurch die Entwicklung der Industrie, die Erhöhung der Zahl der beschäftigten Arbeiter und ihres Arbeitslohnes sichern. Der Ausbau der Genossenschaften, die Besserung des gesamten Handelsapparats und die Verringerung der Betriebsunkosten sowohl auf dem Gebiete der Industrie wie auch des Handels garantieren die Belebung des Warenverkehrs zwischen Stadt und Land.

In der nächsten Periode wird die Verbesserung unseres Budgets und unseres Geldverkehrs die größte Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Die vom II. Rätekongreß der Union angenommenen Beschlüsse bezüglich der Geldreform werden zur Festigung des gesamten Warenverkehrs unseres Landes führen.

Das vergangene Jahr hat einen genügend raschen Fortschritt im Wiederaufbau unserer Wirtschaft durch innere Kräfte ohne eine bedeutende Beteiligung des westeuropäischen Kapitals gezeigt. Die Besserung der Beziehungen zu den westeuropäischen Ländern (Deutschland, England, Italien) kann die Beschleunigung dieses Wiederaufbauprozesses — mittels der Heranziehung westeuropäischen Kapitals sowohl in der Form von Darlehen wie auch in der Form von Konzessionen — mit sich bringen.

Die Verbesserung des Staatsapparats.

Die Aufgabe der Sowjetregierung besteht darin, daß sie in voller Übereinstimmung mit der gesamten werktätigen Bevölkerung der Union von Tag zu Tag, ohne die geringste Möglichkeit unausgenützt zu lassen, für den Wiederaufbau der Produktivkräfte und die Besserung der internationalen Lage unseres Landes sorgt. Von großer Bedeutung ist in der gegenwärtigen Periode die Verbesserung unseres Staatsapparats und seiner alltäglichen praktischen Tätigkeit entsprechend den durch die letzten Rätekongresse gefaßten Beschlüsse. Unser Staatsapparat muß für die richtige und rechtzeitige Durchführung der durch die obersten Machtorgane unserer Union herausgegebenen Direktiven sorgen.

Die Unterstützung der armen Bauernschaft.

Der wirtschaftliche Zusammenschluß zwischen Stadt und Land, das Bündnis der Arbeiter und Bauern ist die wichtigste Tagesparole für den ganzen Staatsapparat. Sowohl bei der Durchführung dieses Zusammenschlusses wie auch bei der Lösung aller Fragen unserer Steuer-, Kredit-, Genossenschafts- und Agrarpolitik müssen wir die armen Bauern, die keine Pferde und nur wenig Boden besitzen, in jeder Hinsicht unterstützen.

*) Das Interview des Genossen Rykow wurde vor der Anerkennung der Sowjetunion durch Italien gegeben. Die Redaktion.

Politik

Nach England — Italien.

Von Karl Radek.

** Dem Beispiel der englischen Regierung folgte die italienische. Dem Beispiel des Führers der II. Internationale, Ramsay Macdonald, folgte Mussolini, der Führer des italienischen Faschismus, der Inspirator der internationalen Gegenrevolution. Im Interesse der historischen Wahrheit muß die Tatsache erwähnt werden, daß Herr Mussolini übrigens nicht nach Macdonald „folgte", da er schon seit vielen Monaten über die Anerkennung der Sowjetregierung Verhandlungen führte und sie nur zu sehr in die Länge zog, in der Hoffnung, daß die Engländer nicht so schnell den Kurs würden ändern können. Die Nebeneinanderstellung der Anerkennung Sowjetrußlands durch die sogenannte Arbeiterregierung Englands und durch die echt konterrevolutionäre Regierung Italiens zeigt, wie wenig die Ansprüche der II. Internationale auf besondere Lorbeeren berechtigt sind. Sowohl Macdonald als auch Mussolini verfolgen bei der Anerkennung Sowjetrußlands bestimmte wirtschaftliche und politische Ziele, die ihrer außen- und innenpolitischen Lage entspringen. Über die Ursachen, die die sogenannte „Arbeiterregierung" Englands zur Anerkennung der Sowjetregierung bewogen, haben wir vor einiger Zeit geschrieben. Welches sind nun die besonderen Beweggründe Mussolinis?

Der erste besteht darin, daß Italien noch weniger als England dem vollkommenen Zerfall der Entente gleichgültig zusehen kann, ohne nach allen Richtungen hin Stützpunkte, Berührungspunkte und Unterstützung zu suchen. Italien ist eine Mittelmeermacht. Am mittelländischen Meer ist Frankreich sein Hauptkonkurrent. Daher hat es schon in Washington den Anspruch erhoben, daß seine Seemacht der französischen gleichgestellt werde. Die italienische Auswanderung hat außer Amerika die französischen Kolonien zum Ziel, was zwischen Frankreich und Italien zu vielen Streitigkeiten Anlaß gab. Der Kampf gegen Frankreich bewog Italien, sich mit Jugoslawien zu verständigen, um seine Rückendeckung an der Adria zu sichern. Die Sowjetunion ist ein Nachbarland Rumäniens und die stärkste Seemacht am Schwarzen Meer. Das gewährleistet ihr den Einfluß auf dem Balkan, der um so stärker sein wird, je mehr die Sowjetunion als Weltmacht erstarken wird. Schon diese rein politischen Momente zwangen Mussolini, diesen konterrevolutionären Royalisten, das legitimistische Spiel aufzugeben und mit der Sowjetregierung Beziehungen anzuknüpfen.

Die herrschende Rolle bei dieser Anerkennung spielen aber wirtschaftliche Momente. Italien bedarf der Einfuhr von Brot, Naphtha und Kohle. Brot und Naphtha führt es aus Amerika ein. Womit kann es dafür zahlen? Mit Industrieerzeugnissen. Aber

die Zollpolitik der Vereinigten Staaten erschwert außerordentlich die italienische Ausfuhr von Industrieerzeugnissen. England führte zwar die Schutzzollpolitik, wie sie von den Konservativen beabsichtigt wurde, nicht ein, aber die Konservativen können die Macht zurückerlangen, und auch ohnedies kann die italienische Industrie nur sehr schwer mit den englischen und amerikanischen Erzeugnissen konkurrieren. Dagegen kann die Sowjetunion Italien Getreide, Naphtha und teilweise auch Kohle für Industrieproprodukte liefern. Die billige Seemacht erleichtert den Warenverkehr noch mehr. Das sind also die Gründe, die Mussolini zur Lösung der Anerkennungsfrage bewogen haben.

In der gleichen Weise, wie auch der Druck der englischen Arbeiter auf Macdonald, der englischen Arbeiterregierung zur Beseitigung der der Anerkennung Sowjetrußlands im Wege stehenden Vorurteile verhalf, wurde auch dieser Schritt der italienischen Bourgeoisie durch die Schamlosigkeit der Faschisten erleichtert, die keine „Süßholzraspler" sind und offen auf dem Boden der Gewalt stehen. Nur der arme Herr Poincaré spielt noch immer die Rolle des Esels des Buridan, der zwischen dem Heu der alten Schulden und dem Hafer der neuen Profite nicht wählen kann. Die Kleinbürger gehören nun einmal zu den unentschlossensten Leuten, trotz des vielen Säbelrasselns.

Deutschland

Die Thüringer Landtagswahlen.

Von Emil Höllein.

** Nun ist auch in Thüringen die Wahlschlacht unter dem militärischen Ausnahmezustand geschlagen. Es war eine Wahlschlacht, die durch ihre inneren und äußeren Begleitumstände die üblichen Parlamentswahlkämpfe des bürgerlichen Klassenstaates weit überragte. Eine Wahlschlacht, die vom Anfang bis zum Ende den Charakter eines erbitterten Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Revolution und Reaktion trug. Denn diese Wahlschlacht mußte nach dem voraufgegangenen dreieinhalbmonatigen beispiellosen weißen Terror der Soldateska und der gleichzeitig mit einhergehenden konzentrierten Offensive des Unternehmertums und des Klassenstaates gegen den revolutionär gesinnten Teil der Arbeiterklasse klar zum Ausdruck bringen, ob das deutsche Proletariat sich den brutalen Gewaltmethoden der Militärdiktatur sklavisch beugt oder ob es sich im Gegenteil noch stark, kräftig und angriffslustig genug fühlt, um nicht nur dem vereinigten Angriff der Bourgeoisie und ihrer Nachtreter die Stirn zu bieten, sondern auch wieder kühn und entschlossen zum Gegenangriff überzugehen.

Und wir können heute mit Stolz feststellen, daß das Thüringer revolutionäre Proletariat seine Belastungsprobe glänzend bestanden, trotz, oder gerade wegen des Sieges des „Ordnungsbundes". Das Ergebnis der nunmehr vorläufig abgeschlossenen Landtagswahlen in Thüringen vom 10. Februar zeigt deutlich und unverkennbar eine gewaltige Stärkung der revolutionären Kampfesfront, ein tapferes und mutiges Bekenntnis ständig wachsender Teile der Thüringer Arbeiterschaft zum revolutionären Kampf, einen belebenden Ansporn für die Kommunisten zu weiteren propagandistischen und organisatorischen Anstrengungen und einen vielverheißenden Auftakt zu weiteren Kämpfen und zu den nahe bevorstehenden Reichstagswahlen, die unter den gegebenen inneren, äußeren und wirtschaftlichen Umständen noch weit mehr als die Thüringer Wahlen ein Stück Machtkampf zwischen Revolution und Gegenrevolution darstellen werden.

Die vorliegenden vorläufigen amtlichen Wahlergebnisse besagen, daß auf die Kommunisten rund 160.000 Stimmen und 13 Mandate, auf die Sozialdemokraten rund 190.000 Stimmen und 16 Mandate, auf die Vereinigten Deutschvölkischen 75.000 Stimmen und 6 Mandate und auf den famosen Ordnungsbund, diese Koalition aller bürgerlichen und kleinbürgerlichen Interessengruppen und Grüppchen, rund 405.000 Stimmen und 34 Mandate entfallen.

Bei den letzten Landtagswahlen im Herbst 1921 hatten die Kommunisten nur 73.000 Stimmen und 6 Abgeordnetensitze, die beiden sozialdemokratischen Parteien, USP. und SPD., zusammen 265.000 Stimmen und 22 Sitze und alle übrigen bürgerlichen Parteien — Demokraten, Zentrum, Thüringer Landbund, Stinnespartei und Deutschnationale — zusammen 337.000 Stimmen und 26 Sitze erhalten.

Die Kommunisten haben somit seit den letzten Wahlen rund 87.000 Stimmen, das sind 120%, und 7 Mandate gewonnen, die Sozialdemokraten dagegen 75.000 Stimmen und 6 Mandate verloren. Die zum Ordnungsbund zusammengeschlossenen Parteien haben ihrerseits um 68.000 Stimmen und 8 Mandate zugenommen und die zum ersten Male selbständig auftretenden Vereinigten Völkischen haben 75.000 Stimmen und 6 Abgeordnetensitze zu erringen vermocht. Den 338.000 proletarischen Stimmen mit 28 Abgeordneten von 1921, denen 337.000 bürgerliche Stimmen mit 26 Mandaten gegenüberstanden, stehen heute 350.000 proletarische Stimmen mit 29 Abgeordneten und 480.000 bürgerliche Stimmen mit 40 Abgeordneten gegenüber. Diese Mandatsvermehrung von 56 auf 69 ist die Folge einer außerordentlich starken Wahlbeteiligung und der Bestimmung in der Thüringer Verfassung, daß auf je 12.000 Wählerstimmen ein Abgeordneter zu entfallen habe.

Das hervorstechendste Merkmal der eben abgeschlossenen Thüringer Landtagswahlen war die eben erwähnte überaus starke **Wahlbeteiligung**, die 90% übersteigt und die der Wahl von 1921, die 72,5% betrug, diese somit fast um 20% übertrifft. Und von dieser starken Wahlbeteiligung haben alle Parteien außer der Sozialdemokratie profitiert, wenngleich festgestellt werden muß, daß diesmal wie bei allen Terrorwahlen in der Vergangenheit der Löwenanteil auf die offene Reaktion entfällt. Aber während auf der Seite der Arbeiterschaft die stärkere Wahlbeteiligung dem spontanen elementaren Willen entsprang, der Militärdiktatur und der Kapitalistenfrechheit die Stirn zu zeigen und der Reaktion eine Schlacht zu schlagen, ist der Stimmenzuwachs des Ordnungsblockes und seines deutschvölkischen Anhängsels nicht politischer Einsicht und Kampfwillen, sondern lediglich der schlotternden Angst des Kleinbürgertums sowie der grenzenlosen Verleumdung, dem brutalsten weißen Terror und der schamlosesten kapitalistischen Wahlkorruption zu danken. Riesige Geldsummen, die man kurz zuvor erst an den Löhnen der Arbeiter und Angestellten aus angeblichen Konkurrenzgründen „eingespart" hatte — jeder Unternehmer wurde unter stärkstem moralischen Druck gezwungen, pro Kopf jedes bei ihm beschäftigten Arbeiters und Angestellten 5 Goldmark an den Wahlfonds des Ordnungsblockes abzuliefern — sind für den Verleumdungsfeldzug gegen „das rote Thüringen mit seiner sozialdemokratisch-kommunistischen Pöbelherrschaft" und für einen vollkommen amerikanisch organisierten Wahlbeeinflussungs- und Schlepperdienst verpulvert worden. Viele Hunderte von Automobilen durchrasten am Wahlsonntage vom frühen Morgen bis zum späten Abend die Gassen der Städte, um den letzten Kranken und Krüppel, den letzten politisch Dummen und Unmündigen, besonders aber die letzte indifferente Frau zugunsten der Bürgermeute an die Wahlurne zu schleppen. In allen Städten haben Reichswehr, Völkische, Jungdeutscher Orden und Bürgerblock kurz vor der Wahl „Wohltätigkeitskonzerte", Armenspeisungen, Lebensmittel- und Brennstoffverteilungen arrangiert, um sich bei den verhungernden Proleten und deklassierten Mittelständlern beliebt zu machen und ihre Wählerstimmen zu erschleichen. Und das vom Großkapital und Unternehmertum dem Bürgerblock und den Deutschvölkischen reichlich zur Verfügung gestellte Judasgeld hat seine Wirkung getan. Dank diesen Silberlingen ist es dem Ordnungsbund gelungen, den politischen Kräwinkler Landsturm diesmal zu mobilisieren und seinen Ausbeuterzwecken dienstbar zu machen. Beliebig oft dürfte aber derselbe Schwindel allerdings nicht verfangen, und auch der Sieg des Ordnungsblocks ist nicht ohne einen bitteren Wermutstropfen geblieben, den die bevorstehende Regierungsbildung deutlich erkennbar machen wird.

Das erfreulichste Hauptergebnis der Thüringer Landtagswahlen ist unzweifelhaft die Feststellung, daß fast in allen stark industriellen Orten und Bezirken **die Kommunisten nunmehr auch zahlenmäßig die Führung der Arbeitermassen errungen haben.** Nur noch einige wenige Industriestädte, wie zum Beispiel Gera, eine einstige Hochburg der USPD., wo man allezeit eine verlogene sozialdemokratische Linkspolitik betrieben hat, zeigen zurzeit noch ein zahlenmäßiges Überwiegen der sozialdemokratischen Stimmen gegenüber den kommunistischen. Aber auch hier rückte der Kommunismus, trotz allen Reichswehrterrors, der Sozialdemokratie bereits beängstigend hart auf die Fersen. Diese Entwicklung bedeutet, daß der revolutionäre Gedanke bei den Arbeitermassen ständig an Boden gewinnt, während der Reformismus der Sozialdemokratie sich bei ihnen immer mehr abwirtschaftet. Dank der revolutionären Wahlarbeit der Kommunisten ist es in Thüringen gelungen, die durch die fortdauernde Verratspolitik der Sozialdemokratie im Reiche wie im Lande Thüringen stark entmutigten und enttäuschten Massen davor dem Indifferentismus zu bewahren oder von dem Abmarsch

ins faschistische Lager abzuhalten. Denn die Kommunisten haben nicht nur die von der Sozialdemokratie verlorenen 75.000 Stimmen restlos aufgefangen, sondern darüber hinaus noch neue proletarische Reserven für den revolutionären Machtkampf zu erwecken verstanden. Und diese Tatsache raubt den sozialdemokratischen Verdunklungspolitikern die letzte so beliebte Agitationsphrase, daß die Zersetzungs- und Zersplitterungsarbeit der Kommunisten an der sozialdemokratischen Aushöhlug aller proletarischen Machtpositionen die Schuld trage. Die Massen glauben immer mehr an den Kommunismus und seinem ehrlichen Befreiungskampfwillen.

Ein zweites wichtiges Ergebnis der Thüringer Landtagswahlen ist die Feststellung, **daß die Bourgeoisie ihren Wahlsieg in allererster Linie den Frauenstimmen verdankt.** Die politisch rückständigen Frauenmassen haben das kapitalistische Kapitol gerettet! Sie haben sich, durch die Hetz- und Korruptionskampagne des Kapitals aufgescheucht, auf die Seite der Reaktion geschlagen. Das läßt sich in Thüringen dank der angeordneten getrennten Stimmenzählung für Männer und Frauen rein zahlenmäßig belegen. Zur Illustrierung dieser reaktionsfördernden Tendenz des Frauenstimmrechtes seien die Zahlen aus dem örtlichen Wahlergebnis der Universitätsstadt **Jena**, die für das ganze Land als typisch angesehen werden können, hier angeführt:

Von den 36.021 Wahlberechtigten Jenas waren 16.686 Männer und 19.355 Frauen. Davon stimmten:

für die Kommunisten . . .	4302 Männer	und 4197 Frauen,
für die Sozialdemokraten . .	2981 Männer	und 3177 Frauen,
für die Völkischen	1291 Männer	und 1113 Frauen,
für den Ordnungsbund . . .	6196 Männer	und 8134 Frauen.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die beiden Flügelparteien links und rechts, die Kommunisten und die Völkischen, die den Machtkampf der Klassen selbst mit den letzten Mitteln ausfechten wollen, bei den Frauen weit weniger Anklang finden als bei den Männern. Dagegen wird die sozialdemokratische pazifistische Lämmerschwanzpolitik von den Frauen schon mehr begünstigt als von den Männern. Den Hauptzustrom der Frauenstimmen hatte jedoch der mit raffinierter Lüge und Sentimentalität arbeitende Ordnungsbund, bei dem die Frauenstimmen um 31%, also nahezu um ein Drittel, die Männerstimmen übersteigen.

Aus diesen Zahlen müssen die Kommunisten für ihren revolutionären Kampf gewichtige Lehren ziehen und große Aufgaben ableiten. Es muß radikal Schluß gemacht werden mit der leider auch bei uns noch häufig anzutreffenden Geringschätzung der Frauenaufklärung und Frauengewinnung. Wir müssen die proletarischen Frauen für den Kommunismus gewinnen und mobilisieren, wenn an ihrer Gleichgültigkeit oder ihrem Widerstand die Diktatur des Proletariats nicht einst zerschellen soll.

Schließlich muß noch als bedeutsam hervorgehoben und beachtet werden die relativ hohe Stimmenzahl, die die Vereinigten Deutschvölkischen, diese raffiniertesten und verlogensten Kapitalshelfershelfer, auf ihre Wahlvorschläge zu vereinigen vermochten.

Die deutschvölkischen Helden stehen aber bereits an ihrer Schicksalswende. Bei der Neubildung der Thüringer Regierung werden sie Farbe bekennen und entweder ihr soziales Programm oder ihre Geldgeber verraten müssen. Ohne ihre aktive oder passive Mitwirkung ist eine reine Bürgerblockregierung unmöglich. Stellen sie sich hinter sie, so werden sie bald erkannt und erledigt sein. Ob sie das aber angesichts der herannahenden Reichstagswahlen wagen werden, steht noch dahin. In diesem Falle müßte unter gleichen Voraussetzungen die Sozialdemokratie in die Bresche springen und eine Koalition mindestens mit Demokraten, Landbund und Stinnespartei eingehen. Die Neigung hierzu ist bei zahlreichen SPD.-Würdenträgern zweifellos stark vorhanden. Gilt es doch vor allem die Staats-Futterkrippen zu retten, die viele Partei- und Gewerkschaftsbürokraten sich während der sozialdemokratischen Ministerherrlichkeit zu sichern wußten. Da der Landtag zum 20. Februar einberufen ist, dürften die nächsten Tage Klärung über die Haltung der Deutschvölkischen und Sozialdemokraten zur Regierungsbildungsfrage bringen.

Die Kommunisten können sich stolz rühmen, allen Verfolgungen, Verhaftungen, Aufenthaltsbeschränkungen, Haussuchungen, Polizeischikanen, Presseknebelungen und Versammlungsbehinderungen zum Trotz (über die das Wahlprüfungsgericht noch zu schwitzen haben wird) einen guten revolutionären Wahlkampf geführt zu haben. Ihnen, und nur ihnen allein gebührt das Verdienst, den Wahlkampf aus der Froschmäuseperspektive der kleinlichen Kirchturmsinteressen heraus- und auf die eherne Plattform des Klassenkampfes und der Diktatur des Proletariats heraufgehoben zu haben. Nur sie allein haben die großen beherrschenden Fragen der Wirtschaft, der Innen- und Außenpolitik und der internationalen Bindung des Proletariats in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gerückt, während alle übrigen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie sich um die elenden kleinlichen Sumpfblasen der kapitalistischen Regiererei herumbalgten. Dieser ihrer Klarheit und ihrem Bekennermut auch unter dem Belagerungsterror verdanken die Kommunisten ihre glänzenden Wahlerfolge. Diese Klarheit und dieser Bekennermut der Kommunisten bilden aber auch die Gewähr, daß trotz Parteiverbot die Arbeitertruppen, die sich in diesem brutal weißterroristisch beeinflußten Wahlkampf um ihr revolutionäres Banner geschart haben, wirkliche Kerntruppen des revolutionären proletarischen Klassenkampfes sind, die zu gegebener Zeit revolutionär zu kämpfen und zu siegen wissen werden.

Wirtschaft

Das Problem der Stabilisierung der Mark.

Von Eugen Varga.

(Schluß.)

I.

Die Bilanzierung des Staatshaushaltes.

** Die seit der erfolgten Stabilisierung vorliegenden Ausweise über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches zeigen ein unerwartet günstiges Bild. Die Zahlen sind die folgenden:

In Millionen Goldmark

	21.–30. Nov.	1.–10. Dez.	11. 20. Dez.	21.–31. Dez.	1.–10. Jan.	11.–20. Jan.	21.–31. Jan.
Gesamteinnahme	15·1	32·8	42·9	88·8	99·9	161·2	188·7
Gesamtausgabe	258·7	180·0	165·7	153·8	63·9	180·4	199·1
Überschuß	—	—	—	—	38·0	—	—
Fehlbetrag	243·6	147·2	122·8	65·9	—	19·1	10·4

Während die Einnahmen des Reiches vor dem Erscheinen der Rentenmark weniger als 1% der Ausgaben deckten, ist es in der ersten Dekade des laufenden Jahres gelungen, Einnahmen zu erzielen, die 155% der Ausgaben decken und einen Überschuß von 36 Millionen Goldmark ergaben. Nun ist natürlich der Zeitraum zu kurz, um hieraus eine endgültige Folgerung ziehen zu können. Dies um so mehr, als die Einnahmen des Reiches noch nicht feststehen, da die dritte Steuerverordnung noch nicht bekannt ist und da in diesen Ausweisen Einnahmen aus solchen Steuerquellen enthalten sind (Ruhrabgabe, Brotabgabe), die abgeschafft sind und die sich daher im Jahre 1924 nicht wiederholen werden. Das ungemein günstige Resultat der ersten zehn Tage des Jahres 1924 ist außerdem dem Umstand zuzuschreiben, daß in diesen zehn Tagen keine Beamtengehälter bezahlt wurden. Es kann sich daher vorläufig nur um eine rein theoretische Überlegung handeln, ob Deutschland überhaupt imstande wäre, seinen Staatshaushalt zu balanzieren. Die Antwort auf diese Frage kann — wenn wir die zu leistenden Reparationszahlungen außer acht lassen — nur unbedingt bejahend sein. Die Ausgaben des Deutschen Reiches sind gegenüber der Vorkriegszeit durch den Wegfall der Zinsen für die inneren Staatsschulden und durch die bedeutende Verringerung der militärischen Ausgaben bedeutend vermindert. Da die Produktionsfähigkeit Deutschlands — wenn wir annehmen, daß die kapitalistische Produktion durch die Kämpfe des Proletariats nicht tiefgehend gestört wird — intakt ist, so ist nicht einzusehen, warum die deutsche Volkswirtschaft nicht so viel an Steuern aufbringen könnte, wie zur Bestreitung der Staatsausgaben nötig wäre. Es handelt sich vor allem um die Frage: **Wird die deutsche Bourgeoisie, nachdem sie durch den über die Arbeiterschaft errungenen Sieg den Staat nunmehr als Klassenstaat betrachten kann, Steuern zur Aufrechterhaltung dieses Staates zahlen oder nicht?** Mit anderen Worten: Ist der staatsbildende Klassenwille der deutschen herrschenden Klassen stark genug, um die einzelnen Mitglieder zu einer entsprechenden Steuerleistung zu zwingen oder nicht? Ist das erstere der Fall, so liegt wirklich kein Grund vor, weshalb das deutsche Volk nicht den deutschen Staat erhalten könnte. Selbstverständlich ist hierzu eine stark vermehrte Steuerleistung erforderlich. Mit 1200 Millionen Goldmark wie im Jahre 1922 oder ungefähr 700 bis 800 Millionen Goldmark wie im Jahre 1923 kann natürlich der deutsche Staat nicht erhalten werden. Und da durch die Reduzierung der Löhne und Beamtengehälter die Steuerkraft dieser Schichten auf ein Minimum herabgedrückt ist, so müssen eben die besitzenden Klassen — Großgrundbesitzer,

Großbourgeoisie, Bauerntum — zu einer vermehrten Steuerleistung herangezogen werden. Geschieht dies nicht, so kann die Stabilisierung der Mark nicht von Dauer sein.

Um zu beurteilen, wie lange sich die gegenwärtige günstige Gestaltung der Staatsfinanzen fortsetzen wird, müssen wir die Einnahmen einer näheren Untersuchung unterwerfen. Hierbei ergibt sich, daß die größere Hälfte der Einnahmen aus einmaligen Steuerquellen eingeflossen ist. Der letzte volle Ausweis über die Einnahmen des Reiches liegt für den Monat Dezember vor. Da im Verlaufe dieses Monats ständig 1 Billion Mark gleich eine Goldmark stand, geben wir die Zahlen gleich in Goldmark ausgerechnet.

Die Gesamteinnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen, Abgaben usw. betrugen 312·32 Millionen Mark[1]).

Diese Einnahmen sind unter 63 verschiedenen Titeln eingeflossen. Wenn wir jene, die weniger als 1 Million Mark einbrachten, außer Acht lassen, verteilen sich die Einnahmen in folgender Weise:

Einmalige Einnahmen
in Millionen Goldmark

Ruhrabgabe, Einkommensteuerpflichtig	94·06
„ Körperschaftssteuerpflichtig	29·44
Betriebsabgabe: Arbeitgeberabgabe	30·38
„ Landabgabe	6·27
Brotversorgungsabgabe	7·31
	167·46

Ständige Einnahmen
in Millionen Goldmark

Einkommensteuer vom Lohnabzug	37·35
Andere Einkommensteuer	3·13
Allgemeine Umsatzsteuer	50·58
Erhöhte Umsatzsteuer	1·85
Gesellschaftssteuer	1·48
Börsenumsatzsteuer	16·47
Wechselstempel	2·78
Zölle und Verbrauchssteuern insgesamt	20·04
	142·68

Wir sehen hieraus, daß die Finanzlage des Reiches — trotz der günstigen Dekadenausweise — auf einer sehr gebrechlichen Grundlage beruht. Mehr als die Hälfte der Einnahmen des Monats Dezember fallen auf Ruhrabgabe, Betriebsabgabe und Brotversorgungsabgabe — auf Einnahmequellen, die für das Jahr 1924 nicht mehr in Betracht kommen. Die sich wiederholenden Einnahmen dürften — nach Abzug der Überweisungen an Länder und Gemeinden — nicht mehr als 20 bis 30% der Ausgaben decken. Die Zahlen ergeben weiter, daß die deutsche **Bourgeoisie im Dezember — von den einmaligen Abgaben abgesehen — noch immer keine Steuern bezahlt hat**[2]). Von den sich wiederholenden Steuern fallen auf die herrschenden Klassen:

Einkommensteuer	3·13	Mill. Goldmark
Erhöhte Umsatzsteuer	1·85	„ „
Gesellschaftssteuer	1·48	„ „
Börsenumsatzsteuer	16·47	„ „
Wechselstempel	2·78	„ „
	25·71	Mill. Goldmark

ferner entsprechender Anteil an den Umsatzsteuern, Zöllen und Monopolen. Sehr reichlich gerechnet, hat die Bourgeoisie 60 Millionen Goldmark an laufenden Steuern gezahlt. Soll das Gleichgewicht des Staatshaushaltes hergestellt werden, so muß die Bourgeoisie ihre beständige Steuerleistung ungefähr verfünffachen, um mit den Steuern des Proletariats zusammen — **ohne Reparationsleistungen** — das Gleichgewicht des Staatshaushaltes herzustellen.

Vor dem Kriege betrugen die Steuereinnahmen in runden Ziffern[1]):

Reich	2000	Mill. Goldmark
Staaten	2000	„ „
Gemeinden	1500	„ „
	5500	Mill. Goldmark

Gegenwärtig braucht das Reich bedeutend weniger für das Heer; Reich, Staaten und Gemeinden haben fast gar keine Zinsen für Anleihen zu bezahlen. Beide Posten kämen auf 2200 Millionen, die Verminderung infolge der Gebietsverkleinerung: 300 Millionen. Bleiben im Vorkriegsausmaß 3000 Millionen. Da sich aber die Kaufkraft des Goldes um ein Drittel vermindert hat, muß mit einem Haushaltungsbedarf von 4500 Millionen Goldmark gerechnet werden. Das wären rund 380 Millionen Goldmark pro Monat. Wenn wir die Steuerlast der Bourgeoisie im Dezember auf 60, jene des Proletariats auf 80 Millionen Mark veranschlagen, so müßten die herrschenden Klassen ihre Steuerlasten verfünffachen, da das Proletariat bei den ohnehin minimalen Löhnen höhere Lasten kaum tragen kann. Hierbei ist weder für Besatzungskosten noch für Reparationen noch für Defizite der Staatsbetriebe irgend etwas kalkuliert. Wenn wir noch in Betracht ziehen, daß das besetzte Gebiet vorläufig keine Steuern zahlt, da den Kapitalisten die Leistungen für den Micum-Vertrag auf ihr Steuerkonto gutgeschrieben werden, da ferner der ertragreichste Teil der Staatsbahnen, jener des Ruhrgebietes, in französischen Händen ist, so müßte die Bourgeoisie des unbesetzten Deutschland noch weit mehr als das Fünffache an laufenden Steuern aufbringen, um das Gleichgewicht des Staatshaushaltes herzustellen. Geschieht dies nicht und ist die Regierung genötigt, wieder zur Inflation Zuflucht zu nehmen, wenn auch in versteckten Formen (Goldanleihe, Reichsbahngeld, Goldnoten der Staaten, neuer Rentenmarkkredit usw.), so wird die ohnehin nicht fest gegründete Stabilisierung der Mark nicht lange andauern.

Steuersabotage der herrschenden Klassen.

Wir stellten oben die Frage: Ist der staatsbildende Klassenwille der deutschen herrschenden Klassen noch stark genug, um die einzelnen Mitglieder zu zwingen, die zur Erhaltung des Staates der bürgerlichen Diktatur nötigen Steuern zu bezahlen?

Wir sind nach den Vorgängen in den letzten Wochen geneigt, vorläufig eine **verneinende Antwort** auf diese Frage zu geben. Zwar gibt es einzelne Äußerungen der Organe des klassenbewußten Teiles der Bourgeoisie, die für eine Steuerleistung Propaganda machen. So schrieb zum Beispiel das Stinnes-Blatt „Deutsche Allgemeine Zeitung" am 19. Dezember 1923 folgendes:

> „In einem solchen Augenblick wie dem gegenwärtigen kommt es darauf an, daß gehandelt, das heißt in diesem Falle, daß gezahlt wird. Diese Zahlungen können nicht unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, wie die augenblickliche Regierung politisch einzuschätzen ist, sondern sie dienen unmittelbar dem Zwecke, den Staat an sich zu erhalten, sie sind frei von jeder Parteischablone zu beurteilen und zu leisten ... Es handelt sich im Augenblick darum, daß sofort Geld geschafft wird, und zwar nicht nur im Interesse des Staates, sondern ebenso im Interesse der Wirtschaft ...
>
> Denn die Produktivität der Wirtschaft ist unlösbar mit dem Funktionieren des Verwaltungsapparats verbunden, und es muß zu unübersehbaren Konsequenzen führen, wenn eines Tages die Rechtsprechung, die Polizei, die Reichswehr und die Verwaltung aufhören sollte zu funktionieren, wenn die Gehaltszahlungen für Beamte nicht mehr regelmäßig erfolgen, wenn die Korruption sich breit macht, wenn die völlige Auflösung kommt. Das Interesse der Wirtschaft und das Interesse des Staates sind selten so eng miteinander verbunden gewesen wie am heutigen und an den kommenden Tagen."

Dieser vereinzelten Äußerung gegenüber stehen Dutzende von Artikeln und Protesten bürgerlicher Organisationen, die bereits die gegenwärtige Steuerlast als untragbar darstellen. Wir wollen einige wiedergeben:

---

[1]) Die hier angegebenen Gesamteinnahmen des Reiches decken sich nicht mit der nach Dekaden ausgewiesenen Einnahmesumme. Diese sind „Überschüsse der Finanzkassen"; sie enthalten auch die Einnahmen des Reiches aus Finanzoperationen, zum Beispiel Verkauf von Goldanleihe. Die Gesamtüberschüsse der Finanzkassen betrugen in der ersten, zweiten und dritten Dekade Dezember zusammen nur 173·7 Millionen Goldmark gegen 512 Millionen Gesamteinnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen usw. **Die fehlenden 136 Millionen Goldmark sind offenbar die aus den Einnahmen der Finanzkassen des Reiches unmittelbar an die Länder und Gemeinden fallenden Beträge.**

[2]) Für die Steuersabotage der Bourgeoisie ist es besonders bezeichnend, daß die Erbschaftssteuer im Dezember die lächerliche Summe von 56.650 Mark eingebracht hat. Im Jahre 1913 brachte die Steuer im Monatsdurchschnitt 3·9 Millionen Mark. Das geringe Ergebnis dieser Steuerart in Deutschland im Dezember scheint vor allem die Folge der Langsamkeit des Steuerverfahrens zu sein: es vergehen Monate zwischen dem Todesfall und der Bezahlung der Erbschaftssteuer, was bei der Geldentwertung zu dem Verschwinden des Ertrages führt.

[1]) „Börsen-Courier" vom 20. Dezember 1923.

„Die Hamburger Kaufmannschaft gibt in aller Öffentlichkeit die Erklärung ab, daß die Erhebung der vorgesehenen, nicht abwälzbaren neuen Steuer, die fälschlich als Einkommensteuer bezeichnet wird, in Wirklichkeit aber eine Besteuerung des Umsatzes bedeuten würde, dazu führen müßte, ab 1. Januar 1924 ihre unter großen Opfern begonnene Wiederaufbauarbeit einzustellen und Selbstschutzmaßnahmen einschneidender Art zu ergreifen." (Resolution der Hamburger Versammlung der ehrbaren Kaufleute, „Vorwärts" vom 6. Dezember 1923.)

„Wir bestreiten dem Reiche nicht die Berechtigung, eilige finanzielle Maßnahmen auch im Wege der Notverordnung zu treffen. Mit Nachdruck müssen wir aber dagegen Verwahrung einlegen, daß, wie es in der Steuerverordnung beabsichtigt ist, ohne ordnungsmäßige Vorbereitung und ohne den Betroffenen Zeit zu eingehender Stellungnahme und Bereitstellung von Material zu lassen, eine grundlegende Änderung in der Besteuerungsreform der Landwirtschaft, und zwar in der Richtung des sozialistischen Steuerprogrammes, getroffen werden soll. Mit Rücksicht auf die Beunruhigung der ländlichen Bevölkerung, die durch derartige Regierungsmaßnahmen hervorgerufen wird und zweifellos auch einen starken Einfluß auf die landwirtschaftliche Produktion ausüben muß, bitten wir den Herrn Reichskanzler, im Interesse der Volksernährung und der Ruhe der Bevölkerung dahin zu wirken, daß diejenigen beabsichtigten Maßnahmen, die nicht unbedingt mit größter Beschleunigung getroffen werden müssen, bis zu einer ordnungsmäßigen Durchberatung zurückgestellt werden." (Schreiben des „Reichslandbundes an den Reichskanzler Marx, „Vorwärts" vom 7. Dezember 1923.)

„Im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft und Sicherstellung der Volksernährung geben Bayerische Landsbauernkammer und Bayerischer Handwerkskammertag den Gewerbetreibenden und Landwirten in Bayern die Weisung, bis die niedergelegten Forderungen nach Revision ihre Berücksichtigung gefunden haben, auf alle Fälle nur jenen Steuerbetrag an das Finanzamt abzuführen, den sie ohne schwere Eingriffe in das notwendige Betriebskapital leisten können. Tiefergehende Eingriffe in die Vermögenssteuersubstanz müssen unter allen Umständen vermieden werden. Wer beispielsweise zur Aufrechterhaltung seines Gewerbebetriebes unbedingt notwendige Betriebsmittel und Werkzeuge veräußern müßte, um die Steuerschuld abzudecken, der zahle nur den für ihn erschwinglichen Teil der Steuerschuld." (Entschließung der Bayerischen Landesbauernkammer sowie des Bayerischen Handwerkskammertages, „Frankfurter Zeitung" vom 16. Dezember 1923.)

Diese Beispiele — man könnte noch ungezählte geben — mögen genügen. Sie zeigen, wie Bourgeoisie, Agrarier, Bauern und Handwerker gleicherweise gegen eine entsprechende Besteuerung protestieren.

Aber auch die Diktatur der Generale scheint nicht geeignet zu sein, die deutschen herrschenden Klassen zu einer entsprechenden Steuerleistung zu zwingen. Der in Münster-Westfalen die bürgerliche Diktatur ausübende General Loßberg erklärte in der Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereines:

„Nach meiner Ansicht kommt es darauf an, daß die deutsche Landwirtschaft auch die deutsche Volksernährung selbst übernehmen kann, daß die Einsicht in die leitenden Kreise einzieht, daß dies aber nur möglich ist, wenn dem Landwirt nicht alles weggesteuert wird... Ich habe deshalb auch mit allem Ernst in einem Antrage nach Berlin darauf hingewiesen, daß es ein Unding ist, den im Jahre 1913 festgesetzten Wehrbeitrag in der Höhe wie jetzt beizubehalten. Von diesem Wehrbeitrag hängt ab die Vermögenssteuer, die Rhein- und Ruhrabgabe u. a. Andere Wege dieser Richtung müssen betreten werden." (Nach dem „Westfälischen Merkur" zitiert im „Vorwärts", Abendblatt, vom 26. Januar 1924.)

Wenn die militärischen Diktatoren so sprechen, so wird es mit der Steuerzahlung in Deutschland nicht weit her sein[1]).

[1]) Jenen Genossen gegenüber, die es für absolut unmöglich halten, den Staatshaushalt des Reiches ins Gleichgewicht zu bringen, möchten wir daran erinnern, daß nach den Berechnungen Helfferichs in den Monaten April bis August 1922 der innere Haushalt des Reiches einen Überschuß hatte, der das Defizit der Staatsbetriebe von April bis Juli mit einem Überschuß deckte. Selbst mit den — damals sehr geringen — Ausgaben für den Friedensvertrag betrug das Defizit dieser fünf Monate nicht mehr als 60 Millionen Goldmark. (Siehe meinen Bericht über das erste Vierteljahr 1923. Inprekorr. Nr. 68.)

Werden aber nicht entsprechend hohe Steuern gezahlt, so kann die Stabilisierung der Mark nicht von Dauer sein!

II.

Die Gestaltung des Außenhandels und der Zahlungsbilanz.

Die Gestaltung des Außenhandels und der Zahlungsbilanz ist für das Andauern der Markstabilisierung ebenfalls von entscheidender Wichtigkeit. Eine Valuta kann nur bei einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz stabil bleiben. Der Ausgleich kann auch dadurch zustande kommen, daß dem Lande zur Deckung des Defizits ausländische Kredite gewährt werden. („Geborgt-aktive Zahlungsbilanz.") Die Aussichten auf eine Auslandanleihe sind aber für Deutschland vorläufig ziemlich schwach. Die Tatsache, daß die Rentenmark ein nur innerdeutsches Zahlungsmittel ist, ändert an diesen Verhältnissen nichts. Fällt die Papiermark, so muß die mit ihr tatsächlich, nicht dem Gesetze nach, fest verbundene Rentenmark ebenfalls stürzen. Der Sturz könnte, in Anbetracht des innerdeutschen Charakters der Rentenmark, eventuell formell verschleiert werden, indem die Goldmark-Rentenmark-Preise entsprechend erhöht würden. — Wir wollen uns vor allem mit der Handelsbilanz, als dem Grundelement der Zahlungsbilanz, beschäftigen.

Wir haben in unseren Berichten öfter darauf hingewiesen, daß die Daten der deutschen Außenhandelsstatistik von vielen Seiten als gefälscht bezeichnet werden. In unserem Bericht über das zweite Vierteljahr 1923 berichteten wir über die Berechnungen Hortens, der für das Jahr 1922 statt des amtlich angegebenen Ausfuhrwertes von 3,9 Milliarden Goldmark einen Wert von 9,8 Milliarden herausbrachte; statt einer passiven Handelsbilanz von 2 Milliarden Goldmark eine aktive von 4 Milliarden. Wir hielten damals eine Verschiebung nach der Aktivität zu gegenüber den amtlichen Zahlen ebenfalls für wahrscheinlich, waren aber der Meinung, daß eine Aktivität von 4 Milliarden unmöglich sei, da in diesem Falle eine so scharfe Entwertung der Mark, wie sie 1922 stattfand, nicht erklärbar wäre.

Nun ist das Statistische Reichsamt zu der Methode übergegangen, die Mengendaten der einzelnen Waren mit dem Einheitswerte der Außenhandelsstatistik von 1913 zu multiplizieren, um den Goldmarkwert in Friedenspreisen zu errechnen. **Diese richtigere Berechnungsmethode zeigt nun, daß der Außenhandel Deutschlands in der Nachkriegszeit nur in sehr geringem Maße passiv ist[1]).**

Wir geben die nach der früheren und der jetzigen Berechnungsmethode errechneten Zahlen.

Außenhandel in Millionen Goldmark.

Alte Berechnung.

Mai bis Dez.	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhrüberschuß
1921	4015	2401	1614
1922	6200	3970	2230

Neue Berechnung[2]).

Jan. bis Nov.	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhrüberschuß
1920	3947	3724	223
1921	5751 (3724[3])	5586	165
1922[4])	6312	6199	113
1923	5589	5516	73

[1]) Der Fehler der früheren Umrechnung auf Goldmark — und der gegenwärtig noch unter dem Titel „Wertergebnisse auf Grund der Gegenwartswerte" veröffentlichten Goldmark-Wertdaten — liegt darin, daß den Ausfuhrwerten die Deklarationen der Exporteure zugrunde liegen, die mit Rücksicht auf die Ausfuhrabgabe immer möglichst niedrig angegeben wurden und sich in der Praxis mit den von der Außenhandelsstelle vorgeschriebenen Mindestausfuhrpreisen deckten, zu denen Ausfuhrbewilligungen erteilt wurden. („Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 11. Januar 1924.)

[2]) „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1923", Seite 384.

[3]) Mai bis Dezember. Wir rechnen für die fehlenden vier Monate etwa die Hälfte hinzu.

[4]) Vorläufige Zahlen.

Wir sehen das ganz und gar veränderte Bild, das die richtigere Berechnung bietet. Statt eines Defizits von 2230 Millionen Goldmark im Jahre 1922 nur ein Defizit von 113 Millionen! Sicherlich hat auch die neue Berechnungsmethode ihre Fehler, da die verschiedenen Waren auf dem Weltmarkt eine verschiedene Preiserhöhung erfahren haben. (Die Verschiebung dürfte eher zugunsten als zuungunsten der Aktivität der Handelsbilanz Deutschlands wirken.) Jedenfalls entspricht die Berechnung den Preisen von 1913 viel besser als die frühere Art der Berechnung. Für die Monate Oktober und November weisen die amtlichen Daten einen aktiven Saldo der deutschen Handelsbilanz aus:

	Millionen Goldmark		
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhrüberschuß
Okt. 1923	568	436	132
Nov. 1923	514	434	80

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Zahlen zur Erleichterung einer Auslandanleihe etwas „aufgeputzt" wurden. Immerhin scheint es, daß der Stabilität der Mark von dem Außenhandel keine großen Gefahren drohen.

Was die außerhalb der Handelsbilanz fallenden Posten der Zahlungsbilanz betrifft, so sind hier die als Zinsen für überfremdetes deutsches Eigentum und die neuerdings infolge der Teuerung in Deutschland stärker gewordenen Ausgaben für Auslandreisen Deutscher in Betracht zu ziehen. Als Aktivposten sind die Zinsen der nach dem Ausland verschobenen Kapitalien und der Rückstrom dieser Kapitalien selbst, der mit der Aufrichtung der bürgerlichen Diktatur wahrscheinlich begonnen hat, einzusetzen. Auch von dieser Seite droht vorläufig keine Gefahr.

III.

Die Reparationsleistungen.

Der schwache Punkt des ganzen Aufbaues sind die Leistungen aus dem Friedensvertrag: Besatzungskosten, Reparationszahlungen. Wir beschäftigten uns früher eingehend mit dieser Frage. Hier können wir nur wiederholen, daß eine anhaltendere Stabilisierung nur bei einem vollen Moratorium oder durch eine Auslandanleihe möglich erscheint.

*

Zusammenfassend möchten wir sagen: **Eine anhaltendere Stabilisierung der Mark erscheint ökonomisch möglich, aber nicht wahrscheinlich.**

Die Voraussetzungen hierfür wären:

a) **Vervielfachung der Steuerleistungen der herrschenden Klassen** bis zur Ausgleichung des Staatshaushaltes aus laufenden Steuern (eventuell durch innere langfristige Anleihen).

b) **Eine aktive oder in geringem Grade passive Außenhandelsbilanz.** Dies ist nur möglich, wenn sich

c) **das deutsche Proletariat ohne große, die Produktion störende Widerstände** die Verlängerung der Arbeitszeit und die Herabsetzung des Arbeitslohnes, überhaupt die **Diktatur der Bourgeoisie gefallen läßt.**

d) **Wenn ein volles Moratorium** für alle Leistungen aus dem Friedensvertrag — oder eine Auslandanleihe zu ihrer Bezahlung — **gewährt wird!**

Es besteht wenig Wahrscheinlichkeit, daß alle diese Voraussetzungen eintreffen werden[1]) und daher auch wenig Wahrscheinlichkeit für eine anhaltende Stabilisierung ...

Es muß noch betont werden, daß — nach den Erfahrungen, die das deutsche Volk einmal bereits gemacht hat — mit einem langsamen, sich auf Jahre hinziehenden Entwertungsprozeß nicht zu rechnen ist. Wird das Vertrauen in die Mark nochmals erschüttert, so wird sich die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes rasend erhöhen. Da gegenwärtig an Papiergeld, in Gold gerechnet, mindestens das Zehnfache in Zirkulation ist, als vor Beginn der Stabilisierung, läßt es sich leicht ermessen, was für Dimensionen ein neuer Marksturz annehmen würde. Er würde sofort in eine Katastrophe ausarten.

———

[1]) Am 23. Dezember erklärte Finanzminister Luther in Hamburg: „Die jetzige Steuerbelastung geht über das politisch und wirtschaftlich vernünftige Maß hinaus ..."

Arbeiterbewegung

Der Streik der britischen Dockarbeiter.

Von George Hardy (London).

** Die britischen Werftarbeiter sind zum Kampf entschlossen. Da sie nur Gelegenheitsarbeiter sind, ist ihre Lage schrecklich, und oft haben sie und ihre Familien kaum die notwendigste Nahrung. Deshalb schrecken sie nicht so sehr vor dem Kampfe zurück, wie es die im regelmäßigen Wochenlohn stehenden Arbeiter zu tun pflegen, und zeigten sie auch eine so gute Haltung in den Kämpfen 1889, 1911, 1912 und in dem wilden Streik im Juli v. J.

Aber an dem Streik nehmen die verschiedensten Elemente teil. Es besteht Aussicht auf Beilegung des Streiks im Reichsmaßstabe, und die Vereinigte Güterpacker-, Löscher- und Küstenarbeiter-Union, eine neue Gewerkschaft, die während des inoffiziellen Streiks von der Transport- und Allgemeinen Abeiter-Union (TGWU.) abfiel, wird die geeinigte Front nicht in Gefahr bringen, wenn sie ihr Versprechen hält. Es gibt auch noch fünf andere Gewerkschaften, die sich mit den Dockarbeitern befassen, aber ein völlig gemeinsames Vorgehen wurde von allen zugesichert. Die Britische Eisenbahnergewerkschaft (NUR.) hat mit den Docks nicht nur Verbindung als Eisenbahner, sondern ihre Mitglieder arbeiten tatsächlich auch als Dockarbeiter. Sie haben offiziell versprochen, keine Streikbrecherarbeit zu leisten, wie sie es auch beim letzten Streik der Lokomotivführer gehalten haben.

Nachdem die 76 Delegierten der TGWU. den Beschluß faßten, am 16. Februar den Streik auszurufen, wenn die Forderungen nach 2 Schilling Lohnerhöhung und wöchentlicher Einstellung nicht durchgebracht werden, sind laut den Berichten alle Häfen zum Kampfe bereit. Viele Delegierte erklärten unverblümt, daß jegliches Kompromiß als ein Akt der Illoyalität gegen die Massen betrachtet werden würde. Angesichts des wilden Streiks vom letzten Jahre haben viele Gewerkschaftsführer eingesehen, daß sie für die vollen Forderungen eintreten müssen. Die Unternehmer haben bereits angekündigt, daß sie einen Schilling bewilligen wollen, und auch die Wocheneinstellung als eine gerechte Forderung ansehen. Das ist eine direkte Umkehrung ihrer Haltung am Beginne, als sie ein striktes „Nein" aussprachen. Sie hatten den Vorstand der Londoner Hafenbehörde, **Lord Devouport**, bei der ersten Konferenz zwischen den Dockern und den Arbeitgebern als Vorsitzenden. Die Unternehmer hörten die Forderungen der Gewerkschaft an, weigerten sich aber, in eine Diskussion einzutreten. Devouport, der im Jahre 1912 gesagt hatte, „er werde die Dockarbeiter den Staub ablecken lassen", ist nach Südamerika gereist.

Wegen ihrer früheren Sympathie mit den Arbeitern muß man auch bei dem kommenden Kampf die Arbeitslosen in Betracht ziehen. Sowie bei den Lokomotivführer- und Kanalarbeiterstreiks haben auch dieses Mal die organisierten Arbeitslosen beschlossen, den Dockern zu helfen. Man muß sich an die Dienste erinnern, die sie in Form von Streikpostenstehen und Abhaltung von Massenversammlungen geleistet haben, wo sie zeigten, daß, obgleich selbst hungrig, ihnen die Sympathie für ihre Klasse vorangehe. An der Küste gibt es über 24% Arbeitslose, durch Steigerung des Lohnes und besonders durch Steigerung der Überstundenzahlung würde sich eine Verminderung der Überstundenarbeit ergeben. Dies wäre zugunsten der Arbeitslosen und würde auch ihren Kampf erleichtern.

Anstatt irgendeinen Rückzug anzustreben, sollten nun alle Eisenbahner-, Seeleute- und Hafenarbeiterverbände gemeinsame örtliche und Landesstreikkomitees bilden, um die Forderungen durchzusetzen. Die Transportarbeiter sind gegen die Abkommen, wie sie seit dem ersten Shaw-Schiedsspruch im Jahre 1920 geschlossen wurden. Der ursprüngliche Schiedsspruch gewährte 16 Schilling täglich. Den Schiffsbesitzern gelang es, bis zum Übereinkommen vom Jahre 1922 4 Schilling abzuzwacken. Dieses Übereinkommen war auf einem ganz falschen Grundsatz aufgebaut. Es kürzte den Tageslohn nicht nur um 4 Schilling, sondern sah auch die Verringerung um noch 1 Schilling vor, da die Lebenshaltung bis Juli 1923 um 10 Punkte sinken sollte. Der Index der Unternehmer und der der Regierung setzten am 1. Juli die Lebenshaltung um 10 Punkte herunter. Dieser Index wurde von verschiedenen Seiten angefochten. Die Gewerkschaft nahm ihn an, nicht aber die Mitglieder. Daher der wilde Streik. Alle Gewerkschafter, die dem Rückzug Einhalt gebieten wollten, sagten, „die Gewerkschaftsbeamten hatten kein Recht, ein Jahr im voraus eine Lohnreduktion zu unterzeichnen, selbst wenn die Lebenshaltung um 10 Punkte gesunken wäre, hätten die Arbeiter ein Recht, zu kämpfen, um diese Lebenshaltung zu behaupten oder sogar ihre

Löhne zu erhöhen und einen höheren Lebensstandard zu gewinnen". Viele werden sich erinnern, daß die Rote Gewerkschaftsinternationale eine Erklärung veröffentlichte, worin sie das Übereinkommen vom Jahre 1922 kritisierte.

Die Transportarbeitersektion der Roten Gewerkschaftsinternationale verlangt gemeinsame Komitees, weil gesonderte Übereinkommen für die NUR.-Mitglieder, die Hafenarbeit verrichten, bestehen. Das NUR.-Übereinkommen enthält viel geringere Überstundenbezahlung als das Shaw-Übereinkommen, das von der Gruppe TGWU. abgeschlossen worden war. Es gibt andere Begünstigungen für die Hafenarbeiter, in deren Genuß die NUR. nicht stehen. So zum Beispiel Bezahlung zweier Stunden für eine Stunde, wenn zur Essenszeit gearbeitet wird. Die NUR.-Leute bekommen nur die tatsächlichen Arbeitsstunden gezahlt, die TGWU.-Dockarbeiter bekommen hingegen, wenn sie nach 7 Uhr abends arbeiten, den regulären Tarif bis 7 Uhr früh, wie kurz immer die Arbeitszeit ist. Nach dem Shaw-Abkommen würden die Dockarbeiter der NUR. bei derselben Arbeit, bei denselben Schiffen um 50 bis 100% höheren Lohn erhalten. Angesichts des fortwährenden Durchkreuzens mit separaten Abkommen wäre es logisch, eine Gewerkschaft für alle Transportarbeiter zu schaffen. Jedoch ist es klar, daß die NUR. an dem allgemeinen Abkommen, an dem allgemeinen Lohntarif und den Arbeitsbedingungen teilhaben müßte. Es sollte wirklich an Stelle der jetzigen verschiedenen nur eine Gewerkschaft für Dockarbeiter bestehen. Der Mittelpunkt wäre logischerweise die Transportarbeitergewerkschaft. Dennoch muß man wissen, daß eine Föderation kein Ersatz ist für einen vereinigten Industrieverband mit einer kämpfenden Mitgliedschaft und kampfesmutigen Führern.

Nur wenn die Massen der Transportarbeiter erkennen, daß bei jeder Stockung sofort der ganze Handelstransport in Mitleidenschaft gezogen wird, werden sie einsehen, wie notwendig es ist, für eine Gewerkschaft, die sich auf alle Transportarbeiter erstreckt, einzutreten. Es heißt nicht nur, die Gelegenheit aufs Spiel zu setzen, die ganzen Forderungen durchzusetzen, sondern das Bestehen der verschiedenen Verbände erzeugt auch Schwierigkeiten und nährt Zwistigkeiten, die sonst kaum möglich wären. Zu lange schon haben die Schiffsbesitzer als Könige über den internationalen Handel geherrscht und dies nur, weil unsere Reihen gespalten sind.

*

Um nicht mißverstanden zu werden: das ist kein Kampf der Transportarbeiter allein. Es ist ein Kampf mit dem britischen Unternehmerverband. Er hat 24 Mitglieder im Parlament, die 51 Schiffahrtsgesellschaften vertreten, und alles, was sie gegen die Dockarbeiter unternehmen können, werden sie gehörig ausnützen. Sie wollen, wenn der Streik stattfindet, im Parlament Fragen aufwerfen. Denn sie halten, wenn die Arbeiterpartei am Ruder ist, das Parlament für die Tribüne, um ihre Sophisterei denjenigen zu predigen, die noch immer nicht sehen wollen, daß der Kapitalismus schuld ist an all dem unsinnigen Hungersterben, an Elend, Krankheit und Tod.

Dieser Kampf muß gewonnen werden. Er kann gewonnen werden, wenn der Generalrat des Gewerkschaftskongresses die nötige Unterstützung veranlaßt. Er soll Notstandsgelder bewilligen, sobald der Krieg erklärt ist. Die ganze Stoßkraft des britischen Kapitalismus ist gegen die Dockarbeiter gerichtet. Richtet die Stoßkraft der Arbeit gegen ihn, und wenn die Führer nicht Kompromisse schließen, werden wir siegen.

Auf zum Streik für die Erfüllung sämtlicher Forderungen! Laßt uns kämpfen und siegen! Und dann die Gewerkschaften ausbauen für die revolutionäre Kontrolle der Industrie, für die Abschaffung der imperialistischen Herrschaft.

Die Unternehmerattacke auf den Achtstundentag in der Schweiz.

Von A. Weber (Basel).

** Daß auch das kleine Ländchen, das „Schweiz" genannt wird, von der Reaktion nicht verschont bleibt, ist nur natürlich. Reaktion und Profitgier der besitzenden Klassen sind international, und das Proletariat keines Landes, das sich nicht mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dagegen zur Wehr setzt, wird davon verschont bleiben. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß das schweizerische Unternehmertum einen Anlauf zur Beseitigung der Achtundvierzigstundenwoche und Wiedereinführung einer längeren Arbeitszeit unternimmt.

Der dreitägige Landesstreik im November 1918, in Verbindung mit den anderen Ereignissen in Mitteleuropa und der Angst vor einem ähnlichen Umsturz wie in Rußland 1917, hat der schweizerischen Arbeiterschaft den Achtstundentag gebracht. Allerdings in der Form, daß die Arbeitszeit pro Woche nicht länger als 48 Stunden dauern, an den einzelnen Wochentagen aber bis 9 Stunden ausgedehnt werden darf. Ein reformistischer Gewerkschaftsführer hat einmal erklärt, nicht der Generalstreik, sondern die darauf folgenden Unterhandlungen mit den Unternehmern hätten das meiste zur Einführung der Achtundvierzigstundenwoche beigetragen. Ob der Mann wirklich so naiv ist zu glauben, Unterhandlungen ohne Anwendung proletarischer Machtmittel hätten eine solche Wirkung ausgeübt, oder ob es die bei jeder Gelegenheit zur Schau getragene Abneigung gegen Massenkämpfe des Proletariats ist, was ihn zu diesem Ausspruch veranlaßte, mag dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall kann der schweizerischen Arbeiterschaft zu solchen Gewerkschaftsführern nicht gratuliert werden.

Richtig ist, daß im Laufe des Jahres 1919, infolge des Generalstreiks von 1918, Unterhandlungen zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen stattfanden, deren Ergebnis die allmähliche Einführung der Achtundvierzigstundenwoche war.

Im Juni 1919 wurde dann für die Fabrikbetriebe (Betriebe mit mindestens fünf Arbeitern und motorischer Kraft) die gesetzliche Achtundvierzigstundenwoche vom Parlament beschlossen und vom Bundesrat (Landesregierung) mit 1. Jänner 1920 in Kraft gesetzt. Bundesrat und Parlament konnten sich aber nicht dazu aufschwingen, diese Verkürzung der Arbeitszeit auch für das Kleingewerbe gesetzlich einzuführen, trotzdem auch für dieses in mehreren Berufen, so in der Metallbranche, Holzgewerbe und anderen, die Achtundvierzigstundenwoche vertraglich festgesetzt worden war.

Aber auch in den Fabrikbetrieben wurde die Arbeitszeit sehr bald wieder verlängert. Der Artikel 41 des Gesetzes gibt dem Bundesrat die Ermächtigung, wenn und solange „zwingende Gründe" es erfordern, sowohl für einzelne Betriebe wie für ganze Industriezweige die Erlaubnis für die zweiundfünfzigstündige Arbeitszeit in der Woche zu erteilen. Die Entscheidung darüber, ob und wie lange solche zwingende Gründe vorliegen, steht dem Bundesrat zu. Was so eine bürgerliche Regierung unter zwingenden Gründen zur Verlängerung der Arbeitszeit versteht, braucht hier nicht näher erklärt zu werden. Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise, aber auch durch andere Umstände, auf die wir noch zu sprechen kommen werden, wurde die Stoßkraft der schweizerischen Arbeiterschaft gelähmt. Dieser Umstand wurde vom Bundesrat, natürlich auf Verlangen von den Unternehmern, benützt zur Bewilligung für Verlängerung der Arbeitszeit auf 52 Stunden in der Woche. Das geschah erst nur ganz langsam für einzelne Betriebe, gleichsam die Fühlhörner ausstreckend, wie sich die Arbeiterschaft dazu verhalte. Als aber kein ernsthafter, noch weniger ein einheitlicher Widerstand dagegen erfolgte, ging der Bundesrat dazu über, diese Bewilligungen für ganze Industriezweige zu erteilen. In stärkstem Maße wurde die Textilindustrie davon betroffen. Aber auch für das Zimmergewerbe, die Metall- und Uhrenindustrie, die Buchbinderei und noch eine Reihe anderer Branchen wurden Bewilligungen für die längere Arbeitszeit erteilt. Nur in wenigen Fällen wurde die wirkliche Verlangerung der Arbeitszeit durch entschlossenes Auftreten der Arbeiterschaft verhindert. Leider werden von Amts wegen wohl die Bewilligungen für die Betriebe, nicht aber die Zahl der in denselben beschäftigten Arbeiter veröffentlicht. Da auch die gewerkschaftliche Statistik darüber mangelhaft ist, ist die genaue Zahl jener Arbeiter, die heute bereits 52 Stunden anstatt 48 in der Woche arbeiten, nicht bekannt. Es ist aber nicht zweifelhaft, daß in der Textilindustrie, die zirka 150.000 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt, mehr als die Hälfte, von den zirka 400.000 dem Fabrikgesetz unterstellten Arbeitern, etwa ein Drittel 52 Stunden in der Woche arbeiten. Der erste Vorstoß der Unternehmer gegen die Achtundvierzigstundenwoche erfolgte im Baugewerbe, für das dieselbe nicht gesetzlich festgelegt war. Es erfolgte schon im Jahre 1920 eine Aussperrung der Bauarbeiter, fast in der ganzen Schweiz, wo die Arbeiter sich nicht willig der verlängerten Arbeitszeit fügten, die beinahe den ganzen Sommer hindurch dauerte. Die leider ganz schwache gewerkschaftliche Organisation der Bauarbeiter selbst, in nicht minderem Maße aber auch die falsche reformistische Taktik der Gewerkschaftsleitung in der Schweiz, führte eine Niederlage der Bauarbeiter herbei. Die Gewerkschaftsverbände beschränkten sich auf die finanzielle Unterstützung der Bauarbeiter, anstatt die Aktion der Unternehmer mit einer Gegenaktion der Arbeiterschaft zu beantworten. Die Krisis war damals noch nicht in ihrer ganzen

Stärke ausgebrochen, der **Kampfeswille** der Arbeiterschaft noch **nicht** in dem Maße gebrochen, wie das später leider der Fall war. Eine Gegenaktion, die durchaus nicht in einem allgemeinen Generalstreik hätte bestehen müssen, sondern in Aktionen gegen einzelne Gruppen von Unterschriften, wäre durchaus **nicht aussichtslos gewesen**. Aber selbst die finanzielle Unterstützung wurde **nicht** mit einer besonderen Begeisterung eingeleitet.

Als nun die Achtundvierzigstundenwoche in dieser Weise durchbrochen war, erfolgte der **Generalsturm** der Unternehmer.

Im Juni 1922 stimmte das Parlament einem Antrage des Bundesrates zu, diesen zu ermächtigen, in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Krisis oder wenn und solange „wichtige Gründe" dafür vorhanden sind, die Ausdehnung der Arbeitszeit auf **54 Stunden** in der Woche zu gestatten. Diese Bestimmung soll vorläufig drei Jahre in Kraft bleiben und dann, **wenn** bis dahin kein neues Arbeitszeitgesetz beschlossen ist, die Achtundvierzigstundenwoche mit den bisherigen Ausnahmebestimmungen wieder in Kraft treten. Es wäre natürlich eine sträfliche Selbsttäuschung, würde das schweizerische Proletariat glauben, nach drei Jahren wieder die Achtundvierzigstundenwoche zu erhalten. Die Wiedereinführung der **sechzigstündigen Arbeitszeit pro Woche**, wenn nicht einer noch längeren, ist das Ziel der **Unternehmer** und des **gesamten Bürgertums**. Die schweizerische Bourgeoisie ist nicht weniger reaktionär als jene irgendeines anderen Landes, und das Kleinbürgertum ist womöglich noch reaktionärer.

Nun besteht in der Schweiz das Recht auf Referendum und Initiative, das heißt es kann durch Unterschriftensammlung eine Volksabstimmung gefordert werden für oder gegen die Einführung eines neuen Gesetzes. Natürlich wurde von den proletarischen Organisationen gegen die Verlängerung der Arbeitszeit das Referendum ergriffen. Anstatt der vorgeschriebenen 30.000 waren in kurzer Zeit über 200.000 Unterschriften gesammelt, das ist zirka ein Fünftel der stimmberechtigten Bevölkerung. Eine solche Zahl wurde bis jetzt nie erreicht. Die Parole für Verwerfung der Gesetzesrevision, das heißt der Verlängerung der Arbeitszeit, wurde neben den sozialistischen Parteien und dem Gewerkschaftsbund auch von den christlichen Gewerkschaften und anderen noch vollständig im bürgerlichen Fahrwasser sich befindlichen Organisationen von Arbeitern und Angestellten ausgegeben.

Wir haben oben darauf hingewiesen, daß außer der Wirtschaftskrisis und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit, welche naturgemäß lähmend auf die Kampfesstimmung der Arbeiter wirkt, noch ein anderer Umstand eine schädliche Wirkung nach dieser Richtung ausübt. Es ist die bereits angeführte **reformistische Taktik, die jedem ernsthaften Kampfe ausweicht**, ja sogar jede planmäßige gemeinsame Abwehr der Pläne der Reaktion auf außerparlamentarischem Gebiete unterläßt. Wohl sind in den Statuten des Gewerkschaftsbundes (Verbindung aller Verbände), durch die Revision derselben im Juni 1918, Sympathiestreiks und Generalstreik als Kampfmittel vorgesehen. Aber wenn derartige Kampfmittel jahraus, jahrein von dem größten Teil der Gewerkschaftspresse und den meisten Sekretären als **schädlich** für die Arbeiter, als **Unsinn** usw. taxiert werden, wird die Arbeiterschaft nicht zu Massenkämpfen erzogen. Man will bei den schweizerischen Reformisten so wenig als bei denen in anderen Ländern von einem ernsthaften Kampfe etwas wissen. Sofort nach Abbruch des Generalstreiks im November 1918 setzte in einem Teile der Schweiz in der Gewerkschaftsprese die **Hetze gegen solche Aktionen** ein. Ja ein sozialdemokratischer Nationalrat (Mitglied des Landesparlaments) durfte, **ohne daß er dafür zur Verantwortung** gezogen worden wäre, im Parlament die Eisenbahner wegen Teilnahme an diesem Streik **beschimpfen** und sich offen auf die Seite der **Bourgeosie** stellen. Unter solchen Umständen erhielten natürlich die Unternehmer Mut, in der Weise gegen die Arbeiter vorzugehen, wie das geschehen ist. Hätte der Lohnabbau und die Bewilligungen zur Verlängerung der Arbeitszeit auf 52 Stunden pro Woche infolge der Krisis nicht vollständig, so doch zum **größten Teile** verhindert werden können, wenn dem Unternehmer gleich im Anfang **ernsthaft entgegengetreten worden wäre**. Letztere wußten, daß sie einen ihre Interessen schädigenden Widerstand **nicht** zu fürchten hatten, und handelten demgemäß. Das hatte zur Folge, daß ein großer Teil der Arbeiter, teilweise aus Verärgerung, den Gewerkschaften den Rücken kehrte, ein Verhalten, das natürlich nicht zu rechtfertigen ist, ein anderer Teil der Mutlosigkeit verfiel. Unglaublich, aber wahr, man vertröstet die Arbeiter auf die **kommende bessere Konjunktur**, in der dann alles wieder geholt werden kann, was jetzt verloren geht. Es wird dem Proletariat **in der** Schweiz nichts anderes übrig bleiben zur Wahrung seiner Interessen durch außerparlamentarische Mittel, als sich wie in anderen Ländern über die Köpfe der Führer **hinweg** gegen die Reaktion zur Wehr zu setzen. Am 17. Februar werden die stimmberechtigten Schweizer Bürger entscheiden, ob durch das bisherige Gesetz die Achtundvierzigstundenwoche beibehalten bleibt oder ob, wenn die Mehrheit der Stimmberechtigten für die Revision des Gesetzes eintritt, an Stelle der Achtundvierzig- die Vierundfünfzig- und als nächster in Aussicht stehender Schritt die Sechzigstundenwoche wieder eingeführt werden soll*).

Die Kampagne, die gegenwärtig die gesamte Presse und Öffentlichkeit beherrscht, wird auf seiten der organisierten Arbeiterschaft einheitlich geführt. Durch ein Aktionskomitee, in dem die kommunistische und sozialdemokratische Partei und der Gewerkschaftsbund vertreten sind, wird die Aktion geleitet. Einige linksbürgerliche Gruppen, die vorgeben, die Interessen der Angestellten und religiösen Arbeiter zu vertreten, **bekämpfen** das Gesetz nach ihrer Weise, zum Teil haben sie sich **weder für noch gegen** entschieden.

Wie die organisierte Arbeiterschaft steht auch die Front der Unternehmer geschlossen da.

Die kommunistische Partei läßt die Arbeiterschaft nicht im Zweifel, daß nur durch den parlamentarischen Kampf der Achtstundentag wie andere Errungenschaften nicht gehalten werden können. Sie erklärt ganz offen, mag die Abstimmung ausfallen wie sie will, wenn die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, durch außerparlamentarische Kampfmittel, durch die Verweigerung ihrer Arbeitskraft, durch die Bildung der proletarischen Einheitsfront ihre Rechte zu verteidigen, so wird der Achtstundentag beseitigt, auch dann, wenn eine Volksmehrheit für denselben eintritt.

Proletarische Frauenbewegung

Das Präsidium des EK. der Komintern an die Zentral-Komitees aller Sektionen.

Werte Genossen!

** **Wie Ihr wißt, wird am 8. März, wie alljährlich, der Internationale Kommunistische Frauentag veranstaltet.**

Das Präsidium lenkt Eure Aufmerksamkeit darauf, **daß** er laut Beschluß unserer Weltkongresse in allen Ländern **eine Veranstaltung der Kommunistischen Partei** ist und nicht eine „Frauenangelegenheit". Das Präsidium erwartet, daß Ihr diesem Beschluß getreu Eure volle Kraft aufbieten werdet, um in Verbindung mit den führenden Genossinnen im Landesfrauenkomitee und den in Betracht kommenden Parteiorganen für die kommunistische Arbeit unter den Frauen unseren Frauentag so planmäßig und energisch vorzubereiten und durchzuführen, daß er ein großer Erfolg werden muß.

Die noch andauernde Generaloffensive der Weltbourgeoisie gegen das Proletariat, gegen die besitzlosen und wenigbesitzenden schaffenden Bevölkerungsschichten, die Herrschaft der Militärdiktatur, des Faschismus und damit der weißen Justizschmach und des weißen Schreckens in vielen Ländern, die Notwendigkeit, die Einheitsfront der Ausgebeuteten und Unterdrückten von unten auf zu schaffen: steigern die große Bedeutung des Internationalen Kommunistischen Frauentages als eines erprobten, vorzüglichen Mittels, breite Frauenmassen zu wecken, zu sammeln und zu aktiven Kämpferinnen in dem revolutionären Klassenringen des Proletariats zu erheben. Die Einheitsfront des Proletariats von unten auf, unter Führung der Kommunistischen Partei, kann nur geschlossen werden, wenn auch die werktätigen Frauen sie bilden helfen.

Das Präsidium verhehlt sich nicht, welch große Schwierigkeiten dem Internationalen Kommunistischen Frauentag in diesem Jahre in den Ländern entgegentreten, wo die Kommunistische Partei verboten, wo sie in volle oder teilweise Illegalität gedrängt worden ist. Jedoch große Schwierigkeiten bedeuten für Kommunisten durchaus nicht Verzicht auf Betätigung, vielmehr umgekehrt höchste Aktivität, energischeste Kraftanspannung. Gerade dort, wo die Kommunistische Partei mit oder ohne Belagerungs-

*) Bei der Volksabstimmung am 17. Februar wurden bei einer Wahlbeteiligung von 77% 433.000 Stimmen gegen und 316.000 Stimmen für die Verlängerung der Arbeitszeit abgegeben. (Die Red.)

zusand und Gesetz geächtet und gehetzt ist, muß sie den Internationalen Kommunistischen Frauentag auf das gewissenhafteste vorbereiten und mit revolutionärer Kampfesfreudigkeit durchführen. Er muß ein sinnfälliger Beweis dafür sein, daß die KP. allen Verboten und Verfolgungen zum Trotz kraftvoll weiterlebt und mitten unter den ausgeplünderten und geknechteten Massen steht, ihre brennenden Nöte mitfühlend, ihr Brot und ihr Recht verteidigend, ihre einzige treue Führerin im Kampf für ihre Befreiung.

Kommunistische Parteien, Genossen und Genossinnen aller Länder, werbt verständnisvolle und aufopfernde Streiterinnen für die nächste große Etappe des proletarischen Befreiungskampfes, für die Vernichtung der Klassenherrschaft, der Diktatur der Bourgeoisie, für die Vernichtung der Diktatur der Bourgeoisie durch die Diktatur des Proletariats! Tut Eure Pflicht, und tut sie begeistert! Ihr alle, die Ihr Euch zum Kommunismus bekennt, von den ersten, den besten Führern der revolutionären proletarischen Vorhut in jedem Lande bis zu den schlichten, ungenannten Männern und Frauen in Reih und Glied! **Organisiert den Internationalen Kommunistischen Frauentag. Rüstet für ihn. Sichert seinen Erfolg!**

Werte Genossen, das Präsidium ist fest überzeugt, daß Ihr diesen unseren Ruf zu dem Eurigen macht und Sorge tragt, ihn durch die Kraft und Aktion Eurer Partei Tat werden zu lassen.

Hoch der Internationale Kommunistische Frauentag!
Hoch der Kampf gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie, der besitzenden Klassen!
Hoch der Kampf für die Diktatur des Proletariats!
Hoch die Kommunistische Internationale!

Mit kommunistischem Gruß

Das Präsidium
der Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Aus der Internationale

Das Präsidium des EK. der Komintern an alle Sektionen.

** Das EK. der Kommunistischen Internationale hat beschlossen, den fünften Jahrestag der Gründung der KI. am 5. März zu feiern. Alle Sektionen haben diesen bedeutungsvollen Gedenktag ihren örtlichen Verhältnissen entsprechend vorzubereiten, wobei folgende allgemeine Weisungen als Richtlinie gelten sollen:

1. Alle Zentralorgane und periodisch erscheinenden Druckschriften der einzelnen Sektionen widmen eine Nummer dem fünften Gründungsjahrestag der Komintern, und jene Sektionen, deren technische und politische Verhältnisse es erlauben, sollen besonders für diesen Gedenktag bestimmte Broschüren herausgeben.

2. Am Tage der Gedenkfeier (5. März) sollen Versammlungen, Demonstrationen, geeignete Filmvorführungen, Verbreitung von Postkarten organisiert und Aufmärsche zu den Gräbern unserer gefallenen Revolutionskämpfer veranstaltet werden.

3. Ausführliche Thesen zu diesem Gedenktag werden in allernächster Zeit herausgegeben werden.

Moskau, 15. Februar 1924. **Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.**

Beschluß des Präsidiums des EKKI. über den Lyoner Kongreß der KPF.

In der Sitzung vom 4. Februar 1924 einstimmig angenommen.

** Das Präsidium hat auf Grund des Berichtes des Genossen Losowsky über die Lage in der Kommunistischen Partei Frankreichs mit Befriedigung konstatiert, daß der Lyoner Kongreß der KPF. in allen auf der Tagesordnung der französischen Arbeiterbewegung stehenden Fragen den richtigen Gesichtspunkt vertritt.

Aus dem Lager der Gegner.

Die terroristische Tätigkeit der georgischen Menschewiki.

Von Otto.

** An demselben Tag, an dem die Moskauer Zeitungen die Begnadigungsverordnung des Zentralen Vollzugsausschusses der Sowjet-Union über die verurteilten SR. abdruckten, beginnt die Tifliser **„Rabotschaja Prawda"** mit der Veröffentlichung der Enthüllungen eines ehemaligen Menschewistenführers: **Chmaladse.** Diese Enthüllungen stellen die georgischen Menschewiki als würdige Brüder an die Seite der SR., für deren Tätigkeit die Emigrantenführer der russischen Sozialdemokratie die moralische Verantwortung öffentlich abzulehnen für gut hielten, als die allzu kompromittierenden Dokumente des Archivs des Pariser **„Administrativen Zentrums"** in die Öffentlichkeit gelangten.

Die Enthüllungen stellen den „Pazifismus" der Menschewiki in das richtige Licht. Es zeigt sich wieder einmal, daß die sozialdemokratischen Führer nur so lange pazifistisch bleiben, so lange es sich um den Kampf gegen die Herrschaft einer bürgerlichen Macht handelt. **Gegen die proletarische Macht scheint ihnen jedes noch so blutige Kampfmittel gut.**

So erhielt zum Beispiel Chmaladse — nach eigenem Bekenntnis — im Sommer 1922 den Auftrag, gegen die Genossen **Woroschilow** und Sklianski (hohe Funktionäre der Roten Armee) ein **Mordattentat** zu organisieren, ferner die Genossen **Mdiwani** (Vorsitzender des Rates der Volkskommissäre in Georgien) und **Macharadse** (Vorsitzender des georgischen Zentralen Vollzugsausschusses) lebendig gefangen zu nehmen. Dieses Verbrechen sollte in der Weise vollbracht werden, daß eine Beteiligung der menschewistischen Partei und des ZK. der Partei an der Tat verborgen bleibe, augenscheinlich um die moralische Verantwortung für die eigenen Taten ablehnen zu können.

Ende 1922 sollte Chmaladse im Auftrage einer Bezirksorganisation der Partei der Menschewiki mit Hilfe einer **berüchtigten Räuberbande** einen Eilzug ausrauben. Der Plan verfolgte einen doppelten Zweck: für das ZK. der Menschewiki Geldmittel zu beschaffen und der europäischen öffentlichen Meinung zu beweisen, daß in Sowjetgeorgien Anarchie und Kopflosigkeit herrscht, dadurch den Boden für eine Intervention vorzubereiten. bereiten.

Ein weiterer Plan der georgischen Menschewiki bestand darin, einen mit Militärzöglingen der Roten Armee besetzten Eisenbahnzug durch Aufreißen der Schienen zum Entgleisen zu bringen. Wenn dieser Plan gelungen wäre, so wäre der ganze Zug in den Fluß Kura gestürzte, und der **„Pazifismus"** der Menschewiki hätte Hunderte, wenn nicht Tausende junge Proletarier meuchlings gemordet.

Wir erfahren weiter aus den Enthüllungen, daß sich die georgischen Menschewiki im Sommer 1923, also kaum vor einem halben Jahre, zu einem bewaffneten Aufstand gegen die Sowjetmacht vorbereiteten. Dieselbe Taktik, die wenn sie von Kommunisten gegen die militärische Reaktion in Deutschland gerichtet ist, „Putschismus" heißt, ist gegenüber der proletarischen Macht eine „gemäßigte sozialdemokratische Taktik". Als Termin des Aufstandes wurde der Oktober 1923 festgesetzt. **Dem Aufstand sollte — wie der frühere menschewistische Minister Chomeriki erklärte — eine Aktion Polens gegen Rußland und ein Ultimatum der Entente bezüglich der Vorkriegsschulden vorausgehen.** Anfang Oktober wurden jedoch sowohl Chmaladse wie auch Chomeriki verhaftet.

Seine Enthüllungen schließt Chmaladse mit folgenden Worten:

„Nach all dem kann kein Zweifel mehr über die Abenteuerlichkeit der Taktik der Menschewiki-Partei und ihres ZK. bestehen. Diese Taktik bestand und besteht in der Vorbereitung von Aufständen, und zwar **im Bündnisse mit den Faschisten, mit Räuberbanden und mit dem übrigen Abschaum der georgischen Gesellschaft, in der Hoffnung auf eine Intervention der europäischen Reaktion.**"

Die Menschewiki standen — was ihre „pazifistischen" Handlungen gegen die proletarische Macht betrifft — den SR. in keiner Hinsicht nach. Das Sündenregister der SR.-Organisierung von terroristischen und Sabotageakten, Vorbereitung von Aufständen unter mittelbarer oder unmittelbarer Unterstützung der Imperialisten, Attentate gegen führende Persönlichkeiten der Sowjetmacht usw. — all dies wird nun den menschewisti-

schen Führern — von einem Mann, der vor kurzem noch ihr Parteigenosse war, zum Vorwurf gemacht.

Es gibt allerdings einen Unterschied zwischen den SR. und den Menschewiki. Die SR. haben ihre verbrecherischen Taten mit der einer besseren Sache würdigen Offenheit und Tapferkeit begangen. Die Menschewiki — feig, wie sie überall in der Welt sind — mieteten zur Durchführung ihrer Pläne Räuberbanden und wollen nicht einmal vor der eigenen Mitgliedschaft die Verantwortung für ihre Taten tragen.

Jene georgischen Arbeiter, die bis unlängst noch Mitglieder der Menschewiki-Partei waren, haben selbst über die Partei geurteilt. Seit Monaten bringen die georgischen Blätter fast täglich begründete Austrittserklärungen von menschewistischen Arbeitern, die zu Hunderten ihre Partei verlassen. So erschien zum Beispiel am 12. Januar in der „Rabotschaja Prawda" eine Austrittserklärung von 83 Arbeitern. Unter diesen befindet sich auch der Verfasser der Enthüllungen: **Chmaladse**.

Aufrufe

An die deutschen Arbeiter!

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte!

** Aus Deutschland kommen Nachrichten über große heftige Kämpfe gegen die Arbeitszeitverlängerung.

Die Schwerindustriellen und Zechenbarone diktieren zehn- bis zwölfstündige Sklavenarbeit und Lohnabbau. Dadurch will die deutsche Kapitalistenklasse ihre Existenz retten und die Kosten des Ruhrkrieges und der Verpflichtungen des Micum-Vertrages den ausgehungerten Proletariern aufbürden.

Der Kampf um den Achtstundentag ist ein Machtkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Als im November 1918 die Bourgeoisie vor der proletarischen Revolution zitterte, wurde der Achtstundentag eingeführt. Aber heute, wo die Kapitalistenklasse durch den schamlosen Verrat der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie und Sozialdemokratie im Besitze der uneingeschränkten Macht ist, führt das Unternehmertum die schärfste Offensive gegen die Grundrechte des Proletariats, besonders gegen den Achtstundentag.

Trotzdem die Kapitalisten durch Produktionssabotage, riesige Arbeitslosigkeit, entsetzliches Hungerelend die Arbeiterklasse zu zermürben versuchen, trotzdem die Gewerkschaftsbürokratie durch schändliche Arbeitsgemeinschaftspolitik die Bahn für die Kapitalistenoffensive frei gemacht hat, trotz Polizeiterror und aller Widerstände kämpft das deutsche Proletariat heldenhaft gegen den Raub des Achtstundentages.

Dieser Kampf erfordert die Anspannung aller Kräfte, großen Opfermut und zähe Ausdauer. Dieser Kampf ist zugleich ein Ansturm gegen die uneingeschränkte Herrschaft der Schwerindustrie und die faschistische Diktatur.

Bei diesem Kampf handelt es sich nicht nur um die Verteidigung des Achtstundentages, sondern um den Machtkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Soll der Raub des Achtstundentages verhindert werden, so muß das deutsche Proletariat für die Eroberung der proletarischen Diktatur kämpfen. Nur dann, wenn die überall entbrennenden Teilkämpfe zu gewaltigen revolutionären Massenbewegungen zusammengefaßt und gesteigert werden, ist der Sieg gewiß.

Arbeiter! Klassengenossen! Das internationale Proletariat blickt mit Bewunderung auf Euren heroischen, opfervollen Kampf. Wird Euch der Achtstundentag geraubt und erlebt Ihr eine Niederlage, so wird auch die Arbeiterschaft in den anderen Ländern niedergeschlagen. Die Beseitigung des Achtstundentages in Deutschland muß für die Arbeiter der anderen Länder die schlimmsten Gefahren und Massenarbeitslosigkeit zur Folge haben.

Deshalb hat die Rote Gewerkschaftsinternationale durch einen Aufruf die Arbeiter aller Länder aufgefordert, sofort eine internationale aktive Solidaritätsaktion einzuleiten zur ideellen und materiellen Unterstützung Eures schweren Kampfes.

Ferner hat die RGI. beschlossen, zur Unterstützung der **streikenden, ausgesperrten und gemaßregelten Arbeiter in den Kampfgebieten 20.000 Dollar zur Verfügung zu stellen.**

Das Vollzugsbüro der RGI.

Unsere Probleme

Die Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien.

Von Lothar.

> Keine Kommunistische Partei kann als ernsthafte und solide Kommunistische Massenpartei betrachtet werden, wenn sie keine festen kommunistischen Zellen in den Betrieben, Fabriken, Bergwerken, Eisenbahnen usw. hat.
>
> **IV. Kongreß der Komintern.**

** Organisationsaufbau und Organisationsmethoden der Kommunistischen Parteien sind wesentlich bedingt durch die politischen Verhältnisse und die revolutionären Kampferfahrungen der Partei. Der Stand der Organisation, die Verwurzelung in den Betrieben, die Parteidisziplin, die Koordinierung der politischen, organisatorischen und technischen Arbeit ist ein Maßstab für die Kampffähigkeit und innere Kraft der Partei.

Die Kommunistischen Parteien unterscheiden sich von den menschewistischen Parteien vor allem dadurch, daß sie nicht nur theoretisch Anhänger des Sozialismus sind, sondern den Willen haben, die proletarische Revolution zu organisieren, das heißt Propaganda und Tat zu koordinieren. Demzufolge spielt die Organisationsfrage in den Kommunistischen Parteien eine ganz andere Rolle als in den menschewistischen Parteien. Die Organisationsfrage ist eine der wichtigsten politischen Fragen. Politische und organisatorische Aufgaben sind miteinander gebunden und wirken dialektisch aufeinander.

Der III. Kongreß der Komintern hat vor allem auf Grund der russischen Erfahrungen Richtlinien zur Organisationsarbeit angenommen, nach denen in den Parteien Westeuropas leider nicht gehandelt wurde, weil der Erfahrungsschatz der Parteiorganisationen noch nicht ausreichte zur Durchführung der bolschewistischen Organisationsprinzipien.

In Deutschland waren die Kämpfe an der Ruhr, die Kampagne für die Hundertschaften in Mitteldeutschland, die Streikbewegungen in Berlin und zuletzt die Oktoberkämpfe die Antriebsfaktoren zur Umstellung der Organisation. Seit dreiviertel Jahren werden in der KPD. die Organisationsfragen in Verbindung mit den politischen Aufgaben diskutiert und die Umstellung biegsam durchgeführt. Von verschiedenen Seiten wurde gegenüber der Umstellung der Organisation betont, daß man die russischen Erfahrungen nicht schematisch in den westeuropäischen Parteien anwenden könne. Die russischen Verhältnisse seien wesentlich anders geartet. Worin besteht der Unterschied? Unseres Erachtens nur darin, daß es in Rußland auf Grund der besonderen politischen Verhältnisse möglich war, die Bourgeoisie zu überrennen, während in Westeuropa die Schwierigkeiten vor Eroberung der Macht viel größere sind und deshalb in Westeuropa die Organisationsfragen eine größere Bedeutung haben, als es in Rußland der Fall war. Zahlreiche organisatorische Maßnahmen, die in der RKP. erst nach Eroberung der Macht durchgeführt wurden, sind in Westeuropa schon vor Eroberung der Macht notwendig. Schon die bisherigen Erfahrungen in Deutschland zeigen, daß die **Organisationsgrundsätze der RKP. auch für die westeuropäischen Parteien volle Gültigkeit haben:**

1. Jedes Parteimitglied muß Funktionär sein. In den Kommunistischen Parteien ist deshalb das größte Augenmerk zu richten auf die Heranziehung aller Parteimitglieder zur Parteiarbeit. Nur durch Heranziehung aller Mitglieder zu verantwortlicher Arbeit ist die Schaffung einer eisernen Disziplin möglich.

2. Nur wenn die Betriebszellen Grundeinheit der Partei bilden, wenn dadurch die Partei mit breiten Massen fest gebunden ist, wird sie imstande sein, die Arbeiterklasse zum Sieg zu führen.

3. Die Organisierung des Sieges der Arbeiterklasse erfordert, daß die gesamte Partei es versteht, die politische, organisatorische und militärische Arbeit zu koordinieren. Unter Kombinierung legaler und illegaler Arbeitsmethoden müssen die Kommunistischen Parteien lernen, nicht nur die Partei bis zum letzten Mitglied auf die militärische Arbeit einzustellen, sondern auch mit Hilfe der Betriebszellen breite Massen der Arbeiterschaft zu den Bürgerkriegsvorbereitungen heranzuziehen.

Die entscheidende Vorbereitung der Kommunistischen Parteien für den siegreichen Kampf ist der Aufbau der Betriebszellen als politisch-organisatorisch-technische Arbeitskörper der Partei. Die Kommunistischen Parteien müssen sich bewußt sein,

daß **das industrielle Proletariat die Kerntruppe der proletarischen Revolution bildet.** Die großindustrielle Entwicklung hat durch die Konzentrierung der Arbeiter die Bedingungen des organisierten Kampfes geschaffen. Entsprechend der wirtschaftlichen Bedeutung der Großindustrie und der dort beschäftigten Arbeiter im Produktionsprozeß und damit in der Revolution bildet **das Industrieproletariat das Kraftzentrum,** das imstande sein wird, die schwankenden Schichten mit sich zu reißen. Nur wenn die Kommunistischen Parteien sich stützen auf die Betriebszellen sind sie in der Lage, **die Einheitsfront** von unten zu bilden und wesentliche Fehler der Einheitsfronttaktik zu vermeiden. Nur von dieser Basis aus ist es möglich, konterrevolutionäre Gewerkschaftsinstanzen aus dem Sattel zu heben. Nur von der Basis der Großbetriebe aus sind die Kommunistischen Parteien in der Lage, **die breitesten Massen auf den Bürgerkrieg einzustellen.** In den Organisationsrichtlinien der KPD. heißt es deshalb sehr richtig:

„Ohne Betriebszellen keine proletarischen Hundertschaften, in den Betrieben keine zähe, auf die Umstellung der Ideologie gerichtete Propaganda des bewaffneten Kampfes. Keine genügende technische Vorbereitung des Bürgerkrieges, keine Bewaffnung der Arbeiterschaft auf breiter Grundlage."

Entscheidend für die Umstellung der Kommunistischen Parteien auf Betriebszellen ist die Tatsache, daß es **ohne Betriebszellen keine revolutionäre Betriebsrätebewegung gibt und keine lebendige erfolgreiche Propagierung und Organisierung politischer Arbeiterräte.**

Umstellung auf Betriebszellen bedeutet aber keineswegs Ablehnung der **Arbeit im Wohngebiet.** Dadurch, daß die Parteimitglieder außer in den Betriebszellen, die den entscheidenden Einfluß in der Partei haben, noch im Wohnbezirk erfaßt werden, ist die kommunale Arbeit u. a. gewährleistet.

In der Periode der Legalität, wo es objektiv am leichtesten war, die Umstellung auf Zellen vorzunehmen, bildete die sozialdemokratische Tradition das wesentlichste Hemmnis dieser wichtigsten politisch-organisatorischen Aufgabe. In der gegenwärtigen Periode der Illegalität ist es zweifellos schwieriger, die Umstellung vorzunehmen. Jetzt bringt aber der General Seeckt der Partei die Notwendigkeit der Betriebszellenarbeit bei. Die Parteien Westeuropas müssen aus dieser Erfahrung der KPD. lernen, schon in der legalen Periode die organisatorische Umstellung der Partei mit aller Energie in Angriff zu nehmen und die Umstellung des Organisationsaufbaues und der Organisationsmethoden, gemäß den Beschlüssen der Komintern, in Verbindung mit der politischen Arbeit mit größter Energie durchzuführen.

Die Kommunistischen Parteien müssen sich klar sein, daß als Folge zunehmender Beseitigung der sozialdemokratischen Tradition und fortschreitender Bolschewisierung der westeuropäischen Parteien die Staatsgewalt mit umso schärferen Mitteln gegen sie vorgehen wird. Deshalb muß in Verbindung mit den Bürgerkriegsvorbereitungen die illegale Arbeit organisiert werden.

Zweifellos stößt die Umstellung der Kommunistischen Parteien Westeuropas auf Betriebszellen sowie die Vorbereitung des Bürgerkrieges auf große Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten spiegeln die allgemeinen Schwierigkeiten der Revolution wider und müssen mit allen Mitteln überwunden werden. **Wenn Parteiorganisationen in heiliger Verehrung** des „fest eingefahrenen Parteiapparates" die Umstellung der Organisation vernachlässigen, so beweisen sie damit den mangelnden Willen zur Organisierung des Sieges der Arbeiterklasse.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat auf seiner Januartagung eine Resolution zur Organisation der Betriebszellen angenommen*). Diese Resolution verpflichtet die Kommunistischen Parteien, die Frage der Betriebszellen zu diskutieren und mit aller Energie die Umstellung planmäßig in Angriff zu nehmen. Seit Annahme der Thesen des III. Kongresses der Komintern ist dies der bedeutendste organisatorische Beschluß, der in seiner Auswirkung wesentlich zur Aktivisierung der Kommunistischen Parteien beitragen wird. Die Resolution basiert auf den Erfahrungen der RKP. und der KPD., und Aufgabe aller Kommunistischen Parteien ist es, in Verbindung mit ihren politischen Aufgaben die Organisationsfragen zur Diskussion zu stellen und den Parteiorganisationen konkret zu zeigen, wie auf Grund der Verhältnisse ihres Landes die Durchführung der bolschewistischen Organisationsprinzipien zu geschehen hat.

*) Diese Resolution wird demnächst in einer Sondernummer der Inprekorr. veröffentlicht werden. (D. R.)

Wir begrüßen den Beschluß der Komintern auch deshalb, weil er den ersten Schritt darstellt zur systematischen Beeinflussung der Organisationsarbeit aller Sektionen der Komintern. Der Beschluß wird nur dann planmäßig durchgeführt werden, wenn die Organe der Komintern die Durchführung der Beschlüsse direkt beeinflussen und kontrollieren.

Buchbesprechungen

„Wir Intellektuellen und der Faschismus."

Von Karl Müller (Berlin).

** Die jüngst in der Inprekorr. (Nr. 9, Wochenausgabe Nr. 4) erschienene Besprechung einer Schrift der Antifaschistischen Weltliga („Wir Intellektuellen und der Faschismus", von Dr. Müller-Brüssel) bedarf einer kleinen Korrektur insofern, als darin neben einer durchaus richtigen Kritik des kleinbürgerlich-ideologischen Standpunktes des Dr. Müller auch die antifaschistische Weltliga angegriffen wird, weil sie eine solche Schrift überhaupt veröffentlicht habe. Dieser Vorwurf zeigt ein offenbares **Mißverständnis der Aufgaben der Liga,** der es nicht nur nicht zur Schande, sondern zur **Pflicht** gereicht, auch **nichtkommunistische** Stimmen gegen den Faschismus zu Worte kommen zu lassen. Dr. Müller-Brüssel ist — das geht aus jeder Zeile seiner Schrift hervor — ein an seiner Klasse verzweifelnder ideologischer Kleinbürger, der seinem Pessimismus durch kräftiges Schimpfen auf seine Klasse und deren konterrevolutionären Ausdruck, eben den Faschismus, Luft macht. Daß er, wie er in seiner Schrift andeutungsweise zu verstehen gibt, sich deswegen für einen Kommunisten hält, muß man ihm verzeihen, denn dieser Trugschluß ist ja ein Charakteristikum des Kleinbürgers. Unverzeihlich ist nur, daß auch die Genossin G. G. L. ihn für einen Kommunisten zu halten scheint oder wenigstens ihre Kritik so umstellt, als hätte sie es mit dem Standpunkt eines Kommunisten und Marxisten zu tun. Das ist doch wirklich nicht der Fall. Dr. Müllers Standpunkt ist in hohem Grade typisch für alle jene Intellektuellen, denen vor dem Faschismus graut und denen doch der Kommunismus geistig verschlossen bleiben muß, weil sie auch geistig nicht über jene Schranken hinauskommen können, über die sie im Leben wirtschaftlich nicht hinauskommen. Diese ganze Schicht verzweifelnder aber unheilbarer Kleinbürger, die besonders in Ländern mit unentwickelten revolutionären Verhältnissen sehr zahlreich sind, kommt in Dr. Müllers Aufsatz zum Ausdruck. Dies ermöglicht zu haben, gereicht der Antifaschistischen Weltliga unseres Erachtens nicht zum Vorwurf. Sie würde ihre Aufgabe **mißverstehen,** wollte sie den Faschismus **lediglich und ausschließlich** mit den Argumenten des Kommunismus bekämpfen. Die Antifaschistische Liga soll die **verschiedensten** antifaschistischen Gruppen vereinigen, was natürlich nur dann geschehen kann, wenn die verschiedensten Gruppen ihren jeweiligen antifaschistischen Standpunkt in ihrer **eigenen Denkweise, Sprache und Ideologie zum Ausdruck** bringen können. Es handelt sich nicht darum, zu wissen, aus welchen Gründen die Kommunistin G. G. L. gegen den Faschismus ist, auch nicht darum, aus welchen Gründen Herr Dr. Müller gegen den Faschismus sein müßte, wenn er Kommunist wäre, sondern darum, welche Gründe es sind, die ein antifaschistischer, kleinbürgerlicher Idealist tatsächlich für maßgebend hält, wenn er Antifaschist wird. Das eigenartige Mißverständnis der Genossin G. G. L. findet seine Erklärung wohl darin, daß sie in erster Linie die Verhältnisse Deutschlands ins Auge faßt — wo dieser Intellektuellentypus verschwindend ist — während Dr. Müller weit mehr die Verhältnisse in anderen Ländern, namentlich den romanischen, als Ausgangspunkt seiner Betrachtung genommen haben dürfte. Daß unter diesen Umständen eine deutsche Ausgabe dieser Schrift nicht gerade dringend war, ist ganz richtig, und zur Massenverbreitung ist sie in Deutschland ungeeignet. Aber das hat auch die Liga gar nicht beabsichtigt.

Buchanzeigen

„LENIN", von G. Sinowjew. Im Verlag für Literatur und Politik, Wien, Alserstraße 69, erscheint demnächst die Schrift von G. Sinowjew über Lenin. Inhalt: I. Sein Werk. — II. Sechs Tage, die Rußland nie vergessen wird. — III. Dem Andenken. — IV. Lenin und die Arbeiter. — V. Sein Tod und die Aufgaben der Leninisten.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 24. 21. Februar | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII, Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Resolution der Exekutive der KI. über die Organisation der Betriebszellen.

Die nachfolgende Resolution über die Organisierung der Betriebszellen wurde auf der Sitzung des Präsidiums des EK. der KI. vom 21. Januar 1924 einstimmig zum Beschluß erhoben, vorbehaltlich der Änderungen, die sich eventuell aus der Lage der einzelnen Sektionen als notwendig ergeben.

** Die Organisation der Partei muß den Bedingungen und dem Zwecke ihrer Tätigkeit angepaßt sein. Bei der reformistischen Politik der sozialdemokratischen Partei, die mit dem Stimmzettel Einfluß auf den bürgerlichen Staat auszuüben strebte, wurde völlig naturgemäß das Hauptaugenmerk auf die Organisation der Wähler gerichtet. Deshalb wurde die Organisation nach Wahlbezirken und nach Wohnbezirken aufgebaut.

Eine solche Organisationsstruktur ging von der Sozialdemokratie auch auf die Kommunistischen Parteien hinüber. Aber das widerspricht nicht nur dem Endziele der KP., sondern auch unmittelbar ihren Aufgaben. Das Endziel unserer Partei ist der Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse, die Verwirklichung des Kommunismus. Die unmittelbaren Aufgaben sind die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch aktive Beteiligung am täglichen Kampf der Arbeitermassen und die Leitung dieses Kampfes. Es kann nur bei engster Verbindung unserer Parteiorganisation mit den Arbeitermassen in den Betrieben erreicht werden.

Hiervon ausgehend, hat schon der III. Weltkongreß der KI. beschlossen, daß die Grundlage der KP. die Betriebszellen sein sollen. Aber in der Mehrzahl der Sektionen der KI. ist das bisher noch nicht durchgeführt; in vielen Sektionen wurde nicht einmal die Frage der Organisation der Zellen nach den Betrieben konkret gestellt. Die Erfahrung der deutschen Revolution (Ende 1923) hat jedoch einmal auf die anschaulichste Weise gezeigt, daß beim Fehlen von Zellen, aufgebaut nach den Betrieben, und von engstem Zusammenhang mit den Arbeitermassen, diese nicht in den Kampf hineingezogen und geleitet, ihre Stimmungen nicht richtig eingeschätzt werden können, und der günstigste Moment für uns nicht ausgenutzt werden kann, daß auch der Sieg über die Bourgeoisie nicht errungen werden kann.

Grundformen der örtlichen Parteiorganisation.

1. **Die Grundlage der Parteiorganisation bilden die nach Betrieben aufgebauten Parteizellen.**

Alle Kommunisten, die in einem bestimmten Betriebe arbeiten, müssen zur Betriebszelle dieses Betriebes gehören.

Anmerkung: In Betrieben, wo ein bis zwei Parteimitglieder arbeiten, werden diese Mitglieder der nächsten Betriebszelle angegliedert, die ihre Arbeit auf alle in der Nähe liegenden Betriebe, in denen Zellen fehlen, erstrecken muß.

2. Die Kommunisten, die nicht in Fabriken, Betrieben, Werkstätten, Ladengeschäften usw. arbeiten (Hausfrauen, Dienstboten, Hausknechte, Portiers usw.), bilden Zellen, die nach Straßen aufgebaut sind (nach den Wohnorten).

Anmerkung: Alle Mitglieder der Betriebszellen, die in anderen Stadtbezirken wohnen, müssen sich in dem Distriksbüro desjenigen Distriktes, in dem sie wohnen, registrieren lassen. Das Distriktsbüro schickt sie zur Verwendung in die Straßenzellen. Die Mitglieder von Zellen anderer Bezirke, die vom Distriktsbüro in eine Straßenzelle geschickt werden, haben in diesen keine beschließende Stimme in den Fragen, über die sie in der Betriebszelle abgestimmt haben (prinzipielle Parteifragen, Distriktsbüro, Wahlen von Parteidelegierten usw.)

3. Die Arbeitslosen bleiben Mitglieder der Zelle desjenigen Betriebes, in dem sie früher gearbeitet haben. Bei dauernder Arbeitslosigkeit können sie mit Erlaubnis der Bezirksleitung von dieser Zelle befreit werden und in einen Distrikt ihres Wohnbezirkes zur Anheftung an irgendwelche Zelle umgeleitet werden.

4. In den kleinen Industriezentren, Städten und Dörfern, wo die Arbeiter bei ihren Betrieben oder Gütern wohnen, werden homogene Zellen nach Möglichkeit um den Betrieb oder das Gut herum geschaffen.

5. Eine Betriebszelle wie auch eine Straßenzelle wählt für sich ein Büro oder ein Präsidium aus drei, höchstens fünf Mitgliedern. Die Wahl wird in der allgemeinen Zellenversammlung ausgeführt. Das Büro oder Präsidium der Zelle verteilt die Arbeit unter sich. Abhängig von der Größe der Zelle bestimmt das Büro oder Präsidium Genossen für die Verwaltung und Verbreitung der Literatur der Partei, für die Leitung der Propaganda, einen Genossen für die Gewerkschaftsarbeit, einen Genossen für die Leitung der Arbeit der Fraktion im Betriebsrat, einen Genossen für die Zusammenarbeit mit der Jugendzelle, einen zur Leitung der Arbeit unter den Frauen usw.

6. Die Parteimitglieder, die Mitglieder von Betriebszellen sind, zahlen dort ihre Mitgliedsbeiträge; die Parteimitglieder, die in Straßenzellen organisiert sind, zahlen dortselbst.

7. In großen Städten, wo es viele Betriebszellen und Straßenzellen gibt, werden diese in Distrikte vereinigt. Die Distrikte werden in Bezirke vereinigt. Alle Bezirke einer Großstadt bilden die Stadtorganisation. Die Bezirksleitung teilt die Distrikte ein, indem sie die letzteren nach Möglichkeit um die Großbetriebe herum bildet.

In Mittelstädten werden auch Distrikte gebildet, die die Betriebszellen und die Straßenzellen vereinigen. Diese Distrikte

werden zur Stadtorganisation vereinigt. In kleinen Städten und Dörfern werden die Zellen zur Ortsgruppe vereinigt. Die Organisationen der Mittelstädte und die Ortsgruppen der Kleinstädte und Dörfer werden zu Kreisen oder Unterbezirken vereinigt.

Anmerkung: Die Distrikte und die Ortsgruppen halten gemäß den örtlichen Möglichkeiten und den Notwendigkeiten regelmäßig Versammlungen aller Mitglieder der Betriebszellen und Straßenzellen ihres Gebietes ab.

8. An der Spitze eines Distriktes und einer Ortsgruppe steht ein Büro aus drei bis fünf Mitgliedern, das von der allgemeinen Zellenmitgliederversammlung des gegebenen Distriktes oder der Ortsgruppe, oder auf Delegiertenversammlungen, abhängig von den örtlichen Bedingungen (zum Beispiel von Illegalität) gewählt wird. Der Sekretär des Distriktsbüros und der Ortsgruppe wird von der Bezirksleitung, beziehungsweise der Unterbezirksleitung (der Kreisleitung) bestätigt. An der Spitze des Bezirkes und des Unterbezirkes (Kreises) stehen die Bezirksleitungen und Unterbezirksleitungen, die in den Bezirks- und Kreiskonferenzen gewählt werden.

9. In den Distrikts- und Ortsgruppendelegiertenversammlungen und auf den Bezirks- und Kreiskonferenzen müssen die Zellen proportional ihrer Mitgliederstärke vertreten sein, aber so, daß die Mehrheit den Vertretern der Betriebszellen zukommt. Die Vertretungsform für jede Zelle muß die Bezirksleitung oder Kreisleitung festsetzen.

In den Organisationen, wo eine große Vertretung zu den Bezirks- oder Kreiskonferenzen infolge von Illegalität unmöglich ist, ist die Delegiertenwahl nicht unmittelbar in den Zellen, sondern in Distrikten oder Ortsgruppendelegiertenversammlungen zulässig.

10. Die Leitungen der Stadtparteiorganisationen (in großen Städten) werden auf den städtischen Konferenzen gewählt, die aus Delegierten aller Bezirke stammen, die auf den Konferenzen der Bezirke proportional der Anzahl der Mitglieder des gegebenen Bezirkes gewählt werden.

11. Zur Verstärkung des Einflusses der Betriebszellen müssen sowohl im Distriktsbüro wie in der Bezirksleitung mehr als die Hälfte der Mitglieder Betriebszellenangehörige sein. Den städtischen Leitungen muß ein Teil von Arbeitern aus den Betrieben zugeführt werden.

12. Unter illegalen Bedingungen haben die höheren Parteiorgane in Ausnahmefällen (bei Verhaftung der Bezirksleitung usw.) das Recht der Einsetzung neuer Mitglieder der Bezirksleitung mit der Maßgabe, daß bei erster Möglichkeit eine Delegiertenversammlung oder Konferenz einberufen wird, die die eingesetzte Leitung bestätigt oder eine neue wählt. Mitglieder der Leitung, die der Verhaftung entgehen, haben das Recht der Kooptierung neuer Mitglieder in die Leitung bis zur Einberufung der Konferenz, falls die höheren Parteiorgane damit einverstanden sind und das bestätigen. Die Anzahl der Mitglieder der Bezirksleitung muß in der Illegalität möglichst klein sein.

Aufgaben der Betriebszellen.

Der Schwerpunkt der politischen Organisationsarbeit der Partei muß in die Betriebszellen verlegt werden.

Die Betriebszelle soll mit Hilfe der Leitung des Kampfes der Arbeitermassen für ihre Tagesnöte die Arbeitermassen zum Kampfe um die Verwirklichung der proletarischen Diktatur führen. Deshalb muß die Zelle rechtzeitig jede politische oder wirtschaftliche Frage, die die Arbeitermassen bewegt, besprechen und ihren Standpunkt feststellen und jeden im Betrieb entstehenden Konflikt durchberaten. Die Zelle muß den Arbeitern den Weg zur revolutionären Lösung der Fragen weisen und als der bewußteste und aktivste Teil der Arbeiterklasse die Kampfleitung in ihre Hände nehmen.

Die Aufgaben der Betriebszellen sind außer den allgemeinen Parteifragen folgende:

1. Die kommunistische Agitation und Propaganda unter den parteilosen Arbeitermassen, systematische, individuelle Bearbeitung einzelner Arbeiter zu ihrer Heranziehung in die KP., Verbreitung von politischer Literatur im Betrieb, Beleuchtung verschiedener im Betrieb wichtiger Fragen, sogar die Herausgabe einer besonderen Betriebszeitung, Kultur- und Aufklärungsarbeit unter den Arbeitern des Betriebes.

2. Zähe und dauernde Arbeit zur Eroberung aller Funktionärposten im Betriebe (Gewerkschaften), Genossenschaften, Betriebsräte, Kontrollkommissionen usw.

3. Die Einmischung der Zellen in alle ökonomischen Konflikte und Forderungen der Arbeitermassen; Aufgabe der Zelle ist es, die Bewegung zu erweitern und zu vertiefen, den Arbeitern die politischen Folgen des Kampfes aufzuweisen und sie auf den Pfad eines breiteren Kampfes (nicht nur des wirtschaftlichen, sondern auch des politischen) und zur Schaffung einer Arbeitereinheitsfront gegen Bourgeoisie und Faschismus zu bringen.

4. Die Zelle muß in Fabriken und Betrieben gegen die Anhänger und Mitglieder der anderen Parteien, sowohl der sozialistischen wie der übrigen „Arbeiter-Parteien" zähe kämpfen und hierbei das Material über die Tätigkeit dieser Parteien ausnutzen, das auch den rückständigen Schichten der Arbeiterklasse zugänglich ist.

5. Schaffung der Verbindung zwischen den Arbeitenden und den Arbeitslosen, um den Kampf zwischen ihnen zu verhindern.

6. Wo die Bedingungen hierfür reif sind, Kampf für die Arbeiterkontrolle der Produktion, der Banken, der Güter, der Transportmittel; Kampf für die Versorgung der Arbeiter mit Gegenständen des Lebensbedarfes.

7. Einwirkung auf die Jugend und die Frauen im Betrieb und Hineinziehung dieser in den Kampf; Hilfeleistungen bei der Schaffung von kommunistischen Jugendzellen im Betrieb und Unterstützung solcher, wo sie existieren.

8. Aktive Beteiligung jedes Zellenmitgliedes an jeder Parteiarbeit im Betriebe, die ihm vom Büro oder Präsidium der Zelle zugeteilt wird.

Außer diesen speziellen Aufgaben in ihren Betrieben haben die Betriebszellen auch noch territoriale Aufgaben, denn die Arbeiter, die in den Betrieben arbeiten, haben auch in ihren Wohnbezirken verschiedene Nöte und erfüllen allerlei gesellschaftliche Funktionen (Wohnungsfrage, Verpflegung, Gesundheitswesen, Schulfrage, Bildungs- und Aufklärungsfragen, Wahlen usw.).

Die wichtigsten territorialen Fragen sind folgende:

1. Politische und organisatorische Parteiarbeit im Wohnbezirk, Durchführung verschiedener Kampagnen (Wahlkampagnen, Kampf gegen Wohnungsnot und Teuerung), Kampf für die Sicherstellung der Familien der Arbeiter, der unteren Angestellten und mittleren Schichten mit lebensnotwendigen Produkten.

2. Verbreitung von Parteiliteratur, Anwerbung neuer Leser und neuer Parteimitglieder, Agitation, Propaganda und Individualbearbeitung von Parteilosen, Kultur- und Bildungsarbeit im Distrikt (Klubs usw.), Hinzuziehung von Sympathisierenden bei Demonstrationen und überhaupt zum Kampf der Arbeiterklasse.

3. Haus- und Wohnungsagitation im Distrikt, Nachrichtendienst über Parteizugehörigkeit der Einwohner des Distriktes, über die politische Arbeit, über die Tätigkeit der Faschisten, Beobachtung von Waffenlagern usw.

Instruktion für die Organisation der Betriebszellen in Deutschland.

Betreffend die Instruktionen für die Organisation der Betriebszellen in der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde von dem Präsidium des EK. der KI. folgende spezielle Instruktion angenommen:

1. Die Partei hat nach der von der Exekutive angenommenen Resolution über die Organisation der Betriebszellen (siehe oben) die Reorganisierung so durchzuführen, daß die Betriebszellen die Grundlage der Parteiorganisation werden.

2. Die Mehrheit der Mitglieder in den Bezirks- und Distriktsleitungen muß aus Mitgliedern von Betriebszellen bestehen. Die Großstädte werden in Bezirke geteilt. Die Parteileitungen der Städte (Komitees) müssen einen Teil ihrer Mitglieder den Arbeitern aus den Betrieben entnehmen.

3. Die Betriebszellen und die Straßenzellen werden zu Distrikten vereinigt, die den Bezirkskomitees untergeordnet sind. Die Bezirkskomitees bilden die Distrikte nach Möglichkeit um die Großbetriebe herum.

4. Die Stadtkomitees, beziehungsweise Bezirkskomitees sind verpflichtet, unverzüglich ein kalendarisches Programm für die Durchführung dieser Reorganisation an jedem einzelnen Orte auszuarbeiten und der Parteizentrale zur Bestätigung zu unterbreiten. Die Durchführung soll (unter der Leitung der Parteizentrale) im ganzen Reiche im Laufe von zwei Monaten beendet sein. Die Zentrale soll der Exekutive regelmäßig über die Durchführung Bericht erstatten.

Demzufolge entfällt für die Kommunistische Partei Deutschlands der letzte Absatz der Resolution „Durchführung der Organisation der Betriebszellen".

Einleitung zur Instruktion für die kommunistischen Fraktionen in den außerhalb der Partei stehenden Arbeitermassenorganisationen und Organen.

** Die Frage des Bestehens von kommunistischen Fraktionen in den **außerparteilichen** Organisationen ist eng mit der für die Kommunistischen Parteien bestehenden Notwendigkeit verbunden, ihren Einfluß auf die breiten parteilosen Massen zu sichern. Um diesen Einfluß verwirklichen zu können, muß jede Kommunistische Partei Organe benützen, die in der parteilosen Umgebung eine kommunistische Politik betreiben. **Zu solchen Organen gehören auch die kommunistischen Fraktionen.** Von ihrer richtigen Organisation hängt die richtige Durchführung der Parteidirektiven ab, die den einheitlichen Willen der Kommunisten, ihre einheitliche Taktik und den Einklang ihrer Handlungen, mit anderen Worten, jene Eigenschaften sichert, ohne die die richtige Tätigkeit einer Kommunistischen Partei undenkbar ist.

Gleichzeitig wird durch die Tatsache des Bestehens der kommunistischen Fraktionen auch die Frage der gegenseitigen Beziehungen mit den Parteiorganen aufgerollt. Es ist auf keine zufriedenstellenden Ergebnisse der Tätigkeit der kommunistischen Fraktionen zu hoffen, wenn diese gegenseitigen Beziehungen, im Einklang mit den Interessen der Gesamtpartei, nicht festgesetzt werden. Die kommunistischen Fraktionen sind keine autarken, vollberechtigten Organisationen, die zur Lösung aller Fragen des Parteilebens berechtigt sind. Sie sind jenen Parteiorganen untergeordnet, die die Tätigkeit der Partei auf dem betreffenden Gebiete und an jenem Orte, wo die kommunistischen Fraktionen zu wirken haben, leiten; so ist zum Beispiel in dem einzelnen Betrieb die Fraktion des Betriebsrates der Parteizelle untergeordnet; die Fraktion der städtischen Genossenschaft, des Stadtrates oder des Gewerkschaftsverbandes ist der städtischen Parteiorganisation in der Person ihres Komitees untergeordnet, während die Fraktion irgendeines Landeskongresses oder eines Parlaments der Zentrale der Partei untergeordnet ist.

Die bezeichnete Art und Weise der Unterordnung ist sowohl in bezug auf die geringfügigste wie auch in bezug auf die bedeutendste kommunistische Fraktion leicht und voll erklärbar.

Im Betrieb, wo der Betriebsrat den gesamten Betrieb berührende Fragen erörtert und löst, ist für die Tätigkeit der Kommunisten im Betriebsrat gegenüber der Betriebsbelegschaft die gesamte Parteizelle verantwortlich. Daher kann es die Parteizelle nicht der kommunistischen Fraktion des Betriebsrates überlassen, selbständig in Vertretung der gesamten Parteizelle vorzugehen. Über diese Fraktion, über diese Kommunisten, führt die Parteizelle im Betriebsrat **ihre eigenen Direktiven** durch. Überschreitet die Fraktion diese Direktiven oder lehnt sie ihre Durchführung ab, so kann die Parteizelle solche Kommunisten aus dem Betriebsrat abberufen oder sie zwingen, sich ihren Beschlüssen zu fügen. Eine solche Sachlage ist voll durch die Tatsache gerechtfertigt, daß die Parteizelle, als Fundament und primäre Keimzelle der Partei, die Direktiven der Gesamtpartei durchführt. Außerdem ist sie mit der Erörterung und Lösung von Fragen, die die gesamte Lokalorganisation oder auch die Gesamtpartei berühren, beschäftigt, während die Fraktion nur Fragen des Betriebsrates erörtert.

Das gleiche gilt auch für die Fraktionen in den Gewerkschaften oder Genossenschaften oder im Stadtrat einer einzelnen Stadt. Für die Tätigkeit, die Handlungen und die Beschlüsse einer solchen kommunistischen Fraktion fällt die Verantwortlichkeit in den Augen der Arbeiter und Bauern, Angestellten und Kleinbeamten nicht den einzelnen Fraktionsmitgliedern und nicht einmal der Gesamtfraktion zu. Verantwortlich ist in ihren Augen die gesamte Parteiorganisation der betreffenden Stadt und zuweilen auch die Gesamtpartei. Aber abgesehen von der Frage der Verantwortlichkeit ist auch dem Umstande Rechnung zu tragen, daß das städtische Parteizentrum die allgemeine politische Lage klarer sieht und leichter bestimmen kann, welche Forderungen in einem bestimmten Augenblick aufzustellen sind und was in der einen oder der anderen Periode wichtiger ist. Daher machen es die Interessen der Gesamtpartei auch in diesem Falle erforderlich, daß die Fraktionen alle Direktiven der entsprechenden Parteiorgane streng durchführen und auch unter ständiger Leitung der letzteren arbeiten. In ihrer Eigenschaft von Parteimitgliedern erörtern und entscheiden die Mitglieder dieser Fraktionen alle Parteifragen in ihren Zellen, in den Parteivollversammlungen ihres Distriktes, ihres Bezirkes oder ihrer Ortsgruppe. Dort können sie auch an den Parteiorganen wegen falscher Leitung und den Fraktionen erteilten verfehlten Direktiven Kritik üben.

Für das Auftreten oder die Handlung der Kommunisten auf Kongressen und in Parlamenten, mit einem Wort, für das Handeln der Fraktionen im Landesmaßstabe ist die gesamte Kommunistische Partei verantwortlich. Daraus folgt für die Parteizentrale die Notwendigkeit, die Kandidaten der Kommunistischen Partei für das Parlament oder die Fraktionsmitglieder für den Landesgewerkschaftsvorstand und für das Zentralorgan der Betriebsräte mit besonderer Sorgfalt auszuwählen. Die sorgfältige Auswahl wird die Gewähr dafür sein, daß die Partei durch die Handlungen der Kommunisten in diesen Fraktionen nicht kompromittiert werden wird und daß die Linie der Partei voll durchgeführt wird. Die größte Sorgfältigkeit bei der Auswahl der Kandidaten für das Parlament usw. verringert die Möglichkeit, daß sie sich den Entscheidungen der Parteiorgane nicht fügen; denn es muß berücksichtigt werden, daß sich je wichtiger die Rolle der kommunistischen Fraktion in einem Organ vom Landesmaßstabe (im Parlament, im Zentralorgan der Gewerkschaften, Genossenschaften und Betriebsräte) ist, um so stärker die Tendenz für eine Unabhängigkeit gegenüber der Partei offenbaren kann.

Das Streben nach Schaffung einer straffen Organisation, die geeignet ist, eine Verbindung mit den breiten Massen zu schaffen und diese Massen in einen siegreichen Kampf gegen den Kapitalismus zu führen, wird ergebnislos sein, wenn die Kommunistischen Parteien der Schaffung kommunistischer Fraktionen in allen außerparteilichen Organisationen keine entsprechende Beachtung schenken und keine richtigen gegenseitigen Beziehungen zwischen den Parteiorganisationen und den kommunistischen Fraktionen schaffen. Gleichzeitig mit der Organisierung der kommunistischen Fraktion bleibt aber die Voraussetzung bestehen, daß in der gesamten organisatorischen Tätigkeit der Schwerpunkt auf die Schaffung von Betriebszellen und auf ihre Umwandlung in die Grundlage der gesamten Parteiorganisation, in die Grundlage der Gesamtpartei verlegt werden wird.

Instruktionen für die kommunistischen Fraktionen in den außerhalb der Partei stehenden Arbeiterorganisationen und Organen.

** 1. In allen Arbeiter- und Bauernorganisationen und Organen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Kultur- und Aufklärungs-, Sport- und anderen Vereinen, Betriebsräten, Erwerbslosenräten, auf Kongressen und Konferenzen, in den Gemeindeverwaltungen, Stadträten, Parlamenten usw.), wo wenigstens drei Kommunisten vorhanden sind, müssen zur Steigerung des Einflusses der Partei und zur Verwirklichung ihrer Politik in der außerparteilichen Umgebung kommunistische Fraktionen organisiert werden.

2. Die kommunistischen Fraktionen müssen sich unabhängig von ihrer Bedeutung den entsprechenden Parteiorganisationen — der Parteizelle (Leitung der Parteizelle), Distriktleitung, den Bezirksleitungen in Großstädten, der Stadt- oder Ortsleitung, den Oberbezirksleitungen oder der Parteizentrale, je nachdem, ob die Organisation oder das Organ, in denen die betreffende kommunistische Fraktion gebildet wurde, von örtlicher oder allgemein staatlicher Bedeutung ist — unterordnen. Von diesen haben die kommunistischen Fraktionen die nötigen Direktiven zu erhalten (so hat zum Beispiel die Parteizelle eines Betriebes die Tätigkeit der kommunistischen Fraktion des Betriebsrates nach den von den höheren Organen der Partei erhaltenen Direktiven zu kontrollieren und zu leiten; die Distriksleitung hat die Tätigkeit der kommunistischen Fraktionen in allen parteilosen Organen und Organisationen in dem betreffenden Distrikt zu kontrollieren und zu leiten usw.). In allen Fragen, in denen es eine gesetzmäßige Entscheidung der betreffenden Parteiorganisationen gibt, müssen sich die Fraktionen streng und genau an diese Entscheidung halten.

3. Bei der Erörterung von Fragen in der Parteileitung betreffend irgendeine Fraktion muß die Leitung diese Fragen gründlich vorbereiten und zu diesem Zwecke mit den Vertretern der Fraktion, soweit die polizeilichen Bedingungen, unter denen die Partei arbeitet, dies zulassen, eine vorherige Beratung veranstalten.

4. Die kommunistischen Fraktionen wählen in Übereinstimmung mit der betreffenden Parteileitung ihr Büro oder Präsidium, das gegenüber den betreffenden Parteiorganen für die Tätigkeit der Fraktion verantwortlich ist.

5. In der Zeit von einem Kongreß (Konferenz) bis zum anderen ist die Fraktion des Gewerkschafts- oder Genossenschaftsvorstandes das Organ, das die dem Gewerkschafts- oder Genossenschaftsverband der betreffenden Stadt angehörenden Kommunisten zusammenfaßt und leitet. Für die Kommunisten, die Mitglieder des Gewerkschaftskartells einer Stadt oder eines Oberbezirkes, beziehungsweise Mitglieder eines entsprechenden Genossenschaftsverbandes sind, ist ein solches leitendes, zusammenfassendes Organ die Fraktion der Vorstände der betreffenden Gewerkschaften, Gewerkschaftskartelle oder der Genossenschaften.

Alle solche Fraktionen sind der Kontrolle der lokalen und der Parteileitungen des Oberbezirkes untergeordnet, erstatten aber auch den Fraktionen der Gewerkschaften, Gewerkschaftskartelle, genossenschaftlichen, örtlichen, städtischen und Oberbezirkskonferenzen Bericht über ihre Tätigkeit. Die Kandidaten in die Vorstände der aufgezählten Organisationen werden in Übereinstimmung mit den Orts-, Stadt- und den Oberbezirksleitungen durch die Parteifraktionen der betreffenden Kongresse und Konferenzen bestimmt. Das hat sowohl auf die einzelnen Gewerkschaftsverbände wie auch auf die Gewerkschaftskartelle, Genossenschaften und sonstigen Organisationen im Landes- und Reichsmaßstab Bezug.

6. Die betreffende Parteileitung ist berechtigt, in die Fraktion Mitglieder zu entsenden und jedes Mitglied abzuberufen, unter Verständigung der Fraktion über die Gründe einer solchen Maßnahme.

7. Die Kandidaturen der kommunistischen Fraktionen für die Gewerkschaftsvorstände und für die Vorstände verschiedener Organisationen oder Organe müssen von den kommunistischen Fraktionen unbedingt in Übereinstimmung mit den entsprechenden Parteiorganen vorgenommen werden. In der gleichen Weise ist bei Abberufung und Versetzung der betreffenden Kommunisten zu verfahren.

8. In Fragen ihres inneren Lebens und ihrer laufenden Arbeit ist die Fraktion autonom. Die Parteileitungen sollen sich in die alltägliche Arbeit nicht einmengen. Im Gegenteil, sie müssen den Fraktionen möglichst viel Handlungsfreiheit und Initiative einräumen. Im Falle einer wesentlichen Meinungsverschiedenheit zwischen der Parteileitung und der Fraktion in irgendeiner Frage, die zur Kompetenz der Fraktion gehört, ist die betreffende Parteileitung verpflichtet, diese Frage zusammen mit den Vertretern der Fraktion von neuem zur Erörterung zu stellen und einen endgültigen Beschluß zu fassen, der von der Fraktion durchgeführt werden muß.

9. Alle Fragen von politischer Bedeutung, die einer Erörterung von seiten der Fraktion unterliegen, sind in Anwesenheit von Vertretern der Parteileitung zu erörtern. Die Parteileitungen sind verpflichtet, auf Anforderung von seiten der Fraktion ihre Vertreter hierzu zu entsenden.

10. Jede Frage, die von der Arbeiterkörperschaft oder dem Organ, in der die Fraktion tätig ist, entschieden wird, muß vorher in der Vollversammlung der Fraktion oder im Büro oder im Präsidium derselben erörtert werden.

11. Die Parteiorganisation (Parteizellenversammlungen, Distrikts-, Orts- und sonstige Organisationen, Parteikonferenzen und -kongresse oder die von ihnen gewählten Vorstände) nehmen die Berichte über die Tätigkeit der Fraktion entgegen und legen die Taktik und die politische Linie für ihre weitere Tätigkeit usw. fest.

12. In jeder Frage, über die in der Fraktion eine Entscheidung getroffen wurde, müssen die Fraktionsmitglieder in der Vollversammlung der betreffenden Organisation geschlossen auftreten und abstimmen. Gegen alle, die diese Regel überschreiten, werden Disziplinarmaßnahmen im Wege der Parteiinstanzen getroffen.

Richtlinien zur Reorganisation der KPD.

Die folgenden Richtlinien wurden vom Direktorium der KPD. im Dezember 1923 beschlossen und zeigen die Grundlinie der Organisationsarbeit der KPD. Da auf Beschluß des Exekutivkomitees der Komintern die Kommunistischen Parteien verpflichtet werden, die Betriebszellenfrage zu diskutieren, veröffentlichen wir diese Richtlinien der KPD.

Die Redaktion.

1. Die Periode der Illegalität und die Parteiorganisation.

** Das Verbot der KPD. bedeutet den Beginn einer Periode der Illegalität, die sich in dem Maße verschärfen wird, wie die Partei es versteht, ihre Arbeit in den Massen fortzuführen und die unter ihrer Führung stehenden Aktionen zu steigern. Andererseits ist die gesteigerte Aktivität der Partei die Voraussetzung dafür, daß die durch das Verbot beabsichtigte Trennung der KP. von den Arbeitermassen unmöglich gemacht wird. Welche Formen die Verfolgung der Partei annehmen wird, die Periode der Illegalität wird, selbst wenn sie zeitweilig unterbrochen werden sollte, erst mit dem Sieg des revolutionären Proletariats enden.

Der Eintritt in die Periode der Illegalität zwingt die Partei, ihr organisatorisches Rüstzeug zu überprüfen und ohne Säumen alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Schlagkraft der Partei nicht nur zu erhalten, sondern entsprechend ihren steigenden revolutionären Aufgaben zu erhöhen.

Neben den unmittelbar notwendigen Sicherungsmaßregeln gegen die Verfolgung steht vor allem die entscheidende Frage im Vordergrund, wie die vor etwa einem halben Jahre begonnene Verlegung des Schwergewichts der Partei in die Betriebe fortzuführen ist. In konsequenter Einhaltung der Kongreßbeschlüsse der Komintern und in Fortsetzung der in den Beschlüssen des Zentralausschusses der KPD. vorgezeichneten Linie muß die Partei ihre Organisation so umgestalten, daß sie die breiten Massen der für die Revolution entscheidenden Industriearbeiter fest hinter ihre Führung bringt. Das setzt voraus, daß die fortgeschrittensten Teile der revolutionären Industriearbeiter, die Kommunisten, sich in den Betrieben zu festorganisierten, den illegalen Bedingungen angepaßten Parteikörpern, zu Betriebszellen zusammenschließen.

2. Die Notwendigkeit der Betriebszellenorganisation.

a) Die sozialdemokratische Organisationsform.

Die Formen der Organisation einer Partei sind ihrer Politik und den politischen Mitteln zur Erreichung ihrer Ziele angepaßt.

In mehr als einem halben Jahrhundert strebte die Sozialdemokratie, unter grundsätzlicher Anerkennung der Gesetze des bürgerlichen Klassenstaates, nach Reformen und erhöhtem Einfluß im bürgerlichen Staat. Der Kampf galt der Erreichung möglichst hoher Zahlen von Stimmen und Mandaten bei den Wahlen zu den parlamentarischen Körperschaften im Reich, Einzelstaat und Gemeinde. Diesem Zweck entsprechend entwickelte sich die sozialdemokratische Organisation in engster Anlehnung an die auf die Bedürfnisse des bürgerlichen Staates zugeschnittene Wahlkreiseinteilung. Der Wohnbezirk bildete die Grundlage einer Parteiorganisation, die lediglich einen Wahl- und Propagandaapparat darstellte. Die auf die Benutzung und Ausweitung der formalen Demokratie im Rahmen des bürgerlichen Staates eingestellte Partei zog auch zahlreiche kleinbürgerliche Elemente an, um so mehr, als das Parteistatut die Pflicht zur Teilnahme an der täglichen Parteiarbeit als Bedingung der Mitgliedschaft nicht kannte. Die Überschätzung der bloßen Zahl beherrschte naturgemäß auch die Einstellung der Parteiorganisation.

Wo die Sozialdemokratie in neuerer Zeit zur Schaffung eines Systems der Betriebsvertrauensmänner übergegangen ist, soll diese Einrichtung ein Mittel gegen den wachsenden kommunistischen Einfluß, eine Stütze im Betrieb für die Politik der SPD. sein. Nirgends haben die Betriebsvertrauensmänner entscheidenden Einfluß auf die Politik der Parteiorganisationen — was mit dem Wesen der SPD. unverträglich wäre.

Die Entwicklung der Gewerkschaften führte, obwohl sie in weit höherem Grade Arbeiterorganisationen darstellten, durchweg ebenfalls zur organisatorischen Erfassung der Mitglieder im Wohnbezirk; dem Betriebsvertrauensmann blieb meist nur die Kontrolle der Mitgliedschaft.

Diese durch die Aufwärtsentwicklung des Kapitalismus, durch den Fortfall der auf die Machtergreifung eingestellten Aufgaben ermöglichte Organisationsauffassung ist auch den in der KPD. vereinigten Arbeitermassen mehr oder weniger vererbt und bildet ein schweres ideologisches Hindernis für den Aufbau der kommunistischen Massenpartei.

b) Die kommunistische Organisationsform.

Die durch den Weltkrieg eingeleitete revolutionäre Epoche sprengte die II. Internationale und zwang die Sektionen der KI. nicht nur das Prinzip des Zentralismus anzunehmen, sondern auch eine solche Organisation aufzubauen, die den durch Programm und Taktik gestellten Aufgaben entsprach, die in ihren Grundlagen der Eroberung der breiten Arbeitermassen, der Führung revolutionärer Teilkämpfe, der Vorbereitung des Kampfes um die Macht und der Machtergreifung und Machtbehauptung angepaßt war. Dieser mit starken ideologischen Hemmnissen kämpfende Prozeß der Organisationsbildung ist in den westeuropäischen Sektionen der KI. mehr oder weniger weit vorgeschritten, aber im wesentlichen bei weitem nicht abgeschlossen.

Die Kommunistische Partei ist eine kommunistische Massenorganisation, wenn sie nicht nur die besten Teile der Arbeiterklasse in möglichst großer Zahl umfaßt, sondern vor allem, wenn sie durch ihren Aufbau und ihre Tätigkeit die engste Verbindung mit den breitesten Arbeitermassen besitzt, die Voraussetzung für die Kämpfe der Arbeiterschaft bewußt schafft, als aktivster vorwärtstreibender Teil in allen Teilaktionen und Massenbewegungen der Arbeiterschaft wirkt und ihren Einfluß unter den proletarischen Massen so verbreitert und vertieft, daß unter Führung der Partei der politisch ausschlaggebende Teil des Proletariats in den Kampf tritt.

Eine solche Organisation stützt sich auf das industrielle klassenbewußte Proletariat. Sie erfaßt die arbeitenden Massen an dem Ausgangspunkt ihrer Kämpfe, in den Produktionsstätten, sie gibt dem Massenkampf der Arbeiterschaft von unten auf Organisation und Leitung. Sie steht mit ihrer Organisation nicht neben den Produktionsstätten, sondern in ihnen. Sie wächst aus ihnen heraus. Die kommunistische Massenpartei hat darum in allen Betrieben ihre kommunistischen Zellen, die die untersten selbständigen Organisationseinheiten, das Fundament bilden, auf dem sich die Partei zentralistisch aufbaut.

3. Die Organisation und die Aufgaben der KPD.

Ohne feste, organisierte Verwurzelung der Partei in den Betrieben, ohne Betriebszellen keine Schaffung der Einheitsfront von unten.

Ohne Betriebszellen, die die Führung der Belegschaften organisieren, keine feste, von Zufällen und Augenblicksstimmungen möglichst unbeeinflußte Beherrschung der Belegschaftsversammlungen.

Ohne feste Führung durch Betriebszellen keine spontanen, schnell vorstoßenden, rasch reagierenden Massendemonstrationen der Betriebe ganzer Städte und Wirtschaftsgebiete.

Ohne engste Verbindung der Erwerbslosen mit den Betrieben durch planmäßig organisierte Arbeit der Betriebszellen in Gemeinschaft mit kommunistischen Erwerbslosen keine Überbrückung der Gegensätze zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, keine Gewähr für gemeinsame Demonstrationen, für gemeinsamen Kampf jeder Art.

Ohne Betriebszellen, ohne die selbständig organisierte Beeinflussung und Führung der großindustriellen Arbeitermassen keine Betriebsrätebewegung, die als gewaltiger Hebel zur Revolution in der Hand der KPD. ist.

Ohne Betriebszellen keine Eroberung der Gewerkschaften, Beseitigung der reformistischen Führer, Schaffung und Beherrschung der Industrieverbände, die im Gegensatz zu den reformistischen Gewerkschaften entscheidend auf die Betriebe gestützt sein werden.

Ohne Betriebszellen keine proletarischen Hundertschaften, in den Betrieben keine zähe, auf die Umstellung der Ideologie gerichtete Propaganda des bewaffneten Kampfes. Keine genügende technische Vorbereitung des Bürgerkrieges, keine Bewaffnung der Arbeiterschaft auf breiter Grundlage.

Ohne Betriebszellen keine revolutionären politischen Arbeiterräte, kein zielbewußter Kampf um den Einfluß in den Räten

und um die Erhaltung des Einflusses. Ohne Betriebszellen keine Möglichkeit, die etwa durch die Gunst der Umstände gewonnene Macht zu halten.

Ohne Verankerung der Partei in den Betrieben, ohne Betriebszellen als Grundeinheit der Partei keine siegreiche proletarische Revolution.

Die KPD. hat in voller Würdigung dieser Notwendigkeiten nach einer Überprüfung ihrer eigenen, in mehr als vier Jahren Bürgerkrieg gesammelten Erfahrungen und nach neuer Zielsetzung ihrer Aufgaben den aus ihrer praktischen Arbeit um die Sammlung der Massen geborenen Entschluß getroffen, die Kommunistische Partei als kommunistische Massenpartei auf der Grundlage der Betriebszellen aufzubauen. Die Führung der mehr als zwanzig Millionen zählenden Armee des industriellen Proletariats in dem Entscheidungskampf verlangt unerbittlich die unverzügliche Durchführung dieser Arbeit.

4. Die Arbeit zur Durchsetzung der Beschlüsse und die praktischen Resultate.

Die vom Zentralausschuß der Partei gewählte Organisationskommission und die Zentrale nahmen einstimmig Richtlinien für die Arbeit der Betriebszellen und den Aufbau der Organisation der Partei an. Mit Rundschreiben an die Bezirke, Ortsgruppen, Zellenobleute und Zehnerführer, mit Hilfe des „Parteiarbeiters", durch Artikel in der Parteipresse usw., durch Anweisung an die Redaktionen und durch eintägige Organisationskurse in allen Bezirken (Teilnehmer je 100 bis 230) suchte die Zentrale die Umstellung der Partei zu beschleunigen.

Die ersten Erfolge der Zellenarbeit machten sich bereits in dem Generalstreik (August 1923) bemerkbar. In dem Maße, wie die Zellen bestanden oder ausgebaut waren, wuchs der Einfluß der KPD. auf die Belegschaften und ihre Aktionen.

Auf die Bildung der Betriebshundertschaften und die Gewinnung neuer Positionen in den Betriebsräten wirkte die stärkere Betonung der zahlenmäßig organisierten Betriebsarbeit sehr günstig ein. Dasselbe gilt für die Gewerkschaftsarbeit, die um so stärker auf die Arbeit der Betriebszellen gestützt wird, je mehr breite Massen die Gewerkschaften verlassen. Praktisch hat sich gezeigt, daß die Mobilisierung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter leichter, schneller, wirkungsvoller vom Betriebe aus geschieht.

Wie weit Mitgliederzuwachs, Pressestand, Literaturvertrieb usw. durch die beginnende Zellenarbeit beeinflußt wurden, läßt sich wegen der Mängel der Berichterstattung und wegen des Einflusses der verschiedenen politischen Faktoren nur abschätzen.

Die Funktionäre in den Betrieben gingen durchweg mit Arbeitswillen an ihre Aufgabe. Die Registrierung der Zellenmitglieder wurde betrieben, die Herausgabe von Zellenzeitungen (meist Wandzeitungen) regte die Aktivität kräftig an. Die Zusammenfassung der Betriebszellen nach Stadtteilen wurde aufgenommen.

Die Arbeit des Parteiumbaues wurde jedoch von vielen Orts- und Bezirksleitungen als nebenher zu leistende Ressortarbeit aufgefaßt, die einem oder einigen Genossen übertragen wurde. Der Beschluß, die Orts- und Bezirksleitungen und die Funktionärversammlungen in ihrer Mehrheit aus Funktionären der Betriebszellen zusammenzusetzen, blieb vielfach unbeachtet. Das gleichberechtigte Nebeneinander der Wohnbezirksorganisationen und der Betriebszellen erwies sich als undurchführbar.

Die Zellen existieren größtenteils nur als Betriebsfraktionen, deren Zusammenhalt und Arbeit von Zufällen abhängt. Viele Organisationsleitungen verstehen es noch nicht, die Aufgaben in erster Linie vom Betriebe aus anzupacken und in ihrer Rückwirkung auf den Betrieb zu betrachten.

Die entscheidende grundsätzliche Bedeutung des Betriebszellenaufbaues ist in weiten Kreisen der Mitgliedschaft nicht verstanden worden.

Der herannahende Kampf mit der faschistischen Diktatur, der erwartete Überfall auf das sächsische und thüringische Proletariat hätte die stärkste Förderung der Betriebszellenarbeit bringen müssen, statt dessen wurde diese Arbeit durchweg unterbrochen, weil die Augen nur auf e i n e n Teil der vorbereitenden Aufgaben gerichtet waren.

Hinzu kam die Störung der im Entstehen begriffenen Betriebszellen durch Verhaftungen, Maßregelung der leitenden Funktionäre und Massenentlassungen.

Gemessen an der politischen Notwendigkeit des Zellenaufbaues ist das Gesamtresultat gering. Die Verlegung des Schwergewichts der Parteiarbeit in den Betrieb, der Ausbau der Betriebszellen zu den Grundeinheiten der Partei ist in den Anfängen stecken geblieben.

5. Das Verbot der Partei und die organisatorischen Gefahren.

Das Verbot der Partei muß dazu führen, daß die Verbindung der Kommunistischen Partei mit den breiten Massen gelockert wird, wenn die Arbeit der Partei nicht viel stärker als bisher in die Betriebe verlegt wird und wenn nicht gleichzeitig starke Kräfte auf die Organisierung der Erwerbslosenfraktionen verwandt werden.

Die Organisationen dürfen sich nicht fast ausschließlich damit beschäftigen, auf dem Boden der Wohnbezirke die Arbeit fortzuführen, sich illegale Verschanzungen zu bauen und in legalen Organisationen unterzutauchen. Alle legal tätigen Parteimitglieder und Körperschaften sind den illegalen Parteiorganisationen und ihren Leitungen untergeordnet.

Die Organisationsleitungen sind in Gefahr, die für ihre Entschlüsse unerläßliche engste Fühlung mit den breiten Arbeitermassen über den Rahmen der Partei hinaus zu verlieren, wenn sie nicht überwiegend aus leitenden Betriebszellenfunktionären zusammengesetzt sind und jede Möglichkeit der Verbindung mit den Betrieben benutzen und ausbauen.

Wenn die Verlegung des Schwergewichts der Parteiarbeit in die Betriebe durch Aufbau der Zellen nicht durchgeführt wird, so wird sich der in den Anfängen stecken gebliebene Betriebszellenaufbau rasch rückläufig bewegen.

6. Zum Umbau der Parteiorganisation.

Der Umbau der Parteiorganisation auf die Betriebszellen darf trotz größter Beschleunigung nirgends so erfolgen, daß die Organisation im Wohnbezirk in der durchweg noch üblichen Form aufgelöst wird, e h e die Verlegung des Schwergewichtes der Arbeit in die Betriebszellen und Betriebszellengruppen (siehe den Organisationsaufbau) durchgeführt ist. Der Umbau der Parteiorganisation muß im Prozeß der Arbeit vollzogen werden und wird sich umso schneller vollziehen, als tatsächlich das Schwergewicht der Arbeit in die Betriebszellen verlegt wird.

Für die Anwendung des Organisationsaufbaues können nicht solche allgemeine Regeln aufgestellt werden, die alle Möglichkeiten der buntscheckigen wirtschaftlichen und geographischen Verhältnisse erschöpfen. Entscheidend ist die sinngemäße Anwendung des Organisationsprinzips, wonach das Schwergewicht der Parteiarbeit in die Betriebe verlegt und den Führern der Betriebszellen der entscheidende Einfluß in den Organisationsleitungen zugewiesen wird.

Die Grundeinheit der Parteiorganisation ist die nach Betriebsabteilungen und nach Fünfergruppen eingeteilte Betriebszelle. Das Betriebszellenkomitee besteht aus drei Mitgliedern. Es wird vom Funktionärkörper, der durch die Abteilungsobleute gebildet wird, in kleineren Betrieben durch die Zelle selbst gewählt. Jeder Arbeitslose gehört solange zur Zelle, bis er in einem anderen Betriebe Arbeit gefunden hat. Wo der Arbeitslose zu weit entfernt wohnt, schließt er sich der Betriebszellengruppe seines Wohngebietes an und wird außerdem in die Erwerbslosenfraktion eingereiht. Die Zugehörigkeit zur Erwerbslosenfraktion und die Teilnahme an ihren Arbeiten ist für jeden erwerbslosen Kommunisten Parteipflicht.

Je nach den örtlichen Verhältnissen werden Betriebszellengruppen um einen Stammbetrieb gebildet. Die Betriebszellengruppen werden in ihrem Umfang sehr verschieden sein, aber etwa den bestehenden Gruppen, Abteilungen usw. in mittleren und kleineren Orten auch den Distrikten entsprechen. Durch die Zellenkomitees der Gruppe wird ein Gruppenkomitee von drei Köpfen gewählt, in dem der Stammbetrieb durch mindestens einen Funktionär vertreten sein muß. Ein Mitglied des Komitees muß aus den Reihen der nicht in den Betrieben der Gruppe beschäftigten Mitglieder genommen werden. Dies ist die Regel. In Ausnahmefällen, das heißt in solchen größeren Wohngebieten, wo sich keine oder nur wenige kleinere Betriebe befinden, bilden die Funktionäre des Wohngebietes den Wahlkörper. Zur Betriebszellengruppe gehören alle in ihrem Bereich arbeitenden und wohnenden Kommunisten. Wer einer Betriebszelle angehört und im Bereich einer anderen Betriebszellengruppe wohnt, wird, wie gegenwärtig, sowohl im Betrieb wie in der Betriebszellengruppe seines Wohngebietes nach den für die Illegalität geltenden Regeln registriert, seinen Beitrag hat er jedoch im Betrieb zu entrichten.

Alle Mitglieder, sowohl die den Betriebszellen angeschlossenen, wie alle anderen, werden in der Betriebszellengruppe zu Fünfergruppen zusammengefaßt. Diese doppelte Registrierung läßt sich zur Zeit nicht umgehen. Die Fünfergruppen, beziehungsweise die Führer der Fünfergruppen leisten im Wohngebiet der

Gruppe die Arbeit, die von den Betriebszellen nicht geleistet werden kann.

Je nach den örtlichen Verhältnissen bilden mehrere Gruppen einen Distrikt. Die Leitung hat ein fünfgliedriges Distriktskomitee, das durch die Gruppenkomitees gewählt wird. Unter den fünf Mitgliedern des Distriktskomitees müssen drei Funktionäre von Betriebszellen sein.

Die Ortsgruppe vereinigt die Distrikte, in kleineren Orten die Gruppen. Das Ortskomitee zählt fünf Mitglieder, die von den Distrikts-, beziehungsweise (kleineren Orten), Gruppenkomitees gewählt werden. In ländlichen Orten, in denen sich nur Zwergbetriebe befinden, behalten die Ortsgruppen ihre gegenwärtige Form, nur mit dem Unterschied, daß die Mitgliedschaften nach Fünfergruppen organisiert werden. Die Führer der Fünfergruppen bilden den Funktionskörper.

7. Die nächsten organisatorischen Aufgaben.

Bis spätestens 15. Januar müssen in allen Betrieben sämtliche Kommunisten durch die Zelle erfaßt und die Zellenkomitees, wie die Abteilungsobleute bestimmt sein. Gleichzeitig ist bis dahin die Einteilung der Zelle in Fünfergruppen vorzunehmen. Jede Fünfergruppe hat einen verantwortlichen Führer.

Bis spätestens 1. Februar sind endgültig alle Funktionärkörper und Organisationsleitungen diesen Richtlinien entsprechend zusammenzusetzen, das heißt, daß in ihnen eine Mehrheit von Betriebszellenfunktionären vorhanden sein muß. Die aus illegalen Gründen angeordnete Verkleinerung der leitenden Körper ist dabei zu berücksichtigen. Alle Parteimitglieder, die in Betriebszellen erfaßt sind, werden durch die Zelle, die übrigen in der Betriebszellengruppe kassiert.

Die Gewerkschaftsfraktionen werden auf den Betrieben aufgebaut.

Orts- und Bezirkskomitees müssen Zellen- und Betriebsveranstaltungen in jeder Hinsicht vorzugsweise behandeln, ebenso sind politische Informationen usw. in erster Linie an die Zellenfunktionäre zu richten.

Erwerbslos gewordene Zellenfunktionäre bleiben solange in der leitenden Körperschaft, in die sie auf Grund ihrer Funktion, die sie in der Zelle ausübten, gewählt worden sind, solange sie diese Funktion auch außerhalb des Betriebes weiter ausüben.

Orts- und Bezirkskomitees werden verpflichtet, darauf zu achten, daß wichtige Zellenfunktionäre auch nach der Entlassung die Zelle weiterführen, an allen Versammlungen der Belegschaft und der Zelle, den Sitzungen des Zellenkomitees usw., teilnehmen. Wo wegen weiter Entfernungen dem Funktionär Kosten entstehen, die er nicht selbst tragen kann, sind sie von der Zelle aufzubringen.

Verantwortliche Parteiarbeiter, die nicht ohnehin Zellenfunktionäre sind, sind den Zellen zuzuteilen und von den Ortskomitees für eine Zelle verantwortlich zu machen.

Zwischen den Zellenkomitees und den Leitern der Erwerbslosenfraktionen ist eine enge und ständige Fühlung herzustellen.

(Instruktive Schreiben über die Lösung der besonderen Aufgaben, die sich aus der politischen Situation und dem Umbau der Partei ergeben, gehen den Organisationen noch zu.)

Anlage.

Grundlagen des Organisationsaufbaues.

Mitgliedschaft.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist eine Sektion der Kommunistischen Internationale. Mitglied der Partei kann jeder werden, der Programm, Satzungen und die Beschlüsse der Partei und der Kommunistischen Internationale für sich als bindend anerkennt, an der täglichen Parteiarbeit teilnimmt, regelmäßig die Parteibeiträge zahlt, die Parteizeitung abonniert und für sie wirbt.

Voraussetzung für die Aufnahme in die Partei ist, daß zwei Mitglieder der Partei, die mindestens zwei Jahre der Partei angehören, für die Zuverlässigkeit des neuen Mitgliedes bürgen.

Grundlage der Organisation.

Die KPD. baut ihre Organisation nach Wirtschaftsgebieten auf. Die Grundeinheiten der Organisation sind die Betriebszellen, die zu Ortsgruppen zusammengefaßt werden.

Als Beauftragte der Partei in allen Organisationen und Körperschaften, in denen die Partei die Arbeit der Kommunisten für notwendig hält, wirken die Fraktionen. Sie unterstehen den Anweisungen und der Kontrolle der Partei.

Betriebszelle.

Alle in einem Betrieb beschäftigten Kommunisten bilden die Betriebszelle, die nach Betriebsabteilungen und Fünfergruppen gegliedert wird.

Das Zellenkomitee besteht aus drei Mitgliedern. Die Wahl erfolgt in der Zellenversammlung, in großen Betrieben durch die Vertrauensleute der Betriebsabteilungen oder durch die Führer der Fünfergruppen.

Je nach der Größe des Betriebes und der Zelle hat das Zellenkomitee Ressortleiter zu bestimmen für die Kassierung, Gewerkschaftsarbeit und Agitprop. Außerdem hat das Zellenkomitee eines seiner Mitglieder für die Kontrolle der Arbeit des Betriebsrates und ein Mitglied für die Verbindung mit der Jugendzelle verantwortlich zu machen.

Betriebszellengruppe.

Größere Betriebe gelten als Stammbetriebe. Die Stammbetriebszellen bilden mit den Betriebszellen der umliegenden kleineren Betriebe und den im Gebiet der Gruppe wohnenden Mitgliedern eine Betriebszellengruppe. Drei Mitglieder bilden das Gruppenkomitee, das durch die Zellenkomitees der angeschlossenen Betriebe, in Ausnahmefällen unter Heranziehung einer nicht überwiegenden Zahl von Gruppenfunktionären gewählt wird.

Arbeitslose bleiben nach Möglichkeit Mitglieder ihrer Zelle oder schließen sich der Betriebszellengruppe an, die im Bereich ihrer Wohnung liegt. Die gesamte Mitgliedschaft der Gruppe wird nach ihrer Wohnung in Fünfergruppen eingeteilt.

Das Gruppenkomitee hat für die verschiedenen Arbeitsgebiete (Gewerkschaften, Genossenschaften, Agitprop, Landagitation, Frauenagitation) verantwortliche Leiter und einen Vertreter in der Kommunistischen Jugend zu bestimmen.

Distrikte.

Je nach Größe der Orte bilden mehrere Betriebszellengruppen einen Distrikt. Das Distriktskomitee besteht aus fünf Mitgliedern und wird durch die Dreierkomitees der Stammbetriebe, beziehungsweise der Betriebszellengruppen gewählt.

Ortsgruppe.

Örtlich werden die Betriebszellengruppen, beziehungsweise die Distrikte zu einer Ortsgruppe zusammengefaßt. Die Distriktskomitees, in kleineren und mittleren Orten die Gruppenkomitees, bilden die örtliche Funktionärversammlung, in der das Ortskomitee gewählt wird.

In der Funktionärversammlung sind vertreten: Rotes Kartell, Kommunistische Jugend, Erwerbslose und durch je ein Mitglied die Vorsitzenden der Fraktionen (FAK. Kommunalvertreter, Genossenschaften, Mieter, Kriegsbeschädigte, Sport).

Das Ortskomitee besteht aus fünf Mitgliedern, von denen mindestens drei den Komitees der wichtigsten Betriebszellen angehören müssen. Die Wahl bedarf der Bestätigung durch das Bezirkskomitee.

Das Ortskomitee hat für die verschiedenen Arbeitsgebiete (Gewerkschaften, Betriebsräte, Genossenschaften, Kommunalpolitik, Agitprop, Landagitation, Frauenagitation usw.) verantwortliche Leiter und einen Vertreter in der Kommunistischen Jugend zu bestimmen. Von den Fraktionen sind für diesen Zweck Vorschläge einzufordern.

In kleineren Orten, wo selbst Klein- und Mittelbetriebe nicht existieren, werden die Mitglieder in Fünfergruppen zusammengefaßt, die Obleute der Fünfergruppen bilden den Funktionskörper.

Unterbezirk.

Mehrere Ortsgruppen bilden entsprechend ihrer wirtschaftlichen, politischen und geographischen Zusammengehörigkeit einen Unterbezirk. Das Unterbezirkskomitee wird auf der Unterbezirkskonferenz gewählt und setzt sich zusammen wie die Ortsleitung.

Entsprechend den wirtschaftlichen, politischen und geographischen Verhältnissen ist der Unterbezirk in Arbeitsgebiete zu teilen, deren Leitung dem Komitee des Vororts im Arbeitsgebiet zu übertragen ist.

Bezirk.

Organe des Bezirks sind die Bezirkskonferenz, der Bezirksausschuß und das Bezirkskomitee.

Die Bezirkskonferenz setzt sich zusammen aus Delegierten, die entsprechend der abgerechneten Mitgliederzahl in den Funktionärversammlungen der Ortsgruppen gewählt werden.

Außerdem nehmen an der Bezirkskonferenz mit beschließender Stimme der Bezirksausschuß, mit beratender Stimme die Sekretäre und Redakteure teil.

In Vertretung der Bezirkskonferenz übt der Bezirksausschuß die Rechte der Bezirkskonferenz aus. Er setzt sich aus dem Bezirkskomitee und je zwei Vertretern der Unterbezirkskomitees zusammen.

Das Bezirkskomitee wird von der Bezirkskonferenz gewählt (illegal vom Zentralkomitee eingesetzt). Es besteht aus fünf Mitgliedern, von denen zwei den Komitees der wichtigsten Großbetriebe des Bezirksvorortes angehören müssen.

Beitragskassierung.

Jedes Parteimitglied ist verpflichtet, wöchentlich die Beiträge an den zuständigen Kassierer zu zahlen. Die Kassierung erfolgt in den Betrieben; für die außerhalb der Betriebe stehenden Mitglieder in den Betriebszellengruppen. Der Parteibeitrag beträgt für Vollarbeiter 25 Pfg. pro Woche, für Kurzarbeiter und Frauen 15 Pfg., für Erwerbslose 5 Pfg. Die Orts- und Bezirkskomitees sind berechtigt, zu diesen Grundbeiträgen Zuschläge zu erheben.

Ortsgruppen, deren Einnahmen durch die Zellenkassierung wesentlich verringert werden, weil die Mehrzahl der Mitglieder auswärtig arbeiten, kann durch Vereinbarung mit der Bezirksleitung auf dem Wege des Umlageverfahrens ein Zuschuß gewährt werden.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Resolution des EKKI. zur Arbeit der KPD. in der Gewerkschaftsbewegung.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 25. 22. Februar. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Die Krankheit des Franken. Von Sadoul 269

Politik.
Die Lage in Rumänien. Von Timescu 271
Brief aus Mexiko. Von Goldschmidt 272

Deutschland.
Die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes in Deutschland. Von F. Wa. 272

Union der Sowjetrepubliken.
Die russischen Anarcho-Kommunisten am Grabe Lenins 273
Brief aus Sowjetrußland. Von Rubiner 273

Wirtschaft.
Wirtschaftliches aus Ungarn. Von Révai 274

Arbeiterbewegung.
Resolution des EK. der Komintern zur Arbeit der KPD. in der Gewerkschaftsbewegung 275
Der Achtstundentag und die Internationale der Ausbeuter. Von Leder 276
Der Streik der Bankbeamten in Österreich. Von F. P. . . 278

Aus der Internationale.
Botschaft des Exekutivkomitees der Komintern an die KPF. 278

Rote Hilfe.
Die Jugend und die Rote Hilfe. Von Wagner 279

Buchbesprechungen.
Philips Price: „Deutschland im Übergang". Von Varga 280

Die Krankheit des Franken.

Die Wirkung auf die Innenpolitik Frankreichs.

Von Jacques Sadoul.

** Der Fall des französischen Franken bedeutet die Entwertung des öffentlichen Besitzes, der in einem Lande der Sparer, wie Frankreich, in den Händen von Millionen arbeitender Menschen verteilt ist. Das ist die Ausplünderung all der „bürger mit Wollstrümpfen". Das ist die Folterung der Kleinbourgeoisie in den Städten und auf dem Lande; das ist das Elend für die Masse der Militär- und Zivilpensionisten. Zweiundzwanzig Franken für einen Dollar, der Franken, der unter 20 Centimes, das heißt auf etwa ein Fünftel seines Goldwertes gesunken ist — zu Nutz und Frommen des Großkapitals.

Der Fall des Franken bedeutet weiter die Verteuerung des Lebens, worüber auch gestern schon die Gesamtheit der französischen Verbraucher gemurrt hat, worüber sie heute in Verzweiflung gerät. In dem Zeitraume zwischen Januar 1923 und Januar 1924 ist der Index der Großhandelspreise — unter Zugrundelegung der Ziffer 100 für 1914 — von noch unter 400 auf mehr als 500 gestiegen. Er steigt unaufhörlich weiter. Der Rückgang des Franken, der in den letzten Wochen angedauert hat und sich bei der langen Dauer der Debatten in der Kammer über die Finanzpläne der Regierung noch fortsetzen muß, da sich die Frankenbesitzer deswegen beunruhigen, wird unzweifelhaft noch während mehrerer Monate eine beträchtliche Steigerung der Preise auf dem inneren Markt nach sich ziehen.

Der Fall des Franken ist also ein gefährliche Waffe in den Händen der Opposition. Er hat bewirkt, daß sich eine ununterbrochen wachsende Armee von Massen, die mit der Regierung unzufrieden ist, sammelt. Diese Massen werden bei den kommenden Wahlen darauf reagieren.

Die französischen Wahlen werden vor allem im Zeichen der Teuerungsfrage vor sich gehen. Man wird einfach gegen die Leute, die das Symbol der Teuerung darstellen, gegen die Regierungsmehrheit, Stellung nehmen. Die Massen der mittleren und kleinen Bourgeoisie verlieren in dem Maße ihr Vertrauen zu Poincaré, als der Franken sich dem Nullpunkt nähert und als sich infolgedessen die Expropriation der Sparer und der Besitzer von Staatspapieren vollzieht. Sie wenden sich von den „gemäßigten" bürgerlichen Parteien ab, da diese in allzu zynisch offener Weise die Interessen des expropriierenden Großkapitals vertreten. Sie nähern sich mit großer Geschwindigkeit den linken Parteien.

Die wirtschaftliche Katastrophe, von der die kleine und die mittlere Bourgeoisie betroffen wird, hat im Verlaufe weniger Wochen die politische Machtposition der „Radikalsozialisten" beträchtlich gestärkt. Das Ansehen Poincarés schwindet dahin. Das Land hat den Eindruck, daß dieser Mann, dem es so viel Vertrauen geschenkt und dem es so viel Achtung bezeugt hat, nichts verstanden und nichts vorausgesehen hat. Man hat mit Erstaunen festgestellt, wie sich Poincaré von der Teuerung und von der Währungskrise überraschen ließ, wie er durch Jahre hindurch die schmutzigen Gaunereien, die in den befreiten Gebieten begangen wurden, ignorieren konnte und wie er nun, da sie offen zutage liegen, zögert, energisch einzugreifen und die Schuldigen zu bestrafen. Das ist der Zusammenbruch dieses Unfehlbaren. Gestern noch erschien den Radikalen das Bündnis mit Poincaré als unumgänglich notwendig, und sie erniedrigten sich deshalb vor ihm. Heute erscheint ihnen dieses Bündnis entbehrlich. Sie schicken sich an, es zurückzuweisen. Sie beginnen, Poincaré in immer schärferer Weise anzugreifen. Wenn sie größere Kühnheit besäßen, wäre es ihnen ein Leichtes, ihn und seine Majorität vor dem ganzen Lande vollständig zu diskreditieren und so den Triumph des Blocks der Linken herbeizu-

führen. Aber es fehlt ihnen der nötige Mut, und sie haben nur zur Hälfte mit Poincaré gebrochen.

Poincaré scheint jedoch auf Mittel zu sinnen, um mit seinen Gegnern auf die bestmögliche Weise fertig zu werden. Er läßt sich vom Parlament zur Erzielung von Ersparnissen Vollmachten geben, die der Regierung die Gesetzgebung ohne Mitwirkung der Kammer erlauben. Eine antirepublikanische Maßnahme. Ein ausgezeichneter Anlaß, um gegen den Ministerpräsidenten die öffentliche Meinung eines Landes, das mehr als jedes andere Land von demokratischen Illusionen vergiftet ist, zu mobilisieren. Das Vollmachtsgesetz bedeutet die Aufsaugung der Legislative durch die Exekutive, der gesetzgebenden Funktionen durch die ausübende Gewalt. Seit 1789 wurden die Vollmachten nur von reaktionären Regierungen in Perioden der Diktatur angewandt.

Poincaré läßt sich zur Ermöglichung neuer budgetärer Einnahmen in der Höhe von 4 oder 5 Milliarden die „zwei Zehntel", das heißt eine 20%ige Steigerung der gesamten direkten und indirekten Steuern durch das Parlament genehmigen. Die direkten Steuern, mit denen allein die Klasse der Reichen ein wenig belastet ist, betragen kaum ein Viertel der französischen Staatseinnahmen. Drei Viertel dieser Einnahmen werden durch die indirekten Steuern und durch die Abgaben bestritten, die hauptsächlich von den arbeitenden Massen getragen werden. Eine ausgezeichnete Gelegenheit für die Opposition, die antidemokratische Politik der Regierung zu brandmarken. Dies um so mehr, als die bloße Besprechung dieser Finanzprojekte die Erzeuger und Händler bestimmt, die Preise der Waren sofort in die Höhe zu treiben. Die Folge davon ist weitere Teuerung und zunehmende allgemeine Unzufriedenheit.

Die Regierungsmehrheit ist ganz verstört. Sie wird schwankend. Sie wagt es zwar noch nicht, in ihrer Gesamtheit Poincaré im Stich zu lassen, obwohl er durch seine aufreizend unpopulären Reformen, für die sie stimmen sollen, seine Wahlniederlage vorbereitet; aber viele wollen als Einzelpersonen dem Massenopfer entgehen. So getreue Anhänger Poincarés, wie bisher Dautet, André, Lefèvre, Forget, trennen sich in aufsehenerregender Weise vom Ministerpräsidenten. Sie wollen keinen Selbstmord begehen. Die Opposition hat ein leichtes Spiel in der Bekämpfung der Pläne Poincarés und brandmarkt sie als unwirksam, ungerecht und sogar zwecklos. Sie bringt es so weit, daß der Finanzminister zugestehen muß, daß noch mehr als drei Milliarden direkter Steuern und ungefähr sechs Milliarden Kriegsgewinnsteuern einzutreiben sind, das heißt im ganzen 9 Milliarden rückständiger Steuern, ein Betrag also, der das Ergebnis der 20% übertrifft, die in drei Jahren erzielt werden könnten. Die Kommunisten und die Sozialisten legen dar, daß von den 85 Milliarden, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete verwendet wurden, mehr als 70 Milliarden in die Geldschränke der großen Profitmacher geflossen sind, während Zehntausende unglückseliger Besitzloser ohne Geld und ohne Unterkunft ihr Dasein fristen. Sie zeigen vor dem empörten Lande an Hunderten dokumentierter Fälle, daß dieser oder jener Industrielle, der beispielsweise weniger als 10 Millionen Franken hätte erhalten dürfen, 40 Millionen bekommen, daß dieses oder jenes Unternehmen, das auf nicht ganz 100 Millionen Franken Anspruch hatte, mehr als 300 einkassiert hat. Sie beweisen, daß eine große Anzahl hoher und niedrigerer öffentlicher Funktionäre durch die besitzende Klasse in den besetzten Gebieten korrumpiert worden ist. Unter den Nutznießern dieser gewaltigen Gaunerei, dieses neuen finanziellen Panamas, befinden sich, was festgenagelt wird, zahlreiche Parlamentarier, große Unternehmer der Rechten, wie der Senator **Touron**, aber auch der Linken, wie der ehemalige Minister **Loucheur**, der infolge dieser unangenehmen Enthüllungen dem nächsten Ministerium zweifellos nicht angehören wird.

Das ist die Schlacht zwischen dem Nationalen Block und dem Block der Linken; das ist die Nötigung für Herriot, sich von Poincaré zu trennen, und für Poincaré, sich von Herriot zu trennen. Poincaré muß sich wieder ganz an den Nationalen Block und infolgedessen an Millerand halten. Er, der sich entsprechend seinem Temperament und seiner taktischen Erwägungen immer geweigert hatte, in das Getriebe der Parteien hinabzusteigen, der sich darin gefiel, verächtlich zu wiederholen: „Ich mache nicht Politik", der sich als alter Republikaner, als Republikaner der Linken aufspielte, ist genötigt, sich offiziell zu einer bestimmten Politik zu bekennen, zur Politik des Nationalen Blocks, des antirepublikanischen Blocks.

So hat die Krankheit des Franken die beiden Zögerer Herriot und Poincaré gezwungen, ihr Zögern aufzugeben und eine klare Haltung einzunehmen. Sie hat sie einander in scharfer Weise entgegengestellt, obwohl es ihnen selbst gegen den Strich gegangen ist. Sie hat das Bündnis zwischen Radikalen und Sozialisten beschleunigt und besiegelt.

Der Sozialistische Kongreß von Marseille hat die Notwendigkeit des Blocks der Linken proklamiert. Ein kleiner radikaler Kongreß hat gleich darauf auch seinerseits diese Notwendigkeit anerkannt. Indem sich die Sozialisten auf die Radikalen stützen, wollen sie doch niemanden auf der Linken abstoßen. Sie führen trotz der Ablehnung des kommunistischen Angebots auf Bildung eines Arbeiter- und Bauernblocks bereits Manöver aus, um mit den Kommunisten in jenen Departements eine Wahlgemeinschaft zu ermöglichen, wo diese Allianz für sie günstig wäre. Die Radikalen schließen auf der rechten Seite jene Abgeordneten von der Wahlgemeinschaft aus, die für die Vollmachten gestimmt haben, und auf der linken Seite die Kommunisten als Anhänger der III. Internationale. Im Gegensatz dazu öffnen sie ihre Arme den Pseudokommunisten, der Frossard-Partei, deren Kongreß soeben entschieden hat, daß es vor allem darauf ankommt, den Nationalen Block niederzuschlagen und infolgedessen nicht gezögert werden darf, ein Bündnis mit den bürgerlichen Demokraten einzugehen. Damit ist das Kartell der Linken offiziell konstituiert. Es hat schon den Kampf gegen Poincaré begonnen.

In Frankreich und im Auslande sehen viele den Sturz Poincarés noch vor den Wahlen kommen. Aber die Situation ist so verwickelt und verwirrt, daß es sehr schwer ist, in diesem Punkte eine feste Prophezeiung zu machen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß Poincaré in der Kammer jedesmal, wenn er die Vertrauensfrage stellt, eine zwar mehr und mehr zusammenschrumpfende, aber doch genügende Majorität für sich zusammenbringen wird.

Aber im Senat? Der Senat hat die eigensüchtige Herrschaft Poincarés immer nur schwer ertragen. Die Majorität im Senat, die an die Meinung ihrer Wahlkreise sehr stark gebunden ist, könnte den Ministerpräsidenten bei der Frage der Wahlreform, die in einigen Tagen diskutiert werden soll, stürzen. Sie ist gleichfalls gegenüber den „zwanzig Prozent" und noch mehr gegenüber dem Vollmachtgesetz feindlich eingestellt. Der Senat ist jedoch eine kluge und ängstliche Versammlung, die gegenwärtig — im Gegensatz zur Kammer, wo diese Wahlsorgen in den Reihen der Opposition einen plötzlichen Ausbruch politischen Muts bewirkt haben — keine Wahlsorgen hat. Wir glauben nicht, daß der Senat unter den gegebenen Umständen die Verantwortung auf sich nehmen wird, Poincaré zu stürzen.

Wer würde an seine Stelle treten? **Briand**, auf den man im allgemeinen hinweist, würde zweifellos nicht dafür zu haben sein, die Macht sofort wieder in die Hand zu nehmen. **Barthou** stößt auf viele Widerstände. **Herriot** würde nicht die Majorität der Kammer für sich haben. Übrigens würde der **Präsident Millerand** vor den Wahlen zweifellos keinem Mann der Linken die Bildung des nächsten Ministeriums übertragen.

Der Nationale Block, der die Majorität in der Kammer hat, hat soeben von Poincaré das Versprechen erhalten, bei den Wahlen von ihm gestützt zu werden. So wird er also in seiner Gesamtheit die gegenwärtige Regierung an der Macht erhalten wollen.

Die linke Opposition, die in der Kammer die Minderheit und im Senat die Mehrheit vereinigt, wird sich sicherlich anstrengen, die Stellung Poincarés zu schwächen, aber sie wird es vermeiden, ihn zu stürzen, da sie Millerand nicht die Gelegenheit geben will, einen noch konservativeren Ministerpräsidenten zu ernennen.

Die Meinung Millerands, die immer reaktionärer und diktatorischer wird, ist allen bekannt. Man weiß, daß er das eigentliche Oberhaupt des Nationalen Blocks ist und daß er um jeden Preis den Sieg gewährleisten will. Er hat sich öffentlich verpflichtet, für den Fall des Erfolges des Blockes der Linken seine Demission zu geben. Diese Tatsache aber wird immer wahrscheinlicher. Millerand seinerseits hat ein großes Interesse daran, Präsident der Republik zu bleiben. Was wird er tun, um die Niederlage zu vermeiden? Wird er die Kammer auflösen? Oder wird er ihre Session in willkürlicher Weise verlängern?

Er läßt mit Trompetengeschmetter verkünden, daß er soeben Clémenceau empfangen hat. Er läßt überall ausstreuen, daß er infolge eines alarmierenden Berichtes des Marschalls Pétaint über die Fortschritte der defaitistischen Propaganda in der Armee geneigt wäre, an den alten Tiger zu appellieren. Nach den Gerüchten, die er in Umlauf setzt, würde Clémenceau Ministerpräsident werden. Er würde die Vollmachtgesetze ge-

meinsam mit Poincaré, der als Minister ohne Portefeuille an der Macht bliebe, zur Anwendung bringen; Barthou würde das Ministerium des Äußeren übernehmen.

Gustave Hervé, einer der Wortführer des Elysée (Sitz des Präsidenten der Republik) bemüht sich, seine Projekte zu popularisieren. Er greift Poincaré in heftiger Weise an, der „ein Zögerer, ein Weichling, kein Kämpfer" sei. Nach seiner Meinung muß der Präsident der Republik von den beiden Kammern in einer gemeinsamen Vollversammlung weitestgehende Vollmachten verlangen und eine diktatorische Regierung einsetzen.

Angesichts der Unbehagens, das auf dem Parlament lastet, ist in der gegenwärtigen Situation von seiten eines brutalen, impulsiven und ehrgeizigen Mannes, wie Millerand, alles möglich. Wir glauben indessen doch nicht, daß dieser Mann so viel Kühnheit hat, um das Spiel Mussolinis bis zum äußersten zu wiederholen. Wir sind vielmehr davon überzeugt, daß Poincaré, der sich durchaus an die Verfassung gebunden fühlt und von altem Groll gegen Millerand erfüllt ist, es nicht zulassen würde, daß ihn sein alter Rivale Millerand in den Schatten stellt, ihn verdrängt und auf seine Kosten den Platz des Diktators einnimmt. Die Kombination Clémenceau halten wir nicht für ernst. Der alte Tiger ist sehr müde und übrigens unfähig, solch eine gewaltige Rolle zu spielen. Wenn allerdings an der Spitze des Blocks der Linken Männer stünden, würde der Nationale Block zermalmt werden.

Politik

Die Lage in Rumänien.

Von U. Timescu.

** Nach der Beendigung der Belgrader Konferenz empfing der rumänische Außenminister Duca die Auslandsberichterstatter, denen er folgendes erklärte: „Man kann mit den Ergebnissen der Konferenz sehr zufrieden sein, es wurden sehr wichtige Angelegenheiten behandelt, und man wird sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß die Kleine Entente als einer der mächtigsten Faktoren der Konsolidierung und des Weltfriedens zu betrachten ist." Aus seinen Worten über die Rumänien hierbei zufallenden Aufgaben war zu entnehmen, daß die rumänische Diplomatie ihrer ruhmreichen Tradition: der erpresserischen Politik nach allen Seiten auch weiterhin treu bleiben wird. So will sie von Horthy-Ungarn, das um die nationale Anleihe bettelt, den Verzicht auf die durch die rumänische Besetzung hervorgerufenen Schadenersatzansprüche erzwingen; in Griechenland soll die Dynastie restauriert werden; von Bulgarien will man weitgehende Begünstigungen der in Bulgarien lebenden rumänischen Minderheiten erpressen.

In der erwähnten Unterredung mit den Auslandberichterstattern sagte Duca in bezug auf Sowjetrußland: „Wir sind im Begriff, mit den Vertretern der russischen Regierung zusammenzukommen, um die zwischen uns schwebenden Fragen zu regeln. Ich hoffe, daß diese Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden." Offenbar ist Herr Duca der Ansicht, daß sich die Russen nur recht brav zu benehmen haben und daß er, Duca, dann schon sehen würde, was sich für sie tun läßt.

In einer besonderen Unterredung mit den tschechoslowakischen Pressevertretern dementierte der rumänische Außenminister die in der Tschechoslowakei verbreiteten Gerüchte, daß in Rumänien eine Mißstimmung gegenüber den tschechoslowakischen Verbündeten bestehe. Inwieweit diesem Dementi wirklich geglaubt werden kann, können folgende Tatsachen zeigen: Das heutige Großrumänien hat kürzlich den fünften Jahrestag seiner Gründung begangen. Trotzdem werden die „befreiten" Gebiete in Rumänien noch immer mit den Mitteln des Ausnahmezustandes in „Ruhe" gehalten. In dem ehemals ungarischen Gebiete herrscht das Militärregime des Generals Petala. Dieser General übt eine militärische Zensur aus, wendet das bewährte Mittel von Massenausweisungen an und hält sein Regime überhaupt auf dem Wege einer terroristischen sozialen und nationalen Unterdrückung aufrecht. In Bessarabien wurde vor kurzem an Stelle des militärischen Ausnahmezustandes der zivile Ausnahmezustand gesetzt, aber lediglich deshalb, weil der dortige bisherige Militärbefehlshaber, General Popovici, sich gegenüber dem im ganzen Lande grassierenden Räuberunwesen als kraftlos und unfähig erwiesen hat.

Die Kulturpolitik der rumänischen Regierung gegenüber den nationalen Minderheiten tritt die Minoritätsrechte der fünf Millionen Ungarn, Russen, Deutschen mit Füßen. Nicht nur in den Schulen, sondern sogar in den Kindergärten wird ein Vernichtungskampf gegen den Unterricht in der jeweiligen Muttersprache geführt. In der Verwaltung herrscht der bürokratische Zentralismus; es gibt keine Autonomie der Städte und Bezirke. Dieser bürokratische Zentralismus soll angeblich zwar nach französischem Muster eingerichtet sein, stellt aber in Wirklichkeit eine Nachahmung der Verwaltungsorganisation des alten zaristischen Rußlands dar. Auch in vielen anderen Richtungen wird das alte Zarenreich eifrig kopiert. Nach dem Vorbild der „Ochrana" ist das Land mit einem Netz von Spitzelorganisationen überzogen. Die Korruption der Verwaltungsstellen übertrifft vielleicht das, was man von der Zarenregierung her gewohnt war.

Die sich auf das Vorkriegs-Rumänien erstreckende parlamentarische Demokratie kennzeichnet sich schon allein durch den Umstand, daß die über vier Millionen zählenden ungarischen, russischen und bulgarischen Minderheiten keine Vertretung in dem rumänischen Parlament haben. Allerdings haben die Abgeordneten in der rumänischen Duma überhaupt keinen Einfluß auf die Staatsgeschäfte. Die Klassengrundlage des in Rumänien herrschenden Gewaltregimes besteht in dem Bündnis des feudalen Großgrundbesitzes mit dem Finanzkapital des alten Rumänien. Beide Schichten sind in der radikalen „Liberalen Partei" vereinigt, wobei aber die alten Grundbesitzer- (Bojaren-) Familien die eigentlichen Führer der aktiven Politik sind. Ihre Macht wird trotz der Agrarreform keineswegs vermindert. Schon 1918 war unter dem revolutionären Drucke der Massen das erste Gesetz über eine Agrarreform zustandegekommen, in dem sogar die Enteignung des Grund und Bodens und seine Übernahme durch die Bauernräte vorgesehen war. Im Jahre 1921 wurde aber das Gesetz durch die bürokratischen Organe der Regierung und durch besondere Regierungsverfügungen sehr stark abgeschwächt. Diese Agrarreform hat seinen Zweck, nämlich eine Beruhigung der Bauernmassen zu erreichen, nicht erfüllt. Die Erbitterung der landarmen Dorfbevölkerung nimmt immer bedrohlichere Formen an und kommt auch in der sich steigernden Auswanderungstendenz zum Ausdruck. Die Bojaren haben ihre Machtpositionen ungeschwächt aufrecht erhalten. Sie haben lediglich ihre Grundrenten in Finanzkapitalien umgewandelt, so daß heute zwischen dem feudalen Grundbesitz und den Großbanken Rumäniens sehr enge Verbindungen bestehen. Das eigentliche Rückgrat der „Liberalen Partei" bildet die Finanzbank des Ministerpräsidenten Bratianu: Die Banca Romaneasca. Die Politik Rumäniens wird von den Interessen der nationalen Banken bestimmt. In einem von einem Direktor der Banca Romaneasca, Ivescu, verfaßten Buche heißt es, daß die „nationalgesinnten Geldinstitute" ihr Aktienkapital in der Zeit von 1919 bis 1921 verfünffacht haben und über dreimal so hohe Kapitalien verfügen als die Banken „internationalen Charakters".

Die rumänischen Staatsschulden haben heute verhältnismäßig dieselbe Höhe erreicht wie die französischen. Dabei ist aber für den Wiederaufbau des Landes nicht das Mindeste geschehen. Im Gegenteil sind auch die früher blühenden Industrien Siebenbürgens vernichtet, wurde das Verkehrswesen völlig zerrüttet und das Land wirtschaftlich völlig isoliert.

Der Regierungspartei stehen jedoch die Oppositionsparteien kraftlos gegenüber. Nur die Zaranisten (Bauernpartei) haben bestimmte Programmpunkte. Die Führer dieser Partei sprechen sogar vom Klassenkampf der Dorfarmen gegen die Bojaren und Banken. Es fehlt ihnen jedoch an einer Massenorganisation, um diesen schönen Worten Ausdruck verleihen zu können. Die zahlenmäßig kräftigere Nationale Partei schwankt unentschlossen zwischen einer Autonomieforderung nach Radics Muster und einem Nationalismus hin und her, der den der Regierungspartei noch übertrifft. Der parlamentarische Kampf all dieser Oppositionsparteien gegen die liberale Regierung, die auch die Dynastie und die leitenden Generale der Armee mit vielen finanziellen Fäden an sich gebunden hat, ist gegenwärtig ziemlich aussichtslos. Diese Tatsache lastet natürlich in unerhörtem Maße auf den breiten arbeitenden Massen, und zwar benützt die Regierung ihre Stärke nicht nur dazu, die Arbeiterklasse rücksichtslos wirtschaftlich auszubeuten: Der weiße Terror, die Einzel- und Massenverfolgungen sollen die revolutionäre Arbeiterbewegung vernichten. Und auch hier in Rumänien leisten die Sozialdemokraten der Regierung Helfersdienste. Sie spalteten die ohnehin schwache Gewerkschaftsbewegung mit Unterstützung der Polizei. Sie sind die Urheber der seit dieser Zeit gegen die Kommunisten vor sich gehenden polizeilichen Verfolgungen der kommunistischen Presse und der kommunistischen Gewerkschaftsgruppen. Die revolutionäre Arbeiterschaft steht jedoch in ihrer überwiegenden Mehrheit treu zur Fahne des Klassenkampfes und

läßt sich trotz aller Provokationen nicht daran hindern, ihre Anstrengungen zur Wiederherstellung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung fortzusetzen.

Brief aus Mexiko.

Die Revolution in Mexiko und ihre sozialen Wurzeln.

Von Prof. Alfons Goldschmidt.

** Im September 1921 fand in der Hauptstadt der I. landwirtschaftliche Kongreß statt. Er hatte sowohl schöpferischen wie auch revolutionären Charakter. Die Redner waren einfache indianische Bauern. In ihren ungekünstelten Reden kam das Hauptproblem der mexikanischen Revolution zum Ausdruck. Diese Bauern aus dem Mexikotal erklärten klar und einfach, daß sie Grund und Boden brauchen. Auf dem Kongreß wurden nicht nur gegen die Latifundienbesitzer scharfe Reden gehalten, sondern es wurden auch Forderungen laut nach Elektrifizierung, nach dem Bau von Bewässerungsanlagen, nach Straßenbauten, nach Verteilung von landwirtschaftlichen Maschinen.

Seit dem Hidalgo-Aufstande im September 1810, und besonders seit der Revolution von Madero im Jahre 1910 kämpfen die mexikanischen Indianer gegen die Latifundien, gegen den großen Gutsbesitz, und die „Haciéndas" ist mittelbar auch ein Kampf gegen die Spanier. Die Erinnerung an die grausame und gewaltsame Kolonisierung durch die Spanier ist bei der indianischen Bevölkerung Mexikos noch lange nicht verwischt. Der Kampf um Grund und Boden, als wirtschaftliche Basis der mexikanischen Revolution, druckte der ganzen Psychologie dieser Revolution seinen Stempel auf. Darin findet auch jener bemerkenswerte Umstand seine Erklärung, daß hier die revolutionäre Bauernschaft das städtische Proletariat mit sich reißt und nicht umgekehrt wie in Europa. Vielleicht ist die Ausbeutung durch das ausländische Handels- und Industriekapital in Mexiko stärker als die Ausbeutung durch das Latifundienkapital, aber der indianische Bauer bleibt trotzdem der Mittelpunkt der mexikanischen Revolution.

Die Bauernrevolution in Mexiko umfaßt zugleich das Bestreben nach Schaffung einer eigenen einheimischen Industrie und eines einheimischen Handels. Bei allen außenpolitischen Schwierigkeiten dieses Plans steht es außer jedem Zweifel, daß jede soziale Umbildung in Mexiko nur durch eine bedeutende Einschränkung des Einflusses des ausländischen Kapitals möglich ist. Allen Anzeichen nach bewegt sich diese Befreiung vom ausländischen Kapital in der Richtung der Schaffung einer zentaralen Staatsindustrie und eines Staatshandels. Jedenfalls geht das Streben des landwirtschaftlichen Proletariats nach Grund und Boden und nach der Besserung seiner sozialen Lage parallel mit dem Streben des ganzen Landes nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit. In dieser Richtung bewegt sich die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten südamerikanischen Kontinents, des gesamten sogenannten lateinischen Amerika.

Das ausländische Kapital in Mexiko versteht augenscheinlich diesen Sinn der mexikanischen Revolution nicht. Seine Vertreter träumen von der Wiederherstellung des Regimes von Porfirio Diaz. Ich hatte hier Gelegenheit, mit ausländischen Kapitalisten zu sprechen, die die Rückkehr solcher Zeiten ganz entschieden für möglich halten. Aber es ist absurd, diese Zeiten können ebensowenig zurückkehren, wie sich die Geschichte nicht nach rückwärts bewegen kann, man kann das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Die Revolution bedeutet die Ausnützung aller Produktivkräfte des Landes und nicht die Ausbeutung einzelner Teile der riesigen Naturschätze Mexikos. Das Regime von Porfirio Diaz war aber gerade eine solche Teilausbeutung dieser Schätze durch das internationale Kapital. Die Volkswirtschaft Mexikos muß in einem ganz andern Umfang erneuert und befruchtet werden, schon allein aus dem Grunde der außerordentlichen Verschuldung des Landes.

In Mexiko reifen also ereignisschwangere soziale Konflikte heran.

Das, was gegenwärtig vor sich geht, ist nur ein Anfang der Bewegung.

Im Mittelpunkt der agrar-sozialen Revolution Mexikos steht die Frage des gemeinschaftlichen Besitzes am Boden. Das ist ungefähr dasselbe wie der altrussische „Mir". Das System des kolonialen Feudalismus, der sich in der Folge mit dem System der kapitalistischen Pachtungen und Ankäufe verwickelt hatte, führte zur Enteignung und Proletarisierung der indianischen Bauernschaft aber das Ideal des gemeinschaftlichen Besitzes an Grund und Boden lebt in den Herzen der Indianer und gelangt nun in Verbindung mit den modernen Forderungen auf dem Gebiete des kulturellen und agronomischen Fortschrittes zum Ausdruck.

Der Kampf gegen die Latifundien hat hier eine ebenso kardinale historische Bedeutung wie im alten Rom und wie die Bauernfrage in der französischen Revolution und in der jüngsten großen Revolution in Rußland. Über diese Frage gibt es eine ausgedehnte wissenschaftliche Literatur. Wir betonen, daß der Kampf um den gemeinschaftlichen Besitz an Boden gar nicht den Charakter eines romantischen Kampfes um das alte Rückständige hat, sondern er ist ein Kampf um die soziale Gerechtigkeit, um den technischen Fortschritt in der Landwirtschaft.

Die Verwirklichung dieses nationalen Ideals würde die internationale Bedeutung Mexikos außerordentlich heben. Das Agrarproblem ist hier mit dem Problem der Befreiung der unerschöpflichen Naturkräfte Mexikos, in erster Linie des Naphthas, vom internationalen Kapital verknüpft.

In manchen Beziehungen ist die jetztige mexikanische Revolution im Gegensatze zu den früheren, von dem elementaren Hidalgo-Aufstand bis zur Revolution von Madero, eine organisierte Klassenrevolution des Proletariats, wie verwickelt und verworren auch auf den ersten Blick das äußere Bild der mexikanischen Revolution erscheinen möge. Zum ersten Male ergreifen die Indianer als kämpfendes städtisches und landwirtschaftliches Proletariat zu den Waffen. Die bewaffneten Massen der Bauern und des städtischen Proletariats bilden schon den Anfang einer sozialistischen Miliz, vor der die bestehenden regulären Truppen erblassen. Die Anfänge dieser Miliz sehen wir in den bäuerlichen Kameradschaften zur Kontrolle der Durchführung und zum Schutze des Agrargesetzes. (Über die Aufteilung von Grund und Boden.) Es war kein Zufall, daß die Gegenrevolution sich gerade in Vera Cruz mit einer solchen Wut erhob, wo diese Kameradschaften den Truppen der Latifundienbesitzer schon seit langem gegenüberstehen. Solche Zusammenstöße fanden auch in andern Staaten Mexikos statt, aber sie kamen nirgends mit einer solchen Kraft zum Ausbruch wie in Vera Cruz, wo sich schon im vorigen Jahre blutige Schlachten abgespielt haben.

Wir haben uns vorher dahingehend geäußert, daß die wirtschaftliche Entwicklung Mexikos sich in derselben Richtung bewegt wie die wirtschaftliche Entwicklung des ganzen lateinischen Amerika. In diesem Teile Amerikas, Mexiko miteinbegriffen, gibt es noch kein klassenbewußtes Proletariat. Die proletarische Vorhut, die von der Kommunistischen Partei geführt wird, stellt — aus ganz begreiflichen Gründen — vorläufig nur eine verhältnismäßig bedeutungslose Minderheit dar. Die Sozialdemokratie ist eine rein parlamentarische, eine Wahlorganisation im engen Sinne. Bei einem 2 Millionen starken Proletariat umfaßt die Kommunistische Partei Argentiniens z. B. im ganzen 3000 Mitglieder; die Gewerkschaften vereinigten im Jahre 1921 etwa 800.000 Mitglieder, aber die Gewerkschaftsbewegung in Argentinien ist nicht einheitlich. Ihr linker Flügel befindet sich vollkommen unter individualistisch-anarchistischem Einfluß. So hat zum Beispiel die Organisation der Bäcker von La Plata einen ausgesprochen anarchistischen Einschlag. Der Verfasser dieser Zeilen hofft, daß es ihm gelungen ist, durch den Kurs, den er auf der ökonomischen Fakultät an der Universität von La Plata vor einer überwiegend aus Bäckereiarbeitern bestehenden Hörerschaft hielt, diesen individualistischen und syndikalistischen Geist ein wenig zugunsten einer sozialeren Orientierung umzubiegen. Und in Brasilien, Chile und andern Staaten Südamerikas haben wir dieselben Voraussetzungen vor uns.

Deutschland

Die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes in Deutschland.

Von F. Wa.

** Durch Initiative des Generals Seeckt soll der militärische Ausnahmezustand am 1. März aufgehoben werden. Diese überraschende Wendung hat eine ganze Reihe von Ursachen und Wirkungen, die von uns verstanden und ausgenützt werden müssen.

Eine der wichtigsten Ursachen besteht offenbar in den Schlägen, die die Partei der Militärdiktatur in den sächsischen und thüringischen Wahlen versetzt hat. Diese starken Schläge beweisen, daß die Militärdiktatur keine geeignete Waffe ist, um das Wachstum der Sympathien der proletarischen Massen für die Kommunistische Partei zu verhüten, sondern eher umge-

kehrt. Im engsten Zusammenhang damit steht aber eine Erscheinung, die wir besonders sorgfältig beachten und auswerten müssen: die zersetzende Wirkung der Verwendung der Reichswehr gegen die Arbeiterklasse und gegen die Kommunistische Partei auf die Reichswehr selbst. Eine ganze Reihe Erscheinungen, besonders in Sachsen, liefern den Beweis für den Beginn dieser Zersetzung. Soldaten, die sich weigern, gegen Arbeitslose vorzugehen; Soldaten, die zum Protest gegen Schuhriegelungen die Internationale singen usw. Man weiß, daß der leitende Gedanke Seeckts die Vorbereitung des Revanchekrieges gegen Frankreich ist. Es ist klar, daß eine Truppe, die als politisches Unterdrückungswerkzeug gegen die Arbeiterklasse verwendet wird, und die beginnt, im Gefolge dieser Verwendung sich zu zersetzen, unmöglich den Kern einer Armee bilden kann, die den Befreiungskampf führen soll. Dazu kommt natürlich, daß diese Truppe selber immer unfähiger sein wird, als inneres Unterdrückungsinstrument zu wirken. Infolgedessen geht General Seeckt selbst dazu über, für die Beseitigung des Ausnahmezustandes einzutreten, ehe die parlamentarischen Körperschaften sich zu dem Versuch entschließen, ihn dazu zu zwingen. Dadurch, daß er dem Parlament zuvorkommt, erreicht er, daß er den Kredit für die Abschaffung des Ausnahmezustandes einheimst und daß das Parlament, der Reichskanzler und die Sozialdemokratie, die nicht den Mut gefunden haben, in dieser Sache voranzugehen, noch weiter diskreditiert werden. Er belastet die zivilen Behörden mit dem Odium, das durch die Repressalien gegen die Kommunistische Partei, die natürlich in anderer Form fortgesetzt werden, bei der Arbeiterklasse und selbst bei einem Teil des kleinen Bürgertums hervorgerufen werden muß. Eben der Akt, durch den das Parlament sich in den Augen der Volksmassen wieder einigermaßen rehabilitieren könnte, dieser Akt wird in echt bonapartistischer Weise von dem General Seeckt zum Mittel einer weiteren Diskreditierung des Parlaments, des sozialdemokratischen Reichspräsidenten, der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Demokratie überhaupt gemacht. Dies scheinen uns die Hauptgründe und Hauptmotive für die Aufhebung des Ausnahmezustandes durch General Seeckt zu sein. Dazu kommen noch einige weitere Gründe: 1. Die Differenzen innerhalb der Bourgeoisie in bezug auf die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Maßregeln, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes unter dem Ausnahmezustand durchgeführt werden, Differenzen innerhalb der verschiedenen Gruppen der Schwerindustrie und Fertigwarenindustrie, zwischen Agrar- und Industriekapital, Differenzen, die es Teilen der Bourgeoisie unerwünscht sein lassen, daß sie sie zum Beispiel nicht parlamentarisch austragen können, und zwar in einer Situation, wo sie die gesamte Kraft der Arbeiterschaft für so geschwächt hält, daß parlamentarische Auseinandersetzungen innerhalb der verschiedenen bürgerlichen Schichten vorläufig keine Stärkung des Proletariats sein werden. 2. Gründe außenpolitischer Art, die Rücksicht auf die augenblicklich in England regierende Labour Party.

Die Regierung kündet gleichzeitig an, daß sie besondere Maßregeln gegen umstürzlerische Bestrebungen treffen werde. Also ein Kommunistengesetz, bei dem sicher die Emminger-Justiz eine hervorragende Rolle spielen wird. Es wäre also falsch, die Aufhebung des Ausnahmezustandes als einfache Rückkehr zu dem Zustand zu betrachten, wie er vorher bestand. Das wird auch rechtlich nicht der Fall sein, denn inzwischen hat die Militärdiktatur eine Menge Positionen erobert, sich in ihrer Stellung befestigt. Das Parlament ist diskreditiert und ist gerade durch die Aufhebung des Ausnahmezustandes auf Initiative des Generals noch mehr diskreditiert. Außerordentlich wichtige Positionen der Arbeiterklasse sind inzwischen vom Gegner gewonnen oder geschleift worden. Die bürgerliche Demokratie hat auch nach Aufhebung des Belagerungszustandes und gerade auch durch diese Aufhebung schwere, unheilbare Wunden davongetragen. Der großkapitalistische Faschismus hat sich inzwischen dem kleinbürgerlichen Faschismus gefügig gemacht, hat das Parlament, hat die Sozialdemokratie in seine Werkzeuge und Helfershelfer verwandelt. Man muß also den jetzigen Schritt der Militärdiktatur nicht als eine Schwächung der faschistischen Diktatur betrachten, sondern im Gegenteil als den Ausdruck einer weiteren Verstärkung, einer festeren Verankerung ihrer sicheren Stellung. Die faschistische Diktatur weicht scheinbar zurück, um einen neuen Sprung nach vorwärts vorzubereiten. So scheint uns die Sachlage zu sein.

Die Partei muß die praktischen Folgerungen aus der Lage ziehen. Sie hat den Kampf gegen die Militärdiktatur bisher nicht mit der genügenden Kraft geführt. Sie muß jetzt alle Kraft zusammennehmen, um für die Partei und für die Arbeiterklasse Fuß um Fuß größere Bewegungsfreiheit zu erorbern. Sie muß sofort jeden Schritt Terrains, den sie besetzen kann, besetzen und ausbauen. Sie muß — der Lage entsprechend — legale und illegale Arbeit zu verbinden verstehen. Sie muß propagandistisch in aller Schärfe gegen die Illusion einer Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie auftreten. Sie muß schließlich zugleich mit der Erkämpfung größerer Bewegungsfreiheit den Kampf um die wirtschaftlichen Lebensinteressen der Arbeiterklasse verstärkt aufnehmen und muß diesen Kampf im engsten Zusammenhang bringen mit dem Kampf um die proletarische Diktatur. Die teilweise Legalisierung der Partei, die vielleicht eintreten wird und die im revolutionären Sinne voll ausgenützt werden muß, soll sicher auch zugleich als Falle für die Partei benutzt werden. Auch darauf muß sich die Partei in ihren einzelnen Maßnahmen praktisch einstellen.

Union der Sowjetrepubliken

Die russischen Anarcho-Kommunisten am Grabe Lenins.

** Anläßlich des Todes des Genossen Lenin hat eine Anzahl bekannter russischer Anarcho-Kommunisten eine Beileidskundgebung erlassen. Der Erstunterzeichnete, A. Karelin, ein alter Kämpfer, der lange in der Schweiz und in Paris verweilt hat, ist seit dem Tode Peter Kropotkins der von allen Richtungen der russischen Anarchistenbewegung hochgeschätzte „Alte".

Die Kundgebung lautet:

„Die unterfertigten Anarcho-Kommunisten bringen im Namen ihrer Kameraden den tiefen Schmerz zum Ausdruck, den sie angesichts des Todes des großen Revolutionärs, der ein so ungeheures Werk für die Arbeiterklasse vollbracht hat, empfinden. Wladimir Iljitsch Uljanow wollte aufrichtig das Beste für das arbeitende Volk. Die russischen Arbeiter werden ihm über Jahrhunderte hinaus liebevolles Gedenken bewahren.

Mit Ehrerbietung neigen sich die anarcho-kommunistischen Gruppen von Moskau vor dem offenen Grabe Lenins und senden dem scheidenden Genossen einen letzten Gruß. Gleich einem Stahlblock hat Lenin die großzügigen Bestrebungen der russischen Revolutionäre in sich vereinigt. Indem er die elementaren Kräfte des Volkes organisierte, hat er mit durchdringendem Blick ihre unmittelbaren und weiteren Aufgaben für das Schöpferwerk der arbeitenden Massen aufgezeigt. Er hat alles Menschenmögliche getan, um den über einen utopischen Begriff hinauswachsenden Kommunismus zu einer unerschütterlichen Tatsache der Weltgeschichte zu machen.

Lenin ist tot. Sein Sarg ist noch offen. Der Tod versöhnt die Gegner und erweckt in ihnen wieder die Erinnerung an das, was dem Verblichenen an Größem und Gutem eigen war, durch das seine Persönlichkeit eines Kämpfers gekennzeichnet wurde, der an der Erringung des Wohles des Proletariats arbeitete. Lenins Andenken als das eines unbeugsamen Vorkämpfers der Befreiung der Arbeiter bleibt bestehen. An der Macht angelangt, ist er der unermüdliche Arbeiter geblieben, der er in der Verbannung war. Im Namen der Regierung hatte er den werktätigen Massen die Aufforderung hingeschleudert, den Grund und Boden in Besitz zu nehmen.

Die über den Parteien stehende Geschichte wird sein Werk zu schätzen wissen. Unsere Pflicht uns gegenüber ist es, seiner als eines Vorkämpfers für das Wohl der Besitzlosen zu gedenken und ihm, reinen Herzens, vor seinem offenen Grabe, einen letzten Gruß nachzusenden.

A. Karelin im eigenen Namen und im Namen seiner Genossen; G. Anosow im eigenen Namen und im Namen seiner Genossen; Alexander Andrejew und A. A. Solonowitsch im eigenen Namen und im Namen ihrer Genossen N. Nikolin, J. Gregoriew, W. Iwanow-Filippow.

Brief aus Sowjetrußland.

Massenzustrom zu der Kommunistischen Partei Rußlands.

Von Frida Rubiner (Moskau).

** Laut den Ergebnissen der großen statistischen Zählung, die von der RKP. (1922) angestellt wurde, war die soziale Zusammensetzung der Mitglieder folgende: Arbeiter 44,3%, Bauern 26,8%, Angestellte 22,2%, sonstige 6,7%. Es wurde aber wiederholt darauf hingewiesen, daß der tatsächliche Pro-

zentsatz der Arbeiter ein bedeutend geringerer ist: der größte Teil der Parteimitglieder, die aus der Arbeiterschaft kommen und als „Arbeiter" registriert sind, nehmen schon längst administrative und Beamtenstellungen im Sowjetstaat ein und sind — mehr oder minder — ihrer Klasse entfremdet. Die Gefahr der Entproletarisierung der revolutionären Arbeiterpartei wurde besonders klar während der jüngst stattgefundenen Parteidiskussion erkannt, und die Schlußfolgerung, die daraus gezogen wurde, war: 1. Die Partei muß sich noch mehr wie bisher von allen klassenfremden, nichtproletarischen Elementen absperren; 2. es müssen neue Mitglieder aus den Betrieben geworben werden.

Dieser Beschluß zur Aufnahme neuer Mitglieder kommt in weitgehendem Maße dem in den Massen der Werktätigen vorhandenen Streben entgegen. Wenn die Kommunistische Partei Rußlands in den letzten Jahren numerisch nicht gewachsen, ja, nach der Parteisäuberung sogar stark zurückgegangen ist, so lag es an den hohen Anforderungen, die die Partei an ihre Mitglieder stellt. Je mehr die Sowjetmacht sich befestigt hat, je mehr das Staatsgebilde Posten und Pöstchen mit allen ihren Vorteilen und Privilegien aussonderte, um so mehr kam die Regierungspartei in die Gefahr der Versumpfung und Verbürokratisierung. Doch der alte Kampfgeist der Partei ist nicht gestorben. Sowjetrußland macht eine neue Entwicklungsperiode durch, in der alle Kräfte durch Kleinarbeit für den wirtschaftlichen Wiederaufbau absorbiert werden. Mit dem Wiederaufbau der Wirtschaft wächst aber auch die neue Bourgeoisie, jenes Geschlecht, das man hierzulande „Nepleute" nennt. Der bevorstehende Kampf, der Kampf auch gegen die neue Bourgeoisie kann nur, unter Leitung der Kommunistischen Partei, vom Proletariat selbst geführt werden, und dazu ist in erster Linie notwendig, die Partei mehr zu proletarisieren.

Das sind die Motive, die die RKP. zu der jetzt stattfindenden Werbekampagne veranlaßten. In der Resolution, die am 31. Januar vom Plenum des Zentralkomitees diesbezüglich angenommen wurde, heißt es unter anderem:

„Die Parteikonferenz hat den zunehmenden Hang zur Partei Rechnung getragen und den Beschluß gefaßt, 100.000 Industriearbeiter aus den Betrieben der Partei zuzuführen. Nach dem Tode Lenins hat dieser Hang ein außergewöhnlich großes Ausmaß erlangt. Dies stellte die Partei vor die Aufgabe, eine weitgehende Werbekampagne in der Dauer von drei Monaten durchzuführen ..."

Die Kampagne, die am 1. Mai zum Abschlusse gelangen soll, hat ursprünglich 100.000 neue Mitglieder ins Auge gefaßt, aber die vorliegenden Neuanmeldungen zeigen, daß diese Zahl weit überschritten werden wird. Bis zum 12. Februar lagen in Moskau allein 18.527, in der Provinz 60.692 Neuanmeldungen vor. Man rechnete ursprünglich mit folgendem Zuwachs: Moskauer Organisation 25.000, Leninburg (Petersburg) 20.000, Donetzbecken und Ural je 15.000, Nischnijnowgorod und Baku je 7000, Gouvernement Charkow 5000, Gouvernement Tula und Iwonowo-Wosnessensk je 4000 usw. An allen Orten übersteigen die Neuanmeldungen jedoch die Erwartungen.

Man muß die Psychologie des russischen Arbeiters, des russischen Bauern kennen, um den Zusammenhang zwischen Lenins Tod und den Zustrom zur Partei zu verstehen. Charakteristisch ist, als eine unter den vielen, die Resolution, die von den Arbeitern der Moskauer Flugzeugfabrik Dux angenommen wurde. Da heißt es:

„In Anbetracht dessen, daß aus der Kommunistischen Partei, der Arbeiter, der beste Mann, der tatkräftigste und beste Führer der RKP. und das beste Mitglied, Wladimir Iljitsch (Lenin) ausgeschieden ist, haben wir, eine Gruppe Arbeiter des Betriebes Dux der Holzbearbeitungsabteilung, beschlossen, in diesem schweren Moment in die Kommunistische Partei einzutreten und kollektiv die Arbeit zu Ende zu führen, die uns Lenin als Vermächtnis zurückgelassen hat."

Das heißt so viel wie: da der Führer fehlt, so müssen wir ihn mit vereinten Kräften durch die Masse ersetzen.

Noch unmittelbarer, naiver drückt sich die Manifestation zu Lenins Tod in der Bauernschaft aus. Bekanntlich gehört die Propaganda der besseren Feldbestellung, die Dreifelderwirtschaft, zu den wichtigsten Kulturaufgaben auf dem flachen Lande. Jetzt heißt es vielerorts unter den Bauern: Da Lenin tot ist, so müssen wir zur Dreifelderwirtschaft übergehen! Kollektivwirtschaft an Stelle der bewährten Führung!

Die Neuanmeldungen der Partei werden in den Betrieben größtenteils kollektiv eingereicht, aber die Aufnahme geschieht individuell, nach genauer Prüfung jedes Einzelfalles laut den Aufnahmebedingungen des Parteistatuts. Auch jetzt werden nicht alle, die sich anmelden, aufgenommen, und die Aufgenommenen werden zuerst eine regelrechte Schule durchmachen, bevor sie zu den vollwertigen Mitgliedern der RKP. gezählt werden. Die Parteiorganisationen entfalten eine intensive Tätigkeit, um diese großen Massen der Parteikandidaten durch Vorbereitungskurse, Zirkel, Vorträge über die Geschichte der revolutionären Bewegung, über die Grundbegriffe des Leninismus usw. hindurchgehen zu lassen. Genossin Krupskaja (Witwe Lenins) hat in einem Artikel in der „Prawda" die Forderung ausgesprochen, daß zu den neueintretenden Parteimitgliedern die alten Mitglieder abkommandiert werden, um sie fortzubilden und weiterzuführen. Man sage nicht, schreibt Genossin Krupskaja, daß diese alten Bolschewiki viel zu tun, wichtigeres zu tun hätten. Vor 20 Jahren hat Lenin in seiner Arbeit „Was tun?" die Forderung aufgestellt, daß jedes Parteimitglied aktiv sei, und dank dieser Forderung hat die Partei gesiegt.

Die Kommunistische Partei Rußlands ist die alte Partei Lenins geblieben. Mit dem neuen Massenzustrom zu der Partei beginnt eine neue Phase auf dem erprobten alten Wege.

Wirtschaft

Wirtschaftliches aus Ungarn.

Von J. Révai (Wien).

** Das wirtschaftliche Programm der besitzenden Klassen Ungarns bestand seit einem halben Jahre bloß in der Erwartung der Auslandanleihe. In dieser Frage waren sie alle derselben Meinung. Freilich verstand das Industriekapital unter der „Sanierung", die mit der Auslandanleihe eintreten sollte, etwas anderes als das Finanzkapital oder die Großagrarier, aber diese Differenzen traten zurück, solange von der Auslandanleihe als bloß von einem Mittel die Rede war, die Staatsfinanzen auf Kosten der breiten Massen in Ordnung zu bringen und das wirtschaftliche Defizit auf dem Wege der Konsolidierung zu decken. Als aber die Auslandanleihe konkretere Formen annahm, und als es sich herausstellte, daß die Anleihe infolge gewisser wirtschaftpolitischer Bedingungen (Abbau der Industriezölle und Einfuhrverbote usw.) geeignet ist, eine tiefgehende Umwälzung in der wirtschaftlichen Struktur des Landes zu verursachen und die wirtschaftliche Basis gewisser Schichten der besitzenden Klassen zu schwächen, da begann die Ernüchterung. Dazu kam noch, daß das Schicksal der Anleihe bis heute ganz unbestimmt ist. Die Verhandlungen der Völkerbundkommission in London und Paris waren Mitte Dezember beendet, alle wesentlichen Schwierigkeiten waren angeblich aus dem Wege geräumt, die Zustimmung der Reparationskommission sollte anfangs Januar erfolgen, im Februar sollte schon die Ernennung des Finanzkontrolleurs und die Ausarbeitung der Budgetreform folgen. Von alledem ist aber nichts geschehen. Diese Verzögerung, über die man in Ungarn nicht weiß, ob sie auf den Umfall der Macdonald-Regierung oder auf wirtschaftliche Differenzen zwischen der großen und kleinen Entente zurückzuführen ist, löste in Ungarn eine Panikstimmung aus. Diese Panik ist eine der Ursachen des Sturzes der ungarischen Krone, der in den letzten Tagen erfolgte.

Die Devisenpolitik der Regierung — die Einforderung der Exportvaluten und die Kontingentierung des Importvalutenbedarfes — führte zu der Herausbildung eines doppelten Kronenkurses, der sogenannten Inland- und Auslandkrone. Die Auslandkrone wurde durch finanztechnische Maßnahmen beim Kurse 0·03 in Zürich stabilisiert, der Wert der Inlandkrone betrug in Wien bloß 60% des Kurses der Auslandkrone. Das innere Preisniveau richtete sich selbstverständlich nach dem Kurse der Inlandkrone. Dieser Zustand war unhaltbar, weil die amtlichen Devisenkurse der ungarischen Devisenzentrale von einem fiktiven Wert der ungarischen Krone ausgingen, wobei die Verrechnung der geforderten Exportvaluten zu den niedrigen amtlichen Kursen geschah. Das führte zu der Drosselung sowohl des Exports wie auch des Imports. Diese Devisenpolitik der Regierung verschärfte die Industriekrise, die ja ohnehin schon herannahte, da die Preise das Weltmarktniveau schon erreicht oder sogar überschritten hatten. Die Arbeitslosigkeit wuchs, die Betriebsstillegungen nahmen immer größeren Umfang an. Die Zahl der von den Gewerkschaften unterstützten, organisierten Arbeitslosen betrug im November 1923 15.409, im Dezember 16.449 (9,1% der Gesamtmitgliederzahl der Gewerkschaften). Ende Januar 1924 betrug die Arbeitslosenzahl schon 17.643 (10,3%). Das ist aber nur die Zahl der organisierten Arbeitslosen (die ungarischen Gewerkschaften umfassen nur eine Minderheit des

Proletariats). Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen wurde Ende Januar auf 56.000 geschätzt.

Dem „Rat" der Finanzkommission des Völkerbundes, die ungarische Krone auf dem Niveau der „Inlandkrone" zu stabilisieren (also statt 0,03 auf 0,018), wurde daher von allen besitzenden Schichten in Ungarn zugestimmt. Der „Ausgleich" der beiden Kurse sollte, vom 5. Januar angefangen, allmählich durchgeführt werden. Tatsächlich wurde der Züricher Kurs auf 0,02 gesenkt. Aber ein „Ausgleich" kam nicht zustande. Anfangs mag es bloß eine Kontermine gewesen sein, die durch Schmuggel von großen Summen Inlandkronen nach Wien, Prag usw. den neuerlichen Sturz der ungarischen Krone verursachte. Die Regierung wollte der Wirkung dieser Kontermine durch polizeiliche Maßregeln entgegenarbeiten. Aber die Verzögerung der Auslandanleihe, die Aussichten auf die drückenden Bedingungen, die Möglichkeit ihrer gänzlichen Scheiterung, die Zunahme des staatsfinanziellen Defizits und der Notenausgabe — alle diese Umstände führten zu einer Panik, die von der Kontermine bloß ausgenützt und verschärft wurde. Die Krone sank unaufhaltsam trotz des fiktiv-stabilen Kurses in Zürich, und die Spannung zwischen Inland- und Auslandkrone wurde nicht nur nicht aufgehoben, sondern wurde noch vergrößert. Gegenwärtig steht die Krone in Wien auf 0,80 bis 0,90 und sinkt unaufhaltsam weiter, wobei die Auslandkrone auf 2,40 steht. Die ungarische Devisenzentrale hat bis zu den letzten Tagen die Scheinkurse aufrechterhalten: ein Dollar wurde amtlich in Budapest bis Mitte Februar unverändert mit 34.000 bewertet, als der wirkliche Dollarkurs schon 70.000 bis 80.000 erreicht hatte. Noch in den allerletzten Tagen, als es schon klar war, daß dem Kronensturz durch finanztechnische Manöver nicht zu begegnen ist, bestand die einzige Maßnahme der Regierung in der Erhöhung des Zuschlaggeldes zu den offiziellen Kursen auf 52%. Das bedeutet einen Dollarkurs von 53.000, während der wirkliche Kurs schon 100.000 überschritten hat!

Der Währungssturz, der bisher in allen Fällen eine — wenn auch scheinbare — industrielle Hochkonjunktur bedeutet hat, drohte in Ungarn infolge besonderer Umstände zu der völligen Lahmlegung der Wirtschaft zu führen. Diese Umstände (Spannung zwischen Inland- und Auslandkrone, Deflationspolitik, relative Armut der Besitzenden an Auslandvaluten) bringen es mit sich, daß gleichzeitig mit dem Kronensturz alle Schichten der Bourgeoisie stürmisch die Beseitigung der Devisenbewirtschaftung und eine energische Inflationspolitik fordern. Die ungarische Bourgeosie fürchtet, daß die Segnungen des Kronensturzes infolge der staatlichen Devisenpolitik zum größten Teil nicht ihr, sondern der internationalen Börsenspekulation zugute kommen werden. Deshalb fordert sie die Freiheit des Devisenhandels und bei erhöhter Inflation die Herabsetzung des Zinsfußes der Kredite des Noteninstituts. Die Einmütigkeit in der Auffassung über die Notwendigkeit der Auslandanleihe schlug um in die Einmütigkeit der Forderung des Rücktritts des Finanzministers Kállay, des Vertreters der Politik der Auslandanleihe und der Deflation. Und die Regierung mußte nachgeben. Zunächst wurden der Industrie erhöhte Noteninstitut-Kredite bei gleichzeitiger Herabsetzung des Zinsfußes von 18% auf 14% zugebilligt und das den Anleihebedingungen zuwiderlaufende Versprechen abgegeben, das bisherige System der industriellen Ausfuhrverbote beizubehalten und den Schutzzoll der Industrie noch weiter auszubauen. Es handelt sich hier um eine Erpressung, denn die Industriellen erklärten, daß sie nur unter solchen Bedingungen bereit sind, von der vollständigen Stillegung ihrer Betriebe abzusehen. Ob die Bestrebungen der Bourgeoisie, den Kronensturz zur neuerlichen spekulativen Belebung der Produktion auszunützen, erfolgreich sein werden, oder ob nicht gerade im Gegenteil, infolge des panikartigen Kronensturzes, das innere Preisniveau sich ebenso panikartig nach dem jeweiligen Dollarkurs richten wird und dadurch die Voraussetzung einer Inflationskonjunktur (die Spannung zwischen Inland- und Weltmarktpreisen) von vornherein zerstört werden wird, ist noch nicht abzusehen. Jedenfalls spricht das Tempo der Teuerung der letzten Wochen eher für die zweite Möglichkeit. Folgende Zahlen sollen dies veranschaulichen: Vom 1. bis zum 16. Januar betrug der Teuerungsindex (laut Berechnungen der ungarischen Gewerkschaftskommission) 11,18%, vom 26. bis 31., also in fünf Tagen, fast ebensoviel: 10,81%, im ganzen Monat 21·99%. Vom 1. bis zum 17. Februar wuchs die Teuerung um 27% (vom 10. bis 17. allein um 21%). Vom 1. Januar bis zum 10. Februar stiegen die Preise der Kartoffeln um 108%, Mehl um 63,8%, Milch um 60%, Fett um 50%, Brot um 41%, die Kosten der Lebenshaltung insgesamt um 53,6%. Die Krone sank in derselben Zeit ungefähr ebenfalls um 50%. Aber die Preise haben schon Ende 1923 das Vorkriegsniveau weit überschritten:

(In Goldkronen)

	1914	31./12. 1923
Fett	1,52	2,78
Rindfleisch	2,00	3,06
Speck	1,60	2,96

Am 1. Januar war das Verhältnis zwischen Goldkrone und Papierkrone 1 : 6000. Dagegen betrug die Preissteigerung seit 1914 bei Mehl das 6511fache, bei Rindfleisch das 8600fache, bei Schmalz das 14.802fache, bei Schuhen das 8000fache, beim Arbeitslohn im Durchschnitt bloß das 3915fache. (Bei diesem „Durchschnitt" des Arbeitslohnes ist aber zu bemerken, daß die ungarische Gewerkschaftskommission bei ihrer Lohndurchschnitt-Berechnung bloß die Löhne der organisierten, qualifizierten Arbeiter, also einer Minderheit, in Betracht zieht. Die Löhne der großen Masse der ungarischen Arbeiter stehen weit unter diesem „Durchschnitt".) Auf Grund der inneren Kaufkraft betrug der durchschnittliche Wochenlohn am 1. Januar gleich 21,17 Friedenskronen. Seitdem sank er unaufhaltsam:

am 20. Januar 20,24 Friedenskronen,
am 26. Januar 18,48 Friedenskronen,
am 31. Januar 18,23 Friedenskronen,
am 10. Februar 18,17 Friedenskronen,
am 14. Februar 15,52 Friedenskronen,
am 17. Februar 16,49 Friedenskronen.

Das Eigentümliche an der heutigen Wirtschaftslage Ungarns ist, daß ein Teil der Bourgeoisie, gerade als die Auslandanleihe knapp vor der Türe stand, sich beeilt, das relativ Versäumte der Inflationsprofitmacherei, der Bereicherung auf Kosten des Staates, das heißt der Volksmassen, schleunigst nachzuholen. Dieser Teil bekämpft die Valorisierungsbestrebungen der Regierung. Ob das als ein versteckter Widerstand gegen die sowohl finanziell wie auch wirtschaftspolitisch äußerst schweren Bedingungen der Anleihe aufzufassen ist oder aber eher als zwangsläufige Folge bestimmter wirtschaftlicher oder politischer Verwicklungen, die in der Anleihefrage einzutreten scheinen, ist vorläufig nicht zu entscheiden. Eine allgemeine Ernüchterung in bezug auf die Anleihe ist jedenfalls eingetreten. Die Vorbedingungen der Auslandanleihe — die Aufnahme einer inneren Anleihe und die Errichtung einer Notenbank — sind von ihrer Verwirklichung weiter entfernt als je zuvor. Es werden Stimmen laut, die den Wert der ganzen Anleihe überhaupt bezweifeln. Man rechnet aus, daß der Auslandkredit in Höhe von 250 Millionen Goldkronen während der zweieinhalbjährigen Sanierungsdauer zum Ausgleich des Defizits gar nicht ausreicht, da das monatliche Defizit des Staatshaushaltes 30 bis 40 Millionen Goldkronen beträgt. Laut Berechnungen der Regierung beträgt das Defizit bloß 15 Millionen Goldkronen. Der innerpolitische Kampf dreht sich hauptsächlich um die Frage des Abbaues der Industrie, der in den „Empfehlungen" der Völkerbundkommission bestimmt wird. Die Agrarier, die für die Anleihe früher viel weniger schwärmten als das Finanz- und Industriekapital, sind mit dieser Bedingung einverstanden, während die Industriellen, früher die eifrigsten Befürworter der Anleihe, plötzlich schwere Bedenken bekommen haben. Außer dieser innerpolitischen Unsicherheit muß man noch die außenpolitische Isolierung Ungarns in Betracht ziehen, um die Kopflosigkeit und völlige Ratlosigkeit der herrschenden Kreise zu begreifen. Am besten drückte der Finanzminister Kállay diese Kopflosigkeit aus, indem er auf Fragen, was die Regierung gegenüber dem Kronensturz zu tun gedenke, antwortete: „Die Regierung kann da nichts machen. Sie kann dem Publikum die Stabilisierung der Krone nicht suggerieren. Das Publikum ist an allem schuld, da es die Kronen von sich wegschleudert." Das ist eine in ihrer aufrichtigen Hilflosigkeit charakteristische Antwort.

Arbeiterbewegung

Resolution des EK. der Komintern zur Arbeit der KPD. in der Gewerkschaftsbewegung.

Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

** Die Kommunistische Partei Deutschlands, die sich die Befreiung der proletarischen Massen vom Einfluß des Reformismus zur unmittelbaren Aufgabe stellt, kämpft wie bisher mit aller

Entschlossenheit gegen die Losung: „Austritt aus den Gewerkschaften".

Die Kommunisten, die überall bleiben und arbeiten, wo proletarische Massen sich befinden, errichten und festigen jetzt mit noch größerer Energie und, zufolge der Zersetzung in den Reihen der Sozialdemokratie, wahrscheinlich mit größerem Erfolge in den Gewerkschaften ihre kommunistischen Fraktionen, die den Mittelpunkt der breiten Bewegung der revolutionären Gewerkschaftsorganisation bilden.

Im gegenwärtigen Augenblick, in dem die Partei sich in der Illegalität befindet und genötigt ist, nach der Ausnützung jeder legalen Möglichkeit zu streben, ist das besonders wichtig.

Die Kommunisten sind wie bisher gegen die Spaltung der Gewerkschaften und führen den Kampf gegen die Spaltungspolitik der Sozialdemokraten auch dann, wenn sie von diesen aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden. In der Periode der Kapitalsoffensive und des Anwachsens der Reaktion ist die Wahrung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung besonders wichtig.

Zur Organisation der Ausgeschlossenen und anderer.

Die aus den Gewerkschaften Ausgeschlossenen sowie die nichtorganisierten Schichten der Arbeiterklasse, die den Gewerkschaften nicht angehören, müssen von den Kommunisten je nach den konkreten Verhältnissen jeder einzelnen Gewerkschaft zusammengefaßt werden. Dabei ist es erforderlich, daß die Kommunisten verstehen, verschiedenartige und mannigfache Methoden (Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Arbeitslosenausschüsse, Parallelgewerkschaften der ausgeschlossenen Union, allgemeine Arbeiterausschüsse usw.) anzuwenden, ohne sich durch irgendeine der Methoden und Oppositionsformen endgültig die Hände binden zu lassen. Der gemeinsame Arbeitsausschuß der Verbände der Ausgeschlossenen und der Union wird mit dem Reichsausschuß der Betriebsräte zu gemeinsamer Arbeit verbunden. Die Partei muß bei der gegebenen Lage besonders sorgfältig, energisch und planmäßig die Arbeit unter den unorganisierten und parteilosen Massen betreiben, um die von den Unternehmern und der Gewerkschaftsbürokratie gewollte Zerreißung der Arbeiterklasse zu verhindern.

Die Einheitsfront von unten.

Unter Ablehnung von Verhandlungen sowohl mit den führenden Spitzen der reformistischen Gewerkschaftsbewegung wie auch mit den Führern der Sozialdemokratie, die faktisch Verbündete der Bourgeoisie und des Faschismus sind, müssen es die Kommunisten verstehen, in den Gewerkschaften die Einheitsfront von unten durchzuführen, mittels des Zusammenschlusses der breiten Massen des Proletariats, das in den Gewerkschaften organisiert oder auch noch nicht organisiert ist. Das geschieht auf dem Boden des Alltagskampfes und auch durch das Hinzuziehen in den Kampf derjenigen Schichten der Arbeiterklasse, die mit der Sozialdemokratie noch nicht gebrochen haben. Im Zusammenhang damit steht es durchaus nicht im Widerspruch zu der Taktik der Einheitsfront von unten, wenn im Interesse des Kampfes Verhandlungen und Vereinbarungen stattfinden zwischen den Kommunisten und den lokalen Massenorganisationen der Gewerkschaften (Ortsgruppen, Kartelle usw.). Solche Verhandlungen und Vereinbarungen sind im Gegenteil eine wichtige Waffe gegen die Gewerkschaftsbürokratie und die Reformisten.

In jenen Fällen, in denen die Kommunisten in den Mitgliedschaften und Betrieben gemeinschaftlich mit sozialdemokratischen Arbeitern auftreten, muß es die Aufgabe der Kommunisten sein, ihre praktische Tätigkeit mit der starken, scharfen Betonung ihrer prinzipiellen Stellung zu verbinden sowie eine schonungslose Kritik zu üben an den Fehlern, der Unentschlossenheit, der Halbheit und der Inkonsequenz in den Forderungen der Sozialdemokratie.

Die Kommunistische Partei muß dabei den Arbeitern offen und klar dieses auseinandersetzen:

1. Daß die Krise, die die Gewerkschaften durchmachen, der Geschichte der reformistischen Gewerkschaftsverbände, ihrer Taktik und Politik des Burgfriedens durchaus entspringt.

2. Daß aus der gegebenen schweren ökonomischen Lage die Arbeiterklasse nicht gerettet werden kann durch die gewöhnlichen Maßnahmen gewerkschaftlichen Kampfes, sondern lediglich durch den Sturz der Kapitalistenmacht, durch die Diktatur des Proletariats.

Die Kommunistische Partei darf im Kampf gegen die Reformisten eine Ausnützung irgendwelcher Arbeitermassenorganisationen, besonders antireformistischer, nicht ablehnen. Unter diesem Gesichtswinkel ist die Bedeutung der Weimarer Konferenz zu betrachten. Dank einem bestimmten Aktionsprogramm gegen die Gewerkschaftsbürokratie ist es ihr gelungen, nicht unbedeutende Schichten antireformistischer Elemente zusammenzuschließen, wie das auch in den Verbänden der Ausgeschlossenen, der Union und anderen der Fall war.

Zur Losung „Rettet die Gewerkschaften".

Die Losung „Rettet die Gewerkschaften", wie sie bis jetzt oft ausgelegt wurde, ist unrichtig. Die Gewerkschaften können auf dem alten Weg nicht gerettet werden. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es einer gründlichen Revolutionierung der Gewerkschaften durch die Betriebsräte, einer Umwandlung, deren Zweck die Schaffung der Industrieorganisation und die Ablösung des Reformismus durch den revolutionären Inhalt ihrer Tätigkeit ist.

Die Rolle der Betriebsräte.

Die Hauptaufgabe ist infolgedessen die Konzentration aller Kräfte der Kommunisten auf die Arbeit in den Betrieben und den Betriebsräten zu dem Zwecke, die Betriebsräte zu Ausgangs- und Stützpunkten zu machen, der gesamten Arbeit der Partei in den Massen und gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer.

Den Betriebsräten fällt weiter die wichtige Aufgabe zu, in den sich häufenden elementaren Kämpfen die organisierten Gewerkschaftsmassen mit den nichtorganisierten Massen zu verbinden.

Im Zusammenhang damit müssen die Betriebsräte nach Industriegruppen lokal, bezirksweise und im allgemeinen organisatorisch untereinander verbunden sein, als der Voraussetzung und Basis für die künftige Produktionsorganisation.

Dabei ist im gegebenen Augenblick die Unterstellung der Betriebsräte unter die reformistischen Gewerkschaften in der einen oder anderen Form als schädlich zu bekämpfen.

Zum ökonomischen Kampf.

Die aus der gegebenen Lage (der ungünstigen ökonomischen Konjunktur, dem Produktionsabbau, dem Bankrott der reformistischen Gewerkschaften usw.) mit Naturnotwendigkeit entstehende Dezentralisation, der elementare Ausbruch von Streiks der Arbeiter (gegen den Willen der Gewerkschaftsverbände und ohne die finanzielle Unterstützung ihrerseits) stellt die Kommunisten vor die Aufgabe, diese Streiks zu führen.

Jede konkrete Frage des wirtschaftlichen Kampfes und der Gewerkschaftstaktik müssen die Kommunisten verbinden mit dem Hinweis auf die allgemein historischen Aufgaben der Arbeiterklasse, mit dem Nachweis, daß der Kampf für die Diktatur des Proletariats eine Notwendigkeit ist.

Die Kommunisten müssen den lebhaftesten Anteil an der Organisation der Streikleitungen und der Aktionsausschüsse nehmen und sie mit den Betriebsräten verbinden.

Dabei darf aber die gesamte Schwere des ökonomischen Kampfes nicht ausschließlich auf die Schultern der Betriebsräte abgewälzt werden. Es muß in Betracht gezogen werden, daß die Betriebsräte die Grundlage der allgemeinen Umgruppierung der Kräfte des Proletariats in seinem Kampfe sind.

Die Betriebsräte müssen die Gewerkschaften anklagen, daß sie für die fortschreitende Verelendung der Arbeiterschaft verantwortlich sind.

Zur allgemeinen Taktik in den Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftstaktik und die Losungen in den Gewerkschaften werden von den Kommunisten lediglich bestimmt auf der Grundlage der allgemeinen und konkreten Einschätzung der Aufgaben, die vor der Arbeiterklasse und der Partei stehen, sowie der am Kampf beteiligten Kräfte.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Der Achtstundentag und die Internationale der Ausbeuter.

Von Z. Leder.

** Als die internationale Bourgeoisie im Jahre 1921 die Offensive gegen den Achtstundentag in die Wege geleitet hatte, war das Internationale Arbeitsamt des Völkerbundes, das das in den Versailler Friedensvertrag eingeschriebene „Prinzip" des Achtstundentages behüten sollte, bereit, den Wünschen des Unternehmertums entgegenzukommen. Als die englische Regierung sich weigerte, das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag zu ratifizieren und seine Revision forderte, war

der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, der „Sozialist" Albert Thomas, bereit, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. Auf der dritten Arbeitskonferenz äußerte er klar, daß man mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Zeit rechnen müsse. Die Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens blieb in der Schwebe und bleibt noch bis zum heutigen Tage für die wichtigsten industriellen Staaten ungelöst.

Ende 1923 hat das Stinnes-Kapital die Frage in Deutschland **nach seinen Bedürfnissen gelöst.** Durch die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember ist der Achtstundentag faktisch aufgehoben, wenn auch der „Grundsatz des Achtstundentages" beibehalten wurde. An dieser Wendung der Sache hat selbstverständlich auch die französische Schwerindustrie ihr gerüttelt Maß an Schuld. Aber Herr Albert Thomas fühlte sich durch die Beseitigung des Achtstundentages in Deutschland beunruhigt und ist nach Berlin gekommen, um sich genau von dem Stand der Dinge zu unterrichten. Wie sein Brudeorgan, der „Vorwärts", meint, sei er bei dieser Gelegenheit „versehentlich" einem Mitarbeiter des Stinnes-Organs, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", in die Arme gelaufen; jedenfalls hat er sich von diesem ausfragen lassen. Wir vermuten, daß Herr Thomas ebenso „versehentlich" dem Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" in die Arme gelaufen ist, wie der ehemalige Sozialdemokrat Professor Dr. Paul Lensch „versehentlich" Chefredakteur des Stinnes-Organs geworden ist. Aber wichtiger ist der Inhalt der Unterredung zwischen dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes und dem Vertreter des Stinnes-Organs. Herr Albert Thomas erklärte, daß er sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einmischen wolle. Es sei nicht seines Amtes, darüber ein öffentliches Urteil abzugeben. Er wolle auch nicht einmal prüfen, wie weit für Deutschland eine Notwendigkeit der Verlängerung des Arbeitstages vorliegt, damit es seine Reparationsverpflichtungen leisten kann. Er sei nur über die **Schnelligkeit und Heftigkeit,** mit der man an die Neuregelung herangegangen ist, recht überrascht.

Wenn es Herrn Albert Thomas nur auf das Tempo ankäme, in dem man in Deutschland den Achtstundentag durchlöchert, so würde damit schon klar sein, daß sich der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes im Grunde genommen den Teufel um den Achtstundentag der deutschen Arbeiter schert. Daher fügte Herr Thomas noch eine unverbindliche Phrase hinzu:

> „Ich glaube, mich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß eine angestrengte internationale Verhandlung die Einführung einer Regelung zeitigen könnte, die, wie es wünschenswert ist, eine gewisse Gleichmäßigkeit in den Bedingungen bei allen Industrien herstellen würde, und die die Lasten der internationalen Politik nicht ausschließlich auf die Arbeiter aller Länder wälzen würde." (Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 34 vom 21. Januar.)

Es ist schwer, aus dieser aalglatten diplomatischen Erklärung die geringste positive Stellungnahme für den Achtstundentag herauszulesen. Das verhinderte das Stinnes-Organ nicht, Thomas zu belehren, daß „selbst Lloyd George" anerkannt habe, die Durchführung der französischen Friedensbedingugen sei „nur durch die Vermehrung der Arbeitsstunden und Verminderung der Löhne" möglich, und Thomas zu verdächtigen, daß seine Stellungnahme als Franzose nur darauf hinziele, Poincaré einen neuen Vorwand zu bieten, im Ruhrgebiet zu bleiben, beziehungsweise unter dem Titel von Sanktionen neue Besetzungen deutschen Bodens vorzunehmen.

Diese „kleinen Mißverständnisse" im Kreise der internationalen Großbourgeoisie und ihrer Lakaien aus den Reihen der „Sozialisten" und reformistischen Gewerkschaftsbürokraten konnten nicht verhindern, daß sie sich im entscheidenden Moment **wieder alle in Einigkeit zusammenfanden.** Wir haben schon oben gesehen, daß sich das **Stinnes-Organ** in der Frage der Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland auf **Lloyd George** berufen konnte. Ein noch rührenderes Zusammentreffen aller „Erbfeinde" aus der internationalen Bourgeoisie ergab sich in der bald daraufhin abgehaltenen **Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes** (am 29. Januar). Der Vertreter der französischen Schwerindustrie, der Generalsekretär des berüchtigten Hüttenkomitees (Comité des Forges), **Pinot,** erklärte zu der Frage der Ratifizierung des Achtstundentagübereinkommens, daß Deutschland durch Verlängerung der Arbeitszeit einen ernsthaften Versuch mache, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Er wolle **Deutschland nicht hindern, diesen Weg zu beschreiten** und sei der Ansicht, daß auch das Internationale Arbeitsamt **keinen Anlaß habe, Deutschland zu bestimmen, an dem Achtstundentag festzuhalten** und durch die Lösung der Reparationsfrage **aufs neue hinauszuschieben.** Der Vertreter der deutschen Regierung und der deutsche Unternehmervertreter fanden sich merkwürdigerweise in **einer Front mit dem Vertreter der französischen Schwerindustrie.** Sie führten aus, daß Deutschland **keine andere Möglichkeit** habe, sich wirtschaftlich wieder aufzurichten und Reparationen zu leisten als **durch Mehrarbeit.**

Die einheitliche Front der internationalen Bourgeoisie ist also hergestellt! Lloyd George, die englische, die französische und die deutsche Schwerindustrie sind sich einig, daß die Schäden, die in Belgien und in Frankreich auf Geheiß der deutschen Schwerindustrie angerichtet worden waren, wieder gutgemacht werden müssen. Die Lasten der Wiedergutmachung **sollen die Arbeiter tragen!** Der Achtstundentag, der als „Symbol der neuen Zeit" in das Versailler Schanddokument eingeschrieben worden war, **soll zum Teufel gehen,** weil er die Bourgeoisie an der Herauspressung der notwendigen Mehrarbeit aus dem Proletariat hindert!

Wir haben gesagt: die Arbeiter, das Proletariat. In Wirklichkeit soll die **internatianale** Arbeiterschaft, das **internationale** Proletariat — nicht nur das deutsche — die Reparationslasten tragen und die Wiedergutmachungen bezahlen. Die Stellungnahme des Internationalen Arbeitsamtes, wie die Entwicklung der Dinge in Belgien, Frankreich, in der Schweiz, in Polen, lassen keinen Zweifel darüber, daß die internationale Bourgeoisie dabei ist, den Achtstundentag **überall abzuschaffen** und das Proletariat in **allen Ländern** zur Mehrarbeit zu ihren Gunsten zu zwingen.

Und das Internationale Arbeitsamt? Und Großbritannien, wo jetzt die Arbeiterpartei am Staatsruder steht?

Das **Internationale Arbeitsamt** hat einen Vermittlungsantrag des Vertreters der Mussolini-Regierung, die in bezug auf die Abschaffung des Achtstundentages sogar der Seeckt-Regierung voranging, angenommen, in dem **ohne besondere Erwähnung des Achtstundentag-Übereinkommens** der Verwaltungsrat aufgefordert wird, die Ratifizierung aller internationalen Abkommen anzustreben. Es ist klar, daß dieser Antrag für **das Washingtoner Übereinkomen, für den im Versailler Friedensvertrag stehenden Achtstundentag, das Begräbnis erster Klasse bedeutet.**

Nicht weniger interessant ist die Stellungnahme des Vertreters der englischen Regierung im Internationalen Arbeitsamt. Als solcher fungierte zum ersten **Male** die bekannte englische Gewerkschaftsführerin, gleichzeitig eine Führerin der **Labour Party,** Margarete **Bondfield.** Sie teilte mit, daß die neue englische Regierung in der Frage des Achtstundentages „eine andere Politik als die frühere Regierung einschlagen werde" (wir erinnern daran, daß die frühere Regierung die Revision des Washingtoner Übereinkommens forderte). Welche Stellung die neue „Arbeiter"-Regierung zu der Frage einnimmt, verheimlichte aber Margarete Bondfield der Welt. Sie offenbarte nur, daß sich die englische Regierung mit dem Reparationsproblem als „einem dringlichen Problem" „ernstlich beschäftige".

Nun bleibt für den Achtstundentag noch eine letzte Reserve — der **Internationale Gewerkschaftsbund,** alias die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, mit — neben Jouhoux und Leipart — Jimmi Thomas, dem englischen Kriegsminister, an der Spitze. In ihrer Sitzung vom 11. bis 12. Januar hat die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale erklärt, daß die Arbeiterklasse der Offensive der Unternehmer gegen den Achtstundentag „mit **der Offensive zugunsten des Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechtes** begegnen solle". Aus gewissen Quellen verlautet — wir konnten die Richtigkeit der Meldung noch nicht nachprüfen — daß die Offensive schon begonnen hat. Wir sehen jedenfalls ein Anzeichen, das für die Richtigkeit der Meldung spricht, und zwar, daß die Herren Leipart, Jouhaux usw. nach wie vor in der internationalen Arbeitsgemeinschaft mit den Vertretern der Schwerindustrie Pinot, Vogel usw. in gutem Frieden darüber beraten, wie man das internationale Proletariat weiter am Gängelband führen kann. Es scheint sogar, daß die angekündigte unsichtbare Offensive der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale schon gewisse Erfolge gezeitigt hat, denn in derselben Sitzung wurden dem „Feinde" schon zarte Friedensvorschläge gemacht, indem er aufgefordert wurde, den Beweis für seine Aufrichtigkeit zu liefern, und den Hand- und Kopfarbeitern Anteil an der Leitung und Kontrolle der Betriebe von sich selbst und zwanglos zuzugestehen.

Für diese „Führer" und „Kämpfer" im „Generalstab" ihrer Internationale **müssen sich diejenigen Arbeiter verantwortlich fühlen, die solche Verräter und Betrüger an ihrer Spitze als Führer dulden.** Gegen die Internationale der Ausbeuter müssen sie sich um die Internationale des Klassenkampfes und der Befreiung sammeln, um die Kommunistische und die Rote Gewerkschaftsinternationale.

———

Der Streik der Bankbeamten in Österreich.

Von P. L. (Wien).

** In Österreich streiken 25.000 Bankangestellte. Die Streikenden sind begeistert und entschlossen, nicht nachzugeben. Sie organisieren einen musterhaften Streikpostendienst, organisieren die Ausspeisung von mehreren tausenden Angestellten, veranstalten Massenversammlungen und Massenaufmärsche, sie bestimmen die Stimmung der Millionenstadt, ihre Begeisterung und Entschlossenheit zwingt die Oberbeamten — Prokuristen und Oberprokuristen — mitzutun. In ihren Versammlungen wird erklärt, daß sie ihren Kampf nicht als bloßen Lohnkampf der eigenen Berufsgruppe betrachten, sondern als einen Kampf im Interesse der gesamten Arbeiterklasse Österreichs. Es ist symptomatisch, daß die Bankbeamten, die ja unter den übrigen Angestelltenkategorien relativ am besten gestellt sind und vor kurzem von einem Klassenkampf an der Seite des Proletariats unter allen Angestellten am wenigsten wissen wollten, einen derartigen gewaltigen Streik führen, daß er zwangsläufig zu einem politischen Kampf wird. Die österreichische Bourgeoisie will endlich einmal reinen Tisch machen, sie ist geneigt, nicht einmal den bloß formellen Gleichgewichtszustand in der Produktion weiter zu dulden, sie will aus dem Genfer Vertrag und aus dem Sieg der Bourgeoisie in Deutschland alle Konsequenzen ziehen. Schon bei den letzten großen Lohnkämpfen der Metallarbeiter, Industrieangestellten und Staatsangestellten 1923 war zu sehen, daß ein Kompromiß zum letztenmal zustande kam und daß die unvermeidliche entscheidende Auseinandersetzung bloß verschoben wurde. Umsonst bemühten sich die Gewerkschaftsführer „um den sozialen Frieden", umsonst versäumten sie systematisch die Gelegenheiten zur Herbeiführung einer Entscheidung: es war klar, daß die Bourgeoisie selbst die Entscheidung um jeden Preis herbeiführen will.

Zugleich mit der Lohnbewegung der Bankangestellten waren eine Anzahl Wirtschaftskämpfe im Gange. Und in all diesen Kämpfen provozierte die Bourgeoisie. Die Metallarbeiter forderten die Auswirkung des 4%igen Januar-Index auf die Löhne. Die Industriellen stellten als Antwort darauf die Gegenforderung nach einem 6 bis 15%igen Lohnabbau in der Automobil-, Glühlampenindustrie und in den Gießereibetrieben und drohten mit Betriebsreduzierungen. Die Alpine Montan A. G. (Stinnes) stellt auf die bescheidene Lohnforderung der steirischen Bergarbeiter offen die Bedingung der Einführung des Zehnstundentages; und als der Bergarbeiterverband dies ablehnt, geht sie mit Massenentlassungen vor, sperrt einzelne Betriebe gänzlich und als Antwort auf die hierauf erfolgte Sperre, kündigt sie alle Kollektivverträge. Der Industriellenverband lehnt die Lohnforderungen der Industrieangestellten rundweg ab, obwohl inzwischen auch schon der mit 2% positive Februar-Index (der die tatsächliche Teuerung bei weitem nicht zum Ausdruck bringt) bekannt wurde.

Die Bankangestellten forderten schon im Januar einen neuen Kollektivvertrag und eine allgemeine Gehaltserhöhung von 15%. Sie forderten, daß die außerordentlichen Zuwendungen, die aber einen regelmäßigen Teil ihrer Bezüge bildeten (Anschaffungsbeiträge, Urlaubsgeld, Remuneration) nunmehr durch Kollektivvertrag legalisiert werden sollen, in der Form, daß ledige Angestellte 17, verheiratete 18 Monatsbezüge im Jahre erhalten sollen. Bisher hatten die Beamten einen Anfangsgehalt von K 793.000, nach zehn Dienstjahren erhielten sie ungefähr drei Millionen im Monat (220 Goldkronen). Sie verlangten außerdem die Pragmatisierung derjenigen Beamten, die schon über ein Jahr angestellt sind. (Die Banken haben nämlich seit Kriegsausbruch Beamte angestellt, für die die Dienstpragmatik nicht galt, die also jederzeit auf die Straße gesetzt und somit als Waffe gegen die übrigen benützt werden konnten.) Der Bankenverband antwortete auf diese Forderungen mit Gegenforderungen. Als Gegenleistung für eine etwaige Bezugserhöhung wurde die Verlängerung der Arbeitszeit gefordert. Bisher betrug die reguläre Arbeitszeit der Bankangestellten 7½ Stunden pro Tag. Faktisch leisteten sie aber Überstunden, so daß ihre Arbeitszeit sogar über 54 Stunden pro Woche hinausging. Die Banken wollten nun diesen Zustand legalisieren: sie forderten die 54stündige Arbeitswoche, den Neunstundentag. Zwar sagten sie, daß die neunte Stunde schon als Überstunde gelten soll, aber durch die Bestimmung, daß die 54-Stundenwoche jederzeit angeordnet werden kann und durch die Forderung der Wiedereinführung des im Kriege abgeschafften Systems der geteilten Kassenstunden wäre die 54-Stunden-Woche zum legalen Zustand erhoben worden. Die Forderung der Pragmatisierung lehnten sie ab, im Gegenteil: ihr Sprecher im Parlament, der Vizepräsident des Industriellenverbandes Reiner, kündigte den Personalabbau in den Banken an, da — wie er anführte — die die ganze industrielle Produktion erdrückenden unerträglich hohen Bankzinsen nur mit Hilfe von Ersparnissen durch Personalabbau herabgesetzt werden können. Sogar die Parität in den Disziplinar- und Qualifikationskommissionen sollte aufgehoben werden: als erster Schritt zur gänzlichen Ausschaltung der Betriebsräte.

Wochenlang zogen sich die Verhandlungen hin. Die Beamten stellten sich auf den Standpunkt, daß von einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, von einer Verlängerung der Arbeitszeit überhaupt nicht gesprochen werden könne. Der Bankenverband wollte aber ohne die Erfüllung dieser Bedingungen von einer Lohnregulierung nichts wissen. Am 13. begann in allen Wiener Banken der Überstundenstreik. Am 14. fand eine Urabstimmung statt, die eine überwiegende Mehrheit für den Vollstreik ergab. Die Bankgehilfen schlossen sich mit eigenen Forderungen (bisher hatten sie nicht einmal einen Kollektivvertrag) der Bewegung der Beamten an. An den Bankenverband wurde ein Ultimatum gerichtet, und nachdem dieses abgelehnt wurde, begann am 18. in den vier Wiener Großbanken: Anglobank, Depositenbank, Unionbank, Verkehrsbank der Streik. Noch am selben Tage antworteten die Banken mit der allgemeinen Aussperrung. Am 19. wurde die Nationalbank stillgelegt. Am Anfang hatten die Banken dem Bundeskanzler Seipel, der wie gewöhnlich „intervenieren" wollte, zur Kenntnis gebracht, daß ihnen diese Intervention unerwünscht sei. Sie wollen es auf einen langen Kampf ankommen lassen. Sie rechneten dabei auf das bewährte „Verantwortungsgefühl" der Gewerkschaftsführer. Sie wollten den Bankbetrieb mit Streikbrechern aus dem In- und Auslande wenigstens teilweise aufrechterhalten. Aber nicht einmal die Heizer und das sonstige technische Personal wollten Arbeiten verrichten. Und der tschechische, tschechisch-deutsche und reichsdeutsche Bankbeamtenverband verhängte über Österreich die Sperre. Die Stillegung der Nationalbank und infolgedessen die drohende allgemeine Lähmung der Produktion brachte die Herren ein wenig aus der Fassung. Um so mehr, da die Stimmung der Arbeiter in den Betrieben keinen Zweifel übrig ließ, daß sie sich — wegen der Schwierigkeiten bei der Lohnauszahlung — gegen die streikenden Bankbeamten nicht ausspielen lassen werden. Hueber, der Vorsitzende der Gewerkschaftskommission, vermittelte nun die Intervention der Regierung.

Was aus den neuerlichen Verhandlungen hervorgehen wird — ein faules Kompromiß oder ein voller Sieg — ist noch unbestimmt. Angesichts der Entschlossenheit, Geschlossenheit und des Kampfeswillen der Streikenden, die erklären, lieber einen wochenlangen Kampf durchzuhalten, als auch nur ein Jota nachzugeben, ist es schwer zu glauben, daß die Gewerkschaftsführer den ersteren Weg einschlagen werden. Wenn aber dennoch, so würde das die erste große Niederlage der Gesamtarbeiterschaft in der Entscheidungsschlacht um den Achtstundentag bedeuten.

Aus der Internationale

Botschaft des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die Kommunistische Partei Frankreichs.

**** Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hatte an die KPF. anläßlich ihres dritten Kongresses nachfolgendes Schreiben gerichtet:**

Liebe Genossen!

Zum erstenmal seit der Reinigung der Kommunistischen Partei Frankreichs von allen dem Kommunismus feindlich gesinnten Elementen, tritt der Parteitag der KPF. zusammen. Der üble Zustand, in dem die KPF. durch mehrere Jahre hindurch versetzt war — alle sind sich heute darüber im klaren — war durch die Gegenwart heterogener Elemente verursacht, die in der Partei verblieben waren, um ihrer Entwicklung Zügel anzulegen und ihre Aktionskraft zu lähmen. Das Ergebnis der nach dem IV. Weltkongreß der KI. vollzogenen Reinigung der KPF. war die Herstellung jener kraftvollen Einheitlichkeit und Festigkeit, die der KPF. die Möglichkeit gibt, ihre historische Mission zu erfüllen. Die Kommunistische Internationale, die mit ganz beson-

derem Interesse alle Phasen der Krise, die Ihr durchgemacht habt, verfolgt hat, will die Aufmerksamkeit des Kongresses und der Partei auf einige Fragen lenken, die vor der Kommunistischen Internationale im allgemeinen und vor der Kommunistischen Partei Frankreichs im besonderen aufgerollt sind.

I.

Die soziale Revolution im Zentrum Europas.

Die ungeheuerliche Politik der französischen Bourgeoisie gegenüber Deutschland hat ein für sie unerwartetes Resultat gezeitigt: die soziale Revolution steht in diesem Lande auf der Tagesordnung. Es ist für die am meisten zurückgebliebenen Teile des Proletariats und für das Kleinbürgertum sogar offenbar geworden, daß die Befreiung und Unabhängigkeit der deutschen Nation ausschließlich und vollständig von der Befreiung der werktätigen Massen abhängt. Die deutsche Bourgeoisie verkauft ihr Land en gros und en detail. Sie ist zum Zwecke der besseren Unterdrückung der Arbeiter bereit, dem militaristischen und nationalistischen Faschismus in Deutschland die französischen Bajonette und Säbel um einen guten Preis hinzuzufügen. Die Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften sind mit Sack und Pack in das Lager des Faschismus übergegangen. Sie verwenden die ganze Macht ihrer Organisation und ihren ganzen Einfluß dazu, um die Arbeiterklasse den Herren der Schwerindustrie zu unterwerfen. Wenn das Programm der französisch-deutschen Schwerindustrie zur Wirklichkeit würde, wenn die deutschen Arbeiter in den Zustand von europäischen Kulis herabgedrückt würden, so würde dies zugleich die Herabsetzung des Lebensniveaus des ganzen europäischen Proletariats, und insbesondere auch des französischen Proletariats, mit sich bringen. Aber die vereinigten Anstrengungen der französisch-deutschen Ausbeuter und ihrer sozialdemokratischen Agenten sind auf den hartnäckigen Widerstand der arbeitenden Massen gestoßen, die mit der Anstrengung der Verzweiflung einen Ausweg suchen.

Deswegen steht die soziale Revolution und die Diktatur des Proletariats auf der Tagesordnung. Wenn die Ereignisse, die sich im Oktober und November in Deutschland abgespielt haben, das revolutionäre Proletariat nicht zum Sieg geführt haben, so deswegen, weil im entscheidenden Moment die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaften die Bewegung zerschlagen haben.

Die Anarchoreformisten, die in Wirklichkeit jede Revolution bekämpfen, haben aus diesem Mißerfolg den Schluß gezogen, daß die deutsche Revolution ein „Bluff" ist. Diese Herrschaften stellen von vornherein die deutsche Revolution in Abrede, so wie sie die russische Revolution in Abrede gestellt haben. Ihr Gehaben ist keineswegs originell: sie wiederholen die konterrevolutionären Redensarten der Bourgeoisie. Für die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen bleibt das Problem der deutschen Revolution vollständig bestehen. Dadurch werden den kommunistischen Parteien, insbesondere den Parteien der Deutschland benachbarten Länder, ganz bestimmte revolutionäre Verpflichtungen auferlegt. Es gilt, sich auf die kommenden Ereignisse vorzubereiten. Es gilt, sich daran zu erinnern, daß sich die internationale, insbesondere die französische Reaktion auf die deutsche Revolution mit noch größerer Wut und Gewalt stürzen wird als einst auf die russische Revolution.

Der Erfolg hängt in hohem Maße von folgendem ab: Wird es die französische Arbeiterklasse verstehen, dem französischen Imperialismus Zügel anzulegen? Die wesentliche Aufgabe der Kommunistischen Partei Frankreichs besteht darin, es dahin zu bringen, daß die arbeitenden Massen nicht plötzlich und unvorbereitet den Ereignissen preisgegeben sind.

Dem Proletariat und der deutschen Revolution zu helfen, das ist das Losungswort des internationalen Kommunismus und in erster Linie seiner französischen Sektion.

II.

Die allgemeine Situation in Frankreich.

Die Aktion der Französischen Kommunistischen Partei ist in hohem Maße durch die Lage, in der sich der französische Imperialismus befindet, erleichtert.

Die politische Situation Frankreichs ist dadurch charakterisiert, daß sich der Nationale Block in Agonie befindet. Ein offenkundiges Zeichen dafür, daß seine letzten Stunden gekommen sind, ist darin gegeben, daß sich die ihm angehörenden Abgeordneten dem Block der Linken zuwenden. Die Masse der Steuerträger erfährt am eigenen Leibe die Wirkung der Siege und Triumphe des Nationalen Blocks, und diejenigen Bourgeois, die die meiste Voraussicht haben, verstehen, daß die Fortsetzung seiner Herrschaft sogar die Fundamente der bürgerlichen Republik erschüttern könnte. Daher der Liberalismus und die hohlen Phrasen des Blocks der Linken; einer seiner Helden ist der geriebene Renegat **Aristide Briand.** Der Nationale Block ist am Verenden, weil nicht einer der Zwecke, die zu erfüllen er sich vorgenommen hat, erreicht worden ist. Er hat Deutschland nicht gezwungen, zu zahlen, denn die Ruhrbesetzung hat die Staatsschuld nicht vermindert, sondern, im Gegenteil, erhöht. Die Rivalität zwischen Frankreich und England hat einen unerhörten Grad der Schärfe angenommen, die führenden Kreise auf beiden Seiten bereiten sich ganz bewußt auf den Krieg vor.

Das Projekt, Sowjetrußland mit einer unübersteigbaren Mauer zu umgeben, ist ebenfalls gescheitert. Sowjetrußland ist aus einem unversöhnlichen Kampf siegreich hervorgegangen. Gegenwärtig schlägt der Nationale Block Sowjetrußland offiziell vor, in Verhandlungen einzutreten.

Wenn schon der Nationale Block in seiner äußeren Politik Schiffbruch erlitten hat, so hat er sich, was seine innere Politik betrifft, noch mehr diskreditiert. Aber es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß der Block der Linken es anders machen würde. Es ist kein Zufall, daß die Abgeordneten des linken Blocks die Außenpolitik Poincarés mit schüchternen Vorbehalten unterstützt haben. Welche Bedeutung haben Vorbehalte in Worten, wenn es sich darum handelt, daß der französische Militarismus Deutschland ausraubt und ruiniert? Der Block der Linken unterscheidet sich vom Nationalen Block in der Innenpolitik ebensowenig wie in der Außenpolitik. Fast alle seine Führer waren schon an der Macht gewesen: man hat sie am Werk gesehen und man muß wohl ein unverbesserlicher reformistischer Tropf sein, um dem Wahlgeschwätz dieser parlamentarischen Marodeure irgendein Gewicht beizumessen.

Die Situation ist klar. Der Nationale Block steht am Vorabend seines Bankrotts. Als Kandidat zur Übernahme der Macht präsentiert sich der Block der Linken, der sich zum Großteil aus denselben sozialen und politischen Elementen zusammensetzt wie der Nationale Block. Daher befindet sich der Block der Linken vom Gesichtspunkt der Kommunistischen Partei auf derselben Ebene wie der Nationale Block. Infolgedessen: **Entschlossenster und unerbittlicher Kampf gegen den Block der Linken und gegen den Natioalen Block!** Keine Zugeständnisse, keine Kompromisse!

III.

Der Block der Linken und der Reformismus.

Man ist es in Frankreich gewohnt, daß einige Monate vor den Wahlen ein großes politisches Leben aufblüht. Diese politische Belebung berührt sogar jene Parteien, die bloß ein Skelett sind, sowie die unbedeutendsten Gruppen. In der warmen Atmosphäre der bevorstehenden Wahlen sind die sozialistische Partei und sogar „die Partei Frossards" aufgewacht. Beide Parteien sind ein integrierender Bestandteil des Blocks der Linken. Vor den Wahlen enthüllen die beiden ganz offensichtlich, was sie im Grunde gewesen sind: der linke Flügel der Bourgeoisie. Sie versuchen, bei der Arbeiterklasse den Eindruck zu erwecken, daß der Sieg des Blocks der Linken das Glück des Proletariats bedeuten und einen durchgreifenden Wechsel in der inneren und äußeren Politik des Landes bringen wird. Das ist einfach ein Wahlbetrug.

Obwohl das französische Proletariat Gelegenheit genug gehabt hat, mit eigenen Augen wahrzunehmen, was die Früchte einer Unmenge von schönsten Wahlmanövern, herrlichen Programmen und großartigen Versprechungen sind, gelingt es den parlamentarischen Marktschreiern noch immer, Hunderttausende und Millionen von Arbeitern dank der korrumpierten und käuflichen Presse zu verführen. Der Block der Linken hat auch die reformistische CGT. an sich herangezogen, und so erleben wir das seltsame Schauspiel einer „heiligen Einheit", die sich von **Jouhaux** und **Renaudel** über **Longuet** und **Blum** bis zu **Herriot** und **Aristide Briand** erstreckt. Die Führer der sozialistischen Partei, die „Resistenten" und die CGT. Lafayette haben sich bereits dem Block der Linken angeschlossen. Sie sind von dessen Presse inspiriert oder inspirieren sie. Einige der Führer der CGT. Lafayette führen bereits gewisse Manöver auf, um auf den Listen des Blocks der Linken zu figurieren (Dumoulin, Rioelli usw.). Aber die Arbeiter, die noch der sozialistischen Partei angehören oder für sie stimmen, die Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften können und dürfen dies nicht zulassen. Jeder Arbeiter muß diese elementare Wahrheit begreifen: **Wer mit dem Blocke der Linken ist, ist gegen die Arbeiterklasse.**

(Schluß folgt.)

Rote Hilfe

Die Jugend und die Rote Hilfe.

Von Ehrenfried Wagner.

** Die Entwicklung der Verhältnisse hat in der letzten Zeit schwere Auseinandersetzungen zwischen Revolution und Reaktion gebracht. In Polen, Bulgarien und Deutschland ist das Proletariat zum Angriff übergegangen. Der Ausgang dieser Kämpfe brachte dem Proletariat nicht den erwünschten Erfolg. In Bulgarien endete der Arbeiter- und Bauernaufstand sehr blutig, aber auch in Deutschland kosteten die Kämpfe dem revolutionären Proletariat schwere Opfer. In Polen kam es zu Massenverhaftungen. In allen Ländern aber, wo es zu Aufständen des Proletariats kam, war die revolutionäre Jugend am aktivsten beteiligt. Besonders an den langwierigen Kämpfen, die gegenwärtig in Deutschland noch geführt werden, nimmt die kommunistische Jugend einen hervorragenden Anteil. Aber auch in anderen Ländern, überall wo das Proletariat mit der Reaktion in den Kampf trat, befand sich die revolutionäre Jugend unter der Avantgarde der Kämpfenden.

Nachdem der Bauernaufstand in Bulgarien außerordentlich blutig niedergeschlagen war und auch in Deutschland die Reaktion ihren Sieg festigen konnte, war die Not unter den proletarischen Opfern eine sehr große geworden. Die Gefängnisse sind überfüllt. Die Familien der Gefangenen leiden große Not. Und das besonders in Deutschland, wo sowieso Hunger und Elend unter dem Proletariat herrscht. Die Frauen politischer Gefangenen erhalten vom Staat und durch die Armenbehörden keinerlei Unterstützung, sind sie doch die Frauen von „Hochverrätern" und „Plünderern". Die Lage der Kinder der Gefangenen ist eine ganz besonders trostlose. Unter ihnen herrscht Krankheit und Abzehrung. Sie sind hilflos einem ungeheuren Elend preisgegeben. Sehr schlimm steht es auch mit den Gefangenen selbst, die man in Deutschland in Konzentrationslager untergebracht hat. Dort werden sie mangelhaft ernährt und entbehren jeder geistigen und kulturellen Pflege. Lektüre fehlt gänzlich. Unter diesen Zuständen leiden die zahlreichen Jugendlichen am empfindlichsten. Es bestehen genügend Möglichkeiten, trotz schärfster Maßnahmen, die Gefangenen mit Lektüre zu versorgen und zwischen ihnen und der kämpfenden Außenwelt eine geistige Verbindung aufrechtzuerhalten. Neben allen diesen Opfern erforderten die letzten Kämpfe auch schwere Blutopfer. Ganz besonders in Bulgarien, wo die Zahl der Morde in die Tausende gehen. Die Hinterbliebenen der getöteten Barrikadenkämpfer sind natürlich vom härtesten Schicksal betroffen.

Sollen die dem Proletariat geschlagenen Wunden schnell geheilt werden, damit jeder Teil des Weltproletariats an der Fortsetzung des Kampfes teilnehmen kann, so muß das gesamte internationale Proletariat die gegenwärtige Atempause der Revolution benützen, um die Wunden zu heilen. Das heißt, die Arbeiter aller Länder haben heute keine wichtigere revolutionäre Pflicht zu erfüllen, als die Aktionen der **Internationalen Roten Hilfe** zu unterstützen.

Und ebenso, wie die revolutionäre Jugend bisher bei allen Kämpfen an der Spitze marschierte, muß sie auch jetzt wieder an erster Stelle stehen, wenn es gilt, die revolutionären Truppen wieder kampffähig zu machen. Schon heute beteiligt sich die revolutionäre Jugend Spaniens und die kommunistische Jugend der Tschechoslowakei aufs innigste an den Aktionen der Roten Hilfe.

Wir appellieren an die gesamte revolutionäre Jugend der Welt, sich mit allen ihren Kräften an allen Aktionen der „Roten Hilfe" ihrer Länder zu beteiligen. Rote-Hilfe-Arbeit hat mit Philanthropie nichts zu tun. Die Tätigkeit für die „Rote Hilfe" ist höchste revolutionäre Aktivität, sie ist ein Teil des revolutionären Klassenkampfes selbst. In einem Referat, das Genosse Sinowjew auf dem letzten Kongreß der „Roten Hilfe" Rußlands hielt, hat er mit allem Ernst auf die Notwendigkeit des internationalen Ausbaues der „Roten Hilfe" hingewiesen und gesagt:

„Eine gut ausgebaute Internationale Rote Hilfe wird das beste und würdigste Denkmal sein, das wir unserem Wladimir Iljitsch Lenin errichten können."

Jugendgenossen! Helft mit an diesem Denkmal bauen! Stellt alle Eure Kräfte in den Dienst der

„Internationalen Roten Hilfe"!

Buchbesprechungen

Philips Price: „Deutschland im Übergang"*).

Von E. Varga.

** Price gehört zu den in England äußerst spärlich gesäten Intellektuellen, die sich der Kommunistischen Partei angeschlossen haben. Als Berichterstatter des „Daily Herald" lebte er vom Waffenstillstand an bis Ende 1923 in Deutschland und hatte so Gelegenheit, die Entwicklung der sozialen und politischen Verhältnisse in Deutschland aus unmittelbarer Nähe zu verfolgen.

Sein Buch umfaßt die politische Geschichte Deutschlands vom Ende des Krieges bis zur Aufrichtung der Seeckt-Diktatur in Deutschland. Im Mittelpunkt seiner Darstellung steht die Rolle der Sozialdemokratischen Partei in dieser Periode. Er sieht ganz klar, wie die Sozialdemokratische Partei aus Furcht vor der Revolution die Macht, die ihr bei Zusammenbruch des Krieges ohne ihr Zutun und fast gegen ihren Willen zugefallen war, Schritt für Schritt der Bourgeoisie zurückgegeben hatte. Im besonderen sieht er sehr klar, wie die althergebrachte Einstellung der Sozialdemokratie als der Partei der qualifizierten industriellen Arbeiter gegen die Bauernschaft und die Vernachlässigung der Bewegung der landwirtschaftlichen Arbeiter, das sukzessive Wiedererstarken der Macht der Junker möglich gemacht hat. In dem Schlußkapitel: Der deutsche Sozialismus und die Interpretation der Lehre von Marx, versucht er, die ideologische Wurzel dieses Verrates der Sozialdemokratie, die opportunistische Auslegung des Marxismus aufzuzeigen. Das Buch gibt in gedrängter Kürze (260 Seiten) ein fast lückenloses Bild über die Ereignisse in Deutschland in den fünf Nachkriegsjahren und ist in der Darstellung vor allem den Bedürfnissen des englischen Lesers angepaßt. Es ist insbesondere für England ein ungemein aktuelles Buch. Denn die Situation in England ist gegenwärtig jener der deutschen im Jahre 1918 in vielem ähnlich. Auch in England ist eine sogenannte Arbeiterpartei an das Ruder gelangt, wobei die sozialen Grundlagen der Gesellschaft ebenso unberührt geblieben sind, wie in Deutschland zur Zeit der Regierung der Sozialdemokratie. Die Hoffnungen der englischen Arbeiterschaft auf eine Besserung ihrer Lage durch das Wirken der Arbeiterregierung sind ebenso groß wie seinerzeit die der deutschen Arbeiter in bezug auf die Sozialdemokratie. Die Enttäuschung wird in England ebenfalls nicht ausbleiben. Das Buch von Price ist sehr geeignet dazu, die englische Arbeiterschaft auf diese Enttäuschung nicht nur vorzubereiten, sondern ihr auch klarzumachen, daß die Täuschung ihrer Hoffnungen kein Zufall sein wird. Es liegt nicht an dem guten oder schlechten Willen der Führer der Sozialdemokratie und der englischen Arbeiterpartei — sie können subjektiv ehrliche Menschen und doch objektiv Verräter an der Sache der Arbeiterschaft sein — sondern an dem System selbst. Jeder Versuch, durch den bürgerlichen Staatsapparat die Lage der Arbeiterklasse radikal verbessern zu wollen, muß scheitern, da dieser Apparat, so, wie er aufgebaut ist, nur den Interessen der Bourgeoisie dienen kann. Das Buch von Price ist ein an dem Beispiel Deutschlands erbrachter Beweis der Richtigkeit der Staatstheorie Lenins, wie sie in „Staat und Revolution" dargestellt ist. Das Buch ist eine sehr gute Vorschule für das englische Proletariat, um an dem deutschen Beispiel die zukünftige Entwicklung der politischen Verhältnisse in England und die Richtigkeit der Staatsauffassung von Marx und Lenin kennen zu lernen.

Die Führer der englischen Labour Party scheinen die Wichtigkeit dieses Buches richtig einzuschätzen, indem sie dasselbe totschweigen. Desto notwendiger wäre es, daß unsere englischen Genossen alles aufbieten sollen, damit das Buch in je weitere Kreise des englischen Proletariats verbreitet werde.

*) Philips Price: „Deutschland im Übergang" („Germany in transition") 1923, London, The Labour Publishing Company.

Berichtigung.

In der Sondernummer 22 vom 18. Februar beginnt der 7. Absatz auf Seite 246 mit:

Die Unterstützung der Kräfte der Konterrevolution bestand besonders darin, daß . . .

Richtig muß es heißen:

Die **Unterschätzung** der Kräfte der Konterrevolution bestand besonders darin, daß . . . .

Die Redaktion.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 26. 25. Februar | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Bericht des

Genossen Sinowjew

auf der XIII. Konferenz der RKP. über die internationale Lage

Wir veröffentlichen nachfolgend den Wortlaut der gesamten Rede des Genossen Sinowjew auf der XIII. Konferenz der RKP. über die internationale Lage. Einen Teil dieser Rede haben wir bereits in der Nr. 16 vom 4. Februar unter dem Titel „Die Lage in Deutschland und die KPD." zum Abdruck gebracht. Um jedoch den Zusammenhang der Rede des Genossen Sinowjew nicht zu beeinträchtigen, lassen wir auch diesen Teil noch einmal folgen.

Die Redaktion.

** Mein Bericht wird aus zwei Teilen bestehen. Der erste Teil ist den Fragen internationaler Politik, der zweite der Politik der KI. gewidmet. Sowohl auf dem einen wie auf dem anderen Gebiet kann ich nur das Wichtigste berühren, aber auf beiden Gebieten stehen wir gerade jetzt vor gewissen Entscheidungen solcher Art, die die Politik unserer Partei für eine ziemlich lange Zukunft bestimmen werden.

Fragen der internationalen Politik über die Anerkennung Sowjetrußlands de jure.

Auf dem Gebiete der internationalen Politik stehen wir jetzt vor dem Anfang einer neuen Phase. Im gegenwärtigen Augenblick besteht die volle Möglichkeit, daß wir von vier Staaten — von England, Frankreich, Italien und Norwegen — die de jure-Anerkennung erhalten werden: Natürlich ist das nur eine Möglichkeit. Niemand kann es garantieren, daß dies unbedingt, und zwar in nächster Zukunft stattfinden wird. Für unsere Orientierung ist es aber notwendig, daß wir klar sehen, daß im gegenwärtigen Augenblick auf diesem Gebiete eine neue Phase einzusetzen scheint.

Die Frage, ob Sowjetrußland die Anerkennung de jure erteilt werden soll oder nicht, dürfte jetzt wohl die aktuellste Frage der internationalen Politik sein. Der tschechoslowakische Minister Benesch hat in seiner Neujahrsrede erklärt, daß das Jahr 1924 durch die de jure-Anerkennung Sowjetrußlands gekennzeichnet sein wird. Es versteht sich von selbst, daß nicht alle ministeriellen Neujahrsvoraussagungen sich bewahrheiten. Auf Grund ernster Vorzeichen können wir jedoch erwarten, daß sich diese Voraussagung bestätigen und Benesch als Prophet erweisen wird. Die Zentralfrage der internationalen Politik ist gegenwärtig, ich wiederhole es, die Frage unserer Anerkennung de jure.

Sie horchen an der Tür.

Unsere Parteidiskussion ist natürlicherweise hier dazwischengekommen. Stets war es so, daß, wenn Schwierigkeiten für unsere Partei eintraten, die internationale Bourgeoisie bestrebt war, sie auszunützen, aufzubauschen und zu übertreiben. Auch jetzt sehen wir das gleiche. In West-Europa und Amerika setzt im Zusammenhange mit unserer Diskussion, besonders in den allerletzten Tagen, die Bildung förmlicher Legenden jener Art ein, wie wir sie seit Bestehen der Sowjetmacht zur Genüge kennen gelernt haben. Ich werde Euch, Genossen, jedenfalls die wichtigsten Tatsachen darüber mitteilen, da sich wohl kaum jemand von Euch vorstellen kann, wieweit es hier gekommen ist. Heute haben wir nicht von unseren Feinden, sondern von unseren Freunden, durch die Komintern, folgende Meldung erhalten: Die Wiener „Neue Freie Presse" bringt in einer der letzten Nummern folgende Drahtmeldung:

„Nach einer telegraphischen Mitteilung aus Paris, hat sich dort das Gerücht verbreitet, daß Trotzki verhaftet ist." Eine andere:

„Trotzki hat sich in einem Panzerzug befestigt. Budjonny nimmt vorläufig eine abwartende Stellung ein." (Lachen.)

Solche Nachrichten verbreitet nicht nur die Boulevardpresse, sondern auch die gesamte sogenannte ernste bürgerliche Presse. Die „Morning Post" teilt mit, daß Trotzki aus dem Polit-Büro ausgetreten sei, und in den Kreisen amerikanischer Journalisten sagen die „besser Informierten", daß Trotzki verhaftet ist. Genosse Krestinski, einer unserer Vertreter im Auslande, teilt in seinem Tagebuch, das er führt, vom 8. Januar folgendes mit: „Die Bestürmung in Fragen der Parteidiskussion hat sich verschärft. Deutsche, Belgier und Österreicher kommen in Scharen. Deutsche ‚Spezialisten' in auswärtigen Fragen interessieren sich alle für die Frage, ob die Diskussion in Moskau infolge ihrer beispiellosen Leidenschaftlichkeit nicht mit Ereignissen, wie die im Juli 1918, enden wird?" Ein gewisser XY., gleichfalls „Spezialist" in Sowjetangelegenheiten, hat die „Demokratisierung" im allgemein bürgerlichen Sinn aufgefaßt. Die Agentur „Ost-Expreß" hat sich die Sensation geleistet, daß sich unter den Führern der Opposition auch N. N. Krestinski befinde. Hierauf eine neue Bestürmung. Alle wollen den „protestierenden Botschafter" sehen. (Lachen.) Auf die Hinweise, daß ja auch in Amerika und in Europa die Minister und Botschafter ihre eigene innerparteiliche Meinung haben, wurde geantwortet: „Gewiß, in Sowjetrußland ist aber die

Zentrale die Regierung; hat doch sogar Sinowjew während der Diskussion offen darüber gesprochen, daß Regierung soviel wie Zentrale heiße." In Amerika ist man der Ansicht, daß die Streitigkeiten der russischen Kommunisten ernste Folgen im Sinne einer Bewegung nach rechts haben werden. Es erübrigt sich, zu sagen, daß die ausländische weißgardistisch-sozialrevolutionäre Presse natürlich in dasselbe Horn bläst. Die Sozialrevolutionäre, die in Berlin die Zeitung „DNI" herausgeben, schreiben buchstäblich:

„Rußland braucht eine politische Nep, die aber die RKP. weder sich selber noch um so weniger dem Lande geben kann und zu geben wagen darf. Hierin und nur hierin liegt das allgemeine Interesse und der bezeichnende Sinn des eklatanten Sieges der Leninschen alten Garde über die Propheten der innerparteilichen Demokratie." Und indem es sich an den russischen Bürger wendet, erklärt dieses Organ, daß, „solange der Bürger nicht das Wort ergreifen wird, solange er keine ‚Arbeiterdemokratie' für sich fordern wird, solange wird jegliche Diskussion, die zwischen zwei Gruppen geführt wird, ergebnislos bleiben". Der Vertreter der rumänischen Regierung auf der unlängst abgeschlossenen Konferenz der Kleinen Entente hat offiziell erklärt, daß „gegenwärtig kein Grund bestehe, sich mit der Anerkennung Sowjetrußlands zu beeilen. da die Krisis, die von der KP. Rußlands gegenwärtig durchgemacht wird, zweifellos Ereignisse von großer Tragweite in sich birgt." Somit sind die beiden Fragen gegenwärtig verflochten. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die Schärfe der Diskussion wenigstens für eine Zeitlang, solange diese Herren sich nicht überzeugen, was in Wirklichkeit bei uns vorgeht, unsere Chancen auf dem Schauplatz der internationalen Politik schwächt. Im allgemeinen müssen wir für eine solche Diskussion einen ziemlich teueren Preis bezahlen; die „Produktionskosten" waren hier nicht gering. Zu den Produktionskosten gehört auch das, daß in der Frage unserer Anerkennung de jure vielleicht eine gewisse Verzögerung eintreten wird.

Die Lage in England.

Allerdings könnten wir den Engländern, mit Rücksicht darauf, daß in der englischen Presse unseren Zwistigkeiten soviel Aufmerksamkeit gewidmet wird, den Rat geben, sich mehr mit den eigenen Angelegenheiten zu beschäftigen. Gegenwärtig sollen bei ihnen ihre eigenen „fraktionellen Sitzungen", ein Kampf zwischen den verschiedenen Lords, Asquith, Lord Curzon, Lloyd George usw. vor sich gehen. Wir wissen nicht, wie die Lösung dieser Krisis sein wird. Ich glaube, daß uns unser „Lord" Sapronow trotzdem nicht so schrecklich ist. Wir werden uns nach der Entscheidung der Partei aussöhnen, und er wird sich den Beschlüssen der Partei fügen. Aber Tatsache bleibt eben Tatsache: die internationale Bourgeoisie horcht an der Tür, wie sich ein Genosse in seinem Artikel richtig ausgedrückt hat, sie horcht an unserer Tür in der Hoffnung darauf, daß ihr der innere Kampf in unserer Partei jetzt helfen wird, auszuweichen vor dem, wovor ein Ausweichen nicht mehr möglich schien: vor der de jure-Anerkennung jenes Systems, das de facto schon das siebente Jahr besteht.

Unsere Zentrale ist im Recht, wenn sie der Ansicht ist, daß wir unsere Entscheidungen auf dem Gebiete der internationalen Politik gegenwärtig mit besonderer Vorsicht und Gründlichkeit erwägen müssen, und zwar in Anbetracht dessen, daß wir im großen und ganzen an den Anfang einer neuen Etappe gelangt sind.

Die Umstände ändern sich. Nehmen wir, um das zu beweisen, die wichtigsten Länder des Westens. Nehmen wir vor allem England. Es ist noch kein Jahr vergangen, seitdem Lord Curzon durch sein berühmtes Ultimatum, das unser gesamtes werktätiges Rußland bis in den Grund aufgerührt hat, unsere ganze Atempause in Frage stellte. Vergleichen wir nun die Lage in England, wie sie im Augenblick des Curzonschen Ultimatums war, mit der Lage, wie sie jetzt ist! Curzon steht mit einem Fuß schon außerhalb der Regierung. Die Formalitäten ziehen sich in die Länge, das Parlament wurde erst soeben eröffnet. Jedenfalls ist es aber schon völlig klar, daß die Stellung Curzons nicht gar so fest ist. Die Stellung des Genossen Tschitscherin ist viel fester. (Beifall.) Das sieht ein jeder. Genosse Tschitscherin kann die Eröffnung des Bundes-Sowjetkongresses mit weit größerer Ruhe erwarten, als Curzon die Eröffnung der Parlamentstagung. (Beifall.) Die Lage hat sich vom Grund auf geändert. Die ganze politische Welt ist der Meinung, daß wir in England einer Macdonald-Regierung entgegengehen. Mit Bestimmtheit läßt sich dies im gegenwärtigen Augenblick noch nicht sagen. Wenn aber nicht alle Anzeichen trügen, so wird Macdonald in der nächsten Zukunft an die Macht gelangen.

Gegenwärtig müssen wir als Politiker vor allem von dieser Perspektive ausgehen, und unsere Konferenz hat die Aufgabe, diese Perspektive richtig einzuschätzen. Genosse Rakowski schreibt in seinem letzten Bericht — meines Dafürhaltens sehr richtig —: „Das Wichtigste, wovor wir uns im gegenwärtigen Augenblick hüten müssen, ist eine Überschätzung der Möglichkeiten." In der Tat, wir haben keinen Grund, uns im Zusammenhange damit, daß die Arbeiterpartei mit ihrem Führer Macdonald an die Macht gelangt, einem übermäßigen Optimismus hinzugeben. Wir haben schon die II. Internationale an der Macht gesehen. Wir haben die Scheidemann-Haase-Regierung in Deutschland gesehen, die doch immerhin nicht aus einem Parlamentssieg, sondern aus einer Revolution hervorgegangen ist. Wir haben unlängst den Fall Branting gesehen, der schwedischer Ministerpräsident war. Er ist ebenfalls eine der Stützen der II. Internationale. Und wir haben gesehen, daß seine Politik nicht im geringsten besser war als die Politik jeder beliebigen bürgerlichen Regierung. Wir haben daher keinerlei Grund zu einer Überschätzung der Möglichkeiten, die sich im Zusammenhange mit einer Macdonald-Regierung ergeben. Trotzdem wird das aber, Genossen, wenn diese Regierung zu einer Tatsache werden wird, ein Ereignis von Weltbedeutung sein. Wir müssen eine eventuelle Macdonald-Regierung von zwei Gesichtspunkten einschätzen: Vom Gesichtspunkt der internationalen Arbeiterbewegung und vom Gesichtspunkt der unmittelbaren Interessen Sowjetrußlands. Was wird die Macdonald-Regierung vom Gesichtspunkt der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung und der internationalen Revolution darstellen? Insofern die oberen Schichten, die Parlaments-Politikaster, in Betracht kommen, ist das kein, Gott weiß, wie großes Ereignis. Insofern es sich aber um die Massenbewegung der Arbeiterklasse handelt, wird das ein Ereignis von der größten Bedeutung sein. Ihr alle erinnert Euch, daß Genosse Lenin der jungen englischen Kommunistischen Partei auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale geraten hat, die menschewistische englische Arbeiterpartei zu unterstützen, für sie zu stimmen und ihr zu helfen, schneller an die Macht zu gelangen. Ihr könnt Euch erinnern, daß Genosse Lenin zur Erläuterung offen hinzugefügt hat (es darf daraus keinerlei Geheimnis gemacht werden), daß wir die menschewistische Arbeiterpartei in England, die Partei Macdonalds, so unterstützen werden, wie der Strick den Gehenkten „unterstützt". Er sagte offen, daß sie, je schneller sie an die Macht gelangen wird, der Arbeiterklasse um so schneller ihr wahres Gesicht zeigen muß, um so schneller bankrott werden würde; und so werden auch die Illusionen der englischen Arbeiterklasse um so schneller zerstreut und der Weg für die proletarische Revolution freigemacht.

Dieser Augenblick tritt jetzt ein.

Das ist ein außerordentlich wichtiges Ereignis. Die englische Arbeiterklasse faßt in ihren Tiefen die Regierungsbildung Macdonalds nicht einfach als Regierungsbildung des einen oder des anderen Parlamentariers, sondern als die Regierung der Arbeiterklasse, der Werktätigen auf. Der einfache englische Arbeiter sieht hierin eine historische Revanche der Arbeiter, er ist überzeugt, daß, wenn die Arbeiterpartei an der Macht sein wird, es keine Arbeitslosigkeit, hingegen aber einen Druck auf den Luxus, auf die Reichen, geben wird. Mit anderen Worten: die einfachen englischen Arbeiter urteilen hierin auf Grund ihres Klasseninstinkts, ihres Klassengefühls. Das ist, Genossen, eine Tatsache von großer historischer Bedeutung. Wir alle haben das Schicksal der Arbeiterklasse in England studiert und haben uns aus dem bekannten Werk Engels mit ihrer Lage bekannt gemacht. Durch dieses Prisma haben wir die Chartisten-Bewegung studiert. Aus den klassischen Werken von Marx, Engels und Kautsky, der ehemals Revolutionär war, lernten wir den Charakter der englischen Arbeiteraristokratie kennen, die die englische Arbeiterbewegung zu einem konterrevolutionären Faktor macht. Gegenwärtig tritt die Arbeiterbewegung in England, unseres Dafürhaltens, in eine neue Phase. Die Arbeiteraristokratie in England ist nach wie vor ein konterrevolutionärer Faktor. Macdonald ist ein typischer Vertreter der Spitzen der Arbeiterklasse, das heißt der Arbeiteraristokratie. Nichtsdestoweniger ist aber das An-der-Macht-sein einer menschewistischen Arbeiterpartei in einem solchen Lande wie England eine Tatsache von weltgeschichtlicher Bedeutung. Es handelt sich nicht um Estland, nicht um Bulgarien und sogar nicht um Deutschland, sondern um England. Unabhängig davon, daß sich dies später als Tragikomödie abspielen wird, unabhängig davon, daß Macdonald zweifellos auf allen Vieren vor der englischen Großbourgeoisie kriechen wird, ist es doch ein bedeutendes Ereignis. Ich wiederhole: es muß berücksichtigt werden, daß dieses Ereignis sich

nicht in Estland, nicht in Polen, nicht in Bulgarien und nicht einmal in Deutschland abspielt, sondern in England, in jenem Lande, dessen Bourgeoisie tatsächlich einen sechsten Teil der Welt, ungefähr ein solches Gebiet wie wir, beherrscht. Die englische Bourgeoisie ist die reichste Bourgeoisie der Welt. Und wenn sie sich gezwungen sieht, den Auftrag zur Verwaltung Englands einer Partei zu übergeben, die immerhin eine „Arbeiterpartei" ist, so ist das eine Tatsache von großer Bedeutung. Gewiß macht das die englische Bourgeoisie nicht ohne Hintergedanken. Dort gibt es eine gewisse Gruppe von Politikern, die bestrebt ist, Macdonald näher zur Macht zu bringen, von der Voraussicht ausgehend: „Je schneller Du zur Macht gelangst, um so schneller wirst Du aufgefressen". Immerhin macht aber eine solche Bourgeoisie, wie die englische, einen derartigen Versuch nicht „aus strotzender Lebenskraft"; nicht aus freien Stücken übergibt sie in einem solchen Lande wie England die Macht einer, wenn auch menschewistischen, so doch immerhin einer Arbeiterpartei. In diesem Sinne ist die Macdonald-Regierung eine äußerst wichtige Etappe in der internationalen Arbeiterbewegung, eine äußerst wichtige Etappe in dem Prozeß der Befreiung der englischen Arbeiterklasse von den konstitutionellen Illusionen, ein sehr großer Schritt vorwärts auf dem Wege der internationalen Revolution.

Vom zweiten Gesichtspunkt, dem der unmittelbaren Interessen Sowjetrußlands, ist es natürlich ebenfalls ein wichtiges Ereignis. Wir wissen nicht, ob Macdonald sein Wort, betreffend die de jure-Anerkennung Sowjetrußlands, ohne weitere Überlegung und ohne irgendwelche präliminare Bedingungen halten wird. Es läßt sich schwer darüber raten. Mich dünkt, daß wir uns hier sagen müssen: Wenn man mit einem Vertreter der II. Internationale, mit Mitgliedern einer menschewistischen Partei zu tun hat, so soll man auf das Schlimmste gefaßt sein und wird dann der Wahrheit näher stehen.

Die Lage gestaltet sich aber so, daß in Anbetracht der gegenwärtigen Stimmung der englischen Arbeiterklasse die ernste Hoffnung begründet ist, daß die Macdonald-Regierung gezwungen sein wird, uns die Anerkennung de jure zu erteilen.

Die Lage in Frankreich.

Im Zusammenhange hiermit steht auch die Lage in Frankreich. Ihr alle wißt, daß der englisch-französische Wettkampf, das heißt der Wettkampf zwischen der englischen und französischen Bourgeoisie eine Tatsache ist, die in bedeutendem Grade die gesamte politische Lage Europas im gegenwärtigen Augenblick bestimmt.

Wir sehen gegenwärtig auch von seiten des Poincaré-Frankreich Versuche zu einer Annäherung an Sowjetrußland. Ihr alle habt den berühmten Artikel Herbettes gelesen, der unlängst im halboffiziellen Organ der französischen Regierung erschienen ist und Andeutungen darüber enthält, daß sie bereit wären, zu einem Übereinkommen mit uns zu gelangen. Die französische Presse gibt deutlich zu verstehen, daß die französische Regierung die Absicht hat, unserer Regierung durch den tschechoslowakischen Außenminister Benesch Verhandlungen vorzuschlagen. Wie aus der Presse ersichtlich ist, interessiert sich die französische Regierung dafür, ob wir bereit sind, die Vorkriegsschulden anzuerkennen, und wie wir uns zur Frage der Anerkennung internationaler Verträge stellen.

Natürlich werden wir die liebenswürdige Vermittlung Beneschs, falls sie uns vorgeschlagen werden sollte, nicht annehmen. Wir werden uns natürlich für die Vermittlerdienste bedanken, sind aber der Ansicht, daß die Unterredung ohne eine solche Vermittlung geführt werden muß, denn der Vermittler wird nicht an uns, sondern an sich denken. Wird man uns präliminare Fragen stellen, so werden wir über sie im Laufe der Verhandlungen sprechen. Ich glaube nicht, daß es uns gelingen wird, mit der gegenwärtigen französischen Regierung zu einem Übereinkommen zu gelangen. Ich glaube, daß die französische Bourgeoisie, wenn sie ernstlich mit uns unterhandeln will, gut daran tun würde, sich hierfür einen geeigneteren Ministerpräsidenten zu suchen, als es Herr Poincaré ist.

Was hat Poincaré zu dem Gedanken an Verhandlungen mit uns bewogen? Einerseits das Ergebnis der Wahlen in England, die zu erwartende Anerkennung Sowjetrußlands durch England, und andererseits — und das ist die Hauptsache — die in Frankreich selbst herannahenden Wahlen. Wer in Frankreich war, weiß, was Frankreich vor den Wahlen darstellt. Das Land gewinnt ein völlig neues Gesicht. Alle Parteien färben sich neu, alle durch die Bank werden „Sozialisten", alle versprechen den Arbeitern und Bauern alles mögliche und viele auch so manches darüber hinaus, alle Parteien suchen fieberhaft nach dem populärsten, dem zündendsten Losungswort, das bei den Wahlen Stimmen gewinnen kann. Es unterliegt keinem Zweifel, daß gegenwärtig die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland, die Annäherung an Sowjetrußland solche populäre Losungen sind. Aus diesem Grunde ist Poincaré, der, wie Ihr wißt, uns auf das wärmste liebt und sich der gleichen Liebe unsererseits erfreut (Beifall), in noch größerer Liebe zu uns entbrannt und beabsichtigt, uns durch Benesch eine Annäherung anzubieten. Es unterliegt keinem Zweifel — insofern sich der Gang der Ereignisse voraussehen läßt —, daß die Wahlen in Frankreich, die nicht mehr weit entfernt sind, innerhalb des bürgerlichen Lagers zu einer ähnlichen Verschiebung der Kräfte führen werden, wie das in England schon geschehen ist. In Frankreich wird der Menschewismus noch nicht an die Macht gelangen. Jener Flügel der Bourgeoisie aber, der durch die hohen Gäste, die uns im Namen der französischen Bourgeoisie besuchen, vertreten ist und der eine andere Orientierung als Poincaré vertritt, dieser Flügel ist auf dem Wege zur Macht.

Italien und Norwegen.

In Italien ist Mussolini ebenfalls dem Gedanken, uns anzuerkennen, nicht abhold. Das ist eine Auswirkung der Wendung in England und noch mehr der Wendung von seiten Frankreichs — genau so, wie die gegenwärtige verhältnismäßige Friedenslinie der polnischen Bourgeoisie nichts anderes ist als eine Auswirkung der Wandlung in der Haltung ihrer Herren in England und in Frankreich gegenüber Sowjetrußland.

In Norwegen, das sich uner einem starken Einfluß Englands befindet, sehen wir ebenfalls eine Wandlung, die einen baldigen Abschluß der Verhandlungen erhoffen läßt. Ihr seht somit eine bedeutende Besserung der internationalen Lage unseres Landes, wodurch eine ganze Reihe von Fragen betreffend unserer weiteren Manöver gegenüber der internationalen Bourgeoisie aufgerollt wird. In dieser veränderten Situation, die bedeutet, daß ein neuer Abschnitt in der internationalen Politik einsetzt, müssen wir besonders scharf aufpassen. Ich kann Euch nicht vorenthalten, daß wir in bezug auf diese Taktik wie auch in bezug auf die Taktik der Komintern zu diesen Fragen sehr ernste Meinungsverschiedenheiten ebenfalls mit den Genossen aus der „Opposition" haben, Meinungsverschiedenheiten, die ein Licht auf das Wesen aller unserer Meinungsverschiedenheiten überhaupt werfen. Da nun einmal die internationale Bourgeoisie — die englische, französische, italienische usw. — den Wunsch nach einer gewissen Annäherung an uns bekundet, entsteht die Frage, ob nicht auch wir im Zusammenhang hiermit eine größere Nachgiebigkeit bekunden sollen, als es das letzte Mal geschehen ist, wo wir zur Zeit der Genueser Konferenz mit der gesamten internationalen Bourgeoisie zusammengekommen sind. Einige Genossen, darunter auch Genosse Radek, sind der Ansicht, daß der Augenblick nunmehr eingetreten ist, wo wir die Genueser Bedingungen in der Richtung größerer Zugeständnisse an die internationale Bourgeoisie revidieren müssen, um nicht so sehr die Anerkennung de jure, die ihn wenig interessiert, als vielmehr die Möglichkeit praktischer Beziehungen zu gewinnen. Das ist ein Vorschlag, über den wir nachdenken müssen. Wir im Polit-Büro und der Zentrale der Partei sind der Meinung, daß wir auch jetzt keinerlei Anlaß zu größeren Zugeständnissen an die internationale Bourgeoisie haben. Wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß es an der Zeit sei, die internationale Bourgeoisie daran zu erinnern, was Genosse Lenin nach der Genueser Konferenz im Namen der gesamten Regierung erklärt hat. Er sagte der gesamten internationalen Bourgeoisie: „Je später Ihr ein Übereinkommen mit uns schließen werdet, um so schlimmere Bedingungen werdet Ihr erhalten, um so weniger werden wir Euch nachgeben!" Wir glauben, daß der Augenblick gekommen ist, in dem diese Warnung unterstrichen werden muß. Je mehr sie die Sache in die Länge gezogen haben, um so stärker sind wir geworden, und wir werden natürlich jetzt eine festere Sprache mit ihnen führen, als wir es in Genua taten.

Die Frage über das Ausmaß der Zugeständnisse.

Ihr habt gestern die Rede des Genossen Krassin gehört. Ich bekenne, daß ich seine Rede nicht ohne ein gewisses Interesse erwartete, wie das gewiß auch viele andere getan haben. Ich war aber enttäuscht wie, ich denke, auch viele andere. Die Rede des Genossen Krassin war ein blasser Abschlag dessen, was er

auf dem XII. Kongreß unserer Partei gesagt hat. Er erklärt, daß wir in der Heranziehung des ausländischen Kapitals zu faul sind. Wir, meint er, seien im Empfang von Krediten zu faul. Als ob es sich nur um unsere „Faulheit" handeln würde! Als ob die Sache so stehen würde, daß man uns die Kredite in die Hand stecken will, wir aber zu faul sind, sie zu nehmen. Er stellt die Frage, ob unser Rußland mit seinen jämmerlichen materiellen Hilfsquellen zu einer schnellen Wiederherstellung seiner Wirtschaft aus eigener Kraft fähig sei? Man sollte meinen, daß er ein anderes Rußland, nicht mit jämmerlichen, sondern mit reichen Hilfsquellen in der Tasche hat. Wir haben aber nur ein Rußland, so wie es ist.

Ich glaube, Genossen, daß die Frage, betreffend des Ausmaßes der Zugeständnisse an das internationale Kapital, in gerader Linie zur Frage der Anschauung über das Schicksal der Nep führt. Einige Genossen von der „Opposition" versuchten, „linke" Phrasen zu gebrauchen, und hielten Reden in dem Sinne, daß die Zentrale für die Nep sei, sie hingegen die Nep einschränken wollen. Diese Reden hätten einen Sinn, wenn diese Genossen für eine Abschaffung der Nep und für eine Wiederherstellung des Kriegskommunismus wären. Hier klappt aber die Sache bei den Genossen von der Opposition nicht. Einerseits scheint es, als ob sie die Nep einschränken wollten, andererseits aber sagen sie: Macht der internationalen Bourgeoisie im Interesse der Wiederherstellung praktischer Beziehungen größere Zugeständnisse. Das wäre ja aber die größte Stärkung der Nep, die man sich überhaupt vorstellen kann. Handelt es sich doch darum, daß die wirkliche, nicht sogenannte neue Bourgeoisie, die wir immerhin fest geschüttelt haben, hineingelassen werden soll. (Hier ist zu bemerken, daß unsere „neue Bourgeoisie" dem wirklichen, satten bürgerlichen Raubtier, wie wir es in England und Frankreich kennen, noch bei weitem nicht ähnlich sieht.) Wenn ausländisches Kapital in großem Umfange hineingelassen werden soll, so wird das einen äußerst starken Zustrom frischen Blutes in die Adern der russischen Bourgeoisie und der Nep im allgemeinen bedeuten. Die Genossen von der Opposition müssen sich in dieser Beziehung verständigen, denn hier klappt es bei ihnen nicht. Sie müssen eins von beiden wählen. Ich glaube, daß es unsererseits ein äußerst großer Fehler wäre, jetzt — da sich die internationale Bourgeoisie, was man auch sagen möge, immer mehr in ihre eigenen Widersprüche verstrickt, wir hingegen, was man auch darüber sagen möge, immer mehr erstarken, wenn auch langsamer, als wir dies wünschen — übermäßige Zugeständnisse zu machen. Ich erlaube mir, an die Frage der Urqhart-Konzession zu erinnern. Ich glaube, Genossen, daß, wenn Genosse Lenin und die Zentrale die Urqhart-Konzession nach langen Erwägungen abgelehnt haben, dies unter anderem deshalb geschah, weil Genosse Lenin im letzten Augenblick (und er hatte recht damit) sich ungefähr folgendes sagte: „Lieber unser wundenbedecktes, unkultiviertes, vorläufig ziemlich armes, aber eigenes Sowjetrußland, als ein Rußland, das im Interesse der Beschleunigung der Wiederherstellung solch ein großes Raubtier, wie es Urqhart ist, in sein Gehege hereinläßt." Das war grundlegende Ton der Stimmung des Genossen Lenin.

Ich glaube, daß das richtig war. Das war wirklich die Stellung eines „Wirtes" im besten Sinne dieses Wortes zu jenem Besitz, der sich in den Händen unserer Partei befindet. Das bedeutet nicht, daß wir eine Revision unserer Stellungnahme zu Konzessionen im allgemeinen beabsichtigen. Natürlich werden wir, jedesmal nach gründlichen Erwägungen, auf Konzessionen eingehen. Gegenwärtig werden Verhandlungen mit Sinclair geführt, und es ist eine Revision der Urqhart-Frage möglich. Jedesmal aber, wenn wir mit irgendeinem großen Konzessionsausbeuter zu tun haben, müssen wir, glaube ich, an diese grundlegende Einstellung des Genossen Lenin und der Zentrale denken. Gewiß ist es möglich, daß die Wiederherstellung unserer Wirtschaft schneller vor sich gehen wird, wenn auf einmal ein starker Zustrom ausländischen Kapitals einsetzen wird. Die „kleine" Frage besteht hier aber darin, ob dies unserer Wirtschaft im Klassensinne zum Nutzen gereichen wird, ob es das spezifische Gewicht unserer sozialistischen Wirtschaft steigern oder auf einmal und im höchsten Grade die Nep stärken wird. Diese „kleine" Frage scheinen manche unserer Genossen zuweilen zu vergessen. Sie ist aber die grundlegende Frage unserer internationalen Politik. Es ist nicht so wichtig, ob man uns jetzt de jure anerkennen wird oder nicht. Es ist nicht wichtig, wie wir gegenüber Macdonald oder Poincaré oder einem anderen Vertreter der westeuropäischen Bourgeoisie manövrieren werden, denn wir werden es schon irgendwie fertig bringen. Nicht mit Einzelfragen will ich hier unsere Parteikonferenz beschäftigen. Durch diese grundlegende Knotenfrage **wird aber tatsächlich das Schicksal unserer internationalen Politik bestimmt.** Zweifellos setzt eine gewisse neue Phase in den westeuropäischen Staaten ein. Das Kräfteverhältnis hat sich so gestaltet, daß sie bereit sind, uns de jure anzuerkennen und in sachliche Beziehungen mit uns zu treten. Unsere Partei muß eine Antwort darauf erteilen, ob sie der Ansicht ist, daß wir im Zusammenhange mit diesem neuen Abschnitt in der internationalen Politik den Weg beschreiten müssen, den die Genossen Radek, Krassin und andere empfohlen haben — oder ob wir den alten Weg gehen müssen. Das ist keine geringfügige Frage, sie ist vielleicht sogar wichtiger als die an und für sich äußerst wichtige Frage der innerparteilichen Demokratie. Denn von dieser Frage hängt tatsächlich das Verhältnis der Klassenkräfte in unserem Lande ab, denn von ihr ist das Schicksal der Nep abhängig. Und da unsere Kaders der Ausartung in der Richtung des bürgerlichen Wesens beschuldigt wurden, scheint mir angesichts dieser Vorschläge der „Opposition" die Frage völlig berechtigt: Mit wem geht hier eine Wandlung vor und in welcher Richtung? (Beifall.) Mit uns, „Orthodoxen" der Partei, wenn wir sagen, daß wir uns in dieser Frage an die alte Linie halten müssen oder mit jenen, die das Gleichgewicht verlieren und sagen, daß wir unsere internationale Politik im Sinne größerer Zugeständnisse an die westeuropäische Bourgeoisie jetzt revidieren müssen? Ich glaube, daß uns die Konferenz zusammen mit der Zentrale sagen wird: **Keinen Schritt weiter auf dem Gebiete von Zugeständnissen!** Für die Anerkennung de jure wollen wir mit keinerlei materiellen Gütern zahlen. Was heißt eigentlich die Anerkennung de jure? Denkt Euch nur, sie anerkennen im siebenten Jahr, daß wir bestehen! Das wird natürlich gewisse Vorteile mit sich bringen. Hat aber je einer so was gehört, daß wir dafür mit Bargeld, mit Flachs und Getreide zahlen sollen? Für wen halten sie uns denn? Wir haben den Handel noch nicht ganz gut erlernt, verstehen aber jedenfalls soviel vom Geschäft, um zu sagen: „Dafür wollen wir weder mit Getreide noch mit Gold zahlen." Wenn sie uns neue Kredite geben wollen, so sind wir bereit, über Kompensationen zu reden. Wir wissen, daß sie nicht unseren schönen Augen zu Liebe uns Kredite geben werden. Wir denken aber stets daran, daß wir zwar langsam, aber mit eigenen Kräften anfangen, das Land aus der Lage, in die es geraten ist, hinauszubringen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Rußland mit seinen „jämmerlichen" Hilfsmitteln — unsere Hilfsmittel sind nicht gar so jämmerlich, wir sind eines der reichsten Länder, Genosse Krassin — den Weg zur allseitigen Entfaltung seiner Kräfte erreichen wird. Hierin wird uns nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Bauer gut begreifen, und es wird eines der Kettenglieder unseres Zusammenschlusses zwischen Arbeitern und Bauern sein, wenn wir das sozialistische Vaterland dem ausländischen Kapital **nicht** ausliefern werden. Das ist eine Meinungsverschiedenheit, die, wenn die Genossen auf ihrem Standpunkt nicht beharren werden, eine Episode bleiben wird. Wir werden dann sagen: Ihr habt Euren Fehler zugegeben, und wir werden mehr Freude an einem reuigen Sünder haben als an zehn Gerechten. Werden sie aber fortfahren, sich an diesen Fehler zu klammern und versuchen, daraus eine Plattform zu machen, so wird das ein Fehler sein, der in gerader Linie rechts von der Partei wegführt

Mich dünkt, daß die Erörterung der Frage auf unserer Konferenz im gegenwärtigen Augenblick dazu führen muß, daß die Konferenz im Namen der Gesamtpartei und der Zentrale erklären soll, daß wir in dieser Frage den Weg Radeks und Krassins nicht gehen werden, daß dies ein Fehler wäre, daß kein Anlaß vorliegt, unsere Politik hier einer Revision zu unterziehen, denn das wäre nicht nur eine Revision auf dem Gebiete der internationalen Politik, sondern auch in bezug auf die Nep im allgemeinen.

Die Politik der KI.

Nun, Genossen, zur zweiten Frage! In der Komintern ist während dieser Zeit viel Neues vorgefallen. Die Spaltung in der **Norwegischen Partei**: Wir mußten einen ganzen großen Flügel, einen sozialdemokratischen, der sich lange Zeit hindurch kommunistisch nannte, abschneiden. Ein ernster Konflikt in der **schwedischen Partei**, der jetzt — wie es scheint — überwunden wird; eine schwere Lage in der **italienischen Partei**, die ihre schwere Krise noch nicht überwunden hat; in **Bulgarien** ein großer Fehler im Sommer, nachher der bewaffnete Aufstand, der unsere Partei zum ersten Male dem Kreuzfeuer des Gegners ausgesetzt hat und der dort zum ersten Male eine wirklich Kommunistische Partei geschaffen hat; eine sehr große Bewegung in **Polen**, die uns gezeigt hat, daß wir in Polen in eine neue Phase der Entwicklung treten.

Die deutsche Frage.

Es versteht sich aber von selbst, daß die deutsche Frage von größter Wichtigkeit ist. Auf unserer Herbstkonferenz haben wir das Vorhandensein einer ernsten politischen Krise in Deutschland festgestellt. Unsere Opposition hat oft darüber gespottet, daß wir über diese Frage nicht allzuviel gesprochen haben. Das war für sie ein Beweis dafür, daß unsere Partei aus „Schweigern" besteht, daß das Leben in der Partei erloschen ist usw. Ich denke, daß sie das innere Wesen einer bolschewistischen Partei sehr schlecht kennen, wenn sie die Sache in dieser Weise erklären und einschätzen. Ich sage nicht, daß in der Partei alles in der besten Ordnung war, aber wenn auf unserer Herbstkonferenz angesichts der ungeheuer wichtigen Ereignisse vollkommene Einmütigkeit unter uns geherrscht hat, dann habe ich den Mut, Euch, Genossen, aus der „Opposition", zu versichern, daß diese Einmütigkeit nicht darauf beruhte, daß wir etwa „Schweiger" sind, sondern daß sie dem Wesen der bolschewistischen Partei entsprang. Die Partei hat begriffen, daß eine Situation entstanden ist, die man nicht anders einschätzen konnte, als eine revolutionäre Situation mit sehr großen Aussichten auf Erfolg. Die Partei hat begriffen, daß es sich, wenn ein solcher Augenblick gekommen ist, nicht nur darum handelt, Reden in die Luft zu sprechen, und eine große Diskussion vom Stapel zu lassen, sondern darum, die der Gesamtlage entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen. Mir scheint, gerade darin findet unsere damalige Stimmung ihre Erklärung. Alle haben wir die Lage in der Weise eingeschätzt, daß die Revolution in Deutschland eine Frage von Wochen ist. Alle Nachrichten unterstützten diese Annahme. Die pessimistischsten Ansichten unterschieden sich von den optimistischsten nur darin, daß die pessimistischen Genossen die Revolution zwei, drei oder vier Wochen später erwarteten.

Das waren also die großen Differenzen. Manche Genossen sagten: „Es ist eine Frage von Tagen"; andere behaupteten: „Zwei, drei oder vier Wochen später werden wir eine solidere Mehrheit in den Arbeitermassen haben, und dann werden wir obenauf sein." Charakteristisch für die Sachlage war der Riesenstreik im August: starkes Schwanken in den Reihen unserer Gegner, in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie. Die Kommunistische Partei wurde durch eine revolutionäre Welle von einer Höhe emporgehoben, wie wir sie in Deutschland noch nie erlebt haben. Das Kleinbürgertum begann auf die Seite der Kommunistischen Partei zu treten. Die Bauernschaft war schwankend geworden, die Mark entwertete sich in katastrophaler Weise, die Bourgeoisie verlor den Kopf, rote Hundertschaften wuchsen überall in den Betrieben, die Betriebsrätebewegung erstarkte — mit einem Worte, das typische Bild einer wirklichen vorrevolutionären Krise stand vor uns. Darum gab es nur eine Frage: Was ist eine bolschewistische Partei nach zwei Jahren neuer Wirtschaftspolitik, wie wird sie handeln? Wird sie zögern, wird sie diskutieren, wird sie den Überklugen, die in diesem Augenblick sagen: „Wir dürfen nicht riskieren," die Führung überlassen, oder wird die russische Partei als die wichtigste Partei der Kommunistischen Internationale auf ihrem Posten sein und die ganze Last der Verantwortung auf sich zu laden wagen?

Ich weiß, daß eine große Enttäuschung unvermeidlich war, als der Sieg der Revolution ausblieb. Man sagte uns: Ihr habt uns ja die Revolution „versprochen" — wo ist denn Eure Revolution geblieben? Eine solche Stimmung hat es unter den Arbeitermassen gegeben, und zwar aus vollkommen erklärlichen Gründen. Aber ich denke, Genossen, daß sowohl das ZK. wie auch die Komintern Euch sagen müssen, daß wir, wenn sich ähnliche Fälle wiederholen, unter denselben Verhältnissen ebenso handeln müssen. Wir haben uns hier im Tempo der Ereignisse geirrt, worin sich Marxisten schon sehr oft geirrt haben, Marx selbst nicht ausgeschlossen. Was Wunder, wenn auch wir, die Schüler von Marx, das Tempo der Ereignisse mit der deutschen, der französischen, der polnischen, der tschechischen und mit anderen Parteien, die mit uns zusammen die Beschlüsse faßten, irrtümlich beurteilen?

Aber im wesentlichen haben wir uns ebensowenig geirrt wie die Bolschewiki nach der Niederlage des Dezemberaufstandes im Jahre 1905, als sie im Gegensatz zu den Menschewiki sagten: „Die zweite Revolution wird kommen"! — und sie kam.

In der Frage des Zeitpunktes hat sich Lenin damals geirrt. Er hat den Beginn des Aufstandes für das Frühjahr 1916 „festgesetzt" und dann mußte dieser auf den Spätsommer „verlegt" werden. „Nach der Beendigung der Feldarbeiten" — sagte Wladimir Iljitsch — „wird der Bauer beweglicher sein." Aber der Aufstand kam auch im Spätsommer nicht, sondern erst nach vielen Jahren. Die Menschewiki haben natürlich über die nicht eingetroffene „Prophezeiung" viel gespottet. In der Zeitfrage haben sich die Marxisten und auch Marx selbst nicht selten geirrt, weil wir über kein solches Instrument verfügen, das es uns ermöglichen würde, in dieser Frage jeden Irrtum zu vermeiden. Aber in der Haupteinschätzung der Klassenkräfte und darin, daß eine zweite Revolution unvermeidlich ist, hat sich der Bolschewismus nicht geirrt, und in dieser Frage hat sich auch die Kommunistische Internationale nicht geirrt. Die zweite Revolution in Deutschland ist unvermeidlich, und die Zeit, die uns von ihr trennt, ist nicht allzu lang.

Genossen, Ihr werdet ohne weiteres verstehen, daß nach dem Mißerfolg, nach dem kampflosen Rückzug eine mehr oder minder ernste Krise der Partei, eine mehr oder minder gründliche Umwertung der Werte unausbleiblich ist. Gerade in einer solchen Zeit kann man den wirklichen Revolutionär erkennen. Jene, die nur zufällig zur Partei kamen, werden in einer solchen Zeit von einer Panik ergriffen, sie schwenken nach der äußersten Linken oder äußersten Rechten ab, demoralisieren die Partei; es gibt Heulen und Zähneklappern, eine Jeremiade. Der eigentliche Kern der Partei wird gerade durch solche Ereignisse gestählt. In der deutschen Partei gibt es gegenwärtig in diesem Sinne schwere Meinungsverschiedenheiten, und mit der KPD. muß sich auch das EK. der Komintern und auch das ZK. unserer Partei über diese Meinungsverschiedenheiten Klarheit verschaffen.

Ich kann mich hier nicht auf alle Einzelheiten einlassen — das wird von mir auch nicht gefordert — ich will nur den Kern der Streitigkeiten skizzieren, um so mehr, da diese Streitigkeiten wiederum mit unseren inneren Streitigkeiten in enger Beziehung stehen, und sehr stark an die Streitigkeiten mit unserer „Opposition" erinnern.

Ich weiß nicht, Genossen, wie es bei Euch in der Provinz war, aber in Moskau war es so, daß die Frage der deutschen Revolution, die Frage über die Kommunistische Internationale und über die Führung der Kommunistischen Internationale keine unwesentliche Rolle in diesen Diskussionen spielte. Die Genossen aus der „Opposition" haben auf allen Versammlungen außer tausend und einem Vorwurf gegen das ZK. auch noch dem EK. der Komintern vorgeworfen, daß es die deutsche Partei, die deutsche Zentrale zugrunde richtet. In dieser Hinsicht hat sich besonders Genosse Radek hervorgetan.

Ich muß Euch erklären, Genossen, daß für unsere Ansichten, besonders in der deutschen Frage, in Wirklichkeit das ganze ZK. der RKP. und darüber hinaus das ganze Politische Büro die Verantwortung trägt. Diese Frage berührt Rußland sehr nahe. Schon darum waren die Vertreter unserer Partei in der Komintern gezwungen, jede Frage dem Politischen Büro zu unterbreiten, außerdem aber war eine solche Haltung auch infolge der Lage in unserer Partei notwendig. Solange Genosse Lenin unmittelbar an der Arbeit teilnahm, war es bei uns üblich, daß wir, die Funktionäre der Komintern, die Richtlinien unmittelbar festsetzten und uns nur mit dem Genossen Lenin persönlich berieten. Das ganze ZK. war dann der Ansicht, daß sich die Sache infolgedessen auf dem richtigen Geleise befindet. Als dies nicht mehr möglich war, mußten wir auf diesem Gebiete die Führung Iljitschs durch eine kollektive Führung ersetzen. Darum mußten die Vertreter des ZK. und der Komintern die Frage der deutschen Revolution in allen ihren Einzelheiten im Politischen Büro beraten, was wir auch getan haben. Der größte Teil der Beschlüsse wurde einstimmig gefaßt. Sie sind daher kollektive Beschlüsse, für die wir die Verantwortung tragen. Das bedeutet natürlich nicht, daß mich persönlich keine große Verantwortung trifft. Selbstverständlich trage ich persönlich aus begreiflichen Gründen eine noch größere Verantwortung.

Worin bestanden unsere Meinungsverschiedenheiten? In der Partei wurden einige unrichtige Angaben verbreitet, die ich zu widerlegen genötigt bin. Es sind Gerüchte im Umlauf, das EK. der Komintern hätte beschlossen, den Aufstand in einer bestimmten Frist herbeizuführen, und sie hätte diese Frist der deutschen Partei aufgezwungen. Ich behaupte entschieden, daß der deutschen Partei die Lösung dieser Frage selbst anheim gestellt wurde. Das war unser Standpunkt.

Die zweite Frage, deren Klärung heute höchst wichtig ist, da sie Euch unmittelbar den Kern der Meinungsverschiedenheiten in der KPD. nahebringt, ist die sächsische Regierungsfrage. Wie war die Lage in Sachsen überhaupt? Im sächsischen Parlament gab es eine aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehende Mehrheit gegenüber der Bourgeoisie. Die Differenz betrug, wenn ich mich nicht irre, etwa sechs Stimmen zugunsten der Sozial-

demokraten und Kommunisten. Der rechte Flügel der KPD. machte einige Male den Versuch, eine Verständigung mit den Sozialdemokraten zu erzielen, und legal eine Regierung auf parlamentarischer Basis zu bilden. Das EK. der KI. war immer dagegen. Aber als wir die Ereignisse in der Weise einschätzten, daß die Krise eine Frage von Wochen ist, haben wir damals gesagt: Jetzt ist die Zeit gekommen, wo wir unter gewissen Bedingungen in die Regierung eintreten können, um Sachsen als Aufmarschgebiet zu benützen, von wo aus wir den Kampf um die Macht organisieren und entfalten können. Das war damals, als der General Müller zum Militärbefehlshaber in Sachsen ernannt wurde. Ich erinnere mich des Kronstadter Beispiels, im Jahre 1917, als die provisorische Regierung den Kadetten Pepeljajew zum Kommissar ernannt hatte, die eigentliche Macht sich aber in den Händen des Kronstädter Sowjets befand — wie sich damals der Kronstadter Sowjet gar nicht um Pepeljajew kümmerte, ihn verspottete, und wir ihn später zur rechten Zeit verhafteten! Uns schien es, daß die deutschen Genossen vor derselben Aufgabe stehen: sie treten in die Regierung ein, ignorieren den General, mobilisieren die Arbeiter zum Zusammenschluß mit den revolutionären Arbeitern des ganzen übrigen Deutschland, mit anderen Worten: wir betrachteten den Eintritt in die sächsische Regierung als ein Manöver, um einen Fußbreit Boden zu erobern, um die Ereignisse von dort aus zur Entfaltung zu bringen. Wir nahmen damals an, daß die Frage unseres Eintritts in die sächsische Regierung praktisch unter der Bedingung anzufassen ist, daß die Gruppe, die hinter der Regierung Zeigner steht, bereit sein wird, den Kampf gegen das weiße Bayern, gegen die Faschisten, wirklich aufzunehmen, die sofortige Bewaffnung von 50.000 bis 60.000 deutschen Arbeitern durchzusetzen und den General Müller zu ignorieren. Dasselbe war in Thüringen der Fall. Ihr seht jetzt, wie wir uns den Eintritt in die sächsische Regierung vorgestellt haben.

Wir haben uns die Sache keinesfalls als eine parlamentarische Kombination vorgestellt, sondern als ein Manöver zur Erreichung einer bestimmten Position. Die deutschen Genossen haben das für möglich gehalten.

Jetzt werden, wie Ihr wißt, Versuche gemacht, diese ganze Politik nachträglich zu revidieren, und man sagt, die Komintern wäre zu spät gekommen, man hätte die Vorbereitung um drei, vier Monate früher beginnen sollen. Ihr kennt die Broschüre des Genossen Trotzki „Der Neue Kurs", worin er sich auch mit der deutschen Frage beschäftigt. Er spricht direkt aus, der Fehler hätte gerade darin bestanden, daß, „wenn die Kommunistische Partei das Tempo ihrer Arbeit durch die vollständige Ausnützung der ihr durch die Geschichte zur Verfügung gestellten fünf bis sechs Monate zur Organisierung der politischen und technischen Vorbereitungen stark beschleunigt hätte, der Ausgang der Ereignisse ein anderer gewesen wäre als der, den wir im November wahrnahmen mußten". Eine solche Fragestellung ist überhaupt fruchtlos. Es versteht sich von selbst, daß wir, wenn wir die Vorbereitungen fünf Monate früher begonnen hätten, unter sonst gleichbleibenden Verhältnissen besser hätten vorbereiten können. Überhaupt, wenn das viele „Wenn" nicht wäre, so würden wir besser stehen — das ist eine billige Weisheit. Es ist jedoch nicht ohne Interesse, uns bei der Frage aufzuhalten, welcher Ansicht die führende Gruppe der Komintern gerade vor fünf bis sechs Monaten war. Im Juli setzte in Deutschland offensichtlich ein Umschwung ein. Die Zentrale der KPD., die das Ansteigen einer neuen revolutionären Welle spürte, erließ einen revolutionären Aufruf gegen die Faschisten. Die Zentrale der KPD. sprach im Namen der Partei offen aus, daß wir für jeden ermordeten Arbeiter zehn Faschisten erschlagen werden. Wer die Geschichte der KPD. kennt, der muß es verstehen, daß das der Anfang eines neuen Kapitels ist. Die Bewegung dehnte sich aus. Die Partei gewann einen immer größeren Einfluß. Und so beschloß sie, den Euch bekannten Antifaschistentag zu veranstalten. Das war ein außerordentlich großes Ereignis. Die sozialdemokratischen Arbeiter standen auf unserer Seite, und alle sahen in der KPD. den Sturmbock, der den Faschismus niederrennen wird, bevor er noch ganz erstarkt ist. In diesem Augenblick entstanden die ersten Meinungsverschiedenheiten innerhalb des EK. der Komintern. Genosse Bucharin und ich waren abwesend, wir wurden im EK. durch den Genossen Radek ersetzt. Genosse Bucharin und ich, als Mitglieder des EK. der KI., haben, als wir diesen Aufruf erhielten, an die KPD. ein Begrüßungsschreiben gesandt, worin wir erklärten, daß wir diesen Aufruf für großartig halten und die KPD. in ihrem Kampfe und in der Frage des Antifaschistentages wärmstens unterstützen. Genosse Radek begann gegen uns eine heftige Polemik. Er telegraphierte uns (mir und dem Genossen Bucharin) am 12. Juli (das Telegramm ist in meinen Händen), unsere Politik bedeute, daß die Komintern die KPD. einer Juliniederlage entgegentreibe, daß wir uns „unter dem Eindrucke der bulgarischen und italienischen Ereignisse befänden" und die Sache in Deutschland leichtfertig beschleunigen. Genosse Radek sandte am 26. Juli im Namen des Präsidiums der Exekutive ein Telegramm mit folgendem Inhalt ab: „Das Präsidium der Komintern schlägt vor, auf die Straßendemonstrationen am 29. Juli zu verzichten... Wir befürchten Rückschläge." Ein Teil unserer Genossen hat den Genossen Radek darin unterstützt.

Als Genosse Trotzki über seine Meinung befragt wurde, antwortete er, daß er sich der Stimme enthalte, da ihm das ganze Material nicht zur Verfügung stehe.

Die Meinungsverschiedenheiten hatten also folgenden Inhalt: Genosse Bucharin und ich sagten: Wir gratulieren zu diesem Schritt, und unterstützten diesen Beginn eines neuen Kapitels sehr. Radek beschuldigte uns, daß wir die Partei einer Juli-schlacht, daß wir die Partei neuen Niederlagen entgegentreiben. Radek beantragte, den Antifaschistentag abzublasen. Genosse Trotzki enthält sich der Stimme. Ich erzähle das nicht, um hieraus Vorwürfe zu schmieden. Man kann sich ja irren. Aber man soll dann nicht später kommen, dann den Gescheiten spielen und sagen, daß, wenn wir uns früher vorbereitet hätten, es besser gegangen wäre. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Oder man sagt uns, daß die Frage damals entschieden wurde, als die Ruhrkrise ausbrach. Man hätte schon damals sehen sollen, daß ein neues Kapitel beginnt! Wieder die Steine im Glashaus! Innerhalb der Komintern fanden zwei internationale Konferenzen über die Ruhrfrage statt, die eine in Essen, die andere in Frankfurt. Diese beiden Konferenzen betrachteten wir als den Beginn eines neuen Kapitels.

Die Exekutive der Komintern traf im Zusammenhang damit eine ganze Reihe von Maßnahmen. Warum hat Genosse Trotzki der Objektivität halber in seiner Broschüre nicht erwähnt, daß sich Genosse Radek, der diese Bewegung am besten kannte, der sich für den besten Kenner dieser Bewegung hielt und sich in der Tat an dieser Bewegung am meisten beteiligte — daß sich Genosse Radek am meisten von uns geirrt habe? Er hat die Partei an den Rockschößen zurückgehalten, als man sie in den Kampf hätte führen sollen.

*

Worin bestehen gegenwärtig die Meinungsverschiedenheiten in der KPD.? Die Genossen streiten darüber, ob der Rückzug notwendig gewesen ist oder nicht, oder wenn er notwendig gewesen ist, hätte er kampflos oder unter Kämpfen vollzogen werden sollen?

Genossen! Die Meinungsverschiedenheiten sind sehr groß. Uns, die zwei bis drei Revolutionen hinter sich haben, sind diese Meinungsverschiedenheiten sehr gut bekannt. Der beste Teil der deutschen Arbeiter ist sehr unzufrieden darüber, daß die Partei sich kampflos zurückgezogen hat, da der Kampfwille viel stärker war als während der ersten deutschen Revolution. Man muß die deutschen Genossen darüber erzählen hören, wie die Arbeiter die Straße beherrscht haben, wie die Hunderttausende zählenden Massen der Arbeiter bis zum nächsten Morgen nicht auseinandergingen, sich der Lastautomobile bemächtigten, wie sich Zehntausende von Frauen erhoben, wie sich im Ruhrgebiet die deutschen Frauen mit ihren hungernden Kindern den französischen Soldaten entgegenwarfen, wie die französischen Soldaten Gewehr bei Fuß standen und mit ihnen eine brüderliche Unterhaltung begannen und wie die Arbeiter ihren sozialdemokratischen Führern den Rücken kehrten und nur mit den Kommunisten gingen. Diese Erzählungen beweisen klar, daß in der Partei ein ungeheurer Aufschwung vor sich ging.

Nach der Oktoberberatung gaben sich die deutschen Genossen der Stimmung hin, daß der Kampf morgen entbrennt, daß sie morgen entweder siegen oder sterben werden. Daher verursachte der Rückzug eine große Depression und Enttäuschung, und dazu kam noch die schwere sächsische Prüfung. Ihr erinnert Euch, Genossen, an die Stellungnahme des EK. der KI. über den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung. Aber, Genossen, wie geschah es in Wirklichkeit? In Wirklichkeit kam es ganz anders. In die Regierung sind drei Mitglieder der Zentrale der KPD. eingetreten: Böttcher, Heckert und Brandler. Brandler bekam kein Ministerium, sondern die Leitung der Staatskanzlei. Wir haben uns alle vor Freude die Hände gerieben: Es gibt nichts Schlaueres als die KPD., sie sichert sich die Führung der Staatskanzlei. Brandler wird sie übernehmen und ihm wird

die Polizei und der ganze Apparat gehorchen. Aber wir haben uns sehr getäuscht; es gab da nichts Schlaues, sondern nur eine echt deutsche Verbeugung vor der Regierungskanzlei, wo, wie man glaubte, die Geheimnisse aller Geheimnisse verborgen sind, und man entsandte dahin den hervorragendsten Funktionär der Parteizentrale. Sie verbrachten in den Regierungsstellen ganze elf Tage, eigentlich nur neun Tage, weil sie ja während der letzten zwei Tage schon zwischen der Regierung und dem Gefängnis standen. Natürlich konnte man während elf Tagen wenig erreichen, und das EK. der KI. machte es ihnen natürlich nicht zum Vorwurf, daß sie sich während dieser Zeit nicht 60.000 Gewehre verschafft haben. Jeder Kampf kann mit einer Niederlage enden, besonders ein revolutionärer Kampf, und statt der 60.000 Gewehre kann man sehr leicht eine Kugel in den Kopf bekommen. Aber man muß sich immer so benehmen, wie ein Revolutionär sich benehmen soll. In Wirklichkeit haben sich aber unsere Genossen als Teilnehmer in einer gewöhnlichen Koalition gefühlt, die aus Kommunisten und Sozialdemokraten bestand. Sie sagten, daß „wir auf dem Boden der Verfassung stehen", daß „wir nur dem Landtag verantwortlich sind" und dergleichen.

Hier zeigten sich die alten sozialdemokratischen Traditionen. Bebel hat seinerzeit das reaktionäre Vorgehen der Regierung mit Erfolg dadurch enthüllt, daß er zeigte, die Regierung tritt die eigenen Gesetze und die eigene Verfassung mit Füßen. Damals war das eine revolutionäre Agitation. Wenn aber die Kommunisten, jetzt im Jahre 1923, die Bebelschen Töne anstimmen, wo General Müller mit seinen Truppen gegen sie marschiert, wenn sie in einem solchen Augenblick sagen, daß „sie auf dem Boden der Verfassung stehen", daß „sie nur dem Landtag verantwortlich seien", dann wird daraus eine banale Parlamentskomödie.

Diese Erfahrung öffnete uns die Augen über viele Schwächen der KPD., deren Vorhandensein wir auch schon früher vermutet, aber die wir mit besonderer Anschaulichkeit erst jetzt gesehen haben. Sobald wir sahen, welchen Verlauf die Ereignisse nehmen, schrieb das EK. der KI. an die KPD. einen vertraulichen Brief mit der Bitte, ihn an alle Mitglieder der Zentrale weiterzugeben. Wir waren mit dem Inhalt des Briefes einverstanden, mit uns auch Genosse Trotzki, der nur einige redaktionelle Änderungen beantragte. In diesem Briefe schrieb die Exekutive der Komintern folgendes:

„Aus Eurer Überschätzung des Grades der politischen, technischen Vorbereitung folgte unvermeidlich auch der politische Fehler. Wir, hier in Moskau, wie es Euch wohl bekannt sein muß, betrachteten den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung nur als ein militär-strategisches Manöver. Ihr habt diesen Eintritt in einen politischen Block mit der „linken" Sozialdemokratie verwandelt, die Euch die Hände band. Wir stellten uns die Sache in der Weise vor, daß der Eintritt in die sächsische Regierung die Eroberung eines Aufmarschgebietes bedeuten würde, um von da aus die Kräfte unserer Armeen zu entfalten. Ihr habt die Teilnahme am sächsischen Ministerium in eine banale parlamentarische Kombination mit den Sozialdemokraten verwandelt. Das Resultat war unsere politische Niederlage. Und was noch schlimmer ist, es ergab sich etwas, was sehr stark an eine Komödie erinnert. Eine Niederlage im Kampfe können wir ertragen, aber wenn eine revolutionäre Partei am Vorabend des Aufstandes geradezu in eine lächerliche Lage gerät, so ist das schlimmer als eine Niederlage. Die Partei hat im ganzen Reiche ganz und gar nicht eine Politik geführt, die den Auftakt zum entscheidenden Kampf hätte bilden können und müssen. Kein einziger entschieden revolutionärer Schritt. Keine auch nur einigermaßen klare kommunistische Rede. Kein einziger ernster Schritt, um die Bewaffnung der Arbeiterschaft in Sachsen vorwärtszutreiben, keine einzige praktische Maßnahme, um in Sachsen Räte zu schaffen. Statt dessen eine „Geste" von Boettcher, der erklärt hatte, daß er das Gebäude des Ministeriums nicht verläßt, so lange er nicht mit Gewalt entfernt wird. Nein, Genossen, so kann man eine Revolution nicht vorbereiten."

Genosse Radek begann, anstatt die deutsche Partei auf diesen Fehler aufmerksam zu machen, in seinen Artikeln den rechten Flügel der KPD. zu unterstützen, der diese opportunistische „sächsische" Politik verewigen will. Man darf, Genossen, natürlich diese Fehler nicht überschätzen. Die KPD. ist trotzdem eine der besten Sektionen der Komintern, eine mächtige proletarische Partei mit einigen hunderttausenden Arbeitermitgliedern, und sie wird die deutsche Arbeiterklasse zum Siege führen. Aber sie hat auch ihre Schwächen. In ihr stecken noch Überreste aus der II. Internationale. Und das ist auch natürlich: Wir sind ja im Schoße der II. Internationale entstanden. Die III. Internationale ist nicht vom Himmel gefallen, und Überreste der II. Internationale sind in allen Parteien vorhanden. Ja, man darf die Fehler nicht verbergen, auch in unserer Partei haben wir kleinbürgerliche Tendenzen, und was anderes ist das als eine Erbschaft der II. Internationale? Solche Überreste gibt es zweifelsohne auch in der deutschen Partei. Fehler kann man gutmachen, aber nur in dem Falle, wenn man die Fehler ausspricht, wenn man nicht in einen Vorzug verwandeln will, was ein offensichtlicher Fehler ist.

Radek nahm sich der Verteidigung des rechten Flügels der Partei an und begann eine ganze Philosophie zu konstruieren, um deren opportunistisches Verhalten rechtfertigen zu können. Worin kam dies zum Ausdruck? Nach der Niederlage fand eine Konferenz statt. Hier wurde eine Resolution angenommen, deren Kernpunkt folgender Satz war: „Der Faschismus hat über die Novemberrepublik gesiegt, besiegte jedoch nicht die Arbeiterklasse." Als wir diese Resolution gelesen haben, schien es uns, als ob das entweder ein literarischer Seitensprung oder Opportunismus ist. Es stellte sich heraus, daß es beides war. Das kommt oft vor.

Worin liegt nun in Wirklichkeit die Unrichtigkeit dieses Satzes? Vor allem gefällt uns schon das Wort „Novemberrepublik" nicht. Die erste deutsche Revolution brach im Monat November aus, und sie heißt daher Novemberrevolution. In einem Zeitungsartikel kann man natürlich dieses Wort gebrauchen, wie wir zum Beispiel von einer „Julimonarchie" sprechen, aber da, wo es sich um eine theoretische Analyse handelt, mit deren Hilfe wir die Perspektive für uns selbst und für die deutschen Arbeiter klären wollen, müssen wir eine solche Redewendung vermeiden. In diesem Falle wäre eine andere Redewendung angebrachter gewesen, die wir von Marx gelernt haben. Was ist Deutschland heute? Eine **bürgerlich-demokratische Republik**. Nach der Novemberrevolution nannte sie sich anfangs „sozialistisch", aber das war nur ein Betrug. Sie ist eine bürgerlich-demokratische Republik, das ist viel richtiger und klarer gesagt. Aber es handelt sich natürlich nicht um die Terminologie. Was bedeutet es: „Der Faschismus hat über die Novemberrepublik gesiegt, hat aber die Arbeiterklasse nicht besiegt"? Wir finden hier den Sinn nicht.

Welche Konsequenzen wurden hieraus gezogen? Man sagt uns, die Sozialdemokratie sei vom Faschismus besiegt. Dabei ist gerade diese Behauptung vollkommen unrichtig. Wenn die Sozialdemokratie im Kampfe besiegt worden wäre, hätten wir eine ganz andere Taktik befolgen müssen. Wir schlagen jetzt vor, mit den gegenrevolutionären Spitzen der deutschen Sozialdemokratie jede Unterhandlung zu unterlassen. Wenn aber der Satz wahr wäre, daß die deutsche Sozialdemokratie vom Faschismus besiegt wurde, so würde daraus im Gegenteil unsere Annäherung an die deutsche Sozialdemokratie folgen. Marx lehrte uns, daß wir, wenn kleinbürgerliche Parteien, im gegebenen Fall die sozialdemokratische Partei, gegen die Reaktion im Kampfe stehen, diese Parteien in diesem Kampf unterstützen müssen. Aber das ist ja das Entscheidende, daß die sozialdemokratische Partei eben nicht im Kampfe gegen die Reaktion stand.

Genosse Radek fragt: Wer herrscht denn heute in Deutschland? Und er anwortet: Der General — und zieht die Schlußfolgerung: Also haben die Faschisten die Sozialdemokratie besiegt. Wir sagen aber, das „also" ist hier durchaus nicht angebracht. Wer herrscht in Deutschland? Seeckt. Und wer nimmt an der Macht teil? Die deutsche Sozialdemokratie. Sind denn Ebert, der Reichspräsident, und Severing, der preußische Innenminister, nicht Sozialdemokraten? Aber nicht genug damit. Nicht nur die Spitzen der Sozialdemokratie sind an der Macht beteiligt. Wissen wir denn nicht, daß ein paarmal zehntausend, wenn nicht noch mehr einfache Mitglieder der sozialdemokratischen Partei als Bürgermeister, Polizeivorsteher usw. gleichfalls an der Macht beteiligt sind? Auch das ist ein Stückchen Macht. Ohne Zweifel. Die Sozialdemokratie ist auch weiter Teilhaber an der Macht geblieben. Hier liegt der Hund begraben. Seit fünf Jahren, seit der Novemberrevolution, herrscht in Deutschland der Block der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie. Innerhalb dieses Blocks ändert sich von Zeit zu Zeit das Kräfteverhältnis. Schon die bürgerliche Revolution in Deutschland ist gegen den Willen der Sozialdemokratie ausgebrochen. Sodann übernahm die Sozialdemokratie die Macht und begann die deutsche Revolution bergab zu führen, indem sie die Macht allmählich der Bourgeoisie zurückgab. Auch heute haben wir einen Block der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie vor uns. Die Sozialdemokratie ist auch heute noch eine mitregierende Partei in Deutschland, Genosse Radek!

Das entscheidet unsere Taktik gegenüber der Sozialdemokratie. Es handelt sich darum, daß die Sozialdemokratie selbst faschistisch geworden ist. Genossen, diese Erscheinung können

wir nicht nur in Deutschland wahrnehmen, sondern in der ganzen II. Internationale.

Sehen wir nun nach Italien! Nehmen wir die Partei Turatis. Turati ist schon seit 25 Jahren Opportunist. Aber konnte man vor zehn Jahren sagen, daß Turati etwa ein Sozialdemokrat von faschistischem Einschlag ist? Nein, er war Revisionist und gab eine schlechte Zeitung heraus. Jetzt ist er aber ein Sozialdemokrat mit faschistischem Einschlag, seine Partei ist ein Flügel des italienischen Faschismus. Oder denken wir an Bulgarien, an ein Land, das Euch bekannter ist. Nehmen wir die dortigen Menschewiki, mit Sakasow an der Spitze. Er ist seit 20 Jahren Opportunist. Aber konnte man vor zehn Jahren behaupten, daß Sakasow ein Sozialdemokrat mit faschistischem Einschlag ist? Plechanow schimpfte auf ihn wegen seines revisionistischen Standpunktes, wegen seiner „Kritik" am Marxismus. Und jetzt nimmt die Partei dieses Sakasow teil an der Regierung des Faschisten Zankow, läßt Kommunisten niedermetzeln usw. Dasselbe sehen wir in allen Parteien der II. Internationale. Dasselbe war auch in Deutschland der Fall. Jetzt müssen wir den Arbeitern sagen, daß die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist und dürfen nicht alles umdrehen und sagen, der Faschismus hätte die Sozialdemokratie besiegt, aber nicht die Arbeiter.

Hieraus entspringen zwei taktische Schlußfolgerungen. Wenn die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist, dann muß man sie an der Kehle packen, dann muß man auf jede Verhandlung mit ihren Spitzen verzichten, dann müssen wir sie als Leute betrachten, die jenseits der Barrikade stehen. Worin besteht das Neue in der internationalen Arbeiterbewegung? Darin, daß die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist. Der Faschismus ist heute eine Mischung der schwarzen Reaktion und der sozialen Demagogie, der direktion Reaktion der Gutsbesitzer und der Aufpeitschung der Instinkte der besitzlosen Volksschichten. Wir sehen das an dem Beispiel von Mussolini und an anderen. Darum fällt es der Sozialdemokratie leicht, sich mit dem Faschismus zu paaren. Das muß den deutschen Arbeitern erklärt werden.

Die deutsche Sozialdemokratie ist ein Teil des gegenwärtigen Regierungsblocks, trotzdem dort Generale an der Macht sind. Ihrem Typus nach unterscheidet sich die deutsche Republik heute schon nicht mehr allzusehr von jeder anderen bürgerlichen Republik, zum Beispiel der französischen. Wozu eine Terminologie gebrauchen, die die bürgerliche Presse Euch gelehrt hat? Wozu von einer Novemberrepublik sprechen? Benützet die marxistische Terminologie: bürgerliche Demokratie, dann werdet Ihr den Arbeitern sagen können, was wirklich ist, daß Deutschland, im Grunde genommen, eine ebenso bürgerliche und ebenso reaktionäre Republik ist wie Frankreich.

Die Sozialdemokratie ist ein Flügel des Faschismus und hieraus entspringt unsere Tatkik. Genosse Radek sucht auch Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Faschismus. Allerdings gibt es solche, und sie haben auch eine gewisse Bedeutung. Aber durch ihre Überschätzung gibt Radek der ganzen deutschen Partei eine falsche Orientierung. Hieraus folgt, daß er jene himmelschreiende Geschichte rechtfertigt, die in Sachsen vor sich ging, und die nichts anderes ist als ein Symptom des Opportunismus, und die wir als eine banale Parlamentskomödie einschätzen. Und er, Radek, verteidigt sie. Das sind in kurzen Zügen unsere derzeitigen Meinungsverschiedenheiten.

*

Auf dem Boden dieser Ereignisse begann ein tiefer Differenzierungsprozeß in der Zentrale der KPD. Letzten Endes stellte es sich heraus, daß die deutsche Zentrale in ihrer Mehrheit dieselbe Linie einschlug, wie das EK. der Komintern. Es ergab sich folgendes Verhältnis. Zwei Genossen auf dem rechten Flügel — Brandler und Thalhaimer —; 15 Genossen im Zentrum, deren Stellungnahme im großen und ganzen mit unserem Standpunkt übereinstimmt, nur daß ihr Standpunkt weniger klar formuliert ist; der linke Flügel, der in der Zentrale über sechs, sieben Genossen verfügt und sich viel mehr mit der Vergangenheit beschäftigt, die alte Taktik als Ganzes verwirft, aber im wesentlichen letzten Endes doch unseren Standpunkt einnimmt. Gegenwärtig findet eine Konferenz statt.

Die Exekutive der Komintern wurde vor die Frage gestellt, welchen Rat sie der deutschen Partei jetzt geben soll. Die Exekutive schlug den Kurs ein, die Partei gegen die rechten Abweichungen zu kehren, gegen jene rechten Abweichungen, die dort nicht nur zufällig auch Genosse Radek vertritt und die bei uns hier zuweilen in „linker" Toga prangen. Die Exekutive schlug den Weg ein, die 15 Genossen der Mehrheit mit den linken Genossen zur Herstellung einer gemeinsamen Plattform zu bewegen. Genosse Radek machte alles mögliche und unmögliche, um die Komintern an der Durchführung dieses Beschlusses zu hindern. Er hat sich direkt geweigert, sich dem Beschluß des ZK. unserer Partei zu fügen, das unserer Delegation in der Exekutive gewisse Weisungen erteilte. Wir fragten ihn: Wirst du die Beschlüsse durchführen? Er antwortete: Nein, da ich vom internationalen Kongreß und nicht von euch gewählt wurde. Formell hat er recht. Wir sind alle vom internationalen Kongreß gewählt worden; aber es ist selbstverständlich, daß wir dort unsere Partei vertreten müssen. Wir nahmen einen Beschluß an, wie es Euch bekannt ist, demzufolge der Exekutive der Komintern mitzuteilen ist, daß Genosse Radek in dieser Frage nicht den Standpunkt unserer Partei vertritt. Die Genossen Trotzki, Radek und Pjatakow verfaßten Kontrathesen, mit denen sie sich, über den Kopf unseres ZK. hinweg, an die deutschen Genossen wandten, ohne sie auch nur nachträglich unserm ZK. zugestellt zu haben. Genosse Radek tat alles mögliche, um zu verhindern, daß die Exekutive sich mit der Mehrheit der Zentrale der KPD. in Verbindung setzt. Wir, die andern Mitglieder der Exekutive, machten zuerst einen Verständigungsversuch, wählten eine paritätische Kommission, um unsere Meinungsverschiedenheiten zu beheben. Die Genossen Radek und Pjatakow beantragten Korrekturen opportunistischer Art, die für uns unannehmbar waren. Wir mußten sie ablehnen. Wir versuchten also alles, um zu einer Verständigung zu gelangen, sie aber versuchten alles, um den Fraktionskampf in die Internationale hineinzutragen.

Aber ich bin doch glücklich, Euch sagen zu können, daß es uns trotz dieser Fehler, trotzdem Genosse Trotzki und Genosse Radek früher eine sehr große Autorität unter den deutschen Genossen hatten, schon gelungen ist, eine gemeinsame Resolution der Mehrheit und des linken Flügels der deutschen Zentrale über alle politischen Fragen zu erreichen. Gerade heute hat die Kommission ihre Arbeit beendet, und sie hat die wichtigste politische Resolution einstimmig angenommen. Noch vor einigen Tagen, im letzten Moment vor der Wahl der Kommission, versuchte Genosse Radek, zwischen dem linken Flügel und der Mehrheit der Zentrale der KPD. einen Fraktionskampf zu entfachen. Er spottete darüber, daß wir, die Exekutive der Komintern, zwischen dem linken Flügel und der Mehrheit der Zentrale eine „Ehe" zustandebringen wollen. Wir antworteten: Was ist Schlimmes daran, wenn wir zwischen der Mehrheit der Zentrale und dem linken Flügel, das heißt Hamburg und Berlin, wo sich die besten revolutionären Arbeiter befinden, ohne die in Deutschland keine Revolution möglich ist, eine sogenannte „Ehe" zustandebringen wollen? Trotz ihrer Schwäche in der Vergangenheit haben die Linken im allgemeinen die opportunistische Gefahr richtig gekennzeichnet. Und heute haben sie eine bessere Verbindung mit der Arbeiterklasse Deutschlands als die Rechten, von denen einige echte politische Bankrotteure sind. Nicht darin liegt das Schlimme, daß sich die Rechten geirrt haben, sondern schlimm ist, daß sie ihre Fehler nicht einsehen wollen, was auch bei unserer Diskussion der Fall war.

Die Taktik der Einheitsfront.

Die Politik der Exekutive der Komintern besteht darin, die deutsche Partei nach links zu orientieren und sie gegen die opportunistischen Gefahren einzustellen. Genosse Trotzki hat hier recht, wenn er schreibt, daß man im Jahre 1921 die deutsche Partei ein wenig nach rechts orientieren mußte, als sie sich im März 1921 den Kopf einrannte, und daß die Partei jetzt aus Passivität fortfuhr, die Gefahr links zu sehen. Jetzt ist die Zeit da, wo die Gefahr von rechts kommt. Das ZK. und die Komintern haben das schon angekündigt. Wir setzten im wesentlichen eine Verständigung des Hauptkerns der deutschen Partei mit den Vertretern der großen linken proletarischen Organisation durch, die bisher gegenüber einzelnen Vertretern jener Rechten, die unlängst erst den sächsischen Fehler begangen haben und diese offensichtlich sozialdemokratischen Fehler für reines Gold des wissenschaftlichen Kommunismus hinzustellen versuchten, voller Mißtrauen waren. So steht die Sache, Genossen. Zum Schluß will ich noch darauf hinweisen, daß offensichtlich auch in der Frage über die Einheitsfronttaktik Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Was ist die Einheitsfronttaktik? Wir wollen darüber nochmals eine genaue Formulierung geben. Von unserem Gesichtspunkt aus ist die Einheitsfronttaktik nichts anderes, als eine Methode der revolutionären Agitation und der Mobilisierung der Massen in jenem Stadium der Bewegung, wo wir noch in der Minderheit sind, wo das Kapital noch angreift, wo wir

uns verteidigen, wo die Sozialdemokraten noch stark sind usw. Wir sagen, daß dies eine Methode der. Agitation und der Organisation ist und nichts anderes. Wer da sagt, daß das etwas anderes bedeutet, der reicht den Sozialdemokraten einen Finger. Radek und der rechte Flügel der KPD. gehen gerade davon aus, daß die Einheitsfronttaktik auch etwas anderes bedeutet, etwas mehr als eine Methode der Agitation und Organisation. Sie sprechen den Gedanken nicht ganz aus. Aber sie denken, daß die Einheitsfronttaktik eine Regierungsbildung mit der SPD. bedeutet, daß das eine ganze Etappe ausfüllen könne, daß eine Art von Bündnis zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten auf der Grundlage der „Demokratie" möglich sei usw. Das eine bringt das andere mit sich. Hieraus entsteht die Ansicht, daß die Sozialdemokratie vom Faschismus besiegt sei.

Radek wendet ein, daß auch er auf die Sozialdemokraten schimpft. Nicht das Schimpfen ist aber das Entscheidende, sondern die Einschätzung, die Klassenanalyse. Es ist nicht notwendig, daß Ihr allzusehr auf die Sozialdemokratie schimpft, Ihr müßt nur sagen, daß sie jetzt an dem faschistischen Block teilnimmt, anstatt daß Ihr jetzt sagt, daß sie besiegt ist, daß sie dem Faschismus zum Opfer gefallen ist, dann habt Ihr eine andere Perspektive vor Euch. Hieraus ergibt sich auch der unrichtige Standpunkt über die Einheitsfronttaktik.

Bisher hat hier eine Unklarheit geherrscht. Jetzt muß klar Stellung genommen werden. Unser Standpunkt in der Exekutive besteht darin, daß die Einheitsfronttaktik nichts anderes ist, als eine Methode der Agitation und der Mobilisierung, eine Methode der Manövrierung in einer Lage, wo wir von Sozialdemokraten umgeben sind, nicht aber irgendeine demokratische Koalition mit der Sozialdemokratie auf parlamentarischer Grundlage. Aber man muß sich über diese Frage klar aussprechen. Genosse Radek drohte damit, daß hieraus in der Kommunistischen Internationale eine Krise entstehen werde. Ich glaube, daß dies nicht der Fall sein wird; wenn es aber unvermeidlich sein sollte, dann müssen wir sagen — je schneller desto besser. Wir müssen in der Kommunistischen Internationale diese Frage klarstellen, unsere Partei muß sich darüber aussprechen und auf Grund ihrer Erfahrungen den Arbeitern anderer Länder den Weg weisen.

Das wären also unsere Meinungsverschiedenheiten. Ihr seht demnach, daß sich der Kampf teilweise auch auf die Linie der Komintern ausdehnte, daß man in der Komintern versuchte, gegen die Linie unserer Partei eine Front aufzurichten. Genosse Radek erklärte in Moskau vor Studenten, daß das ZK. durch die Exekutive der Komintern die deutsche Partei zugrunde richte. Wir, als begeisterte Internationalisten, würden schonungslos gegen ein solches Zentralkomitee vorgehen, das es wagen würde, sich gegenüber einer Bruderpartei, die von ihm Führung erwartet, nachlässig zu verhalten. Man sollte uns die Haut über die Ohren ziehen, wenn wir in dieser Frage wirklich einen Fehler zugelassen hätten. Aber es handelt sich darum, daß auch in dieser Frage die Rollen wieder so fatal verteilt sind, daß jene Genossen, die das ZK. der Entartung beschuldigten, in Wirklichkeit sich selbst hinter den Rockschößen jenes rechten Flügels verstecken, der in der eigenen Zentrale nur zwei von 25 Stimmen erhielt. Es stellte sich heraus, daß sie in dieser Frage wieder auf dem rechten Flügel stehen und nicht dort, wo wirkliche Marxisten und Bolschewiki stehen sollen.

Die Komintern befindet sich natürlich in einer schweren Lage. Nach einer Niederlage muß die Arbeiterklasse stufenweise zum Siege geführt werden. Wir sind davon überzeugt, daß die letzten Ereignisse in Polen, Deutschland und Bulgarien trotz allem den Anfang einer neuen Welle der internationalen Revolution bedeuten, die vielleicht diesmal noch abflauen, dann aber wieder aufsteigen wird. Aber das sind Ereignisse von größter Wichtigkeit.

Die Regierung Macdonald wird auch eine „Arbeiterregierung" sein, und die Arbeiter werden daraus lernen. Die Komintern erfüllt zweifelsohne ihre historische Mission, wenn sie nicht zuläßt, daß nach solchen Methoden gehandelt wird, wie wir es hier vom Genossen Radek sehen, wenn sie nicht zuläßt, daß die Fraktionsmethoden in internationalem Maßstabe in unsere Organisationen hineingetragen werden. Nicht jede Kommunistische Partei hat einen solchen Parteiapparat wie wir. Sie haben kein so hartes Gerippe wie wir. Ich denke, es ist jetzt schon klar genug, daß der, der uns, unsern Apparat angreifen will, nicht mit heiler Haut davonkommen wird. Unsere jungen Bruderparteien sind noch nicht so gestählt, sie haben noch keinen so festen Apparat und keine solche Führung wie wir, und dort kann man natürlich viel Unheil anrichten. Für diese Parteien tragen wir eine große Verantwortung. Bedenkt es, Genossen, daß, wenn Ihr in Orenburg oder Jekaterinenburg lebt, so tragt Ihr auch dort einen Teil der Verantwortung für die ganze Kommunistische Internationale, für diese größte Arbeiterorganisation der Welt. Und es ist keineswegs leicht, in Abwesenheit Iljitschs für die Arbeit dieser Organisation die Verantwortung zu tragen. Und ich glaube, daß wir in dieser Frage besonders unversöhnlich und besonders „hartnäckig" vorgehen müssen, wie es den Bolschewiki, den Schülern Lenins, geziemt. Wir müssen, Genossen, energisch zum Ausdruck bringen, daß wir uns hier keine Späße gestatten, daß wir nicht erlauben, die kommunistischen Bruderparteien zu belästigen, daß wir nicht erlauben, die internationale Disziplin zu verletzen, daß wir nicht erlauben, den Fraktionskampf in die Internationale, in die Reihen der internationalen Organisation des Proletariats hineinzutragen. Wir müssen zeigen, Genossen — und darin werden mit uns alle Parteien der Komintern einverstanden sein — daß wir trotz allem auch weiterhin mit fester Hand die Kommunistische Internationale führen werden, und sollten sich Genosse Radek und andere Genossen rechtsgerichtete Seitensprünge erlauben, so werden wir solche Leute rasch auf den richtigen Platz stellen können. Gegenwärtig muß die Komintern als Ganzes, muß insbesondere aber die KPD. ihre Kräfte gegen die rechten Fehler konzentrieren, Fehler, wie sie im Vorschlag des Genossen Radek enthalten sind.

Jene Genossen, die nicht nur die Revolution von 1917, sondern auch von 1905 durchmachten, wissen, wie wir dieser Meinungsverschiedenheiten Herr werden können, in welcher Linie sich diese Meinungsverschiedenheiten bewegen. Denkt daran, wie Martow Differenzen suchte zwischen den Kadetten und den Oktobristen, zwischen Miljukow und Gutschkow. Solche Differenzen gab es ja natürlich, aber das waren nur Detailfragen und Nuancen. Martow verlor sich in den Versuchen, die Taktik der Partei auf diese feinen Differenzen aufzubauen, ebenso wie sich auch Radek darin verliert. Außer Gutschkow und Miljukow war noch Purischkewitsch da — es bestand noch der „Verband des russischen Volkes" —: das waren die Keime des russischen Faschismus. Seine schwarzen Hundert waren die Kampforganisationen des russischen Faschismus. Sie hatten Anhang in den Massen, sie hatten Anhang im Dorfe, sie hatten eine Zeitlang Hausknechte, Droschkenkutscher, Köchinnen — mit einem Worte kleine Leute hinter sich. Wir erinnern uns noch sehr gut daran, daß Genosse Lenin zur Zeit des Dezemberaufstandes, als die Hausknechte, die kleinen Leute hinter unseren Kämpfern standen, dies uns als unsere größte Errungenschaft anrechnete. Radek hat Recht, daß man versuchen muß, diese kleinbürgerlichen Schichten dem Einflusse des deutschen Faschismus zu entziehen. Wir stimmen darin mit ihm überein. Aber man muß sich darüber ganz klar sein, daß wir unsere Taktik dennoch nicht auf die Gegensätze zwischen den Dynastien der Wittelsbacher und der Hohenzollern aufbauen dürfen, wie das Genosse Radek in seiner Resolution erklärt. Es gibt unter ihnen natürlich Meinungsverschiedenheiten, wie es solche auch zwischen der Bande des N. N. Romanow und der Bande Nikolaus II. gab; aber die Taktik einer proletarischen Partei darf keineswegs darauf beruhen. Ich glaube, daß unser einmütiger Beschluß darin bestehen muß, die deutsche Partei zu stärken. Die deutsche Partei schenkt schon heute dem Märchen, daß es in der RKP. eine große Krise gäbe, keinen Glauben. Einige deutsche Genossen, die hier einige Wochen verbrachten, haben wohl etwas gelernt. Ihre Zentrale hat etwas gelernt. Als sie sahen, wie unser ZK. um Moskau kämpfte, als die Anhänger der „Opposition" es ihm entreißen wollten, sagten die Genossen: Wenn wir eine solche Zentrale hätten, so hätten wir es nicht schlecht. Ich glaube, Genossen, daß diese Erfahrung für sie von großem Nutzen sein wird.

Wir betrachten es als ein gutes Vorzeichen für die KPD., daß es ihr mit Hilfe der Exekutive der KI. gelungen ist, eine einheitliche politische Plattform zwischen der Mehrheit der Zentrale und den linken Vertretern der Hamburger, Berliner und der Rheinischen Organisation zu finden. Diese Plattform wird sich jetzt unter der Kontrolle der Komintern wahrscheinlich auch auf dem nächsten Parteitag der KPD. durchsetzen. Sie stellt die Reihen der KPD. gegen die opportunistischen Abweichungen um. Wir halten das als ein glückliches Vorzeichen für die KPD., die, was man auch sagen möge, trotz all ihrer

Fehler, eine starke Partei ist, aber vor ungeheuren Aufgaben steht.

Die Komintern begründet jetzt ihre Taktik in Deutschland — auf Grund bitterer Erfahrungen — auf zwei Möglichkeiten: auf die Möglichkeit einer rascheren Entwicklung der Ereignisse, vielleicht schon in diesem Winter, oder auf die Möglichkeit einer längeren Windstille.

Ihr erinnert Euch daran, Genossen, daß die Bolschewiki nach dem Jahre 1905 fast anderthalb Jahre lang nicht wußten, in welcher Richtung sich die Ereignisse entwickeln, ob in der Richtung einer längeren Epoche der Konterrevolution oder in der Richtung eines neuen raschen revolutionären Aufschwunges. Wir konnten erst im Jahre 1907 die Lage richtiger einschätzen und dann auch nur mit Schwankungen.

Es ist begreiflich, daß wir auch für Deutschland nicht voraussagen können, wohin dort die Ereigeisse führen — auf eine unmittelbare Entspannung oder auf eine kürzere oder längere Windstille. Alles spricht hier für eine kürzere Dauer der Windstille, wie es bei uns war. Wir sind natürlich keine Geschichtsschreiber, sondern eine lebendige politische Partei, und dieses Kräfteparallelogramm hängt auch von uns ab.

In dieser Hinsicht — was die KPD. betrifft — dürfen wir unseren Genossen aus der Oppostion am wenigsten leichtsinnige Spässe erlauben. Was man auch sonst sagen möge, so steht die KPD. kraft ihres historischen Schicksals auf dem Vorposten der internationalen Revolution.

Natürlich hat der Beschluß unserer Partei im gegenwärtigen Augenblick eine viel größere Bedeutung als je vorher. Die rechten Abirrungen in der deutschen Partei wird die Exekutive der KI. sehr schnell überwinden, trotzdem die Genossen, die diese rechten Abirrungen verschuldet haben, in der Person des Genossen Radek und zum Teil auch des Genossen Trotzki eine Unterstützung bekamen. Wir hoffen, daß Genosse Radek seinen Fehler noch einsehen wird, und das wird natürlich der beste Ausweg sein, sowohl für uns als auch für die KPD. und auch für ihn selbst. Sollte er aber diese Fehler nicht einsehen, so werden wir die Kraft, den Willen und die Geschlossenheit haben, trotz dieser Fehler jene Linie durchzuführen, die wir für die einzig richtige halten.

Schlußfolgerungen.

Indem ich nun, Genossen, die Schlußfolgerungen zusammenfasse, stelle ich fest, daß die Parteizentrale, die soeben einer so wütenden Attacke ausgesetzt war, und die, wie es scheint, diese Attacke ziemlich gut zurückwies, auch in dieser Beziehung eine völlig richtige Leninsche Linie verwirklicht hat.

Ihr seht Euch zwei Fragengruppen gegenüber: Fragen der internationalen Politik, unmittelbar verbunden mit Macdonald und Poincaré und mit dem Vorschlag Radeks und Krassins, neue Zugeständnisse zu machen; und eine andere Gruppe von Fragen auf dem Gebiete der Politik der KI., verbunden mit der äußerst großen und bedeutungsvollen Erfahrung, die die internationale Arbeiterbewegung in Gestalt der KPD. in den Monaten von August 1923 bis Januar 1924 erworben hat. Auf beiden Gebieten stehen wir unmittelbar vor Entscheidungen, die den Gang der Ereignisse für lange Monate, vielleicht Jahre bestimmen werden. Es versteht sich von selbst, daß wir alle diese Beschlüsse genau durchdenken und erwägen müssen, in allgemeinen Zügen ist aber die Entscheidung schon vorausbestimmt. An den Einzelheiten und an der Ausarbeitung werden wir aber noch arbeiten, und wir werden sie immer von neuem durcharbeiten und durchdenken.

Ich bitte die Konferenz, daß sie die gesamte Kraft ihres Einflusses einsetzt. Ihr Einfluß ist nicht gering, trotz der Meinung der Parteizelle des Moskauer Militärbezirkes, die von vornherein festgestellt hat, daß auf der Konferenz Leute zusammentreten werden, die über die Ereignisse nicht urteilen können (wie könnten wir auch, die wir uns hier versammelt haben, uns anmaßen, einem Rafail oder Sapronow ähnlich zu sein). Trotzdem glaube ich, Genossen, daß unsere Leninsche bolschewistische Partei eine Partei ist, daß bei uns in der Partei auf dem gleichen Diwan auch solche Leute sitzen können, die der Ansicht sind, daß unsere Konferenz nichts anderes als Bürokraten vertritt. Unsere Konferenz vertritt unsere Partei, so wie sie ist, natürlich mit gewissen Schwächen (Ihr müßt uns lieb haben, so wie wir sind), mit einer gewissen Festigkeit des Charakters, die einige von Euch jetzt zum erstenmal zu fühlen bekommen haben (Lachen — Beifall). Einige „Oppositionelle" haben, wie mir scheint, jetzt zum erstenmal begriffen, was eine bolschewistische Partei ist. Wisset daher nun, was eine bolschewistische Partei darstellt. Wenn Ihr Anschläge auf sie unternehmen werdet, wenn Ihr versuchen werdet, den Apparat, die Zentrale, zu zertrümmern, so werdet Ihr auf die eiserne Mauer von Bolschewiki stoßen, die es verstehen, ihre Sache mit der vollen Leidenschaftlichkeit von Revolutionären zu verteidigen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Nicht wenige Genossen haben uns beschuldigt, daß wir zu schroff waren. Man stelle sich nur vor, wir sind gar nichts schuldig geblieben, als sie Angriffe gegen die Zentrale richteten, als sie im Kreml zwei Nächte lang vor 1500 Militärschulzöglingen den Beweis erbringen wollten, daß diese einen Mißtrauensantrag gegen die Zentrale der RKP. annehmen müßten. Gewiß, in diesem Augenblick waren wir nicht ganz leidenschaftslos. Wir bekundeten in diesem Augenblick eine gewisse Leidenschaftlichkeit, die den Bolschewiki eigen ist, und wir werden sie jedesmal bekunden, wenn jemand sich an die Einheit unserer Partei heranwagen und mit einer solchen Kritik an unserer Partei auftreten wird, wie wir sie jetzt gesehen haben. Wir werden sie aber dreifach offenbaren, wenn man unter Ausnützung der Widerspiegelung der Autorität unserer Partei, die eine große Rolle in der KI. spielt, versuchen wird, den Fraktionskampf in die Kommunistische Internationale hineinzutragen. Einen solchen Versuch werden wir mit dreifacher Energie zurückweisen, und ich hafte dafür, daß wir alles Proletarische, Gestählte und Revolutionäre in der Kommunistischen Internationale auf unserer Seite haben werden. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

che Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 27. 26. Februar. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Indien und die englische Arbeiterregierung.
Von M. N. Roy 291

Politik.
Zwei französische Kongresse. Von Losowski 293

Revolutionäre Bewegung in den Kolonien.
Frankreich als Helfer der englischen Unterdrücker in den Kolonien 295

Deutschland.
Pressestimmen zu den Thesen des EK. der Komintern über die Lehren der deutschen Ereignisse 295

Arbeiterbewegung.
Die Volksabstimmung über die Arbeitszeit in der Schweiz. Von M. Bodenmann 296
Der Wirrwarr bei den britischen Eisenbahnergewerkschaften. Von Loeber 296

Aus der Internationale.
Der 3. Kongreß der Arbeiterpartei Amerikas. Von Amter 297
Botschaft des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die Kommunistische Partei Frankreichs. (Schluß.) 299

Buchbesprechungen.
Max Adler: „Die Staatsauffassung des Marxismus". Von Stern 301

Indien und die englische Arbeiterregierung.

Von M. N. Roy.

** Es ist allgemein bekannt, daß die englische Arbeiterregierung nicht infolge ihrer parlamentarischen Stärke zur Macht kam, sondern durch die Gnade der Liberalen. Ohne die Unterstützung der Liberalen würde das Macdonald-Kabinett nicht einen einzigen Tag leben können. Tatsächlich übernahm Macdonald nicht die Verantwortung für die Bildung einer Arbeiterregierung, ehe nicht die Liberalen versicherten, daß sie die Regierung, solange sie im Amte ist, unterstützen würden. Diese unsichtbare Koalition konnte nicht um Macdonalds schöner Augen willen durchgeführt werden. Macdonald hatte hierfür einen hohen Preis zu bezahlen.

Die Schicht der Labour Party, die eine offene Koalition mit den Liberalen nicht zuließ, würde stutzig gemacht werden, wenn sie nur daran dächte, wie viel von dem Arbeiterprogramm geopfert wurde. Die Vermögensabgabe und die Nationalisierung der Bergwerke waren die beiden Grundsätze, die das Programm der Arbeiterpartei von dem der Liberalen unterschied. Sie wurden ohne Umstände aus dem Bereich der praktischen Politik gestrichen. Derselbe Snowden, der vor einigen Wochen erklärte, daß die Wirtschaft Großbitanniens ohne Kapitalsabgabe nicht gerettet werden könne, ist heute mit gleichem Enthusiasmus mit der Aufgabe beschäftigt, den britischen Kapitalismus ohne Kapitalsabgabe zu retten. Die Frage der Nationalisierung ist gerade zur rechten Zeit in Vergessenheit geraten. Hodges' Pflichten in der Admiralität erlauben ihm nicht, sich um andere Fragen den Kopf zu zerbrechen. Smillies Radikalismus ist offenbar durch das Alter gedämpft oder er ist durch den rapiden Lauf der Ereignisse verwirrt, die durch die Intellektuellen in der Arbeiterbewegung herbeigeführt wurden. Was immer es sei, die Nationalisierung wurde fallen gelassen, weil die Liberalen es forderten. Sie werden nicht das geringste Spiel mit dem heiligen Eigentumsrecht gestatten.

In Ergänzung zu den großen Zugeständnissen, die Macdonald in der Innenpolitik machte, mußte er auch die Garantie übernehmen, nicht das geringste zu unternehmen, was das Britische Reich schwächen könnte. Dabei opferte er seine zwei wertvollsten persönlichen Prinzipien, nämlich die Entwaffnung und die Selbstbestimmung. Er würde natürlich nicht zugeben, das geopfert zu haben. Tatsächlich spricht er noch immer von Entwaffnung und Selbstbestimmung. Aber auch Lloyd George und Asquith tun das Gleiche. Die militärische Stärke des Britischen Reiches wird unter dem Regime der Arbeiterpartei intakt bleiben. In seiner Programmrede im Parlament erklärte Macdonald: „Die Frage der Entwaffnung wird diskutiert werden, ohne die Verteidigungskraft irgendwie zu schwächen."

In bezug auf das Selbstbestimmungsprinzip vergaß Macdonald seine eigenen Reden. Vor seinem Amtsantritt hatte er durch wiederholte Erklärungen seines Kollegen J. H. Thomas unzweideutig zu verstehen gegeben, daß das Reich unter den Fittichen der Arbeiterregierung in guter Hut sei. Jetzt hat er denselben Thomas, der nach seinen eigenen Worten das Reich liebt und stolz darauf ist, zum Kolonialminister gemacht. Dieses Amt ist vom Geiste eines Winston Churchill und eines Herzogs Devonshire erfüllt. Die drei Angelpunkte des Britischen Reiches,

Indien, die Marine und die Luftflotte, wurden von Macdonald so weise behandelt, daß er die Billigung der „Times" fand. Am Tage nach der Zusammensetzung des Arbeiterkabinetts gratulierte dieses Organ des Imperialismus Macdonald zu seiner glücklichen Wahl, die er für die drei lebenswichtigen Ämter getroffen hatte. Die Inhaber dieser drei Ministerien überraschen tatsächlich sogar jene, die über die Arbeiterregierung, geführt von Ramsay Macdonald, noch eine Illusion gehegt hatten. Ein erfahrener Kolonialverwalter, Sir Sidney Oliver, erhielt das Verwaltungsamt über Indien, **Lord Chelmsford von Arnitsar**, der nicht Mitglied der Labour Party ist, wurde zum Chef der Kriegsmarine bestimmt. Ein angesehenes Mitglied der Militärkaste, **General Thompson**, wurde zum Wächter der Luftstreitkräfte, des Rückgrates der Zukunft, gemacht. Natürlich mußte eine solche Wahl die Zustimmung der herrschenden Klasse erlangen. Da es der Bourgeoisie gestattet wurde, ihre eigenen Wachtposten in der Festung der Arbeiterregierung aufzustellen, so haben sie diese für die drei wichtigsten Punkte des Reiches eingesetzt. J. H. Thomas hat sich als durchaus verläßlich erwiesen, mit der Führung der Kolonien betraut zu werden. Auf diesem Posten kann er sich sehr nützlich zeigen und seinen Plan, die Arbeitslosen in den wilden Gegenden des Reiches zu unterbieten, ausführen. Er ist glühender Anhänger der Entwicklung des Reiches, der für britische Investionen nicht nur an Kapital, sondern auch an Arbeitskraft eintritt, um „den unermeßlichen Reichtum und die herrlichen Besitzungen" auszubeuten.

Auch nicht eines dieser Opfer konnte Macdonald dem Imperialismus auferlegen. Als erwähltes Oberhaupt der britischen Arbeiterpartei ist er berufen, deren Programm, wie immer es ihm beliebt, zu verdrehen — vorausgesetzt, daß die Herde seiner Anhänger sich dabei beruhigt. Seine liberalen Bekenntnisse zum Selbstbestimmungsrecht erwarben ihm sogar Bewunderer unter den indischen nationalistischen Führern. Diese sahen voller Erwartung den Regierungsantritt Macdonalds als den Beginn einer Aera, die das Prinzip der Seibsbestimmung in Indien in die Praxis umsetzen wird. Eines der Opfer, die Macdonald den Liberalen bei seinem Regierungsantritte darbrachte, war, diese seine Bewunderer über Bord zu werfen. Dabei bezahlte Macdonald mit einer Münze, die nicht ihm gehörte. Die indischen Nationalisten hatten ihn nicht beauftragt, ihre Aspirationen auszulegen, wie es ihm zu tun beliebte. Sie räumten ihm auch nicht das Vorrecht ein, hochmütig zu diktieren, welcher Richtung sie folgen sollten. Deshalb griff er bei seiner indischen Politik in ein Wespennest. Der Regierungsantritt der Labour Party erfüllte das nationale Indien mit Entrüstung und Enttäuschung, nicht mit Hoffnung und Freude, wie es der Fall gewesen wäre, wenn Macdonald nicht seinen Sozialismus auf dem Altar der imperialistischen Interessen geopfert hätte.

Der Glaube der indischen Nationalisten an Macdonald war tatsächlich falsch angebracht. Er schrieb viel über Indien, aber er verlangte niemals mit halb so großem Eifer das Selbstbestimmungsrecht für Indien, wie beispielsweise für Georgien. Aber es gab andere Gründe, warum in Indien eine Arbeiterregierung mit Optimismus erwartet wurde. Es gab einige prononcierte Führer der britischen Arbeiterpartei, die als Spezialisten in der indischen Frage galten: Oberst Wedgewood als der erste, Ben Spoor als der zweite. Beide besuchten Indien in der Hochflut der Non-Cooperation-Bewegung. Sie waren auch auf dem Nagpur-Kongreß (1921), auf dem ihr Programm endgültig beschlossen wurde. Sie waren ferner im selben Jahre bei der ersten Sitzung des Großindischen Gewerkschaftskongresses als Vertreter der Britischen Labour Party anwesend. Es ist wahr, daß sich Wedgewood bei seiner Heimreise gegen den Feldzug der Non-Cooperation aussprach, die zu jener Zeit eine große Massenbewegung war, erfüllt von großen revolutionären Möglichkeiten. Dennoch billigte er die nationalen Forderungen und gab zu verstehen, daß, sobald die Labour Party ans Ruder käme, diese nicht vernachlässigt werden würden.

Während des letzten Jahres, als die Möglichkeit einer Arbeiterregierung näherrückte, wurde Wedgewood allgemein als der Kandidat für Indien angesehen. Die Überraschung der indischen Presse war groß, als Wedgewood von Macdonald das indische Ressort nicht empfing. Die Wahl fiel nicht einmal auf den zweitbesten Mann, Ben Spoor. Die Ernennung Sidney Olivers war ebenso unwillkommen für Indien, wie sie für die britische herrschende Klasse willkommen war. Auf den Durchschnittsindier macht es durchaus keinen Eindruck, daß der neue Minister für Indien ein alter Fabier ist. Sir Sidney Oliver wird danach beurteilt, daß er ein langjähriges Mitglied des kolonialen Staatsdienstes ist, eine Einrichtung, die in Indien furchtbar gehaßt und auch mit Grund verdächtigt wird. Man muß wiederholen, daß auch von Oberst Wedgewood nur wenige indische Führer bei einer Übernahme des indischen Amtes durch ihn ein Wunder erwarteten. Aber infolge seiner Äußerungen war ein gewisser Optimismus verständlich. Aber gerade diese Äußerungen, die in Indien eine leise Hoffnung erweckten, raubten dem Oberst die ihm sonst liebe Aufgabe.

Worin bestand jedoch das Verbrechen des edlen Oberst? Trat er etwa für die Freiheit Indiens ein? Oder versprach er auch nur Erfüllung der bescheidenen und wahrhaftig gesetzlichen Forderungen der indischen Bourgeoisie? Nichts dergleichen. Ja, im Jahre 1921, als er noch keine Verantwortung für dieses Amt zu erwarten hatte, verurteilte er die Gandhische Bewegung als passive Resistenz. So ist es natürlich müßig, zu glauben, daß er auf der buchstäblichen Erfüllung der Selbstbestimmungstheorie für Indien bestanden hätte. Die Tatsache, daß sogar er sich in diesen Gedanken nicht hineinfinden konnte, spricht für das imperialistische Wesen der sogenannten Arbeiterregierung. Wedgewoods Berufung hätte einen außerordentlich guten Eindruck in Indien hervorgerufen, doch hätte sie auch durch Erweckung unbegründeter Hoffnungen gewisse Schwierigkeiten hervorgerufen.

Die Botschaft, die Macdonald gleich nach seinem Regierungsantritt nach Indien sandte, ist allzu bekannt. Jeder andere Premierminister hätte seinen Namen mit der gleichen Nachricht verknüpfen können. Man könnte fragen: war dies so eine Unglücksbotschaft? Es gab Grund genug dafür. Er mußte den Versprechungen, die von einer Arbeiterregierung erwartet wurden, entgegenarbeiten. Würde sich Macdonald nicht von der Politik, die Wedgewood für Indien versprach, trennen, so könnte er das Wohlgefallen der britischen Bourgeoisie nicht gewinnen und folglich nicht Premierminister des britischen Imperiums sein. Die Maßregelung dieses indiskreten Oberst allein würde nicht genügen. Der Premierminister muß auch erklären, daß er die Ansichten des diskreditierten Oberst nicht teilt.

In einer Ansprache vor der Hochschule führte Wedgewood am 12. Januar aus: „Indien wird Zeugnis ablegen für eine Arbeiterregierung. Die Labour Party hofft, die Schwierigkeiten durch eine rasche Überleitung Indiens in ein selbstverwaltetes Land zu überwinden. Dies ist nicht allein eine Frage des Geldes, der Verteidigungskräfte und der Ordnung im Innern, sondern auch eine Frage, ob man den indischen Nationalisten auf halbem Wege entgegenkommen kann... Das Ziel der Arbeiterregierung ist der Wohlstand der britischen Völker aller Rassen und eine Vereinigung freier Völker."

Dies war zu viel für die britische Bourgeoisie. Sie konnte eine Partei mit so revolutionären Ideen nicht am Staatsruder dulden. Als Macdonald mit hungrigen Augen auf die Stimmen der liberalen Minorität blickte, die heute das demokratischste Parlament der Welt kontrolliert, erinnerte man ihn an diese indiskreten Äußerungen seines Kollegen. Wollte er den Dank dieses Teiles der Bourgeoisie ernten, dann mußte er Buße tun für die Sünden seines weniger diplomatischen Kollegen. Er war gezwungen, seinen indischen Bewunderern die Nachricht zu überbringen, daß das Selbstbestimmungsrecht eine schöne Sache ist — soweit es das Imperium nicht angeht; aber sobald die Sicherheit des britischen Imperiums in Gefahr ist, würde er „keine Faxen" dulden.

Aber nicht nur mit der eigenen Bourgeoisie hatte Macdonald zu rechnen. Man mußte auch die diversen Prokonsuln in den Kolonien berücksichtigen. Wedgewoods Ausspruch hatte sie in Wut gebracht, und sie erklärten, daß sie sich keinen Deut um eine Arbeiterregierung kümmern. Sie würden es schon verstehen, ihre Stellung zu verteidigen. So schrieb zum Beispiel das halboffizielle Organ von Calcutta „**The Englishman**": „Dem Oberst Wedgewood sollte es klar sein, daß er durch einen bloßen Federstrich die Selbstverwaltung in Indien nicht herbeiführen kann. Selbstverwaltung kann nur durchgeführt werden durch Abänderung oder Aufhebung eines Gesetzes, und dies ist ohne Parlamentsbeschluß nicht möglich. Die Labour Party kann aber kaum hoffen, eine solche Maßnahme ohne die Unterstützung der Liberalen durchzuführen." Die Anhänger Lloyd Georges werden aber kaum einer Sache rasch zustimmen, die ihr Führer als ein ‚Experiment' bezeichnete." Das Organ der Kolonialherren nahm kühn die Herausforderung auf, wenn es

eine Herausforderung war: „Wenn Oberst Wedgewood geneigt sein sollte, eine solch verderbenbringende Taktik einzuschlagen, hätte er mit dem Vizekönig zu rechnen. Wir glauben, Lord Reading würde gegenüber einem aggresiven Staatssekretär als notwendiger Puffer handeln."

So sieht die Sache aus. Was kann man tun, wenn man im Amte, nicht aber an der Macht ist? Man muß ein praktischer Politiker sein und alle Programme und Grundsätze opfern, sofern sie dem Ruhm des Amtes im Wege stehen. Die bürgerliche Klassendiktatur kann nicht durch das Urteil des Parlaments überwunden werden, das ja nur selbst eine Waffe des Bürgertums ist; andererseits wird die herrschende Klasse immer die Macht über uns haben, wenn wir nicht entschlossen sind, sie ihr zu entreißen und den unterworfenen Rassen in ihrer Befreiung Hilfe zu leisten. Aber die britische Arbeiterpartei wünscht weder das eine noch das andere. Sie ist für Demokratie daheim und für Imperialismus in den Kolonien. Durch die Ablehnung der Nationalisierung und der Vermögensabgabe erbrachte die Labour Party daheim den Beweis dafür, lebensfähig zu sein, und dadurch, daß der Pazifist seine drohende Hand gegen Indien erhob, überzeugte er die britische Bourgeoisie daheim und in den Kolonien, daß er unterworfene Rassen auch beherrschen kann, daß er in erster Linie Brite und dann erst, in letzter Linie, Sozialist ist. Hier eine Auswahl seiner Worte, die er zu den indischen Nationalisten äußerte, als sie erwartungsvoll zu ihm als dem Mann gerechter Grundsätze und dem Führer des britischen Proletariats aufblickten.

Im Verlaufe der bekannten Botschaft an Indien sagte Macdonald: „Ich kann keine Hoffnung für Indien haben, wenn es zu einer Arena des Kampfes zwischen Konstitutionalismus und Revolution wird. Keine britische Partei wird sich durch Androhung von Gewalt und durch eine Politik, die dazu angetan ist, die Regierung in Verlegenheit zu bringen, einschüchtern lassen. Und wenn einige Distrikte Indiens glauben, daß es nicht so wäre, so würden die zukünftigen Ereignisse sie schwer enttäuschen. Ich möchte an alle guten Freunde Indiens den Appell richten, sich uns lieber zu nähern als sich zu entfernen, zu unserer Meinung zu gelangen und zu unserm guten Willen."

Die Bedeutung einiger dieser Aussprüche ist sehr groß: Anstatt anzudeuten, daß er, treu zu seinem Bekenntnis zur Selbstbestimmung und Demokratie, die gegenwärtig fraglos unverantwortliche und autokratische Regierung Indiens in irgendeiner Weise abändern werde, verpflichtet Macdonald die Labour Party zur Unterdrückung jedes Versuches des indischen Volkes, sich selbst zu befreien, der Herrn Macdonald und seinen Auftraggebern, der britischen Bourgeoisie, unangenehm ist. Und wem gilt dieses Säbelrasseln? Den indischen Nationalisten, die ergebene Anhänger der Verfassung sind, die auch Macdonald teuer ist. Er bittet sie, zu „unserer Ansicht und zu unserem Verständnis" zu kommen, aber er vergißt, daß nicht jeder von ihm dasselbe denkt wie er von sich. Die Indier können sich auf seinen guten Willen ebensowenig verlassen wie auf den des Lord Curzon. Dem Lord Curzon kommt wenigstens die Beständigkeit seiner Grundsätze zugute.

Seit dem Regierungsantritt der Labour Party kam diese Auffassung in der indischen Presse immer wieder zu Worte. Erst vor einigen Tagen stellte ein nationaler Führer des gemäßigten Flügels in der gesetzgebenden Versammlung fest, daß Indien den guten Glauben zur neuen Arbeiterregierung in Frage stelle. Dadurch, daß Macdonald in die Fußstapfen Curzons tritt, hat er sich den Dank der britischen Bourgeoisie erworben, die ihn ihre schmutzige Arbeit machen läßt. Wenn der Imperialismus triumphiert, wird Macdonald, wie seine deutschen Gesinnungsgenossen, in Schmach und Schande getan werden.

Das indische Volk wird frei sein, so wie auch das britische Proletariat sich von den jetzigen Führern befreien wird. Hätte Macdonald mit Entgegenkommen und mit freundlicher Miene Indien in Unterwerfung gehalten, dann wäre es ihm gelungen, die Bourgeoisie Indiens für sich zu gewinnen, und sie hätte den Kampf um die Befreiung Indiens sabotiert. Die Haltung der Arbeiterregierung hat indirekt der Sache der indischen Freiheit geholfen, indem sie der Arbeiteraristokratie und dem sogenannten Sozialismus der Labour Party Schaden zugefügt hat.

Politik

Zwei französische Kongresse.

Von A. Losowski.

I.

Die allgemeine Lage Frankreichs.

** Ende Januar fanden in Frankreich zwei Kongresse statt, der Kongreß der KPF. in Lyon und der Kongreß der Sozialdemokratischen Partei in Marseille, die uns über das Kräfteverhältnis innerhalb des französischen Proletariats ein klares Bild geben. Beide Kongresse standen im Zeichen des immer klarer werdenden Bankrotts des Nationalen Blocks. Während der vier Jahre seiner Herrschaft führte der Nationale Block Frankreich einer bedeutenden Schwächung seiner finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Macht entgegen. Die französischen Rentenbesitzer haben während dieser vier Jahre mehr als 20 Milliarden an dem Frankensturz verloren, und ferner kamen die katastrophalen Folgen der Ruhrbesetzung für Frankreich selbst in der letzten Zeit mit besonderer Schärfe zum Vorschein. Die Resultate der Ruhrbesetzung kann man in folgendem zusammenfassen: 1. Deutschland stellte seine Zahlungen fast vollkommen ein; 2. der französische Frank entwertete sich während dieser Zeit um etwa 50%; 3. die französischen Steuerzahler müssen 20% und noch höhrere Steuern zahlen als vorher; 4. das Verhältnis Frankreichs zu England hat sich sehr verschärft. Frankreich wurde politisch isoliert.

Hierzu kommt noch die gewaltige Preiserhöhung der wichtigsten Bedarfsartikel, die Verschlimmerung der Lage der Arbeiterklasse und, abgesehen von all dem, hat der Nationale Block Rekorde erreicht in der Ausplünderung des Volksvermögens. Gegenwärtig spielt sich in Frankreich eine ganze Reihe sogenannter Reparationsskandale ab, deren Wesen darin besteht, daß von den 80 Milliarden Franken, die die Staatskasse zu Reparationszwecken auslegte, mehr als 25% infolge großer Bestechungen ausgezählt wurden. Das ist die allgemeine Lage.

II. Bürgerlicher Linksblock oder Block der Arbeiter und Bauern.

Die erste Frage, die beide Kongresse zu beantworten hatten, war die Frage der Methoden des Sturzes des Nationalen Blocks. Die KP. hat die Parole des Blocks der Arbeiter und Bauern herausgegeben. Während der Kommunistische Kongreß seine Aufmerksamkeit darauf konzentrierte, wie eine möglichst große Anzahl von Arbeitern und werktätigen Landleuten um revolutionäre Parolen zu vereinigen und wie der revolutionäre Kampf zu führen ist, stand im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des Marseiller Sozialistenkongresses die Frage über die Stellungnahme zum Linken Block. Der Streit in Marseille ging gar nicht darum, ob man mit der linken Bourgeoisie zusammengehen dürfe oder nicht, sondern darum, ob man nach dem Siege des Linken Blockes ins Ministerium eintreten soll. Die Debatte gestaltete sich in dieser Frage sehr leidenschaftlich, da die Zahl der Ministerialsozialisten in Frankreich sehr groß ist. In Lyon beschäftigte man sich nicht mit Ministerkombinationen. Der Lyoner Kongreß nahm nach sehr interessanten Debatten einen Beschluß an, sich mit dem Vorschlag an die Sozialistische Partei zu wenden, gemeinsam zur Bildung des Blocks der Arbeiter und Bauern zu schreiten, wobei die Kommunisten drei Bedingungen stellten: 1. Der Block der Arbeiter und Bauern muß sich auf das ganze Land erstrecken. 2. Die SP. soll auf eine Koalition mit der Bourgeoisie verzichten. 3. Die SP. soll zusammen mit den Kommunisten um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung im Lande kämpfen. Die Antwort des Generalsekretärs Faure im Namen des Marseiller Kongresses lautete folgendermaßen:

„Die erste Bedingung — die Verständigung mit den Kommunisten — im nationalen Maßstabe ist unmöglich, weil das in einigen Wahlbezirken den Nationalen Block fördern würde. Die zweite Bedingung wäre der Verzicht auf die Beteiligung der Sozialisten an bürgerlichen Versammlungen und Organen. Auch das ist ein Befehl aus Moskau. An dem Tage, da wir in der Partei strenge Ordnung schaffen werden wollen, wird das keinesfalls infolge des Ultimatums einer ausländischen Regierung (!) geschehen. Die dritte Bedingung ist, für die Vereinigung der Gewerkschaftsbewegung Frankreichs zu arbeiten.

Wir werden dafür arbeiten, wenn Moskau uns die Vereinigung der Gewerkschaften in internationalem Maßstabe vorschlägt."

Dieser kategorische Verzicht auf die Bildung eines Blockes der Arbeiter und Bauern ist begreiflich, wenn wir wissen, daß die Sozialistische Partei schon seit langem einen Teil des Linken Blockes bildet, und daß ihre Führer zugleich Führer des Linken Blocks sind. Den Antrag der Kommunisten annehmen, hieße unter diesen Umständen, auf jene glänzenden Ministerperspektiven verzichten, angesichts deren Renaudel schon jetzt das Wasser im Munde zusammenläuft.

Was ist denn eigentlich diese Sozialistische Partei? Einer der Delegierten, Gaston Levi, definierte die Rolle der Partei wie folgt: „Die Rolle der Sozialistischen Partei besteht darin, unter den Mittelklassen Stimmen zu sammeln. Die sozialistische Partei darf jedoch nicht vergessen (!), daß sie die Partei der Arbeiterklasse ist." Die Stimmenjagd unter der Mittelklasse ist das Wesen der ganzen Wahlstrategie dieser würdigen Vertreter der Hamburger Internationale. Sie „dürfen nicht vergessen, daß sie eine Partei der Arbeiterklasse sind" — aber aus ihren Taten geht hervor, daß diese Herren das schon lange vergessen haben und nur rein mechanisch die alten Formeln wiederholen, sie aber mit kleinbürgerlichem und rein bürgerlichem Inhalt füllen.

Ein ganz anderes Bild bekamen wir von dem Lyoner Kongreß. Hier widmete der Kongreß der Frage über die Schaffung einer gesunden revolutionären Atmosphäre um die Wahlen ziemlich viel Zeit. Bekanntlich hatten die Wahlen in Frankreich immer eine zersetzende Wirkung auf die Sozialistische Partei. Mit Rücksicht auf den durch und durch verfaulten französischen Parlamentarismus und darauf, daß ein großer Teil der KP. aus ehemaligen Syndikalisten besteht, die in jeder Wahlaktion Korruption wittern, nahm der Kongreß nach sorgfältiger Erwägung folgenden Beschluß an: 1. In die Wahllisten werden als allgemeine Regel Arbeiter und werktätige Bauern aufgenommen. Nicht aufgenommen werden in die Wahllisten die ständigen Parteifunktionäre. 2. Das Zentralkomitee kandidiert jene früheren Abgeordneten, die der Partei ihre Treue bewiesen haben. Die Frage der Wahllisten rief eine heftige Debatte hervor. Die Mehrheit des Kongresses stellte sich auf den Standpunkt, daß neun Zehntel der Kandidaten Arbeiter sein müssen. Es gab auch Genossen, die sich dagegen ausgesprochen haben, aber die französischen Kommunisten kennen ihre Partei sehr gut, kennen das Milieu, in dem sie arbeiten müssen, und das ist der Grund der getroffenen Vorsichtsmaßregel.

III. Fragen der Gewerkschaftsbewegung.

In den Debatten über die Wahltaktik erschöpfte sich die Tätigkeit des sozialistischen Kongresses; der kommunistische Kongreß dagegen beschäftigte sich noch außerdem mit einer ganzen Reihe äußerst wesentlicher Fragen der französischen Arbeiterbewegung. Die wichtigste unter diesen Fragen ist die Taktik der Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung. In Frankreich gibt es, wie bekannt, zwei parallele Arbeitskonföderationen. Die Kommunisten waren sich darüber unklar, ob sie ihre Tätigkeit nur auf die CGTU. konzentrieren oder auch in der reformistischen CGT. arbeiten sollen. Anfangs überwog die erste Ansicht, aber dank den Weisungen der KI. und der RGI. und den Erfahrungen der eigenen Arbeit haben unsere Genossen eingesehen, daß es notwendig ist, auch in den reformistischen Gewerkschaften eine große Energie und Aktivität zu entfalten, da das Problem der Einheit in Frankreich nur in dieser Weise gelöst werden kann.

IV. Andere Fragen.

Der Kongreß der KPF. nahm außerdem Resolutionen über die Arbeit in den Genossenschaften und unter den Frauen an. Er beschäftigte sich auch mit der Kolonialfrage. Es muß bemerkt werden, daß die Kolonialfrage zum ersten Male als praktisch-politische Frage auf der Tagesordnung des Kongresses einer französischen Arbeiterpartei stand. Auf mehreren Kongressen wurden bisher Resolutionen angenommen. In allen bisherigen Resolutionen handelte es sich aber nur um die Gewährung demokratischer Rechte an die Kolonialvölker, das heißt um die Schaffung einer demokratischen Basis für den französischen Imperialismus. Hier wurde die Frage ganz anders gestellt. Hier handelte es sich um die Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes der Kolonien und um den Zusammenschluß zwischen den verschiedenfarbigen Unterdrückten und Ausgebeuteten der Metropole und der Kolonien. Auch die Frage der antimilitaristischen Propaganda stand auf der Tagesordnung des Lyoner Kongresses. Der Marseiller Kongreß durfte an so etwas nicht einmal denken. Wer mit der Bourgeoisie zur Verteidigung ihres Vaterlandes zusammengeht, der muß wohl eine Armee haben. Die in allen diesen Fragen angenommenen Resolutionen des Lyoner Kongresses stellen einen großen Schritt auf dem Wege der organisatorischen und politischen Weiterentwicklung der Kommunistischen Partei Frankreichs dar.

V. Die Internationalen und die Kongresse.

Die Komintern hat bekanntlich die böse Gewohnheit, sich in innere Angelegenheiten der ihr angeschlossenen Organisationen einzumischen. Ganz anders die II. Internationale; sie mischt sich nie in innere Angelegenheiten einer ihr angeschlossenen Partei ein, und daher herrscht in ihren Reihen Frieden, Harmonie und Gottes Segen. Obwohl die II. Internationale offiziell nicht vertreten war, waren einige Delegierte ausländischer Sozialistischer Parteien anwesend, die im allgemeinen die Gefühle der Führer der II. Internationale zum Ausdruck brachten. Vor allem war natürlich Vandervelde da. Was hat die belgische Nachtigall ihren französischen Kollegen vorgesungen? „Es gibt nichts Natürlicheres" — rief er pathetisch — „unsere Regierungen sind Verbündete, wie sollten denn unsere Parteien unter diesen Umständen nicht eng miteinander verbündet sein? Wir haben gemeinsame Interessen. Wenn Euer Frank sinkt, folgt unser Frank ihm nach. Wir stimmen mit Euch darin überein, wenn Ihr von Deutschland gerechte und rechtmäßige Reparationen fordert" usw. Nach diesem rein praktischen Beweise des Nutzens einer Freundschaft zwischen beiden Parteien sprach Vandervelde in äußerst feierlichen Ausdrücken über den Sieg der Demokratie, über die Arbeiterregierung in England, über die Großartigkeit der Idee des Sozialismus usw. Der Vertreter der englischen Arbeiterpartei, Robert Williams, entschuldigte sich nach einigen banalen Begrüßungsworten, daß er „gezwungen ist, äußerst vorsichtig zu sprechen, angesichts jener schweren Verantwortung, die auf einer Regierungspartei liegt". Unübertrefflich war der Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie, der Vizepräsident des tschechisch-slowakischen Senats, Soukup.

Als Paul Faure ihn dem Kongreß vorstellte, betonte er, daß Soukup der Vizepräsident des Senats sei, und fügte hinzu: „Ich sage das nicht, um ihm zu schmeicheln, sondern um den Aufstieg (!) des Proletariats (!) zur Macht zu zeigen." Diese komische Szene war die Einführung zur Besprechung der Tätigkeit der Hamburger Internationale. Sowohl Bracke wie auch Vandervelde gaben ein glänzendes Bild über die Lage der Hamburger Internationale und betonten besonders ihre politische Verwandtschaft mit der Amsterdamer Internationale. Als einige Delegierte sich darüber zu klagen begannen, daß die Hamburger Internationale nichts von sich hören lasse, daß sie etwas mehr handeln solle, und als Longuet mit der ihm eigenen Melancholie seine Verzweiflung „über die geringe Aktivität der Internationale" Ausdruck gab, ergriff der tapfere, gewandte und durch nichts zu verwirrende Grumbach das Wort, um folgendes zu sagen: „Unsere Internationale ist und kann eher nur eine Atmosphäre als ein Instrument der unmittelbaren Handlung sein. Sie ist eine Gemeinschaft sozialistischer Völker, und demzufolge ist sie gelähmt, aber das ist eine segensreiche Lähmung." Aus dem Munde dieses geschickten Herrn haben wir erfahren, daß die Hamburger Internationale eine Atmosphäre (!) darstelle, und daß sie sich im Zustand einer segensreichen (!) Lähmung befinde. Und die Herren Reformisten wollen noch nach alledem, daß die Arbeiter diese internationalen und nationalen politischen Paralytiker ernst nehmen.

Da die Komintern keine Atmosphäre ist und nicht an Lähmung leidet, so ließ sie sich auf dem Lyoner Kongreß offiziell vertreten. Natürlich konnte ich als Delegierter der Komintern nicht offen auftreten; die Komintern ließ aber ihren Standpunkt über die nächsten Aufgaben der französischen Arbeiterbewegung ganz offen zum Ausdruck bringen. In ihrem Briefe an den Kongreß zeichnete sie die allgemeine taktische Linie vor und berührte auch die Probleme der sozialen Revolution in Mitteleuropa, die Frage der Stellungnahme zum Linken Block und zu den Reformisten, die Frage über die allgemeine Lage Frankreichs, über den Block der Arbeiter und Bauern, über den reformistischen und revolutionären Parlamentarismus, über die Eroberung der Massen, über den Antimilitarismus, über die Kolonialfrage, über die Belebung der Parteiarbeit usw. Diese Weisungen fanden den einmütigen Beifall des ganzen Kongresses. Die Komintern steht nicht und kann nicht auf dem Standpunkt der Unabhängigkeit der ihr angeschlossenen Organisationen stehen.

Die Komintern ist ein einheitlicher kommunistischer Organismus und ist daher ein entschiedener Gegner der Ideologie der Autonomie. Daraus, wie das Manifest der Komintern vom Kongreß aufgenommen wurde, kann man sich über den riesigen Einfluß, den die Komintern unter den revolutionären Arbeitern Frankreichs genießt, ein Urteil bilden. Auch in dieser Frage kam mit besonderer Klarheit der Gegensatz zwischen der Zweiten und der Kommunistischen Internationale zum Ausdruck. Es war ein neuer Beweis der Gelähmtheit der Zweiten und der sprühenden Energie und Lebensfähigkeit der Kommunistischen Internationale.

Revolutionäre Bewegung in den Kolonien

Frankreich als Helfer der englischen Unterdrücker in den Kolonien.

Ein in Madras wohlbekannter Nationalist sandte an einen seiner in der Schweiz lebenden Freunde folgendes Telegramm:

Madras, Indien, 10. Februar 1924.

** Unter britischem Drucke haben französische Behörden aus Pondicherry indische Nationalisten ausgewiesen, die als politische Verbannte auf französischem Boden Zuflucht suchten. So wird das politische Asylrecht, das gemäß dem Herkommen in Frankreich geachtet wurde, von dessen Kolonialbeamten verletzt. Durch 20 Jahre haben indische Nationalisten Schutz vor britischen Verfolgungen in den französischen Niederlassungen Pondicherry und Chandernagore gefunden. Selbst während des Krieges, als alle verfassungsmäßigen Rechte aufgehoben waren, wurden indische Flüchtlinge nicht aus den französischen Niederlassungen ausgewiesen. Für diese Ausweisung ist kein Grund angegeben worden. Da die Opfer in kein anderes Land gelangen können, ohne britisches Gebiet zu kreuzen, so ist die Ausweisung praktisch mit ihrer Auslieferung gleichbedeutend, was eine direkte Verletzung aller Gesetze und Gebräuche des Völkerrechtes ist. Die ausgewiesenen Flüchtlinge werden versuchen, nach Frankreich zu gelangen und dort das Asylrecht zu fordern, das ihnen zukommt. Werden die französische Regierung und die Öffentlichkeit dieses Recht bestreiten?

Deutschland

Pressestimmen zu den Thesen des EK. der Komintern über die Lehren der deutschen Ereignisse.

Die Lehren der deutschen Ereignisse*).

** „Die Ereignisse, die sich in Deutschland im Laufe der letzten Wochen abgespielt haben, und die Taktik der Kommunistischen Partei im Verfolge dieser Geschehnisse sind von der Art, daß sie von allen Sektionen der Kommunistischen Internationale bis ins letzte klargestellt werden müssen. Jeder denkende Kommunist muß sich seine Gedanken machen über das, was in Deutschland vor sich gegangen ist, muß Antwort suchen auf eine Reihe „verdammter Fragen", die mit diesen Ereignissen verbunden sind. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale ist der Meinung, daß jetzt schon der Augenblick gekommen ist, da man darüber öffentlich sprechen kann und muß."

So lauten die ersten Sätze eines Artikels des Genossen Sinowjew, den er dem Beschluß des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 21. Januar d. J. vorausschickt. Es ist dies ein genügend umfangreicher, sich ausschließlich auf die deutschen Ereignisse beziehender Beschluß, den wir in den nächsten Nummern unseres Blattes veröffentlichen werden. Er beweist, daß die Kommunisten nicht nur unerbittlich die Regierungssozialisten und deren Tätigkeit kritisieren, sondern auch ihre eigene. Wir üben aber nicht nur Selbstkritik in der Theorie, sondern ziehen auch aus der Kritik die konkreten, praktischen Schlüsse, die zur Beseitigung der bisherigen Fehler führen, Fehler, die — wie im Falle der deutschen Oktoberereignisse — den Grund bildeten, daß, obwohl die objektiven Bedingungen für einen revolutionären Umsturz vorhanden waren, es infolge verschiedener Ursachen nicht dazu kam. Die Kommunistische (III.) Internationale versteht es, die Erfahrungen einer Sektion im Interesse aller ihrer Sektionen auszunützen, ganz im Gegensatz zu der Internationale der Sozialpatrioten, die aus den Vorfällen der reichsdeutschen Sozialdemokraten nichts gelernt haben, wie zum Beispiel die jetzige Regierung Macdonald in England, deren Haltung zu der Vermutung verleitet, daß sie dem traurigen Beispiel ihrer deutschen Schwester folgen will.

Die Kommunistischen Parteien unterscheiden sich von den Parteien der Regierungssozialisten nicht nur dadurch, daß sie theoretisch Anhänger des Sozialismus sind, sondern vor allem dadurch, daß sie den Willen haben, die proletarische Revolution zu organisieren, das ist Propaganda und Tat in Übereinstimmung zu bringen. Deshalb spielt die Organisationsfrage in den Kommunistischen Parteien eine ganz andere Rolle als in den Parteien der Regierungssozialisten. Die Organisationsfrage ist eine der allerwichtigsten politischen Fragen. Politische und organisatorische Aufgaben sind miteinander verbunden und wirken aufeinander dialektisch.

Schon der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale nahm, gestützt auf die russischen Erfahrungen, Richtlinien für die organisatorische Arbeit an, nach denen leider in Westeuropa nur teilweise vorgegangen wurde. Die Erfahrungen der Parteiorganisationen reichten zur Durchführung dieser Richtlinien nicht aus. Besonders ausdrucksvoll äußerte sich dies in Deutschland. Dort bildeten die Ruhrkämpfe, die Kampagne zur Schaffung der proletarischen Hundertschaften in Mitteldeutschland, die Streikbewegung in Berlin und zuletzt die Kämpfe im Oktober Beweggründe zum organisatorischen Umbau der Partei. Die Organisationsfragen wurden innerhalb der KPD. im Zusammenhang mit politischen Fragen fast ein Jahr lang diskutiert. Der Umbau jedoch wurde nur langsam durchgeführt. Die Frage des Organisationsumbaues fand auch Gegner. Diese führten gegen ihn ins Treffen, daß es unmöglich sei, die russischen Erfahrungen schematisch auf westeuropäischen Boden zu übertragen, denn die russischen Verhältnisse seien wesentlich andere. Hier ist es notwendig, die Frage aufzuwerfen: Worin besteht dieser Unterschied? Und die Antwort lautet: **Nur darin, daß es in Rußland auf Grund besonderer politischer Verhältnisse möglich war, über die Bourgeoisie zu siegen,** während sich in Westeuropa der Eroberung der Macht durch das Proletariat weit größere Hindernisse entgegenstellen.

Daraus folgt, daß die Organisationsfragen in Westeuropa viel wichtiger sind, als dies in Rußland der Fall war. Eine Anzahl organisatorischer Vorkehrungen, die in der Kommunistischen Partei Rußlands **erst nach der Eroberung der Macht durchgeführt wurden, sind in Europa noch vor der Machtergreifung notwendig.** Schon die bisherigen Erfahrungen in Deutschland zeigen, daß die organisatorischen Grundsätze der Kommunistischen Partei Rußlands volle Gültigkeit auch für die westeuropäischen Parteien haben.

Die entscheidenste Vorkehrung der Kommunistischen Parteien für den siegreichen Kampf ist die Errichtung von Betriebszellenorganisationen als politisch-organisatorisch-technische Arbeitsinstitutionen der Partei. Die Kommunistischen Parteien müssen sich dessen bewußt sein, daß das Industrieproletariat den Kern der proletarischen Revolution bildet. Die Entwicklung der Großindustrie führte zur Konzentration der Arbeiter im Produktionsprozeß und schuf dadurch gleichzeitig auch die Bedingungen des Kampfes. Nur wenn sich die Kommunistischen Parteien auf die Betriebszellen stützen können, werden sie imstande sein, die **Einheitsfront von unten** zu schaffen und wesentlichen Fehlern der Einheitsfronttaktik auszuweichen.

Es sind uns die Schwierigkeiten bekannt, auf die in Westeuropa der Aufbau von Betriebszellenorganisationen im Rahmen der Kommunistischen Partei stoßen. Aber die Beschlüsse der Januarsitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale stimmen vollkommen mit den Erfahrungen der deutschen Bruderpartei in der Frage des Ausbaues der Betriebszellen überein. Weil die Partei in der Zeit der Oktoberereignisse die Betriebszellenorganisation nicht hatte, mußte sie sich auf die Hilfe der linken Sozialdemokraten verlassen, die das sächsische Proletariat dann schändlich verrieten. Die KPD. ist durch den Januarbeschluß der Kommunisischen Internationale verpflichtet, den Umbau der Partei auf Grundlage der Betriebszellenorganisation innerhalb von zwei Monaten durchzuführen. Werden die tschechoslowakischen Arbeiter warten, bis sie dazu aufgefordert werden, oder werden sie in Erwägung aller Umstände ihre ganze Kraft anspannen, um aus der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei eine Partei zu schaffen, von der alle Angriffe der korrupten Reaktion wie von einem Felsen abprallen?

* Leitartikel des Zentralorganes der KPTsch. „Rude Pravo" vom 21. Februar 1924.

Arbeiterbewegung

Die Volksabstimmung über die Arbeitszeit in der Schweiz.

Eine Niederlage der Reaktion.

Von M. Bodenmann (Basel).

** Die siegreiche russische Revolution, die revolutionären Kämpfe in Deuschland, Österreich, Italien usw. fanden ihren Widerhall auch in der Schweiz. Die Arbeiterschaft gab damals ihrem Willen und ihrer Kraft im Landesgeneralstreik Ausdruck. Regierung und Unternehmer, die sonst für die Forderungen der Arbeiter nur ein höhnisches Lächeln oder brutales Nein übrig hatten, trugen soziales Verständnis für die Lage des Proletariats zur Schau. Sie waren bereit, weitgehende Konzessionen zu machen, in der Hoffnung, größeren Zusammenstößen aus dem Wege zu gehen. In dieser Situation wurde im Jahre 1919 auf Antrag des Bundesrates durch das Parlament der Achtstundentag im schweizerischen Fabrikgesetz festgelegt. Das Gesetz trat Anfang 1920 in Kraft.

Aber schon im Jahre 1921, nachdem es dem Unternehmertum gelungen war, der Arbeiterschaft einige Positionen zu entreißen, insbesondere die Löhne abzubauen, ohne daß diesem Beginnen von seiten der Arbeiterschaft ein ernsthafter Widerstand entgegengesetzt wurde, verlangte eine Motion, die von der Mehrheit der Abgeordneten des Parlaments unterzeichnet war, die Wiedereinführung der neun- und zehnstündigen Arbeitszeit.

Diesem Ansuchen kam der Bundesrat (Regierung) entgegen. Er unterbreitete dem Parlament eine Gesetzesvorlage, durch die zwar „grundsätzlich" der Achtstundentag anerkannt wurde, für die nächsten drei Jahre jedoch der Neunstundentag eingeführt werden sollte. Gegen dieses Gesetz, das vom Parlament mit großer Mehrheit angenommen wurde, hatten die Arbeiterparteien, zusammen mit dem Gewerkschaftsbund, das Referendum eingeleitet. 30.000 gültige Unterschriften genügen, um zu veranlassen, daß ein Gesetz der Volksabstimmung unterbreitet werden muß. Der Widerwillen gegen dieses Gesetz machte sich schon bei der Sammlung der Referendumsunterschriften bemerkbar. Über 200.000 stimmberechtigte Bürger hatten die Forderung zur Herbeiführung eines Referendums unterschrieben. Diese große Zahl von Unterschriften schon enttäuschte die Gesetzesmacher. Und der Bundesrat, nichts Gutes ahnend, schob die Volksabstimmung für das im Juni 1922 beschlossene Gesetz bis zum Februar 1924 hinaus.

Am 17. Februar 1924 ist nun die Volksabstimmung vor sich gegangen. Monatelange Propaganda ging der Abstimmung voraus. Beide Richtungen setzten alle ihre Kräfte ein. Auf der einen Seite Bauernverband, Industrielle und Gewerbetreibende, auf der anderen Seite die geschlossene Front der Arbeiterschaft. Das Unternehmertum kämpfte mit den verwerflichsten Mitteln. Nach seiner Auffassung sollte die Verlängerung der Arbeitszeit die Industrie vor dem Untergange retten, die Produktion verbilligen, die Arbeitslosigkeit beheben. Diesmal hat diese Demagogie bei der Arbeiterschaft nicht verfangen. **Mit 435.589 Nein gegen 317.598 ja ist die Gesetzesvorlage in der Volksabstimmung unterlegen. Damit bleibt das bisherige Gesetz, das am Achtstundentag festhält,** und nur in Ausnahmefällen dem Bundesrat gestattet, vorübergehend für einzelne Betriebe zu bewilligen, daß 52 Stunden in der Woche gearbeitet werde, **in Kraft.** Die bedeutende Mehrheit des Schweizer Volkes hat sich für die Beibehaltung des Achtstundentages entschieden und damit der Reaktion eine bemerkenswerte Niederlage bereitet.

Interessant am Ausgang dieser Abstimmung ist, daß die Bauern, obwohl durch die jahrelange verfehlte Politik der Sozialdemokratie und durch die Hetze der Bauernführer, gegen die Arbeiterschaft in den Städten eingestellt, bei dieser Abstimmung in hohem Maße die Parole des Bauernverbandes, der die Interessen der Großbauern vertritt, nicht mehr befolgten. Das Resultat der Abstimmung in den ausgesprochenen Bauerngegenden zeigt, daß breite Kreise der armen Bauern nicht die Parole ihrer Führer befolgten, sondern sich auf die Seite des Proletariats stellten. Für die Kommunistische Partei, die seit ihrer Gründung die blödsinnige Bauernhetze der Sozialdemokratie nicht mitmachte, im Gegenteil versuchte, mit den Kreisen der armen Bauern in Beziehung zu kommen, ist diese Tatsache von sehr wesentlicher Bedeutung.

Erwähnenswert ist noch, daß dieser Kampf um den Achtstundentag die bürgerlichen Linksparteien, deren Anhänger sich zum Teil aus religiösen Arbeitern und auch aus Angestellten und Beamten rekrutieren, innerlich zersetzt hat.

Selbstverständlich, mit dem günstigen Volksentscheid ist weder der Achtstundentag endgültig gerettet noch die Reaktion geschlagen. Die Kommunistische Partei hat dies vor der Abstimmung betont, und im Laufe der nächsten Zeit wird sie dies ganz besonders hervorheben. Diese eine Niederlage der Kapitalisten wird diese nicht abhalten, auf den anderen Gebieten und auf Umwegen zu versuchen, ihren Willen durchzusetzen.

Vor allem steht die Tatsache fest, daß trotz dem Gesetz bereits über 150.000 Fabrikarbeiter den Achtstundentag nicht mehr haben. Diese preisgegebenen Positionen zurückzuerobern, ist die nächste Aufgabe.

Wie dies bereits im soeben erwähnten Falle geschehen ist, wird nun die Regierung von der ihr zukommenden Ermächtigung Gebrauch machen, und unter der Vorgabe, daß zwingende Gründe dies rechtfertigen, auch denjenigen Fabrikbetrieben, die bis jetzt die Achtundvierzigstundenwoche eingehalten haben, gestatten, die Arbeitszeit auf 52 Stunden in der Woche auszudehnen. Gegen diese Praxis, die tatsächlich den Achtstundentag beseitigt, muß der entschiedenste Widerstand aufgenommen werden.

Da die Unternehmer auf dem Gebiete der Arbeitszeit ihren Willen nicht restlos durchsetzen konnten, wird ein neuer Angriff auf die Löhne erfolgen. Dieser Kampf wurde durch die Presse der Großindustrie bereits angesagt. Um die Lohnfrage wird sich in nächster Zeit ein langwieriges Ringen entspinnen.

Wie die Arbeiterschaft in diesem Kampfe abschneiden wird, hängt zum großen Teil von der Einstellung der Gewerkschaftsverbände und vom schweizerischen Gewerkschaftsbund ab. Wenn die bisherige Taktik weiter befolgt wird, wonach die Arbeiter der einzelnen Berufe, oft sogar der einzelnen Betriebe im Kampfe um die Verteidigung ihrer Existenz auf sich allein angewiesen bleiben, so wird die Arbeiterschaft trotz des Abstimmungssieges neuen Niederlagen entgegengehen. Die Kommunisten werden mit allen Kräften danach streben, daß die Angriffe auf die Löhne und die Arbeitszeit, die, wo sie auch immer erfolgen mögen, von größter Bedeutung für die Gesamtarbeiterschaft sind, mit der größten Einheitlichkeit und Geschlossenheit abgewehrt werden.

Der Wirrwarr bei den britischen Eisenbahnergewerkschaften.

Von W. C. Loeber (London).

** Die Differenzen, die zwischen den drei führenden Gewerkschaften, die sich um die britischen Eisenbahner bemühen, bestehen, sind jetzt deutlich zum Ausdruck gekommen. Es sind dies der Eisenbahnerverband (National Union of Railwaymen, NUR.), die Eisenbahnbeamtengewerkschaft (Railway Clerks' Association, RCA.) und der Lokomotivführer- und Heizerverband (Associated Society of Locomotive Engineers and Firemen, ASLEF.). Von diesen dreien hat die NUR. die größte Zahl von Mitgliedern. Diese hohe Mitgliederzahl erlangte sie durch die Verschmelzung des Verbandes der Eisenbahnbediensteten mit dem Allgemeinen Eisenbahnerverband und der Vereinigten Gesellschaft der Weichensteller und Signalisierer. Sie stellt nun einen Verband dar, der alle Schichten der Eisenbahner umfaßt und für diese auch Verträge mit den Eisenbahngesellschaften abschließt. Die beiden andern Gewerkschaften sind, wie ihr Name schon besagt, spezialisiert. Die Ereignisse, die in den jüngsten Streik der ASLEF. gipfelten haben ihre Geschichte. Persönliche Eifersüchteleien unter den Führern schon lange bestehend, sind durch zwei Faktoren besonders stark hervorgetreten, nämlich der Kampf um die Existenzberechtigung des Lokomotivführer- und Heizerverbandes und die reformistische Politik in der NUR. Die RCA. selbst hat nur wenig Einfluß und will gar nicht die Macht, sofern sie überhaupt eine besitzt, ausüben.

Der Kampf um die Mitglieder liegt noch weit zurück, wie ein Rückblick auf die letzten fünf Jahre zeigt. Im Jahre 1910 war jede Gewerkschaft bemüht, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Löhne zu erhöhen. Die Eisenbahngesellschaften spielten die Gewerkschaften gegeneinander aus, sie schlossen einen Vertrag mit der ASLEF. für Führer, Heizer und Putzer

und brachen gleichzeitig die Verhandlungen mit der NUR. ab. Dies veranlaßte die NUR., den Gesellschaften ein Ultimatum zu stellen. Die ASLEF. sah sich nun einem schweren Problem gegenüber. Stellte die NUR.-Mitgliederschaft die Arbeit ein und führte sie eine vollständige Stillegung des Verkehrs herbei, dann wäre es offenkundig geworden, daß die ASLEF. keine Existenzberechtigung habe, und sie hätte sich mit der alle Schichten umfassenden Organisation verschmelzen müssen. Die NUR. hätte nun ohne Zweifel allein Erfolg haben können, da sie auch einen großen Prozentsatz der Lokomotivführer in ihren Reihen hat. Daher einigten sich die Führer der ASLEF., um ihre Position zu behaupten. Das Resultat dieser Einigung war das Abkommen vom Jahre 1920, an dem alle drei Verbände beteiligt waren. Von da ab verschärfte sich der Kampf.

Im Jahre 1921 gingen die Gesellschaften daran, das Abkommen von 1920 zu verschlechtern, und obwohl dies Sache aller drei Organisationen war, verhandelte die ASLEF selbständig und willigte ein, daß eine sofortige Lohnreduzierung und Verpflichtung zu Überstunden eintrete. Die NUR. verlangte nun gleichfalls, selbst zu verhandeln, und es gelang ihr wohl nicht, einen Sieg davonzutragen, aber sie schnitt besser ab als die andere Gewerkschaft.

Diese Kämpfe zwischen den Gewerkschaften trugen auch das ihrige zu jenem berühmten „Schwarzen Freitag" bei. Die Triple-Allianz, die aus den Bergarbeitern (MFCB.), den NUR. und den Transportarbeitern (TWF.) bestand, wandte sich an die ASLEF. um ihren Beistand. Diese, mit den Bergarbeitern sympathisierend, sagte unter der Bedingung zu, wenn sie in die Exekutive der Triple-Allianz käme. Bromley wollte nicht zulassen, daß seine Organisation von Vertretern der NUR. kontrolliert werde. Diese Forderung der ASLEF. hatte zur Folge, daß auch noch andere Organisationen ihre Vertretung in der zentralen kontrollierenden Körperschaft verlangten. Dies führte nun zu einem vollständigen Chaos.

Der Streit führte zum äußersten. Während der Herrschaft des Black- and Tan-Terrorismus in Irland brachte, wiewohl bei beiden Gewerkschaften die irischen Eisenbahner organisiert sind, keine von ihnen den Mut auf, ihre Kraft zu zeigen, um die Regierung zu zwingen, die Hilfstruppen zurückzuziehen. Beide Organisationen machten sich schuldig an dem Transport von Truppen und Munition von verschiedenen Fabriken und Kasernen in England nach den Häfen. Weder die eine noch die andere Körperschaft hatte ihren irischen Mitgliedern Instruktionen zukommen lassen. Man überließ alles ihrer eigenen Initiative und Aktivität. Keine Gewerkschaft übernahm eine finanzielle Verantwortung für die Mitglieder, die wegen Verweigerung von Waffen- oder Truppentransport entlassen wurden. Dennoch bemühten sich beide Organisationen, als bei einer Schießerei in Mallow einige Lokomotivführer getötet wurden, eine Untersuchung herbeizuführen. Die Untersuchung fand statt, worauf beide Organisationen darüber diskutierten, wer eigentlich diese Untersuchung herbeigeführt habe.

Die NUR. trat wiederholt an die ASLEF. zwecks Verschmelzung heran, oder aber um wenigstens eine Zusammenarbeit herbeizuführen.

In dem Streik, der in diesem Jahre von der ASLEF. geführt wurde, rächten sich diese Zwistigkeiten. Die gegenwärtig bestehende Krise, in der der größere Zweig der Transportindustrie, die Werftarbeiter, verwickelt sind, wird auch die drei Eisenbahngewerkschaften in Mitleidenschaft ziehen und sie vor neue Aufgaben stellen.

Die ASLEF. ist der Transport Workers Federation (TWF.) angeschlossen, und sie muß ihr daher Gefolgschaft leisten. Da sie ferner jüngst die Notwendigkeit eingesehen hat, in die direkte Aktion einzutreten, um Lohnreduzierungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu bekämpfen, liegt es nun jetzt an ihr, ihre Solidarität mit den Dockern zu betätigen, die gegenwärtig in ähnlicher Lage gegen Hungerlöhne den Kampf führen.

Zwischen den Zentralexekutivkomitees der NUR. und TGWU. besteht seit März 1923 ein Abkommen, nach dem sich die Organisationen bei Kämpfen zu unterstützen und insbesondere Streikbruch zu verhüten haben.

So wird der Ausgang des Dockarbeiterstreiks nicht nur eine Schicksalsfrage für die Werftarbeiter, sondern er wird auch für die Lage aller Transportarbeiter von einschneidender Bedeutung sein.

Aus der Internationale

Der 3. Kongreß der Arbeiterpartei Amerikas.

Von I. Amter.

** Der 3. Kongreß der Kommunistischen Arbeiterpartei (Workers Party) fand am 29. Dezember 1923 statt und war einer der bedeutsamsten in der Geschichte der kommunistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten. Die allgemeine Politik, die das Zentralexekutivkomitee befolgte, wurde gebilligt, wenn auch die frühere Minorität des Komitees, geführt von Foster und Cannon als Nur-Gewerkschafter, auf dem Kongreß gegen die „Politiker" unter der Führung Peppers und Ruthenbergs, die jetzt die Partei leiten, Opposition machte.

Der Generalsekretär der Partei, Genosse Ruthenberg, berichtete, die Partei umfasse 25.000 Mitglieder, die in 16 Sprachverbänden organisiert seien, überdies bestünden noch sieben Sprachgruppen, die nicht groß genug seien, Verbände zu bilden. Der finnische Verband ist der größte und hat 7000 Mitglieder, dann folgt der englische mit 2000 Mitgliedern. Doch sprechen ungefähr 50% der Parteimitglieder englisch, wenn sie auch in den Sprachverbänden geführt werden. Diese Mannigfaltigkeit der Sprachen ist auch eines der schwierigsten Probleme, das die Partei zu lösen hat, und bildet auch ein Hindernis für das einheitliche Vorgehen der gesamten Parteimitgliedschaft.

Die Partei steht gegenwärtig vor mehreren Aufgaben. Die Angriffe gegen die Kommunisten in den Gewerkschaften und gegen die Mitglieder der Gewerkschaftsunterrichtsorganisation, die Ausschlüsse aus diesen Körperschaften; der heftige Kampf gegen die Kommunisten und „Roten" in den Organisationen, insbesondere von seiten der reaktionären Führer der „Vereinigten Bergarbeiter" und „Internationalen Frauenkleiderarbeiter", erfordern die Verstärkung der kommunistischen Arbeit in den Gewerkschaften und eine bessere Organisierung des linken Flügels, um die Offensive der Fortgeschrittenen und Radikalen gegen die Reaktionären in den Gewerkschaften zu stärken. Die Kampagne zur Verschmelzung und Umgestaltung der Fachverbände in Industrieverbände muß energisch fortgesetzt werden, bis durch den Druck von unten die Verschmelzung Tatsache geworden ist.

Der amerikanische Imperialismus tobt. Mexiko, Zentral- und Südamerika, die westindischen Inseln, die Philippinen, China und sogar Europa bekommen die schwere goldene Hand des amerikanischen Kapitals zu fühlen. Mexiko ist gegenwärtig der Schauplatz eines blutigen Gemetzels, unzweifelhaft angezettelt durch die amerikanischen Ölinteressenten, die vor allem gegen die Obregon-Regierung sind, weil sie den Arbeitern Schutz angedeihen läßt. Höchstwahrscheinlich ist auch England in den Kampf verwickelt, und zwar auf Seite de la Huertas. Aber die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich auf die Seite der Bankengruppe und nicht auf die Seite der Ölgruppe geschlagen, da Thomas Lamant, ein Partner von Morgan, einen Schuldenausgleich durchgesetzt hat. In Kuba wächst die Unruhe unter der Herrschaft des amerikanischen Kapitals, in den Philippinen ist ein offener Kampf um die Unabhängigkeit im Gange. Zentralamerika hat in seinen eigenen Angelegenheiten kein Wort mehr mitzureden und befindet sich vollständig in der Hand der Wallstreet. Die Anleihe, die erst unlängst San Salvador durch die Wallstreet-Banken gewährt wurde, auf deren Rückzahlung die amerikanische Regierung ein Auge haben wird, die wachsenden Kapitalseinlagen, Anleihen und Handel mit Südamerika, speziell mit Brasilien; die Schiffsmission nach Brasilien, kurz nachdem eine Militärkommission dieses Land besucht hatte — alle diese Tatsachen deuten auf die wachsende Macht des amerikanischen Kapitalismus auf dem amerikanischen Kontinent hin.

Das amerikanische Gold dringt mit raschen Schritten in China vor, Missionäre und Kriegsschiffe bilden die Vorhut. Amerika will die chinesischen Eisenbahnen, Goldminen und anderen Rohstoffquellen, es will den wachsenden Handel Chinas an sich reißen und kein anderes Land ist dazu fähiger. Amerikanische Finanzabenteuer in Europa werden täglich zahlreicher. Rockefeller und Morgan führen einen Wettstreit um die Kontrolle Europas, wie sie es in Amerika gemacht haben. Gleichzeitig mit dem amerikanischen Inperialismus wächst der amerikanische Militarismus. Krieg muß kommen. Die amerikanischen Arbeiter mögen auf der Hut sein! Der Kongreß entschied, den Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und Militarismus zu verbreitern.

Um in den Werkstätten festen Fuß zu fassen und die kommenden Kämpfe in den Vereinigten Staaten vorzubereiten, wenn die Regierung neue Angriffe auf die revolutionäre Bewegung machen wird, beschloß der Kongreß, Betriebszellen zu bilden und allmählich die ganze Partei auf diese Grundlage zu stellen. Die Schwierigkeiten der Sprache und das Spionagesystem in den Betrieben sind zwei ernste Hindernisse für die Umgestaltung der Partei: Daher wird dieser Wechsel sehr langsam und sorgfältig durchgeführt werden müssen.

Unter den äußerst wichtigen Fragen, die dem Kongreß vorlagen, befand sich die Frage der Landarbeiterpartei oder genauer ausgedrückt der „Vereinigten Landarbeiterpartei". Sie wurde im Juli letzten Jahres gegründet und die Kommunisten spielen in dieser Partei eine führende Rolle. Dabei kam auch die Frage einer „dritten" bürgerlichen Partei zur Sprache. Viele Genossen deuteten darauf hin, daß die Vereinigte Landarbeiterpartei ein Hindernis biete für das Wachstum der Landarbeiterbewegung. Die Vereinigte Partei erhielt nicht den ganzen Zustrom, auf den man hoffte, die Mitglieder der Organisationen schlossen sich der Vereinigten Partei nur in der Zahl von 155.000 an, obgleich verschiedene andere örtliche Parteien den Anschluß unterstützt hatten und mit dieser Partei zusammenarbeiteten. Die **Minnesota Farmer Lobour Party**, die zwei Senatoren nach Washington entsandte, berief für den 30. Mai einen Kongreß nach St. Pauls ein, die Vereinigte Partei unterzeichnete die Einberufung. Der Kongreß wird wahrscheinlich von Delegierten besucht sein, die zwei oder drei Millionen organisierter Arbeiter und Farmer vertreten. In der Minnesota-Partei gibt es eine Anzahl kleinbürgerlicher Elemente, zum Beispiel Kaufleute, kleine Bankleute, Advokaten. Dieser Kongreß wird ein Zeichen der Revolter der Arbeiter, der Farmer und einiger Schichten der Kleinbourgeoisie gegen die Vorherrschaft der kapitalistischen politischen Parteien sein. Es wird ein ernster Ruf zur Aktion im großen Maßstabe sein, den die Kommunistische Partei imstande ist auszustoßen, da die Kommunistische Partei an dem Kongreß wahrscheinlich durch eine direkte Delegation vertreten sein wird oder wenigstens durch die Vereinigte Partei; in der sie einen integrierenden Bestandteil darstellt. Gompers ist gegen den Kongreß, da er, reaktionär wie er ist, erkennt, daß dieser Kongreß eine wahrhafte Auflehnung darstellt, die durch die Kampfbereitschaft der Kommunisten ihren Höhepunkt darstellt. Die Taktik des Zentralexekutivkomitees der Arbeiterpartei im Verhältnis zur Farmer Labour Party wurde im allgemeinen von dem Kongreß gutgeheißen.

Der strittige Punkt war die „dritte" bürgerliche Partei. Dies ist eine neue taktische Frage für die amerikanische Partei und in mancher Hinsicht auch für die Kommunistische Internationale. Die kapitalistischen politischen Parteien der Vereinigten Staaten werden von zwei Gruppen beherrscht: **Rockefeller**, der vornehmlich die Industrie-, und **Morgan**, der die Finanzgruppen vertritt. In den letzten paar Jahren wurde eine klare Unterscheidung dieser beiden Gruppen immer schwerer möglich. Walltreet beherrscht die Großindustrie, und in Wallstreet sind Rockefeller und Morgan. Morgan ist besonders engagiert an denselben Industriezweigen, in denen auch Rockefeller riesige Investitionen gemacht hat, so in der Stahl-, Eisenbahn- und Schiffsindustrie. Beide Gruppen haben die Rohmaterialien des Landes in der Hand. Ford's mißlungene Rebellion gegen Wallstreet beruhte auf der Tatsache, daß er ein Erzeuger von Fertigprodukten ist. Deshalb ist er von Rockefeller und Morgan abhängig.

Die Farmer von Mittel-West und große Schichten der Arbeiterklasse glauben noch immer, daß sie Hilfe in irgendeiner Form von einer bürgerlichen Partei zu erwarten haben, die nicht auf eine Klassentheorie aufgebaut ist. Sie lehnen sich offen gegen große Truste auf und hoffen, daß ein guter Führer sie aus der Wüste führen wird. Dieser Führer ist **La Follette.**

Das Rückgrat dieser Auflehnung, die in der Bildung einer dritten Partei zum Ausdruck kommt, sind demnach die Farmer und Arbeiter. Die kleinen Kaufleute sind auch interessiert, doch bilden sie die Minorität. Mit anderen Worten: die dritte Partei ist so ziemlich aus denselben Elementen zusammengesetzt, wie die auf dem Klassenstandpunkt stehende Farmer Labour Party. Die Frage ist: Für welches Programm kämpfen sie?

Die Farmer und Arbeiter sind ernstlich erbittert über die großen Trusts und über die kapitalistische Regierung. Dies drückt sich in den Forderungen nach Nationalisierung der Bergwerke und Eisenbahnen, nach Arbeiterschutz für die ausländischen Arbeiter und Schutz der Kinderarbeit, nach billigen Industrieprodukten für die Farmer aus. Radikalere Gruppen verlangen, angesichts der schrecklichen Lage der Farmerklasse, ein Moratorium für die Farmer. Während der letzten Jahre haben 15% der Farmer bankrott gemacht. 300.000 wurden die Hypotheken für verfallen erklärt; obwohl die bebaute Fläche um 12% verringert wurde, gibt es ungeheuren Überfluß an Getreide und eine größere Einschränkung ist geplant. Die Anerkennung Sowjetrußlands wird aus materiellen und ideologischen Gründen gefordert. Für wieviele dieser Forderungen wird die dritte Partei kämpfen?

La Follette hat sich für eine große Zahl dieser Forderungen verpflichtet. Er vertritt Schichten, die sich derselben größtenteils annehmen würden. Wenn ein Programm, das dem obigen ziemlich entspricht, angenommen wird, wie sollen sich dann die Kommunisten dazu verhalten? Sollen sie Seite an Seite mit der dritten Partei gegen die von den großen Trusts und Kapitalisten regierten Parteien kämpfen oder **sollen sie die Reihen der Arbeiter, kleinen und mittleren Farmer und Kleinbourgeoisie spalten?**

Als diese Frage im letzten November im früheren Zentralexekutivkomitee diskutiert wurde, stimmte eine überwältigende Majorität für die erstere Taktik. Das Abstimmungsverhältnis war: 21 zu 3. Während der Monate November und Dezember trat ein Wechsel in den Ansichten ein. Einige Mitglieder des Zentralexekutivkomitees, die für den Vorschlag gestimmt hatten, kamen zur Ansicht, daß dies eine falsche Politik sei. Sie behaupten, daß eine solche Politik nur den Glauben der Massen an den kleinbürgerlichen Reformismus stärken würde; daß eine solche Politik nur in revolutionären Situationen anwendbar sei. Und nachdem eine solche Situation in den Vereinigten Staaten nicht gegeben erscheint, würde dies einen großen Fehler bedeuten. Sie erklären, daß eine klassenbewußte Farmer-Arbeiterpartei die einzige Garantie für einen sicheren revolutionären Kurs sei und daß nur eine solche weder Mißverständnissen, noch einer falschen Leitung unterworfen wäre.

Die Mehrheit des Zentralkomitees behauptete, die Politik sei richtig, doch mit verschiedener Begründung. Die „Gewerkschafter" sehen in ihr eine mächtige Waffe, mit der sie Gompers von der Kontrolle der Gewerkschaften entfernen und auch einer Propaganda für den Gedanken, der „Belohnung der Freunde und Bestrafung der Feinde der Arbeit" der kapitalistischen Parteien, ein Ende machen können. Die „Politischen" erklären, eine Weigerung, gemeinsam mit der dritten Partei in eine Wahlkampagne, trotz ihrer kleinbürgerlichen Ideologie, zu gehen, bedeute, der ganzen Frage aus dem Wege gehen. Die kleinbürgerliche Partei wird mit uns oder ohne uns gebildet werden. Sie zu unterstützen, könnte ihren Sieg herbeiführen. Erst dann würden die Arbeiter und Farmer erkennen, daß der kleinbürgerliche Reformismus fruchtlos ist. Alles Predigen und alle Erziehung hat keine Wirkung: die Arbeiter, und besonders die Farmer, müssen den bürgerlichen Reformismus in seinen Taten sehen. Diese Kampagne wird uns Gelegenheit geben, in die dritte Partei einzutreten, dort einen linken Flügel zu bilden und ihn von der dritten Partei abzuspalten. Durch rücksichtslose Kritik der dritten Partei werden die Kommunisten deren Charakter enthüllen. Auf diese Weise, mag nun die Partei siegreich sein oder geschlagen werden, wird schließlich aus dieser Kampagne ein größeres Klassenbewußtsein der Arbeiter und der Farmer entstehen.

Die Minorität hat die Lehre der bulgarischen Wahlniederlage nicht begriffen. Dort verstanden es die Kommunisten nicht, eine Koalition mit den Kleinbauern herbeizuführen, die allerdings von den Großbauern beherrscht wurden. Auch die britischen Kommunisten machten dieselbe Sache bei ihrem Versuch, in die Labour Party einzutreten, die vornehmlich aus Arbeitern mit einer Minorität von kleinbürgerlichen Liberalen zusammengesetzt ist. Sie wollten dem Kampf ausweichen, der allerdings ein sehr schwerer ist.

Fraglos enthält diese Politik ernste Gefahren. Sie erfolgreich zu gestalten, muß die Parteimitgliedschaft strikteste Disziplin bewahren. Vor allem aber müssen sie diese Politik verstehen und sie wie Kommunisten zu Ende führen. Sie müssen verstehen, daß es eine Taktik und nicht das Ziel ist, sie müssen erkennen, daß dies eine Entlarvungspolitik ist, und daß sie die Arbeiter und Farmer für die Aktion mobilisieren sollen. Obwohl sie die dritte Partei unterstützen, müssen sie imstande sein, sie mitleidlos zu kritisieren. Dies ist eine Taktik, die die Parteien Europas und Amerikas gerade jetzt anzuwenden lernen. Es ist eine harte Lehre. Und sie wird viele Fehler mit sich bringen — aber das ist der Weg der Revolution.

Die New Yorker Delegation war in dieser Frage geteilt. die finnische Föderation, die stärkste der Partei, war dagegen. Ungefähr ein Drittel der Delegierten stimmte dagegen.

Daher wurde die Sache ohne Diskussion der Kommunistischen Internationale zur Entscheidung unterbreitet.

Der Bericht zeigt, daß die russische Parteidiskussion ihren Einfluß in Amerika ausübte. Der Kongreß nahm in aller Eile eine Resolution an, die einstimmig von der Antragskommission vorgeschlagen und die den **demokratischen Zentralismus** verlangte. Nach dieser Resolution müssen alle wichtigen politischen Entscheidungen, die das Zentralkomitee fällt, der Mitgliedschaft **zur Annahme** unterbreitet werden. Dies wurde von dem Herausgeber eines Parteiorgans „Trotzkis Stellung" genannt.

Der Hintergrund dieser Resolution ist unzweifelhaft die Tatsache, daß in den letzten Jahren das Zentralexekutivkomitee gezwungen war, politische Entscheidungen zu fällen und durchzuführen, ohne daß die Mitgliedschaft sie vollständig verstand. Die politische Lage der Vereinigten Staaten hat sich mit solcher Raschheit entwickelt und verändert, daß ihr auch die Politik mit gleicher Raschheit begegnen müßte. Da die Mitgliedschaft an solches Manövrieren nicht gewohnt ist, konnte sie sich dem nicht sofort anschließen. Daher entstand eine beträchtliche Verwirrung.

Die Taktik auf diesem Kongreß führte zu einer Koalition der „Gewerkschafter" und der Gegner der Politik mit der dritten Partei. Das neue Zentralexekutivkomitee wird von Gewerkschaftern geführt.

Botschaft des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die Kommunistische Partei Frankreichs.

IV. (Schluß.)

Der Arbeiter- und Bauernblock.

** Aus dieser Analyse ergibt sich klar, welche Haltung die Kommunistische Partei gegenüber den reformistischen Parteien und Organisationen einnehmen muß. Solange sich diese beim Block der Linken befinden, wäre jede Vereinbarung mit ihnen ein Verrat an der proletarischen Sache. Est ist daher selbstverständlich, daß die Vorbedingung jeder Vereinbarung und jedes Zusammengehens mit diesen Parteien oder Organisationen sein muß: **Unzweideutiger Bruch mit der sogenannten Bourgeoisie der Linken.** Ohne diese Voraussetzung hat keine Vereinbarung einen berechtigten Grund. Aber es besteht noch eine Frage, die gelöst sein muß, bevor von irgendeiner Art Block die Rede sein kann. **Die Vereinbarungen durfen nicht in lokalem Maßstab getroffen werden; sie müssen unbedingt für das ganze Land gelten.** Die Kommunistische Partei kann mit der sozialistischen Partei keinerlei Vereinbarung treffen, wenn jeder Teil der sozialistischen Partei seine eigene unabhängige Politik macht.

Wie immer die Antwort der sozialistischen Partei auf diese elementaren Bedingungen lauten mag, die Kommunistische Partei darf nicht aufhören, alles zu unternehmen, um den Arbeiter- und Bauernblock zu schaffen. Es könnte vielleicht eine zentrale Wahlkommission organisiert werden, in der nicht nur die Repräsentanten der Kommunistischen Partei, sondern auch der parteilosen Arbeiter und Bauern, die in Departementskonferenzen zu wählen wären, vertreten sind. In jedem Fall wäre es unbedingt notwendig, das Interesse aller Arbeiter und Bauern, die die Notwendigkeit der Bekämpfung ihrer Ausbeuter erkennen, zu erwecken.

V.

Reformistischer Parlamentarismus und revolutionärer Parlamentarismus.

Es besteht ein tiefgehender Unterschied zwischen der Haltung der Kommunisten und der der Reformisten in der Wahlkampagne. Für die Reformisten ist das Parlament das Hauptinstrument zur Vervollkommnung der politischen Verfassung, der Vorkämpfer und Träger des Fortschritts. Sie bilden sich ein, daß der Sozialismus durch die Eroberung der Mehrheit im Parlament eingeführt werden kann, und sie legen aus diesem Grunde der Gewinnung von Mandaten im Parlament eine besondere Wichtigkeit bei. Für die Kommunisten ist das Parlament ein Ausdruck der Klassengegensätze. Es macht nichts anderes, als das, was außerhalb des Parlaments vor sich geht, widerzuspiegeln, und die Ausbeutung der Massen mit einer demokratischen Phraseologie zu verkleiden. Das Parlament ist das Werkzeug zur Unterdrückung einer Klasse durch die andere. Der Kommunist geht nur ins Parlament, um von dort aus den außerparlamentarischen Kampf weiterzutreiben. Das Zentrum der Aktivität liegt für die kommunistische Aktion **außerhalb des Parlaments und außerhalb der Wahlen.** Die Wahlen haben für uns nur in dem Maße Bedeutung, als wir uns im Momente des Wahlfiebers, das Millionen Menschen ergreift, besser Gehör verschaffen können, unsere Forderungen und unser Programm tiefer in das Bewußtsein der Massen einhämmern und unsere Losungen populärer machen können. Die Wahlkampagne ist ebenso wie das Parlament für uns nur ein Mittel und Instrument der Agitation und Propaganda. Einzig und allein von diesem Gesichtspunkt aus muß unser Verhalten während des Wahlkampfes und im Parlament selbst bestimmt werden.

Der Sozialismus wird nicht vermittels des Parlaments eingeführt werden, wie sich das die Führer der Labour Party in England einbilden, sondern durch den Umsturz des gesamten bürgerlichen Staates mitsamt seinem Parlament. Das Wesentliche liegt für den Kommunisten nicht in der Zahl der gewonnenen Sitze im Parlament, sondern in der Agitation und Propaganda während der Wahlvorbereitung. Die Parlamentsitze haben für uns nur insofern Bedeutung, als wir ins Parlament aufrichtige, erprobte, dem Kommunismus treue Vorkämpfer entsenden, die die Interessen der Partei über ihre Deputiertenfauteuils und parlamentarischen Intrigen stellen. **Der Wahlkampf ist für uns nur ein Mittel, die Massen zu erobern.**

VI.

Die Eroberung der Massen.

In der Gewinnung der Massen liegt das Hauptproblem, das für die ganze Kommunistische Internationale ebenso wie für die Kommunistische Partei Frankreichs von Bedeutung ist. Die KPF. hat sich in ihrem Geiste vereinheitlicht, sie hat Schwierigkeiten durchgemacht, aus denen sie stärker und gesünder hervorgegangen ist, als sie früher war. Aber ihr Mitgliederbestand, ihre Gefolgschaft ist noch verhältinsmäßig klein. Wie die Massen an sich heranziehen? Das ist die Frage, die jedes aktive Mitglied, jeden Vorkämpfer und insbesondere die Führer der Partei interessieren muß. Die Eroberung der Massen vollzieht sich nur in Form der Erweiterung der Reihen der Partei und der Verstärkung ihres Einflusses.

Was die Rekrutierung der Partei betrifft, so ist ein Fortschritt zu konstatieren. Aber er ist ungenügend. Es müssen bezüglich der Hebung des Mitgliederbestandes sowohl nach Quantität als auch nach Qualität jeder Lokalorganisation konkrete Aufgaben gestellt werden. Dem können besonders „Werbewochen" zur Vermehrung der Mitgliederschaft sowie spezielle politische Kampagnen dienen, ferner eine verstärkte Aktion in den Gewerkschaften und Genossenschaften, in den Mieterorganisationen und in der Vereinigung der ehemaligen Kriegsteilnehmer. Die bevorstehenden Wahlen müssen gleichfalls dazu ausgenützt werden. Die Wahlen sind ein günstiger Zeitpunkt für die Auffüllung des Mitgliederbestandes der Partei, obwohl es in einem Lande mit so verfaulten parlamentarischen Traditionen wie Frankreich geboten ist, bei der Aufnahme neuer Mitglieder, die nach Sitzen im Parlament streben, sehr vorsichtig zu sein. Nichtsdestoweniger können und müssen die Wahlen zur Verbreiterung und Stärkung unserer Reihen ausgenützt werden.

Das zweite Element der Eroberung der Massen ist die Verstärkung unseres Einflusses. Die KPF. hat in diesem Punkte schon ziemlich große Fortschritte gemacht. Ihr Einfluß ist dank ihrer Presse und ihrer Fähigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiet fühlbar gewachsen. Aber es bleibt noch eine gigantische Arbeit zu leisten übrig. **Es gilt, in allen Betrieben Zellen zu schaffen,** auf die energischste und entschlossenste Weise an der Bildung der Betriebsräte teilzunehmen und bei allen ökonomischen und politischen Kämpfen in der vordersten Reihe zu stehen. Es ist mehr wert, einige tausend neuer Anhänger zu gewinnen, als einige Sitze mehr im Parlament.

VII.

Die bevorstehenden Wahlen.

Alles, was wir oben dargelegt haben, beleuchtet unsern Gesichtspunkt bezüglich der konkreten Aufgaben, vor die die französische Partei bei den kommenden Wahlen gestellt ist. Wir beteiligen uns an den Wahlen, um unser kommunistisches Programm und unsere kommunistische Taktik allen Feinden der Arbeiterklasse vollständig und klar entgegenzustellen. Es gab eine Zeit, wo die Sozialisten, wenn sie in die Wahlen eintraten, ihre Fahne zusammenrollten und in die Tasche steckten. **Der Kommunist geht mit offenem Visier in den Kampf.** Dies ist in Frankreich **besonders notwendig,** da dort alte reformistische und anarchistische Traditionen bestehen.

Es gilt endlich, das entsprechende Verhältnis zwischen der Partei und ihrer parlamentarischen Fraktion herzustellen. In der ehemaligen vereinigten sozialistischen Partei war es die parlamentarische Fraktion, die tatsächlich die Partei leitete. Da die Fraktion meistens sehr schweigsam war, brachte sie die Partei in ein opportunistisches Fahrwasser. Wenn sich die Kommunistische Partei von den alten eingewurzelten Vorurteilen in der Arbeiterbewegung befreien will, muß sie allem, was die Wahlen und die Auswahl der Kandidaten betrifft, eine besondere Aufmerksamkeit widmen. In dieser Beziehung erachten wir den Beschluß Eures Reichsausschusses (Conseil national), der den Mitgliedern der Parteileitung, sofern sie nicht schon gegenwärtig Deputierte sind, die Aufstellung ihrer Kandidaten für die Parlamentswahlen untersagt, als sehr vernünftig. Das ist eine zweifellos richtige Lösung. Ein Parteivorstand, dessen Majorität keine Deputierten sind, wird die parlamentarische Fraktion besser zu kontrollieren wissen, als wenn er nur aus Deputierten zusammengesetzt wäre. Aber das ist nicht genug: es ist notwendig, jede vorgelegte oder aufrechterhaltene Kandidatur sorgfältig zu prüfen. Es ist notwendig, die Kandidatur von Elementen, die erst vor kurzem, in Voraussicht der kommenden Wahlen, in die Partei eingetreten sind, auf die entschiedenste Weise und unbedingt abzulehnen. Es ist notwendig, womöglich Arbeiter als Kandidaten aufzustellen, die sich im revolutionären Kampf schon erprobt haben, die die moralischen und politischen Garantien geben, daß sie sich im Parlament nicht jeder Verpflichtung gegenüber der Partei ledig fühlen werden. Die Kandidatenliste soll nicht nur vom Parteivorstand geprüft, sondern sie soll veröffentlicht werden, wobei alle Parteimitglieder und auch die Parteilosen aufgefordert werden müssen, alles mitzuteilen, was sie irgendeinem der Kandidaten entgegenhalten könnten. Auf diese Weise wird man zu würdigen Vertretern der Kommunistischen Partei gelangen. Es kommt keineswegs darauf an, der großen Zahl von Abgeordneten nachzulaufen. Auf die Qualität kommt es an. Auf einen wirklich im kommunistischen Sinn geführten Wahlkampf kommt es an. Alles übrige, selbst die Sitze im Parlament, hat nur sekundäre Bedeutung.

VIII.

Die Frage des Antimilitarismus.

Die KPF. muß eine besonders anhaltende Aufmerksamkeit dem Kampf gegen den Militarismus widmen. Es kann nicht der leiseste Zweifel bestehen, daß der Lauf der Ereignisse uns in einen neuen internationalen Krieg führt. Frankreich besitzt die stärkste Armee und die stärkste Luftflotte der ganzen Welt. Infolgedessen muß die Partei die besten antimilitaristischen Publikationen besitzen. Was dies betrifft, so kann man die Lage gegenwärtig nicht gerade zufriedenstellend finden. Die politische Erziehung der französischen Arbeiterklasse muß mit der antimilitaristischen Propaganda gleichen Schritt halten. Sonst kommt alles, was die Partei unternimmt, in Gefahr, durch die Bajonette zertrümmert zu werden. Es ist nicht Aufgabe der Internationale, die anzuwendenden Methoden der Propaganda aufzuzeigen, aber es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Kampf gegen das militaristische Fieber, von dem das gegenwärtige Frankreich geschüttelt wird, eines der wichtigsten Probleme für die KPF. ist.

IX.

Die Kolonialfrage.

Die Kolonialfrage ist mit der im vorhergehenden Abschnitt besprochenen Frage eng verknüpft. Die Kommunistische Partei Frankreichs hat bisher sehr wenig getan, um die Kolonialfrage in der gehörigen Form aufzurollen. Aber die Bourgeoisie schläft während dieser Zeit nicht. Sie verstärkt alljährlich die Bestände ihrer Soldaten durch Farbige. Da sie die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiterklasse fühlt und wenig Vertrauen hat, daß die Soldaten der weißen Rasse bereit sein werden, auf ihre Brüder zu schießen, so ruft sie Hunderttausende von farbigen Eingeborenen als Soldaten unter die Fahne der sogenannten „nationalen Verteidigung". Die Rolle, die der farbigen Armee vorbehalten ist, ist so evident, daß in dieser Beziehung gar kein Zweifel obwalten kann.

Was tun? Vor allem muß die Partei den durch den Militarismus ausgebeuteten Eingeborenen zeigen, daß sie die einzige Partei ist, die ernstlich gewillt ist, sie vom imperialistischen Joche zu befreien. Sie muß in der Presse, im Parlament, in den öffentlichen Versammlungen die Idee der Unabhängigkeit der Kolonien verkünden. **Die Unabhängigkeit der Kolonien muß eine Kampfeslosung der KPF. werden.** Wenn die Sozialisten eine „bessere Behandlung" der Kolonialvölker verlangen, so suchen sie damit nur den Imperialismus auf der Basis der Demokratie zu befestigen. Aber die Kommunisten, die den Imperialismus und den durch ihn geschaffenen Zustand abschaffen und zerstören wollen, müssen mit der äußersten Energie für die vollständige Befreiung der von der Hauptstadt aus unterdrückten Völker kämpfen.

X.

Intensivierung des inneren Lebens in der Partei.

Die große Anstrengung der KPF., deren Zweck es ist, die Einheitlichkeit der Mitgliedschaft in immer höherem Maße zu bewirken, muß noch weiter getrieben und vervielfacht werden. Die zentralen Körperschaften müssen die latenten Energien von Zehntausenden von Arbeitern erwecken, die sich um die Partei gruppieren. Es muß dem Leben, der Arbeit und den Aktionen der Sektionen eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Wenn wir beispielsweise unser Augenmerk auf die wichtigste der Organisationen, auf den Seine-Verband richten, so müssen wir konstatieren, daß es den Sektionen an dem notwendigen aktiven Leben mangelt. In dieser Beziehung müssen der Parteivorstand (Comité directeur) und das Verbandsbüro (Bureau fédéral) mehr Initiative entwickeln; die Sektionen ihrerseits müssen alle Fragen des Parteilebens prüfen und ihre Vorschläge erstatten. Die Kommunistische Partei ist nach dem Grundsatz des demokratischen Zentralismus aufgebaut: seine führenden Körperschaften werden unmittelbar von der Masse der Mitglieder bestimmt; aber dann — in der Zeit von einem Parteitag zum andern — dirigieren sie die politische Tätigkeit und Kampfaktivität der Partei. Jede Sektion hat das Recht und die Pflicht, alle Fragen, die sie interessieren, zu diskutieren, diesbezüglich bestimmte Resolutionen zu beschließen und diese Resolutionen den Zentralorganen zur Kenntnis zu bringen.

Man wird nur dann die Aktivität der Sektionen beleben können, wenn die Kommunistische Partei in dem Maße, wie ihr Einfluß wächst, Betriebszellen ins Leben ruft. Erst dann, wenn wir in jedem Betrieb und in jeder Fabrik Stützpunkte haben werden, wird das Leben der Partei den Charakter einer Arbeiterpartei annehmen. Diese Zellen werden nicht nur rein politische Fragen besprechen, sondern auch Fragen, die das innere Leben im Betrieb betreffen. Sie werden jene Probleme aufwerfen, die die Massen zu tiefst interessieren und bewegen. Die Belebung der Parteitätigkeit, die Steigerung der Aktivität der Sektionen, die fortschreitende Gründung — fortschreitend im Verhältnis zum Wachstum der KP. — von Betriebs- und Fabrikzellen, das sind die Organisationsfragen, vor die die KPF. gestellt ist.

Schluß.

Gewisse Symptome setzen uns in die Lage, vorauszusehen, daß in Frankreich in einiger Zeit eine Welle von ökonomischen Konflikten anheben wird. Das Leben hat sich verteuert, die Löhne sind aber auf dem früheren Niveau geblieben. Dies muß schließlich und endlich eine entschlossene und kategorische Protestbewegung der Massen herbeiführen. Die bevorstehende Steigerung des ökonomischen Kampfes und des daraus resultierenden politischen Kampfes wird der Kommunistischen Partei die Möglichkeit geben, ihren Einfluß in besonderem Maße zu verstärken und näher an die Massen heranzukommen. Die Zusammenarbeit, die zwischen der Partei und der CGTU. stattfindet, muß fortgesetzt werden. Denn sie ist die Garantie dafür, daß die zukünftigen Kämpfe der Arbeiterklasse erfolgreich sein werden. Das Wesentliche für die Partei ist der unversöhnlichste Kampf nicht nur gegen die Bourgeoisie, sondern auch gegen deren Agenten innerhalb der Arbeiterklasse. Das französische Proletariat wird nicht siegen, solange es nicht von seinen chronischen Krankheiten des Reformismus und Anarchismus geheilt ist.

Nur die Kommunistische Partei ist in der Lage, die Auffassung der arbeitenden Massen von der bürgerlichen und anarchistischen Ideologie zu befreien. Die Kommunistische Partei kann und muß die politische Situation so scharf beleuchten, wie dies notwendig ist, und einen klaren und deutlichen Trennungsstrich zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat ziehen. Eine besonders schwere Aufgabe obliegt der KPF. Sie hat es mit einer ausgezeichnet organisierten und siegesstolzen Bourgeoisie zu tun, die durch eine außergewöhnlich freche Soldateska bedient wird, der eine bis auf das Mark korrupte und käufliche Presse, der vulgäre und verleumderische Reformisten sowie geschwätzige Anarchisten mit ihren hohlen Phrasen zu Diensten sind. Die KPF. wird es verstehen, alle diese Schwierigkeiten, denen sie sowohl innerhalb als auch außerhalb der Arbeiterklasse begegnet, zu überwinden, wenn sie nach ihrem Kongreß noch einheitlicher, noch homogener in ideologischer Beziehung, noch wachsamer, was die proletarische Bewegung betrifft, noch

geschmeidiger und zugleich intransigenter gegenüber allem, was sich den Interessen der Arbeiterklasse entgegenstellt, in den Kampf geht.

Die Kommunistische Internationale ist der Überzeugung, daß die Kommunistische Partei Frankreichs angesichts der wachsenden Unzufriedenheit des Proletariats und der bevorstehenden ökonomischen und politischen Kämpfe den Ehrenplatz einnehmen und daher als geistige und bewegende Kraft des unversöhnlichen und unerbittlichen Kampfes bis zur volltständigen Besiegung aller Feinde der Arbeiterklasse wirken wird.

Moskau, 12. Januar 1924.

Für das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Im Auftrag:

Sinowjew.

Buchbesprechungen

Max Adler: „Die Staatsauffassung des Marxismus*)."

Von Viktor Stern (Reichenberg).

** Max Adler ist bekannt als ein „ganz Linker" innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie Ein Artikel, den er anläßlich des letzten Marx-Gedenktages im Wiener „Kampf" veröffentlichte, klang fast wie eine Kriegserklärung an die Bauer und Kautsky, die Marx für „veraltet" erklärten und die sich dem bürgerlichen Staate gegenüber zu einer versöhnlicheren Auffassung durchgemausert haben. Max Adler ist ein typischer Zentrist, und die charakteristische Eigentümlichkeit aller Zentristen, zu schwanken, ist bei ihm noch viel vollendeter ausgeprägt als bei den meisten anderen. Er hat auch gewisse revolutionäre Grundsätze, an denen er theoretisch (zur Praxis hat er keine Gelegenheit), allen seinen Schwankungen zum Trotze, unbeirrt festhält. Ja, er ist sogar imstande, den Bolschewiki in vielen Punkten gegen seine eigenen Parteigenossen rechtzugeben.

Die ganze Halbheit und Zerfahrenheit dieses Philosophen (im schlechten Sinne dieses Wortes) spiegelt sich auch in dem Werke wider, in dem er die Staatsauffassung des Marxismus darzustellen unternimmt. Schon die ganze Anlage des Werkes ist bezeichnend für die innerliche Unsicherheit Adlers. Das Werk ist eine Erwiderung auf eine Abhandlung des bürgerlichen Wiener Universitätsprofessors **Hans Kelsen**, in dem dieser den sozialdemokratischen Staatsbegriff kritisierte. Um diese merkwürdige Art, die Staatsauffassung des Marxismus darzustellen, zu rechtfertigen, verleiht Adler dem Herrn Kelsen taxfrei die Würde einer besonderen geistigen Größe, dessen Marxkritik turmhoch über der aller anderen bürgerlichen Marxkritiker stehe, was sogar, wenn es wahr wäre, noch nicht viel bedeuten würde. Man hat den Eindruck, daß Adler etwas ganz anderes im Sinne hatte, als eine Kritik der Kelsenschen Marxkritik, daß es ihm viel mehr auf eine Auseinandersetzung über das Thema: Bolschewismus oder Sozialdemokratie, Demokratie oder Diktatur zu tun war, daß er aber ein direktes Herangehen an diese Frage, etwa eine unmittelbare Auseinandersetzung mit Lenins bekanntem Werke „Staat und Revolution" nicht wagte und deshalb lieber einen solchen Umweg wählte, vielleicht auch wegen der Zwitterstellung, die er in dieser Frage einnimmt. Jedenfalls nimmt die Auseinandersetzung über die Frage der Diktatur einen großen Teil des Werkes in Anspruch. Dabei gerät Max Adler, obwohl er sich nur einen Kelsen und nicht einen Lenin zum direkten Objekte seiner Kritik aussucht, in eine sehr peinliche Zwickmühle. Auf der einen Seite hat er Marx viel zu genau gelesen, um nicht zugeben zu müssen, **daß Marx in der Diktatur des Proletariats und in der Revolution den einzig möglichen Weg zum Sozialismus sieht**; auf der anderen Seite aber ist er viel zu sehr Kantianer, pazifistischer Philosoph, und vor allem ein treues Mitglied der österreichischen Sozialdemokratie, um aus dieser Tatsache die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Wie hilft sich nun unser marxistischer Philosoph? Sehr einfach: nach dem bekannten Rezepte von Bethmann-Hollweg „wie ich es auffasse". Er ist für die Revolution. Selbstverständlich, wie könnte ein „ganz Linker" anders? Aber man muß nur unter Revolution das Richtige verstehen. Adler meint darüber: „So zeigte sich, **daß Revolution und Evolution überhaupt keine Gegensätze sind**", **„Gegensätze sind lediglich Revolution und Reformen"**. Wenn an die Stelle der Herrschaft der Bourgeoisie die des Proletariats tritt, wenn die „privatökonomischen Prinzipien" durch die „sozialökonomischen Grundsätze und Einrichtungen" des Proletariats ersetzt werden — das ist doch unstreitig eine Revolution, ein vollständiger Bruch mit dem Früheren, keine bloße Reform. Ob dies nun mit oder Gewaltanwendung vor sich geht, das ist für den „Begriff" der Revolution „gleichgültig", ja nicht einmal die „Ungesetzlichkeit" liegt im „Begriffe" der Revolution; auch ob sich die Revolution „gesetzlich oder ungesetzlich" vollzieht, ist für den Soziologen „nebensächlich". Wer den Philosophen Max Adler nicht genau kennt, der könnte diese Wiedergabe für eine böswillige Entstellung halten. Darum seien die betreffenden Stellen auch wörtlich angeführt: Max Adler erklärt mit der ernstesten Miene:

„Ist es also für die Revolution gar nicht notwendig, daß sie sich „gewalttätig" entwickle, so ist es auch — was gegenüber Kelsen entscheidend in Betracht kommt — durchaus nicht gegen ihren Begriff, daß diese Herrschaft des Proletariats **gänzlich kampflos durch einen parlamentarischen Majoritätsbeschluß erreicht werden könnte. Aber das kann höchstens den Juristen als eine irgendwie wesentliche Seite dieses Vorganges interessieren**; für die soziologische Bedeutung der Revolution ist gerade diese Frage, ob sich die Herrschaft des Proletariats ‚friedlich' oder ‚gewaltsam' aufrichten läßt, **eine völlig nebensächliche.**" (S. 158/9.) „Soziale Revolutionen bedeuten für den Marxisten weder notwendig einen Rechtsbruch noch eine Gewaltanwendung überhaupt, sondern die zielbewußte Umstellung der Gesellschaft auf eine neue ökonomische Ordnung, die sich in ihrem Schoße bereits vorgebildet hat." (S. 160.) (Fettdruck von V. S.) Das Lustige ist dabei folgendes: **Max Adler** wird in diesem Buche nicht müde, Kelsen den berechtigten Vorwurf zu machen, daß Kelsens Begriff wie „Staat", „Revolution", „Demokratie" usw. nur als Jurist sieht und für ihn daher das Wichtigste in diesen Begriffen, ihr konkreter Inhalt, „nebensächlich" ist, daß für ihn zum Beispiel ein Staat zur Unterdrückung der Arbeiterklasse dasselbe ist wie ein Staat, dessen Hauptzweck die Abschaffung der Klassenherrschaft ist. Das ist der Hauptkern der Adlerschen Kritik an Kelsen. Aber ist es nicht noch zehnmal lächerlicher, wenn Max Adler selbst die Revolution nur „begrifflich" untersucht und ihm dann die Frage, ob zur Durchführung der Revolution Gewaltanwendung notwendig ist oder nicht, durchaus nebensächlich erscheint? Für einen Marxisten, der eine Revolution mit herbei- und durchführen soll, ist diese Frage durchaus nicht „nebensächlich"; denn alles, was er praktisch zu tun hat, alle Vorbereitungen der Klasse für die Revolution hängen von der richtigen Beantwortung dieser „nebensächlichen" Frage ab. Gewiß, wenn die Herrschaft des Proletariats, wenn der Sozialismus „kampflos" oder gar „gesetzlich" herbeigeführt werden könnte, dann wäre das auch eine Revolution. Nur schade, daß das eben nicht möglich ist. Die „Gesetze" dienen, das weiß ja auch Max Adler, dem Schutze und der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Ordnung. Auch Adler scheint übrigens zu ahnen, wie kindlich eine solche Auffassung des „Marxismus" ist, und er versucht, der Sache einen revolutionären Anstrich zu geben, indem er erklärt, es handle sich nicht um ein bloßes parlamentarisches Rechenexempel, sondern das Proletariat müsse bereits durch Zahl und Organisation die entscheidende Klasse und die Wortführerin aller oppositionellen Schichten geworden sein, so daß es diese im Momente der revolutionären Aktion mit sich reißt. Das klingt nicht schlecht, wenn man vergißt, daß Adler bei diesen revolutionären Aktionen vor allem an — Abstimmungen denkt.

Auf diese Weise fällt es auch Max Adler gar nicht schwer, an dem marxistischen Gedanken der Diktatur des Proletariats unbeirrbar festzuhalten und doch ein guter Sozialdemokrat zu bleiben. Ja, er hat dazu auch sogar in recht schlauer (oder recht dummer) Weise einen bolschewistischen Gedanken. Die Kommunisten haben vollständig recht, so sagt er, wenn sie behaupten, daß es unter der Klassenherrschaft gar keine wirkliche Demokratie gibt; er nennt diese Scheindemokratie im Gegensatze zur wirklichen „sozialen Demokratie", die erst in der klassenlosen Gesellschaft möglich sein wird, „politische Demokratie". Die Kommunisten haben recht, wenn sie feststellen, daß die sogenannte **bürgerliche Demokratie nur eine Verhüllung der kapitalistischen Diktatur ist.** Aber auch wenn die Arbeiter innerhalb dieser „politischen Demokratie" ans Ruder kommen werden, wird das keine wirkliche Demokratie, sondern nur „eine Verhüllung der Demokratie". Auch sie werden ihre Majorität im Parlamente

*) Max Adler: „Die Staatsauffassung des Marxismus." Marxstudien. Wien, 1922.

dazu gebrauchen, um der Bourgeoisie ihren Willen in Gesetzesform aufzuzwingen, auch sie werden, wenn es eben nich anders geht, kapitalistische Zeitungen verbieten oder sogar den Belagerungszustand gegen die widerspenstige Bourgeoisie verhängen. So kann man es allen recht tun. Wer kann noch leugnen, daß Adler, wie ein richtiger Kommunist, den trügerischen Schein der bürgerlichen Demokratie ganz durchschaut, daß er, wie Marx, für die Diktatur des Proletariats ist, und den Sündenfall Kautskys, an eine Demokratie in der Klassengesellschaft zu glauben, nicht mitmacht? Aber welcher Sozialdemokrat kann andererseits gegen eine derartige Diktatur des Proletariats etwas einzuwenden haben? Haben nicht die Sozialdemokraten der Bourgeoisie selbst geholfen, Zeitungen zu verbieten und den Belagerungszustand zu verhängen? Wie sollten sie also gegen solche Maßnahmen sein können, wenn das Proletariat die Mehrheit hat?

Ist es noch notwendig, so etwas zu widerlegen? Muß man erst hervorheben, daß sich wohl ein Teil des Proletariats durch eine demokratische Hülle täuschen läßt, niemals aber die Bourgeoisie? Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob eine Klasse das Bestehende verteidigt oder angreift. Die Bourgeoisie kann sich wohl eine Zeitlang den Luxus leisten, der Arbeiterschaft ein scheinbares Mitbestimmungsrecht einzuräumen, weil ein großer Teil der Arbeiterschaft noch politisch und geistig unter dem Einflusse der Bourgeoisie steht. Das Umgekehrte aber ist nicht der Fall. Die Bourgeoisie muß trachten, einen Teil der Arbeiterklasse durch alle möglichen Illusionen an ihre Seite zu locken, weil sie allein zu schwach ist, dem Ansturme des Proletariats zu widerstehen. Sie ist auch in der Verteidigung, und darum hat sie ein Interesse daran, die Arbeiter durch die Vortäuschung eines Klassenfriedens ruhig zu halten. Die Arbeiterschaft aber kann die Bourgeoisie nicht mit Hilfe eines Staatsapparats vernichten, in dem die Bourgeoisie durch das „gleiche Recht" usw. zum mindesten so viel Einfluß behält, um die proletarische Herrschaft durch Sabotage und Unterwühlung zusammenbrechen zu lassen. Während die demokratische Hülle für die Bourgeoisie oft das einzige Mittel ist, ihre Diktatur aufrecht erhalten zu können, ist sie für das Proletariat eine Art innerer Fäulnis in den Grundpfeilern seiner Macht und besiegelt von vornherein seine Niederlage. Auch wenn das Proletariat die Macht schon in Händen hat, ist die Bourgeoisie noch da, der Kapitalismus noch lange nicht in den Sozialismus umgewandelt. Die Niederlage veranlaßt die Bourgeoisie höchsten zur Anspannung all ihrer Kräfte, zu einem Kampfe auf Leben und Tod, in dem ihr jedes Mittel recht ist. Wenn da die Arbeiterklasse nicht mit rücksichtsloser, brutaler Gewalt jeden Keim des künftigen Widerstandes vernichtet, wenn sie nicht durch ihren Roten Terror jeden Gedanken an weiteren Widerstand zu ersticken trachtet, so bereitet sie sich selbst den Untergang. So sehr es also richtig ist, daß „politische Demokratie" und Diktatur der Bourgeoisie keine Gegensätze sind, so falsch ist die Ansicht, als ob sich die Formen der bürgerlichen Demokratie mit der Diktatur des Proletariats vereinbaren lassen könnten.

Max Adler faßt also, wie man sieht, die Begriffe Revolution und Diktatur so weit, daß man damit alles Mögliche vereinbar finden kann, was mit Marxismus so viel zu tun hat wie Max Adler selbst mit Kommunismus. Nur eines kann aber auch er mit der marxistischen Diktatur des Proletariats nicht vereinbar finden: die bolschewistische Diktatur in Rußland. Die Lenin und Trotzki mögen ja nach Adler das Beste gewollt haben, erreicht haben sie aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Partei, die Diktatur über das Proletariat. Max Adler kommt da Kelsen gegenüber in eine peinliche Situation. Der bürgerliche Kelsen operiert gegen Marx, indem er auf Rußland hinweist und gegen die Bolschewiki mit sozialdemokratischen Argumenten loszieht. Der Sozialdemokrat Adler erwidert, daß die Bolschewiki die marxistische Theorie wohl sehr gut begriffen und **besser als die Kautsky und Konsorten dargestellt** haben (S. 204), daß sie sie aber auf Rußland **„falsch angewandt"** haben. Der „Beweis", den Adler für diese Behauptung erbringt, ist geradezu klassisch. So schlagend hat noch niemand das Schlagwort von der Diktatur über das Proletariat als Unsinn dargelegt wie Max Adler, indem er es zu rechtfertigen sucht. Er sagt, daß der Marxsche Begriff von der Diktatur des Proletariats die Herrschaft der Klasse im Auge hat, gestützt auf ihre numerische Majorität oder wenigstens auf ihre ökonomische Überlegenheit. Im Bauernlande Rußland seien beide Bedingungen nicht erfüllt, deshalb kann dort nicht das Proletariat, sondern **nur ein Teil des Proletariats**, die sogenannte Avantgarde, die Diktatur ausüben, die auf diese Weise zur Diktatur über das Proletariat wird. Ist das nicht eine herrliche Logik? **Weil also in Rußland das Proletariat zu klein und zu wenig mächtig ist, die Diktatur auszuüben, deshalb kann diese nur von einem noch kleineren und noch weniger mächtigen Teile ausgeübt werden!** Das Proletariat ist zu schwach, die Bourgeoisie und die Arbeiterklasse zu beherrschen, aber ein Teil des Proletariats ist stark genug, das Proletariat und die ganze Bevölkerung zu unterdrücken! Wenn Max Adler gesagt hätte, weil Rußland ein Agrarland ist, kann das Proletariat dort nicht herrschen, ohne den Bauern Konzessionen zu machen, wozu es umso mehr genötigt ist, solange Rußland der einzige proletarische Staat ist, so hätte das einen Sinn gehabt. Daß die Diktatur der Klasse nur möglich ist durch die Diktatur der Partei, das ist richtig. Diese Diktatur der Partei ist aber nur das Werkzeug, um die Diktatur des Proletariats zu verwirklichen genau so wie im kapitalistischen Staate die Bougeoisie ihre Diktatur auch nur durch Parteien oder gar durch einige wenige Drahtzieher ausübt, ohne daß deshalb diese Diktatur aufhören würde, eine Diktatur der Bourgeoisie zu sein.

Das kannn Adler natürlich nicht begreifen, weil er überhaupt nicht imstande ist, sich irgendeine klare Vorstellung über das Verhältnis von Klasse und Partei oder gar die Rolle der Partei im Befreiungskampfe einer Klasse zu machen. Er redet ein ganzes Kapitel lang über „Klasse und Partei" und es kommt dabei nicht mehr heraus, als die Feststellung, daß die Parteien sich nur einbilden, ein allgemeines Interesse zu vertreten, während sie in Wirklichkeit ein Klasseninteresse vertreten. Mehr also weiß Adler über dieses gerade jetzt so entscheidend wichtige Problem nicht zu sagen.

Max Adlers Buch ist also das Ergebnis der unmöglichsten Halbheit. Adler will auf zwei Stühlen, auf einem sozialdemokratischen und einem marxistischen sitzen und sich dabei überdies noch den ganzen Rücken von der wohltuenden Wärme sozialdemokratischer „ruhiger Entwicklung" bestrahlen lassen. Kein Wunder, wenn die Pose, die er schließlich darbietet, alles andere nur nicht schön und auf keinen Fall marxistisch revolutionär ist. Aber Max Adler hat immerhin von Marx und Engels sehr viel gelesen, und der revolutionäre Geist dessen, was er gelesen, zwingt sogar ihm einige revolutionäre Zugeständnisse ab, die er notgedrungen machen muß. Das führt mitunter zu gelungenen Konsequenzen. Der bürgerliche Kelsen verteidigt zum Beispiel oft den sozialdemokratischen Standpunkt, und der Sozialdemokrat Adler muß feststellen, daß dieser Standpunkt für einen Marxisten ein Unsinn ist. So erklärt zum Beispiel Kelsen — ganz so, als wenn er Otto Bauer auswendig gelernt hätte —: Der Mißbrauch des allgemeinen Wahlrechtes beweist nichts gegen seine Eignung, reines Ausdrucksmittel der Demokratie zu sein. Das Ergebnis wird wohl durch viele Umstände (Indifferenz großer Massen, ökonomische Abhängigkeit usw.) „getrübt", aber man muß im Sinne der Lehren von Marx und Engels die Demokratie von dieser Beschränkung — sei es auch mit Gewalt — (Wer glaubt da nicht die Stimme der seeligen 2½ Internationale zu hören?) befreien, um die Ausgestaltung zu einer echten Demokratie zu sichern. Demgegenüber stellt der Sozialdemokrat Adler fest, daß es zu den „theoretischen Verdiensten Lenins" gehört, die Aufmerksamkeit auf jene Seite des Marxismus gerichtet zu haben, die solche Illusionen zerstört, und daß auch Trotzki in seiner Schrift „Terrorismus und Kommunismus" gezeigt hat, wie sich die Bourgeoisie den Apparat der Demokratie zu unterwerfen versteht. (S. 151/2.) Trotzki habe auch mit Recht auf die Gefahr hingewiesen, die darin besteht, daß die bürgerliche Demokratie, obwohl sie die Entwicklung der arbeitenden Klasse begünstigt, auch in den oberen Schichten des Proletariats opportunistische Gewohnheiten und legalistische Vorurteile verstärkt. Adler hat in seiner Partei gewiß die beste Gelegenheit, diese Wahrheit bestätigt zu finden. (S. 156.) In ähnlicher Art verteidigt Adler auch den größten Teil der bekannten zehn bolschewistischen Thesen gegen die Angriffe Kautskis (S. 203) usw.

Auf die übrigen Gedankengänge des Buches will ich hier nicht näher eingehen. Zum größten Teile sind es Erledigungen, manchmal sehr geschickte Erledigungen der meist sehr simplen Einwände Kelsens gegen den Marxismus. Ein großer Schlußteil ist den Fragen gewidmet, ob der Anarchismus jede Gewalt ablehnt und ob der Marxismus anarchistisch ist. Im großen und ganzen erweckt das Buch nur den einen Eindruck: „Ein großer Aufwand schmählich ist vertan."

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 28. 29. Februar | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Zum 5. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Internationale

An alle Kommunistischen Parteien! An alle Proletarier! An alle Kolonialsklaven!

** Fünf Jahre sind verstrichen, seit in der Hauptstadt des proletarischen Staates die Kommunistische Internationale, die große Internationale Arbeiterassoziation, gegründet wurde. Von revolutionären Kämpfern, die dem Befreiungskampf der Werktätigen bis in den Tod ergeben sind, gegründet, wuchs sie zu gewaltiger Macht heran, und jetzt marschieren unter ihrem roten Banner Millionen von Proletariern aller fünf Kontinente unseres Planeten. Auch die vom europäisch-amerikanischen Kapital ans Kreuz geschlagenen Kolonialvölker ringen unter der Führung der Kommunistischen Internationale um ihre Befreiung.

Im Gewitter des Weltkrieges, der Städte und Dörfer Europas in Flammen aufgehen ließ und über die Gefilde Europas und Asiens Ströme von Blut brachte, wurde die Kommunistische Internationale geboren. Sie wurde geboren unter dem Donner der Kanonen, dem patriotischen Geheule der Bourgeoisie, unter den chauvinistischen Gesängen der sozialistischen Verräter, unter dem Klirren der Ketten der vom Militarismus in Fesseln geschlagenen Arbeiterklasse. Sie wurde geboren als Sturmvogel des Bürgerkrieges aller Entrechteten, als Stab jener gewaltigen Armee der Arbeit, die die kapitalistische Sklaverei hinwegfegen wird.

Fünf Jahre sind seit der Gründung der Kommunistischen Internationale vergangen, Jahre, in denen die Lokomotive der Geschichte mit der Geschwindigkeit eines Orkans dahinraste. Die Kommunistische Internationale stand sowohl in der Periode mächtiger Brandung der revolutionären Welle, wie auch in der Zeit der Ebbe der Revolution als proletarischer Beobachtungsposten, als Avantgarde der proletarischen Weltarmeen, unerschüttert fest auf ihrer Kommandohöhe. Zum ersten Male in der Geschichte der Arbeiterbewegung sahen wir, wie sich Werktätige eine internationale Organisation schufen, die sowohl die revolutionären Arbeiter der Städte in den Industrieländern wie auch die farbigen Völker der entrechteten Menschheit in den Kolonien weckt, organisiert, zusammenfaßt und in den Kampf führt. Zum ersten Male in der Geschichte sehen wir die Entstehung einer festen Kampfgemeinschaft zwischen den ausschlaggebenden Massen des revolutionären Proletariats und der verelendeten und entrechteten, aber doch sich auflehnenden Bauernarmut. Zum ersten Male in der Geschichte vereinigt sich das Proletariat des Westens mit den unterdrückten Völkern des Ostens. Zum ersten Male in der Geschichte sehen wir, wie das Proletariat in einem gewaltig großen Lande seine Diktatur aufrichtet, eine Diktatur, die in hartnäckigem und heroischem Kampfe der Arbeiter und Bauern, durch einen unerhört schweren Bürgerkrieg dem sich an seine Herrschaft klammernden Kapital abgerungen wurde.

Heute liegt es klar vor den Augen der ganzen Welt, daß die Menschheit an der Schwelle einer neuen, welthistorischen Periode steht und sich anschickt, eine neue Seite im Buche ihrer Geschichte aufzuschlagen.

Aus der mit Blut und Schmutz befleckten und von den Trümmern einer zerstörten Kultur erfüllten Sackgasse, aus dem Labyrinth der Konflikte und Widersprüche und des durch den Krieg geschaffenen Chaos, aus der fortwährenden Bedrohung durch neue Vernichtungskriege, die die Habgier der imperialistischen Bourgeoisie vorbereitet, führt die Arbeiterklasse die Menschheit hinaus auf eine neue Bahn, weist ihr neue Wege. Der Führer dieser Arbeiterklasse, der Organisator ihrer kollektiven Kräfte ist die Kommunistische Internationale.

Zahlreiche Schlachten, viele und ungemein schwere Prüfungen stehen uns noch bevor. Nicht nur die Bourgeoisie hat jenseits der Barrikaden ihre Stellungen bezogen. Wir sehen an ihrer Seite auch jene Überläufer und Verräter der Arbeiterklasse, die durch die Macht des Kapitals verdorben, gekauft und geblendet sind. Noch immer setzt die Sozialdemokratie, die II. Internatio-

nale, diese Agentur der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, die Zersetzung der Arbeiterklasse, die Vergiftung des proletarischen Organismus fort.

Noch immer verkauft und verrät sie die Arbeitersache. Die Sozialdemokratie, die während des Weltkrieges ihre imperialistischen Regierungen schützte, die Aufstände der proletarischen Vorhuten niederschlug, den Versailler Frieden mitunterzeichnete, Liebknecht und Luxemburg ermordete, die sozialdemokratischen Parteien der Noske, Wels, Vandervelde, Tschernow — sie leben noch immer. Noch immer können sie die Arbeiterschaft betrügen, obwohl ihre Herrschaft schon zu wanken beginnt und bereits sichtbare Risse zeigt. Diesen Feind besiegen, den Opportunismus schlagen, den rückständigen Massen die letzten Reste demutvoller Bewunderung der Allmächtigen dieser Erde überwinden helfen, allüberall die Mehrheit der Arbeiter um sich scharen, bildet heute die Hauptaufgabe der Kommunistischen Internationale.

Die Kommunistische Internationale hat durch die Tat bewiesen, daß sie die einzige Macht auf der ganzen Welt ist, die der imperialistischen Vergewaltigung die Stirne zu bieten vermag. Sie allein war es, die gegen den niederträchtigen Versailler Vertrag, zu dessen Schöpfer auch Vandervelde gehört, Protest erhob. Sie allein hat einen wirklichen Kampf gegen die Zerstückelung Deutschlands, gegen die Ruhrbesetzung, gegen die Gewalttaten in Indien, Irland und Ägypten geführt. Sie allein hat alle Kräfte im Kampfe gegen drohende neue Kriege mobilisiert. Sie allein hat alle Betrügereien der II. Internationale und den Verrat ihrer Führer entlarvt. Nur die Kommunistische Internationale hat das Recht, im Namen jener Arbeitermassen zu sprechen, die für das Glück der Menschheit kämpfen wollen, zu kämpfen verstehen und immerdar kämpfen werden.

Wenn auch unsere Weltorganisation ihren genialen Führer, ihren besten Kampfgenossen und Lehrer verloren hat, wird sie doch, allem trotzend, unerschüttert und fest weiteren großen Siegen entgegenschreiten, denn ihre Stimme ist die Stimme von Millionen.

Das Gespenst des Kommunismus hat heute in der Gestalt der proletarischen Diktatur Fleisch und Blut gewonnen. Nicht bloß über Europa schreitet es dahin — der Widerhall seiner dröhnenden Schritte schallt heute über die ganze Welt. Allüberall, selbst in entlegensten Winkeln unseres Planeten, entrollen Unterdrückte das rote Banner des kommunistischen Umsturzes. Der Sieg der Kommunistischen Internationale ist unabwendbar, denn die Kommunistische Internationale marschiert unter der Fahne, auf der in feuriger Schrift die Worte leuchten:

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Moskau, den 27. Februar 1924.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Die III. Internationale, ihr Platz in der Geschichte.

Von N. Lenin.

** Die Imperialisten der Länder der „Entente" blockieren Rußland, bestrebt, die Sowjetrepublik als einen Ansteckungsherd, von der kapitalistischen Welt abzuschneiden. Diese Leute, die sich mit dem „Demokratismus" ihrer Institutionen brüsten, sind vom Haß gegen die Sowjetrepublik derart verblendet, daß sie nicht bemerken, wie sie sich selber lächerlich machen. Man denke bloß: die am weitesten vorgeschrittenen, am meisten zivilisierten und „demokratischen" Länder, bis an die Zähne bewaffnet, in militärischer Beziehung ungeteilt die ganze Erde beherrschend, fürchten, wie das Feuer, eine ideelle Ansteckung, die von einem ruinierten, hungernden, zurückgebliebenen, ihrer Versicherung nach sogar halbwilden Lande ausgeht! Schon dieser Widerspruch allein öffnet den Arbeitermassen aller Länder die Augen und hilft die Heuchelei der Imperialisten Clemenceau, Lloyd George, Wilson und ihrer Regierungen zu enthüllen.

Aber nicht nur die Verblendung der Kapitalisten von ihrem Haß gegen die Sowjets, sondern auch ihre Reibereien untereinander, die sie antreibt, sich gegenseitig ein Bein zu stellen, sind uns behilflich. Sie haben miteinander eine regelrechte Verschwörung des Totschweigens geschlossen, weil sie mehr als alles die Verbreitung von wahrhaften Nachrichten über die Sowjetrepublik überhaupt, besonders aber ihrer offiziellen Dokumente fürchten. Allein das Hauptorgan der französischen Bourgeoisie, „Le Temps", hat doch die Nachricht von der Gründung der Dritten Kommunistischen Internationale zu Moskau veröffentlicht.

Wir sprechen hierfür dem Hauptorgan der französischen Bourgeoisie, diesem Führer des französischen Chauvinismus und Imperialismus unseren ergebensten Dank aus. Wir sind bereit, der Zeitung „Temps" eine feierliche Adresse als Ausdruck unserer Erkenntlichkeit dafür zu übersenden, daß sie uns so glücklich und so gewandt hilft.

Daraus, wie die Zeitung „Temps" ihre Mitteilung auf Grund unseres Radio stilisiert, sind mit voller Klarheit die Motive ersichtlich, die dieses Organ des Geldsackes leiteten. Es wollte Wilson einen Nadelstich versetzen: Sehen Sie sich einmal an, was das für Leute sind, mit denen Sie Verhandlungen zulassen! Die Weisen, die auf Bestellung des Geldsackes schreiben, bemerken nicht, wie ihre Einschüchterung Wilsons mit den Bolschewiki in den Augen der Arbeitermassen zur Reklame für die Bolschewiki wird. Noch einmal: dem Organ der französischen Millionäre unseren ergebensten Dank!

Die Gründung der Dritten Internationale ging in solchem Weltmilieu vor sich, daß keine Verbote, keine kleinlichen und kläglichen Manöver der Imperialisten der „Entente" oder der Lakaien des Kapitalismus, wie die Scheidemänner in Deutschland, die Renners in Österreich, imstande sind, die Verbreitung der Nachricht über diese Internationale und die Sympathien für sie in der Arbeiterklasse der ganzen Welt zu verhindern. Dieses Milieu wurde von der nicht bloß mit jedem Tage, sondern mit jeder Stunde wachsenden proletarischen Revolution geschaffen. Dieses Milieu schuf die Sowjetbewegung innerhalb der Arbeitermassen, die bereits eine solche Kraft gewonnen hat, daß sie tatsächlich eine internationale geworden ist.

Die Erste Internationale (1864—72) legte den Grundstein zur internationalen Organisation der Arbeiter zum Zwecke ihrer Vorbereitung für einen revolutionären Vorstoß gegen das Kapital. Die Zweite Internationale (1889—1914) war die internationale Organisation der proletarischen Bewegung, deren Wachstum in die Breite ging, was nicht ohne zeitweilige Abflachung der Höhe des revolutionären Niveaus, nicht ohne zeitweilige Erstarkung des Opportunismus ablief, der schließlich zum schmälichen Krach dieser Internationale führte.

Die Dritte Internationale wurde faktisch im Jahre 1918 geschaffen, als der langjährige Prozeß des Kampfes mit dem Opportunismus und Sozialchauvinismus, besonders während der Kriegszeit, in einer Reihe von Nationen zur Bildung von kommunistischen Parteien geführt hatte. Formell ist die Dritte Internationale auf ihrem ersten Kongreß, im März 1919, zu Moskau gegründet worden. Und der charakteristische Zug der Dritten Internationale, ihr Beruf, das Vermächtnis Marx' zu erfüllen und ins Leben zu übertragen, die ewigen Ideale des Sozialismus und der Arbeiterbewegung zu verwirklichen — dieser charakteristische Zug der Dritten Internationale trat von Hause aus dadurch in die Erscheinung, daß der neue, der dritte „internationale Arbeiterverein" bereits jetzt begann, sich in gewissem Maße mit dem Bunde der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu decken.

Die Erste Internationale legte das Fundament des Kampfes des internationalen Proletariats für den Sozialismus.

Die Zweite Internationale war die Epoche der Vorbereitung des Bodens für eine weite Massenausbreitung der Bewegung in einer Reihe von Ländern.

Die Dritte Internationale überkam die Früchte der Arbeiten der Zweiten, amputierte ihre opportunistischen, sozial-chauvinistischen, bourgeoisen und kleinbourgeoisen Auswüchse und begann die Diktatur des Proletariats zu verwirklichen.

Der internationale Bund der Parteien, die die am meisten

revolutionäre Bewegung der Welt, die Bewegung des Proletariats zum Sturze des Joches des Kapitals, leiten, hat jetzt eine besondere, was ihre Festigkeit anbetrifft, noch nicht dagewesene Basis unter sich: Mehrere Sowjetrepubliken, die in internationalem Maßstabe die Diktatur des Proletariats, seinen Sieg über den Kapitalismus im Leben verkörpern.

Die weltgeschichtliche Bedeutung der Dritten Kommunistischen Internationale besteht darin, daß sie begann, die große Losung Marx' im Leben zu verwirklichen, die Losung, die der jahrhundertelangen Entwicklung des Sozialismus und der Arbeiterbewegung die Bilanz zieht, die Losung, die im Begriffe: Diktatur des Proletariats ihren Ausdruck findet.

Dieser geniale Vorausblick, diese geniale Theorie wird Wirklichkeit.

Diese lateinischen Worte sind jetzt in alle Volkssprachen des zeitgenössischen Europa, ja mehr noch, in allen Sprachen der Welt übersetzt.

Eine neue Epoche der Weltgeschichte hat begonnen.

Die Menschheit wirft die letzte Form der Sklaverei von sich, die kapitalistische oder die Lohnsklaverei.

Indem sie sich von dieser Sklaverei befreit, geht die Menschheit zum erstenmal zu wahrer Freiheit über.

Wie konnte es geschehen, daß das erste Land, das die Diktatur des Proletariats verwirklichte, die Sowjetrepublik organisierte, eines der am weitesten zurückgebliebenen Länder Europas war? Wir werden uns kaum irren, wenn wir sagen, daß gerade der Widerspruch zwischen der Zurückgebliebenheit Rußlands und seinem „Sprung" zur höchsten Form des Demokratismus, über die bürgerliche Demokratie hinweg zur Sowjet- oder proletarischen Republik, daß gerade dieser Widerspruch eine der Ursachen (abgesehen vom Druck opportunistischer Gewohnheiten und philisterhafter Vorurteile, unter dem die meisten Führer des Sozialismus standen) war, die im Westen das Verständnis für die Rolle der Sowjets am meisten erschwerte oder verzögerte.

Die Arbeitermassen erfaßten instinktiv, in der ganzen Welt, die Bedeutung der Sowjets als Kampfmittel des Proletariats und als Form des proletarischen Staates. Allein die durch den Opportunismus korrumpierten „Führer" fuhren und fahren fort, die bürgerliche Demokratie anzubeten, die sie als „die Demokratie überhaupt" bezeichnen.

Ist es verwunderlich, daß die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats zu allererst den „Widerspruch" zwischen der Zurückgebliebenheit Rußlands und seinem „Sprung" über die bürgerliche Demokratie zeigte? Es wäre erstaunlich, wenn die Geschichte uns die Verwirklichung der neuen Form der Demokratie ohne eine Reihe von Widersprüchen geschenkt hätte.

Jeder beliebige Marxist, ja jeder mit der zeitgenössischen Wissenschaft überhaupt bekannte Mensch, wenn man ihm die Frage stellte: „Ist der gleichmäßige oder harmonisch-proportionelle Übergang der verschiedenen kapitalistischen Länder zur Diktatur des Proletariats wahrscheinlich?" würde zweifelsohne diese Frage verneinend beantworten. In der Welt des Kapitalismus hat es niemals weder Gleichmäßigkeit noch Harmonie, noch Proportion gegeben und geben können. Jedes Land hat besonders relief bald diese, bald jene Seite, Zug oder Gruppe von Eigenschaften des Kapitalismus und der Arbeiterbewegung entwickelt. Der Prozentsatz der Entwicklung war ein ungleichmäßiger.

Als Frankreich seine große bürgerliche Revolution durchmachte, indem es das ganze europäische Festland zu historisch neuem Leben weckte, stand England an der Spitze einer gegenrevolutionären Koalition, obwohl es gleichzeitig kapitalistisch weit mehr entwickelt war als Frankreich. Die englische Arbeiterbewegung jener Epoche nimmt genial vieles vom künftigen Marxismus voraus.

Als England der Welt die erste weit angelegte, tatsächliche Massenbewegung, den politisch begründeten proletarisch-revolutionären Chartismus gab, gingen auf dem europäischen Festlande in der Mehrzahl der Fälle schwache Bürgerrevolutionen vor sich, in Frankreich aber brach der erste große Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bürgertum aus. Die Bourgeoisie schlug verschiedene nationale Kolonnen des Proletariats einzeln, und in den verschiedenen Ländern auf verschiedene Art.

England hat das Beispiel eines Landes geliefert, in dem, wie Engels sagt, die Bourgeoisie mit einer bourgeoisgewordenen Aristokratie die am meisten bourgeois-gewordene Oberschicht des Proletariats geschaffen hat. Das vorgeschrittene kapitalistische Land war in bezug auf den revolutionären Kampf des Proletariats um mehrere Jahrzehnte zurückgeblieben. Frankreich hat gleichsam die Kräfte des Proletariats in zwei heldenmütigen Revolutionen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie in den Jahren 1848 und 1871 erschöpft, die in weltgeschichtlichem Sinne äußerst viel gegeben haben. Die Führung in der Internationale der Arbeiterbewegung ging hierauf, in den siebziger Jahren des XIX. Jahrhunderts, als Deutschland ökonomisch, sowohl hinter England als auch hinter Frankreich zurückstand, an Deutschland über. Als jedoch Deutschland ökonomisch diese beiden Länder überholt hatte, das heißt gegen das zweite Jahrzehnt des XX. Jahrhunderts, steht an der Spitze der universell-mustergültigen marxistischen Arbeiterpartei Deutschlands ein Häuflein Erzhalunken, das denkbar schmutzigste Gesindel, das sich dem Kapitalismus verkauft hat, von Scheidemann und Noske bis David und Legien, die widerlichsten Henker aus der Arbeiterklasse im Dienste der Monarchie und der gegenrevolutionären Bourgeoisie.

Die Weltgeschichte geht unaufhaltsam der Diktatur des Proletariats entgegen, aber sie geht beileibe nicht glatte, nicht einfache, nicht gerade Wege.

Als Karl Kautsky noch Marxist war, nicht der Renegat des Marxismus, zu dem er in seiner Eigenschaft als Kämpfer für die Einigkeit mit den Scheidemanns und für die bürgerliche Demokratie gegen die der Sowjets oder des Proletariats geworden ist, schrieb er gleich zu Beginn des XX. Jahrhunderts seinen Artikel: „Die Slawen und die Revolution". In diesem Artikel setzte er die historischen Bedingungen auseinander, die die Möglichkeit des Überganges der Hegemonie in der internationalen und revolutionären Bewegung an die Slawen bezeichneten.

Es ist so gekommen. Zeitweilig — selbstverständlich bloß für kurze Zeit — ist die Hegemonie in der revolutionären proletarischen Internationale an die Russen übergegangen, wie sie sie in verschiedenen Perioden des XIX. Jahrhunderts die Engländer, dann die Franzosen und die Deutschen inne gehabt haben.

Ich habe bereits mehr als einmal sagen müssen: im Vergleich zu den vorgeschrittenen Ländern hatten es die Russen leichter, die große proletarische Revolution zu beginnen, es wird ihnen aber schwerer werden, sie fortzusetzen und im Sinne der vollständigen Organisation der sozialistischen Gesellschaft bis zum endlichen Siege durchzuführen.

Wir hatten es leichter, anzufangen, erstens, weil die — für das Europa des XX. Jahrhunderts — ungewöhnliche politische Zurückgebliebenheit der zarischen Monarchie eine außerordentliche Kraft des revolutionären Anpralls der revolutionären Massen hervorrief; zweitens verschmolz die Rückständigkeit Rußlands die proletarische Revolution gegen die Bourgeoisie eigenartig mit der Bauernrevolution gegen die Gutsbesitzer. Damit setzten wir im Oktober 1917 ein, und wir hätten damals nicht so leicht gesiegt, wenn wir nicht damit angefangen hätten. Marx hatte schon im Jahre 1856, von Preußen sprechend, auf die Möglichkeit einer eigenartigen Verbindung der proletarischen Revolution mit dem Bauernkriege hingewiesen. Die Bolschewiki verfochten seit Anfang des Jahres 1905 die Idee der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Drittens hatte die Revolution des Jahres 1905 außerordentlich viel für die politische Ausbildung der Arbeiter- und Bauernmassen getan, sowohl in dem Sinne, daß ihre Vorhut sich mit dem „letzten Worte" des Sozialismus im Westen bekannt machte, als auch in dem der revolutionären Handlung der Massen. Ohne eine solche „Generalprobe", wie die im Jahre 1905, wäre im Jahre 1917 die bürgerliche Februarrevolution wie die proletarische Oktoberrevolution unmöglich gewesen. Viertens gestatteten die geographischen Verhältnisse Rußland, sich länger als andere Länder gegen das äußere Übergewicht der kapitalistischen, vorgeschrittenen Staaten zu wehren. Fünftens erleichterte das eigenartige Verhältnis des Proletariats zur Bauernschaft den Übergang von der bürgerlichen Revolution zur sozialistischen, erleichterte den Einfluß des städtischen Proletariats auf die halbproletarischen ärmsten Schichten der Arbeiter auf dem Lande. Sechstens erleichterte die lange Schule des Streikkampfes und die Erfahrung der europäischen massenhaften Arbeiterbewegung bei der Tiefe und schnellen Zuspitzung der revolutionären Situation die Entstehung einer so eigenartigen Form der proletarischen revolutionären Organisation wie die Sowjets.

Diese Aufzählung ist natürlich nicht vollständig. Aber wir können uns einstweilen auf sie beschränken.

Die Sowjet- oder proletarische Demokratie ist in Rußland geboren. Im Vergleich zur Pariser Kommune war ein zweiter

weltgeschichtlicher Schritt getan. Die Proletarier-Bauern-Sowjetrepublik erwies sich als die erste widerstandskräftige sozialistische Republik der Welt. Sie kann bereits, als ein neuer Staatstypus, nicht mehr untergehen. Sie steht schon heute nicht mehr allein da.

Um die Bauarbeit des Sozialismus durchzuführen, um sie bis zu Ende zu führen, ist noch sehr vieles erforderlich. Die Sowjetrepubliken in Ländern mit höherer Kultur, mit größerem Gewicht und Einfluß des Proletariats haben alle Aussichten, Rußland zu überholen, wenn sie einmal den Weg der Diktatur des Proletariats einschlagen.

Die bankerott gewordene Zweite Internationale stirbt jetzt und zersetzt sich bei lebendigem Leibe. Sie spielt tatsächlich die Rolle einer Dienerin der internationalen Bourgeoisie. Sie ist die echte gelbe Internationale. Ihre bedeutendsten ideellen Führer, wie Kautsky, verherrlichen die bürgerliche Demokratie, die sie als die „Demokratie überhaupt" oder — noch dümmer und noch gröber — als die „reine Demokratie" bezeichnen.

Die bürgerliche Demokratie hat abgelebt, wie sich die Zweite Internationale überlebt hat, nachdem sie eine historisch notwendige Arbeit geleistet, als die Vorbereitung der Arbeitermassen im Rahmen dieser bürgerlichen Demokratie an der Tagesordnung war.

Die am meisten demokratische bürgerliche Republik war und konnte niemals etwas anderes sein, als eine Maschine zur Unterdrückung der Arbeitenden durch das Kapital, ein Werkzeug der politischen Macht des Kapitals, die Diktatur der Bourgeoisie. Die demokratische Bürgerrepublik verhieß die Gewalt der Majorität, proklamierte sie, aber konnte sie doch niemals verwirklichen, solange es Privateigentum des Landes und anderer Produktionsmittel gab.

Die „Freiheit" in der bürgerlichen demokratischen Republik war in der Tat die Freiheit der Reichen. Die Proletarier und arbeitenden Bauern konnten und mußten sie zur Vorbereitung ihrer Kräfte zum Sturze des Kapitals, zur Überwindung der bürgerlichen Demokratie ausnutzen, aber die Demokratie tatsächlich genießen konnten die Arbeitermassen in der allgemeinen Regel unter dem Kapitalismus nicht.

Zum erstenmal in der Welt hat die Sowjet- oder proletarische Demokratie eine Demokratie für die Massen, für die Arbeitenden, für die Arbeiter und Kleinbauern geschaffen.

Es hat in der Welt noch niemals eine solche Staatsgewalt der Majorität der Bevölkerung, eine Gewalt dieser Majorität in der Tat gegeben, wie die Gewalt der Sowjets.

Sie unterdrückt die „Freiheit" der Ausbeuter und ihrer Helfershelfer, sie beraubt sie der „Freiheit", auszubeuten, der „Freiheit", sich am Hunger zu bereichern, der „Freiheit" des Kampfes für die Wiederherstellung der Macht des Kapitals, der „Freiheit" des Komplotts mit der auswärtigen Bourgeoisie gegen die vaterländischen Arbeiter und Bauern.

Möge Kautsky eine solche Freiheit verteidigen. Dazu muß man ein Renegat des Marxismus, ein Renegat des Sozialismus sein.

In nichts ist der Bankerott der ideellen Führer der Zweiten Internationale, wie die Hilferding und Kautsky, so deutlich zum Ausdruck gekommen, wie in dem völligen Unvermögen, die Bedeutung der Sowjet- oder proletarischen Demokratie, ihr Verhältnis zur Pariser Kommune, ihren Platz in der Geschichte, ihre Notwendigkeit als Form der Diktatur des Proletariats zu begreifen.

In Nr. 74 der Zeitung „Die Freiheit", dem Organ der „Unabhängigen" (lies: Kleinbürger, Philister, Kleinbourgeois) der deutschen Sozialdemokratie wird am 11. Februar 1919 der Aufruf „An das revolutionäre Proletariat Deutschlands" veröffentlicht.

Dieser Aufruf ist von der Parteileitung und ihrer ganzen Fraktion in der „Nationalversammlung", der deutschen „Konstituante", unterzeichnet.

Er beschuldigt die Scheidemanns der Bestrebung, die Sowjets (Räte) abschaffen zu wollen und bringt — Spaß beiseite! — in Vorschlag, die Sowjets mit der Konstituante zu verknüpfen, den Sowjets gewisse Staatsrechte, einen gewissen Platz in der Verfassung einzuräumen.

Die Diktatur der Bourgeoisie mit der Diktatur des Proletariats versöhnen, sie miteinander vereinigen! Wie das einfach ist! Welch eine genial-philisterhafte Idee!

Es ist bloß schade, daß unter Kerenski sie die vereinigten Menschewiki und Sozialrevolutionäre, diese klein-bourgeoisen Demokraten, die sich für Sozialisten halten, bereits erprobt haben.

Wer bei der Lektüre von Marx nicht begriffen hat, daß in der kapitalistischen Gesellschaft, in jedem kritischen Moment, bei jedem ernsten Zusammenstoß der Klassen entweder die Diktatur der Bourgeoisie oder die Diktatur des Proletariats möglich wird, der hat weder von der ökonomischen noch von der politischen Lehre Marx' etwas verstanden.

Aber die genial-philisterhaften Ideen der Hilferding, Kautsky u. Co. von der friedlichen Vereinigung der Diktatur der Bourgeoisie mit der Diktatur des Proletariats bedürfen einer besonderen Untersuchung, will man die ökonomischen und politischen Albernheiten, die in diesem merkwürdigen und komischen Aufruf vom 11. Februar abgelagert sind, erschöpfen. Das muß für einen anderen Artikel aufgeschoben werden.

Moskau, den 15. April 1919.

Spartakus und die Dritte Internationale.

Von Hugo Eberlein (Berlin).

** Auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands überbrachte Radek die Grüße der Kommunistischen Partei Rußlands. Er sprach über die russische Revolution und über die Rolle Lenins in der russischen Revolution. Ich saß neben Rosa Luxemburg, und sie sprach mit warmen Worten von Lenin, von ihrer alten Freundschaft zu ihm und äußerte den Wunsch, in der Diskussion selbst über Lenin und die russische Revolution zu sprechen. Ich ließ sie in die Rednerliste eintragen; durch die Umstellung der Tagesordnung fiel aber diese Rede aus. Schade, daß diese Rede nicht gehalten wurde; die, die später versuchten, einen Gegensatz zwischen ihr und Lenin in der russischen Revolution zu konstruieren, ihnen wären sicher alle Argumente aus der Hand geschlagen.

Auf dem Parteitag traten zwei Differenzen in Erscheinung. Die Zentrale des Spartakusbundes trat geschlossen für Beteiligung an den Parlamentswahlen ein; trotz des heftigsten Kampfes, den Rosa für die Beteiligung am Parlamentarismus führte, lehnte die Mehrheit der Delegierten eine Beteiligung an den Parlamentswahlen ab. Die Zentrale stand geschlossen gegen die Antiparlamentaristen.

Die zweite Differenz führte zu heftigen Differenzen innerhalb der Spartakuszentrale; sie drehte sich um den Namen der Partei. Während wir der neu zu gründenden Partei den Namen „Kommunistische Partei" geben wollten, wandten sich Rosa Luxemburg und Jogiches heftig dagegen, sie wollten die Partei „Sozialistische Partei" nennen. Bis tief in die Nacht wurden heftige Diskussionen darüber geführt. Rosa Luxemburg argumentierte so: Die Kommunistische Partei Rußlands steht heute noch in der Internationale allein; sie wird von den sozialistischen Parteien der II. Internationale aufs heftigste bekämpft. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, die sozialistischen Parteien, insbesondere der westeuropäischen Staaten, von der II. Internationale loszulösen, um sie zu einer neuen revolutionären Internationale zu vereinen und die II. reformistische Internationale zu vernichten. Der Kommunistischen Partei Rußlands wird das so leicht nicht gelingen. Der Gegensatz zwischen der Kommunistischen Partei Rußlands und den sozialistischen Parteien des Westens, insbesondere Frankreichs, Englands und Amerikas, ist so groß, daß uns als deutschen Revolutionären die Aufgabe zufällt, die Verbindung zwischen den Revolutionären des Ostens und den Sozialisten Westeuropas, die heute noch im reformistischen Fahrwasser schwimmen, herzustellen und den Prozeß der Loslösung der westeuropäischen Sozialisten vom Reformismus zu beschleunigen. Diese Aufgabe wird leichter zu erfüllen sein, wenn wir als Sozialistische Partei auf den Plan treten; würden wir dagegen als Kummunistische Partei erscheinen, dann würde die naturgemäß enge Verbindung mit den russischen Kommunisten unsere Aufgaben in Westeuropa erschweren. Während wir in dieser Sitzung erklärten, daß nicht nur in Deutschland, sondern auch in der gesamten Internationale ein scharfer Strich zwischen uns und den sozialistischen Parteien der II. Internationale gezogen werden müsse, der schon rein äußerlich im Namen der Partei zum Ausdruck kommen muß. Außerdem sei es jetzt unsere Hauptaufgabe, im Moment, in dem die ganze Weltbourgeoisie und die Refor-

misten zum Kampf gegen den ersten revolutionären Staat und seine Kommunistische Partei sich rüsten, offen an die Seite der Kommunistischen Partei Rußlands zu treten, um so die engste Verbindung mit den russischen Revolutionären zu dokumentieren.

Bei der Abstimmung blieb Rosa Luxemburg in der Minderheit; mit 4 : 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung — Levi erklärte, ihm sei es gleichgültig, wie die Partei sich nenne — wurde beschlossen, dem Spatakusbund den Namen **„Kommunistische Partei Deutschlands"** zu geben. Der Parteitag stimmte dem zu.

In all diesen Debatten spielte die Rolle der Loslösung von der II. Internationale und die Schaffung einer neuen revolutionären Internationale bereits eine wesentliche Rolle.

Ein paar Tage später kam mit großer Verspätung über Finnland, Norwegen und Schweden ein Brief der Kommunistischen Partei Rußlands bei uns an, in dem die KPD. zu einer Vorbesprechung zwecks Vereinigung der revolutionären Parteien nach Moskau geladen wurde. In einer Besprechung mit Rosa Luxemburg erklärte sie mir, **daß die Schaffung einer neuen revolutionären Internationale, die sich scharf im Gegensatz zur II. reformistischen Internationale stelle, unbedingt nötig sei; zur Gründung selbst sei aber ihres Erachtens der Moment noch nicht gekommen**, denn die Gründung einer neuen aktionsfähigen Internationale setze das Vorhandensein wenigstens einiger revolutionärer Parteien in Westeuropa voraus. Die sofortige Gründung in einer Zeit, in der in Wirklichkeit erst eine kommunistische revolutionäre Partei bestehe — die KPD. war erst vor einigen Tagen gegründet — bedeute eine Schwächung des Gedankens einer revolutionären Internationale. Rosa wünschte, daß ich nach Moskau fahre, um an der Vorbesprechung teilzunehmen und den russischen Genossen auseinanderzusetzen, daß wir im Prinzip mit der Gründung einer Kommunistischen Internationale einverstanden sind, daß der Termin der Gründung aber verschoben werden müsse, bis wir in den westeuropäischen Staaten wenigstens einen Stamm revolutionärer Arbeiter gegen die Reformisten gesammelt hätten.

Wenige Tage später wurde Rosa Luxemburg ermordet.

In einer der ersten Sitzungen nach der Ermordung stand die Moskauer Konferenz auf der Tagesordnung. Hier vertrat Jogiches eifrig die Auffassung Rosa Luxemburgs. Auch er war der Auffassung, daß die Gründung einer revolutionären Internationale, die den schärfsten Kampf gegen die Reformisten aufnehme, notwendig, daß aber der Termin der Gründung in diesem Moment verfrüht sei. Die Zentrale schloß sich dieser Auffassung an, wählte mich zu ihrem Vertreter; ein paar Tage später reiste ich ab.

Die Reise ging unter den unglaublichsten Schwierigkeiten von statten. Der einzige Weg, der möglich war, ging über Wirballen, Kowno, Wilna, Minsk nach Moskau. In Litauen standen aber die deutschen Weißgardisten im heftigsten Kampf gegen die Rote Armee. Die Deutschen hatten sich hinter Kowno bei Koschadaris fest verschanzt und führten einen erbitterten Kampf gegen die gegenüberliegenden roten Truppen. In langen Nachtmärschen, teils zu Fuß, teils im Schlitten, mußte ich zwei kämpfende Fronten passieren. Im schönsten Kugelregen der Maschinengewehre durchschlich ich die Front und kam nach einigen Tagen gut bei den roten Soldaten an. Die Begeisterung war ungeheuer. Der **„erste Spartakist aus Deutschland"** kam nach Rußland, um die Verbrüderung der deutschen Kommunisten mit den russischen Arbeitern und Bauern zu verkünden!

In Moskau begannen sofort die Vorbesprechungen. Aus den verschiedenen Ländern waren Vertreter kleiner revolutionärer Gruppen gekommen. Aber eine Kommunistische Partei außer der russischen konnte nur ich vertreten. Aus 35 Ländern waren Revolutionäre erschienen, um an der Konferenz teilzunehmen. In den Vorverhandlungen, die meist im Zimmer des Genossen Lenin stattfanden, wurde sofort die Frage aufgerollt, ob auf dieser Konferenz bereits die Gründung der Internationale erfolgen solle. Ich war der einzige, der sich im Auftrag seiner Partei gegen die sofortige Gründung wenden mußte. Besonders die Genossen der russischen Partei, an ihrer Spitze **Trotzki, Bucharin und Rakowski**, versuchten mit größtem Eifer, mich von der Notwendigkeit der sofortigen Gründung zu überzeugen; sie zerpflückten alle Argumente der deutschen Partei bis ins kleinste. Bis Lenin entschied, daß von der sofortigen Gründung abgesehen werden müsse, wenn die deutsche Partei ihre Zustimmung nicht gäbe.

Wir traten in die Verhandlungen der Konferenz ein. Die Konferenz nahm einen begeisterten, glänzenden Verlauf. Über alle vorgelegten Resolutionen und Thesen wurde Einmütigkeit erzielt. Die Richtlinien der Kommunistischen Internationale wurden von Bucharin und mir ausgearbeitet und vom Kongreß einstimmig angenommen. Auch das Manifest der Kommunistischen Internationale **„An das Proletariat der ganzen Welt"**, dessen erster Entwurf von Trotzki angefertigt, dann von einer Kommission, bestehend aus Trotzki, Lenin, Bucharin und mir, akzeptiert wurde, nahm der Kongreß einstimmig an. Die Leitsätze Lenins über „Bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur" wurden dem Büro der Internationale zur Verbreitung in der ganzen Welt überwiesen. Außerdem wurden angenommen die ebenfalls allen Genossen bekannten Leitsätze über die „Internationale Lage und die Politik der Entente", die Resolution über „die Stellung zu den sozialistischen Strömungen und der Berner Konferenz", desgleichen die Resolution über den weißen Terror.

Während der Verhandlungen, die vom 2. bis 6. März 1919 dauerten, und die im Kleinen Saale des Justizgebäudes im Kreml geführt wurden, kamen die Nachrichten von der Ausrufung der Räterepublik in Ungarn und der Räterepublik in Bayern. Diese Nachrichten lösten auf der Konferenz ungeheure Begeisterung aus und die Frage der **sofortigen** Gründung der Kommunistischen Internationale wurde neu aufgerollt.

In einer begeisterten Rede forderte Rakowski die sofortige Gründung der Kommunistischen Internationale. Ich blieb wieder allein und versuchte, der Konferenz die Argumente der deutschen Partei auseinanderzusetzen. Ich wies darauf hin, welch ungeheure Aufgaben das revolutionäre Proletariat der Welt von der Kommunistischen Internationale erwarten würde, Aufgaben, die wir im Moment, in dem sich in den meisten Ländern der Welt nur kleine Gruppen revolutionärer Arbeiter zum Kommunismus bekennen, noch nicht erfüllen können würden, wodurch sehr leicht unter den Arbeitern der Welt eine Enttäuschung hervorgerufen werden könne, insbesondere auch deshalb, weil sich die Arbeiter von der II. Internationale so schmählich betrogen wissen. Deshalb sei es unsere Aufgabe, zuerst in den wichtigsten Ländern feste kommunistische Zellen zu bilden, die dann, vereint in der Kommunistischen Internationale, den revolutionären Kampf aufnehmen können, die dann in der kommunistischen Internationale die revolutionären Arbeiter um sich sammeln und die verräterische II. Internationale vernichten können.

Ich befand mich in einer außerordentlich schwierigen Situation. Während ich gefühlsmäßig mit den versammelten Delegierten, mit den russischen Genossen völlig konform ging und während mir eine ganze Anzahl ihrer Argumente stichhältig erschien, war ich an den strikten Auftrag meiner Parteileitung gebunden. Inzwischen war auch Leo Jogiches ermordet. Ich enthielt mich bei der Abstimmung der Stimme und gab dem Kongreß eine Erklärung ab, daß die deutsche Partei prinzipiell mit der Schaffung einer Dritten Internationale einverstanden sei und daß die deutsche Partei nach erfolgter Gründung der Kommunistischen Internationale sicher beitreten würde.

Sofort nach meiner Rückkehr nach Deutschland wurde der Beitritt zur Kommunistischen Internationale beschlossen.

Die fünf Jahre der Arbeit und des Lebens der Kommunistischen Internationale haben bewiesen, daß die Bedenken, die die deutsche Partei gegen die sofortige Gründung der Kommunistischen Internationale damals hatte, nicht berechtigt waren. Wir hatten uns geirrt. Die Kommunistische Internationale hat in diesen fünf Jahren die revolutionären Arbeiter der ganzen Welt um ihre Fahne geschart und große, mächtige revolutionäre Parteien sind in allen Ländern der Welt entstanden, Parteien, bei denen die Frage der Übernahme der Macht heute schon auf der Tagesordnung steht. Die Kommunistische Internationale und die ihr angeschlossenen Sektionen haben einen heftigen und erfolgreichen Kampf gegen die Verräter der II. Internationale geführt und in den wichtigsten Ländern bereits die besten revolutionären Elemente von den Reformisten gelöst und unter der Fahne der Kommunistischen Internationale gesammelt. Wir deutschen Kommunisten haben in diesen Jahren treu zur Kommunistischen Internationale gestanden, haben unsere revolutionären Pflichten in der Dritten Internationale erfüllt und hoffen, nicht das schlechteste Glied in der Familie der kommunistischen Sektionen zu sein. Wir haben in diesen Jahren die schwersten und opferreichsten Kämpfe gegen die Bourgeoisie unseres Landes und die Sozialverräter geführt, wir haben Fehler, schwere Fehler gemacht in diesen Jahren, und wir sind trotz allem von Erfolg zu Erfolg marschiert: wir sind in diesen fünf Jahren von einem kleinen Häuflein revolutionärer Arbeiter zu einer Massenbewegung geworden, vor der die Bourgeoisie und Sozialverräter nur noch mit Mühe sich retten können. Wir treten in das zweite Jahrfünft der Kommunistischen Internationale mit der festen Hoffnung und festen Überzeugung ein, in Kürze die Bourgeoisie und Sozialverräter zu schlagen und die Macht der Arbeiter und Bauern aufzurichten.

Die III. Internationale.

5. März 1919 — 5. März 1924.

Von R. Albert.

** Versetzen wir uns wieder in das Jahr des Heils 1916:

Kriegsberichte: „Wir sind im Gebiet von Artois, auf Cote XXX. um 150 Meter vorgestoßen. Gewaltige Artillerieschlacht auf den Höhen von . . . .". Berge von Totenschädeln türmen sich. Deutschland ist bei seinem letzten Bissen kaiserlich-königlichen Brotes angelangt. Sozialistische Minister reisen herum. Geheiligte Einheit im Zeichen der Waffen und Munition!

„Seid auf der Hut! Die Ohren des Feindes hören Euch . . .!" Denunziert die Verdächtigen. — Jedem Tag, jeder Nacht, jeder Stunde wird ihre Hekatombe zum Opfer gebracht. Man schlachtet einander in Flandern, im Artois, in der Champagne, im Elsaß. Es regnet Bomben auf London. Man schlachtet einander in Oberitalien, in Saloniki, in Serbien, in der Türkei, in Mesopotamien. Man schlachtet einander in den Karpathen, in Polen, in Galizien. Man schlachtet einander im Kaukasus. Man torpediert die Dampfschiffe auf allen Meeren der Erdkugel. Die Kanonen der Dreadnoughts haben bei den Falklandinseln gedonnert. England führt die Blockierung Deutschlands durch. Deutschland strengt seine Kräfte an, um England zu blockieren.

Was wird aus der Menschheit werden? Das wirtschaftliche und finanzielle Unheil wird von Minute zu Minute ärger. Was da geschieht, läßt sich nicht mehr wieder gutmachen. Jeder Kanonenschuß ist die Vergeudung von Tausenden Goldfranken, die aus der menschlichen Arbeit herausgepreßt worden sind, um Menschenfleisch in Brei zu verwandeln und um zu zerstören.

Der Krieg kann noch jahrelang dauern. Keine Hoffnung am Horizont. Millionen Männer, in ihrer besten Kraft, die trefflichsten Männer ihrer Zeit, sind tot. Millionen anderer, die, von Ungeziefer zerfressen, durch die Disziplin und durch die ewige Todesgefahr ganz abgestumpf sind, in deren Kopf die patriotische Heuchelei hineingeschraubt worden ist, warten in der stinkenden Fäulnis der Schützengräben, bis an sie die Reihe kommt, irgendeiner schauderhaften Todesart anheimzufallen. Von dem ganzen Erbteil der Menschheit an Kultur und Zivilisation scheint nichts übrig geblieben zu sein.

Das Christentum? Katholiken und Protestanten werden von ihren Priestern zur großen Schlächterei geführt.

Die Wissenschaft? Man verdankt ihr die giftigen Gase, die Kriegsaviatik, den Zeppelin, alle Vervollkommnungen der Artillerie....

Der Sozialismus? Den Sozialismus gab es gestern noch. **Vor dem 4. August 1914**. Er war die größte Hoffnung aller Werktätigen. Die deutschen, französischen und englischen Sozialisten stimmen für die Kriegskredite, **Henderson** ist Minister Seiner Majestät des Königs. **Vandervelde** gleichfalls. **Guesde, Sembat, Albert Thomas** sind Minister der Finanzoligarchie, die über die dritte französische Republik herrscht. Selbst Anarchisten wie **Kropotkin, Cornelissen, Malato** predigen „den Rechtskrieg gegen den germanischen Imperialismus", die Einreihung der Revolutionäre in Reih und Glied der Armeen der **Ioffre, Nivelle, Foch, Douglas-Haig** und des Großherzogs **Nikolai-Nikolajewitsch** . . .

Man muß sich im Geiste in diese Jahre des gräßlichen Alpdrucks zurückversetzen, um die ganze Größe der Dritten Internationale zu begreifen.

In der gleichen Stunde, als der nicht wieder gutzumachende Bankrott des Sozialismus erfolgte, kaum dreißig Tage, nachdem das Proletariat durch alle anerkannten Führer der II. Internationale verraten worden war, schrieb ein „obskurer" revolutionärer Flüchtling in der Schweiz, der Führer einer kleinen Partei, deren rücksichtslose Intransigenz bekannt war, folgende Worte:

„Die Zweite Internationale ist tot, vom Opportunismus besiegt . . ."

„Die Zweite Internationale hat ihren Teil nützlicher Vorbereitungsarbeit zur Organisierung der proletarischen Massen während der langen ‚Friedensperiode' der härtesten kapitalistischen Versklavung und des raschesten kapitalistischen Fortschrittes im letzten Drittel des XIX. Jahrhunderts und am Anfang des XX. Jahrhunderts getan. **Der Dritten Internationale steht die Aufgabe bevor, die Kräfte des Proletariats zum revolutionären Ansturm gegen die kapitalistischen Regierungen zu organisieren: zum Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie aller Länder um die politische Macht, um den Sieg des Sozialismus.**"

Lenin veröffentlichte diese Zeilen im (russischen) „Sozialdemokrat" **am 1. November 1916 in Zürich.**

Während sich ganz Europa in dieser Zeit im Kriegsdelirium befand, war dieser Revolutionär vielleicht der einzige Mann, der die Wege der Zukunft klar erkannte. Er kämpfte schon seit fast dreißig Jahren. Seit mehr als zehn Jahren arbeitete er an der Vorbereitung der russischen Revolution. Während **Plechanow** sagte: „Die russische Revolution wird entweder als **proletarische** Revolution siegen, oder sie wird nicht siegen", erklärte **Lenin**, jeden Zweifel abweisend: „Die russische Revolution **wird** als proletarische siegen!" Als im Jahre 1906 die Niederschlagung der ersten russischen Revolution durch Nikolaus II. und das französische Geld die russischen Sozialisten zersprengte, erklärte Lenin: „Eine neue Schlacht ist unvermeidlich. Bereiten wir uns darauf vor."

In den Jahren 1915 und 1916 ging Lenin nach **Zimmerwald** und **Kiental**, wohin andere Internationalisten kamen, die tastend nach einem Weg suchten. Er aber ging hin, um „die Gründung der Dritten Internationale vorzubereiten".

Kaum war die russische Autokratie durch das Petersburger Volk gestürzt (am 27. Februar 1917), begrüßte Lenin, der sich noch in der Schweiz befand, den Petersburger Sowjet als „eine neue Arbeiterregierung, die die Interessen des Proletariats und der armen Bevölkerung in Stadt und Land vertritt" und kündigte den russischen Arbeitern „die zweite Etappe der Revolution" an. (Brief Lenins, veröffentlicht in der Petersburger „Prawda" vom 21. bis 22. März 1917.)

Am 10. April 1917 schrieb Lenin, indem er den „Krach der Internationale von Zimmerwald"*), die allzu zögernd und zentristisch sei, feststellte, bereits inmitten des Sturmes der russischen Revolution: „Die Dritte Internationale muß gegründet werden!"

•

Am 5. März 1919 wurde im Kreml die Dritte Internationale gegründet. Die Wiedergeburt der Internationale fand in einem Land der Revolution statt, in einem Land, das blockiert und ausgehungert war, das von der kapitalistischen Welt niedergezwungen werden sollte. Dieses Land ging als Sieger hervor. Die Internationale ging als Sieger hervor. In fünf Jahren hat die Dritte Internationale eine revolutionäre Geschichte durchgekämpft, ebenso reich an Werken, Arbeit, Opfern, wie die Internationale der reformistischen Pseudosozialisten, wie die der anarchistischen Rhetoriker daran arm ist... Den einen wie den andern können die Kommunisten die Bilanz ihrer fünf Arbeitsjahre entgegenhalten und sie fragen: Was habt Ihr geleistet?

Habt Ihr ein neues Werk vollbracht? Habt Ihr gehandelt? Wo sind Eure neuen Männer? Wo sind Eure Märtyrer und Geopferten?

Der alte Sozialismus der Kompromisse aller Schattierungen geht mit seinen **Kautsky, Ebert, Noske, Vandervelde, Renaudel, Otto Bauer, Hendersonn** weiter. Seine größten Erfolge sind — Wahlerfolge. Seine Siege bestehen darin, den alten Finanzkönigtümern Minister zu liefern. Der alte Anarchismus wiederholt seine alten Formeln und fügt als einzige Errungenschaft der letzten Jahre den Antibolschewismus hinzu. Seine Begründer — die bedeutende Menschen waren — sagen sich einer nach dem andern von ihm los und werden durch Leute ersetzt, die niedrige Verleumder der ersten sozialen Revolution in der modernen Zeit sind....

Die Dritte Internationale ist aus den Revolutionen Rußlands und Zentraleuropas heraus entstanden. Die Arbeiteraufstände in Deutschland, die sowjetistische Revolution in Ungarn, in jüngerer Zeit der bulgarische Aufstand und die revolutionären Rüstungen in Deutschland legen Zeugnis von den gewaltigen Energien ab, die in der Dritten Internationale pulsen. Fast alle Länder Europas haben im letzten Jahre ihr

*) Vielleicht ist es nicht unzweckmäßig, bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, daß bei den Konferenzen von Zimmerwald und Kiental der Schweizer Sozialist Robert **Grimm** den Vorsitz geführt hat, und daß an ihnen Männer, wie **Merrheim, Naine, Martow** (Zimmerwald), Brison, sowie verschiedene deutsche und italienische Sozialisten teilnahmen. Männer, die von jeder revolutionären Theorie und Praxis weit entfernt waren.

„kommunistisches Komplott" gehabt, fast in allen Ländern sind Kommunisten eingekerkert; in mehreren Ländern kann die Kommunistische Partei nur illegal bestehen.

In diesen fünf Jahren der Existenz der Kommunistischen Internationale wurden 11.000 kommunistische Proletarier durch die Reaktion in **Finnland** massakriert. Gewiß ebensoviele in **Ungarn**. Noch mehr in **Deutschland**. Viele Tausende in **Bulgarien**. Die Internationale behält diese Märtyrer im Gedächtnis und setzt das Werk ihrer großen Toten fort: **Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leviné, Jogiches** usw. Zu den großen Toten gehört auch der Amerikaner **John Reed**, der Franzose **Raymond Lefèbre**, der japanische Märtyrer **Sakai** und der ungarische Märtyrer **Corvin**. Fast alle wurden für ihre hingebende Opferwilligkeit für die proletarische Sache ermordet. Endlich der größte Tote der III. Internationale: **Lenin**.

In diesen fünf Jahren hat die Dritte Internationale unermüdlich daran gearbeitet, ihre Methoden und Lehren klar und deutlich herauszukristallisieren. Es genügt, an die Arbeiten ihrer Kongresse und insbesondere an die gewaltige geistige Leistung der russischen Kommunisten zu erinnern.

Die Kommunistische Internationale hat gedacht und gehandelt.

Was die Dritte Internationale verwirklichen will, ist durchaus neu. Noch niemals hat es im Schoße der Gesellschaft ein solches Unternehmen zur Zertrümmerung des Vergangenen gegeben. Es handelt sich darum, im ganzen Universum alle wirklich revolutionären Kräfte zu sammeln, sie zum Bewußtsein ihrer selbst zu erheben, ihre Leitung zu zentralisieren, damit sie in den entscheidenden Momenten nur einer einzigen Führung folgen können, sie zu disziplinieren, damit die gefährlichen Kräfteverluste vermieden werden und die Anwendung der jedesmal zweckmäßigen Taktik gesichert wird, den revolutionären Vortrupp überall zu bilden, mitzureissen und zu instruieren, und überall mit voller Klarheit der harten Wirklichkeit entschlossen entgegenzutreten, vor der sich soviele Menschen gerne in den Traum flüchten, oder der sie sich mit feigen Ausflüchten unterwerfen....

Wahrlich kein Kommunist ist sich darüber im unklaren, welch ungeheure Schwierigkeiten, welch unzureichende Mittel, unzulängliche Versuche, schwere Irrtümer mit seiner Aufgabe verbunden sind und wie berechtigt und notwendig die kritische Prüfung all dessen ist.... Aber nichtsdestoweniger bleibt es wahr, daß inmitten dieses Niederganges der Zivilisation, in der Zeit, die auf den imperialistischen Krieg gefolgt ist, der Europa mit Ruinen bedeckt hat, in einer Zeit, wo andere blutige Konflikte reifen, die alle menschlichen Hoffnungen neuerlich zerstören sollen, daß trotz alledem einzig und allein die Internationale Kommunistische Partei ohne Schwanken und Zögern die Herbeiführung einer neuen Gesellschaft praktisch vorbereitet, in der die Arbeit befreit sein wird.

Die Kommunistische Internationale und der Osten.

Von G. Woitinski.

> Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Proletariat in den vorgeschrittenen Ländern den zurückgebliebenen arbeitenden Massen helfen muß und kann, und daß die Entwicklung der zurückgebliebenen Länder ihr jetziges Stadium ändern würde, sobald das siegreiche Proletariat der Sowjetrepubliken diesen Massen seine Hand reichen und Hilfe gewähren kann.
> (Aus der Rede des Genossen Lenin auf dem II. Kongreß der Komintern am 26. Juni 1920.)

** Ende des Sommers 1920 fand in Baku ein Kongreß der Ostvölker statt, dem die Führer der Kommunistischen Internationale und die Vertreter der Kommunistischen Parteien (Europas und Amerikas beiwohnten. Das war einige Monate nach der Tagung des II. Weltkongresses, der die ideelle organisatorische Ausgestaltung der Kommunistischen Internationale vollendete. Dieser II. Kongreß der KP. hat unter der Fahne des Kommunismus die besten Elemente des revolutionären Proletariats aller Länder gesammelt und zugleich durch den Beschluß über die 21 Punkte das Eindringen opportunistischer und unentschlossener Tendenzen in die Reihen der Kommunistischen Internationale verhindert.

Unter den großen Fragen, die die Frage über „Demokratie", über „Diktatur des Proletariats" und „Parlamentarismus", die gezeigt haben, daß der Kampf zwischen der III. und der II. Internationale nicht ein Kampf zweier marxistischer Richtungen, sondern ein wirklicher Klassenkampf ist, stand auch die nationale und die Kolonialfrage auf der Tagesordnung.

Während die Herren aus der II. Internationale nach dem imperialistischen Krieg wie auch während des Krieges nicht nur die Interessen des europäischen und amerikanischen Proletariats verrieten, sondern auch die Interessen der unterdrückten Ostvölker, nach wie vor die durch das Versprechen Wilsons über „das Selbstbestimmungsrecht der Völker" erweckten Illusionen fördern, den Edelmut des Völkerbundes preisen, Hunderte von Millionen Werktätiger des Ostens bewußt betrügen, hat das revolutionäre internationale Proletariat, sofort nachdem es seinen Stab und seine Kampforganisation — die Kommunistische Internationale — formierte, Möglichkeiten gesucht, um seinen Kampf mit der Freiheitsbewegung der Ostvölker zusammenzufassen.

Auf dem Kongreß von Baku kam der Stab des kämpfenden und des siegreichen Proletariats zum erstenmal in der Geschichte des Klassenkampfes, in der Geschichte der Menschheit, mit den Vertretern der viele Millionen zählenden werktätigen Massen der Kolonialländer zusammen, um dadurch die Notwendigkeit und die Unvermeidlichkeit eines engen Kampfbündnisses zwischen dem Proletariat des Westens und den unterdrückten Völkern des Ostens zu betonen.

In den berühmten Thesen über die nationale und Kolonialfrage, die von Wladimir Iljitsch verfaßt und vom II. Kongreß der Komintern angenommen wurden, wurde das verräterische Wesen der formellen Aufstellung der Frage über die Gleichheit der Völker bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Versklavung der Kolonialländer durch den Weltimperialismus enthüllt.

„Der imperialistische Krieg von 1914 — lautet der dritte Punkt dieser Thesen — hat mit besonderer Klarheit allen unterdrückten Klassen der ganzen Welt die Lügenhaftigkeit der bürgerlich-demokratischen Phrasen bewiesen. Von beiden Seiten mit den Phrasen der Völkerbefreiung und des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen geführt, hat einerseits der Friede von Brest-Litowsk und Bukarest und andererseits der Friede von Versailles und St. Germain gezeigt, daß die siegende Bourgeoisie rücksichtslos auch die ‚nationalen' Grenzen nach ihren wirtschaftlichen Interessen bestimmt. Auch die ‚nationalen' Grenzen sind für die Bourgeoisie nur Handelsobjekte. Der sogenannte Völkerbund (‚Liga der Nationen') ist nichts anderes, als der Versicherungsvertrag, in dem die Sieger dieses Krieges sich gegenseitig ihren Raub garantieren; die Bestrebungen auf Wiederherstellung der nationalen Einheit, auf ‚Wiedervereinigung von abgetretenen Landesteilen' sind nach Ansicht der Bourgeoisie nichts anderes, als der Versuch der Besiegten, Kräfte zu neuen Kriegen zu sammeln. Die Wiedervereinigung der künstlich zerrissenen Nationen entspricht auch einem Interesse des Proletariats; seine wirkliche nationale Freiheit und Einheit kann das Proletariat jedoch nur auf dem Wege des revolutionären Kampfes und über die niedergeworfene Bourgeoisie hinweg erreichen. Der Völkerbund und die gesamte Politik der imperialistischen Staaten nach dem Kriege deckten diese Wahrheit noch deutlicher und schärfer auf, verstärkten überall den revolutionären Kampf des Proletariats der vorgeschrittenen Länder, sowie aller werktätigen Massen der Kolonien und der abhängigen Länder, beschleunigen den Zusammenbruch der kleinbürgerlich-nationalen Illusionen über die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens und der Gleichheit der Nationen unter dem Kapitalismus."

Und zur unmittelbaren Übergabe dieser Ideen wurden die Vertreter der Komintern auf den Kongreß der Ostvölker nach Baku entsandt. Die vom Genossen Lenin auf dem II. Kongreß verkündeten und vom Bakuer Kongreß begeistert angenommenen Gedanken und Prinzipien wurden unter den Völkern des nahen und des mittleren Ostens weit verbreitet und wirkten unmittelbar auch auf die Länder des fernen Ostens und der Küste des Stillen Ozeans. Im Jahre 1920 setzt die Gründung kommunistischer

Parteien in fast allen Ländern des Ostens — in der Türkei, Persien, Ägypten, Indien, China, Korea, Japan und in Niederländisch-Indien auf der Insel Java — ein. Der Name der Kommunistischen Internationale wird an allen Ecken des unterdrückten Ostens bekannt, nicht nur dort, wo es ein städtisches Proletariat gibt, sondern auch unter der Bauernschaft, unter den nationalen bürgerlichen Parteien, die um die Unabhängigkeit ihrer Länder kämpfen.

Zu dieser Zeit beginnt sich im Osten die junge Arbeiterklasse zu organisieren zum Kampf um ihre Interessen gegen die doppelte Unterdrückung seitens des Weltimperialismus und des einheimischen Imperialismus. Die Kommunistischen Parteien des Ostens wurden fast überall früher gegründet, bevor sich das einheimische Proletariat organisierte, und die jungen Kommunistischen Parteien müssen unter der Führung der Komintern eine doppelte Aufgabe erfüllen: 1. das Proletariat zum Kampfe um seine Klasseninteressen zu organisieren und 2. den Kampf des Proletariats mit der nationalen Freiheitsbewegung des Landes gegen das ausländische Kapital und den Imperialismus zusammenzufassen.

Die Kommunisten des kolonialen Ostens standen schon vom Entstehen der kommunistischen Bewegung an vor einer viel schwereren Aufgabe als die Kommunisten der kapitalistischen Länder. Sie mußten und müssen die nationale Bewegung der einheimischen bürgerlichen Demokratie gegen die Imperialisten unterstützen (die Bewegung der Kemalisten in der Türkei, die Gomindan-Partei in China) und gleichzeitig das Klassenbewußtsein der Arbeitermassen zu heben und sie im Geiste des Klassenkampfes zu erziehen. Diese zwei Aufgaben unter den konkreten historischen und wirtschaftlichen Verhältnissen jedes Kolonialandes zu kombinieren, ist eine außerordentlich schwere Arbeit, die von unseren Genossen im Osten sehr große Erfahrungen erfordert. Und in dieser schweren Frage dienten, dienen und werden noch lange die oben erwähnten Thesen Lenins als eine Richtlinie, als direkte Weisungen zur Lösung dieser komplizierten Aufgabe dienen.

Die Kommunistische Internationale, die den Ruf in die Welt sandte: **Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker des Ostens, vereinigt Euch!** war und ist bestrebt, daß dieser Ruf vollauf verwirklicht werde.

Der Kongreß der Völker des Fernen Ostens, der durch die Kommunistische Internationale im Januar 1922 nach Moskau einberufen wurde, zur Zeit, als in Washington die Vertreter der imperialistischen Regierungen (Amerika, Japan, England und Frankreich) tagten, um sich über eine noch intensivere Ausbeutung der Ostvölker zu verständigen, war der zweite Schritt der Kommunistischen Internationale auf dem Wege zur Annäherung der Ostvölker an das revolutionäre Proletariat Europas und Amerikas und zur Annäherung der Völker des Fernen Ostens aneinander, zum gemeinsamen Kampf gegen den Weltimperialismus.

Auf dem Kongreß der Völker des Fernen Ostens kamen zum ersten Male die Vertreter der unterdrückten Massen Koreas mit den Kommunisten Japans und die Vertreter der eben erst von dem Joch der japanisch-chinesischen Militaristen befreiten Massen der Mongolei mit den Vertretern der Arbeiter und Bauern Chinas zusammen. Nach dem Kongreß der Völker des Fernen Ostens beginnt mit Hilfe der Komintern in allen diesen Ländern die Arbeit zur Verstärkung der Arbeiterbewegung, der kommunistischen Bewegung und zur Zusammenfassung des Kampfes der Arbeiterklasse mit der nationalen Freiheitsbewegung.

Gegenwärtig absolvieren die jungen Kommunistischen Parteien des Ostens erfolgreich das Stadium der ursprünglichen Akkumulation der kommunistischen Erfahrung, hören schon in einer Reihe von Ländern auf, „eine Sekte von Marxisten" zu sein, verwandeln sich in politische Organisationen der Arbeiterklasse und sind zugleich die Vorkämpfer im unversöhnlichen Kampfe für die nationale Unabhängigkeit, enthüllen die schwankenden nationalrevolutionären Parteien und treiben sie in den Kampf gegen den Imperialismus.

Die Taktik des Leninismus dient auch für die Kommunisten des Ostens als Leitstern zur Lösung dieser riesigen Aufgaben. Am zweiten Tage nach dem Siege (oder auch nach einem Teilsiege) der Nationalisten, wie zum Beispiel in der Türkei nach dem Lausanner Vertrag, müssen die Kommunisten ihre Taktik den neuen Tagesaufgaben anpassen, sie müssen sozusagen die richtige „Proportion" der Unterstützung der national-demokratischen Bewegung finden, ohne sich in die „schöpferische" Arbeit zur Befestigung der bürgerlich-demokratischen Ordnung hineinziehen zu lassen.

Auch in dieser Frage setzt die II. Internationale immer klarer ihren Verrat an den Massen der Kolonialvölker fort und spielt die Rolle eines direkten Agenten der internationalen Bourgeoisie. Das kam in der letzten Zeit besonders kraß zum Vorschein, wo die komunistische Arbeiterbewegung in den Ostländern erstarkt. Der große Streik der Eisenbahner auf der Insel Java im Mai vorigen Jahres wurde durch die holländische Regierung im stillen Einvernehmen mit den holländischen Sozialdemokraten unterdrückt. Er enthüllte den ganzen Verrat der reformistischen Formel der Sozialdemokratie: **mittels unbedeutender Zugeständnisse soll die Freiheitsbewegung in den Kolonialländern eingedämmt werden**, sonst kann sie Formen annehmen, die für den Imperialismus gefährlich sind.

Die letzte Erklärung des gegenwärtigen Ministerpräsidenten der englischen Regierung, der ein Führer der II. Internationale ist — Macdonald — über das Verhältnis zu Indien zeigt den Massen der Kolonialvölker mit noch größerer Klarheit, **daß die II. Internationale klar und offen die Interessen ihres nationalen und Klassenfeindes verteidigt.**

Andererseits zeigt das Verhalten der SSSR., in der die Kommunistische Partei regiert, gegenüber den Ostvölkern der Sowjetunion und gegenüber den Völkern Persiens, der Türkei, Chinas und Koreas während der sechs Jahre der Existenz der Sowjetmacht durch ihre Taten allen Kolonialländern, daß die Worte Wladimir Iljitschs auf dem II. Kongreß, die wir an der Spitze unseres Artikels zitieren, nicht ein Stück Papier geblieben sind, sondern sich in Taten verwandeln, die das internationale Proletariat den kämpfenden Massen des Ostens im Kampfe näherbringen.

Zum fünfjährigen Jubiläum der Kommunistischen Internationale können wir sagen, daß das Bündnis zwischen dem Weltproletariat und den Kolonialvölkern des Ostens nicht nur besteht, sondern auch mit jedem Tage erstarkt. Die Festung der Kommunistischen Internationale, die Kommunistische Partei Rußlands, spielt in dieser Frage wie auch in vielen anderen die Hauptrolle.

Dokumente der Kommunistischen Internationale.

Manifest der Kommunistischen Internationale an das Proletariat der ganzen Welt!

** Zweiundsiebzig Jahre sind verflossen, seit die Kommunistische Partei der Welt ihr Programm in Form eines Manifestes, von den größten Lehrmeistern der proletarischen Revolution, Karl Marx und Friedrich Engels, geschrieben, verkündet hat. Schon zu jener Zeit war der Kommunismus, der kaum in die Arena des Kampfes getreten war, von Hetze, Lüge, Haß und Verfolgung der besitzenden Klassen, die mit Recht in ihm ihren Todfeind ahnten, umstellt. Im Laufe dieser sieben Jahrzehnte ging die Entwicklung des Kommunismus schwere Wege: Stürme des Aufstieges, aber auch Perioden des Niederganges; Erfolge, aber auch harte Niederlagen. Im Grunde ging die Entwicklung doch den Weg, der ihr im Manifest der Kommunistischen Partei vorgezeigt war. Die Epoche des letzten, entscheidenden Gefechts ist später eingetreten, als die Apostel der sozialen Revolution es erwartet und gewünscht haben. Aber sie ist eingetreten. Wir Kommunisten, die Vertreter des revolutionären Proletariats verschiedener Länder Europas, Amerikas und Asiens, die wir uns in dem Sowjet-Moskau versammelt haben, fühlen und betrachten uns als Nachfolger und Vollbringer der Sache, deren Programm vor 72 Jahren verkündet wurde. Unsere Aufgabe besteht darin, die revolutionäre Erfahrung der Arbeiterklasse zusammenzufassen, die Bewegung von den zersetzenden Beimischungen des Opportunismus und Sozialpatriotismus zu reinigen, die Kräfte aller wirklich revolutionären Parteien des Weltproletariats zu sammeln und dadurch den Sieg der Kommunistischen Revolution in der ganzen Welt zu erleichtern und zu beschleunigen.

*

Jetzt, da Europa mit Trümmern und rauchenden Ruinen bedeckt ist, sind die verruchtesten Brandstifter damit beschäftigt, die Schuldigen am Kriege zu suchen. Hinter ihnen stehen ihre Professoren, Parlamentarier, Journalisten, Sozialpatrioten und andere politische Zuhälter der Bourgeoisie.

Im Laufe einer langen Reihe von Jahren hat der Sozialismus die Unvermeidlichkeit des imperialistischen Krieges vorausgesagt, hat er die Ursache dieses Krieges in der unersättlichen Habsucht der besitzenden Klassen beider Hauptlager und aller kapitalistischen Länder überhaupt erblickt. Zwei Jahre vor Kriegsausbruch haben die verantwortlichen sozialistischen Führer aller Länder auf dem Basler Kongreß den Imperialismus als Urheber des künftigen Krieges gebrandmarkt und haben der Bourgeoisie gedroht, sie durch die sozialistische Revolution — als Vergeltung des Proletariats für die Verbrechen des Militarismus — heimzusuchen. Jetzt, nach der Erfahrung der fünf Jahre, nachdem die Geschichte die räuberischen Gelüste Deutschlands aufgedeckt, die nicht weniger verbrecherischen Taten der Ententestaaten enthüllt hat, fahren die Staatssozialisten der Ententeländer fort, zusammen mit ihren Regierungen den gestürzten deutschen Kaiser immer und immer wieder zu entlarven. Noch mehr, die deutschen Sozialpatrioten, die im August 1914 das diplomatische Weißbuch des Hohenzollern als heiligstes Evangelium der Völker erklärt haben, klagen jetzt in gemeiner Liebedienerei zusammen mit den Sozialisten der Ententeländer die gestürzte deutsche Monarchie, der sie früher wie Sklaven gedient haben, als Hauptschuldige an. Auf diese Weise hoffen sie, ihre eigene Schuld vergessen zu machen und das Wohlwollen der Sieger zu verdienen. Aber neben den gestürzten Dynastien der Romanow, Hohenzollern und Habsburger und den kapitalistischen Cliquen dieser Länder erscheinen die regierenden Klassen Frankreichs, Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten im Lichte der sich abrollenden Ereignisse und der diplomatischen Enthüllungen in ihrer unermeßlichen Niedertracht.

Die englische Diplomatie hat bis zum Augenblick der Entfachung des Krieges mit geheimnisvoll heruntergelassenem Visier dagestanden. Die Regierung der City hütete sich, ihre Absicht, auf Seite der Entente am Kriege teilzunehmen, unzweideutig kundzugeben, um die Berliner Regierung vom Kriege nicht abzuschrecken. In London wollte man den Krieg. Daher hat man sich dort so verhalten, daß Berlin und Wien zur selben Zeit auf die Neutralität Englands hofften, wo man in Paris und Petrograd fest auf Englands Eingreifen baute.

Der von dem Gang der jahrzehntelangen Entwicklung vorbereitete Krieg wurde durch die direkte und bewußte Provokation Großbritanniens entfesselt. Die Regierung Englands kalkulierte, Rußland und Frankreich nur so weit Unterstützung zu gewähren, bis sie sich völlig erschöpft hatten und auch gleichzeitig der Todfeind Deutschland lahmgelegt war. Aber die Macht der deutschen Militärmaschine erwies sich als zu schrecklich und verlangte nicht nur ein zum Schein unternommenes, sondern ein wirkliches Eingreifen Englands in den Krieg. Die Rolle des lachenden Dritten, auf die nach alter Tradition Großbritannien Anspruch hatte, ist den Vereinigten Staaten zugefallen. Mit der englischen Blockade, die die Spekulationen der amerikanischen Börse mit dem Blute Europas einseitig einengte, hat sich die Regierung Washingtons desto leichter abgefunden, als die Länder der Entente die amerikanische Bourgeoisie für die Verletzung des „internationalen Rechts" mit fetten Profiten entschädigten. Aber das ungeheure militärische Übergewicht Deutschlands hat die Regierung Washingtons dazu bewegt, aus dem Zustand der scheinbaren Neutralität herauszutreten. Die Vereinigten Staaten übernahmen Europa gegenüber jene Rolle, die England dem Kontinent gegenüber in früheren Kriegen gespielt und im letzten zu spielen versucht hat. Nämlich, das eine Lager mit Hilfe des anderen zu schwächen, sich in die militärischen Operationen nur so weit einzumischen, um sich alle Vorteile der Lage zu sichern Der Einsatz Wilsons war, den Methoden der amerikanischen Lotterie gemäß, nicht groß, aber er war der letzte, und damit sicherte er sich den Gewinn.

Die Widersprüche der kapitalistischen Ordnung sind durch den Krieg für die Menschheit zu tierischen Qualen des Hungers und der Kälte, zu Epidemien, zu moralischer Verwilderung geworden. Dadurch ist auch der akademische Streit im Sozialismus über die Verelendungstheorie und über das Aushöhlen des Kapitalismus durch den Sozialismus endgültig entschieden. Statistiker und Pedanten der Theorie der Ausgleichung der Widersprüche haben sich im Laufe von Jahrzehnten bemüht, aus allen Weltenden wirkliche und scheinbare Tatsachen heranzuzerren, die von der Vergrößerung des Wohlstandes verschiedener Gruppen und Kategorien der Arbeiterklasse zeugten. Man nahm an, die Verelendungstheorie sei zu Grabe getragen unter dem verächtlichen Gepfiff der Eunuchen der bürgerlichen Katheder und der Bonzen des sozialistischen Opportunismus. Heute steht die Verelendung vor uns, nicht nur die soziale, sondern auch die physiologische, die biologische, in ihrer ganzen erschütternden Wirklichkeit.

Die Katastrophe des imperialistischen Krieges hat alle Eroberungen des gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kampfes glatt weggelegt. Und dieser Krieg ist in demselben Maße aus den inneren Tendenzen des Kapitalismus hervorgegangen, wie auch jene wirtschaftlichen Abmachungen und parlamentarischen Kompromisse, die er in Blut und Schmutz begraben hat.

Das Finanzkapital, das die Menschheit in den Abgrund des Krieges geworfen, hat selbst im Laufe des Krieges katastrophale Veränderungen erlitten. Die Abhängigkeit des Papiergeldes von der materiellen Grundlage der Produktion war vollends gestört. Immer mehr seine Bedeutung als Mittel und Regulator des kapitalistischen Warenumlaufs verlierend, verwandelte sich das Papiergeld zum Mittel der Requisition, des Raubes, überhaupt der militärisch-wirtschaftlichen Vergewaltigung. Die völlige Ausartung des Papiergeldes spiegelt die allgemeine Todeskrise des kapitalistischen Warenaustausches wider. Wenn der freie Wettbewerb als Regulator der Produktion und der Verteilung in den Hauptgebieten der Wirtschaft von dem System der Trusts und Monopole noch in den dem Kriege vorangegangenen Jahrzehnten ver-

drängt wurde, so erwies sich durch den Gang des Krieges die regulierende Rolle den Händen der ökonomischen Vereinigungen entrissen und direkt der militärischen Staatsmacht ausgeliefert. Die Verteilung der Rohstoffe, die Ausnutzung des Petroleums von Baku oder Rumänien, der Donezkohle, des ukrainischen Getreides, das Schicksal der deutschen Lokomotiven, Eisenbahnwagen, Automobile, die Versorgung des hungernden Europa mit Brot und Fleisch — all diese Grundfragen des wirtschaftlichen Lebens der Welt werden nicht durch den freien Wettbewerb, nicht durch Kombinationen nationaler und internationaler Trusts und Konsortien geregelt, sondern durch direkte Anwendung von militärischer Gewalt im Interesse ihrer weiteren Erhaltung. Hat die völlige Unterordnung der Staatsmacht unter die Gewalt des Finanzkapitals die Menschheit zur imperialistischen Schlachtbank geführt, so hat das Finanzkapital durch diese Massenabschlachtung nicht nur den Staat, sondern auch sich selbst vollends militarisiert und ist nicht mehr fähig, seine wesentlichen ökonomischen Funktionen anders als mittels Blut und Eisen zu erfüllen.

Die Opportunisten, die vor dem Weltkriege die Arbeiter zur Mäßigkeit im Namen des allmählichen Überganges zum Sozialismus aufforderten, die während des Krieges Klassendemut im Namen des Burgfriedens und der Vaterlandsverteidigung verlangten, fordern wiederum vom Proletariat Selbstverleugnung zur Überwindung der entsetzlichen Folgen des Krieges. Fände diese Predigt bei den Arbeitermassen Gehör, so würde die kapitalistische Entwicklung auf den Knochen mehrerer Generationen in neuer, noch konzentrierterer und ungeheuerlicherer Form ihre Wiederaufrichtung feiern, mit der Aussicht eines neuen, unausbleiblichen Weltkrieges. Zum Glück für die Menschheit ist dies nicht mehr möglich.

Die Verstaatlichung des wirtschaftlichen Lebens, gegen die der kapitalistische Liberalismus sich so sträubte, ist zur Tatsache geworden. Nicht nur zum freien Wettbewerb, sondern auch zur Herrschaft der Truste, Syndikate und anderer wirtschaftlicher Ungetüme gibt es keine Rückkehr. Die Frage besteht einzig darin, wer künftig der Träger der verstaatlichten Produktion sein wird: der imperialistische Staat, oder der Staat des siegreichen Proletariats?

Mit anderen Worten: soll die gesamte werktätige Menschheit zum leibeigenen Frondiener einer siegesgekrönten Weltclique werden, die unter dem Namen des Völkerbundes mit Hilfe eines „internationalen" Heeres und einer „internationalen" Flotte hier plündert und würgt, dort einen Brocken zuwirft, überall jedoch das Proletariat in Fesseln schlägt mit dem einzigen Ziel, die eigene Herrschaft zu erhalten — oder wird die Arbeiterklasse Europas und der fortgeschrittenen Länder der anderen Weltteile selbst die zerrüttete und zerstörte Volkswirtschaft in die Hand nehmen, um deren Wiederaufbau auf sozialistischer Grundlage sicherzustellen.

Die Epoche der gegenwärtigen Krise abzukürzen, ist möglich nur durch die Mittel der proletarischen Diktatur, die nicht in die Vergangenheit Rückschau hält, weder erbliche Privilegien noch Eigentumsrechte berücksichtigt, sondern von der Notwendigkeit der Rettung der hungernden Massen ausgeht, zu diesem Zweck alle Mittel und Kräfte mobil macht, die allgemeine Arbeitspflicht einführt, das Regime der Arbeitsdisziplin einsetzt, um auf diesem Wege im Laufe von einigen Jahren nicht allein die klaffenden Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen hat, sondern auch die Menschheit auf eine neue, ungeahnte Höhe zu erheben.

•

Der nationale Staat, der der kapitalistischen Entwicklung einen mächtigen Impuls gegeben hat, ist für die Fortentwicklung der Produktivkräfte zu eng geworden. Umso unhaltbarer wurde die Lage der unter den Großmächten Europas und anderer Weltteile verstreuten kleinen Staaten. Diese Kleinstaaten, die zu verschiedenen Zeiten als Bruchstücke von großen Staaten, als Scheidemünze zur Bezahlung verschiedener Dienstleistungen, als strategische Puffer entstanden sind, haben ihre Dynastien, ihre herrschenden Banden, ihre imperialistischen Ansprüche, ihre diplomatischen Machenschaften. Ihre illusorische Unabhängigkeit hatte bis zum Krieg dieselbe Stütze wie das europäische Gleichgewicht: den ununterbrochenen Gegensatz zwischen den beiden imperialistischen Lagern. Der Krieg hat dieses Gleichgewicht gestört. Indem der Krieg anfänglich Deutschland ein gewaltiges Übergewicht verlieh, zwang er die Kleinstaaten, Heil und Rettung in der Großmut des deutschen Militarismus zu suchen. Nachdem Deutschland geschlagen wurde, wandte sich die Bourgeoisie der Kleinstaaten gemeinsam mit ihren patriotischen „Sozialisten" dem siegreichen Imperialismus der Alliierten zu und begann in den heuchlerischen Punkten des Wilsonschen Programms Sicherungen für ihr weiteres selbständiges Fortbestehen zu suchen. Gleichzeitig ist die Zahl der Kleinstaaten gestiegen: aus dem Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie, aus den Teilen des Zarenreiches sonderten sich neue Staatswesen ab, die, kaum in die Welt gesetzt, sich gegenseitig wegen der staatlichen Grenzen an die Kehle springen. Unterdessen bereiten die alliierten Imperialisten solche Kombinationen von neuen und alten Kleinstaaten vor, um sie durch die Haftpflicht gegenseitigen Hasses und allgemeiner Ohnmacht zu binden.

Die kleinen und schwachen Völker unterdrückend und vergewaltigend, sie dem Hunger und der Erniedrigung preisgebend, hören die Ententeimperialisten nicht auf, genau wie dies unlängst noch die Imperialisten der Zentralmächte taten, vom Selbstbestimmungsrecht der Völker zu sprechen, das nunmehr in Europa wie in den übrigen Weltteilen vollständig zertreten daliegt.

Den kleinen Völkern eine freie Existenzmöglichkeit zu sichern, vermag nur die proletarische Revolution, die die Produktivkräfte aller Länder aus der Enge der Nationalstaaten befreit, die Völker im engsten wirtschaftlichen Zusammenarbeiten auf der Grundlage eines allgemeinen Wirtschaftsplanes vereinigt und auch dem kleinsten und schwächsten Volk die Möglichkeit gibt, frei und unabhängig die Angelegenheiten seiner nationalen Kultur zu führen, ohne Schaden für die vereinigte und zentralisierte Wirtschaft Europas und der ganzen Welt.

Der letzte Krieg, der nicht zuletzt ein Krieg wegen der Kolonien gewesen, war gleichzeitig ein Krieg mit Hilfe der Kolonien. In nie dagewesenem Umfang wurde die Bevölkerung der Kolonien in den europäischen Krieg hineingezogen. Inder, Neger, Araber, Madagassen kämpften auf dem europäischen Festlande — wofür? — für ihr Recht, auch weiterhin Knechte Englands und Frankreichs zu bleiben. Niemals zeigte sich die kapitalistische Herrschaft schamloser, nie wurde das Problem der kolonialen Sklaverei in solcher Schärfe aufgerollt wie jetzt.

Daher eine Reihe offener Aufstände und revolutionäre Gärung in allen Kolonien. In Europa selbst erinnerte Irland in blutigen Straßenkämpfen daran, daß es noch immer ein geknechtetes Land ist und sich als solches fühlt. Auf Madagaskar, in Anam und in anderen Ländern haben die Truppen der bürgerlichen Republik während des Krieges mehr als einen Aufstand der Kolonialsklaven zu unterdrücken gehabt. In Indien ist die revolutionäre Bewegung auch nicht einen Tag zum Stillstand gekommen, und in der letzten Zeit kam es zu dem größten Arbeiterstreik in Asien, auf den die Regierung Großbritanniens mit der Arbeit der Panzerautomobile in Bombay antwortete.

Auf solche Weise wurde die Kolonialfrage in ihrem ganzen Umfang nicht nur an dem grünen Tisch des Diplomatenkongresses in Paris, sondern auch in den Kolonien selbst auf die Tagesordnung gestellt. Das Programm Wilsons bezweckt im besten Fall nur eine Änderung des Firmenschildes der Kolonialsklaverei. Die Befreiung der Kolonien ist nur zusammen mit der Befreiung der Arbeiterklasse der Metropolen möglich. Die Arbeiter und Bauern nicht nur von Anam, Algier, Bengalien, sondern auch von Persien und Armenien bekommen die Möglichkeit einer selbständigen Existenz erst dann, wenn die Arbeiter Englands und Frankreichs Lloyd George und Clemenceau gestürzt und die Staatsmacht in ihre Hände genommen haben. In weiterentwickelten Kolonien geht der Kampf schon jetzt nicht bloß unter dem Banner der nationalen Befreiung, sondern nimmt gleich einen offen ausgesprochenen sozialen Charakter an. Wenn das kapitalistische Europa die rückständigen Weltteile zwangsweise in den kapitalistischen Strudel hineingezogen hat, so wird das sozialistische Europa den befreiten Kolonien zu Hilfe kommen mit seiner Technik, seiner Organisation, seinem geistigen Einfluß, um deren Übergang zur planmäßig organisierten sozialistischen Wirtschaft zu erleichtern.

Kolonialsklaven Afrikas und Asiens! Die Stunde der proletarischen Diktatur in Europa wird auch die Stunde Euerer Befreiung sein!

•

Die gesamte bürgerliche Welt klagt die Kommunisten der Vernichtung der Freiheiten und der politischen Demokratie an. Das ist nicht wahr. Zur Herrschaft gelangt, stellt das Proletariat nur die volle Unmöglichkeit fest, die Methoden der bürgerlichen Demokratie anzuwenden, und schafft Bedingungen und Formen einer neuen, höheren Arbeiterdemokratie. Der ganze Gang der kapitalistischen Entwicklung untergrub, besonders in der letzten imperialistischen Epoche, die politische Demokratie nicht nur dadurch, daß er die Nationen in zwei unversöhnliche Klassen spaltete, sondern auch dadurch, daß er die zahlreichen kleinbürgerlichen und halbproletarischen Schichten, ebenso wie die Unter-

schichten des Proletariats zu bleibender wirtschaftlicher Verkümmerung und politischer Ohnmacht verurteilt.

Die Arbeiterklasse derjenigen Länder, in denen die historische Entwicklung ihr dazu die Möglichkeit gegeben hat, hat das Regime der politischen Demokratie zur Organisation des Kampfes gegen das Kapital ausgenützt. Dasselbe wird auch ferner in jenen Ländern geschehen, wo die Vorbedingungen einer Arbeiterrevolution noch nicht herangereift sind. Aber die breiten Zwischenschichten auf dem flachen Lande wie in den Städten werden durch den Kapitalismus in ihrer historischen Entwicklung gehemmt und bleiben um ganze Epochen zurück. Der nicht über seine Kirchturmspitze hinaussehende badische und bayrische Bauer, der durch die großkapitalistische Weinverfälschung zugrunde gerichtete französische kleine Weinbauer, der durch Bankiers und Abgeordnete ausgeplünderte und betrogene amerikanische Kleinfarmer, all diese durch den Kapitalismus von der großen Straße der Entwicklung abgedrängten sozialen Schichten werden auf dem Papier durch das Regime der politischen Demokratie zur Verwaltung des Staates berufen. In Wirklichkeit aber fällt in allen wichtigen Fragen, die die Geschicke der Völker bestimmen, die Finanzoligarchie ihre Entscheidungen hinter dem Rücken der parlamentarischen Demokratie. So war es vor allem in der Kriegsfrage, dasselbe spielt sich jetzt in der Frage des Friedens ab.

Wenn es die Finanzoligarchie für nützlich hält, ihre Gewalttaten durch parlamentarische Abstimmungen zu decken, stehen dem bürgerlichen Staat zur Erreichung der erforderlichen Ziele alle von früheren Jahrhunderten der Klassenherrschaft geerbten und durch die Wunder der kapitalistischen Technik vervielfachten Mittel zur Verfügung: Lüge, Demagogie, Hetze, Verleumdung, Bestechung und Terror.

An das Proletariat die Forderung stellen, daß es im letzten Kampf mit dem Kapitalismus, in dem es sich um Leben und Tod handelt, lammfromm den Forderungen der bürgerlichen Demokratie folge, hieße, von einem Menschen, der gegen Räuber sein Leben und seine Existenz verteidigt, die Befolgung der künstlichen, bedingten Regeln des französischen Ringkampfes zu verlangen, die von seinem Feinde festgestellt, aber von ihm nicht befolgt werden.

Im Reiche der Zerstörung, wo nicht nur die Produktions- und Verkehrsmittel, sondern auch die Institutionen der politischen Demokratie blutige Trümmer darstellen, muß das Proletariat seinen eigenen Apparat schaffen, der vor allem als Bindemittel für die Arbeiterklasse dient und ihr die Möglichkeit eines revolutionären Eingreifens in die weitere Entwicklung der Menschheit sichert. Dieser Apparat sind die Arbeiterräte. Die alten Parteien, die alten Gewerkschaften haben sich in der Person ihrer Führer unfähig erwiesen, die von der neuen Epoche gestellten Aufgaben zu verstehen, geschweige denn diese auszuführen. Das Proletariat schuf eine neue Form des Apparats, der die gesamte Arbeiterschaft umfaßt, unabhängig von Beruf und politischer Reife, einen elastischen Apparat, der fähig ist, sich immerwährend zu erneuern, zu erweitern, immer neue und neue Schichten in seine Sphäre hineinzuziehen, seine Türen den dem Proletariat nahestehenden arbeitenden Schichten der Stadt und des flachen Landes zu öffnen. Diese unersetzliche Organisation der Selbstverwaltung der Arbeiterklasse, ihres Kampfes und in Zukunft auch der Eroberung der Staatsmacht ist durch die Erfahrung verschiedener Länder erprobt und stellt die größte Errungenschaft und die mächtigste Waffe des Proletariats unserer Zeit dar.

In allen Ländern, wo die Massen zum Denken erwacht sind, werden auch fernerhin Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gebildet. Die Räte zu befestigen, ihre Autorität zu heben, sie dem Staatsapparat der Bourgeoisie entgegenzustellen — das ist jetzt die Hauptaufgabe der klassenbewußten und ehrlichen Arbeiter aller Länder. Mittels der Räte vermag die Arbeiterklasse sich vor der Zersetzung zu retten, die durch die Höllenqualen des Krieges, des Hungers, durch die Gewalttaten der Besitzenden und den Verrat der ehemaligen Führer in ihre Mitte hineingetragen wird. Mittels der Räte wird die Arbeiterklasse am sichersten und leichtesten in all den Ländern zur Macht gelangen, wo die Räte die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung um sich vereinigen. Mittels der Räte wird die zur Macht gelangte Arbeiterklasse alle Gebiete des ökonomischen und kulturellen Lebens verwalten, wie dies zurzeit in Rußland schon der Fall ist.

Der Zusammenbruch des imperialistischen Staates, vom zaristischen bis zum allerdemokratischsten, geht gleichzeitig mit dem Zusammenbruch des imperialistischen Militärsystems vor sich. Die vom Imperialismus mobilisierten Millionenarmeen konnten nur solange standhalten, als das Proletariat gehorsam unter dem Joch der Bourgeoisie verblieb. Der Zerfall der nationalen Einheit bedeutet auch einen unausbleiblichen Zerfall der Armee. So geschah es zuerst in Rußland, dann in Österreich-Ungarn und Deutschland. Dasselbe ist auch in anderen imperialistischen Staaten zu erwarten. Der Aufstand des Bauern gegen den Gutsbesitzer, des Arbeiters gegen den Kapitalisten, beider gegen die monarchistische oder „demokratische" Bureaukratie führt unvermeidlich zum Aufstand des Soldaten gegen das Kommando und im weiteren auch zu einer scharfen Spaltung zwischen den proletarischen und bürgerlichen Elementen des Heeres. Der imperialistische Krieg, der eine Nation der anderen entgegenstellte, ging und geht in den Bürgerkrieg über, der eine Klasse der anderen gegenüberstellt.

Das Gezeter der bürgerlichen Welt gegen den Bürgerkrieg und den roten Terror ist die ungeheuerlichste Heuchelei, die die Geschichte der politischen Kämpfe bisher aufzuweisen hat. Es würde keinen Bürgerkrieg geben, wenn nicht die Cliquen der Ausbeuter, die die Menschheit an den Rand des Verderbens gebracht haben, jedem Vorwärtsschreiten der arbeitenden Massen entgegengewirkt hätten, wenn sie nicht Verschwörungen und Morde angezettelt und bewaffnete Hilfe von außen angerufen hätten, um ihre räuberischen Vorrechte aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen.

Der Bürgerkrieg wird der Arbeiterklasse von ihren Erzfeinden aufgezwungen. Die Arbeiterklasse muß Schlag mit Schlag beantworten, wenn sie sich nicht von sich selbst und von ihrer Zukunft, die zugleich die Zukunft der ganzen Menschheit ist, lossagen will. Die kommunistischen Parteien, die den Bürgerkrieg nie künstlich heraufbeschwören, streben danach, seine Dauer nach Möglichkeit zu verkürzen — falls er zur eisernen Notwendigkeit geworden — die Zahl seiner Opfer zu verringern und vor allem dem Proletariat den Sieg zu sichern. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit der rechtzeitigen Entwaffnung der Bourgeoisie, der Bewaffnung der Arbeiter, der Bildung einer kommunistischen Armee als Beschützerin der Macht des Proletariats und der Unantastbarkeit seines sozialistischen Aufbaues. Eine solche ist die Rote Armee Sowjetrußlands, die zum Schutz der Errungenschaften der Arbeiterklasse gegen jeden Überfall von innen und von außen entstanden ist. Die Rätearmee ist untrennbar von dem Rätestaat.

Im Bewußtsein des weltgeschichtlichen Charakters ihrer Aufgaben haben die aufgeklärten Arbeiter schon bei den ersten Schritten ihrer organisierten sozialistischen Bewegung nach einer internationalen Vereinigung gestrebt. Der Grundstein zu ihr wurde 1864 in London in der Ersten Internationale gelegt. Der Deutsch-Französische Krieg, aus dem das Deutschland der Hohenzollern erwachsen ist, untergrub die Erste Internationale, indem er gleichzeitig zu der Entwicklung der nationalen Arbeiterparteien Anstoß gab. Schon im Jahre 1889 vereinigten sich diese Parteien auf dem Kongreß in Paris und schufen die Organisation der Zweiten Internationale. Aber der Schwerpunkt der Arbeiterbewegung lag in dieser Periode gänzlich auf nationalem Boden, im Rahmen der nationalen Staaten, auf der Grundlage der nationalen Industrie, auf dem Gebiet des nationalen Parlamentarismus. Jahrzehnte organisatorischer und reformatorischer Arbeit schufen eine Generation von Führern, die in ihrer Mehrheit das Programm der sozialen Revolution in Worten anerkannten, in Wirklichkeit aber es verleugneten und in Reformismus und Anpassung an den bürgerlichen Staat versumpften. Der opportunistische Charakter der leitenden Parteien der Zweiten Internationale entpuppte sich endgültig und führte zum größten Zusammenbruch der Weltgeschichte im Moment, als der Lauf der Ereignisse von den Arbeiterparteien revolutionäre Kampfmethoden verlangte. Wenn der Krieg von 1870 der Ersten Internationale einen Schlag versetzte, indem er die Tatsache aufdeckte, daß hinter dem sozialrevolutionären Programm noch keine geschlossene Macht der Massen stand, so tötete der Krieg von 1914 die Zweite Internationale, indem er zeigte, daß über den zusammengeschweißten Arbeitermassen Parteien stehen, die sich in untertänige Organe des bürgerlichen Staates verwandelten.

Dies bezieht sich nicht nur auf die Sozialpatrioten, die heute offen in das Lager der Bourgeoisie übergegangen und zu ihren bevorzugten Vertrauenspersonen und zuverläßlichen Henkern der Arbeiterklasse geworden sind, sondern auch auf das verschwommene, unbeständige, sozialistische Zentrum, das heute bemüht ist, die Zweite Internationale, das heißt die Beschränktheit, den Opportunismus und die revolutionäre Machtlosigkeit ihrer leitenden Elite zu erneuern. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die heutige Mehrheit

der Sozialistischen Partei Frankreichs, die Gruppe der Menschewiki in Rußland, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands und andere ähnliche Gruppen versuchen tatsächlich den Platz auszufüllen, den die alten offiziellen Parteien der Zweiten Internationale vor dem Kriege eingenommen haben, indem sie, wie früher, mit Ideen des Kompromisses und der Einigung auftreten, auf diese Weise mit allen Mitteln die Energie des Proletariats paralysieren, die Krise in die Länge ziehen und somit das Elend Europas noch vergrößern. Der Kampf gegen das sozialistische Zentrum ist die notwendige Vorbedingung des erfolgreichen Kampfes gegen den Imperialismus.

Indem wir die Halbheit, Lügenhaftigkeit und Fäulnis der überlebten offiziellen sozialistischen Parteien verwerfen, fühlen wir, die in der Dritten Internationale vereinigten Kommunisten, uns als die direkten Fortsetzer der heroischen Anstrengungen und des Märtyrertums einer langen Reihe revolutionärer Generationen, von Babeuf bis Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Wenn die Erste Internationale die künftige Entwicklung vorausgesehen und ihre Wege vorgezeichnet, wenn die Zweite Internationale Millionen Proletarier gesammelt und organisiert hat, so ist die Dritte Internationale die Internationale der offenen Massenaktion, die Internationale der revolutionären Verwirklichung, die Internationale der Tat.

Die sozialistische Kritik hat die bürgerliche Weltordnung genügend gebrandmarkt. Die Aufgabe der internationalen kommunistischen Partei besteht darin, diese Ordnung umzustürzen und an ihrer Stelle das Gebäude der sozialistischen Ordnung zu errichten.

Wir fordern die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder auf, sich unter dem kommunistischen Banner zu vereinigen, unter dessen Zeichen die ersten großen Siege bereits erfochten sind.

Proletarier aller Länder! Im Kampfe gegen die imperialistische Barbarei, gegen die Monarchie, gegen die privilegierten Stände, gegen den bürgerlichen Staat und das bürgerliche Eigentum, gegen alle Arten und Formen der sozialen und nationalen Bedrückung — vereinigt Euch!

Unter dem Banner der Arbeiterräte, des revolutionären Kampfes für die Macht und die Diktatur des Proletariats, unter dem Banner der Dritten Internationale, Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Moskau, den 6. März 1919.

Leitsätze über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur.

1. Das Wachstum der revolutionären Bewegung des Proletariats in allen Ländern hat bei der Bourgeoisie und ihren Agenten in den Arbeiterorganisationen krampfhafte Bemühungen hervorgerufen, um ideellpolitische Argumente für die Verteidigung der Herrschaft der Ausbeuter zu finden. Unter diesen Argumenten wird die Verwerfung der Diktatur und die Verteidigung der Demokratie besonders hervorgehoben. Die Verlogenheit und Heuchelei eines solchen Arguments, das die kapitalistische Presse und die im Februar 1919 in Bern abgehaltene Konferenz der gelben Internationale auf tausend Arten wiederholt, ist aber jedem klar, der nicht Verrat an den Grundsätzen des Sozialismus üben will.

2. Vor allem operiert diese Beweisführung mit den Begriffen „Demokratie überhaupt" und „Diktatur überhaupt", ohne die Frage zu stellen, von welcher Klasse die Rede ist. Eine solche, außer oder über dem Klassenstandpunkt stehende, angeblich als Standpunkt des ganzen Volkes geltende Fragestellung ist eine direkte Verhöhnung der Grundlehre des Sozialismus, nämlich der Lehre vom Klassenkampf, die in Worten anerkannt, in der Tat aber von Sozialisten vergessen wird, wenn sie in das Lager der Bourgeoisie übergegangen sind. Denn in keinem der zivilisierten kapitalistischen Länder existiert eine „Demokratie überhaupt", sondern es existiert nur eine bürgerliche Demokratie, und es ist nicht die Rede von der „Diktatur überhaupt", sondern von der Diktatur der bedrückten Klasse, das heißt des Proletariats, über die Bedrücker und Ausbeuter, das heißt die Bourgeoisie, zwecks Überwindung des Widerstandes, den die Ausbeuter im Kampf um ihre Herrschaft leisten.

3. Die Geschichte lehrt, daß noch nie eine bedrückte Klasse zur Macht gelangt ist und gelangen konnte, ohne eine Periode der Diktatur, das heißt der Eroberung der politischen Macht und der gewaltsamen Unterdrückung des verzweifeltsten, wildesten, vor keinem Verbrechen zurückschreckenden Widerstandes, der immer von den Ausbeutern geleistet wird, durchzumachen. Die Bourgeoisie, deren Herrschaft jetzt von Sozialisten verteidigt wird, die sich gegen die „Diktatur überhaupt" aussprechen und für die „Demokratie überhaupt" mit Leib und Seele eintreten, hat ihre Macht in den zivilisierten Ländern durch eine Reihe von Aufständen, Bürgerkriegen, durch gewaltsame Unterdrückung der Königsherrschaft, der Feudalen, Sklavenhalter und ihrer Restaurierungsversuche erobert. Tausend- und millionenmal haben die Sozialisten aller Länder in ihren Büchern, Broschüren, in den Resolutionen ihrer Kongresse, in ihren Agitationsreden dem Volk den Klassencharakter dieser bürgerlichen Revolutionen auseinandergesetzt. Daher ist die jetzige Verteidigung der „bürgerlichen Demokratie" in Reden über die „Demokratie überhaupt" und das jetzige Gezeter gegen die Diktatur des Proletariats, im Geschrei über die „Diktatur überhaupt", direkter Verrat am Sozialismus, tatsächlicher Übergang ins Lager der Bourgeoisie, Leugnung des Rechts des Proletariats auf seine proletarische Revolution, eine Verteidigung des bürgerlichen Reformismus gerade in einem solchen historischen Augenblick, in dem der bürgerliche Reformismus in der ganzen Welt zusammengebrochen ist und in dem der Krieg eine revolutionäre Situation geschaffen hat.

4. Alle Sozialisten haben, indem sie den Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie, des bürgerlichen Parlamentarismus erklärt haben, den Gedanken ausgesprochen, der mit der größten wissenschaftlichen Genauigkeit von Marx und Engels durch die Worte ausgedrückt wurde, daß die meist demokratische bürgerliche Republik nichts anderes sei, als eine Maschine zur Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie, der Masse der Werktätigen durch eine Handvoll Kapitalisten. Es gibt keinen einzigen Revolutionär und keinen einzigen Marxisten unter denen, die jetzt gegen die Diktatur ihr Geschrei erheben und für die Demokratie eintreten, der vor den Arbeitern nicht hoch und heilig geschworen hätte, daß er diese Grundwahrheit des Sozialismus anerkenne; jetzt aber, wo unter dem revolutionären Proletariat eine Gärung und Bewegung begonnen hat, die darauf gerichtet ist, diese Maschine der Unterdrückung zu vernichten und die Diktatur des Proletariats zu erkämpfen, stellen diese Verräter des Sozialismus die Sache so dar, als ob die Bourgeoisie den Werktätigen die „reine Demokratie" geschenkt hätte, als ob die Bourgeoisie auf Widerstand verzichte und gewillt sei, sich der Mehrheit der Werktätigen zu unterwerfen, als ob in der demokratischen Republik kein Staatsapparat zur Unterdrückung der Arbeit durch das Kapital da war und da sei.

5. Die Pariser Kommune, die in Worten von allen gefeiert wird, die als Sozialisten gelten wollen, da sie wissen, daß die Arbeitermassen große und aufrichtige Sympathie für diese haben, hat besonders deutlich die historische Bedingtheit und den begrenzten Wert des bürgerlichen Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie bewiesen, die im Vergleich zum Mittelalter höchst fortschrittliche Einrichtungen darstellen, in der Zeit der proletarischen Revolution aber unvermeidlich von Grund aus Veränderungen erheischen. Gerade Marx, der die historische Bedeutung der Kommune am meisten schätzte, hat in seiner Analyse derselben den ausbeuterischen Charakter der bürgerlichen Demokratie und des bürgerlichen Parlamentarismus nachgewiesen, bei denen die unterdrückte Klasse das Recht erhält, einmal im Laufe mehrerer Jahre zu entscheiden, welcher Abgeordnete der besitzenden Klassen das Volk im Parlament ver- und zertreten wird. Gerade jetzt, wo die Rätebewegung, die die ganze Welt ergreift, vor aller Augen die Sache der Kommune weiterführt, vergessen die Verräter des Sozialismus die praktische Erfahrung und die konkreten Lehren der Pariser Kommune und wiederholen den alten bürgerlichen Plunder von der „Demokratie überhaupt". Die Kommune war eine nichtparlamentarische Einrichtung.

6. Die Bedeutung der Kommune besteht weiter darin, daß sie den Versuch unternommen hat, den bürgerlichen Staatsapparat, den Beamten-, Gerichts-, Kriegs- und Polizeiapparat, zu zertrümmern und von Grund aus zu zerstören und ihn durch die sich selbst verwaltende Massenorganisation der Arbeiter, die die Trennung der gesetzgebenden und vollziehenden Macht nicht kannte, zu ersetzen. Alle bürgerlich-demokratischen Republiken unserer Zeit, darunter die deutsche, welche von den Verrätern des Sozialismus unter Verhöhnung der Wahrheit als proletarische bezeichnet wird, behalten diesen bürgerlichen Staatsapparat bei. Das beweist immer und immer wieder klar und deutlich, daß das Geschrei zur Verteidigung der „Demokratie überhaupt" nichts anderes vorstellt, als die Verteidigung der Bourgeoisie und ihrer Ausbeutungsvorrechte.

7. Die „Versammlungsfreiheit" kann als Beispiel der Forderung der „reinen Demokratie" angeführt werden. Jeder klassenbewußte Arbeiter, der mit seiner Klasse nicht gebrochen hat, versteht sofort, daß es ein Unding wäre, den Ausbeutern die Versammlungsfreiheit auch für jene Periode und Situation zu versprechen, wo diese Widerstand gegen ihren Sturz leisten und ihre Vorrechte verteidigen. Die Bourgeoisie hat, als sie revolutionär war, weder in England im Jahre 1649 noch in Frankreich im Jahre 1793 den Monarchisten und dem Adel die Versammlungsfreiheit gewährt, als diese fremdländische Truppen ins Land riefen und sich „versammelten", um einen Restaurierungsversuch zu organisieren. Wenn die jetzige Bourgeoisie, die längst reaktionär geworden ist, vom Proletariat fordert, es solle im voraus garantieren, daß den Ausbeutern ohne Rücksicht darauf, welchen Widerstand die Kapitalisten ihrer Enteignung entgegensetzen werden, „Versammlungsfreiheit" gewährt wird, so werden die Arbeiter über eine solche Heuchelei der Bourgeoisie nur lachen.

Andererseits wissen die Arbeiter sehr gut, daß die „Versammlungsfreiheit" sogar in den meist demokratischen bürgerlichen Republiken eine leere Phrase ist, denn die Reichen haben die besten öffentlichen und privaten Gebäude zu ihrer Verfügung, haben auch genügend freie Zeit zu Versammlungen und genießen den Schutz des bürgerlichen Machtapparats. Die Stadt- und Dorfproletarier sowie die Kleinbauern, das heißt die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung, hat weder das eine noch das andere, noch das dritte. Solange sich dies so verhält, ist die „Gleichheit", das heißt die „reine Demokratie", ein Betrug. Um eine wirkliche Gleichheit zu erobern, um die Demokratie tatsächlich für die Werktätigen zu verwirklichen, muß man zuerst den Ausbeutern alle öffentlichen und privaten Prachtbauten wegnehmen, zuerst den Werktätigen Muße verschaffen, ist es nötig, daß die Freiheit ihrer Versammlung von bewaffneten Arbeitern und nicht von Söhnchen des Adels oder von Offizieren aus kapitalistischen Kreisen mit eingeschüchterten Soldaten verteidigt wird.

Erst nach einer solchen Änderung kann man, ohne die Arbeiter, das werktätige Volk, die Armen zu verhöhnen, von Versammlungsfreiheit, von Gleichheit sprechen. Diese Änderung aber kann niemand anders vollziehen, als die Vorhut des werktätigen Volkes, das Proletariat, das die Ausbeuter, die Bourgeoisie, stürzt.

8. Die „Preßfreiheit" ist auch eine der Hauptlosungen der „reinen Demokratie". Dennoch wissen die Arbeiter, und die Sozialisten aller Länder haben es millionenmal zugegeben, daß diese Freiheit Betrug ist, solange die besten Druckereien und die größten Vorräte an Papier sich in den Händen der Kapitalisten befinden, und solange die Macht des Kapitals über die Presse bestehen bleibt, jene Macht, die sich in der ganzen Welt um so deutlicher und schärfer, um so zynischer äußert, je entwickelter der Demokratismus und das republikanische Regime sind, wie zum Beispiel in Amerika. Um eine wirkliche Gleichheit und eine wirkliche Demokratie für die werktätigen Massen für die Arbeiter und Bauern zu erobern, muß man zuerst den Kapitalisten die Möglichkeit nehmen, Schriftsteller in ihre Dienste zu stellen, Verlagsanstalten anzukaufen und Zeitungen zu bestechen. Und dazu ist es notwendig, das Joch des Kapitals abzuschütteln, die Ausbeuter zu stürzen und ihren Widerstand zu unterdrücken. Die Kapitalisten haben immer die Freiheit des Profits für die Reichen und die Freiheit der Arbeiter, vor Hunger zu sterben, als „Freiheit" bezeichnet. Die Kapitalisten bezeichnen als Preßfreiheit die Freiheit der Bestechung der Presse durch die Reichen, die Freiheit der Ausnützung des Reichtums zur Fabrikation und Verfälschung der sogenannten öffentlichen Meinung. Die Verteidiger der „reinen Demokratie" zeigen sich wiederum in Wirklichkeit als die Verteidiger des schmutzigsten und verkäuflichsten Systems der Herrschaft der Reichen über die Aufklärungsmittel der Massen, als Betrüger des Volkes, die es mit schönklingenden, indes durch und durch verlogenen Phrasen ablenken von der konkreten historischen Aufgabe der Befreiung der Presse vom Kapital. Eine wirkliche Freiheit und Gleichheit wird die Ordnung sein, die die Kommunisten errichten, und in der es keine Möglichkeit geben wird, sich auf fremde Kosten zu bereichern, keine objektive Möglichkeit, direkt oder indirekt die Presse der Macht des Geldes zu unterwerfen, wo nichts den Arbeiter (oder eine beliebig große Gruppe von Arbeitern) daran hindern wird, gleiches Recht auf Benutzung der der Gesellschaft gehörenden Druckereien und des Papiers zu besitzen und zu verwirklichen.

9. Die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts hat uns noch vor dem Kriege gezeigt, was in Wirklichkeit die vielgerühmte „reine Demokratie" unter dem Kapitalismus darstellt. Die Marxisten haben immer behauptet: je entwickelter, je „reiner" die Demokratie ist, desto unverhüllter, schärfer, schonungsloser gestaltet sich der Klassenkampf, desto reiner tritt der Druck des Kapitals und die Diktatur der Bourgeoisie hervor. Die Affäre Dreyfus in dem republikanischen Frankreich, die blutige Abrechnung der von Kapitalisten bewaffneten Söldnerheere mit streikenden Arbeitern in der freien und demokratischen Republik Amerika, diese und tausend ähnliche Tatsachen enthüllen die Wahrheit, die die Bourgeoisie vergeblich zu verdecken sich bemüht, nämlich, daß in den meist demokratischen Republiken in Wirklichkeit der Terror und die Diktatur der Bourgeoisie herrschen und jedesmal offen zutage treten, wenn es den Ausbeutern dünkt, daß die Macht des Kapitals ins Wanken gerät.

10. Der imperialistische Krieg 1914—1918 hat ein für allemal auch den rückständigen Arbeitern diesen wahren Charakter der bürgerlichen Demokratie sogar in den freiesten Republiken als Charakter der Diktatur der Bourgeoisie enthüllt. Zwecks Bereicherung von Gruppen deutscher und englischer Millionäre und Milliardäre wurden Dutzende von Millionen Menschen hingemordet, und in den freiesten Republiken ist die Militärdiktatur der Bourgeoisie aufgerichtet worden. Diese Militärdiktatur bleibt in den Ländern der Entente auch nach der Niederwerfung Deutschlands weiter bestehen. Gerade der Krieg hat den Werktätigen mehr als alles andere die Augen geöffnet, von der bürgerlichen Demokratie den falschen Schmuck heruntergerissen und dem Volk den ganzen Abgrund von Spekulation und Gewinnsucht während des Krieges und gelegentlich des Krieges gezeigt. Die Bourgeoisie hat diesen Krieg im Namen der Freiheit und Gleichheit geführt, im Namen der Freiheit und Gleichheit haben sich die Kriegslieferanten unerhört bereichert. Keinerlei Bemühungen der gelben Berner Internationale werden imstande sein, den jetzt endgültig entlarvten ausbeuterischen Charakter der bürgerlichen Freiheit, der bürgerlichen Gleichheit und der bürgerlichen Demokratie vor den Massen zu verheimlichen.

11. In dem kapitalistisch am meisten entwickelten Lande des Kontinents von Europa, nämlich in Deutschland, haben die ersten Monate der vollen republikanischen Freiheit, die die Niederwerfung des imperialistischen Deutschland gebracht hat, den deutschen Arbeitern und der ganzen Welt gezeigt, worin der wirkliche Klasseninhalt der bürgerlich-demokratischen Republik besteht. Die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sind Ereignisse von welthistorischer Bedeutung nicht nur deswegen, weil die besten Leute und Führer der wirklichen proletarischen Kommunistischen Internationale tragisch umgekommen sind, sondern auch deswegen, weil der Klassencharakter des ersten europäischen Staates — und man kann auch ohne Übertreibung sagen, des ersten in der ganzen Welt — sich endgültig offenbart hat. Wenn die Verhafteten, das heißt unter den Schutz der Staatsmacht genommenen Leute, unbestraft von Offizieren und Kapitalisten unter einer Regierung von Sozialpatrioten ermordet werden konnten, so ist folgerichtig die demokratische Republik, in der sich dies ereignen konnte, eine Diktatur der Bourgeoisie. Leute, die ihrer Entrüstung über die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Ausdruck geben, aber diese Wahrheit nicht verstehen, beweisen damit nur ihre Stumpfsinnigkeit oder ihre Heuchelei. In einer der freiesten und vorgeschrittensten Republiken der Welt, in der Republik Deutschland, besteht die „Freiheit", unbestraft die verhafteten Führer des Proletariats zu erschlagen. Und das kann nicht anders sein, solange der Kapitalismus sich behauptet, da die Entwicklung des Demokratismus den Klassenkampf, der jetzt als Ergebnis und unter dem Einfluß des Krieges und seiner Folgen auf dem Siedepunkt angelangt ist, nicht abschwächt, sondern verschärft.

In der ganzen zivilisierten Welt finden jetzt Ausweisungen Verfolgungen und Einkerkerungen der Bolschewiki statt, wie zum Beispiel in einer der freiesten bürgerlichen Republiken, in der Schweiz, ferner in Amerika Bolschewikipogroms und ähnliches. Vom Gesichtspunkt der Demokratie überhaupt oder der reinen Demokratie ist es einfach lächerlich, daß fortschrittliche, zivilisierte, demokratische, bis an die Zähne bewaffnete Länder sich vor der Anwesenheit von einigen Dutzend Leuten aus dem rückständigen, hungrigen, ruinierten Rußland, das in Millionen von Exemplaren bürgerlicher Blätter wild und verbrecherisch genannt wird, fürchten. Es ist klar, daß die gesellschaftliche Lage, die einen so schreienden Widerspruch erzeugen konnte, in Wirklichkeit eine Diktatur der Bourgeoisie ist.

12. Bei einer solchen Sachlage ist die Diktatur des Proletariats nicht nur völlig gerechtfertigt als Mittel zum Sturz der Ausbeuter und zur Unterdrückung ihres Widerstandes, sondern auch durchaus notwendig für die ganze Masse der Werktätigen als einziger Schutz gegen die Diktatur der Bourgeoisie, die zum Kriege geführt hat und neue Kriege vorbereitet.

Die Hauptsache, die die Sozialisten nicht verstehen und was ihre theoretische Kurzsichtigkeit, ihre Abhängigkeit von den bürgerlichen Vorurteilen, ihren politischen Verrat am Proletariat darstellt, ist, daß in der kapitalistischen Gesellschaft bei einiger Verschärfung des ihr zugrunde liegenden Klassenkampfes es kein Mittelding geben kann außer Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats. Jeder Traum von irgendeinem dritten ist eine reaktionäre Lamentation des Kleinbürgers. Davon zeugt die Erfahrung einer mehr als hundertjährigen Entwicklung der bürgerlichen Demokratie und der Arbeiterbewegung in allen fortgeschrittenen Ländern und besonders die Erfahrung der letzten fünf Jahre. Davon spricht auch die ganze Lehre der Nationalökonomie, der ganze Inhalt des Marxismus, der die wirtschaftliche Notwendigkeit der Diktatur der Bourgeoisie bei jeder Warenwirtschaft darlegt, der Diktatur, die von niemand, als von der Klasse, die sich durch die Entwicklung des Kapitalismus selbst immer mehr entwickelt, vermehrt, zusammenschließt und kräftigt, nämlich von der Klasse der Proletarier, beseitigt werden kann.

13. Der zweite theoretische und politische Fehler der Sozialisten besteht darin, daß sie nicht verstehen, daß die Formen der Demokratie sich unvermeidlich im Lauf der Jahrtausende, angefangen von ihren Keimen im Altertum, zusammen mit der Ablösung einer herrschenden Klasse durch die andere geändert haben. In den Republiken des alten Griechenland, in den Städten des Mittelalters, in den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten hat die Demokratie verschiedene Formen und verschiedene Ausdehnung. Es wäre die größte Albernheit, anzunehmen, daß die größte Revolution in der Geschichte der Menschheit, der erste Übergang der Macht aus den Händen der Minderheit der Ausbeuter in die Hände der Mehrheit der Ausgebeuteten, sich im Rahmen der alten bürgerlichen parlamentarischen Demokratie ohne die größten Umwälzungen, ohne Schaffung neuer Formen der Demokratie, neuer Institutionen, neuer Bedingungen ihrer Anwendung usw. vollziehen kann.

14. Die Diktatur des Proletariats ist dadurch der Diktatur anderer Klassen ähnlich, daß sie, wie jede andere Diktatur, durch die Notwendigkeit hervorgerufen ist, mit Gewalt den Widerstand der Klasse, die ihre politische Macht verliert, zu unterdrücken. Der grundlegende Unterschied der Diktatur des Proletariats von der Diktatur der anderen Klassen, von der Diktatur der Großgrundbesitzer im Mittelalter, von der Diktatur der Bourgeoisie in allen zivilisierten kapitalistischen Ländern, besteht darin, daß die Diktatur der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie eine gewaltsame Unterdrückung des Widerstandes der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, nämlich der werktätigen Massen, war. Im Gegensatz dazu ist die Diktatur des Proletariats eine gewaltsame Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter, das heißt der ausgesprochenen Minderheit der Bevölkerung, der Großgrundbesitzer und Kapitalisten.

Hieraus ergibt sich wiederum, daß die Diktatur des Proletariats, allgemein gesprochen, nicht nur eine Veränderung der Formen und Institutionen der Demokratie unvermeidlich mit sich bringen muß, sondern eine solche Veränderung, die eine von der Welt noch nie gesehene Ausdehnung der tatsächlichen Ausnutzung des Demokratismus seitens der vom Kapitalismus geknechteten, seitens der werktätigen Klassen ergibt.

Und wirklich, die Form der Diktatur des Proletariats, die tatsächlich schon ausgearbeitet ist, das heißt die Sowjetmacht in Rußland, das Rätesystem in Deutschland, die Shop-Stewards Committees und andere analoge Sowjetinstitutionen in anderen Ländern, alle diese verwirklichen und bedeuten für die werktätigen Klassen, das heißt für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, eine solche tatsächliche Möglichkeit, sich der demokratischen Rechte und Freiheiten zu bedienen, wie sie noch niemals auch nur annähernd, in den besten demokratischen bürgerlichen Republiken vorhanden war.

Das Wesen der Sowjetmacht besteht darin, daß die Massenorganisation gerade der Klassen, die von den Kapitalisten unterdrückt wurden, das heißt der Arbeiter und Halbproletarier (der Bauern, die keine fremde Arbeit ausbeuten und die ständig zum Verkauf wenigstens eines Teiles ihrer Arbeit gezwungen sind), die ständige und einzige Grundlage der ganzen Staatsmacht, des ganzen Staatsapparats ist. Gerade die Massen, die sogar in den meist demokratischen bürgerlichen Republiken, wo sie dem Gesetze nach gleichberechtigt, in der Tat aber durch tausend Mittel und Kniffe von der Beteiligung an dem politischen Leben und von der Ausnutzung der demokratischen Rechte und Freiheiten ferngehalten waren, werden jetzt zur dauernden, unbehinderten und dabei entscheidenden Beteiligung an der demokratischen Verwaltung des Staates herangezogen.

15. Die Gleichheit der Bürger ohne Rücksicht auf Geschlecht, Konfession, Rasse, Nationalität, die die bürgerliche Demokratie immer und überall versprochen, aber nirgends durchgeführt hat und infolge der Herrschaft des Kapitalismus nicht durchführen konnte, hat die Sowjetmacht oder die Diktatur des Proletariats auf einmal und voll verwirklicht, da nur die Macht der Arbeiter, die am Privateigentum an den Produktionsmitteln und am Kampf um ihre Teilung und Wiederverteilung nicht interessiert sind, dazu imstande ist.

16. Die alte, das heißt, die bürgerliche Demokratie und der Parlamentarismus waren so organisiert, daß gerade die werktätigen Klassen dem Verwaltungsapparat am meisten entfremdet waren. Die Sowjetmacht, das heißt die Diktatur des Proletariats, ist dagegen so organisiert, daß sie die werktätigen Massen dem Verwaltungsapparat nähert. Dem gleichen Ziel dient auch die Vereinigung der gesetzgebenden und vollziehenden Macht bei der Sowjetorganisation des Staates und die Ersetzung der territorialen Wahlkreise durch Produktionseinheiten, wie Werke, Fabriken.

17. Das Heer war ein Apparat der Unterdrückung nicht nur unter der Monarchie; es blieb als solcher auch in allen bürgerlichen, sogar den meist demokratischen Republiken. Nur die Sowjetmacht, als einzige ständige Staatsorganisation gerade der durch die Kapitalisten unterdrückten Klassen, ist imstande, die Abhängigkeit des Militärs von der bürgerlichen Kommandogewalt aufzuheben und das Proletariat wirklich mit dem Militär zu verschmelzen, die Bewaffnung des Proletariats und die Entwaffnung der Bourgeoisie, ohne welche Vorbedingungen der Sieg des Sozialismus unmöglich ist, wirklich durchzuführen.

18. Die Sowjetorganisation des Staates ist darauf eingerichtet, daß das Proletariat, als Klasse, die am meisten durch den Kapitalismus konzentriert und aufgeklärt ist, die leitende Rolle im Staate innehat. Die Erfahrung aller Revolutionen und aller Bewegungen der geknechteten Klassen, die Erfahrung der sozialistischen Weltbewegung lehrt uns, daß nur das Proletariat imstande ist, die verstreuten und rückständigen Schichten der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung zu vereinigen und mit sich zu führen.

19. Nur die Sowjetorganisation des Staates ist imstande, auf einmal und vollständig den alten, das heißt den bürgerlichen Beamten- und Gerichtsapparat zu zerstören, der unter dem Kapitalismus sogar in den meist demokratischen Republiken bestehen blieb und bestehen bleiben mußte, indem er tatsächlich für die Arbeiter und die werktätigen Massen das größte Hindernis bei der Durchführung des Demokratismus wurde. Die Pariser Kommune hat den ersten welthistorischen Schritt auf diesem Wege getan, die Sowjetmacht den zweiten.

20. Die Vernichtung der Staatsmacht ist das Ziel, das sich alle Sozialisten gestellt haben, unter ihnen und an ihrer Spitze Marx. Ohne Verwirklichung dieses Zieles ist der wahre Demokratismus, das heißt die Gleichheit und Freiheit, nicht erreichbar. Zu diesem Ziele aber führt praktisch nur die Sowjet- oder proletarische Demokratie, denn sie beginnt sofort, das völlige Absterben jeglichen Staates vorzubereiten, indem sie die Massenorganisationen des werktätigen Volkes zur dauernden und unbedingten Anteilnahme an der Staatsverwaltung heranzieht.

21. Der völlige Bankrott der Sozialisten, die sich in Bern versammelt haben, der völlige bei ihnen zutage tretende Mangel an Verständnis der neuen, das heißt der proletarischen

Demokratie, ist besonders aus folgendem zu ersehen. Am 10. Februar 1919 hat Branting in Bern die internationale Konferenz der gelben Internationale für geschlossen erklärt. Am 11. Februar 1919 haben ihre Mitglieder in Berlin in der „Freiheit" einen Aufruf der „Unabhängigen" an das Proletariat veröffentlicht. In diesem Aufruf wird der bürgerliche Charakter der Regierung Scheidemanns zugegeben, ihr wird zum Vorwurf gemacht, daß sie den Wunsch hat, die Räte abzuschaffen, die „Träger und Schützer der Revolution" genannt werden, und der Vorschlag gemacht, die Räte zu legalisieren, ihnen staatliche Rechte zu verleihen, ihnen das Recht zu geben, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu sistieren und die Angelegenheit einer allgemeinen Abstimmung zu überweisen.

Ein solcher Vorschlag ist ein völliger geistiger Bankrott der Theoretiker, die die Demokratie verteidigt und ihren bürgerlichen Charakter nicht verstanden haben. Der lächerliche Versuch, das System der Räte, das heißt der Diktatur des Proletariats, mit der Nationalversammlung, das heißt der Diktatur der Bourgeoisie, zu vereinigen, enthüllt endgültig die Geistesarmut der gelben Sozialisten und Sozialdemokraten und die reaktionäre Politik der Kleinbürger sowie ihre feigen Konzessionen an die unaufhaltsam wachsenden Kräfte der neuen proletarischen Demokratie.

22. Die Mehrheit der gelben Internationale in Bern, die den Bolschewismus verurteilt, aber nicht gewagt hat, aus Furcht vor den Arbeitermassen formell für eine entsprechende Resolution zu stimmen, hat vom Klassenstandpunkt aus richtig gehandelt. Gerade diese Mehrheit ist völlig solidarisch mit den russischen Menschewiki, den Sozialrevolutionären und mit den Scheidemännern in Deutschland. Die russischen Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die über die Verfolgungen seitens der Bolschewiki klagen, bemühen sich, die Tatsache zu verheimlichen, daß diese Verfolgungen hervorgerufen sind durch die Teilnahme der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre am Bürgerkriege auf der Seite der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Gerade so haben in Deutschland die Scheidemänner und ihre Partei schon eine gleiche Teilnahme am Bürgerkrieg auf seiten der Bourgeoisie gegen die Arbeiter gezeigt.

Es ist daher völlig natürlich, daß die Mehrzahl der Teilnehmer an der Berner gelben Internationale sich für die Verurteilung der Bolschewiki ausgesprochen hat. Darin ist aber nicht die Verteidigung der „reinen Demokratie", sondern die Selbstverteidigung von Leuten zum Ausdruck gekommen, die fühlen, daß sie im Bürgerkrieg auf seiten der Bourgeoisie gegen das Proletariat stehen.

Aus diesen Gründen muß man den Beschluß der Mehrheit der gelben Internationale vom Klassenstandpunkt aus als richtig bezeichnen. Das Proletariat soll aber die Wahrheit nicht fürchten, sondern ihr offen ins Gesicht schauen und hieraus alle politischen Folgerungen ziehen.

*

Auf Grund dieser Leitsätze und in Würdigung der Berichte der Delegierten aus den verschiedensten Ländern erklärt der Kongreß der Kommunistischen Internationale, daß die Hauptaufgabe der kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern, wo die Rätemacht noch nicht aufgerichtet ist, in folgendem besteht:

1. In der Aufklärung der breiten Massen der Arbeiterklasse über die historische Bedeutung der politischen und praktischen Notwendigkeit einer neuen proletarischen Demokratie, die an Stelle der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus gesetzt werden muß.

2. In der Ausbreitung und dem Aufbau der Räte in allen Gebieten der Industrie, unter dem Militär, in der Flotte wie auch bei den Landarbeitern und Kleinbauern.

3. In der Eroberung einer sicheren, bewußten kommunistischen Mehrheit innerhalb der Räte.

Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale.

Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale stellt folgende Bedingungen der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale auf:

1. Die gesamte Propaganda und Agitation muß einen wirklich kommunistischen Charakter tragen und dem Programm und den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale entsprechen. Alle Preßorgane der Partei müssen von zuverlässigen Kommunisten geleitet werden, die ihre Hingebung für die Sache des Proletariats bewiesen haben. Von der Diktatur des Proletariats darf nicht einfach wie von einer landläufigen eingepaukten Formel gesprochen werden, sondern sie muß so propagiert werden, daß ihre Notwendigkeit jedem einfachen Arbeiter, Arbeiterin, Soldaten und Bauern verständlich wird aus den Tatsachen des täglichen Lebens, die von unserer Presse systematisch beobachtet und Tag für Tag ausgenützt werden müssen.

Die periodische und nicht periodische Presse und alle Parteiverlage müssen völlig dem Parteivorstand unterstellt werden, ohne Rücksicht darauf, ob die Partei in ihrer Gesamtheit in dem betreffenden Augenblick legal oder illegal ist. Es ist unzulässig, daß die Verlage ihre Selbständigkeit mißbrauchen und eine Politik führen, die der Politik der Partei nicht ganz entspricht.

In den Spalten der Presse, in den Volksversammlungen, in den Gewerkschaften, in den Konsumvereinen — überall, wohin sich die Anhänger der III. Internationale Eingang verschaffen, ist es notwendig, nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch ihre Helfershelfer, die Reformisten aller Schattierungen, systematisch und unbarmherzig zu brandmarken.

2. Jede Organisation, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen will, muß regelrecht und planmäßig aus allen mehr oder weniger verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung (Parteiorganisationen, Redaktion, Gewerkschaften, Parlamentsfraktionen, Genossenschaften, Kommunalverwaltungen) die reformistischen und Zentrumsleute entfernen und sie durch bewährte Kommunisten ersetzen, ohne sich daran zu stoßen, daß besonders im Anfang an die Stelle von „erfahrenen" Opportunisten einfache Arbeiter aus der Masse gelangen.

3. Fast in allen Ländern Europas und Amerikas tritt der Klassenkampf in die Phase des Bürgerkrieges ein. Unter derartigen Verhältnissen können die Kommunisten kein Vertrauen zu der bürgerlichen Legalität haben. Sie sind verpflichtet, überall einen parallelen illegalen Organisationsapparat zu schaffen, der im entscheidenden Moment der Partei behilflich sein wird, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen. In all den Ländern, wo die Kommunisten infolge des Belagerungszustandes und der Ausnahmegesetze nicht die Möglichkeit haben, ihre gesamte Arbeit legal zu führen, ist die Kombinierung der legalen mit der illegalen Tätigkeit unbedingt notwendig.

4. Die Pflicht zur Verbreitung der Kommunistischen Ideen schließt die besondere Verpflichtung zu einer nachdrücklichen systematischen Propaganda im Heere in sich. Wo diese Agitation durch Ausnahmegesetze unterbunden wird, ist sie illegal zu führen. Der Verzicht auf eine solche Arbeit würde einem Verrat an der revolutionären Pflicht gleichen und mit der Zugehörigkeit zur III. Internationale unvereinbar sein.

5. Es ist eine systematische und planmäßige Agitation auf dem flachen Lande notwendig. Die Arbeiterklasse vermag nicht zu siegen, wenn sie nicht die Landproletarier und wenigstens einen Teil der ärmsten Bauern hinter sich und die Neutralität eines Teiles der übrigen Dorfbevölkerung durch ihre Politik gesichert hat. Die kommunistische Arbeit auf dem flachen Lande gewinnt gegenwärtig hervorragende Bedeutung. Sie muß vornehmlich mit Hilfe der revolutionären, kommunistischen Arbeiter der Stadt und des Landes geführt werden, die mit dem flachen Lande Verbindung haben. Der Verzicht auf diese Arbeit oder deren Übergabe in unzuverlässige, halbreformistische Hände gleicht einem Verzicht auf die proletarische Revolution.

6. Jede Partei, die der III. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, nicht nur den offenen Sozialpatriotismus, sondern auch die Unaufrichtigkeit und Heuchelei des Sozialpazifismus zu entlarven: den Arbeitern systematisch vor Augen zu führen, daß ohne revolutionären Sturz des Kapitalis-

mus keinerlei internationale Schiedsgerichte, keinerlei Abkommen über Einschränkung der Kriegsrüstungen, keinerlei „demokratische" Erneuerung des Völkerbundes imstande sein werden, neue imperialistische Kriege zu verhüten.

7. Die Parteien, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünschen, sind verpflichtet, den vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des „Zentrums" anzuerkennen und diesen Bruch in den weitesten Kreisen der Parteimitglieder zu propagieren. Ohne das ist eine konsequente kommunistische Politik nicht möglich.

Die Kommunistische Internationale fordert unbedingt und ultimativ die Durchführung dieses Bruches in kürzester Frist. Die Kommunistische Internationale vermag sich nicht damit abzufinden, daß notorische Opportunisten, wie sie jetzt durch Turati, Kautsky, Hilferding, Hillquit, Longuet, Macdonald, Modigliani und andere repräsentiert werden, das Recht haben sollen, als Angehörige der III. Internationale zu gelten. Das könnte nur dazu führen, daß die III. Internationale in hohem Maße der zugrundegegangenen II. Internationale ähnlich werden würde.

8. In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen ist eine besonders ausgeprägte und klare Stellung der Parteien in denjenigen Ländern notwendig, deren Bourgeoisie im Besitze von Kolonien ist und andere Nationen unterdrückt. Jede Partei, die der III. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, die Kniffe „ihrer" Imperialisten in den Kolonien zu entlarven, jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht nur in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer einheimischen Imperialisten aus den Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes ein wirklich brüderliches Verhältnis zu der arbeitenden Bevölkerung der Kolonien und zu den unterdrückten Nationen zu erziehen und in den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der kolonialen Völker zu führen.

9. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit überall den Verrat der Sozialpatrioten und die Wankelmütigkeit des „Zentrums" zu entlarven. Die Kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.

10. Jede der Kommunistischen Internationale angehörende Partei ist verpflichtet, einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer „Internationale" der gelben Gewerkschaftsverbände zu führen. Sie muß unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruches mit der gelben Amsterdamer Internationale nachdrücklichst propagieren. Mit allen Mitteln hat sie die entstehende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen.

11. Parteien, die der III. Internationale angehören wollen, sind verpflichtet, den persönlichen Bestand der Parlamentsfraktionen einer Revision zu unterwerfen, alle unzuverlässigen Elemente aus ihnen zu beseitigen, diese Fraktionen nicht nur in Worten, sondern in der Tat den Parteivorständen unterzuordnen, indem von jedem einzelnen Parlamentsmitglied gefordert wird, seine gesamte Tätigkeit den Interessen einer wirklich revolutionären Propaganda und Agitation zu unterwerfen.

12. Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen **Zentralismus** aufgebaut werden. In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkrieges wird die Kommunistische Partei nur dann imstande sein, ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie auf möglichst zentralistische Weise organisiert ist, wenn eiserne Disziplin in ihr herrscht, und wenn ihr Parteizentrum, getragen von dem Vertrauen der Parteimitgliedschaft, mit der Fülle der Macht, Autorität und den weitgehendsten Befugnissen ausgestattet wird.

13. Die Kommunistischen Parteien derjenigen Länder, in denen die Kommunisten ihre Arbeit legal führen, müssen von Zeit zu Zeit Säuberungen (neue Registrierungen) des Bestandes ihrer Parteiorganisation vornehmen, um die Partei von den sich in sie einschleichenden kleinbürgerlichen Elementen systematisch zu säubern.

14. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, einer jeden Sowjetrepublik in ihrem Kampfe gegen die konterrevolutionären Kräfte rückhaltlosen Beistand zu leisten. Die kommunistischen Parteien müssen eine unzweideutige Propaganda führen zur Verhinderung des Transports von Kriegsmunition an Feinde der Sowjetrepubliken; ferner müssen sie unter den zur Erdrosselung von Arbeiterrepubliken entsandten Truppen mit allen Mitteln, legal oder illegal, Propaganda treiben usw.

15. Parteien, die bisher noch ihre alten sozialdemokratischen Programme beibehalten haben, sind nun verpflichtet, in möglichst kurzer Zeit diese Programme zu ändern und entsprechend den besonderen Verhältnissen ihres Landes ein neues kommunistisches Programm im Sinne der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale auszuarbeiten. In der Regel muß das Programm jeder zur Kommunistischen Internationale gehörenden Partei von dem ordentlichen Kongreß der Kommunistischen Internationale oder dem Exekutivkomitee bestätigt werden. Im Fall der Nichtbestätigung des Programms einer Partei durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat die betreffende Partei das Berufungsrecht an den Kongreß der Kommunistischen Internationale.

16. Alle Beschlüsse der Kongresse der Kommunistischen Internationale wie auch die Beschlüsse ihres Exekutivkomitees sind für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien bindend. Die unter den Bedingungen des schärfsten Bürgerkrieges tätige Kommunistische Internationale muß bei weitem zentralisierter aufgebaut werden, als das in der II. Internationale der Fall war. Dabei müssen selbstverständlich die Kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee in ihrer gesamten Tätigkeit den verschiedenartigen Verhältnissen Rechnung tragen, unter denen die einzelnen Parteien zu kämpfen und zu arbeiten haben, und Beschlüsse von allgemeiner Gültigkeit nur in solchen Fragen fassen, in denen solche Beschlüsse möglich sind.

17. Im Zusammenhang damit müssen alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören wollen, ihre Benennung ändern. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale angehören will, hat den Namen zu tragen: **„Kommunistische Partei"** des und des Landes (Sektion der III. Kommunistischen Internationale). Die Frage der Benennung ist nicht nur eine formelle, sondern in hohem Maße eine politische Frage von großer Wichtigkeit. Die Kommunistische Internationale hat der ganzen bürgerlichen Welt und allen gelben sozialdemokratischen Parteien den Krieg erklärt. Es ist notwendig, daß jedem einfachen Werktätigen der Unterschied zwischen den kommunistischen Parteien und den alten offiziellen „sozialdemokratischen" und „sozialistischen" Parteien, die das Banner der Arbeiterklasse verraten haben, klar ist.

18. Alle führenden Preßorgane der Parteien aller Länder sind verpflichtet, alle wichtigen offiziellen Dokumente der Exekutive der Kommunistischen Internationale abzudrucken.

19. Alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören oder einen Antrag auf Beitritt gestellt haben, sind verpflichtet, möglichst schnell, aber spätestens vier Monate nach dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen, um alle diese Bedingungen zu prüfen. Dabei müssen die Zentralen dafür sorgen, daß allen Lokalorganisationen die Beschlüsse des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale bekannt werden.

20. Diejenigen Parteien, die jetzt in die III. Internationale eintreten wollen, aber ihre bisherige Taktik nicht radikal geändert haben, müssen vor ihrem Eintritt in die Kommunistische Internationale dafür sorgen, daß nicht weniger als zwei Drittel der Mitglieder ihres Zentralkomitees und aller wichtigsten Zentralinstitutionen aus Genossen bestehen, die sich noch vor dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale unzweideutig für den Eintritt der Partei in die III. Internationale öffentlich ausgesprochen haben. Ausnahmen sind zulässig mit Zustimmung der Exekutive der III. Internationale. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat das Recht, auch für die im § 7 genannten Vertreter der Zentrumsrichtung Ausnahmen zu machen.

21. Diejenigen Parteiangehörigen, die die von der Kommunistischen Internationale aufgestellten Bedingungen und Leitsätze grundsätzlich ablehnen, sind aus der Partei auszuschließen.

Dasselbe gilt namentlich von Delegierten zum außerordentlichen Parteitage.

Leitsätze und Ergänzungsthesen über die National- und die Kolonialfrage.

A. Leitsätze.

1. Der bürgerlichen Demokratie ist ihrem eigentlichen Wesen nach eine abstrakte oder formelle Auffassung in der Frage über die Gleichheit überhaupt und über die nationale Gleichheit der menschlichen Persönlichkeit im besonderen eigen. Unter dem Anschein der Gleichheit der menschlichen Persönlichkeit überhaupt proklamiert die bürgerliche Demokratie die formelle juristische Gleichheit des Eigentümers und des Proletariers, des Ausbeuters und des Ausgebeuteten und betrügt dadurch die unterdrückten Klassen im höchsten Maße. Die Idee der Gleichheit, die selbst eine Widerspiegelung der Verhältnisse der Warenproduktion ist, wird von der Bourgeoisie unter dem Vorwand angeblich absoluter Gleichheit der menschlichen Persönlichkeiten in ein Werkzeug des Kampfes gegen die Vernichtung der Klassen verwandelt. Der wahre Sinn der Gleichheitsforderung liegt nur in der Forderung der Abschaffung der Klassen.

2. Die Kommunistische Partei als bewußter Ausdruck des proletarischen Klassenkampfes zur Abschüttelung des Joches der Bourgeoisie soll entsprechend ihrer Hauptaufgabe — Kampf gegen die bürgerliche Demokratie und Entlarvung ihrer Lüge und Heuchelei — auch in der Nationalitätenfrage nicht abstrakte und nicht formelle Prinzipien in den Vordergrund rücken, sondern: erstens die genaue Wertung des geschichtlich gegebenen und vor allem wirtschaftlichen Milieus; zweitens die ausdrückliche Ausscheidung der Interessen der unterdrückten Klassen, der Werktätigen, der Ausgebeuteten, aus dem allgemeinen Begriff der sogenannten Volksinteressen, die die Interessen der herrschenden Klasse bedeuten; drittens eine ebenso genaue Trennung der unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Nationen von den unterdrückenden, ausbeutenden, vollberechtigten Nationen als Gegengewicht zu der bürgerlich- demokratischen Lüge, welche die der Epoche des Finanzkapitals und Imperialismus eigene koloniale und finanzielle Knechtung der ungeheuren Mehrheit der gesamten Bevölkerung der Welt durch eine geringe Minderheit der reichsten vorgeschrittensten, kapitalistischen Länder vertuscht.

3. Der imperialistische Krieg von 1914 hat mit besonderer Klarheit allen unterdrückten Klassen der ganzen Welt die Lügenhaftigkeit der bürgerlich-demokratischen Phrasen bewiesen. Von beiden Seiten mit den Phrasen der Völkerbefreiung und des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen geführt, hat einerseits der Friede von Brest-Litowsk und Bukarest, andererseits der Friede von Versailles und St. Germain gezeigt, daß die siegende Bourgeoisie rücksichtslos auch die „nationalen" Grenzen nach ihren wirtschaftlichen Interessen bestimmt. Auch die „nationalen" Grenzen sind für die Bourgeoisie nur Handelsobjekte. Der sogenannte Völkerbund („Liga der Nationen") ist nichts anderes als der Versicherungsvertrag, in dem die Sieger dieses Krieges sich gegenseitig ihren Raub garantieren; die Bestrebungen auf Wiederherstellung der nationalen Einheit, auf „Wiedervereinigung mit abgetretenen Landesteilen" sind nach Ansicht der Bourgeoisie nichts anderes, als der Versuch der Besiegten, Kräfte zu neuen Kriegen zu sammeln. Die Wiedervereinigung der künstlich zerrissenen Nationen entspricht auch einem Interesse des Proletariats; seine wirkliche nationale Freiheit und Einheit kann das Proletariat jedoch nur auf dem Wege des revolutionären Kampfes und über die niedergeworfene Bourgeoisie hinweg erreichen. Der Völkerbund und die gesamte Politik der imperialistischen Staaten nach dem Kriege deckten diese Wahrheit noch deutlicher und schärfer auf, verstärkten überall den revolutionären Kampf des Proletariats der vorgeschrittenen Länder sowie aller werktätigen Massen der Kolonien und der abhängigen Länder, beschleunigen den Zusammenbruch der kleinbürgerlich-nationalen Illusionen über die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens und über Gleichheit der Nationen unter dem Kapitalismus.

4. Aus den dargelegten Grundsätzen folgt, daß der gesamten Politik der Kommunistischen Internationale in der Nationalitäten- und Kolonialfrage hauptsächlich der Zusammenschluß der Proletarier und werktätigen Massen aller Nationen und Länder zum gemeinsamen revolutionären Kampf für den Sturz der Grundbesitzer und der Bourgeoisie zugrunde gelegt werden muß. Denn nur ein solcher Zusammenschluß sichert den Sieg über den Kapitalismus, ohne den die Vernichtung der nationalen Unterdrückung und der Nichtgleichberechtigung unmöglich ist.

5. Die weltpolitische Situation hat jetzt die Diktatur des Proletariats auf die Tagesordnung gestellt, und alle Ereignisse der Weltpolitik kozentrierten sich unvermeidlich um einen einzigen Mittelpunkt, und zwar um den Kampf der Weltbourgeoisie gegen die russische Sowjetrepublik, die einerseits die Sowjetbewegungen der Arbeitervorhut aller Länder und andererseits alle nationalen Freiheitsbewegungen der Kolonien und der unterdrückten Völkerschaften um sich scharen soll, die sich durch bittere Erfahrung überzeugt haben, daß es für sie keine Rettung gibt außer ihrer Verbindung mit dem revolutionären Proletariat und dem Sieg der Sowjetmacht über den Weltimperialismus.

6. Folglich darf man sich gegenwärtig nicht auf die bloße Anerkennung oder Proklamierung der Annäherung der Werktätigen verschiedener Nationen beschränken, sondern muß eine Politik der Verwirklichung des engsten Bünidnisses aller nationalen und kolonialen Freiheitsbewegungen mit Sowjetrußland führen, wobei die Formen dieses Bündnisses von der Entwicklungsstufe der kommunistischen Bewegung unter dem Proletariat jedes Landes oder unter den rückständigen Nationalitäten bestimmt werden.

7. Die Föderation ist eine Übergangsform zur vollen Vereinigung der Werktätigen aller Nationen. Die Föderation hat in der Praxis schon ihre Zweckmäßigkeit gezeigt, sowohl in den Beziehungen der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Rußland zu den übrigen Sowjetrepubliken (der ungarischen, finnischen, lettländischen in der Vergangenheit, der aserbeidshanischen, der ukrainischen in der Gegenwart), wie auch innerhalb der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Rußland gegenüber den Nationalitäten, die weder eine staatliche Existenz noch eine Selbstverwaltung besaßen (zum Beispiel die autonomen Republiken der Baschkiren und Tataren in der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Rußland, die 1919 und 1920 geschaffen worden sind).

8. Die Aufgabe der Kommunistischen Internationale besteht in dieser Hinsicht nicht nur in der weiteren Entwicklung, sondern auch im Studium und in der Prüfung der Erfahrungen dieser auf der Basis der Sowjetordnung und der Sowjetbewegung entstehenden Föderationen. In Anerkennung der Föderation als Übergangsform zur vollen Vereinigung muß eine immer engere föderative Verbindung angestrebt werden, wobei in Erwägung zu ziehen ist: erstens die Möglichkeit des Bestehens der von militärisch bedeutend mächtigeren imperialistischen Staaten der ganzen Welt umgebenden Sowjetrepubliken ohne engere Verbindung mit den anderen Sowjetrepubliken; zweitens die Notwendigkeit eines engen wirtschaftlichen Bundes der Sowjetrepubliken, ohne den die Wiederherstellung der durch den Imperialismus vernichteten Produktivkräfte und die Sicherung des Wohlstandes der Werktätigen nicht möglich ist; drittens das Bestreben zur Schaffung einer einheitlichen Weltwirtschaft nach dem gemeinsamen Plan, der vom Proletariat aller Nationen geregelt wird. Diese Tendenz ist bereits unter dem Kapitalismus ganz offen zutage getreten und sieht unbedingt ihrer weiteren Entwicklung und Vollendung durch den Sozialismus entgegen.

9. Auf dem Gebiet der innerstaatlichen Verhältnisse kann die nationale Politik der Kommunistischen Internationale sich nicht mit der nackten, formalen, nur in Worten erklärten und praktisch zu nichts verpflichtenden Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen begnügen, auf die sich die — mögen sie auch „sozialistisch" heißen — bürgerlichen Demokraten beschränken.

Nicht nur in der ganzen Propaganda und Agitation der kommunistischen Parteien — sowohl von der Parlamentstribüne als auch außerhalb derselben — müssen die sich in allen kapitalistischen Staaten trotz der „demokratischen" Verfassungen fortgesetzt wiederholenden Vorstöße gegen die Gleichberechtigung der Nationen und die garantierten Rechte der nationalen Minderheiten unentwegt enthüllt werden. Es ist ferner notwendig: erstens beständig darüber aufzuklären, daß nur die Sowjetordnung imstande ist, den Nationen in Wirklichkeit dadurch Gleichberechtigung zu sichern, daß sie erst die Proletarier, darauf die ganze Masse der Werktätigen im Kampf gegen die

Bourgeoisie vereinigt; zweitens die revolutionären Bewegungen unter den abhängigen und nicht gleichberechtigten Nationen (zum Beispiel in Irland, unter den Negern Amerikas usw.) und in den Kolonien durch die Kommunistische Partei des betreffenden Landes direkt zu unterstützen.

Ohne diese letztere, besonders wichtige Bedingung bleibt der Kampf gegen die Unterdrückung der abhängigen Nationen und Kolonien wie auch die Anerkennung ihres Rechtes auf staatliche Absonderung ein lügnerisches Aushängeschild, wie wir dies bei den Parteien der II. Internationale sehen.

10. Die Anerkennung des Internationalismus lediglich in Worten, seine Verwässerung in der Tat, in der ganzen Propaganda, Agitation und praktischen Arbeit durch kleinbürgerlichen Nationalismus und Pazifismus ist eine häufige Erscheinung nicht nur bei den Zentrumsparteien der II. Internationale, sondern auch bei denen, die aus dieser Internationale ausgetreten sind. Diese Erscheinung findet man nicht selten sogar bei solchen Parteien, die sich jetzt kommunistisch nennen. Der Kampf mit diesem Übel, mit den am tiefsten eingewurzelten kleinbürgerlich-nationalen Vorurteilen, die in allen möglichen Formen auftreten, wie Rassenhaß, nationale Verhetzung, Antisemitismus, muß um so mehr in den Vordergrund gerückt werden, je brennender die Frage der Umwandlung der Diktatur des Proletariats aus einer nationalen Diktatur (das heißt nur in einem Land existierenden und zur Führung einer selbständigen Weltpolitik unfähigen) in eine nationale Politik wird (das heißt in eine Diktatur des Proletariats, wenigstens in einigen vorgeschrittenen Ländern, die fähig ist, einen entscheidenden Einfluß auf die ganze Weltpolitik auszuüben). Der kleinbürgerliche Nationalismus erklärt als Internationalismus die bloße Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen und hält (ganz abgesehen davon, daß eine derartige Anerkennung nur in Worten geschieht) den nationalen Egoismus für unantastbar. Der proletarische Internationalismus dagegen fordert: erstens die Unterordnung der Interessen des proletarischen Kampfes des einen Landes unter die Interessen dieses Kampfes im Weltmaßstabe; zweitens von der Nation, die ihren Sieg über die Bourgeoisie durchführt, die Fähigkeit und Bereitwilligkeit, die größten nationalen Opfer zu bringen, um den internationalen Kapitalismus zu stürzen.

Daher ist in den bereits vollständig kapitalistischen Staaten, die Arbeiterparteien haben, die tatsächlich einen Vortrupp des Proletariats darstellen, der Kampf mit den opportunistischen und kleinbürgerlich-pazifistischen Verdrehungen der Begriffe und der Politik des Internationalismus die erste und wichtigste Aufgabe.

11. In bezug auf die Staaten und Nationen, die einen mehr zurückgebliebenen, vorwiegend feudalen oder patriachalen oder patriachal-bäuerlichen Charakter tragen, muß man insbesondere folgende Punkte im Auge behalten:

a) Alle Kommunistischen Parteien müssen die revolutionären Freiheitsbewegungen in diesen Ländern durch die Tat unterstützen. Die Form der Unterstützung muß mit der Kommunistischen Partei erörtert werden, wenn es eine solche Partei gibt. In erster Linie trifft diese Verpflichtung zur tatkräftigen Hilfe die Arbeiter desjenigen Landes, von dem die zurückgebliebene Nation in kolonialer oder finanzieller Hinsicht abhängt.

b) Notwendigerweise ist der Kampf gegen den reaktionären und mittelalterlichen Einfluß der Geistlichkeit, der christlichen Missionen und ähnlicher Elemente zu führen.

c) Notwendig ist der Kampf gegen den Panislamismus und die panasiatische Bewegung und ähnliche Strömungen, die den Versuch machen, den Freiheitskampf gegen den europäischen und amerikanischen Imperialismus mit der Stärkung der Macht des türkischen und japanischen Imperialismus und des Adels, der Großgrundbesitzer, der Geistlichen usw. zu verbinden.

d) Notwendig ist besonders die Unterstützung der Bauernbewegung in den rückständigen Ländern gegen die Grundbesitzer und alle Formen und Überreste des Feudalismus. Man muß vor allem danach streben, der Bauernbewegung einen möglichst revolutionären Charakter zu geben, womöglich die Bauern und alle Ausgebeuteten in Sowjets zu organisieren und so eine möglichst enge Verbindung zwischen dem westeuropäischen kommunistischen Proletariat und der revolutionären Bewegung der Bauern im Osten, in den Kolonien und den rückständigen Ländern herzustellen.

e) Notwendig ist ein entschlossener Kampf gegen den Versuch, der nicht wirklich kommunistischen revolutionären Freiheitsbewegung in den zurückgebliebenen Ländern ein kommunistisches Mäntelchen umzuhängen. Die Kommunistische Internationale hat die Pflicht, die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und den rückständigen Ländern nur zu dem Zweck zu unterstützen, um die Bestandteile der künftigen proletarischen Parteien — der wirklich und nicht nur dem Namen nach kommunistischen — in allen rückständigen Ländern zu sammeln und sie zum Bewußtsein ihrer besonderen Aufgaben zu erziehen, und zwar zu den Aufgaben des Kampfes gegen die bürgerlich-demokratische Richtung in der eigenen Nation. Die Kommunistische Internationale soll ein zeitweiliges Zusammengehen, ja selbst ein Bündnis mit der revolutionären Bewegung der Kolonien und der rückständigen Länder herstellen, darf sich aber mit ihr nicht zusammenschließen, sondern muß unbedingt den selbständigen Charakter der proletarischen Bewegung — sei es auch in ihrer Keimform — aufrechterhalten.

f) Notwendig ist es, unter den breitesten Massen der Werktätigen aller und insbesondere der rückständigen Länder und Nationen fortgesetzt den Betrug aufzudecken und aufzuklären, den die imperialistischen Mächte mit Hilfe der privilegierten Klassen in den unterdrückten Ländern dadurch begehen, daß sie unter der Maske politisch unabhängiger Staaten Staatsgebilde ins Leben rufen, die wirtschaftlich, finanziell und militärisch vollständig von ihnen abhängig sind. Als ein krasses Beispiel des Betruges der arbeitenden Klassen einer unterdrückten Nation, zu dem der Ententeimperialismus und die Bourgeoisie der betreffenden Nationen ihre Bemühungen vereinigen, kann die Palästinaaffäre der Zionisten bezeichnet werden (wie der Zionismus überhaupt unter dem Deckmantel der Schaffung eines Judenstaates in Palästina die tatsächlich arabische Arbeiterbevölkerung Palästinas, wo die werktätigen Juden nur eine Minderheit bilden, der Ausbeutung Englands preisgibt). In den heutigen internationalen Verhältnissen gibt es für die abhängigen und schwachen Nationen keine andere Rettung mehr als ein Bündnis mit Räterepubliken.

12. Die jahrhundertelang andauernde Knechtung der kolonialen und schwachen Körperschaften durch die imperialistischen Großmächte hinterließ in den werktätigen Massen der geknechteten Länder nicht nur Gefühle der Erbitterung, sondern auch Gefühle des Mißtrauens gegen die unterdrückenden Nationen. Der niederträchtige Verrat am Sozialismus durch die Mehrheit der offiziellen Führer dieses Proletariats in den Jahren 1914 bis 1919, als die Sozialpatrioten unter der „Vaterlandsverteidigung" die Verteidigung des „Rechtes" „ihrer" Bourgeoisie auf Knechtung der Kolonien und Ausplünderung der finanziell abhängigen Länder verbargen — dieser Verrat konnte diese vollständig gerechte Mißtrauen nur bestärken. Da dieses Mißtrauen und die nationalen Vorurteile erst nach der Ausrottung des Imperialismus in den vorgeschrittenen Ländern und nach der radikalen Umformung der gesamten Grundlagen des wirtschaftlichen Lebens der rückständigen Länder ausgerottet werden können, so kann die Beseitigung dieser Vorurteile nur sehr langsam vor sich gehen. Daraus ergibt sich für das klassenbewußte kommunistische Proletariat aller Länder die Verpflichtung zu besonderer Vorsicht und besonderer Aufmerksamkeit gegenüber den an sich überlebten nationalen Gefühlen in den lange Zeit geknechteten Ländern und Völkerschaften und zugleich die Verpflichtung, Zugeständnisse zu machen, um dieses Mißtrauen und die Vorurteile um so rascher zu beseitigen. Ohne freiwilligen Zusammenschluß des Proletariats und damit aller werktätigen Massen aller Länder und der Nationen der ganzen Welt zu einem Bunde und einer Einheit kann der Sieg über den Kapitalismus nicht mit vollem Erfolg zu Ende geführt werden.

B. Ergänzungsthesen.

1. Eine der wichtigsten Fragen, die dem II. Kongresse der III. Internationale vorlagen, ist die genaue Feststellung der Wechselbeziehungen zwischen der Kommunistischen Internationale und der revolutionären Bewegung in den politisch unterdrückten, vom eigenen kapitalistischen System beherrschten Ländern, wie in China und Indien. Die Geschichte der Weltrevolution durchlebt eine Periode, die eine richtige Auffassung dieser Wechselbeziehungen erfordert. Der große europäische Krieg und seine Folgen haben deutlich gezeigt, daß die Volksmassen der nichteuropäischen unterdrückten Länder infolge der Zentralisation des Weltkapitalismus mit der proletarischen Bewegung in Europa unlösbar verbunden sind, was während des Krieges zum Beispiel in der Entsendung von Kolonialtruppen und zahlreichen Arbeitermassen an die Front seinen Ausdruck fand.

2. Der europäische Kapitalismus schöpft seine Kraft in der Hauptsache weniger aus den europäischen Industrieländern als aus seinen Kolonialbesitzungen. Zu seiner Existenz bedarf er der Kontrolle über die umfangreichen Kolonialmärkte und eines weiten Feldes der Ausbeutungsmöglichkeit. England, das Bollwerk des Imperialismus, leidet schon ein Jahrhundert lang unter Überproduktion. Ohne die ausgedehnten Kolonialbesitzungen, die für den Absatz seiner Waren notwendig sind und zugleich die Rohstoffquellen bilden, wäre die kapitalistische Ordnung Englands schon längst unter ihrer eigenen Last zusammengebrochen. Indem der englische Imperialismus Hunderte von Millionen Bewohner Asiens und Amerikas zu Sklaven macht, hält er gleichzeitig das britische Proletariat unter der Herrschaft der Bourgeoisie.

3. Der Reingewinn, der in den Kolonien erzielt wird, ist eine der Hauptquellen der Mittel des zeitgenössischen Kapitalismus. Der europäischen Arbeiterklasse wird der Sturz der kapitalistischen Ordnung nur dann gelingen, wenn diese Quelle endgültig verstopft sein wird. Die kapitalistischen Länder versuchen, und zwar nicht ohne Erfolg, durch umfangreiche und intensive Ausbeutung der menschlichen Arbeit und der natürlichen Reichtümer der Kolonien ihre erschütterte Lage wieder herzustellen. Infolge der Ausbeutung der Kolonialbevölkerung ist der europäische Imperialismus imstande, der Arbeiteraristokratie in Europa eine ganze Reihe von Almosen (Kompensationen) zu gewähren. Während der europäische Imperialismus einerseits durch die Einfuhr von Waren, die von der billigeren Arbeitskraft der Arbeiter der Kolonialländer hergestellt sind, das zum Lebensunterhalt nötige Minimum des Proletariats herabzudrücken sucht, ist er andererseits bereit, den im Heimatland zu erzielenden Mehrgewinn zu opfern, um sich nur den durch die Ausbeutung der Kolonien zu erreichenden Mehrgewinn zu erhalten.

4. Der Fortfall der Kolonien und die proletarische Revolution in den Mutterländern werden die kapitalistische Ordnung in Europa stürzen. Folglich muß die Kommunistische Internationale ihr Tätigkeitsfeld erweitern. Die Kommunistische Internationale muß sich in enger Verbindung mit den Kräften befinden, die sich gegenwärtig in den politisch und wirtschaftlich unterdrückten Ländern an dem Sturz des Imperialismus beteiligen. Zum vollen Erfolge der Weltrevolution ist das Zusammenwirken dieser beiden Kräfte notwendig.

5. Die Kommunistische Internationale ist der konzentrierte Wille des Weltproletariats. Ihre Aufgabe ist die Organisation der Arbeiterklasse der ganzen Welt zum Sturze der kapitalistischen Ordnung und zur Verbreitung des Kommunismus. Die III. Internationale ist eine kriegerische Einheit, die die revolutionären Kräfte aller Länder vereinigen muß.

Die durch und durch mit bürgerlicher Kultur durchtränkte, von einem Häuflein Politikaster geführte II. Internationale hat die ganze Wichtigkeit der Kolonialfrage nicht genügend gewertet. Für sie war die Welt außerhalb Europas nicht vorhanden. Sie erkannte nicht die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der revolutionären Bewegung in Europa und in den anderen Erdteilen. Anstatt die revolutionäre Bewegung in den Kolonien materiell und moralisch zu unterstützen, wurden die Mitglieder der II. Internationale selbst zu Imperialisten.

6. Der den Ostvölkern künstlich aufgezwungene ausländische Imperialismus hat ohne Zweifel ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung gehemmt und ihnen die Möglichkeit genommen, jene Entwicklungsstufe zu erreichen, die in Europa und Amerika erreicht ist. Dank der imperialistischen Politik, die bestrebt ist, die industrielle Entwicklung in den Kolonien aufzuhalten, hat das eingeborene Proletariat eigentlich erst vor kurzem zu existieren begonnen.

Die lokal zersplitterte Hausindustrie hat der zentralisierten Industrie der imperialistischen Länder den Platz geräumt; infolgedessen wurde die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung gezwungen, sich mit Ackerbau zu beschäftigen und die Rohstoffe ins Ausland auszuführen.

Andererseits ist eine schnell anwachsende Konzentration des Bodens in den Händen der Großgrundbesitzer, der Kapitalisten und des States zu beobachten, was wieder zur Vermehrung der Zahl der landlosen Bauern beiträgt. Die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung dieser Kolonien befindet sich im Zustande der Unterdrückung. Infolge dieser Politik kommt der unentfaltet in den Volksmassen vorhandene Geist der Empörung nur bei der zahlenmäßig schwachen intelligenten Mittelklasse zum Ausdruck. Die Vergewaltigung hemmt beständig die freie Entwicklung des sozialen Lebens; daher muß der erste Schritt der Revolution die Beseitigung dieser Vergewaltigung sein. Den Kampf zum Sturz der ausländischen Herrschaft in den Kolonien unterstützen, heißt demgemäß nicht, die nationalen Bestrebungen der eingeborenen Bourgeoisie zu unterschreiben, vielmehr bedeutet das, dem Proletariat der Kolonien den Weg zu seiner Befreiung zu ebnen.

7. Es lassen sich zwei Bewegungen feststellen, die mit jedem Tage mehr auseinandergehen. Eine von ihnen ist die bürgerlich-demokratische nationalistische Bewegung, die das Programm der politischen Unabhängigkeit, unter Beibehaltung der kapitalistischen Ordnung verfolgt; die andere ist der Kampf der besitzlosen Bauern um ihre Befreiung von jeglicher Ausbeutung. Die erste Bewegung versucht, oft mit Erfolg, die zweite zu kontrollieren; die Kommunistische Internationale aber muß gegen eine derartige Kontrolle ankämpfen, und die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeitermassen der Kolonien muß demgemäß auf den Sturz des ausländischen Kapitalismus gerichtet werden. Die wichtigste und notwendigste Aufgabe jedoch ist die Schaffung kommunistischer Organisationen der Bauern und Arbeiter, um diese zur Revolution und zur Errichtung der Sowjetrepublik zu führen. Auf diese Weise werden die Volksmassen in den rückständigen Ländern nicht durch die kapitalistische Entwicklung, sondern durch die Entwicklung des Klassenbewußtseins, unter der Führung des bewußten Proletariats, dem Kommunismus angeschlossen werden.

8. Die reale Kraft, das Fundament der Befreiungsbewegung, läßt sich in den Kolonien nicht in den engen Rahmen des bürgerlich-demokratischen Nationalismus zwängen. In dem größten Teile der Kolonien bestehen schon organisierte revolutionäre Parteien, die in enger Verbindung mit den Arbeitermassen arbeiten. Die Kommunistische Partei muß die Verbindung mit der revolutionären Bewegung in den Kolonien durch Vermittlung dieser Parteien und Gruppen herstellen, denn sie sind die Vorhut der Arbeiterklasse. Gegenwärtig sind sie nicht zahlreich, drücken jedoch den Willen der Masse aus.

9. In der ersten Zeit wird die Revolution in den Kolonien keine kommunistische Revolution sein; wenn jedoch von Anfang an die kommunistische Vorhut an ihre Spitze tritt, werden die revolutionären Massen auf den richtigen Weg gebracht werden, auf dem sie durch allmähliche Sammlung von revolutionärer Erfahrung das gesteckte Ziel erreichen werden. Es wäre ein Fehler, die Agrarfrage nach rein kommunistischen Grundsätzen entscheiden zu wollen. Auf der ersten Stufe ihrer Entwicklung muß die Revolution in den Kolonien nach dem Programm rein kleinbürgerlicher, reformistischer Forderungen, wie: Aufteilung des Landes usw., durchgeführt werden. Daraus aber folgt nicht, daß die Führung in den Kolonien sich in den Händen der bürgerlichen Demokraten befinden darf. Im Gegenteil, die proletarischen Parteien müssen eine intensive Propaganda der kommunistischen Ideen betreiben und bei der ersten Möglichkeit Arbeiter- und Bauernräte gründen. Diese Räte müssen in gleicher Weise wie die Sowjetrepubliken der vorgeschrittenen kapitalistischen Länder arbeiten, um den endgültigen Sturz der kapitalistischen Ordnung der ganzen Welt herbeizuführen.

Leitsätze über die Agrarfrage.

1. Nur das von der Kommunistischen Partei geführte städtische und industrielle Proletariat vermag die werktätigen Massen des flachen Landes vom Joche des Kapitals und des Großgrundbesitzes zu befreien, vor dem Verfall und vor imperialistischen Kriegen zu bewahren, die bei Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems stets und ständig unvermeidlich sind. Die werktätigen Massen auf dem Lande können nicht anders als im Bunde mit dem kommunistischen Proletariat in der rückhaltlosen Unterstützung seines revolutionären Kampfes zum Sturze des Joches der Junker (Großgrundbesitzer) und der Bourgeoisie ihre Rettung finden. Andererseits können die Industriearbeiter ihrer weltgeschichtlichen Aufgabe der Befreiung der Menschheit vom Joche des Kapitals und von Kriegen nicht nachkommen, wenn diese Arbeiter sich in den Kreis von zünftigen, enggewerkschaftlichen Interessen einschließen, und wenn sie sich selbstgefällig auf die Bemühungen um Verbesserung ihrer mitunter leidlichen, kleinbürgerlichen Lage beschränken. Aber gerade so ist es in vielen fortgeschrittenen Ländern um die „Arbeiteraristokratie" bestellt, die die Grundlage der angeblich sozialistischen Parteien der II. Internationale bildet, in Wirklichkeit aber den schlimmsten Feind des Sozialismus, seine Verräter, kleinbürgerliche Hurrapatrioten und Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung darstellt. Eine wirklich revolutionäre, eine wirklich sozialistisch handelnde Klasse ist das Proletariat nur unter der Bedingung, daß es als Vortrupp aller Werktätigen und Ausgebeuteten, als Führer im Kampfe um den Sturz der Ausbeuter auftritt und handelt. Dies ist jedoch undurchführbar ohne die Übertragung des Klassenkampfes auf das Land, ohne die Sammlung der werktätigen Massen des flachen Landes, ohne die Kommunistische Partei des städtischen Proletariats, ohne die Erziehung des ländlichen Proletariats durch das städtische.

2. Die werktätigen und ausgebeuteten Massen des flachen Landes, die das städtische Proletariat in den Kampf führen oder jedenfalls auf seine Seite ziehen muß, sind in den kapitalistischen Ländern durch folgende Gruppen vertreten:

Erstens: Durch das landwirtschaftliche Proletariat, die Lohnarbeiter (Saison-, Wanderarbeiter und Taglöhner), die ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit in den landwirtschaftlichen und mit ihnen verbundenen industriellen Unternehmungen fristen. Die selbständige, von den übrigen Gruppen der Landbevölkerung getrennte Organisation dieser Klasse einschließlich der Forstarbeiter, Gutshandwerker usw. (politische wie militärische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche Organisation, desgleichen für Bildungswesen usw.) Eine gesteigerte Propaganda und Agitation unter dieser Gruppe und das Herüberziehen dieser Gruppe auf die Seite der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats — das ist die grundlegende Aufgabe der Kommunistischen Parteien in allen Ländern.

Zweitens: Durch die Halbproletarier oder die Parzellenbauern, das heißt durch diejenigen, die ihren Lebensunterhalt teils durch Lohnarbeit in landwirtschaftlichen, industriellen und kapitalistischen Unternehmungen, teils dadurch finden, daß sie sich auf ihrem eigenen oder einem gepachteten Fleckchen Land abmühen, das nur einen Teil der für ihre Familie notwendigen Lebensmittel abgibt. Diese Gruppe der werktätigen ländlichen Bevölkerung ist in allen kapitalistischen Ländern überaus zahlreich; ihre Existenz und ihre besondere Lage wird aber von den Vertretern der Bourgeoisie und den zur II. Internationale gehörigen Sozialisten vertuscht. Das geschieht zum Teil bewußt, um die Arbeiter irrezuführen, zum Teil infolge der gewöhnlichen spießbürgerlichen Anschauungen, die diese Gruppe mit der Masse der Bauernschaft im allgemeinen verwechselt. Diese Methode der bürgerlichen Irreführung der Arbeiter ist am meisten in Deutschland und Frankreich zu beobachten, dann aber auch in Amerika und den übrigen Ländern. Bei richtiger Organisation der Arbeit der Kommunistischen Partei kann diese Gruppe sichere Anhängerin der Partei werden, denn die Lage dieser Halbproletarier ist eine sehr schwere, und der ihnen durch die Sowjetmacht und die Diktatur des Proletariats gewährte Vorteil ist groß und sofort wirksam.

In einigen Ländern ist die erste und die zweite Gruppe nicht streng voneinander geschieden. Ihre gemeinsame Organisation ist daher unter besonderen Verhältnissen zulässig.

Drittens: Die Kleinbauern, das heißt die Landwirte, die als Eigentümer oder Pächter kleiner Grundstücke die Bedürfnisse ihrer Familie und ihrer Wirtschaft gerade decken, ohne fremde Arbeitskraft zu mieten. Diese Schicht gewinnt unbedingt durch den Sieg des Proletariats, der ihr sofort verschafft: a) Befreiung von der Bezahlung des Pachtzinses oder eines Teiles der Ernte (zum Beispiel die Metayers in Frankreich und in Italien usw.) an die Grundbesitzer; b) Befreiung von Hypothekenlasten, Kaufschillingen; c) Befreiung von den verschiedenartigsten Formen des Joches der Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern (Wald- und Weidebenutzung usw.); d) die sofortige Hilfe für ihre Wirtschaft durch die proletarische Staatsmacht (die Möglichkeit, landwirtschaftliche Geräte und einen Teil der Gelände der durch das Proletariat enteigneten großkapitalistischen Wirtschaften zu benutzen; die sofortige Umwandlung der Konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften durch die proletarische Staatsmacht aus Organisationen, die unter dem Kapitalismus in erster Linie den reichen und mächtigen Bauern gedient haben, in Organisationen, die in erster Linie den Armen, das heißt den Proletariern, Halbproletariern und Kleinbauern helfen usw.).

Zu gleicher Zeit muß sich die Kommunistische Partei dessen bewußt sein, daß in der Übergangszeit vom Kapitalismus zum Kommunismus, das heißt während der Dauer der Diktatur des Proletariats, in dieser Schicht wenigstens zum Teil Schwankungen nach der Seite der völligen Handelsfreiheit und des freien Verfügungsrechtes über den Privatbesitz unvermeidlich sind. Denn diese Schicht, die, wenn auch nur in geringem Maße, als Verkäufer von Lebensmitteln auftritt, ist durch Handels- und Eigentümergewohnheiten gebunden. Bei fester proletarischer Politik, bei entschlossener Abrechnung des siegreichen Proletariats mit den Grundbesitzern und Großbauern können jedoch die Schwankungen dieser Schicht nicht bedeutend sein. Sie sind auch nicht imstande, etwas an der Tatsache zu ändern, daß die Kleinbauern im großen und ganzen keine Gegner der proletarischen Umwälzung sein werden.

3. Die drei obengenannten Gruppen zusammengenommen bilden in allen Ländern die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung. Daher ist der Enderfolg der proletarischen Umwälzung nicht nur für die Städte, sondern auch für das flache Land sichergestellt. Die entgegengesetzte Meinung ist weitverbreitet. Sie hält sich aber nur, erstens durch den systematischen Betrug der bürgerlichen Wissenschaft und Statistik, die mit allen Mitteln den tiefen Abgrund zwischen den genannten Schichten des flachen Landes und den Ausbeutern, den Grundbesitzern und Kapitalisten wie auch den zwischen den Halbproletariern und den Kleinbauern einerseits und den Großbauern andererseits vertuscht. Zweitens hält sie sich kraft des Unvermögens und der Unlust der Helden der II. Internationale und der durch die imperialistischen Vorrechte demoralisierten „Arbeiteraristokratie", eine wirklich proletarische revolutionäre Propaganda, Agitations- und Organisationsarbeit unter der ländlichen Bevölkerung zu führen. Die gesamte Aufmerksamkeit der Opportunisten war und ist auf die Erfindung einer theoretischen und praktischen Verständigung mit der Bourgeoisie einschließlich der großen und mittleren Bauernschaft gerichtet und nicht auf den revolutionären Sturz der bürgerlichen Regierung und der Bourgeoisie durch das Proletariat. Drittens hält sich diese falsche Meinung infolge eines hartnäckigen Vorurteils, das mit allen bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteilen zusammenhängt. Dieses Vorurteil wehrt sich gegen eine Wahrheit, die durch den theoretischen Marxismus durchaus bewiesen und durch die Erfahrung der proletarischen Revolution in Rußland vollauf bestätigt worden ist, nämlich dagegen, daß mit Ausnahme der Landarbeiter, die jetzt schon zur Revolution stehen, die zersplitterte, niedergedrückte und verschüchterte, in allen, selbst den fortgeschrittensten Ländern, zu halbbarbarischer Lebenshaltung verurteilte Landbevölkerung der oben genannten Gruppen, die wirtschaftlich, sozial und kulturell am Siege des Sozialismus interessiert sind, erst dann das revolutionäre Proletariat entschieden unterstützen kann, nachdem die politische Macht durch das Proletariat erobert worden ist, nachdem mit den Großgrundbesitzern und Kapitalisten entschieden abgerechnet worden ist und nachdem jene Schichten in der Praxis sehen, daß sie einen organisierten Führer und Verteidiger haben, der mächtig und fest genug ist, ihnen zu helfen und sie auf den richtigen Weg zu leiten.

4. Unter mittlerer Bauernschaft im wirtschaftlichen Sinne sind die kleinen Landwirte zu verstehen, das heißt Eigentümer oder Pächter kleiner Grundstücke, die unter dem Kapitalismus

in der Regel nicht nur der Familie und der Wirtschaft Unterhalt gewähren, sondern auch noch einen kleinen Überschuß abgeben, der wenigstens in den günstigsten Jahren imstande ist, sich in Kapital zu verwandeln; auch sind die Landwirte häufig in der Lage, fremde Arbeitskraft zu mieten. Als Beispiel der mittleren Bauernschaft in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Lande kann in Deutschland laut Zählung des Jahres 1907 eine Gruppe mit Wirtschaften von 5 bis 10 ha Land dienen, in denen die Zahl der beschäftigten landwirtschaftlichen Lohnarbeiter etwa ein Drittel der Anzahl der Wirtschaften dieser Gruppe beträgt. In Frankreich, wo Sonderkulturen (zum Beispiel Weinbau) betrieben werden, die einen besonders großen Aufwand von Arbeitern erfordern, benutzt diese Gruppe wahrscheinlich in noch größerem Umfange fremde, gemietete Landarbeiter.

Das revolutionäre Proletariat kann es sich, wenigstens für die nächste Zukunft und für den Beginn der Periode der Diktatur des Proletariats, nicht zur Aufgabe machen, diese Schicht auf seine Seite zu ziehen. Es muß sich vielmehr auf die Aufgabe beschränken, sie zu neutralisieren, das heißt zu verhindern, daß sie im Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie der letzten aktive Hilfe leistet. Das Hinundherschwanken dieser Schicht ist unvermeidlich, und zu Beginn der neuen Epoche wird ihre vorwiegende Tendenz in den kapitalistisch entwickelten Ländern zugunsten der Bourgeoisie ausfallen: denn die Weltanschauung und die Stimmungen der Eigentümer sind überwiegend privat-kapitalistisch orientiert. Das siegreiche Proletariat wird die Lage dieser Schicht durch Aufhebung des Pachtzinses und der Hypothekenschulden, durch Hergabe von Maschinen, Einführung der Elektrizität in landwirtschaftlichen Betrieben usw. verbessern. Die sofortige Aufhebung des Privateigentums durch die proletarische Macht kommt in den meisten kapitalistischen Staaten keineswegs in Frage. Wohl aber wird die proletarische Staatsmacht die Aufhebung aller aus dem Privateigentum herrührenden Pflichten für diese Schicht durchführen. Auf jeden Fall garantiert die proletarische Macht der kleinen und mittleren Bauernschaft nicht nur, daß ihre Grundstücke ihnen erhalten bleiben, sondern daß sie auch um die gesamte bis dahin gepachtete Fläche vergrößert werden (durch Aufhebung des Pachtzinses).

Die Vereinigung von Maßnahmen dieser Art mit dem schonungslosen Kampf gegen die Bourgeoisie garantiert den Erfolg der Neutralisierungspolitik. Den Übergang zum kollektiven landwirtschaftlichen Betrieb kann die proletarische Staatsmacht nur mit größter Vorsicht und allmählich, durch die Kraft des Beispiels, durch Hergabe von Maschinen, Einführung von technischen Verbesserungen (Elektrifizierung) ohne jede Gewalttat in der mittleren Bauernschaft durchführen.

5. Als Großbauernschaft sind die kapitalistischen Unternehmungen in der Landwirtschaft zu betrachten, die in der Regel mit einigen Lohnarbeitern wirtschaften und mit der Bauernschaft nur durch ihre Kulturstufe, ihre Lebensart und durch persönliche körperliche Mitarbeit in ihrer Wirtschaft verbunden sind.

Dies ist die zahlreichste der bürgerlichen Schichten, die unmittelbare und entschiedene Feinde des revolutionären Proletariats sind. Auf die Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Mehrheit der Landbevölkerung von dem geistigen und politischen Einfluß dieser Ausbeuter, auf den Kampf mit dieser Schicht, muß bei der Arbeit der Kommunistischen Partei auf dem Lande das Hauptaugenmerk gerichtet sein.

Nach dem Sieg des Proletariats in den Städten sind von dieser Schicht alle möglichen Äußerungen von Widerstand, Sabotage und unmittelbarem bewaffneten Widerstand gegenrevolutionären Charakters unvermeidlich. Daher muß das revolutionäre Proletariat sofort mit der geistigen und organisatorischen Vorbereitung der notwendigen Kräfte beginnen, um diese Schicht zu entwaffnen und ihr, neben dem Sturz der Kapitalisten der Industrie, bei der ersten Äußerung von Widerständen einen entscheidenden, schonungslosen, vernichtenden Schlag zu versetzen. Zu diesem Zweck muß das ländliche Proletariat bewaffnet und in Sowjets (Gutsräten) organisiert werden, in denen für Ausbeuter kein Platz sein darf und den Proletariern und Halbproletariern der überwiegende Einfluß gesichert werden muß.

Die Enteignung der Großbauern selbst darf jedoch nicht die unmittelbare Aufgabe des siegreichen Proletariats sein, denn für die Vergesellschaftung solcher Wirtschaften sind die materiellen, insbesondere die technischen, ferner auch die sozialen Bedingungen noch nicht vorhanden. In einzelnen Fällen, wahrscheinlich in Ausnahmefällen werden jene Teile ihrer Grundstücke enteignet werden, die verpachtet oder für die kleinbäuerliche Bevölkerung der Umgebung besonders notwendig sind; dieser letzteren muß auch die unentgeltliche Benutzung eines Teiles der landwirtschaftlichen Maschinen der Großbauern zu gewissen Bedingungen gesichert werden. Im allgemeinen kann die proletarische Staatsmacht den Großbauern das Land belassen und wird es nur im Falle des Widerstandes gegen die Macht der Werktätigen und Ausgebeuteten enteignen. Die Erfahrung der proletarischen Revolution Rußlands, in der sich der Kampf gegen die Großbauern infolge einer Reihe von besonderen Bedingungen in die Länge gezogen hat und besonders verwickelt ist, hat demnach gezeigt, daß diese Schicht, wenn sie für den geringsten Widerstand eine gehörige Lehre erhält, fähig ist, loyal die Anforderungen der proletarischen Staatsmacht zu erfüllen, und daß diese Schicht sogar beginnt, Achtung vor dieser Macht zu empfinden, die jeden Arbeitenden schützt und den reichen Müßiggänger schonungslos verfolgt.

Die besonderen Bedingungen, die den Kampf des über die Bourgeoisie siegreichen Proletariats mit den Großbauern in Rußland erschweren, bestehen hauptsächlich in folgendem: Die russische Revolution hat nach der Umwälzung vom 25. Oktober (7. November) 1917 das Stadium des allgemeinen demokratischen, das heißt im Grunde bürgerlich-demokratischen Kampfes der ganzen Bauernschaft gegen die Gutsbesitzer durchlaufen. Das städtische Proletariat war kulturell und zahlenmäßig schwach und die Entfernungen wirkten bei den äußerst schlechten Verkehrswegen sehr erschwerend.

Das revolutionäre Proletariat Europas und Amerikas muß den vollen Sieg über den Widerstand der Großbauern energisch vorbereiten, jede Möglichkeit, auch nur den geringsten Widerstand zu leisten, beseitigen und den Sieg bedeutend schneller, entschlossener und erfolgreicher vollenden. Dieser volle Sieg der Massen der Landarbeiter, der Halbproletarier und der Kleinbauern ist unerläßlich, und ohne ihn kann die proletarische Macht nicht als gesichert und widerstandsfähig gelten.

6. Das revolutionäre Proletariat muß unverzüglich, ausnahmslos und ohne jede Entschädigung das gesamte Land der Großgrundbesitzer, Rittergutsbesitzer und derjenigen Personen enteignen, die unmittelbar oder durch ihre Pächter systematisch die Arbeitskraft der Lohnarbeiter, der umliegenden kleinen (nicht selten auch der mittleren) Bauernschaft ausbeuten, und nicht selbst körperlich arbeiten. Hierher zählen der größte Teil der Nachkommen der Feudalherren — der Adel in Rußland, Deutschland und Ungarn, der wiederhergestellte frühere feudale Großgrundbesitz in Frankreich, die Landlords in England, die ehemaligen Sklavenhalter Amerikas — ferner reichgewordene Finanzmagnaten oder die Mischlinge dieser beiden Arten von Ausbeutern und Müßiggängern. In keiner Form darf in den Reihen der Kommunistischen Partei die Propaganda oder Durchführung einer Entschädigung der Großgrundbesitzer für die enteigneten Ländereien zugelassen werden, da das bei der heutigen Lage Europas und Amerikas einen Verrat am Sozialismus und die Auferlegung neuer Lasten auf die Werktätigen und ausgebeuteten Massen bedeuten würde. Diese Massen sind schon mehr als genug durch den Krieg, der die Zahl und den Reichtum der Millionäre vervielfacht hat, belastet worden.

Für die vorgeschrittensten kapitalistischen Länder erkennt die Kommunistische Internationale es für richtig an, den landwirtschaftlichen Großbetrieb vorwiegend beizubehalten und ihn nach der Art der Sowjetwirtschaften in Rußland zu führen.

Ebenso wird es zweckmäßig sein, die Bildung von Kollektivbetrieben (Gutsgenossenschaften, Kommunen) zu unterstützen.

In Rußland mußte man infolge der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes meist zur Aufteilung der Ländereien unter die Bauern und zu ihrer Ausnutzung durch die Bauern schreiten. Nur in verhältnismäßig seltenen Ausnahmefällen gelang es, die Ländereien zur Einrichtung einer sogenannten Sowjetwirtschaft zu verwenden, die vom proletarischen Staat auf eigene Rechnung geführt wird; die früheren Lohnarbeiter werden gleichzeitig in Staatsarbeiter und Mitglieder der Sowjets, die den Staat verwalten, verwandelt.

Die Erhaltung der ländlichen Großbetriebe wahrt am besten die Interessen der revolutionären Schicht der Landbevölkerung, der besitzlosen Landarbeiter und der halbproletarischen Parzellenbesitzer, die ihren Unterhalt in der Hauptsache durch Lohnarbeit in den Großbetrieben verdienen. Außerdem macht die Nationalisierung der Großbetriebe die städtische Bevölkerung wenigstens teilweise in der Versorgungsfrage unabhängig von der Bauernschaft.

Andererseits kann es dort, wo noch Überreste der mittelalterlichen Verfassung, des Fronsystems zu besonderen Formen der Ausbeutung führen, wo noch Servitute oder das System der

Halbpacht bestehen oder ähnliches, unter Umständen notwendig sein, den Bauern einen Teil des Bodens der großen Güter zu überweisen.

In Ländern und Gebietsteilen, wo der landwirtschaftliche Großbetrieb eine relativ geringe Rolle spielt, dagegen eine große Anzahl kleinbäuerlicher Besitzer bestehen, die danach trachten, Land zu erhalten, kann die Verteilung des Landes der Großgrundbesitzer sich als das sicherste Mittel erweisen, die Bauernschaft für die Revolution zu gewinnen, während die Erhaltung des Großbetriebes nicht von besonderer Bedeutung für die Versorgung der Städte ist.

Die Sicherung seines dauerhaften Sieges unter allen Umständen ist die erste und wichtigste Aufgabe des Proletariats. Wegen des Erfolges der Revolution darf das Proletariat selbst vor einem zeitweiligen Rückgang der Produktion nicht zurückschrecken. Der dauernde Bestand der proletarischen Gewalt kann nur erreicht werden, wenn es gelingt, die mittlere Bauernschaft neutral zu halten und die Unterstützung des größten Teiles, wenn nicht der gesamten Kleinbauernschaft zu erreichen.

Jedenfalls müssen dort, wo eine Aufteilung des Großgrundbesitzes eintritt, in erster Linie die Interessen der ländlichen Proletarier gewahrt werden.

Das Inventar der Großbetriebe muß unbedingt ohne Entschädigung in Staatseigentum überführt werden, unter der unerläßlichen Bedingung, daß dieses Inventar nach der Befriedigung der Bedürfnisse der staatlichen Großbetriebe von den Kleinbauern unentgeltlich benützt werden kann, unter Beobachtung der durch den proletarischen Staat ausgearbeiteten Bedingungen.

Wenn in der ersten Zeit nach dem proletarischen Umsturz nicht nur die unverzügliche Enteignung der Großgrundbesitzer ohne Entschädigung unbedingt erforderlich ist, sondern auch ihre allgemeine Vertreibung und Internierung als Führer der Gegenrevolution und schonungslose Tyrannen der gesamten ländlichen Bevölkerung, so muß mit der Befestigung der proletarischen Macht nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande das Bestreben einsetzen, Männer aus der Bourgeoisie mit wertvollen Erfahrungen, Wissen und organisatorischen Fähigkeiten systematisch, unter besonderer Aufsicht zuverlässiger kommunistischer Arbeiter und Kontrolle der Gutsräte, zur Schaffung des sozialistischen Großbetriebs in der Landwirtschaft heranzuziehen.

7. Der Sozialismus wird erst dann den Kapitalismus endgültig besiegen, und für immer gesichert sein, wenn die proletarische Staatsmacht jeden Widerstand der Ausbeuter gebrochen, sich vollständige Herrschaft und völligen Gehorsam gesichert, die Industrie auf der Grundlage des wissenschaftlichen Großbetriebs und der modernsten Errungenschaften der Technik (Elektrifizierung der gesamten Wirtschaft) wieder aufgebaut hat. Nur das gibt der Stadt die Möglichkeit, technisch und sozial der zurückgebliebenen und zerstreuten Landbevölkerung eine so wirksame Hilfe zu gewähren, daß dadurch die materielle Grundlage für die großzügige Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität und der ländlichen Arbeit überhaupt geschaffen werden kann. Auch werden auf diese Weise die kleineren Landbesitzer durch die Macht des Beispiels und den eigenen Vorteil veranlaßt, zum großen, gemeinschaftlichen, mit Maschinen arbeitenden Betrieb überzugehen.

Besonders auf dem Lande erfordert die wirksame Durchführung eines erfolgreichen Kampfes für den Sozialismus folgendes: Die Kommunistischen Parteien müssen dem Industrieproletariat die Erkenntnis der Notwendigkeit von Opfern für den Sturz der Bourgeoisie und für die Festigung der proletarischen Macht anerziehen, denn die Diktatur des Proletariats bedeutet sowohl die Fähigkeit des Proletariats, alle arbeitenden und ausgebeuteten Massen zu organisieren und zu leiten, als auch die Fähigkeit des Vortrupps, um dieses Zieles willen die äußersten Anstrengungen zu machen und die heroischsten Opfer zu bringen. Für den Erfolg ist es dringend notwendig, daß die arbeitenden, am meisten ausgebeuteten Massen auf dem Lande durch den Sieg des Proletariats sofort und bedeutend auf Kosten der Ausbeuter in ihrer Lage verbessert werden, denn ohne dies könnte das industrielle Proletariat nicht sicher auf die Unterstützung des flachen Landes und auch nicht auf die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln rechnen.

8. Die ungeheure Schwierigkeit, die Massen der Landbevölkerung, die durch den Kapitalismus geistig unentwickelt, zerstreut, unterdrückt und oft in einen Zustand halbmittelalterlicher Abhängigkeit gehalten werden, zu organisieren und zu revolutionären Kämpfern zu erziehen, verlangt von der Kommunistischen Partei besondere Aufmerksamkeit für die Streikbewegung auf dem flachen Lande, kraftvolle Unterstützung und allseitige Entwicklung der Massenstreiks der ländlichen Proletarier und Halbproletarier. Die Erfahrung der russischen Revolutionen 1905 und 1917, nunmehr bestätigt und erweitert durch die Erfahrungen in Deutschland, Polen, Italien, England und anderen fortgeschrittenen Ländern, beweist, daß nur die fortschreitende Streikbewegung der Massen (unter Umständen unter Teilnahme der Kleinbauern) imstande ist, das schlummernde Dorf zu wecken, das Klassenbewußtsein und die Einsicht von der Notwendigkeit einer Klassenorganisation unter den ausgebeuteten Klassen des flachen Landes hervorzurufen und die Wichtigkeit ihrer Vereinigung mit den städtischen Arbeitern anschaulich und praktisch vor Augen zu führen. Die Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Landarbeiter und die Mitarbeit der Kommunisten in Land- und Forstarbeitergewerkschaften ist aus diesem Grunde besonders notwendig. Auch die Bildung von Kooperativen (Produktivgenossenschaften), die aus der ausgebeuteten ländlichen Bevölkerung sich bilden, und die in engem Zusammenhang mit der revolutionären Arbeiterbewegung stehen, ist von den Kommunistischen Parteien zu unterstützen. Ferner ist eine besondere Agitation unter den Kleinbauern zu betreiben.

Der Kongreß der Kommunistischen Internationale brandmarkt diejenigen Sozialisten als Verräter und Überläufer, die es leider nicht nur in der II. gelben Internationale gibt, sondern auch in den aus dieser Internationale ausgetretenen, für Europa besonders wichtigen Parteien, die es fertig bringen, nicht nur der Streikbewegung auf dem Lande gleichgültig zuzusehen, sondern (wie die Gewerkschaftsbürokratie, die Scheidemänner und Kautsky) gegen die Streiks auftreten, weil sie diese nur unter dem Gesichtswinkel einer Gefahr der Verminderung der Produktion von Lebensmitteln betrachten. Keinerlei Programme und keine noch so feierliche Erklärung haben den geringsten Wert, wenn nicht durch die Tat bewiesen wird, daß die Kommunisten und die Arbeiterführer die Entwicklung der proletarischen Revolution und ihren Sieg über alles stellen, daß sie deshalb die schwersten Opfer zu bringen verstehen, da es keinen anderen Ausweg und keine anderen Mittel gibt, um den Hunger und den Zerfall für immer zu besiegen und neue imperialistische Kriege zu verhindern. Die Kommunistischen Parteien müssen alles aufbieten, um möglichst bald auf dem flachen Lande zur Gründung von Sowjets, Gutsräten in erster Reihe aus Vertretern der Lohnarbeiter und Halbproletarier überzugehen. Auch ist die Bildung von Kleinbauernräten zu propagieren. Nur in Verbindung mit der Massenstreikbewegung, und mit der am meisten unterdrückten Klasse werden die Sowjets imstande sein, ihre Aufgabe zu erfüllen und sich zu befestigen, um die Kleinbauern ihrem Einfluß zu unterwerfen und später auch durch Zusammenschluß der Kleinbauern mit den Landarbeiterräten in ihren Bestand aufzunehmen. Solange die Streikbewegung aber noch nicht stark und die Organisation des landwirtschaftlichen Proletariats noch schwach entwickelt ist, sowohl infolge des schweren Druckes seitens der Grundbesitzer und Großbauern wie auch infolge der mangelnden Unterstützung seitens der Industriearbeiter und ihrer Organisationen, erfordert die Bildung von Sowjets auf dem Lande eine langwierige Vorbereitung. Diese Vorbereitung muß geschehen durch Schaffung, wenn auch vorläufig noch so kleiner kommunistischer Parteizellen, durch eine aktive Propaganda, die in gemeinverständlicher Form die Forderungen des Kommunismus darlegt und an Hand von Beispielen die verschiedenen Methoden der Ausbeutung und Knechtung illustriert, ferner durch systematische Agitationsreisen von industriellen Arbeitern auf das Land usw.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 29. 29. Februar. 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Heraus zum Internationalen Kommunistischen Frauentag 1924! Von Clara Zetkin 327

Politik.

Perspektiven der englischen Arbeiterregierung. Von Askew 329

Die Parlamentswahlen in Italien. Von Grieco . . . 330

Deutschland.

Die „Harmonie" der deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften. Von Schröder 331

Union der Sowjetrepubliken.

Das Orientierungsbudget der Sowjetunion für das Jahr 1923—24. Von Boross 332

Wirtschaft.

Die Krankheit des französischen Franken. Von Sadoul 333

Arbeiterbewegung.

Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung in Rumänien. Von Timescu 334

Aus der Internationale.

Die Entwicklung der Kommunistischen Partei Griechenlands. Von Stawrides 335

Aus dem Lager der Gegner.

Aus der Hexenküche der II. Internationale. Von Neurath 336

Weißer Schrecken.

Es gilt, den Henkern in Spanien einen großen revolutionären Künstler zu entreißen! Von Quinet 337

Buchbesprechungen.

Publikationen des Neuen Deutschen Verlages. Von Alexander 338

Heraus zum Internationalen Kommunistischen Frauentag 1924!

Von Clara Zetkin.

** Heraus zum Internationalen Kommunistischen Frauentag, Ihr schaffenden Frauen all der Länder, wo der ausbeutende Reichtum die fleißige Arbeit plündert und knechtet! Heraus, ob Ihr in der Fabrik oder im Büro, auf dem Felde oder im Hause Euch müht! Ihr alle seid eines Fleisches, eines Blutes, seid Schwestern, die die gleichen Lasten und Leiden tragen. Vereinigt müßt Ihr deshalb sagen, was Euch Leib und Seele drückt, vereinigt fordern, was Euer Geschick erleichtern kann, vereinigt geloben, mit höchster Kraft dafür zu kämpfen, daß Euch Euer Recht wird.

Heraus auch zum Internationalen Kommunistischen Frauentag, Ihr Männer des schaffenden Volks! Eure Pflicht und Eure Interessen heischen es, die Klagen, Anklagen und Forderungen der Frauen zu unterstützen. Ist Ihr Los und Leid nicht auch das Eure und das Eurer Kinder? Ihr alle seid in das gleiche düstere Elend verstrickt. Nur wenn Ihr zusammen Eure Kräfte anstrengt, könnt Ihr das furchtbare Netzwerk zerreißen. Das dichtmaschige Netzwerk der kapitalistischen Profitmacherei, das der bürgerliche Staat fester und fester um Euch zuzieht, denn er ist der Staat der Reichen, der Ausbeutenden. Der Internationale Kommunistische Frauentag muß deshalb Kampfestag gegen den Kapitalismus sein und gegen seinen Staat. Nur wenn er das ist, kann er die traurige Lage der Millionen Frauen erleichtern, die der Kapitalismus mit seinen Skorpionen züchtigt.

Ungezählte sorgenbeladene Frauen zermartern sich tagtäglich das Hirn mit der zehrenden Sorge um Brot für sich und die Ihrigen. Ihr „Heim" ist eine Elendhöhle, und immer mehr bleiben ganz obdachlos. Vor Arbeitslosigkeit, die nackter Hunger ist, zittern die einen. Die anderen empfinden unter Schmerzen, daß ihre Gesundheit, ihr Leben selbst von der dreifachen Bürde als Brotverdienerin, Hausfrau und Mutter zermalmt wird. Der kapitalistische Unternehmer beschäftigt Frauen, um möglichst fetten Profit aus ihrer Arbeit herauszuquetschen. Hungerlöhne, Hungergehälter empfangen die Arbeiterinnen und Angestellten, die Beamtinnen und Lehrerinnen, ganz gleich, ob sie Stinnes beschäftigt, de Wendel oder Armour und Cie., der Faschistenstaat Mussolinis oder Eberts „demokratische Republik". So niedrig die Entlohnung von Männerarbeit ist, mag sie mit der Hand oder mit dem Kopf geleistet werden, geringer noch wird Frauenarbeit gezahlt, auch wenn sie vollwertig ist.

Erwerbslos muß die Arbeiterin und Angestellte den Hungerriemen fester anziehen als ihr Schicksalsgenosse, denn kleiner als die wenige Hilfe, die ihm zu Teil wird, ist die ihrige. Willkür, Übermut, Paschagelüste des „Brotherrn" toben sich häufig genug ungezügelt an den weiblichen Berufstätigen aus. Es sind ja „nur Weiber"! Zahllose Frauen, dern Schoß neues Leben trägt, quälen sich daheim oder in der Arbeitsstatt bis zur letzten Minute vor der Entbindung mit schwerster, ungesunder Arbeit; vielzuviele wissen nicht, wo und wie sie ihr Kindlein betten sollen. Gleich einem Schwert durchbohrt ihr Mutterherz die Frage: woher Pflege, Erziehung, ja auch nur Brot nehmen, für „Familienzuwachs"? Wehe der Mutter, die sich von ihrer Leibesfrucht befreit, weil sie keine Antwort auf diese Frage findet!

Aller Unbill der kapitalistischen Wirtschaft, der bürgerlichen Ordnung preisgegeben wie der Mann, besitzt die Frau in großen, sogenannten „Kulturstaaten" nicht einmal die gleichen Rechte wie er. Was besagt das? Daß sie sich nicht gegen Ausbeutung und Knechtschaft wehren kann wie er. In Frankreich, Italien, Belgien, der Schweiz und noch anderen Ländern ist den Frauen noch nicht ihre volle politische Gleichberechtigung zuerkannt. In Frankreich konnten sogar bürgerliche Politiker die Einführung eines „Familienrechts" fordern, das heißt, eine gesetzliche Bescheinigung mehr, daß die Frau nur ein Anhängsel des Mannes sei und „in der Gemeinde schweigen müsse", wie zur Zeit des seligen Apostel Paulus. Gewiß! Es wäre die größte Torheit, wollten die schaffenden und ausgebeuteten, unterdrückten Frauen dem Wahn huldigen, sie könnten die Schlachten ihrer Befreiung mit dem Stimmzettel schlagen. Jedoch von der grundsätzlichen Bedeutung ihrer Gleichberechtigung abgesehen, werden sie auch ihre politischen Rechte als Waffen gegen den sie elend und unfrei machenden Kapitalismus kehren.

Heraus zum Internationalen Kommunistischen Frauentag, Ihr schaffenden Massen in allen Ländern, wo der Kapitalismus Menschenleiber und Menschenleben in seiner Profitmühle zermalmt! Millionen Frauen haben dem Verbrecher ihre Rechnung vorzulegen über das, was er ihnen geraubt hat an Brot, Gesundheit, Lebensfreude, Freiheit, Recht, an allem, was das Leben erst lebenswert macht. Dies Rechnung ist heuer noch erheblich größer als vor einem Jahre.

Wer Augen hat, zu sehen, wer Ohren hat, zu hören, der muß es verstehen: Die Industrie- und Handelsherren, die Junker und Großgrundbesitzer, die Bank- und Finanzkönige haben im letzten Jahre ihre Herrschaft, ihre Ausbeutungspolitik über die Habenichtse und Wenigbesitzenden vergrößert und befestigt. Daß sie es konnten, ist und bleibt das unsühnbare Verbrechen der reformistischen Führer. In wenigen Händen sind Riesenvermögen zusammengeballt, die sich nur noch durch astronomische Zahlen ausdrücken lassen. Eine Minderheit wälzt sich in einem Luxus, in dem sich Raffinement mit Roheit paart. Daneben aber gähnt eine Elendshölle, die Hunderttausende, die Millionen erbarmungslos verschlingt. Frauen und Männer, Kinder und Greise. In allen kapitalistischen Ländern sind im Frieden wie im Kriege die Armen und Kleinen, die Ausgebeuteten und Unfreien die Besiegten. Sieger sind einzig und allein die Reichen. Stinnes und seinesgleichen beweisen es für Deutschland.

Die märchenhaften Kriegsgewinne genügen der Weltbourgeoisie noch nicht. Die Friedensprofite sollen sie noch übertreffen. Jedoch die Kriegsgewinnler wollen keinen Pfennig der Kriegskosten bezahlen; sie denken nicht daran, aus ihrem sich häufenden Reichtum die kapitalistische Wirtschaft aufzubauen, die ihre Gold- und Machtgier durch den Krieg bis in die Tiefen zerrüttet hat. Die schaffenden Massen sollen mit ihrem Schweiß, mit ihrem Blut für alles aufkommen. Darum, Frauen des schaffenden Volkes, müßt Ihr mehr hungern, bitterer frieren, müßt Ihr Eure Kinder verkümmern, verkommen, sterben sehen! Und damit die Besitzenden und Ausbeutenden Euch und Euren Brüdern die letzte Minute Zeit, das letzte Fünkchen Kraft abpressen können, läßt der Unternehmer noch erbarmungsloser die Hungerpeitsche auf Euren Rücken tanzen. Der Staat der Unternehmer aber hilft ihr noch, indem er die Rechte der Werktätigen zertrümmert, Säbel und Maschinengewehr für „meuternde" und hungernde Ausgebeutete in den Dienst der Bourgeoisie stellt. Zu den alltäglichen Mitteln der Ausbeutenden und ihres Staates die außergewöhnlichen: die Mördergewalt des Faschismus, der Militärdiktatur, des Belagerungszustandes.

Heraus zum Internationalen Kommunistischen Frauentag! Schaffende Massen, steht dem Anschwellen der brausenden Elendflut nicht tatenlos zu, die zuerst und am meisten Frauen und Kinder verschlingt. Heischt all die wirtschaftlichen Maßnahmen, die die entsetzlichsten Massennöte mildern. Kampf gegen die Auswucherung der Verbraucher durch Trustmagnaten, Großhändler, Schieber und Spekulanten! Kampf gegen die Sabotage der Produktion durch nimmersatte Kapitalisten, gegen Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverlängerung! Kampf für die Kontrolle der Produktion, der Wirtschaft durch die Organe der Arbeiter und Angestellten und für den Achtstundentag! Kampf gegen die gewissenlose Auswucherung der weiblichen Arbeitskraft! Kampf für gleiche Entlohnung von Mann und Frau bei gleicher Leistung! Kampf für umfassenden gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen, der Schwangeren, Wöchnerinnen und Mütter! Kampf für Einrichtungen, die die Hausfrau, die die Mutter entlasten! Kampf für volle Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts in der Gesetzgebung, in der Praxis! Kampf für jede Maßregel, die das Elend der schaffenden Frauen mildert und ihre Kampfeskraft gegen den Kapitalismus erhöht!

Heraus zum Internationalen Kommunistischen Frauentag, Ihr Frauen und Männer des schaffenden Volkes in den kapitalistischen Ländern! Ihr müßt an ihm eine Ehren und Dankesschuld begleichen. Gedenkt der Opfer, die im Kampfe für Eure Freiheit und Euer Recht gefallen sind! In dem einen Land hat der Faschismus, in dem anderen die Militärdiktatur, in dem dritten vielleicht „nur" das „gemeine" Recht zu Nutz und Frommen der bürgerlichen Ausbeutungsordnung die Kerker gefüllt, Hunderte, Tausende gemordet. Unser Frauentag muß eine gewaltige Solidaritätskundgebung sein für alle, die für die Sache der Revolution gekämpft haben, für alle, die revolutionäre Kämpfer bleiben sollen und die darum der Zerfleischung durch schwärzeste Not entrissen werden müssen. Die Solidaritätskundgebung des Internationalen Kommunistischen Frauentages muß tatkräftiges Hilfswerk werden. Für die Verhungernden in Deutschland, wie für die Zuchthäusler und ihre Familien in Italien oder sonst in einem Lande.

Heraus zum Internationalen Kommunistischen Frauentag, in der klaren Erkenntnis, daß überall, wo der Kapitalismus noch der Herr ist im Hause des Betriebes und im Hause des Staates, auch die bescheidensten Forderungen zugunsten der werktätigen Frauen keine Erfüllung finden werden. Das wird erst an dem Tage der Fall sein, wo die Proletarier, die werktätigen Massen, der Bourgeoisie die Staatsmacht entreißen und in ihre eigene starke Faust nehmen. Das Verlangen von Millionen Frauen, die nach Brot, Fürsorge, Freiheit und Recht hungern, muß ausklingen in dem Ruf: Kampf für die Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat, Aufrichtung der proletarischen Diktatur! In diesen revolutionären Zeitläuften, wo die Ordnung der Ausbeutung und Versklavung des Menschen durch den Menschen sich gegen ihr Verschwinden wehrt, geht es zwischen Bourgeoisie und Proletariat bei allem und jedem ums Ganze. Der Kampf für die proletarische Diktatur ist auch Kampf für die Hebung der Lage der schaffenden Frauen, ist Kampf für ihre Befreiung.

Heraus zum Internationalen Kommunistischen Frauentag, schaffende Massen, auch in den sowjetistischen Ländern! Ihr habt die große entscheidende Schlacht für Eure Befreiung siegreich geschlagen. In Sowjetrußland, in den Sozialistischen Räterepubliken, liegt die Bourgeoisie politisch entwaffnet zu Boden. Der Arbeiter- und Bauernstaat gewährt den Frauen volles Recht in Familie und Staat, durch die Gesetzgebung und in der Praxis. Er anerkennt grundsätzlich das Recht der weiblichen Berufstätigen, der Mütter, der Kinder auf weitestgehende soziale Fürsorge, auf alle Reformen und Maßnahmen, die die gesetzliche Befreiung der Frau von ihren Ketten zur tatsächlichen vollen sozialen und menschlichen Freiheit machen. Trotzdem wissen die Frauen aller kapitalistischen Länder, daß Ihr den Internationalen Kommunistischen Frauentag in treuester Solidarität mit ihnen begehen werdet.

Eure Solidaritätsbekundung wird breitesten Frauenmassen außerhalb der Räterepubliken Ermunterung, Ermutigung, Beispiel sein. Sie wird ihre Erkenntnis befestigen, daß sie den gleichen Weg gehen müssen, den Ihr mutig und opferfreudig gegangen seid. Sie läßt ihren Kampfeswillen aufflammen, auch um den höchsten Preis, diesen Weg zu gehen. Und Ihr selbst, Frauen, Schwestern des Arbeiter- und Bauernstaates, habt Ihr an unserem Internationalen Kommunistischen Frauentag nicht auch Massen weiblicher Schaffender zu sammeln, aufzuklären und vorwärts zu führen? Nicht gegen den Sowjetstaat, der Euer Freund, Euer Schützer, Euer Werkzeug ist, der Ausdruck und Vollstrecker Eures Willen, der sich mit dem Willen Eurer Brüder vereinigt. Aber Ihr habt Frauenmassen zu sammeln, aufzuklären, vorwärts zu führen, damit sie voller Verständnis und Hingebung ihre ganze Energie an den Aufbau und den Ausbau des Arbeiter- und Bauernstaates setzen.

Heraus zum Internationalen Kommunistischen Frauentag, Schwestern in Sowjet-Rußland und den ihm verbündeten Räterepubliken! Ein Wirkungskreis von größter und weittragender Bedeutung harrt Euer. Es gilt die vielen Millionen Bäuerinnen mit den Proletarierinnen zusammen in dem einen, starken, heißen Willen zu vereinigen: zu lernen, zu leisten, sich zu mühen und zu opfern, um den kulturellen und sozialen Gegensatz zwischen Stadt und Dorf zu überwinden, um mit höchster Kraft und Fähigkeit daran zu arbeiten, den Arbeiter- und Bauernstaat umzuwälzen in eine Kommunistische Gesellschaft. Es gilt die weibliche Jugend für dieses erhabene Werk auszurüsten und alle gesellschaftlichen Kräfte dafür zu mobilisieren, alle Vorurteile

und Gewohnheiten zu besiegen, die Fesseln bilden für die Frauen, deren fester Zielwillen und heiße Sehnsucht darauf gerichtet sind, daß die Verwirklichung des Kommunismus auch ihr Werk sei. Eure Frauentagslosungen werden vom Sowjetstaat und seinen Organen, von allen Arbeiterorganisationen und der Kommunistischen Partei gestützt. Ihr Erfolg ist sicher, und Ihr habt ihn verdient.

Heraus zum Internationalen Kommunistischen Frauentag auch in den Ländern des Nahen und Fernen Ostens. Hier werden es oft genug nicht Massen sein, nur kleine Fähnlein, die Frauenwohl und Frauenrecht fordern. Aber die Fordernden und Manifestierenden werden überall Bahnbrecherinnen sein, Kämpferinnen gegen die Vorurteile, Sitten, Gebräuche von Jahrtausenden, die festere Ketten sind als Gesetze. Sie treten in Reih' und Glied mit uns auch als Kämpferinnen gegen den Imperialismus, der durch die schmachvollste Ausplünderung der Kolonial- und Halbkolonialvölker die Ausbeutungs- und Knechtschaftsgewalt der Bourgeoisie in Staaten älterer kapitalistische Entwicklung erhalten und festigen soll. Die Verschiedenartigkeit der Kultur, Jahrtausende scheinen mehr als Gebirge und Meere die Frauen von uns zu trennen. Unser Internationaler Kommunistischer Frauentag wird zeigen, daß auch sie in schwesterlicher Solidarität mit uns verbunden sind, wie wir mit ihnen.

Der Internationale Kommunistische Frauentag muß Kampfestag sein, der alle verbindet, die geschichtlichen Gerichtstag über den Kapitalismus halten wollen. Die Massen werden sich zählen, stolze Kampfesfreude, feste Siegeszuversicht wird ihnen daraus erwachsen. Ein dunkler Schatten fällt darauf. Nicht etwa das Wissen um die Stärke und Tücke unseres Todfeindes, und die Schwere und Gefahr unseres Kampfes! Nein, tausendmal nein! Aber Lenins Tod ist ein Schlag, der aufs härteste auch die befreiungssehnsüchtigen Frauen getroffen hat. Sie haben mit ihm nicht nur wie alle Kommunisten ihren genialsten, besten Führer verloren, sondern einen ebenso weitsichtigen als warmherzigen Freund ihrer Gleichberechtigung. Nicht bloß seine Schriften, seine größte geschichtliche Schöpfung beweist es: Sowjetrußland. Der Internationale Kommunistische Frauentag, unser Kampf unter der Führung der Kommunistischen Internationale muß erhärten, daß wir dieses Führers und Freundes wert sind. **Heraus zum Internationalen Frauentag. Vorwärts zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur! Vorwärts zum Kommunismus!**

Politik

Perspektiven der englischen Arbeiterregierung.

Von J. B. Askew (London).

** In einer Hinsicht hat Macdonald eine Stellung, die beneidenswert und unseres Wissens auch einzig in der Geschichte ist. Niemand erwartet von ihm, daß er etwas vollbringe — jeder erkennt, daß seine Hände gebunden sind. Es gibt nur sehr wenig, was er auszuführen vermag, und daher kann er bei einem Mißerfolg, sollte ein solcher eintreten, ruhig die Achseln zucken und jeden, der Kritik üben will, fragen: „Was sonst haben Sie erwartet?" Andererseits wird jede kleine Errungenschaft, die er oder seine Regierung schafft, verherrlicht und vergrößert werden. Der „Daily Herald" wird kaum Grenzen finden, um seine hinreißende Bewunderung zum Ausdruck zu bringen für eine Staatskunst, die wie von den Göttern inspiriert erscheint. Auch die Londoner Korrespondenzen, sowohl der des sozialdemokratischen Berliner „Vorwärts" als auch der des liberalen „Berliner Tageblattes", werden geschäftig der Welt erzählen, was für ein wunderbarer Mann doch dieser Macdonald ist.

In gewissem Grade ist heute die Stellung der Labour Party in England ähnlich der, die die Sozialdemokratische Partei in Deutschland im Jahre 1918 innehatte. Die Labour Party wurde nämlich zur Übernahme der Macht nicht infolge ihrer eigenen Anstrengungen und der Früchte ihres eigenen Erfolges gezwungen, sondern wegen des Zusammenbruches der bürgerlichen Parteien. Andere Umstände sind natürlich wieder verschieden. Infolge des Zusammenbruches der gesamten bürgerlichen Staatsmaschinerie gelangten die Sozialdemokraten in Deutschland in eine Stellung, von wo aus es möglich gewesen wäre, mit einer sozialistischen Politik zu beginnen. Tatsächlich liefen sie statt dessen davon oder vielmehr, sie riefen die Reaktion wieder zurück. Einerseits, weil sie sich fürchteten, die westlichen demokratischen Regierungen — die allen guten Kautskyanern und Bernsteinianern lieber sind als Moskaus böse Tyrannen — könnten gegen sie Schritte unternehmen, andererseits infolge der Demoralisation in ihren eigenen Reihen.

Die britische Labour Party ist insofern in derselben Lage, als ihre Führer alle versicherten, daß sie niemals an das Vorhandensein eines Klassenkampfes oder an Klassengegensätze zwischen den besitzenden und den besitzlosen Klassen geglaubt hatten. Und sie konnten niemals oder wagten es niemals, sich klar und deutlich für den Klassenkampf auszusprechen noch direkt für eine dauernde Solidarität der Klassen einzutreten. Gerade ihre Unbestimmtheit in dieser Hinsicht macht sie zu einem viel wirksameren Werkzeug der Konterrevolution, als wenn sie sich klar aussprechen würden, und es wäre für sie sehr schwer, sich mit einer wenn auch noch so platonischen Zugehörigkeit zu einem sozialistischen Programm auszuschnen.

Die Labour Party erntete hohes Lob für ihre Anerkennung der Sowjetregierung oder vielmehr der Union der Sowjetrepubliken. Aber es ist doch mehr als bezeichnend, daß es der konservative Ex-Premier — Baldwin — war, der auf die überaus beleidigenden Äußerungen Macdonalds in bezug auf die Sowjetregierung hinwies, als Macdonald sagte, die Labour Party würde keinen Unsinn und keine Affensprünge der russischen diplomatischen Vertreter dulden. Baldwin fragte: „Kann sich irgend jemand vorstellen, daß diese Worte an den amerikanischen oder französischen Vertreter gerichtet wären?" Man muß das in Verbindung mit der Tatsache betrachten, daß Macdonald verabsäumte, anläßlich des Todes Lenins irgendeine Kundgebung an die Sowjetregierung gelangen zu lassen. Lenin war der Hauptrepräsentant des russischen Staates. Zum Tode des Expräsidenten Wilson schickte Macdonald aber eine Botschaft, was seine Haltung um so bezeichnender macht.

Es ist charakteristisch für kleinbürgerliche Politiker und Parteien, zwischen den zwei Extremen hin- und herzuschwanken. — Marx beschrieb dies als die Politik des „Einerseits — Andererseits", was, wie er sagte, ihre ganze Weisheit ausmache — der Versuch, nach beiden Seiten Konzessionen zu machen, für eine Konzession an die Linke der Rechten eine zu gewähren, eine Konzession an die Bolschewiki durch Bemerkungen wettzumachen, die darauf berechnet sind, daß die Bourgeoisie die Arbeiterregierung ganz ungerechterweise die Sklaven von Moskau nennt. Was ist naheliegender als der Gedanke, ihren lieben Freunden von der Bourgeoisie die Unabhängigkeit von der verhaßten Moskauer Tyrannei zu beweisen, als ein paar Schimpfworte gegen Moskau hinauszurufen und damit zu zeigen, wie unabhängig sie sind. Daran läge ja nun sehr wenig, wenn sie nicht auch ebenso für ein paar unbedeutende Konzessionen nach links wirkliche Zugeständnisse nach rechts machen würden.

Nun hat der Klassenkampf die unangenehme Eigenschaft, daß sein Druck sich in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bemerkbar macht als eine dauernde und stets fühlbare Tatsache, trotz aller Versuche, ihn loszubekommen oder ihn als bloße Theorie zu bezeichnen. So ist — trotz aller Ermahnungen an die Arbeiter, von Streiks abzusehen und der parlamentarischen Aktion der Labour Party zu vertrauen — kaum ein großer Streik beendet, so leuchtet schon ein anderer am Horizont auf. Das Ziel der Führer der Arbeiterpartei und der Minister ist, bei allen solchen Gelegenheiten zu einem Abschluß zu kommen auf Grund der guten, hergebrachten Grundsätze, vor allem die Ausdehnung des Streiks zu verhüten, und die Wirkung, wenn nicht die Absicht einer solchen Aktion ist es, den Unternehmern die Möglichkeit zu geben, eine Schichte der Arbeiter gegen die andere auszuspielen, die eine zu ermutigen, die Aktion der anderen zu sabotieren, in der Hoffnung, einen kleinen Vorteil für die eigene Profession zu gewinnen. Vor allem keine Regierung hilft jemals den Unternehmern — o nein, nie — sie handelt nur in öffentlichem Interesse, um die Nahrungszufuhr und anderes aufrechtzuerhalten. Auf diese Art werden alle Streiks sabotiert — ganz gesetzmäßig und in aller Ordnung.

Die letzten Wahlen zeigen allen ein sehr willkommenes Anwachsen des Klassenbewußtseins speziell der organisierten Arbeiter. Aber gleichzeitig erhebt sich die Frage: Was wird die Wirkung auf diese Leute sein, wenn die Labour Party in ihrer Aufgabe versagen wird? Werden sie nicht einfach in die Gleichgültigkeit zurückfallen, aus der sie mit soviel Mühe herausgerissen wurden?

Ist es jedoch wahrscheinlich, daß die Labour Party wenigstens in den engen Grenzen, die ihr gegeben sind, irgendetwas in

der Verwaltung, wenn schon nicht in der Gesetzgebung ausrichten wird? Eine Sache steht zu ihren Gunsten — Kein Partei ist gegenwärtig tatsächlich entschlossen, ihr den Platz abzunehmen. Die Konservativen sind sich uneinig wegen der Schutzzollpolitik, und die Zeit ist kaum reif für eine Konservativ-Liberale Koalition und für eine gegenseitige Vereinbarung dieser beiden Parteien, sich gegenüber der Arbeiterpartei zu unterstützen. Beide Parteien haben das unbequeme Gefühl, daß, wenn ihnen eine solche Koalition auch momentane Vorteile gibt, sie doch eine Klärung in bezug auf den Klassenkampf zwischen Besitzenden und Besitzlosen bringen würde, den aber die besitzenden Klassen immer und ewig verbergen und verhüllen wollen.

Eben jetzt ist die Existenz der Arbeiterregierung durch die Liberalen bedroht, die ihre Politik in der Armenverwaltung angriffen — aber diese Frage würde oder könnte den Liberalen oder irgendeiner bürgerlichen Partei kaum gelegen sein zu einem Angriff auf die Arbeiterpartei bei den Wahlen, zum mindesten würden sie dadurch der Arbeiterpartei einen besseren Wahlschlager geben, als sie je einen bisher hatte.

In der indischen und ägyptischen Frage wird wahrscheinlich ein Kompromiß zustande kommen, zweifellos wieder auf Kosten der Arbeiter dieser Länder. Sowohl die ägyptischen als auch die indischen Nationalisten scheuen, ein Kompromiß anzustreben — in Ägypten erreichten sie bereits eines durch die Anerkennung ihrer Regierung, und es ist nur zu wahrscheinlich, daß die Swaray-Partei in Indien zu einem gewissen Übereinkommen mit der Regierung gelangen wird.

Man spricht jetzt viel über die Haltung der Labour Party zu den Beschlüssen der Imperial-Conference (Reichskonferenz); aber sie haben den gordischen Knoten zerhauen, indem sie die Entscheidung dem Unterhause überließen, wo die Liberalen und die Labour Party die Mehrheit haben. In der Frage des Handelsverkehrs mit den Kolonien werden sie sich kaum durch die Andeutung schrecken lassen, daß eine Abstimmung gegen die Beschlüsse der Konferenz eine Beleidigung der Kolonien wäre. Die Labour Party von Australien würde als erste einen solchen Unsinn zurückweisen.

Kurz gesagt, die Arbeiterpartei wird wahrscheinlich warten, bis die bürgerlichen Parteien ihre Differenzen ausgeglichen haben, was sicherlich sehr bald geschehen würde, wenn die Arbeiterpartei irgendetwas unternähme, was ihnen ernstlich unangenehm ist oder ihre Interessen gefährden würde. Das Hauptinteresse der Arbeiterbewegung würde erfordern, daß die Führer den Angriff so wählen, daß damit der Klassencharakter der bürgerlichen Forderungen so klar als möglich herausgearbeitet wird. Von der Bourgeoisie zur Machtergreifung gezwungen, hat die Arbeiterpartei ein Interesse, die Macht, die ihr aufgezwungen wurde, zu benützen, um das Feld abzustecken, auf dem sie den Kampf mit der Bourgeoisie auskämpfen wird.

Die Parlamentswahlen in Italien.

Warum sich die Kommunisten an der Wahl beteiligen werden.

Von Ruggiero Grieco (Rom).

** Die Kommunistische Partei Italiens wird sich am 6. April an den Wahlen beteiligen. Während die sozialistischen Parteien gleich nach Schluß der Sitzungsperiode die Möglichkeit einer Wahlenthaltung der gesamten Opposition (einschließlich der Populari und der übrigen auf dem Boden der Verfassung stehenden Oppositionsgruppen) erörterten, gab die Kommunistische Partei schon Mitte Dezember ihre Absicht, sich an der Wahl zu beteiligen, bekannt. Das mag manchem Arbeiter und selbst Genossen unverständlich erschienen sein. Er wird sich fragen, ob die Beteiligung am Kampf möglich ist in Italien, unter einem Regime, das nicht nur die kommunistischen Organisationen, sondern auch — wenn auch mit geringerem Eifer — die auf dem Boden der Verfassung stehende Opposition dauernder Verfolgung aussetzt. Die sich am Wahlkampf beteiligenden Parteien haben eine ganze Anzahl legaler Schritte zu tun: die Kandidatenliste muß aufgestellt werden, was für uns nicht möglich ist, ohne die betreffenden Genossen Gefahren auszusetzen; für die Vorlegung der Liste muß eine vom Gesetz vorgeschriebene bestimmte Anzahl von Unterschriften gesammelt werden, was wiederum schwierig ist, sollen nicht viele Genossen der Rache der Gegner ausgeliefert werden. Und schließlich muß man die Möglichkeit haben, zu den Massen sprechen zu können. Das alles bedeutet, sich Gefahren und Unannehmlichkeiten auszusetzen, mit denen — so mag es vielen erscheinen — das Spiel zu teuer bezahlt wird. Diese Auffassung wird bestärkt durch die tägliche Chronik der legalen und illegalen Repressalien durch Entlassungen und tätliche Angriffe seitens des Faschismus. Die auf dem Boden der Verfassung stehende Opposition, die sich über ihre Stellung im bevorstehenden Kampf noch nicht klar geäußert hat, ferner die unitaristischen Sozialisten und Maximalisten, die sich vor einem Block mit den Kommunisten rechtzeitig in Sicherheit bringen werden, haben die Möglichkeit der Wahlenthaltung in Betracht gezogen, und zwar einer aktiven Wahlenthaltung, begleitet durch eine Kampagne in der Presse oder durch eine eventuelle (sehr hypothetische) Teilnahme an faschistischen Versammlungen, in denen den Rednern entgegengetreten werden soll. Diese eventuelle Wahlenthaltung soll gerechtfertigt werden durch den Mangel an Bewegungsfreiheit der Oppositionsparteien und durch die sichere Annahme, daß am 6. April die Freunde der Regierung und die Behörden einen solchen Terror ausüben werden, daß die Wahlbeteiligung der Oppositionsanhänger praktisch unmöglich sein wird.

Es gibt aber Arbeiter und Genossen, die unserem Entschluß, der Beteiligung an der Wahl, ablehnend gegenüberstehen. Wir könnten ihnen mit dem Hinweis auf die Statuten der Internationale antworten. Aber unter unseren Genossen, die überzeugt werden sollen, gibt es viele Arbeiter und Bauern, denen wir unser Verhalten erschöpfend erklären müssen. Die Partei wird in der Zeit, die uns vom 6. April trennt, in ihrer Presse, soweit sie über eine solche verfügen wird, oder mit Hilfe anderer Mittel, alle notwendigen Aufklärungen den Arbeitern zur Kenntnis bringen.

Als das Pressebüro der KPI. im Dezember die Absicht der Wahlbeteiligung bekannt gab (während gerade in der Regierungspresse ein Sturm der Entrüstung gegen die Sozialisten entfesselt worden war, die die Möglichkeit der Wahlenthaltung erörterten), übernahm die Nachrichtenagentur „Stefani" das Communiqué der Partei und verbreitete es in der gesamten Presse des In- und Auslandes. Die Tatsache brachte die Sozialisten beider Parteien gegen uns auf, die behaupteten, daß die Kommunisten der Regierung in die Hand spielen. Wir antworteten, daß man bei jeder Taktik irgend jemanden in die Hand spiele; daß die „Stefani"-Agentur uns schon einmal das Vergnügen gemacht habe, unsere Communiqués weit zu verbreiten, und zwar bei Gelegenheit der „Kommunistischen Verschwörung" im Februar 1923, als die Regierungsagentur der Presse das Manifest der Kommunistischen Internationale gegen den Faschismus zustellte, ein Manifest, das wir nicht veröffentlichen konnten und in so großer Zahl zu verbreiten nicht imstande waren. Wir erklärten, daß uns auch die neue Veröffentlichung der „Stefani" Vergnügen bereite, da wir, die wir der eigenen Presse beraubt sind, auf diese Weise der Masse unsere Beschlüsse zukommen lassen konnten. (Wir müssen zugeben, daß die „Stefani"-Agentur uns nicht immer nach unserem Wunsch bedient.) Vielleicht hat diese Episode die Zweifel jener Genossen noch bestärkt, die mit unserer Stellungnahme nicht einverstanden sind.

Warum also haben wir beschlossen, uns an der Wahl des 6. April zu beteiligen?

Niemand weiß so gut wie wir, in welcher Lage sich die oppositionellen Minderheiten in Italien befinden. Die Kommunistische Partei hat das Banner der kommunistischen Revolution aus den Stürmen der Jahre 1920—1924 gerettet, aber das ist nicht ohne Verluste, nicht ohne großen Schaden vor sich gegangen. Wer nicht blind ist, muß zugeben, daß der gegnerische Angriff sich stets gegen die kommunistische Feste konzentrierte. Daß auch andere oppositionelle Gruppen oft in der gleichen Weise wie wir behandelt wurden, kann die Tatsache nicht widerlegen, daß die Gegner es hauptsächlich darauf abgesehen haben, die Kommunistische Partei ins Herz zu treffen. Die politischen Prozesse, die im ersten Jahre der Faschistenherrschaft stattgefunden haben (oder die nach der Voruntersuchung eingestellt worden sind), sind Prozesse gegen kommunistische Parteimitglieder; die besondere Behandlung unserer Presse (das Verbot der drei Tageszeitungen und die vorübergehende Suspendierung der Wochenblätter) ist auf die Presse der anderen Parteien nicht ausgedehnt worden; die dauernde Jagd auf die kommunistischen Organisationen, die Verhaftungen unserer Parteimitglieder beweisen eine ganz bestimmte Politik der Behörden gegen unsere Bewegung. Wir wissen natürlich, daß auch die Sozialisten und die auf dem Boden der Verfassung

stehende Opposition von der Faschistischen Partei verfolgt werden, doch können diese Verfolgungen nicht verglichen werden mit denen, die die faschistische Regierung gegen die Kommunistische Partei anzuwenden pflegt.,

Unser Beschluß der Wahlbeteiligung ist also nicht entstanden aus der Unkenntnis der Lage, in der sich die Oppositionsparteien befinden. Umso weniger aus der Unkenntnis der Lage in den Fabriken und Betrieben, in den Häfen und auf dem Lande, wo wütender Terror die Arbeiter, Angestellten und Bauern zum Schweigen zwingt, um schlimmeren Verfolgungen als Entlassungen, Lohnreduzierungen, Arbeitszeitverlängerungen usw. zu entgehen.

Aber wann hat je ein bürgerlicher Staat volle Propaganda- und Stimmfreiheit gewährt? Es gibt keine Regierung, die den Wahlen gegenüberstände, denn jede Regierung setzt eine Partei, aus der sie hervorgegangen ist, und folglich Parteilichkeit voraus. Es kommt nur darauf an, die Menge an Freiheit zu messen, die eine Regierung den Bürgern läßt, damit sie einen ungefährlichen Gebrauch vom Wahlgesetz machen. Wir wissen, daß die Menge an Freiheit, die die faschistische Regierung uns gelegentlich der Wahlen verabreichen wird, der Verneinung jeder Freiheit sehr nahe kommt. Aber die Kommunisten haben sich nie Illusionen gemacht über irgend eine Freiheit der Arbeiter im kapitalistischen Staat; wenn sie dagegen protestieren, daß die Rechte des Proletariats mit Füßen getreten werden, so nur, um die philosophisch-politischen Auffassungen der Demokratie zu entlarven, die die diktatorische Hinterlist des Bürgertums gegenüber den Arbeitern und Bauern stets zu verbergen sucht.

Wenn wir uns der Wahl enthielten, so könnte das nur begründet werden durch den fast absoluten Mangel an Freiheit der Wahlpropaganda und der Abstimmung; eine solche Begründung aber setzt als selbstverständlich die Möglichkeit voraus, daß eine bürgerliche Regierung den Arbeitern jene Freiheit überhaupt gewähren kann. Wenn der Faschismus die Wahlfreiheit noch mehr einschränkt, so ist das eben nur ein Unterschied in der Quantität. Man sagt, eine kollektive Wahlenthaltung der gesamten Opposition würde die Stellung der Regierung dem Auslande gegenüber schwächen — ein Beweis hierfür sei die Entrüstung, mit der die faschistische Presse und die Direktion der Faschistischen Partei die Erörterung eines solchen Vorschlages von seiten der Sozialisten im Dezember aufgenommen haben. Wir antworten, daß die Stellung der Regierung auch ohnehin geschwächt ist. Eine Regierung, die durch den Mund ihres Oberhauptes klar aussprechen läßt, daß sie antiparlamentarisch sei, daß sie die Wahlen nur für die Zuschauer jenseits der Alpen veranstalte, und daß sie nur darum ein Plebiszit braucht; ein Haupt der Regierung, das nicht den Mut hat — immer aus Furcht vor dem Auslande — die „antinationalen" Parteien aufzulösen, aber die Schwarzhemden gegen sie auf den Plan ruft (dieser Appell hat im Zusammenhang mit den Wahlen eine ganz unzweideutige Bedeutung), eine solche Regierung steht schon der öffentlichen Meinung des Auslandes geschwächt gegenüber. Aber es ist die Pflicht der proletarischen Partei, in den Wahlversammlungen die Hinterlist zu brandmarken, deren Opfer das Proletariat ist. Werden die Wahlversammlungen der Arbeiter durch die Schwarzhemden verhindert, so muß in der Presse festgestellt werden, in welchem Zustand der Ohnmacht das Proletariat sich befindet. Ist auch die Presse verboten, so müssen andere Mittel angewandt werden, damit möglichst viele Arbeiter und Bauern— besonders in den großen Zentren — die Möglichkeit haben, sich an der Wahl zu beteiligen. Die proletarische Partei ist eine Partei des Kampfes und der revolutionären „Erziehung". Die Wahlbeteiligung der Kommunisten am Kampf des 6. April bedeutet: daß die Kommunisten die spärlichen Reste der Legalität, die ihnen der bürgerliche Staat gewährt, ausnützen, um ihre Aktion fortzusetzen. Daß die Kommunisten den „Liquidatorengeist" der Reformisten bekämpfen, und daß sie wollen, daß die Partei sich den Massen gegenüber lebendig und aktiv zeige, wie auch der Ausgang des Kampfes sein möge; daß die Kommunisten ihr Möglichstes tun, um an den Tatsachen zu zeigen, daß die Befreiung der Arbeiter und Bauern nicht herbeigeführt werden kann durch die Eroberung der parlamentarischen Institutionen (wir haben das Experiment des Jahres 1919) oder durch den vollen Besitz der Wahlfreiheit, sondern daß die Befreiung und der Sieg des Proletariats die Frucht der außerparlamentarischen revolutionären Vorbereitung der Arbeitermassen ist. Nie stand das Problem in Italien so in aller Nacktheit da wie in diesem Moment. Selbst die auf dem Boden der Verfassung stehende Opposition muß sich davon überzeugen, daß es nicht möglich ist, auf dem Wege der Eroberung der Mehrheit im Parlament die Regierung zu stürzen, sondern daß hierzu die Bewaffnung einer Miliz erforderlich sei, die der faschistischen Miliz entgegengestellt werden könnte. Von jeder Tribüne aus, die uns in dieser kritischen Stunde zur Verfügung steht, haben wir die Pflicht, das alles den Massen zu sagen. Und wir wären töricht, nützten wir die Gelegenheit nicht aus, die der Staat uns durch die Anberaumung von Neuwahlen bietet, um eine rege Aktivität unter dem Proletariat zu entfalten.

Deutschland

Die „Harmonie" der deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften.

Von Otto Schröder (Weißenfels).

** In einer Frage sind die deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften unzertrennlich: in ihrem Kampf gegen jede Opposition innerhalb „ihrer" Bewegung, die ihre Politik verurteilt und die Herrschaft der Reformisten beseitigen will. Bei diesem Kampf sind sich beide Teile behilflich, jeder weiß die Mittel des anderen dabei zu verwenden und auszunutzen.

Anders hingegen in den Fragen, wo eine innige Zusammenarbeit zwischen beiden Zweigen der Arbeiterbewegung vorhanden sein sollte. Hier suchen die reformistisch-opportunistischen Geschäftsführer und Zentralinstanzen der Konsumvereine die Gewerkschaftsbürokraten noch zu übertreffen. Dabei hat es schon immer Konflikte zwischen ihnen gegeben, angefangen von den Gewerkschaftskongressen — wie beispielsweise im Jahre 1908 zu Hamburg, wo Legien in seinem Bericht bereits über das Verhältnis der Genossenschaften zu den Gewerkschaften klagte und die Genossenschaftstage die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse nicht akzeptierten.

In den Jahren nach der Revolution haben sich diese Konflikte immer mehr verschärft. In den Genossenschaftsbetrieben ist es sogar üblich geworden, daß die Differenzen zwischen den Verwaltungen einerseits und den Arbeitern andererseits nicht selten mit einem Streik endeten. Neuerdings hat die Genossenschaftsbürokratie auf diesem Gebiet wieder Unglaubliches geleistet. Bereits Ende 1922, als das Unternehmertum den ersten Anstoß zur Beseitigung des Achtstundentages machte, haben die Genossenschaftsinstanzen sich als Schrittmacher der Reaktion bewährt, indem sie Vorspanndienste für den reaktionären Kampf des Unternehmertums leisteten. Der „Zentralverband deutscher Konsumvereine" stellte damals im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates einen Antrag auf Beseitigung des Arbeiterschutzgesetzes für Bäcker und Konditoren vom November 1918 und die Wiedereinführung der Nachtarbeit in den größeren Betrieben.

Die Unternehmeroffensive gegen den Achtstundentag ließ dann nicht lange mehr auf sich warten. Die Druckereiunternehmer führten einen heftigen Vorstoß gegen ihre Arbeiter, um sie für die Arbeitsverlängerung gefügig zu machen, und kündigten sämtliches Personal. Dabei erlebten wir wieder das jammervolle Schauspiel, daß auch hier die Genossenschaftsinstanzen sich als Pioniere der Scharfmacherinteressen betätigten. Die „Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine" in Hamburg (V. d. K.) — die seit einem Vierteljahr dem Unternehmerverband angehört — kündigte ebenfalls ihrem Personal. Das sozialdemokratische „Hamburger Echo" vom 22. Januar veröffentlicht den Bericht einer Versammlung, in der das Personal der V. d. K. zu seiner Kündigung Stellung nahm und die dort angenommene Resolution:

„Die Belegschaft der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine ist sich bewußt, daß die Genossenschaftsbewegung berufen ist, das System der kapitalistischen Privatwirtschaft durch die Allgemeinwirtschaft abzulösen. Hierin ist sich die Belegschaft einig mit der Gesamtarbeiterschaft Deutschlands, die als größter Verbraucher der Träger und durch rastlose Kleinarbeit der hauptsächlichste Förderer des Genossenschaftsgedankens ist. Im direkten Gegensatz zur gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Einstellung der Arbeiter steht das Verhalten der Geschäftsleitung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine ihren Arbeitern gegenüber. Rücksichtslos stellt sie sich auf die Seite der Unternehmer, sperrt ihre Arbeiter aus und nimmt die zu diesem Zwecke ausge-

aprochenen Kündigungen erst auf Beschluß der Unternehmerorganisation zurück. Hierin sieht die Belegschaft eine Besudelung des Genossenschaftsgedankens und eine Brüskierung der Gewerkschaften. Die Belegschaft ersucht alle Arbeiter, sie im Kampfe um gewerkschaftliche und genossenschaftliche Grundsätze zu unterstützen. Sie steht geschlossen hinter ihrem Betriebsrat und dem Ortsausschuß des ADGB."

Der „Verband der deutschen Buchdrucker" nahm im „Hamburger Echo" in einem Aufruf zu diesen Vorgängen Stellung, und das Gewerkschaftsblatt „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker und Schrieftgießer" in Leipzig ebenfalls, wobei von „Scharfmachern im Unternehmerlager", „Besudelung des Genossenschaftswesens der Arbeiterschaft", „privat-kapitalistischer Profitjägerei" usw. die Rede ist. Eine Sitzung des Hamburger Gewerkschaftskartells wandte sich gegen den „eigenartigen Zug", der in der Genossenschaftsbewegung wehe und der ein „freundnachbarliches Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften gestört habe".

Ende 1922 gelang es der Bäckergewerkschaft, durch die sofort einsetzende Bewegung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, den Schlag der Genossenschaftsbürokratie zu verhindern. Der Antrag im Reichswirtschaftsrat wurde seinerzeit abgelehnt. Aber seitdem hat das Treiben der Genossenschaftsbürokratie nicht aufgehört und der Kampf ist heute in ein akutes Stadium getreten. In fast jeder Nummer des Zentralorgans des Zentralverbandes wird für die Aufhebung des Nachtbackverbots rege Propaganda gemacht und durch allerhand Schliche und Tricks der Beweis zu führen versucht, daß dadurch das Brot „verbilligt" werden könne. Auch diese Offensive der Genossenschaftsbürokratie hat ihren „Erfolg" gehabt. Der bayerische Generalstaatskommissär Dr. von Kahr hatte im November 1923 eine Verordnung erlassen, in der dem Treiben der Genossenschaftsinstanzen Rechnung getragen und die Nachtarbeit eingeführt wurde. Über dieses reaktionäre Vorgehen war die Genossenschaftsbürokratie äußerst erfreut, und mit so größerer Energie wird der Kampf zur Wiedereinführung der Nachtarbeit im gesamten Reichsgebiet weitergeführt. Darüber ist denn selbst der „Vorwärts" in Aufregung geraten und hofft, daß „sich die Konsumvereine von dieser anrüchigen Gesellschaft fernhalten". Die „Leipziger Volkszeitung" schreibt dazu, daß die „Zentralinstanzen der Konsumvereine in Hamburg sich bereits in dieser anrüchigen Gesellschaft befinden". Sie hat recht!

Aber der ehemalige bayrische Generalstaatskommissar hat seine Verordnung Anfang Februar zurücknehmen müssen, da die Beseitigung des Nachtbackverbotes nur auf dem Wege einer Reichsverordnung und durch das Reich geschehen kann. Damit ist der Kampf um die Beseitigung der Nachtarbeit natürlich nicht erledigt. Von der Genossenschaftsbürokratie wird nach wie vor versucht, auf der ganzen Linie den Kampf siegreich zu Ende zu führen. Bei der heutigen Offensive des Unternehmertums dürfte ihnen das auch nicht allzuschwer sein. Von der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft muß deshalb und mit aller Entschiedenheit gegen diese Praxis Stellung genommen werden. Die gesamte organisierte Arbeiterschaft muß den Bäckern Hilfe in ihrem Kampf gegen die Beseitigung der Nachtarbeit bringen.

Natürlich fehlt auch auf seiten der Gewerkschaften der nötige Konfliktstoff nicht. Es sei hier nur an die Warenvermittlung der Gewerkschaften erinnert, die die Arbeit der Organe der Gewerkschaftsbewegung durch Auferlegung von Genossenschaftsaufgaben erschweren und so die Gewerkschaften in ihren direkten Aufgaben als Kampforganisationen der Massen hemmen.

Mit dieser Praxis der Reformisten haben sowohl die oppositionellen Gewerkschafter wie auch die oppositionellen Genossenschafter natürlich nicht das geringste gemein. Sie beide führen innerhalb ihrer Bewegung einen Kampf gegen die „Unabhängigkeit" und „Neutralität", und darüber hinaus bahnen sich überall da, wo die Opposition die Gewerkschaften und Konsumvereine in den Händen hat, freundschaftliche Beziehungen an. Dies kommt besonders in den neuerlichen Streikunterstützungen einer Reihe Konsumvereine bei den Kämpfen der Gewerkschaften zum Ausdruck, wie bei dem mitteldeutschen Metallarbeiterstreik und dem Kampf der Arbeiter im Ruhrgebiet. Darüber hinaus handelt es sich nicht nur darum, daß die Opposition eine innige Verbindung durch gegenseitige Propaganda innerhalb ihrer Organisation schafft, sondern daß durch aktive Anteilnahme beider Organisationen das Prinzip einer einheitlichen Arbeiterbewegung, des engsten Zusammenschlusses und der Unterstützung aller Elemente im Klassenkampf der Arbeiterschaft gegen das Kapital geschaffen wird.

Union der Sowjetrepubliken

Das Orientierungsbudget der Sowjetunion für das Jahr 1923/24.

Von L. F. Boross.

** Das Orientierungsbudget der Sowjetunion für das laufende Wirtschaftsjahr konnte nicht — wie es geplant war — dem vor einigen Tagen beendeten II. Rätekongreß der Union in endgültiger Form unterbreitet werden. Die Notwendigkeit der Lösung komplizierter Fragen — darunter nicht zuletzt der Frage des Verhältnisses der Budgets der einzelnen Republiken zum Gesamtbudget der Union — führte zu einer gewissen Verzögerung der Arbeiten, mit deren Ergebnis sich eine vom Rätekongreß eingesetzte Kommission zu beschäftigen haben wird. Der Hauptrahmen des Budgets ist jedoch bereits festgesetzt worden, und die veröffentlichten Zahlen werden nicht nur von der kommunistischen, sondern auch von der gegnerischen Presse als wichtige Symptome finanzieller Gesundung der Sowjetrepubliken beurteilt*).

Schon äußerlich stellt das neue Budget einen Fortschritt gegenüber dem vorhergehenden dar. Während nämlich die einzelnen Posten des vorjährigen Budgets in der komplizierten Warenrubelrechnung eingestellt waren, wird das neue Budget bereits auf Grund fester Valuta — in Tscherwonez-Rechnung — zusammengestellt. Die Gesamtsumme beträgt 1709 Millionen Goldrubel, gegenüber 1346 Millionen im vorigen Jahre, das heißt rund 25% mehr als im vorigen Jahre.

Ein grundsätzlicher Fortschritt ist gegenüber dem vorigen Jahre in zweierlei Hinsicht feststellbar: in finanzpolitischer und klassenpolitischer Hinsicht.

In **finanzpolitischer** Hinsicht ist sowohl die absolute wie auch die prozentuelle Erhöhung der **normalen** Staatseinkünfte hervorzuheben. Die Steuereinkünfte erhöhen sich von 378 auf 498, die Einkünfte der produktiven Staatsunternehmungen von 48 auf 141, die des Transports von 376 auf 598 und die der Post- und Telegraphenverwaltung von 25 auf 39 Millionen Goldrubel. Die Inanspruchnahme außerordentlicher Quellen zur Deckung des Defizits ist dagegen sowohl in ihrer Gesamtsumme geringer wie auch in ihrer Zusammensetzung günstiger als im vorigen Jahre. Die Kreditoperationen sind ungefähr mit der doppelten Summe als im Jahre 1922/23, das heißt mit 253 statt 129 Millionen eingestellt; dagegen beträgt die durch Notenemission zu deckende Summe nur 180 Millionen, das heißt 10% des Gesamtbudgets, während sich der Emissionsposten des vorjährigen Budgets auf etwa 30% der Budgetsumme belief.

In **klassenpolitischer** Hinsicht besteht der Fortschritt des diesjährigen Budgets gegenüber dem vorjährigen hauptsächlich in der Zusammensetzung der Steuereinkünfte. Obwohl die Sowjetregierung auf jede Art bestrebt ist, im Interesse der Gesundung der Finanzen ein womöglich defizitloses Budget zu erzielen, ließ sie dennoch die erste Gelegenheit der finanziellen Besserung nicht unausgenützt, um die Lasten der proletarischen und kleinbäuerlichen Schichten und überhaupt die der armen Volksschichten zu erleichtern: Die Verbrauchssteuern auf Massengebrauchsartikel, vor allem auf Salz, Zucker und Petroleum, wurden in diesem Jahre trotz der noch immer bestehenden finanziellen Schwierigkeiten bedeutend herabgesetzt.

Auch der fortschreitende Gesundungsprozeß der Industrie und des Transports kommt im Budget zum Ausdruck. Die Industrie erscheint im Budget zum ersten Male seit der Revolution als Aktivposten (mit etwa 25 Millionen Goldrubel). Die Finanzierung der Industrie konnte bedeutend eingeschränkt werden. Die staatliche Unterstützung der Kohlenproduktion wurde mit 16 statt 32, die der Metallindustrie mit 25 statt 39,5 Millionen Goldrubel, das Defizit des Transports mit etwa 30 bis 40 statt 140 Millionen eingestellt. Die Naphthaproduktion, die im vorigen Jahre eine Subvention von 25 Millionen Goldrubel erhielt, wird im laufenden Jahre ihre Ausgaben bereits aus eigenen Mitteln decken können. Ein wichtiger Fortschritt ist in der Forstwirtschaft erreicht worden, deren Einkünfte statt mit 15 mit 45 Millionen Goldrubel beziffert sind, womit bereits die Hälfte der Friedensrentabilität erreicht worden ist.

---

*) Nur der Berliner „Vorwärts" erlaubt sich, wie gewöhnlich, durch entstellte Wiedergabe der offiziellen Angaben die erzielten Resultate mit feindseliger Geringschätzung zu behandeln.

Nachstehend ein zusammenfassender Überblick über die Hauptposten des Orientierungsbudgets. (Die eingeklammerten Ziffern stellen die entsprechenden Posten des vorjährigen Budgets dar.)

Einnahmen.

	Millionen Goldrubel
Steuern	498 (373)
Staatsunternehmungen (außer Post und Verkehr)	141 (48)
Verkehr	593 (370)
Post und Telegraph	39 (25)
Kreditoperationen	253 (129)
Emission	180 (390)
	1709 (1346)

Ausgaben.

	Millionen Goldrubel	In Prozenten zum Gesamtbudget
Verkehr, Post und Telegraph	670 (542)	39 (38,49)
Armee	313 (226)	18.3 (16,05)*)
Volkskommissariate	420 (371)	24,5 (26,35)
Industrie	69 (116)	4,0 (8,24)
Landwirtschaft	47 (66)	2,7 (4,69)
Elektrifizierung	39 (24)	2,3 (1,70)
Genossenschaften	20 (9)	1,1 (0,64)
Operationen der Staatskasse (Tilgung von Anleihen usw.)	130 (54)	7,9 (3,84)**)

Es besteht die Hoffnung, daß das nächste Budget (1924/25) schon im Zeichen der vollkommenen Gesundung der Staatsfinanzen wird zusammengestellt werden können. Zwei wichtige Fortschritte werden gegenüber dem diesjährigen Budget erwartet. Die finanziellen Funktionäre der Sowjetunion gaben der festen Hoffnung Ausdruck, daß erstens der Posten der Emission im Budget des nächsten Jahres bereits vollkommen fehlen wird, zweitens, daß infolge der im laufenden Jahre zum Abschlusse gelangenden Finanzreform (Stabilisierung der Valuta, vollkommene Ausschaltung der Notenpresse und der sich entwertenden Sowjetnoten usw.) das nächste Budget bereits kein Orientierungsbudget, sondern ein festes Operationsbudget sein wird.

Wirtschaft

Die Krankheit des französischen Franken.

Die Heilmittel des Doktor Poincaré.

Von Jacques Sadoul.

** Ende Dezember 1923 versteifte sich Poincaré mit zynischem Mut darauf, den außerordentlichen Ernst der finanziellen Situation Frankreichs zu leugnen. Den Alarmrufen, die von „Defaitisten" ausgestoßen wurden, setzte er einen unerschütterlichen Optimismus entgegen. Kaum zwei Wochen vergehen, da stürzt der französische Franken, und zwingt ihn, mit seinem Bluff ein Ende zu machen. Welche Demütigung, welcher Verlust an Reputation für Poincaré! Verstört und kläglich muß die französische Regierung von der Gefahr Kenntnis nehmen. Poincaré zuerst, nach ihm Barthou, der Präsident der Reparationskommission, müssen erkennen, daß der katastrophale Sturz des Franken die Regierung in den Abgrund mitzureißen droht, daß eine entscheidende Schlacht, gewissermaßen ein „finanzielles Verdun" im Gange ist und daß der Verlust dieser Schlacht eine schwere Niederlage für die französische Bourgeoisie bedeuten würde.

Am 14. Januar springt der Dollar von 20 auf 23 Franken. Die Regierung erklärt augenblicklich: „Das Vaterland ist in Gefahr!"

Am 16. Januar wird der Zinsfuß von 5½ auf 6% erhöht. Ein lächerlich ungenügendes Palliativmittel.

Poincaré will der Gefahr einen Riegel vorschieben und deponiert auf dem Tisch des Parlaments gewaltige Projekte, wonach durch fiskalische Rezepte jene ständigen Ausgaben gedeckt werden sollen, die bisher unter dem Titel „wiedereinbringliche Ausgaben" zu Lasten Deutschlands figurierten — der Boche wird zahlen — und durch Anleihen aufgebracht worden waren.

Wir werden zunächst die finanzielle Tragweite dieser Heilmittel sowie ihre Folgen analysieren und dann ihre politischen Rückwirkungen prüfen.

Die Projekte Poincarés erheben den Anspruch, das Gleichgewicht des Budgets der „wiedereinbringlichen Ausgaben" herzustellen, das für das Jahr 1924 ungefähr 8 Milliarden betragen soll; das soll dadurch geschehen, daß neue fiskalische Einnahmequellen in der Höhe von 7 Milliarden erschlossen und Ersparnisse in der Höhe von 1 Milliarde gemacht werden sollen.

Die wesentlichen Mittel, die die Regierung in Aussicht genommen hat, sind:

1. Die Realisierung von Ersparnissen im Betrage von 1 Milliarde im Rahmen der verschiedenen Titel des gewöhnlichen Budgets, besonders der staatlichen Monopole.

2. Unterdrückung und Bestrafung der fiskalischen Betrügereien durch verschärfte Kontrolle der äußeren Kennzeichen des Reichtums sowie insbesondere durch Kontrolle der Coupons von Wertpapieren usw. Auf diese Weise soll eine weitere Milliarde herauskommen.

3. Erhöhung der gesamten direkten und indirekten Abgaben und Steuern um 20%. Diese Erhöhung soll 3 Milliarden an ergänzenden Einnahmen einbringen.

4. Eintreibung von rückständigen Steuern, deren Erträgnis im Jahre 1924 auf 4 Milliarden geschätzt ist.

Man kann annehmen, daß, soferne die Projekte der Regierung, die von der Kammer mit einigen Abänderungen angenommen werden, verwirklicht werden können, die Lage des Budgets ungefähr ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Der Regierungsvorschlag sieht vor, daß ab 1924, infolge der getroffenen Maßnahmen, die jährlichen Einnahmen des Staates von 22 Milliarden — auf Grund der annähernden Einschätzung des Erträgnisses der Steuern, Monopole usw. für 1923 — ungefähr auf 30 Milliarden steigen werden.

Die kompetenten Kreise allerdings nehmen im allgemeinen an, daß die Erwartungen der Regierung viel zu hoch gespannt sind, daß weder die Steigerung der Steuern 3 Milliarden noch die Hintanhaltung des Steuerbetruges und die Eintreibung der rückständigen Steuern zusammengenommen 3 Milliarden ergeben werden.

Was die Verminderung der Ausgaben betrifft, so kann sie keineswegs sehr beträchtliche Ersparnisse erlauben, weil die sich aus dem periodischen Zinsendienst für die öffentliche Schuld und für die Anleihen der „nationalen Verteidigung" notwendig ergebenden Ausgaben, die ja während des bürgerlichen Regimes so gut wie gar nicht eingeschränkt werden können, mehr als fünf Sechstel der gesamten Ausgaben des normalen Budgets umfassen.

Man kann also, wenn man sich an die günstige Einschätzung der budgetären Ergebnisse aus den Maßnahmen Poincarés hält, mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß die fiskalischen Einnahmen Frankreichs nicht unmittelbar, aber progressiv im Verlaufe von zwei oder drei Jahren — die Stabilisierung des Franken natürlich vorausgesetzt — um 7 bis 8 Milliarden steigen werden.

Diese 7 bis 8 verfügbaren Milliarden, die einkommen können, soferne man die reichen Möglichkeiten der Steuerquellen Frankreichs und die Willfährigkeit des steuerpflichtigen französischen Staatsbürgers, sich scheren zu lassen, zugrunde legt, würden es offenbar erlauben, die wiedereinbringlichen Ausgaben, die zu Lasten Deutschlands gemacht werden, dem normalen Budget einzufügen. Es handelt sich bei diesen Ausgaben um die Kriegspensionen und um die Zinsen für die zwecks Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete aufgenommenen, beziehungsweise noch aufzunehmenden Anleihen.

Die französische Bourgeoisie kann hoffen, daß die rasche Anwendung dieser Mittel zunächst eine **Verlangsamung** des Frankenrückganges und schließlich eine dauernde Stabilisierung des Franken bewirken wird. Sie scheint nicht ernstlich daran zu denken, eine rasche und empfindliche Aufwärtsbewegung des Franken hervorzurufen. Eine solche Hausse des Franken wäre nicht nur sehr schwer ins Werk zu setzen, sie würde auch weitgehende Unannehmlichkeiten im Gefolge haben.

Denn einerseits ist es unmöglich, eine dauernde Aufwärtsbewegung des Franken zu schaffen, solange die Ausgaben für die Ruhrbesetzung fortgesetzt werden, solange Deutschland die Reparationszahlungen nicht aufgenommen hat und solange der eng-

*) Die Erhöhung der Ausgaben für die Armee beruht hauptsächlich auf Gehaltserhöhungen.

**) „Ekonomitscheskaja Shisn" vom 30. Januar 1924.

lisch-französische Konflikt in seiner akuten Schärfe weiterbestehen bleibt.

Andererseits wäre es für die Geschäfte der Kapitalisten gefährlich, wenn eine solche Haussebewegung des Franken zur Wirklichkeit werden würde; es würde damit auch das ökonomische Gleichgewicht des Landes schwer gestört werden. Vor allem aber würde eine plötzliche Hausse für die französischen Exporteure geradezu ruinös wirken, die, so wie vor nicht langer Zeit die deutschen Exporteure bei der Mark, auf den Rückgang des Franken geradezu hinarbeiten, wie das vor kurzem einer der größten Exporteure Frankreichs, Herr Theodor Laurent, der Vizepräsident des „Comité des Forges" (Hüttenkomitee) öffentlich enthüllt hat.

Alles, was die Poincaré-Regierung, die mit diesen Geschäftskreisen immer mehr und mehr verknüpft ist, tun kann und zweifellos auch tun will, ist, die Stabilisierung des Franken zu einem etwas günstigeren Kurs, als es der gegenwärtige ist, herbeizuführen, also den Dollar ein wenig unter 20 Franken hinunterzudrücken. Dieses beträchtliche Ergebnis ist übrigens wegen der Haussewelle der Preise, die notwendigerweise im Gefolge jeder Frankenbaisse kommt, ziemlich schwer herbeizuführen.

Tatsächlich bewirkt der Rückgang des Franken geradezu automatisch eine Steigerung der Preise auf dem inneren Markt. Diese Preissteigerung wiederum trägt das ihrige zur Verschlechterung des französischen Geldes bei. Die Verschlechterung des Geldes bringt mit Notwendigkeit die Erhöhung der Löhne und Gehälter mit sich, und die Erhöhung der Gehälter wird leicht wieder eine Ursache der Inflation. Die Inflation bewirkt ihrerseits einen neuerlichen Rückgang des Franken.

Soll der Franken diesem verhängnisvollen und fast unvermeidlichen Kreislauf mit seinen furchtbaren Rückwirkungen entkommen, muß er schnellstens stabilisiert werden. Kann diese schnelle Stabilisierung erreicht werden?

Die „Frankfurter Zeitung" hat vor kurzem richtig erklärt: „Das Problem der Währung ist vor allem ein Problem der Staatsfinanzen."

Die von Poincaré vorgeschlagenen Mittel sind vom bürgerlichen Gesichtspunkt wohl gewählt. Sie sind genügend energisch, um wirksam zu sein. Ihre Anwendung kann die französischen Staatsfinanzen sanieren. Aber diese Sanierung kann nicht von einem Tag zum andern durchgeführt werden.

Es genügt in der Tat nicht, daß die neuen Steuern durch das Parlament bewilligt werden. Es ist auch notwendig, daß die Erfahrung den internationalen Frankenbesitzern beweise, daß die neuen Steuerlasten vom steuerpflichtigen Subjekt angenommen werden, und daß es imstande ist, diese Steuern zu leisten. Es muß ersichtlich werden, daß die ergänzenden Einnahmen auch tatsächlich in die Staatskassen einfließen. So können Monate vergehen, bevor der Beweis erbracht ist, daß das französische Budget ins Gleichgewicht kommt.

Solange dieser Beweis nicht erbracht ist, wird die Vertrauenskrise weiterdauern. Bevor das Ergebnis der nahenden Wahlen nicht gezeigt haben wird, daß die Regierung, die infolge dieser Wahlen ans Ruder kommt, entschlossen ist, die Reformen Poincarés oder gleichwertige finanzielle Reformen durchzuführen, solange diese neue Regierung nicht anderweitig ihren Willen kundgetan haben wird, die „Rechte Frankreichs" durch friedlichere und weniger ruinöse Methoden zu verteidigen, als es die Methoden Poincarés sind, solange werden die Besitzer von französischen Franken eher genötigt sein, sie zu verkaufen, als sie in ihrem Besitz zu belassen.

Es ist vorauszusehen, daß die Genehmigung der gegenwärtigen Regierungsvorschläge durch das Parlament genügen wird, die Krise zu besänftigen und die Panik einzudämmen. Aber die Krankheit des Franken wird bis zum nächsten Mai fortdauern; sie wird sich steigern und abschwächen, entsprechend den Parlaments- und Wahlkundgebungen über das Finanzprogramm der Regierung und entsprechend den verschiedenen außenpolitischen Vorgängen, insbesondere entsprechend der Haltung des Kabinetts Macdonald gegenüber Frankreich.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß mit Rücksicht darauf, daß die zur Herbeiführung des budgetären Gleichgewichtes von der französischen Regierung vorgelegten Projekte von der Mehrheit der Kammer angenommen werden und also zur Anwendung gelangen, dem weiteren Rückgang des Franken ein Riegel vorgeschoben sein wird. Eine fühlbare Aufwärtsbewegung des Franken wird nicht unmittelbar folgen.

Die Gesundheit des Franken, die durch eine Radikalkur provisorisch wiederhergestellt werden soll, wird sehr gebrechlich bleiben. Sie wird von neuem, und zwar noch schwerer erschüttert werden, wenn sich nicht in kürzester Zeit die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland sowie zwischen Frankreich und England bessern werden.

Die Krankheit des Franken hat dem Kabinett Poincaré bereits einen solchen Hieb versetzt, daß es sich schwer davon erholen wird. Innerhalb der Gruppierungen der Bourgeoisie vollziehen sich sehr bedeutsame Veränderungen.

Arbeiterbewegung

Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung in Rumänien.

Von U. Timescu.

** In dem ersten Band des „Kapitals" bespricht Marx auch die Wirtschaftverfassung des damaligen Rumäniens, und seine Bemerkungen sind heute noch mehr aktuell, als zur Zeit ihrer Entstehung. Unter dem Titel: „Heißhunger nach Mehrarbeit — Fabrikant und Bojar" schildert er die Zustände des Überganges von Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft, wobei „den barbarischen Greueln der Leibeigenschaft auch der zivilisierte Greuel der Überarbeit aufgepropft wird". Was aber vor 60 Jahren nur noch geistreiche Vorahnung war: die Interessen und Gesinnungsgemeinschaft von Fabrikanten und Bojaren ist nun handgreifliche Wirklichkeit, blutiger Ernst für das rumänische Proletariat. Die Arbeiterschaft findet sich hier einer Einheitsfront von feudalen und kapitalistischen Ausbeutern gegenüber, bei der die Zielsetzungen vom Wucherkapital, die taktischen Methoden vom feudalistischen Bojarenbarbarismus diktiert sind. Rumänien hat das Arsenal des weißen Terrors mit ganz neuen „modernen Greueln" bereichert, man liefert hier die eigenen Staatsbürger, die in der Arbeiterbewegung teilnehmen, nachdem sie auf dem heimatlichen Boden halbtot gemartert sind, einfach an Horthy-Ungarn aus. In der letzten Zeit sind schon solche nur rumänisch sprechenden Proletarier aus dem alten Königreich an die ungarische Grenze geschoben, daß die Sache auch den Horthy-Henkern zu bunt geworden ist. Sie jagen die gepeinigten Arbeiter mit Gewehrkolben und Bajonettstichen in ihr Vaterland zurück, wo das grausame Fußballspiel mit den Opfern von neuem beginnt.

Bei solchen Verhältnissen muß noch das revolutionäre Proletariat einen hartnäckigen Kampf zum Schutze der Einheit der Gewerkschaftsbewegung mit den Sozialdemokraten ausfechten. Diese sind in der jüngsten Zeit dem um die nackte Existenz kämpfenden Proletariat in den Rücken gefallen und haben mit einer auch in der Geschichte der Reformisten ganz beispiellosen zynischen Schamlosigkeit die Zerstücklung der bisher einheitlichen Gewerkschaftsbewegung putschartig mit Polizeihilfe durchgeführt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die wegen der Einkerkerung der führenden Kommunisten die Mehrheit in dem früheren Gewerkschaftsrat inne hatten, jedoch wegen ihrer kompromißlerischen Passivität vor den Massen völlig kompromittiert sind, haben zuerst auf die Tagesordnung des vorjährigen Gewerkschaftskongresses den Anschluß an die Amsterdamer Internationale aufgenommen, um damit die Spaltung herbeizuführen. Die Rote Gewerkschaftsinternationale hat jedoch die Anhänger der revolutionären Arbeiterbewegung in einem offenen Brief aufgefordert, sich nicht provozieren zu lassen und die Einheit der Gewerkschaften unter allen Umständen, ohne Rücksicht auf das Kongreßergebnis, aufrechtzuerhalten.

Die demokratischen Gewerkschaftsbonzen haben hierauf bei der Bojarenpolizei Zuflucht genommen. Am zweiten Kongreßtag hat der Polizeipräfekt „im Auftrage des Herrn Kongreßvorsitzenden angeordnet, daß, wer gegen den Anschluß an die Amsterdamer Internationale ist, die Stadt mit dem nächsten Zug verlassen muß". Auf diese Weise haben die Spaltungssozialisten einen glänzenden Sieg über die Anhänger der Einheit errungen, sie haben sich nach Abschub der Gegenpartei als Gewerkschaftsrat konstituiert und die strengsten Repressalien gegen solche renitente Gewerkschaften angewendet, die die Spaltung nicht durchführen wollten. Der „Putschgewerkschaftsrat" wurde von der überwiegenden Mehrheit der organisierten Arbeiter mit heller Empörung zurückgewiesen, aber sein Geburtshelfer — die Polizeigewalt — ist ihm desto diensteifriger beigesprungen. Berichterstattungen über den Gewerkschafts-

kongreß wurden nur unter der Bedingung bewilligt, daß der Anschluß an Amsterdam gutgeheißen wird. Landesverbände, Ortsgruppen, die die Spaltung ablehnten, wurden von den Behörden in der brutalsten Weise verfolgt. Der Holzarbeiterverband wurde verboten, das Gewerkschaftshaus in Arad von der Polizei versiegelt und beschlagnahmt, viele lokale Gewerkschaftsvorstände als „bolschewistische Verschwörer" verhaftet und gepeinigt, und die Behörden machten Anstalten, die Lokale und Vermögen der revolutionären Gewerkschaften nach jugoslawischem Muster den Sozialdemokraten zu übergeben.

Alle diese Anstrengungen scheiterten jedoch an dem stählernen, unüberwindbaren Widerstand des revolutionären Proletariats. Bis schließlich die Regierung selbst gezwungen war, um Produktionsstörungen zu vermeiden, auf das Verbot der einheitstreuen Gewerkschaften zu verzichten. Diese führen nun einen zähen, unermüdlichen Kampf um die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit. Sie haben zuerst auch unter Verdrängung ihrer berechtigten Erbitterung die Mitarbeit mit den Spaltungssozialisten versucht. Die einheitstreuen Gewerkschaften haben den Amsterdamern die Bildung einer paritätischen Gewerkschaftskommission vorgeschlagen, die unter Annullierung der Putschbeschlüsse einen wirklichen Gewerkschaftskongreß zur endgültigen Regelung der Streitfragen einberufen soll. Zur Vermeidung persönlicher Differenzen erklärten sie sich dazu bereit, daß in dem provisorischen und in dem nachfolgenden ersten Gewerkschaftsrat keine führenden Personen der politischen Parteien teilnehmen sollten; doch wurde der Vorschlag von den Amsterdamern zurückgewiesen.

Der Kampf um die Einheit kommt deshalb in eine neue Phase. Die Massen stellen die Einheit über die Köpfe der Putschgewerkschaft wieder her. Es wurde eine einheitstreue Gewerkschaftskommission in Bukarest aufgestellt und die namhaftesten Arbeiterverbände und Ortsgruppen schließen sich ihr an. So haben bisher die Landesverbände der Holzarbeiter, Lebensmittelarbeiter, Handelsgehilfen, Schneider, ferner die Ortsgewerkschaftskartelle der meisten Industriestädte des alten Königreiches und Siebenbürgens ihren Anschluß an die Einheitskommission erklärt. Nun hat der Einheitskampf jüngst einen besonders entscheidenden Sieg davongetragen. Die Arbeiter der Bergwerke, über deren Häuptern stets der Damoklesschwert der Militarisierung hängt, enthielten sich bisher einer Meinungsäußerung. Nun haben sich aber in dem bedeutendsten Bergbaubetriebe des Landes: in den Resikawerken, die Eisen- und Metallarbeiter trotz Terror und Drohungen für die einheitliche Gewerkschaftsbewegung erklärt und die Ortsgruppe der revolutionären Einheitsbewegung konstituiert.

So wird die Lage in der rumänischen Gewerkschaftsbewegung sehr bald geklärt sein. Hinter den Putschgewerkschaftlern wird bald nur eine einzige Organisation: die organisierte Macht des Regierungsterrors stehen. Der Putschkongreß, der übrigens mit der Assistenz des Amsterdamer internatinonalen Sekretärs Sassenbach die Spaltung durchgepeitscht hat, wird nur den geschichtlichen Verdienst hinterlassen, daß er die Schuldfrage an den Spaltungsbestrebungen in ein klares Licht gebracht hat.

Aus der Internationale

Die Entwicklung der Kommunistischen Partei Griechenlands.

Von El. Stawrides (Athen).

** Der Parteitag („Nationalrat") der Kommunistischen Partei Griechenlands hat in der Zeit vom 3. bis zum 8. Februar getagt. Die Beschlüsse dieses Parteitages, insbesondere die, die die innere Lage der Partei betreffen, sind von Interesse auch für die revolutionäre Arbeiterschaft der anderen Länder, da sie für die Gegenwart und Zukunft der griechischen Partei — und dadurch mittelbar auch Griechenlands — von weittragender Bedeutung sind. Für die Kommunistische Partei Griechenlands hat der abgehaltene Parteitag die gleiche Wichtigkeit und den gleichen Wert, wie sie der Kongreß von Livorno für die italienische und der Kongreß von Tours für die französische Bruderpartei hatten.

Auf diesem Parteitag wurde der Opportunismus der Sozialdemokraten, von dem das Leben unserer Partei schwer heimgesucht worden war, scharf gekennzeichnet und endgültig verworfen, desgleichen auch das unfruchtbare und zweckwidrige „revolutionäre" Phrasentum der „Linken". Diese beiden Tendenzen wurden auf dem letzten Parteitag von fast allen Mitgliedern erbarmungslos gegeißelt, es wurde zugleich, zur großen Freude all jener, die den Kommunismus in Griechenland vorwärts treiben wollen, die Existenz eines wirklich kommunistischen Kerns in der Partei festgestellt — bisher war dieser noch nicht scharf abgegrenzt — und auf dieser Basis der Beschluß positiver Arbeit in der Partei gefaßt.

Unsere Partei, die am 17. November 1918 unter dem Namen „Sozialistische Arbeiterpartei" gegründet worden war, umfaßte ganz heterogene Elemente, deren Ideologie weit auseinanderging. Kleinbürgerliche Demokraten, sozialdemokratische Reformisten, Idealisten, Syndikalisten, Kommunisten, Anarchisten und andere Gruppen, kurzum Kraut und Rüben waren in der Partei vermischt, wobei die politischen Streber und abenteuernden Karrieremacher nicht zu vergessen sind. Obwohl die Zusammensetzung der Partei solcher Art war, hat sie sich nichtsdestoweniger auf ihrem zweiten ordentlichen Kongreß, der in der Zeit vom 18. bis 25. April 1920 tagte, der Kommunistischen Internationale angeschlossen, ohne den kommunistischen Kern herauszukristallisieren, der allein die Garantie und der Wegweiser für die kommunistische Politik der Partei ist. Dieser Beschluß der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale wurde vom Kongreß einstimmig gefaßt, und zwar gerade auf Grund des Berichtes jener, die sich nun der Kommunistischen Internationale entgegenstellen und sie bekämpfen. Allerdings hat die Majorität dieses Kongresses gewissermaßen gefühlsmäßig für den Anschluß an die KI. gestimmt, da die russische und auch die ungarische Revolution wie überhaupt der revolutionäre Wind, der nach dem Krieg fast überall blies, sie nach links getrieben hatte, obwohl ihr das volle Bewußtsein für die Bedeutung dieses Anschlusses noch fehlte. Die Berichterstatter, die auf dem Kongreß den Anschluß befürworteten, wollten damit ein allgemeines Bedürfnis befriedigen, ohne selbst an den Kommunismus zu glauben; sie fürchteten, andernfalls mit den der Partei zugehörigen Massen, die sich gefühlsmäßig zur Kommunistischen Internationale hingezogen fühlten, in Widerspruch zu geraten.

Seit dem zweiten Kongreß ist unsere Partei in eine neue Entwicklungsperiode eingetreten, in die Periode der inneren Auseinandersetzungen der Mitglieder über ihre verschiedenen Ansichten, in eine Periode fieberhafter Gärung. Diejenigen Personen, die damals an der Spitze der Partei standen — opportunistische Sozialdemokraten, wie: Dimitrates, Georghiades, Benarosa, M. Sideris, die gegenwärtig außerhalb der Partei stehen — kämpften darum, die Führung der Partei in ihrer Hand zu behalten, in der Hoffnung, eine Gelegenheit zu ergattern, um der Partei jene Richtung zu geben, die ihnen paßte, das heißt, sie von der Kommunistischen Internationale, zu der sie sich noch immer bekannte, zu entfernen. Ein wütender Kampf entbrannte zwischen ihnen und J. Petropulos, einem typischen politischen Abenteurer, in dessen Hand sich das Organ der Partei, „Rizospastis", befand, und E. Papanastassin, einem aus dem Gleichgewicht geratenen typischen Otsowisten und Großsprecher, der jetzt nicht mehr unserer Partei angehört. Außer den oben Angeführten spielte in unserer Partei eine sehr ernste Rolle der bekannte Zentrist A. Sideris, Advokat und Deputierter im Parlament, der theoretisch sehr gut beschlagen ist und der stets danach trachtete, den persönlichen Kampf dazu auszunützen, um die Partei zu seinen Anschauungen zu bekehren. Der Unterschied zwischen diesem Mann und den andern Opportunisten bestand darin, daß die letzteren stets bestrebt waren, ihre opportunistischen Ansichten mit scheinrevolutionären Vorwänden und Phrasen zu verhüllen, während jener offen die zentristischen Anschauungen verteidigte und stets betonte, daß die Partei mit ihrem Anschluß an die Kommunistische Internationale, deren Grundsätze sich in Griechenland nicht verwirklichen ließen, einen großen Fehler begangen habe.

Unsere Partei hat in dieser Periode der gegenseitigen persönlichen Kämpfe und des Wirrwarrs der Begriffe ihre kritischste Entwicklungsphase durchgemacht. Die inneren Zwistigkeiten haben ihr weder gestattet, ihre Organisation ordentlich aufzubauen, noch ihre Mitglieder politisch richtig zu bilden, so daß sich infolgedessen auch keine ernsthafte Aktion durchführen ließ. Vielleicht befände sich unsere Partei noch jetzt in diesen Wirren, wenn nicht bestimmte politische und ökonomische Ereignisse eingetreten wären, insbesondere die Expedition nach Kleinasien und die darauf folgende Katastrophe, die den Mitgliedern die Augen sowohl über den Opportunismus

der einen wie auch über die Großsprecherei der andern ganz geöffnet und einer Schar kommunistisch bewußter und durchgebildeter Vorkämpfer die Gelegenheit gegeben haben, jene Leute vor den proletarischen Massen zu demaskieren.

Als sich diese bewußten Kommunisten an der kleinasiatischen Front befanden, wurde von den sozialdemokratischen Führern am 19. Februar 1922 eine Konferenz einberufen, auf der sie programmatische Richtlinien für die Partei beschließen ließen, die dem Geist der Kommunistischen Internationale vollkommen entgegengesetzt waren, wie zum Beispiel:

„Die Partei macht eine Periode der Organisation und der Propaganda durch", wobei nichts über eine notwendige Aktion gesagt wurde, obwohl sich damals das griechische Volk in Kleinasien abschlachten lassen mußte.

„Die Partei bedarf einer langen legalen Existenz", wobei sie jede illegale Aktion ablehnten.

„Die Partei ist mit der Kommunistischen Internationale ideologisch verbunden" — aber nicht organisatorisch.

„Die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale müssen als Dokumente von historischer Bedeutung angesehen werden" — aber was ihre Durchführung betrifft, sind sie nicht obligatorisch.

„Der Weltkapitalismus hat seine Krise überwunden."

Das waren so ihre Lieder. Sie propagierten sie in den Massen. Sie kopierten so die Kautsky, Hilferding und die andern Sozialverräter der II. Internationale. Sie haben im Zentralkomitee der Partei während des griechisch-türkischen Krieges jede illegale Aktion abgelehnt, sie haben erklärt, daß die Partei für die Aufrechterhaltung des damaligen Regimes und für Thrazien, das einen unabtrennbaren Teil des griechischen Territoriums bilde, eintrete; sie haben die Beziehungen zur Kommunistischen Internationale abgebrochen, indem sie keine Delegierten zum IV. Weltkongreß entsandten; sie haben verschiedene Kompromisse mit der sogenannten „revolutionären" Regierung des Obersten Plastiras abgeschlossen; sie haben die Arbeiter an bürgerlichen Kundgebungen teilnehmen lassen.

Gegen diese unkommunistischen Elemente wurde zunächst auf dem außerordentlichen Kongreß im Oktober 1922 ein Kampf bis aufs Messer geführt. Sie verloren zwar die Macht in der Partei, aber sie waren noch nicht endgültig geschlagen, abgesehen von Petropulos, der aus der Partei ausgeschlossen und außerhalb der ganzen Bewegung gestellt wurde. Die ehemaligen Führer, die vom Kongreß fast einstimmig gestürzt worden waren, schickten sich nun an, den Verordnungen des Zentralkomitees Schwierigkeiten zu machen und die Aktion der Partei überhaupt zu sabotieren. Darauf ging das Zentralkomitee der Partei gegen sie vor und schloß die meisten von ihnen aus. Aber eine Anzahl von ihnen genoß noch immer, im Bewußtsein zahlreicher, nicht durchgebildeter Parteimitglieder, eine ziemlich große Achtung, so daß man nicht behaupten konnte, daß unsere Partei der Gefahr des Opportunismus schon entronnen war.

Eine zweite Schlacht wurde auf dem außerordentlichen Kongreß vom September 1923 gegen sie geliefert, wo sie wiederum — aber nicht alle — geschlagen wurden. Es blieben noch genug opportunistische und großsprecherische Elemente in der Partei, wie vor allem **Benarosa** und **Papanastassin**, die erst vor einem Monat, gleichfalls vom Zentralkomitee der Partei, aus dieser ausgeschlossen wurden, die nun solcherart von allen gefährlichen Elementen gereinigt auf ihrem historischen Weg mit voller Kraft vorwärts schreiten wird.

Alle diese Opportunisten, die aus der Partei ausgeschlossen worden sind, haben bereits eine sozialdemokratische Gruppe gebildet, bekämpfen mittels ihrer zweimal monatlich erscheinenden Zeitschrift „Nea Epokhis" unsere Partei, und versuchen so, ihr Gift den Arbeitermassen einzuflößen. Aber da sie jetzt offen gegen uns auftreten, fürchtet sie keiner.

Darum hat der letzte Parteitag eine kolossale Bedeutung für unsere Bewegung in Griechenland, da jene Elemente durch ihn für die Partei endgültig abgetan und sie offiziell als Feinde der Partei und der Arbeiterklasse erklärt wurden. Dies war auch für jene klar geworden, die bis dahin daran gezweifelt hatten. Alle unsere Genossen, die am Kampfe gegen jene liquidatorischen Elemente der Partei teilgenommen haben, haben das volle Recht, mit dem Ausgang dieses Kampfes zufrieden zu sein.

Aus dem Lager der Gegner.

Aus der Hexenküche der Zweiten Internationale.

Von Alois Neurath (Prag).

** Eine bunte Gesellschaft politischer Schiffbrüchiger, Renegaten, nationaler Schwärmer, Chauvinisten, Kriegshetzer und politischer Gaukler hat sich vor einigen Tagen in Luxemburg versammelt, um als „Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale" zur weltpolitischen Situation Stellung zu nehmen. Neben dem Kommunistenfresser Crispien sitzt der Versöhnungsapostel Adolf Braun, ferner der junge Mann der belgischen Bourgeoisie, Herr Vandervelde, sitzen die russischen Renegaten und Wegbereiter der Konterrevolution, die Herren Dan und Abramowitsch, dann der polnische Chauvinist Diamant mit dem tschechischen Regierungssozialisten Nemetz, der deutschnationale Sozialdemokrat Dr. Tschech, der Minister der ersten ungarischen Arbeitermörderregierung Peidl und ähnliche „Klassenkämpfer" mehr.

Herr Vandervelde hatte die glorreiche Aufgabe, in Form eines sogenannten politischen Referates das internationale klassenbewußte Proletariat zu frozzeln und insbesondere die Arbeiter Deutschlands, Belgiens und Frankreichs blutig zu verhöhnen. Man höre nur, was sich der Unterzeichner des Versailler Vertrages, der Minister seiner Majestät, der größte lebende nationale Chauvinist, zu referieren erlaubt:

> Seit der Beendigung des Krieges; durch alle Phasen der bald fünfjährigen Reparationskrise hindurch, hat die Internationale immer wieder erklärt, daß das Reparationsproblem nicht durch Gewalt, sondern nur durch Verständigung gelöst werden kann.

Wie weit es die französische und belgische Regierung mit ihrer Sucht, eine Verständigung herbeizuführen, getrieben haben, und zwar mit der Unterstützung vor allem der belgischen Sozialdemokratie, darüber ist kein Wort weiter zu verlieren. Der Bericht des Herrn Vandervelde wurde, wie das Zentralorgan der Hamburger Internationale, „Die Arbeiterzeitung", schreibt, von den französichen und belgischen Delegierten ergänzt, die zu sagen wußten,

> daß sich jetzt endlich auch in der französischen und belgischen Bourgeoisie, die ihre Hoffnung bisher auf die Methode der Gewalt, auf die Ultimaten, auf die Drohungen, schließlich auf die Besetzung der Ruhr gesetzt hatten, die Überzeugung durchringt, daß es mit der Gewalt nicht mehr geht, daß nur friedliche Verständigung zur Lösung der Reparationsfrage führen kann.

Man kann wohl nicht leugnen, daß diese sichere Beweisführung der Herren Sozialisten ihre Wirkung auf die Arbeitermassen ausüben wird. Man denke nur: die Herren Kapitalisten, die das Ruhrgebiet besetzt und es tatsächlich mit dem Elsaß-Lothringischen Eisenerzgebiet vereinigt haben, die den Achtstundentag im nordfranzösischen und belgischen Bergbau sowie vor allem im deutschen Ruhrgebiet vernichteten, die Bourgeois, die sich vermittels der Gewalt zu Herren der Situation gemacht hatten, diese Ausbeuter erkennen nunmehr, wie die senilen „Arbeiterführer" der Hamburger Richtung verkünden, daß es nicht mehr angehe, sich nur der Mittel der brutalen Gewalt zu bedienen. Nachdem die Schriftgelehrten der Arbeiterinternationale zu diesen tiefsinnigen Ergebnissen gelangt waren, einigten sie sich auf eine sogenannte Resolution. Da entpuppen sich nun die Pazifisten der Hamburger Gesellschaft als Ethiker oder, um ganz genau zu sein: als revolutionäre Ethiker:

> Die Internationale hat seit jeher die moralischen Kräfte der Menschheit als die Grundlage jener neuen Gesellschaftsordnung angerufen, die die Arbeiterklasse schaffen will . . . . in der gegenwärtigen Situation hält es das Exekutivkomitee der Internationale nicht für notwendig, die so oft erlassenen Erklärungen über die Voraussetzungen einer Politik des Friedens und der Versöhnung (kusch!) nach diesem Weltkrieg, zu dem das alte kapitalistische und antidemokratische Herrschaftssystem geführt hat, noch einmal zu wiederholen.

Herr Macdonald mag nicht schlecht gegrinst haben, als dieser Passus der Resolution verlesen und zur Debatte gestellt worden war. „Nur keine Sorge, lieber Kollege Macdonald", wird Herr Fritz Adler dem englischen Kollegen gesagt haben, „das werden wir schon machen: wir in Wien, wir werden

gegen die Kriegsrüstungen und Kriegsvorbereitungen schimpfen wie die Rohrspatzen, ihr dagegen werdet in England natürlich eine Politik der Tatsachen machen müssen." Und Herr Macdonald hat natürlich gut verstanden. Er ging also gleich nach London und brachte im Unterhaus die bekannte Friedensvorlage ein, die weiter nichts als den Bau von fünf Kreuzern und zwei Torpedobootzerstörern zum Inhalt hatte. Mit derselben Gründlichkeit stürzen sich die Hamburger auf das Reparationsproblem.

Wenn die Lösung (des Reparationsproblems. Anm. d. Redakt.) der deutschen Arbeiterklasse Lasten auferlegt, die nur getragen werden könnten bei Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland über acht Stunden und bei empfindlicher Senkung des Reallohnes der deutschen Arbeiter, dann würde der Mechanismus der kapitalistischen Konkurrenz auch auf die anderen Länder einen Druck zur Verlängerung der Arbeitszeit und zur Senkung der Löhne üben. Die Reparationen würden auf diese Weise faktisch gezahlt werden nicht von der durch den Krieg verantwortlichen und an den Kriegsfolgen bereicherten kapitalistischen Klassen Deutschlands, sondern von den Arbeitern aller Länder.

Da wird wieder Herr Crispien, dieser Gigerl der deutschen Sozialdemokratie, nicht wenig gefeixt haben, denn seine Partei hat der deutschen Bourgeoisie das Ermächtigungsgesetz in den Schoß gelegt und ihr den Einmarsch der deutschen Reichswehr in Sachsen und Thüringen ermöglicht, und anderes mehr. Aber ihn wird wieder Herr Macdonald mit diesen Worten beruhigt haben: „Nur keine Angt, Komplice, das deichseln wir schon in London. Wir werden dort eine schöne Resolution wegen der Ratifizierung der Washingtoner Konvention beschließen und ihr werdet viel Krawall machen, daß die II. Internationale eben im Begriff sei, den Achtstundentag im Weltmaßstabe zu retten." Und Herr Crispien ließ sich natürlich beruhigen. Nachher wurden die Hamburger Ethiker geradezu rabiat.

Wir bestehen auf der Forderung, daß in der schweren Frage der Reparationen, die augenblicklich in der ganzen Welt obenan steht, nicht bloß dem rein ökonomisch und finanziellen, sondern auch den sozialen Erwägungen Rechnung getragen werde. Wir bestehen nicht minder auf der absoluten Notwendigkeit, endlich mit den veralteten Methoden zu brechen, und an ihre Stelle jene Politik der Aufrichtigkeit und des Vertrauens zu setzen, die stets die internationalen Beziehungen der Arbeiterparteien untereinander geleitet hat.

Also wenn sich jetzt die Bourgeoisie nicht beeilt, den kategorischen Forderungen dieser Hamburger Streiter zu entsprechen, dann kann man nicht wissen, was geschehen wird. Uns aber, sagen die Hamburger, wollen sie gern haben; und sie können uns auch gern haben. Damit uns aber die Liebe, mit der sie uns verfolgen, klar zum Bewußtsein komme, beantragten sie die Annahme einer Resolution — gegen Sowjetrußland! Zunächst sagen sie der englischen und der italienischen Bourgeoisie, daß sie mit ihrem Anerkennungsakt, der sich auf Sowjetrußland bezieht, einverstanden sind und daß sie nachträglich ihre Genehmigung erteilen. Sie haben sich schon immer, so sagen sie, für die Anerkennung Sowjetrußlands eingesetzt. So zum Beispiel auch die deutschen Sozialdemokraten, die bekanntlich gegen den deutsch-russischen Rapallo-Vertrag ein hysterisches Geschrei angestimmt hatten. „Aber lieber Adolf Braun, das haben ja die deutschen Arbeiter ohnehin schon vergessen", wird ihm der Herr Otto Bauer gesagt haben. Im übrigen sind die Hamburger als Ethiker und in ihrer besonderen Eigenschaft als revolutionäre Ethiker für die Wohlfahrt aller Menschen, selbst dann, wenn es sich um die Spione der Konterrevolution, um die Schrittmacher der weißen Interventionstruppen handelt; daher sendet die Exekutive der Hamburger sozialistischen Spaßmacher

ihre Grüße den in den Gefängnissen und Verbannungsorten Rußlands schmachtenden Genossen, die trotz der unerhörten Verfolgungen ihren sozialistischen Überzeugungen treu geblieben sind, und betrachtet es (nämlich die Exekutive. Anm. d. Redakt.) als die Pflicht der SAI. angeschlossenen Parteien, eine energische Aktion für die vollständige Amnestie für alle politischen Gefangenen auf dem Gebiete der Sowjetunion und für die Einstellung der Verfolgungen für alle nichtkommunistischen Arbeiter und Bauernorganisationen einzuleiten.

Aber wenn die Hamburger schon bei einem Akt eines heroischen Klassenkampfes sind, dann gehen sie — das liegt schon so in ihrer Natur — aufs Ganze. Wenn sie die Amnestierung der Spione und Renegaten, die in Rußland eingesperrt sind, verlangen, dann fordern sie auch die Wiederherstellung der Operationsbasis der internationalen Konterrevolution; das heißt, sie wünschen nicht mehr und nicht weniger als die Wiederherstellung jenes Georgiens, das nicht nur der Tummelplatz aller internationalen politischen Hochstapler, Renegaten, Konterrevolutionäre oder anderen Gesindels, sondern auch der Waffenplatz der weißen Söldnertruppen der Konterrevolution war. Die Freiheit, die sie meinen, das ist die Freiheit der weißen Banditen, von Georgien aus neue Angriffe gegen den russischen Arbeiter- und Bauernstaat zu organisieren. Mit dem georgischen Spuk haben die russischen Arbeiter und Bauern aufgeräumt. Georgien bleibt befreit von dem konterrevolutionären Gesindel der ganzen Welt.

Es versteht sich, daß die Hamburger Gesellschaft in ihren Resolutionen kein Wort über die Ereignisse in Deutschland aufgenommen, kein Wort gegen die Haltung ihrer deutschen Sektion gefunden hat. Dafür hat sie die Arbeitsteilung in ihren Reihen verfeinert. Das Zentralorgan der Hamburger, die „Arbeiterzeitung", schreibt:

Da nach den Statuten der Internationale Regierungsmitglieder während der Dauer ihrer Ministerschaft nicht der Exekutive und sinngemäß auch nicht der Geschäftskommission der Internationale angehören können, mußten infolge des Eintrittes von einigen Mitgliedern der Exekutive in die englische Regierung fünf Neuwahlen vorgenommen werden.

Das ist ja wunderbar! Klarer kann sich die Exekutive schon nicht mehr ausdrücken. Und übrigens ist diese Arbeitsteilung vollkommen natürlich, wenn man weiß, wer diese Internationale ist. So lang also die Herren Macdonald, Ebert, Hampel usw. mit den Bourgeoisregierungen gemeinsam die Arbeiterschaft bekämpfen, so lange sollen sie nicht direkt Mitglieder der Exekutive der sogenannten Arbeiter-Internationale sein. Die Herren Otto Bauer, Fritz Adler und andere übernehmen es, die „revolutionären" Aufgaben zu besorgen und kategorische Forderungen an die Adresse der Bourgeoisie aller Länder zu formulieren. Die Herren Macdonald, Ebert und Tusar besorgen den anderen, wichtigen oder, um ganz genau zu sein: positiven Teil der Arbeit dieser Internationale, sie besorgen die Geschäfte der Bourgeoisie.

Und diese traurige Gesellschaft findet den Mut, Resolutionen gegen Sowjetrußland zu beschließen und der internationalen Arbeiterklasse „Weisungen" zu erteilen. Allmählich werden die Proletarier aller Länder mit dieser Arbeiter-Internationale, mit diesem Stützpunkt der internationalen Konterrevolution, aufräumen.

Weißer Schrecken

Es gilt, den Henkern in Spanien einen großen revolutionären Künstler zu entreißen!

Von M. Quinet (Barcelona).

** Shum ist der hervorragendste revolutionäre Karikaturist Spaniens. Sein ätzender und grausamer Zeichenstift hat das Gesicht der spanischen bürgerlichen Gesellschaft in verblüffend ähnlicher und zugleich rächender Kunst festgehalten. Seine Inspiration stellt ihn an die Seite unseres deutschen Genossen George Grosz. Seine Art zu zeichnen, läßt ihn dem berühmten spanischen Karikaturisten Bagaria verwandt erscheinen.

Shum, dessen eigentlicher Name Juan B. Acher ist, lebte kannt ist, ist noch jung: er ist 21 Jahre alt. Und dieser junge Künstler ist zum Tode verurteilt. Es ist möglich, daß er bereits dieser Tage am frühen Morgen vom Henker aus dem Kerker geholt und zu der scheußlichen Maschine geführt wird, die hier zu Hinrichtungen dient, zum Knebelstock, einer Maschine, die die Halswirbel zerdrückt und den Tod durch Ersticken herbeiführt.

Wenn nicht die internationale Arbeiterschaft ihre Stimme erhebt, um Shum durch eine ebensolche gewaltige und gebieterische Protestbewegung zu retten, wie es die war, der Mateu und Nicolau ihr Leben verdanken, so wird der große Künstler und wertvolle Revolutionär Shum am Schafott sein Leben beenden.

Shum, dessen eigentlicher Name Juan B. Acher ist, wohnte in Paris, wo er tagsüber seinem Beruf als Metallarbeiter nachging, während er die Abende seiner Zeichenkunst widmete. Es kam die Zeit, wo der spanische General Arlegui die Arbeiterbewegung von Barcelona im Blut erstickte. Eine Ermordung proletarischer Vorkämpfer folgte auf die andere. Man konnte er-

leben, wie politische Inhaftierte, kaum aus dem Gefängnis entlassen, noch auf der Schwelle des Gefängnisses niedergemetzelt wurden. Arbeiter, die den Gewerkschaften angehörten oder revolutionär gesinnt waren, wurden in den Hauptstraßen der Arbeiterviertel wie reißende Tiere überfallen und niedergeschlagen. Shum glaubte in Paris zu ersticken. Er kehrte nach Spanien zurück, um dort zu kämpfen.

In dieser Zeit der Hölle für die Arbeiter Barcelonas war ihnen der Zeichenstift Shums eine ausgezeichnete Waffe. Er brandmarkte und geißelte mit hinreißender Wucht und ätzender Ironie die blutige Tyrannei der im Ausnahmezustand schwelgenden Generale.

Der Arbeiterschaft von Barcelona war kein Mittel geblieben, um sich gegen den Terrorismus zu verteidigen. Shum war der Freund und Bruder der opferbereitesten Arbeiter. Übrigens zeichnete er mit demselben gewaltigen Zorn, mit dem er, wenn es darauf angekommen wäre, zugeschlagen hätte, mit dem heiligen Zorn, der in seinem Herzen durch die Ermordung von nahezu 400 Arbeitern entbrannt war.

. . . Eines Tages fand man Shum halb verkohlt und leblos auf der Stätte einer Explosion. Im Spital war er das Objekt einer besonders sorgfältigen Behandlung. Als er einigermaßen wiederhergestellt war, wurde er ins „Mustergefängnis" transportiert. Ein inquisitorisches Verfahren suchte ihn mit aller Gewalt dazu zu bringen, sich als Urheber zahlreicher Attentate zu bekennen. Es war ein wahres Foltergericht, dem er unterworfen wurde und das monatelang währte. Das „Verfahren" erreichte schließlich bei dem noch leidenden Eingekerkerten seinen Zweck. Des Streits müde, „gestand" er schließlich alles, was man wollte, ohne Einschränkung, ohne Kommentar. Und dieser Künstler, dessen einziges „Verbrechen" eigentlich nur darin besteht, daß er seine Begabung dazu ausgenützt hat, um das Portrait der herrschenden Klasse Spaniens zu zeichnen, wurde kürzlich zu 59 Jahren Zwangsarbeit und zum Tode verurteilt.

Der Oberste Gerichtshof hat das Todesurteil bestätigt. Gegenwärtig wird Spanien von einigen Generalen regiert. Man muß sich daher auf eine sehr bald erfolgende Hinrichtung gefaßt machen, wenn sich nicht im Ausland sofort und mit aller Kraft ein lauter Protest erhebt.

Der Künstler, dessen Rettung von der internationalen Arbeiterschaft abhängt, ist ein großes Kind von 21 Jahren, das von allen Proletariern Spaniens, die ihn einfach den „Dichter" nennen, geliebt wird.

Genossen, laßt Euch nicht Zeit! Macht alles, was Ihr könnt, um zu verhindern, daß die Henker Primo de Riveras den größten revolutionären Künstler des proletarischen Spaniens zum Schafott führen.

Buchbesprechungen

Publikationen des Neuen Deutschen Verlages*).

Von G. G. L. Alexander.

** Eine Lenin-Nummer von „Sichel und Hammer" ist im „Neuen Deutschen Verlag" erschienen. Sie bringt auf 16 Seiten neben schon bekannten eine große Anzahl bisher noch nicht veröffentlichter Bilder aus dem Leben Lenins, die bis in seine Jugend zurückgreifen. Lenin der Redner, Lenin der Denker, der Freund, der Bruder, und Lenin der einfache Genosse, der Genosse mit der „Sixpence", der „Ballonmütze", der, wie Andersen Nexö einmal von ihm sagt, es wieder zu einer ehrlichen, anständigen Sache gemacht hat, Arbeiter zu sein, er, der die Ausgestoßenen der bürgerlichen Gesellschaft wieder in ihre Rechte eingesetzt hat. Und dann zieht Lenin als Toter vorüber — als Toter, der ewig leben wird, da Millionen um ihn trauern, da Trauernde aus aller Welt die Fahnen vor seiner Bahre senkten. Neben den Bildern ehren ihn eine Reihe von Aufsätzen und Reden, die an seiner Bahre Zeugnis ablegen wollen für den Toten und sein Werk: so die Reden Krupskajas, Stalins, Clara Zetkins, Worte von Henriette Roland Holst, Münzenberg, Guilbeaux, Paquet. Die Trauer Moskaus schildert der Bericht Öhrings — eines Augenzeugen. Eine Fülle von Aussprüchen des toten Führers der Weltrevolution rufen sein Werk lebendig ins Gedächtnis. Eine Chronologie seiner Lebensdaten und eine Bibliographie seiner Werke geben denen, die sich näher über Leben und Werk Lenins orientieren wollen, die nötigen Fingerzeige.

Karl Radek: „Lenin, sein Leben, sein Werk." Der Titel läßt mehr vermuten, als ein Heftchen von 30 Seiten, rein räumlich, geben kann. Aber Karl Radek hat es verstanden, in diesen 30 Seiten ein konzentriertes Bild hauptsächlich von der politischen Persönlichkeit Lenins und seinem Werk zu geben. Sein Werk ist nicht eine Theorie, literarische Produktion, wie etwa Karl Marx' Werk „Das Kapital" war. Sein Werk ist vielmehr eigentlich die Verwirklichung seiner theoretischen Erkenntnis, die Verwirklichung schließlich der Revolution durch die russische bolschewistische Partei, die ebenfalls seine Schöpfung war, und sein Werk ist ferner die Schöpfung der Komintern. Wie Lenin von Beginn seiner politischen Tätigkeit an sich scharf von den Menschewiki abgrenzte und nur durch diese dauernde kritische Stellungnahme gegen den internationalen Menschewismus den Weg zur Tat fand, das ist der Inhalt der Radekbroschüre. Sie ist damit zugleich eine gedrängte, in ihren wesentlichen Punkten gekennzeichnete Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, der Einstellung ihrer verschiedenen Führer, und schließlich Geschichte der RKP. Die großen Streitfragen zwischen Bolschewismus und Menschewismus werden knapp und klar gestellt und beleuchtet. Für unsere heutige Situation von Bedeutung ist die Beleuchtung von Lenins sogenanntem Opportunismus, der hinweist auf seine Parole: „Gewinnt die Mehrheit des Proletariats, dann könnt Ihr Euch die Aufgabe der Machteroberung stellen", der Hinweis auf seinen politischen Realismus, der einmal in dem Wort gipfelt: „Und wenn der Weg zur Barrikade durch das Parlament führt, so müssen von diesen Misthaufen aus die Ideen des Kommunismus in die Massen geworfen werden." Kurz, den Inhalt der Broschüre kennzeichnen die Überschriften „Lenin als Gründer des ersten proletarischen Staates", „Lenin als Gründer der Komintern".

Es sei ferner schon auf eine weitere Neuveröffentlichung des Neuen Deutschen Verlages hingewiesen, die in Kürze erscheinen wird. Eine Sammlung bürgerlicher Stimmen über Lenin, die für die „Iswestia" zusammengestellt wurden, dort aber nur gekürzt gebracht werden konnten. Außer deutschen bürgerlichen und sozialdemokratischen Äußerungen, wie von Maximilian Harden, Heinrich Mann, Helene Stöcker, Kautsky und Leinert, sind englische, französische, holländische, dänische und norwegische, amerikanische Schriftsteller, Künstler, Journalisten usw. hier vereinigt, deren Worte ein interessantes Bild geben von der Art, wie die Gestalt Lenins sich in den Köpfen der Gegner des Kommunismus spiegelt. Wir führen einige Beispiele an:

Maximilian Harden schreibt „. . . nur kleinlicher Stumpfsinn wird an dieser Gruft zögernd fragen, ob er einen Kommunisten ohne bürgerliche Vorbehalte ‚bewundern' dürfe. Hier war ein großer Mensch, der mit tiefer Inbrunst in seine Aufgabe versenkt, aus Lehre und Leben scheinbar mühelos, als könne es gar nicht anders sein, die wundervolle Einheit formt . . ."

Alfred Kerr: „Lenin, vereint mit seinen Helfern, unternahm das grandioseste soziale Experiment, das seit sechs Jahren gemacht worden ist. Nachdem 2000 Jahre lang alles mißglückt war, hat er es auf eine neue Art versucht. . . . Gegner beschuldigen ihn der Härte, das ist irrig. Er war der radikal-konsequente Verwirklicher einer Idee."

Helene Stöcker: „Auch der Nicht-Kommunismus-Gläubige wird spüren, daß hier ein Kämpfer, ein Staatsmann großen Stils lebte und wirkte, von einem Format, wie wir es in Westeuropa in dieser grandiosen Einfachheit, Stärke und Einsicht und mit diesem Verantwortlichkeitsbewußtsein lange nicht gekannt haben. . . . Es ist zu hoffen, daß die Macht dieses Geistes und Willens auch über seinen leiblichen Tod hinaus vermag, die Geschicke seines Landes in dem von ihm erhofften Sinne zu bestimmen . . ."

Katherine von Oheim bekennt: „. . . Für uns Frauen wird Lenin, mag man sonst von bürgerlichem Standpunkt über ihn urteilen, wie man will, immer der Mann des Mutes und der Entschlossenheit sein und im Gedächtnis bleiben . . . Gott gebe unserem schwer geprüften deutschen Volke einen gleichen."

Es ist charakteristisch, daß die Sozialdemokraten — vor allem Kautsky und Leinert — diejenigen sind, die sich neben einer der Gelegenheit würdigen Anerkennung kritisch-polemisch und abfällig über Lenin äußern, während die bürgerlichen Schreiber von jeder Betonung der Gegnerschaft absehen.

*) Neuer Deutscher Verlag, Berlin, Unter den Linden 11.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII. Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 30. 4. März. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Sechs Jahre Rote Armee. Von L. Trotzki 339

Politik.
Indochina und der Stille Ozean. Von Nguyen ai Quac 340

Deutschland.
Die Kämpfe in Bayern. Von Abusch 341

Union der Sowjetrepubliken.
Die Arbeiterkorrespondenten in Rußland. Von Moskwa 342

Arbeiterbewegung.
Der Raub des Achtstundentages und die Frauen. Von D. S. 343

Proletarische Frauenbewegung.
An die Proletarierinnen, die schaffenden Frauen der ganzen Welt! 344

Aus der Roten Gewerkschaftsinternationale.
An alle der RGI. angeschlossenen Organisationen! . . 344

Weißer Schrecken.
Die neueste Offensive gegen die Arbeiterklasse Estlands. Von P. 344

Aus dem Lager der Gegner.
Drei Nachrufe über Lenin. Von Radek 345

Besprechungen.
Kunstausstellung der Helfenden Künstler der IAH. Von G. G. L. 346

Sechs Jahre Rote Armee.

Von L. Trotzki.

** Die sechs Jahre des Bestehens der Roten Armee teilen sich in zwei fast gleich lange Perioden. Die ersten drei Jahre waren Jahre des chaotischen Wachsens der Armee, wo zur Lösung jeder neuen Aufgabe neue Regimenter und Divisionen aus nichts geschaffen wurden. Das waren drei Jahre fortwährender Kämpfe. Die Kette der kleinen Kriege ging in einen großen Bürgerkrieg über, und in diesem Kriege hat die Revolution ihre Existenz gesichert. Die Armee wurde durch den fortschrittlichen Arbeiter aufgebaut, der den Bauern mobilisiert und aufgeklärt hatte. So entstand die Infanterie, so wurde die Artillerie geschaffen. Am schwersten war es, die Kavallerie der Revolution zu organisieren, weil die Heimat der alten Kavallerie die von reichen Bauern und Kosaken bewohnten Steppen waren. Die Schaffung der Kavallerie war die größte Errungenschaft der ersten Periode.

Der Krieg gegen Polen zog die Bilanz der ersten drei Jahre, enthüllte sowohl die starken wie auch die schwachen Seiten der damaligen Roten Armee: revolutionäre Kühnheit, beispiellose Begeisterung, größte Leidensfähigkeit, aber zugleich ungenügende Vorbereitung, organisatorische Schwäche, ungenügende Widerstandskraft. Die Armee rückte unaufhaltsam vor, aber wenn es zum Rückzug kam, gab es auch kein Halten. Die ersten drei Jahre hinterließen uns die Erbschaft einer materiellen Zersetzung und Erschöpfung, eine große Kriegserfahrung und viele Tausende neuer Kommandeure und Militärkommissäre, die während des Bürgerkrieges gleichsam aus dem Erdboden gewachsen waren und in die Armee Mut, Initiative und moralisch-politische Autorität mit sich brachten. Der Ausgang des polnischen Krieges traf die Armee und besonders ihren jungen Kommando- und Kommissarenbestand ins Herz. Dieser Schmerz ging bald über in ein Streben nach Wissen.

Die zweite dreijährige Periode begann mit dem Abbau und der Reorganisierung der Armee. Die Aufgabe war, die Armee den materiellen Mitteln des Landes, zugleich aber auch den internationalen Verhältnissen anzupassen. Aber die internationalen Verhältnisse haben sich geändert, und die materiellen Mittel ließen sich sehr schwer errechnen. Das war der Grund des häufigen Abbaues und Umbaues, und jede einzelne dieser Umorganisierungen bildet ein großes schwieriges Kapitel des inneren Lebens der Armee. Nebst einer konsequenten Umorganisierung wurde die Armee um vier Fünftel verringert. Zur gleichen Zeit haben die Militärschulen die junge Generation erzogen und ausgebildet, die Militärakademien erleichterten es den verdienstvollen Kommandeuren des Bürgerkrieges, die angehäufte Erfahrung durchzudenken und systematisch zusammenzufassen. In ihrem Bestande, in ihrer Organisation, in ihren Aufgaben und Schwierigkeiten, in ihrem Geiste war die Rote Armee wie auch ihre jüngere Schwester, die Rote Flotte, stets das Spiegelbild der Revolution ihrer inneren Kräfte und ihrer Handlungsweise. Die Armee war und bleibt der bewaffnete Bund der Arbeiter und Bauern, unter der Führung erprobter kommunistischer Kämpfer.

Die erste dreijährige Periode war die Periode des sogenannten Kriegskommunismus. Wir haben die Existenz der Republik verteidigen, alle materiellen Mittel von Stadt und Land in Anspruch nehmen, alle alten Vorräte des Landes aufbrauchen und die werktätigen Massen schweren Entbehrungen aussetzen müssen. Die zweite dreijährige Periode fällt mit der Neuen Wirtschaftspolitik zusammen. Die materiellen Mittel des Landes werden allmählich wiederhergestellt. Stadt und Land leben wirtschaftlich wieder auf. Aber zugleich erscheint in der Stadt der Bourgeois und auf dem Lande der Kulak (der reiche Bauer). Heute muß die Armee mehr denn je der bewaffnete Bund der Arbeiter und Bauern bleiben, in dem weder der Bourgeois noch der Kulak etwas zu suchen haben. Der Arbeiter- und Bauernstaat duldet sie auf dem wirtschaftspolitischen Gebiet, gibt ihnen aber keine politischen Rechte und noch weniger Waffen in die Hand. Das ist das wichtigste politische Gebot, das wir in die dritte Periode mitnehmen.

Die internationalen Verhältnisse, in denen wir dem sechsten Jahrestage der Roten Armee begegnen, haben sich zu unsern Gunsten geändert. Ein bürgerlicher Staat nach dem anderen erkennt uns de jure an oder bereitet sich vor, uns anzuerkennen, das heißt anzuerkennen, daß unsere Existenz auf gesetzlicher Grundlage beruht. Die Rote Armee nimmt das zur Kenntnis: Unter der Führung der Kommunistischen Partei hat die Rote Armee schon längst gelernt, daß die Revolution die gesetzmäßigste Grundlage eines Arbeiterstaates bildet. Aber schon die Tatsache allein, daß die bürgerlichen Regierungen — und dazu auch nur ein Teil — mehr als sechs Jahre brauchten, um unsere Existenz „anzuerkennen", ist der beste Beweis für jene Feindseligkeit, die uns, den ersten und bisher einzigen Bauernstaat der Welt, umgibt. Die Rote Armee und die Rote Flotte treten daher in die dritte dreijährige Periode mit der tiefen Überzeugung ein, daß das sozialistische Vaterland ihrer wie bisher zum Schutze seiner Unabhängigkeit und Entwicklung bedarf.

Der Kampf um die Hebung des allgemeinen und des speziell militärischen Bildungsniveaus der Armee und Flotte ist die Hauptaufgabe der dritten dreijährigen Periode, an deren Schwelle wir nun stehen. Diese allgemeine Aufgabe zerfällt in eine Reihe von Teilaufgaben, angefangen von den primitivsten Forderungen der Reinlichkeit, der Abgewöhnung des groben Tones und des Fluchens bis zur Erziehung im Geiste der internationalen Solidarität.

Wenn die schwerste Aufgabe der ersten dreijährigen Periode die Schaffung einer revolutionären Kavallerie gewesen ist, so stehen jetzt im Mittelpunkt der militärischen Aufbauarbeit die Fragen der Aviation und der Chemie. Die zweite Periode hat diese Fragen in den Vordergrund gestellt, die dritte Periode muß ihre Lösung bringen. Die Schaffung der Kavallerie forderte von uns, daß der Arbeiter die Fabrik verließ und zu Pferde stieg. Die Schaffung der Luftflotte und die Vervollkommnung der Kriegschemie erfordert, daß der Arbeiter am Schraubstock bleibt und die Entwicklung der militärischen und sonstigen Industrie vorwärts treibe. Davon hängt jetzt das Schicksal aller Waffengattungen, aller Zweige des Landes-, See- und Luftkriegswesens ab. Die Waffen der Verteidigung werden durch die Industrie vervollkommnet.

Auch jetzt wie in der ganzen bisherigen Periode werden die Interessen und Bedürfnisse der Roten Armee stets mit den Nöten und Aufgaben des Sowjetlandes in Einklang gebracht. Das Land hat sich während der letzten Jahre endgültig zu einer Union nationaler Republiken ausgestaltet. Die Rote Arme besteht aus den Werkstätten verschiedener Nationalitäten und ist berufen, die Grenzen zu schützen, innerhalb deren die Nachbarvölker zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit ohne Feindseligkeit und ohne einander irgendetwas nachzutragen, zusammenleben und sich in einen unerschütterlichen Bund der Nationalitäten zusammengeschlossen haben. Schon in den ersten Monaten der Sowjetmacht hat der Lehrer und der geistige Schöpfer der Revolution und ihres Kindes, der Roten Armee, den Fall als Beispiel erwähnt, daß ein finnischer Greis erzählte, seit der Revolution fürchte er sich nicht vor den bewaffneten Leuten. Dieses Beispiel bleibt auch in der Zukunft das Gebot Injitschs für die Armee und Flotte: die werktätigen, unterdrückten und versklavten Völker, welcher Nationalität sie auch sein mögen, im Westen oder im Osten, werden unter keinen Umständen die Rote Armee zu fürchten haben. Ihr Waffen richten sich nur gegen die Ausbeuter und Unterdrücker!

Politik

Indochina und der Stille Ozean.

Von Nguyen ai Quac (Indochina).

** Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß die Frage Indochinas und des Stillen Ozeans für die Arbeiterklasse der Welt, insbesondere Rußlands, ohne Bedeutung und ohne Interesse ist. Man möge sich folgendes vor Augen halten:

1. Als es den Alliierten im Verlaufe der russischen Revolution nicht gelang, Rußland vom Westen erfolgreich anzugreifen, versuchten sie es vom Osten aus. Die Mächte des Stillen Ozeans, Amerika und Japan, haben in Wladiwostok Truppen gelandet, während gleichzeitig Frankreich indochinesische Truppen nach Sibirien geschickt hat, um den Weißen zu helfen.

2. Gegenwärtig schöpft der internationale Kapitalismus seine ganze Lebenskraft aus den Kolonialländern. Er findet dort Rohstoffe für seine Betriebe, Anlagemärkte für seine Kapitalien, Absatzmärkte für seine Produkte, billige Arbeitskräfte für seine Armee der Arbeit und insbesondere eingeborene Soldaten für seine Armeen der Konterrevolution. Früher oder später wird das revolutionäre Rußland in die Lage kommen, sich mit dem Kapitalismus messen zu müssen. Daher ist es notwendig, daß das internationale Proletariat die ganze Kraft und die nächsten und fernen Manöver ihres Feindes, des internationalen Kapitalismus, klar erkenne.

3. Da der Stille Ozean und die umliegenden Gebiete zu einem Mittelpunkt der Anziehung für imperialistische Bestrebungen geworden sind, so können sie in Zukunft zum Herd eines neuen gewaltigen Weltbrandes werden, dessen Kosten die Proletarier aller Länder zu bezahlen haben werden.

Diese Feststellungen zeigen deutlich, daß das Problem des Stillen Ozeans das Weltproletariat im allgemeinen und das russische Proletariat im besonderen interessieren muß.

* * *

Nach dem offiziellen Zugeständnis sind die Kolonien des Stillen Ozeans von Erschlaffung, Atonie befallen. Ihr Leben — wenn man es Leben nennen kann — wird langsam immer schwächer. Die Wahrheit ist aber die, daß die volkreichen Inseln des Stillen Ozeans in kurzer Zeit vollständig entvölkert werden, und zwar infolge des Alkohols und der Zwangsarbeiten. Die Marquises-Inseln hatten vor 50 Jahren mehr als 20.000 Einwohner, jetzt sind es nur noch 1500 schwächliche und degenerierte Einwohner. Tahiti erlebte im Laufe von zehn Jahren einen Bevölkerungsrückgang von 25%. Von dieser zusammenschrumpfenden Bevölkerung hat der französische Imperialismus mehr als 3500 Menschen als Kanonenfutter für den Krieg verbraucht. Dieses rapide Verschwinden einer Rasse mag unglaublich erscheinen. Es ist dennoch eine Tatsache, die man in vielen Kolonien feststellen kann.

Der Großteil der zum französischen Reich gehörigen Inseln des Stillen Ozeans sind konzessionierten Gesellschaften ausgeliefert, die das Privileg haben, die Gebiete einfach auszuplündern und die Eingeborenen wie Sklaven arbeiten zu lassen. Um zu illustrieren, wie die eingeborenen Arbeiter behandelt werden, sei folgendes Beispiel angeführt: 200 Perlmutterfischer wurden durch die Gesellschaft „Comptoirs français d'Océanie" mit Gewalt in Plantagen verschickt, die von ihrem gewöhnlichen Aufenthaltsort 800 Meilen entfernt liegen. (Das ist so, wie wenn man Bekleidungsarbeiter in entfernte Bergwerke schicken würde.) Sie wurden auf einer kleinen Galeere zusammengepfercht, die nur für zehn Personen eingerichtet und mit keinerlei Rettungsmitteln versehen war. Sie wurden eingeschifft, ohne daß ihnen gestattet wurde, ihre Frauen und Kinder noch einmal zu sehen. Zwei Jahre lang blieben diese unglücklichen Arbeiter die Gefangenen der Gesellschaft. Viele von ihnen hatten schwere Mißhandlungen zu erleiden. Eine Anzahl ist infolge der furchtbaren Behandlung gestorben.

Wenn man in Betracht zieht, daß zu dieser unmenschlichen Ausbeutung noch die Skrupellosigkeit der Schurken hinzukommt, denen der französische Imperialismus die Verwaltung dieser Inseln anvertraute, so wird man dieses ganze herrliche Regime der Ausbeutung und Unterdrückung erkennen, das die kolonisierten Länder des Stillen Ozeans vernichtet.

Der Imperialismus hat heute einen Grad von beinahe wissenschaftlicher Vollendung erreicht. Er hat sich der Proletarier der weißen Rasse bedient, um die Proletarier der anderen Rassen in den Kolonien zu unterwerfen. Er läßt hierauf die Proletarier der einen Kolonie gegen die der anderen los. Endlich stürzte er sich auf die Proletarier der gelben und schwarzen Rasse aus den Kolonien, um die Proletarier der weißen Rasse in Europa niederzuhalten.

Abgesehen von der Ausnützung der Kolonien zu militärischen Zwecken werden sie vom Kapitalismus nach allen Regeln der Kunst wirtschaftlich ausgebeutet. Es ist oft beobachtet worden, daß der Herabsetzung der Löhne in gewissen Gegenden Frankreichs und bei gewissen Beschäftigungszweigen eine Vermehrung der Lohnarbeiter aus den Kolonien vorangeht. Eingeborene werden als Streikbrecher verwendet. Der Kapitalismus benützt jetzt eine Kolonie als Werkzeug zur Exploitierung einer anderen, wie dies mit Indochina und dem Gebiet des Stillen Ozeans der Fall ist.

*

Indochina ist trotz der offiziellen geräuschvollen Lügennachrichten erschöpft. Während des Zeitraumes 1914—1918 hat man fast 100.000 Anamiten (die offizielle Zahl ist: 97.903 Menschen) von ihrem Land losgerissen und nach Europa verfrachtet. Trotz-

dem Indochina auf diese Weise einer großen Zahl produzierender Arme entblößt wurde, wurde es dennoch verpflichtet, zur Verteidigung ihrer Unterdrücker 500.000 Tonnen Getreide und Lebensmittel zu liefern. Hunderte von Millionen Franken wurden unter dem Titel der „Anleihen für den Sieg" dem Land entzogen. Jedes Jahr muß der Anamite Blut schwitzen, um ungefähr 450.000 Franken zu zahlen, eine Summe, die fast ausschließlich zur Mästung der Parasiten dient. Überdies muß die Bevölkerung Indochinas einen Anteil an den ungeheuren militärischen Ausgaben des französischen Imperialismus auf ihre Schultern nehmen in der Form der vom Kolonialminister auf elegante Weise benannten, „töchterlichen Steuerleistung" für das Mutterland.

Aus diesen ausgepreßten, abgemagerten, zum Skelett gewordenen Land will man noch weitere Millionen Geldes und Zehntausende von Menschen (mit 40.000 Menschen wird der Anfang gemacht) herausquetschen, um den Appetit der unersättlichen privilegierten Kolonialausbeuter sowie den persönlichen Ehrgeiz einer Bande von skrupellosen Politikastern zu befriedigen.

* * *

Durch dieses Vorgehen der Imperialisten ist nicht nur das Schicksal des Proletariats Indochinas und des Stillen Ozeans, sondern auch das des internationalen Proletariats bedroht. Japan hat die telegraphischen Stationen der Yap-Inseln fest in der Hand. Amerika gibt mehrere Millionen Dollar aus, um Kanonentürme und anderes an seinen Kriegsschiffen im Stillen Ozean zu verbessern. England will in Singapore eine Flottenbasis errichten. Frankreich hält es für notwendig, ein Reich des Stillen Ozeans zu gründen.

Seit der Konferenz von Washington werden der Wettbewerb um die Kolonialländer und die daraus entspringenden Gegensätze immer schärfer. Die imperialistischen Tollheiten nehmen immer größeren Umfang an, politische Konflikte werden immer unvermeidlicher. Wegen Indien, Afrika und Marokko hat es Kriege gegeben. Wenn das Proletariat nicht auf der Hut ist, können leicht andere Kriege wegen der Frage des Stillen Ozeans ausbrechen.

Deutschland

Die Kämpfe in Bayern.

Von Alexander Abusch.

I. Der Sturz Kahrs.

** Mit dem Hitler-Putsch erlangte General Seeckt die gesamte vollziehende Gewalt. Die schwerkapitalistische Diktatur etablierte sich in Deutschland, nachdem ihr die Stoßtruppe des kleinbürgerlichen Faschismus stets Situationen geschaffen hatten, in denen sie (mit Hilfe ihrer sozialdemokratischen Lakaien) ihre restlose Machtübernahme durchführen konnte. Mit dem Erstarken der Stellungen der deutschen Bourgeoisie ging ein Erstarken der Positionen der Knilling-Regierung vor sich.

In einer solchen Situation brandeten gegen Kahr die Vorwürfe der Mitschuld am hochverrätischen Hitler-Putsch, die Vorwürfe eines schlimmsten Verrates an seine Putschgenossen. Herr Kahr verkroch sich hinter den Stacheldraht und hinter doppelte Schutzwachen des Generalstaatskommissariats. Die Stimmung der faschistischen Massen hatte sich scharf gegen ihn gewendet. Seine Autorität als Diktator ging, trotz seiner reaktionären Regierungsversuche (Arbeitsdienstpflicht usw.) vor die Hunde. Mit seiner zweideutigen Haltung und seinem Verrat am Hitler-Putsch war Kahr als politische Persönlichkeit schon erledigt.

Die Oppositionsstellungen gegen ihn wurden erweitert dadurch, daß sich allmählich alle bürgerlichen Parteien gegen ihn wandten. Die Regiererei dieses Popanzes eines Diktators (im Volksmund „Generalstacheldrahtkommissär" genannt) stieß überall auf Widerstand. Man erkannte den persönlichen Eigenwillen des geschlagenen Diktators nicht mehr an. So war die Regierung Knilling veranlaßt, immer mehr in den Verfügungsbereich des Herrn Kahr einzugreifen, der ursprünglich „nur sich selbst verantwortlich" regierte. Sie ließ durch den Landtag entscheidende Änderungen in den Verordnungen Kahrs, insbesondere in bezug auf seinen Kampf gegen die Hitler-Leute, beschließen. Damit bereitete sie seinen Sturz vor. Die klerikale Reaktion hatte kein Interesse mehr an einem unpopulären Diktator, der außerdem mit ihren großdeutsch-faschistischen Gegnern ein übles Zusammenspiel getrieben hatte und über den Kopf der Regierung Knilling hinweg regierte.

In Kahrs Interesse war der Prozeß gegen Hitler, Ludendorff, Pöhner, Frick, Weber, Röhm, Brückner, Wagner, Kriebel und Pereat, die wesentlichsten Führer im Hitler-Putsch, immer wieder verschoben worden. Die Schrift des bürgerlichen Staatsrechtslehrers Professor Rothenbücher „Der Fall Kahr" (Verlag von J. C. B. Mohr, Tübingen 1924) wurde von Kahr bei ihrem Erscheinen für Bayern verboten. Die Broschüre weist mit genauer Schilderung und juristischer Begründung nach, daß Kahr Teilnehmer am Hochverrat vom 9. November 1923 in München war und dennoch es wagt, weiterhin in seinem Amte zu bleiben und als Hauptbelastungszeuge gegen Hitler und Ludendorff aufzutreten. Das Verbot dieser Schrift trieb die Frage Kahr in der öffentlichen Behandlung rascher zur Entscheidung, Kahr trat von seinem Posten zurück, als ihm schon längst ein Teil seiner Regierungsmacht geraubt war.

II. Formierung der reaktionären Kräfte.

Neben dem Versagen Kahrs trieb die Bayrische Volkspartei ihre Pläne zur Erstarkung ihrer Macht vorwärts, um eine Verfassungsänderung im Sinne ihrer reaktionären Absichten durchzusetzen. Es gilt für sie, ihr Programm, das im Herbst 1922 zur endgültigen Formulierung aus dem ursprünglichen Bamberger Programm übernommen worden war, durchzuführen. Die Schaffung eines unabhängigen Staatspräsidenten und einer zweiten ständischen Kammer sind neben Rückerlangung des freien Verfügungsrechtes über Eisenbahn, Post, Finanzen und Schulen dessen Ziele. Der Staatspräsident soll ein geraderer „Statthalter des Königs" sein als Herr Kahr.

Die Verfassungsänderung kann die Bayrische Volkspartei allein nicht beschließen, da sie keine Zweidrittelmehrheit im Bayrischen Landtag besitzt. Sie führte ein Volksbegehren durch, das einen Volksentscheid dafür verlangte, daß im zukünftigen Landtag Verfassungsänderungen mit einfacher Mehrheit beschlossen werden können. Zur Täuschung der Volksmassen und zum Stimmenfang für dieses zweite Volksbegehren ging ihm noch ein erstes Begehren auf Auflösung des Landtages voraus. Die notwendige Stimmenzahl für den Volksentscheid (800.000) wurde erreicht. Eine Mehrheit beim Volksentscheid ist trotzdem ziemlich unwahrscheinlich.

Inzwischen hat sich der Landtag selbst aufgelöst und zum 6. April die Neuwahlen ausgeschrieben. Dieser Landtag ist noch mehr ein Scheinparlament, ohne irgendwelche politische Macht, als alle Parlamente im Deutschland der kapitalistischen Diktatur gewesen. Der Diktator Kahr ignorierte vollständig seine Existenz. Diese Zusammenkunft von klerikalen, deutschnationalen, faschistischen und sozialdemokratischen Puppen der Reaktion zeterte nur schwächlich dagegen.

Während sich jetzt die Kräfte der Bourgeoisie von den Sozialdemokraten bis zu den Faschisten zum parlamentarischen Wahlkampf formieren, geht hinter den Kulissen der bayrischen Politik ein Schieben und Ringen um den Posten des künftig führenden „nationalen Mannes" vor sich. Knilling wird nach den Wahlen abtreten müssen. Es ist möglich, daß der künftige Ministerpräsident zugleich zum Staatspräsidenten bestimmt ist, der, „unabhängig vom Landtag, nur sich selbst und dem Volk verantwortlich", regiert. Diese Verbindung der Posten könnte als Zugeständnis an die Bauernbündler, Demokraten usw. durchgeführt werden, in der Absicht, sie für die Verfassungsänderung zu gewinnen.

Als Anwärter auf den Posten des künftigen nationalen Diktators werden der Schlächter der Räterepublik, Oberst Epp, und Herr von Meinel, ein treuer Anhänger der Wittelsbacher, genannt. In Oberst Epp sieht man aber gleichfalls den künftigen Führer aller reaktionären Kampfverbände, die sich auf dem Boden der bayrischen Regierungsreaktion sammeln. Diese Kampfverbände sollen entpolitisiert werden und rein militärisch als Ergänzung der bayrischen Wehrkräfte den zuständigen Landeskommandanten unterstellt sein. Sie sollen zwar das Vorschlagsrecht für ihren gemeinsamen Führer haben, aber nicht das endgültige Bestimmungsrecht. Die Zusammenfassung dieser Organisationen — „Deutscher Notbann" ist als Name gedacht — soll eine starke Waffe in der Hand der klerikalen Reaktion sein, gegen das bayrische Proletariat und gegen die konkurrierenden Verbände des großdeutschen Faschismus. Eine Kandidatur Epp macht den Staatspräsidenten zugleich zum Führer der regierungstreuen Kampfverbände, deren Organisation aus Mitteln des bayrischen Innenministeriums finanziert werden soll.

III. Der Kampf der KP. Bayerns.

Die Kommunistische Partei Bayerns steht seit Jahren unter dem schwersten Druck des weißen Terrors. Nach der Räte-

republik kam der Ausnahmezustand des Sozialdemokraten Hoffmann, den der spätere Ministerpräsident Kahr übernahm. Nach einer kurzen Lockerung der brutalen Reaktionsherrschaft unter der Regierung Lerchenfeld setzte zuerst nach dem Rathenau-Mord im Sommer 1922 und dann mit aller Rücksichtslosigkeit nach Beginn des Ruhrkrieges der Kampf der bayrischen Regierung gegen die Kommunisten wieder ein. Das Verbot aller kommunistischen Schriften erfolgte im vergangenen Sommer als Endpunkt eines halben Jahres, in dem alle kommunistischen Versammlungen bereits verboten waren. Nach dem Hitler-Putsch erfolgte das Verbot der Partei. Gleichzeitig mit diesem Verbot erfolgte eine systematische Verhaftung der wichtigsten Funktionäre in Nord- und Südbayern. Man steckte sie in Schutzhaft nach Niederschönenfeld, diese Schandbastille fünfjähriger niederträchtigster Reaktionsherrschaft in Bayern.

Die kommunistische Massenpartei in Bayern ist nicht unter den Schlägen des weißen Terrors zusammengebrochen. Sie ist im Laufe des Jahres 1923 stärker geworden, hat breitere Massen organisatorisch zusammengefaßt. Sie steht allein gegen alle Gruppen der Reaktion, die dann stets einig sind (die Faschisten, die klerikale Reaktion und die VSPD.-Führer), wenn es gegen das revolutionäre Proletariat vorzugehen gilt. Die Sozialdemokratische Partei Bayerns ist eine Fraktion der bayrischen Reaktion. Sie betreibt seit Jahren eine Politik der schamlosesten Helfersdienste für die Reaktion und zur Schwächung der Kampfkraft des bayrischen Proletariats. Sie ist bei allen Gelegenheiten der bewußte Schrittmacher für den Vormarsch der bayrischen Reaktion gewesen, die von Jahr zu Jahr stärkere Positionen bezog.

Die Komunistische Partei Bayerns wird im kommenden Wahlkampf alle Möglichkeiten ausnützen, trotzend den reaktionären Wahlgesetzen, um die breitesten Massen zum revolutionären Kampfe gegen die klerikal-separatistische Reaktion, wie auch gegen ihre faschistischen und sozialdemokratichen Partner zu mobilisieren. Sie wird mit aller Rücksichtslosigkeit die verräterische Rolle der bayrischen VSPD.-Führer enthüllen. Sie wird mit der gleichen Rücksichtslosigkeit abrechnen mit der Phraseologie der faschistischen Ausbeutergarden, die nicht als Vertreter des unterdrückten Volkes im Kampfe gegen die Regierungsreaktion stehen und daher nicht bündnisfähig sind. Die KP. ist auch in Bayern die einzige Vertreterin der ausgebeuteten und unterdrückten Massen, in gemeinsamer Kampffront mit dem gesamten deutschen Proletariat für ein starkes und einheitliches Rätedeutschland, für die Diktatur des Proletariats.

Union der Sowjetrepubliken

Die Arbeiterkorrespondenten in Rußland.

Von M. Moskwa.

** Schon 1912, als unter dem Zarismus die erste legale proletarische Massenzeitung, die bolschewistische „Prawda" zu erscheinen begann, schrieben die Arbeiter aus den Betrieben an die Zeitung. Sie schrieben über die Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer, über die Missetaten der Zarenbeamten und der Polizei, über die Kämpfe gegen die Unternehmer, über die Siege und Niederlagen in diesen Kämpfen.

Nach der Oktoberrevolution 1918 beschloß die „Prawda", die Arbeiter noch mehr zur Mitarbeit heranzuziehen. Zu diesem Zweck ging die Sekretärin der „Prawda", Genossin M. Uljanowa (Lenins Schwester), dazu über, die Arbeiter, die für die „Prawda" schrieben, zu sammeln. In diesen Redaktionsversammlungen lernte die Redaktion die Fragen kennen, die die Arbeiter in den Betrieben beschäftigen, gemeinsam wurden die wichtigsten Themen, über die geschrieben werden sollte, bearbeitet. Zugleich erhielten die Arbeiter Instruktionen, wie und was geschrieben werden soll. So entstand die Rubrik „Arbeiterleben".

Auf diese Weise entstand und wuchs um die „Prawda" der Grundkern der Arbeiter, die für die Zeitung schrieben. Mit viel Liebe sammelte Genossin Uljanowa diesen Kern. Sie verstand es, mit viel Wärme die Arbeiter kameradschaftlich zu behandeln, und diese freundschaftliche, kameradschaftliche Behandlung zog die Arbeiter noch mehr zur „Prawda" hin.

Die Zahl der Arbeiter, die an die „Prawda" schrieben, wuchs. Dann bildeten sich unter Leitung der Genossin Uljanowa in den verschiedenen Rayons von Moskau sogenannte „literarische Kollegien", die alle korrespondierenden Arbeiter umfaßten. Sie kamen zusammen, lasen gemeinsam ihre Notizen und lernten, ihre Gedanken schriftlich niederzulegen. In der „Prawda" versammelten sich nur die Vertreter dieser Rayon-Kollegien. Solche Kollegien bildeten sich auch in vielen Industriezentren Sowjetrußlands. Nach dem Vorbild der „Prawda" erschienen auch in vielen anderen Zeitungen Rubriken „Arbeiterleben".

Schon Ende 1918 forderte Lenin in einem Artikel „Über den Charakter unserer Zeitungen" in der „Prawda", daß man „von der politischen Schaumschlägerei" über allgemein politische Themen in den Zeitungen übergehe zur Beleuchtung des internen Lebens der Betriebe, der Dörfer usw.

„Unsere Massen sind zu wenig durch lebendige konkrete Beispiele und Vorbilder aus allen Gebieten des Lebens erzogen," schrieb er, „und dies ist die Hauptaufgabe der Presse in der Übergangszeit vom Kapitalismus zum Kommunismus. Wir beachten zu wenig die alltägliche Seite innerhalb des Betriebes, auf dem Lande, im Regiment, wo das Neue am meisten gebaut wird, wo die Publizität, die öffentliche Kritik, die Ausmerzung des Unbrauchbaren, das Anhalten zum Guten am meisten notwendig ist. Weniger politischen Geschwätzes! Weniger intellektuelle Betrachtungen! Näher ans Leben!" rief er.

Die Arbeiter, die an die Zeitung schrieben, folgten in ihrer Arbeit den Weisungen des Genossen Lenin.

Die Sowjetregierung und die Kommunistische Partei suchen sorgfältig die nötigen Funktionäre für die verantwortlichen, leitenden Posten aus; die Arbeiterklasse ist von den allgemeinen Ideen des Kampfes für die Sowjetregierung beseelt; die Kommunistische Partei verfolgt wachsam das Wirken und Verhalten ihrer Mitglieder. Jedoch die Schwierigkeit der Arbeit, der Mangel an erfahrenen qualifizierten Kräften, die Machenschaften dunkler Elemente, die großen Opfer, die von der Arbeiterklasse im revolutionären Kampfe gefordert werden — all das ruft viele negative Erscheinungen hervor. Die Sowjetregierung und die Kommunistische Partei führen einen Kampf gegen diese Erscheinungen. Die Arbeiter, die aus den Betrieben an die Zeitung schrieben, nehmen an diesem Kampf den aktivsten Anteil. In ihren kleinen Notizen und Artikeln decken sie alles Üble auf, was sie bei sich und in den Betrieben sehen. Sie schreiben aber auch über alles Erfreuliche, was in ihren Betrieben geschieht. Die Instandsetzung eines Betriebes, der Eintritt von Arbeitern in die Kommunistische Partei, das gute Arbeiten der Administration oder der Arbeiterorganisationen — all das findet Widerhall in den Zeitungen.

Mit der Zeit hatten sich viele Arbeiter so sehr an die Arbeit in der Zeitung gewöhnt, hatten sie soviel dabei gelernt, daß sie zu ständigen Korrespondenten wurden. Auf diese Weise entstand der **Arbeiterkorrespondent**.

Die Rubriken „Arbeiterleben" in der „Prawda" und in anderen Zeitungen wuchsen beständig. Im Jahre 1918 betrug diese Rubrik in der „Prawda" 2% des gesamten Umfanges der Zeitung 1919 5%, 1923 bereits 10% und mehr. 1918 gab es nur ein Häuflein Arbeiterkorrespondenten; gegenwärtig, 1924, hat die „Prawda" allein mindestens 300 Arbeiterkorrespondenten.

Die Arbeit dieser Arbeiterkorrespondenten vertiefte sich und erweiterte sich immer mehr. Die Arbeiterkorrespondenten, oder, wie man sie abgekürzt nennt, die „Rabkor" haben ihre Klubs und ihre eigenen Organisationen. In diesen Klubs werden Vorträge über allgemein politische und spezielle zeitungstechnische und anderen Themen gehalten; es wird kollektiv an den Notizen und Artikeln gearbeitet. Hier werden auch verschiedene Fragen der Arbeit besprochen, gemeinsam mit den Vertretern der Redaktion Themen für Korrespondenzen ausgesucht und behandelt. Es werden auch Zirkel von Arbeitern gebildet, die als Anfänger Gedichte und Erzählungen schreiben. Die Arbeiterkorrespondenten halten auch oft städtische, Bezirks- und Gouvernementskonferenzen ab.

Im November 1923 hatte die Redaktion der „Prawda" eine Konferenz der Arbeiterkorrespondenten der wichtigsten Zeitungen der Sowjetunion einberufen. Diese Konferenz wurde unter tätiger Anteilnahme und Leitung der Genossin Uljanowa, des Genossen Bucharin und anderer bekannter Journalisten abgehalten. Die Konferenz skizzierte die Richtlinien des Wirkens der Arbeiterkorrespondenten.

Die Arbeit des Arbeiterkorrespondenten ist sehr schwierig und verantwortungsvoll. Er ist keine gewählte oder angestellte Person. Er arbeitet freiwillig und hat keine Vollmachten. Er ist ein einfacher Arbeiter, der aus eigenem Antrieb an die Zeitung schreibt. Mitunter muß ein solcher Arbeiter seine Mitarbeit an der Zeitung sogar verheimlichen und seine Korrespondenzen mit einem Decknamen zeichnen. Dies ist dann der Fall, wenn der Arbeiterkorrespondent irgend jemanden entlarven muß, wenn er über die negativen Seiten seines Betriebes schreibt. Die Personen, über die er schreibt, suchen den Verfasser zu entdecken.

Und es kommt vor, daß der Zeitungsschreiber dann allerhand Verfolgungen, schlechte Behandlung usw. erfährt. In der Textilfabrik, ehemals Zindl, in Moskau wurde der Arbeiterkorrespondent der „Prawda" Genosse Spiridonow von der Bande der Missetäter, die er entlarvt hat, ermordet. Deshalb muß die Organisation der Arbeiterkorrespondenten und die Redaktion der Zeitungen verschiedene Schutzmaßnahmen treffen, um die Arbeiterkorrespondenten zu schützen.

Die öffentliche Meinung der Arbeiter im Betrieb, der Partei, Gewerkschaft und Sowjetorganisationen wird zugunsten der Arbeiterkorrespondenten mobilisiert. Die Arbeitermasse und diese Organisationen führen einen Kampf gegen die Feinde des Arbeiterkorrespondenten und treten als Ankläger gegen seine Feinde auf.

Die Anzahl der Arbeiterkorrespondenten ist ständig im Wachsen begriffen. Fast in jeder Stadt der Sowjetunion, selbst wo wenige Fabriken existieren, gibt es Arbeiterkorrespondenten. Die Arbeiterkorrespondenten erlernen immer mehr das Handwerk des Schreibens. Aus ihrer Mitte entstehen und werden in der Zukunft entstehen Jounalisten, Schriftsteller und Dichter.

Seit Jänner 1924 gibt die „Prawda" eine Zeitschrift, „Der Arbeiterkorrespondent", heraus, die den Fragen der Organisation, der Ausbildung und des Lebens der Arbeiterkorrespondenten gewidmet ist.

Die Zeitschrift befaßt sich speziell mit der Frage der **Wandzeitungen**. In letzter Zeit geben die Arbeiter in vielen Betrieben ihre eigenen Zeitungen heraus, Zeitungen, die meistenteils mit der Hand geschrieben und illustriert sind. Diese Zeitungen sind speziell den internen Fragen des Betriebes gewidmet und werden in den Betrieben selbst an der Wand angeschlagen.

Die Zeitschrift „Arbeiterkorrespondent" erscheint unter Leitung des Genossen **Bucharin** und der Genossin **Uljanowa**. Mitarbeiter sind einfache Arbeiterkorrespondenten und die besten Sowjetjournalisten, wie Sosnowski, Kerschenzew. In einem Leitartikel weist Genosse Bucharin auf die Bedeutung der Arbeiterkorrespondenten hin. Die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung arbeiten auf Grund des völligen Vertrauens der Arbeiter- und Bauernmassen. Diese Verbindung mit den Massen muß noch mehr vertieft und gestärkt werden. In dieser großen Arbeit kommen die freiwilligen Arbeiter- und Bauernkorrespondenten in dem Lande, das kulturell noch sehr rückständig ist, zu Hilfe. Die Organisationen der Arbeiterkorrespondenten haben zur Aufgabe, das Bündnis zwischen der Arbeitermasse einerseits und den Sowjet-, Gewerkschafts- und Parteiorganisationen andererseits zu festigen und ein neues bindendes Kettenglied zwischen ihnen und den Massen zu bilden.

Arbeiterbewegung

Der Raub des Achtstundentages und die Frauen.

Von D. S.

** **Am Internationalen Frauentag 1924 stehen wir in Deutschland in heftigen Kämpfen um den achtstündigen Arbeitstag.**

Durch Verordnung vom 1. Dezember 1923 ist die Überschreitung der achtstündigen Arbeitszeit gesetzlich genehmigt worden. Damit ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Novemberrevolution gefallen, und die Arbeiterschaft ist wieder auf den Stand der Vorkriegszeit zurückgeworfen worden. Der Ansturm des deutschen Proletariats hat nie ausgereicht, um den Achtstundentag gesetzlich festzulegen. Die gesetzliche Regelung beschränkte sich auf eine Verordnung des Demobilmachungskommissärs vom 25. November 1918. Diese Verordnung wurde dann durch die Arbeitsgemeinschaft angenommen.

Der Achtstundentag in Deutschland ist zum Trost der Unternehmerschaft und der Gewerkschaftsbürokratie nie „schematisch", das heißt, tatsächlich durchgeführt worden. Das weibliche wie das männliche Landarbeiterproletariat kannte zum Beispiel seine Vorteile nur vier Monate hindurch, vier Monate lang mußte es zehn Stunden, vier weitere Monate sogar elf Stunden täglich arbeiten. In vielen anderen Berufszweigen waren Überstunden gesetzlich gestattet; sie mußten nur besonders vergütet werden.

Mit dem Zurückweichen des Proletariats wuchs aber die Zahl der gesetzlich zugelassenen Überstunden immer mehr. Im Jahre 1921 schon machten 157.000 männliche, 82.000 weibliche und 5000 jugendliche gewerbliche Arbeiter **gesetzlich genehmigte Überstunden**. Wieviele Überstunden ohne gesetzliche Genehmigung gemacht werden, ist selbstverständlich nicht zu erfahren. Genug, daß von 7798 **Unternehmeranträgen**, die im Jahre 1921 **auf Genehmigung von 1 bis 2½ Überstunden** gestellt wurden, **nur 297 Anträge abgelehnt** wurden. Abgesehen davon waren aber in zahlreichen Gewerben Überstunden bereits gesetzlich genehmigt, und zwar gerade in den Gewerben, wo die Frauenarbeit eine große Rolle spielt. So betrug im **Gastwirtsgewerbe** die „Arbeitsbereitschaft" schon längst 10 bis 12 Stunden. Überstunden beim Bankgewerbe und bei den Versicherungsanstalten waren immer schon auf der Tagesordnung. Aus den zahllosen Verordnungen des Demobilmachungskommissärs in den verschiedensten Branchen der verschiedensten Orte Deutschlands geht hervor, daß der Achtstundentag bald von allen Seiten recht zerfressen und zernagt aussah.

Nun will die faschistische Diktatur dem Achtstundentag vollends den Garaus machen und das Elend der unbegrenzten Arbeitsfron wieder einführen. Allerdings wird in der Verordnung über Verlängerung der Arbeitszeit der schwangeren Frauen besonders gedacht! Auf ihren Wunsch sollen sie während der Schwangerschaft und der Stillzeit **tunlichst** von der den Achtstundentag überschreitenden Arbeit befreit werden. Daß in dieser Zeit der Massenentlassungen und der Massenarbeitslosigkeit die meisten Frauen diesen Wunsch „tunlichst" unterdrücken werden, ist klar.

Schon jetzt wird berichtet, daß schwangere Frauen bis zur letzten Stunde im Betrieb stehen, daß sie sogar **im Fabrikraum entbinden und nach zwei bis drei Tagen wieder zur Arbeit zurückkehren** — aus Angst vor der Entlassung.

Aber nicht nur für Schwangere, sondern für das gesamte Proletariat, insbesondere aber für das weibliche Proletariat, bedeutet die Aufhebung des Achtstundentages eine hohe Gefahr! Im Frieden schufteten die Arbeiterschaft auch ihre zehn bis zwölf Stunden, aber sie erhielt wenigstens einigermaßen auskömmliche Nahrung. In der heutigen Zeit, wo der Nahrungsmittelkonsum die Hälfte der Vorkriegszeit beträgt, bedeutet die verlängerte Arbeitszeit die uneingeschränkte Aussaugung der letzten Volkskräfte zu Nutz und Frommen der Kapitalisten. Heute beträgt der Lohn des deutschen Arbeiters soviel wie die **Arbeitslosenunterstützung** in England.

Noch ärger sieht es mit der Entlohnung der Frauen aus, die ja bekanntlich immer niedriger war. Die Bewegung der Annäherung zwischen Männer- und Frauenlöhnen, die sich nach der Revolution vollzog, ist längst zum Stillstand gekommen. An ihrer Stelle vergrößert sich der Abstand zwischen den beiden Gruppen immer mehr. Nach dem letzten Berliner Metallarbeiterstreik sanken die Löhne der Metallarbeiterinnen von 75 auf 60% der Männerlöhne!

Mit der gesetzlichen Genehmigung der verlängerten Arbeitszeit werden sich die herrschenden Klassen nicht begnügen! Eineinhalb Monate nach dieser Genehmigung erläßt der Reichsarbeitsminister Brauns eine Verordnung, die sich fast ausschließlich gegen das weibliche Proletariat richtet — und zwar bestimmt sie die **gesetzliche Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit für das Pflegepersonal der Krankenhäuser, wobei auch Überschreitungen dieser Zeit zulässig sind!**

Gerade am **Internationalen Frauentag** müssen wir auch die internationale Wirkung der Vernichtung des Achtstundentages berücksichtigen! Die Konkurrenz mit den deutschen Kapitalisten wird die ausländischen Kapitalisten nicht schlafen lassen. Der deutschnationale Hergt hat in seinem vaterländischen Gefühl der Entente angeboten, gegen Erleichterung der Reparationslasten den Achtstundentag in **Deutschland** zu vernichten! In **Italien** ist der Achtstundentag durch ein Dekret von Mussolini beseitigt worden. In **Frankreich** wird seine Abschaffung seit 1921 gefordert. Die **belgische** und **österreichische** Arbeiterschaft steht vor heftigen Attacken auf die achtstündige Arbeitszeit, und die **Schweizer** haben eben durch Volksentscheid den ersten Angriff ihres Unternehmertums zurückgewiesen.

Aber, so schlimm es heute stehen mag, das **Proletariat** wird und kann nicht verzweifeln! Der Raub des **Achtstundentages** wird ihm eine Lehre dafür sein, daß seine Rechte nicht durch papierne Dekrete, sondern nur durch den **vollen Einsatz seiner Kampfeskraft** zu schützen sind!

Proletarische Frauenbewegung

An die Proletarierinnen, die schaffenden Frauen der ganzen Welt!

** Lenin ist tot! Mit ihm starb der große Führer der Mühseligen, der treue Freund und Beschützer der Beladenen.

Er hat uns zum Kampf geführt wider unsere Bedrücker — die Großgrundbesitzer und Kapitalisten. Er hat die Arbeiter und Bauern gelehrt, wie man siegt! Er hat uns unerfahrene und ungebildete Proletarierinnen und Bäuerinnen aufgerufen, unser Leben in neuer und besserer Weise zu gestalten. Wir alle sollten frei und glücklich werden!

Auf dem Ersten Allrussischen Kongreß der Arbeiterinnen und Bäuerinnen hat Genosse Lenin das Wort gesprochen: „Jede Köchin muß es lernen, den Staat zu lenken." Und Tausende unserer Arbeiterinnen und Bäuerinnen, unserer berufstätigen und schaffenden Frauen jeder Art wurden in die Räte und ihre Arbeitsorgane entsendet, um mitzuhelfen, das Land zu lenken und zu verwalten.

Schwer ist der Weg, den wir gehen mußten, doch unbeirrt folgten wir unserem Führer und taten das Unsrige am großen und schwierigen Werke der Verteidigung und des Aufbaues des einzigen Rätestaates auf der ganzen Welt.

Der Rätestaat wird sein Ziel erst dann erreichen, wenn auch die Millionen und aber Millionen der Proletarierinnen und Bäuerinnen es zu ihrer Sache machen — so hat uns Genosse Lenin gelehrt.

Und nun ist unser Lenin tot! Unser Lenin, der der große Führer und Freund der Unterdrückten in allen Ländern war. Von Fabrik zu Fabrik, von Dorf zu Dorf flog die Trauerbotschaft über die Welt, daß uns der Lehrer, der Freund, der Führer verlassen hat. Er ist gestorben — aber es lebt und wird leben sein Werk — seine Lehre!

Lenin hat Hunderttausende von Schülern herangebildet, hat sie gelehrt, zu kämpfen und den Staat der Arbeiter und Bauern aufzubauen.

Er hat die feste Grundlage des Bundes zwischen den russischen Arbeitern und Bauern gelegt. Dieser Bund wird dem Land über alle Schwierigkeiten hinweghelfen. Kein Feind wird die Rätemacht besiegen, solange dies Bündnis fest und unerschütterlich bleibt.

Lenin hat die Kommunistische Partei geschaffen und später, nach dem Sieg der Arbeiter und Bauern, die Kommunistische Internationale. Diese haben seine gewaltige Erfahrung und sein großes Wissen in sich aufgenommen, und sein Talent und sein Wille hat sie gelehrt, für die Sache aller zu arbeiten und zu kämpfen. Sie werden es verstehen, das Proletariat nach seinen Lehren und Weisungen zum vollen Sieg zu führen.

Das große Werk, das Lenin begonnen, muß zum guten Ende geführt werden. Das weiß, das versteht jede Proletarierin und Bäuerin in Sowjetrußland und den mit ihm verbündeten Räterepubliken. Die Arbeiterinnen in ihren Werkstätten, die Bäuerinnen bei ihrer ländlichen Arbeit schwören feierlich, im gemeinsamen Bemühen unter der Führung der Kommunistischen Partei, das Werk Lenins zu hüten und weiterzuführen bis zur Vollendung! Schaffende Frauen aller Länder! Vereinigt Euch mit uns, mit Euren, mit unseren Brüdern, um wahr zu machen, was Lenin wollte: Ausrottung jeder Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen durch Menschen! Brot, Kultur, Freiheit, Glück für alle Werktätigen!

Hoch der Sieg der arbeitenden Massen der ganzen Welt über die Unterdrücker der ganzen Welt!

Die Allrussische Reichskonferenz der Funktionärinnen und Funktionäre, die mit der kommunistischen Arbeit unter den Frauen betraut sind.

Aus der Roten Gewerkschafts-Internationale

An alle der RGI. angeschlossenen Organisationen!

** Der 8. März ist als internationaler Arbeiterinnentag bestimmt. An diesem Tage geben die Arbeiterinnen aller Länder ihren Forderungen Ausdruck und schleudern der Welt der Ausbeutung und des Blutes ihre proletarischen Forderungen ins Gesicht.

Die Arbeiterfrau ist doppelt ausgebeutet und doppelt unterdrückt: als Arbeiterin und als Frau. Die kapitalistische Welt nimmt jedesmal die Frauenarbeit in Anspruch, wenn es heißt, die Lage der Arbeiter zu verschlimmern oder Millionen gesunder Männer in den Krieg zu jagen. Die Sache der Arbeiterinnen ist die Sache der gesamten Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse wird sich nicht von ihren Ketten befreien können, so lange ein Teil von ihr besonderen Ausnahmebedingungen der Ausbeutung unterworfen ist. Noch gibt es leider nicht nur einzelne Arbeiter, sondern auch ganze Gewerkschaftsorganisationen, die sich gegenüber der Frauenarbeit feindlich verhalten. Es gibt noch Führer, die, anstatt um die Gleichstellung von Mann und Frau zu kämpfen, die Frauenarbeit bekämpfen und die Lage der arbeitenden Männer auf Kosten der Frauen zu verbessern trachten. Hier, wie auch in der Frage über die Arbeit der farbigen Rasse, kommt die Rückständigkeit und die Gedankenlosigkeit einer ganzen Generation der reformistischen Führer zum Ausdruck.

Den **Internationalen Frauentag müssen alle revolutionären Gewerkschaften in ausgedehntestem Maße unterstützen!** Besondere Aufmerksamkeit muß jenen Arbeiterkategorien gewidmet werden, unter denen sich eine große Anzahl von Frauen befindet; anläßlich dieses Tages müssen Flugblätter, Aufrufe und Broschüren herausgegeben werden, eine Reihe von Versammlungen muß veranstaltet werden, und es muß alles geschehen, um die Arbeitermassen, Männer wie Frauen, an diesem Tage zu gemeinsamen Kundgebungen gegen Krieg und Imperialismus herauszuziehen.

Der **Internationale Frauentag muß auch ein Tag der Kundgebung gegen die internationale Reaktion sein**, die Männer und Frauen ohne Unterschied unterdrückt, gegen die imperialistischen Kriege, gegen den faschistischen Terror, für die Befreiung aller Unterdrückten, ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse und der Nationalität.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschafts-Internationale

A. Losowski, Generalsekretär.

Weißer Schrecken

Die neueste Offensive gegen die Arbeiterklasse Estlands.

Von P.

** Die Estländische Ochrana hat ihren neuesten Pogrom veranstaltet. Am Abend des 21. Januar begannen in allen Städten und Kreisen Massenverhaftungen. In erster Linie stürzte man sich auf die Arbeiterdeputierten der Reichsversammlung. Da man sie auf Grund der Konstitution nur mit Einwilligung des Parlaments der Freiheit berauben kann, so berichtet man, sie seien angeblich „in flagranti" ertappt worden, oder, wie einige Zeitungen kommentieren, „bei öffentlichen illegalen Versammlungen". In der Tat wurde ein Teil der Delegierten auf Versammlungen verhaftet, die „nach festgesetzter demokratischer Ordnung" einberufen worden waren, das heißt, nachdem der Polizei in vorgeschriebener Weise Meldung erstattet worden war, und die Schutzleute und Geheimpolizisten hielten bei den Versammlungen, wie immer, „die Ordnung aufrecht". Ein Teil der Deputierten befand sich nicht einmal bei den Versammlungen. Außerdem wurden fast alle Arbeiter verhaftet, die Abgeordnete des städtischen oder Kreisrates sind. Alles in allem wurden verhaftet: Von 10 Deputierten der Reichsversammlung fünf (die übrigen entflohen) und einige hundert Abgeordnete der Kommunalverwaltung, Mitglieder der Verwaltungen, der Gewerkschaften und andere an der Arbeiterbewegung Beteiligte, inklusive die Schreibmaschinenfräulein. Ein Teil wurde „bis zur Gerichtsverhandlung" auf freien Fuß gesetzt. Die Gewerkschaften und die Arbeiterpartei wurden zu verbrecherischen Sektionen der Komintern gestempelt, ihre Räumlichkeiten versiegelt und ihre Akten in die Ochrana übergeführt. Die periodisch erscheinenden Arbeiterblätter mußten infolge der Verhaftung der Redakteure eingestellt werden.

Welches war nun der Grund dieses Hunnenüberfalls? Die bürgerlichen Blätter teilen mit, daß es sich durchaus nicht um Verfolgung „überzeugter Kommunisten" handle, von der Arbeiterbewegung gar nicht zu reden. Da es nun in Estland keine überzeugten Kommunisten gäbe, sondern bloß „Taschenkommunisten", die nach den Instruktionen aus Moskau ihre Tätigkeit

entfalten und bemüht sind, Estland nach dem Muster Georgiens an Sowjetrußland auszuliefern, so müßte an den Verrätern ein Exempel statuiert werden. Übrigens verrieten die Blätter dann das Ziel des Überfalls der Ochrana. In Finnland haben die Verhaftungen vorzügliche Resultate gezeitigt: die Kommunisten erhielten danach bei den Wahlen nur den zweiten bis dritten Teil der Stimmen als vorher, bei uns jedoch sei man bisher viel zu milde mit den „Verrätern" umgesprungen, so zum Beispiel das Organ der Volkspartei.

In Wahrheit kracht die winzige Schieberrepublik in allen Nähten. Der auf Grund des Friedensvertrages erhaltene Goldvorrat ist ausgegeben, und seine letzten Überreste müssen dazu dienen, den Markkurs zu stabilisieren. Bei den Kommunalwahlen erhielt die „Einheitsfront der Werktätigen" (Block der Kommunisten mit den übrigen revolutionären Arbeitern und Bauern) in vielen Ortschaften und Bezirken die absolute Stimmenmehrheit und in größeren Städten ein Drittel der Stimmen. Im Revaler Stadtrat haben die kommunistischen Arbeiter mehr als ein Drittel der Sitze inne, und da bei Entscheidung vieler besonders wichtiger Fragen eine Mehrheit von zwei Dritteln des Rates notwendig ist, so ist es ein Ding der Unmöglichkeit, ohne Unterstützung der Arbeiter zu schalten und zu walten.

Aber die herrschende Clique irrt sich gründlich betreffs der Stärke und Zähigkeit der Arbeiterbewegung in Estland. Der estländische Arbeiter hat noch schlimmere Zeiten weißen Terrors durchgemacht und stets unbeugsam den Kampf fortgesetzt. Das illegale ZK. der Kommunistischen Partei und das ZK. der Kommunistischen Jugend veröffentlichten bereits zwei Tage nach den Verhaftungen einen Aufruf zum Gedächtnis des Genossen Lenin, und diese Aufrufe fanden in allen Städten nicht minder erfolgreiche Verbreitung als vor den Verhaftungen.

Aus dem Lager der Gegner.

Drei Nachrufe über Lenin.

Die historische Rolle Lenins.

Von Karl Radek.

I.

** „Die revolutionären Ideen Lenins haben in der ganzen Welt Millionen mit sich gerissen", schrieb zähneknirschend die „Times", das führende Organ der englischen Bourgeoisie in dem Lenin gewidmeten Nachruf.

Gleichzeitig veröffentlichte Masaryk, der Präsident der tschechoslowakischen Republik, in einer neuen tschechischen Wochenschrift einen Artikel über den Tod Lenins und über die Übernahme der englischen Regierung durch die Arbeiterpartei. Zwei große Staaten Europas befinden sich in den Händen von Sozialisten — sagt Masaryk. Das ist eine Folge des Weltkrieges. Es war unmöglich, Millionen von Menschen zu ermorden, ohne daß ihre Witwen und Waisen, ohne daß Millionen ihrer Waffenbrüder sich nicht die Frage gestellt hätten: Warum? Wofür?

Indem Masaryk die Methoden, durch die Lenin und die Arbeiterpartei Englands zur Macht gelangt sind, miteinander vergleicht, behauptet er, daß sowohl Lenin wie auch Macdonald sich auf Marx berufen können, Lenin auf den Marx von 1848, Macdonald auf den Marx der Periode seines englischen Aufenthaltes. Masaryk lehnt die blutige Revolution, den gewaltsamen Umsturz nicht prinzipiell ab, aber er stellt fest, daß eine friedliche Revolution besser sei, und gibt der Weltbourgeoisie den Rat, ebenso vernünftig zu sein wie die englische: die Revolution vom Schlage der Macdonaldschen zu erleichtern und dadurch die Leninsche Revolution zu verhindern.

Masaryk ist nicht nur der bürgerliche Präsident der tschechoslowakischen Republik. Vor einem Vierteljahrhundert hat er, der damalige Führer der demokratischen Intelligenz, eines der ersten Werke über die Krise des Marxismus geschrieben und eröffnete die Periode der Unterstützung des Opportunismus durch die internationale Bourgeoisie.

Otto Bauer, der hervorragendste Theoretiker des sogenannten „Zentrums" der internationalen Arbeiterbewegung, das heißt jenes Teiles der internationalen Arbeiterbewegung, der seine opportunistische Politik in marxistische Phrasen einhüllt, erklärte am Grabe Lenins, daß in der Zukunft, wenn die Menschheit die heutigen Ereignisse aus der Perspektive wird betrachten können, aus der wir heute die französische Revolution betrachten, der Unterschied zwischen Lenin, Macdonald und Kautsky ebenso verschwinden wird, wie wir heute die französische Revolution als ein gemeinsames Werk von Robespierre, Danton und Hébert betrachten, obwohl sie nicht nur mit Argumenten, sondern auch mit der Guillotine gegeneinander gekämpft haben.

Wir haben hier **drei Musterbeispiele der Einschätzung Lenins** vor uns, die Einschätzung des Finanzkapitals, des kulturellen Kleinbürgertums und des opportunistischen Teiles der Arbeiterklasse, und zwar die der klügsten Vertreter dieser drei dem revolutionären Kampfe des Proletariats feindlich gegenüberstehenden Kräfte. Diese Urteile gestatten, die historische Rolle Lenins viel anschaulicher zu gestalten, da alle drei auf eines der wichtigsten Probleme, die mit dem Leben und dem Werke Lenins in Zusammenhang stehen, hinweisen.

Masaryk weist darauf hin, daß der größte europäische Staat, Rußland, und das größte Weltreich, England, sich infolge der vom Kriege hervorgerufenen Erschütterungen in den Händen der Vertreter der Arbeiterklasse befinden. Die Behauptung Masaryks entspricht nicht völlig der Wahrheit. Die Arbeiterregierung Englands ist keine wirkliche Arbeiterregierung. Sie stellt eine verhüllte Koalition der Führer des rechten Flügels der Arbeiterklasse mit den Führern des linken Flügels der englischen Bourgeoisie dar. Trevelyan, Ponsoby, Mitglieder des Kabinetts von Macdonald, sind Liberale, die sich der Arbeiterpartei angeschlossen haben, ohne ihre liberale Überzeugung aufzugeben. Der Generalmajor Thompson, der ehemalige Kriegsminister Haldane, Sidney Oliver waren nie Sozialisten und haben sich auch nie als solche bekannt. Die Arbeiterregierung, die eine verhüllte Koalition mit dem linken Flügel der Liberalen bildet, hängt zugleich auch vom rechten Flügel der Liberalen ab. Lloyd George und Asquith brauchen nur mit den Augen zu zwinkern und diese Arbeiterrregierung Englands hört auf zu bestehen. Aber die Tatsache, daß die englische Bourgeoisie, die bis zum Jahre 1900 keinen einzigen Vertreter der Arbeiterklasse ins Parlament ließ, sich jetzt mit dem Bestehen einer Arbeiterregierung, wenn auch nur zeitweilig, abfindet, diese Tatsache allein zeigt schon, wie sehr die Herrschaft der englischen Bourgeoisie, dieses Fundament der europäischen und der internationalen Konterrevolution, bereits unterminiert ist. Der alte demokratische Soziologe Masaryk, der in seinem Lande die Idee der Lavierung zwischen der Revolution und der Konterrevolution vertritt, hat vollkommen recht, wenn er der internationalen Bourgeoisie zuruft: „Rettet Euch unter die Fittiche einer neuen Methode, unterstützt die Revolution Macdonalds, damit die Revolution Lenins nicht komme." Er hat recht, denn wenn auch seine Behauptung, die Macht in England befinde sich in den Händen der Arbeiterklasse, falsch ist, so ist es doch wahr, was das nüchternste Blatt der gegenrevolutionären Weltbourgeoisie sagt: **die „destruktiven Ideen Lenins leben in den Herzen von Millionen Menschen der ganzen Welt".**

Die Feststellung dieser Tatsache dient zugleich als Antwort auf den Artikel des lebenden Leichnams Kautsky, der in seinem Nachrufe behauptet, Lenin sei ein genialer Meister der russischen Innenpolitik gewesen, habe jedoch die ausländische Politik schlechter als Bismarck verstanden. Wie logisch ist der Gedankengang dieses Nekrologs! Um die Macht in Rußland erobern zu können, um die Aufgabe der Machtergreifung aufstellen zu können, mußte Lenin die allgemeine Frage beantworten: **Was für Perspektiven eröffnet der Weltkrieg?** Die Antwort Kautskys auf diese Frage war: Die Perspektiven Wilsons, die Perspektiven der Abrüstung, die Perspektiven friedlicher Reformen. Die Antwort Lenins aber lautete: Die Perspektiven der Unterdrückung von Millionenmassen der Bevölkerung durch wirtschaftliche Lasten, die Perspektiven der bürgerlichen Diktatur, die Perspektiven neuer Weltkriege, wenn die Arbeiterklasse nicht den Übergang vom imperialistischen Krieg zum Bürgerkrieg findet.

Lenin sah, daß der zügellose Imperialismus, der Imperialismus, der sich nicht damit begnügt, daß er den Schweiß von Millionen in Gold verwandelt, sondern aus dem Blute von Millionen Haufen dieses Edelmetalls münzt — daß dieser Imperialismus die Volksmassen zum **Aufstande treiben und die Ära der sozialistischen Revolution** eröffnen werde.

Und nur diese tiefe Überzeugung Lenins machte ihn zum Pionier der russischen Revolution, als einer proletarischen, sozialistischen Revolution. Bis zum Jahre 1916 glaubte Lenin, daß die Revolution in Rußland nicht über den Rahmen einer bürgerlichen Revolution hinausgehen werde, und nur angesichts

der heranreifenden europäischen Krise, angesichts des durch den imperialistischen Krieg hervorgerufenen sozialen Umsturzes überzeugte er sich, daß hier Voraussetzungen geschaffen werden, unter denen die Arbeiterklasse Rußlands den sozialistischen Umsturz nicht nur vollbringen kann, sondern auch verpflichtet ist, ihn zu vollbringen. Der Weltkrieg bereitete den sozialistischen Umsturz in Rußland dadurch vor, daß er die russische Industrie verstärkte und die Existenz Rußlands als kriegführendes Land in unmittelbare Abhängigkeit von der Arbeiterklasse gebracht hatte. Gleichzeitig verknüpfte der Weltkrieg das Schicksal der Vertreter der Bauernschaft und der städtischen Kleinbourgeoisie — die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki — mit dem Schicksal der Großbourgeoisie und Gutsbesitzer, mit der Idee der „Vaterlandsverteidigung", das heißt der Beteiligung an dem imperialistischen Raubzug. Der Krieg hat also zwischen der Bauernschaft, die sich nach Grund und Boden und nach dem Frieden sehnte, und den kleinbürgerlichen Parteien einen tiefen Abgrund geöffnet; der Krieg stellte die Bauernschaft unter die Führung der Arbeiterklasse und ihrer Vorhut, der bolschewistischen Partei. Es ist nicht die Diktatur der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, sondern die Diktatur der sich auf die Bauernschaft stützenden Arbeiterklasse ist zur Möglichkeit geworden. Das, was Rosa Luxemburg und Trotzki im Jahre 1905 gegen Lenin einwandten, ist in Wirklichkeit zur zweiten Etappe der historischen Entwicklung geworden.

Das Jahr 1905 endete nicht nur nicht mit der Diktatur des Proletariats, sondern es führte nicht einmal zu einer zeitweiligen gemeinsamen Herrschaft der äußersten Linken der Bourgeoisie mit dem Proletariat. Die zwölf Jahre, die die erste Revolution von der zweiten getrennt haben, und die acht Monate der bürgerlichen Revolution des Jahres 1917 waren durch eine große Arbeit der Geschichte ausgefüllt, durch die Arbeit an der Änderung der Lage der Dinge und an großen Wandlungen der Geister, Wandlungen, die die Diktatur des Proletariats als zweite Etappe möglich machten. Die Diktatur des Proletariats war nicht nur möglich, sondern auch notwendig, wenn das russische Proletariat seine Aufgabe als ein Teil der internationalen Arbeiterklasse erfüllen wollte. Ungeachtet des Krieges stellte die inernationale Bourgeoisie ein einheitliches Ganzes dar, und an der Front des Krieges der internationalen Bourgeoisie gegen das internationale Proletariat gab es nur eine Strecke, an der das Proletariat die Aussichten hatte, einen Durchbruch unternehmen zu können: Rußland. Und durch die Herausgabe der Parole der sozialistischen Revolution legte Lenin im Namen der Befreiung des internationalen Proletariats ungeheure Lasten auf die Schultern des russischen Proletariats. Das russische Proletariat mußte in die Front des Gegners einen Keil treiben, es muß diesen Keil befestigen und so lange halten, bis das Proletariat an anderen Strecken der Front zum Angriff übergeht, bis die Kette, mit der die Arbeiterklasse gefesselt ist, zerrissen ist. Der Keil von 1917 sitzt fest im Körper der internationalen Bourgeoisie, untergräbt ihr internationales Staatssystem und stellt alle ihre Zukunftskombinationen über einen neuen Weltkrieg, über die Unterdrückung neuer Völker in Frage. Wieviel Papier haben die Bauer und die Kautsky vergeudet, um Sowjetrußland und der Kommunistischen Internationale zu beweisen, daß die Weltrevolution nur etwa in unserer überhitzten Einbildung existiere. Wenn der selige Kautsky in seinem Nachrufe Lenin das Zeugnis ausstellt, daß er, Lenin, die Verhältnisse außerhalb Rußlands schlecht gekannt habe, so bringt er darin mit anderen Worten seinen altersschwachen Gedanken zum Ausdruck, daß es keine Weltrevolution gäbe. Das Organ der englischen Bourgeoisie, die „Times", wird in ihrem Nekrolog über Kautsky wahrscheinlich feststellen, er sei der nüchternste Denker des modernen Sozialismus gewesen, obwohl sich die deutsche Arbeiterklasse im Augenblick ihres Aufstandes mit Verachtung von ihm abwandte (die alte historische Erfahrung zeigt aber, daß die Arbeiterklasse immer dann am dümmsten sei, wenn sie ihre Ketten zerschlagen will, und immer am klügsten sei, wenn sie der Bourgeoisie gehorcht). Diese „Times" sagt in ihrem Nachruf über Lenin: „Seine destruktiven Ideen haben Millionen in der ganzen Welt mit sich gerissen." **Die Periode, in der die revolutionären Ideen Millionen mit sich reißen, ist die Periode der internationalen Revolution.** Darin besteht die Bedeutung des Bekenntnisses der „Times".

(Schluß folgt.)

Besprechungen

Kunstausstellung der helfenden Künstler der IAH.

Von G. G. L.

** Mehrere Künstler, die sich der Arbeiterhilfe verbunden haben, um an dem Hilfswerk mitzuhelfen, laden mit einem „Kauft! Kauft!" zu dieser Ausstellung in Berlin ein und fordern die Schaufreudigen auf, nun selbst durch Gebefreudigkeit das ihre zu tun, damit die Ausstellung ihren Zweck erfülle und dazu beitrage, den Armen zu helfen. Daß diese Künstler selbst alle ihre Kräfte dazu hergegeben haben, damit diese Hilfe zustande komme, beweist diese Kunstausstellung, die am 16. Februar im Hause Wertheim, Königstr., eröffnet wurde. Das Haus Wertheim hat auch ein gut Teil zum Gelingen der Ausstellung beigetragen, indem es seine schönen Räume und ein allezeit zu jeder Hilfeleistung williges Personal kostenlos zur Verfügung stellte. Auch ein großes Schaufenster wurde den Künstlern überlassen, das durch eine schöne Gruppierung und Umrahmung von Kunstwerken die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden auf die Ausstellung hinlenkt.

Die Ausstellung, die 500 Werke, Gemälde, Radierungen, Handzeichnungen und Skulpturen umfaßt, trägt einen ganz einzigartigen und neuen Charakter. Sie trägt den Stempel kollektiver, freiwilliger Arbeit und der Hingabe an ein Werk, das nicht nur Hilfe ist, sondern Bekenntnis zur Sache, Mitarbeit an der Sache derer, denen geholfen werden soll: das ist am Kampf der notleidenden Proletarier gegen Hunger, Verelendung und Entrechtung. Alle Künstler, an die das Komitee Künstlerhilfe (**Prof. Sandkuhl, Otto Nagel, Adolf Behne, Berta Lask, Käthe Kollwitz, Artur Segal, Bruno Reimann**) sich wendete, haben gegeben. Viele andere, darunter **Liebermann, Zille, Hübener, Hofer, Emil Orlick, Plontke,** finden sich hier mit den Künstlern der Novembergruppe zusammen.

Die Werke sollen verkauft und der Erlös dafür dem Fonds für die Speisung der Hungernden durch die IAH. zugute kommen. Charakteristisch an dieser Künstlerhilfsaktion ist, daß sie tatsächlich aus dem Nichts erwachsen ist, daß hier ohne Auslagen und Unkosten, nur durch unermüdliche, praktische und werbende Arbeit etwas aufgebaut wurde, was der breitesten Öffentlichkeit zugänglich ist und sie aufmerksam macht, fesselt und anregt, zu helfen.

So hat denn diese Kunstausstellung auch einen sehr starken Besuch. 2000 bis 3000 Besucher täglich wurden gezählt. Es wurden schon nach wenigen Tagen viele Werke verkauft, so daß mit einem vollständigen Ausverkauf gerechnet werden kann. Die Künstler geben sich dauernd die größte Mühe: allstündlich findet eine Führung durch die Räume statt, durch Vorträge werden die Kunstwerke dem Verständnis nähergebracht, der Kontakt mit dem Publikum wird hergestellt. Der Eintretende ist hier nicht nur Zuschauer, sondern durch Beteiligung am Werke, als Helfender, gehört er zur Gemeinschaft. Es findet sich hier auch Gelegenheit, gute Kunstwerke zu kaufen, und zwar zu erschwinglichen Preisen. Tatsächlich zeichnet sich diese Ausstellung durch Abwesenheit von Kitsch vorteilhaft aus. Der Erfolg dieser Veranstaltung legt die Anregung nahe, Ähnliches auch in anderen Städten zu unternehmen.

Zur Beachtung!

In der „Zum fünften Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Internationale" erschienenen Nr. 28. vom 29. Februar sind unter der Rubrik „**Dokumente der Kommunistischen Internationale**" die „**Leitsätze über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur**" die „**Leitsätze und Ergänzungsthesen über die National- und Kolonialfrage**" und ferner die „**Leitsätze über die Agrarfrage**" enthalten. Durch ein technisches Versehen wurde der Vermerk fortgelassen, daß Genosse **Lenin** diese **Thesen** verfaßt hat.

Aus dem gleichen Grunde fehlt über den „**Leitsätzen der Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale**" der Haupttitel „**Die 21 Aufnahmebedingungen der Komintern**".

Wir ersuchen die Redaktionen, diesen Hinweis beim Abdruck der oben angeführten Leitsätze zu berücksichtigen.

Die Redaktion.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 31. 7. März. 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Das erste Jahrfünft der Komintern. Von Sinowjew . . 371

Politik.

Die Krankheit des Franken. Von Sadoul 374

Arbeiterbewegung.

Nach dem Streik der deutschen Seeleute in den britischen Häfen. Von Thomas 375

Weißer Schrecken.

Polnische Behörden morden politische Gefangene. Von Domski 376

Aus dem Lager der Gegner.

Drei Nachrufe über Lenin. Von Radek (Schluß) . . . 377

Das erste Jahrfünft der Komintern.

Von G. Sinowjew.

...„Die Weltgeschichte treibt unabwendbar auf die Diktatur des Proletariats zu, ihr Weg ist aber beiweitem nicht ein glatter, einfacher, direkter Weg.

In anderen Ländern... ging die Entwicklung der Revolution einen langsameren Weg. Sie ging unseren Weg, aber viel langsamer."

N. Lenin.

** An dem Tage, an dem wir das erste Jahrfünft des Bestehens unserer Internationalen Arbeiterassoziation begehen, ist die Rote Fahne der Komintern mit einem schwarzen Trauerflor umwunden. Als der erste Gründungskongreß der Komintern vorbereitet wurde, waren Karl und Rosa noch am Leben. Das erste Jahrfünft der Komintern begehen wir zu einer Zeit, da nicht nur **Karl Liebknecht** und **Rosa Luxemburg** verloren haben, da unseren Reihen auch **Mehring, Tibor Szamuely, Raymond Lefère, Jogiches-Tyschko, Eugen Levine, John Reed** und viele, viele andere Vorkämpfer der Komintern entrissen sind, sondern auch der Schöpfer, der Gründer und geistige Leiter der Komintern, **Wladimir Iljitsch Lenin** von uns gegangen ist... Der Flor des Schmerzes über diesen nie wieder gutzumachenden Verlust gibt dem ganzen Fünfjahrjubiläum der Komintern sein Gepräge. Es ist nur ganz kurze Zeit her, daß am frischen Grabe des Lehrers und Führers der Komintern sich Millionen Herzen vor Schmerz zusammenpreßten, es ist nur ganz kurze Zeit her, daß Hunderttausende und Millionen der besten Proletarier der ganzen Welt sich zugeschworen haben, das Werk Lenins fortzuführen.

Doch was da immer geschehen sein mag, **empor unsere Fahne, empor die Fahne Lenins — die Fahne der Komintern!...**

•

Lenin war für die Dritte Internationale, was Marx für die Erste Internationale war. Nicht ohne Grund schrieb der Verfasser eines Artikels in der englischen Zeitschrift „New Statesman":

„Zur Zeit, als Lenin erschien, hatte sich der Marxismus in eine tote, unfruchtbare Formel, in ein Konglomerat doktrinärer Ideen über die Theorie des Wertes und über die unvermeidliche Entwicklung des sozialistischen Staates verwandelt.

Das „Kapital" von Marx war eine Bibel für viele, aber praktisch diente es nur als eine Sammlung von Texten, mit deren Hilfe die Sozialdemokraten ihre opportunistische Politik zu rechtfertigen versuchten. Kurz, es konnte scheinen, daß die Werke Marx' im Grabe ihres Verfassers für ewig begraben wären.

Lenin hat all dies geändert. Er erweckte Marx zu neuem Leben und verlieh dem Marxismus einen neuen theoretischen Inhalt, indem er ihn wieder in eine Quelle lebendiger Ideen und neuer Impulse verwandelte. Dank Lenin ist Marx in unseren Tagen wieder lebendig, aber er lebt in der Gestalt jener neuen Interpretation, die Lenin in seine Lehre brachte. Im Vordergrund steht heute bereits nicht die Marxsche Werttheorie, sondern die Leninsche Interpretation der Marxschen Theorie über den historischen Entwicklungsprozeß und die hierauf begründete Theorie über den Staat und die revolutionäre Politik." („New Statesman", 2. Februar 1923.)

Ja, es ist viel Wahres daran. Solange der Marxismus mit der Zweiten Internationale gleichbedeutend war, solange als lügnerische Interpretatoren dieses „Marxismus" Kautsky, Bernstein, Vandervelde, Adler aufgetreten waren, hat sich dieser amtliche „Marxismus" in ein „Konglomerat von doktrinären Ideen" und zuweilen auch in etwas Schlimmeres — in eine direkte Apologie der kapitalistischen Ordnung verwandelt.

In diese düstere Atmosphäre der Zersetzung brach die Kommunistische Internationale, deren Theoretiker und Banneträger Lenin war, wie ein belebender Sturm ein.

Vortrefflich ist die Bemerkung einer Prager bürgerlichen Zeitung („Prager Presse") über Lenin:

„... Er war... der herabstürzende Felsblock, der seine ganze Kraft dazu verwenden will, den Weg für etwas Neues zu bahnen, das die bisherige Welt als unerfüllbar betrachtet, was er jedoch nicht nur als möglich, sondern auch in naher Zeit für realisierbar hält."

Ja, so ist es! Dieser herabstürzende Felsblock hat seine ganze Kraft dazu verwendet, um den durch die Führer der Zweiten Internationale angehäuften alten Schutt beiseite zu schieben und den Weg für eine neue, in wirklich marxistischem Sinne revolutionäre, internationale Bewegung des Proletariats freizumachen.

•

Lenin selbst bestimmte die Bedeutung der Dritten Internationale und ihren Platz in der Geschichte folgenderweise:

„Die Erste Internationale legte das Fundament des internationalen Proletariats für den Sozialismus.

Die Zweite Internationale war die Epoche der Vorbereitung des Bodens für eine weite Massenausbreitung der Bewegung in einer Reihe von Ländern.

Die Dritte Internationale übernahm die Früchte der Arbeiten der Zweiten, amputierte ihre opportunistischen, sozialchauvinistischen, bourgeoisen und kleinbourgeoisen Auswüchse und begann, die Diktatur des Proletariats zu verwirklichen.

Der internationale Bund der Parteien, die die am meisten revolutionäre Bewegung der Welt, die Bewegung des Proletariats zum Sturze des Joches des Kapitals, leiten, hat jetzt eine besondere, was ihre Festigkeit anbetrifft, noch nicht dagewesene Basis unter sich...

Die weltgeschichtliche Bedeutung der Dritten Kommunistischen Internationale besteht darin, daß sie begann, die große Losung Marx' im Leben zu verwirklichen, die Losung, die der jahrhundertelangen Entwicklung des Sozialismus und der Arbeiterbewegung die Bilanz zieht, die Losung, die in dem Begriff: Diktatur des Proletariats ihren Ausdruck findet.

Dieser geniale Vorausblick, diese geniale Theorie wird Wirklichkeit.

Diese lateinischen Worte sind jetzt in allen Volkssprachen des zeitgenössischen Europa, ja mehr noch, in alle Sprachen der Welt übersetzt.

Eine neue Epoche der Weltgeschichte hat begonnen. Die Menschheit wirft die letzte Form der Sklaverei von sich: die kapitalistische oder ‚Lohnsklaverei'*)."

•

Niemals hat Lenin jene Verdienste vergessen, die die II. Internationale in der Vergangenheit erworben hatte. In der Hitze der Polemik mit den Anhängern der II. Internationale schrieb Lenin in einem speziell dem heutigen Ministerpräsidenten der englischen — mit Verlaub — Arbeiterregierung, Macdonald, gewidmeten Artikel:

„Wenn man sagt: Die Zweite Internationale hat nach einem schmählichen Zusammenbruch ihren Tod gefunden, so muß das verstanden sein.

Das bedeutet: Opportunismus, Reformismus, kleinbürgerlicher Sozialismus haben Schiffbruch erlitten und sind tot. Denn die Zweite Internationale hat ein historisches Verdienst, hat bleibende Errungenschaften, die ein klassenbewußter Arbeiter nie leugnen wird, nämlich: Organisation der Arbeitermassen, Schaffung genossenschaftlicher, gewerkschaftlicher und politischer Massenorganisationen, Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus wie überhaupt aller Einrichtungen der bürgerlichen Demokratie u. a. m."

Die Zweite Internationale war nach einem bekannten Ausdruck Kautskys „ein Instrument für Friedenszeiten". Die Dritte Internationale ist im Gegenteil in der Sturmflut des Krieges, zur Zeit des ersten imperialistischen Weltkrieges, entstanden, und ihre Taktik hat sie in der Weise verfaßt, daß sie imstande sei, den Kampf des internationalen Proletariats nicht nur unter den Verhältnissen der friedlichen Propaganda zu führen, sondern gerade in der Sturmperiode der Bürgerkriege, die die imperialistischen Kriege ablösen.

Die Komintern begeht das erste Fünfjahrjubiläum ihres Bestehens als eine mehr oder minder ausgestaltete Organisation. Aber ihr Entstehen beginnt nicht im Jahre 1919, sondern eigentlich schon im Jahre 1914. Es ist bekannt, daß das ZK. unserer Partei, und vor allem Genosse Lenin schon im Jahre 1914, als auf den Schlachtfeldern des imperialistischen Krieges die ersten Schüsse fielen, die Parole der Gründung der Dritten Internationale herausgab. Mit einem gewissen Recht kann das Jahrfünft 1914—1919 die intrauterale Periode der Komintern genannt werden. Während dieser fünf Jahre haben sich die ersten Gruppen der kommunistischen Gesinnungsgenossen versammelt. Zur Zeit der Zimmerwalder Konferenz wurde die Zimmerwalder Linke gegründet, die erste Organisationszelle der kuntigen Kommunistischen Internationale. Endlich brach die große proletarische Revolution in unser Land herein. Als im Mai 1918 die Partei der Bolschewiki in Rußland, die damals schon die Staatsmacht in Händen hatte, beschloß, sich in Kommunistische Partei Rußlands umzubenennen, und als einige Monate nachher der deutsche Spartakusbund, der schon auf eine ziemlich ruhmvolle Vergangenheit zurückblicken konnte, gleichfalls den Namen Kommunistische Partei Deutschlands annahm, leuchtete es jedem Revolutionär ein, daß damit die Dritte Internationale geboren wurde.

Wir müssen uns gestehen, daß wir bei der Gründung der Kommunistischen Internationale alle auf ein viel schnelleres Tempo der internationalen Revolution gehofft haben, als es in Wirklichkeit gekommen ist. Es gab ja eine Zeit, zum Beispiel kurz vor dem Brester Frieden, wo in Wien und Berlin die ersten großen Arbeiterstreiks begonnen hatten, und wo alle den uns unvermeidlich erscheinenden Beginn entscheidender revolutionärer Schlachten in europäischem Umfange buchstäblich stündlich erwarteten. Die sturmisch revolutionäre Unzufriedenheit breitester proletarischer Massen in einer ganzen Reihe von Ländern zu Ende des imperialistischen Krieges gab uns die Hoffnung auf eine äußerst schnelle Entwicklung der Ereignisse. Vergessen wir nicht, daß nicht nur in jenen Ländern, die an dem Kriege unmittelbar beteiligt waren, sondern auch in solchen neutralen und reichen bürgerlichen Ländern, wie der Schweiz oder sogar Holland, die Bildung von Räten bereits in Angriff genommen war, und ein solcher Mensch wie Troelstra, einer der größten Führer der Zweiten Internationale und der Hauptführer der opportunistischen holländischen sozialdemokratischen Partei, anerkennen mußte, daß die Arbeiter in Holland die Macht hätten ergreifen können.

Am Tage nach dem Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale haben wir geschrieben:

„Jetzt, wo wir diese Zeilen niederschreiben, hat die Dritte Internationale als ihre Hauptbasis bereits drei Sowjetrepubliken: in Rußland, in Ungarn und in Bayern. Aber niemand wird sich wundern, wenn zur Zeit, wo diese Zeilen im Druck erscheinen, wir bereits nicht drei, sondern sechs oder eine größere Anzahl von Sowjetrepubliken haben werden. In tollem Tempo saust das alte Europa der proletarischen Revolution entgegen . . ."**)

„Mehrere Sowjetrepubliken, die in internationalem Maßstabe die Diktatur des Proletariats im Leben verkörpern — das ist die Basis der Kommunistischen Internationale."***)

„Sieht man die Dritte Internationale, so muß man staunen über die Schnelligkeit, mit der die Dritte Internationale, von Sieg zu Sieg schreitend, sich ausgebreitet hat,"

sagte Lenin in seiner Rede am 1. Jahrestag der Dritten Internationale.

Aber nicht nur wir, sondern auch unsere schlimmsten Gegner waren zu jener Zeit davon überzeugt, daß die soziale Revolution sich in internationalem Maßstabe in wildem Galopp entwickeln werde. Anfang 1919 veröffentlichte Kautsky sein „Aktionsprogramm". Dieses Programm begann mit den Worten:

„Am 9. November 1918 hat das deutsche Proletariat die politische Macht erobert."

Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, der „Vorwärts" vom 24. April 1919, brachte einen bemerkenswerten Artikel unter dem Titel „Videant consules". In diesem Artikel hieß es:

„Will man das deutsche Volk noch vor dem russischen Rätesystem, „Alle Macht den Räten", bewahren, so gebe man ein klares vernünftiges Rätesystem, das als Zweite Kammer neben der Nationalversammlung tagt und in allen Fragen das Interesse des Proletariats vertritt . . . Hierdurch würde nicht nur ein Gleichgewicht hergestellt, sondern vielleicht sogar (sogar!) ein Übergewicht der bürgerlichen Parteien erzielt."

Am auffallendsten ist, daß dieser Artikel nicht der Feder irgendeines deutschen Sozialdemokraten entsprang; sein

*) Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale", Nr. 1 vom Jahre 1919. Lenin: Die Dritte Internationale, ihr Platz in der Geschichte.

*) „Die Kommunistische Internationale" Nr. 1, 1919. Sinowjew, Die Perspektiven der proletarischen Revolution.

**) „Die Kommunistische Internationale" Nr. 1, 1919. Lenin: Die Dritte Internationale, ihr Platz in der Geschichte.

Verfasser war der Freiherr Karl Schenk zu Schweinsberg. Selbst einige Vertreter der deutschen Bourgeoisie suchten die Rettung vor der proletarischen Revolution darin, daß sie versuchten, die Räte mit der Nationalversammlung im Einklang zu bringen. Und die Fraktion der USP. auf dem Zweiten Deutschen Rätekongreß, der ungefähr zu derselben Zeit stattgefunden hatte, schlug eine Resolution vor, in der feierlich erklärt wurde:

„Der II. Rätekongreß stellt sich auf den Boden des Rätesystems. Demgemäß soll die politische und wirtschaftliche Einrichtung Deutschlands auf der Organisation der Räte basieren. Die Räte der Arbeiterdeputierten sind die berufene Vertretung der werktätigen Bevölkerung auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Leben." („Freiheit" vom 13. April 1919.)

Ja, die objektiven Voraussetzungen für die schnellste Entwicklung der proletarischen Revolution waren in den Jahren 1918 bis 1920, das heißt in den ersten Jahren des Bestehens der Kommunistischen Internationale zweifelsohne vorhanden. Die Bourgeoisie der wichtigsten Länder Europas war in voller Desorganisation begriffen. — Ein bedeutender Teil der Arbeiter war bewaffnet. Die wirtschaftliche Lage trieb die breitesten Kreise der Arbeiter zum entscheidenden Kampfe. Ohne das gegenrevolutionäre Spiel der Sozialdemokraten wäre der Sieg in einer Reihe von Ländern zweifelsohne möglich gewesen. Als Genosse Lenin die Bilanz des ersten Jahres der Tätigkeit der Komintern zog, sagte er folgendes:

„Wenn die Internationale (es wird die Zweite Internationale gemeint. G. S.) sich nicht in der Hand von Verrätern befunden hätte, die die Bourgeoisie im kritischen Augenblick gerettet haben, dann hätte es viele Chancen dafür gegeben, daß in vielen kriegführenden Ländern unmittelbar mit Kriegsschluß, sowie in einigen neutralen Ländern, wo das Volk in Waffen stand, die Revolution rasch hätte erfolgen können und dann wäre der Ausgang ein anderer gewesen*)."

Unter dem frischen Eindruck des damaligen ungeheuerlichen Verrates der Sozialdemokratie schrieben wir im Artikel „Die Sozialdemokratie als Werkzeug der Reaktion":

„Je stärker die offizielle Sozialdemokratie in einem Lande ist, umso schlimmer steht es mit der Sache des Proletariats. Das kann man jetzt schon für ein vollkommen feststehendes Axiom halten. Unter sonst gleichen Umständen ist das zweifellos so."

Die Zweite Internationale war noch so stark, um auf eine Zeit die internationale Bourgeoisie retten zu können.

„1907 hatte die deutsche Regierung den verstorbenen Harry Quelch aus Stuttgart ausgewiesen, weil er eine Sitzung der europäischen Diplomaten als „Gesellschaft von Dieben", bezeichnet hatte. Die Führer der Berner „Internationale" sind nicht nur eine Gesellschaft von Dieben, sie sind eine Gesellschaft von gemeinen Mördern. Sie werden dem Gericht der revolutionären Arbeiter nicht entgehen**)."

So richtig schrieb Genosse Lenin über die Führer der Zweiten Internationale im Juli 1919, wo es sich bereits mit voller Klarheit herauszustellen begann, daß die Bourgeoisie nunmehr nur noch von der internationalen Sozialdemokratie gerettet werden kann.

Der häufigste Einwand der Herren Sozialdemokraten gegen die Kommunistische Internationale besteht in einem Hinweis darauf, daß die von uns erwartete rasche Entwicklung der proletarischen Revolution in internationalem Umfange nicht eingetroffen ist. „Wo ist denn Eure internationale Revolution?" — fragen diese „Führer", indem sie sich vor Schadenfreude die Hände reiben. Zuerst helfen sie selbst der Bourgeoisie die vorgeschobenen Truppen der Arbeiter zu zerschlagen und dadurch die Revolution eine Zeit lang hinauszuschieben und dann fragen sie: „Wo ist denn Eure internationale Revolution?!" Sie benehmen sich ebenso wie jene Streikbrecher, die sich den Kapitalisten verkauft haben und zuerst den Streik brechen und dann sich über jene Arbeiter lustig machen, die im Streik treu ausgeharrt haben: „Warum streikt Ihr denn nicht länger? Viel hat Euch Euer Streik geholfen!?" Sie benehmen sich wie ein Räuber, der seinem Opfer den Mund verstopft und dann höhnisch fragt: „Warum schreist du denn nicht?"

Vom Gesichtspunkte unserer Hoffnungen und unserer subjektiven Ungeduld — der gerechten Ungeduld der Revolutionäre — hat sich die internationale proletarische Revolution während der ersten fünf Jahre des Bestehens der Komintern nicht schnell genug entwickelt. Aber die objektiven Voraussetzungen für die Entwicklung der Revolution fahren fort zu wirken. Wenn wir den internationalen proletarischen Kampf, wie er in den Jahren 1919 bis 1924 geführt wurde, mit den vorhergehenden Jahren, deren „normalen" Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung in der Periode der Zweiten Internationale, vergleichen, so erscheint uns eigentlich das jetzige Tempo trotz allem als eine rasende Geschwindigkeit. Irgendein kleiner Generalstreik in Belgien wegen der Frage des allgemeinen Wahlrechtes wurde in der vorhergehenden Friedensperiode der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung als ein riesengroßes Ereignis betrachtet. Das vergangene erst Jahrfünft der Komintern ist aber erfüllt von großartigen Kämpfen unvergleichlich größeren Umfanges.

„Und sie bewegt sich doch!..."

Der erste imperialistische Weltkrieg hat die Kommunistische Internationale ins Leben gerufen. Die Komintern konnte die internationale Bourgeoisie noch nicht im offenen Kampfe aufs Haupt schlagen. Aber sie ist bereits zu einer genügend beachtenswerten Kraft geworden, um die internationale Bourgeoisie zu zwingen, daß sie es gut überlegen möge, bevor sie einen zweiten imperialistischen Krieg beginnt. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß wir in jedem Lande Dutzende von Liebknechten haben würden, würde sich die Bourgeoisie zu einem neuen Kriege entschließen. Die Arbeit der Kommunistischen Internationale während der ersten fünf Jahre hat erreicht, daß wir im Falle eines neuen imperialistischen Krieges über solide Kaders von Kämpfern, die der Sache der internationalen Revolution rückhaltlos ergeben sind, verfügen würden, die zweifelsohne nicht nur die kommunistischen Arbeiter, sondern auch bedeutende Schichten der parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter mit sich reißen würden.

Ein neuer imperialistischer Krieg würde zweifelsohne das Signal zur internationalen Revolution in unmittelbarem Sinne des Wortes sein, wenn auch nicht am ersten Anfang eines solchen Krieges, so doch jedenfalls im Laufe des Krieges oder unmittelbar nach seinem Ende.

Die Kommunistische Internationale hat keine internationale Revolution „gemacht", sagt man uns. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die ein Sechstel des Erdballs umfaßt, ist sie denn nicht ein Stück, und zwar ein recht ansehnliches Stück der internationalen Revolution? War denn nicht der heldenhafte Kampf der einzelnen Truppen des internationalen Proletariats unter der Führung der Komintern eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß die Sowjetmacht in Rußland zum Ziel gelangte und jetzt felsenfest steht? Das französische Regierungsblatt „Le Temps" (Nr. 21.047) schreibt in einem Redaktionsartikel unter dem Titel „Der Schutz des Friedens" folgende Worte:

„Der Völkerbund und die Regierung der Bolschewiki sind zwei Institutionen, die auf der Welt nicht zusammen bestehen konnte. Wollt Ihr einen dauernden Frieden? So nehmt Petrograd."

Erlaubt mir, zu behaupten, daß heute nach fünfjährigem Bestehen der Komintern mit Sowjetrußland niemand mehr so zu sprechen gedenkt. Und wenn dem so ist, so hat daran auch die Komintern ein großes Verdienst.

•

Langsamer, als wir erwarteten, ging und geht vorläufig die Entwicklung der internationalen proletarischen Revolution vor sich. Langsamer geht auch die Liquidierung der II. Internationale vor sich. Langsamer auch die Geburt der Kommunistischen Parteien, ihre endgültige Stellung als Kampftruppen der proletarischen Vorhut des internationalen Kommunismus. In seiner Rede zum ersten Jahrestag der Kommunistischen Internationale sagte Genosse Lenin:

„Wenn man die Sachlage in Erwägung zieht, so kann man sagen, daß die II. Internationale tot ist, und daß die Arbeitermassen in Deutschland, England und Frankreich auf die Seite der Kommunisten übergehen..."

In seinem gegen Macdonald gerichteten Artikel schreibt Genosse Lenin am 14. Juli 1919:

„Die Massen der Proletarier und Halbproletarier stehen hinter uns und gehen täglich, nein, stündlich zu uns über. Die Berner Internationale ist ein Stab ohne Herr, die wie ein Kartenhaus zusammenbrechen wird, sobald wir sie vor den Massen restlos enthüllt haben werden."

*) Die „K. I." Nr. 10 vom Jahre 1920. Lenin: Die III. Internationale.

**) „Die K. I." Nr. 4/5 vom Jahre 1919. Lenin: Die Aufgaben der Dritten Internationale.

Im großen und ganzen ist diese Einschätzung auch heute am fünften Jahrestage der Komintern richtig, aber nur im großen und ganzen. In bezug auf die Fristen und auf die Geschwindigkeit ist ein ernster Vorbehalt nötig. Die II. Internationale ist tot. Das ist richtig, wenn man sie an Hand der früheren Kriterien betrachtet. Wenn man diese Internationale als eine internationale revolutionäre Arbeiterorganisation betrachtet, so existiert die II. Internationale als ein Faktor der internationalen Revolution nicht mehr, als ein Faktor der internationalen Gegenrevolution hat sie leider noch eine ernste Bedeutung. In der historischen Perspektive hat die Komintern die II. Internationale getötet, aber noch nicht weggeräumt.

Gibt es denn eine II. (heute Londoner „Sozialistische" „Arbeiter-") Internationale als eine echte internationale Vereinigung revolutionärer Arbeiter? Natürlich gibt es eine solche nicht. Aber es handelt sich gerade darum, daß die Führer der II. Internationale eine solche internationale Vereinigung der revolutionären Arbeiter auch gar nicht brauchen. Die Rolle der Führer der gegenwärtigen II. Internationale ist nur die Rolle einer einfachen Agentur des internationalen Kapitals inmitten der Arbeiterklasse zur Bremsung der internationalen Revolution, zur Demoralisierung und Zersetzung der Reihen des internationalen Proletariats. Zur Erfüllung dieser Aufgabe brauchen die Führer der II. Internationale auch gar keine zentralisierte und gesch'ossene internationale Organisation. Zur Erfüllung dieser Aufgabe genügt vollkommen eine Organisation, wie heute die II. Internationale und ihr Verbündeter, die Amsterdamer Internationale, eine ist.

Das Licht der II. Internationale ist heute fast gar nichts anderes als das reflektierte Licht der Bourgeoisie. Dort und dann, wo und wann die Aktien der Bourgeoisie günstig stehen, hat auch die II. Internationale festen Boden unter den Füßen. Hingegen dort, wo die Herrschaft der Bourgeoisie ins Schwanken gerät, schwankt auch der Boden unter den Füßen der II. Internationale. Die beste Illustration bildet in dieser Beziehung Deutschland. A's im Herbst 1923 der Boden unter der bürgerlichen Herrschaft zu schwanken begann, konnte jedermann klar beobachten, daß es zugleich auch mit der deutschen Sozialdemokratie schnell abwärts ging. Und sobald jetzt, Anfang 1924, die Lage der deutschen Bourgeoisie sich einigermaßen gebessert hatte, die Mark „stabilisiert" wurde usw., begann sich auch die deutsche Sozialdemokratie wieder aufzurichten, zu „stabilisieren". All dies natürlich nur auf eine kurze Zeit. Die deutsche Bourgeoisie wie auch die deutsche Sozialdemokratie atmen jetzt nur mit Hilfe eines Sauerstoffapparats. Es ist aber keine ernste Sache und geht nicht auf die Dauer. Aber der enge Zusammenhang zwischen dem Schicksal der ans Ende ihrer Herrschaft gelangten Bourgeoisie und der die letzten Jahre ihres Einflusses durchlebenden Sozialdemokratie wird so klar wie möglich illustriert.

(Fortsetzung folgt.)

Politik

Die Krankheit des Franken.

Die Wirkung auf die Außenpolitik Frankreichs.

Von Jacques Sadoul.

** Es wurde von uns dargelegt, wie der katastrophale Sturz des Franken Poincarés Stellung überaus geschwächt hat*). Sein Ansehen wird dadurch zugrunde gerichtet. Nicht nur die Festigkeit, sondern sogar die Existenz seines Ministeriums ist in Frage gestellt. Was die Innenpolitik Frankreichs betrifft, so vereinigt der Frankensturz die ganze Opposition der Linken gegen Poincaré. Der Ministerpräsident sieht sich infolgedessen genötigt, sein Schicksal mit dem des Nationalen Blocks zu verknüpfen und sich Millerand zu nähern. Was die Außenpolitik betrifft, muß er sich zu sofortigen Zugeständnissen herbeilassen.

Tatsächlich ist es zur Rettung des Franken — und zur Rettung Poincarés — nicht genug, im Parlament finanzielle Reformen durchzusetzen, die es ermöglichen, in mehr oder weniger ehrlicher Weise und in näherer oder fernerer Zeit das Gleichgewicht des Budgets herzustellen. Zur Beruhigung der internationalen Frankenbesitzer ist es überdies notwendig, eine geschmeidigere französische Außenpolitik zu betreiben und zu einem Einvernehmen mit England zu gelangen.

*) Siehe Inprekorr Nr. 18, 25 und 29.

Wenn Baldwin an der Macht geblieben wäre, hätte der rachsüchtige Curzon die schwierige Lage Poincarés dazu mißbraucht, ihn peinlichen Demütigungen auszusetzen. Aber Poincaré hat von dem edlen Marquis nichts mehr zu befürchten. Er hat den Streit mit dem Arbeiterführer Macdonald auszufechten, der seit seiner Übernahme der Geschäfte sofort deutliche Zeichen seiner Mäßigung und Weisheit vor der Bourgeoisie seines Landes an den Tag legen wollte, und so wieder einmal mit größter Eilfertigkeit bewiesen hat, daß ein Sozialist als Minister keineswegs ein sozialistischer Minister ist.

Die diplomatischen Ständchen, die Poincaré und Macdonald einander dargebracht haben, zeigen, daß man auf beiden Seiten des Kanals de la Manche zugibt, daß erstens die Reparationsfrage die ganze europäische Politik beherrscht und ohne Verzug geregelt werden muß, daß zweitens die rasche Regelung des Reparationsproblems für England ebenso notwendig ist wie für Frankreich, daß sie drittens nicht ohne ein provisorisches Zusammenarbeiten der beiden Großmächte des Westens erfolgen kann und daß viertens diese Kooperation gegenseitige Zugeständnisse erfordert.

Auf beiden Seiten hat man sich nun zu Konzessionen bereit erklärt. Macdonald hat sich bisher begnügt, formale Konzessionen zu machen. Er hat dem Krieg der Nadelstiche, der dem Lord Curzon so teuer war, ein Ende gemacht. Er bezeugt seinen Willen, mit Frankreich freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Poincaré hat aber, von den bloß formalen Konzessionen abgesehen, bereits ernsthafte sachliche Zugeständnisse machen müssen. Er hat in zwei Fragen, die zwar von sekundärer Wichtigkeit sind, in denen sich aber die Eigenliebe der beiden Regierungen sehr stark festgelegt hatte, nämlich in der Frage des Palatinats und in der Frage der Eisenbahnen des Gebiets von Köln Lösungen vorgeschlagen, die ein lebhaftes und überraschendes Bestreben nach friedlicher Verständigung mit England bezeugen.

Aber es ist ganz klar, daß sich Macdonald und Poincaré unter Beibehaltung einer großen „Herzlichkeit" des Tons und unter Vermeidung jedes Konfliktstoffes und Anlasses, der zum Bruche führen könnte, vor den Wahlen in die französische Kammer in den wesentlichen Fragen nicht ernstlich festlegen werden.

Macdonald muß es vermeiden, gegen Frankreich Attacken zu reiten, die das französische Nationalgefühl auf das äußerste reizen, der Poincaré-Politik neue Kräfte einflößen und infolgedessen den Wahlsieg des Blocks der Linken in Frage stellen könnten, während doch die englische Arbeiterregierung diesen Wahlsieg braucht, um ihre europäische Politik durchführen zu können.

Poincaré muß es seinerseits vermeiden, sich den Anklagen des Imperialismus, die von seiten der oppositionellen Linken gegen ihn erhoben werden, preiszugeben. Eine intransigente Haltung gegenüber England würde solche Anklagen rechtfertigen und dem Spiel seiner politischen Gegner Vorschub leisten.

Man kann daher voraussagen, daß die beiden Regierungen bis zum Mai den wichtigsten Gegenständen der Auseinandersetzung sorgsam aus dem Wege gehen werden, und daß sie sich mit einem Wort anstrengen werden, Zeit zu gewinnen, wobei allerdings Poincaré in unverhältnismäßig stärkerem Maße als Macdonald Zeugnisse seines „versöhnlichen Geistes" erbringen müssen wird.

Die andauernde Krankheit des Franken hat tatsächlich in Frankreich und insbesondere in den parlamentarischen Kreisen eine tiefe Mißstimmung hervorgerufen. Um diese zu beseitigen, muß Poincaré zeigen, daß er gewillt und befähigt ist, Frankreich von einer immer gefährlicher werdenden Isolierung zu retten und also eine Politik des Einvernehmens mit England zu bewerkstelligen. Der Ministerpräsident bemüht sich auch wirklich, diesen Eindruck zu erwecken.

Unter den zahlreichen „inspirierten" Artikeln, deren Aufgabe es ist, die öffentliche Meinung Frankreichs und aller Länder zu beruhigen und zu überzeugen, ist der im „Matin" vom 11. Februar erschienene, von Sauerwein gezeichnete Artikel besonders aufsehenerregend.

Seitdem Macdonald zur Macht gekommen war, hatte ihn der „Matin" ununterbrochen mit Sarkasmen und Beschimpfungen bedacht. Da plötzlich konstatiert dieselbe Zeitung, daß die englische Arbeiterregierung für Frankreich eine ausgezeichnete Gelegenheit bedeute, um sich mit England ins Einvernehmen zu setzen.

„Es handelt sich darum, zu wissen," schreibt Sauerwein, „ob der Sachverständigenausschuß für die Reparationen ein festes

Programm aufstellen wird, das uns ohne die geringste Preisgabe der französischen Interessen erlaubt, das deutsche Industriegebiet, das wir besetzt halten, nicht mehr von dem übrigen Deutschland zu trennen... Es handelt sich außerdem darum, zu bewahrheiten, ob am Rhein ein ständiges Regime, das die Sicherheit unseres Territoriums verbürgt, an die Stelle der durch die Friedensverträge vorgesehenen zeitweiligen Besetzung aufgerichtet werden kann..."

Diese beiden Sätze werden durch die Opposition — mit dem Ton der Entrüstung durch die clémencistische Opposition, mit dem Ton des Triumphes durch die radikale und sozialistische Opposition — als Beweis dafür angesehen, daß Poincaré ein baldiges Verlassen der Rheinlinie ins Auge faßt. Wenn diese Auslegung richtig wäre, so wäre diese plötzliche Schwenkung Poincarés tatsächlich überraschend. Man hat die unzähligen Reden noch nicht vergessen, in denen er so oft wiederholt, daß mit Rücksicht darauf, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfülle, der Ablauf der Evakuierungsfrist für die Rheingebiete — die durch den Friedensvertrag von Versailles auf 15 Jahre festgesetzt ist — noch gar nicht begonnen habe.

Des weiteren wird in demselben „Matin", der sich noch einige Tage vorher mit Hilfe erschwindelter Ziffern zu beweisen bemüht hat, daß das Ruhrgebiet bereits zahle und bald noch mehr zahlen werde, durch die Feder Sauerweins plötzlich zugestanden, daß die Einnahmen aus dem Ruhr- und Rheingebiet unzureichend sind und daß der Zustand der französischen Finanzen „uns zwingt, bedeutendere und regelmäßigere Zahlungen herbeizuführen".

Sauerwein erklärt, daß die französische Regierung unter diesen Bedingungen zu den andern Mächten sagen könnte, daß, wenn sie die Ruhr- und Rheinbesetzung störe und ihnen bei dem wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Europas von Schaden sei, damit begonnen werden könne, die inneren Zollschranken abzuschwächen und sogar zu beseitigen, unter der Bedingung, daß die Zahlungen an Frankreich durch ein internationales Konsortium garantiert würden.

Endlich macht der „Matin" dieselbe Feststellung, die bereits im Jahr 1920 von Briand gemacht und ihm als Sakrileg angekreidet wurde, nämlich die: „Siebenundzwanzig Mächte haben den Vertrag von Versailles unterfertigt. Keine einzige ist imstande, ihn durchzuführen".

Die Erregung, die durch den Artikel Sauerweins in Frankreich und im Ausland hervorgerufen wurde, war so groß, daß man ihm durch offizielle Communiqués ein halbes Dementi entgegensetzen mußte. Einige Vertraute des Quai d'Orsay protestierten lebhaft gegen den „Matin". Pertinax erklärt nachdrücklich im „Echo de Paris", daß Frankreich im Bewußtsein dessen, daß Deutschland nur dann zahlen werde, wenn es dazu gerötigt und gezwungen wird, nicht daran denkt, eines der Pfänder preiszugeben, die es in seiner Hand hält und die allein die Garantien des Gläubigers bilden.

Es ist sonnenklar, daß Pertinax für den Augenblick recht hat. Aber der Artikel Sauerweins ist dazu bestimmt, ein Licht in die Zukunft zu werfen. Vergessen wir übrigens nicht, daß sich der „Matin" in den letzten Wochen von Poincaré zu entfernen und Millerand zu nähern schien. Aber die Krise des Franken, die Poincaré zum Anschluß an den Nationalen Block gebracht hat, hat ihn auch zugleich provisorisch mit Millerand ausgesöhnt. Man kann daher annehmen, daß der Artikel Sauerweins, wiewohl unter dem direkten Einfluß des Präsidenten der Republik Millerand geschrieben — wofür seine Ungeschicklichkeit und Schwerfälligkeit Zeugnis ablegen — sich nicht im Gegensatz zu den aktuellen Absichten Poincarés befindet.

Kann man nun so weit gehen und sagen, daß sich letzterer darauf vorbereitet auf die Politik des Ministeriums Briand-Loucheur, auf die Politik von Cannes zurückzugreifen? Dies zu behaupten wäre verfrüht. Übrigens liegt zwischen der Periode von Cannes und der gegenwärtigen Periode die Ruhrbesetzung; diese dauert noch fort, und ihre politischen und ökonomischen Rückwirkungen haben die allgemeine Situation verändert.

Der von Sauerwein entworfene Plan bereitet offenbar die Rückkehr zu einer Politik vor, die der von Lloyd George und Briand im Januar 1921 verkündigten Politik gleichartig ist, mit dem wichtigen Unterschied allerdings, daß sich Frankreich in Cannes mit leeren Händen einfand, während es gegenwärtig ein gewaltiges Pfand festhält, das Ruhrgebiet, dessen Besitz ihm gestattet, mit viel größerer Kaltblütigkeit an den Diskussionen einer interalliierten oder sogar internationalen Konferenz teilzunehmen als ehemals und eine viel wirksamere Pression auf die Beschlüsse dieser Konferenz auszuüben.

Man kann aus dem Artikel des „Matin" und entsprechenden Artikeln der übrigen französischen Presse, die in den letzten Tagen veröffentlicht wurden, ungefähr folgendes Programm entnehmen:

Frankreich wäre bereit, den besetzten Gebieten ihre industrielle und kommerzielle Freiheit wiederzugeben. Es wäre bereit, auf das wirtschaftliche System, das es in diesen Gebieten aufgerichtet hat, zu verzichten und sich zwecks Sicherung der Reparationszahlungen mit einem internationalen Übereinkommen, das die entsprechenden Anleihebedingungen vorsieht, zufriedenzugeben.

Frankreich würde immerhin zur Gewährleistung seiner Sicherheit auf der Aufrechterhaltung der militärischen Kontrolle des Ruhr- und Rheingebietes bestehen.

Endlich würde Frankreich ein französisch-deutsches Handelsabkommen vorbereiten, das aber nur nach Erzielung eines Einverständnisses mit England unterzeichnet und die englischen Interessen berücksichtigen würde, wobei dennoch auch kraft des Einverständnisses mit England das industrielle Übergewicht des Comité des Forges in den gegenwärtig besetzten Gebieten zweifellos aufrecht bleiben wird.

Es muß betont werden, daß dieser Plan, der von einem starken Bestreben nach Versöhnung und Liquidation der Krise inspiriert zu sein scheint, noch überaus verschwommen und unklar ist, daß er nicht offiziell vertreten wird, und daß er gewiß in der gegenwärtigen französischen Währungskrise und am Vorabend der Wahlen eines der zahlreichen Mittel darstellt, die zur Wiederherstellung des Prestiges der Regierung und zur Beschwichtigung der Angriffe, die im Auslande gegen den finanziellen Kredit Frankreichs gerichtet werden, ins Werk gesetzt werden.

Dieser Plan verrät zweifellos nicht die Gedanken der Regierung. Er greift gewiß ihren augenblicklichen Absichten vor und übertreibt dieselben. Er ermöglicht es, bereits jetzt, vorauszusehen, welches die Politik der Regierung sein wird, die aus den Wahlen im Mai hervorgehen wird. Diese Politik wird darnach trachten, das hauptsächlichste Verlangen der englischen Regierung nach einer möglichst baldigen und möglichst vollständigen Räumung des Ruhrgebietes einigermaßen zu befriedigen. Sie wird in Form einer spontan oder fast spontan erfolgten halben Räumung des Ruhrgebietes darnach trachten, Frankreich die Möglichkeit zu geben, sich den Schlußfolgerungen der Experten anzuschließen, ohne den Anschein zu erwecken, in demütigender Art kapitulieren zu müssen.

Gegenwärtig muß das System der Beschlagnahme und Pression, das im Januar 1923 am Rhein errichtet worden ist, aufrechterhalten werden, ja es ist sogar wahrscheinlich, daß es bald wieder mit neuer Wucht zur Anwendung gebracht werden wird.

Poincaré weiß in der Tat sehr gut, daß die Verträge zwischen den deutschen Industriellen und der MICUM. am 15. April ablaufen. Die Deutschen werden in der Absicht, Poincarés schwierige Situation — er wird sich gerade in vollem Wahlkampf befinden — noch schwieriger gestalten, die Erneuerung der Verträge ablehnen — und sowohl die Zahlung der Steuern als auch die Lieferung der Kohle unterbrechen. Um ihren Widerstand zu brechen, wird dann Poincaré zu neuen Gewaltmaßnahmen, Beschlagnahmen, Repressalien und Sanktionen greifen.

Arbeiterbewegung

Nach dem Streik der deutschen Seeleute in den britischen Häfen.

Von Wendelin Thomas.

** Der letzte Streik der deutschen Seeleute ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung ein Kapitel für sich. Die Seeleute galten bisher schon immer für eine der schlechtest bezahlten Arbeiterkategorien, so zum Beispiel hat ein Matrose auf einem deutschen Schiff nach der deutschen Musterrolle ein Monatseinkommen von 58 Mark bei zwölfstündiger Arbeitszeit. Diese Entlohnung dürfte wohl einzig dastehen bei allen schiffahrttreibenden Nationen. Wenn man dabei berücksichtigt, daß die Frachten auf deutschen Schiffen keineswegs geringer sind als auf Schiffen anderer Nationalität, ja, sich meistens nicht unerheblich höher stellen, daß also der Einwand: billige Frachten bedingen billige Heuern keine Anwendung finden kann, dann kann man ermessen, wie hoch die deutschen Reeder die Existenz-

berechtigung ihrer Seeleute einschätzen. Daß bei solcher „Achtung" vor der Existenzberechtigung der Seeleute mit den Reedern ein gütlich-schiedliches Verfahren zwecks Besserstellung der Seeleute von vornherein unmöglich war, liegt auf der Hand. Die Seeleute entschlossen sich deshalb zu dem ihnen verfassungsmäßig garantierten Recht des Streiks zur Erzwingung besserer Arbeits- und Lebensverhältnisse.

Die besonderen politischen Verhältnisse in Deutschland, und zwar die Militärdiktatur und das Ermächtigungsgesetz, machten es zunächst unmöglich, überhaupt zu streiken, weil auf Grund des Ermächtigungsgesetzes und des berühmten Artikels 48 der Verfassung das Streiken in lebenswichtigen Betrieben verboten wurde. Die Seeleute entschlossen sich aus mehreren Gründen für einen Streik in England.

Die ersten Mannschaften traten bereits Mitte Dezember in den Streik; aber erst im Laufe des Monats Januar erreichte der Streik seinen Höhepunkt. Die Organisierung des Streiks oblag dem britischen Seemannsbund, Amsterdamer Couleur (NSFU.). Er hat sich mit allen Mitteln für seine erfolgreiche Durchführung eingesetzt. Die Gründe hierfür sind interessant genug, festgehalten zu werden. Der Präsident der NSFU., Havelok Wilson, äußerte nämlich in einer Sitzung der Vertreter aller in Frage kommenden Organisationen, daß der Streik bezwecke, den deutschen Seeleuten eine angemessene Heuer zu erkämpfen und die Möglichkeit der Schleuderkonkurrenz der deutschen Reeder den englischen gegenüber zu beseitigen. Es war deshalb nicht zu verwundern, daß der Streik der deutschen Seeleute auch außerhalb der englischen Arbeiter Sympathien fand und daß die englische Regierung die vereinzelt vorgekommenen Versuche der von den deutschen Kapitänen aufgehetzten englischen Polizei, gegen streikende Seeleute einzuschreiten, sofort unterband.

Der Streik ist trotzdem verloren gegangen. Er mußte verloren gehen, weil erstens einmal die Solidarität der Kapitalisten untereinander noch immer größer und stärker ist als die Solidarität des internationalen Proletariats, und weil zweitens die Seeleute — eine anscheinend unheilbare Krankheit der Proletarier überhaupt — gutgläubig auf die Versprechungen der deutschen Reeder hineingefallen sind. Nachdem der Streik einige Wochen gedauert hatte, stellte sich die englische „Arbeiterregierung" um und verwies die deutschen Seeleute des Landes, und zwar auf Grund des aus der Kriegszeit stammenden Gesetzes, wonach kein Deutscher in England landen dürfe. Dieses Gesetz wurde bisher im allgemeinen sehr loyal gehandhabt; es hatte nur mehr formellen, keinen tatsächlichen Wert mehr. Erst die Regierung Macdonald hat es ausgerechnet wieder gegen Proletarier zur Geltung gebracht.

Den Seeleuten war von der deutschen Botschaft zugesagt, daß sie keinerlei gesetzliche Weiterungen für ihre Arbeitsverweigerung nach ihrer Rückkehr in die Heimatshäfen zu erwarten hätten. Mit dieser Versprechung auf der einen Seite und durch die Anwendung des oben erwähnten Gesetzes zur Rückkehr gezwungen, brachen die Seeleute den Streik ab und kehrten zum größten Teil per Schub nach Deutschland zurück. Die bestreikten deutschen Schiffe hatten zum größten Teil, das heißt soweit sie sich auf der Heimreise befanden, England verlassen. Mit Mühe und Not konnten sie einige englische Streikbrecher gewinnen, beziehungsweise sie fuhren mit Steuerleuten und Maschinisten allein nach Deutschland.

Die Behandlung der im Streik gestandenen Seeleute nach ihrer Rückkehr nach Deutschland spottet jeder Beschreibung, das heißt sie lag in der Linie der Behandlung der Proletarier in der Republik der Ebert-Stinnes-Noske. Durch ein Heer von Spitzeln und Schutzpolizisten von den Dampfern abgeholt, wurden sie im Massenverfahren wegen Verstoßes gegen §§ 101 bis 105 der Seemannsordnung (Gehorsamsverweigerung) abgeurteilt, wobei Strafen bis zu 100 Goldmark und bis zu zwei Monaten Gefängnis verhängt wurden. Damit ist die Strafe für die Seeleute in der freiesten Republik der Welt noch nicht erschöpft. Außer dem Allgemeinen Bürgerlichen Strafrecht unterliegt der Seemann auch noch der Seemannsordnung, die eine weitere kriminelle Bestrafung zuläßt und aus der die durch den Streik geschädigten Reeder die Berechtigung zu zivilrechtlichen Forderungen herleiten. In der Praxis hat sich das bei den deutschen Seeleuten so ausgewirkt, daß man ihnen die bis England, das heißt bis zum Streik verdiente Heuer einbehielt, auf vielen Schiffen die Ausrüstung beschlagnahmte und sie bis auf den heutigen Tag noch nicht herausgab und daß die Reeder allen Ernstes daran gehen, auf dem Wege der Zivilklage die Seeleute für den wirtschaftlichen Schaden verantwortlich zu machen. Anscheinend nach dem in der Verfassung sich so wunderbar ausnehmenden Spruch: „Der Besitz verpflichtet!" hat die Hamburg-Amerika-Linie als erste gegen einen Teil der bei ihr bedienstet gewesenen Seeleute die Zivilklage angestrengt und fordert von jedem der Beklagten 500 Goldmark Schadenersatz.

Es ist selbstverständlich in der deutschen demokratischen Republik mit ihren paritätischen Arbeitsnachweisen, daß die am Streik beteiligt gewesenen Seeleute auf fast sämtlichen Heuerbüros zurückgewiesen werden. Die Kontrolle darüber, wer am Streik beteiligt war, ist für die Reeder sehr leicht, denn die Reichsbehörde, die für die Abmusterung der Seeleute in Frage kam, hat, getreu ihrer historischen Rolle, den Lakai der Reeder zu spielen, in die Musterbücher die gesetzlich absolut unzulässigen Vermerke gemacht: „In England gestreikt", „in England desertiert" u. a. m.

Das Verhalten der Reeder gibt dem deutschen Proletariat erneut Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, wie der Dank des Vaterlandes, in diesem Fall des Reederkapitals, aussieht. Vor nunmehr vier Jahren sind den deutschen Reedern Milliardenwerte in den Rachen geworfen worden, um die deutsche Handelsflotte neu aufzubauen. Das den Reedern geschenkte Kapital stammte aus den blutigen Steuergroschen der Arbeiter. Nachdem nun die Reeder mit diesem Geschenk ihre wirtschaftliche Position auf dem Weltfrachtenmarkt wieder gefestigt haben, gehen sie daran, den Dank an die abzustatten, von deren Groschen sie wieder in ihre Position gehoben wurden.

Eine besondere Rolle in diesem Streik spielte wieder die Gewerkschaft. Es ist schon weiter oben erwähnt, daß der NSFU. alle Kraft für seine Organisierung und Durchführung einsetzte. Der deutsche Schiffahrtsbund unterstützte den Streik mit allen Mitteln. Seine Schlagkraft war und ist allerdings heute noch gelähmt, weil der deutsche Regent Seeckt ihn verboten und aufgelöst hat. Der deutsche Verkehrsbund nahm, wie immer, eine zweifelhafte Haltung ein. Sein Vertreter, der mit einem Vertreter des DSB. nach England reiste, konnte unter dem Eindruck, den er dort gewann, sich nur für den Streik erklären. Anders seine Kollegen in Deutschland. Diese hatten bereits im Juni 1923 den vom Schiffahrtsbund ausgerufenen Streik dadurch sabotiert, daß sie offen zum Streikbruch aufforderten. Bei der neuen Aktion konnten sie nicht so deutlich manövrieren. Sie ließen es aber zu der für die Unterstützung des Streiks in England absolut notwendigen Maßnahme nicht kommen, den Streik auch auf deutsche Häfen zu übertragen. Ihr Haupteinwand war, daß ein Streik in Deutschland erfolglos sein würde, obgleich alle Umstände für das Gegenteil sprachen. Hier wäre die Frage ernstlich zu prüfen gewesen, ob der DSB. trotz seiner Illegalität nicht doch von sich aus den Streik auch für die deutschen Häfen hätte ausrufen sollen. Es dürfte wohl unbestritten sein, daß die Seeleute einer solchen Parole in viel größerem Maße Folge geleistet hätten als im Juni vorigen Jahres und daß die eventuellen Streikbruchparolen des DVB. diesem das letzte Prestige genommen hätten, das er noch bei den Seeleuten besitzt.

Mögen die Seeleute aus dem Verhalten der deutschen Reeder und des deutschen Verkehrsbundes die notwendigen Lehren ziehen. Nur im gemeinsamen Kampfe, nicht durch Verhandlungen, die stets die Voraussetzung für die Niederlage des wirtschaftlich Schwächeren sind, wird sich der Seemann bessere Lebensbedingungen erringen, und nur im Kampfe wird er seine Hauptforderung durchzusetzen vermögen, die Beseitigung der mittelalterlichen Seemannsordnung.

Weißer Schrecken

Polnische Behörden morden politische Gefangene!

Von L. Domski (Warschau).

** Die kommunistischen Abgeordneten des polnischen Sejm, Genossen **Krolikowski** und **Lanzutzki**, brachten eine Anfrage ein wegen des bestialischen Mordes, der an der politischen Gefangenen **Olga Lewicka-Bessaraba** in Lemberg begangen wurde.

Olga Bessaraba, Witwe eines während des Weltkrieges an der italienischen Front gefallenen Kriegers, wurde von der Lemberger Polizei am 9. Februar in ihrer Wohnung verhaftet. Wie die Polizei in der bürgerlichen Presse behauptet, war Olga Bessaraba eine Kommunistin und verdächtig, Spionagedienst für einen Nachbarstaat getrieben zu haben. Schon fünf Tage später wurde sie in ihrer Gefängniszelle erhängt aufgefunden. Ein Selbstmord! — behauptet die Polizei. Aber bemerkenswert war schon, daß der

Name der „Selbstmörderin“ in den Zeitungen falsch angegeben wurde (erhängt hat sich angeblich Julia Baraska) und daß man für die Tote noch ein paar Tage lang die ihr von ihren Familienangehörigen geschickten Speisen annahm. Offenbar wollte man verhindern, daß ihre Verwandten zu früh Nachricht von ihrem Tode bekämen und etwa bei der Obduktion ihrer Leiche anwesend sein wollten.

Aber die Obduktion zeigte, daß die „Selbstmörderin“ vor dem Tode grausam gepeinigt wurde. Der ganze Leib war mit blauroten Striemen bedeckt, auch waren auf ihm violette Beulen festzustellen, die der obduzierende Professor vom Leibe abschnitt, um sie seinen Hörern als „seltenes und typisches Präparat“ zu zeigen. Dann wurde die Leiche an einem unbekannten Ort beerdigt.

Als der grauenhafte Mord bekannt wurde, fand die bürgerliche Presse nichts Wichtigeres zu tun, als den Mord zu beschönigen. Sie erklärte, daß die Tote das Verbrechen begangen hat, einer geheimen ukrainischen Studentenorganisation anzugehören, und daß bei ihr übrigens ein stark belastendes Spionagematerial gefunden wurde. Das Lemberger Organ der PPS. reagierte aber auf die empörende Tatsache mit wütendem Schimpfen über die Gefangenenmißhandlung in Sowjetrußland. So hat sich eine Verschwörung des Schweigens um das abscheuliche Verbrechen der Regierungsschergen gebildet.

Glücklicherweise existiert in Lemberg das Organ des Verbandes des Stadt- und Landproletariats — die **„Trybuna Robotnicza“**. Die täglich konfiszierte und verfolgte Zeitung begann eine tapfere Kampagne gegen die amtlichen Mörder. Die Arbeiterklasse Lembergs kam in die höchste Erregung über das bestialische Verbrechen. Die Lemberger Gefängnisse sind nämlich nicht erst seit gestern bekannt als Folterkammern für politische Gefangene. Der „Selbstmord“ der Olga Bessaraba bildet nicht den ersten Todesfall dieser Art in Lemberg. Und überhaupt sind alle Gefängnisse der polnischen Provinz (in der Hauptstadt ist man ein bißchen vorsichtiger) nicht besser als die Lemberger Henkerstuben.

Unsere Genossen in Polen werden alles tun, um die blutige Missetat der polnischen Reaktion der ganzen Arbeiterklasse Polens bekannt zu machen und den mächtigen Protest des Proletariats auszulösen. **Aber auch die Arbeiter der ganzen Welt müssen sich dem Protest gegen das entsetzliche Verbrechen der Diener der „unabhängigen, freien, demokratischen Republik“ der polnischen Bourgeoisie anschließen.**

Aus dem Lager der Gegner.

Drei Nachrufe über Lenin.

Von Karl Radek.

(Schluß.)

II.

** Wenn man die Geschichte der Arbeiterklasse seit dem 17. Jahrhundert, seit der englischen Revolution bis zum heutigen Tage mit kritischem Blick erfaßt, so sieht man, daß sich durch diese ganze Geschichte der Faden des Kampfes der revolutionären und opportunistischen Richtungen hindurchzieht. Im Moment des Sturms und Dranges hat die revolutionäre Richtung die Mehrheit des Proletariats hinter sich. So hatten die Millennarier in der englischen Revolution die Mehrheit des Proletariats hinter sich, die „Wilden“ in der französischen Revolution, die die Pariser Vorstädte gegen die Gironde aufmarschieren ließen, O'Connor und James O'Brian in der chartistischen Bewegung Englands; die organisatorisch schwachen Blanquisten führten im Moment des Aufschwunges von 48 die französischen Arbeiter zum zweitenmal zum Angriff, und immer nach den Niederlagen, als die revolutionären Kräfte erschöpft waren und das revolutionäre Feuer erlischt, gewinnt die Richtung jener Leute die Oberhand, die die Festung der Gegner auf allen Vieren umkriechen wollen. Die Millennarier wurden durch die Quäker, die Blanquisten durch die Proudhonisten abgelöst. Die Männer der „physischen Kraft“, die Revolutionäre in der chartistischen Bewegung, wurden durch die Männer der „moralischen Kraft“, durch die Reformisten und Trade Unionisten abgelöst. Und die revolutionäre Richtung schrumpft zusammen wie eine erkaltete Lavamasse und verwandelt sich entweder in eine kleine Verschwörersekte oder in eine kleine Sekte revolutionärer Propagandisten. Als das Feuer der englischen Revolution nach der Auseinanderjagung des Parlaments erloschen war, zogen die Millennarier, ein kleines Häuflein, mit Waffen in der Hand auf die Straßen Londons und endeten ihr Leben in den Kasematten des Towers. Während Robespierre, nachdem er Leroux, Chaumette und Hébert guillotinieren ließ, selbst unter düsterem Schweigen der Vorstädte und jubelndem Tanz der „Jeunesse dorée“ in den Staub fiel, bereitet Gracchus Babeuf in unterirdischer Konspiration die erste kommunistische Verschwörung vor und bezahlt dafür mit seinem Leben. Nach jeder Niederlage des französischen Proletariats im XIX. Jahrhundert verschwindet in den Katakomben der Kerker Blanquis, der führende Geist der proletarischen Masse. 16 Jahre nach 48 unternimmt Marx, der die Erfahrungen des französischen und des englischen Proletariats in sich vereint, den ersten mutigen Schritt, indem er versucht, in der ersten Internationale die verschiedenartigsten Elemente der praktischen Arbeiterbewegung, von denen nur ein kleiner Teil die Wege der Revolution vor sich sieht, in eine Organisation zusammenzufassen. Von der Niederlage der Pariser Kommune bis zum I. Kongreß der II. Internationale sind 18 Jahre verstrichen. Heute, im siebenten Jahre nach dem Siege der russischen Revolution und nach unzähligen Niederlagen, die die internationale Arbeiterklasse erlitten hatte, ist die englische Bourgeoisie gezwungen, die Sowjetrepubliken anzuerkennen, und die Kommunistische Internationale kämpft in allen Ländern mit immer größerem Erfolg um die Schaffung revolutionärer Parteien, die sich auf die Mehrheit der Arbeiterklasse stützend, versuchen, an neuen Strecken der Front die Politik der Belagerung und die Politik des Angriffsturmes anzuwenden. Eine Rückkehr zum Alten gibt es nicht. Und es ist ein großes historisches Verdienst Lenins, daß er inmitten des Gewehr- und Kanonendonners, aus den Schützengräben, in denen sich die Arbeiterklasse befand, den aufgehenden Stern der neuen historischen Epoche erblickte und die Schritte des Proletariats nach ihm richtete.

Lenin konnte seine historische Aufgabe erfüllen, da sein ganzes Leben ihn dazu vorausbestimmt hatte, um in entscheidenden historischen Augenblicken jene Lehre zu widerlegen, die an seinem Grabe Otto Bauer predigt.

Wenn man die glatten Phrasen Bauers über den Tod Lenins liest, erinnert man sich jener tiefen, zuweilen sogar an den Haß grenzenden theoretischen Verachtung, die Lenin besonders gegenüber Bauer empfand. Herr Bauer behauptet, daß sich für ihn der Unterschied zwischen Robespierre, Danton und Hébert in der historischen Perspektive verliert. Eine kleine Frage an diesen gelehrten Kenner der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Geschichte der Revolutionen: Verliert sich denn in der historischen Perspektive auch der Unterschied zwischen Robespierre und den Girondisten oder der Unterschied zwischen Robespierre und den „Unvernünftigen“? Nein! Die historische Perspektive hebt diesen Unterschied hervor, vergrößert ihn. Die Girondisten bestanden aus jenem Teil der jungen französischen Bourgeoisie, die nach dem ersten Siege über den Feudalismus und den königlichen Absolutismus noch keinen Grund und Boden den Bauern gegeben, die königliche Verwaltung noch nicht zerschlagenn haben, die Revolution aufhalten, das Kompromiß mit der alten Ordnung unterstützen wollten. Hätte denn die französische Revolution gesiegt, wenn Brissot Robespierre und nicht Robespierre Brissot unter die Guillotine geschickt hätte. Und der Unterschied zwischen der besitzenden Kleinbourgeoisie, die mit Robespierre ging und den Arbeitern und Gesellen, die hinter den „Wilden“ standen? Sie konnten nicht siegen, da im Frankreich des 18. Jahrhunderts die Voraussetzungen für die Herrschaft des Proletariats noch nicht vorhanden waren. Wer aber will behaupten, daß der Unterschied zwischen ihnen und Robespierre in der historischen Perspektive verschwindet? Wer will behaupten, daß in der historischen Perspektive der Unterschied zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution verschwindet?

Übertragen wir aber die historische Parallele des Herrn Bauer auf den Kampf unserer Tage. Danton-Bauer und Ebert-Hébert. Man muß nur diese Namen nebeneinander stellen, damit die Gedankennebel und die Gefühlsblumen, mit denen der Wiener Danton das Grab Lenins schmückt, sich in Staub verwandeln. Wir erinnern Sie, Herr Bauer, an das Frühjahr 1919, als die Frage entschieden wurde, ob die soziale Revolution in Mitteleuropa mit sicheren Schritten vorwärts schreite. Die Arbeiterklasse Ungarns hat sich erhoben — vereinigt mit der Arbeiterklasse Österreichs wäre sie imstande gewesen, die Weltrevolution um einen Schritt vorwärts zu treiben. Damals hat Danton-Bauer die Wiener Proletarier nicht zum Kampfe aufgerufen, er gab nicht die Parole heraus: Mut und nochmals Mut! sondern suchte seinen Mut bei den Ententemissionen, flehte um Brot, um imstande zu sein, die Wiener Arbeiter vom Kampfe zurückzuhalten. Und Danton-Bauer stellte sich selbst ein Denkmal der Schande in der Geschichte der österreichischen Revolution, wo er schwarz auf

weiß anerkennt, daß er die österreichischen Arbeiter und die Massen der demobilisierten Soldaten nur mit Mühe zurückzuhalten vermochte. Und sind denn Noske und Ebert jener Robespierre, der, bevor er als Verteidiger der bürgerlichen Revolution gegen die proletarische Revolution die Führer der „Wilden" auf die Guillotine schickte, Ludwig XVI. und Tausende von Vertretern des französischen Feudalismus köpfen ließ. Ebert und Noske halfen Wilhelm ins Ausland zu flüchten, versorgten Ludendorff eigenhändig mit Pässen, sie haben die kaiserlichen Porträts nicht einmal aus den Schulen herausgeworfen, sie stellten sich aber als Vertreter der „sozialistischen" Republik hin, führten weiße Offiziere gegen die Arbeiterviertel aller Städte Deutschlands und ermöglichten den weißen Banditen der deutschen Bourgeoisie den Mord an Rosa Luxemburg, Liebknecht, Jogiches und Leviné. Und den Mördern wurde kein Haar gekrümmt. Im Gedächtnis der künftigen Arbeitergenerationen werden die Bauer und Ebert nicht einmal unter dem Namen von Girondisten erscheinen, sondern in der Tracht jener Schweizer Söldner, die den königlichen Hof gegen das revolutionäre Volk von Paris verteidigten, denen die Schweizer Bourgeoisie in der reaktionärsten Stadt der Schweiz ein Denkmal errichtete.

III.

Lenin hat die soziale Bedeutung und die gesellschaftlichen Quellen des Arbeiteropportunismus nicht sofort begriffen und erkannte nicht sofort in Kautsky von 1903 den Kautsky von 1917. In seinem Kampfe gegen die Menschewiki im Jahre 1905 sieht er zunächst den Kampf zweier Teile, des kämpfenden und des räsonierenden Teiles, aber immerhin zweier Teile derselben Arbeiterklasse. Erst nach der Niederlage der ersten Revolution, nach dem Entstehen des Liquidatorentums erblickt er in ihm das Kleinbürgertum, das die Arbeiterklasse verließ und eine kleine Schicht der qualifizierten Arbeiter mit sich hinüberzog. Im Jahre 1902 gab Lenin auf die Frage Kritschewskis, wo denn in der Arbeiterbewegung der Grund für einen Kampf zwischen der Gironde und der bergpartei liege, wo sogar der äußerste Bernsteinianer auf dem Standpunkt der proletarischen Interessen stehe, die Antwort, daß hinter Bernstein die kleinbürgerliche Intelligenz stehe, die an der Arbeiterbewegung teilnehme. Im Jahre 1908 erweitert Lenin diese kritische Analyse des Opportunismus und weist darauf hin, daß das ständige Hinüberströmen neuer Schichten der proletarisierten Kleinbourgeoisie in die Reihen des Proletariats das Fundament für die opportunistische Richtung bildet. Erst in den letzten Jahren der Vorkriegszeit und während des Krieges wird sich Lenin vollkommen darüber klar, daß sich auf Grund der imperialistischen Entwicklung diese Aristokratie der Arbeiterklasse eine privilegierte Lage sichert, der Klassenfeind sich innerhalb des Proletariats einnistete. Der Opportunismus gestaltet sich nun für ihn als die Politik jenes Teiles der Arbeiterklasse, dessen Interessen innerhalb der bürgerlichen Ordnung befriedigt werden können und der daher die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse zerschlägt. Und erst dann hat Lenin die ganze Gefahr, die der Revolution droht, begriffen. Der Opportunismus ist für ihn nicht nur ein Feind, der in die revolutionäre Festung einzudringen bestrebt ist, sondern ein Feind, der in der Festung sitzt und die revolutionäre Garnison zersetzt. Und Lenin, der vor dem Kriege nie die Parole der Spaltung der Internationale herausgab, gab sie jetzt als Hauptparole heraus, ohne die jede revolutionäre Propaganda zu einem phrasenhaften Betrug an den Arbeitern wird.

Kautsky und Bauer neigen pharisäerhaft ihr Haupt vor Lenin. Die II. Internationale schickt ein sentimentales Telegramm, worin sie erklärt, daß Lenin eine solche Niederträchtigkeit, wie die Oktoberrevolution eine ist, aus Liebe zum Proletariat und nicht aus Liebe zu jenen Kugeln vollbrachte, die ihm als Anerkennung seiner Verdienste die SR., die Mitglieder der II. Internationale in die Brust jagten. Wozu braucht Ihr, Herren, diese Diplomatie? Vandervelde war zehnmal ehrlicher, als er in seinem Organ, dem „Peuple" das Telegramm Adlers nicht abdruckte, das übrigens auch der Berliner „Vorwärts" schamhaft verbarg. Die Führer der belgischen und deutschen Opportunisten haben sich wahrscheinlich an die alte deutsche Sage erinnert, wonach die Wunde des Helden zu bluten beginnt, wenn der Mörder an der Bahre erscheint. Lenin war im Jahre 1905 mit dem revolutionären Kautsky solidarisch, bekämpfte ihn aber als einen Renegaten des Sozialismus seit den ersten Tagen des Krieges. Lenin hielt die offenen Reformisten immer für weniger gefährlich als jene Leute, die die reformistische Politik der Kapitulation vor der Bourgeoisie hinter marxistischen Phrasen und internationalen Seufzern verstecken. Er führte den Kampf gegen das sogenannte Zentrum der Internationale mit unermüdlicher Energie und hinterließ uns die Tradition des Kampfes als geistige Erbschaft. Die Größe Lenins als Führer der Armee, die den Zarismus besiegte, den zaristischen Apparat zerschlug und seine Wurzeln ausrottete, anerkennen, sich vor Lenin verneigen als vor dem Führer, der es verstand, die Regimenter der kapitalistischen Internationale jahrelang zurückzuschlagen, zugleich aber Lenin ablehnen als den Organisator der Spaltung der russischen Sozialdemokratie, als den Schöpfer der bolschewistischen Partei Rußlands, als den Schöpfer der Kommunistischen Internationale, das heißt nicht mehr und nicht weniger, als die Folgen wünschen, aber die Ursachen verneinen. Lenin konnte seine historische Rolle nur erfüllen, weil er durch seine stahlblanke, wie Stahl elastische und wie Stahl unzerbrechliche Taktik die russische Kommunistische Partei geschaffen hat. Die Revolution, sagt der Geschichtsschreiber der englischen Arbeiterbewegung, Beer, ist ein Programm für eine ganze historische Epoche. Die Epoche der internationalen proletarischen Revolution hat erst begonnen. In Lenin fand sie ihren ersten Ausdruck und ihre erste Verwirklichung. Es werden Jahrzehnte vergehen, bevor diese Epoche im Weltmaßstabe abgeschlossen wird. Lenin ist gestorben, aber er hinterließ die Schatzkammer seiner Werke, die uns helfen werden, den Leitfaden im Labyrinth der Ereignisse zu finden, in der Kette der bürgerlichen Herrschaft jenes Glied aufzufinden, das am leichtesten zu zerreißen ist.

Die Lehre Lenins hat sich historisch entwickelt. Wir halten sie nicht für die zehn Gebote, die unabänderlich in Stein gehauen sind. Das kritische Denken des Kommunismus sondert in ihnen das von Zeit und Ort abhängige von dem, was als Kampfinstrument während der ganzen Epoche der sozialen Revolution notwendig ist. Schon jetzt zeichnen sich die leitenden Gedanken Lenins, die das Fundament unserer internationalen Taktik bilden, klar ab. Das Proletariat bedarf, wenn es siegen will, einer geschlossenen, mutigen revolutionären Partei. Diese Partei siegt, indem sie an der Spitze der Mehrheit der Arbeiterklasse marschiert. Um den Sieg zu erringen und ihn zu behaupten, sucht sie Verbündete in der unterdrückten Bauernschaft und im proletarisierten Kleinbürgertum der Städte. In internationalem Maßstab fordert dieses Prinzip ein Bündnis zwischen dem Proletariat und den sich erhebenden Ostvölkern. In seinem Kampfe muß das Proletariat die Lage nüchtern einschätzen, es muß angreifen und sich verteidigen können, alle Mittel zur Aufrechterhaltung jedes Kontaktes mit den breiten Arbeitermassen auszunützen verstehen. Aber die Aufgabe der proletarischen Partei besteht immer darin, die Massen hinter sich zu führen und nicht sich selbst von ihnen ins Schlepptau nehmen zu lassen. Wie diese Lehre anzuwenden ist, das hängt von den jeweiligen konkreten Verhältnissen jedes Landes ab. Wie bei Marx, so ist auch bei Lenin die Methode nicht minder wichtig als die Resultate.

Nun, das ist die Erbschaft Lenins. Sie genügt uns für Jahrzehnte des revolutionären Kampfes. Am Tage, wo die Nachricht über Lenins Tod die Welt durchzuckte, neigten sich vor ihm nicht nur die Banner der kommunistischen Proletarier aller Länder, sondern auch die Fahnen der national-revolutionären Jugend des Fernen Ostens. Die Trauerkundgebung der Pekinger Universität zu Ehren Lenins beleuchtet nicht minder klar den Weg der Weltereignisse als die Tatsache, daß fast unmittelbar nach dem Tode Lenins die englische und italienische Regierung genötigt waren, Sowjetrußland anzuerkennen, oder daß der Militärdiktator Deutschlands, General Seeckt, den Berliner Kommunistischen Arbeitern erlauben mußte, öffentliche Versammlungen zum Andenken ihres Führers abzuhalten. Die Lehre Marx' ist die Algebra des Kampfes des Proletariats, die Lehre Lenins ist seine Arithmetik, die Lehre Marx' hat das Werk Lenins ermöglicht. Lenin macht Marx zur lebendigen Wahrheit für die Arbeiterklasse und verbindet in dieser Weise die Vergangenheit mit der Zukunft, zeigt der Arbeiterklasse, wohin sie geht und wohin sie gehen muß.

Zur Beachtung!

In dem Artikel von Clara Zetkin: **„Heraus zum Internationalen Kommunistischen Frauentag 1924!"** in Nr. 29 vom 29. Februar soll es auf Seite 328, 9. Zeile von oben, statt „Familienrechts" richtig „Familienwahlrechts" heißen. In demselben Artikel, auf Seite 329, 3. Zeile von unten, ist einzufügen nach ...wert sind: **Heraus zur Sammlung um das Banner der Kommunistischen Internationale!**

Die Redaktion.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 32. 8. März

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — **Zentralversand:** IX., Berggasse 31. — **Postadresse:** Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — **Telegrammadresse:** Wien, Inprekorr. — **Einzahlungen für Österreich:** Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im vierten Vierteljahr 1923*).

Von Eugen Varga.

Allgemeiner Teil.

1. **Die allgemeine Lage der Weltwirtschaft.**
2. **Die Reparationsfrage.**
3. **Das Problem der Stabilisierung der Mark.**
4. **Die Entwertung des Franken und die Finanzlage Frankreichs.**
5. **Die Konjunktur in den Vereinigten Staaten.**

Spezieller Teil.

1. **Deutschland.**
2. **Polen.**
3. **Kleinere Länder.**
4. **Italien.**
5. **Frankreich.**
6. **England.**
7. **Die Vereinigten Staaten von Amerika.**

Abgeschlossen Mitte Januar 1924.

Allgemeiner Teil.

Einleitung.

** Das allgemeine Bild der Weltwirtschaft hat sich im letzten Vierteljahr 1923 in vielen Beziehungen anders gestaltet, als man erwarten konnte.

Das Abflauen der Konjunktur in **Amerika** hat sich nicht verschärft. Die vorliegenden Daten genügen noch nicht zu einer pünktlichen Beurteilung. Es hat aber den Anschein, daß sich die Produktion ungefähr auf demselben Niveau bewegt wie im dritten Vierteljahr, wobei sich der Geschäftsgang in der Textilindustrie und in den Gegenständen des allgemeinen Verbrauches verschlechtert, hingegen in jenem der Investitionsindustrie — Eisenbahnmaterial, Bauindustrie — etwas gebessert hat.

In **England** ist die erwartete Verschlechterung des Beschäftigungsgrades der Arbeiterschaft nicht eingetreten; im Gegenteil: die Zahl der Arbeitslosen hat im letzten Vierteljahr abgenommen, obwohl in den Wintermonaten aus Saisongründen eine weitere Verminderung der Zahl der Arbeitenden zu erwarten war. Die Ursache dieser Besserung der Konjunktur liegt zum Teil in großen Bestellungen der Eisenbahnen, zum Teil in dem langsamen Sinken des Pfundkurses, das den Geschäftsgang günstig beeinflußte. Eine gewisse Besserung der Konjunktur läßt sich auch in den **neutralen Staaten** feststellen.

Auf dem Kontinent sind die wichtigsten Ereignisse: die Stabilisierung der Mark in Deutschland und die **scharfe Entwertung des französischen Franken.** Im Zusammenhang mit der Stabilisierung der Mark ist **in Deutschland eine Produktionskrise von bisher unerlebter Heftigkeit eingetreten:** die Zahl der Arbeitslosen hat jene Englands bei weitem überschritten. Der Schwerpunkt der Produktionskrise hat sich auf diese Weise von England auf Deutschland verschoben. Der Stabilisierung der deutschen Mark gegenüber hat im letzten Vierteljahr ein scharfes Fallen des französischen Franken eingesetzt, das bis zur Niederschrift dieser Zeilen anhält. Wir werden uns sowohl mit der Markstabilisierung wie mit den Ursachen des Frankenverfalles weiter unten beschäftigen. Hier wollen wir nur folgendes bemerken:

Die Welle der Inflation scheint alle kriegführenden Länder Europas nach der Reihe zu ergreifen. Der ökonomische Sinn dieser Tatsache scheint der Umstand zu sein, daß, nachdem sich Deutschland als großes Industrieland durch die Inflation seiner inneren Schulden entledigt hat, die Konkurrenten Deutschlands zur Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte zu demselben Mittel greifen müssen. Der Bestand von riesigen inneren Schulden, wie ihn England und Frankreich aufzuweisen haben, bedeutet, daß die Produktion mit dem Wertbetrag der Zinsen der Staatsschulden belastet wird. Dies bedeutet wiederum, daß den Besitzern von Staatspapieren aus dem Ertrage der kapitalistischen Produktion auf dem Umwege über die Besteuerung ein bedeutender Teil des Wertprodukts abgegeben wird. Dies bedeutet zugleich eine klassenmäßige Verschiebung in der Einkommenverteilung. Die Besitzer von Staatspapieren sind in den meisten Fällen Angehörige des Mittelstandes: Rentiers, Beamten, Bauern usw. Mit anderen Worten: die großen, früher kriegführenden Industrieländer sind ökonomisch **nicht** imstande, eine große Schicht von Nichtarbeitenden zu ernähren, ohne ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte einzubüßen.

In dem Bewußtsein der einzelnen Kapitalisten und kapitalistischen Gruppen Englands und Frankreichs drückt sich dies in der Form aus, daß sie einesteils gegen die schweren Steuerlasten Front machen und andererseits die Vorzüge einer Finanzpolitik, die zu steigenden Preisen im Inlande und zu erhöhter Konkurrenzfähigkeit im Auslande führt, betonen (siehe die bekannte Stellungnahme des britischen Industrieverbandes, Mac Kenna, Keynes und des „Comité de Forges“ in verschiedenen Nummern

*) Die Berichte über „Wirtschaft und Wirtschaftspolitik“ im zweiten und dritten Vierteljahr 1923 siehe „Die Kommunistische Internationale“ Nr. 28—30. Verlag der KI. Auslieferungsstelle für Deutschland: Verlag für Literatur und Politik, Wien, VIII., Alserstraße 69.

der „Usine"). Außer in Frankreich ist auch in Polen, Ungarn und neuerdings ebenfalls in Dänemark eine fortschreitende Entwertung der Valuta festzustellen. Wir kommen weiter unten darauf zurück.

Die Krise der europäischen kapitalistischen Wirtschaft hat sich durch diese neue Valutaentwertung, beziehungsweise durch die Markstabilisierung weiter verschärft. Obwohl Frankreich scheinbar große Anstrengungen macht, um dem Schicksal Deutschlands in finanzieller und ökonomischer Beziehung zu entgehen, so kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die Dinge in Frankreich eine ähnliche Entwicklung nehmen werden, wenn keine internationale Aktion den Lauf der Dinge aufhält. Es gibt in dieser Lage nur zwei mögliche Perspektiven:

Entweder eine internationale Sanierungsaktion der Weltbourgeoisie zur Regelung der Reparationsfrage. Dies würde bedeuten: Erlassung der interalliierten Schulden, Gewährung einer großen Anleihe an Deutschland, um die Stabilisierung der Mark aufrechtzuerhalten und den Weiterverfall des Franken aufzuhalten. Also eine ähnliche, aber viel großzügigere Sanierungsaktion, wie es bei Österreich der Fall war. In diesem Falle würde Deutschland unter die finanzielle und ökonomische Kontrolle der alliierten Mächte gestellt werden. Und da die eigentlichen Geldgeber die angelsächsischen Mächte, die Vereinigten Staaten und England sein müßten, so würde dies im Wesen die Aufrichtung der anglosächsischen Weltherrschaft über die ganze kapitalistische Welt bedeuten. Die jetzt im Zuge befindlichen Reparationsberatungen werden es zeigen, ob die internationale Bourgeoisie imstande ist, ihre gegensätzlichen Interessen zu überwinden, ob sie einen Versuch zu einer internationalen Sanierungsaktion des europäischen Kapitalismus machen wird. Sollte dies geschehen, so würde die nächste Folge nach dem Verlauf einiger Monate eine gewaltige Krise sein, die das ganze Gebiet des mittel- und westeuropäischen Kapitalismus, der industriellen Werkstätten der Welt umfassen würde. Wir dürfen nicht vergessen, daß die relative Besserung der Konjunktur in den Deutschland umgrenzenden Staaten im Jahre 1923 erkauft wurde durch das Stilliegen der industriellen Produktion im Ruhrgebiet und durch die Verminderung der Produktion in Deutschland überhaupt. Würde durch eine internationale Sanierungsaktion die Produktion in Deutschland wieder voll in Gang kommen, so würde dies zu einer Absatzkrise für den ganzen europäischen Kapitalismus führen. Dies würde natürlich die schärfsten sozialen Kämpfe in ganz Europa auslösen, und es ist sehr fraglich, ob der geschwächte Kapitalismus eine derartige neue Erschütterung aushalten könnte.

Die andere Perspektive ist: **keine internationale Aktion der Bourgeoisie, keine Regelung der Reparationsfrage, keine Anleihe an Deutschland. In diesem Falle ist ein Zusammenbruch der Markstabilisierung und ein weiteres scharfes Fallen des Frankenkurses unausbleiblich.** Wir halten diese zweite Perspektive für die wahrscheinlichere. Die internationale Regelung der Reparationsfrage, die Sanierung Deutschlands und Frankreichs durch Erlassung der interalliierten Schulden und Gewährung von Anleihen würde, wie wir oben anführten, die anglosächsische Hegemonie über Europa bedeuten. Vorläufig ist aber das militärische und machtpolitische Übergewicht Frankreichs auf dem Kontinent zu stark und die Schwäche seiner ökonomischen Basis noch nicht offenbar genug, als daß die französischen Machthaber ihren machtpolitischen Ambitionen entsagen und sich mit einer zweiten Rolle in der Weltpolitik begnügen würden. Daher glauben wir, daß auch die gegenwärtigen Reparationsverhandlungen zu keinem Ergebnis führen werden und daß sich die chaotische Auflösung des europäischen Kapitalismus weiter fortsetzen wird.

•

Zur Kennzeichnung der allgemeinen Konjunktur geben wir hier die gewohnten Tafeln.

Die Gestaltung der Arbeitslosigkeit.

Prozent der Arbeitslosen unter den gewerkschaftlich Organisierten.

	England	Engl. % aller Versich.	Belgien	Niederlande	Dänemark	Schweden	Norwegen	Deutschland Vollarbeitslose	Kurzarbeiter
Juli	11,1	11,3	2,6	10,6	7,4	9,7	7,9	3,5	14,5
August . . .	11,4	11,5	1,9	11,4	7,8	8,7	6,9	6,3	26,0
September . .	11,3	11,7	1,5	13,2	7,4	7,9	6,8	10,0	39,7
Oktober . . .	10,9	11,7	1,9	13,0	7,6	8,1	7,6	19,1	47,3
November . .	10,5	11,5	2,7	13,4	11,4	9,1	—	23,4	47,3
Dezember . .	9,7	10,7	—	—	16,0	—	—	28,0	42,0

Absolute Zahlen in Tausenden.

	England	Frankreich	Italien	Österreich	Tschecho-slowakai	Deutschland[1])
Juli	1324	2,2	183	87	217[2])	186
August . . .	1355	1,6	179	84	198[2])	249
September . .	1375	1,4	181	78	—	533
Oktober . .	1348	0,4	199	76	—	661
November . .	1325	0,4	—	78	—	877
Dezember . .	1227	0,4	—	—	—	1450 1528[3])

Die Zahl der Arbeitslosen in der ganzen kapitalistischen Welt hat sich im letzten Vierteljahr durch das ungeheure Anschwellen der Arbeitslosigkeit in Deutschland vergrößert. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter dürfte ungefähr 6 bis 7 Millionen betragen. Die ausgewiesenen Zahlen beziehen sich in den meisten Ländern nur auf die unterstützten Arbeitslosen. Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen und besonders der Kurzarbeiter in Deutschland ist bedeutend größer. In England insbesondere sind die seit drei Jahren in das arbeitsfähige Alter eintretenden Jugendlichen in der obigen Zahl nicht einbegriffen, da diese überhaupt nicht dazu kamen, in ein Arbeitsverhältnis zu gelangen und daher auch nicht als Arbeitslose ausgewiesen werden.

Die Valutakrise.

Die Entwicklung der Valutaverhältnisse im verflossenen Vierteljahr hat folgende Hauptzüge:

1. Die deutsche Valuta wurde Mitte November stabilisiert. Die Stabilisierung erfolgte auf der Basis von 1 Billion = 1 Goldmark. Seither ist die deutsche Mark stabil. Wir werden auf die Umstände dieser Stabilisierung weiter unten näher eingehen. Hier wollen wir bloß bemerken, daß die neue deutsche Mark, die „Goldmark" oder Rentenmark, ein innerdeutsches Zahlungsmittel ist, das auf den ausländischen Börsenplätzen nicht notiert wird. Alle Export- und Importgeschäfte Deutschlands werden in ausländischer Valuta getätigt, so daß die Bewertung der Mark zu einer innerdeutschen Angelegenheit geworden ist.

2. Alle europäischen Valuten, mit Ausnahme der Mark, zeigen weiter die Tendenz, dem Dollar gegenüber zu entwerten. Besonders scharf trat dies bei dem englischen Pfund und bei dem französischen Franken hervor. Außerdem hat sich die Entwertung der polnischen Mark und der ungarischen Krone weiter in scharfem Tempo vollzogen. Als neues Moment tritt die fortgesetzte Entwertung der dänischen Krone, also einer neutralen Valuta, in Erscheinung. Die zahlenmäßigen Verhältnisse gehen aus folgender Tabelle hervor:

Devisenkurse in New York (Monatsdurchschnitte).

	Dollar für	Parität	Jan. 23	Sept.	Okt.	Nov.	3. J. 24
Schweiz (Fr.)	100	19,30	18,8	17,86	17,86	17,54	17,44
Schweden (K)	100	26,80	26,86	26,55	26,40	26,30	26,42
Holland (fl.)	10	40,20	39,56	39,30	38,91	38,00	37,83
England (Pfd.)	1	4,87	4,65	4,54	4,50	4,38	4,30
Spanien (P.)	100	19,30	15,66	13,58	13,41	13,08	12,78
Dänemark (K)	100	26,80	19,79	18,16	17,43	17,20	17,55
Norwegen (K) . . .	100	26,80	18,66	16,08	15,41	14,57	14,33
Frankreich (Fr.) . . .	100	19,30	6,68	5,86	5,93	5,52	4,90
Belgien (Fr.)	100	19,30	6,08	4,91	5,10	4,74	4,39
Italien (L.)	100	19,30	4,88	4,44	4,53	4,36	4,30
Finnland (Fmk.) . . .	100	19,30	2,48	2,70	2,69	2,63	—
Tschechoslow. (K) .	100	20,26	2,85	2,99	2,96	2,91	—
Jugoslawien (Din.) .	100	19,30	0,96	1,09	1,17	1,15	—
Rumänien (L.)	10.000	19,30	51,94	46,77	48,00	50,00	—

	Dollar für	Parität	Sept.	Okt.	Nov.	Jan.
Deutschland (Mk) .	10.000	2382	0,0018	0,00001	0,37 für 1 Bill.	—
Ungarn (K) . . .	10.000	2026	0,55	0.55	0,54	—
Polen (Mp)	10.000	2382	0,035	0,0087	0,53 für 1 Mill.	—
Österreich (K) . .	10.000	2026	0,14	0,14	0,14	—

Die Gestaltung der europäischen Valuten gegenüber dem englischen Pfund zeigt folgende Tabelle. Für 1 Pfund wurden in London notiert:

---

[1]) Am 1. Januar 1924 Hauptunterstützungsempfänger, ohne besetztes Gebiet!

[2]) Zahl der Unterstützten.

[3]) 1. Januar 1924.

	Parität	12. Januar 23	5. Okt. 23	11. Januar 24
Frankreich (Fr.)	25,22	66,3	76,15	89,10
Italien (L.)	25,22	93,5	101	97,70
Deutschland (Mk.)	20,43	48.500	2,25 Milliarden	18 Billionen
Österreich (K)	24,02	330.000	322.000	305.000
Tschechoslowakei (K)	24,02	162	154	147
Ungarn (K)	24,02	13.000	85.000	118.000
Polen (Mp.)	20,43	95.000	2,50 Millionen	38 Millionen
Rumänien (L.)	25,22	845	985	860
Bulgarien (L.)	25,22	725	460	600
Jugoslawien (D.)	25,22	445	400	385
Griechenland (Dr.)	25,22	382	310	230
Spanien (P.)	25,22	29,74	—	33,54
Dänemark (K)	18,16	23,40	—	24,45

Die Entwicklung der festländischen Valuten ist in diesem Vierteljahr nicht einheitlich. Die österreichische, italienische, tschechoslowakische Valuta blieb stabilisiert und zeigt, entsprechend der Entwertung des englischen Pfund, ihm gegenüber eine erhöhte Bewertung. Die griechische Valuta zeigt eine starke Besserung, während die französische, polnische, ungarische, bulgarische, spanische und dänische Valuta eine fortgesetzte Entwertungstendenz zeigen. Wichtig ist hierbei die Tatsache, daß der Entwertungsprozeß der verschiedenen Valuten den Zusammenhang mit dem Kriege und dem Kriegsausgang verloren hat. In der Reihe der Länder mit stabiler Valuta finden wir nunmehr Siegerländer, besiegte und neutrale Länder in buntem Durcheinander, als Zeichen dafür, daß die Krise der kapitalistischen Wirtschaft sich bereits als allgemeine Erscheinung, unabhängig vom Ausgang des Krieges, geltend macht.

Die Preisbewegung.

Die Preisbewegung zeigt in den Ländern mit stabiler Valuta nur eine geringe Veränderung. In den Ländern mit nichtstabiler Valuta paßt sich der Preis der Valutabewegung an, jedoch mit einer großen Verspätung. Das Beispiel Frankreichs zeigt die bekannte Tatsache, daß bei Beginn der Geldentwertung die Kaufkraft des Geldes im inländischen Verkehr viel langsamer fällt als im internationalen Verhältnis. Dies führt zu der aus der Valutageschichte Österreichs und Deutschlands uns wohlbekannten Tatsache, daß der Prozeß der Entwertung der Valuta eine Einkommenverschiebung zu Lasten des Mittelstandes und der Arbeiterschaft und zugunsten der Kapitalisten hervorruft. Die ökonomische Basis der erhöhten Konkurrenzfähigkeit der Kapitalisten bei fallender Valuta ist die Expropriierung des Mittelstandes und die Verelendung der Arbeiterschaft in den betroffenen Ländern. Die Gestaltung der Preise in den wichtigsten Ländern zeigt folgendes Bild:

	Ver. Staaten (Broadst.)	Schweden	Schweiz	Japan	England („Econom.")	Dänemark	Frankreich	Italien	Deutschland	(Stat. R.)
	(1913 = 100)									
Juli	139	157	175	193	163	207	407	566	(Frankfrt. Ztg. vom)	74.787
Aug.	140	160	173	—	163	202	412	567	28./8.[1]): 1,9 Mill.	944.041
Sept.	142	155	181	—	168	205	424	568	25./9.): 36,2 Mill.	23,8 Mill.
Okt.	143	153	182	—	168	207	420	563	23./10.): 14,6 Md.	7,1 Md.
Nov.	—	152	183	—	177	210	446	571	1650	726
Dez.	—	—	—	—	179	—	—	—	1472[2])	1220[2])

Die Preise der landwirtschaftlichen und der industriellen Produkte.

Das Problem der Schere.

Die große Bedeutung, die die Tatsache der relativ niedrigen Preise der landwirtschaftlichen Produkte, vor allem des Getreides, im Verhältnisse zu den Preisen der Industrieprodukte im Wirtschaftsleben Rußlands gewonnen hat, läßt es wünschenswert erscheinen, diese Frage im internationalen Maßstabe zu untersuchen. Leider stehen einem solchen Versuch große Schwierigkeiten entgegen. Ein „normales", „richtiges" Preisverhältnis der landwirtschaftlichen und industriellen Produkte läßt sich theoretisch nicht feststellen, da zu viel modifizierende Faktoren den Preis beeinflussen: Grundrente, Transportkosten, Monopolpreise der industriellen Produkte, Zölle usw. Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als ein früheres Preisverhältnis, bei dem weder eine Agrarkrise noch eine Industriekrise bestand, als normal anzunehmen und die gegenwärtigen Preise mit den damaligen zu vergleichen. Als solches Normaljahr wird im allgemeinen das Jahr 1913 angenommen. Die gegenwärtigen Preisvergleiche sind gewöhnlich auf dieses Jahr, eventuell auf das Jahrfünft vor dem Kriege bezogen.

Wir geben in folgendem einige Statistiken, die die Entwicklung der Großhandelspreise in den verschiedenen Ländern kennzeichnen. Die Daten beziehen sich auf den Monat Oktober, da neuere Daten nur unvollständig vorliegen.

Preisbewegung wichtiger Warengruppen (1913 = 100).

Warengruppen	England (Statist.) Oktober 1923	Frankreich (Stat. Gén.) Oktober 1923	Schweden (Komm. Koll.) Oktober 1923	Schweiz (Dr. Lorenz) Oktober 1923
Pflanzliche Nahrungsmittel	144	347	140	145
Tierische Nahrungsmittel	152	418	157	176
Kolonialwaren und andere Genußmittel	191	437	147	260
Metalle und Kohle	141	394	154	253
Textilien	166	572	175	212
Häute und Leder	—	—	86	212
Bekleidung	—	—	—	194
Lebensmittel	155	394	149	173
Industriestoffe	147	442	150	201
Alle Waren	150	421	161	182

Deutsche Großhandelsindexziffer (Statistisches Reichsamt).

Warengruppen	in Goldmark (1913 = 100) Durchschnitt November
1. Getreide und Kartoffeln	98,8
2. Fette, Zucker, Fleisch und Fisch	207,6
3. Kolonialwaren, Hopfen	183,1
4. Häute und Leder	154,6
5. Textilien	169,6
6. Metalle und Mineralöle	114,7
7. Kohle und Eisen	160,3
Lebensmittel	130,0
Industriestoffe	155,8
Gesamtindex	139,0

Deutschland. Großhandelspreisindex („Industrie- und Handelszeitung") in Goldmark über Dollarkurs berechnet.

Meßziffer einzelner Warengruppen (Ende 1913 = 100)	Wochendurchschnitt 6.—12. Okt.	8.—14. Dez.
1. Kohle, Eisen, Metalle, Baustoffe, Öle	185	163
2. Textilien	202	246
3. Häute, Felle, Leder, Gummi	116	128
4. Getreide, Mehl, Kartoffeln, Düngemittel	47	79
5. Fleisch, Fisch, Fett, Milch, Zucker	51	129
Gesamtindex	128	145

Großhandelsindex („Frankfurter Zeitung") in Millionen Papiermark. (Mitte 1914 = 100.)

	18. Oktober	13. Dezember
Lebens- und Genußmittel	2095,4	1583,9
Textilien, Leder usw.	3046,4	1818,9
Mineralien	3915,7	1560,1
Verschiedenes	2214,3	1481,8
Industr. Endprodukte	2463,2	1470,0
Gesamtindex für 98 Waren	2664,1	1565,2

Vereinigte Staaten. (Bureau of Labor Statistics.) (1913 = 100.)

	Oktober 1923	
Farmprodukte	(56)[1])	144
Lebensmittel	(110)	148
Stoffe und Kleider	(65)	199
Heiz- und Lichtstoffe	(20)	172
Metalle und Metallprodukte	(37)	142
Baumaterialien	(46)	182
Chemikalien	(43)	129
Haushaltungsgegenstände	(31)	183
Verschiedenes	(25)	120
Alle Waren	(404)	153

[1]) Die Zahlen beziehen sich auf den Anfang des betreffenden Monats.

[2]) 3. Januar 1924.

[1]) Die Zahlen in Klammern bedeuten die Anzahl der Arten der in Betracht gezogenen Produkte.

Die Schwierigkeit besteht darin, daß die Basis dieser Indexzahlen sehr verschieden ist. Selbstverständlich ergibt sich, je nachdem, mit welchem Gewicht die einzelnen Warengruppen bei der Bildung des Indexes in Betracht gezogen werden, eine ganz große Verschiedenheit. Besonders grell tritt dieser Unterschied hervor, wenn wir die deutschen Indexzahlen miteinander vergleichen. Während nach den Aufstellungen der „Industrie- und Handelszeitung" die Preise für Getreide im Oktober um 60% niedriger waren als der Preisindex für alle Waren, ist bei der „Frankfurter Zeitung" die Differenz bedeutend niedriger. Im Dezember besteht im Index der „Industrie- und Handelszeitung" noch immer eine Differenz von 50%, während bei der „Frankfurter Zeitung" die Indexzahl für Lebens- und Genußmittel höher ist als die Gesamtindexzahl. Wenn wir also die Angaben der „Industrie- und Handelszeitung" für richtig halten, so würde in Deutschland eine Schere von fast ebenso großen Dimensionen bestehen wie in Rußland, während nach den Angaben der „Frankfurter Zeitung" das Gleichgewicht zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Produkten hergestellt wäre.

Diese Tatsache muß uns dazu führen, aus diesen Indexzahlen nur mit der größten Vorsicht gewisse Folgerungen zu ziehen. Und diese Folgerungen können wir nur dann als richtig annehmen, wenn sie durch den tatsächlichen Gang der wirtschaftlichen Entwicklung bestätigt werden.

Auf dieser Grundlage können wir feststellen, daß in den meisten Ländern der kapitalistischen Welt tatsächlich eine Verschiebung der Preise zuungunsten der Landwirtschaft eingetreten ist. Dies ist selbst in England der Fall, wo der Preisindex fast das gleiche Verhältnis wie 1913 ergibt. Daß in England eine Schere tatsächlich besteht, beweist die Tatsache, daß die Ausdehnung des bebauten Bodens, insbesondere jenes mit Getreide bebauten, von Jahr zu Jahr zurückgeht, und der Gewinn, den die Kriegsjahre der englischen Landwirtschaft gebracht haben, bereits verloren gegangen ist. Die englischen Farmer beweisen durch die Tat, daß das Preisverhältnis für sie ungünstig ist. Der Plan des Kabinetts Baldwin, den englischen Farmern eine Staatssubvention für jeden Acre bearbeiteten Bodens zu geben, beweist am besten das Bestehen einer Schere[1]).

Daß in den Vereinigten Staaten in der Nachkriegszeit eine sehr starke Verschiebung der Preisbildung zuungunsten der Landwirtschaft stattgefunden hat, ist eine so allgemein bekannte Tatsache, daß wir nicht lange dabei zu verweilen brauchen. Millionen von Farmern haben bekanntlich ihr Geschäft aufgegeben und sind als Arbeiter in die Städte gezogen. Ebenso wie in England hat auch in den Vereinigten Staaten die bebaute Fläche stark abgenommen[2]).

Der Prozeß der Verminderung der Anbaufläche für Brotgetreide ist noch lange nicht zum Stillstand gekommen. Nach dem offiziellen Bericht des amerikanischen landwirtschaftlichen Ministeriums[4]) hat sich die mit Herbstweizen bestellte Fläche im Jahre 1924 um 12,8% gegenüber 1923 und jene des Roggens um 15% vermindert. Diese Tatsache genügt zum Beweis, daß eine Schere tatsächlich in den Vereinigten Staaten weiter besteht.

Viel verworrener sind die Verhältnisse in Deutschland. Bei Beurteilung der Frage muß in Betracht gezogen werden das Verhältnis zwischen dem Preis, den der Landwirt für seine Produkte ab Hof bekommt, und jenem Preis, den er für die Fertigwaren, ebenfalls ab Hof, bezahlen muß. Die eigenartige Wirkung der Inflation, die, bekanntlich zum großen Teil auf der Expropriation des Mittelstandes — Kaufleute, Gewerbetreibende usw. — fußte, scheint es in Deutschland verursacht zu haben, daß zwar die Preise der landwirtschaftlichen Produkte stark hinter den Preisen der schwerindustriellen Produkte und der Textilrohstoffe zurückgeblieben sind, daß aber die Fertigwaren relativ billig in den Besitz der deutschen Bauern gelangten. In dieser Beziehung ist nun mit der Einführung der Goldmarkrechnung und mit der Stabilisierung der Valuta ein starker Umschwung eingetreten. Die Differenz zwischen jenem Preis, den der Bauer für Brot und Vieh bekommt, und dem Preis, den der städtische Arbeiter für Brot und Fleisch zahlen muß, ist gegenwärtig bedeutend höher als vor dem Kriege. Ähnlich dürfte es auch mit den Fertigwaren sein, die der Bauer bezieht. Zur Illustrierung dieser Tatsache wollen wier hier einige Zahlen anführen:[1])

	1913	Mitte Nov. 1923	Steigerung (1913 = 100)
	für 50 kg (in Goldmark)		
Roggenerzeugerpreis			
Roggenbrot	8,22	9,75	119
Roggenkleinhandelspreis			
Roggenmehl	15	31,50	210
Roggenbrot	14	22,50	160

Also mit der Steigerung des Roggenerzeugerpreises von 19% geht eine Steigerung der Kleinhandelspreise von 60, beziehungsweise 110% parallel.

	1913	Mitte Nov. 1923	Steigerung (1913 = 100)
	für 50 kg (in Goldmark)		
Ochsenerzeugerpreis (Lebendgewicht)	52	115	221
Ochsengroßhandelspreis (Schlachtgewicht)	73	325	445
Rindfleischkleinhandelspreis (Kochfleisch)	87,50	400	444

Bei einer Steigerung des Erzeugerpreises auf 221% sehen wir eine doppelte Steigerung im Kleinhandelspreis. Die Spannung zwischen Erzeugerpreis und Großhandelspreis ist von 41% auf 183% gestiegen, zwischen Großhandels- und Kleinhandelspreis von 20 auf 23%.

	1913	Mitte Nov. 1923	Steigerung (1913 = 100)
Erzeugerpreis für Großviehhäute München (½ kg)	0,61	0,60	98%
Großhandelspreis für Sohlleder (1 kg)	2,25	3,36	149%
Kleinhandelspreis für Boxcalfschuhe	12,50	24,67	197%

Einer Verbilligung des Rohhäutepreises von 2% steht eine Erhöhung des Kleinhandelspreises von 97% gegenüber.

Wir sehen, daß in Deutschland in vielen Beziehungen dieselben Verhältnisse bestehen wie in Rußland. Ähnlich wie dort, ist in dieser Preissteigerung auch eine Reihe von an den Staat fallenden Einnahmen mit inbegriffen: mehrfache Umsatzsteuer, erhöhte Transportspesen usw. Im allgemeinen können wir trotz der Mangelhaftigkeit der vorhandenen statistischen Grundlage doch mit Sicherheit behaupten, daß die Verschiebung der Preislage zuungunsten der Landwirtschaft keine speziell russische Erscheinung, sondern eine in den meisten kapitalistischen Ländern ebenfalls vorhandene Tendenz ist.

Die Ursache dieser Entwicklung scheint in folgendem zu liegen:

Während bei der Landwirtschaft sowohl im Innern des Landes wie in internationalem Maßstabe eine freie Konkurrenz besteht (die Wirksamkeit der Getreidezölle ist gegenwärtig gering), hat sich die Monopolpreisbildung bei den industriellen Produkten, besonders bei jenen der Schwerindustrie, seit 1913 infolge der gewaltigen Ausdehnung der Kartellierung und Vertrustung in allen großkapitalistischen Ländern sehr verschärft. Hierzu kommt, daß in den meisten Ländern während der Kriegszeit die Gewinne der Landwirtschaft sehr hoch waren. Diese setzten sich nach den Regeln der kapitalistischen Wirtschaft in kurzer Zeit in Grundrente um und erschienen bei jenen Landwirten, die neuerdings Boden zu den erhöhten Preisen kauften oder pachteten, als Element ihrer privatwirtschaftlichen Produktionskosten. Dies ist die Erklärung für die in vielen Ländern sich bemerkbar machende Agrarkrise. Diese wird verschärft durch die industrielle Krise der kapitalistischen Wirtschaft, die die Konsumfähigkeit der breiten Arbeitermassen vermindert.

---

[1]) Die bebaute Fläche in England betrug:

	1923	1922	Durchschn. 1917/21
		in 1000 ha	
Weizen	704	796	854
Roggen	30	34	36
Gerste	537	552	611
Hafer	800	873	973

[2]) Die bebaute Fläche in den Vereinigten Staaten betrug:

	1924	1923	1922	Durchschn. 1917/21
			in 1000 ha	
Weizen	16.265[3])	23,574	24,779	24,670
Roggen	1.771[3])	2,118	2,513	2,212
Gerste	—	3,229	2,991	3,251
Hafer	—	16,498	16,468	17,311
Mais	—	42,152	41,152	41,635

[3]) Ohne Sommerweizen.

[4]) Ergänzung zum Dezemberbulletin des Römischen Internationalen Agrarinstituts.

[1]) „Berliner Börsen-Curier" v. 9. Dezember 1923 (Anlage 1).

Wir wollen zum Schlusse noch bemerken, daß sich, dem normalen Gang der kapitalistischen Entwicklung gemäß, die Preise in der entgegengesetzten Richtung verschieben sollten, da die Fortschritte der Technik in der Industrie in stärkerem Maße die Produktionskosten herabdrücken als in der Landwirtschaft. Die große „Agrarkrise" in der kapitalistischen Epoche hatte ihren Grund nicht in neuen, die Produktion verbilligenden agronomischen Errungenschaften, sondern in der Erschließung weiter, früher nicht bebauter Gebiete der Welt für den Getreidebau (Vereinigte Staaten, Kanada. Argentinien).

Die Lage der Weltschiffahrt.

Die Fortdauer der Krise des Kapitalismus wird durch das Fortbestehen der großen Krise auf dem internationalen Schiffahrtsmarkt gekennzeichnet. Indessen sind die Berichte widersprechend. Während einzelne Berichte noch am Ende der Berichtsperiode ganz hoffnungslos klingen, sind die Frachtraten im Verlauf der Berichtsperiode, wenn auch nicht bedeutend, gestiegen. In einem Spezialbericht des „Berliner Börsen-Courier" vom 3. Januar 1924 heißt es unter anderem:

„Wohin man auch blicken mag, zeigt sich das gleiche Bild: ein enormes Angebot an Schiffsraum und gleichzeitig ein beständiges Zusammenschrumpfen des Ladungsangebotes... Man darf sich nicht einer Täuschung darüber hingeben, daß die Weltschiffahrt am Ende ihrer Kraft angelangt ist. Läßt der Konjunkturwechsel noch lange auf sich warten — und tatsächlich bestehen augenblicklich nicht die geringsten Anzeichen einer Besserung — dann werden schwere finanzielle Zusammenbrüche in der internationalen Schiffahrt unvermeidlich sein."

Demgegenüber zeigt der Frachtenindex des „Economist" folgendes Bild (1913 = 100):

August	September	Oktober	November	Dezember
110,16	103,04	107,86	111,21	111,81

Das Blatt bemerkt hierzu:

„Die allgemeinen Aussichten für die ersten Monate des neuen Jahres sind für die Schiffahrt ermunternd."

Der Frachtindex des „Federal Reserve Board" und des Römischen Internationalen Landwirtschaftlichen Instituts zeigt eine ähnliche Entwicklung.

Die Gestaltung der Eisen- und Stahlproduktion.

Die Produktion von Stahl und Eisen kann als ein ziemlich verläßliches Zeichen der Gestaltung der Weltwirtschaft gelten. Wir geben daher die von der amerikanischen „Iron Trade Review" veröffentlichte Produktionsstatistik der letzten Jahre:

Roheisen.	1923	1922	1921	1913
		(in 1000 engl. Tons.)		
Vereinigte Staaten . . .	39,500	26,851	16,506	30,653
Großbritannien	7,360	4,902	2,616	10,260
Frankreich	5,000	5,147	3,308	5,126
Belgien	2,118	1,578	862	2,428
Luxemburg	1,350	1,650	955	—
Deutschland	4,000	8,000	6,096	19,000
Tschechoslowakei . . .	590	539	532	—
Polen	492	458	640	—
Japan	300	300	200	56
Welt (einschließlich der nicht angeführten Staaten) . .	64,580	51,938	34,700	77,182
Stahlbarren und Platten.				
Vereinigte Staaten . . .	44,400	35,603	19,744	31,301
Großbritannien	8,480	5,881	3,703	7,664
Frankreich	4,750	4,464	3,010	4,614
Belgien	2,185	1,539	780	2,428
Luxemburg	1,117	1,368	747	—
Deutschland	5,000	9,000	8,700	18,631
Tschechoslowakei . . .	738	630	904	—
Polen	935	930	1,476	—
Japan	500	500	558	13
Welt (einschließlich der nicht angeführten Staaten) . .	72,573	63,098	42,487	75,010

Die Tabelle zeigt mit großer Schärfe die Verschiebungen in der Weltwirtschaft seit 1913. Die gesamte Eisenproduktion ist um etwa 16% geringer als in der Vorkriegszeit, hingegen hat sich die Produktion der Vereinigten Staaten um 30% gehoben. Während 1913 die Produktion der Vereinigten Staaten ungefähr 40% der Gesamtproduktion ausmachte, beträgt sie 1923 60%.

In der Stahlproduktion ist die gegenwärtige Produktion nur um einige Prozent geringer als im Jahre 1913, aber der Anteil der Vereinigten Staaten hat sich in demselben Maße erhöht wie bei Roheisen. Die Entwicklung zeigt sehr klar, wie das Übergewicht der Produktion nach den Vereinigten Staaten gewandert ist.

Die Silberfrage.

Neben den anderen Krisenursachen, die sich gegenwärtig in der kapitalistischen Welt auswirken, droht neuerdings die Gefahr einer Überproduktion in Silber, was besonders das asiatische Geschäft ungünstig beeinflussen würde. Während des Weltkrieges haben die Vereinigten Staaten eine große Menge längst aufgehäuften Silbers nach Indien abgestoßen, weil der Goldexport nach Indien unterbunden war. Das gab den Vereinigten Staaten die Möglichkeit, auf der Grundlage eines alten Gesetzes von den amerikanischen Silberproduzenten ihre Produktion um einen hohen Preis (100 Cent pro Unze) anzukaufen, während nichtamerikanisches Silber bereits für 65 Cent pro Unze zu kaufen war. Diese Möglichkeit geht jetzt zu Ende, da die im Gesetz vorgesehenen Silbervorräte wieder aufgefüllt sind. Andererseits machen sich Anzeichen bemerkbar, daß der Zustrom von Silber nach Indien und China auf Widerstände stößt. Wenn infolge des Ausfalles der amerikanischen Ankäufe ein starker Preissturz auf dem Weltsilbermarkt eintreten würde, so hätte das für das chinesische und indische Geschäft, das besonders für England eine große Rolle spielt, katastrophale Folgen.

Die Reparationsfrage.

Nach einer Unterbrechung von mehr als einem Jahre hat die Reparationskommission im Januar 1924 ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Obwohl wir in den vorhergehenden Berichten über die Gestaltung der Reparationsfrage, die ein Zentralproblem für das Schicksal der europäischen Wirtschaft bedeutet, ständig eingehend berichtet haben, wollen wir diesmal, eben mit Rücksicht auf die lange Unterbrechung in der Tätigkeit der Reparationskommission, die wichtigsten Phasen der Entwicklung dieser Frage wiederholen.

Den Kern der Schwierigkeiten bildet ein innerer Widerspruch:

1. Die Siegermächte hatten die falsche Vorstellung, daß die besiegten Staaten ökonomisch imstande wären, aus ihrer Produktion so große Teile fortgesetzt umsonst an die Sieger abliefern zu können, daß hierdurch die reichlich berechneten Kriegsschäden der kriegführenden Länder gedeckt werden könnten.

2. Die Siegermächte hatten nicht mit dem Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft gerechnet, die es unmöglich macht, derartig große Wertmassen umsonst in Empfang zu nehmen, ohne dadurch die Wirtschaft der empfangenden Länder selbst zu zerstören. Die nunmehr vorliegende Geschichte dieses Versuches zeigt die Unmöglichkeit dieser Voraussetzungen. Deutschland hat mit Gold nicht zahlen können, da es keine derartigen Goldquantitäten besitzt. Daher hätte es mit Waren zahlen müssen. Aber der Weltmarkt war nicht imstande, derartige Warenmengen aufzunehmen, da dafür kein Absatz vorhanden war. Was möglich gewesen wäre, nämlich Naturallieferungen zum Wiederaufbau Frankreichs, also Lieferung von Waren in einer Naturalform, die den regulären internationalen Warenmarkt nicht belastet, wurde durch Sabotage der französischen Industriellen, die das glänzende Wiederaufbaugeschäft nicht aus den Händen geben wollten, und zum Teil durch den Widerstand Deutschlands verhindert. Diese Methode, die Rathenau mit den Worten kennzeichnete: „Die Reparationszahlungen in ein Loch hineinzuwerfen", ist an diesem Widerstande gescheitert. Der Bankrott des ganzen Reparationsversuches ist am schärfsten in der bekannten Rede Mac Kennas in Amerika dargestellt, der zu dem Ergebnis gelangte, daß unter kapitalistischen Verhältnissen eine Übertragung von Werten in Milliardengrößen ohne Gegenleistung nur möglich ist, wenn ausländische Kapitalsanlagen eines Landes an das andere übertragen werden können. Jeder andere Versuch müsse zum Ruin sowohl des Schuldnerlandes wie des empfangenden

Landes führen. Langsam kristallisierte sich die Meinung heraus, daß die Reparationsfrage nur in Verbindung mit der gegenseitigen Erlassung der interalliierten Schulden in Verbindung mit einer internationalen Anleihe, die Deutschland eine Atempause sichern würde, geordnet werden kann und daß vorläufig von Deutschland nur die Überlassung seiner im Ausland befindlichen Guthaben, die Mac Kenna auf 1 Milliarde Dollar schätzte, ohne weitere Zerrüttung der kapitalistischen Weltwirtschaft gefordert werden könne.

Diese mögliche internationale Regelung scheiterte aber daran, daß die Gegensätze der Bourgeoisie der imperialistischen Länder viel zu scharf sind, um eine internationale Regelung möglich zu machen. Einerseits bestanden die Vereinigten Staaten darauf, daß die europäischen Schuldner ihre Schulden samt Zinsen bezahlen sollen[1]). Diese Forderung war das erste große Hindernis einer internationalen Regelung. Die bekannte Balfour-Note, in der England das Programm aufstellte, daß es von seinen Alliierten und von Deutschland zusammen mindestens jene Summe bekommen muß, die es selbst an die Vereinigten Staaten zahlen wird, verhinderte die Streichung der interalliierten Schulden auch im europäischen Maßstabe.

Hierauf antwortete Poincaré am 21. August 1922 richtig:

„Die englische Note vom 1. August habe die Besprechung über das Problem der internationalen Verschuldung in London verhindert, den Widerstand des Deutschen Reiches gegen die ihm auferlegten Kontrollmaßnahmen gefördert und bisher den Versuch einer Mobilisierung der Reparationsschulden auf dem Anleiheweg vereitelt."

Und in seiner schriftlichen Antwort auf die Balfour-Note am 1. September schrieb er:

„Es kann für Frankreich nicht die Rede davon sein, irgendeine Regelung der Schulden, die es während des Krieges einging, in Erwägung zu ziehen, solange die Ausgaben, die es für den Wiederaufbau seiner verwüsteten Gebiete vorgenommen hat und die es noch vornehmen muß, nicht durch Deutschland direkt oder durch eine Kombination gedeckt sind."

Die Weigerung Frankreichs, in eine Diskussion über die Herabsetzung der deutschen Reparationsschuld einzuwilligen, hatte auch bereits die bekannte Morgan-Bankierkonferenz ergebnislos gemacht. Diese stellte bekanntlich fest, daß Deutschland keinen internationalen Kredit erhalten könne, weil „die geldgebenden Kreise keine Sicherheit sehen, daß Deutschlands Verpflichtungen, so wie sie gegenwärtig festgesetzt sind und wie sie erzwungen werden können, innerhalb seiner Leistungsfähigkeit liegen".

So verhinderte die Rivalität der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs die internationale Regelung der Reparationsfrage. Das Verhältnis zwischen England und Frankreich verschärfte sich immer mehr und führte zu dem Bruch in der Pariser Konferenz Ende 1922, der die Ruhrbesetzung auf dem Fuße folgte.

---

[1]) Der amerikanischen Forderung zur Bezahlung der interalliierten Schulden ist bisher nur England durch die bekannte Fundierungsvereinbarung gefolgt. Aber die Amerikaner haben ihren Standpunkt auch in bezug auf ihre anderen europäischen Schuldner bis heute nicht aufgegeben. In der Botschaft von Coolidge, mit der er am 6. Dezember den neuen Kongreß eröffnete, heißt es:

„Die Schulden und die Zinsen der ausländischen Regierungen ohne die britische betragen ungefähr 7,2 Milliarden Dollar. Ich bin nicht für die Erlassung dieser Schulden, aber ich sehe kein Hindernis, diese in ähnlicher Weise zu ordnen, wie es bei der britischen Schuld geschehen ist. Unser Land möchte nicht die Rolle eines drängenden Gläubigers spielen, aber es wird das Prinzip aufrecht erhalten, daß finanzielle Verpflichtungen zwischen Nationen zugleich moralische Verpflichtungen sind, die nach Treu und Glauben getilgt werden sollen... Aus diesem Grunde haben wir ein direktes Interesse an dem ökonomischen Wiederaufbau Europas. Es wird vergrößert durch unseren Wunsch nach der Stabilität der Zivilisation und der Wohlfahrt der Menschheit. Niemand kann bestreiten, daß wir hierfür Opfer bringen. Unsere gestundeten Zinsen allein betragen täglich eine Million Dollar."

Das Interesse an der Humanität und Zivilisation kann aber die Herren Amerikaner nicht dazu bewegen, ihre Forderungen zu erlassen.

Die Ruhrbesetzung und der englisch-französische Gegensatz.

Wir hatten schon in unserem vorigen Bericht ausgeführt, daß die Politik Englands in der Reparationsfrage — wenn wir nicht voraussetzen, daß diese einfach kopflos war — den historischen Sinn hat, durch Verschärfung des Konflikts zwischen Deutschland und Frankreich, durch Herbeiführung der Ruhrbesetzung und deren möglichste Verlängerung Frankreich, seinen momentan gefährlichsten Rivalen, zu schwächen. Wenn wir die Geschichte des Jahres 1923 rückblickend überfliegen, so sehen wir, daß England der Ruhrbesetzung, nachdem Frankreich diese beschlossen und begonnen hatte, öffentlich einen guten Erfolg wünschte, andererseits aber Deutschland durch geheime Versprechungen, durch Kohlenkredite und durch periodisch sich wiederholende Ausfälle gegen Frankreich unterstützte. Die Interessen Englands in dieser Frage sind, wie wir öfter ausführten, sehr zwiespältig. Einerseits sieht es in Frankreich mit vollem Rechte den momentan militärisch entschieden stärkeren **machtpolitischen Gegner**; andererseits muß es in Deutschland, das durch die Markentwertung seiner inneren Schulden entledigt ist und das durch die Reparationsverpflichtungen genötigt ist, beziehungsweise auf lange Zeit genötigt sein wird, seine industriellen Erzeugnisse in großen Mengen auf den Weltmarkt zu werfen, seinen gefährlichsten **industriellen Rivalen** sehen. Dies geht aus verschiedenen Reden der führenden englischen Staatsmänner, die wir in unseren Berichten zitiert haben, klar hervor. Noch unlängst, am 25. November, sagte Baldwin folgendes:[1])

„Wenn Deutschland wieder beginnen wird, in großen Massen für den Export zu produzieren, wird dies unter Umständen geschehen, die es uns sehr schwierig machen werden, seine Konkurrenz auszuhalten. Infolge der in Deutschland stattgefundenen Geldentwertung ist die deutsche Industrie in einem enormen Maße von seinen Hypotheken- und Obligationsschulden befreit. Seine Produktionskosten werden durch diese eine Tatsache auf ein solches Niveau sinken, daß wir gegen diese nur mit außerordentlichen Anstrengungen kämpfen können werden."

Der historische Sinn des Ruhrkampfes für England war daher die gegenseitige Schwächung Frankreichs und Deutschlands, mit dem Ziele, zuletzt den Schiedsrichter spielen zu können. Daher sehen wir, daß in jenem Moment, wo der deutsche Widerstand zu erlahmen begonnen hatte, England durch einen diplomatischen Vorstoß gegen Frankreich diesen Widerstand neu zu beleben suchte. Wir erinnern insbesondere an die Note Curzons und die Feststellung, daß die Ruhrbesetzung juristisch dem Versailler Vertrag widerspricht.

England hat zum Teil sein Ziel erreicht. Sowohl Frankreich wie Deutschland wurden durch die Ruhrbesetzung ökonomisch in hohem Maße geschwächt, aber im Endergebnis droht England eine noch größere Gefahr: ein ökonomisches Zusammenwirken der französischen, deutschen und belgischen Bourgeoisie, die Zusammenfassung der ganzen westeuropäischen Schwerindustrie in eine Interessengemeinschaft, was für die englische Schwerindustrie ökonomisch außerordentlich gefährlich wäre. Außerdem würde eine derartige Lösung Frankreich ermöglichen, alle ökonomischen Kräfte des Ruhrgebietes nötigenfalls für einen Krieg gegen England zu mobilisieren. Daher sehen wir in den letzten Monaten Anstrengungen Englands, eine deutsch-französische Verständigung zu verhindern. Zu diesem Zwecke hat es die Hilfe der angelsächsischen Schwesternation, der Vereinigten Staaten, angerufen, um durch einen finanziellen Beistand in Deutschland, durch eine internationale Regelung der Reparationsfrage und der interalliierten Schulden zu verhindern, daß Frankreich seine Vormacht auf dem europäischen Kontinent machtpolitisch endgültig stabilisiert. Wie wir schon in unserem letzten Bericht schrieben, scheint die Abtrennung des Rhein- und Ruhrgebietes von Deutschland, wenn keine internationale Einmischung erfolgt, eine vollendete Tatsache zu sein. Dies würde Frankreichs Macht außerordentlich erhöhen und Deutschland als Gegengewicht in Europa ausschalten. Zwar würde eine solche Lösung — wie wir in der Einleitung ausführten — zu einer fortgesetzten ökonomischen Zerrüttung sowohl Deutschlands wie Frankreichs führen. Aber England fürchtet mit Recht die Gefahr, daß Frankreich den Ausweg aus dieser Krise durch einen Krieg gegen England suchen würde, was für England bei den gegebenen Machtverhältnissen verhängnisvoll werden könnte.

---

[1]) „Le Temps" vom 26. November 1923.

Ergebnis der Ruhrbesetzung für Frankreich.

Das Ergebnis der Ruhrbesetzung für Frankreich können wir kurz folgendermaßen zusammenfassen.

Machtpolitisch hat es einen vollkommenen Sieg errungen. Die französische Schwerindustrie hat ihr Ziel insofern erreicht, als die Versorgung mit Kohle und Koks aus dem Ruhrgebiet gesichert ist. **Finanziell** bedeutet aber die Ruhrbesetzung durchaus keinen Sieg für Frankreich. Es wird daraus keinesfalls jene Einnahmen herausschlagen können, die es für seine Reparationsausgaben braucht. Der scharfe Fall des französischen Franken in den letzten Monaten zeigt klar, daß die Bourgeoisie den Erfolg der Ruhrbesetzung nicht als einen finanziellen Sieg bewertet.

Was den Erfolg der Schwerindustrie betrifft, so ist dieser durchaus nicht so eindeutig, wie man es glauben könnte. Wie wir bereits einmal ausführten, ist die französische Schwerindustrie absolut auf die Zufuhr von Kohle und Koks aus dem Ruhrgebiet angewiesen, hat aber andererseits ein ebenso starkes Interesse daran, daß die Produkte der Eisenindustrie des Ruhrgebietes nicht ungehindert auf den französischen Markt gelangen. Mit dem Erwerb der lothringischen Eisenindustrie ist eine Produktion auf französischem Boden gesichert, die nicht nur die Bedürfnisse des französischen Marktes deckt, sondern auch die Notwendigkeit nach sich zieht, einige Millionen Doppelzentner Eisenwaren jährlich zu exportieren. Eine Lösung der Ruhrfrage in der Form der einfachen Angliederung des Ruhrgebietes an das französische Wirtschafts- und Zollgebiet würde für die alte, im Zentrum Frankreichs liegende, unter minder günstigen Standortverhältnissen arbeitende französische Eisenindustrie den Ruin bedeuten. Das natürliche Absatzgebiet der Ruhreisenindustrie ist und bleibt das nicht besetzte Deutschland. Die französische Schwerindustrie muß daher an einer solchen Lösung der Ruhrfrage festhalten, die ihr den billigen Bezug von Kohle und Koks sichert, andererseits aber das Eindringen der Erzeugnisse der Eisenindustrie des Ruhrgebietes nach Frankreich verhindert und diesen Erzeugnissen einen Weg nach dem unbesetzten Deutschland frei läßt. Es ist ein Problem, das sich nur sehr schwer lösen läßt.

Was die finanzielle Seite des Ruhrerfolges betrifft, so hat Frankreich nunmehr die von Poincaré seit zwei Jahren geforderten „produktiven Pfänder" tatsächlich in der Hand. Es ist nur die Frage, was sie finanziell wert sind! Wir wollen einen Versuch machen, dies in grober Weise annähernd zu berechnen.

Wie bekannt, endete der Ruhrwiderstand durch die sogenannten Micum-Verträge. Diese Verträge wurden zwischen der französischen Ingenieurkommission und den einzelnen großen Konzernen des Ruhrgebiets geschlossen. Der deutsche Staat an sich wurde bei diesem Vertragsabschluß ausgeschlossen. Die Industriemagnaten traten an seine Stelle, freilich mit dem Vorbehalt, daß jene Lasten, die die deutschen Industriellen auf sich genommen haben, ihnen früher oder später vom Deutschen Reiche wieder vergütet werden[1]).

Der Micum-Vertrag.

Der Micum-Vertrag ist ein Rahmenvertrag, der durch Abmachungen mit den einzelnen Betrieben, beziehungsweise Unternehmungen, seinen konkreten Inhalt gewinnt. Die wesentlichsten Punkte dieses Vertrages sind folgende:

1. Der Vertrag gilt bis zum 15. April 1924, wenn inzwischen keine generelle Regelung erfolgt.
2. Die einzelnen Werke haben bestimmte Beträge als Abgeltung der im Jahre 1922 nicht gezahlten Kohlensteuern zu leisten.
3. Sie haben nach jeder Tonne geförderter Kohle zehn Papierfranken Kohlensteuer zu bezahlen.
4. Sie haben dieselben Quantitäten an Reparationskohle zu leisten, wie es dem Verhältnis von 1921 entsprechen würde.
5. Die Eisenwerke, Farbwerke und anderen Unternehmungen haben ebenfalls einen gewissen Prozentsatz ihrer Erzeugnisse als Reparationszahlung abzuliefern.

Unabhängig vom Micum-Vertrag hat sich Frankreich durch gewaltsame Besitzergreifung der Eisenbahnlinien und anderer Verkehrsmittel im besetzten Gebiet die Einnahmen aus dem Verkehr gesichert.

Was bringt der Micum-Vertrag und die Regiebahn Frankreich ein?

Es ist sehr schwer, hierauf eine irgendwie fundierte Antwort zu geben. Angenommen, daß das wirtschaftliche Leben in diesen Gebieten in vollem Gang und der deutsch-französische Gegensatz überwunden wäre — sicherlich eine sehr ansehnliche Summe! Dieses Gebiet ist der reichste Teil Deutschlands. Es wurden hier 1922 rund 90 Millionen Tonnen Kohle produziert: à 10 Franken pro Tonne = 900 Millionen Franken Reparationskohlen und Koks ungefähr 16 bis 18 Millionen Tonnen = ungefähr 1500 bis 2000 Millionen Franken.

Die Produktion von Eisen betrug ungefähr 8 Millionen Tonnen. Die großen chemischen und Textilwerke zahlen auch ihren Tribut. Die wirklich einfließenden Beträge sind aber viel geringer, weil eben die Produktion — wie wir später ausführen — sehr gering ist.

Die spärlichen deutschen Berichte sind bestrebt, die Lasten, die der Micum-Vertrag den Kapitalisten auferlegt, als untragbar hoch darzustellen. Dies ist nötig, um die Verlängerung der Arbeitszeit und den Abbau der Löhne zu motivieren[1]).

Diesen deutschen Angaben stehen französische Angaben gegenüber, die den Ertrag aus dem Ruhrgebiet als viel kleiner angeben. So zum Beispiel schreibt „Le Temps" vom 31. Dezember, daß in der Periode vom 1. bis 20. Dezember aus der Ruhrbesetzung eingeflossen wären 150 Millionen Franken und 11 Millionen Goldmark, wobei anzunehmen ist, daß die Einnahmen aus der Ruhrbesetzung französischerseits aus politischen Gründen keinesfalls verkleinert werden.

Die Differenz zwischen der von den Deutschen angegebenen großen Zahl und dem tatsächlichen Eingang entsteht daraus, daß die deutschen Zahlen die mögliche Belastung im Falle einer vollen Produktion darstellen. Nun kann von einer vollen Aufnahme der Produktion im Ruhrgebiete keine Rede sein. Die Angaben der französischen Zeitungen verschiedenster Parteirichtungen stimmen darin überein, daß die Produktion nur einen Bruchteil des Normalen ausmacht. Die Produktion von Kohle und Koks wird in der Woche vom 17. bis 23. Dezember für Kohle auf 71%, für Koks auf 34% der Vorkriegszeit geschätzt. Die Eisenproduktion ist Ende Dezember noch minimal. („Journée Industrielle" vom 21. Dezember 1923.) Anfang Januar waren von 76 Hochöfen 13 und von 186 Martinöfen 21 in Betrieb. („Journal des Débats" vom 28. Dezember.)

In bezug auf die möglichen Einnahmen aus dem Regiebetrieb stellen „Journal des Débats" am 29. Dezember fest, daß, „wo früher täglich 20 Züge verkehrten, gegenwärtig nur zwei verkehren". Es ist unter diesen Verhältnissen fraglich, ob die Ruhrbesetzung trotz der Micum-Verträge selbst die Kosten der Besetzung aufbringt.

---

[1]) In einem Interview im „Journal des Débats" erklärte Stinnes folgendes: „Die zwischen den Ruhrindustriellen und der Micum abgeschlossenen Verträge sind ein Anfang. Ihre erste Wirkung ist die Belastung der Industrie im Ruhrgebiet mit einer Bürde, die auf das Reich zurückfällt und an der ganz Deutschland seinen Anteil tragen muß. Wir sind natürlich außerstande, an Stelle Deutschlands die schuldigen Reparationen zu zahlen. Wir haben uns nur bereit erklärt, für eine begrenzte Zeit den Versuch zu machen . . . Wir sind durch die Tatsache des Abschlusses der Micum-Verträge als Privatpersonen an die Stelle eines anderen Schuldners, nämlich des Deutschen Reiches, getreten.

[1]) „Nach der Selbstkostenberechnung eines der größten Werke würde die Belastung der Tonne Kohle ohne Einrechnung der Transportkosten der Reparationskohlen vom Werk zur Grenze 5 Goldmark betragen." (Dr. Kurt Lachmann, Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung": „Das Schicksal des Ruhrgebietes", Seite 40.) Nach dieser Berechnung würden allein die Kohlen den Franzosen jährlich 450 Millionen Goldmark einbringen. Die Berechnung ist sicher übertrieben.

Der bekannte rheinische Großindustrielle **Peter Klöckner** führte im preußischen Staatsrate aus („Vorwärts" vom 26. Januar 1924):

„**Die Micum-Verträge** belasteten die **westdeutsche Industrie monatlich mit einer Ausgabe von 80 Millionen Goldmark**, die Kohlengruben allein mit 55 bis 60 Goldmillionen. Die Unternehmer hätten die Eisenpreise dem Friedensstand, die Kohlenpreise den englischen Preisen angepaßt. Die Löhne seien an Rhein und Ruhr nicht niedriger als im übrigen Deutschland. Der Unternehmer verliere bei den heutigen Preisen und unter Einhaltung der Vereinbarungen über Löhne und Arbeitszeit 20 bis 30 Mark an jeder Tonne Eisen."

Finanzminister **Luther** in seiner Rede in Hamburg:

„Die Micum-Verträge bedeuten große, fast unentgeltliche Sachlieferungen an die Entente. Es handelt sich zum Beispiel bei der Stickstoffindustrie um 6 Millionen Goldmark im Jahre."

Die Ursache dieses Darniederliegens der Ruhrproduktion scheint zum Teil auf französischer, zum Teil auf deutscher Seite zu liegen. Die Franzosen haben kein Interesse daran, daß die Eisenindustrie des Ruhrgebietes sich entwickle. Das finanzielle Interesse des französischen Staates steht an diesem Punkte in schärfstem Widerspruch zu den Interessen der französischen Schwerindustrie. Durch die Erörterungen des Organs der französischen Schwerindustrie „L'Usine" zieht sich wie ein roter Faden die Furcht vor der möglichen neu einsetzenden Konkurrenz der Ruhrindustrie. Es wird zum Beispiel (Nummer vom 29. Dezember) darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige französische Eisenproduktion nur 52% der möglichen Kapazität beträgt, daß die Ausnutzung der vollen Kapazität auch einen starken Export auf den Weltmarkt nötig machen wird, daß der Export bisher erleichtert wurde durch die sinkende Tendenz des Franken und das Fehlen der Konkurrenz des Ruhrgebietes, daß aber die Konkurrenz Deutschlands sowohl dem inneren Markt als dem Export Frankreichs starke Schwierigkeiten bereiten wird. Die französische Schwerindustrie bietet daher alles auf, um die Produktion im Ruhrgebiet zu sabotieren.

„Viele deutsche Industrielle sind der Ansicht, daß die Franzosen der hiesigen Eisen- und Stahlindustrie eine Produktion von nicht mehr als 30% ihrer Leistungsfähigkeit gestatten werden. Die Franzosen können das mit der geplanten Festsetzung des Kohlenpreises, mit der Zuteilung der Kohle, mit der Höhe des Einfuhrzolles und der Ausfuhrabgabe, mit der Kontingentierung der Ausfuhr, die schon im jetzigen Vertrag der Micum enthalten ist, und mit der Tarifpolitik erreichen. (Kurt Lachmann, „Das Schicksal des Ruhrgebietes", Seite 69.)

Andererseits scheint es, daß auch die Ruhrindstriellen die Produktion sabotieren. Sie hatten den Micum-Vertrag vor allem zu dem Zwecke abgeschlossen, sich gegen unvorhergesehene Beschlagnahme ihrer Vorräte und Besetzung ihrer Betriebe zu schützen. Der Vertrag läuft nur bis zum 15. April, und sie haben die Hoffnung, daß bis dahin eine ihnen günstigere Regelung zustande kommen wird. Sie haben daher kein Interesse daran, die Produktion in vollem Maßstabe in Gang zu bringen.

Eine gewisse Sabotage scheint auch bei der Regiebahn vorhanden zu sein. Es ist wahrscheinlich, daß bei Abwesenheit der leitenden deutschen Eisenbahnbeamten und bei der fehlenden Sprachkenntnis der zusammenarbeitenden deutschen und französischen Eisenbahner der Betrieb auch ohne Sabotage viel leidet. Die Tatsache, daß die Eisenbahner bei dem gegenwärtigen niedrigen Stand des Franken bei der Regiebahn geringere Bezüge erhalten als im unbesetzten Deutschland, trägt sicher nicht zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit bei. In der Artikelserie des „Journal des Débats" sind eine Reihe von Einzelheiten aufgezählt, wonach Eisenbahntransporte aus dem Ruhrgebiet im Verlauf von sechs Wochen nicht an ihren Bestimmungsort in Frankreich gelangten.

Der große Kampf zwischen Kapital und Arbeit, der sich gegenwärtig im ganzen Ruhrgebiet abspielt, ist ebenfalls eine der Hauptursachen des Darniederliegens der Produktion. Es ist hierbei schwer zu entscheiden, ob die Kapitalisten diese Kämpfe provozieren, um eben wegen der schweren Lasten nicht produzieren zu müssen, oder ob französische Einflüsse die Arbeiterbewegung schüren. Die Tatsache, daß den Kapitalisten keine ergebene Regierungsmacht im Ruhrgebiet zur Verfügung steht, trägt sicherlich dazu bei, die Lage der Arbeiter ihnen gegenüber zu stärken.

Mögen die Ursachen verschieden oder vielleicht noch andere sein, als die hier aufgezählten: jedenfalls steht fest, daß die Produktion im Ruhrgebiet vier Monate nach der Aufgabe des passiven Widerstandes noch immer minimal ist und daß die gewonnenen Pfänder bisher keine produktiven Pfänder in dem Sinne sind, daß Frankreich hieraus irgendwie ins Gewicht fallende Reparationseinnahmen erzielen könnte.

Der Notenwechsel, den die Ententeregierungen veröffentlichten, zeigt klar, daß der wirkliche Zweck Poincarés nicht die Ergreifung von produktiven Pfändern war, sondern **der Zwang auf Deutschland.**

„Was wir wollten, war zunächst und vor allem: in Deutschland durch eine Pfandnahme und durch Zwang den Zahlungswillen zu schaffen; es war ferner: die wirtschaftlichen und politischen Organisationen des Reiches in eine solche Notlage zu bringen, daß es die Durchführung des Friedensvertrages dieser Notlage vorzöge." (Antwort der französischen Regierung auf die britische Note vom 20. Juli 1923.)[1])

[1]) Notenwechsel der Alliierten, im Anschluß an die deutschen Noten vom 2. Mai und 7. Juni 1923. Reichsdruckerei, Berlin 1923, Seite 106.

Das Suchen nach einem Ausweg.

Es kann heute festgestellt werden, daß sich durch die Ruhrbesetzung in der Reparationsfrage nichts wesentliches geändert hat. Deutschland ist sehr geschwächt worden. In Frankreich droht eine Valutakatastrophe. Der Ertrag der Pfänder fällt gegenüber den Reparationsforderungen Frankreichs nicht in die Wagschale.

Die Grundtatsachen, die wir uns bei der Betrachtung der Lösungsmöglichkeiten in Erinnerung rufen müssen, sind folgende:

Die Entscheidung über ein Moratorium für die deutschen Zahlungen liegt bei der Reparationskommission. Nach dem Ausscheiden der Vereinigten Staaten besteht diese aus den Vertretern Frankreichs und Belgiens einerseits, Englands und Italiens andererseits. Da der französische Vorsitzende bei Stimmengleichheit die Entscheidung hat, so ist die Reparationskommission tatsächlich ein Werkzeug Frankreichs.

Zur Verminderung der Reparationsschuld ist eine einstimmige Entscheidung aller Ententeregierungen erforderlich. Jede einzelne Regierung hat hiergegen das Vetorecht. Frankreich hat daher, selbst in dem Falle, daß England Belgien zu sich hinüberziehen könnte, die Möglichkeit, die Verminderung der Reparationsschuld zu verhindern.

Der Standpunkt der Ententeländer in dieser Frage geht aus dem oben erwähnten Notenwechsel ziemlich klar hervor. Frankreich fordert 26 Milliarden Goldmark und Erlassung sämtlicher interalliierter Schulden mit der Motivierung, daß es diese Summe für Wiederaufbauzwecke tatsächlich aufzuwenden habe, und wenn eine Reduzierung der deutschen Zahlungen eintrete, dies auf Kosten der nicht unmittelbaren Kriegsschäden, also auf Kosten der Pensionsansprüche, die den überwiegenden Teil der Forderungen Englands ausmachen, eintreten solle. Belgien fordert fünf Milliarden und die Erlassung aller Schulden; Italien sieben Milliarden, ebenfalls bei Erlassung der Schulden. Wie die belgische Note vom 30. Juli sagt, hängt es nunmehr von England ab, wie hoch die Reparationsschuld Deutschlands sein solle. Erlassen England und die Vereinigten Staaten alle ihre Forderungen, so hätte Deutschland 38 Milliarden Goldmark zu bezahlen. England antwortete darauf mit der bekannten Curzon-Note vom 11. August, wonach England von den Alliierten und Deutschland zusammen nicht mehr als jene 14,2 Milliarden Goldmark fordere, die es selbst an die Vereinigten Staaten zu zahlen habe. Akzeptiert man diese Summe, so ergeben sich 52,2 Milliarden Goldmark[1]), das heißt die alte Summe der A.- und B.-Obligationsserien, wobei es unklar ist, ob die bisherigen Zahlungen Deutschlands von dieser Summer abgezogen werden sollen oder nicht.[2])

Wenn die Vereinigten Staaten und England auf ihren Forderungen Frankreich, Belgien und Italien gegenüber bestehen, so fordern letztere Staaten, daß Deutschland entsprechend mehr bezahlen solle.

Wie kann Deutschland zahlen?

Vorläufig beschäftigten sich aber die Sachverständigen der Reparationskommission in erster Linie mit der Frage: In welcher Weise kann Deutschland überhaupt Reparationen zahlen? Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre hat sich die Erkenntnis ergeben, daß die Voraussetzung von Reparationszahlungen überhaupt die dauernde Stabilisierung der deutschen Mark sei und daß andererseits die Zahlungsform, die am wenigsten Unheil in der Weltwirtschaft anrichtet, die Übertragung von Auslandsguthaben deutscher Kapitalisten an die Entente sei. Aus dieser Erkenntnis heraus erfolgte die Einsetzung der zwei internationalen Sachverständigenkommissionen durch die Reparationskommission, die die Aufgabe haben, die Voraussetzungen eines Gleichgewichts des deutschen Staatshaushalts als Voraussetzung der Markstabilisierung und die Höhe und Erfassung der im Ausland vorhandenen deutschen Kapitalien zu untersuchen. Die Verhandlungen dieser Sachverständigenkommissionen werden geheim geführt. Es hat keinen Sinn, aus den vagen Zeitungsmeldungen und privaten Gerüchten ein Bild der Verhandlungen zusammenstellen zu wollen. Bisher steht nur das eine fest, daß sich die Sachverständigenkommission

[1]) Siehe: Ergänzende Erklärungen zu dem Vorschlage über Lösung des Reparationsproblems in der belgischen Note vom 30. Juli 1923. „Notenwechsel . . .", S. 207)

[2]) Keynes schätzt in der „Nation" vom 27. November die bisherigen Zahlungen Deutschlands, die Besatzungskosten und die Differenz zwischen deutschen und Weltmarktpreisen bei den bisherigen Lieferungen zusammen auf 735 Millionen Pfund Sterling, also rund 15 Milliarden Goldmark.

für die Schaffung einer Goldnotenbank in Deutschland unter Hinzuziehung ausländischer Kapitalien ausgesprochen hat. Es muß aber betont werden, daß diese Sachverständigenkommission, wie seinerzeit die Brüsseler Kommission und die Morgan-Kommission, keinerlei Entscheidungsrecht hat. Sie muß ihre Ergebnisse der Reparationskommission und, da Frankreich in der Reparationskommission das Übergewicht hat, im Wesen Poincaré unterbreiten. Die großen Hoffnungen, die in Deutschland auf die Arbeit der Sachverständigenkommission gesetzt werden, sind daher vorläufig grundlos. Nur wenn sich die Vereinigten Staaten entschließen würden, einen Vertreter mit beratender Stimme in die Reparationskommission zu entsenden, könnte man den Beschlüssen der Sachverständigenkommission eine wirkliche Bedeutung beimessen. Geschieht dies nicht, so ist nicht abzusehen, wie bei den gegebenen Kräfteverhältnissen in Europa die Vormachtstellung Frankreichs in der Entscheidung der Reparationsfrage irgendwie gebrochen werden könnte, es sei denn, daß die Frankenentwertung so katastrophale Dimensionen annimmt, daß Frankreich auf die finanzielle Hilfe der angelsächsischen Mächte angewiesen wird und mit als Entgelt eine den Interessen dieser Mächte entsprechende Haltung in der Reparationsfrage einnimmt.

Der Rechberg-Plan.

In der Berichtsperiode wurde in der französischen und deutschen Presse die Aktion des deutschen Kapitalisten Rechberg zu einer französisch-deutschen Verständigung in der Reparationsfrage viel erörtert. Rechberg wurde in Paris von Poincaré und Millerand empfangen und sein Plan von dem französischen Abgeordneten Reynaud im Parlament als mögliche Basis einer Verständigung vertreten.

Das Wesen dieses Planes besteht darin, daß alle jene Industrieunternehmungen Deutschlands, von denen die französische Regierung dies fordert, neue Aktien in der Höhe von 30% des bestehenden Aktienkapitals emitttieren sollen. Diese Aktien sollen der französischen Regierung zur Abtragung der Reparationsschuld übergeben werden. Über den Wert der Aktien sollen in jedem Falle Verhandlungen geführt werden. Die französische Regierung verkauft die erhaltenen Aktien an französische Industrielle, doch mit der Beschränkung, daß die Aktien 30 Jahre nicht außerhalb Frankreichs verkauft werden dürfen. Hierdurch würde sich eine Interessenbeteiligung Frankreichs an großen Teilen der deutschen Industrie bis zu 23% ergeben. Dies wäre die Garantie dafür, daß Frankreich keine der deutschen Wirtschaft schädliche Politik treiben würde.

Die Aufnahme dieses Vorschlages war in der französischen öffentlichen Meinung und in der Presse durchaus günstig. Eine Ausnahme bildet die Eisenindustrie. „L'Usine" schreibt, daß eine derartige Verbindung der deutschen und französischen Industrie selbstverständlich eine Zollerleichterung für die Produkte der deutschen Industrie nach sich ziehen würde. Die französische Industrie wäre auf diese Weise der von der Entwertung der Valuta und den niedrigen Arbeitslöhnen begünstigten Konkurrenz ausgesetzt. In Deutschland hingegen wurde der Rechberg-Plan im allgemeinen ablehnend behandelt. Ein Empfang Rechbergs wurde öffentlich abgelehnt.

Die Ursache seiner Ablehnung liegt unseres Erachtens in erster Linie in außenpolitischen Umständen. Die Annahme des Rechberg-Planes würde die Schaffung eines industriellen Kontinentalblocks gegenüber England bedeuten, also eine Lösung, die den Interessen Englands scharf zuwiderlaufen und somit eine Verschärfung der Reparationsfrage bedeuten würde. Die Durchführung des Rechberg-Planes ist mit der Streichung der interalliierten Schulden, die ihrerseits die Voraussetzung einer für Deutschland tragbaren Regelung der Reparationsfrage ist, unvereinbar.

Die „belgischen Studien" über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

Aus vielen Anzeichen geht hervor, daß die gegenwärtig tagende Sachverständigenkonferenz zur Grundlage der Beurteilung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands die sogenannten „belgischen Studien" genommen hat. Diese belgischen Studien bilden drei Anlagen zu der Note des belgischen Ministers des Auswärtigen an den belgischen Botschafter in London vom 9. Juni 1923. Der wesentliche Inhalt dieser Studien ist folgender:[1])

Nach einer etwaigen Sanierungsperiode der Währung und des Reichshaushaltes können von Deutschland ständige Zahlungen aus folgenden Quellen erwartet werden:

1. **Verpachtung des Betriebes der deutschen Eisenbahnen,**
2. **Verpachtung der Verbrauchsmonopole,**
3. **Kohlenlieferungen.**

Zu 1. Die deutschen Eisenbahnen haben im Jahre 1914 einen Betriebsüberschuß von 609 Millionen Mark ergeben. Die Verringerung der Länge des Eisenbahnnetzes wird durch seine Verbesserungen kompensiert. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Entwertung des Goldes ergibt sich, daß auf der Grundlage des normalen Betriebes von den deutschen Eisenbahnen noch ein jährlicher Gesamtgewinn von 1 Milliarde Goldmark zu erwarten ist. Dem entspricht die Tatsache, daß deutsche Kapitalisten beabsichtigten, das deutsche Eisenbahnnetz gegen eine Jahresleistung von 1 Milliarde Goldmark zu pachten. Daß im Jahre 1922 ein Defizit vorhanden war, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß die Tarife infolge der Geldentwertung viel zu niedrig waren und daß statt den 650.000 Eisenbahnangestellten der Vorkriegszeit fast 1 Million Angestellte vorhanden waren. Aus der Verpachtung des Eisenbahnnetzes kann daher jährlich 1 Milliarde Goldmark für Reparationen gewonnen werden.

Zu 2. Die Studien nehmen alle vorhandenen Monopole in Deutschland nach der Reihe durch und beweisen, daß ihre Erträge pro Einheit der Ware viel zu niedrig sind. Sie kommen zu folgenden Ergebnissen:

	Ertrag der gegenwärt. Steuer	Belgischer Vorschlag (In Goldmark.)	Erwarteter Jahresertrag
Tabak pro Kilogramm . . .	0,74	4,5	450 Mill.
Bier in Hektoliter	0,01	6	200 „
Wein in Hektoliter	—	—	50 „
Schaumwein in Hektoliter .	—	—	5 „
Alkohol in Hektoliter . . .	130	500	600 „
Zucker pro 100 kg	0,01	60	130 „
Salz pro 100 kg	—	12	70 „
Streichhölzer pro Schachtel .	—	0,01	20 „
Beleuchtungsmittel	—	—	5 „
Kohle[1])	—	—	— „
			1530 Mill.

Die Note betont die Möglichkeit, weitere Waren, insbesondere Kaffee, Tee, Schokolade und Kakao zu Verkaufsmonopolen umzugestalten, eventuell auch Petroleum, verschiedene ätherische Öle, Benzol usw.

Zu 3. Es wird eine jährliche Lieferung von 20 Millionen Tonnen vorgesehen, ungefähr 17 Goldmark die Tonne, mit einem Ertrag von 340 Millionen Goldmark jährlich.

Die vorgesehenen drei Quellen ergeben einen jährlichen Gesamtertrag von 2870 Millionen Goldmark.

In einer zweiten Anlage wird eine Abgabe von 25% des Reinertrages der deutschen Unternehmungen in der Form von Emittierungen von Anteilscheinen vorgesehen. Der Reinertrag der deutschen industriellen Unternehmungen wird auf 1 Milliarde Goldmark geschätzt, der 25%ige Anteil auf 250 Millionen.

Als vierte Einnahmequelle werden die deutschen Zölle herangezogen.

In der dritten Anlage wird der Beweis geführt, daß der deutsche Staatshaushalt bei Entnahme dieser Beträge noch immer balanziert werden kann. Die Berechnung wird basiert auf die Einnahmen des Vierteljahres April—Juni 1922, in dem die Einnahmen des Staatshaushaltes die Ausgaben deckten. Es wird berechnet, daß Zölle und Verbrauchssteuern für Alkohol, Bier, Tabak und Zucker, ferner die 25% des Reinertrages der deutschen Unternehmungen in dieser Periode 13,3% der gesamten Einkünfte des Vierteljahres ergaben. Der Staatshaushalt hätte, wenn sich die Überschüsse des Vierteljahres auf das ganze Jahr in gleichem Maßstabe ausgedehnt hätten, nach Entnahme dieser Beträge für Reparationszahlungen noch einen Überschuß von ungefähr 1 Milliarde Goldmark aufgewiesen. Nach Entnahme von weiteren 340 Millionen Goldmark für Kohlenlieferungen wären noch immer 660 Millionen Goldmark Überschuß geblieben, von den Zuschüssen zu den Staatsbetrieben natürlich abgesehen. Dies beweist, daß bei dieser Stabilisierung der Mark die oben erwähnte Summe von 2870 Millionen Goldmark für Reparationszahlungen frei wäre.

Wir haben uns eingehender mit diesen belgischen Studien befaßt, eben weil sie nach guten Informationen eine der wich-

[1]) „Notenwechsel . . . .", S. 37—56.

[1]) Ein Kohlenmonopol wird mit Rücksicht auf die Unsicherheit der Preislage nicht vorgesehen.

tigsten Grundlagen der Arbeit der Sachverständigenkommissionen bilden. Es ist bekannt, daß die deutsche Regierung diese Studien prinzipiell als Grundlage der Diskussion angenommen hat; sie wehrt sich nur gegen die Verpachtung der Monopole, und zwar mit der Motivierung, daß die Kosten der Eintreibung bei einheitlicher Verwaltung aller Monopole viel geringer wären als bei gesonderter Verpachtung.

Was an diesen Studien besonders auffällt, ist deren ganz und gar antisozialer Charakter. Das ganze Gewicht der Reparationen soll vor allem auf die Monopole, das heißt auf die Belastung der arbeitenden Klassen gelegt werden. Die ganze Auffassung ist außerdem ökonomisch fehlerhaft; denn sie geht davon aus, daß die deutschen arbeitenden Klassen bei ihren auf 60% des Vorkriegsstandards reduzierten Einkommen Verbrauchssteuern von derselben Höhe zahlen könnten wie vor dem Kriege oder in England, beziehungsweise in Frankreich gegenwärtig. Es ist offenbar, daß dies unmöglich ist, und also der Versuch, Verbrauchssteuern, beziehungsweise Monopolpreise von der vorgesehenen Höhe einzuführen, einen ungemein starken Rückgang der verbrauchten Mengen und damit des erwarteten Ertrages der Monopole nach sich ziehen würde. Immerhin zeigen diese Studien und die Bereitschaft der deutschen Regierung, auf dieser Basis zu verhandeln, den Weg, den die internationale, deutsche und französisch-belgische Bourgeoisie zur Lösung der Reparationsfrage sucht: Überwälzung der Lasten auf die deutschen Konsumenten.

Selbstverständlich würde eine derartige Lösung die internationale ökonomische Frage aufwerfen: In welcher Naturalform sollen die von dem deutschen Volke zu Reparationszahlungen erpreßten über 2 Milliarden Goldmark jährlich an die Entente abgeliefert werden? Da Deutschland in Gold nicht zahlen kann, kann es entweder mit deutschen Zahlungsmitteln oder mit Waren zahlen. Eine Bezahlung in deutschen Zahlungsmitteln würde deren Entwertung nach sich ziehen. Einer Bezahlung in deutschen Waren stehen als Hindernis die Enge der Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes und die Abwehrmaßregeln der einzelnen kapitalistischen Länder entgegen. An diesem Problem ändert sich bei Durchführung der hier vorgesehenen Maßregeln gar nichts.

Das Problem der Stabilisierung der Mark [1]).

Wir haben immer die Auffassung vertreten, daß unter den gegebenen ökonomischen Verhältnissen eine Stabilisierung der Mark auf die Dauer unmöglich sei. Wir gingen dabei von der Annahme aus, daß die Wirtschaftsbilanz Deutschlands selbst passiv sei, das heißt, daß Deutschland mit Einrechnung der zu leistenden Reparationsabgaben mehr konsumiert als produziert. Hieraus folgt die Tendenz der deutschen Kapitalisten, ihr Kapital im Auslande anzulegen, was natürlich die Zahlungsbilanz verschlechterte und ihre entwertende Wirkung auf die Mark ausübte. Andererseits wurde im innerdeutschen Verkehr die Papiermark mit dem Fortschreiten der Entwertung in großem Maßstabe durch ausländische Zahlungsmittel — Pfund-, Dollar- und Gulden-Noten — ersetzt, was eine weitere Verschlechterung der Zahlungsbilanz des Landes bedeutete, da diese Notenmengen, die im Inlande als Zirkulationsmittel dienten, durch den Export von Waren, das heißt durch die Hingabe realer Werte an das Ausland erkauft wurden. Als Gegensteuer zur Besserung der Handelsbilanz diente in früheren Jahren der Verkauf von Marknoten und Markguthaben an das Ausland, und die Überfremdung von Kapital — Aktien, Häuser, Grundbesitz usw. — durch das Ausland. Es ist ferner immer in Betracht zu ziehen, daß bis zu vollzogener Expropriation der Mittelschichten, bis zu dem Umschwung in der Preisgestaltung im Kleinhandel, der ungefähr im August 1923 einsetzte, die führenden kapitalistischen Kreise Deutschlands noch ein Interesse an der Markentwertung hatten, und die von der Regierung versuchten Stützungsaktionen mehr oder minder bewußt durchbrachen [2]).

Nunmehr stehen wir der Tatsache gegenüber, daß die deutsche Mark seit ungefähr 15. November, also bereits mehr als zwei Monate, tatsächlich stabilisiert ist. Und wir müssen nun die Fragen aufwerfen:

1. Was hat sich in den ökonomischen Verhältnissen Deutschlands geändert, das die Stabilisierung ermöglichte?

2. Besteht eine Aussicht, daß diese Stabilisierung eine endgültige ist — oder wird diese von ähnlich kurzer Dauer sein wie der Stabilisierungsversuch im Frühjahr 1923?

In den Produktionsverhältnissen Deutschlands hat sich in dem letzten Vierteljahr nichts geändert, was eine Stabilisierung der Valuta begründen würde. Gerade im Gegenteil: die Produktion Deutschlands ist im November und Dezember 1923 auf einen noch nie dagewesenen Tiefstand gefallen. Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter hat rund sechs Millionen erreicht. Die Stabilisierung kann daher keinesfalls auf dem Gebiete der Produktion gesucht werden.

Eine große Änderung erfolgte hingegen in der Zirkulationssphäre. Diese Änderung kann kurz dadurch gekennzeichnet werden, daß die Zirkulationsgeschwindigkeit des umlaufenden Geldes sich um ein vielfaches verlangsamt hat. Die Ursachen dieses Vorganges sind vor allem in dem politischen Umschwung und die daran schließende Änderung der psychologischen Einstellung weiter Kreise der Bevölkerung zu suchen. Wie wir schon in unserem letzten Bericht darstellten, wurde in den letzten Monaten 1923 eine große geldtechnische Änderung in Deutschland durchgeführt. Die Rentenbank wurde gegründet und die weitere Eskompierung von Reichsanweisungen durch die Reichsbank eingestellt. Die für Staatsrechnung in Verkehr gebrachten Rentenbanknoten wurden durch den Rentenmarkkredit, den der Staat erhalten hatte, eingelöst. Im Zusammenhang damit wurde die Papiermark in der Höhe von 1 Billion Papiermark = 1 Goldmark, beziehungsweise 1 Rentenmark stabilisiert. Seither ist die deutsche Valuta nicht nur stabil, sondern goldgleich, das heißt für 1 amerikanischen Dollar kann man in Deutschland im allgemeinen nicht mehr als den dem nominellen Goldinhalt entsprechenden Betrag von 4,2 Rentenmark erhalten.

Wenn wir die Frage der Stabilisierung von der quantitativen Seite aus betrachten, so wäre diese ganz und gar unverständlich. Die Quantitätstheorie versagt für diesen Fall vollkommen. Während vor dem Erscheinen der Rentenmark an Umlaufsmitteln nicht mehr als ungefähr 200 Millionen Goldmark in Reichsbanknoten und ungefähr 600 Millionen Goldmark in Goldanleihe und Dollarschatzanweisungen in Umlauf waren, ist die Menge des in Umlauf befindlichen Geldes durch die Errichtung der Rentenbank auf das Mehrfache gestiegen [1]). Nach den Angaben des Finanzministers Luther waren am Ende des Jahres 1923 in Umlauf („Vossische Zeitung" vom 30. Oktober):

	Millionen Goldmark
An Reichsbanknoten	400
An Rentenmark	1200
An Schatzanweisungen und Goldmark, kleine Stücke	300
An Notgeld	500
	2400

Seither hat sich diese Summe noch bedeutend vermehrt. Nicht nur die Reichsbahn gibt große Mengen von wertbeständigem und nichtwertbeständigem Geld heraus: auch die einzelnen Staaten — Preußen, Sachsen, Thüringen — ja die einzelnen Provinzen von Preußen und einzelne Städte emittieren weiter große Mengen von Papiergeld, das von der Zirkulation glatt aufgenommen wird und der Stabilisierung keinen Abbruch tut.

Die Erklärung für diese Tatsache kann nirgends anders liegen als in der Verlangsamung der Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes. Dies bedeutet, daß jeder einzelne, der in den Besitz von Geld gelangt, sich nicht wie früher beeilt, dieses Geld sofort in Ware oder in Wertpapiere umzusetzen, sondern es, wie in Friedenszeiten, längere Zeit bei sich behält. Hierbei ist in Betracht zu ziehen, daß die umgesetzte Warenmenge gegenwärtig noch kleiner ist als vor einem halben Jahre, da die Produktion sich sehr vermindert hat. Die vermehrte Aufnahmefähigkeit der Zirkulationssphäre an deutschem Papiergeld kann

---

[1]) Diesen Abschnitt veröffentlichten wir bereits in den Nr. 21 und 23 vom 16., beziehungsweise 19. Februar (Wochenausgaben Nr. 7 und 8 vom 16., beziehungsweise 24. Februar), lassen ihn jedoch, um den Zusammenhang des vorliegenden Berichtes nicht zu zerreißen, noch einmal folgen. Die Red.

[2]) Siehe unseren Bericht über das II. Vierteljahr 1923.

[1]) Nach Berechnungen des Staatssekretärs Hirsch betrug der Umlauf an deutschem Gelde pro Kopf der Bevölkerung:

Im Frieden etwa	90	Goldmark
Ende 1919 etwa	51	„
Oktober 1922 etwa	14	„
Juni 1923 etwa	6	„
Seither	2½—4	„
Anfang November 1923	1	„

Hingegen schätzt er — entsprechend dem Cuno-Angebot einer innerdeutschen Devisenanleihe — den deutschen Besitz an Devisen und ausländischen Noten auf 3 Milliarden Goldmark, also rund 50 Goldmark pro Kopf der Bevölkerung.

nur zu einem kleinen Teil dadurch erklärt werden, daß ein Teil der früher die Zirkulation abwickelnden ausländischen Noten durch deutsches Papiergeld ersetzt wurde.

Die Frage ist nun: Welche Möglichkeiten sehen die einzelnen Agenten der Zirkulationssphäre, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu verlangsamen? Mit anderen Worten: Wodurch ist die Hoffnung der einzelnen Geldbesitzer begründet, daß das Geld sich in ihrer Hand nicht wie früher entwerten könnte?

Diese Hoffnung ist nicht durch die Qualität, durch die Art der Deckung des Papiergeldes begründet. Wie wir bereits in unserem letzten Bericht ausführten, ist die Rentenmark ein ebenso ungedecktes Papiergeld wie die alte Papiermark. Die Rentenmark kann nicht mit Gold eingelöst werden, sie kann nicht im Auslande gegen ausländische Zahlungsmittel eingetauscht werden. Ihre einzige Deckung besteht darin, daß sie zum Ankauf von Rentenbriefen, die 5% Jahreszinsen in Gold tragen, verwendet werden kann. Selbst vorausgesetzt, daß diese 5%ige Verzinsung durch die hypothekarischen Eintragungen auf den deutschen Grundbesitz voll gedeckt ist, so kann dies unmöglich die Grundlage des absoluten Vertrauens sein, das man zur Renten- und zur Papiermark gegenwärtig in Deutschland hat. Denn eine jährlich 5%ige Verzinsung selbst in Gold ist unter den heutigen Verhältnissen, wo man für wertbeständige Anleihe 5% pro Monat und noch bedeutend mehr bezahlen muß, absolut kein Anreiz und keine Sicherheit.

Die Grundlage dieses größeren Vertrauens zu der Rentenmark liegt unseres Erachtens in dem politischen Umschwung, der in Deutschland fast gleichzeitig mit dem Erscheinen der Rentenmark eingetreten ist. In dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit in Deutschland hat die Arbeiterklasse vorläufig eine Niederlage erlitten. Diese Niederlage wirkt sich sozial in der Verlängerung der Arbeitszeit und in der Herabsetzung der Löhne aus. Die kapitalistische und sozialdemokratische Presse bezeichnet den gegenwärtigen Zustand als eine „Gesundungskrise", die nach einigen Monaten, nachdem die Produktion durch die oben erwähnten Maßnahmen verbilligt und die Preise entsprechend herabgesetzt wurden, eine Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage folgen wird. Diese Massensuggestion ist es vor allem, die das Vertrauen in die Mark hergestellt und dadurch die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes in so großem Maße verlangsamt hat.

Hierzu kommen jene Maßregeln, die zur Stabilisierung des Staatshaushaltes dienen sollen: die Umstellung der Steuern auf Goldbasis; die geplante Verminderung der staatlichen Ausgaben durch Personalabbau; die Selbständigmachung der Reichsbahn und der Post zum Staate, womit die weiteren Zuschüsse aufhören. Endlich die Tatsache, daß in den letzten Monaten keinerlei Reparationszahlungen geleistet wurden, und daß sich mit Aufgabe des Ruhrwiderstandes die Ausgaben des Reiches stark vermindert haben.

Bei der Beurteilung der Lage muß noch besonders in Betracht gezogen werden, daß die Rentenmark, die deutsche Mark überhaupt, vollständig aufgehört hat, ein internationales Zahlungsmittel zu bilden. Alle Import- und Exportgeschäfte Deutschlands werden in fremder Valuta abgewickelt, so daß die Möglichkeit besteht, eine tatsächliche Entwertung der Mark nicht unmittelbar in einem verschlechterten Kurse dem Ausland gegenüber, sondern in der Erhöhung der innerdeutschen Preise bei nomineller Aufrechterhaltung der Goldparität, beziehungsweise der Verhinderung des Preisabbaues zum Ausdruck kommen zu lassen. Tatsächlich genügt bei den gegenwärtigen nominellen Umsätzen an deutschen Zahlungsmitteln an den ausländischen Börsen eine ganz und gar geringfügige Interventionstätigkeit, um den Kurs formell aufrecht zu erhalten.

Selbstverständlich kann ein derartiger Glaube an die Wertbeständigkeit der Mark, wie er gegenwärtig in Deutschland tatsächlich vorhanden ist, auf die Dauer nur aufrecht erhalten werden, wenn die ökonomische Grundlage hierfür vorhanden ist. Zu diesem Zwecke müssen wir vor allem drei Umstände untersuchen:

1. Die Möglichkeit der Balanzierung des Staatshaushaltes.
2. Die Gestaltung der Handels- und Zahlungsbilanz.
3. Die zukünftige Gestaltung der Reparationsverpflichtungen.

Diese drei Fragen stehen miteinander in enger Verbindung.

I.

Die Bilanzierung des Staatshaushaltes.

Die seit der erfolgten Stabilisierung vorliegenden Ausweise über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches zeigen ein unerwartet günstiges Bild. Die Zahlen sind die folgenden:

(In Millionen Goldmark.)

	21.—30. Nov.	1.—10. Dez.	11.—20. Dez.	21.—31. Dez.	1.—10. Jan.	11.—20. Jan.	21.—31. Jan.
Gesamteinnahme	15,1	32,8	42,9	88,8	99,9	161,2	188,7
Gesamtausgabe	258,7	180,0	165,7	153,8	63,9	180,4	199,1
Überschuß	—	—	—	—	36,0	—	—
Fehlbetrag	243,6	147,2	122,8	65,9	—	19,1	10,4

Während die Einnahmen des Reiches vor dem Erscheinen der Rentenmark weniger als 1% der Ausgaben deckten, ist es in der ersten Dekade des laufenden Jahres gelungen, Einnahmen zu erzielen, die 155% der Ausgaben decken und einen Überschuß von 36 Millionen Goldmark ergaben. Nun ist natürlich der Zeitraum zu kurz, um hieraus eine endgültige Folgerung ziehen zu können. Dies um so mehr, als die Einnahmen des Reiches noch nicht feststehen, da die dritte Steuerverordnung noch nicht bekannt ist und da in diesen Ausweisen Einnahmen aus solchen Steuerquellen enthalten sind (Ruhrabgabe, Brotabgabe), die abgeschafft sind und die sich daher im Jahre 1924 nicht wiederholen werden. Das ungemein günstige Resultat der ersten zehn Tage des Jahres 1924 ist außerdem dem Umstand zuzuschreiben, daß in diesen zehn Tagen keine Beamtengehälter bezahlt wurden. Es kann sich daher vorläufig nur um eine rein theoretische Überlegung handeln, ob Deutschland überhaupt imstande wäre, seinen Staatshaushalt zu balancieren. Die Antwort auf diese Frage kann — wenn wir die zu leistenden Reparationszahlungen außer acht lassen — nur unbedingt bejahend sein. Die Ausgaben des Deutschen Reiches sind gegenüber der Vorkriegszeit durch den Wegfall der Zinsen für die inneren Staatsschulden und durch die bedeutende Verringerung der militärischen Ausgaben bedeutend vermindert. Da die Produktionsfähigkeit Deutschlands — wenn wir annehmen, daß die kapitalistische Produktion durch die Kämpfe des Proletariats nicht tiefgehend gestört wird — intakt ist, so ist nicht einzusehen, warum die deutsche Volkswirtschaft nicht so viel an Steuern aufbringen könnte, wie zur Bestreitung der Staatsausgaben nötig wäre. Es handelt sich vor allem um die Frage: **Wird die deutsche Bourgeoisie, nachdem sie durch den über die Arbeiterschaft errungenen Sieg den Staat nunmehr als Klassenstaat betrachten kann, Steuern zur Aufrechterhaltung dieses Staates zahlen oder nicht?** Mit anderen Worten: Ist der staatsbildende Klassenwille der deutschen herrschenden Klassen stark genug, um die einzelnen Mitglieder zu einer entsprechenden Steuerleistung zu zwingen oder nicht? Ist das erstere der Fall, so liegt wirklich kein Grund vor, weshalb das deutsche Volk nicht den deutschen Staat erhalten könnte. Selbstverständlich ist hierzu eine stark vermehrte Steuerleistung erforderlich. Mit 1200 Millionen Goldmark wie im Jahre 1922 oder ungefähr 700 bis 800 Millionen Goldmark wie im Jahre 1923 kann natürlich der deutsche Staat nicht erhalten werden. Und da durch die Reduzierung der Löhne und Beamtengehälter die Steuerkraft dieser Schichten auf ein Minimum herabgedrückt ist, so müssen eben die besitzenden Klassen — Großgrundbesitzer, Großbourgeoisie, Bauerntum — zu einer vermehrten Steuerleistung herangezogen werden. Geschieht dies nicht, so kann die Stabilisierung der Mark nicht von Dauer sein.

Um zu beurteilen, wie lange sich die gegenwärtige günstige Gestaltung der Staatsfinanzen fortsetzen wird, müssen wir die Einnahmen einer näheren Untersuchung unterwerfen. Hierbei ergibt sich, daß die größere Hälfte der Einnahmen aus einmaligen Steuerquellen eingeflossen ist. Der letzte volle Ausweis über die Einnahmen des Reiches liegt für den Monat Dezember vor. Da im Laufe dieses Monats ständig 1 Billion Papiermark gleich eine Goldmark stand, geben wir die Zahlen gleich in Goldmark ausgerechnet.

Die Gesamteinnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen, Abgaben usw. betrugen 312,32 Millionen Mark[1]).

Diese Einnahmen sind unter 63 verschiedenen Titeln eingeflossen. Wenn wir jene, die weniger als 1 Million Mark ein-

[1]) Die hier angegebenen Gesamteinnahmen des Reiches decken sich nicht mit der nach Dekaden ausgewiesenen Einnahmesumme. Diese sind „Überschüsse der Finanzkassen"; sie enthalten auch die Einnahmen des Reiches aus Finanzoperationen, zum Beispiel Verkauf von Goldanleihe. Die Gesamtüberschüsse der Finanzkassen betrugen in der ersten, zweiten und dritten Dekade Dezember zusammen nur 173,7 Millionen Goldmark gegen 512 Millionen Gesamteinnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen usw. Die fehlenden 136 Millionen Goldmark sind offenbar die aus den Einnahmen der Finanzkassen des Reiches unmittelbar an die Länder und Gemeinden fallenden Beträge.

brachten, außer acht lassen, verteilen sich die Einnahmen in folgender Weise:

Einmalige Einnahmen

(In Millionen Goldmark.)

Ruhrabgabe, Einkommensteuerpflichtig	94,06
„ Körperschaftssteuerpflichtig	29,44
Betriebsabgabe: Arbeitgeberabgabe	30,38
„ Landabgabe	6,27
Brotversorgungsabgabe	7,31
	167,46

Ständige Einnahmen

(In Millionen Goldmark.)

Einkommensteuer vom Lohnabzug	37,35
Andere Einkommensteuer	3,13
Allgemeine Umsatzsteuer	50,58
Erhöhte Umsatzsteuer	1,85
Gesellschaftssteuer	1,48
Börsenumsatzsteuer	16,47
Wechselstempel	2,78
Zölle und Verbrauchssteuern insgesamt	29,04
	142,68

Wir sehen hieraus, daß die Finanzlage des Reiches — trotz der günstigen Dekadenausweise — auf einer sehr gebrechlichen Grundlage beruht. Mehr als die Hälfte der Einnahmen des Monates Dezember fallen auf Ruhrabgabe, Betriebsabgabe und Brotversorgungsabgabe — auf Einnahmequellen, die für das Jahr 1924 nicht mehr in Betracht kommen. Die sich wiederholenden Einnahmen dürften — nach Abzug der Überweisungen an Länder und Gemeinden — nicht mehr als 20 bis 30% der Ausgaben decken. Die Zahlen ergeben weiter, daß die deutsche Bourgeoisie im Dezember — **von den einmaligen Abgaben abgesehen — noch immer keine Steuern bezahlt hat**[1]). Von den sich wiederholenden Steuern fallen auf die herrschenden Klassen:

Einkommensteuer	3,13	Mill. Goldmark
Erhöhte Umsatzsteuer	1,85	„ „
Gesellschaftssteuer	1,48	„ „
Börsenumsatzsteuer	16,47	„ „
Wechselstempel	2,78	„ „
	25,71	Mill. Goldmark

ferner entsprechender Anteil an den Umsatzsteuern, Zöllen und Monopolen. Sehr reichlich gerechnet, hat die Bourgeoisie 60 Millionen Goldmark an laufenden Steuern gezahlt. Soll das Gleichgewicht des Staatshaushaltes hergestellt werden, so muß die Bourgeoisie ihre beständige Steuerleistung ungefähr verfünffachen, um mit den Steuern des Proletariats zusammen — ohne Reparationsleistungen — das Gleichgewicht des Staatshaushaltes herzustellen.

Vor dem Kriege betrugen die Steuereinnahmen in runden Ziffern[2]):

Reich	2000	Mill. Goldmark
Staaten	2000	„ „
Gemeinden	1500	„ „
	5500	Mill. Goldmark

Gegenwärtig braucht das Reich bedeutend weniger für das Heer; Reich, Staaten und Gemeinden haben fast gar keine Zinsen für Anleihen zu bezahlen. Beide Posten kämen auf 2200 Millionen, die Verminderung infolge der Gebietsverkleinerung: 300 Millionen. Bleiben im Vorkriegsausmaß 3000 Millionen. Da sich aber die Kaufkraft des Goldes um ein Drittel vermindert hat, muß mit einem Haushaltungsbedarf von 4500 Millionen Goldmark gerechnet werden. Das wären rund 380 Millionen Goldmark pro Monat. Wenn wir die Steuerlast der Bourgeoisie im Dezember auf 60, jene des Proletariats auf 80 Millionen Mark veranschlagen, so müßten die herrschenden Klassen ihre Steuerlasten verfünffachen, da das Proletariat bei den ohnehin minimalen Löhnen höhere Lasten kaum tragen kann. Hierbei ist weder für Besatzungskosten noch für Reparationen noch für Defizite der Staatsbetriebe irgend etwas kalkuliert. Wenn wir noch in Betracht ziehen, daß das besetzte Gebiet vorläufig keine Steuern zahlt, da den Kapitalisten die Leistungen für den Micum-Vertrag auf ihr Steuerkonto gutgeschrieben werden, da ferner der ertragsreichste Teil der Staatsbahnen, jener des Ruhrgebietes, in französischen Händen ist, so müßte die Bourgeoisie des unbesetzten Deutschland noch weit mehr als das Fünffache an laufenden Steuern aufbringen, um das Gleichgewicht des Staatshaushaltes herzustellen. Geschieht dies nicht und ist die Regierung genötigt, wieder zur Inflation Zuflucht zu nehmen, wenn auch in versteckten Formen (Goldanleihe, Reichsbahngeld, Goldnoten der Staaten, neuer Rentenmarkkredit usw.), so wird die ohnehin nicht fest gegründete Stabilisierung der Mark nicht lange andauern.

Steuersabotage der herrschenden Klassen.

Wir stellten oben die Frage: Ist der staatsbildende Klassenwille der deutschen herrschenden Klassen noch stark genug, um die einzelnen Mitglieder zu zwingen, die zur Erhaltung des Staates der bürgerlichen Diktatur nötigen Steuern zu bezahlen?

Wir sind nach den Vorgängen in den letzten Wochen geneigt, vorläufig eine verneinende Antwort auf diese Frage zu geben. Zwar gibt es einzelne Äußerungen der Organe des klassenbewußten Teiles der Bourgeoisie, die für eine Steuerleistung Propaganda machen. So schrieb zum Beispiel das Stinnes-Blatt „Deutsche Allgemeine Zeitung" am 19. Dezember 1923 folgendes:

„In einem solchen Augenblick wie dem gegenwärtigen kommt es darauf an, daß gehandelt, das heißt in diesem Falle, daß gezahlt wird. Diese Zahlungen können nicht unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, wie die augenblickliche Regierung politisch einzuschätzen ist, sondern sie dienen unmittelbar dem Zwecke, den Staat an sich zu erhalten, sie sind frei von jeder Parteischablone zu beurteilen und zu leisten... Es handelt sich im Augenblick darum, daß sofort Geld geschafft wird, und zwar nicht nur im Interesse des Staates, sondern ebenso im Interesse der Wirtschaft.

Denn die Produktivität der Wirtschaft ist unlösbar mit dem Funktionieren des Verwaltungsapparats verbunden, und es muß zu unübersehbaren Konsequenzen führen, wenn eines Tages die Rechtsprechung, die Polizi, die Reichswehr und die Verwaltung aufhören sollte zu funktionieren, wenn die Gehaltszahlungen für Beamte nicht mehr regelmäßig erfolgen, wenn die Korruption sich breit macht, wenn die völlige Auflösung kommt. Das Interesse der Wirtschaft und das Interesse des Staates sind selten so eng miteinander verbunden gewesen wie am heutigen und an den kommenden Tagen."

Dieser vereinzelten Äußerung gegenüber stehen Dutzende von Artikeln und Protesten bürgerlicher Organisationen, die bereits die gegenwärtige Steuerlast als untragbar darstellen. Wir wollen einige wiedergeben:

„Die Hamburger Kaufmannschaft gibt in aller Öffentlichkeit die Erklärung ab, daß die Erhebung der vorgesehenen, nicht abwälzbaren neuen Steuer, die fälschlich als Einkommensteuer bezeichnet wird, in Wirklichkeit aber eine Besteuerung des Umsatzes bedeuten würde, dazu führen müßte, ab 1. Januar 1924 ihre unter großen Opfern begonnene Wiederaufbauarbeit einzustellen und Selbstschutzmaßnahmen einschneidender Art zu ergreifen." (Resolution der Hamburger Versammlung der ehrbaren Kaufleute, „Vorwärts" vom 6. Dezember 1923.)

„Wir bestreiten dem Reiche nicht die Berechtigung, eilige finanzielle Maßnahmen auch im Wege der Notverordnung zu treffen. Mit Nachdruck müssen wir aber dagegen Verwahrung einlegen, daß, wie es in der Steuerverordnung beabsichtigt ist, ohne ordnungsmäßige Vorbereitung und ohne den Betroffenen Zeit zu eingehender Stellungnahme und Bereitstellung von Material zu lassen, eine grundlegende Änderung in der Besteuerungsreform der Landwirtschaft, und zwar in der Richtung des sozialistischen Steuerprogramms, getroffen werden soll. Mit Rücksicht auf die Beunruhigung der ländlichen Bevölkerung, die durch derartige Regierungsmaßnahmen hervorgerufen wird und zweifellos auch einen starken Einfluß auf die landwirtschaftliche Produktion ausüben muß, bitten wir den Herrn Reichskanzler, im Interesse der Volksernährung und der Ruhe der Bevölkerung dahin zu wirken, daß die-

---

[1]) Für die Steuersabotage der Bourgeoisie ist es besonders bezeichnend, daß die Erbschaftssteuer im Dezember die lächerliche Summe von 56,650 Mark eingebracht hat. Im Jahre 1913 brachte die Steuer im Monatsdurchschnitt 3,9 Millionen Mark. Das geringe Ergebnis dieser Steuerart in Deutschland im Dezember scheint vor allem die Folge der Langsamkeit des Steuerverfahrens zu sein: es vergehen Monate zwischen dem Todesfall und der Bezahlung der Erbschaftssteuer, was bei der Geldentwertung zu dem Verschwinden des Ertrages führt.

[2]) „Börsen-Courier" vom 20. Dezember 1923.

jenigen beabsichtigten Maßnahmen, die nicht unbedingt mit größter Beschleunigung getroffen werden müssen, bis zu einer ordnungsmäßigen Durchberatung zurückgestellt werden." (Schreiben des „Reichslandbundes an den Reichskanzler Marx, „Vorwärts" vom 7. Dezember 1923.)

„Im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft und Sicherstellung der Volksernährung geben Bayerische Landesbauernkammer und Bayerischer Handwerkskammertag den Gewerbetreibenden und Landwirten in Bayern die Weisung, bis die niedergelegten Forderungen nach Revision ihre Berücksichtigung gefunden haben, auf alle Fälle nur jenen Steuerbetrag an das Finanzamt abzuführen, den sie ohne schwere Eingriffe in das notwendige Betriebskapital leisten können. Tiefergehende Eingriffe in die Vermögensteuersubstanz müssen unter allen Umständen vermieden werden. Wer beispielsweise zur Aufrechterhaltung seines Gewerbebetriebes unbedingt notwendige Betriebsmittel und Werkzeuge veräußern müßte, um die Steuerschuld abzudecken, der zahle nur den für ihn erschwinglichen Teil der Steuerschuld." (Entschließung der Bayerischen Landesbauernkammer sowie des Bayerischen Handwerkskammertages, „Frankfurter Zeitung" vom 16. Dezember 1923.)

Diese Beispiele — man könnte noch ungezählte geben — mögen genügen. Sie zeigen, wir Bourgeoisie, Agrarier, Bauern und Handwerker gleicherweise gegen eine entsprechende Besteuerung protestieren.

Aber auch die Diktatur der Generale scheint nicht geeignet zu sein, die deutschen herrschenden Klassen zu einer entsprechenden Steuerleistung zu zwingen. Der in Münster-Westfalen die bürgerliche Diktatur ausübende General Loßberg erklärte in der Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereines:

„Nach meiner Ansicht kommt es darauf an, daß die deutsche Landwirtschaft auch die deutsche Volksernährung selbst übernehmen kann, daß die Einsicht in die leitenden Kreise einzieht, daß dies aber nur möglich ist, wenn dem Landwirt nicht alles weggesteuert wird... Ich habe deshalb auch mit allem Ernst in einem Antrage nach Berlin darauf hingewiesen, daß es ein Unding ist, den im Jahre 1913 festgesetzten Wehrbeitrag in der Höhe wie jetzt beizubehalten. Von diesem Wehrbeitrag hängt ab die Vermögenssteuer, die Rhein- und Ruhrabgabe u. a. Andere Wege dieser Richtung müssen betreten werden." (Nach dem „Westfälischen Merkur" zitiert im „Vorwärts", Abendblatt, vom 26. Januar 1924.)

Wenn die militärischen Diktatoren so sprechen, so wird es mit der Steuerzahlung in Deutschland nicht weit her sein[1]). Werden aber nicht entsprechend hohe Steuern gezahlt, so kann die Stabilisierung der Mark nicht von Dauer sein!

II.

Die Gestaltung des Außenhandels und der Zahlungsbilanz.

Die Gestaltung des Außenhandels und der Zahlungsbilanz ist für das Andauern der Markstabilisierung ebenfalls von entscheidender Wichtigkeit. Eine Valuta kann nur bei einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz stabil bleiben. Der Ausgleich kann auch dadurch zustande kommen, daß dem Lande zur Deckung des Defizits ausländische Kredite gewährt werden. („Geborgt-aktive Zahlungsbilanz.") Die Aussichten auf eine Auslandanleihe sind aber für Deutschland vorläufig ziemlich schwach. Die Tatsache, daß die Rentenmark ein nur innerdeutsches Zahlungsmittel ist, ändert an diesen Verhältnissen nichts. Fällt die Papiermark, so muß die mit ihr tatsächlich, nicht dem Gesetze nach, fest verbundene Rentenmark ebenfalls stürzen. Der Sturz könnte, in Anbetracht des innerdeutschen Charakters der Rentenmark, eventuell formell verschleiert werden, indem die Goldmark-Rentenmark-Preise entsprechend erhöht würden. — Wir wollen uns vor allem mit der Handelsbilanz, als dem Grundelement der Zahlungsbilanz, beschäftigen.

Wir haben in unseren Berichten öfter darauf hingewiesen, daß die Daten der deutschen Außenhandelsstatistik von vielen Seiten als gefälscht bezeichnet werden. In unserem Bericht über das zweite Vierteljahr 1923 berichteten wir über die Berechnungen Hortens, der für das Jahr 1922 statt des amtlich angegebenen Ausfuhrwertes von 3,9 Milliarden Goldmark einen Wert von 9,8 Milliarden herausbrachte; statt einer passiven Handelsbilanz von 2 Milliarden Goldmark eine aktive von 4 Milliarden. Wir hielten damals eine Verschiebung nach der Aktivität zu gegenüber den amtlichen Zahlen ebenfalls für wahrscheinlich, waren aber der Meinung, daß eine Aktivität von 4 Milliarden unmöglich sei, da in diesem Falle eine so scharfe Entwertung der Mark, wie sie 1922 stattfand, nicht erklärbar wäre.

Nun ist das Statistische Reichsamt zu der Methode übergegangen, die Mengendaten der einzelnen Waren mit dem Einheitswerte der Außenhandelsstatistik von 1913 zu multiplizieren, um den Goldmarkwert in Friedenspreisen zu errechnen. Diese richtigere Berechnungsmethode zeigt nun, daß der Außenhandel Deutschlands in der Nachkriegszeit nur in sehr geringem Maße passiv ist[1]).

Wir geben die nach der früheren und der jetzigen Berechnungsmethode errechneten Zahlen.

Außenhandel in Millionen Goldmark.

Alte Berechnung.

Mai bis Dez.	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhrüberschuß
1921	4015	2401	1614
1922	6200	3970	2230

Neue Berechnung[2]).

Jan. bis Nov.	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhrüberschuß
1920	3947	3724	223
1921	5751 (3724[3])	5586	165
1922[4])	6312	6199	113
1923	5589	5516	73

Wir sehen das ganz und gar veränderte Bild, das die richtigere Berechnung bietet. Statt eines Defizits von 2230 Millionen Goldmark im Jahre 1922 nur ein Defizit von 113 Millionen! Sicherlich hat auch die neue Berechnungsmethode ihre Fehler, da die verschiedenen Waren auf dem Weltmarkt eine verschiedene Preiserhöhung erfahren haben. (Die Verschiebung dürfte eher zugunsten als zuungunsten der Aktivität der Handelsbilanz Deutschlands wirken.) Jedenfalls entspricht die Berechnung den Preisen von 1913 viel besser als die frühere Art der Berechnung. Für die Monate Oktober und November weisen die amtlichen Daten einen aktiven Saldo der deutschen Handelsbilanz aus:

(In Millionen Goldmark.)

	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhrüberschuß
Okt. 1923	568	436	132
Nov. 1923	514	434	80

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Zahlen zur Erleichterung einer Auslandanleihe etwas „aufgeputzt" wurden. Immerhin scheint es, daß der Stabilität der Mark von dem Außenhandel keine großen Gefahren drohen.

Was die außerhalb der Handelsbilanz fallenden Posten der Zahlungsbilanz betrifft, so sind die hier als Zinsen für überfremdetes deutsches Eigentum und die neuerdings infolge der

---

[1]) Jenen Genossen gegenüber, die es für absolut unmöglich halten, den Staatshaushalt des Reiches ins Gleichgewicht zu bringen, möchten wir daran erinnern, daß nach den Berechnungen Helfferichs in den Monaten April bis August 1922 der innere Haushalt des Reiches einen Überschuß hatte, der das Defizit der Staatsbetriebe von April bis Juli mit einem Überschuß deckte. Selbst mit den — damals sehr geringen — Ausgaben für den Friedensvertrag betrug das Defizit dieser fünf Monate nicht mehr als 60 Millionen Goldmark. (Siehe meinen Bericht über das erste Vierteljahr 1923. Inprekorr. Nr. 68.)

[1]) Der Fehler der früheren Umrechnung auf Goldmark — und der gegenwärtig noch unter dem Titel „Wertergebnisse auf Grund der Gegenwartswerte" veröffentlichten Goldmark-Wertdaten — liegt darin, daß den Ausfuhrwerten die Deklarationen der Exporteure zugrunde liegen, die mit Rücksicht auf die Ausfuhrabgabe immer möglichst niedrig angegeben wurden und sich in der Praxis mit den von der Außenhandelsstelle vorgeschriebenen Mindestausfuhrpreisen deckten, zu denen Ausfuhrbewilligungen erteilt wurden. („Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 11. Januar 1924.)

[2]) „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1923", Seite 384.

[3]) Mai bis Dezember. Wir rechnen für die fehlenden vier Monate etwa die Hälfte hinzu.

[4]) Vorläufige Zahlen.

Teuerung in Deutschland stärker gewordenen Ausgaben für Auslandreisen Deutscher in Betracht zu ziehen. Als Aktivposten sind die Zinsen der nach dem Ausland verschobenen Kapitalien und der Rückstrom dieser Kapitalien selbst, der mit der Aufrichtung der bürgerlichen Diktatur wahrscheinlich begonnen hat, einzusetzen. Auch von dieser Seite droht vorläufig keine Gefahr.

III.

Die Reparationsleistungen.

Der schwache Punkt des ganzen Aufbaues sind die Leistungen aus dem Friedensvertrag: Besatzungskosten, Reparationszahlungen. Wir beschäftigten uns früher eingehend mit dieser Frage. Hier können wir nur wiederholen, daß eine anhaltendere Stabilisierung nur bei einem vollen Moratorium oder durch eine Auslandanleihe möglich erscheint.

Zusammenfassend möchten wir sagen: **Eine anhaltendere Stabilisierung der Mark erscheint ökonomisch möglich, aber nicht wahrscheinlich.**

Die Voraussetzungen hierfür wären:

a) **Vervielfältigung der Steuerleistungen der herrschenden Klassen** bis zur Ausgleichung des Staatshaushaltes aus laufenden Steuern (eventuell durch innere langfristige Anleihen).

b) **Eine aktive oder in geringem Grade passive Außenhandelsbilanz.** Dies ist nur möglich wenn sich

c) **das deutsche Proletariat ohne große, die Produktion störende Widerstände** die Verlängerung der Arbeitszeit und die Herabsetzung des Arbeitslohnes, überhaupt die **Diktatur der Bourgeoisie gefallen läßt.**

d) **Wenn ein volles Moratorium** für alle Leistungen aus dem Friedensvertrag — oder eine Auslandanleihe zu ihrer Bezahlung — **gewährt wird!**

Es besteht wenig Wahrscheinlichkeit, daß alle diese Voraussetzungen eintreffen werden[1]) und daher auch wenig Wahrscheinlichkeit für eine anhaltende Stabilisierung...

Es muß noch betont werden, daß — nach den Erfahrungen, die das deutsche Volk einmal bereits gemacht hat — mit einem langsamen, sich auf Jahre hinziehenden Entwertungsprozeß nicht zu rechnen ist. Wird das Vertrauen in die Mark nochmals erschüttert, so wird sich die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes rasend erhöhen. Da gegenwärtig an Papiergeld, in Gold gerechnet, mindestens das Zehnfache in Zirkulation ist, als vor Beginn der Stabilisierung, läßt es sich leicht ermessen, was für Dimensionen ein neuer Marksturz annehmen würde. Er würde sofort in eine Katastorphe ausarten.

Die Entwertung des Franken und die Finanzlage Frankreichs.

Das wichtigste Ereignis in der europäischen Wirtschaft in der Berichtsperiode ist die wieder scharf einsetzende Entwertung des Franken, die sich auch im Monat Januar 1924 fortsetzte. Nachdem der Kurs des Pfund Sterling Anfang Januar 1923 von 70 auf 79 gestiegen war, trat eine Stabilisierung ein, so daß sich der Frankenkurs bis Ende August mit kleineren Schwankungen ungefähr unverändert erhalten hatte. In den letzten drei Monaten des Jahres 1923 ist dann eine Verschlechterung bis auf fast 90 Franken für 1 Pfund Sterling erfolgt. In der ersten Hälfte des Januar 1924 streifte der Kurs in Paris 100 Franken, um sich dann auf einem etwas niedrigeren Niveau zu stabilisieren. Noch schärfer zeigt sich die Entwertung des Franken am Dollarkurs. Während man am 2. Januar 1923 in New York 7,42 Cents für 1 Franken notierte, fiel die Notierung am 2. Januar 1924 auf 4,97 und erreichte Mitte Januar den tiefsten Kurs mit 4,29 Cents. Es trat also innerhalb eines Jahres ein Kursverlust von fast 40% ein. Wenn wir die Ursache dieses scharfen Valutasturzes untersuchen, so können wir zusammenfassend sagen, daß darin die Erfolglosigkeit der Politik der „produktiven Pfänder" zum Ausdruck kommt. Der Prozeß und die Ursache der Frankenentwertung sind komplizierter als jene der Markentwertung.

Die Entwertung ist nicht auf eine einfache Inflation der in Zirkulation befindlichen Banknotenmenge zurückzuführen. Diese hat sich nur in ganz geringem Umfange erhöht. Sie betrug:

(In Milliarden Franken.)

am 18. Januar 1923	37,08
am 17. Januar 1924	38,68

Die Erhöhung beträgt also keine 5%. Da das wirtschaftliche Leben im Januar 1924 in besserem Gange war als Januar 1923 und daher mehr Zirkulationsmittel zur Abwicklung des Verkehres nötig waren, so kann die Entwertung des Franken nicht einfach durch die vermehrte Notenzirkulation erklärt werden.

Ebensowenig gibt die Gestaltung der Außenhandelsbilanz einen Anhaltspunkt für die Frankenentwertung. Die Außenhandelsbilanz Frankreichs ist zwar passiv, aber das Passivum ist nicht besonders groß: Die Einfuhr betrug 32,61 und die Ausfuhr 30,43 Milliarden Franken. Das Gesamtpassivum beträgt etwas über 2 Milliarden, was von nicht besonderer Bedeutung ist.

Es bleibt also als mögliche Ursache des Frankensturzes die schlechte Lage der französischen Staatsfinanzen. Hierbei muß wiederholt werden, daß es fast unmöglich ist, sich ein den Tatsachen entsprechendes Bild über die wirkliche Gestaltung der französischen Staatsfinanzen zu schaffen. Seit Beginn des Krieges ist keinerlei Rechnunglegung über die effektive Höhe der Einnahmen und vor allem der Ausgaben erfolgt. Alle Zahlen, die veröffentlicht werden, sind Budgetzahlen oder vorläufige Einnahmen des Staates. Niemand weiß, wieviele kurzfristige Schulden der französische Staat eigentlich hat[1]). Die öffentlichen Schulden Frankreichs werden von dem Pariser Universitätsprofessor Charles Gide in der Deutsch-französischen Wirtschaftskorrespondenz vom 12. Januar 1924 in folgender Weise zusammengestellt:

(In Milliarden Franken.)

1. Vorkriegsschulden	25
2. Sechs Kriegsanleihen	133
3. Kurzfristige Schuld[2])	70
4. Anleihen bei der Bank von Frankreich . .	23
5. Äußere Anleihen bei einem Kurs von 19 Franken für 1 Dollar	120

Zusammen also 371 Milliarden Franken. Gide rechnet dann weiter hinzu: erstens 30 Milliarden, die dem Crédit National für die Wiederherstellung der befreiten Gebiete vom Staate garantiert wurden; zweitens 4 Milliarden für Anleihen der verbündeten Länder bei der Bank von Frankreich, für die ebenfalls der Staat bürgt, und drittens die Zunahme der äußeren Schuld durch Nichtzahlung der Zinsen: jährlich 5 bis 6 Milliarden Franken. Gide errechnet auf diese Weise eine Gesamtsumme von über 400 Milliarden Franken, die bis zum Jahre 1930, bis das Wiederherstellungswerk vollendet sein wird, auf 500 Milliarden Franken angewachsen sein wird.

Diesen öffentlichen Schulden stehen die Forderung Frankreichs an Deutschland und an seine Alliierten gegenüber. Wir haben vorher ausgeführt, daß Frankreich nunmehr als minimale Forderung die Zahlung von 26 Milliarden Goldmark und die Streichung seiner Schulden an die Alliierten aufstellt. Die Durchsetzung dieser Forderung scheint vorläufig sehr zweifelhaft, da die Vereinigten Staaten keinesfalls gewillt sind, ihre Ansprüche fallen zu lassen und außerdem der Erhalt von 26 Milliarden Goldmark von Deutschland vorläufig zweifelhaft ist. Aber selbst in dem Falle, daß Frankreich diese Mindestforderung erfüllt würde, wäre seine Finanzlage noch immer sehr schwierig. 26 Milliarden Goldmark bedeuten bei dem gegenwärtigen Kurse ungefähr 120 Milliarden Papierfranken. Die sehr zweifelhafte Streichung der interalliierten Schulden würde ebenfalls 120 Milliarden Papierfranken Entlastung für Frankreich bedeuten. Die öffentliche Schuld Frankreichs würde daher im Jahre 1930 noch immer 260 Milliarden Franken, mehr als das Zehnfache des Betrages der Vorkriegszeit, ausmachen.

Diese Verhältnisse sind aber in der Welt allgemein bekannt gewesen und können nicht den Grund für die scharf einsetzende Entwertung des Franken gegeben haben. Auch die Gestaltung der staatlichen Ausgaben und Einnahmen, soweit darüber Zahlen veröffentlicht werden, hat in der letzten Zeit keine besondere Änderung erfahren. Die Einnahmen des Staates betrugen im Jahre 1923:

---

[1]) Am 23. Dezember erklärte Finanzminister Luther in Hamburg: „Die jetzige Steuerbelastung geht über das politisch und wirtschaftlich vernünftige Maß hinaus..."

[1]) In einem unserer früheren Berichte hatten wir erwähnt, daß der französische Finanzminister eines Tages im Parlament die Mitteilung machte, daß die Schulden Frankreichs 6 Milliarden weniger ausmachen, als er bisher angegeben hatte. Diese eigenartige Mitteilung machte in Frankreich gar keinen Eindruck. Es fanden sich nur zwei oder drei Zeitungen, die überhaupt Notiz davon nahmen.

[2]) Gide bemerkt dazu: Diese Zahl ist nur eine ganz ungefähre; kein amtliches Dokument ermöglicht eine genaue Feststellung.

(In Milliarden Franken.)

An indirekten Steuern und Monopolen . . .	17,15
An direkten Steuern	4,14
Aus staatlichem Besitz	0,23
	21,52
Außerordentliche Einnahmen	1,53
Gesamteinnahmen	23,05

Die ordentlichen Einnahmen sind um 3,2% höher als im Jahre 1922 und das ordentliche Budget Frankreichs ist durch die Einnahmen voll gedeckt.

Freilich kommt nachher das große Loch: das Budget der von Deutschland zurückzuzahlenden Ausgaben. Diese haben in den letzten Jahren bis über 20 Milliarden Franken jährlich betragen. Und die Unwahrscheinlichkeit, daß diese Summen von Deutschland je gedeckt werden könnten, die sich im Verlaufe der Ruhrbesetzung herausgestellt hat, scheint die Hauptursache des kontinuierlichen Frankensturzes zu sein.

Die Bewegung scheint vom Ausland ihren Ausgangspunkt genommen zu haben. In dem Auslande befinden sich nach französischen Schätzungen Frankennoten und Frankenguthaben im Betrage von 15 bis 20 Milliarden Franken. Ferner sind französische Privatkapitalisten große Summen an Ausländer schuldig, die letztere in der Hoffnung auf eine Besserung des Frankenkurses in Frankreich stehen ließen. Das Klarwerden der Tatsache, daß Frankreich von Deutschland keinesfalls jene Summen erhalten wird, die zur Deckung der ungedeckten Ausgaben Frankreichs nötig werden, scheint das Vertrauen in den Franken erschüttert zu haben.

Die französischen Blätter, ja selbst der französische Finanzminister klagen das feindliche Ausland, vor allem Deutschland, an, den Sturz des Franken durch Manöver herbeigeführt zu haben. Der französische Finanzminister sprach im Parlament von einer angeblich in Frankreich stattgefundenen Konferenz der Bankiers des besetzten Gebietes, wo ein einheitliches Vorgehen zum Sturze des Franken beschlossen worden wäre. Der Kern dieser Behauptung scheint folgender zu sein: Bis zur Stabilisierung der deutschen Mark wurde der französische Franken im besetzten Gebiet immer stärker als allgemeines Zirkulationsmittel benützt. Nach der Markstabilisierung und der gleichzeitig vor sich gehenden Entwertung des Franken wurde in diesen Gebieten der Franken als allgemeines Zirkulationsmittel verdrängt. Niemand wollte mehr französische Franken in Zahlung nehmen und die auf diese Weise in dem besetzten Gebiete frei werdenden Frankenbeträge strömten nach Frankreich zurück, beziehungweise suchten Anlage in Pfund Sterling und Dollar. Tatsächlich hat es Tage gegeben, wo man französische Franken im besetzten Gebiete für deutsches Geld um einen halb so niedrigen Preis kaufen konnte als in Berlin.

Nachdem einmal die Entwertung des Franken begonnen hatte, wiederholte sich jener Prozeß, den wir aus der Währungsgeschichte Deutschlands, Österreichs und Polens so gut kennen: die erschrockenen ausländischen Inhaber von Frankenguthaben verwandelten diese in Pfund Sterling oder Dollar, die französischen Kapitalisten suchten sich für längere Zeit mit ausländischen Zahlungsmitteln einzudecken, wodurch eine im normalen Gange der Wirtschaft nicht begründete erhöhte Nachfrage nach Devisen entstand usw. Ob — wie es französischerseits behauptet wird — von England aus aus politischen Motiven auf den Frankenkurs gedrückt wurde, läßt sich natürlich nicht feststellen. Die französische Presse behauptet, englische Kapitalisten hätten ihre Frankenguthaben in großen Massen in Dollarguthaben umgewandelt.

Mit dem Sinken des Franken ist natürlich auch ein paralleles Sinken der fix verzinslichen Frankenpapiere eingetreten. Dies bedeutet, daß die französischen Sparer, die dem Staate bis zum Jahre 1923 aus ihren Ersparnissen durch Ankauf von Staatspapieren jene Summen zur Verfügung stellten, die zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und zur Deckung des staatlichen Defizits nötig waren, ebenfalls mißtrauisch wurden. In der letzten Zeit konnten kurzfristige Staatsanleihen nur zu einem sehr hohen Zinssatz und unter immer größer werdenden Schwierigkeiten auf dem Markt placiert werden. Selbstverständlich setzte auch eine Bewegung zum Verkaufe der französischen Staatspapiere ein. Nach einer Berechnung der „Ere Nouvelle" haben die französischen Sparer seit November 1919 an Staatspapieren einen Kursverlust von 19 Milliarden erlitten.

Wenn wir die Tatsache des Versagens der französischen Anleiheoperationen auf dem inneren Markte nicht finanziell, sondern ökonomisch betrachten, so bedeutet das, daß die Sparkraft des französischen Volkes zu Ende ist; das heißt, Frankreich ist nicht mehr imstande, aus dem jährlichen Wertprodukt seiner Wirtschaft jene Summen zu entnehmen, die zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete notwendig sind.

Der Versuch der Frankenstützung.

Es muß anerkannt werden, daß die französische Regierung und das französische Parlament die Gefahr erkannt haben und mit energischen Maßregeln dem weiteren Sturz des Franken vorzubeugen versuchen. Das im französischen Parlament gegenwärtig verhandelte neue Finanzgesetz, dessen Annahme als gesichert erscheint, bedeutet einen radikalen Bruch mit der bisherigen Budgetpraxis Frankreichs. Das „rückzahlbare Budget" soll abgeschafft werden und alle Ausgaben, auch jene, die von Deutschland rückzahlbar sind, sollen durch laufende Steuereinnahmen des Staates gedeckt werden. Es handelt sich für das Jahr 1924 um ungefähr 6 Milliarden Franken. Diese sollen gedeckt werden durch folgende neue Einnahmen:

(In Milliarden Franken.)

20%ige Erhöhung fast aller Steuern	3630
Erhöhung verschiedener Taxen	354
Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung . .	1000
Aus früheren Steuerforderungen	250
Ersparnisse in den Ausgaben	1000
Zusammen	6234

Es würde sich auf diese Weise ein Überschuß des Gesamtbudgets in Höhe von 174 Millionen Franken ergeben. Die Ankündigung und die Annahme einer derartigen steuerlichen Neubelastung einige Monate vor den Wahlen ist sicherlich eine große Leistung des Nationalen Blocks. Es fragt sich nur, ob sie zum erstrebten Ziel führen wird.

Hier scheint begründeter Zweifel berechtigt zu sein. Es sind vor allem die unsichere außenpolitische Lage Frankreichs, das sich stets verschlechternde Verhältnis zu England, die Ergebnislosigkeit der Politik der „produktiven Pfänder", die hohen militärischen Ausgaben und insbesondere die trotz der schlechten Finanzlage der Staaten der Kleinen Entente gewährten Rüstungskredite, die das Vertrauen in die französische Politik und damit die Wertbeständigkeit des Franken ungünstig beeinflußt haben. Finanztechnisch kommt hinzu, daß die in Zirkulation befindliche Notenmenge relativ sehr hoch ist. Selbst bei dem gegenwärtigen Dollarkurs von 22 bedeuten 38,5 Milliarden Franken einen Umlauf von rund 1,7 Milliarden Dollar, also 8,5 Milliarden Goldfranken, eine Summe, die den Geldumlauf der Vorkriegszeit überschreitet. Kommt nun einmal der Prozeß der Valutaentwertung ins Rollen, beginnen die einzelnen Geldbesitzer sich ihres Geldes durch Ankauf von ausländischen Valuten oder Waren zu entledigen, so entsteht der bekannte Vorgang der Erhöhung der Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes, wodurch, ohne daß neue Noten vorläufig in Verkehr kommen, das Phänomen der Inflation eintritt, das heißt Notenmengen im Verkehr überflüssig werden, die eine erhöhte, ökonomisch unbegründete Nachfrage nach Waren, Industrieaktien und ausländischen Valuten hervorrufen. Dies hat die Steigerung der Warenpreise und der Devisenkurse zur Folge usw. Ist einmal dieser Prozeß im Gange, so vermindern sich die steuerlichen Einnahmen des Staates im Verhältnis zur Geldentwertung. Und da der französische Staat das Vertrauen der Sparer bis zum äußersten in Anspruch genommen hat, wird er bei dem Fortgang der Frankenentwertung nicht weiter imstande sein, das durch die Entwertung entstehende Defizit im Staatshaushalt durch innere oder ausländische Anleihen zu decken. Er wird notwendigerweise zu dem Mittel des Notendruckes greifen müssen und an Stelle der durch die Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes entstandenen Geldinflation wird eine wirkliche Inflation treten.

Dies scheint der wahrscheinliche Gang der Ereignisse zu sein, wenn keine internationale Sanierung Deutschlands und Frankreichs zugleich durch Streichung der interalliierten Schulden und durch Gewährung von Auslandsanleihen erfolgt. Es zeigt sich, daß das Schicksal Frankreichs voll und ganz an jenes von Deutschland gekettet ist. Die Entwertung des Franken zeigt, daß sich der Widerspruch zwischen der schwachen ökonomischen Basis Frankreichs und seinem ungeheuer großen machtpolitischen Überbau nicht länger bemänteln läßt. Entweder muß Frankreich seiner Bestrebungen, die Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent zu besitzen, entsagen und sich der angelsächsischen Vorherrschaft fügen oder es geht dem Schicksal Deutschlands und Polens entgegen, wenn es nicht im letzten Augenblick vorzieht, sich durch einen neuen Krieg seiner ökonomischen und finanziellen Schwierigkeiten zu entledigen.

Die Konjunktur in den Vereinigten Staaten.

Die Frage der weiteren Gestaltung der Konjunktur in den Vereinigten Staaten ist in der Berichtsperiode nicht zur Entscheidung gekommen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich die Produktion als ganzes auf dem bisherigen ziemlich hohen Niveau weiterbewegt hat, wobei in gewissen Produktionszweigen eine Besserung, in anderen Produktionszweigen eine Verschlechterung eingetreten ist.

Auffallend ist das scharfe Fallen der wöchentlich beladenen Waggons seit Anfang November. Während sich in den Monaten September/Oktober die Zahl der beladenen Waggons auf über eine Million wöchentlich bewegt hatte, fiel diese Zahl bis Ende Dezember auf 615,000 und blieb in der letzten Dezemberwoche schon bedeutend hinter der Zahl der gleichen Woche 1922 zurück.

Was die Wirkung der amerikanischen Konjunktur auf die allgemeine Weltkonjunktur betrifft, so ist die Aktivität der Handelsbilanz in der Berichtsperiode eine steigende gewesen. Die diesbezüglichen Zahlen sind:

(In Millionen Dollar.)

	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhrüberschuß
Juli	302	287	15
August	311	275	36
September	381	254	127
Oktober	401	308	93
November	404	292	112
Dezember	425	285	140

Wir sehen eine steigende Ausfuhr, fallende Einfuhr und stark steigende Ausfuhrüberschüsse. Auf diese Weise ist das Jahr 1923 in bezug auf den Außenhandel in zwei klare Hälften geteilt: die erste Hälfte mit einem Einfuhrüberschuß von ungefähr 140 Millionen, die zweite Hälfte mit einem Ausfuhrüberschuß von 524 Milionen Dollar. Die starke Erhöhung der Ausfuhr ist in erster Linie den teuern Baumwollpreisen zuzuschreiben. Doch beweist die fallende Tendenz des Imports, daß das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten eben eine niedergehende Linie zeigt, und, was noch wichtiger ist, daß eine Besserung der Weltkonjunktur, insbesondere der europäischen Konjunktur, von erhöhten Warenimporten der Vereinigten Staaten nicht mehr zu erwarten ist.

Parallel mit der aktiven Handelsbilanz geht die Anhäufung des Goldes in den Vereinigten Staaten weiter. Der Bericht des amerikanischen Finanzamtes (Treasury Department) zeigt folgende Ziffern für die Goldvorräte und Federal-Banknoten pro 1. Januar, seit Kriegsende:

Jahr	Gold	Banknoten
1919	3081	2860
1920	2788	3296
1921	3785	3736
1922	3657	2782
1923	3933	2817
1924	4247	2822

Die Zahlen zeigen das wachsende Übergewicht des Goldvorrates über die Federal-Banknoten.

In bezug auf die Aussichten für das Jahr 1924 sind die Voraussagen der verschiedenen wirtschaftlichen Fachleute im allgemeinen sehr optimistisch. Das Arbeitsamt berichtet in einem Spezialbericht, daß die Bauindustrie im Jahre 1924 auf einer hohen Stufe stehen, und im allgemeinen der Arbeitsmarkt günstig sein wird. Der Bericht über New York sagt:

„Die Aussichten der industriellen und Arbeitsverhältnisse für 1924 werden als ausgezeichnet betrachtet. Es ist höchst wahrscheinlich, daß in der ersten Hälfte des Jahres die Nachfrage nach jeder Art von Arbeit ungefähr dieselbe sein wird wie in der entsprechenden Periode 1923, mit einer gewissen Erhöhung in bestimmten Wirtschaftszweigen.

Ähnlich äußern sich die Berichte über New Jersey, Pennsylvanien, Illinois und aus anderen Staaten. Keiner der eingegangenen Berichte (diese erstrecken sich auf 44 Staaten) ist pessimistisch. Am wenigsten günstig lauten die Berichte aus den Bergwerkbezirken von Colorado und Nevada, wo die Silberproduktion eine bedeutende Rolle spielt." („New York Times" vom 10. Januar 1924.)

John Moody, der bekannte amerikanische Wirtschaftsstatistiker, erklärt, daß alle Anzeichen für eine wesentliche Erneuerung der Prosperität, beginnend ungefähr um die Mitte des Jahres 1924, gegeben seien. („New York Times" vom 15. Januar 1924.)

Ähnlich optimistisch äußert sich Staatssekretär Hoover unter anderm über die Aussichten des nächsten Wirtschaftsjahres.

Der schwächste Punkt der ökonomischen Situation in den Vereinigten Staaten ist die Lage der Landwirtschaft. Wir erwähnten schon früher die gewichtige Tatsache, daß das mit Wintergetreide bebaute Areal in diesem Jahr um 14% geringer ist als im Jahre 1922. Zu dem gesellen sich die großen Schwierigkeiten des Baumwollbaues. Nach einer interessanten Berechnung eines amerikanischen Baumwollpflanzers wird der amerikanische Süden die frühere Produktion von 10 Millionen Ballen niemals mehr erreichen. Er berechnet, daß die Produktionskosten unter den gegenwärtigen Verhältnissen 33 Cents betragen, so daß ein profitabler Anbau nur möglich ist, wenn der Preis bis auf 50 Cents das Pfund steigt.

„Die Banken in den meisten Südstaaten finanzieren die Baumwollfarmer nicht länger; sie verlieren von Jahr zu Jahr ihr Geld. Unter diesen Umständen kann der Anbau nicht ausdehnt werden."

Da die Konjunktur in Amerika in sehr großem Maße von der Lage der Landwirtschaft abhängig ist, so bezweifeln wir die Richtigkeit der optimistischen Voraussagen für das Jahr 1924.

Spezieller Teil.

Deutschland.

Im Wirtschaftsleben Deutschlands ist in der Berichtsperiode eine große Veränderung erfolgt. In dem ersten Abschnitt der Berichtsperiode, ungefähr bis Mitte November, erreichen die Inflationserscheinungen ihren Höhepunkt. Die Entwertung der Mark erreichte einen solchen Grad, daß die Mark nicht mehr als Zirkulationsmittel dienen kann. Der Warenumsatz zwischen Stadt und Land wird unterbrochen, da die Bauern sich weigern, irgendein Produkt gegen Papiermark zu verkaufen. Gleichzeitig damit wird ganz allgemein zu der Goldmarkrechnung übergegangen, wodurch für die Kapitalisten die Möglichkeit weiterer Inflationsgewinne entfällt. Die Stabilisierung der Mark, beziehungsweise die Schaffung eines wertbeständigen Zirkulationsmittels, das die deutsche Bourgeoisie Jahre hindurch sabotiert hatte, wird auf diese Weise eine Notwendigkeit für die Bourgeoisie selbst.

Die Schaffung der **Rentenbank** und die **Emission der Rentenmarkscheine** führt den Umschwung herbei. Die deutsche Valuta ist seit ungefähr Mitte November stabil. Über die Grundlagen dieser Stabilisierung und die Aussichten ihrer Dauer schrieben wir im „Allgemeinen Teil". Hier wollen wir vor allem die wirtschaftlichen Veränderungen skizzieren, die im Anschlusse an die Markstabilisierung eingetreten sind.

Wir können diese mit einem Wort als eine ungemein scharfe Absatzkrise kennzeichnen, die bis Ende des Jahres ununterbrochen andauert und sich auf alle Produktionszweige fast gleichmäßig erstreckt. Produktionszahlen werden in Deutschland in der letzten Zeit wenig veröffentlicht, es liegen nur die Berichte der Handelskamern vor. Aus diesen ist ersichtlich, daß die Wirtschaftslage bis Neujahr eine abwärtsgehende Tendenz zeigt. Den Beschäftigungsgrad der Industrie zeigen folgende Ziffern:

Beschäftigungsgrad der Industrie.

Von je 100 industriellen Betrieben waren beschäftigt: am	gut	befriedigend	schlecht	Zahl der berichteten Betriebe	Beschäftigten
15. Oktober 1923	6	25	69	—	879.752
15. November 1923	8	23	69	1039	919.103
15. Dezember 1923	9	25	66	1084	874.689

Erst im Monat Januar zeigt sich eine geringfügige Belebung sowohl im besetzten wie im unbesetzten Gebiet.

Die Lage des Arbeitsmarktes kennzeichnet die schwere Krise, die die deutsche Wirtschaft in der Berichtsperiode durchmacht. Die amtlichen Arbeitslosenziffern im Gesamtdurchschnitt des Reiches ergeben folgendes Bild:

(In Prozenten)	Vollarbeitslose	Kurzarbeiter
Juli	3,5	14,5
August	6,3	26
September	9,9	39,7
Oktober	19,1	47,3
November	23,4	47,3
Dezember	28,0	42,0

Die Zahlen für Dezember liegen noch nicht vor. Nach einer vorläufigen amtlichen Mitteilung hat es am 1. Januar 1924 an unterstützten Arbeitslosen gegeben: Vollarbeitslose 1,528.000,

Kurzarbeiter 862.000. Im besetzten Gebiet (schätzungsweise): Vollarbeitslose 1,500.000, Kurzarbeiter 850.000. Die Zahlen der Kurzarbeiter im unbesetzten Gebiet sollen vom 1. Dezember 1923 bis 1. Januar 1924 um 1 Million zurückgegangen sein. Am 15. Januar gab es im unbesetzten Gebiet: Vollarbeitslose 1,556.000, Kurzarbeiter 649.000. Wir sehen, daß, während die Zahl der Vollarbeitslosen noch weiter zugenommen hat, die Zahl der Kurzarbeiter wiederum um rund 200.000 zurückging. Es muß aber betont werden, daß es sich hier um unterstützte Arbeitslose handelt und es ist wahrscheinlich, daß mit dem politischen Sieg der Bourgeoisie die Tendenz besteht, den Arbeitslosen im allgemeinen und den Kurzarbeitern im besonderen die Unterstützung zu entziehen. Nach den Ausführungen des preußischen Wohlfahrtsministers Hirtsiefer im Preußischen Landtag soll im unbesetzen Gebiet in der dritten Woche des Januar ein weiterer Rückgang der Vollarbeitslosen um 20.000 und im besetzten Gebiet um 60.000 stattgefunden haben. Demgegenüber zeigt die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden folgende Entwicklung:

	Erfaßte Mitglieder in 1000	Voll-arbeitslose in 1000	%	Kurzarbeiter in 1000	%	Zusammen in 1000	%
am 30. Nov. 1923	3362,4	715,1	= 21	1385,3	= 41	2100,4	= 62
„ 31. Okt. 1923	3463,0	576,5	= 17	1431,0[1])	= 41	2007,5	= 58
„ 30. Sept. 1923	3438,6	327,9	= 9,5	1265,5[1])	= 37	1593,4	= 46
„ 31. Aug. 1923	3838,8	226,0	= 5,9	864,4[1])	= 23	1090,4	= 28
„ 31. Juli 1923	3740,0	113,7	= 3,0	489,6[1])	= 13	603,3	= 16

In einzelnen Fachverbänden war die Arbeitslosigkeit noch größer; bei den Metallarbeitern gab es zum Beispiel 24% Vollarbeitslose und 57% Kurzarbeiter, zusammen 81%.

Der Angriff des Kapitals.

Die riesige Arbeitslosigkeit wurde vom Kapital dazu benützt, die letzten Reste der Errungenschaften der Novemberrevolution aus dem Wege zu räumen, wobei sie durch die neue Regierung und vor allem durch den Ausnahmezustand aufs beste unterstützt wurden. Der Angriff erstreckte sich vor allem auf die Verlängerung der Arbeitszeit und auf die Beseitigung der im Betriebe überflüssigen Elemente. Das Arbeitszeitgesetz und die Demobilmachungsverordnung wurden außer Kraft gesetzt und den Kapitalisten die Möglichkeit gegeben, mit den Gewerkschaften die wöchentliche Arbeitszeit in „freien Verhandlungen" zu bestimmen. Die Taktik der Arbeitgeber ging dahin, die Arbeiterklasse in verschiedene Richtungen zu spalten. Die eine Spaltungslinie geht zwischen Arbeitslosen und Arbeitenden, zweitens wird energisch daran gearbeitet, die Lohnhöhe zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern, zwischen jugendlichen und erwachsenen Arbeitern stärker zu differenzieren und so den seit der Vorkriegszeit fast verschwundenen Gegensatz zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern, zwischen Erwachsenen und Jugendlichen wieder stärker zur Geltung zu bringen. Das Programm der Arbeitgeber ist ziemlich klar festgelegt. In einem Artikel der „Zeit" vom 25. November 1923 von Dr. Meissinger heißt es:

„... Es liegt nahe, die Lohnhöhe des künftigen Goldtarifs mit dem Friedenslohn in Verbindung zu bringen. Hier liegt darum eine der Hauptquellen für sehr ernste Gefahren. Die Produktions- und Absatzverhältnisse in Deutschland haben sich in den letzten Jahren außerordentlich verschoben. Daraus muß folgen, daß man Lohnverhältnisse des Friedens nicht zur Grundlage für die jetzt zu befolgende Lohnpolitik nehmen kann... Wenn der Arbeiter heute vom Friedenslohn spricht, so meint er damit die Friedenslebenshaltung und hat deshalb das Bestreben, auch in den neuen Goldlohntarifen der deutschen Industrie diese Friedenslebenshaltung wieder zu erreichen. Klar und deutlich muß für uns sein, daß diese Höhe bei der gegenwärtigen Verfassung der deutschen Wirtschaft unerreichbar ist... Als zweiter wichtiger Grundsatz für die Lohnhöhe ist erneut die Vergrößerung der Spannen zwischen den Löhnen der gelernten und ungelernten, der erwachsenen und der jugendlichen, der männlichen und weiblichen Arbeiter durchzusetzen..."

Die Arbeitgeber erklären Anfang Dezember offiziell („Vorwärts" vom 13. Dezember 1923):

„... Die gegenwärtige Lage der deutschen Wirtschaft und die unbedingte Notwendigkeit, die **Produktion** zu steigern und die Ausfuhr zu beleben, zwingen dazu, die **Höhe des Stundenlohnes** in erster Linie nicht nach der Lebenshaltung sondern nach dem Produkt und der **wirtschaftlichen Tragbarkeit für die Betriebe zu bestimmen.** Das Tageseinkommen wird den Lebenshaltungsbedürfnissen in Zukunft nur durch **zeitliche und persönliche Mehrleistung** angepaßt werden können."

Dann heißt es weiter, die Arbeitgeberschaft bestreite nicht eine gewisse Verminderung der Kaufkraft des Geldes. Wenn sie sich in letzter Zeit trotzdem dagegen wenden mußte, der durch die amtliche Devisenpolitik verursachten Erhöhung der Grundpreise sofort eine Erhöhung der Löhne folgen zu lassen, so geschah dies deshalb, weil man — von einzelnen Bezirken des Reiches abgesehen — von einem wirklichen Goldniveau unserer Preise noch nicht sprechen kann. Das Sinken der Goldpreise bei Umstellung auf Gold in Bremen und Hamburg und das Sinken des Lebenshaltungsindex der letzten Wochen beweisen vielmehr, daß mit Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel in den Verkehr noch ein notwendiger Ausgleich kommen wird, wenn dieser nicht durch übereilte Erhöhungen der Löhne von vornherein unmöglich gemacht, die Kaufkraft der Rentenmark wie überhaupt jeder Währung damit von vornherein verringert und so erneut das verhängnisvolle wechselseitige Hinauftreiben von Löhnen und Preisen zum Schaden der Wirtschaft, der Währung und des Volkes ausgelöst wird.

Parallel damit geht auch die Verlängerung der Arbeitszeit, die im allgemeinen auf das Niveau der Vorkriegszeit erhöht wurde. Dies geschah in vielen Fällen auf dem Wege der Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse. So fällte zum Beispiel der Schlichtungsausschuß in Essen am 19. Dezember unter dem Vorsitz des Reichskommissars **Mehlich** einen Schiedsspruch, der in „Vorwärts" vom 5. Januar 1924 wiedergegeben ist. Der Schiedsspruch lautet:

„1. Die Arbeitszeit für die an den Koksöfen beschäftigten Arbeiter beträgt insgesamt im Wochendurchschnitt 65 Stunden bei einer Höchstschichtzeit von 74 Stunden, einschließlich Sonntag. Sofern in der Sonntagsschicht eine Pause eingelegt wird, liegt sie außerhalb der Schichtzeit, wird aber besonders bezahlt.

2. Die Arbeitszeit in den übrigen durchgehenden Betrieben beträgt im Wochendurchschnitt 65 Stunden, bei einer Höchstschichtdauer von 78 Stunden die Woche, einschließlich Sonntag.

3. Erklärungsfrist bis Dienstag, den 8. Januar 1924."

Der „Vorwärts" bemerkt:

„Der Schiedsspruch wurde gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter gefällt. Die Gewerkschaften werden voraussichtlich gegen die verlängerte Arbeitszeit Stellung nehmen..."

Die Privatwirtschaft wurde in ihrem Bestreben, Löhne und Gehälter zu drücken, von dem Reichsfinanzminister **Luther** aufs nachdrücklichste unterstützt. Dieser richtete bekanntlich Mitte Januar an den Reichsarbeitsminister ein Schreiben, in dem er den Reichsarbeitsminister auffordert, auf die Schlichtungsausschüsse einzuwirken, damit diese keine höheren Löhne und Gehälter bewilligen, als die Staatsbediensteten haben. Es heißt in dieser Zuschrift („Frankfurter Zeitung" vom 21. Januar 1923):

„... Eine Gesundung der Finanzlage des Reiches wird sich letzten Endes nur dann erreichen lassen, wenn auch die Privatwirtschaft durch eine der allgemeinen Notlage angepaßte Lohnpolitik zu einem Abbau der Warenpreise und einer Hebung des Absatzes kommt, die sie lebensfähig erhält und auf dem Weltmarkte mit Erfolg konkurrieren läßt. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß es mir nur bei einer weiteren Senkung der allgemeinen Lebenshaltungskosten möglich sein wird, an den zur Zeit geltenden Sätzen für die Bezüge der Staatsbediensteten festzuhalten. Eine Erhöhung dieser Bezüge vermag ich mit Rücksicht auf die außerordentliche Knappheit der mir zur Verfügung stehenden Mittel vorerst zu meinem Bedauern nicht eintreten zu lassen. Wie auch dort bekannt ist, haben die wirtschaftlichen Vereinigungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Einführung der jetzigen Gehalts- und Lohnsätze erheblichen Widerstand entgegengesetzt. Andererseits konnten dank der Einsicht der beteiligten Kreise schwere Erschütterungen in den Staatsbetrieben bisher vermieden werden. Die vorhandene Mißstimmung und Beunruhigung würde aber neuen Boden gewinnen, wenn die Arbeitnehmer der Privatwirtschaft in steigendem Maße eine unverhältnismäßig höhere Bezahlung erhalten würden als diejenigen des Reiches ...."

In diese Linie fällt ein sehr interessantes Urteil des Berliner Landgerichts: Infolge des Eisenbahnerstreiks im verflossenen Jahre erlitten verschiedene Reisende materiellen Schaden. Der Kaufmann verklagte die Streikführer, und das Landgericht

[1]) Berichtigte Zahlen.

verurteilte diese, die dem Geschädigten entstandenen Kosten zu tragen. Damit ist prinzipiell festgelegt worden, daß die Streikführer für alle, durch die Lähmung des Zugverkehrs entstandenen Schäden und Ausfälle haftbar gemacht werden können. Es schweben noch etwa 12 Prozesse gegen die Reichsgewerkschaft, beziehungsweise deren Leiter, und die Schadenersatzansprüche belaufen sich auf mehrere Millionen Goldmark. Das Urteil richtet sich gegen die Streikführer, nicht gegen die Gewerkschaft an sich, wie seinerzeit in dem berühmten Taff Vale-Prozeß in England. Aber wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt, wollen die Geschädigten versuchen, die gesamten Gewerkschaften für den Schaden haftbar zu machen.

So sehen wir auf der ganzen Linie einen Sieg der Kapitalisten gegen die Arbeiter. Das Vorgehen der Kapitalisten ist so scharf, daß der „Vorwärts" vom 16. Dezember folgende charakteristischen Zeilen bringt: „Auch in den Reihen der besonnenen Arbeitnehmerschichten tauchen Zweifel darüber auf, ob nicht am Ende die russische Methode des Wiederaufbaues die richtigere gewesen sei."

Der Reallohn der Arbeiterschaft.

Der Reallohn der Arbeiterschaft hat sich bis Ende November weiter verschlechtert. Im Dezember scheint im Zusammenhang mit dem starken Rückgang der Preise, worüber wir weiter unten sprechen, eine gewisse Besserung der Lebenshaltung eingetreten zu sein. Folgende Übersicht der „Wirtschaft und Statistik" gibt ein Bild über die Entwicklung des Nominal- und des Realwochenlohnes. Es ist dies ein Index der Tariflöhne der Berg-, Bau-, Holz-, Metall:, Textil-, Fabrik-, Buchdruckerei- und Reichsbetriebsarbeiter.

Der Reichsindex für die Lebenshaltung zeigt folgendes Bild:

	(In Milliarden.) (1913/14 = 1)
5. November	98,5
12. „	218,6
19. „	831,0
26. „	1535,0
3. Dezember	1515,0
10. „	1269,0
17. „	1163,0
22. „	1150,0
29. „	1147,0
7. Januar	1130,0
14. „	1110,0
21. „	1080,0
28. „	1060,0

Alle diese Indexzahlen zeigen in ihrer Entwicklung das gleiche Bild. Der Höhepunkt der Preise in Goldmark war ungefähr Ende November erreicht. Seither geht ein langsames Sinken der Preise vor sich. Diese Tatsache zusammen mit der Stabilisierung der Mark hat das Verhältnis von Käufern und Verkäufern wieder normal gemacht. Im Gegensatz zur Kriegszeit und Inflationsperiode, als der Käufer dem Verkäufer gegenüber im Nachteil war, als die Käufer sich glücklich schätzen mußten, wenn sie für ihr Geld überhaupt Ware zu kaufen bekamen, sind es gegenwärtig wieder die Verkäufer, die dem Käufer nachlaufen. Jede Ware ist in Deutschland wieder in beliebig großen Mengen überall zu haben. Dieser Umstand bringt eine gewisse Beruhigung in die Stimmung der Arbeiterschaft, die außerdem durch die ungeheure Arbeitslosigkeit von Lohnbewegungen zurückgehalten wird. Daher sehen wir einen starken Widerstand der Arbeiterschaft gegen Verlängerung der Arbeitszeit und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vor allem in Ruhrgebiet und in Oberschlesien, wo die Macht der Bourgeoisie infolge des Verbotes, Reichswehr in diesen Gegenden zu halten, viel schwächer ist, als in den anderen Gebieten Deutschlands.

•

Die weitere Gestaltung der Wirtschaftslage Deutschlands hängt in erster Linie von dem Schicksal der Mark ab. Wir haben im „Allgemeinen Teil" eingehend darüber geschrieben. Würde die Markstabilisierung länger andauern, so würde wahrscheinlich ein langsames Abflauen der Wirtschaftskrise im Zusammenhang mit einer weiteren Herabsetzung der Preise und einer gewissen Erhöhung des Reallohnes der Arbeiterschaft erfolgen. Andererseits müßte eine Erhöhung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte, die gegenwärtig 20—30% unter den Friedenspreisen stehen, erfolgen. Bei einer länger andauernden Markstabilisierung scheint eine Agrarkrise in Deutschland wahrscheinlich, da die Preise der landwirtschaftlichen Produktionsmittel relativ bedeutend höher stehen als die Preise der landwirtschaftlichen Produkte.

Kommt hingegen eine neuer Marksturz, so muß er nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres sehr rasch katastrophale Dimensionen annehmen. Und da alle Gesellschaftsschichten nunmehr auf die Goldmarkrechnung eingestellt sind, so würden sich alle Preise, sowohl im Groß- wie im Kleinhandel automatisch, der Entwertung der Mark entsprechend, ja darüber hinaus, erhöhen, mit Ausnahme der Löhne und Gehälter. Die ganze Last der neuen Entwertung würde mit einem Schlag Arbeiter, Angestellte und Beamte treffen. Soziale Kämpfe von außerordentlicher Schärfe sind in diesem Fall sicher vorauszusehen.

Das besetzte Gebiet.

Wir haben uns bei der Behandlung der Reparationsfrage mit dem Zustande im besetzten Gebiet beschäftigt. Hier möchten wir noch hinzufügen, daß anscheinend im Zusammenhang mit dem englischen Regierungswechsel, mit der Entsendung der amerikanischen Sachverständigen zur Reparationskommission und mit den Schwierigkeiten Poincarés im französischen Parlament der Widerstand der deutschen Regierung und vielleicht auch der deutschen Kapitalisten gegen die Abtrennung des Rhein- und Ruhrgebietes vom Reiche stärker geworden ist.

Ein Zeichen hierfür ist zum Beispiel die endgültige Aufgabe des Planes der Schaffung einer rheinischen Goldnotenbank, mit Hinweis auf die bevorstehende Errichtung einer Reichs-Goldnotenbank. Die deutsche Bourgeoisie scheint die Hoffnung zu hegen, wenigstens die valutarische Einheit der besetzten Gebiete mit dem Reiche zu erhalten.

Die wirtschaftliche Lage der besetzten Gebiete ist — wie es auch aus den vorhergehenden Daten über die Arbeitslosigkeit hervorgeht, weiterhin ungemein schwierig. Die Produktion ist noch immer nur zu einem kleinen Teil im Gange, und es scheint, daß sowohl die deutschen Kapitalisten, die die Lasten des Micum-Vertrages nur schwer und ungern tragen, wie auch die französischen Behörden, die die Konkurrenz der Eisenindustrie des Ruhrgebietes in Frankreich befürchten, sich nicht beeilen, die Produktion in vollem Umfange aufzunehmen. Der Ausgang der Sachverständigenkonferenz wird voraussichtlich auch für das Schicksal des besetzten Gebietes entscheidend sein.

Polen.

Die Entwertung der polnischen Mark hat sich in der Berichtsperiode in einem rapiden Tempo fortgesetzt. Das ganze Bild der polnischen Wirtschaft läßt nach der Analogie der deutschen Vorgänge darauf schließen, daß der Umschlag in der Wirtschaft bald eintreten muß: das heißt, daß die Konjunktur fördernden Wirkungen der Inflation, wie in Deutschland im August des vergangenen Jahres, in ihr Gegenteil umschlagen werden.

Die Entwertung der polnischen Mark war in der Berichtsperiode ungemein rapid: für ein Pfund Sterling wurden in London Ende September 1½ Millionen polnische Mark, Ende Dezember ungefähr 40 Millionen gezeichnet. Der Kurs im nichtoffiziellen Verkehr in Polen war bedeutend höher.

Die Ausweise der polnischen Notenbank geben uns die Erklärung für diese Entwertung.

		Gold- u. Silber-bestand	Fremde Münzen u. Devisen	Noten-zirkulation	Vorschüsse an d. Staat
1923	30. September	73,9	29,2	11,2	10,3
	31. Oktober	73,3	29,4	23,1	19,1
	30. November	73,8	38,4	53,2	42,9
1924	10. Januar	74,7	42,1	135,9	104,6

Wir sehen also eine Verzehnfachung der Vorschüsse an den Staat, eine Verdreizehnfachung des Nominalbetrages des Notenumlaufes. Ähnlich wie in Rußland und in Deutschland zeigt es sich aber auch hier, daß die Vermehrung des Papiergeldes von der Entwertung überholt wird: je größere Massen von ungedecktem Papiergeld in die Zirkulation geworfen werden, desto kleiner ist der Goldbetrag, den sie repräsentieren. Während der Umlauf an Zirkulationsmitteln auf dem gegenwärtigen Gebiet von Polen auf zwei Milliarden Goldfranken geschätzt wird, beträgt er Ende des Jahres kaum 50 Millionen Goldfranken („Economist" vom 5. Januar 1924). Trotz der Vermehrung der Notenzirkulation finden wir einen ungeheuer scharfen Mangel an Kapital:

„Der Kapitalhunger ist so scharf geworden, daß im ganzen Lande die Unternehmungen zu schließen gezwungen

sind, weil sie sich das nötige Umsatzkapital icht beschaffen können." („Economist" vom 1. Dezember 1923.)

Der Generalstreik im November und die daran anschließenden starken Lohnerhöhungen haben im Zusammenhang mit der zeitweiligen Stabilisierung der polnischen Valuta zu einer scharfen Absatzkrise, insbesondere der Lodzer Textilindustrie, geführt. „Die errungenen Lohnerhöhungen betrugen in den Bergwerken Oberschlesiens und den Distrikten Dombrowa und Krakau ungefähr 270%, bei der Textilindustrie von Lodz 110% usw." („Frankfurter Zeitung" vom 22. November 1923.) Es zeigt sich, daß die Lohnerhöhung in denjenigen Gebieten, wo es einen revolutionären Generalstreik gab, mehr als das Doppelte beträgt. Alles hatte auf ein weiteres Fallen der polnischen Mark spekuliert, und der momentane Stillstand in der Entwertung führte zu einer scharfen Krise im ganzen Lande: ein Prozeß, der sich jeden Monat einmal zu wiederholen scheint. Hierdurch ist eine ungemein starke Unsicherheit in den Wirtschaftsverhältnissen eingetreten.

Der Schlüssel zur Stabilisierung der Währung liegt vor allem in der Bilanzierung des Staatshaushaltes. In der Berichtsperiode hat Polen wieder drei Finanzminister konsumiert, die alle ihren einzelnen Sanierungsplan hatten, aber an der Tatsache, daß niemand Steuern zahlt, Schiffbruch erlitten.

„Das Land ist sicherlich nicht genügend besteuert. Das Staatseinkommen beträgt gegenwärtig nicht mehr als 5 sh. pro Kopf der Bevölkerung. Die Land besitzende Bauernschaft, die den stärksten und sicherlich den nicht am wenigsten reichen Teil der Bevölkerung bildet, wird praktisch von keiner Steuer betroffen, mit Ausnahme der indirekten Steuern. Die Grundsteuer, die ihre einzige direkte Steuer wäre, erbringt eine ganz bedeutungslose Summe." („Times" vom 24. Januar.)

Die polnischen Finanzminister haben verschiedene schöne Budgetprojekte vorgelegt. So hatte Finanzminister **Kucharsky** den Mut, ein Budget in polnischen Goldgulden aufzustellen, das bereits im Monat Mai 1924 einen Überschuß von 4 Millionen Gulden aufwies. Der englische Finanzsachverständige **Young** machte kein Hehl daraus, daß diese Zahl keinerlei finanzielle Grundlage besitzt. Dieses Budget weist für das Jahr 1924 Ausgaben im Betrage von 1089 Millionen und Einnahmen in der Höhe von 1112 Millionen Gulden auf. Interessant ist hierbei, daß von den Ausgaben nicht weniger als 441 Millionen für das Kriegswesen vorgesehen waren.

Nach dem Sturz Kucharskys kam wieder **Grabsky** als Finanzminister und arbeitete ebenfalls ein Programm zur Sanierung der polnischen Finanzen aus, das eine etwas ernstere Grundlage zu haben scheint. Es sind vorgesehen:

1. Eine **Vermögensabgabe**, die neben den laufenden Steuern bezahlt werden und innerhalb der nächsten zwei bis drei Monate als erste Rate 300 Millionen Goldgulden ergeben soll. Da es bei der herrschenden Kapitalknappheit unmöglich erscheint, die Vermögensabgabe auf einmal zu bezahlen, so ist eine monatliche Ratenzahlung, aber in werbeständiger Form, vorgesehen.
2. Ausgabe von **50 Millionen Steuerbons** in fester Währung (Zloty = Goldfranken).
3. Emission von 100 Millionen Zlotys **Eisenbahnobligationen**, für die auf alle Immobilien dreier Eisenbahndirektionen eine Hypothek eingetragen wird.
4. Eine **innere Dollarprämienanleihe** in Höhe von 5 Millionen Dollar, für die der Staat mit seinem gesamten Besitz und seinem gesamten Einkommen haftet.
5. Aufstellung einer **Emissionsbank** mit einem Kapital von 100 Millionen Zlotys. Der Ankauf der Aktien kann nur gegen Bezahlung in Gold oder fremden, hochvalutarischen Devisen geschehen. Die Bank erhält das Notenemissionsrecht, wobei 30% des Notenumlaufs durch Goldmünzen und Metalle und durch hochvalutarische fremde Devisen gedeckt werden. Der andere Teil wird durch innere wertbeständige Wechsel gedeckt sein. Die Bank gewährt dem Reiche für Erteilung des Privilegiums zinsenlos eine Anleihe bis zu 50 Millionen Zlotys; jede andere Anleihe des Staates bei der Bank ist ausgeschlossen. Die Regierung wird mit 25% der Aktien an dem Institut beteiligt sein.

Wenn wir die einzelnen Punkte dieses Programms, wie sie die „Frankfurter Zeitung" vom 25. Januar wiedergibt, untersuchen, so finden wir folgendes: Nur die Einführung der Vermögensabgabe bedeutet für den Staatshaushalt eine reale, neue Einnahmequelle. Die Emission von Steuerbons und Eisenbahnobligationen ist nichts anderes als eine neue Papiergeldinflation, nunmehr auf wertbeständiger Grundlage. Die Ausgabe von Dollarprämienanleihe bedeutete, wenn sie gezeichnet würde, eine Erleichterung für die nächsten zwei Jahre, auf welchen Termin die Obligationen lauten. Was endlich die Schaffung der neuen Emissionsbank betrifft, so bedeutet diese für den polnischen Staat eine Einahme von 25 Millionen Zlotys, da von den gewährten Anleihen von 50 Millionen 25 Millionen für die Übernahme von Aktien der Bank festgelegt sind. Die ganze Reform scheint auf demselben Gedankengang aufgebaut zu sein wie die Schaffung der Rentenmark in Deutschland, nämlich auf die Hoffnung, daß das Vorhandensein einer für wertbeständig gehaltenen Währung die Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes derartig verlangsamen wird, daß hierdurch der rapide Entwertungsprozeß zu einem Stillstand kommt. Dies aber kann nur der Fall sein, wenn zugleich der Staatshaushalt wenigstens annähernd ins Gleichgewicht gebracht wird. Geschieht dies nicht, fährt der Staat fort, ungedecktes Papiergeld in die Zirkulation zu werfen, so kann die Stabilität der Währung nicht aufrechterhalten werden. Es handelt sich daher bei Polen im Wesen um dieselbe Frage wie in Deutschland: Kann man die polnischen Bauern und Kapitalisten zu einer erhöhten Steuerzahlung zwingen oder nicht?

Die kleineren Länder.

Wir wollen die Wirtschaftslage in den kleineren europäischen Ländern nur kurz zusammenfassen. Im allgemeinen kann festgestellt werden, daß sich die Wirtschaftslage gebessert hat, wenn auch nicht in allen kleinen Ländern gleichmäßig.

Die Wirtschaftslage der **Tschechoslowakei** stand in der Berichtsperiode unter der Einwirkung des großen Bergarbeiterstreiks. Die Konjunktur in der Kohlenindustrie war sehr lebhaft, indem man die Ausfälle infolge des Streiks einzubringen versuchte. Da aber die Gesamtheit der tschechischen Industrie nur ungefähr mit 60% ihrer Vorkriegszeitkapazität arbeitet, so ist für eine erhöhte Kohlenproduktion kein ständiger Absatz vorhanden.

Für die allgemeine Lage der tschechischen Wirtschaft ist bezeichnend, daß die Zahl der Arbeitslosen im Januar 1923 mit ungefähr 420.000 amtlich registrierten Vollarbeitslosen den Höhepunkt erreicht hat. Seither ist die Arbeitslosenziffer ständig gefallen und beträgt im Spätherbst ungefähr 200.000. Die Valuta ist in der Berichtsperiode ganz stabil geblieben. Dagegen zeigen die Preise eine steigende Tendenz, was auf die Exportmöglichkeiten der tschechischen Industrie schädlich einwirkt. Trotzdem besteht noch ein starkes Aktivum der Handelsbilanz, wenn auch ein bedeutend kleineres als im vorigen Jahr: etwas über 2 Milliarden tschechische Kronen. Dem Export kommt der Umstand zugute, daß die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte in der Tschechoslowakei außerordentlich niedrig sind. Es besteht dort dieselbe Disproportionalität, wie wir sie bei Deutschland und Amerika konstatiert haben. Während der Gesamtgroßhandelsindex, Juli 1914 = 100 gesetzt, am 1. Dezember 1923 auf 984 steht, zeigt die Indexziffer für vegetabilische Nahrungsmittel nur 763, jene für Textilrohstoffe und Halbfabrikate aber 1352.

*

Die Entwertung der **ungarischen** Valuta hat sich in der Berichtsperiode weiter fortgesetzt, wie es sich aus der Tabelle im Allgemeinen Teil ergibt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes sind noch immer sehr schlecht, insbesondere die Finanzlage des Staates. Die Einnahmen decken nur einen Bruchteil der Ausgaben, das übrige wird durch eine fortgesetzte Emission von Papiergeld gedeckt. Hieraus ergeben sich die aus Deutschland, aus Polen und neuestens aus Frankreich bekannten Erscheinungen der Inflationskonjunktur, die sich aber in Ungarn weniger scharf ausprägt, weil die Lebensmittelpreise verhältnismäßig hoch stehen.

Während der ganzen Berichtsperiode wurde um die Gewährung einer ausländischen Anleihe, Völkerbundanleihe, verhandelt. Diese konnte bisher nicht perfekt gemacht werden, weil die Staaten der kleinen Entente eine Sicherstellung dagegen forderten, daß die Anleihe nicht zu Rüstungszwecken verwendet wird und daß im allgemeinen die kriegerischen Vorbereitungen Ungarns eingeschränkt werden. Wahrscheinlich wird Ungarn in der nächsten Zeit die Anleihe erhalten und zugleich, ähnlich wie Österreich, unter die finanzielle Kontrolle des Beauftragten der Anleihegeber gestellt werden. Man nennt den Namen des amerikanischen Bankiers **Harding**, Mitglied des Präsidiums des „Federal Bank Boards", als den Namen des zukünftigen finanziellen Herrschers Ungarns. Wird diese Maßregel durchgeführt, dann kann die ungarische Valuta und das ungarische Wirtschaftsleben, ähnlich wie in Österreich, stabilisiert werden.

*

Die Wirtschaftslage Österreichs hat sich in der Berichtsperiode wenig verändert. Die Sanierung der Staatsfinanzen geht erfolgreich weiter, und das Budget von 1924 sieht nur ein Defizit von nicht mehr 60 Millionen Goldkronen voraus. Bemerkenswert ist dabei, daß diese Angleichung des Staatshaushalts nicht auf Rechnung der Einschränkung der Ausgaben, sondern in überwiegendem Maße durch Erhöhung der staatlichen Einnahmen erreicht wurde.

Die Lage der Produktion selbst ist wenig verändert. Die Außenhandelsbilanz ist auch weiterhin stark passiv; die Differenz wird in erster Linie durch die großen Gewinne der Wiener Geldinstitute, die, wie es die Erfahrung zeigt, ihre alten Verbindungen und Machtpositionen in der Tschechoslowakei, in Ungarn, Jugoslawien und Rumänien fast voll erhalten haben, ja, in neuerer Zeit Vorstöße nach Deutschland und Polen vornehmen, gedeckt. Auch der Transithandel Wiens bringt große Gewinne. Man rechnet damit, auf diese Weise die Stabilität der Krone aufrecht erhalten zu können, auch nachdem der Völkerbundkredit aufgebraucht sein wird. Dieser wird länger anhalten, als ursprünglich vorgesehen war, da die Defizite kleiner ausgefallen sind, als man gerechnet hatte.

*

Von den westeuropäischen kleinen Ländern hat sich die Wirtschaftslage in **Belgien** in der Berichtsperiode entschieden gebessert. Ähnlich wie in Frankreich gibt es auch in Belgien gegenwärtig nur eine verschwindend kleine Arbeitslosigkeit.

*

Auch die Wirtschaftslage **Hollands** hat sich in der allerletzten Zeit durch die beginnende Produktion im Ruhrgebiet gebessert.

*

In den nordischen Ländern zeigt sich eine Besserung in **Schweden** und **Norwegen**, während die Wirtschaft **Dänemarks** durch die niedrigen Preise der Agrarprodukte auf dem Weltmarkt stark in Mitleidenschaft gezogen ist. Wahrscheinlich ist dies die Ursache, daß die dänische Valuta — im Gegensatz zu Schweden und Norwegen — in der letzten Zeit eine stark fallende Tendenz zeigt.

Im allgemeinen kann festgestellt werden, daß sich in den kleinen Ländern eher eine Besserung als eine Verschlechterung der Wirtschaftslage vollzogen hat.

Italien.

Die Wirtschaftslage Italiens zeigt in der Berichtsperiode eine starke Stabilität mit einer gewissen Tendenz zur Besserung, soweit man dies aus den spärlich vorliegenden Daten beurteilen kann.

Im Gegensatz zur Entwicklung des französischen Franken zeigt die Lira in der Berichtsperiode dem Dollar gegenüber keine Wertveränderung, so daß man von einer vorläufigen Stabilisierung sprechen kann.

Diese beruht vor allem auf der Besserung des Staatshaushalts. Der faschistische Finanzminister **de Stefani** hat in seiner großen Rede im Senat am 8. Dezember hierüber folgende Mitteilung gemacht:

Das Defizit des Staatshaushaltes betrug:

1922/23	3041	—	Millionen Lire
1923/24 Voranschlag	—	1187	„ „
Erste fünf Monate tatsächliches Defizit	690	—	„ „
1924/25 Vorläufige Schätzung . .	—	700	„ „

Die Besserung der Staatsfinanzen ist vor allem der Verminderung der Staatsausgaben zuzuschreiben. Das vorhandene Defizit wird durch innere Anleihen, nicht durch Vermehrung des Notenumlaufs gedeckt. Die Summe der zirkulierenden Noten hat im Gegenteil im Verlauf des letzten Jahres um mehr als eine Milliarde abgenommen. Die Vorschüsse an den Staat sind stationär geblieben. Die Besserung der Lage der Staatsfinanzen zeigt der Umstand, daß, während 1920 7%ige Schatzscheine zu einem Kurse von 94 begeben wurden, gegenwärtig 5%ige zu 99,50 placiert werden.

Bemerkenswert ist, daß sich die Zahl der Offiziere ständig vermehrt, und daß der Finanzminister erklärt, nicht sagen zu können, wieviel die militärischen Ausgaben betragen würden.

Die Zahl der Offiziere betrug 1914 =46.701; gegenwärtig gibt es 68.681 und nach der neuen Regulierung wird es 71.604 Offiziere geben.

Zu der Neuregelung der Bamtenfrage gehört auch die Einteilung aller Beamten, auch der Lehrer usw. in die militärische Rangordnung, ähnlich wie es im alten Rußland und Österreich der Fall war. Alle Beamten erhalten die ihrem Range entsprechende Bezahlung, welche Art Arbeit immer sie verrichten. Man will dadurch Gehaltsbewegungen einzelner Kategorien von Beamten vermeiden[1]).

Auch die **Zahlungsbilanz** Italiens soll nach verschiedenen Berechnungen aktiv sein. Zwar ist der Außenhandel **passiv**, und zwar im Jahre 1922 mit ungefähr 6000 Millionen Lire. Demgegenüber stehen als Aktivposten:

Geldsendungen der Auswanderer	3500 Millionen Lire
Ausgaben der fremden Reisenden	2500 „ „

Die Summen, die als Zinsen für Auslandskapital aus dem Land gehen, werden kompensiert durch Einnahmen aus im Ausland angelegtem Kapital und durch weitere Überfremdung[2]).

Schwerer ist es, ein Bild über den Stand der Wirtschaft selbst zu gewinnen. Die Schwerindustrie machte in den Herbstmonaten wieder eine Krise durch: sie wird von der Regierung aus militärischen Rücksichten stark gestützt, so vor allem durch Heereslieferungen und ausgedehnte Hafenbauten. Hierher gehört auch die Sanierung der „Nationalen Credit-Bank", die ihrerseits zur Sanierung der „Banca di Sconto", die an ihren schwerindustriellen Unternehmungen zusammenbrach, gegründet wurde. Zur Sanierung sollen vor allem die Gewinne der Notenbanken verwendet werden.

Unter den anderen Industriezweigen ist die Metallverarbeitungsindustrie (Maschinen, Automobile, Werkzeuge) etwas besser beschäftigt. Die Seidenindustrie hat aus der Erdbebenkatastrophe in Japan Nutzen gezogen. Auch der Geschäftsgang der Textilindustrie scheint sich stark gebessert zu haben.

Die Diktatur der Bourgeoisie, zu der sich der italienische Faschismus ausgewachsen hat, wirkt sich voll aus. Der Finanzminister gab in seiner oben angeführten Rede an, der Verlust durch Streiks hätte betragen:

	Arbeitstage
1920/21	8,211.000
1921/22	7,336.000
November 1922 bis Oktober 1923 . . .	247.000

Sonst wäre noch die Zunahme der Sparkasseneinlagen zu erwähnen. Es betrugen:

	Spareinlagen Millionen Lire		Laufende Depositen Millionen Lire
30. Juni 1914	7.823	31. Dezember	1.053
1918	12.587		6.308
1921	27.889		14.013
1922	28.819		14.746
1923	32.334		—

Die Spareinlagen haben trotz der starken Entwertung der Valuta das Niveau der Vorkriegszeit ungefähr erreicht.

Die Lage der Arbeiterklasse ist weiterhin sehr schlecht. Zahlen über Arbeitslosigkeit werden nicht veröffentlicht; diese soll sich vermindert haben. Die Lebenshaltungskosten sind ziemlich unverändert. Die Auswanderung wird durch die bevorstehenden neuen Beschränkungen der Vereinigten Staaten stark bedroht. Wird der neue Vorschlag — 2% der Zahl von 1890 — angenommen, so dürften jährlich nicht mehr als 5000 italienische Auswanderer nach den Vereinigten Staaten. Die italienische Regierung hat bereits protestiert, wahrscheinlich ohne Erfolg.

Frankreich.

Wir haben uns mit dem grundlegenden Problem der französischen Wirtschaft in der Berichtsperiode: die zunehmende Entwertung des Franken, im Allgemeinen Teile beschäftigt. Das Wirtschaftsleben Frankreichs stand in dieser Periode ganz und gar unter dem Einfluß des Frankensturzes. Leider ist das wirtschaftsstatistische Material über Frankreich so ungenügend, daß sich kein klares Bild darüber geben läßt, inwiefern die sich bessernde Konjunktur in Frankreich eine Inflationskonjunktur ist oder nicht. Ja, es ist überhaupt schwer, die französische Konjunktur im allgemeinen zu beurteilen.

Es wird zwar — wie wir bereits in unserem letzten Bericht erwähnten — in neuester Zeit ein Gesamtindex der Kon-

[1]) „The Economist" v. 8. Dezember 1923.

[2]) Siehe ausführlich: „The Economist" vom 5. Januar 1924.

junktur in Frankreich von einer privaten wirtschaftlichen Vereinigung veröffentlicht. Wenn wir aber die Unterlagen dieses Index' untersuchen, so springt dessen Mangelhaftigkeit sofort ins Auge. Er ist zusammengestellt aus 20 Gruppen, deren jede gleicherweise für das Jahr 1913 mit fünf bewertet wird und in ihrer Gesamtheit für 1913 100 ergeben. In der Liste sind aber Gruppen, deren wirtschaftliche Bedeutung offenbar ganz und gar ungleich ist, gleich gesetzt. So zum Beispiel die Produktion von Eisen, Stahl, die Gewinnung von Kohle und Eisen sind gleichgestellt der Exportation von Baumwollwaren, Leinenwaren, Seidenwaren und Wäsche. Es braucht nicht weiter herumgerechnet zu werden, um feststellen zu können, daß die wirtschaftliche Bedeutung des Exportes von Wäsche keinesfalls die gleiche sein kann, wie die Produktion von Kohle oder Eisen. Der gegenwärtige Index wird erzielt, indem die Veränderung gegenüber 1913 errechnet und die so gewonnenen Zahlen einfach addiert werden. Das Gesamtbild, das sich auf diese Weise ergibt, ist folgendes:

Juli	August	September	Oktober
92,9	102,2	105,7	103

Zahlen für November und Dezember liegen noch nicht vor. Etwas pünktlichere Zahlen besitzen wir für die Produktion der Schwerindustrie. Diese betrug:

	Kohle (In Mill. To.)	Roheisen (In 1000 To.)	Stahl	Zahl d. Hochöfen in Feuer
Monatsdurchschn.				
1913	372	750	581	219
Durchschn. 1922	266	427	373	—
1923 Aug.	341	486	452	109
1923 Sept.	332	482	446	111
1923 Okt.	369	514	477	116
1923 Nov.	—	536	493	119

Es zeigt sich eine stetige Besserung der Produktion; andererseits aber ist die Produktion von 1913 mit Ausnahme von Stahl noch nicht einmal annähernd erreicht. Es sind heute mehr als die Hälfte der Hochöfen in Feuer, und bei voller Ausnutzung der Produktionskapazität würde sich die Produktion ungefähr verdoppeln.

Die Schwerindustrie ist mit der fortschreitenden Entwertung des Franken im allgemeinen nicht unzufrieden. Obwohl nicht offen für eine Inflation Stellung genommen wird, zeigen doch manche Bemerkungen der „Usine", daß die Schwerindustrie mit dem Gang der Ereignisse zufrieden ist. Im Gegensatz hierzu nimmt Romier in der „Journée Industrielle" in unzähligen Artikeln scharf gegen die Inflation Stellung. Inwiefern die Stabilisierung des Franken für die französische Fertigindustrie wichtig ist, geht aus diesen Ausführungen nicht klar hervor.

Die fortschreitende Inflation hat eine Erhöhung der Preise nach sich gezogen, die aber bei weitem geringer ist, als die Entwertung des Franken. Die Entwicklung der Preise zeigt folgendes Bild:

	Großhandels-preise	Kleinhandels-preise	Lebenshaltungs-kosten	
August	477	—	3. Viertel	
September	490	—	1923	331
Oktober	486	—	4. Viertel	
November	452	—	1923	345
Dezember	468	—		

Wir sehen hier die aus Deutschland bekannte Erscheinung, daß die Preisindexe weit hinter der Entwertung der Geldeinheit zurückbleiben.

Die wichtigsten wirtschafts-politischen Maßregeln im Zusammenhang mit der Entwertung des Franken waren die Herabsetzung der Weizenzölle von 14 auf 7 Franken pro Doppelzentner, die Erhöhung des Diskontsatzes der Bank von Frankreich auf 6 bis 7%, Verbot der Kohlenausfuhr. Die Herabsetzung der Getreideeinfuhrzölle auf die Hälfte sollte der Verteuerung des Brotes entgegenwirken. Es waren vor allem die großkapitalistischen Kreise, die auf die Regierung einen starken Druck in dieser Richtung ausübten. Es ist übrigens interessant für die verworrenen Verhältnisse, daß gleichzeitig französisches Mehl nach Süddeutschland eingeführt wird. Die Herabsetzung der Getreidezölle hat andererseits in den agrarischen Kreisen Frankreichs eine starke Unzufriedenheit hervorgerufen, und es wurde die Forderung aufgestellt, daß eine entsprechende Ermäßigung auch der Industriezölle stattfinde, um die Lage der Landwirte durch die Möglichkeit der billigeren Beschaffung ihrer Produktionsmittel zu verbessern.

Im allgemeinen wird die Wirtschaft Frankreichs von den Franzosen als sehr zufriedenstellend beurteilt, wobei es natürlich dahingestellt bleiben mag, ob dies aus ehrlicher Überzeugung oder als Gegenmaßregel gegen das Mißtrauen des Auslandes geschieht. So erklärte zum Beispiel der gewesene Finanzminister **Marsal:**

„Seine einzige Befürchtung für das Jahr 1924 sei, daß die Restauration des Franken so rapid vor sich gehen würde, daß hierdurch eine ökonomische Gefahr entstünde, die zu vermeiden notwendig wäre." („Times" v. 17. Januar 1924.)

Jedenfalls steht es fest, daß die französischen Politiker noch immer nicht zu der Einsicht gelangt sind, daß der ökonomische Unterbau Frankreichs zu schwach ist, um die Kosten einer Machtpolitik, wie sie Frankreich nach dem Kriege getrieben hat, zu ertragen. In der letzten Zeit wurden neuerdings mehrere hundert Millionen für Rüstungskredite an die Staaten der Kleinen Entente gewährt (Rumänien hat die Anleihe zurückgewiesen, weil es nicht geneigt war, die von Frankreich geforderte Monopolstellung in der rumänischen Petroleumindustrie zu gewähren).

Andererseits werden die Rüstungen Frankreichs nicht nur fortgesetzt, sondern auch beschleunigt. Die Marinekommission der Kammer hat beschlossen, den Bau jener Kriegsschiffe, der programmäßig 1930 beginnen sollte, bereits im Jahre 1924 bis 1928 zu beginnen und im Jahre 1931 zu beenden. Das Programm selbst wurde ebenfalls etwas vergrößert, so daß sich die vorgeschriebenen Ausgaben um zwei Milliarden Franken erhöhen. („Times" vom 12. Januar 1924.)

Das weitere Schicksal des Franken wird vor allem von der Lösung der Reparationsfrage abhängen.

England.

Die Wirtschaftslage Englands hat sich in der Berichtsperiode trotz der schwierigen politischen Lage unerwartet gut gestaltet. Die Wahlen haben vorläufig jene wirtschaftspolitischen Fragen, mit denen wir uns in unserem letzten Bericht eingehend beschäftigten, erledigt. Die Wahlen fielen klar gegen das Schutzzollprogramm der Konservativen aus: sie bedeuten einen vollen Sieg des Freihandels. Was die Absage an die Schutzzollpolitik für eine Wirkung bei dem Zusammenhang der Kolonien mit dem Mutterlande haben wird, ist gegenwärtig noch unklar. Sicherlich wird sie dazu beitragen, das Gefüge des britischen Weltreiches weiter zu lockern. Andererseits fiel auch die Entscheidung gegen die von ziemlich breiten Kreisen der englischen Großindustriellen befurwortete Inflationspolitik, für die sich auch Keynes in seinem neuesten Buch aussprach.

Der von vielen konservativen Gegnern der Arbeiterpartei vorhergesagte Niedergang der englischen Wirtschaft im Falle der Bildung einer Arbeiterregierung ist tatsächlich nicht eingetreten. Dies erklärt sich vor allem daraus, daß die Macdonald-Regierung ihrem Wesen nach eine rein bürgerliche Regierung ist, was auch von allen verständigeren Kapitalisten anerkannt wird. Besonders bezeichnend sind folgende Äußerungen:

A. Balfour erklärte am 22. Januar als Präsident des Kongresses der Vereinigung britischer Handelskammern:

„Solange die Regierung eine Arbeiterregierung ist und **nicht unter der Kontrolle der Kommunisten steht**, werden die Handelskammern sie unterstützen und ihr alle Möglichkeiten bei der Förderung des Wohles des Landes angedeihen lassen."

Ein anderer hervorragender Kapitalist, **W. Leaf**, Präsident der Westminsterbank, warnte die englischen Kapitalisten davor, ihr Kapital aus England nach Amerika zu überführen, da man durch die Investition in Amerika leicht soviel verlieren kann wie durch die Kapitalsteuer in England.

Als eine rein bürgerliche Regierung manifestierte sich die Arbeiterregierung in der bekannten Botschaft Macdonalds an Indien, in der er unter anderem sagt:

„Keine Partei in Großbritannien wird sich durch Drohungen mit Gewalt oder durch eine Politik, die das Stillsetzen der Arbeiterregierung bezweckt, einschüchtern lassen, und wenn einzelne Kreise in Indien die Illusion haben, daß dies nicht so wäre, so werden die Ereignisse diese entschieden enttäuschen ... Wenn zu revolutionären Methoden gegriffen wird, sei dies ein aktiver oder passiver Zwang, ist eine Reaktion nach dem entgegengesetzten Extrem unausbleiblich ... Ich

weiß, daß die Annäherung und der gute Wille gegenseitig sein muß. Meine Botschaft ist daher nicht allein an die Inder, sondern auch an die Engländer gerichtet."

Es ist kein Wunder, daß dieser Appell Macdonalds die ausdrückliche Zustimmung von Chamberlain gefunden hat, der die Botschaft „mit Dankbarkeit und Genugtung" zur Kenntnis nahm.

Die Kritik, die die „Nation" vom 2. Februar an dem Kabinett übt, scheint vollberechtigt zu sein.

„Es ist ein Ministerium aus alten und bejahrten Männern. Ihr Durchschnittsalter ist nahe an die Sechzig. Es ist ein Kabinett — ich bin betrübt, es sagen zu müssen — von dummen (dullish) Männern... Es ist ein Kabinett mit einem breiten Kontinent von Neulingen, die den größeren Teil ihres Lebens in der Konservativen oder Liberalen Partei verbracht und aus irgendwelchen Gründen in vorgeschrittenen Jahren sich der neuen Partei angeschlossen haben. Es ist ein Ministerium voll von reichen Männern und von Leuten, die ein schönes Vermögen geerbt haben — von Kapitalisten, Großgrundbesitzern oder Bierbrauern, von Leuten, die, wenn sie auf einer liberalen Plattform erscheinen, als „Peers", „Plutokraten", „Ausbeuter", „Profitmacher" oder „Parasiten" beschrieben würden" usw.

Es ist kein Wunder, daß sich die kapitalistische Welt Englands unter diesen Umständen rasch beruhigt hat.

Diese Beruhigung zeigt sich in der Gestaltung des Pfundkurses, der folgendes Bild zeigt:

21. Februar	Maximum	4,72	Dollar
5. Oktober		4,56	„
2. November		4,76	„
31. Dezember		4,32	„
25. Januar	Minimum	4,22	„
31. „		4,32	„

Die englische Öffentlichkeit beschäftigt sich viel mit der Frage der Kursänderung des Pfundes. In einem interessanten Artikel des „Economist" vom 12. Januar wird ausgeführt, daß der Grund nicht in den Zahlungen der amerikanischen Staatschulden liegt, da die Regierung in dieser Periode nicht als Käufer für Dollar im Markte war. Er sucht die Ursache in dem höheren Preisniveau in England, in den Hindernissen, die der Fordney-Tarif der englischen Einfuhr bereitet, und vor allem in dem Umstand, daß, während die Vereinigten Staaten in den letzten Monaten des Jahres einen großen Ausfuhrüberschuß hatten, in derselben Periode der Einfuhrüberschuß stark gestiegen ist. Wir halten es für wahrscheinlicher, daß es sich vor allem um eine politische Einwirkung handelt: die Furcht vor der Arbeiterregierung hatte den Kurs des Pfunds gedrückt, und als es sich aufklärte, daß die Macdonald-Regierung den Kapitalisten keinerlei Schwierigkeiten bereiten wird, begann sich der Kurs wieder zu heben.

Für die Wirtschaftslage Englands sind insbesondere die Zahlen der Arbeitslosigkeit von Bedeutung. Die Zahl der Arbeitslosen in den Gewerkschaften betrug:

(In Prozenten.)

September	11,3
Oktober	10,9
November	10,5
Dezember	9,7

Die Prozentzahlen der Arbeitslosen sind daher gegenwärtig ungefähr so hoch wie März 1921, im sechsten Monat der Krise. Absolut hat die Zahl der Arbeitslosen in der Berichtsperiode um ungefähr 200.000 abgenommen.

Ein stärkerer Aufschwung zeigt sich in der Berichtsperiode in der Schwerindustrie, nachdem in den Sommermonaten die Konjunktur abgeflaut war. Die wichtigsten Daten sind die folgenden:

Produktion	Hochöfen	Erze (in 1000 Tonn.)	Stahl	Kohlen Wochenproduktion im Monatsdurchschnitt
Ende September	190	559	695	5395
„ Oktober	189	596	702	5627
„ November	199	598	749	5617
„ Dezember	204	627	653	5329
Ganzes Jahr 1923	200	7.439	8489	—
„ „ 1922	132	4.902	5881	—
„ „ 1913	337	10.260	7664	—

Bemerkenswert ist, daß die Stahlproduktion im Jahre 1923 jene von 1913 bereits überschritten hat, ferner daß wohl die Zahl der brennenden Hochöfen um 40% geringer ist als im Jahre 1913, die Produktion von Stahl und Eisen zusammen aber der Produktionshöhe von 1913 sehr nahe kommt.

Die Ursachen dieser neuerlichen Besserung in der englischen Schwerindustrie sind nicht ganz klar. Der Anstoß scheint von großen Bestellungen der englischen Eisenbahngesellschaften ausgegangen zu sein, die wir schon in unserem letzten Bericht erwähnten.

In der **Baumwollindustrie** ist Ende November seit drei Jahren das erstemal die verkürzte Arbeitszeit zu Ende gegangen, nachdem die zu ihrer Weiterführung nötigen 80% der gesamten Spindelzahl nicht vorhanden war. Es war schon früher bekannt, daß verschiedene Fabriken volle 48 Stunden gearbeitet haben und daß von der Gesamtproduktion an Garn drei Viertel von vollarbeitenden Fabriken auf den Markt gebracht wurden. Unter diesen Umständen hätte die Aufrechterhaltung der Vereinbarung keinen Sinn mehr.

Die Beseitigung der organisierten Kurzarbeit bedeutet aber nicht, daß die englische Textilindustrie bereits eine gute Konjunktur hat. Der beste Beweis hierfür ist, daß bereits neue Verhandlungen im Gange sind, um eine Verminderung der Garnproduktion zu erreichen. Die neue Vereinbarung soll auf der Basis getroffen werden, daß die Arbeiter, die kurze Zeit arbeiten, eine Entschädigung aus einem Fonds erhalten sollen, der durch Beiträge von Firmen geschaffen werden soll, die eine größere Maschinenzahl laufen lassen, als vereinbart wurde. Von anderen wichtigen Industriezweigen hat sich die Lage des **Schiffbaues** etwas gebessert. Mehrere Schiffbauten, die zum Stillstand gekommen waren, wurden wieder fortgesetzt. Auch einige neue Bestellungen an Handelsschiffen sind erfolgt. Außerdem hat die englische Regierung 17 kleine Kreuzer, die sie auf Grund des Abkommens von Washington zu bauen berechtigt ist, in Auftrag gegeben.

Schwierig ist auch weiterhin die Lage der **Landwirtschaft**. Der bebaute Boden geht von Jahr zu Jahr weiter zurück. Der mit Weizen bebaute Boden ist gegenwärtig bereits nicht größer als derjenige der Vorkriegszeit. Ähnlich steht es auch mit Gerste und anderen Getreidearten. Die englische Landwirtschaft kehrt wieder zu der Graswirtschaft zurück. Dementsprechend erhöht sich die Zahl des Viehbestandes von Jahr zu Jahr. Er hat bereits die Vorkriegshöhe erreicht. Selbst die Zahl der Schafe hat von 1922 auf 1923 um 398.000 zugenommen. Die Versuche der englischen Konservativen, dem englischen Getreidebau durch Subventionen zu helfen, werden wahrscheinlich ergebnislos bleiben.

Die **Preisbewegung** zeigt in der Berichtsperiode eine scharf aufsteigende Tendenz. Die wichtigsten Indexe zeigen folgendes Bild:

	„Economist" (1913 = 100)	„Times"	Lebenshaltungskosten
Ende September	167,6	160,1	173
„ Oktober	168,4	161,1	175
„ November	177	169,1	177
„ Dezember	178,6	—	177
„ Januar	181,8	—	—

Die Erhöhung des Preisniveaus ist insbesondere für die Gestaltung des Außenhandels wichtig.

Der **Außenhandel** Englands gestaltete sich in folgender Weise:

(In Millionen Pfund.)

	Import	Export	Importüberschuß
Juli	76,8	68,3	8,5
August	88,7	66,3	22,4
September	83,3	72	11,3
Oktober	99,9	82,5	17,4
November	101,6	75,9	25,7
Dezember	109,2	74,5	34,7

Wir sehen daraus das starke Anwachsen der Einfuhr, der eine Verminderung der Ausfuhr gegenübersteht. Es ist hierbei in Betracht zu ziehen, daß die Ausfuhr von Kohle und Eisen infolge des Stillstandes im Ruhrgebiet bedeutend größer war als sonst. Die starke Vermehrung der Einfuhr kann Folge des hohen englischen Preisniveaus sein. Es ist aber auch möglich, daß es Eindeckung von Rohstoffen bedeutet, was darauf hinweisen würde, daß die Aussichten der Konjunktur in England für die nächste Zeit als sehr günstig betrachtet werden.

Die Besserung der Konjunktur zeigt sich auch in einer Wiederbelebung der Arbeiterbewegung. Der Streik der Lokomotivführer wurde zwar durch die Bemühungen der neuen Re-

gierung und des Führers der Allgemeinen Eisenbahnergewerkschaft Thomas rasch unterdrückt, aber die Kohlenarbeiter haben das bekannte, für sie sehr drückende Lohnabkommen mit überwiegender Majorität bei der Urabstimmung zu kündigen beschlossen. Es droht ein Streik der Hafenarbeiter und verschiedener kleinerer Industriezweige. Die neue, sogenannte Arbeiterregierung wird daher in den Arbeitskonflikten bald Farbe bekennen müssen. Wenn wir die schwere Lage der englischen Arbeiterschaft betrachten, wenn wir in Betracht ziehen, daß es in England Ende Oktober noch immer 1,285.000 Menschen gegeben hat, die Armenunterstützung erhielten, so ist es wahrscheinlich, daß es der neuen Regierung nicht lange möglich sein wird, den Schein, eine Arbeiterregierung zu sein, aufrecht zu erhalten.

Die Vereinigten Staaten von Amerika.

Mit der Konjunktur im allgemeinen beschäftigten wir uns bereits im „Allgemeinen Teil". Hier wollen wir vor allem die wichtigsten Produktionszahlen nachtragen.

Der Gesamtindex der Industrieproduktion des General-Reserve-Board betrug (1919 = 100):

Juli	121
August	120
September	114
Oktober	118
November	116

Die abwärtsgehende Bewegung, die seit Mai angehalten hatte, ist im Oktober wieder einer Aufwärtsbewegung gewichen, im November folgt eine kleine Abwärtsbewegung; Dezemberzahlen sind noch nicht bekannt. Das „Federal Reserve-Bulletin" hat in ihrer Dezembernummer mit der Publizierung eines Spezialindex' über den Arbeitsmarkt (employment) begonnen. Der Index gibt die Veränderungen in dem Beschäftigungsgrad der Arbeiter in 33 Industriezweigen; er gibt aber keine Daten über die absolute Gesamtzahl der Beschäftigten. Die 33 Industriezweige werden in zehn Gruppen und schließlich in einem Generalindex vereinigt, wobei der Beschäftigungsgrad von 1919 = 100 genommen wird. Der so errechnete Generalindex zeigt folgendes Bild[1]):

Januar 1923	99
Februar	101
März—Juni	103
Juli—Oktober	101
November	101[2])

Der Gesamtindex zeigt sehr geringe Variationen, was der allgemein konstatierten Tatsache einer langsam abflauenden Konjunktur entspricht. In den einzelnen Gruppen zeigen sich größere Veränderungen. Der Beschäftigungsindex der Lebensmittelindustrie zeigt im zweiten Halbjahr eine starke Steigerung: 10%, was wahrscheinlich mit der Jahreszeit zusammenhängt. Hingegen zeigen Eisen-, Stahl- und Textilindustrie eine fallende Tendenz: 4 bis 6%. Leider sind neuere Zahlen noch nicht errechnet.

Interessant für die Verteilung der Arbeitskräfte ist der Prozentanteil, mit dem die einzelnen Gruppen gewogen werden:

(In Prozenten.)

Eisen- und Eisenwaren	37
Textil und Kleider	24
Holz und Holzwaren	12
Fahrzeuge (Waggons und Autos)	12,5
Papier und Buchdruckerei	8,0
Lebensmittelfabrikation	7,5
Leder und Lederwaren	4,5
Steine, Erde, Glas	3,5
Tabak	2,0
Chemische Industrie	1,5

Auffallend ist die sehr geringe Quote der chemischen Industrie. Es bedürfte ferner einer Aufklärung, wieso es möglich ist, daß der von derselben Behörde errechnete Index der Produktion (siehe oben), der ebenfalls 1919 = 100 als Basis hat, um 15% höher steht als der Beschäftigungsindex. Dies würde eine so starke Erhöhung der Produktivität in den letzten fünf Jahren bedeuten, die sehr unwahrscheinlich ist.

[1]) „Fed. Reserve-Bulletin", Dezember 1923, Seite 1273.

[2]) Vorläufige Zahl.

Die Produktion der wichtigsten Waren betrug[1]):

	Steinkohle (In Mill. To.)	Weichkohle (In Mill. To.)	Eisen (In 1000 To.)	Stahl (In 1000 To.)	Baumwollkonsum (In 100 Ball.)	Petroleum (In Mill. Barell)
August	8,9	48,9	3435	3671	492	65,9
September	2,9[2])	46,2	3126	3316	484	64,4
Oktober	8,7	49,2	3149	3548	542	65,7
November	7,8	42,9	2893	3114	532	64,5
Dezember	—	—	2905	2944	462	—

Wir möchten zu diesen Zahlen folgende Bemerkungen machen: Die Produktion von Stahl blieb in den Monaten November—Dezember bereits hinter denjenigen von 1922 zurück. Hingegen ist der Auftragsbestand des Stahltrusts, der sich, von März angefangen, von Monat zu Monat verringerte, im Dezember das erstemal wieder gestiegen.

Er betrug:

(In tausend Tonnen.)

1923	März (Maximum)	7403
	August	5415
	September	5036
	Oktober	4673
	November	4369
	Dezember	4445

Wie stark der Eigenkonsum der Vereinigten Staaten ist, zeigt folgende Verteilung des Stahlkonsums im Jahre 1923 („Journal of Commerce" vom 4. Januar 1924):

(In Prozenten.)

Eisenbahnen	31,—
Bauten und Konstruktionen	15,75
Petroleumindustrie	11,—
Automobilindustrie	10,—
Export	6,25
Andere Zwecke	26,—

Der Export beträgt also bloß 6,25% der Produktion.

Der Dezemberbericht der „Guaranty Trust Comp." führt aus, die Produktionskapazität der Stahlwerke sei seit 1914 um 50% gestiegen; daher sei es nur zur Zeit der höchsten Konjunktur möglich, diese Kapazität voll auszunützen.

Viel besprochen wird gegenwärtig in Amerika die weitere Entwicklung der Automobilindustrie. Im Jahre 1923 wurden vier Millionen Stück verkauft. Von Skeptikern wird darauf hingewiesen, daß der Sättigungspunkt bald erreicht sein würde, da nunmehr in den Vereinigten Staaten bei einer Bevölkerung von 112 Millionen 14 Millionen Autos laufen. Der große Absatz von Ford sei nur möglich gewesen, weil er seine Wagen auf wöchentliche Ratenzahlung verkaufte; eine Anzahlung von fünf Dollar genügt, um ein Automobil zu erhalten. Ein solches Geschäft könne nur bei guter Konjunktur gehen. Bei einer Verschlechterung der Wirtschaftslage muß das System zu schweren Rückschlägen führen.

Demgegenüber baut die Ford-Gesellschaft („Times" vom 3. Januar 1924) Werke, die es ermöglichen werden, nach vier Monaten die Produktion auf **täglich 10.000 Automobile** zu erhöhen! Die Produktion Fords würde dann fast ebensoviel ausmachen, wie diejenige von ganz Amerika (im Jahre 1920 produzierte Ford halb so viel).

Die Ausfuhr von Automobilen hebt sich zwar, ist aber gegenüber dem Eigenbedarf noch immer sehr klein. Ford verlegt übrigens einen Teil seiner Produktion nach dem Auslande. So arbeitet eine seiner Fabriken in Manchester für England, eine in Dänemark für die nordischen Staaten. Ford rechnet weiter auf eine riesige Ausdehnung des Absatzes in China und Südamerika.

Eine ebenfalls stark umstrittene Frage ist die Gestaltung der Bautätigkeit. Die Aussichten und die angegebenen Daten selbst sind stark widersprechend. Manche rechnen auf eine noch stärkere Bautätigkeit im laufenden Jahr. Eine andere Berechnung besagt, daß im Jahre 1923 Bauten für rund sechs Milliarden Dollar ausgeführt wurden, und daß der Mangel (shortage) nur mehr zwei Milliarden betrage.

Über die Lage der Landwirtschaft schrieben wir im einleitenden Teil. Im laufenden Jahre haben sich die gesamten Ein-

[1]) Nach „Federal Reserve-Bulletin" und Zeitungsmeldungen.

[2]) Streik.

nahmen der Landwirtschaft um 800 Millionen Dollar gegenüber 1922/1923 gehoben. Aber die Situation ist noch immer sehr ungünstig, besonders im Getreidebau, wovon die Verminderung der mit Wintergetreide bebauten Fläche um 13,5% zeugt. Wie diese Verminderung vor sich gegangen ist, ob die Weizenfarmer einfach ihre Farmen verließen und in die Städte zogen, und infolgedessen der Boden unbebaut blieb, oder ob an Stelle des Weizenbaues andere Arten (vielleicht Mais) treten werden, wird erst im Frühjahr klar werden. Jedenfalls ist die Lage der amerikanischen Landwirtschaft auch weiterhin sehr schwierig.

Die Preisbewegung war in der Berichtsperiode minimal. Der Gesamtgroßhandelsindex des „Federal Reserve-Board" ist für die Monate September, Oktober, November und Dezember unverändert 163, fast ebensoviel wie vor einem Jahre. Innerhalb dieser zeigt die Gruppe der Exportgüter eine Steigerung: September 176, Oktober 182, November 196. Es sind die hohen Baumwollpreise, die dies verursachen. Auch der Index von Irving Fisher zeigt fast keinerlei Veränderung.

Die Lage der Arbeiterklasse soll sich nach amtlichen Berechnungen im Laufe des Jahres nicht unbedeutend gebessert haben. Zwischen Januar und Oktober sind gestiegen:

Der Durchschnittsstundenlohn: von 50,1 Cent auf 56 Cent. Der Durchschnittswochenlohn: von 25,08 Dollar auf 27,14 Dollar. Also 12% im Stundenlohn und 8,2% im Wochenlohn. Demgegenüber steht eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten von bloß 3,8%. Daher eine Erhöhung des Reallohnes um 4,4%. Gegenüber dem Reallohn von 1914 soll eine Erhöhung von 32% stattgefunden haben.

Eine Kontrolle dieser Angaben ist kaum möglich. Soviel ist gewiß, daß die Lage der amerikanischen Arbeiterklasse viel günstiger ist als die der europäischen. Die Bestrebungen zur neuerlichen Beschränkung der Einwanderung sind dazu angetan, diese relativ gehobene Lage der amerikanischen Arbeiter zu erhalten.

Zusammenfassend können wir sagen: Der amerikanische Kapitalismus ist bisher von der Krise des europäischen nur wenig in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Erfahrung der letzten zwei Jahre zeigt, daß die amerikanische Wirtschaft vom Schicksal Europas ziemlich unabhängig ist.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

Der 18. März — Internationaler Tag der Roten Hilfe.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 33. 11. März

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 28. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Das erste Jahrfünft der Komintern. Von Sinowjew . . 379

Politik.
Die Absetzung des Kalifen und der englische Imperialismus. Von A. 383
Der Wahlkampf in Karpathorußland. Von Tausik . . 384

Deutschland.
Deutschland und die Revolution 385

Union der Sowjetrepubliken.
Brief aus Sowjetrußland. Von Rubiner 386

Arbeiterbewegung.
Nach dem Streik der Bankbeamten in Österreich. Von Haidt 387
Der Textilarbeiterstreik in Bombay. Von Roy 387

Jugendbewegung.
An alle Kommunistischen Jugendverbände! 388

Aus der Roten Gewerkschaftsinternationale.
Die Rote Gewerkschaftsinternationale — an die Kommunistische Internationale 388

Rote Hilfe.
Der 18. März — Internationaler Tag der Roten Hilfe. Von Wagner 389

Aufrufe.
Der 18. März 390

Das erste Jahrfünft der Komintern.

Von G. Sinowjew. (Fortsetzung.)

** Die Zweite Internationale wird mit ihren Ausdünstungen die Athmosphäre so lange verpesten, bis das internationale Proletariat wenigstens in zwei, drei entscheidenden Ländern einen entscheidenden Sieg davontragen wird. — In der Arbeiterklasse, besonders wenn man sie im Weltmaßstabe betrachtet, gibt es immer bedeutende Gruppen, die den unter den Arbeitern tätigen Agenten des Kapitals eine gewisse soziale Stütze bieten. Vor allem die Arbeiteraristokratie und dann die stumpfsinnigsten, rückständigsten Schichten. Die Ungleichheiten innerhalb der Arbeiterklasse, ihre kulturelle Rückständigkeit, solange sich alle wichtigen Aufklärungsmittel in den Händen der Bourgeoisie befinden, sichern den gelben Führern der II. Internationale diesen Erfolg.

Die Geburt der Kommunistischen Parteien erwies sich in der Praxis als ein viel komplizierterer, zuweilen viel qualvollerer, jedenfalls aber viel längerer Prozeß, als wir es uns zur Zeit der Gründung der Kommunistischen Internationale vorgestellt haben.

„Europa geht nicht denselben Weg zur Revolution wie wir. Europa macht nur — dem Charakter der Bewegung nach — dasselbe durch. Jedes Land muß auf seine Weise den inneren Kampf durchmachen und hat schon angefangen, ihn durchzumachen, den Kampf gegen seine Menschewiki und gegen den ganzen Opportunismus und den ganzen Sozialrevolutionarismus, der unter anderem Namen und in größerem oder geringerem Maße in allen Ländern besteht."

So sprach Genosse Lenin in seiner von uns bereits zitierten Rede am ersten Jahrestag der Kommunistischen Internationale.

Würde sich die internationale Revolution schneller entwickeln, oder hätte wenigstens die Arbeiterklasse Europas und Amerikas in den dem Krieg vorangegangenen 25 Jahren eine ernste, praktische, revolutionäre Erfahrung gesammelt, so würde die Herausbildung der Kommunistischen Parteien zweifelsohne schneller vor sich gehen. Die Arbeiterklasse Rußlands mußte kraft der Besonderheiten der historischen Entwicklung viele jener Etappen, die die europäischen Arbeiter gegenwärtig durchmachen, schon vor der Revolution 1905 zurücklegen. Im Jahre 1905 fand bei uns in Rußland sozusagen die Generalprobe der Revolution statt, und es ist teilweise diesem Umstande zu verdanken, daß das russische Proletariat den Augenblick des Zusammenbruches des imperialistischen Krieges zur Eroberung der Macht auszunützen verstand. Daher hatte Wladimir Iljitsch recht, als er darauf hinwies, daß es uns (der russischen Arbeiterklasse) „infolge der geschichtlichen Ereignisse, infolge der völligen Fäulnis der Willkürherrschaft, leicht geworden ist, die Revolution zu gewinnen, aber je leichter uns ihr Beginn fiel, um so schwerer wurde es dem alleinstehenden Lande, sie fortzusetzen". Auf dem Weg, den die Komintern während des ersten Jahres ihrer Tätigkeit zurückgelegt hatte, zurückblickend, sagt Wladimir Iljitsch, „daß in den anderen Ländern, wo die Arbeiter entwickelter sind, wo die Industrie auf einer höheren Stufe steht, wo die Arbeiter viel zahlreicher sind, die Entwicklung der Revolution langsamer vor sich gegangen ist. Sie ging unseren Weg, aber viel langsamer".

Die geschworenen Feinde der Kommunistischen Internationale aus den Reihen der gegenrevolutionären Sozialdemokratie und auch die einfach nur Dummen und Unwissenden, die nicht begreifen, unter welchen Geburtswehen nur die proletarischen Kommunistischen Parteien entstehen können, weisen mit wilder Schadenfreude oder im besten Falle mit stumpfsinniger Verständnislosigkeit auf die zahlreichen „Krisen" hin, die die einzelnen Parteien der Komintern während des verflossenen Jahrfünfts durchmachen mußten. Von den äußeren Schwierigkeiten dieser „Krisen" sehen die „Kritiker" aller Arten jenen gigantischen Fortschritt nicht, den trotz allem die internationale Arbeiterbewegung und ihre Vorhut, die Kommunistische Internationale, errungen haben.

Wenn wir uns die Geschichte unserer jetzt mächtigen RKP., die den größten Staat der Welt leitet, vor Augen führen, und wenn wir die Geschichte der Herausbildung der RKP. aus der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, das heißt die Verwandlung einer sozialdemokratischen Partei (in der wir lange Jahre mit den Menschewiki zusammen gearbeitet haben) in eine Kommunistische Partei — wenn auch nur in ganz allgemeinen Zügen — verfolgen, so sehen wir, wieviele „Krisen" wir während dieser Zeit durchmachen mußten! Es genügt, die wichtigsten jener Etappen, die die russische revolutionäre Bewegung zurückgelegt hatte, in Erwähnung zu bringen: Der „legale Marxismus", der „Ökonomismus", die Versuche, mit den SR. gemischte Organisationen zu bilden, der „Menschewismus", das „Liquidatorentum", der „Otsowismus", die „Vaterlandsverteidigung" usw. Mit einem gewissen Recht könnte behauptet werden, daß der ganze Weg von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur Kommunistischen Partei nichts anderes war als eine ununterbrochene Krise. Gerade darum handelt es sich ja, liebenswürdige Kritiker, daß sich die kommunistischen Inselchen im uferlosen bürgerlichen Meer, besonders anfangs, mit unglaublicher Mühe herauskristallisieren. Gerade darum handelt es sich ja, daß sich die Vorhutorganisationen der unterdrückten Klasse mit klarem, kommunistischem Programm, mit zähem Kampfeswillen, mit einer biegsamen kommunistischen Taktik — Organisationen, die auf dem Wege zum Siege des Proletariats alle Felsen und Riffe zu vermeiden verstehen — nur sehr langsam, in hartem Kampfe, nur nach schwerwiegenden Erfahrungen ausgestalten können.

Jene Leute, für die der wirkliche Charakter der kommunistischen Bewegung ein Buch mit sieben Siegeln ist, stehen der ganzen Taktik der Komintern vollkommen verständnislos gegenüber. Es scheint ihnen oft (mit besonderer Schärfe gerade jetzt), als würde die Komintern einmal rechts, einmal links schwenken, fast würden sie sagen, nach der Laune der einzelnen Führer.

In Wirklichkeit wird die Taktik der Komintern durch tiefer liegende Faktoren bestimmt.

Unter den mannigfaltigen Bedingungen der verschiedenen Länder wird die Komintern im allgemeinen durch zweierlei Gefahren bedroht. Die Kommunistischen Parteien sind nicht fertig vom Himmel gefallen. Sie sind zum größten Teil dem Schoße der II. Internationale entsprossen, und daher lastet die Erbschaft, die Tradition der Sozialdemokratie, in größerem oder geringerem Maße unvermeidlich auf ihnen.

Das ist die eine Gefahr: die rechte.

Je langsamer sich die internationale Revolution entwickelt, um so größer kann unter gewissen Umständen diese rechte Gefahr werden.

Andererseits sind die kommunistischen Parteien, solange sie innerhalb der Arbeiterklasse in der Minderheit sind, bereit, sich von den Massen loszulösen, die große Nachhut und die mittleren Schichten der Arbeiterklasse, die schwere Infanterie des Proletariats zu übersehen.

Die dünnen Schichten der Vorhut versuchen, unerträgliche Lasten auf sich zu laden, und können erdrückt werden. Die revolutionäre Ungeduld ist nicht immer ein guter Berater. Darin liegt die „linke" Gefahr.

Die Komintern muß mit einer außerordentlichen Mannigfaltigkeit rechnen. Aber im ganzen muß sie das Steuer einmal nach der einen, ein andermal nach der anderen Seite wenden, um die noch nicht erstarkten Parteien durch alle auf sie einmal von rechts, ein anderes Mal von „links" lauernden Gefahren hindurchzubringen und auf die breite Ebene hinauszuführen. Es gibt dabei nicht selten Anlässe für die Schadenfreude der Feinde und Dummköpfe. Mögen sie sagen, was sie wollen — wir gehen unseren Weg und werden wirkliche gestählte Kommunistische Parteien in der ganzen Welt herausbilden.

Eine der Ursachen der verhältnismäßig langsamen Ausgestaltung der Kommunistischen Parteien in Europa ist zweifelsohne der Umstand, daß sich die Spaltung in der II. Internationale im allgemeinen und insbesondere in den wichtigsten sozialdemokratischen Parteien allzu spät vollzogen hatte. Im allgemeinen ist dem zweifelsohne so.

Fast jede Kommunistische Partei hat ihre besonderen Schwierigkeiten zu überwinden.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist als Partei ohne Zweifel etwas spät entstanden. Dann hat der Spartakusbund Anfang 1919, ohne erstarken zu können, untragbare Lasten auf seine Schultern geladen, indem er versuchte, einen bewaffneten Aufstand gegen die bürgerlich-sozialdemokratische Macht zu organisieren, und zwar zu einer Zeit, wo die Mehrheit des deutschen Proletariats noch bei weitem nicht hinter dem Kommunismus stand. Sodann schnitt sich die Partei in Heidelberg ins eigene Fleisch, indem sie die wertvollen „linken" revolutionären Elemente des Proletariats allzu eilig von sich stieß; diese Operation wurde durch den „Chirurgen" Paul Levi vollzogen, der durch seine weitere Entwicklung bewies, daß er den Pulsschlag des proletarischen Kampfes nicht zu vernehmen vermag. Sodann nahm die kleine Kommunistische Partei nach dem Halleschen Parteitag plötzlich eine überaus große Masse in sich auf, die im besten Falle mit dem Kommunismus nur sympathisierte, die aber in Wirklichkeit nicht kommunistisch war.

Im März 1921 organisierte die KPD. die sogenannte Märzaktion, die mit einer schweren Niederlage endete. Die Niederlage rief große innere Krisen in der Partei hervor und wurde zum Ausgangspunkt einer tiefgehenden Diskussion auf dem III. Kongreß der Komintern. Hieraus entsprangen neue Krisen in der KPD., die den Ausschluß Levis, den Austritt einer Reihe von Parlamentariern der ehemaligen Gruppe der linken USP. aus der KPD. und in die sogenannte KAG.-Krise mündeten.

Die Erstarkung der rechten Elemente der Partei führte auf der anderen Seite zur Wiedergeburt und zur Erstarkung der „linken" Gruppe, deren Führer wenigstens von den „Kinderkrankheiten" stark befallen waren. Gegenwärtig, wo wir diese Zeilen schreiben, macht die KPD., eine der Hauptsektionen der Komintern, wieder einen schweren inneren Kampf durch, der nach jener wirklich tiefen Krise, die die deutsche Arbeiterbewegung seit dem Herbst 1923 durchlebte, unvermeidlich eintreten mußte. Aber aus jeder dieser Krisen geht die Kommunistische Partei immer geschlossener und immer reicher an — wenn auch teuer erkauften — revolutionären Erfahrungen hervor.

Man muß der Seele der Arbeiterklasse schon ganz verständnislos gegenüberstehen, um in all dem nur „Fehler" und „Krisen" zu sehen, und nicht zu verstehen, daß sich die deutsche Kommunistische Partei, die Führerin der künftigen siegreichen Kämpfe des deutschen Proletariats, die künftige Siegerin, die künftige Führerin Rätedeutschlands, gerade unter solchen Verhältnissen herauskristallisiert und erstarkt.

Die französische Partei hat allzulange in ihren Reihen sowohl die abscheulichsten Sozialchauvinisten wie auch die Anhänger des „Zentrums" mit den künftigen Kommunisten vereinigt. Noch im Jahre 1919 bezeichnete Genosse Lenin die „Humanité", das heutige Zentralorgan der KPF. als eine sozialchauvinistische Zeitung. Noch unlängst war der einflußreichste Mann in der Kommunistischen Partei Frankreichs, die sich von den Sozialchauvinisten schon losgelöst hatte, kein anderer als Frossard, derselbe Frossard, der sich jetzt offen der Bourgeoisie verkaufte. (Im „demokratischen" Frankreich ist es üblich: wenn man schon die Farbe wechselt, dann wechselt man sie anständig: aus dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei, der in politischem Rummel machte, verwandelt man sich geradenwegs in einen Makler des bürgerlichen Linksblocks.) Die erste Etappe der Arbeit an der Schaffung einer Kommunistischen Partei in Frankreich liegt hinter uns. Wenn in Frankreich die wirklichen revolutionären Kämpfe beginnen, wenn die KPF. unmittelbar vor jenen Problemen stehen wird, vor denen seit einigen Jahren die deutsche Sektion der KI. steht, dann werden wir wahrscheinlich auch in Frankreich auf neue Schwierigkeiten stoßen. Dann wird die Partei endgültig die nicht hineingehörenden Elemente abschütteln, dann wird es sich herausstellen, wer von den französischen Kommunisten bereit ist, den Kampf gegen die Bourgeoisie und gegen die Sozialverräter zu Ende zu führen und nicht nur in der Form von Resolutionen und Manifestationen. Die Krisen (in und ohne Gänsefüßchen), die die KPF. während der letzten Jahre durchlebte, brachten der proletarischen Bewegung Frankreichs ohne Zweifel einen großen Nutzen. Von besonders großer Bedeutung ist die eingetretene Annäherung zwischen dem echten Kern der französischen Kommunisten und dem besten Teil der französischen revolutionären Syndikalisten. Nicht alle schätzen wir die Bedeutung dieser Annäherung gehörig ein. Sie wird aber von sehr großen segensreichen Folgen begleitet sein.

Oder nehmen wir die italienische Partei. Sie war eine der ersten, die sich von den gröbsten Sozialchauvinisten zu säubern begann. Die erste Spaltung (der Hinauswurf Mussolinis und Co. aus der Sozialistischen Partei) fand bereits zwei, drei Jahre vor dem imperialistischen Kriege statt. Aber die Spaltung war nicht gründlich genug. Mussolini ging, aber die verhüllten Mussolinianer sind geblieben. Das Ende des imperialistischen Krieges findet eine zahlenmäßig große italienische Sozialistische Partei.

in der drei Richtungen gegeneinander kämpfen: die Reformisten, Zentristen und die künftigen Kommunisten. Die Charakterlosigkeit der Zentristen und der Treubruch der Reformisten führte die mächtige revolutionäre Bewegung des italienischen Proletariats im Jahre 1920 einem Zusammenbruch von bedeutendem Umfang entgegen. Dann vollzog sich die Spaltung von Livorno. Die Zentristen blieben mit den Reformisten, ziehen auch einen Flügel der schwankenden Kommunisten mit sich hinüber und haben die Kerntruppe der revolutionären proletarischen Massen hinter sich. Die Kommunistische Partei, wie sie in Livorno entstanden ist, erweist sich in der ersten Zeit als nicht reif genug. Sodann trat die zweite Spaltung innerhalb der Sozialistischen Partei ein. Der beste Teil der früheren Zentristen stellte sich entschieden auf die Seite der Komintern, ein anderer Teil „manövrierte" so ungeschickt, daß er schließlich und endlich durch eine Gesellschaft von Advokaten mit irgendeinem Nenni an der Spitze aus der eigenen Partei gejagt wurde. Sodann begann der Prozeß der Annäherung zwischen den Kommunisten und den „Fusionisten" (den Anhängern der Vereinigung der KP. mit SP.). Dieser Annäherungsversuch kam heute noch nicht zum Abschluß.

Als das italienische Proletariat im Begriffe war, den Sieg zu erringen, haben die Reformisten und Zentristen die Bourgeoisie gerettet. Und nur nach einer Reihe von Jahren, nach schweren Krisen holt der beste Teil der Funktionäre der italienischen Arbeiterbewegung das Versäumte ein. Anders als durch diese Krisen (in und ohne Gänsefüßchen) kann die Vorhut des italienischen Proletariats nicht gestählt werden, und es kann nicht eine Partei entstehen, die nicht mehr zurückweichen wird, wenn der entscheidende Augenblick gekommen ist.

Die **Tschechoslowakei**. Auch hier war uns die Krise nicht erspart. Und wer weiß, vor welch neuen Schwierigkeiten unsere tschechoslowakische Sektion stehen wird, wenn die Stunde der Entscheidung schlägt. Aber nur der Blinde sieht es nicht, wie sehr unsere tschechoslowakische Partei während dieser Jahre erstarkt ist, wie aus einer anfangs kleinen oppositionellen Gruppe eine mächtige Kommunistische Partei entstand, die die Mehrheit des tschechoslowakischen Proletariats mit sich führt. Was ist es allein schon wert, daß die nationalen Streitigkeiten, die früher eine so große Rolle gespielt und die Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei vergiftet haben, jetzt im Schwinden begriffen oder gar schon verschwunden sind.

Sehr großes Interesse verdient die Entwicklung der Kommunistischen Partei auf dem **Balkan**. Sogar die starke und kompakte KP. Bulgariens, die eine 25jährige Entwicklung hinter sich hat und die sich von ihren Menschewiki schon lange getrennt hatte, konnte sich nicht ohne Krise aus einer Kommunistischen Partei der **friedlichen Propaganda** in eine Kommunistische Kampfpartei verwandeln, die fähig ist, sich mit der Bourgeoisie zu schlagen, und zwar nicht nur mit dem Stocke, während der Wahlkampagnen, sondern auch mit der Waffe in der Hand im Aufstand gegen die bürgerliche Macht*).

Denselben Weg gehen, langsamer oder schneller, auch andere Kommunistische Parteien auf dem Balkan. Die **jugoslawische** Partei, die in der Epoche ihrer Legalität zahlenmäßig sehr groß war, verwandelte sich in eine sehr geringe Größe, als sie durch den weißen Terror in die Illegalität gedrängt wurde. Und nur im Verlaufe einer ganzen Reihe qualvoller Krisen, die zum Teil auch noch heute andauern, beginnt sich auch diese Partei aus einer Kommunistischen Partei der friedlichen Propaganda in eine Kommunistische Kampfpartei zu verwandeln.

Dasselbe ist mit gewissen Variationen in Rumänien und Griechenland der Fall.

Die Entwicklung der Kommunistischen Parteien in **Skandinavien** geht ihren eigenen Weg. In diesen Ländern pocht die proletarische Revolution noch nicht an die Tür. Dort ist noch selbst der Prozeß der Herausbildung friedlicher Kommunistischer Propagandaparteien nicht beendet. Hier sehen wir (Norwegen) ein einigermaßen in die Länge gezogenes Zusammenleben von Kommunisten mit Zentristen und Syndikalisten von reformistischem Schlage. Da (Dänemark) ist die Kommunistische Partei im eigentlichen Sinne noch nicht entstanden. Dort (Schweden) sehen wir noch einige Rückfälle in den Zentrismus. Unter den skandinavischen Verhätnissen geht der Kristallisierungsprozeß der Kommunistischen Parteien besonders langsam vor sich. Sie entbehren jenes revolutionären Ozons, ohne das die Lungen sich nicht entwickeln können.

In **Amerika** und zum Teil in **Japan** haben wir während dieser fünf Jahre ernste Fortschritte gemacht. Von der amerikanischen Arbeiterbewegung dürfen wir mit vollem Recht angenehme Überraschungen erwarten. Die **herannahende** Revolution in Japan (das japanische 1905) wird die heute noch kleine illegale KP. Japans in einen großen Faktor der internationalen revolutionären Bewegung verwandeln.

In **England** werden erst jetzt die Voraussetzungen für eine ernste Kommunistische Massenpartei geschaffen.

In den **Kolonien** und in den halbkolonialen Ländern wurden während des ersten Jahrfünfts der Kommunistischen Internationale erst die Grundsteine einer ernsten revolutionären Arbeit gelegt. Das nächste Jahrfünft muß besonders gerade der Arbeit in den Kolonien gewidmet werden, da das Programm der Komintern nicht nur von einer europäischen, sondern von einer **Weltrevolution** spricht.

Und endlich die **Kommunistische Partei Rußlands**. Auch unsere Partei hat während des vergangenen Jahrfünfts nicht wenige Krisen durchgemacht. Die Krisen der großen russischen Revolution waren zugleich auch Parteikrisen. Aus einer reinen Arbeiterpartei verwandelte sich die RKP. in eine Partei, die drei große Gruppen vereinigt: Arbeiter, Bauern, Angestellte usw. Und erst jetzt, nach dem Bürgerkriege, ermöglicht es das Aufhören des Deklassierungsprozesses des Proletariats, ermöglicht es die beginnende Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft der RKP., die Frage der „Proletarisierung" ihres Bestandes und ihrer Verwandlung in eine Partei **mit einer Million Mitgliedern, von denen 900.000 Arbeiter vom Schraubstock sein müssen**, auf die Tagesordnung zu stellen.

Es gab eine Zeit während der vergangenen fünf Jahre, wo Sowjetrußland infolge der verzweifelten Schwierigkeiten, die die erste proletarische Revolution zu überwinden hatte, in den Augen der rückständigeren Schichten des internationalen Proletariats sogar einigermaßen zum abschreckenden Beispiel geworden war. Das war in den Jahren der besonders schweren Hungerszeit der Fall. Gedenken wir nur der „Menschenfresserei" an der Wolga usw. Die gelbe Sozialdemokratie, die Söldnerin der internationalen Bourgeoisie, hat alles mögliche getan, um die schwere Not der ersten proletarischen Revolution, die gerade durch den Überfall der Bourgeoisie, durch den Treubruch der Sozialdemokratie verursacht wurde, zur Abschreckung des westeuropäischen Proletariats von der Revolution auszunützen. Nun sind die größten Schwierigkeiten der russischen Revolution vorüber. Nun ist wieder die Zeit gekommen, wo die Ideen der Sowjetmacht und das Beispiel der RKP. zum Magneten werden, der das Herz der breitesten Arbeiterschichten Europas und Amerikas, darunter auch der sozialdemokratischen Arbeiter, anzieht.

Als Bilanz des ersten Jahrfünfts müssen wir wiederholen: „Und sie bewegt sich doch..."

Was ist unsere Aufgabe: Brauchen wir „Sekten"-Parteien oder Massenparteien? So haben einige Genossen unter den europäischen Kommunisten die Frage stellt, Genossen, die für „Realisten" gelten wollten, Genossen, die sich allzusehr daran gewöhnt haben, die Erfolge des Kommunismus nur nach den Resultaten der Parlamentswahlen zu beurteilen, usw.

Natürlich, natürlich das Letztere! Natürlich wollen wir und werden wir kommunistische Massenparteien haben, zum Teil haben wir sie schon. Man muß nur begreifen, daß man auf dem Wege zur Schaffung einer **wirklich kommunistischen** Massenpartei unvermeidlich die Epoche der sogenannten „Ungeduld" und des „Sektierertums" durchmachen muß, den Kampf gegen alles, was nicht **wirklich Kommunist** ist. Ohne die bolschewistische „Sektiererei", ohne jene „Ungeduld und Hartnäckigkeit", die Genosse Lenin während der 30 Jahre seiner Tätigkeit gezeigt hat, würden wir und könnten wir keine Massen-RKP. haben.

In einer ganzen Reihe von Ländern werden wir unvermeidlich die Periode durchmachen müssen, in der unsere Partei illegale, das heißt, keine im gewöhnlichen „europäischen" Sinne des Wortes „Massenparteien" sein werden. Aus welchem Grunde soll uns die internationale Bourgeoisie, der in all diesen Fällen die gelbe Sozialdemokratie mit gutem Rat beisteht, die Bildung legaler kommunistischer Massenparteien in Freiheit gestatten? Natürlich wird uns das die internationale Bourgeoisie und die gelbe Sozialdemokratie nicht erlauben.

*) Die Kritik, der die Komintern die Fehler der bulgarischen Partei im Sommer 1923 unterzog, war ungewollt zu streng. Wir freuen uns, nun feststellen zu können, daß alle hervorragenden Führer der KPB. die Richtigkeit unserer Stellungnahme anerkannt haben. Die Zeit ist leider noch nicht gekommen, wo wir alle diesbezüglichen Dokumente veröffentlichen können.

Aber es gibt auch zahlenmäßig nicht große illegale Parteien, die in Wirklichkeit **Massenparteien** des Proletariats sind. Ein Beispiel liegt nicht weit. Die Partei der russischen Bolschewiki war, sagen wir, im Jahre 1904 eine illegale Partei. Aber sie war zur gleichen Zeit eine **Massenpartei**, die Tausende von Streiks und Demonstrationen geführt und in jeder Fabrik und in jedem Betriebe ihre Anhänger hatte. Oder die Kommunistische Partei Deutschlands. Sie ist gegenwärtig illegal und macht nicht zum ersten Male eine illegale Periode durch. Sie ist aber zweifelsohne im Begriffe, zu einer kommunistischen **Massenpartei** zu werden, und sie ist es zum Teil bereits schon.

In einer Reihe von Ländern stehen wir noch vor elementaren Aufgaben: Eine, wenn auch nur propagandistische Kommunistische Partei zu schaffen, die sich vorläufig noch nicht den unmittelbaren Kampf um die Macht zum Ziel setzt, sondern die vorläufig nur die Aufklärungsarbeit und die Arbeit der Enthüllung der Sozialdemokraten und Zentristen zu besorgen hat. In anderen Ländern haben wir bereits höhere und schwierigere Aufgaben vor uns: Die Formierung und Stählung kommunistischer **Kampfparteien**, die bereits den direkten Kampf um die Macht zur Aufgabe haben. Hier müssen wir es lernen, kommunistische **Massenparteien** auch dort schaffen zu können, wenn sie sich in der Illegalität befinden.

Die Geburt der Kommunistischen Parteien ist in den meisten Ländern erfolgt. Das ist das größte Ereignis der jüngsten politischen Geschichte. Wir haben die Komintern in der Hoffnung gegründet, daß die entscheidenden Kämpfe früher ausgelöst werden. Mit verdreifachter Energie und verzehnfachter Ausdauer müssen wir jetzt an dem Ausbau der Kommunistischen Parteien in der ganzen Welt arbeiten, jetzt, wo uns die Geschichte eine, wenn auch nur ein ganz wenig, der friedlichen Vorbereitungszeit ähnliche Periode gibt.

Am 14. April 1919 schrieb der heutige Ministerpräsident Großbritanniens, **Ramsay Macdonald**, anläßlich der Gründung der Kommunistischen Internationale einen Artikel unter dem Titel: „Die III. Internationale".

In diesem Artikel lesen wir u. a. folgende Sätze:

„Gegenwärtig stößt unsere Bewegung leider auf ein neues Hindernis. In Moskau ist eine neue Internationale gegründet worden. Mich persönlich betrübt diese Tatsache sehr. Die Sozialistische Internationale ist gegenwärtig allen Arten des sozialistischen Denkens offen, und trotz aller durch den Bolschewismus in sie hineingetragenen theoretischen und praktischen Meinungsverschiedenheiten sehe ich keinen Grund, warum dessen linker Flügel sich vom Zentrum loslösen und eine selbständige Gruppe bilden muß.

Zunächst darf man nicht vergessen, daß wir noch in der Periode der Geburtswehen der Revolution stecken.... Sollte es sich herausstellen, daß wir in diesen Prinzipien ganz wesentlich voneinander abweichen, sollten wir in der Frage Freiheit und Demokratie zu keiner Verständigung gelangen, sollten unsere Ansichten über die Bedingungen, unter denen das Proletariat die Macht in seine Hände nehmen könnte, endgültig auseinandergehen, sollte es sich endlich herausstellen, daß der Krieg einigen Sektionen der Internationale das Gift des Imperialismus eingeimpft hat, dann wäre eine Spaltung möglich.

Ich glaube aber nicht, daß ein solches Unglück passieren könnte.

Daher hat mich das Moskauer Manifest... betrübt..."

Auf diesen Artikel Ramsay Macdonalds antwortete ihm Genosse Lenin und setzte ihm volkstümlich auseinander, daß wir die III. Internationale gegründet und mit der II. Internationale gebrochen haben, weil wir uns von ihrer Aussichtslosigkeit, von ihrer Unverbesserlichkeit und von ihrer Rolle als Dienerin des Imperialismus, als Vermittlerin des bürgerlichen Einflusses, der bürgerlichen Lüge und der bürgerlichen Verderbtheit in der Arbeiterbewegung überzeugt haben.

Aber wie weit haben wir uns bereits von jenen Zeiten entfernt, wo Macdonald uns „auf die Dauer einer Etappe" umarmen wollte und wo die Macdonalds noch darüber betrübt waren, daß die Linke sich von dem Zentrum loslöst!

Jetzt ist Ramsay Macdonald von Gottes Gnaden und mit Hilfe eines Teiles der englischen Imperialisten Ministerpräsident im bürgerlichen England. Jetzt braucht niemand mehr beweisen, daß die Wege der II. und der III. Internationale sich für ewig getrennt haben.

Die Hauptpole der internationalen Arbeiterbewegung sind jetzt mehr denn je **Moskau** und **London**. Die Übernahme der Macht durch die englische „Arbeiter"regierung kann man von zwei Gesichtspunkten aus betrachten: erstens vom Gesichtspunkt der internationalen Staatspolitik; zweitens vom Gesichtspunkt des Schicksals der internationalen Revolution und des Kampfes der Kommunistischen gegen die II. Internationale. Wir beschäftigen uns hier nur von diesem zweiten Gesichtspunkte aus mit der Frage.

Ramsay Macdonald, Henderson und Co. waren und sind Führer der II. Internationale, da ja die englische „Arbeiter"partei die größte reale Kraft dieser „Internationale" bildet. Auf ihrem jüngsten berühmten Hamburger Kongreß hat die II. Internationale beschlossen, daß jene Mitglieder der II. Internationale, die in irgendeine Regierung eintreten, aus der Exekutive der Internationale austreten müssen. Das ist aber selbstverständlich nur eine leere Formalität. Der Beschluß des Hamburger Kongresses war nicht von irgendeiner Sorge für die prinzipielle Reinheit und revolutionäre Unversöhnlichkeit getragen. Nein, er bringt nur die eigentümliche Psychologie der Führer der II. Internationale zum Ausdruck, die Teilnahme an bürgerlichen Regierungen als ein außerhalb des Bereiches der Internationale liegendes Tätigkeitsfeld betrachten. So treten auch jetzt Macdonald und Henderson, die sich auf ein solches Tätigkeitsfeld entfernen, für eine Zeit aus der Exekutive aus, um ohne besondere Schwierigkeiten zurückkehren zu können, wenn sie von den Posten der Minister der Bourgeoisie abgesetzt werden. Nur keine Illusionen: das ist nicht die Psychologie von Revolutionären, sondern die Psychologie der Lakaien der Bourgeoisie.

Und nichtsdestoweniger hat das, was jetzt in England vor sich geht, einen tief historischen Sinn. England ist die Festung des Weltkapitalismus. England ist das reichste bürgerliche Land. Und zugleich ist England das gelobte Land des „Arbeiter"-Reformismus, und zwar seiner schwerwiegendsten, verhärtetsten Trade-Unionistischen Art.

Im Oktober 1916 sandte der ehemalige Sekretär des Internationalen Büros der II. Internationale, **Huysmans**, folgendes Begrüßungstelegramm an **Stauning**, den dänischen Minister ohne Portefeuille, den Führer der dänischen Sozialdemokratie:

„Ich sehe aus den Zeitungen, daß Sie zum Minister ernannt wurden. Meine herzlichsten Glückwünsche. Wir haben also schon zehn sozialistische Minister auf der ganzen Welt. Es geht vorwärts. Beste Grüße."

Schon damals hat Genosse Lenin in seinem Artikel „Volle zehn sozialistische Minister" (Sammlung: Gegen den Strom) geschrieben:

„Es geht vorwärts. Huysmus hat recht. Vorwärts zur endgültigen, klaren, politisch ehrlichen, sozialistisch notwendigen Scheidung zwischen den revolutionären Marxisten, Vertretern der Massen des revolutionären Proletariats... und den Agenten der imperialistischen Bourgeoisie, die nicht die Interessen der unterdrückten Massen vertreten, sondern die der Minderheit, der privilegierten Arbeiter, die auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen sind."

In der letzten Zeit sind die „sozialistischen" Minister zu Massenproduktionsartikeln geworden. Jetzt gibt es ihrer nicht mehr zehn Stück, sondern ein paar Dutzend. Die internationale Bourgeoisie spielt mit ihnen Katze und Maus — einmal schmeichelt sie ihnen, ein anderes Mal zeigt sie ihnen die Krallen. Die ausgepreßte Zitrone wird dann auf den Misthaufen geworfen.

„Sozialistische" Minster sind bereits auch die **Brantings**, die Scheidemänner, die Pilsudski, die Albert Thomas und die Henderson gewesen.

Noske und Scheidemann wurden zur Macht berufen, als die Revolution in Deutschland schon in vollem Gange war. Noske und Scheidemann wurden berufen, um die bereits entfesselte Revolution mit allen Maßnahmen und aus aller Kraft abzuschnüren, die Arbeiter zu demoralisieren und zu zersetzen. Das Rad der Revolution war in vollem Gange. Die Deutsche Sozialdemokratische Partei hat durch die Hände Scheidemanns und Noskes das Rad in seinem Gange eine Zeitlang aufgehalten.

Etwas anderes geht in England vor sich.

Dort ist die bürgerliche Herrschaft noch verhältnismäßig sehr fest. Dort besteht die objektive Rolle der „Arbeiter"regierung, wenn ihre Herrschaft nicht nur eine kurze Episode sein wird, darin, daß sie den noch ziemlich soliden bürgerlich-sklavenhalterischen Staatsapparat, wenn auch nur zur ersten Erschütterung führt. Hier kann sich die objektive Rolle der „Arbeiter"regierung bis zu einem gewissen Grade revolutionär gestalten. Natürlich auch in England — und in England noch

mehr als anderswo — spielt die Bourgeoisie mit den „Arbeiter"-ministern Katze und Maus: Wenn es ihr gefällt, übt sie Gnade, wenn nicht, frißt sie sie auf; wenn es ihr gefällt, so jagt sie sie einfach weg. Aber wenn dieses Spiel auch auf den Gipfeln des parlamentarischen Olymps keine große Bedeutung hat und nur ein leichtes Kräuseln auf den Wogen des parlamentarischen Politikastertums bleibt, so wird an den „unteren" Schichten, an den weiten Kreisen der englischen Arbeiter, die Bildung der ersten Arbeiterregierung nicht spurlos vorübergehen.

Die weiten Kreise der englischen Arbeiter fassen die Sache so auf, daß nun die Arbeit zur Macht gelangte, daß nun die Zeit gekommen sei, wo man die reichen Leute bedrängen, die Aristokratie zertrümmern, die Arbeitslosen unterstützen könne.

In der subjektiven Vorstellung weiter Schichten der englischen Arbeiter, und der armen Leute überhaupt bedeutet die Machtergreifung durch die „Arbeiter"regierung **den Beginn eines neuen Lebens**. Schon lassen die englischen Kolonien ihre Stimmen hören, denen gegenüber Macdonald und die anderen Lakaien des englischen Imperialismus die Unterdrückungspolitik ihrer Herren fortzuführen gedenken. Indien fordert schon die Erweiterung seiner Autonomie. Morgen werden andere Kolonien ihre Stimme erheben, und in Indien selbst erhebt der radikalere Flügel sein Haupt. Alle Widersprüche, auf denen die Herrschaft des englischen Imperialismus beruht, werden sich verschärfen und alle Risse des „großen" englischen Reiches werden sich gähnend auftun. Die Verhältnisse werden nach und nach revolutioniert.

Ist etwa die „Arbeiter"regierung Macdonald nicht dieselbe Arbeiterregierung, die die Komintern in ihren Parolen propagiert — diese Frage wird zuweilen von naiven Leuten in Frankreich gestellt.

Natürlich ist sie es nicht. Die „Arbeiter"regierung Macdonald ist gerade jene Regierung, auf die sich die Resolution des IV. Kominternkongresses bezieht: „Jede bürgerliche Regierung ist eine kapitalistische Regierung, aber nicht jede ‚Arbeiter'-regierung ist eine sozialistische, proletarische Regierung."

„Lehrt sie nur, wir werden sie schon kaufen", sagte eine kluge englische Kapitalistin dem alten englischen Sozialdemokraten (später Sozialimperialisten) **Hindeman**, der in seinen Memoiren erzählt, wie diese Dame die „Arbeit" der englischen sozialistischen Intellektuellen an der Erziehung von Arbeitern zu sozialistischen Führern einschätzt.

Die „Arbeiter"-Minister, die in der Regierung Macdonald sitzen, gehören zu dieser Gattung. Sie führen die Geschäfte der Bourgeoisie, die sie gekauft hat.

Ist es denn so schwer, das zu begreifen?

In bezug auf das Schicksal der Macdonald-Regierung können vier Möglichkeiten vorausgesehen werden.

1. Die Regierung Macdonald bleibt eine kurze Episode, wird durch irgendeine einfache Abstimmung in kürzester Zeit gestürzt, hinterläßt aber merkbare Spuren.

2. Macdonald und Co. passen sich so weit an, daß es der entscheidenden Gruppe der englischen Imperialisten als geboten erscheinen wird, sie länger zu behalten, um durch ihre Hände die imperialistische Politik weiterzuführen und um zugleich die gegenwärtige „Arbeiter"partei vor der Arbeiterklasse Englands gründlich zu kompromittieren und dadurch Enttäuschung und Desorientierung in ihre Reihen zu tragen.

3. Es kann innerhalb der Arbeiterklasse selbst ein Differenzierungsprozeß einsetzen. Allmählich wird der linke Flügel erstarken, die Arbeitermassen werden auf die „Arbeiter"regierung einen Druck ausüben und wirksame Maßnahmen zur Erleichterung des Lebens der Werktätigen erzwingen. Die Arbeiterpartei wird sich in ihrer heutigen Form zu zersetzen beginnen, Macdonald, Clynes und Henderson werden natürlich den Forderungen der Arbeiter Widerstand leisten. Durch all dies werden die Voraussetzungen für die Bildung einer kommunistischen **Massen**partei in England geschaffen.

4. Die „Arbeiter"regierung Macdonald wird trotz der Untauglichkeit und des gegenrevolutionären Charakters ihrer Mitglieder unter dem Drucke der Massen, wenn auch nur in gewissem Grade, die Stimmung der unteren Arbeiterschichten zum Ausdruck bringen. Zwischen der „Arbeiter"regierung Macdonald und der Bourgeoisie entfesselt sich ein Kampf, der in verhältnismäßig kurzer Zeit zum Ausgangspunkt der Verschärfung der Krise in England bis zum Grade einer revolutionären Krise werden kann.

Insoweit man die Entwicklung der Ereignisse im voraus beurteilen kann, ist das Eintreffen der ersten und vierten Perspektive kaum wahrscheinlich. Viel eher wird sich die wahrscheinliche Linie irgendwo zwischen der zweiten und dritten Perspektive finden lassen.

„Das Lächeln des Lords macht den Tölpel satt", sagt das englische Sprichwort. Wenn aber die Regierung Macdonald die englischen Arbeiter nur mit dem Lächeln der Lords sättigen will, so werden die englischen Arbeiter eine solche Nahrung allzubald als unzureichend nahrhaft erkennen. Dafür garantieren wir...

Die Macdonald-Regierung wird nicht wenige tragikomische Elemente aufweisen. Und nichtsdestoweniger, gerade darum, weil all dies in England vor sich geht, in dem Lande des noch vollblütigen Kapitalismus und des starken „Arbeiter"reformismus, ist die Macdonald-Regierung ein sehr großes historisches Ereignis. Wir sehen die II. Internationale nicht zum ersten Male an der Macht, aber wir sahen sie noch nicht an der Macht in einem so entscheidenden Lande wie England. Die II. Internationale ist jetzt mehr als je — London — und die III. Internationale vor allem Moskau. Es entsteht eine Situation, die in vielen Beziehungen eine noch nie dagewesene Klarheit aufweist und die große politische Möglichkeiten in sich trägt.

(Schluß folgt.)

Politik

Die Absetzung des Kalifen und der englische Imperialismus.

Die Entschlüsse der großen Nationalversammlung in Angora.

Von A. (Konstantinopel).

** Nachdem die Große Nationalversammlung in Angora vor fünf Monaten das Sultanat in der Türkei abgeschafft und die Republik proklamiert hat, ist sie um einen nicht weniger wichtigen Schritt weitergegangen und hat das Konstantinopler **Kalifat**, das seit langen Zeiten mit dem Sultanat durch Personalunion verknüpft und auch noch bis in die letzte Zeit im Hause Osman verkörpert war, **abgeschafft**. Der Kalif und seine überaus zahlreiche Familie wurden aus dem Lande verbannt; die Verbannung der Familienmitglieder wurde durch die Nationalversammlung trotz einer vom Präsidenten der türkischen Republik, **Kemal Pascha**, vorgeschlagenen milderen Form beschlossen. Es ist noch nicht klar, ob die Einrichtung des Kalifats an sich, die die religiöse, geistige und in gewissem Sinne auch politische Hegemonie der Türkei, besonders Konstantinopels, über alle gläubigen Mohammedaner bis nach Indien bedeutet hat — der Kalif war der Statthalter Mohammeds —, radikal ausgerottet werden soll. Es ist möglich, daß das Kalifat von nun an nach außen hin durch die Große Nationalversammlung von Angora oder durch ihren Präsidenten verkörpert werden wird. Jedenfalls wurde gleichzeitig mit der Entscheidung über die Absetzung des Kalifen ein nicht weniger radikaler **Beschluß über Aufhebung des Kultusministeriums** sowie über **Aufhebung der finanziellen Unterstützung des Kalifats gefaßt**. Die volle Trennung von Staat und mohammedanischer Kirche ist im Gange.

Dieser Schritt der Angora-Regierung, beziehungsweise der Großen Nationalversammlung ist einerseits ein Ausdruck ihrer militärischen Erstarkung und andererseits eine Abwehraktion gegenüber den durch die Entente, insbesondere England, gegen die junge türkische Republik mobilisierten gegenrevolutionären Kräften, die sich um das Kalifat gruppierten.

Es ist bezeichnend, daß dieser Schritt unmittelbar nach großen **Kriegsspielen** der türkischen republikanischen Armee, die unter der Leitung Kemals in jüngster Zeit in Smyrna stattgefunden haben, vollzogen wurde. In der Nationalversammlung wurden dann große politische Erklärungen des Präsidenten der Republik, Kemal Pascha, des Ministerpräsidenten, Ismet Pascha, und zahlreicher türkischer republikanischer Politiker abgegeben, die sich in der **nachdrücklichsten Betonung** der **völligen Unabhängigkeit von der Entente** — die noch immer nicht das Lausanner Friedensabkommen mit der Türkei ratifiziert hat, was die türkische Republik allerdings kalt läßt — und in der **besonderen Unterstreichung der freundschaftlichen Beziehung zu Sowjet-Rußland** einig waren. Um nun die politische Führung aller Mohammedaner durch die Nationalversammlung in Angora — bis tief hinein nach Indien — vollständig zu machen, wurde die Absetzung des Kalifen ausgesprochen, der dieser Politik entgegengewirkt hat. Die Erregung, die dieser Schritt unter den gläubigen Moslims hervorrufen wird, dürfte

kaum zu ernstem Widerstand reizen. Das Kalifat hatte sich schon geraume Zeit hindurch in weiten Kreisen der Moslims infolge seiner Haltung im Weltkrieg und besonders nach dem Weltkrieg, wo es sich zum Werkzeug der Entente hergegeben hatte, verächtlich und verhaßt gemacht und hatte seinen politischen und sogar geistigen Einfluß immer mehr eingebüßt.

Seit der Entstehung der türkischen Republik und schon früher, seit der energischen Unabhängigkeitspolitik der aufstrebenden türkischen Bourgeoisie und Bauernschaft, die die Türkei als ihre Domäne beherrschen und die Privilegien der imperialistischen Bourgeoisie des Westens, insbesondere der im Orient mächtigsten Bourgeoisie, der englischen, besitzen wollen, hat England den Kalifen und die sich um ihn scharenden feudalen und klerikalen Kreise zu stärkerem Widerstand aufgestachelt. Den englischen Imperialisten war es dabei nicht nur um die weitere Beherrschung der Dardanellen sowie um die Erdölquellen von Mossul zu tun, sondern auch um die Bevormundung der indischen Muselmanen, Englands Untertanen, durch das Kalifat, das einen Keil zwischen den sich zur Politik der türkischen Republik bekennenden Muselmanen und den übrigen hineintreiben sollte. Denn die Ansteckungsgefahr durch den Unabhängigkeitsgedanken wird durch die englische Regierung richtig eingeschätzt. Dagegen nützte die Nationalversammlung von Angora, in der es übrigens einen ausgeprägten Gegensatz zwischen Radikalen und Konservativen gibt, die Zeit der Interessengegensätze und der Zerklüftung innerhalb der Entente — von der es nicht nur England, sondern auch Frankreich und Amerika auf die Ausbeutung türkischer Reichtümer, insbesondere Mossuls abgesehen haben — zu ihrem energischen Vorgehen aus. Sie unterstützt auch Persien in seinen republikanischen und nationalistischen Bestrebungen, was gerade in den letzten Tagen besonders zum Ausdruck kam.

Die Abschaffung des Kalifats ist ein Produkt der vorangegangenen Entwicklung. In der letzten Zeit häuften sich die Ereignisse, die klar zeigten, daß vom Kalifat und den hinter ihm stehenden Faktoren, insbesondere England, ein groß angelegter konterrevolutionärer Feldzug organisiert wurde, wobei einflußreiche konservative Kreise — wie der einstige Ministerpräsident Rauf-Bey — die sich in der Nationalversammlung als „Republikaner" gebärdeten, mit dem Kalifat aus einer Karte spielten. Zwei große Prozesse, die vor kurzem in der Türkei stattgefunden haben, haben dies deutlich bewiesen. Der eine Prozeß richtete sich gegen die Redakteure der Konstantinopler Zeitungen „Tanin", „Tevkhid-Efkiar" und „Ikdam", der andere gegen den Politiker Loutfi-Fikri. Die Redakteure der angeführten Zeitungen waren wegen Veröffentlichung des Briefes des Inders Aga-Khan angeklagt. Dieser indische Moslim hatte durch ein Sendschreiben, das sich mit großer Energie für das Kalifat einsetzte, die religiösen Leidenschaften gegen Angora zu entfesseln versucht. Kein Zweifel, daß dieses Schreiben und seine Veröffentlichung in den großen Zeitungen mehr noch von England oder vom Kalifen angezettelt worden war. Die Methode der Engländer war und ist es, durch Entfachung und Nährung der religiösen und auch politischen Gegensätze innerhalb der orientalischen Völker ihre eigene Vorherrschaft zu sichern. Die angeklagten Journalisten rückten nun in feierlicher Weise von dem Briefe Aga-Khans ab und desavouierten ihn. Sie wurden freigesprochen. Der reaktionäre Konstantinopler Politiker und Advokat Loutfi-Fikri, mit dem zugleich andere Organisatoren der Reaktion verhaftet waren, war angeklagt, die Bewegung für das Kalifat zu fördern. Er verheimlichte seine monarchistischen Ansichten nicht. Während er alle möglichen Gründe für das Kalifat, so die Meinungen berühmter „liberaler" Historiker Frankreichs à la Taine und Renan anführte, berief sich die Anklage auf die französische Revolution, nahm eine drohende Haltung gegen den Kalifen ein und beantragte die Todesstrafe gegen den Angeklagten. Dieser wurde schließlich zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Diese Prozesse zeigten sowohl die verschärften inneren Gegensätze in der Türkei wie auch die bewegenden Kräfte der führenden Reaktion. Seit dem Lausanner Friedensschluß haben sich die englisch-türkischen Beziehungen immer mehr verschlechtert. Die englische Konzession Kenned zur Einführung landwirtschaftlicher Maschinen wurde aufgehoben, der Vertrag über die den Engländern gemachte Zession der anatolischen Eisenbahn wurde nicht ratifiziert, desgleichen die von Urquart geplanten netten Geschäfte. In der Mossulfrage haben sich die Türken unnachgiebig gezeigt und Verhandlungen sowohl in London wie auch in Konstantinopel abgelehnt. Die Angora-Regierung verteidigt energisch die ökonomischen Interessen der eigenen Bourgeoisie und der mittleren Bauernschaft. Allerdings sind die Finanzen der Türkei in schlechter Verfassung, so daß auch die türkischen Nationalisten öfter in ausländischer Hilfe eine Möglichkeit zur Sanierung der Staatsfinanzen sehen.

Kein Wunder, daß die englischen Imperialisten alle Gegenkräfte gegen die türkische Politik unterstützen. Sie haben die Gruppen und Leute, deren Losung die Verteidigung des Kalifats war, finanziert. Sie haben vor allem auch den reichen Klerus und die sehr vermögenden Brüderschaften, deren Güter — im Interesse der Staatsfinanzen — eingezogen werden sollen, zur Aktivität angetrieben. Die Anstrengungen Englands, die muselmanischen Gläubigen für das Kalifat auf die Beine zu bringen, haben die Abschaffung des Kalifats direkt herbeigeführt.

Natürlich läuten die englischen Imperialisten jetzt Sturm. Sie haben bereits den arabischen König Hussein, eine englische Kreatur, zum Kalifen ausrufen lassen. Dies erweckt die Unzufriedenheit der Franzosen. Diese verfolgen die Entwicklung in der Türkei nicht ohne Sympathie (die russische und auch die deutsche Presse begrüßt sie unverhohlen). Der „Temps" vom 5. März bedauert in seinem Leitartikel, daß Frankreich seinen „moralischen Einfluß und seine materiellen Interessen in der Türkei geschwächt habe. Man muß sich der neuen Zeit anpassen ..." Die Macdonald-Regierung ist als Avantgarde der Dunkelmänner in einer peinlichen Situation.

Jedenfalls bedeutet der Beschluß der Angora-Regierung einen großen Ansporn für die Unabhängigkeitsbewegung im ganzen Orient.

Der Wahlkampf in Karpathorußland.

Von Hermann Tausik (Prag).

** Am 16. März finden in Karpathorußland die Wahlen statt. Der Kampf, der jetzt hier um die neuen Abgeordneten und vier Senatorenmandate geführt wird, ist der Feder eines Romanschriftstellers würdig. Wer diese Gegend nicht persönlich durchreist, der hat keine Ahnung davon, wie niederträchtig hier die rückständige Bevölkerung betrogen wird. Jeder verspricht alles mögliche, korrumpiert, droht, betrügt, Hunderte von Agiatoren wandern von Dorf zu Dorf, um das Volk durch schöne Worte, durch Geld, durch Drohungen, durch Betrug zu ködern.

Unsere Partei nützt die Wahlagitation nicht zur Erwerbung einiger Mandate, sondern zur Organisierung der armen Bauernschaft aus. Wir arbeiten nicht mit bunten Versprechungen, unsere ganze Agitation besteht in der unversöhnlichen Enthüllung des heutigen Regimes und in der Vorbereitung der Arbeiterschaft und der Bauernschaft für die künftigen Kämpfe. Wir wissen, daß wir die Arbeiter und Bauern nicht durch Mandate befreien können, sondern wir werden den Sieg durch Ausbau starker Organisationen, in dem um die Macht zu entfesselnden Kampf erringen. Die Arbeiterschaft braucht nicht ein paar Mandate, sondern die ganze Macht. Sie braucht eine Arbeiter- und Bauernregierung, und um diese Regierung muß die gesamte Arbeiter- und Bauernschaft Karpathorußlands kämpfen. Nur nach der Eroberung der Macht können wir hoffen, daß wir alle Arbeiter- und Bauernforderungen erfüllen können.

In Karpathorußland hält unsere Partei täglich viele Versammlungen ab. Einfache Arbeiter- und Bauernagitatoren gehen in die verschneiten Dörfer hinaus. Die Bauernschaft fühlt, daß diese nach Armut riechenden Leute recht haben, die Blut aus ihrem Blut und Fleisch von ihrem Fleisch sind, die nichts versprechen, sondern organisieren und zum Kampf aufrufen.

Die feindlichen Parteien arbeiten mit einem riesigen Apparat. Zu ihren Agitatoren gehört der ganze Staats- und Verwaltungsapparat. Alle Verwaltungs- und Finanzbeamten und Gendarmen führen eine Agitation im Interesse der Koalitionsparteien. Alle Koalitionsparteien versprechen den Bauern Grund und Boden, und sie kaufen die Stimmen mit Geld.

Die Partei der Agrarier hat für Agitationszwecke mehr als eine Million Kronen ausgeworfen. Unsere Agitatoren werden durch Gendarmen verfolgt, und die Behörden haben in mehreren Komitaten strengen Befehl zur Auflösung aller unserer Versammlungen.

Die Sozialdemokraten arbeiten auch mit Geld. Der Abgeordnete Oktavec agitiert mit einem Landmesser zusammen, zu dessen Pflichten es gehört, vor der Agitation seinen Apparat aufzustellen, um dadurch den Bauern zu zeigen, wie man hier in der Zukunft den Grund und Boden aufteilen werde. In einigen Dörfern haben die Bauern diesen Betrug schon erkannt und haben den Oktavec mit dem Landmesser zusammen aus dem Dorfe

gejagt. Seitdem traut sich Oktavec nur in Begleitung von sechs Gendarmen in den Volksversammlungen zu erscheinen.

Sehr interessant ist auch der Judenfang in Karpathorußland. Die Koalitionsbrüder wollen die Juden um jeden Preis für sich gewinnen. Ein klassischer Fall ist folgender. In der Gemeinde Teresva hat der Stuhlrichter alle Juden der Umgebung zu sich eingeladen, um ihnen zu befehlen, für wen sie abzustimmen haben. Ich kam gerade während des Vortrages. Als der Stuhlrichter mich bemerkte, bekam er Angst und begann sofort über Angelegenheiten der jüdischen Gemeinde mit ihnen zu sprechen.

Unsere Versammlungen werden überall aufgelöst. Aber die arme Bauernschaft sieht, daß die Kommunistische Partei recht hat. Sie fühlt es, daß man uns verfolgt, weil wir ihre Interessen verteidigen, und das ist die beste Agitation für uns. Zuletzt war ich im Dorfe Hukliva, wo nicht nur die Versammlung aufgelöst, sondern die Zuhörer einzeln von den Gendarmen durchsucht wurden. Die Zeitungen und Flugschriften wurden ihnen weggenommen. Ein Bauer fragte den Gendarm: „Warum durchsuchst Du mich? Habe ich denn gestohlen? In der Republik darf man doch nicht stehlen." „Stehlen darf man," antwortete der Gendarm, „aber man darf keine kommunistischen Versammlungen besuchen." Das ist tatsächlich vorgekommen, und diese Erklärung bezeichnet am besten, was jetzt in Karpathorußland vor sich geht.

Deutschland

Deutschland und die Revolution*).

Pressestimmen zu den Thesen des EK. der Komintern über die Lehren der deutschen Ereignisse.

** Wir veröffentlichen untenstehend die Resolution des EKKI. „Die Lehren der Ereignisse in Deutschland". Das Referat von Sinowjew, das im letzten Bulletin erschien, behandelte die gleichen Ereignisse und wies die Lehren daraus auf. Diese beiden, einander ergänzenden Dokumente gewähren den Sektionen der Internationale eine gute Unterlage für die Diskussion.

Die Exekutive hält es, angesicht der von unserer deutschen Bruderpartei verübten Fehler, für nötig, die Aufmerksamkeit der ganzen Internationale auf die Anwendung der Taktik der Einheitsfront zu lenken. In der Tat hat die von unseren deutschen Genossen gegenüber den linken Sozialdemokraten gehandhabte Taktik und in der Hauptsache ihre Teilnahme an der sächsischen Arbeiterregierung die Gefahren aufgehellt, die eine schlechte Auslegung der Einheitsfronttaktik mit sich bringt.

Das EKKI. enthüllt und analysiert unbarmherzig diese Fehler, damit die deutsche und die internationale revolutionäre Bewegung vor noch schmerzvolleren Wiederholungen bewahrt bleibe. Die ganze Internationale wird sicherlich dieser Kritik ihre Zustimmung geben. Wir selbst haben von dieser Kritik mit um so mehr Befriedigung Kenntnis genommen, als sie durchaus der Kritik entspricht, die wir über die Methoden der Einheitsfront, die unsere Partei in Frankreich im Vorjahre anzuwenden begann, üben mußten.

Die Richtlinien, die die Internationale seit Dezember 1921 vorgezeichnet hat, sind ausgezeichnet und es ist nichts an ihnen zu ändern. Es ist an uns, sie in verständnisvoller, zugleich schmiegsamer und energischer Weise zu befolgen. Der Verzicht unserer Partei auf Initiative, ihre Unterwerfung unter äußere Einflüsse, die Art und Weise, in der gewisse Genossen sich öffentlich zu den Wortträgern der Partei machen — all dies kennzeichnete eine Abweichung, die wir bekämpft haben und die der Parteitag von Lyon ausdrücklich berichtigt hat. Das besagt, daß unsere Partei in dieser wichtigen Sache der Meinungsäußerung des EKKI. vorausgegangen ist.

Unsere Partei muß sich immer treu bleiben, ihr eigenes Gesicht, die volle Freiheit der Kritik und die Bewegungsfreiheit wahren: Das ist die Grundlage, die man nicht durchbrechen kann, ohne unsere ganze Taktik zu schädigen. Unsere deutschen Genossen haben die Illusion, der sie sich in bezug auf die linken Sozialdemokraten hingegeben haben, teuer bezahlt; das müßte genügen, um alle unsere Parteien zu lehren, daß sie immer nur auf sich selbst rechnen dürfen.

Zur Untersuchung des Oktoberrückzuges übergehend, spricht das EKKI. ferner offen aus:

„Die Reife der revolutionären Situation in Deutschland wurde von der Partei zu spät erkannt. Auch die Exekutive der KI. hat nicht energisch genug auf die herannahende Entscheidung aufmerksam gemacht, so daß die wichtigsten Kampfmaßnahmen verspätet in Angriff genommen wurden."

Sinowjew führt dann bezüglich seiner und der Verantwortlichkeit des russischen ZK. an:

„Ich muß Euch erklären, daß unseren Ansichten nach besonders in der deutschen Frage in Wirklichkeit das ganze ZK. der RKP. und darüber hinaus das ganze Politische Büro die Verantwortung trägt... Was die deutschen Ereignisse betrifft, wurde der größte Teil der Beschlüsse einstimmig gefaßt. Sie sind daher kollektive Beschlüsse, für die wir die Verantwortung tragen. Das bedeutet natürlich nicht, daß mich persönlich keine große Verantwortung trifft."

Bevor Sinowjew diese Worte aussprach, hatte er angekündigt, daß die russische „Opposition", und besonders Radek, sich der Verantwortung in dieser Angelegenheit entziehen wollten. Das ist naturgemäß unzulässig. Die Führer der deutschen Partei haben die größte Verantwortung für die Niederlage, und Radek, dessen Einfluß auf die deutsche Parteileitung immer groß gewesen ist, muß eine seinem Einflusse entsprechende Verantwortung übernehmen. Es handelt sich hier nicht darum, zu wissen, ob dieser Genosse persönlich diesen Punkt klarer gesehen hat oder nicht. Die ganze Exekutive ist die Verantwortliche.

Die französischen Delegierten haben bei dieser Angelegenheit keine führende Rolle gespielt, aber dies wäre keine Grund, sich der gemeinsamen Verantwortlichkeit zu entziehen. Wenn wir von anderen vorgeschlagene Resolutionen annehmen, so deshalb, weil wir nicht in der Lage sind, Änderungen an ihnen vorzunehmen. Wir haben so zu arbeiten, daß wir einen recht großen Einfluß in der Internationale ausüben, falls wir glauben, eine bessere Richtung geben zu können.

Es ist wahr, daß Radek im allgemeinen dazu geneigt war, anzunehmen, daß der Gang der Ereignisse viel langsamer sein müsse, als sich dies andere dachten.*) Um zu wissen, ob seine Auffassung im ganzen richtiger ist als eine andere, müßte man alle die Angaben über die Lage auf das gründlichste prüfen, was noch nicht geschehen ist. Die Resolution des EKKI. und der Bericht Sinowjews sprechen im wesentlichen, von den Fehlern der Kommunisten, die einen wichtigen Teil der Ursachen und der Niederlage bilden, aber nicht die einzigen.

Der Ausgang einer revolutionären Bewegung hängt nicht nur von unserem Angriffe ab, sondern auch von der Widerstandsfähigkeit des Feindes, das heißt im vorliegenden Falle vom bürgerlichen Staate, von den weißen Organisationen und von der Sozialdemokratie. In welchem Ausmaße haben wir die Zersetzung der Sozialdemokratie und die Machtlosigkeit des Staates richtig eingeschätzt? Das ist es, was man ergründen müßte. Dies natürlich, ohne der Bestätigung unserer Ausdeutung der sachlichen Bedingungen vorzugreifen.

Unsere allgemeine Vorstellung vom Gange der Revolution in Europa, von dem Auf- und Abfluten der Krise der herrschenden Ordnung, ist auf dem III. Kongreß der Internationale formuliert und in der Folge bestätigt worden. Seitdem ist nichts gesagt worden, das von der Art wäre, unsere damalige These abändern zu müssen. Grundsätzlich ist die Möglichkeit, unsere Einschätzung der Lage zu berichtigen, niemals ausgeschlossen, und die Internationale hat sich nie gesträubt, dies zu tun, sobald es offensichtlich wurde, daß der revolutionäre Kurs sich langsamer entwickle, als unsere russischen Genossen 1917/18 gerechnet hatten; aber bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge liegt kein genügender Anhaltspunkt vor, um neue Grundzüge unserer revolutionären Perspektive festzulegen.

Müssen die deutschen Ereignisse eine Berichtigung des vom III. Kongreß angenommenen Gesichtspunktes herbeiführen? Wir sehen dazu keinerlei Grund. Die auf eine solche Niederlage unvermeidlich folgende Enttäuschung ersetzt nicht eine gute Analyse der Lage. Ist die von Trotzki und Varga im Jahre 1921 vorgenommene Analyse hinfällig, oder noch immer gültig? Das ist die ganze Frage. Nun, wir haben sie noch drei Monate vor dem Oktoberrückzug als gültig angesehen, in einem Augen-

*) Artikel des Genossen Boris Souvarine im „Bulletin Communiste".

*) Was Radeks Vorschlag betrifft, auf den „Antifaschistentag" in Voraussicht eines Rückschlages und einer Metzelei zu verzichten, so muß gesagt werden, daß das EKKI. ihn annahm, als einen solchen der russischen Vertretung und nicht von Radek allein. Wir kannten damals nicht die Meinungsverschiedenheiten unter unseren russischen Genossen.

blicke, wo noch niemand die Entscheidungskämpfe in Deutschland als so nah voraussah. Daß der Gang der Ereignisse sich überstürzt hat, Hoffnungen erweckt hat, die „große Erwartung", von der Sinowjew spricht, während nachher die enttäuschende Erfahrung zeigte, daß unsere deutsche Bruderpartei entweder das Kräfteverhältnis falsch eingeschätzt oder sich ihrer geschichtlichen Aufgabe nicht gewachsen gezeigt hatte — in all diesem ist nichts, was die Gesamtheit der Ansichten der Internationale durchbricht.

Um die Frage nach einer Revision der Thesen des III. Kongresses zu stellen, müßte man die Richtigkeit der damaligen Einschätzungen zur Frage stellen und unsere Analyse der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft berichtigen, aber nicht sich auf die Erfahrung eines mißglückten Versuches stützen, dessen Ausgang vielleicht nur die Unzulänglichkeit unserer Bruderpartei beweist, vielleicht auch eine andere Sache, die nicht festgestellt ist. Die Internationale selbst wird ihre Linie überprüfen wollen, ohne sich den „rechten" oder „linken" Einflüssen hinzugeben, und nur einzig und allein im Interesse der Revolution.

Die Untersuchung der Lehren der deutschen Ereignisse erheischt einen wahrhaften, kritischen revolutionären und marxistischen Geist und würde durch jegliche **voreingenommene**, sich als „rechte" oder „linke" bezeichnende Meinung verfälscht werden. Es handelt sich weder um Rechte noch um Linke, sondern um konkrete Bedingungen und Faktoren und ihre genaue Einschätzung. Sinowjew beispielsweise hat die Frage klar und deutlich gestellt:

„Mußte man zum Rückzug blasen und zum kampflosen Rückzug blasen?" Um eine richtige Antwort zu geben, muß man das Wesentliche der tatsächlichen Kampfesbedingungen, der wahren Kräfteverhältnisse, der Aussichten auf Erfolg kennen und auch die möglichen oder wahrscheinlichen Folgen ins Auge fassen. Wer sich auf sein Kämpfertemperament oder auf seinen vorsichtigen Geist verläßt, wird die Frage nicht lösen. Die von der Parteileitung begangenen Fehler sind offensichtlich und von allen anerkannt; die drei Strömungen der Partei sind sich einig über die Notwendigkeit des Rückzuges; es verbleibt die Frage: Mit Kampf oder ohne Kampf? Das hängt davon ab: Wenn die tüchtigsten Genossen stichhaltige Gründe haben, zu glauben, daß wir ein verallgemeinertes „Hamburg" gehabt hätten, dann muß man antworten: **mit Kampf**; aber wenn sie billigerweise feststellen müssen, daß wir einer Massenabschlachtung entgegengegangen wären, dann ist die Antwort: ohne Kampf. Es ist ausschließlich das Interesse der Revolution, das uns unsere Meinung diktieren darf.

Wir werden über die deuschen Ereignisse viel zu diskutieren haben. Dies ist nur ein kleiner Anfang.

Union der Sowjetrepubliken

Brief aus Sowjetrußland.

Einführung des wertbeständigen Geldes.

Von Frida Rubiner (Moskau).

** Am 26. Februar konnte der Moskauer Bewohner die Überraschung erleben, daß er bei Einkäufen in einem der Läden des „Moskauer Verbandes der Konsumvereine", des „Landwirtschaftlichen Konsumvereins" oder des „Staatlichen Universalmagazins" bei Bezahlung mit Tscherwonez den Rest in wertbeständigen Kassenscheinen und Hartgeld herausbekam, Kupfer- und Silbermünzen. Die 20 Kopeken in Silber, geziert mit dem Hammer und der Sichel und der Aufschrift „Poletarier aller Länder, vereinigt Euch!" enthalten genau so viel Edelmetall, wie die Münzen aus der Vorkriegszeit mit dem Zarenporträt.

Diese Geldreform bedeutet faktisch den Tod des Sowjetrubels. Übrigens hat dieser soviel verschmähte Sowjetrubel, dessen Tiefstand einmal bei den Feinden der Sowjetrepublik für den Begriff der Geldentwertung sprichwörtlich geworden war, noch kurz vor dem Verlassen der Bühne seine Ehre auf **internationaler** Basis gerettet, als die deutsche Mark im Herbst vorigen Jahres den Rubel um mehrere Nullen überholt hat. Seitdem im Frühjahr 1923 die Banknote, der Tscherwonez, im Werte von zehn Goldrubel oder zirka fünf Dollar in Umlauf kam, führte der Sowjetrubel nur noch eine Nebenexistenz. In den letzten Monaten wurden die Preise — selbst im Kleinhandel, im Restaurant, beim Zeitungsverkäufer — nur noch in fester Währung berechnet, und der Sowjetrubel spielte die Rolle eines Hilfsmittels bei der Bezahlung (die Umrechnungstabelle ist das feste Requisit bei jeder noch so geringen Handelsoperation).

Die Rolle des Sowjetrubels ging auch quantitativ stark zurück: Ende 1923 bildete das Sowjetgeld weniger als 20%, die Banknote (Tscherwonez) hingegen über 80% des gesamten Geldumlaufes. Die Existenzberechtigung des Sowjetrubels war nicht mehr einzusehen, als er auch aufhörte, eine Einnahmequelle des Staates zu sein. Die Finanzämter, bei denen große Mengen Papiergeld angehäuft sind, verlieren durch die rasche Entwertung des Sowjetgeldes viel mehr, als die Notenpresse dem Staate an Einkünften verschafft. Hingegen ist der Schaden, den das sich entwertende Sowjetgeld der Bevölkerung hinzufügt, unverhältnismäßig groß. Gerade die Werktätigen, die Arbeitern und Bauern, das heißt jene Bevölkerungsschichten, in derem Interesse in Sowjetrußland alles geschieht, leiden unter der Geldentwertung am meisten. Sie können sich ihre Arbeitslöhne nicht in Tscherwonez und auch nicht insgesamt gleich in Lebensmitteln anlegen. Während das Sowjetgeld in der Tasche des Verbrauchers rasch entwertet, erleidet der Besitzer dieses Geldes einen doppelten Verlust: zu gleicher Zeit verteuern sich die Waren auch dadurch, daß der Händler bei der Unsicherheit der Valuta Risikobeträge auf seine Preise aufschlagen muß.

Zu den wichtigsten Problemen der russischen Volkswirtschaft gehörte im letzten Jahre bekanntlich die sogenannte „Schere", oder das Auseinandergehen der Preise der landwirtschaftlichen und Industrieprodukte. Das Zusammendrücken der beiden Enden der „Schere" gehörte zu den wichtigsten Aufgaben der Staatspolitik. Der Staats- und Genossenschaftsapparat hat alles daran gesetzt, um eine intensive Kampagne zum Ankauf des Getreides für Exportzwecke zu organisieren. Wie auf den Wink eines Wunderstabes hat sich auch in kurzer Zeitspanne die Lage auf dem Markte rasch geändert. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte gingen in die Höhe, und das Resultat dieser Erscheinung machte sich darin bemerkbar, daß der Bauer wieder Geld hatte, um sich die für seinen Haushalt notwendigen Industrieartikel anzuschaffen. Die veränderte Sachlage auf dem Getreidemarkte offenbarte sich stark in der Zunahme des bäuerlichen Warenumsatzes auf der Charkower Messe in der Ukraine usw.

Das Sinken der Preise für Industrieprodukte fällt gerade mit der Finanzreform zusammen und erhöht noch mehr deren Bedeutung. Die Sowjetregierung mußte erst allmählich erfahren, welche Bedeutung der Geldumlauf auf dem flachen Lande hat. Nach der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik glaubte man nicht, daß die Geldsteuer die Naturalsteuer überflügeln würde. Damals waren Stimmen laut geworden, die die Einführung der Geldsteuer überhaupt anzweifelten. Die Wirklichkeit hat die Zweifler eines Besseren belehrt. Anstatt der erwarteten 75% der Naturalsteuer waren nur 20 bis 25% Steuern in natura eingegangen. Die ländliche Bevölkerung erwies sich viel mehr mit Geldmitteln versehen als erwartet wurde. Daß dieses Geld möglichst wertbeständig bleibt, ist also eine der Grundbedingungen zur Hebung der russischen Landwirtschaft, somit der russischen Volkswirtschaft überhaupt.

Der Vertreter des Volkskommissars für das Finanzwesen, Genosse **Brjuchanow**, äußerte im Gespräch mit einigen Journalisten, welche Momente für die Durchführung der Reform im gegebenen Moment günstig zu sein scheinen. Rußland steht entschieden im Zeichen der **Entwicklung der Produktivkräfte** des Landes. Eine Bedingung, die die Möglichkeit der Durchführung der Geldreform darstellt, ist ferner das **Sinken des Budgetdefizits**. Die Emission des Sowjetgeldes bildete im Januar 1923 40%, im Dezember 1923 aber nur noch — 9% der Staatseinnahmen. Der Nutzen der Notenpresse wird dadurch illusorisch. Ein Umstand, der für die Durchführung der Geldreform günstig ist, ist schließlich die **Aktivität der Handelsbilanz** und der infolgedessen stattfindende wachsende Zustrom fremder Valuta.

In welcher Form wird das Sowjetgeld von der Bildfläche verschwinden? Die Regierung hatte zuerst den Plan erwogen, den Kurs des Sowjetgeldes zu fixieren und es aus dem Umlauf zu eliminieren. Diese Maßnahme wurde als unzweckmäßig erkannt. Die ganze Masse des Sowjetgeldes beträgt im Moment der Ausgabe der wertbeständigen Währung zirka 35 Millionen Goldrubel. Daß diese so geringfügige Summe an sich ausreichend war, um den Bedarf der gesamten Bevölkerung an

Papiergeld zu decken, ist nur dadurch zu erklären, daß der Verbraucher bei der raschen Geldentwertung bestrebt war, das Papiergeld möglichst kurze Zeit bei sich zu behalten und die Zirkulation infolgedessen eine außerordentlich rasche war. Eine Fixierung des Kurses des Sowjetgeldes hätte dessen Zirkulation verlangsamt und eine Krise durch Mangel an Sowjetgeld hervorgerufen. Eine neue Inflation würde die ganze Geldreform in Frage stellen. Deshalb hat das Finanzamt von einer sofortigen Eliminierung des Sowjetgeldes Abstand genommen und diese bis zu dem Zeitpunkt verschoben, wo das neue Geld in genügender Menge in Umlauf sein wird. Es sollen Silber- und Kupfermünzen in kurzer Frist in genügender Menge in den Verkehr gesetzt werden. In den letzten Tagen wurden in der Staatsbank ebenso wie in anderen Banken Tscherwonez in wertbeständigen Kassenscheinen und umgekehrt gewechselt. Dies zeigt, daß die Kassenscheine bei der Bevölkerung das volle Vertrauen als wertbeständige Währung gefunden haben.

Die neue Geldreform wird für den Haushalt Rußlands entschieden von größter Wichtigkeit sein. Gleichzeitig findet eine Festsetzung der Höchstpreise für das Getreide statt. In den nächsten Tagen soll die Fixierung der Preise in bezug auf eine Reihe von Produkten stattfinden, die eine Tendenz zur Teuerung aufweisen. Mit diesen beiden Maßnahmen: der Einführung der wertbeständigen Währung und dem Kampf gegen die Teuerung wird Rußland seine Wirtschaft sanieren.

Welche Gefahren bringt die neue Geldreform mit sich? Ein Zusammenbruch der Geldreform würde nur durch den Zusammenbruch des Budgets erzeugt werden können. Solange Sowjetrußland auf dem Wege der friedlichen Entwicklung, die es in den letzten Jahren genossen hat, fortschreitet, hat die Sowjetregierung einen solchen Zusammenbruch nicht zu befürchten. Im Gegenteil, man darf sagen, daß die neue Geldreform einer der festen Steine ist, aus denen sich das Fundament des Sowjetstaates zusammensetzt.

Arbeiterbewegung

Nach dem Streik der Bankbeamten in Österreich.

Von Ernst Haidt (Wien).

** Nach dreiwöchiger Dauer ist der Streik der österreichischen Bankbeamten zu Ende gegangen, und zwar durch ein Kompromiß, sei es auch ein faules, mit dem Trostsatz, daß es keine Sieger und keine Besiegten gibt.

Wenn man in Betracht zieht, daß diese proletarische Intelligenz zum erstenmal in einem Kampfe stand und die Unternehmer alles aufboten, die Oberschicht, die Prokuristen und Abteilungsleiter, von der Masse der Streikenden loszureißen, so ist daraus zu entnehmen, daß sich die Bankbeamten weit über jede Erwartung hinaus gut gehalten haben. Nicht mehr als 3½% Streikbrecher hatten sich gefunden, was bei einer sich zum beträchtlichen Teil noch in der bürgerlichen Ideologie befangenen Schicht gewiß verschwindend wenig bedeutet. Selbst als man die Polizei auf die Streikposten losließ und durch polizeiliche Schutztruppen der Direktoren jeder Pfuiruf mit Säbeln und Fäusten und in der Folge mit Arreststrafen geahndet wurde, selbst da ließ ihr Mut nicht nach. Im Gegenteil, die polizeilichen Angriffe auf die Streikposten führten Massendemonstrationen der Streikenden herbei, die wieder mit Säbelhieben und Reiterattacken bekämpft wurden. Zweifellos ein erzieherischer Anschauungsunterricht, der Früchte bringen wird.

Der Kampf ging um eine lineare Gehaltserhöhung um 15%, um Erhöhung der Nebenbezüge und um die Schematisierung. Die Unternehmer standen der Forderung um lineare Erhöhung und Schematisierung ablehnend gegenüber, und zudem erhoben sie die Forderung nach einer Verlängerung der Arbeitszeit von 41 auf 48 Stunden sowie nach einer geteilten Kassedienstleistung bis 4 Uhr nachmittags, statt wie bisher bis 1 Uhr. Es ging also hart auf hart.

Nach der Urabstimmung über den Streik und nach Ablauf des Ultimatums wurden vier Großbanken stillgelegt, worauf die Unternehmer aller Banken das Personal aussperrten. Als Antwort darauf erfolgte die allerdings nicht vollständige Stillegung der Nationalbank. In diesem Stadium griff die Gewerkschaftskommission ein. Eine Vorständekonferenz der Gewerkschaften faßte den Beschluß, den Streik der Bankangestellten, als Abwehr gegen einen Anschlag auf den Achtstundentag, mit allen zweckdienlichen Mitteln zu unterstützen, wobei allerdings nicht ausgesprochen wurde, welche Mittel in Anwendung gebracht werden sollten.

Zweifellos war der Bankstreik von der Gewerkschaftskommission und der Sozialdemokratischen Partei mit guter Überlegung herbeigeführt worden. Die Angriffe der Unternehmer auf den Lohn und die Arbeitszeit werden immer zahlreicher und die Arbeiterschaft ist durch die Haltung und Einstellung der Führer, die jeden Kampf vermeiden wollen, in der Abwehr in eine sehr schwache Defensivstellung gedrängt. Diesen Zustand mögen sie selbst schon als unerträglich empfunden, weshalb die Gruppe in den Kampf geschickt wurde, von der man annahm, daß hier ein schnelles und erfolgreiches Ende am ehesten in Aussicht steht. Ein Erfolg mußte aber schon deshalb herbeigeführt werden, um die endlose Reihe der kampflosen Verhandlungsniederlagen zu unterbrechen. Der schnelle Abschluß des Kampfes wurde aber nicht erreicht. Naturnotwendig hätten nun — neben der durchgeführten Verschärfung, wie die Ausdehnung des Streiks auf die Provinz — die in Aussicht gestellten Aktionen der übrigen Gewerkschaften einsetzen müssen, die aber nicht kamen. Es erfolgte keine Abschaltung des Bankendienstes von Telegraph und Telephon, geschweige denn, daß eine weitere Kategorie in den Streik geführt wurde, trotzdem in allen Angestelltenbranchen sowie bei den öffentlichen Angestellten Gehaltsforderungen in Schwebe sind. Dafür aber setzte die Intervention der Gewerkschaftsführer und der sozialdemokratischen Abgeordneten bei der Regierung ein. Die Regierung müsse vermitteln, die gleiche Regierung, die in jeder ihrer Handlungen zeigte, daß sie voll auf der Seite der Bankherren steht. Die Regierung war selbstverständlich bereit, diese Gelegenheit zur Erhöhung ihres Prestige auszunützen. Der Bundeskanzler in eigener Person bemühte sich, stieß aber auf den Widerstand der Bankherren.

Diese hatten die Situation klar erkannt. Vor allem sahen sie, daß die Drohungen der gewerkschaftlichen Vorständekonferenz, in der der Wille der Gewerkschaftskommission ausschlaggebend ist, nichts als Drohungen blieben. Sie hatten jedenfalls noch den Theaterdonner gelegentlich des Kampfes der Industrieangestellten und der Metallarbeiter vom Dezember im Gehör, wo mit dem Generalstreik so lange gedroht wurde, bis ein schmähliches Kompromiß zustande kam.

Also her mit dem Kompromiß, auch mit dem faulen! Den Bankherren war es um die Verlängerung der Arbeitszeit zu tun. Es bleibt aber vorläufig bei den 41 Stunden in der Woche, doch wird in einem späteren Zeitpunkt über die grundsätzlich anerkannte 43½-Stunden-Wochenarbeitsleistung verhandelt.

Die Zweiteilung des Kassendienstes erfolgt in einer Reihe von Wiener Bezirken „vorläufig" ab September in der Form, daß die Schalter mit 1½stündiger Mittagspause bis halb 4 Uhr geöffnet sind, wonach erst die Aufarbeitung erfolgt. Hier haben die Unternehmer fast den vollen Sieg davongetragen. Das ist aber noch nicht alles: Die Begrenzung der Überzeitarbeit auf 48 Dienststunden in der Woche wurde fallen gelassen; nach dem Willen der Direktion kann in Hinkunft bis 52 Stunden gearbeitet werden.

In der Lohnfrage wurden Zugeständnisse gemacht. An Stelle der geforderten 15% beträgt die lineare Erhöhung 5%, die sich in der Auswirkung der Nebenbezüge auf 14% erhöht. Die geforderte Schematisierung soll in drei Etappen, bis spätestens 1926, erfolgen. Wägen wir die gegenseitigen Zugeständnisse ab, so ist zweifellos, daß die Bankherren zufrieden sein können, und sie werden es auch sein.

Daß sie ihr Ziel, das sie sich im Laufe des Kampfes gesteckt haben — die vollständige Niederzwingung und dann Zerschlagung der Organisation der Angestellten — nicht erreichten, ist lediglich der geradezu bewunderswerten Haltung der Streikenden zuzuschreiben. Wäre das, was seitens der Gewerkschaftskommission in Aussicht gestellt war, aber nicht eingehalten wurde — die notwendige Erweiterung des Kampfes — eingetreten, dann hätte ein restloser Sieg der Streikenden die Folge sein müssen. Es ist das alte Verhängnis. Sobald reformistische Führer zum Kampfe rufen, so denken sie nicht an den Kampf, sonden sehen sorgfältig darauf, daß die Brücken nicht abgebrochen werden. Sie möchten sich ja so schnell wie möglich am Verhandlungstisch finden, was sich ja auch in diesem Streik wieder gezeigt hat.

Der Textilarbeiterstreik in Bombay.

Von M. N. Roy.

** Die kapitalistische Offensive in Indien hat in der Generalaussperrung in der Baumwollindustrie Bombays ihren Höhepunkt erreicht. Streiks in mehreren Spinnereien und Streikvorbereitungen in manchen andern sind von den Besitzern scharf beantwortet worden.

In der letzten Januarwoche fanden Teilstreiks in einer Anzahl Spinnereien statt, und die Besitzer schlossen darauf sofort die Spinnereien für eine Woche, indem sie auch die Arbeiter aussperrten, die gar nicht am Streik beteiligt waren. Dieser Willkürakt der Unternehmer und dazu noch ihre schroffe Weigerung, die Forderungen der Arbeiter in Betracht zu ziehen, machte der Geduld der Arbeiter ein Ende, die bereits Vorbereitungen für einen Generalstreik trafen, und zwar trotz der Gegenanstrengungen der Führer, ihn zu verhindern. Am 29. Januar legten über 100.000 Arbeiter die Arbeit nieder und die Industrie war beinahe lahmgelegt. Am nächsten Tage wurde an den geschlossenen Toren aller Spinnereien eine vom Spinnereiverband gezeichnete Kundmachung plakatiert, wonach 81 von 83 Fabriken in Bombay bis 4. Februar geschlossen blieben und, wenn die Arbeiter bis zu diesem Tage die Arbeit nicht bedingungslos aufnähmen, die Aussperrung auf weitere zwei Wochen verlängert werden würde. So waren am 1. Februar über 150.000 Leute ohne Arbeit.

Die Arbeiter forderten die Weiterzahlung der Jahresgratifikation in der Höhe eines Monatslohnes. Dieses Gratifikationssystem war seit Jahren in der Textilindustrie eingeführt. Im Juli vorigen Jahres erklärten die Unternehmer, sie beabsichtigten, diese Zahlung von 1924 ab aufzuheben. Als Begründung führten sie „Handelsdepression" an. Von den Besitzern und ihren Anwälten wurde ins Treffen geführt, daß der Preis von Baumwolle gestiegen und die Nachfrage gefallen sei. Die Herstellungskosten müßten also verringert werden.

Die „Depression", unter deren Vorwand die kapitalistische Offensive geführt wurde, ist jedoch keine Depression im eigentlichen Sinne des Wortes. Die Industrie konnte lediglich nicht jenes günstige Niveau beibehalten, das während des Krieges und den unmittelbar darauffolgenden Jahren erreicht wurde. In diesen Jahren wurden fabelhafte Profite erzielt. Die Situation war abnormal, und zwar aus folgenden Gründen: erstens die Aufhebung des Imports von England während des Krieges und zweitens der günstige Kurs der Rupie. Als aber diese beiden Vorbedingungen nicht mehr gegeben waren — im Jahre 1920 erreichte der Import von Lancashire fast das Vorkriegsniveau und der Silberpreis war gleichfalls gefallen — sank die Profitrate in der indischen Baumwollindustrie bereits im Jahre 1921.

Aber das Verhältnis dieses Sinkens kann am besten an den Dividenden, die in der Zeit der Prosperität ausgeschüttet wurden, aufgezeigt werden. In einigen Fällen erreichten sie 200%, der Durchschnitt betrug gut über 100%. Nach dem Bericht des Spinnereibesitzerverbandes war der Profit im Jahre 1921 um 70% geringer als im Jahre vorher. Der Nettoverdienst im Jahre 1921 betrug 63% der Kapitalsanlage, im folgenden Jahre 40%. Die Zahlen für 1923 sind noch nicht feststehend. Aber angenommen, daß die Verschlechterung in demselben Ausmaße eingetreten ist, so ist es nicht wahr, daß, wie die Besitzer behaupten, die Industrie Geld verloren hat.

Andererseits sind die Nominallöhne kaum um 80% der Vorkriegszeit gestiegen. Wenn man das ungeheuer tiefe Niveau der Vorkriegslöhne in Betracht zieht, so fällt diese Steigerung kaum in die Wagschale. Die Durchschnittsdividende, die von den Spinnereien vor dem Kriege gezahlt wurde, betrug 8 bis 10%. Im Vergleich zu den Kosten der Lebenshaltung verliert die 80%ige Lohnerhöhung jeden realen Wert. In der Konjunkturperiode standen die Kosten der Lebenshaltung um 100% über dem Vorkriegsniveau. Die Kleinhandelspreise von einigen Lebensmitteln gingen sogar mehrere 100% in die Höhe. Selbst heute steht nach der offiziellen Statistik die Lebenshaltung noch 53% über dem Vorkriegsniveau.

Die Baumwollindustrie Indiens selbst befindet sich in keiner ernsten Krise, wenn sie auch einigermaßen von den Wellen der Weltdepression in Mitleidenschaft gezogen wurde. Aber die Konkurrenz von Lancashire macht sich wieder bemerkbar. Der Mangel an auswärtigen Waren ermöglichte es den indischen Erzeugern, die Preise horrend in die Höhe zu treiben. Das ist jetzt nicht mehr möglich. Die Lage änderte sich vom Jahre 1920 ab. Das Fallen der Preise verursachte ein kontinuierliches Sinken der Profitrate. Aber der jugendliche Kapitalismus Indiens hat keine Lust, von den fabelhaften Profiten, an die er sich gewöhnt hat, zu normalen zurückzukehren. Zuerst hielten sie Tausende Ballen Kleider, Tuch und Garn zurück, um die Preise in die Höhe zu treiben. Das war eine Dummheit, denn dadurch wurde der indische Markt nur der Gnade von Lancashire ausgeliefert. Überproduktion in Indien! Was für eine ungeheuere Lüge! Mehr als 50% des verbrauchten Tuches wurde eingeführt und der durchschnittliche Verbrauch beträgt nur 13 Yard pro Kopf und Jahr. Anfangs letzten Jahres überzeugten sich die Tuchfabrikanten, daß sie billiger verkaufen müßten. Nicht willens, den ganzen Verlust zu tragen, verlangten sie, daß die Arbeiter auch an ihm teilnehmen sollten.

Der erste Angriff auf die Arbeiter erfolgte in **Ahmedabad**, dem zweitgrößten Textilzentrum. Vergangenes Jahr beschlossen die Fabrikanten von Ahmedabad, die Löhne um 20% herabzusetzen; außerdem hatten sie schon das Recht der Arbeiter auf die Gratifikation in Frage gestellt. Die Arbeiter streikten und widerstanden fast drei Monate. Dank der Sabotage der Arbeiterführer, die von den Fabrikanten wirtschaftlich und gesellschaftlich stark abhängig sind, wurde der Streik nicht allgemein. Von 70.000 Arbeitern waren 30.000 in den Ausstand getreten. Dem indischen Arbeiter droht der Hunger schon am ersten Tage, an dem er ohne Arbeit ist. Es gibt keinen Gewerkschaftsfonds. Die Sucht der Führer, Streiks zu brechen, kennt keine Grenzen. Aus all diesen Ursachen wurden die Arbeiter von Ahmedabad besiegt. Sie nahmen schließlich eine Lohnreduzierung von 15% an und die Frage der Gratifikation wurde einem Schiedsspruch überlassen. Die Leute von Bombay waren geneigt, den Kameraden von Ahmedabad zu Hilfe zu eilen, aber die Führer gestatteten dies nicht. Wäre ein Generalstreik der gesamten Textilindustrie ausgerufen worden, dann wäre die Offensive der Unternehmer abgewehrt worden. Denn die aufgehäuften Vorräte wären damals nicht so groß wie heute und die Unternehmer hätten auch nicht solange Widerstand leisten können.

Dem Sieg von Ahmedabad folgte der Beschluß der Unternehmer von Bombay, die Auszahlung der Gratifikation zu unterbrechen. Die erst erlittene Niederlage der Kameraden von Ahmedabad machte natürlich die Arbeiter von Bombay ängstlich, den Unternehmern mit einer sofortigen Aktion entgegenzutreten. Aber als die Zeit, da die Auszahlung fällig wurde, näher rückte, begannen die Arbeiter widerspenstig zu werden. Trotz ihrer Kargheit bedeutet die Gratifikation für die indischen Arbeiter sehr viel. Der Gedanke, daß sie ihnen entrissen werden soll, wurde ihnen unerträglich und der Geist der Auflehnung entfaltete sich. Anfang Januar wurde die Unzufriedenheit fühlbarer. Es brachen Teilstreiks aus. Zur selben Zeit wurden 3000 Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten unter dem Vorwande einer Beleidigung eines Amtsarztes ausgesperrt. Dieser Vorfall stellte eine Belastungsprobe für die Geduld der Arbeiterschaft dar. Eine Atmosphäre der Spannung griff um sich. Die Fabrikbesitzer riefen um Hilfe, und die Regierung reagierte darauf, indem sie zur Bewachung der bestreikten Fabriken Truppen mit Maschinengewehren und Tanks ausschickte. Die Führer warfen den Arbeitern weiterhin vor, daß sie zu rasch in Aktion getreten seien und verlangten, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen und die Verhandlungen den Führern zu überlassen. Den ganzen Monat hindurch wurde die Lage beständig schlechter, bis die schon fast überall einsetzenden Streiks mit einer allgemeinen Aussperrung beantwortet wurden.

Die Aussperrung erbitterte die Leute. Die Arbeiterbezirke Bombays wurden durch Bewaffnete bewacht. Am 31. Januar fand eine große Massenversammlung statt, die angesichts der Aussperrung über die weitere Haltung der Arbeiter entscheiden sollte. Die Arbeiter beschlossen, Widerstand zu leisten und erklärten, „monatelang durchzuhalten, wenn es notwendig ist". Aber die Führer teilten diesen Kampfesmut der Arbeiter nicht. Sie waren erbost, daß die Arbeiter ohne ihren Rat in den Streik getreten waren. Angesichts der wütenden Haltung der Fabrikbesitzer konnten jedoch weder die Führer noch die nationalistische Presse den Forderungen der Arbeiter die volle Unterstützung vorenthalten. Nichtsdestoweniger versuchten die Führer, die Leute dadurch zu terrorisieren, daß sie ihnen sagten, wie ungünstig die Zeit für den Streik wäre, wo die Unternehmer auf die Gelegenheit gewartet hätten, die Fabriken zu schließen; wo die Arbeiter sich selbst schaden durch das Durchhalten. Die Versammlung nahm eine Resolution an, die die Regierung ersuchte, ein Schiedsgericht zu ernennen, um die Frage der Gratifiaktion zu entscheiden. Es wurde auch beschlossen, daß die Arbeiter, sobald dieses Gericht ernannt ist, zur Arbeit zurückkehren.

Jugendbewegung

An alle Kommunistischen Jugendverbände!

** Das EK. der KJI. hat beschlossen, den IV. Kongreß der KJI. für den X. Internationalen Jugendtag (7. September) einzuberufen. Die Tagesordnung wird noch bekanntgegeben.

Gleichfalls hat das EK. beschlossen, die Internationale Börositzung (Erweiterte Exekutive) zum 1. Mai nach Moskau einzuberufen. Als Tagesordnung der Bürositzung hat es bestimmt:

1. **Die politische Lage und die Aufgaben der KJI.**
2. **Bericht des EK. seit der IV. Bürositzung.**
3. **Bericht der Verbände von Deutschland, Frankreich, Tschechoslowakei, Rußland, Bulgarien.**
4. **Die nächsten Aufgaben zur Unterstützung des revolutionären Kampfes des deutschen Proletariats.**
5. **Die Fortsetzung der Umorganisierung der Kommunistischen Jugendverbände auf der Grundlage der Betriebszellen.**

Das EK. fordert alle Verbände auf, die Punkte der Tagesordnung durchzudiskutieren und ihre Anträge dem EK. zu übersenden.

Moskau, den 22. Februar 1924.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale.

Aus der Roten Gewerkschafts-Internationale

Die Rote Gewerkschaftsinternationale — an die Kommunistische Internationale.

** Fünf Jahre sind seit dem Gründungstage der Kommunistischen Internationale vergangen. Die Internationale Kommunistische Partei, die im Mittelpunkt der größten Revolution entstand, verkörperte das Vermächtnis der von Marx gegründeten internationalen Arbeiterassoziation. Sie sog das beste, das gesunde Klassenbewußtsein und ehrliche proletarische Empfinden, das in der II. Internationale vorhanden war, in sich auf. Es hat langer Jahre des proletarischen Kampfes, des Weltkrieges und des Bankrotts des Reformismus, der großen russischen Revolution und der ganzen im letzten halben Jahrhundert erworbenen Erfahrungen des revolutionären Massenkampfes bedurft, damit das internationale Organ des Aufstandes der Werktätigen, die Kommunistische Internationale, entstehen und sich entwickeln konnte.

Es sind erst fünf Jahre seit der Entstehung der Kommunistischen Internationale vergangen. Und schon gibt es keinen Winkel auf der Erde, wo die Enterbten und Unterdrückten nicht der kommunistischen Fahne, der kommunistischen Revolution zustreben. Wenn die Gründung der Kommunistischen Internationale im Jahre 1919 dem entstehenden historischen Bedürfnis zur Einheitlichen Führung der kommunistischen Bewegung entsprach, so haben die fünf Jahre ihrer Existenz und ihrer politischen Tätigkeit neue proletarische Kräfte, neue Formationen proletarischer Kämpfer ins Leben gerufen.

Die Komintern ist eine Weltmacht, wie es noch keine gegeben hat. Sie stützt sich einerseits auf ein Sechstel des Erdballs und andererseits auf Millionen Werktätiger und Enterbter in allen Ländern. Daß die Komintern eine internationale Kraft ist, zeigen die Bestrebungen aller Staatsmänner, die das Wachstum und die Entwicklung der Kommunistischen Internationale verhindern wollen. Die internationale Bourgeoisie, die den Führern der II. und Amsterdamer Internationale, die jetzt die Interessen des großbritannischen Imperialismus so glänzend verteidigen, wohlwollend auf die Schulter klopft, spricht mit Schrecken und Haß den Namen Kommunistische Internationale aus. Die Bourgeoisie weiß, wo ihre Feinde und wo ihre Freunde sind, und sie weiß es leider besser als Millionen von rückständigen Proletariern und ihre reformistischen Führer.

Die Rote Gewerkschaftsinternationale konnte erst entstehen, als die erste Organisationsarbeit und der Zusammenschluß der kommunistischen Formationen erfolgt war. Der Reformismus saß besonders fest in den Gewerkschaften, wo die schamlosen Verräter der Arbeiterklasse und die Agenten der Bourgeoisie, die die bürgerliche Gesellschaft vor Verfall und Zerrüttung bewahren wollten, sich ein Nest gebaut hatten. Man mußte im Zentrum des internationalen Reformismus jene treffen, die unter der Flagge der Internationale ihr Schicksal an den Versailler Vertrag, den Völkerbund und den räuberischen Imperialismus gebunden hatten. Die Komintern bereitete die Bedingungen für die Entstehung der Roten Gewerkschaftsinternationale vor. Sie war ihr Vater und stand an der Wiege ihrer Geburt. Die RGI. umfaßt außer kommunistischen Arbeitern noch Millionen und Millionen parteiloser revolutionärer Arbeiter. Und diese Arbeiter sind auf der ganzen Welt zerstreut. Von Stockholm bis Melbourne, von Peking bis Kalkutta, von Tokio bis London sind sie vom heiligen Haß wider den Kapitalismus und vom Bewußtsein der Größe der kommunistischen Ziele und Aufgaben durchdrungen.

Mögen die Ausbeuter aller Länder ihre ungeheuren Anklagen gegen die Komintern und Profintern weiter erheben, mögen die Anarchoreformisten ihre Stimme mit dem wütenden antikommunistischen Geheul der internationalen Bourgeoisie vereinigen, die Internationale Kommunistische Partei wird auch fernerhin mit festen Schritten den Weg weitermarschieren, den Lenin, der Inspirator und Schöpfer der Kommunistischen Internationale, in genialer Weise vorausgesehen und vorausbestimmt hat.

Die revolutionären Arbeiter der ganzen Welt, die in der Roten Gewerkschaftsinternationale vereinigt sind, senden der Kommunistischen Internationale ihren herzlichen und brüderlichen Gruß und erklären, daß sie bisher unter der ruhmvollen kommunistischen Fahne gekämpft haben und auch ferner bis zum Ende, bis zum vollen Siege des Kommunismus der ganzen Welt kämpfen werden.

Es lebe die proletarische Revolution!
Es lebe die Kommunistische Internationale!

Moskau, den 4. März 1924.

Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Rote Hilfe

Der 18. März — Internationaler Tag der Roten Hilfe.

Von Ehrenfried Wagner.

** Seit langem pilgern die Arbeiter am 18. März in dichten und ernsten Reihen zu den Gräbern der massenhaft gefallenen Opfer. Sie denken an diesem Tage an all die teuren, heldenhaften Toten, die ihr Leben im Kampf um die Befreiung des Proletariats geopfert haben. Diese revolutionären Opfer haben sich seit dem Weltkrieg in ungeheurer Weise vermehrt. In allen Ländern der Welt sind Tausende tapferer Arbeiter im Kampfe auf dem Platze geblieben. Tausende anderer schmachten seit Jahren im Kerker. All dieser Opfer gedenkt das Weltproletariat am 18. März. Wir denken an sie, um ihre Treue und ihre Tapferkeit zu feiern. Wir wollen uns auch bei dieser Gelegenheit Rechenschaft darüber ablegen, ob wir, die wir in Freiheit leben, alles, was möglich ist, gemacht haben, um den eingekerkerten Genossen und ihren Familien den Dank zum Ausdruck zu bringen, den wir ihnen für ihr großes Opfer schulden.

Es ist ein langer und schmerzlicher Zug, der vor unseren Augen vorbeizieht. Die nackten Zahlen allein sind nicht imstande, die gewaltige Summe der Entbehrungen, Qualen, Tränen, des Hungers und all der Leiden auszudrücken, die in diesem Opfer enthalten sind, die unsere tapferen Genossen in allen Ländern der Welt im Verlaufe des Klassenkampfes bringen mußten. Wer könnte übrigens dem Proletariat, dieser unterdrückten Klasse dazu verhelfen, eine genaue Statistik aufzustellen, die die Zahl der in den Kerkern schmachtenden Genossen angibt?

Wenn wir sagen, daß es in Italien 6000 politische Gefangene gibt, in Ungarn 3000, in Finnland 1200, in Polen 1500, in Indien 20.000, in Spanien 3000, in Bulgarien 5000 und in Deutschland 7000, so handelt es sich dabei nur um diejenigen, die die „Rote Hilfe" zu erreichen und denen sie zu helfen vermocht hat. Man muß zu dieser Zahl eine dreifach größere Zahl für die Familien der Eingekerkerten (Frauen und Kinder) hinzufügen. Und diese Zahlen wachsen von Tag zu Tag. Denn tag-

täglich werden Kämpfe zwischen der Reaktion und dem Vortrupp der Arbeiterschaft ausgetragen.

In **Bulgarien nahm der weiße Schrecken Formen an**, die bisher unbekannt gewesen waren. Ganze Städte und Dörfer wurden angezündet und die Einwohner zu Tausenden in den grausamsten Metzeleien massakriert und abgeschlachtet. Die Gefangenen sind in Baracken oder in Barken, die in der Donau verankert sind, zusammengepfercht. Hunderte von bulgarischen Emigranten befinden sich in den verschiedenen Ländern.

In **Deutschland** sind im Laufe zahlreicher Hungerdemonstrationen die meisten Opfer gefallen, und es fallen noch jeden Tag neue. In allen Gegenden Deutschlands wurden Ausnahmegerichte geschaffen, die eifrig tätig waren und ihren Eifer gerade in dem Zeitpunkt verdoppelten, in dem von der baldigen Aufhebung des Belagerungszustandes die Rede war. Tausende politischer Gefangener, die sich in den verschiedenen Gefängnissen und Konzentrationslagern befinden und dort seit Wochen und Monaten auf ihre Verurteilung warten, werden, solange der militärische oder zivile Belagerungszustand in Deutschland noch andauert, zu den strengsten Strafen verurteilt werden. In all diesen Verurteilungen tritt die politische Tendenz klar zu Tage. In Deutschland herrscht ein besonders grausames Elend unter den Familien der Verhafteten, da ja an und für sich im ganzen Land Hungersnot ist. Diese Familien erhalten weder vom Staat noch von den zahlreichen philantropischen Vereinigungen, die Gelder für das hungernde Deutschland sammeln, irgendeine Unterstützung. Gewiß, es machen Genossen, die noch in Freiheit sind und eine Arbeit haben, Anstrengungen, um ihre Freunde zu unterstützen. Aber solch eine gelegentliche Hilfe, die durch einen engen Kreis von nahen Freunden geleistet wird, genügt nicht. **Die Hilfe muß dauernd und systematisch sein.**

Am 18. März müssen die Arbeiter der ganzen Welt der Notwendigkeit einer solchen methodischen Unterstützung eingedenk sein. Wir haben jetzt und von nun an eine internationale Hilfe für alle Eingekerkerten, für alle aus politischen Gründen Inhaftierten und ihre Familien. Das ist die „Internationale Rote Hilfe"! Sie hat bereits ihre Sektionen in den wichtigsten Ländern. Sie bringt den Häftlingen Bücher und Zigaretten; sie verschafft den Flüchtlingen Anzüge und Arbeit; sie unterstützt fortwährend ihre Familien mit Geld, mit Lebensmitteln und mit warmer Bekleidung. Während der kurzen Zeit ihrer Existenz hat die Internationale Rote Hilfe den politischen Gefangenen in allen Ländern bereits 105.565 Dollar, die in der ganzen Welt gesammelt wurden, zukommen lassen. Die Existenz einer Roten Hilfe ist an und für sich ein moralischer Stützpunkt für das kämpfende Proletariat. Die Kämpfer, die sich im Kerker befinden, wissen, daß man sie keineswegs vergißt, daß ihre in Freiheit befindlichen Freunde die Dankesschuld ihnen und ihren Familien gegenüber zumindest teilweise abzahlen.

Aber am 18. März müssen sich die Arbeiter zu noch größerer Arbeit, als bisher geleistet wurde, anspornen. Die Internationale Rote Hilfe, die wir bereits jetzt und für die Zukunft haben, muß noch bedeutend erweitert werden. Sie muß in allen Ländern zu einer Truppe werden, die im proletarischen Klassenkampf eine besondere Bestimmung zu erfüllen hat. Alle kämpfenden Proletarier, die aktivsten und opferbereitesten Freunde der Revolution müssen dieser Organisation angehören. Sie müssen durch ständige Beitragsleistungen die Rote Hilfe instand setzen, ihrer ganzen Aufgabe nachzukommen. Trotz der gewaltigen Summen, die bis jetzt zur Verteilung gelangt sind, ist die Rote Hilfe noch nicht dort, wo sie sein sollte. Sie tut einstweilen nichts anders, als den Gefangenen und ihren Familien gerade das unbedingt Notwendige zu geben. Wenn es der Arbeiterklasse aller Länder gelingt, den Apparat der Roten Hilfe überall fest aufzubauen, und wenn sie ihr Tausende von Mitgliedern zuführt, dann wird die Rote Hilfe bald in der Lage sein, ihre Verpflichtungen voll und ganz zu erfüllen. Diese Organisation, die Rote Hilfe, soll nicht eine „philantropische" Organisation sein, sondern sie soll einen Teil der Kampfesformationen im Klassenkampf bilden, mit dem besonderen Ziel, die außer Gefecht gesetzten Truppen des Proletariats wieder zum Kampfe geeignet zu machen. Darum müssen wir uns an diesem 18. März bereit erklären, auf die allerintensivste Weise die Arbeit und die Kampagnen der Roten Hilfe zu unterstützen, wir müssen mit dem größten Eifer für sie Propaganda machen, Subskriptionen für die in den Gefängnissen schmachtenden Genossen sammeln und neue Mitglieder gewinnen.

Jeder Revolutionär, dessen Wunsch est ist, daß die revolutionäre Schlacht, die gegenwärtig in Europa zum Stillstand gekommen ist, bald wieder von neuem weitergeht, muß während der Zeit des Stillstandes der Revolution alle seine Kräfte in den Dienst der Roten Hilfe stellen. Die Rote Hilfe zu unterstützen ist gegenwärtig die wichtigste Rolle jedes Revolutionärs. Wir werden es nicht vermögen, die Kampftruppen des Proletariats von neuem in Bewegung zu setzen, wenn wir nicht vorher die alten Wunden geheilt haben. Mit Recht sagte Genosse Sinowjew auf dem letzten Kongreß der Russischen Sektion der Roten Hilfe:

„Eine festgefügte Internationale Rote Hilfe wird das schönste und würdigste Denkmal sein, das wir zum Gedächtnis unseres dahingegangenen Wladimir Iljitsch Lenin errichten können."

Und wenn am 18. März die Proletarier aller Länder in ihren Kundgebungen der Opfer des Klassenkampfes gedenken werden, müssen sich alle ihre Kampfgelöbnisse in der Erklärung vereinigen:

„beitragen zu wollen zur Erweiterung der Internationalen Roten Hilfe, diesem lebendigen Denkmal für Lenin."

Aufrufe

Der 18. März.

Ein Internationaler Roter Hilfstag.

Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

** Das Zentralkomitee der Internationalen Roten Hilfe hat beschlossen, den 18. März zu einer erhöhten Propaganda für die Unterstützung der politischen Gefangenen zu benützen. Wir wenden uns an alle uns angeschlossenen Organisationen, an alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Welt, an alle Mitglieder revolutionärer Gewerkschaftsverbände, diesen Beschluß zur Durchführung zu bringen und aufs aktivste an diesem Hilfswerk proletarischer Solidarität mitzuhelfen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! In allen bourgeoisen Ländern der Welt sind heute die Gefängnisse und Kerker mit politischen Gefangenen überfüllt. Viele von ihnen sitzen schon seit Jahren hinter Zuchthausmauern und sind der schimpflichsten Behandlung ausgesetzt. Ihre Frauen und Kinder leiden die empfindlichste Not. Nicht nur die politischen Kämpfe, auch die zahlreichen wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Kämpfe, die das Proletariat in der letzten Zeit geführt hat, haben große Opfer gefordert. Die Verschlechterung der sozialen Verhältnisse in fast allen Ländern der Welt führte zu großen Streiks. Die Bourgeoisieregierungen ließen ihre Polizeitruppen mit der blanken Waffe gegen die Streikenden vorgehen. In Italien, Polen, Deutschland sitzen Tausende von Arbeitern im Gefängnis, die kein anderes Verbrechen begangen haben, als sich zu weigern, für einen Schandlohn ihre Arbeitskraft zu verkaufen, oder daß sie als Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre die Beschlüsse ihrer Arbeitskollegen zur Durchführung gebracht haben.

Wenn wir am 18. März an die Arbeiter und die Gewerkschaftsmitglieder revolutionärer Organisationen appellieren, so wollen wir ihre Aufmerksamkeit auf diese eingekerkerten Gewerkschaftskollegen lenken, die in Erfüllung ihrer gewerkschaftlichen Pflicht ins Gefängnis gekommen sind.

Arbeiter, Gewerkschaftskollegen! Vergeßt die eingekerkerten Kameraden nicht. Macht es Euch zur Gewohnheit, am Lohntage einen bestimmten Beitrag für den Bruder im Gefängnis beiseite zu legen. Richtet zu diesem Zwecke in Fabriken und Betrieben, in Gewerkschaftsbüros und in den Läden der Arbeitergenossenschaften besondere Rote Hilfssammelkasten ein. Kein Gewerkschaftsfest, keine Gewerkschafts- oder Betriebsversammlung darf vorübergehen, wo nicht an die Kollegen im Gefängnis erinnert, wo nicht für sie und ihre notleidenden Familien gesammelt wird. Schließt Euch betriebsweise den Organisationen der Roten Hilfe an. Stellt in Eueren Mitgliederversammlungen Anträge auf kollektiven Anschluß Eueres Verbandes, lokal oder bezirksweise, mit festem Beitrag an die Sektionen der Roten Hilfe. Beschließt in Eueren Gewerkschaften einen festen und beständigen Beitragssatz für die Rote Hilfe, damit allen Gefangenen und ihren Familien tatkräftig geholfen werden kann.

Beruft am 18. März überall Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen für die politischen Gefangenen ein!

Bringt ihnen Rote Hilfe!

Fordert die Freilassung aller politischen Gefangenen!

Protestiert gegen weißen Terror und Weltreaktion!

Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Sinowjew: Das erste Jahrfünft der Komintern.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 34. 14. März | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Die Abschaffung des Kalifats. Von N. Roy 391

Politik.
Die Lage in Amerika. Von Browder 392
Brief aus Bessarabien. Von W. S. 394

Deutschland.
Die Betriebsrätewahlen in Deutschland und die Amsterdamer. Von Lada 394

Union der Sowjetrepubliken.
Brief aus Sowjetrußland. Von Rubiner 396

Arbeiterbewegung.
Der Kongreß des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Von Enderle 397
Die Spaltungstaktik der Amsterdamer. Von Schwarz . 397

Aus der Internationale.
Das erste Jahrfünft der Komintern. Von Sinowjew. (Schluß) 399

Aufrufe.
Der 18. März — ein Internationaler Roter Hilfstag . . . 402

Buchbesprechungen.
„Die Kommunistische Internationale Nr. 28/30." Von Obitz 402

Buchanzeigen.
Lenin in deutscher Sprache 402

Die Abschaffung des Kalifats.

Von M. N. Roy.

** Die Nachricht von der Abschaffung des Kalifats durch die türkische Nationalversammlung wirkte in der Welt wie eine platzende Bombe. Die bürgerliche Presse Europas räumte dieser Neuigkeit einen großen Raum ein. Wenn auch die Meinungen über die Richtigkeit dieses Schrittes geteilt sind, so wird doch seine Bedeutung allenthalben anerkannt. Länder, wie England und Frankreich, mit großen Interessen in der Türkei, untersuchen natürlich die möglichen Folgen eines solchen Ereignisses sehr genau. Die „Times" zum Beispiel jammert über „Abschaffung einer Einrichtung, die mit der gewesenen Größe der Türkei so innig verknüpft ist". Sie vergißt, daß eine Nation sich nicht immer mit der Erinnerung an ihre gewesene Größe zufrieden gibt, und daß eine glorreiche Vergangenheit auch keine Garantie für eine lichtere Zukunft ist. Der „Temps" andererseits kann diese Maßnahme nicht gut tadeln, ohne gleichzeitig zum Verräter an den Traditionen Frankreichs zu werden, die schließlich die Türkei zu dieser historischen Tat geführt haben. Aber er tadelt die französische Regierung, indem er darauf hinweist, daß, wenn die Türkei den Fußstapfen Frankreichs folgte, „der französische moralische Einfluß und die materiellen Interessen im Nahen Osten sinken würden". Jedes imperialistische Land beurteilt eben dieses Ereignis nach seinen eigenen Interessen. Alle sind sichtlich bestürzt, denn es sieht so aus, als ob die Tage, da sie die Türkei als ihre legitime Beute betrachteten, vorüber seien. Die nationale Türkei geriet in eine Revolution, die sie dermaßen umgestalten wird, daß es dem europäischen Imperialismus, der niemals die Hoffnung aufgab, sie unter seiner ständigen Herrschaft zu erhalten, sehr unangenehm wird.

Es braucht nicht betont werden, daß der Beschluß der türkischen Nationalversammlung ein großer revolutionärer Schritt ist. Und dies um so mehr, weil er so unvorbereitet kam. Überdies ist er sehr radikal. Die Kühnheit dieses Schrittes wird ersichtlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Stellung der Türkei moralisch gefestigt war dadurch, daß ihr 240 Millionen Moslems in den umliegenden Ländern als Wächter des Heiligen Stuhles Gefolgschaft leisteten. Sie galt deshalb als die Führerin der muselmanischen Welt. Ihr letzter nationaler Befreiungskampf wurde von den Muselmanen in den anderen Ländern als ein Kampf für die Verteidigung des Glaubens aufgefaßt. Man glaubte, daß die Türkei das Kalifat verteidige. Man kann sich also leicht vorstellen, wie sehr diese Nachricht, die Türken hätten das Kalifat abgeschafft, die muselmanische Welt erschütterte. Nicht nur der gegenwärtige Kalif, der von seiner zeitlich begrenzten Macht vor einigen Monaten abgesetzt wurde, wurde beseitigt, sondern die durch die Zeit geheiligte Einrichtung als solche wurde abgeschafft. Die Türken gingen weiter als irgendein anderes Volk vorher. Weder das Papsttum der Römischen Kirche, noch das Patriarchat der Griechischen Kirche ist durch eine bürgerliche Revolution abgeschafft worden. Man nahm ihnen nur jeden Einfluß auf den Staat. Die Türkei durchlief diese Stufe der Revolution nur einige Monate vorher, als der Kalif vom Sultanat abgesetzt wurde, dessen Autorität dem Volke, vertreten durch

die Nationalversammlung, übertragen wurde. So wurde aus dem theomonarchistischen Staat eine Republik. Sogar dies erschien einem beträchtlichen Teile der Gläubigen, sowohl innerhalb wie außerhalb der Türkei, als eine zu drastische Maßnahme. Auf allen Seiten entstanden Schwierigkeiten. Es wurde ein revolutionäres „Tribunal der Unabhängigkeit" geschaffen, um mit der Lage fertig zu werden. Das Tribunal zeigte auch seine Macht, wenngleich die Guillotine sich noch nicht zeigte.

Wenigstens nach außen hin fand sich die muselmanische Welt mit der republikanischen Türkei dann doch ab. Das Kalifat bestand noch und die Nationalversammlung erklärte es als ihre Aufgabe, seine Unversehrtheit zu verteidigen. So fuhr die Türkei fort, der Verteidiger des Islam zu sein. In bezug auf den Kalifen entstanden gewisse Schwierigkeiten. Man regte an, daß eine Delegation aus den anderen muselmanischen Ländern die Frage der Wahl des künftigen Kalifen entscheiden sollte. Aber die Türken gingen darauf nicht ein. Es wurde autoritativ erklärt, daß in dieser Angelegenheit keine Einmengung geduldet würde. Dann kamen zwei Alternativen auf: das Kalifat wäre zu bekleiden entweder von der Nationalversammlung oder vom Präsidenten der Republik. Hätte man mit der Entfernung des Abdul Mujid nicht allgemein gerechnet, wären alle diese Erwägungen gar nicht in Rechnung gezogen worden. An die Möglichkeit der Abschaffung dieser Einrichtung selbst wurde außerhalb des Kreises, der die Geschicke der Türkei lenkt, kaum gedacht. Dann kam plötzlich die Angora-Regierung mit ihrem Entschluß heraus, der nicht nur die Westländer überraschte, sondern auch eine ganz unberechenbare Wirkung auf die muselmanische Welt ausüben muß. Zuerst sieht es so aus, als ob die türkische Regierung unüberlegt gehandelt hätte, als ob ihre Aktion übel beraten gewesen wäre. Würde der Türkei die Verletzung des Kalifats nicht die moralische Sympathie der muselmanischen Welt entziehen?

Aber bei genauer Betrachtung offenbart sich ein anderes Bild. Die Angora-Regierung hat nicht aus freier Wahl so gehandelt. Die Situation zwang sie dazu. Entweder mußte sie ihre Kühnheit beweisen oder sie lief Gefahr, den Intrigen der Reaktion zum Opfer zu fallen, die ihr mächtiges Haupt ringsum erhebt, und zwar nicht nur in der Türkei, sondern auch in den umliegenden muselmanischen Ländern. Wenn die Abschaffung des Kalifats der Türkei Schwierigkeiten zu bereiten droht, so hätte ihre Zurückhaltung nicht weniger, ja sogar mehr Gefahren in sich geschlossen. Erstens halten noch sehr viele Muselmanen an den theokratischen Grundsätzen fest und standen daher der Trennung von Kirche und Staat feindlich gegenüber. Innerhalb der Türkei konnten diese reaktionären Elemente unterdrückt werden. Aber die angrenzenden muselmanischen Länder boten ein fruchtbares Feld für das Anwachsen einer Bewegung gegen die republikanische Türkei. Die reaktionären Elemente der muselmanischen Welt organisierten sich unter der Patronanz des britischen Imperialismus. Die Bewegung für die Schaffung eines neuen Kalifats, mit einem britischen Schützling an der Spitze, reifte heran. In einigen Teilen erhob sich bereits der Ruf, die Türken hätten sich des Kalifats bemächtigt. So erkannten die türkischen Nationalisten, daß sie sich, wenn ihr Kampf gegen den Imperialismus unter der Losung Kalifat geführt werde, eventuell die Vorherrschaft der konterrevolutionären Hofclique und der reaktionären Geistlichkeit gefallen lassen müßten, hinter denen die fremden Mächte stünden. Eine Krystallisierung der reaktionären Auffassung im Auslande würde im Inneren die Feinde der Revolution stärken, und die Siege der letzten fünf Jahre würden so verloren gehen. Es würde eine dumme Politik bedeuten, die eigenen Handlungen einer Auffassung, auf die man keinen Einfluß hat, unterzuordnen. Es erschien ratsamer, die Herausforderung der Reaktion anzunehmen, in und außer dem Lande, und die muselmanische Welt vor fertige Tatsachen zu stellen. So war die muselmanische öffentliche Meinung, die hinter der nationalistischen Türkei stand, in ihrer Auffassung geteilt, sie war nicht immer zuverlässig. So ist zum Beispiel eine Armee von moralischer Kraft, die so divergierende Elemente wie die indischen Brüder Ali einerseits und die Grundpfeiler des britischen Imperialismus, die Khan Aga und Ameer Ali andererseits, aufweist, kaum zuverlässig. Die türkischen Nationalisten haben niemals stark mit dieser außerterritorialen Armee gerechnet. Nun gehen sie daran, diese Armee einer scharfen Prüfung zu unterziehen. Neben der großen Bedeutung im Lande wird die Aktion der Angora-Regierung noch die ganze antibritische Bewegung in den anderen muslimischen Ländern klären, insbesondere bei den indischen Muselmanen. Sie wird die ganze muselmanische Welt in zwei Teile spalten. Spreu wird sich von Weizen sondern.

Die Türkei sendet nunmehr eine neue Botschaft zu den Muselmanen der anderen Länder. Diese lautet, daß der Kampf für die nationale Befreiung nicht innerhalb der Bande der theokratischen Tradition und der sozialen Einrichtungen, die ihre Begleiterscheinungen sind, ausgefochten werden kann: Nationalismus kann nicht durch Religion umgangen werden. Der revolutionären Bedeutung dieser Botschaft wurde in folgenden Worten des Ismet Pascha Ausdruck verliehen: „Wenn sich Konstantinopel heute in unserer Hand befindet, so dank der Tatsache, daß wir die Griechen und den Kalifen niedergekämpft haben. Wenn andere Muselmanen uns Sympathie gezeigt haben, so war es nicht deshalb, weil wir den Kalifen hatten, sondern weil wir stark gewesen sind." Die Bedeutung dieser Worte ist klar. Die Türkei beansprucht nun die Führerschaft der muselmanischen Welt, aber nicht auf Grund einer religiösen Mission, sondern als ein weltlicher Staat, der nicht nur fremde Angriffe abgewehrt, sondern auch daheim mit der Reaktion aufgeräumt hat. Sie steht der islamitischen Welt nicht in der ihr zugemuteten Rolle als Verteidigerin des Kalifats gegenüber, sondern als die Totengräberin jener überlebten Institution, die seit langer Zeit ein Werkzeug des fremden Imperialismus geworden war.

Durch die Tat der nationalistischen Türkei wird die sogenannte Kalifatbewegung, die in Indien mehr als in jedem anderen Lande fühlbar geworden war, ein Widersinn. Obgleich sie sich einigermaßen mit einer republikanischen Türkei ablanden, die von der theokratischen Kontrolle befreit ist, wird es für die indischen Kalifatisten schwer sein, die heilsamen Worte des Ismet Pascha zu schlucken. Wie kann eine Bewegung, deren ausdrückliches Ziel die Verteidigung des Kalifats ist, einer Macht Gefolgschaft leisten, die offen zugibt, daß ihr Bestreben die Vernichtung des Kalifats ist, und daß sie dieses Bestreben nun verwirklicht hat? Eine Deputation indischer Muselmanen soll der Türkei in kurzer Zeit einen Besuch abstatten, um die Zukunft des Kalifats zu besprechen. Wird sich diese Deputation nicht in einer sonderbaren Lage befinden? Sicher wird daher die revolutionäre Aktion der türkischen Nationalisten am Horizont der indischen Politik Widerhall finden. Auch dort sind die Tage des religiösen Nationalismus und des extra-territorialen Patriotismus gezählt.

Wenn die indischen Muselmanen auf ihrer Idee einer religiösen Förderation bestehen, werden sie im Lager der Reaktion landen und alle ihre antibritischen Geschwätze werden lächerlich. Aber der wahre Kummer der muselmanischen Massen Indiens ist nicht das Kalifat und er ist nicht religiösen Charakters, der Kummer liegt weit näher und ist tatsächlich irdischer Natur. Der einzige Weg, zu verhüten, daß die indischen Muselmanen in die Schlinge der Reaktion fallen, besteht deshalb darin, den verräterischen Grund des extra-territorialen religiösen Patriotismus zu verbannen und einzutauschen gegen einen gesunden Nationalismus, der sich mit dem materiellen Wohlbefinden, nicht aber mit der Seelenrettung des Volkes beschäftigt.

Es wird nicht lange dauern, und die islamitische Welt wird mit einem neuen Kalif versorgt werden. Bemühungen in dieser Richtung wurden schon unternommen. Seit der Trennung des Sultanats vom Kalifat in Konstantinopel wurde die Kandidatur des Königs Hussein von Hedschas unter britischer Patronanz ins Werk gesetzt. Nun kann die Sache vonstatten gehen. Ein Kalifat, das seinen Sitz in der heiligen Stadt Mekka hat, wird die theologische Autorität zur Verfügung haben und wird einen günstigen Boden für die Sammlung aller reaktionären Elemente der muselmanischen Welt abgeben. Eine neue Forderung kam aus einem ziemlich unerwarteten Land. Es wird berichtet, daß Ägypten die Rückkehr des Kalifats haben will. Die Organe des Zaghlul haben mit der Agitation begonnen. Man will den König von Ägypten zum Kalifen machen. Die ägyptische Regierung und die klerikalen Kreise anerkennen allgemein die Notwendigkeit, das Kalifat aufrecht zu erhalten. So kann das „unabhängige Ägypten" gegen die nationale Türkei ausgespielt werden. Das Ziel ist, die junge Republik zu isolieren, indem man den Gläubigen einen Hirten gibt.

Diese Situation hätte sich jedenfalls ergeben. Deshalb hielten es die türkischen Führer für angebracht, die Offensive zu ergreifen. Die ganz drastische Art dieser Aktion zeigt, daß die Situation sehr ernst zu werden beginnt. Ein schicksalsschwerer Schlag wurde gegen die Wurzel aller religiösen Einrichtungen geführt. Die türkischen Nationalisten wehren sich gegen die Beschuldigung eines geistigen Atheismus. In Wirklichkeit kam man darauf, daß die theologischen Einrichtungen und die religiösen Körperschaften nicht nur ein Hindernis für den Fortschritt bilden, sondern in kritischen Augenblicken zu einer direkten Gefahr werden, da sich um sie alle schwarzen Mächte der Reaktion sammeln. Da die Türkei sowie die anderen orientalischen Länder unter sozialen Bedingungen rückständig gehalten

wurden, wo die Religion die Oberherrschaft hat, werden die Freiheitsbewegungen drastischere Formen annehmen. Denn die verlorene Zeit muß wieder eingebracht werden. Der zusammen mit der Abschaffung des Kalifats eingeschlagene gesellschaftliche Kurs ist so revolutionär und so weitreichend, daß sich seine tatsächliche Durchführung schwer vorstellen läßt. Aber wenn die Umstände erwogen und richtig verstanden werden, die den türkischen Nationalisten eine solche Politik aufzwangen, dann wird es klar, daß sie entschlossen unternommen werden mußte, falls man die Republik retten wollte. Und die türkischen Führer haben keine zweideutige Sprache gesprochen.

Die Befreiung des führenden muselmanischen Landes von der uralten religiösen Tradition eröffnet eine neue Aera der Geschichte des gesamten Ostens bis zum fernen indischen Archipel. Dies betrifft hauptsächlich die islamitischen Völker. Der tiefe Glaube der orthodoxen indischen Nationalisten, sowohl der Hindus wie auch der Muselmanen, daß ihr Land gegen die sogenannte westliche Zivilisation immun ist, beginnt ins Wanken zu geraten. Im Verlaufe des normalen Fortschrittes müssen die sozialen und politischen Einrichtungen jeder menschlichen Gemeinschaft verweltlicht werden. Die Zivilisation ist eine Stufe des menschlichen Fortschrittes, die die Unwissenheit, auf der die Religion gegründet ist, zerstreut. Sie nimmt in den verschiedenen Erdteilen kaum eine verschiedene Form an. Der epochemachende Charakterzug des Ereignisses, mit dem das türkische Parlament sein fünftes Jahr des Bestehens begann, wird verständlich gemacht durch einen Leitartikel des offiziellen Organs „Ileeri". Der Artikel, der einen Tag nach dem denkwürdigen Beschluß veröffentlicht wurde, war betitelt: „Leb' wohl, Orient!"

Politik

Die Lage in Amerika.

Von Earl R. Browder (Chigago).

** Alle politischen Kräfte der Vereinigten Staaten wurden für die kommenden Präsidentschaftswahlen mobilisiert. Aber innerhalb der letzten Wochen brachten unvorhergesehene Ereignisse einen Wirrwarr in die Szenerie, machten wohlerdachte Pläne zunichte und brachten vielen hoffnungsvollen Kandidaten Kopfschmerzen. Enthüllungen über Erpressungen, die sich auf die verschiedenen Regierungsämter einschließlich des Schatzamtes und auf die Kabinette von zwei Regierungen erstreckten, trafen die republikanische und die demokratische Partei fast gleichmäßig. Sie haben die politische Wirkung, daß sie, ohne grundsätzliche Fragen direkt zu berühren, sehr weit und tief reichen. Die Situation wird noch dadurch verwickelter, daß sich längeres oder kürzeres Anhalten der sinkenden Tendenz in der Industrie endgültig fühlbar macht.

Die wirtschaftliche Lage.

Zweifellos gehen die Vereinigten Staaten einer tiefeinschneidenden Industriekrise entgegen. Die Analyse, die zu diesem Urteil führt, wurde wiederholt gegeben und ist zweifellos richtig. Es wäre jedoch ein Fehler, die Wirkung dieser Tendenz nur nach den politischen Ereignissen dieses Jahres zu beurteilen und daraus zu schließen, daß sie in den nächsten Monaten voll zum Ausdruck kommt. Die Statistiken vom Dezember und Januar zeigen, daß diese Entwicklung durch eine zeitweise Gegenbewegung nach aufwärts gehindert wird.

Daß offenkundig Finanzgruppen im Hinblicke auf die politische Situation diese Aufwärtsbewegung fördern, kann man aus den unausgeführten Bestellungen auf Stahl ersehen, die von Dezember und Januar berichtet werden, ebenso in der Produktion von Roheisen, während sich die Eisenbahnen über die vorgeschlagene Erweiterung und das Erneuerungsprogramm von ein bis zwei Milliarden Dollar noch immer nicht entschieden haben. Die Ford-Industriewerke kündigen für 1924 Betriebserweiterungen an, die sich bis auf 150 Millionen Dollar belaufen. Baukonzessionen, die im Januar erteilt wurden, zeigen nach einem Berichte von S. W. Straus & Co., Chigago — Autoritäten auf diesem Gebiete — ein Anwachsen von 10% gegenüber dem Vorjahre, obwohl sich das Budget für das ganze Jahr 10% unter dem des Jahres 1923 belief. Die allgemeine Tendenz geht noch immer nach abwärts, aber entschieden in langsamerem Tempo und kann sich, angesichts der Entwicklung in der Stahl- und Bauindustrie, nach aufwärts bewegen und auch bis zum nächsten Fallen im Winter auf demselben Niveau halten. Das Ziel der Anspornung in den Schlüsselindustrien ist es, die Produktion von Waren des allgemeinen Konsums in die Höhe zu treiben, die drohende Arbeitslosigkeit zu drosseln, die Kampagne für den Lohnabbau zu verlangsamen, um den finanziellen Druck auf die Mittelklassen (außerhalb der Landwirtschaft), die ein wichtiger Faktor im gegenwärtigen politischen Kampfe sind, zu erleichtern.

Die politische Lage.

Unter dem Druck einer schweren Agrarkrise und des drohenden Zusammenbruches der Industrie war eine ernste Spaltung in der republikanischen Partei wahrscheinlich, indem La Follette die unzufriedenen Landleute, das Kleinbürgertum und die Massenbewegung der Farmer-Arbeiter-Partei zu einer „dritten Partei" vereinigt. Wenn Mac Adoo auf dem demokratischen Parteitag eine Niederlage erleiden und wenn sich der demokratische Kandidat als ausgesprochener Reaktionär entpuppen würde, dann würden viele Anhänger Mac Adoos zur La Follette-Bewegung übergehen, sogar die „Konferenz für fortschrittliche politische Aktion" (die von den Eisenbahnergewerkschaften geführt wird). La Follette ging sehr vorsichtig vor, ganz offenbar eine solche Entwicklung voraussehend.

Während der zweiten Hälfte des Jahres 1923 und anfangs Januar dieses Jahres war dies die Richtung der politischen Entwicklung. Der wirtschaftliche Aufschwung, von dem früher gesprochen worden ist, versprach diese Entwicklung etwas zu verlangsamen. Abgesehen von den Enthüllungen über Erpressungen in Washington, scheint es aber, als ob größere Änderungen nicht zu erwarten seien. Mit den Enthüllungen erfolgte die Aufdeckung von „Gewinnen" in der Höhe von 800.000 Dollar, die der Sohn des Generals Leonard Wood an der Börse durch Transaktionen „gemacht" hatte, und zwar durch Transaktionen, die telegraphisch von den Philippinen aus durchgeführt wurden; ferner die Entdeckung von ungeheuren Unterschlagungen in dem Veteranenamt, die teilweise Aufdeckung von Fälschungen von Millionen von Freiheits-(Kriegs-)Anleihen im Schatzamt und als Gipfel die Aufdeckung des Ölskandals der Verproviantierungsabteilung der Marine mit dem Umstand, daß Regierungsmitglieder Großeinkäufe besorgten und darauffolgenden tausenden Gerüchten über dunkle Transaktionen in allen Parteien und Kreisen der Bourgeoisie. Alle politischen Richtungen gerieten in Verwirrung, und es begann ein wildes Durcheinander.

Politische „Wahrsager" in vielen Lagern, von dem Liberalen Villard sowie den Sozialisten Berger und Hillquit angefangen bis zu den Arbeiterführern in der Farmer-Arbeiter-Bewegung, begrüßten den Sturm als ein Signal für die Abspaltung von La Follette von der Republikanischen Partei. Die „dritte Partei" sei unumgänglich, dachten sie. Nur ein Wunder könnte sie verhindern. Alle zusammen setzten sie ihre Hoffnungen auf La Follette, der im November im Entscheidungskampfe alle Kräfte des Aufruhrs im Entscheidungskampfe führen soll.

Aber die Politik ist keine so einfache Sache. Und die Leute, die die verschiedenen Gruppen der Arbeiter und Farmer führen, sind nicht so mutig, als daß man eine große Abspaltung von der republikanischen und demokratischen Partei mit Sicherheit voraussagen kann. La Follette kündigte seinen Anschluß an die Konferenz vom 30. Mai in St. Paul nicht an; im Gegenteil, er brachte eine Bewegung in Gang, diese Konferenz aufzuschieben. Die „Konferenz für fortschrittliche politische Aktionen" unterstützte Mac Adoo wegen seines erst neuerdings auf ihn fallenden Makels in der Ölaffäre nicht, aber sie schloß sich weder La Follette noch der Maikonferenz an, und ihr unbestimmtes Gerede von einer „dritten Partei" war sicherlich nur dazu da, um trotz Mangels irgend einer klaren Linie über einen toten Punkt hinwegzukommen.

Das Resultat der aufsehenerregenden Enthüllungen scheint folgendes zu sein: Mac Adoo war ernstlich kompromittiert, und seine Anhänger aus der Arbeiterklasse schwankten jetzt unentschieden zwischen ihm und La Follette hin und her. Seine Aussichten auf eine Nominierung zum demokratischen Kandidaten sind nicht so gut wie vorher. Durch den Skandal, der auch Coolidge geschädigt hat, hat La Follette neue Hoffnungen auf eine Nominierung zum republikanischen Kandidaten. Die Wahrscheinlichkeit, daß er sich abspalten wird, haben sich in dem Maße verringert, in dem der republikanische Apparat durch die Enthüllungen demoralisiert wurde. La Follette sammelt alle Kräfte, um die Aufstellung als republikanischer Kandidat im Juni zu erhalten. Er ist der einzige Kandidat der kapitalistischen Partei, der seine Stärke aus dem Verlust der anderen infolge des Skandals gewonnen hat.

Die Arbeiterbewegung.

Bis zum 12. Februar galt die für den 30. Mai in St. Paul vereinbarte Farmer-Arbeiter-Konferenz als das einzige Zentrum für die Organisationen, die sich für die Präsidentschaftswahl gegen die Republikanische und Demokratische Partei vereinigen wollten. Die Ausschaltung von Mac Adoo, der an diesem Tage in St. Louis wegen seines Anschlusses an die „Konferenz für fortschrittliche politische Aktionen" angegriffen wurde, schuf eine neue Situation, die die „fortschrittlichen" Führer zwang, am 12. Februar von der „dritten Partei" zu sprechen und eine Konferenz für den 4. Juli in Cleveland einzuberufen, „die die Frage der Präsidentschaftskandidatur erörterrn soll".

Dies hat die Farmer-Arbeiter-Bewegung in ein gefährliches Stadium gebracht. Sowohl die La Follette- wie auch die Mac Adoo-Anhänger gehen darauf aus, die Konferenz vom 30. Mai zu vereiteln. Sie wollen die Aufmerksamkeit ihrer alten Parteimitglieder von der Bewegung abziehen und Uneinigkeit in die Reihen der Farmer und Arbeiter tragen. Es ist nicht die geringste Garantie dafür vorhanden, daß am 4. Juli etwas anderes als ein großer Betrug der Farmer und Arbeiter herauskommt, und das bestätigen auch neue Anzeichen.

Die gefährliche Situation der Farmer-Arbeiter-Bewegung führt notgedrungen zu einer Entwicklung, die für den linken Flügel günstig ist. Alle klassenbewußten Elemente unter den Arbeitern und Farmern können nun dazu gebracht werden, die große Gefahr zu erkennen, und bestimmt dafür zu kämpfen, daß die Konferenz am 30. Mai abgehalten werde, als die einzige Sicherung und Garantie der Arbeiter-Farmer-Bewegung gegen den Betrug, während die Türe zum 4. Juli noch immer für die Möglichkeit offenbleiben kann, daß diese Versammlung mit den alten Parteien bricht. Mit der Entscheidung für oder gegen den 30. Mai beginnt eine wirkliche Scheidung nach Klassen zwischen den Vertretern der Farmer-Arbeiter-Partei auf der einen und den den kleinbürgerlichen und den Kapitalisten Lakaiendienste leistenden Elementen auf der anderen Seite einzutreten.

Der Kampf um eine Partei der Farmer und Arbeiter in den Vereinigten Staaten ist so, größtenteils dank der Enthüllungen, ein Kampf gegen die Verschiebung der Konferenz vom 30. Mai in St. Paul geworden.

Brief aus Bessarabien.

Von W. S.

** Die gesamte rumänische Presse ist gegenwärtig beschäftigt mit Betrachtungen über die Wiener Konferenz, die als Hauptverhandlungspunkt unter anderem die Bessarabische Frage auf der Tagesordnung hat. Es ist klar, daß sie mit allen Mitteln zu beweisen sucht, daß die bessarabische Bevölkerung sich „freiwillig an die Mutterbrust geflüchtet" hat. Jetzt, wo auf der Konferenz das Schicksal der bessarabischen Provinz entschieden werden soll, ist es sehr wichtig, die wirkliche Lage der ganzen Angelegenheit aufzuzeigen: Warum wurde Bessarabien besetzt und wie stellte sich die Bevölkerung zur Besetzung ihres Landes?

Noch lange bevor in Bessarabien rumänische Truppen einmarschierten, zur Zeit, als es von Rußland durch ukrainische Aufständische abgeschnitten war, organisierte eine kleine Gruppe von Abenteurern: **Inkulec, Pintja, Kazako, Pelivan** und **Komp.** einen „Sovjet" (Svatul-ceri), um aus der eigenen politischen Lage ihre eigenen Interessen zu fördern und im trüben zu fischen. Dieser „Sovjet" hat — bis auf einige seiner Mitglieder — von allem Anfang an unter rumänischer Leitung gearbeitet, wie das auch später Pelivan ganz offen im rumänischen Parlament erklärt hat. Um aber dem „Sovjet" den Anstrich einer demokratischen Institution zu geben und sein wirkliches Gesicht zu maskieren, forderten diese Abenteurer die Führer verschiedener Parteien und Organisationen zur Mitarbeit auf. Diese haben zunächst diesen „Sovjet" nicht durchschaut und entsandten daher ihre Delegierten, ohne auch überhaupt zunächst die provokatorische Rolle dieser Institution zu ahnen, die sie später spielen sollte. So hat also Rumänien in der Zeit, wo Rußland vom schärfsten Bürgerkrieg heimgesucht war, Bessarabien besetzen können.

Der Proklamation nach, die der rumänische General **Presin** bei der Besetzung Bessarabiens durch rumänische Truppen anschlagen ließ, ist diese angeblich deshalb vorgenommen worden, um 1. die Einwohnerschaft vor den nach Rußland flüchtenden Truppenteilen, und 2. die Eisenbahnlinien und die rumänischen Privatgüter zu schützen. Schon die ersten Schritte der Besatzungsarmee zeigen aber den eigentlichen Sinn und das Ziel der Besetzung.

Auf der einen Seite begannen sofort die Vorbereitungen zur Einverleibung Bessarabiens an Rumänien. Die Abenteurergruppe des „Sovjet" erhält große Geldunterstützungen und beginnt gleich auch aus Dank dafür mit der „Reinigung" des Sovjets von den Elementen, die ihr Schaden bringen, das heißt, die Verbindung Bessarabiens mit Rumänien verhindern könnten. Sie schrecken vor nichts zurück, um aus dem Sovjet jene Elemente hinauszudrücken, die sich sofort gegen die rumänische Besetzung ausgesprochen hatten, und benützen dazu in bestialischer Weise Kriminal und Totschlag. Unter der Vorspiegelung, N. **Grünfeld, Kovsan** und viele andere, die schon in den ersten Tagen die provokatorische Tätigkeit Inkulec' der Öffentlichkeit bekanntgegeben hatten, über den Dnjestr zu schaffen, wurden diese im Flusse mit Gewalt ertränkt. Gleichzeitig wurden in allen Städten die gewählten (!) Stadtvertretungen („Duma") und Landesverwaltungen gewaltsam auseinandergetrieben und auf ihre Stelle „Bun-rumäni" („gute Rumänien") gebracht. Öffentliche, im Volke beliebte Beamte, Vorsitzende verschiedener revolutionärer Körperschaften, Lehrer, Redakteure fortschrittlicher Zeitungen usw. wurden ausgewiesen, so daß als einziges „regierendes Organ" der „Svatul-ceri" übrig blieb. Dieses Organ, in Wirklichkeit eine Abenteurergruppe, die sich der rumänischen Regierung verkauft hatte, begann dann „im Namen des Volkes" zu sprechen und „löst" heute die bessarabische Frage.

Auf der anderen Seite beginnt ein unerhörter Terror auf die Stadt- und Landbevölkerung. Schon in den ersten Tagen wurde in **Kischeneff** jeder dritte Soldat der dort befindlichen bessarabischen Garnison, im ganzen über 70 Menschen, vor den Augen der Bevölkerung erschossen. — In **Bendera** (rumänisch Tighina) wurde die ganze Stadtbevölkerung, die sich gegen die Besatzung ausgesprochen hatte, auf ein Feld hinausgejagt, mit Maschinengewehren eingekreist, 240 Eisenbahnarbeiter herausgesucht und vor allen anderen erschossen. Den nächsten Tag wurden 46 technische Hochschüler erschossen.

So sieht in Wirklichkeit der freiwillige Anschluß Bessarabiens an Rumänien aus. In den letzten Jahren hat sich angeblich die Lage gebessert, so verkünden wenigstens rumänische Zeitungen (Adeverul). Wie sich wirklich die Lage „gebessert" hat, zeigen einige Tatsachen:

Im **Chotiner** Bezirk empörten sich die Bauern, die den rumänischen Terror schon nicht länger ertragen konnten. Als Strafe wurden ihre Dörfer niedergebrannt, die männliche Bevölkerung erschossen und die Weiber in andere Bezirke verschickt.

Sechs Jahre ist Bessarabien bereits von rumänischem Militär besetzt, sechs Jahre wird dort schon mit Ausnahmezustand und unerhörtem Terror die bessarabische Frage „gelöst".

Deutschland

Die Betriebsrätewahlen in Deutschland und die Amsterdamer.

Von. W. Lada.

** Jahrelang bekämpften die deutschen Amsterdamer die Betriebsräte mit größtem Eifer, weil sie sie als Produkt der Revolution **haßten**, als Werkzeug der Revolution **fürchteten**. Sie haben sich zu den Betriebsräten erst mit dem Moment bekehrt, als sie dank dem Abflauen der revolutionären Welle aus den Betriebsräten ein Werkzeug ihrer **reformistischen** Politik machen zu können glaubten. Auf dem Betriebsrätekongreß im Jahre 1920 und besonders auf dem **letzten** Gewerkschaftskongreß in **Leipzig** (1922) haben sie den Gewerkschaften entsprechende Richtlinien gegeben. Die Leipziger Beschlüsse sind noch bis jetzt in Kraft, und die Gewerkschaftsspitzen erinnern in ihrem Aufruf vom 1. Februar (Gewerkschaftszeitung Nr. 5 vom 2. Februar) an diese Beschlüsse als maßgebend für die Aufstellung der Kandidatenlisten zu den Betriebsrätewahlen.

Der Beschluß von Leipzig ist auf Grund eines Vortrages **Nörpels gegen die Stimmen der Kommunisten und eines Teiles der „Unabhängigen"** (USPD.) — damals waren die Unabhängigen noch eine „große Partei"! — angenommen worden. Auf welcher politischen Höhe das Referat Nörpels stand, kann man aus der Tatsache ersehen, daß es Nörpel fertiggebracht hatte, zu erklären, **man könne von einer Sabotage des Betriebsrätegesetzes durch die Unternehmer nicht sprechen.** Von der geistigen Höhe dieses Referats zeugte am besten eine kritische Glosse der unabhängig-sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung" vom 23. Juni 1922 (Nr. 144). Die „Leipziger Volkszeitung" schrieb damals:

„Der Bundesvorstand hätte die Pflicht gehabt, bei der Auswahl der Referenten darauf zu achten, daß diese über das nötige Wissen verfügen und den Kongreß nicht mit einer Ortsversammlung der SPD. in Posemuckel verwechseln. **Im Falle Nörpel hat der Bundesvorstand diese Pflicht zumindest sehr leicht genommen. Dem Referat Nörpel ist zu viel Ehre angetan worden, denn es stand unter aller Kritik.**"

Seitdem hat die „Leipziger Volkszeitung" umgelernt. Sie zieht gegenwärtig tagtäglich gegen die Kommunisten und die Gewerkschaftsopposition mit derselben Gehässigkeit vom Leder, mit der diese von Nörpel, Graßmann und Leipart bekämpft werden. Das Urteil der „Leipziger Volkszeitung" vom Jahre 1922 über Nörpel und andere Theoretiker der Betriebsrätebewegung aus dem ADGB. bleibt trotzdem noch heute in voller Kraft bestehen. Klemens Nörpel, dieser Nachfolger des berüchtigten Dr. Striemer, eines bürgerlichen Auch-Sozialisten, der jahrelang als Redakteur der Betriebsräteliteratur des ADGB. die deutsche Arbeiterschaft mit plattesten reformistischen Bettelsuppen vergiftete, hat sich übrigens selbst am besten gekennzeichnet. Im Organ seiner österreichischen Gesinnungsgenossen „Arbeit und Wirtschaft" vom 1. Dezember 1923 suchte er seine Haltung in der Betriebsrätebewegung gegen die Kritik der Österreicher zu rechtfertigen und schrieb folgendes:

„Die Geschichte wird einst objektiv darüber urteilen, ob die Haltung der deutschen Gewerkschaften richtig war, und damit werde vielleicht auch ich gerechtfertigt werden; denn für so bedeutend halte ich mich nicht, daß sich die Geschichte auch mit mir beschäftigt. Aber ich kann nur versichern, daß ich mit ganzer Seele auf seiten der Arbeitnehmer bin und daß ich es eben nicht verhindern konnte, wenn ich **durch die Verhältnisse in eine zweifelhafte Lage gedrängt** wurde. Meine Absicht, Arbeiterinteressen preiszugeben, war es jedenfalls bestimmt nicht."

Kein Kommunist wäre imstande, über die Theorie und Praxis der Betriebsrätebewegung der freigewerkschaftlichen Spitzen ein so vernichtendes Urteil auszusprechen, wie es der Theoretiker und Leiter der freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale selbst mit diesen Worten getan hat. **„In zweifelhafte Lage gedrängt" — das heißt auf die Seite des Unternehmertums gegen die Arbeiterklasse — nicht durch die Verhältnisse, sondern durch ihre eigene Taktik, das ist das Fazit der Praxis der freigewerkschaftlichen Betriebsrätearbeit der Gewerkschaftsspitzen für die letzten anderthalb Jahre,** und zwar nach ihrem eigenen Geständnis.

Nun zurück zu den Entschließungen des Leipziger Gewerkschaftskongresses. Die Entschließung Nörpel spricht klar aus, daß die Alleinherrschaft der Unternehmer in ihren Betrieben durch das bestehende Betriebsrätegesetz, das Bilanzgesetz und das Aufsichtsratsgesetz „im Prinzip" durchbrochen sei. Die Betriebsräte mit ihren gesetzlichen Aufgaben seien — oder müssen sein — nichts anderes als Organe der Gewerkschaften. Zur Verwirklichung ihrer Aufgaben müssen die Betriebsräte vor allen Dingen mit „eiserner Energie" an ihrer Ausbildung „in allen Fragen des Arbeiterrechtes und der Wirtschaftsführung" arbeiten. Daß die Betriebsräte bei so umrissenen Aufgaben nur zu **Mithelfern des Unternehmertums in der Ausgestaltung seiner Profitwirtschaft, zu Zutreibern für die kapitalistische Betriebsführung, zu Hütern der Sicherheit und Ordnung im kapitalistischen Betriebe** heruntersinken müssen, das haben einmal sogar die österreichischen Reformisten ausgesprochen. (Ellenbogen in der „Internationalen Gewerkschaftsbewegung".) Die kommunistische Fraktion hat deshalb schon auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß der Entschließung ihre eigene entgegengestellt, in der sie aussprach, daß die Hauptaufgabe der Betriebsräte darin bestehen muß, nicht nur im täglichen Kampf die Interessen des Proletariats gegen das Unternehmertum zu vertreten, sondern auch darüber hinaus **die Pioniere und Wegweiser im Kampf zur Überwindung des Kapitalismus und Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung zu sein.** Diese Hauptaufgabe der Betriebsräte sei durch die gesetzliche Grundlage der Betriebsräteeinrichtung nicht aufgehoben. Zur Erfüllung der Aufgaben der Betriebsräte sowohl in der Gegenwart wie in der Zukunft, sei es notwendig, daß die Betriebsräte nicht nur in organisatorischen, betriebs- und finanztechnischen Fragen ausgebildet werden, sondern daß ihnen auch **das geistige Rüstzeug für ihre revolutionären Aufgaben geliefert und übermittelt wird.** Stellt man beide Resolutionen gegenüber, so kann man erst erkennen, wie unzulänglich, wie beschränkt reformistisch in ihrer Auffassung, wie **unternehmerfreundlich in ihrer praktischen Auswirkung** die Einstellung der deutschen Gewerkschaftsspitzen in der Betriebsrätefrage ist.

Diese Einstellung wollen aber die deutschen Amsterdamer mit allen organisatorischen Machtmitteln bei den sich gegenwärtig im Gange befindenden Betriebsrätewahlen durchsetzen. Der Leipziger Gewerkschaftskongreß hat neben der Entschließung Nörpel eine **Entschließung Brey zu den Neuwahlen der Betriebsräte** angenommen. Diese Entschließung empfiehlt, auf „geistige Strebsamkeit, gewerkschaftliche Tüchtigkeit und längere Erfahrung" bei der Aufstellung der Betriebsrätekandidaten besonders achtzugeben und, um die Aufstellung der Kandidaten „nach parteipolitischen Gesichtspunkten" auszuschalten, hat sie eine Reihe von Regeln aufgestellt, die tatsächlich darauf hinauslaufen, es der **Gewerkschaftsopposition und den Kommunisten unmöglich zu machen,** den reformistischen Unternehmerlakaien revolutionäre Betriebsrätekandidaten entgegenzustellen.

Die Entwicklung seit Juni 1922 hat die Gegensätze in der Betriebsrätefrage noch zugespitzt. Die Kommunisten entsprachen den Geboten der harten Wirklichkeit und, getreu den Entschließungen der Kommunistischen und der Roten Gewerkschaftsinternationale, wollten sie aus den Betriebsräten ein **Organ des Klassenkampfes in den Betrieben** — also in der **Masse der Arbeiterschaft** selbst — machen.

In der schlimmsten Verfallsperiode der Gewerkschaften, da die deutschen Kommunisten eine starke Gewerkschaftsopposition auf dem Boden des Weimarer Programms um sich gesammelt haben, sprechen sie klar aus, daß sie gewillt sind, das organisatorische Schwergewicht in die Betriebe zu verlegen, die Betriebsräte als die untersten Kampforgane und Grundpfeiler der Gewerkschaften an die gesamte Gewerkschaftsarbeit heranzuziehen und ihnen unter anderem eine Reihe von gewerkschaftlichen Funktionen zu übergeben. Ähnlicherweise hat die Entschließung der letzten Plenarsitzung der Exekutive der Kommunistischen Internationale zu der Gewerkschaftsfrage darauf hingewiesen, daß die Hauptaufgabe der Kommunisten in der Konzentration aller Kräfte auf die Arbeit in den Betrieben und Betriebsräten besteht, daß den Betriebsräten die wichtigste Aufgabe zufällt, in den sich häufenden elementaren Kämpfen die organisierten Gewerkschaftsmassen mit den Nichtorganisierten zu verbinden. Sicherlich können aber die Betriebsräte ihre revolutionären Aufgaben nicht in dem Falle erfüllen, wenn sie zu der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie bedingungslos unterstellten Organen gemacht werden. **Das ist aber das „vornehme Ziel" der deutschen Amsterdamer in der bevorstehenden Betriebsrätewahlkampagne, und damit bezwecken die Amsterdamer nichts anderes, als die Sicherstellung** ihrer gesamten arbeiterfeindlichen Gewerkschaftspolitik. Dieses Ziel wird auf der internationalen Bühne mit der heuchlerischen Phrase vertuscht, daß man auf die Offensive des internationalen Unternehmertums gegen den Achtstundentag mit einer Gegenoffensive um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben erwidern wolle (vgl. die Beschlüsse der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale vom 12. Januar 1924).

Die Amsterdamer stellen mit Recht fest (vgl. den Leitartikel der Gewerkschafts-Zeitung Nr. 8 vom 23. Februar), daß das Unternehmertum in Deutschland gegenwärtig daran ist, den Gewerkschaften die Betriebsräte entgegenzustellen, sich in ihnen einen Stützpunkt zu schaffen, der ihm helfen würde, seine Klasseninteressen noch leichter und restloser durchzusetzen, als es durch die reformistische Gewerkschaftsbürokratie geschah. Anstatt mit den Gewerkschaften Tarifvereinbarungen abzuschließen, möchten die Unternehmer gerne solche Vereinbarungen mit den Betriebsvertretungen überall dort abschließen, wo die Betriebsvertretungen ihrem Willen noch gefügiger sind als die Gewerkschaften. Mit Recht stellt die „Gewerkschafts-Zeitung" fest, daß die Bemühungen des Unternehmertums scheitern müssen.

wenn die Betriebsräte und die Belegschaften auf die schlaue Taktik des Unternehmertums nicht hineinfallen. Aber das kann selbstverständlich nur in dem Falle geschehen, wenn die Betriebsräte nicht blinde Diener der verräterischen reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, sondern klassenbewußte Organe der Interessen der Arbeiterklasse sind. Seitdem die Offensive des Unternehmertums mit dem Zusammenbruch des Ruhrkrieges in ihre schärfste Periode getreten ist, hat aber die reformistische Gewerkschaftsbürokratie zu hundert Malen bewiesen, daß sie bereit ist, „vorläufig" alle Arbeiterrechte und -interessen preiszugeben, um sich nur bei dem Unternehmertum als „Tarifkontrahenten", als „gleichberechtigte Partei" erhalten zu können. Wenn sie jetzt mit allen Mitteln danach strebt, die Betriebsräte bei den bevorstehenden Betriebsrätewahlen zu ihren untertänigen Organen zu machen, so sollen diese Bestrebungen eben nur diesen ihren „hehren" Zielen dienen. Das hat besonders klar die jüngst stattgefundene Tagung des Metallarbeiterverbandes gezeitigt. Dieselben „bewährten Führer", die die Arbeiterinteressen wiederholt in Berlin und im Rheinland-Westfalen und an vielen anderen Orten des Reiches verkauft und verraten haben, wollen es mit allen Mitteln — bis zum Ausschluß der Opposition aus dem Verband, bis zur Spaltung des Verbandes selbst! — verhindern, daß sich die kommunistische Opposition, die an der Spitze der Kämpfe gegen die Unternehmeroffensive stand und steht, in den Betrieben verankert, daß sie eine breite Basis in den Betriebsräten findet (vgl. die Entschließung des Kasseler Verbandstages „betreffend die Solidarität und Disziplin" der Gewerkschaftsmitglieder).

Unsere Partei hat die Bedeutung der Betriebsrätewahlen rechtzeitig erkannt und ging mit ganzer Energie an ihre Vorbereitung und Ausnutzung zur Hebung und Stärkung des Klassenbewußtseins, des Kampfeswillens in den Betrieben. Sie hat die Parole ausgegeben: Die Reichsbetriebsrätewahlen sind wichtiger als die Reichstagswahlen. Sie hat unseren Parteimitgliedern und Freunden ein streng prinzipielles Verhalten bei den Wahlen vorgeschrieben: Keine Wahlkompromisse mit den Amsterdamern, frisch-fröhlicher Ideenkampf, um die Seelen der Arbeitermassen — Kampf, der letzten Endes an und für sich ein Klassenkampf ist. Wird es uns in diesem Kampfe gelingen, die Mehrheit der Arbeiterschaft auf unsere Seite zu bekommen, so wird sie auch durch die Entsendung der tapfersten und folgerichtigsten Klassenkämpfer in die Betriebsräte ihre Interessen und Rechte zu wahren suchen. Von unten auf, aus den Betrieben heraus, bis zu den Gewerkschaftsspitzen wird dann die deutsche Arbeiterschaft die Organe der Verteidigung ihrer Interessen, der Verwirklichung ihrer Ziele ausbauen. Nur unter dieser Bedingung wird sie aber in der nächsten Zeit der Unternehmeroffensive nicht unterliegen, ihre äußerste Verelendung und Verjochung durch das Kapital verhindern, den freien Weg zu der endgültigen Emanzipation vom kapitalistischen Joche finden können. Daher sind die Betriebsrätewahlen in Deutschland von großer Bedeutung auch für das internationale Proletariat.

Union der Sowjetrepubliken

Brief aus Sowjetrußland.

Sowjetrussischer Journalismus.

(Eine Wandzeitungenausstellung.)

Von Frida Rubiner (Moskau).

•• Würde ein gewissenhafter Beobachter an Hand von Zahlen einen Vergleich anstellen wollen über die Entwicklung der jetzigen russischen Presse neben der, sagen wir, englischen oder deutschen, so wäre das Ergebnis ein durchaus schiefes Bild über das Wesen der Sache. Daß in der Hauptstadt, in Moskau zum Beispiel, die Zahl der Tagesblätter an den Fingern abzuzählen ist, sagt noch gar nichts, was und wieviel die Moskauer Bevölkerung an Tagespresse liest. In Rußland liegt die Kultur nicht auf der Straße wie in Westeuropa (wo sie allzuoft nur mit Zivilisation verwechselt wird): man muß in die Massen hineinsteigen, mitten unter die Massen gehen, die durch die Revolution erst ein Auge zum Sehen und einen Mund zum Sprechen erhalten haben — um die wahre Kultur des Volkes zu finden, eine Kultur, die mitunter eigentümliche neue Formen trägt. Wie die Quantität dialektisch in Qualität umschlägt, kann man hierzulande erfahrungsgemäß lernen.

Ein solcher Ausflug dieser Erfahrung ist ein Rundgang durch die Ausstellung von Wandzeitungen, die gegenwärtig im Gewerkschaftshaus (früheren Hause der „Adeligen-Versammlung") zu sehen ist.

Was ist eine Wandzeitung?

Auch in Westeuropa, in Deutschland geben die Betriebe Wandzeitungen heraus, die für die Zwecke des Betriebes mit der Hand geschrieben oder mit der Schreibmaschine vervielfältigt werden. Wir wissen, welchen Nutzen solche Wandzeitungen uns, Kommunisten, bringen zu Zeiten, wo unsere Presse verboten ist oder während der Streiks keine Zeitungen gedruckt werden können. Die Betriebszeitung, die in wenigen Exemplaren an der Wand angebracht wird, ist ein Mittel der Propaganda, ja, des politischen Kampfes. Aber trotzdem bleibt die Wandzeitung ein Palliativ, ein Surrogat für die gedruckte Zeitung.

Anders — in Rußland. Hier ist die Wandzeitung sozusagen eine Erfindung, eine Entdeckung der Massen, die bisher überhaupt nur in ein fernes Verhältnis zu der Zeitung standen. In den russischen Betrieben gibt es jetzt Tausende von Arbeitern, die vor fünf, sechs Jahren noch kaum schreiben und lesen konnten. Sie haben technisch das Schreiben gelernt, sie haben reden gelernt, sie haben — durch die ganze Technik des Sowjetregimes — es gelernt, ihre Gedanken und ihre Wünsche zu formulieren und in die Öffentlichkeit zu bringen. Es drängt sie, die Kommunikation mit der Außenwelt, mit den Klassengenossen usw. zu finden, und da ist die Wandzeitung das erwünschte Hilfsmittel. Fast in jedem größeren Betriebe, in jeder Institution, Lehranstalt usw. werden solche „Wandzeitungen" erzeugt.

Die Wandzeitung wird mit den einfachsten Mitteln hergestellt, manchmal im Umfang von einem doppelten Foliobogen, manchmal aber auch drei-, viermal so groß. Die Buchdruckereien leisten sich den Luxus, die Wandzeitungen ihrer Arbeiter zu drucken, in den großen Betrieben werden die Wandzeitungen der Belegschaft im Büro der Administration, der Gewerkschaftsorganisation oder der Betriebszelle auf der Maschine abgeschrieben; die anderen werden einfach von einem oder mehreren schreibgewandten Arbeitern sorgfältig, mit großen, runden Buchstaben, mit der Hand liebevoll abgeschrieben.

Die Ausstellung im Moskauer Gewerkschaftshaus, die von dem Moskauer Komitee der RKP. organisiert ist, zeigt — etwa 400 Wandzeitungen, hauptsächlich aus der Stadt Moskau — eine Ausstellung, wie man sie kaum irgendwo außerhalb Rußlands finden könnte. Die Zeitungen machen schon rein äußerlich den Eindruck einer intensiven, vielgestaltigen Massenarbeit. In der Ausstattung drückt sich der Charakter und Geschmack der Verfasser aus. Sämtliche Zeitungen datieren aus der Woche nach dem Tode Lenins, sie alle haben zum Inhalt: Lenin, den Meister, seine Bedeutung. Die Zeitungen sind mit Bildern (Illustrationen aus Zeitschriften, die ausgeschnitten und sorgfältig aufgeklebt sind), Porträts und Eigenmalereien und Zeichnungen jeder Art geschmückt. Manche dieser Porträts sind rührend in ihrer Hilflosigkeit, aber wiederum gibt es auch solche, die von Geschick, ja mehr: Begabung zeugen. Eine Zeitung hat die Form eines großen Kreises: die Erdkugel, an deren Pol die Figur Lenins steht; die Kugel wird von einem Hammer und einer Sichel umschlungen, deren beide Enden Lenin in den Händen hält. Ein anderer Hauskünstler des Betriebes läßt seine Phantasie auf die Weise spielen, daß der Grundton der Zeitung in mattem Rot das Bild Lenins trägt. Die Variationen sind sehr zahlreich, aber immer originell, auffallend.

Der Inhalt: Artikel, kleine Abschnitte aus Lenins Werken, Erinnerungen, Gedichte, kleine Erzählungen, Gefühlsergüsse, einfach Bemerkungen. Gewiß kehren viele stereotype Phrasen wieder, oder Sätze, die aus Reden und Zeitungen den Leuten im Ohr haften geblieben sind, aber daneben trifft man Sachen von so einfacher natürlicher Frische und Unmittelbarkeit, wie man sie kaum in einer „wirklichen" Zeitung finden kann. In der Wandzeitung einer Betriebsschule erzählt ein Lehrling von seiner Mutter, die sehr religiös ist und keinen Kirchgang versäumt. Als Lenin starb, ging die Mutter am Sonntag nicht in die Kirche, sondern zum Begräbnis Lenins. Da habe ich gesehen, schreibt der Knabe, daß Lenin auch für eine so ganz ungebildete Frau, wie meine Mutter, etwas Großes bedeutet. Ein alter Bauer erzählt, wie er im Jahre 1918, zu einer Zeit, als er nichts zu beißen und fressen hatte, nach Moskau ging, sich den Zutritt zu Lenin verschaffte und um dessen Hilfe bat. Lenin half. Von geschichtlicher Wichtigkeit ist eine andere Erzählung, der Bericht eines früheren Soldaten, wie man in einem Truppenteil unter dem Einfluß weißgardistischer Propaganda beschlossen hätte, Lenin zu ermorden

(es war 1917 oder 1918). Da kam Iljitsch hin und hielt eine Rede; nachdem der Betreffende Lenin gehört hatte, beschloß er, das Attentat nicht auszuführen. Eine Arbeiterin aus der Textilfabrik „Prochorowka" schreibt: „Nadeschda Konstantinowna (Lenins Frau) hat gesagt, daß Wladimir Iljitsch sein Herz und sein Hirn für die Arbeiterklasse hat verbrennen lassen. Ich, eine Arbeiterin, werde sagen: unser Wladimir Iljitsch hat sein Herz und sein Hirn nicht verbrannt, sondern verteilt für die Klasse der Arbeiter und Bauern."

Diese Ausstellung könnte als Illustration dafür dienen, wie Lenin im Bewußtsein der proletarischen Massen Rußlands lebt.

Ein Rundgang durch diese Ausstellung ergibt die überraschende Entdeckung, daß es in Rußland jetzt schon ein Riesenschicht von Proletariern gibt, die in einer Zeitung schreiben können. Wenn um jede Zeitung herum sich drei bis fünf Schreiber gruppieren, so hat Moskau allein 300 bis 500 Arbeiter, die schreiben. Das ist ein ganzer Stab proletarischer „Journalisten". Das Institut der „Arbeiterkorrespondenten", die aus jedem Betriebe an eine Zeitung berichten, hat seinerseits einen Stab qualifizierter proletarischer Berichterstatter ausgesondert. Natürlich sind das alles nicht Leute, die über Lloyd Georges und die Schikanen der Weltpolitik Leitartikel schreiben, aber sie verstehen es, zu der Politik ihrer Umgebung Stellung zu nehmen, ergreifen das Wort zu den aktuellen Fragen ihres proletarischen Daseins und werden somit zu aktiven Teilnehmern des öffentlichen Lebens. Das ist ein „Journalismus" neuer Art, ein Massenjournalismus, der in seiner weiteren Entwicklung unzweifelhaft ein Element der neuen kommenden, proletarischen Kultur bilden wird.

Arbeiterbewegung

Der Kongreß des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Von August Enderle (Berlin).

** Vom 17. bis 23. Februar tagte in Kassel die 16. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV.). Nach dem Statut des Verbandes muß alle zwei Jahre eine Generalversammlung stattfinden, die die Politik und Taktik des Verbandes zu bestimmen und den gesamten Vorstand neu zu wählen hat. Die 16. Generalversammlung war einberufen auf den September 1923, wurde aber wegen Geldschwierigkeiten des Verbandes damals bis auf weiteres vertagt und hat nun erst jetzt stattgefunden. Da die Delegierten schon im August 1923 gewählt wurden, bot ihre Zusammensetzung kein wirkliches Spiegelbild der gegenwärtigen Auffassung in der Mitgliedschaft. Hätte im Januar oder Februar 1924 eine Neuwahl stattgefunden, so wäre ohne Zweifel die Amsterdamer Mehrheit eine bedeutend kleinere gewesen, als sie jetzt in Kassel war.

Dem Verbandstag des DMV. in Kassel sah die gesamte deutsche Arbeiterschaft mit großer Spannung und mit großen Erwartungen entgegen. Der DMV. ist die größte Gewerkschaft nicht nur in Deutschland, sondern der ganzen Welt — er zählte Mitte 1923 1,600.000 Mitglieder, ist aber inzwischen auf schätzungsweise eine Million Mitglieder zurückgegangen. Die Beschlüsse des größten Verbandes innerhalb der deutschen Gewerkschaften haben naturgemäß für die gesamte Gewerkschaftsbewegung die größte Bedeutung und beeinflussen die Taktik und Politik des ADGB. auf das stärkste. Neben dieser Tatsache lag die Bedeutung der Kasseler Tagung in zwei wichtigen politischen und wirtschaftlichen Faktoren. Einmal, daß sie die erste große Tagung einer deutschen Gewerkschaft war, die seit der Verhängung des Belagerungszustandes, seit der unumschränkten Herrschaft der weißen Militärdiktatur und der schrankenlosen Kapitalsoffensive (Ermächtigungsgesetz, Beseitigung des Achtstundentages, Lohnabbau, Beamtenentlassungen usw.) stattfand; und zum anderen darin, daß die von den Kommunisten geführte Opposition, mit ihren 140 von insgesamt 400 Delegierten, stärker denn je auf einem Verbandstag war. Dazu kam, daß die sogenannten linken Sozialdemokraten unter Führung des durch seine radikalen Redensarten sehr bekannten Dissmann über zirka 70 bis 90 Sitze verfügten und sich wiederholt bereit erklärten, mit den Kommunisten zusammenzugehen, um die rechten Amsterdamer in die Minderheit zu bringen und das Verbandssteuer nach links zu werfen. Wir werden gleich zeigen, wie gegenüber diesen Versprechungen die Taten des „linken" Maulhelden aussahen!

Rein äußerlich verlief der Verbandstag verhältnismäßig ruhig. Zu einigen stürmischen Auftritten kam es nur, als die beiden Bevollmächtigten der Berliner Zahlstelle, zwei ganz verbohrte Amsterdamer, den Antrag stellten, sämtliche Berliner Mandate, das heißt 38 oppositionelle Delegierte, zu kassieren und bei dem allen proletarischen Empfinden hohnsprechenden Ausschluß zahlreicher oppositioneller Verbandskollegen aus dem DMV. Im übrigen trugen die Verhandlungen ganz den Charakter eines bürgerlichen Parlaments, mit ausgeprägten verschiedenen politischen Fraktionen, wie auch das Präsidium und alle Unterkommissionen auf dem Verbandstag debattenlos, entsprechend der Stärke der beiden großen Fraktionen, besetzt wurden.

Auf der Tagesordnung standen nur wenige Punkte: Geschäftsbericht, Internationaler Metallarbeiterkongreß und Sozialpolitik. Den weitaus größten Raum nahm der erste Punkt „Geschäftsbericht" in Anspruch. Dabei mußte nicht nur Abrechnung mit dem Vergangenen gehalten werden, sondern hier galt es auch zu ringen um die Politik, Taktik und Kampfesführung des Verbandes in der Zukunft. Wenn die „linken" Sozialdemokraten der weitaus großen Mehrheit der Arbeiterschaft den Beweis zu erbringen hatten, daß hinter ihren radikalen Redensarten und ihrem so oft angekündigten „Kampf" gegen den mit dem Kapital zusammenarbeitenden rechten Flügel in den Gewerkschaften mehr als nur Wortradikalismus steckt, so zeigte schon der von Dissmann gegebene Vorstandsbericht, daß die linken Amsterdamer genau so reaktionär und konterrevolutionär wie die rechten sind. Beide Richtungen sind sich absolut darin einig, daß die alte Gewerkschaftspolitik fortgesetzt und der Kampf gegen die revolutionäre Opposition mit allen Mitteln, selbst mit dem der Spaltung, verschärft weitergeführt werden muß. Dissman verwandte von seiner dreieinhalbstündigen Rede über zwei Stunden zu einem wütenden Angriff gegen die Kommunisten. Der Kampf gegen die Kommunisten war das einzig „Positive" seiner im Namen des Vorstandes gehaltenen Rede. Auf all die heute das Proletariat bewegenden Fragen: Wie soll der Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages, gegen Lohnabbau und Massenentlassungen, gegen Erwerbslosigkeit, gegen Kapitalsoffensive und weißen Terror geführt und mit welchen Mitteln soll die Massenflucht aus den Gewerkschaften aufgehalten werden, gab Dissmann und mit ihm die ganze Amsterdamer Mehrheit keine Antwort.

Die Opposition übte durch ihre Sprecher, wie in der von ihr eingereichten programmatischen Resolution zum Geschäftsbericht eine scharfe, unerbittliche Kritik an den Amsterdamern, ohne Unterschied, ob sie als Rechte oder Linke gelten. Neben dem Aufzeigen aller der Fehler und Verrätereien der Gewerkschaftsführer, die das Proletariat in den Abgrund geführt haben, wies die Opposition sowohl in ihrer großen Resolution wie in einer Reihe von Anträgen zu allen akuten Tagesfragen den Weg, den nach ihrer Auffassung die Gewerkschaften gehen müssen, um mit der bisherigen verderblichen Politik und Taktik zu brechen und das Proletariat auf dem Wege des Klassenkampfes zum Siege zu führen.

Doch die Amsterdamer Mehrheit schlug alle Mahnungen und Warnungen in den Wind, ja, sie nahm sich nicht einmal die Mühe, die Lebensfragen des Proletariats auch nur zu diskutieren. Mit ganz seltenen Ausnahmen einzelner sozialdemokratischer Delegierter lehnte sie geschlossen alle oppositionellen Anträge ab. In ihrem Haß gegen die Opposition ging sie sogar so weit, einen Antrag, der ausschließlich gegen den weißen Terror gerichtet und in dem absichtlich jede berechtigte Kritik an den Reformisten, die den weißen Terror mitverschuldet haben, vermieden war, niederzustimmen.

Noch krasser zeigte sich die Verbohrtheit der Amsterdamer bei den Abstimmungen über die Ausschlüsse von vielen Dutzenden revolutionärer Kollegen. Die Tatsache, daß die Ausgeschlossenen das Vertrauen von Tausenden und Hunderttausenden genießen und daß ihr lediglich aus politischen Gründen erfolgter Ausschluß Hunderttausenden von Arbeitern jedes Vertrauen zum Verband raubt, störte sie nicht, alle vom Vorstand verfügten Ausschlüsse gutzuheißen.

Wurden alle Anträge der Opposition abgelehnt, so hat die Mehrheit zu den brennenden Tagesfragen durch Anträge überhaupt nicht Stellung genommen. Ihre beiden Resolutionen zum Geschäftsbericht sind im ersten Teil leeres Wortgeklingel mit der Tendenz, alles beim alten zu lassen, und in ihrem zweiten Teil eine ausdrückliche Bestätigung der vom ADGB. durch seinen Beschluß vom 15. Januar 1924 eingeschlagenen Spaltungstaktik großen Stils. Durch die von der Mehrheit gefaßten Beschlüsse wird allen revolutionären Arbeitern, die sich nicht willenlos dem Diktat der Amsterdamer beugen, der Hinauswurf angedroht. Eine Hemmung bestand für die Amsterdamer. Sie konnten das Statut nicht mehr nach ihrem Willen ändern, denn zur Statuten-

änderung ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig, und die hatten sie, wie schon angeführt, nicht mehr. Dadurch sind einige ihrer reaktionären Absichten, wie Beschränkung des Wahlrechtes innerhalb des Verbandes, Beschneidung des Selbstbestimmungsrechtes der Mitglieder usw., verhindert worden. Bei der Statutenberatung stand auch die taktisch wichtige Frage der Verhältniswahl zur Debatte. Die Amsterdamer haben sie einmütig abgelehnt.

Bei der Stellungnahme zum **Internationalen Metallarbeiterkongreß**, der im Juni 1924 in Wien stattfindet, trat der ganze Gegensatz zwischen der Amsterdamer und der revolutionären Richtung in Erscheinung. Es sprachen dazu der Verbandsvorsitzende **Reichel** wie auch der Vorsitzende der Metallarbeiter-Internationale **Ilg**. Sie sangen das altbekannte Lied, daß die Internationale nur deshalb so ohnmächtig wäre, weil „die anderen" zu schwach wären und ihre Aufgaben nicht erfüllen konnten. Die Aufnahme des russischen Metallarbeiterverbandes in die Berner Internationale knüpften sie an unverschämte Bedingungen, worin einmal die Anerkennung der Amsterdamer Internationale und zum anderen der Kampf gegen den russischen Sowjetstaat gefordert wird. Die Aufnahme der revolutionären Metallarbeiterorganisationen, die in den verschiedenen Ländern durch die Amsterdamer abgespalten wurden, wie die revolutionären Metallarbeiterverbände in der Tschechoslowakei und in Frankreich, lehnten die Amsterdamer grundsätzlich ab. Damit haben sie absichtlich den Weg zur Schaffung einer wirklichen Metallarbeiterinternationale versperrt.

Bei dem Punkt **„Sozialpolitik"**, in dem der ganze furchtbare Rückschlag, den das deutsche Proletariat durch den Verrat der Revolution seitens der Reformisten erlitten hat, hätte aufgerollt werden müssen, lief der „Kampf" der Amsterdamer auf die Aufforderung an die Arbeiter hinaus, möglichst viele Sozialdemokraten in den Reichstag zu wählen.

Bestand bis zum Verbandstag bei den rechten Amsterdamern die bestimmte Absicht, Dissmann auszuschalten und nicht wieder in den Vorstand zu wählen, so zeigte es sich bei der **Vorstandswahl**, daß Dissmann und seine übrigen linken Freunde den Rechten durch ihr Auftreten auf dem Verbandstag den Befähigungsnachweis erbracht haben, als würdige Vertreter der reaktionärsten Amsterdamer weiter ihres Amtes zu walten. Und so wurde gegen die Stimmen der Opposition der alte Vorstand restlos wiedergewählt.

Der Verlauf und das Ergebnis des Kasseler Verbandstages ist nicht nur für die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft, sondern vor allem auch für ihren Vortrupp, die Kommunistische Partei Deutschlands, **eine wichtige Lehre**. In Kassel hat es sich gezeigt, daß jeder Versuch, mit den linken SPD.-Führern auch nur ein Stück Weges zusammenzugehen, ein vergebliches Bemühen ist und immer zum Schaden für die revolutionäre Sache ausschlagen wird. Die Lehren, die die KPD. aus den Ereignissen im Oktober und November vorigen Jahres gezogen hat, muß die KPD. auch rücksichtslos auf gewerkschaftlichem Gebiete ziehen. So, **wie die Linken bei den Oktoberereignissen im vorigen Jahr politisch versagten, so haben sie in Kassel gewerkschaftlich versagt.** Deshalb Kampf gegen die Maulhelden radikaler Redensarten bis ans Messer — Kampf für die Gewinnung der Massen für die **wirklich revolutionäre Gewerkschaftspolitik!**

Die Situation in den deutschen Gewerkschaften ist nach Kassel kritischer denn zuvor. Die Amsterdamer sind offensichtlich gewillt, die **Spaltung der deutschen Gewerkschaften ohne jede Rücksicht durchzuführen.** Die Opposition unter Führung der Kommunisten wird alles tun, um dieses **Verbrechen** zu verhindern, doch sie wird und muß sich vorbereiten, daß sie gerüstet dasteht, wenn die Amsterdamer allen Interessen des Proletariats zum Trotz die Spaltung der Gewerkschaften durchführen.

Die Spaltungstaktik der Amsterdamer.

Von Georg Schwarz.

** Die Zerschlagung der Einheit der Arbeiterbewegung war in nationalem Maßstabe von jeher vornehmstes Ziel der Amsterdamer. Die Spaltung der Gewerkschaftsverbände in **Frankreich**, in der **Tschechoslowakei** und in **Rumänien** legt Zeugnis davon ab. Neuerdings versuchen die deutschen Amsterdamer mit Hilfe der berüchtigten Resolution des Bundesausschusses des ADGB. vom 15. Januar auch die Einheit der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zu zerschlagen. Nur der entschlossene Wille der Arbeitermassen wird dies verhindern können, wenn diese einig und geschlossen diesen Schandstreich durch intensive Tätigkeit im Sinne der Beschlüsse der Weimarer Gewerkschaftskonferenz unterbinden.

Nunmehr gehen diejenigen Amsterdamer Führer, die am engsten mit der Bourgeoisie liiert sind, dazu über, auch die Spaltung in die internationalen Organisationen des Proletariats hineinzutragen. In einem Moment, wo sich die Bourgeoisie der ganzen Welt anschickt, der Arbeiterklasse alle Rechte zu nehmen, während das deutsche Proletariat um den Achtstundentag kämpft, hält es der holländische Bäcker- und Konditorenverband für notwendig, unter Bruch der Statuten, seinen Austritt aus der Internationalen Union der Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genußmittelindustrie zu erklären. Gleichzeitig trägt sich dieser Verband mit dem Gedanken, eine neue Internationale der Lebensmittelarbeiter zu gründen.

Dieser Schritt wird begründet mit der Behauptung, daß der der Berufsinternationale angeschlossene allrussische Verband der Lebensmittelarbeiter die Aufgabe habe, die Amsterdamer Richtung in der Internationale zu bekämpfen.

Diese aus den Fingern gesogene Behauptung, die nur den Zweck hat, die Spaltungstaktik rechtsgerichteter Amsterdamer Führer zu verschleiern, wird am besten entkräftet durch ein Rundschreiben des Sekretärs der Internationalen Union, **Schifferstein**, der feststellt, „daß der der Union angeschlossene russische Lebensmittelarbeiterverband seit erfolgter Aufnahme den Statuten nachgelebt hat". Das Rundschreiben stellt infolgedessen fest: „Der holländische Verband hat deshalb kein Recht, seinen Austritt mit der gegebenen Begründung zu rechtfertigen".

Daß die sehr fadenscheinige Begründung des Austrittes des holländischen Bäckerverbandes aus der Internationalen Union nur ein Versuchsballon ist, mit dem die Amsterdamer Führer gegen die revolutionären Verbände operieren wollen, geht aus den Richtlinien des Bundesausschusses des IGB. hervor, betreffs Aufnahme solcher Verbände, die nicht durch ihre Landeszentralen dem IGB. angeschlossen sind. Durch diese Richtlinien, die auf den im Juni stattfindenden Kongreß des IGB. in Wien ihre „Weihe" erhalten sollen, wird die Aufnahme revolutionärer Verbände in die Berufsinternationalen unmöglich gemacht.

Wahrlich, die Herren treiben ein sonderbares Spiel! Hohnlächelnd zerschlagen sie national und international die Einheit der Arbeiterbewegung, zum Wohle und Segen der Bourgeoisie. Durch nichts werden diese Bestrebungen besser gekennzeichnet als durch folgende Feststellungen Schiffersteins:

> „Die Absicht des holländischen Bäckerverbandes muß vereitelt werden. In der heutigen Zeit, wo sich die Reaktion anschickt, der Arbeiterschaft die letzten sozialen Errungenschaften zu entreißen, haben wir sicher Vernünftigeres zu tun, als uns zu spalten. Die deutschen Kollegen stehen in schweren Kämpfen für die Erhaltung des Achtstundentages. Besonders gefährdet ist, wenn wir den engeren Kreis in Betracht ziehen, die Tagesarbeit der Bäcker. Den Mühlenarbeitern will man ebenfalls den Zweischichtenbetrieb mit der zwölfstündigen Arbeitszeit aufzwingen. Allenthalben, wo wir hinblicken, befinden sich unsere Kollegen in schweren Kämpfen, in Kämpfen, die einen engeren Zusammenschluß dringend verlangen."

An diesen Feststellungen, die jeder ehrliche, klassenbewußte Arbeiter unbedingt unterschreibt, kann man die Größe der verbrecherischen Handlungsweise gewisser Amsterdamer Führer ermessen.

Der Zentralausschuß des allrussischen Verbandes der Lebensmittelarbeiter hat sich mit der Sachlage beschäftigt und einstimmig folgende Resolution angenommen:

> „Nachdem der allrussische Verband der Lebensmittelarbeiter das Rundschreiben der Internationalen Union vom 15. Januar über den Austritt des holländischen Bäcker- und Konditorenverbandes aus der Internationalen Union und über seine Absicht, eine neue Internationale zu gründen, gehört hat, spricht er seine Empörung über die Spaltungstätigkeit des holländischen Verbandes aus.
>
> Der allrussische Verband der Lebensmittelarbeiter konstatiert, daß er mehrmals darauf hingewiesen hat, daß die Holländer, Anhänger der Amsterdamer Internationale, Spalter sind, und daß sie die Internationale Union spalten wollen.
>
> Der Austritt des holländischen Verbandes aus der Internationalen Union ist die Politik, die die Amsterdamer Internationale durchführt. Die Mitteilung in den „Nachrichten der Amsterdamer Internationale" Nr. 54 über den Austritt des holländischen Verbandes zeigt ganz deutlich, daß der holländische Verband mit seinem Beschluß der Bestimmung des Kongresses, der im Mai 1923 in Amsterdam stattfand, folgte. Diese Mitteilung des offiziellen Organs der Amsterdamer Internationale bestätigt noch einmal den Standpunkt des allrussischen Verbandes der Lebensmittelarbeiter, daß die Amster-

damer Internationale im Interesse der Bourgeoisie eine Spaltungspolitik führt, und daß die Beschlüsse ihres Kongresses gegen die Interessen des Proletariats und seine Organisationen gerichtet sind.

Das Verhalten der holländischen Spalter in einem für die Arbeiterklasse so schweren Moment unterstreicht noch einmal das, was der allrussische Verband mehrmals geäußert hat: Die Notwendigkeit der Angliederung aller revolutionären Verbände der Lebensmittelarbeiter, die sich noch außerhalb der Internationalen Union befinden, wie der französische Unitäre Verband und andere, an die Reihen der Internationalen Union.

Der allrussische Verband der Lebensmittelarbeiter ist für die Einheit und nimmt an, daß diese Einheit mit der Vereinigung aller revolutionärer Lebensmittelarbeiter in den Reihen der Internationalen Union, die den Kampf gegen das Kapital führt, durchgeführt werden soll.

Für die Einheit, gegen die Spalter in Holland, die die Spaltungsdirektiven der Amsterdamer Internationale durchführen!"

An den Arbeitern und Arbeiterinnen der Lebens- und Genußmittelindustrie in allen Ländern wird es liegen, ob ihre Berufsinternationale ein ohnmächtiges Gebilde oder eine starke internationale Klassenwaffe ist. Gegen die Spaltungstaktik der Amsterdamer, für die revolutionäre Einheit der Arbeiterbewegung, national und international, gilt es, alle Kräfte zu mobilisieren!

Aus der Internationale

Das erste Jahrfünft der Komintern.

Von G. Sinowjew.

(Schluß.)

** Der „große" Staatsmann der Tschechoslowakei, Herr Masaryk, schrieb unlängst einen „historischen" Artikel, der viel Aufsehen machte:

„In meinem Tagebuch notierte ich am 21. d. M. die Nachricht über die Mitternachtsabstimmung im englischen Parlament, über die Abstimmung, mit der die Bildung der Macdonald-Regierung beschlossen wurde. Am 22. d. M. notierte ich die Nachricht über den Tod Lenins... Lenin ist gerade an jenem Tage gestorben, an dem in London die Abstimmung über die neue Regierung stattfand... In England siegte die soziale Demokratie ohne eine blutige Revolution, in Rußland errang sie mittels einer blutigen Revolution den Sieg. Auch in England hat die Marxsche Taktik gesiegt. Nur siegte hier der reifere Marx. Der Revolutionär der „alten Taktik", der Taktik des Blutes, ging — der Revolutionär der „neuen (unblutigen) Taktik" kam.

Das englische Beispiel bestärkt die politisch denkenden Leute in ihrer Überzeugung, daß die blutige Revolution eine veraltete Taktik ist. Die unblutige (nicht nur parlamentarische) Revolution, das ist die neue Taktik."

Masaryk und seine Anhänger sehen darin ein sehr bedeutsames Symbol. Lenin ging und Macdonald kam.

Masaryk wie auch die Helden der II. Internationale übersehen nur eine Kleinigkeit. Während nämlich Macdonald und Henderson nur Gehilfen der englischen Bourgeoisie sind, die sie morgen wegjagen kann und wahrscheinlich auch wegjagen wird, stellt jene Arbeiterregierung, die durch die Arbeiterklasse eines großen Landes unter der Führung Lenins geschaffen wurde, eine wirklich kollektive Führerin der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken dar, sie ist eine revolutionäre Regierung, die schon das siebente Jahr die Angriffe des Weltkapitals zurückschlägt und die Herrschaft der Arbeit auf unerschütterlichen Grundlagen festigt.

Wenn wir schon von Symbolen sprechen, dann symbolisiert die Bildung der Macdonald-Regierung und die Anerkennung der Sowjetunion durch diese Regierung, unmittelbar, nachdem Genosse Lenin die Augen für ewig geschlossen hatte, nur die Tatsache, daß das Werk Lenins, das Werk des revolutionären Marxismus, das Werk der proletarischen Diktatur, jetzt auch schon jene Führer der II. Internationale juristisch „anerkennen", die zuweilen von der mächtigen Bourgeoisie Europas als Minister angestellt werden.

In dem prophetischen Artikel „Die Dritte Internationale, ihr Platz in der Geschichte" sagt Genosse Lenin am Tage nach der Gründung der Kommunistischen Internationale:

„England hat das Beispiel eines Landes geliefert, in dem, wie Engels sagt, die Bourgeoisie mit einer verbürgerlichten Aristokratie, die am meisten verbürgerlichten Oberschichten des Proletariats geschaffen hat. Das vorgeschrittene kapitalistische Land war in bezug auf den revolutionären Kampf des Proletariats um mehrere Jahrzehnte zurückgeblieben. Frankreich hat gleichsam die Kräfte des Proletariats in zwei heldenmütigen Revolutionen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie in den Jahren 1848 und 1871 erschöpft, die in weltgeschichtlichem Sinne äußerst viel gegeben haben. Die Führung in der Internationale der Arbeiterbewegung ging hierauf, in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts, an Deutschland ökonomisch sowohl hinter England wie auch hinter Frankreich zurückstand, an Deutschland über. Als jedoch Deutschland ökonomisch diese beiden Länder überholt hatte, das heißt gegen das zweite Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, steht an der Spitze der universell mustergültigen marxistischen Arbeiterpartei Deutschlands ein Häuflein Erzhalunken, das denkbar schmutzigste Gesindel, das sich dem Kapitalismus verkauft hat, von Scheidemann und Noske bis David und Legien, die widerlichsten Henker aus der Arbeiterklasse im Dienste der Monarchie und der gegenrevolutionären Bourgeoisie.

Die Weltgeschichte geht unaufhaltsam der Diktatur des Proletariats entgegen, aber sie geht beileibe nicht einfache, nicht glatte Wege...

Zeitweilig — selbstverständlich bloß für kurze Zeit — ist die Hegemonie in der revolutionären proletarischen Internationale an die Russen übergegangen, wie sie sich in verschiedenen Perioden des 19. Jahrhunderts in den Händen der Engländer, dann der Franzosen und der Deutschen befand."

Die Führung in der **gegenrevolutionären** II. Internationale befindet sich heute in den Händen Englands. Die Führung in der **revolutionären** proletarischen III. Internationale befindet sich „zeitweilig — selbstverständlich bloß für kurze Zeit" — in den Händen der russichen Arbeiter. Die Sache der Schaffung einer kommunistischen Massenpartei in England muß jetzt die Hauptsorge der **ganzen** Kommunistischen Internationale sein. Wenn die Kommunisten die gelbe II. Internationale aus England verdrängt oder ihre Hegemonie in diesem Lande wenigstens in ernstem Maße erschüttert haben werden, dann wird die Stunde des ganzen europäischen Kapitalismus schlagen.

„Die Marschroute" der proletarischen Revolution, wie sie während des ersten Jahrfünfts der Komintern festgesetzt wurde, geht aus Rußland über Deutschland. Eine andere mögliche historische Variation kann folgende sein: die Revolution kann anfangs im Südwesten Europas, in den Agrarländern siegen und dann weiter nach dem Westen vordringen. Es war kein Zufall, daß wir bereits in zwei Agrarländern, in Ungarn und Bayern, Räterepubliken gehabt haben.

Allerdings wird sich die europäische Revolution nur in dem Maße zu einer Weltrevolution ausdehnen können, in dem sich die Hundertmillionenmassen der Ostvölker, dieser Hauptreserve der Weltrevolution, erheben werden.

Wenn die Revolution sich gleichzeitig mit ihrem Marsch nach dem Herzen Europas auch den Weg nach den Kolonial- und Halbkolonialländern des Ostens bahnen wird, so wird die proletarische Revolution vor allem den englischen Imperialismus zur Zielscheibe haben, dessen Herrschaft vollkommen auf der Unterdrückung der Kolonien und der halbkolonialen Länder beruht. Wenn ein bedeutender Teil der englischen Arbeiterklasse revolutioniert sein wird, wenn sich die englische Arbeiterklasse unter die Fahne der Kommunisten reiht, wenn diese Bewegung mit der nationalen Freiheitsbewegung der unterdrückten Ostvölker zusammenfließt, dann wird die proletarische Revolution in England und in ganz Europa siegen.

Für dieses Ziel zu arbeiten, zu arbeiten ohne Ruh' und Rast, ist die Kommunistische Internationale verpflichtet. Möge Herr Baldwin nicht zürnen, der, mit dem Verfasser dieser Zeilen polemisierend, unlängst im englischen Parlament gesagt hatte, daß niemand voraussehen könne, wieviel Blut vergossen werde, wenn sich die Ostvölker erheben werden. Viel Blut wird vergossen werden?! Wer wird es denn vergießen? Augenscheinlich Sie, „edle" Lords. Das ist der Sinn Ihrer Drohrede, Herr Baldwin! Aber Sie werden durch keine Drohung den gerechten, einzig möglichen Befreiungskrieg der unterjochten Völker gegen ihre Unterdrücker aufhalten können.

Auf den Schultern der englischen Kommunisten liegt heute eine schwierige, aber bedeutsame Aufgabe.

„Die englischen Kommunisten" — schrieb Genosse Lenin in seinen „Kinderkrankheiten" (Deutsche Ausgabe, S. 66) — „haben es jetzt oft sehr schwer, an die Massen heranzutreten, die Massen zu veranlassen, sie anzuhören. Wenn ich als Kommunist auftrete und erkläre, daß ich auffordere, für Henderson gegen Lloyd George zu stimmen, wird man mich gewiß anhören. Und ich werde nicht nur populär erklären können, warum die Sowjets besser sind als das Parlament und die Diktatur des Proletariats besser ist als die Diktatur Churchills (die durch das Aushängeschild der bürgerlichen „Demokratie" verhüllt wird), sondern ich werde auch erklären können, daß ich Henderson durch meine Stimme ebenso unterstützen möchte, wie der Strick den Gehängten unterstützt."

Die Regierungsbildung Macdonalds will man als Einleitung zu einer ganzen neuen Epoche der Blütezeit des Pazifismus begrüßen. Die Führer der deutschen Sozialdemokratie wollen jetzt ihre Rechnung darauf aufbauen, daß in England die „Ihrigen" an der Macht sind. Dasselbe Spiel treiben die Herren Dan und Co., die Führer der russischen Menschewiki. Mögen sie daran ihre Freude haben! Aus der Erfahrung der russischen Revolution, aus der Erfahrung des ganzen internationalen Kampfes der Arbeiterklasse, wissen wir schon längst: je schneller die Menschewiki zur Macht gelangen, um so schneller... ziehen sie auch ab.

Nicht nur die Churchill, Curzon, Asquith und Lloyd George, sondern auch die Henderson, Macdonald, Clynes und Webb arbeiten jetzt für uns, für die Komintern, für die internationale proletarische Revolution.

Die erste Internationale ging nach dem Sturz der Pariser Kommune ruhmreich unter. Die II. Internationale ist ruhmlos untergegangen, geschlagen durch den Opportunismus und durch den Verrat ihrer Führer. Zwischen 1871 und 1889 liegt eine fast 20jährige Periode, in der die Arbeiterbewegung kein Zentrum besaß.

Von 1889 bis 1914 — in der Epoche der II. Internationale — hatte die Internationale Arbeiterbewegung nur eine fiktive Zentralinstanz.

Die Kommunistische Internationale stellte sich die Aufgabe der Schaffung einer einheitlichen Internationalen Kommunistischen Partei, streng zentralisiert, mit einem einheitlichen internationalen Generalstab. Man muß es gestehen, daß auch dies nicht so leicht ging, wie es sich die Führer der Komintern bei deren Gründung vorgestellt haben. Es erfordert mehr Zeit, als viele von uns geglaubt haben. Auch auf diesem Gebiete kommen wir langsamer vorwärts, als wir es gehofft haben.

Aber dennoch kommen wir weiter. Die Idee der Unentbehrlichkeit einer einheitlichen, internationalen zentralen Führung hat sich während dieser Jahre nicht nur durch die Erfolge, sondern auch durch die Niederlagen der internationalen Arbeiterbewegung in unser Denken eingeprägt. Jeder Durchschnittsarbeiter ist sich darüber klar, daß es unmöglich ist, die internationale Bourgeoisie ohne eine internationale proletarische Führung zu besiegen.

Wir alle treten in das zweite Jahrfünft der Kommunistischen Internationale mit dem Bewußtsein ein, daß wir eine große Arbeit geleistet haben, und daß es unsere Pflicht ist, auch weiter ohne Ruh' und Rast an dem Ausbau der internationalen Organisation des Proletariats zu arbeiten.

Wir verkünden die Idee der Unentbehrlichkeit eines einheitlichen Zentralkomitees der Internationalen Kommunistischen Partei. Wir müssen aufrichtig sagen, daß wir auf diesem Gebiete vorläufig nur bescheidene Resultate aufweisen können. Die Sektionen der Kommunistischen Internationale sind noch zu arm an Kräften in ihren Ländern, um für die internationale Führung Kräfte abgeben zu können. Unsere internationalen Verbindungen haben sich gefestigt, aber noch immer nicht in genügendem Grade. Und unser Organisationsapparat hinkt, unser Zentrum ist noch nicht genügend elastisch. Wir verstehen noch nicht, die Aktionen der einzelnen Truppen des internationalen Proletariats zu kombinieren. Wir verstehen noch nicht, den Schlag zu konzentrieren; wir haben noch nicht gelernt, genügend klar vorwärts zu schauen. Wir sind noch nicht imstande, mit der Konzentrierung aller Kräfte auf jenen Punkt, der im gegebenen Moment die Entscheidung in sich trägt, eine schlagkräftige Arbeit zu führen. Es stecken noch starke Überreste aus der II. Internationale in uns, sowohl auf organisatorischem wie auch zuweilen auf taktischem Gebiete. Wir wären der Ideale der Komintern unwürdig, wenn wir uns unsere schwachen Seiten verbergen würden.

Nichtsdestoweniger können wir, nicht unzufrieden auf den zurückgelegten Weg, mit Zuversicht in die Zukunft blicken.

Worauf werden wir in den nächsten Jahren unsere Aufmerksamkeit konzentrieren? Worin werden unsere Aufgaben im beginnenden zweiten Jahrfünft der Kommunistischen Internationale bestehen?

Unermeßliche Aufgaben harren unser. Wir werden ungeheuer viel Arbeit haben. In historischer Perspektive betrachtet, steht die Komintern erst am Anfang ihrer Tätigkeit. Das erste Jahrfünft einer solchen Weltorganisation wie der Komintern sind auf dem Zifferblatt der Geschichte nur fünf Minuten. Die Komintern streckt erst ihre Glieder aus. Sie hat erst eine skizzenhafte Vorbereitungsarbeit geleistet. Aufgaben gibt es eine ungeheure Menge. Die wichtigsten sind folgende:

1. Der Kurs auf eine **baldige proletarische Revolution in Deutschland** bleibt vollauf in Kraft. Die Orientierung, die die Komintern Ende 1923 annahm, bleibt in der Hauptsache richtig. Nicht nur die KPD., sondern auch die Kommunistischen Parteien Frankreichs, Polens, der Tschechoslowakei, Österreichs und Rußlands müssen sich auf das Eintreten der großen Ereignisse in Deutschland vorbereiten.

2. Die Arbeit an der Schaffung einer **kommunistischen Massenpartei in England** ist die Zentralaufgabe nicht nur der englischen Kommunisten, sondern der gesamten Komintern.

3. Allseitige **Unterstützung der amerikanischen und der japanischen Kommunisten** ist eine der Hauptaufgaben der Komintern.

4. Die **Arbeiterklasse Polens erwacht.** Das zeigen uns die Ereignisse Ende vorigen Jahres. Die Krise in Polen reift mit größerer Geschwindigkeit heran, als man es hätte erwarten können. Aufmerksamkeit und Unterstützung der KP. Polens!

5. Die revolutionären Ereignisse in Bulgarien im Jahre 1923 waren nur **die Entladung großer revolutionärer Erschütterungen in Bulgarien selbst,** und auf dem ganzen Balkan. Klaren Blick! Wir müssen klar sehen, daß sich die Revolution über Bulgarien nach allen übrigen Balkanländern den Weg bahnen wird.

6. Mehr, viel mehr **Aufmerksamkeit dem Osten, den kolonialen und halbkolonialen Ländern!** Die Komintern ist keine internationale Organisation, nur für europäische Arbeiter. Nein, die Komintern ist nicht nur eine Organisation der weißen Rasse. Die Kommunistischen Parteien jener Länder, deren Bourgeoisie Kolonien unterjocht, müssen wenigstens die Hälfte ihrer Aufmerksamkeit der Kolonialfrage widmen. Jene Parteien, die das unterlassen, sind keine Kommunistischen Parteien. Nur Verräter oder Feiglinge können eine solche Aufgabe vergessen.

7. Die Hauptaufgabe der Kommunistischen Parteien Europas und Amerikas bleibt nach wie vor die Eroberung **der Mehrheit des Proletariats.** Nur in einigen Ländern sind wir schon nahe daran, diese Aufgabe als erfüllt zu betrachten. Und in diesen Ländern (in Deutschland in erster Linie) müssen wir uns auf **die unmittelbaren Kämpfe um die Macht** vorbereiten.

8. Mit Ausdauer und Geduld, mit Ausnützung der internationalen Erfahrungen und mit unserer ganzen Aufmerksamkeit müssen wir daran arbeiten, um überall dort, wo der Ausgestaltungsprozeß der Kommunistischen Parteien noch nicht zum Abschluß kam, **wirklichen Kommunistischen Parteien zum Leben** zu verhelfen.

9. Die Frage über das gegenseitige **Verhältnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft** muß nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch im Geiste der Lehren des Genossen Lenin gelöst werden. Und wir wissen nicht, ob es eine Partei in der Komintern gibt, vor der sich nicht die Frage über die Arbeit unter der Bauernschaft in dringendster Form erheben würde. Und offen gesagt, haben wir nicht nur keine einzige Partei in der Komintern, die diese Frage befriedigend gelöst, sondern auch keine, die diese Frage ernst aufgestellt hätte. Selbst unsere Balkansektionen, die in solchen Ländern arbeiten, wo die Bauernschaft das Schicksal des Landes entscheidet, haben der Bauernfrage nur eine minimale Aufmerksamkeit gewidmet.

10. Dasselbe gilt auch für die **nationale Frage.** Wir dürfen nicht vergessen, daß die nationale und koloniale Frage ebenfalls in bedeutendem Maße auf die Bauernfrage hinausläuft. Die National- und Kolonialfrage in unserem Programm und in unserer Taktik richtig lösen, die kommunistische Massenagitation in der National- und Kolonialfrage richtig führen, heißt, in bedeutendem Maße die Frage der Gewinnung der Bauernschaft richtig lösen.

11. **Mehr, viel mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung der Jugendinternationale,** jener vorzüglichen internationalen Orga-

nisation, die die Wiege der Zukunft darstellt. Ein für allemal müssen wir mit jener Auffassung Schluß machen, die die Jugendorganisation als eine zweitklassige Angelegenheit, geschweige denn ein Spielzeug betrachtet. Mit ganzer Sorgfalt, mit ganzer Liebe, müssen wir diese unsere Organisation unterstützen, die schon während der ersten fünf Jahre ihrer Existenz eine riesige Rolle spielte und deren riesige historische Rolle, die sie in der Zukunft zu spielen berufen ist, schwer zu schätzen ist.

12. Allseitige **Unterstützung der RGI.** Wieder und wieder Kampf gegen die ungeduldigen Elemente, die geneigt sind, die Linie des kleinsten Widerstandes zu wählen und die Reihen der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu verlassen. Wir sind nicht imstande, neue Gewerkschaften aufzubauen. Wir würden bei einem solchen Versuch zerschlagen werden. Sollten die Kommunisten die Gewerkschaften verlassen, würden wir uns von den Massen loslösen. Kampf um die Einheit der Gewerkschaften und um ihre Revolutionierung — das bleibt die allgemeine Linie. Ausnahmen und Abweichungen von dieser Linie müssen in jedem Falle, wenn es die Verhältnisse fordern, besonders beschlossen werden.

13. Fortzusetzen und zu entwickeln ist die **Taktik der Einheitsfront,** indem wir uns vor Augen halten, daß diese Taktik für uns nichts anderes ist, als die Methode der revolutionären Agitation, Organisation und der Mobilisierung der Massen während einer ganzen, großen Epoche, wo wir noch in der Minderheit sind, und wo die Frage des unmittelbaren Machtkampfes nur in einigen Ländern auf der Tagesordnung steht. Kampf gegen die opportunistischen Tendenzen, die die Einheitsfronttaktik in „erweitertem" Sinne, im Sinne irgendeines dauerhaften politischen Blockes der Kommunisten und der Sozialdemokraten im Rahmen der „Demokratie" auffassen wollen. Wir müssen es verstehen, die Einheitsfronttaktik gemäß den jeweiligen Verhältnissen nach Ort und Zeit zu modifizieren. Wir müssen verstehen, daß die Taktik der Einheitsfront nur dann mit Erfolg durchgeführt werden kann, wenn wir sie nicht schablonenmäßig anwenden, sondern den konkreten Verhältnissen in jedem Lande und in jeder gegebenen Periode anpassen. Wir müssen begreifen, daß wir nicht den linken Flügel der Sozialdemokratie bilden, sondern daß wir eine selbständige Kommunistische Partei sind, deren Aufgabe es ist, die Sozialdemokratie zu überwinden.

14. Noch bewußtere und organischere **Befestigung der internationalen Disziplin** in unsern Reihen und die Verwandlung der Komintern in eine wirklich einheitliche Internationale Kommunistische Partei, die aus einem Zentrum geführt wird — „vorläufig, aber nur auf kurze Zeit" aus Moskau, mit der Absicht, dieses Zentrum nach dem ersten entscheidenden Sieg über die europäische Bourgeoisie in ein Land mit einem zahlenmäßig stärkeren Proletariat zu verlegen.

15. Wir müssen der ersten siegreichen proletarischen Revolution brüderlich und organisatorisch helfen, die Diktatur des Proletariats zu behaupten und jene Taktik der RKP. zu befestigen, die sie auf ihrer letzten Bundeskonferenz gegen Zugeständnisse an die internationale Bourgeoisie, gegen die kleinbürgerlichen Abweichungen annahm. Unterstützung der RKP. bei der Überwindung jener Schwierigkeiten, die sich ihr in der Zeit des Überganges von der Eroberung der politischen Macht zur vollständigen und wirklichen Befestigung der sozialistischen Wirtschaft in den Weg gestellt haben.

•

Wir leben in der Epoche der internationalen proletarischen Revolution. Diese Epoche hat begonnen. Die Revolution entwickelt sich manchmal schneller, manchmal langsamer, und es kommt zuweilen auch eine Stockung vor. Zwischen der einen und der nächsten Welle der proletarischen Revolution können manchmal Jahre vergehen. Es wird eine Leichtigkeit bedeuten, ein Kommunist zu sein, nach einigen Jahren, wenn die Bewegung die Hauptschwierigkeiten überwunden haben wird, und wenn die entscheidenden Siege bereits hinter uns liegen werden. Umso schwerer haben es die Kommunisten heute. Wenig wert sind aber jene „Revolutionäre", denen es nur auf glatten Wegen zu gehen beliebt. Die Komintern muß lernen, die kleinste Möglichkeit auszunützen, um auch in den Jahren und Monaten des „Friedens", der revolutionären „Atempausen", aber auch in den Jahren und Monaten des revolutionären Sturmes und Wirbels organisiert, energisch und planmäßig zu arbeiten. Wir müssen lernen, von der vorsichtigen, langsamen, planmäßigen Propagandaarbeit unter geänderten Verhältnissen schnell zu stürmischen, wilden Attacken überzugehen und umgekehrt. Unterstützen müssen wir jeden erwachsenen kommunistischen Arbeiter, jeden hoffnungerweckenden Funktionär der internationalen Jugendorganisation, jeden in der Arbeit hervorragenden Funktionär der Komintern, die sich, wie Genosse Lenin sagte, zu neuen Liebknechts herausbilden können.

Die Komintern wird jetzt ohne ihren Lehrer, ohne Genossen Lenin arbeiten müssen:

„Die Bewegung des Proletariats geht ihren Gang weiter, aber der Zentralpunkt ist dahin, zu dem sich Franzosen, Russen, Amerikaner, Deutsche in entscheidenden Augenblicken von selbst wandten, um jedesmal den klaren, unwiderstehlichen Rat zu erhalten, den nur das Genie und die vollendete Sachkenntnis geben konnte."

So schrieb Engels am Todestage von Karl Marx.

Die ganze Komintern kann und muß diese traurigen Worte nach dem Tode des Genossen Lenin wiederholen. Je größer unser Verlust, um so größere Verantwortung lastet nun auf jeder Sektion der Komintern, auf jedem einzelnen von uns und auf uns allen zusammen. Auf Grund der kollektiven Erfahrung, auf Grund des Studiums der großen Meister des Kommunismus, Marx und Lenin, bereichert durch die Erfahrung der großen Kämpfe des internationalen Proletariats, deren Bild sich mit jedem Jahre immer großartiger entfaltet, werden wir uns selbstständig den Weg bahnen können, zum Siege, zum Endziele der Komintern. Die Komintern verlor ihren besten Führer. Um so enger schließen wir die Reihen! Nach wie vor weht die Fahne Lenins über allen Sektionen der Kommunistischen Internationale und über der ganzen Komintern als Gesamtorganisation. Kein einziger Kommunist der ganzen Welt wird sich weigern, alles hinzugeben, um für die Sache der Verwirklichung der Leninschen Gebote sein Scherflein beizutragen.

Die Vorgeschichte der Komintern ist abgeschlossen. Es beginnt die eigentliche Geschichte der Kämpfe des kommunistischen Proletariats um den Sturz des Kapitalismus und um die Schaffung der Weltunion der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Die große Arbeit braucht ihre Männer, braucht uns alle.

Also an die Arbeit — im Geiste der Lehren Wladimir Iljitsch Lenins! Noch fünf Jahre und das internationale Proletariat wird das erste Jahrzehnt des Bestehens der Kommunistischen Internationale wahrscheinlich im Zeichen des Sieges des Kommunismus wenigstens in einer Reihe großer Länder begehen können.

Aufrufe

Der 18. März — ein Internationaler Roter Hilfstag.

(Durch Sonderabdruck der Presse bereits zugestellt.)

** Das Zentralkomitee der Internationalen Roten Hilfe hat beschlossen, den 18. März zu einer erhöhten Propaganda für die politischen Gefangenen zu benützen. Wir wenden uns an alle uns angeschlossenen Organisationen, an alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Welt, diesen Beschluß zur Durchführung zu bringen und aufs aktivste an diesem proletarischen Hilfswerk mitzuhelfen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! In allen bourgeoisen Ländern der Welt sind heute die Gefängnisse und Kerker mit politischen Gefangenen angefüllt. Viele von ihnen sitzen schon seit Jahren hinter Zuchthausmauern und sind den grausamsten Torturen ausgesetzt. Ihre Familien leiden ungeheure Not. Sie alle haben Rote Hilfe dringend nötig. Nehmt Euch daher am 18. März vor, in allen Ländern der Welt Sektionen der Roten Hilfe zu bilden und für den Anschluß an die schon bestehenden Organisationen zu werben. Entfaltet höchste Aktivität. Sammelt Geld, damit die Rote Hilfe den Angehörigen der Gefangenen eine laufende und ausreichende Unterstützung zukommen lassen kann. Macht es Euch zur Gewohnheit, am Lohntage einen bestimmten Beitrag für den Bruder im Gefängnis beiseite zu legen. Richtet zu diesem Zwecke in Fabriken und Betrieben, in Gewerkschaftsbüros und in den Läden der Arbeitergenossenschaften Rote-Hilfe-Sammelkästen ein. Kein Fest, keine Veranstaltung von Arbeiter-, Sport- oder Gesangvereinen darf vorübergehen, ohne daß nicht an diesem Tage für die Gefangenen, für die Rote Hilfe gesammelt worden wäre. Benützt den 18. März, um in allen Landes- und Gemeindeparlamenten gegen den Weißen Terror zu protestieren und in den Genossenschaftsversammlungen Anträge auf kollektiven Beitritt mit festem Beitrag zur Organisation der Roten Hilfe

zu stellen. Fordert ebenda besondere Zuschüsse oder Lebensmittel, Feuerungsmaterial und Kleidungsstücke für unsere Gefangenen und ihre Familien.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Benützt den 18. März, um wenigstens einen kleinen Teil des Dankes, den wir unseren Gefangenen und ihren Familien schuldig sind, abzutragen. Die Arbeit für die Rote Hilfe ist ein Teil der großen revolutionären Aufgabe des Proletariats. Wer an der Roten Hilfe mitarbeitet, hilft kampfunfähig gewordene Truppen der revolutionären Klassenarmee wieder kampffähig machen. Je intensiver das Proletariat an der Roten Hilfe mitarbeitet, desto schneller wird das Weltproletariat wieder zu neuen Kämpfen marschieren können. Alle Arbeiter und Bauern, die Frauen und die Jugend, das große Heer der mit uns Sympathisierenden müssen das Werk der Roten Hilfe vollenden helfen.

Bringt den politischen Gefangenen Rote Hilfe!
Fordert ihre Freilassung! — Protestiert am 18. März gegen Weißen Terror und Weltreaktion!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Buchbesprechungen

„Die Kommunistische Internationale Nr. 28/30."*)

Von G. Obitz.

** Das Erscheinen der Nr. 28/30 der „KI." hat durch die Ereignisse in Deutschland während der letzten Monate eine wesentliche Verzögerung erlitten. Aus diesem Grunde kommen leider verschiedene in dieser Ausgabe enthaltene Beiträge reichlich verspätet zur Kenntnis der Leser.

Dennoch bietet das Heft eine große Menge wertvollen Materials, dessen Bedeutung durch Inaktualisierung nicht vermindert werden kann. Zunächst möchten wir auf die Veröffentlichungen hinweisen, die sich auf die deutschen und bulgarischen Vorgänge beziehen. Die vorjährigen revolutionären Erschütterungen in Bulgarien, die Haltung der KPB., ihr offener Kampf gegen die faschistische Zankow-Regierung — all das hat die gesamte Komintern in äußerst tiefgehendem Maße beschäftigt. Und dieses Kapital dürfte im Interesse der uneingeschränkten Ausnützung aller hierbei gemachten Erfahrungen noch nicht abgeschlossen sein. Das gleiche trifft auf die Begebenheiten in Deutschland im Herbst vorigen Jahres zu. Über beide Teile finden wir im vorliegenden Heft der „KI." wichtiges Material, das uns durch einen Auszug aus der Artikelserie des Genossen Sinowjew „Die Probleme der deutschen Revolution", mit einem vollständigen Vor- und Nachwort, sowie durch die Veröffentlichung „Die Ereignisse in Bulgarien" zugänglich gemacht wird. „Das Vaterland der kleinen Sparer par excellence" — Frankreich — das Land des Insularismus, der defensiven Politik, das durch das Erstarken des „Comité de Forges" und — in erster Linie — durch den Ausgang des Weltkrieges zu einem imperialistischen Staat werden muß — schon heute kann dieses Frankreich den Weg fast bestimmen, den die Aufwärtsentwicklung oder der Niedergang des europäischen Kontinents nehmen darf. Die Ursachen, die Frankreich „neue politische Wege" einzuschlagen zwingt, und die uns in großzügig, knapp umrissener, aber doch in eingehender und populärer, ja fesselnder Form aufgezeigt werden: in der Abhandlung „Frankreich, eine metallurgische Macht", legt uns Genosse Jacques Sadoul diese Zusammenhänge dar. Wir glauben, daß der Titel über diesem Artikel zu wenig sagt. In dem Aufsatz „Die Föderierte Farmer Labor Party der Vereinigten Staaten" schildert uns Genosse I. Amter den Werdegang der neuen amerikanischen Partei. Wenn diese Partei auch keine kommunistische Partei ist, sagt Genosse Amter, so ist die Schaffung der FFLP. — das Produkt eines vieljährigen Ringens der amerikanischen Arbeiter und Farmer — die „Kristallisierung und der Ausdruck des Willens (der Arbeiter und Farmer) zur Macht". — Genosse Sen Katayama gibt uns in einem Artikel „Die Eta-Bewegung" einen Einblick in das Dasein und die Rolle einer besonderen Klasse des japanischen Volkes. Über die Existenz der „Etas" in Japan dürften weiteste Kreise unserer Genossen noch bis heute sehr wenig gehört haben. Die Darstellung des Genossen Katayama ist geeignet, eine breite Lücke in dem Wissen unseres Genossenkreises auszufüllen. Die „Etas" — Schlächter, Schinder und Lederarbeiter — bilden eine besondere Klasse der Ausgestoßenen. Nach den Ausführungen des Genossen Katayama stellen sie in Wirklichkeit eine Kraft dar, mit der die japanische Bourgeoisie ebenso wie die Arbeiterklasse zu rechnen haben werden. Wir erwähnen noch die in der vorliegenden Ausgabe enthaltenen, sehr interessanten „Notizen und Erinnerungen" des Genossen B. Souvarine über unseren verstorbenen Genossen A. Ker, und den „Bibliographischen Teil", unter dem von berufener Seite, dem Genossen Z. Leder, die Literatur über den Achtstundentag entsprechend kritisch beleuchtet wird.

Die übrigen Beiträge sind, wie wir bereits oben anführten, durch das verspätete Erscheinen des vorliegenden Heftes zum großen Teil in ihrem Inhalt überholt. Auch die Berichte des Genossen Varga über die „Wirtschaft und Wirtschaftspolitik" im zweiten und dritten Vierteljahr 1923 erscheinen „post festum". Wir wollen allerdings auch an dieser Stelle darauf hinweisen, daß diese beiden Berichte ausnahmsweise in der „KI." erschienen sind, während — ebenso wie die vorangehenden Berichte — derjenige für das vierte Vierteljahr 1923 bereits in der „Inprekorr" veröffentlicht wurde.

*) „Die Kommunistische Internationale" Nr. 28/30, Verlag der KI.; Auslieferungsstelle für Deutschland: Verlag für Literatur und Politik, Wien, VIII., Alserstraße 69.

Buchanzeigen

Lenin in deutscher Sprache.

** Laut Beschluß der Exekutive der Komintern wurde in Verbindung mit dem Lenin-Institut in Moskau eine Kommission gebildet, deren Aufgabe die Herausgabe von Lenins Werken ist. Der Kommission stehen die Archive des Lenin-Instituts und ein Stab von Mitarbeitern zur Verfügung, so daß eine vom wissenschaftlichen Standpunkte einwandfreie Ausgabe der Werke gesichert ist. **Über das literarische Erbe und die gesammelten Werke W. I. Lenin orientiert in einem demnächst erscheinenden Aufsatze der „Kommunistischen Internationale" L. Kamenew**, Vorsitzender des Lenin-Instituts und Hauptredakteur der gesammelten Werke.

Die deutsche Ausgabe, mit deren Erscheinen demnächst begonnen wird, umfaßt **vorerst gesammelte Werke in fünf Bänden.** Außer dieser Ausgabe wird in Kürze ein **starker Band ausgewählter Schriften** erscheinen. Programm der beiden Ausgaben wird demnächst veröffentlicht.

Neben dieser großen Ausgabe wird der Verlag in **Einzelveröffentlichungen** wichtige, bis jetzt in der deutschen Sprache unveröffentlichte, vergriffene oder mangelhaft herausgegebene Schriften Lenins erscheinen lassen. Nur diese von der Lenin-Kommission autorisierten Ausgaben werden Lenins Werke zum ersten Mal in deutscher Sprache in einwandfreier Form bringen.

Der Verlag beabsichtigt auch, **Lenins Briefe** zu veröffentlichen. In dieser Serie werden demnächst Briefe an Gorki erscheinen.

Als Einführung in Lenins Werk und Würdigung des Führers ist bereits in vom Verfasser autorisierter Ausgabe die Schrift G. Sinowjew: **Lenin** (78 S., Preis 1 Goldmark) erschienen. Demnächst erscheint ein Gedenkbuch: **Lenin. Leben und Werk**, mit Beiträgen von **Bucharin**, Jaroslawski, Kamenew, **Karpinski**, Krshishanowski, Krupskaja, Larin, Lepeschinski, **Lomow**, Miljutin, Podwojski, Preobraschenski, Radek, **Rotstein**, Rykow, Ryskulow, Sinowjew, Sorin, Sosnowski, **Stalin**, **Trotzki**, Tschitscherin Ufanowa.

Heft 2 der „Bücherschau" (Verlag für Literatur und Politik, Wien, VIII., Alserstraße 69) bringt außer Aufsätzen von Martynow, Zetkin, Kamenew über Lenin, ein Verzeichnis der bereits erschienenen Schriften und Aufsätze und das Programm der ein- und fünfbändigen Ausgabe. Das Heft wird demnächst erscheinen und durch obige Adresse auf Wunsch gratis zugeschickt.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 35. 18. März

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 20. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Die englische Arbeiterpartei zerstört nichts... Von Radek 403

Politik.

Die innerpolitische Krise Jugoslawiens. Von Radovanovits 404

Wirtschaft.

Ungarn vor der „Sanierung". Von Rákos 405

Arbeiterbewegung.

Die kapitalistische Offensive in Indien. Von Roy . . . 406

Der französische revolutionäre Metallarbeiterverband vor großen Kämpfen. Von Gueux 407

Proletarische Frauenbewegung.

Der Internationale Kommunistische Frauentag in Rußland. Von Smidowitsch 407

Genossenschaftsbewegung.

An die Genossenschaftsabteilungen aller Sektionen der Kommunistischen Internationale! 408

Aus der Internationale.

Genosse Lenin über die ungarische Revolution 409

Buchbesprechungen.

Lenin-Hefte. Von Hilde Wertheim 410

Die englische Arbeiterpartei zerstört nichts...

Von Karl Radek.

** Die englische Arbeiterpartei ist am Ruder.

Das englische Königreich unterjocht 350 Millionen Farbige. Die britischen Regierungen haben mehr als einmal gewechselt, ob sie aber aus Konservativen und Liberalen bestehen, haben die hindostanischen Bauern keinen Unterschied bemerkt. Nun ist die Labour Party zur Machtstellung gelangt. Die Labour Pary besteht schon seit zwanzig Jahren, und während dieser zwanzig Jahre sah sich kein einziges ihrer Mitglieder veranlaßt, die Bauern und Arbeiter in Indien zu unterstützen. Von Zeit zu Zeit machten hervorragende Delegierte dieser Partei eine Reise nach Indien; stiegen in den besten Hotels des Landes ab und haben bei ihrer Rückkehr nicht verfehlt, die englische Literatur durch ein sentimentales Werk zu bereichern, voller Anklagen gegen den britischen Imperialismus. Jetzt regiert die Labour Party. Der liberale Anwalt **Lord Reading**, dessen einzige und Hauptsorge die Zersplitterung der nationalen Bewegung der Hindus ist, bekleidet noch immer die Stelle des englischen Vizekönigs. Ein alter Kolonialbeamter, früher Gouverneur von Jamaika, **Sir Sidney Ollivier**, ist Kolonialminister. In seiner Antrittsrede im Unterhause verlor Ramsay Macdonald kein einziges Wort über die Lage in den Kolonien. Das Zentralkomitee der Labour Party verlangte in einem Manifest die Ernennung einer Studienkommission für Reformarbeiten in Indien. Wozu dieses Manifest? An wen wendet es sich? Warum eine parlamentarische Kommission? Hat denn die II. Internationale, der die Labour Party angehört, in der Frage der Kolonien keine Stellung genommen? Und wenn es der Indepedent Labour Party an Autoritäten mangelt, können wir sie daran erinnern, daß es über die Hindufrage zwei ausgezeichnete Bücher gibt. Das eine geschrieben von Keir Hardie, Begründer der I. L. P., der weniger klare Ideen, als ein großes proletarisches Herz hatte, das andere von Ramsay Macdonald, dem gegenwärtigen Premier. Herr Macdonald braucht nur sein eigenes Buch nochmals zu lesen und sich ans Werk machen. Eine parlamentarische Kommission wäre nur dazu gut, den Anschein zu erwecken, als geschähe etwas, obwohl nichts geschieht. **Die kolonialen Sklaven des britischen Königreiches haben von der Arbeiterregierung nichts zu erwarten.**

Die Labour Party gelangte zur Machtstellung im sechsten Jahre des Friedens, da man blind sein muß, um nicht zu sehen, daß der imperialistische Krieg nicht der letzte war, daß ihm andere Kriege folgen werden, wenn sich die Arbeiter nicht widersetzen. Die Arbeiterregierung hat Sowjetrußland de jure anerkannt, eine Tatsache sanktioniert. Die Labour Party hat aber stets die Geheimverträge bekämpft. Der Liberale **Keenworthy** hat sich daran erinnert und im Unterhause an die Arbeiterregierung die Frage gestellt, ob sie gesonnen sei, die geheimen Akten der Intervention in Rußland der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Herr Ponsonby, Stellvertreter des Außenministers, Mitglied der ILP., der seinerzeit mit **Morel** und **Brailsford** die **Gesellschaft der Demokratischen Kontrolle** gründete, deren Zweck die Bekämpfung der Geheimdiplomatie war, hat diese verfängliche Frage beantwortet. Auf dem Wege von den Liberalen zu den Arbeitern, hat Mr. Ponsonby, allem Anschein nach, den größten Teil dessen vergessen, was er früher gepredigt hat. Die Geheimnisse von Lord Churchill und Lloyd George, erklärte

er, würden nicht verraten werden. Übrigens verlangt Großbritannien von Rußland die Anerkennung der alten Schulden. Lord D'Abernon, der Gesandte in Berlin, wo er nie aufgehört hat, Lord Curzons Politik zu betreiben und Deutschlands Widerstand gegen Frankreich zu ermutigen, damit England eines Tages sich mit Frankreich auf Kosten Deutschlands verständigen könne, ist noch immer Gesandter in Berlin. Die Arbeiterregierung erklärt, mit dem Frankreich des Herrn Poincaré das beste Einvernehmen aufrecht erhalten zu wollen. Frankreich gegenüber ist ihre Lage schwerer als die des Konservativen Baldwin. Dieser letztere konnte sich mit dem imperialistischen Frankreich verständigen oder sich gegen dieses bewaffnen. Das gute Einvernehmen mit Frankreich fordert die Annullierung der französischen Schulden, oder die Gewährung von Zahlungserleichterungen an den französischen Schuldner, ohne die Herr Poincaré seinerseits keine wirtschaftlichen Konzessionen an Deutschland machen kann. Mr. Baldwin ließ diese Frage unentschieden. Ramsay Macdonald wird sie auch nicht entscheiden können. Es bleibt nichts anderes übrig als der Weg der Bewaffnung. Diese müßte aber ein solches Anwachsen der Steuerlast nach sich ziehen, daß ihr, wie Brailsford im „New Leader" gesteht, die Machtstellung der Labour Party zum Opfer fallen würde. Aus diesem Grunde sagt Ramsay Macdonald Frankreich Höflichkeiten und läßt die Bewaffnung ihren normalen Weg gehen. Jene, die von der Labour Party eine energische Verteidigung des Friedens erwarteten, sind enttäuscht.

Die Labour Party ist zur Machtstellung gelangt, da sie die Verringerung der schwer drückenden Staatsschulden im Wege einer Vermögenssteuer und energische Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in Ausicht gestellt hatte. England hat mehr als 25 Milliarden Goldfranken jährliche Einnahmen, wovon die Zinsen und Amortisation der Staatsschulden nicht weniger als 30% beanspruchen. Eine Prämie für die Kapitalisten, die den Krieg gemacht haben. Ramsay Macdonald erklärte, daß eine Sachverständigenkommission die Frage der Schulden prüfen werde. Sonderbarerweise hat aber die Arbeiterregierung keinen Plan für die Besteuerung des Kapitals. Ihr Handelsminister, Sidney Webb, einer der bekanntesten englischen Nationalökonomen, hat diese Frage in seinem Buche: Wie sind die Kriegsschulden zu bezahlen? gründlich erforscht, und ihr Finanzminister Philipp Snowden ist der Verfasser eines Werkes, das ein vollständiges Finanzprogramm enthält. Die Kommission wird auch in diesem Falle nichts anderes als ein Begräbnis erster Klasse sein. Ramsay Macdonald hat sich übrigens klar dahin ausgesprochen, daß er nicht die Absicht hätte, dem gegenwärtigen Parlament ein Projekt zur Besteuerung des Kapitals vorzulegen.

Indem die Arbeiterregierung auf die Besteuerung des Kapitals verzichtet, wird sie auch unfähig sein, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. In dieser für die Arbeiterklasse lebenswichtigen Frage hat sie kein Programm. Sie hat sich damit begnügt, folgende tiefgründige Äußerung zu machen: es genügt nicht, die Arbeitslosigkeit durch Unterstützung der Arbeitslosen zu bekämpfen, man muß auch trachten, die industrielle Tätigkeit zu erhöhen. Herr Macdonald wird bei der Hilfe für die Arbeitslosen zweifellos nicht weitergehen als seine konservativen Vorgänger. Jene, die von der Arbeiterregierung eine zwar langsame, aber energische Aktion gegen das Kapital und zum Schutze der Arbeiterinteressen erwarteten, sind enttäuscht.

Die englische Arbeiterregierung wird die Welt nicht umwälzen ... Sie hat keine anderen Sorgen, als eine Erschütterung des kapitalistischen England zu vermeiden. Sie tut nichts anderes, als auf die Revolution verzichten. Sie verzichtet auf die demokratische Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse. Lloyd George schrieb beim Regierungsantritt der Labour Party: „Diese Regierung kann keinen einzigen Tag ohne unsere Unterstützung bestehen." Herr Macdonald weiß das und macht eine liberale Politik. Er täuscht sich bloß darin, daß er glaubt, auf diese Weise die sozialen Erschütterungen vermeiden zu können. Er wird die Arbeiterklasse erschüttern und ihr beweisen, daß sie nichts von den Parteien zu erwarten hat, die sich vor den sozialen Kämpfen fürchten.

Die internationale kommunistische Presse muß Tag für Tag die Erfahrungen der englischen Arbeiterregierung verfolgen. Dieser Erfahrung fällt es zu, nochmals den Unterschied zwischen den Kommunisten und den Sozialisten der II. Internationale, zwischen den revolutionären Anhängern der Diktatur des Proletariats und den reformistischen Anhängern der Demokratie darzutun. Dieser Unterschied besteht darin, daß wir gegen den Kapitalismus kämpfen wollen und sie wollen nicht kämpfen.

Politik

Die innerpolitische Krise Jugoslawiens.

Von Lj. Radovanovits.

** Die heftigen nationalen und Parteikämpfe in Jugoslawien wurden in den letzten Tagen besonders verschärft. Zwei Partner, die Bourgeoisie der zwei zahlenmäßig und ökonomisch stärksten Nationen, die zentralistische und hegemonistische serbische Bourgeoisie unter der Führung der Radikalen Partei mit Pasić an der Spitze, und die ökonomisch und finanziell stärkere kroatische Bourgeoisie unter der Leitung Radić (Bauernpartei), führen schon seit der Gründung des Staates einen rücksichtslosen Kampf um die Übermacht im Staate. Diese zwei Parteien bilden das Zentrum des gesamten politischen Lebens Jugoslawiens. Nachdem sie durch nationale Parolen fast ihre ganzen Nationen unter ihrem Banner gesammelt hatten, treten sie nun in den Entscheidungskampf ein. Zwischen diesen beiden Extremen im bürgerlichen Rahmen schweben zahlreiche andere Parteien, gebildet aus kleineren Nationen oder durch die Interessen minder wichtiger Provinzen, die alle Nuancen zwischen beiden Extremen darstellen, immer bereit, sich mit dem einen oder anderen Extrem in Kompromisse einzulassen. Indem die Radikale Partei seit der Gründung des Staates den Apparat der Staatsmacht in ihren Händen hielt, durch Terror, Korruption und Demagogie, gelang es ihr, den größten Teil der Staatsmacht zu behalten, bald der einen, bald der anderen Partei oder nationalen Minderheit Konzessionen gewährend, die in der Regel größtenteils wieder ausgespielt wurden. Diese Taktik ermöglichte es der Radikalen Partei (der serbischen Großbourgeoisie), dank der Parlamentsabstinenz der Radić-Partei, schließlich die gesamte Staatsmacht zu übernehmen und eine homogene Regierung zu bilden. Mit der Änderung der Taktik der Bauernpartei Radić', das heißt durch die Aufgabe der parlamentarischen Abstinenz und durch die Stellung des kroatischen Problems, nicht mehr als eines internationalen Problems, sondern als eines innerstaatlichen Problems Jugoslawiens — tritt eine Wendung in der gesamten Politik Jugoslawiens ein. (Diese Änderung der Taktik der Partei Radić' trat nach der Vereinbarung zwischen Jugoslawien und Italien ein, sowie nach der Regierungsübernahme der Arbeiterpartei in England, auf die die Radić-Partei große Hoffnungen gesetzt hatte, worin sie sich selbstverständlich täuschte.)

Neben den zwei erwähnten Hauptfaktoren besteht aber im politischen Leben Jugoslawiens noch ein ebenso mächtiger Faktor, der im gegebenen Momente eine sehr wichtige Rolle spielt und gewissermaßen die Initiative in seinen Händen hält. Dies ist der Hof mit der militaristischen Clique „Weiße Hand" (Bela Ruka). Ohne Vertrauen zu der stark republikanisch gesinnten Bevölkerung außerhalb Serbiens, mußten der Hof und die militaristische Clique eine Stütze bei den monarchistisch verläßlicheren serbischen Parteien, und zwar in erster Reihe bei der Radikalen Partei, suchen. Da beide Faktoren Interesse an der zentralistischen Staatseinrichtung hatten, war es nicht schwer, zu einem Kompromiß zu gelangen.

Als die Radikale Partei aber ihre Positionen nach und nach gefestigt hatte, drückte sie den Hof und die militaristische Clique immer mehr in den Hintergrund, mit der offenen Tendenz, sie zu ihrem gehorsamen Werkzeug zu machen. Dieser verhüllte Kampf gestaltete sich zu einem offenen, und der Hof unternahm eine aktive Politik zwecks Paralysierung und Einschränkung der Macht der Radikalen Partei. Durch die Führer der Demokratischen Partei, die von allen Oppositionsparteien am meisten monarchistisch und zentralistisch ist, arbeitete der Hof fast offen auf die Bildung des sogenannten Oppositionsblockes aller bürgerlichen Parteien hin. Die Parteien des Oppositionsblockes haben trotz den Verschiedenheiten ihrer Programme ein gemeinsames Interesse mit dem Hofe: in dem Sturz der homogenen Radikalen Regierung. Unter der Parole „Kampf gegen die Korruption" wurde der Oppositionsblock gebildet, und die Radić-Partei unterstützt ihn willig und hat zu diesem Zwecke einen Teil ihrer Abgeordneten ins Parlament geschickt. Durch die Aufnahme des Kampfes seitens des Oppositionsblockes als eines selbständigen Faktors ist das Wesen des politischen Kampfes nicht geändert. Der Oppositionsblock hat schon durch das Erscheinen der Radić-Abgeordneten im Parlamente sozusagen seine Mission beendet, da der gemeinsame Zweck der Blockparteien und des Hofes verwirklicht ist, das heißt, die homogene Regierung der

Radikalen Partei wurde unmöglich gemacht. Der weitere Verlauf des Kampfes soll sich in der Richtung der Interessen der Hauptfaktoren, der Radikalen, Radić-Partei und des Hofes, bewegen.

Gegenwärtig drängt sich vor allem die Frage auf, wem der Hof das Mandat zur Durchführung der Wahlen überantworten wird, den Radikalen oder dem Oppositionsblock? Wie scheel sich auch der Hof und die Radikale Partei gegenseitig ansehen mögen, bieten die Radikalen dem Hofe doch die größte Gewähr, daß bei den künftigen Wahlen nicht die republikanischen, autonomistisch-föderalistischen Elemente den Sieg davontragen. Würde der Oppositionsblock mit dem Wahlmandate betraut werden, so steht es außer Zweifel, daß die Radić-Partei aus den Wahlen bedeutend gestärkt hervorgehen würde, eventuell sogar als die stärkste Parlamentsgruppe, um die sich nicht nur die kroatischen, sondern auch die mazedonischen, montenegrinischen und vojvodianischen Föderalisten sammeln würden. Außerdem hat der Hof vorläufig sein Ziel erreicht — die Schaffung einer Koalitionsregierung an Stelle der homogenen Regierung, wo es zwischen den Parteien in der Regierung zu Reibungen kommen wird, und die Radikale Partei bereits zum Rückzuge — nach dem Erscheinen der Radićschen Abgeordneten im Parlamente — gezwungen ist. Eine weitere gemeinsame Arbeit zwischen ihnen ist nun möglich, da sie noch viel gemeinsame Interessen haben. Nach dem vorher Gesagten und mit Rücksicht auf die parlamentarischen Gepflogenheiten, ist es am wahrscheinlichsten, daß die künftigen Wahlen von der Radikalen Partei durchgeführt werden.

Unzweifelhaft tritt der Kampf zwischen der serbischen und kroatischen Bourgeoisie in eine neue Phase und kennzeichnet den Anfang eines neuen politischen Kurses. Die zentralistische Politik, in der Form, wie sie bisher durchgeführt wurde, hat schon eine Niederlage erlitten, und die zentralistische serbische Bourgeoisie sieht sich gezwungen, an die autonomistischen und föderalistischen Parteien Konzessionen zu machen. Da aber Zeit und Kämpfe notwendig waren, um die serbische Großbourgeoisie zu diesem Rückzuge zu zwingen, ebenso werden Zeit und Kämpfe notwendig sein, um zur Verständigung zwischen der serbischen und kroatischen Bourgeoisie zu gelangen, unter der Voraussetzung, daß sich die Ereignisse im nationalen sowie im internationalen Maßstabe ruhig und ungestört entwickeln. In diesem Kampfe sind die Positionen der Zentralisten noch immer fester als die der Föderalisten und Autonomisten. Durch gewisse geringe Konzessionen an die autonomistischen und quasiautonomistischen Parteien, wie es die Demokratische Partei ist, wird es der Radikalen Parte noch bestimmte Zeit möglich sein, im politischen Leben Jugoslawiens die Hauptrolle zu spielen. Durch Konzessionen an die kroatische Großbourgeoisie auf ökonomischem und finanziellem Gebiete (Erhöhung der Kredite an die kroatischen Banken und Industrie) gelänge es den Zentralisten, in den kroatischen nationalen Block, an dessen Spitze Radić steht, eine Bresche zu schlagen, und so rechnen sie mit Recht auf seine Zersetzung in die sozialen Komponenten. Die Großkapitalisten im kroatischen Block, die Kroatische Vereinigung, zeigen bereits klar eine Schwenkung nach rechts, und verwahren sich immer gegen die extremen Parolen der Radić-Partei, durch die letztere bestrebt ist, ihre sozial heterogenen Massen zusammenzuhalten. Die Stadt- und Landkleinbourgeoisie werden dagegen weiter die Träger der Idee der kroatischen nationalen Befreiung bleiben und im entschlossenen Kampf gegen die serbische Hegemonie in irgendwelcher Form verharren. In ihnen wird die Radić-Partei noch lange Zeit eine Stütze finden, und ihre Opposition wird von der kroatischen Großbourgeoisie, wie bisher, in großem Maße ausgenützt werden.

Wirtschaft

Ungarn vor der „Sanierung".

Von Franz Rákos.

** Der Völkerbund hat seine Sanierungskünste schon in einem Land versucht. Dort wird die Sanierung hauptsächlich auf dem Rücken der Arbeiter und Kleinbürger vollbracht. Als nächstes Versuchskaninchen der Genfer Wunderdoktoren wurde Ungarn ausersehen.

In Österreich hat der Entrüstungssturm der Arbeiterklasse die Geschäftsgelüste des internationalen Kapitalismus noch ein wenig einzudämmen vermocht. Die regierende Banditenclique der ungarischen Gegenrevolution sieht aber den einzigen Ausweg aus dem politischen und wirtschaftlichen Chaos in der internationalen Anleihe. Für sie besteht die Hauptsache in der Rettung und Erhaltung ihrer Herrschaft. Sie nimmt daher jede Bedingung an. Die vom internationalen Finanzkapitalismus für Ungarn bereitgestellte Anleihe — 250 Millionen Goldkronen (Österreich erhielt 650 Millionen) — reicht bei weitem nicht aus, den ungarischen Kreditbedarf zu decken und die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Da die Großmächte die ungarische Anleihe nicht garantieren, so werden die Bedingungen dieser „Sanierungs"-Anleihen viel drückender als die der österreichischen Anleihe.

Wie der Wert dieser famosen „Sanierungsaktion" eingeschätzt wird, ist aus dem rasenden Sturz der ungarischen Krone zu ersehen, die gegenüber der österreichischen Krone auf der Wiener Valutenbörse innerhalb einiger Wochen von 3 auf 0·70 Kronen sank. Selbst der Züricher Kurs der Krone, der durch die Bethlen-Regierung mit künstlichen Mitteln gestützt wird, fiel um 50%.

Wie glaubt nun die Bethlen-Regierung die katastrophalen finanziellen Schwierigkeiten überwinden zu können? Die Regierung schuf durch Notverordnungen die „Sparkrone" und ordnete die Valorisation der Anleihen an; ferner wird eine Zwangsanleihe eingehoben. Die Sparkasse wurde — nach dem Muster der deutschen Rentenmark, jedoch ohne Deckung — in Umlauf gesetzt. Dieses „Hilfsgeld" ‚hilft' daher nicht und wird auch nicht als Geld betrachtet. Der Sturz der Papierkrone aber setzt sich weiter fort. Die früher mit hochwertiger Krone gewährten Kredite der Notenbank werden jetzt in entwerteten Kronen zurückgezahlt. Diese „Großzügigkeit" des Staates ist die Quelle der raschesten Bereicherung der Bank- und Industriekapitalisten. Dem will die Regierung durch die Valorisation der Anleihen ein Ende bereiten. Die interessierten Kapitalistenkreise laufen deshalb auch gegen die Valorisation am heftigsten Sturm. Die Zwangsanleihe soll bezwecken, der Regierung bis zum Flüssigwerden der Sanierungsanleihe aus der finanziellen Enge zu helfen. Die Zwangsanleihe wird auf der Grundlage des Einkommensteuersystems emittiert. Dies bedeutet, daß der Grundbesitz, besonders aber der Großgrundbesitz kaum etwas zu leisten hat. Die ganze Wucht der Zwangsanleihe lastet auf den Schultern der Arbeiterklasse, da schon das Einkommen über K 50.000 pro Woche steuerpflichtig ist und der durchschnittliche Wochenlohn nur K 180.000 beträgt. (Nach der Zusammenstellung der ungarischen Gewerkschaftszentrale beläuft sich das wöchentliche Existenzminimum auf K 490.000!) Schon aus dieser „Fundierung" der Zwangsanleihe ist ersichtlich, daß die Regierung die Sanierung in erster Linie unter Schonung des Kapitals auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung durchführen wird. Der neueste Angriff der Regierung richtet sich ebenfalls gegen die breiten schaffenden Schichten: das ist die Valorisation der Mieten, und zwar mit rückwirkender Kraft bis 1. Februar 1924. Die Wohnungsnot war und ist in keiner Stadt Europas so furchtbar wie in Budapest, wo einfache, von 15 bis 16 Personen bewohnte Zimmer keine Seltenheit sind. In keinem Lande Europas hat sich aber auch die Regierung so beeilt, die alte Herrschaft der Hausbesitzer wieder aufzurichten, wie in Ungarn. Der Staat ist sogar selbst mit 25% Mietzinssteuer Teilhaber am Wohnungswucher.

Wie die ausgeplünderten Arbeiter diese neuen unerhörten Lasten tragen können sollen, macht den Herrschenden Ungarns keine Sorgen. In Goldkronen gerechnet, erhält der Budapester Arbeiter einen Wochenlohn von K 13·40; in den Provinzstädten betragen die Wochenlöhne aber nur K 7·86. Der Taglohn eines Landarbeiters beträgt sogar nur 6 bis 10 Heller oder 1500 bis 2000 Papierkronen. Die Spekulation nimmt den Sturz der Krone zu willkommenem Anlaß, die Preise der unentbehrlichsten Lebensbedarfsartikel in die Höhe zu treiben. Für 1 kg Fett muß der Budapester Arbeiter 14 Stundenlöhne zahlen (der Wiener Arbeiter nur 3 bis 4 Stundenlöhne); 10 kg Mehl kosten den Budapester Arbeiter 11 Stundenlöhne (den Wiener Arbeiter nur 6 bis 8 Stundenlöhne); der Preis eines Anzuges beläuft sich für einen Budapester Arbeiter auf 390 Stundenlöhne (für den Wiener Arbeiter auf 115 Stundenlöhne). Kein Wunder, daß die Arbeiter, besonders die besten Spezialarbeiter dieses Land der Faschistenherrlichkeit massenhaft verlassen. Es macht sich bereits ein Mangel an Spezialarbeitern ziemlich stark fühlbar. Von der lauen, paktierenden Scheinopposition der ungarländischen Sozialdemokratie kommt der erbitterten Arbeiterklasse keine Hilfe. Ihre von niemand ernst genommenen oppositionellen Phrasen und Gebärden verleihen höchstens dem Blutregime der Gegenrevolution einen Schein der Demokratie.

So sind die Klassengegensätze in Ungarn bis zum Äußersten gespannt. Die politische Atmosphäre ist schwül, gewitter-

schwanger. Daß das verhungernde ausgeplünderte Land die Schmarotzerhorden der Horthy-Kamarilla nicht mehr lange ertragen kann, ist jedermann in Ungarn klar. Die revolutionär geschulten ungarischen Arbeiter werden trotz der Sozialdemokratie alles tun, um die Horthy-Kamarilla zu beseitigen!

Arbeiterbewegung

Die kapitalistische Offensive in Indien.

Von M. N. Roy.

** Der Streik in der Textilindustrie von Bombay, der sich in den letzten Tagen des Januar in eine Generalaussperrung verwandelte und 150.000 Arbeiter, darunter 50.000 Frauen, auf das Pflaster warf, nahm die Form einer Entscheidungsschlacht der kapitalistischen Offensive an.

Am 1. Februar war der Streik beinahe allgemein. Von 83 Spinnereien waren 81 geschlossen. Die Zahl der Streikenden betrug mehr als 150.000. Die Kapitalisten weigerten sich glatt, auf die Forderungen der Arbeiter einzugehen. Die Arbeiter forderten die Festsetzung der Bezahlung der Jahresgratifikation in der Höhe eines Monatslohnes. Die Unternehmer hatten die Zahlung dieser Jahresgratifikation aufgehoben. Der Spinnereibesitzerverband stellte ein Ultimatum. Wenn die Streikenden die Arbeit bis zum 4. Februar nicht aufnähmen, würden alle Spinnereien für zwei Wochen geschlossen werden. Die Streikenden waren in Kampfesstimmung und nahmen die Herausforderung der Kapitalisten an.

Die ganze Stadt war in heller Aufregung. Es wurden Ausschreitungen der Streikenden erwartet. Die Spinnereidistrikte und die Bezirke, wo die Arbeiter wohnten, wurden von Bewaffneten streng bewacht. Arbeiter warfen Steine auf vorüberfahrende Autos, von denen einige beschädigt und ihre Insassen verwundet wurden. Mehrere Arbeiter wurden verhaftet. Die Arbeiterschaft aber zeigte ein gutes Verständnis der Situation. Sie fiel der Provokation nicht zum Opfer. Alles war wieder ruhig.

Soweit es auf die Führer ankam, war die Lage mißlich. Keine Seite wollte auf sie hören. Die Unternehmer wiesen jeden Kompromißvorschlag zurück. Die Arbeiter andererseits waren entschlossen, den Kampf zu Ende zu führen. Daher war mehrere Tage hindurch ein Stillstand zu verzeichnen.

Nun kam die Befreiung Gandhis. Das Kleinbürgertum, dessen Gerechtigkeitssinn durch das Benehmen der Kapitalisten ein wenig verletzt worden war, fand eine neue Ablenkung. Der Streik wurde beinahe vergessen, ohne daß man es allerdings vergaß, den Arbeitern wiederholt einzuschärfen, sie möchten nicht weiter gewalttätig sein. Der Bankier Sankerlal, ein reicher Spinnereibesitzer von Ahmedabad (dem zweitgrößten Textilzentrum, das vor sechs Monaten die Arbeiter besiegt hatte), und ein Führer und naher Anhänger Ghandis erschienen auf der Bildfläche und rieten den Streikenden, mit dem primitiven Spinnrad zu arbeiten, um so den Lebensunterhalt zu verdienen und der Führung des Mahatma zu folgen.

Die Situation jedoch war zu ernst, um mit solchen Anregungen durchzudringen. Die helle Begeisterung der Kleinbourgeoisie über ihren Helden, den Mahatma Ghandi, verschwand für ein paar Tage. Die „öffentliche Sympathie" für die Streikenden schwand. Sie aber blieben standhaft. Einige Führer gingen zu einer neuen Taktik über. Anfänglich wagten sie nicht, den Forderungen der Arbeiter entgegenzutreten. Nun, da sie dachten, daß die Widerstandskraft der Streikenden zu Ende wäre, begannen sie von der Ungesetzlichkeit des Gratifikationssystems zu reden und den Arbeitern zu raten, „vernünftig" zu sein.

Die Unternehmer hatten die Absicht, sobald sie die Arbeiter um die Gratifikation gebracht hätten, die Löhne zu reduzieren. Die Arbeiter fühlten instinktiv, daß es sich um einen Entscheidungskampf handle. Der Widerstand, den sie aufbrachten, enttäuschte die Unternehmer, die auf einen solch hartnäckigen Kampf nicht gefaßt waren. Das Gerede von der Überproduktion war natürlich glatter Unsinn. Die indischen Spinnereien befriedigen kaum den heimischen Markt. In einer bis zwei Wochen würden die Niederlagen leer sein, und wenn die Spinnereien den Markt nicht beschicken könnten, würden ausländische Konkurrenten Fuß fassen und es wäre sehr schwer, sie wieder zu verdrängen. Deshalb ist den Unternehmern die Aussicht auf einen langdauernden Streik keineswegs willkommener als den Arbeitern. Die Gewerkschaftsführer, die in Indien den Kapitalisten viel näher standen als den Arbeitern, begriffen die Situation und machten sich an den Gouverneur heran, er solle intervenieren. Er erklärte natürlich anfänglich, in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit neutral bleiben zu wollen, trotz der Tatsache, daß die Polizei und das Militär dem Kapital von allem Anfang an gratis zur Verfügung gestellt wurde. Dann lud der Gouverneur das Komitee des Spinnereibesitzerverbandes zu einer informativen Unterredung ein. Der Gegenstand der Unterredung wurde der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt. Aber man glaubt allgemein, daß der Gouverneur den Unternehmern den Rat gab, „eine ehrenhafte und zufriedenstellende Beilegung" zu suchen. Er gab ihnen auch den Rat, eine öffentliche Erklärung abzugeben, daß innerhalb des nächsten Jahres keine Lohnreduktion vorgenommen würde. Das Komitee erklärte sich außerstande, eine entscheidende Antwort geben zu können, ohne vorher den Verband befragt zu haben. Der Gouverneur ließ es dabei sein Bewenden haben.

Die Lage innerhalb der Reihen der Unternehmer gestaltete sich sehr interessant. Es entwickelten sich zwei feindliche Tendenzen. Dies bedeutete den ersten Erfolg der Arbeiter. Es gelang ihnen, Zwietracht ins feindliche Lager zu tragen.

Der Streik hatte in der ersten Januarwoche begonnen. Fast 130.000 Arbeiter standen zwei Wochen im Streik, als die Aussperrung verhängt wurde. Die Januarlöhne waren gerade an dem Tage fällig, an dem die Aussperrung bekanntgegeben wurde. Die Unternehmer weigerten sich, die Streikzeit zu bezahlen. Nach der Unterredung mit dem Gouverneur empfahl ein einflußreicher Teil des Spinnereibesitzerverbandes den Unternehmern, ihre Stellung einer Revision zu unterziehen. Der Anregung des Gouverneurs zufolge erklärten die Unternehmer, daß die Januarlöhne, falls mit Ablauf der Aussperrungsfrist die Arbeit wieder aufgenommen werden würde, innerhalb zweier Tage gezahlt würden. Diese Tatsache stellte einen zweiten Erfolg der Arbeiter dar.

In der Frage einer künftigen Lohnreduktion jedoch blieb die Majorität der Unternehmer halsstarrig. Die Minorität trat für ein Kompromiß ein. Sie ging so weit, die Zahlung von 50% der Gratifikation zu empfehlen. Sie wandte ein, daß eine vollständige Stockung der Industrie einen größeren Verlust bringe, als wenn die Unternehmer nachgäben. Aber die unnachgiebige Majorität wollte lieber einen Teil ihres aufgehäuften Profits opfern, um nur den Widerstand der Arbeiter zu brechen.

Am 11. Februar nahm der Unternehmerverband eine Resolution an, in der erklärt wurde, daß die Frage der künftigen Lohnreduktion in dem gegenwärtigen Streit nicht auf der Tagesordnung stehe. Die Minderheit brachte einen Zusatzantrag ein, nach dem die bestehende Lohnskala für das laufende Jahr garantiert werden sollte. Der Zusatzantrag wurde mit 571 gegen 405 Stimmen abgelehnt.

Aber auch die ungebrochene Kampfesstimmung der Arbeiter kann nicht über die Tatsache des wirtschaftlichen Unvermögens hinwegtäuschen, denn zu den Ausgesperrten zählen 30.000 Frauen mit Kindern, und so kann man nicht erwarten, daß der Kampf mit einem vollständigen Siege endigt. Die Kapitalisten haben ihrer Offensive sehr weite Ziele gesteckt, und diese Offensive wird nicht so leicht abgewehrt werden können. Die Leute von Bombay werden allerdings nicht so leicht geschlagen werden wie ihre Kameraden von Ahmedabad. Während der Kampf im Herzen der Industrie entbrannt ist, sind Streiks in den nächst wichtigen Zentren von Cawnpur und Nagpur gewonnen worden. Es scheint, daß der Streik in Bombay mit einem Kompromiß endigen wird. Die Arbeiter würden eine 50%ige Verminderung der Gratifikation annehmen, wenn die Unternehmer erklären würden, daß keine Lohnreduktion eintritt. Das wäre das Beste, was unter den obwaltenden Umständen zu erwarten ist. Ja, die Möglichkeit, daß der Streik mit einem viel schlechteren Resultat endigt, ist wohl vorstellbar. Die „Arbeiterfreunde" sind in ihrem verbrecherischen Bemühen sehr geschäftig, und die Arbeiter sind nicht imstande, unbegrenzt durchzuhalten.

Aber welche Wirkung wird die siegreiche kapitalistische Offensive auf das britische Proletariat ausüben? Diese Frage ist sehr leicht zu beantworten. Wenn es den Kapitalisten gelingt, die Löhne zu kürzen, dann sind sie auch besser imstande, der britischen Konkurrenz entgegenzutreten. Dann müssen entweder englische Baumwollartikel vom indischen Markt zurückgezogen oder billiger verkauft werden. Das bedeutet entweder erhöhte Arbeitslosigkeit oder eine Lohnreduktion in Lancashire. Andererseits aber würde ein Sieg der indischen Arbeiter die Position der Arbeiter von Lancashire stärken. Aber die englische „Arbeiter"-regierung „vergißt" es, die indische Arbeiterklasse zu beschützen.

Schon hat sich der Streik um weitere zwei Wochen ausgedehnt, da die Arbeiter sich weigerten, bedingungslos am 18. Februar, an welchem Tage der zweite Abschnitt der Aussperrung beendigt war, in die Betriebe zurückzukehren. Die Aussperrung währt nun also schon über 40 Tage, und dazu war schon zwei Wochen vor der Aussperrung der Streik ausgebrochen. Wenn man die wirtschaftliche Lage der indischen Arbeiter in Betracht zieht, ist ein Widerstand von drei Monaten beinahe unglaublich.. Es ist begreiflich, daß der Widerstand abbröckelt. Um aus dieser Schwächung einen Vorteil zu ziehen, verkündeten die Unternehmer, daß die Fabriken für diejenigen Arbeiter, die willens sind, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, vom 8. März ab geöffnet sind. Der Januarlohn sollte solchen Arbeitern zwei Tage darauf ausgezahlt werden. Das Leiden der Arbeiter hat seine Grenze erreicht. Mehrere Fälle von **Hungertod** werden berichtet. Nichtsdestoweniger würden die Streikenden keinen Streikbruch dulden. Es wurden Versuche unternommen, die Fabriken, die die obige Verlautbarung anschlugen, in Brand zu stecken. Es kam zu Zusammenstößen mit der bewaffneten Polizei, die die Spinnereien beschützte, und es wurden fünf Tote und zahlreiche Verwundete gemeldet...

Der französische revolutionäre Metallarbeiterverband vor großen Kämpfen.

Von Victor Gueux (Paris).

** Die CGTU. (Revolutionärer Gewerkschaftsbund) und der ihm angeschlossene Metallarbeiterverband ist auf dem besten Wege, über die Tendenzstreitigkeiten mit der auf dem Gewerkschaftskongreß von Bourges geschlagenen Minorität der Anarchosyndikalisten und des Frossard'schen Klüngels hinwegzukommen. Sie bemühen sich nämlich ernsthaft, die Arbeiterschaft auf die kommenden großen Auseinandersetzungen mit dem Kapital vorzubereiten und die Einzelkämpfe, die bereits stattfinden, in der Weise durchzuführen, daß sie als Vorschule für die bevorstehenden größeren Bewegungen dienen können. Neben den von der CGTU. propagierten Parolen: „6 Francs tägliche Lohnerhöhung für alle Arbeiter" und „Erhöhung der Teuerungszulagen der Beamten und Eisenbahner auf jährlich 1800 Francs" ist besonders die Losung: „**Fort mit den Teilstreiks!**" von größter Bedeutung. Gewiß gibt es Teilstreiks gegen schwach organisierte Unternehmergruppen mit zahlreichen kleinen und mittleren Betrieben, die nicht nur ohne Schaden geführt werden können, sondern geführt werden **müssen**. Man darf aber nicht vergessen, daß die zahlreichen kleinen Streiks einer Tradition des französischen Proletariats noch aus der Vorkriegszeit entsprechen, wo die Klein- und Mittelindustrie vorherrschend und der gesamte wirtschaftliche Bau des Landes anders war. Auch vor gewissen Herausforderungen der Unternehmer kann eine revolutionäre Arbeiterorganisation nicht zurückweichen. Aber in der Metall- und Textilindustrie, wo ein außerordentlich starkes und gut organisiertes Unternehmertum vorhanden ist, müßten unvorsichtige Teilstreiks zur sicheren Niederlage führen.

Dem unitarischen Metallarbeiterverband erwachsen deshalb **besondere Aufgaben**. Von den 800.000 Metallarbeitern Frankreichs ist nur ein sehr kleiner Teil organisiert. Für das Jahr 1924 verteilte der rote Metallarbeiterverband bisher 50.000 Mitgliedskarten — was einen guten Fortschritt gegenüber 1923 bedeutet. Die Mitgliederzahl der Reformisten ist bedeutend geringer. Die Führer des roten Verbandes sind der Meinung, daß man einen viel größeren Teil der Metallarbeiterschaft organisatorisch durch Betriebsobleute erfassen müsse, um Aussicht auf Erfolg im Kampfe um bessere Lebensbedingungen zu haben; sie haben deshalb auf den 9. März einen Betriebsobleutekongreß der Pariser Metallindustrie (der III. Kongreß dieser Art) einberufen.

Die **Anarchosyndikalisten** haben nach ihrer vernichtenden Niederlage in **Bourges** das Vorhandensein kommunistischer Fraktionen — der sogenannten Gewerkschaftskommissionen der KP. — zum Vorwande genommen, um die **Metallarbeitersyndikate von Paris und Lyon zu spalten** und „autonome" (an keinen Gewerkschaftsbund angeschlossene) Syndikate zu schaffen. Glücklicherweise ist der Einfluß der Anarchisten auf die in Massenbetrieben tätige Arbeiterschaft sehr gering und schwindet täglich mehr. So stimmten auf dem Kongreß von Bourges 128 Metallarbeiterverbände für die Mehrheit und nur 14 für die Minderheit. Von den 14 Gewerkschaften der Minderheit haben nur 3, nämlich **Lyon, Marseille** und Le Havre eine Bedeutung. In der Sitzung des Nationalkomitees des Metallarbeiterverbandes vom 16. und 17. Dezember 1923 haben die 17 vertretenen Gruppen einstimmig allen vom Büro oder von den Delegierten der Mehrheit eingebrachten Beschlüssen zugestimmt. Der Schaden, den die Anarchosyndikalisten durch ihre Spaltungstätigkeit der Metallarbeiterbewegung zufügen, kann also wegen ihrer Schwäche und Einflußlosigkeit glücklicherweise nicht mehr sehr groß werden. Die Unitarier versuchen immer wieder, die **reformistische** Metallarbeiterföderation zur Herstellung der **Einheitsfront** bei den bevorstehenden Kämpfen zu bewegen, ohne aber bisher damit Erfolg gehabt zu haben.

Wenn oben gesagt wurde, daß Teilbewegungen nicht immer zu vermeiden seien, sondern geführt werden müssen, so liefert dafür die Aussperrung in den **Pariser Automobilfabriken von Citroen** (9000 und dann 11.000 Arbeiter) und von **Panhard und Levassor** (Lohndifferenzen und Entlassung eines Betriebsdelegierten) ein Beispiel. Hier mußte der unitarische Metallarbeiterverband die spontane Bewegung der Arbeiter mit allem Nachdruck unterstützen, da es sich um eine freche Provokation der Metallindustriellen handelt, der gegenüber **eine Niederlage im Kampfe** — die nicht vorauszusehen ist — **besser wäre als kampfloses Zurückweichen**. Die Stimmung der Arbeiterschaft in beiden Kämpfen ist glänzend und erinnert an die besten Tage des Jahres 1919. Die Unitarier nehmen Sammlungen vor, um die ausgesperrten und streikenden Metallarbeiter zu unterstützen, und in einzelnen Betrieben, vor allen Dingen in der Flugzeugfabrik **Voisin**, führen alle Arbeiter täglich 5 Francs an die Solidaritätskasse ab. Der **Betriebsrätekongreß** vom 9. März wird die Mittel und Wege prüfen, die geeignet sind, den Ausgesperrten den Sieg zu sichern.

Proletarische Frauenbewegung

Der Internationale Kommunistische Frauentag in Rußland.

Von S. Smidowitsch (Moskau).

** Der Internationale Kommunistische Frauentag wird von der RKP. durch eine Kampagne der gesamten Partei gefeiert.

Die Bedeutung dieses Tages besteht hauptsächlich in einer geschickten Verbreitung der aufgeworfenen Losungen und einer ausgedehnten Agitation, um den Einfluß der Partei auf neue Schichten parteiloser Frauenmassen und — indem man die Arbeiterin und die Bäuerin zum Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit macht — auf breite Schichten der Arbeiter und Bauern derart einwirken, daß die eingewurzelten Vorurteile über die Stellung der Frau in Familie, Staat und Produktion langsam ausgerottet werden.

An diesem Tage wenden staatliche, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisationen Mühe und Aufmerksamkeit an, mittels Durchführung praktischer Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterinnen und Bäuerinnen zu bezeugen, wie hoch sie jene Aufgaben einschätzen, die auf diesem Gebiet der Sowjetregierung noch immer bevorstehen.

So hat zum Beispiel das **Volkskommissariat für soziale Fürsorge** alle Gouvernements- und Bezirksabteilungen angewiesen, die Bauernkomitees der sozialen gegenseitigen Hilfe am Internationalen Frauentag teilnehmen zu lassen. Die Komitees der gegenseitigen Hilfe müssen dafür sorgen, daß am Tage des 8. März ausschließlich arme Bäuerinnen Darlehen erhalten.

... Am Internationalen Frauentag müssen die Komitees durch die Tat den Grundstein zur Organisation von Kinderkrippen legen.

Den **Gewerkschaftsorganisationen** wurde empfohlen, am Tage des 8. März folgende praktische Maßnahmen durchzuführen:

1. Statistik der Ergebnisse betreffend Beteiligung junger Arbeiterinnen und Lehrmädchen an Fachausbildung aller Arten und Entwurf eines konkreten Arbeitsplanes hierzu für die nächste Zeit.

2. Besuch der Heime für Arbeiterinnen und Bestätigung dieser Heime durch die Sowjetbehörden.

3. Kontrolle der Arbeitsverhältnisse für Frauen in Privatunternehmen, wo die Lage der Frauen am schwersten ist, zwecks Einführung gesetzlicher Maßnahmen betreffend Arbeiterinnenschutz und Arbeitslohn.

4. Nach Möglichkeit Anweisung von Summen aus den örtlichen Kassen zur Neugründung oder Unterstützung bereits vorhandener Kinderanstalten. Wo es möglich ist, müssen am Internationalen Frauentag mit Hilfe der Arbeitergenossenschaft Waschanstalten und Speisehäuser eröffnet werden.

5. Weitgehende Unterstützung der arbeitslosen Frauen, besonders der schwangeren Frauen und der Mütter mit minderjährigen Kindern aus den lokalen Mitteln der Kassen der Gegenseitigen Hilfe und der Fonds der Arbeitslosen.

6. In der ganzen Union der Sowjetrepubliken werden an diesem Tage Krippen, Kindergärten, öffentliche Speiseanstalten und andere Anstalten, die die Frauen von den Fesseln des Haushaltes und der Familie befreien, eröffnet.

Der diesjährige 8. März wird von der RKP. unter ganz besonderen Verhältnissen gefeiert. Die gesamte poletarische Welt steht noch unter dem Eindruck des ungeheueren, unvergeßlichen Verlustes. Der größte Organisator ihrer Siege ist gestorben. **Im Kreise der proletarischen Familie fehlt Genosse Lenin!**

Dieses Ereignis, das die gesamte proletarische Welt erschütterte, widerspiegelt sich auch in der Feier des Internationalen Frauentages. Das Zentralkomitee der RKP. hat beschlossen, im Jahre 1924 diesen Tag zu begehen unter der allgemeinen Losung: **„Seid eingedenk der Lehren Iljitsch' über die Arbeiterin und Bäuerin und erfüllt sie."**

Der vierte Punkt des Programms der RKP., der unter allerengster Beteiligung Wladimir Iljitsch' formuliert worden ist, enthält im Grunde genommen in wenigen Zeilen die Grundlage der „Frauenfrage in der marxistischen Auffassung dieses Wortes". Genosse Lenin hörte niemals auf, der Tätigkeit der RKP. auf dem Gebiete der Hinzuziehung breiter Massen von Abeiterinnen und Bäuerinnen zum sozialistischen Aufbau seine Aufmerksamkeit zu schenken, denn nur unter dieser Voraussetzung kann die ihnen durch Verfassung und Gesetz verbürgte Gleichberechtigung auch tatsächlich verwirklicht werden.

In seinen an die Arbeiterinnen und Bäuerinnen gerichteten Reden erklärt Genosse Lenin unaufhörlich, daß nur unter dem Kommunismus die völlige Befreiung der werktätigen Frauen möglich sei. Wie kein anderer brandmarkte er die heuchlerische Stellungnahme der bürgerlichen Demokratie zu den Fragen der Gleichberechtigung der Frauen, und in klaren, kräftigen Worten stellte er ihrem Verhalten das gegenüber, was die Regierung der Werktätigen auf diesem Gebiete geleistet hat. Indem er die Lüge und Heuchelei der bürgerlichen Demokratie entlarvte, stellte er ihr das Wesen des Bolschewismus gegenüber, der die gesamte Staatsgewalt in den Händen der werktätigen und ausgebeuteten Massen vereinigt. „Jede Köchin muß lernen, den Staat regieren", das ist die Lösung, die er den bürgerlichen Priestern der Politik Poincarés und Scheidemanns ins Gesicht schleudert, jenen Priestern, die die Klassenvorrechte der Bourgeoisie auf dem Gebiete der Verwirklichung der „demokratischen" Verwaltung des bürgerlichen Staates hüten.

„Die bolschewistische Sowjet-Revolution" – sagt Genosse Lenin in einem seiner Artikel — „beschneidet derartig tief die Wurzeln der Unterdrückung und Ungleichheit der Frauen, wie keine Partei und keine Revolution der Welt es zu tun wagte. Nach dem Gesetz ist bei uns in Sowjetrußland von der Ungleichheit der Frau im Verhältnis zum Mann auch keine Spur mehr übrig geblieben. Die besonders niederträchtige, gemeine und heuchlerische Ungleichheit im Ehe- und Familienrecht ist von der Sowjetregierung vollkommen aufgehoben worden."

Aber „dies ist bloß der erste Schritt zur Befreiung der Frauen", fährt Genosse Lenin fort, „der Weg zur völligen und tatsächlichen Befreiung der Frauen führt über die Aufhebung des Privatbesitzes an Boden, Fabriken und Werken. Nur dadurch wird der Weg zur Befreiung der Frauen, das heißt, der Übergang von der Heimsklaverei, von der kleinen häuslichen Einzelwirtschaft zur sozialistischen Großwirtschaft gebahnt."

Die Grundlage zur Agitationskampagne am 8. März des Jahres 1924 sollen die Worte des Genossen Lenin bilden, daß „die Sache der Sowjetregierung zu Ende geführt werden wird, wenn nicht nur Hunderte, sondern Millionen und aber Millionen Arbeiterinnen und Bäuerinnen daran teilnehmen werden".

Um ein klares Bild davon zu geben, wie sehr die Lage der Arbeiterinnen und Bäuerinnen sich in Sowjet-Rußland nach der Oktoberrevolution verändert hat, wollen wir vor den Massenversammlungen konkrete Beweise unserer lokalen Errungenschaften während der Revolutionsjahre hinsichtlich der Beteiligung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen an der Partei, an Versammlungen, an Sowjets, an Gewerkschaften, Genossenschaften, Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe usw. entrollen. Die lokalen Ergebnisse der Befreiung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen müssen sich gleichfalls in der Kampagne des 8. März widerspiegeln.

Über alles, was auf diesem Gebiete erreicht worden ist, sowie auch über die neuesten Maßnahmen muß den Versammlungen berichtet werden. Zu diesem Termin muß außerdem die Eröffnung neuer, die Frauen befreiender Einrichtungen bewerkstelligt werden. Das ist die beste Methode, um die Lehren Iljitsch' über die Arbeiterin und Bäuerin zu verwirklichen.

Die große Idee des Leninismus über die gegenseitigen Beziehungen des Proletariats und der Bauernschaft in der proletarischen Revolution muß am Internationalen Kommunistischen Frauentag in der Losung vom Bündnis zwischen Stadt und Dorf ihren Ausdruck finden. Die RKP. wird die Arbeiterin und Bäuerin auffordern, diese Hauptlehre des Genossen Lenin zu beherzigen. Gleichzeitig wird sie die Aufmerksamkeit der Bäuerinnen auf die Lösung lenken: „Seid eingedenk des Genossen Lenin und lehrt Eure Kinder, in seine Fußstapfen zu treten."

Die gegenseitige Entsendung von Delegationen von Arbeiterinnen und Bäuerinnen ist eine konkrete Form, die dazu beitragen wird, an diesem für sie so großen Tage dem Bewußtsein der Arbeiterinnen und Bäuerinnen die wichtigste Lehre Lenins einzuprägen.

Der Internationale Charakter des Frauentages findet seinen Ausdruck in einer gründlichen Erklärung der Lage der werktätigen Massen in den kapitalistischen Ländern des Westens und Ostens vor großen bäuerlichen und proletarischen Massen.

Über alle Grenzen und Hindernisse hinweg, die der zugrundegehende Kapitalismus auftürmt, werden die Arbeiterinnen und Bäuerinnen des Verbandes der Werktätigen ihren Schwestern aller Länder und Völker ihren feurigen proletarischen Gruß senden.

Mit jedem Tag verlieren unsere Unterdrücker immer mehr den Boden unter den Füßen. Mit jeder Stunde erstarkt unser Verband der Werktätigen.

Wir wissen, daß nur die Revolution der werktätigen Frau die völlige Befreiung bringt, denn diese ist nur unter dem Kommunismus möglich!

Es lebe der Internationale Kommunistische Frauentag, der dem hellen Reich des Kommunismus den Weg bahnt!

Es lebe die Dritte Internationale!

Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Genossenschaftsbewegung

An die Genossenschaftsabteilungen aller Sektionen der Kommunistischen Internationale!

An alle kommunistischen Genossenschafter!

Werte Genossen!

** Den revolutionären Genossenschaften der Arbeiterschaft **Bulgariens** droht neuerdings die Gefahr völliger Zerstörung. Das bulgarische Parlament hat ein Gesetz „zum Schutze des Staates" geschaffen, demzufolge alle politischen und wirtschaftlichen Organisationen verboten werden, die sich in Verfolgung ihrer Ziele des Terrors und revolutionärer Demonstrationen bedienen. Die Regierung Zankow macht Anstalten, um auf Grund dieses Gesetzes die größte Genossenschaftsorganisation Bulgariens, die „Oswoboshdenie", aufzulösen.

Die „Oswoboshdenie", die mehr als 70.000 Arbeiter umfaßt und über ein Anteilskapital von 9 Millionen bulgarischer Lewa verfügt, spielt im Leben der bulgarischen Arbeiterschaft eine sehr große Rolle. In vielen Orten Bulgariens hat die „Oswoboshdenie" „Volksheime", das heißt Kultur- und Bildungsstätten, für Arbeiter und Bauern errichtet. Sie hat ihre eigene Druckerei. In Millionen Exemplaren verlegt und verbreitet sie kommunisti-

sche Zeitungen und Broschüren und hat einen großen Einfluß auf die Preisbildung der meisten Massengebrauchsartikel.

Der bedeutende Einfluß und die große Popularität, deren sich diese proletarische Genossenschaftsorganisation in den breiten Arbeitermassen erfreut, sind der reaktionären Regierung Bulgariens längst ein Dorn im Auge, und sie schickt sich nun an, die „Oswoboshdenie" völlig zu zerstören. Eine von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission hat bereits festgestellt, daß die Tätigkeit der „Oswoboshdenie" kommunistischen Charakter trägt und daß diese Organisation daher verboten werden müsse. Die endgültige Entscheidung über die Schließung der Genossenschaftsunternehmungen und der Konfiskation ihres Vermögens soll in nächster Zeit durch den Obersten Gerichtshof Bulgariens gefällt werden. Die Regierungsblätter bearbeiten bereits die „öffentliche Meinung" in entsprechendem Sinne.

Das revolutionäre Proletariat kann und darf diesem Gewaltakte des Faschismus gegenüber nicht passiv bleiben.

Die Arbeitergenossenschaften aller Länder müssen gegen diesen Willkürakt des bulgarischen Faschismus protestieren. An dem Beispiele Bulgariens kann den genossenschaftlich organisierten Arbeitermassen neuerdings die riesige Gefahr vor Augen geführt werden, die ihnen unmittelbar aus der faschistischen Reaktion erwächst.

Das klare Erkennen der Verräter-Rolle der Sozialreformisten, die mit der faschistischen Reaktion Hand in Hand gehen, wird ebenfalls dazu beitragen, die Massen der genossenschaftlich organisierten Arbeiter enger um unsere Parolen zu scharen.

Die kommunistischen Genossenschafter müssen in allen Versammlungen der Genossenschaften Protestresolutionen gegen die Verfolgung der revolutionären Genossenschaften Bulgariens einbringen und im Zusammenhang damit unsere allgemeinen revolutionären Forderungen des Kampfes gegen den Faschismus aufstellen.

Die Kommunisten müssen es durchzusetzen trachten, daß die Konsumvereinsvorstände sich direkt oder durch ihre Zentralverbände an den Internationalen Genossenschaftsbund wenden und ihn auffordern, durch rasches und aktives Eingreifen die Zerstörung der revolutionären Arbeitergenossenschaften Bulgariens zu verhindern.

Das Schicksal der durch den Faschismus zerstörten Arbeiterorganisationen Italiens und Bulgariens droht nicht minder den Proletarierorganisationen in anderen Ländern. Nur die wirkliche Kampfsolidarität der Arbeiter und Bauern aller Länder kann die Gefahr abwenden!

Kooperativ-Sektion der Kommunistischen Internationale.

Aus der Internationale

Zum Fünften Jahrestag der proletarischen Revolution in Ungarn.

21. März 1919 — 21. März 1924.

Genosse Lenin über die ungarische Revolution.

Nachstehender Artikel des Gen. Lenin erschien zum erstenmal in der „Prawda" vom 29. Mai 1919 unter dem Titel: „Gruß an die ungarischen Arbeiter."
Die Red.

** **Genossen!** Die Nachrichten, die wir von den ungarischen Sowjetfunktionären erhalten, erfüllen uns mit dem Gefühl des Triumphes und der Freude. Die Sowjetmacht in Ungarn besteht im ganzen seit kaum mehr als zwei Monaten, doch hat uns das ungarische Proletariat, was die Organisiertheit anbelangt, bereits augenscheinlich überholt. Das ist auch begreiflich, angesichts der höheren allgemeinen Kulturstufe der Bevölkerung und des unvergleichlich höheren Prozentsatzes der industriellen Arbeiter zur Gesamtbevölkerung (von acht Millionen Einwohnern des heutigen Ungarns entfallen zwei Millionen auf Budapest), endlich war auch der Übergang zum Sowjetsystem, zur Diktatur des Proletariats in Ungarn unvergleichlich leichter und friedlicher wie bei uns.

Dieser letzte Umstand ist besonders wichtig. Die Mehrzahl der sozialistischen Führer in Europa — sowohl die Sozialchauvinisten wie auch die Kautskyaner — sind im Sumpfe der spießbürgerlichen Vorurteile, die sie sich während der Jahrzehnte des verhältnismäßig „friedlichen" Kapitalismus und bürgerlichen Parlamentarismus angeeignet haben, so tief gesunken, daß sie die Sowjetmacht und die Diktatur des Proletariats nicht begreifen können. Das Proletariat wird seine weltgeschichtliche befreiende Mission nicht erfüllen können, solange es diese Führer nicht beiseite schiebt. Diese Leute haben der bürgerlichen Lügenkampagne über die Sowjetmacht in Rußland gänzlich oder teilweise Glauben geschenkt und konnten das Wesen der neuen proletarischen Demokratie, der Demokratie für die Werktätigen, der in der Sowjetmacht verkörperten sozialistischen Demokratie nicht unterscheiden von der bürgerlichen Demokratie, vor der sie sich sklavenhaft verneigen, und sie „reine Demokratie" oder „die Demokratie" nennen.

Diese blinden, von bürgerlichen Vorurteilen erfüllten Leute, haben die weltgeschichtliche Umwälzung von der bürgerlichen zur proletarischen Demokratie, von der bürgerlichen zur proletarischen Diktatur nicht begriffen. Sie verwechselten die eine oder andere Eigentümlichkeit der Entwicklung der russischen Sowjetmacht, der russischen Geschichte mit der Sowjetmacht in ihrer internationalen Bedeutung.

Die ungarische proletarische Revolution wird auch den Blinden die Augen öffnen. Die Formen des Überganges zur Diktatur des Proletariats in Ungarn sind ganz andere als in Rußland: freiwilliger Rücktritt der bürgerlichen Regierung, momentane Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterklasse, der Einheit des Sozialismus **auf Grund des kommunistischen Programmes.** Das Wesen der Sowjetmacht springt jetzt umso klarer in die Augen: eine Regierung, die von den Werktätigen, mit dem Proletariat an ihrer Spitze, unterstützt wird, ist nunmehr nirgends in der Welt anders möglich als in der Form der Sowjetmacht, der Diktatur des Proletariats.

Diese Diktatur setzt eine schonungslos strenge, rasche und energische Gewaltanwendung zur Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter, der Kapitalisten, Gutsbesitzer und ihres Anhanges voraus. Wer das nicht begriffen hat, der ist kein Revolutionär, der muß vom Posten eines Führers oder Beraters des Proletariats enthoben werden.

Aber nicht allein in der Gewalt und nicht hauptsächlich in der Gewalt besteht das Wesen der proletarischen Diktatur. Der Wesenskern der proletarischen Diktatur besteht in der Organisiertheit und Disziplin iertheit der Vorhut, der einzigen Führerin der Werktätigen: des Proletariats.

Sein Ziel ist: den Sozialismus zu verwirklichen, die Klassenteilung der Gesellschaft aufzuheben, alle Mitglieder der Gesellschaft in die Reihen der Werktätigen einzureihen, jeder Ausbeutung den Boden zu entziehen. Dieses Ziel kann nicht auf einmal verwirklicht werden. Es erfordert eine ziemlich lange Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, sowohl aus dem Grunde, da die Umorganisierung der Produktion eine schwere Sache ist, da die gründliche Umwälzung auf jedem Gebiete des Lebens Zeit erfordert, wie auch darum, weil die ungeheure Macht der Gewohnheit an die kleinbürgerliche und bürgerliche Wirtschaftsführung nur in langem, zähem Kampfe überwunden werden kann. Darum spricht auch Marx von einer ganzen Periode der Diktatur des Proletariats, als einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Während dieser ganzen Übergangsperiode werden sowohl die Kapitalisten wie auch ihre vielen Handlanger aus dem Lager der bürgerlichen Intelligenz der Umwälzung Widerstand leisten — der Widerstand dieser Schichten wird ein bewußter Widerstand sein — wie auch die große Masse der allzu sehr in kleinbürgerlichen Gewohnheiten und Traditionen befangenen Werktätigen, darunter der Bauern, deren Widerstand zum größten Teil unbewußt ist. Schwankungen in diesen Schichten sind unvermeidlich. Der Bauer als Werktätiger neigt zum Sozialismus, zieht die Diktatur der Arbeiter der Diktatur der Bourgeoisie vor. Der Bauer als Getreideverkäufer neigt zur Bourgeoisie, zum Freihandel, das heißt zurück zum „anerkannten, alten, althergebrachten" Kapitalismus.

Die Diktatur des Proletariats, die Macht einer Klasse mit der Kraft ihrer Organisiertheit und Disziplin iertheit, ihre Zentralmacht, die sich auf alle Errungenschaften der Kultur, Wissenschaft, Technik, auch des Kapitalismus, stützt, ihr proletarisches Verständnis für die Psychologie aller Werktätigen, ihre Autorität vor den zerstreuten, weniger entwickelten, in der Politik weniger bewanderten Werktätigen des Dorfes oder des Kleingewerbes, ist unentbehrlich, damit das Proletariat die Bauernschaft und die kleinbürgerlichen Schichten überhaupt **mit sich führen** könne.

Hier helfen die Phrasen über „die Demokratie", über die Einheit oder über die „Einheit der werktätigen Demokratie", über die „Gleichheit aller Arbeitsleute" usw., usw. — diese Phrasen, die die verspießerten Sozialchauvinisten und Kautskyaner so gerne gebrauchen — gar nichts. Die Phrasen verdunkeln nur den Blick, trüben das Bewußtsein, verstärken die alte Stumpfsinnigkeit, Verknöcherung und Routine des Kapitalismus, des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie.

Die Vernichtung der Klassenunterschiede kann nur das Werk eines langen, schweren, hartnäckigen Klassenkampfes sein, der **nach** dem Sturze der Macht des Kapitals, **nach** der Zerstörung des bürgerlichen Staates, **nach** der Errichtung der Diktatur des Proletariats **nicht verschwindet** (wie sich das die faulen Köpfe des alten Sozialismus und der alten Sozialdemokratie vorstellen), sondern ändert nur seine Formen, wird aber in vielen Beziehungen noch verzweifelter geführt als vorher.

Durch seinen Klassenkampf gegen den Widerstand der Bourgeoisie, gegen die Verknöcherung, die Routine, die Unentschlossenheit, die Schwankungen der Kleinbourgeoisie muß das Proletariat seine Macht behaupten, seinen organisatorischen Einfluß steigern und jene Schichten „neutralisieren", die sich fürchten, die Bourgeoisie zu verlassen und dem Proletariat allzu schwankend folgen; durch diesen Klassenkampf muß das Proletariat die neue Disziplin, die kameradschaftliche Disziplin der Werktätigen, ihre feste Verbindung mit dem Proletariat, ihre Geschlossenheit um das Proletariat, diese neue Disziplin, diese neue Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenhanges an Stelle der Diszplin der mittelalterlichen Leibeigenschaft ausbauen, an Stelle der Hungerdisziplin, der Disziplin der „freien" Lohnsklaverei unter dem Kapitalismus.

Um die Klassenunterschiede zu vernichten, ist eine Periode der Diktatur einer Klasse erforderlich, und zwar die Diktatur gerade jener Klasse der Unterdrückten, die nicht nur fähig ist, die Ausbeuter zu stürzen und ihren Widerstand schonungslos zu unterdrücken, sondern auch mit der ganzen bürgerlich-demokratischen Ideologie, mit der ganzen spießbürgerlichen Phrasendrescherei über die Freiheit und Gleichheit, ideell zu brechen. (In Wirklichkeit bedeutet diese Phrase, wie Marx schon längst gezeigt hat, die „Freiheit und Gleichheit" der Warenbesitzer, die „Freiheit und Gleichheit" des **Kapitalisten** und des **Arbeiters.**)

Damit nicht genug. Nur jene unterdrückte Klasse ist imstande, durch ihre Diktatur die Klassenunterschiede zu vernichten, die in jahrzehntelangen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen gegen das Kapital erzogen, vereint und gestählt wurde, nur jene Klasse, die sich die ganze städtische, industrielle, großkapitalistische Kultur angeeignet hatte, die Fähigkeit und Entschlossenheit besitzt, diese Kultur zu verteidigen, zu bewahren und alle ihre Errungenschaften weiter zu entwickeln, sie dem ganzen Volke, allen Werktätigen zugänglich zu machen — nur jene Klasse, die alle Lasten, Prüfungen, Unannehmlichkeiten und große Opfer zu ertragen fähig ist, die die Geschichte unvermeidlich jedem auferlegt, der mit der Vergangenheit bricht und sich mutig den Weg bahnt zu einer neuen Zukunft — nur jene Klasse, deren beste Vertreter von Haß und Verachtung erfüllt sind gegen alles Spießbürgerliche und Philisterhafte — Eigenschaften, die unter dem Kleinbürgertum, unter den kleinen Angestellten und den „Intellektuellen" so sehr in Blüte stehen — nur jene Klasse, die die „harte Schule der Arbeit" durchgemacht hat, und mit ihrer Arbeitsfähigkeit jedem Werktätigen, jedem ehrlichen Menschen Ehrfurcht zu gebieten weiß.

Genossen! Ungarische Arbeiter! Ihr habt der Welt ein noch besseres Beispiel gezeigt als Sowjetrußland, indem Ihr es verstanden habt, auf der Plattform der wirklichen proletarischen Diktatur alle Sozialisten sofort zu vereinen. Ihr steht nun vor der dankbarsten und schwierigsten Aufgabe, in schwerem Kampfe gegen die Entente Euren Mann zu stehen. Haltet aus! Sollten sich unter den Sozialisten, die sich erst gestern Euch, der Diktatur des Proletariats angeschlossen haben, oder unter der Kleinbourgeoisie Zeichen des Schwankens zeigen — so müßt ihr schonungslos jede Schwankung unterdrücken. Die Kugel ist das gerechte Los des Feigen im Kampfe.

Euer Kampf ist der einzig gerechte, rechtmäßige, wirklich revolutionäre Kampf, der Kampf der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, der Kampf der Werktätigen gegen die Ausbeuter, der Kampf um den Sieg des Sozialismus. In der ganzen Welt steht jeder ehrliche Mensch aus der Arbeiterklasse an Eurer Seite. Jeder Monat bringt uns zur proletarischen Weltrevolution näher.

Haltet aus! Der Sieg wird Euer sein!

Buchbesprechungen

Lenin-Hefte.*)

Von Hilde Wertheim.

** Den Gedenknummern der kommunistischen Tageszeitungen sind Spezialausgaben der Zeitschriften „**Sichel und Hammer**" und des „**Forum**" gefolgt. Die Sonderausgabe, die die Internationale Arbeiterzeitung „Sichel und Hammer" herausgibt, ist mit vielen, interessanten Illustrationen versehen. Sie ragt unter den auch sonst inhaltsreichen Nummern dieser Zeitschrift hervor. Dem großen Thema, das sie sich stellt, ein Charakterbild in kurzen Umrissen zu geben, wird sie voll gerecht.

Als Einleitung dient der Nachruf Trotzkis. „**Ade Iljitsch! Ade Führer!**" Ein Auszug aus Radeks Gedenkartikel gibt zusammen mit Trotzkis Einführung ein Bild, wie durch den Tod Lenins nicht nur das russische, sondern auch das internationale Proletariat verwaist, aber dennoch kampfentschlossen vorwärtsschreitet. Aus Lenins Schriften sind nur wenige Worte wiedergegeben, wie ein Auszug aus einem der letzten Artikel, den Lenin für den 12. Parteitag der Russischen Partei im Jahre 1923 geschrieben hat. Lenins Schriften selbst müssen zur Hand genommen werden, um ganz sein Werk zu verstehen. Dazu verhilft ein Artikel Ernst **Drahns**, der in seiner gewohnten Exaktheit die Lenin-Literatur zusammenstellt. Von den übrigen Beiträgen darf der Artikel der **Henriette Roland-Holst** nicht übergangen werden. Ihre Worte: „Er wird für kommende Geschlechter die Züge tragen des großen Helden der Menschheit, der ihr eigenes stolzes Wollen und unendliches Hoffen am reinsten verkörpert" werden erst aus den Illustrationen, die Lenins Gestalt vor Augen führen, verstanden.

Eine Leninbüste und Lenin im Arbeitszimmer zeigen den charakteristischen Gesichtsausdruck des großen Führers. Zwei Bilder bringen Lenin als Redner, eines auf dem III. Kongreß, das andere in einer Massenversammlung. Zwei Jugendbildnisse Lenins, des Vierjährigen, und des Sechzehnjährigen, ein Bild aus der Illegalität, zwei Bilder Lenins im Gespräch. Ein Bild aus dem Jahre 1895 zeigt Lenin in der Mitte seiner Kampfgefährten vom Petersburger Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse. Eine Reihe anderer Bilder versinnbildlicht die Trauer um den großen Führer. Unübersehbare Züge von Arbeitern und Soldaten marschieren durch den Winterschnee. Die Getreuesten von Lenins Freunden tragen den Sarg, dem Lenins Weggefährtin und Kampfgenossin, N. K. **Krupskaja**, an der Spitze der trauernden Arbeitermassen folgt.

Die Sonderausgabe des „**Forum**" bringt zum Teil dieselben Artikel wie „Sichel und Hammer" und dazu noch eine Einleitung von Wilhelm Herzog, die Lenin zu würdigen versucht. Interessant in dieser Nummer ist die Wiedergabe einer Reihe von Urteilen über Lenin, die dem Berichterstatter der „Iswestja" gemacht wurden, und „Ein Ferngespräch Lenins mit Kronstadt". Das Heft ist mit drei Charakterskizzen Lenins von Altmann verziert.

*) „Sichel und Hammer", Neuer Deutscher Verlag, Berlin. W. 8, „Forum", Forum-Verlag, Berlin W. 35.

An unsere Abonnenten!

Wir bitten alle unsere Bezieher, die den Bezugspreis für März oder für die vorhergehenden Monate noch nicht beglichen haben, dies sofort zu tun.

Ab 1. April wird die Zustellung an alle Leser, die mit der Bezahlung des Bezugspreises im Rückstand sind, eingestellt.

Der monatliche Bezugspreis beträgt für

Deutschland	1 Goldmark
Österreich	10.000 Kronen
Tschechoslowakei	8 Kč
Schweiz	2 Franken
Holland	1 Gulden
Frankreich	4 Franken
Dänemark	2 Kronen
Norwegen	2 Kronen
Schweden	2 Kronen
Danzig	2 Gulden

Die Geschäftsleitung.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Sinowjew: Fünf Jahre.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 36. 21. März

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Machtkampf, Korruption und Kommunistenhetze in der Tschechoslowakei. Von Kreibich 411

Politik.
Der Wahlkampf in Frankreich. Von Rappoport . . 413
Die Parlaments- und Senatswahlen in Karpathorußland. Von Vaňek 414
Englands Politik in Arabien. Von J. B. 415

Union der Sowjetrepubliken.
Brief aus Sowjetrußland. Von Rubiner 416

Arbeiterbewegung.
„Rhetorik und Tatsachen." Von Leder 416
Der Zusammenbruch des spanischen Anarcho-Syndikalismus. Von Maurin 418

Aus der Internationale.
Fünf Jahre. Von Sinowjew 418
Märzauftakt in Ungarn. Von L. F. B. 420

Aufrufe.
Das EKKI. an die Arbeiter und Bauern aller Länder! . . 420
Aufruf der Kommunistischen Balkanföderation 421

Buchbesprechungen.
Pawel Dorochow: „Golgatha". Von K. Cs. 422

Machtkampf, Korruption u. Kommunistenhetze in der Tschechoslowakei.

Von Karl Kreibich (Prag).

** Nun ist auch der letzte Wunsch der tschechischen Patrioten erfüllt, und sie können restlos glücklich sein. Ihr einziger Schmerz, der ihnen nach der Erfüllung aller Wünsche durch die Gründung und „Konsolidierung" des Staates noch verblieb, ließ sich in den Stoßseufzer zusammenfassen: „Die Welt kennt uns noch nicht". Noch immer kamen aus Frankreich, England und anderen Ländern Briefe mit der Adresse „Prague, Autriche" und noch immer wurden tschechische Reisende von Pariser Damen mit der Frage belästigt, ob denn das Leben auf der Pußta wirklich so romantisch sei. Das hat jetzt aufgehört, und selbstbewußt kann jetzt jeder Patriot die Worte sagen, die den Titel einer in Prag mit Bombenerfolg gegebenen Varieté-Revue bilden: Die Welt spricht von uns. Dem hundertsten Geburtstag Smetanas zum Trotz spricht jetzt die Welt viel mehr vom tschechischen Spiritus als von tschechischer Musik.

Aber die Spiritusaffäre ist schon mehr ein Symbol. Es gibt einen ganzen Rattenkönig von Korruptionsaffären, und ihre Aufzählung würde wie eine Statistik des Großhandels, nach seinen verschiedenen Artikeln gruppiert, aussehen. Die Spiritusaffäre ist nur deshalb zum Symbol des ganzen Korruptionssumpfes geworden, weil sie die erste große Affäre war, die aufgedeckt wurde, und weil sie einen ausgesprochen politischen Charakter hat. Die Kartelle der landwirtschaftlichen und der industriellen Spirituserzeuger der Tschechoslowakei haben von der Regierung eine Monopolstellung erhalten und nützen diese aus, um ungeheure Profite einzustecken. Um sich diese Goldquelle zu sichern, haben diese Kartelle eigene Korruptionsfonds gegründet, um die führenden Politiker der Regierungskoalition gegen guten Millionenbakschisch für die Beibehaltung ihrer Monopolstellung zu gewinnen. Festgestellt wurde, daß der Agrarier Prášek, Präsident des Senats der Nationalversammlung, einen solchen Fonds in der Höhe von 30 Millionen tschechische Kronen verwaltete und damit die sozialistischen Koalitionsparteien bestochen hat. Bis jetzt wurden drei Millionen nachgewiesen, die die tschechischen Nationalsozialisten erhalten haben und wegen der der Postminister Tučný, ein Nationalsozialist, zurücktreten mußte. Aber auch Prášek, übrigens ein alter Lump, der schon aus der „Privatschatulle" des Kaisers von Österreich einen Extrasold bezog, mußte von seinem Präsidentenstuhl zurücktreten, freilich erst, als ihn Masaryk beim Neujahrsempfang brüskiert hatte. Mehr konnte man ihm nicht tun, weil er gedroht hat, daß er dann alles sagen würde. Die Agrarier haben sich für die schlechte Behandlung ihres Prášek durch Masaryk gerächt: sie haben ihren Parteigänger Donát, den unser Zentralorgan als den Gründer des Spiritus-Korruptionsfonds entlarvt hat, zum Präsidenten der ersten Kammer gewählt und Masaryk gezwungen, diesen Ehrenmann an seinem Geburtstage als Gratulanten zu empfangen. So hat nun die Regierungskoalition ihrem lieben Masaryk beigebracht, daß man nicht nur kein Humanist und kein Pazifist sein, sondern daß man sich nicht einmal den

Luxus eines übertriebenen moralischen Reinlichkeitsgefühls erlauben darf, wenn man Präsident einer Bourgeoisrepublik bleiben will.

Wenn man die ganze Reihe der Korruptionsaffären Revue passieren läßt und an die Dinge den Maßstab der kapitalistischen Verhältnisse und der bürgerlichen Moral legt, so muß man bekennen, daß diese ganze Lumperei durchaus nicht das Maß des in der Niedergangsperiode des Kapitalismus üblichen überschreitet. Es wäre ganz falsch, anzunehmen, daß die Korruption in der Tschechoslowakei schlimmer sei als in der übrigen kapitalistischen Welt. Sie trägt aber den Charakter des Hastigen, Überstürzten und Ungeschickten und fliegt daher leichter auf. Man muß eben bedenken, daß die tschechische Bourgeoisie erst recht spät und ausgerechnet in der Niedergangsperiode des Kapitalismus, also mit einem lange ungestillten Heißhunger zur staatlichen Futterkrippe gekommen ist und infolgedessen der Übereifer beim Stehlen größer ist als das Geschick. Wenn aber das Aufsehen, das die tschechischen Korruptionsaffären im Auslande machen, größer ist, als es der für kapitalistische Verhältnisse normale Umfang der Korruption bedingen würde, so nur deshalb, weil die Aufregung über die Korruption zu Hause, im tschechischen Volke größer ist als irgendwo anders. Das tschechische Volk ist in seiner übergroßen Mehrheit ein Volk von Arbeitern, Kleinbauern und Kleinbürgern, die seit dem Beginn des bürgerlichen Zeitalters, also seit 1848, im heftigen Kampfe gegen den Staat und den Kapitalismus standen, weil beide einen der Nation feindlichen Charakter trugen. In allen den Jahrzehnten vollzog sich das nationale politische und soziale Erwachen dieser Klassen im Kampfe gegen Staat und Kapitalismus. Aus dieser Zeit ist den Massen des tschechischen Proletariats, des Kleinbauerntums und des Kleinbürgertums eine starke Abneigung gegen den Kapitalismus überhaupt und seine Beherrschung des Staates geblieben. Und je größer die Begeisterung dieser Klassen ob der Errichtung des eigenen Staates war, desto grimmiger ist ihre Enttäuschung, wenn sie sehen müssen, wie sich in diesem Staate jetzt die alte Geschichte wiederholt und der Kapitalismus ihn nicht nur beherrscht, sondern auch bestiehlt und korrumpiert. Das Wochenblatt „Čas" (jetzt Tagblatt „Československá Samostatnost"), das die Meinungen der nationalen, aber der heutigen Regierungskoalition nicht wohl gesinnten kleinbürgerlichen Schichten sowie der ihnen verwandten Legionäre und Intellektuellen vertritt, schrieb schon im Dezember mit Bitterkeit: „Also früher hat uns Österreich korrumpiert, heute besorgen wir uns das selber". In diesen Schichten lebt noch viel gesunde Opposition gegen den Kapitalismus, und wenn in den letzten Tagen sogar das Zentralorgan der tschechischen Nationalsozialisten Artikel gegen das bedrohliche Anwachsen des tschechischen Großkapitals brachte, so kommt darin nicht nur die rührende Naivität von ökonomischen Kindsköpfen, die sich über das Wachsen des Kapitals in der kapitalistischen Gesellschaft wundern, sondern auch der antikapitalistische Geist in den kleinbürgerlichen und kleinbürgerlich gesinnten proletarischen Schichten zum Ausdruck. In diesen Schichten ist auch das Entsetzen über die Korruption, die stürmische Entrüstung gegen ein System, bei dem solche Dinge möglich sind, derart laut geworden, daß daraus ein öffentlicher Skandal wurde, der den Feldzug der Kommunisten, vor allem aber unseres Zentralorgans, des „Rudé Právo", gegen die Korruption der herrschenden Parteien so gefährlich erscheinen läßt.

In dieser Situation hat die Regierungskoalition das Dümmste getan, was sie machen konnte: anstatt nach englischem und französischem Muster wenigstens eine parlamentarische Untersuchung der politischen Korruption einzuleiten, hat sie beschlossen, in Parlament und Presse einen Gegenangriff gegen die Kommunisten als Enthüller der Korruption zu unternehmen und mit einem Ausnahmegesetz gegen die Presse zu kommen. Denn nichts anderes bedeutet die angekündigte Änderung in der gerichtlichen Behandlung von Ehrenbeleidigungen durch die Presse, für die bisher die Schwurgerichte zuständig waren. Der ganze Feldzug, das sieht man schon jetzt, nach einer reichlichen Woche, ist im voraus mißlungen. Die große Strafrede des Ministerpräsidenten Svehla gegen die kommunistischen Enthüller blieb wirkungslos, weil ihr die einzig mögliche Grundlage fehlte: die Ankündigung der Untersuchung der von den Kommunisten aufgedeckten Korruptionsskandale. Die von Svehla ausgegebene Parole: Es darf von diesen Dingen nicht mehr gesprochen werden!, hat den moralischen Kredit der Regierungskoalition noch mehr erschüttert und gegen die drohende neuerliche Verschlechterung des Preßgesetzes haben schon die Journalistenorganisationen Stellung genommen. Auch der mährische Flügel der Nationaldemokraten greift die Regierung wegen dieses Feldzuges an. Der mit einem Aufgebot von viel Gemeinheit und Verlogenheit vom sozialdemokratischen Zentralorgan unternommene Versuch, die Kommunisten der Korruption zu bezichtigen, ist schon kläglich mißlungen. Dafür aber stellt sich heraus, daß der agrarische Landesverteidigungsminister einen alles Bisherige weit überbietenden Gestank angerührt hat, indem er die Benzinaffäre als einzige aller Korruptionsaffären rücksichtslos aufdeckt und die Schuldigen verfolgen läßt. Es handelt sich hierbei um enorme Bestechungen von Offizieren des Ministeriums, um die Benzinlieferungen für die Armee einer Firma zuzuschanzen. Die gerichtliche Verfolgung hat schon so große Kreise gezogen, daß den Anrührern der Sache unheimlich wird; aber es ist eben infolge des ungeheuerlichen Umfanges der Affäre unmöglich, die Sache niederzuschlagen. Man muß ihr ihren Lauf lassen und das Ergebnis wird für das ganze heutige Regierungssystem niederschmetternd sein.

Ganz besonders zufrieden können wir mit dem Stückchen sein, das sich das Zentralorgan der Nationalsozialisten, das České Slovo", geleistet hat. Es kam ganz unvermittelt mit einem gemeinen Angriff auf Genossen Šmeral, indem es ihn beschuldigte, während des Weltkrieges nicht nur eine opportunistische, österreichfreundliche Politik gemacht zu haben — worüber ja die Akten schon längst geschlossen sind — sondern ein Spitzel der österreichischen Partei gewesen zu sein. Diese Sensation, die ja auch nichts Neues war und nur eine alte, längst abgetane Lüge wieder ausgrub, dauerte aber nur wenige Tage. Genosse Šmeral, der sich bisher auf das offene Bekenntnis zu seiner Kriegspolitik und die Übernahme der vollen Verantwortung für seinen Anteil an jener Politik der tschechischen Sozialdemokratie und der tschechischbürgerlichen Parteien beschränkt und sich trotz aller gelegentlichen gemeinen Angriffe geweigert hatte, die Vorgänge jener Jahre zu enthüllen, hat sich nun entschlossen, mit seinen Erinnerungen und Dokumenten herauszurücken. Die Lüge seines Konfidententums ist schon nach zwei Artikeln Šmerals derart zerstoben, daß alle Gegner von ihr deutlich abrücken. Dafür aber ist schon einigen Patrioten, die gern als Helden des Kampfes gegen Österreich dastehen möchten — Sozialdemokraten, Agrarier und Nationaldemokraten — die Maske heruntergerissen worden, so daß sie alle schon eine förmliche Panik ergriffen hat. So hat der Angriff gegen Šmeral bewirkt, daß zu der Enthüllung der gegenwärtigen moralischen Verlotterung des heutigen Regierungssystems noch die Demaskierung der Vergangenheit seiner Träger kommt.

Aber es wäre verfehlt, nur diese moralische Verlotterung der Regierungskoalition und den Kampf der Kommunisten gegen diese zu sehen. Selbstverständlich führt unsere Partei allein diesen Kampf konsequent und unerbittlich und mit dem bestimmten Zweck, den Massen des arbeitenden Volkes auch über den moralischen Charakter der bürgerlich-sozialpatriotischen Koalition die Augen zu öffnen. Aber die ersten Enthüllungen, die allgemeines Aufsehen erregten, stammten aus den Reihen der Koalition selbst und auch die folgenden Enthüllungen wären ohne die tätige Mitwirkung bald der einen, bald der anderen Regierungspartei oder Regierungscliquen nicht möglich gewesen. Das politisch Interessante an der ganzen Korruptionskampagne liegt eben darin, daß sich hinter ihr ein heftiger, hartnäckiger Machtkampf innerhalb der Regierungskoalition verbirgt. Finanzkapital und Industriekapital, Agrarkapital und Bankenkonzerne ringen miteinander, und jede dieser Mächte hat ihre Exponenten in der Koalition. Das Kleinbürgertum und die Teile des Proletariats, die dem Entscheidungskampfe mit dem Kapital ausweichen wollen, haben sich der Beneš-Masarykschen Ideologie zugewendet und wollen so etwas wie einen reformierten, gestutzten Kapitalismus ohne die „Auswüchse des Großkapitals" mit harmlosem, „vernünftigem" Sozialismus und natürlich mit Demokratie und Freiheit. Immer schwieriger wird die Aufgabe, diese bunte Gesellschaft beisammen zu halten. Der Machtkampf dieser Gruppen spielt sich hinter den Kulissen als ein Kampf um die nach den Gesetzen der Natur und des Menschenlebens in absehbarer Zeit akut werdende Frage der Nachfolge Masaryks ab. Wer soll nach Masaryk Präsident werden? — das ist die Formel für die Frage der künftigen Machtverhältnisse. Die Vertreter der besitzenden Klassen, die Nationaldemokraten und Agrarier, haben natürlich die ganze Geschichte mit dem Humanismus, Pazifismus, Sozialismus und der übrigen Masarykschen Ideologie und Tradition schon längst satt, sie wollen das auch als äußere Dekoration nicht mehr und halten sich schon für stark genug, die Massen auch ohne diesen schon beträchtlich faulen Zauber im Zaume zu halten. Nur sind sie sich noch nicht

einig, ob Kramář oder Svehla, ob rücksichtslose Diktatur des Finanzkapitals oder ein industriekapitalistisch-agrarisches Regime. Die Klerikalen hoffen, jede der beiden Gruppen durch Konzessionen zu gewinnen. Die Führer der kleinbürgerlichen und der von den kleinbürgerlichen Ideen erfüllten proletarischen Schichten wollen aber die alte Illusion nicht fahren lassen. Beneš hofft, auf Grund etwa eines Masarykschen Testaments und gestützt auf die Tradition der nationalen Revolution, auf die Intellektuellen und die Legionäre, die ja das Rückgrat jener kleinbürgerlichen Schichten sind, die Nachfolge seines Meisters antreten zu können. Die Sozialdemokraten würden mittun müssen, weil sie nicht imstande sind, irgendeine eigene Politik zu machen. Diese Kämpfe hinter den Kulissen machen es erklärlich, daß die Nationaldemokraten zuerst die Spiritusaffäre anschnitten, um die Agrarier und die Sozialpatrioten beider Lager zu treffen; ebenso erklärlich ist es, wenn die Sozialdemokraten eifrig mitenthüllten, so lange es schien, als wenn nur die Nationalsozialisten „genommen" hätten. In vertrauten Kreisen erzählt man sich, daß der Benzinschwindel im Kriegsministerium schon sehr lange bekannt ist — die „Tribuna" hat auch schon vor Monaten Andeutungen gebracht — daß aber der Verteidigungsminister, der ein Agrarier ist, diese Eiterbeule erst aufschnitt, als die Regierungssozialisten und Beneš den agrarischen Korruptionisten zu arg auf die Kappen stiegen. Die Firma, die sich durch die grandiosen Bestechungen die militärischen Benzinlieferungen sicherte, die „Naphtha Komp.", ist nämlich ein Unternehmen der „Legiobanka" (Bank der tschechoslowakischen Legionen) und einige Funktionäre dieses Legionärunternehmens wurden bereits verhaftet. So sind jene Kreise getroffen, die Herrn Beneš nahestehen und als die Vertreter der reinen Idee der tschechoslowakischen nationalen Revolution gelten. Selbstverständlich stürzen sich die Nationaldemokraten auf diesen fetten Bissen, denn diese Legiobanka ist der „Živnostenská Banka" ein Dorn im Auge. Aber auch der überraschende gemeine Angriff des „České Slovo", des Organs der Nationalsozialisten, also der Partei des Ministers Beneš, auf Genossen Šmeral wird mit diesen inneren Kämpfen der Koalition in Zusammenhang gebracht. Herr Beneš soll nämlich den heißen Wunsch haben, Šmeral möge die Macher der österreichischen Politik im Lager der bürgerlichen Parteien bloßstellen. Ob aber das, was Genosse Šmeral erzählt hat und noch erzählen wird, Herrn Beneš nützen wird, ist zweifelhaft. Jedenfalls aber wird es, so wie die Enthüllungen über die Korruption, dazu beitragen, die ganze Regierungskoalition zu zersetzen und das ganze Regime vor den Augen der Massen bloßzustellen. Was alles natürlich nur ein Teil unseres Kampfes gegen dieses Regime und die Vorbereitung seines Sturzes ist.

Politik

Der Wahlkampf in Frankreich.

Der Aufmarsch der Parteien.

Von Charles Rappoport (Straßburg).

André Tardieu: „Lügner, trauriger Kerl!" Franklin-Bouillon: „Sie haben nicht einmal zum Schimpfen das Recht."
Wählerversammlung in Sèvres.

** Anläßlich der Wahlen wird die Unterhaltung zwischen den feindlichen Brüdern des bürgerlichen Blocks in dem gleichen Tone fortgesetzt werden, wie er sich in unserem Zitat charakterisiert. Im Grunde genommen haben sie die gleichen Gedanken, hegen sie den gleichen Haß gegen die Revolution und den Kommunismus. Aber im Wahlkampfe haben sie von einander abweichende Gelüste und Interessen.

Für die Kommunistische Partei handelt es sich nicht bloß darum, diese Hiebe der feindlichen Brüder unter sich zu vermerken und daraus Gewinn zu ziehen — sie muß vor allem alle bürgerlichen Parteien und deren Auffassungen entlarven, wozu sie in allen Einzelheiten eine wahrheitsgetreue Liste ihrer Dummheiten und ihrer Verbrechen aufzustellen hat.

Werfen wir zuerst einen Blick auf die großen im Kampfe befindlichen Parteien im allgemeinen. Lassen wir vorderhand die „Parteien" aller Arten von Dissidenten der neuesten Mode, die auf der Suche nach einer gesellschaftlichen Stellung und nach Abgeordnetensitzen sind, außer acht, so werden drei große Parteien verbleiben, die drei große Gesellschaftsklassen vertreten und mit allen Mitteln um die Macht kämpfen.

1. Die Partei des Bloc National, die eine unnennbare Koalition von kapitalistischen Gelüsten und Interessen darstellt.

2. Die demokratische Partei (Radikalsozialisten), die die mittleren und unteren Schichten des Bürgertums vertritt (die nichtsozialistischen Bauern, kleinen Rentner, kleinen Geschäftsleute, alle Arten von Vermittlern, die freien Berufe, die nicht der Reaktion verschrieben sind).

Diese Schichten sind von unentrinnbarem Ruin bedroht. Und sie gehen in den entscheidenden Augenblicken in Opposition, wobei sie alle Hoffnung darauf setzen, sich mit Hilfe der Machteroberung und der Kredite wieder aufzurichten.

3. Die Partei der Arbeiter- und Bauernklasse. In Erwartung der Entwicklung des vollkommenen Klassenbewußtseins sind wir — zu unserem Leidwesen — genötigt, als eine der Parteien der Arbeiterklasse die Sozialistische „Partei" (SFIO.) anzusehen, die in ihren Reihen noch immer mißbrauchte Proletarier, leichtgläubige Bauern und verzweifelte Kleinbürger hat. Morgen wird sie sich mit der Radikal-Sozialistischen Partei vereinigen, die weder radikal noch sozialistisch ist. Übermorgen werden alle Linkselemente die sozialistische Etikette annehmen und die Vorsilbe „radikal" auslassen, die — von Perchot bis zu den Leitern der „Lanterne" und des „Rappel" — jede ernste Bedeutung verloren hat. Dann wird die Sozialistische Partei, Sektion der „Internationale der Königlichen Minister", ihre Karten aufdecken, ihre Maske abwerfen und sich als konterrevolutionäre Ordnungspartei proklamieren.

Die Lage wird dann klar und rein werden. Die Arbeiter- und Bauernklasse wird einzig und allein durch die Kommunistische Partei, Sektion der KI., vertreten sein.

•

Die drei Parteien (Bloc National, Radikale Partei, Sozialistische Partei) haben, was immer sie tun, was immer sie sagen mögen, gemeinsame Züge, gemeinsame Interessen und selbst eine gemeinsame Denkweise.

Zunächst haben sie einen gemeinsamen Feind: die Revolution und deren Partei, die Kommunistische Partei, den Kommunismus. Von Herrn Poincaré angefangen über Herrn Herriot bis zu Blum-Paul Faure verabscheuen sie die Revolution, nicht die Worte, aber die Sache. Für diese drei Parteien ist die Revolution schon geschehen, oder, wie die klassische Formel des Reformismus lautet, geht sie jeden Tag auf dem Wege der Reformen vor sich. Für diese drei Parteien handelt es sich darum, die Macht auf parlamentarischem, auf legalem Wege zu ergreifen.

Die Sozialistische Partei wird, wenn sie in Frankreich an die Macht gelangt sein wird, die gleichen Handlungen, die gleichen Gesten wiederholen wie ihre „Bruderparteien" Deutschlands mit Ebert-Scheidemann-Noske, Schwedens mit Branting, Belgiens mit Vandervelde, Englands mit Ramsay Macdonald. Das ist keine bloße Annahme, keine Vermutung, kein polemisches Losungswort. Das sind Tatsachen, die in die Augen springen. Die Hamburger Sozialisten haben regiert, regieren und werden regieren die kapitalistische Gesellschaft auf Rechnung und Gewinn der kapitalistischen Ordnung.

Die Bourgeoisie, vor allem die teils blödsinnige, teils unwissende und durchweg furchtsame französische Bourgeoisie, wird noch einige Zeit benötigen, um zu verstehen, daß es in ihrem Interesse liegt, den Bloc National davonzujagen, der selbst die kapitalistische Herrschaft lächerlich macht und zugrunde richtet, und daß die Radikale Partei selbst ohne Rückgrat ist. Da der Selbsterhaltungstrieb den Blindesten die Augen öffnet, wird selbst das große Kind, das die französische Bourgeoisie ist, so weit kommen, zu verstehen, daß ihr bester Wildhüter die sozialistisch genannte Partei ist, früher ein Wilderer des Klassenkampfes.

Aber überdies gibt es noch einen Umstand, der diese drei Parteien miteinander verbindet und aus ihnen trotz der vorübergehenden Trennungen einen Block zur Erhaltung des Kapitalismus macht: das sogenannte nationale Interesse, die sogenannte Vaterlandsverteidigung. Man höre nur Paul-Boncourt oder Varenne über lebenswichtige Fragen sprechen, und man wird glauben, Herrn Poincaré zu hören. Man höre allerdings weder auf Blum noch auf Longuet, weil diese Bürger, die sich einem anderen Wörterbuche verschrieben haben, von anderen Dingen sprechen werden, während sie natürlich für Kriegskredite des imperialistischen Krieges stimmen.

Der organisierte Kommunismus muß also diese drei Parteien, die zwar verschiedenen Ursprungs, aber gleichartigen gegenrevolutionären Wesens sind, bis zum äußersten bekämpfen,

Es macht nichts aus, daß jede einzelne dieser drei Parteien ihre eigenen Kennzeichen hat, ihren politischen Fachkasten, ihre eigenen Methoden.

Es kommt darauf an, sie gut zu kennen, um sie besser bekämpfen zu können.

Die Parlaments- und Senatswahlen in Karpathorußland.

Von M. Vaňek (Prag).

In Karpathorußland fanden erst jetzt — nach fünfjährigem Bestand der tschechoslowakischen Republik — die längst fälligen Wahlen zum Prager Parlament und Senat statt. Von insgesamt neun Parlaments- und fünf Senatsmandaten erhielt die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei fünf, beziehungsweise drei Mandate. Nachstehender Artikel beleuchtet die politische Bedeutung dieses Wahlerfolges der KPTsch. Die Redaktion.

** Wir schritten zu den Wahlen in Karpathorußland mit einem sehr realistischem Programm. Wir verwiesen auf alles Schädliche und Schlechte. Wir versprachen nicht etwa das Blaue vom Himmel, sondern waren bemüht, das Maximum von den im karpathorussischen Volke ruhenden Kräften aufzurütteln, um mit dieser eigenen Volkskraft die Verbesserung aller Übel in Angriff nehmen zu können. Wir handelten so, weil wir uns dessen bewußt sind, daß die Lebensfrage der karpathorussischen Bevölkerung — die Bodenfrage — schon heute gelöst werden könnte, und zwar schneller, gerechter und nützlicher, als man sie heute, zum Unglück von zehntausenden Familien dieses Staates, „löst". Wir verwiesen darauf, daß das heutige Regime mit seiner Erklärung unrecht hat, daß die Bedrückung und die verzweifelten Verhältnisse Karpathorußlands nur auf die landwirtschaftliche Rückständigkeit des Landes und auf den Analphabetismus der Bevölkerung zurückzuführen ist. Wir legten dem karpathorussischen Muschik die Ziffern zur Durchführung der Bodenreform vor. Wir erklärten ihm die wahren Ursachen der Arbeitslosigkeit, verurteilten die Korruption, illustrierten den — den Karpathorussen leider von ihren Unterdrückern so gut bekannten — Terror, die Betrügereien und Machinationen. Und wir erklärten uns solidarisch zur Mitarbeit an der Verbesserung, Reinigung und Schaffung einer besseren Zukunft.

Der Wahlkampf in Karpathorußland wurde außer von unserer Partei, von den Regierungs- und den Oppositionsparteien — insgesamt also von zwölf Parteien — (ausgenommen der Parteien, die nicht kandidierten) geführt. Es bestehen in Karpathorußland 20 bis 23 verschiedene politische Parteien und Gruppen. Und diese alle warben um das Vertrauen der Bevölkerung und boten ihre Mitarbeit an. Die Mehrzahl von diesen Parteien — inklusive der Regierungsparteien — unterstützten ihre Angebote durch materielle und politische Versprechungen. Es fehlte weder an Geld noch an politischen Größen, die alle, fünf Minuten vor zwölf, plötzlich in ihren Herzen soviel Interesse an dem Schicksal des karpathorussischen Volkes entdeckten.

Aber dieses Volk, und zwar Arbeiter und Bauern, entschied in seiner Mehrheit gegen alle jene Parteien und wählte die Kommunisten, folglich regierungsfeindlich, und drückte so der Prager Koalitionsregierung sein Mißtrauen aus.

Als wir Kommunisten uns während der vergangenen drei Jahre um die Wahlausschreibungen bemühten, antworteten uns die Regierungsparteien mit Spott und Zynismus. Sie hofften auf das Abflauen der revolutionären Welle und darauf, daß sie die Wahlen in einigen Jahren bequemer werden durchführen können. Sie hofften auf Wahlen, bei denen sich die Kommunistische Partei als unbedeutende Sekte von Phantasten und unverbesserlichen Träumern entpuppen wird.

Herr **Anton Švehla** erklärte erst vor knapp zwei Wochen unter ungeheurem Beifall der Parlamentsmehrheit:

„Wir hatten schon Wahlen (Gemeinderatswahlen im Herbst v. l. D. R.), und diese haben für uns, für die Koalition entschieden und werden noch zehnmal genau so entscheiden!"

Dieses künstliche Selbstvertrauen klang schon vor zwei Wochen recht hohl. Daß aber diese historischen Worte des größten Mannes der Koalition nicht einmal 14 Tage überlebten, wird heute in der Tschechoslowakei ein jeder bezeugen, selbst wenn er auch nicht kritiklos das karpathorussische Wahlergebnis auf die ganze Republik überträgt.

Die KPTsch. zeigt keinerlei Tendenzen, eine kleine Sekte zu werden, vielmehr hat sie es verstanden, in den verflossenen drei Jahren die mächtigste Trägerin der Klasseninteressen des Industrieproletariats zu sein, und konzentrierte in den letzten Monaten die arme Bauernschaft und fortschrittliche Intelligenz immer stärker um sich. — Das Vertrauen des karpathorussischen Muschiks zur Kommunistischen Partei und sein Ablehnen der Švehla-Agrarpartei ist ein wichtiges Symbol, dessen Bedeutung weit über die Grenzen Karpathorußlands reicht.

Ohne Übertreibung können wir sagen: **In der inneren Politik bedeuten diese Wahlen eine vernichtende Kritik und Abrechnung mit der Koalitionsregierung, nicht nur wegen ihrer Politik gegenüber Karpathorußland!**

Seit gestern stieg die Angst der Koalition vor diesen Wahlen um 100%, und in demselben Verhältnis dürfte nun die Koalition Lust zu reaktionären Maßnahmen verspüren, um die Meinung nicht nur der Presse über die Korruption und des karpathorussischen Volkes über die Bodenreform zu bessern, sondern die Meinung der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung des ganzen Staates über die Koalitionsregierung überhaupt.

Ob aber mit der Lust auch die Stärke der Reaktion für die Durchführung dieser Pläne zunehmen wird, scheint nach dem Wahlergebnis des 16. März mehr als unwahrscheinlich.

Unübersehbar ist bis zur Stunde die außenpolitische Bedeutung des Wahlergebnisses. Karpathorußland wurde auf Grund einer freiwilligen Entscheidung der karpathorussischen Bevölkerung im November 1918 der Tschechoslowakei einverleibt. Damals wenigstens bezeichnete die Entente diese Abstimmung, die von dem „Rat der Karpathorussen in Amerika" durchgeführt wurde, als eine freiwillige. Es stimmten 28% der Delegierten für den Anschluß an die Ukraine, je 1% für Rußland, Galizien und Ungarn, der Rest von 69% für den Anschluß an die Tschechoslowakei.

Dem Frieden von St. Germain zufolge wurde Karpathorußland faktisch der Tschechoslowakei in der Form eines autonomen Gebietes mit eigenem Parlament (Sejm mit begrenzten Vollmachten) und gewissen administrativen Bestimmungen zugesprochen. Seither sind fünf Jahre verflossen, aber es existiert noch immer kein Sejm in Karpathorußland. Erst jetzt, also mit dreijähriger, gesetzwidriger Verspätung fühlte sich die tschechoslowakische Regierung bemüßigt, in Karpathorußland Wahlen für das Prager Zentralparlament auszuschreiben. Und diese ersten Wahlen brachten ihr eine solche vernichtende Niederlage. Diese Bilanz der fünfjährigen Koalitionsregierung fällt noch dazu in einen Zeitpunkt, wo die politischen Parteien Polens bereits durch offizielle Kundgebungen die Aufmerksamkeit auf Karpathorußland als ein Objekt der polnischen Staatsinteressen lenkt. Gleichzeitig hat die Russische Sowjet-Union einem anderen Mitglied der kleinen Entente, und zwar Rumänien gegenüber, ihre unantastbaren Ansprüche auf Bessarabien festgestellt. Wie nichtig erwies sich der von der tschechoslowakischen Koalitionsregierung so künstlich genährte Streit über großrussische oder ukrainische Orientierung Karpathorußlands in einem Augenblick, wo ein so großer Prozentsatz der karpathorussischen Bevölkerung seine Stimme für die Kommunistische Partei abgab, deren Orientierung der Russischen Sowjet-Union gegenüber ganz unzweideutig ist!

Es gilt heute, aus diesen Umständen außer allen anderen konkreten Schlüssen diesen Schluß zu ziehen: Wollte Herr Dr. Beneš einen Beweis über die östliche Orientierung der tschechoslowakischen Bevölkerung, nun, er wurde ihm aus dem äußersten Osten der Republik erbracht — und zwar sehr eindeutig.

Wenn sich die Herren der Regierungskoalition etwa ihr Gemüt damit erheitern wollen, wie es seitens der Abendblätter gleich nach den ersten Wahlergebnisberichten geschah, das heißt, wollen auch sie argumentieren, der kommunistische Wahlsieg sei lediglich den „Moskauer Geldern" und der „kommunistischen Demagogie", auf die das „ungebildete Volk" hereinfiel, zuzuschreiben, nun, desto schlimmer für sie!

Darauf haben wir nur eine Antwort: Innigen Dank und Bewunderung jenen Hunderten unserer braven Genossen, die im Wahlkampf Übermenschliches leisteten, die das kommunistische Programm in Wort und Schrift in das entlegenste karpathorussische Dorf trugen. Erfüllt von Begeisterung, ohne Geldmittel, in mangelhafter Bekleidung, zeitweise hungernd, trotzten sie allen Schneestürmen und Gefahren, die ihnen bei ihren 15 bis 30 Kilometer weiten Fußmärschen drohten. Das versteht natürlich keine der anderen Parteien Karpathorußlands. Mußten sie doch für jeden Schritt, jede kleinste Wahlhilfe reichlich mit

Banknoten zahlen, davon war auch die sozialdemokratische Partei nicht verschont. Deshalb haben sie keine Ahnung, was es heißt, ein von Überzeugung durchdrungener Vertrauensmann und Agitator zu sein.

Wir aber zählen die Kampfesbegeisterung und die uneigennützige Opferwilligkeit der karpathorussischen Genossen sowie das politische Erwachen des Landes, zu dem sie so viel beitrugen, zu einer der höchsten Errungenschaft unserer politischen Arbeit während der letzten drei Jahre.

Wir haben viel Ursache, über das karpathorussische Wahlergebnis nachzudenken. Es wäre unrichtig, unsere Verdienste an diesem Sieg zu übertreiben. Die Niederlage der Koalitionsregierung bedeutet noch nicht Sieg des Kommunismus — dessen sind wir uns vollkommen bewußt. Vieles bleibt zu vollbringen übrig, wollen wir, befähigt und gestählt, alle Aufgaben erfüllen, die der revolutionären Arbeiterbewegung in Mitteleuropa allmählich zufallen werden. Das auszusprechen fühlen wir uns gerade heute bemüßigt, um nicht etwa in optische Täuschungen zu verfallen. Unleugbar bedeutet der jüngste Wahlsieg in Karpathorußland für die KPTsch. ein Vertrauensvotum der allerärmsten Volksschichten, das stärkt und Früchte tragen wird. Denn es ist ein Beweis dafür, daß unser Kampf gegen das jetzige Regime in der tschechoslowakischen Republik, daß unsere Bemühungen, diesem Regime den breiten und produktiven Block der Arbeiter und Bauern entgegenzustellen, daß unsere Reinigungskampagne von dem Vertrauen Hunderttausender getragen ist.

Englands Politik in Arabien.

Zu den letzten Verhandlungen in Amman.

Von J. B. (Jerusalem).

** Die Sicherung des asiatischen Ufers des Suezkanals und des Landweges nach Indien ist nach der siegreichen Beendigung des Weltkrieges eines der zentralen Probleme für die englische Kolonialpolitik geworden. Noch während des Krieges spielte sich der erste Akt des Machtkampfes um die arabische Halbinsel ab, deren wichtigste Stämme, dank dem Widerstreben der Völker gegen die jahrhundertelange türkische Unterdrückung und dank fetter englischer Versprechungen und Bestechungen, auf die Seite der Entente traten und die Niederlage der türkisch-deutschen Armee beschleunigten Hussein, der Scherif von Mekka, einer der raubgierigsten und listigsten arabischen Fürsten, wurde von Englands Gnaden „König" von Hedschas, und im Jahre 1915 wurde zwischen ihm und dem Vertreter Englands ein Abkommen zustandegebracht, nach dem ihm für seine Dienste Englands freundliche Unterstützung bei der Ausdehnung seines Herrschaftsgebietes versprochen wurde. Die Engländer erfüllten ihr Versprechen insofern, als sie Hussein auch nach dem Kriege als rechtmäßigen König von Hedschas anerkannten, seinem Sohn Feisal, nachdem dessen insgeheim von den Engländern unterstützter Versuch, sich der Herrschaft Syriens zu bemächtigen, gescheitert war, zum Thron von Mesopotamien (Irak) verhalfen, seinem zweiten Sohn Abdallah das Emirat über das öde, aber als Verbindungsland bedeutungsvolle Ostjordangebiet übergaben. — Palästina wurde nach der Balfour-Deklaration zum britischen Mandatsgebiet — Syrien kam, dem heftigen Widerstande der Bevölkerung zum Trotz, unter französische Verwaltung.

Es erübrigt sich, zu bemerken, daß die von England eingesetzten Könige allem eher als den Bedürfnissen ihrer Völker Rechnung tragen. Teils nützten diese Fürsten, die übrigens absolut und ohne irgendwelchen Kontakt mit dem Volke (Parlament oder dergleichen) herrschen, ihre Macht dazu aus, um die ihnen feindlichen „Familien" zu unterdrücken und auf Kosten der armen Bevölkerung ihre Clique zu bereichern (Hussein und die Haschimitenfamilie), teils sind sie völlig landfremd und haben kein anderes Interesse an der beherrschten Bevölkerung als die Auspressung einer möglichst hohen Steuersumme, die sie dann zur Vermehrung des Prunkes an ihren Höfen verschwenden und einen nur geringen Teil für die Verwaltung des Landes und die Wohlfahrt seiner Bewohnerschaft verausgaben; (ein Beispiel: Emir Abdallah nimmt von der 350.000 Köpfe zählenden Bevölkerung seines Landes 120.000 Pfund jährlich an Steuern ein, wovon 90.000 Pfund auf den persönlichen Gebrauch des Emirs, 30.000 Pfund auf alle anderen Posten zusammen entfallen). Die Unzufriedenheit der Bevölkerung muß durch Söldnerarmeen niedergehalten werden, die sich aus kriegerischen Beduinenstämmen und Abteilungen der Royal Air Force (englische Luftflotte) zusammensetzen. Widerspenstige Dörfer und Gegenden (die Verarmung der Fellachen ist sowohl in den von arabischen Fürsten beherrschten Vasallenländern Englands als auch in dem direkt von den Engländern verwalteten Palästina während der letzten sechs Jahre ganz gewaltig fortgeschritten und hat Erscheinungen, wie Massenemigration, Teilaufstände usw. hervorgerufen) werden mit Bomben zur Erfüllung ihrer Steuerpflicht verhalten. — Die Mittelschicht, die den Keim des zum Aufstieg strebenden Kapitalismus bildet, wird durch raffinierte Zoll- und Handelsverordnungen in der Entwicklung behindert. Den Königen und Emiren stehen in den Residenzen ihrer Länder englische Berater zur Seite, die „für die Wahrung der englischen Interessen sorgen" — faktisch aber nach den Aufträgen des Colonial Office die Politik der arabischen Halbinsel bestimmen.

Die letzte Entwicklungsphase der Politik auf der arabischen Halbinsel stellt der Versuch des Königs Hussein und seiner Söhne dar, eine gewisse Unabhängigkeit von der lästigen englischen Vormundschaft zu sichern. Es handelt sich keineswegs um eine Auflehnung gegen England, da ohne dessen Stütze die verhaßten Haschimiten keinen Augenblick ihre Thröne zu halten vermöchten. Es handelt sich vielmehr um ein Manöver, durch Einschüchterung der englischen Diplomaten weitere Konzessionen von ihnen zu erlangen. König Hussein bemüht sich um die Schaffung einer arabischen Föderation, die nicht nur die von ihm und seinen Söhnen schon jetzt beherrschten Gebiete, sondern auch die von Arabern bewohnten englisch-französischen Mandatsgebiete umfassen soll. England, das den ersten Teil des Planes inspiriert hat (um seinen eigenen Einfluß zu zentralisieren) und nicht ungern auf die inneren Unruhen im französischen Syrien blickt, hält aber den Verzicht auf das Palästina-Mandat für ein höchst unbillige Forderung Husseins, da sie einen Angriff auf den in der Balfour-Deklaration verbrieften entscheidenden Einfluß Englands auf Palästina bedeutet. König Hussein kann nämlich nicht die Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung für seine Aspirationen auf Palästina erwerben, wenn er der von England geschaffenen Rechtslage in Palästina, der bisher alle Schichten der arabischen Bevölkerung die Anerkennung verweigern, die Sanktion gibt. Vornehmlich um dieses wichtige Hindernis der arabischen Föderation aus dem Wege zu schaffen, unternahm König Hussein vor einigen Wochen eine Reise zu seinem Sohn Abdallah nach Amman (der Hauptstadt Transjordaniens), wo er mit den feudalen Führern der bestehenden national-arabischen Parteien in Verbindung treten, die Verhandlungen wegen der arabischen Föderation zu Ende führen und sich im Falle des Gelingens seines Planes als König der Föderation zum Kalifen ausrufen lassen wollte. Es zeigte sich aber, daß die Gegnerschaft der Bevölkerung gegen den englischen Imperialismus in den Mandatsländern, also da, wo die Araber Gelegenheit hatten, ihm direkt gegenüberzustehen und seine Herrschaft auf eigener Haut zu fühlen, schon so stark ist, daß die feudalen Führer es ohne Gefahr für ihre Vormachtstellung in der nationalen Bewegung nicht wagen durften, die Vorschläge König Husseins anzunehmen, die auf ein Kompromiß mit den Engländern hinzielten. So blieb ihm nur der zweite Weg: der Versuch, England zur Nachgiebigkeit gegen die arabischen Forderungen zu bewegen — ein Schritt, der, da England nur zu gut die Bedeutung seiner Unterstützung für Hussein und seine Söhne kennt, kläglich scheitern mußte.

Husseins Reise nach Amman erhellt blitzartig das Gewebe von Bestechung, Aufhetzung und Intrigen, in das die Diplomaten des imperialistischen England im Laufe der letzten sechs Jahre Arabien zu verstricken wußten, um es unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Die Tatsache, daß auf einen „Wink von oben" eine zionistische Delegation sich nach Amman begab, um mit Hussein über Palästinas Schicksal zu paktieren, beweist wieder einmal klar, daß die jüdische Bourgeoisie samt ihren gehorsamen Lakaien von der Poale-Zionistischen „Ahduth-Haavoddh", die gerne die Sympathien der Welt für ihre idealen „Aufbaupläne" gewinnen möchten, in Wirklichkeit verbündet ist mit dem englischen Inperialismus und dessen Instrument im arabischen Osten ist, bereit, auf britisches Kommando jederzeit die von ihnen selbst den jüdischen Massen gepredigten Ideale zu verraten.

Die Labour-Regierung hat erklärt, daß ihre Politik in den arabischen Ländern getreulich in die Fußstapfen der bisherigen treten wird. Der Garde, die dem Imperialismus den Landweg nach Indien bahnen soll und die aus der Royal Air Force und bestochenen Beduinenscheichen, Königen und Emiren, zionistischen Abenteurern und feudalen Grundherren besteht, kann das eingeborene arbeitende Volk, dessen lebendiger Körper den Unterbau für die Straße des Imperialismus bilden soll, vorder-

hand nichts entgegenstellen als vereinzelte Proteste und verzweifelte, episodische Aufstandsbewegungen. Mit den Leiden der breiten Volksschichten wächst aber ihre Verbitterung und ihr Kampfesmut. Die Entwicklung schon der nächsten Zeit dürfte zu größeren Ausbrüchen führen.

Parallel mit der Ausdehnung des englischen Einflusses in Arabien verschärft sich daselbst der Gegensatz zu dem englischen und dem französischen Imperialismus. Die gegenseitige Schürarbeit in den Mandatsgebieten wird durch fieberhafte Unterhandlungen mit verschiedenen Beduinenführern ergänzt, deren Stämme, die zum Teil keine bestimmten Wohnsitze haben, raubgierig und kühn, jederzeit bereit sind, für jene Macht zu kämpfen, die ihre Hilfe mit mehr Waffen und Gold aufwiegt. Der arabischen Föderation entgegen, die unter Husseins Führung Englands Bollwerk in Arabien werden soll, haben sich die Franzosen mit **Jihjé**, dem König von Yemen, verbündet, um den sich alle Beduinenstämme gruppieren, die mit Husseins Hegemonie unzufrieden sind. Die Beziehungen zwischen den zwei arabischen Blocks sind gespannte, und wenn auch die unlängst von einer ägyptischen Zeitung gebrachte Nachricht über Beginn von Feindseligkeiten an der Grenze von Hedschas sich vorderhand als unrichtig erwiesen hat, ist doch klar, daß die Hetze der zwei europäischen Mächte in nicht ferner Zukunft einen blutigen Bruderkampf in Arabien entfesseln muß.

Union der Sowjetrepubliken

Brief aus Sowjetrußland.

Der Internationale Frauentag 1924 in Moskau.

Von Frida Rubiner (Moskau).

** Der Verlauf des Internationalen Frauentages am 8. März übertraf in diesem Jahre alle Erwartungen. Schon am 16. November vorigen Jahres, als die Kommunistische Partei Rußlands die fünfte Jahresfeier der kommunistischen Arbeit unter den Frauen beging (1918 wurde vom Moskauer Komitee der Partei die erste Frauensektion ins Leben gerufen), hatte die Beteiligung und die Art der Beteiligung gezeigt, wie sehr das Klassenbewußtsein der russischen werktätigen Frau in diesen fünf Jahren gewachsen war. Die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung hatten hier den Weg aus doppelter Knechtung zu weisen: die werktätige Russin war nicht allein ein Ausbeutungsobjekt für das Kapital, das der Frau die Löhne kürzte, die Arbeitszeit verlängerte usw., sondern die Frau aus dem Volke schleppte noch bis vor kurzem die Fesseln der halbasiatischen, barbarischen Vergangenheit mit sich. Die Bäuerin, Lastner und Gebärmaschine, geriet plötzlich in den Lichtkreis der Öffentlichkeit.

Die Gesetzgebung der Sowjets hat die Frau dem Manne gleichgestellt. **Lenin** sprach 1919: „Wir dürfen jetzt mit Stolz, ohne jede Übertreibung sagen, daß es außer Sowjetrußland kein einziges Land in der Welt gibt, wo es eine volle Gleichberechtigung der Frau gäbe und wo die Frau sich nicht in der erniedrigenden Lage befände, die besonders im Alltags-, im Familienleben zu spüren ist. Das war eine unserer ersten wichtigsten Aufgaben." Aber der Sowjetstaat begnügte sich ja keineswegs mit der formalen Gleichberechtigung. Lenin gehört das geflügelte Wort, daß jede Köchin es lernen muß, den Staat mitzuregieren. Und dieser lautere Leitgedanke, das Emporheben der werktätigen, unterdrückten, zurückgebliebenen Frau auf ein Niveau, daß sie aktiv an den Geschäften des Staates teilnehmen kann, ist für die ganze Arbeit, die die Kommunistische Partei und die Sowjetorgane unter den Frauenmassen leisten, ausschlaggebend. Symbolisch ist in dieser Hinsicht, daß an jeder offiziellen Veranstaltung — sei es eine Feier der Roten Armee, das 25jährige Bestehen der RKP. oder das 5jährige Jubiläum der Kommunistischen Internationale — immer Arbeiterinnen aus den Betrieben oder Bäuerinnen aus den Dörfern teilnehmen, und zwar aktiv teilnehmen: Die Arbeiterinnen und Bäuerinnen kommen und reden und nehmen zu den Dingen Stellung.

Der Internationale Frauentag des 8. März wurde zum ersten Male in Rußland 1911 abgehalten, aber es war damals vielmehr ein schüchterner Versuch, ihn abzuhalten. Im Jahre 1913 wurden die Veranstalterinnen des Frauentages verhaftet. Nach der Oktoberrevolution, seit 1918, trägt der Internationale Frauentag den Charakter eines offiziellen Feiertages. In diesem Jahr hat jedoch diese Feier Dimensionen angenommen, wie man sie bis dahin nicht gekannt hat. Soweit Nachrichten für das Gouvernement Moskau vorliegen, gab es keine einzige Gemeinde, kein größeres Dorf, wo nicht im Namen des Frauentages (an denen überall viele Männer teilnahmen) Versammlungen abgehalten worden wären. In dem Bezirk Krassnaja-Pressnja in Moskau wurden allein 90 Versammlungen, zum Teil Riesen-Meetings von mehreren tausend Personen abgehalten. Dieser außerordentliche Erfolg des Frauentages ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß sich die Arbeiterinnen in den letzten Jahren tatsächlich davon überzeugen konnten, daß sie einen wesentlichen Bestandteil im Mechanismus der Wirtschaft und der Politik darstellen. An den Versammlungen nahmen auch Vertreter der Partei, der Gewerkschaften, der Sowjets teil. Besonders groß war in diesem Jahre der Zulauf der **parteilosen** Arbeiterinnen. Hierbei hat der Tod **Lenins** eine große Rolle gespielt. Der Massenzustrom zu der RKP., der nach dem Tode Lenins eingesetzt hat, hat auch die Frauen erfaßt. So sind bis jetzt in der Stadt Moskau allein über 2500 Neuanmeldungen von Frauen zur Partei abgegeben worden. Nicht zuletzt ist der große Erfolg der Kampagne des 8. März den **Organisationen** zuzuschreiben. Die Frauensektionen haben überall gezeigt, wieviel man durch systematische, zähe Arbeit erreichen kann.

Die Kampagne stand unter folgenden Losungen: 1. **Lenin** — was hat Lenin für die Arbeiterklasse und speziell für die werktätige Frau getan? 2. **Kampf gegen das Analphabetentum**, gegen die Unwissenheit und Rückständigkeit. 3. **Hebung der Arbeitsqualifikation** der schaffenden Frau und 4. **Kampf um ein höheres Kulturniveau** im Alltagsleben, gegen Aberglauben und Vorurteile, für Aufklärung und Bildung.

Unter den Moskauer Versammlungen gab es einige, die besonders denkwürdig verliefen. Im großen Säulensaal des Gewerkschaftshauses sprachen unter anderen die Genossinnen **Krupskaja** und Clara **Zetkin**. Die Genossin Krupskaja, Lenins Gattin, diese kranke, gebrechliche Frau, nimmt trotz des jüngst erlittenen Verlustes an der Parteiarbeit wieder energischsten Anteil. Am Abend des 8. März sprach sie auch in der großen Textilfabrik der ehemaligen „Prochorowka". Mit ihrer leisen, sanften Stimme suchte sie der Masse in sachlichen Worten klarzumachen, worin das Wesen der Lehre und des Werkes Lenins bestand. Eine 4000köpfige Versammlung lauschte andächtig den Worten der Genossin Krupskaja. Und dann kamen Arbeiterinnen aus dem Betriebe und ergriffen das Wort. Eine 45jährige Parteilose, **Tschernowa**, sprach davon, daß „Lenin recht hatte" und warum er recht hatte, denn „auf dem Wege, den uns Lenin gewiesen hat, haben wir Frauen bisher alles erreicht, und deshalb trete ich jetzt in Lenins Partei ein". Diese Worte wirkten in ihrer primitiven Art ergreifend und aufrüttelnd zugleich. Und solche Tschernowas gibt es in ganz Rußland, in jedem Betrieb, in jedem Dorf.

Einen besonderen Wesenszug all dieser Veranstaltungen des 8. März bildete ferner ihr Internationalismus: es gab, kann man sagen, keine Versammlung, wo nicht der Schwestern in den kapitalistischen Ländern gedacht und wo nicht der Beschluß gefaßt worden wäre, den Kindern in Deutschland, den Opfern des revolutionären Kampfes in Deutschland usw. zu helfen. In der Textilfabrik „Prochorowka" wurde von dem Riesenmeeting einstimmig eine Resolution angenommen, mit dem Hauptorgan der kommunistischen Arbeit unter den Frauen, der deutschen „Kommunistin", in eine „Smytschka" zu treten, das heißt in ein aktives Bündnis und schwesterliches Verhältnis.

Arbeiterbewegung

„Rhetorik und Tatsachen."

Von Z. Leder.

** In dem letzten Pressebericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 26. Februar befaßt sich Herr **Oudegeest**, Sekretär des IGB., mit „der Rhetorik und den Tatsachen" in der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Heute wollen wir uns mit dem Teil dieses Artikels beschäftigen, der im nächsten Zusammenhang mit der wichtigen Frage des Achtstundentages steht.

Als „Rhetorik" gelten für Herrn Oudegeest zwei **Aufrufe des Vollzugsbüros der Roten Gewerkschafts-Internationale**, in denen die deutsche Arbeiterschaft und das gesamte Weltproletariat „mit den üblichen hochtrabenden Phrasen zum Kampf gegen das Kapital, für den Achtstundentag usw." aufgefordert werden. Oudegeest meint, daß man, wenn nicht zum Schluß mitgeteilt würde, daß die RGI. zugunsten der deutschen kämpfenden Arbeiterschaft eine Unterstützung von 20.000 Dollar bewilligt hat.

annehmen könnte, die Aufrufe seien nur abgefaßt worden, „um wieder einmal nach Herzenslust über Amsterdam schimpfen zu können." Oudegeest stellt der bescheidenen Spende von 20.000 Dollar von seiten der Roten Gewerkschafts-Internationale die von den Amsterdamern gesammelten 500.000 Fl. oder 150.000 Dollar gegenüber. Als weitere „Tatsachen", die Oudegeest der „Rhetorik" der Moskauer gegenüberstellt, sollen der Sieg des Achtstundentages in Belgien und in der Schweiz, die Bestrebungen zur Festigung des Achtstundentages seitens der englischen Regierung herhalten. Diese letzteren Tatsachen bucht Oudegeest als Erfolge „auf das Konto der Disziplin der Arbeiterbewegung dieser Länder und auf dasjenige des Amsterdamer Gewerkschaftsgesindels" — wie er schreibt — sowie auch der Schweizer Demokratie und schließlich — der „gewaltigen Erziehungsarbeit und einer von jeglicher Flunkerei freien Wirksamkeit der Arbeiter als geeinigte Klasse."

Die 20.000 Dollar der RGI. stellen eine Unterstützung **für den Klassenkampf** dar, für den Kampf **gegen die Offensive des Kapitals**, insbesondere für den Kampf zur **Verteidigung des Achtstundentages**. Die 150.000 Dollar der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale stellen eine Unterstützung **für die deutsche Gewerkschaftsbürokratie** dar, das heißt — wie das mit besonderer Klarheit der Söldling des amerikanischen Kapitals, Gompers, ausgesprochen hat — **„für das Bollwerk, das Deutschland vor der Bolschewisierung schützen soll"**. Indem die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale der deutschen Gewerkschaftsbürokratie durch die 150.000 Dollar auf die Beine geholfen hat, hat sie ihr geholfen, den **Sturm der revolutionären Gewerkschaftsmitgliedschaft gegen ihre Politik abzuwehren**, hat sie ihr geholfen, **weiter ihre verräterische Politik zu treiben**, mit dem Kapital **Arbeitszeit-Übereinkommen mit der 54-, 60- und 72-Stunden-Arbeitswoche abzuschließen**, dem Kampf der Arbeitermassen gegen dieses Arbeitszeit-Übereinkommen **durch Dolchstöße in den Rücken den Garaus zu machen. Diese Gegenüberstellung der beiden harten Tatsachenreihen genügt, um ein Urteil zu fällen, welche von ihnen als Erfolg und als Niederlage und auf wessen Konto sie zu buchen ist.** Auf der einen Seite haben wir rücksichtslosen Klassenkampf und seine Unterstützung mit allen Mitteln — angefangen mit der moralischen Solidarität und agitatorischen „Rhetorik" und endend mit bescheidenen materiellen Unterstützungen. Auf der anderen Seite haben wir die Bekämpfung des Klassenkampfes, das verräterische Treiben gegenüber der kämpfenden Arbeiterschaft, die Arbeit zugunsten des Kapitals — — — das man nur von dem hohen moralischen und produktionstechnischen Wert des Achtstundentages und für die Idee des Mitbestimmungsrechtes gewinnen müsse...

Der Sieg des Achtstundentages in der Schweiz ist gewiß auch der Demokratie auf das Konto zu schreiben. Könnte aber Oudegeest uns zeigen, daß wir gegen die Demokratie sind, falls die Demokratie **nicht in den Dienst der Kapitalsmächte gestellt wird?** Es ist jedem, der nur das ABC des Kommunismus kennt, bekannt, daß wir gegen die bürgerliche Demokratie nur **deshalb und insoweit** sind, als es dem Kapital gelingt, die demokratische Gesellschaftsordnung durch **diese** Demokratie zur **Irreführung, Übertölpelung und Verdummung der ausgebeuteten Klassen zu mißbrauchen.** Die Ablehnung der 54-Stunden-Arbeitswoche durch das Referendum in der Schweiz schafft noch nicht die Tatsache aus der Welt, daß — unabhängig von dem Gesetz — bereits über **150.000 Fabrikarbeiter den Achtstundentag nicht mehr haben.** (Vgl. den Artikel des Genossen Bodenmann aus Basel in der Inprekorr. Nr. 27). Trotzdem stellt die Volksabstimmung über die Arbeitszeit in der Schweiz einen Erfolg dar. Dieser Erfolg — behaupten wir aber ganz entschieden — kommt nicht auf Konto der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale, ist nicht der „Disziplin" und der „gewaltigen Erziehungsarbeit" zu danken, die im Geiste Amsterdams geführt werde, sondern gehört einzig und allein **auf das Konto des Klassenkampfes**, der ungeachtet und **trotz** der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale geführt wird. Denn die Amsterdamer waren in allen Ländern bereit, aus Rücksicht auf die Nöte der Wirtschaft Mehrarbeit für den Kapitalismus zu leisten. Nur der Gedanke des Klassenkampfes steht einer solchen Mehrarbeit entschieden feindlich gegenüber. Diejenigen schweizerischen Kleinbauern, die nach den Feststellungen der bürgerlichen Presse die Volksabstimmung zugunsten der Arbeiterschaft entschieden haben, ließen sich nicht durch die Solidarität, sondern durch ihren **Klassengegensatz zu dem Kapitalismus** in ihrer Abstimmung leiten.

Nun zu den „Bestrebungen, zur Festigung des Achtstundentages seitens der englischen Regierung". Am 11. Februar erfuhren wir aus dem „Vorwärts", daß der englische Arbeitsminister die Absicht habe, die Arbeitsminister „aller in Frage kommenden Länder zu einer Konferenz über den Achtstundentag nach London einzuladen, um die Ratifikation des Washingtoner Achtstundentag-Übereinkommens zu beschleunigen und den achtstündigen Arbeitstag international festzulegen". Schon am 21. Februar ist die Meldung aus Genf gekommen, daß der Plan der englischen Regierung in den Kreisen des Internationalen Arbeitsamtes auf starke Bedenken stoße. Nach der Auffassung des Herrn **Albert Thomas** sei für die Neuregelung der Achtstundentagfrage nicht die von **Thom Shaw** beabsichtigte Arbeitsministerkonferenz, sondern nur eine satzungsgemäße internationale Arbeitskonferenz mit Vertretern der Regierungen, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zuständig. Auch hieß es in der Genfer Meldung, daß **„eine andere Großmacht den Plan einer solchen Konferenz bekämpfen würde"**. Jedenfalls maß das Internationale Arbeitsamt der Angelegenheit eine derartige Bedeutung bei, daß der stellvertretende Direktor des Internationalen Arbeitsamtes sich sofort nach London begeben hat, um mit der englischen Regierung über diese Fragen zu verhandeln. Es galt auch in den unterrichteten Kreisen als nicht ausgeschlossen, daß immerhin eine Regierungskonferenz in der betreffenden Frage einberufen werde. Dieser Umstand sollte besonders dadurch ermöglicht werden, daß **Österreich** kürzlich das Washingtoner Abkommen **bedingt** ratifiziert hat, und zwar unter der Bedingung, daß auch **elf bestimmte andere Staaten das Abkommen ratifizieren.**

Der Beschluß von Thom Shaw hing zusammen mit dem Empfang einer **Abordnung des Generalrates des Britischen Gewerkschaftsbundes**, die die britische Regierung zur Ratifizierung der Konvention über den Achtstundentag aufforderte. In seinen Ausführungen gab Fred Bramley, der Sekretär des Generalrates, der Überzeugung Ausdruck, daß die Aufrechterhaltung des britischen Lebensstandards zu entsprechenden Verbesserungen in der Lebenshaltung in anderen Ländern führen werde. Denken wir uns in diese Tatsachen hinein, so ist es klar: in England ist seit dem Lokomotivführer- und Dockarbeiterstreik eine **Gegenoffensive der Arbeiterklasse gegen das Kapital im Erwachen.** Die englische Arbeiterschaft befürchtet mit Recht, daß ihre Bemühungen um die Besserung ihrer Lage vergeblich sein können, wenn gleichzeitig auf dem Kontinent **Verschlechterungen** eintreten. Ja selbst der Achtstundentag, den die englische Arbeiterschaft im großen Ganzen dank der Macht ihrer Gewerkschaftsorganisationen aufrechterhalten hat, kann durch die Fortschritte der sozialen Reaktion auf dem Kontinent **in Frage gestellt** werden.

Hier stoßen wir auf den wichtigsten Punkt in dem ganzen Komplex der Fragen, den Oudegeest bei seiner Kontierung ganz außer Betracht gelassen hat. Wie steht es mit **Deutschland? Das ist die Kernfrage des ganzen Problems.** In dem Stinnes-Organ „Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 12. Februar (Nr. 72) wird die Frage von einem Vertreter der „Unternehmerkreise" mit jener Nüchternheit untersucht, die den ernsten Vertretern des Kapitals eigen ist. Das Ausland fürchtet die wiederaufstehende deutsche Konkurrenz. In der Tschechoslowakei spreche man schon von der Notwendigkeit der Bekämpfung des „sozialen Dummpings" der deutschen Wirtschaft und man beabsichtige, sich mit fast unüberwindlichen Zollmauern dagegen zu schützen. Die englische Initiative sei lediglich durch selbstsüchtige Konkurrenzerwägungen diktiert. Um aus der Klemme herauszukommen, appelliert der Vertreter des Stinnes-Kapitals an das Interesse des kapitalistischen Nordamerikas. Nordamerika habe das allergrößte Interesse daran, in Europa endlich geordnete Verhältnisse und diejenige Gütererzeugung und denjenigen Güterumsatz zu sehen, daß es auch der Wirtschaft der Vereinigten Staaten zugute kommen kann. Das Land, das neben der kürzesten Arbeitszeit die längste kennt, das dem Washingtoner Übereinkommen aus schlimmster Ausbeutergier nie beitreten wollte, wird vom Stinnes-Kapital zu Hilfe gerufen, um zu verhindern, daß der Abbau des Achtstundentages vom konkurrierenden Kapital des Auslandes hintertrieben werde.

Wir sehen gegenwärtig, wie es um die Bestrebungen der englischen Regierung zur Festigung des Achtstundentages bestellt ist. Wir sehen, daß diese Bestrebungen die erwachende Gegenoffensive der englischen Arbeiterklasse zum Ausgangspunkt haben, daß sie von den Rücksichten internationaler Konkurrenz diktiert werden. Wir sehen, daß „eine andere Großmacht" — das heißt **Frankreich** — diesen Bestrebungen aus wirtschafts- und machtpolitischen Gründen feindlich gegenübersteht. Wir sehen, daß Deutschland diesen Bestrebungen ebenso feindlich gegenübersteht. Und wenn wir den ungeheuren Komplex von Interessen zu durchdringen suchen, der mit dem ganzen Problem zusam-

menhängt, dann müssen wir sagen, daß die Bestrebungen der englischen Arbeiterregierung vielleicht ins Gebiet edler Absichten gehören, aber noch nicht ins Gebiet harter Tatsachen.

Um den Gordischen Knoten der wirtschafts- und machtpolitischen Gegensätze der imperialistischen Welt zu druchschneiden, ist etwas anderes nötig als „Disziplin und Erziehungsarbeit", die im Geiste der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale ausgeführt werden! Dazu gehört derselbe Klassenkampf mit seiner feurigen Leidenschaft und seiner flammenden Rhetorik, dem die Oudegeest durch und durch feindlich gegenüberstehen. Dazu gehört der Klassenkampf, der zu seinen äußersten Erscheinungsformen gesteigert ist — **der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie, die soziale Weltrevolution.**

Der Zusammenbruch des spanischen Anarcho-Syndikalismus.

Von J. Maurin (Barcelona).

** Die Krise, die den spanischen Anarcho-Syndikalismus unterwühlt, hat sich seit dem Staatsstreiche Primo de Riveras verschärft. Der Triumph der Militärdiktatur war schon an und für sich eine Folge der Niederlage der von den Anarchisten geleiteten Arbeiterbewegung.

Im Mai letzten Jahres brach der Transportarbeiterstreik in Barcelona aus, der bald alle Industrien stillegte. Der Streik, der zu einem allgemeinen wurde und in eine politische Bewegung umschlug, erschütterte nach bewundernswertem Widerstand der Massen die Stellung der Führer des Landesverbandes der Arbeiter, die sich als unfähig erwiesen hatten, politische Probleme von einem derartigen Ausmaße zu bewältigen. Nach zwei Monaten eines großartigen Kampfes brachte die Niederlage den Arbeiterorganisationen einen schweren Schlag bei.

Die Anstifter des Staatsstreiches konnten ihr Komplott in aller Leichtigkeit schmieden: sie hatten von den Arbeitern weiter keine Gefahr mehr zu befürchten. Zwei Monate nach der Niederlage im Streik hatten wir die Militärdiktatur. Unsere Anarchisten hatten ihre Zeit großen Kampagnen gegen die Diktatur — — des Proletariats in Rußland gewidmet. Sie waren gegenüber einer gegen das Proletariat ausgeübten Militärdiktatur ganz und gar überrumpelt, übrigens auch völlig unfähig. Der unmittelbar bevorstehende, unvermeidliche Staatsstreich, den wir im voraus angekündigt hatten, war für sie eine Überraschung.

Da sie nicht wußten, was ihnen in der Zukunft noch bestimmt war, beschlossen sie gegen Mitte Oktober die Auflösung der Gewerkschaftsorganisationen und die Einstellung der Tageszeitung „Solidaridad Obrera" (Arbeitersolidarität).

Gegen diese sinnlosen Maßnahmen empörten sich die Gewerkschaften der Textilarbeiter, der Öffentlichen Angestellten, der Transportarbeiter und der Metallarbeiter, in denen die Anhänger der RGI. einigen Einfluß hatten.

Es machten sich sogleich zwei Strömungen in Barcelona, später in ganz Spanien, bemerkbar: die eine, die anarchistische, wollte die Auflösung der Gewerkschaften, die andere, die syndikalistische, setzte sich für die Möglichkeit ihrer legalen Existenz ein. Die Syndikalisten führten die Einheitsfront mit den Kommunisten und einigen Anarchisten durch und ließen die Tageszeitung „Sucha Obrera" (Arbeiterkampf) erscheinen. Als die Anarchisten dies sahen und feststellen mußten, daß die Massen dem Weiterbestande der Gewerkschaftsorganisationen durchaus zugeneigt waren, mußten sie fürchten, bald von der Führung der Bewegung verdrängt zu werden und beschlossen daher, das Wiedererscheinen der „Solidaridad Obrera" und die Wiedereröffnung von Gewerkschaften. Um ihre Stellungen zu schützen, ließen sie alle Minen springen.

Auf der Generalversammlung der Gewerkschaften, die am 30. Dezember in Granollieres stattfand und die die Wiedereröffnung der Gewerkschaften zu billigen hatte, wandten die in großer Zahl aufgebotenen Anarchisten Gewalt an, um die ihrer Richtung feindlich gesinnte Abordnung der Metallarbeiter zu hindern, an den Debatten teilzunehmen. Einige Tage darauf griffen sie gleichfalls bei der Versammlung der Metallarbeitergewerkschaft ein, wo die Neuwahl stattzufinden hatte.

Diese Diktatur der anarchistischen Gruppen über die Gewerkschaftsbewegung ruft lebhafte Unzufriedenheit in den Massen der Arbeiter hervor. Wenn die Anhänger der RGI. zur Führung einer Gewerkschaft gelangen, schlagen die Anarchisten deren Auflösung vor, da sie „unnütz" sei, wie dies bei der Gewerkschaft der Handelsangestellten geschehen ist.

Im Verlaufe des letzten Jahres hat sich die Aktion der Anarchisten allmählich vom Terrorismus zum Banditentum ausgewachsen. Es hat erbärmliche Vorkommnisse gegeben. Gewerkschaften haben dazu gedient, um manchmal Betätigungsformen der Anarchisten zu decken, die in beklagenswerter Weise den Interessen der Arbeiter durchaus fremd sind. Daraus hat sich eine große Diskreditierung unserer Gewerkschaftsbewegung ergeben. Der Terrorismus und das Banditentum haben endlich dazu geführt, der Arbeiterbewegung fast alle Sympathie zu entfremden. Eine ganze Menge von Arbeitern ist von der Gewerkschaftsorganisation abgefallen. In Barcelona, wo es in den Jahren 1919—1920 250.000 Gewerkschaftsmitglieder gab, zählt man heute deren nur 5000. Im übrigen Spanien ist der Rückgang der Mitgliederbestände nicht minder groß. Die „Solidaridad Obrera", das anarcho-syndikalistische Organ, das im letzten Sommer eine Auflage von 50.000 Exemplaren hatte, hat gegenwärtig eine solche von ungefähr 6000, wovon in Barcelona, in einem Arbeiterzentrum, das von 300.000 Proletariern bevölkert wird, nicht mehr als 1500 Exemplare verkauft werden.

Die Sozialisten, die von der Militärdiktatur geschützt und ermutigt werden, arbeiten an dieser allgemeinen Demoralisierung mit. Ihre Propaganda wird frei entfaltet, während die der Kommunisten auf alle Arten Hindernisse stößt, von denen die Einkerkerung der aktiven Mitkämpfer die üblichste ist.

Die Verwirrung unter den spanischen Anarcho-Syndikalisten ist auf dem Höhepunkt angelangt. Die Führer wissen buchstäblich nicht, was zu tun und was zu sagen ist. Inzwischen dauert die Industriekrise an, die Kosten der Lebenshaltung steigen von Tag zu Tag. Unsinnige anarchistische Preßkampagnen, die von hohen philosophischen Betrachtungen eingegeben sind, schlagen ins Lächerliche um. Die Diskreditierung des anarchistischen Syndikalismus läßt in den Kreisen der Arbeiter, die immer die terroristische Taktik zurückgewiesen haben, eine Spaltungstendenz entstehen, die an Boden gewinnt. Die aktiven Anhänger der RGI. widersetzen sich dem, so gut sie können. Unter den gegebenen Umständen würde eine Spaltung angesichts der Unmöglichkeit eines Appells an die Massen die Verwirrung und die Entmutigung der klassenbewußtesten Arbeiter nur noch vermehren.

So schwer und verwickelt ist die Lage, in die der Zusammenbruch des spanischen Anarchismus unsere Arbeiterbewegung versetzt hat.

Aus der Internationale

Fünf Jahre.

Der Gründungskongreß der Komintern.

Von G. Sinowjew.

** Die Zusammenkunft ging sehr langsam vonstatten. Das war ein Moment, in dem Sowjetrußland fast von der ganzen Welt abgeschnitten war. Nicht nur herzukommen, sondern auch nur Nachricht zu geben, eine Zeitung nach Sowjetrußland gelangen zu lassen, war für die ausländischen Kommunisten eine fast unmögliche Sache.

Eben erst war der Donner der ersten deutschen Revolution verklungen. Eben erst hatten sich die Gefängnisse derer von Hohenzollern Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geöffnet. Die erste Fahrt Karl Liebknechts aus dem Gefängnis war die Fahrt zur russischen Sowjetgesandtschaft in Berlin. Entblößten Hauptes vor der roten Fahne Sowjetrußlands rief der soeben aus dem Gefängnis entlassene Karl Liebknecht die deutschen Arbeiter auf, **unseren** Weg zu gehen.

Bereits im Januar 1919 begannen sich einzelne Kommunisten aus verschiedenen Ländern Westeuropas unter großen Schwierigkeiten zu uns durchzuschlagen — obwohl der Kongreß erst auf März anberaumt war. Am 2. März konnten wir den ersten Kongreß eröffnen — unseren Gründungskongreß. Er war nicht stark besucht. Es waren 33 Vertreter von 19 Parteien und Organisationen mit beschließender und 19 Vertreter von 16 Organisationen mit beratender Stimme anwesend. In der ersten Gruppe befanden sich in der Hauptsache Vertreter der Kommunistischen Parteien, die früher der russischen Partei angehört hatten: die KP. der Ukraine, die KP. Lettlands, die KP. Estlands, die KP. Armeniens, die KP. der deutschen Kolonisten usw. Die größten Staaten der Arbeiterbewegung, wie England, Frankreich, die Tschechei, Bulgarien und Amerika, waren auf unserem ersten Kongreß nur durch einzelne unerhebliche Gruppen vertreten, die

in Anbetracht ihres außerordentlich geringen, zahlenmäßigen Bestandes nur beratende Stimme besaßen.

Den Kongreß eröffnete, natürlich, **Lenin**. Eine kurze, dem Äußeren nach „trockene", in Wirklichkeit von echtem, tief „seelischem" Enthusiasmus und unbegrenztem Glauben in den Erfolg der Sache getragene Rede. Das wichtigste Referat auf dem Gründungskongreß war das Referat eben des Genossen Lenin über **bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats**. Heute sind die Ideen dieses Referats bereits in Fleisch und Blut der über die ganze Welt ausgedehnten kommunistischen Bewegung übergegangen. Damals klang das Referat Lenins nicht nur wie eine neue Botschaft, sondern wie eine wirkliche Prophezeiung.

Am 4. März 1919 brachten wir, russische Delegierte, zusammen mit den Delegierten der Kommunistischen Parteien Deutsch-Österreichs, der linken Sozialdemokratischen Partei Schwedens, der revolutionären sozialdemokratischen Balkanföderation und der KP. Ungarns den offiziellen Antrag auf sofortige Gründung der III. Kommunistischen Internationale ein. Dem waren langwierige Auseinandersetzungen unter den zum Kongreß erschienenen Delegierten vorausgegangen.

Am schlimmsten war, daß sich die Kommunistische Partei Deutschlands gegen die sofortige Gründung der Kommunistischen Internationale aussprach. Zu jener Zeit war die Januaraktion des Spartakusbundes bereits niedergeschlagen. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren ermordet. Als Hauptführer der zentralen Spartakusgruppe war der dahingegangene Tyschko (Jogiches) übrig geblieben. Von der KP. Deutschlands gelang es nur einem Delegierten, dem Genossen Albert (Eberlein), sich zu dem Gründungskongreß nach Moskau durchzuschlagen. Von dem dahingegangenen Tyschko hatte er ein gebundenes Mandat, die erste internationale kommunistische Konferenz zu unterstützen, aber eine Erklärung über die Vorzeitigkeit der Gründung der Komintern abzugeben. Die deutschen Kommunisten waren der Meinung, daß die Bewegung noch zu schwach sei, als daß es möglich gewesen wäre, die Ausrufung der III. Internationale zu riskieren. Die einen unter ihnen standen unter dem Eindruck der erfolgten schweren Niederlage vom Januar 1919. Den anderen dagegen fehlte es noch an dem entsprechenden Glauben daran, daß die russische Kommunistische Partei, der natürlich die Aufgabe der Führung der Komintern zufallen mußte, mit dieser großen Aufgabe fertig zu werden vermochte. Wir, russische Delegierte, in erster Linie Genosse Lenin, waren tief davon überzeugt, daß der Zeitpunkt der Bildung der Kommunistischen Internationale gekommen war und die Stunde geschlagen hatte, um einen Entschluß zu fassen. Aber es fiel uns im höchsten Grade schwer, diesen Beschluß gegen die Stimme des Vertreters der Kommunistischen Partei Deutschlands zu fassen. Wir hielten das für derart unangebracht, daß wir bereits begannen, dazu zu neigen, vorerst ein Organisationskomitee zur Einberufung des nächsten Kongresses zu bilden, auf dem gegebenen Kongreß aber die Ausrufung der Komintern noch nicht vorzunehmen. Zu dieser Zeit traf die Delegation aus Österreich ein. Die Genossen hatten uns unter den größten Schwierigkeiten erreicht. Zwei von ihnen hatten fast die ganze Reise als angebliche Kriegsgefangene auf den Puffern der Eisenbahnwagen zurückgelegt. Sie brachten eine Stimmung revolutionärer Entschlossenheit mit. Ihre Ankunft war vom Pulverdampf jener großen Schlachten umwoben, die zu jener Zeit in einer Reihe von Ländern entbrannt waren. Und sie stellten sich geschlossen auf unsere Seite — auf die Seite jener, die es für notwendig hielten, die Kommunistische Internationale schon auf dem gegebenen Kongreß auszurufen. Ihre Reden übten ihre Wirkung auch auf den Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands aus. Es erfolgte die Abstimmung. **Der Antrag über die Gründung der Kommunistischen Internationale wurde einstimmig angenommen**, unter Stimmenthaltung des Delegierten von Deutschland.

„Die Gründung der III. Kommunistischen Internationale in Moskau war die Verbriefung dessen, was nicht nur die russischen, nicht nur die zu Rußland gehörigen, sondern auch die deutschen, österreichischen, ungarischen, finnischen und schweizerischen, mit einem Worte die internationalen proletarischen Massen erobert hatten. Gerade deshalb ist die Gründung der Kommunistischen Internationale ein Werk von Dauer." So schrieb Genosse Lenin in seinem Artikel „Erobertes und Verbrieftes" am 5. März 1919, am Tage nach der Annahme des historischen Beschlusses.

„Alle wußten — mehr noch: alle sahen, fühlten, empfanden, jeder einzelne an der Erfahrung seines Landes, daß eine neue, an Kraft und Tiefe in der Welt noch nicht gesehene proletarische Bewegung dahinbrauste... Sie führt zur Diktatur des Proletariats führt, trotz aller Schwankungen, trotz aller verzweifelten Niederlagen — zur Rätemacht." So fuhr Lenin in jenem Artikel fort.

„Am 4. März 1919 ist in Moskau die III. Internationale gegründet worden — die Kommunistische Internationale. Ein großer, unvergeßlicher Tag. Ihn werden auf immer die werktätigen Menschen aller Länder segnen, an ihn werden zähneknirschend auf immer die Unterdrücker und Ausbeuter denken — bis zu jenem Augenblick, an dem wir unseren Planeten von dem Auswurf Bourgeoisie säubern werden." So schrieben wir in dem Artikel „Paris, Berlin, Moskau", bald nach der Eröffnung des ersten Kongresses.

Am 6. März 1919 fand die kombinierte Sitzung des Allrussischen Zentral-Vollzugsausschusses im Moskauer Sowjet zu Ehren des Gründungskongresses der Komintern statt. Auf dieser Versammlung führte Schreiber dieser Zeilen im Namen des soeben gebildeten leitenden Organs der Kommunistischen Internationale aus:

„Karl Marx stand an der Wiege der ersten Internationale; er stand an der Bahre der ersten Internationale, als diese 1873 starb. In einem seiner Briefe an einen Genossen sagte er: ‚Verliere die Ruhe nicht, mein Bester; wenn jetzt die Internationale stirbt, so werden nur wenige Jahrzehnte vergehen und eine neue Internationale wird erstehen, in angemessener Form.' Und jetzt erfüllen sich die einstigen Worte Karl Marx'. Die erste Internationale ist wiederhergestellt, sie lebt in uns allen, sie erfüllt jeden ehrlichen, klassenbewußten Arbeiter... Diese III. Internationale wurde am 4. März 1919 gegründet."

Im Jahre 1919 war die Kommunistische Internationale vorwiegend eine kommunistische Propagandagesellschaft. Aber schon bald, etwa gegen 1920, begann die Komintern eine Kampforganisation der Arbeiter zu werden, die den unmittelbaren Vorstoß gegen die Zwingburg des Kapitalismus organisieren. Zum fünften Jahrestag der Komintern aber, im Jahre 1924, befindet sich die von dem Genie Lenins und den Anstrengungen der Kommunisten der ganzen Welt geschaffene große Weltorganisation des Proletariats auf dem besten Wege dazu, die einheitliche, große, internationale Kommunistische Partei zu werden, die schon jetzt die ganze kapitalistische Welt in Schrecken versetzt und die es verstehen wird, den Kapitalismus zu besiegen.

„Es wird vieler Arbeit bedürfen, Fehler werden unvermeidlich sein, viele Schwierigkeiten werden auf diesem Wege erwachsen. Die Grundaufgabe des II. Kongresses ist es — praktische Richtlinien festzulegen oder zu entwerfen, um die Arbeit, die bis jetzt lose unter Hunderten von Millionen geleistet wurde, organisiert, konzentriert und systematisch zu leisten." So sprach auf dem II. Kongreß der Komintern Genosse Lenin.

In dem Aufruf über den ersten Kongreß der Kommunistischen Internationale, der am 24. Januar 1919 herausgegeben und **von Lenin selbst verfaßt** worden war, heißt es:

„Das gewaltig rasche Tempo der Weltrevolution, die immer neue und neue Probleme aufwirft, die Gefahr der Abwürgung dieser Revolution seitens der kapitalistischen Staaten... die Versuche seitens der verräterischen Parteien..., ihren Regierungen und ihrer Bourgeoisie behilflich zu sein, die Arbeiterklasse nochmals zu betrügen; schließlich die aufgestapelte, ungeheure revolutionäre Erfahrung und die Internationalisierung des gesamten Ganges der Revolution zwingen uns, die Initiative zur Aufrollung der Frage der Einberufung eines internationalen Kongresses revolutionärer proletarischer Parteien auf uns zu nehmen."

Niemals noch ist die revolutionäre Initiative so zur rechten Zeit gekommen, wie diese Initiative des Genossen Lenin. Das Fundament der Komintern wurde gelegt, und über alle Schwierigkeiten, über alle Widerwärtigkeiten des Schicksals, über Niederlagen und Mißerfolge hinweg hat die Komintern die Vorhut des internationalen Proletariats den Weg des Kampfes um die Diktatur der Arbeiterklasse geführt.

„Unsere Aufgabe besteht darin, die revolutionäre Erfahrung der Arbeiterklasse zusammenzufassen, die Bewegung von dem zersetzenden Einschlag des Opportunismus und Sozialpatriotismus zu säubern, die Kräfte aller wirklich revolutionären Parteien des Weltproletariats zusammenzufassen und den Sieg der kommunistischen Revolution in der ganzen Welt zu beschleunigen." So wandte sich der erste Gründungskongreß der Komintern in seinem ersten, auf dem ersten Kongreß beschlossenen Manifest an die Proletarier aller Länder.

Dieser Aufgabe ist die Komintern treu geblieben und ihr wird sie treu bleiben bis zum Ende, das heißt bis zum vollen Siege des internationalen Proletariats!

Märzauftakt in Ungarn.

Von L. F. B.

** Die herrschenden Klassen Ungarns fühlten sich schon fast ganz sicher vor der Wiederkehr des so gefürchteten roten Gespenstes. Sie dachten, den Kommunismus durch die bestialischen Massenmorde der weißen Terrorbanden, durch die Bluturteile der Sondergerichte, durch die Zuchthäuser und Kerker und überhaupt durch die tausende und aber tausende Opfer des weißen Terrors vernichtet zu haben. Sie glaubten, in der Sozialdemokratie der Miakits und Payer einen sicheren Schutz gegen das Wiedererwachen der kommunistischen Ideologie in den Arbeitermassen zu finden. Sie glaubten, das ungarische Proletariat vom Kampf um seine Klassenziele abhalten zu können, wenn sie jeden Menschen, der nur irgendeine Rolle in der revolutionären Bewegung und der proletarischen Regierung gespielt hat, ermorden, einkerkern oder ins Ausland verbannen und die Grenzen des Landes gegen das Eindringen jeder Nachricht über die revolutionäre Bewegung des ausländischen Proletariats und jeder revolutionären Propagandaschrift hermetisch verschließen.

Die am 16. März durch die Sozialdemokratische Partei einberufene Demonstration zum Andenken der nationalen Revolution von 1848 mußte sie eines Besseren belehren.

Was geschah bei dieser Demonstration? Es wurden ein bis zwei lendenlahme sozialdemokratische Festreden gehalten, es ertönten die bekannten sozialdemokratischen Aufforderungen: „Genossen! Laßt Euch nicht durch ‚Provokateure' irreleiten!" und dann geschah etwas, was alle bürgerlichen Zeitungen in das hellste Entsetzen brachte.

Um über die Vorgänge nach der Demonstration und über die Bedeutung dieser Ereignisse ein klares Bild zu geben, genügt es, wenn wir aus den Berichten und dem hysterischen Angstgeschrei der reaktionären Zeitungen einige Zitate anführen.

Das Regierungsorgan „Nemzeti Ujsag" schreibt über die Demonstration: „Nach der Aufforderung des Versammlungsleiters hat sich ein großer Teil der Demonstranten in Ruhe entfernt, eine aus etwa 800 bis 1200 Demonstranten bestehende Gruppe begann aber in geschlossenen Reihen weiterzumarschieren und stimmte die Marseillaise an ... ‚Es lebe der internationale Sozialismus! Es lebe die Diktatur des Proletariats!' ertönte es nun von allen Seiten ... Plötzlich ertönte der Ruf: ‚Genossen! Singen wir die Internationale!' (Das Absingen der Internationale stellt in Ungarn, zum Unterschied zum Beispiel von Deutschland, wo sie auch von anderen Arbeiterparteien gesungen wird, eine ausschließlich kommunistische Demonstration dar. Seit fünf Jahren wurde jeder auf Monate, wenn nicht Jahre eingesperrt, der es wagte, sie auch nur andeutungsweise auf der Straße zu singen. L. F. B.) Die Aufforderung brauchte natürlich nicht wiederholt werden. Die ersten Reihen stimmten das revolutionäre Lied sofort an." Als die Polizeibeamten die Menge zum Auseinandergehen aufforderten, erhielten sie die seit einigen Jahren ungewohnte Antwort: „Nieder mit den Polizeihunden! Wir wollen eine Arbeiterregierung ohne Polizeibluthunde!" Die Polizei wurde mit Steinen beworfen, was natürlich eine wilde Attacke der berittenen Polizei gegen die Arbeitermassen nach sich zog.

Aus dem Bericht der bürgerlichen Zeitungen erfahren wir noch, daß die Menge, als der Festredner auf die Emigration zu sprechen kam, in begeisterte Hochrufe auf die in der Emigration lebenden kommunistischen Führer, auf die Genossen Bela Kun und Bokányi ausbrach.

Der Leitartikel des faschistischen Blattes „Szozat" ist ein einziges Angstgeschrei: „Eine unbeschreibliche Bestürzung bemächtigt sich unser ... Als ob das Gespenst der nahen Vergangenheit sich aus den Kerkern der Vergangenheit befreit hätte. Der Rhythmus und die Melodie der ‚Internationale' brachte uns alle Greuel der proletarischen Diktatur in Erinnerung ... Die Menge schien durch eine höhere Disziplin dirigiert zu werden, mit der aus den Zeiten der Revolution wohlbekannten Taktik und Geschicklichkeit. Es genügte ein Wink, und aus tausenden und tausenden Kehlen erklangen Hochrufe auf Karolyi, Bokányi, und auf einen Wink der Befehlshaber erklang die bisher zurückgehaltene Melodie der blutigen Hymne der proletarischen Diktatur." Die faschistische Zeitung schiebt die Schuld für die Demonstration der „opportunistischen" Politik der Bethlen-Regierung zu. Diese habe „die Kräfte der Gegenrevolution allmählich in Passivität gedrängt und dadurch sowohl die Tätigkeit der Menschenreserve der Revolution entfesselt wie auch den Geist der Revolution immer wirksamer gestaltet".

Noch charakteristischer ist der Bericht des sozialdemokratischen Organs „Népszava". Es leugnet angstvoll jede kommunistische „Ausartung" der Demonstration ab. Die Führer der Sozialdemokratischen Partei seien unter der Menge gewesen und hätten nichts Ähnliches gehört. Ja, darin liegt eben das Wesen dieser Führer. Sie haben immer taube Ohren für die Rufe und Wünsche der Arbeitermassen.

Aufrufe

Das EKKI. an die Arbeiter und Bauern aller Länder!

An das werktätige Volk der türkischen Republik!

** Am 22. Januar dieses Jahres gelang es den als Teilnehmern an dem Septemberaufstand in Bulgarien verhafteten bulgarischen Bauern Grudow und Kariotow, den Händen ihrer Schergen zu entfliehen und wohlbehalten die türkische Grenze zu überschreiten. Aber schon in der Türkei, 25 km von der Grenze, wurden sie von den türkischen Behörden verhaftet. Vergeblich waren ihre Hinweise darauf, daß sie als politische Flüchtlinge ein Recht haben, auf Asyl in einem fremden Lande zu rechnen — die republikanischen Behörden in Losengrad erklärten ihnen, daß sie nicht wünschen, sich ihre „gutnachbarlichen Beziehungen" mit der bulgarischen Regierung, die ihrerseits umgekehrt die türkischen Flüchtlinge ausliefert, zu verderben, und beschlossen, Grudow und Kariotow zurück nach Bulgarien abzuschieben. Und wirklich wurden unsere Genossen ungeachtet ihrer energischen Proteste am 26. Januar unter verschärfter Bewachung und wie kriminelle Verbrecher gefesselt, an die Grenze geführt und den bulgarischen Behörden übergeben. Jetzt befinden sie sich wieder im Gefängnis in Burgas, unter den Verhältnissen eines unmenschlichen Regimes, und erwarten jeden Tag das gleiche Schicksal, das bereits tausende Arbeiter und Bauern erreichte, die brutal und niederträchtig von den bulgarischen Weißgardisten ermordet wurden. In ihrem, in den Arbeiterzeitungen veröffentlichten Briefe schildern unsere mutigen Genossen, wie sie erneut in dei Hände ihrer Henker geraten sind.

Im Losengrader türkischen Gefängnis schmachten auch sechs andere bulgarische Bauern, gleichfalls Teilnehmer am Septemberaufstand, nämlich: **Stamatew, Tontschew, Apostolow, Todorow, Atanassow** und **Mandadschieff**. Angesichts dessen, daß sie sich keinerlei Vergehen auf türkischem Gebiete zuschulden kommen ließen, konnte man auf ihre baldige Befreiung rechnen.

Aber nach den Vorfällen mit den Genossen Grudow und Kariotow sowie eingedenk dessen, daß die türkischen Behörden der bulgarischen Regierung bereits im vorigen Herbst ungefähr zehn andere entflohene Aufständische ausgeliefert haben, besteht die große Gefahr, daß auch diese politischen Flüchtlinge das gleiche Los ereilt.

Die widerlichen Henkerdienste, die die türkischen Paschas den bulgarischen Bluthunden erweisen, indem sie denen die Opfer zu grausamer Rache ausliefern, denen es gelungen ist, ihren Händen zu entrinnen — **prägen der Angoraer republikanischen Regierung das unauslöschliche Mal der Schande auf.** Das türkische werktätige Volk führt einen ununterbrochenen und heftigen Kampf um seine Freiheit und Unabhängigkeit. Nicht wenige Opfer wird es noch zu bringen haben, bis es endgültig mit jenen abrechnet, die die Stützen der Reaktion, der Knechtschaft und der Ausbeutung in ihrem Lande stärken. **Die herrschenden Paschas, die sich „Republikaner" und „Revolutionäre" nennen, scheuen sich nicht, die Zeiten der Blut-Sultane wiederauferstehen zu lassen und verräterische Abmachungen mit den Mördern des bulgarischen Volkes einzugehen.** Dadurch offenbaren sie nur ihren Haß gegen die wirklich revolutionäre Bewegung und ihre Bereitschaft, sich morgen schon in die Henker ihres eigenen Volkes zu verwandeln.

Arbeiter und Bauern aller Länder! **Die Exekutive der Kominter erhebt flammenden Protest gegen die von den türkischen Rädelsführern betriebene Auslieferung bulgarischer Revolutionäre in die Hände ihrer schlimmsten Henker und fordert Euch auf, die schmachvolle Rolle als Gendarmen und Komplizen der Sofiaer Regierung, zu der die Herrscher des türkischen Volkes herabgesunken sind, offen zu brandmarken.**

Arbeiter, Bauern und ehrliche Revolutionäre der Türkei!

Erhebt Euch alle wie ein Mann, um von Euren Herrschern Rechenschaft zu fordern für ihre Machenschaften, die das ganze werktätige türkische Volk mit Schande bedecken! Nehmt die bul-

garischen politischen Flüchtlinge unter Eurem mächtigen Schutz, die Flüchtlinge, die lediglich, weil sie Vertrauen zu Euch hatten, es wagten, Zuflucht in Eurem Lande zu suchen.

Nieder mit den Sofiaer Bluthunden und ihren Helfershelfern in der Türkei!

Es lebe der Befreiungskampf der Arbeiter und Bauern Bulgariens und der Türkei!

Es lebe die internationale Solidarität der Unterdrückten der ganzen Welt!

Moskau, 14. März 1924.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Aufruf der Kommunistischen Balkanföderation.

An die Bevölkerung Mazedoniens, an die mazedonischen Emigranten und an die Arbeiter und Bauern in den Balkanländern!

Mazedonier! Arbeiter und Bauern Jugoslawiens, Bulgariens und Griechenlands!

** Über dem Balkan ziehen sich die Wolken neuer großer Gefahren zusammen. Der Frieden ist wieder ernstlich gefährdet. Die alte mazedonische Frage rückt neuerlich in den Vordergrund, aber diesmal in einer viel schärferen Form. Die Beziehungen zwischen Jugoslawien und Bulgarien sind wegen Mazedonien in dem Maße verschärft, daß sie jeden Moment zu den gefahrvollsten politischen und militärischen Verwicklungen führen können.

Der Besitz Mazedoniens sichert infolge seiner geographischen Lage die Herrschaft über die ganze Balkanhalbinsel. Aus diesem Grunde ist dieses Land seit langem der Gegenstand der Eroberungsbestrebungen sowohl der imperialistischen Mächte als auch der benachbarten Balkanstaaten.

Das Resultat dieser Politik gegenüber Mazedonien war dessen Verteilung nach dem Kriege in drei Teile: der eine Teil — der größte — wurde Jugoslawien, der zweite Griechenland und der dritte — der kleinste — Bulgarien zugeteilt. Diese Eroberung und Verteilung Mazedoniens seitens der drei Balkanstaaten stellt keine Lösung der mazedonischen Frage dar. Sie schuf einen unhaltbaren und für die mazedonische Bevölkerung unerträglichen Zustand.

Die Bourgeoisie und die Regierungen der Balkanstaaten kennen keine anderen Methoden zur Lösung des mazedonischen Problems als Unterjochung, Terror, Massenvertreibungen und gewaltsame Entnationalisierung, die unter der unmittelbaren Teilnahme der Sozialdemokratie durchgeführt werden, die die Interessen der Arbeiter und Bauern verraten hat.

In dieser Hinsicht zeichnete sich besonders die jugoslawische Regierung aus, die den Völkerschaften im jugoslawischen Mazedonien die elementarsten nationalen und kulturellen Rechte entzog und die zur Befestigung ihrer Herrschaft in diesem Lande eine brutale Entnationalisierungspolitik durchführt und Vorwände sucht, auch die anderen Teile Mazedoniens, die zu Bulgarien (Kreis Petritsch) und zu Griechenland (Saloniki mit Hinterland) gehören, unter ihre Herrschaft zu bringen. Die jugoslawische Regierung schreckt bei dieser Denationalisierung der mazedonischen Völkerschaften vor den brutalsten Gewalttätigkeiten nicht zurück und bereitet zur Eroberung des restlichen Mazedoniens militärische Aktionen vor.

Es ist klar, daß dieses unerträgliche Regime in Mazedonien große Unzufriedenheit bei der mazedonischen Bevölkerung hervorruft und sie zum Kampfe gegen die nationale und politische Unterjochung und für die nationale und politische Befreiung und Schaffung eines **einheitlichen und autonomen** Mazedoniens zwingt.

Diese Unzufriedenheit der mazedonischen Massen und ihr Streben nach nationaler Freiheit und Selbständigkeit sucht die bulgarische Bourgeoisie durch die autonomistische Organisation **Todor Alexandroffs** sowohl für ihre Eroberungspolitik in Mazedonien als auch für die Befestigung ihrer volksfeindlichen Macht in Bulgarien selbst auszunützen.

Das ist der Grund der sich ständig zuspitzenden Gegensätze zwischen Zankoff-Bulgarien und Paschitsch-Jugoslawien, die immer neue Verwicklungen der mazedonischen Frage verursachen, die Lage der mazedonischen Bevölkerung verschlimmern und den Frieden auf dem Balkan gefährden.

Werktätige aller Balkanländer!

Die in der Kommunistischen Balkanföderation vereinigten Kommunistischen Parteien Jugoslawiens, Bulgariens und Griechenlands erklären, daß sie entschlossen auf der Seite der für nationale, politische und kulturelle Freiheit kämpfenden mazedonischen Bevölkerung stehen und daß sie mit allen Mitteln sowohl für das Selbstbestimmungsrecht der mazedonischen Völkerschaften eintreten werden, als auch für ihr Recht, sich von den Staaten, von denen sie verteilt und einverleibt wurden, loszutrennen; sie treten ohne Vorbehalt für die Schaffung eines einheitlichen und autonomen Mazedoniens ein, weil dies der einzig richtige Weg ist, der zur Lösung der mazedonischen Frage führt.

Die in der Komm. Balkanföderation vereinigten Kommunistischen Parteien Jugoslawiens, Bulgariens und Griechenlands erheben ihre Stimme zum Proteste gegen die Entziehung der politischen, nationalen und kulturellen Rechte der mazedonischen Bevölkerung und nehmen entschlossen gegen die Politik des Terrors und der Denationalisierung Stellung, die seitens der jugoslawischen Regierung in Mazedonien durchgeführt wird.

Gleichzeitig betont die Kommunistische Balkanföderation, daß die mazedonische Frage ohne neue Kriege zwischen den Balkanvölkern gelöst werden kann und daß die mazedonische Bevölkerung ihre nationale und politische Freiheit **nur durch die selbständige, revolutionäre nationale Massenbewegung des mazedonischen Volkes selbst** erlangen wird, befreit von der Vormundschaft und vom Einflusse der Eroberungspolitik der bulgarischen, jugoslawischen und griechischen Bourgeoisie und unterstützt von den breiten werktätigen Massen aller Balkanländer. **Die Einheitsfront (gemeinsames Handeln und gemeinsamer Kampf) aller wirklich revolutionären Gruppen und Elemente in der mazedonischen Bewegung erscheint jetzt als dringende Notwendigkeit.** Pflicht der Kommunisten in Mazedonien und in den Balkanländern ist es, sich in die ersten Reihen dieses Kampfes zu stellen.

Gegenwärtig verübt die bulgarische Regierung im Einvernehmen mit der jugoslawischen Regierung einen neuen Verrat an der mazedonischen Bewegung und an den mazedonischen Organisationen. Hunderte von Mazedoniern werden verhaftet und interniert; ihre Organisationen werden zerschlagen. Den vielen Mazedoniern, die unter dem Einflusse der autonomistischen Organisationen des Vertreters der Bourgeoisie Todor Alexandroffs als Werkzeug in den Händen der faschistischen Regierung Zankoffs in der blutigen Abrechnung mit den Bauern und Arbeitern Bulgariens dienten, wird dieser Überfall der Regierung Zankoff in Gemeinschaft mit der jugoslawischen Regierung eine ernüchternde Erkenntnis und Lehre sein, die die verräterische Rolle einiger ihrer Führer enthüllt und den richtigen Weg des Kampfes zur Befreiung Mazedoniens von seinen Unterdrückern zeigt, durch eine mazedonische einheitliche revolutionäre Massenbewegung, gemeinsam mit den Arbeitern und Bauern und mit unseren kommunistischen Organisationen.

Abermals wiederholt sich die Lehre der bisherigen historischen Erfahrung der mazedonischen Bewegung, daß sie sich vom Einfluß der bürgerlichen Regierungen der Balkanländer befreien muß und daß eine mazedonische revolutionäre Massenbewegung zur Erkämpfung des **autonomen und einheitlichen Mazedoniens** geschaffen werden muß.

Der Erfolg des Kampfes dieser mazedonischen Massenbewegung gegen das nationalistische Joch erfordert aber, daß der Kampf parallel und Hand in Hand mit dem Kampfe der werktätigen Massen der Balkanländer gegen die eigenen Bourgeoisien und für die Schaffung von Arbeiter- und Bauernregierungen geführt werden muß, die einzig und allein imstande sein werden, der nationalistischen und imperialistischen Politik gegenüber Mazedonien ein Ende zu setzen.

Die Lage der Arbeiter und Bauern sowohl in Mazedonien als auch in Bulgarien und Jugoslawien wird immer schwieriger. Auf ihrem Rücken treiben die Regierungen Jugoslawiens und Bulgariens ein verbrecherisches Spiel und bereiten neue blutige Abenteuer vor, unter denen in erster Reihe die werktätigen Massen Mazedoniens, Jugoslawiens und Bulgariens leiden werden.

Die Gegenüberstellung der mazedonischen Bewegung und des Kampfes der Arbeitermassen der Balkanländer sowie die Gegenüberstellung der mazedonischen Organisationen den kommunistischen und denen anderer Volksparteien, die an der Spitze dieses Kampfes stehen, **bildet daher einen Lakaiendienst** an die

imperialistische und terroristische Politik der Balkanbourgeoisien und Regierungen gegenüber Mazedonien, schwächt den Kampf der werktätigen Massen, verhindert den Sieg der mazedonischen Bewegung selbst und vergrößert die Kriegsgefahr auf dem Balkan.

Die Kommunistische Balkanföderation lenkt die Aufmerksamkeit der mazedonischen Bevölkerung und der gesamten werktätigen Massen in den Balkanländern auf das neue äußerst gefährliche Spiel, das mit der mazedonischen Frage getrieben wird und **das mit der Entfesselung eines neuen Blutbades unter den Balkanvölkern und mit unendlichen neuen Verheerungen und Verelendung droht.**

Die Kommunistische Balkanföderation richtet an alle mazedonischen, wahrhaft revolutionären Organisationen, Gruppen und Elemente den Appell, aus der bisherigen Erfahrung sowie aus den verhängnisvollen Fehlern und überstandenen Leiden der mazedonischen Bewegung die Lehre zu ziehen, sich zwecks Erkämpfung eines einheitlichen und autonomen Mazedoniens vom Einflusse und von der Bevormundung der imperialistischen Agenten und Bourgeoisien und ihrer Regierungen loszulösen und die mazedonische Befreiungsbewegung ein für allemal von der verbrecherischen Ausnützung, die mit ihr getrieben wird, zu befreien.

Die Kommunistische Balkanföderation appelliert an die werktätigen Massen der Balkanländer, sich entschlossen gegen die Kriegsgefahr auf dem Balkan zu erheben, die durch die nationalistische Politik der bulgarischen Bourgeoisie in der mazedonischen Frage entstanden ist sowie durch die Bestrebungen der serbischen Bourgeoisie, im günstigen Moment militärische Interventionen in Bulgarien zu unternehmen, zur Besetzung des Kreises Petritsch und des Bergreviers Pernik (das bulgarische Ruhrgebiet) und sich energisch für die Vereitelung der in Vorbereitung befindlichen militärischen Interventionen und Okkupation bulgarischen Territoriums einzusetzen; sie appelliert an die werktätigen Massen des Balkans, für die Schaffung friedlicher und brüderlicher Beziehungen zwischen den Balkanvölkern zu kämpfen und mit allen Kräften die mazedonische Bevölkerung in ihrem Kampfe für die nationale Selbstbestimmung und für ein autonomes Mazedonien zu unterstützen.

In diesem Sinne tätig, dürfen die arbeitenden Massen der Balkanländer und die unter nationalem Joche befindliche Bevölkerung Mazedoniens keinen Augenblick vergessen, daß der Friede auf dem Balkan und die brüderlichen Beziehungen zwischen den Balkanvölkern sowie die Befreiung der unterjochten Völker nur durch die Schaffung von Arbeiter- und Bauernregierungen in den Balkanländern an Stelle der Macht der Bourgeoisie und der Dynastien und durch den freiwilligen Zusammenschluß der Balkanvölker der Föderativen Balkanrepublik gewährleistet werden kann.

Nieder mit der nationalen und politischen Unterdrückung Mazedoniens, nieder mit der faschistischen Reaktion in der Balkanländern!

Nieder mit der Eroberungspolitik gegen Mazedonien, die unvermeidlich zu neuen Kriegen führt!

Es lebe die Einheitsfront der Werktätigen im Kampfe für die Arbeiter- und Bauernregierungen in den Balkanländern und für die Befreiung der unterjochten Völker!

Es lebe das einheitliche und autonome Mazedonien!

Es lebe die freiwillige Vereinigung der Balkanvölker in der Föderativen Balkanrepublik!

März, 1924. Das Präsidium der Kommunistischen Balkanföderation.

Buchbesprechungen

Pawel Dorochow: „Golgatha".*)

Von K. Cs.

** Pawel Dorochows Erzählung „Golgatha" führt uns über verschiedene Leidenswegstationen der russischen revolutionären Arbeiter und Bauern. In schroffen, rhapsodisch abgerissenen Abschnitten, die ganz besonders gut dem Inhalt angepaßt sind, tauchen vor unseren Augen die Schreckensbilder der Koltschak-Herrschaft in Sibirien und die heldenhaften Kämpfe der Arbeiter und Bauern auf. In blitzartig wechselnden Bildern erscheinen episodenhaft einzelne Menschen oder Gruppen, man weiß nicht, woher sie sind, sie gestatten uns einen Einblick in die revolutionären Vorgänge und dann verschwinden sie oder bleiben massenhaft liegen am revolutionären Schauplatze, um andern ihre Rolle zu übergeben. Der Verfasser bedient sich eines scharfen, markanten Stils und versteht sich darauf, die einzelnen Episoden mit dem großen Leitmotiv der Revolution zusammenzufassen.

Der Schaupsatz der Ereignisse ist das Steppenland des Irtysch und Obj. Das Buch ist — man könnte sagen — ein roter Heldenroman. Die Helden sind einfache Arbeiter und Bauern. Die einzelnen Namen sind nicht individuell betont, eine ganze Schar von namenlosen Kämpfern zieht an uns vorbei. Die roten Truppen sind von russischen und tschechischen weißen Regimentern und Kosakenhorden bedroht. Sie müssen sich vor der Übermacht unter hartnäckigen Kämpfen zurückziehen. Auf dem von den Roten verlassenen Gebiet erblüht die Schreckensherrschaft des weißen Terrors. Die Folterkammern der Gefängnisse öffnen ihre Gittertore manchem tapferen roten Kämpfer.

Die Besten der Bolschewisten werden zum Erschießen verurteilt: der rote Truppenführer **Lobowsky**, die Sowjetmitglieder **Sacharow** und Mosow, die Braut Lobowskys, die liebliche, opferfreudige rote Krankenschwester **Vera Gnewenko**, und noch viele andere. Nur Petruchin kann sich zufällig retten, er wird später ein Führer der illegalen Arbeit. Der Fall Veras ist besonders sorgfälltig hervorgehoben. Bevor man sie verhaftet, übergibt sie ihre blonden Haarflechten einem Genossen, damit er sie als Andenken an ihre alte Mutter weitergebe. In einem späteren Kapitel kommt dann die greise Mutter zur Wallfahrt an das Grab ihrer erschossenen Tochter.

Rührende Gefängnisszenen ziehen an uns vorbei: Der im Drang der Wahrheit unbewußt zum Bolschewisten gewordene junge Bauernbursche Ssergej und der alte Parteigenosse Andrejewitsch werden in den Kerker geworfen und zu Tode gemartert. Die Kerkerinsassen singen die Internationale, man schießt dafür in sie hinein.

Die Koltschak-Offiziere feiern in betrunkenem Taumel mit ihren dekolletierten, in Samt und Seide gekleideten Maitressen ihren schändlichen Sieg. Auch feige Bürgerhorden triumphieren über Wehrlose. Aber Unsicherheit schwebt über diesem Sieg: das vollkommen geknebelte Proletariat regt sich. In den Gewerkschaften der Städte gärt es, es kommt zum Streik. Die weißen Kosaken feuern in die Masse hinein, viele Tote bleiben zurück, fast alle Führer büßen ihr Leben ein, die Hälfte der Mitglieder der Arbeiterorganisationen sitzt hinter Schloß und Riegel. In dieser unheilvollen Zeit beginnt auch die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten gegenüberstehende Tätigkeit der bolschewistischen Partei. Bravourhafte, heldenhafte Taten, wo das nackte Leben immer auf dem Spiel steht, ziehen an uns vorbei. Die von dem Koltschak-Militär arg in die Enge getriebenen Bauern und das Industrieproletariat bereitet sich zum Aufstand vor. Unter Koltschaks Füßen schwankt schon der Boden, nur seine Terrorbanden halten ihn noch am Ruder. Die in Dorochows Buch erzählten Grausamkeiten des sibirischen weißen Terrors lassen im Leser einen unvergeßlichen Eindruck zurück. Der „Hinkelsche Keller" ist eines der vielen Inquisitionsgebäude. Hinter seinen lautdicht abgesperrten Mauern wütet der Geist der Hölle. Wer in den Keller kommt, ist verloren. Bestialische weiße Offiziere, ein Auswurf der Menschheit, erproben in der Form unsäglicher Marter und Folter ihre sadistischen Triebe an den Gefangenen. Die Losung der Offiziere ist: „Von Tropfen zu Tropfen", oder die langsame Folter, wo jeder Tropfen Blut und Qual einzeln von tierisch wilden Augen aufgesaugt wird. Der letzte Rest von Menschlichkeit verschwindet. Einige Kommunisten der illegalen Organisation werden in den Keller gesperrt. Der parteilose Lehrer **Lomow** wird in einer Reihe von Inquisitionssitzungen zum Wahnsinn getrieben. Die nackten, entstellten Leichname der andern werden in einer Scheune gefunden. Schwarzes Grauen, tiefe Leiden wachsen aus den Zeilen empor. Aber trotz all dieser Golgatha-Stationen rüsten sich die Arbeiter und Bauern zum Aufstand — unter der Führung der Bolschewisten. Die Söldnerheere verblödeter, versoffener, sadistischer Offiziere sind im Zustande der Auflösung und werden von Bauernrebellen und Partisanen vernichtet. Hell lodert die Flamme des Bürgerkrieges und in einer Reihe von heldenhaften Kämpfen siegt die Revolution.

Dorochows Buch ist ein literarischer Spiegel des weißen Terrors, aber aus allen Spalten grinst trotz der kunstvollen literarischen Verarbeitung die grausame Wirklichkeit hervor.

*) Pawel Dorochow: Golgatha. Erzählung. Verlag für Literatur und Politik. Wien, VIII., Alserstraße 69.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien. VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 37. 24. März | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Der Oktoberrückzug und die Lage in der KPD.

Rede des

Genossen Sinowjew

in der Sitzung der Exekutive der Komintern — Januar 1924.

** Genossen, zunächst müssen wir uns vergegenwärtigen, in welcher Lage wir überhaupt diese Diskussion angefangen haben.

Wir sind uns darin einig, daß wir eine schwere Niederlage erlitten haben. Ich glaube, es wäre übertrieben zu sagen: einen Zusammenbruch. Eine ernste Niederlage aber auf jeden Fall. Und eine Niederlage ist nach unserer Erfahrung der wichtigste Prüfstein für die Stärke einer revolutionären Partei wie auch für eine Richtung innerhalb der Partei. Gerade nach einer Niederlage haben wir zu beweisen, ob wir das Examen zu bestehen imstande sind. Wenn wir in Stimmungen verfallen, die alles schwarz färben, so können diese die Partei in der Tat zugrunde richten. Jetzt, nach der Niederlage müssen die deutschen Genossen erst recht zeigen, was sie leisten können. Hat man gesiegt, ist das kein Kunststück. Es handelt sich vor allem darum, der Partei jetzt, da sie sich in einer schweren Lage befindet, die Treue zu bewahren.

Bevor ich materiell auf die Dinge eingehe, einige **Vorbemerkungen:**

Es ist hier gesagt worden, eine Spaltung der deutschen Kommunistischen Partei bedeute den Untergang der deutschen Revolution, zum mindensten deren Hinausschieben auf weitere fünf Jahre. Das ist absolut richtig. Darum, glaube ich, müssen wir in die materielle Diskussion mit dem Bewußtsein eintreten, daß, wer es auch sein mag, durch Fraktionsgeist — aus fraktioneller Überzeugung selbstverständlich — die Einheit gerade in diesem Stadium bedroht, ein Verbrecher an der deutschen Arbeiterklasse ist. Wir alle wissen, daß es Lagen gibt, in denen man eine Spaltung vornehmen muß. In solchen Fällen nehmen wir sie auch vor. Aber es gibt auch Lagen, in denen man alles schlucken muß, um keine Spaltung zuzulassen. Nun, ich behaupte, daß wir in Deutschland gegenwärtig gerade die letztere Situation vor uns haben. Wer heute zu einer Spaltung treibt, und mag er auch von den besten Motiven beseelt sein, ist objektiv doch nichts anderes als ein Helfershelfer der Sozialdemokraten und der Bourgeoisie und dient nicht den Interessen der deutschen Arbeiterklasse.

Nun zur **materiellen Seite** der Diskussion.

Zunächst ein paar Worte über einige Dokumente. Man versuchte hier, sich zu decken, indem man erklärte: Nicht erst im Oktober ist der Fehler gemacht worden, nicht erst im Oktober haben wir die Situation unterschätzt, sondern bereits früher, und zwar während der Ruhrkrise. Daher die ganze heutige Lage.

Das ist aber doch eine Selbstverständlichkeit! Hätten wir während der Ruhrkrise angefangen, uns vorzubereiten, so wären wir natürlich besser vorbereitet gewesen; hätten wir noch früher begonnen, so noch besser. Das ist doch eine Kette, die man immer weiter zurückverfolgen kann, und ist reinster Sophismus, dessen man sich bedient, um wirkliche, zu einer ganz bestimmten Zeit begangene Fehler und Unterlassungssünden zu verschleiern. Wir müssen vor allem ehrlich gegen uns selbst sein. Dann werden wir auch die eigentlichen Fehler herausfinden.

Die Ruhrkrise war in der Tat der Ausgangspunkt für die ganze weitere Entwicklung der Dinge. Vor mir liegen die Instruktionen zur Ruhrkrise vom 12. März 1923.

„Direktiven für die Delegation der Exekutive der KI. zur Internationalen Konferenz in Frankfurt am 17. März 1923."

Lesen Sie diese Instruktionen. Was steht darin?

„Die Konferenz von Essen war in erster Linie eine Demonstrationskonferenz. Die Konferenz vom 17. März muß eine Arbeitskonferenz werden.

Bei den Verhältnissen, unter denen die Essener Konferenz stattgefunden hat, war schon eine bloße Demonstration ein großes politisches Ereignis. Die mehr oder weniger gelungene Koordination der Tätigkeit der französischen und deutschen Kommunistischen Parteien im Zusammenhang mit der Ruhrokkupation soll nicht unterschätzt werden. Jetzt aber Essen einfach wiederholen, wäre ein großer Schritt rückwärts."

Und unsere Direktive hatte folgenden Wortlaut:

„Die Konferenz vom 17. März und die Vorkonferenz (besonders die Vorkonferenz) haben zweierlei Aufgaben zu erfüllen:

a) ein wirkliches, gemeinsames, klares, festes, konzentriertes Agitationsprogramm für die wichtigsten in Frage kommenden Sektionen auszuarbeiten;

b) **eine Anzahl Maßnahmen organisatorischer und teilweise konspirativer Natur auszuarbeiten und sie auch wirklich durchzuführen.**"

Also die Executive hat die Aufgabe sehr wohl gesehen und sie auch der Konferenz gezeigt. Daß die Durchführung ungenügend war, obwohl die Jugend in Frankreich sehr gut gearbeitet hat, können wir zugeben. Auch haben wir das bereits zur Genüge getan. Man soll aber diese Sache nicht zum Vorwande einer Sophistik machen, indem man erklärt: weil wir damals nicht die Frage des bewaffneten Aufstandes gestellt haben, seien wir damals im Unrecht gewesen.

Nein, der Fehler im Oktober lag bei der deutschen Partei und teilweise auch bei der Exekutive.

Weiter, ein anderes Dokument, ein Dokument über Sachsen vom 1. Oktober 1923.

„Da wir die Lage so einschätzen, daß der entscheidende Moment nicht später als in vier, fünf, sechs Wochen kommt, so halten wir es für notwendig, jede Position, die unmittelbar nützen kann, sofort zu besetzen. Auf Grund der Lage glauben wir, bei gegebener Lage muß man die Frage unseres Eintretens in die sächsische Regierung praktisch einstellen. Unter der Bedingung, daß die Zeigner-Leute bereit sind, Sachsen wirklich gegen Bayern und Faschisten zu verteidigen, müssen wir in die Regierung eintreten, sofort die Bewaffnung von 50.000 bis 60.000 Arbeitern wirklich durchführen und den General Müller ignorieren. Dasselbe in Thüringen."

Diese Direktive wurde in einer eingehenden Beratung beschlossen. War das richtig oder falsch? Absolut richtig, wenn man annahm, daß die Zeigner-Leute wirklich gegen die Faschisten kämpfen und 50.000 bis 60.000 Arbeiter bewaffnen wollten.

Wie stellten wir uns die Sache in Sachsen vor? Als eine Episode in der Entwicklung des Bürgerkrieges, was im Text enthalten ist.

Ferner will ich noch den Passus zitieren, der unser Verhalten zur linken Sozialdemokratie wie zur Sozialdemokratie überhaupt betrifft. Wir hatten damals in Anwesenheit Brandlers und aller anderen beschlossen:

„Der Hauptfeind ist die linke Sozialdemokratie. Wir müssen uns klar sein, daß wir einen Kampf nicht nur ohne, sondern **gegen** die linken Sozialdemokraten zu führen haben werden." So lautet der Moskauer Beschluß. Genossen! Ich gebe zu, daß für den Eintritt in die sächsische Regierung ich und die anderen Genossen die Hauptverantwortung tragen, Brandler war in diesem Punkte schwankend. Er sagte: Ich weiß nicht, ob es genügend vorbereitet ist. Aber er hat nachgegeben. Ich will die Verantwortung keineswegs von mir abwälzen. Ich trage sie durchaus. Es war die allgemeine Auffassung, die sich aus den Verhandlungen auch mit der französischen, polnischen und tschechoslowakischen Partei ergeben hatte. Die polnischen Genossen schreiben jetzt in einem Brief an die russische Partei, in der deutschen Sache hätte man große Irrtümer begangen. Aber, Sie waren doch hier, die polnischen Genossen! Genosse Warski war hier. Wir hatten sie zur Beratung zugezogen, obgleich sie nicht Mitglieder der Exekutive sind.

Wir waren der Auffassung, daß, wenn es sich wirklich nur um Wochen handle, man Sachsen zur Vorbereitung des Bürgerkrieges ausnützen müsse. Das war unsere allgemeine Einstellung.

Und die Ausführung, Genossen? Das ist doch das Entscheidende an der ganzen Sache.

Zunächst in Sachsen. Genosse Remmele fragte gestern: Ist das wirklich so wichtig, jetzt zu untersuchen, was die Minister versäumt haben, und ihnen das jetzt vorzuhalten? Ist das nicht ein gewisser Opportunismus? Was kann man denn von Ministern erwarten?

Was ist daran richtig? Gewiß ist das Verhalten der Massen die Hauptsache. Aber für uns ist die Haltung der Minister doch ein Symptom der faulen Einstellung der Partei. Die Hauptfrage bleibt selbstverständlich: Warum blieb der Bürgerkrieg aus, warum konnte die Masse nicht mobilisiert werden? Wenn wir dessenungeachtet dem Auftreten der Kommunistischen Minister eine große Bedeutung beimessen, so darum, weil es ein Symptom der unrichtigen Einstellung der deutschen Partei war. Wer waren denn die Minister? Unsere besten Genossen. Führende Genossen, wie Brandler, Heckert und Böttcher. Für uns ist ihr Verhalten ein Beweis der Existenz einer Fäulnis in der Partei. Vergleichen Sie, bitte, einmal die Gedankengänge des von mir erwähnten Telegramms mit dem Charakter des Auftretens unserer Minister. Zwei grundverschiedene Einstellungen. Warum man nicht marschiert ist, warum die Masse nicht in Bewegung geriet, bleibt gewiß eine Hauptfrage, ändert aber doch nichts an der Tatsache, daß gleichzeitig das Verhalten der Minister eine unrichtige Einstellung der Partei signalisiert. Genossin Fischer hat gestern sicher sehr übertrieben, als sie sagte, Brandler treibe ein bewußtes Spiel. Das sind Übertreibungen. Hierin liegt gerade der große Mangel der sonst sehr guten Rede der Genossin Fischer. Durch solche Übertreibungen wird Richtiges leicht zur Karikatur. Das ist überhaupt der Hauptfehler der Linken, was wir ihr schon wiederholt gesagt haben. Es ist unmöglich, daß Brandler die Sache bewußt so gemacht haben soll. (Walcher: Das war ihr einziges Argument!) Nein, das war nur ihr schlechtestes Argument. Daneben enthielt ihre Rede eine ganze Reihe guter Argumente, denen man zustimmen muß. Wir haben dem Verhalten der kommunistischen Minister deswegen unsere Aufmerksamkeit zugewandt, weil es, einer falschen Politik entspringend, dazu führte, daß die ganze sächsische Arbeiterregierung zu einem banalen Techtelmechtel mit der Sozialdemokratie wurde.

Nehmen wir sogar einmal an, man habe die Lage falsch eingeschätzt, habe sich geirrt, die Möglichkeit, 60.000 Arbeiter zu bewaffnen, überschätzt. Es hat sich ja auch in der Tat herausgestellt, daß man die Lage wirklich überschätzt hat. Aber warum mußten Sie denn als Sozialdemokraten auftreten? Was zwang Sie, sich darauf zu berufen, daß Sie „auf dem Boden der Verfassung" stünden? Warum beriefen Sie sich darauf, daß wir „nur dem Landtag verantwortlich" seien? Das ist eine altmodische, bestenfalls Bebelsche Einstellung der neunziger Jahre. So sprach Bebel in seinen besten Tagen. Damals war das auch richtig, während man heute an die revolutionären Kräfte der Massen der Arbeiterschaft direkt zu appellieren hatte. Jetzt war Ihre Aufgabe die, den Massen zu sagen, der Hauptfeind sei die linke Sozialdemokratie, die mit der Rechten marschiere, während die Rechte mit Seeckt, dieser seinerseits mit Ludendorff marschiere, nicht aber zu erklären: wir stünden auf dem Boden der Verfassung.

Die Durchführung der Direktiven war also unerhört schlecht und signalisierte uns das Bestehen größerer Gefahren in unserer Partei, als irgendeiner von uns vermutet hatte. Darum wurde unser Brief an die deutsche Zentrale, der ihre Haltung kritisierte, auch einstimmig beschlossen. Das bitten wir, nicht zu vergessen. Ich liebe es nicht, die Verantwortung von mir auf andere Genossen abzuwälzen. Ich habe den Brief geschrieben. Doch war es keineswegs ein rein persönlicher Brief, wie man es in Deutschland darzustellen beliebte. Es war eine Kommission eingesetzt worden, an der Genosse Kolarow und Genossin Zetkin teilgenommen und mancherlei Änderungen beantragt hatten, die ich fast ausnahmslos akzeptiert hatte. (Zetkin: Bitte, ich bemerke, daß der Brief geschrieben wurde, ehe wir ausführliche Berichte bekommen hatten, als wir eben noch nichts hatten.) Das stimmt, daß wir damals noch nicht so genau informiert waren wie jetzt. Ich gebe zu, daß ich nun in Details auch manches anders sehe als damals. In der Hauptsache aber hatten wir doch recht. Trotzki hatte unseren Brief gutgeheißen. Er forderte nur geringfügige Abänderungen. Wenn wir die Politik in Sachsen verteidigen wollen, gehen wir besser zur II. Internationale. Man muß aussprechen, was ist. Übrigens ist in den Thesen der gegenwärtigen Mehrheit der Zentrale schon reichlich viel ausgesprochen.

Zwei Worte über das Verhältnis zur Sozialdemokratie überhaupt. Es wurde hier beschlossen, den Hauptfeind in der linken Sozialdemokratie zu sehen, ihr zum Trotz, ja gegen sie zu kämpfen. Ich schrieb das in einem Artikel, als Mitte Oktober in Berlin ein Teil unserer Genossen eine ganze Woche hindurch mit diesen Schuften zusammensaß und ein Programm ausarbeitete, um tags darauf zu erklären: Verschieben wir die Sache auf zwei Tage und dann werden wir mit einem neuen Programm kommen.

(Walcher: Die Berliner waren dabei.)

(Pieck: Walcher hat der Berliner Bezirksleitung geholfen, aus dem Dreck herauszukommen.)

Schön, also auch die Berliner tragen dafür die Verantwortung.

(Walcher: Nein, ausschließlich.)

(Hesse: Übernehmen wir.)

So darf man aber die Sozialdemokratie in einer solchen Lage nicht behandeln.

Nun, Genossen, die **Frage der Einheitsfront.**

Zunächst die allgemeine Frage. Hatten wir bis zu jenem Augenblick in der Kommunistischen Internationale Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage? Ja, wir besaßen Schattierun-

gen, hatten Nuancen. Wir haben sie nicht ausgekämpft. Jetzt aber müssen sie ausgekämpft werden bis zur völligen Klärung.

Worin bestand mein Fehler, als ich in der Sitzung der Erweiterten Exekutive die Arbeiterregierung als ein Pseudonym für die Diktatur des Proletariats bezeichnete und darob von einem Vertreter der Mehrheit angegriffen wurde? Man erwiderte, das schadet der Agitation; eine solche Bezeichnung sei unangebracht. Ich habe damals nachgegeben, weil ich mir sagte, man dürfe in der praktischen Agitation in der Tat nicht alles ausplaudern. Nun ist jedoch klar, daß die damaligen Einwände nicht der Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der praktischen Agitation entsprungen waren, sondern von einer prinzipiell fehlerhaften Einstellung herrührten. Die Arbeiterregierung ist entweder wirklich nichts anderes als ein Pseudonym der Diktatur oder aber sie ist eine bloß sozialdemokratische Opposition.

Radek wird mir bestätigen, daß ich und Stalin sofort nach Leipzig sagten: Hier liegt entweder eine starke stilistische Entgleisung vor oder die Existenz einer opportunistischen Gefahr. Bald darauf — wenn ich nicht irre, eine Woche danach — fand der tschechoslowakische Parteitag statt. Da hatten wir dieselben Formulierungen der Demokratie. Ganz natürlich, daß Brandler sich ihnen anschloß. Mein Fehler bestand eben darin, daß ich damals die Frage nicht ausgekämpft habe. Ich dachte mir eben: Abwarten, die Geschichte ist noch etwas neu. Vielleicht wird man sie auf friedlichem Wege klären können. Jetzt ist es klar, daß das Geschrei über das „Pseudonym", wie die Leipziger Beschlüsse und gleich darauf die Beschlüsse in der Tschechoslowakei bewiesen, opportunistische Entgleisungen ankündigte. Das muß man offen sehen und wieder gutmachen, sonst verderben wir die Partei.

Was bedeutet die Einheitsfront? In den Thesen, die wir vorlegten, heißt es:

Die Einheitsfront ist eine Taktik der Revolution, nicht der Evolution, eine Methode zur Agitation unter den Massen und zu ihrer Mobilisierung gegen die Sozialdemokratie in der gegebenen Periode des Klassenkampfes, nichts mehr. Wer da glaubt, sie sei mehr, der reicht bereits einen Finger dem Teufel. **Sie ist nichts mehr und soll auch nichts mehr sein.** Wer aber anderer Auffassung ist, macht damit der konterrevolutionären Sozialdemokratie Konzessionen.

Die Frage, Genossen, muß jetzt nicht nur national, sondern international geklärt werden. Ich stehe vollkommen auf dem Boden des Beschlusses des IV. Kongresses. Wie lautet er? Er lautet: „Nicht jede Arbeiterregierung ist eine proletarische Regierung." In ein paar Tagen werden wir in England eine Regierung Macdonald haben. Wird das eine Arbeiterregierung sein.

(Zwischenruf: Nein.)

Doch, wenn Sie das leugnen, sind Sie gegen die Beschlüsse des IV. Kongresses. Wir haben auf dem IV. Kongreß den Fall Australien erwähnt und in der Resolution gesagt, eine solche liberale Arbeiterregierung sei in absehbarer Zeit auch in England möglich. Vergleichen Sie Sachsen und Macdonald. Die sächsische Regierung erscheint einer Macdonald-Regierung gegenüber als eine Kleinigkeit. Am Vorabend der proletarischen Revolution in Deutschland jedoch stellt sie eine bedeutsame Etappe dar. Ein Vergleich dieser beiden Regierungen zeigt, daß es sich um wesentliche Unterschiede handelt. Die Macdonald-Regierung wird eine Scheidemann-Regierung in englischer Übersetzung sein. Sie wird trotzdem ein großes historisches Ereignis darstellen, denn sie wird der Ausdruck dessen sein, daß der englische Arbeiter sich als an der Macht stehend fühlen wird. Dennoch wird sie eine Scheidemann-Regierung sein. In Sachsen hatten wir es mit einem Versuch der Kommunisten zu tun, zur Revolution zu marschieren, während er objektiv zu einem ordinären Techtelmechtel geworden war.

Genossin Fischer hat gestern vollkommen mit Recht daran erinnert, welche Wirkung auf dem IV. Kongreß die Mitteilung von der Absicht der Kommunisten zum Eintritt in die sächsische Regierung auslöste.

(Zwischenruf: Es wurde ja abgelehnt.)

Das ist doch Nebensache, Genossen. Die autoritative Vertretung der KPD. befand sich damals in Moskau. Es waren das etwa 20 Genossen, darunter Thalheimer und Meyer. Diese aber waren für den Eintritt in die Regierung. Das ist eine Tatsache. Wir haben einen ganzen Abend mit ihnen kämpfen müssen und hatten danach in der russischen Delegation einstimmig, einschließlich Lenins und Trotzkis beschlossen, dagegen aufzutreten, da das reinster Opportunismus werden würde.

Ich war und bin der Meinung, daß wir in dem Moment, da wir in eine solche Regierung einträten, die praktische Möglichkeit verlören, unseren Gegensatz zur Sozialdemokratie agitatorisch auszunutzen.

Ebenso verhielt es sich auch mit der Einheitsfront. Sie werden sich erinnern, daß, als wir die Einheitsfronttaktik beschlossen hatten, die Idee einer Konferenz der drei Internationalen auftauchte. Ich war der Meinung, man müsse diesen Versuch möglichst hinausschieben, weil er leicht zu einem Schlag gegen die Einheitsfront werden könnte. Es käme dabei nichts anderes heraus, als entweder Konzessionen an die Sozialdemokratie oder ergebnisloses Gerede. Damit verlöre die Parole der Einheitsfront wieder ihre Anziehungskraft. Die Einheitsfront ist eben lediglich eine Agitationsmethode, die man entsprechend verschiedenen Stadien der Entwicklung verstehen muß verschieden anzuwenden. Wer von dieser Taktik mehr erwartet, steht auf dem Boden der Sozialdemokratie. Genosse Brandler sagte gestern etwas für mich sehr Interessantes. Er sagte nämlich, man müsse zugeben, daß im Gefolge der Anwendung der Einheitsfronttaktik bei der großen Masse eine Psychologie entstanden sei, die auf die evolutionistische Vorstellung hinauslaufe, erst käme eine bürgerliche Koalition, dann eine sozialdemokratische Regierung mit Unterstützung der Kommunisten, dann eine Halb- und Halbregierung usw. Wenn das stimmt, daß sich bei den Massen eine solche Vorstellung wirklich herausgebildet hat, dann liegt darin ein starkes Argument gegen die Art der Einheitsfronttaktik, wie Sie von Ihnen gehandhabt wird.

(Hesse: Artikel Brandlers.)

Es handelt sich hier um etwas Wichtigeres als um Artikel, auch nicht bloß um die Schuld Brandlers oder der Zentrale.

(Koenen: Diese Stimmung ist nicht vorhanden.)

(Thälmann: Doch, besonders in Sachsen. Bestreite das doch nicht!)

Brandler hat das als erster festgestellt. Seinen Äußerungen ist d a r u m besonderes Gewicht beizulegen, weil er ja doch der Vater der Einheitsfronttaktik in Deutschland war, in welcher Feststellung übrigens keineswegs ein Vorwurf gegen ihn enthalten sein soll. Wir haben uns ja allesamt dafür eingesetzt. Wenn er aber jetzt erklärt, objektiv sei es dazu gekommen, daß die Masse die Einheitsfronttaktik in dem Sinne auffasse, daß sich eine Regierung allmählich in eine andere verwandle, wenn das Tatsache ist, so müssen wir allerdings mit aller Gründlichkeit dem Grundfehler der Taktik nachgehen. Ich glaube, daß er nicht in der Einheitsfronttaktik als solcher liegt, sondern wieder einmal in deren Durchführung. Das darf man nicht übersehen. Die Sache darf nicht zu leicht genommen werden.

So steht es, Genossen, mit der Frage der Einheitsfronttaktik. Mir scheint, daß wir keine Veranlassung haben, sie von Grund aus zu revidieren. Sie war prinzipiell richtig und wird es bleiben. Es liegen hierin die Dinge ebenso wie beim revolutionären Parlamentarismus, an dem wir entschieden festhalten. Und hat man nicht auch ihn bekämpft? Man verweist zum Beispiel auf Bombacci oder auf die Schwäche der Parlamentsfraktion in Deutschland und Frankreich. Das ist aber doch keine prinzipielle Stellungnahme zur Frage. Man muß es eben lernen, eine richtige Idee auch gut durchzuführen. Diese Taktik ist geboten, weil wir noch eine Minderheit in der Arbeiterklasse darstellen, die Sozialdemokratie dagegen noch die Mehrheit, und wir ferner im allgemeinen noch in der Defensive stecken, während der Kapitalismus gegen uns offensiv vorgeht. Sie wird demnach für die Dauer einiger Jahre durch die ganze Lage der kommunistischen Arbeiterbewegung gefordert. Um diese Idee jedoch zu verteidigen, bedarf es einer schonungslosen Bekämpfung ihrer schlechten Durchführung, denn der einfache Arbeiter wird sich in der Tat fragen: Was ist denn das für eine Politik, bei der es in Frankreich, in der Tschechoslowakei, ja sogar in Deutschland, das die beste Partei hat, schief geht? Und er wird sich weiter fragen: Was ist denn das für eine feine Dame, diese Einheitsfront, die sich in der Wirklichkeit als ein Scheusal erweist? Darum betonen wir: die Einheitsfront darf nicht zu einer fleischlosen und blutleeren Idee werden.

Bei den Formulierungen der Einheitsfronttaktik, die sich jetzt gegenüberstehen, ist es vor allem notwendig, die Sache ehrlich und bis in ihre Konsequenzen durchzudenken. Ich beantrage im Namen der russischen Partei folgende Definition anzunehmen:

Die Einheitsfronttaktik stellt nichts anderes dar als eine Methode der Mobilisation der proletarischen Kräfte in der gegenwärtigen Zeitperiode.

Jede andere Auffassung wäre sozialdemokratisch. Es wäre ein leichtes, eine Kautschukformel zu finden. Das machen wir aber nicht mit. Sollten wir in der Exekutive eine Minderheit bleiben,

nun, so werden wir uns bemühen, eine Mehrheit zu werden. Wir hoffen jedoch, nicht in der Minderheit zu bleiben. Eine Periode demokratischen Zusammenwirkens mit den Sozialdemokraten ist nunmehr ausgeschlossen. Wer noch glaubt, es sei ein politisches Bündnis der Kommunisten mit den Sozialdemokraten möglich, steht auf dem Standpunkt der Sozialdemokratie, ist ein wirklicher Zentrist. Das Gute an den üblen Erfahrungen in Deutschland wird sein, daß wir in diesen Dingen jetzt endlich Klarheit erhalten.

Ich komme nun zur Frage der Rolle der deutschen Sozialdemokratie überhaupt und im Zusammenhang damit zur Frage des Faschismus, mit anderen Worten, zur Frage, wer über wen in Deutschland gesiegt hat.

Gestern sagte Radek, und mit Recht, die erste Frage, die sich ein Politiker stelle, sei: Wer herrscht im Lande, wer herrscht in Deutschland? Radek beantwortet jedoch die Frage allzu einfach. Er antwortet: die Faschisten. Ich dagegen frage weiter: Herrschen die Faschisten allein oder gibt es in Deutschland Mitherrscher, und wer sind diese? Darauf antworte ich: Die Sozialdemokratie herrscht mit.

(Brandler: Sehr richtig!)

So so, Sie finden das sehr richtig? Dann wollen wir aber auch sofort die Konsequenzen daraus ziehen.

Seit 1918 herrscht in Deutschland ein Block. So einfach liegen die Dinge nicht, daß man rundweg von einer Herrschaft des Faschismus reden kann. Die bürgerliche Revolution ist bekanntlich gegen den Willen der Sozialdemokratie ausgebrochen. Die Sozialdemokratie war bis zuletzt für die Aufrechterhaltung der Monarchie. Die bürgerliche Revolution in Deutschland brach trotz der Sozialdemokratie aus, ja g e g e n ihren ausdrücklichen Willen. Ich verweise Sie zum Beispiel auf das Buch Scheidemanns, in dem er erzählt, daß er, als er vom Ausbruch der Revolution Kunde erhielt, zu schwitzen begann, daß ihm der Kragen weich ward. Ich hätte übrigens Scheidemann für zu klug gehalten, um so etwas auszuplaudern. Es ist somit Tatsache: die Sozialdemokratie war gegen die bürgerliche Revolution. Die bürgerliche Revolution kam aber doch. Deutschland nannte sich eine sozialistische Republik. Jetzt will man das Wort „Novemberrepublik" einbürgern. Das ist eine nichtssagende Bezeichnung. Wir sind Marxisten und sollten uns als solche der alten Terminologie des Marxismus bedienen, besonders dann, wenn es sich um wissenschaftliche Definitionen handelt.

Was hatten wir die ganze Zeit seit dem Umsturz in Deutschland? Eine bürgerliche Demokratie.

(Radek: Sehr richtig!)

Sie unterscheidet sich sowohl von der französischen wie der amerikanischen und schweizerischen, ihr Inhalt jedoch ist derselbe. Während fünf Jahren Herrschaft dieser bürgerlichen Demokratie hat die Sozialdemokratie alles getan, um die ganze Macht, zum mindesten den größten Teil, Schritt für Schritt an die Bourgeoisie abzutreten. Seit der Revolution regierte in Deutschland ein Block. In letzter Zeit hat sich lediglich das Kräfteverhältnis innerhalb des Blockes etwas verschoben. Ich sage, Genossen, bewußt e t w a s. Sie erwidern, jetzt sei die Lage eine total verschiedene, man verbiete ja doch die Kommunistische Partei. Sie haben ein kurzes Gedächtnis, Genossen. Hatte denn Noske die Kommunistische Partei nicht auch verboten? Und ist Severing nicht Minister? Severing aber ist ein Sozialdemokrat. Die Sozialdemokratie regiert also mit.

Somit sehen wir auch heute noch einen Block am Staatsruder. Auch ist Ebert Präsident, mag das auch nebensächlich sein. Wir wissen, daß Tausende, ja Zehntausende von Sozialdemokraten, selbst sozialdemokratische Arbeiter, Staatsposten haben, staatliche Funktionen ausüben. Sie sitzen im Apparat, haben somit etwas zu verteidigen. Genau gesagt, herrscht also in Deutschland nicht bloß der Faschismus, sondern Faschismus plus Sozialdemokratie. Damit fällt auch die schöne Formel vom Siege des Faschismus über die Novemberrepublik. Nichts ist an dieser Behauptung richtig. Nimmt man sie unter die Lupe, so zerrinnt sie in nichts. Erstens ist, wie schon gesagt, die Bezeichnung „Novemberrepublik" falsch, weil sie an Stelle einer Charakteristik des Wesens dieser Republik die Betonung äußerer Merkmale setzt. Als Marxist kann man nur von einer bürgerlichen Demokratie sprechen. Ein prinzipiell anderes Herrschaftssystem ist nicht vorhanden. Es ist ein dem französischen analoges System. Oder glauben Sie etwa, in Frankreich herrschten nicht ebenso die Generale?

Ferner heißt es, es sei die Republik besiegt, nicht aber die Arbeiterklasse. Das ist nun entweder eine literarische Floskel oder aber Opportunismus à la Leipzig. Wäre es bloß eine literarische Floskel, so wäre das noch nicht allzuschlimm. Warum ist eine solche These politisch gefährlich? Weil sich daraus eine unrichtige Einschätzung der Sozialdemokratie ergibt, die neue Entgleisungen herbeiführen kann. Wäre es richtig, daß die Sozialdemokratie jetzt besiegt sei, so würde daraus gerade die Notwendigkeit einer Annäherung an die Sozialdemokratie folgen. (Zwischenruf.)

Genosse Pjatakow fragt sehr naiv: Warum gebrauchen wir diese Formel? Weil diese Formel unseren jetzigen Verzicht auf Teillosungen und Teilkämpfe motiviert. Aber, Genossen, hier ist doch alles auf den Kopf gestellt. Um sich einen bequemen Grund zum Verzicht auf Teilforderungen zu verschaffen, konstruiert man eine ganz falsche Formel. Wenn es richtig ist, daß die Sozialdemokratie besiegt ist, dann folgt daraus die Notwendigkeit einer Annäherung an die Sozialdemokratie. Das lehrte uns bereits Marx im Kommunistischen Manifest, in dem es heißt, daß, so Reaktion und schwankendes Kleinbürgertum einander gegenüberstehen, man mit dem letzteren gehen müsse. In Deutschland ist dagegen die Lage eine tatsächlich ganz andere. In Deutschland herrscht die Reaktion samt der Sozialdemokratie. Beide müssen daher bekämpft werden. Aus ihrer falschen Terminologie ergibt sich aber eine ganz andere Einstellung. Vor mir liegt eine schriftliche Erklärung der Genossen Radek und Pjatakow vom 18. November. Da lesen wir: „Wir setzen der Forderung der Linken nach einer unverzüglichen Generalschlacht, das heißt einer Generalniederlage, eine Politik der Generalmobilmachung der Partei und des Proletariats in Form einer Reihe von Gefechten entgegen, aus denen der Endsieg hervorwachsen müsse. Zu einer solchen revolutionären Politik brauchen wir die Anerkennung der Tatsache des Sieges des Faschismus, denn lediglich diese Tatsache gibt den Grund ab für die Änderung unserer Taktik." Nun, Genossen, das ist ganz falsch.

(Maslow: Sehr bequem.)

Auch nicht bequem, sondern falsch. Es ist erneut entweder eine Entgleisung oder Opportunismus, denn man erwartet hier von dem berühmten Sieg des Faschismus wieder einmal alles, ohne sich als Marxist vor allem zu fragen: Wer ist an der Macht? Welchen Kräfteblock sehen wir vor uns? Welches ist die Rolle der Sozialdemokratie?

Man stellt die Sache plötzlich so dar, als wäre jetzt in der Sozialdemokratie ein völliger Umschwung eingetreten, in derselben Sozialdemokratie, die seit 1920 immerfort denselben Eiertanz aufführt. Diese Leute sind sehr elastisch. Ich meine das nicht im Sinne persönlicher Qualifikation, sondern im Sinne ihrer Klassenideologie. Sie repräsentieren eben das Kleinbürgertum, dessen Wesen gerade darin besteht, daß es dauernd hin- und herschwankt. So eine Umstellung der Sozialdemokratie mag noch dutzendemal geschehen, objektiv bleibt doch ein Block der Sozialdemokratie mit dem Faschismus bestehen.

Dies ist die Situation. Wir müssen für Deutschland eine prononciertere Taktik fordern, weil eben die Sozialdemokratie — das liegt heute bereits offen zutage — ein faschistischer Flügel der Arbeiterbewegung geworden ist. Die deutsche Sozialdemokratie ist eine faschistische Sozialdemokratie. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich die Notwendigkeit einer Modifikation unserer Taktik.

(Walcher: Das haben wir ja gesagt.)

Nein, das haben Sie nicht gesagt. Sie schimpften wohl auf die Sozialdemokraten, aber die Arbeiterschaft marxistisch über das Wesen der Sozialdemokratie aufklären, verstehen Sie nicht. Schimpfen ist doch sehr leicht. „Handlanger der Bourgeoisie" und dergleichen mehr ist leicht gesagt. Die Hauptsache ist aber gerade, zu erkennen, daß die Sozialdemokratie gar nicht besiegt, sondern zu einem Bestandteil des Faschismus geworden ist, wie sich ja auch die ganze internationale Sozialdemokratie in dieser Richtung entwickelt. Was sind denn Pilsudski und Konsorten anderes als faschistische Sozialdemokraten? Waren sie aber das auch schon vor zehn Jahren? Nein. Potentiell in nuce waren sie es selbstverständlich schon damals. Daß sie ihren wahren Charakter aber jetzt so deutlich offenbaren, kommt daher, daß wir in einer Epoche der Revolution leben, die sie zu Faschisten macht. Was stellt die italienische Sozialdemokratie dar? Einen Flügel des Faschismus. Turati ist ein faschistischer Sozialdemokrat. Durfte man das vor fünf Jahren behaupten? Nein. Ich erinnere Sie bloß an jene Gruppe sozialdemokratischer Akademiker, die ganz allmählich zu einem Machtfaktor der Bourgeoisie heranreiften. Die italienische Sozialdemokratie ist jetzt eine faschistische Sozialdemokratie. Ein anderes Beispiel: die Weitherzigen Bulgariens, Janko Sakasow. Auch sie waren seit jeher Opportunisten. Konnte man aber vor etwa zehn Jahren erklären, sie seien faschistische Sozialdemokraten? Nein, das wäre damals eine

Dummheit gewesen. Jetzt dagegen entspricht es der Wirklichkeit. Beweis? Nun, Sakasow ist ein Mitglied der Regierung Zankow. Sakasow aber behauptet, er gehöre zur II. Internationale, sei Sozialdemokrat. Man muß doch das Wesen der Dinge verstehen, wenn man die Sozialdemokraten nicht bloß beschimpfen will. Macdonald, der Vorsitzende der II. Internationale, gelangt zur Macht. Die englische Bourgeoisie bittet ihn, die Regierung zu übernehmen. Darin liegt gewiß ein Beweis der Schwäche der Bourgeoisie, also gleichzeitig ein Beweis dessen, daß die Bedeutung der Arbeiterschaft gewachsen, daß das Proletariat zu einem Machtfaktor geworden ist. Aber es beweist nicht minder, daß die Sozialdemokratie der Bourgeoisie salonfähig erscheint. Darum kann die englische Bourgeoisie dem Präsidenten der II. Internationale nun das Ruder des Staatsschiffes in die Hand geben.

Man mag Macdonald einen Verräter und Handlanger der Bourgeoisie schimpfen, soll aber dabei stets die Epoche im Auge behalten, in der wir leben. Die internationale Sozialdemokratie stellt heute einen Flügel des Faschismus dar. Das muß den deutschen Arbeitern klar gemacht werden.

Das ist eine der Ihrigen diametral entgegengesetzte Auffassung, die in der Politik sowohl als in der Agitation die Dinge ganz anders beleuchtet. Die These: Sieg des Faschismus über die „Novemberrepublik", aber kein Sieg über die Arbeiterklasse — ich wiederhole — ist entweder Unsinn oder Opportunismus. Darüber hilft Ihnen kein Schimpfen auf die Sozialdemokraten hinweg. Darum sind die Mehrheitsthesen des Zentralausschusses absolut falsch. Sie stellen einen ersten Versuch dar, sich zu orientieren. Wir wären jedoch reine Formalisten, wenn wir nun etwa erklären würden, man müsse die Zentrale wegen der Annahme einer solchen falschen Resolution strangulieren. Es war eben ein mißlungener erster Versuch, sich in einer neuen Situation zu orientieren.

Wir müssen dieser Formulierung eine andere entgegensetzen. Die Mehrheitsthesen gleichen vielmehr einem Radekschen Artikel, als einer Parteiresolution. Ich schrieb gegen die Mehrheitsthesen einen Artikel über Koltschak, der mir die Verhältnisse viel richtiger zu beleuchten scheint als der Artikel Radeks, den Sie zum Beschluß erhoben haben.

(Scholem: Wir haben Ihren Artikel verbreitet.)

Ich danke Ihnen. Walcher bemerkt, das gerade charakterisiere meinen Artikel. Ich fürchte das absolut nicht. Die linken Genossen sind ein Teil unserer Internationale.

(Maslow: Und kein schlechter.)

Und nicht der schlechteste. Sie begehen Fehler, sie übertreiben, haben aber im Wesen der Sache recht. Ich schäme mich also der Verbreitung meines Artikels durch die Berliner Arbeiter nicht im geringsten.

Was tat dagegen die Rechte? Sie hat meinem Artikel eine Anmerkung angehängt, daß ein neuer Artikel Radeks folge. Also befürchtete man, daß gewisse Elemente der Partei uns doch verstehen würden.

Es ist natürlich Ihr Recht, gegen unsere Auffassung zu opponieren, aber dann haben Sie kein Recht, die Existenz einer Rechten zu negieren. Die Rechte ist diejenige Richtung der Partei, die diese Anmerkung veröffentlichte und verbreitete. Die Rechte ist eine Minderheit und wird, nachdem einmal die Internationale gesprochen haben wird, wahrscheinlich bis auf einen kleinen Rest zusammenschrumpfen. Und selbst dieser letzte kleine Rest wird sich fügen. Wir sind fest überzeugt, daß wir doch zusammengehören. Wir dürfen uns nur dem Bestehen einer solchen Tendenz nicht verschließen. Wenn Sie die Leipziger Beschlüsse, das Geschrei über das Pseudonym, die Mehrheitsresolution des Zentralausschusses, die Durchführung unserer Beschlüsse in Sachsen, endlich die redaktionelle Anmerkung, betreffend das Erscheinen eines Radekschen Artikels — wenn Sie sich das alles vor Augen halten, so genügt das jedem Politiker vollauf, um feststellen zu können: hier liegt ein bestimmtes System, eine Tendenz vor.

(Radek: System allerdings. Ob aber ein unrichtiges?)

Dieses System ist menschewistisch.

Was bedeutet Menschewismus? Oft hört man sagen, Radek sei ein Menschewik. Natürlich ist er es nicht. Er ist selbstverständlich ein Kommunist. Aber er begeht manchmal Fehler menschewistischer Art. Wäre er ein Menschewik und ich ein Bolschewik, so hätten wir uns sicher ganz anders bekämpft.

Radek sagt, ich hätte wohl recht, wenn die Dinge in Deutschland wirklich so lägen wie seinerzeit in Rußland. Nun, Genossen, Sie sind als Ausländer nicht verpflichtet, alle unsere Politiker zu kennen. Aber Radek sollte sie allerdings kennen. Auch bei uns gab es doch einmal einen Purischkewitsch, der ein russischer Hitler war. Es gab bei uns seinerzeit eine starke, stockreaktionäre Bewegung, die wir „Schwarze Hundert" nannten. Sie stellte im Grunde genommen einen russischen Faschismus dar, der sich geschickt sozialer Demagogie bediente. Die „Schwarze Hundert"-Bewegung ist von den Monarchisten ausgegangen und war eine Stütze der Monarchie. Sie hatte ihre Abteilungen fast in jedem Dorfe, jeder Stadt. All die kleinen Leute, die Hauswächter, Dienstboten usw., gingen mit ihnen. Diese Bewegung nützte für ihre Zwecke teilweise auch religiöse Gegensätze aus. In gewissem Sinne war es eine Volksbewegung, und zwar eine Volksbewegung, die sich unter dem Deckmantel demagogischer Judenhetze breiter Schichten zu bemächtigen verstand. Es war eine große Bewegung, die nicht nur die Grundbesitzer, nicht nur den Adel, sondern auch tausende kleinbürgerlicher Elemente mit sich riß und weit eher eine Massenpartei darstellte als die Miljukow-Partei. Also, wenn Sie schon Vergleiche mit Deutschland ziehen wollen, dürfen Sie auch diese Richtung nicht übersehen. Und das haben Sie übersehen.

(Radek: Bezüglich des Kleinbürgertums stehe ich vollkommen auf dem Boden dessen, was Sinowjew gesagt hat.)

Radek hatte durchaus recht, als er die Bedeutung des Kleinbürgertums unterstrich. Wir müssen dem Kleinbürgertum beispringen. Darin sind wir Radek gefolgt. Das bleibt auch weiterhin eine unserer wichtigsten Aufgaben. Ihre Versammlungen zur agitatorischen Bearbeitung dieser kleinbürgerlichen Schichten waren ein taktisch richtiges Mittel, das beweist, daß Sie wirklich Verbindung mit Volksmassen suchten. Diese Aufgabe bleibt bestehen. Wir müssen die kleinbürgerlichen Teile gewinnen. Ich habe niemals gehört, daß die Linke dagegen sei. Wenn man dagegen, wie es in der Resolution des Zentralausschusses geschieht, Unterschiede zwischen Wittelsbachern und Hohenzollern konstruieren will, so nennen wir das einen Opportunismus. Auf derlei Dinge die Politik der Arbeiterklasse aufbauen, Differenzen solcher Art als wesentliche Faktoren der Revolution hervorheben, heißt in einen groben Fehler verfallen.

Worüber stritten sich seinerzeit Lenin und Martow? Keineswegs etwa darüber, daß man Nuancierungen im gegnerischen Lager nicht ausnützen solle. Der Streit drehte sich vielmehr darum, daß Martow vor lauter Suchen nach Nuancen die Hauptsache vergaß, nämlich die Dreiteilung des Volkes in Bourgeoisie, Kleinbürgertum und Proletariat. Er war eben Menschewik. Sein Beispiel sollte abschrecken.

Ein weiterer Punkt Radeks. Radek sagt: entweder sind wir eine kommunistische Agitationspartei oder eine Partei des Kampfes, entweder eine agitatorische Sekte oder eine Massenpartei. Das ist eine falsche Einstellung. Ich behaupte nicht, daß Radek heute auf dem Boden Levis stehe, und doch ist es im allgemeinen derselbe Fehler, derselbe Ausgangspunkt, den Levi hatte. Der Streit dreht sich ja gerade darum, wie wir eine gute Kampfpartei mit guter Agitation werden, also auch darum, ob wir eine kommunistische oder eine zentristische Agitation brauchen. Man komme uns doch nicht immer wieder mit dem Sektengespenst! Wir kennen das schon übergenug. Wir sind in Rußland keine Sekte, sondern eine Massenpartei geworden. Was unseren Parteien dagegen fehlt, ist gerade eine wirklich kommunistische Agitation. Das gilt für die englische Partei wie für die französische, die tschechische wie die deutsche. Sie alle verstehen es noch nicht, eine kommunistische, die Massen aufrüttelnde Volksagitation zu treiben. Sie fühlen sich noch nicht als Volkstribunen. Warum ging uns das Auftreten solcher unserer Genossen, wie zum Beispiel Heckert, der es nicht verstanden hat, sich in Sachsen als Volkstribun zu fühlen, so nahe? Weil wir ihn als einen aufrichtigen Kommunisten schätzen, von dem wir wissen, daß er aufrichtig zur Kommunistischen Internationale steht und mit ihr sterben wird.

(Walcher: Haben Sie eine seiner Reden gelesen?)

Alles, was zu lesen war, habe ich gelesen, nicht weniger als Walcher. Wir haben uns unser Urteil nicht leichtsinnig gebildet. Wir haben Dutzende von Berichten gelesen.

(Walcher: Alle haben gesagt, es sei eine gute, kommunistische Rede gewesen.)

Für normale Zeiten mag das vielleicht auch eine gute Rede gewesen sein. Aber Heckert hat sich nicht als ein Führer gefühlt, den die revolutionäre Welle auf die Schultern der arbeitenden Massen gehoben hat. Das hat er nicht. So etwas kann man aber auch nicht, wenn man den Standpunkt vertritt, man sei dem Landtag verantwortlich und stünde auf dem Boden der Verfassung.

(Zwischenruf: Die Welle fehlte.)

Nein, sie war sehr wohl da, wenn im gegebenen Augenblick auch nicht gerade in Leipzig, so war sie im Oktober doch sichtbar im ganzen Reiche vorhanden. Remmele erzählte uns, wie die Massen die Nacht über auf der Straße verblieben, wie gehoben die Stimmung bei den Frauen war. Genossen, solche Erscheinungen sind uns das Wesentlichste und viel wichtiger als Bände fabrizierter Thesen. Dieses Gefühl für die Regungen der Masse muß man vor allem haben. Das Bild, das hier Remmele entwarf, die Stimmungen der Masse, wie sie die Genossen König und Thälmann widerspiegelten, sind zur Beurteilung dessen, was in Deutschland vor sich ging, von allergrößter Bedeutung. Sah man diese Stimmung am 25. Oktober in Leipzig nicht, so sah man sie dafür im übrigen Deutschland. Waren Sie das Sprachrohr dieser Stimmung?

(Zwischenruf: Das war spontan!)

Schön, die Massen handeln spontan, aber Heckert, ein Mitglied der Zentrale, handelt doch nicht spontan. Ist er ein Führer, so muß er doch fühlen, was in der Masse vorgeht. Gerade das, was Thälmann, Remmele, König widerspiegeln, vermißt man an seinen Reden, und gerade das ist für uns das Erschreckende an der Sache, weil es ein böses Symptom ist. Wir treten hier vor ihnen doch nicht als Shylocks auf, die von der Frage nicht ablassen: warum habt Ihr Euch in zehn Tagen keine Waffen verschafft? Das begreifen wir. Man konnte es eben nicht, und mußte das bald einsehen. Unsere Beschuldigung lautet aber auch gar nicht dahin. Was dagegen hinderte Sie, zum leidenschaftlichen Sprachrohr des Volkes zu werden? Das gerade verstehen wir nicht, und das gerade ist symptomatisch.

Wir sind der Ansicht, daß der Rückzug zur Zeit der Chemnitzer Konferenz unvermeidlich war. Es lohnt sich nicht, jetzt noch über diesen Punkt zu streiten. Er war in der gegebenen Lage wahrscheinlich unvermeidlich. Daß es aber in der sächsischen Geschichte so weit gekommen ist, ist ein Beweis dafür, daß in der Partei gewisse rechte Tendenzen bestehen, die in der Partei bisher keine genügend organisierte Opposition gefunden haben. Wir haben uns diesen Tendenzen bisher nicht genügend entschieden widersetzt und werden ihnen gegenüber jetzt stärker opponieren.

Nun zur inneren Lage der Partei. Offen gesagt, Genossen, brauchen wir in der Parteizentrale zehn solcher Genossen wie Remmele und Thälmann. Das wäre eine Zentrale! Eine solche Zentrale hätte die übrigen politischen und organisatorischen Kräfte heranzuziehen, um sich entsprechender Hilfe zu versichern. Diese Genossen stellen das Beste und Kostbarste dar, was die deutsche Partei besitzt. Ich trage Ihnen hier keine Theorie der schwieligen Faust vor. Ich behaupte lediglich, daß das das wertvollste Material ist, über das wir verfügen. Unser größter Vorwurf gegen die Zentrale besteht eben darin, daß sie es nicht versteht, dieses — wenn man so sagen darf — Gold der Arbeiterklasse zu heben. Statt sich über Thesen zu streiten oder jeden Artikel Radeks sofort zum Beschluß zu erheben, sollte sie vielmehr lernen, solchen Vertretern der Arbeiterschaft aufmerksames Gehör zu schenken. Das verstehen Sie noch nicht. Das soll keinesfalls besagen, daß wir ohne Intelligenz auskommen können. Eine solche Behauptung wäre reine Demagogie. Wir brauchen auch die Intelligenz. Aber man muß erst einmal eine feste Grundlage haben.

Was soll nun geschehen? Eine Umstellung der Führung? Aber was für eine? Eine solche, bei der die gegenwärtige Mehrheit der Zentrale mit der Linken die Partei regiert, gestützt auf die Unterstützung der Kommunistischen Internationale. Dies ist der Rat, den wir Ihnen geben.

Wir glauben, Genossen, daß wir im allgemeinen bisher richtig gehandelt haben. Sie sagen uns immer wieder — wir wollen doch heute ganz offen sprechen — Maslow und Fischer seien schlecht, Thälmann dagegen gut. Aber, Genossen, wir kennen das. Solche Manöver gelingen sehr selten. Gerade die Arbeiter, die ich nicht weniger als Sie kenne, reagieren am heftigsten gegen solche Versuche, zwischen die Führer einen Keil zu treiben. Wohl gibt es Nuancen zwischen Thälmann und Maslow, Nuancen politischer wie auch persönlicher Art. Das ist selbstverständlich. Thälmann entstammt dem Kerntrupp der Arbeiterklasse, Maslow der Intelligenz.

(Walcher: Thälmann hat versucht, in der Zentrale sein Bestes zu geben.

Pieck: Er hat versucht, mitzuarbeiten.)

Wenn Sie, Genossen, aber glauben, daß Sie hier einfach einen Teil der Linken gegen den anderen ausspielen und innerhalb dieser eine Trennung der Führer vornehmen können, so wird das niemandem gelingen. Beide, Maslow wie Fischer, haben auch Schwächen. Da muß man aber etwas Geduld zeigen.

(Pieck: Bis die Partei zersetzt ist.)

Die Partei ist nicht zersetzt und wird nicht zersetzt werden! Radek erzählt in Moskauer Studentenversammlungen, die jetzt diskutieren, die Exekutive und speziell ich hätten die deutsche Partei verdorben, sie zerrissen usw. Ich fürchte derlei Beschuldigungen nicht. Das wäre mir eine schöne deutsche Partei, die sich von Moskau aus von mir verderben ließe!

(Radek: Ich habe das auch gar nicht behauptet, sondern gesagt, Sie hätten die Zentrale zerschlagen.)

Eine schöne Zentrale, die sich zerschlagen läßt! Ich habe niemals die Zentrale zerschlagen. Es steht fest, daß, nachdem Radeks Einfluß auf die Zentrale aufgehört hat, die Mehrheit der Zentrale eine annähernd richtige eigene Linie gefunden hat. Wieso habe ich sie denn dann zerschlagen? Ich konstatiere, daß ich weder an Remmele noch an Koenen auch nur ein Wort geschrieben habe, wozu ich vollauf berechtigt gewesen wäre. Es ist somit Tatsache, daß die von Moskau aus „zerschlagene" Zentrale bereits ohne unser Zutun ungefähr die richtige Linie gefunden hatte. Was fehlt dieser Mehrheit der Zentrale noch? Unter uns als Freunden gesagt: Die Entschiedenheit, der Wille zur Macht in der Partei, den man, sofern man eine Partei regieren will, haben muß. Man muß der Auffassung sein: ich habe recht, werde meine Partei führen, werde sie überzeugen. Die Mehrheit dagegen ist noch ein bißchen blutarm. Sie laboriert noch an Formeln, die möglichst auch Jakob Walcher befriedigen sollen. Wir haben Walcher selbstverständlich sehr gern, werden mit ihm auch zusammengehen. Doch die revolutionäre Politik der Partei liegt uns noch mehr am Herzen als Walcher. Wir wünschten, Walcher verstünde, daß verklausulierte Formeln mit „einerseits — andererseits" nicht mehr am Platze sind. Die Zeit ist vorbei.

Im allgemeinen marschieren wir mit der Mehrheit der Zentrale. Jetzt muß ein anderes Verhältnis zur Linken geschaffen werden, als es Radek und Brandler geschaffen haben.

(Zwischenruf: Radek war dafür, daß Ruth und Thälmann in den Kopf kamen.)

Ich gebe zu, daß während der Oktoberbesprechungen Radek mit mir und Bucharin gegen Trotzki war, der die Absägung Ruth Fischers u. a. forderte. Trotzdem war seine allgemeine Einstellung der Linken gegenüber in der letzten Zeit falsch. Er hat sich hierbei ein bißchen von seinem Temperament leiten lassen, mehr noch durch seine falsche Grundeinstellung. In der Partei herrscht der Bürgerkrieg. Sie sagen, Mehrheit. Schön, Mehrheit. Sie sagen, Hamburg sei nicht dasselbe wie Ruhr. Wir dagegen glauben, es ist dasselbe.

(Radek: Ich glaube das auch.)

Das Ruhrgebiet aber gehört zum politischen Bild.

(Zwischenruf: Die Linke ist nur ein Viertel der Partei.)

Meinetwegen nur ein Viertel. Aber man kann ohne dieses Viertel die Partei nicht führen. Die Leute in Berlin, die dortigen Funktionäre usw., seien schlecht — sagen Sie. Genossen, ich stehe an der Spitze der Petersburger Organisation und weiß zur Genüge, was das heißt, 25.000 bis 35.000 Arbeiter zu führen. Man kann solche Massen nicht mechanisch führen, kann sich den Arbeitern nicht einfach aufzwingen. Mag Maslow nun ein Satan sein, Ruth Fischer ein Hexenmeister, so bleiben doch immer noch 2000 Arbeiter, die Funktionäre sind. Ich bin nun schon zwanzig Jahre mit den Petersburger Arbeitern verbunden, und dennoch zwingen könnte ich sie zu nichts. Glauben Sie etwa, die Arbeiter tun alles nur unserer schönen Augen wegen? Das Verhalten der Berliner Arbeiter ist kein Zufall. Man muß es verstehen, sich damit abzufinden. Sie sind ja im Besitze des zentralen Apparats und der Zeitungen und haben bisher weit mehr die Unterstützung der KI. genossen. Warum haben Sie denn Berlin und Hamburg nicht gewonnen? Weil — erwidert man, Sinowjew die Linke begönnert habe. Das ist alles, was man darauf zu sagen hat. Übrigens überschätzen Sie die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte.

(Radek: Sehr richtig.

Pieck: Sie setzen in Deutschland doch immer auf Personen.)

Durchaus nicht. Sie spielen wohl auf unsere Politik im Oktober an. Nun, wir glaubten allerdings, Brandler verkörpere unsere Politik am besten. Wir waren allgemein der Ansicht, Brandler würde sie durchführen. Auch jetzt noch glauben wir, daß Brandler viel Gutes machen wird. Wir wissen nur zu gut, daß man erst ein reichliches Dutzend Niederlagen erleiden muß, bevor man einen Sieg erringt. So ist nun einmal der Lauf der

Welt. Wir erklären freimütig: Du hast große Fehler gemacht, an denen wir mitschuldig waren, denn auch wir haben Fehler gemacht.

(Brandler: Ich habe wohl Fehler gemacht, aber andere als Sie meinen.)

Ich erinnere Sie daran, daß Sie gestern gesagt haben, die Masse fasse die Einheitsfronttaktik als evolutionistische Taktik auf.

(Brandler: Gibt es eine Taktik ohne Gefahren und Entgleisungen?)

Genosse Brandler! Der Führer ist für seine Taten verantwortlich. Wenn man sich nach zwei Jahren veranlaßt sieht, festzustellen, die Masse befände sich in einer solchen Stimmung, so ist mir das Beweis dafür, daß in der Durchführung der Taktik etwas faul war.

Der einzige Schluß ist: Wir müssen eine Umstellung in der Führung haben. Das bedeutet keineswegs die Einleitung etwa eines Kreuzzuges gegen die sogenannten Rechten. Von einem KAG.-Geist zu sprechen, ist übertrieben. Ich sagte schon: Übertreibung ist Ruth Fischers größter Feind.

Die KAG.-Krise sollte uns übrigens zu denken geben. Als wir in allen Ihren Briefen lasen, wie Sie damals wochenlang darüber diskutierten, ob man die Partei preisgeben soll oder nicht, fragten wir uns: Wie kann man darüber überhaupt diskutieren? Auch Radek hatte damals das Gefühl der Unzulässigkeit einer solchen Diskussion.

(Radek: Bis heute.)

Radek ist Zeuge, daß damals rechte Tendenzen in der Partei vorhanden waren. Nun fragen Sie: Wo sind die rechten Tendenzen? Wer ist damit gemeint: Brandler, Pieck? Aber, Genossen, wozu brauchen wir Namen? Die Tendenzen sind vorhanden, das genügt uns.

(Pieck: Das liegt an der Entwicklung der Partei.)

Ich spreche nicht von der Partei, sondern von der Zentrale. In der KAG.-Krise hat sich die Partei viel besser gehalten als die Zentrale. Letztere beriet, ob sie die Partei aufgeben soll. Wir sind der Ansicht, daß in der Partei noch stark sozialdemokratische Überlieferungen wirksam sind, übrigens nicht nur in der deutschen Partei, sondern in der gesamten Kommunistischen Internationale, die doch der II. Internationale entsprungen ist. Vor einigen Jahren sagte ich Lenin einmal: Wenn ich mir die Kommunistische Internationale so, wie sie faktisch ist, vor Augen halte, bin ich nicht sicher, ob wir sie ohne Krise zu einer wirklichen kommunistischen Internationale werden gestalten können. Es sind bei uns noch recht starke Überreste der Sozialdemokratie vorhanden. Wir müssen diese Schwäche sehen.

Die jetzige Diskussion hat gezeigt, daß in der KPD. noch Überreste der Sozialdemokratie existieren.

(Radek: Sehr richtig.)

Aber sie sind nicht auf unserer Seite, sondern auf Ihrer. Das kann nicht so weitergehen. Wir alle lieben die Kommunistische Partei Deutschlands. Ich kann es Pieck und Walcher sehr wohl nachfühlen, wenn sie sich gegen die Behauptung, ihre Partei enthalte noch sozialdemokratische Tendenzen, aufbäumen. Dennoch: die Schwächen nicht zu sehen, wäre Verbrechen. Niemals hatten wir Russen das Gefühl, daß Sie eine sozialdemokratische Partei seien. Trotz der Schwächen Ihrer Partei bleiben Sie doch einer der besten Sektionen der KI.

Noch etwas möchte ich erwähnen. Einzelne der jüngeren Elemente Ihrer Partei, zum Beispiel Maslow, haben den Vorzug, daß sie sich nicht durch eine sozialdemokratische Tradition gehemmt fühlen. Das hat andererseits aber auch den Nachteil, daß sie mit der Arbeiterklasse weniger stark verwachsen sind. Maslow persönlich kennt die Arbeiterschaft allerdings gut. Das bildet, wie gesagt, ein Minus, dem jedoch das Plus gegenübersteht, daß sie mit keiner sozialdemokratischen Erbschaft belastet sind.

Wir müssen uns heute der schweren Lage der Partei bewußt sein. Der Fraktionsgeist muß verschwinden. Um den Sieg zu gewährleisten, bedarf es einer einheitlichen Führung. Ohne eine solche ist ein Sieg unmöglich. Man muß die Dinge sehen, wie sie sind. Will man im Ernst für die Revolution kämpfen und die Partei wirklich wieder auf die Beine bringen, so muß man mit dem Geiste der Passivität, dem Fraktionsgeist und ähnlichen Dingen endlich brechen.

Wir haben weiter eine Reihe von Fragen zu prüfen, vor allem die Gewerkschaftsfrage und die Organisationsfrage, und eine objektive Entscheidung zu fällen. Wir werden auch wahrscheinlich die Abhaltung eines Parteitages beschließen müssen. Ich erkläre Ihnen nun ganz offen: Wir, die Exekutive sowohl wie die russische Partei, können für eine neue Kombination von oben heute keine Verantwortung mehr übernehmen. Dazu ist die momentane Lage zu verwickelt. Die Partei muß jetzt ihr wahres Gesicht zeigen und selbst entscheiden, welche Führung sie haben soll. Die Kommunistische Internationale kann, wenn nötig, später intervenieren, zunächst muß jedoch die Partei selbst sprechen. Wann das geschehen soll, darüber müssen wir unter Berücksichtigung der Interessen der gesamten Partei entscheiden.

(Pieck: Mit Fraktionskämpfen?)

Wir sind dafür, daß es ohne fraktionelle Kämpfe geschieht. Auch sind wir der Meinung, daß die politische Vorbereitung des Parteitages bereits jetzt in Moskau beginnt.

Mir scheint, daß eine politische Plattform, die ein gewisses Zusammenarbeiten der gegenwärtigen Mehrheit der Zentrale mit der Linken vorsieht, 99% der KPD. hinter sich haben wird.

(Pieck: Sie haben die Mehrheitsmassen der Partei noch nicht gehört.)

Sie vertreten sie ja. Ich gebe zu, in der Frage des Kräfteverhältnisses in der Partei kann man leicht irren.

Es gibt jetzt in der Zentrale drei Richtungen: 1. eine Mehrheit, deren von Remmele und Koenen vertretene, allerdings etwas schwach vertretene Thesen uns vorliegen, 2. eine Linke, und 3. eine Minderheit, die Sie hier ebenfalls gehört haben.

(Brandler: Wo bleiben Pieck und Walcher?

Zetkin: Und wohin reihen Sie mich ein?)

Der Fall der Genossin Zetkin ist etwas schwierig. Ich brauche natürlich kein Wort darüber zu verlieren, wie wir persönlich an ihr hängen. Sie wissen, daß sie den Brief der Exekutive unterzeichnet hat. Steht sie noch auf dem Boden dieses Briefes, so ist sie also mit uns einverstanden. Ist das nicht der Fall, nun, so kann ich bei all meiner Zuneigung für die Genossin Zetkin nichts dagegen tun. Ich hoffe jedoch, Genossin Zetkin wird sich unserer Mehrheit anschließen.

Die Zentrale hat einen Thesenentwurf angenommen, der Ihnen bekannt ist. Wir haben diesen mit der Mehrheit der Delegation durchberaten. Die Genossen haben meinen Entwurf umgearbeitet, ihn verbessert, ihm jedoch im allgemeinen seinen ursprünglichen Geist belassen. Die Arbeit dieser kleinen Kommission, der Pieck, Koenen und Remmele angehörten, hat gezeigt, daß wir auch mit Pieck in 99% der Punkte einig sind. Pieck war zur Zeit der Abstimmung über den Entwurf nicht in der Zentrale, in der eine neue Situation eingetreten war. Pieck war währenddessen hier, und unsere hiesige gemeinsame Arbeit in den letzten Tagen zeigt, daß wir uns mit ihm sehr wohl verständigen können. Aber Pieck ist nicht minder leidenschaftlich wie wir, und läßt sich daher im Kampfe mit den Berlinern zuweilen zu Schritten hinreißen, die ich nicht billigen kann.

Unsere Aufgabe besteht jetzt meines Erachtens nicht darin, hier Strategie zu treiben oder innerhalb der Partei Manöver vorzunehmen, sondern begangene Fehler offen anzuerkennen. Wenn Sie erklären, die russische Partei sei also für die Berliner, so antworte ich: nein. Die RKP. ist der Meinung, daß die neue Mehrheit der Zentrale im allgemeinen eine richtige Einstellung hat. Diese Mehrheit muß ehrliches Zusammenarbeiten mit der Linken anstreben. Der Bürgerkrieg in der Partei muß aufhören, desgleichen das Operieren mit Drohungen und der Fraktionsgeist. Das muß verschwinden, wenn es Ihnen mit der Rettung der Partei ernst ist. Auch Sie, Genossen der Linken, haben ja große Fehler gemacht, was Sie ja selbst wissen. Es heißt zuweilen, die Mehrheit vertrete den rückständigen Teil, die Linke den vorwärtsdrängenden Teil der Arbeiterschaft. Aber kann man denn die Revolution unter Vernachlässigung dieses rückständigen Teiles machen, nur mit Genossen, wie etwa Genosse Hesse? Und umgekehrt: der ungeduldige Teil? Es wird eine Zeit kommen, Genossen, in der gerade diese Ungeduld die Hauptsache sein wird. Sehen Sie sich Thälmann an. Ich will es offen sprechen: alle unsere Genossen, die ihn sprechen hören, sagen, daß sie beim Anhören Thälmanns das Gefühl überkommt, die deutsche Revolution müsse kommen. Wir müssen also beides haben, müssen beiderlei Elemente auf jener Marschroute, die wir Ihnen vorschlagen, zu einigen versuchen. Und die Minderheit, was wird sie tun? Einzelne Genossen behaupten, sie würde eine neue Fraktion gründen. Ich glaube dagegen, daß Brandler keine neue Fraktion bilden, sondern erst noch ein bißchen abwarten wird. Das wäre auch das beste, was er tun könnte. Jeder von uns weiß den Genossen Brandler persönlich zu schätzen. Er wird der Partei noch große Dienste erweisen. Man komme uns also jetzt nicht mit Dingen, wie Absägen, Abschlachten und ähnlichem mehr. Solche

Forderungen sind leichtfertig und falsch. Es braucht niemand abgeschlachtet zu werden.

Nun, Genossen, meine Rede hat sich schon zu sehr in die Länge gezogen. Ich brauche wohl nicht mehr auf die Perspektiven einzugehen. Darin sind wir uns wohl ziemlich einig. Wir wissen natürlich nicht, wie sich die Dinge weiter gestalten werden. In der Frage des Tempos haben wir uns geirrt. Wir können versuchen, uns damit etwas zu trösten, daß selbst Marx und Lenin sich im Tempo zuweilen geirrt haben. Die allgemeine Einschätzung der Perspektive bleibt jedoch richtig. Wenn einige Genossen erklären, in drei Monaten käme alles ins Rollen, so bin ich heute noch etwas skeptisch und sage noch: abwarten. Letzten Endes wird alles von der Stoßkraft unserer Partei abhängen. Was uns betrifft, so versichern wir Ihnen, daß sowohl die russische Partei wie die Kommunistische Internationale all ihr Gut und Blut einsetzen werden, um beim Zusammenprall der Kräfte den Ausgang des Kampfes möglichst sicher und schnell zu unseren Gunsten zu wenden. Die illegale Organisation muß gestärkt und die materielle Vorbereitung zum Kampf fortgeführt werden, desgleichen die nächsten Brudersektionen, wie zum Beispiel die französische Partei, auf die Unterstützung Eures Endkampfes eingestellt werden. Wir haben einen entsprechenden Brief an die französische Partei bereits abgefaßt. Genossin Zetkin wird bezeugen, daß die Perspektive in der deutschen Frage die alte geblieben ist, nämlich, die Erwartung einer neuen Revolutionswelle. Dasselbe werden wir auch den anderen Sektionen sagen. Wir müssen auf eine schnelle Entscheidung gefaßt sein. Als nüchterne Führer dürfen wir jedoch nicht außer acht lassen, daß die Gefahr einer Verlangsamung des revolutionären Entwicklungstempos besteht. Das entnehmen wir den Erfahrungen der letzten Zeit. Wir Bolschewiki vermochten zur Zeit der Revolution von 1905 erst nach anderthalb Jahren klar zu sehen, wohin die Reise ging. Lenin hat 1906 dreimal den Ausbruch des Aufstandes angekündigt, einmal für den Frühling, dann für den Spätsommer, für die Zeit nach der Einbringung der Ernte, endlich für einen noch späteren Termin. Die Menschewiki haben ihn damals ausgelacht. Daran war nichts Lächerliches. Man konnte sich im Tempo irren. Erst nach anderthalb Jahren sah man, daß es länger dauern würde. Vorläufig haben auch wir die Pflicht, kurz zu visieren, nach Maßgabe der gegenwärtigen Lage der Dinge, etwa auf den Frühling oder den Sommer, jedenfalls auf kurze Zeit.

Sind wir in diesen Hauptpunkten einig, so wird unser heißes Ringen nicht umsonst gewesen sein. Wir haben manche Illusion eingebüßt, dafür aber an Verständnis für das Reale des Lebens gewonnen.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 38. 25. März | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Offener Brief der KP. Indiens 431

Deutschland.
Der Hitler-Prozeß in München. Von Malepartus . . 432

Politik.
Die Arbeiterpartei-Regierung in England und die Kommunisten. Von Treint 434

Union der Sowjetrepubliken.
Brief aus Sowjetrußland. Von Rubiner 435

Wirtschaft.
Die Währungskrise in Frankreich. Von Louzon . . . 436

Arbeiterbewegung.
Ein Kampf um den Achtstundentag in der Tschechoslowakei. Von Heller 437
Die II. Lehrer-Internationale (RGI.) 437

Aus der Internationale.
Der Parteitag der KPÖ. Von Neurath 438
Eine Lenin-Bibliothek in Amerika 438

Deutschlandhilfe.
Der deutsche Reichskongreß der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH.). Von G. G. L. Alexander 438

Unsere Märtyrer.
Dem Andenken Leo Jogiches. Von Maslowski . . . 440

Nachrufe.
Dimiter S. Popow 440

Buchbesprechungen.
Trotzki: „Die Geburt der Roten Armee." Von Serge . 441

Offener Brief der Kommunistischen Partei Indiens.

An den Ministerpräsidenten von Großbritannien, Mr. Ramsay Macdonald, an den Staatssekretär von Indien, Lord Olivier, an die Arbeiterregierung und an die britische Arbeiterklasse.

** **Mein sehr verehrter Herr, geehrte Herren und Genossen!**

Ein Prozeß findet gegenwärtig in Indien statt, von dessen Ausgang das Recht der politischen Agitation und Koalition für wirtschaftliche Ziele von 300 Millionen Angehörigen der indischen Arbeiterklasse abhängt. Eine Anklage ist in einem indischen Gerichtshof von dem Chef des Geheimdienstes über Auftrag der indischen Regierung gegen acht Personen, mich eingeschlossen, wegen angeblicher „Geheimbündelei gegen die Souveränität des Königs" erhoben worden, daß wir gleichzeitig eine politische Agitation unter der indischen Arbeiterklasse getrieben und ein Programm für die Organisierung der indischen Arbeiterklasse zu einer eigenen politischen Partei entwickelt haben.

Sechs dieser Angeklagten, darunter auch ich, sind nicht in der Lage, vor dem indischen Gerichtshof zu erscheinen und sich zu verteidigen; vier von ihnen sind ohne eine richtige Anklage interniert und zwei dürfen den Boden des britischen Reiches nicht betreten. Diese Anschuldigungen sind ohne irgendeine Beweisführung gemacht worden, und der Prozeß soll nun zu Ende geführt werden, ohne daß der wirkliche Zweck bekanntgegeben wird.

Meine Herren von der Arbeiterregierung und Ihr, Arbeiter von Großbritannien, nicht wir acht sind in Cawnpore angeklagt. Die ganze indische Arbeiterklasse und die Idee der politischen Agitation und Organisation der Arbeiterklasse wartet gespannt auf das Urteil dieses Gerichtshofes. Die altehrwürdige Beschuldigung der „Geheimbündelei" ist gegen acht einzelne Personen erhoben worden, um das Anwachsen der Bewegung der Arbeiterklasse in Indien für das soziale, wirtschaftliche und politische Befreiung zur Illegalität zu verurteilen.

Ich ergreife nun das einzige Mittel, das mir zur Verfügung steht, um mich an Sie zu wenden, nicht nur als das Haupt der Regierung von Großbritannien, sondern auch als den anerkannten Führer der britischen Arbeiterklasse, die Sie in dieses hohe Amt zur Verteidigung ihrer Interessen und der derselben Klasse in den andern Ländern gesetzt hat. Im Namen der arbeitenden Massen Indiens will ich Ihre Aufmerksamkeit auf diesen unerhörten Versuch lenken, das verfassungsmäßige Gesetz der Agitation, Organisation und Koalition, das in jedem andern Teile des britischen Reiches und in der ganzen Welt unangefochten ist, zu durchbrechen. Es sind gar viele Versuche gemacht worden, dieses legitime Recht der politischen Propaganda und Organisation unter den Arbeitern aller Länder abzuerkennen, aber überall hat es sich gezeigt, daß ein solches Recht sich nicht trennen läßt von den Grundlagen der Verfassung und ihrer Rechte, der Preßfreiheit, Redefreiheit und Koalitionsfreiheit, die jede demokratische Verfassung begründen. Ohne ein solches Recht der Arbeiterklasse, sich zu ihrer eigenen Verteidigung politisch zu organisieren, würden Sie, meine hochgeehrten Herren, heute nicht dort

sitzen. Die Chartistenkämpfe wurden zu ihrer Zeit als „aufrührerische Geheimbündelei" gebrandmarkt. Aber Sie ernten heute die Früchte des Sieges der Chartisten.

Ein solcher Kampf, sowohl politischer wie auch wirtschaftlicher und sozialer Natur, wird gegenwärtig in Indien ausgefochten. Die Bewegung ist tiefgreifend und revolutionär im eigentlichsten Sinne des Wortes, denn die ganze Lage des Volkes ist dazu angetan, von Grund auf geändert zu werden. Man kann diese große Revolution nicht etwa, auch wenn man es wollte, auf die oberen oder die mittleren Klassen beschränken — sie hat bereits die weiten Massen der arbeitenden Bevölkerung erfaßt. Streik und Aussperrung der 150.000 Textilarbeiter in Bombay, die Verwendung von Bomben und Maschinengewehren des britischen Imperialismus zur Verteidigung der Interssen des indischen Imperialismus zur Verteidigung der Interessen des indigung, die sich auf die Nöte und Bestrebungen der Menschen gründet, als eine „Geheimbündelei" zu nennen, heißt der Wahrheit ins Gesicht spucken. Anklage und Verurteilung einiger Dutzend, ja Hunderter Einzelner mag das ständige Anwachsen dieser Bewegung der indischen Arbeiterklasse, sich von der unerträglichsten und rücksichtslosesten Ausbeutung, die jemals eine Arbeiterklasse zu erdulden hatte, verzögern, sie wird sie nicht verhindern. Dutzende junger Menschen sind verhaftet und eingekerkert worden. Andere wieder sind ohne Untersuchung interniert worden, bloß wegen des Verbrechens, der indischen Arbeiterklasse Ziel und Weg gezeigt zu haben. Ein neuer Ausdruck wurde in Indien erfunden, der sich im Strafgesetz gar nicht findet, um diese Menschen ihrer Freiheit zu berauben. Es ist die so bekannte und doch falsche Bezeichnung „Bolschewikischer Agent". Deshalb wurden Menschen schuldig erkannt und verurteilt, ohne daß man ihnen auch nur das Geringste beweisen konnte. Wir verlangen, daß auch Sie, so wie wir es tun, protestieren gegen eine Anschuldigung solcher Männer, die für die Freiheit der indischen Arbeiter- und Bauernschaft kämpfen, daß Sie für etwas anderes, als für die Interessen ihrer eigenen Klasse arbeiten. Erst kürzlich sind Arbeiter in Bombay von den bewaffneten Kräften des Staates niedergeschossen worden, die sich mit den Kapitalisten verbünden, die Aushungerung und das Elend der Arbeiter verlängern und sie zur Arbeit zu Bedingungen zwingen, die die Unternehmer diktieren, auf Grund des Arguments der Bajonette und Maschinengewehre! Unter solchen Umständen ist in Indien keine geringere Notwendigkeit für das Bestehen einer politischen Partei der Arbeiterklasse, die ihre eigenen Rechte und Interessen verteidigen soll, als für eine Partei der Mittelklasse. Gestern waren die Ziele der indischen Bourgeoisie als „aufrührerische Geheimbündelei" verfolgt und verurteilt. Heute ist es das Bestreben des indischen Proletariats, das diese tyrannische Unterdrückung trifft.

Wäre eine andere Partei in England am Ruder, was könnten wir da erwarten? Aber Ihr seid eine Regierung der Arbeiterklasse, verpflichtet, ihre Interessen nach jeder Richtung hin zu vertreten. Als Partei habt Ihr immer die internationale Solidarität und die Brüderlichkeit der Arbeiter angerufen. Als Regierung seid Ihr verpflichtet, die Rechte der indischen Arbeiter für die Freiheit der politischen Koalition zu wirtschaftlichen Zielen zu beschützen. Unter dem Deckmantel eines Prozesses gegen ein paar einzelne Männer, die der Geheimbündelei beschuldigt werden, die beschuldigt werden, aus vollem Herzen für die Organisation der indischen Arbeiter und Bauern zu einer eigenen politischen Partei eingetreten zu sein, steht der ganze Glaube, der ganze Grundsatz und die lange Geschichte der Arbeiterklasse und ihres Kampfes für die Besserstellung auf dem Spiele. Glaube, Grundsatz und Tradition, worauf Ihr selbst als Partei und Regierung fußt.

Deshalb, hochverehrter Herr, sehr geehrte Herren und Genossen in England, rufe ich Euch an, im Namen der indischen Arbeiterklasse, im Namen der Kommunistischen Partei Indiens, deren Recht als legitimes Organ der Meinung und der Ziele der Arbeiterklasse zu bestehen, gegenwärtig in Indien mit dem Recht der indischen Arbeiter im allgemeinen sich als eigene politische Partei zu organisieren, vor Gericht verhandelt wird. Ich rufe Euch an, als die gewählten Vertreter der britischen Arbeiter, und Euch, Arbeiter selbst, damit Ihr darauf seht, daß die indische Arbeiterklasse eine ebensolche Gerechtigkeit wie die Völker in den andern Teilen des britischen Reiches findet. Ist sozialistische und kommunistische Propaganda, das heißt Propaganda der Arbeiterklasse, in Großbritannien und in den Dominions, für illegal erklärt worden? Warum soll sie in Britisch-Indien illegal sein? Haben sozialistische und kommunistische Parteien, das heißt, Parteien der Arbeiterklasse, das Recht verwirkt, in einem anderen Teile des britischen Reiches zu bestehen? Warum soll Indien dieses Recht nicht zugestanden werden? Ist der Anschluß an die III. Internationale für die Kommunistische Partei Großbritanniens, Australiens, Neuseelands, Kanadas und Südafrikas ein Verbrechen? Warum soll ein solcher Anschluß für die Kommunistische Partei Indiens „aufrührerische Geheimbündelei" bedeuten?

Die arbeitenden Massen Indiens werden das Urteil der britischen Arbeiterregierung darüber in die Geschichte ihres Kampfes für die Befreiung eingraben.

21. März 1924.

Im Auftrage der Kommunistischen Partei Indiens:
Manabendra Nath Roy.

Deutschland

Der Hitler-Prozeß in München.

Von Malepartus.

München, den 14. März 1924.

** Der Hitler-Prozeß wird geführt, als ob es sich überhaupt nur um die Frage handle, ob sich nicht die **Kahr, Lossow** und **Seißner** genau so des Hochverrats schuldig gemacht hätten wie die Angeklagten. Und in der Tat, für jeden unbefangenen Leser der Prozeßberichte dürfte es außer Zweifel sein, daß die Vielgenannten ebenfalls „Hochverräter" im Sinne des Reichsstrafgesetzbuches sind. Auch die inzwischen stattgefundene Vernehmung des ehemaligen Generalstaatskommissars v. Kahr hat uns das bewiesen, obgleich Kahr sich große Mühe gab, seine Treibereien als einen verfassungsmäßigen Vorgang zu charakterisieren. Vorsichtig und nüchtern sitzt dieser Mann auf der Zeugenbank und versucht mit eiskalter Maske auseinanderzusetzen, daß ein Druck mit politischen Mitteln keinen Verfassungsbruch darstelle, ein Hochverrat vielmehr nur dann vorliege, wenn der Druck durch militärische Mittel ausgeübt werde.

Es kann für die Arbeiterschaft und auch für die breiten Schichten des Kleinbürgertums im Grunde ganz gleichgültig sein, ob in dem Prozeß für die breiteste Öffentlichkeit der Hochverrat der Kahr, Lossow und Seißer juristisch ebenfalls nachgewiesen wird oder nicht. Tatsache ist, was der ehemalige Polizeipräsident **Pöhner** bei seiner Vernehmung ironisch und zynisch in einem Satze zusammenfaßte: daß nämlich seit fünf Jahren ununterbrochen Hochverrat in Bayern betrieben worden ist. Worauf es ankommt für die Arbeiterschaft und, wie wir glauben, auch für die breitesten Schichten der heutigen Anhängerschaft der Hitler-Bewegung, ist eine andere Seite, die in dem Prozeß sehr deutlich zum Ausdruck kommt. Es genügt das bisherige Prozeßergebnis, um diese Dinge ganz klar herausschälen zu können. Wir wollen sie in kurzen Strichen skizzieren, weil wir nur so auch in öffentlichen Auseinandersetzungen mit nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Demagogen die historische Richtigkeit der kommunistisch revolutionären Persepktive nachweisen können.

I.

Die Hitler-Bewegung, die in dem Prozeß in der Kriegsschule eine Rolle spielt, ist ursprünglich hervorgegangen aus der bürgerlichen Selbstschutzbewegung, als deren Schöpfer sich soeben der SPD.-Abgeordnete **Auer** in mehreren Wahlversammlungen bezeichnet hat. Aus der bürgerlichen Einwohnerwehr und den Selbstschutzverbänden wurde allmählich eine große Massenbewegung, als deren Führer **Hitler** in den Vordergrund trat. Die gedankliche und nationale Vorstellungswelt der Führer dieser Bewegung ist der wilhelminischen Periode entsprungen. Die Führung der Bewegung hat sich vor allem die Restaurierung dessen zum Ziel gesetzt, was im November 1918 infolge des Zusammenbruches aus den Fugen gegangen war. War im November 1918 der kapitalistische Staat mit seiner feudalistisch-monarchistischen äußeren Form in die Brüche gegangen, so drohte im November 1923 auch die Auflösung der inneren Struktur dieses Staates, der völlige Zusammenbruch der Wirtschaft. Die proletarische Revolution, diesmal in der Gestalt einer wirklich **gewollten** Revolution, an deren Spitze die kampferprobte Kommunistische Partei stand, erhob drohend ihr Haupt.

In diesem geschichtlichen Moment sah sich das kapitalistische Bürgertum gezwungen, einen letzten Versuch seiner Rettung zu

machen. In Bayern, dem agrarischen Lande, sah man diese Aufgabe „bayrisch", in Berlin sah man sie, umbrandet und umtobt von der drohenden Arbeiterrevolution, im Reichsmaßstab, ja sogar im Weltmaßstab.

An die Stelle der Stimmzettel wollte man die Diktatur der Großkapitalisten mit Hilfe der außerparlamentarischen militärischen Machtmittel. Die Differenzen, die sich im Hitler-Prozeß zeigen, drehen sich nicht darum, ob prinzipiell die Diktatur der Großkapitalisten und seines Militärapparates angestrebt werden sollte, sondern über die Art und Weise, wie das geschehen sollte. Es ist bezeichnend, daß Kahr, der bisher im bayrischen Maßstabe die Aufgabe sah, in seiner Prozeßaussage sogar den General Seeckt lobte, derselbe Kahr, von dem man weiß, daß er bisher der schärfste Antipode der Berliner Regierungen war. Gerade die Aussagen des Generalstaatskommissars Kahr lassen deutlich erkennen, daß die Vertreter des deutschen Großkapitals und ihrer militärischen Kettenhunde wiederholt in Bayern an Besprechungen teilgenommen haben. Und daß es ihnen auch zu guter Letzt gelungen ist, und zwar gerade durch den „Verrat" der Kahr, Lossow und Seißer, die Aktion im Reichsmaßstabe gegen die Arbeiterschaft mit den Mitteln durchzuführen, die geeignet erschienen, die bereits wachgewordenen Arbeiter zu bändigen, ohne die von der SPD. im Schlafzustand gehaltenen Arbeiter zum Aufwachen zu bringen. Die Absichten der Hitler und Ludendorff wurden deshalb verraten, weil ihre Methode des Vorgehens dazu geführt hätte, die gesamte Arbeiterschaft in Deutschland zur revolutionären Abwehr und damit zum revolutionären Entscheidungskampf aufzurufen. **Niemand hat der deutschen Großbourgeoisie einen größeren Dienst geleistet in all den Jahren bisher, abgesehen von der SPD., als die drei angeblichen Verräter Kahr, Lossow und Seißer an den angeklagten „Hochverrätern": Ludendorff, Hitler und Konsorten.**

II.

Wie kam die Hitler-Bewegung zu ihrem Sondervorgehen?

In der Hitler-Bewegung und in der völkischen Bewegung überhaupt hat sich eine Menge Menschen zusammengefunden, die den unteren Schichten des gewerblichen Lebens angehören. Wenn ihnen auch seit Jahr und Tag von dem großen Demagogen *Hitler* eingeredet worden ist, daß der Jude an allem schuld sei, so ist ihnen doch nicht entgangen, daß auch die anderen Kapitalisten dieselbe „jüdische" Niedertracht besitzen. Der Kampf gegen das Judentum hat in breiten Schichten der Anhängerschaft Hitlers einen antikapitalistischen Geist erzeugt, hat eine Zersetzung hervorgerufen, so daß man wohl glauben kann, was der Abgeordnete Roth, der ehemalige bayrische Justizminister, im Landtage ausgeführt hat, nämlich, daß ein Teil der bisherigen Anhänger der völkischen Bewegung nach dem Versagen des Hitler-Putsches ihren Sympathien für die revolutionären Proletarier und für die Kommunistische Internationale Ausdruck verliehen hätten. Der bisherige Verlauf des Prozesses bestätigt, daß die Aktion vom Oktober eine Aktion der deutschen Großkapitalisten war, denen das Vorgehen der Hitler-Bewegung nicht in den Kram paßte. Sie wollten wohl, wie sich Kahr und Lossow ausdrückten, die nationale Bewegung als Rückhalt haben, keineswegs aber sollte diese nationale Bewegung, das heißt die Masse der Habenichtse, etwa gar eine wirkliche nationale Revolution machen, die, wie die sozialen Verhältnisse in Deutschland gelagert sind, notwendigerweise zu einer ernsten revolutionären Auseinandersetzung geführt hätte. In dieser etwaigen Auseinandersetzung wäre wahrscheinlich der Anhang der Hitler-Bewegung von seinen demagogischen Führern und „Trommlern" nicht mehr zu bändigen gewesen, sie wären mehr oder weniger geschlossen zur Armee des revolutionären Proletariats gestoßen. Nach den Aussagen von Lossow, Kahr und Seißer haben diese sogar angenommen, daß selbst die Reichswehr kein genügend starkes Element in den Händen ihrer Führer sein würde, daß im Verlaufe dieser Auseinandersetzungen, die **allerdings außerhalb des Parlaments** stattgefunden hätten, auseinandergefallen wäre, das heißt, im Verlaufe der Revolution sich in ihre sozialen Bestandteile aufgelöst hätte. Die Überlegungen der Organe des deutschen Großkapitalismus, der „Staatsmänner" im Sinne des bürgerlichen Staates, sind so absolut folgerichtig. Folgerichtig sind aber nicht die Ansichten der „Hochverräter" auf der Anklagebank, denn sie sind zum Teil Ideologen und zum anderen Teil bewußte Betrüger. Wäre Hitler nur ein Ideologe, wäre er nicht auch ein bewußter Betrüger seiner Anhänger, wie könnte er dann mit jenen zusammen spielen, die Deutschland ganz und gar den Großkapitalisten ausliefern wollten und auch ausgeliefert haben. Wie konnte er sich dann mit Kahr, Lossow und Seißer zusammensetzen, die mit Minoux usw. verhandelten, mit dem Direktor von Stinnes, dem Vertreter der größten Kapitalmagnaten in Deutschland, der auch mit Ludendorff verhandelt hat.

III.

Wir wollen diese Betrachtung zum Prozeß nicht beendigen, ohne auch die „nationale" Seite der großbürgerlichen Aktion vom Oktober-November 1923 noch kurz zu beleuchten.

Keine der heute bestehenden bürgerlichen Parteien hat ein wirklich deutsches nationales Ziel.

Die **Bayrische Volkspartei** hat, sofern man das als ein Ziel bezeichnen kann, das Ziel, eine Staatenorganisation in Europa zustande zu bringen, die es ermöglicht, daß die katholische Kulturbürokratie in der inneren Kulturpolitik der europäischen Staaten ausschlaggebend wird. Darum finden wir in diesen Kreisen die separatistischen Hochverräter. Darum haben sie alle wie von einer Tarantel gestochen aufgeschrien, als Ludendorff eine Rede hielt, in der auf Grund eines zum guten Teil bereits in der kommunistischen Presse veröffentlichten Briefwechsels die Treibereien dieser Separatisten aufgedeckt wurden. Aber die Politik der katholischen Kulturbürokratie ist nicht einheitlich außenpolitisch orientiert, sonst wären Erzberger und Wirth nicht möglich gewesen.

Die Deutschnationalen: Es ist nicht notwendig, im besonderen nachzuweisen, daß sie eine außenpolitische Linie, außer dem Revanchekrieg, nicht haben. Was sie anstreben, ist die Aufrechterhaltung der innerpolitischen Macht für die in ihren Reihen vorhandenen agrarischen bürgerlichen Schichten.

Die Demokraten und die Sozialdemokraten. Die Politik der Demokraten ist außenpolitisch die der Deutschen Volkspartei. Die Politik der SPD. und der Zweiten Internationale ist die Politik eines Lakeientums vor den westlichen Siegern im Weltkriege. Noch vor wenigen Tagen hat die „Münchener Post" unter Hinweis auf eine Schrift des augenblicklichen englischen Premierministers Macdonald dem deutschen Volke die Alternative gestellt, sich auf den Bauch zu legen und sich den Absatz der englischen Weltherrschaft in den Nacken drücken zu lassen.

Die **Völkischen** sind eine Einrichtung des inländischen und ausländischen Großkapitalismus, sie sind die „Trommler" einer sogenannten nationalen Bewegung, von der man nicht zu Unrecht annimmt, daß sie auf Umwegen von Poincaré finanziert wird, weil dieser kapitalistische Nationalist Frankreichs seine Herrschaft nur verwirklichen kann, wenn er auf den Wauwau in Deutschland hinweisen kann, um bei sich drüben das „dumme Volk" bei der Stange zu halten und in Deutschland die Reichseinheit zu zertrümmern.

Bleibt die **Deutsche Volkspartei**, die Partei des deutschen Großkapitalismus. Sie hat eine auswärtige Politik, die im Oktober-November im Zusammenhang mit den innerpolitischen Vorgängen ebenfalls zur leitenden Richtschnur des heutigen Deutschland wurde. Sie hat sogar in ihren engeren Kreisen, wie wir genau wissen, eine besondere geschichtliche Formulierung gefunden, indem sie den Namen eines Generals nennt, der in seinem Freiheitskampf gegen England unterlegen ist: General Botha. Die Außenpolitik der deutschen Volkspartei ist die restlose Unterordnung unter die Wünsche der englischen Weltpolitik. Niemals ist in der deutschen Presse unverschämter gegen Frankreich und zugleich gegen Deutschland gehetzt worden als in jenen Artikeln des früheren englischen Premierministers Lloyd George, die in der deutschen Stinnes-Presse, der „D. A. Z.", also dem führenden volksparteilichen Organ, erschienen sind. Die Außenpolitik der Deutschen Volkspartei kann niemals die Politik der breiten Anhängermassen der völkischen Bewegung sein. Noch viel weniger kann sie sein die Außenpolitik der deutschen Arbeiterklasse, denn sie ist ja nur auf ihrem Rücken möglich. Aber die Geschäfte dieser Politik haben Kahr und Lossow und Seißer in den Tagen des November in München und vor den Schranken des Münchener Volksgerichtes verfochten. Und hier liegt der Hochverrat, hier liegt ihr historisches Versagen, hier liegt das Laster der Ordnungspolitiker und der bürgerlich-monarchistischen Restauration. Die SPD. hat diesen Politikern und Militärs sozusagen eine gute Presse gewidmet. Dabei hat die SPD.-Presse bewiesen, daß sie die intimsten Dinge bei den Vorgängen in den Novembertagen bereits damals gekannt, aber sie hat nichts getan, um jenem Nackenstreich gegen das Proletariat zu begegnen. Sie hat geschwiegen, und da, wo sie gesprochen hat, hat sie die Arbeiter belogen. Ihre „linken" und „rechten" Führer, die sich jetzt um die verloren gehenden Reichstagsmandate raufen, haben die Schalmei der Ruhe

geblasen, als von den Herren Kahr und Seeckt die Mobilisierung gegen die deutsche Arbeiterklasse in Szene gesetzt wurde.

Die **Kommunistische Partei**, bespien und verachtet, gehetzt und verboten, ihre Anhänger und Funktionäre in den Zuchthäusern, Gefängnissen und Festungen Bayerns festgesetzt, getragen von den immer stärker werdenden Instinkten und dem revolutionären Willen der Arbeiterklasse, ist die einzige Partei, die weder innenpolitisch noch außenpolitisch sich zum Lakaien des Kapitalismus hergibt. Sie hat innenpolitisch die gleiche Parole, wie sie bereits in den Schlußsätzen des Kommunistischen Manifestes vom Jahre 1848 zum Ausdruck kommt, und sie hat außenpolitisch, staatlich manifestiert und in dem Bunde der Sowjetstaaten ein klares Ziel für die deutsche Wiedergeburt, ein Ziel, das ohne Rücksicht auf die Interessen und Schachergeschäfte des europäischen Kapitalismus und ihrer Lakaien vom Proletariat mit äußerster Rücksichtslosigkeit verwirklicht werden muß: nämlich durch die proletarische Revolution.

Für die noch schlafenden sozialdemokratischen deutschen Arbeiter und für die von den „Trommlern" benebelten Massen der nationalen Bewegung gibt es nur eines: zusammen mit der aktiven revolutionären Arbeiterschaft jene große Aufgabe vorzubereiten und sie im geeigneten Augenblick mit aller Kraft auch durchzuführen.

Der bevorstehende Wahlkampf muß eine Sammlung aller wirklich revolutionären Kräfte sein, wenn auch bei den Wahlen dies nur ausgedrückt werden kann mit den Mitteln der Weimarer Verfassung: mit dem Stimmzettel.

Politik

Die Arbeiterpartei-Regierung in England und die Kommunisten.

Von Albert Treint (Paris).

** „Ich werde konkreter sprechen Die englischen Kommunisten müssen, meiner Ansicht nach, alle vier Parteien (die alle sehr schwach, von denen einige sehr, sehr schwach sind) zu **einer** Kommunistischen Partei vereinigen, die auf dem Boden der Grundsätze der Dritten Internationale und der **unbedingten** Beteiligung am Parlament stehen muß. Die Kommunistische Partei schlägt den Henderson und Snowden ein Kompromiß, eine Wahlverständigung vor: Wir gehen zusammen gegen das Bündnis Lord Georges und Churchills vor, wir teilen die Parlamentssitze nach der Zahl der Stimmen, die von den Arbeitern für die Arbeiterpartei oder für die Kommunisten abgegeben werden (nicht bei den Wahlen, sondern nach einer besonderen Abstimmung), wir behalten uns die **volle Freiheit** der Agitation, Propaganda, politischen Tätigkeit vor. Ohne die letzten Bedingungen darf man natürlich auf den Block nicht eingehen, denn das würde Verrat sein; die volle Freiheit der Entlarvung der Henderson und Snowden müssen die englischen Kommunisten ebenso unbedingt verfechten und erreichen, wie die russischen Bolschewiki (15 **Jahre**, von 1903 bis 1917) sie in bezug auf die russischen Henderson und Snowden, das heißt die Menschewiki, verfochten und behauptet haben. Nehmen die Henderson und Snowden den Block zu diesen Bedingungen an, so haben wir gewonnen, denn für uns ist die Zahl der Sitze im Parlament durchaus nicht wichtig, danach streben wir nicht, in diesem Punkte werden wir nachgiebig sein (die Henderson aber und besonders ihre neuen Freunde — oder ihre neuen Herren? — die Liberalen, die zur Unabhängigen Arbeiterpartei übergegangen sind, trachten am meisten danach). Wir haben gewonnen, denn wir werden unsere Agitation in einem Augenblick in die Massen tragen, wo sie von Lord Georges selbst ‚aufgereizt' sind, und sie werden nicht nur der Arbeiterpartei helfen, schneller ihre Regierung zu bilden, sondern auch den Massen, schneller unsere ganze kommunistische Propaganda zu verstehen, die wir gegen die Henderson unverkürzt und unverholen betreiben werden.

Wenn die Henderson und Snowden den Block mit den Kommunisten ablehnen, würden die Kommunisten sofort durch Eroberung der Sympathien der Massen und durch Diskreditierung der Henderson und Snowden gewinnen und wenn wir dadurch einige Plätze im Parlament verlieren würden, so ist das für uns durchaus nicht wichtig. Wir würden unsere Kandidaten nur in einer ganz geringen Zahl von absolut zuverlässigen Bezirken durchbringen, das heißt, wo das Aufstellen unserer Kandidaten dem Liberalen nicht zum Siege über das Mitglied der Arbeiterpartei verhelfen würde. Wir würden Wahlagitation betreiben, Blätter zugunsten des Kommunismus verbreiten und in allen Bezirken, wo wir keine Kandidaten haben, vorschlagen, **für den Arbeiterparteiler gegen den Bourgeois zu stimmen.** Die Genossen Silvia Pankhurst und Gallacher irren, wenn sie darin einen Verrat am Kommunismus sehen oder einen Verzicht auf den Kampf mit den Sozialverrätern. Im Gegenteil, dadurch würde die Sache der kommunistischen Revolution ohne Zweifel nur gewinnen.

Die englischen Kommunisten haben es jetzt oft sehr schwer, an die Masse heranzutreten, die Masse zu veranlasse, sie anzuhören. Wenn ich als Kommunist auftrete und erkläre, daß ich auffordere, für Henderson gegen Lord Georges zu stimmen, wird man mich gewiß anhören. Und ich werde nicht nur populär erklären können, warum die Sowjets besser sind als das Parlament und die Diktatur des Proletariats besser ist als die Diktatur Churchills (die durch das Aushängeschild der bürgerlichen ‚Demokratie' verhüllt wird), sondern ich werde auch erklären können, daß ich Henderson durch meine Stimme ebenso unterstützen möchte, wie der Strick den Gehenkten unterstützt; daß der Übergang der Regierung an Henderson ebenso beweisen wird, daß ich recht habe, ebenso die Massen auf meine Seite ziehen wird, wie dies in Rußland und in Deutschland geschah.

Und wenn man mir entgegnet, daß dies eine zu ‚schlaue' oder zu komplizierte Taktik sei, daß sie die Massen nicht verstehen werden, daß sie unsere Kräfte zersplittern und zerstückeln und uns hindern werde, diese Kräfte auf die Sowjetrevolution zu konzentrieren usw., so antworte ich diesen ‚radikalen' Opponenten: wälzt Euren Doktrinarismus nicht auf die Massen ab! In Rußland war das Kulturniveau der Massen gewiß niedriger als in England und nichtsdestoweniger haben die Massen die Bolschewiki begriffen, und der Umstand, daß die Bolschewiki am **Vorabend** der Sowjetrevolution, im September 1917, die Liste ihrer Kandidaten in das bürgerliche Parlament (Die Konstituierende Versammlung) zusammenstellten und **gleich nach der Sowjetrevolution** im November 1917 dieselbe Konstituierende Versammlung wählten, die sie am 5. Januar 1918 auseinanderjagten, dieser Umstand war den Bolschewiki nicht hinderlich, sondern hat ihnen geholfen."

N. Lenin, „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus", Leipzig 1920, S. 64—67.

Der britische Imperialismus und die Labour Party.

Lenin hat die politische Entwicklung Englands in ihren großen Zügen auf einige Jahre vorausgesehen. Er formulierte mit der größten Klarheit die Taktik, die die Kommunisten befolgen müssen, um dem Proletariat und den schaffenden Massen Englands zu helfen, die Labour Party-Illusion loszuwerden und sich unter dem kommunistischen Banner zusammenzuschließen, um die entscheidende Schlacht zwischen Klasse und Klasse mit den maximalen Aussichten auf den Sieg zu schlagen.

Die von Lenin festgelegte Linie ist die, die vom II. Kongreß der KI. angenommen wurde und sie stimmt, wie es „Die Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" zeigt, mit der gesamten traditionellen Linie des Bolschewismus überein. Ende 1923 haben die englischen Wahlen einen großen Erfolg für die Labour Party gebracht und diese hat im Ergebnisse des normalen Spieles des Parlamentarismus die Macht im traditionellen Rahmen der alten englischen Verfassung übernommen.

Befindet sich nun die französische Partei im Gegensatz zur Labour Party, im Gegensatz zur Labour Party-Regierung auf dem durch Lenin, durch den Bolschewismus, durch die Kommunistische Internationale vorgezeichneten Wege?

Das ist die erste Frage, die untersucht und beantwortet werden muß.

Am 24. Januar schrieb die **Humanité**:

„Es dürfte sich nicht darum gehandelt haben, die Fahne des britischen Imperialismus zu hissen, sie, wie es 1898 im Gebiet von Bar-El-Gazal geschehen ist, der von Frankreich entgegenzustellen, sondern um eine eigene Politik, die nicht durch die Andenken an das alte Bündnis befleckt sein soll. Das läßt voraussehen, daß in bezug auf die Durchführung des Friedensvertrages die Poincaré-Regierung mit der Macdonald-Regierung zu rechnen haben wird."

Es ist richtig, daß die Regierung Macdonald die Fahne des britischen Imperialismus wohl nicht hissen wird, daß sie sich aber auf eine besondere Politik beschränken sollte, die nicht in

geschickter Weise die Interessen des britischen Imperialismus fördern wird, ist meines Dafürhaltens völlig falsch.

Untersuchen wir die Tatsachen.

Am 16. August — man erlaube mir, meine eigenen Worte anzuführen — schrieb ich in der Humanité über die Beziehungen zwischen dem französischen und britischen Imperialismus aus Anlaß der Ruhrfrage:

„Gegenwärtig kann es keinen Bruch geben.... Es kann jetzt auch kein Übereinkommen erreicht werden .... Nach Ausübung von Druck und gegenseitigen Erpressungsversuchen bis hart an die Grenze des Bruches heran (infolge der Wichtigkeit des in Frage stehenden Objektes, des Ruhrbeckens) wird schließlich ein Übereinkommen zwischen den französischen, englischen und deutschen Kapitalisten geschaffen werden in der Weise, daß die industrielle Hegemonie weder Frankreich noch England gehören soll. Es wird in den Grenzen der politischen Erwägungen ein Kompromiß zustande gebracht werden und auf der Grundlage dieses Kompromisses wird eine Entwicklung der französisch-englisch kapitalistischen Rivalität stattfinden."

Die alte Parteileitung hat diese These abgelehnt, und die Humanité vom 16. oder 17. November berichtet, daß Poincaré unter Beifall des nationalen Blocks den Bruch mit England angekündigt habe.

Die Ereignisse entwickelten sich aber in einer Richtung, die die These, die ich zusammen mit verschiedenen Genossen verteidigte, rechtfertigten.

Am 20. November veröffentlichte die Humanité einen Artikel mit der Überschrift: „In Ewartung des Bruches...!" Dieser Bruch wurde schon einige Tage vorher angekündigt.

Am 7. Dezember erwähnte die Humanité den Vorschlag Poincarés vom 30. November. Man weiß, daß es sich in diesem Vorschlag um eine wirtschaftliche Teilung der Ruhr unter diesen beiden Imperialismen handelte. Am 6. Januar spricht die Humanite von den durch die französischen Industriellen in London unternommenen Schritten, die britischen Industriellen und andere zu überreden, sich der Idee einer englisch-französischen Zusammenarbeit zur Ausbeutung der Ruhr und der Industrien im Rheinlande, oder mit anderen Worten „von produktiven Pfändern", anzuschließen.

Es ist möglich, daß die Regierungsbildung durch die englische Labour Party und der mögliche Sieg des linken Blockes in Frankreich einen Versuch des französischen und des englischen Imperialismus zur Abschließung des Ruhrkompromisses unter dem Deckmantel von Parteien, die der Hamburger Internationale angehören, darstellt.

Die kapitalistischen Zeitungen, die die Lage klar beurteilen, bringen das klar zum Ausdruck.

Die „Information financière" vom 25. Januar schreibt diesbezüglich: „Ramsay Macdonald ist, was die unmittelbaren Umstände betrifft, gewiß dieser Meinung. Was die spätere Entwicklung, das Eingreifen des Völkerbundes und die endgültige Regelung der Reparationsfrage und der Sicherheit am Rhein betrifft, so wird darüber später zu sprechen sein. Frankreich ist weit davon entfernt, einer Stärkung des Völkerbundes feindselig zu sein, man muß aber dabei vorsichtig vorgehen und ihn nicht unter zu schweren Lasten zusammenbrechen lassen." Und die „Information financière" fügt hinzu, daß ... „Macdonald mit Mäßigung gegenüber Frankreich vorzugehen und nicht den Fehler zu begehen scheint, unsere Ruhrpolitik offen anzugreifen".

Weder der nationale Block in Frankreich, noch die Konservativen und Liberalen in England können in Anbetracht ihrer früheren intransigenten Haltung mit Leichtigkeit das Ruhrkompromiß abschließen.

Der linke Block und die Labour Party-Regierung erscheinen objektiv als die Geschäftsführer der Bourgeoisie, um dieses Kompromiß auf Kosten der Arbeiter der Rheinlande und der Ruhr und in seinen Auswirkungen auch auf Kosten der Arbeiter ganz Europas abzuschließen. Es ist bedauerlich, daß die Partei statt auf die Gefahr hinzuweisen und die französischen und englischen Arbeiter aufzufordern, entsprechend zu reagieren und einen Druck auf die Sozialistische Partei und die Labour Party auszuüben, um mit den französischen und englischen Kommunisten eine Einheitsfront zustande zu bringen und auf diese Weise eine gemeinsame Agitation des Proletariats der beiden Länder zu entfalten, statt praktische Vorschläge für diese Agitation zu machen, die Labour Partymitglieder als Leute hinstellt, deren einzige Sorge es ist, eine besondere Politik zu betreiben.

(Schluß folgt.)

Union der Sowjetrepubliken

Brief aus Sowjetrußland.

Die Nep auf der Anklagebank.

Von Frida Rubiner (Moskau).

** In diesen Tagen fand vor dem Obersten Revolutionstribunal in Moskau ein Prozeß statt, der in den breitesten Schichten der Bevölkerung größtes Aufsehen erregt hat.

Der Hauptagierende dieser Tragödie, die vor dem Revolutionstribunal ihren Abschluß gefunden hat, ist ein Kommunist, Alexander Krastnostschokow. Zwar gehört er nicht zu der alten Garde der Bolschewiki mit dem langjährigen „Stasch" der Parteizugehörigkeit — er war früher Menschewik und ist erst nach dem Oktoberumsturz in die Kommunistische Partei eingetreten — aber er zählte zu denjenigen, die die verantwortlichsten, höchsten Posten innehatten. Ein Mann von 44 Jahren, von großer Intelligenz und Tatkraft. Von 1902 bis 1917 lebte er in Amerika, und sein Name als sozialistischer Agitator hat dort einen guten Klang. Nach 1917 wieder in Rußland, wurde er Vorsitzender des Sowjets der Volkskommissäre im Fernen Osten; von 1920 bis 1922 bekleidete er den höchsten Posten eines Premierministers in der Republik des Fernen Ostens. In Moskau war er zuerst Mitglied des Kollegiums des Volkskommissariats für das Finanzwesen (also nach westeuropäischen Begriffen etwa Staatssekretär) und schließlich wurde er als Direktor der neugegründeten staatlichen Industriebank eingesetzt.

Was ist die Industriebank in Rußland, unter den Verhältnissen der neuen Wirtschaftspolitik? Sie soll dem wirtschaftlichen Aufbau des Staates dienen, der von den Werktätigen regiert wird, also letzten Endes eine sozialistische Aufgabe erfüllen. Aber ihrer Form nach ist diese Bank ein kapitalistisches Unternehmen, eine Bank, wo Geld rollt und an lüsternen Fingern kleben bleiben kann. Der Bruder des Angeklagten, Jakob Krastnostschokow, war kein Kommunist. Ungehindert durch Parteizugehörigkeit und Parteipflichten machte er „Geschäfte", und der Nepmann Jakob deckte sich mit dem großen Namen des Kommunisten Alexander Krastnostschokow.

Die Nep läßt Privatkapital zu, um die nationalisierte Staatswirtschaft zu stützen. Die Industriebank gewährte dem Privatkapital in der Person des Jakob K. Privilegien zum Nachteil der staatlichen Organisationen. So wurden ihm riesige Bauaufträge erteilt, während die staatlichen Baugesellschaften, die viel billigere Angebote machen, zurückgewiesen wurden. Es wurde eine fingierte Aktiengesellschaft gegründet, eine „American-Russian-Co." mit einem Kapital, das fast gleich Null ist. Diese Gesellschaft stellte sich die großartige Aufgabe, die Bautätigkeit in Rußland zu beleben. Nach dem Statut waren alle Aktionäre amerikanische Ingenieure, die über Kapitalien verfügen. Wer waren in Wirklichkeit aber diese Aktionäre? Als Strohmann funktionierte ein amerikanischer Dr. phil., der sich in seiner Heimat mit — Vogelzucht und Agrikultur befaßt. Die übrigen Aktionäre waren Jakob K., Angestellte der Bank, Verwandte und Parade-Engländer. Jakob K. genoß unbeschränkten Kredit bei der Industriebank. In der Zeit vom 19. bis 25. Mai 1923 erhielt er von der Bank unter verschiedenen Firmen die Summe von 35.000 Goldrubel, während das Volkskommissariat für Außenhandel in derselben Zeit nur die Summe von 17.000 Goldrubel erhielt. Nach und nach bekam Jakob K. die Bank so sehr in seine Hand, daß sie nur noch als Filiale der Firma „Gebrüder Krastnostschokow und Comp." gelten konnte. Jakob K. nutzte seine Kredite für alle möglichen Privatzwecke aus, es wurden Freundschaftswechsel ausgestellt, der Bank minimale Zinsen gezahlt. Es wurde ein Vertrag zwischen der Industriebank und einer amerikanischen Privatfirma „Russian-American-Industrie-Corporation" abgeschlossen, als deren Generalvertreter in Rußland Alexander K. figurierte. Dafür erhielt er ein Monatsgehalt von 200 Dollar, die seiner Frau in Amerika ausgezahlt wurden. Er, der zugleich Direktor der Industriebank war, nahm es nicht allzugenau mit dem Deponieren der überwiesenen Summen. Er nahm es auch nicht allzugenau mit seinem eigenen Gehalt, vielmehr, er ließ sich „einstweilen" à conto ein bescheidenes Gehalt auszahlen und die Inspektion der Bank für seinen Privatbedarf alles, von Kissen, Stühlen bis auf Weine usw. besorgen, und zwar all das nicht zu knapp. Eine Villa wurde prächtig ausmöbliert, ein Blumengarten angelegt, kostbare Pelze für die Frauen wurden gekauft. Die Gerichtsverhandlung entrollt ein Bild üppigen Schlemmerlebens.

In Petersburg, wohin der Angeklagte Alexander K. oft Geschäftsreisen unternimmt, wurden Nächte bei Zechgelagen mit Zigeunerkapellen in Bars durchschwärmt. Wer zahlt? Jakob K. erzählte, er habe Alexander in Petersburg mit einem gewissen Belkin bekannt gemacht, der das Souper bezahlte. Ist das entlastend?

Kurzum, eine übliche Schiebergeschichte. Aber Alexander K. war doch Kommunist. Er mißbrauchte die Partei für persönliche Zwecke.

Schon lange vor dem Prozeß wurde in Parteikreisen über ihn sehr viel gesprochen. Die Ansichten waren geteilt. Während die einen den K., in Anbetracht seiner früheren Verdienste, milde beurteilten, verlangten die anderen die strengste Strafe, ja die Todesstrafe, um ein Exempel zu statuieren. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, daß der tatsächliche Schaden, der der Bank hinzugefügt worden ist, verhältnismäßig verschwindend klein ist. Hätte sich K. tatsächlich bereichern wollen, so standen ihm ja ganz andere Mittel zur Verfügung. Also, hieß es, sei es vielmehr Saumseligkeit, Leichtfertigkeit, Unvorsichtigkeit, die ihm zur Last gelegt werden müßten. Aber dieser rein **formale** juristische Standpunkt, der sich eher noch auf die Komplizen des Hauptangeklagten anwenden läßt, verliert für ihn selber die Gültigkeit. Dieser Standpunkt, der auch vom Verteidiger, Professor Tschlenow, eingenommen wurde, ist der juristische Standpunkt der bürgerlichen Justiz. In der Sowjetjustiz aber wird, wie der Staatsanwalt **Krylenko** mit Recht hervorgehoben hat, die Grenze zwischen den Normen der Ethik und den Normen des geschriebenen Rechtes verwischt. So mußte Alexander K. gerichtet und verurteilt werden, nicht allein weil er de facto so und so viel Gelder veruntreut oder vergeudet hat, sondern auch, weil er durch seine Handlung eine Atmosphäre des Betruges, der Korruption und des Sumpfes erzeugte, die weiter um sich griff. Es kommt nicht darauf an, wer die Blumen und die Weine bezahlte, wer die Rechnungen quittierte, sondern es kommt darauf an, daß all das überhaupt stattfand. Das ist ein Schaden für die Sowjetrepublik, der durch alle Verdienste des Angeklagten um die Revolution nicht aufgewogen werden kann.

Der Gerichtshof verurteilte den Hauptangeklagten Alexander K. zu **sechs** Jahren Gefängnis in strenger Einzelhaft, den Bruder Jakob K. zu **drei** Jahren und die übrigen zu ein bis zwei Jahren Gefängnis. Der Prozeß hat Mißstände und Schattenseiten aufgedeckt, die an der Wurzel des jetzigen Rußlands nagen. Der politische Sinn des Prozesses wurde vom Staatsanwalt formuliert durch folgende Worte seiner Schlußrede: „Zur Zeit der Nep, da diese Nep uns in ihrer Einheitsfront angreift, ist der Kampf gegen sie von besonderer Bedeutung. Wir dürfen es nicht zulassen, daß auf den Vorderposten, im Vordergrund, an den Kommandopunkten solche Personen wie Alexander K. stehen. Der Kampf gegen die Korruption in unserem Milieu ist wichtiger, als die Verdienste eines A. K. Jetzt, wo die Arbeitermassen zu uns kommen und uns einen Wechsel ihres Vertrauens ausstellen, müssen wir dieses Vertrauen rechtfertigen, wir müssen und werden beweisen, daß die Nep ohnmächtig ist, die kommunistische Ethik zu erschüttern."

Wirtschaft

Die Währungskrise in Frankreich.

Von R. Louzon (Paris).

** Der französische Staat kann die Zinsen der beträchtlichen Schuld, die er während des Krieges und nach dem Kriege aufgenommen hat, nur dadurch zahlen, daß er den tatsächlichen Wert dieser Zinsen durch die Entwertung des Franken verringert. Diese Zinsen erreichten seit 1919 8 Milliarden, das sind 50% mehr als die **gesamten** budgetmäßigen Ausgaben vor dem Kriege in einem Jahre.

Aber die Entwertung des Franken richtet die Mittelklassen zugrunde und zieht fast die Gesamtheit der Bevölkerung in Mitleidenschaft. Es ist daher nötig, daß diese Entwertung nur schrittweise, ohne allzu plötzliche Sprünge vor sich gehe, wenn man nicht will, daß die französische Mittelklasse, die sicherlich nicht die Resignationsfähigkeit der deutschen Mittelklasse besitzt, sich erhebt, und daß ihre Erhebung die Zertrümmerung des kapitalistischen Baues selbst nach sich zieht.

Aus diesem Grunde hat es der französische Staat — da der seit mehreren Monaten immer mehr fühlbar werdende Rückgang in den Zeichnungen auf die Bons de la Défense nationale (Anleihe zur Verteidigung des Vaterlandes) die Spekulation bewogen hat, den Sturz des Franken in einem gefährlichen Ausmaße immer mehr zu fördern — für notwendig gehalten, in den letzten Tagen kräftige Gegenmaßnahmen zu treffen. Um dies zu erreichen, hat Frankreich natürlich den ausdrücklichen Beistand der beiden großen Finanzbollwerke gefunden, die ebensosehr an der Erhaltung des kapitalistischen Systems interessiert sind: London und New York. Nach den Depeschen der Telegraphenagenturen scheint es, daß die Summe, die Morgan und die englischen Banken der Banque de France vorgeschossen hat, zwei bis drei Milliarden Franken betrage. Diese Vorschüsse sind, wie es scheint, auf mehrere Monate gegeben worden.

Wozu sollen diese Milliarden dienen?

Sie sollen zwei verschiedenen Zwecken dienen, die übrigens technisch miteinander verbunden sind.

Der Budgetplan für dieses Jahr, wie er durch die Abstimmung festgesetzt wurde, sieht die Ausgabe von sieben Milliarden neuer Bons de la Défense Nationale vor, die dazu bestimmt sind, das Defizit des Finanzministeriums zu decken. Es ist fast sicher, daß man diese sieben Milliarden nicht hereinbekommen wird. Die Mittelklassen haben die Lehre der letzten Krise vollkommen erfaßt. Mag der Franken zeitweise noch so schön steigen, sie werden es nicht mehr riskieren, dem Staat ihre Ersparnisse anzuvertrauen. Von allen Seiten wird bekannt, daß kleine und mittlere Sparer sich beeilen, Grundstücke, Häuser, Aktien von Industriegesellschaften, kurzum Realwerte und nicht mehr Staatsschuldverschreibungen anzukaufen. Wenn man dem noch hinzufügt, daß die Steigerung der Preise die Kaufleute und die Industriellen zwingt, ihren Umlaufsfonds zu erhöhen, so wird es offenbar, daß die Anforderungen auf Einlösung der Bons nur noch mehr zunehmen werden, und daß man, statt neue sieben Milliarden Bons auszugeben, eher genötigt sein wird, sieben Milliarden alter Bons einzulösen.

Dies wird also die erste Art der Verwendung für die von London und New York geliehenen Beträge sein: das Defizit des Finanzministeriums zu decken und die fällig gewordenen Bons einzulösen.

Es gibt auch noch eine zweite, die einzige, die amtlich eingestanden wird: die Spekulation auf den Sturz des Franken zu bekämpfen. Man kennt den Mechanismus der Börse. Es handelt sich darum, beispielsweise Franken gegen Dollars auszutauschen; wenn viel Verkäufer von Franken und wenige Verkäufer von Dollars vorhanden sind, so werden die Verkäufer von Franken bewogen, ihre Franken zu einem immer niedrigeren Preise anzubieten, um die wenigen Verkäufer von Dollars anzulocken, und so sinkt der Franken. Im Gegensatz dazu steigt der Franken, wenn es viele Verkäufer von Dollars gibt und nur wenige Verkäufer von Franken.

Bis in die letzten Tage gab es ungeheuer viel Verkäufer von Franken und fast gar keine Verkäufer von Dollars; alle Leute wollten Dollars kaufen und niemand wollte Franken kaufen, daher stieg das Pfund Sterling bis zu 120 Franken. Aber seitdem die Banque de France über 500 Millionen Dollars von Morgan verfügt, gibt es einen großen, einen sehr großen Verkäufer von Dollars, und das ist die Banque de France. Sie kauft alle Franken auf, die man ihr anbietet, und sie bietet den heimischen Käufern Dollars in Mengen an. Daher das Wiederansteigen des Franken.

Durch ihre Ankäufe von Franken an der Börse trifft die Banque de France zwei Fliegen mit einem Schlage. Auf der einen Seite bringt sie den Franken wieder zum Steigen und auf der anderen Seiten beschafft sie sich auf diese Weise ohne neue Notenausgabe die Banknoten, die der Staat zum Einlösen seiner Bons benötigen wird.

* *

Aber alles hat ein Ende. Die maskierten Inflationen können nicht bis ins Unendliche maskiert bleiben. Vier Jahre lang hat der französische Staat das Defizit seines Finanzministeriums mittels der Bons der Défense Nationale maskiert, aber in dem Augenblick, da es notwendig wurde, mit deren Einlösung zu beginnen, ist die bis dahin latente Krise zum plötzlichen Ausbruch gekommen. Um diese Krise zu beschwören, nimmt der Staat jetzt zu einem Hilfsmittel Zuflucht, das noch bedenklicher ist als jenes der Bons, die endlich und schließlich nichts anderes als eine innere Anleihe waren: er nimmt im Auslande Anleihen auf. So gelingt es ihm, den Franken zeitweise wieder zum Steigen zu bringen, aber es wird der Tag kommen, wo man Herrn Morgan und den englischen Banken die Anleihe einlösen muß, und dann, an jenem Tage, was wird dann geschehen? Da Herr Morgan und die englischen Banken offensichtlich in

der Währung ihres Landes Rückzahlung erhalten wollen, wird die Banque de France Franken verkaufen müssen, um die Dollars und die Pfunds zu kaufen, die sie zurückzuzahlen hat. Aus einem Verkäufer von Dollars und einem Käufer von Franken wird die Bank zu einem Käufer von Dollars und einem Verkäufer von Franken werden. Aus einem Förderer des hohen Standes des Franken wird sie zu einem Förderer des Tiefstandes des Franken werden. Das Steigen des Franken, das durch das Eingreifen der Banque de France heute herbeigeführt ist, wird morgen ein Fallen zum Gegenstück haben, wenn es gilt, für die Rückerstattung dessen zu sorgen, was ihr geliehen worden ist.

Arbeiterbewegung

Ein Kampf um den Achtstundentag in der Tschechoslowakei.

Von Otto Heller (Reichenberg).

** Der Achtstundentag ist in der Tschechoslowakei bisher gesetzlich nicht angetastet worden. Die Industriellen beider Nationen schreien sich zwar die Kehlen wund nach einer Revision des Gesetzes über den Achtstundentag, die mit Rücksicht auf die reichsdeutsche Konkurrenz um so notwendiger sei — aber die Regierung denkt sich: wozu sich parlamentarische Unannehmlichkeiten bereiten, wenn es auch ohne Parlament geht, das Durchbrechen des Gesetzes über die 48-Stundenwoche und das Pfeifen auf die heilige Washingtoner Konvention über den Achtstundentag. Und so gehen denn die Industriellen in der Republik allenthalben daran, mit allen möglichen Mitteln die Arbeiterschaft um den Achtstundentag zu bringen. Das geschieht natürlich streng demokratisch und „gesetzlich". Die Arbeiterschaft hat sich bisher allerlei Machinationen ruhig gefallen lassen. So werden in einer großen Anzahl von Betrieben die 48 Stunden in fünf Tagen gearbeitet, in anderen leistet man unbezahlte „Überstunden". Nun ist aber die Offensive der Unternehmer in einem wichtigen und bekannten Industriegebiete plötzlich dem erbitterten Widerstande der Arbeiterschaft begegnet. In **Tannwald**, einem Hauptorte der nordböhmischen Textilindustrie, weigerten sich vor sechs Wochen die Arbeiter von sieben großen Betrieben, insgesamt 3000 Arbeiter, und zwar Tschechen und Deutsche, die Putzstunde, die bisher in der 48sten Arbeitsstunde geleistet worden war, als 49ste Arbeitsstunde zu leisten. Daraufhin wurden die **3000 Arbeiter ausgesperrt**, und diese Aussperrung dauert bis zum heutigen Tage (19. März), beinahe volle sechs Wochen an. Die näheren Details darüber, wieso es zum Kampfe kam, sind nicht von allgemeiner Bedeutung. Es handelt sich um Kniffe und Schliche, um Auslegungen von Protokollen, wie meistens in solchen Fällen. Aber was das international Bedeutsame an diesem Kampfe ist, ist die Tatsache, daß diese 3000 Arbeiter, **es sind 70% Frauen**, die zwei Nationalitäten, der tschechischen und der deutschen und vier Parteien angehören, bis zum heutigen Tage mit einer bewunderungswerten Entschlossenheit und Begeisterung kämpfen und daß sie jetzt, wo es nach sechs Wochen um die Entscheidung geht, wo Gendarmerie in den Orten eingerückt ist, wo man sie zu provozieren trachtet, wo man Streikbrecher anwirbt, mit verdoppelter Begeisterung kämpfen. Es geht um eine Stunde in der Woche, und um diese eine Arbeitsstunde kämpfen diese 3000 Proletarier bereits sechs Wochen und sie kämpfen wie ein Mann; trotz aller Versuche und aller Mittel haben sich nach sechs Wochen bloß 70 Arbeitswillige gefunden, bezeichnenderweise Hakenkreuzler und Christlichsoziale, die mit Leichtigkeit von den Ausgesperrten an der Arbeitsaufnahme verhindert wurden. Als es heute darum ging, daß diese Streikbrecher in die Betriebe gehen sollten, da waren in der sechsten Morgenstunde, bei eisiger Kälte, hunderte Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Beinen, um die Handvoll Verräter auseinanderzujagen. Trotzdem die Kommunisten innerhalb der 3000 Ausgesperrten nur eine wenn auch bedeutende Minderheit sind, ist der ganze Kampf von ihrem Geiste beseelt; die Einheitsfront der Arbeiter ist in diesem Orte und in diesem Kampf eine Tatsache geworden. Und die reformistischen Gewerkschaften, die diesen Kampf führen, befinden sich den Arbeitern gegenüber in einer schwierigen Situation. In der Kampfleitung, in den Betriebsversammlungen, in den Vertrauensmännersitzungen liegt die tatsächliche Führung in den Händen der kommunistischen Arbeiter.

Es ist zur Stunde noch nicht abzusehen, wie dieser heroische Kampf enden wird. Trotz aller Hinweise von seiten der Kommunisten haben es die reformistischen Gewerkschaften bisher nicht unternommen, den Kampf zu verbreitern. Die Unternehmer zeigten sich bisher unnachgiebig, trotzdem sie bereits schwere Verluste erlitten haben; und die Behörden, voran das Ministerium für Soziale Fürsorge, das von dem bekannten tschechischen Sozialdemokraten **Habrmann** geleitet wird, verhalten sich „neutral", also arbeiterfeindlich, sie wagen es nicht, in der strittigen Frage eine klare und eindeutige Entscheidung zugunsten des Achtstundentages zu fällen, sie schicken Gendarmerie, um die Unternehmer zu schützen, kurz sie handeln als demokratische Behörden. Der Kampf der Tannwalder Textilarbeiter ist der erste Versuch der tschechoslowakischen Arbeiterschaft, die Offensive der Unternehmer gegen die achtstündige Arbeitszeit zum Stehen zu bringen. Es zeigt von der wunderbaren Kampfkraft des tschechoslowakischen und vor allem des nordböhmischen Proletariats, ohne Unterschied der Nationalität, daß diese 3000 Arbeiter in diesem furchtbaren Winter — noch liegt draußen in Tannwald meterhoch der Schnee — wochen-, ja monatelang hungern und kämpfen, um eine Arbeitsstunde in der Woche, um die eine Stunde, die den Achtstundentag bedeutet.

Die II. Lehrer-Internationale.

Ein klassisches Beispiel der Spaltungstätigkeit der Amsterdamer.

** (RGI.) Auf dem Kongreß in Bordeaux im Jahre 1920 wurde die Internationale de l'Enseignement (Erziehungspersonal, Lehrer usw.) gegründet und im Jahre 1922 auf dem internationalen Kongreß in Paris reorganisiert. Seitdem haben sich eine Reihe nationaler Lehrerorganisationen dieser Internationale — genannt die von Paris — angeschlossen. Im ganzen sind zurzeit neun Sektionen, von denen hier nur die „Französische Gewerkschaft der Lehrer (CFTU.)", der „Allrussische Verband der Bildungs- und Erziehungsarbeiter", das „Syndicato Majiotrale italiano" und das luxemburgische „Syndicat des Instituteurs" genannt werden. Der Anschluß der bulgarischen Organisation der Lehrer ist nur durch die dortigen faschistischen Zustände verzögert worden. Wenn diese internationale Organisation noch schwach ist, so ist dies sicherlich nur ein Grund, sie zu stärken.

Seit mehr als zwei Jahren bemüht sich Amsterdam jedoch, ein neues internationales Berufssekretariat der Lehrer einzurichten. Der Gründungskongreß ist auf den 16. und 17. April 1924 nach Leipzig einberufen worden.

Anfänglich war von den Einberufern beabsichtigt, alle Lehrerorganisationen, auch die schon bestehende internationale Lehrerorganisation, die „Internationale de l'Enseignement", zu dem Gründungskongreß einzuladen. Das Generalsekretariat dieser Pariser Internationale war auch bereit, die Einladung anzunehmen, und dokumentierte schon hierdurch seinen festen Willen, die Einheitlichkeit der internationalen Lehrerorganisation mit aller Kraft aufrechtzuerhalten. **Sassenbach vom Büro des IGB. lehnte jedoch die Teilnahme der Pariser Internationale ab, weil Amsterdam eine neue, eine II. Lehrer-Internationale gründen will,** „die den Standpunkt des IGB. annimmt". Mit anderen Worten heißt das: Amsterdam will sich eine Lehrer-Internationale schaffen, die sein Werkzeug ist, mögen darüber auch die allerorts noch schwachen Kräfte der internationalen, gewerkschaftlich orientierten Lehrerschaft zerschlagen werden. Hier zeigt sich das wahre Gesicht der Amsterdamer Spaltungsapostel, die rücksichtslos alles spalten, was sich ihrem konterrevolutionären Beginnen entgegenstemmt, während sie auf der anderen Seite gegenüber dem Bestreben der RGI., alle revolutionären Kräfte in allen Ländern zusammenzufassen, immer wieder den Vorwurf der „Spalterei" erheben.

Ein klassisches Schulbeispiel fürwahr!

Auch heute ist die Pariser Internationale noch immer bereit, ihren Willen zur Einheit der internationalen Lehrerorganisation zu dokumentieren. Denn nicht die Schaffung einer neuen internationalen Lehrerorganisation, die sich dem IGB. anschließt, erfordert die Situation in der internationalen Lehrerbewegung, sondern eine einheitliche Lehrer-Internationale, die nicht ein Anhängsel Amsterdams ist, sondern alle zerstreuten Kräfte der zu freigewerkschaftlicher Betätigung bereiten Lehrerschaft der ganzen Welt sammelt, ist das Erfordernis, das den Interessen der internationalen Lehrerschaft dient. Amsterdam will nicht diesen Interessen dienen, sondern will die internationalen Lehrer auseinandertreiben, die alle einen gemeinsamen Feind haben, im selben Elend leben und unter den gleichen Nöten leiden.

Die Arbeiter, Angestellten, Beamten und Lehrer aller Länder werden aus diesem Beispiel leicht erkennen, wer mit ganzer Kraft die Einheit der Lehrer-Internationale aufrechterhalten will, und wer mit allen Mitteln die einheitliche Front der Lehrer der Welt zerschlägt.

Aus der Internationale

Der Parteitag der KPÖ.

Von Alois Neurath (Prag).

** Es ist kein Zweifel, daß die österreichische Sektion der KI. trotz des Geredes von der Stärke der Wiener Sozialdemokraten überaus günstige Entwicklungsbedingungen hat. Auf Grund des Genfer Vertrages hat die christlichsoziale Regierung, und zwar mit Hilfe der österreichischen Sozialdemokratie, die ökonomische Kraft des Proletariats an das westeuropäische Finanzkapital verschachert. Die Seipel-Regierung bekommt die Kredite, die sie brauchte, um die österreichische Währung zu stabilisieren. Mit diesem Ergebnis konnte die Bourgeois-Regierung mit Hilfe des ausländischen Kapitals ohne die unmittelbare Unterstützung der Sozialdemokratie gelangen; sie verzichtete daher auf das Mitregieren der Herren Doktor Bauer und Renner und machte sich über das Liebeswerben dieser sozialistischen Revolutionäre lustig.

Die Sozialdemokratie nützte ihrerseits jeden Wirtschaftskampf aus, um der Seipel-Regierung fühlen zu lassen, daß sie jedenfalls nicht besser fährt, wenn die Sozialdemokraten außerhalb der Koalition stehen. Die politischen und Gewerkschaftsführer der Sozialdemokraten wußten es natürlich stets zu verhindern, daß diese Kämpfe besonders ernste Formen annahmen. Die Kämpfe der Metallarbeiter, der Industrieangestellten, der Holzarbeiter und anderer Berufe endigten mit so schlechten Kompromissen, daß die Arbeiter mit diesen „Erfolgen" nichts weniger als zufrieden waren. Nach dem Bankbeamtenstreik, der gleichfalls mit einem Kompromiß in den nebensächlichen Fragen abgeschlossen wurde (in den grundsätzlichen Streitfragen haben die Finanzkapitalisten vollkommen gesiegt), kündigen die Unternehmer der größten Berufsgruppen neue Kämpfe an. Es wird sich sehr bald zeigen, daß die österreichischen Sozialdemokraten zwar eine schlauere, aber ganz gewiß keine bessere Politik machen werden als die reichsdeutschen Sozialisten oder die Sozialdemokraten anderer kapitalistischer Staaten. So wie anderwärts werden auch die Führer der österreichischen Sozialdemokratischen Partei während der bevorstehenden großen Wirtschaftskämpfe dafür sorgen, daß die Arbeiter von ihren demokratischen Illusionen befreit werden. **Dieser Prozeß würde rascher fortschreiten und zu günstigeren Ergebnissen führen, wenn wir in Österreich eine gute KP. hätten.**

Das ist nun keineswegs der Fall; wir müssen das schon ganz offen sagen. Wir wollen hier nicht noch einmal von den alten Geschichten der Gründung der KPÖ. und ihren ersten Kämpfen sprechen. Es soll nur festgestellt werden, daß in dieser Partei bereits seit zwei Jahren ein schauderhafter Fraktionskampf tobt. Es ist der Fraktionskampf im schlechtesten Sinne des Wortes, denn es handelt sich um keine oder nur um ganz geringe sachliche Differenzen. Für die Beilegung dieser sachlichen Differenzen hat die Komintern vor länger als einem halben Jahre gesorgt. Die Erweiterte Exekutive der Komintern hat sich in ihrer letzten Sitzung nochmals mit der österreichischen Frage beschäftigt und zum wiederholten Male festgestellt, daß sachliche Differenzen nicht vorhanden seien, und daß sich infolgedessen die Fraktionsführer verständigen können und verständigen müssen, wenn sie die Interessen der Partei über ihre persönlichen Differenzen stellen. **Diese Beschlüsse der Erweiterten Exekutive wurden von den Führern beider Fraktionen auf das gröblichste verletzt.** Die eine Richtung, die auf dem vorletzten Parteitage über eine große Mehrheit verfügte, benützte diese Position, um alle Anhänger der zweiten Richtung aus einflußreichen Stellungen zu entfernen. Der andere Teil ging im Fraktionsfanatismus so weit, während der Nationalratswahlen direkte Sabotage zu betreiben, ja in einem Fall wurde bei einer Gemeinderatswahl der offiziellen Kandidatenliste der Partei eine Fraktionsliste entgegengesetzt u. a. m. Die Exekutive mußte nochmals die österreichische Frage behandeln und noch unmittelbarer auf die Verhältnisse in der KPÖ. Einfluß nehmen als früher.

Nach den Wahlen wurde der Parteivorstand außer Funktion gesetzt und eine provisorische Parteileitung gewählt, die gemeinsam mit dem Komintervertreter einen neuen Parteitag vorbereiten sollte. Diese Körperschaft hat einige Erfolge erzielen können. Sie war imstande, den Rückgang der Partei aufzuhalten. Seit Wochen steigt, wenn auch nur im geringen Maße, die Auflage der „Roten Fahne"; auch die Mitgliederzahl hat zugenommen. Die Hoffnungen, daß der Parteitag diese Ergebnisse mit Freuden begrüßen und die entsprechenden Konsequenzen ziehen wird, schienen daher berechtigt. Allein die provisorische Parteileitung hat ihre Rechnung ohne die fanatischen Fraktionisten gemacht. Die Beschlüsse der provisorischen Parteileitung, die sich auf die Durchführung des Parteitages bezogen, wurden gröblichst verletzt. Auf dem Parteitag zeigte sich deutlich, daß mit den Fraktionisten — und es handelt sich hier um ganz wenige unbelehrbare Fanatiker — nicht zu sprechen ist. Sie müssen nur deutlich fühlen, daß die KP. mit sich nicht spielen läßt. Diese Handvoll Genossen hat auch den letzten Parteitag zum Tummelplatz ihrer Fraktionskämpfe herabgewürdigt. Die kommunistisch gesinnten Arbeiter und Arbeiterinnen haben mehr als einmal gezeigt, daß sie den Fraktionskampf ablehnen, daß sie ihn verabscheuen. Daß die provisorische Parteileitung bis zum Parteitag alle Fraktionskämpfer schonend behandelte, war durchaus begründet. Nach dem Parteitag ist diese Schonung völlig überflüssig und schädlich geworden. Das aus dem Parteitag hervorgegangene Vollzugsorgan muß nun mit fester Hand dem fraktionellen Treiben in den Reihen der KPÖ. ein Ende bereiten. Die Partei wird nichts verlieren, wenn sie die Fraktionskämpfer, die, wenn auch meistens unbewußt, an der Zerstörung der Partei arbeiten, verliert.

Eine Lenin-Bibliothek in Amerika.

** Das Zentralexekutivkomitee der Workers Party von Amerika hat die Herausgabe einer Lenin-Bibliothek beschlossen. Sie soll 40 Bände umfassen von insgesamt 1600 Seiten. Jeder Band soll mit einem Vorwort und Anmerkungen versehen sein. Sieben dieser Bände erscheinen zum erstenmal in englischer Sprache und drei existieren nur in unvollständigen Ausgaben.

Die Ausgabe wird enthalten: 1. Marx und der Marxismus. 2. Der Imperialismus, die letzte Stufe des Kapitalismus. 3. Die Agrarfrage in Amerika. 4. Staat und Revolution. 5. Die Gestaltung des Bolschewismus. 6. Der Kampf gegen die II. Internationale. 7. Die Kinderkrankheiten des Kommunismus. 8. Die Organisierung der Revolution. 9. Die Arbeiterklasse und die Farmer. 10. Die unterdrückten Völker und die Revolution.

Der Hauptzweck der Lenin-Bibliothek besteht darin, den intelligenten Arbeitern ein vollständiges Bild des Leninismus zu bieten. Um den Leninismus zu verstehen, ist es nötig, die Leninische Interpretation der marxistischen Methode kennen zu lernen. Der erste Band wird daher die Aufsätze Lenins über Marx und die marxistische Methode umfassen. Drei Bände werden Lenins konkrete Analyse der Grundlagen unseres Zeitalters enthalten. Der Band „Imperialismus" wird zum ersten Male in englischer Sprache vollständig erscheinen. Der Band über die Agrarfrage ist gerade jetzt für Amerika besonders aktuell. Der Band „Staat und Revolution" wird das gesamte Material über die Frage der proletarischen Diktatur enthalten. Was Lenin über die Rolle der kommunistischen Parteien gesprochen und geschrieben hat, ist im 5. Bande zusammengetragen, während im 6. Bande im wesentlichen Aufsätze aus dem Sammelbande „Gegen den Strom" veröffentlicht werden. Der Band über die Organisierung der Revolution soll Lenins Schriften aus der Zeit von März bis November 1917 und seine Analyse der Lehren des bewaffneten Aufstandes vom Jahre 1905 umfassen. Der Band „Die Arbeiterklasse und die Farmer" wird Lenins wichtigste Schrift über dieses Thema wie „Das Verhältnis zum mittleren Bauernstand", „Die Arbeiterklasse und die Farmer", „Die neue ökonomische Politik in Sowjetrußland" bringen. Der letzte Band wird enthalten die in „Gegen den Strom" und anderweitig publizierten Studien über die Nationalitätenfrage.

Die Lenin-Bibliothek wird ein wichtiges Erziehungsmittel für die amerikanischen Arbeiter bilden.

Deutschlandhilfe

Der deutsche Reichskongreß der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH).

16. März 1924.

Von G. G. L. Alexander.

** Der diesmalige Kongreß ist einer der am stärksten von allen Kongressen besuchte, die die IAH. seit ihrem Bestehen abgehalten hat. Frau Mathilde Wurm begrüßt die Anwesenden und erteilt dem ersten Referenten Dr. Kuczynski das Wort, der über „Ursachen und Umfang der Not in Deutschland" spricht. Er sagt

unter anderm, daß der jetzigen katastrophalen Notlage der deutschen Bevölkerung schon acht Jahre Unterernährung und Entbehrung der lebensnotwendigsten Dinge vorangegangen seien und zeigt an Hand von aufschlußreichen Zahlen den Umfang dieser durch so viele Jahre vorbereiteten Notlage. Die Massen müssen **hungern** wegen der **Wucherpreise der Landwirte**, sie müssen **frieren** wegen der **Wucherpreise für Kohlen** und andere Rohprodukte.

Das deutsche Volk ist belogen worden, wie nie ein Volk in der Welt auf allen Gebieten. Im Kriege hieß die Ursache der Not Blockade! Wenn die Bauern, wie sie bereit waren, ihren letzten Sohn zu opfern, auch ihr letztes Schwein geopfert hätten, wäre die Not nicht so groß gewesen. Dann hieß es **Reparationen und Ruhreinbruch.** Wenn diejenigen, die die Gewinne gehabt haben, bereit gewesen wären, Steuern zu zahlen, wären Reparationen und Ruhreinbruch nicht so verhängnisvoll gewesen. Nicht die Massen sind schuld am Hunger, sondern das **Kapital. Wenn aber das Volk sich nicht ändert, wird noch in zehn Jahren die Hilfe der IAH. notwendig sein.**

Als zweiter Redner sprach Frau **Kraus-Fessel** über den **Abbau der sozialen Fürsorge.** Die Referentin konstatiert **den vollständigen Zusammenbruch der sozialen Fürsorge in dem Augenblick, in dem sie am meisten in Anspruch genommen werden mußte.** Die Ausbreitung der Tuberkulose kann nicht mehr zahlenmäßig festgestellt werden, weil alle Institute ihre Arbeit eingeschränkt haben, zum Teil ganz aufgelöst worden sind. 50% der Tuberkulösen zum Beispiel haben kein eigenes Bett, 60 bis 70% keine Bettbezüge. Auf der anderen Seite sind die Plätze in den Heilstätten aus „Sparsamkeitsrücksichten" um 4000 verringert worden. Die Referentin spricht über die Ausdehnung anderer Krankheiten, zum Beispiel des Kindbettfiebers und der Geschlechtskrankheiten, die besonders katastrophal ist. Außerordentlich schwer betroffen sind die Kinder. Ihr Elend wird in den Schulen besonders sichtbar. Viele sind seit Weihnachten kaum noch mit warmem Wasser gewaschen worden, haben kein Hemd und kommen ohne jeden Imbiß in die Schule usw. Der ganze Umfang dieses Elends ist kaum abzuschätzen, und demgegenüber bedeutet die Schließung der öffentlichen Bäder, Krankenhäuser in allen größeren Städten eine katastrophale Schädigung der Volksgesundheit. Ebenso steht es mit der privaten Wohltätigkeit Die innere Mission hat 86% ihrer Einrichtungen abgebaut. Alles, was geschehen ist, um der Not abzuhelfen, war höchst dilettantisch, unwürdig und unzureichend. Die Referentin erinnert an die Wohltätigkeitstees und Boxkämpfe. Gesetzgeberisch ist nichts geschehen als nur einschränkende Maßnahmen, zum Beispiel die Verweisung der hilfsbedürftigen Jugend, der Kriegsbeschädigten, der Hinterbliebenen und Kleinrentner auf den Stand der Armenpflege. Die proletarischen Selbsthilfeorganisationen — in erster Linie die IAH. — sind die einzigen, die systematisch sofort und ernst eingegriffen haben. Sie sind die einzigen, die im Augenblick der äußersten Not nicht erlahmt sind, sondern gerade dann zum Teil erst geboren werden oder anwachsen.

Im Namen des Allgemeinen Bankangestelltenverbandes spricht der Referent Emonts über die **Not der Angestellten und Beamten** und über das **Verhältnis der Gewerkschaften zur IAH.** Die Gewerkschaften seien zu Kostgängern der Bourgeoisie geworden, und infolge der Inflation sind sie nicht mehr imstande, Unterstützungen zu gewähren, im Gegenteil erhalten sie noch Zuschüsse von der Regierung. Der Referent schildert die Notlage der Angestellten und Beamten der Banken und des Staates. 33% sind erwerbslos, der Stundenlohn beträgt 35 Pfennig bis 1 Mark. Die Not betrifft nicht die höheren Beamten, sondern die kleine Beamtenschaft, von der bis zum 1. April 35% abgebaut worden sind. In der IAH. herrscht ein Elan und eine Opferwilligkeit, wie sie durch die Gewerkschaften nicht aufzubringen seien. Deshalb sei ein Zusammengehen notwendig. Auf verschiedene Zwischenrufe hin meint er, daß er auch nicht an diese Möglichkeit glaube, aber er halte es für seine Pflicht, diesem Wunsche hier Ausdruck zu geben.

Darauf gibt Frau **Wurm** den Bericht über die Arbeit der IAH. Nach einem kurzen Überblick über die Entwicklungsgeschichte und einem Protest gegen die Feindseligkeiten ihrer eigenen Partei- und anderer Kreise gegenüber der IAH. betont sie die Notwendigkeit der internationalen Solidarität aller Arbeiter, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit. Die IAH. hat bis jetzt 125 Ortsausschüsse in Deutschland, und täglich kommen Neuanmeldungen hinzu. Sie berichtet im einzelnen über die verschiedenen Hilfsaktionen der IAH. Die erste Hilfe im Herbst bestand in verschiedenen Brotverteilungen. Dann ging man über zur Verteilung von warmen Mittagessen. Bis zum 15. März wurden 1,715.000 warme Mahlzeiten in Deutschland ausgegeben, 17.500 Pakete verteilt. Von Weihnachten an wurden 546.000 Brote verteilt. Im Rheinland wurden für die Kinder von Streikenden besondere Milchküchen eröffnet. Die Hilfe in Berlin begann mit 2000 Portionen täglich im Oktober. Im Februar wurden 10.000 Portionen täglich verteilt. Die Referentin zählt ungefähr 20 Fälle auf, in denen streikende Organisationen unterstützt wurden. Sie spricht über die Schwierigkeiten, die der IAH. in den verschiedenen Städten durch Behörden, zum Beispiel in Hamburg und München gemacht wurden. In München hat sich die IAH. jetzt endlich durchgesetzt. In Hamburg sind noch immer die Sammlungen nicht genehmigt. Im allgemeinen aber haben die Magistrate vieler Städte Verständnis und Entgegenkommen gezeigt. Es folgt ein Bericht über die Hilfe der Künstler, die durch verschiedene Veranstaltungen in verschiedenen Städten die IAH. unterstützt haben. Eine besondere Aufgabe ist die Künstlerhilfe. In Berlin bestehen jetzt vier Kinderhorte, in denen ungefähr 500 Kinder nachmittags, nachdem sie eine warme Mahlzeit erhalten haben, in warmen Räumen unter Aufsicht beschäftigt werden, abends noch einmal Kakao und Semmeln erhalten. Holland gebührt besonderer Dank für die Kinderhilfe. Es gingen zwei Transporte mit zusammen 400 Kindern nach Holland; 50 Kinder nahm die Schweiz zur Erholung auf drei Monate auf. In einem Kinderheim der IAH., in Prerow a. d. Ostsee, wurden 25 Kinder untergebracht. Die Tschechoslowakei will 1000 Kinder aufnehmen, aber durch die Schwierigkeiten, die dort die Regierung macht, wurde der Transport hinausgeschoben. Ungeheuer viel Sachspenden, Kleider und Nahrungsmittel, sind aus England, Frankreich und Amerika gekommen. Nähstuben zum Ausbessern eigener Sachen wurden eingerichtet für diejenigen, die zu Hause keine Möglichkeit, kein Material und keine Heizung haben. Gleichzeitig dienen diese Nähstuben zur Verarbeitung der gespendeten Sachen. Zu solchen Anfängen produktiver Erwerbslosenfürsorge gehören auch die ärztlichen Beratungsstellen, die der Hilfe der Ärzte und des proletarischen Gesundheitsdienstes zu verdanken sind, und die jeder Küchenteilnehmer in Anspruch nehmen kann. Es werden dort Medizin und Stärkungsmittel ausgegeben. Auch Gewerkschaften treten korporativ der IAH. bei. Ferner sind beigetreten der Jugendbund Schwarz-Rot-Gold und der Arbeiter-Samariter-Bund. Die Referentin ruft alle Organisationen und Freunde auf, der IAH. beizutreten und sie zu unterstützen, damit das Hilfswerk auf eine immer breitere Basis gestellt wird.

Begrüßt von starkem Beifall sprach **Salles (Paris)** als Vertreter des französischen Arbeiterhilfskomitees, das in Frankreich als einzige Organisation — allen Widerständen zum Trotz — für die deutsche Hungerhilfe mit Erfolg wirkt und sammelt. Nach ihm sprachen **Hoogcarspel** (Holland), **Laursen** (Dänemark) — die alle intensive Fortsetzung der Hilfsarbeit zusagten. Die Vertreterin des IAH.-Komitees der englischen Arbeiterschaft, **Miß Crawfurd**, schilderte die heutige englische Lage und forderte in warmen herzlichen Ausführungen engste Zusammenarbeit der deutschen und englischen Arbeiterschaft zur Hebung der beiderseitigen Lage, vereint mit der Arbeiterschaft aller Länder.

Willy Münzenberg untersuchte in einem von stärkstem Beifall mehrfach unterbrochenen Referat den Stand der deutschen Notlage und die sich daraus ergebenden nächsten Aufgaben der IAH. in Deutschland. Die Notlage hat sich nach außen hin gebessert, in Wirklichkeit wütet der Hunger noch.

Münzenberg polemisiert sodann gegen seine Feinde links und rechts — besonders gegen den „Vorwärts". Das Stichwort zu allen Schikanen von Regierung und Polizei hat der „Vorwärts" gegeben. Gerade dieser Vorwärtshetze aber verdankt die IAH. viele ihrer bürgerlichen Freunde, die durch das Treiben des „Arbeiterblattes" angewidert wurden, wie Einstein, Graf Arco usw. Er ruft auf, daß alle sich in den Dienst der **Werbearbeit vom 30. März bis 1. April** stellen.

Es folgte als Referent des Zentralkomitees für die deutschen notleidenden Werktätigen aus den russischen Sowjetrepubliken **Aussem.** Er spricht über die Beteiligung des russischen Proletariats an der Hilfsaktion, erzählt von den Bauern der Krim, die nicht nur ihr Steuergetreide mit Musik zum Sowjet gebracht haben, sondern neben der Wagenreihe mit dem Steuergetreide noch eine zweite für die hungernden deutschen Kinder aufgefahren haben. Er sagt, daß man in Rußland weniger Vorurteile habe und daß das Wort „Hilfebrot ist bitter", das hier gefallen sei, dort nicht gelte. Nicht jedes Hilfebrot sei bitter, das Brot der IAH. von 1921 sei für die Hungernden in Rußland nicht bitter gewesen und sei es auch heute nicht für die in Deutschland.

Das Brot der IAH. sei leibliches und geistiges Brot, das Brot der Solidarität, die zu fördern weiter die Aufgabe der IAH. sei.

Es folgten die Berichte von den verschiedenen Landes- und Bezirkskomitees der IAH. Aus all diesen Berichten wird die Opferfreudigkeit ersichtlich, mit der den deutschen notleidenden Arbeitern, ihren Frauen und Kindern durch die Organisation der IAH. geholfen wird, trotz aller Schwierigkeiten und Bedrängnisse, die zum Beispiel unsere französischen Freunde dabei zu überwinden haben.

Der Kongreß schloß mit der Annahme der Entschließung: „Gesteigerte Fortführung und Vertiefung der deutschen IAH.-Hungerhilfearbeit" und erneute den Appell an die deutsche und die internationale Öffentlichkeit.

Unsere Märtyrer

Dem Andenken Leo Jogiches.

Ermordet am 10. März 1919.

Von Peter Maslowski.

** Leo Jogiches ist dem deutschen und dem internationalen Proletariat bei weitem nicht so bekannt wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Klara Zetkin, diese alte Garde des Spartakusbundes, von der nur noch die greise Kämpferin Zetkin lebt. Und doch ist sein Name unzertrennlich verknüpft mit der ruhmreichen Vergangenheit des Spartakusbundes, doch war er den genannten großen Vorkämpfern und Märtyrern des Kommunismus in Deutschland der getreueste Mitarbeiter und tatkräftigste Helfer. Doch war er derjenige, der fast Übermenschliches geleistet hat für die deutsche Revolution zu einer Zeit, wo blutgierige Generale, gemeinster Sozialverrat und Mordkugeln gedungener weißer Banditen aufrechte Revolutionäre gewohnheitsmäßig ermordeten. Daß dieser Blutzeuge des Kommunismus den Massen fast ganz fremd war und eigentlich erst durch seinen Tod dokumentierte, was die Kommunistische Partei und das Proletariat an ihm verloren, daß gerade ist das allergrößte an ihm. Nie sah die Welt so viel Bescheidenheit und Zurückhaltung gegenüber der Masse bei solcher Größe. Er war der stille Organisator, er war derjenige, der Karls kühnen Feuergeist weitschauend verband mit Rosas theoretischem Blick, um beide restlos nutzbar zu machen für die Partei und für die Revolution. Wer weiß es, daß Leo zur Kriegszeit, wo Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Klara Zetkin und Franz Mehring im Gefängnisse saßen, der Eckpfeiler der ganzen Spartakusbewegung gewesen ist? Doch nur die wenigsten! Er wußte, wie man Rosas und Karls Spartakusbriefe aus der Zuchthauszelle herausbekommen konnte. Er fand die illegale Druckerei für die Flugblätter, die die Massen zum Bürgerkrieg gegen den imperialistischen Krieg aufriefen. Er war Redakteur und Drucker zugleich. Er knüpfte die Fäden bis hin zu den fernsten Fronten, um die Saat der Revolution in die Soldatenmassen zu werfen. Daß er, der von den Sozialpatrioten Bestgehaßte, von den Spürhunden der Wilhelminischen Kriegsbehörden am wütendsten Verfolgte, der „Ausländer", der Pole, so lange in dem schlimmsten Toben des Völkermordens und Völkerhasses den Keim der proletarischen deutschen Revolution legen konnte, das war fast ein Wunder. Er war ein Genie für illegales, konspiratives Arbeiten, dieses unterirdische Wirken, daß er bereits persönlich erprobt hatte im Feuer der Revolution von 1905 in Polen, Seite an Seite mit seiner treuesten Mitkämpferin Rosa Luxemburg.

Wer ihn nicht gekannt in seiner Arbeit, kann sich keinen Begriff machen von der ungeheuren Arbeitskraft dieses Mannes. Er war in seiner Person der organisatorische Zentralpunkt der Partei unter den unerhörtesten Schwierigkeiten, mitten in den revolutionären Wirren, zu einer Zeit, wo Schikanen durch die Noske-Garden, wo Haussuchungen in den Büroräumen der Partei, wo Zerstörung des Parteimaterials, wo Verhaftung von Parteifunktionären auf der Tagesordnung standen. Was hatte er nicht alles in seinem Kopf. Soeben hatte er mit einem Papierhändler, so sachkundig wie sonst keiner, gefeilscht um einen Posten Papier für Flugblätter und Zeitungen. Schon empfing er irgendeine Delegation aus dem Reich, mit der er eingehend, aber bestimmt und präzise die Parteiarbeit in der Heimatgegend der betreffenden Genossen besprach. Dann wieder nahm er an einer Redaktionssitzung teil, in der er stets der anregende und entscheidende Faktor war. Gleich darauf besprach er in einer kleinen Konferenz der Hauptfunktionäre der Partei die nächsten organisatorischen und politischen Arbeiten. Kurzum, er war überall, alle Fäden liefen in seiner Hand zusammen, und er war hart und unerbittlich gegenüber jedem Genossen. Er forderte die Anspannung der letzten Kräfte und die volle Entwicklung aller vorhandenen Fähigkeiten. Aber man empfand das weder als Pedanterie noch als Schikane, weil jeder es genau sehen konnte, daß er am unerbittlichsten und härtesten gegen sich selbst war und selbst das Höchstmaß an Kraft und Arbeit der Partei gab.

Nach der Ermordung Rosas und Karls fielen alle Lasten der Parteiarbeit um so schwerer auf seine Schultern. Wir haben ihn keinen Augenblick weich, klagend und vor Schmerz und Trauer niedergebeugt gesehen. Er, dem die liebsten Freunde und Mitkämpfer geraubt wurden, er, der genau wußte, welch einen furchtbaren Schlag die deutsche Revolution durch die Ermordung Karls und Rosas erlitten hatte, er blieb derselbe ruhige und sachliche Parteiarbeiter. Er ward nur noch gestrenger sich selbst gegenüber — nur, wer seine Züge aufmerksam studiert hat, weiß, daß ein harter Ton in seinem Gesichtsausdruck war, der besagte: Und nun erst recht, wir wollen sie rächen, indem wir unsere Feinde zerschmettern.

Dann ereilte auch ihn das Schicksal eines Revolutionärs. Die weiße Bestie wußte genau, warum sie nach Karl und Rosa mit ihren Krallen im März 1919, während der revolutionären Kämpfe in Berlin, gerade Leo packte. Als im Moabiter Gefängnis der Feldwebel Tamschik, der dafür unter Noske zum Leutnant befördert wurde, ihm von hinten eine Kugel in den Kopf jagte — „auf der Flucht erschossen", lautet in Ebert-Deutschland die Formel für einen solchen Meuchelmord — da war ein Mann gefallen, der neben Karl und Rosa ein Hauptpfeiler der deutschen Revolution war. Er ruht auf jenem Großstadtfriedhof im proletarischen Osten Berlins, vereint im Grabe mit Liebknecht und Luxemburg. Nur wenige Genossen konnten ihm im Wüten des weißen Schreckens die letzte Ehre erweisen. Die Spürhunde Noskes waren hinter uns her. Noch wurden die Revolutionäre füsiliert, noch standen die Haubitzen und Kartätschen Noskes in den engen Arbeiterstraßen des proletarischen Berlins, noch klafften ganze Häuserreihen von den Granattreffern in Schutt und greulicher Verwüstung: Das brutale Gesicht des weißen Schreckens im März 1919, aus dem das deutsche Proletariat noch immer nicht gelernt hat.

Was uns allen ein Jogiches sein muß, das ist, daß wir an ihn lernen wollen den wahrhaften kommunistischen Willen, Opfer zu bringen für die heilige Sache des Proletariats. Nicht des Lobes und des Ruhmes wegen, sondern einfach der selbstverständlichen Pflicht wegen. Nicht bloß glänzende Reden schwingen und geistreiche Artikel schreiben, sondern sein ganzes Leben restlos einstellen auf die Revolution!

Leo Jogiches muß vor allem uns, der jüngeren Generation, ein leuchtendes Vorbild werden, wie ein wirklich kommunistischer Parteiarbeiter kämpfen und arbeiten muß — bis in den Tod.

Nachrufe

Dimiter S. Popow.

** Am 18. März starb in Wien einer der besten Genossen unserer bulgarischen Bruderpartei, Dimiter S. Popow, der früher Abgeordneter in der Sobranje, Gemeinderat in der Stadt Varna und Vertreter der Komunistischen Partei Bulgariens im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in den Jahren 1921 und 1922 war.

Genosse Popow stammte aus einer kleinbürgerlichen Familie. Schon als Schüler gehörte er der sozialistischen Schülergruppe in Varna an; als Student an der technischen Hochschule in München gründete er die dortige bulgarische sozialistische Studentengruppe. Eine Erkrankung zwang ihn, sein Studium zu unterbrechen und heimzukehren. In Bulgarien wandte er sich dem Studium der Rechtswissenschaften zu und betätigte sich auf das eifrigste in der Arbeiterbewegung. Als überzeugter geschulter Marxist und guter Redner, von klugem, aufrichtigem und ehrlichem, dabei bescheidenem und liebenswürdigem Wesen wurde er bald der anerkannte Führer der Arbeiter in seiner Heimatstadt Varna, wo er sich als Rechtsanwalt niedergelassen hatte. Auch seine Gegner mußten ihm größte Hochachtung zollen. In kurzer Zeit wurde er von den Arbeitern zum Gemeinderat und später zum Abgeordneten gewählt.

Den langen heftigen Kampf zwischen den reformistischen (weitherzigen) und den revolutionären (engherzigen) Sozialisten Bulgariens hat er auf der Seite der letzteren mitgemacht und in seiner Heimatstadt die Reformisten völlig besiegt. Als sich nach dem Kriege die Partei der Engherzigen in die Kommunistische Partei Bulgariens umwandelte, war er einer der ersten Berater auf dem Gründungsparteitage.

Die Kämpfe im September 1923 trafen ihn in **Varna**. Er wurde zusammen mit vielen anderen verhaftet und sollte ermordet werden, da die faschistische Feme auch ihn zum Tode verurteilt hatte. Mit Mühe wurde er damals vom Tode gerettet; aber die Ereignisse im September und die Ermordung seiner besten Freunde und Mitarbeiter, unter anderen des kommunistischen Bürgermeisters von Varna, Genossen **D. Kondoff**, hatten ihn so erschüttert, daß er tödlich erkrankte. Vergeblich suchte er in Wien Heilung. Am 18. März schloß er, kaum 45 Jahre alt, für immer die Augen.

Die bulgarischen Arbeiter und die Kommunistische Internationale haben einen ihrer Besten verloren. Sein Tod, den die faschistischen Mörder auf dem Gewissen haben, und die Schatten von 5000 ermordeten Arbeitern und Bauern Bulgariens rufen zum Kampfe auf. **Der große Tag der Abrechnung mit den Mördern in Bulgarien ist nicht mehr ferne!**

Buchbesprechungen

Trotzki: „Die Geburt der Roten Armee"*).

Von Viktor Serge.

** In der Zeit, als in Rußland die soziale Revolution im Reifen war, suchte die Reaktion sie im vorhinein, gewissermaßen auf präventive Art, zu ersticken. In den letzten Augusttagen des Jahres 1917, als die Kerensky-Regierung am Ruder war, marschierte **Kornilow** an der Spitze der Kosaken des General Krymow gegen Petersburg. Angesichts der Schwäche der Demokratie, in der es keine Möglichkeit gab, die Revolution aufrechtzuerhalten und weiterzutreiben, sahen sich die Arbeiterräte mit einem Mal vor die Notwendigkeit gestellt, den Kampf gegen Kornilow aufzunehmen, und sie formierten in aller Eile ihre roten Garden. Zwei Monate später, vierundzwanzig Stunden nach der Übernahme der Macht durch die Sowjets, was sich im großen und ganzen auf friedliche Weise vollzogen hatte, marschierten **Kerensky** und der Ataman **Krasnow** ihrerseits gegen Petersburg, dessen rasche Verteidigung Trotzki improvisierte. Die Roten Garden brachten den Kosaken auf den Höhen von Pulkowo eine entscheidende Niederlage bei. Nach diesem ersten Ansturm auf das revolutionäre Rußland verging auch nicht ein Tag, an dem nicht auf allen möglichen Punkten des Territoriums der Revolution Aufstandsversuche der Konterrevolution im Innern und imperialistische Angriffe an den äußeren Grenzen stattfanden. Zu wiederholten Malen schien es beinahe, als wäre die Revolution verloren. Was hat sie gerettet? Glänzende militärische Siege. Während einiger Jahre hat sich die Revolution fortwährend in Todesgefahr befunden. Aber sie hat es verstanden, jeden gegen sie gerichteten Schlag mit einem viel stärkeren Schlag zurückzuweisen. Den Armeen des Imperialismus und der Reaktion hat sie ihre Armeen entgegengestellt. Ihr Leben verdankt sie der Roten Armee.

Wenn es notwendig wäre, diese ganz offenkundige Wahrheit noch zu beweisen, würde das Buch **Trotzkis**: „Die Geburt der Roten Armee" dieser Aufgabe Genüge leisten. Der erste Band dieses Werkes liegt vor. Es ist eine Sammlung von Dokumenten, die sehr unvollständig sind, da viele in Verlust geraten sind, von Reden, Artikeln, Anordnungen, Befehlen, die in der Zeit zwischen dem 19. März 1918 und den letzten Novembertagen desselben Jahres von L. Trotzki verfaßt, beziehungsweise redigiert sind. Es ist ein Werk von ungeheurer Bedeutung, das vor unseren Augen vorüberzieht. In der Zeit von acht Monaten geleistet! Eine revolutionäre Armee aus dem Nichts gestampft! Zwei tödliche Gefahren siegreich überwunden! Vier Feldzüge auf einer Front von ungefähr 6500 km durchgekämpft!...

Es ist von Wichtigkeit, dieser gewaltigen Erfahrung eingedenk zu sein und zu wissen, unter welchen Bedingungen und aus welchen zwingenden Ursachen heraus die Rote Armee entstanden ist. Von der Armee des früheren Regimes, die sich gegen die sinnlose Schlächterei des imperialistischen Krieges erhoben hatte, war nichts als ein ungeheueres Material, das über das ganze ausgedehnte Rußland zerstreut war, übrig geblieben. Trotzdem machten sich die Führer der Revolution keine Illusionen über die Unvermeidlichkeit späterer Kriege. Am 20. Dezember 1917 hatte sich ein Kollegium konstituiert, das damit betraut war, die Bildung einer Roten Armee vorzubereiten. Aber der entscheidende Antrieb wurde erst durch die Bewegung im Mai-Juni 1918 gegeben, durch den Vormarsch der tschechoslowakischen Legionäre, der durch die französische Militärmission in vollem Einverständnis mit der Konterrevolution im Innern organisiert worden war.

Die Sowjets sehen sich plötzlich im Innern des Landes durch eine ausländische Armee bedroht. Sie selbst aber sind ohne Armee, um sich zu verteidigen, und es mangelt ihnen sogar an Brot. Da findet sich eine Handvoll klarblickender Organisatoren, deren Haupt Trotzki ist, um aus dem Wust bewaffneter Menschen und Gruppen, aus der Zahl der Parteigänger und Mitläufer von teils heroischer, teils wankelmütiger Art, deren Sinn sehr egoistisch war und die militärisch alles zu wünschen übrig ließen, im Laufe einiger Wochen eine immerhin bedeutende Armee zu schaffen, die einen Kampf siegreich bestehen konnte. Der erste große Sieg ist der, über die Tschechoslowaken am 10. September 1918, als die Einnahme von Kasan erfolgte.

Man muß jede Seite des Buches lesen, um nur eine Ahnung von den ersten Schwierigkeiten der revolutionären Verteidigung zu bekommen. Es fehlt vor allem an Technikern. Der Heldenmut des Arbeitersoldaten ist nicht imstande, die Kenntnisse des Offiziers wettzumachen. Keine Disziplin. Keine Intendanz. Kein Inventar des Materials. Die Munitionsfabriken sind nicht mehr im Betrieb. Die Kommandanten der Truppeneinheiten wissen sich nicht immer Gehorsam zu verschaffen, zweifeln an sich selbst. Linke Sozialrevolutionäre erklären inmitten ihrer Anhänger, daß es ihr Recht und ihre Pflicht sei, über die zur Aktion gegebenen Befehle vor ihrer Ausführung in öffentlichen Versammlungen zu diskutieren. Wenn dieser Zustand einige Monate dauerte, muß der Zusammenbruch unabwendbar kommen...

Als Trotzki in der Allrussischen Exekutive der Sowjets am 22. März 1918 sagt, daß die Sowjetrepublik eine Klassenarmee braucht, aber eine wirkliche, zentralisierte und disziplinierte Armee, da rufen ihm die Menschewiken **Dan** und **Martow** zu: „Ihr werdet einen neuen Kornilow erleben!" und vergessen ganz, daß dieser verfehlte Bonaparte durch ihre Schuld emporgehoben wurde in der Zeit, da sie an der Macht waren. Trotzki antwortete ihnen: „Wir werden vor der Geschichte gegen Euch Recht behalten." Dieser Ausspruch erscheint nunmehr, nach fünf Jahren, völlig gerechtfertigt. Die proletarische Klassenarmee, die Rote Armee, die durch die revolutionäre Klassenarmee aufgebaut und zusammengehalten wurde, hat keinen Bonapartismus gekannt. Und es ist ein neues Ereignis in der Geschichte: eine Revolution, auf die kein Bonapartismus gefolgt ist.

Trotzki muß übrigens einen langen Kampf gegen seine eigenen Genossen führen, um sie von der Notwendigkeit, in die Armee Berufsmilitärs aufzunehmen, die alle vom ehemaligen Regime übernomen werden mußten und im Grunde mehr oder weniger konterrevolutionär gestimmt waren, zu überzeugen. Man wendet ihm gegenüber ein: „Sie werden uns verraten." „Wir sind stark. Sie werden uns nicht verraten können", antwortet ihnen Trotzki, wie an einer Stelle des Buches zu lesen ist. Einige von ihnen werden tatsächlich zu Verrätern. Die Mehrzahl von ihnen aber verrichtet legal ihren Dienst. Jedem ehemaligen zaristischen Offizier wird in der Roten Armee ein kommunistischer Kommissär beigegeben, der die Verantwortung mit ihm teilt. Der Konvent ließ in der französischen Revolution die besiegten Generäle guillotinieren. Die russische Revolution muß zu ihrer Aufrechterhaltung mit äußerster Strenge vorgehen. In einem Befehl, der vom 14. August 1918 datiert ist, wird verlautbart: „Wenn irgendein Truppenteil freiwillig den Rückzug antritt, so wird als erster der Kommissär des Truppenteils und als zweiter der Kommandeur erschossen werden." Maßnahmen von nicht geringerer Schärfe werden gegen Deserteure ergriffen, obwohl ihnen die Möglichkeit gelassen wird, sich freiwillig zu stellen und ihren Platz in der Truppe, aus der sie desertiert sind, wieder einzunehmen, ohne bestraft zu werden. Im Bürgerkrieg gibt es nur eine furchtbare Wahl: Untergang der Gesamtheit oder Aufopferung der Einzelnen.

In derselben Epoche unterläßt es Trotzki nicht, mit den tschechoslowakischen Legionären, die sich von der Konterrevolution, die ihnen in den Ohren lag, hatten einfangen lassen, zu

*) L. Trotzki: **„Die Geburt der Roten Armee"**, Reden, Befehle, Aufrufe und Thesen aus dem Gründungsjahr der Roten Armee, Verlag für Literatur und Politik, Wien, VIII., Alserstraße 69.

— diskutieren. Man hatte ihnen eingeredet, daß die Bolschewiken sie den Deutschen ausliefern wollen.

In derselben Epoche besucht Trotzki unvorhergesehenerweise die Rote Wolgaflotille und konstatiert, welche Mißwirtschaft auf den Schiffen herrscht. Während seine Botschaften an die Tschechoslowaken klar, bestimmt und zugleich reich an Argumenten sind, ist sein Brief an die Matrosen im Ton brüderlicher Ermahnung gehalten. Seine Kampfbefehle beschränken sich auf wenige Zeilen und sind hart. In all den von ihm herrührenden Dokumenten zeigt es sich, wie er auf die moralische Einwirkung ständig großes Gewicht legt. Der lebendige Kopf einer Revolutionsarmee muß es verstehen, zu allen zu reden, wie verschieden sie auch orientiert sein mögen, und aufzustacheln, zu überzeugen, mitzureißen und, wenn nötig, auch zu zerschmettern.

Kaum ist die tschechoslowakische Gefahr überwunden, so spielt sich in der Hauptstadt Sowjetrußlands ein blutiges Drama ab, demzufolge das Schicksal der Revolution an einem Faden hängt. Die linken Sozialisten-Revolutionäre, die mit den Kommunisten zusammen an der Macht teilnehmen, wollen um jeden Preis den Krieg mit Deutschland, den Krieg ohne Armee: den ständigen Aufstand gegen den eingedrungenen Feind. Sie töten den Botschafter Deutschlands, den Grafen Mirbach, um die Ereignisse auf die Spitze zu treiben, sie greifen zu den Waffen, setzen ihre bolschewistischen Genossen gefangen, richten Kanonen gegen den Kreml und verkünden mit dem Telegraph im ganzen Land, daß „von nun an die linken Sozialrevolutionäre die Macht ausüben". Dieser verbrecherische Streich wird zu nichts anderem als zum Selbstmord der Partei der linken Sozialrevolutionäre; nur eine sehr kleine Zahl der Anhänger der Partei macht den verbrecherischen Anschlag mit. Die bolschewistische Partei, die unermüdlich die Mitarbeit anderer revolutionärer Elemente gesucht hat, ist nun in die Notwendigkeit gesetzt, die Diktatur des Proletariats allein auszuüben. Dieses Ereignis, das sich am 6., 7. und 8. Juli abspielte, wird in Trotzkis Buch mit einer Fülle von Einzelheiten festgehalten. Übrigens wollen wir auf eine bemerkenswerte kleine Tatsache hinweisen: Die Materialien von Trotzkis Buch wurden von mehreren persönlichen Mitarbeitern Trotzkis kollationiert und aufgearbeitet. Unter ihnen befindet sich der Name Jakob Blumkins. Dieser Blumkin war es gerade, der am 6. Juli 1918 über Befehl des Zentralkomitees der Partei der linken Sozialrevolutionäre den Grafen Mirbach „hingerichtet" und so selbst für jene Partei sein Leben in die Schanze geschlagen hat. Dieser sozialrevolutionäre Terrorist ist ein Kommunist geworden.

In diesen Kämpfen formiert sich unter dem gebieterischen Druck der Notwendigkeit die Rote Armee. Im Innern hat sie hauptsächlich dreierlei Hindernisse zu überwinden: den Mangel an Kaders und den Verrat, beides infolge der Wirksamkeit des Klassenfeindes, sowie die fortdauernden anarchistischen Methoden des nach Gruppen zersplitterten Kampfes, was von der rückständigen Denkart der Massen und irrigen Ideologien gewisser revolutionärer Kreise herstammte. Verrat hat der Sowjetrepublik beinahe die Baltische Meer-Flotte gekostet, deren Abfall durch den Admiral Stschastny vorbereitet wurde. Verrat beging auch der erste Oberbefehlshaber der Roten Truppen an der tschechoslowakischen Front, der Sozialrevolutionär **Murawiew**. Auch haben sich die Parteigänger der linken Sozialrevolutionäre selbst zu wiederholten Malen gegen das zentrale Kommando erhoben. Als ob die Verteidigungsarmee der Revolution keinen Kopf zu haben brauchte! Hier wird wieder die Gefahr deutlich, welche der revolutionären Sache oft von denjenigen droht, die ihr durchaus dienen wollen, die sich aber von subjektiven Gesichtspunkten und utopischen Meinungen irreführen lassen.

Lassen wir die Tatsachen sprechen.

Im Dezember 1918 bedrohten finnländische und deutsche Generale Petersburg. Die Engländer hielten Archangelsk und Onega, die tschechoslowakischen Legionäre, die rechten Sozialrevolutionäre und die weißen Generale den Ural und das nördliche Gebiet des Kaspischen Meeres, die Deutschen alle ehemaligen baltischen Provinzen, die Ukraine und den Kuban, der Ataman Krasnow den Don, die Engländer die Petroleumgebiete am Kaspischen Meer und die Türken den größeren Teil des Kaukasus besetzt. Der Feind hielt die Länder besetzt, die für die Produktion von Getreide, Eisen, Petroleum, Öl die wichtigsten waren.

Die rote Front erstreckte sich über 4600 Werst. Der Sowjetrepublik standen noch ungefähr vier Kriegsjahre bevor. Die Rote Armee war erst im Entstehen begriffen. Keine Munitionsfabrik war in vollem Betrieb.

Im Jahre 1920 dann, als der polnische Angriff auf Sowjetrußland erfolgte, war die Rote Armee bereits in langen Kämpfen gestählt, konnte schon auf zahllose Kämpfe zurückblicken und zählte in ihren Reihen mehr als fünf Millionen Menschen.

„Eine Revolution", so lautet ein Ausspruch Napoleons, „ist eine Idee, die Bajonette gefunden hat." Ohne die Bajonette der Roten Armee wäre zweifellos die russische Revolution längst vernichtet. Man wäre im Unrecht, zu glauben, daß sich die rettenden Bajonette gewissermaßen von selbst finden. Das Verdienst, sie herbeigerufen zu haben, kommt in erster Linie den Proletariern der Sowjets von Moskau und Petersburg zu, die sich selbst oftmals mobilisierten, um den Feind zurückzuwerfen. Dieses Verdienst gebührt der Kommunistischen Partei, die der sich in ihrer Masse aus der Bauernschaft rekrutierenden Armee ihr Rüstzeug an revolutionärem Bewußtsein mit auf den Weg gab, und dem unermüdlichen bewegenden Geist der entstehenden Armee, Trotzki. In einer so komplexen sozialen Organisation, wie es die unserige ist, kann nichts Dauerndes und Gewaltiges ins Werk gesetzt werden, wenn nicht eine wuchtige Konzentration aller lebendigen Kräfte und Energien um die wahren Führer herum stattfindet, die fähig sind, diese Kräfte zusammenzufassen und alle Anstrengungen bewußt auf die Erreichung der gesetzten Ziele einzustellen.

Und es bedarf noch mehr, um zu siegen; der Sieg selbst aber ist gewissermaßen die geschichtliche Sanktion der Anstrengungen. Um das russische Land, das durch die alte Disziplin in Verzweiflung und in Aufruhr und durch die ehemaligen Schlächtereien in Raserei gebracht war, dahinzubringen, daß es bereit war, sich zu schlagen, mußte man ihm die tiefen Gründe, die zum Kampf drängten, klar machen und ihm ein neues Bewußtsein schaffen. Rußland hat den Kampf aufgenommen und durchgeführt, weil es das Bewußtsein hatte, sich für die eigene Sache zu schlagen. Die Rote Armee hat gesiegt, weil sie durch ihr Klassenbewußtsein und ihre Klassendisziplin neu erstanden war, ebenso wie durch ihre Ziele. Sie war eine Armee von Proletariern, im sozialen Krieg für den sozialen Krieg geschaffen. Eine Armee, die nicht mehr ein Mordwerkzeug in den Händen einer Klasse von Freibeutern war, sondern ein Instrument der nackten Verteidigung der Lebensinteressen der werktätigen Massen Rußlands, die entschlossen waren, sich zu befreien und keines andern Sklave zu sein.

In diesem Sinn läßt sich eine auffallende Parallele zwischen den militärischen Siegen der russischen Revolution und denen der französischen Revolution feststellen. Die Armeen des Konvents und später die Napoleons schlugen ständig die der verbündeten europäischen Monarchen, weil es nationale Armeen waren, die, was ihr soziales und Kampfbewußtsein betrifft, den alten Armeen der feudalen Monarchien, die auf dem Prinzip des Zwanges oder des Söldnertums aufgebaut, sehr überlegen waren. Es besteht eine noch gewaltigere Überlegenheit der Roten Armee über die reaktionären und imperialistischen Armeen, die doch viel besser ausgerüstet waren, so daß offenbar nur der Unterschied des Grades und der Art des Bewußtseins des kämpfenden Soldaten entscheidend war. Der rote Soldat kämpfte für seine Klasse, sein Land, für sich selbst. Die französischen Matrosen der Schwarzen Meer-Flotte weigerten sich ihrerseits, sich entgegen ihrem eigenen Bewußtsein zu schlagen. Die durch Denikin mobilisierten Muschiks weigerten sich schließlich auch, gegen ihre eigene Klasse zu kämpfen.

An unsere Abonnenten!

Wir bitten alle unsere Bezieher, die den Bezugspreis für März oder für die vorhergehenden Monate noch nicht beglichen haben, dies sofort zu tun.

Ab 1. April wird die Zustellung an alle Leser, die mit der Bezahlung des Bezugspreises im Rückstand sind, eingestellt.

Der monatliche Bezugspreis beträgt für

Deutschland	1 Goldmark
Österreich	10.000 Kronen
Tschechoslowakei	8 Kč
Schweiz	2 Franken
Holland	1 Gulden
Frankreich	4 Franken
Dänemark	2 Kronen
Norwegen	2 Kronen
Schweden	2 Kronen
Danzig	2 Gulden

Die Geschäftsleitung.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 39. 28. März. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Das „Leninsche Aufgebot" und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Rußlands. Von Sinowjew 443

Politik.

Zu den Wiener Verhandlungen der Sowjetunion mit Rumänien Von Timescu 446

Die Arbeiterpartei-Regierung in England und die Kommunisten. Von Treint (Schluß) 447

Deutschland.

Die KPD. zu den Ergebnissen der russischen Parteidiskussion. Von Stoecker 449

Wirtschaft.

Der Franken und die Mark. Von Sadoul 450

Arbeiterbewegung.

Die 15. Generalversammlung der IWW. (Industriearbeiter der Welt). Von Amter 451

Aus der Internationale.

Der Fall Bombacci 452

Aus dem Lager der Gegner.

Eine denkwürdige Proklamation der II. Internationale. Von Neurath 452

Unsere Probleme.

Die Kommunistische Internationale und die Bauernschaft. Von Dombal 453

Das „Leninsche Aufgebot" und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Rußlands.

Von G. Sinowjew.

** Wenn wir beobachten, wie sich die Komintern im ganzen und wie sich ihre einzelnen, wichtigsten Sektionen entwickeln, wenn wir insbesondere die Erfahrung unserer eigenen Partei, der Kommunistischen Partei Rußlands, in Betracht ziehen, dann können wir in der Entwicklung der kommunistischen Organisationen folgende vier Perioden unterscheiden.

Die **erste** Periode ist der Entstehungsprozeß der Kommunistischen Partei, ihre Herausentwicklung aus dem Schoß der alten Sozialdemokratie: die Mehrzahl der heutigen kommunistischen Parteien, besonders jene, die jetzt kommunistische Massenparteien sind, sind aus der Sozialdemokratie hervorgegangen. Krisen im Zusammenhang mit dem Übergang von der Sozialdemokratie zum Kommunismus, Spaltungen und Gruppierungen, die dieser Übergang mit sich bringt, mit einem Wort: die **Geburt** der Kommunistischen Partei.

Die **zweite** Periode ist der Kampf der bereits bestehenden Kommunistischen Partei um den Einfluß auf die Massen, um die Gewinnung eines Einflusses, der ihnen die Mehrheit der Arbeiterklasse sichert. Die Parole „Heran an die Massen!" ist das Banner dieser Periode.

Die **dritte** Periode ist der Kampf um die Macht. Gestützt auf die Sympathie der Mehrheit der Arbeiter, erobert die Kommunistische Partei die Macht. Aber bald nach der Eroberung der Macht entstehen neue Schwierigkeiten. Die proletarische Revolution kämpft um ihre Existenz. Die fortgeschrittenen Schichten der Arbeiter halten auch in dieser von qualvollen Schwierigkeiten erfüllten Übergangsperiode treu zur Kommunistischen Partei. Breite Schichten der Arbeiterklasse geraten jedoch zeitweise ins Schwanken. Es gibt Momente, wo die Schwierigkeiten der Revolution sogar die Mehrheit der Arbeiter erschrecken. Das sind die Höhepunkte des Kampfes der proletarischen Revolution um ihre Existenz.

In der **vierten** Periode ist der Sieg der proletarischen Revotion gesichert. Über die Ergebnisse der Revolution ist sich die ganze Arbeitermasse klar, die Hauptschwierigkeiten sind vorüber. Jene Schichten der Arbeiterklasse, die in den schwierigsten Minuten der dritten Periode nicht selten geschwankt haben, gehen jetzt rückhaltlos und unbedingt an die Seite der KP. über.

Die Mehrheit der kommunistischen Parteien des Westens befindet sich gegenwärtig auf dem Wege von der ersten zur zweiten Entwicklungsperiode. Zwischen den beiden Perioden gibt es selbstverständlich eine Reihe von Übergangsstufen. Der Prozeß der Herausbildung der kommunistischen Parteien gelangt zum Abschlusse, es wird die Bilanz einer Periode der Krisen gezogen, die mit der **Geburt** der Kommunistischen Partei in Zusammenhang stand, und es begann schon ein intensiver Kampf um die Eroberung des Einflusses auf die Mehrheit der Arbeiterklasse.

Unsere Kommunistische Partei Rußlands hat bereits die beiden ersten Perioden zurückgelegt und schließt die dritte Periode ab. Die große Bedeutung jener Bewegung, die den Namen „Das Leninsche Aufgebot" verdient, besteht eben darin, daß sie den glücklichen Abschluß der dritten Periode darstellt und vielleicht schon den Anfang des ersten Kapitels der vierten Periode.

Die Übergangsperiode — die Periode des Kampfes der siegreichen proletarischen Revolution um ihre Existenz, dauert in unserem Lande schon seit sieben Jahren. Während dieser Zeit konnten wir unter der Arbeiterklasse nicht selten ernste Schwankungen wahrnehmen; diese Schwankungen waren zum Beispiel im Frühjahr 1920 so stark, daß die Revolution an einem Haare hing. Allzu groß waren die Hindernisse, die auf dem Wege der Revolution lagen. Allzu große Opfer forderte die Revolution von den einfachen Arbeitern während dieser Zeit. Im Jahre 1923 setzte ein Umschwung ein, die Arbeitermasse fühlte, daß sich die Lage nach der Beendigung des Bürgerkrieges und der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik zu bessern beginnt. Zur Zeit des XII. Parteitages hatten wir bereits die Möglichkeit festzustellen, daß „die Partei die proletarischen Massen gleichsam zum zweiten Male erobert hat". Aber besonders anschaulich kommt das gegenwärtig zum Vorschein. Das neue „Leninsche Aufgebot" ist ein entschiedener Erfolg der Revolution.

Während der ersten drei Perioden ihrer Existenz kann die Kommunistische Partei in der Regel die Mehrheit der Arbeiter nicht in ihren Reihen vereinigen. In dem einen oder anderen Moment des Kampfes können die Kommunisten die Sympathie der Mehrheit der Arbeiterklasse auf ihrer Seite haben. Aber die Mehrheit der Arbeiter **in den Reihen der Partei** zu organisieren, die Mehrheit des Proletariats **als Mitglieder der Kommunistischen Partei** zu gewinnen, sind die Kommunisten in diesen ersten Perioden nicht imstande. Es ist klar, warum. In der ersten Periode ist die Kommunistische Partei in der Regel noch so schwach, daß von der Eroberung der Mehrheit überhaupt keine Rede sein kann. In der zweiten Periode stoßen die Kommunisten meistens auf einen heftigen Widerstand der Bourgeoisie. Solange die Bourgeoisie die Macht in den Händen hat, gestattet sie natürlich den Kommunisten nicht, die Mehrheit der Arbeiter in ihren Reihen legal zu organisieren. Sie nimmt zu Kerkern, Zuchthäusern, zu Hinrichtungen, zu Massenmorden an Arbeitern Zuflucht, um das zu verhindern. In der dritten Periode wird die Partei daran durch die objektiven Schwierigkeiten der Revolution und die unvermeidlichen Schwankungen gehindert, die infolge dieser Schwierigkeiten in breiten Kreisen des Proletariats unvermeidlich sind.

Im Lande der ersten siegreichen proletarischen Revolution, in unserem Lande, dauerte diese dritte Übergangsperiode ganze sieben Jahre lang. Inwieweit wir es voraussehen können, brauchen wir noch zwei, drei Jahre, um diese Schwierigkeiten endgültig zu überwinden. Und nur ungefähr gegen das Ende des ersten Jahrzehnts des Bestandes der Sowjetmacht wird die proletarische Diktatur mit den Hauptschwierigkeiten insoweit fertig werden, daß die Partei der proletarischen Diktatur in die vierte Periode ihrer Existenz eintreten kann. Alle, oder fast alle Arbeiter werden sich allmählich unserer Kommunistischen Partei anschließen. Die Begriffe „Arbeiterklasse" und „Arbeiterpartei" werden synonyme Begriffe sein. Die Kommunistische Partei Rußlands wird sich nicht nur einen ungeteilten Einfluß auf die absolute Mehrheit der Arbeiter sichern, **sondern wird die Mehrheit der Industriearbeiter in ihren Reihen organisieren.**

Die glänzende Kampagne für das „Leninsche Aufgebot" ist nicht nur darum wichtig, weil sie uns eine gewisse Anzahl von neuen Parteimitgliedern zuführt. Nein, sie bedeutet etwas mehr für uns. Einen gründlichen Wandel im gegenseitigen Verhältnis zwischen der Parteivorhut und der ganzen Arbeitermasse, eine **quantitative** Änderung der Beziehungen zwischen der Arbeiterpartei und der Arbeiterklasse, die bald in **Qualität** übergeht. Der ersten Welle folgt die zweite, der zweiten die dritte. Neue Hunderttausende von Arbeitern werden den Reihen der Kommunistischen Partei Rußlands zuströmen. Zum Abschluß des ersten Jahrzehntes des Bestehens der Sowjetmacht wird die russische Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei Rußlands identisch sein — nicht nur in dem alten Sinne, daß die RKP. die wichtigsten Interessen der gesamten Arbeiterklasse verteidigt, sondern auch in dem neuen Sinne daß die RKP. in ihren Reihen bereits auch organisatorisch die Mehrheit der Arbeiterklasse vereinigen wird.

Der Verlauf der Kampagne erwies sich als erfolgreiche, als wir es hätten erwarten können. Bis Anfang März erreichte die Zahl der Beitrittserklärungen auf dem Gebiete der ganzen Sowjetunion 183.000. Die Aufgabe, die von der Bundeskonferenz der RKP. gestellt wurde: Neue Hunderttausende von Arbeitern vom Schraubstock zu werben, wird in doppeltem Umfang erfüllt. Das Zentralkomitee geht unserer Meinung nach in richtiger Weise vor, wenn es alle lokalen Organisationen aneifert, die sich so glänzend entwickelnde Kampagne nicht zu hemmen, und das Leninsche Aufgebot bis zu 200 und einigen tausend erweitert. In diesem Falle wird unsere Partei ungefähr 600.000 Mitglieder haben, hiervon 300.000, das heißt 50%, Arbeiter vom Schraubstock. Und zusammen mit jenen Arbeitern, die im Verwaltungsapparat beschäftigt sind, werden wir nicht weniger als über 400.000 Arbeitermitglieder haben, das heißt mehr als Zweidrittel der Partei wird aus Arbeitern bestehen.

Was für Arbeiterelemente bilden nun die Grundlage des Leninschen Aufgebotes? Wir versuchten, diese Frage auf zwei aus unserer Initiative einberufenen Konferenzen in Leningrad und Moskau festzustellen, der außer den Organisatoren der größten Kollektiven je zwei Genossen aus den neuen Parteimitgliedern vom „Leninschen Aufgebot" aus den größten Fabriken Moskaus und Leningrads beiwohnten. Auf diesen Konferenzen sind Dutzende von Rednern aus der Provinz zu Wort gekommen.

Was auf diesen Konferenzen vor allem ins Auge fiel, war, daß die neuen Parteimitglieder des Leninschen Aufgebotes oft nicht einfache Arbeiter sind, sondern starke Persönlichkeiten aus den Kreisen der Arbeiter. Ja, das ist auch begreiflich. Wie unsere Partei auch in den vorausgegangenen Jahren sich durch die Heranziehung und systematische Auswahl aller starken und klaren Elemente aus der Arbeiterklasse ergänzt hatte, so werden auch jetzt an der Spitze der einfachen Arbeiter mit dem „Leninschen Aufgebot" die vorzüglichsten Arbeiter in die Partei kommen, die über dem Durchschnitt stehen, jene fortgeschrittenen Arbeiter, hinter denen Dutzende und Hunderte von Durchschnittsarbeitern, zuweilen ganze Betriebe, ganze Fabriken stehen. Wie sagte es denn auf der Moskauer Konferenz ein solcher Arbeiter (der Vertreter der Fabrik „Sichel und Hammer" vormals „Guschon")? In das „Leninsche Aufgebot" wurden die Arbeiter einzeln, „wie Beeren" hineingewählt. In jedem Betrieb, in jeder Werkstatt gab es hervorragende parteilose Arbeiter, die eine große Autorität genießen, nach denen sich andere Parteilose richten. „Sieh mal, Troschkin trat in die Partei ein, da muß ich mich auch anschließen." So hat ein Arbeiter einer Fabrik seine Empfindungen zum Ausdruck gebracht.

Es haben sich viele Arbeiter der Partei angeschlossen, die während des letzten Jahres ganz Rußland durchwandert haben, die an der Front, auf dem Lande gewesen sind, Menschen, die das Schicksal hin und her geworfen hat, die sich während dieser Jahre sowohl in politischer wie auch in kultureller Beziehung außerordentlich entwickelt haben. „Es gibt keine Feiglinge" — so wurde die Lage von den Arbeitern auf der Leningrader und Moskauer Konferenz einmütig geschildert. „Wir kennen einander durch und durch und wir werden keine Feiglinge durchlassen."

„Warum sind Sie der Partei bisher noch nicht beigetreten?"

„Ich hielt mich für nicht genügend gebildet, jetzt habe ich mich schon einigermaßen abgeschliffen."

Ein anderer Arbeiter antwortet: „Ich hielt es für eine Schande, erst im Jahre 1924 in die Partei einzutreten; um mich doch dazu zu bewegen, war eine Massenströmung notwendig."

Oder:

„Meine Familienverhältnisse haben sich geändert." Oder:

„Ich hatte bisher keine Gelegenheit. Ich kam von der Front zurück. Ich mußte irgendwie das Stückchen Brot und die Miete verdienen." Oder:

„Lenin ist gestorben. Der große Mensch ist dahingeschieden. Wir haben darüber untereinander gesprochen. Alle haben gesagt: Schließen wir uns der Partei an." — Das war die Antwort eines älteren Eisenbahnarbeiters.

„Meine materielle Lage hat sich gebessert. Ich lebe nicht mehr in Not, kann mich daher der Arbeit widmen. Die Genossen aber sagen: Das hättest du schon lange tun müssen, es sei am Ende schon zu spät. Nun aber, nach dem Tode des Genossen Lenin, wurden die Türen der Partei geöffnet." So antwortete auf der Leningrader Konferenz der Vertreter des „Leninschen Aufgebotes" aus den Putilow-Werken.

„Die gesündesten Elemente, das klarste Wasser des Proletariats, strömt zu 90% der Partei zu. Früher haben wir ge-

schwankt, wir behandelten die Frage des Beitrittes nur oberflächlich. Jetzt, wo Wladimir Iljitsch gestorben ist, müssen wir die Reihen schließen" — sagte der Arbeiter Semjonow von den Leningrader Werftbauten.

„Wir haben geschwankt... Jetzt ist es an der Zeit! Ich sage mir, es ist genug, von fremden Rücken getragen zu werden, es ist schon Zeit, auch den eigenen hinzuhalten. Man muß in die Partei eintreten" — so ein Arbeiter aus der Fabrik „Proletarier" (vormals Alexandrower Werkstätte).

„Ich habe einen Sohn und eine Tochter im Jugendverband. Ich war vor zwei Jahren zum Delegierten der Arbeiterinnen gewählt worden. Nach dem Tode Iljitsch' habe ich mit meiner Tochter beschlossen, daß ich in die Partei eintreten muß. Jetzt bin ich als „Provokateurin" unter den jüngeren Arbeiterinnen tätig; damit sie auch in die Partei eintreten. Alle stimmen mir bei." — (Eine Arbeiterin aus der Fabrik „Der Rote Weber" vormals „Tornton".)

„Jetzt beginnt ein neuer Aufbau. Warum sollen wir beiseite stehen? Laßt uns auch dabei sein." — Ein Arbeiter aus der früheren Semjanikow-Fabrik, die jetzt Lenin-Fabrik heißt.

„Die parteilosen Arbeiter haben sich gespalten: Die einen schimpfen auf die Bolschewiki, die anderen verteidigen sie schon seit zwei, drei Jahren. Diese letzten strömen jetzt der Partei zu. Ja, auch manche von denen, die früher geschimpft haben, sagen jetzt: Man kann den Kommunisten nichts nachsagen, die Kommunisten haben recht behalten, laßt auch uns in die Partei eintreten." — Ein Arbeiter aus der Baltischen Fabrik.

„Früher war es so, daß ein Redner dies, der andere jenes gesagt hat. Die SR. sagten das ihre, die Menschewiki auch das ihre. Der Arbeiter, der sich da wenig auskennen konnte, blieb im Zweifel. Jetzt haben wir alle erkannt, wo die Wahrheit ist. Wo Arbeiter sind, da bin ich auch" — sagte ein Arbeiter aus den Leningrader Elektrizitätswerken.

„Früher hat man uns damit eingeschüchtert: ‚Gebt nur acht, ihr Kommunisten, man wird euch noch aufhängen.' Manchmal waren wir im Zweifel." — Eine Arbeiterin aus der Fabrik Scheljabow.

„Iljitsch ist gestorben! Aber es wird schon gehen! Er arbeitete früher allein für alle, würde es sich jetzt nicht so machen lassen, daß der eine hier, der andere dort arbeiten würde? Uns kann die Bourgeoisie besiegen, Leningrad ist aber ein revolutionäres Nest, und dann werden wir alle darauf antworten müssen. Gehen wir in die Partei." — Ein Arbeiter aus der Schraubenfabrik.

„Wir haben lange überlegt — wozu in die Partei eintreten. Aber der Arbeiter meint: Wenn man schon einmal auf dem geraden Wege ist, dann soll man weder rechts noch links abweichen. Jetzt haben wir das Vermächtnis Lenins begriffen." — Ein Arbeiter von den „Russischen Kabelwerken" in Moskau.

„Oft hat man uns Vorlesungen gehalten über die Religion, über die Planeten, über die Arbeiterbewegung. Vieles haben wir in den letzten Jahren gelernt. Die öffentlichen Versammlungen der Parteizelle haben wir einige Monate lang besucht, nun haben wir begriffen, daß die Partei recht hat." — Ein Eisenbahnarbeiter aus den „Alexandrower Werkstätten" in Moskau.

„Viele von uns haben die Parteischule besucht. Wir haben ein großes Gemeinschaftshaus, eine schöne, helle Bibliothek. Wir haben uns abends zu Hause gelangweilt — haben lieber die Vorlesungen besucht, allmählich hat die Sache uns gepackt. Und da kam der Tod Wladimir Iljitschs." — Ein Wasserleitungsarbeiter in Leningrad.

„Lenin ist gestorben, jetzt müssen wir unseren Mann stellen. Auf einen Tropfen Blut darf es nicht ankommen." — Ein Arbeiter aus einer Moskauer Fabrik.

Oft haben die Arbeiter bemerkt, daß die letzte Diskussion bedeutende Kreise der früher parteilosen fortgeschrittenen Arbeiter aufgewühlt hat, sie zwang sie zum Nachdenken und bewog sie zum Eintritt in die Partei.

„Während der Diskussion haben wir uns davon überzeugt, daß die Partei so handelt: Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen" — so sprach ein Arbeiter aus der Fabrik Guschon auf der Moskauer Konferenz.

All dies zusammenfassend, können wir sagen, daß die Hauptursache des Erfolges des „Leninschen Aufgebotes" in folgendem besteht:

1. Die wirtschaftliche Lage hat sich gebessert.
2. Gebessert hat sich die materielle Lage der Arbeiter.
3. Das Kulturniveau der Arbeiter ist gestiegen und ihre Aktivität hat sich gesteigert. Sie haben es begriffen, daß eine ernste wirtschaftliche und Staatsarbeit nur durch die Partei möglich ist.
4. Die Partei stand trotz aller Mängel auf der Höhe ihrer Aufgaben und gebot die größte Ehrfurcht allen auch nur einigermaßen aktiven Schichten des Proletariats.
5. Der Tod Lenins, der auf uns alle niederschmetternd wirkte, erweckte in den einfachen Arbeitern die besten Gefühle, berührte die schönsten Saiten ihrer Seele und beschleunigte den Anschluß dieser Arbeiter an unsere Partei.

„Die Kritiker" der alten Leninschen Partei haben während der jüngsten Diskussion keine genügend starken Worte gefunden, um unsere Partei zu verleumden, die sie als einen dürren Ast hinstellten, als eine Organisation, die von der „Bürokratie der Sekretäre", von der „Hierarchie", von den „Apparatlern" (das Wort „Apparatler" hat ungefähr die Bedeutung wie „Bonze". — Die Red.) usw. erstickt wird. „Die Partei lebt gleichsam in zwei Etagen: in der oberen wird beschlossen, in der unteren wird man von den Beschlüssen nur in Kenntnis gesetzt" — so schrieben die Führer der „Opposition". Zwei Etagen! Diese „Theorie" der beiden Etagen war dem Wesen nach nur eine Variation der entsprechenden „Theorie" Martows, der seinerzeit gegen die Bolschewiki geschrieben hat, daß diese die Partei in „Antreiber" und „Getriebene" teilt. Wenn es in dieser faulen „Theorie" nur ein einziges wahres Wort gäbe, dann würde das, was wir jetzt sehen, wo mit einer solchen Begeisterung, fast mit Andacht die zweihunderttausend besten Arbeiter unseres Landes unserer Partei zuströmen, ein einfach unerklärliches Wunder sein müssen.

In Wirklichkeit geschehen aber keine Wunder. Die Partei erntet nur, was sie gesät hat. Das, was sich jetzt vor unseren Augen abspielt, ist kein „Wunder des Heiligen Antonius", nein, es wird hier nur die Bilanz der Revolution, die Bilanz der Arbeit unserer Partei gezogen. Und wenn dieses große Ereignis im Leben unserer Partei zugleich zur „Bilanz" der leichtwiegenden Opposition geworden ist, so ist das um so schlimmer für sie, um so besser für die bolschewistische Partei.

Unsere Partei ist die größte kommunistische Partei der Welt, und sie ist gar nicht die Gefangene der „Hierarchie der Sekretäre" und überhaupt nicht das Opfer des „Apparatlertums". Die einfachen Arbeiter aus der Guschon-Fabrik haben vorzüglich die Bilanz dieser leichtwiegenden Kritik gezogen: „Die Guten ins Töpfchen — die Schlechten ins Kröpfchen."

•

Wo wollen wir nun die Arbeit an der Ausbildung des neuen „Leninschen Aufgebotes" beginnen? Bei dem Unterricht oder bei der Heranziehung der neuen Mitglieder zur praktischen Arbeit? Als wir diese Frage den Genossen vom „Leninschen Aufgebot" gestellt haben, erhielten wir die fast einmütige Antwort: **Beim Unterricht!**

„Wir wollen lernen. Bevor Ihr uns Arbeit gebt, laßt uns lernen."

Der Wissensdurst ist unbeschreiblich.

„Gebt uns politische Vorbildungsschulen, Zirkel zum Studium der Parteigeschichte, Schulen zum Studium des Marxismus, gebt uns die notwendigen Bücher, errichtet Klubs usw."

„Wir können nicht sofort bei der Arbeit beginnen. Die Partei muß uns zuerst zu Experten machen" — so sprach ein Eisenbahnarbeiter auf der Moskauer Versammlung. Darunter verstand er sowohl die Erziehung wie auch die Prüfung wie auch die parteimäßige Ausbildung.

Bei Genossen, die eben erst in die Partei eingetreten sind, sind solche Erklärungen begreiflich. Wir glauben trotzdem, daß man den Unterricht und die parteimäßige Erziehung nicht von der Teilnahme an der praktischen Arbeit trennen kann. Die Aufgabe der Partei besteht darin, die parteimäßige Erziehung des neuen „Leninschen Aufgebotes" in breitem Umfang in Angriff zu nehmen und **gleichzeitig** sofort zu beginnen, es zur praktischen Arbeit heranzuziehen. Nur in der praktischen Arbeit, in der Gewerkschaft, in der Genossenschaft, in den Preisfestsetzungskommissionen, im Aufklärungszirkel, in der Wohnungsgemeinschaft, in der Kommission zum Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern, in der Kommission zur Unterstützung des Schulwesens, als Volksbeisitzer, als Delegierte der Arbeiterinnen, als Betriebsvertrauensleute in der Gewerkschaft, bei der Arbeit in der Betriebszelle usw. können die neuen Parteimitglieder ihre Kräfte erproben, und wir werden von ihnen allmählich Hunderte und Tausende auf größere, auf die größten Posten der wirtschaftlichen und staatlichen Verwaltung stellen.

Noch ein wichtiges Moment. Das Leninsche Aufgebot erstreckt sich auf alle Altersklassen der Arbeiter. Es kamen sowohl Jungendliche wie auch Arbeiter im reifen Alter zwischen 30 und 40 Jahren, aber auch alte Arbeiter. „Ich bin ein Altersgenosse Lenins, ich werde im März 54 Jahre alt" — sagte auf der Moskauer Konferenz nicht ohne Stolz ein Arbeiter aus der staatlichen Notendruckerei. Auch das ist ein Beweis dafür, daß die gegenwärtige Bewegung für den Eintritt in die Partei alle Schichten unseres Proletariats ergriffen hat.

Die Frage über die Position unserer Partei im Dorf, über die Arbeit der Partei im Dorfe, wird zweifelsohne als eine der wichtigsten Fragen auf der Tagesordnung des bevorstehenden XIII. Parteitages stehen. Das neue Leninsche Aufgebot stellt auch diese Frage in ein neues Licht. Jetzt wird es uns nach einer gewissen Vorbereitung möglich sein, diese neue Masse von 200.000 Arbeitern gewissermaßen zum kollektiven Organisator und Erzieher des Dorfes auszubilden. Jetzt ist es vollkommen an der Zeit, die Frage der Anwendung des Prinzips der „Landsmannschaften" wieder aufzurollen, indem wir überall in die Dörfer kommunistische Arbeiter und Sympathisierende entsenden.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß das ZK. der Partei alles Mögliche tun wird, um das Leninsche Aufgebot zu den Vorbereitungsarbeiten des bevorstehenden XIII. Parteitages heranzuziehen. Alle wichtigsten Fragen der Tagesordnung des XIII. Parteitages wie auch die hauptsächlichen Resultate der unlängst abgeschlossenen Parteidiskussion, deren Verlauf von fast allen parteilosen Arbeitern aufmerksam verfolgt wurde (besonders durch das jetzige Leninsche Aufgebot), müssen in der breitesten, sympathischsten Weise durch die Arbeiter des Leninschen Aufgebotes von vornherein besprochen werden.

Endlich— und es ist nicht das Unwichtigste — wird das Leninsche Aufgebot eine entscheidende Rolle spielen in der Hebung der Produktion unserer Staatswirtschaft.

„Schon darin, wie jetzt in der Fabrik gearbeitet wird, fühlt man eine neue Stimmung" — sagte auf der Moskauer Konferenz der Sekretär einer Fabrikszelle.

Ja, das ist es eben! Die erste Aufgabe des neuen „Leninschen Aufgebotes" ist: **unsere Staatswirtschaft zu heben,** sich nicht von der Produktion loszulösen, zu lernen, wie die Arbeit in der Fabrik mit der sozialen Arbeit in der Partei, in der Gewerkschaft, in der Sowjetorganisation zu vereinigen ist. Das ist die Aufgabe des Tages. Unsere besten Arbeiter haben es während des Zarismus verstanden, nach einem 10—12stündigen Arbeitstag der kapitalistischen Zwangsarbeit ihre revolutionäre Arbeit zu leisten. Jetzt, wo wir in der Fabrik nur acht Stunden arbeiten, wo die Arbeitsbedingungen verhältnismäßig normal geworden sind, werden wir um so mehr dazu imstande sein.

Die Partei erneuert sich. Wir nehmen die 200.000 besten Arbeiter unseres Landes in unsere Reihen auf. Wir nehmen sie auf im siebenten Jahre des Bestehens der proletarischen Diktatur, wo die ganze Arbeiterklasse unseres Landes um einen ganzen Kopf gewachsen ist. Wir nehmen sie im Augenblicke auf, wo unser großer Führer und Lehrer von uns gegangen ist. Diese neuen Genossen öffnen tief ergriffen die Tür unserer Partei. Man muß nur unseren jetzigen Versammlungen der neuen Parteimitglieder beiwohnen, um sofort zu fühlen, daß im Leben der Partei ein neues großes Kapitel beginnt. Solche Versammlungen, von denen wir eine in den letzten Tagen in einem Leningrader Betrieb zu besuchen Gelegenheit hatten, haben wir noch nie gesehen.

Gleichzeitig nahm die Partei eine systematische Säuberung unserer Organisationen von den nicht in die Partei gehörenden, kleinbürgerlichen, unbeständigen Elementen in Angriff. Durch eine ständige Säuberung unserer Reihen und durch ihre systematische Ergänzung durch alle jene Elemente, die zu den Besten unserer Arbeiterklasse heranwachsen und heranreifen, gestalten wir unsere Partei zu einer einheitlichen, eisernen Organisation aus. Allmählich wird ein Zustand geschaffen, wo nur Arbeiter in die Reihen der KPR. eintreten können, Nicht-Arbeiter nur Ausnahmsweise. Die Partei wird auch ihrem Bestande nach wieder zu einer Arbeiterpartei werden.

Wenn wir mit dem alten, heldenhaften Leninschen Kern der alten bolschewistischen Arbeiter jene staunenswert lebenskräftigen neuen Arbeiterschichten vereinigen, die jetzt mit dem neuen „Leninschen Aufgebot" zu uns in die Partei kommen, so ist es klar: die RKP. beweist immer und immer wieder, daß sie auf der Höhe ihrer historischen Aufgaben steht, daß sie es versteht, gegen die Entartung zu kämpfen. Die RKP. erfüllt nicht mit Worten, sondern durch die Tat die Gebote unseres verstorbenen großen Führers.

Politik

Zu den Wiener Verhandlungen der Sowjetunion mit Rumänien.

Von U. Timescu (Bukarest).

** Nach langer Verzögerung finden nun in Wien die Verhandlungen zur Lösung der schwebenden Streitfragen zwischen der Sowjetunion und Rumänien statt. Im Vordergrund der Gegensätze steht das **bessarabische Problem.**

Anfangs 1918 haben die Truppen der rumänischen Bojaren Bessarabien unter den Fittichen der Ententemächte besetzt, und seither halten sie dieses Gebiet — das ein Teil Rußlands war und dessen Arbeiter und Bauern ihre revolutionäre Selbstbestimmung mit ihren russischen Klassengenossen parallel begonnen hatten — unter der grausamsten Militärdiktatur. Erst in den letzten Monaten löste die Bojarenregierung den militärischen Kommandanten Bessarabiens, General **Popovici** ab, und verfügte den Ersatz der Militärdiktatur durch eine Zivilverwaltung. Wie ernst es aber mit dieser Verordnung gemeint war, beweist die Tatsache, daß die Besatzungstruppen nicht nur die einheimische Bevölkerung weiter verfolgen, sondern auch keine wie immer geartete Zivilmacht anerkennen wollen. Die Annektierung Bessarabiens konnte nur durch einen Militärstreich vollbracht werden, und diese unabhängige Militärmacht läßt mit sich nicht feilschen.

Die aufkeimende soziale Revolution in Bessarabien ist im Jahre 1918 von den Bojarenhorden mit Füßen getreten worden, die großen bessarabischen Bauernmassen wurden in ihrer revolutionären Bestrebung: den Grund und Boden zu verteilen, mit Waffengewalt seitens der Bojaren niedergehalten, die Industriearbeiter des Landes grausam unterdrückt, die Intellektuellen auf ein niedriges Kulturniveau zurückgeworfen. Alle Schichten sehen nur in der russischen Revolution, in der aufblühenden Sowjetmacht, die einzige Rettung.

Mögen sich die Bojaren auf angebliche geschichtliche Rechte, mögen sie sich auf die Anerkennung ihrer Annexion seitens der Großmächte berufen, sie können diese, trotz blutigstem weißen Terror sich aufrecht haltende öffentliche Meinung ihrer eigenen Massen nicht aus der Welt schaffen! Selbst oppositionelle rumänische Politiker mußten erklären, daß, wenn es zu einer Volksabstimmung in Bessarabien kommen sollte, 99% der Bevölkerung für die Trennung von Rumänien, das heißt **für die soziale und nationale Befreiung stimmen würden.** Möge die Bukarester Regierungspresse noch so wilde Schreckensgerüchte über die Zustände in den Sowjetstaaten verbreiten, in Bessarabien — und nicht nur unter den gemarterten Arbeiter- und Bauernmassen, sondern auch unter dem Mittelstand — ist die feste Überzeugung vorherrschend, daß die jetzige Militärherrschaft und furchtbare Korruption der Bojaren unerträglich ist.

Daß sich die rumänische Regierung zu dieser Konferenz entschließen mußte, daß sie mit der verleumdeten und gehaßten Sowjetregierung verhandeln muß, stärkt in Bessarabien die Hoffnung, daß die lebenden Kräfte wieder aufkeimen werden. Nicht, daß man von der Konferenz positive Erfolge erwartet! Der rumänische Imperialismus will keinesfalls auf seine großartige Ausbeutungsmöglichkeit in Bessarabien verzichten, um so mehr, da es in allen neueroberten Gebieten, die es mit Waffengewalt niederhält — Siebenbürgen, im Banat und in der Bukowina — kracht.

Und auf diesem Punkt trifft die bessarabische Frage mit den übrigen brennenden Problemen Großrumäniens zusammen. Die ukrainische Frage — nicht nur in Bessarabien, sondern auch in der Bukowina —, die magyarische Frage in Siebenbürgen, die deutsche im Banat und in der Bukowina, die Kolonisierung der neueroberten Gebiete, die Zurückdrängung weit entwickelter Produktionen in einen mittelalterlichen feudalen Zustand — alle unterdrückten sozialen Kräfte des Landes drohen mit einer Explosion.

In dem Moment, wo eine furchtbare Wirtschaftskrise herrscht, wo in Siebenbürgen ein Ausnahmezustand verhängt ist, wo der Betrug mit der Agrarreform die rumänischen Bauern immer erregter macht, wo gegen die Opposition um die Alleinherrschaft und um die unbeschränkte Korruptionsmöglichkeit ein erbitterter Parteikampf geführt wird, konnte sich Herr **Bratianu,** der eifrigste Diener der französischen Interventionspolitik gegen Sowjetrußland, einem Verständigungsversuch mit den gehaßten Sowjets nicht verschließen.

Die Wiener Konferenz ist ein Bekenntnis der inneren Schwäche des Bratianu-Regims und kann nur als ein Beweis der Haltlosigkeit der militärischen Willkürherrschaft in Rumänien aufgefaßt werden. Nicht nur um Bessarabien allein, sondern auch um die nationale und soziale Befreiung ganz Großrumäniens handelt es sich jetzt.

Herr Bratianu kann nur die französische und vielleicht die japanische Ratifizierung der bessarabischen Annexion aufweisen und mit durch Polizeihilfe zustandegebrachten Demonstrationen in Kischineff „für die Einverleibung in das rumänische Mutterland" manipulieren. Im Parlament kann er sogar die Unterstützung des Bauernführers Lupu erreichen. Auch die sozialdemokratische Balkankonferenz in Bukarest, wo man die akute bessarabische Frage als ständige Gefährdung des Friedens auf dem Balkan mit Schweigen überging und wo die Helfershelfer des jetzigen Blutregims in Rumänien, die sozialdemokratischen Führer ohne Massen, Herr Flueras und selbst der einzige sozialdemokratische Abgeordnete, Dr. Pistiner, über die „Integrität Rumäniens" sprachen, kann den Bojaren zum Vorteil gereichen. Aber alle diese Heilmittel nützen der schwankenden Bojarenmacht am Ende sehr wenig.

Bessarabien setzt seine Hoffnung nicht nur auf die brüderliche Hilfe der Sowjetregierung, sondern für die bessarabische Frage sind auch ausschlaggebend die ganze rumänische Arbeiterbewegung, die sich immer radikaler gestaltet, die erregten Bauernmassen, die immer energischer Grund und Boden statt des Agrarreformbetruges verlangen, die niedergedrückten nationalen Minderheiten Großrumäniens, die mit Sehnsucht nach einer gleichen nationalen Selbstbestimmung streben.

Die Wiener Konferenz kann nur den einzigen positiven Erfolg bringen, die Zuversicht der blutig unterdrückten Arbeiter- und Bauernmassen zu stärken und den notwendigen Auflösungsprozeß des anachronistischen feudalen Bojarenregims in Rumänien zu fördern.

Die Arbeiterpartei-Regierung in England und die Kommunisten.

Von Albert Treint (Paris).

(Schluß.)

Labour Party und Klassenkampf.

Die Humanité vom 25. Januar ruft die guten Dienste in Erinnerung, die gewisse Mitglieder des englischen Kabinetts dem Pazifismus während des Krieges erwiesen haben. Es handelt sich um Lord Haldane, um Macdonald und Snowden; die Humanité vergißt aber, darauf hinzuweisen, daß der humanitäre und kleinbürgerliche Pazifismus dieser Herren nichts mit der bis zum äußersten gehenden Verteidigung der wahren Interessen der Arbeiterklasse zu tun hat.

Schließlich finden wir in der gleichen Nummer der Humanité die nachfolgende Stelle:

„Es scheint, daß die Regierungsbildung durch die Labour Party sich schon günstig auf den Konflikt der Arbeiterschaft ausgewirkt hat, da der Vorstand des Verbandes der Lokomotivheizer und Mechaniker beschlossen hat, Verhandlungen mit den Direktoren der Eisenbahngesellschaften einzuleiten."

Die Wohltaten der Regierungsbildung durch die Labour Party bestehen somit in der Tatsache, daß der direkte Klassenkampf durch die Praxis der gewerkschaftlichen Diplomatie ersetzt werden kann. Mit keinem einzigen Wort wird auf das verlogene Wesen dieser Praktik, die nur zu Kompromissen mit vorübergehenden und sehr schnell zerstörten Resultaten führen können, hingewiesen. Mit keinem einzigen Wort wird erwähnt, daß die Arbeiterklasse sich dieser Kompromisse als eines Ausgangspunktes zur Erringung neuer Zugeständnisse nur in dem Falle bedienen kann, wenn sie jene, die sie zu vertreten behaupten, zwingt, den Rahmen der Verfassung des bestehenden Regimes zu sprengen.

Labour Party und Sowjets.

In der Humanité vom 29. Januar lesen wir in bezug auf die Anerkennung der Sowjets:

„In den ‚Büros' liegt in Wirklichkeit der wahre Grund der Zögerung Macdonalds (in der Frage der De-jure-Anerkennung der Sowjets). Der Ministerpräsident hatte bisher nicht den Mut, gewisse persönliche Stellungen, trotzdem er weiß, daß sie eine Gefahr für seine administrative Kontrolle darstellen, zu liquidieren."

Der gute Macdonald ist somit von den besten Absichten beseelt. Wenn er nicht besser und schneller vorgeht, so ist das die Schuld der Büros! Nein, müssen wir als Kommunisten sagen, es ist die Schuld der Labour Party und der englischen Arbeiterklasse, die noch nicht begriffen hat, daß das Proletariat die wirkliche Macht nicht im parlamentarischen Spiel, sondern erst dann erreichen kann, wenn es in schwerem Kampfe den bürgerlichen Staat zertrümmert, um den proletarischen Staat zu errichten.

Der Meinung zu sein, daß es Macdonald genügen werde, gewisse persönliche Stellen zu liquidieren, um freie Hand zu bekommen und um entsprechend den Interessen der russischen Revolution und des Proletariats vorgehen zu können, heißt die denkbar gefährlichste Illusion hegen.

Warum soll nicht gezeigt werden, daß eine Arbeiterregierung auf parlamentarischer Grundlage, die sich im verfassungsmäßigen und bürgerlichen Rahmen bewegt, auf den Widerstand des vom bürgerlichen Geiste durchdrungenen Staatsapparates stößt und daß die Arbeiterregierung nur dann behaupten kann, den Interessen der Arbeiterklasse zu dienen, wenn sie sich auf ein starkes Netz proletarischer Institutionen: Gewerkschaften, Genossenschaften und Betriebsräte, die vom Geiste des Klassenkampfes durchdrungen sind, stützt.

Am 30. Januar entrüstet sich die Humanité über die Zögerung Macdonalds, die Sowjet anzuerkennen.

„Die Labour Party besitzt das Vertrauen der Arbeiter, die ihr bei den Wahlen einen starken Kredit erwiesen haben. Sie vertritt etwas Neues, noch nicht Erprobtes. Wenn die Mitteilung, die uns von unserem Korrespondenten übermittelt wird, bestätigt werden sollte und die Labour Party-Regierung die bedingungslose Anerkennung unter dem einen oder anderen Vorwand aufschiebt, so wird das schnellste und schmachvollste Versagen ihr Los sein. Warum will man, nachdem man die Labour Party-Illusion in bezug auf das englische Proletariat gefördert hat, über die Labour Party-Regierung den Bann aussprechen, wenn es sich um die Anerkennung der Sowjets handelt? Warum will man nicht auf allen Gebieten die gleiche feste Haltung bekunden und parallel sagen: ‚Wird die Regierung nicht die nötigen Maßnahmen ergreifen, um die Arbeitslosigkeit abzuschaffen und die Löhne zu steigern, so wird das schnellste und schmachvollste Versagen ihr Los sein'."

Würde unsere Partei an der bisherigen befolgten Politik, die in einer schonungsvollen Behandlung der Labour Party in bezug auf ihre innere Politik und einer Festigkeit in bezug auf ihre gegenüber Rußland befolgten Politik bestand, so würde die Gefahr bestehen, daß die Partei zu einer Politik hinabgleiten wird, die einen Unterschied macht zwischen den Interessen der englischen Arbeiter und den Interessen Sowjetrußlands. Eine solche Politik wäre gegen jede Tradition der Kommunistischen Internationale.

Es ist übrigens keinesfalls Absicht, weder der Sowjetregierung noch der Kommunistischen Partei Rußlands, die kapitalistischen Länder um die diplomatische Anerkennung oder um die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen anzubetteln. In der auf der XIII. Parteikonferenz der RKP. gehaltenen Rede hat Sinowjew mit Energie hervorgehoben, daß es an der Zeit sei, die Linie, die Lenin nach der Konferenz von Genua vorzeichnete, in Anwendung zu bringen. Je länger die Kapitalisten warten werden, um so schwerer werden die Bedingungen sein, die Rußland ihnen stellen wird.

Auch Kamenew hat soeben auf dem letzten Kongreß des Bundes sozialistischer Sowjetrepubliken diesen Umstand energisch betont.

Er erklärte (Humanité vom 2. Februar):

„Die Sowjetregierung macht sich keine Illusionen bezüglich der Regierungsbildung durch die Labour Party: sie kennt gut die Politik der Führer der Labour Party. Die englischen Arbeiter haben, indem sie für die englische Labour Party stimmten, gleichzeitig für die volle und bedingungslose Anerkennung des Bundes Sozialistischer Sowjetrepubliken gestimmt. Da sich aber Macdonald nicht nur auf die Arbeiter, sondern auch auf die Liberalen stützt, sehen wir schon jetzt Versuche, eine bedingungslose Anerkennung zu verhindern. Gegenwärtig ist die de-jure-Anerkennung eine vollzogene Tatsache. Wir wären aber naive Leute, wenn wir annehmen würden, daß dieses Resultat einzig und allein der Labour Party zuzuschreiben ist. Die Tatsache, daß die Dinge sich ziemlich schnell entwickeln konnten, erklärt sich daraus, daß ein Teil der englischen Kapitalisten auf der Suche nach Absatzmärkten ist. Auch hier arbeitet der englische Kapitalismus unter dem Aushängeschild der Labour Party."

Unsere Kapitalisten geben sich darüber keiner Täuschung hin.

Die „Information financière" vom 25. Januar schreibt:

„. . . Es scheint im Gegenteil, daß eine seiner ersten Gesten (es handelt sich um Macdonald) darin bestehen wird, die Moskauer Regierung anzuerkennen und die Zulassung Rußlands zum Völkerbund zu betreiben (!)." Auch hier ist weniger der Idealismus der Labour Party, als der Realismus der Geschäftsleute im Spiel. Übrigens gibt die „Information financière" vom gleichen Tage in objektiver Weise genau so wie der Kongreß des Bundes Sozialistischer Sowjetrepubliken zu, daß die Arbeiterparteiler in Wirklichkeit Gefangene der Liberalen sind. Sie schreibt:

„Man ist einmütig der Meinung, daß die Tätigkeit der Arbeiterparteiler im Innern in bezug auf sozialistische Reformen in Anbetracht der liberalen Stimmen gehemmt sein wird und daß sie nur in bezug auf die auswärtige Politik freien Spielraum haben werden."

Es ist ganz klar, daß, wenn in bezug auf die auswärtige Politik kein Veto der Liberalen erfolgt, dies nur in dem Maße stattfindet, in dem Macdonald den Interessen des durch die Liberalen vertretenen Teiles des britischen Kapitalismus dienen wird.

Auch Rußland ist sich dessen bewußt und bekundet, weit davon entfernt, kniefällig die Anerkennung zu erflehen, die größte Festigkeit.

Hört die Sprache, die Kamenew führt.

Nach der Erklärung, daß im Osten Rußland fortfahren wird, die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen zu unterstützen, fügt Kamenew hinzu:

„Es täuschen sich jene, die glauben, daß die Sowjetregierung ihre de-jure-Anerkennung bezahlen wird."

Wir sehen daher die Erscheinung, daß die Sowjets eine viel bestimmtere und energischere Sprache führen, als unsere französische Partei.

Es müßte das aber gerade umgekehrt sein.

Wir begreifen sehr wohl, daß die Sowjets zu Zugeständnissen gezwungen sind. Je mehr das aber der Fall ist, um so mehr Energie müssen die Kommunisten in ihrem gesamten Kampf entfalten.

Je mehr das revolutionäre Rußland zu einem strategischen Rückzug gezwungen ist, umsomehr müssen die Kommunistischen Parteien das Proletariat der übrigen Welt mit sich reißen.

Auf diese Weise müssen die revolutionären Reserven sich dem im Rückzug befindlichen Vortrupp anschließen, um den Rückzug aufzuhalten und, wenn möglich, das verlorene Gebiet zurückzugewinnen.

Es ist eine der gesamten Taktik der KI. zuwiderlaufende Erscheinung, daß die Sowjets vorwärtsschreiten, während die französische Partei auf dem gleichen Platze steht und sogar einen Rückzug antritt.

Labour Party und Kolonialismus.

In einer anderen Beziehung beschränkt sich unsere Partei darauf, in der Humanité vom 6. Februar auf die Enttäuschung hinzuweisen, die in Indien durch die Rede des Vizekönigs Indiens Lord Reading und die Erklärung der Labour Party-Minister hervorgerufen wurde.

Macdonald hat tatsächlich erklärt, daß Indien unter der Herrschaft des britischen Reiches bleiben müsse und daß jene, die die Regierungsbildung durch die Arbeiterpartei ausnützen wollen, sehr bald ihren Irrtum merken werden.

Die Humanité beschränkt sich diesbezüglich darauf, Informationsmaterial zu bringen, während wir als Kommunisten auf die Notwendigkeit hinweisen müßten, den Kampf der Arbeiter des Mutterlandes und den nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Kolonialvölker gegen den englischen Kapitalismus zusammenzuschließen.

Kommunismus und Labour Party.

Unter solchen Bedingungen läßt die L'Humanité Cachin folgendes sagen:

„Gegenwärtig wird England von früheren Arbeitern geleitet. Das ist eine Tatsache von ungeheurer Bedeutung, deren Auswirkungen sehr groß sein können, **und welche Politik sie auch betreiben mögen, wir werden sie aus voller Kraft unterstützen.**"

Cachin behauptet, nie so etwas gesagt zu haben. Warum werden ihm aber dann im Organ der Partei diese Worte zugeschrieben?

Warum hat die Parteileitung nicht unverzüglich eingegriffen, um zu erklären, wir Kommunisten unterstützen die Interessen des Proletariats und jene, die diesen Interessen dienen, und können demzufolge eine andere Partei nur in dem Maße unterstützen, in dem sie eine den Arbeiterinteressen günstige Politik betreibt, wobei wir ein durch die Erfahrung gerechtfertigtes Mißtrauen bewahren und uns zur Kritik bereithalten.

Diskussion.

Als wir diese Bemerkungen und kritischen Ausführungen unterbreiteten, wurden uns Einwendungen gemacht.

Man sagte uns:

„Man kann die Arbeiterparteiler mit den Sozialdemokraten nicht vergleichen. Die Labour Party ist etwas Neues, das erprobt werden muß."

Die Arbeiterparteiler bilden aber einen Bestandteil der gleichen Internationale wie die deutsche Sozialdemokratie. Der Unterschied ist, daß sie ihren Reformismus nicht in marxistische Formeln kleiden, wie es die deutschen Sozialdemokraten tun. Der Reformismus der Labour Party steht in seiner vollen Blöße da. Außerdem besteht der Unterschied, daß die Arbeiterparteiler durch das Spiel einer Wahl- und Parlamentskombination an die Macht gelangen, das sie zu Gefangenen der Liberalen macht, während die deutsche Sozialdemokratie durch den Sieg der Revolution im November 1918 an die Macht gebracht worden ist. Haben die Sozialdemokraten die Revolution, die sie zu ihren Führern gemacht hat, verraten, was ist da von den Arbeiterparteilern zu hoffen, die ihre Macht nur dem Spiel verfassungsmäßiger Institutionen Großbritanniens verdanken?

Außerdem macht man uns die Einwendung:

Überlassen wir es den Arbeiterparteilern, sich selbst zu diskreditieren. Lassen wir die Massen die Erfahrung machen.

Hierauf antworten wir:

Die Rolle einer kommunistischen Partei kann nicht in der eines passiven Beobachters bestehen.

Wenn wir die Labour Party-Illusion nicht bloßstellen, wenn wir keine Kritik an ihnen üben, so ist es zwar sicher, daß sie sich gegenüber dem Proletariat diskreditieren werden, aber auch wir Kommunisten werden mit ihnen zusammen diskreditiert sein.

Übrigens betont Lenin in der „Kinderkrankheit" energisch, daß die Rolle der Kommunisten darin bestehe, dem Proletariat zu helfen, die Regierung der Henderson und Snowden nach ihren Taten zu beurteilen.

Man fügt noch hinzu:

Die Labour Party ist in Wirklichkeit ein Arbeiterblock und kann nicht mit einer Partei verglichen werden.

Dem gegenüber sagen wir:

Ganz gewiß! Die Frage ist aber gerade die, daß wir wissen müssen, in welcher Weise die Kommunisten innerhalb dieses Blocks vorzugehen haben. Im Sinne des Bolschewismus kann dieses Vorgehen nichts anderes sein, als daß die Arbeiterregierung ununterbrochen zur proletarischen Aktion vorwärts getrieben und jede ihrer Schwächen bloßgestellt werden soll, wie es die Bolschewiki gegenüber den Menschewiki von 1903 bis 1917 taten.

Außerdem heißt es, daß wir der englischen Psychologie nicht genügend Rechnung tragen. Es ist das ein altes Lied, das uns jedesmal vorgesungen wurde, so oft eine nationale Sektion die Internationale von der richtigen Linie ablenken wollte. Gewiß sollen wir die englische Psychologie in der Form und in den Einzelheiten berücksichtigen, aber nicht, um das Wesen der kommunistischen Taktik und Politik abzuändern.

Es ist für die englische Partei schwer, die Massen zu erfassen, aber nicht schwerer, wie es sür die Bolschewiki war. Als Lenin nach Rußland zurückkehrte, wurde er das erstemal, als er öffentlich sprach, von den Petrograder Arbeitern ausgepfiffen. Das hat den Bolschewismus nicht gehindert, das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen und — durch dieses Vertrauen getragen — die Revolution zu verwirklichen. Lenin selbst warnt uns in der Stelle, die wir eingangs dieses Artikels anführen, gegen den Einwand, daß die Taktik, die er verkündet, zu schlau und zu kompliziert sei, um von den Massen begriffen zu werden.

Und sagt nicht etwa Lloyd Georges, der — wie Lenin sagt — viel von den Marxisten gelernt hat:

„Unser Land ist leichter als jedes andere Land der Welt zu stürzen, und wenn es anfängt zu schwanken, wird die Katastrophe infolge der bezeichneten Gründe mit größerer Kraft als in allen übrigen Ländern da sein."

Lloyd Georges gründet diese Meinung auf die Tatsache, daß England keine breite landwirtschaftliche Basis wie Frankreich, die eine gewisse politische Stabilität gewährleisten kann, besitzt. Er sieht in den industriellen Gebieten und den Städtegruppen die Möglichkeit einer rapiden Ausbreitung des bolschewistischen revolutionären Einflusses voraus.

Und Lenin empfiehlt uns, zuweilen bei Lloyd Georges in die Schule zu gehen.

Welcher Art soll nun, unserer Auffassung nach, die kommunistische Politik gegenüber der Labour Party-Regierung sein:

1. Wir müssen an der Arbeiterregierung schon jetzt im Lichte der internationalen Erfahrung Kritik üben. Wir müssen

zeigen, daß sie der Unterstützung der Liberalen bedarf und sich ihrem Veto fügen muß.

2. Wir müssen die Labour Party-Illusion nicht nur in England, sondern auch bei dem Proletariat aller Länder bloßstellen. Namentlich die deutsche Sozialdemokratie besitzt nur noch deshalb einen gewissen Einfluß auf die Arbeiter jenseits des Rheins, weil sie ihnen gegenüber die Karte der Labour Party-Illusion ausspielt.

3. Wir müssen zeigen, daß die Regierungsbildung durch die Labour Party in England und der zur Regierungsmacht strebende linke Block in Frankreich dem französischen und englischen Imperialismus die Möglichkeit geben werden, das Ruhrkompromiß unter dem Deckmantel der Hamburger Internationale und des Völkerbundes zu schließen.

4. Wir müssen die Kolonialpolitik der Labour Party-Regierung, die die dem englischen Reiche unterworfenen kolonialen Vasallenvölker in Knechtschaft hält, bloßstellen.

5. Wir müssen verkünden, daß die Erfahrungen mit der Labour Party den englischen Arbeitern zeigen wird, daß sie nur in einem zusammen mit den Kommunisten und nach den Methoden der KI. geführten revolutionären Kampf einen Ausweg finden können.

6. Wir dürfen uns nicht auf die negative Kritik beschränken. Wir müssen in nationalem und internationalem Maßstabe der Arbeiterregierung praktische Vorschläge machen, um aus ihr alles, was sie im Interesse der Arbeiter tun kann, herauszubekommen und um sie schonungslos bloßzustellen, wenn sie, unfähig, weiterzugehen, ein Bündnis mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat schließen wird.

Es genügt zum Beispiel nicht, Macdonald in vager Form aufzufordern, von Poincaré die Räumung des Ruhrgebietes zu verlangen. Es muß ihm die französisch-englische Einheitsfront mit den Kommunisten zwecks einer Agitation für die Räumung des Ruhrgebietes, entfaltet in den großen französischen und englischen Zentren durch internationale Agitatorgruppen, angeboten werden.

Und wir müssen auch klar erklären, daß dies nur der erste Schritt, die erste Maßnahme zur Vorbereitung des Kampfes ist.

Der Artikel von Losowski („L'Humanité" vom 2. Februar, Seite 5) mit der Überschrift „Keine Illusionen!" bezeichnet mit großer Klarheit, welche Haltung die Kommunisten gegenüber der Labour Party einnehmen müssen. Dieser Artikel steht in voller Übereinstimmung mit der Auffassung Lenins, mit dem Bolschewismus, mit der Politik und Taktik der gesamten Kommunistischen Internationale.

Uns dünkt, daß, wenn die Partei energisch ihren Willen zu einer solchen Politik bekunden wird, jede Gefahr einer Entgleisung der französischen Partei in der Richtung einer opportunistischen Politik gegenüber der Labour Party endgültig beseitigt sein wird.

Deutschland

Die KPD. zu den Ergebnissen der russischen Parteidiskussion.

Von Walter Stoecker (Berlin).

** Sofort nach dem Eintreffen des Materials über die russische Parteidiskussion haben auch die Genossen in der deutschen Partei Stellung zu den Streitfragen der RKP. genommen. Das war zunächst nicht leicht, da das Material nur langsam und spärlich eintraf, bis dann schließlich doch eingehende Berichte über die Referate, Korreferate und auch die einzelnen Artikel der führenden Genossen erschienen. Die deutsche Partei war gerade besonders aufnahmefähig für diese Frage, da sie sich selbst in einer tiefen Krise befand und ihr manche Fragen des russischen Parteistreites den Dingen verwandt erschienen, um die jetzt in Deutschland gerungen wurde. So ist denn der Parteikampf in Deutschland zwischen den einzelnen Fraktionen der Partei um die Taktik der KPD. in den letzten zwei Monaten überall aufs engste mit der Erörterung der russischen Streitfrage verbunden und hat deshalb gerade in der deutschen Partei auch zu einer tieferen Erörterung der gesamten Fragen geführt. Daher sind die russischen Fragen in der deutschen Sektion in einer Weise und Breite erörtert worden wie kaum in einer anderen Sektion der Komintern.

Die führenden Genossen der Opposition der russischen Partei haben geglaubt, in der deutschen Partei eine Stütze in ihrem Kampfe gegen das russische ZK. zu finden. Sie haben sich damit schmählich getäuscht. Die **Mittelgruppe** der Partei und die bisherige linke **Opposition** bezogen nach einer gründlichen Prüfung der Dinge sofort die klare Linie der vollen Unterstützung des russischen Zentralkomitees, sowohl in den Fragen der inneren Parteientwicklung wie auch in den Problemen der Wirtschaftspolitik. Beide Gruppen erklärten, in dem Bestreben der oppositionellen Genossen eine ernste Gefahr für die russische Partei, für die Komintern und für die proletarische Diktatur zu erblicken. Beide Gruppen erklärten, in den Äußerungen der russischen Opposition sowohl über die inneren Parteifragen wie auch zur Wirtschaftspolitik im Keime eine politische Linie zu sehen, die zu sehr gefährlichen Konsequenzen führen müsse.

Die Mittelgruppe der Partei, wie auch die linke Opposition, die beide die überwältigende Mehrheit der deutschen Partei darstellen, erklärten, an dem großen Gewinn der bolschewistischen Ideenwelt, der Auffassung Lenins über die Rolle der Kommunistischen Partei, unter keinen Umständen rütteln zu lassen. Die abweichende Auffassung des Genossen Radek in dieser Frage (die Genosse Radek bisher allerdings nur angedeutet hat, in der Beratung der Exekutive über die deutsche Frage und dann auch auf der russischen Parteikonferenz) fand in diesen beiden Gruppen der Partei völlig einmütige Ablehnung.

Aber selbst nicht einmal bei der **rechten Gruppe** in der KPD. fand die Auffassung der russischen Opposition offene Unterstützung. Genosse **Thalheimer** stellte sich von Anfang an in den politischen Fragen ziemlich eindeutig auf die Seite des russischen ZK., während im Gegensatze dazu die Genossen **Brandler** und **Walcher** bis zuletzt versuchten, einer Beantwortung der russischen Streitfragen auszuweichen, mit der Motivierung, sie seien nicht genügend über diese Fragen unterrichtet. Aber selbst Brandler stimmte dann, trotz einiger Vorbehalte auf dem Zentralausschuß, für die gemeinsame Entschließung der Mittelgruppe und der Linken zur russischen Frage.

Nahezu restlos haben sich alle großen Funktionärversammlungen und Bezirksparteitage der deutschen Partei (im Rheinland sowie in Ostpreußen und Mitteldeutschland) unter Führung der Mittelgruppe und der Linken **einmütig auf die Seite des russischen ZK. gestellt und gegen jeden Versuch der russischen Opposition gewandt, die europäischen Sektionen der Komintern für ihre Plattform zu gewinnen.**

Mit überwältigender Mehrheit (gegen ganz wenige Stimmen) wurde dann vom Zentralausschuß der Partei folgende Entschließung zur russischen Parteifrage angenommen:

„Der Zentralausschuß begrüßt das Zentralkomitee der RKP. und drückt ihm seine Befriedigung darüber aus, daß die russische Kommunistische Partei nach der Parteidiskussion viel **stärker und einheitlicher** dasteht als vorher. Die KPD. hat mit dem größten Interesse den Kampf der bolschewistischen Leitung und der überwiegenden proletarischen Mehrheit der russischen Partei gegen die der Tendenz nach kleinbürgerliche, nichtbolschewistische Opposition verfolgt. Die KPD. hat klar verstanden, daß in den anwachsenden Schwierigkeiten des noch allein stehenden proletarischen Staates nicht alle Teile der Partei nach dem Tode Lenins im gleichen Tempo, mit gleicher Festigkeit die Angriffe und Rückzüge des gigantischen Kampfes des russischen Proletariats durchmachen können. Nur die **erprobte bolschewistische Leitung** kann die Partei zusammenhalten und zu weiteren Siegen führen. Nicht Entbolschewisierung der RKP., sondern **Bolschewisierung der europäischen Parteien**, damit sie die Massen siegreich im Kampfe führen können, muß die Parole der Kommunistischen Internationale sein. In dem Kampfe gegen die liquidatorische Richtung, die bei langsamem Anwachsen der revolutionären Welle die größte Gefahr für die Komintern ist, werden die Kommunistischen Parteien Europas, ohne in Kinderkrankheiten des Radikalismus zu verfallen, den bolschewistischen Kern der Parteien herausbilden. Das Zentralkomitee der RKP. kann in seinem Kampfe gegen jede auftauchende revisionistische Gefahr auf die **volle Unterstützung der Kommunistischen Partei Deutschlands rechnen.**"

Diese einmütige Stellungnahme der deutschen Partei zeigt, daß sich der bolschewistische Kern der russischen Partei in den entscheidenden Lebensfragen der kommunistischen Taktik auf die deutsche Partei trotz aller ihrer Schwächen fast unbedingt verlassen kann. Auch in der Überwindung rechter

Tendenzen und Gruppierungen in den übrigen Sektionen der Komintern wird sich die russische Partei und die Exekutive fest auf die ganze deutsche Partei stützen können.

Die überwältigende Mehrheit der deutschen Genossen haben zu dem alten bolschewistischen Kern der russischen Partei das unbedingte Vertrauen, daß er der Komintern in gemeinsamer Beratung und im Austausch aller praktischen Erfahrungen die richtigen Wege für die weitere revolutionäre Entwicklung weisen wird.

Die deutsche Partei eifert gerade jetzt danach, die Grundlage für die Herausbildung einer wirklichen bolschewistischen Partei im Geiste Lenins zu schaffen. Die russische Parteidebatte sollte allen westeuropäischen Genossen der Komintern eine ernste Veranlassung geben, tiefer in die interessante und lehrreiche Geschichte der Russischen Kommunistischen Partei einzudringen.

Wirtschaft

Der Franken und die Mark.

Von Jacques Sadoul.

** Die Gesundheit des Franken wird lange Zeit gebrechlich bleiben. Die französische Währung ist verurteilt, nacheinander Phasen der Erholung und dann wieder des Verfalls durchzumachen. Entgegen den optimistischen Behauptungen Poincarés wird sich eine ernste und dauernde Aufwärtsbewegung des Franken jedenfalls erst im Laufe einiger Monate durchsetzen können. Denn einerseits würde eine solche Wiederherstellung des Franken ungeheure finanzielle Einnahmequellen erfordern; Frankreich ist aber nicht in der Lage, solche Einnahmequellen sofort zu erschließen und zu verwerten. Andererseits ist die Krise des Franken eine Krise des Vertrauens, und es wird sich das Vertrauen der internationalen Frankenbesitzer psychologisch nicht eher wiederherstellen lassen, bevor nicht die Reparationsfrage zwischen Frankreich, England und Deutschland durch ein Kompromiß, das für die französischen Interessen verhältnismäßig vorteilhaft ist, geregelt sein wird.

Ich möchte speziell darauf hinweisen, daß eine ernsthafte und dauernde Hausse des Franken, die beispielsweise das Pfund Sterling dem Werte von 80 Franken gleichbringt, gegenwärtig für die französische Industrie und für den Staat geradezu verhängnisvoll werden könnte.

Sie würde für die Exporteure den Verlust der wichtigen Märkte mit sich bringen, die sie gerade dank dem Rückgang des Franken, der für sie eine beträchtliche Exportprämie bedeutet hat, seit einigen Monaten England und Deutschland entreißen konnten. Diese Hausse wäre aber auch für den Staat nicht weniger gefährlich, denn der Franken zu vier Sous ist in der Tat der Bankrott, der zwar nicht offen erklärt wird, aber für die Staatsfinanzen „wohltuende" Wirkungen hat, da dadurch faktisch der wahre Wert (Goldwert) der inneren Schuld um vier Fünftel reduziert und sie auf diese Weise bedeutend leichter tragbar gemacht wird. Es ist, wie wir schon dargelegt haben, die Expropriation des kleinen Rentners zugunsten des Staates.

So müssen die Kapitalisten und die französische Regierung, selbst wenn sie die Möglichkeit hätten, die Steigerung des Franken zu bewerkstelligen, von ihrem Standpunkte aus eine allzu große Steigerung sorgfältig vermeiden. Ihre unmittelbaren Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, die französische Währung so zu stabilisieren, daß sie ein wenig unterhalb jener Kurse für ausländisches Geld stehen, die ihren Geschäften so überaus günstig waren.

Es ist übrigens bemerkenswert, daß die französischen Banken die längste Zeit keinerlei ernsthafte Versuche gemacht haben, um ihrerseits die Krise des Franken zu mildern. Schließlich aber mußten sie sich doch in der Stunde der immer größeren Gefahr darauf einstellen, eine Stützungsaktion für den Franken durchzuführen. Diese Stunde ist gekommen. Sie haben sich gemeinsam mit der Bank von Frankreich und, unterstützt von den Kreisen der Finanzgewaltigen in London und New York, daran gemacht, alle die notwendigen „Manöver" durchzuführen, um die Baissespekulanten wirksam zu bekämpfen, da diese Baissespekulanten ihrerseits nichts unterließen, um den Franken vermittels der außerhalb Frankreichs befindlichen Masse von Frankpapieren, die von den einen auf 10, von den anderen auf 20 Milliarden geschätzt wird, noch mehr herabzudrücken.

Ich habe schon in früheren Artikeln darauf hingewiesen — und die gegenwärtige Entwicklung des Franken bestätigt meine seinerzeit dargelegten Anschauungen — daß man sich im Irrtum befindet, wenn man den stattgefundenen Frankenrückgang mit der Zertrümmerung der Mark vergleicht. Zwar hat die französische Bourgeoisie ein sehr gefährliches Spiel getrieben und es fast darauf ankommen lassen, durch die Krise des Frankensturzes, die durch ihre Habgier entfesselt worden war, in die Katastrophe hineingerissen zu werden. Aber die Gefahr war, wie ich seinerzeit ausgeführt hatte, keineswegs unvermeidlich. Darum war der Vergleich zwischen dem Schicksal der Mark und dem des Franken nicht vollauf berechtigt.

Ich will hier garnicht auf die wesentlichen Unterschiede zurückkommen, die sowohl vom außenpolitischen wie auch vom innenpolitischen Gesichtspunkt zwischen der politischen Situation Frankreichs und derjenigen Deutschlands gegeben sind. Ich will nur daran erinnern, daß die deutsche Bourgeoisie die Mark systematisch zertrümmert hat, um auf diese Methode gleichzeitig die Reparationszahlungen zu umgehen und die Macht den linken Parteien des Parlaments, und speziell der Sozialdemokratie, zu entreißen.

Die französische Großbourgeoisie hat nicht die gleichen Motive, um den Franken zertrümmern zu wollen. In ihrem Schoße befinden sich zwar zahlreiche Elemente, insbesondere des Exportgeschäftes, die zweifellos der Anschauung sind, daß die fortgesetzte Verschlechterung der französischen Währung für sie große „ökonomische" Vorteile mit sich bringen würde, aber diese selben Elemente, die übrigens Frankreich lange nicht so absolut beherrschen, wie die ihnen entsprechenden Elemente in Deutschland dort das Reich beherrschen, wissen sehr wohl die große Tragweite der politischen Gefahren einzuschätzen, die durch die Verschlechterung des Franken heraufbeschworen werden.

Das Beispiel Deutschlands, das durch die totale Entwertung der Mark an die Schwelle der Revolution geführt wurde, legt unserer Bourgeoisie Erwägungen nahe, die für ihre Interessen heilsam sind. Die französische Arbeiterklasse ist zwar innerhalb der französischen Volksgesamtheit eine Minorität, die teilweise seit Jahrzehnten verbürgerlicht ist, aber sie besitzt im großen Ganzen einen politischen Sinn und einen revolutionären Elan, die unglücklicherweise der deutschen Arbeiterschaft fehlen, obwohl diese die Majorität im Deutschen Reich darstellt. Das französische Proletariat würde die entsetzlichen Leiden, die es im Gefolge eines katastrophalen Sturzes des Franken in Form einer ungeheuren Teuerung erleben würde, schwerlich ertragen.

Endlich stellt die Kleinbourgeoisie, die in Deutschland nur eine Minorität ist, in Frankreich die Majorität, und zwar die starke Majorität der Bevölkerung in den Städten und insbesondere auf dem Lande dar. Sie wird mehr als jede andere Klasse durch die Verschlechterung der Währung betroffen. Der Franken zu vier Sous ist für sie das Elend. Der Franken, der sich der Null immer mehr nähert, würde für sie der Ruin sein. Und da dieser Ruin, das heißt die Proletarisierung in großem Maßstabe nicht, wie bei der deutschen Kleinbourgeoisie, die Folge der falschen Politik der sozialdemokratischen Regierungen Noske-Ebert bis Hilferding, sondern die Folge der Fehler der nationalistischen Regierungen von Clémenceau, Millerand und Poincaré wäre, so würde sie ihr Heil zweifellos nicht beim Faschismus und bei den Parteien der Rechten suchen, wie dies die deutsche Kleinbourgeoisie getan hat, sondern bei den Parteien der äußersten Linken. Sie würde sich mehr und mehr der revolutionären Bewegung anschließen, die sich gleichzeitig infolge einer einschneidenden Verteuerung der Lebenshaltung in den proletarischen Massen Bahn brechen würde. Diese Kleinbourgeoisie hat übrigens, was man nicht vergessen darf, alte revolutionäre Traditionen; von 1789 bis einschließlich zur Kommune hat sie alle Aufstände des französischen Volkes ins Rollen gebracht und dann geführt.

Die französische Großbourgeoisie kann dieser Gefahr nicht entgegentreten, ohne die Ereignisse zu berücksichtigen, die sich in Europa in den letzten Jahren abgespielt haben und die ihr außerordentlich bedeutsame Aufschlüsse geben. Sie lernt daraus, daß sie diese Gefahr nur bannen kann, indem sie den Franken stabilisiert. Daher widmet sie sich mit solcher Energie dieser Beschäftigung und erweckt den Anschein — wie ich dies schon seinerzeit vorhergesagt habe —, als ständen ihr die finanziellen und politischen Mittel zur Verfügung, um in gewissen Grenzen erfolgreich zu sein.

———

Arbeiterbewegung

Die 15. Generalversammlung der IWW. (Industriearbeiter der Welt.)

Von I. Amter.

** Die 15. Generalversammlung der Industriearbeiter der Welt (Industrial Workers of the World, IWW.), die vor kurzer Zeit in Chikago tagte, war die bedeutungsvollste Tagung, die, nach dem offiziellen Bericht zu urteilen, seit dem Bestehen der Organisation abgehalten wurde. Durch 21 Tage berieten die Delegierten von allen Teilen des Landes, insbesondere von den östlichen und westlichen Küsten, die wichtigsten Aufgaben.

Der Kassier erklärte in seinem Bericht, daß die IWW. wohl international gesinnt sei, aber sie könne sich keiner der Internationalen anschließen. Denn die IWW. organisiere die Arbeiter nicht in Gruppen, die sich mit politischen Intrigen befassen, sondern zu einer glänzend disziplinierten Organisation nach industriellen Grundsätzen für den ökonomischen Kampf. Er wies darauf hin, daß im abgelaufenen Berichtsjahre Arbeiter aus Europa und Asien mit dem Generalsekretariat in Korrespondenz gestanden sind und daß sie in Mexiko, Südamerika und Australien mächtigen Widerhall gefunden haben. Sie fordern alle Selbstverwaltung, und es werde Aufgabe der Delegierten sein, dies zu beachten, wenn die Frage der Klassenlage zur Behandlung gelangt.

Diese Feststellung ist sehr bezeichnend. Die IWW. entsendete einen Delegierten zur Syndikalistischen Internationale, die im Jahre 1922 in Berlin gebildet wurde, aber da diese Internationale keinen festen Boden fassen konnte, erhielt die Organisation auch keine internationale Orientierung. Im Jahre 1922 sandten sie einen Delegierten zum Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale, aber sein Bericht war derart verzerrt und seine Darstellung der Lage Sowjetrußlands so unwahr, daß die Organisation, den Bericht ernst nehmend, den Anschluß ablehnte. Seither scheint die IWW. den Gedanken gefaßt zu haben, selbst das Zentrum einer Internationale zu bilden. Sie nennen sich ja Industriearbeiter der **Welt** und glauben, daß es notwendig sei, eine Internationale nach ihren Grundsätzen zu organisieren. Aber trotzdem ein solcher Vorschlag die Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedschaft hätte, wurde er fallen gelassen.

Ein neuer Vorschlag wurde dann gemacht, sich der Berliner Internationale anzuschließen, aber auch dieser wurde abgelehnt. Dann kam ein dritter Antrag, den nächsten Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale zu beschicken, er wurde aber gleichfalls niedergestimmt. Seither ist die IWW. ohne jedweden internationalen Anschluß.

Die Sache, Delegierte zum Profintern-Kongreß zu entsenden, wurde von zwei beglaubigten Abgesandten des Exekutivbüros der Profintern vertreten. Die Genossen **Cammon** und **Minor**, Mitglieder des Zentralexekutivkomitees der Workers Party, wiesen ihre Beglaubigungsschreiben vor und verlangten Sitze als Delegierte einer Bruderorganisation. Das wurde mit der Begründung abgelehnt, daß „keine Verbindung zwischen der Roten Gewerkschaftsinternationale, der Workers Party und der IWW. bestehe". Trotzdem durften die beiden Genossen ihre Meinung auf der Konferenz vertreten. Zum ersten Male hörten nun viele Delegierte die Ziele der Profintern.

In den Jahren 1920 und 1921 führten die Kommunisten in den Vereinigten Staaten eine Kampagne innerhalb und außerhalb der IWW., um die Organisation zum Anschluß an die Kommunistische Internationale zu bewegen. Es war ein fehlerhaftes Vorgehen der Kommunisten, die nicht bedachten, daß eine Organisation, die ihren Mitgliedern vollständige Bewegungsfreiheit gibt, sich nicht der Komintern anschließen kann. Die Kampagne wurde sehr energisch geführt und führte den Kommunisten viele vorzügliche Kräfte der IWW. zu, aber sie erzeugte auch in den Reihen der IWW. große Verstimmung, insbesondere bei den Syndikalisten und Anarchisten, die nichts von einer „politischen" Internationale wissen wollten. Der Verrat der Sozialistischen Partei Amerikas im Jahre 1912, die die Sabotage und die direkte Aktion als staatsgefährlich denunzierte, erfüllte die kämpfenden Mitglieder der IWW. mit solcher Abscheu, daß sie von da ab in einer politischen Partei nichts als eine Bande schamloser Politiker erblickten, die den **Parlamentarismus** als das Um und Auf revolutionärer Aktivität betrachten. Der Bericht des Delegierten auf dem ersten Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale war so voller Mißverständnisse und seine Erzählungen über Sowjetrußland so niederträchtig, daß die Organisation nicht bloß den Anschluß an die Profintern ablehnte, sondern auch einen heftigen Kampf gegen alles, was kommunistisch hieß, aufnahm.

Das war Wasser auf die Mühle der Feinde des Kommunismus und Sowjetrußlands. Selbst Gompers gebrauchte keine skrupelloseren Mittel im Kampfe gegen beide, als es das Generalexekutivkomitee und die offiziellen Organe der IWW. taten.

Den breiten Massen der Mitglieder der IWW. blieb das Programm des Kommunismus und die stetigen Fortschritte Sowjetrußlands unbekannt. Nun hörten sie von den beiden Genossen, die in Sowjetrußland gewesen waren, wie es dort ist, sie hörten Programme und Methoden der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Der Appell ergriff wohl die Herzen der Delegierten, aber die vier Jahre scharfen Kampfes waren nicht in einem Augenblick vergessen. Die IWW. wird keinen Delegierten nach Moskau entsenden.

Noch eine Frage wurde ausführlich behandelt. Die Frage der Auflassung des Zentralkomitees, einer Körperschaft, die aus den Vorsitzenden der allgemeinen Organisationskomitees der Industrieverbände zusammengesetzt ist. Das ist ein entschiedener Rückschritt der IWW. als einer zentralistischen Organisation. Das ist auch kein neuer Kurs in der IWW. Wieder und wieder sind besonders die westlichen Verbände gegen den strengen Zentralismus aufgetreten. Die Holzfäller im Westen sind mehr individualistisch, die Bedingungen eines modernen Industriestaates, wo der Kampf ganz zentralisiert geführt werden muß, wenn er Erfolg haben soll, ist ihnen unbekannt. Sie sind gewohnt, den Kampf auf der Stelle aufzunehmen und ihn bis zu Ende durchzukämpfen. In der Industriestadt dagegen bedarf es einer Zusammenfassung aller Industriezweige, nicht nur einer Stadt oder eines Distrikts, sondern mehrerer Distrikte, ja des ganzen Landes, oder der Kampf muß einen Mißerfolg erleiden.

Es wurde auch beschlossen, die Kampagne zur Befreiung der 200 Arbeiter fortzusetzen, die noch immer im Gefängnis sitzen (Coolidge hat seither 31 bedingungslos begnadigt). Die Frage wurde erörtert, ob einzelne Mitglieder Begnadigungen oder Strafnachlässe annehmen dürften. Darüber gab es eine ziemliche Diskussion innerhalb der Organisation, als vor einiger Zeit Harding 10 Mitglieder unter gewissen Bedingungen befreite. Die Gründe, die einige hierfür angaben, darunter der bekannte Dichter **Ralph Chaplin**, befriedigten einen Teil der Mitglieder nicht, besonders solche nicht, die selbst im Gefängnis blieben und sich weigerten, solche Bedingungen bei der Begnadigung anzunehmen.

Der Kampf mit offenen Aussprachen soll weiter fortgeführt werden. Das ist eine der lärmendsten Methoden, um die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Die Organisation wird wegen ihrer Kampfesfreudigkeit in dieser Hinsicht rücksichtslos verfolgt, besonders in den Weststaaten, in Kalifornien, Oregon und Washington. Der Kampfesmut übertrifft aber nicht den der Kommunisten noch den der Vereinigten Bergarbeiter. Aber die auffällige Art der IWW. gibt der Regierung, den Unternehmerverbänden, der Amerikanischen Legion, der Ku-Klux-Klan und der kapitalistischen Presse eine passende Gelegenheit, sie heftig anzugreifen, ohne daß die Eingesperrten auf die Unterstützung der Massenorganisationen rechnen können. Die Gegensätze zwischen der IWW. und der AFL. sind so tief, daß sie nicht für, sondern **gegeneinander** kämpfen. Das ist bei den Kommunisten und den Vereinigten Bergarbeitern nicht der Fall. Denn wenn sie von der Regierung oder ihren Lakaien angegriffen werden, erhebt sich sofort eine Protestwelle und bringt die Regierung zum Einhalt. Diese Methode der IWW. füllt die Gefängnisse. Denn sie schicken so viele Redner wie möglich in einen Distrikt, wo der Kampf um die freie Rede geht. Dies bringt aber die Regierung nicht aus der Fassung.

Die IWW. haben „offiziell" 38.000 Mitglieder, davon vier größere und mehrere kleinere Industrieverbände. Ihre Mitgliedschaft ist fluktuierend, da sie größtenteils aus Auswanderern besteht und nie richtig registriert wird. Jedoch ist es bedauerlich, daß diese Kämpfer außerhalb der Reihen der Mehrheit der Arbeiter stehen. Die Kommunisten haben die Hoffnung nicht aufgegeben, sie zu gewinnen, obgleich der Kampf gegen die anarcho-syndikalistischen Grundsätze und Auffassungen der IWW. ein sehr scharfer gewesen. Sie müssen in die Rote Gewerkschaftsinternationale gebracht werden. Die letzte Tagung der IWW., auf der zum ersten Male die Delegierten die Wahrheit über Kommunismus, Sowjetrußland und die Rote Gewerkschaftsinternationale gehört haben, ist ein erster Schritt dazu.

———

Aus der Internationale

Der Fall Bombacci.

Resolution des Präsidiums des EKKI.

** Die mit der Untersuchung der Berufung des Genossen Bombacci betraute Kommission hat, nachdem sie vom stenographischen Protokoll der Rede Bombaccis über die italienisch-russische Verständigung sowie von allen Umständen Kenntnis genommen hat, die diesem Zwischenfall vorangegangen und gefolgt sind, festgestellt:

1. Daß es Genosse Bombacci in seiner Rede, der er einen rein praktischen (wirtschaftlichen) Charakter hatte geben wollen, versucht hat, statt die Innen- und Außenpolitik Mussolinis anzugreifen, die Notwendigkeit des italienisch-russischen Vertrages vom Gesichtspunkte der Interessen des Staates und der faschistischen Regierung selbst aufzuzeigen. Daraus ergab sich der opportunistische Charakter und die unkommunistische Beweisführung der Rede, auf die bereits mit vollem Recht in der Mitteilung des EKKI. hingewiesen worden war.

2. Daß trotz des aufrichtigen Wunsches Bombaccis, die Anerkennung des proletarischen Staates zu beschleunigen, seine Rede und die Art und Weise, mit der er sie begründet, vollständig verfehlt sind, denn die faschistische Regierung wurde zu dieser unumgänglichen Anerkennung einzig und allein durch die revolutionäre Macht des russischen Proletariats gezwungen, durch die objektiven Umstände, in denen sich der italienische Kapitalismus befindet, der auf der Suche nach neuen Absatzmärkten ist, und durch den Zusammenbruch der Politik der Blockade in den kapitalistischen Staaten.

3. Daß das Zentralkomitee der KPI. vollkommen im Rechte war, angesichts einer derartigen Abweichung von der kommunistischen Linie gegen Genossen Bombacci strenge Maßnahmen zu treffen; aber, wenn die wichtigsten mildernden Umstände, die bei der gründlichen Untersuchung der Angelegenheit zutage getreten sind, in Betracht gezogen werden, findet die Kommission im besonderen die getroffene Maßnahme zu weitgehend.

4. Daß trotz seiner äußerst ärgerlichen Rede, die sich aus den vorgenannten Beweggründen erklärt, Genosse Bombacci, der einen großen Teil seines Lebens dem Dienste der Arbeiterklasse gewidmet hat, nach wie vor in den Reihen der KPI. und der KI. als ehrlicher und wackerer Kommunist verbleibt.

Die Kommission schlägt dem Präsidium vor, diese Resolution zu veröffentlichen.

Aus dem Lager der Gegner.

Eine denkwürdige Proklamation der II. Internationale.

Von Alois Neurath (Prag).

** In hundemäßiger Treue hat die bulgarische Sozialdemokratie den konterrevolutionären Umsturz der Zankow-Regierung mitgemacht, sie hat alle politischen Gaunereien dieser Regierung gedeckt und insbesondere die niederträchtige Verfolgung gegen die Kommunistische Partei mitgemacht, genau so, wie zwei Jahre früher der Sozialdemokrat Peidl die ungarische Arbeitermörderregierung im Kampfe gegen das ungarische Proletariat unterstützte.

Auf ihrem Hamburger Kongreß hatte es die II. Internationale mit einigen oder fast nur mit Schmerzenskindern zu tun. Da war zunächst die tschechische Sozialdemokratie, die nicht nur das konterrevolutionäre Verhalten der tschechoslowakischen Regierung gegen das Proletariat mitmachte, sondern auch der intellektuelle Urheber des tschechoslowakischen Ausnahmegesetzes ist, das vor einem Jahr von der Nationalversammlung beschlossen wurde. Dann sind in Hamburg die deutschen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei aufmarschiert, die zwar ihre tschechischen Brüder auf das heftigste bekämpfen, die aber selbst dem nationalen Separatismus auf gewerkschaftlichem Gebiete huldigen und auch sonst wackere nationalistische Streiter sind. Über die glorreichen Taten der Noske- und Ebert-Leute ist der Kongreß mit vornehmem Schweigen hinweggegangen. Allein die politischen Gemeinheiten des bulgarischen Mitgliedes dieser anmutigen sozialistischen Internationale waren noch zu frisch, als daß man sie hätte ignorieren können. Der Hamburger Kongreß tat daher so, als ob es noch zu überlegen wäre, ob die bulgarischen Komplicen in die Reihen ihrer deutschen, tschechischen usw. Kollegen der Hamburger Vereinigung aufgenommen werden sollten oder nicht. Die Hamburger Internationale beauftragte eine sogenannte Sonderkommission, die tschechische, bulgarische und noch irgendwelche Fragen zu überprüfen. Nach Prag wurde sogar eine Einigungskommission geschickt. Sie sollte die deutschen und tschechischen nationalistischen Sozialisten vereinigen. Eine andere Kommission, mit Fritz Adler an der Spitze, sollte sich in Bukarest davon überzeugen, daß die bulgarischen Genossen, die man dorthin zu einer Konferenz eingeladen hat, unschuldige Burschen und brave revolutionäre Kämpfer seien. Nach langen Beratungen und, wie der Prager „Sozialdemokrat" feierlich hinzufügt, gründlichster Diskussion hat die bulgarische Delegation eine Erklärung abgegeben, die man wirklich als ein Kabinettstück politischen Betruges bezeichnen darf.

> „Schließlich hat die Regierung Stambulisky, die immer größere Volksmassen zu Gegnern bekam, den Boden der Demokratie verlassen, hat an Stelle des Proportionalwahlrechtes ein Wahlrecht gesetzt, daß das Wahlglück unter Regierungseinfluß entscheidend werden läßt."

Man stelle sich nur vor, Stambulisky hat die Demokratie nicht respektiert, während sie Zankow selbstverständlich hochschätzt, was ja schon dadurch zum Ausdruck kam, daß er mit Hilfe der monarchistischen Kriegshetzer und mit Hilfe der Kanonen und Maschinengewehre die Stambulisky-Regierung davonjagte! Und was das Schrecklichste ist: nämlich da dieser grausliche Stambulisky das Proportionalwahlrecht nicht achtete, so hatte Zankow in der Eile nichts anderes zu tun gewußt, als gleichfalls unter Mißachtung des Proportionalwahlrechtes neue Wahlen auszuschreiben und durchzuführen. Aber man höre nur, was dieser bulgarische Edelsozialist weiter zu erzählen hat:

> „Vergewaltigung der städtischen Bevölkerung und Verlassen der Demokratie durch Stambulisky, das waren die Wurzeln, die den Staatsstreich Zankows in großen Massen der Bevölkerung als Befreiung aus drückender Ohnmacht erscheinen ließ."

Also die Stambulisky-Banditen, die den Aufstand der armen Bauern und der Arbeiter, die ihn unterstützten, in einem Meer von Blut erstickten, wurden von der Bevölkerung als Befreier begrüßt. Daß ein Sozialdemokrat dieser bulgarischen Arbeitermörderregierung angehörte, hat weiter nichts zu sagen, denn:

> „einzelne Mitglieder der Partei waren allerdings als Personen in den Plan eingeweiht worden. Die Parteileitung war aber, nachdem der Umsturz vollzogen war, nicht in der Lage, sie wegen dieser Handlungen, die sie unter Gefahr ihres eigenen Lebens unternommen hatten, zur Verantwortung zu ziehen, sondern im Gegenteil sah sich die Partei gezwungen, in diesem Momente die Mitverantwortung in der neuen Regierung zu übernehmen, um den Bürgerkrieg zu begrenzen und der Gefahr von Okkupationen durch auswärtige Mächte zu begegnen".

Man traut seinen eigenen Augen nicht und muß es immer und immer lesen, eher man es begreifen kann, daß ein Kerl, der sich Sozialist nennt, solche Schuftereien niederschreiben kann. Also, solange Zankow dabei war, die Bauern und die kommunistischen Arbeiter zu ermorden, solange sind die bulgarischen Sozialdemokraten nur „als Personen" die Verbündeten der Zankow-Banditen gewesen. Später aber, als die Kommunisten niedergeschlagen waren und genug Arbeiterblut vergossen war, als sich also, wie sich dieses sozialistische Subjekt ausdrückt, die Verhältnisse „konsolidiert" hatten, da übernahm die bulgarische sozialdemokratische Partei die ganze Verantwortung für die Taten der Arbeitermörderregierung. Jetzt aber, so sagen die bulgarischen Sozialdemokraten in ihrer Erklärung, seien sie entschlossen, einen wilden Kampf gegen die bulgarische Regierung und gegen ihren reaktionären Kurs zu führen. Damit jedoch die Arbeiterklasse der ganzen Welt die Überzeugung gewinnen kann, daß es den bulgarischen Sozialdemokraten mit ihrem Kampf gegen die Regierung völlig ernst sei, drucken sie gleich ihre wichtigsten Programmpunkte ab. Sie verlangen nicht mehr und nicht weniger als — die Wiederherstellung des Proportionalwahlrechtes, ferner die Durchführung der Gemeindewahlen, die Amnestie aller an dem Bürgerkrieg Beteiligten, die Pressefreiheit und eine Garantie für die politische Betätigung der Parteien.

Man kann sich vorstellen, wie Zankow sofort bleich geworden ist, als ihm dieses Programm und die Kampfentschlossenheit seiner charakterlosen politischen Hausknechte, die ihn im Kampfe gegen das revolutionäre Proletariat die besten Dienste geleistet haben, bekannt wurde.

Nachdem Herr Fritz Adler auf diese ebenso kurzweilige wie originelle Weise die bulgarischen sozialistischen Arbeitermörder rehabilitiert hatte, konnte es ihm nicht schwer fallen, die Sozialdemokraten Bulgariens, Jugoslawiens und Rumäniens auf einer einheitlichen Plattform zu vereinigen. In der Proklamation, die von den sozialdemokratischen Führern unterzeichnet ist, heißt es unter anderem:

„In den Siegerländern, in Jugoslawien und Rumänien, werden die Sozialisten nicht nur alle in der Absicht der Erweckung feindseliger Stimmungen und der bewußten Erzeugung einer Kriegsatmosphäre gelegenen Veröffentlichungen der Chauvinisten und des offiziellen Imperialismus demaskieren, sondern auch direkt dem Imperialismus mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften entgegentreten und eine friedliche Verständigung in allen strittigen Fragen zu erreichen suchen...

Die Vertreter der drei sozialistischen Parteien sind überzeugt, daß, wenn es ihnen gelingt, ihre Regierungen zur Beachtung dieser Grundsätze und zu einer Politik in dieser Richtung zu bringen, der wieder drohende Krieg vermieden werden kann."

Und es gibt wirklich noch in allen Ländern Arbeiter, die diese politischen Gaukler ernst nehmen und die sich noch immer nicht entschließen konnten, ihnen die Fußtritte zu geben, die sie sich so reichlich verdient haben.

Unsere Probleme

Die Kommunistische Internationale und die Bauernschaft.

Von T. Dombal.

** In der II. Internationale wurde der Bauernfrage nicht nur keine größere Bedeutung beigemessen, sondern man betrachtete die Agrarfrage auch nicht vom Gesichtspunkte der Entwicklung der Revolution. Es wurden in ihr theoretische Streitereien darüber geführt, welche Form der Landwirtschaft vom Standpunkte der Entwicklung technisch als die höhere erscheine, und indem man die Überlegenheit des großlandwirtschaftlichen Betriebes gegenüber der rückständigen Bauernwirtschaft feststellte, zog man daraus den Schluß, daß eine Unterstützung der Forderungen der landarmen Bauern reaktionär wäre. So urteilte die Schule Kautskys über die Agrarfrage. Kautsky schreibt in der „Agrarfrage" wie folgt: „Der Bauernschutz ist also nicht Schutz gegen die Verelendung des Bauern, er ist Schutz der Fesseln, die den Bauern an sein Elend ketten... Andererseits ist nicht die Bauernschaft, sondern das Proletariat Träger der modernen sozialen Entwicklung; Hebung der Bauernschaft auf Kosten des Proletariats heißt Hemmung des gesellschaftlichen Fortschrittes." Die Schule Kautskys wollte steif und fest nachweisen, daß in der Landwirtschaft Gesetze der Konzentration des Kapitals in den gleichen Formen wie in der Industrie bestehen, trotzdem die Wirklichkeit in Gestalt des sich entwickelnden kleinbäuerlichen Eigentums dem widersprach. Die revisionistische Richtung Bernsteins und Davids aber, die zur Unterstützung der kleinen Bauernwirtschaften vorgedrungen war, benützte ihrerseits das Anzeichen der Verstärkung des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft neuerlich als eine Waffe für die Revision der Lehre Marx', indem sie damit nachweisen wollte, daß der Weg zur Umbildung des gesellschaftlichen Aufbaues nicht über den revolutionären Kampf führt, sondern durch die schrittweise, friedliche, evolutionäre Umwandlung des kapitalistischen Aufbaues in den sozialistischen. Im Kampfe gegen diese Richtung machte die Schule Kautsky von Zitaten aus Werken von Marx, vorzugsweise aus dem „18. Brumaire" Gebrauch, wo er die Bauernschaft als eine halbbarbarische Erbschaft der vergangenen Epoche des Feudalismus bezeichnete und deshalb der Ansicht war, daß die Bauern in ihrem Kampfe um die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu unterstützen bedeuten würde, sich dem Prozesse der wirtschaftlichen Entwicklung entgegenzustemmen. Die sogenannte marxistische Richtung in der II. Internationale, statt sich mit der Vertiefung der Forschungen in der Frage der Entwicklung und der Änderungen, die unter der Bauernschaft vor sich gingen, zu befassen, statt sich mit der gesellschaftlichen, politischen Seite der Agrarfrage zu befassen, führte einen theoretischen Streit über die technische Überlegenheit dieser oder jener Formen der Landwirtschaft und sah nicht in dem leidenden und von der kapitalistischen Ordnung ausgebeuteten Bauern jene mächtige Kraft, die das revolutionäre Proletariat dem Kapitalismus entgegenzusetzen gehabt hätte. Den Bauern sahen sie wie ein zurückgebliebenes Geschöpf an, das ihnen die doktrinären theoretischen Schlußfolgerungen zerstörte, und sie dachten ganz und gar nicht darüber nach, was denn den Bauern zum Kampfe gegen die kapitalistische Ordnung treibt, und wie weit der Kampf dieser oder jener Schicht des Bauerntums revolutionären Charakter trägt. Sie dachten durchaus nicht darüber nach, wie man die ausgebeutetsten und unterdrücktesten Schichten der Bauernschaft für die Sache der Revolution gewinnen könnte. Das Endergebnis dieser ständigen Ratschläge an die Bauern, zum Wohle des Fortschrittes auf Privateigentum zu verzichten, war, daß das Dorf fast ausschließlich dem Einflusse der bürgerlichen Denkweise verfiel und sich den Sozialisten gegenüber feindlich verhielt, die es für seine Todfeinde hielt, die es um sein kärgliches Stückchen Boden bringen wollten. Die doktrinären, papierenen Agrarprogramme der sozialdemokratischen Parteien erklären sich teilweise daraus, daß die Grundlage des sozialistischen Gedankens und der sozialistischen Bewegung damals Deutschland bildete, wo die Bodenfrage nicht so scharf gestellt war, und wo die Bedeutung der Bauern im Verhältnis zu dem zahlreichen und organisierten Proletariat nicht so in die Erscheinung trat, umso mehr zu jener Zeit, da das deutsche Proletariat weit von den Perspektiven eines entschiedenen revolutionären Kampfes entfernt war und nur einen friedlichen Kampf um die Erhöhung des Arbeitslohnes und um die Eroberung verschiedener demokratischer Freiheiten führte.

Die gleiche Stellung zur Agrarfrage nahm und nimmt bis zum heutigen Tage **Otto Bauer** ein, einer der Theoretiker der gewesenen 2½-Internationale, der in seiner Broschüre „Bolschewismus oder Sozialdemokratie?" (Volksbuchhandlung, Wien, 1920) mit Bestimmtheit dafür eintritt, daß man in West- und Mitteleuropa die Vergesellschaftung des Bodens anzustreben hat, und schreibt: „...seine (des landwirtschaftlichen Großbesitzes) Aufteilung auf Kleinbauern und Landarbeiter kann sie nicht zulassen, wenn sie nicht die Landwirtschaft auf ein niedrigeres technisches Niveau zurückwerfen will..." Die gleiche Stellung nimmt bis jetzt auch der hervorragende kommunistische Theoretiker Genosse **Marchlewski** ein, der in seinem Büchlein „Über die Agrarfrage in Polen" auf Seite 6 schreibt: „...Der Boden muß Gemeineigentum werden, über das die Regierung als organisierte gesellschaftliche Kraft verfügt. Wenn es in erster Linie nötig ist, die Vernichtung des Eigentums an Grund und Boden anzustreben, so ist die Folgerung vollständig klar: jener im Privatbesitz befindliche Grund und Boden, auf dem heute kapitalistische Wirtschaft betrieben wird, kann nicht neuen Eigentümern übergeben werden, die ebensosehr und vielleicht in noch höherem Maße für die Gesellschaft gefährlich sind..." Das gibt eine gute Kennzeichnung dessen, wie selbst ehrliche revolutionäre Kommunisten die Agrarfrage ansehen, und zwar irgendwie und zunächst **in der Hauptsache unter dem Gesichtswinkel des hohen oder niederen Standes der Technik**, und nicht vom gesellschaftlichen und politischen Standpunkt, nicht unter dem Gesichtswinkel der Erhöhung der Aussichten des Sieges der proletarischen Revolution in der revolutionären Epoche, mittels der Eroberung eines durch seine Masse und sein Schwergewicht mächtigen Verbündeten: der ausgebeuteten und vom Kapitalismus unterdrückten landarmen und landlosen Bauernmassen.

Noch vor dem Kriege hat die Partei der Bolschewiki einige, anfangs allerdings unbedeutende Abweichungen von dieser in bezug auf die Bauern unerbittlichen Stellungnahme zu machen begonnen. Dies ist nicht weiter verwunderlich: die russische sozialdemokratische Partei hatte in einem Lande mit einem zahlenmäßig ungeheuren Überwiegen der Bauernmassen tätig zu sein, und, was noch wichtiger ist, sie befand sich am Vorabende eines unmittelbar revolutionären Kampfes mit der Möglichkeit der Eroberung der Macht. Es erschien daher das Herüberziehen eines solchen mächtigen Verbündeten, wie es die Bauern sein konnten und wurden, auf die eigene Seite im Kampfe gegen die zaristische Selbstherrschaft als eine Frage auf Tod und Leben. Schon im Jahre 1903 trat Lenin für die Wiedererstattung der Bodenstreifen, das heißt der Bodenstücke, die einst von Bauern benützt und von den Adeligen in der Zeit der „bauernbefreienden Reform" des Jahres 1861 in Besitz genommen worden waren, an die Bauern ein; und im Jahre 1905 sprach sich die russische Partei auf Antrag Lenins den Wünschen der Bauernschaft entgegenkommend, für die Be-

schlagnahme des gesamten Grund und Bodens der Großgrundbesitzer aus, wobei Lenin mit aller Bestimmtheit erklärt, daß „die Sozialisten den Grund und Boden nicht als ein Objekt der Wirtschaft, sondern als Objekt der Verstärkung des revolutionären Kampfes ansehen müssen". Später, als Lenin im Jahre 1917 auf eine radikale Umstellung der Partei der Bolschewiki Einfluß genommen, die im Augenblicke der Revolution das Bodenprogramm der SR. übernahm und durchführte, gegen das die Bolschewiki noch kurz zuvor gekämpft hatten, führte das Dekret über Grund und Boden die Bauernmasse auf die Seite der proletarischen Revolution. Die Bauern, die die Zustimmung der Bolschewiki zur Beschlagnahme des Grund und Bodens der Großgrundbesitzer durch die Bauernschaft erhalten haben, schützen die Sowjetregierung gegen den Ansturm der verschiedenen gegenrevolutionären weißen Armeen. Auf diese Art und Weise wurde das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern geschlossen, das den in der Weltgeschichte noch nicht erlebten Triumph sicherte.

Die Kommunistische Internationale — die Frucht der siegreichen proletarischen Revolution und des Genies Lenins — hat in dieser Beziehung die wertvolle Erfahrung und die Errungenschaft der russischen Revolution erworben, und hat in der Bodenfrage und in bezug auf das Verhältnis zu den Bauern eine Stellung eingenommen, mit der sie nicht die Fragen des niedrigen oder hohen technischen Standes, der großen oder kleinen landwirtschaftlichen Betriebe, sondern das Interesse des Sieges der internationalen proletarischen Revolution für die Hauptsache hält. In den Thesen über die Agrarfrage, die auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale angenommen wurden, sehen wir einen Bruch mit dem doktrinären und engzünftlerischen Verhalten der 2. und 2½-Internationale, dort, wo gesagt wird: „Die Industriearbeiter können ihre große geschichtliche Sendung der Befreiung der Menschheit vom Joche des Kapitalismus und des Krieges nicht erfüllen, wenn sie sich in das Gehäuse ihrer engzünftlerischen und engberuflichen Interessen verkriechen... Als Klasse, die tatsächlich revolutionär ist und in tatsächlich sozialistischem Geiste handelt, wird das Proletariat nur dann erscheinen, wenn es auftritt und handelt als die Vorhut aller werktätigen und ausgebeuteten Massen, als ihr Führer in dem Kampfe um den Sturz der Herrschaft der Ausbeuter; letzteres aber ist undurchführbar ohne die Übertragung des Klassenkampfes auf das Dorf, ohne die Vereinigung der werktätigen ländlichen Massen um die Kommunistische Partei des städtischen Proletariats, das die bäuerlichen Massen zu schulen hat.... Gleichzeitig muß sich die Kommunistische Partei mit aller Bestimmtheit klar werden, daß in der Übergangsperiode von der kapitalistischen Ordnung zum Kommunismus, das heißt in der Periode der Diktatur des Proletariats, unter dieser Gruppe (landarme Bauern) ein mindestens teilweises Schwanken nach der Seite der unbegrenzten Handelsfreiheit und der Ausnützung der Rechte des Privateigentums unvermeidlich ist." Die Resolution bestimmt eingehend das Verhalten der Kommunistischen Parteien zu den verschiedenen Schichten der ländlichen Bevölkerung mit dem bestimmten Ziele: entweder ihr Herüberziehen auf die Seite der proletarischen Revolution, oder ihre Neutralisierung und betont, daß „die Aufteilung von großen Liegenschaften das sicherste Mittel ist, die Bauern auf die Seite der Revolution hinüberzuziehen. Die Sicherung und die Verstärkung des proletarischen Sieges ist die erste und wichtigste Aufgabe des Proletariats unter allen Umständen. Um in der Revolution den Sieg zu erhalten, darf das Proletariat nicht einmal vor, wenn auch zeitweiligem, Senken der Produktion zurückweichen."

Die Beschlüsse des IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale bestätigten die Richtigkeit dieser Stellungnahme und ergänzten sie nur mit einem Aktionsprogramm oder mit Weisungen für die Durchführung der praktischen kommunistischen Arbeit auf dem Lande. Unter anderm wird den Kommunisten empfohlen, in die Organisationen der landarmen Bauern (in Wirtschaftsgenossenschaften, Konsumgenossenschaften und Kreditgenossenschaften) einzutreten und sie zu revolutionieren. Mehr noch, der IV. Kongreß setzte in seinen Weisungen über die Arbeit in den Kolonialländern in bezug auf die Fragen des Ostens fest: „... In der Mehrheit der Länder des Ostens (Indien, Persien, Ägypten, Syrien und Mesopotamien) hat die Agrarfrage eine Bedeutung allerersten Ranges im Kampfe um die Befreiung vom Joche der Großmächte.... Nur die Agrarrevolution, die sich die Enteignung des Großgrundbesitzes zum Ziele setzt, wird imstande sein, die ungeheuren Bauernmassen in Bewegung zu bringen, die auf den Kampf gegen den Imperialismus entscheidenden Einfluß besitzen.... Die revolutionäre Bewegung in den rückständigen Ländern des Ostens wird ohne Erfolge bleiben, wenn sie sich nicht auf die Aktion der breiten Bauernmassen stützen wird...."

Endlich wurde in der Vollsitzung des Erweiterten Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Juli 1923 im internationalen Maßstabe die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung angenommen, die Losung, die den Grundsatz des Bündnisses der Arbeiter und Bauern in der ganzen Welt krönt, als die Hauptbedingung des Sieges der proletarischen Weltrevolution. Dort wurde auch die Frage über das Verhalten der Kommunistischen Internationale zur Schaffung der **Bauerninternationale** gelöst, die einige Monate später unter der Bezeichnung „Internationaler Bauernrat" unter tätiger Mitwirkung einer Anzahl kommunistischer Bauernvertreter entstand.

In der Tagesordnung der in der nächsten Zukunft zum Zusammentritte bestimmten Vollsitzung des Erweiterten Exekutivkomitees und auf dem V. Weltkongreß wird die Frage der Bestimmung der Beziehungen der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen zu den Bauernorganisationen eine der wichtigsten Fragen werden, und in dieser Frage werden zweifelsohne die Überbleibsel der Erbschaft der II. Internationale auf diesem Gebiet, unter derem Einfluß sich bis zum heutigen Tage eine Reihe unserer Genossen noch unbewußt befindet, überwunden werden. Die eigenartige Furcht vor dem Dorfe und vor bestimmten entschiedenen Schritten, die die Führung der organisierten Bauernbewegung gegen die Kapitalisten und Großgrundbesitzer zum Ziele haben, wird zweifelsohne liquidiert werden. Nur dadurch, daß wir unsere organisatorischen Aufgaben auf dem Lande, in Mittel- und Westeuropa und einer Anzahl Länder anderer Weltteile, wo wir nicht mit einer elementaren Bauernbewegung rechnen können, bis in alle Einzelheiten festsetzen, nur dadurch, daß wir in dieser Richtung vernünftig, aber kühn die Initiative in unsere Hand nehmen, werden wir imstande sein, in die Tat umzusetzen, zu verwirklichen die oben angeführten Beschlüsse der Kongresse und der Vollsitzungen des Erweiterten Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale und werden auf diese Weise den Tag des Triumphes der proletarischen Weltrevolution näherbringen.

An unsere Abonnenten!

Wir bitten alle unsere Bezieher, die den Bezugspreis für März oder für die vorhergehenden Monate noch nicht beglichen haben, dies sofort zu tun.

Ab 1. April wird die Zustellung an alle Leser, die mit der Bezahlung des Bezugspreises im Rückstand sind, eingestellt.

Der monatliche Bezugspreis beträgt für

Deutschland	1 Goldmark
Österreich	10.000 Kronen
Tschechoslowakei	8 Kč
Schweiz	2 Franken
Holland	1 Gulden
Frankreich	4 Franken
Dänemark	2 Kronen
Norwegen	2 Kronen
Schweden	2 Kronen
Danzig	2 Gulden

Die Geschäftsleitung.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 40. 1. April. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Die Reichstagswahlen in Deutschland. Von Stoecker . 455

Politik.
Die englische Arbeiterpartei-Regierung in Nöten. Von Murphy 456

Revolutionäre Bewegung in den Kolonien.
Der Kommunismus in Indien unter Anklage. Von Roy . 458

Wirtschaft.
Der wirtschaftliche Aufschwung in Rußland. Von Ericus 459

Arbeiterbewegung.
Der Kongreß der Vereinigten Bergarbeiter Amerikas. Von Amter 460

Jugendbewegung.
Der weiße Terror gegen die Kommunistische Jugend. Von Schüller 461

Aus der Internationale.
Die Anfangsarbeiten der Lenin-Propaganda. Von Kun . 462

Weißer Schrecken.
Schandtaten der Konterrevolution in Mexiko. Von Stirner 463

Aus den Kasematten der Bourgeoisie.
Für Unamuno, ja. Aber für die andern? Von Serge . . 464

Aufrufe.
An die Fabrikarbeiter aller Länder! 465
An die kämpfenden Fabrikarbeiter Deutschlands! 465

Buchbesprechungen.
Henry Ford: „Mein Leben und Werk." Von Friedländer 465

Der V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.

(Telegramm der Inprekorr.)

** Das Exekutivkomitee der KI. hat auf seiner am 21. März d. J. abgehaltenen Sitzung beschlossen, den **V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale zum 5. Juni 1924 nach Moskau einzuberufen.**

Vor dem V. Weltkongreß findet noch eine **Sitzung der Erweiterten Exekutive** der KI. statt, die am 25. Mai beginnt.

Die **Tagesordnung** des V. Weltkongresses ist noch nicht endgültig festgesetzt, wird aber der Presse in den nächsten Tagen mitgeteilt werden. **Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.**

Die Reichstagswahlen in Deutschland.

Von Walter Stoecker (Berlin).

** Der deutsche Reichstag ist aufgelöst, die Neuwahlen sind auf den 4. Mai festgelegt worden. Damit hat der Wahlkampf begonnen, der in den nächsten sechs Wochen in Deutschland das politische Leben ausfüllen wird.

Der alte Reichstag, der zumal in der letzten Zeit nur noch ein klägliches Schauspiel bot, ist ohne viel Federlesen von der Regierung aufgelöst und heimgeschickt worden, da sich wegen der bevorstehenden Wahl keine Mehrheit für ein neues Ermächtigungsgesetz fand. Normalerweise hätte er ohnehin nur noch drei Monate leben können. Dieser deutsche Reichstag, der nach den Lobliedern aller Menschewisten, aller Kautskyaner die eigentliche Macht des deutschen Volkes darstellen sollte, war längst zu einem Spottgebilde geworden, das niemand mehr recht ernst nahm. Die vier Jahre, die dieser Reichstag lebte, von 1920 bis 1924, haben den deutschen Arbeitermassen gezeigt, daß dieses „demokratische" Parlament nur eine Kulisse für die fortschreitende Diktatur der Kapitalisten und Junker war. Während die Zusammensetzung dieses Reichstages vier Jahre lang dieselbe blieb, haben sich die Machtverhältnisse in den vier Jahren völlig verschoben. Während 1920 noch Kleinbürgertum und Arbeiteraristokratie sich mit dem Leichtkapital in der Macht teilten, herrschen 1924 Großkapitalisten und Großagrarier ziemlich unumschränkt. Große Teile der arbeitenden Massen Deutschlands, die bei den Wahlen 1920 noch voller Illusionen über die deutsche Demokratie als den „sichersten Weg zum Sozialismus" waren, sind inzwischen durch die brutale Militärdiktatur Seeckts und Eberts gründlich kuriert worden. „Frieden, Freiheit und Brot" war die Losung von 1920. Nichts von alledem haben die Arbeitermassen in den vier Jahren gemerkt.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist nach wie vor überaus ernst. Die schwere Krise, die im Oktober vergangenen Jahres einsetzte, ist nur wenig gemildert, so daß Deutschland noch heute etwa 5 **Millionen Arbeitslose** zählt. Die finanzielle Stabilisierung durch die Manöver der Rentenmark beginnt bereits zu bröckeln. Die Preise steigen schon wieder. Eine neue Teuerungswelle steht bevor. Die Aussichten für die Wirtschaft sind äußerst schlecht, wofür der ungünstige Verlauf der Leipziger und Breslauer Messe äußere Zeichen waren. Da die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt bei den jetzigen Verhältnissen nicht konkurrenzfähig ist, ist in absehbarer Zeit kaum mit einer Besserung der Wirtschaftslage zu rechnen. Der **Reichsetat** ist keineswegs bilanziert, sondern die Regierung wurschtelt weiter mit der Herausgabe neuer Banknoten. Eine wirkliche ernste internationale finanzielle Hilfsaktion ist ebenfalls in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Kleinere finanzielle Aktionen, von denen jetzt die Rede ist, wie die von Schacht mit englischem Gelde geplante **Goldnotenbank**, werden nicht viel an der trostlosen Lage Deutschlands ändern. Und selbst diese geringe Hilfe muß Deutschland mit der Auslieferung seiner staatlichen Eisenbahnen bezahlen, der ein weiterer Schritt zur Kolonisierung Deutschlands ist. Eine endgültige Lösung der **Reparationsfrage** ist auch nicht in Bälde zu erwarten. Die bevorstehende provisorische Lösung wird das deutsche Volk, wenn auch nicht mit finanziellen, so doch mit größeren Sachlieferungen belasten, deren Kosten natürlich

wieder auf die arbeitenden Massen abgewälzt werden. Überhaupt sieht das deutsche Kapital als einzigen Ausweg in dieser Lage eine kolossale **verschärfte Offensive gegen die Arbeiterklasse**, um deren Reallohn noch mehr herabzudrücken und ihre Arbeitszeit und Arbeitsleistung ins Ungeheure zu steigern. Daneben versuchen die Unternehmer, den Arbeitern alle Rechte in den Betrieben und Gewerkschaften zu rauben, um ihre Herrschaft unumschränkt wieder zu errichten. Seit Monaten führt die deutsche Arbeiterschaft einen ernsten Abwehrkampf gegen diese Offensive. Die Metall- und Textilarbeiter im **Rheinland** führten in heroischer Weise **8 bis 9 Wochen lang ohne jede Unterstützung einen gewaltigen Abwehrkampf für den Achtstundentag, an dem etwa 600.000 Arbeiter beteiligt waren.** Keine Woche vergeht ohne größere Teilkämpfe in irgendeiner der Industrien. Gegenwärtig ringen an der Wasserkante die Werftarbeiter, im **rheinischen Braunkohlengebiet** die Bergarbeiter, in der **badischen und mitteldeutschen chemischen Industrie** die Arbeiter ebenfalls gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. Große Kämpfe der gesamten **Bergarbeiter Deutschlands** im Ruhrgebiet, Mitteldeutschland und Oberschlesien stehen bevor. Der Reallohn der deutschen Arbeiterschaft ist schon jetzt so niedrig, daß das Gros der Massen mit etwa 50% des Friedenslohnes existieren muß.

Das gewaltige Heer der **Arbeitslosen** wurde noch durch einen rücksichtslosen **Beamtenabbau** vermehrt. Überall versucht die Regierung auf Geheiß der Kapitalisten jetzt die Arbeitslosen zu sogenannten Zwangsarbeiten heranzuziehen, so daß das Kapital auf diese Weise bei der geradezu erbärmlichen Unterstützung der Arbeitslosen wieder billige Arbeitssklaven bekommt. In vielen Orten haben die Arbeitslosen den Kampf gegen diese Zwangsarbeit aufgenommen.

Der im vergangenen Jahre von der deutschen Bourgeoisie geführte und **verlorene Ruhrkrieg hat die soziale Lage stark verändert.** Durch diesen Ruhrkampf, durch den gewaltigen **Konzentrationsprozeß in der Industrie**, durch die ungeheure **Inflationswirtschaft** der Konzerne und der Regierung und dem rücksichtslosen Vernichtungskampf des Großkapitals sind in den letzten Jahren **breite Schichten des sogenannten Mittelstandes in Staat und Land proletarisiert und ins Elend gestoßen worden.**

So hat sich in den Jahren der Existenz des Reichstages eine starke Umschichtung vollzogen. Die Klassengegensätze haben sich äußerst verschärft und die „demokratische Verfassung" verliert immer mehr an Boden.

Dank dieser Lage werden die kommenden Reichstagswahlen in der Stimmenabgabe eine starke Verschiebung nach links und rechts zeigen. Die Parteien der Mitte, die noch an der demokratischen Verfassung festhalten, werden stark zerrieben werden.

Die industrielle **Deutsche Volkspartei**, in der sich starke Zersetzungserscheinungen zeigen, wird von ihren 66 Sitzen etwa ein Drittel an die Rechte abgeben müssen.

Die industrielle **Demokratische Partei** wird von ihren 36 Sitzen im besten Falle 25 behalten.

Das **klerikale Zentrum**, das sich auf die katholischen Wählermassen stützt und dank dem Apparat der Kirche bisher allen Stürmen des Krieges und der Revolution trotzte, wird diesmal einen Verlust von wahrscheinlich 8 bis 10 Sitzen verzeichnen, da die proletarischen, bäuerlichen Schichten im Lager des Klerikalismus wegen dessen großkapitalistischer Politik stark rebellieren.

Den stärksten Verlust aber wird ohne Zweifel die letzte Partei der Mitte, die **Sozialdemokratie**, davontragen. Für ihren infamen Verrat an den Interessen des deutschen Proletariats werden ihr die Massen am Wahltage die Quittung ausstellen. Durch ihre feige, erbärmliche und schwächliche Politik hat sie einen großen Teil ihrer Anhänger verloren. Mindestens wird sie 40% ihrer Stimmen, vielleicht sogar 50% verlieren, so daß sie von ihren 178 Sitzen nur etwa 90 bis 100 behaupten wird.

Gewinnen werden auf der Rechten die Deutschnationalen und die Deutschvölkischen. Die **Deutschnationalen** werden von 67 Sitzen, die sie jetzt haben, auf etwa 80 bis 90 kommen, die **Deutschvölkischen** von 3 Abgeordneten auf wahrscheinlich etwa 30.

Auf der Linken **wird die Kommunistische Partei stark anwachsen.** Von 16 Sitzen wird ihre Abgeordnetenzahl wahrscheinlich auf 60 bis 65 steigen. Es ist **die erste Reichstagswahl, an der die Kommunistische Partei als Partei teilnimmt.** Denn die Vereinigung zwischen Spartakusbund und linke USPD. erfolgte erst im Herbst 1920 nach den letzten Reichstagswahlen, die im Sommer 1920 stattfanden. Der Spartakusbund eroberte damals nur 2 Sitze; der Rest der jetzigen kommunistischen Reichstagsfraktion kam von der linken USPD., so daß ein zahlenmäßiger Vergleich mit den letzten Reichstagswahlen nicht möglich ist. Wahrscheinlich wird die Kommunistische Partei etwa 3½ bis 4 Millionen Stimmen auf sich vereinigen. Da auf 60.000 Stimmen ein Abgeordneter entfällt, bedeutet 3 Millionen Stimmen 50 Abgeordnete, 3,600.000 Stimmen 60 Abgeordnete, 4,200.000 70 Abgeordnete. Optimisten glauben, daß die Stimmenzahl der Kommunisten noch beträchtlich mehr über 4 Millionen hinausgehen wird.

Die Kommunistische Partei denkt nicht daran, aus Rücksicht auf Stimmenfang ihre Agitation zu verwischen und ihre revolutionären Losungen zurückzustellen. Sie führt diesen Wahlkampf auch nicht, um eine möglichst große Anzahl von Mandaten zu erreichen, sondern sie benutzt diesen Wahlkampf nach fünfmonatiger Illegalität, um diese Wochen gesteigerten politischen Lebens für eine **intensive Agitation für die Ideen des Kommunismus, für die soziale Revolution, für die Diktatur des Proletariats und die Notwendigkeit des Aufstandes der Arbeiterklasse auszunutzen.** Mit allen Mitteln wird sie vor den Augen der deutschen Arbeiterklasse die Machtfrage stellen, die Notwendigkeit des Sturzes der Bourgeoisie betonen.

Den Hauptkampf wird sie führen gegen die Parteien, die noch proletarische Elemente zu ihren Anhängern zählen, gegen die Sozialdemokratie, gegen die Klerikalen und gegen die Faschisten. Mit aller Schärfe und aller Rücksichtslosigkeit wird sie den jahrelangen skrupellosen Verrat der Sozialdemokraten vor den Arbeitermassen aufrollen, um diesem würdigen Gliede der II. Internationale in Deutschland einen schweren Schlag zu versetzen. In demagogisch geschickter Weise versuchen die sozialdemokratischen Führer jetzt einen Scheinkampf gegen die Militärdiktatur und für den Achtstundentag zu führen, gegen die Militärdiktatur, die sie selber mit errichtet haben, und für den Achtstundentag, den sie selber mit verraten haben.

In den katholischen Gegenden Deutschlands führt unsere Partei einen schweren Kampf ganz besonders gegen das klerikale Zentrum, das noch Hunderttausende von Proletariern in seinen Reihen zählt. Die klerikalen Agitatoren verstehen es ausgezeichnet, sich in den Mantel der Arbeiterfreundlichkeit zu hüllen, einen Mantel, den die Kommunisten ihnen in diesem Wahlkampfe aber abreißen werden, um diese Partei in ihrer ganzen Arbeiterfeindlichkeit den Massen zu zeigen. Hat doch die Schwerindustrie immer mehr entscheidenden Einfluß auf das Zentrum gewonnen.

Ein immer ernsterer Gegner werden die ebenfalls vom Kapitalisten ausgehaltenen Faschisten. Durch die Kolonisierung Deutschlands, durch die Zersetzung der Demokratie, durch eine außerordentliche Aktivität haben die Faschisten in den Kreisen des deklassierten und proletarisierten Mittelstandes sowohl in den Städten wie auf dem Lande ohne Zweifel starken Einfluß gewonnen. Ja auch durch die schwächliche Politik der Sozialdemokratie abgestoßene und verzweifelte Proletarier sind zu der faschistischen Bewegung gestoßen, da diese es ausgezeichnet versteht, eine starke antikapitalistische Agitation zu treiben. Die Kommunistische Partei wird alle Aktivität aufbieten, um den Zustrom dieser Elemente ins faschistische Lager einzudämmen und die bereits verwirrten Proletarierschichten zurückzugewinnen.

So wird die Kommunistische Partei Deutschlands in den nächsten Wochen durch Aufbietung aller ihrer Kräfte einen starken Vorstoß für den Kommunismus, für die Revolution machen können. In den jetzt im ganzen Reiche stattfindenden Betriebsrätewahlen, denen die Kommunistische Partei mit Recht dieselbe, wenn nicht noch größere Bedeutung beimißt als den Reichstagswahlen, bereitet sie sich auf die große Agitationsarbeit zum Reichstagswahlkampf vor.

Die deutschen Kommunisten wissen, daß ein großer Wahlsieg noch keine reale Machtsteigerung bedeutet. Aber das Ansehen der Partei und das Vertrauen der revolutionären Arbeiterschaft in ihre eigene Kraft wird gewaltig gesteigert werden. Je mehr Millionen ihre Stimmen für den Kommunismus abgeben werden, desto schneller wird auch in Deutschland die Stunde der Revolution schlagen.

Politik

Die englische Arbeiterpartei-Regierung in Nöten.

Von J. T. Murphy.

** Herr **Tom Shaw**, der Führer der Zweiten Internationale und Arbeitsminister Sr. Majestät britischen Regierung, **hat nicht viel Glück.** Es scheint nichts zu nützen, daß unsere Arbeiterführer keine Streiks wünschen. Die Arbeiter sind offenkundig entschlossen, mit oder ohne Zustimmung ihrer Führer ein Stück ihres eigenen Weges zu gehen. Seit 1921 haben sie eine Lohn-

reduzierung nach der andern über sich ergehen lassen müssen und hatten darunter viel zu leiden. Man vertröstete sie damit, daß sich die Dinge wieder besser gestalten werden. Und tatsächlich ist auch die Arbeitslosigkeit vor einigen Monaten gesunken. Nun wollen die Arbeiter etwas von dem, was man ihnen geraubt hat, wieder zurückerlangen. Als die Lokomotivführer die Lohnreduzierung mit Streik beantworteten und die Dockarbeiter folgten und Zugeständnisse erlangten, geriet das ganze Heer der Arbeiter in Bewegung und überall wurden Lohnerhöhungen verlangt.

Am 22. März um 12 Uhr nachts legten 40.000 Straßenbahner und Omnibusbedienstete die Arbeit nieder. Das ist ein schwerer Schlag für London, wo der Transport eine Schlüsselindustrie ist. Schon die ersten Wirkungen dieses Streiks waren recht empfindlich. Hunderte von Hotelarbeitern und Markthelfern mußten zu Fuß zum Stadtinnern in die Vororte wandern. Große Menschenmengen, die mit einer Beilegung in letzter Minute rechneten, standen da und suchten noch eine Untergrundbahn zu bekommen. Hier war der Andrang so groß, daß die Polizei den Verkehr leiten mußte. Wenn sich die Untergrundbahnen auch noch dem Streik anschließen, dann ist London in einer verteufelten Klemme. Es muß noch abgewartet werden, ob die Gewerkschaftsführer wie gewöhnlich versuchen werden, die Streikenden zu isolieren, oder ob die Untergrundbahnbediensteten die Verkehrsverstärkung, die sich unausweichlich fühlbar machen wird, aushalten können werden, was gleichzeitig Streikbruch bedeuten würde. Sie gehören dem Transport- und Hilfsarbeiterverband (T. u. GWU.), der den Streik unter der Führung Bewins führt, nicht an. Sie sind teils im Eisenbahnerverband (MUR.), teis im Lokomotivführer- und Heizerverband (LEFA.) organisiert. Der letztere arbeitet mit dem T. u. GWU. zusammen, und ein Wort aus dem Munde der Führer würde genügen, daß der Streik sich zu einem Transportgeneralstreik in London ausdehnt. Auch der Elektrizitätsarbeiterverband droht jeden Versuch eines Streikbruches damit zu beantworten, daß er der ganzen Stadt die Elektrizität nimmt.

Der Streik gründet sich auf eine vor einem halben Jahr erhobene Forderung des Verbandes nach Lohnerhöhung um acht Schilling die Woche für Straßenbahnführer und -schaffner. Die Forderungen sind grundsätzlich niemals abgelehnt worden, ihre Erfüllung wurde immer nur auf einen späteren Zeitpunkt hinausgeschoben. Als man sich aber zum Streik entschloß, riefen die Unternehmer nach einem Schiedsgericht, wobei sie es vergaßen, an ihre Weigerung zu denken, den Spruch eines früheren Schiedsgerichtes vom Jahre 1921 in Kraft treten zu lassen. Alle Regierungen haben seither vor jeder Verschärfung der Situation gewarnt, aber keine griff ein, bevor sie sich nicht einem Streik gegenübersah. In den Streik ist natürlich eine ganze Anzahl von Behörden verwickelt. Er trifft die Londoner Gemeindeverwaltung, mehrere Bezirksgemeinden und Privatgesellschaften. Die privaten Gesellschaften weigerten sich, in irgendeinem Punkte nachzugeben, die Londoner Gemeindeverwaltung ist willens, 5 Schilling zu bewilligen, die Bezirksgemeinden wollen zwei Schilling zulegen. Die Londoner Gemeindeverwaltung und die Bezirksgemeinden verlangen einen Schiedsspruch, aber die Gesellschaften und auch die Gewerkschaften sind dagegen. Die Regierung befindet sich in einem Dilemma. Sie hat in den Vorkehrungen zur Verhütung des Streiks völlig versagt und sieht es jetzt keineswegs gerne, daß sich der Sympathiestreik ausdehnt. Aber die Omnibusführer und -schaffner sind als Mitglieder derselben Gewerkschaft für die Straßenbahner in den Sympathiestreik getreten und es genügt eine kleine Herausforderung, daß sich dieser Streik, der einmal begonnen hat, noch weiter ausdehnt.

Herr Shaw kennt diese Sachlage sehr wohl und tritt für eine Untersuchungskommission ein. Die Tatsache, daß einige Be- Die Tatsachen sind in Kürze folgende: 1. Die Bergarbeiter sind schlecht bezahlt, und jeder stimmt einer Lohnerhöhung zu. 2. Die Kohlenfelder sind von verschiedener Ergiebigkeit, und einige hörden ihren Willen, Konzessionen zu machen, zum Ausdruck gebracht haben, zeigt den Weg zu einer Beilegung. Shaw will die anderen Körperschaften für dieses Kompromiß gewinnen und dann die Gewerkschaften beeinflussen, ihre Forderung herabzusetzen.

Die Lage der Mechaniker und Schiffbauer ist schwieriger. Am 19. Februar traten in Southampton 1000 Schiffsmechaniker gegen den Willen der Gewerkschaftsleitung für eine Lohnerhöhung in den Streik. Ihr Lohn betrug 47½ Schilling pro Woche, einer der niedrigsten Löhne in diesem Fach in irgendeiner der großen Städte. Vor dem Kriege hatten sie 40½ Schilling. Wenn die Lebenskosten die Lohnhöhe bestimmten, dann müßten sie heute 72½ Schilling bekommen. Am 25. Februar schlossen sich ihnen die 6000 Schiffswerftarbeiter an. Zur selben Zeit erhob die Föderation der Mechaniker- und Schiffbauergewerkschaften die Forderung nach allgemeiner Lohnerhöhung um 10 Schilling. Die Unternehmer suchen den Streik in Southampton zu verhindern, indem sie auf die Nowendigkeit von Verhandlungen wegen der Forderungen von 10 Schilling im Reichsmaßstabe hinweisen. Die Gewerkschaften scheinen dagegen zu protestieren, aber die Gewerkschaftsführer versuchen, die Leute in Southampton zu bewegen, die Arbeit wieder aufzunehmen, damit sie durch ihre Aktion „nicht die Reichsverhandlungen stören". Und wiederum versucht der Arbeitsminister, die Sache einem Untersuchungsausschuß zu übergeben.

Aber in der Bergarbeiterfrage sind die Schwierigkeiten der Regierung noch größer. Die Entscheidung der Bergarbeiter, das Angebot der Bergwerksbesitzer zurückzuweisen und die Regierung anzurufen, die ein Bergarbeiter-Minimallohngesetz erlassen soll, hat sie in eine heikle Situation gebracht. Ein Tag, nachdem die Arbeiterparteiregierung ihre diesbezügliche parlamentarische Aktion aufgeben mußte, sind die Bergarbeiter zu einer Konferenz zusammengetreten. Die Bergwerksbesitzer wollen das Zustandekommen eines Gesetzes bezüglich der Regelung der Bergarbeiterlöhne, bei der auch nicht an der Industrie beteiligte Personen mitzusprechen hätten, verhindern. Dieses Gesetz fordert einen Minimallohn auf Grundlage der Löhne vom Jahre 1914 inklusive einer Zulage, entsprechend den Kosten der Lebenshaltung. Die Bergarbeiterkonferenz lehnte das Angebot der Bergwerksbesitzer ab und versuchte, die Regierung zu zwingen, einen offenen Kampf in dieser Frage aufzunehmen, indem sie sich auf die Seite des Regierungsentwurfes stellte.

Aber die Arbeiterregierung wünscht auch dieser Frage so weit wie möglich auszuweichen. Sie verbreitet die Ansicht, daß die Bergarbeiterfrage nur eine Angelegenheit einer einzelnen Arbeiterschicht sei, daß sie nicht alle Arbeiter angehe und daß sich die Regierung daher in dieser Frage keiner Niederlage aussetzen könne. Der Bergwerksminister Mr. Shinwell, einer der durchtriebensten Opportunisten in der Regierung, macht alle Anstrengungen, um durch direkte Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern, mit dem Arbeitsminister als Vermittler, eine Regelung dieser Angelegenheit herbeizuführen. In dieser Politik wird er von dem „New Leader", dem Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei, und F. Hodges unterstützt, der, da er sich jetzt mit Marinefragen beschäftigt, seine Ratschläge nur als Zuschauer erteilt und als wackerer Kämpe der Bergarbeiter gelten will. Es ist interessant, wie er plötzlich für eine Regelung ohne Vermittlung des Parlaments eintritt. Denn vor wenigen Monaten, als die Bergarbeiter im Begriffe waren, in den Streik zu treten, hat er ihnen geraten, das Parlament sprechen zu lassen. Nun, da sie die Vermittlung des Parlaments verlangen, weist er sie auf den Weg der direkten Verhandlungen. Man kann nur schwer die Vorstellung loswerden, daß er jederzeit gegen eine Aktion ist.

Sowohl die Bergarbeiter wie auch die Arbeiterregierung stehen vor einer schweren Entscheidung. Wenn es der Regierung nicht gelingt, Konzessionen durchzusetzen, wenn sie es ablehnt, ein diesbezügliches Gesetz einzubringen und dafür zu kämpfen, und dadurch eine Atmosphäre der Spaltung des Bergarbeiterverbandes schafft, ist ihr Schicksal besiegelt. Schon sind einige von den Führern der Bergarbeiter, wie zum Beispiel Varley in Nottingham, eines der besser bezahlten Distriste, für die Annahme jeglichen Zugeständnisses, wie klein es auch sein mag. Die schlechter bezahlten Gebiete natürlich sind gegen eine solche Politik. Die Frage ist jetzt nur, ob sich die Bergarbeiter in solche örtlichen Kämpfe einlassen werden.

Und wiederum schlägt die Regierung eine Untersuchung vor. Aber wenn es eine Industrie gibt, wo eine Untersuchung überflüssig ist, wo alles so bekannt ist, was man nur öffentlich zu wissen braucht, so ist es sicherlich die Bergwerksindustrie. Kohlenfelder lassen gegenwärtig nur einen geringen Profit zu. 3. Nur die Nationalisierung der Bergwerksindustrie kann diese Schwierigkeiten überwinden. 4. Die Bergwerksbesitzer sind dagegen. Von den Besitzern der ergiebigeren Bergwerke zu verlangen, daß sie denen, die geringere Profite herausschlagen, zu Hilfe kommen und ihnen beistehen sollen, ist eine Utopie. 5. Nur die Nationalisierung oder sonst eine Form der vom Staate obligatorisch vorgesehenen Vereinigung kann diese Schwierigkeiten beseitigen. 6. Die Besitzer haben keinen einzigen Fall vom nationalen Standpunkt aus beurteilt; die Produktion des letzten Jahres hat beinahe den Rekord erreicht, und die Gesamtprofite in der Höhe von 26,000.000 Pfund übersteigen die Vorkriegsprofite beinahe um das Doppelte.

Aber der Frage der Nationalisierung wird von der Regierung, die sich derenthalben nicht der Notwendigkeit der Aus-

schreibung neuer Wahlen gegenüber sehen will, ausgewichen. Die Bergarbeiter sehen nun, wie sie von ihren Führern irregeleitet wurden, als diese Frage im Jahre 1921 brennend war. Die Bergarbeiter der Minoritätsbewegung fordern: 1. Die Kosten der Lebenshaltung müssen die Hauptbasis eines neuen Abschlusses bilden. 2. Ein allmähliches Anwachsen der Löhne entsprechend dem Steigen der Lebenshaltungskosten seit 1914 (gegenwärtig 79%). 3. Jede Lohnerhöhung und Lohnkürzung soll in Zukunft mit der Erhöhung oder Ermäßigung der Mieten im Einklang stehen. 4. Arbeit für sechs Tage oder Bezahlung für sechs Tage, das heißt einen garantierten Wochenlohn für alle. 5. Allen Arbeitern, die Nachmittags- oder Nachtarbeit leisten, soll in Zukunft 20% über dem gewöhnlichen Tagesschichtlohn gezahlt werden. 6. Die Mitgliedschaft bei der Konföderation ist für die Grubenarbeiter der angeschlossenen Betriebe obligatorisch. 7. Die Herausgabe einer Verordnung für alle örtlichen Einigungsämter, die verschiedenen Lohnstufen auf höchstens drei Lohnskalen zu reduzieren. 8. Dieses Übereinkommen soll mit gegenseitiger vierzehntägiger Kündigungsfrist ein Jahr lang Geltung haben.

Mit diesem Programm gewinnen die in der Minorität befindlichen Bergarbeiter immer größeren Anhang, und man kann schon sagen, daß die Zukunft der Bergarbeiterföderation von Großbritannien vom Fortschritt dieser Bewegung abhängt. Gegenwärtig hat ihr Kandidat **A. I. Cook** glänzende Aussichten, an Stelle Frank Hodges Sekretär zu werden. Es ist allerdings unmöglich, schon jetzt festzustellen, ob diese Bewegung tiefer geht, oder ob sie bloß aus der Unzufriedenheit wegen der zu geringen Löhne entstanden ist. Jedenfalls sind die Angebote der Bergwerksbesitzer durch die Aktionen der Führer dieser Bewegung zurückgewiesen worden, und die Regierung wurde aufgefordert, das Lohngesetz zu forcieren. Und nun spielt sich eben der Kampf zwischen den Politikern der Arbeiterregierung und diesen Führern ab. Von seinem Ausgang wird es abhängen, ob eine politische Krise ersten Ranges entstehen wird.

Aber das sind nicht die einzigen Sorgen der Regierung. Während der beiden letzten Wochen war sie allen möglichen Obstruktionen innerhalb der eigenen Reihen ausgesetzt. Die Marinedebatte zeigte nochmals die Schwierigkeiten, die sie bereits in den ersten Tagen ihres Bestehens zu überwinden hatte. Diesmal stand sie unter dem Feuer sowohl der Pazifisten wie auch der Imperialisten. Auch mit der Verteidigung des Singapore-Abenteuers kam sie nicht weit. Vielfach wurde es als eine überflüssige Expedition ausgelegt. Das Geld hätte lieber für die Luftstreitkräfte verwendet werden sollen. Die Pazifisten wollten eine Geste der Abrüstung machen und opponierten, indem sie die Reduzierung der Armee um 150.000 Mann verlangten.

Die Regelung der Mieterfrage ist die Grundlage für ein längeres oder kürzeres Bestehen der Arbeiterregierung. Es wird nun tatsächlich von vielen behauptet, daß das Land in der Frage des Häuserbaues und der Regulierung der Mieten mit **Wheatly** und **Macdonald** gehen werde. Aber wie die Dinge liegen, wird eine langsame Lösung dieser Frage doch nicht so leicht möglich sein. Die Regierung hat ein Komitee zur Beratung eines Mieten-Ergänzungsgesetzes eingesetzt. Das ist ein Gesetz, zu dem Wheatley seinen Segen gab, aber das, weil es auf Initiative eines einzelnen Parlamentsmitgliedes entstanden ist, die Regierung nicht als eigenes Gesetz anerkennt und deshalb nicht besonders dafür eintritt. Dieses Gesetz schlägt nicht nur die Reduzierung der Mieten, sondern die Mietenkontrolle bis zum Jahre 1928 vor, wobei auf den Schutz der Mieter besondere Rücksicht genommen wird. Die Liberalen und Konservativen haben sich verbunden, um diese Maßnahme schon im Gesetzvorschlagskomitee zu hintertreiben. Aber die Angelegenheit ist dringlich, und da sind die Drohungen von dem unabhängigen Arbeiterparteiler Maxton und von anderen, die Massenaktionen voraussagen, auf der Tagesordnung. Die Regierung wird schon in den nächsten Tagen Maßnahmen treffen müssen, um weiteren Delogierungen Einhalt zu gebieten. Um aber die Mieterfrage rasch zu erledigen, müßten Mietenerlässe verordnet werden.

Die Regierung befindet sich in schweren Nöten. Während sie Pläne für den Häuserbau ausarbeiten läßt und Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern stattfinden, beginnen die Bauarbeiter Forderungen um eine Lohnerhöhung von 2 Cents für die Stunde zu erheben. Und diese Frage ist bereits auf einen toten Punkt gelangt. Die Bauarbeiter drohen mit einem Streik im ganzen Land, wenn in wenigen Tagen kein Resultat zu verzeichnen ist. Sie haben bereits sechs Monate in dieser Frage verhandelt und ihre Geduld ist zu Ende. Außerdem ist der Ziegelpreis angesichts der nahenden großen Abschlüsse in die Höhe gegangen, und zwar in den letzten Wochen um fünf Schilling pro Tausend. Die Erfüllung des Bauprogramms für 15 bis 20 Jahre, mit garantierter Beschäftigung der Bauarbeiter für drei aufeinanderfolgende Jahre, und die Schaffung der Neun-Schilling-Miethäuser sieht unter solchen Umständen windig aus. Aber trotzdem werden die Bauarbeiter auf ihren Forderungen bestehen und der Arbeiterregierung zeigen, daß sie nicht hoffen kann, ihr Programm des Wiederaufbaues durchzuführen, solange sie die Produktionsmittel im Besitz der Unternehmer läßt.

Die Arbeiterregierung hat eine stürmische Fahrt angetreten. Aber gleichzeitig ist es interessant, festzustellen, daß die Kommunistische Partei zu wachsen beginnt und die Verbreitung ihrer Wochenschrift während der letzten sechs Wochen von 45.000 auf 50.000 gestiegen ist.

Revolutionäre Bewegung in den Kolonien

Der Kommunismus in Indien unter Anklage.

Von M. N. Roy.

** Gegenwärtig wird in Indien der Versuch gemacht, das Anwachsen einer revolutionären Arbeiterbewegung dadurch unmöglich zu machen, daß man sie als „aufrührerische Geheimbündelei“ öffentlich brandmarkt und die Vorkämpfer, die den ausgebeuteten und niedergehaltenen Massen den Weg zu ihrer Befreiung aufzeigen, verfolgt.

Ohne vorher eine Warnung zu erlassen und ohne sich auf irgend eine Gesetzesvorschrift zu stützen, hat der Direktor des Geheimdienstes für Indien, Oberst Kaye, beim Gerichtshof in Cawnpur einen Prozeß gegen **Manabendra Nath Roy** und sieben andere Inder wegen „Geheimbündelei gegen die Souveränität des Königs“, dadurch begangen, daß sie die Organisierung einer Massenpartei der Arbeiter und Bauern anstrebten, angestrengt.

Die ganze gerichtliche Verfolgung ist nur ein Vorwand, um die junge kommunistische und überhaupt die Arbeiterbewegung in die Illegalität zu drängen und sie zu unterdrücken, bevor sie noch Zeit hatte, sich bei den ausgebeuteten Arbeitern und Bauern fest zu verankern. Die stets wachsende revolutionäre Gesinnung, die sich bei den indischen Massen zeigt; das tiefe Interesse für die Ideen und Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus, das immer breitere Schichten der Bevölkerung erfaßt, vor allem aber die Gefahr der Organisierung der indischen Arbeiter als Klasse, haben die Herren der anglo-indischen Herrscherklasse in Schrecken versetzt. Deshalb der Kommunistenprozeß.

Die Beweisführung ist, wie die Anklage, für die Gelegenheit passend zugestutzt. Von acht Angeklagten sind nur zwei anwesend, **Dange** und **Singaravelu Chettiar**. Der eine ist der Herausgeber der theoretischen Wochenschrift „**The Socialist**“, der andere der Herausgeber eines kleinen Wochenblattes „**The Labour and Kishan Gazette**“. Die anderen sechs sind bereits landesverwiesen. Vier wurden nach einem alten Gesetz, das als Verordnung 111 vom Jahre 1818 bekannt ist, ohne Anklage und Verhandlung auf Grund der unbewiesenen Anschuldigung, daß sie „bolschewistische Agenten“ seien, interniert; von den anderen zwei befindet sich **Sharma** in Französisch-Indien im Exil und **Manabendrah Nath Roy** im Exil in Europa. Beide haben nicht die geringste Aussicht, zu ihrer Verteidigung vor Gericht erscheinen zu können.

Zum Zwecke der Verfolgung wird gesagt, daß Briefe, von den Verhafteten geschrieben, aufgefangen wurden, die die „vollständige Trennung Indiens vom imperialistischen Großbritannien mittels einer gewaltsamen Revolution“ fordern, und die dies durch die Organisation einer Partei der Arbeiter und Bauern erreichen wollen. Nach Oberst Kaye, der der einzige und zugleich Hauptzeuge und dazu noch der Ankläger zu sein scheint, „wurde mittels Briefen, die die Angeklagten einander schrieben, eine Vereinbarung getroffen, die eine Verschwörung beinhaltet“. Diese Verschwörung, erklärt der Oberst, wurde durch die III. Internationale finanziert, ohne daß er jedoch irgendwelche Beweise vorbrachte, um seine Behauptung zu rechtfertigen.

Es scheint, daß die sechs Abwesenden für schuldig erklärt werden, da es ihnen ja unmöglich ist, sich zu verteidigen. Den zwei übrigbleibenden Angeklagten, **Dange** von Bombay und **Chettia** von Madras, wurde ein Verteidiger zugesprochen. Dieser Verteidiger verlangte von Oberst Kaye, daß er Beweise für seine Behauptungen vorbringe. Dieser stimmte großmütig zu und be-

gann eine Reihe von Dokumenten auszukramen, die er grundlos „die Korrespondenz Roys von Moskau" nannte. Der Gerichtshof ließ offenbar diese Behauptung passieren, ohne sich zu erkundigen, ob die Briefe auch echt waren, wieso sie in die Hände des Geheimen Polizeidienstes, statt in die Hände der Adressaten gelangt seien. Es ist möglich, daß die Briefe in den Postämtern Seiner Allergnädigsten Majestät des Königs von Indien abgefangen worden sind. Das Verbrechen in diesen Briefen scheint nach Oberst Kaye darin zu bestehen, daß sie die indische Bourgeoisie ebenso wie die britische herrschende Klasse kritisierten. Ja, sie wagten sogar die Aktion des **Mahatma Ghandi**, der den Rückzug von Bardoli befahl, in Frage zu stellen, da dies ein Todesurteil über 72 verhungernde Bauern bedeutete, die gehängt wurden, weil sie das Verbrechen begingen, gegen ihr elendes Los und außerdem gegen die Verhaftung des Mahatmas selbst und seine Verurteilung zu sechs Jahren Gefängnis anzukämpfen. Die Briefe erklärten ferner nach Oberst Kaye, daß „die Bourgeoisie ein kommunistisches Programm nicht akzeptieren werde" und es ist daher notwendig, eine Partei der indischen Arbeiter und Bauern frei von der Kontrolle des Kongresses zu organisieren. Das ist wirklich ein großes Verbrechen in den Augen der anglo-indischen Bürokraten. Aber was sagt das britische Proletariat dazu, das durch die Arbeiterregierung eigentlich an der Macht ist? Haben sie nichts zur Verteidigung des indischen Proletariats und der Bauernschaft, die sich für ihre Befreiung organisieren wollen, vorzubringen?

Ein weiterer Beweis für den indischen Polizeichef besteht in einem Manifest, das durch die Kommunistische Partei Indiens in ganz Europa, Amerika und Indien öffentlich publiziert und verbreitet wurde, und das die britische Labour Party und das Proletariat der ganzen Welt im Namen der internationalen Arbeitersolidarität zum Protest gegen die Niedermetzelung von 72 indischen Bauern aufrief, die durch den Hunger zur Revolte getrieben wurden, der verursacht ist durch die unerträgliche Ausbeutung der britischen Regierung in Indien, die sich mit den indischen Gutsbesitzern zusammenschließt. Das ist in der Tat eine „revolutionäre Verschwörung" gegen den bis dahin nicht zur Verantwortung gezogenen britischen Despotismus und Imperialismus und gegen das indische Junkertum. Hat die Arbeiterregierung zu all dem nichts zu sagen?

Der ganze Gedanke ist, durch diese Farce einer Verhandlung durchzukommen, um ein Urteil zu gewinnen, mit dem man die erwachende Arbeiterklasse und die kommunistische Bewegung Indiens zerschmettern kann. Die paar armseligen Grundrechte, die dort noch existieren, die Rede-, Preß- und Versammlungsfreiheit, die ohnedies kläglich zugestutzt wurden, sollen der indischen Arbeiterklasse vollends verwehrt werden. Wird die Arbeiterregierung in England dieser Justizkomödie ruhig zusehen? Wird die britische Arbeiterklasse es zulassen, daß dies in ihrem Namen geschieht?

Seit zwei Monaten sind 150.000 Arbeiter der Textilindustrie von Bombay ausgesperrt, und der Lohn, den sie schon verdient haben, wird ihnen durch die Spinnereibesitzervereinigung vorenthalten, die Profite von 12 bis 20% gemacht hat, während die Arbeiter in den Straßen vor Hunger starben, ebenso die Jahresgratifikation. Die Regierung weigerte sich, einzugreifen, weil sie nicht die „Freiheit der Verhandlung" stören wollte, das heißt die Freiheit der Spinnereibesitzer, die Arbeiter nach Belieben auszubeuten unter dem Schutze der Maschinengewehre und der bewaffneten Polizei des Staates. Am 7. März wurden berittene Soldaten angefordert und Panzerwagen fuhren gegen die unbewaffnete Menge der demonstrierenden Arbeiter auf. Vier Arbeiter wurden getötet und zahllose verwundet, weil sie es wagten, gegen die ungeheure Ungerechtigkeit der doppelten Unterdrückung zu protestieren.

Dennoch hörte man nichts davon, daß die Arbeiterregierung sich dieser Sache angenommen hätte, außer einer Antwort auf eine Frage im Unterhaus, daß es der Regierung Indiens überlassen sei, eine „Untersuchung" einzuleiten.

Das sind einige von den Gründen, warum eine Kommunistische Partei in Indien notwendig ist. Dies sind aber auch die Gründe, warum die Kommunistische Idee in Indien ausgerottet werden soll. **Wird die kommunistische Bewegung aber wirklich durch die Methoden der Maschinengewehre und der Justiz ausgerottet werden? Nein und tausendmal nein!**

Die Kommunistische Partei Indiens verlangt eine Solidaritätskundgebung der Kommunistischen Parteien aller Länder und des kämpfenden Proletariats der ganzen Welt. Sie ruft der britischen Arbeiterregierung und dem britischen Proletariat zu, Anklage zu erheben gegen diesen Versuch der Zerschmetterung des Rechtes der Agitation der Arbeiterklasse in Indien.

Wirtschaft

Der wirtschaftliche Aufschwung in Rußland.

Von Ericus.

** Ein außerordentlich lebendiges Bild von dem gewaltigen Aufstieg des wirtschaftlichen Lebens in Rußland gewährte ein Vortragsabend, den die „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland in Deutschland" jüngst im vollbesuchten Sitzungssaale des ehemaligen Herrenhauses zu Berlin veranstaltete. Es sprachen der Leiter der Konzessionsabteilung der Berliner Russischen Handelsvertretung, Prof. Dr. **Goldstein**, und der frühere Staatsrat und bekannte Demokrat Dr. Ludwig **Haas**, beide anerkannte Wirtschaftspolitiker, die auf Grund eigener in Rußland gewonnener Eindrücke der letzten Zeit urteilten. Sie kamen bei aller Verschiedenheit des politischen Standpunktes zu dem gleichen Resultat der hervorragenden Festigung auch der wirtschaftlichen Macht Sowjetrußlands, von der übrigens auch der ehemalige Senator Joseph J. France, der unlängst Moskau verlassen hat, in der „Chicago Tribune" schrieb, daß dort die fähigste und geschäftstüchtigste, aber auch die ehrlichste unter allen Regierungen am Ruder sei.

Entgegen der allgemeinen Auffassung macht Deutschland verhältnismäßig wenig Geschäfte in Rußland, obwohl das Gebiet der Sowjets dreimal soviel Erdöl, Kohlen, Gold, Silber und andere Mineralien wie Amerika enthält. Prof. Goldstein gab nicht nur ein Bild von der Gesundung der Wirtschaftskräfte, der Erholung des wirtschaftlichen Lebens und den Tendenzen und Perspektiven der weiteren Entwicklung, sondern ergänzte seine Tatsachendarstellung durch neues statistisches Material zur Begründung und Vertiefung der allgemeinen Ausführungen.

Auf den verschiedenen Wirtschaftsgebieten entfaltete sich die wirtschaftliche Tätigkeit in verschiedenem Tempo und hat einen verschiedenen Grad ihrer Entwicklung auf jedem Gebiet erreicht. Es seien hier kurz die Ergebnisse der Entwicklung der Landwirtschaft, der Industrie, des Verkehrs, des Geldwesens, des Binnen- und Außenhandels zusammengefaßt.

Ausgehend von der Landwirtschaft, dem Hauptwirtschaftszweig in dem agrarischen Rußland, schilderte Prof. Goldstein die Umwälzung der ländlichen Produktion in den Jahren der Nachkriegszeit. Die Anbaufläche hat sich allein im letzten Jahre um durchschnittlich 20% vergrößert. Die neue Wirtschaftspolitik hat auch die Lage des Bauern verbessert und ihm das freie Verfügungsrecht über seine Produkte gegeben. Es hat sich ein freier Markt für den Warenaustausch gebildet. Wir können sagen, daß der Stand der Landwirtschaft in der Gesamtproduktion sich auf zwei Drittel des Vorkriegsstandes gehoben hat. Der Viehstand wächst wieder. Man ist in Rußland überhaupt bemüht gewesen, die Landwirtschaft mannigfaltiger zu gestalten und sie extensiv und intensiv noch weiter zu entwickeln.

Die Mittel, die die Regierung zur Lösung des bekannten Problems der „Schere" in Rußland angewendet hat, wurden vom Redner eingehend erörtert. Dem energischen Eingreifen der Regierung ist es gelungen, daß die Preise der russischen Industrieprodukte bedeutend ermäßigt, die Preise für landwirtschaftliche Produkte hingegen erhöht werden konnten. (Unter „Schere" wird in Rußland das Auseinandergehen der Preise von Industrie- und Landwirtschaftsprodukten verstanden, die in ihren Linien zwei Klingen einer geöffneten Schere gleichen.)

In der **Industrie**, die auch nach Einführung der neuen Wirtschaftspolitik in Rußland zum überwiegenden Teil Staatsindustrie geblieben ist, haben die Wirtschaftsunternehmungen nach dem Prinzip der Rentabilität und Selbstdeckung der Kosten zu arbeiten. Die Truste einer bestimmten Industrie bilden das Syndikat der Industrie. Das Syndikat versorgt die Truste mit Rohstoffen und allen nötigen Produktionsmitteln, setzt ihre Waren ab und finanziert die Geschäftsoperationen der Truste. Somit hat das Syndikat die Führung und Oberleitung der gesamten Industrie. Es wird heute scharf darauf geachtet, daß die Truste und Syndikate ihre Gewinne bis auf ein Minimum herabsetzen. Die Industrie hatte in der Zeit der Revolution und des Völkerkrieges noch mehr gelitten als die Landwirtschaft. Aber auch hier geht es überall aufwärts. Die Industrien der Fertigfabrikate, vor allem der Textil- und Lederindustrie haben besser prosperiert als die Schwerindustrie. Das bedeutendste Kohlenrevier, das **Donezbassin**, hat 50%, die Naphthaindustrie sogar 56.6% der Vorkriegsproduktion erreicht. Auch die Metallindustrie hat beträchtliche Erfolge in den letzten Jahren zu verzeichnen. Gußeisenproduktion, Walzfabrikate usw. haben sich mehr als verdoppelt, Textilindustrie und elektrotechnische Industrie haben dauernd zugenommen. Wenn nicht der Ballast der Schwerindu-

strie wäre, hätte die Gesamtindustrie einen noch höheren Grad ihres Wiederaufbaues erreicht.

Auch im **Verkehrswesen** sind bedeutende Erfolge zu verzeichnen. Der fast vollständig wiederhergestellte Eisenbahnverkehr läuft heute wieder mit einer Genauigkeit und Pünktlichkeit, die für Passagier- und Gütertransport nichts zu wünschen übrig läßt. Die Einnahmen steigen von Quartal zu Quartal, nur ganz geringe Zuschüsse werden noch erforderlich sein. Auch in der Binnenschiffahrt ist eine bedeutende Belebung eingetreten.

Was den **Außenhandel** betrifft, so ist er bekanntlich Staatsmonopol, das heißt, eine Ware kann nach Rußland eingeführt oder ausgeführt werden nur auf Grund einer Lizenz, die vom Außenhandelskommissariat erteilt wird. Das Außenhandelskommissariat ist beauftragt, das Außenhandelsmonopol zu verwirklichen. Die russische Regierung stellt sich zur Aufgabe, im Außenhandel eine produktive und aktive Handelspolitik zu führen, also aus dem Auslande nur noch diejenigen Waren einzuführen, die zur Förderung der Produktion beitragen. Lizenzen für Ein- und Ausfuhr werden im Rahmen eines bestimmten Export- und Importplanes erteilt. Daß es schon in diesem Jahre gelang, eine **aktive Handelsbilanz** zu erzielen (man rechnet in diesem Wirtschaftsjahr auf ein Aktivum von zirka 160 Millionen Goldrubel), ist dem ungeheuer raschen Steigen des Exports — besonders wieder Getreide — und der strengen Handhabung des Außenhandelsmonopols zu verdanken. Der größte Teil der Auslandgeschäfte wurde durch Rußlands Berliner Handelsvertretung etwa 46% des Gesamtumsatzes getätigt. An zweiter Stelle kommt England. Im Import spielt Deutschland eine größere Rolle als im Export. Auch im Export stand Deutschland an erster Stelle mit 32%, ihm folgte England mit 21%. Durch die Teuerung in Deutschland wird Deutschland freilich in seiner Absatzmöglichkeit von Rohstoffen von seiner bisherigen Position vielleicht verdrängt werden.

Es sei noch hervorgehoben, daß der Export Rußlands im Wirtschaftsjahr 1920—1921 nur 10 Millionen betrug, im Jahre 1921—1922 auf 64 Millionen und im Jahre 1922—1923 sogar auf 133 Millionen stieg. Rußland ist also ein durchaus exportfähiges Land, und die aufsteigende Linie seines wirtschaftlichen Lebens zeigt sich auch im **Finanzwesen**, das aus dem chaotischen Stadium der alles zerrüttenden Inflation in die Stabilität der Währung mit Hilfe eines geordneten Staatsbudgets überführt werden konnte. Mit dem Beginn der neuen Wirtschaftspolitik konnte sich ein regelrechter Warenverkehr nur bei geordnetem Geldwesen und stabiler Währung entwickeln. Im laufenden Jahre ist zur Deckung des Budgets eine Emission von nur 11% vorgesehen. Bei der jetzt durchgeführten Währungsreform hat sich der Tscherwonetz (Staatsbanknote im Werte von etwa zehn voll gedeckten Goldrubeln) als völlig stabil bewährt, und die Abschaffung des Sowjetrubels zeitigte großen Erfolg.

Prof. Goldstein faßte seine mit lebhaftem Interesse und starkem Beifall des vielseitig zusammengesetzten Auditoriums aufgenommenen Ausführungen abschließend in der Hoffnung zusammen, daß Rußland den ihm gebührenden Rang in der Weltwirtschaft bald wieder einnehmen wird. Wir haben allen Grund, mit Vertrauen und Sicherheit der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands entgegenzusehen.

In sehr bemerkenswerter Weise ergänzte der demokratische Reichtagsabgeordnete Dr. **Haas** auf Grund seiner mehrmonatigen Erfahrungen in Rußland die Darstellung der aufsteigenden Entwicklungslinie Rußlands in **wirtschaftlicher** und **kultureller** Hinsicht. Mit besonderer Schärfe gegen die tendenziösen Lügen der weißrussischen Emigranten und ihrer Presse sich wendend, erklärte er die Sowjetmacht für unerschütterlich fest fundamentiert. Bei völlig freier Aussprache und Kritik in Sowjetrußland lehnen dort ausnahmslos alle Richtungen, auch die alte Bourgeoisie, jeden Eingriff von außen strikt ab, da gerade die früheren **Interventionen** die schlimmsten Notlagen verschuldeten. Jetzt höre man in allen Kreisen Rußlands: „Unser Leben ist gut, wir sind über den Berg hinweg." Überall sähe man man wieder gutgekleidete und gutgenährte Männer, Frauen und Kinder auf den Straßen. In erfreulicher Weise sei in Rußland der Sinn für moderne Technik und neue Methoden in Industrie und Landwirtschaft erwacht. Rußland werde sich keinesfalls zu einer Kolonie des westlichen Kapitalismus herabdrücken lassen. In der mutvollen Aufrüttelung der Massen lägen die größten Zukunftsmöglichkeiten Rußlands. Dr. Haas betonte gewissen Verleumdungen gegenüber die Vertragstreue der Russen, die alle Abmachungen äußerst loyal hielten, falls sie nicht von anderer Seite von vornherein unmöglich gemacht würden. Dr. Haas schloß mit dem aufrichtigen Wunsche enger wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Rußland, die der Weg zur Gesundung Europas sei.

Arbeiterbewegung

Der Kongreß der Vereinigten Bergarbeiter Amerikas.

Von I. Amter.

** Die tyrannische Macht von **John Lewis**, des Diktators der „Vereinigten Bergarbeiterunion Amerikas" wankt. Dies bedeutet, daß die stärkste Gewerkschaft innerhalb der amerikanischen Federation of Labor, die gleichzeitig als die radikalste Gewerkschaft galt, kein Pfeiler mehr ist, auf den sich Gompers wie bisher stützen kann.

Auf dem Kongreß der Vereinigten Bergarbeiter am 22. Januar in Indianapolis hetzten die reaktionären Verwaltungsbeamten gegen die Radikalen. Sie begannen mit einer heftigen Tirade gegen die Kommunisten, von denen sie behaupteten, daß sie einen Fonds von 44 Millionen Dollar zu ihrer Verfügung hätten, um „die Regierung der Vereinigten Staaten zu stürzen und die Bergarbeiterunion zu sprengen". Es gelang Lewis, den Kongreß in eine Wut von lächerlichem Patriotismus zu peitschen. Der Tumult ließ während des ganzen Kongresses nur wenig nach. Der Ausschluß der Nova Scotia Bergarbeiter von der Organisation (weil sie einer Anordnung Lewis' nicht Folge leisteten, indem sie nämlich in einen gegen die Britische Reichs-Stahl Korporation gerichteten Streik traten, die die Löhne um 37% reduziert hatte, und diese Reduzierung mit Hilfe von Dominiontruppen in Kraft setzen wollte) wurde mit 1600 gegen 300 Stimmen beschlossen. Der wirtschaftliche Streik schlug jedoch in einen politischen Streik gegen die Kanadische Regierung um, da diese gegen die Streikenden Truppen verwendete. Die Bergarbeiter verweigerten die Anerkennung der Autorität Läwis', in einen **politischen** Streik einzugreifen und wurden infolgedessen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.

Das Resolutionskomitee stellte einen Zusatzantrag, wonach kein Gewerkschaftsmitglied der Organisation Ku-Klux-Klan angehören dürfe. Die Kongreßleitung führte verschiedene und besonders technische Schwierigkeiten ins Feld, die es angeblich unmöglich machen, ein Mitglied aus solchen Gründen auszuschließen. Sie versicherte jedoch, daß sie keineswegs als Verteidiger der Ku-Klux-Klan betrachtet werden wolle... Die Resolution wurde niedergestimmt. Das ist **ein ernstes und gefährliches Zeichen der Arbeiterorganisationen Amerikas**. Gompers begünstigt die Bildung einer amerikanischen Legion innerhalb der amerikanischen Federation of Labor und verbindet sich auf diese Weise mit den Faschisten Amerikas.

In der Frage der Anstellung der Organisatoren erlitt die Leitung beinahe noch eine Niederlage. Diese Parasiten sind die Werkzeuge des ganzen Apparats. Anstatt in den nicht organisierten Gebieten zu arbeiten, verbrachten sie ihre Zeit damit, die Leitung in den organisierten Distrikten fest zu verankern. Der Bergarbeiterverband ist voll solcher Organisatoren. Ihre Anstellung der Leitung zu überlassen, anstatt sie durch Urwahl bestimmen zu lassen, bedeutet eine Stärkung der reaktionären Kräfte im Verbande. Der Apparat spielte auf der Konferenz glänzend. Trotz eines großen Tumults, der der ganzen Diskussion folgte, fiel die Abstimmung folgendermaßen aus: 2263 Stimmen für die Leitung, 2100 Stimmen für die Mitgliedschaft. Es zeigte sich, daß die Verwaltung nicht mehr die Macht über die Mitglieder hat, nicht **einmal innerhalb dieses Kongresses, der zum großen Teile aus Organisatoren bestand, die eigentlich kein Stimmrecht hätten.**

Der Höhepunkt der Unverschämtheit wurde erreicht durch die Einführung des Sekretärs Davis von der Arbeitsabteilung der Vereinigten Staaten als „Ehren"gast. Dieser saubere Herr befürwortete die Kontrolle über die Einwanderer durch Registrierung, Photographieren und Abnehmen von Fingerabdrücken. Er war es auch, der für die Kohlenproduktion „fünf Jahre lang Frieden" empfahl, eine Vereinbarung, bei der natürlich die Bergarbeiter die Betrogenen wären. Denn in dieser Produktion gibt es 224.000 überzählige Bergarbeiter, die Herr Davis bei dieser Gelegenheit vollends losgeworden wäre. Lewis ließ auf dem Kongreß eine Resolution annehmen, die dem Lohnkomitee — das Komitee, das in ein paar Monaten über die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Direktoren verhandeln muß — Vollmacht gibt, eine Vereinbarung zu treffen, die sich auf Jahre erstreckt. Eine Resolution die vor einigen Jahren angenommen worden war und die Einführung des Sechsstundentages forderte, wanderte in den Papierkorb. Sie wird auch bei den Verhandlungen mit den Unternehmern nicht wieder erhoben werden, obwohl sie ein Mittel wäre, der Arbeitslosigkeit im Kohlenbergbau abzuhelfen.

Die Bergarbeiter sollen auch die Frage der Nationalisierung der Kohlenbergwerke nicht anschneiden, da der Kongreß der Ansicht war, diese Frage müßte noch „etwas gründlicher studiert" werden.

Der Kongreß nahm auch eine Resolution über die Anerkennung Sowjetrußlands an, die ebensogut Hughes eingebracht haben konnte. Sie stimmt der Anerkennung Rußlands zu, vorausgesetzt — daß Rußland seine Verpflichtungen anerkennt: das heißt die Verpflichtungen des zaristischen und des Kerensky-Regimes. Dieselbe Leitung, die noch vor einem Jahre den Gedanken einer Arbeiterregierung unterstützte, ist jetzt der Meinung, daß der Zeitpunkt der Bildung einer Arbeiterregierung nicht günstig sei. Aus diesem Grunde wollen sie einen guten kapitalistischen Kandidaten unterstützen.

Ein so reaktionärer Kongreß, wie der der Vereinigten Bergarbeiter muß sich notwendigerweise gegen jede internationale Organisierung — sowohl gegen Amsterdam wie auch gegen die Rote Gewerkschaftsinternationale — wenden.

Der Kongreß beklagte die Tatsache, daß die Bergarbeiter- und Eisenbahnerallianz nicht zustande gekommen ist, da die Eisenbahnergewerkschaften, die „Aristokraten der Gewerkschaften", gegen eine solche Allianz sind. Die Lokomotivführergewerkschaft besitzt tatsächlich ein Bergwerk in Kentucky und läßt dort Unorganisierte arbeiten.

Als die Beschwerdekommission Bericht erstattete, wurde der Kongreß zu einem Vulkan. Zwei Mitglieder wurden aus der Organisation ausgeschlossen. Einer von ihnen, Myerscough, der Sekretär des Internationalen Fortschrittlichen Bergarbeiterkomitees, wurde deshalb ausgeschlossen, weil er Mitglied der Gewerkschaftsbildungsliga war, der das Fortschrittliche Bergarbeiterkomitee als Sektion angehört. Man warf ihm vor, daß er das Zweigewerkschaftensystem befürworte und schloß ihn aus diesem Grunde aus. Die Beschwerdekommission sprach sich für die Aufrechterhaltung dieses Ausschlusses aus. Der zweite der Ausgeschlossenen, Alexander Howatt, hatte sich geweigert, den Bergarbeitern von Kansa die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen, als sie — unter Auflehnung gegen das Schiedsgericht von Kansa, das Streiks mit Strafen belegt — in den Streik traten. Aus diesem Grund erfolgte sein Ausschluß. Auf einem früheren Kongreß wurde Howatt wieder aufgenommen. Da er dem Schiedsgericht aber auch weiterhin trotzte, wurde er durch das kapitalistische Gericht ins Gefängnis geschickt und durch Lewis' Apparat abermals aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis nahm er den Kampf sofort wieder auf. Er wurde von dem Fortschrittlichen Bergarbeiterkomitee und von der ganzen Opposition innerhalb der Organisation unterstützt. Hier war also ein Prüfstein gegeben.

Lewis jedoch kannte seinen Kongreß. Es war von Anfang an klar, daß der Hauptkampf auf diesem Kongreß um die Frage Howatt gehen würde. Lewis ließ den Kongreß erst alle anderen Angelegenheiten — bis zur Festsetzung des Ortes des nächsten Kongresses — abwickeln, so daß dem Kongreß gerade noch zwei Stunden für den Bericht der Beschwerdekommission verblieben. Die Beschwerdekommission verlangte Ablehnung des Wiederaufnahmegesuches. Für die Diskussion war wenig Zeit verblieben. Es wurde abgestimmt. Die Abstimmung fiel so aus, daß sich Lewis fürchtete, das Resultat bekanntzugeben. Ein wahnsinniger Tumult entstand — und Lewis schloß den Kongreß. Dies war einer der gewaltsamsten Tricks, deren sich Lewis während der zehn Tage des Kongresses bediente. Das war zu viel für die aufgebrachte Mitgliedschaft. Lewis und seine Bande verließen den Kongreßsaal, aber 1187 von 1800 Delegierten traten wieder zusammen und hielten eine Konferenz ab. Es wurde beschlossen, eine spezielle Konferenz einzuberufen und dort Lewis zur Verantwortung zu ziehen und Howatt wieder in seine Funktion einzusetzen.

Lewis verließ den Kongreß als Sieger — aber die Tage seines Sieges sind gezählt. Der Kampf wird mit verdoppelter Energie aufgenommen werden, besonders in den Illinois-Lokalorganisationen, deren Führer Farrington, einst der bitterste Feind von Lewis, sich wieder mit Lewis versöhnt hat und jetzt die Leitung unterstützt. Sein eigener Bezirk ist gegen ihn — und jetzt wird der Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen.

Zwei Erscheinungen sind auf diesem Kongreß bemerkenswert: Erstens die Schwächung des Einflusses der reaktionären Gewerkschaftsbeamten auf die mächtigste Gewerkschaft der Welt. Infolge der glänzenden Arbeit der Gewerkschaftsbildungsliga unter den Bergarbeitern wird dieser Einfluß schwächer. **Obwohl sich unter 1800 Delegierten des Kongresses nur 45 Kommunisten und 122 Fortschrittliche befanden, hatten die Kommunisten die Führung voll in der Hand** und brachten einen großen Teil des Kongresses in Bewegung. Auch das Programm für die Opposition hatten die Kommunisten gegeben. Das zweite Charakteristikum dieses Kongresses bestand in der guten Organisierung der Opposition. Obwohl sie keine geschlossene Fraktion darstellte, brachte sie genug Stimmen auf, um die Leitung zu schlagen. Hunderte von Delegierten, die über die tyrannischen Methoden des Lewis und seiner Getreuen erbittert waren, sprachen es aus, daß sie bereit sind, sich dem Fortschrittlichen Bergarbeiterkomitee anzuschließen.

Die Kommunisten und fortschrittlichen Bergarbeiter sind entschlossen, den Kampf fortzuführen und Lewis wegzujagen und ihn dorthin zu schicken, wohin viele seiner Vorgänger, die korrumpiert waren, schon gegangen sind, nach Florida, dem Erholungsort der amerikanischen Millionäre.... Lewis wird bald das offen tun, was er jetzt heimlich tut. Er wird sich offen in eine Linie mit dem amerikanischen Kapitalismus und den Ku-Klux-Klan gegen die Vereinigten Bergarbeiter stellen.

Jugendbewegung

Der weiße Terror gegen die Kommunistische Jugend.

Von R. Schüller (Moskau).

** Seit Jahr und Tag hört man in den Versammlungen, liest man in den Zeitungen und Aufrufen die großen Worte, die teils stolze Feststellung und teils Gelöbnis sind: „Wo gekämpft wird, steht die Kommunistische Jugend mit in der ersten Reihe des Kampfes". Ist das Tatsache, ist das Wirklichkeit oder hat man sich nur gewöhnt, einen beliebten Satz ständig zu wiederholen, ist an Stelle der Wirklichkeit die Schablone der Redekunst getreten?

Nein. Nach wie vor sind diese inhaltsschweren Worte **wahr**, täglich werden sie in allen Teilen der Erde aufs neue lebendig gemacht. Und wenn irgendetwas dies gut beweist, so sind dies die unermeßlichen und schweren Opfer, die die Kommunistische Jugend fortwährend in allen Ländern bringt. **Die Bourgeoisie, der weiße Terror kennen nicht nur keine Milderung und Schonung der Jugend und ihrer Schwäche, im Gegenteil, die Arbeiterjugend und ihre Organisation, die Kommunistische Jugend, ist immer der Gegenstand ganz besonders wütender und größerer Verfolgungen durch die Bourgeoisie.** Dies aus zwei Gründen. Denn, erstens bekämpft die Kommunistische Jugend die Bourgeoisie an einem besonders empfindlichen Punkte durch ihre antimilitaristische Arbeit, die leider heute noch fast überall das alleinige Werk der Jugendorganisation ist. Und zweitens ist es gerade die Schwäche und größere Schutzlosigkeit der Jugend, die die Wildheit und Barbarei der Verfolgungsraserei der Bourgeoisie gegen sie steigert und die ihre wiederholten Versuche herbeiführt, durch Angriffe auf den Jugendverband und die einzelnen jugendlichen Kommunisten einen Stoß gegen die schwerer anzugreifende Phalanx der erwachsenen Arbeiterschaft durchzuführen und die Desorganisation in die gesamte kommunistische Bewegung zu tragen.

So sehen wir, wie es zu alltäglichen Ereignissen gehört, daß in einem Lande die Kommunistische Jugendorganisation verboten wird, nicht aber die Partei. So müssen wir feststellen, daß in vielen Ländern die Zahl der verfolgten Jugendlichen die Zahl der erwachsenen Kommunisten weit übersteigt. Und so erleben wir, daß die Bourgeoisie unsere Jugendgenossen foltert, quält, mordet in einem Ausmaße, wie sie es gegenüber der erwachsenen Arbeiterschaft nicht wagt.

Nur ein ganz flüchtiger Augenblick über die Opfer des heldenmütigen Kampfes der KI. für die Sache der Arbeiterklasse in den letzten Monaten zeigt schon die Bedeutung ihres Wirkens und wie empfindlich sich die Bourgeoisie durch ihre Tätigkeit bedroht fühlt.

In der **Ruhr** und im ganzen **Rheinland** wurden etwa 120 jugendliche Kommunisten wegen antimilitaristischer Tätigkeit unter den französischen Besetzungstruppen verhaftet. In den Gefängnissen werden sie gefoltert und gequält, um sie zum Verrate ihrer Genossen zu veranlassen. Die französische Polizei setzt sie auf elektrische Stühle, treibt ihnen Apparate in die Nase, prügelt sie tagelang halbtot, um aus den standhaften Genossen Angaben herauszupressen.

In **Frankreich selbst** wurden ebenfalls Massenverhaftungen unter der Kommunistischen Jugend wegen ihres Kampfes gegen Militarismus und Ruhrbesetzung ausgeführt und die Verhafteten (darunter Genosse Doriot zu 16 Monaten) zu langen Gefängnisstrafen verurteilt.

In **Deutschland** sitzen hunderte junger Kommunisten im Gefängnis und zahlreiche sind in den letzten Kämpfen gefallen.

Das gesamte Zentralkomitee der KJ. **Spaniens** wurde wegen Propaganda gegen den Marokkokrieg zu ein Jahr Zuchthaus verurteilt, das neue Zentralkomitee, das es ersetzen sollte, zum größten Teile verhaftet.

Beinahe das ganze Zentralkomitee der KJ. **Japans** (sechs Genossen) wurde während des Erdbebens im Gefängnis von der Polizei bestialisch ermordet.

Hunderte Mitglieder der KJ. **Bulgariens** sitzen in den Gefängnissen Zankows, andere Hunderte sind in den Kämpfen im September in Ausübung ihrer kommunistischen Pflicht gefallen oder wurden von den weißen Banden hingemordet.

26 Mitglieder der KJ. **Rumäniens** standen kürzlich vor dem Ausnahmegericht und wurden wegen bloßer Propaganda unter der Arbeiterjugend zu langen Gefängnisstrafen verurteilt.

Etwa 20 jugendliche Kommunisten in **Ungarn**, die vor mehreren Monaten zu Zuchthausstrafen bis zu 12 Jahren verurteilt wurden, schmachten im Gefängnis.

Hunderte jugendliche Kommunisten wurden in den letzten Monaten in **Estland, Lettland, Litauen** verhaftet. Dort gehört es überhaupt zu dem gewöhnlichen Schicksal jedes jungen Kommunisten, seinen Arbeitsort dauernd mit dem Gefängnis zu vertauschen.

Es ist leider unmöglich, in diesem Artikel die Liste noch zu verlängern, aber sie sagt bereits **genug**.

Und wir haben einen Vorschlag. Möge auch die **sozialdemokratische Jugendinternationale** ihre Liste veröffentlichen. Und wir sind entgegenkommend. Wir erlauben ihr sogar, mitzuteilen, wenn jemand von den ihrigen 14 Tage Polizeiarrest bekommen hat. Aber sie wird trotz alledem nur ein großes Nichts aufzeigen können. In der Eigenschaft der Denunzianten und Stützen für die weiße Schreckensherrschaft, die Verbündeten für die Bourgeoisie, und in den Tanzsälen und Naturfahrten bringt man eben nicht viel Opfer. Sonderbar, aber wahr. Doch halt! Eine Ausnahme werden sie doch finden, und sie melden sie gewiß schon triumphierend und rot vor Aufregung im Gesichte. Es gibt einige, die in Haft sitzen, einige Verfolgte. Und diese Leute in Haft sind — die Konterrevolutionäre in Sowjetrußland — und der sie verfolgt — die Diktatur des Proletariats.

Die KJ. aber ist hart und unüberwindlich in ihrem Kampfe. Die Schläge unserer Feinde prallen an unserem eisernen Willen, an unserer unauslöschlichen Begeisterung und unserem glühenden Hasse ab. Unsere Reihen werden durch sie nur für einige Augenblicke gelöst, aber unser Kampfwille immer heftiger entfacht. Nicht um eine Handbreite bringen uns die Verfolgungen des weißen Terrors von unsrem Ziele ab, für das wir unermüdlich wirken:

der Zerschmetterung des bürgerlichen Militarismus,
der Vernichtung des Faschismus,
der Eroberung der breiten Massen der schaffenden Jugend für den Kommunismus.

Aus der Internationale

Die Anfangsarbeiten der Lenin-Propaganda.

Von Béla Kun.

** Der Tod Lenins wird unzweifelhaft auch im Westen die Entfaltung einer umfangreichen Propaganda der Leninschen Lehren und die Vertiefung dieser Propaganda innerhalb der westlichen kommunistischen Parteien beschleunigen. Ein vorzüglicheres, ein sowohl theoretisch wie auch praktisch in jeder Hinsicht einwandfreieres, volkstümlicheres, tieferes und aktuelleres Propagandamaterial für die breiten Arbeitermassen und für die kommunistischen Parteimitglieder, als die Werke Lenins, kann man sich gar nicht vorstellen. Die erste Aufgabe der KI. und der Kommunistischen Parteien im Interesse einer umfangreichen Propaganda der Leninschen Lehren und ihrer Verwertung für die innerparteiliche Erziehungsarbeit besteht in der **Auswahl der Arbeiten Lenins vom Gesichtspunkt der Propaganda, ihre Zusammenstellung vom Gesichtspunkt der innerparteilichen Erziehungsarbeit und in der beschleunigten Herausgabe in möglichst vielen Sprachen.**

Zu diesem Zwecke hat die KI. sofort nach dem Tode Lenins eine Redaktionskommission eingesetzt, um die Arbeiten Lenins zunächst in deutscher, französischer und englischer Sprache, dann aber auch in allen anderen Sprachen des Westens und des Ostens herauszugeben. (Die Mitglieder der Kommission sind **Kamenjew, Kolarow, Krupskaja, Béla Kun, Kuusinen, Radek** und **Warski.**) Die Redaktionskommission hat sich zunächst noch nicht die kritische Herausgabe **sämtlicher Werke in fremden** Sprachen zur Aufgabe gemacht. Das **nächste Ziel** der Kommission ist eine Zusammenstellung und Herausgabe von ausgewählten Werken Lenins mit dem Hauptgewicht auf die propagandistischen und erzieherischen Gesichtspunkte.

Bisher hat die Kommission die Herausgabe drei verschiedener Ausgaben der gesammelten Werke Lenins in Angriff genommen.

Vor allem wird in der allernächsten Zeit eine große (ungefähr 40 Druckbogen starke) **einbändige Ausgabe** fertiggestellt. Dieser Band soll hauptsächlich und vor allem den Bedürfnissen klassenbewußter Parteimitglieder angepaßt werden, die schon über eine gewisse marxistische Orientierung und über Erfahrungen in der Arbeiterbewegung, über revolutionäre Erfahrungen verfügen. Er soll vor allem von Funktionären gelesen werden, die, wenn sie auch noch keine Gelegenheit gehabt haben, die Leninschen Lehren gründlich zu studieren, aber im großen und ganzen mit den in ihrer Muttersprache, beziehungsweise in deutscher oder französischer Sprache erschienenen Werken Lenins bereits bekannt sind. Dieser Band enthält eine Auswahl der Werke Lenins, bei deren Zusammenstellung das Hauptaugenmerk auf die Stellungnahme Lenins in strategischen, taktischen und organisatorischen Fragen gelegt ist. Er ist in chronologischer Reihenfolge — nach den von Lenin in den „Kinderkrankheiten" aufgezählten Etappen der Geschichte des Bolschewismus — zusammengestellt. Über seinen Inhalt geben uns die Überschriften der einzelnen Kapitel ein allgemeines Bild:

1. **Aufgaben der Sozialdemokratie.** Dieses Kapitel enthält die charakteristischen Schriften Lenins aus der Zeit vor dem Entstehen der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei über die Grundaufgaben der russischen Arbeiterbewegung.

2. **Organisation der Partei und Kampf gegen die Opportunisten.** Die Vorbereitung und Ausgestaltung des Bolschewismus auf dem II. Kongreß der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Enthält hauptsächlich ausgewählte Kapitel aus zwei bisher nur russisch erschienenen grundlegenden Werken Lenins: „Was tun?" und „Ein Schritt vorwärts — zwei Schritte rückwärts".

3. **Zwei Taktiken in der Revolution 1905.** Artikel, die sämtliche Hauptprobleme der Revolution von 1905, besonders aber die Fragen der Taktik und Organisation der Revolution von 1905 umfassen.

4. **Parlamentarismus und die Taktik der Bolschewiken.** Artikel aus der Zeit des Rückzuges und der Reaktion gegen die rechten Liquidatoren und die linken Bolschewiki.

5. **Der imperialistische Krieg 1914 bis 1915.** Gesammelte Artikel aus dem gemeinsam mit Sinowjew herausgegebenen Bande „Gegen den Strom".

6. **Die Eroberung der Macht (Februar-Oktober 1917).** Artikel, die die bolschewistische taktische Richtung in dieser Periode bestimmt haben.

7. **Diktatur des Proletariats. Die Kommunistische Internationale.** Artikel und Reden über die Politik des Sowjetstaates und der KI.

Der größte Teil der in dieser Ausgabe enthaltenen Werke erscheint zum ersten Male in nichtrussischer Sprache.

Die Sammlung, die der innerparteilichen leninistischen Erziehungsarbeit dienen soll — vor allem für die westlichen Sektionen der Komintern — wird durch den Artikel **Sinowjews** über die historische Bedeutung Lenins eingeleitet. Zum Schluß erteilt der Artikel **Béla Kuns** methodische Weisungen unter dem Titel: **„Wie studiert man Lenin?"** Die deutsche Übersetzung wird durch **Frida Rubiner** besorgt, ebenso die Erläuterungen zum Texte, die französische Übersetzung geschieht unter der Redaktion **Pascals.**

Gleichzeitig werden noch zwei andere Ausgaben vorbereitet: eine **kleinere Leninsammlung**, die für die außerhalb der Partei stehenden Massen oder für die propagandistisch noch gar nicht ausgebildeten Parteimitglieder zusammengestellt wird. Dieser Band wird nicht nur selbständige Artikel oder selbständige Kapitel aus Lenins Werken enthalten, sondern es wird in ihm lehrbuchmäßig alles aufgenommen, was zur Vorbereitung der kommunistischen Parteimitglieder zur aktiven Arbeit und zur **allgemeinen** Orientierung der breiten Arbeitermassen über die allgemeinen und Detailfragen der kommunistischen Revolution, des Bolschewismus, notwendig ist.

Endlich ist eine **fünfbändige Ausgabe** der ausgewählten Werke Lenins in Vorbereitung. Die **ersten drei Bände** enthalten die Arbeiten Lenins über die strategischen, taktischen und organisatorischen Probleme der **russischen Revolution und der internationalen Arbeiterbewegung.** (II. und III. Internationale.) Der **vierte** Band faßt Lenins Aufsätze über die **Theorie des Marxismus** zusammen, hauptsächlich auf dem Gebiete der theoretischen Wirt-

schaftslehre und der Philosophie. Der fünfte Band enthält eine Sammlung der Aufsätze und Reden Lenins über die National- und Kolonialfrage sowie seine theoretischen Aufsätze über die Agrarfrage. Diese Ausgabe erscheint zunächst nur in deutscher, französischer und englischer Sprache. Ihr Zweck ist, Material zum eingehenden Studium der Leninschen Lehren darzubieten und als ständiges Handbuch, als politisches Aushilfsinstrument für die führenden Funktionäre der Kommunistischen Parteien zu dienen.

Diese Arbeiten stellen nur eine literarische Begründung der Propaganda des Leninismus dar und können auch nichts anderes sein. Daran muß sich die Ausarbeitung der organisatorischen und methodischen Fragen der Propaganda anknüpfen. Die Klärung und Ausarbeitung der organisatorischen und methodischen Fragen erfordert eine dauernde und ständige Arbeit der KI. und der Kommunistischen Parteien. Diese Arbeit muß zu einer ständigen Aufgabe sowohl der KI. wie der einzelnen Kommunistischen Parteien werden. Der Tod Lenins soll ein Antrieb zu dieser Arbeit sein. **Die politischen Aufgaben der kommunistischen Revolution, die politischen Interessen** der Arbeiterbewegung erfordern die ständige Fortführung, Systematisierung und Vertiefung dieser Arbeiten.

Weißer Schrecken

Schandtaten der Konterrevolution in Mexiko.

Von A. Stirner (Moskau).

** Nach der Einnahme der Städte **Veracruz** und **Guadalajara** durch die Föderalisten werden die Kämpfe in Mexiko mit dem Siege der kleinbürgerlichen Regierung **Obregon** enden. Dieser Sieg bedeutet zugleich ein Erfolg des nordamerikanischen Finanzkapitals über die englischen Großbanken.

Es ist keine schlechte Ironie der Geschichte, daß die britische Arbeiterregierung im Interesse des britischen Kapitals die Interessen der mexikanischen Feudalherren unterstützt, während die Ku-Klux-Klan-Ritter der Vereinigten Staaten die mexikanischen Bauern mit Waffen versehen, um den Kampf gegen die Grundbesitzer zu führen. Dabei spekulieren die Vereinigten Staaten auf spätere Unruhen; auf den Kampf der bewaffneten Bauern gegen die mit der konsequenten Durchführung der Agrarreform zögernden Kleinbourgeoisie. Dann wird man in Wall Street und Washington „müde sein, zuzusehen, wie die Interessen der nordamerikanischen Bürger von den mexikanischen Banditen verletzt werden", und „um die garantierten Rechte" zu schützen, wird man die Gelegenheit zu der so lange schon ersehnten Intervention benützen.

Die „sozialistische" Regierung **Obregon** hat mit Sozialismus ebensoviel zu tun wie irgendeine andere der heute im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft auftauchenden „sozialistischen" Regierungen. Sie besitzt momentan insofern eine objektiv revolutionäre Rolle, als sie in der Erkenntnis der entscheidenden Bedeutung der Bauernmassen versucht, dieselben politisch zu aktivisieren und sie in ihrem Kampfe gegen den Feudalismus und gegen die Pfaffenherrschaft unterstützt. Im übrigen ist ihre Politik diejenige aller kleinbürgerlichen Regierungen, das heißt, eine Politik des Einerseits-Anderseits. So wie der Wind weht, drehen sie sich, und wenn sie heute die Bauern bewaffnen, so werden sie morgen versuchen, ihnen die Waffen wegzunehmen. Gestern warfen sie die Arbeiter ins Gefängnis, heute streicheln sie sie, erklären sich selbst als Kommunisten und werden morgen die wirklichen Kommunisten erschießen.

Es ist eine spezifische Eigenschaft der sogenannten „mexikanischen Revolutionäre", aus allen Gesellschaftstheorien, aus allen Ideologien, Philosophien, Anschauungen und Tendenzen die schönsten, oder besser gesagt, die am schönsten klingenden Phrasen herauszunehmen und sie zu einem unmöglichen Salat zusammenzurühren. Das Ganze nennen sie dann „el ideal sublime de la humanidad" (das herrlichste Ideal der Menschheit) und brauchen es als Futter für die Arbeiterschaft.

Wir werden noch ein anderes Mal auf die Art des mexikanischen Sozialismus zu sprechen kommen und wollen nur noch bemerken, daß die zahlreichen Artikel, die über die letzten Ereignisse in Mexiko erschienen, vergessen haben, auch einige Worte über die konterrevolutionären Anschläge der jetzigen sogenannten sozialistischen Regierung Obregon zu sagen. Erinnern wir an die Massenermordungen von Arbeitern während des Mieterstreiks in Veracruz, nach denen die Zentralregierung der Herren Sozialisten keinen Finger rührte und nichts unternahm, um die von den Lokalbehörden über ein Jahr lang gefangengehaltenen 90 Arbeiter und Arbeiterinnen zu befreien. Erinnern wir an die vor dem Ausbruche der Konterrevolution begonnene Entwaffnung der Bauern, bei der es vielerorts zu blutigen Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und Bauernmilizen kam.

Am charakteristischsten für diese Kleinbürger war die Lage in **Yucatan**. Dessen Gouverneur **Filipe Carrillo** (im Jahre 1919 war er Mitglied der Kommunistischen Partei) ließ in der ganzen Welt verbreiten und glaubte es vielleicht sogar selbst, daß in Yucatan der Sozialismus bereits eingeführt sei. Da in diesem Staat der Sozialismus „bereits verwirklicht war", brauchten die Bauern nach der Meinung von Carrillo auch keine Waffen mehr, und er entwaffnete sie so gründlich, daß es der Konterrevolution in weniger als 24 Stunden gelang, die Macht an sich zu reißen, Carrillo samt seinen nächsten Anhängern einzufangen und ihn auf die gemeinste Weise im Gefängnis zu ermorden.

Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß die mexikanischen Arbeiter und Bauern sich in der jetzigen Bewegung vollkommen hinter Obregon gestellt haben. Der Sturz Obregons hätte die Herrschaft der Großgrundbesitzer aufs neue befestigt und dem ausländischen Kapital Tür und Tor zur rücksichtslosesten Ausbeutung geöffnet.

Alle Arbeiter- und Bauerngewerkschaften, alle politischen Arbeiterparteien, die Kommunistische Partei mit eingeschlossen, beteiligten sich aktiv an der Organisierung und Durchführung des Kampfes gegen die Konterrevolutionäre. Es wurden Arbeiterbataillone gebildet unter Leitung der Gewerkschaften und Fabrikausschüsse, die Regierung war durch die konterrevolutionären Generale bedroht und mußte die größte Bewegungsfreiheit für die revolutionäre Propaganda sogar unter den Soldaten gestatten. Die Kommunistische Partei hatte Gelegenheit, Tausende von Flugschriften unter der Armee zu verteilen und in ihr eine breite revolutionäre Agitation zu führen.

Die Konterrevolution, die gut vorbereitet, mit großer Kühnheit ihren Feldzug eröffnete, besetzte drei der wichtigsten Provinzen des Landes. Durch diesen ihren anfänglichen Sieg frech geworden, zeigte sie sofort ihr wahres Gesicht. Am 12. Dezember erließ General **Guadalupe Sanchez**, militärischer Kommandeur der konterrevolutionären Truppen, im Textilbezirk von Orizaba einen Befehl, sämtliche Sekretäre und Vorsitzende von Gewerkschaftsorganisationen und Bauernverbänden zu verhaften und ihnen ohne weiteres den Prozeß zu machen. Bis Anfang Januar gelang es, die Namen von 25 Genossen festzustellen, die erschossen wurden, manche vermochten in die Berge zu fliehen, aber von vielen hat man bis jetzt noch keine Nachrichten. Der Sekretär der Lokalorganisation der Kommunistischen Jugend von Orizaba, Genosse **Tobon**, wurde von den Weißen Banden fortgeschleppt; ob er erschossen wurde, ist noch unbekannt.

Am 14. Dezember gelangen drei Arbeiter von Puebla nach der Hauptstadt und melden, daß man zwei Tage zuvor in Puebla zehn Arbeiterführer erschossen habe. Die Körper der Opfer wurden auf die Straße geworfen und an ihnen Zettel mit der Aufschrift: „So wird es allen Bolschewiki ergehen!" angebracht.

Am 16. Dezember kommt eine Bauerndelegation aus **Nayarit** und meldet, daß die dortigen Gutsbesitzer mit Hilfe der ihnen zur Verfügung stehenden Weißen Garden systematisch die Vorsitzenden der örtlichen Agrarkommissionen abschlachten. Diese Kommissionen sind zusammengesetzt aus den Delegierten der Dörfer und haben die Aufgabe, mit den Lokalbehörden und den Gutsbesitzern die Verteilung des Landes zu regeln.

Am 15. Dezember meldet man aus **Yucatan**, daß die Reaktion die Macht erobert und die wichtigsten Führer der Provinzialregierung erschossen habe.

Am selben Tage ermordeten die Weißen in **Veracruz** den Anarchisten **Heron Proal** sowie andere Führer der Mietergewerkschaft. Diese Gewerkschaft hatte über ein Jahr den heroischsten Streik durchgeführt und sich den besonderen Haß aller Grund- und Hausbesitzer zugezogen.

Im Staate von Veracruz wurden während des ersten Monats der Besetzung über 150 gewerkschaftlich organisierte Bauern erschossen.

In **Autlán**, Provinz von Jalisco, erhängten die Gutsbesitzer fünf Bauern, die der kommunalen Bauernliga angehörten, unter ihnen befand sich der Kommunist **Crescencio Margarito**.

In Dorfe Santa Ana, Bezirk von Tepatitlán, wurde ein Bauer von den Weißgardisten durch 46 Messerstiche getötet.

Mitte Dezember, einige Tage bevor die Konterrevolution ihren Anfang genommen hatte, tagte in **Guadalajara**, der zweitgrößten Stadt in Mexiko, ein provinzialer Bauernkongreß, auf dem 700 Delegierte vertreten waren. Sofort löste sich der Kongreß auf, und die Delegierten versuchten, in ihre Dörfer zurückzukommen. Aber es gelang den weißen Banden, einen großen Teil von ihnen abzufangen. Wieviele man erschossen hat, konnte bis heute noch nicht festgestellt werden.

Am 21. Dezember erhielt die Allgemeine Gewerkschaftsunion Nachricht, daß die Gutsbesitzer in Nayarit die ganze Zentrale der Lokalföderation ermorden ließen. In derselben Provinz haben die Grundherren sofort die alten Arbeitsbedingungen wieder hergestellt. 15-Stundentag und 30 Cent Lohn.

Ein Brief, ebenfalls vom 21. Dezember, an die Mexikanische Arbeiterconfederation gerichtet, meldet aus der Provinz von **Jalisco**: „Hier werden alle Mitglieder der Bauerngewerkschaften verfolgt und die, deren die Weißen habhaft werden können, werden erschossen. Im Verlaufe von drei Tagen wurden acht Genossen, die den Kommunen von **Ameca, Zacoalco** und **Tequila** angehören, von den Gutsbesitzern umgebracht. Ihr ‚Verbrechen' war, daß sie sagten, die Pfaffen seien ebensolche Schurken wie die Konterrevolutionäre."

In **Puebla** wurden der Arbeiterdeputierte **Flores** und der gewerkschaftlich organisierte Eisenbahner **Juan Monreal** von konterrevolutionären Lokaldeputierten ermordet.

Am gemeinsten und brutalsten hausten die konterrevolutionären Banden in der Hafenstadt Veracruz, in der sie ihr Generalquartier aufgeschlagen hatten. Kein organisierter Arbeiter war seines Lebens sicher, man verfolgte die Familienangehörigen und wollte von ihnen Aussagen über den Verbleib der geflüchteten Arbeiter erzwingen. Unter den zahlreich Erschossenen befindet sich der Sekretär der Lokalfederation der CGT., Genosse **J. F. Oca**, und die wegen ihrer revolutionären Tätigkeit bekannten Arbeiter **Ballezo, Mose Maria Caracos, Guielermo Lira, Antonio Cisnero, Jesus Ramirez, José Rodriguez, Remigio Perez** und die Genossin **Clara Perez**.

Am schwersten trifft uns aber folgende Nachricht, die wir vor einigen Tagen aus Mexiko erhielten: „Die Genossen **Galvan** und **Rafael Carrillo** sind den Konterrevolutionären in die Hände gefallen. Wir fürchten, daß man sie erschossen hat, konnten das aber bis jetzt nicht sicher feststellen."

Genosse Ursulo Galvan kam als Delegierter der Bauernkommunen des Staates von Veracruz zum I. Internationalen Bauernkongreß nach Moskau. Hier wurde er in den Internationalen Bauernrat gewählt. Er ist erst 32 Jahre alt und hat seit seiner Jugend am revolutionären Kampfe der mexikanischen Bauern gegen die Grundbesitzer teilgenommen.

Rafael Carrillo, „der kleine Mexikaner", wie wir ihn in der Komintern nannten, ist den Moskauer Jugendgenossen nicht unbekannt. Der Chanowintschesky Rayon übergab ihm letzten Sommer eine prächtige Fahne, um sie als Kampfgruß der kommunistischen Jugend Mexikos zu überbringen. Rafael war von Beruf Mechaniker und trotz seiner Jugend einer unserer besten Parteiarbeiter. Leidenschaftlich konnte er stundenlang mit „Hartköpfigen" diskutieren, um ihnen die Notwendigkeit und das Wesen der proletarischen Diktatur begreiflich zu machen.

Noch hoffen wir, daß beide Genossen durch irgendeine Möglichkeit den Händen der weißen Banden entrinnen konnten.

Die Konterrevolution in Mexiko ist geschlagen. Aber die Kommunistische Partei macht sich keine Illusion und weiß was sie von den Kleinbürgern und Sozialisten zu erwarten hat. Aber mit jeder Revolution und Konterrevolution bewaffnen sich die Bauern mehr und besser. Die Arbeiterklasse wird klassenbewußter, sammelt tausend Erfahrungen und organisiert ihre Reihen immer enger um die Fahne der eigenen, um die Fahne der proletarischen Revolution.

Aus den Kasematten der Bourgeoisie

Für Unamuno, ja. Aber für die andern?

Von Viktor Serge.

** Miguel de **Unamuno**, eine der reinsten Persönlichkeiten des gegenwärtigen Spaniens, ein sehr feiner Denker, Verfasser des Werkes „Das tragische Gefühl des Lebens", hat einen Privatbrief geschrieben, der ohne seine Zustimmung in Buenos-Aires veröffentlicht wurde. In diesem Brief drückt er den Ekel aus, von dem er beim Anblick des Regimes, das in seinem Lande durch einige brutale Militärs errichtet wurde, erfüllt ist. Infolge dieses Briefes wurde er nach den Kanarischen Inseln deportiert.

Dieser Denker wurde so seinen Büchern, dieser Erzieher seinen Schülern, dieser Greis seinen Kindern entrissen und bewohnt jetzt eine öde Insel, wo es sogar an Trinkwasser fehlt. Der General Primo de **Rivera** Marquis d'Estella, Hausherr Spaniens, hat zweifellos vor Unamunos Ekel große Angst . . .

Wenn sich nicht die bürgerliche Diktatur schon seit langem durch tausend andere, viel schwerere Verbrechen (wobei wir nicht das Empörende dieses Verbrechens verwischen wollen) gebrandmarkt hätten, so genügte die Deportation eines Unamuno, um sie mit Schmach zu bedecken. Doch wie die Dinge jetzt stehen, fügt sie einem von Blut und Schmutz überquellenden Gefäß nur einen schwachen Tropfen hinzu . . .

Und das ist es, was uns auffällt und uns empört. Diese Infamie, diese tausendste Infamie der bürgerlichen Diktatur Spaniens, hat entrüstete Proteste der europäischen Intellektuellen hervorgerufen. Als würden sie die andern Infamien Spaniens und der übrigen Länder nicht kennen, als würden diese für sie nicht existieren.

Romain Rolland hat mit seiner üblichen Noblesse protestiert. **Gabriele d'Annunzio**, den Mussolini soeben zum Herzog von Monte-Nevoso (Fiume) ernannt hat, hat mit dem lyrischen Bombast protestiert, der ihm eigentümlich ist. M. Aulard, Ferdinand Buisson, Ch. Gide, Bouglé, Seignobos, Levy-Bruhl, Charles Richet, die Gräfin von Noailles und andere haben protestiert und wieder protestiert. Dieser Protest wurde übrigens mit Unterschriften aus allen Ländern gezeichnet, es befinden sich darunter auch Otto Bauer, Freud, Schnitzler und andere. Welch plötzlicher großer Eifer der europäischen Intellektuellen für die soziale Gerechtigkeit! Welch edle Revolte gegen die abscheuliche Tyrannei eines militärischen Emporkömmlings!

Der alte Unamuno dürfte bei der Lektüre dieser Depeschen sehr erstaunt sein. Denn ihm, der die Deportation mit stoischer Ruhe aufgenommen hat, dürften andere Verbrechen von früher durch den Sinn gehen. Es gibt ihrer so viele. Und nicht allein in Spanien. Wird er sich nicht fragen: Haben denn alle diese europäischen Intellektuellen vor meiner Verbannung nicht gewußt, was vorgeht? Kennen sie nicht die Zahl und die Namen der andern Opfer?

Vielleicht liegt gerade das Organ der Arbeiter von Barcelona, die „Batalla" (Kampf) vor ihm. Auf der ersten Seite befinden sich zwei Porträts. Zwei Ermordete: **Paronas** und Salvador **Ségui**. Salvador **Ségui**, ein hünenhafter, gutmütiger Mensch mit klaren Augen, war auch ein mutiger Europäer. Auch er hatte in hohem Grade das „tragische Gefühl des Lebens", insbesondere des Lebens der Arbeiter. Wenn er auch keine großen Bücher schrieb, hat er doch ein Werk vollbracht, das in unserer Epoche viel zu bedeuten hat: er war in einem rückständigen Land, das hart unterdrückt und von den Jesuiten und der Monarchie regelrecht zerfleischt wurde, der Organisator des Proletariats, der Schöpfer der nationalen Arbeitskonföderation Spaniens. Als er am 10. März 1923, eine Zigarette anzündend aus einem Kaffeehaus kam, haben ihn „Unbekannte", die in Barcelona niemandem außer der Justiz unbekannt sind, mit Revolverschüssen niedergestreckt. Mit ihm zugleich wurde Comas ermordet, der ihn zufällig an diesem Abend begleitete. Ségui war stets ein Gegner des Terrorismus im Klassenkampf; aber er war der führende Kopf des Proletariats von Barcelona, darum wurde er ermordet. Er hat eine Gefährtin und ein Kind zurückgelassen, für die unsere spanischen Genossen Sammlungen veranstalten...

Als man Salvador Ségui ermordet hat, hat Romain Rolland keinerlei Entrüstung Ausdruck gegeben. Gabriele d'Annunzio hat nicht „die triumphierende Bestie" gegeißelt, Aulard, Schnitzler und die andern haben geschwiegen. Niemand von diesen europäischen Intellektuellen hat etwas gesagt. Waren sie so schlecht informiert, daß sie von dieser Mordtat nichts wußten?

Es gibt im „Mustergefängnis" von Barcelona einen jungen Künstler von 20 Jahren, einen revolutionären jungen Arbeiter, der einer der größten Karikaturisten seines Landes ist, er heißt Juan B. Acher und ist unter dem Namen **Shum** bekannt. Die Justiz Primo de Riveras hat ihn zum Tode verurteilt, nachdem sie ihn unter wahren Torturen in einer richtigen Folterkammer das Geständnis seiner „sozialen Verbrechen", die er garnicht begangen hat, herausgepreßt hat. Er kann heute oder morgen hingerichtet werden. Mag er unschuldig oder auch schuldig sein, ist er nicht ein Opfer der brutalsten Diktatur? Wissen die europäischen Intellektuellen nichts von diesem in Vorbereitung befindlichen gesetzlichen Mord?

Der Mord an Ségui war in Barcelona ungefähr der vierhundertste, der dort begangen worden ist. Lange vor der De-

portation Unamunos haben die feilen Subjekte des Direktoriums von Madrid im Laufe eines Jahres die Ermordung der kämpfenden Arbeiter zum System gemacht. Barcelona befindet sich kaum drei Stunden von der französischen Grenze. Aber die französischen Intellektuellen haben scheinbar garnichts davon gemerkt. Es ist richtig, daß sie nicht unsere Zeitungen lesen und daß ihnen ihre Zeitungen nicht viel von jenen Dingen erzählen. Immerhin kommt der Abscheu des alten Unamuno gegen das spanische Regime vor allem von diesen blutigen Gewalttaten. Und vielleicht auch von dem Schweigen aller der Intellektuellen Spaniens und der übrigen Länder gegenüber diesen Gewalttaten.

Gabriele d'Annunzio, von Mussolinis Gnaden Herzog von Monte-Nevoso, protestiert. Er möchte „den unersättlichen Geist rächen", der in der Person Unamunos durch „die triumphierende Bestie" verwundet worden ist. Bleiben wir bei den nüchternen Tatsachen. Hat Gabriele d'Annunzio niemals von dem erfahren, was sich in allen Städten und Ortschaften seines eigenen Landes abgespielt hat? Hat Gabriele d'Annunzio niemals in den italienischen Zeitungen die Namen, die tausenden von Namen der durch den Faschismus ermordeten Arbeiter gelesen? Hat der berühmte Dichter die „triumphierende Bestie" nicht unter seinen Fenstern bemerkt, als man sich der Passanten in den Straßen bemächtigte, um ihnen im Namen der nationalen Wiedergeburt Rizinusöl einzugeben? Oder ist sein Protest für den alten, ehrlichen Gelehrten von Salamanca nichts als eine hohle, verlogene und zynische Phrase?

Und sind Romain Rolland, Aulard, Gide, Schnitzler, Otto Bauer mit der illustren Unterschrift d'Annunzios an ihrer Seite einverstanden?

Wenn schon die Romain Rollands das, was sich in Spanien die ganze Zeit abgespielt hat, nicht bemerkt haben, so können sie doch nicht das übersehen haben, was sich in Italien abgespielt hat und noch immer abspielt.

Und was ist es mit **Bulgarien**? Dort hat sich ein Volk gegen eine reaktionäre Diktatur erhoben. Man hat dort mit Hilfe mazedonischer Freischärler und Wrangel-Banden, die für alles zu haben waren, unter Strömen von Blut die Ordnung wieder hergestellt. Man hat tausende armer Leute, die man „besiegt" hat, und in denen auch, um mit Romain Rolland zu sprechen, „ein glühendes und dunkles Licht brannte", erschossen. Man hat dort noch nicht aufgehört, über sie zu Gericht zu sitzen, sie zu verurteilen, zu foltern und hinzurichten. Die Herolde des Gewissens Europas, um wieder mit Romain Rolland zu reden, haben nicht protestiert. Was ist es also mit diesem Gewissen Europas und was sind diese, seine Herolde wert? Ist ihre Solidarität eine Solidarität der Mandarinen?

Gewiß, der Geist ist geheiligt. Zweifellos ist die Gewalttat von Emporkömmlingen besonders empörend, wenn sie sich am Denker und am Denken vergreift. Aber wissen denn diese großen Intellektuellen Europas nicht, daß niemand geistig größer ist als ein arbeitendes Volk, das um die Freiheit kämpft? Wissen sie nicht, welcher Reichtum an Gedanken, an Kultur, an herrlicher Zukunft des Menschen in der Seele der gemarterten Völker Italiens, Spaniens, Bulgariens und so vieler anderer Länder brennt?

Wissen sie nicht, daß der empörende „Mißbrauch", gegen den sie heute so freimütig protestieren, nichts anderes ist als **Teil und Ausdruck eines Systems der Unterdrückung und der Ausbeutung, das man in seiner Gesamtheit bekämpfen muß**, wenn man es nicht (vielleicht unbeabsichtigt) verteidigen will?!

Aufrufe

An die Fabrikarbeiter aller Länder!

** Kaum ein Jahr ist seit dem heldenhaften, wochenlangen Kampf der chemischen Arbeiter in Ludwigshafen vergangen, und schon wieder zwingt dasselbe Chemiekapital die Fabrikarbeiter Deutschlands zu neuem, heftigem Kampf. Mehr als 20.000 Arbeiter der Anilinwerke sind ausgesperrt. Nicht nur mit Aussperrung, mit der Hungerpeitsche, sondern mit deutscher Polizei und französischem Militär kämpfen die internationalen Chemikapital-Patrioten um ihre Profitrate. Ihr Ziel ist **der Raub des Achtstundenarbeitstages in Deutschland**, nachdem diese Prozentpatrioten seinerzeit dem französischen Militarismus ihre Fabrikgeheimnisse der Giftgasherstellung verkauften. **Mit Pulver und Blei** arbeitet das mörderische Chemiekapital. Viele Tote **und Verwundete** unter den Ausgesperrten **sind die Opfer des Bürgerkrieges um den Achtstundentag.**

25.000 Arbeiter folgten der Beerdigung der Niedergeschossenen. An ihrem Grabe gelobte die Arbeiterschaft unter entrolltem Banner, die Toten zu rächen und nicht eher zu ruhen, bis der Sieg erkämpft ist.

Der Kampf dehnt sich bereits aus auf Mitteldeutschland, Berlin und zeigt an, daß die Fabrikarbeiter willens sind, **eine Einheitsfront des Kampfes in der ganzen chemischen Industrie Deutschlands für den Achtstundenarbeitstag zu führen.**

Fabrikarbeiter! Genossen!

Der Kampf der chemischen Arbeiter Deutschlands ist Euer Kampf! Ihr Sieg ist Euer Sieg! Ihre Niederlage ist Eure Niederlage und gleichbedeutend mit der verlängerten Arbeitszeit in allen Ländern. Die kämpfende deutsche Arbeiterschaft appelliert an Eure unverzügliche Solidarität!

Alle Geldsendungen für die Kampfleitung sind zu richten an **den Industrieverband der chemischen Arbeiter, Ludwigshafen, Friesenheimerstraße 65.**

Nieder mit den internationalen Chemiekapitalisten! Nieder mit den Feinden der Arbeiterschaft! Es lebe der Achtstundenarbeitstag! Es lebe die kämpfende Arbeiterschaft Deutschlands! Es lebe die internationale Solidarität!

Das Internationale Propagandakomitee der Fabrikarbeiter, Moskau.

An die kämpfenden Fabrikarbeiter Deutschlands!

** Das mörderische Feuer aus der Anilinfabrik gegen die von dem Chemiekapital auf das Straßenpflaster geworfenen 20.000 chemischen Arbeiter in Ludwigshafen vernahm die ganze russische Fabrikarbeiterschaft. Wenn auch noch durch Grenzpfähle getrennt, sind wir mit Euch in Eurem heldenhaften, blutigen Kampfe um die **Verteidigung des Achtstundenarbeitstages.**

Wenn die Profitsucht des Chemiekapitals auf Kosten Eures Schweißes und Blutes **keine Grenzen** kennt, wenn deutsche Polizei und französisches Militär die Fabrikmauern der Chemiekapitalisten schützen und den Schuldigen des mörderischen Überfalles als **internationale** Kampfwaffe gegen die Arbeiterschaft dienen, dann, Arbeiter Deutschlands **und aller Länder, gibt es keine Rücksicht mehr in der Anwendung aller Kampfmittel gegen die internationalen Prozentpatrioten.**

Die Chemieindustriellen lassen die Arbeiter niederschießen. **Arbeiter! Genossen! Seht auf Eure Toten! Was sagen sie Euch?**

Nieder mit den Ludwigshafener Schuldigen! Zeigt den Industriellen und ihren Lakaien, daß man Euch nicht nach Belieben niederknallen und obendrein der Provokation bezichtigen kann. Fordert mit mächtiger Stimme die Bestrafung der Schuldigen!

Doch das darf Euren Kampf um den Achtstundentag nicht schwächen. Die Arbeiterschaft ganz Deutschlands muß **eine** Antwort geben und Euch in einheitlicher geschlossener Kampffront unterstützen. Das ist die Lehre aller Kämpfe der russischen Arbeiterschaft, die mit dem Sieg über den Kapitalismus endete. Denn Euer Kampf um den Achtstundentag **ist** ein Machtkampf zwischen Kapital und Arbeit, der nicht mit Verhandlungen, sondern nur mit dem Siege enden muß.

Über die Grenzen Deutschlands hinaus ist die russische und revolutionäre Arbeiterschaft aller Länder mit Euch für den Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages.

Nieder mit den internationalen Prozentpatrioten! Nieder mit allen Feinden! Es lebe der Achtstundenarbeitstag! Es lebe die kämpfende Fabrikarbeiterschaft!

Allrussischer Verband der Fabrikarbeiter.

Buchbesprechungen

Henry Ford: „Mein Leben und Werk."*)

Von Paul Friedländer (Wien).

** **Henry Ford**, der Kapitalmagnat und Schwerindustrielle größten Stils, verfolgt mit seinen Büchern zweifellos die Absicht, für seine wirtschaftlichen Zwecke und Methoden breitere Schichten der Bevölkerung, und zwar weniger die Angehörigen der

*) Henry Ford: „Mein Leben und Werk", VIII, 328 S. Paul Lists Verlag, Leipzig 1923.

Großbourgeoisie, als vielmehr die bürgerlichen Mittelschichten, Kleinbürger, und selbst Kreise von Farmern und besser gestellten Arbeitern, deren Klassenbewußtsein nicht ausgeprägt ist und die „höher hinauf"kommen wollen, zu gewinnen. Dieses Ziel glaubt er erreichen zu können, indem er seinen Angriff gegen zwei Fronten richtet, einerseits gegen das „Finanzkapital", diese „raffgierigen Ausbeuter", wie er sich selbst ausdrückt, andererseits natürlich gegen die „närrischen" Kommunisten und revolutionären Klassenkämpfer, von deren Programm er keine blasse Ahnung hat. Daß er sich mit dem Mantel des „allgemeinen Interesses" drapiert, ist eine soziologische Selbstverständlichkeit. Immerhin kann man aus Fords offenherzigen Schriften manches entnehmen, was man im Kampf gegen die Fords und die sonstige, auf viel tieferer Stufe stehende Plutokratie verwerten kann.

Henry Ford hat bereits in seinem Buch **„Der internationale Jude"**, das von Unkenntnis auf historischem Gebiete strotzt, Einfluß auf das amerikanische „Volk" nehmen wollen. Fords Antisemitismus war und ist nichts anderes als die Verkleidung der **Rebellion des Industriekapitäns gegen das die Industrie unterjochende Finanzkapital.** Diese Verkleidung ist für Europa, insbesondere Österreich, Ungarn, auch Deutschland und Polen, keine seltsame Sache. Hat doch jahrzehntelang gerade ein Großteil der Bourgeoisie im Kampf gegen das Großkapital und insbesondere gegen das Finanzkapital die Fahne des — Antisemitismus geschwungen, um schließlich dennoch dem Finanzkapital zu erliegen.

In dem später geschriebenen und vor kurzem erschienenen Buch Fords: „Mein Leben und Werk" verzichtet er auf die martialische Maske des Antisemitismus und führt seinen Angriff offen gegen das Finanzkapital als solches. Das Buch ist reich an Daten über die Entwicklung der Fordbetriebe, insbesondere ihre technische und geschäftliche Ausgestaltung, und die dabei planmäßig befolgten Methoden. Er begann im Jahre 1903 mit einem verhältnismäßig sehr kleinem Kapital die Massenerzeugung von Automobilen. Wie seitens des amerikanischen Arbeitsamtes kürzlich publiziert wurde, betrug das anfängliche Bar- und Kreditkapital 43.000 Dollars. Mit der Massenerzeugung von Traktoren wurde erst in der Kriegszeit begonnen. Die erzielten Gewinne wurden planmäßig zur Erweiterung der Betriebe verwertet. Soweit es möglich und zweckmäßig war, wurde nicht nur die „horizontale", sondern auch die „vertikale" Durchorganisierung der Produktion seiner Haupterzeugnisse bewerkstelligt. Die Fordbetriebe umfassen derzeit einen ungeheuren Komplex von Betrieben: Kohlenbergwerke, Kraftwerke, Gußwerke, Glasfabriken, Montagefabriken, die für die Fordwerke wichtigste Eisenbahnlinie usw.

Aus der von Ford mitgeteilten Tabelle über den Aufstieg der Automobilerzeugung entnehmen wir folgende Daten (S. 170):

Jahr	Zahl der produzierten Wagen	Preis pro Wagen in Dollars
1908/09	18.664	950
1912/13	168.220	600
1915/16	533.921	440
1919/20	996.600	575 bis 440
1920/21	1,250.000	440 bis 355

Seither hat sich bei einem Preise, der um 350 Dollar herum schwankt, die Automobilproduktion der Fordwerke mehr als verdoppelt. Das Automobil, das man bei Ford in kleinen Ratenzahlungen kaufen kann, wobei man es gleichzeitig mit Erlegung der ersten Rate in Besitz nimmt, wird aus einem seltenen Luxusartikel zu einem allgemein gangbaren Artikel, den auch zahlreiche Arbeiter erwerben. Man kann den Umfang der Automobilindustrie in den Vereinigten Staaten im Jahre 1923 daran ermessen, daß nicht weniger als 10% der gesamten Stahlproduktion von der Automobilindustrie konsumiert wurde.

Ähnlich ist der Aufschwung der erst seit kurzem im großen betriebenen **Traktorenfabrikation.** Im Jahre 1922/23 wurde bereits über eine Million Traktoren erzeugt. Der Preis ging von 885 Dollar im Jahre 1918 auf 395 Dollar im Jahre 1922 herunter. Das bedeutet beim Pflügen eine Ersparnis von zwei Dritteln dessen, was das Pflügen mit Pferd oder Rind kostet. (S. 238 ff.) Dieser Industriezweig hat eine große Zukunft.

Fords Grundsätze, die zu wiederholen er sich nicht genug tun kann, sind nichts weniger als neu und verblüffend. Er hat auch keineswegs ihren historischen Sinn in der kapitalistischen Entwicklung erfaßt. Was in der Periode des aufblühenden Kapitalismus wirksam war, glaubt er, dem zusammenbrechenden Kapitalismus wieder einimpfen zu können. „Das oberste Gesetz der Industrie ist die Produktion..." (S. 183.) „Der Leitgedanke der Industrie... Schaffung einer nützlichen Idee und deren Vervielfältigung ins Abertausendfache, bis sie allen zugute kommt... (S. 163) „Für den Konsum, aber nicht für den Profit produzieren..." (S. 13 f., 23 f., 319 f.) „Mein Ziel ist, das Maximum an Löhnen, das heißt das Maximum an Kaufkraft, auszuteilen..." (S. 22/23.) „Preisabbau, Produktionserhöhung, Vervollkommnung der Ware..." (S. 271.) usw.

Ford ist zweifellos der Typus des produktionsfördernden Ingenieurs als Unternehmer, der die Technik des Produktionsprozesses ständig revolutioniert. Die immer weitergetriebene Vervollkommnung des Produktionsprozesses muß zur Erweiterung der Produktion führen und umgekehrt. Fords Erfolge sind teilweise dadurch erklärlich, daß er einen gerade aufblühenden Industriezweig (wobei es sich, was seine Erfolge wesentlich erleichert, um keine „Schlüsselindustrie" handelte), dessen Erzeugnisse Luxusware waren, nahm und ihn systematisch zu einem allgemeinen Bedarfsartikel machte. Dies konnte ihm in dieser Art auch nur inmitten der vorherrschenden allgemeinen Prosperität Amerikas — von der vorübergehenden Krise in den Jahren 1919 bis 1921 abgesehen — gelingen.

Da Ford für seine Erzeugnisse den inneren Markt in seiner größtmöglichsten Ausdehnung erschließen und einen Massenabsatz seiner Produkte erzielen wollte, war es für ihn zwingende Notwendigkeit, auf die Vervollkommnung bei gleichzeitiger Verbilligung seiner Erzeugnisse hinzuarbeiten sowie selbstverständlich seine Erzeugnisse zu „normalisieren" und Serienproduktion zu betreiben. Das Taylorsystem ist in den Fordwerken zur äußersten Vollendung gebracht. Die Kapitel über die Technik des Produktionsverfahrens sind sehr interessant.

Die dargelegten Grundsätze — die nur in einer nationalisierten Industrie und Wirtschaft zur Regel werden können — lassen es begreiflich erscheinen, warum der Industriekapitalist Ford in scharfem Gegensatz zum Finanzkapital steht. Er mußte es am eigenen Leib erleben, wie sich das Finanzkapital den Teufel um Erweiterung der Warenproduktion, Warenverbilligung, technische Vervollkommnung der Produktion usw. scherte, und so mußte er einen Kampf gegen monopolisierte Vertrustung und Monopolpreisbildung in der Autoindustrie führen. Er spricht ihnen darum die Fähigkeit ab, die Industrie zu beherrschen. Dennoch muß er zugeben, „beherrschen sie durch ihre Beherrschung des Kredits im allgemeinen praktisch den Unternehmer." (S. 212/13.) „Das ruinöse Zinswesen gibt den Bankiers, den Wucherern und Spekulanten das Recht, der Produktion eine Steuer aufzuerlegen..." (S. 212/13.) „Raffgierige Ausbeuter", „Hasardspieler mit Bankkontis" (S. 211). In diesem Tone spricht Ford vom Finanzkapital. Aber von einer Argumentation und Perspektive bezüglich der Entwicklung des Kapitals ist bei ihm keine Rede. Er polemisiert gefühlsmäßig, weil er spürt, wie das Finanzkapital die Katastrophe des Kapitalismus beschleunigt.

Ford ist ein — Illusionär. Wie jeder, der an die große Zukunft der kapitalistischen Ordnung glaubt. Er weiß auch übrigens nichts von Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus. Es ist für ihn eine Zeit der allgemeinen „Freude" und des „Jubels" gewesen (S. 163). Zu solchen Bemerkungen gehört schon eine tüchtige Dosis Ignoranz. Gerade die Ansammlung der Vermögen in Amerika hat das packende, historische Bild von Marx schauderhaft bestätigt, daß das Kapital zur Welt kommt „vom Kopf bis Zehe, aus allen Poren blut- und schmutztriefend".

Und gar Fords Phantasien „Von den künftigen Dingen" (S. 321 ff.). Für Weltfriede, für möglichste Autarkie der Wirtschaftsgebiete, für Revolutionierung der Landwirtschaft, für möglichste Entwicklung der Produktivkräfte usw. sind, soweit sie zweckmäßig sind — und es sind praktische und großzügige Ideen darunter — nur dann keine Phantasien, sondern realisierbare Projekte, wenn die kommunistische Ordnung im Weltmaßstab verwirklicht ist. Die kapitalistische Ordnung wirkt ihnen gerade entgegen. Das gilt sogar von den Grundsätzen, die Ford selbst praktiziert. Sie werden immer mehr zur Ausnahme als zur Regel. Ford bewahrheitet so gegen seinen Willen die Perspektive Karl Marx', wonach immer mehr „das Kapitalsmonopol zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist", geworden und „die kapitalistische Hülle" der Produktion unvermeidlich „gesprengt" wird.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Die Lage in der KPD.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 41. 3. April. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Die Lage in der deutschen Partei.

Von Walter Stoecker (Berlin).

** Die Krise, in der sich die deutsche Partei seit dem Oktober befindet, hat eine ernste Umgruppierung herbeigeführt. Wie bekannt, teilte sich kurz nach dem Oktober die bisherige Parteimehrheit, so daß neben der bisherigen alten, linken Opposition eine rechte und eine Mittelgruppe in der Partei entstand. Nach der Rückkehr der Delegierten dieser Gruppen von den Beratungen mit der Exekutive wurde die Diskussion im ganzen Reiche sofort aufgenommen. Die Rechte, die in der Zentrale und in den Beratungen des Zentralausschusses der Partei ihre Auffassungen durch Brandler und Thalheimer vertreten ließ, ist jetzt in der Pateidiskussion völlig von der Bildfläche verschwunden. Brandler hat sofort nach dem Zentralausschuß wegen Erkrankung einen dreimonatigen Urlaub angetreten, und die anderen Genossen der rechten Gruppe haben bisher, trotz Aufforderung, weder in den Parteimitgliedschaften, Funktionärversammlungen noch in der Presse ihren Standpunkt vertreten, so daß die eigentliche Parteidiskussion nur von der Mittelgruppe und der bisherigen linken Opposition geführt wurde. Das Verschwinden der Rechten aus der Diskussion bedeutet aber keineswegs ihr wirkliches Verschwinden, sondern die Beratungen der Zentrale und im Zentralausschuß der Partei haben gezeigt, daß hier Tendenzen vorhanden sind, gegen die der Kampf unter allen Umständen aufgenommen werden muß. Tendenzen, die allerdings auch hier erst verschleiert auftreten und von ihren Vertretern noch nicht klar und eindeutig formuliert worden sind.

Die **Mittelgruppe** der Partei, die gemeinsam mit der Linken nach der Rückkehr von Moskau die rechten Genossen aus der Führung der Zentrale ausschied und dann selber die Mehrheit der Zentrale bildete, hat ihre Auffassung über die Taktik der Partei in einer längeren These ausführlich dargelegt. Die Herausbildung dieser mittleren Gruppe der Partei war schwierig, da fast alle Genossen bis vor einigen Monaten in der Parteimehrheit zusammen mit den jetzigen rechten Genossen gearbeitet hatten und sich daher im Anfange noch mancherlei Schwankungen und Unklarheiten zeigten. Während ein Teil der Mittelgruppe bald nach dem Oktober entschieden die Linksorientierung der Partei, einen entschiedenen Bruch mit den Rechten und Zusammenarbeit mit den Linken verlangte, wurde einem kleineren Teil der Genossen dieser Gruppe diese Umstellung im Anfange nicht leicht. Die ideologische und auch organisatorische Klärung und Befestigung dieser Mittelgruppe in der Partei hat daher längere Zeit in Anspruch genommen. Die Hauptaufgabe dieser Gruppe war dann die **Umstellung der Parteimehrheit auf den Kampf gegen die rechten Tendenzen und Gruppierungen.** Da Brandler bis zum Oktober der prominenteste Führer der Parteimehrheit war, wurde in der Praxis dieser Kampf gegen die rechten Tendenzen vor allem ein Kampf gegen **Brandler.** Die ersten Schritte der Herausbildung der Mittelgruppe zeigten sich schon lange vor dem Oktober, war es doch im vergangenen Jahre, das heißt seit dem Leipziger Parteitage, schon öfters innerhalb der Parteimehrheit zwischen Brandler einerseits und den jetzigen führenden Genossen der Mittelgruppe zu ernsten Auseinandersetzungen gekommen, Auseinandersetzungen, die sich dann während der Oktoberereignisse immer heftiger gestalteten und nach dem Oktober zum völligen Bruche mit Brandler führten. Der unmittelbare Anlaß der Trennung waren die Kämpfe über die Taktik der Partei, vor, während und nach den Oktoberereignissen. Über die Wege der Partei, gerade während dieser Zeit, gestaltete sich die Differenz zwischen Brandler und der sich herausbildenden Gruppe immer tiefer. Daher legten die Genossen der Mittelgruppe in eigenen Thesen ihre Auffassung über die großen Fehler des Oktoberkampfes nieder.

Wichtiger aber als die Differenz über die Oktobertaktik sind tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die Grundfragen der kommunistischen Taktik. Erstens über die **Rolle und den Charakter der Kommunistischen Parteien** und zweitens über die kommunisti-

sche Auffassung über den Staat und der Überwindung des kapitalistischen Klassenstaates. Bei Brandler finden sich in seinen Reden und Artikeln vielfach Äußerungen über die demokratische Staatsform und deren Ausnutzung durch das Proletariat, die zum Teil hart bis an die Grenze des vom kommunistischen Standpunkt aus Zulässigen, ja, zum Teil weit darüber hinausgehen. Und da diese Äußerungen sich bei ihm, trotz heftiger Debatten in der Partei, immer wieder finden und immer wiederholen, handelt es sich offenbar bei ihm hier um eine bestimmte politische Linie, die gefährlich ist und unbedingt abgelehnt und bekämpft werden muß, da eine Verwischung der kommunistischen Grundauffassung über das Wesen der Demokratie und der proletarischen Diktatur zum Sturze der Bourgeoisie nicht zugelassen werden kann. Die zweite Differenz ist die Auffassung über die Rolle der Kommunistischen Partei. Während Brandler in seiner ganzen Taktik mehr Gewicht auf die Herausbildung einer Massenpartei legte, betonten die Mittelgruppe und die Linken in den ganzen Debatten jetzt vor allem die Notwendigkeit der Herausbildung einer **kommunistischen** Massenpartei, wobei nach dem Beispiele der bolschewistischen Partei vor allem der Hauptwert auf die Herausbildung eines klaren, theoretisch und taktisch geschulten revolutionären Kernes in der Partei als deren Träger und Knochengerüst gelegt werden muß. Die beste Methode der Bildung kommunistischer Massenparteien ist allerdings noch umstritten. Es ist interessant, daß die Genossen der rechten Opposition in Deutschland, wie auch Radek, sich unter anderem berufen auf Auffassungen der Genossin Rosa Luxemburg über die Organisationsform der revolutionären Partei, in denen sich schon damals die Genossin Luxemburg wesentlich von den Auffassungen Lenins unterschied und ohne Zweifel den Menschewisten nahestand. Es ist notwendig, gerade jetzt über diese Frage völlige Klarheit in der Kommunistischen Internationale zu schaffen und die Differenzen zwischen den Anschauungen Rosa Luxemburgs und denen Lenins scharf herauszuarbeiten. Die Genossen der deutschen Mittelgruppe und auch der Linken stehen auf dem Boden der Auffassung Lenins über den Charakter und die Rolle der Partei und lehnen die Auffassung der Genossin Luxemburg ab. Letzten Endes handelt es sich hier auch um die Frage der Notwendigkeit Kommunistischer Parteien in bestimmten Perioden überhaupt. War es doch **Thalheimer**, der bei der KAG.-Krise in Deutschland den Satz prägte, daß, wenn die Führer der KAG.-Gruppe recht hätten mit ihrer Behauptung des Bevorstehens einer längeren revolutionären Flaute, daß man dann allerdings wirkliche reformistische Politik, das heißt sozialdemokratische Politik, treiben müsse, eine Auffassung, die völlig von der eigentlichen leninistischen Anschauung abweicht, nach der gerade auch in solchen Perioden revolutionärer Ebbe die Herausbildung einer Kommunistischen Partei, vor allem eines klaren kommunistischen Kernes, durchgeführt werden muß, um dann in den späteren revolutionären Kämpfen das feste Gefüge einer großen revolutionären Massenpartei zu werden. Mit der Beurteilung der Rolle der Kommunistischen Partei hängen dann eine ganze Menge von anderen Fragen der Taktik zusammen, das heißt, zum Beispiel **wann** und **wie** die Einheitsfronttaktik angewendet werden kann und wie man sie auffast (ob als Bündnispolitik mit den Reformisten oder als Methode der Agitation und Mobilisierung der Massen zur Demaskierung und Zerstörung der sozialdemokratischen Parteien), die Beurteilung und Behandlung der linken SPD.-Leute, die Frage der Anwendung von Übergangslosungen in bestimmten Perioden, schließlich auch die Frage der Behandlung sogenannter linker Elemente in Kommunistischen Parteien. Bei der Auffassung der rechten Genossen ist es dann auch erklärlich, daß sie bei der Beurteilung der ganzen Oktoberereignisse fast nur von den objektiven Ursachen der Niederlage sprachen, während die Genossen der Mittelgruppe mit Recht vor allem die subjektiven Ursachen, das heißt Fehler, Schwächen und Mängel, der eigenen Partei herauszuarbeiten suchten.

Mit dem Kampfe der Mittelgruppe gegen diese rechten Abweichungen verlangten die Genossen der Mittelgruppe nach dem Oktober eine ernste Linksorientierung, das heißt eine wirkliche Bolschewisierung der deutschen Kommunistischen Partei. Diese Aufgabe durchzuführen, ist bei der Lage in der deutschen Partei nur möglich zusammen mit der linken Opposition.

Die Mittelgruppe hat nach dem Oktober sofort ihren Willen bekundet, mit der bisherigen linken Opposition in der Partei ernst zusammenzuarbeiten, mit ihr gemeinsam den Kampf gegen die rechten Tendenzen zu führen und eine Zusammenreißung der Partei herbeizuführen. Dabei galt es vor allem, dem bisher in der Partei herrschenden Kriegszustand zwischen linker Opposition und Parteimehrheit wirklich ein Ende zu bereiten. In der gemeinsamen Arbeit in der Zentrale über die jetzigen praktischen Aufgaben der Partei war diese Zusammenarbeit nicht schwer durchzuführen. Die taktischen Auseinandersetzungen dagegen zwischen linker Opposition und Mittelgruppe gestalteten sich ernster. Dabei wurde in erster Linie über die zwei wichtigsten Differenzen, die zwischen den beiden Gruppen bestehen, gerungen. Nämlich um die Taktik **während der Oktoberereignisse** und um die Taktik **der Einheitsfront**. In beiden Fragen hielten sich die Redner der linken Opposition bei den ganzen Debatten **nicht** an die in Moskau geschaffene Verständigungsplattform der Exekutive, sondern vertraten ihre eigene Auffassung. So über den Oktober, daß damals der entscheidende Endkampf unter allen Umständen hätte aufgenommen werden müssen, da nach Auffassung der linken Opposition die Voraussetzung für einen Sieg der deutschen Arbeiterklasse vorhanden gewesen sei. Sie belasteten die Rechten wie auch die Vertreter der Mittelgruppe *mit* der Verantwortung, daß dieser Kampf nicht aufgenommen worden sei. Die Genossen der Mittelgruppe vertraten die Auffassung, daß vor allem vor, aber auch während und nach den Oktobertagen von der Partei eine Reihe schwerer Fehler unternommen worden sind, dank derer im entscheidenden Moment der bewaffnete Endkampf nicht möglich war, ohne daß er zu einer sicheren und schweren Niederlage geführt hätte. Diese Taktik des Oktobers spielt bei den jetzigen Debatten in der deutschen Partei die Hauptrolle, und da das Gros der Mitgliedschaft im Oktober auf den bewaffneten Endkampf eingestellt war und den Kampf gewünscht hätte, ist dieser Faktor die Hauptursache für den ernsten Stimmungswechsel in der Partei, die Schwenkung der Mitgliedermassen zur bisherigen linken Opposition. Dieser Wechsel ist neben einer unklaren Bewertung der Kräfteverhältnisse im Oktober zum guten Teil ein Zeichen revolutionärer Kampfesstimmung in der deutschen Partei, natürlich auch eine Reaktion auf die schweren Fehler, die im Oktober von der Parteimehrheit begangen wurden. Fehler, die in der Mittelgruppe bereits in ihrer Dezember-These festgestellt wurden.

Daneben ist die Taktik der Einheitsfront der wichtigste Streitpunkt. Die Mittelgruppe sagt, daß in Deutschland bei der Durchführung der Einheitsfronttaktik wohl ernste und schwere Fehler begangen worden sind, vor allem in Sachsen, daß aber dennoch in der Grundlinie die Durchführung der Taktik der Einheitsfront in Deutschland bis zum Sommer vergangenen Jahres richtig und erfolgreich gewesen sei. Der große Zustrom der proletarischen Massen Deutschlands zur Kommunistischen Partei und die ernste Schwächung der Sozialdemokratischen Partei ist vor allem auf die Anwendung der Einheitsfronttaktik zurückzuführen. Die linke Opposition dagegen ist anderer Auffassung, und zwar nicht einheitlich. Ein Teil der linken Genossen lehnt die Einheitsfronttaktik und die Anwendung von Übergangslosungen überhaupt grundsätzlich ab; ein anderer Teil akzeptiert sie grundsätzlich, erklärt aber, die Kommunistischen Parteien und die deutsche seien noch nicht gefestigt genug, um eine solche Taktik ohne schwere Gefährdung anzuwenden, weshalb sie praktisch abzulehnen sei; der dritte Teil schließlich ist für die Einheitsfronttaktik, wendet aber ein, die Taktik der Einheitsfront sei in Deutschland nur falsch, nur reformistisch angewendet worden. Die Genossin Ruth Fischer legte zum Beispiel auf dem Bezirksparteitag Rheinland-Westfalen-Süd eine Entschließung vor, in der es heißt: „Die Politik der Einheitsfront, der Arbeiterregierung und der Erfassung der Sachwerte waren der Ausdruck der reformistischen Strömung in der deutschen Partei", also ohne Vorbehalt, eine Bezeichnung der gesamten Einheitsfronttaktik als reformistisch und daher überhaupt verwerflich. Auf diesem Bezirksparteitag erklärte die Genossin Ruth Fischer in ihrem Referat, daß „die Einheitsfronttaktik in keinem Lande bisher zu Erfolgen geführt habe", daher denn auch die konsequente Forderung der linken Opposition, **radikal in allen Sektionen der Komintern mit der Einheitsfronttaktik zu brechen.** Über die praktische Anwendung der Einheitsfronttaktik „von unten", als einen der besten Wege zur Gewinnung der Massen, besteht in der Linken noch keine Klarheit und keine einheitliche Auffassung. Die Mittelgruppe lehnt ganz entschieden diese Auffassung der deutschen Linken ab, den Bruch der Einheitsfronttaktik jetzt in allen Ländern durchzuführen, wo überhaupt die Voraussetzungen für die Änderung gegeben sind, wie sie in Deutschland sich entwickelte, womit wir keineswegs behaupten wollen, daß diese Taktik von allen Sektionen ideal durchgeführt worden sei. Im Gegenteil, es sind schwere Fehler begangen worden, aber das ist kein Grund, diese Taktik überhaupt abzulehnen.

Über eine Reihe anderer, nicht so wichtiger Differenzen, zum Beispiel in der Organisationsfrage, sei hier nicht gesprochen.

Die Auseinandersetzungen in der Partei während der letzten sechs Wochen haben einen völligen Wechsel in der Partei herbeigeführt, **haben der bisherigen linken Opposition eine sichere Mehrheit gebracht, so daß auf dem kommenden Parteitag diese frühere Opposition sicher mindestens 70% der Delegierten auf ihrer Seite haben wird. Die frühere Berliner Opposition wird also nunmehr die Führung der Partei übernehmen.** Dieser vor allem auf die Oktoberereignisse zurückzuführende Wechsel zeigt, daß in der Partei eine, wenn auch nicht ganz klare, so doch starke Kampfesstimmung vorhanden ist, die nach neuen Wegen und auch nach einer neuen Führung sucht. Die allgemeine Linksorientierung wird auch von den Genossen der Mittelgruppe begrüßt, aber **wir haben doch bei der neuen Führung der Partei durch die bisherige linke Opposition ernste Sorgen.** Vor allem die, daß dank der Auffassung der linken Genossen über die Taktik der Einheitsfront in Zukunft von der deutschen Partei eine mechanische, starre, nicht bewegliche Taktik geführt wird, die die Partei in den oft schwierigen Lagen völlig manövrierunfähig machen kann. Es ist bei der Stimmung in der Linken durchaus möglich, daß die Taktik der Einheitsfront „von unten" nicht mehr oder nicht beweglich genug angewendet wird, daß die Partei in den vielen Teilkämpfen der Arbeiterschaft ihre Aufgabe nicht erfüllen wird. Aus der Periode einer zu großen Beweglichkeit kann die Partei jetzt sehr leicht in das Fahrwasser einer zu starren, zu dogmatischen Politik geraten. In dieser Hinsicht sehen wir vor allem ernste Gefahren auch bei der bevorstehenden Durchführung der Gewerkschaftstaktik in Deutschland, bei der schwere und verhängnisvolle Fehler gemacht werden können. Um so mehr, da auch über die Gewerkschaftsfrage in der linken Opposition durchaus keine einheitliche Auffassung vorhanden ist. Ferner befürchten wir, daß die neuen linken Führer der Partei nicht entschieden genug auftreten werden auch gegen die unkommunistischen, das heißt, gegen die halb syndikalistischen, halb KAP.-istischen Strömungen in der linken Opposition, die allerdings noch keine ernste Gefahr bilden, wobei wir keineswegs wünschen, daß die alten Fehler ganz falscher Behandlung derartiger Strömungen wiederholt werden.

Trotz dieser Gefahren erstreben die Genossen der Mittelgruppe ein wirklich ernstes Zusammenarbeiten mit der Linken. Leider ist dieser Wille auf der anderen Seite nicht so einheitlich vorhanden, sondern es zeigen sich in der linken Opposition starke Bestrebungen, die Genossen der Mittelgruppe nicht nur aus der Leitung der Partei, sondern aus allen Körperschaften zu entfernen, eine Auffassung, die zu einer ernsten Vergiftung und schweren Schädigung der Partei führen kann, da vielfach die Genossen der Mittelgruppe gerade die besten Funktionäre der Partei darstellen, während andererseits die linke Opposition einen ernsten Mangel an wirklich zur Parteiarbeit geeigneten Genossen hat. Wir hoffen, daß die Führung der Linken sich diesen Bestrebungen gegenüber durchsetzen und ein wirkliches Zusammenarbeiten mit den Genossen der Mittelgruppe nicht nur in der Zentrale, sondern in der Gesamtpartei herbeiführen wird.

Auf dem in Kürze zusammentretenden Parteitag wird sich die Partei also eine neue linke Führung schaffen. Der Parteitag wird die Debatten beschließen und dann der Partei auch wieder mehr Gelegenheit und Zeit zur Durchführung der allgemeinen politischen Aufgaben geben.

Die weitere Entwicklung der deutschen Partei hängt in der nächsten Zeit wesentlich von ihrer neuen linken Führung ab. Lernt sie jetzt in verantwortlicher Stellung und treibt sie eine klare, kommunistische Politik, so ist eine Umgruppierung in der Partei, das heißt eine Zusammenschweißung der linken Gruppe mit den Genossen der Mittelgruppe, möglich, wobei sich dann auch die noch vorhandenen Differenzen abschließen werden. Ist aber das Gegenteil der Fall, treiben die Genossen der Linken eine falsche für die Partei schädliche Politik und stoßen sie die Genossen der Mittelgruppe zurück, so werden sich die Fraktionsdifferenzen in der Partei vertiefen, vergrößern und die Partei weiter zerklüften. **Die Lage in der deutschen Partei ist also überaus ernst.** Die Genossen der Mittelgruppe sind zu einer wirklich ernsten Bolschewisierungsarbeit in der deutschen Partei, das heißt zu einem ernsten Versuch, aus der deutschen Kommunistischen Partei eine möglichst klare Kommunistische Partei im Sinne Lenins zu machen, durchaus bereit. Sie werden aber nicht ihre Hände reichen zu einer unklaren, unreifen und unkommunistischen Politik.

Um die Rolle der Partei.

Von Edwin Hörnle.

1. Die Krise in der Komintern.

** Es wäre naiv, zu erklären, daß die schwere und tiefe Krise in der KPD. durch die Oktoberniederlage allein verursacht sei. Dagegen spricht schon die Tatsache,, daß die wichtigsten Fehlerquellen, die zu der politischen Katastrophe im Oktober führten, viel älteren Datums sind, und zwar letzten Endes so alt wie die KPD. selber. Im Oktober ist eine in der Partei seit Jahren latente Krise in eine akute umgeschlagen.

Um den Charakter der jetzigen Parteikrise genauer zu definieren, müssen wir feststellen, daß die Krise keineswegs auf die KPD. Deutschlands beschränkt ist, sondern eine mehr oder weniger allgemeine Krise der Komintern ist. Sie setzte auch nicht ein in Deutschland, sondern trat bereits im Jahre 1922 in Frankreich, Italien, Rumänien, der Tschechoslowakei usw., ferner im Sommer 1923 in äußerst zugespitzter Form in Bulgarien zutage, sie führte im Herbst 1923 zur Spaltung der norwegischen Partei. Krisenhafte Erscheinungen haben fast jede Sitzung der Erweiterten Exekutive und Tagungen der Weltkongresse beschäftigt.

Worin besteht der Charakter dieser krisenhaften Erscheinungen in der Kommunistischen Internationale? Tragen sie überhaupt alle denselben Charakter? Welche Gefahr signalisieren sie? Ein oberflächlicher Blick genügt, um festzustellen, daß die verschiedenen Krisenerscheinungen in der Komintern keineswegs einen einheitlichen Charakter tragen. Kann man bei der Kommunistischen Partei Englands überhaupt von einer Krise sprechen? Handelt es sich hier nicht viel mehr überhaupt erst um die Herausbildung einer Kommunistischen Partei, die bisher nur keimhaft, andeutungsweise existiert hat? Die Krise in der italienischen Partei war verursacht durch stark linksradikale Fehler, die zu einer Abschließung der Partei von den breiten Massen und zur politischen Aktionsunfähigkeit führten. Die Frossard-Krise und die heutige Krise in der französischen Partei sind hervorgerufen durch reformistische Abweichungen. In Deutschland haben wir bereits zwei akute Krisenperioden von entgegengesetztem Charakter hinter uns: die KAP.-Krise im alten Spartakusbund, die zur Heidelberger Spaltung führte, und die Krise nach der Märzaktion, die aus einer KAP.-Krise im Laufe eines halben Jahres in eine KAG.-Krise umschlug.

Gerade diese letzte Tatsache, das Umschlagen der KAP.-Krise in die KAG.-Krise, beweist deutlich, daß trotz des verschiedenen Charakters der Krisen doch eine gemeinsame Wurzel existieren muß, letzten Endes eine einzige Ursache vorhanden ist, die sowohl zu Krisenerscheinungen linksradikaler wie menschewistisch-reformistischer Natur führt.

Diese gemeinsame Wurzel aller latenten und akuten Krisenerscheinungen in der Komintern ist zu finden in der objektiven Tatsache, daß das Tempo der Weltrevolution, nach dem ersten Sturm und Auftakt 1917, 1918, 1919 in eine langsamere, schleppende Gangart umgeschlagen ist und sich keineswegs geradlinig fortsetzt, sondern fortwährend unterbrochen wird von Wellenhügeln und Wellentälern, sowohl der weltwirtschaftlichen wie der weltpolitischen Krise des Kapitalismus.

Diese Tatsache wurde auf dem III. Weltkongreß mit aller Klarheit ausgesprochen. Sie führt nicht nur in den ungefestigten, im revolutionären Kampfe unerfahrenen jungen Kommunistischen Parteien immer wieder zu rechten wie zu linken Abweichungen, sie ruft auch in den besten, kampferfahrensten und traditionell befestigtsten Kommunistischen Parteien, wie der russischen bolschewistischen Partei, immer wieder ernste Krisen hervor. Auch in der russischen Partei wird die Entwicklung fortgesetzt begleitet von „linken" wie von menschewistischen Abweichungen.

Allen Krisen der Kommunistischen Partei sind folgende Merkmale gemeinsam, daß sie im Momente einer scheinbaren Konsolidierung des Kapitalismus aus latentem Zustand in den akuten umschlagen, umgekehrt aber, sobald die revolutionäre Welle ansteigt, an Schärfe und Zuspitzung verlieren. Diese Tatsache ist ein Symptom dafür, daß keine Kommunistische Partei, und wenn sie noch so theoretisch geschult und praktisch diszipliniert wäre, sich vollkommen befreien kann von dem Einfluß der kapitalistischen Umwelt, in deren Mitte sie sich konstituiert und mit der sie Tag für Tag zu kämpfen hat. Nur eine reine Propagandasekte, die nicht Politik macht, sondern unbekümmert um die Tatsachen und Ereignisse ihr lauteres Evangelium verkündet, könnte sich einigermaßen von den Einflüssen der umgebenden gesellschaftlichen Mächte freihalten. Eine Kommunistische Partei, die nicht bloß agitiert, sondern Aktionen des Proletariats zu organisieren, auszulösen und zu führen bestrebt ist, die also jeden Tag aus den reinen Höhen abstrakter Theorie heruntersteigen muß auf das staubige Blachfeld der proletarischen Tagesnöte und Tageskämpfe, eine solche Partei muß natürlich auf die Veränderungen im gegnerischen Lager reagieren. Und sie wird um so empfindlicher und heftiger reagieren, je energischer sie arbeitet. Hierbei wäre es verwunderlich, wenn in einer Massenpartei keine Flügel existierten, die gleichsam auf der Grenzscheide des Kommunismus stehen, die zwar schon organisatorisch der Kommunistischen Partei angehören, aber ideologisch noch stark gebunden sind an bürgerliche und reformistische Gedankengänge.

Diese Peripherieelemente können in keiner Partei ganz abgewehrt werden, weder durch die intensivste Schulungsarbeit und Disziplin, noch durch sorgfältige Parteireinigung und rigorose Ausschlußverfahren. An jeder Wegscheide der Taktik und in jeder komplizierten Kampfsituation bilden sie sich neu. (Von politisch unehrlichen Elementen, die in günstigen Zeiten sich in die Kommunistischen Parteien einschleichen, um in schwierigen Situationen sich als Agenten des Gegners im eigenen Lager zu demaskieren, brauchen wir hier nicht zu reden. Sie können allein keine Krise in den Parteien hervorrufen und werden erfahrungsgemäß mit Leichtigkeit entlarvt und ausgeschieden.) Der schleppende Gang der revolutionären Entwicklung verleitet diese ungeduldigen, weil unmarxistischen Elemente regelmäßig zu zwei einander entgegengesetzten, aber gleichermaßen kleinbürgerlich-opportunistischen Abweichungen, entweder zu menschewistischen oder zu anarcho-syndikalistischen Tendenzen.

Beide Abweichungen haben folgendes gemeinsam: sie sind der Ausdruck der Verzweiflung an dem Fortschreiten der Weltrevolution, des Zweifels an der Richtigkeit des von Marx und Lenin gewiesenen Weges der Revolution, sie bedeuten historisch einen Rückfall in utopische und reformistische Formen der Arbeiterbewegung, die grundsätzlich durch den Marxismus und Leninismus schon überwunden sind. Beide Strömungen haben gemeinsam den Verzicht auf die zwei ehernen Grundprinzipien des Kommunismus: **die revolutionäre Aufgabe des Proletariats und die Führerrolle der Kommunistischen Partei im Proletariat.** Entweder wollen sie die revolutionäre Rolle des Proletariats umbiegen in eine revolutionäre Rolle kleiner isolierter Minderheiten, die ohne die Massen und für die Massen, eventuell sogar gegen die Massen, die Revolution erzwingen, und zwar mit den Mitteln der bürgerlichen Revolution auf rein konspirativem und putschistischem Wege. Sie überspannen also die Führerrolle der Partei im Proletariat zuungunsten der Aktivität der durch die Partei mobilisierten Massen. Die andern verneinen offen die revolutionäre Führerrolle des Proletariats und verkünden die Notwendigkeit, daß das Poletariat in Koalition mit dem kleinen Bürgertum auf langsam evolutionärem Weg die Macht ergreifen müsse. Sie verneinen also die führende revolutionäre Rolle des Proletariats gegenüber allen anderen arbeitenden Schichten und Klassen, was praktisch eine Unterordnung des Proletariats unter die übrigen Schichten und Klassen, vor allem unter das Kleinbürgertum bedeutet. Sie verneinen damit auch die Rolle der Partei als Organisatorin der Revolution, machen ihr Handeln abhängig von dem Mitgehen kleinbürgerlicher Parteien, mindestens der Sozialdemokratie. Sie suchen nach Auswegen vor dem Bürgerkrieg.

Praktisch läuft die erste Richtung, infolge der unvermeidlichen Enttäuschungen, hinaus auf dumpfe Passivität, Verzicht auf jede Politik überhaupt, was mit einer gesteigerten revolutionären Phraseologie verhüllt wird und sich hinter der bekannten Alles- oder Nichts-Stimmung verschanzt. Die zweite Richtung landet bei einer reformistischen Vielgeschäftigkeit, die schrittweise das Proletariat seinen Feinden ausliefert und die Kommunistische Partei liquidiert. Beide Richtungen finden sich regelmäßig zusammen in dem gemeinsamen erbitterten und gehässigen Kampf gegen den bolschewistischen Kern der Partei, wobei die beiden Richtungslinien sich oft genug in einzelnen personellen Vertretern kreuzen, so daß es zu den typischen Erscheinungen gehört, wenn prominente Vertreter des Linksradikalismus in ganz kurzer Zeit sich zum offenen Reformismus durchmausern, und umgekehrt, ausgesprochene Reformisten von gestern morgen schon Wortführer des Linksradikalismus sind.

Die Kommunistischen Parteien müssen beide Richtungen sowohl in ihrem verhüllten wie in ihrem offenen Auftreten unbarmherzig bekämpfen, und zwar in erster Linie ideologisch und erst nach ihrer politischen Erledigung organisatorisch. Die russische Partei hat in ihrer erfahrungsreichen Geschichte äußerst lehrreiche Beispiele dieses unbarmherzigen, mit der schärfsten Sonde des Arztes geführten Kampfes gegeben. Der Sprachgebrauch „rechts“ und „links“ ist hierbei irreführend, weil der Arbeiter unter links, entsprechend dem Sprachgebrauch des bürgerlichen Parlamentarismus, gewöhnlich das revolutionäre, den Fortschritt bedeutende Element versteht. Der Linksradikalismus ist jedoch nur ein auf dem Kopfe stehender Opportunismus und objektiv ebenso kleinbürgerlich-reaktionär wie der Menschewismus.

Gegenwärtig sind die Rechtsabweichungen die Hauptgefahr in der Komintern. Die Niederlagen des Proletariats in Bulgarien, Deutschland, Polen und die vorübergehende Stabilisierung der Bourgeoisieherrschaft mit allen Mitteln des weißen Terrors in diesen Ländern haben den Glauben an die herannahende Weltrevolution bei vielen, sogar bei prominenten Genossen geschwächt. Sie suchen nach Auswegen, um sich auf längere Zeit mit dem Kapitalismus abzufinden (russische Parteiopposition). Hierzu kommt die Stärkung des Linksblocks in Frankreich und der parlamentarische Wahlsieg der Labour Party in England. Es hat für politisch naive Gemüter den Anschein, als sei dort ein Wiederaufbau im Rahmen des Kapitalismus möglich, als ob dort eine Lösung der Reparationskrise mit den Mitteln des Reformismus ohne Bürgerkrieg und Revolution möglich sei.

Nur so ist es zu erklären, daß ein Führer der KP. Hollands den Regierungsantritt Macdonalds in Parallele stellen konnte mit der Oktoberrevolution in Rußland und daß die Kommunisten Englands jede Warnung vor Illusionen und jede Kritik an der angeblichen „Arbeiterregierung“ vergaßen. In Deutschland hat die Oktoberniederlage die überwältigende Mehrheit der Parteimitglieder sehend gemacht, aber trotz dieser „Linksorientierung“ werden jeden Tag zum Beispiel aus Anlaß der Gemeinde- und Landtagswahlen oder Betriebsrätewahlen, ferner bei der täglichen Kleinarbeit in den Parlamenten, Gewerkschaften und Betrieben oder bei der Agitation unter den Beamten, Kleinbauern hundert opportunistische Fehler begangen. Die Hauptgefahr steht deshalb noch auf längere Zeit rechts und verlangt ein Zusammenraffen aller jener Elemente in den Kommunistischen Parteien, die diese Gefahren sehen und sie zu bekämpfen gewillt sind. Dies muß jedoch geschehen ohne politische Konzessionen an sogenannte KAP.-Stimmungen in den primitiv revolutionären Arbeiterschichten. Mit einem haltlosen Taumeln aus dem rechten Extrem ins linke Extrem ist der Kommunistischen Internationale nichts geholfen. Diese Erkenntnis führte in Deutschland zur Schaffung der sogenannten Mittelgruppe in der Partei.

2. Die Taktik der Einheitsfront und die opportunistischen Gefahren.

Die Linke sowie die Mittelgruppe der Partei sind sich darin einig, daß die Oktoberniederlage des deutschen Proletariats und die durch sie ausgelöste Krise der KPD. wesentlich verschuldet sind durch eine Kette von schweren Fehlern der Partei, von Fehlern, die als Rechtsabweichungen zu bezeichnen sind. Die linke Gruppe jedoch sieht die Wurzel dieser Fehlerkette nicht nur in den der jungen KPD. anhaftenden menschewistischen Gebrechen, die zu einer fehlerhaften Anwendung der Einheitsfronttaktik führten, als vor allem in der Taktik der Einheitsfront selbst. Sie verlegt damit tatsächlich, wenn auch unausgesprochen, den Ursprung des Fehlers in die falsche Leitung der Kommunistischen Internationale durch unsere kampferprobten russischen Genossen, die unter Lenins Führung diese Taktik ausgearbeitet und den jungen Bruderparteien empfohlen haben. Die Stellung der linken Gruppe ist hierin übrigens nicht ganz einheitlich und klar. Während in den offiziellen Verlautbarungen der linken Gruppe nur die Taktik der Einheitsfront abgelehnt wird, wie sie auf dem Leipziger Parteitag formuliert wurde, sprechen sich andere führende linke Genossen gelegentlich radikal gegen die Taktik der Einheitsfront

aus und verlangen sogar eine Revidierung der bisherigen internationalen Beschlüsse auf dem bevorstehenden V. Weltkongreß. Auch jonglieren sie etwas mit dem Terminus selbst, indem sie erklären, daß unter der Taktik der Einheitsfront nichts anderes zu verstehen sei, als die Aufgabe der Sammlung, Organisierung und Mobilisierung der proletarischen Massen unter der kommunistischen Führung. Hiergegen ist festzustellen, daß die Aufgabe der Sammlung und Leitung der proletarischen Massen durch die Kommunistische Partei nicht eine Frage ist der kommunistischen **Taktik**, sondern ein kommunistisches **Grundprinzip**. Ohne die Gewinnung der breiten Massen und ihrer Führung durch die Kommunistische Partei ist eine siegreiche proletarische Revolution schlechterdings unmöglich.

Das Wesen der Einheitsfront **kann also nicht in der Eroberung** und Mobilisierung der Massen bestehen, sondern sie stellt **eine ganz bestimmte Methode** der Massengewinnung und Mobilisierung durch die Kommunistischen Parteien dar, eine Methode, die unter ganz bestimmten Voraussetzungen und für ganz bestimmte Zwecke angewandt werden soll. Die Beschlüsse der verschiedenen Sitzungen der Erweiterten Exekutive der KI. sowie des IV. Weltkongresses lassen darüber keinen Zweifel. Es handelt sich kurz gesagt bei der Taktik der Einheitsfront um die Frage: Wie lösen wir in einer Periode schleppender revolutionärer Krise die breiten proletarischen Massen am leichtesten und erfolgreichsten ab von der sozialdemokratischen Ideologie und Organisation?

Die Kommunistische Internationale hat, gestützt auf die Erfahrungen der von Lenin geführten bolschewistischen Partei, beschlossen, die Methode der Einheitsfronttaktik überall dort anzuwenden, wo in einer Periode der langsamen revolutionären Entwicklung die Kommunistische Partei vor der Aufgabe steht, sich aus kleinen Keimzellen in große proletarische Massenparteien zu verwandeln, und zwar im Kampfe gegen die übermächtige, traditionell im Proletariat verwurzelte Sozialdemokratie. Die Voraussetzung also für die Anwendung der Einheitsfronttaktik sind drei Tatsachen: a) die schleppende revolutionäre Krise, b) das Vorhandensein großer reformistischer Organisationen und c) eine schwache Kommunistische Partei, die sich erst das Vertrauen der Massen erringen muß.

Der klare Zweck der Einheitsfront ist nicht das dauernde Bündnis mit reformistischen Organisationen und ihre Anerkennung als kampffähige Genossen, sondern im Gegenteil die Zersetzung und Vernichtung der Sozialdemokratie als proletarische Massenpartei und die Ausschaltung ihres ideologischen Einflusses auf die breiten arbeitenden Massen zugunsten deren Sammlung unter der Führung einer Kommunistischen Massenpartei.

Worin besteht aber die Einheitsfronttaktik? Ihr charakteristisches Merkmal besteht weder darin, daß wir Kommunisten in unserer täglichen Agitation und Praxis an das Verständnis und die Nöte der arbeitenden Massen anknüpfen — das müssen wir zu jeder Zeit, wenn wir nicht bloße Propaganda, sondern **Politik** treiben wollen —, auch nicht daran, daß wir von Zeit zu Zeit einen „Offenen Brief" an die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaftsführer richten, was ebenfalls nicht Politik, sondern bloße Propaganda wäre, sondern darin, daß die Kommunisten sich bereit erklären, unter bestimmten Bedingungen zusammen mit Reformisten oder Syndikalisten um konkrete Teilforderungen in den Kampf zu treten. Die Kommunisten erklären unter Umständen ihre Bereitschaft zu einer Einheitsfront sogar mit den reformistischen Führern nicht in der Illusion, daß diese ihre alte reformistische Politik des Arbeiterverrates aufgeben werden, sondern gerade im Gegenteil zu dem Zwecke, sie nicht bloß mehr durch Worte, sondern durch Tatsachen vor den breiten Massen zu entlarven.

Die Erklärung der Kommunisten, daß sie bereit sind, nicht nur mit den sozialdemokratischen Massen, sondern sogar mit den reformistischen Führern gemeinsam den Kampf gegen die Bourgeoisie aufzunehmen, ist ein erfolgreiches Mittel, um den Massendruck auf die reformistischen Führer zu verstärken und sie in eine Situation zu bringen, in der sie durch die Aktion der Massen vor die Alternative gestellt sind, entweder mit ihren großmäuligen Phrasen von Verteidigung der Grundrechte des Proletariats usw. Ernst zu machen, oder aber sich offen und nackt als das zeigen, was sie in Wirklichkeit sind: Agenten der Bourgeoisie im Lager des Proletariats. Sie werden immer das letztere tun.

Die Gefahr der Taktik der Einheitsfront besteht darin, daß junge, kommunistisch wenig gefestigte Parteien die Einheitsfront mit den reformistischen Führern nicht mehr als ein bloßes „taktisches Manöver" der Kommunisten zur praktischen Entlarvung und Zerstörung der reformistischen Organisationen auffassen, sondern aus dieser Taktik einen Grundsatz machen, selber an die Ehrlichkeit und Kampffähigkeit der sozialdemokratischen Führer und Funktionärkaders zu glauben beginnen und sich infolgedessen auch dann noch an die Abmachungen mit den reformistischen Führern für gebunden halten, wenn diese schon offen Verrat üben und also ihre Entlarvung bereits erreicht ist.

In Deutschland ist von der KPD. die Einheitsfront am frühesten und mit dem größten Ernste angewandt worden, einfach deshalb, weil hier die Kommunistische Partei am allerwenigsten zu leiden hatte unter der gehässigen, brutalen und raffinierten Bekämpfung durch eine zahlenmäßig äußerst große, traditionell seit 60 Jahren im deutschen Proletariat verankerten, mit allen Machtmitteln einer Regierungspartei ausgestatteten Sozialdemokratie, die außerdem noch eng verbunden war mit den freien Gewerkschaften, die rund acht Millionen Proletarier umfaßten. Dieser Sozialdemokratie war es gelungen, nicht nur die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats im Frühjahr 1919 blutig niederzuschlagen und dieses Verbrechen vor den Arbeitermassen zu rechtfertigen, sondern auch eine Mauer der Verleumdung und des Mißtrauens rings um die Kommunistische Partei aufzubauen und sie dadurch in die Gefahr einer vollkommenen Isolierung von der Mehrheit des Proletariats zu bringen.

Die Aktion der deutschen Sozialdemokratie gegen den Kommunismus wurde gefördert durch die Tatsache, daß es der wohlorganisierten deutschen Bourgeoisie gelang, die tiefe Demobilmachungskrise nach dem Kriege auch ökonomisch zu überwinden und mit Hilfe der wachsenden Inflation eine länger dauernde Scheinkonjunktur hervorzuzaubern, eine Scheinkonjunktur, die breiten Massen des Proletariats ihre fortschreitende Verelendung verhüllte und immer aufs neue pazifistische und demokratische Illusionen hervorrief.

Die Eroberung der Mehrheit des deutschen Proletariats stand vor der deutschen Partei als besonders schwere und zugleich besonders dringliche Aufgabe, dringlich besonders deshalb, weil die Kommunistische Partei wußte, daß die Erholung der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland nur eine scheinbare, die Hochkonjunktur der deutschen Industrie nur eine vorübergehende Episode war und in absehbarer, nicht zu langer Zeit infolge der anhaltenden Weltkrise des Kapitalismus umschlagen mußte in eine schwerere wirtschaftliche Depression, in den finanziellen und politischen Zusammenbruch der Novemberdemokratie. Die KPD. wußte, daß nach wie vor auf der Tagesordnung des deutschen Proletariats die Losung stand: Vorwärts zum Sozialismus oder Untergang in die Barbarei, nackte terroristische Diktatur der Bourgeoisie oder revolutionärer Kampf um die Diktatur des Proletariats.

Die Anwendung der Taktik der Einheitsfront wurde in Deutschland in Gang gebracht, nicht weil einige führende Genossen von vornherein opportunistische und liquidatorische Neigungen hatten, wie das in der Hitze der Parteidebatte mitunter besonders von linken Genossen so dargestellt wird, sondern weil die Taktik der Einheitsfront gerade in Deutschland **die revolutionäre Aufgabe der Stunde** war, die Anwendung der Einheitsfronttaktik war ein Schritt zur Verbreitung der Revolution. Hinzu kommt, daß die Losung der proletarischen Einheitsfront nicht künstlich in die Massen des deutschen Proletariats hineingetragen wurde, sondern einem weit verbreiteten und lebhaft empfundenen Bedürfnis der Massen entsprach. Die Massen fühlten bereits Ende 1921 sehr deutlich die zunehmende Verschlechterung ihrer Lebenslage und verlangten immer stürmischer nach einer geschlossenen Abwehr der Kapitalsoffensive. Die Forderungen der Massen nach proletarischer Einheitsfront waren jedoch unklar und zum großen Teil illusionär. Die Mehrheit des deutschen Proletariats glaubte immer noch an den friedlichen demokratischen Aufstieg unter Führung der Sozialdemokratie, glaubte noch an die Möglichkeit, im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ein erträgliches Auskommen zu finden, und war noch keineswegs bereit, den Kampf auf Leben und Tod um die Diktatur des Proletariats zu wagen. Der Fortschritt in den Massen bestand lediglich darin, daß sie die jahrelange Hetze gegen die Kommunisten satt hatten und nicht mehr ganz willenlos den reformistischen Führern Gefolgschaft leisteten. Was sie forderten, war eine Koalition der Kommunisten mit den Sozialdemokraten.

Mit dieser Massenstimmung sowohl wie mit diesen Massenillusionen hatte die Kommunistische Partei zu rechnen, mehr noch: sie mußte diese Stimmung ausnützen, um die Mauer des Mißtrauens niederzulegen und aus der Isolierung herauszukommen. Sie mußte aber gleichzeitig dem Einheitsfrontgedanken die kommunistische Konkretisierung und dem Einheitsfrontwillen die revolutionäre Richtung geben. Nur wenn ihr beides gelang, konnte die Taktik vollen Erfolg bringen.

Die Taktik der Einheitsfront, die die Partei seit dem Herbst 1921 konsequent und bei allen Gelegenheiten anwandte, hat ihren Zweck nur teilweise erreicht. Ihre positiven Resultate sind folgende: Heute ist die Kommunistische Partei Deutschlands nicht nur eine, sondern die proletarische Massenpartei, ihr Einfluß reicht weit in die Massen der Parteilosen, ja selbst sozialdemokratischen Arbeiter hinein, und die Sozialdemokratie ist schon in wesentlichen Punkten in die Verteidigung gedrängt. Diese Tatsache darf keiner übersehen, der ernsthaft zu der Frage der Taktik Stellung nimmt. Es ist einfache Selbstbeschmutzung, wenn gewisse Genossen jetzt, wo sich die Fehler in der Anwendung der Taktik deutlicher gezeigt haben, eine perverse Lust daran empfinden, die ganze Partei und ihre Politik vor dem Oktober als eine einzige große opportunistische Schweinerei hinzustellen, es ist Liquidatorentum nach der umgekehrten Seite.

Diese Feststellung der klaren Tatsache enthebt uns jedoch nicht einer scharfen, rücksichtslosen Untersuchung der negativen Folgen der Anwendung der Taktik der Einheitsfront. Die Partei hat schwere Fehler in der praktischen Durchführung der Einheitsfronttaktik gemacht, Fehler, die uns schließlich in eine ernste Niederlage führten. Die heutige Mittelgruppe hat eine Zeitlang diese Fehler zweifellos weniger scharf gesehen wie die linke Opposition, einfach deshalb, weil sie mit vollem Recht ihre Hauptkraft an die positive Durchsetzung der Taktik legen mußte, während die Linke sich darauf beschränkte, rein negative Kritik zu üben, die mit der Taktik verbundenen und von der Exekutive der KI. von Anfang an klar umschriebenen Gefahren dick zu unterstreichen und sogar zu übertreiben.

Die Gefahren, denen die deutsche Partei zum Opfer fiel, bestehen vor allem darin, daß die Partei nicht verstanden hat, ihre Taktik in dem Maße revolutionär anzuwenden, wie das notwendig war: nicht nur, um die Massen von der Sozialdemokratie loszulösen, sondern gleichzeitig für den revolutionären Endkampf vorzubereiten und zu schulen. Sie hat wiederholt ihr „kommunistisches Gesicht" nicht deutlich genug gewahrt, das heißt die kommunistischen Grundsätze und Endziele vor allem in bezug auf das Verhältnis zwischen bürgerlicher Demokratie und Diktatur des Proletariats, und in bezug auf die Unvermeidlichkeit und Notwendigkeit des Bürgerkriegs, sowie in bezug auf die Rolle der Partei als einzige revolutionäre Führerin zugunsten von Spitzenverhandlungen mit den Reformisten, gemeinsamen Aktionsausschüssen und Übergangslosungen verschleiert.

Die Taktik der Einheitsfront darf aber unter keinen Umständen zur Verschleierung des grundsätzlichen Kommunismus führen. Die Kommunistischen Parteien, die diese Taktik anwenden und sich in gewissen Situationen mit vollem Recht auch an die reformistischen Spitzenorgane wenden, gemeinsame Ausschüsse mit ihnen bilden, dürfen keinen Augenblick vergessen, daß sie es nicht mit zwar unklaren, aber doch ehrlichen, kampfgewillten Elementen, geschweige denn mit Bundesgenossen zu tun haben, sondern mit raffinierten und unerbittlichen Todfeinden der Kommunistischen Partei, mit verkappten Agenten der Bourgeoisie, mit den berufsmäßigen Saboteuren des revolutionären proletarischen Klassenkampfes. Jede Wendung an die Spitzen dient einzig der Entlarvung, keineswegs der Bekehrung dieser Spitzen, jedes Eingehen auf einen gemeinsamen Aktionsausschuß muß in jenem Momente zur Sprengung führen, wo die Sabotage der reformistischen Führer die Bewegung der Massen bremst, auch auf die Gefahr hin, daß sie nicht sofort den breiten Massen verständlich gemacht werden kann. Die Kommunisten dürfen sich deshalb durch eine solche gemeinsame Körperschaft niemals hindern lassen an der offenen grundsätzlichen Agitation jener Maßnahmen, die vom revolutionären Standpunkt aus in der Bewegung notwendig sind. Sie dürfen sich durch den vorübergehenden Zwang, mit ihren Todfeinden an einem Tisch zu sitzen, nicht einen Augenblick lang hindern lassen an der grundsätzlichen Kritik dieser Feinde, dürfen auch nicht ihren Ton dämpfen oder auf selbständiges Vorgehen überhaupt verzichten. Unter keinen Umständen dürfen sie diese gemeinsamen Körperschaften und Vereinbarungen als etwas Dauerndes ansehen oder bestrebt sein, ihnen möglichst langes Leben einzuhauchen. Sie sind einfach Mittel zum Zweck und haben zu verschwinden mit dem Augenblick, wo der Zweck erreicht ist oder die Gefahr besteht, daß sie in eine Fessel und Bindung der Kommunisten und in eine Irreführung der Massen umschlagen können. Ohne Massenbewegung kommen sie überhaupt nicht in Betracht. Von Anfang an muß versucht werden, die Einheitsfront von untenauf zu bilden durch Schaffung proletarischer Klassenorgane in den Betrieben. Diese Organe müssen die Hauptsache sein und schließlich die Spitzenverhandlungen unnötig machen.

3. Die Fehler der deutschen Partei.

Die deutsche Partei hat in dieser Linie vom Anfang an Fehler gemacht. Wir brauchen nur zu erinnern an die stumme Demonstration der Rathenau-Krise, oder an die Unfähigkeit der Partei, nach dem Blutbad unter den Erwerbslosen in Leipzig die Zeigner-Regierung zu stürzen. Solchen Schwächen lag der meist unbewußte Gedanke zugrunde, daß vielleicht doch die Sozialdemokratie, wenigstens ihr linker Flügel, sich „vom linken Flügel der Bourgeoisie auf den rechten Flügel des Proletariats" herüberziehen lasse. Hierzu kam die mangelnde Fähigkeit, die theoretisch längst anerkannte Wahrheit, daß nur die kommunistische Führung eine siegreiche Revolution verbürge und daß der Weg zur Revolution über die Vernichtung der Sozialdemokratie als proletarische Massenpartei führen müsse, in jeder praktischen Situation energisch und zielklar auszuwerten. Die Partei bekannte sich zwar prinzipiell zu der Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes, aber insgeheim hofften doch viele Genossen auf gewisse mildere Formen des Bürgerkriegs und legten die Losung der Arbeiterregierung, die eine Zuspitzung und Verschärfung des Kampfes bezweckte, in dieser pazifistischen und darum konterrevolutionären Weise aus. Die Resolutionen des Leipziger Parteitags zeigen deutliche Tendenzen in dieser Richtung. Das Geschrei der linken Genossen jedoch, daß die Zentrale als Ganzes die Partei liquidieren wolle und die kommunistische Staatstheorie preisgebe, war eine hysterische Übertreibung und hat sehr viel dazu beigetragen, um die Abstellung der wirklich vorhandenen Fehler zu erschweren.

Die wirklich vorhandenen opportunistischen Tendenzen in der Partei und die fehlerhafte Anwendung der Einheitsfronttaktik mußte natürlich in jenem Augenblick besonders schwere Konsequenzen nach sich ziehen, als die bisher schleppende revolutionäre Krise sich in raschem Tempo akut zuspitzte und immer breitere Massen spontan in Bewegung gerieten. Die Partei hatte sich auf lange Sicht eingestellt und an revolutionärer Wachsamkeit eingebüßt. Sie bemerkte nicht rechtzeitig die grundlegende Änderung der Situation, und als sie das bemerkte, traf sie nicht mit genügender Klarheit und Energie die notwendigen Maßnahmen zur Umstellung der Partei. Gewiß hatte sie bereits im Herbst 1922 mit der Schaffung proletarischer Klassenorgane, also mit der Einheitsfront von unten begonnen, und es ist natürlich Unsinn, zu behaupten, die deutsche Partei habe all die Jahre nur Einheitsfront von oben getrieben. Die revolutionäre Betriebsrätebewegung, die proletarischen Hundertschaften, die Kontrollausschüsse sind das lebendige Zeugnis ihrer Einheitsfronttaktik von unten auf. Wie die Bourgeoisie diese proletarischen Klassenorgane einschätzte, hat sie damit bewiesen, daß der Reichsausschuß der Betriebsräte verboten wurde, lange vor der Kommunistischen Partei.

Aber die Partei hat in dem Moment der revolutionären Zuspitzung es versäumt, ihre ganze Stoßkraft in diese proletarischen Klassenorgane zu legen. Sie hat im entscheidenden Moment die verwirrende Losung neuer Aktionsausschüsse herausgegeben, statt der Losung der politischen Arbeiterräte.

Die sogenannte Sachsenpolitik der loyalen Unterstützung einer linken sozialdemokratischen Regierung war gedacht als ein Mittel zur Verschärfung der Klassenkämpfe, zur Alarmierung des Proletariats, zur Beschleunigung der Räte- und Hundertschaftsbewegung, zur Zersetzung der Sozialdemokratie. Sie führte aber infolge schwächlicher Ausnützung der Situation und Abschwächung der grundsätzlichen kommunistischen Agitation und Kritik, infolge der Furcht durch einen scharfen Bruch mit den ewig schwankenden und sabotierenden linken Führern, einen zeitweiligen Rückschlag zu erleiden, nicht zu einer Stärkung der proletarischen Kampfkraft und zur Verwirrung der Bourgeoisie, sondern umgekehrt im Zusammenhange mit allen übrigen Fehlern zur Schwächung und Verwirrung in den eigenen Reihen, was sich im Oktober klar genug herausstellte.

Auch die Kampagne gegen den Faschismus wurde nicht den wirklichen Machtverhältnissen entsprechend geführt. Es fehlte jede klare Analyse des deutschen Faschismus und seiner Rolle im Dienste der Schwerindustrie und des Großagrariertums. Die Vorbereitungen zum Endkampf wurden mit der irreführenden Losung eingeleitet: wider den Faschismus, während doch der Faschismus in Deutschland nur ein Handlanger und Schrittmacher der schwerindustriellen Diktatur war, die denn auch tatsächlich den nach Selbständigkeit strebenden kleinbürgerlichen Faschismus im entscheidenden Moment kurzerhand zur Seite schob und ihre nackte Diktatur aufrichtete (Patentlösung Ludendorffs!). Nicht der faschistische Putsch war die Gefahr, sondern die „Patentlösung" des Stinnes-Agenten Minoux, das heißt die

„trockene" und „legale" Liquidierung der demokratischen Atrappen zugunsten der unverhüllten schwerindustriellen Diktatur.

Die falsche Analyse der Situation, als ob in dem kapitalistisch hochentwickelten Deutschland eine Spielart des italienischen Faschismus gleichsam selbständig zur Herrschaft kommen könne, um für die Schwerindustrie unter nationalen Phrasen die Geschäfte zu besorgen, hat sich bitter gerächt. Die Resolution des Zentralausschusses Ende Oktober hat diese falsche Analyse nicht beseitigt, sondern mit seiner Formel: Der Faschismus hat gesiegt! zu verewigen gesucht.

Die falsche Analyse des Faschismus war natürlich kein Zufall, sondern entsprach jenen Tendenzen in der Partei, die irgendwelche mildere und weniger gewaltsame Übergangsformen suchte zwischen der Herrschaft des Kapitals und der Diktatur des Proletariats. War der Faschismus der Hauptfeind, so konnte man die Losung aufstellen: Rettet die Republik! und damit den Widerstand der sozialdemokratischen Führer brechen und eine Art Koalition mit ihnen eingehen. Damit im Zusammenhang stand, daß der als revolutionärer Schritt zur Auslösung des bewaffneten Endkampfes gedachte Eintritt von Kommunisten in die sächsische Regierung in eine „banale parlamentarische Komödie", wie Sinowjew sich überspitzt ausdrückte, umschlagen mußte. Diese sächsische Koalitionsregierung von Kommunisten und linken Sozialdemokraten wurde proklamiert als eine Regierung der proletarischen Verteidigung; der proletarischen Verteidigung, aber gegen wen und mit welchen Mitteln? War sie eine Verteidigungsregierung gegen den Faschismus allein, wie er sich in den bewaffneten Verbänden wild gewordener Kleinbürger äußerte, so mußte sie konsequenterweise die Verteidigung der Demokratie auf ihre Fahne schreiben. War sie aber eine Verteidigung gegen die schwerkapitalistische Diktatur, die den Faschismus wohlüberlegt in ihren Dienst stellte, mit der Reichswehr verschmolz und aus der Demokratie als legitime Erbin hervorgegangen war, so konnte diese Verteidigung nur bedeuten Kampf um die proletarische Diktatur, also ohne und gegen die Sozialdemokratie, und mit den Mitteln des Generalstreiks und bewaffneten Aufstands.

Dann konnte aber diese sozialistisch-kommunistische Koalition keine elf Tage dauern, sondern mußte sofort entweder auseinanderplatzen oder aber zu einer Kampfstellung des Gesamtkabinetts gegen die sozialdemokratische Partei, gegen das Parlament, gegen alle demokratischen Atrappen führen und zur außerparlamentarischen Organisation und Mobilisierung der Massen. Es ist klar, daß nur das erste eingetreten wäre.

Leitende Genossen wie Brandler haben diese historische Aufgabe der sogenannten sächsischen Arbeiterregierung so wenig begriffen, daß sie noch nachträglich erklärten, wenn sie mehr Zeit gehabt hätten und den Regierungsapparat gekannt hätten, wäre es ihnen gelungen, das sächsische Proletariat zu bewaffnen. Die einfachsten Lehren aus Lenins „Staat und Revolution" sind von diesen Genossen offenbar vergessen. Die elf Tage sächsische „Arbeiterregierung" waren nicht zu kurz, sondern zu lang.

Ebenso falsch jedoch ist auch die Behauptung der linken Genossen, daß die zeitweilige Unterstützung einer linkssozialdemokratischen Regierung und der unter ganz bestimmten revolutionär zugespitzten Verhältnissen erfolgende Eintritt von Kommunisten in eine Regierung mit Sozialdemokraten an sich schon falsch sind. Genau das Gegenteil. Eine Kommunistische Partei, die nicht versteht, solche taktische Manöver auszuführen, wird nicht imstande sein, unter komplizierten Verhältnissen den Feind zu schlagen und die Macht zu ergreifen. Unsere linken Genossen machen sich die Frage der Eroberung der Macht etwas zu leicht. In den Ländern mit hochentwickeltem Kapitalismus und eingewurzelten Traditionen und Illusionen wird eine kommunistische Partei, die nicht gleichsam auf Messersschneide manövrieren kann, die Revolution nicht siegreich führen können.

Letzten Endes läuft die grundsätzliche Ablehnung solcher Manöver auf eine gefährliche Verkennung der Rolle der Kommunistischen Partei in der Revolution hinaus, auf einen Rückfall in blanquistische und naiv putschistische Anschauungen, die die Ergreifung der Macht nicht als einen geschichtlichen Prozeß begreifen, der durch die Aktionen der breitesten, durch die Kommunistische Partei mobilisierten und geführten Massen zur Tat wird, sondern als die kühne Tat einer isolierten Vorhut, die nur zu stürmen braucht, um die Massen hinter sich zu bekommen. Aus diesem Geist heraus hat die Parteilinke auch die These verfochten, daß im Oktober unter allen Umständen der Endkampf hätte ausgerufen werden müssen, und zwar natürlich in der Form und mit den Mitteln, mit denen er damals von der Partei vorbereitet worden war. Linke Genossen erklären: Wir hätten damals 60% Aussicht auf Sieg. Woher nehmen diese Genossen den Maßstab? Sie selber waren damals weit weniger optimistisch. Der einzige Maßstab für Aussicht auf Sieg sind die Kämpfe der Massen selbst, die Demonstrationen, Streiks, Zusammenstöße mit der Staatsgewalt. Aber gerade diese hatte die Partei abgelehnt und hatte damit die revolutionäre Erregung nicht gesteigert, sondern gedämpft. Was übrig blieb, war ein schlechter illegaler Apparat und eine Partei mit mangelnder Verbindung mit den Massen. Ideologisch waren die Parteimitglieder nicht eingestellt auf einen politischen, sich aus den Massenaktionen des Proletariats heraus entwickelnden Machtkampf, bei dem die technischen Vorbereitungen nur die auslösende und im Anfang nachhelfende Rolle spielen konnten, sondern umgekehrt auf eine rein militärische Aktion, aus der sich dann der politische Massenmachtkampf entwickeln sollte. Organisatorisch und technisch waren übrigens sämtliche Vorbereitungen der Partei äußerst mangelhaft, was nicht zu verwundern ist, da die Partei in der vorhergehenden Periode der Einheitsfronttaktik und Massensammlung es versäumt hatte, den illegalen Apparat kampffähig aufzubauen.

An diesem Fehler ist aber keineswegs die Taktik der Einheitsfront schuld. Die linke Opposition hat in den großen industriellen Bezirken, wo sie die absolute Mehrheit in der Partei hatte, genau so wenig getan, wie die sogenannten Opportunisten in den übrigen Bezirken. Mehr noch. Als die Partei im Frühsommer 1923 aus der beginnenden Erkenntnis der veränderten revolutionären Lage heraus den Beschluß der Umstellung der Parteiorganisation auf Betriebszellen faßte, da fand dieser Beschluß gerade in den linken Bezirken den zähesten Widerstand, wenigstens soweit es sich um die praktische Durchführung handelte.

Die Linke versucht heute, die zeitige Erkenntnis der neuen revolutionären Zuspitzung im Sommer 1923 als ihr besonderes Verdienst auszugeben. Wo aber hat sie, mit Ausnahme jener schiefen Vorschläge in der Frage des Ruhrkampfes, die revolutionär praktischen Schlußfolgerungen aus dieser Erkenntnis gezogen? Wie dachte sie sich den revolutionären Endkampf ohne diese militärisch technischen und organisatorischen Vorbereitungen in der Partei selbst? Es ist leicht, mit heroischer Geste zu erklären, wir hätten den Endkampf aufnehmen müssen auch auf die Gefahr einer Niederlage hin. Gewiß muß eine kommunistische Partei in bestimmten Situationen auch auf die Gefahr der Niederlage hin zum Kampfe rufen und selber in den Kampf eingreifen. Nicht darin besteht die Differenz zwischen der Mittelgruppe und den linken Genossen. Sie besteht darin, daß die Linke die Auslösung jener isolierten Operationen wünschte, die doch nur einen Sinn haben konnten im Fluß einer ansteigenden elementaren Massenbewegung, aber nicht im Moment eines Stillstandes oder gar Zurückflutens der Massen.

Und dieser Moment war tatsächlich eingetreten dank jener Kette von Fehlern der Kommunistischen Partei, die alle Teilkämpfe und spontanen Massenerhebungen zurückgedämmt hatte in dem Glauben, man könnte den revolutionären Elan der Massen in einen Dampfkessel sperren und zu gelegener Verwendung unter Druck halten. Sie hatte die Bourgeoisie widerstandslos ihre Kräfte mobilisieren und organisieren lassen. Die Bourgeoisie hatte sich bereits Ende Oktober aus ihrer Verwirrung erholt. Die Übernahme der Macht durch die Schwerindustrie und ihren Statthalter, den General Seeckt, hatte die Gegenoffensive bereits eingeleitet. Was möglich und notwendig war im Oktober, das war die **sofortige und unbedingte Auslösung politischer Massenaktionen**, zum Beispiel Abwehrkämpfe, auch bewaffnete, des Proletariats gegen die Reichsexekutive in Sachsen und Thüringen, Solidaritätsaktionen, die zu Zusammenstößen mit der Staatsgewalt führen mußten, wirtschaftliche Abwehraktionen gegen die beginnende Offensive des Kapitals.

Aus allen diesen Kämpfen heraus, die die Partei auslösen und führen mußte, konnte sich sehr wohl bei der damaligen labilen Situation eine erneute Offensive des Proletariats herausbilden. Diese politischen und wirtschaftlichen Aktionen hätten der Partei die Gelegenheit gegeben, ihren illegalen Apparat erfolgreich einzusetzen, Bewaffnungsaktionen durchzuführen, die Bourgeoisie in Verwirrung zu bringen, den Kampfmut erneut zu wecken und die als Verteidigung begonnenen Kämpfe in die große Generalschlacht zusammenzufassen.

Der Gipfel aller Fehler, die die Partei in dieser entscheidungsschweren Zeit machte, war der **kampflose Rückzug**, jenes Unterdrücken sogar der spontanen Kämpfe und Bewegungen, die lokal aufflammen, jene bewußte und absichtliche Isolierung

des Hamburger Aufstandes. In diesem kampflosen Rückzug und in der Verurteilung des Hamburger Aufstandes, der als revolutionäre Tat ein Lichtpunkt im schwarzen Oktober bedeutete, haben die opportunistischen Tendenzen ihren Sieg gefeiert. Jetzt war tatsachlich der Moment, wo man nicht mehr nur von Fehlern in der Partei, sondern vom Liquidatorentum reden mußte.

4. Die historischen Aufgaben der Mittelgruppe.

Von diesem Moment ab mußten alle revolutionären Elemente in der Partei sofort zusammengefaßt werden zur Rettung der Partei als einer kommunistischen Kampftruppe, zur vereinten Niederschlagung der opportunistischen Tendenzen und zur Beseitigung jener Führer, die diese unheilvolle Entwicklung trotz aller Proteste auf die Spitze getrieben hatten. Die Genossen der Mittelgruppe hatten sich bisher darauf beschränkt, innerhalb der Zentrale und den führenden Körperschaften der Partei gegen jede einzelne opportunistische Abweichung Front zu machen, so zum Beispiel gegen den bedingungslosen und in einem falschen Zeitpunkt vorgenommenen Eintritt in die sächsische Regierung und gegen die Abbremsung der elementaren Teilkämpfe. Schon zwei Tage nach der unseligen Chemnitzer Konferenz hatten drei Vertreter der jetzigen Mittelgruppe mit dem Vertreter der linken Opposition zusammen in der Zentrale für die sofortige Ausrufung des Generalstreiks zur Unterstützung der Hamburger Kämpfe gestimmt. Es ist Demogogie, wenn unsere Freunde von links jetzt in den Parteiversammlungen und Konferenzen sich brüsten, die einzigen gewesen zu sein, die vor der Oktoberniederlage ernsthaft gegen die opportunistischen Schweinereien gekämpft haben. Nicht erst nach dem Brief der Exekutive ist den Genossen der Mittelgruppe die Erleuchtung gekommen. Der Gegensatz zur Politik Radeks und Brandlers war von Anfang an da. Aber warum haben die Genossen der Mittelgruppe ihren Protest nicht vor die Mitgliedschaft getragen? Unseres Erachtens ist die Organisierung von Fraktionen in einer Kommunistischen Partei keine Angelegenheit, die man leichtfertig einleitet in dem Moment, wo die Partei sich auf Entscheidungskämpfe rüstet. Jeder von uns wußte, daß ein solcher Schritt die Gefahren der Zersetzung der Kommunistischen Partei in sich schloß. Die Spaltung der Kommunistischen Partei hätte jedoch in jenem Moment das Maß des Unglücks voll gemacht.

Im November war die Lage geändert. Von einer sofortigen Wiederaufnahme der Kämpfe konnte keine Rede sein. Die Partei mußte die Bilanz des Oktobers ziehen. Jetzt war es die historische Aufgabe der Mittelgruppe, die intransigenten rechten Führer, die auch aus der Niederlage nichts gelernt hatten und alle Schuld auf die objektiven Verhältnisse schoben, so schnell als möglich in der Partei zu isolieren und für ihre weitere Entwicklung unschädlich zu machen. Das Parteizentrum mußte jetzt alle jene Elemente, die die Gefahr erkannt hatten und den Willen aussprachen, die alten Fehler abzustellen, um sich versammeln.

Es war nur natürlich, daß jetzt auch viele Elemente zur Mittelgruppe stießen, die erst im Anfang des Klärungsprozesses sich befanden; und es sind nicht die schlechtesten, die einen solchen Klärungsprozeß unter tausend inneren Hemmungen und mit ernsten kritischen Bedenken durchmachen. Diese Aufgabe gab der Mittelgruppe zunächst eine gewisse Ungleichmäßigkeit und Schwerfälligkeit. Die Linke spottete über den „Sumpf". Aber wir beneiden die Linke nicht um so manche Elemente, die noch gestern jede opportunistische „Schweinerei" frisch und fröhlich mitmachten und heute sich nicht radikal genug gebärden können. Wir beneiden sie nicht um jene Elemente, die heute in Konferenzen, Versammlungen linke und ultra-linke Resolutionen fassen, aber draußen in den Betrieben, in ihrer Gewerkschaft, in der Kommunalpolitik seelenruhig schlechte reformistische Politik machen. Wir beneiden die Linke nicht um jene Elemente, die jede Kleinarbeit in Betrieben und Gewerkschaften, jede Demonstration auf der Straße als opportunistisch abweisen mit der so radikal klingenden Begründung: „Alles oder nichts! Wir kommen erst wieder, wenn's aufs Ganze geht." Wir beneiden die Linke vor allem nicht um jene Elemente, die die Massenflucht aus den Gewerkschaften fordern und auf eigene Faust kleine kampfunfähige Gewerkschaften gründen, die sie stolz „Industrieverbände" nennen. Wir beneiden die Linke auch nicht um jene guten Genossen, die offen oder versteckt bei jeder Gelegenheit erklären, man werde es eventuell auch auf einen Kampf mit der Exekutive ankommen lassen, wenn diese Schwierigkeiten mache.

Solche Elemente zusammen mit dem alten KAP-istischen Flügel beschwören in der Partei eine neue Gefahr herauf, die eines Tages nicht geringer sein wird als die eben überwundene reformistische, nämlich die Gefahr der Zurückverwandlung der Partei zur Sekte, die Gefahr der mit revolutionären Phrasen verbrämten Passivität, des Zerfalls in kleine Verschwörerzirkel und propagandistische Grüppchen. Und wir machen den führenden linken Genossen, mit denen wir in sehr vielen positiven Fragen übereinstimmen, den Vorwurf, daß sie diesen Gefahren gegenüber schwankend und lau sind, nicht den Willen, teilweise auch nicht die Kraft haben, sich gegen den Strom zu stemmen, und zwar einfach deshalb, weil sie als Opposition gegen die alte Mehrheit sich jahrelang dieser Elemente bedient haben, weil sie selber die unpolitische Antibonzenstimmung, die syndikalistische Verwerfung des Zentralismus, die KAP-istische Passivität mit großziehen halfen. Die Geister, die sie riefen, wenden sich heute gegen sie, und jedes Nachgeben stärkt diese Geister in einer Periode revolutionärer Ebbe und allgemeiner Depression im Proletariat.

Wir erklären deshalb, daß die Zusammenraffung der aktivsten Elemente sowohl aus der Linken wie aus der Mittelgruppe eine der wichtigsten Aufgaben des Parteitages ist. Diese Zusammenarbeit hat bereits die Exekutive in den Moskauer Vereinbarungen gefordert. Sie ist keine Frage, die vom Standpunkt des fraktionellen Machtkampfes aus beantwortet werden kann. Sie ist eine politische Frage, die Frage der Einheit und Aktionsfähigkeit der deutschen Partei.

Diese Einheit und Aktionsfähigkeit der deutschen Partei wird aber nicht erreicht durch die Herbeiführung eines umgekehrten Leipziger Parteitags, nicht durch Mißtrauensresolutionen gegen eine bestimmte Parteigruppe, nicht durch Säuberungsaktionen gegen alle die Genossen, die nicht auf dem Boden der heutigen linken Mehrheit stehen. Das alles bedeutet Verschärfung und Verewigung des Fraktionskampfes, denn es wird kein Genosse so dumm sein, zu glauben, daß man nach dem Parteitag Fraktionen verbieten und mit mechanischen Zwangsmitteln unterdrücken könne, solange die politischen Ursachen nicht beseitigt sind. Die Übernahme der Parteileitung und die Besetzung der Parteiorgane sowohl zentral wie örtlich durch die frühere linke Opposition allein bedeutet in diesem Augenblick eine ernste Gefährdung der Partei, und zwar deshalb, weil es in beiden Gruppen genug Elemente gibt mit opportunistischen Tendenzen, ganz gleich, ob sie im reformistischen oder KAP-istischen Gewande auftreten.

Die Bruderparteien aber, die selber in ernsten Wachstumskrisen stehen, schauen auf die deutsche Partei. Je rascher und leichter die deutsche Partei ihre eigene Krise überwindet und endlich wieder imstande ist, eine starke einheitliche Politik zu machen, desto rascher und leichter wird es auch gelingen, die Krise in den Bruderparteien zu liquidieren.

Wir sehen nach wie vor die Hauptgefahr rechts — auch wegen der internationalen Lage, auch weil sich heute viele Genossen links gebärden, die praktisch ausgesprochene Rechte sind. Aber wir halten das für keinen Grund, die sehr ansehnlichen Gefahren in der Partei zu ignorieren oder ihnen politische Konzessionen zu machen. Vor allem in der Gewerkschaftsfrage, die noch nie so dringend und schwierig vor der Partei gestanden hat. Auch das Versagen linker Organisationen bei allen Demonstrationen, die die Partei im vergangenen Winter gegen die weiße Diktatur einleitete, signalisiert eine ernste Gefahr.

Es ist ferner ein billiges Argument, um die Passivität der linken Organisationen zu maskieren, wenn gesagt wird: auch wir sind für Betriebszellen, aber mit Vorsicht, ohne die „alte" bewährte Wohnbezirksorganisation zu zerschlagen. Was wir der linken Gruppe vorwerfen ist, daß sie seit dem Sommer 1923 die Beschlüsse der Partei mißachtet hat und im November sich sogar soweit verstieg, sie einfach für Berlin zu suspendieren. Erst jetzt auf Eingreifen der Exekutive beginnt sie dieser Frage ernsthaft näher zu treten. Und doch ist die Frage der Betriebszellen eine Lebensfrage für die Kommunistische Partei.

Wir wollen nicht den linken Genossen ihr Sündenregister vorlesen, wir selber haben Sünden genug. Was wir aber wollen, ist die klare, unzweideutige Erklärung: Für oder wider die Zusammenraffung der Partei zum aktiven Kampf gegen die Klassengegner. Für oder wider den ernsthaften Versuch, nicht nur revolutionär zu reden, sondern revolutionäre Politik zu machen, das heißt die breiten Massen zu gewinnen und zu mobilisieren. Noch stehen breite Massen bei der Sozialdemokratie, in den reformistisch geführten Gewerkschaften, in den christlichen Verbänden, in den völkischen. Die Partei muß ein klares, konkretes Aktionsprogramm schaffen nicht nur mit Forderungen, sondern mit taktischen Anweisungen für die Agitation und Massenmobilisierung. Dieses Aktionsprogramm muß der Parteitag schaffen. Es muß vom Parteitag einheitlich beschlossen werden,

es muß Aktionsprogramm der ganzen Partei sein. Es muß die Plattform sein, auf der die Fraktionskämpfe liquidiert werden und die Aktivität der Partei beginnt.

Die Einheitsfront von unten muß konkretisiert werden. Was versteht die Partei darunter? Bei den Betriebsrätewahlen haben gewisse linke Genossen reine kommunistische Parteilisten verlangt oder für die Teilnahme nichtkommunistischer Genossen Bedingungen, wie Anerkennung der „Grundsätze und Ziele" der Partei, gestellt, was praktisch auf Abstoßung der nichtkommunistischen, aber instinktiv revolutionär gesinnten Arbeiter hinausläuft. Beim „Deutschen Tag" in Berlin hat die Berliner Organisation nicht die Massen, sondern nur die Elite der Parteigenossen mobilisiert. Heißt das etwa Einheitsfrontkampf? Der Parteitag muß hier klar antworten. Die Frage, die wir „kleiner Bürokratenklüngel", wie Genosse Scholem sich geschmackvoll ausdrückt, dem Parteitag vorlegen werden und von dessen Beantwortung die Zukunft der Partei als aktive politische Kraft in den Massen abhängt, ist folgende: Mit welchen taktischen Mitteln soll die KPD. in der gegenwärtigen Periode die nichtkommunistischen Massen gewinnen, mobilisieren und im Kampfe führen? Wir warnen davor, Betriebsrätebewegung, Kontrollausschüsse, Hundertschaften als reine Parteiangelegenheiten aufzuziehen. Noch hat die Partei nicht die Mehrheit des Proletariats, nicht einmal in den entscheidenden Zentren. Die Partei ist erst auf dem Wege, diese Mehrheit zu gewinnen. Wir warnen auch vor der hohlen Kraftmeierei, die in der Berliner Resolution zur Gewerkschaftsfrage zum Ausdruck kam und in der Tendenz, ohne vorherige breite Bearbeitung der Massen, ohne Ausnutzung aller nur erdenklichen Möglichkeiten die Spaltung des Berliner Metallarbeiterverbandes in Kauf zu nehmen. Es gilt hier, die Ungeduld mancher Genossen zu zügeln, Massenstimmungen zu leiten, statt auf ihnen zu schwimmen. So sehr die Partei alle Stimmungen und Wünsche der Massen sorgfältig beobachten und berücksichtigen muß, so wenig darf sie in Abhängigkeit von ihnen geraten. Es geht um die Führerrolle der Partei.

Wir hatten bisher keine wirklich mit den Massen verbundene aktionsfähige, zentralisierte kommunistische Partei. Wir hatten Massen, aber verstanden sie nicht zu mobilisieren. Wir wurden überrascht, wenn elementare Bewegungen ausbrachen. Wir sind heute noch nicht imstande, die Abwehrkämpfe um den Achtstundentag wirklich überlegen zu führen. Wir verstehen es heute noch nicht, die grundsätzliche Festigkeit mit der elastischen Manövrierfähigkeit zu verbinden. Die Partei muß imstande sein, auch in schnell wechselnden Situationen Herr der Lage zu bleiben, damit nicht wie jetzt in der Gewerkschaftsfrage uns der Gegner das Gesetz des Handelns vorschreibt.

Ob die Partei diese Aufgaben wird leisten können, hängt wesentlich davon ab, in welchem Geiste der Parteitag vorbereitet und geführt wird. An der jetzigen Mehrheit wird es liegen, ob er ein Markstein wird des Aufstiegs der Partei zu einer wirklich bolschewistischen Sektion der Komintern. Wir, die jetzige Minderheit, gehen unseren geraden Weg auf der Linie, wie ihn Lenin gezeigt hat, und wir wissen, daß die deutsche Partei sich auf diesem Weg zusammenfinden wird.

Richtlinien der Mittelgruppe der KPD. für die Ausarbeitung der taktischen Resolution und des Aktionsprogramms auf dem Parteitag.

** 1. In der Einschätzung der Fehler der Vergangenheit, der reformistischen Nachlässe und Gefahren in der KPD., sowie der Fehler des Oktoberrückzuges haben die beiden linken Fraktionen durch die Moskauer Vereinbarungen in allen wesentlichen Fragen Einheitlichkeit erzielt. Die Differenzen über einzelne Fragen, wie etwa die Möglichkeit des Sieges im Oktober, sind nicht ausschlaggebend für die gegenwärtige politische Auseinandersetzung und die Ausarbeitung der gemeinsamen taktischen Linie.

Die Mittelgruppe ist sich mit der bisherigen linken Opposition vor allem darin einig, daß die Oktoberniederlage wesentlich verschuldet ist durch ernste opportunistische Abweichungen, die sich vor allem seit der Ruhrkrise und in wichtigen Formulierungen des Leipziger Parteitages verhängnisvoll breitmachten. Die Taktik der Einheitsfront wurde von der Partei nicht mehr nur als eine revolutionäre Methode der Massengewinnung und Massenmobilisierung angewandt, sondern mit der Illusion, daß ein Kampfbündnis mindestens mit der linken SPD. und ein Übergangsstadium zwischen der bürgerlichen Demokratie und der proletarischen Diktatur in Deutschland möglich sei. Diese Illusion zeigte sich besonders in der politisch falschen Stellung der Zeigner-Regierung nach dem Leipziger Blutbad, in der Haltung der Partei bei der Frage der Beteiligung an der sächsischen Regierung und in der Chemnitzer Konferenz, wo die Partei ihre Handlungen abhängig machte von den Beschlüssen sozialdemokratischer Funktionäre. Die Nichtaufnahme des Kampfes und der kampflose Rückzug waren die Folge.

Diese opportunistischen Gefahren haben ihre Ursache in dem zeitweilig verlangsamten Tempo der internationalen revolutionären Entwicklung und in der Tatsache, daß die Partei sich nur schwer in der täglichen Praxis von den Überresten der sozialdemokratischen Ideologie loslöst. Eine besonders ernste Gefahrenzone bildet die notwendige kommunistische Kleinarbeit in den Gewerkschaften, die revolutionäre Ausnützung der staatlichen und Gemeindeparlamente, die Arbeit in der Betriebsrätebewegung, die Agitation unter den schwankenden Schichten der Beamten, Intellektuellen, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden. Die Labour Party-Regierung in England und die zeitweiligen Erfolge des linken Blockes in Frankreich sowie die damit zusammenhängenden Konsolidierungsversuche der SPD. in Deutschland haben bewiesen, daß auch in der gegenwärtigen objektiv äußerst revolutionären Periode vorübergehend pazifistisch-demokratische Rückschläge in den Massen möglich sind, was die revolutionäre Wachsamkeit der KPD. doppelt notwendig macht. Die opportunistischen Abweichungen bilden deshalb gegenwärtig und auch angesichts der in den Bruderparteien vorhandenen opportunistischen Tendenzen die Hauptgefahr.

Die wichtigste gemeinsame Aufgabe der Mittelgruppe und der Genossen von links ist die rücksichtslose Bekämpfung aller rechten Tendenzen, Gruppen und Personen in der deutschen Partei wie in der Kommunistischen Internationale, ohne die die Aktivierung der Partei und die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats für den revolutionären Kampf unmöglich ist.

2. Die Versuche der linken Opposition, gleichzeitig mit der berechtigten Kritik an der Anwendung der Einheitsfronttaktik die ganze bisherige taktische Linie der Partei und der Kommunistischen Internationale zu vereinen und dadurch faktisch die Partei und die Kommunistische Internationale zur propagandistischen Periode zurückzuführen, sind heute der wesentlichste Differenzpunkt zwischen den beiden Fraktionen. Dabei stellt die Mittelgruppe fest, daß die Ablehnung der Einheitsfronttaktik überhaupt, also die Ablehnung des wichtigsten taktischen Mittels der KI. in der gegenwärtigen Periode, von den Linken offen erst nach dem Oktober bezogen wurde. Die Mittelgruppe steht nach wie vor auf dem Boden der Beschlüsse der Erweiterten Exekutive und des IV. Weltkongresses, die die Einheitsfronttaktik als wichtigste Methode der Massenagitation und Mobilisierung in der gegenwärtigen Periode bezeichnen. Diese Methode der Agitation, der Mobilisierung und Organisierung breitester Massen für die proletarische Revolution unter Führung der Kommunisten, der die Linken keine besseren politischen Mittel entgegensetzen

können, muß trotz all der schweren begangenen Fehler und unter ständigem Hinweis auf die großen Gefahren, die mit ihr verbunden sind, auch heute noch in den meisten Sektionen der KI. in den verschiedensten Formen angewendet werden, obwohl für Deutschland nur noch die Einheitsfront von unten in Betracht kommt.

3. Voraussetzung einer richtigen Anwendung der Einheitsfronttaktik ist immer und überall, daß die Partei sich die volle Agitations- und Propagandafreiheit wahrt, die kommunistischen Endziele und Grundsätze eindeutig und unverschleiert vor den Massen vertritt, sie in jeder Situation vor den Reformisten warnt und in jenem Moment sich mit eigenen Aktionsparolen von den Reformisten trennt, in dem ihr Verrat die Bewegung der Massen zu bremsen versucht. Unter diesen Voraussetzungen sind auch Formen der Einheitsfronttaktik möglich, wie: Wendung an die Spitzen, agitatorisches Eintreten für zwar unzulängliche, aber den Massen erreichbar erscheinende Tageslosungen, Eintritt in gemeinsame Ausschüsse sogar mit reformistischen Führern, Aufstellung von eigenen, das kommunistische Endziel popularisierenden Losungen (sogenannten Übergangslosungen, wie Arbeiterregierung). Solche Formen der Einheitsfronttaktik können in gewissen Phasen sogar notwendig sein, um trotz zahlenmäßiger Schwäche der Kommunisten und trotz des starken reformistischen Einflusses in den Massen breite proletarische Massenbewegungen auszulösen und die Arbeiter von den in der Aktion entlarvten Reformisten zu trennen. Die Taktik der Einheitsfront darf aber in keinem Fall dazu führen, daß die Partei überhaupt auf eigene Aktionen verzichtet oder ihr Handeln in jedem Fall von einer vorhergehenden Wendung an die Spitzen der reformistischen Verbände und Parteien abhängig macht. Das wichtigste Stück der Einheitsfronttaktik, das in keinem Stadium ihrer Anwendung fehlen darf, ist die Schaffung proletarischer Einheitsfrontorgane von unten auf, aus den Massen heraus.

4. Die Mittelgruppe erklärt in vollem Einvernehmen mit der bisherigen linken Opposition, daß heute, nach der revolutionären Oktoberkrise in Deutschland nur noch die Einheitsfronttaktik von unten auf möglich ist. Diese beschränkt sich jedoch durchaus nicht auf Massenagitation allein und Anknüpfung an die Tagesnöte und Tagesforderungen der Massen. Sie ist, wie die ganze Einheitsfronttaktik, eine Methode zur Mobilisierung der Massen, zur Auslösung von Massenkämpfen und zur Schaffung proletarischer Massenorgane. Gegenüber der anwachsenden völkischen Bewegung und angesichts des Versuches einer Konsolidierung der SPD. muß die Partei ihre wichtigste Aufgabe darin sehen, die heute noch in der SPD., bei den Völkischen, in christlichen und anderen Gewerkschaften stehenden Proletariermassen mit den kommunistischen Arbeitern in der Aktion zu vereinigen, von ihren reformistischen und kleinbürgerlichen Führern und Organisationen loszulösen und unter kommunistische Führung zu bringen. Die wachsenden Massen der Unorganisierten stellen die Partei vor die wichtige Aufgabe, diese politisch primitiven, breiten Schichten des Proletariats vor der völkischen Demagogie zu bewahren, aus ihrer Indifferenz aufzurütteln, sie mit der Partei und den aktiven Teil des Proletariats durch die Einheitsfrontorgane zu verbinden. Die Partei muß zu diesem Zwecke ein konkretes Aktionsprogramm aufstellen und durch gesteigerten Ausbau der Betriebsrätebewegung, der Kontrollausschüsse, Betriebshundertschaften, sowie durch Schaffung von Tarif- und Aktionsausschüssen aus den Betrieben und den Erwerbslosen heraus die Massen für den Kampf um dieses Notprogramm in Bewegung setzen. Die KPD. hat in allen diesen, im Zusammenhang mit den beginnenden Abwehrkämpfen des Proletariats gegen die Kapitalsoffensive entstehenden proletarischen Klassenorganen die Führung zu erobern. Wo einzelne reformistische oder völkische Funktionäre sich noch in ihnen befinden, hat sie von Anfang an vor ihnen zu warnen und mit aller Kraft auf ihre Ausschaltung hinzuarbeiten. Sie muß den Austritt dieser reformistischen oder gelben Funktionäre bei der ersten neuen Verräterei ultimativ fordern. Bei Betriebsrätewahlen hat die Partei klare, revolutionäre Listen aufzustellen, auf denen außer Kommunisten auch solche sozialdemokratische oder parteilose Arbeiter stehen können, die sich in Kämpfen praktisch bewährt haben und das Aktionsprogramm der Kommunisten anerkennen. Von sozialdemokratischen Funktionären muß der Austritt aus der SPD. gefordert werden. Ferner hat die Partei im Rahmen der Betriebsräte- und Erwerbslosenrätebewegung Organe ins Leben zu rufen, die die Unorganisierten mit den Gewerkschaftsorganisierten, die Erwerbslosen mit den Arbeitenden verbinden.

Die staatlichen und Gemeindeparlamente sind kein Boden für Einheitsfronttaktik, sondern lediglich Tribüne zur Zersetzung und Entlarvung der bürgerlichen Demokratie und der kleinbürgerlichen (völkischen und sozialdemokratischen) Parteien. Das Gerede von „proletarischen Mehrheiten" entspringt der Illusion einer Ausnützung solcher „Mehrheiten" für die Interessen der Arbeiter und muß aufs schärfste zurückgewiesen werden als Ausdruck einer Tendenz, die auf das Bündnis mit der Sozialdemokratie hinausläuft. Auch in den kleinsten Gemeindeparlamenten muß die Sozialdemokratie genau wie die Völkischen als offen konterrevolutionäre Partei behandelt werden.

5. Das offene Auftreten der reformistischen Gewerkschaftsführer als willige Agenten und Knechte der schwerindustriellen Diktatur, sowie die schwere Depression der Massen infolge der Wirtschaftskrise und des Verrates ihrer bisherigen Führer hat eine äußerst ernste Krise in den Gewerkschaften hervorgerufen. Große Massen haben ihnen den Rücken gekehrt. Die KPD. sieht weder in dem Herauslaufen aus den Gewerkschaften, noch in der voreiligen Gründung neuer Verbände den Weg zur Überwindung der gelben Gewerkschaftsbürokratie und zur Schaffung einer breiten, revolutionären Gewerkschaftsbewegung. Solches Vorgehen begünstigt nur die von den gelben Gewerkschaftsbürokraten beabsichtigte Umwandlung der Gewerkschaften in Organisationen des Streikbruches im Dienste des Kapitals. Die Gewerkschaften umfassen trotz aller Verrätereien ihrer Führer noch große Massen, die den gelben Bürokraten wehrlos ausgeliefert wären, wenn die Kommunisten die Verbände verlassen. Die Kommunisten müssen deshalb den Widerstand gegen den beabsichtigten Massenausschluß der gesamten Opposition von unten auf, auf breitester Grundlage in den Gewerkschaften organisieren, um so die Verwandlung der Gewerkschaften in gelbe Streikbruchorganisationen zu verhindern. Ohne mit dem Gedanken einer offensiven Gewerkschaftsspaltung auch nur zu spielen, müssen sie doch die Gefahr einer Spaltung von seiten der Kapitalsagenten ernsthaft ins Auge fassen, damit, wo immer die gelben Gewerkschaftsführer zur Spaltung schreiten, die breiten Mitgliedermassen fest auf der Seite der Kommunisten stehen. Daneben müssen die kommunistischen Betriebszellen und Fraktionen die Massen der Unorganisierten planmäßig bearbeiten, um sie durch Betriebsräte, Erwerbslosenräte, Aktions- oder Tarifausschüsse zusammenzufassen, in die allgemeine Kampffront des Proletariats einzureihen und sowohl für die Partei wie für die wirtschaftlichen Kampforganisationen des Proletariats zu gewinnen.

6. Wesentliche Fehler, die von der Gesamtpartei gemacht wurden, sind ferner die mangelhaften organisatorischen und technischen Vorbereitungen der Partei auf den Kampf mit der weißen Diktatur und auf den Endkampf. Diese Fehler führten zu einer Reihe weiterer Verfehlungen im Oktober. Die KPD. muß auch in legalen und halblegalen Zeiten stets auf die Illegalität gerüstet sein und einen geschulten Apparat unterhalten. Sie darf unter keinen Umständen die Illusion aufkommen lassen, als ob die Bourgeoisie der Vorbereitung auf den Endkampf ruhig zusehen würde. Sie muß diese Vorbereitungen so führen, als ob morgen schon der Kampf entbrennen würde, und keineswegs dem Gedanken stattgeben, daß revolutionäre Endkämpfe in absehbarer Zeit nicht möglich seien. Die Partei muß begreifen, daß die Krise des Kapitalismus trotz zeitweiliger und scheinbarer Besserung nach wie vor revolutionäre Zuspitzungen und überraschende Wendungen möglich macht, daß die augenblickliche Passivität des Proletariats morgen schon in gesteigerte Aktivität umschlagen kann. Die KPD. muß sich für solche Möglichkeiten nicht nur bereithalten, sondern sie zu beschleunigen suchen. Die KPD. muß den Gedanken der aufsteigenden Revolution den Massen einhämmern.

7. Die Partei kann diese Aufgaben nur erfüllen, wenn sie organisatorisch verbunden ist mit den Massen in den Betrieben. Sie muß deshalb organisatorisch aufgebaut sein auf den Betriebszellen. Die Einwände mancher Genossen gegen diese Reorganisation der Partei und die Versuche, sie hinauszuzögern, bedeuten eine Erschwerung und Verzögerung der revolutionären Vorbereitung. Es ist selbstverständlich, daß diese organisatorische Umstellung der Partei nicht mechanisch erfolgen darf, sondern im Prozeß der Arbeit und der Gesamtumstellung der Partei auf ihre revolutionären Aufgaben. Die Mitgliedschaft muß ideologisch vorbereitet werden und durch ihre Arbeit die Notwendigkeit der Reorganisation begreifen und herbeiwünschen lernen. Aber alle diese Vorbereitungen dürfen nicht zu einer Hinauszögerung der Aufgabe führen.

8. Bei den Demonstrationen gegen den weißen Terror und bei der Auslösung und Steigerung wirtschaftlicher Abwehraktionen sowie bei der Verbindung wirtschaftlicher Aktionen mit

politischen Forderungen und Aktionen hat die Partei bisher große Schwächen bewiesen. Auch hierbei zeigt sich eine gefährliche Passivität. Manche linken Genossen haben unter nichtigen Vorwänden die Demonstrationen gegen den weißen Terror abgelehnt und als Revolutionsspielerei verspottet, statt sie mit aller Kraft in den Betrieben und unter den Erwerbslosen vorzubereiten und mit wirtschaftlichen Forderungen zu verbinden. In einer Zeit der schweren Wirtschaftskrise, der Offensive des Kapitals und des weißen Terrors sind Demonstrationen ein wertvolles Mittel, um unter Vorantritt der Partei und des aktivsten Teiles des Proletariats die Depression in den Massen zu überwinden und ihre Aktivität zu beleben. Die Partei darf keineswegs es zum taktischen Leitmotiv werden lassen, den Zusammenstößen mit der einheimischen oder ausländischen Staatsgewalt — auch den bewaffneten Zusammenstößen — auszuweichen (keine Taktik „Laßt Euch nicht provozieren!"), zumal in der gegenwärtigen objektiv äußerst revolutionären Periode und unter dem Regime des weißen Terrors. Es gibt keine „Bolschewisierung der Partei" ohne ihre Aktivität in den breiten Massen. Die übliche Phrase „alles oder nichts" ist ein besonders gefährlicher Opportunismus, da sie verdecken soll die mangelnde Bereitschaft, im gegebenen Moment unter Daransetzung aller Kräfte die revolutionär notwendigen Kämpfe aufzunehmen. Nur in der täglichen Agitation, Organisation und Aktion der Partei kann der bolschewistische Kern entstehen, der an der Spitze des ausschlaggebenden Teiles des Proletariats, also der Mehrheit in den entscheidenden Gebieten und Industriegruppen, also sogar terminmäßig für den Endkampf einsetzen wird...

9. Um diese Aufgaben: Abwehr der opportunistischen Gefahren und die Schaffung einer wirklich kommunistischen Partei in Deutschland durchzuführen, ist ein aufrichtiges und enges Zusammenarbeiten der früheren linken Opposition und der Mittelgruppe lebensnotwendig. Da die taktische Krise der KPD. unvermeidlich neben dem opportunistischen Flügel auch KAP.-Abweichungen und faschistische Neigungen zeitigt, so ist der gemeinsame Kampf der Mittelgruppe mit der bisherigen linken Opposition auch gegen diese Tendenzen dringend erforderlich. Ohne ideologische Konzessionen an diese Strömungen zu machen, muß die Psychologie dieser verwirrten, aber meist ehrlich revolutionären Arbeiter sorgfältig beachtet werden. Das Zusammenarbeiten beider Fraktionen und ihre endgültige Verschmelzung hat zur Voraussetzung, daß beide heute noch bestehende Fraktionen erkennen, daß sie aufeinander angewiesen sind, und daß die Führung der Partei durch eine Fraktion allein unter Ausschluß der anderen zu einer starken Gefährdung der Aktionsfähigkeit, Einheit und politischen Linie der Partei führen muß. Wir bekämpfen daher jede Unterdrückung der Minderheit in den Bezirken sowie politische Maßregelungen. Die Parteileitung muß, sowohl zentral wie in den Bezirken, aus beiden Fraktionen gemeinsam zusammengesetzt sein, wobei natürlich die jeweilige Mehrheit die Führung haben muß. Daß bis heute die Partei die Passivität und Depression in den eigenen Mitgliederreihen noch nicht überwunden hat, und es ihr noch nicht möglich war, eine entscheidende aktive Rolle im Proletariat zu spielen, ist zum großen Teil eine Folge des rein fraktionsmäßigen Kampfes, wobei wiederholt das Ringen um Klarheit gegenüber dem Streiten um die Mehrheit in der Partei zurückgestellt worden ist.

10. Die KPD. muß noch entschlossener als bisher die Exekutive, als die Leitung der zentralisierten kommunistischen Weltpartei mit fester Disziplin, in ihrem Kampfe gegen alle reformistischen Nachlässe und um die Heranbildung einer beweglichen, den konkreten Verhältnissen angepaßten, aber revolutionären Taktik zur Eroberung der Mehrheit des Proletariats für den Kampf um die proletarische Diktatur unterstützen. In diesem Kampfe um die Bolschewisierung der europäischen Parteien darf sich die KPD. nicht darauf beschränken, sich mit kleinen, sehr oft mit ausgesprochenen Linksabweichungen behafteten Gruppen in der Komintern zu verbünden. Sie muß vielmehr zusammen mit der Exekutive alle antireformistischen und nach einer revolutionären Taktik ringenden Teile der KI. unterstützen und in ihrer ideologischen Klärung fördern. Nur dadurch wird es gelingen, die reformistischen Überreste in der KI. auszutilgen, ohne den Charakter proletarischer Massenparteien einzubüßen und ohne den Verzicht auf die Durchführung einer aktiven kommunistischen Politik, die die Massen für die revolutionäre Eroberung der Macht in Bewegung bringt.

Die Aufgaben der KPD. und die Aufgabe der KPD.

Perspektive, Teilziele, revolutionäre Einheit von unten.

Von A. Maslow.

I.

** **Das deutsche Proletariat hat im Oktober und November 1923 eine schwere Niederlage erlitten.** Diese Niederlage ist schwerer als die der Jahre 1919, 1920, 1921. Sie ist schwerer deshalb, weil weder 1919, noch 1920, noch 1921 das deutsche Proletariat eine kommunistische Massenpartei besaß, die ihm den Weg weisen konnte, und sie ist schwerer, weil noch nie die Situation das deutsche Proletariat so nahe vor den Sieg der proletarischen Revolution gestellt hatte wie im Herbst 1923. Die Kämpfe des Januar und März 1919 waren die Kämpfe der kleinen Vorhut des Proletariats, dessen breite Massen noch demokratische Illusionen besaßen (man denke an die Wahlen zur Nationalversammlung). Diese Kämpfe im März 1920 waren die Kämpfe des Proletariats, das noch allzu großes Vertrauen zu den reformistischen Organisationen besaß und dessen revolutionäre Partei (der damalige Spartakusbund) nicht begriff, daß sie die Massen führen müßte, nicht aber lediglich neben den reformistischen und zentristischen Organisationen mit schwächlicher Kritik und illusionsfördernden Parolen herlaufen durfte (man denke an das Bielefelder Abkommen und das Versprechen der „loyalen Opposition" von seiten des Spartakusbundes einer imaginären „rein-sozialistischen Regierung" gegenüber). Die Kämpfe im März 1921 waren die Kämpfe einer von revolutionären Stimmungen beseelten Vorhut, die die Situation und die Kräfteverhältnisse falsch einschätzte und daran scheiterte.

Im Oktober und November 1923 dagegen war eine Wirtschaftskrise von unerhörter Heftigkeit vorhanden, war eine Zersetzung im Lager des Gegners wie nie zuvor, war ein Minimum an demokratischen Illusionen beim Proletariat vorhanden, war der Einfluß der reformistischen Organisationen auf breite Massen des Proletariats stark zerstört, war der Einfluß der Kommunisten auf das Proletariat und auf die Kleinbourgeoisie gewachsen wie nie vorher, war die internationale Situation günstig wie noch nie. Im Oktober-November 1923 schrieb die Geschichte den Kampf vor. Das Proletariat wurde geschlagen, erlitt eine schwerere Niederlage als je zuvor. Vor der KPD. steht die weitere Aufgabe, die Kämpfe zu organisieren, welche das Proletariat im Oktober-November 1923 nicht gekämpft hat, die Kämpfe um die politische Macht.

II.

Ist das deutsche Proletariat entscheidend geschlagen worden? Diese Frage bejahen heißt: behaupten, daß die deutsche Bourgeoisie den deutschen Kapitalismus aufbauen und konsolidieren kann.

Diese Frage muß glatt und entschieden verneint werden. Die Situation ist nach wie vor objektiv revolutionär. Das heißt, daß die inneren Widersprüche des deutschen Kapitalismus nicht aufgehoben sind, daß die ungeheure soziale Krise in Deutschland weder gelöst noch auf dem Wege zur Lösung ist, daß die internationale Unsicherheit des sogenannten Gleichgewichts nach wie vor besteht.

Die Situation ist nach wie vor objektiv revolutionär, und daraus ergibt sich die Aufgabe der Kommunistischen Partei: die Kommunistische Partei organisiert die Revolution. Das ist die Aufgabe der Partei. Nicht eine Aufgabe, sondern die Aufgabe.

Aber die Situation ist heute doch anders als im Oktober-November 1923, und daraus folgt, daß die Partei sich diese ihre Aufgabe anders stellen muß, als in jenen Monaten der Siedehitze einer Krise, die jeder in Deutschland geradezu physisch spürte.

Was ist anders an der Situation? Die Krise ist nicht akut, die revolutionäre Welle ist abgeebbt. Die Situation ist objektiv revolutionär, aber es hat den Anschein, als ob die revolutionären Faktoren schwächer geworden sind. Die Markstabilisierung hat eine subjektive Beruhigung bewirkt. Die Niederlage hat eine Desorganisation und Demoralisation des Proletariats gebracht. Die Bourgeoisie hat beide Umstände benutzt, um dem Proletariat politisch zu zeigen, daß es eine Niederlage erlitten hat: der Raub des Achtstundentages ist viel weniger eine wirtschaftliche Maßnahme als eine politische Maßnahme, ist eine Geste der siegreichen Bourgeoisie. Millionen von Arbeitslosen auf der einen Seite, 10 Stunden schuftende Arbeiter auf der anderen — die Bourgeoisie demonstriert dem Proletariat ihren politischen Sieg und sucht es gleichzeitig in zwei Lager zu spalten, in die zehn Stunden lang Schuftenden und die Arbeitslosen. Die einen verurteilt sie zum Verrecken durch physische Erschöpfung in Überarbeit, die anderen verurteilt sie zum Verrecken durch Hunger und zur Demoralisation durch Beschäftigungslosigkeit.

Aber die Bourgeoisie sucht die Arbeiterschaft noch in einer anderen Ebene zu spalten, und die reformistischen Lakaien helfen ihr auch hier: sie stellen die qualifizierten, relativ gut bezahlten Arbeiterschichten den zu Hungerlöhnen Schuftenden gegenüber. Die Erscheinungen der zünftlerischen Organisationsansätze (Dreherverein) mit ihrem „Programm" der „parteilosen Neutralität", die Erscheinungen der völkischen Gewerkschaftsansätze mit ihrem Programm der „Klassenneutralität" — das sind die Zersetzungs- und Spaltungserscheinungen dieser Periode.

Aber mitten in diesen Zersetzungserscheinungen, die nach einer Niederlage unvermeidlich sind, zeigen sich auch Ansätze zur Sammlung des geschlagenen Proletariats. Die Streiks im Rheinland, an der Wasserkante und der Streik der chemischen Arbeiter sind die ersten Abwehrversuche. Diese Abwehrkämpfe, diese Ansätze zur Sammlung des Proletariats bestimmen den Charakter und den Inhalt der Periode, für die die KPD. sich zunächst ihre konkreten Aufgaben zu stellen hat.

III.

Wie aber verträgt sich die Aufgabe, die wir oben stellten (Organisation der Revolution), mit dieser Bestimmung der Periode, in der wir uns befinden?

Die Periode muß abgegrenzt werden. Sie wird beendet sein, so wie es der KPD. gelungen ist, den Rückzug des Proletariats zum Stehen zu bringen, die Massen um sich zu sammeln, sie hinter die alleinige Führung der KPD. zu bringen und die Bewegung zum Angriff überzuleiten.

Dieselbe Aufgabe stand 1921, nach den Märzkämpfen, vor der Partei. Die Partei hat in den 2½ Jahren, die seitdem bis zum Oktober-November 1923 vergingen, diese Aufgabe nicht gelöst. Sie hat die Aufgabe nicht einmal verstanden.

Die Aufgabe ist: Organisation der Revolution. Die KPD. hat 1921—1923 nur einen Teil, einen wichtigen, aber keinen ausreichenden Teil dieser Aufgabe gesehen. Sie suchte die Mehrheit der ausschlaggebenden Teile des Proletariats zu gewinnen. Diese Aufgabe ist heute ebenso vorhanden, wie sie 1921 vorhanden war. Aber die KPD. verstand nicht, daß sie die Mehrheit der ausschlaggebenden Schichten des Proletariats gewinnen muß, indem sie die Revolution organisiert. Die KPD. führte Teilkämpfe um Teilziele. Die KPD. muß heute dasselbe tun. Aber die KPD. führte 1921—1923 die Teilkämpfe als selbstgenügsame Teillosungen auf. Die KPD. darf diesen verhängnisvollen Fehler nicht wiederholen. Die KPD. muß die Teilkämpfe führen, weil sie die Revolution organisieren will. Die KPD. muß die Teilkämpfe führen, indem sie die Revolution organisiert. Die KPD. muß die Revolution organisieren, indem sie die Teilkämpfe führt.

Die KPD. erhält so bestimmte Aufgaben. Die propagandistischen und agitatorischen Aufgaben sind: in jedem Kampfe, in dem sowohl, den die KPD. organisiert, wie auch in dem, in den sie hineingeht, während er (wie im Rheinland, wie bei den chemischen Arbeitern, wie bei den Werft- und Hafenarbeitern) spontan begonnen hat, muß die Partei dem Proletariat die kommunistischen Ziele, Diktatur des Proletariats und Räteregierung, zeigen. Bei jedem solchen Kampf, den die Kommunistische Partei zu organisieren, zu erweitern, zu politisieren bestrebt sein muß, muß sie dem kämpfenden Proletariat zeigen, daß selbst ein „erfolgreicher" Abschluß des Kampfes auf die Dauer keinen wirklichen Erfolg bringen kann, solange die Herrschaft der Bourgeoisie besteht. Sie muß das konkret zeigen, anknüpfend an die Erfahrungen des Kampfes und des Tages.

Aber die Aufgabe ist: die Revolution organisieren. Das geschieht nicht durch Propaganda und Agitation allein. Das geschieht durch Schaffung von Klassenorganen, durch Schaffung einer revolutionären Kampffront des Proletariats von unten her, das geschieht durch Bewaffnung des Proletariats, das geschieht durch Zersetzung des Gegners, das geschieht durch die Schaffung von Verbündeten aus dem Lager der Kleinbürger und der Kleinbauern, das geschieht durch Neutralisierung derjenigen Mittelschichten, die zu Verbündeten nicht gewonnen werden können.

IV.

Die Periode, für die die KPD. sich zunächst ihre Aufgaben stellt, ist also die Periode der Sammlung des Proletariats in Abwehrkämpfen, die Periode der Teilkämpfe um Teilziele, die in die Richtung des Überganges zum Kampf um die politische Macht weisen, die Periode der Organisation der revolutionären Einheit des Proletariats von unten, die Periode der ideologischen und organisatorischen Vorbereitung der Räte als Organe des bewaffneten Aufstandes. Die Hauptlosungen dieser Periode werden sein: Achtstundentag; Reallöhne, die eine menschenwürdige Existenz ermöglichen; Einreihung der Arbeitslosen in die Armee der Arbeitenden; Kontrolle der Produktion; Befreiung der politischen Gefangenen; Bewaffnung des Proletariats; Eroberung von revolutionären Rechten der Betriebsräte und Beginn der Produktionskontrolle; Erfassung der werktätigen Bevölkerung in rätemäßigen Organen und Beginn der Produktionskontrolle; Schaffung von Sowjets — Beginn der Ausübung politischer Macht.

Wir haben diese Losungen zu je dreien gruppiert. Die ersten drei Losungen sind die wirtschaftlichen Losungen der nächsten Kämpfe, die Losungen der ersten Sammlung des Proletariats. Die nächsten drei Losungen werden die propagandistischen Losungen der ganzen Periode sein und werden zu Aktionslosungen werden, so wie die Sammlung des Proletariats einen gewissen Grad erreicht hat. Die letzten drei Losungen sind die organisatorisch-politischen Losungen der Einheitsfront von unten und kennzeichnen den Abschluß der Periode und den Beginn des Überganges zum Kampf um die volle Macht.

V.

Wann wird die von uns gekennzeichnete Periode beendet sein? Die Antwort darauf kann heute noch kein Mensch geben. Es wäre Charlatanerie, zu behaupten, daß sie kurz sein muß. Es wäre Defaitismus, zu schwören, daß sie lang sein muß. Was für die KPD. politisch wichtig ist, das ist: immer das Bewußtsein zu haben, daß sie die einzige Partei ist, die das Proletariat führt und die Revolution organisiert; daß sie am Abschluß der gekennzeichneten Periode die einzige Partei sein muß, die die Regierung der Diktatur des Proletariats bilden muß; daß der Abschluß dieser Periode jeden Tag, schon morgen, da sein kann: daß sie, gleichgültig, ob dieser Abschluß morgen oder erst in Jahren kommt, die Revolution organisieren muß, das heißt den Kampf vorbereitet, der mit der Vernichtung der Bourgeoisie als Klasse endet und die Errichtung der Diktatur des Proletariats bringt.

Die Kürze oder Länge dieser Periode hängt nicht nur ab von der objektiven Entwicklung. Die KPD. beeinflußt das Tempo der Entwicklung, wenn sie die Revolution organisiert. Die Revolution organisieren, das ist das Gegenteil von Putschismus. Die KPD. sammelt die Massen; die KPD. schafft die Organe der revolutionären Einheit von unten; die KPD. weiß, daß Teile des Proletariats jenseits der Barrikaden sein werden; die KPD. betrachtet die Mehrheit der ausschlaggebenden Schichten des Proletariats nicht mechanisch, nicht statistisch. Die KPD. muß auch bereit sein, alles mit einem Schlag auf eine Karte zu setzen. Aber die KPD. organisiert die Revolution: das ist das Gegenteil von Putschismus. Putschismus ist der Versuch, ohne Klassenorgane, ohne die Mehrheit der ausschlaggebenden Schichten des Proletariats, ohne Zersetzung des Gegners, ohne genaue Ein- und Abschätzung der Situation und der Kräfteverhältnisse die Revolution durch einen überraschenden Handstreich herbeizuzwingen. Revolution organisieren aber heißt: das Fundament legen für den Aufstand, für die Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparates, für die neuen Organe des neuen Klassenstaates, der proletarischen Diktatur, des Rätestaates. Die Revolution organisieren heißt: die ausschlaggebenden Schichten des Proletariats für diese Ziele zum Kampf organisieren.

Alle konkreten, unmittelbaren Aufgaben der Partei werden richtig gestellt und gelöst werden können, wenn die Partei die Aufgabe für diese Periode begriffen hat und zu lösen versteht.

Der Kampf um die Kommunistische Partei.

Von Ruth Fischer.

Vorbemerkung: Zum Leipziger Parteitag wurde ein Artikel unter demselben Namen geschrieben, der in der taktischen Nummer der Internationale zum Parteitag erschienen ist. Darin wurden die Streitfragen des Leipziger Parteitages behandelt. Wir bitten die Genossen, die das Heft noch haben, diesen Artikel nachzulesen und die Problemstellung und Beantwortung mit unserer heutigen Fragestellung zu vergleichen.

I. Der Leipziger Parteitag.

Auf dem Leipziger Parteitag zerfiel die KPD. in zwei scharf getrennte Fraktionen, die sich politisch, organisatorisch und persönlich mit so starker Heftigkeit bekämpften, daß nur das gemeinsame Band der Komintern größere Zusammenbrüche und Zusammenstöße verhindern konnte. Nun gibt es eine offizielle Parteilegende, die besagt, daß diese Fraktionsbildung schon von langer Hand von den Linken vorbereitet und organisiert war. Aber diese offizielle Parteilegende ist falsch. Wohl bestanden zwischen einigen Organisationen von der Zeit der beiden Liquidatorenkrisen, der KAG.- und der Frieslandkrise, lose politische Verbindungen, aber diese fraktionelle Zuspitzung, die der Leipziger Parteitag zeigte, ergab sich erst aus der Konstellation des Parteitages selbst. In der Praxis der Arbeit bestanden damals in der Partei wohl Differenzen, aber keineswegs Differenzen von einer Tragweite, die den Charakter der Auseinandersetzungen auf dem Leipziger Parteitag hätte rechtfertigen können. Man war sich uneinig über die Beurteilung der Rathenau-Aktion, über verschiedene internationale Fragen, zum Beispiel über die Tschechische Frage, man war sich uneinig in der Beurteilung des Charakters und der Bedeutung der Beschlüsse des IV. Weltkongresses, aber gerade im Januar hatte die Partei eine Kampagne für die Betriebsrätebewegung hinter sich, die im November zum Reichsbetriebsrätekongreß geführt hatte und in der Praxis dieser Arbeit war man sich im großen und ganzen einig, so viele interne Konflikte über die Art, sie zu führen, es auch innerhalb der Zentrale gab. Ja, nicht einmal in der Frage des Verhaltens zur sozialdemokratischen Regierung in Sachsen gab es praktisch unüberbrückbare Gegensätze — und doch teilte sich der Parteitag in zwei sich feindlich bekämpfende Lager, die sich in der Frage der Einheitsfronttaktik und der Arbeiterregierung bis zum Auseinandergehen gegenüberstanden.

Dem politisch geübten Blick zeigte der Leipziger Parteitag ganz deutlich, daß in der KPD. ein Rest Liquidatoren verblieben war, der sich mittels „aktiver" Formulierungen der Mehrheit der Partei bemächtigt hatte mit dem Ziel, die widerstrebende Minderheit, der unter allen aktiven Verkleidungen die Levitenfratze erkennbar schien, aus der Partei herauszudrängen. Die opportunistische Grundeinstellung der Führergruppe der Parteimehrheit zeigte sich auf dem Leipziger Parteitag in folgenden Punkten:

a) **Die Ablehnung der Behandlung der Ruhrfrage.** (Zur Zeit des Parteitages fand die Ruhrbesetzung statt.) Diese Behandlung wurde „geschäftsordnungsmäßig" abgelehnt. Dies zeigte die totale Verkennung der durch die Ruhrbesetzung aufgerollten Klassenfront in Deutschland, der herannahenden proletarischen Massenbewegung, die die unmittelbare Folge der verschärften Krise sein mußte. Weiter zeigte diese Ablehnung der Behandlung der Ruhrfrage und die Konzentration des Parteitages auf Sachsen und Thüringen die Orientierung der Parteiführung auf jene Teile Deutschlands, wo ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie möglich erschien und die Vernachlässigung der großindustriellen Bezirke. Ebenso wie der Leipziger Parteitag die Ruhrfrage, die den Ausgangspunkt revolutionärer Kämpfe gebildet hat, vernachlässigte, ebenso vernachlässigte der Parteitag die Frage der revolutionären Betriebsrätebewegung;

b) in Konsequenz dazu die Durchkämpfung der Auffassung der Einheitsfront als eines Bündnisses mit der SPD., bei dem man versuchen muß, die SPD. „vom linken Flügel der Bourgeoisie auf den rechten Flügel der Arbeiterklasse" herüberzuziehen;

c) die Durchkämpfung der Auffassung der Arbeiterregierung als eines Versuchs, „im Rahmen der bürgerlichen Demokratie mit den Mitteln des bürgerlichen Staates Arbeiterpolitik zu treiben";

d) in der Debatte über die Bedeutung des IV. Weltkongresses, in der man die Wendung gegen rechts, die der IV. Weltkongreß bei Behandlung aller Fragen angezogen hatte, totzuschweigen versuchte;

e) in der Behandlung der Parteiminderheit, die so wichtige Teile Deutschlands, wie die Industriebezirke Berlin, Hamburg und Ruhrgebiet, vertraten, die man aber mit allen Kunststücken aus der Führung der Partei ausschaltete, um die Führung nicht nur an die sächsische und thüringische Geistesrichtung, sondern im wesentlichen auch an diese Bezirke zu übertragen.

Der Leipziger Parteitag war ein Unheil für die Partei. Die Politik des Oktober war die Praxis der Leipziger Theorie. Die Moskauer Januarkonferenz hat die Leipziger Parteitagsthesen endgültig liquidiert. Aber der kommende Parteitag der KPD, muß bewußt der Mitgliedschaft eine Wendung nach links — weg vom Leipziger Parteitag — aufzeigen.

II.

A. Von Leipzig nach Chemnitz:

Nach Abschluß des Russisch-polnischen Krieges, nach dem Kronstädter Aufstand, nach der Niederwerfung der Märzbewegung im Jahre 1921 war die kapitalistische Offensive in Europa und insbesondere in Deutschland im Fortschreiten begriffen, und die proletarischen Kräfte sammelten sich im wesentlichen zwischen 1921 und 1923 nur zu großen Abwehrkämpfen (Demonstrationen nach der Ermordung Erzbergers und Rathenaus, Eisenbahnerstreik im Februar 1922, der Ludwigshafener Streik und viele politische und wirtschaftliche Teilkämpfe in allen Teilen Deutschlands).

Die zunehmende Verschärfung des Reparationsproblems, die steigende Inflation und die damit verbundene Teuerung und Arbeitslosigkeit lösten bereits im Herbst 1922 die Betriebsrätebewegung aus, die in ihrem Beginn einen rein defensiven Charakter trug (Kampf um höhere Löhne, Brief des Ambi-Betriebsrats, Kampf gegen die Steuern, offener Brief der Berliner Betriebsräte an die Betriebsräte im Reich im September 1922), die aber in ihrem Verlauf schon den Beginn des Überganges von der Defensive zur Offensive zeigte und die stark genug war, um den Vereinigungsprozeß der SPD. und USPD. empfindlich zu stören und in den Betrieben die Frage der Produktionskontrolle lebendig und praktisch aufzurollen. Der Reichsbetriebsrätekongreß zeigte jedenfalls, daß die Betriebsräte als proletarische Einheitsfrontorgane tiefer und breiter in den Massen wurzelten als alle ähnlichen Versuche der Einheitsfrontorgane in den Jahren vorher. (Wir erinnern hier an die verschiedenen Versuche, die besonders während der Rathenau-Aktion gemacht wurden!) Die Ruhrbesetzung verschärfte nicht nur die internationalen Spannungen, die unmittelbare Bedrohung Sowjetrußlands durch die französische Militärmacht und ihrer Trabanten, die Gegensätze zwischen Frankreich und England, sondern sie verschärfte vor allem die politische und wirtschaftliche Krise in Deutschland in außerordentlich raschem Tempo.

Heute beginnen diese Tatsachen bereits vergessen zu werden. Aber was hat sich in diesen paar Monaten in Deutschland nicht alles zusammengedrängt an politischen und wirtschaftlichen Krisenmomenten: Die Absatzkrise, die Kohlenkrise, die dadurch hervorgerufene Erwerbslosigkeit, die ungeheuere Inflation und Zahlungsmittelknappheit, die Kapitalsverschiebungen ins Ausland, das Ruhrhilfepanama, die heimlichen Verhandlungen der einzelnen Industrien mit den Franzosen und die dadurch hervorgerufene Korruption, die Zerfahrenheit in allen bürgerlichen Parteien, das Wachstum der deutschvölkischen Bewegung, die vom Großkapital geschickt nach zwei Richtungen ausgenützt und deshalb finanziert wurde, um nach außen scheinbar eine nationalistische Maske zu haben und nach innen die Arbeiterschaft zu schrecken und zu zersetzen, die Separationsbestrebungen in Bayern, in der Pfalz, im Rheinland, die Zersetzungserscheinungen im zentralen Apparat des Reiches, die Verelendung des Mittelstandes, die finanzielle Bedrückung der Klein- und Mittelbauern durch die Steuern, die Verschärfung der Wohnungsnot durch die Flüchtlinge aus den besetzten Gebieten, und schließlich und endlich und am wichtigsten die tiefgehende Erschütterung und Zersetzung in der Sozialdemokratischen Partei, das wan-

kende Vertrauen der Massen in die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbürokratie. Alles das war da, entwickelte sich Tag für Tag, Zug um Zug, die Erregung in den Massen stieg, die Frage: wo ist der Ausweg, wer führt uns aus dem Chaos, was sollen wir tun? war nicht nur ein Gegenstand der brennenden Diskussion in den Fabriken, nein, ebenso bei den Beamten, bei den Kleinbürgern, Geschäftsleuten, auf dem flachen Lande, beim Kleinbauer, beim Mittelbauer, dem das entwertete Papiergeld ein Greuel war, ebenso wie den Landarbeitern. Unruhe, kleinere Lohnkämpfe im ganzen Reiche — und dann die erste Explosion im Ruhrstreik im Mai, wo ein wirtschaftlicher Massenkampf über die Köpfe der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer hinweg geführt wird, wo ein Kampf von Hunderttausenden von Bergarbeitern und Metallarbeitern offen revolutionären Charakter annimmt, zu bewaffneten Zusammenstößen mit der Staatsmacht, zu revolutionären Akten (Vorstoß auf das Gelsenkirchener Polizeipräsidium), Aufstellung bewaffneter proletarischer Hundertschaften in Gelsenkirchen und einigen anderen Orten führt. Ihm folgt der Streik in Oberschlesien, der nicht so heftig war, aber im wesentlichen die gleichen Züge zeigte. Ihm folgt der Streik in der Berliner Metallindustrie, Streiks in Sachsen, im Erzgebirge, Unruhe im mitteldeutschen Bergarbeitergebiet, Unruhe im Lausitzer Gebiet, Unruhe unter den Werftarbeitern an der Wasserkante, Unruhe im Hannoverschen Gebiet. Die größere Explosion folgt, der Cuno-Streik, der tagelang in Berlin „in der Luft liegt", der die Partei überrascht durch seinen politischen Charakter, der im Reiche tiefgehende Bewegungen auslöst. Er bricht ab, so jäh wie er kam, er wird noch einige Monate so weiter, und die Wogen der Massenvorging und wohin die Zeichen wiesen. Die Bourgeoisie merkt: noch einige Monate so weiter und die Wogen der Massenbewegungen werden alles überfluten. Nach dem Zittern der Furcht im Cuno-Streik beeilen sich die Sozialdemokraten, den Belagerungszustand zu proklamieren, aber die Unruhe in den Massen beginnt wieder. Nach kurzer Ruhepause im Oktober die heftigste Erregung in allen Teilen des Reiches, Generalstreikstimmungen in der Masse, nicht nur der Kommunistischen Partei allein. Sympathien bei Kleinbürgern, Kleinbauern, Mittelständlern. Stimmung: die Entscheidung kommt bald, sie muß kommen, denn Deutschland kann so nicht existieren. Und dann der Oktober! — — — Was ist da eigentlich geschehen? Jeder Versuch, es zu beschreiben, scheitert schon an der Tatsache, daß man sich nicht einig werden kann über die Tatsachen. Im Oktober haben die Kommunisten einen kläglichen Versuch gemacht, durch die Demokratie (Sachsen, Thüringen) die Staatsmacht in die Hand zu bekommen, und haben dabei der aufsteigenden Massenbewegung das Genick gebrochen. Die Deutschvölkischen haben versucht, durch bewaffneten Aufstand die Macht zu übernehmen (Hitler-Putsch in München!) und sind dabei auch kläglich zusammengebrochen — und seither „stabilisiert" die Bourgeoisie und das internationale Kapital „kolonisiert" und „beruhigt" das „arme, zertretene, zerrissene deutsche Volk". Und weiß der Teufel — die Stinnes und Loucheur stabilisieren vorerst nicht schlecht. Noch immer verrecken Hunderttausende Erwerbsloser, Kurzarbeiter, aber die feste Mark leuchtet heller als Sowjetstern und Hakenkreuz, und aus den Straßen der Großstädte sind die hungernden, verzweifelten, plündernden Massen verschwunden, man sieht noch viele müde, elende, wilde Proletariergesichter, aber die Massen sind stumm, vorläufig stumm.

B. Was hat die KPD., die revolutionäre Partei des Proletariats, in diesen entscheidenden Monaten getan? Das Bündnis mit der SPD. gepredigt, die Arbeiterregierung als nächste Etappe im Rahmen der Demokratie visiert, alle Massenbewegungen gestoppt, weil „Provokateure" darunter waren, um schließlich mit einem Sprung von dieser Politik der Zwischenstufen und Zwischenlösungen in eine Endkampfvorbereitung zu springen, die das rein Technische mit dem rein Demokratischen verband. Eine höllische Mischung — wenn die Partei daran nicht gestorben ist, dann zeigt sich, daß die Proletariermassen, die die KPD. umschließt, eine unzerstörbare Kerntruppe der Revolution sind.

Vom Januar bis Mai 1923 die Taktik der offenen Briefe. In der Ruhrfrage wird jede aktive Politik abgelehnt, das Ruhrproletariat sozusagen schicksalsmäßig zur Passivität verurteilt, weil es zwischen „zwei Feuern", den Franzosen und Deutschen, steht. Man betrieb eine Zweifrontenagitation, die nicht wirkt, weil sie zu nationalistisch gefärbt ist. Im Ruhrgebiet wird die Losung: „Die Ruhrgruben dem Ruhrproletariat!" von der Zentrale zurückgewiesen, die Produktionskontrolle als Losung und als Praxis zurückgewiesen, den Maistreik würgt man ab, weil „das Ruhrgebiet nicht kämpfen darf". Ähnlich im oberschlesischen Streik: man sucht die Massenbewegungen in „vernünftige Bahnen" zu bringen.

Um den linken Strömungen in der Partei entgegenzukommen, betreibt man eine Antifaschistenpropaganda, deren frischerer und agressiverer Ton sofort starke Wirkungen zeitigte. Diese Propaganda grenzt uns schärfer als bisher von der SPD. ab, zwingt uns zum Herausstellen unserer Endziele, läßt das ewige Gerede von der Einheitsfront im Bündnis mit der SPD. in den Hintergrund treten. Massen werden von der Agitation ergriffen, die Bourgeoisie horcht auf, erwartet am 29. Juli ein starkes Auftreten der KPD., aber das Verbot der Demonstration jagt uns in die Mauselöcher. Wir lassen uns eben nicht provozieren! **Im Zurückweichen am Antifaschistentag war unser Oktoberzusammenbruch schon einbegriffen.**

Dem Cuno-Streik gehen tagelang Unruhen in allen möglichen Schichten des Berliner Proletariats vorher, zum Beispiel unter den Metallangestellten, die wegen Lohndifferenzen in den Streik treten wollen. Dienstag, also vier Tage vor dem Ausbruch des Streiks, wird vom Vertreter der Opposition in der Zentrale das Mandat verlangt, in der am Abend stattfindenden Betriebsrätevollversammlung die Generalstreikstimmung auszunützen, den Generalstreik propagandistisch vorzubereiten und in den nächsten Tagen hineinzugehen. Man lehnt dies ab, passive Resistenz sei jetzt das einzige revolutionäre Mittel, viel besser als Streik! Die Bewegung wird Dienstag, Mittwoch, Donnerstag zurückgehalten, sie wird Freitag zurückgehalten, am Sonnabend ist der Streik da, die Partei ist überrascht, im Reiche weiß man nichts, die Verbindungen sind miserabel. **Berlin streikt allein, die anderen Bezirke sind noch nicht im Kampf, Berlin bricht ab, die anderen Bezirke treten in den Kampf.**

Nach dem Cuno-Streik zieht die Partei die Bilanz.

Berlin zieht die Bilanz: der nächste Kampf wird noch revolutionäreren Charakter haben als der Cuno-Streik und kann schon den Charakter des Kampfes um die Macht annehmen. Die entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen Proletariat und Bourgeoisie stehen auf der Tagesordnung. Man muß die Betriebsräte durch politische Arbeit zu tatsächlichen Arbeiterräten machen, die Parole der Arbeiterregierung muß zur Parole der proletarischen Diktatur umgewandelt werden, die 51%igen Sachwerte müssen verschwinden, die Frage der Sozialisierung steht auf der Tagesordnung.

Die Zentrale zieht die Bilanz: die nächste Etappe ist die linkssozialdemokratische oder rein gewerkschaftliche Regierung, die die Kapitulation vor Frankreich durchführen wird, da die Industrie die Kapitulation nicht durchführen kann. Eine Wendung an die SPD. ist deshalb notwendig. Die revolutionäre Betriebsrätebewegung habe an Bedeutung verloren, die Arbeit ist auf die freigewerkschaftlichen Betriebsräte zu konzentrieren. Verstärkte Propaganda für die Arbeiterregierung als Zwischenlösung „auf demokratischem Weg". Berlin organisiert einen illegalen Betriebsrätekongreß am 9. September. Die Zentrale zersetzt die SPD. in Sachsen durch Verhandlungen über die Bildung der sozialdemokratischen Regierung.

Die Exekutive stellt die Partei um auf entscheidenden Kampf, beschließt den Eintritt in die sächsische Regierung als militärisches Manöver. Die Parteileitung stimmt zu, geht bedingungslos in die sächsische Regierung, vergißt, daß die Partei auf Zwischenlösungen erzogen ist, bremst alle Massenbewegungen im Hinblick auf den nahenden Endkampf ab, schwätzt von der Reichswehrexekutive, die den großen Kampf auslösen soll in der Partei. Der Masse des mitteldeutschen Proletariats verspricht man durch IAH. Brot und Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, zunächst wirtschaftliche Linderung. Müller marschiert und die Partei stellt auf der Chemnitzer Konferenz, wo man über die Linderung der Wirtschaftsnöte reden sollte und die sächsische Arbeiterschaft in dieser Konferenz nie etwas anderes gesehen hatte, den Antrag auf Generalstreik, und als die „linken Sozialdemokraten" sich weigern, ist man erschrocken über dieses unerwartete Ereignis und läßt den Karren laufen. Inzwischen schlagen die Hamburger los, verbluten sich isoliert und die Partei tritt besinnungslos, kopflos, verwirrt den Rückzug an, der einzig dasteht in der Geschichte der revolutionären Bewegung. Seeckts Verbot der KPD. gibt nur noch das amtliche Siegel unserer Ohnmacht.

III. Einiges zur Genesis der Sachsenfrage.

Die Politik, die die KPD. zwei Jahre in Sachsen getrieben hat, war und bleibt der Prüfstein für die Theorie und Praxis unserer Zwischenstufentheoretiker. Die Visierung auf Sachsen

hatte die stärkste politische Vernachlässigung aller anderen Teile Deutschlands und ihrer Fragen zur praktischen Folge. Die Visierung auf Sachsen war die Visierung auf das Bündnis mit der linken SPD.

Im ersten Jahre der sozialdemokratischen Regierung in Sachsen 1921—22 unterstützten wir die Regierung, schlicht und einfach, ohne weitere Folgerungen daran zu knüpfen. Das war die Periode, wo sich die Partei nach der Levi- und Friegsland-Periode in einem politischen und organisatorischen Konsolidierungsprozeß befand. Nach den Novemberwahlen zum sächsischen Landtag im Jahre 1922, wo die Sozialdemokraten plus Kommunisten eine Mehrheit im Landtag erhielten, begannen schon Verhandlungen um die Eintrittsfrage auf Grund von zehn Bedingungen, die damals von der Zentrale aufgestellt wurden, unter denen sich Punkt 7, Bewaffnung des Proletariats, und Punkt 9, Verantwortung der Regierung vor einem Betriebsrätekongreß, befanden. Diese Verhandlungen fanden zur Zeit des Reichsbetriebsrätekongresses statt, wo die sächsiche Frage von dem damaligen Referenten Brandler stark in den Vordergrund gestellt wurde. Zur gleichen Zeit fand der IV. Weltkongreß der Komintern in Moskau statt, auf dem die deutsche Delegation durch einen Übermittlungsfehler der Rosta die Nachricht erhielt, die sächsische Arbeiterregierung sei schon gebildet worden und Brandler und Böttcher seien in das Ministerium eingetreten. Die Delegation trat daraufhin zusammen und nahm zu diesem Ereignis Stellung, wobei prinzipiell der Eintritt in die Regierung von der gesamten Delegation gegen die vier Stimmen von Nagel-Leipzig, König-Rheinland, Urbahns-Wasserkante, Ruth Fischer-Berlin gebilligt wurde. Am nächsten Tage traf Post aus Deutschland ein, die die Nachricht über Sachsen enthielt, daß zwar Verhandlungen im Fluß, aber die Regierung noch nicht gebildet sei. Die Sozialdemokraten seien bereit, fast alle unsere Bedingungen zu akzeptieren bis auf Punkt 7 und 9, und nun sei die Frage, ob man an diesen beiden Punkten das Zustandekommen der Arbeiterregierung scheitern lassen soll. Mit Argumenten, daß die Arbeiter nicht verstehen würden, wenn wir an diesen Punkten die Arbeiterregierung scheitern ließen, mit Argumenten von der Notwendigkeit, die Arbeiter zunächst durch den Kampf für Lohn und Brot zu gewinnen, wurde wiederum gegen die vier oben genannten Stimmen der Eintritt in die Regierung auch bei Fallenlassen von Punkt 7 und 9 gebilligt. Punkt 7 und 9, Bewaffnung und Räte, die Grundvoraussetzung dafür, daß die Arbeiterregierung der Beginn des Kampfes um die Macht, ein Machtkampf ist. Nur diese beiden Punkte sollten fallen gelassen werden — nicht mehr!!!

Am nächsten Tage wandte sich die Delegation an die Exekutive, die nach Prüfung des Materials ebenfalls dazu Stellung nahm und einstimmig (darunter auch die Genossen Lenin und Trotzki) sich gegen den Eintritt in die sächsiche Regierung, also gegen den Beschluß der deutschen Delegation aussprach. Auf dem Leipziger Parteitag spielte bekanntlich die Sachsenfrage die zentrale Rolle. Die Nachricht vom Sturz der sozialdemokratischen Regierung durch unsere Fraktion wurde durch Lichtbild dem Parteitag verkündet, der diese welthistorische Nachricht mit stürmischem Jubel aufnahm.

Nach dem Sturz der sächsischen sozialdemokratischen Regierung begannen die Verhandlungen zwischen KPD. und SPD., unter welchen Bedingungen die KPD. die Regierung weiter unterstützen will. Die ursprüngliche Forderung eines Betriebsrätekongresses, der Verantwortlichkeit der Regierung vor einem Betriebsrätekongreß wurde fallen gelassen und jene berühmte Abmachung getroffen, die ein ganzes Jahr lang die Grundlage unserer Parteiagitation war. Die Hauptpunkte dieser Abmachung, die heute schon ins Vergessen geraten, sind:

1. Die Bildung von gemeinsamen Hundertschaften.
2. Die Legalisierung der Kontrollausschüsse.
3. Die Bildung einer Arbeiterkammer.

Weder sind in Sachsen gemeinsame Hundertschaften gebildet worden noch sind die KA. über die Behandlung von Wucherfällen hinausgekommen, noch ist die Arbeiterkammer aus dem Stadium des Geschwätzes herausgetreten. Dafür wurde aber die Partei monatelang damit verseucht, daß diese Abmachungen der Angelpunkt der Massenbewegung in Deutschland seien, daß durch sie der Anknüpfungspunkt für große entscheidende Bewegungen gegeben war, daß die gemeinsamen sächsischen Hundertschaften die ersten Stoßtruppen der künftigen Roten Armee darstellten. Die Tätigkeit der sächsischen Kontrollausschüsse wurde in den Himmel gehoben; das Schlimmste aber an all diesen Verzerrungen war, daß die sächsische Presse und die offizielle Parteipresse überhaupt diese Arbeiterkammer als die ideale Form der Verbindungen einer Regierung mit den Massen darzustellen begann. Man entdeckte, daß die Arbeiterkammer eigentlich viel besser sei als der Betriebsrätekongreß, und es fehlte nicht viel, daß die Partei den Ruf ausgestoßen hätte: Alle Macht den Arbeiterkammern! Man versuchte in anderen Bezirken, in Hamburg in Lübeck, in Braunschweig usw. ähnliche Arbeiterregierungen, gestützt auf die Arbeiterkammern, zustande zu bringen, und es gab unter anderem auch einen kleinen Konflikt mit Berlin, weil wir uns weigerten, in einem Flugblatt den Kampf für einen „Arbeitermagistrat" aufzunehmen. (Der Berliner Magistrat besteht nämlich heute noch aus lauter Sozialdemokraten, auch zwei Kommunisten waren damals vertreten.) Die gesamte Partei konzentrierte sich auf diese sächsische Politik, und auch in der Internationale wurde der Eindruck erzeugt, als ob hier ein entscheidender Schlag gegen die Bourgeoisie gelungen wäre. Wenn sich die linke SPD. im Verlauf der folgenden Monate einer so großen Popularität in den breiten Massen, innerhalb und außerhalb der Partei erfreute, so hat unsere Verherrlichung der sächsischen Abmachungen nicht wenig dazu beigetragen.

In diesen Freudenrausch über die Ausnützung des bürgerlichen Staates zum Betreiben von Arbeiterpolitik fielen einige unangenehme Ereignisse: zunächst kleinere Zusammenstöße zwischen Hungernden und Erwerbslosen, die demonstrierten, und den Polizeibehörden einer hochwohllöblichen sozialdemokratischen Regierung. Hunger, Elend Erwerbslosigkeit stiegen in ganz Deutschland und auch auf der glücklichen Insel in Sachsen. Es kam zu den Vorfällen in Bautzen, Leipzig und Dresden. Die Polizei des Herrn Zeigner benahm sich genau so wie die von Severing und schoß auf Erwerbslose (was die damalige Zentrale als „faschistische Provokationen" zu deuten wußte, begangen, um die „Einheitsfront zu sprengen!"). Auch nach diesen Vorfällen unterstützten wir die Regierung weiter, und alle Anträge, die von der Berliner Organisation innerhalb und außerhalb der Zentrale gestellt wurden, zumindest durch die Einberufung eines sächsischen Betriebsrätekongresses einen Druck auf die sächsische Regierung auszuüben, die schuldigen Offiziere abzuberufen und den verantwortlichen Polizeipräsidenten von Leipzig, den Sozialdemokraten Fleißner, zu entfernen, diese Forderungen wurden mindestens viermal, wenn nicht öfter abgelehnt. Ganz klar, die Einberufung eines sächsischen Betriebsrätekongresses hätte die Koalition mit Zeigner in Gefahr gebracht. Dann schickte die Zentrale einige Berliner Proleten nach Sachsen, um dadurch die Stimmung der Unruhe unter unseren Mitgliedschaften zu besänftigen. Die beiden kamen zurück, noch viel unruhiger, als sie ausgezogen waren, und nun wußte sich die Zentrale nicht mehr zu helfen, als mit einem **Diskussionsverbot über die sächsische Frage**, da wir „in einer Aktion" waren!!! Bis der Junibrief der Exekutive in dieser Frage den Standpunkt der Zentrale desavouierte.

Nach dem Cuno-Streik beschäftigte sich die Berliner Organisation in einer ganzen Reihe von Sitzungen mit den Folgerungen, die aus dieser Generalstreikbewegung zu ziehen sind. Es war uns allen klar, daß der Cuno-Streik ein Auftakt zu großen Massenkämpfen war und daß die ganze Partei sich darauf einstellen müßte. Insbesondere verlangten wir die Konzentration der Partei auf die Betriebsrätebewegung und ihre Umgestaltung zu einer Rätebewegung (Berlin-Brandenburger Betriebsrätekongreß am 9. September in Velten).

Und hier hatte die Berliner Organisation ihren seit Leipzig heftigsten Zusammenstoß mit der Zentrale. Man erklärte, die nächste Etappe seien nicht entscheidende Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie, sondern Zwischenlösungen, Zeigner-Regierung im Reichsmaßstab oder sonstige Kombinationen gewerkschaftlicher oder linkssozialdemokratischer Regierungen. Die Partei wurde ausdrücklich darauf visiert, nach dem Cuno-Streik das sächsische Beispiel, die Zeignerei, im Reichsmaßstab als nächste wahrscheinlichste Etappe des Kampfes anzusehen und sich darauf einzustellen.

Bei den Moskauer Besprechungen im September wurde diese Einstellung abgelehnt. Die Exekutive war derselben Auffassung wie die linken Organisationen, daß die Stunde der Entscheidungskämpfe herannaht und daß die Partei sich darauf einstellen muß. Die Exekutive konnte allerdings nicht wissen, wie unfähig und unvorbereitet in jedem Sinn die Partei auf diese Kämpfe war. Über Sachsen sprachen die verantwortlichen Vertreter der Zentrale in Moskau ungefähr so, wie Friedrich Adler im Jahre 1919 über Österreich: Wir können jederzeit die Macht übernehmen, wenn wir nur wollen. Weil wir jedoch ein kleines isoliertes Land sind usw. usw. So sagte man von Sachsen: Wir können jederzeit 60.000 Mann bewaffnen, wir können in Sachsen politisch und militärisch die Macht übernehmen, aber dann geht es eben los im Reichsmaßstab. Da entschied die Exekutive: Wenn Ihr das

könnt, wenn Ihr durch Sachsen den Kampf im Reiche auslösen könnt durch Provozierung der Reichswehrexekutive und wenn Ihr dazu noch durch den Eintritt in die sächsische Regierung eine solche Menge Abeiter bewaffnen könnt, dann müßt Ihr das jetzt machen, so sehr wir früher dagegen waren, weil jetzt der Moment des Entscheidungskampfes gekommen ist. Diese Einstellung der Exekutive war falsch. Denn weder konnte man in Sachsen die Arbeiter bewaffnen noch war die Partei fähig, von Sachsen aus den Konflikt im Reichsmaßstabe aufzurollen, noch war sie willens dazu, aber es ist durchaus verständlich, wenn die Exekutive, die doch ein gewisses Vertrauen zur Parteiführung haben mußte, diesen Schlachtplan gemeinsam mit der deutschen Partei entwarf.

Über die elf Tage der Regierungstätigkeit braucht man kein Wort weiter zu verlieren. Es war der Zusammenbruch der Theorie der demokratischen Zwischenstadien, es war der Zusammenbruch einer Führung, die ihre Politik durch Agitationsreden zu maskieren glaubte, es war der Zusammenbruch einer Führung, die hoffte, die Partei in die Zwischenstufen, weg vom Kommunismus, führen zu können, ohne daß die Partei es merken sollte.

IV. Die Hauptfragen der jetzigen Parteidebatten.

Welche Fragen sind durch den Zusammenbruch der sächsischen Politik und durch den Oktoberzusammenbruch aufgerollt worden?

1. Noch einmal die Frage der Einheitsfront und Arbeiterregierung: Unter Einheitsfronttaktik verstand man im Beginn ihrer Formulierung in der Komintern die Methode der Agitation und Mobilisation der Massen für konkrete bestimmte Tagesforderungen. Radek und Brandler haben daraus das Bündnis mit der SPD. gemacht, und damit revidiert die Auffassung von der Rolle der KPD. als Vorkämpferin der proletarischen Revolution. Typisch dafür sind unsere Einheitsfrontplakate. Da marschieren SPD.- und KPD.-Arbeiter im gleichen Schritt, in gleicher Frontlinie, mit gleichen Fahnen usw. Schon Levi begann über die Vorhutrolle der KPD. zu höhnen. Brandler und Radek haben das zwar nicht getan, aber in der Theorie und Praxis der Einheitsfronttaktik die KPD. als KPD. in Europa zu liquidieren versucht. Nicht um die SPD.-Arbeiter zu gewinnen, wie man den Parteimitgliedschaften immer vorschwätzte, sondern aus der inneren Überzeugung, daß die KPD. in Europa allein zu schwach ist, um irgendwelche Kämpfe zu führen. Das Resultat einer solchen Einstellung ist die Liquidation der KPD. und der Komintern, ob man das will oder nicht! Diese Einheitsfronttaktik hat die KPD. zersetzt und demoralisiert. Sie hat den Zerfallsprozeß der SPD. aufgehalten, sie hat die historische Funktion der linken Sozialdemokraten, durch Scheinradikalismus in den Zeiten der Unruhe und Massenbewegung die sozialdemokratischen Arbeiter vom Abströmen aus der Partei zu verhindern, erleichtert. Einem einfachen SPD.-Arbeiter, einem Durchschnittsarbeiter, der aus den objektiven Zerfallserscheinungen des Ruhrkriegs-Deutschlands im Widerspruch mit den politischen Handlungen seiner Partei geriet, der aber noch traditionsmäßig organisatorisch an die SPD. gebunden war, war die Frage nur unklar gestellt: entweder KPD.-Revolution oder SPD.-Konterrevolution, sondern er hatte den Ausweg der Einheitsfront, des Bündnisses mit der KPD. und des Verbleibens in der SPD. Diese SPD.-Massen, die im Januar bis Oktober 1923 zu uns hätten stoßen können, sind jetzt zurückgeflutet oder dem Indifferentismus in die Arme gefallen. Wie hat der Durchschnittsparteilose in der Masse die Frage der Einheitsfront verstanden? „Die Arbeiter sind schwach, die Bourgeoisie ist stark, wenn die Arbeiter alle zusammenstehen, dann wird es vielleicht gehen, aber die Führer zanken sich immer und verhindern eine einheitliche Aktion.“ „Die Führer müssen sich vertragen und miteinander gegen die Bourgeoisie kämpfen, dann wird es gehen!“ Und der ungeschulte, junge deutsche Kommunist, was hat er unter Einheitsfront verstanden? Die KPD. ist schwach, allein kann sie nichts tun! Um aktiv zu sein, muß man mit dem großen Bruder Arm in Arm gehen!

Wir fürchten, auch die Formulierung der „Einheitsfronttaktik von unten“ kann dieses in Grund und Boden kompromittierte Wort nicht mehr retten. Einheitsfront ist zum Sinnbild der Schwäche der KPD. geworden. Wir werden, ohne die Sache aufzugeben, ohne aufzugeben den täglichen Kampf um konkrete Forderungen des Proletariats, dieses Wort aus unserer ganzen Arbeit verschwinden lassen müssen. Der V. Weltkongreß wird diese Frage sehr ernsthaft für die Komintern zu stellen haben, denn für die schwachen und jungen kommunistischen Parteien West- und Mitteleuropas war die Einheitsfronttaktik ausnahmslos eine Quelle des Revisionismus und der inneren Haltlosigkeit und Schwäche dem Klassengegner gegenüber, solange über das Wort hinaus nicht konkrete Methoden ausgearbeitet sind.

2. Auf die Frage der Arbeiterregierung trifft im großen ganzen das gleiche zu. Nur wird mit der Theorie der Arbeiterregierung als demokratischer Zwischenstufe der Revisionismus, der mit der Einheitsfronttaktik als einem Bündnis begonnen wird, weitergetrieben. Revidiert die Bündnistaktik die Rolle der KPD. in der Revolution, so revidiert die Auffassung der demokratischen Arbeiterregierung die Staatstheorie des Kommunismus. Es gilt da nicht mehr die Eroberung der Staatsmacht, die Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmacht, der Aufbau der proletarischen Staatsmacht, sondern es gilt dann, auf demokratisch-friedlichem Wege in die bürgerliche Staatsgewalt hineinzuwachsen. Diese Theorie wurde verkleidet mit vielen schönen Reden, daß es bei der Demokratie nicht bleiben kann, daß die demokratische Arbeiterregierung in den bewaffneten Kampf um die Macht umschlagen muß, aber all das hat Herr Fritz Adler auch schon gesagt und mit viel schöneren Worten.

Einheitsfront und Arbeiterregierung rollen die dritte Frage auf.

3. Wenn der Weg der Revolution in Europa kein schneller Weg zur Macht ist, welche Taktik sollen die kommunistischen Parteien dann einschlagen?

Dieselbe Fragestellung wie bei Levi und Friesland! Wenn wir nicht unmittelbar vor dem Machtkampf stehen, wenn wir noch lange Jahre des Ringens, noch eine längere Periode des Kampfes um die Massen vor uns haben, wenn die Möglichkeit entscheidender revolutionärer Kämpfe nach der vorläufigen Liquidierung der Ruhrkrise von neuen internationalen kapitalistischen Verwicklungen abhängt, dann, meinen die Genossen Radek und Brandler, darf die KPD. keine bloße „Agitationspartei“ sein. Dann muß die KPD. und die Komintern eine Politik der praktisch „verantwortlichen Arbeit“ treiben, das heißt man muß auf dem Boden der Tatsachen, auf dem Boden der Demokratie kämpfen, das heißt man muß versuchen, teilzunehmen an dieser Demokratie und ein Stück der Demokratie nehmen als Position, da die Aussicht, die ganze Staatsgewalt zu bekommen, in der Ferne liegt. Radek und Brandler sagen auch heute ganz konsequent und deutlich (trotz ihrer Thesen des Zentralausschusses, die das Bündnis mit der linken SPD. und die Ausnützung der Demokratie ablehnen!): „Auch in Deutschland kann noch eine Situation kommen, wo man auf dem Boden der Demokratie sich bewegt und wo wir die Ausspielung der sächsischen Karte zur Zersetzung des Faschismus benützen müssen.“ Hier steht die alte Frage der Arbeiterbewegung: Auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung um Reformen kämpfen oder die Revolution vorbereiten? Diese Genossen behaupten, man kann nur die Revolution vorbereiten, wenn man heute um Reformen kämpft. Aber das ist nur eine Übergangsformulierung. Die KPD. darf niemals, und das ist der tiefste Sinn des Kampfes der Linken gegen die Zwischenstufentheoretiker, ihre Aufgabe der Vorbereitung der Revolution und die Herausbildung eines kommunistischen Flügels der Arbeiterklasse vergessen. Jede kommunistische Partei wird sich erst dann als wirklich revolutionäre Partei erweisen, wenn sie auch in den Zeiten der größten Niederlagen der Arbeiterklasse, der größten Depression und Zersetzungserscheinungen keinen Augenblick die Arbeiten zur Vorbereitung der Revolution unterbricht, wenn die objektive Lage die Arbeiterklasse auch scheinbar noch so fern vom Ziele zeigt, sie trotzdem nichts von der Vertretung ihrer Grundauffassungen über die Frage der Eroberung der Staatsgewalt und der Notwendigkeit der Zerschlagung der reformistischen Arbeiterorganisationen, der SPD., aufgibt. Wer die Frage dabei stellt: Sekte oder Massenpartei? agitatorische oder praktische Arbeit? der stellt die Frage so, wie sie die Sozialdemokraten stellen und muß bei den Sozialdemokraten landen. **Massenpartei, aber Massenpartei der Revolution!** Massenpartei nicht um den Verzicht auf die Vertretung unserer kommunistischen Grundsätze! Und wenn die Massen in den Zeiten des Niedergangs der revolutionären Welle zum Reformismus gehen, wie sie im Kriege zum Reformismus gingen, dann können wir Kommunisten nicht mit ihnen zum Reformismus gehen, um bei ihnen zu bleiben, sondern wir müssen Kommunisten bleiben, damit die Massen zurückkehren können zu einer kommunistischen Partei und Führung, wenn die revolutionäre Welle wieder hochflutet. Der November 1918, der eine revolutionäre Situation ohne revolutionäre Partei fand, muß dem Proletariat eine unauslösliche Lehre geben, ebenso umgekehrt die russische Revolution, wo eine revolutionäre Partei vorhanden war, nämlich die Lehre: Bildet eine Kommunistische Partei, ohne Kommunistische Partei kannst du den Sieg

über die Bourgeoisie nicht erringen! Wer die Frage stellt: Agitation oder praktische Arbeit?, der nimmt als Voraussetzung nicht einen zeitweiligen Niedergang der revolutionären Welle, sondern die Liquidation der Revolution überhaupt. Und daß diese von uns seit Jahren hinter der „aktiven" Formulierung der Einheitsfronttaktik und Arbeiterregierung vermutete revisionistische Tendenz da ist, das hat nicht nur die Praxis des Oktober, sondern auch die vierte Problemstellung gezeigt, die jetzt ebenfalls eine große Rolle spielt.

4. Wer hat im Oktober gesiegt? Der Faschismus über die Novemberrepublik, aber nicht über die Arbeiterklasse? Oder die Bourgeoisie über die Arbeiterklasse? Der Arbeiter im Betrieb weiß heute, daß sich der Sieg der Bourgeoisie, der 1918 begann, im Oktober 1923 vollendete. Er weiß es, weil er zwölf Stunden arbeiten muß und weil ein großer Teil seiner Kollegen trotzdem oder gerade deswegen erwerbslos ist. Aber die Genossen Radek und Brandler haben ja zur Krönung ihrer Auffassung von Einheitsfront und Arbeiterregierung und Massenpartei diese Theorie erfunden. Wenn der Faschismus über die Novemberdemokratie gesiegt hat, wenn also Novemberdemokratie und Faschismus sich bekämpfende Mächte sind. dann ist entweder die Novemberdemokratie etwas klassenloses, oder wir haben zwei Arten von Kapitalismus, einen schlimmeren und einen wenig schlimmeren. Konsequent sagen ja auch die Thesen von Radek-Brandler, die der Zentralausschuß vom November gegen die Stimmen der Linken angenommen hat, daß die Theorie der Zwischenstufen deshalb möglich war, weil der Faschismus noch nicht über die Novemberdemokratie gesiegt hatte. Oder wie es Brandler auf seiner Rede im Zentralausschuß (gedruckt: „Internationale", Heft 18, Jahrg. 6, Seite 522) formuliert: „Genau so vom Standpunkt der Konterrevolution wie der Revolution ist die demokratische Republik kein Boden, wo die Klassenherrschaft aufgerichtet werden kann." Wenn das wahr ist, dann haben die Sozialdemokraten recht, wenn sie mit der demokratischen Republik gegen die „Reaktion" kämpfen. Wenn man die Gruppierungen innerhalb der Bourgeoisie zur Grundlage unserer Politik machen will, dann kommt man genau auf den Standpunkt der Sozialdemokraten, die mit den Demokraten, dem Zentrum, dem Wirth, und jetzt mit der Deutschen Volkspartei und schließlich mit Seeckt „die Reaktion" und den „Faschismus" bekämpfen. **Dann kommt man zur Arbeiter-, Kleinbürger- und Bauernregierung und schließlich zur Arbeiter- und Bürger- und Bauernregierung!!!!**

Die Thesen des Zentralausschusses, die die Fragen so stellten und die Stellung dieser Fragen als Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik haben ebensoviel dazu beigetragen, daß die deutsche Rechte vom Politbureau der RKP. desavouiert wurde, wie die Praxis der Oktoberereignisse und der sächsischen Ereignisse. Aber diese Formulierungen haben in der nachträglichen Zusammenfassung der Ereignisse dieses Jahres gezeigt, daß in der Antifaschistenagitation, wie wir sie betrieben haben, trotz unserer augenblicklichen großen Erfolge und des unleugbaren Vorteils der schärferen Frontstellung gegen die SPD. (was uns Linke bewogen hat, sie mitzumachen: Gegengift gegen die Einheitsfronttaktik!) eine ganz bewußte Tendenz auf diese Analyse des Faschismus hin lag. In der Analyse, den Faschismus, das heißt die deutschvölkische, die nationalsozialistische Bewegung als etwas von den übrigen Erscheinungen der kapitalistischen Diktatur abgesondert und getrennt zu behandeln. Der Faschismus ist nichts anderes als eine bestimmte Form der kapitalistischen Diktatur, wodurch Ausnützung verschiedenster Interessengegensätze zwischen einzelnen Bevölkerungsschichten (ländliche und städtische Kleinbürgerschichten!) die Basis der Herrschaft der Industrie so verbreitert wird, daß schärfere und brutalere Methoden gegen das Proletariat möglich sind. In Deutschland hat diese von der Industrie geistig und materiell ausgehaltene Bewegung auch noch den Zweck erfüllt, die Verschacherung des Ruhrgebietes an die Franzosen, mit nationalistischer Begleitmusik zu erfüllen, was außen- und innenpolitisch nützlich war. Wenn die Partei den Faschismus in allen seinen Schattierungen nicht analysiert als eine besondere Form der kapitalistischen Unterdrückungsmethoden, wenn sie ihre Agitation nicht einheitlich gegen Stinnes und Ludendorff und Seeckt richtet, sondern sie trennt im Bewußtsein der Massen, dann steckt hinter all dem mystischen und soziologisch drapierten Geschwätz vom „deutschen Faschismus" nicht das sehr nützliche und konkrete Studium der einzelnen Erscheinungen in den einzelnen Ländern, sondern eine sehr simple sozialdemokratische Auffassung — die Auffassung vom Kapitalismus und von der „Reaktion" und vom besonders notwendigen Kampf gegen die „Reaktion", wodurch die SPD. nun fünf Jahre lang breite Arbeitermassen für die Koalition mit der Bourgeoisie gewonnen hat.

Anmerkung: Diese vier Fragen, die in den jetzigen Parteidebatten die Hauptrolle spielen, sind eng verknüpft mit der russischen Frage, sind eng verknüpft mit den Fragen der Komintern. Die reformistische Strömung innerhalb des Kommunismus zeigt sich natürlich nicht nur in der KPD., zeigt sich sogar in der RKP., zeigt sich schon lange in der Komintern. Wir scheiden diese Fragen hier mit Absicht aus und werden sie besonders behandeln.

Die gegenwärtigen Aufgaben unserer Partei.

A. Die KPD. ist durch die schwere Krise, die sie jetzt durchleidet (die Krise ist sehr schwer, trotzdem äußerlich alles so glatt geht und ist dieselbe Krise, die durch die ganze Komintern hindurchgeht!), praktisch auf den Punkt zurückgeworfen, auf dem sie vor zwei Jahren nach der Märzaktion stand und den sie bereits überschritten hatte. Der Punkt, von dem die KPD. jetzt zu aller Arbeit ausgehen muß, ist: Wie gewinnt die KPD. wiederum die Massen des Proletariats? Der Kreis um die Kommunisten herum hat sich nach dem Oktober verschmälert. Wer das leugnet, ist ein Idiot, der nicht sieht, was los ist. Nach der Märzaktion hat die Partei den Versuch gemacht, die Massen zu gewinnen durch Annäherung an ihre Ideologie. Das ist ihr scheinbar gelungen, und dann kam der Zusammenbruch. Jetzt muß die Kommunistische Partei nach innen einen Prozeß der Konsolidierung und Klärung durchführen, sie muß eine Politik treiben, bei der sie nicht eine sozialdemokratische Maske anzieht, um das „abscheuliche" kommunistische Antlitz zu verdecken, und sie muß trotzdem und gerade deshalb in den Massen leben, an den Kämpfen der Massen teilnehmen und sie dadurch für die KPD. gewinnen. Wenn dieselbe Frage vor zwei Jahren nach der Märzaktion vor der KPD. stand, so war die objektive Lage ungleich günstiger als heute zur Lösung dieser Frage. Die politische und soziale Krise wuchs nach dem März 1921 in Deutschland. Die faschistischen Attentate auf Erzberger und Rathenau, die fortschreitende Inflation, die krassen Spannungen innerhalb der herrschenden Klasse, der wachsende Zerfall der Sozialdemokratie und schließlich die Ruhrbesetzung schufen eine aufsteigende revolutionäre Stimmung der breiten Massen, in der die KPD. es verhältnismäßig leicht hatte, sehr starken Einfluß zu bekommen und diesen Einfluß auch organisatorisch zu festigen. (Wenn man dies trotz alledem nur unzulänglich getan hat, so sind daran unsere falschen Methoden schuld, und wir müssen heute die Zeche dafür bezahlen!)

Wie ist die Lage heute in Deutschland? **Keine der Ursachen der sozialen und politischen Krise in Deutschland ist verschwunden.** Alle Fragen, die nach dem Weltkrieg durch den Zusammenbruch des deutschen Imperialismus auf die Tagesordnung gestellt wurden, sind ungelöst. Aber das Tempo der Entwicklung dieser sozialen und politischen Gegensätze ist seit dem Oktober langsamer geworden. Das wichtigste Moment für die Massenagitation ist die Tatsache der zeitweiligen Stabilisierung der Mark und die dadurch hervorgerufene Entspannung im Wirtschaftsleben. Diese Tatsache wird jedoch sofort beeinträchtigt durch die andere Tatsache der ungeheuren Erwerbslosigkeit und die niederen Löhne. Aber so lange keine neue Inflationskrise da ist, darf man die beruhigende Wirkung der Markstabilisierung auf breite Schichten des Mittelstandes und auch des Proletariats nicht unterschätzen. Die „Überfremdung" der deutschen Wirtschaft, insbesondere des Ruhrgebiets, was man agitatorisch als Kolonialisierung bezeichnete, wird zur Tatsache, und zwar zur totgeschwiegenen Tatsache. Wie das Verhältnis der deutschen Industrie zur französischen Industrie und darüber hinaus zur Weltindustrie sein wird, läßt sich heute noch nicht klar umreißen. Die Ruhrfrage ist für die deutsche Bourgeoisie liquidiert. Das Ruhrgebiet bleibt, so oder so, in den Händen der Franzosen. Die Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen Industriekapitänen wird durchgeführt. Diese wirtschaftliche „Entspannung" wird für die Bougeoisie noch günstiger durch die Niederlage, die die Arbeiterschaft im Kampfe um den Achtstundentag erlitten hat. Selbst bürgerliche Blätter, wie das „Berliner Tageblatt" und die „Vossische Zeitung", erklären, daß der Kampf gegen den Achtstundentag für viele deutsche Unternehmer weniger eine Frage der Rentabilität als eine Frage des Prestiges gewesen ist (Herr-im-Hause-Standpunkt!). Ebenso ist es ein Moment der wirtschaftlichen und politischen Entspannung für die deutsche Bourgeoisie, daß das deutsche Proletariat ohne jeden Widerstand den Belagerungszustand, die Herrschaft der Generale, schutzhaft, ertragen hat.

Diese Entspannungsmomente erlauben der deutschen Bourgeoisie, auch politisch ihre Haltung wieder zu verändern. Es ist

im gegenwärtigen Augenblick für die deutsche Bourgeoisie bequemer, ohne Belagerungszustand regieren zu können (Labour-Regierung in England!), und sie kann sich erlauben, den Belagerungszustand aufzuheben, weil tatsächlich „Ruhe" in die Bevölkerung eingezogen ist. Wenn die kampflose Preisgabe des Achtstundentages eine entscheidende historische Niederlage des deutschen Proletariats war, so ist wiederum auch der kampflos zurückgenommene Belagerungszustand ein entscheidender Sieg der deutschen Bourgeoisie. Das Proletariat hat sich diese Aufhebung des Belagerungszustandes nicht erkämpft, und deshalb sind nicht die gleichwertigen Ausnahmebestimmungen, sachlich von der fast gleichen Wirkung, gefallen, sondern die Bourgeoisie hat jederzeit die Möglichkeit, die militärische Form ihrer Herrschaft wieder zu verschärfen. Auch die Entwicklung der deutschvölkischen Bewegung zeigt eine Änderung der Situation an.

Der Hitler-Prozeß ist für die Deutschvölkischen historisch der Abschluß ihrer „romantischen" Periode, wo sie durch das Mittel des bewaffneten Aufstandes die bürgerliche Diktatur errichten wollten. Das, was das faschistische Programm versprochen hat, stabile Währung, Kampf gegen die Arbeiterschaft, Verschärfung der Justiz, ist zu einem Teil erfüllt. Die Deutschvölkischen treten aus dieser ersten Periode des Sturmangriffes gegen das „parlamentarische Regime" jetzt in die zweite Periode, indem sie sich auf den Boden des parlamentarischen Systems stellen. Die großen Wahlerfolge, die sie jetzt als Nachernte einheimsen, sind zugleich das Ende der extrem-putschistischen Taktik der Deutschvölkischen. Die Deutschvölkischen entwickeln sich in Deutschland zu einer Partei, deren Bestand aus Kleinbürgern und Arbeitern sich zusammensetzt, die durch ihr Programm reaktionäre und scheinbar fortschrittliche Forderungen, vor allem soziale Forderungen, vereinigt und die dieses Programm in den Parlamenten durchkämpft. Die Deutschvölkischen werden nicht nur zu einer parlamentarischen Partei, sondern sie werden regierungsfähig nicht nur für Kommunen und Länder sondern sie werden im allgemeinen regierungsfähig werden und ein künftiges Kabinett unter starker Mitbeteiligung des deutschvölkischen Flügels, ja vielleicht unter ausschließlicher Führung, ist keineswegs in Deutschland unmöglich. Für diese Entwicklung der Deutschvölkischen gibt es nicht nur Parallelen in der gegenwärtigen Entwicklung, sondern auch Parallelen, die in die Vorkriegszeit zurückreichen (Tschechoslowakei!). Gewiß waren zum Beispiel die Christlichsozialen in Altösterreich durch die Tatsache, daß sie immerhin von katholischen Massen getragen waren, in einigen Punkten anders orientiert. Und trotzdem bringt eine Analyse der christlichsozialen Partei, besonders in der letzten Periode der Entwicklung, mehr Berührungspunkte mit der deutschvölkischen Bewegung als mit der des Zentrums. Die Christlichsozialen waren und sind eine regierende Partei. Im gegenwärtigen Moment haben wir also eine zeitweilige Entspannung und ein langsames Tempo der revolutionären Entwicklung. Die lange Dauer und die Tiefe der Krise in unserer Partei erklärt sich zum Teil aus diesen objektiven Ursachen.

International verschärfen sich in Westeuropa im Gegensatz zur deutschen Entwicklung in diesem Moment die Klassengegensätze. Der Sturz des französischen Franken, die damit verbundene Teuerung, die Unruhe in breiten Kreisen der französischen Arbeiter eröffnen die Möglichkeit, große Massenkämpfe in Frankreich in der nächsten Zeit führen zu können. Die Lehren, die die Arbeiter Englands durch die Taten der Labour-Regierung bekommen, sind der Beginn eines Revolutionierungsprozesses, der beim Zusammenbruch der Labour-Regierung eine große Beschleunigung erfahren kann. Der Zusammenbruch der Labour-Regierung bedeutet nicht nur für England, sondern für ganz Mittel- und Westeuropa ein neues starkes Zurückströmen der pazifistischen und demokratischen Illusionen und eine Steigerung des revolutionären Bewußtseins breiter Teile der mittel- und westeuropäischen Arbeiterschaft. Die ruhige und sichere Lage Sowjetrußlands gerade im gegenwärtigen Moment wird bei richtiger Haltung der Kommunisten viele Möglichkeiten revolutionärer Kämpfe aus diesen Umständen entwickeln.

Was sind jetzt die Aufgaben der KPD.?

1. Eine allgemeine, scharfe, einheitliche und intensive Arbeit in den breiten Arbeitermassen zur Ausnützung der kommenden Entwicklung in Deutschland und Westeuropa. Eine allgemeine Kampagne, die man mit dem Schlagwort „England oder Rußland" kennzeichnen könnte. An der Hand der Tatsachen der russischen und der augenblicklichen englischen Entwicklung müssen die Fragen: „Demokratie, Pazifismus, Völkerbund oder proletarische Diktatur?" an breite Massen herangetragen werden, nicht nur in engen Parteizirkeln besprochen werden. Diese Fragestellung muß der allgemeine Rahmen sein, von dem aus wir unsere gesamte Arbeit orientieren.

2. Das wichtigste und das unmittelbarste ist die Teilnahme an den wirtschaftlichen Kämpfen in den vordersten Reihen und der Versuch, diese Wirtschaftskämpfe weiterzutreiben und zusammenzufassen. Dies ist eine seit Jahren in der KPD. unbestrittene Aufgabe. Aber ihre Durchführung im gegenwärtigen Moment wird durch einen gewissen inneren Widerstand der Mitgliedschaften, durch eine Passivität der Partei erschwert. Der Kampf in der chemischen Industrie in Ludwigshafen, der Werftarbeiter in Hamburg sind Symptome der erwachenden Aktivität der Arbeitermassen, die aber nur gesteigert werden kann durch eine breitere und intensivere Arbeit der Kommunisten gerade auf diesem Gebiete. Die Losung der Wiedererkämpfung des Achtstundentages muß die Losung sein, die alle Kämpfe miteinander verbindet. Alles, was wir in dieser Richtung gemacht haben, ist schwach, unzulänglich, muß immer wieder begonnen werden. Die Wiedererkämpfung des Achtstundentages durch das deutsche Proletariat durch einen großen und allgemeinen Kampf muß das nächste und unmittelbare Ziel der KPD. sein.

3. Eine weitere Aufgabe, die sehr bescheiden klingt, deren Lebendigmachung ebenfalls ein Zeichen für die wiedererwachende Kraft der Arbeitermassen wäre, ist eine starke und kräftige Bewegung für die Befreiung der politischen Gefangenen. (Lichtenburger Hungerstreik!)

4. Eine ebenfalls selbstverständliche, aber nicht gelöste Aufgabe ist die politische Ausnutzung und Durcharbeitung der Betriebsrätebewegung. Es gilt, nicht nur die Wahlen zu den Betriebsräten zu einer unmittelbaren wichtigsten Aufgabe der Partei zu machen, sondern es gilt, den Betriebsräten konkrete politische und wirtschaftliche Aufgaben im Betriebe zu stellen und sie aus ihrer jetzigen Passivität herauszureißen. Die Betriebsrätebewegung hat sich hinter den Cuno-Streik zurück entwickelt. Konnten wir nach dem Cuno-Streik die Frage stellen, die Betriebsrätebewegung zu einer politischen Rätebewegung zu erklären und zu entwickeln, so müssen wir heute die primitivste Arbeit der Lebendigmachung und Zusammenfassung der Betriebsräte in Angriff nehmen. Denn erst, wenn die Betriebsräte aktiv sind, läßt sich die Frage der Umformung zu Räteorganen stellen. Heute sind sie passiv. Zum selben Aufgabenkreis gehört die Frage der Durcharbeitung der Erwerbslosenschichten und der Verbindung mit den Betrieben, eine trotz aller Redereien ungelöste Aufgabe. Die Erwerbslosen stellen heute noch große Reservearmeen der Deutschvölkischen dar, zum Teil durch unsere Schuld. Jeder, der diese bescheidenen Aufgaben liest, wird sich fragen:

Können wir heute nicht mehr tun?

Aber von alledem, was hier gefordert wurde, ist nichts, aber auch gar nichts erfüllt oder durchgearbeitet. Konkrete politische Aufgaben, die sich aus der weiteren Entwicklung ergeben, werden wir ebenfalls nicht lösen können, wenn wir diese Grundfragen nicht in Angriff genommen haben.

B. In der Partei haben wir ebenfalls noch alles zu tun, angefangen vom Aufbau einer wirklich zentralen Arbeit, von der wirklichen Verbindung der zentralen Körperschaften mit den Bezirken — und aufgehört bei der Durchorganisierung und Durchschulung der letzten Ortsgruppe. Das erste und wichtigste ist, daß wir aus dem Reden über die Umstellung der Organisation auf die Betriebe herauskommen und zur Verwirklichung einer anderen Organisationspolitik der Partei gelangen. Das Gerede darüber und der Fraktionskampf darum hat der Sache sehr geschadet. Wir müssen über diesen Punkt hinweg zur wirklichen Durcharbeitung der Partei nach Betriebszellen kommen.

Das zweite und wichtigste ist die Heranziehung eines lebendigen, aktiven und beweglichen Funktionärkörpers innerhalb der Partei, der versteht, was er tut und weshalb er es tut, und der sich über die Entwicklung seiner Partei und des Proletariats klar ist.

Die dritte Aufgabe ist die Heilung der Wunden, die durch den jahrelangen Kampf zwischen rechts und links in der Partei vorhanden sind, die Aussöhnung der Bezirke, die Heranziehung aller arbeitswilligen und arbeitsfähigen Kräfte zur aktiven Arbeit, die Liquidierung der „Gruppen", die Stärkung des Zentralismus (nachdem der Oktober jede Art von Zentralismus bei den Mitgliedschaften in Grund und Boden diskreditiert hat!)

Die vierte Aufgabe ist die theoretische Klärung innerhalb der Partei und die theoretische und praktische Durchschulung wenigstens eines Teiles unserer Funktionäre.

Als fünftes die starke Betonung und praktische Durcharbeitung der Kenntnisse über die Internationale, die Stärkung des internationalen Gedankens und der Versuch, internationale Kampagnen zu führen. Alle diese Aufgaben sollen erfüllt werden im Rahmen einer Politik der schärfsten Abgrenzung gegen die SPD., der klaren Herausarbeitung des kommunistischen Gesichts der KPD., die in der kleinsten, täglichsten Arbeit, der kommunalen, gewerkschaftlichen usw., der Arbeit im Betrieb, diese Linie erfüllen muß und die gerade durch diese Linie in den Massen bleiben muß.

Schluß.

Wird die Partei dieses sehr bescheidene Aktionsprogramm erfüllen können? Die Krise, die wir durchleben, ist so schwer, daß jeder nüchterne Beobachter mit der Möglichkeit neuer heftiger Erschütterungen rechnen muß. Weder sind die rechten Tendenzen liquidiert noch ist geklärt, was Mittelgruppe ist und was sie will, noch sind alle die Fragen, die praktisch vor der Partei stehen, schon richtig gestellt, geschweige denn richtig beantwortet. Die bisherige Opposition in der KPD., die auf dem kommenden Parteitag die große Mehrheit nicht nur der Delegierten, sondern der Mitgliedschaften hinter sich haben wird, sieht ohne jede Illusionen die Lage der Partei und die Schwierigkeiten der Aufgaben.

Aus dem, was heute die KPD. darstellt, einen kommunistischen Kern zu kristallisieren, der zu führen und zu arbeiten und zu kämpfen versteht, ist nach dem, was hinter uns liegt, eine Aufgabe, die mit den größten Schwierigkeiten belastet ist. Von ihrer Lösung hängt das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse ab. Die internationale Entwicklung und die Entwicklung in Deutschland kann viel schneller, als das heute auszusehen scheint, die Frage des akuten Kampfes um die Macht auf die Tagesordnung stellen. Verlieren wir bei der Lösung der jetzigen schweren Tagesaufgaben aus dem Auge, daß wir die Partei so erziehen müssen, daß sie begreift, daß der unmittelbarste tägliche Kampf visiert werden muß an den Fragen der Revolution und der Machteroberung, daß man ohne Tages- und Teilkämpfe nicht zur Revolution kommt, daß man über den Tages- und Teilkämpfen die Revolution nie aus den Augen verlieren darf, daß wir uns nicht aufs neue wie irgendeine Gruppe abwirtschaften dürfen, weil sonst die ganze Komintern von einer Krise durchgerüttelt würde, gegen die die jetzige ein leises Präludium ist.

Und deshalb gehen wir Linke mit dem ganzen Ernst und mit der ganzen Verantwortlichkeit dessen, was vor uns liegt, an die Lösung der Aufgaben heran, in der festen Überzeugung, daß der gesunde und unverwüstliche proletarische Kern, den unsere Partei umschließt, die Kraft finden wird, aus dem Wirrsal des gegenwärtigen Stadiums heraus die Partei und mit ihr die Arbeiterklasse zum Siege zu führen.

Was trennt uns vom Parteizentrum?

Von Sommer.

1. Die Meinung des Parteizentrums über die Einheitsfronttaktik.

** Der offen opportunistische Flügel in der KPD., die Gruppe um **Brandler**, die heute noch die im Oktober und besonders in Sachsen betriebene reformistische Politik als lauteres Gold des Kommunismus ausgibt, ist heute schon in der Partei und in der Internationale **aufs Haupt geschlagen.** Das zeigt sich darin, daß eine große Zahl von führenden Genossen, die bis zum Oktober vollkommen solidarisch mit dieser Gruppe waren und noch im November die zur Rechtfertigung des Versagens der Partei erfundenen Thesen des ZA. annahmen, sich nun offen von der Rechten lossagen und gemeinsam mit der Linken den Kampf gegen den Opportunismus führen wollen. Es kann schon heute vorausgesagt werden, daß auf dem kommenden Parteitag die Auseinandersetzung nicht mit der Rechten der Partei geführt werden wird, weil so gut wie nichts mehr hinter ihr steht, sondern nur mit dem Parteizentrum.

Was nun eigentlich die Meinungsverschiedenheiten sind, die die Linke vom Parteizentrum trennen, darüber herrscht innerhalb der Partei sehr wenig Klarheit. Das ist verständlich, weil die Mittelgruppe keine klare, einheitliche, konsequente Auffassung vertritt. Sie schwankt in der Mitte, weil sie die reformistische Politik der Parteimehrheit, der sie bis zum Oktober angehörte, nunmehr aus der Erfahrung ihres Zusammenbruches als falsch erkennt, aber sie durchschaut nicht die grundsätzliche Verfehltheit dieser Politik und kann ihr darum keine eigene selbständige entgegensetzen. Es ist bezeichnend für die theoretische und politische Schwäche des Zentrums, daß es bei den Auseinandersetzungen mit der Linken die Kompromißthesen der Exekutive, in denen alles die beiden Fraktionen Trennende weggelassen ist, als ihre Plattform empfahlen.

Die Linke muß sich so lange von der Mitte scharf abgrenzen, als diese die reformistische Erbschaft der Vergangenheit noch nicht mit völliger Klarheit liquidiert hat. Solange noch ein Rest jener opportunistischen Anschauungen in der Partei übrig bleibt, der zu dem kläglichen Versagen der Partei im Oktober geführt *hat*, sind wir vor einem zweiten „deutschen Oktober" nicht sicher. Darum wollen wir uns an die Worte halten, die in dem von der Mitte ausgearbeiteten „Referentenmaterial für die Parteidiskussion über die Oktoberniederlage und die Umstellung der Partei" stehen: „Rücksichtsloses Aussprechen und Anerkennung der begangenen Fehler und ihre konsequente Ausmerzung ist die wichtigste Bedingung für die Entwicklung einer wirklich kommunistischen Partei". An eben diesem Referentenmaterial wollen wir nachweisen, wie sehr es bei der Parteimittte noch der „konsequenten Ausmerzung" begangener Fehler bedarf.

Worin war die opportunistische Politik der Leipziger Parteitagsmehrheit begründet? Schon seit dem III. Weltkongreß herrscht in der Mehrheit der Parteiführung die Auffassung vor, daß die Zeit revolutionärer Kämpfe um die politische Macht vorläufig vorüber ist und daß in dieser als länger dauernd angesehenen Epoche des Abflauens der revolutionären Welle nicht mehr geleistet werden kann als die Verteidigung der demokratischen und sozialen Rechte, die die Arbeiter durch den Novemberumsturz errungen haben. Bei einer Politik, die sich zunächst auf dieses reformistische Ziel beschränkt, sei es auch mit dem Hintergedanken, später einmal wieder zu setzender revolutionärer Ziele, muß es möglich erscheinen, sich mit der Partei der bürgerlichen Demokratie, der Sozialdemokratie oder wenigstens mit Teilen von ihr zu verbünden. Wenn man glaubt, daß wenigstens gewisse Arbeiterinteressen im Rahmen der bürgerlichen Demokratie und mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie verteidigt werden können in einer Zeit, wo der Druck des Versailler Vertrages und die ökonomische Zerrüttung des deutschen Kapitalismus die deutsche Bourgeoisie zum schärfsten Angriff auf die Positionen der Arbeiterklasse zwingt, muß man auch eine „ehrliche" Einheitsfront wenigstens mit „linken" Sozialdemokraten für möglich halten.

Diese Auffassung, die schon in der Rathenau-Krise zu der unsicheren ängstlichen Politik führte, deren Hauptsorge es war, die mühsam gekleisterte „Einheitsfront" mit den sozialdemokratischen Führern nicht zu zerschlagen, führte die Parteileitung in der Oktoberkrise zu ihrer völlig falschen Einschätzung der Situation. Der ganze strategische Plan war eingestellt auf einen neuen Kapp-Putsch. Man erwartete den Angriff „des Faschismus" und glaubte, im Falle eines solchen in einer **einheitlichen Front mit der bürgerlichen Demokratie**, verkörpert durch die SPD., den Angriff abwehren zu können. Daher die vollkommene Rat- und Kopflosigkeit, als sich zeigte, daß die Bourgeoisie die Niederknüppelung der Arbeiterschaft auf dem Boden der Republik und der Verfassung mit der legalen Staatsgewalt ohne jeden monarchistischen Putsch besorgte, und als auch die „linke" Sozialdemokratie sich nicht bereit fand, ihre demokratische „Arbeiterregierung" zu verteidigen, als das nur mit den Mitteln des proletarischen Aufstandes möglich war. Es ist kein Zufall, daß die Zentrale den Hamburger Aufstand nicht einmal durch einen Aufruf zur Solidarität unterstützte. Man durfte doch nicht das zur Verteidigung der Verfassung geschlossene Bündnis gefährden, indem man sich mit offenen Rebellen gegen die verfassungsmäßigen Behörden solidarisierte.

Alles das ist das Parteizentrum gerne bereit zuzugeben, es will ja solche opportunistische Anschauungen im Verein mit der Linken bekämpfen. Sehen wir uns aber das Referentenmaterial dieser mittleren Kämpfer gegen den Opportunismus näher an, so finden wir von diesem Opportunismus die deutlichsten Überreste.

Die Exekutive der KI. hat in ihren ersten Thesen zur Einheitsfronttaktik betont, daß diese Taktik im Zusammenhang steht mit einem neuen Erwachen der revolutionären Energien der Massen. Die Einheitsfronttaktik sollte zeigen, daß die Verteidigung der nackten Lebensinteressen der Massen mit reformistischen Mitteln nicht möglich ist, daß die wirtschaftlichen Kämpfe gesteigert und ausgeweitet werden müssen zum Kampf um die politische Macht. Nur weil wir die objektive Notwendigkeit solcher Kämpfe voraussahen und die Unfähigkeit der Reformisten, sie zu führen, konnten wir die „Entlarvung" der reformistischen Führer in den wirtschaftlichen Teilkämpfen versuchen.

Gäbe es überhaupt keine revolutionären Möglichkeiten, wäre das Proletariat für den Kampf um die Macht zu schwach, dann könnte es keine kommunistische Massenpartei geben, sondern nur eine kommunistische Propagandasekte. Macht man bei einer so pessimistischen Beurteilung der Situation trotzdem „Einheitsfronttaktik", so kann sie zu nichts anderem führen als zu dem Bündnis mit dem Reformismus auf dem Boden des Reformismus. Das ist der konsequente Zusammenhang zwischen der Theorie und Praxis der bisherigen Parteimehrheit.

Wie denken unsere mittleren Kämpfer gegen den Opportunismus über diese prinzipielle Frage? Sie sprechen, als verstände es sich von selbst, von dem „Abschnitt der bürgerlichen Demokratie von März 1921 bis zum Sommer 1923, als revolutionäre Entscheidungskämpfe aussichtslos waren". Wenn die Kommunisten selbst von der Aussichtslosigkeit revolutionärer Entscheidungskämpfe überzeugt sind, dann ist unverständlich, warum sie sich über den Verrat der Reformisten entrüsten, der doch in nichts anderem besteht, als in dem Ausweichen vor dem Entscheidungskampf, der das Proletariat allein retten kann. Wir verstehen nun, warum das Zentrum auch heute noch die bis zum Oktober betriebene Einheitsfronttaktik für „im wesentlichen richtig" erklärt, unverständlich ist nur, warum diese Taktik dann als revolutionäre Taktik bezeichnet wird.

2. Die Auferstehung der Thesen vom „Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik".

Die Parteimitte hat sich nun auch zu der Erkenntnis durchgerungen, daß linke und rechte Sozialdemokratie mit gleicher Schärfe bekämpft werden muß, und sie betont die dadurch notwendig gewordene „Frontänderung" gegenüber der Sozialdemokratie. Überall, wo die Linke die Führung in der Partei hatte, ist eine solche Frontänderung freilich nicht notwendig, weil wir diese komischen Linken, wie Zeigner, Levi und Toni Sender, immer als die Bundesgenossen ihres konterrevolutionären Parteivorstandes mit aller Rücksichtslosigkeit bekämpft haben. Unsere Feindschaft gegen die Sozialdemokratie entspringt ja nicht einer vorübergehenden Situation, sondern aus dem historischen Wesen der Sozialdemokratie, die als Partei der bürgerlichen Demokratie in der Epoche der proletarischen Revolution notwendig konterrevolutionär wirken muß. Die Parteimitte hingegen begründet ihre „Frontänderung" damit, daß sich im Charakter der Sozialdemokratie und des bürgerlichen Staates etwas wesentliches geändert hat. „Heute ist der Übergang der SPD. aus dem Lager der bürgerlichen Demokratie ins Lager der großkapitalistischen Diktatur vor den Augen der arbeitenden Massen deutlich vollzogen", heißt es in dem Referentenmaterial und am Schlusse des ersten Abschnittes: „Auch eine vorübergehende Milderung des weißen Terrors und teilweise Erholung der Sozialdemokratie darf unter keinen Umständen über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die bürgerliche Demokratie in Deutschland endgültig zu Grabe getragen ist und die Diktatur der weißen Generale nur beseitigt werden kann durch die Diktatur des Proletariats."

Diese so radikal klingende Theorie ist ein Rudiment jener von Radek erfundenen berüchtigten Novemberthesen über den Sieg des Faschismus. Jene Karikatur einer marxistischen Analyse, die von Sinowjew genügend zerpflückt wurde, spukt noch immer in den Köpfen unserer mittleren Führer. Diese Genossen haben schon verstanden, daß von einem Sieg der kapitalistischen Diktatur über die Demokratie nicht gesprochen werden kann, weil die Parteien der bürgerlichen Demokratie von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei nicht die Besiegten, sondern die Nutznießer des Sieges sind. Aber sie haben die Lektion noch nicht ganz begriffen. Sie meinen noch immer, bürgerliche Demokratie und großkapitalistische Diktatur, wie sie heute in Deutschland geübt wird, seien Wesensgegensätze, und die Sozialdemokratie hätte irgend etwas unternehmen müssen, um aus dem Lager der bürgerlichen Demokratie in das Lager der kapitalistischen Diktatur zu gelangen.

Demgegenüber muß man das Kapitel aus dem ABC des Kommunismus, das von Demokratie und Diktatur in der bürgerlichen Gesellschaft handelt, in die Erinnerung zurückrufen. Die Bourgeoisie, ob sie nun in der konstitutionellen Monarchie oder der demokratischen Republik herrscht, gewährt demokratische Rechte solange, als ihre Klassenherrschaft dadurch nicht bedroht wird. Der Ausnahmezustand, der alle verfassungsmäßigen Rechte außer Kraft setzt, ist ein notwendiger Bestandteil jeder Staatsverfassung, weil alle Rechte nichts gelten, sobald das Recht der Klassenherrschaft bedroht ist. Es ist doch nicht das erstemal, daß in Deutschland der Ausnahmezustand herrscht und daß Sozialdemokraten ihn decken. Hat nicht die Sozialdemokratie während „der großen Zeit" des Burgfriedens die blutigste Militärdiktatur unterstützt? Ist nicht die berühmte Novemberrepublik durch die Ebert, Scheidemann, Noske auf den Knochen von tausenden Proletariern gegründet worden? Gab es nicht schon im Januar 1919 eine Diktatur der weißen Generale? Und was soll es heißen, daß die bürgerliche Demokratie in Deutschland „endgültig zu Grabe getragen" ist? Abgesehen davon, daß die demokratische Republik mit dem Ausnahmezustand noch immer die bürgerliche Demokratie verkörpert, ist es bei einer immerhin möglichen Festigung des Kapitalismus und einer Schwächung der revolutionären Bewegung durchaus denkbar, daß auch der Ausnahmezustand zeitweilig wieder verschwindet.

Gewiß werden die Verteidiger der goldenen Mitte glauben, mich hier bei einem opportunistischen Fehltritt ertappt zu haben. Sieh da! werden sie rufen, die Linke glaubt an die Möglichkeit der Festigung des deutschen Kapitalismus. Dagegen ist nur zu sagen, daß es kein Opportunismus ist, mit der Möglichkeit einer langsameren Entwicklung der Revolution zu rechnen, wohl aber der gefährlichste Opportunismus, wenn man glaubt, die Kommunistische Partei hätte nur dann Lebensberechtigung, wenn die revolutionäre Entscheidung unmittelbar auf der Tagesordnung steht.

Der opportunistische Kern der Theorie von der endgültigen Erledigung der bürgerlichen Demokratie liegt in dem Glauben, daß die politische Perspektive wesentlich anders wäre, wenn wir mit der Wiederherstellung dieser problematischen Demokratie rechnen könnten. Wenn die weißen Generale für eine Zeit von der Bühne verschwinden, wenn dem Proletariat wieder etwas mehr Bewegungsfreiheit gegönnt wird, ist es dann etwa nicht mehr richtig, daß die Diktatur der Bourgeoisie nur gebrochen werden kann durch die Diktatur des Proletariats? Die falsche Formulierung des Zentrums läßt für den allerdings nicht wahrscheinlichen Fall einer Milderung der bürgerlichen Diktatur die Hintertür offen, durch die man wieder zu der bis zum Oktober geübten Praxis der Einheitsfront und Arbeiterregierung zurückkehren kann.

3. War der Oktoberrückzug richtig und konnte er durch Teilkämpfe gedeckt werden?

In der entscheidenden Frage der Oktoberkrise spricht sich das Parteizentrum in seinem Referentenmaterial mit erfreulicher Offenheit aus: „Das Ausweichen vor dem bewaffneten Generalaufstand, auf den die Partei im Oktober eingestellt war, war richtig." Denn „der Aufruf zum bewaffneten Generalaufstand zwecks Errichtung der Räterepublik" hätte zu einem isolierten Aufstand der proletarischen Vorhut und zu einer katastrophalen Niederlage nicht nur der Kommunistischen Partei, sondern des gesamten deutschen Proletariats geführt". Den Hauptfehler bei diesem also an sich richtigen Rückzug findet das Zentrum in dem „kampflosen Ausweichen gegenüber dem Vormarsch der Militärdiktatur". Die Partei wäre vielmehr verpflichtet und befähigt gewesen, „sofort nach der Chemnitzer Konferenz Teilkämpfe großen Stils, wie den politischen Massenstreik in den wichtigsten Wirtschaftsgebieten und einen teilweisen bewaffneten Widerstand gegen den Reichswehrvormarsch in Sachsen, aufzunehmen".

Auch in diesen Auffassungen tritt deutlich zutage, daß die Mitte noch immer an jenen unglücklichen Radekschen Novemberthesen herumwürgt. In diesen wurde ja die Parole der Teilkämpfe ausgegeben, und die Mitte hat noch nicht begriffen, daß diese Parole nicht wegen der falschen Einstellung oder organisatorischen Mängel der Partei unausgeführt blieb, sondern wegen ihrer objektiven Unmöglichkeit. Das ganze Gerede von Rückzug und Deckung des Rückzuges durch Teilkämpfe ist eine mechanische Übertragung militärischer Begriffe auf den Klassenkampf, wobei die tatsächliche Situation im Oktober vollkommen aus dem Auge gelassen wird.

In dem historischen Zeitpunkt, wo die Bourgeoisie ihre ganze Klassenkraft zusammenfaßte, um das Proletariat aufs Haupt zu schlagen, war jeder Teilkampf, der von vornherein darauf verzichtete, diesen Schlag durch die Aufbietung aller Kräfte des Proletariats zu parieren, aussichtslos. Die Bourgeoisie hat ihren Generalangriff doch nicht aus irgendeiner Laune begonnen, sondern deshalb, weil der mächtigste Faktor innerhalb des deutschen Kapitals, die Schwerindustrie, sich an der Sanierung der deutschen Wirtschaft und Finanzen nur unter der Bedingung beteiligen wollte, daß die Abwälzung der Kosten der Sanierung auf das Proletariat durch die Aufrichtung einer Diktatur gesichert würde. Die deutsche Schwerindustrie war bereits darauf eingerichtet, sich im Notfall zeitweilig mit dem besetzten Gebiet zu begnügen, so lange das unbesetzte Deutschland keine sichere Ausbeutungssphäre zu sein schien. **Die völlige Niederwerfung des proletarischen Widerstandes war die Voraussetzung für den Versuch der Markstabilisierung.**

Das Proletariat, das mit sicherem Instinkt die Bedeutung der Situation erfaßte und unsere Agitation ernster nahm als einige unserer sogenannten Führer, hatte erfaßt, daß jeder isolierte Teilwiderstand mit der Aufbietung aller Mittel der bürgerlichen Staatsgewalt niedergeschlagen werden würde, daß der Widerstand nur dann erfolgreich sein konnte, wenn er stark genug wäre, die Macht der Bourgeoisie zu brechen. Wie große Massen einem Aufruf zum Entscheidungskampfe im ganzen Reiche gefolgt wären, ist schwer abzuschätzen. Aber das ist gewiß, daß es **größere Massen** gewesen wären, **als wir durch isolierte Aktionen,** wie den Aufstand in Hamburg oder den Generalstreik in Frankfurt, mit uns reißen konnten. Die Stimmung war damals so, daß selbst reformistische Gewerkschaftsbürokraten sagen mußten: „Wenn das Signal zum Kampfe kommt, wollen wir auch kämpfen." Aber wenn sie hinzusetzen: „Wenn das allgemeine Signal nicht kommt, so können wir durch Teilaktionen an der Niederwerfung des Proletariats auch nichts ändern," so hatten sie die Logik für sich.

Jetzt, nachdem die Stabilisierung der Währung durchgeführt und eine gewisse Beruhigung eingetreten ist, sind Massenstreiks in einzelnen Gebieten wiederum möglich. Im Oktober, in der Zeit der katastrophalen Geldentwertung, die durch den offenen Ausbruch des Bürgerkrieges noch beschleunigt worden wäre, mußte jeder Streik, wenn die Massen nicht verhungern sollten, zur **Beschlagnahme von Lebensmitteln** und daher zu **bewaffneten Kämpfen** führen. Dann hätte die Existenz der bürgerlichen Klassenherrschaft in Frage gestanden, die gesamte bürgerliche Staatsmacht wäre auf den Plan getreten, und der Kampf hätte nur mit der **Niederschlagung der einen oder der anderen Klasse** enden können. Das „Alles oder nichts" entsprang also notwendig den objektiven Verhältnissen. Wenn man von vornherein überzeugt war, alles auf keinen Fall gewinnen zu können, dann war es von vornherein gewiß, daß man nichts gewinnen konnte.

Man muß sich die Durchführung der Parole „politische Massenstreiks in den **wichtigsten** Wirtschaftsgebieten und **teilweiser** bewaffneter Widerstand gegen den Reichswehrvormarsch" nur konkret vorstellen, um ihre Widersinnigkeit einzusehen. Wenn in einigen Gebieten die Arbeiterschaft zum verzweifelten Kampf mit den äußersten Mitteln aufsteht, mit welchen Gründen hätte man es rechtfertigen können, die Entlastung der Kämpfenden, wo immer sie durch Streiks oder bewaffneten Widerstand möglich war, nicht mit der äußersten Energie zu betreiben? Wenn die Partei nicht unter dem falschen Gesichtspunkt eines plötzlich auf ein Signal zu veranstaltenden Generalaufstandes die Teilkämpfe abgebremst hätte, wäre es im Oktober zu spontanen Massenkämpfen gekommen. Die selbstverständliche Pflicht der KPD. wäre es dann gewesen, das Äußerste aufzubieten, um diese **Teilkämpfe zum allgemeinen Kampf zusammenzufassen,** zu verhindern, daß die kämpfenden Teile der Arbeiterschaft **isoliert** niedergeschlagen werden. Die Parole der Teilkämpfe im November sagte den Arbeitern: Die Kommunistische Partei hält den Kampf für aussichtslos. Das ist der entscheidende Grund, warum die Aufrichtung der Militärdiktatur **widerstandslos** hingenommen wurde. Es ist absurd, von sozialdemokratischen Arbeitern Widerstand zu erwarten, wenn die Kommunistische Partei selbst ihn für aussichtslos erklärt.

Die terminmäßige Einstellung auf den Entscheidungskampf war keineswegs falsch. Es war nur falsch, diesen Termin anzusetzen, bevor man den Kampf überhaupt begonnen hatte, und verhängnisvoll, von diesem Termin zu schwätzen, wenn man zum Entscheidungskampf nicht unbedingt entschlossen war, seine Unausweichlichkeit nicht einmal begriffen hatte. Mit dem Versuch, durch die Auflösung der Hundertschaften das Proletariat zu entwaffnen, war **der Bürgerkrieg begonnen. Man mußte ihn aufnehmen oder sich unterwerfen. Ein Ausweichen war unmöglich.**

In dem berühmten Brief über die Pariser Kommune, den **Marx** am 12. April 1871 an **Kugelmann** geschrieben hat, vertritt Marx für eine analoge Situation mit aller Entschiedenheit den Standpunkt: **Alles oder nichts!** Die Lage der Pariser Arbeiter, die von Thiers mit der Entwaffnung bedroht wurden, während die deutsche Armee vor den Toren von Paris lauerte, gleicht in der Tat der Lage des deutschen Proletariats nach der Ruhrbesetzung. Auch hier hat sich die deutsche Bourgeoisie den Druck des französischen Militärs zunutze gemacht, um den entscheidenden Schlag gegen die Arbeiter zu führen.

„Die Weltgeschichte", sagt Marx („N. Z." XX, I, S. 709), „wäre allerdings sehr bequem zu machen, wenn der Kampf nur unter der Bedingung **unfehlbar günstiger Chancen** aufgenommen würde. Sie wäre andererseits sehr mystischer Natur, wenn ‚Zufälligkeiten' keine Rolle spielten. Diese Zufälligkeiten fallen natürlich selbst in den allgemeinen Gang der Entwicklung und werden durch andere Zufälligkeiten wieder kompensiert. Aber **Beschleunigung und Verzögerung** sind sehr von solchen ‚Zufälligkeiten' abhängig, unter denen auch der ‚Zufall' des **Charakters von Leuten, die zuerst an der Spitze der Bewegung stehen,** figuriert. Der entscheidende ungünstige ‚Zufall' war diesmal keineswegs in den allgemeinen Bedingungen der französischen Gesellschaft zu suchen, sondern in der Anwesenheit der Preußen in Frankreich und ihrer Stellung dicht vor Paris. Das wußten aber auch die bürgerlichen Kanaillen von Versailles. Ebendarum stellten sie die Pariser in die **Alternative, den Kampf aufzunehmen oder ohne Kampf zu erliegen. Die Demoralisation der Arbeiterklasse in dem letzteren Falle wäre ein viel größeres Unglück gewesen als der Untergang einer beliebigen Anzahl von Führern.**"

Der „Zufall", der die revolutionäre Krise in Deutschland beschleunigt hat, war die Ruhrbesetzung. Der „Zufall", der die Entscheidung im revolutionären Sinn diesmal auf Monate, vielleicht auf Jahre hinausgeschoben hat, war der Charakter der Leute, die an der Spitze der Bewegung standen, der Brandler-Leute, die auf die „unfehlbar günstigen Chancen" der Revolution warteten. Die „bürgerlichen Kanaillen" um **Stinnes** wußten, daß ein entscheidender Teil des deutschen Proletariats, die Ruhrarbeiterschaft, durch die französische Besatzung gehemmt war. Darum stellten sie das Proletariat vor die Alternative, den Bürgerkrieg aufzunehmen oder sich zu unterwerfen. Der rechte Flügel der Partei hat „das viel größere Unglück" der kampflosen Preisgabe der Arbeiterschaft gewählt.

Wenn das Parteizentrum nicht gehorsam die Politik der **Brandler-Thalheimer-Radek** mitgemacht, sondern die Linie eingehalten hätte, die es jetzt für richtig erklärt — das Ergebnis wäre das gleiche gewesen. Wir hätten ein paar isolierte, von der Bourgeoisie mit leichter Mühe niedergeschlagene Putsche erlebt, die immerhin das revolutionäre Ansehen der Partei besser gewahrt hätten als die völlige kampflose Niederwerfung. Aber an der Niederwerfung selbst hätte das nichts geändert. Hätte die Partei aber alle Kraft aufgeboten, um den **Massenwiderstand der Arbeiterschaft mit den äußersten Mitteln überall** zu entfachen, zu organisieren und voranzutreiben, hätte sie das Bewußtsein in die Massen verpflanzt, daß es nun wirklich ums Ganze ging, dann hätten wir auch nicht in einem Ansturm die Staatsgewalt erobert. Aber es ist sehr die Frage, ob in den **wochen- und monatelangen Kämpfen,** die dann gefolgt wären, die Bourgeoisie ihr Wirtschaftsleben soweit hätte im Gange halten können, um ihre militärische Gewalt auszunützen. Sie hätte in dieser Zeit gewiß nichts für die Stabilisierung getan und wäre nicht imstande gewesen, die Städte mit Lebensmitteln zu versorgen. Hätten wir dann durch die schärfsten Maßnahmen der Beschlagnahme von Lebensmitteln der Bevölkerung über die größte Not hinweggeholfen, dann hätten wir die Unterstützung der schwankenden Mittelschichten gefunden. Im Oktober war der Zustand allgemeiner Unsicherheit erreicht, in dem sich alle Schwankenden dorthin wenden, wo sie die größte Kraft sehen. Wir haben keine Kraft gezeigt und waren darum im Augenblick der Entscheidung ausgeschaltet.

Wir wissen nicht, wann eine so günstige Situation wiederkehrt: sie wird aber bestimmt wiederum **ungenützt** vorübergehen, wenn die KPD. dann noch immer **von schwankenden Opportunisten geführt** wird, mögen sie auch in der Gestalt bekehrter Kämpfer gegen den Opportunismus auftreten.

Ein Warnungssignal.

Von August Thalheimer.

„Die Kommunisten müssen alle ihre Kräfte anspannen, um die Arbeiterbewegung und die soziale Entwicklung überhaupt auf dem direktesten, geradesten Wege zum Weltsiege der Sowjetmacht und zur Diktatur des Proletariats zu führen. Das ist eine unbestreitbare Wahrheit.

Man braucht aber nur einen kleinen Schritt weiter zu tun — offenbar in derselben Richtung — und die Wahrheit verwandelt sich in einen Fehler. Man braucht nur zu sagen, wie die deutschen und englischen radikalen Kommunisten sagen, daß wir nur einen, den geraden Weg anerkennen, daß wir kein Lavieren, kein Paktieren, keinen Kompromiß zulassen, und das wird schon ein Fehler, der fähig ist, dem Kommunismus ernsten Schaden zuzufügen, und der ihm schon ernsten Schaden zugefügt hat.“

N. Lenin. Der „Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus. Leipzig 1920. S. 80.

1. Die Plattform der Linken: Gegen die Einheitsfront, Entscheidungskampf im Oktober, „Kenntnisnahme“ der politischen Resolution der Exekutive.

** Nach der Parteipressekorrespondenz vom 6. März 1924, Nr. 4, wurde auf dem Parteitag des Bezirks Rheinland-Westfalen-Süd unserer Partei, am 3. März, nach Referaten von **Ruth Fischer** und **Walter Stöcker** und einer langen ausgiebigen Diskussion mit 60 gegen 21 Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Der am 3. März stattfindende Parteitig des Bezirks Rheinland-Westfalen-Süd der KPD. stellt fest, daß die KPD. und die Komintern durch die Politik reformistischer und opportunistischer Gruppen sich in einer schweren Krise befindet. Der Bezirksparteitag sieht in dem Kampf der russischen Opposition in der RKP. einen Versuch zur Lockerung der Diktatur des Proletariats und eine Gefährdung der Sowjetmacht, und stellt sich einmütig auf den Beschluß des russischen Zentralkomitees und der Resolution, die einstimmig auf der russischen Parteikonferenz angenommen wurde. Die in den deutschen Fragen angenommenen Resolutionen nimmt der Parteitag zur Kenntnis. Er verlangt, daß in der KPD. und in der Kommunistischen Internationale mit aller Kraft der Kampf geführt wird zur Vernichtung aller reformistischen und opportunistischen Tendenzen. Die Konferenz stellt fest, daß die Politik der Einheitsfronttaktik, der Arbeiterregierung und der Sachwerterfassung der Ausdruck der reformistischen Strömungen in den Reihen der Partei war, die zum Versagen der KPD. im Oktober vorigen Jahres führte. Sie billigt ausdrücklich die Ansichten der Parteiopposition in diesen grundlegenden Fragen.

Die Konferenz erklärt, daß im Oktober vorigen Jahres der revolutionäre Entscheidungskampf historisch notwendig war. Weder das Ausweichen vor dem Kampf, noch das Ersetzen des Endkampfes durch sogenannte Rückzugsgefechte, Teilaktionen oder ähnliches war zulässig.

Die Konferenz sieht die Aufgabe des Reichsparteitages darin, die Voraussetzungen zu schaffen für die endgültige Liquidierung aller reformistischen und opportunistischen Tendenzen. Das wird nur möglich sein, wenn die Führung der Partei in die Hände der Linken gelegt wird. Der Bezirksparteitag beschließt, daß die Führung des Bezirks einer Leitung übergeben wird, die die Gewähr dafür gibt, daß der Bezirk im Sinne der Linken geführt wird.“

Soweit die Resolution.

Die Resolution ist nach einem Referat der Genossin Ruth Fischer angenommen worden. Es ist nirgends angegeben oder auch nur angedeutet, daß die Referentin mit dieser Resolution nicht einverstanden ist. Die Resolution muß also als der Plattform der Linken entsprechend angesehen werden.

Denselben Gedankengang in noch knapperer Fassung enthält die in der Berliner Funktionärversammlung unserer Partei vom 5. März angenommene Resolution, in der ausdrücklich gesagt wird:

„Die Linke wird von ihren Auffassungen in der Frage der Einheitsfront und der Zwischenlosungen, um die sie in der Partei gekämpft hat, nicht um Haaresbreite abgehen.“

Die Elberfelder Resolution, die demnach als durchaus authentischer Ausdruck der Auffassungen der Linken betrachtet werden muß, enthält folgende, überaus charakteristische Punkte:

1. Die Ablehnung der Einheitsfronttaktik, nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Vergangenheit und nicht nur nur für die deutsche Sektion, sondern für alle Sektionen der Komintern. Das letzte geht daraus hervor, daß diese Taktik, **ohne jede Einschränkung**, als reformistisch bezeichnet wird. Ferner daraus, daß die Ansichten der Parteiopposition in diesen grundlegenden Fragen „ausdrücklich“ gebilligt werden;

2. erklärt die Resolution, daß im Oktober der Entscheidungskampf notwendig war, also geführt werden mußte. Zwar wird im ersten Satz dieses Absatzes von „historisch notwendig“ gesprochen, was offenbar eine Steigerung des Charakters der Notwendigkeit ausdrücken soll. (In Wirklichkeit ist „historisch notwendig“ ein schwacher, ungenauer Ausdruck, der sich mit „politisch notwendig“ nicht immer deckt.) Aber im nächsten Satz wird ausdrücklich das Ersetzen des Endkampfes im Oktober durch sogenannte Rückzugsgefechte, Teilaktionen oder ähnliches **als nicht zulässig** erklärt. Es ist also unzweifelhaft gemeint, daß die Partei im Oktober den revolutionären Entscheidungskampf aufnehmen mußte, daß er politisch notwendig, also unbedingt geboten war.

3. Die in der deutschen Frage angenommenen Resolutionen werden nur „zur Kenntnis genommen“. Das kann nicht bloß ein nachlässiger Ausdruck sein. Denn zuvor werden die Beschlüsse des russischen ZK. und der russischen Parteikonferenz in der russischen Frage nachdrücklich **gebilligt**. Die Billigung oder auch die Durchführung der in der deutschen Frage angenommenen Resolutionen der Exekutive wird nicht ausgesprochen, wird vermieden, umgangen.

Diese drei Punkte machen den Kern der Elberfelder Resolution aus, sind maßgebend für die Plattform der Linken. Sie zeigen große Gefahren an, sie sind geradezu Warnungszeichen.

2. Welches sind die politischen Folgerungen des Fallenlassens der Einheitsfront und welche Voraussetzungen liegen ihr zugrunde?

Worin besteht das Gefährliche, Unzulängliche, von der richtigen kommunistischen Linie Abweichende dieser Plattform? Es könnte gesagt werden, die Verurteilung der Einheitsfronttaktik von oben in der Vergangenheit habe keine Bedeutung für die Gegenwart. Denn in der Gegenwart lehnen wir in Deutschland die Taktik der Einheitsfront von oben, das heißt Verhandlungen mit den sozialdemokratischen Spitzen, ab. Darüber bestehen keine Meinungsverschiedenheiten. Und diese Ablehnung ist auch nichts Neues. Das war bereits in den bekannten Thesen des Zentralausschusses von Anfang November des vorigen Jahres gesagt, wo es hieß:

„Somit haben die Führer der Sozialdemokratie endgültig mit dem Proletariat gebrochen. Mit diesen Führern der Sozialdemokratie gibt es nur einen Kampf auf Leben und Tod ... Solange die sogenannten linken Sozialdemokraten nicht offen, klar, politisch und organisatorisch brechen mit den rechten Führern der Sozialdemokratie, sind sie ihre Helfershelfer ... Die Einheitsfront des Proletariats wird von unten aufgerichtet. Die KPD. hat überall an die **sozialdemokratischen Arbeiter, an die unteren Schichten der sozialdemokratischen Funktionäre** sich mit dem Ruf zu wenden: Bruch mit den Verrätern des Proletariats. Einigung und Sammlung um die Fahne der KPD.“

Also in der Frage der Ablehnung der Einheitsfront von oben, nach dem Oktober in Deutschland, besteht keine Meinungsverschiedenheit.

Aber die Plattform der Linken geht beträchtlich weiter — den „kleinen Schritt weiter in derselben Richtung“, wo die Wahrheit sich in einen Fehler verwandelt.

Nicht nur die Einheitsfront von oben, Arbeiter- und Bauernregierung und Sachwerterfassung werden für die Vergangenheit, für Deutschland abgelehnt, sondern die **Einheitsfronttaktik ganz allgemein**, ohne Einschränkung, wird als reformistisch abgelehnt,

damit auch die Einheitsfront von unten, und damit auch die Anwendung der Einheitsfronttaktik von oben, der Losungen Arbeiter- und Bauernregierung, der Losung der Sachwerterfassung **für die anderen Länder.** Nun ist es gewiß keine Kleinigkeit, zu behaupten, unsere Partei habe seit zwei Jahren eine falsche, reformistische Taktik getrieben, ihre Hauptlosungen und Kampfmethoden seien falsch, reformistisch gewesen. Das heißt der Sozialdemokratie ihren Kampf gegen uns wesentlich erleichtern. Und es ist auch deshalb keine Kleinigkeit, weil diese Taktik nicht nur die der sogenannten „Rechten" oder Parteimehrheit war, sondern die der Kommunistischen Internationale. Die Kommunistische Internationale hat wiederholt **Fehler in der Anwendung dieser Taktik** in Deutschland und anderen Ländern festgestellt und gerügt. Aber diese Taktik **als solche,** die Losungen der Arbeiter- und Bauernregierung, der Sachwerterfassung sind wiederholt und ausdrücklich von ihr gebilligt und zur Anwendung für andere Länder **vorgeschrieben worden.**

Aber selbst die Taktik der **Einheitsfront von oben** ist auch gegenwärtig **nicht überholt für andere Länder als Deutschland.** Ist sie etwa überholt für **Frankreich?** Sicherlich nicht. Die Losung der **Arbeiter- und Bauernregierung** ist für Frankreich **unbedingt** aktuell als Kampflosung gegen den wahrscheinlich kommenden Linksblock, dessen Kommen doch offenbar das Vorhandensein breiter demokratisch-pazifistischer Illusionen (oder auch einer demokratisch-pazifistischen „Psychologie") in breiten Kreisen der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums ausdrückt. **Die Losung der Erfassung der Sachwerte wird eben jetzt aktuell für Frankreich,** wo der Zerfall der Währung ein rascheres Tempo nimmt, und wo sich erweisen wird, daß die bisherigen bürgerlichen Steuermethoden nicht ausreichen, wo nach dem Muster Deutschlands die stufenweise Enteignung des Kleinbürgertums und die rasche Herabdrückung der Lebenshaltung des Proletariats beginnt. Nimmt man die Plattform unserer Linken an, so muß man diese Losungen für die KPF. ablehnen. (Man befindet sich damit in ausgesprochen „rechter" Gesellschaft, denn es war bekanntlich die Rechte der KPF., die einen hartnäckigen Kampf gegen die Einheitsfronttaktik führte.)

Ist die Einheitsfronttaktik von oben für England überholt? Wir glauben nicht. Sie ist **innerhalb bestimmter Grenzen und in besonderer Anwendung** nicht einmal für **Italien** überholt, wo unsere Partei die Parteien der II. Internationale zu einem Wahlblock gegen den Faschismus aufgefordert hat. **Fehler in der Anwendung** der Einheitsfronttaktik von oben sind in letzter Zeit sowohl in Frankreich wie in England vorgekommen. (Besonders im Verhalten zur Labour Party.) Diese Fehler soll man aufrichtig und klar feststellen und abstellen. Aber deshalb die Einheitsfronttaktik von oben, für diese Länder, und nur für den gegenwärtigen Abschnitt, **überhaupt** zu verwerfen, ist „ein kleiner Schritt, der die Wahrheit in einen Fehler verwandelt". So urteilen, heißt die materialistische Dialektik über Bord werfen, die verlangt, eine gegebene allgemeine Taktik im Zusammenhang mit Zeit und Ort anzuwenden und nach Zeit und Ort, nach der sich verändernden Gesamtlage zu verändern. Wir in Deutschland haben den Fehler begangen, **nicht rasch genug** die Losungen der Arbeiterregierung und der Sachwerterfassung bei sich zuspitzender politischer Krise verändert zu haben. Der Fehler, den die Linke begeht, ist ein Fehler **derselben Art,** nur nach entgegengesetzter Richtung. So **verbessert** man nicht Fehler, sondern man hält sie fest und vermehrt sie.

Für Deutschland im gegenwärtigen Abschnitt haben wir die Losung der **Einheitsfront von unten,** worüber sowohl die Thesen des Zentralausschusses wie die politischen Thesen der Exekutive übereinstimmen. Die Thesen der Exekutive sind in dieser Beziehung elastischer als die des Zentralausschusses. Hält die Linke gegenwärtig und für die nächste Zeit die Anwendung der Taktik der **Einheitsfront von unten** in Deutschland für falsch? Es folgt das zwingend aus der Elberfelder Resolution, aber es wird nicht **offen** und **direkt** gesagt. **Das muß aber geschehen. Die Frage ist von weittragender Bedeutung für die Politik der Partei, für die alltägliche politische und gewerkschaftliche Arbeit.**

Auf die bereits stattgehabten Auswirkungen dieser Auffassung soll hier nicht eingegangen werden. Es ist aber klar, daß eine Auffassung, die die Einheitsfronttaktik überhaupt als reformistisch ablehnt, sehr schwerwiegende, schädliche politische Auswirkungen **haben muß.**

Die Grundlage der Taktik der Einheitsfront in ihren verschiedenen Anwendungsformen ist gegeben, sobald die „proletarische Vorhut ideell erobert" ist und es sich darum handelt, „die Formen der **Heranziehung** oder des **Übergangs** der Massen zur proletarischen Revolution zu finden" (Lenin).

Die Grundlage dieser Taktik wurde bereits 1920 in folgenden Sätzen Lenins gegeben, die, wie mir scheint, gerade jetzt in Deutschland **wieder aktuell sind:**

„Die proletarische Avantgarde ist ideell erobert, das ist die Hauptsache. Ohne dies kann man auch nicht den ersten Schritt zum Siege machen. Aber von hier aus bis zum Siege ist noch sehr weit. Mit der Avantgarde allein kann man nicht siegen. Die Avantgarde allein in den entscheidenden Kampf werfen, bevor die ganze Klasse, **bevor die breiten Massen die Position entweder der direkten Unterstützung oder wenigstens der wohlwollenden Neutralität in bezug auf dieselbe und der vollen Unfähigkeit, ihren Gegner zu unterstützen, eingenommen** — das wäre nicht nur eine Dummheit, sondern auch ein Verbrechen. Damit aber wirklich die ganze Klasse, wirklich die breiten Massen der Werktätigen und vom Kapital Geknechteten zu dieser Stellung gelangen, **dazu gehört mehr als eine Propaganda und Agitation. Dazu gehört die eigene politische Erfahrung dieser Massen. Das ist das grundlegende Gesetz aller großen Revolutionen, das jetzt mit überraschender Kraft und Anschaulichkeit nicht nur von Rußland, sondern auch von Deutschland bestätigt ist.**"

(Unterstreichungen von mir, A. Th.)

Wo stehen wir in Deutschland? Die Vorhut des Proletariats haben wir erobert. Mehr noch. Wir haben bereits einen Gürtel Sympathisierender von je nach den Umständen wechselnder Breite um die Partei gelegt. Aber eine **feste Mehrheit,** die mit den Zielen und Grundsätzen des Kommunismus sympathisiert, haben wir noch nicht, hatten wir, auch nach den Thesen der Exekutive im Oktober **noch nicht. Wir sind auf dem Wege dazu.** Das ist die vor uns liegende Aufgabe. Dazu bedürfen wir der Taktik der Einheitsfront — in veränderter, den jetzigen Umständen angepaßter Form, der Taktik der Einheitsfront von unten.

Ohne daß man sich die konkreten Voraussetzungen dieser Taktik klarmacht, muß man notwendig mit der Stange im Nebel herumfahren, **unsicher herumtrappen,** einen Fehler durch andere ersetzen. Darum führt es zu taktischen **Fehlern** in der Gegenwart, wenn die Taktik der letzten Vergangenheit nicht auf Grund ihrer konkreten Voraussetzungen verstanden wird.

Natürlich, für jeden Marxisten ist klar, daß auch die Taktik der Einheitsfront von unten und damit die Einheitsfronttaktik überhaupt unter bestimmten Umständen und für bestimmte Länder überholt sein wird. Sie ist überholt in dem Augenblick, wo die Mehrheit der Werktätigen bereits für die Ziele und Grundsätze des Kommunismus gewonnen ist, **wo also das ihr gesteckte Ziel durch ihre richtige und beharrliche Anwendung erreicht** ist. Sie ist überholt in den Ländern, wo der Kommunismus gesiegt hat, wo das Proletariat seine Klassendiktatur errichtet hat und vermittels ihrer alle anderen Parteien unterdrückt. Andererseits ist ihre Anwendung noch nicht möglich oder eng begrenzt, wo die feste proletarische Vorhut erst noch zu bilden ist.

Es ist aber noch ein anderer Fall denkbar, wo es notwendig wäre, die Einheitsfronttaktik **in jeder Form fallen** zu lassen, nachdem sie bereits einmal angewandt worden ist, nachdem wir bereits die revolutionäre Vorhut für den Kommunismus gewonnen haben, und obwohl diese Anwendung der Einheitsfront noch nicht zu ihrem Ziel geführt hat, die Mehrheit der Arbeiterklasse um kommunistische Parteien zu gruppieren.

Welches ist dieser denkbare Fall, worin besteht er, worin kann er bestehen?

Nur darin, daß die Arbeiterklasse in einem Lande einen solch starken Rückschlag, eine solch schwere Niederlage erlebt hätte, daß die revolutionäre Vorhut zerschlagen ist, und daß sie von neuem vor die Aufgabe gestellt wäre, sie zu bilden; und wenn gleichzeitig die Arbeiterklasse so wäre, daß für geraume Zeit keine Massenaktionen, sondern nur revolutionäre Agitation und Propaganda möglich wäre.

Das ist in Wahrheit die Voraussetzung, die einem Fallenlassen der Einheitsfronttaktik (in jeder Form) jetzt in Deutschland **unausgesprochen** zugrunde liegt: Die Perspektive einer geraumen Zeitstrecke, wo die KP. nur auf Agitation und Propaganda angewiesen ist, eine lange, weite Perspektive also, und eine tiefe Herabdrückung der Aktivität der Arbeiterklasse.

Sonst, wenn Massenaktionen möglich sind und in Aussicht genommen werden, kann man die Einheitsfront nicht fallen lassen. Das ist klar.

Die Linke aber bringt es fertig, **zugleich** das Fallenlassen der Einheitsfront zu verlangen und die Perspektive von Massenkämpfen in nächster Zeit zu verkünden. Entweder — oder. Hier muß klar gesprochen werden.

Die Linke spricht gern von Liquidatorentum (den Begriff hat sie selbst erst von den „Rechten" kennen gelernt). Die Per-

spektive, die dem Fallenlassen der Einheitsfront in Deutschland zugrunde liegt, nähert sich zweifellos dem Liquidatorentum. Sie ist jedenfalls nicht die Perspektive der sogenannten „Rechten".

Da wir eine sichere proletarische Mehrheit in Deutschland noch nicht haben, müssen wir an der Taktik der Einheitsfront festhalten. Da kein so starker Rückschlag eingetreten ist, daß die Bildung einer revolutionären Vorhut von neuem vor uns stehen würde, dürfen wir sie nicht aufgeben. Da seit und durch den Oktoberrückzug wesentliche Umstände sich verändert haben, müssen wir ihre Anwendungsform bei uns verändern. Einheitsfront von unten statt von oben.

Die wesentlichen Umstände, die bei uns eine Veränderung der Formen der Einheitsfronttaktik erforderlich machen, sind folgende:

a) Die Umwandlung der **Form der kapitalistischen Diktatur:** die bürgerliche Demokratie ist in die großkapitalistisch-faschistische Diktatur verwandelt worden. Auch nach Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes, bei Fortbestehen des „zivilen Belagerungszustandes", bei der **Unterordnung, dem Sichfügen des Parlaments** unter die Ergebnisse der Militärdiktatur, bei der in Angriff genommenen faschistischen „Säuberung" des Staatsapparats bleibt diese Tatsache im Wesen bestehen.

b) Im Bewußtsein breiter werktätiger Massen sind die demokratischen Illusionen verschwunden, sie sympathisieren teils mit der proletarischen, teils mit der faschistischen Diktatur, und zwar das Kleinbürgertum mit der letzteren in seiner Mehrheit, und selbst Teile der Arbeiterklasse, wie die letzten Wahlen in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg bewiesen haben, und wie auch sicherlich die Reichstagswahlen beweisen werden.

c) Der offene oder versteckte Übergang der Sozialdemokratie in das Lager des großkapitalistischen Faschismus, ihr offener, breiten Massen sichtbar gewordener Verrat an der Arbeiterklasse, das Fallenlassen demokratisch-reformistischer Forderungen durch die Sozialdemokratie.

d) Die Änderung des Stärkeverhältnisses innerhalb des organisierten aktiven Kerns der Arbeiterklasse.

Noch eine andere Veränderung muß ins Auge gefaßt werden. Die Völkischen (Faschisten) haben bereits organisatorisch in der städtischen und in der Landarbeiterschaft Fuß gefaßt. Sie haben politische, militärische und gewerkschaftliche Organisationen gegründet, von denen manche Gruppe überwiegend aus **Arbeitern** zusammengesetzt sind. Sie operieren mit einer demagogischen, das heißt betrügerischen, scheinbaren, nicht ernst gemeinten antikapitalistischen und antijunkerlichen Losung. Wir haben nach den sächsischen, thüringischen und mecklenburgischen Wahlen allerlei Hinweise gehört, daß man der völkischen Bewegung besondere Aufmerksamkeit widmen müsse. Praktische Vorschläge, neue taktische Gedanken sind nicht aufgetaucht.

Mir scheint, daß dieser neue taktische Gedanke, der den Umständen entspricht, eine **besondere** Form der Anwendung der Taktik der Einheitsfront **von unten** gegenüber solchen faschistischen Organisationsteilen sein könnte, die vorwiegend aus Arbeitern bestehen. Dies hier nur nebenbei. Ich komme auf diese Frage vielleicht noch ausführlicher bei anderer Gelegenheit zurück.

Zur Erläuterung der veränderten Umstände und der aus ihr folgenden Notwendigkeit taktischer Änderungen. Nehmen wir zum Beispiel die „Zwischenlosung" der Sachwerterfassung. Die Forderung **wurde zuerst** von der Sozialdemokratie erhoben. Sie wurde dann von uns aufgenommen und mit der Forderung der Produktionskontrolle, der Staatssyndizierung und der Arbeiterregierung verknüpft. Zu welchem Zweck? Zu dem Versuch: entweder eine gemeinsame Aktion mit der Sozialdemokratie für diese Forderung zu erzielen, oder, falls sie nicht mitmacht, sie vor ihren eigenen Anhängern und vor den Parteilosen zu entlarven. Die Durchführung eines Massenkampfes unter dieser Losung hätte an die Grenze der kapitalistischen Ordnung geführt und im weiteren Verlauf über die Grenze hinaus. Die Sozialdemokratie sabotierte den Kampf um diese Losung. War er darum nutzlos? Nein, er hat Zehntausenden sozialdemokratischer und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter praktisch die Augen geöffnet über die Sozialdemokratie und zu uns geführt. Die praktische Erfahrung, daß die Sachwerterfassung nicht durchgeführt wurde, war ein **Anschauungsunterricht** für breite Massen, daß über die Grenzen der kapitalistischen Ordnung und des bürgerlichen Staates hinausgegangen werden muß. Die Propaganda der Sachwerterfassung und ihr negatives Ergebnis in bezug auf die Durchführung war also **Vorarbeit, Vorschule**, und zwar für Massen, für die Losung der **Sozialisierung**, der vollen Enteignung der großkapitalistischen und Großgrundbesitzer. Das leuchtet jedem ein, der dialektisch zu denken versteht.

Jetzt hat die Sozialdemokratie die Losung der Sachwerterfassung vollständig fallen gelassen. Sie tritt ja für das Stinnes-Programm der Stabilisierung ein. Sie hat diese ihre heuchlerische und nur scheinbare Position geräumt. Diese Losung hat also keinen Boden mehr — hier in Deutschland und gegenwärtig — als Losung der Einheitsfront. Als revolutionäre Propagandalosung aber ist sie jetzt zu niedrig gesteckt, als Aktionslosung, als Tagesforderung ist sie zu weit, entfernt sich zu stark von dem, was die deutsche Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Lage unmittelbar in Angriff nehmen kann.

Soweit um das Falsche in der Entwicklung der Linken zur Taktik der Einheitsfront nachzuweisen, wie es in der Elberfelder und anderen Resolutionen zutage tritt. Es ist klar, daß diese Einschätzung der Einheitsfronttaktik nicht für die Vergangenheit, sondern für die Gegenwart, nicht nur für die Kommunistische Partei Deutschlands, sondern auch anderer Länder falsch und schädlich ist und einen Rückfall in eine linke Kinderkrankheit oder vielleicht richtiger eine **Reproduktion linker Kinderkrankheiten als Pubertätskrankheit**, als Krankheit der Flegeljahre bedeutet. Denn die Partei ist aus den Kinderschuhen heraus.

3. Entscheidungskampf im Oktober.

Was bedeutet das für die Gegenwart, daß im Oktober „der revolutionäre Entscheidungskampf historisch notwendig war", daß „weder das Ausweichen vor dem Kampf noch das Ersetzen des Endkampfes durch sogenannte Rückzugsgefechte, Teilaktionen oder Ähnliches zulässig war"?

Entweder sind es nicht ernst gemeinte Redensarten, ein Mitschwimmen und Übertreiben einer Stimmung, die in einem Teil der Mitglieder vorhanden ist. Wenn es das ist, so ist es ein nicht erlaubtes und gefährliches Spiel, gefährlich vor allem für die, die glauben würden, mit solchen Redensarten spielen zu können. Denn die Mitglieder und darüber hinaus die übrige Arbeiterschaft nehmen solche Redensarten ernst, müssen sie ernst nehmen und im gegebenen Fall mit ihnen Ernst machen. Wer also mit diesem Gedanken spielt, hat die Verantwortung zu tragen für das, was daraus folgt, wenn er ernst genommen wird, wie er in jedem Fall ernst genommen werden muß. Mit dem „revolutionären Entscheidungskampf" spielt man nicht.

Oder es ist ernst gemeint. Was folgt daraus?

Wir hatten im Oktober noch keine feste Mehrheit der Arbeiterklasse. Das wird nicht bestritten und ist nicht zu bestreiten. Es ist dies auch in dem ersten Thesenentwurf des Genossen Sinowjew unzweideutig ausgesprochen. Unsere Bewaffnung war ungenügend. Ausschlaggebend war das erstere, der Riß in der proletarischen Front, die Nichtteilnahme oder gar Gegnerschaft breiter Arbeiterschichten. Mangel an militärischer Ausrüstung läßt sich bis **zu einer bestimmten Grenze** wie im gewöhnlichen, so noch mehr im Bürgerkrieg durch Masse und Hochspannung des Siegeswillen **ersetzen.** Aber ohne die Unterstützung der Mehrheit der Arbeiterklasse oder mindestens ihre wohlwollende Neutralität läßt sich nicht siegen. Das ist eine Grunderfahrung. Auch mit dem Wenn und Ob läßt sich hier nicht operieren, „wenn wir durch bessere Vorarbeit (die Vorarbeit konnte sicher besser sein und mußte gründlich geprüft und kritisiert werden) eine Mehrheit geholt **hätten**". Wir hatten sie nicht in dem Augenblick, wo über die Aufnahme des revolutionären Entscheidungskampfes oder nicht entschieden **werden** mußte. (Moltke sagt richtig für den Krieg, die Fehler im **Aufmarsch** sind nachträglich kaum oder selten mehr gut zu machen. Er selber hat sie im Feldzug 66 wieder gut gemacht.) Wir **hätten** eine vernichtende Niederlage erlitten. Unser wichtigster Fehler, nach den schweren Fehlern des **Aufmarsches**, der politisch-militärisch-organisatorischen **Vorbereitung**, bestand nicht darin, daß wir nicht die revolutionäre Entscheidung suchten, die damals über die Kräfte der Arbeiterklasse ging, sondern **daß** wir nicht das volle Maß von Widerstand, von Rückzugskämpfen aufbrachten, das **unseren Kräften entsprach.** Auf die Frage der Kräfteverhältnisse, des Wechselverhältnisses der Klassen im allgemeinen in revolutionären Kämpfen und speziell im Oktober werde ich noch in einer anderen Arbeit zu sprechen kommen.

Was folgt aus der Position der Linken, der fehlenden Erkenntnis der wirklichen Fehler in Aufmarsch, Vorbereitung und Durchführung des Kampfes? Offenbar die Unmöglichkeit, die Fehler zu verbessern, die **Wiederholung und Vergrößerung der gemachten Fehler** nach der einen oder anderen Richtung. Also entweder ein Kampf, der mangels sorgfältiger Vorbereitung, mangels ungenügender Einsicht in das Wechselverhältnis der Klassen, zur Niederlage führt, oder das Unterlassen selbst der Teilkämpfe, die jeweils den Kräften der Arbeiterklasse angemessen sind.

„Geschlagene Heere lernen gut." Lernen wir, aber wiederholen und vergröbern wir nicht noch begangene Fehler, sonst ist eine zweite, noch schwerere Niederlage unvermeidlich.

Aber spielen nicht Niederlagen eine entscheidende Rolle im revolutionären Entwicklungsgang der Arbeiterklasse? Die Juni-schlacht 1848, die Commune 1870/71, die Niederlage der russischen Arbeiterklasse im Dezember 1905, die Januar- und Märzkämpfe 1919 in Deutschland?

Ja, jedem Revolutionär ist klar, daß diese Niederlagen unendlich fruchtbar waren für die Arbeiterklasse. Aber **nicht jede** Niederlage ist fruchtbar für die Arbeiterklasse, es kommt auf **die konkreten Umstände** an. Diese Fragen muß man an der Hand dieser Umstände sorgfältig prüfen. Im Juni 1848 kämpft fast **das gesamte** Pariser **Proletariat gegen** große und kleine Bourgeoisie samt Lumpenproletariat. Es wird systematisch provoziert von der Bourgeoisie, die endlich Schluß machen will mit den „Flausen" des Proletariats von der sozialen Republik und die die Pariser Arbeiter **entwaffnen** will. Das Pariser Proletariat wurde blutig geschlagen. Europa zitterte von dieser Erschütterung. Der Gang nicht nur der Revolution in Frankreich, sondern auch in Deutschland und Österreich nimmt danach eine entscheidende Wendung. Die noch eben gegenüber dem Feudalismus und Absolutismus Front machende Bourgeoisie macht angesichts der drohenden proletarischen Revolution kehrt, wendet sich gegen das Proletariat, macht ein Kompromiß mit den feudalen Klassen, den Junkern, und dem Königtum. Das Kleinbürgertum gerät ins Schwanken. In der Junischlacht kämpfte das Pariser Proletariat **als Klasse**, meldete mit Strömen von Blut seine Zukunftsziele an, machte in einem furchtbaren Kampf die **tiefsten Klassenerfahrungen** und legte den Grund zur nächsten Kampfetappe. In der Junischlacht zerrannen die Illusionen der Pariser (der französischen) Arbeiterklasse vom friedlichen Übergang in den Sozialismus, und es stieß zugleich auf die dritte Klasse in der französischen Gesellschaft, die Bauern, aber ohne noch hieraus die volle Erfahrung zu ziehen. Andererseits gab die Junischlacht der konterrevolutionären Entwicklung einen beschleunigenden Anstoß. Das zweite Kaiserreich, das Regiment Louis Bonapartes, die bonapartistische Militärdiktatur war die Frucht. Und, wie Marx tiefsinnig bemerkt, die Revolution reift an der Konterrevolution heran. Die Commune von 1871 war die Frucht der Junischlacht 1848.

Die Junischlacht und die Juniniederlage waren historisch fruchtbar als **mächtige Klassenerfahrungen** des Proletariats, die es reifer machten, sein Klassenbewußtsein eine Stufe höher hoben und dadurch eine höhere Stufe des Kampfes vorbereiteten.

Dieselbe Rolle spielt die Commune und ihre Niederlage von 1871. Auch hier kämpft das **Gros der Pariser Arbeiterklasse**. Sie wird geschlagen nicht nur mit Hilfe Bismarcks und der französischen Bourgeoisie, sondern auch — durch das französische Land, den Kleinbauern. Die Commune aber wird ein Schatzhaus von neuer **Klassenerkenntnis**, von moralischer Kraft für das Proletariat aller Länder. Sie bezeichnet einen Fortschritt im Bewußtsein der gesamten Arbeiterklasse der Welt. Die Diktatur des Proletariats gewinnt zum erstenmal, im Umfang einer Weltstadt, greifbare Gestalt. Ohne die Juniniederlage 1848 keine Commune, ohne die Niederlage der Commune kein Sieg der Rätediktatur in Rußland im Oktober 1917.

Dann im Dezember 1905 die Barrikadenkämpfe in Moskau, der Übergang des Massenstreiks zum bewaffneten Aufstand; sie bringen der russischen Arbeiterklasse die **ersten Erfahrungen** des proletarischen Aufstandes. Ohne den Dezember 1905 kein 1917. Die äußerste Zuspitzung des Klassenkampfes 1905 in den **Anfängen** des Aufstandes ist einerseits der Ausgangspunkt für die höheren Etappen des proletarischen Klassenkampfes 1917, andererseits dafür, daß die Revolution 1917 bereits beginnt mit den Arbeiterräten neben der demokratischen Republik, daß also die Bourgeoisie unter dem Druck der Arbeiterklasse und auf Grund der Erfahrungen von 1905 gleich mit einem starken Ruck vorwärts gestoßen wird über die Ziele hinaus, die sie selber ins Auge gefaßt hatte. Ohne die Moskauer Barrikadenkämpfe im Dezember 1905 ist weder der März 1917 noch der Oktober 1917 zu denken. Plechanow, der 1905 jammerte: man hätte nicht zu den Waffen greifen dürfen, wurde mit Recht von Lenin als Philister gegeißelt und verhöhnt.

Im Januar 1919 in Berlin nahmen an dem Kampf sicher über eine halbe Million Arbeiter teil, kämpften direkt oder sympathisierten mit dem Kampf. Wie vor dem Juni 1848 hatten die Ebert-Scheidemann im Sinne und mit Hilfe der Bourgeoisie den Kampf planmäßig provoziert, um die bewaffnete revolutionäre Arbeiterschaft zu entwaffnen, um mit den Arbeiterräten Schluß zu machen, um die Nationalversammlung, also die bürgerliche Demokratie, zu sichern. Unser Ziel war: **energischste Verteidigung** der bedrohten Positionen (die Waffen der Arbeiterklasse, das Polizeipräsidium usw.). Wir waren uns klar, daß der Sturz der Ebert-Scheidemann damals über die Kräfte des Proletariats ging. Auf die revolutionäre Entscheidung hinzusteuern, wäre falsch gewesen, aber mit den Umständen entsprechendem begrenzten Ziel aufs energischste die bedrohten Positionen zu verteidigen, war richtig und wurde fruchtbar. Die erste revolutionäre Kampftradition wurde geschaffen.

Bei allen diesen historisch fruchtbaren Niederlagen des Proletariats ist der gemeinsame Zug, daß das Gros der Arbeiterklasse am Kampfe teilnimmt. Die Niederlage bringt dem **Proletariat als Ganzem** Schranken seines Klassenbewußtseins, seiner Kampfmethoden zum Bewußtsein, zerstört Illusionen, leitet die neue, nächst höhere Kampfesetappe ein, bereitet neue Kampfformen vor, wird eine Quelle moralischer Kraft, treibt die Konterrevolution voran, gegen die ihrerseits wieder die Revolution sich zu einem höheren Wellengipfel emporschwingt.

Nehmen wir dagegen den Juli 1917 in Rußland und den Oktober 1923 in Deutschland. Was ist hier das Kennzeichnende der Situation?

Das Gros der Arbeiterklasse war noch nicht an die Vorhut herangeführt. Im Juli 1917 war Petersburg dem übrigen Land weit voraus, vorgeschobener Posten, der vielleicht im Sturm zu nehmen, aber noch nicht zu halten war. Ähnlich März 1921 in Mitteldeutschland und im Oktober 1923.

In solchen Augenblicken es auf die revolutionäre Entscheidung abstellen, „das ist dasselbe, wie wenn 10.000 Soldaten sich gegen einen 50.000 Mann starken Feind in den Kampf werfen, anstatt stehen zu bleiben, vom Wege abzubiegen, sogar Kompromisse einzugehen, nur um die Verstärkung von 100.000 Mann abzuwarten, die herankommen muß, augenblicklich aber noch nicht ausmarschieren kann. Das ist intelligente Kinderei, aber nicht die ernste Politik der revolutionären Klasse". (Lenin, „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit...", S. 63.)

Die Niederlage in einer solchen Situation, wo die revolutionäre Vorhut nicht das Gros der Arbeiterklasse mit sich führt, kann die Arbeiterklasse nicht als eine ihrer historischen Verstöße auffassen, die mit Niederlagen enden, sondern als einen strategischen Fehler, einen Mangel an Urteil der **revolutionären Partei**. Die Folge ist eine zeitweilige Entfremdung, Entfernung dieses Gros von seiner Partei.

Angesichts der groben Fehler der Plattform der Linken in dieser Frage und der Unklarheit, die darüber offenbar noch in unserer Partei herrscht, angesichts der Gefahren, die der Partei und der Arbeiterklasse drohen, wenn diese Fehler nicht aufgedeckt, anerkannt und verbessert werden, ist es nötig, sich hierüber völlig klar auszusprechen, gerade dann, wenn, wie in unserem Fall, ein Fehler durch einen ebenso großen oder größeren ersetzt wird, auch dann, wenn das nicht dazu führt, daß man sagen kann: seht, wir haben keinen Fehler begangen, wir haben vollständig Recht gehabt. Über der Erzeugung der Stimmung der fraktionellen Selbstzufriedenheit auf fehlerhaftem Grund steht das Interesse der Gesamtpartei, die Fehler **allseitig**, ohne Fraktionsrücksichten, und bis auf den Grund zu erkennen und abzustellen.

Eine Panikstimmung während des Rückzuges zu erzeugen und auszunützen gegen die, die den Rückzug geleitet haben, ist bedeutend leichter, ob aber nützlicher für die Partei, das ist die Frage.

Bei N. Machiavelli (Discorsi) findet sich ein interessantes Kapitel darüber, warum die Römer, im Gegensatz zu den Griechen, geschlagene Feldherren **nicht hingerichtet** haben. N. Machiavelli begründet überzeugend den Schluß, daß die Römer klüger und vorteilhafter handelten als die Griechen. Dieses Kapitel scheint uns noch mancherlei nichtmilitärische und nicht nur historische Nutzanwendungen zu haben.

4. Die fehlenden Punkte auf den i's.

Schneller und gründlicher als vermutet, bestätigt die Elberfelder Resolution (und nicht nur sie) das, was wir über die notwendigen Folgen der Mängel, der Unklarheiten, des nicht völlig deutlich Ausgesprochenen in der politischen Resolution der Exekutive vorausgesehen und vorausgesagt haben.

In der Erklärung, die als Ergänzung der mündlichen Erklärung, die die Genossin Clara Zetkin im Namen von Walcher, Pieck, Jannack, Brandler, Hammer, Eisenberg in der Präsidiumsitzung der Komintern am 21. Januar 1924 dem Vorsitzenden der

Exekutive, dem Genossen Sinowjew, übermittelt wurde, heißt es unter anderem:

„(Die Thesen) enthalten keine unzweideutige Entscheidung darüber, ob es unter den vorliegenden Umständen richtig war, daß die Partei den bewaffneten Machtkampf nicht aufnahm... Sie enthalten nicht die nötige Kritik der Fehler und Mängel der Politik, die von der sogenannten „linken Parteiopposition" betrieben wird, und **erschweren dadurch außerordentlich die Abkehr der Opposition von ihren Fehlern, wie die Zusammenarbeit der Parteimehrheit mit der Opposition....**"

Es konnte scheinen, daß diese Kritik „Kleinigkeiten", Unwesentliches betrifft. Die Tatsachen lehren jetzt, daß das nicht der Fall war. Durch die feinen Ritzen des nicht klar bis zu Ende Ausgesprochenen dringen die Rückfälle in linke Kinderkrankheiten. Die Linke glaubt ihre Fehler gerechtfertigt durch das, was in der Resolution nicht gesagt ist, was offen, was verschleiert blieb. Die nicht deutlich gekennzeichneten linken Fehler werden als gerechtfertigt betrachtet, wiederholt in Resolutionen festgelegt und wirken sich praktisch aus. Diese Resolutionen und Plattformen sind nicht nur Stücke Papier. Sie müssen sich praktisch auswirken, im Maßstab der Gesamtpartei, und sie wirken sich bereits aus.

Daraus folgt, daß das Versäumte so schnell wie möglich nachgeholt, daß die „vergessenen" Punkte auf die i's gesetzt werden müssen. Sonst ist Gefahr im Verzug.

5. Das Zentrum, oder die „Mittelgruppe".

Nach dem Bericht der RF. vom 6. März sollte Genosse Koenen sich scharf gegen die Rechte gewandt und ihr mit der „Zermalmung" gedroht haben. Darauf soll er sich gegen die Auffassung gewandt haben, als ob die Mittelgruppe dauernd bestehen soll. Das sei nicht beabsichtigt, da man sich auch im Zentrum immer mehr auf den Boden der Linken stelle. Auf diesem Boden müßte eine Einigung zum Wohle der Partei erfolgen. Anderntags brachte Genosse Koenen eine Richtigstellung, in der er sagte, daß die Wiedergabe seiner Ausführungen unzutreffend sei. Insbesondere habe er nicht erklärt, daß sich das Zentrum immer mehr auf den Boden der Linken stellt und daß auf diesem Boden die Einigung zum Wohle der Partei erfolgen müßte. In der kurzen, nunmehr authentischen Wiedergabe seiner Ausführungen heißt es dann:

„Das Ziel muß sein, die Rechte zu liquidieren, wer sich dem entgegenstellt, wird zermalmt werden. Bei dem starken Mißtrauen, das in der Partei herrscht, muß die Gruppenbildung schleunigst überwunden werden, um mit einem festen Kern zur aktiven Arbeit zu kommen. **Der Boden dafür ist durch die Moskauer Beschlüsse gegeben** (Unterstreichung Koenens). Diese Beschlüsse werden wir vom Zentrum überall energisch verteidigen....."

„Zermalmt" ist zunächst das Zentrum selber. Es erwies sich nicht als ernsthaftes Gegengewicht gegen linke Strömungen. Kein Wunder. Auch das war von uns vorausgesehen und vorausgesagt. Die Originalthesen des Zentrums wurden von uns in der „Fahne der Revolution" sofort als Gemisch von unvereinbaren Widersprüchen, von „linken" Voraussetzungen und „rechten" Folgerungen gekennzeichnet. Wir sagten dann, bei diesen Widersprüchen könne unmöglich **stehen geblieben** werden. Entweder mußten die „linken" Voraussetzungen oder die „rechten" Folgerungen aufgegeben werden. Dazu kam, daß das Zentrum sich allenthalben als Verführte der Rechten vorstellte und die ganze Politik der Partei seit Leipzig anklagte. Die Mitglieder haben aus diesen Voraussetzungen folgerichtige Schlüsse gezogen. Sie folgerten richtig, daß solange und schlimm Verführte keine Führer sein können. Sie folgerten aus den „linken" Voraussetzungen linke Schlüsse. Es ist bezeichnend, daß vom Zentrum auf den besagten Artikel (Linke Voraussetzungen — rechte Folgerungen), obwohl angekündigt, kein Versuch der Widerlegung gemacht wurde. Die Thesen, die die Vereinigungsplattform mit der Linken bildeten, wurden fallen gelassen. Ja aus dem Zentrum selber kam nach der meinigen eine vernichtende Kritik ihrer Widersprüche durch den Genossen Gerhardt. So wurde eine Position nach der andern geräumt — ohne Teilkämpfe — und der Linken eingeräumt. Kein Wunder also und durchaus natürlich und unvermeidlich, daß das Zentrum „zermalmt", aufgerieben wird. Aber leider erstrecken sich die Folgen auf die Gesamtpartei. Die (zumeist stillschweigenden) Konzessionen an KAP.-Auffassungen, unter denen der Bund zwischen Zentrum und Linken geschlossen wurde, wirken sich politisch und organisatorisch aus. Wir signalisierten diese Gefahr frühzeitig. Zunächst ohne Wirkung. Denn die „Rechte" mußte „liquidiert", „zermalmt" werden.

Wieder „ein kleiner Schritt weiter" in der Drehung nach links und die „Wahrheit verwandelte sich in einen Fehler", der Sieg in eine Niederlage.

Das war unausbleiblich.

6. Die Linke.

In derselben Berliner Funktionärversammlung, in der Koenen sprach, erklärte zuvor der linke Genosse Scholem in seinem Referat: „Brandler, Thalheimer und Konsorten sind endgültig beseitigt. Sie sind es, weil sie sich bemühten, die Patei nach rechts zu treiben .... Wir werden alle als unsere Gegner betrachten, die sich nicht rückhaltslos auf den Boden der Mehrheit des kommenden Parteitages, auf den Boden der Linken stellen. Die Linke wird es unter keinen Umständen dulden, daß in der Partei sich eine sozialdemokratische Zelle bildet.....?

Das ist sehr freundlich vom Genossen Scholem. Er hat sogar bei dieser Gelegenheit Fortschritte in der Erkenntnis gemacht, wenn auch andere, als er selber glaubt. Daß die „Rechte", die Brandler und ich vorstellen sollen, endgültig beseitigt ist, dieser Satz ist ein Fortschritt. Denn diese „Rechte", diese „Sozialdemokraten", waren ein Phantasiegebilde. Daß Genosse Scholem sein Ableben, seine endgültige Beseitigung feststellt, ist ein wesentliches Verdienst um die Partei.

Das dazu. Wenn die schwere Parteikrise irgend einen Sinn hat, dann den, daß daraus gelernt wird, allseitig und gründlich. Das ist weder beim Genossen Scholem der Fall, noch zeigt die Plattform der Linken das Gelernthaben. Die Partei macht mit der Linken einen Versuch. Worin besteht er? Eben in der Probe, ob sie zu lernen versteht, nicht nur aus den Fehlern anderer, sondern auch aus den eigenen Fehlern. Auch wir hielten einen solchen Versuch zwar für gefährlich, aber für unvermeidlich, nachdem der bisherigen Mehrheit nicht ermöglicht wurde, eine sichere Führung zu behalten. Die ersten Ergebnisse dieser Probe abzuwarten, war unsere Pflicht. Nachdem sie vorliegen, ist es ebenso unsere Pflicht, kritisch dazu Stellung zu nehmen und vor den Klippen und Sandbänken zu warnen, die der Partei drohen, wenn die Elberfelder Resolution die für die Partei maßgebende Plattform sein soll, wenn typische linke Kinderkrankheiten nicht schnell und vollkommen offen abgestellt werden. Die rechten Gefahren, da wo sie wirklich bestehen, und sie bestehen natürlich, können nicht durch linke Kinderkrankheiten gebannt werden. Sie müssen sich dadurch verstärken. Diese Krankheiten müssen abgestellt werden **mit Hilfe vor allem der denkenden Köpfe der Linken.** Das Zentrum hat sich als — Zentrum erwiesen. Die Linke zeigte wenigstens Energie, wenn auch in falscher Richtung. Noch ist es Zeit für sie, zu lernen, Fehler der Vergangenheit anzuerkennen und zu verbessern, ohne Rücksicht auf Gründe der fraktionellen Eigenliebe und Rechthaberei. Geschieht es nicht, so würde die Linke damit zeigen, daß sie infolge ihres Sieges den Kopf verloren hat, wie Levi ihn infolge seiner Niederlage verlor.

Die vorstehende Kritik soll dazu helfen, daß die Linke lernt. Lernt sie noch, so wird sie ihren Teil an der Parteiführung behalten. Lernt sie nicht, so wird ihr Sieg nur ein Schein sein.

7. Die Sozialdemokratie und unsere Parteiauseinandersetzungen.

Wenn die Sozialdemokratie glaubt, von unseren Parteiauseinandersetzungen **für sich Nutzen ziehen zu können,** so wäre das eine lächerliche Täuschung. Sie hat wirklich nichts dabei zu lachen. Unsere Auseinandersetzungen gelten ja gerade der Frage, wie wir den stinkenden Leichnam der Sozialdemokratie am besten, schnellsten und gründlichsten aus dem Wege schaffen, die sozialdemokratischen Arbeiter von ihm loslösen und zum Kommunismus führen. In diesem Ziel herrscht Einigkeit. Die Differenzen erstrecken sich auf die Mittel und Wege dazu. Für die Dummheit und Plumpheit, mit der die Sozialdemokratie diese Differenzen für sich ausnützen zu können glaubt, haben wir nur Hohn und Verachtung.

Unsere Partei wird aus diesen Auseinandersetzungen kräftiger und reifer hervorgehen. Es sind Pubertätskrankheiten, Krankheiten der Flegeljahre, die den Übertritt ins reife Mannesalter begleiten. Die Krankheit der SPD. ist unheilbar, tötlich, sie lebt nur noch ein Scheinleben.

Wir dürfen aber nicht vergessen, daß der Leichnam der SPD. noch mitten unter uns, der Arbeiterklasse liegt, und daß er, dank dem Gesetz der Trägheit, das auch in der geistigen Welt gilt, über Gebühr langsam verfault. An unserer richtigen Einstellung liegt es, diesen widerlichen Vorgang so viel wie möglich zu beschleunigen und soweit zu vollenden, wie dies noch vor Eroberung der Diktatur möglich und notwendig ist.

Nachschrift.

Nach Abschluß dieser Arbeit kommt mir zu Gesicht „Der Funke", früher „Taktik und Organisation", herausgegeben von der Bezirksleitung der KPD., Berlin-Brandenburg, Jahrgang II, Nr. 1 (vom 8. März). Der einleitende Artikel dieses Blattchens bestätigt durchaus das, was wir im Anschluß an die Elberfelder Resolution gesagt haben. „Der Funke" bezeichnet als seine Aufgabe (wie als die Aufgabe der Linken überhaupt) „die Schaffung einer Kommunistischen Partei". „Unsere Aufgabe ist, eine Kommunistische Partei zu werden, also eine Partei aus einem Guß mit einheitlicher Ideologie und stahlharter Organisation, mit klarer Führung, die wirklich führt und der die Partei vertraut." „Die russischen Bolschewiki", wird weiter gesagt, „hatten es zum Teil leichter gehabt als die deutschen Kommunisten. Sie bauten ihre Partei Stück für Stück ideologisch und organisatorisch erst auf; wir dagegen schleppen am Erbe der Sozialdemokratie, wir haben eine gegebene Massenpartei umzuformen, wir haben Gegner vor uns, wie sie die Bolschewiki nicht hatten." Als ein weiterer Vorteil der Bolschewiki wird betrachtet, daß sie „sorgsam, zum Teil unbelastet vom Kleinkram der Tagesarbeit und Tagesereignisse, die Ideologie der Partei schaffen" konnten.

An diesen Ausführungen ist mehreres bemerkenswert. Erstens die Vorstellung, als ob nach fünf Jahren organisatorischer Existenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, nach fünf Jahren gemeinsamer Arbeit mit der Kommunistischen Internationale, 10 Jahre, nachdem die marxistische Linke in Deutschland den Kampf gegen das Kautskyanertum aufnahm, nach dem November 1918, nach der ideologischen politischen Arbeit Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, nach den Auseinandersetzungen mit der KAP. und mit der KAG., daß wir nach alledem erst da stünden, wo die russische Sozialdemokratie bei Gründung der „Iskra" stand, bei der Herausbildung der kommunistischen Vorhut des deutschen Proletariats. Eine solche grundlegende Verkennung der Situation und der Hauptaufgabe der Partei ist kaum zu überbieten. Im Mai 1920 schrieb Lenin: „Die proletarische Avantgarde ist ideell erobert, das ist die Hauptsache. Ohne dieses kann man auch nicht den ersten Schritt zum Ziele machen. Aber von hier bis zum Siege ist es noch sehr weit. Mit der Avantgarde allein kann man nicht siegen."

Und kurz zuvor: „Das Hauptsächlichste — natürlich noch lange, lange nicht alles — ist schon getan in der Heranziehung der Vorhut der Arbeiterklasse, in ihrem Übergang auf die Seite der Sowjetmacht gegen den Parlamentarismus, auf die Seite der Diktatur des Proletariats gegen die bürgerliche Demokratie. Jetzt müssen alle Kräfte, muß alle Aufmerksamkeit auf den nächsten Schritt konzentriert werden, der weniger wichtig scheint — und von einem gewissen Standpunkt aus auch weniger wichtig ist — der aber dafür der praktischen Lösung der Aufgabe praktisch näher steht, nämlich: es müssen Formen der Heranziehung oder des Übergangs der Massen zu proletarischen Revolutionen gefunden werden."

So Lenin im Mai 1920 („Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus", S. 70).

Sind wir 1924 hinter die Aufgaben von 1920 zurückgeworfen, haben wir von vorne anzufangen in der Eroberung der proletarischen Vorhut? Ich glaube nicht. Wir haben zweifellos Fortschritte in der Eroberung der proletarischen Vorhut seit dieser Zeit gemacht, sogar große Fortschritte, und wir haben Fortschritte in ihrer ideologischen Ausbildung gemacht. Gewiß, diese Aufgabe ist auch heute „noch lange, lange nicht" **vollendet.** Aber müssen wir heute auf den ersten Schritt, die Eroberung und Herausbildung der Vorhut, unsere **Hauptaufmerksamkeit,** konzentrieren oder auf den **nächsten Schritt, die „Formen der Heranziehung oder des Übergangs der Massen zur proletarischen Revolution"?** Unzweifelhaft ist dieser nächste zweite Schritt in dem gegenwärtigen Kampfabschnitt unsere Hauptaufgabe. Die „Formen der Heranziehung oder des Übergangs der Massen zur proletarischen Revolution", von denen Lenin 1920 sagte, daß sie gefunden werden müssen, diese Formen sind gefunden worden in den verschiedenen Formen und Anwendungsarten der Taktik der proletarischen Einheitsfront. Es ist ganz klar, wenn man so völlig verkennt, wie die Linke, worin jetzt die Hauptaufgabe der Partei besteht, so muß man sich folgerichtig zur Taktik der Einheitsfront so verhalten, wie die Linke es tut, dann muß man sie tatsächlich ablehnen (selbst wenn man sie in Worten annimmt). Der Inhalt der Elberfelder Resolution ist also kein Zufall, keine unglückliche Formulierung, sondern typisch, charakteristisch für den Standpunkt der Linken. Es ist zweitens bezeichnend an dem Vorwort des „Funken", wie er sich „zum Kleinkram der Tagesarbeiten und Tagesereignisse" verhält. Er findet diese als eine Belastung. Auch das ist nur folgerichtig, wenn die Hauptaufgabe der Partei nicht in der Heranziehung der gesamten Arbeiterklasse oder ihrer überwiegenden Mehrheit an die kommunistische Vorhut, in der systematischen Ausnützung des „täglichen Kleinkrams", das heißt in den laufenden **Aktionen** gesucht wird. Dieser „Funke" wird keine zweite „Iskra" sein. Er erleuchtet nicht die Partei, aber er leuchtet tief in die Unwissenheit der Hauptmitarbeiter hinein, in ihre Unfähigkeit, die Hauptaufgabe der Partei im gegenwärtigen Kampfabschnitt zu verstehen. Es wäre besser gewesen für die Hauptverfasser, bescheidener aufzutreten, denn es ist immerhin einiges, sich die Rolle eines Lenin und Plechanow zuzuschreiben. Es kann das nur jemand, der die Geschichte der russischen Kommunistischen Partei, die Leistungen eines Lenin und die eines Plechanow (in der Zeit, wo der letztere noch revolutionärer Marxist war) ebensowenig kennt und versteht wie die Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Bewegungen, aus denen sie entstanden ist.

Weiter ist interessant in dem „Funken" Nr. 1, daß offen ausgesprochen wird: „daß die Mittelgruppe politisch keine Existenzberechtigung, keinen Standpunkt besitzt, prinzipienlos ist, war von jeher unsere Ansicht, die wir nie verborgen gehalten haben". Es wird offen ausgesprochen, daß diese „unnötige Gruppe" politisch bekämpft werden müsse bis zur Überwindung ihrer Ideologie und ihrer organisatorischen Liquidierung. Das ist deutlich.

Diese Mittelgruppe hat bereits starke, zu starke Konzessionen an KAPistische Auffassungen in der Zusammenarbeit mit der Linken gemacht. Dem ist sie unterlegen. Sie hat linke Abweichungen von der richtigen kommunistischen Linie passieren lassen oder mitgemacht, wo sie verpflichtet war, mit aller Energie zu kämpfen. Aber sie wollte das nicht und sie konnte das nicht, denn die Gruppe, die ein Zusammenarbeiten der Linken ohne ideelle Konzessionen an linke Abweichungen wollte, die sogenannte Rechte, sie war für das Zentrum nicht nur der Hauptgegner, sondern der einzige Gegner. Linke Gefahren bestanden nicht in der Einbildung des Zentrums.

Ich denke, bereits an der Hand der programmatischen Äußerungen der Linken bewiesen zu haben, daß diese linken Gefahren bestehen, und daß, wenn sie nicht bekämpft werden, die Partei in den Sumpf oder auf Klippen gerät.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 42. 4. April. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Die Scheindemission Poincarés. Von Albert 495

Politik.
Die „Sanierung" Österreichs und das Proletariat. Von Grün 496

Revolutionäre Bewegung in den Kolonien.
Die Arbeiterpartei-Regierung an der Arbeit. Von Roy . 497

Union der Sowjetrepubliken.
Brief aus Sowjetrußland. Von Rubiner 498

Wirtschaft.
Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten von Amerika. Von Pepper 499

Arbeiterbewegung.
Die Meinung Fimmens. Von Vanter 500

Jugendbewegung.
Aus dem Rundschreiben des EK. der Kommunistischen Jugendinternationale über die innere Lage der RKP. . 501

Aus der Internationale.
Die Kommunistische Partei Frankreichs zur Lage in der deutschen und russischen Partei 503

Aus der Roten Gewerkschaftsinternationale.
Die Einberufung des III. Weltkongresses der Roten Gewerkschafts-Internationale 505

Proletarische Kunst.
Béla Uitz: „Die Ludditenbewegung". Von Koritschoner 505

Buchanzeigen.
Inhalt der einbändigen Ausgabe der Werke Lenins . . . 506

Die Scheindemission Poincarés.

Von R. Albert (Paris).

** Herr Poincaré ist gestürzt, Herr Poincaré ist gegangen, Herr Poincaré ist wiedergekommen.

Allerdings hat er es auf seinem Wege für gut befunden, fast alle seine wichtigsten Mitarbeiter aus der Zeit vor der letzten Krise fallen zu lassen.

Seit dem offenkundigen Mißerfolge der Ruhrpolitik, deren Ergebnisse, was die Außenpolitik Frankreichs betrifft, dessen Isolierung, und was die Innenpolitik betrifft, die finanziellen Schwierigkeiten und die Teuerung sind, ist der Nationale Block, dessen großer Mann Poincaré ist, immer unpopulärer geworden. Ungefähr 300 bürgerliche Abgeordnete, die sich an der parlamentarischen Krippe komfortabel eingerichtet haben, haben das deutliche Gefühl gehabt, daß ihnen die kommenden Wahlen ihre endgültige Verabschiedung bringen dürften...

Als das Ministerium Poincaré, das durch den Sturz des Franken in die größte Verwirrung gebracht worden war, vor kurzer Zeit von der Kammer verlangt hatte, die zwei Zehntel (Steigerung aller Steuern um 20%) und die Vollmachtgesetze (Recht der Regierung, gesetzliche Maßnahmen im Verordnungswege zu treffen, was der französischen Verfassung zuwiderläuft) zum Beschluß zu erheben, kam die Majorität Poincarés in eine peinliche Verlegenheit: Einerseits war ihr die Zurückweisung der Projekte ihrer Regierung nicht möglich, andererseits war die Beschlußfassung angesichts der bevorstehenden Wahlen einem Selbstmord gleichbedeutend. Poincaré fand eine Majorität, allerdings unter großen Schwierigkeiten. Eine Reihe einzelner Abgeordneter fiel von ihm ab und verstärkte die Opposition. Alle jene Personen, die sich der Zustimmung zu den Regierungsgesetzen entziehen konnten, ohne daß dadurch der Sturz des Kabinetts bewirkt wurde oder ohne daß sie sich in ihrer eigenen Partei auf das äußerste kompromittierten, taten es.

Die Bestürzung der Regierung und der Majorität war so groß, daß man von einer kommenden Diktatur des Präsidenten Millerand oder von einem Ministerium Barthou oder Steek oder anderen Veränderungen der Regierung sprach...

Schließlich wurde die Regierung Poincaré durch eine Abstimmung über die Pensionen am 28. März unerwarteterweise in die Minorität versetzt. Doch Poincaré, der schon zur Zeit des Frankensturzes ebenso unmöglich geworden war wie sein Finanzminister, konnte doch seinen Platz nicht verlassen: er repräsentierte die Ruhrpolitik, die auch weiterhin fortgesetzt werden muß, weil man der Gefangene dieser Politik ist. Die Majorität, deren Politik er betrieben hat, bedarf seiner, um die Wahlen mit einem Minimum an Verlusten durchzuführen...

So war es nur ein Scheinabgang, eine Scheindemission, die immerhin merkwürdig genug bleibt. Denn sein neues Ministerium umfaßt nur zum kleineren Teile Mitglieder des früheren. M. de **Lasteyrie**, der Mann der zerrütteten Finanzen, ist ausgebootet worden, desgleichen Herr **Maunoury**, der frühere Minister des Innern, dessen Beseitigung der Royalist Léon Daudet forderte; dies bedeutet eine Genugtuung für die äußerste Rechte. Hingegen ist der **Ruhr-Maginot**, der Kriegsminister, geblieben. Indessen sind solche Elemente, die noch in den letzten Tagen gegen die Vollmachtgesetze gestimmt und überhaupt eine energische Opposition gegen Poincaré betrieben haben, mit Ministerportefeuilles bedacht worden — wie **Daniel Vincent**, der zum Arbeitsminister, und de **Jouvenel**, der zum Unterrichtsminister ernannt wurde, und kein anderer als **Loucheur**, der ein Mitarbeiter Briands war und der die intelligenten Großkapitalisten nach dem Kriege in verhältnismäßig kluger Weise vertritt, ist Minister für Handel und Industrie geworden. Das Finanzministerium wurde Herrn **Bokanovsky**, einem durchtriebenen Emporkömmling von anpassungsfähiger reaktionärer Gesinnung, anvertraut.

Die „radikale" Presse konstatiert, daß sich Poincaré nach links entwickelt habe und sich auf eine Politik internationaler Verständigung einstelle. Die Presse des rechten Zentrums triumphiert ihrerseits auch, da die Ruhrpolitik fortgesetzt werde.

In Wirklichkeit handelt es sich um gar nichts anderes, als um ein grobes Regierungsmanöver, das folgendem Zwecke dienen soll: Es soll der parlamentarischen Linken angesichts der bevorstehenden Wahlen einen Schein von Genugtuung geben, also der parlamentarischen Linken, die sich — wenn man vom Klassenstandpunkte aus urteilt und von dem äußersten linken Flügel absieht — vom Zentrum und sogar von der Rechten im Grunde genommen sehr wenig unterscheidet. Die französischen Imperialisten sind einerseits in der Zwangslage, ihre Ruhrpolitik fortzusetzen, und andererseits können sie die Politik nach dem finanziellen Zusammenbruche, der dank der Hilfsmittel, deren Wirkung nicht lange dauern kann, augenblicklich gemildert ist, doch nicht fortsetzen. Alle bürgerlichen Parteien haben aber ein Interesse daran, bis zu den Wahlen ernste Krisen zu vermeiden, schon um ein jähes Erwachen der Arbeiter- und Bauernwähler möglichst zu vermeiden. Alle diese Parteien sind trotzdem verurteilt, bei den werktätigen Massen immer mehr in Mißkredit zu kommen. Denn wenn sich auch der Franken erholt hat, so hat sich die Teuerung nicht gemildert, die um 20% vermehrten Steuern sind geblieben und die Löhne haben sich der Verteuerung der Lebenshaltung nicht im mindesten angepaßt...

Der Fall und die Einsetzung der bürgerlichen Regierungen können dem Prozeß der tiefen Fäulnis, von der der französische Imperialismus zerfressen wird und an der er früher oder später zugrunde gehen muß, nicht Einhalt tun.

Politik

Die „Sanierung" Österreichs und das Proletariat.

Von Josef Grün (Wien).

** Der **Vertrag von Genf** hat Österreich um den Bettel einer Anleihe von 650 Millionen Goldkronen — dieser Betrag wäre bei kräftigem Zugreifen vom inländischen Kapital herauszuholen gewesen — der wirtschaftlichen und damit auch der politischen **Kontrolle des Völkerbundes** ausgeliefert. Der Völkerbund hat übrigens die Anleihe nicht selbst vorgestreckt, sondern nur die **Bürgschaft** für sie übernommen und um den Preis dieser Bürgschaft die gesamte tatsächliche Kontrolle über Österreich erhalten. Der Vertrag läuft gegen Ende des **Jahres 1924** ab, es sind aber bereits Bestrebungen zutage getreten, ihn über die bei Vertragsabschluß vorgesehene **Geltungsdauer von zwei Jahren** hinaus zu verlängern. Das ausländische und das inländische Kapital sind bei dieser „Sanierung" durchaus auf ihre Rechnung gekommen und daher daran interessiert, sie möglichst lange fortzusetzen. Nach dem Muster Österreichs sollen nun auch andere Länder „saniert" werden. Augenblicklich ist **Ungarn** an der Reihe, mit diesen Segnungen beglückt zu werden; aber auch andere Länder, in erster Reihe **Deutschland**, sind schon lange dazu vorgemerkt. Da ist es für das internationale Proletariat von Interesse, die „Segnungen" dieser „Sanierung", ihren Einfluß auf Staats- und Volkswirtschaft im allgemeinen und ihre Wirkungen für das Proletariat im besonderen in einer kurzen Übersicht über die bisherigen Ergebnisse zu erfahren.

Das erste Ziel der „Sanierung", die **Stabilisierung der österreichischen Krone**, ist — **nach außen hin** — im wesentlichen erreicht worden. Die Krone, die im September 1922, einige Wochen vor dem Abschlusse des Genfer Vertrages, nach neuerlichen gewaltigen Stürzen auf ihren tiefsten Stand gesunken war, hat sich nach dem Abschlusse des Vertrages und nach dem Eintreffen der ersten Kreditsummen etwas erholt und mit einigen Schwankungen nun seit einigen Monaten unverändert auf einem Stande erhalten, der etwa dem **14.500 Teile ihres Vorkriegswertes** entspricht.

Gleichfalls **rein äußerlich** ist auch das **Budget der Bundesrepublik Österreich** einigermaßen ins **Gleichgewicht** gebracht worden. Dies ist zunächst durch eine **ungeheure Steigerung der Steuern und ähnlicher Lasten** erfolgt. Im besonderen sind naturgemäß **die indirekten Steuern unerhört** hinaufgeschraubt worden. Es wurden auch neue Steuerarten eingeführt, insbesondere die inzwischen sogar noch erhöhte **Warenumsatzsteuer**, die unsozialste und die die ausgebeuteten Massen am meisten belastende aller indirekten Steuern. Die Einnahmen sowohl aus den indirekten Steuern wie auch aus den direkten Steuern, die natürlich im Ausmaße weit hinter den indirekten zurückbleiben, haben einen höheren Ertrag geliefert, als erwartet wurde. Dies beweist aber nur, wie wenig vorher an direkten Steuern herausgeholt worden war und wieviel noch an ihnen herausgeholt werden könnte. Über die Verwendung des noch nicht aufgezehrten Kreditrestes von 200 Millionen Goldkronen ist zum ersten Male im Verlaufe der „Sanierung" eine größere Meinungsverschiedenheit zwischen dem Generalkommissär des Völkerbundes, dem ehemaligen Oberbürgermeister von Rotterdam, Dr. **Zimmermann**, und der seine Diktate sonst stets ohne jeden Widerspruch entgegennehmenden bürgerlichen Regierung des Prälaten Seipel entstanden. Die „Regierung" möchte diesen Betrag zu sehr notwendigen und sehr vernachlässigten Investitionen verwenden, während „Zar" Zimmermann, der Sachwalter des Auslandkapitals und des größten Teiles des Inlandkapitals, dem seine mit riesigen Einnahmen und schier uneingeschränkter Machtvollkommenheit verbundene Stellung natürlich nur allzusehr gefällt, eine **Verlängerung der Kontrolle** des Völkerbundes über den Haushalt der Bundesrepublik Österreich anstrebt.

Der riesigen Erhöhung der Einnahmen stehen **starke Einschränkungen der Ausgaben** gegenüber. Es versteht sich von selbst, daß von der Sparwut in erster Linie **alle Ausgaben** für **soziale und kulturelle Zwecke** betroffen worden sind. Aber die größten Ersparnisse waren und sind geplant durch einen weitestgehenden **Abbau der Bundesangestellten**, der Hand in Hand mit der beabsichtigten und zum großen Teile schon durchgeführten **Entstaatlichung von Bundesbetrieben** und deren Auslieferung **an das Privatkapital** gehen soll. Es ist der Abbau etwa **eines Drittels, also von mindestens 100.000 Bundesangestellten** im Verlaufe von zwei Jahren im Sanierungsplane vorgesehen und teilweise auch schon durchgeführt. Im ersten Jahre (bis zum 17. November 1923) wurden 51.043 Angestellte abgebaut, bis zum Februar 1924 schon 63.307. Dabei entfällt aber fast die **Hälfte der beschäftigten Bundesangestellten** ganz Österreichs auf die **Bahnen** — deren Defizit nicht auf die Personalausgaben zurückzuführen ist, die nur ein Zwanzigstel ihrer Gesamtausgaben ausmachen — etwa **ein Fünftel auf die übrigen produktiven Betriebe**, und **kaum ein Drittel auf die Verwaltung im weiteren Sinne**. Der übertriebene Abbau der Angestellten hat nicht nur einzelne Dienstzweige, sondern auch die Bundeswirtschaft und die Volkswirtschaft noch mehr in ihrem Betriebe gefährdet; er hat aber auch keine Ersparnisse gebracht, da die — trotz vielfacher Vertragsbrüche und Ungerechtigkeiten beim Abbau noch immer in ihrer Gesamtsumme sehr hohen — **Pensionen und Abfertigungen** für Abgebaute, **die Ersparnisse an Gehältern und Löhnen weitaus übersteigen**. Außerdem hat aber der Abbau selbstverständlich dazu beigetragen, daß, namentlich unter den Angestellten, der Umfang der **Arbeitslosigkeit andauernd außerordentlich groß** geblieben, ja sogar noch größer geworden ist.

Die **Zahl der unterstützten Arbeitslosen** hatte im August 1922 vor Beginn der Genfer Verhandlungen 30.967 betragen und war bis November 1922 auf 58.008 **gestiegen**. Mit vorübergehenden Rückgängen im Sommer 1923 ist sie bis November 1923 glücklich auf 75.809 und seitdem bis zur ersten Hälfte März auf 126.734 gestiegen. Dabei wurde durch immer strengere Bestimmungen über die Unterstützung einem immer größeren Prozentsatz der Arbeitslosen die Unterstützung **entzogen**, so daß heute **kaum mehr als die Hälfte** der tatsächlich Arbeitslosen die Unterstützung beziehen dürfte. Die Unterstützung selbst wurde immer wieder verspätet und immer unzulänglicher erhöht, so daß ihr **Realwert** im Verlaufe der letzten eineinhalb Jahre **auf die Hälfte gesunken** ist.

Aber auch die Lebenshaltung der **im Betriebe stehenden Arbeiter und Angestellten** wurde durch die „Sanierung" **noch mehr herabgedrückt**. Die österreichische Krone ist, wie oben erwähnt, **nur nach außen** stabilisiert worden, hat aber fortschreitend **an innerer Kaufkraft eingebüßt**. Dies beweisen sogar die schönfärberischen amtlichen Angaben. Selbst aus ihnen geht hervor, daß sich die Kosten der Lebenshaltung im Verlaufe der „Sanierung" **um mindestens ein Viertel gesteigert haben. Diese Zahl** ist aber, da nur über bestimmte Warengruppen Berechnungen gepflogen werden, **noch viel zu niedrig gehalten**.

Andererseits jedoch haben die Löhne der **Arbeiter und Angestellten** — dank der schwächlichen Politik der Gewerkschaftsbürokraten, die ein würdiges Seitenstück zu der zahmen parlamentarischen „Opposition" der Sozialdemokraten ist, die den

Abschluß des Genfer Vertrages und seine Durchführung ermöglicht hat — um viel weniger zugenommen, daher an Realwert tatsächlich abgenommen. Der Verlust an Reallohn im Verlaufe des Jahres 1923 muß auf mindestens ein Zehntel, im Verlaufe der nunmehr fast eineinhalb Jahre umspannenden Periode der bisherigen „Sanierung" auf mindestens ein Sechstel bis ein Fünftel geschätzt werden. Dadurch ist der Reallohn weiter auf ungefähr die Hälfte des Vorkriegslohnes gesunken.

So hat also das „Sanierungs"werk des Völkerbundes und der von den Sozialdemokraten durch die Art ihrer „Opposition" geförderten Regierung Seipel bisher steigende Steuerlast, steigende Arbeitslosigkeit und weitere Verelendung des österreichischen Proletariats zur Folge gehabt. Die Fortsetzung der „Sanierung" verspricht, all dies in gesteigertem Ausmaße zu bringen.

Revolutionäre Bewegung in den Kolonien

Die Arbeiterpartei-Regierung an der Arbeit.

Von M. N. Roy.

** Die Londoner „Times" veröffentlichten am 19. März 1924 folgendes Telegramm:

„Bolschewistische Verschwörung in Indien.

Gerichtsverhandlung in Cawnpore.

(Von unserem Berichterstatter.)

Allahabad, 18. März.

Gestern verhandelte der Gerichtshof von Cawnpore die Anklage der Verschwörung gegen die Oberherrschaft des Königs und Kaisers, die vom Obersten Kaye, dem Chef des Zentralen Nachrichtenamtes, im Namen der Indischen Regierung gegen Manabendra Nath Roy und sieben andere erhoben wurde, und zwar: gegen Maula Baksh, Muzaffar Ahmad, Ghulam Hussain, Gupta, Sharma, Dange und Chettiar.

Oberst Kaye zufolge beschloß die Dritte Internationale im Jahre 1921, in Indien eine Zweigorganisation unter Leitung Roys, den man damals in Berlin glaubte, zu gründen; der Zweck war „die vollkommene Loslösung Indiens vom imperialistischen Großbritannien durch gewaltsame Revolution". Zur Förderung dieses Unternehmens sollte eine Bauern- und Arbeiterpartei gebildet werden; es sollte auch der Versuch gemacht werden, sich der Leitung des Nationalkongresses zu bemächtigen. Die Verschwörung sollte von der III. Internationale finanziert werden. Die Verschwörung wurde durch Briefe vereinbart, die die Angeklagten miteinander austauschten. Roy und Sharma, die außerhalb von Britisch-Indien leben, konnten nicht vor Gericht gestellt werden, und vier der übrigen waren bereits auf Grund der Anordnung III von 1818 interniert.

Oberst Kaye, der vom Rechtsanwalt Mr. Ross Alston befragt wurde, legte die von Roy aus Moskau an die übrigen Angeklagten gerichtete Korrespondenz vor. Roy äußerte darin die Ansicht, daß die Regierung eine Organisation mit kommunistischem Namen nicht dulden würde, daß es darum eine doppelte Organisation geben müßte, die eine legal und die andere illegal. Es sollte eine revolutionäre Massenpartei, die illegal sein müßte, gebildet werden und einen Teil des Nationalkongresses darstellen „unter der Leitung unserer eigenen Organisation", da die Bourgeoisie ein kommunistisches Programm nicht akzeptieren würde. Ein anderes Schreiben bezog sich auf Gandhis „schmachvollen Rückzug in Bardoli". Darin hieß es, er hätte zwischen der finanziellen Unterstützung der Großgrundbesitzer und der Kapitalisten und der revolutionären Tatkraft der Massen zu wählen gehabt.

Ein von Roy für die Kommunistische Partei Indiens unterzeichnetes und an die indischen Gewerkschaften gerichtetes Manifest wurde gleichfalls verlesen; darin wurden die Leute, die für das Chauri-Chaura-Massaker verurteilt worden waren, als arme Ackerbauer beschrieben, die durch die unerträgliche Ausbeutung seitens der Grundbesitzer und der Regierung zum Aufstand getrieben worden seien. Die Chauri-Chaura-Angelegenheit, behauptete das Manifest, sei nicht bloß ein Aufstand gegen die Regierung, sondern auch gegen die bestehende Ordnung und gegen das heilige Eigentumsrecht. Es klagte den Nationalkongreß der Untätigkeit in dieser Angelegenheit an und forderte dringend einen Generalstreik, um diese Freiheitskämpfer zu retten.

Die Verhandlung wurde auf morgen vertagt."

Das im Wortlaut wiedergegebene Telegramm beweist, daß die Arbeiterregierung mit allem Ernst das britische Imperium zu verteidigen sucht. Die Beweisführung des Regierungsanwaltes zeigt klar, daß das „Verbrechen", das den Angeklagten und ihren unbekannten und unauffindbaren Genossen zur Last gelegt wurde, darin besteht, daß sie die sozialistische Bewegung in einem Lande, in dem die kapitalistische Ausbeutung ihre brutalste Form annimmt, organisiert haben. Die Regierung, an deren Spitze ein Sozialist steht, klagt einige Inder an, die an der Spitze einer Bewegung zur Organisierung einer politischen Partei der Arbeiter und Bauern Indiens standen! Eine Arbeiterregierung geht gegen jene als Verschwörer gegen den Staat vor, die die Interessen der indischen Arbeiterklasse verteidigen!

Das charakteristischste Moment dieser ganzen Episode besteht darin, daß vier von den acht Angeklagten vor dem Regierungsantritt der Arbeiterpartei verhaftet wurden. Gemäß den Angaben der indischen Behörden ist dieser der Beweis der Verbindung der Verhafteten mit der Kommunistischen Internationale geliefert worden. Die Briefe, die zur Beweisführung dienten, sind sehr alt und waren lange vor Macdonalds Regierungsantritt im Besitz der indischen Regierung. Trotzdem wurde die Verfolgung nicht aufgenommen. Was beweist dies? Nichts anderes, als daß Macdonald das tut, was Baldwin und Curzon unterlassen haben. Aus der vorgebrachten Beweisführung geht hervor, daß es der Zweck der „Geheimbündelei" war, die Arbeitermassen Indiens von der Herrschaft der Großagrarier und Kapitalisten zu befreien und die nationale Unabhängigkeit zu verwirklichen. Wenn wir die britische Labour Party beim Wort nehmen wollen, dann stellt dies kein Verbrechen dar. Überdies war von Geheimbündelei keine Spur. Die Dokumente, die sich auf die Organisierung der Arbeiter- und Bauernpartei beziehen, waren ganz öffentliche Publikationen. Weitverbreitete Bücher, Broschüren und Zeitungen oder an einzelne Personen gerichtete Briefe. Es wird so viel von dem Projekt einer illegalen Partei gesprochen. Aber die indischen Sozialisten und Kommunisten wollten ja anfänglich offen arbeiten, man hat sie nur des Rechtes, eine legale politische Partei zu bilden, beraubt. Die Regierung, die gegenwärtig im Namen des britischen Proletariats dem britischen Imperium vorsteht, verfolgt die Wortführer der indischen Arbeiterklasse, anstatt ihnen das Recht zur Agitation zu sichern, und klagt sie der „Geheimbündelei" an. Wenn wir „Verschwörer" sind, so deshalb, weil uns der britische Imperialismus dazu zwingt.

Doch in dem Wahnsinn Macdonalds liegt Methode. Man hat den indischen Behörden das Leben sauer gemacht, indem man von ihnen unaufhörlich die Freilassung der Gefangenen, die ohne Untersuchung eingekerkert sitzen, forderte. Man verlangte, daß sie wenigstens vor ein ordentliches Gericht gebracht werden. Andererseits wurde von mir ein Schreiben an die Arbeiterregierung gerichtet, indem die Legalisierung der sozialistischen Propaganda und Partei in Indien gefordert wurde. Im selben Briefe wird auch die Rückkehrerlaubnis für meine Person nach Indien gefordert. Kurz, von verschiedenster Seite wurden Kräfte in Bewegung gesetzt, die Arbeiterregierung zu einer eindeutigen Stellungnahme zur revolutionären Klassenbewegung in Indien zu bewegen. Es wäre natürlich für eine Arbeiterregierung, die das britische Imperium beherrscht, höchst unangenehm, wenn sie sich weigerte, die Legalisierung des Sozialismus in Indien anzuerkennen. Deshalb hielt es die Arbeiterregierung für ratsam, die Offensive zu ergreifen. Durch die Führung eines öffentlichen Prozesses versucht man, die Vorhut der indischen Arbeiterklasse als „verbrecherische Verschwörer" hinzustellen und sie dadurch zu hindern, eine öffentliche politische Partei zu bilden. Aber gerade die Beweisführung zeigt, daß Macdonald das tut, was Bismarck in Deutschland vollbracht hat, und was Curzon in Indien nicht vollzog. Möglicherweise wird die Arbeiterregierung eine Entschuldigung finden. Sie wird einwenden, die ganze Angelegenheit gehe die indische Regierung an. Diese Entschuldigung ist unangebracht angesichts der Tatsache, daß die indische Regierung den Prozeß nicht anstrengte, obwohl sie im Besitze der

„Beweise" war. Der Prozeß wird deshalb, wenn nicht im Auftrag, so doch mit Duldung der Arbeiterregierung durchgeführt.

Will sich Macdonald zu diesem Vorgehen nicht bekennen, so bleibt ihm nur der eine Weg übrig: Er muß intervenieren, den Prozeß abbrechen lassen, die Angeklagten in Freiheit setzen und die Legalität der sozialistischen und kommunistischen Propaganda in Indien anerkennen. **Tut er dies nicht, so wird er vor der Geschichte nicht weniger verantwortlich für das Blutbad unter den indischen Massen dastehen, als General Dyer von Amritsar.**

Union der Sowjetrepubliken

Brief aus Sowjetrußland.

Das Revolutionsmuseum in Leningrad.

Von Frida Rubiner (Moskau).

** Das Musée Carnavalet in Paris, in dem die Erinnerungen an die große französische Revolution vereinigt ist, ist eine wahre Fundgrube für jeden Historiker, der in alten Folianten zu schmöckern liebt und an verstaubte Ausstellungsobjekte geschichtliche Reminiszenzen zu knüpfen weiß.

Ein solches Museum kann das russische „Revolutionsmuseum" in Leningrad nicht sein. Die russische Revolution ist noch nicht in geschichtliche Ferne gerückt, sie ist ein Teil der Gegenwart, ganz Sowjetrußland ist sozusagen Exponat einer solchen Ausstellung. Das russische Revolutionsmuseum hat eine andere Bestimmung: eine lebendige Propaganda- und Agitationsanstalt zu sein für die Massen, ein Mittel der Einwirkung auf das Bewußtsein der Zeitgenossen. In diesem Sinn erfüllt das „Revolutionsmuseum" im früheren zaristischen Winterpalais in Leningrad seine Bestimmung.

Mitten im Waffengeklirr des Bürgerkrieges, als das ganze „kultivierte" Europa über die „Barbarei" der Bolschewiki, über den „Untergang der Zivilisation" in Rußland usw. Bäche von Tinte und Krokodilstränen vergoß, fand die Sowjetregierung die Zeit und die Mittel, ein Museum zum Studium der russischen Revolution zu gründen. Gleich nach der Februarrevolution wurde von verschiedenen bekannten Persönlichkeiten ein „Haus der Freiheitskämpfer" gegründet. Nach der Machtergreifung beschlossen die Bolschewiki, diese Gründung zu einem Museum auszudehnen. Im Notjahr 1922 allein wurden zu diesem Zweck 6 Milliarden Sowjetrubel bewilligt. Der Erfolg ist der, daß im September 1922 das Petrograder Museum seine Pforten öffnete; in zehn Monaten 1923 besuchten 1102 Exkursionen mit 27.023 Besuchern oder — die Einzelbesucher mitgezählt — etwa 45.000 Personen das Museum: lauter Arbeiter aus den Betrieben, Schüler, Rotarmisten, Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes, Zöglinge der verschiedenen Anstalten usw.

Ein Rundgang durch das Museum führt die ganze Märtyrer- und Kämpfergeschichte der russischen Befreiung vor Augen. Im ersten Saal sieht man Bilder, wie: Züchtigung eines leibeigenen Mädchens, oder das berühmte „Eishaus" (der Leibeigene wird zur Strafe im Winterfrost solange mit Wasser begossen, bis er in einem Eisblock steht). Daneben auch das Original einer dreizöpfigen Peitsche für das Gesinde und die Ankündigung des Verkaufes einer Leibeigenen in öffentlicher Versteigerung — für 80 Rubel, in einem der vielen Gouvernements, in Kaluga. Hier ist der Boden für die Elementarkraft des Protestes, der im Volke schlummert und hie und da eruptiv nach außen dringt, wie unter den Volkshelden Stenjka Rasin oder Pugatschew (deren Porträts in deutschen Kupferstichen ebenfalls zu sehen sind).

Es kommt die Epoche, wo Träger der Freiheitsbewegung Männer aus dem Adel sind, die von „aufgeklärter Monarchie" und Verfassung träumen, Das russische Freimaurertum. Dann die „Dekabristen", jene edlen Offiziere und Adeligen, die 1825 den Aufstand gegen das Zarenpalais riskierten und mit dem Tode oder jahrelanger Verbannung ihre Kühnheit büßten. Hier beginnt die Ära der sibirischen Massendeportation. Das Museum zeigt, wie die Dekabristen in Sibirien lebten und wirkten.

Der Befreiungskampf geht weiter. Wir sehen Dokumente aller Geheimgesellschaften und Verschwörerzirkel, die ein Jahrhundert lang an der Wurzel des Absolutismus nagten. Auch die Organisationen zur nationalen Befreiung sind reichlich vertreten, zum Beispiel werden 1848 in der Ukraine die Mitglieder einer „Kyrillos und Methodiusgesellschaft" verhaftet, die für die Aufklärung der Ukrainer arbeitet. Eine besonders reichhaltige Sammlung bilden die Dokumente über die Narodniki und über die Terrorakte der Geheimgesellschaften der Narodniki. Hier ist eine Porträtgalerie aller bekannten Narodniki, hier sind Arbeiten aus der Schlüsselburgfestung und anderen Kasematten, wo politische Gefangene schmachteten. Hier werden die Arbeiten aufbewahrt, die von Gefangenen in Jahrzehnten mühseligster Geduld in Einzelhaftzellen angefertigt wurden, Arbeiten, die mitunter ein wissenschaftliches Interesse haben, zum Beispiel: ein Querschnitt durch die geologische Struktur der Erde, zusammengestellt aus den kleinsten Steinchen, versehen mit den minuziösesten Zeichnungen. Manch Urheber dieser Arbeiten, der sich in jahrzehntelanger Haft mit diesen wahren „Sträflingsarbeiten" die Zeit vertrieb, bekleidet jetzt im befreiten Sowjetrußland Professoren- und andere wissenschaftliche Posten.

Daneben sind auch die verschiedensten Mittel der Verfolgung und der Marter zu sehen, die Abbildung einer Einzelzelle, in der Vera Figner 20 Jahre saß, ferner eine „Rechnung" für das Henken zweier Revolutionäre: „Wagenfahrt — 2 Rubel, 2 Stricke — 1 Rubel 10 Kopeken, 2 Ringe — 60 Kopeken, 2 Säcke — 2 Rubel, insgesamt — 5 Rubel 70 Kopeken"; der Henkerslohn beträgt 100 Rubel...

Das „Revolutionsmuseum" sammelte alle Dokumente der Polizeiverfolgung, der Ochrana und des Spitzeldienstes, besonders diejenigen, die nach der Aufhebung des alten Polizeidepartements zugänglich wurden. Reich vertreten ist die Porträtgalerie der Polizeispitzel. Ende 1923 geschah es, daß eine Arbeiterexkursion beim Besuch des Revolutionsmuseums in der Sammlung der Spitzelporträts einen Mann erkannte, den die Arbeiter kannten. Der Betreffende wurde auch bald ermittelt und vor Gericht gestellt. Das Gericht verurteilte den früheren Lockspitzel zu zehn Jahren Gefängnis, doch wurde das Urteil in Anbetracht dessen, daß dem Angeklagten in den Jahren der Revolution nichts Konterrevolutionäres zur Last gelegt werden konnte, zu sechs Jahren Gefängnis gemildert. Seltsame Folge eines Museumsbesuches, wie sie nur in Sowjetrußland möglich ist!

Der Museumsdirektor zeigte eine Sammlung Steckbriefe gegen russische Sozialdemokraten aus der Ochrana. Da heißt es bei Lenin unter anderem: „Äußerer Eindruck — angenehm"; und bei der Chrakteristik des bekannten Menschewik Potressow: „fürchterlicher Opportunist"!

Die Dokumente aus späterer Zeit, die sich auf die Tätigkeit der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei beziehen, sind in diesem Museum weniger zahlreich vertreten, als zum Beispiel in der Moskauer Ausstellung der „Geschichte der Partei" („Istpart"). Dafür ist mit viel Sorgfalt gesammelt, was aus der Zeit der Sowjetrepublik auf die Bekämpfung der proletarischen Revolution Bezug hat. Ein interessantes „Kulturdokument" ist das Kerbholz aus dem Weißgardistenlager des Judenitsch, ein Baum, in deren Rinde die Zahl der gehenkten Rotarmisten eingekerbt wurde.

Der neueste Abschnitt, die Geschichte der Sowjetrepublik, soll besonders bearbeitet und ausgebaut werden. Das Museum hat jetzt schon eine Sammlung von 1100 revolutionären Plakaten, ferner eine reiche Porträtsammlung aller Männer der Revolution. Ein besonderer großer Saal ist Lenin gewidmet. Hier sollen Dokumente, Porträts und Schriften vereinigt werden, die sowohl auf das Leben des Genossen Lenin wie auf die Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands Bezug haben. Verschiedene Diagramme und Tabellen illustrieren den Entwicklungsgang der Kommunistischen Partei und der Revolution. Diese Tafeln, oder wie man sie in Rußland nennt „Kanevas" der Parteigeschichte dienen dazu, um auch dem primitivsten Menschen eine rasche Vorstellung über die Dinge beizubringen.

Ein besonderer Saal ist der 1. Maifeier gewidmet. Das Museum sammelt außer den Dokumenten über die russische Revolution auch solche über die revolutionäre Bewegung in Westeuropa.

Das Werk dieses Museums ist noch lange nicht abgeschlossen. Ein kleiner Stab von fleißigen, treuen Mitarbeitern arbeitet eifrig daran, aus dieser Sammlung ein bleibendes Denkmal der russischen Revolution zu machen. Die proletarischen Freiheitskämpfer außerhalb Rußlands, die in ihren Ländern ein solches Museum noch nicht gründen können, würden gut daran tun, die Arbeiten des Revolutionsmuseums in Leningrad durch Zusendung von Dokumenten und aktives Interesse überhaupt zu unterstützen.

Wirtschaft

Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Von John Pepper (New York).

** Die von den Kapitalisten gut bezahlten Optimisten versuchen fortwährend die Bevölkerung glauben zu machen, daß wir gegenwärtig eine große wirtschaftliche Prosperität durchmachen. Die Tatsachen widersprechen diesen offiziellen und halboffiziellen Märchen.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage hat sich im ganzen eher verschlechtert. Vorübergehende Verbesserungen ändern nichts am Gesamtbild. Die Gebiete Roheisen und Stahl sind die einzigen Produktionszweige, die im Januar und Februar ein Anwachsen erzielten. Die Anzahl der Arbeitslosen ist im Februar im Staate New York und im Staate Illinois gesunken. Das Arbeitsamt des Staates New York berichtet hierüber:

„Die Fabrikbeschäftigung hat sich im Februar dem Januar gegenüber erholt. Die Steigerung beträgt etwa 1%, so daß wieder der Stand vom Dezember erreicht ist." In **Illinois** ist die Zahl der Beschäftigten während des Monats Februar um 2,2% gestiegen. Nichtsdestoweniger waren nach den Berichten der Arbeitsvermittlungsämter in Illinois im Februar je 155 Arbeiter für 100 Arbeiten angemeldet. Im Januar war dieses Verhältnis 166 zu 100 und in der schlechtesten Periode im Jahre 1920 betrug es 209 zu 100. In **Ohio** stieg die Arbeitslosigkeit. In der letzten Februarwoche waren in den 13 Vermittlungsstellen 9919 Arbeitslose vorgemerkt, wovon nur 2883 Arbeit erhielten.

Das überraschende und plötzliche Ansteigen der Roheisen- und Stahlproduktion ist wahrscheinlich nur von kurzer Dauer. Der Grund des Ansteigens dürfte in den fortlaufenden Bestellungen für die Eisenbahnen und den Wiederaufbau Japans liegen.

Während die kapitalistischen Zeitungen in ihren Leitartikeln optimistisch sind, müssen sie in ihren Wirtschaftsrubriken schließlich doch teilweise die Wahrheit zugeben. So schreiben die „New-York Times" vom 25. Februar: „Führende Bergbauunternehmungen in Illinois und Indiana gehen daran, ökonomischer zu arbeiten, indem sie die weniger ertragreichen Bergwerke schließen." „Dunns Review" schreibt Anfang März: „Ein rapides Ansteigen des Geschäftes läßt sich keineswegs erwarten." Und die „Chicago Tribune" vom 12. März sagt deutlicher: „Es sind genügend Anzeichen vorhanden, daß das Geschäft wieder zurückgeht."

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Ansteigen der Roheisen- und Stahlproduktion sowie das Anwachsen der Beschäftigung in den Staaten New York und Illinois während Februar keineswegs bedeutet, daß die wirtschaftliche Depression, die Mitte 1923 einsetzte, vorüber ist. Das Gegenteil ist eher richtig.

Die Tatsache, daß heute eine große Arbeitslosigkeit besteht, ist wohl unbestritten. Das Bulletin vom Januar 1924, herausgegeben vom Arbeitsamt der Vereinigten Staaten, ist ein absoluter und vollständiger Beweis dafür. Mit wenigen Ausnahmen wird hier das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in allen Staaten und Industrien nachgewiesen.

Zwecks Feststellung des **Massencharakters** der Arbeitslosigkeit ist ein Vergleich mit den Jahren 1921—22 notwendig. In diesen Jahren haben die Vereinigten Staaten ihre größte wirtschaftliche Krise durchgemacht. Ihren Höhepunkt erreichte sie, als sie eine Arbeitslosenziffer von 4,100.000 aufwies. Die Zahlen der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit lassen sich zwar mit diesen allgemeinen Zahlen nicht vergleichen. Wir besitzen aber Teilzahlen, nämlich über die Beschäftigung in den Fabriken und bei den Eisenbahnen. Die Indexzahlen für die Arbeit in den Fabriken sind folgende: 1919 = 100, 1920 = 104, 1922 = 90, 1923 (Juni) = 103, 1924 (Januar) = 98. Das Jahr 1922 zeigt gegenüber dem Jahre 1920 eine Abnahme von 14%. Oder in absoluten Zahlen: 11,370.000 beschäftigten Arbeitern im Jahre 1920 stehen 8,621.000 im Jahre 1922 gegenüber. Die Abnahme beträgt demnach 2,749.000. Vom Juni 1923 bis zum Januar 1924 betrug die Abnahme 5% oder absolut 975.000 Arbeiter. Diese Zahl allein berechtigt die Behauptung, daß es sich gegenwärtig um eine Massenarbeitslosigkeit handelt.

Und nun zu den Beschäftigungszahlen bei den Eisenbahnen. Im August 1923 betrug die Zahl der Beschäftigten 1,973.505. Bis zum Ende des Jahres 1923 wurden 179.726 entlassen, also 9,1%. Die Größe der Arbeitslosigkeit bei dieser Berufsschicht läßt sich an dem Prozentstab vom Jahre der stärksten Arbeitslosigkeit erkennen. Er betrug 22,2%. Überdies gibt es eine stets wachsende Zahl von Kurzarbeitern. Im August waren bei den Eisenbahnen 1,713.000 Arbeiter vollbeschäftigt, im Dezember nur 1,524.000. Dadurch also, daß 189.000 Arbeiter nur verkürzt arbeiten, ist die Vollarbeit um 11% gesunken.

Zur Charakterisierung der Massenarbeitslosigkeit kann auch die Arbeitslosenziffer des Staates **Massachusetts** herangezogen werden. Gemäß dem Januarberichte des Arbeitsamtes dieses Staates ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter seit Oktober um beinahe ein Zehntel gesunken.

Die oben angeführten Tatsachen zeigen mit aller Klarheit, daß die Arbeiterklasse der Vereinigten Staaten einer Zeit großer Arbeitslosigkeit entgegengeht. Heute stehen gegenüber Mitte 1923 fast eine Million Fabrikarbeiter weniger in Arbeit. Außerdem sind heute fast 180.000 Eisenbahnarbeiter weniger beschäftigt als vor einem halben Jahre. Dazu kommt die wachsende Zahl von Arbeitslosen in den Kohlenbergwerken. Aber alle diese Zahlen geben kein vollständiges Bild. Sie zeigen nur das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, denn die Arbeiter, die von den Kapitalisten aus den Fabriken, aus den Bergwerken und von der Eisenbahn davongejagt werden, bilden nur einen Teil der wachsenden industriellen Reservearmee, die durch hunderttausende besitzlos gemachte Farmer und durch neue Auswanderer ständig vergrößert wird.

Die Arbeitslosigkeit nimmt schon einen Massencharakter an, aber sie ist weniger heftig als während der Krise von 1921 bis 1922. Der größte Unterschied dieser beiden Perioden tritt in der Situation der Metallindustrie zutage. Bei der früheren Krise war die Metallindustrie am meisten betroffen. Heute zeigt sich in der Metallindustrie noch nicht die volle Wirkung der Depression. Aber **Kurzarbeit und Lohnreduktion stehen heute allgemein auf der Tagesordnung.** Die offizielle Arbeiterbewegung und die Presse der Federation der Arbeit nehmen von all diesen Tatsachen ganz einfach nicht Notiz.

Es zeigt sich aber, daß nicht alle Schichten der arbeitenden Klasse in gleicher Weise von der Arbeitslosigkeit betroffen werden. **Die Massen der Arbeitslosen rekrutieren sich aus der ungelernten Arbeiterschaft. Zur selben Zeit aber ist die Arbeiteraristokratie voll beschäftigt, ja es zeigt sich in vielen Fällen eine Knappheit an Arbeitern.**

Wir könnten eine Menge Beispiele anführen. Die offiziellen Daten einiger Orte lauten:

Yonkers. Gelernte wie angelernte Arbeiter sind voll beschäftigt, während ein geringer Überfluß an ungelernten Arbeitern zu verzeichnen ist.

Elmira. Ein Überfluß an ungelernten Arbeitern besteht fort. An gelernten Arbeitern besteht weiterhin Knappheit.

Industriegebiet von New York. Gelernte Mechaniker sind voll beschäftigt, aber es besteht andauernd Überfluß an gewöhnlichen Arbeitern; eine beträchtliche Zahl ist arbeitslos.

Pennsylvanien. Es herrscht besonders an ungelernten Arbeitern Überfluß.

Bethlehem. Gelernte Arbeiter sind voll beschäftigt.

Illinois, Decatur. Überfluß an angelernten Arbeitern in der Bauindustrie.

Indianopolis. Überfluß an Hafenarbeitern.

Flint. Die ortsansässigen Arbeiter sind voll beschäftigt. Die zugereisten mußten die Stadt wieder verlassen. In der Automobilindustrie wird verkürzt gearbeitet usw.

Die angeführten Beispiele zeigen schon, daß die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten bereits zu einer Massenerscheinung geworden ist; heute aber ist sie noch immer ein „Vorrecht" der ungelernten Arbeiter, und die **Arbeiteraristokratie** ist im ganzen von der wirtschaftlichen Depression noch unberührt. Die gelernten Arbeiter sind überall voll beschäftigt. Wir konnten kaum zwei bis drei Orte ausfindig machen, wo nach diesem offiziellen Bericht ein Überfluß an gelernten Arbeitern zu finden ist.

Trotz aller Versuche in der letzten Zeit, die Gegensätze in der amerikanischen Arbeiterklasse auszugleichen, besteht noch immer eine tiefe Kluft zwischen der privilegierten Arbeiteraristokratie und den wirklich proletarischen Arbeitern. Die „American Federation of Labor" ist in den Händen der Arbeiteraristokratie. Sie vernachlässigt daher die Organisierung ungelernter Arbeiter und kümmert sich auch nicht um die Arbeitslosigkeit der „gemeinen" Arbeiter.

Arbeiterbewegung

Die Meinung Fimmens.

Von Gérard Vanter (Amsterdam).

** Es ist ohne Zweifel für die internationalen Kommunisten von großer Wichtigkeit, etwas Näheres betreffs der Meinung Edo Fimmens, des bekannten Gewerkschaftsführers, zu hören. Bekanntlich ist er gezwungen worden, seinen Posten als Sekretär der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu verlassen; die reformistischen Gewerkschaftsführer, die Oudegeest, Jouhaux usw. haben ein weiteres Zusammenarbeiten mit Fimmen einfach unmöglich gemacht. Trotzdem hat Fimmen immer noch eine sehr wichtige Funktion behaupten können; er ist nach wie vor Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation geblieben, und von dieser Stelle wird man ihn nicht leicht verdrängen können.

Fimmen hat sich den Haß der „großen" Gewerkschaftsführer zugezogen. Die Ursachen sind bekannt. Er hat die Taktik der Reformisten, besonders in Deutschland, aufs schärfte bekämpft. In seinen Reden für die deutschen Arbeiter, die er in verschiedenen Städten gehalten hat, hat er die Politik der sozialdemokratischen „Staatsmänner" rücksichtslos kritisiert und den gelben Gewerkschaftsführern gegenüber, die die Gewerkschaften von den Kommunisten säubern wollen, die Einheitsfront aller Arbeiter gegen die Bourgeoisie verteidigt. Weiter hat Edo Fimmen trotz der niederträchtigsten Verleumdungen seitens seiner Parteigenossen in Deutschland und Holland die Arbeit der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH.) unterstützt, wo er nur konnte.

Begreiflicherweise war dies alles genügend für die holländischen Sozialdemokraten, um Fimmen einen Bolschewisten zu nennen und gegen ihn zu hetzen. Bis vor kurzem hat es in der holländischen Sozialdemokratie noch überhaupt keine Spur von „linken Sozialdemokraten" gegeben. Aber in verschiedenen Sektionen der holländischen sozialdemokratischen Partei möchten die Mitglieder doch wohl wissen, was dieser Fimmen eigentlich wollte. Daher gab man Fimmen Gelegenheit, in großen öffentlichen Versammlungen vor den sozialdemokratischen Arbeitern zu sprechen, und die holländischen Führer hatten ihre liebe Not damit. Es erübrigt sich zu sagen, daß die Kommunistische Partei Hollands und ihr Organ „De Tribune" ihr Möglichstes taten, die Reden Fimmens zu verbreiten.

Die Hetze gegen Fimmen nahm indessen zu. Fimmen geht aber trotz alledem seinen Weg und spricht seine Meinung aus, wo er dazu nur Gelegenheit hat. Und eine solche Gelegenheit wurde ihm neulich in Amsterdam geboten, **wo er in einer von der Kommunistischen Partei einberufenen Massenversammlung auftrat.**

Daß Fimmen sich bereit erklärte, in einer Versammlung der Kommunistischen Partei zu reden, war schon eine Tat, die nur diejenigen, die das heillose Sektierertum Hollands kennen, gebührend zu würdigen verstehen.

Kurz zusammengefaßt sagte Fimmen in seiner zweistündigen Rede, daß die große Frage der internationalen Politik die Frage der Kriegskosten sei. Wer wird sie bezahlen müssen? Die Kapitalisten aller Länder bilden jetzt eine Einheitsfront, um die Arbeiterschaft aller Länder die Kosten des imperialistischen Krieges bezahlen zu lassen. Die Kapitalisten seien bessere Internationalisten als die Arbeiter, sagte Fimmen, und er wies auf den Ruhrkrieg hin, wo die Arbeiter dumm genug gewesen wären, für die Interessen der Bourgeoisie zu kämpfen, statt eine Einheitsfront zu bilden gegen die Ausbeuter an beiden Ufern des Rheins. Er wies auf das Beispiel Stinnes' hin, und damit auf die Tatsache, daß der Kampf der Arbeiter nunmehr allein in internationalem Maßstabe geführt werden könne, und daß die Arbeiter ungeachtet ihrer religiösen oder sonstigen Meinungsverschiedenheiten eine internationale einheitliche Organisation zu bilden hätten. Die Einheitsfront sei dazu eine Übergangsfrage, Jeder, der es ehrlich meine mit der Arbeiterklasse, müsse für diese Einheitsfront kämpfen. Der scharfe Kampf zwischen Moskau und Amsterdam mache das Poblem jetzt äußerst schwierig. Fimmen meinte weiter, die Gründung der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI.) sei „ein Verbrechen" gewesen. Fimmen milderte diesen Ausdruck, als dagegen protestiert wurde, und sagte, es sei wenigstens „ein grober Fehler" gewesen.

„Ich bin ein besserer Kommunist als mancher, der zur Kommunistischen Partei gehört", sagte Fimmen. Was sagt die Komintern? „Ihr habt nicht zu fragen, ist die Ortsgruppe deines Gewerkschaftsverbandes rot, schwarz, gelb, weiß oder blau, sondern Ihr sollt Euch in diesem Verband organisieren. Ihr habt dafür zu sorgen, daß Euer Verband rot wird, und weiter, daß die Zentrale, der Euer Verband national angeschlossen ist, ebenso rot wird."

„Ist dies die Taktik Moskaus?"

„Ich gebe zu, ich bin ein einfacher Reformist, aber aus den Resolutionen kenne ich die Taktik. Aber wenn nun die nationale Zentrale rot ist, dan wird gesagt, nun müßt Ihr zur RGI. gehen und Euch vom IGB. trennen. Und das ist der Fehler, der korrigiert werden muß."

Nach Fimmens Meinung könnte dieser Fehler dadurch korrigiert werden, daß man eine den neuen Verhältnissen angepaßte Taktik mache.

Er begründete dies folgendermaßen: „Im Jahre 1921 streikten die englischen Bergarbeiter. Inzwischen arbeiteten die französischen, deutschen und belgischen Bergarbeiter wie die Hölle. Und die englischen Kapitalisten verdienten doch noch in ihren Unternehmungen im Auslande. Die englischen Bergarbeiter verloren den Kampf... Da wurde den französischen Bergarbeitern gesagt: „Eure englischen Kameraden arbeiten für weniger Lohn. Wir möchen Euch gerne mehr geben, aber es ist unmöglich der Konkurrenz wegen." Die französischen Bergarbeiter sagten: „Machen wir nicht!" Und traten in den Streik. Inzwischen arbeiteten die deutschen, belgischen und englischen Bergarbeiter wie die Hölle. Die französischen Arbeiter verloren den Kampf. Da fing nachher in Belgien dasselbe Spiel von neuem an... Die Arbeiterklasse, das ist die Lehre, kann nur gewinnen, wenn sie ihren Kampf in internationalem Maßstabe zu führen verstehen wird.

Was für die Bergarbeiter gilt, gilt auch für die Metallarbeiter, die Transportarbeiter und andere Betriebe. Das bedeutet, daß wir **die internationalen Berufssekretariate ausbauen müssen** und aus diesen bilden müssen: die Grundlagen zum internationalen Kampf. Dann wird auf die Dauer keine Rede mehr sein von Moskau und Amsterdam als „Internationalen" der nationalen Gewerkschaften.

Alle Metallarbeiter, alle Bergarbeiter, alle Fabrikarbeiter, alle Landarbeiter, alle Transportarbeiter in ihren internationalen Organisationen. Und all diese Berufsinternationalen müssen zusammengefaßt werden **in eine große Arbeiterinternationale** der Gewerkschaften.

So, meinte Fimmen, sei es unmöglich, daß in den verschiedenen Ländern die Gewerkschaften sich gegenseitig bekämpfen sollten wegen der Frage Moskau oder Amsterdam, und die Zeit würde kommen, um mit der internationalen Kapitalistenbande den Kampf aufzunehmen und den Sozialismus zu verwirklichen.

Es gab natürlich eine große Diskussion nach der Rede Fimmens. Die Vertreter verschiedener Richtungen auf gewerkschaftlichem Gebiete (es gibt in Holland lächerlich viel „Richtungen", nicht weniger als sieben Gewerschaftszentralen!) traten mit Fimmen in Diskussion. Das Wichtigste aus der Diskussion war die Erklärung Fimmens, er sei ohne Vorbehalt **für die Diktatur des Proletariats**, denn es gäbe nur die Wahl zwischen der weißen und der roten Diktatur. Und weiter darf er den sogenannten Extremrevolutionären verschiedener Schattierung vor. sie arbeiteten in allerhand kleinen und reinen Sekten und ließen ihn, Fimmen, allein stehen in seinem Kampf gegen die reformistischen Führer.

*

Es ist wichtig für die Kommunisten, die Meinung Fimmens zu kennen. Denn es nicht nur eine persönliche Meinung, sondern Fimmen ist der Wortführer größerer Gruppen Arbeiter in England, Deutschland, Belgien, Frankreich und Holland, die mit uns Kommunisten den Kampf führen wollen für die proletarische Einheitsfront, für die Verteidigung Sowjetrußlands, gegen die verräterischen Führer und gegen die internationale Bourgeoisie.

Wir müssen die Mittel und die Wege finden, um, unter Beibehaltung **unserer eigenen Kampfesweise und scharfen prinzipiellen Kritik gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale**, mit Fimmen und seinen Anhängern als **Bundesgenossen** zusammenarbeiten zu können.

Jugendbewegung

Aus dem Rundschreiben des EK. der Kommunistischen Jugendinternationale über die innere Lage der RKP.

** Die Kommunistische Partei Rußlands ist die Hauptstütze und Avantgarde der Kommunistischen Internationale. Es ist daher vollkommen verständlich, daß unsere Genossen den Vorgängen in der RKP. in den letzten Monaten und den schwierigen Fragen, die im Zusammenhange mit diesen auftauchen, das größte Interesse entgegenbringen. In den letzten Nummern der „Internationalen Pressekorrespondenz" wurde bereits eine Reihe von Materialien darüber veröffentlicht, so daß die Genossen nunmehr Berichte über das Leben der russischen Partei aus Quellen schöpfen können, die volles Vertrauen verdienen und nicht angewiesen sind auf die Informationen der feindlichen Presse, die die inneren Vorgänge in der russischen Partei als Zerfallserscheinungen hinstellen will. Wir verfolgen daher in diesem Rundschreiben nur ein Ziel: Die Ergebnisse der beendeten Parteidiskussion zusammenzufassen und den Sinn dessen, was nach Beendigung der Parteidiskussion und dem Tode des Genossen Lenin geschehen ist, das heißt des Zustromes von 150.000 neuen Arbeitern aus den Betrieben in die Partei, darzulegen.

Das Wesentliche der Meinungsverschiedenheiten.

Das Wesentliche der Meinungsverschiedenheiten liegt in folgenden Momenten:

1. Die Opposition hat den Beschluß des X. Kongresses der RKP., der die Fraktionsbildung innerhalb der Partei verbietet, offenbar verletzt. Sie betrachtete die Partei nicht als ein gleichartiges Ganzes, sondern als eine Summe von allerlei Strömungen und Fraktionen. Diese Strömungen, Fraktionen und Gruppierungen sollten der Ansicht der Opposition nach gleichberechtigt innerhalb der Partei sein und das ZK. der Partei sollte nicht so sehr die Leitung der Partei, sondern vielmehr einen bloßen Registrator und Vermittler zwischen den verschiedenen Strömungen und Gruppierungen darstellen. Eine solche Ansicht über die Partei hat mit dem Leninismus nichts gemein. Denn wir müssen uns in erster Reihe auch darin von den alten opportunistischen Parteien der II. Internationale unterscheiden, daß wir, im Mittelpunkt des Klassenkampfes, eine große historische Mission erfüllen, und unsere Partei eben deshalb einheitlich, gleichartig und als Ganzes aufbauen. Das gilt besonders für die russische Partei, die einen Staat leitet und ihrer Zusammensetzung nach außerordentlich heterogen ist: sie vereinigt fünf Generationen Revolutionäre in ihren Reihen, die auf ein ungeheures Gebiet zerstreut leben, in ihren Reihen sind Genossen aus hundert Nationalitäten. Drei Viertel ihrer Mitglieder traten im Jahre 1920 in die Partei ein, und ihre Mitgliedschaft gehört zu verschiedenen sozialen Gruppen. Unter solchen Umständen ist die Fraktionsbildung eine reale Gefahr für die Parteieinheit und für das Bestehen der proletarischen Republik.

Die RKP. ist die einzige legale Partei in Rußland. Nur in ihr ist ein stetiges politisches Leben möglich, und es ist natürlich, daß alle selbst uns klassenfremden Elemente ihre politischen Meinungen durch die RKP. auszudrücken suchen. Fraktionen zuzulassen, das heißt, einen Zustand zu legalisieren, in dem die RKP. zu einem Kampfplatze verschiedener (manchmal selbst unserer Klasse feindlicher) Bestrebungen würde. Welche Wirkung hätte das aber auf das Schicksal der Sowjetrepublik? Die Kommunistische Partei hält den ganzen Staatsapparat in ihren Händen, der Sowjetstaat ist von der Kraft und von der Einmütigkeit der Partei abhängig. Der Zerfall der Partei und selbst nur Uneinigkeit in ihren Reihen bedeuteten Uneinigkeit und Zerfall des proletarischen Staates, Schwächung seiner politischen, wirtschaftlichen und militärischen Macht. Das würde den Weg zum Sturze des ersten Sowjetstaates der Welt eröffnen.

2. Die Opposition trat mit der Losung der Bekämpfung des Parteiapparats auf und versuchte, die Sache so darzustellen, daß man den Schwerpunkt des Kampfes gegen die Bürokratie im Staatsapparat auf die Bürokratie im Parteiapparat übertragen müsse. Sie klagten den Parteiaparat auf die verschiedenste Weise an und forderten, daß die Partei den Parteiapparat sich unterordnen müsse, das heißt, sie konstruierten einen Gegensatz und stellten die Partei dem Apparat gegenüber. Sie haben dabei vollständig vergessen, daß der Parteiapparat in der russischen Partei nur dem Ausdruck gibt, was wir in der Partei selbst vor uns haben, und daß sein leitender Kern aus den besten bolschewistischen Elementen besteht, die während 25 Jahren die Partei im Kampfe gegen den Opportunismus herausgebildet und befestigt haben. Der ganze Parteiapparat besteht aus 8000 politischen Funktionären, die nicht nur die ganze organisatorische, propagandistische und Agitationsarbeit führen, sondern auch die Tätigkeit des Staatsapparats regulieren müssen. Eine solche übertriebene Kritik und der Versuch der direkten Diskreditierung des Parteiapparats kann zur Trennung des Staatsapparats vom Parteiapparat und zur Schwächung des Parteiapparats selbst führen, der ein mächtiges Instrument zur Erhaltung des proletarischen Staates darstellt.

3. Die Opposition versuchte, die „Jungen" in der Partei den alten Parteikaders gegenüberzustellen. Die Opposition behauptete, daß der Apparat die Jugend „bedrückt", während die Jugend (die lernende Jugend mit einbegriffen) jenen Kern der Partei darstelle, der am meisten gestählt, am wenigsten Gefahren ausgesetzt sei. Das ist ganz und gar falsch. Unter den widerspruchsvollen Bedingungen des Nep wächst eine Jugend heran — dies gilt insbesondere von der lernenden Jugend — die keine genügende Schule des Klassenkampfes hat und die kapitalistische Unterdrückung nicht kennt. Aus dieser kann man nur dann wirklich bolschewistische Parteikader erziehen, wenn man zwischen den Alten und der jungen Generation den engsten Zusammenhang aufrechterhält. Deshalb ist es nicht unsere Aufgabe, der Jugend zu schmeicheln und sie gegen die alten Prateikader auszuspielen, sondern wir müssen auf sie die Erfahrungen der älteren Generation übertragen und die ganze Partei nicht nach der Studentenjugend, sondern nach der in der Produktion tätigen Jugend orientieren. Es waren deshalb auch die Behauptungen des Genossen Trotzki von der drohenden Entartung des Kernes und der führenden Genossen unserer Partei ganz und gar nicht am Platze. Denn obschon die Gefahr der Entartung im Falle der Verlangsamung des Revolutionsprozesses im Westen vorhanden ist, haben wir heute doch keine Gründe dafür, wie Trotzki es getan hat, den alten bolschewistischen Parteikern, der die RKP. und KI. geschaffen und die Sowjetmacht erkämpft hat, mit jenen Schülern von Marx gleichzusetzen, die, wie Kautsky, Guesde, Bebel usw., später diesen verraten haben, aber eigentlich auch niemals richtige revolutionäre Marxisten (Kommunisten) waren. Eine solche Gleichstellung auch nur im Möglichkeitssinne müssen wir entschieden zurückweisen. Im Gegenteil besteht unsere Aufgabe darin, die Jugend aufzufordern, dem Beispiel dieses alten bolschewistischen Kernes zu folgen.

4. Die Opposition kritisierte die Wirtschaftspolitik der Partei. Sie hat die wirtschaftlche Lage des Landes äußerst pessimistisch geschildert, wobei sie die von uns erreichten Erfolge verkleinert hat. In Wirklichkeit ist die wirtschaftliche Lage des Landes bei weitem besser. Der Sowjetregierung gelang es nicht nur, die Hungersnot zu überwinden, sondern sie konnte im Jahre 1923 schon 250 Millionen Pud Getreide nach dem Auslande exportieren, und sie wird allmählich zu einem bedeutenden Faktor am internationalen Getreidemarkte. Die Naphthaerzeugung erhöhte sich im Jahre 1923 auf 300 Millionen Pud. Die Kohlenförderung im Donezbecken übertraf den Produktionsvoranschlag um 10%. Im Transportwesen sind wir schon nahe daran, den Betrieb ohne Defizit führen zu können. Im Bereiche der Finanzen waren wir imstande, eine wertbeständige Valuta, die Tscherwonezwährung, zu schaffen. Von 300 Millionen Rubeln Geldumlauf sind 270 Millionen die auf Gold lautenden gedeckten Tscherwonezbanknoten. Im Außenhandel haben wir bereits eine aktive Handelsbilanz. Große Fortschritte haben wir auf dem Gebiete der Landwirtschaft gemacht. Die Produktion wurde bereits auf 80% der Vorkriegsproduktion erhöht.

Die Opposition unterschätzte die Erfolge der sozialistischen Wirtschaft und rief förmlich eine Panik hervor durch die Darstellung, die sie von den Gefahren gab, die der sozialistischen Wirtschaft von Seite der kapitalistischen Privatwirtschaft drohen. Sie kritisierten scharf die Nep, ohne jedoch ihre Abschaffung vorzuschlagen. Die russische Partei kannte die Gefahren, denen sie sich aussetzte, als sie die Nep einführte.

Was schlägt aber die Opposition vor? Sie schlägt die Verstärkung der Planmäßigkeit in der Wirtschaft vor. Über die Frage, daß im Gebiete der staatlichen Industrie ein Plan notwendig ist, bestehen keine Meinungsverschiedenheiten. Das ZK.

kennt die Wichtigkeit eines Planes, die Notwendigkeit der Verknüpfung der einzelnen Gebiete der Volkswirtschaft. Das ZK. trifft auch alle dazu notwendigen Maßnahmen. Der „Rat der Arbeit und der Verteidigung" wurde deswegen zum Verwaltungsorgan umgestaltet, die Staatliche Plankommission („Gosplan") wurde deshalb verstärkt. Man darf jedoch nicht vergessen, daß wir die notwendigen Vorbedingungen der Planwirtschaft erst kürzlich geschaffen haben; erst jetzt führen wir die Geldreform durch (und ohne feste Valuta ist keine Planwirtschaft möglich), erst vor kurzem wurde der Staatskredit organisiert und die Staatsbank zur Regulierung des Kredits gegründet. Solange diese Vorbedingungen nicht vorhanden waren, konnte von einem tatsächlich realen Wirtschaftsplane gar nicht die Rede sein. Was aber das Hauptsächlichste ist (und was die Opposition vollständig vergißt), das ist, daß außerhalb unserer staatlichen Wirtschaft eine sehr große bäuerliche und bürgerliche Privatwirtschaft vorhanden ist und daß die dort vor sich gehenden Veränderungen auch für unsere Staatswirtschaft eine andere Konjunktur schaffen. Für diese elementaren Kräfte jetzt starre Pläne zu konstruieren — hieße, sich mit bürokratischer Kabinettsarbeit beschäftigen, die das Leben zweifellos umwerfen wird.

Was ist die grundlegendste Frage des gegenwärtigen Wirtschaftslebens der Sowjetunion, was erklärt die Krisen in der russischen Wirtschaft? Der Umstand, daß unsere Industrie, obwohl sie nur 35% der Vorkriegsleistung erreichte, auf die Zahlungsunfähigkeit und Enge des bäuerlichen Marktes gestoßen ist. Die Staatsindustrie ist, obschon wir den Plan ihrer Wiederherstellung nur bis zu 35% erfüllt haben, schon der Möglichkeit weiterer Ausbreitung beraubt und kann selbst ihre Produktion nicht mehr umsetzen, da der bäuerliche Markt unfähig ist, die Produkte der Staatsindustrie abzunehmen. Das ist die wesentlichste Frage, ohne deren Lösung die Wiederherstellung der Industrie und die Gewinnung der Sympathien des Bauerntums unmöglich ist. Das ZK. der RKP. zeigt einen Ausweg aus dieser Lage. Es sagt: Man muß die Preise unserer Industrieerzeugnisse ermäßigen, möglichst billig produzieren, damit der Bauer unsere Waren abnehmen kann. Was sagt aber die Opposition? Sie behauptet, daß eine solche Politik zur Bereicherung der Privateigentümer führe und daß man im Gegenteil aus der Staatsindustrie den größtmöglichsten Gewinn herauszupressen versuchen muß, und daß daher die Preise nicht ermäßigt werden dürfen. Es ist klar, daß dies mit aller Schwere auf das Bauerntum fallen und die Zerstörung des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse und des Bauerntums bedeuten würde. Diese Politik würde im Endergebnis nicht nur nicht zum Wiederaufbau der staatlichen Industrie führen, sondern auch die kleine Bauernwirtschaft schwächen.

Die Opposition weist aber auf einen anderen Weg zur Befriedigung des Bedürfnisses der Bauern nach billigen Waren hin: sie schlägt eine Warenintervention vor, das heißt eine umfangreiche Einfuhr billiger ausländischer Waren. Was würde jedoch dieser Ausweg für den Staat bedeuten? Das hätte vor allem die Bedeutung, daß unsere staatliche Industrie, die heute natürlich mit der westlichen Industrie noch nicht konkurrieren kann, geschwächt würde, und zweitens, daß wir dem ganzen russischen Bauerntum sagten, daß der westliche Kapitalist seine Bedürfnisse besser befriedigen kann als die russischen Kommunisten.

Aus all dem ist ersichtlich, daß der charakteristischste Moment für die Opposition in der russischen Partei die Nichtbeachtung des bäuerlichen Charakters des Landes ist.

II. Der Verlauf der Diskussion.

Dies waren die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Opposition und der Mehrheit der Kommunistischen Partei Rußlands. Im Laufe der Diskussion stützte sich die Opposition in erster Reihe auf die Studentenjugend und auf einen Teil der Militärfunktionäre der Partei. Die wichtigsten Industriearbeiterorgansiationen der Partei nahmen für das ZK. Stellung. Unter diesen erwähnen wir die Leningrader (Petrograder) Organisation, die Arbeiterbezirke der Moskauer Oganisation, die Organisation des Donezbeckens, der Textilstadt Iwanowo-Wosnessensk, des Uralgebietes, von Nish-Nowgorod u. a. Auf der Allrussischen Parteikonferenz, die Ende Januar 1924 stattfand, erhielt die Opposition in der Frage des Parteiaufbaues insgesamt drei Stimmen und in der Frage der Wirtschaftspolitik keine einzige Stimme. Die Allrussische Parteikonferenz hieß die Linie und die Beschlüsse des ZK. der Partei gut, beschloß, die Diskussion zu beenden und forderte alle Genossen zur praktischen Durchführung der angenommenen Beschlüsse auf. Als zentrale Aufgabe stellte sie die Gewinnung 100.000 neuer Betriebsarbeiter für die Partei auf, sie verurteilte die Opposition, indem sie diese als eine kleinbürgerliche Strömung charakteriserte, und warnte sie entschieden vor der Fortsetzung des Fraktionskampfes.

Bevor wir aber dazu übergehen, die durch den Tod des Genossen Lenin geschaffene Situation zu würdigen, müssen wir zuerst die Meinungsverschiedenheiten in der RKP. in internationalen Fragen in Betracht ziehen.

III. Die Meinungsverschiedenheiten in internationalen Fragen.

In der Diskussion spielten auch Meinungsverschiedenheiten zwischen der Opposition (insbesondere zwischen dem Genossen Radek) und dem ZK. der Partei in der Frage der Taktik der RKP. im internationalen Maßstabe eine große Rolle. Es wurden hier zwei Gruppen der Fragen diskutiert: die internationale Politik der Sowjetregierung direkt verbunden mit dem französischen und englischen Imperialismus, denen gegenüber die Genossen Radek und Krassin größere Zugeständnisse forderten, und die Frage der Stellungnahme der RKP. zu den deutschen Ereignissen und den Erfahrungen, die die Kommunistische Partei Deutschlands seit August 1923 bis zum Januar 1924 machte, wobei sich die oppositionellen Genossen im Gegensatze zum ZK. der RKP. und dem EK. der Komintern mit dem rechten Flügel der deutschen Partei solidarisierten. Von besonderer Wichtigkeit sind diese Meinungsverschiedenheiten deshalb, da es jedermann klar war, daß wir in der internationalen Politik in eine neue Epoche getreten sind, wo einerseits eine Reihe kapitalistischer Staaten Rußland de jure anzuerkennen bereit ist, und andererseits die Herbstereignisse in Deutschland, Polen und Bulgarien gezeigt haben, daß wir in eine neue Phase des Ansteigens der revolutionären Welle im Westen eingetreten sind. Die Partei hatte eine Reihe weittragender Entscheidungen zu treffen; in diesem Moment wäre jede Abweichung doppelt gefährlich gewesen, und die Partei hat deshalb die opportunistischen Abweichungen der oppositionellen Genossen energisch zurückgewiesen.

Die erste Frage, die Frage der Zugeständnisse an die internationale Bourgeoisie, entwickelte sich folgendermaßen: Noch in der Zeit, als die Sowjetunion mit Urquhart über eine Konzession verhandelte, war Genosse Radek unter den wenigen, die bis zuletzt für die Gewährung dieser Konzession eintraten.

Es ist bekannt, das Lenin und das ZK. der RKP. nach langen Erwägungen die Urquhart-Konzession zurückgewiesen haben. Für die russische Partei hieß es immer, daß man, selbst wenn die Notwendigkeit der Gewährung von Konzessionen anerkenne, nie solche annehmen dürfe, die den Wiederaufbau der russischen Wirtschaft nur unter stärkstem Zustrom von ausländischem Kapital gestatten würden. Das Wesentliche liegt nämlich darin, ob die Konzession das spezifische Gewicht unserer sozialistischen Wirtschaft vermehrt, oder das Privatkapital in großem Maße stärkt. Die Allrussische Parteikonferenz nahm ohne Vorbehalte den Standpunkt des ZK. an und verurteilte die Haltung der Opposition, die in verschleierten Anträgen die Revision der von der Partei im Zusammenhang mit der Genua-Konferenz festgelegten Bedingungen über die Gewährung von Konzessionen an das internationale Kapital zur Erstarkung der Geschäftsverbindung mit dem ausländischen Kapital forderte.

Die bald nach der Konferenz erfolgte Anerkennung der Sowjetunion durch **England, Italien, Norwegen** und Österreich haben die Richtigkeit des Standpunktes der überwiegenden Mehrheit der russischen Partei vollständig bewiesen.

Die Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Frage bestanden darin, daß die Opposition sich mit dem rechten Flügel der deutschen Partei solidarisierte und dessen opportunistische Politik in der sächsischen Regierung und vorher zu rechtfertigen suchte. Genosse Radek setzte auseinander, daß der Faschismus die November-Republik besiegt habe, ohne aber die Arbeiterklasse besiegt zu haben. Das ist aber vollkommen unrichtig. Wenn die Sozialdemokratie durch den Faschismus besiegt wäre, müßten wir uns sofort der deutschen Sozialdemokratie nähern, während die Komintern jetzt jede Verbindung mit den führenden Kreisen der Sozialdemokratie zurückweist. Die russische Partei hat diese Taktik der Komintern für vollkommen richtig befunden, da die deutsche Sozialdemokratie heute nichts anderes als der linke Flügel des Faschismus ist.

Das EK. der KI. führt eine Politik, die die Linksorientierung der deutschen Partei zum Ziele hat, die Opposition jedoch führt einen Kampf gegen die Linken, unterstützt die opportunistischen Abweichungen der Rechten und ruft damit die Gefahr einer Spaltung der KPD. hervor. Die Konferenz der RKP. hat diese Politik der Opposition entschieden verurteilt. Sie hat die Theorie des Sieges des Faschismus über die November-Republik und die übermäßige Einschätzung der Meinungsverschiedenheiten innerhalb des faschistischen Lagers als eine offenbar opportunistische Abweichung charakterisiert.

IV. Die RKP. nach dem Tode des Genossen Lenin.

Infolge der mangelnden Informationen glaubten viele Genossen, daß die Diskussion der russischen Partei und der Tod des Genossen Lenin die RKP. geschwächt, die Autorität der Partei den Arbeitermassen gegenüber gebrochen und die Parteieinheit zerstört hatte. Seit dem Ende der Parteikonferenz und dem Tode des Genossen Lenin ist kaum ein Monat verflossen, dieser Monat zeigte aber schon, daß die Hoffnungen aller unserer Feinde eitel waren und daß die Autorität und die Macht der RKP. noch nie so hoch wie jetzt stand. Es zeigte sich gerade die entgegengesetzte Erscheinung: die parteilosen Arbeiter strömten in einer mächtigen, breiten Welle in die Reihen der Partei, und die kolossale Mehrheit der Partei schloß ihre eisernen Reihen um die nächsten Schüler Lenins, um das ZK. der Partei.

Die Diskussion in der russischen Partei ist zu Ende, und die Partei hat nunmehr unter der Leitung des ZK. begonnen, die Beschlüsse über die Arbeiterdemokratie zu vollziehen, die durch die Plenarsitzung des ZK. und die Allrussische Parteikonferenz gefaßt worden sind. Der Eintritt von ungefähr 150.000 Industriearbeitern in die Partei war der unmittelbare Widerhall des Todes des Genossen Lenin. Unrichtig jedoch wäre es, zu glauben, daß der Tod Lenins die alleinige Ursache davon war. Nein, Ziffern beweisen, daß der Zustrom der Arbeiter in die Partei von Monat zu Monat bereits zunahm und daß der Tod des Genossen Lenin nur ein mächtiger Stoß war, der die Genossen in die Partei einzutreten veranlaßte, die früher oder später auch sonst den Weg zu ihr gefunden hätten. In die Partei treten jetzt die aktivsten Proletarier ein, Gewerkschaftsdelegierte der Betriebe, Betriebsräte, Delegierte der Arbeiterinnen, Arbeiter, die schon früher an unseren Zirkeln und Abendschulen teilgenommen haben usw. Bisher hatte die russische Partei mehr als 150.000 Arbeiter in ihren Reihen, von diesen arbeiteten aber nur 50.000 im Betriebe, während 100.000 im Apparate der Partei, der Gewerkschaften, der Sowjetregierung, der Roten Armee usw. tätig waren. Nun werden wir 300.000 Arbeiter in der Partei haben, von denen 200.000 am Schraubstock stehen. Bisher war die Zahl der im Betriebe stehenden Parteimitglieder 12%, nunmehr wird sie 32% der gesamten Parteimitgliedschaft betragen. Bisher waren 46% der ganzen Partei Arbeiter, nun werden 60% in der Partei Arbeiter sein. Das ist zweifellos ein großer Schritt vorwärts.

Die riesige und schnelle Vermehrung der Partei stellt uns vor eine Reihe neuer und außerordentlich verwickelter Aufgaben. Diese bestehn darin, daß die neuen Parteimitglieder so bald als möglich in die staatliche und Produktionsarbeit hineingezogen werden müssen, die Bildungsarbeit in den neuen Parteikaders entsprechend gestaltet werden muß. Der ganze Parteiapparat muß den Bedürfnissen dieser neuen Massen angepaßt, die Arbeiterdemokratie in der Partei entschieden durchgeführt werden. Die neuen Parteimitglieder, die Beziehungen zum Dorfe haben, sind im Interesse des engeren Zusammenschlusses von Arbeiterklasse und Bauerntum auszunützen. Damit hat die russische Partei nunmehr begonnen. Die ganze Vergangenheit der RKP. bürgt dafür, daß sie auch diese komplizierte Aufgabe erfüllen wird; sie wird tatsächlich leninistische Parteikader erziehen können. Ja, was noch mehr ist: die leitenden Genossen der russischen Partei stellen jetzt schon fest, daß wir uns nicht mit den erreichten Erfolgen begnügen dürfen, sondern darnach trachten müssen, die Partei wieder zu proletarisieren und neue Parteikaders in die Reihen der RKP. hineinzuziehen.

Die schwierige Epoche, die hinter der RKP. liegt, hat sie in doppeltem Sinne gestärkt. Die Arbeitermassen, die in dem so schweren Momente des Todes ihres größten Führers zur Partei gestoßen sind, werden die Einheit und die Macht der russischen Partei auch künftighin fest bewahren können. Die einheitliche, disziplinierte, an den Ideen des Leninismus festhaltende russische Partei ist eine Arbeiterpartei ihrer Zusammensetzung nach, sie wird auch künftighin die zuverlässigste Stütze und die Vortruppe der Kommunistischen Internationale bleiben.

Moskau, den 21. März 1924.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale.

Aus der Internationale

Die Kommunistische Partei Frankreichs zur Lage in der deutschen und russischen Partei.

Der Parteivorstand der KP. Frankreichs hat am 18. März eine Reihe von Thesen zur Taktik der KPF. und der Probleme, vor die die KI. gegenwärtig gestellt ist, zum Beschluß erhoben.

Wir bringen nachstehend die Thesen der KPF. zur deutschen und russischen Frage, ihrer großen internationalen Bedeutung wegen, zum Abdruck.

Die Red.

Die Stellung der KPF. zur deutschen Frage.

** Die Rechte innerhalb der deutschen Partei stellt eine Strömung dar, die die Fehler, die bei der Anwendung der Taktik der Einheitsfront begangen wurden, nicht zugeben und den Oktoberrückzug sowie das augenblickliche Zurückweichen der deutschen Revolution aus rein technischen und nicht aus politischen Gründen erklären will.

Der Oktoberrückzug hat die Grundfragen, die Gegenstand der russischen Diskussion waren und die am leichtesten durch die revolutionäre Entwicklung in Deutschland gelöst worden wären, in ein besonderes Licht gesetzt.

Der Oktoberrückzug hat wenigstens das Ergebnis gehabt, daß er die Verbrechen der deutschen Sozialdemokratie allen offenkundig gemacht und daß diese zugunsten der Kommunistischen Partei geschwächt wurde. Bei den letzten Teilwahlen in Deutschland wurden 50% der Arbeiterstimmen für die deutsche Kommunistische Partei abgegeben, während bei den vorhergehenden Wahlen nur 25% für sie abgegeben worden waren.

Der Oktoberrückzug hat in Deutschland in der Frage der Einheitsfront eine Krise bezüglich der Taktik herbeigeführt. Diese Krise hat die Frage der Einheitsfront vor der ganzen Internationale wieder aufgerollt.

Der Oktoberrückzug hat folgende Fehler unserer deutschen Bruderpartei besonders deutlich gemacht, obwohl die Rechte diese Fehler hartnäckig leugnet:

1. Falsche Einschätzung der Rolle der Sozialdemokratie. Es hat in Deutschland keine Kämpfe zwischen der bürgerlichen Demokratie und der bürgerlichen Diktatur gegeben. Die Sozialdemokratie wurde durch den Faschismus nicht besiegt. Es hat nichts anderes als eine Umbildung der demokratisch maskierten bürgerlichen Diktatur in die offen proklamierte bürgerliche Diktatur stattgefunden. Bei dieser Umbildung hat die Sozialdemokratie aktiv mitgearbeitet. Wie hätte dies auch anders sein können, da ja die Sozialdemokratie in ihren Reihen den Präsidenten der bürgerlich-demokratischen Republik, Herrn Ebert, den preußischen Innenminister, Herrn Severing, und Zehntausende von Staatsbeamten, inbegriffen die zahlreichen Polizeifunktionäre, zählt. Die Sozialdemokratie, weit davon entfernt, vom Faschismus besiegt worden zu sein, hat die Rolle eines Flügels des bürgerlichen Faschismus gespielt.

2. Unterschätzung der Rolle der Kommunistischen Partei. Die deutsche Kommunistische Partei hat nicht genügend darauf gerechnet, mit ihren eigenen Kräften die Majorität des Proletariats zum revolutionären Kampf mitzureißen. Sie hat die Revolution nur unter der Bedingung des Bündnisses mit der Linken innerhalb der Sozialdemokratie für möglich gehalten und hat auf die Führer dieser Linken ein tatsächliches politisches Vertrauen gesetzt. Auf diese Weise hat die deutsche Partei ihre Unabhängigkeit eingeschränkt und hat, anstatt an die Massen zu appellieren, sich in parlamentarische Kombinationen mit den sozialdemokratischen Führern eingelassen. Sie hat es nicht verstanden, die Arbeiterregierungen von Sachsen und Thüringen als revolutionäre Kampfplätze auszunützen.

3. Falsche innere Politik der Partei. Eine Partei, die die Einheitsfront praktiziert und mit den Sozialdemokraten an einer Arbeiterregierung teilnimmt, muß angesichts des bevorstehenden Ausbruches der Revolution in ihren eigenen Reihen einen energischen Kampf gegen jede reformistische Tendenz führen. Anstatt dessen hat die Führung der deutschen Partei gegen die Linke in ihren Reihen gekämpft (Berlin, Hamburg, Ruhr). Sie hat auf diese Weise in ihrem eigenen Schoß die Fortdauer sozialistischer und reformistischer Illusionen genährt, die genügend Einfluß hatten, um die Unabhängigkeit der Partei schwer zu gefährden.

Die klare Erkenntnis der von der deutschen Partei begangenen Fehler ist nicht nur für die deutsche Partei, sondern für alle kommunistischen Parteien von Wichtigkeit.

Ein Teil der russischen Opposition und die deutsche Opposition haben mit allen Kräften gegen die Bildung des Blocks der Majorität und der Linken innerhalb der deutschen Partei angekämpft und dadurch bewirkt, daß sich die Bildung dieses Blocks verzögert hat, der durch seinen Kampf gegen die Rechte die Einheit der deutschen Partei gerettet hat.

Der Parteivorstand der Kommunistischen Partei Frankreichs erklärt sein volles Einverständnis mit dem von der Kommunistischen Internationale in der deutschen Frage gefaßten Beschluß. Er erklärt, mit der neuen Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands in den gemeinsamen Aufgaben der beiden Parteien brüderlich zusammenarbeiten zu wollen.

Die Kommunistische Partei Frankreichs und die russische Frage.

Der Parteivorstand sowie die gesamte kommunistische Partei Frankreichs konnten mangels genügender Information bisher noch nicht in präziser Weise zur russischen Frage, dieser Lebensfrage für die Kommunistische Internationale, Stellung nehmen.

Die Diskussion in der russischen Partei war so leidenschaftlich geführt, als die Diskussion einer revolutionären Partei, die sich auf die Grundfragen der Revolution bezieht, geführt werden muß. Eine solche Diskussion mußte den Charakter eines sachlichen und politischen Kampfes und nicht eines Kampfes zwischen einzelnen Personen annehmen.

Dieser Kampf hätte innerhalb der verschiedenen Generationen der russischen Partei nicht fortgeführt werden können, ohne die Frage der Revision der bolschewistischen Prinzipien aufzurollen.

Die Verstärkung der Einheit der bolschewistischen Partei ist zweifellos mit dem unversöhnlichen Kampf gegen jede Abweichung verknüpft.

Eine jede andere Bewertung dieser Diskussion könnte sie nur ihres politischen Sinnes entkleiden.

Nach dem Tode Lenins, nach dem fast einstimmigen Vertrauensvotum der XIII. Parteikonferenz der russischen Kommunistischen Partei für das Zentralkomitee, das auf dem durch Lenin vorgezeichneten Weg beharrt, hat der Zustrom von über hunderttausend Betriebsarbeitern zur Kommunistischen Partei bewiesen, daß die bolschewistische Partei stärker und mit der Arbeiterklasse enger verknüpft ist als jemals zuvor.

Nachdem der Parteivorstand der französischen Kommunistischen Partei mit großer Aufmerksamkeit die Gründe geprüft hat, die seit Oktober 1923 die Diskussionen in der russischen Partei bezüglich des sogenannten „Neuen Kurses" der bolschewistischen Partei herbeigeführt haben, erklärt er sich mit den Beschlüssen der XIII. Tagung der Kommunistischen Partei Rußlands voll und ganz einverstanden. Diese Beschlüsse sind auf der Grundlage der Beschlüsse des Russischen Zentralkomitees vom 5. Dezember und des Politischen Büros vom 25. Dezember über die innere Organisation der Kommunistischen Partei Rußlands und über die ökonomische Politik gefaßt worden.

Der Parteivorstand der KPF. begründet seine Erklärung folgendermaßen:

1. Die Einführung des internationalen Kapitals in Rußland, die über die Grenzen hinaus und ohne Rücksicht auf die Garantien geschähe, die über Vorschlag Lenins anläßlich der Einführung der Nep festgesetzt wurden, würde der internationalen Bourgeoisie gestatten, ihre Verbindungen mit den hundert Millionen russischer Bauern zu vervielfachen und würde infolge der Lockerung der Bande zwischen der Bauernschaft und der Arbeiterklasse Rußlands auch die Stärke des Weltproletariats schwächen und vielleicht sogar gefährden.

2. Es müssen die größten Anstrengungen gemacht werden, um den Austausch der Waren zwischen Industrie und Landwirtschaft in starkem Maße zu erleichtern. Es müssen die Preise der industriellen und der landwirtschaftlichen Produkte einander angepaßt werden. Das wesentliche Problem beruht für den Augenblick in der Herabsetzung der Gestehungskosten der industriellen Produkte. So wünschenswert und dringend diese Herabsetzung auch ist, darf dieses Ergebnis nicht durch die Einführung von notwendigen Gebrauchsgegenständen, die im Auslande erzeugt werden, erzielt werden. Nach der gegenwärtigen Sachlage würde die erste Folge eines solchen Imports darin bestehen, daß die russische Industrie zugrunde gerichtet und die bereits ungesunde Aktivität der Nepleute sowie ihr Reichtum und ihre soziale Macht gestärkt würden.

3. Der Plan der nationalen Wirtschaft muß der politischen Notwendigkeit untergeordnet, das Bündnis zwischen den Bauernmassen und der Arbeiterklasse aufrechterhalten werden, da dieses Bündnis für die Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats notwendig ist.

Die Durchführung eines rationellen Industrieplanes, die nur vom technischen Gesichtspunkt aus geschähe, könnte zumindest die provisorische Schließung großer Betriebe von Leningrad oder Moskau zur Folge haben und infolgedessen dahin führen, daß sich die Zentren der Zusammenballung des Proletariats, deren Rolle für die Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats ausschlaggebend ist, auflösen könnten.

Ein gewisser revolutionärer Pessimismus hat verschiedene Strömungen der Opposition der russischen Partei dazu geführt, bei der Reorganisierung der Industrie auf Grund eines rationellen technischen Planes nur die Entwicklung der produktiven Kräfte in Rechnung zu ziehen, ohne die unvermeidliche Verschärfung des bürgerlichen Einflusses, die sich daraus ergäbe, genügend zu beachten sowie die Notwendigkeit zu erkennen, die Aktivität der Techniker, die noch von kleinbürgerlichem Geiste erfüllt sind, der politischen Führung der Kommunistischen Partei unterzuordnen.

4. Die Demokratie innerhalb der Partei kann in keiner Partei der Kommunistischen Internationale zu einem absoluten Grundprinzip erhoben werden, am wenigsten in der russischen Partei. Die Regel für die Organisierung der Parteien kann nur die sein: das Maximum an innerer Demokratie, das mit dem Interesse der Revolution verträglich ist.

Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Kommunistischen Partei Rußlands wäre es sowohl vom sozialen Gesichtspunkt aus (nur 52% sind Arbeiter, von denen tatsächlich bloß 56.000 in der Fabrik arbeiten) als auch vom Gesichtspunkt der politischen Generationen (2500 waren Mitglieder vor 1905, 7500 von 1905 bis 1917, seither sind mehrere hunderttausend dazugekommen) gefährlich, in der Partei einen reinen und einfachen Mechanismus vollkommener Demokratie einzuführen.

5. Das, was die Opposition will, bedeutet, daß die Majorität der Elemente der RKP. im innigsten Kontakt mit den bäuerlichen und kleinbürgerlichen Elementen stehen sollen. Durch diesen täglichen Kontakt könnte die Partei unbewußt die Einflüsse der außerhalb der Partei befindlichen kleinbürgerlichen Schichten erfahren und sie in das Innere der Partei hinüberleiten. Die Rolle des Apparats der russischen Partei besteht darin, unter der kraftvollen Führung der alten Garde des Bolschewismus, die in der Schule Lenins und in der Schule zweier Revolutionen (1905 und 1917) gebildet wurde, sich jeder Abweichung aktiv entgegenzustellen.

Die alte bolschewistische Garde, die unter der Leitung Lenins die bolschewistische Partei nicht nur gegründet hat, sondern alle revolutionären Feuerproben in Rußland, insbesondere seit 1905, durchgemacht hat, verkörpert als Gruppe die besten Garantien für die kommunistische Erfahrung, Festigkeit und für klaren Blick. Sie bildet die historische Gruppe, die allein fähig ist, den Zusammenhalt zwischen den verschiedenen Elementen, die die Partei bilden, zu sichern und die bolschewistische Linie der Partei rein zu erhalten.

6. Die unumgängliche Garantie für die kommunistische Entwicklung des revolutionären Rußlands, die absolute Bedingung für die Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats liegt in der scharfen Kontrolle aller behördlichen Organe durch die Kommunistische Partei. Es wäre darum vollkommen irrig, das, was mit einem ungenauen Wort die „Ingerenz" der Partei auf die Führung der Geschäfte des Staates nennt, zu lockern, während doch die Gefahr der Korruption und der Zersetzung der Kader der Spezialisten und Bürokraten, die nicht Kommunisten sind, durch die Atmosphäre der Nep und durch die Berührung mit kapitalistischen Elementen größer ist als jemals zuvor.

Die Tendenz zur Praxis der formalen Demokratie brächte in Rußland, wo die Staatsorgane unter dem überwiegenden Einfluß der Kommunistischen Partei gewählt sind, die Gefahr mit sich, daß man sich über die Grenzen der Partei hinwegsetzt, und könnte leicht zur Demokratie überhaupt führen, was wiederum die Gefahr der Schwächung der proletarischen Diktatur bedeuten würde.

•

Die Kommunistische Partei Frankreichs konstatiert mit großer Befriedigung, daß trotz der Lebhaftigkeit der geführten Diskussionen die Einheit der russischen Partei auf der Basis des Bolschewismus eine feststehende Tatsache ist.

Die Konstituierung von Fraktionen im Innern einer wirklich Kommunistischen Partei ist absolut unzulässig und wäre in der russischen Partei besondern gefährlich, da diese die Macht im Staate ausübt und für die Weltrevolution von ungeheurer Bedeutung ist.

Die Bedingungen für die Arbeit in der Partei machen es notwendig, daß seitens der Opposition die Beschlüsse der Majorität angenommen werden. Diese Majorität hat sich auf der XIII. Tagung der bolschewistischen Partei ausgesprochen. Die Haltung der Genossen der Opposition muß insbesondere nach den Prinzipien der allgemeinen Disziplin geregelt werden.

Aus der Roten Gewerkschafts-internationale

Die Einberufung des III. Weltkongresses der Roten Gewerkschafts-Internationale.

** Das Vollzugsbüro der RGI. hat beschlossen, den **III. Weltkongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale für den 25. Juni 1924 nach Moskau** einzuberufen.

Die vorläufige Tagesordnung wurde wie folgt festgesetzt:

1. **Geschäftsbericht der Roten Gewerkschafts-Internationale.**
2. **Nächste Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsbewegung.**
3. **Internationaler Kampf um den Achtstundentag.**
4. **Gewerkschaften und Betriebsräte.**
5. **Verhalten der revolutionären Gewerkschaften zu den Berufs-Internationalen.**
6. **Streikstrategie.**
7. **Organisatorischer Aufbau** (Organisationsformen der Opposition, Wechselbeziehungen zwischen den unabhängigen Verbänden und den oppositionellen Minderheiten, Einheitsverband usw.).
8. **Aufgaben der Anhänger der RGI. in England.**
9. **Aufgaben der RGI. in den kolonialen und halbkolonialen Ländern** (Britisch-Indien, Ägypten, Algier, Holländisch-Indien, China, Indo-China, Korea usw.).
10. **Bauern-Internationale und Verbände der landwirtschaftlichen Arbeiter.**
11. **Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen.**
12. **Wahlen.**

Alle angeschlossenen Organisationen und die revolutionären Minderheiten werden mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Fragen, die auf die Tagesordnung des Weltkongresses gestellt sind, ersucht, sich mit ihnen **möglichst rasch und gründlich** zu beschäftigen und ihre Vorschläge **spätestens bis zum 1. Juni** vorzulegen. Ebenso werden sie ersucht, **dem Vollzugsbüro ihre Berichte über den Stand der Gewerkschaftsbewegung in ihren Ländern und ihre Tätigkeitsberichte für die Zeit seit dem II. Kongreß vorzulegen.**

Wegen der großen Tagesordnung und der Wichtigkeit der Fragen ist es wünschenswert, sich schon jetzt mit allen Streitfragen innerhalb der internationalen revolutionären Gewerkschaftsbewegung eingehend zu beschäftigen, damit bis zum Kongreß die ganze internationale Erfahrung zusammengefaßt wird.

Die **Vertretungsnorm** richtet sich nach den Statuten, die vom II. Weltkongreß der RGI. bestätigt wurden.

Mit revolutionärem Gewerkschaftsgruß:

Gez.: A. Losowsky, Generalsekretär.

Proletarische Kunst

Béla Uitz: „Die Ludditenbewegung."

Von Franz Koritschoner (Wien).

** Die proletarische Kunst ist der ideologische Ausdruck des Klassenkampfes. Eine sozialistische Kunst ersteht erst mit dem Sozialismus selbst, also lange nach der Eroberung der politischen Macht. Den Kampf der Arbeiterklasse aber künstlerisch zu gestalten, den Drang der proletarischen Massen auch auf dem Gebiete der Kunst Rechnung zu tragen, sind die Aufgaben, die dem Künstler unserer sturmbewegten Epoche ziemen. Wie im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft die Formen der proletarischen sich zu entfalten beginnen, bis sie im revolutionären Massenkampfe den Rahmen der alten Gesellschaft sprengen, entstehen auf dem Boden alter Kunstauffassung die Urformen einer neuen, bestimmt, fällig gewordenes Erbe anzutreten. Zu den Künstlern, die uns zu neuen Werken führen, gehört ein Vorläufer sozialistischer Kunst: **Béla Uitz.**

Béla Uitz hat nun eine Mappe herausgegeben, die 15 Entwürfe enthält. Diese Entwürfe werden zu einem monumentalen Fresko zusammengefaßt. Die Freske stellt die blutige Geschichte der ersten proletarischen Klassenkämpfe dar, die unter dem Namen „Ludditenbewegung" bekannt sind; den Aufstand des aufkeimenden Fabrikproletariats als Klasse in den Jahren 1811 bis 1817. Aus diesen Entwürfen lodert die englische industrielle Revolution glühend auf, die die Besitz- und Lebensverhältnisse der ganzen englischen Gesellschaft umwälzt. Wir sehen die ausgehungerten Weber und Spinner, wie sie durch die Maschine aus ihrem Besitz geworfen und in Parias verwandelt werden.

Wir sehen die Entstehung der Kinder- und Frauenarbeit in den Fabriken, in all ihrer Grausamkeit. Wir sehen die mythische Gestalt des Maschinenzerstörers **Nedd Ludd.** Wir sehen die geheimen Verbindungen. Wir hören die furchtbaren Eidschwüre. Wir erleben die bewaffneten Angriffe der Arbeiter, Polizei- und Militärattacken. Deportation und Kerker, immer neue und neue Vorstöße. Zerstörte Maschinen, in Brand gesteckte Fabriken. Blei und Pulver — Massenmord durch die siegreiche Soldateska. Vor unseren Augen stürmt der Bürgerkrieg.

Hemm' ihn, wer's wagt, hemm' ihn, wer's kann!
Stop him who dare, stop him who can! —

Der bewaffnete Kampf der Arbeiter gegen die Maschine tobt durch die Freske. Der Hammer der Empörung saust auf die Maschine, die der Handwerkersgeselle noch nicht zu erobern vermag.

Und dieses monumentale Werk ist nur ein erster Schritt von Uitz. Nur der Anfang seines Riesenplanes. Er beabsichtigt die ganze Geschichte der internationalen proletarischen Bewegung in gigantischen Fresken darzustellen.

Wie kam Uitz zu dieser Arbeit, die den besten Teil seines Lebens ausfüllen wird?

Schon als Jugendlicher konnte er ungewöhnliche Erfolge aufweisen. Im Jahre 1915 bekam er die internationale, große goldene Medaille in der Weltausstellung zu San Franzisko. Eine Reihe von Museen, Mailand, Stockholm, Budapest, die Albertina usw. besitzen Bilder von ihm. Seine Ausstellungen in Europa und Amerika waren immer von weittragender Bedeutung. In Amerika schrieben seine Kunstkritiker, daß Uitz nur mit den Größten aller Zeiten verglichen werden kann. Während des Krieges begann sich Uitz mit marxistischen Studien zu beschäftigen. Das erste Ergebnis dieser Studien war, daß er sich von der naturalistischen, später von der postimpressionistischen Richtung losgelöst und einer Richtung angeschlossen hat, die sich äußerlich sehr revolutionär gebärdete. Diese Gruppe hatte den Futurismus, Kubismus und Expressionismus in sich vereinigt. Aber seine rastlos fortgesetzten kunsthistorischen und marxistischen Studien, die Erfahrungen der proletarischen Diktatur in Ungarn, ferner seine Reise nach Sowjetrußland (1921) haben ihn zur Einsicht gezwungen, daß der Futurismus, Kubismus, Expressionismus, Suprematismus, Konstruktivismus, Unovis usw. nur Produkte der verwesenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung sind. Diese Richtungen, die sich „revolutionär" nennen, haben mit der Sache des revolutionären Proletariats nichts gemein. Sie sind dieselben Erscheinungen wie der Aufschwung des Mystizismus, Okkultismus, Spiritismus, die Theosophie; sichere, kulturelle Merkmale der Auflösung der kapitalistischen Produktionsweise. Die erwähnten Richtungen

können in der Hauptsache nur das formale Problem und auch das nur im luftleeren Raum fassen. Sie predigen die vollständige Abstraktion der Kunst von den Klassenkämpfen. Sie kehren zum tollsten und vulgärsten Idealismus zurück.

Die gründlichen Studien über den Werdegang der indischen, ägyptischen, griechischen, katholischen und bürgerlichen Kunst haben Uitz gezeigt, daß das Absterben einer Produktionsweise solche Erscheinungen immer hervorbrachte. Allein im großen Zusammenhange mit den bisherigen Klassenkämpfen konnte Uitz verstehen, daß der Futurismus, Kubismus usw. entweder unbedeutende, in der Vergessenheit schon versunkene Ausstrahlungen der kapitalistischen Verwesung sind, die das Klassenbewußtsein des Proletariats zu verpesten drohten; oder bewußt konterrevolutionäre Machenschaften, ohne bleibenden künstlerischen Wert.

Dieselben Studien zeigten ihm auch, daß die aufsteigende, die neue Gesellschaft formierende Klasse gleichzeitig immer eine Kunst schuf, die statt des formalen Problems den neuen Inhalt der neuen Klassenideologie aufs schärfste betonte, die ihren stärksten Stoff aus der heroischen Geschichte der neuen Klasse schöpfte. So rückte Uitz vom Futurismus, Kubismus usw. ab und hat sich in die Geschichte der Arbeiterbewegung, der Klassenkämpfe innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft vertieft. Er dringt in die kleinsten Details hinein, ohne den großen Zusammenhang aus dem Auge zu verlieren. Und jetzt bringt er uns den schönsten Schatz der proletarischen Geschichte.

In der Mappe: „Die Ludditenbewegung" betont Uitz aufs gewaltigste den ideologischen Inhalt der proletarischen Klassenkämpfe. Zugleich aber nützt er die verwendbaren Erkenntnisse der oben genannten Formprobleme aus. Uitz erkennt, daß die Alchymisten ungewollt doch einige Wissenzweige belebt haben, goldsuchend — die Chemie entwickelten. Die verwesenden Richtungen treiben einen viel gefährlichen Unfug wie die Alchymisten, aber ungewollt haben sie doch Formprobleme aufgeworfen, die sie nicht sehen, nicht verstehen, weil sie im luftleeren Raum konstruieren, so müssen aber ihre Formprobleme unausgenützt bleiben. Uitz vermochte die formalen Errungenschaften seiner Gegner zu neuem Schaffen umzuwerten, zu neuem Inhalt.

So bedeutet Bela Uitz durch sein Werk nicht nur einen neuen Weg, sondern verheißt für die Zukunft kraftvolles und proletarisches Kunstschaffen.

Buchanzeigen

Inhalt der einbändigen Ausgabe der Werke Lenins.

I. Aufgaben der Sozialdemokratie.

1. Auf was für ein Erbteil wir verzichten.
2. Die dringenden Aufgaben unserer Bewegung.
3. Arbeiterpartei und Bauerntum.

II. Organisation der Partei und Kampf gegen die Opportunisten.

1. Rede auf dem II. Parteitag bei Besprechung des Organisationsstatuts der Partei.
2. Aus „Was tun?": Über Freiheit der Kritik. Über die Rolle der revolutionären Theorie, Spontanität und Bewußtheit, Die Arbeiterklasse als Vorkämpfer für die Demokratie, Organisation der Arbeiter und Organisation der Revolutionäre.
3. Aus „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte rückwärts": Über intellektuelle Schwankungen in der Parteiorganisation.

III. Zwei Taktiken in der Revolution 1905.

1. Zwei Taktiken.
2. Sollen wir die Revolution organisieren?
3. Die Sozialdemokratie und die provisorische Revolutions-Regierung.
4. Revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und des Bauerntums.
5. Aus „Zwei Taktiken": Wird der Schwung der demokratischen Revolution geringer werden, wenn sich die Bourgeoisie von ihr lossagt?
6. Über Taktik mögt Ihr herumstreiten, aber gebt klare Losungen aus!
7. Sozialismus und Anarchismus.
8. Sozialistische Partei und parteiloser Revolutionarismus.
9. Die Lehren des Moskauer Aufstandes.
10. Der Partisanenkrieg.
11. Zur Frage der Revolution der Gesamtnation.
12. Parteiorganisationen und Parteiliteratur.

IV. Parlamentarismus und die Taktik der Bolschewiki.

1. Boykott der Bulyginschen Duma und der Aufstand.
2. Die russische Revolution und die Aufgaben des Proletariats.
3. Über den Boykott.
4. Die Sozialdemokratie und die Wahlabmachungen.
5. Gegen den Boykott.
6. Liquidierung des Liquidatorentums.
7. Liquidatoren von rechts und Liquidatoren von links.
8. Über die Plattform des Otsowismus.
9. Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion.

V. Der imperialistische Krieg 1914—1917.

1. Lage und Aufgaben der sozialistischen Internationale.
2. Über den Nationalstolz der Großrussen.
3. Über die Niederlage seines eigenen Vaterlandes.
4. Einige Leitsätze.
5. Über die Junius-Broschüre.
6. Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus.

VI. Die Eroberung der Macht (Februar-Oktober 1917).

1. Ein Brief aus der Ferne.
2. Über die Aufgaben des Proletariats in dieser Revolution.
3. Über die Doppelregierung.
4. Briefe über die Taktik.
5. Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution.
6. Zu den Losungen.
7. Ein Brief an das Zentralkomitee und das Moskauer Komitee.
8. Ratschläge eines Fremden.
9. Marxismus und Aufstand.
10. Man schreckt mit dem Bürgerkrieg.
11. Über Kompromisse.
12. Ein Brief an die Genossen.

VII. Diktatur des Proletariats und Kommunistische Internationale.

1. Thesen über die Konstituierende Versammlung.
2. Dekret zur Auflösung der Konstituierenden Versammlung.
3. Bericht über den Brester Friedensvertrag.
4. Thesen über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats.
5. Reden an das mittlere Bauerntum.
6. Über die Irreführung des Volkes durch die Parolen von Freiheit und Gleichheit.
7. Rede über die Rolle der Arbeiterinnen im Sowjetstaate.
8. Im Kampfe mit welchen Feinden erstarkte der Bolschewismus?
9. Thesen zur nationalen und Kolonialfrage.
10. Die III. Internationale und ihre Rolle in der Geschichte.
11. Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und den Irrtum des Genossen Trotzki.
12. Rede über die Einheit der Partei.
13. Über die Naturalsteuer.
14. Über die Taktik der RKP.
15. Über die Parteisäuberung.
16. Fünf Jahre Russische Revolution.
17. Rede im Plenum des Moskauer Sowjets.
18. Über das Genossenschaftswesen.

Berichtigung.

In der Nr. 40 vom 1. d. M. sind durch Verheben des Satzes auf Seite 457, 1. Spalte, im vorletzten Absatz die drei Zeilen „Die Tatsachen sind in Kürze folgende: 1. Die Bergarbeiter sind schlecht bezahlt, und jeder stimmt einer Lohnerhöhung zu. 2. Die Kohlenfelder sind von verschiedener Ergiebigkeit, und einige" enthalten. Diese Zeilen gehören in den vorletzten Absatz der zweiten Spalte, und zwar vor die Zeile: „Kohlenfelder lassen gegenwärtig nur einen geringen Profit zu."

Die Redaktion.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 43. 8. April.

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Macdonalds Rüstungspolitik. Von Leckie 507

Politik.
Nach dem Abbruch der Wiener Verhandlungen der Sowjetunion mit Rumänien. Von Timescu. . . . 509

Deutschland.
Vor einem gewaltigen Sturm an der Ruhr. Von Maslowski 510

Arbeiterbewegung.
Landeskonferenz der ungarischen Gewerkschaften. Von Király 511

Rote Sportinternationale.
Die internationale Sportbewegung und der 1. Mai. Von Hirla 512

Aus dem Lager der Gegner.
Eine sozialistische Balkankonferenz. Von Dimitrow 512

Weißer Schrecken.
Es gilt, in letzter Stunde Shum zu retten! 513
Massenkundgebung der Wiener Arbeiterschaft gegen den weißen Terror in Polen. Von Sawko 514

Die Tagesordnung des V. Weltkongresses der Komintern.

** Auf der Tagesordnung des V. Kongresses der Kommunistischen Internationale stehen folgende Punkte:

1. **Lenin** und die Komintern.
2. Die allgemeine **wirtschaftliche** Lage.
3. Der Bericht über die Tätigkeit und die **Taktik** der Komintern.
4. Die Frage des Programms.
5. Die Taktik der Arbeit in den **Gewerkschaften**.
6. Die **Nationalen** Fragen (die Stellung der Kommunistischen Partei in der Nationalitätenfrage, die revolutionäre Bewegung im Osten und in den Kolonien, die Negerfrage).
7. Die Fragen der **Emigration**.
8. Der **Faschismus**.
9. Die Frage der Beziehungen zu den **Intellektuellen**.
10. Die **Bauern**.
11. Die Internationale und die **Jugendbewegung**.
12. Die Fragen der einzelnen **Sektionen**.
13. Die **Wahlen** in das Exekutivkomitee.

Macdonalds Rüstungspolitik.

Von Jack V. Leckie.

„Die Konferenz ist der Meinung, daß die Politik der Labour Party im Parlament sein sollte, gegen alle Heer- und Flottenvoranschläge zu stimmen."

(Resolution der ILP. zur Labour Party-Konferenz 28. April 1923.)

** Eine Analyse der Tatsachen, die den jüngsten Beschlüssen von Seiner Majestät Regierung zugrunde liegen, betreffend den Bau von Kreuzern und die Verzögerung der Erweiterung des Hafens von Singapore, zeigt deutlich die antiproletarische Rolle, die Macdonald in der englischen Politik spielt. Die erstere Angelegenheit brachte die in der Labour Party selbst liegenden Widersprüche zum Vorschein; die andere wurde zum Anlaß genommen, diesen Widersprüchen Rechnung zu tragen und mit einer Friedensgeste die englische Arbeiterklasse und die Welt zu täuschen.

Macdonald ist gegenwärtig in England der Träger der historischen Mission der II. Internationale, einer Mission, die darin besteht, der gefährdeten kapitalistischen Ordnung rettend beizuspringen. Diese Mission kann er nur erfüllen, wenn es ihm gelingt, sowohl die Massen der Labour Party durch geschickte Manöver im Zaum zu halten als auch die konkreten inner- und außenpolitischen Bedürfnisse der englischen Bourgeoisie zu befriedigen. (Die englische **Bourgeoisie** verlangt nämlich **Tatsachen**, die **Arbeiterschaft** läßt sich leider manchmal noch durch **Phrasen** bluffen!)

Die Geschichte der politisch ausschlaggebenden Gruppen in der Labour Party, besonders der ILP. (deren Vorsitzender Macdonald ist!), ist die Geschichte intensivster Propaganda gegen Rüstung und Krieg; weiters vergrößerte die Partei ihre Mitgliedschaft ungeheuer, insofern viele Tausende von „bewußten Verweigerern" (des Kriegsdienstes) und Quäker eintraten. Hunderte ihrer Anhänger ließen sich wegen Kriegsdienstverweigerung ins Gefängnis werfen, und noch kürzlich haben Quäkermitglieder der ILP. bei den Wahlen gegen kommunistische Kandidaten gesprochen, weil diese für die **Erkämpfung** der proletarischen Diktatur eintraten.

Mit diesem Pazifismus in der ILP. muß also Macdonald ebensowohl rechnen wie mit einer scharfen marxistischen Kritik seiner Politik von seiten der proletarisch-oppositionellen Elemente der Arbeiterpartei. Da er andererseits im Rahmen dieses Parlaments auf die Gnade der Bürgerlichen angewiesen ist, blieben ihm nur zwei Möglichkeiten: entweder sich kühn über die Köpfe der Liberalen und Konservativen hinweg mit offenen proletarischen Forderungen an die englische Wählerschaft zu wenden oder — durch bescheidene Reformen Zeit zu gewinnen suchen, um inzwischen den englischen Kapitalisten wieder auf die Beine zu helfen. Macdonald hat sich für das letztere entschieden, und wer das noch nicht sieht, der verfolge einmal Macdonalds Rüstungspolitik.

Die Labour Party rüstet zum Frieden.

Der Antrag auf den Bau von fünf neuen Kreuzern und zwei Zerstörern war zuerst von der konservativen Regierung mit der Begründung eingebracht worden, man müsse den Arbeitslosen Arbeit schaffen. Die Labour Party-Regierung hat sich statt dieses Vorwandes eines geschickteren bedient: Der Ersatz der abgenutzten Schiffe müsse „beschleunigt" werden. Auf diese Weise wurde der Antrag mit 304 gegen 114 Stimmen angenommen, trotzdem Macdonald selbst zugeben mußte, daß die Vernichtung der alten Schiffe aus technischen Gründen sich noch einige Zeit hinziehen werde. In der Tat ist der Sinn dieses „beschleunigten" Ersatzes nur, die Flotte durch sogenannte „Ersatzschiffe" zu vergrößern, während man gleichzeitig die alten Schiffe weiter verwenden wird.

Nach einem offiziellen Bericht vom Mai vorigen Jahres für 1922 ist England Amerika an leichten Kreuzern dreifach überlegen. Nun werden durch Macdonalds Manöver: 1. diese leichten Kreuzer England zum Gebrauch gegen Amerika erhalten bleiben; 2. neue, schwere Schiffe zum etwaigen Bedarf gegen Amerika bereitgestellt werden, und 3. wird überdies durch die Einführung neuer Modelle die „Notwendigkeit" vorbereitet, eine weitere Anzahl „veralteter" Schiffstypen durch moderne zu ersetzen. Mit anderen Worten, die ganze „Abrüstungspolitik" Macdonalds läuft auf eine Vergrößerung der englischen Kriegsflotte hinaus.

Die Bedeutung von Singapore.

Die Kreuzeraffäre löste in der ganzen englischen Arbeiterpresse große Erregung aus. Es ist jedoch bezeichnend für den Mangel an vollentwickeltem marxistisch geschulten Klassenbewußtsein in großen Teilen der Labour Party, daß die betreffenden Erörterungen nicht klar einen Protest gegen Macdonalds Lakeienpolitik beinhalten, sondern „Probleme" behandeln.

So standen die Dinge auf Seiten der Labour Party, als die Frage des Ausbaues des Flottenstützpunktes von Singapore im Parlament spruchreif wurde. Auf der anderen Seite aber galt es für Macdonald, den Sachverwalter der englischen Kapitalisten, den außenpolitischen Schwierigkeiten dieser Kapitalisten in der Singaporeangelegenheit Rechnung zu tragen. Diese Schwierigkeiten nämlich sind:

1. **Frankreich und das Ruhrproblem:** Das Vorgehen Frankreichs an der Ruhr gefährdet die englische Industrie. Auch Frankreichs Bündnispolitik mit den kleineren mitteleuropäischen Staaten wird sehr unangenehm empfunden. Überdies pflegt Amerika in strittigen Fällen eher Frankreich als England zu begünstigen.

2. **Amerikas und Japans Interessen im fernen Osten.** Trotzdem Japan und Amerika sich gegenseitig bekämpfen, sind sie doch beide auch Gegner Englands. Japans Besitzergreifung von Korea und sein Vorstoß nach China 1915 zeigen deutlich seine Absichten. Japan braucht Kohle, Eisen und Reis; sein Bevölkerungsüberschuß kann weder nach Kanada, Amerika oder Australien auswandern.

Amerika seinerseits sucht durch den Kampf um die Stärke im Osten die Vorteile des Panamakanals über den Suezkanal für sich auszuwerten. Seine imperialistische Entwicklung reicht aber schon bis lange vor dem Krieg zurück. Schon durch die Resolution von Ledge wurde der ganze amerikanische Kontinent als die „natürliche Einflußsphäre" der Vereinigten Staaten erklärt. 1921 betrugen die Kapitalsanlagen der USA. in Kanada 556 Millionen Dollar. Demgegenüber betrugen die Kapitalsanlagen Englands nur 153 Millionen. Auch die englischen Kapitalien in Lateinamerika, in zentral- und südamerikanischen Eisenbahngesellschaften und Banken im Betrage von zirka 950 Millionen sind bedroht durch amerikanische Konkurrenz. Die mexikanische Politik zum Beispiel ist nur ein Widerspiel der kämpfenden Petroleumgruppen Englands und der Standard Oil Company. Auch die englischen Stahlproduzenten werden jetzt zwischen der amerikanischen und der europäischen Konkurrenz zerrieben. Weiter ist Amerika Englands Hauptkonkurrent im Schiffstransport, und es droht, den Vorrat von Rohmaterial für die englische Textilindustrie vollends für seine eigenen Fabriken mit Beschlag zu belegen. England schuldet Amerika gegenwärtig 1 Million Pfund pro Woche an Zinsen für die während des Krieges gemachten Schulden. Nun, seit Amerika 1921 Japan gezwungen hat, für China das Recht der offenen Tür anzuerkennen, droht es überdies noch, England von den Märkten im Fernen Osten zu verdrängen. Es hat auch so gut seinen Stützpunkt dort, wie England den seinen in Singapore: Seit dem Spanisch-amerikanischen Krieg 1898 hat es sich auf den Philippinen festgesetzt. (Singapore liegt nur einige 100 Meilen weit davon.)

Das dritte aktuelle Problem der englischen Bourgeoisie ist: **das Rüstungs- und Schutzzollprogramm der Kolonien:** die wichtigsten englischen Kolonien protestieren gegen eine japanisch-englische Annäherung. Gleich Amerika fürchten sie Japans Fähigkeit, die Märkte mit billigen Waren zu überschwemmen. Als Exportländer verlangen sie den Schutz der Küsten, Seelinien und Märkte. Wenn England nicht auf die Beschlüsse der letzten Reichskonferenz eingeht und seine Vorzugszoll- und Rüstungsmaßnahmen nicht beschleunigt, werden diese Kolonialländer sich gegen England wenden.

Diesen Schwierigkeiten gegenüber stehen Macdonald zwei Wege offen: Entweder es gelingt ihm, Amerika in den Völkerbund zu bringen oder ein festerer Zusammenschluß des englischen Weltreiches und weitere Kriegsrüstungen sind unvermeidlich. Durch die eine Lösung würde vielleicht die Ruhrfrage befriedigend geregelt werden können, ebenso wie die Frage der Abrüstung und der Rivalitäten im Fernen Osten. Ein Weltkonsortioum der Nationen würde dann den friedlichen Wiederaufbau des internationalen Kapitalismus versuchen.

Um sich diese friedliche Lösung nicht von vornherein zu versperren, ebenso wie um die Massen der Labour Party wieder einzulullen, hat Macdonald vor ein paar Tagen die Angelegenheit von Singapore — vorläufig!!— mit einer Friedensgeste entschieden: Der Hafen soll nicht erweitert werden, die ganze Welt soll ein gutes Beispiel der Friedensliebe zu sehen bekommen.

Was aber, wenn diese Friedensgeste auf Amerika keinen Eindruck macht? Dann ist Macdonald in der Lage, die Opposition in der Labour Party davon überzeugen zu können, daß England gegen seinen Willen gezwungen sei, mit den Rüstungen fortzufahren. Und die englischen Kapitalisten wissen recht gut, daß die Labour Party gegenwärtig die einzige Partei ist, die das Land für eine Rüstungspolitik gewinnen kann, darum setzen sie Macdonald auch nicht zu hart zu und gestatten ihm bis auf weiteres, im Amt zu bleiben. Die Rolle Macdonalds in der englischen Arbeiterbewegung scheint es zu werden, die Arbeiterschaft auf einen nächsten Krieg vorzubereiten.

Für diese zweite Lösung wird inzwischen auf alle Fälle schon tüchtig vorgearbeitet. Erstens wird der Ausbau des Hafens von Singapore (Anlage von Ölstationen etc.*) ruhig fortgesetzt, nur das Projekt der Änderung der Docks für das Ausmaß der neuen englischen Schlachtschiffe ist vorläufig zurückgestellt. Zweitens aber ist der Hafen von Singapore nach Macdonalds eigener Behauptung ebenso wichtig als Handels- wie als Kriegshafen. Und hier ergibt sich die weitere Möglickeit zum Bluff: Die englische Schiffahrt wird nämlich vom Staate jährlich mit fast 600.000 £ unterstützt. Dafür werden die Pläne der zu bauenden Handelsschiffe den Marineautoritäten zur Korrektur eingereicht und die Schiffe so gebaut, daß sie sich leicht in Schlachtschiffe mit schweren Geschützen umwandeln lassen. Es ist also jeden Augenblick möglich, auch die Erweiterung der Docks in Singapore bei aller „Friedlichkeit" durchzuführen — man braucht nur eines Tages die Route von großen „Handelsschiffen" über Singapore zu legen.

Der frühere Marinesekretär Amory (Konservativer) hat darum recht, wenn er erklärt, „es sei merkwürdig, wie die Labour-Regierung in der Politik ihrer Vorgänger (der Konservativen) fortfahre, nicht nur was die Zentralisation der Kräfte im Mittelmeer beträfe, sondern auch in der Anlage von Ölstationen.

———

*) Wofür 200.000 £ vorgesehen wurden.

Neben diesen stillen, reaktionären Vorbereitungen wird eben auch in Reden und Stimmungsmache für den Fall vorgesorgt, daß die Friedensgeste erfolglos bleiben sollte: Lord Balfour erklärt im Oberhaus ganz offen, daß „für Singapore jährlich eine Million Pfund vorgesehen werden müssen, um es für die Bedürfnisse Englands im Fernen Osten und im Stillen Ozean auszurüsten, sonst sind auch die 55.000 Pfund, die ausgegeben wurden, hinausgeworfen". Macdonald drückt sich in der Parlamentsdebatte diplomatischer aus: „Wir halten Gott sei Dank nicht im Jahre 1906 ... würde aber diese Situation eintreten, so könnten meine werten Freunde drüben (die Bürgerlichen) **und meine werten Freunde hier (Labour Party) gegen Singapore protestieren so viel sie wollten, aber Singapore würde gebaut und würde verwendet werden.**"

Macdonald hat also den englischen Imperialisten kaum ein Opfer zugemutet. Sollte der Aufschub des Singaporeprojekts Amerika günstig stimmen — um so besser. In der Hauptsache aber sollte die Behandlung der Angelegenheit den englischen Arbeitern Sand in die Augen streuen. Macdonald ist nichts weiter als der Leithammel am Gängelband der englischen Bourgeoisie; ihm sollen die Arbeiter, die ihn noch immer für einen Arbeiterführer halten, als brave Opferlämmer zum nächsten imperialistischen Schlachten folgen.

Weitere „Abrüstungsmaßnahmen".

Im selben Augenblick, in dem Macdonald der Welt seine Friedensbotschaft verkündet, halten 56 Schiffe von der Atlantischen Flotte und 27 vom Mittelmeer zwischen der französischen und marokkanischen Küste ihre Manöver ab. Ein Pressebericht teilt mit: „Zum erstenmal werden Aroplane in größerem Maßstabe teilnehmen, um ihre Aktionsmöglichkeit mit Torpedos und Bomben auszuprobieren." Nur eine kleine freundliche Geste nach Frankreich und Amerika, um sie von Englands Friedensliebe zu überzeugen!

Der neue Kriegsminister Stephen Walsh (Bergarbeiterverband) beruhigt uns auch über das Schicksal des Heerwesens: Da die Kolonien nicht ohne Verteidigung bleiben dürften, „sei das Heer eigentlich gar keine Parteifrage" ... freilich würde man so sparsam als möglich wirtschaften, aber eine weitere Einschränkung des Heeres sei nicht geplant. Er würde natürlicherweise solche Einschränkungen nur mit den allergrößten Bedenken vornehmen. In der Tat ist der Antrag des radikalen Labour-Abgeordneten Maxton auf Einschränkung des Heeres von seinen eigenen Parteigenossen (mit wenigen Ausnahmen, auch einige Liberale stimmten mit) abgelehnt worden.

Ebenso erquicklich ist der Rekrutenappell für die freiwillige Heimwehr des Labour-Kriegsministers: „Wir haben noch nicht die erforderliche Stärke erreicht. Ich möchte an alle Arbeitgeber die ernste Aufforderung richten, ihren Arbeitnehmern alle Erleichterungen zu gewähren, damit sie in die Heimwehr eintreten können, und alle Arbeiter, sie möchten ihre Mußezeit kürzen und diese Wehr, die sich während des Krieges einen solchen Namen geschaffen hat, auf ihre volle Stärke, ja, zu noch größerer Wirksamkeit zu bringen."

Auch der Luftflottensekretär will nicht nachstehen, und hat schon angekündigt, daß die Regierung eine Erweiterung der Luftflotte plane.

•

Frankreich hat sich brutal über den Versailler Vertrag hinweggesetzt. England laviert diplomatisch an den Bedingungen der Washingtoner Abrüstungskonferenz vorbei. Der Bau der neuen Kreuzer und die Hafenanlage von Singapore sind keine isolierten Fragen: Die Ausmerzung der alten Kreuzer wird „wegen technischen Schwierigkeiten" verzögert, der Bau von neuen Ersatzschiffen „beschleunigt"; in der Tat werden die alten gegen den „tapferen Verbündeten", Frankreich, zur Bereitschaft stehen, die neuen, großen können gegen Amerika verwendet werden. Es ist klar, daß die Reden im Parlament, als ob Japan die gefährliche Macht im fernen Osten wäre, nur Komödie sind. Japan ist schwächer als Amerika, ganz besonders jetzt infolge der großen Erdbeben. Wäre Japan tatsächlich der Feind, dann müßte die Friedensgeste von Singapore gerade einen ungünstigen Effekt auf Amerika, den Rivalen Japans, machen.

Diese Friedensgeste ist in Wirklichkeit ein Ultimatum an die Welt: Eine Warnung an den französischen Imperialismus in Europa und amerikanische Bestrebungen im Fernen Osten. Sie will eine Kriegsopposition im Keime ersticken und die Arbeiterschaft auf weitere Rüstungen vorbereiten. Sie ist ein Betrug der noch nicht klassenbewußten englischen Massen, ein Eingeständnis, daß die Labour Party-Pazifisten bereit sind, für die Konservativen die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Sie kann die Einleitung zum nächsten großen kriegerischen Zusammenstoß werden.

Politik

Nach dem Abbruch der Wiener Verhandlungen der Sowjetunion mit Rumänien.

Von U. Timescu (Bukarest).

** Die russisch-rumänischen Verhandlungen sind abgebrochen, und die Bukarester Regierung hat eine arge politische Schlappe davongetragen. Die bessarabische Frage ist nach den Verhandlungen aktueller geworden als je zuvor. Niemals noch gärte es so in Großrumänien, wie gerade jetzt, da die offenen Wunden des Bojarenlandes von der Großmacht Sowjetrußlands eindeutig enthüllt wurden.

Mit Recht interpellierte ein Abgeordneter die rumänische Regierung noch vor Abschluß der Konferenz, dahingehend, daß man die Wiener Verhandlungen sofort abbrechen müsse, da sonst das Prestige des Landes in starker Weise gefährdet werde. In der Tat! Anstatt des bisherigen Größenwahns der rumänischen Machthaber stellte sich bei ihnen eine bisher noch nie dagewesene Erregung ein. Selbst die bürgerlichen Parteien in Rumänien können diese Panikstimmung nicht verschweigen. Die Siebenbürger Nationalisten-Partei erklärt in der Presse und in den Volksversammlungen, daß die Bratianu-Regierung allein für die durch die Konferenz verursachte Wirkung verantwortlich sei. Herr Vajda-Woewod, der Ex-Ministerpräsident, kann auch im Parlament — wo eine Art vaterländischer Begeisterung gemimt werden sollte — den Parteikampf nicht aufgeben und bezichtigt den Ministerpräsidenten in scharfen Worten der diplomatischen Unfähigkeit. Die unterdrückten nationalen Minderheiten gehen aber noch weiter und drucken in ihrer Presse — wenn auch zensuriert und verstümmelt — mit großer Hoffnungsfreudigkeit die Äußerungen der Sowjetdelegation ab, worin gesagt wird, daß nicht nur die bessarabischen, sondern auch alle anderen unterdrückten Nationen im Bojarenlande ein festgefügtes Recht auf ihre Selbstbestimmung haben. Die wenigen Zeitungen der arbeitenden Klasse, die kommunistischen Blätter aber, bekennen sich wieder einmal offen mit vollem Klassenbewußtsein zum rücksichtslosen Kampf gegen das Bojarenregime. Die Bratianu-Regierung versucht mit fieberhafter Geschäftigkeit dieser Stimmung entgegenzuarbeiten, indem sie eine nationalistische Burgfriedensatmosphäre hervorzurufen bestrebt ist. In Bessarabien, ja, neuerdings auch in der Bukowina, werden Demonstrationen für das große Mutterland „veranstaltet". Die Annexion Bessarabiens soll in ganz Bessarabien durch nationalistische Festlichkeiten gefeiert werden. Wie „großartig" erscheint aber dieser nationalistische Klimbim, wenn man aus den Regierungsblättern erfährt, daß die Konzentrierung von Truppen im gefährdeten Bessarabien durch die Anwesenheit von bolschewistischen Agenten und durch die Tatsache kommunistischer Verschwörungen zu erklären sei! Man lacht nur über diese Art „nationaler Begeisterung", die nicht nur von den arbeitenden Klassen — mit Hilfe von Gendarmerie und Militär — nationale Begeisterung verlangt, sondern nicht einmal die regierungsfreundlichen Führer zu Worte kommen läßt. Herr Dr. Lupu, der Führer der Bauernpartei, war doch loyal genug, als er erklärte, daß die Bauern — allerdings ohne diese zu befragen — bereit seien, für die Integrität des Landes mit der Waffe in der Hand zu kämpfen. Als er aber die Veranstaltung von Volksversammlungen in Bessarabien verlangte, hat man diesem Wunsche nicht Folge gegeben. Ja, die Herren Bojaren, mit Bratianu an der Spitze, kennen die Stimmung ihrer Bauern doch besser als der Herr Abgeordnete.

Es bleibt also der Bratianu-Regierung nichts anderes übrig, als sich mit der Begeisterung der faschistischen Studentenorganisationen zu begnügen. Diese jungen Herren veranstalten jetzt Demonstrationen mit Judenpogromen und Prügelszenen, und die Regierungstruppen assistieren dabei ... Die Wirtschaftskrise, die jämmerliche Lage der kleinbürgerlichen Massen, hervorgerufen durch die ungeheure Teuerung, werden bei diesen faschistischen Demonstrationen zu einer Art nationalistischer Stimmung umgewandelt. Unfähig, eine Lösung der akuten

Probleme zu finden, wirft sich die Bojaren-Regierung in die Arme der Faschisten. In allen Städten des Landes skandalieren diese Helden, und die faschistischen Führer, die Mordpläne gegen jüdische Bankiers und politische Persönlichkeiten geschmiedet hatten, sind soeben in Bukarest aus dem Gefängnis entlassen worden. Armee und Polizei stellen sich in den Dienst dieser „aktiven" Partei, von der sie als zukünftige Machthaberin des Landes Ämter- und Korruptionsmöglichkeiten erwarten.

Die Bojarenherrschaft wankt. Sie ist bestrebt, zu retten, was noch zu retten ist. Die augenblickliche frankophile Orientierung der rumänischen Regierung fußt auf der Hoffnung, daß die französischen Imperialisten Rumänien aus der Klemme ziehen werden. Auf der anderen Seite ist man bestrebt, die öffentliche Meinung zu beruhigen, daß England, beziehungsweise die Labour-Party alle ihre Einflüsse für die Aufrechterhaltung der Bojarenherrschaft in Bessarabien und in den übrigen Gebieten Rumäniens in die Wagschale werfen würde. Um aber einstweilen irgendetwas Positives zu tun, belegt man Bessarabien mit Truppen, unterstützt die Pogromhetze der Faschisten, um die unruhigen nationalen Minderheiten im Zaume zu halten, und beginnt — Weisheit, Anfang und Schluß aller bürgerlichen Regierungen — mit einer scharfen Verfolgung der Arbeiterklasse.

Die ganze Bukarester Parteileitung der Kommunisten befindet sich unter ständiger staatspolizeilicher Aufsicht, das kommunistische Presseorgan „Sozialismul" wird verfolgt und seine Verbreitung im ganzen Lande zu verhindern versucht. Der innere Feind muß niedergehalten werden; das ist die Parole! Aber die gemarterten Massen und die unterdrückten nationalen Minderheiten sind durch den Verlauf der Wiener Konferenz in ihren Hoffnungen neu bestärkt worden, die Sympathien für Sowjetrußland haben im Riesenmaßstabe zugenommen. Allüberall im Lande hört man das dumpfe Grollen herannahender revolutionärer Auseinandersetzungen, hört man die Äußerung: **„Aus dieser Hölle kann uns nur die Macht der Sowjets, nur die Kraft der revolutionären, internationalen Arbeiterparteien befreien!"**

Deutschland

Vor einem gewaltigen Sturm an der Ruhr.

Von Peter Maslowski (Essen).

** Das Ergebnis der Niederlage der deutschen kapitalistischen Regierung am Rhein und an der Ruhr — die Folge des Zusammenbruches des passiven Widerstandes — war die Verständigung zwischen dem deutschen und französisch-belgischen Kapital, die ihren Ausdruck fand in den **Micum-Verträgen.**

Alle diese Verträge laufen (mit Ausnahme des minder wichtigen Vertrages mit der Holzindustrie, der ab November 1923 für ein ganzes Jahr gilt) nun am 15. April ab. Der wichtigste dieser Verträge aber, **der eigentliche Micum-Vertrag mit den Zechenbesitzern an der Ruhr,** ist bereits am 1. April zu Ende gegangen. Verhandlungen über seine Fortführung sind im Gange, aber anscheinend noch nicht abgeschlossen.

Das alles bedeutet, daß das Ruhrproletariat, **dessen Hauptelement die halbe Million Bergarbeiter sind,** unmittelbar vor einer sehr kritischen Situation steht. Denn jeder weiß, daß alle Lasten der bisherigen Verträge, in Form von **Arbeitszeitverlängerung, Lohnkürzung und Massenaussperrung,** auf die Arbeiterschaft abgewälzt worden sind. Es ist klar, daß nun das neue Schachergeschäft, das sicher sehr schnell seinen Abschluß finden wird, nach der Absicht beider kapitalistischen Gruppen damit enden soll, daß noch eine bessere Möglichkeit gegeben ist, dem Ruhrbergproletariat alle Lasten aufzuhalsen.

Das kommt besonders scharf bei dem **Kampf um den Tarif im Ruhrbergbau** zum Ausdruck. Hier operieren die Kohlenbarone schon seit langem so, daß sie — unterstützt von den reformistischen, christlichen und gelben Bergarbeiterführern, die immer wieder die „vaterländische Pflicht" und die „wirtschaftlichen Notwendigkeiten" betonen — ihre ganze brutale **Offensive** auf die minimalsten noch bestehenden Rechte der Bergarbeiter **mit der „leider" notwendigen Rücksichtnahme auf den schrecklichen Micum-Vertrag begründen.**

Schon seit Anfang dieses Jahres wurde über den von den Kohlenbaronen gekündigten **Manteltarifvertrag** vom Juli 1922 verhandelt und immer wieder verhandelt. Und immer wieder haben es die Zechenherren und arbeitsgemeinschaftlichen Gewerkschaftsführer verstanden, eine Entscheidung zu verschleppen. **Diese Verschleppungsstrategie** vor allem, dieses Ausweichen sowohl vor jeder klaren Stellungnahme wie vor irgendwelchen wirklichen Kampfmaßnahmen hat den Grubenherren ihr Spiel erleichtert, **vollendete Tatsachen zu schaffen.** Während nicht weniger als **150.000 Bergarbeiter auf dem Straßenpflaster lagen,** wurde die **Arbeitszeit unter Tage auf acht Stunden und über Tage größtenteils sogar auf zwölf Stunden** erhöht. Die reformistischen Gewerkschaftsführer hatten zwar versprochen, daß es, wenn die Bergarbeiter die Arbeitszeit von 1914 erts einmal angenommen hätten, auch Friedenslöhne geben würde. In Wirklichkeit wurden die **Löhne** seit Dezember, obwohl sogar auf manchen Gruben die **Friedensförderung pro Kopf der Belegschaft überschritten** wurde, **zweimal beträchtlich gekürzt.** Der **Kohlenpreis** steht zwar **100% höher als in der Vorkriegszeit, aber die Löhne betragen nur 60% der 1914 gezahlten Löhne.** Doch damit begnügen sich die Kohlenkönige noch nicht. Nachdem am 1. April die Tarife abliefen und daher Ende März die Verhandlungen endlich irgendwie zum Abschluß gebracht werden mußten, legten die Unternehmer Bedingungen vor, die folgendes besagten:

1. **Weitere Differenzierung der Löhne** zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern **bis zu Mk. 1,30.**
2. **Beseitigung des Mindestlohnes und des Grundlohnes.**
3. **Lohnabzug für Lehrhauer und Schlepper bis zu 10%** und Heraufsetzung der Altersgrenze von 20 auf 24 Jahre. (Diese Forderung ist besonders unverschämt, denn über 30% der im Gedinge beschäftigten Bergarbeiter sind Lehrhauer und Schlepper. Es soll das System aus den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wieder Platz greifen.)
4. **Erhöhung des Abzuges für Schlepper im Gedinge** bis zu 20%.
5. **Heraufsetzung der Preise für die Deputatkohle** auf **50 Goldpfennig pro Zentner.** (Vor dem Kriege 25 Pfennig!)

Dieses raffiniert ausgeklügelte Programm der allerschlimmsten Ausbeutung wurde natürlich mit dem „schweren Druck des Micum-Vertrages" begründet, der „die Änderung aller leitungshemmenden Bestimmungen" verlange. Die Herren Gewerkschaftsführer sollten nur tapfer mit den Zechenbesitzern gegen den Micum-Vertrag kämpfen, dann würden vielleicht solche Bedingungen überflüssig werden. Ein solcher Appell an die Gewerkschaftsverräter für die **nationale Einheitsfront** hat noch immer verfangen, so auch diesmal. Natürlich, die armen deutschen Unternehmer waren schuldlos, nur der von den Franzosen aufgezwungene Micum-Vertrag ist für alles verantwortlich!

Aber mit Rücksicht auf die **Entrüstung der Bergarbeiter** konnten die Gewerkschaftsführer die Forderungen der Grubenherren natürlich nicht so ohne weiteres schlucken. Also ließen sie den Fachmann für solche Sachen, den sozialdemokratischen **Reichs- und Staatskommissär Mehlich,** derselbe, der bereits den **Kölner Braunkohlenarbeitern den 12-Stundentag diktiert hat,** einen Schiedsspruch fällen, dem sie dann zustimmten. Dieser Schiedsspruch ist äußerst geschickt frisiert, **nimmt aber in allen entscheidenden Punkten die Unternehmerforderungen an.** Vor allem siegten die Kohlenbarone in den Hauptforderungen einer größeren Differenzierung der Löhne zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern und einer zehnprozentigen Lohnherabsetzung für Lehrhauer und Gedingeschlepper. Als Druckmittel hatten die Unternehmer mit einem „tariflosen Zustand" gedroht. Für die hartgesottenen Arbeitsgemeinschaftler war das offenbar das Schrecklichste. Sie erhielten eine **Verlängerung des alten Manteltarifes um vier Wochen,** bis zum 1. Mai, zugebilligt und schrien das als „großen Erfolg" aus. Aber diese „nimmersatten Kumpels" waren doch noch unzufrieden. Also fanden die gewiegten Schieber noch einmal einen Ausweg. Sie reichten — sofort nach Annahme des lohnkürzenden Schiedsspruches! — **auf dem Papier die Forderung einer 30%igen Lohnerhöhung ein.** Darauf hat der Zechenverband lakonisch geantwortet: **„Eine Lohnerhöhung bei der jetzigen Lage des Ruhrbergbaues kommt nicht in Frage. Wir halten daher Verhandlungen über diesen Gegenstand für aussichtslos und zwecklos."** Selbst diese schlauen Füchse von Gewerkschaftsbonzen sitzen nun im Eisen. **Länger ist die Verschleppungspolitik nicht mehr zu betreiben.** Länger ist eine Vertuschung dessen, was gegen den Ruhrbergmann gespielt wird, absolut unmöglich. Spätestens am 1. Mai, wo Tarif- und Lohnordnung nun wohl endgültig ablaufen werden, muß es **zum Kampf hart auf hart kommen.** Aber es ist wahrscheinlich, daß der Vulkan **schon früher zum Ausbruch kommt.** Die Ruhrbergarbeiter **sehen zu deutlich, daß sie die Kosten der kapitalistischen Verständigung im Micum-Vertrag mit grenzenlosem**

Elend, mit einem Hundedasein, mit Ausbeutung bis zum Verrecken bezahlen sollen. Für sie ist jetzt das Maß voll. Auf allen Schachtanlagen an der Ruhr gärt es gewaltig. Die soeben stattgefundenen Betriebsratswahlen, die den Kommunisten auf den allermeisten Zechen die Mehrheit gebracht haben, sind der Ausdruck der Tatsache, daß sich die Bergarbeiter diesmal noch viel bewußter als in ihrem gewaltigen Kampf im Mai, Juni vorigen Jahres hinter die Führung der der RGI. angeschlossenen revolutionären Bergarbeiterorganisation der Union der Hand- und Kopfarbeiter stellen werden. Diese Union wird für folgendes Mindestkampfprogramm eintreten:

1. Wiedereinführung der Siebenstundenschicht.
2. Erhöhung der Lohnes auf die Höhe der Vorkriegszeit.
3. Wiedereinstellung aller noch nicht eingestellten Kameraden.
4. Verringerung der Zahl der höheren Beamten auf den Gruben.
5. Beseitigung der Werkswehren.
6. Sicherstellung der knappschaftlichen Rechte, Erhöhung der Renten für Invaliden, Witwen und Waisen.
7. Tarifliche Festlegung eines 14tägigen Urlaubes für alle Arbeiter.
8. Tarifliche Festlegung von 120 Zentner Deputatkohle im Jahre zum Preise der Vorkriegszeit mit 25 Pfennig pro Zentner.
9. Hinzuziehung von Vertretern der Betriebsräte zu den Tarifverhandlungen.
10. Ein neuer Tarif darf nur abgeschlossen werden, wenn er die Zustimmung eines Betriebsrätekongresses der Bergarbeiter des Ruhrgebietes erhält.

Eine der letzten Konferenzen der Union der Hand- und Kopfarbeiter hat mit besonderem Nachdruck auf die Notwendigkeit der internationalen Solidarität aller Bergarbeiter hingewiesen. Das ist in der Tat angesichts nicht nur der kritischen Lage an der Ruhr, sondern fast in allen Kohlenbezirken der Welt von zwingender Notwendigkeit. In Frankreich stehen die Bergarbeiter gemäß den Parolen der unitarischen Gewerkschaften vor einem Streik um eine Zulage von 6 Franken für den Tag. In England laufen die seit dem gewaltigen Bergarbeiterstreik vom Juni 1921 bestehenden Tarife am 17. April ab. Die englischen Bergarbeiter rüsten zum Kampf um Friedensreallöhne, um die 6-Stundenschicht und wöchentliche Lohnzahlung. In Amerika sind die im Streik von 1922 erkämpften Löhne durch Ablauf des Tarifes hinfällig. Neue Kämpfe scheinen unausbleiblich.

Alle Kommunistischen Parteien müssen den Vorgängen innerhalb der internationalen Bergarbeiterschaft jetzt eine besondere Aufmerksamkeit widmen. An der Bergarbeiterschaft, besonders der am meisten geknechteten an der Ruhr, soll sich die Offensive des Weltkapitals am brutalsten und am gründlichsten austoben. Hier gilt es, im internationalen Maßstab zu rüsten, um den Kampf aller Bergarbeiter in breitester Einheitsfront durchzuführen. Keine Streikbrecherkohle darf diesmal international in dieser oder jener Form eine Rolle spielen.

Arbeiterbewegung

Landeskonferenz der ungarischen Gewerkschaften.

Von Albert Király.

** Die spontanen Bewegungen der ungarischen Arbeiterschaft zwangen den Gewerkschaftsrat, das bequeme Feld seiner bloß statistischen Tätigkeit zu verlassen und zu einer Demonstration des furchtbaren Massenelends im Wege einer Landeskonferenz zu schreiten. Die Konferenz fand am 30. März in Budapest statt. Sie hat das wahre Gesicht des Kapitalismus bloßgestellt, zugleich hat sie aber auch zur Demaskierung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung in prinzipieller, organisatorischer und taktischer Hinsicht beigetragen.

Auf der Tagesordnung standen endlose Klagen über die barbarische Ausbeutung der ungarischen Arbeiterschaft, und die sehr ethisch und sentimental veranlagten SPU.-Leute riefen der Bourgeoisie verzweifelt zu: „Das Kapital hat kein moralisches Recht, die Arbeiter auszubeuten!"

Nun, was erlaubt sich aber das Kapital trotz der ethischen Entrüstung der braven bourgeoisiefreundlichen Sozialdemokraten? Die Delegierten — selbst die der Spitzenorganisationen — stellten einstimmig fest, daß die Kapitalisten ein Drittel des Friedensreallohnes und eine unbeschränkte Arbeitszeit diktieren, und zwar durch militärische Gewalt. In den großen Metallfabriken und Bergwerken schuften die Arbeiter unter Gendarmeriebajonetten. Die Delegierten erzählen haarsträubende Daten über das Maß der Ausbeutung. Zehntausende von schulpflichtigen Kindern, also im Alter von 8 bis 12 Jahren, arbeiten in den Fabriken 10 bis 14 Stunden. In der Landwirtschaft werden sogar Kinder im Alter von 7 und 8 Jahren in ärgster Weise ausgebeutet. Verschiedene Epidemien, besonders Typhus und Syphilis, wüten unter der unterernährten Bevölkerung. Die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen stieg im letzten Jahre um 24,5%, die der Totgeburten um 14%. Die Konferenz gab ein anschauliches Bild über das Bündnis der Kapitalisten und Gutsbesitzer im Interesse einer uneingeschränkten Ausbeutung des arbeitenden Volkes.

Während die Delegierten über diese Greuel berichten, erhebt sich aus ihrer Mitte ein Betriebsarbeiter und ruft dem sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Generalstab zu: „Genossen! Es gibt Schichten unter der Arbeiterschaft, die daran zweifeln, daß wir durch Anwendung der demokratischen Methoden zum Ziel gelangen können." Charakteristisch für die Gesinnung der Horthy-Sozialisten ist die Antwort, die von Stefan Farkas, dem Sekretär der SPU., auf diesen Zwischenruf gegeben wurde: „Die parlamentarische Fraktion weiß es ganz gut (!), daß die Arbeiterschaft genügend Ursache hat, unzufrieden zu sein ... Die Arbeiterschaft sieht die Arbeit der parlamentarischen Fraktion als erfolglos an ... Leider ist es wahr, daß das gegenrevolutionäre System noch immer (!) so aufgebaut ist, daß die Regierung sich nicht dazu bewegen läßt, etwas für die Milderung des Massenelends zu tun. Wir machen die Regierung darauf aufmerksam, daß sie durch dieses System die Revolution und eine furchtbare Katastrophe vorbereitet." Von den eigenen Worten, von der Erwähnung der Revolution erschrocken, fügte er aber hinzu: „Man sprach hier darüber, daß es unter der Arbeiterschaft Schichten gebe, die an der Demokratie zweifeln. Im Namen der SPU. protestiere ich gegen diese irrtümliche Auffassung und sage, daß die ungarische Arbeiterbewegung auf den Grundlagen der westeuropäischen (? !) Arbeiterbewegung aufgebaut ist, und wir wollen weiter bei diesen Idealen verbleiben."

Diese Bloßstellung des gegenrevolutionären Charakters und der politischen Impotenz der SPU. hat die Gemüter stürmisch aufgepeitscht, so daß der Abgeordnete und Sekretär des Metallarbeiterverbandes, Ludwig Kabók, sich veranlaßt sah, die Gemüter durch stärkere Worte zu beruhigen: „In unerhörter Weise verspotten uns die Kapitalisten, weil unsere Fäuste leer sind. Wir müssen in die leeren Fäuste Waffen drücken. Anstatt Teilbewegungen müssen wir Massenbewegungen vorbereiten und den Generalstreik vorbereiten." Wir wissen nicht, ob Kasók persönlich diese Forderung nach Waffen und Generalstreik ernst nahm, wir glauben eher daran, daß er sich nur zur Beschwichtigung der unzufriedenen Gewerkschaftsmassen solcher Worte bediente. Daß aber der Sekretär der größten Gewerkschaft solche Forderungen stellen mußte, ist an sich allein schon ein Zeichen der revolutionären Stimmung breiter Arbeitermassen. Die Verzweiflung der Arbeiterdelegierten riß auch einige Bürokraten mit sich. Verzweifelt an der Undankbarkeit der Bourgeoisie riefen sie aus: „Wir wollen nicht mehr das Feuer löschen! Wir wollen nicht mehr bremsen!" Der Gewerkschaftsrat bot natürlich alles auf, um den reformistischen Anstand der Konferenz zu wahren. Die Generalstreikparole sei natürlich noch nicht zeitgemäß, man müsse doch einsehen, daß „wir zum Kampfe noch nicht vorbereitet sind". Auf die Klagen, daß sich der Gewerkschaftsrat allzuwenig um die Organisierung der Landarbeiter kümmere, erhielten die Provinzdelegierten die Antwort, das sei die Angelegenheit des Landarbeiterverbandes, der Gewerkschaftsrat sei nicht befugt, sich in die Angelegenheiten der einzelnen Berufsverbände einzumischen (?).

Zum Schlusse nahm die Konferenz einige platonische Protestresolutionen an und stellte unter anderem fest, daß das Elend der Arbeiter, Angestellten und Beamten noch nie so groß war wie heute, daß die Lohndiktatur und die Wirtschaftspolitik der Regierung die Arbeiterklasse in ungeheures Elend gestürzt hat, und „fordert" daher: unbeschränktes Versammlungs- und Koalitionsrecht, die Garantierung des Existenzminimums, die Aufstellung paritätischer Schiedsgerichte usw.

•

Die Bedeutung der Konferenz besteht darin, daß sie den verelendeten, verzweifelten Arbeitermassen Ungarns wieder einmal zeigte, wie wenig sie von den gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Spitzenorganisationen erwarten können.

Die Gewerkschaftsbonzen haben selbst eingestanden, daß sie bisher nur als Notbremse gegen den Klassenkampf dienten. Sie erwarten nun inmitten platonischer Entrüstungen das Wunder: die Diktatur der Bourgeoisie in sozialpolitische Bahnen lenken zu können.

Die Politik der Sozialdemokratie hat auch in Ungarn die Schlagkraft der Gewerkschaften gelähmt. Die Stimmen der Delegierten aus den Betrieben auf der Konferenz zeigen uns aber, daß es schon starke revolutionäre Arbeiterschichten in den Gewerkschaften gibt, die, wenn sie auch noch nicht organisiert genug sind, um ihren Willen in der Gewerkschaftsführung durchzusetzen und die reformistischen Bürokraten zu beseitigen, dennoch darauf hinarbeiten, daß die Gewerkschaften endlich einmal aus der Periode der absoluten politischen und wirtschaftlichen Ohnmacht herauskommen.

Rote Sportinternationale

Die internationale Sportbewegung und der 1. Mai.

Von G. Hirla (Moskau).

** Es gibt Sonderlinge, die vielleicht wieder sagen werden: „Erlauben Sie, Sport und das politische Moment! Was gibt es Gemeinsames zwischen Sport und Politik?“ Diese Frage ist alt und klar. Und wir werden uns nur hier mit der Anführung einiger kleiner Bespiele begnügen, die unserer Meinung nach auf diese Frage selbst genügend Antwort geben.

Während des Weltkrieges ergänzten die bürgerlichen Sportorganisationen die aktiven Armeen, wodurch sie die imperialistischen Gelüste der Bourgeoisie tatkräftig unterstützten.

Im Jahre 1920 stellten die bürgerlichen Verbände in Mitteldeutschland selbständige Truppen gegen das Proletariat auf.

Die faschistische Bewegung in Deutschland, der Tschechoslowakei, in Italien und den Balkanländern ist eng verbunden mit den bürgerlichen Sportvereinen.

Die bürgerliche Pariser Olympiade vom Jahre 1924 wird infolge des Weltkrieges ohne Beteiligung **Deutschlands** organisiert werden, also einen chauvinistischen Charakter tragen.

Diese wenigen Beispiele genügen, um sich davon zu überzeugen, daß der Sport in der Politik zu dessen Werkzeug wird.

Trotzdem fahren die Führer der Luzerner Internationale fort, die Arbeitersportorganisationen unentwegt davon zu überzeugen, daß der Sport neutral sein müsse, daß er außerhalb der Politik zu stehen habe.

Im Augenblick des zugespitzten Klassenkampfes, da die Bourgeoisie alle Kräfte und Mittel zur Entscheidungsschlacht gegen das Proletariat mobilisiert, bemühen sich die „Führer“, das Klassenbewußtsein einer bedeutenden Anzahl von Arbeitern, die in Sportorganisationen vereinigt sind, zu ersticken und sie auf diese Weise vom gemeinsamen Kampfe mit den Klassengenossen abzulenken.

Die Arbeitersportleute werden ihnen, sofern sie Klassenbewußtsein besitzen, nicht folgen; jedoch jene von ihnen, die sich vorläufig noch unter formeller Vormundschaft von Luzern befinden, werden früher oder später deren Wesen verstehen und sich von ihr abwenden. Gemeinsam mit den unter dem Banne der Roten Sportinternationale stehenden Sportleuten werden diese Genossen einsehen, daß die Arbeitersportbewegung einen Teil der allgemeinen Arbeiterbewegung bildet und als solche den alleraktivsten, allerunmittelbarsten Anteil am politischen Leben und Kampf der ganzen Arbeiterklasse haben muß.

Da andererseits die Arbeitersportleute infolge ihrer Tätigkeit auf dem Gebiete der physischen Kultur den kräftigsten, abgehärtetsten und vor allem den organisiertesten Teil der Arbeiterklasse bilden, so müssen sie für diese sowohl an der Front der Arbeit wie auch an der Front des Kampfes die Avantgarde sein.

Unsere Losung ist: Bei jedem politischen und wirtschaftlichen Vorgehen der Arbeiterklasse müssen die Arbeitersportbewegungen mit dieser in der ersten Reihe stehen!

Im gegebenen Augenblick, **am Vorabend des 1. Mai**, des Tages, an dem das Weltproletariat seine Solidarität, seine Einheit im Kampf gegen den Kapitalismus demonstrieren will, bereiten sich die Arbeitersportbewegungen gleichfalls zur möglichst realen und lebhaften Kundgebung dieser Einheit vor.

Die Schaffung und Vertiefung des **internationalen Kontakts** der Arbeiter auf der Grundlage des Klasseninteresses ist die Hauptaufgabe, die den Erfolg des Klassenkampfes des Proletariats bestimmt. Durch die Bemühungen des Proletariats irgend eines einzigen Landes kann der Klassenfeind nicht besiegt werden. Es bedarf des gegenseitigen Kontakts und der gegenseitigen Hilfe der Arbeiter aller Länder.

Der reale Kontakt zwischen den Arbeitersportorganisationen der verschiedenen Länder wird periodisch durch Veranstaltung **internationaler Sportwettbewerbe** hergestellt.

Abgesehen von der positiven Bedeutung solcher Wettbewerbe als einer Methode der Prüfung der Arbeitsresultate und als Ansporn zur Vervollkommnung der Arbeitsmethoden, vereinigen solche Zusammenkünfte unmittelbar und real die Arbeiter der verschiedenen Länder, sie vereinigen sie auf dem Boden der einheitlichen Klasseninteressen, da sie, indem sie ihre Kräfte entwickeln und erhöhen und ihren Willen festigen, sich dessen bewußt sind, daß diese Arbeit an sich selbst zum angestrengten Kampf gegen ihre Klassenfeinde und zur nicht minder angestrengten Aufbauarbeit nach deren Besiegung notwendig ist.

Am Tage des 1. Mai ist die Organisation solcher internationaler Sportzusammenkünfte als eines realen Symbols der brüderlichen Vereinigung des Weltproletariats besonders wünschenswert, und zwar in besonders großem Umfange.

Auf die Initiative der Roten Sportinternationale werden **für diesen Tag in allen Ländern internationale Sportvorführungen vorbereitet.** Jedes Land soll Arbeitersportleute aus irgend einem anderen Lande als Gäste beherbergen. Zum Beispiel: Eine deutsche Gruppe kommt in die Sowjetunion, eine Gruppe der Sowjetunion reist nach Norwegen, eine norwegische Gruppe nach Schweden usw.

Dem nationalen Chauvinismus der Bourgeoisie stellen wir an diesem Tage die Klassensolidarität der Arbeiter aller Länder gegenüber!

Die Grenzbarrieren werden zerbrochen, und die Arbeiter aller Länder werden einander brüderlich die Hand reichen!

Die Anwesenheit dieser auswärtigen Genossen und ihre Beteiligung am kameradschaftlichen Wettbewerb auf dem Sportplatze, in Gegenwart vieler tausend Arbeiter, wird ihre Herzen mit dem Bewußtsein ihres Kontakts und ihrer Solidarität mit dem Proletariat der ganzen Welt durchwärmen.

Die Arbeitersportorganisationen werden alles aufbieten, damit der Gedanke der internationalen Arbeitersolidarität am Tage des 1. Mai auf ihren Sportplätzen und in ihren Klubs aktuellen Ausdruck finde!

Es lebe die Solidarität des Weltproletariats auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes!

Es lebe die internationale Solidarität der Arbeitersportorganisationen als Kampfesvortruppe des Weltproletariats!

Aus dem Lager der Gegner.

Eine sozialistische Balkankonferenz.

Von G. Dimitrow.

** Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale beschloß in ihrer Sitzung vom 17. Februar d. J. in Luxemburg die Einberufung einer Konferenz der sozialistischen Parteien der Balkanländer. Diese Konferenz fand am 12. und 13. März d. J. in Bukarest statt. Außer den Vertretern der **bulgarischen, jugoslawischen** und **rumänischen** sozialistischen Partei haben **Friedrich Adler** und **Zeretelli** als Vertreter der Sozialistischen Arbeiterinternationale an der Konferenz teilgenommen. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ vom 18. März d. J. veröffentlichte über diese sozialistische Balkankonferenz ein offizielles Communiqué. Aus diesem Communiqué ist ersichtlich, daß die Konferenz zur Untersuchung der schweren Beschuldigungen einberufen wurde, die gegen die bulgarische Sozialdemokratische Partei wegen ihrer Teilnahme am bürgerlich-faschistischen Umsturz im Juni v. J. und an der blutigen Niederwerfung des Volksaufstandes im September v. J. sowie an der brutalen Niedermetzelung einiger tausend Kommunisten und Bauernparteiler erhoben wurden. Gleichzeitig mit der Durchführung dieser Untersuchung sollte die Konferenz auch die Lage auf dem Balkan einer Betrachtung und Diskussion unterziehen.

Weder über die eine noch über die andere Frage faßte diese eigenartige Konferenz einen Beschluß. Die bulgarische Delegation hatte der Konferenz über die gegen die SP. Bulgariens erhobenen Beschuldigungen, die den Gegenstand der zweitägigen Beratungen bildeten, außer der mündlichen Erklärung auch

eine schriftliche Deklaration vorgelegt. In dieser ihrer unerhört heuchlerischen und zynischen Deklaration verteidigten die Delegierten der SPB. ihre Teilnahme am Juli-Umsturz und an der bürgerlich-faschistischen Regierung durch die „Interessen der Demokratie". Sie verteidigten die Zankow-Regierung gegen die Beschuldigung, sie sei eine faschistische Regierung, und erklärten, daß diese Regierung für die verübten Greueltaten und Massenmorde in den Septembertagen nicht verantwortlich sei und daß diese Greueltaten von „unverantwortlichen Faktoren" verübt worden seien, für die weder die Zankow-Regierung noch die zu jener Zeit an der Regierung teilnehmende Sozialdemokratische Partei verantwortlich gemacht werden könne. Zum Schluß erklärt die bulgarische Delegation, daß die SP. Bulgariens für den Sieg der Demokratie gekämpft habe und kämpfen werde!

Es ist überflüssig, zu betonen, daß diese Deklarationen vom Anfang bis zum Schluß im schreienden Gegensatz zu den festgestellten und unbestrittenen Tatsachen stehen.

1. Es ist heute auch für die Vertreter der Sozialistischen Arbeiterinternationale kein Geheimnis mehr, daß der Umsturz vom 9. Juni nicht durchgeführt wurde, um ein Regime der Demokratie herzustellen, sondern **um die Macht in die Hände der bulgarischen Bourgeoisie, und speziell des Bank- und Finanzkapitals, zu bringen, und zwar gegen den Willen der Volksmassen.**

2. Die aus dem Umsturz hervorgegangene bürgerlich-sozialistische Regierung hat nicht nur keine Demokratie, sondern ein Regime der wütendsten politischen und sozialen Reaktion im Lande eingeführt, dem Bank- und Schieberkapital zur Ausplünderung der werktätigen Massen freie Hand gegeben und mit rücksichtslosen Verfolgungen gegen die Massen eingesetzt, wie sie im Lande bisher nicht erlebt wurden. **Diese Regierung hat die Massen bewußt zur bewaffneten Selbstverteidigung herausgefordert, um die zwei großen Volksmassenparteien — die KPB. und die Bauernpartei — im Blute zu ersticken.**

3. Die niederträchtige Niedermetzelung mehrerer tausende Kommunisten und Bauernparteiler geschah **unter der Führung der bürgerlich-sozialistischen Regierung, durch die Staatsorgane, durch die von der Regierung mobilisierten Reserveoffiziere und Staatsbeamten, durch Wrangel-Truppen und Banden der mazedonischen Autonomistenorganisation, mit deren Unterstützung der Umsturz durchgeführt wurde, und auf die sich die Umsturzregierung auch heute noch stützt.** Neun Zehntel der ermordeten Kommunisten und Bauernparteiler sind nicht während des Aufstandes, sondern erst später — **nachdem sie von den offiziellen Organen der Regierung verhaftet worden waren** — auf Beschluß der sogenannten „bürgerlichen Komitees" getötet worden. Diese „bürgerlichen Komitees" wurden von Regierungsanhängern gebildet.

4. Noch nach dem 9. Juni unternahm die SP. eine wütende Hetze gegen die KP. und die Bauernpartei, unterstützte die Regierungsprovokationen und die Massenverhaftungen kommunistischer Funktionäre am 12. September. In der Zeit, da Tausende Volkssöhne ermordet wurden und andere 15.000 Kommunisten und Bauernparteiler in den Gefängnissen schmachteten, hatte die SP. gegen die „unverantwortlichen Faktoren", die diese Greueltaten verübten, **nicht nur nicht protestiert, trat sie nicht nur nicht aus der Regierung aus, sondern sie setzte ihre Hetzkampagne zynisch fort und erklärte durch ihre Presse und durch ihren Minister in der Regierung, die Kommunisten und Bauernparteiler „haben bekommen, was sie verdient haben".** Der sozialistische Minister Sakassow selbst erklärte, als das Blut der meuchlerisch und niederträchtig ermordeten Häftlinge floß, **„daß er, und auch die SP., die von der Regierung durchgeführten Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ruhe im Lande vollkommen billige und unterstütze".**

5. Als die Regierungsparteien nach dem blutigen Siegeszuge gegen das werktätige Volk die Abgeordnetenmandate in den Parlamentswahlen unter sich verteilten, **berief sich die SP., um eine größere Zahl von Mandaten zu erhalten, auf ihre großen Verdienste an der Niederwerfung des Septemberaufstandes und an der Zerschlagung „der gefährlichen inneren Feinde" — der KP. und der Bauernpartei.**

6. Auch jetzt, nachdem die der Bourgeoisie nicht mehr notwendige SP. gezwungen war, die Regierungskoalition zu verlassen, setzt sie die Unterstützung der Verfolgungen gegen die Kommunisten und Bauernparteiler fort. **Sie solidarisiert sich vollständig mit dem Versuche der Regierung, den obersten Kassationsgerichtshof auf Grund des drakonischen Gesetzes „zum Schutze des Staates" zu dem Beschluß zu bewegen, nach dem nicht nur die Kommunistische Partei, sondern auch andere Organisationen der werktätigen Klasse, wie der Allgemeine Arbeitergewerkschaftsbund, die Arbeitergenossenschaft „Oswoboschdenje" und die neugeschaffene Arbeitspartei, aufzulösen seien.**

Und nach all dem hat die sozialistische Balkankonferenz, die die Haltung der SP. Bulgariens untersuchte, darauf verzichtet, **irgendeinen Beschluß zu fassen.** Sie begnügte sich mit der bloßen Feststellung, daß die Vertreter der Sozialistischen Arbeiterinternationale die Möglichkeit erhalten haben, der Exekutive der Internationale ihren Bericht zu erstatten!

Die Vermeidung der Verurteilung der verräterischen und schändlichen Politik der SP. Bulgariens seitens der Balkansozialisten und der Vertreter der Sozialistischen Arbeiterinternationale bedeutet aber nichts anderes, als die **stillschweigende Solidarisierung mit der faschistischen Rolle der bulgarischen Sozialisten.** Gleichzeitig ist dies ein weiterer Beweis dafür, daß die Sozialistische Arbeiterinternationale selbst, an deren Spitze heute auch **Friedrich Adler** steht, **eine Organisation der Verräter an der Arbeiterklasse und am Sozialismus bleibt.**

In bezug auf die heute äußerst kritische Lage auf dem Balkan und auf die mazedonische Frage, das komplizierteste, wichtigste und aktuellste Problem der Balkanvölker, begnügte sich die sozialistische Konferenz bloß mit einem „Gedankenaustausch". Die Vertreter der drei sozialistischen Parteien, die an der nationalistischen Politik der Bourgeoisie im eigenen Lande direkt beteiligt sind, haben sich gegenseitig des Nationalismus und Chauvinismus beschuldigt, ohne zu einem allgemeinen Standpunkt über die Aufgaben der sozialistischen Parteien auf dem Balkan im gegenwärtigen Momente und über die Lösung der nationalen Frage zu gelangen.

Die allgemeine Linie dieses „Gedankenaustausches" über diese Fragen besteht praktisch in der Unterstützung des **Status quo** auf dem Balkan — der Lage, die durch imperialistsche Friedensverträge geschaffen wurde, indem auf dieser Basis eine friedliche Lösung der bestehenden nationalen Fragen erstrebt wird. Kein Wort über die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen der unterdrückten Bevölkerung auf dem Balkan; kein Wort über die Verteidigung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes; kein Wort gegen die Eroberungspolitik der Balkanbourgeoisie gegen Mazedonien, Albanien, Thrazien und die Dobrudscha; kein Wort gegen die Entnationalisierungs- und Gewaltpolitik der serbischen Bourgeoisie in Mazedonien, Kroatien und Slowenien, der rumänischen Bourgeoisie in der Dobrudscha, in Transilvanien, in der Bukowina und in Bessarabien usw.; kein Wort schließlich über die freie Vereinigung der Balkanvölker in einer föderativen Balkanrepublik, die allein imstande wäre, den Weg zur Lösung der komplizierten nationalen Probleme auf dem Balkan zu bahnen und die nationale Freiheit und Unabhängigkeit der Balkanvölker zu sichern. **Über all dies kein einziges Wort!**

Die sozialistische Balkankonferenz in Bukarest, die ihrem Wesen nach keine Balkankonferenz war, zeigte nochmals, daß die sozialistischen Parteien in den Balkanländern, von den Kämpfen der werktätigen Massen abgesondert, mit der nationalistischen Eroberungspolitik ihrer Bourgeoisien verbunden und **ohnmächtig sind, einen Ausweg aus der heutigen unerträglichen Lage auf dem Balkan zu zeigen und die nationalen Probleme zu lösen.**

Die Kommunistischen Parteien auf dem Balkan, in ihrer Balkanföderation vereinigt, stets in vollständiger Übereinstimmung mit der KI. handelnd, bleiben die einzigen treuen Verteidiger und Führer der sozialen und nationalen Befreiungskämpfe der werktätigen Massen des Balkans.

Weißer Schrecken

Es gilt, in letzter Stunde Shum zu retten!

Ein Appell an die Arbeiter. Eine Frage an die Intellektuellen.

** Ganz Spanien — es ist dies keine Übertreibung — ist in Erregung. Ganz Spanien lebt in der Erwartung einer Lösung des finsteren Justizdramas, das sich in Barcelona weiter abspielt.

Diese Lösung kann schon der nächste Morgen bringen — als das Werk des Henkers.

Der Galgen für Shum!

Juan Baptista Acher, der seine wunderbaren Zeichnungen mit dem Namen Shum signiert und den das spanische Proletariat einfach den „Dichter" nennt, Satiriker und Anarchist,

vor allem aber ein großer Künstler, der dem Proletariat auf das tiefste ergeben ist, ist zum Tode verurteilt.

Der 22jährige ist für politische Verbrechen, die er gar nicht begangen hat, zum Tode verurteilt worden. Das Todesurteil wurde durch ein Kriegsgericht ausgesprochen, nachdem man Shum nach allen Regeln der Kunst gefoltert hatte.

Abend für Abend denken Millionen von Gehirnen in Spanien: diese Nacht ist vielleicht die letzte für den Dichter.

Es gibt in ganz Spanien kein größeres und originelleres Talent als das Shums. Unter den jungen Künstlern ist er der stärkste.

Selbst die bürgerliche Presse von Madrid und Barcelona ruft einstimmig nach Gnade für Shum. Das will viel sagen. Diese Presse hat alle die Mordtaten an den spanischen Arbeitern ohne Widerspruch geschehen lassen, diese Presse liegt vor der brutalen Militärdiktatur auf dem Bauch und wälzt sich in dem blutigen Kot einer verfaulten Monarchie, die durch Mord und Gewalt verteidigt wird. Und selbst diese Presse erklärt die Hinrichtung Shums als ein zu großes Verbrechen.

Universitätsprofessoren, Schriftsteller aller Parteien, die spanische Liga für Menschenrechte fordern die Begnadigung Shums. Wir sehen unter vielen Unterschriften, die für diese Forderung gegeben werden, die der in ganz Spanien bekannten Concha Espiero und des berühmten Philosophen Santiago Ramon y Cajal.

Man kann tatsächlich sagen, daß, wenn die spanische Bourgeoisie seit der Hinrichtung Ferrers einen Strom von Arbeiterblut vergossen hat, die Hinrichtung Shums, die als legaler, lange vorbedachter Mord entgegen der ganzen öffentlichen Meinung stattfände, der Infamie des Verbrechens von 1909 ganz gleich käme.

Von den Militärdiktatoren, die in Spanien die Gewalt ausüben, ist alles zu erwarten.

Darum muß in letzter Stunde ein mächtiger, gebieterischer internationaler Protest zur Rettung Shums laut werden.

Alle sozialistischen und bürgerlich-fortschrittlichen Zeitungen ganz Europas mit Romain Rolland, Aulard, Gide, Richet, D'Annunzio, Otto Bauer, Schnitzler, Freud und vielen anderen Intellektuellen von Namen haben gegen die Verbannung von Miguel de Unamuno protestiert. Kann man die Verbannung Unamunos mit der geplanten Mordtat an Shum vergleichen?

Warum schweigen Sozialisten, Radikale, pazifistische Intellektuelle und alle anderen zu diesem Verbrechen, das vor seiner unmittelbaren Ausführung steht? Werden sie sich vielleicht erst dann zu „edlen" Protesten aufschwingen, wenn der große Künstler Shum vom Henker zum Tode befördert ist?

Die revolutionären Arbeiter stellen diese Frage. Die revolutionären Arbeiter rechnen nur auf ihre Kraft und werden ihre Aufgabe erfüllen. Es gilt, in letzter Stunde alles zu tun, um Shum zu retten.

*

Das Wüten der spanischen Militärdiktatoren wird übrigens durch folgende Nachricht aus Spanien illustriert. Unser Genosse Gonzalez, Sekretär der Kommunistischen Partei Spaniens, soll dieser Tage in den furchtbaren Kerker von Marokko transportiert werden. Dort soll unser Genosse, der nur in seiner Eigenschaft als aktiver Kommunist verurteilt wurde, mehrere Jahre schweren Kerker verbüßen. Dagegen ist weder in Spanien noch außerhalb Spaniens ein Protest erhoben worden.

Und doch ist der Kerker Gonzalez' vom menschlichen Leben weiter entfernt als die Kanarischen Inseln, wo wenigstens kein Gefangenenaufseher Miguel de Unamuno mit Stockhieben traktieren wird, wie es bei Gonzalez der Fall sein wird.

Massenkundgebung der Wiener Arbeiterschaft gegen den weißen Terror in Polen.

Von Ladislaus Sawko.

** Unter dem Eindruck der entsetzlichen Nachrichten, die aus den polnischen Kerkern trotz aller Isolierungsmaßnahmen bis ins Ausland dringen, hat das Wiener revolutionäre Proletariat am 23. März eine Protestversammlung veranstaltet, die sich zu einer mächtigen internationalen Kundgebung gestaltete. Unter stürmischen Entrüstungsrufen der Versammelten gaben die Redner ein erschütterndes Bild der entsetzlichen Verfolgungen, unter denen das Proletariat und die nationalen Minderheiten des polnischen Staates zu leiden haben. Es sprachen Vertreter des revolutionären Proletariats aller auf dem Territorium Polens wohnenden Nationalitäten.

Die primitivsten Rechte der Arbeiter werden von den faschistischen Machthabern Polens mit Füßen getreten, und das Proletariat mit den brutalsten Mitteln einer blutigen Gewaltherrschaft zu Boden gehalten und die geringsten Regungen der Arbeiterklasse durch wilden Terror der polnischen Henkersknechte unterdrückt. Allein in den letzten Wochen erfolgten über hundert Konfiskationen von Arbeiterschriften. Der Redakteur **Paul Sievankowski** der legalen Bauernzeitschrift „Plug" wurde wegen eines Artikels in seiner Zeitung zu zehn Jahren schweren Kerker verurteilt. 20.000 Proletarier schmachten in den polnischen Gefängnismauern und sind dort den unmenschlichsten Martern einer gewalttätigen Maffia ausgeliefert. Die gefangenen Märtyrer der proletarischen Sache werden auf das Grauenvollste mißhandelt, mit Reitpeitschen und Eisenstäben geschlagen und barfuß auf glühendes Eisen gestellt. Der Fall der **Besarabowa**, die erhängt im Gefängnis aufgefunden wurde, der in ganz Europa Entsetzen hervorrief, steht durchaus nicht vereinzelt da.

Die Verhafteten treten massenhaft in den Hungerstreik, um eine Änderung ihrer unerträglichen Lage herbeizuführen.

Mit tiefer Erschütterung, die sich in stürmischen Entrüstungsrufen äußerte, vernahmen die in der Versammlung erschienenen Arbeiter Wiens die Schilderung dieser Zustände im polnischen Staate und brachten in einer einstimmig angenommenen Resolution ihre Solidarität mit den polnischen Brüdern und den schärfsten Protest gegen das bestialische Vorgehen der polnischen Reaktion zum Ausdruck:

Resolution.

Die am 23. März 1924 tagende Protestversammlung der Wiener Arbeiterschaft hebt energischen Protest gegen die brutale Niederhaltung der Arbeiterbewegung in Polen, gegen die rohe Willkür der Behörden, gegenüber den werktätigen Massen, gegen die grundlosen Auflösungen von Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften, gegen die Unterdrückung der Arbeiterpresse, gegen die Massenverhaftungen von proletarischen Klassenkämpfern, gegen die schamlosen Lakaiendienste der Regierung gegenüber den Kapitalisten und Großgrundbesitzer bei gleichzeitiger systematischer Verletzung der primitivsten Rechte der Arbeiter und Bauern.

Die Versammlung protestiert energisch gegen die unerhörte Unterdrückung der nichtpolnischen Nationen, gegen die rechtswidrige Schließung von ukrainischen, weißrussischen, lettischen und deutschen Schulen, gegen die sinnlose Vernichtung aller kulturellen Werte der unterjochten Völker, gegen die gewaltsame Kolonisierung und Polonisierung der durch Übermacht eroberten Länder, gegen die grausame Verfolgung der Führer der nationalen Bewegung, gegen die freche Verhöhnung der Rechte, die sogar durch die polnische reaktionäre Verfassung gewährleistet sind.

Die Versammlung brandmarkt aufs schärfste die bestialische Behandlung der politischen Häftlinge, die tierische Folterung der Opfer der Polizeiwillkür, die inquisitorische Erpressung von Aussagen, das Prügeln und Martern der Wehrlosen. Die Versammlung stellt die Methoden, die die polnische Regierung den politischen Häftlingen gegenüber anwendet, an den öffentlichen Pranger.

Die Versammlung drückt ihre Verachtung den Führern der polnischen Sozialdemokratie (PPS.) aus, die in ihrem nationalchauvinistischem Wahn eine jede Abwehrmaßnahme der Arbeiter und Bauern vereitelten und durch ihre verräterische Haltung das Proletariat direkt ans Messer lieferten.

Nur das internationale Proletariat kann dem Wüten des weißen Schreckens in Polen Einhalt gebieten. Das internationale Proletariat muß in brüderlicher Solidarität mit den Arbeitern und Bauern Polens sein Machtwort sprechen und alle Mittel, bis zum Boykott, in Anwendung bringen, um den polnischen Henkersknechten die unglücklichen Opfer zu entreißen.

Nieder mit der polnischen Henkerregierung!
Es lebe die Diktatur des Proletariats!
Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiterklasse!

In der gleichen Versammlung wurde auch die Unterdrückung und Knechtung Bessarabiens gebrandmarkt, wo sowohl das Proletariat wie die Bauernschaft einmütig den Anschluß an die Sowjetunion fordern.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien. VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

Die Tagesordnung des V. Weltkongresses.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 44
11. April.

4. Jahrgang
1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Die Wahlen in Italien. Von Masci 515

Politik.

Die Lage in Bulgarien. Von Dimitrow 516

Deutschland.

Der Aufmarsch zum Wahlkampf in Deutschland. Von Maslowski 517

Arbeiterbewegung.

Zum Gewerkschaftsproblem in Deutschland. Von Lada . 518

Genossenschaftsbewegung

„Die proletarische Opposition in der Genossenschaftsbewegung". Von Wertheim 520

Aus der Internationale.

Die Tagesordnung des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 520

Rote Hilfe.

Die Solidarität der russischen Arbeiter. Von Peluso . 521

Aufrufe.

Auf zur Verteidigung der bulgarischen Arbeiter und Bauern! 521

Buchbesprechungen.

„Die Rote Reihe". Von Alexander 522

Die Wahlen in Italien.

Von G. Masci (Rom).

** Alle Parteien erklären sich vom Ausgange der Wahlen befriedigt, weil alle Parteien bis zum Vorabende der Wahlen nicht einmal annähernde Anhaltspunkte besaßen, um Vorausschätzungen zu machen, und jede befürchtete, vom faschistischen Terror zerschmettert zu werden. In dieser Feststellung ist der Wesenszug der Lage in Italien enthalten, die gekennzeichnet ist durch die Desorganisation der Massen, durch die Unmöglichkeit, Versammlungen abzuhalten, und durch die geringe Verbreitung der Zeitungen, die in offener Opposition zum Faschismus stehen.

Die ersten bisher bekanntgewordenen Ergebnisse (die endgültigen Ergebnisse werden wegen der Kompliziertheit des Wahlgesetzes erst um den 14. oder 15. April herum bekannt werden), gestatten es, einige sehr wichtige politische Folgerungen zu ziehen, die für das Verständnis des kommenden politischen Kampfes in Italien entscheidend sind:

1. Die **konstitutionelle Opposition** (Amendola, Bonomi) hat bewiesen, daß sie auf ihrer Seite nur eine verschwindende Minderheit der öffentlichen Meinung hat. Es war in Italien, auch inmitten breiter Schichten der Arbeiterklasse, die Legende entstanden, daß die Bourgeoisie selbst mit ihrem fortschrittlichen und radikalen Flügel eine „antifaschistische Revolution" machen würde; die Wahlen haben mit dieser Legende aufgeräumt und dadurch die reformistischen Anhänger Turatis in entschiedener und schwerwiegender Weise vor die Frage gestellt, den alten politischen Plan des Blocks mit der bürgerlichen Linken zugunsten des Blocks der Arbeiter und Bauern aufzugeben.

2. Die Arbeiterklasse hat eine Widerstandskraft an den Tag gelegt, die über alle Erwartungen hinausgeht. In Mailand sind die Stimmen der drei Parteien der Kommunisten, Maximalisten und Reformisten im Jahre 1924 höher gewesen als jene, die die Sozialistische Partei im Jahre 1919 hereinbrachte, also in der Zeit der höchsten revolutionären Entwicklung: Von 56.000 Stimmen im Jahre 1919 ist man auf 66.000 Stimmen gelangt. Die Arbeiterklasse hat wieder in glänzender Weise ihre geschichtliche Funktion als Vorkämpferin auf dem Gebiete der Opposition gegen den Faschismus bestätigt; das Ergebnis der Wahlen besagt, daß gegen den Faschismus keine andere Opposition möglich ist als die revolutionäre Opposition. Die Kommunistische Partei ist die einzige Arbeiterpartei, die einen Wahlerfolg zu verzeichnen hat: in der vergangenen Legislaturperiode hatte sie 13 Abgeordnete gehabt, heute hat sie deren 17. Die Reformisten sind von 83 Abgeordneten auf 25 zurückgegangen, die Maximalisten von 46 auf 22. In den Industriestädten (Mailand ausgenommen) hat die Kommunistische Partei mehr Stimmen davongetragen als die Maximalisten, in mancher von ihnen, besonders im Süden Italiens, hat sie mehr Stimmen eingeheimst, als die Maximalisten und Reformisten zusammengenommen. Der Hinweis ist klar: das revolutionäre Proletariat sammelt sich um die Kommunistische Partei und wendet sich von der Maximalistischen Partei ab, die die Mehrheit ihrer Anhänger unter den Lohnempfängern auf dem flachen Lande hat.

3. Die bäuerliche Masse ist vom Faschismus zersprengt worden. Sie hat zu einem großen Teile das Banner der Partei der Populari (Klerikalen) im Stiche gelassen und eine ganze Reihe von örtlichen politischen Gruppierungen gebildet, die bei den Wahlen als Parteien konstitutioneller Opposition aufgetreten sind; die Populari sind von 106 Mandaten auf 39 gesunken.

Das Wahlgesetz, unterstützt vom Staatsapparat und von der faschistischen Organisation, hat eine große Mehrheit für die Regierung Mussolini fabriziert: 4,264.000 Stimmen für die „Nationale Liste" und 391.080 für die Liste B mit einer Gesamtzahl von 374 Mandaten von 535, wovon jedoch nur 260 offiziell in der Organisation der Faschisten eingeschrieben sind. Wie weit diese Ziffern der wirklichen Stimmung der Bevölkerung entsprechen, kann am folgenden Maßstabe gemessen werden: In allen Städten mit mehr als 75.000 Einwohnern (ausgenommen

Bologna) befindet sich die Nationale Liste gegenüber den zusammengerechneten Oppositionsstimmen durchaus in der Minderheit. In demselben Maße, in dem die Ortschaften kleiner werden und der Druck der Faschisten die Stimmen der einzelnen Staatsbürger kontrollieren kann, werden die Abstimmungen zur Volksabstimmung und gehen bis zu einer Stimmenabgabe von 100% für die Nationale Liste und für die Liste B.

Jedenfalls hat der Faschismus einen Sieg davongetragen und die Regierung Mussolini ist durch die Wahlen sowohl nach innen wie auch nach außen gestärkt worden, was recht bemerkenswerte Folgen haben wird. Die neue Kammer wird einen wahrhaften und eigentlichen Charakter einer faschistischen Konstituante annehmen, wird also den Faschismus legalisieren, indem sie die Staatsverfassung abändert und auch auf dem Papier die demokratischen Freiheiten abschaffen wird. Es ist daher nicht unwahrscheinlich (ein Hinweis darauf war in der Programmrede von Amendola enthalten), daß die demokratische Opposition die Forderung nach Neuwahlen erheben wird, um eine wahre und eigentliche Konstituante mit dem bestimmten Zwecke einzuberufen, das Staatsgrundgesetz zu revidieren, und mit diesem Losungswort neuerlich versucht, den Boden für einen Block der Linken zu schaffen.

Die Kommunistische Partei, die aus den Wahlen politisch gestärkt hervorgeht, wird daher eine genau umschriebene Aufgabe zu erfüllen haben: sie hat die Kampagne für die proletarische Einheitsfront und für die Regierung der Arbeiter und Bauern fortzusetzen und zu verstärken und zu diesem Zwecke die parlamentarische Tribüne auszunützen. Die Bauern, die aus den Wahlen zerrieben hervorgehen und in ihrer großen Mehrheit durch den Terror gezwungen worden sind, für den Faschismus zu stimmen, werden immer mehr zur Erkenntnis gelangen, daß aus der jetzigen Lage nur mit revolutionären Mitteln herauszukommen ist. Im Süden Italiens ist es den Faschisten nur durch unerhörte Gewalttaten gelungen, sich die bäuerlichen Massen am Wahltage gefügig zu machen; in diesem ganzen Gebiete (das ein Drittel des gesamten Italiens darstellt) hatte die Kommunistische Partei nicht einmal einen Abgeordneten. Und heute hat sie deren drei: in Sizilien, in Apulien und in Campanien. Die wirtschaftliche Lage dieser Bevölkerung ist entsetzlich: die Auswanderung ist durch die amerikanische Abwehrgesetzgebung unmöglich gemacht worden und die bebaute Bodenfläche ist von den Großgrundbesitzern für diese Ernte herabgesetzt worden. Der faschistische Terror kann nur vorübergehend eine Welle von Revolten verhindern, wie sie in den sechziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts vorgekommen sind. **Die drei im Süden gewählten Kommunisten haben daher eine geschichtliche Bedeutung, die jede Voraussicht übertreffen kann.**

Politik

Die Lage in Bulgarien.

Von G. Dimitrow.

** Der Druck der blutigen Regierung Zankow wird in den letzten Tagen durch das unerhört freche Vorgehen des Kapitals gekennzeichnet: Alle sozialen Arbeisgesetze werden ohne weiteres vernichtet, die Arbeitszeit verlängert und die Löhne reduziert, während die Preise der notwendigsten Lebensmittel in letzter Zeit ungeheuer gestiegen sind. Die Preise vieler Nahrungsmittel sind für die breiten Bevölkerungsschichten fast unerschwinglich geworden. Der Kleinproduzent ist durch das monopolistische Schieberkapital, das sich des Schutzes der Regierung erfreut, der Möglichkeit beraubt, Produkte, die er selbst erzeugt, zu konsumieren.

Gleichzeitig mit der Offensive des Kapitals wütet eine in unserem Lande bisher nie dagewesene politische Reaktion. Die Clique der Bankiers und Schieber, mit ihren Professoren und Generalen an der Spitze, übernahm die Macht im Namen der Gesetzlichkeit und Ordnung, trat aber jegliche Gesetzlichkeit und Ordnung mit den Füßen, indem sie Tausende von Söhnen des Volkes niederschlug und andere Tausende noch immer in Gefängnissen und in der Verbannung hält. **Die politische Atmosphäre des Landes ist unerträglich geworden.** Die Unsicherheit der Existenz der breiten Volksmassen, ihre politische Entrechtung, der Terror und die Morde — all das ist die Quelle einer immer stärker zum Ausdruck kommenden Unzufriedenheit des werktätigen Volkes. Diese Unzufriedenheit dringt auch dorthin, wo sie von der Regierung am wenigsten erwartet wird. Sie ergreift auch ihre eigenen Kreise. Die politischen Organisationen der Kleinbourgeoisie, die früher die umstürzlerische Regierung vollständig unterstützten, wenden sich nunmehr unter dem Drucke der ihr folgenden Kleinbesitzenden **gegen die Regierung.** Auch die verbürgerlichte Intelligenz, die die Umstürzler ebenso unterstützte, ist jetzt mit ihnen unzufrieden.

Auf die zutage tretende Unzufriedenheit reagiert die Regierung durch unerhörten Massenterror, durch Verhaftungen, Internierungen und Mordtaten. Die Unsicherheit des Lebens der Arbeiter wird im ganzen Lande empfunden und lähmt zum großen Teil das normale Wirtschaftsleben. Am meisten richtet die Regierung ihre „friedliebende" Tätigkeit gegen die politischen und wirtschaftlichen Organisationen des werktätigen Volkes. Sie hat auf gerichtlichem Wege außer der **Kommunistischen Partei** auch den **Allgemeinen Arbeitergewerkschaftsbund** und die **Genossenschaft „Oswoboschdenje"** sowie die **Arbeitspartei** verboten. Dies sind Organisationen und Parteien, die die legalen Kampfmethoden benützen, um die Arbeiter und Bauern zu ihrer Befreiung zu führen. Die Bankier- und Schieberregierung will auch den Schatten der Möglichkeit zur Verbesserung der Lage des werktätigen Volkes auf gesetzlichem Boden nicht aufkommen lassen und daher diese Parteien und Organisationen vernichten. Sie untergräbt auf diese Weise die Gesetze, auf denen sie selbst beruht. Sie ist aber nicht imstande, dem ganzen Volke das Lebensrecht zu rauben. Das Volk wird Wege und Mittel zu seiner Befreiung finden. Die Regierung weiß dies ganz genau und richtet daher ihre Angriffe hauptsächlich gegen die Kommunistische Partei. Als Vorwand zur Auflösung der anderen Organisationen wird sogar auch vorgeschützt, daß sie Organe der Kommunistischen Parteien seien. Die Kommunistische Partei bildet für die blutige Regierung ein Schreckgespenst, dessen Schatten sie überall sieht. So „niedergeschlagen" und „vernichtet" ist die Kommunistische Partei!

Zu der inneren labilen Lage des Landes tritt die gefährliche äußere Lage hinzu. Im Zusammenhang mit der vorbereiteten Frühjahrsaktion der autonomistischen mazedonischen Organisation, die die stärkste Unterstützung der Regierung im Innern des Landes bildet, forderte die jugoslawische Regierung unter anderem die Verhaftung der aktiven Mazedonier. Die bulgarische Regierung war auch gezwungen, unter der mazedonischen Emigration Verhaftungen vorzunehmen. Selbstverständlich konnte die Regierung nicht den Stab Todor Alexandrows und seine Anhänger verhaften. Die jugoslawische Forderung der Verhaftungen benützte sie dazu, um dem Stab Todor Alexandrows unangenehme Persönlichkeiten zu verhaften. Sie verhaftete auch eine Menge mazedonischer Bäcker und Milchverkäufer in Sofia, Leute ohne jede Bedeutung für die Politik Todor Alexandrows. Diese Verhaftungen erfolgten sogar nach einer durch Todor Alexandrow selbst zusammengestellten Liste. Dieses diplomatische Manöver mit den Verhaftungen wird jedoch auf die autonomistische Organisation nicht ohne nachteiligen Einfluß bleiben. Unter den Massen der autonomistischen Bewegung kommt bereits eine Unzufriedenheit über die Politik und Haltung der Führer zum Ausdruck. Die bulgarische Regierung verstärkt aber den Terror nur noch mehr.

Für die Aufrechterhaltung ihrer politischen und wirtschaftlichen Reaktion arbeitete die Regierung für die zweite Hälfte des Jahres 1923/24 ein entsprechendes Budget aus: Hiernach betragen die Staatsausgaben:

Für	(1922/23) II. Jahreshälfte (In Millionen	1923/24 II. Jahreshälfte Lewa)
Hof und Parlament	17·3	22·1
Staatsschulden	587·0	579·0
Hauptfinanzkontrolle	3·4	5.9
Äußeres und Kultus	59·2	80·3
Verwaltung und Polizei	88·7	177·4
Volksgesundheit	85·5	93·2
Volksunterricht	247·7	421·7
Finanzen	125·3	154·0
Justiz	54·2	85·0
Krieg	321·5	592·1
Handel und Arbeit	174·7	244·3
Landwirtschaft	71·3	128·4
Landstraßen- und Transportwesen	98·3	130·3
Arbeitszwang	119·8	146·2
Eisenbahnen	250·0	451·5
Post und Telegraph	75·2	104·0
Friedensverträge	210·2	50·0
Zusammen	2589·3	3464·5

Aus obigen Zahlen ist ersichtlich, daß in dieser Jahreshälfte die Ausgaben nach verschiedenen Ministerien folgendermaßen vergrößert wurden (in Millionen Lewa): Krieg 270·6 (85%),

Polizei 88·7 (100%), Justiy 30·8 (60%), Äußeres und Kultus 21·1 (25%), Finanzen 28·7 (20%), Volksunterricht 174 (68%), Eisenbahnen 201·5 (80%), Post 28·8 (40%), Landwirtschaft 57 (80%), Handel und Arbeit 69·6 (40%), Landstraßen- und Transportwesen 42 (30%), Volksgesundheit 7·7 (9%).

Das neue Budget für das Jahr 1924/25 beträgt 6.222,523.000 Lewa. Die Ausgaben in diesem Budget wurden um 1.054,000.000 Lewa erhöht. **Der größte Teil der Ausgaben entfällt auf das Heereswesen, auf Gendarmerie und Polizei.**

Die Steigerung der Einnahmen im Budget stammt von den indirekten und direkten Steuern, die den Schultern der breiten Volksmassen aufgebürdet werden. Die **indirekten** Steuern, Taxen und Gebühren stiegen von 1.917 auf 2.985 Millionen Lewa.

Die innere und äußere Lage des gegenwärtigen bürgerlichen faschistischen Regimes in Bulgarien ist heute **vollkommen unsicher.** Die Tage dieses für das Volk unerträglichen Regimes sind **schon gezählt.** Sein Sturz ist **unvermeidlich.** Die Rettung des Volkes und des Landes **kann nur eine Arbeiter- und Bauernregierung bringen.** Und diese Regierung wird trotz allem in Bulgarien zustande kommen.

Deutschland

Der Aufmarsch zum Wahlkampf in Deutschland.

Mehr als zwei Dutzend Parteien.

Von Peter Maslowski.

** Bereits bis zum 1. April waren **nicht weniger als 25 Parteien** — ein für deutsche Verhältnisse ungewöhnlicher Vorgang — mit eigenen Kandidatenlisten zu den Reichstagswahlen hervorgetreten. Und immer noch hört man von neuen Parteien, Gruppen und Grüpplein, die Kandidaten anmelden. Damit hat wohl Deutschland — was die Zahl der konkurrierenden Parteien betrifft — jeden bisherigen Rekord geschlagen.

I.

Den Grundstock der Parteigebilde findet man in den **Hauptparteien des Reichstags,** von denen sich im Laufe der Zeit die einzelnen Oppositionsgruppen losgelöst und zu selbständigen Parteien gemacht haben.

Diese Hauptparteien sind: 1. Die **Deutschnationale Volkspartei,** monarchistisch, basierend vor allem auf dem Agrarkapital der Junker, aber auch stark gestützt von den — angeblich von der Republik ins Elend gestoßenen — Mittelschichten, Offizieren, Beamten, Handwerkern, Krämern. 2. Die **Deutsche Volkspartei,** die Partei von Stinnes, des Industriekapitals, die sich zu Gunsten des Profits auch auf den republikanischen „Boden der Tatsachen" stellen kann. 3. Das **Zentrum,** eine Partei, die weniger leicht zu definieren ist, da in ihr neben den christlichen Gewerkschaften, Beamten, Arbeitern, neben höherem und niederem Klerus — auch Schwerindustrielle vom Schlage Peter Klöckners, Großagrarier von der feudalen Sorte westfälischer Grafen und Börsenjobber von der Marke des getauften Kölner Juden Louis Hagen sitzen. 4. Die **Demokratische Partei,** die ihre finanzielle Fundierung im Handels- und Börsenkapital findet, zugleich eine Partei jener größtenteils intellektuellen Schichten, die die Revolution immerhin zu „Republikanern" gemacht hat. 5. Die **Sozialdemokratie,** die zweifellos heute die konservativste Partei Deutschlands ist, da sich ihre ganze Weisheit in der Forderung nach der Erhaltung der rein äußerlichen republikanischen Staatsform gegen — rechts und links erschöpft. 6. Die **Kommunistische Partei,** die einzige rein proletarische und revolutionäre Partei. In diesem Zusammenhang können die kleineren Gruppen des alten Reichstags, Bayerische Volkspartei, Hannoveraner, die zwei Unabhängigen usw., unberücksichtigt bleiben.

II.

Die **Deutschnationalen** haben ihre aktivsten Elemente an die verschiedenartigsten vaterländischen, nationalen und alldeutschen Gebilde abgeben müssen, die durch ihre faschistische und militärische Aufmachung der reaktionären Masse einen schnelleren Erfolg zu versprechen scheinen. In diesen faschistisch-antisemitischen Parteien, die sich wiederum oft aus persönlichem Konkurrenzneid gegenseitig wütend bekämpfen, kennt man sich kaum noch aus. Nachfolgend nur diejenigen drei völkischen Parteigebilde, die sich laut Meldungen mit eigenen Kandidaten am Wahlkampf beteiligen werden: **Deutschvölkische Freiheitspartei, Deutschsoziale Partei, Deutsche Partei in Baden** (nationalsozialistisch).

In der **Deutschen Volkspartei,** in der sich in der letzten Zeit die Differenzen zwischen der schwerindustriellen Richtung und der Fertigindustrie immer deutlicher bemerkbar machen, sind starke Neigungen der Stinnes und Vögler am Werk, gegen Stresemann, dem bekannten Zuge nach rechts folgend, eine **nationalliberale Vereinigung** aufzuziehen. Auf der letzten Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei in Hannover ist zwar Stresemann den nationalliberalen Schwerindustriellen sehr weit entgegengekommen — er weiß nämlich, daß beim Abmarsch des entscheidenden schwerindustriellen Flügels eine gefährliche **materielle** Entblößung seiner Partei stattfinden würde — aber ob das ein Auseinanderfallen der Deutschen Volkpartei verhindern können wird, ist mehr als fraglich. Bereits sind nämlich in vielen Gegenden Deutschlands nationalliberale Kandidaten in Konkurrenzkampf gegen deutsch-volksparteiliche aufgestellt worden. Das Auftauchen von Nationalliberalen im **Wahlkampf** ist also doch so gut wie sicher.

Auch der **Zentrumsturm** wackelt bedenklich. Bei dem Vorhandensein der vielen sozial sehr weit auseinanderstrebenden Gruppen im katholischen Zentrum sollte man allerdings meinen, daß sich gleich mehrere Parteien von ihm lösen müßten. Doch rebelliert zunächst nur das aktivste Element, die christliche Arbeiterschaft von Rheinland-Westfalen. Unter dem Namen **„Christliche Volksgemeinschaft"** nehmen die bisherigen Zentrumsarbeiter Stellung gegen den großkapitalistischen Zentrumsflügel und gehen mit eigenen Kandidaten in den Wahlkampf. Es wird manchmal vermutet, daß die Christliche Volksgemeinschaft ein von den Klerikalen geschickt zur rechten Zeit geöffnetes Sicherheitsventil gegen die „Überradikalisierung" der christlichen Arbeiter gegen ihren Abmarsch zum Kommunismus sei. In Bayern, wo das Zentrum Bayrische Volkspartei heißt, ist eine ähnliche Bewegung gegen die offizielle Zentrumspolitik in der **Christlichsozialen Volkspartei** vorhanden.

Von den **Demokraten,** beziehungsweise der SPD. haben sich Elemente losgelöst, die, energischer als es bisher durch die SPD. geschehen ist, die republikanischen Errungenschaften „zu verteidigen" versprechen. Es sind dies: die **Republikanische Partei** und die **Deutsche Arbeitnehmerpartei,** beides Gebilde, die natürlich historisch die Gelegenheit verpaßt haben; denn es liegt in Deutschland für alles mögliche Bedürfnis vor, aber nur nicht für neue republikanische Parteien. Die Gründung dieser Parteien entspricht denn auch nur gewissen Mandatsschmerzen von Leuten, die genau wissen, daß bei den allen Parteien der Mitte nichts mehr zu holen ist.

Daß die **SPD.** von allen Parteien wohl am meisten den „Teufel im Leibe" hat, ist bekannt. Die Elite des Proletariats, die Industriearbeiterschaft, ist längst nicht mehr in den Reihen der Sozialdemokraten. Die SPD. ist längst eine kleinbürgerliche, größtenteils von alten Arbeiteraristokraten in Staatsstellung geführte Partei. Wenn es überhaupt noch Arbeitergruppen in ihr gibt, so dank der „Opposition" der „Linken" unter Levis Führung. Aber Levi und sein Anhang hat bei den Kandidatenaufstellungen überall glänzend Schiffbruch erlitten. Levi hat bis heute selbst noch **kein** einigermaßen **sicheres Mandat.** Seine Freunde, alte USP.-Leute und frühere KAG-isten, **kehren fast durchweg nicht mehr in den Reichstag zurück.** Die „Linke" ist in ihrer waschlappigen Opposition nicht nur geschlagen, sondern hat durch ihren Scheinradikalismus am meisten dazu beigetragen, daß die SPD. trotz der ungeheueren Zersetzungstendenzen dennoch **als Partei** wenigstens **äußerlich** geschlossen in den Wahlkampf geht. Dennoch gibt es noch drei sozialistische Parteien, die sich allerdings zum größten Teil aus früheren Unabhängigen rekrutieren: Die **Unabhängigen Sozialdemokraten,** der allerletzte schäbige Rest der alten USP.; Ledebour, der von diesen Unabhängigen hinausgeworfen wurde, hat, um überhaupt kandidieren zu können, den **Sozialistischen Bund** gegründet. Plötzlich aufgetaucht ist ferner eine **Proletarische Partei,** deren Gründung zwar noch im Dunklen liegt, die aber bereits die Erklärung abgegeben hat, im Wahlkampf mit eigenen Kandidaten auftreten zu wollen.

Um die Liste der konkurrierenden Parteien voll zu machen, sei nach territorialen Gesichtspunkten im Rheinland die separatistische **Rheinische Arbeiterpartei,** in Hannover die Partei der **Hannoveraner** und in Bayern der **Bayerische Bauernbund** erwähnt. Dazu kommen dann noch Parteien, gruppiert nach zünftlerisch-wirtschaftlichen Grundsätzen: **Wirtschaftspartei, Haus- und Grundbesitzer, Bodenreformer** usw.

III.

Das hervorstechende Merkmal des gesamten Parteiwesens im deutschen Wahlkampf ist also die **Zersetzung der alten Parteien** und das ständige Auf und Ab neuartiger Gebilde. Das alles aber ist nur der Ausdruck der starken **Fluktuation der Massen,** die

sich der Verschärfung der Klassengegensätze vorerst noch unklar bewußt werden und sich dementsprechend zu neuen Parteiformen hingezogen fühlen. Selbstverständlich ist, daß hier in den Wählermassen auch das Unterbewußtsein vom Bankrott des Parlamentarismus und der Demokratie überhaupt eine große Rolle spielt. Denn noch nie hat die Abdankung eines Parlaments ein solches befreiendes Gefühl ausgelöst wie das Verenden des alten Reichstages. Geschickte Mandatsjäger nützen diese Mißstimmung auch gründlich aus, erstens zu Parteineugründungen und zweitens zum Versuch der erneuten — Festigung des bürgerlichen Parlamentarismus. Man müsse aber die „richtigen Männer" — nämlich sie selbst! — ins Parlament schicken.

Gegenüber dem ganzen Durcheinander steht allein die **Kommunistische Partei**, obgleich doch gerade sie in den Monaten nach der Oktoberniederlage von allen Parteien am heftigsten um eine innere Neuorientierung gerungen hat, nicht nur völlig unerschüttert da, sondern wird immer mehr zum **Konzentrationspunkt eines sich von demokratischen Illusionen lösenden Proletariats.** Und das ist ja die Hauptaufgabe der Kommunisten, den Sinn der vielen Parteibildungen, der Mandatsjäger gründlich aufzudecken und die Bildung neuer Illusionen zu verhindern. Die Kommunisten werden ebenso sehr die alten bürgerlichen Reichstagsparteien als auch die Zuhälter des Kapitals entlarven, wie sie vor allen die vielen neuen völkischen Parteien als die **Sendboten eines blutigen Faschismus** charakterisieren und den **Unsinn neuer republikanischer Linksparteien** erbarmungslos kennzeichnen werden. Mit einem Satz: die Verhältnisse im diesjährigen Wahlkampf sind besonders reif zur Ausnützung der gesamten Wahlkampagne durch die Kommunisten, zur Propagierung ihres grundsätzlich kommunistischen Programms.

Das **Wahlergebnis** wird schon äußerlich der **Tendenz der Verschärfung** der Klassengegensätze, das heißt der Entwicklung zur Diktatur mit ihrer faschistischen und proletarischen Seite Rechnung tragen. Die Parteien der Mitte, der großen Koalition, werden starke Einbuße erleiden. Am meisten die SPD. Selbst sozialdemokratische Zeitungen rechnen mit 50% Verlust, so daß also die SPD. von ihren 180 Mandaten nicht einmal 100 behalten würde. Katastrophal wird auch die Niederlage der Demokraten sein. Ebenso wird die Deutsche Volkspartei große Massen weiter nach rechts abgeben. Selbst das Zentrum wird voraussichtlich diesmal etliche Mandate einbüßen. Daß die sich einen proletarischen Anstrich gebenden neudemokratischen Parteien, die Republikanische Partei, die Unabhängigen Sozialdemokraten, der Sozialistische Bund Ledebours, die Proletarische Partei, auch nur ein Mandat in irgend einem Wahlkreis erreichen, ist so gut wie ausgeschlossen.

Dagegen wird das halbe Dutzend völkischer Parteien, obgleich auch die alten Deutschnationalen Mandatsgewinne wohl verzeichnen werden, mit der sozialen und nationalen Demagogie **große Erfolge** buchen. Man rechnet mit etwa 50 völkischen Abgeordneten. Die Zahl würde zweifellos größer werden, wäre die faschistische Bewegung nicht so zersplittert.

Parallel dem Gewinn der äußeren Rechten, diesem Aufmarsch der faschistischen Reaktion, geht die **Konsolidierung der besten Teile des Proletariats, der KPD.** vor sich. Die 60 bis 80 Mandate, die den Kommunisten voraussichtlich zufallen, werden der Ausdruck der Tatsache sein, daß die KPD. die **unumstrittene Führerin** bewußt vorwärts drängender proletarischer Massen geworden ist, nicht bloß für den Augenblick des Wahlkampfes, sondern für den **unausbleiblichen Entscheidungskampf** zwischen Arbeit und Kapital.

Arbeiterbewegung

Zum Gewerkschaftsproblem in Deutschland.

Von W. Lada (Berlin).

** Die Kampfmethoden und -mittel, die die deutsche Arbeiterschaft zur Lösung des sogenannten „Gewerkschaftsproblems" anwendet, sind für die internationale Arbeiterschaft von größtem Interesse. Aus zweifachen Gründen: erstens, weil Deutschland die mächtigsten Gewerkschaftsorganisationen in der Welt besitzt, zweitens, weil die deutschen Kommunisten eine so intensive und systematische Arbeit innerhalb der Gewerkschaften wie kaum irgendeine andere Bruderpartei entfalten.

Schon im Oktober 1919, auf der Heidelberger Tagung, haben die deutschen Kommunisten einen Strich zwischen sich und dem Syndikalismus gezogen, der gleichzeitig mit den Gewerkschaften auch die Partei zerstören wollte. Zwischen Kommunismus und Zentrismus, der die revolutionäre Partei entmannen wollte, indem er von ihr forderte, daß sie der „Einheit" der Gewerkschaftsbewegung wegen auf die revolutionierende und revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften verzichte, war schon früher formell eine Trennung vollzogen worden. Und trotz diesen beiden politischen Scheidungen blieb es immer wieder für die Partei eine Notwendigkeit, eine Selbstverständigung und eine Klärung in der Gewerkschaftsfrage, eine Abgrenzung nach „rechts" und nach „links" durchzuführen.

Das Bedürfnis darnach ist in den Reihen der Partei mit besonderer Kraft nach der sogenannten Oktober-Krise entstanden — keineswegs ein rein theoretisches, sondern auch ein direkt **praktisches** Bedürfnis.

Die Oktober-Krise hat der Partei bewiesen, daß wir auf dem alten Wege, mit den früheren taktischen Methoden, unserem Ziele, der Eroberung der ganzen Macht durch das Proletariat und dessen notwendiger Voraussetzung, der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für unsere Ideen, nicht näherrücken — jedenfalls nicht schnell genug näherrücken — können. Im Zusammenhang damit mußte natürlich die Frage aufgeworfen werden, ob und in welchem Maße wir mit den alten Methoden unserer **Gewerkschaftstaktik** vorwärts kommen werden.

Die Weimarer Konferenz, deren Zeitpunkt selbst zwischen die beiden Perioden — die alte und die neue, die der Linksschwenkung der Partei — fiel, stellte einen Versuch dar, aus der in den Jahren 1920—1923 platzgegriffenen Auflösung der freigewerkschaftlichen Bewegung, aus ihrer politischen und organisatorischen Zersetzung, politische und organisatorische Schlüsse zu ziehen. Wir wollen nicht behaupten, daß Weimar diese Aufgabe befriedigend gelöst habe. Die Weimarer Konferenz hat eine richtige Kampflinie vorgezeichnet— sowohl in bezug auf die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften im wirtschaftlichen Kampfe wie in bezug auf die notwendige organisatorische Umgestaltung der Gewerkschaftsverbände. Aber die Kernfrage blieb und ist geblieben: Wie bringt man das richtige Programm **in Erfüllung?** Die Weimarer Konferenz hat die Notwendigkeit der Einberufung **eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses** in den Vordergrund gestellt; dieser Kongreß sollte die notwendige politische und organisatorische Umstellung der reformistischen Gewerkschaften in Organe des revolutionären Klassenkampfes vollziehen. Aber es war auch für die führenden Genossen auf der Weimarer Konferenz klar, daß die Gewerkschaftsspitzen einen solchen Kongreß von sich heraus nie abhalten lassen werden. Also müßte entweder eine ausgesprochene Mehrheit der Gewerkschaftsmitgliedschaft um das Weimarer Programm gesammelt und mobil gemacht werden, so daß die Gewerkschaftsinstanzen in jedem Verband unterliegen, oder es müßte eine — wenn auch nicht anerkannte — Mehrheit den außerordentlichen Gewerkschaftskongreß ohne und gegen die Gewerkschaftsinstanzen abhalten. Das letztere würde eine sofortige mechanische Spaltung hervorrufen — darüber konnte man sich keineswegs täuschen. Das wollten wir natürlich nicht; der erste Weg ließ aber die alte Aufgabe in **ihrer ganzen Größe** vor uns stehen, nur müßte gegenwärtig die Mehrheit der Gewerkschaftsmitgliedschaft nicht bloß auf dem Wege der Fraktionsarbeit innerhalb einzelner Gewerkschaften, sondern auch auf dem Wege der Bearbeitung einzelner territorialer Gewerkschaftsverbände gewonnen werden — was die Gefahr der Spaltung natürlich nur steigern würde.

Die Januartagung der Exekutive der Kommunistischen Internationale, die auf dem Gewerkschaftsgebiet auch die Lehren aus der Weimarer Konferenz und den ersten Wochen nach ihnen zu ziehen hatte, hat erklärt, daß die Gewerkschaften „auf diesem Wege nicht gerettet werden können", daß zu dem Ziele „der Rettung der Gewerkschaften" ihre gründliche Umwandlung durch die Betriebsräte, mit dem Ziele der Industrieorganisation und der Ablösung des Reformismus durch einen revolutionären Inhalt ihrer Tätigkeit notwendig sei.

Die in diesen Sätzen enthaltene unklare und unpräzise Kritik der „Weimarer Linie", die von der Partei in den Monaten November 1923 bis Januar 1924 eingeschlagen worden war — unklar und unpräzis, weil das, was die Moskauer Entschließung kritisierte, im Weimarer Programm selbst enthalten und ausgesprochen war — ist dennoch nur ein **richtiger** Ausdruck jener Unzufriedenheit und jenes Mißbehagens, das breite Kreise der Parteimitgliedschaft zu jener Zeit beherrschte. Diese Unzufriedenheit und dieses Mißbehagen waren auf die Tatsache zurückzuführen, daß wir nach den acht Monaten des Ruhrkrieges, nach der Oktoberkrise, nach den Verrätereien der Gewerkschaftsbürokratie in den nächstfolgenden Monaten vor einem Trümmerhaufen der Gewerkschaften standen, in denen die alten Ar-

beitermassen zwar fehlten, weil ein Teil von ihnen aus den Gewerkschaften herausgelaufen war und unorganisiert blieb, ein anderer Teil sich allerlei neue Sonderorganisationen geschaffen hatte oder zu schaffen suchte, in denen aber die alte reformistische, verräterische Gewerkschaftsbürokratie sich um so mächtiger verschanzte, um aus ihnen sichere Werkzeuge der sozialdemokratischen Politik der Unterstützung des Stinnesschen „Wiederaufbaues" Deutschlands (nach dem bekannten Programm vom 8. Oktober 1922) zu machen.

Vor eine neue, für die Arbeiterklasse besonders katastrophale Situation gestellt, empfand die Masse der Parteimitgliedschaft, wenn auch zum Teil in unklarer Form und nur in instinktiver Weise, daß der neuen Taktik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie — die der kommunistischen und oppositionellen Mitgliedschaft gegenüber um so aggressiver vorgeht, je willfähriger sie gegenüber dem Kapital ist — eine **aktivere** Linie, eine gesteigerte Tätigkeit, eine um so **ausgesprochenere revolutionärere** Taktik in unserer Gewerkschaftsarbeit entgegengestellt werden muß. Diesem Bedürfnis trug die Moskauer Resolution Rechnung; in dem ersten Teil hob sie allerdings mit ganzer Schärfe hervor, daß die Kommunisten in Deutschland nach wie vor mit aller Entschlossenheit gegen die Losung des Austrittes aus den Gewerkschaften kämpfen daß sie überall bleiben und arbeiten, wo proletarische Massen sich befinden, daß sie jetzt mit noch größerer Energie die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften fortsetzen, daß sie, wie bisher, mit aller Kraft den Kampf gegen die Spaltungspolitik der Sozialdemokraten führen müssen, weil die Wahrung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung in der Periode der Kapitalsoffensive besonders wichtig ist; in den weiteren Absätzen ist aber der kommunistischen und revolutionären Gewerkschaftsopposition die Aufgabe gestellt worden, die aus den Gewerkschaften Ausgeschlossenen sowie die nichtorganisierten Schichten der Arbeiterklasse, die den Gewerkschaften nicht angehören, zusammenzufassen und zu organisieren und gleichzeitig auch Arbeitermassenorganisationen im Kampfe gegen die Reformisten zu unterstützen.

Indem die Resolution der Exekutive der Partei auf diese Weise die schwierigen und mannigfaltigen Aufgaben der Kommunisten auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung vorgezeichnet hat, hat sie, wie gesagt, dem Bedürfnis Rechnung getragen, das von breiten Kreisen der Parteimitgliedschaft empfunden wurde: dem Bedürfnis nach einer aktiveren und energischeren Betreibung unserer Revolutionierungsarbeit auf diesem Gebiete, nach der Überwindung des Einflusses der Reformisten auf die Arbeitermassen. Aber in der Praxis hat sich sofort ergeben, daß die praktischen Winke, die uns die Moskauer Resolution gegeben hat, nicht klar genug herausgeschält wurden, daß die Resolution dadurch eine gewisse **Verwirrung** in die Reihen der Parteimitgliedschaft hineingetragen hat. Es bedurfte erst einer großen inneren Klärungsarbeit in der Partei selbst, um eine klare Handlungslinie in der Gewerkschaftsfrage herauszuarbeiten. Die Gewerkschaffsdebatte, die innerhalb der Organisation und in der Parteipresse eingesetzt hat, hat schon viel zu dieser Klärung beigetragen. In einer ganzen Reihe von ausschlaggebenden Punkten — sowohl prinzipiellen wie praktischen Fragen — ist schon eine Einigung erzielt worden, und man darf annehmen, daß die breitesten Parteikreise der so geklärten Linie einig und in straffer Disziplin folgen werden. Mögen unsere Gegner ihren blinden Anhängern tagtäglich vorzugaukeln suchen, daß die deutschen Kommunisten die Gewerkschaften „auf Befehl Moskaus" spalten wollen, mögen sie ihnen die Märchen erzählen, daß die deutschen Kommunisten mit der Überwindung der „vernünftigen" rechten Gewerkschaftsführer durch die „linken Radaubrüder", die Absicht haben, ihre eigenen kommunistischen Gewerkschaften zu gründen! Jeder revolutionäre Arbeiter, der sich ernst bemüht, in das schwierige Problem der Gewerkschaftsbewegung — als Hindernis oder als Werkzeug der sozialen Revolution — einzudringen, wird aus der im Gange befindlichen Gewerkschaftsdebatte ersehen, daß die Kommunistische Partei Deutschlands die prinzipielle Linie, die auf den Kongressen der Kommunistischen und der Roten Gewerkschaftsinternationale ausgearbeitet worden ist: „Heran an die Massen, Eroberung der in den Gewerkschaftorganisationen zusammengefaßten Arbeitermassen, Isolierung dieser Massen von den reformistischen, verräterischen Führern, ihre Gewinnung für die revolutionäre Gewerkschafts- und Arbeiterpolitik" — nach wie vor zu führen entschlossen ist. Ja, sie ist entschlossen, diese Linie mit um so größerer Energie zu führen, je größer die Hindernisse sind, die sich ihr in den Weg stellen. Aber gleichzeitig ist die Partei entschlossen — und das ist für sie **ein dringendes Gebot des Lebens** — aus der **neuen Situation in der Arbeiterbewegung Schlüsse für ihre Strategie zu ziehen.** Sie muß mit der Tatsache rechnen, daß die Gewerkschaften nach den Ereignissen der letzten Jahre und Monate kaum die Hälfte der Massen umfassen, die sich zur Zeit der revolutionären Hochflut in ihren Organisationen befanden, daß die aus den Gewerkschaften herausgelaufenen Massen ein begehrtes Beuteobjekt für die Gegenrevolution, für die völkisch-faschistischen Söldlinge des Kapitals darstellen; sie muß des weiteren mit der Tatsache rechnen, daß die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition mit allen Mitteln aus den Gewerkschaften entfernen wollen, weil diese Opposition für sie in der gegenwärtigen Periode ein besonders unbequemes Hindernis zur Durchführung ihrer Stinnes-Politik ist. Aus der ersten Tatsache ergibt sich die Notwendigkeit, einen großen Teil der Kräfte der Partei **der Organisierung der Unorganisierten**, ihrer Zusammenfassung, zuzuwenden, damit sie zu wirtschaftlichen Kämpfen mobil gemacht, für die Ideen des revolutionären Klassenkampfes gewonnen werden können. Aus der zweiten Tatsache — aus der gesteigerten Offensive der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition — ergibt sich die Notwendigkeit, unsere Arbeit in den Gewerkschaften selbst mit viel mehr Entschlossenheit, mit viel mehr revolutionärer Kraft und Schwung zu führen, als es bis jetzt geschah. **Der Kampf um die Gewerkschaften**, das heißt um die Organisationen der Millionen deutscher Arbeiter, die ihnen die Leipart, Graßmann, Dißmann usw. stehlen wollen, muß mit solcher Wucht geführt werden, daß alle jene Millionen Arbeiter, die sich je für die Gewerkschaften interessiert haben, **in diesen Kampf hineingezogen werden.** Das kann selbstverständlich nur unter der Voraussetzung geschehen, daß die Kommunisten den Kampf nicht auf die Spitzen und nicht einmal auf die breiten Funktionärkreise beschränken, sondern, daß **das** zur Tat gemacht wird, was seit vielen Jahren gepredigt wurde: daß unsere gewerkschaftliche Arbeit **in den Massen selbst, in den Betriebsräten**, fest verankert wird — ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob diese Betriebsräte die Gewerkschaften „hinter sich" haben, ob sie, nach einer anderen schönen Terminologie, „gewerkschaftstreu" sind. Nicht die Betriebsräte müssen die Gewerkschaften „hinter sich" haben, sondern die **Belegschaften der Betriebe** müssen hinter den Betriebsräten stehen, sie müssen in den gewerkschaftlichen Kampf als **ihren ureigensten** Lebenskampf hineingezogen werden. Und gleichzeitig müssen die Betriebsräte zu den Pfeilern der Gewerkschaftsorganisation gemacht werden, die sich auf ihnen aufbauen muß, woraus sich schon ergeben wird, daß die revolutionären Betriebsräte und die revolutionären Gewerkschaftsorganisationen Hand in Hand arbeiten, sich einander stützen und hintereinander stehen. Daß eine derartige Umgestaltung der Gewerkschaftsbewegung nicht in striktem Rahmen der alten freien Gewerkschaften vollzogen werden kann — das mag sein; das wird sich praktisch aus der Entwicklung der Dinge von selbst ergeben. Kommt in der nächsten Zeit eine revolutionäre Flut, dann können und müssen wir die Gewerkschaften im Sturmschritt erobern; steht sie im Gegenteil nur in einer etwas entfernteren Zukunft bevor, dann ist es nicht ausgeschlossen, daß es den reformistischen Knechten Stinnes' gelingen wird, die Kommunisten und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition aus den Gewerkschaften hinauszustoßen, um die Gewerkschaften zu dem vom kapitalistischen Staat einzig anerkannten und von dem stinnesierten Kapital mit allen Kräften unterstützten Instrument der Sabotage des Klassenkampfes der Arbeiter zu machen. Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ist für uns ein hohes Gut; der Klassenkampf ist für uns **das Höchste.** Denn ohne Klassenkampf steht jedes soziale Leben still, ohne ihn würde die Arbeiterklasse zu einem Schicksal verurteilt, das sogar tiefer als das Schicksal der antiken Heloten und Sklaven stehen würde. Daraus ergibt sich aber für uns die Notwendigkeit, das Werk der Sammlung, Zusammenfassung und Mobilmachung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, das von der Weimarer Konferenz eingeleitet worden ist, weiter fortzusetzen — trotz allen Drohungen der Gewerkschaftsspitzen. **Der Kongreß der revolutionären Gewerkschafter und Betriebsräte, der von dem Zwölferausschuß der oppositionellen Ortsausschüsse des ADGB. in der nächsten Zeit einberufen werden soll, muß von der Partei mit größter Energie unterstützt werden.** Die Gewerkschaftsopposition, hinter der schon gegenwärtig ein sehr bedeutender Teil der Gewerkschaftsmitgliedschaft steht, muß sich im Kampfe das Recht erobern, für die revolutionäre Gewerkschaftspolitik im Rahmen der Gewerkschaftsorganisation frei wirken zu können.

Das sind in großen Zügen die Perspektiven des Gewerkschaftsproblems in Deutschland, vom Gesichtspunkt der letzten

Monate und Wochen aus gesehen. Wir hoffen, daß der nächste Parteitag die großen Linien, die wir aus der im Gange befindlichen Debatte herauszuschälen versucht haben, zu den obligatorischen Linien der Gewerkschaftspolitik der Partei machen wird.

Genossenschaftsbewegung

„Die proletarische Opposition in der Genossenschaftsbewegung."*)

Von Johannes Wertheim.

** Die genossenschaftliche Ernährungskonferenz, die am 24. Februar in Halle stattfand und die die Grundlage zur festeren Organisierung der proletarischen Opposition innerhalb der Genossenschaftsbewegung bildete, hat ein proletarisches Genossenschaftsprogramm beschlossen und die nächsten praktischen Aufgaben in den Genossenschaften skizziert. Zu deren Durchführung hat sie die gesamten proletarischen Organisationen aufgefordert, **in der Woche vom 10. bis 17. April in jeder Stadt eine öffentliche Kundgebung für die Umwandlung der Konsumvereine in Klassenkampforganisationen zu veranstalten.**

Zur Mobilmachung der Massen für diese proletarische Rettungsaktion für die Konsumvereine ist unter obigem Titel eine ausgezeichnete Schrift erschienen, die wegen ihrer klaren, übersichtlichen Darstellung des Werdeganges des proletarischen Genossenschaftsgedankens und der einfachen und doch eindringlichen Darlegung der Ziele der revolutionären Genossenschafter mehr als eine Broschüre für den bestimmten Anlaß ist und zum unentbehrlichen Hilfsmittel in der deutschen oppositionellen Genossenschaftsbewegung werden wird.

Einleitend wird das Problem „Konsumverein und Klassenkampf" behandelt und der Standpunkt der neutralen Nur-Genossenschafter (Heinrich Kaufmann als Repräsentant der Hamburger Neutralen), der sozialreformistischen Genossenschafter, die wohl „für die Genossenschaft als Klassenkampforgan sind, aber diesen Kampf nicht im Sinne der Vernichtung des Gegners oder Zertrümmerung des Widerstandes, sondern mit entwicklungsgesetzlicher Überwindung und Beseitigung der Widerstände" führen wollen, und schließlich die Stellungnahme der revolutionären Genossenschafter geschildert. Diese sind für die vollständige Eingliederung der Genossenschaften in den organisierten Klassenkampf. Es wird nun der Beweis geführt, wie die revolutionären kommunistischen Genossenschafter gemeinsam mit den sozialdemokratischen gegen die Neutralen stehen müssen, um die Umwandlung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung in eine Klassenorganisation und ihre vollständige Eingliederung in den revolutionären proletarischen Kampf zur Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht herbeizuführen.

In dem folgenden Kapitel werden die wichtigsten Daten aus der Geschichte der Konsumvereinsbewegung bis zur Gründung des „Zentralverbandes deutscher Konsumvereine" (1903) mitgeteilt, worauf die Hamburger Richtung, die die „Genossenschaft als Nächstenliebe und Nächstenhilfe, als edelstes Samaritertum" auffaßt, ins rechte Licht gerückt wird. Weitere Kapitel behandeln die Einstellung der Arbeiterschaft im internationalen Maßstabe. So ist der Besprechung des internationalen Sozialistenkongresses, wo zum erstenmal eine Richtlinie, nach der die Sozialisten aller Länder innerhalb der Genossenschaften zu arbeiten haben (1910), mit Recht ein größerer Platz eingeräumt und nicht ohne Beziehung auf die gegenwärtigen Verhältnisse die Tatsache vermerkt worden, daß Lenins Antrag, „die Demokratisierung und sozialistische Wirkung erst für die Zeit anzuerkennen, wo die Kapitalisten expropriiert sein werden", abgelehnt worden ist.

Erst der III. Internationale ist die historische Aufgabe zugefallen, die marxistische Einstellung des Proletariats zur Genossenschaftsarbeit herauszuarbeiten und die Losung der Eroberung der Genossenschaften für den Klassenkampf auszugeben. Inwieweit diese Wirklichkeit geworden ist, darüber berichtet die vorliegende Broschüre gleichfalls ausführlich. So teilt sie die **Limbacher Adresse**, die Ende 1920 an sämtliche Konsumvereine versendet worden ist und das Wiederaufleben der Oppositionsbestrebungen einleitete, ihrer historischen Bedeutung wegen vollständig mit. Der praktische Erfolg dieses Manifestes war nur gering, da es den Zentralinstanzen gelungen war, seine Verbreitung zu verhindern. Trotzdem nahm die Zahl der Oppositionellen stark zu, bis schließlich im Oktober 1923 der bekannte **Aufruf der 22 Konsumvereine** den Anstoß zur Organisierung der Opposition in der Genossenschaftsbewegung gab. Schon Mitte desselben Monats fand eine vorbereitende Konferenz in Leipzig statt, die zu Gegenmaßnahmen der Hamburger Instanzen und infolge ihrer Denunziationen zu Maßnahmen der Militärdiktatur führte. Aber der Stein war ins Rollen gekommen, und nicht einmal das Aufgebot des gesamten Organisationsapparats konnte das Zustandekommen der Genossenschaftskonferenz unmöglich machen. Ihr Protokoll, das in der Broschüre abgedruckt ist, zeigt nicht nur das klare Erkennen der nunmehr organisierten Opposition, welchen Weg sie einzuschlagen habe, sondern es spiegelt auch die Stimmung, die in der Konferenz geherrscht hat, wider. Es kam zu einer imposanten Kundgebung für Lenin, „der seine hervorragende Arbeitskraft stets auch der Genossenschaftsbewegung, als einem wichtigen Teil der Gesamtbewegung, zur Verfügung gestellt hat". Das proletarische Genossenschaftsprogramm, das einstimmig angenommen wurde, geht von der Situation aus, in der sich die deutsche Konsumvereinsbewegung im Jahre 1924 befindet. Ihr katastrophaler Niedergang hat seine entschiedene Ursache in der falschen, beziehungsweise unfähigen Genossenschafts-, Wirtschafts- und Steuerpolitik der Geschäftsführer und Instanzen. Um die verelendeten Massen vor dem Hunger zu retten und in dem schweren Kampfe der Arbeiterklasse die Ernährung zu sichern, haben die Genossenschaften nicht Neutralität zu wahren, sondern als bewußte Organe des proletarischen Befreiungskampfes in ernster Aktionsgemeinschaft mit sämtlichen Klassenkampforganisationen aufzutreten. In diesem Sinne sind auch die nächsten praktischen Aufgaben skizziert.

Der Weg der Aufklärung unter den 3,137.333 Mitgliederfamilien in den 1376 Konsumvereinen des Zentralverbandes ist beschritten. Ja noch mehr. Eine gesunde proletarische Opposition, in der Sozialdemokraten und Kommunisten in einer Front, die von unten auf gebildet wurde, stehen, ist auf dem Marsche. Die deutsche Genossenschaftsbewegung wird doch endlich ein brauchbares Werkzeug im Existenz- und Klassenkampf des deutschen Proletariats werden. Diese sichere Überzeugung gewinnt man aus der vorliegenden Broschüre, die nicht bloß für den deutschen Genossenschafter ein brauchbarer Wegweiser ist, sondern in der die Genossenschafter auch der übrigen Länder reiche Anregung finden können.

*) „Die proletarische Opposition in der Genossenschaftsbewegung." Verlag der Produktivgenossenschaft Halle-Merseburg, Halle a. d. Saale.

Aus der Internationale

Die Tagesordnung des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.

In Nr. 43 vom 8. April haben wir auf Grund eines kurzen Telegramms die Tagesordnungspunkte des V. Weltkongresses der Komintern abgedruckt. Nachstehend veröffentlichen wir die vollständige Tagesordnung. Die Redaktion.

1. **Lenin und die Komintern.**
   Über die Grundlagen und die Propaganda des Leninismus. (Referenten werden durch das ZK. folgender Parteien bestimmt: Rußland, Deutschland, Frankreich, Indien und Bulgarien.)
2. **Die wirtschaftliche Weltlage.** (Berichterstatter: **Varga.**)
3. **Bericht über die Tätigkeit und die Taktik der Kommunistischen Internationale.** (Berichterstatter: Sinowjew, eventuell Korreferenten von den Sektionen.)
4. **Programmfrage.** (Berichterstatter: **Bucharin, Thalheimer** und nötigenfalls ein dritter Genosse, der durch die Programmkommission bestimmt wird.)
5. **Gewerkschaftstaktik.**
6. **Nationalfragen:**
   A. Die Stellungnahme der Kommunistischen Parteien in der Nationalfrage. (Rußland, Polen, Tschechoslowakei, Balkan.) Referenten: Stalin und ein polnischer, tschechischer und jugoslawischer Genosse.
   B. Die revolutionäre Bewegung im Osten und in den Kolonien (Indien usw.). Referenten: **Katayama, Roy** und andere.
   C. Die Negerfrage: Referenten werden durch die französische und amerikanische Partei bestimmt.

7. **Organisationsfragen:**
   A. Der organisatorische Aufbau der Parteien (Betriebszellen usw.).
   B. Statuten der KI.
   C. Die Arbeit der KP. unter den Frauen.
   D. Illegale Arbeit.
   E. Die Arbeit in der Armee. Berichterstatter: **Piatnitzki, Mitzkewitsch-Kapsukas** und ein deutscher Genosse.
8. **Die Propagandaarbeit.**
9. **Der Faschismus.** Referenten: je ein italienischer und ein deutscher Genosse.
10. **Die Intellektuellenfrage.** Referenten: **Zetkin,** ein französischer Genosse und ein Vertreter der Kolonien.
11. **Die Bauerninternationale.**
12. **Jugendbewegung.**
13. **Internationale Rote Hilfe.**
14. **Die Fragen der einzelnen Sektionen.**
    A. Rußland,
    B. Deutschland,
    C. Italien,
    D. Bulgarien,
    E. England,
    F. Vereinigte Staaten Amerikas,
    G. Japan.
    Referenten und evtl. Korreferenten werden durch die entsprechenden Sektionen bestimmt.
15. **Genossenschaftsfrage.**
16. **Wahl der Exekutive und des Vorsitzenden der Komintern.**

Rote Hilfe

Die Solidarität der russischen Arbeiter.

Von Edmondo Peluso.

** „Anarchie, Trägheit, Unfähigkeit", diese drei Eigenschaften hat alle Welt den russischen Arbeitern nachgesagt. Die Bourgeoisie hat auf die angeblichen Charaktermerkmale des russischen Proletariats hingewiesen, um daraus vom ersten Tag der proletarischen Diktatur an die Prophezeihung des Endes des neuen proletarischen Regimes abzuleiten. Wer immer, ob nun ein ausländischer Kommunist oder sonst jemand, die Werkstätten der russischen Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Periode des wirtschaftlichen Aufbaues besucht, wird, falls er die oben bezeichneten Vorurteile hegt, große Überraschungen erleben. So haben wir beispielsweise anläßlich eines kurzen Aufenthaltes in **Rostow am Don** Gelegenheit gehabt, eine große Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen zu besichtigen („Aksai" genannt), die mehr als tausend Personen beschäftigt. Diese Fabrik, die selbst in den schwierigsten und trübsten Zeitabschnitten der Revolution ihre Arbeit auch nicht einen einzigen Tag eingestellt hat, besteht und gedeiht dank den Anstrengungen der Arbeiter selbst. Heute, da die wirtschaftlichen Verhältnisse schon viel besser sind, arbeitet alles in der Fabrik fieberhaft, jeder einzelne erfüllt gewissenhaft seine Aufgabe. Die Resultate der Selbstdisziplin springen auf den ersten Blick in die Augen.

Im Betrieb gibt es nicht mehr die Überhebungen und Schmähungen von seiten der Werkmeister. An ihrer Stelle walten sachkundige Arbeiter, die von den eigenen Genossen gewählt wurden. Ich habe mich vergebens nach herumlungernden oder müßig plaudernden Personen im Betrieb umgesehen. Überall größte Aktivität. Man arbeitet ständig an der Verbesserung der Betriebsverhältnisse. So trachtet man in der Gießerei, wo natürlich die Atmosphäre sehr ungesund ist, durch alle möglichen Mittel die Luft zu verbessern. „Der Kohlenstaub ist die schwarze Bestie, die wir vertreiben wollen", sagte uns der Genosse **Chajewski**, ehemaliger Metallarbeiter, jetzt Direktor der Fabrik, der uns zugleich alle die Vorrichtungen zeigte, die der Aufsaugung des Kohlenstaubes und der Reinigung der Luft dienen sollen.

Die Löhne der Arbeiter sind noch verhältnismäßig niedrig und ermöglichen nur ein bescheidenes Leben. Aber die Zeit des Hungers ist schon vorüber. Man hat zwar noch keinen Komfort, aber man erhält doch schon das Notwendigste. Darum ist die Masse der russischen Arbeiter hoffnungsvoll und gefestigt, erlebt sie doch von Tag zu Tag eine fortwährende Verbesserung der Lage. Wenn sie einen Blick auf den Weg der letzten zwei oder drei Jahre wirft, die hinter ihr liegen, so erkennt sie, was für ein gewaltiges Stück Weges zurückgelegt ist, der, wenn auch im Zickzack, doch ständig aufwärts geht.

Auch ist es, wenn man von den idealistischen Beweggründen bei den Handlungen der Arbeiterschaft absieht, dieses Bewußtsein der Sicherheit, und des langsam steigenden Wohlergehens, das die Arbeiter mit dem Sowjetregime immer enger verknüpft. Dazu kommt, daß das russische Proletariat fühlt, daß es von einer Welt von Feinden umgeben ist und daß es sich darüber Rechenschaft gibt, daß der Sieg des russischen Proletariats nur dann endgültig sein wird, wenn die Proletarier aller übrigen Länder seinem Beispiel folgen werden. Darum fühlen sie sich mit ihren Kampfbrüdern jenseits der Grenzen auf das tiefste verbunden, darum haben sie ein außerordentliches Interesse für alles, was sich sowohl im politischen Leben des Auslandes wie auch innerhalb deren Parteien abspielt. Wer vor russischen Arbeitern gesprochen hat und von ihnen mit einer Flut von kleinen Zetteln („Zapinski"), die an das Präsidium der Versammlung gelangen und eine Reihe von Fragen stellen, überschüttet wurde, weiß, in welch erstaunlichem Maße die proletarische Zuhörerschaft in Sojwetrußland bezüglich der allgemeinen und besonderen politischen Fragen auf dem laufenden ist.

Dieses Proletariat, das eine ganze Skala der Leiden durchgemacht hat und heute im Begriffe ist, sich langsam wiederaufzurichten, ist von einem hohen Geist der internationalen Solidarität erfüllt. Die „Mopr" (Internationale Rote Hilfe) ist in Rußland eine der populärsten Einrichtungen geworden. Sie verankert sich von Tag zu Tag mehr in der Seele des russischen Proletariats. Am 18. März dieses Jahres haben überall russische und ausländische Redner, anknüpfend an die Pariser Kommune und die Verfolgung des Proletariats außerhalb Rußland in der gegenwärtigen Zeit, zugunsten der Roten Hilfe gesprochen. Zahlreiche Zellen der „Mopr" werden gegründet. Wo dies nicht der Fall war, wurden doch Gelder für die Opfer des Weißen Terrors jenseits der Grenzen gesammelt. Man hat den russischen Arbeitern, an die man so oft appelliert hat, gesagt: „Man muß unseren Brüdern, die außerhalb Sowjetrußlands im Gefängnis sind, zu Hilfe kommen, ihren in furchtbarer Lage befindlichen Familien Unterstützung angedeihen lassen." Und die russischen Arbeiter wurden nicht müde, zu sammeln und zu opfern, haben ein weißes Gefängnis nach dem andern zum Anlaß ihrer besonderen Unterstützung genommen. Dieselben Arbeiter, die in der Roten Armee ihr Blut für die soziale Befreiung des Proletariats geopfert haben, opfern nun einen Teil ihres Lohneinkommens. Sie wissen wahrhaftig, was revolutionäre Solidarität bedeutet! Die revolutionären Kämpfer außerhalb der russischen Grenzen werden die Opferleistung der russischen Abeiter und Bauern entsprechend zu schätzen wissen.

Aufrufe

Auf zur Verteidigung der bulgarischen Arbeiter und Bauern!

Aufruf des EKKI. an die Arbeiterparteien, Bauernverbände, Arbeitergewerkschaften und Genossenschaften aller Länder.

** Die bulgarischen Weißgardisten bereiten mit lobenswertem Eifer eine neue Krise und neue Erschütterungen in Bulgarien vor. Trotz der „Amnestie", kraft deren die Regierungsagenten und Regierungswerkzeuge die Arbeiter und Bauern mißhandelten und mißhandeln, und aller Verantwortung enthoben werden, bleiben die Gefängnisse nach wie vor mit Tausenden von „Aufrührern" überfüllt. Nicht nur die ins Ausland geflüchteten Revolutionäre sind nicht wieder zurückgekehrt, sondern ihre Zahl mehrt sich unaufhörlich. Der gegen die Arbeiter und Bauern gerichtete Terror der Regierung dauert fort, wie ehedem. Grausame Mißhandlungen und sogar Tötungen sind eine alltägliche Erscheinung. Arbeiterversammlungen sind nicht gestattet und werden gewaltsam auseinandergetrieben. Das Koalitionsrecht der Arbeiter wird in grober Weise mit Füßen getreten.

Die zu Anfang des weißgardistischen Regimes in gewissen Grenzen gehaltene Offensive des Kapitals entwickelt sich jetzt mit voller Macht.

Arbeiter und Angestellte, Bauern und Handwerker fühlen in gleicher Weise die grausamen Schläge des kapitalistischen Raubsystems. Ausbeutung und Arbeitslosigkeit wachsen ständig, die Akte der Willkür sind zahllos, die Teuerung nimmt in unerhörter Weise zu. Die Regierung steht vollkommen im Dienste der gierigen Bourgeoisie, die sich als uneingeschränkte Herrin des Landes fühlt.

Die Kommunistische Partei und der Kommunistische Jugendverband sind faktisch bereits am 12. September 1923 in die Illegalität getrieben worden. Aber der tiefe Haß der werktätigen

Massen gegen die blutdürstige Bourgeoisie wurde dadurch verstärkt; die Arbeiter und Bauern haben sich noch enger um ihre Klassenorganisationen geschart und schnell eine neue Organisation — die „Partei der Werktätigen" — organisiert.

Die sich an die Macht klammernden, bankerott gewordenen Weißgardisten erwürgen nun alle Klassenorganisationen des werktätigen Volkes: nicht nur die Bulgarische Kommunistische Partei (40.000 Mitglieder) und der Kommunistische Jugendverband (30.000 Mitglieder) müssen verschwinden, sondern auch die Arbeitergewerkschaften (40.000 Mitglieder), die Allgemeine Arbeitergenossenschaft (70.000 Mitglieder) und die unabhängige „Partei der Werktätigen" müssen aufgelöst und ihr Eigentum — die Proletariergroschen — muß konfisziert werden. Die Regierung des Professors Zankow hat sich bereits mit einer derartigen Forderung an das Gericht gewandt*). Was den landwirtschaftlichen Verband betrifft, so hofft sie, diesen mit Hilfe der darin befindlichen bürgerlichen Elemente spalten und schwächen zu können.

Gleichzeitig bereitet die gesamte bürgerliche Presse, die sozialdemokratische Presse miteingeschlossen, die „öffentliche Meinung" auf diesen neuen Schlag der gegen die Klassenorganisationen des Proletariats gerichteten wütenden Kampagne vor. Durch einen wahren Sturzbach widerlicher Lügen und dick aufgetragener gefälschter Dokumente und Provokationen suchen die Weißgardisten ihre Furcht vor dem immer stärker werdenden organisierten Kampf der werktätigen Massen zu verbergen; sucht die Bourgeoisie ihr Bestreben zu verdecken, sich der sie bei ihren Raubzügen hindernden proletarischen Wirtschaftsorganisationen zu entledigen; suchen die sozialdemokratischen Hetzer ihren heimlichen Wunsch zu verbergen, mittels Desorganisation der Bewegung der Arbeiterklasse die sie verachtenden Proletariermassen dazu zu bewegen, sich ihren faschistischen Reihen anzuschließen.

Aber die Anstrengungen des blutigen Krieges der Professoren und Generale, ihrer kapitalistischen Initiatoren und sozialdemokratischen Speichellecker werden vergeblich sein.

Weder dem weißen Terror, noch der weißgardistischen kapitalistischen Offensive wird es gelingen, den Kampfgeist der Massen zu beugen. Im ganzen Lande wächst die Unzufriedenheit gegen die Tyrannen vom 9. Juni 1923.

Immer mehr schwindet der Boden unter den Füßen der Verschwörerregierung. In ihrer Mitte herrscht völlige Zersetzung. Sie macht alle zu ihren Gegnern, die durch ihre lügnerischen Versprechungen getäuscht wurden — sogar jene von ihnen, die gestern noch ihre blutigen Befehle ausführten. Die neue gegen die Organisation der Arbeiterklasse angewandte Methode wird deren Organisationskampf nicht ersticken. Die Massen werden neue Formen finden, um ihren Protest zum Ausdruck zu bringen. Wenn die Weißgardisten in ihrer Kurzsichtigkeit alle Wege zum legalen Kampf versperren, so wird die Krise im Lande dadurch nur zugespitzter, und das wird um so schneller zur einzig möglichen Lösung — zur Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung in Bulgarien führen.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale fordert alle in Arbeiterparteien, Bauernverbänden, Arbeitergewerkschaften und Genossenschaften organisierten Arbeiter und Bauern aller Länder zur Verteidigung der bulgarischen Arbeiter und Bauern und ihrer Klassenorganisationen auf.

Mögen die frechen bulgarischen Weißgardisten, die durch die bulgarischen Sozialverräter bei den organisierten Massen der Werktätigen anderer Länder Beistand und Unterstützung suchen, die Faust der internationalen Arbeitersolidarität über ihrem Haupte fühlen!

Mögen die bulgarischen Arbeiter und Bauern sich durch den Beistand ihrer Brüder in der ganzen Welt gestärkt fühlen und sich mit noch größerer Bereitwilligkeit um ihre Kampforganisation scharen, um mit erhöhter Energie den Kampf um die Arbeiter- und Bauernregierung fortzusetzen und siegreich zu beenden!

Hände weg von den Klassenorganisationen der bulgarischen Arbeiter und Bauern!

Es lebe die Macht der Arbeiter und Bauern in Bulgarien!

Es lebe die internationale Solidarität der Werktätigen!

Moskau, 27. März 1924.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

*) Das Gericht hat mittlerweile im Sinne der Wünsche des Herrn Zankow „geurteilt". (D. R.)

Buchbesprechungen

„Die Rote Reihe."*)

Von G. G. L. Alexander.

** „Die Rote Reihe", eine Reihe revolutionärer Literatur, beginnt den „Neue Deutsche Verlag" mit den drei Schriften Max Barthel, „Platz der Volksrache", A. Lindner, „Abenteuerfahrten eines Revolutionärs" und „Die Kerkermeister des Zaren" (Prozeßbericht gegen die zaristischen Gefängnisdirektoren).

Die Erzählungen Max Barthels bringen zum großen Teil Erlebnisse aus den Jahren der russischen Revolution, des Bürgerkrieges und des Wiederaufbaues. Es leuchtet in ihnen die Kraft und das Selbstbewußtsein des sich in harten Kämpfen durchsetzenden Proletariats. Stummer Trotz und Zuversicht, Gewißheit eines vollen endgültigen Sieges werden in den kleinen Triumphen zäher Tageskämpfe geboren. So im „Bahnhof von Minsk", wo wenige Arbeiter mit starken Händen eine Position halten und, auf Trümmern stehend, an den Aufbau des Neuen gehen, so im „Irak", einem Gleichnis von der internationalen Arbeitersolidarität. Ein kurzes Gleichnis: „Der Löwe" will einen Begriff geben von der Macht und Stärke der proletarischen Revolution, der russischen Revolution des Löwen von Moskau, der auf das Erwachen seiner Brüder in der ganzen Welt wartet. Auch von den Kämpfen und Nöten der deutschen Arbeiter, von dem Lebens- und Wissensdurst der jungen Proletarier, die, an die kapitalistische Ausbeutungsmaschine gefesselt, zu körperlichen und geistigen Entbehrungen verurteilt sind, erzählt Max Barthels in seinen Novellen.

Auch A. Lindners Büchlein gibt ein Stück Proletarierleben, Proletarierjugend wieder. Es ist das Tagebuch eines Arbeiters, eines Revolutionärs, im Zuchthaus der deutschen Republik geschrieben. Diese Aufzeichnungen ergreifen durch ihre Schlichtheit. Der Arbeiter gibt sein schweres Erleben ohne Sentimentalität wieder. Höchstens daß er einmal konstatiert, daß die herrlichsten Dinge, die die Erde bietet, eine schöne Landschaft, herrliche Fahrten, sich nicht genießen lassen, wenn der Hunger quält. Lindner ist der Revolutionär, der, Mitglied des Münchener Arbeiterrates, die Ermordung Eisners durch Graf Arco durch einen Mordanschlag auf Ignaz Auer, den geistigen Urheber dieses Mordes, rächen wollte. Seine Flucht nach Wien, sein Aufenthalt in Ungarn, seine Erlebnisse dort während der Räteherrschaft, seine Gefangennahme, die Auslieferung und der darauf folgende Prozeß bilden den Abschluß seiner Aufzeichnungen, die jeden Arbeiter als eines der wenigen Dokumente proletarischen Erlebens interessieren müssen.

„Die Kermeister des Zaren": ein erschütterndes Dokument von der Grausamkeit der herrschenden Klasse, die längst keine nur „russische", zaristische Grausamkeit mehr ist, denn die Kerkermeister des Kapitalismus besorgen in aller Welt dasselbe Geschäft. Aber Rußland, die Sowjetrepublik, der Arbeiterstaat, ist das einzige Land, wo ihnen der Prozeß gemacht wird. Was im Rußland des Zaren, was im Deutschland Noskes und Seekts, im Ungarn Horthys im Dunkel der Gefängnisse noch verborgen gelitten wird — alle Qualen, seelischen und körperlichen Leiden der gefangenen Revolutionäre — es wird dort zum ersten Male öffentlich gebrandmarkt, zum ersten Male werden die Urheber zur Verantwortung gezogen und öffentlich abgeurteilt. Und auch dieses Urteil des proletarischen Staates, der im Bewußtsein seiner Macht Milde und Großmut üben kann, ist ein Dokument von welthistorischer Bedeutung. Es eröffnet die Perspektive auf eine neue moralische Einstellung der siegreichen proletarischen Klasse: es zeigt sich in diesem Urteil schon die Befreiung von der Klassengebundenheit, die Auswirkung der Überwindung, der Aufhebung der Klassengesellschaft, denn dieses Urteil ist kein Klassenurteil mehr, es trägt schon das Gesicht des befreiten Menschseins. Dieses Dokument gehört in die Hand eines jeden proletarischen Kämpfers.

*) 1. Max Barthel, „Platz der Volksrache". 14 Novellen, illustriert von Karl Holtz: Preis Goldmark 0.80.

2. A. Lindner, „Abenteuerfahrten eines Revolutionärs". Mit Illustrationen: Preis Goldmark 1.—.

3. „Die Kerkermeister des Zaren." Bericht über den sensationellen Prozeß gegen die Zaristischen Gefängnisdirektoren: Preis Goldmark 0.80. „Neuer Deutscher Verlag", Berlin, W. 8, Unter den Linden 11.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 45. 15. April. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Sollen Revolutionäre in reaktionären Gewerkschaftsverbänden arbeiten? 523

Politik.
Die Nationalfrage im Südosten Europas. Von Radek 526

Deutschland.
Micum, Zechenkapital und Ruhrproletariat. Von Hansen 526

Wirtschaft.
Die finanzielle Situation Frankreichs. Von M. K. . . . 528

Arbeiterbewegung.
Der Kampf der deutschen Eisenbahner. Von Wessel . 529
Einige Feststellungen zum Textilarbeiterstreik in Bombay. Von Roy 530

Jugendbewegung.
Einberufung des IV. Kongresses der Kommunistischen Jugendinternationale 531
Resolution des EK. der KJI. über die Kriegsgefahr und die Aufgaben der KJV. 531

Rote Sportinternationale.
Die Einheit der internationalen Arbeiter-Turn- und Sportbewegung. Von Reußner 532

Weißer Schrecken.
Ein Angriff der polnischen Reaktion auf die westukrainische Arbeiterbewegung. Von Koß 533

Rote Hilfe.
Der 18. März — für die Rote Hilfe ein Schritt vorwärts! Von Wagner 534

Sollen Revolutionäre in reaktionären Gewerkschaftsverbänden arbeiten?*)

** Die deutschen „Linken" halten eine unbedingt verneinende Antwort auf diese Frage als feststehend. Ihrer Meinung nach genügen Deklamationen und zornige Ausrufe gegen die „reaktionären" und „gegenrevolutionären" Gewerkschaftsverbände (besonders „solid" und besonders dumm wirkt das bei K. Horner), um zu beweisen, daß die Arbeit der Revolutionäre, die Arbeit der Kommunisten in den gegebenen sozialchauvinistischen, Legienschen, konterrevolutionären Gewerkschaftsverbänden unnötig und sogar unerlaubt sei.

Aber wie sehr die deutschen „Linken" auch davon überzeugt sind, daß diese Taktik revolutionär sei, in Wirklichkeit ist sie grundfalsch und bedeutet nichts als leere Phrasen.

Um diese klarzulegen, will ich mit unserer Erfahrung beginnen — dem allgemeinen Plan der vorliegenden Zeilen entsprechend, die den Zweck haben, auf Westeuropa anzuwenden, was in der Geschichte und in der gegenwärtigen Taktik des Bolschewismus allgemein anwendbar, von allgemeiner Bedeutung und allgemein gültig ist.

Die Wechselbeziehungen der Führer — der Partei — der Klasse — der Massen, somit auch das Verhältnis der Diktatur des Proletariats und seiner Partei zu den Gewerkschaftsverbänden haben bei uns jetzt folgende konkrete Form angenommen: die Diktatur des Proletariats wird von dem in den Sowjets organisierten Proletariat, geführt von der Kommunistischen Partei der Bolschewiki, die nach den Angaben auf dem letzten Parteitag (April 1920) 611.000 Mitglieder zählt, verwirklicht. Die Zahl der Mitglieder schwankte wie vor, so auch nach der Oktoberrevolution sehr stark und war früher, sogar 1918 und 1919 bedeutend geringer. Wir fürchten ein übermäßiges Wachstum der Partei, denn der Regierungspartei drängen sich unvermeidlich Streber und Betrüger auf, die nur verdienen, erschossen zu werden. Das letzte Mal haben wir nun in jenen Tagen (im Winter 1919) weit die Türen der Partei geöffnet — nur für Arbeiter und Bauern —, als Judenitsch einige Werst von Petersburg und Denikin in Orel (gegen 350 Werst von Moskau entfernt) stand, das heißt als die Sowjetrepublik von einer verzweifelten, tödlichen Gefahr bedroht wurde, und als Abenteurer, Streber, Betrüger und überhaupt schwankende Menschen durch den Beitritt zur Partei nicht auf eine vorteilhafte Karriere (eher auf Galgen und Martern) rechnen konnten. Die Partei, die alljährlich Parteikongresse (der letzte 8.—23. März 1920), bei denen ein Delegierter auf 1000 Mitglieder fällt, einberuft, wird vom Zentralkomitee geleitet, das auf dem Kongreß gewählt wird und aus 19 Personen besteht. Die laufende Arbeit in Moskau wird von einem noch engeren Kollegium durchgeführt, nämlich dem sogenannten „Orbüro" (Organisationsbüro) und dem „Politbüro" (politisches Büro), die aus je fünf Mitgliedern bestehen und vom Plenum des Zentralkomitees gewählt werden. Hier haben wir daher eine echte „Oligarchie". Nicht eine einzige wichtige politische und organisatorische Frage wird in irgendeiner Regierungsinstitution unserer Republik entschieden ohne die leitenden Fingerzeige des Zentralkomitees der Partei.

Die Partei stützt sich bei ihrer Arbeit unmittelbar auf die Gewerkschaftsverbände, die jetzt, laut Angabe des letzten Kongresses (April 1920), über vier Millionen Mitglieder zählen und formal parteilos sind. Tatsächlich stehen an der Spitze aller leitenden Institutionen der ungeheueren Mehrzahl der Verbände und

*) Aus Lenin: „Der ‚Radikalismus' — die Kinderkrankheit des Kommunismus."

in erster Linie natürlich des Allrussischen Gewerkschaftsbundes oder Büros (Allrussischer Zentralrat der Gewerkschaftsverbände) Kommunisten, die alle Direktiven der Partei durchführen. Hieraus ergibt sich ein im großen und ganzen nichtkommunistischer, elastischer und verhältnismäßig breiter, überaus machtvoller proletarischer Apparat, durch den die Partei eng mit der Klasse und den Massen verbunden ist und durch den, unter Führung der Partei, die Diktatur der Klasse verwirklicht wird. Das Land regieren und die Diktatur verwirklichen, ohne engsten Zusammenhang mit den Gewerkschaftsverbänden, ohne ihre feste Unterstützung, ohne ihre aufopfernde Arbeit nicht nur bei dem wirtschaftlichen, sondern auch bei dem militärischen Aufbau, das hätten wir natürlich nicht 2½ Jahre, sondern auch nicht einmal 2½ Monate lang können. Es versteht sich, daß dieser enge Zusammenhang in der Praxis eine sehr komplizierte und verschiedenartige Arbeit bedeutet: Propaganda, Agitation, rechtzeitige und häufige Konferenzen, nicht nur mit den leitenden, sondern auch überhaupt mit den einflußreichen Arbeitern der Gewerkschaftsverbände, entschiedener Kampf gegen die Menschewiki, die bis jetzt über eine gewisse, wenn auch kleine Zahl von Anhängern verfügen, die sie zu allen möglichen konterrevolutionären Streichen veranlassen, von der ideellen Verteidigung der (bürgerlichen) Demokratie, von der Predigt der „Unabhängigkeit" der Gewerkschaftsverbände (Unabhängigkeit von der proletarischen Regierungsmacht!) an bis zur Sabotage der proletarischen Disziplin usw.

Die Verbindung mit den „Massen" vermittels der Gewerkschaftsverbände halten wir nicht für genügend. Die Praxis hat bei uns im Gange der Revolution eine solche Institution wie die parteilosen Arbeiter- und Bauernkonferenzen geschaffen, die wir auf jede Art und Weise zu unterstützen, zu entwickeln und zu erweitern suchen, um die Stimmung der Massen zu verfolgen, uns ihnen zu nähern, auf die sie bewegenden Fragen zu antworten, aus ihrer Mitte die besten Arbeiter für die Regierungsposten zu nehmen usw. In einem der letzten Dekrete über die Umwandlung des Volkskommissariats für Reichskontrolle in die „Arbeiter- und Bauerninspektion" wird es den parteilosen Konferenzen dieser Art anheimgestellt, die Mitglieder der Reichskontrolle für Revisionen verschiedener Art u. a. zu wählen.

Darauf wird die ganze leitende Arbeit der Partei vermittels der Räte durchgeführt, die die werktätigen Massen ohne Unterschied der Profession vereinen. Die Kreiskonferenz der Räte sind demokratische Institutionen, wie sie die besten der demokratischen Republiken der bürgerlichen Welt noch nicht gesehen haben, und durch diese Kongresse (die die Partei so aufmerksam wie möglich im Auge behält) wie auch durch beständige Abkommandierungen bewußter Arbeiter auf verschiedene Posten im Dorf wird die führende Rolle des Proletariats in bezug auf die Bauernschaft, wird die Diktatur des städtischen Proletariats, der systematische Kampf mit der reichen, verbürgerlichten, ausbeutenden und spekulierenden Bauernschaft usw. verwirklicht.

Das ist im allgemeinen der Mechanismus der proletarischen Staatsgewalt von „oben" betrachtet, vom Standpunkt der praktischen Verwirklichung der Diktatur. Der Leser wird hoffentlich verstehen, warum dem russischen Bolschewik, der mit diesem Mechanismus bekannt ist und der beobachtet hat, wie sich dieser Mechanismus während 25 Jahren aus kleinen illegalen, unterirdischen Kreisen entwickelte, alle Gespräche darüber, ob von „oben" oder von „unten", ob Diktatur der Führer oder Diktatur der Massen usw. als lächerlicher, kindischer Unsinn erscheinen müssen, als eine Art Streit darüber, ob dem Menschen das rechte Bein oder der linke Arm nützlicher sei.

Als ebenso lächerlicher, kindischer Unsinn muß uns das wichtigste, ungeheuer gelehrte und furchtbar revolutionäre Geschwätz der deutschen Radikalen über das Thema erscheinen, das die Kommunisten in den reaktionären Gewerkschaftsverbänden nicht arbeiten können und nicht arbeiten sollen, daß es erlaubt sei, diese Arbeit zu verweigern, daß man die Gewerkschaftsverbände verlassen und einen unbedingt ganz neuen, ganz sauberen von überaus netten (und größtenteils wahrscheinlich überaus jungen) Kommunisten ausgedachten „Arbeiterbund" schaffen müsse usw. usw.

Der Kapitalismus hinterläßt dem Sozialismus unvermeidlich einerseits alte Unterschiede zwischen den Arbeitern, Unterschiede, die der Verschiedenheit der Gewerbe und Handwerke entspringen und sich durch Jahrhunderte entwickelt haben, und andererseits Gewerkschaftsverbände, die sich nur sehr langsam, im Laufe von vielen Jahren, in breitere, weniger zunftmäßige Industrieverbände (die ganze Betriebe und nicht nur Gewerke, Handwerker und Professionen umfassen) entwickeln können und entwickeln werden und darauf vermittels dieser Betriebsverbände zur Abschaffung der Arbeitsteilung unter den Menschen zur Erziehung, Ausbildung und Vorbereitung von allseitig entwickelten und allseitig vorbereitenden Menschen, Menschen, die alles zu tun verstehen, übergehen werden. Dahin zielt der Kommunismus, dahin muß und wird er kommen, aber erst nach einer langen Reihe von Jahren. Heute den Versuch machen, diesem kommenden Resultat des vollentwickelten, vollbefestigten und geformten, vollkommen entfalteten und reifen Kommunismus praktisch vorzugreifen, ist gleichbedeutend mit dem Versuche, einem vierjährigen Kinde die höhere Mathematik beibringen zu wollen.

Wir können und müssen den Aufbau des Sozialismus nicht mit phantastischen, nicht mit von uns geschaffenem Menschenmaterial beginnen, sondern mit dem Material, das uns der Kapitalismus hinterlassen hat. Das ist ohne Zweifel sehr schwer. Aber jede andere Lösung der Aufgabe ist so wenig ernst, daß es sich nicht lohnt, darüber zu sprechen.

Die Gewerkschaftsverbände waren zu Beginn der Entwicklung des Kapitalismus ein gigantischer Fortschritt der Arbeiterklasse als Übergang von der Zersplitterung und Hilflosigkeit der Arbeiter zu den Anfängen eines Zusammenschlusses nach Klassen. Als die höchste Form der Klassenorganisationen der Arbeiterschaft, die revolutionäre Partei des Proletariats (die ihres Namens nicht wert ist, bis sie es nicht lernt, die Führer mit der Klasse und den Massen zu einem Ganzen, Untrennbaren zu vereinigen), sich zu bilden begann, begannen die Gewerkschaftsverbände unvermeidlich einige reaktionäre Züge, eine zunftartige Engherzigkeit, eine gewisse Neigung zur politischen Neutralität usw. zu offenbaren. Anders aber als durch die Gewerkschaftsverbände, als durch die Wechselwirkung von Gewerkschaftsverband und Partei der Arbeiterklasse hat sich das Proletariat nirgends in der Welt entwickelt und hat sich anders nicht entwickeln können. Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ist ein eigentlicher Schritt vorwärts, den das Proletariat als Klasse getan hat, und die Partei muß noch mehr auf eine neue, nicht auf die alte Art die Gewerkschaftsverbände erziehen, sie leiten, zugleich aber nicht vergessen, daß sie eine notwendige „Schule des Kommunismus" und eine Vorbereitungsschule zur Verwirklichung der proletarischen Diktatur, eine notwendige Vereinigung der Arbeiter zur Übernahme der Verwaltung der ganzen Wirtschaft des Landes in die Hände der Arbeiterklasse (und nicht einzelner Berufe), darauf aber in die Hände aller Werktätigen sind und noch bleiben werden.

Einige „reaktionäre Züge" der Gewerkschaftsverbände im angeführten Sinne sind in der Diktatur des Proletariats unvermeidlich. Wer das nicht begreift, der offenbart völliges Unverständnis für die Grundbedingungen des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus. Diese „reaktionären Züge" fürchten, versuchen, ohne sie auszukommen, über sie hinwegzuspringen — ist die größte Dummheit, denn das heißt die Rolle der proletarischen Avantgarde fürchten, die in der Ausbildung, der Aufklärung, der Erziehung, im Hineinziehen der rückständigen Schichten und Massen der Arbeiterklasse und Bauernschaft für ein neues Leben besteht. Andererseits wäre es ein noch größerer Fehler, die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats so lange aufzuschieben, bis auch nicht ein gewerkschaftlich beschränkter Arbeiter mit zunftmäßigen und trade-unionistischen Vorurteilen mehr übrig bleibt. Die Kunst des Politikers (und die richtige Auffassung der Aufgaben der Kommunisten) besteht gerade darin, die Bedingungen und den Augenblick zu treffen, wo die Avantgarde des Proletariats erfolgreich die Macht ergreifen kann, wo sie dabei auf genügende Unterstützung breiter Schichten der Arbeiterklasse und der nichtproletarischen werktätigen Massen rechnen kann, wo sie nachher ihre Herrschaft aufrechterhalten, befestigen, erweitern wird können durch Erziehung, Ausbildung, Heranziehung von immer breiteren Massen Werktätiger.

Weiter! In den anderen Ländern, die vorgeschrittener sind als Rußland, kam und mußte ein gewisser reaktionärer Geist unzweifelhaft viel stärker als bei uns zum Ausdruck kommen. Bei uns hatten die Menschewiki eine Stütze in den Gewerkschaftsverbänden (und haben sie zum Teil in einigen wenigen Gewerkschaftsverbänden noch jetzt) gerade infolge ihrer zunftmäßigen Beschränktheit, ihres gewerkschaftlichen Egoismus und Opportunismus. Die Menschewiki des Westens haben sich viel gründlicher in den Gewerkschaftsverbänden „festgesetzt"; dort hat sich eine stärkere Schicht der gewerkschaftlichen, beschränkten, egoistischen, harten, eigennützigen, kleinbürgerlichen, imperialistisch gestimmten, vom Imperialismus bestochenen, demoralisierten Arbeiteraristokratie herangebildet als bei uns. Das ist

unbestreitbar. Der Kampf gegen die Gompers, die Herren Jouhaux, Henderson, Merrheim, Legien u. Co. in Westeuropa ist ungleich schwieriger als der Kampf gegen unsere Menschewiki, die einen vollständig gleichartigen sozialen und politischen Typus darstellen. Dieser Kampf muß schonungslos und — wie wir das getan haben — bis zur vollständigen Diskreditierung und Vertreibung aller unverbesserlichen Führer des Opportunismus und des Sozialchauvinismus aus den Gewerkschaftsverbänden geführt werden. Man darf die politische Macht nicht ergreifen (und soll nicht versuchen, sie zu erobern), solange dieser Kampf noch nicht auf eine gewisse Stufe gebracht ist, wobei diese gewisse Stufe in verschiedenen Ländern und unter verschiedenen Umständen nicht die gleiche ist; sie richtig treffen, können nur nachdenkende, erprobte und erfahrene politische Leiter des Proletariats in jedem einzelnen Lande. (Als Maßstab für den Erfolg dienten bei uns unter anderem die Wahlen in die Konstituierende Versammlung im November 1917, wenige Tage nach der proletarischen Umwälzung vom 25. Oktober 1917 alten Stils.) Bei diesen Wahlen waren die Menschewiki aufs Haupt geschlagen worden, da sie 0,7 Millionen Stimmen — 1,4 Millionen mit Transkaukasien — erhalten hatten, gegen 9 Millionen Stimmen, die für die Bolschewiki abgegeben wurden. (Siehe meinen Artikel: „Die Wahlen in die Konstituierende Versammlung und die Diktatur des Proletariats" in Nr. 7—8 „Kommunistische Internationale".)

Aber den Kampf gegen die „Arbeiteraristokratie" führen wir im Namen der Arbeitermasse und um diese auf unsere Seite zu ziehen; den Kampf gegen die opportunistischen und sozialchauvinistischen Führer führen wir, um die Arbeiterklasse auf unsere Seite zu ziehen. Diese elementare und handgreifliche Wahrheit zu vergessen, wäre töricht. Und gerade eine solche Dummheit begehen die „linken" deutschen Kommunisten, die aus dem reaktionären und gegenrevolutionären Geist der Oberschicht der Gewerkschaften die Notwendigkeit der Parole ableiten: Austritt aus den Gewerkschaftsverbänden! Ablehnung der Arbeit in ihnen! Schaffung von neuen, ausgedachten Formen von Arbeiterorganisationen! Das ist eine solch unverzeihliche Dummheit, die gleichbedeutend ist mit dem größten Dienst, den die Kommunisten der Bourgeoisie erweisen können. Denn unsere Menschewiki sind, wie auch alle opportunistischen, sozialchauvinistischen, kautskyanischen Führer der Gewerkschaftsverbände, nichts anderes als „Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung" (was wir immer von den Menschewiki behauptet haben) oder die „Arbeiteraufseher der Kapitalistenklasse" (labour-lieutenants of the capitalist class, nach dem schönen und tiefwahren Ausdruck der Anhänger Daniel de Leones in Amerika). Innerhalb der reaktionären Gewerkschaften nicht arbeiten, heißt, die ungenügend entwickelten oder rückständigen Arbeitermassen dem Einfluß der reaktionären Führer überlassen, dem Einfluß der Agenten der Bourgeoisie, der Arbeiteraristokratie oder den „verbürgerlichten Arbeitern" (vergleiche Engels' Briefe an Marx über die englischen Arbeiter).

Gerade die sinnlose „Theorie" von der Nichtbetätigung der Kommunisten in den reaktionären Gewerkschaftsverbänden zeigt am besten, wie leichtsinnig sich diese „linken" Kommunisten zur Frage der Einwirkung auf die „Massen" verhalten, wie sie ihr Geschrei über die „Massen" mißbrauchen. Um den „Massen" zu helfen und die Unterstützung und die Sympathie der „Massen" zu erwerben, muß man nicht die Schwierigkeiten, die Intrigen, die List, die Beleidigungen und Verfolgungen seitens der „Führer" fürchten (die als Opportunisten und als Sozialchauvinisten in der Mehrzahl der Fälle direkt oder indirekt mit der Bourgeoisie und der Polizei verbunden sind) und unbedingt dort arbeiten, wo die Masse ist. Man muß Opfer zu bringen, die größten Hindernisse zu überwinden verstehen, um systematisch, beharrlich, hartnäckig und geduldig gerade in den Institutionen, Vereinen, Verbänden zu propagieren und zu agitieren, wo proletarische oder halbproletarische Massen sind, auch wenn diese Organisationen die allerreaktionärsten sind. Die Gewerkschaften und die Arbeiterkooperative aber (diese letzteren wenigstens bisweilen), das sind gerade Organisationen, wo die Massen sind. In England hat sich die Mitgliederzahl der Trade Union, laut Angabe der schwedischen Zeitung „Folkets Dagen Politiken" (vom 10. März 1919), seit Ende 1917 bis Ende 1918 von 5,5 auf 6,6 Millionen erhöht, das heißt sich um 19% vergrößert. Am Schlusse des Jahres 1919 betrug sie 7½ Millionen. Ich habe nicht die entsprechenden Angaben über Frankreich und Deutschland bei der Hand, aber ganz unbestreitbar und allgemein sind die Tatsachen, die von dem großen Anwachsen der Mitgliederzahl der Gewerkschaftsverbände in diesen Ländern zeugen.

Diese Tatsachen sprechen am deutlichsten davon, was von tausend anderen Anzeichen bestätigt wird: dem Wachstum des Klassenbewußtseins und des Strebens nach Organisation gerade in den proletarischen Massen, den „Unterschichten", den Rückständigen. Millionen Arbeiter in England, Frankreich, Deutschland gehen zum ersten Male von vollständiger Unorganisiertheit zur elementaren, niederen, einfachsten, zugänglichsten (für diejenigen, die noch mit bürgerlich-demokratischen Vorurteilen durchtränkt sind) Organisationsform, nämlich zu den Gewerkschaftsverbänden über, und die revolutionären, aber unverständigen linken Kommunisten stehen daneben, schreien: „die Masse!", „die Masse!" und lehnen es ab, innerhalb der Gewerkschaftsverbände zu arbeiten! Lehnen dies unter dem Vorwande des „reaktionären Geistes" der Gewerkschaftsverbände ab, denken einen neuen, sauberen „Arbeitsbund" aus, der bürgerliche, demokratische Vorurteile und geschäftliche und gewerkschaftliche Sünden nicht kennt, einen Arbeiterbund, der breit sein wird (wird!) und als dessen Bedingung zum Eintritt nur (nur!) die „Anerkennung des Sowjetssystems und der Diktatur" gestellt wird!

Einen größeren Unverstand, einen größeren Schaden für die Revolution als den, den die „linken" Revolutionäre anrichten, kann man sich nicht vorstellen. Wenn wir gegenwärtig in Rußland nach 2½ Jahren nie dagewesener Siege über die Bourgeoisie sie Rußlands und der Entente für den Eintritt in die Gewerkschaftsverbände die „Anerkennung der Diktatur" zur Bedingung machen würden, so würden wir eine Dummheit begehen, würden wir unseren Einfluß auf die Massen vermindern, würden wir den Menschewiki an die Hand gehen. Denn die ganze Aufgabe der Kommunisten besteht darin — die Rückständigen zu überzeugen, zu verstehen, unter ihnen zu arbeiten, nicht aber sich von ihnen durch ausgedachte, kindische „linke" Losungen abzusondern.

Kein Zweifel, die Herren Henderson, Gompers, Jouhaux, Legien sind solchen „linken" Revolutionären sehr dankbar, die, wie die deutsche grundsätzliche Opposition (bewahre uns der Himmel vor solcher Grundsätzlichkeit!) oder einige Revolutionäre aus der Zahl der amerikanischen „Industriearbeiter der Welt", den Austritt aus den reaktionären Gewerkschaftsverbänden und die Ablehnung der Arbeit in ihnen predigen. Kein Zweifel, die Herren „Führer" des Opportunismus werden zu allerhand Kniffen der bürgerlichen Diplomatie, zur Hilfe der bürgerlichen Regierungen, Pfaffen, Polizei, Gerichte ihre Zuflucht nehmen, um den Kommunisten den Weg in die Gewerkschaftsverbände zu sperren, um sie innerhalb der Gewerkschaftsverbände möglichst unangenehm zu machen, um sie zu beleidigen, zu hetzen und zu verfolgen. Man muß es verstehen, dem allen Widerstand zu leisten, sich zu jedem und allen Opfern zu entschließen und (wenn es nötig ist) sogar List, Schlauheit, illegale Methoden, Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit anzuwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen. Unter dem Zarismus bis 1905 hatten wir gar keine „legalen Möglichkeiten", als aber Subatow, ein Agent der Geheimpolizei, Arbeiterversammlungen vom Typus der „Schwarzen Hundert" und Arbeitervereine organisierte, um die Revolutionäre einzufangen und gegen sie zu kämpfen, schickten wir in diese Versammlungen und in diese Vereine die Mitglieder unserer Partei (ich persönlich erinnere mich aus ihrer Reihe des Genossen Babuschkin, eines hervorragenden Petersburger Arbeiters, der vom Zarengeneral im Jahre 1906 erschossen worden ist), die die Verbindung mit der Masse herstellten, auch hier zu agitieren verstanden und die Arbeiter dem Einfluß der Sabotowschen Agenten entrissen*).

Natürlich in Westeuropa, das von besonders stark eingewurzelten legalistischen, konstitutionellen, bürgerlich-demokratischen Vorurteilen durchtränkt ist, ist das schwerer zu verwirklichen. Aber es kann und muß systematisch durchgeführt werden.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale muß, meiner Ansicht nach, die Politik der Nichtbeteiligung an den reaktionären Gewerkschaftsverbänden direkt ablehnen und dem nächsten Kongreß der Kommunistischen Internationale vorschlagen, sie zu verurteilen (mit ausführlicher Motivierung der Unverständlichkeit einer Nichtbeteiligung und ihrer äußersten

---

*) Die Gompers, Henderson, Jouhaux, Legien — sie sind dieselben Subatow, die sich von unserem Subatow nur durch das europäische Kostüm und den europäischen Schliff, durch zivilisierte, verfeinerte, demokratisch beleckte Methoden der Durchführung ihrer schändlichen Politik unterscheiden.

Schädlichkeit für die Sache der proletarischen Revolution); ebenso muß das Verhalten der holländischen Tribunisten verurteilt werden, die, einerlei ob direkt oder indirekt, offen oder verhüllt, ganz oder zum Teil, diese falsche Politik unterstützt haben. Die III. Internationale muß mit der Taktik der II. Internationale brechen und die wunden Fragen nicht umgehen, nicht vertuschen, sondern sie in ihrer ganzen Schärfe aufwerfen. Die ganze Wahrheit ist den „Unabhängigen" (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) ins Gesicht gesagt worden, die ganze Wahrheit muß auch den „linken" Kommunisten ins Gesicht gesagt werden.

Politik

Die Nationalfrage im Südosten Europas.

Von Karl Radek.

** Der Abbruch der Verhandlungen der Sowjetdelegation mit der Delegation der rumänischen Bojaren über eine Volksabstimmung in Bessarabien hat eine viel größere Bedeutung, als man es auf den ersten Blick glauben könnte. Er ist nur das Vorspiel von diplomatischen Kämpfen, die eine Frage auf die Tagesordnung bringen werden, die nicht nur die rumänischen Bojaren, sondern die ganze kapitalistische Welt zur Stellungnahme zwingen wird, und zwar die Frage über das Schicksal der südeuropäischen Völker.

Die Siegerstaaten der Entente haben die südeuropäische Frage ebensowenig gelöst, wie die Kriegspläne Deutschlands eine Lösung enthielten, als es sich noch auf der Höhe seiner Macht befand. Deutschland und Österreich-Ungarn betrachteten den Südosten Europas als eine Brücke, die sie mit dem nahen Osten verbindet. Die Völker Südosteuropas betrachteten sie als die Pfeiler, auf die sich diese Brücke stützt. Sie taten alles, um diese Pfeiler zu befestigen. Zu diesem Zwecke verschenkten sie (Österreich und Deutschland) Mazedonien an Bulgarien, versprachen sie, Bessarabien unter die Botmäßigkeit Rumäniens zu stellen, und lieferten den übrigen Teil Serbiens dem österreichisch-ungarischen Imperialismus aus. Der sozialdemokratische Herold des österreichischen Imperialismus, Herr Renner, schüttete sein Herz am Tage der serbischen Niederlage am Amselfeld in einem lyrisch-historischen Artikel aus, worin er den Serben zu beweisen versuchte, daß der Verlust der nationalen Selbständigkeit in der Periode des Imperialismus kein allzu wichtiges Ereignis sei, die Hauptsache sei, daß das serbische Volk bewahrt bleibe, sei es nur als Kanonenfutter und Arbeitsvieh des österreichischen Imperialismus.

Die Entente folgte nach ihrem Siege den Fußstapfen des österreichischen und deutschen Imperialismus: sie befestigte die Pfeiler ihrer Brücke in der Weise, daß sie bedeutende Gebiete Bulgariens zum Teil den Serben, zum andern Teil den Rumänen auslieferte und die rumänischen Bojaren zum Raub Bessarabiens beglückwünschte. Infolgedessen gibt es nun in Serbien eine Nationalfrage und in Rumänien eine Reihe von Nationalfragen. Keiner von beiden Staaten ist ein einstämmiger Nationalstaat, beide sind Nationalitätstaaten. In Serbien unterdrückt eine kleine Clique von Belgrader Advokaten: Kroaten und Mazedonier, in Rumänien unterdrücken die Bojaren: Bulgaren, Deutsche, ukrainische Moldauer, Juden. Die durch den Krieg erweckten Volksmassen dieser Länder erheben ihr Haupt und versuchen, ihre Fesseln zu sprengen. Besonders in Rumänien ist die Nationalitätenfrage mit der Frage der Befreiung der Bauern vom Joch der Großgrundbesitzer verknüpft. Diese Frage ist die Frage der Bauernrevolutionen in Südosteuropa.

Geht diese Frage die Sowjetunion an? Ja, sie geht sie an, und zwar nicht nur, weil wir ein revolutionärer Staat sind, sondern auch deshalb, weil die Sowjetunion nicht einen neuen Namen für das alte Rußland darstellt, sondern einen Bund jener Völker, die das Joch der Grundbesitzer und Kapitalisten abgeschüttelt haben, gleichzeitig die Privilegien des großrussischen Volkes liquidierten und einen brüderlichen Verband der auf dem Territorium des ehemaligen Zarenreiches wohnhaften Völker errichteten. Die Union der Sowjetrepubliken ist keine Fortsetzung der zaristischen Politik. Sie erkannte und erkennt Lettland, Estland, Litauen, Polen an, insoweit sie Staaten solcher Nationalitäten sind, die früher vom Zarismus unterdrückt waren. Aber aus welchem Grunde sollte die Sowjetunion die an den Moldauern und Ukrainern verübte Gewalt und den Betrug der rumänischen Bojaren anerkennen? Selbst wenn wir mit Rücksicht auf die Kräfteverhältnisse zuweilen gezwungen sind, die Tatsache solcher Gewalttätigkeiten anzuerkennen, wie wir es Polen gegenüber taten, das Weißrussen und Ukrainer unterjocht, so betrachten wir den Kampf der unterdrückten Nationalitäten unaufhörlich als einen gerechten Kampf und stehen moralisch und politisch in jeder Weise an der Seite dieses Kampfes.

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien begannen in dem Augenblicke, da es Sowjetrußland infolge seiner militärischen Stärke gestattet war, von der moralischen Sympathie zur politischen Unterstützung überzugehen. Die Sowjetunion ist stark genug, um sich weigern zu können, die Tatsache des rumänischen Raubes anzuerkennen und um vor Europa die Forderung einer Volksabstimmung über die nationale Frage im Südosten als politische Handlung zu erheben. Die Volksmassen der Sowjetunion, deren Brüder unter dem nationalen Joche der rumänischen Bojaren schmachten, hatten das Recht, von der Sowjetregierung zu verlangen, daß sie die Verteidigung der Ukrainer und Moldauer übernehme. Die Sowjetregierung hat dies getan, und schleuderte diesen Schlachtruf in das südöstliche Europa. Sie zeigte den arbeitenden Massen dieser Länder, daß es neben ihrer Unterordnung durch eine privilegierte Großmachtclique noch eine andere Form des Zusammenlebens der Völker gibt, und daß diese Form der freiwillige Bund der Völker ist, die die Ketten des Imperialismus, der Herrschaft der Großgrundbesitzer von sich geworfen haben. Sowjetrußland hat einen Vorstoß in einer Frage unternommen, die heranreift, und die beim Umbau Europas auf neuen Grundlagen eine gewaltige revolutionäre Rolle spielen wird. Ob die Volksmassen diesen Umbau in der nächsten Zeit durchsetzen werden oder ob ihnen noch ein langer Kampf bevorsteht, das wissen wir nicht. Und dennoch erscheint die Politik der Sowjetunion als eine revolutionäre Realpolitik. Revolutionäre Realpolitik besteht aber nicht darin, hinter einem vorübergehenden Augenblickserfolg herzujagen, sondern darin, erst die realen Elemente der Lösung einer Frage, die treibenden Kräfte des geschichtlichen Prozesses herauszufühlen und sich dann auf diese Kräfte zu stützen.

Deutschland

Micum, Zechenkapital und Ruhrproletariat.

Von Hansen (Düsseldorf).

** Der Weltkrieg endete mit Versailles und der Ruhrkrieg wurde abgeschlossen mit dem Micumabkommen. Durch dieses Abkommen erreichte das französische Schwerkapital die Lieferung unbezahlter Ruhrkohle zum Aufbau der französischen Schwerindustrie, die ihm eine großzügige Ausbeutung der durch den Frieden von Versailles dem deutschen Imperialismus ebenfalls entrissenen lothringischen Erzvorkommen ermöglichte.

Seit dem 15. April sind die bisherigen Micumabkommen abgelaufen und damit ist für das rheinisch-westfälische Schwerkapital die Frage aufgeworfen, ob es dieses erneuern oder den passiven Widerstand wieder neuinszenieren soll. Durch die bürgerliche und sozialdemokratische Presse geht eine Artikelflucht, die zu beweisen versucht, daß erstens das Rhein- und Ruhrgebiet durch die Micumverträge zum alleinigen Träger der Reparationslasten geworden sei und daß zweitens die Micumverträge den Ruhrbergbau so stark belasteten, daß das gesamte deutsche Kapital des Ruhrbergbaues in fünf Jahren aufgezehrt sein werde und die Bergwerke in ausländischen Besitz übergehen müßten und daß deshalb der Ruhrbergbau im Einvernehmen mit der Reichsregierung jede Verlängerung der Micumverträge ablehnen müsse. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse stützt sich hierbei auf eine Berechnung der Sechserkommission des Bergbaues, die die Verhandlungen mit der Micum führte und die in einer sehr komplizierten Aufstellung angeblich nachgewiesen hatte, daß das Zechenkapital an jeder Tonne geförderter Kohle 5 Mark Verlust tragen müsse. Untersuchen wir hier deshalb, wie hoch die Lasten der Micumabkommen für den Ruhrbergbau sind, wie und wohin das Zechenkapital die Micumlasten in Wirklichkeit abgewälzt hat.

Nach dem Micumabkommen für den Ruhrbergbau sollte der Ruhrbergbau bis zum 31. März 27% der Nutzförderung zur Gutschreibung auf Reparationskonto nach Frankreich liefern. Vom 1. April ab trat eine neue Regelung ein, und zwar in der Form, daß vom 1. April die gesamte vom Wiederherstellungsausschuß festgesetzte Kohlenmenge nach Frankreich abzuführen sei. Diese

vom Wiederherstellungsausschuß festgesetzte Kohlenmenge bezieht sich auf die tatsächliche Nutzförderung im Jahre 1921. Im Jahre 1921 betrug diese im besetzten Gebiet (Gesamtförderung abzüglich des Zechenselbstverbrauches) im besetzten Gebiet 75,5 Millionen Tonnen, also monatlich 6,37 Millionen Tonnen. Vom 1. April ab sollen 1,73 Millionen Tonnen Kohle monatlich zu Wiederherstellungszwecken nach Frankreich rollen. Das sind rund 27% der Nutzförderung von 1921. Nach einem Wochenbericht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" („DAZ.") über die Nutzförderung im Monat März dieses Jahres werden diese Mengen prozentual nicht mehr betragen als die vor dem 1. April gelieferten Mengen, denn der Ruhrbergbau hat augenblicklich die Höhe der Förderung von 1921 wieder erreicht. Für die Zukunft wird also die Belastung des Ruhrbergbaues weiterhin 27% der Nutzförderung ausmachen. Wie stark belasten diese 27% das Zechenkapital, und stimmt die Rechnung der Sechserkommission, daß das Zechenkapital im Ruhrbergbau augenblicklich mit Verlust arbeitet?

Nach der „DAZ." wies die Schichtleistung der Bergarbeiter gegenüber der Vorkriegszeit eine wesentliche Steigerung auf. Die Kopfschichtleistung im Ruhrbergbau betrug vor dem Kriege 0,75 Tonnen und heute beträgt sie nach der „DAZ." 0,85 Tonnen. Für diese vermehrte Schichtleistung bekommt der Bergmann laut Tarif 4,80 Mark Schichtlohn und nicht, wie die Aufstellung der Sechserkommission angibt, 5,15 Mark. Diese 4,80 Mark mal 0,85 Tonne ergeben pro Tonne Kohle an Lohnkosten rund 5,65 Mark. Die Aufstellung der Sechserkommission des Bergbaues gibt 6,06 Mark an. Dazu kommen nach der Berechnung der Sechserkommission 13% für Beamtengehälter, also rund 73 Pfennig. Mit den Lohnkosten zusammen 6,38 Mark. Diese Berechnung ergibt schon gegenüber der Aufstellung der Sechserkommission des Zechenkapitals eine bedeutend geringere Höhe der Lohn- und Gehaltskosten für die geförderte Tonne Kohle. Denn hier hat diie Sechserkommission schon 6,85 Mark herausgerechnet. Diese Summe von 6,38 Mark an Lohn- und Gehaltskosten vermindert sich um den 10prozentigen Steuerabzug. Nach Angaben bürgerlicher Quellen und des deutschen Finanzministers zahlt das Zechenkapital heute überhaupt keine Steuern an den deutschen Staat und führt ebenfalls nicht die 10prozentige Lohn- und Gehaltssteuer an den deutschen Staat ab. Sie fließt in die Kassen des Zechenkapitals. Zieht man diese Summe von den Lohn- und Gehaltskosten für die Tonne Kohle ab, so reduzieren sich diese auf 5,76 Mark, während die Berechnung der Sechserkommission 6,85 Mark an Lohn- und Gehaltskosten angibt. Schon eine ansehnliche Differenz, die zeigt, daß die Kohlenbarone ihre Rechnung dadurch schmackhaft zu machen versuchen, daß sie höhere Löhne als die wirklich gezahlten angeben und dazu ihren Steuerbetrug vertuschen. Die in der Aufstellung der Sechserkommission hinzukommenden Knappschaftsbeiträge pro Tonne geförderter Kohle betragen 1,30 Mark. Sie sollen hier nicht angezweifelt werden. Einen Geniestreich im Schwindeln leistet sich die Sechserkommission aber, wenn sie die allgemeinen Materialkosten pro Tonne Kohle von 2,70 Mark in der Vorkriegszeit auf jetzt 4,05 Mark in ihrer Rechnung erhöht. Diese Erhöhung gegenüber der Vorkriegszeit wird begründet mit der eingetretenen Preissteigerung für alle im Bergbau benötigten Materialien. Nun können die Materialkosten der Vorkriegszeit nicht als Maßstab dienen, weil im Verhältnis zur Vorkriegszeit im Ruhrbergbau an allen Ecken und Enden, insbesondere im Gesundheitsdienst bezüglich der Beachtung der Fördervorschriften und auch der Erneuerung der Materialien stark gespart wird. Doch diese Vorkriegssumme, die aus diesen Gründen nicht als Maßstab dienen kann, erhöht die Sechserkommission noch auf 4,05 Mark. Wir wollen hier nicht lange die eingetretenen Preissteigerungen überprüfen. Hier soll als Ausgleich für die Minderung der Materialunkosten der Menge nach und der Erhöhung der Materialunkosten dem Preise nach der alte Satz der Vorkriegszeit auch für heute gelten, was sicherlich eher zu hoch, als zu niedrig gegriffen ist. Die Aufstellung der Sechserkommission rechnet dann für jede Tonne Kohle 0,58 Mark Gemeinde- und Staatssteuern, die aber glatt gestrichen werden müssen, da der Ruhrbergbau nach Zeugnis des deutschen Finanzministers überhaupt keine Steuern zahlt. Dazu dann — diese Zahl als richtig angenommen — für allgemeine Unkosten 1 Mark.

Das wären rund 5,75 Mark Lohn- und Gehaltskosten, 2.70 Mark Materialkosten, 1,30 Mark für Knappschaftsbeiträge, für allgemeine Unkosten 1 Mark, das macht zusammen 10.75 Mark Selbstkostenpreis pro Tonne geförderte Kohle, und nicht, wie die Berechnung der Sechserkommission angibt, 13.80 Mark. Zu dem von ihr errechneten Selbstkostenpreis schlägt die Sechserkommission dann noch 10% für Abschreibungen. Das ist entschieden zu hoch. Aber selbst das als richtig angenommen, beträgt dann unser Gesamtselbstkostenpreis rund 11,80 Mark gegenüber einem solchen von 15,15 Mark der Sechserkommission.

Also kosten 100 Tonnen Kohle an Gesamtselbstkosten 1180 Mark. Da hiervon an Selbstverbrauch und unbezahlter Deputatkohle 13 Tonnen abgehen, bleibt von 100 Tonnen geförderter Kohle eine Nutzförderung von 87 Tonnen. Hiervon erhält die Micum rund 23,5 Tonnen, so daß den Zechen von 100 Tonnen 63,5 zum Verkauf bleiben. Diese zum Verkauf verfügbaren 63,5 Tonnen kosten den Zechen nach unserer Berechnung dann 1180 Mark, das ergibt einen Selbstkostenpreis von 18,65 Mark, während die Sechserkommission rund 23,80 Mark als Gestehungspreis für die Tonne verkaufbarer Kohle errechnet. Dazu treten an rückständiger Kohlensteuer 3 Mark, und an laufender Kohlensteuer 1,60 Mark, zusammen 4,60 Mark, die mit den Gestehungskosten dann einen Gesamtkostenpreis von 23,25 Mark pro Tonne verkaufbarer Kohle ergibt, während die Sechserkommission 28,47 Mark angibt. Der Durchschnittsverkaufspreis pro Tonne Kohle beträgt 21 Mark, so daß sich pro Tonne verkaufbarer Kohle nicht ein Verlust von 8,30 Mark, sondern nach unserer Berechnung nur ein Verlust von 2,25 Mark ergibt. Berechnet auf die Gesamtförderung, sind das 1,40 Mark Verlust pro Tonne geförderte Kohle, während die Sechserkommission 5 Mark hier angibt. Was bleibt da von der Milchmädchenrechnung der Sechserkommission? Dabei haben wir nur die Posten korrigiert, in denen offenkundiger Schwindel zutage trat. Der Posten „Allgemeine Unkosten" wäre einer eingehenden Kritik noch zu unterziehen, ebenfalls sind die Knappschaftsbeiträge nicht in ihrer von der Sechserkommission angegebenen Höhe eingehend belegt. Dazu kommt, daß der oben angegebene Kohlenpreis der Durchschnittspreis und die angegebenen Förderleistungen ebenfalls Durchschnitt sind. Die Zechen, die Kohle hoher Qualität fördern, sind jedenfalls bedeutend besser gestellt.

Eine noch eingehendere Berechnung würde ergeben, daß das Zechenkapital im Ruhrbergbau augenblicklich doch noch verdient, wenn auch nicht in dem Maße, wie vor dem Ruhrkriege. Schon die Tatsache, daß der oben angebene Zechenverkaufspreis für die Ruhrkohle rund 73% über dem Vorkriegspreise steht, muß jedem klar machen, daß die Verlustrechnung der Zechenbarone nicht stimmen kann. Zudem hat der Ruhrbergbau, wie oben angegeben, die Förderung des Jahres 1921 erreicht, trotzdem noch rund 100.000 Bergarbeiter im Ruhrgebiet erwerbslos sind, und die heutigen Reallöhne im Ruhrbergbau angesichts der Reduktion der Nominallöhne auf 4,80 Mark und angesichts der Verteuerung der Lebenshaltungskosten um rund 30% gegenüber der Vorkriegszeit und der gestiegenen Kopfschichtleistung auf höchstens 50% der Reallöhne der Vorkriegszeit gesunken sind. Das Zechenkapital hat es ausgezeichnet verstanden, dem Ruhrproletariat alle Lasten der Micumverträge aufzubürden. Wenn jetzt die bürgerliche und sozialdemokratische Presse für das Zechenkapital gegen das Micumabkommen Sturm läuft, dann nicht, weil ihr das Los des Ruhrproletariats am Herzen liegt, sondern nur, weil sie die Profitinteressen des Zechenkapitals vertritt, und dieses darnach strebt, seinen Anteil an der Ausbeutung des Ruhrproletariats zu vergrößern. Käme eine Minderung der Micumlast bei den jetzigen Micumverhandlungen heraus, so würde das nicht zu einer Besserung der Lage des Ruhrproletariats, sondern zur Vergrößerung der Profite des Zechenkapitals führen. Deshalb ist es Verrat am Ruhrproletariat, wenn die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie Arm in Arm mit dem Zechenkapital die Micum um eine Minderung der Micumlasten ersucht. Ob die Zechenbarone 27% oder weniger ihrer Kohlenförderung nach Frankreich liefern, sie werden das Ruhrproletariat noch mehr auszubeuten, seine Löhne noch mehr zu kürzen und die Arbeitszeit noch mehr zu verlängern suchen.

Wird es nun wieder zu einem passiven Widerstand, zu einer Verweigerung des rheinisch-westfälischen Kapitals, die Micumverträge zu erneuern, kommen? Diese Frage ist nicht nur eine Frage des Profits des Zechenkapitals, sondern sie ist eng verknüpft mit der gesamten Lage der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie.

(Schluß folgt.)

Wirtschaft

Die finanzielle Situation Frankreichs.

Von M. K. (Paris).

** Es gibt keinen Ausweg aus der finanziellen Krise in Frankreich. Die Machthaber Frankreichs lügen, wenn sie erklären, daß sie das Gleichgewicht des Budgets herstellen, den Franken endgültig stabilisieren und die ungeheure öffentliche Schuld tilgen können, falls sie sich nicht zur einschneidenden Besteuerung der Besitzenden entschließen. Aber keine bürgerliche Regierung, ob nun der Rechten oder der Linken, wird zu diesem Mittel greifen, und so ist kein Ende der Inflation abzusehen.

Die öffentliche Schuld.

Nach den offiziellen Ziffern, die seitens des Finanzministeriums der Finanzkommission der Kammer mitgeteilt wurden, betrug die öffentliche Schuld am 1. März d. J. 427 Milliarden Franken. 1914 betrug sie ungefähr 30 Milliarden Franken. Am 16. November 1919, als der nationale Block die Macht ergriff, war sie auf 212 Milliarden Franken gestiegen, davon betrug die innere Schuld 170 Milliarden, die äußere Schuld 42 Milliarden. Seither ist also die Staatsschuld, wie offiziell zugegeben wird, auf mehr als das Doppelte gestiegen.

In Wirklichkeit können weder das Finanzministerium noch Parlamentarier, noch Volkswirtschaftler den genauen Betrag der französischen Staatsschulden richtig feststellen.

Der offiziellen Zahl von 273 Milliarden Franken, die die innere Schuld ausmacht, sind die sogenannten „wiedereinbringlichen" Ausgaben hinzuzufügen, die für den Wiederaufbau, die Einsenbahnschuld usw. verwendet werden, und schließlich noch das Budgetdefizit, über das sich Senat und Regierung angesichts der offenkundigen Verfälschungen der veranschlagten Beträge noch nicht einigen konnten.

Dazu kommen noch die neuen Banknotenausgaben (in der ersten Märzwoche wurde eine Milliarde Banknoten in Umlauf gesetzt) sowie noch andere Beträge wie die unregelmäßigen Vorschüsse seitens der Banken an den Staatsschatz.

Was die äußere Schuld betrifft (nach offizieller Angabe 154 Milliarden), so schwillt sie in demselben Maße an wie unsere Währung sich verschlechtert. Denn die gegenüber England und den Vereinigten Staaten eingegangenen Schuldverpflichtungen wurden von den Gläubigern vorsichtigerweise in Pfund und Dollars festgesetzt. Nach der Angabe des englischen Schatzkanzlers am 4. März beträgt die französische Schuld gegenüber Großbritannien 622 Millionen Pfund Sterling.

Die äußere Schuld vergrößert sich überdies um den Betrag der Zinsen, die Frankreich nicht zahlt. Schließlich darf die wunderbare Anleihe des Herrn Poincaré nicht vergessen werden, die er jüngst bei den Banken der City von London (5 Millionen Pfund Sterling) und bei dem amerikanischen Bankkonsortium, an dessen Spitze Pierpont Morgan steht (100 Millionen Dollar), gemacht hat, wobei wir uns auf die in der Presse veröffentlichten ungenauen Ziffern beziehen.

Aus alldem ersieht man, daß die allgemeine Schuld tatsächlich nicht errechenbar ist. Sie dürfte sich ungefähr um 600 Milliarden Franken herum bewegen. Wenn ein Riesenunternehmen so ungeheuer verschuldet ist, daß es sich nur mehr mit künstlichen Mitteln aufrechthält, steht es vor dem Bankrott.

Wenn wir einen Zinsfuß von 5% zugrunde legen, so macht der Zinsendienst für die öffentliche Schuld 25 Milliarden Franken aus. Der gewaltige Betrag der Schuld ist auch die Hauptursache des Budgetdefizits.

Das Defizit des Budgets.

Die Schätzung der Einnahmen pro 1924 bewegt sich zwischen 22 und 24 Milliarden Franken.

Welches sind die Ausgaben? Im Jahre 1913 betrugen die Ausgaben etwas über 5 Milliarden Franken, wovon 1300 Millionen auf den Schuldendienst entfielen. Im Jahre 1923 betragen die Ausgaben 23.400 Millionen, wovon 12 Milliarden im Budget unter dem Titel des Schuldendienstes figurieren. Jedoch weitere 12 Milliarden dienen in der Form von Schatzscheinen zur Bedeckung der nicht in das Budget eingestellten Ausgaben (für den Schuldendienst).

An Einnahmen 22 oder 24 Milliarden Franken — 24 oder 25 Milliarden Franken an Ausgaben bloß für den Schuldendienst: Wer kann es unter solchen Umständen wagen, von der möglichen Herstellung des Budgetgleichgewichtes zu sprechen?

Die Erzielung von Ersparnissen ist eine Illusion, sofern man nicht diese Ersparnisse bei der Armee, der Marine, der Besetzung des Rheinlandes und den Subsidien (Anleihen) für die kleine Entente macht. Das wird man nicht tun. Man scharrt einige Millionen auf Kosten der armen Pensionäre und Funktionäre zusammen; aber es fehlen 13 Milliarden.

Die vom Nationalen Block durchgebrachten 7 Milliarden neuer Steuern werden zwar nicht das Loch des Defizits verstopfen, ebensowenig wie dies die 9½ Milliarden neuer fiskalischer Lasten im Jahre 1920 vermocht haben, aber sie werden die arbeitenden Massen in unerträglicher Weise belasten.

Das Defizit des Budgets muß weiter wachsen. Das Budget der sogenannten wiedereinbringlichen Ausgaben, für die Deutschland haftet und in denen die Kriegspensionen sowie der Wiederaufbau der befreiten Gebiete einbegriffen sind, erreicht in diesem Jahr den Betrag von 12 Milliarden. Was aber fließt tatsächlich gegenüber diesen 12 Milliarden ein? Kaum 2 Milliarden. So werden die laufenden Schulden noch um 10 Milliarden, die im Wege der Anleihe bedeckt werden müssen, vergrößert.

Daher muß sich die öffentliche Schuld im Laufe der nächsten Jahre allmählich um mindestens 20 bis 25 Milliarden vermehren. Kann das kapitalistische und imperialistische Regime einen Ausweg aus dieser Sackgasse finden?

Die deutschen Zahlungen und das französische Defizit.

Wenn wir von der Möglichkeit ausgehen, daß Deutschland die 132 Milliarden Goldmark, deren Zahlung ihm auf der Londoner Konferenz auferlegt wurde, abträgt, so erhielte Frankreich ungefähr 52% davon, das ist 124 Milliarden Franken. Es bliebe also noch immer in ungeheurer Weise verschuldet.

In der Tat aber hat Frankreich seit 1919 ungefähr 1800 Millionen Goldmark empfangen, wovon drei Viertel für die Besatzungskosten aufgezehrt wurden.

In dem glorreichen Jahr der Ruhrbesetzung hat Frankreich bloß 12½ Millionen Goldmark erhalten. Der gefallene Herr de Lastéyrie faselte davon, daß die Ruhrbesetzung dem Budget 510 Millionen gebracht hätte.

Wie immer man die Frage der Sanierung der französischen Staatsfinanzen stellt, sie bleibt unlösbar, falls man nicht das Kapital scharf anpackt. Das aber ist eine revolutionäre Lösung. Die Bourgeoisie kennt nur das Mittel der Steuererhöhung.

Die Besteuerung von Kapital und Arbeit.

Wer zahlt den größten Teil der Steuern? Es sind in erster Linie die 8 Millionen Arbeiter und Angestellten in den Städten. Während immerhin der übrigens auch stark belastete Bauer einen Teil seiner Nahrung aus dem eigenen Boden gewinnt, müssen jene 8 Millionen, die alles, was sie konsumieren, kaufen, müssen tagtäglich unter allen möglichen Formen für den Staat steuern. Die Verbrauchsabgaben betragen mehr als die Hälfte der finanziellen Einnahmsquellen des Staates.

Der Reichtum bestreitet nicht einmal ein Achtel der Staatseinnahmen. Die Besteuerung der landwirtschaftlichen Gewinne ist von 2,400.000 Franken im Jahre 1919 auf 29 Millionen im Jahre 1923 gestiegen. Man vergleiche damit den Betrag der Steuer auf das Lohneinkommen der Arbeiter und Angestellten: er ist von 63 Millionen Franken im Jahre 1916 auf 220 Millionen im Jahre 1923 gestiegen.

Die Steuer auf die Handelsgewinne ist von 299 Millionen im Jahre 1919 auf 1 Milliarde 515 Millionen gestiegen. Selbstverständlich werden die Steuern aus Industrie und Handel auf die Masse der Verbraucher abgewälzt, so daß diese noch mehr belastet sind.

Was die Besteuerung der Kriegsgewinne betrifft, so wurden an Stelle der 16 Milliarden, die vorgeschrieben waren, bloß 9½ Milliarden geleistet.

Die Ungleichheit in der Besteuerung der Reichen und der Armen ist himmelschreiend. Sie wird durch den doppelten Zehnt, die 20%, die nun automatisch auf die bestehenden Steuern aufgeschlagen werden, noch größer.

Inflation und Expropriation der kleinen Sparer.

Da der bürgerliche Klassenstaat nicht das Geld dort nimmt, wo es zu nehmen wäre, nämlich bei den Besitzenden, verlegt er sich auf die Banknotenausgabe. Dieses ungedeckte „künstliche" oder „zusätzliche" Geld entwertet sich proportional der Menge, in der es herausgegeben wird.

Die kleinen Sparer aus der Zeit vor dem Kriege wissen, was die Inflation gekostet. Eine Rente im Betrage von 3 Franken bedeutete im Jahre 1910 ein Nominale von 85 oder 90 Goldfranken. Auch heute empfängt der Rentner diese 3 Franken, aber sie sind gerade 15 Sous wert, und sein Rentenpapier 13,5 Goldfranken. Der Rentner ist also auf diese Weise durch den Staat um 5% des Betrages, den er ihm geliehen hat, enteignet worden. Im Verlaufe von vier Jahren, seit November 1919, sind die kleinen Rentner dank der Politik des Nationalen Blocks um 19 Milliarden Franken bestohlen worden.

Dazu kommt die Verschlechterung der Löhne durch die Inflation, von der noch breitere Massen als die Staatsrentenbesitzer getroffen sind. Die Inflation bewirkt unvermeidlich eine gewaltige Lebensverteuerung, der die Löhne nicht angepaßt werden, da die großen Kapitalisten die Inflation dazu ausnützen, um auf Kosten der Massen gewaltige Profite herauszuschlagen. Die Inflation bewirkt eine solche Konzentration der Kapitalien, daß einige Dutzend Kapitalmagnaten sich zu den Fürsten unserer „Demokratie" emporgeschwungen haben.

Die Steigerung des Franken.

Poincaré ist es gelungen, der Baisse des Franken und der damit verbundenen Panik Einhalt zu tun und ihn wieder in die Höhe zu bringen. Der Franken ist wiederum mehr als 6 Sous wert. Es ist verlockend, daran zu glauben, daß es damit so weiter gehen wird.

Aber der Schachzug Poincarés ist ein Wahlschachzug. Er hat den Kurs des Franken durch ein Mittel erhöht, das unbedingt verwerflich ist und das übrigens unsere Lasten und infolgedessen die Zukunft noch schwieriger gestaltet. Die anglo-amerikanischen Banken, die es dem Nationalen Block ermöglichen, vor den Wahlen einem Zusammenbruch zu entgehen, der sich in den Wahlen selbst sofort auswirken würde, lassen sich nicht durch Versprechungen und schöne Reden bezahlen. Fast ein Drittel der 3 Milliarden Goldfranken, die derzeit die metallische Deckung des französischen Staates bedeuten, dienen ihnen als Garantie. Was die übrigen Garantien betrifft, sind sie unbekannt, weil sie auf geheimdiplomatischem Wege, ohne Befragen des Parlaments, gemacht wurden.

So muß die verzweifelte Anstrengung des Nationalen Blocks schließlich doch zum Zusammenbruch führen, weil in einigen Monaten die Pflicht der Rückerstattung oder der Erneuerung der Anleihe, was nur zu den ärgsten Bedingungen möglich wäre, unfehlbar einen neuerlichen Frankensturz zur Folge haben muß, welche Regierung auch immer am Ruder ist.

Arbeiterbewegung

Der Kampf der deutschen Eisenbahner.

Von Wessel.

** Während der zweiten Hälfte des März mehrten sich die gegen die vollkommene Verelendung und Versklavung gerichteten spontanen Abwehrbewegungen der Eisenbahnarbeiterschaft der Reichsbahnbetriebe. Die Gefahr des drohenden Regierungszusammenbruches in den Februartagen 1922, hervorgerufen durch die anstürmende, kämpfende Macht des Eisenbahnproletariats, hatte der Bourgeoisie die unerschütterliche Kraft des deutschen Eisenbahnproletariats praktisch vor Augen geführt. Seit diesem Reichsgewerkschaftsstreik war die Regierung mit Hilfe der sozialdemokratischen Arbeiterverräter dauernd auf Angriff gegen die Arbeitsbedingungen der Eisenbahner eingestellt. Die Massenmaßregelungen, die Beseitigung des Koalitionsrechtes, die Einschränkung der Rechte der Betriebsräte sollten dazu dienen, den Eisenbahnern die Durchführung eines Streiks unmöglich zu machen. Der Sozialdemokrat Ebert erließ bereits damals eine Ausnahmeverordnung gegen die kämpfenden Eisenbahner. Von diesem Zeitpunkt an beschritten die Reformisten immer offener den Weg des Verrats. Rücksichtslos und brutal opferte der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes (DEV.) den Interessen des kapitalistischen Staates die Einheit seiner Organisation. Durch Einzel- und Massenausschlüsse sowie Auflösung ganzer Ortsgruppen schaffte er sich für den Verbandstag im Jahre 1922 durch allerlei Schiebungen noch einmal eine Mehrheit.

Nicht ganz zwei Jahre trennen uns von dem damaligen Verbandstag. Die Organisation, die damals noch 560.000 Mitglieder umfaßte, wurde bis zum Februar 1923 auf 288.000 Mitglieder heruntergewirtschaftet. Große Massen der Eisenbahner wurden aus der Organisation geradezu hinausgetrieben. Im Vorjahre löste der Hauptvorstand auch noch die größte Ortsgruppe des DEV., Berlin, auf, um auch hier die Eisenbahnerschaft zu zersplittern.

Auf Grund der mit Zustimmung der Sozialdemokraten angenommenen Ermächtigungsgesetze wurde auch die Arbeitszeitverordnung vom 23. Dezember 1923 erlassen. In Anlehnung an diese Verordnung setzte im Januar 1924 der Demokrat Oeser die Arbeitszeit der Beamten auf 9 bis 16 Stunden fest; außerdem wurde verfügt, für die Arbeiter, mit Wirkung vom 10. Februar ab, eine neun- bis zwölfstündige Arbeitsschicht einzuführen, und zwar bei nur 8½stündiger Bezahlung.

Diese mit beispielloser Brutalität durchgeführten Anordnungen wurden nicht, wie es der Verbandstag beschlossen hatte, mit sofortigem, einheitlichem Kampf beantwortet, sondern der Hauptvorstand des DEV. versuchte, diesen Kampf durch eine Abstimmungskomödie zu umgehen. Die angeordnete Urabstimmung ergab eine 72%ige Stimmenmehrheit für den Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages. Trotzdem erfolgte keine Aufforderung an die Eisenbahnerschaft, sich gegen Verelendung und Versklavung zu wehren.

Die Folgen der Verlängerung der Arbeitszeit fanden ihren Niederschlag im Personalabbau. Insgesamt 500.000 Eisenbahner wurden auf die Straße geworfen. Der Abbau wurde von den Leuten durchgeführt, die während des Kapp-Putsches durch die Arbeiterschaft mattgesetzt und wegen Teilnahme an der Kapp-Rebellion von den Regierungspositionen abberufen worden waren. So erstreckten sich die jetzigen Abbaumaßnahmen in erster Linie auf alle politisch mißliebigen Beamten und auf die revolutionären Arbeiter.

Die Eisenbahnverwaltung glaubte die Eisenbahner durch den dauernden und mit aller Brutalität geführten Kampf derartig eingeschüchtert zu haben, daß sie nur noch schwer in Kämpfe geführt werden könnten. Zweifellos gelang es der Sabotage der Reformisten noch im Februar, die Arbeiter vom Kampfe abzuhalten. Während der zweiten Hälfte des Monats März änderte sich plötzlich das Bild. Die immer stärker werdende Verelendung der Eisenbahner, namentlich die der Bahnunterhaltungsarbeiter als eine der schlechtbezahltesten Gruppen, führte zu elementaren Kampfausbrüchen. Die Bahnunterhaltungsarbeiter lehnten es ab, sich dem Diktat der zehnstündigen Arbeitszeit zu fügen und verließen teilweise nach Ablauf der bisherigen Arbeitszeit von neun Stunden — und in manchen Teilen des Reiches nach acht Stunden — die Betriebe. In Württemberg standen mindestens 5000 bis 6000 Arbeiter im Kampf. Der Kampf in Wüttemberg war eigentlich ausgelöst worden durch das Vorgehen unorganisierter Rangierarbeiter, die mit den Bahnunterhaltungsarbeitern gemeinsam um die Erhaltung des Achtstundentages und um einen höheren Lohn kämpften. In allen Teilen des Reiches weigerten sich die Bahnunterhaltungsarbeiter, zehn Stunden zu arbeiten. In verschiedenen Direktionsbezirken, so in Thüringen und Königsberg, sperrte die Verwaltung die betreffenden Arbeiter aus. In Sachsen und im Direktionsbezirk Halle verlegte die Verwaltung die Einführung der Zehnstundenschicht auf einen späteren Termin, um diese erst nach Niederringung der übrigen kämpfenden Bahnunterhaltungsarbeiter anderer Direktionsbezirke einzuführen.

Während dieser Teilbewegungen führten die Spitzenorganisationen mit dem Reichsverkehrsministerium (RVM.) Verhandlungen über eine Lohnzulage, die man anläßlich der Erhöhung des Lebensstandards und namentlich wegen der ungeheuren Mietssteigerungen am 1. April gefordert hatte. Außerdem wurde auch über den Abschluß des vom RVM. gekündigten Reichslohntarifvertrages verhandelt. Angesichts der Tatsache, daß die Spitzenorganisationen gewillt waren, dem RVM. in Fragen des sozialen Teiles des Tarifvertrages und der Arbeitszeit wesentliche Zugeständnisse zu machen, um einen Ausgleich des Lohnes zu erreichen, wuchs die Erregung der Eisenbahner immer mehr an.

In West- und Norddeutschland traten insgesamt noch zirka 15.000 bis 20.000 Eisenbahner aktiv in die Bewegung ein. Der

Hauptvorstand des DEV. bemühte sich nicht, dieser Bewegung einen einheitlichen, zentralen Boden zu geben, sondern tat alles, um die Teilkämpfe streng auf solche zu beschränken, damit das Verkehrsgetriebe der Reichsbahn nicht ins Stocken gerate. Der gesamte Organisationsapparat wurde darauf eingestellt, die ausgebrochenen Bewegungen im Reiche sofort nach Abschluß und Unterzeichnung des Tarifvertrages zu untergraben.

Durch die Verhandlungen im RVM. ließen sich die Vertreter der Spitzenorganisationen vollständig auf die Knie zwingen. In den Fragen der Arbeitszeit drückte das RVM. seinen Standpunkt vollkommen durch, sogar die Arbeitszeit der Bahnunterhaltungsarbeiter wurde während der vier Sommermonate auf zehn Stunden festgesetzt. Das Lippenbekenntnis zum Achtstundentag hat als praktische Auswirkung die Neun- bis Zwölfstundenschicht für den Eisenbahnarbeiter zur Folge. Die Verhandlungen über den Reichslohntarifvertrag bringen den Arbeitern nichts wie Entrechtung und eine noch weitere Verelendung und Knebelung zu den ungünstigsten Arbeitsbedingungen. Der neue Tarif bringt an einschneidenden Bestimmungen zunächst folgendes:

1. Der Urlaub wird um ein Drittel des bisherigen gekürzt.
2. Freifahrtscheine werden von fünf auf drei im Jahre herabgemindert.
3. Der bisher gezahlte Krankengeldzuschuß bis zur Höhe von 70% des Lohnes wird nicht mehr gezahlt.
4. Lohnfortbezug bei Arztbesuch und bei sonstigen wichtigen Vorkommnissen wird nicht mehr gewährt.
5. Die bisherige Mitwirkung der Arbeiterschaft bei dem Gedingeverfahren wird vollkommen unterbunden. Die bisherigen Stückzeit- und Gedingeausschüsse werden vollkommen beseitigt. Das bedeutet vollkommene Auslieferung der Arbeiter bei der Festsetzung der Stückzeiten an die Willkür der einzelnen Werkbeamten.

Durch die Annahme und Unterzeichnung dieses Schandvertrages werden die Eisenbahner in die schlechtesten Zeiten der Arbeitsbedingungen unter dem wilhelminischen Regime zurückgeschleudert. Jeder soziale Fortschritt der letzten zehn Jahre ist beseitigt worden.

Das endgültige Verhandlungsergebnis über die Lohnhöhe ergab eine Zulage von ganzen 6 Pfennigen pro Stunde. Die 6-Pfennig-Erhöhung wird zweifellos allein schon durch die Mietpreiserhöhung verschlungen. Die äußerst wesentliche Erhöhung der Lebensmittelpreise während der letzten drei Monate bleibt also vollkommen unberücksichtigt. Gegen den Hunger und für menschliche Arbeitsbedingungen keinen Heller! Den Profithyänen und Schlotbaronen Riesengewinne in den Rachen geworfen! Das sind die Folgen der mit Hilfe der Sozialdemokraten von der regierenden Ausbeutergesellschaft eingeschlagenen Politik.

Wie in allen bisherigen Kämpfen des deutschen Proletariats, wie neuerdings im Hafenarbeiterstreik, so wurde auch die Eisenbahnerbewegung durch die Führer der Sozialdemokratischen Partei und der reformistischen Eisenbahnerverbände niedergerungen. Durch eine einheitliche, zusammenfassende Oppositionsarbeit und durch eine fortgesetzte Aufklärungsarbeit unter der Eisenbahnbeamtenschaft wird es gelingen, den jetzt vertagten Kampf der deutschen Eisenbahner dann wieder aufzunehmen, wenn die Aasgeier des Kapitalismus sich in den Besitz der Reichsbahn setzen wollen, um mit Hilfe der Reichsbahnbetriebe ihre Profite noch mehr zu steigern. Der Kampf der deutschen Eisenbahnarbeiter ist durch die Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie nur unterbrochen; er wird in Kürze mit den Arbeitern und Beamten gemeinsam wieder aufgenommen werden; die Vorbedingung seines siegreichen Abschlusses wird aber darin bestehen, den reformistischen Führern die Kampfführung zu entreißen und in die Hände ihrer eigenen Kampforgane zu legen.

Einige Feststellungen zum Textilarbeiterstreik in Bombay.

Von Evelyn Roy.

** Drei Monate hindurch haben 150.000 Textilarbeiter einschließlich 30.000 Frauen und Kinder im Streik gestanden, beziehungsweise waren sie ausgesperrt. Die Bewegung ist noch keineswegs abgeschlossen. Sämtliche Spinnereien des Distrikts Bombay, 83 an der Zahl, waren geschlossen. Es handelte sich um die Bezahlung der jährlichen Gratifikation. Im Juli letzten Jahres kündigten die Unternehmer diese übliche Gratifikation, die die Arbeiter fünf Jahre lang erhalten hatten, und wollten sie nicht mehr zur Auszahlung bringen. Die Arbeiter beachteten die Kündigung nicht, da die meisten von ihnen Analphabeten sind. Am Ende des Jahres war die Katastrophe da. Mitte Januar setzte der Streik ein, die Unternehmer antworteten mit einer Aussperrung, um die Arbeiter zu zwingen, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen.

Der Monatslohn der Textilarbeiter in Bombay beträgt 35 Rupien für Männer und 17 Rupien für Frauen. Es besteht der Zehnstundentag. Diese Summen sind für die Befriedigung der notwendigsten Bedürfnisse zu gering. Deshalb ist auch die Gratifikation in der Nachkriegskonjunkturperiode eingeführt worden. Die Lebenskosten sind gemäß den offiziellen Berichten seit 1914 um 58% gestiegen. Die Profite sind von 674 Laks*) Rupien im Jahre 1917 auf 1559 Laks im Jahre 1921 gestiegen. In den beiden folgenden Jahren sind sie ein wenig gefallen. Die Textilarbeiter sind allgemein stark verschuldet. Ein Koalitionsrecht besteht nicht. So haben sie keine regelrechten Arbeiterorganisationen und keine Streikkassen. Bis zum gegenwärtigen Streik rekrutierten sich ihre Führer aus Advokaten, bürgerlichen Politikern, Philantropen und beruflichen Gewerkschaftsführern, die mehr zur Bourgeoisie als zur Arbeiterklasse hielten. Sie sabotierten jeden Streikversuch und mißbrauchten ihren Einfluß, um die Arbeiter bei den niedrigen Löhnen zufrieden zu erhalten. Die Regierung, die Neutralität vorgab, verabsäumte es niemals, zugunsten der Unternehmer bewaffnete Polizei gegen die Arbeiter zu schicken.

In diesem Streik haben die Arbeiter ihre alten Führer zurückgewiesen und sich neue aus den eigenen Reihen gewählt. Die Streikenden zeigten einen außerordentlichen Mut und eine wunderbare Ausdauer während des ganzen Streikes. Sie haben glänzend Solidarität gehalten, als die Unternehmer den Versuch unternahmen, die Front der Streikenden zu durchbrechen. Und sie haben der Sabotage der Regierung und des Publikums, das ihnen in diesem schweren Kampfe keinerlei Hilfe angedeihen ließ, standgehalten.

Die Textilarbeiter in Bombay sterben auf den Straßen vor Hunger. Ihre wohlverdienten Januarlöhne wurden von den Unternehmern widerrechtlich zurückgehalten. Die Getreide- und Lebensmittelhändler gaben ihnen schon lange keine Kredite mehr. Die Arbeiter können für ihre elende Behausung keine Miete bezahlen. Da sie von einem Tag auf den anderen leben, haben sie sich nichts für solche Fälle zurücklegen können. Die Wohlfahrtsinstitutionen von Bombay stehen alle unter der Kontrolle des Spinnereibesitzerverbandes und haben den Streikenden jegliche Hilfeleistung verweigert. Auch die gesetzgebenden Körperschaften haben nichts für die Notleidenden unternommen. Der indische Nationalkongreß, der sich seit 1916 in allen seinen Konferenzen verpflichtet hat, für die indischen Arbeiter einzutreten, lehnte es ab, eine Summe für die Beschaffung von Getreide zu bewilligen. Der allindische Gewerkschaftskongreß, der vorgibt, den Kampf der indischen Arbeiter gegen die Kapitalistenklasse zu leiten, hat weder in den Streik eingegriffen, noch einen Aufruf zur Hilfeleistung für die Verhungernden erlassen. Die vierte Jahreskonferenz des allindischen Gewerkschaftskongresses, die am 7. März, an dem Tag, an dem Arbeiter in Bombay von Polizei und Militär niedergeschossen wurden, hätte zusammentreten sollen, wurde verschoben, weil sich die Gewerkschaftsbeamten über einige innere Angelegenheiten nicht einigen konnten.

Die britische Arbeiterregierung und die Labour-Party, die heute die Geschicke der Inder leitet, beschränkte sich auf eine Feststellung im Unterhause, wonach die Angelegenheit der indischen Regierung überlassen bleibe.

Bei diesem Streik handelt es sich um mehr als um eine Forderung der Bezahlung der Gratifikation an die Arbeiter. Es ist eine Offensive der indischen Kapitalisten (Inder und Europäer) gegen die indische Arbeiterklasse im Gange, um ihre ohnehin erbärmliche Lebenshaltung noch mehr herabzudrücken. Dem Entzuge der Gratifikation sollten eine Lohnreduzierung folgen. Die Unternehmer wollten die momentane Stagnation in der Textilindustrie zur Beschneidung der Löhne ausnützen, die während der Konjunkturperiode in die Höhe gegangen waren. Eine solche Offensive war in Ahmedabab vorausgegangen. Die Unternehmer in Bombay wollten die Fabriken für eine kurze Zeit schließen, um den Arbeitern neue Bedingungen aufzuzwingen. So wurde der Januarstreik sofort mit einer zweiwöchigen Aussperrung erwidert. Dadurch glaubte man, die Arbeiter auf die Knie zwingen zu können. Trotz der

*) 1 Lak = 100.000 Rupien.

Überredungsversuche der Führer, wenn man sie so nennen kann, erkannten die Arbeiter, was auf dem Spiele stehe. Sie hielten stand. Streikbrecherversuche wurden abgewehrt. Und nach sechs Wochen setzte eine Spaltung in den Reihen der Unternehmer ein. Mit geringer Majorität wurde aber dennoch beschlossen, die Gratifikation doch nicht zu bewilligen. In dem Kampfe zwischen Lancashire und Bombay soll der indische Arbeiter die Zeche bezahlen. Das von dem Gouverneur von Bombay eingesetzte Untersuchungskomitee erklärte: „Die Arbeiter haben keine unbillige Forderung gestellt... die Unternehmer hätten aber im ganzen Jahre 1923 nicht soviel verdient, um die Gratifikation bezahlen zu können." Vor Veröffentlichung dieses Gutachtens ließ der Unternehmerverband an allen Fabriken plakatieren: „Wer die Arbeit wieder aufnimmt, erhält den Januarlohn ausbezahlt." Diese Kundmachung war von dem Obmann des Verbandes, S. D. Saklatwala, unterzeichnet. Die Antwort waren die tragischen, bis jetzt unaufgeklärten Ereignisse am 7. März. Aus einer Ansammlung von Arbeitern, die die Kundmachung besprachen, fielen Steinwürfe, worauf die Polizei ohne Warnung das Feuer eröffnete, fünf Arbeiter tötete und vier verwundete. Dieses brutale Massakre wurde allgemein mit Entrüstung aufgenommen. Trotzdem wagte es der Magistrat von Bombay, tags darauf bekanntzugeben, er bedaure die Opfer und hoffe, daß fürderhin der Waffengebrauch von seiten der Polizei unterlassen werden könne. Aber in einem Lande von 320 Millionen Einwohnern ist das Menschenleben billig.

Mittlerweile ist ein weiterer Monat verstrichen, ohne daß eine Entscheidung eingetreten wäre. Wie die letzten Nachrichten besagen, haben die erschöpften und ausgehungerten Streikenden die Regierung um Repatrierung von 50.000 Frauen und Kindern gebeten, die in ihren Heimatsdörfern Arbeit finden könnten. Aber 50.000 haben bereits selbst ihren Weg nach Hause gefunden, und die Zurückbleibenden — ungefähr dreimal soviel, wenn wir ihre Angehörigen mitrechnen — wollen den Kampf in Bombay zu Ende führen. Sie verrichten Gelegenheitsarbeit und bekommen kärgliche Unterstützung. Viele von ihnen brechen tot auf den Straßen zusammen. Eine Anzahl kleinerer Spinnereien soll wieder eröffnet haben. In diesen finden ein paar Tausend Arbeit. Aber die überwältigende Mehrheit bleibt fest dabei, nicht früher zur Arbeit zurückzukehren, bevor nicht ihre ursprüngliche Forderung erfüllt ist. Sie harren mit jener verzweifelten Erkenntnis aus, die besagt, daß entweder ihre Sache gewonnen wird oder daß sie selbst verloren sind.

Es liegt in der Gewalt der britischen Labour-Party und der britischen Arbeiterparteiregierung, die Arbeiter von Bombay vom Hungertode zu erretten und sie vor einem Dahinvegetieren, das schlimmer als der Tod ist, zu bewahren. Sie könnte Hilfsmaterial zur Unterstützung der hungernden Streikenden senden und einen Schiedsspruch verlangen, der die Sache der indischen Arbeiterklasse in anständiger und gerechter Weise entscheidet.

Von dem Ausgang dieses Streikes hängt für die nächsten Jahre das Schicksal der indischen Textilarbeiter ab. Aber von der Höhe der Bezahlung der indischen Textilarbeiter hängt wieder die Zukunft der Textilarbeiter in Großbritannien ab, die die indischen Arbeiter gegen ihren Willen zu unterbieten gezwungen werden.

Jugendbewegung

Einberufung des IV. Kongresses der Kommunistischen Jugendinternationale.

** Der IV. Kongreß der KJI. wurde für den 21 Juni nach Moskau einberufen. Damit werden bisher erfolgte anders lautende Mitteilungen hinfällig.

Die Bürositzung findet nicht statt.

Als Tagesordnung des Kongresses wurde festgesetzt:

1. Politische Lage, Tätigkeit der KI. und Aufgaben der KJI.
2. Bericht des EK. (mit Unterkommissionen für Länderfragen).
3. Die Fortführung der Reorganisation auf Grundlage der Betriebszellen.
4. Wirtschaftlich-gewerkschaftliche Arbeit.
5. Nächste Aufgaben der antimilitaristischen Arbeit.
6. Die Arbeit unter der ländlichen Jugend.
7. Das Programm der KJI.
8. Gegner.
9. Sektionen: a) Orient- und Kolonialländer; b) Sport.

Resolution des EK. der KJI. über die Kriegsgefahr und die Aufgaben der KJV.

(Angenommen auf der Sitzung des EK. der KJI. vom 17. März 1924.)

** Das EK. der KJI. erörterte die Frage der wachsenden Kriegsrüstungen der kapitalistischen Länder und der imperialistischen Konflikte der letzten Monate. Es gelangte zu dem Schlusse, daß sich die Konsolidierung der Kräfte um die zwei Giganten des Militarismus, England und Frankreich, die Erstarkung des amerikanischen Imperialismus in China, Südamerika und Mexiko und die Rüstungen zu neuen bewaffneten Auseinandersetzungen nicht nur nicht verlangsamen, sondern umgekehrt im letzten Halbjahre kolossal vermehrt haben, und so die Notwendigkeit verdoppelten antimilitaristischen Kampfes der KJV. und der KJI. erneut auf die Tagesordnung stellen.

Die verflossenen Monate haben klar gezeigt, wie illusorisch die „Abrüstungen" sind, die vom Völkerbund angestrebt werden. Der Völkerbund ist ohnmächtig. Er wagt sich selbst in jene imperialistischen Konflikte nicht einzumischen, die die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich zogen. (Griechisch-italienischer Konflikt.) Auch die Washingtoner Vereinbarungen über die Abrüstung zur See haben völligen Bankrott erlitten. Die Kriegsrüstungen wachsen nach wie vor in allen Ländern. Die Zahl der Soldaten überschreitet bereits den Bestand der Armeen von 1914 um 700.000 Bajonette. Die Luftkriegsrüstungen haben unwahrscheinliche Dimensionen erreicht. Neue Marinebasen werden geschaffen (Singapore). Riesige Kriegskredite werden bewilligt, die Militärdienstzeit wird verlängert, neue Betriebe zur Erzeugung technisch-vervollkommneter Mordwerkzeuge, zum Bau neuer Kriegsschiffe und Unterseeboote werden eingerichtet.

Unausgesetzt folgen einander die imperialistischen Konflikte: Ruhrkonflikt, griechisch-italienischer Konflikt, die Frage von Fiume, der Konflikt um Marokko, der Streit um die Jaworina (zwischen Polen und Tschechoslowakei), der Konflikt zwischen England und Afghanistan, der Kampf auf der Balkanhalbinsel, die Expansionen im fernen Osten.

Frankreich hat faktisch eine Kontrolle über alle Kohlen- und Eisenquellen und über einen Teil der Eisenbahnen Mitteleuropas erreicht und sich eine Kette von Vasallenstaaten geschaffen. Die Politik Frankreichs im Ruhrgebiet, seine Kriegskredite an die Vasallenstaaten und der französisch-tschechische Bündnisvertrag zeigen klar die wahren Ziele des französischen Imperialismus auf, der sich die Vorherrschaft in Europa sichert, und bringen uns mit jedem Tage der schicksalschweren Katastrophe näher.

Die Frankreich gegenüberstehende Macht — der englische Imperialismus — ist nach der Übernahme der Regierung durch die Arbeiterregierung in England keineswegs in den Hintergrund getreten, sondern hat im Gegenteil die vordersten Stellungen besetzt. Denn die Regierung der Arbeiterpartei in England führt in Wirklichkeit den Plan der englischen Bourgeoisie, die Verschärfung der Auseinandersetzung mit Frankreich und gesteigerte Rüstungen zum Krieg gegen dieses und ihre imperialistische Kolonialpolitik aus. (Ausbau der Untersee- und Luftflotte, Briefwechsel zwischen Macdonald und Poincaré, Rede Hendersons über Versailles, Gewaltpolitik der Arbeiterregierung in den Kolonien).

Ebenso wie Frankreich um sich Belgien, die Tschechoslowakei und Polen als Vasallen gruppiert, versucht Egland, sich eine verläßliche Stütze durch Zusammenkettung Spaniens, Italiens und Jugoslawiens zu einem militärischen Ring zu schaffen, und strebt gleichzeitig gegen die Beherrschung Deutschlands durch Frankreich, um es unter seine eigene Abhängigkeit zu bringen. Der Kampf, den Frankreich und England um den Einfluß auf der Balkanhalbinsel und in der Türkei führen, vervollständigt nur das Bild der angespanntesten Vorbereitungen zu entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen den zwei imperialistischen Rivalen, die alles, was die Menschheit an blutigen Kriegen gesehen hat, auch den Weltkrieg von 1914 bis 1918, überbieten werden.

Die Parteien der II. Internationale haben während der verflossenen Periode nicht nur keine der von ihnen im Haag gegebenen Versprechungen erfüllt, sondern sind umgekehrt gehorsam den Anweisungen der nationalen Bourgeoisien ihrer Länder in der imperialistischen Politik gefolgt. Das bezeugen die Erklärungen Vanderveldes gegen Macdonald und umgekehrt, die Beschlüsse des Marsailler Kongresses der französischen Sozialisti-

schen Partei, die Stellungnahme der tschechischen Sozialpatrioten zum französisch-tschechischen Bündnisvertrag.

Vor den Kommunisten aller Länder und in erster Reihe vor der kommunistischen Jugend steht daher die Aufgabe, von neuem und mit verdoppelter Energie den Kampf gegen die Kriegsgefahr und den bürgerlichen Militarismus aufzunehmen. Die Gefahr eines neuen Völkermordens, das noch weit mehr Opfer der arbeitenden Menschheit zur Folge hätte als der Weltkrieg, kann nur durch wirklich angestrengte solidarische Arbeit des revolutionären Proletariats abgewendet werden.

In der Periode zwischen dem III. Kongreß und der IV. Bürositzung der KJI. (Dezember 1922 bis Juni 1923) ist die antimilitaristische Arbeit der KJV. und der ganzen KJI. bedeutend vorwärts gekommen und brachte, besonders im Ruhrgebiete, große Erfolge. Später jedoch ließ diese Arbeit infolge der politischen Ereignisse in Deutschland, Bulgarien und England wieder nach und wurde mit der alten Intensität nur in Frankreich, im Ruhrgebiet und im besetzten Deutschland unter den Soldaten der Besatzungstruppen fortgeführt. Angesichts der verschärften internationalen Lage muß nun der Kampf der KJI. gegen Kriegsgefahr und bürgerlichen Militarismus in verstärktem Maße einsetzen. Dieser Kampf muß eng mit den allgemeinen politischen Aufgaben verknüpft werden, die gegenwärtig vor den kommunistischen Parteien und Jugendverbänden aller Länder stehen. Er muß mit den aktuellen politischen Fragen in engen Zusammenhang gebracht werden. Im Mittelpunkte der internationalen antimilitaristischen Arbeit muß deshalb der Kampf gegen die militärische Einmischung in die Angelegenheiten Deutschlands, gegen die militärischen Angriffe der Vasallenstaaten Frankreichs gegen Sowjetrußland, gegen die militärisch-imperialistische Politik der Großmächte in den Kolonien und im fernen Osten stehen.

Der praktischen Arbeit der KJV. auf dem Gebiete des Kampfes gegen Kriegsgefahr und bürgerlichen Militarismus müssen die Richtlinien der IV. Internationalen Bürositzung der KJI. zugrunde gelegt werden. Zur Zeit hebt das EK. der KJI. als die wichtigsten folgende Punkte hervor:

Die antimilitaristische Arbeit darf sich keinesfalls auf eine allgemeine Agitation unter den Werktätigen beschränken, sondern sie muß in erster Reihe unter den Soldaten sowohl der ständigen wie auch der Söldnerheere selbst geführt werden. Das ist nur in dem Fall möglich, wenn im Heer ein fester Apparat vorhanden ist und eine regelmäßige Verbindung mit den Kasernen und Militärformationen besteht. Deshalb ist der Bildung der Zelle innerhalb der Armee gegenwärtig eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Den Fragen der antimilitaristischen Arbeit muß auch in der Verbandspresse mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Sammlung und Veröffentlichung antimilitaristischer Materialien ist fortzusetzen und die antimilitaristische Presse propaganda nicht nur auf Grund der legalen, sondern auch unter Ausnutzung der illegalen Möglichkeiten zu führen. Der Kampf zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Soldaten muß verstärkt, und in den Ländern, wo Assentierungen oder Einberufungen ins Heer bevorstehen, müssen besondere antimilitaristische Kampagnen organisiert werden.

Die Praxis hat bewiesen, daß die antimilitaristische Arbeit nur dann erfolgreich ist, wenn sie von Partei und Jugend in gleichem Maße geleistet wird. Da die unmittelbare Gefahr imperialistischer Kriege auch die KP. vor die Notwendigkeit verstärkten antimilitaristischen Kampfes stellt, müssen die KJV. ihre Zusammenarbeit mit den KP. auf diesem Gebiete verdoppeln. Das EK. der KJI. beschließt zu diesem Zwecke, die Frage des Kampfes gegen Kriegsgefahr und bürgerlichen Militarismus vor dem EK. der KI. aufzuwerfen, und hält es für notwendig, daß die KI. dafür sorgt, daß die KP. die antimilitaristische Arbeit verstärken.

Das EK. der KJI. erwartet, daß die KJV. aller kapitalistischen Länder die Erfüllung ihrer Aufgaben im Bereiche des Kampfes gegen Kriegsgefahr und bürgerlichen Militarismus erneut mit der alten Energie in Angriff nehmen werden, und beauftragt das antimilitaristische Ressort der KJI., die praktische Arbeit in der obenbezeichneten Richtung zu verstärken.

Rote Sportinternationale

Die Einheit der internationalen Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

Von Fritz Reußner.

** Die politischen Strömungen der Arbeiterbewegung wirken sich auch in den Arbeiter-Turn- und Sportorganisationen aus. Diese Tatsache ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Turn- und Sportorganisationen ein lebendiger Teil der Arbeiterbewegung sind. Die Diskussionen bewegen sich in der Richtung, daß die verschiedenen Strömungen um Weg und Ziel der physischen Erziehung des Proletariats kämpfen.

Es kämpfen zwei ausgeprägte Strömungen: die revolutionäre, klassenkämpferische gegen die noch kleinbürgerlich-reformistische und koalitionslüsterne Strömung. Als eine logische Folge dieses Kampfes treten auch die Gefahren einer Absplitterung und Zerstörung von bestehenden Einheiten der Arbeiter-Turn- und Sportverbände auf. Doch **wir streben danach, die Einheit der Arbeiter-Turn- und Sportverbände zu erhalten und haben dafür wiederholt Beweise gebracht** (Schweiz, Tschechoslowakei, Frankreich).

Die revolutionären Elemente sind der Überzeugung, daß die physische Erziehung der proletarischen Massen ein mächtiges Mittel zur Hebung der Klassenkampfenergien ist und deshalb für den Klassenkampf nutzbar gemacht werden muß. Dazu ist eine Veränderung bestimmter Methoden und Praktiken der Arbeit notwendig. Darunter verstehen sie die allgemeine ideologische Erziehung der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, die Art der Vertretung von Forderungen an Staat und Gemeinden, die Teilnahme am politischen und ökonomischen Leben der Arbeiterklasse, die Erweiterung der technischen Arbeit auf Notwendigkeiten des Klassenkampfes sowie die Fragen der organisatorischen Gestaltung der Verbände und anderes mehr.

Demgegenüber stehen die reformistischen Ideen, die an den alten Formen und Überlieferungen möglichst festhalten, die ebenfalls sagen, daß die Turn- und Sportverbände der Arbeiterbewegung gesunde Kämpfer zuführen sollen, aber praktisch nichts dazu tun. Sie betrachten den Verein als eine Ruhestätte vom Kampfesdasein und sind bestrebt, die Vereinsmeierei zu fördern, und sie betreiben in bezug auf die Haltung gegenüber Staat und Gemeinden eine fast unproletarische Politik.

Diese Auseinandersetzungen über Wege und Ziele der Arbeiter-Turn- und Sportverbände sind nicht durch irgendwelchen schlechten Willen entstanden, sondern haben ihre Ursachen in der Veränderung der politischen und ökonomischen Verhältnisse. Diese Verhältnisse bedingen jedoch eine vollständige Ausnutzung aller proletarischen Kampfesenergien und somit auch der physischen Erziehung des Proletariats für den Klassenkampf. Das revolutionäre Proletariat ist der Überzeugung, daß das Proletariat in der letzten Phase der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit steht. In diesen Auseinandersetzungen hat die physische und psychische Erziehung ihre großen Aufgaben zu lösen.

Wir sagen offen, daß die Turn- und Sportverbände physische Vortrupps und Schulen des Proletariats werden müssen.

Wenn also über die Erhaltung der Einheit diskutiert wird, so ist das eine wichtige Frage der weiteren Tätigkeit der Arbeiter-Turn- und Sportverbände. Die Luzerner Arbeitersportinternationale steht gegenwärtig in den Vorbereitungen für die erste internationale Arbeiter-Sport-Olympiade. Diese Olympiade soll die sporttreibenden Arbeiter aller Länder in großem Maßstabe zum ersten Male zusammenfassen. **Die Rote Sportinternationale ist zur Teilnahme an dieser Olympiade noch nicht eingeladen worden. Die Rote Sportinternationale hat die Organisierung einer eigenen Olympiade deshalb unterlassen, um die Einheit, die in den meisten Ländern noch besteht, nicht zu gefährden. Doch erhebt die Rote Sporinternationale die Forderung, daß sie an der ersten Arbeiter-Olympiade teilnimmt und offiziell dazu eingeladen wird.**

Die Bürokratie der Luzerner Arbeitersportinternationale scheint bis heute keine Lust zu haben, die Rote Sportinternationale einzuladen. Diese Sabotage der eigenen Beschlüsse ist für die internationale Bewegung äußerst gefährlich. Auf der internationalen Bürositzung in Zürich wurde beschlossen, eine Rundfrage an die Sektionen zu richten, welches ihre Meinung

über die Einladung der RSI. zur im April d. J. in Frankfurt stattfindenden Konferenz ist. Bis zum heutigen Tage hat die Rote Sportinternationale noch keine Nachricht über das Ergebnis dieser Rundfrage. Dagegen schreibt der internationale Sekretär Devlieger, daß in Frankfurt nur die technischen Fragen der Olympiade besprochen werden sollen. Das zeigt, daß das internationale Büro überhaupt nicht ernsthaft daran denkt, sich über die Frage der Beteiligung und Einladung der Roten Sportinternationale zu unterhalten. Dieser Sabotage wird durch die eigenen Mitglieder schon teilweise widersprochen. Es liegen bereits eine Anzahl Anträge vor, in denen gefordert wird, daß die Luzerner Sportinternationale an die RSI. herantritt, um die Fragen der Einheit zu diskutieren. Der Bundestag des Schweizer Arbeiter-Turn- und Sportverbandes, der im Februar d. J. tagte, hat beschlossen, durch den Schweizer Bundesvorstand vom Büro der Luzerner Internationale zu verlangen, daß die Frage der Vereinigung mit der Roten Sportinternationale auf die Tagesordnung der Aprilsitzung in Frankfurt a. M. gesetzt wird. Die Anhänger der RSI. müssen in allen Ländern die Forderung nach der Teilnahme von Vertretern der RSI. an der Frankfurter Konferenz für die Organisierung der Arbeiter-Olympiade erheben.

Wir glauben, daß die erste Arbeiter-Olympiade eine mächtige Demonstration des proletarischen Klassensportes werden muß. Das kann sie aber nur werden, wenn sie geschlossen und einheitlich von allen Arbeitersportlern unterstützt wird. Der Geist des Klassenkampfes, des Kampfes gegen die Bourgeoisie, gegen den bürgerlichen Militarismus, gegen den Faschismus, muß diese Olympiade beherrschen. Die brüderliche Solidarität mit den Arbeitersportlern Sowjetrußlands muß ein Beweis werden, daß die Arbeiterklasse und vor allem die Arbeitersportler der ganzen Welt gewillt sind, den ersten Arbeiter- und Bauernsport in seinem Kampfe zu unterstützen, und daß sie erkannt haben, daß nur der proletarische Staat die richtige physische Erziehung des Proletariats durchführen kann.

Diese Einheit wird möglich sein. Wir müssen für diese Einheit mit aller Kraft kämpfen. Schaffen wir diese Einheit, so werden wir zu einem Beispiel für die gesamte internationale Arbeiterbewegung, die noch nicht verstanden hat, sich zu großen Aktionen zusammenzuschließen. Geben wir der Arbeiterklasse dieses Beispiel, um ihr Selbstbewußtsein, ihr Selbstvertrauen zu stärken und der Bourgeoisie zu zeigen, daß wir mächtig und stark sind. Auf der Luzerner Sportinternationale lastet die Verantwortung für das Gelingen dieses Werkes der Einheit, der Solidarität und der internationalen Kampfesgemeinschaft.

Es lebe die Einheit der Interessen aller proletarischen Turner und Sportler! Es lebe der gemeinsame Kampf der proletarischen Turner und Sportler mit der Gesamtarbeiterklasse gegen die wirtschaftliche Sklaverei und politische Unterjochung! Es lebe der gemeinsame Kampf der internationalen Arbeiter-Turn- und Sportbewegung gegen den bürgerlichen Sport, gegen den bürgerlichen Militarismus, gegen Faschismus und Reaktion! Es lebe der revolutionäre Kampf für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft! Es lebe der internationale proletarische Klassensport!

Weißer Schrecken

Ein Angriff der polnischen Reaktion auf die westukrainische Arbeiterbewegung.

Von Koß (Lemberg).

** Die westukrainischen Gebiete Ostgalizien, zum Teil Wolhynien, Cholmland, Pidlaschscha und Polissja sind noch im Jahre 1919 von der „demokratischen" polnischen Republik besetzt worden. Obwohl der polnische Staat dort schon fünf Jahre schaltet und waltet — er fühlt sich trotzdem nicht sicher auf dem mit Feuer und Schwert bezwungenen ukrainischen Boden. Er ist gezwungen, seine Herrschaft mit Hilfe der ununterbrochenen, rücksichtslosen Anwendung der Gewalt aufrecht zu erhalten. Die mit dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie zum aktiven politischen Leben auferstandene werktätige Bevölkerung Ostgaliziens, die in den Jahren 1917/18 unmittelbar an der russischen Revolution teilgenommen hat, sowie die werktätige Bevölkerung der übrigen westukrainischen Gebiete will sich nicht mehr unter die Herrschaft des bürgerlich-kapitalistischen Polens beugen.

Dabei ist noch zu bemerken, daß die überwältigende Mehrheit der westukrainischen Bevölkerung aus Land- und Stadtarbeitern sowie Kleinbauern besteht, das heißt es sind im revolutionären Sinn die tätigsten Elemente. Der Kampf gegen die Klassenausbeutung und gegen die nationale Unterdrückung nimmt hier besonders scharfe Formen an — um so mehr, weil sich die Klassenunterschiede im westukrainischen Dorfe fast vollständig mit den nationalen Gegensätzen decken: die Bauern und Arbeiter sind Ukrainer, die Großgrundbesitzer und Kapitalisten dagegen Polen. Die Nachbarschaft mit der verwandten Sowjet-Ukraine, die sich bereits die soziale und nationale Freiheit erkämpft hat, hebt die revolutionäre Aktivität der werktätigen Massen in der Westukraine außerordentlich.

Sämtliche Bemühungen gewisser Kreise innerhalb der ukrainischen bürgerlichen Parteien, zur Verständigung mit der Besatzungsmacht zu gelangen, zerschellen regelmäßig an der unversöhnlichen Haltung der Massen.

Der Gedanke, daß nicht die Gnade der Okkupanten, nicht die Zuflucht zum Völkerbund oder zum Botschafterrat, nicht die Intervention irgendeines kapitalistischen Staates, sondern einzig und allein der revolutionäre Klassenkampf die Freiheit bringen wird, beseelt tief das Bewußtsein der westukrainischen werktätigen Massen. Dementsprechend — nach den mißlungenen Versuchen, den Kampf mit Hilfe der Terrorakte, durch Zerstörungen der Brücken und Eisenbahnlinien, durch Niederbrennen der Rittergüter und Tötung ihrer Eigentümer zu führen (die Terrorakte, durch den Boykott der von der polnischen Regierung zum Sejm ausgeschriebenen Wahlen begleitet, haben im Herbst 1922 mit besonderer Wucht um sich gegriffen) — verwandelt sich der ungezäumt-aufrührerische Drang ukrainischer Massen von Tag zu Tag in das Bestreben, sich zum Kampfe unter das Banner der Kommunistischen Partei Westukrainas zu scharen. Der Weg des organisierten Klassenkampfes erscheint ihnen jetzt als der einzig richtige. Sie beginnen zu verstehen, daß nur der Schulter an Schulter mit den polnischen werktätigen Massen, der Kommunistischen Partei, geführte revolutionäre Klassenkampf die ersehnte Vereinigung der Westukraine mit der Sowjet-Ukraina herbeiführen wird.

Und noch mehr: Sogar das ukrainische Kleinbürgertum — der Stimmung der Massen Rechnung tragend — beginnt seinen Klassenverbündeten den Rücken zu kehren und wendet seine Augen nach dem Osten, nach der Sowjet-Ukraina. Es ist zur Überzeugung gekommen, daß dort der Mittelpunkt des ukrainischen nationalen Lebens entstanden ist.

Im Bereich der polnischen Republik befindet sich die Kommunistische Partei West-Ukrainas außerhalb der Gesetze; sie arbeitet illegal. Als bester Beweis ihres wachsenden Einflusses auf die westukrainischen Massen und als Zeugnis für die ständige Aufwärtsbewegung des revolutionären Klassenbewußtseins der Arbeiter und Kleinbauern dient die Tatsache, daß die ukrainische Sozialdemokratische Partei, die dort seit Jahrzehnten existiert, während der letzten zwei Jahre mit dem Sozialpatriotismus und mit den Idealen „der gemeinsamen nationalen Front" gebrochen, ihre Reihen von opportunistisch gesinnten Elementen reinigt und sich tatsächlich in eine Partei des revolutionären Proletariats verwandelt hat. Ihr gelang es — ungeachtet der außerordentlich schwierigen Verhältnisse, unter denen die Partei arbeitet — fast das ganze Land mit eigenen Organisationen zu bedecken. Das ganze Territorium wurde buchstäblich mit den Arbeiter- und Bauernräten besät; die Zahl der die Parteibeiträge entrichtenden Parteimitglieder erreicht ungefähr 10.000. (Dabei muß man berücksichtigen, daß die Polizei den Mitgliedern die Parteitätigkeit durch zahllose Drangsalierungen übelster Art erschwert.) In unserem nicht allzu großen und nur zur Hälfte lese- und schreibkundigen Lande erscheinen im Verlag USDP. vier Organe: „Wpered" (täglich), „Zemla i Wola" und „Selansjka Dola" (wöchentlich) und „Neue Kultur" (monatlich).

Je hoffnungsloser aber die Sache der polnischen Bourgeoisie steht, desto stärker werden ihre Bestrebungen, das unerbitterliche Schicksal von sich abzuwenden.

Ostgalizien (erst im Frühjahr 1923 von der Entente an Polen formell übergeben) boykottierte die zum polnischen Sejm ausgeschriebenen Wahlen, während sich die übrigen ukrainischen Gebiete, die dem polnischen Staate auf Grund des Rigaer Friedensvertrages einverleibt wurden, an diesen Wahlen beteiligten. Dabei entfielen sämtliche Stimmen auf die sogenannte Liste der nationalen Minderheiten, darunter auch der hauptsächlich ukrainischen Landbevölkerung. Infolgedessen ist im Sejm der ukrainische Abgeordnetenklub gebildet worden, dem sich sämt-

liche Deputierten der ukrainischen Bevölkerung angeschlossen haben. Unlängst aber — entsprechend den immer wachsenden Sowjet-Sympathien ukrainischer Arbeiter- und Bauernmassen — sind neun Deputierte aus diesem nationalen Klub ausgetreten und haben einen USDP.-Abgeordnetenklub gegründet.

Die bürgerlich-großagrarischen Mitglieder des nationalen Abgeordnetenklubs heulten jetzt auf: „Von überall nähert sich das Gespenst der Revolution — nicht einmal der Sejm ist von ihm verschont geblieben! Zu den zwei unverhüllten Kommunisten gesellen sich noch neun ‚verschleierte'. Eine fruchtbringende Betätigung zum Wohle des Vaterlandes wird immer schwieriger, ja beinahe unmöglich!" (Die Unmöglichkeit, eine feste Parlamentsmehrheit zu bilden, ist zur organischen Krankheit des polnischen Sejm geworden.)

Die Tatsache des Zerfalls des ukrainischen Sejm-Abgeordnetenklubs wurde als Signal zu Massenverhaftungen von Ukrainern benutzt; insbesondere wurden alle namhaften Mitglieder der USDP. ins Gefängnis gesteckt; die Arbeiter- und Bauernräte jagte man auseinander, die USDP. wurde aufgelöst, ihre gesamte Presse verboten; alle Parteilokale wurden geschlossen und versiegelt. Dies alles geschah am 30. Januar 1924, das heißt an dem der Bildung des USDP.-Abgeordnetenklubs im Sejm folgenden Tage.

In den „Randgebieten" Polens sind die Gefängnisse mit verhafteten Arbeitern und Bauern überfüllt. Die Arbeiter- und Bauernrevolution wird von den Gedarmen und Spitzeln bewacht; die Unterdrücker und Ausbeuter frohlocken. Aber wie lange noch?

Rote Hilfe

Der 18. März — für die Rote Hilfe ein Schritt vorwärts!

Von Ehrenfried Wagner (Moskau).

** Seit einem Jahr besteht die **„Internationale Rote Hilfe"**. Bereits am 18. März des vorigen Jahres beschloß das Zentralkomitee, diesen Tag für die nächste Zukunft als einen **„Tag der Internationalen Roten Hilfe"** festzulegen. Von dieser Internationalität war im vorigen Jahre noch sehr wenig zu spüren. Einzig und allein das russische Proletariat trat mit vollem Bewußtsein für die Notwendigkeit einer international organisierten Roten Hilfe ein. Zum ersten Male erschien auch eine Druckschrift (in russischer Sprache), in der Revolutionäre der ganzen Welt ihre Gefängnisleiden als lebendige Anklagen gegen die bürgerliche Reaktion schildern. Mit aller Deutlichkeit und Dringlichkeit wurde aber schon damals den Proletariern aller Länder ans Herz gelegt, **nicht erst nach dem Kampfe an die Organisation der „Roten Hilfe" zu denken, sondern sie schon mit in den strategischen Plan selbst aufzunehmen.**

Mit der ihm eigenen revolutionären Energie und Zähigkeit hat das russische Proletariat in diesem Sinne am Aufbau der **„Internationalen Roten Hilfe"** gearbeitet. Der diesjährige **18. März** stand bereits in allen Gouvernements des russischen Riesenreiches im Zeichen der „Roten Hilfe". Überall wurden bindende Beschlüsse gefaßt — verbands- und betriebsweise — nach denen sich die Arbeiter verpflichteten, 10 Kopeken monatlich an die „Rote Hilfe" abzuführen und die Bauern ein bestimmtes Quantum Getreide. Bis zum 1. Mai soll die Organisation der „Roten Hilfe" in Rußland eine Million Mitglieder zählen. Sechsundsechzig internationale Redner standen am 18. März im Dienste der „Roten Hilfe" und sprachen in manchen Orten in 10, ja 20 Versammlungen an einem Tage. Überall zeigte sich das gleiche Bewußtsein, den proletarischen Opfern des Klassenkampfes systematische, dauernde Hilfe zu bringen, überall die gleiche Opferbereitschaft und Gebefreudigkeit. Es ließen sich Hunderte von Beispielen anführen, die zeigen, mit welcher Selbstverständlichkeit der russische Arbeiter gibt, **obwohl auch er sich's vom Munde abdarbt und noch lange nicht vom Überflusse gibt.**

Die gesamte russische Presse stand ebenso im Zeichen der „Roten Hilfe". In Moskau „Prawda" und „Iswestia", in allen anderen Städten bis hinein ins tiefste Sibirien alle Tageszeitungen, illustrierte Blätter, Fachzeitschriften, Militärnachrichten usw. — sie alle brachten seitenlang das Propagandamaterial der „Roten Hilfe", trieben an, klärten auf, läuteten die Hilfsglocken brüderlicher Solidarität. Verschiedene Zeitungen brachten besondere Ausgaben heraus, ebenfalls manche Betriebe und Verbände. In **Saratow** traten an einem Tage 90.000 Menschen der Organisation der „Mopr" (Rote Hilfe) bei. In **Kotelnitschi**, einem kleinen Nest auf der Straße nach Sibirien, wurden am 18. März 7500 Goldrubel (3750 Dollar) in barem Gelde gesammelt. Postkarten, Marken, Abzeichen, Zeitschriften waren schon längst vergriffen, noch ehe der eigentliche Verkauf beginnen sollte. Bauern brachten verborgen gehaltenes Silbergeld, Priester legten ihre silbernen Kreuze ab, Konterrevolutionäre von vorgestern brachten versteckt gehaltenes Silberzeug und Wertsachen — kurzum: der 18. März zeigte nicht nur das revolutionäre Proletariat Rußlands, nein, alle Schichten der Bevölkerung aufs tiefste durchdrungen von dem Bewußtsein: die Leiden, die die westlichen Brüder im Kampfe gegen die Reaktion erdulden, erdulden sie auch für uns. Unsere Pflicht ist es, ihnen ihre Leiden tragen zu helfen. **Bestimmt — das russische Arbeiter- und Bauernvolk hat an diesem 18. März auf dem Wege zu einer international organisierten Roten Hilfe abermals mehrere Schritte vorwärts getan.**

Aber der 18. März trat in diesem Jahr auch das erstemal in Westeuropa als **„Tag der Internationalen Roten Hilfe"** mit stärkerer Betonung in Erscheinung. Das Zentralkomitee der IRH. hatte für die nötige vorbereitende Propaganda gesorgt, unterstützt durch Beschlüsse der Komintern, Profintern, Sport- und Jugendinternationale. Während man im Vorjahre am 18. März von diesem Roten Hilfstag außerhalb Rußlands wenig spürte, suchte in diesem Jahr auch das westliche Proletariat den russischen Brüdern nachzueifern. Ganz besonders haben das die Länder getan, deren Proletariat nicht im direkten Klassenkampf steht und deren Pflicht es zunächst ist, für die Gefangenen der Weltreaktion zu sorgen.

In **England** entfaltete die Presse eine rege Propaganda und die Organisation der „Roten Hilfe" machte in gewaltigen Versammlungen die höchsten Anstrengungen.

Österreich hat am 18. März den Weg rüstig fortgesetzt, den es seit einigen Monaten eingeschlagen hat. Seine Sektion der „Roten Hilfe" gehört mit zu den eifrigsten und vorbildlichsten. **„Die Rote Fahne"**, Wien, treibt unermüdliche und systematische Propaganda- und Aufklärungsarbeit.

Schnell und gut entwickelt hat sich die **Schweiz**, deren Sektion in der Propaganda anerkennenswerte Initiative entfaltet und auch schon in der Sammlung achtenswerte finanzielle Erfolge erzielt hat.

Manches zu wünschen übrig lassen noch immer **Holland, die nordischen Länder** und ganz besonders die Tschechoslowakei, deren Zentralorgan nicht einmal am 18. März Notiz von den politischen Gefangenen nahm.

Schwache Ansätze machen **Frankreich** (hier mangelt es an systematischer Pressebearbeitung) und **Amerika**, wo aber wenigstens die englisch erscheinende Presse kräftiger mit der Propaganda einzusetzen beginnt.

Von den Ländern, in denen der weiße Terror wütet, arbeitet **Italien** nach wie vor gut. Die Propaganda ist bei den schwachen technischen und finanziellen Mitteln, die zur Verfügung stehen, musterhaft.

Spanien macht anerkennenswerte Anstrengungen.

Polen brachte am 18. März reichliches illegales rotes Hilfsmaterial heraus und versorgt seine zahlreichen Gefangenen fast ohne Zuschüsse.

Deutschland könnte bestimmt mehr Anstrengungen machen und auch finanziell mehr erreichen, was teilweise die guten Sammelergebnisse am 18. März bewiesen haben. Die deutsche Provinzpresse arbeitet leidlich, teilweise sogar überraschend gut, wie zum Beispiel „Die Sozialistische Republik", die den 18. März 14 Tage lang in systematischer Propaganda vorbereitet hat. Gänzlich aber versagte am 18. März das deutsche Zentralorgan. Vergeblich werden die politischen Gefangenen an diesem Tage etwas von ihrer Not in der **„Roten Fahne"** gesucht haben.

Aber trotzdem und alledem war der diesjährige 18. März doch schon ein Schritt weiter vorwärts. Wenn auch langsam, so begreifen doch jetzt schon die revolutionären Proletarier in allen Ländern, daß die Organisierung der **„Roten Hilfe"** nicht die Angelegenheit jedes einzelnen Landes sein darf, sondern daß **„Rote Hilfe"** nur dann einen Wert haben kann, wenn das gesamte internationale Proletariat am Aufbau mithilft. **Die Hilfe darf keine spontane, sondern sie muß eine dauernde und systematische sein.** Der Idee der „Roten Hilfe" wohnen starke dynamische Elemente inne, die bei guter propagandistischer Ausnutzung befähigen, **nicht nur revolutionäre Kräfte wachzuhalten, sondern auch neue Kräfte zu wecken.** Mag die Zukunft zeigen, inwieweit das unseren Genossen in allen Ländern gelingt.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 46. 18. April. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Zum V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Von Sinowjew 535
Politik.
Die Lehren der Wahlen in Karpathorußland. Von Rakosi 537
Revolutionäre Bewegung in den Kolonien.
Wie Macdonald indischen Revolutionären antwortet. Von M. N. Roy 537
Deutschland.
Micum, Zechenkapital und Ruhrproletariat (Schluß). Von Hansen 539
Union der Sowjetrepubliken.
Die Sowjetunion und die Kolonialvölker. Von Nguyen-ai-Quac 540
Wirtschaft.
Die Zerstückelung des syrischen Wirtschaftsgebietes. Von I. R. 541
Arbeiterbewegung.
Der Kampf der Hamburger Hafenarbeiter. Von A. H. . . 542
Aus der Internationale.
Die Tagesordnung des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 544
Brief des EKKI. an das ZK. der Arbeiterpartei Norwegens 544
Eine Reichskonferenz der KPTsch. 544
Unsere Probleme.
Zur Frage der Betriebszellen (KJI.) 544
Aufrufe.
Die KP. Rumäniens an die Arbeiter- und Bauernorganisationen der Welt 545
Buchbesprechungen.
„Die Gesellschaft". Von Neurath 545

Zum V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.

Brief an alle Sektionen der Kommunistischen Internationale.

Von G. Sinowjew.

** Für den 5. Juni 1924 ist der V. Weltkongreß der KI. anberaumt. Seit dem IV. Kongreß sind mehr als eineinhalb Jahre vergangen. Eine Reihe wichtigster Fragen harren der Lösung.

Programm. Der V. Kongreß wird endgültig das Programm der KI. zu bestätigen haben. Die ersten Projekte wurden schon im Zusammenhang mit dem IV. Weltkongreß veröffentlicht. Unter den Arbeiten der KI. während ihres fünfjährigen Bestehens befinden sich schon einige grundlegende Dokumente (Leitsätze W. I. Lenins über die Diktatur und Demokratie, Resolution des II. Kongresses über die Rolle der Kommunistischen Parteien in der Revolution, Beschluß zur Agrar- und zur Nationalen Frage usw.), die die Hauptbestandteile des Programms bilden werden. Die Bausteine sind somit vorhanden, und es handelt sich nun darum, aus diesen Bausteinen ein wohlgebautes Gebäude zu errichten.

Die Ausarbeitung eines solchen Dokumentes, das Programm der KI., ist ein bei weitem nicht leichtes Unternehmen, namentlich jetzt, wo unser erster Meister, W. I. Lenin, nicht mehr mit uns ist. Dieses Unternehmen kann aber nicht weiter aufgeschoben werden. Der V. Kongreß muß diese Aufgabe erfüllen.

Derselbe Kongreß wird das Programm der einzelnen größten Sektionen der KI. zu bestätigen haben, die sich beeilen müssen, ihre Vorbereitungsarbeiten zu beenden.

Die weitere Taktik der KI. Diese Frage wird zweifellos in engem Kontakt mit einem anderen Punkt der Tagesordnung, der Weltwirtschaftslage, erörtert werden. Der V. Kongreß wird die Aufgabe haben, die Bilanz der Anwendung der Einheitsfronttaktik in den vergangenen Jahren zu ziehen. Es ist schon völlig klar, daß diese Taktik von neuem einer scharfen Kritik unterzogen wird. Wir dürfen uns nicht verheimlichen, daß die Einheitsfronttaktik bei ihrer praktischen Anwendung tatsächlich wiederholt in der Richtung des Opportunismus entstellt worden ist, trotzdem wird aber die Bilanz mit einem Plus schließen. Die Einheitsfronttaktik bleibt richtig für eine ganze Epoche. Es ist bloß notwendig, stärkere Vorsichtsmaßregeln gegen eine Entstellung dieser Taktik zu ergreifen, und wir müssen es lernen, sie in jedem einzelnen Lande in Anpassung an die gegebenen tatsächlichen Bedingungen zu konkretisieren. Die opportunistischen Gefahren von rechts bleiben nach wie vor die Hauptgefahren für die KI. Ein erfolgreicher Kampf gegen sie ist aber nur in dem Falle möglich, wenn wir der „linken Kinderei" einen entschiedenen Widerstand entgegensetzen werden. Die KI. lebt und wirkt in einer Periode zwischen zwei Wellen der proletarischen Weltrevolution. Eine Welle ist vergangen, die andere hat sich noch nicht erhoben. Solche Länder wie Deutschland machen jetzt eine Epoche zwischen zwei Revolutionen durch. In einer solchen Epoche müssen die Kommunisten unvermeidlich gleichzeitig gegen das Liquidatorentum von rechts und gegen die „linken" Phrasen, die oft einem Liquidatorentum von „links" gleichbedeutend sind, ankämpfen.

Die wichtigsten strittigen Probleme der einzelnen Sektionen. Einen äußerst wichtigen Bestandteil der Arbeit aller unserer Kongresse bildet die Erörterung aller strittigen Fragen und Grundprobleme, die die einzelnen Sektionen der KI. beschäftigen.

Hier werden die Parteien der KI. in der Praxis miteinander bekannt. Hier wird in Wirklichkeit die einheitliche internationale Kommunistische Partei geschmiedet. Scharfe Diskussionen, strittige Probleme hat es bei unseren wichtigsten Parteien in der Zeitspanne zwischen dem IV. und V. Kongreß nicht wenig gegeben. Zuweilen werden diese Streitigkeiten als eine „Krisis der Komintern" betrachtet. In Wirklichkeit gibt es aber hier keinerlei Krisen. Die Gestaltung der Kommunistischen Parteien geht unter riesigen Schwierigkeiten vor sich. Wir können wohl sagen, daß die stärkste Sektion der KI., die KP. Rußlands, im Laufe der 25 Jahre ihrer Entwicklung eine ununterbrochene Kette von Krisen durchgemacht hat. In Wirklichkeit bedeuteten aber diese „Krisen" die allmähliche Schmiedung einer wirklich stählernen Kommunistischen Partei. Wer sich vorstellt, daß die Schaffung einer KP. genau so glatt vor sich gehen kann wie ein Spaziergang auf dem Asphalt der Straße einer europäischen Hauptstadt, der begreift überhaupt nicht, was eine KP. ist. Im allgemeinen sind die wichtigsten Sektionen der KI. während der verflossenen Zeitspanne erstarkt und stellen jetzt einheitlichere Vortrupps des Proletariats dar, als es zur Zeit des IV. Kongresses der Fall war.

Das Exekutivkomitee der KI. hat dieses Mal die Probleme von fünf großen Sektionen auf die Tagesordnung gestellt.

Rußland. Der Kongreß wird sich mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage der Union der SSSR. bekannt machen und von neuem die Bilanz der verflossenen Jahre der Neuen Wirtschaftspolitik ziehen. Der Kongreß wird sich mit dem Ergebnis der unlängst in der RKP. stattgefundenen Diskussion beschäftigen und wird sein entscheidendes Wort in bezug auf die Diskussion sprechen.

Deutschland. Der Kongreß wird nun endlich die mit dem Oktoberrückzug des deutschen Proletariats verbundenen inneren Streitigkeiten der KPD. einschätzen. Der Kongreß wird zweifellos die opportunistischen Tendenzen in der KPD. genau so einschätzen, wie es seinerzeit das EKKI. getan hat, und er wird gleichzeitig entschieden gegen die in der KPD. in Gestaltung begriffene Ultra-„Linke", in Wirklichkeit nicht bolschewistische Richtung Stellung nehmen und die taktischen Exzesse, von denen die neue Mehrheit der KPD. nicht frei ist, zurückweisen.

Italien. Der Kongreß wird zweifellos die sofortige Verschmelzung der Kommunisten mit den Terzi-Internationalisten (Fusionisten) beschließen und der KP. Italiens helfen, einen noch entschiedeneren Kampf gegen den Faschismus und die Sozialdemokratie einzuleiten.

Bulgarien. Der Kongreß soll zu den wichtigsten Ereignissen, die die KP. Bulgariens während dieser Zeit erlebt hat, Stellung nehmen. Die Fehler, die die Mehrheit der KP. Bulgariens im Juni 1923 begangen hat, werden jetzt auch von dieser Mehrheit selbst zugegeben. Der Kongreß wird somit die Aufgabe haben, der KP. Bulgariens zu helfen, das Unterlassene nachzuholen und die historische Mission, die der Gang der revolutionären Ereignisse ihr zuweist, zu erfüllen.

England. Zum ersten Male in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung entstehen jetzt die Voraussetzungen für die Schaffung einer Kommunistischen Massenpartei in England. In diesem Sinne ist das, was sich gegenwärtig in der englischen Arbeiterbewegung abspielt, von größerer Bedeutung als die Ereignisse in Deutschland. Der Kongreß wird alles mögliche tun müssen, um die bestehenden Möglichkeiten wirklich auszunützen und die gegenwärtige Kommunistische Partei Englands in eine wirkliche Massenpartei umzuwandeln.

Vereinigte Staaten Nordamerikas. Die Amerikanische Workers Party wird zu einer Massenpartei. Sie steht vor der Frage, wie sie sich zu der entstehenden kleinbürgerlichen „Dritten" Partei und zur Farmerschaft zu stellen hat. Der Kongreß wird mit aller Aufmerksamkeit das neue Problem der amerikanischen Arbeiterbewegung untersuchen und der amerikanischen Partei helfen, die großen historischen Aufgaben, die ihrer harren, zu bewältigen.

Japan. Die japanische Arbeiterbewegung fängt erst an, auf den Weg der Entwicklung hinauszugelangen. Die wütenden Verfolgungen, denen die japanischen Kommunisten ausgesetzt sind, haben bisher die Schaffung einer Kommunistenmassenpartei in Japan verhindert. Mit Beteiligung der Kommunisten wird in Japan eine Massen-, Arbeiter- und Bauernpartei geschaffen. Der Kongreß wird sich ausführlich mit den Fragen der japanischen Arbeiterbewegung zu beschäftigen haben.

Eine bedeutende Stelle wird in den Arbeiten des V. Kongresses wieder und wieder die Frage der **Gewerkschaften** einnehmen. Je mehr der Einfluß der Kommunisten auf die Gewerkschaftsbewegung steigt, mit um so größerer Wut sind die Führer der Sozialdemokratie bestrebt, die Spaltung in den Gewerkschaften zu beschleunigen. Die Provokationspolitik der sozialdemokratischen Führer ist an manchen Orten von bedeutendem Erfolg begleitet. Unter der deutschen Linken entsteht eine völlig falsche und äußerst gefährliche Stellungnahme zur Frage über die weitere Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften. Mit der ganzen Kraft seiner Autorität, der größten Entschiedenheit und Bestimmtheit muß sich der V. Kongreß gegen den Austritt aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften erklären und gleichzeitig wird er eine Reihe praktischer Probleme, betreffend die Frage, wie jene Arbeiter, die durch die sozialdemokratischen Führer aus den Gewerkschaften entfernt werden, zu organisieren sind, praktisch zu lösen haben.

Von nicht geringerer Bedeutung wird, wie immer, die Erörterung der **Nationalen Frage** auf dem Kongreß sein. Die theoretischen Grundlagen zur Lösung dieser Frage sind in den Berichten und in den auf den früheren Kongressen auf Antrag des Genossen Lenin angenommenen Resolutionen festgelegt. Die Aufgabe des V. Kongresses besteht gegenwärtig darin, die nationale Politik der KI. für die einzelnen Länder in noch konkreterer Fassung in Anwendung zu bringen, insbesondere in den Ländern des Ostens und den Kolonien, wo im Zeichen des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit die gegen die Herrschaft des internationalen Kapitals gerichtete revolutionäre Bewegung immer mehr erstarkt. Durch eine richtige Lösung der nationalen Frage wird die KI. allen Parteien die Eroberung der Massen erleichtern. In der Nationalen und der Agrarfrage unterscheidet sich die KI. am meisten von ihren Vorgängern, der Zweiten und selbst der Ersten Internationale, die diese Frage kraft der damaligen historischen Lage nur abstrakt gestellt haben. Ohne eine Lösung der Nationalen und der Agrarfrage in Leninschem Geiste kann die KI. die Mehrheit der Werktätigen nicht erobern, ohne die aber ein entscheidender Sieg nicht errungen werden kann.

Die Frage über die **Stellung zur Bauernschaft** wird den V. Kongreß in der Form eines Berichtes über die erst in Gestaltung begriffene (Moskauer Konferenz im Jahre 1923) **Bauerninternationale** beschäftigen. Eine richtige Lösung der Nationalen Frage bedeutet in hohem Grade auch eine richtige Lösung der Bauernfrage. Der jungen Organisation, die in Moskau unter dem Namen Bauerninternationale ihre Gestaltung begonnen hat, harrt zweifellos eine riesige Zukunft.

Die europäischen Kommunistischen Parteien haben bisher auch nicht den hundertsten Teil dessen geleistet, was notwendig ist, um jene Schichten der Bauernschaft, die die Arbeiterschaft für sich gewinnen kann, auf ihre Seite zu bringen. Der V. Kongreß wird dieses Problem mit aller Kraft und Entschiedenheit aufzurollen haben.

Eine neue Frage, die jetzt auf die Tagesordnung des V. Kongresses gesetzt wird, ist die Frage über die Stellung der **Kommunisten zu den Intellektuellen.** (Es handelt sich um die Intellektuellen im weiten Sinne des Wortes, darunter auch um die technischen intellektuellen Kräfte.) In einer ganzen Reihe von Ländern stehen die Intellektuellen kraft der allgemeinen Wirtschaftslage in einer mehr oder minder scharfen Opposition zum bestehenden Regime. In verschiedenen Teilen der Welt, in Deutschland, in Japan, in Bulgarien, in Frankreich und in einer Reihe anderer Länder befindet sich ein bedeutender Teil der Intellektuellen, unter dem Drucke der Not, unter dem Einfluß der imperialistischen Räuberpolitik, am Scheideweg und steht der revolutionären Arbeiterbewegung nicht ohne jede Sympathie gegenüber.

Die KI. muß auch auf diesem Gebiete die Initiative ergreifen. Sie muß hier zeigen, worin sich der lebendige revolutionäre Marxismus von der altväterlichen, nicht lebensfähigen Auffassung der Intellektuellenfrage unterscheidet.

Die **organisatorischen Fragen** werden auf dem V. Kongreß in weit konkreterer Fassung und auf Grundlage einer weit umfangreicheren praktischen Erfahrung aufgerollt werden, als es bisher der Fall war. Die Mehrheit der Kommunistischen Parteien des Westens hat bisher den Umbau auf Grundlage der Betriebszellen noch nicht vollzogen. Diese organisatorische Frage von der größten Wichtigkeit, nicht in Worten, sondern in Wirklichkeit zu lösen, bedeutet einen Riesenschritt vorwärts auf dem Wege der wirklichen Vorbereitung der proletarischen Revolution.

Auch mit den Fragen der Propaganda wird sich der Kongreß in aller Ausführlichkeit beschäftigen. Er wird die entsprechende Beachtung der Jugendbewegung widmen, die sich so prachtvoll entwickelt und der auch in der Vorbereitung der Weltrevolution eine große Zukunft harrt. Ferner wird der V. Kon-

greß auch der Frauenbewegung, der Genossenschaftsfrage usw. die entsprechende Beachtung widmen.

Die Tagesordnung ist umfangreich und mannigfaltig. Die noch übrigen zwei Monate müssen von allen Parteien zu einer allseitigen Vorbereitung aller Sektionen der KI. zu diesen Fragen ausgenützt werden.

Die nächste Zukunft wird uns die Möglichkeit geben, die Kräfte der Kommunisten auch in den Parlamentswahlen in Italien, in Deutschland und in Frankreich zu prüfen. Die Kommunisten messen natürlich den Parlamentswahlen keine irgendwie ausschlaggebende Bedeutung bei, vom Gesichtspunkte einer Prüfung unseres Einflusses auf die Massen werden aber diese Wahlen von nicht geringer Bedeutung sein. Die unlängst in einem so entfernten Winkel Europas wie Karpathorußland stattgefundenen Wahlen haben gezeigt, daß bei einer richtigen Haltung der Kommunisten gegenüber dem Bauerntum die proletarische Partei bedeutende Schichten des Bauerntums auf ihre Seite bringen kann.

Von der größten Bedeutung für die Tätigkeit der KI. in der vergangenen Periode waren die Ereignisse in Deutschland. Im Herbst 1923 haben sich die Ereignisse in diesem Lande so stürmisch entwickelt, daß wir alle einen stürmischen revolutionären Aufstieg und den entscheidenden Aufstand erwarteten. Statt dessen ist die Niederlage gekommen. Die deutsche Arbeiterklasse ist für eine gewisse Zeit zurückgeworfen. Die Frage über die Vorbereitung der proletarischen Revolution in Deutschland bleibt aber nach wie vor eines der wichtigsten Probleme der KI. im allgemeinen und der wichtigsten ihrer europäischen Sektionen insbesondere.

Die Eroberung der Mehrheit unter den wichtigsten Schichten der Arbeiterklasse ist das, was der Gründer der KI., **W. I. Lenin**, uns als die wichtigste aller Aufgaben für die gegenwärtige Periode vermacht hat. Diese Aufgabe ist noch nicht gelöst, und der V. Kongreß wird aufmerksam an ihrer Lösung zu arbeiten haben.

„Ohne Lenin im Geiste des Leninismus" wird die Parole des V. Kongresses sein. Der große Führer der KI. ist tot, sein Werk aber lebt, vor allem gerade in der Komintern. Der V. Kongreß wird zweifellos alle Fragen, denen er gegenüberstehen wird, im Geiste des wahren Leninismus lösen. Die Lehren Lenins werden der Leitstern für alle Sektionen der KI. bleiben.

Politik

Die Lehren der Wahlen in Karpathorußland.

Von Mathias Rakosi.

** Das Resultat der Wahlen in Karpathorußland, wo die Kommunisten trotz des unerhörten Regierungsterrors, in einem Lande mit äußerst wenig Eisenbahnen und mit überwiegend bäuerlicher Bevölkerung, 40% aller Stimmen erhielten, wurde von der Bourgeoisie — die Sozialdemokraten mit inbegriffen — mit Bestürzung aufgenommen. Sie fanden im allgemeinen den Grund dieses Ereignisses in „der skrupellosen" oder „geschickten Demagogie der Kommunisten", mit der sie, auf den Bodenhunger, „des ungebildeten, leichtgläubigen Volkes" spekulierend, in erster Linie die Aufteilung der Latifundien forderten.

Wir sind daran gewöhnt, daß unsere vorübergehenden Niederlagen als „untrügliche Zeichen der Abwendung der Massen von den Moskauer Methoden" und unsere Erfolge als das Resultat „skrupelloser Demagogie" hingestellt werden. Bei diesen Wahlen lohnt es sich aber, etwas tiefer in die Arbeit unserer Genossen in Karpathorußland hineinzublicken, da ihre Erfolge in erster Linie einer gut angewandten kommunistischen Taktik zu verdanken sind, einer Taktik, die man unter den armen Bauern mancher Länder mit ähnlichem Resultat anwenden kann.

Die Kommunisten hatten seit der ungarischen Rätediktatur tiefe Wurzel in der Bauernbevölkerung. Sie waren es, die die ungeheueren Latifundien (von denen Schönborn allein 230.000 Katastraljoch besaß) den armen Bauern übergaben. Doch nach einigen Wochen wurde dies durch die vereinigte tschechisch-rumänische Bourgeoisie, die im Kriege gegen Sowjetungarn Karpathorußland besetzte, rückgängig gemacht. Die Bauern vergaßen dies aber nicht und waren seit dieser Zeit der kommunistischen Agitation zugeneigt.

Die Kommunistische Partei trug dann mit ihrer Tätigkeit kräftig dazu bei, diese Sympathie wachzuhalten und sie zu vergrößern. Sie beschäftigte sich mit allen Fragen, die die armen Bauern interessierten, und so gewöhnten sich diese langsam daran, in der Kommunistischen Partei ihre Verteidigerin zu sehen. Bei allen Gelegenheiten, wo die Bauern in die Stadt kamen, konnten sie bei den Kommunisten einen Rat holen oder Unterstützung finden. Bei dem Abschluß der Arbeits- oder Pachtkontrakte haben sie mehr und mehr die Hilfe der Kommunistischen Partei in Anspruch genommen. In dem Kampfe gegen die Behörden, die, wenn möglich, noch schlechter waren als die frühere ungarische Oligarchie, waren es wieder nur die Kommunisten, die die Beschwerden nötigenfalls bis Prag und in das Parlament brachten. Als infolge der Mißernte — in der Werchowina — eine Hungersnot und Massensterben entstand, da waren es wieder die Kommunisten, die alles in Bewegung setzten, damit die öffentliche Meinung aufgerüttelt und die Regierung gezwungen sei, zu helfen, was auch schließlich eine Hilfe durch das Rote Kreuz zeitigte.

Die Losung der Übergabe des Bodens an die armen Bauern hatte die größte Anziehungskraft gehabt. Diese Forderung kann und muß in allen Ländern, wo Großgrundbesitz und dementsprechend Landhunger vorhanden sind, in die Bauernmassen geworfen werden. Trotzdem hat man oft den Eindruck, daß unsere Parteien — wenn sie überhaupt die Fühlung mit den Bauern aufnehmen, die Bodenzuteilung in ihrer Agitation mehr als eine Theorie und nicht als eine lebendige ausführbare Notwendigkeit darstellen.

Ein anderes Mittel, das auf die Bauern den größten Eindruck machte, war die Ausnützung der Spiritus- und Steuerskandale. Wie in der Tschechoslowakei, so wird in sämtlichen Staaten der Welt die Steuer nach unten progressiv verteilt: je ärmer der Bauer, desto höher die Steuer. Auf der anderen Seite gibt es in fast jedem Lande skandalöse Fälle, die zeigen, wie die Reichen sich nicht nur vom Steuerzahlen drücken, sondern die Steuern, die von den armen Massen gezahlt wurden, stehlen. Von der Prager Spiritusaffäre bis zum Ölskandal der amerikanischen Kapitalisten hat jeder Staat eine reiche Kollektion von Fällen, die besser als die klarste Theorie den Massen verständlich sind. Keine unserer Parteien hat bisher von ihnen einen entsprechenden Gebrauch gemacht.

Die nationale und koloniale Frage war auch eine wichtige Waffe in den Händen unserer Genossen. Dieses Problem existiert in allen Staaten, die auf den Gebieten der österreichischen Monarchie oder auf dem Rande Rußlands entstanden. In allen diesen Staaten empfinden die arbeitenden Massen — und vor allem die armen Bauern — daß ihnen „die Befreiung vom fremden Joch" nur eine neue Bedrückung bedeutet, die um so schwerer ist, als ein Teil der ideologischen Betäubungsmittel der alten Ausbeuter nicht mehr ausreicht und durch nackte Gewalt ersetzt wird. Die Kommunisten haben es verstanden, sowohl den ruthenischen wie den ungarischen Bauern und Arbeitern klar zu machen, daß nur die Kommunisten und die Sowjets ihnen die nationale und ökonomische Befreiung geben können. Sie haben damit alle anderen Parteien, die auf die nationalen Gefühle spekulierten, geschlagen. In **Polen, Jugoslawien, Rumänien** und in der **Tschechoslowakei** werden unsere Parteien den Sieg nur erringen können, wenn sie die Nationalitätenfrage richtig anfassen.

Alle diese Fragen, verbunden mit einer regen Agitation, angepaßt den lokalen Verhältnissen, bewogen dann die Massen, trotz untersagter oder aufgelöster Volksversammlungen und Verhaftung der Kandidaten und Agitatoren ihre Stimmen den Kommunisten zu geben.

Revolutionäre Bewegung in den Kolonien

Wie Macdonald indischen Revolutionären antwortet.

„An J. Ramsay Macdonald, Ministerpräsident Großbritanniens, London.

(Kopie an den Staatssekretär von Indien.)

** **Ehrenwerter Herr!**

Der Unterzeichnete ist ein Inder, der an das Recht jedes Volkes auf Freiheit glaubt. Seit 1905 beteiligte ich mich an der Bewegung, deren Ziel die Eroberung dieses Rechtes für das indische Volk ist. Ich mußte deswegen Verfolgungen und Drangsalierungen aller Art von seiten der englischen Regierung Indiens erleiden. Schließlich war ich, im Jahre 1905, gezwungen, meine Heimat zu verlassen, um die durch das Gesetz festgelegten

äußersten Strafmaßnahmen zu vermeiden. Seither lebe ich in der erzwungenen Verbannung, die mich aber von Verfolgungen nicht befreite. Ich wurde ununterbrochen gehetzt von seiten der Agenten der englischen Regierung, die nicht zögern, mit Überschreitung der Bestimmungen und Gebräuche des internationalen Rechtes, auf die Behörden anderer Länder, die politischen Flüchtlinge das Asylrecht gewähren, einen Druck auszuüben. Trotzdem habe ich, meinen Überzeugungen entsprechend, auch weiterhin meinen Anteil am Kampfe für die Freiheit des indischen Volkes genommen.

Da ich Sozialist bin, bin ich nicht Anhänger des Programms der indischen Nationalisten, das sich einfach auf die Rivalität und den Antagonismus zwischen dem eingeborenen und dem ausländischen Kapital gründet. Ich bin der Ansicht, daß Indien eine autonome nationale Regierung haben muß, da ohne eine solche die normale Entwicklung und das allgemeine Gedeihen seines Volkes nicht erreicht werden kann. In dieser Beziehung mache ich mit der Bewegung des bürgerlichen Nationalismus gemeinsame Sache. Gleichzeitig bin ich aber der Meinung, daß die nationale Regierung eine wirklich demokratische sein soll durch einen umfangreichen Schutz der wirtschaftlichen Interessen der schaffenden Massen. Die niedrigen Schichten der Bevölkerung werden aber, wenn sie sich nicht schon von jetzt an zur Verteidigung ihrer Klasseninteressen vorbereiten, von der nationalen Regierung nur sehr wenig politische Rechte und wirtschaftlichen Schutz erhalten. Das kann nur dadurch erreicht werden, wenn sie sich an der nationalen Bewegung nicht lediglich als ein Gehilfe der eingeborenen Bourgeoisie, sondern als unabhängiger sozialer Faktor beteiligen, auf der Grundlage ihres eigenen besonderen politischen und wirtschaftlichen Programms kämpfend und sich organisierend. Mit anderen Worten, meine Tätigkeit ist auf die Organisierung der Arbeiter und armen Bauernschaft auf Grundlage ihrer Klasseninteressen eingestellt. Unser Programm gründet die nationalistische Bewegung nicht auf den Rassengegensatz wie auch nicht auf den kapitalistischen Antagonismus, sondern auf die breitere Basis der wirtschaftlichen Interessen und der sozialen Befreiung der Massen der Bevölkerung.

Dieses Programm hat mir zu den übrigen früheren Beschuldigungen den Namen „bolschewistischer Agent" eingebracht. Sie wissen, wie freigebig der Imperialismus mit diesen Namen umgeht. Die von uns herausgegebene Zeitung und alles, was ich oder meine Genossen schreiben, wird als „bolschewistische Propaganda" bezeichnet und aus Indien verbannt. Der Vertrieb, das Lesen und der Besitz solcher Literatur ist strafbar. Diese Literatur ist der Propaganda des Programms, dessen Grundzüge im obigen geschildert wurden, gewidmet. Ich erlaube mir, Ihnen in einem besonderen Umschlag Muster unserer Veröffentlichungen zu übersenden, damit Sie beurteilen können, ob Sie etwas anderes als ein gewöhnliches nationalistisches und sozialistisches Programm enthalten. Die Veröffentlichung und der Vertrieb ähnlicher und noch weit mehr revolutionärer Literatur ist in Großbritannien und seinen sich selbstverwaltenden Kolonien, um von anderen unabhängigen Ländern gar nicht zu sprechen, erlaubt. Mit einem Wort, sozialistische Literatur ist in Indien verboten. Bisher haben wir uns in diese Lage, sie als natürlich betrachtend, gefügt. Genau so natürlich ist es aber, daß wir erwarten, daß eine sozialistische Regierung hier Wandel schaffen wird.

Nun, ehrenwerter Herr, müssen Sie als Sozialist und Vertreter des englischen Proletariats zugeben, daß es kein Verbrechen ist, wenn man das Selbstbestimmungsrecht für sein Land fordert, und daß eine einfache sozialistische Propaganda nicht zur „aufwieglerischen bolschewistischen Propaganda" wird, sobald sie nach Indien kommt. Die indischen Sozialisten und die indische Arbeiterklasse sind berechtigt, internationale Verbindungen aufrechtzuerhalten. Es gibt dort viele Angehörige der englischen Labour Party und der Internationale, der Sie angehören. Es kann auch andere geben, die andere internationale proletarische Organisationen vorziehen. Es ist dies lediglich eine Frage der Auffassung, und in keinem Lande ist die sozialistische Bewegung heute von solchen Meinungsverschiedenheiten frei. Die Tatsache der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale kann mich daher des Rechtes, in Indien zu leben und zu arbeiten, nicht verlustig machen, solange Angehörige der gleichen Internationale dieses Rechtes in Großbritannien nicht verlustig sind.

Das Bestehen einer Arbeiterregierung in England ermutigt uns im Glauben, daß hier Wandel geschaffen werden wird. Wir erwarten, daß jene, die für den Fortschritt und das Wohlergehen der indischen Arbeiterklasse tätig sind, unter einer Arbeiterregierung nicht nach wie vor verfolgt werden sollen.

Ich bitte Sie daher:

1. Das Verbot unserer Zeitung „The Vanguard", der von mir und meinen übrigen Gesinnungsgenossen verfaßten Bücher und Broschüren wie auch jeglicher sozialistischer Literatur, die in jedem zivilisierten Lande frei abgesetzt wird, aufzuheben, und

2. mir die Erlaubnis zur Rückkehr nach Indien zu erteilen, ohne daß ich dort wegen angeblicher Vergehen in der Vergangenheit Verfolgungen ausgesetzt werde. Ich möchte Sie auf die Tatsache aufmerksam machen, daß meine politischen Anschauungen seit meiner Abreise aus Indien im Jahre 1905 eine radikale Änderung durchgemacht haben. Was ich verlange, ist eine Amnestie für die in der Vergangenheit gegen mich erhobenen Beschuldigungen. Ich glaube, daß die Erklärung, die Seine Majestät der König und Kaiser im Jahre 1919 über indische politische Verbrecher gemacht hat, auf mich angewendet werden kann. Wenn ich nach Indien zurückkehre, werde ich natürlich bereit sein, künftighin die Konsequenzen aus meinem Vorgehen zu ziehen.

Es wird mich sehr freuen, wenn ich wenigstens einen Paß zur Reise nach England erhalten werde, um hier mit dem Indischen Departement die Frage meiner Rückkehr nach Indien zu besprechen.

In Erwartung einer günstigen und baldigen Antwort, verbleibe ich usw.

Zürich (Schweiz), den 20. Februar 1924."

*

Dieser Brief wurde ursprünglich als Privatbrief abgesandt, und ich beabsichtigte nicht, ihn zu veröffentlichen. Auch wäre es nicht nötig, dies heute zu tun, hätte Macdonald ihn nicht in einer wahrhaft unerwarteten Weise „beantwortet". Keinerlei unmittelbare Antwort wurde auf den Brief erteilt, trotzdem mehr als genug Zeit zur Verfügung stand. Ich begehe daher, indem ich einen Privatbrief veröffentliche, keinerlei Handlung, die als eine Verletzung der Etikette ausgelegt werden könnte. Die im Brief aufgerollten Fragen sind zu ernst, als daß sie durch das einfache Vorgehen, keine unmittelbare Antwort riskieren zu wollen, aus der Welt geschafft werden könnten. Mr. Macdonald weiß sehr wohl, daß dies der Fall ist. Wiewohl er es unterlassen hat, eine unmittelbare Antwort zu geben, hat er nicht gezögert, seine Stellung zu den im Briefe gestellten Fragen klar hervortreten zu lassen. Er entschloß sich, diese Fragen indirekt zu beantworten, seine Antwort war aber völlig konsequent.

Auf die Frage, ob die indische Arbeiterklasse unter der Arbeiterregierung auf Freiheit der Propaganda und Organisation hoffen kann, hat Mr. Macdonald dadurch geantwortet, daß er, wenigstens stillschweigend, die Verfolgung der indischen Arbeiterklasse in der Person der in Cawnpur als „Verschwörer" vor Gericht gestellten Kommunisten sanktioniert hat. Ich bat um die Erlaubnis, nach Indien zurückzukehren oder nach England kommen zu können. Statt die ersuchte Erlaubnis zu gewähren, stellte die Arbeiterregierung im Einvernehmen mit den indischen Behörden mir ein weiteres Hindernis in den Weg. Die Bitte um Legalisierung der sozialistischen und Arbeiterpropaganda wurde dadurch abgelehnt, daß die indischen Kommunisten auf Grund des von ihnen verkündeten Programms und der Veröffentlichungen, die der Propaganda dieses Programms gewidmet sind, vor Gericht gestellt werden. Mr. Macdonald wußte sehr wohl, daß die in meinem Brief aufgerollten Fragen von wesentlichstem Interesse für die indische Arbeiterklasse sind und daß sie, falls er es unterlassen sollte, Stellung zu ihnen zu nehmen, den Gegenstand einer öffentlichen Diskussion bilden werden. Um nun seine Stellung zu stärken, beantwortete er meinen Brief dadurch, daß er einen Angriff richtete gegen jene, die den Kampf für die Rechte der schaffenden Massen Indiens aufnehmen wollen. Seine Taktik bestand darin, seine Gegner in eine ungünstige Stellung zu bringen und sie zu zwingen, sich unter solchen Umständen nach bestem Können zu verteidigen. Auf die Möglichkeit rechnend, daß diese Fragen irgendeinmal den Gegenstand einer öffentlichen Erörterung bilden könnten, entschloß er sich, unserer Sache in den Augen des englischen Proletariats zu schaden. Er ließ es zu, daß die Indische Regierung die Führer der englischen Arbeiterbewegung als „Verschwörer" hinstellt, damit keinerlei Forderung derselben die Billigung irgendeines Teiles des englischen Proletariats gewinnen kann. Es war in der Tat ein sehr kluger Schachzug. Das unschöne Motiv, das hinter diesem Zug steht, ist aber trotzdem zu erkennen. Der Brief, der zum erstenmal die Frage der Interessen der Arbeiter-

klasse aufwarf, hat Mr. Macdonald zweifellos angespornt, zu handeln. Der Brief zeigte ihm, daß er binnen kurzem in eine sehr unbequeme Lage geraten könne. Er entschloß sich daher, rechtzeitig zu handeln, und ging zur Offensive über, bevor er noch aufgefordert wurde, seine Stellung zu verteidigen. Wären die im Briefe berührten Fragen öffentlich aufgeworfen worden, so wäre es für ihn ziemlich unbequem gewesen, sie so zu beantworten, wie er es tat. Da seine Taktik, der indischen Regierung zu erlauben, den Vortrupp der indischen Arbeiterklasse offenbar wegen sozialistischer Propaganda und internationaler proletarischer Solidarität vor Gericht zu stellen, durch ein privates Ersuchen hervorgerufen wurde, ist das Dokument, wo dieses Ersuchen gestellt wurde, ein Dokument von öffentlichem Interesse geworden. Ich betrachtete daher die Veröffentlichung des Briefes für zweckmäßig. Sie wird dem britischen Proletariat wieder einmal die Möglichkeit geben, den wirklichen Charakter der Regierung, die als seine Vertreterin herrscht, kennen zu lernen. Der Brief wird auch dem Weltproletariat zeigen, was vom Menschewismus zu erwarten ist.

Das Gerichtsverfahren von Cawnpur, das eineinhalb Monate, nachdem der oben genannte Brief an Mr. Macdonald abgesandt wurde, eingeleitet worden ist, ist eine Antwort auf diesen Brief. Ich verlangte die Freiheit der sozialistischen Presse. Die Antwort war, daß jede sozialistische Arbeiterpropaganda als Werkzeug eines verbrecherischen Verschwörertums gebrandmarkt worden ist. Als eine Person, die „der Verschwörung gegen die Souveränität des Königs und Kaisers" angeklagt ist, bin ich natürlich nicht berechtigt, meinen Fuß auf indischen Boden zu setzen, es sei denn, daß ich bereit wäre, mich in die durch diese Anklage bedingte Strafe (die wohl lebenslängliche Haft sein würde) zu fügen. Ich bat die Arbeiterregierung um eine Amnestie in bezug auf die Anklagen, die der Imperialismus seinerzeit gegen mich erhoben hat. Es wäre ziemlich schwierig, diese Bitte abzuschlagen, ohne Gefahr zu laufen, daß dadurch eine wirksame Agitation, die darüber Aufklärung verlangen wird, hervorgerufen werden könnte; der beste Ausweg aus der Schwierigkeit schien daher darin zu bestehen, mich eines neuen Verbrechens anzuklagen. Viele vertrauensselige Leute in den proletarischen Reihen dürften sich gefragt haben, warum das Unternehmen, die junge Arbeiterpartei Indiens zu zertrümmern, gerade zu einer Zeit, wo eine Arbeiterregierung im Reiche herrscht, mit solcher Entschiedenheit in Angriff genommen wurde. Diese Frage ist dadurch möglich, daß diese Leute sich der Tatsache, die das brutale Vorgehen der Arbeiterregierung hervorgerufen hat, nicht bewußt sind. Diese Tatsache besteht in dem möglichen Verlangen, daß, welche Stellung auch immer die Arbeiterregierung gegenüber dem bürgerlichen Nationalismus annehmen würde, sie als die Vertreterin des englischen Proletariats eine positive Stellung in bezug auf die Lebensverhältnisse, Ziele und Bestrebungen der indischen Massen einnehmen müßte. Offenbar hat Mr. Macdonald erwartet, daß die Stimme der indischen Arbeiterklasse nicht bis jenseits des Ozeans dringen werde und daß er mit der bereitwilligen Unterstützung weniger indischen Fabianisten (und es ist zu bemerken, daß selbst diese Marke in Indien in hohem Grade verwässert ist) imstande sein werde, dieses schwache Echo mit Erfolg zu unterdrücken. Zu seinem großen Unwillen haben aber die indischen Arbeiter inzwischen ein revolutionäres Organ, um ihre Forderungen zum Ausdruck zu bringen, gefunden. Dieser revolutionäre Vortrupp stand auf den Plan trotz der enormen Schwierigkeiten, die ihm nicht nur durch den Imperialismus, sondern auch durch die nationalistische Bourgeoisie bereitet wurden. Die revolutionäre Aufgabe, die Partei der ausgebeuteten Massen zu organisieren, wurde in die Wege geleitet. Das Problem, dem die Arbeiterregierung sich gegenübergestellt sehen sollte, bestand darin, ihre Stellung zu dieser bevorstehenden Auflehnung der indischen Arbeiterklasse klar zu machen. Mr. Macdonald entschloß sich, den zahlenmäßig schwachen Vortrupp zu unterdrücken, bevor er zu gefährlich werden könnte. Diese seine Antwort, im Zusammenhange mit dem Brief gelesen, durch den die Stimme der indischen Arbeiterklasse seine Ohren in einer unerwartet klaren Weise erreichte, wird sehr lehrreich sein.

Ich veröffentliche daher diesen Brief, der zur Verfolgung der indischen Kommunisten Anlaß gegeben haben dürfte, um auf diese Weise die in ihm aufgerollten Fragen dem Weltproletariat zur Kenntnis zu bringen.

Deutschland

Micum, Zechenkapital und Ruhrproletariat.

Von Hansen (Düsseldorf).

II. (Schluß.)

** Im ersten Artikel war schon angedeutet worden, daß für die Beantwortung der Frage: Wird das rheinisch-westfälische Kapital sich weigern, die Micum-Verträge zu verlängern? noch wichtigere Dinge maßgebend sind als die Höhe des Profits der Zechenbarone. Da ist vor allem die schwere Absatzkrise der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie. Zwar hat die rheinisch-westfälische Metallindustrie ihre Verträge mit der Micum bereits Ende März dieses Jahres verlängert. Bekanntlich muß sie nicht Sachlieferungen an Frankreich liefern, sondern bestimmte Devisenzahlungen in die Ausgleichskasse leisten. Diese Zahlungen werden auf Reparationskonto gutgeschrieben. Die vor kurzem bewilligten „Erleichterungen" haben nur für die Werke Geltung, deren Produktionsertrag nicht 50% dessen von 1922 überschreitet (!).

Von den insgesamt 85 Hochöfen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes sind gegenwärtig nur 36 im Betrieb gegenüber 55 vor der Ruhrbesetzung. 40% der früher in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter sind erwerbslos.

Durch die hohen Kohlenpreise und die Zollschranken und die Micum-Lasten stehen die Gestehungskosten der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie bedeutend über denen der französischen Industrie. Mag auch darin in den letzten Tagen durch die Steigerung des Frankenkurses eine leichte Besserung eingetreten sein, immerhin ist die französische Schwerindustrie gegenüber der rheinisch-westfälischen noch in großem Vorteil. Sie überschwemmt sogar den deutschen Inlandmarkt mit ihren Fabrikaten, während für die Erzeugnisse der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie der Auslandmarkt so gut wie verschlossen ist.

Ein holländischer Auftrag für die Eisenteile eines 16.000-Tonnen-Dampfers wurde zum Beispiel von der französischen Metallindustrie um eine Million Gulden billiger erledigt als das deutsche Angebot lautete. Ein argentinischer Schienenauftrag von 6000 Tonnen, der den deutschen Werken angeboten war, wurde von der billigeren französischen Konkurrenz weggeschnappt. Diese Beispiele ließen sich nach Belieben vermehren.

Wenn auch gegenüber der Lage im Ruhrkrieg eine geringe Besserung der Beschäftigungslage eingetreten ist, so wird selbst diese von bürgerlicher Seite immer wieder als nur vorübergehend und eine verschärfte Absatzkrise in Aussicht stehend hingestellt. Die rheinisch-westfälische Industrie arbeitet zum Teil auf Lager und zum Teil lebt sie von alten Rohstoffbeständen.

Bekanntlich verfolgte der französische Einbruch ins Ruhrgebiet einen doppelten Zweck: erstens die Ruhrkohle für die französische Schwerindustrie in Besitz zu nehmen, und zweitens die rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie als lästige Konkurrenz der französischen Industrie so weit wie möglich auszuschalten. Dies wurde in den Blättern der französischen Schwerindustrie bekanntlich offen zum Ausdruck gebracht. Die Tatsache, daß der französische Imperialismus wohl ein Interesse hat an der Ingangsetzung des Ruhrbergbaues, aber ein ebensolch großes Interesse am Daniederliegen der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie besitzt, war einer der wichtigsten Gründe für das Nichtzustandekommen einer von Deutschland losgelösten rheinisch-westfälischen Stinnesrepublik.

Der Teil des Zechenkapitals des Ruhrgebietes, der — wie Stinnes und Klöckner zum Beispiel — gleichzeitig an der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie beteiligt ist, hat also nicht nur im Interesse seiner Kohlenprofite, sondern auch aus industriellen Gründen ein dringendes Interesse an der Lockerung der Micum-Zange. Es erstreckt sich nicht nur auf eine Herabsetzung der Kohlenlieferungen, sondern vor allem auf eine grundlegende Veränderung der gesamten gegenwärtigen Machtverhältnisse im Ruhrgebiet, die das französische Schwerkapital seiner Vorteile berauben und es gestatten würde, die rheinisch-westfälische Schwerindustrie wieder in vollen Gang zu bringen. Das ist auch dann unmöglich, wenn die Reichsregierung den rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen alle Kohlenlieferungen und Steuern an die Micum voll und ganz ersetzen würde, was selbstverständlich ausgeschlossen ist, da es die schon vorhandene Inflation zu einem rasenden Tempo steigern müßte.

Die Voraussetzung für die Ingangsetzung der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie mit Aussicht auf dauernden Absatz und Profit ist die Räumung des Rhein-Ruhr-Gebietes und die volle Wiederherstellung der Selbständigkeit des deutschen Kapitalismus. An den Micum-Abkommen und der von den Kapitalisten so eifrig betonten Unmöglichkeit ihrer Verlängerung zeigt sich zur Evidenz, daß das kapitalistische Deutschland im Weltkriege und im Ruhrkriege geschlagen worden und als Folge davon außerstand gesetzt ist, seinen Produktionsapparat wieder im Vorkriegsmaßstabe in Gang zu bringen. Doch ist nicht zu erwarten, daß das rheinisch-westfälische Kapital einen ernsthaften Widerstand gegen die Micum-Zange inszenieren wird. Ihre Hoffnungen und gleichzeitig die der Reichsregierung richten sich auf das Gutachten der Sachverständigen und die kommenden Reparationsverhandlungen. Diese Reparationsverhandlungen werden sich jedoch wochenlang hinzögern, bis die Reparationskommission zu einem endgültigen Entschluß kommen wird. Poincaré wird es meisterhaft verstehen, wie bisher diese Dinge so weit wie möglich hinauszuzögern und inzwischen aus dem Rhein-Ruhr-Gebiet für das französische Kapital möglichst viel herauszuholen. Darum wird die Micum auf die Verlängerung der Micum-Abkommen drängen und hinter ihre Forderungen die Drohung der Beschlagnahme weiterer Zechen setzen. Und unter diesem Druck wird das rheinisch-westfälische Kapital die Micum-Verträge erneuern.*) Es wird natürlich versuchen, diese Verlängerung möglichst kurzfristig zu gestalten, in der Hoffnung, daß inzwischen die Reparationsfrage eine andere Wendung erhält, welche Hoffnung natürlich illusionär ist. Hat doch die Sachverständigenkommission wohl die Besetzung des Ruhrgebietes platonisch verurteilt, aber sich gehütet, die Forderung der militärischen Räumung des Ruhrgebietes aufzustellen.

Von einem neuen passiven Widerstand haben die Stinnes und Klöckner nicht nur aus allgemeinen politischen Gründen — das Proletariat ist sehend geworden —, sondern auch aus rein wirtschaftlichen Gründen nur neue Mißerfolge zu erwarten.

Die Zechenbarone, die nicht engagiert sind in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, werden — wenn sie auch in der Minderheit sind — die Micum-Abkommen unbedingt erneuern. So zum Beispiel erklärte für die Steinkohlenbergwerke Becker A.-G., Bochum, mit rund einer Million Tonnen Jahresförderung, der Direktor Dr. Ehrenberger in einer Generalversammlung der Bank-Aktiengesellschaft Guyerzeller in Zürich zum Ablauf der Micum-Verträge folgendes:

„Trotz der starken Widerstände der führenden Industriekonzerne wird man sich zu der Verlängerung der Micum-Verträge, allerdings in etwas milderer Form, bequemen müssen. Es sei denn, man wolle die gesamte jetzt im Wiedererstarken begriffene Ruhrindustrie zerstören."

Dieser Ausspruch des Vertreters einer syndikatfreien, mit der rheinisch-westfälischen Großindustrie nicht vertrusteten Kohlenzechengesellschaft zeigt, daß im Augenblick erneuten passiven Widerstandes die rheinisch-westfälischen Kohlen- und Industriekonzerne Gegner unter ihren eigenen Klassengenossen haben würden, die aus der Front springen, die Micum-Verträge verlängern und die gute Absatzkonjunktur ausnützen würden zu einer Verteuerung ihrer Verkaufskohlen, was für sie natürlich das denkbar beste Geschäft wäre.

Das Zechenkapital des Ruhrgebietes ist heute zersplittert wie noch nie. Das zeigt sich darin, daß der neugegründeten „Verkaufsvereinigung für Ruhrkohle", die als Neuauflage des alten Kohlensyndikats fungieren sollte, viele Zechen mit großen Förderleistungen nicht beigetreten sind, sondern als Outsider auf eigene Faust um Absatzmärkte und die höchste Profitrate kämpfen. Unerwähnt soll auch nicht bleiben, daß die Micum heute noch drei Zechen mit einer Gesamtförderung von 2,8 Millionen Tonnen im Jahre in eigener Regie ausbeutet. Es wäre ihr ein leichtes, bei Neubeginn des passiven Widerstandes noch eine größere Anzahl von deutschen Zechen den Kapitalisten zu entreißen. Widerstand hätte sie lediglich vom Ruhrproletariat zu erwarten.

Die Stinnes und Klöckner werden es sich also nicht lange überlegen, ob sie ihrem jetzigen Geschrei wiederum „Taten" folgen lassen werden, wie im Januar vorigen Jahres. Sie werden unterzeichnen.

Weder von Poincaré, weder von den neuen Reparationsverhandlungen noch von einer Neuauflage des passiven Widerstandes haben sie eine Milderung der Micum-Verträge zu erwarten. Die chronische Krise der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie wird nicht behoben und die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden. Und im Ruhrkohlenbergbau wird das Zechenkapital versuchen, durch noch größere Ausbeutung des Ruhrproletariats nicht etwa „Verluste" auszugleichen, sondern die Profite zu erhöhen. Doch wird schon das, was sie jetzt betreiben, nämlich sich vorbeizudrücken an allen Steuerleistungen für die kapitalistische Republik, einen Anstoß zur Verschärfung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands sein. In dem Haushaltsetat, den der Finanzkünstler Luther den Sachverständigen vorlegte, waren die Steuereinnahmen aus dem Rhein-Ruhr-Gebiet mit einer Milliarde Goldmark für das Jahr 1924 angegeben. Die rheinisch-westfälischen Kapitalisten werden diese Steuern nicht zahlen und die Lohnsteuern weiterhin in ihre Tasche fließen lassen. Dieser Nichteingang der Steuern aus dem Rhein-Ruhr-Gebiet ist eine der Ursachen der Unmöglichkeit der Ausbalancierung des deutschen Finanzhaushaltes.

Das Proletariat des Rhein-Ruhr-Gebietes wird weiterhin zu einem Sechstel erwerbslos bleiben. Auf die Dauer wird sich die Erwerbslosigkeit noch erhöhen. Und die in den Betrieben stehenden Arbeiter werden noch mehr als bisher ausgebeutet werden. Wenn nicht das deutsche Proletariat zwischen die Verhandlungen und in den Streit um die Beute, die jetzt die rheinisch-westfälischen Kapitalisten mit den französischen aufführen, tritt, das deutsche Proletariat mit seinen eigenen Forderungen kommt und zuerst die deutschen Kapitalisten zum Teufel jagt, um so das Reparationsproblem auf eine andere Grundlage zu stellen. Augenblicklich betätigen sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die reformistischen Verräter am Ruhrproletariat wiederum als treue Diener und Makler des rheinisch-westfälischen Kapitals. Sie betteln bei der Micum um eine Milderung der Lasten für das Zechenkapital in dem holden Wahne, dabei auch etwas für das Proletariat herauszuholen. Durch den gewaltigen Sieg der Union der Hand- und Kopfarbeiter bei den Betriebsrätewahlen im Ruhrbergbau, durch das immer Stärkerwerden des Einflusses der KPD. in Rheinland-Westfalen hat das rheinland-westfälische Proletariat zur Genüge bewiesen, daß es sein Heil weder von Stinnes und Klöckner noch vom französischen Schwerkapital, vertreten durch die Micum, erwartet. Es rüstet zum Kampfe. Vereinigt mit dem gesamten deutschen Proletariat wird es in Deutschland der Revolution zum Siege verhelfen. Und damit auch die revolutionären Kräfte in Frankreich wecken. Durch ihre Agenten läßt die rheinisch-westfälische Bourgeoisie schon ihre Angst vor der kommenden Abrechnung zum Ausdruck kommen. Der Jesuitenpater Jungblut schrieb vor kurzem in einem Artikel über die Betriebsrätewahlen im Ruhrbergbau, betitelt: „Der Hammer redet", daß jede Zeche im Ruhrgebiet der Aufmarschplatz für eine Rote Armee mit Haken und Hämmern sei. Diese Hämmer werden in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft auf die rheinisch-westfälischen Ausbeuter zermalmend niedersausen.

*) Nach den letzten Nachrichten wurden die Micum-Verträge bis 15. Juni verlängert. D. Red.

Union der Sowjetrepubliken

Die Sowjetunion und die Kolonialvölker.

Von Nguyen-ai-Quac (Indochina).

** Der Kapitalismus ist ein Blutegel, der mit einem Saugnapf das großstädtische Proletariat und mit dem anderen das Kolonialproletariat aussaugt. Will man dieses böse Tier töten, muß man beide Saugnäpfe auf einmal abschneiden. Wenn man nur den einen entfernt, wird der andere das Blut des Proletariats weiter aussaugen, das Tier wird weiterleben und der abgeschnittene Saugnapf wird von neuem nachwachsen. Die russische Revolution hat dies wohl verstanden. Daher hat sie sich nicht damit begnügt, schöne platonische Reden zu halten und „humanitäre" Resolutionen zugunsten der unterdrückten Völker abzufassen, sondern sie lehrt sie kämpfen, sie hilft ihnen geistig und materiell, wie Lenin in seinen Thesen zur Kolonialfrage erklärt. Sie hat seinerzeit den Kongreß von Baku einberufen, zu dem 21 Nationalitäten des Ostens ihre Delegierten entsendet haben. Vertreter der Arbeiterparteien des Westens haben an den Arbeiten jenes Kongresses teilgenommen. Damals ereignete es sich zum erstenmal in der Geschichte, daß das Proletariat der okzidentalen Eroberungsstaaten und das Proletariat der eroberten Länder des Orients einander brüderlich die Hand gereicht und gemeinsam über die Mittel beraten haben, mit denen ihr gemeinsamer Feind, der Kapitalismus, wirksam bekämpft werden sollte.

Nach diesem historischen Kongreß hat das revolutionäre Rußland, ungeachtet der inneren und äußeren Schwierigkeiten, mit denen es zu ringen hatte, keinen Augenblick gezögert, den Völkern zu Hilfe zu kommen, die es schon durch die Tatsache seiner heroischen und siegreichen Revolution aus seiner Lethargie aufgerüttelt hatte. Eine seiner wichtigsten Handlungen war die Gründung der Universität des Ostens.

Diese Universität zählt heute bereits 1025 Studenten, von denen 151 junge Mädchen sind. Unter diesen Studenten befinden sich 895 Kommunisten. Ihre soziale Gruppierung ist die folgende: 547 Bauern, 265 Arbeiter und 213 proletarische Intellektuelle. Wenn man bedenkt, daß die Länder des Orients fast ausschließlich agrarischen Charakter haben, so begreift man ohne weiteres den hohen Prozentsatz der Bauernstudenten. In Indien, in Japan und insbesondere in China sind es vor allem die der Arbeiterklasse ergebenen Intellektuellen, die ihre Führer im Kampfe sind, woraus sich die verhältnismäßig starke Minderheit von Intellektuellen erklärt. Die verhältnismäßig kleine Zahl von Arbeiterstudenten ist der Tatsache zuzuschreiben, daß die Industrie und der Handel in den Gebieten des Orients noch wenig entwickelt sind, Japan natürlich ausgenommen. Überdies sind noch 75 studierende Schüler im Alter von 10 bis 16 Jahren zu verzeichnen.

150 Professoren sind mit den Kursen der Sozialwissenschaft, der Politik usw. betraut. In dem Studiensaal sitzen junge Leute, die 62 Nationalitäten angehören, brüderlich beieinander.

Der Universität des Ostens gehören zehn große Häuser, die von den Schülern benützt werden. Sie ist auch im Besitze eines Kinos, das am Donnerstag und Sonntag den Studierenden gratis zur Verfügung steht, und an den übrigen Tagen der Woche an einen Unternehmer vermietet ist. Zwei Bibliotheken, die zirka 47.000 Bände umfassen, sind dazu bestimmt, die Forschungen und Studien der jungen Revolutionäre zu vertiefen und ihrem Denken Nahrung zu geben. Jede Nationalität oder „Gruppe" besitzt ihre eigene Bibliothek mit Büchern und Zeitschriften in ihrer Muttersprache. Der Lesesaal, der von den Studenten künstlerisch ausgeschmückt wurde, ist mit Tagesblättern und Zeitschriften reich ausgestattet. Die Studenten geben selbst eine Zeitung „in einem einzigen Exemplar" heraus, die auf einer großen Wandtafel beim Ausgang des Lesesaales angeschlagen ist. Die Studenten, die erkranken, erhalten in dem Spital, das zur Universität gehört, ärztliche Pflege. Ein Erholungsheim in der Krim ist für die Erholungsbedürftigen bestimmt. Die Sowjets haben der Universität zwei Urlaubskolonien mit neun Häusern zugeteilt. Jedes Haus hat einen Vieh- und Geflügelhof, wo man Vieh- und Geflügelzucht studieren kann. „Wir haben bereits dreißig Kühe und fünfzig Schweine", sagte stolz der „Agrarsekretär" der Universität. Die 100 ha Boden, die diesen Kolonien zugeteilt sind, werden von den Studenten bebaut, die während ihrer Ferien und nach ihren Arbeits- und Übungsstunden den Bauern helfen. Nebenbei bemerkt, war eine dieser Kolonien einmal das Eigentum eines Großherzogs. Es ist immerhin merkwürdig, vom Turm, der mit der großherzoglichen Krone geschmückt ist, die Rote Fahne flattern und die jungen koreanischen oder armenischen Kleinbauern ohne alle Ehrfurcht in dem Festsaal sich unterhalten und spielen zu sehen.

Die Schüler der Universität werden unentgeltlich verköstigt und bekleidet und haben freie Wohnung. Jeder erhält als Taschengeld sechs Goldrubel monatlich.

Um den Insassen der Universität richtige Begriffe von Kindererziehung beizubringen, befindet sich ein vorbildliches Kinder- sowie Säuglingsheim, das ungefähr 60 kleine Kinder umfaßt, unter der Obhut der Universität.

Die Ausgaben der Universität belaufen sich auf 561.000 Goldrubel jährlich.

Die 62 Nationalitäten, die in der Universität vertreten sind, bilden dort eine „Kommune". Der Präsident und die Funktionäre der Kommune werden alle drei Monate durch allgemeine Abstimmung gewählt.

Ein Delegierter der Studentenschaft beteiligt sich an der ökonomischen und administrativen Leitung der Universität. Auf Grund eines regelmäßigen Turnus müssen alle Studenten in der Küche, in der Bibliothek, im Klub usw. arbeiten. Alle „Vergehen" und Streitigkeiten werden durch ein gewähltes Tribunal in Gegenwart aller Kameraden behandelt und entschieden. Die Kommune versammelt sich jede Woche einmal, um die internationale politische und ökonomische Situation zu besprechen. Von Zeit zu Zeit werden Meetings und gesellige Abende veranstaltet, an denen künstlerisch veranlagte, junge Leute aus der Studentenschaft selbst die Kunst und die Literatur aller Gebiete des Orients darbieten.

Die Tatsache, daß die Bolschewiki diese „minderwertigen Eingeborenen aus den Kolonien" nicht nur als Brüder behandeln, sondern auch zur Teilnahme am politischen Leben in Rußland heranziehen, ist für die „Barbarei" der Bolschewiki höchst charakteristisch. Die Studenten aus dem Osten, die in ihren Heimatländern „Untertanen" und „Schützlinge" sind, das heißt kein anderes Recht haben als das, zu zahlen, die in bezug auf die Angelegenheiten ihres Landes in den entscheidenden Versammlungen weder Sitz noch Stimme haben und denen es nicht einmal gestattet ist, ihre politische Meinung zu äußern, nehmen in Sowjetrußland an den allgemeinen Sowjetwahlen teil und entsenden ihre Delegierten in die Sowjets, wo sie Sitz und Stimme haben. Hier mögen unsere Brüder aus den Kolonien, die vergeblich die Naturalisierung verlangen, zwischen bürgerlicher Demokratie und proletarischer Demokratie einen Vergleich ziehen.

Der Nahe und Ferne Orient, der sich von Syrien bis Korea erstreckt — wir haben hierbei nur die kolonialen und halbkolonialen Länder im Auge — hat eine Ausdehnung von mehr als 15 Millionen Quadratkilometer und mehr als 1200 Millionen Einwohner. All diese Länder von ungeheurer Ausdehnung stehen heute unter dem Joch des Kapitalismus und Imperialismus. Und diese unterdrückten Völker haben trotz ihrer gewaltigen Zahl, die doch ihre Stärke sein müßte, noch niemals den ernsthaften Versuch gemacht, sich von diesem Joch zu befreien; und weil sie auch nicht den Wert der internationalen Solidarität verstanden haben, haben sie es auch nicht verstanden, sich zum Kampfe zu vereinigen. Sie haben nicht einmal — wie die Völker Europas und Amerikas — zwischenstaatliche Beziehungen. Sie haben eine gigantische Kraft in sich und wissen dies noch nicht. Da hat die Gründung der Universität des Ostens, die alle jungen, aktiven und intelligenten Führerelemente der Kolonialländer vereinigt, eine große Sache vollbracht, und zwar:

a) Sie lehrt die zukünftigen Vorkämpfer der Kolonialländer das Prinzip des Klassenkampfes, das einerseits durch die Rassenkämpfe und andererseits durch die patriarchalischen Sitten in ihrem Denken verwischt ist;

b) sie bringt die proletarische Avantgarde der Kolonien in engen Kontakt mit dem Proletariat des Westens, um so den Weg zu einer baldigen und wirksamen Zusammenarbeit vorzubereiten, die allein der internationalen Arbeiterklasse den endgültigen Sieg sichern wird;

c) sie lehrt die Kolonialvölker, die bisher voneinander isoliert waren, sich kennen und sich vereinigen, und sie schafft dadurch die Basis zu einem künftigen Bund des Ostens, der einen der Flügel der proletarischen Revolution darstellt;

d) sie gibt dem Proletariat aller Länder, dessen Bourgeoisie im Besitze von Kolonien ist, das Beispiel, was sie für ihre unterdrückten Brüder tun können und müssen.

Wirtschaft

Die Zerstückelung des syrischen Wirtschaftsgebietes.

Von J. B. (Jerusalem).

** „Teile und herrsche" ist die Parole des eroberungshungrigen Imperialismus auch im Orient, wo ihm als Beute des letzten Weltkriegs das große syrische Wirtschaftsgebiet zufiel. Abgesehen von dem politischen Interesse, das Frankreich und England daran besaßen, die arabische Einheit in eine Reihe kleiner Staaten zu zersplittern, lag den Eroberern auch, zwecks Erleichterung der ökonomischen Exploitation daran, das Gebiet in möglichst kleine, wirtschaftlich unselbständige Gebilde zu zerreißen, die, früher unter der Türkei vereinigt, wenigstens hinsichtlich der Artikel ersten Gebrauches Selbstversorger waren, nun in jeder Hinsicht auf das Ausland, und hier wieder vornehmlich auf das Land der Mandatarmacht, angewiesen sind. Die Landesproduktion konnte sich in keinem der „selbständigen Länder" entwickeln Die Länder wurden von Auslandswaren überschwemmt, die Handelsbilanz weist jährlich Millionen Pfund-Defizite auf:

Palästina, importierte, für £E[1])

1920	1921	1922	1923
5,410.000	5,872.000	5,581.000	4,935.000

Palätina, exportierte, für £E

1920	1921	1922	1923
1,361.000	1,499,000	1,542.000	1,789.000

[1]) £E = ägyptische Pfund = £ 0·19.6.

Gesamtimport £E	21,798.000
Gesamtexport £E	6,191.000
Defizit 1920—23	15,607.000

Syriens Defizite sind noch erheblich größer und belaufen sich durchschnittlich auf etwa £E 9 Millionen jährlich.

Das Geld heimsen natürlich vor allem die englischen und französischen Kapitalisten ein: 50% der importierten Waren werden in England, Frankreich und deren Kolonialgebieten produziert. Den gewaltigen Mengen importierter Waren entspricht aber keineswegs ein ökonomischer Aufschwung der einzelnen Länder. Es wird vielmehr die Landesindustrie vollkommen erstickt. Über Syrien heißt es in einem englischen Konsularbericht vom April 1922: „Die ganze Industrie beschränkt sich ausschließlich auf die Erzeugung von Kokons zum Export nach Frankreich und Italien. Palästina ist, ebenfalls nach englischem Zeugnis, „eine Pflanze von langsamem Wuchse", es „gebraucht verhältnismäßig wenig und produziert noch weniger"[2]).

Die von offiziellen Regierungsberichten immer wieder konstatierte Armut und niedrige Entwicklungsstufe des Landes hindert aber die Organe derselben Regierungen nicht, die Steuerschraube rücksichtslos und weit über das Maß der alten türkischen Steuern hinaus den Einwohnern der besetzten Länder an den Leib zu pressen. Vom Grand Liban (Libanongebiet), einem zurückgebliebenen, unentwickelten Land, in dem ein 710.000 Köpfe zählendes armes Bergvolk mit dem Produkte von kaum 17.500 ha bearbeiteten Bodens auskommen muß, bezieht die französische Regierung an Steuern 131,000.000 syrische Piaster, das heißt etwa 400.000 ägyptische Pfund jährlich. Die ebenfalls 700.000 Köpfe zählende Bevölkerung Palästinas zahlt an Steuern und Abgaben jährlich anderthalb Millionen Pfund in direkter und indirekter Form.

Die indirekten Steuern werden der Bevölkerung auf jede mögliche Weise abgenommen und immer drückender gestaltet. Jeder Versuch, Absätze für im Lande erzeugte Produkte zu finden, scheitert an den Zollgrenzen, die die imperialistischen Regierungen gerade zwischen den wirtschaftlich am engsten verbundenen Gebieten errichtet haben: Für das Vieh, das beduinische Hirten aus Syrien und Transjordanien auf palästinensischem Boden zum Grasen hinüberführen und umgekehrt, werden schwere Vieheinfuhrsteuern eingehoben. Die Lasten fallen überhaupt zum größten Teil auf die arbeitende Bevölkerung der einzelnen Länder.

Die Tarife der wichtigsten Eisenbahnlinien sind besonders hoch, eingeführte Textilwaren haben schwere Zölle zu tragen (während die Bevölkerung beim Fehlen einer Landesindustrie nur darauf angewiesen ist). Zugleich aber ist in Agrarländern par excellence, wie es Syrien und Palästina sind, die ausländische Konkurrenz auf dem Getreidemarkte so groß, daß der Erlös des Bauern von seiner Ernte im Laufe der letzten drei Jahre auf ein Drittel des Preises im Jahre 1921 gesunken ist. Die Hauptform der englischen Investitionen in Palästina und Transjordanien besteht in Eisenbahnen und Transportmitteln. (Palästina ist mit 5 Millionen Pfund an die englische Regierung und Militärverwaltung, die ihr freundlichst die Bahnen „verkaufte", verschuldet, eine Schuld, an der es Jahre und Jahrzehnte zahlen wird). Es ergibt sich aber, infolge der geschickten Führung der Eisenbahnlinien, die wohl glänzend dem strategischen Bedarfe der englischen Heeresleitung dienen, aber die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes absolut nicht berücksichtigen, daß der Transport von Milchprodukten von einem arabischen Dorfe Palästinas, das nicht mehr als 50 km von der Küste entlegen ist, bis zu einer der Hafenstädte ebenso teuer kommt, wie der Transport derselben Milchprodukte von Australien oder Holland nach Palästina.

Dazu hat Syrien, Transjordanien und Palästina, in türkischen Zeiten von einem kleinen Beamtenapparat verwaltet und in einige Vilajets (Provinzen) eingeteilt, jetzt einen großen Stab von englischen und französischen Parasiten zu ernähren, die im Lande „Ordnung halten". Über die Sicherheit des Verwaltungsapparates und die Aufrechterhaltung der Ordnung wachen überdies ein paar tausend Gendarmen, für die insgesamt jährlich in Palästina allein 300.000 Pfund aufgewendet werden (in Syrien wesentlich mehr), während aber die Verarmung der Bevölkerung und die politische Unterdrückung Banditismus und Wegelagerertum zu einer nicht auszurottenden Erscheinung machen.

Fügen wir noch hinzu, daß die drei Länder mit der Zahlung des auf sie entfallenden Teiles der türkischen Staatsschuld belastet sind (wieder zugunsten des englisch-französischen Säckels), daß die Vielfältigkeit der Valuten auf so kleinem Gebiete (Syrien stützt seine Valuta auf den französischen Franken und das türkische Goldpfund, Palästina auf das hochwertige ägyptische Pfund), den Handelsverkehr komplizieren und vielfach unterbinden, daß Grenze und Zollbarrieren Syrien als isoliertes französisches Mandatargebiet, auch was die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven betrifft, zu einem ökonomischen Krüppel machen, während Palästina und Transjordanien ohne Syrien wiederum nicht entwicklungsfähig sind, so werden wir verstehen, daß die mit der Losung des Kampfes für Unabhängigkeit von den arabischen Einwohnern der Länder des vorderen Orients verbundene Forderung der Wiederherstellung der syrischen Einheit ihre volle wirtschaftliche Berechtigung hat.

[2]) Times Trade Supplement vom 11. März 1922.

Arbeiterbewegung

Der Kampf der Hamburger Hafenarbeiter.

Von A. H.

** Die stückweise Preisgabe der sozialen als auch der politischen Errungenschaften des deutschen Proletariats durch die Ereignisse 1918 wird von den Gewerkschaftsführern damit begründet, daß das Proletariat in seinem Wollen uneinig sei, und daß damit die Vorbedingungen zur Aufnahme des Kampfes für die Erhaltung dieser Errungenschaften nicht gegeben sei. Erschwerend wirke, daß das Proletariat gar nicht kämpfen wolle.

Gewiß, zahlenmäßig, organisatorisch gesehen, ist das Proletariat, soweit seine wirtschaftlichen Kampforganisationen in Frage kommen, in Organisierte und Unorganisierte gespalten. Aber an dieser bedauerlichen Schwäche des deutschen Proletariats trägt die Hauptschuld die Verbandsbürokratie und die Gesamtführung des ABGB.

Der Kampf der Hamburger Hafenarbeiter hat bewiesen, daß das deutsche Proletariat zwar organisatorisch geschwächt werden konnte, aber nicht in seinem Kampfcharakter und Kampfwillen. Einmütig und geschlossen haben 15.000 Hafenarbeiter den Kampf geführt ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche und politische Organisationszugehörigkeit. Auch die Tausende unorganisierten Hafenarbeiter haben sich am Kampfe beteiligt.

Der Kampf hat um so größere moralische und qualitative Bedeutung, da er seinem Charakter nach ein Sympathiestreik für die ausgesperrten 25.000 Werftarbeiter war. Die Werftarbeiter wurden ausgesperrt, weil sie sich weigerten, den achtstündigen Arbeitstag preiszugeben. Auch von den Hafenarbeitern forderten die Unternehmer für die bisherigen drei Schichten die Einführung der zwei Schichten, das gleichbedeutend war mit der Aufgabe des Achtstundentages. Bei einer durch den Deutschen Verkehrsbund angesetzten Urabstimmung votierten die Hafenarbeiter mit über zwei Drittel-Mehrheit für die Ablehnung der Zumutung der Preisgabe des Achtstundentages. Trotz der Einmütigkeit der Streikenden mußte der Streik versanden, und zwar deshalb, weil er nicht nach revolutionären, aktiven Grundsätzen geführt wurde.

Die Führung des Kampfes hatte offiziell der Sektionsvorstand der Hafenarbeiter vom Verkehrsbund in Händen. Eine Zusammenfassung der Streikenden in Versammlungen usw. wurde von dieser Kampfleitung nicht vorgenommen: Die Kampfführung mußte versagen, weil sie nicht von den Kämpfenden selbst geleitet wurde und deshalb auch nicht das Vertrauen der Kämpfenden besaß. Neben dieser offiziellen Streikführung bestand noch eine revolutionäre illegale Streikführung die sich aus Vertretern der Betriebsräte, der Fraktion im Verkehrsbund, der Erwerbslosen und des im vorigen Jahr gegründeten Neuen Hafenarbeiterverbandes zusammensetzte. Die Beschlüsse dieser illegalen Streikführung wurden zu Beginn des Kampfes sehr zögernd von den Massen aufgenommen und erst im späteren Stadium von den streikenden Massen durchgeführt. Aber auch diese illegale Streikführung hatte ihre Fehler. Der Hauptfehler bestand darin, daß sie ebenfalls nicht von den Streikenden gewählt war, und ihre Tätigkeit der Kontrolle der Kämpfenden nicht unterstand. Diese Tatsachen bedingten, daß die Masse nur zögernd an die Durchführung der Beschlüsse heranging. Es kam hinzu, daß die Basis, auf der die illegale Streikleitung sich auswirken konnte, zu schmal war. Sie war zu wenig bei den Massen verankert.

Die illegale Streikführung beschloß, sowohl für die Hafen- als auch für die Werftarbeiter folgende Forderung zu formulieren:

Kampf um den Achtstundentag,

Für den Friedensreallohn,

Verringerung der prozentualen Unterschiede in den Lohnstaffelungen,

Ausgleichung der Löhne der Jugendlichen an die der Erwachsenen,

Verweigerung jeder Überstundenarbeit,

Öffnung der geschlossenen Betriebe und volle Wiederaufnahme der Produktion in den eingeschränkt arbeitenden Betrieben,

Wiedereinstellung der Arbeitslosen,

Beseitigung der Zwangsarbeit,

Beseitigung des Zweischichtensystems im Hafenbetrieb.

Diese Forderungen wurden von den Kämpfenden zu den ihrigen gemacht. Sie sind die allgemein üblichen und keinesfalls weltbewegend. Die Unternehmer und die Gewerkschaftsbürokraten erklärten diese Forderungen für übertrieben, für deren Durchführung man sich nicht einsetzen könne. Die von den Sozialdemokraten seinerzeit geschaffene Technische Nothilfe wurde eingesetzt. Der sozialdemokratische, ehemalige Angestellte des Bauarbeiterverbandes, Senator Hense, stellte den Unternehmern den Polizeisäbel zur Verfügung. Die „Hamburger Gesellschaft für Heimatschutz", der ebenfalls Sozialdemokraten angehören, ließ an alle Hafenarbeiter das nachstehende „Kulturdokument" verschicken:

„Welcher Arbeiter verdient heute so viel wie vor dem Kriege?

Antwort: Kein Arbeiter in Deutschland!

Allerdings mit einer Ausnahme, nämlich die **Hafenarbeiter in Hamburg** könnten einen Lohn von 5,20 Mark für 9 Stunden haben wenn sie nicht streiken würden. Vor dem Streik bekamen die Schauerleute nur 4,50 Mark für 8 Stunden: im Frieden bekamen die Schauerleute 5,40 Mark für 9 Stunden, also sind ihnen jetzt über 96% ihres Friedenslohnes geboten! Aber sie dürfen nicht arbeiten, weil es der Verband nicht erlaubt, und der Verband erlaubt es nicht, weil an dem

Schlagwort Achtstundentag

nicht gerüttelt werden soll.

Die Hafenarbeiter haben vor dem Kriege und nach dem Kriege länger als 8 Stunden gearbeitet, und waren in Wirklichkeit immer froh über jede Überstunde, die sie machen konnten. Warum sollen sie plötzlich nicht jeden Tag 9 Stunden arbeiten können?!

Kein Arbeiter und keine Arbeiterfrau

kann darauf eine vernünftige Antwort geben! Aber jeder Arbeiter und jede Arbeiterfrau weiß, daß man von Schlagwörtern und auch vom Schlagwort Achtstundentag

nicht leben kann.

Die Unternehmer haben die Einführung des Neunstundentages und Arbeit in zwei Schichten verlangt, weil durch diese Mehrarbeit eine größere Arbeitsleistung erzielt wird. Größere Arbeitsleistung aber macht die Hafenarbeit billiger, ohne daß der Hafenarbeiter einen geringeren Lohn bekommt, ja er erhält sogar einen **höheren Lohn!**

Billigere Arbeit aber zieht mehr Schiffe und mehr Ladung nach Hamburg, und dadurch mehr **Arbeitsgelegenheit für die Hafenarbeiter!**

Wieviel Schiffe aber hat nun der unvernünftige Streik schon von Hamburg weggejagt und ferngehalten, wieviele Schiffe sind nach ausländischen Häfen gegangen, die nahe dem Hamburger Hafen kommen sollten und die Arbeitsgelegenheit hierher gebracht hätten, wenn sich die Führer der Verbände mit den Arbeitgebern

rechtzeitig geeinigt

und das leere Schlagwort vom Achtstundentag über Bord geworfen hätten!

Wenn im Hamburger Hafen die Mehrarbeit von einer Stunde und die von den Arbeitgebern gebotene Lohnerhöhung eingeführt wird, so wird auch eine große Menge von Arbeit nach Hamburg kommen, so daß die Hafenarbeiter

reichlich Beschäftigung bei gutem Lohn

finden werden.

Darum ist es für jeden Hafenarbeiter in seinem eigenen und im Interesse seiner Familie Pflicht, von den Führern des Streiks zu verlangen, daß das Angebot der Unternehmer: 5,20 Mark Schauermannslohn für 9 Stunden, angenommen wird. Durch den Streik ist ja in der Tat

nichts zu gewinnen,

sondern nur mit jedem neuen Streiktag mehr zu verlieren.

Hamburg, März 1924.

gez. Hamburger Gesellschaft für Heimatschutz."

Die Verbandsbürokratie forderte die Annahme eines gefällten Schiedsspruches. Allen Machinationen zum Trotz, beschlossen die im Verkehrsbund organisierten Hafenarbeiter mit 4819 gegen 1686 Stimmen, den Schiedsspruch abzulehnen. Zwar sah der Schiedsspruch die Beibehaltung des Achtstundentages vor, aber er brachte keine Lohnzulage und vor allem nicht die Beendigung des Werftarbeiterkampfes. Nach Ablehnung des Schiedsspruches setzte wiederum eine groß angelegte Hetze gegen die Streikenden ein. Der Zentralvorstand des Verkehrsbundes telegraphierte, daß nochmalige Abstimmung, die die Annahme des Schiedsspruches bringen müsse, vorgenommen werden solle. Der Reichsarbeitsminister reiste persönlich nach Hamburg und ebenso auch ein Vertreter des Zentralvorstandes, um die Beilegung des Streikes zu erreichen. Dem Reichsarbeitsminister Brauns gelang es, die Gewerkschaftsbürokratie und auch die Mehrheit der legalen Streikleitung von der Notwendigkeit der Beilegung des Kampfes zu überzeugen. Durch Flugblätter, durch Versammlungen, in den einzelnen Stempelstellen usw. wurden die Streikenden beeinflußt, den Kampf abzubrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Diesem Druck war es dann zu verdanken, daß Hunderte und Tausende der Streikenden wankelmütig wurden und sich zur Aufnahme der Arbeit bereit erklärten. Die Aufnahme der Arbeit geschah nicht geschlossen, sondern zögernd von Tag zu Tag, so daß sich am dritten Tage die illegale Streikleitung genötigt sah, von sich aus eine Versammlung einzuberufen und die Beendigung des Kampfes beschließen zu lassen.

Der Kampf litt in seiner Schlagkraft besonders darunter, daß er keine Unterstützung, das heißt keine Rückenstärkung fand in den Landbetrieben Hamburgs und vor allen Dingen nicht in den übrigen Städten der Nord- und Ostsee, und daß ferner auch das internationale Hafenproletariat nicht auf diesen Kampf reagierte.

Der Hamburger Hafenarbeiterkampf zeigt uns zwar, daß die Arbeiterschaft bereit ist, in großen Massenkämpfen mit dem Unternehmertum um die Verteidigung der nackten Existenz zu ringen. Der Hamburger Hafenarbeiterkampf zeigt uns aber zugleich, daß Massenkämpfe nicht geführt werden können „nach altbewährten Grundsätzen" der Gewerkschaftsbewegung, sondern daß diese Massenkämpfe getragen werden müssen von der Aktivität der Streikenden. Vorbedingung ist natürlich eine glatte Kampfführung, die das Vertrauen der Kämpfenden besitzen muß, daß ferner selbst solche Massenkämpfe noch größere Verbreitung erhalten müssen.

Gewiß ist beispielsweise der Hamburger Hafen ein wichtiger Lebensnerv der deutschen Wirtschaft. Aber ebenso gut können die im Hamburger Hafen ankommenden oder abgehenden Schiffe gelöscht, beziehungsweise verfrachtet werden. Will also die Hamburger Hafenarbeiterschaft ihren Kampf bis zum Sieg führen, dann muß sie verhindern, daß in den anderen Häfen Streikbrecherarbeit geleistet werden kann. Bei den Werftarbeitern kommt sogar noch hinzu, daß die zur Reparatur kommenden Schiffe in Auslandshäfen fertiggestellt werden können. Daraus ergibt sich, daß alle Hafenarbeiter der Nord- und Ostseehäfen untereinander eine feste organisatorische Verbindung schaffen müssen, und daüber hinaus mit den **Häfen des** Auslandes eine intensive organisatorische Verbindung herstellen. Ferner ist natürlich auch erforderlich, daß auch das seefahrende Proletariat sich mit den Hafenarbeitern enger koalieren und in einer gemeinsamen Industrieorganisation, gegliedert nach Sektionen, die organisatorische Verbindung schafft. Diesem Kampf ist aber noch eine politische Bedeutung beizulegen. Wenn diese Bedeutung auch nicht zur Geltung kam, so steht für uns die Tatsache fest, daß, wenn es dem Reichsarbeitsminister nicht gelungen wäre, den Kampf durch sein Eingreifen zu beenden, wahrscheinlich der Belagerungszustand über Hamburg verhängt und der Hafen als lebenswichtiger Betrieb erklärt worden wäre. Das hätte bedeutet, daß man die Streikenden mit Hilfe von Maschinengewehren zur Aufnahme der Arbeit gezwungen hätte.

Das gesamte internationale Hafenproletariat wird aus dem Kampfe die Lehre ziehen müssen, schon jetzt an die Vorbereitung des nächsten Kampfes zu gehen, der unbedingt größere internationale Bedeutung haben wird als der abgebrochene Hamburger Kampf.

Aus der Internationale

Die Tagesordnung des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.

Nachstehend bringen wir die Tagesordnung des V. Weltkongresses der Komintern nochmals zum Abdruck und verweisen besonders auf die Anmerkung. D. R.

1. **Lenin und die Komintern.**

Über die Grundlagen und die Propaganda des Leninismus. (Referenten werden durch das ZK. folgender Parteien bestimmt: Rußland, Deutschland, Frankreich, Indien und Bulgarien.)

2. **Die wirtschaftliche Weltlage.** (Referent: **Varga.**)

3. **Bericht über die Tätigkeit und die Taktik der Kommunistischen Internationale.** (Referent: **Sinowjew**, eventuell Korreferenten von den Sektionen.)

4. **Programmfrage.** (Referenten: **Bucharin, Thalheimer** und nötigenfalls ein dritter Genosse, der durch die Programmkommission bestimmt wird.)

5. **Gewerkschaftstaktik.**

6. **Nationalfragen:**

A. Die Stellungnahme der Kommunistischen Parteien in der Nationalfrage. (Rußland, Polen, Tschechoslowakei, Balkan.) Referenten: Stalin und ein polnischer, tschechischer und jugoslawischer Genosse.

B. Die revolutionäre Bewegung im Osten und in den Kolonien (Indien usw.). Referenten: **Katayama, Roy** und andere.

C. Die Negerfrage: Referenten werden durch die französische und amerikanische Partei bestimmt.

7. **Organisationsfragen:**

A. Der organisatorische Aufbau der Parteien (Betriebszellen usw.).

B. Statuten der KI.

C. Illegale Arbeit.

D. Die Arbeit in der Armee.

Referenten: **Piatnitzki, Mitzkewitsch-Kapsukas** und ein deutscher Genosse.

8. **Der Faschismus.** Referenten: je ein italienischer und ein deutscher Genosse.

9. **Die Intellektuellenfrage.** Referenten: **Zetkin**, ein französischer Genosse und ein Vertreter der Kolonien.

10. **Die Bauerninternationale.**

11. **Jugendbewegung.**

12. **Internationale Rote Hilfe.**

13. **Die Fragen der einzelnen Sektionen.**

A. Rußland,
B. Deutschland,
C. Italien,
D. Bulgarien,
E. England,
F. Vereinigte Staaten Amerikas,
G. Japan.

Referenten und eventuell Korreferenten werden durch die entsprechenden Sektionen bestimmt.

14. **Wahl der Exekutive und des Vorsitzenden der Komintern.**

Anmerkung: Die folgenden drei Punkte werden während des Kongresses nur in Kommissionen beraten:

Die Arbeit der Kommunistischen Parteien unter den Frauen.
Die Propagandaarbeit.
Die Genossenschaftsfrage.

Brief des EK. der Komintern an das ZK. der Arbeiterpartei Norwegens.

An das Zentralkomitee der Arbeiterpartei Norwegens!

Genossen!

** Im Auftrage des Präsidiums des EKKI. teile ich Ihnen mit, daß am 5. Juni in Moskau der V. Weltkongreß der Komintern zusammentritt. Die Tagesordnung des Kongresses übersende ich Ihnen mit gleicher Post. Dieser Kongreß ist der erste nach den Vorgängen, die zur Spaltung der Norwegischen Arbeiterpartei und zur Bildung einer neuen Kommunistischen Partei geführt haben, die vom Exekutivkomitee als einzige Sektion der Komintern in Norwegen anerkannt worden ist. Sie besitzen daher das Recht, an den Kongreß zu appellieren, die Lage in Norwegen zu prüfen und eine neue Entscheidung in dieser Sache zu fällen. Wenn Sie wünschen, dieses Ihr Recht auszuführen, so fordert das Präsidium Sie auf, Ihre Delegierten zum Kongreß zu dem angegebenen Termin zu entsenden.

Ich bitte, umgehend Ihre Antwort an das Sekretariat der Komintern zu senden und ihm dadurch zu ermöglichen, Ihr eventuelles Ansuchen rechtzeitig in die Tagesordnung des Kongresses aufzunehmen.

Mit kommunistischem Gruß
Generalsekretär des EKKI.

Moskau, 5. April 1924.

Eine Reichskonferenz der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.

** Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei beruft für den 4. und 5. Mai eine Reichskonferenz nach Brünn ein. Das Referat über das Programm des V. Weltkongresses wird Genosse **Smeral** erstatten, worauf die Wahl der Delegierten zum V. Weltkongreß vorgenommen werden wird. Auf der Tagesordnung dieser Reichskonferenz stehen ferner die Gewerkschaftsfrage (Referent Genosse **Kohn**) und die Einheitsfront der Arbeiter und Bauern (Referent Genosse **Rydlo**).

Unsere Probleme

Zur Frage der Betriebszellen.

Die Stellung der Kommunistischen Jugendinternationale.

** Die Frage der Betriebszellen, ihrer Schaffung und der Umbau der Partei auf ihrer Grundlage steht jetzt überall im Vordergrunde. Wohl hat schon der III. und IV. Kongreß der Komintern mit aller Eindringlichkeit den Aufbau der Kommunistischen Partei auf Grundlage der Betriebszellen gefordert, aber erst die Erfahrungen des letzten Jahres haben die Notwendigkeit dieser Beschlüsse in ein solch helles Licht gesetzt, daß nunmehr niemand daran zweifeln kann, daß sie wirklich und vollkommen richtig waren. Besonders die schicksalsschweren Kämpfe der deutschen Kommunistischen Partei haben erwiesen, daß es, wie der Brief der Exekutive an den deutschen Parteitag sagt, geradezu „lächerlich ist, selbst von der Machteroberung durch das Proletariat zu reden", wenn die Partei nicht über festgefügte Betriebszellen verfügt und auf Betriebszellen aufgebaut ist. Es ist daher höchste Zeit, mit der bloßen formellen Verbeugung vor den internationalen Beschlüssen ein Ende zu machen und wirklich ernsthaft mit aller Entschiedenheit und praktisch an die Durchführung dieser Beschlüsse zu gehen.

Deshalb ist der Beschluß, den die Exekutive der KI. in Anlehnung an die deutschen Ereignisse über den Aufbau der Partei auf Grundlage der Betriebszellen gefaßt hat und der für alle Parteien gilt, aufs wärmste zu begrüßen. Die Kommunistische Jugendinternatioale teilt den Standpunkt der Komintern nicht nur, weil sie seine Richtigkeit aus den allgemeinen Gründen der Arbeit der KI. erkennt, sondern weil er in dieser Frage mehr als in allem anderen durch die eigenen Erfahrungen der KJI. vollauf bestätigt wird.

Einen solchen Beschluß, wie jetzt die Exekutive der KI., hat der III. Weltkongreß der KJI. bereits im Dezember 1922 gefaßt. Seit dem II. Weltkongreß der KJI. hatten die Kommunistischen Jugendverbände große Schritte auf dem Wege zur Massenorganisation gemacht. Aber es zeigte sich, daß ihre Entwicklung nach einer gewissen Zeit Halt machte und sie über einen gewissen Punkt nicht vorwärts kamen. Der Kongreß der KJI. erkannte die Ursache dafür in der Unmöglichkeit, kommunistische Massenarbeit mit sozialdemokratischen Organisationsformen auszuführen. Er forderte deshalb die Reorganisierung der Verbände auf der Grundlage der Betriebszellen und gab für diese Arbeit detaillierte und praktische Richtlinien. In mehr als einem Jahr praktischer Arbeit wurden diese Richtlinien von den Verbänden angewandt und ihr Ergebnis war — eine volle Bestätigung der Richtigkeit des Kongreßbeschlusses und ein großer Erfolg.

Das klarste Beispiel gab die Kommunistische Jugend Deutschlands. Mit großem Eifer und wirklicher Begeisterung machten sich die Genossen überall an die Schaffung der Betriebszellen, und im Laufe von ¾ Jahren zählten wir in Deutschland bereits 400 Betriebszellen. Die meisten Zellen begannen mit 8 bis 10 Mitgliedern und wuchsen zu 20, 30, 50 und noch mehr Mitgliedern. Überall entwickelten sie sich zum Mittelpunkt und lebendigem Motor unseres Kampfes für die wirtschaftlichen Forderungen, gegen den Faschismus, für die proletarischen Hundertschaften usw. Im großen Maistreik im Ruhrgebiet gaben die Zellen der KJI. auf vielen Schächten den Ausschlag, weil es leider an genügend fest organisierten Organen der Partei an diesen Stätten gebrach. Mit der Organisierung der Betriebszellen zog ein neuer Geist in den Verband ein und der Verband wurde in jeder Beziehung proletarisiert. Die Mitgliederzahl wuchs in zehn Monaten von 28.000 auf 70.000. Selbstverständlich war dieses Wachstum ein Ergebnis der allgemeinen Massenarbeit des Verbandes, aber diese wäre in ihrer Art niemals ohne die Betriebszellen möglich gewesen. Und rein zahlenmäßig gesehen, entfällt die überwiegende Mehrheit der neuen Mitglieder auf die Werbung durch die Betriebszellen.

Auch im französischen Verbande hat die Schaffung der Betriebszellen eine allgemeine Belebung seiner Tätigkeit, starke Vergrößerung seiner Verbindung mit den Massen und seines Einflusses hervorgerufen. Dasselbe ist der Fall in der Tschechoslowakei. Diese beiden Länder haben außer Deutschland die meisten praktischen Fortschritte in der Schaffung der Betriebszellen gemacht. Aber auch in **England, Amerika, Oesterreich, Italien, Schweden, Norwegen** hat man mit der Schaffung der Betriebszellen schon begonnen und überall mit ihnen gute Ergebnisse gezeitigt.

Die Ausführung der Betriebszellenbeschlüsse ist überall auf Schwierigkeiten gestoßen. Die hauptsächlichsten Schwierigkeiten lagen in folgendem: es ist sehr schwer, die lange Tradition der bisherigen Organisationsformen zu überwinden; zahlreiche Arbeiter wohnen nicht an dem Orte, wo sie arbeiten; die Arbeitslosigkeit verkleinert die Anzahl unserer Genossen, die im Betriebe arbeiten, sehr stark; in manchen Ländern haben wir überhaupt sehr wenig Genossen in den industriellen Gebieten; der Unternehmerterror erschwert die Arbeit der Zelle und bedroht ihre Mitglieder; es fehlt an genügenden Kräften. Unsere internationalen Beschlüsse haben diese Schwierigkeiten alle vorausgesehen und in Rechnung gezogen. Und die Erfahrung hat bewiesen, daß alle diese Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sind, sondern daß sie aus dem Wege geschafft werden können. Das ist eines der **Hauptergebnisse** der Arbeit der KJI. In der Praxis werden alle diese Hemmnisse überwunden, und wenn es manchmal auch viel Anstrengung kostet, so muß diese geleistet werden in der Erkenntnis, daß es sich hier um eine Kernfrage der kommunistischen Bewegung handelt.

Es ist unbedingt notwendig, die Schaffung der Betriebszellen und den Umbau der Partei auf ihre Grundlage nicht als eine rein organisatorische Frage anzusehen. Diese Frage ist vielmehr eine ungemein politische Frage und ist nur der organisatorische Ausdruck der allgemeinen Frage der **Verbindung der kommunistischen Partei mit den Massen, der ständigen Führung der Massen durch die Partei und deren Entwicklung zur Massenpartei.**

Aufrufe

Die KP. Rumäniens an die Arbeiter- und Bauernorganisationen der Welt*).

An alle Arbeiter und Bauern!

Genossen!

** Die Reaktion der Oligarchie, die Rumänien beherrscht, nötigt uns, uns an Euch im Augenblicke der größten Gefahren für die arbeitenden Klassen unseres Landes zu wenden.

Ein erster Aufruf, den wir an Euch gesandt hatten, ist von der Ochrana und den Militärbehörden beschlagnahmt worden, denn schon die Tatsache, der Welt die Missetaten unserer Herrschenden, ihre gehässigen Mordanschläge gegen die unterdrückten Schichten der rumänischen Gesellschaft, laut zuzurufen, bildet in Rumänien ein Verbrechen.

Wir haben nochmals Gelegenheit, dieses Verbrechen neuerlich zu begehen, uns neuerdings an Euch, Genossen aller Länder, zu wenden.

Rumänien ist die Beute einer Oligarchie von Finanzleuten und Krautjunkern, die mit Gewalt, Terror und Mißachtung jeglichen Grundsatzes des Rechtes und der bürgerlichen Rechtmäßigkeit herrscht.

Die oligarchische Regierung, die selbst nicht einmal von der bürgerlichen Opposition des Landes anerkannt wird, die erklärt, daß sie die Gesetzgebung der Regierung als nicht zurecht bestehend anerkennt, hält sich nur dank den genannten Mitteln. Aber all dies genügt nicht mehr. Jetzt, nachdem man das Parlament und den König in jene auswärtigen Länder fortgeschickt hat, die gewillt sind, ihn zu empfangen, hat die Regierung den verstärkten Ausnahmezustand verkündet, um ihr Dasein um einige Monate verlängern zu können.

Der weiße Terror geht also daran, seinen Kurs zu verstärken.

Es werden die Verfolgungen gegen die Gewerkschaften zunehmen, die verfolgt, untersagt, in jeder Weise schikaniert und mit Gewalt verhindert werden, selbst beim Völkerbund Beschwerde darüber zu führen.

Es werden die unbarmherzige Ausbeutung und die Niederdrückung der Bauernklasse zu mittelalterlicher Knechtschaft weiter fortgesetzt werden.

Die wilde Unterdrückung der sprachlichen Minderheiten und der rumänischen Bevölkerung der annektierten Gebiete, die bis zum Meuchelmord geht, wird neue Orgien feiern.

Aber den Höhepunkt erreichen werden vor allem die Anschläge gegen die Kommunistische Partei.

Die kommunistische Presse ist durch die Willkürmaßnahmen der Verwaltung praktisch untersagt.

Die Parteizusammenkünfte und ihre öffentlichen Versammlungen sind der Kommunistischen Partei seit langem verboten.

Die Verhaftungen, die Mißhandlungen und selbst zahlreiche feige Meuchelmorde sind eine ständige Gewohnheit unserer Regierung geworden.

Jetzt aber will die Regierung, bevor sie fällt, sich selbst übertreffen.

Neue Verhaftungen gehen vor sich. Da die Kommunistische Partei als einzige den Mut gehabt hat, das Recht der Selbstbestimmung durch Volksabstimmung, das von den nationalen Minderheiten gefordert wird, zu verkünden, hat die oligarchische Regierung — dieselbe Regierung, die die Reichtümer des Landes den Kapitalisten der ganzen Welt verkauft und die zugunsten imperialistischer Großtaten auf die Unabhängigkeit des Landes verzichtet hat, unsere Partei des Hochverrates angeklagt und bereitet sich jetzt vor, das ganze legale Dasein der Arbeiterbewegung des Landes gänzlich zu zerstören.

Die Kommunistische Partei Rumäniens sammelt in einem Bande, der bald der Öffentlichkeit übergeben werden wird, alle Dokumente, die die schändlichen Taten, die Meuchelmorde usw., die von der rumänischen Oligarchie gegen das Volk begangen worden sind, beweisen.

Das Arbeiter- und Bauernvolk Rumäniens ist, da es sich an Euch, Genossen des Auslandes, wendet, dessen sicher, daß Ihr bereit sein werdet, durch Taten Euren Willen darzutun, Euren unterdrückten Brüdern beizustehen, die Euch dazu aufrufen.

Es lebe die internationale Solidarität!

Nieder mit der reaktionären Oligarchie Rumäniens!

Das Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Rumäniens.

*) Dieses Manifest war vor der Verkündigung der Militärdiktatur und der Verbote des „Socialismul" fertiggestellt worden.

Buchbesprechungen

„Die Gesellschaft."*)

Von Alois Neurath (Prag).

** Die Noske und Scheidemann sind in ihrer Art ganze Kerle. Und sie sind auch nicht talentlos. Jahrelang verstanden sie es, einen großen Teil des deutschen Proletariats zu betrügen, seine Kraft in den Dienst der Konterrevolution zu stellen. Als sich das Proletariat von dieser Politik abwendete, zögerten diese

*) „Die Gesellschaft", internationale Revue für Sozialismus und Politik. Herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding.

Führer keinen Augenblick, die Konsequenzen zu ziehen, offen und in jeder Hinsicht die Konterrevolution gegen die revolutionären Klassen zu verteidigen. Noske ließ die proletarischen Klassenkämpfer ermorden, und Scheidemann wie Ebert und Konsorten deckten diesen Banditen und seine „Aktionen" gegen die Arbeiterklasse. Dieses Verhältnis ist also eindeutig. Der Arbeiter sieht und weiß, daß jene „Sozialisten" die Henkersknechte der Konterrevolution sind, daß sie ebenso bekämpft werden müssen wie Stinnes, Ludendorff und ähnliche Feinde des Proletariats.

Eine andere Gruppe sozialistischer Knechte der Konterrevolution ist anders geartet. Die Hilferdinge, Adolf Braun, Kautsky sind nicht so glücklich veranlagt wie ihre hier erwähnten Kollegen. Sie haben sozusagen ein Gewissen, sie machen sich Skrupel, sie sind mit einem Wort nicht so aufrechte Konterrevolutionäre wie die Noske und Compagnie; sie sind ängstlicher, zaghaft, feig. Natürlich sind sie gefährlicher. Sie machten nicht nur jeden konterrevolutionären Akt der Noskiden mit, sie haben ihn auch jedesmal wissenschaftlich-marxistisch begründet und solcherart den lachenden und handelnden Scheidemännern die politisch-rechtliche und sozialistisch-moralische Grundlage ihres konterrevolutionären Wirkens geschaffen. Dezember und Jänner 1918/19, März 1920, während des Kapp-Putsches und nach ihm, Oktober 1923 — jedesmal, wenn die starken Männer der deutschen Sozialdemokratie gemeinsam mit den Erhardt, Seeckt usw. die Arbeiter niederknüppelten, bewiesen die Hilferdinge, daß es nicht nur darauf ankommt, die Welt zu verändern, sondern daß es nicht minder wichtig ist, sie zu interpretieren; daß also die Herren Hilferding, Kautsky und andere als Philosophen des Klassenkampfverrates eine ebenso große Aufgabe im Dienste der Stinnes-Diktatur zu vollbringen haben wie die Noske und Scheidemann als Generale der Konterrevolution.

Eine böse Zeit ist gekommen. Der Sozialpatriotismus ist arg in die Klemme geraten. Die Arbeiter tun nicht mehr mit. Dabei ist es für die Noske und Scheidemann wie für die Hilferdinge und Kautsky dringend notwendig geworden, nicht nur von Zeit zu Zeit, sondern täglich, stündlich, also kontinuierlich und mit dem ganzen geistigen Rüstzeug der „völkerbefreienden Sozialdemokratie" den Kampf gegen das klassenbewußte Proletariat zu führen. Es ist daher keine Übertreibung, wenn Hilferding und Kautsky in der ersten Nummer ihrer neuen theoretischen Zeitschrift feierlich kundtun, daß ihr Erscheinen eine dringende politische Notwendigkeit geworden ist. Natürlich! Alle geistigen Kapazitäten der Sozialdemokratie müssen zusammenstehen, ihre intellektuellen Fähigkeiten gewissermaßen konzentrieren, um so mit vereinten Kräften die täglichen konterrevolutionären Akte ihrer Partei teils geistig vorzubereiten, teils theoretisch zu rechtfertigen. Und — man darf das nicht übersehen — für die zarteren Gemüter der Hilferdinge ist es auch eine angenehme Selbsttäuschung, wenn sie nur mit ihrer Feder rechtfertigen oder vorbereiten, was die Noskiden direkt mit dem Maschinengewehr gegen die Arbeiter tun.

Gegen den führenden Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie, **Hilferding**, kann allerlei gesagt werden; aber daß er ungeschickt ist, daß er es nicht versteht, den konterrevolutionären Führern der SPD. und jenen der ganzen Londoner Internationale zu dienen, das kann nicht behauptet werden. Man sehe sich nur seine neue Theorie an, die gleichsam schon im vorhinein die nächsten politischen Gaunereien seiner Parteigenossen rechtfertigt. Die gegenwärtigen Bemühungen der kapitalistischen Ausbeuter, die gesamte arbeitende Bevölkerung zu versklaven, bekommen infolge der Darstellungskunst und Interpretationskunst Hilferdings diese gefällige, um nicht zu sagen: idyllische Form:

„Es ist der Versuch einer Regelung und Organisierung der gesellschaftlichen Produktivkräfte zugunsten der im Besitz der Produktionsmittel befindlichen Schichten. Diese würden den maßgebenden Einfluß auf Leitung der Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Produkts behaupten. Die Unstetigkeit kapitalistischer Produktionsverhältnisse würde vermindert, die Krisen oder wenigstens deren Rückwirkung auf die Arbeiter gemildert werden. Planmäßige Verteilung von neuen Investitionen durch die großen Trusts, eine gewisse Zurückhaltung von Neuanlage fixen Kapitals in der Zeit der Hochkonjunktur und Verlegung auf die Zeit verlangsamten Geschäftsganges, eine dem angepaßte Kreditregulierung durch die Großbanken, unterstützt durch eine entsprechende Geldpolitik der Zentralbank, wären die Mittel einer solchen Politik. ... In einer solch hierarchisch organisierten kapitalistischen Volkswirtschaft wird das Arbeitsverhältnis gleichfalls modifiziert. Es erhält einen stetigeren Charakter, die Arbeitslosigkeit wird weniger drohend, ihre Folgen durch Versicherung gemildert."

So schön ist das Ganze! Aber ohne jeden Kampf wird es vielleicht doch nicht gehen. Hilferding meint:

„Der bewußt geregelte Charakter der Wirtschaft gerät mit der ‚zufällig', aus der früheren Epoche des unorganisierten Kapitalismus überkommenen gegensätzlichen Eigentumsgrundlage in offenbaren, nicht mehr zu verhüllenden Widerspruch. Er wird beseitigt durch die Umwandlung der hierarchisch organisierten in die demokratisch organisierte Wirtschaft."

Wie macht man das?

„Je fortgeschrittener die Organisation, je bewußter die Regelung der Wirtschaft, desto unerträglicher wird der Masse der Produzenten die Usurpation der Wirtschaftsmacht und des gesellschaftlichen Produkts durch die Besitzer der konzentrierten Produktionsmittel."

Also daher Vorbereitung zum Klassenkampf? Aber keine Spur!

„In einer Zeit, in der der Kampf um die materiellen Interessen, das Ringen um den Anteil am Produktionsertrag aus historischem Zwang einen so großen Raum einnimmt, ist es notwendig, denen, die noch immer die Hintersassen unserer Kultur sind, und erst recht denen, die Bildung als Privileg behaupten wollen, die Notwendigkeiten zu zeigen, den Kampf um die Gleichheit der Bildungsmöglichkeit zu führen."

Hilferding spürt, daß er da etwas zu dick aufgetragen hat. Aber er weicht nicht zurück, er will vielmehr seine Opfer, die sozialdemokratischen Abonnenten der „Gesellschaft", ganz blöd machen.

„Die geschichtliche Idee ist die Bewußtheit des geschichtlich relevanten Handelns, das heißt das Handeln ist durch das Streben nach Verwirklichung der Idee unmittelbar determiniert. Die Idee wird zur Ideologie, sobald das Handeln durch andere Zwecke unmittelbar bestimmt wird, die nur mittelbar auch zuletzt in der Richtung der Verwirklichung der Idee liegen, sei es real, sei es schließlich nur mehr in der gläubigen Phantasie des Handelnden. So war auch der Marxismus zur Ideologie geworden, wie während des Zusammenbruchs nach dem Krieg die Tatsachen gezeigt haben."

Der arme sozialdemokratische Vertrauensmann greift sich an den Kopf. So viel Bildung auf einmal — das hält er einfach nicht aus. „Es wird schon stimmen," denkt er sich, „Hilferding, der das so gelehrt sagt, wird 's schon wissen."

Also wie ist denn das mit dem Handeln, das da vorherbestimmt ist durch das Streben nach der Verwirklichung der Idee? Als 1914 und später die Arbeiter im Sinne der Verwirklichung der sozialistischen Idee handeln wollten, da sind ihnen die Herren Scheidemänner dazwischen getreten und haben aus der sozialen Idee eine „Ideologie" gemacht, indem sie das Handeln der Arbeiter durch andere Zwecke (zum Beispiel durch die Burgfriedensidee) „unmittelbar bestimmten". Und im Oktober 1923, als die Arbeiter als „gläubige Phantasten" neuerdings Miene machten, die Bourgeoisie fortzujagen, da drückten ihr die Kollegen des Herrn Hilferding das Ermächtigungsgesetz in die Hände, so daß „das Handeln der Arbeiter durch andere Zwecke unmittelbar bestimmt" wurde.

Hilferding will offenbar gleich in der ersten Nummer zeigen, daß seine Unverschämtheit keine Grenzen kennt. Für den jahrelangen Verrat, den die Kollegen des Herrn Hilferding mit ihm gemeinsam an der Arbeiterklasse verübten, macht er kurz und bündig — die Arbeiterklasse verantwortlich.

„Die Arbeiterschaft nützte ihre Machtstellung nicht zur Verwirklichung des Sozialismus, sondern zur Verbesserung ihrer Lage, zur Erweiterung der Sozialreform und der politischen Demokratie."

Wir denken, daß diese wenigen Zitate genügen. Die „Gesellschaft" wird ganz gewiß, solange sie erscheinen kann, der Konterrevolution wertvolle Dienste leisten.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 47. 23. April. 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Proletarier aller Länder 547
An die arbeitende Jugend in Stadt und Land Europas, Amerikas, im Orient und in den Kolonien! 549

Politik.
Der Kampf der englischen Arbeiterregierung für die Stabilisierung des Kapitalismus. Von Murphy . . 550
Standrecht und allgemeines Chaos im faschistischen Rumänien. Von Receanu 551

Deutschland.
Der Kampf des Ludwigshafener Chemieproletariats. Von Steffen 552

Union der Sowjetrepubliken.
Kampf gegen die Verwahrlosung von Kindern in der Sowjetunion. Von Lipschitz 553

Arbeiterbewegung.
Der Streik im Rotterdamer Hafen. Von Bouwman . . 553

Proletarische Frauenbewegung.
Der Internationale Frauentag und der Stand der kommunistischen Frauenbewegung in der Tschechoslowakei. Von Grimmichová 554

Aus der Internationale.
Die Demonstrationsparolen der KPD. für den 1. Mai . . 556
Der Ausschluß der Angelika Balabanowa 556

Rote Hilfe.
Der Kampf des deutschen Proletariats um seine politischen Gefangenen 556

Weißer Schrecken.
Die Zerschlagung der Kommunistischen Partei in Ägypten. Von Raskolnikow 556

Buchbesprechungen.
Ludwig Brügel: „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. Von Friedländer 557

1. Mai 1924.

Proletarier aller Länder!

** Die Kommunistische Internationale ruft Euch, zum sechsten Male seit ihrer Gründung, auf, den großen Tag, an dem die Arbeiterschaft ihre dringendsten Klassenforderungen der bürgerlichen Gesellschaft entgegenstellt, **erfüllt von revolutionärem Geiste zu feiern.**

Vom Beginn an war dieser Tag Gegenstand des Hasses, der Angst und Gewaltmaßnahmen von seiten der Weltbourgeoisie. Die Arbeiter aller Länder betrachteten diesen Tag als Sammlungs- und Rüsttag gegen den Kapitalismus und als Symbol für die Befreiung vom kapitalistischen Joch durch die soziale Revolution.

Seit der ersten Feier des Maitages sind nun 35 Jahre verflossen. Das Proletariat wurde betrogen und verraten von denen, die einst gelobt, wegweisend voranzuschreiten. Die sozialistischen Parteien haben ihr Programm des Klassenkampfes mit Füßen getreten. Ein Ausdruck ihres Verfalls war die allmähliche Umwandlung der revolutionären Maidemonstration in eine hohle und kraftlose opportunistische Maifeier. In der Zweiten Internationale wurde der revolutionäre Sozialismus von einem feigen und kurzsichtigen Kompromißlertum erwürgt. In der Zweiten Internationale ist die revolutionäre Feier des ersten Mai zu gewöhnlichen Parteiveranstaltungen herabgesunken.

Der imperialistische Krieg war der Abschluß und der sichtbare Bankerott der reformistischen Politik. In den Jahren vor Ausbruch des Krieges war eine der Hauptforderungen am 1. Mai: **Krieg dem Kriege!** Nur dank eifrigster Unterstützung durch den Reformismus konnte die internationale Bourgeoisie im Kriege die Abschlachtung von Millionen Werktätiger durchführen. Nach dem riesenhaften Verbrechen dieses Brudermordens wurde der 1. Mai — durch den unwiderstehlichen Drang der Ausgebeuteten aller Länder nach internationaler Solidarität — wieder ein Tag der Kundgebungen für proletarische Forderungen, ein Tag der Bekenntnis für den revolutionären Klassenkampf und ein Tag neuen Rüstens der Revolution.

Proletarier aller Länder!

Blickt an diesem Tage um Euch! Seht die Früchte bürgerlicher, sozialpatriotischer und sozialpazifistischer Politik! Seht das Werk des imperialistischen Kapitalismus! Sechs Jahre sind nunmehr verflossen, seit Truppen der Entente ein wildes Siegesgeschrei erhoben haben: „Die Demokratie hat die kaiserliche Autokratie zu Boden geworfen.“ „Die kleinen Völker sind gerettet.“ „Recht und Gerechtigkeit triumphieren.“ „Versailles gab der Welt gerechten und dauernden Frieden.“ Nach sechs Jahren müssen die Proletarier überall den Verlust der unbedeutenden reformistischen Errungenschaften erleben. Während dieser sechs Jahre hat sich die Krise der Bourgeoisherrschaft ununterbrochen verschärft. Der Kapitalismus ist unentwirrbar in seine eigenen Irrtümer, Fehler, Verbrechen und Widersprüche verstrickt. Weit entfernt davon, Aufbauarbeit zu leisten, hat der

internationale Kapitalismus bloß Ruinen aufgehäuft. Gegenwärtig irren die führenden Vertreter der herrschenden Klassen auf diesen Ruinen umher und suchen die schaffenden und leidenden Massen mit lerren, demagogischen Reden abzuspeisen. Sie sprechen von „Vaterland", „Demokratie" und „nationaler Würde". Sie beweisen Tatkraft und rücksichtslose Brutalität, um das ausgeplünderte und unterdrückte Proletariat niederzuwerfen, aber sie sind kraftlos, gedankenarm und feig in der Aufbauarbeit. Aus dem Zusammenbruch des bürgerlichen Denkens und Wollens tritt ein Wesenszug scharf hervor: **Die verbrecherische Gewissenlosigkeit**, nach so vielen und verhängnisvollen Massenabschlachtungen neue und noch schrecklichere Kriege vorzubereiten.

Die **Vereinigten Staaten Nordamerikas** wissen nicht wohin mit ihrem Gold. Trotzdem gieren sie nach neuen, größeren Schätzen. Überall in der Welt suchen sie nach Petroleumfeldern, die sie durch Betrug und Gewalt für sich zu monopolisieren trachten, dadurch ständige Kriegsgefahr heraufbeschwörend. Als blutiger Hohn erscheinen pazifistische Kundgebungen in Worten.

England läßt trotz der ohnmächtigen, illusionsbefangenen Versuche der Arbeiterparteiler seine Beute im Osten nicht los. Im Gegenteil, **es wirft revolutionär gesinnte Inder in den Kerker, martert und mordet alle diejenigen, die ihre Freiheit fordern.** Während der Ministerpräsident Sr. Majestät, **Macdonald**, dienstwillig alle Wünsche der englischen Bourgeoisie, insbesondere der Hochfinanz, befolgt; lauscht, intrigiert und konspiriert der englische Imperialismus in der ganzen Welt, um seine Vorherrschaft, die seinen Händen zu entschlüpfen droht, weiterzubehalten.

Das **Frankreich** Millerands und Poincarés, das Frankreich des **Comité de Forges** hält mit eisernem Griff die Kehle des besiegten Deutschlands umklammert. Es ist bestrebt, überall das Werk der Destruktion, Korruption und Gewalt des Imperialismus fortzusetzen und wird, je länger um so mehr, durch die Auswirkungen seiner eigenen Politik besiegt und niedergeschlagen.

Das Proletariat **Deutschlands** leidet furchtbar unter den würgenden Griffen des französischen Imperialismus und unter den Verbrechen der eigenen imperialistischen Bourgeoisie. Unter offener Mithilfe der deutschen Sozialdemokraten versucht vergeblich die Bourgeoisie Deutschlands, die Wirtschaft auf Kosten verschärfter Ausbeutung der Arbeiterklasse zu kräftigen. **Das deutsche Proletariat erhebt trotz dieser Doppelknechtung mutig das rote Banner des Kommunismus gegen die Schandtaten des Faschismus und die Feigheit der Sozialdemokratie.**

Das faschistische **Italien** hat mit Betrug und Gewalt die Macht an sich gerissen und gefestigt. Es erweist sich aber unfähig, die Wunden zu heilen, an denen das italienische Volk leidet. Diese Unfähigkeit wird nicht dadurch gehoben, daß Italien den Bund der Sozialistischen Räterepubliken anerkennt, da dies offenbar in der Absicht geschehen ist, dadurch die Massen irrezuführen.

Die Balkanhalbinsel **sah die mutige Kraftanstrengung des Proletariats und der Bauernschaft Bulgariens**, die durch die Reaktion **Zankows** im Bunde mit der Sozialdemokratie abgewürgt wurde.

In **Rumänien** soll die kommunistische Bewegung in den Kerkern und durch die Henker Bratianus gemeuchelt und gemordet werden.

Die **kleinen Staaten Mitteleuropas**, die zur Sicherung des Sieges dienen sollen und die Vasallen des westlichen Imperialismus sind, reiben sich in fieberhaftem Suchen nach einer unmöglichen Lösung ihrer nationalen Probleme auf.

In allen Ländern sträubt sich der kapitalistische Imperialismus auf das heftigste gegen den drohenden Untergang, indem er das Proletariat mit Gewalt in das Doppeljoch — politische Knechtung und materielles Elend — zu zwingen sucht.

In fast allen Ländern sind die Gefängnisse mit Proletariern und Kommunisten überfüllt, die mutig für die Befreiung der Unterdrückten gekämpft haben.

Der **Faschismus**, dieser verbrecherische Landsknecht der feigen und angstbeklommenen Bourgeoisie, spannt alle seine Kräfte an, um den revolutionären Kampf des Proletariats für immer niederzuschlagen, **dabei unmittelbar oder mittelbar von der Sozialdemokratie unterstützt.**

In allen Ländern wurde die Arbeitszeit verlängert, wurden die Löhne herabgesetzt und die Arbeiterschutzgesetze aufgehoben. Arbeitslosigkeit und Teuerung steigen ständig. Infolge der herrschenden Reaktion wird das Leben der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Bauern immer schrecklicher. Als Mittel gegen alle diese Übel wird dem verwirrten und enttäuschten Proletariat der Wahnglaube des pazifistischen und reformistischen Utopismus gepredigt. **Die Arbeiterregierung in England soll diesem Wahnglauben neue Nahrung und Stärkung geben.** Ihre Politik der Illusionen und Halbheiten soll die Ausgebeuteten weiter in die Irrwege locken, die nur in den Sumpf führen.

In allen Ländern jedoch vereinigen und organisieren sich die Kräfte der Revolution und lehnen sich auf gegen ihren Unterdrücker: den Kapitalismus. Die große proletarische Gegenoffensive im Oktober in **Deutschland** ist ein schlagender Beweis dafür. Der bewaffnete Septemberaufstand in **Bulgarien, Eroberung Krakaus** durch rebellierende Arbeiter sind weiter unwiderlegliche Beweise der Gärung, von der die breitesten Schichten der Schaffenden in Stadt und Land ergriffen wurden. Die reformistischen Illusionen der Massen werden durch die Lüge der Demokratie und den Verrat der Sozialdemokratie zerfetzt.

Die Kolonien werden von Bewegungen keimender Revolten der unterdrückten Rassen erschüttert.

In **Indien, auf Java, in Ägypten** und **Syrien** kündigt sich ein gewaltiger Befreiungskampf versklavter Völker vom Joche des Imperialismus und Kapitalismus an.

Proletarier aller Länder!

Die Kommunistische Internationale zeigt Euch einen anderen Weg. Blickt nach Rußland. Dort hat ein großes Volk die Ketten der Knechtschaft abgeschüttelt. Von der starken Kommunistischen Partei geführt, hat es die alten politischen Grundlagen seiner Unfreiheit hinweggeräumt und schreitet nun, nicht geschreckt durch die großen Schwierigkeiten, Gefahren und Opfer, an das Werk des Aufbaues. Die gesamte Macht des Staates ist in den Händen der Sowjets der Arbeiter und Bauern organisiert. Das Rußland der Arbeiter und Bauern ist — dank seiner Roten Armee — nun endlich nicht mehr von feindlichen Heeren bedroht. Es setzt seine ganze Macht und Kraft, angefeuert und unterstützt von Lenins großem unsterblichen Geist, an den Aufbau des kommunistischen Lebens.

Blickt nach Rußland, **nach dem Bund der Sozialistischen Sowjetrepubliken**, diesem großen geschichtlichen Beispiel des zukünftigen Weltbundes werktätiger Völker! Blickt am 1. Mai nach Rußland, Proletarier aller Länder, Kommunisten der ganzen Welt! Gebt Euch Rechenschaft an diesem Tag der proletarischen revolutionären Forderungen über den schon zurückgelegten Weg, über die noch zu überwindenden Hindernisse und zu erreichenden Ziele. **Nie dürft Ihr das Ziel aus den Augen verlieren. Nie dürft Ihr Euch durch Hindernisse schrecken lassen.**

Gegen die Reaktion. Gegen die Gefahren neuer Kriege. Für Schutz der elementarsten Lebensinteressen des Proletariats schließt die Klasseneinheitsfront in den Betrieben! Schließt sie auf dem Lande. Schließt die Klasseneinheitsfront mit allen schaffenden Werktätigen, die nach Freiheit lechzen. **Laßt die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung erschallen**, die überall die verbrecherischen Regierungen der Bourgeoisie verdrängen und ein erster Schritt sein wird zur endgültigen Eroberung der Macht. **In internationaler Solidarität mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt, im Kampfe gegen den Kapitalismus schließt Euch, Arbeiter und Bauern, ob in Arbeitskittel oder Uniform, zu einem festen Bunde zusammen.**

Die Kommunistische Internationale wird Euch eine treue und kühne Führerin sein. Ihr Banner wird den Massen voranwehen, die am 1. Mai erklären:

Gegen die bürgerliche Diktatur die proletarische Diktatur!
Die Macht aus den Händen der kapitalistischen Ausbeuter!
Alle Macht den Räten der Werktätigen!
Es lebe der revolutionäre 1. Mai!
Es lebe die Einheitsfront des internationalen Proletariats!
Es lebe die proletarische Diktatur!
Es lebe Sowjetrußland!
Es lebe die Komintern!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

An die arbeitende Jugend in Stadt und Land Europas, Amerikas, im Orient und in den Kolonien!
An alle jungen Soldaten, Matrosen!
An die kommun. Jugendorganisationen!

** Der 1. Mai, der Weltkampftag der arbeitenden Massen, ist wieder da. — Die Kommunistische Internationale ruft an diesem Tage alle Werktätigen in Stadt und Land auf, durch Streik, durch gewaltige Versammlungen, durch Massendemonstrationen ihren Kampfwillen kundzutun. Wir wenden uns an die arbeitende Jugend aller Länder, diesem Aufruf zu folgen und an den Kundgebungen am 1. Mai im Zeichen der Kommunistischen Internationale zahlreich teilzunehmen. Der 1. Mai ist auch der Tag des Kampfes für die Forderungen der arbeitenden Jugend, die ihre Forderungen an diesem Tage zu jenen der gesamten Arbeiterschaft gesellt und sich, mehr denn je, in die gemeinsame Kampffront einreiht.

Die arbeitende Jugend aller Länder leidet noch mehr als der erwachsene Arbeiter unter dem Joche des Kapitalismus, der wirtschaftlichen Ausbeutung, dem Weißen Terror, dem bürgerlichen Militarismus, der Kriegsgefahr, unter dem Sklavendasein im Orient und in den Kolonien. Die sozialdemokratische Jugend hat nirgends etwas für die arbeitende Jugend getan. Sie hat die vollständig verräterische Politik des Bündnisses mit der Bourgeoisie, die die sozialdemokratischen Parteien betreiben, geteilt. Die sozialdemokratischen Parteien zeigen sich in ihrer ganzen Haltung immer offener als die Bundesgenossen des Bürgertums gegen die arbeitenden Massen, in manchen Ländern geradezu als Flügel des Faschismus.

Einzig und allein die kommunistischen Jugendorganisationen und die Kommunistische Jugendinternationale vertreten das Interesse der arbeitenden Jugend und führen für sie einen schweren, opferreichen, aber unermüdlichen, begeisterten Kampf.

Die Kommunistische Jugendinternationale hat sich immer stärker vorwärts entwickelt. Es ist unsere Aufgabe, ihre Verbände zu Massenorganisationen arbeitender Jugend zu gestalten.

Junge Arbeiter, Arbeiterinnen und arbeitende Landjugend! Schließt Euch in Massen den kommunistischen Jugendorganisationen an, die mit aller Kraft für Euch eintreten.

Die wirtschaftliche Ausbeutung der arbeitenden Jugend wird immer schlimmer und übersteigt alles Maß.

Erhebt am 1. Mai Euere Stimme für Euere Forderungen!

Die Schreckensherrschaft der weißen bürgerlichen Diktatur, die Verfolgungen seitens der Henker des Bürgertums, des Faschismus, lasten schwer auf den Massen der arbeitenden Jugend. Schließt Euch in einheitlicher Front zusammen zum Kampf. Folgt dem Rufe der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Jugend, die die Massen gegen den weißen Schrecken zum entscheidenden Kampf führen.

Der Militarismus der bürgerlichen Staaten wird immer schlimmer und größer. Alle Versprechungen über Frieden und Abrüstungen erweisen sich als kapitalistischer Betrug. Wie vor 1914, erheben sich allerorts Drohungen eines neuen, riesigen, imperialistischen Krieges, der alles bisherige in den Schatten stellen wird. Wieder soll die arbeitende Jugend in Stadt und Land dem Militarismus und Krieg die meisten Opfer bringen.

Arbeitende Jugend in der Stadt, arbeitende Bauernjugend auf dem Lande!

Ihr alle habt gemeinsame Feinde, gemeinsame Interessen. Auch die arbeitende Jugend des Landes leidet unter der Ausbeutung des Kapitalismus, des bürgerlichen Militarismus, des Faschismus und dem Weißen Terror. Nur im gemeinsamen Kampf können Arbeiterjugend und arbeitende Bauernjugend sich von Unterdrückung und Ausbeutung befreien.

Auch die arbeitende Jugend in den kapitalistischen Ländern und die arbeitende, vielfach ausgebeutete, unterdrückte Jugend des Orients und der Kolonien haben völlig gleiche, brüderliche Interessen. Nur enge brüderliche Gemeinschaft kann die einen wie die anderen befreien.

Arbeitende Jugend aller Länder, aller Erdteile! Arbeitende Jugend in Stadt und Land, arbeitende Jugend im Waffenrock!

Lasset daher am 1. Mai gemeinsam Eueren Ruf erschallen. Macht die Bourgeoisie durch gemeinsamen, mächtigen Aufmarsch in den Reihen der arbeitenden Massen erzittern.

Alle unter die Fahne Lenins!

Lasset Euere Forderungen ausklingen im Kampfruf: Alle Macht den Räten.

Steht fester und solidarischer denn je zur ersten Arbeiter- und Bauernmacht der Welt, dem Hort und Schutz aller Unterdrückten — zu Sowjetrußland!

Es lebe der 1. Mai!

Es lebe der gemeinsame Kampf aller Erwachsenen und jugendlichen Werktätigen!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Es lebe die Kommunistische Jugendinternationale!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale.

Politik

Der Kampf der englischen Arbeiterregierung für die Stabilisierung des Kapitalismus.

Der Wirrwarr beim Mieterschutzgesetz.

Von J. T. Murphy (London).

** Die Arbeiterregierung spielte bei der Einbringung des Mieterschutzgesetzes eine ganz klägliche Rolle. Nicht zufrieden mit dem zaghaften Kampf bei der ersten Lesung, wobei die Arbeiterführer einander widersprachen, drohten sie nur zögernd den Hausbesitzern und gaben dann zu, daß diese für jeden Verlust, der ihnen aus der Nichtzahlung der Miete durch Arbeitslose erwächst, entschädigt werden sollten. Und jetzt wieder schlagen sie vor, daß die Hausbesitzer den Verlust auf sich nehmen sollen, und schließlich durch eine Verbindung der Liberalen und Torys niedergestimmt, versuchten sie es wieder mit Macdonald als Führer statt Wheatley. Sowohl Wheatley als Clynes hatten behauptet, daß die Belastung eine staatliche sein würde, für die der Schatzkanzler verantwortlich sein solle. Dies sollte durch die Lokalverwaltungen, wie die Fürsorgeämter und die Gemeinden, durchgeführt werden. Aber es war wohl bekannt, daß die Lokalbehörden, besonders die Fürsorgeämter in Schottland, damit nichts zu tun haben wollen. Einige Fürsorgeämter in England gaben den Arbeitslosen schon eine Erlaubnis, die Miete zu zahlen.

Als die Regierung ihren zweiten Versuch mit Macdonald als Führer unternahm, war ihre Position nicht besser, und es gab in den Vorschlägen keinen sachlichen Unterschied. Wieder verbanden sich die Liberalen und die Konservativen, weil der Vorschlag nicht darlegte, wie die Grundbesitzer für einen Verlust entschädigt werden sollten. Wir mußten wieder sehen, daß Chamberlain und Asquith die Argumente der Arbeiterpartei benutzten und sagten, daß dies Sache des Staates wäre. Wieder unterlag die Regierung, nur weil sie es unterließ, die Quelle, aus der die Entschädigung für die Hausbesitzer fließen sollte, anzugeben. Ihre Reden waren kein Angriff auf das Hausbesitzertum, sondern ein Eintreten für eine staatliche Belastung, während doch ihre Vorschläge ein direkter Angriff auf die Hausbesitzer waren. Es war dieser Widerspruch, der die wiederholte Niederlage herbeiführte.

Natürlicherweise verbanden sich die Liberalen und Konservativen auf Grund ihres Klasseninteresses, und Macdonald zeigte sich nicht erfolgreicher als Wheatley in dem Versuch, einen versteckten Angriff auf die Hausbesitzer zu machen. Wäre die Arbeiterregierung kühn genug gewesen, dies als eine klare Klassenfrage hinzustellen, dann hätten sie auch eine Niederlage erlitten, aber sie wären erlegen in einer eindeutigen Frage und hätten nicht eine so erbärmliche Rolle vor ihren eigenen Anhängern gespielt.

Wie die Dinge nun stehen, haben sie sich zu einer noch größeren Verschlechterung herbeilassen müssen, als ich letzte Woche vermutete. Damals schien es höchstwahrscheinlich, daß sie den anstößigen Absatz aus ihrer eigenen Gesetzesvorlage beseitigen oder abändern würden einfach in dem Bestreben, der legalen Expropriation Einhalt zu gebieten und den Angriff auf die Hausbesitzer auf ein späteres Datum zu verschieben. Aber es kam weit schlimmer. Sie müssen jetzt, um Besitzentäußerungen zu verhindern, ein Gesetz annehmen, das von einem Mitglied der Liberalen Partei eingebracht wurde, und müssen versuchen, es in seinem Gang durch die Kommissionen zu verbessern. Daß etwas ganz Sonderbares dabei herauskommen wird, steht außer Frage. Austin Chamberlain zeigte, daß Macdonalds Worte, „die öffentlichen Gelder zum Zwecke dieses Gesetzes, das unterlegen ist, müssen den lokalen Kassen entnommen werden", gerade der Ansicht Wheatleys und Clynes widersprächen, „es müßten staatliche Gelder sein". Es wird nun Aufgabe der Regierung sein, den Gesetzentwurf der Liberalen zu verbessern, und Liberale wie Konservative können sich darauf verlassen, die Hauseigentümer werden keinen Schaden haben. Die Enteignung der Häuser wird unterbleiben, um Unruhen in einzelnen Städten zu verhindern. Das wird momentan Frieden geben. Aber die Hausbesitzer werden vorsichtiger sein als früher. Und das wird der Preis dafür sein.

Die Entwicklung der Staatsversicherung.

Es war eine Parole Lloyd Georges, daß die Staatsversicherungsvorlage uns neun Pence für vier Pence bringen würde. Diese war eine Zeitlang sehr populär, bis sie durch die große Arbeitslosigkeit überlastet wurde und es sich zeigte, daß die Versicherung nicht auf eigenen Füßen stehen könne, sondern Zuschüsse erhalten müsse. Dann kam eine Reorganisation und höhere Prämien. Nun will alles die Arbeiter versichern. Gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter, Unfälle, Tod von Verwandten usw., als ein Mittel, die Agitation, die den Jammer der Arbeitslosen herausgreift, zu hindern. Stabilität ist das Ziel, Kompromisse die Methode. Natürlich soll jeder zahlen. Der Staat, die Unternehmer, die Arbeiter. Was könnte billiger sein? Die Arbeiter zahlen, das tun sie ja ohnedies; die Unternehmer zahlen und schauen dazu, daß diese Gelder in die Produktionskosten einbezogen werden, und erhöhen dadurch den Warenpreis. Der Staat erhebt Steuern, die natürlich niemals die Arbeiter erreichen. Sie sind nicht übertragbar. So kann sich niemand beklagen. Wenn aber alle Klagen beseitigt sind, können wir dies alles zu folgendem zusammenfassen: So soll ein größerer Prozentsatz des Einkommens der Arbeiter durch eine dreifache Kombination, den Staat, die Unternehmer und die Arbeiter, verwendet werden, um für die Zeiten der Arbeitslosigkeit, der Krankheit und aller anderen Vorkommnisse, wenn die Arbeiter nicht weiter für die Unternehmer Profite machen können, vorzusorgen.

Da die Arbeiterpartei ängstlich darauf bedacht ist, Stabilität und Frieden der Wirtschaft zu sichern, hat sie keineswegs den Wunsch, mit diesen Plänen ins Hintertreffen zu kommen. So ergriff sie die Gelegenheit, die durch die Beschwerden jener Arbeitslosen gegeben waren, die durch eine sehr lange Arbeitslosigkeit dieser Begünstigungen verlustig gingen, und ließ durch Tom Shaw einen Zusatz zum Versicherungsgesetz einbringen, durch den die Begünstigungsperiode ausgedehnt wurde. Außerdem würden die Männer wöchentlich 15 bis 18 Schilling, die Frauen 12 bis 15 Schilling erhalten, Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren sollten auch versichert werden und vier, beziehungsweise fünf Schilling Arbeitslosenunterstützung erhalten. Sie wissen aus langer Erfahrung, daß, wenn die Arbeiter ein regelmäßiges, wenn auch noch so geringes Einkommen haben, und wenn die Zeiten der Arbeitslosigkeit die Zeiten, wo sie in Arbeit stehen, nicht allzusehr übersteigen, die Schärfe im Kampfe beseitigt wäre und die Arbeiter nicht so leicht revoltieren würden. Die Liberale Partei nimmt diese Losung mit Begeisterung auf und ist jetzt für die „Versicherung für alles". So können wir weitere Maßnahmen der Arbeiterregierung mit liberaler Führung erwarten. Dies ist wenigstens oft ein weiterer Beitrag zur Stabilisierung, für die der Kapitalismus seinen schuldigen Dank abstatten wird.

Frieden in der Landwirtschaft.

Die lang zugesagten Vorschläge des Ministers für Ackerbau sollen nunmehr vorgelegt werden, den Farmern soll mittels des Handelserleichterungsgesetzes Hilfe gebracht werden, und man macht Versuche, die genossenschaftliche Zusammenfassung anzuregen. Aber die Farmarbeiter, die die verflossenen zwei Jahre geschlagen und entmutigt waren, erwecken wieder die Aufmerksamkeit. In den vorgelegten Vorschlägen tritt sofort die unheilvolle Politik in Erscheinung, die Arbeiter auf eine solche Art zu spalten, daß jede allgemeine Bewegung hintangehalten wird.

Die organisierte Aktion der Landarbeiter ist so stupid wie nur möglich. Jeder Bezirk geht separat vor und in fast jedem Distrikt herrschen verschiedene Arbeitsbedingungen. Man kann sich noch erinnern, wie gewaltig die Anstrengungen Macdonalds im letzten Jahre waren, um zu verhindern, daß die Norfolker Farmarbeiter die Arbeiter der anderen Bezirke in eine gemeinsame Aktion hineinziehen und wie sie schließlich infolge dieser Politik niedergeschlagen wurden. Gerade zu dieser Zeit lief eine Reihe von Lohnvereinbarungen in den verschiedenen Distrikten ab, und es wäre ein leichtes gewesen, eine gemeinsame Aktion ins Werk zu setzen, hätten die Führer nicht dagegen opponiert. Jetzt soll diese Spaltung in Permanenz erklärt werden, nur um die Stabilität zu sichern. Das Reichslohnamt für Ackerbau soll wieder errichtet und es sollen bezirksweise Vereinbarungen abgeschlossen werden. Jede Unstimmigkeit in Lohnfragen in irgendeinem Bezirk soll an das Reichslohnamt zur Schlichtung übertragen werden und das Reichslohnamt soll entscheiden. Das scheint mir ein so enges Heranrücken an die Zwangsschiedsgerichte, wie man nur, ohne das ganze auf einmal zu geben, ertragen kann. Sogar nicht einmal ein Reichsminimallohn soll in der Vorlage vorgesehen sein. Der Minister für Ackerbau verkündete vor einigen Tagen, daß wenigstens in zwei Bezirken die Arbeiter nicht mehr als ein Pfund pro Woche erhalten sollen. Nur einige bekommen mehr als 25 Schilling. Bei diesen niedrigen Lohnverhältnissen unter Einführung von Gesetzen, die

eine Aktion im ganzen Reiche verhindern, kann man wirklich nicht ausfindig machen, was die Farmer Besseres haben könnten, wenn eine konservative Regierung im Amte wäre. Die Konservativen hatten wirklich das Reichslohnamt eingerichtet und waren nahe daran, dadurch eine Bewegung im ganzen Reiche hervorzurufen. Es bedurfte der Arbeiteregierung, um es anschaulich zu machen, wie der Friede innerhalb des Kapitalismus durch die Spaltung der Arbeiter gesichert werden kann.

Die Landarbeitergewerkschaft bessert durch ihre Forderungen keineswegs die Situation. Sie widersetzt sich nicht den Bezirksabmachungen, sondern noch dem Ackerbauminister durch ihre Forderung, daß das zentrale Lohnamt einen endgültigen Entschluß fassen soll. Zu gleicher Zeit aber verlangt sie, daß in dem Gesetze ein Reichsminimallohn festgelegt werden solle, und will, daß die „alten Methoden der Nachforschung, des gesetzlichen Zwanges und, wo notwendig, der Verfolgung" wieder eingeführt werden sollen. Für solche Forderungen werden sich die Landarbeiter des ganzen Reiches nicht erheben. Aber die direkte Aktion der Arbeiter ist das letzte, was sowohl die Führer der Landarbeitergewerkschaft als auch die Arbeiterregierung und die Arbeiterpartei wünscht, wie die neue Kampagne zeigt, für den

Frieden in der Industrie.

Das führende Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei (ILP.) haut mit der kapitalistischen Presse in der Verleumdung von Streiks in dieselben Kerbe. Als vor einigen Wochen die Straßenbahner und Autobusse streikten, setzte in der Presse eine scharfe Kommunistenhetze ein. Von der „Times" bis zum kleinsten Lumpenblatt wurden wir bezeichnet als die unheilvollen Gestalten, die hinter den lodernden Streiks tätig sind. Wir waren die frechen Schurken, die verantwortlich sind, daß bei Wembley das Reich angegriffen wird, wir waren die grundschlechten Schufte, die verantwortlich sind, daß die Schiffsarbeiter in Southampton sich weigern, zur Arbeit zurückzukehren, trotz aller Anstrengungen der Presse und der reformistischen Gewerkschaft. Die Gewerkschaftsführer sind in ihrer Streikbrechermethode einfach übergeschnappt. Drohungen, Massenversammlungen, Abstimmungen, Abteilungsversammlungen, die Gefahren einer allgemeinen Aussperrung. Nicht eines dieser Mittel hatte bis jetzt einen Erfolg. Anstatt die Tatsache des Streiks als ein klares Anzeichen für die Stimmung unter den Leuten zu nehmen (nicht einer von ihnen wagt es, für die jetzigen Bedingungen einzutreten) und, anstatt eine gemeinsame Aktion zu führen, sind sie nichts anderes als die wahrhaftigen Büttel der Unternehmer. Die Unternehmer drohen im Augenblick mit einer Aussperrung, wo sie die Forderung nach einer allgemeinen Lohnerhöhung von 10 Schilling pro Woche vor sich sehen. Auf diese Art herausgefordert, eilen die Vertreter von einigen 50 Gewerkschaften nach Southampton und heulen die Leute an, zur Arbeit zurückzukehren. „Der Streik komme den Verhandlungen zuvor." Wenn die Leute sich weigern, dann schließen sich die Gewerkschaftsführer der Kampagne gegen die Kommunisten an und machen sie für die gegenwärtige Situation verantwortlich.

Dann kommt der „New Leader", das Organ der Regierungspartei, und macht moralische Betrachtungen über den Straßenbahnerstreik, und erzählt uns, daß wir alle zum Teufel gehen. Die Aufeinanderfolge dieser Streiks ist diesem „Führer" störend. Das Organ will diese Methode durch einen gut organisierten, systematisch arrangierten Plan ersetzen, womit man die ganze Sache durch Verhandlungen beilegen und diese kostspieligen Streiks ausschalten kann. Das ist die andere Seite des Entwurfes zu einem Zwangsschiedsspruch, der nun dem Hause der Lords vorliegt. Er will sich nicht von den traditionellen Methoden trennen, sondern sie koordinieren usw. Sind diese Aussichten nicht schauderhaft! Es fährt fort: „Bedenket die Lage! Die Londoner Verkehrsarbeiter, wie zum Beispiel die Lokomotivführer, sind nur ein paar Tausend an Zahl, aber sie nehmen einen ungeheuer wichtigen strategischen Posten ein. Sie können in gewissem Sinne die Zusammenarbeit einer großen Zahl anderer Arbeiter erzwingen... Es ist eine Aktion, die mehrere Industrien umfaßt. Aber sie erzielt kein allgemeines Resultat... Dennoch, wenn die Textilarbeiter streiken, sind sie nicht imstande, die sofortige Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu ziehen oder unmittelbar eine Aktion der anderen Arbeiter herbeizuführen. Aber selbst wenn sie könnten, die wiederholte Inanspruchnahme der gesamten Kräfte für Teilfragen würde zur Erschöpfung führen. Wenn die Eisenbahnen streikten, zuerst für die Textilarbeiter, dann für die Maschinisten usw., das Land würde dem Hungertod erliegen, lange ehe wir die Liste zu Ende geführt haben. Und als ein purer Zwischenfall würde die Arbeiterregierung weggefegt und durch eine Regierung ersetzt werden, die, wenn es notwendig ist, zum rücksichtslosen Streikbruch greift, und das Pubilkum würde in dem dringenden Schrei nach Nahrung alles andere vergessen."

Wenn dies nicht deine Haare zu Bergen stehen macht, mußt du schon ein alter Kämpe sein. Höre wieder!

„Der Straßenbahnerstreik wurde von 17.000 Menschen beschlossen, hat aber die Macht und den politischen Einfluß geschwächt und die politischen Aussichten vermindert für vier oder fünf Millionen Menschen."

Das ist aus dem „New Leader", nicht aus dem „Daily Mail". Die Reformisten aller Länder sind desselben Schlages. Sie waren Konterrevolutionäre in Rußland, Werkzeuge der gemeinsten Reaktion in ganz Europa, und in Britannien folgen sie den Fußspuren ihrer Kollegen und bewähren sich als treue Lakaien der Bourgeoisie. Jeder Streik beginnt bei diesen Leuten mit der Sympathie, die sie für das Unrecht und die Beschwerden der Arbeiter fühlen. Aber jeder Streik sieht sie Kompromisse schließen und sich bemühen, den Kampfgeist der Arbeiter zu brechen. Und jeder Streik legt Zeugnis ab für die Tatsache, daß nur die Kommunistische Partei als ein beständiger Bundesgenosse und Kämpfer bei den Arbeitern in ihren Kämpfen steht. Das ist der Preis, den die Arbeiterpartei und ihre Regierung für ihre Bemühungen, den Kapitalismus in Britannien zu stabilisieren, zu zahlen hat.

Standrecht und allgemeines Chaos im faschistischen Rumänien.

Von Ovid Receanu (Bukarest).

** Kaum gingen die Delegierten der Wiener Konferenz auseinander, entstand im politischen Leben Rumäniens ein Chaos, das noch mehr als die allgemeine Wirtschaftskrise die Lage der oligarchischen Regierung der Banca Romaneasca (Bratianu und Konsorten) kräftig erschütterte.

Am 6. April sah sich die Regierung gezwungen, in den Großstädten des Landes (Bukarest, Czernowitz, Cluj, Jassy) **verschärftes Standrecht** zu erklären. Da in Siebenbürgen, Bessarabien, der Bukowina und im Banat auch bisher das militärische Regime bestand, gibt es nunmehr kaum noch einige Landflecken, wo Zivilbehörden verwalten.

Das Standrecht wurde **offiziell** gegen die antisemitischen Studentenbewegungen erklärt, jedoch mit aller Heftigkeit gegen die Arbeiterbewegung und die Kommunistische Partei ausgeübt. Die sogenannte Studentenbewegung wurde selbst von der Regierung ins Leben gerufen, um die „demokratische Öffentlichkeit" zu terrorisieren und eine Rechtfertigung der außergesetzlichen Maßnahmen zu schaffen.

Am Tage der Erklärung des Standrechtes wurden Hausdurchsuchungen in allen Lokalen der Kommunistischen Partei, der Gewerkschaften und bei ungefähr 20 Genossen vorgenommen. Obwohl die Hausdurchsuchungen **negativ** waren, hat man am 7. April **das Parteilokal in Bukarest gesperrt** und am 8. April die Parteiblätter „Socialismul", „Munkás" und „Pravda" **verboten**. Der erste Redakteur des „Munkás", **Genosse Lestyan-Jasz**, wurde durch Verordnung der Regierung seiner Staatsbürgerschaft beraubt und ausgewiesen. Die bürgerliche Presse bereitet die öffentliche Meinung auf Massenverhaftungen vor, jedoch hat es die Regierung bisher noch nicht gewagt, gegen die führenden Genossen der Partei loszuschlagen. Ihre Taktik ist: durch die militärischen Maßnahmen die Partei zu revolutionärer oder illegaler Tätigkeit zu provozieren, damit die Rechtsgrundlagen zu einem Kommunistenprozeß geschaffen werden.

•

Die Tyrannei der Banca Romaneasca hat es durch ihre „Konsolidierungspolitik" (gemeint: die illegale Verfolgung der Kommunisten und Gewerkschaftsleiter) dahin gebracht, daß das gesamte wirtschaftliche Leben des Landes noch gründlicher ruiniert, das Budgetdefizit noch mehr gesteigert, die Verwaltung noch stärker desorganisiert worden ist. Die ungeheure Verschärfung der Krise hat nicht nur die Arbeiter- und Bauernmassen revolutioniert, sondern auch den größten Teil der Bourgeoisie in Opposition gegen die Regierung gestellt. Das Industriekapital der neueroberten Gebiete, der Mittel- und Kleinhandel, die besitzenden Bauern und überhaupt die bei den Regierungsgeschäften und der

Banca Romaneasca nicht interessierten bürgerlichen Schichten haben bereits, durch verschiedene Manifestationen den Kampf gegen die räuberische Wirtschaftspolitik der Regierung offen erklärt und es hat diesbezüglich auch an Schritten revolutionären Charakters (Nichtbefolgung von Verordnungen, Verweigerung der Steuerzahlung) nicht gefehlt.

Trotzdem gelang es der Regierung, ihre egoistische Politik, die auf Monopolisierung des Privat- und des Staatskapitalismus in den Händen der Banca Romaneasca zielt, ihr Gleichgewicht durch Terror und byzantinische Methoden politisch aufrecht zu halten.

Der Monat März 1924 hat sich aber für die Terrorregierung der Banca Romaneasca verhängnisvoll gestaltet. Die Russisch-rumänische Konferenz hat eine klaffende Wunde Rumäniens aufgedeckt und die Überzeugung der Bourgeoisie befestigt, daß für diese Wunde die russenfeindliche und an Frankreich verkaufte Liberale Partei schuldtragend ist; gleichzeitig haben sich Italien, Belgien und Spanien geweigert, den rumänischen König zu empfangen, weil der rumänische Staat in all diesen Ländern seine schmutzigen Rechnungen nicht geregelt hat; die russenfeindliche Außenpolitik der Regierung wird seit der Anerkennung seitens Englands und Italiens nur mehr von Frankreich unterstützt. Dazu kam noch die Verwirrung, die bei der Verhandlung des Gesetzes der Kommerzialisierung aller Staatsgüter und Staatsunternehmungen (ein Versuch zur Eroberung der Staatsunternehmungen durch die Banca Romaneasca) in der inneren Politik entstanden ist.

Bei dieser ungemein kritischen Lage der Herrschaft der Liberalen war die Arbeiterbewegung und die Kommunistische Partei im Wachsen begriffen. Das Zentralorgan unserer Partei erschien seit 25. März täglich in erhöhter Auflage, der Einfluß der Partei in den Gewerkschaften und unter der Bauernschaft wurde von Tag zu Tag stärker. Durch die Losung des Blocks der Arbeiter- und Bauernparteien hat unsere Partei eine bedeutende Schicht von Bauern und Kleinbürgern an sich gezogen.

Die Gefahr soll nun durch das Standrecht vermieden werden. Es liegt aber auf der Hand, daß dies nur vorübergehend gelingen kann. Dieser Streich ist nun der letzte Stoß, den die verhaßte Räuberclique der liberalen Bankiers zu ihrer Selbstverteidigung auszuüben vermag.

Der Fall der liberalen Regierung wird mit diesem Streich noch beschleunigt. Die bürgerliche Opposition, die heute unter dem Eindrucke des Gespenstes der offenen Faschistendiktatur und des Bolschewismus alle Maßnahmen der Regierung gutheißt, wird sich auch nicht mehr erholen können. Der Weg zur Arbeiter- und Bauernregierung ist gebahnt.

Deutschland

Der Kampf des Ludwigshafener Chemieproletariats.

Von E. Steffen (Ludwigshafen).

** Noch ist der gewaltige Kampf, den das Ludwigshafener Chemieproletariat im Jahre 1922 führte, in Erinnerung. Wochenlang standen damals 25.000 Proletarier im Kampf um die Betriebsräte vor der brutalen Maßregelung zu schützen. Das gesamte nationale und internationale Proletariat unterstützte diesen Kampf in der weitestgehenden Weise. Er ging verloren, weil die reformistische Gewerkschaftsbürokratie in Ludwigshafen stark genug war, die Verwirrung in die Reihen der Kämpfenden zu tragen, Streikbrecher zu organisieren und durch Unterschlagung von Sammelgeldern den Kämpfenden das Brot zu nehmen.

Die Niederlage des vergangenen Jahres hatte aber nur eine Zeitlang deprimierend auf die Anilinarbeiterschaft gewirkt. Wohl hatte sie fast einmütig den reformistischen Gewerkschaften den Rücken gekehrt, sie brachten aber in ihrer übergroßen Mehrheit nicht die Kraft auf, dem Industrieverband der Chemie, der nach dem Kampf entstanden war, beizutreten und eine revolutionäre Politik zu treiben.

Die unerhörten Verrätereien der sozialdemokratischen und reformistischen Gewerkschaftsführer und deren Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz wirkte revolutionierend auf die Arbeiterschaft der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Als der Fabrikarbeiterverband durch ein sogenanntes unparteiisches Schiedsgericht den Achtstundentag preisgab und sich für die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und des Zwei-Schichtensystems, also für eine zwölfstündige Arbeitszeit erklärte, da ging eine große starke Entrüstung und ein einheitlicher Protest durch die gesamte chemische Industrie. Alle Chemieproletarier, ohne Unterschied der Partei und Organisationszugehörigkeit, lehnten in Funktionär- und Mitgliederversammlungen es ab, den gefällten Schiedsspruch als für die Arbeiterschaft bindend anzuerkennen. Dem Hauptverantwortlichen, Bruhns, vom Hauptvorstand des DFAV. wurde das Mißtrauen ausgesprochen und beantragt, ihn wegen seiner arbeiterschädlichen Haltung aus dem Fabrikarbeiterverband auszuschließen.

Die Opposition im ganzen Reiche rüstet zum einheitlichen Widerstand für den Fall, daß die Arbeitnehmer dazu übergehen würden, den neuen Vertrag einzuführen.

Ende Februar ließ die Direktion der BASF. durch Anschlag verkünden, daß ab Montag, den 3. März der neue Vertrag in Kraft trete. Schon vorher war mit der Eisenbahndirektion eine Änderung des Fahrplanes getroffen worden, so daß die außerhalb wohnenden Arbeiter nutzlos eine Stunde und länger auf Beförderungsmöglichkeit warten mußten. Durch diese Maßnahme hoffte die Direktion, daß die Arbeiter dann willig die Längerarbeit schlucken würden.

Entsprechend den Beschlüssen, die auf der oppositionellen Reichskonferenz gefaßt wurden und wo beschlossen wurde, mit allen Kräften Widerstand zu leisten und den Widerstand zu organisieren, ging der Industrieverband dazu über, durch seine Mitglieder, durch Flugblätter und Plakate, die Gesamtarbeiterschaft der BASF. aufzufordern, für den Achtstundentag zu kämpfen.

Am Montag verließen zirka 50% der Arbeiter nach Ablauf der bisherigen Arbeitszeit das Werk. Am andern Tage waren es 70%, am Mittwoch, den 5. März fand eine von zirka 18.000 Personen besuchte Werkversammlung statt. Die oppositionellen Betriebsräte und die Vertreter des Industrieverbandes forderten die Masse auf, wiederum, aber diesmal vollzählig, nach acht Stunden das Werk zu verlassen. Begeistert stimmte die Masse zu, und weit über 90% verließen an diesem Tage nach acht Stunden das Werk. In den Tagen von Montag bis Mittwoch hatte die Direktion auf verschiedenste Arten versucht, die Arbeiterschaft zu verwirren.

Bereits Mittwoch in den Nachmittagstunden kam es vor den Fabriktoren zu Ansammlungen und Zusammenstößen mit der Polizei, die es nicht dulden wollte, daß die Arbeiterschaft die Angestellten zur Solidarität auffordern wollte. In der späten Abendstunde kam die Nachricht, daß die Direktion beschlossen hat, am Donnerstag das Werk zu schließen und somit über 20.000 Arbeiter auszusperren. Am Donnerstag kam die Masse wie üblich aus den umliegenden Orten und aus Ludwigshafen zu der Arbeitsstätte, die Tore waren aber geschlossen. Der Industrieverband legte den Arbeitern durch Flugblätter die Situation klar und gab die Parole heraus: „Den nun einmal entbrannten Kampf auch bis zum Siege durchzuführen". In den Vormittagstunden erfolgte ein Überfall der Polizei, die auf Umwegen in das Werk hineingebracht wurde. Eine Anzahl Tote und über 40 Verletzte waren als Opfer zu verzeichnen. Die Erbitterung der Menge war riesengroß und hätte das französische Militär zum Schutze der deutschen Polizei nicht eingegriffen, hätte keiner von ihnen lebend den Platz verlassen. Die Arbeiterschaft beschloß darauf, die Notstandsarbeiten im Werk einzustellen und riegelte das gesamte Gelände völlig ab. Am Nachmittag fand eine gewaltige Kundgebung der ausgesperrten Arbeiter statt. Einstimmig wurde beschlossen, den Kampf mit aller Rücksichtslosigkeit bis zum Erfolge durchzuführen. Dem Industrieverband wurde die Leitung der Bewegung übertragen und durch Aufrufe wurde das deutsche und internationale Proletariat auf den Kampf aufmerksam gemacht, und zur aktiven Unterstützung aufgefordert.

Volle sechs Wochen stehen nun die Arbeiter im Kampfe. Er wird geführt in der aktivsten Form. Die Stadtverwaltung wurde durch Demonstrationen gezwungen, Unterstützungen zu gewähren. In umliegenden Orten sorgt die Arbeiterschaft durch Sammlungen dafür, daß die größte Not gelindert wird. Die Internationale Arbeiterhilfe (IAH.) hat eine großzügige Unterstützungsaktion eingeleitet. Zu wiederholten Malen sind Lebensmitteln verteilt und über 1500 Kinder der Ausgesperrten sind in das Saargebiet gebracht worden, wo sie in der besten Weise aufgenommen wurden.

Gegen die Ausgesperrten steht nicht nur die Anilindirektion, sondern die Polizei und die bayrische Regierung, die durch ihren Vertreter Ischinger die Arbeiterschaft auffordern ließ, in die Betriebe zurückzukehren. Die engsten Verbündeten sind aber die Sozialdemokraten und Gewerkschaften, die durch eine verräte-

rische Hetze in der Presse die kämpfenden Arbeiter diskreditieren wollen. Der Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes hat ein Flugblatt für das gesamte Reich herausgegeben, und durch besondere Briefe Anweisungen erteilt, daß keine Sammlungen für die Ludwigshafener Arbeiter vorgenommen werden dürfen. Die französische Besatzungsbehörde gestattet keine Versammlungen, so daß die Kampfleitung wiederholt gezwungen war, die vielen Tausende von Arbeitern in das unbesetzte Gebiet zu leiten, damit man zu ihnen sprechen könne. Allen Gegnern zum Trotz steht die Arbeiterschaft ungebeugt im Kampf. Am 10. April wurde trotz Versammlungs- und Demonstrationsverbot eine gewaltige öffentliche Kundgebung mit anschließender Brotverteilung und Demonstration abgehalten, und die gesamte gegnerische Presse mußte anerkennen, daß die Disziplin und der Kampfmut der Anilinarbeiter bewunderungswürdig sei. Sowie die Situation jetzt liegt, ist das Ende des Kampfes noch nicht abzusehen, da auch die solidarische Unterstützung des deutschen und internationalen Proletariats und die Hilfe der IAH. ein immer stärker werdender Faktor für die Kämpfenden wird.

Der Kampf in Ludwigshafen wäre schon erfolgreich beendet, wenn die übrigen Chemieproleten aktiv in die Bewegung eingegriffen hätten. Daß dies nicht möglich war, liegt an verschiedenen Ursachen. In den Betrieben ist der reformistische Einfluß noch außerordentlich stark. Die Direktion mit ihrem Spitzelapparat und dem SPD.-Betriebsrat sorgen in letzter Zeit besonders dafür, daß jede revolutionäre Betätigung mit Gewalt unterdrückt wird. Denunziationen und Maßregelungen waren auf der Tagesordnung. Durch Leibesvisitationen und einem wohl organisierten Spitzelapparat wurde es verhindert, daß auch nur ein einziges aufklärendes Flugblatt den Arbeitern zu Gesicht kam. Dazu kam, daß die Direktionen der einzelnen Werke die Einführung einer Verlängerung der Arbeitszeit zurückstellten, bereits erlassene Bekanntmachungen rückgängig machten, wie zum Beispiel im Leunawerk und bei Continental.

Obgleich durch diese Vorkommnisse die Aktivitätsbasis für den Kampf um den Achtstundentag in der chemischen Industrie schmal geblieben ist, kann doch mit einem erfolgreichen Abschluß gerechnet werden. Die aktive Führung der Bewegung, der Mut der Kämpfenden und der Wille zu siegen, sind Grundlagen für einen erfolgreichen Abschluß. Es ist das erstemal, daß nach den großen Niederlagen, die die Arbeiterklasse erlitten hat, sich eine Arbeitergruppe findet, die mit solchem Heldenmut gegen eine der stärksten Gruppe des Kapitals ankämpft. Sieg oder Niederlage tragen wesentlich für die Gestaltung kommender proletarischer Kämpfe bei. Der Kampf selbst wirkt revolutionierend auf die gesamten Arbeiter des In- und Auslandes. Ein erfolgreicher Abschluß macht die Bahn frei für weitere siegreiche Kämpfe des Proletariats.

Union der Sowjetrepubliken

Kampf gegen die Verwahrlosung von Kindern in der Sowjetunion.

Von Lipschitz.

** Die Friedensatempause und der bedeutende Aufstieg der Volkswirtschaft in der Sowjetunion haben die Möglichkeit gegeben, einen planmäßigen Kampf gegen die Kinderverwahrlosung, die infolge des imperialistischen, des Bürgerkrieges und der Hungersnot einen außerordentlich großen Umfang erreicht hatte, einzuleiten. Im Jahre 1923 setzte in der Sowjetunion eine bisher beispielslose Bewegung ein, in der neben den staatlichen Maßnahmen die Initiative und Selbsttätigkeit der breiten Arbeitermassen eine ungeheure Rolle spielt. Die Arbeiter beschließen freiwillige Lohnabzüge, die bürgerlichen Elemente werden besteuert, und es wird ein Verein „Kinderfreunde" gebildet, der etwa 60.000 Mitglieder zählt.

Bei den Wahlen zum Moskauer Sowjet wird den Deputierten im Mandat die Losung des Kampfes gegen die Kinderverwahrlosung gegeben. Es wird ein Lenin-Fonds zum Besten der verwahrlosten Kinder geschaffen, der von Tag zu Tag wächst. In der Presse werden die Fragen der Kinderverwahrlosung ununterbrochen behandelt. Der Kommunistische Jugendverband mobilisiert zu diesem Zweck alle Kräfte, die Arbeiter und Arbeiterinnen erklären sich bereit, nicht nur durch freiwillige Abzüge von ihrem Arbeitslohn, sondern auch durch unmittelbare Beteiligung an der Arbeit zu helfen, tausende Studenten und Studentinnen stellen ihre Kräfte unentgeltlich zur Verfügung. Die kolossale Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte, die ungeheure Begeisterung und die Entschlossenheit, dieses Übel aus der Welt zu schaffen, rufen die Überzeugung hervor, daß die Kinderverwahrlosung, wenn sie in nächster Zukunft auch nicht völlig liquidiert werden kann, jedenfalls stark eingeschränkt werden wird. In einem solchen Maßstab, wie es in der Sowjetunion geschehen ist, können diese Fragen in keinem bürgerlichen Staat aufgerollt werden.

Parallel mit dieser Arbeit zur Mobilisierung aller Kräfte und Mittel findet auch eine Umwertung der theoretischen Grundlage, auf die das System des Kampfes gegen die Kinderverwahrlosung aufgebaut ist, statt. Auf der Konferenz der Moskauer Teilnehmer des Kampfes gegen die Kinderverwahrlosung, auf der sich auch hervorragende Teilnehmer aus Leningrad befanden, wurde eine Reihe von Resolutionen angenommen, die eine neue marxistische und kommunistische Linie in dieser Frage bedeutet. Eine andere Resolution stellt das Unwissenschaftliche der Theorie der moralischen Defektivität und die moralische Rückständigkeit fest, eine andere zeigt den bürgerlichen Klassencharakter des Systems der Zwangserziehung auf. Als einziges Mittel zur moralischen Erziehung der Verwahrlosten und strafbare Handlungen vollbringenden Kindern wird ein geschlossenes System von Maßnahmen betrachtet, die den Zweck haben, diese Kinder durch Organisierung ihrer Arbeit, durch ihre Beteiligung an der Produktion und durch ihre Hinzuziehung zum Kampfe für die Ideale des Proletariats in die Reihen der Arbeiterklasse zurückzubringen.

Die Bourgeoisie und die bürgerlichen Regierungen benötigen die Theorie der moralischen Defektivität, um ihre grausame Klassenpolitik gegenüber den verwahrlosten Kindern zu rechtfertigen.

Die Sowjetregierung braucht diese Theorie und das auf diese Theorie gegründete System der behördlichen Asylerziehung nicht. Die Sowjetregierung betrachtet die verwahrlosten Kinder als die Kinder des Proletariats und ist bestrebt, sie zu Kämpfern und Teilnehmern am Aufbau des Sowjetstaates zu machen.

Arbeiterbewegung

Der Streik im Rotterdamer Hafen.

Von E. Bouwman.

** Die Rotterdamer Hafenarbeiter gaben mehrmals Veranlassung zu Überraschungen. Jahrelang schien es, als ob unter den Hafenarbeitern jedes Organisations- und Widerstandsvermögeen getötet wäre, und die Arbeitgeber versäumten nie, von dieser Gelegenheit Gebrauch zu machen. Sie beuteten die Arbeiter in ungezügelter Weise aus, so daß die Masse der Hafenarbeiter, der Sklaverei müde, zusammenlief und oft spontanen, unorganisierten, unüberlegten Widerstand leistete. Man glaubte, mit einem Schlage dem elenden Zustand ein Ende bereiten zu können. Der letzte Streik im Rotterdamer Hafen war eine dieser spontanen Äußerungen von Widerstand, der kommen mußte als Folge des Auftretens der Arbeitgeber im Hafenbetrieb. Die Arbeitgeber machten seit 1921 groben Mißbrauch von der erschreckenden Arbeitslosigkeit, indem sie, sich stützend auf die große Zahl unorganisierter Hafenarbeiter, die Arbeitsbedingungen derartig herunterdrückten, daß die Lebenslage der Hafenarbeiterbevölkerung jetzt schlechter ist, als es 1914 der Fall war.

Dieser Streik entstand ohne Zutun der vier bestehenden Transportarbeiterorganisationen und breitete sich in einigen Stunden aus über die beiden Annahmebüros (linkes und rechtes Maasufer), Holland-Amerika-Linie, Rotterdamer Lloyd, Batavia-Linie, Rotterdam-London-Linie, Liverpool-, Manchester-, Cardiff-, Hamburger, Hull-, New Castle-, Glasgow- und Leith-Linie. Ferner streikten alle Arbeiter im Lek-, Schie- und Iselhafen; am linken Maasufer, im Rhein-, Binnen-, Spoor-, Maas- und Waalhafen lag ebenfalls, bis auf einen Teil maschineller Arbeit bei der Steinkohlen-Handels-Vereinigung, bei der ein Teil des festen Personals an der Arbeit blieb, alles still.

Trotzdem die Hafenkapitalisten keine Konzessionen machten, konnte der Streik nicht weitergeführt werden. Doch darüber braucht man sich, wenn man die jetzigen Verhältnisse kennt, nicht zu wundern. Das Weiterstreiken, bis die S. V. „Süd" die in der ersten Streikversammlung am 17. März gestellten Forderungen von fl. 7,— pro Tag — das ist eine Erhöhung von fl. 1,50 pro Tag — und eine 45stündige Arbeitswoche bewilligen würde, bedeutet den Machtkampf zwischen den Schiffskapitalisten und dem Hafenproletariat. Solch ein Kampf kann nicht von den Rotterdamer Hafenarbeitern allein ausgefochten

werden. Dazu ist eine noch größere Machtentfaltung als die bei dem Streik der Hafenarbeiter und Seeleute in Rotterdam und Amsterdam im Jahre 1920 notwendig. Wir meinen nicht, daß wieder zehn Wochen — wie damals — gestreikt werden muß, sondern daß die Hafen- und andere Transportarbeiter besser organisiert sein müssen, als sie es gegenwärtig sind.

Darum mußte dieser Streik kurz und kräftig sein, wodurch zu allererst die Angriffe der Hafenkapitalisten auf die Lebenslage der Hafenarbeiter zum Stillstand gebracht und die Unternehmer veranlaßt werden sollten, mit Vertretern der Arbeiter über Verbesserungen zu sprechen.

In dieser Richtung hatte der am 21. März wieder beendete Streik unzweifelhaft Erfolg für die Hafenarbeiter, wenn auch seitens der S. V. und der gelben und christlichen Arbeiterorganisationen erklärt wurde, daß es zu den Verhandlungen über die Beschwerden der Hafenarbeiter auch ohne den Streik gekommen wäre.

Nach dem Streik konferierten die Vorstände der Amsterdamer und konfessionellen Transportarbeiterorganisationen — zwischen der Transportföderation und der Schiffahrtsvereinigung ist der Kontakt unterbrochen — mit dem für die Hafenarbeiter unbefriedigenden Ergebnis, daß selbst über die Wiedereinführung der 45stündigen Arbeitswoche nicht gesprochen wurde. Der Lohn für die festen Hafenarbeiter sollte auf fl. 28,— pro Woche festgesetzt werden, und sind die Arbeitgeber wohl so „gut", in der einen oder anderen Form eine Gratifikation zu geben, wodurch der Minimumlohn dann auf fl. 29,50 pro Woche kommen würde. Dies ist derselbe Lohn, der vor dem 3. März 1924 bestand. Betreffs der losen Arbeiter — das ist der größte Teil der Hafenarbeiterbevölkerung — erklärten sich die Arbeitgeber bereit, den Taglohn auf fl. 5,60 pro Tag festzusetzen.

Die Vorstände der Amsterdamer und konfessionellen Transportarbeiterorganisationen kamen jetzt in die Lage, zu den Vorschlägen der Arbeitgeber ihre Zustimmung geben zu müssen, weil sie bei Übereinkunft — wieder ohne die Föderation, die in Amsterdam mehr Einfluß hat, als die drei anderen Organisationen zusammen — für die losen Hafenarbeiter einen Lohn von fl. 5,60 pro Tag und für die festen fl. 28,— pro Woche — angenommen hatten. Die Hafenarbeiter erachteten jedoch die Zusagen der Arbeitgeber für völlig ungenügend, und es besteht die Möglichkeit, daß es bald wieder zum Streik kommt.

*

Es ist kein Zufall, daß die Vorstandsmitglieder der Föderation gleich auf der ersten Streikversammlung am 17. März mit dem Streben der Streikenden einig waren, zu einem einheitlichem Auftreten aller Organisationen zu kommen. Die Föderation hatte bereits 14 Tage vor Ausbruch des Streiks die Initiative ergriffen, um zu einer Zusammenarbeit mit den übrigen drei Transportarbeiterorganisationen zu gelangen. In einem Schreiben vom 4. März werden die Vorstände der Amsterdamer und konfessionellen Transportarbeiterorganisationen eingeladen, an einer kombinierten Vorständeversammlung teilzunehmen, zwecks Besprechung folgender Punkte:

Erwünscht ist das Stellen von Forderungen zur Verbesserung der gegenwärtigen Arbeitsbedingungen.

Erwünscht ist die Zusammenarbeit der vier ländlichen Transportarbeiterorganisationen, um in den kommenden Monaten eine möglichst kräftige Agitation und Aktivität zu entwickeln unter den Hafenarbeitern, Seeleuten, Rheinschiffern, Holzarbeitern und — wenn möglich — auch unter anderen Transportarbeitergruppen.

Sofort bei Streikausbruch wurde ein Komitee von 10 Hafenarbeitern gewählt (zwei aus jeder der vier Organisationen und zwei unorganisierte), das die vier Organisationen aufforderte, den Streik gemeinschaftlich zu leiten. Die Föderation erklärte sich hierzu unmittelbar bereit, **doch die Vorstände der drei übrigen Organisationen weigerten sich.** Dadurch verstärkte sich die Verstimmung unter den Hafenarbeitern. Die Hafenarbeiter der verschiedenen Richtungen gaben deutlich zu verstehen, daß sie in Unterhandlungen zwischen den Vorständen der Amsterdamer und konfessionellen Organisationen — also ohne die Föderation — und der Arbeitgeberorganisation kein Vertrauen setzen. Daher auch ihre Forderung, die Föderation anzuerkennen. Bis zum Augenblick — 10. April — ist weder die Föderation von der Schiffahrtsvereinigung anerkannt worden noch die Zusammenarbeit zwischen den vier Transportarbeiterorganisationen zustande gekommen, während, wie bereits erwähnt, die Zusagen der Arbeitgeber betreffs der Arbeitsbedingungen sehr unbefriedigende sind.

Auch in Amsterdam kommen in letzter Zeit wiederholt spontane, kurze Streiks, als Folge der niedrigen Tarife, vor, Tarife, die durch Übereinkunft zwischen Amsterdamer und konfessionellen Organisationen und der Schiffahrtsvereinigung zustande gekommen sind.

Es ist also in nächster Zeit neuerlich mit einem Streik im Amsterdamer sowie im Rotterdamer Hafen zu rechnen.

Proletarische Frauenbewegung

Der Internationale Frauentag und der Stand der kommunistischen Frauenbewegung in der Tschechoslowakei.

Von Mila Grimmichová (Brünn).

** Die Veranstaltungen des Internationalen Frauentages dienen nicht nur dazu, um proletarische Frauen aufzurütteln, sondern sie geben auch davon Zeugnis, inwiefern die kommunistische Frauenbewegung in dem betreffenden Lande bereits festen Fuß gefaßt hat. In der Folge ist dann das Ergebnis ein guter Fingerzeig für die betreffende Kommunistische Partei, denn die Führung der Partei kann so am besten die etwaigen Mängel der Frauenbewegung ersehen und ist imstande, geeignete Mittel zur Abhilfe zu finden.

Wenn man sich ein entsprechendes Bild über den Stand der Frauenbewegung innerhalb der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei machen will, muß man vor allem zweierlei auseinanderhalten: die Frauenbewegung in Böhmen, Mähren und Schlesien und die Frauenbewegung in der Slowakei. Denn in beiden Fällen sind die Vorbedingungen, der Reifegrad als auch das Temperament der Bevölkerung und der proletarischen Frau im besonderen verschieden.

Die Frauenbewegung in den Ländern der Tschechoslowakischen Republik mit Ausnahme der Slowakei und Karpathorußland entwickelte sich nach dem Jahre 1918 weiter auf Grundlagen, die bereits durch die Frauenbewegung der sozialdemokratischen Partei vor Jahrzehnten geschaffen wurde, und hatte mit Material zu rechnen, das schon früher planmäßig bearbeitet worden war. In der Slowakei dagegen bestanden zur Zeit des Umsturzes im Jahre 1918 noch keine Organisationen irgendwelcher Arbeiterpartei, folglich auch keine Bewegung innerhalb der Proletarierfrauen. Die ungarische Bourgeoisie, unter derem Joch die Arbeiterschaft der Slowakei in Österreich-Ungarn lebte, sorgte geflissentlich zu verhindern, daß sich die Arbeiter gewerkschaftlich organisieren, von politischen Organisationen gar nicht zu reden.

Unter diesen Umständen fand man nach dem Umsturze in diesem Teile des Staates Arbeiter und Arbeiterinnen vor, die jedweder politischen und organisatorischen Schulung entbehrten. Und da wurde in der Slowakei und in Karpathorußland eine eigenartige Einrichtung geschaffen. Jeder Arbeitende, falls er auf seinem Posten überhaupt verbleiben wollte, mußte der gewerkschaftlichen als auch der politischen Organisation beitreten. Die hierfür entfallenden Beiträge wurden direkt von den Unternehmern von den Löhnen abgezogen und der Organisation übergeben.

Auf diese Art wurde die Arbeiterschaft direkt zwangsweise der Organisation zugeführt und die Folge davon war, daß sich natürlich nur der kleinere Teil durch Klassenzugehörigkeit an die Organisation gebunden fühlte. Als es dann zur Spaltung innerhab der Sozialdemokratie und später auch innerhalb der Gewerkschaften kam, blieben große Massen einfach außerhalb des Rahmens jeder Organisation. Eine Industriestadt zum Beispiel (Báňská Bystritza), die früher 7000 Mitglieder in der politischen sozialdemokratischen Organisation aufzuweisen hatte — darunter an 2000 Frauen — vereinigt jetzt in der kommunistischen Partei etwa 250 Mitglieder, davon zirka 50 Frauen. Dabei gibt es aber in der betreffenden Stadt weder Sozialdemokraten noch irgendeine andere Arbeiterpartei.

In Anbetracht dieser Umstände kommt man zu einer ganz anderen Wertung der Frauenbewegung in der Tschechoslowakei. Das, was den Arbeitern und Arbeiterinnen der Slowakei an planmäßiger Schulung und an organisatorischen Grundlagen fehlt, wird vielfach durch unbändigen revolutionären Geist ersetzt, wie dies verschiedene Beispiele bereits bewiesen haben. Natürlich darf nicht übersehen werden, daß dieselben leicht explosiven Elemente bei einer anderen Gelegenheit vielleicht dieselben „un-

gesetzlichen" Handlungen begehen würden, wenn sie dazu von jemand anderem, zum Beispiel von der christlich-katholischen Partei (Ludová strana slovenská) etwa auch gegen die Kommunisten aufgehetzt werden sollte. In den Parlaments- und Senatswahlen, die unlängst stattgefunden haben, wählten diese Elemente durchwegs die Kommunisten. Wer den Sieg bei der nächsten Wahl davontragen wird, darüber kann heute niemand Bescheid wissen.

In Anbetracht der besagten Umstände wurde auf der letzten Frauenreichskonferenz, die am 1. Februar 1923 stattgefunden hat, vor allem anderen die Notwendigkeit einer planmäßigen organisatorischen Aufbautätigkeit, die Bildung von Kreis- und Ortsagitationskommissionen mit besonderem Nachdruck hervorgehoben, insbesondere mit Bezug auf die vernachlässigte Bewegung in der Slowakei. Denn die Erfahrungen vom internationalen Frauentag im Jahre 1923 zeigten, daß es nur dort möglich sei, umfassende Aktionen ins Leben zu rufen, wo entweder gut funktionierende Fraueninstitutionen oder wenigstens eine weibliche Vertrauensperson arbeitet, die sich um die vom Reichsausschuß angeregte Arbeit kümmert.

Seit jener Zeit ist es auch wirklich gelungen, in allen Kreisen in Böhmen, Mähren und Schlesien, mit Ausnahme von dreien, solche Agitationskommissionen, die mit der Zentrale in beständigem Kontakte sind, ins Leben zu rufen. Die Slowakei und Karpathorußland dagegen bleiben nach wie vor ein wunder Punkt unserer Frauenbewegung, hauptsächlich infolge Mangel an geeigneten Kräften, die die Arbeit dort übernehmen würden. Diese Tatsache zeigte sich auch bei den Veranstaltungen des Internationalen Frauentages.

In der Slowakei arbeitet von allen dortigen Kreisen (9 von 24 in der ganzen Tschechoslowakei) wirklich ersprießlich nur ein einziger. (Báňská Bystritza.) Wie aber die Frauenbewegung und das Interesse für diese selbst in diesem besten Kreise der Slowakei aussieht, davon kann man sich einen Begriff an Hand folgender Tatsachen machen: Im Kreise gibt es etwa 100 Organisationen der Partei. Von diesen 100 Organisationen beantworten ein Rundschreiben des Frauensekretariats betreffend die dortige Frauenbewegung nur 33 Organisationen. Bloß in 17 von diesen 33 Organisationen sind auch Frauen neben den Männern organisiert. Die Zahl der in diesen Organisationen organisierten Frauen beträgt 1 bis 180. Dabei ist dieser Kreis, wie bereits gesagt, ein Ausnahmefall der ganzen Slowakei und ist es besonders im Vergleich mit Karpathorußland, wo von einer kommunistischen Frauenbewegung fast überhaupt nicht die Rede sein kann.

Diese Statistik ist gewiß sehr lehrreich und zeigt, wie richtig die Lage von der Frauenreichskonferenz beurteilt wurde, als man den Hauptnachdruck auf Bildung einer geeigneten Organisationsbasis legte. Die Notwendigkeit einer solchen Basis ist aber erwiesen auch auf Grund anderer Erfahrungen, die im Laufe der Zeit gemacht wurden.

Das neue Reichsfrauenagitationskomitee gab den Kreisen verschiedene Anregungen betreffend die Arbeit in den Organisationen und auch unter den indifferenten Frauen. Dabei mußte immer wieder die Wahrnehmung gemacht werden, daß die von der Reichsfrauenagitationskommission angeregten Aktionen ausschließlich nur dort durchgeführt wurden, wo wir bereits gut funktionierende Agitationskommissionen besitzen. Es gilt dies besonders vom Frauentage im Vorjahre und auch heuer.

Nach Abhaltung des Internationalen Frauentages im Jahre 1923 wurde eine Propagandaaktion für die Verbreitung der tschechischen und deutschen Frauenzeitschrift „Komunistka" und „Kommunistin" veranstaltet. Für diese Aktion wurde der Monat April bis einschließlich Mai 1923 gewählt. Und zwar aus dem Grunde, weil ab 1. April (laut Beschluß der Frauenreichskonferenz und des Parteitages) die beiden tschechischen Frauenblätter „Komunistka" und „Žena" verschmolzen wurden. „Žena" erscheint nunmehr bloß als Kopfblatt für Mähren. Der Hauptzweck dieser Aktion war, die bei einer Verschmelzung zweier bisher getrennt geführten Blätter notwendig eintretende Verminderung des Leserinnenkreises im vorhinein zu paralysieren. Es gelang auch wirklich, die Verschmelzung mit nur unerheblichen Schäden durchzuführen. Im Jänner 1923 betrug die Auflage der Prager „Komunistka" 9400 Exemplare, diejenige der „Žena" zur selben Zeit 6300. Zum 1. Juni 1923 war die Gesamtauflage dann nur um 100 Exemplare geringer. Einige hundert Leserinnen in Mähren, hauptsächlich aus den Kreisen der indifferenten Frauen, nahmen die Verschmelzung der Blätter als Vorwand zur Absage. Statt ihrer wurden aber neue Abnehmerinnen erworben.

Seitdem ist die Auflage des nunmehr einheitlichen Blattes von neuem gesunken. Das Blatt wurde dadurch geschädigt, daß die Rote Gewerkschaftszentrale im Herbste 1923 die Ausgabe eines eigenen Blattes für die gewerkschaftlich organisierten Frauen ankündigte. Dadurch verloren wir hauptsächlich in Mähren viele Abnehmerinnen, da dort die „Žena" zugleich als Gewerkschaftsorgan der Textilarbeiterinnen erschien. Außerdem wirken sich hier aber auch die Folgen der nicht endenden Wirtschaftskrise aus.

Als großer Vorteil der Verschmelzung beider Blätter muß aber die Tatsache angesehen werden, daß das einheitliche Blatt inhaltlich viel besser ist als früher die beiden getrennt geführten Blätter, und somit ein viel anschaulicheres Bild über die Frauenbewegung der Tschechoslowakei liefert.

Eine weitere Aktion des Reichsfrauenagitationskomitees betraf die Propaganda unter den Hausgehilfinnen. Wie bekannt, standen wir endlich im Jahre 1923 in der Tschechoslowakei vor den Gemeindewahlen. Und da die Hausgehilfinnen, besonders in großen Städten, eine viele Tausende Personen zählende Masse darstellen, sollte nichts versäumt werden, um ihre Stimme der Partei und somit auch ihren eigenen Interessen dienstbar zu machen. Leider ist diese Aktion am wenigsten gelungen. Die Hausgehilfinnen sind seit jeher jene Arbeiterinnengruppe, die am schwersten zu erreichen und zu gewinnen ist.

Die nächste Aktion betraf dann Propaganda für das Konsumgenossenschaftswesen unter den arbeitenden Frauen. In der Tschechoslowakei steht ein großer Teil des gesamten Genossenschaftswesens unter dem direkten Einfluß der Kommunistischen Partei, und man kann hier von wirklichen Machtpositionen der Partei sprechen. Es ist also nur natürlich, wenn gerade die kommunistischen Frauen große Aufmerksamkeit dem weiteren Ausbau dieser einen Waffe des kämpfenden Proletariats zuwenden.

Gleich darauf mußten alle zu Gebote stehenden Kräfte und Mittel in den Dienst der Wahlkampagne gestellt werden. Hatte die Kommunistische Partei mancherorts namhafte Erfolge zu verzeichnen, so war dies nicht in allerletzter Linie auch Verdienst der tüchtigen Mitarbeit der Frauen.

Nun kamen die Vorbereitungen zum diesjährigen Internationalen Frauentag.

Heute, wo das Endergebnis dieser Aktion bereits bekannt ist, kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß die ganzjährige Arbeit gute Früchte gezeitigt hat. In der Tschechoslowakei wurden über 200 Kundgebungen veranstaltet. — Eine noch nie dagewesene Anzahl! — Leider entfällt hiervon auf die neun Kreise (von insgesamt 24 Kreisen) der Slowakei und Karpathorußand kaum der zehnte Teil. Ein nur zu deutlicher Fingerzeig, wo in Zukunft noch die meiste Arbeit zu leisten ist.

Der gute Erfolg des Internationalen Frauentages hängt auch damit zusammen, daß diesmal wirklich auch der ganze Apparat der Partei in den Dienst der Frauentagskundgebungen gestellt werden konnte. Alle Institutionen der Partei wurden zur wirksamen Mitarbeit angehalten, nicht nur die Frauenblätter, sondern auch die Tagesblätter der Partei, hauptsächlich das Zentralorgan, brachten Aufsätze über die Bedeutung der Frauentagskundgebungen, es wurden Referenten beigestellt dort, wo es nicht genug Referentinnen gab, die Partei gab einheitliche Flugblätter heraus und dergleichen mehr.

Nach dieser gründlichen Vorarbeit erfreuten sich auch die meisten Kundgebungen eines großen Besuches, hauptsächlich von seiten der Frauen. Die populären, der drückendsten Notwendigkeit entsprechenden Devisen des Frauentages trugen gewiß auch zum guten Ergebnis mit bei. Sie lauteten:

Gegen die Bestechung und Korruption, gegen den geheimen militärischen Vertrag mit Frankreich, für den Mieterschutz, gegen die Arbeitslosigkeit gegen die Reparationszahlungen, gegen das Genter System, für die Sozialversicherung, für die Erhaltung des Achtstundentages, für größeren Mutter- und Kinderschutz, für die proletarische Einheitsfront, für die soziale Befreiung der Menschheit, alles für die deutsche Revolution!

In denjenigen Kreisen und Städten, wo die besten Organisationsgrundlagen bereits aufgebaut sind, konnte man die besten Resultate konstatieren.

Die nächste Reichskonferenz der Frauen, die, so wie im Vorjahre, wieder mit dem Parteitage zusammenfällt, wird somit in der Lage sein, die weitere Arbeit unter den proletarischen Frauen in der Republik auf eine bereits bessere Basis stellen zu können, als es früher möglich war. Hoffentlich wird dann der nächste Frauentag noch bessere Erfolge aufweisen können.

———

Aus der Internationale

Die Demonstrationsparolen der KPD. für den 1. Mai.

Die KPD. veröffentlicht einen Maiaufruf, aus dem wir die Parolen, für die am 1. Mai demonstriert werden soll, nachstehend wiedergeben. Die Red.

Für den Achtstundentag — gegen die Versklavung;

für die Befreiung der politischen Gefangenen — für die Befreiung der Arbeiterklasse;

für die Erkämpfung revolutionärer Rechte der Betriebsräte, für die Erkämpfung ausreichender Löhne und sozialer Bedingungen;

für die Einreihung der Erwerbslosen ins Heer der Arbeitenden;

für die internationale revolutionäre Aktion des europäischen Proletariats, gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen;

für die Rätediktatur.

Der Ausschluß der Angelika Balabanowa.

* Die „Prawda" vom 8. April hat den Ausschluß der Angelika Balabanowa aus der Kommunistischen Partei Rußlands „wegen ihrer Rückkehr zu den alten Positionen des Menschewismus und der tätigen Mithilfe, die sie der gegenrevolutionären Sozialdemokratie Italiens in dem Kampfe mit allen Mitteln gegen die Kommunistische Internationale" geleistet hat, veröffentlicht.

In der gleichen Nummer der „Prawda" kommentiert Jaroslawskij diesen Ausschluß. Wir bringen hier den Schlußteil seines Artikels:

„Gegen 1918 schloß sich Angelika Balabanowa unserer Partei an, nachdem sie eine lange Zeit in den menschewistischen Organisationen zugebracht hatte. Während einer gewissen Zeit war ihre politische Haltung mehr oder minder einwandfrei; später ist sie zu ihren alten menschewistischen Sympathien und zu ihren alten Positionen zurückgekehrt. Es ist wahrhaft ein großes Unglück für die italienischen Genossen, daß Angelika Balabanowa nicht bis zum Ende in der reformistischen Partei geblieben ist und zeitweise der Kommunistischen Partei angehört hat. Es gibt nichts Empörenderes als ihre gegenwärtige Stellungnahme gegenüber den italienischen Kommunisten; sie hat die Kommunisten in einem Augenblicke angegriffen, als sich der Faschismus gegen sie entfesselte, Tausende von ihnen die Gefängnisse Italiens füllten, ihre Organisationen überall zerstört waren, während der traurige Held Nenni, der Reformist, der bis zum Jahre 1921 Mitglied einer demokratischen bürgerlichen Partei gewesen war, die Leitung des ‚Avanti' übernahm und sich dem Geschmack Mussolinis anpaßte. Nachdem die italienischen Sozialisten Serrati und mit ihm 3000 Arbeiter, die mit der Kommunistischen Internationale sympathisierten, ausgeschlossen hatten, veröffentlichte Angelika Balabanowa im ‚Avanti' vom 19. Februar einen Artikel unter dem Titel: ‚Unsere Fackel', nicht um abzurechnen mit Nenni und den italienischen Menschewiken und Oopportunisten, die sich der rechtmäßig den Kommunisten zukommenden Organisationen bemächtigt haben, sondern um letztere anzugreifen.

Sie lobt jetzt Nenni und seine politischen Glaubensgenossen dafür, daß ihre Partei ‚den Versuchen, sie von innen aus zu zerstören, derartigen Widerstand entgegensetzt'.

Die Kommunistische Partei hat derartige Überläufer nicht notwendig. Wir erröten beim Gedanken, daß Angelika Balabanowa der RKP. angehört hat. Und wenn sie sich jetzt an ihre Kampfesgefährten, die italienischen Reformisten, wendet und ihnen zuruft: ‚Haltet hoch, Genossen, die Fahne der Partei!', so antworten wir ihnen allen: ‚Es steht Euch an, die Fahne der Parteien recht hoch zu halten, die die Internationale der Arbeiterrevolution bekämpfen. Rührt aber die unsere nicht an!'."

Rote Hilfe

Der Kampf des deutschen Proletariats um seine politischen Gefangenen.

** In Deutschland wird zu den Reichstagswahlen gerüstet. Die demokratischen Schaumschläger überbieten wieder einmal einander mit Versprechungen von „Freiheit, Frieden und Brot". Die Lügen sind dieselben geblieben, sie werden nur in anderer Form serviert. Gleichwohl wird manch einer auch diesmal wieder auf den alten Leim kriechen. Es ist darum gut, wenn in die Wahlmusik ein Mißton hineinklingt, der sich nicht so leicht hinwegdisputieren läßt. Das ist die Tatsache, daß es heute in Deutschland 7000 Arbeiter gibt, die im Kampf eben für „Freiheit, Frieden und Brot" ihre persönliche Freiheit einbüßten und entweder im Zuchthaus oder Gefängnis sitzen oder als Emigranten heimatlos in der Welt herumirren. Diese Tatsache spricht deutlicher, was von der ganzen deutschen „Demokratie" zu halten ist, als tausend Wahl- und Agitationsreden.

Mit Recht will daher das deutsche Proletariat die Reichstagswahlen benutzen, um durch stärkere Propaganda und durch erhöhten Druck der Massen die Freiheit der politischen Gefangenen zu erkämpfen. Die demokratische „Gleichheit" in der Behandlung völkischer und revolutionärer Hochverräter bietet Aufklärungsmaterial genug, um Blinde sehend zu machen. Das Zentralkomitee der „Roten Hilfe" für Deutschland wird alle Kräfte mobilisieren, um in allen Wahlversammlungen und in besonderen Versammlungen die Freilassung der politischen Gefangenen zu fordern.

Dieser Kampf des deutschen Proletariats um die Freilassung seiner politischen Gefangenen muß aber auch die Unterstützung der Proletarier anderer Länder finden. Das deutsche Proletariat muß fühlen, daß es in seinem schweren Kampf nicht allein steht, und daß es sich auf die Hilfe der Proletarier aller Länder verlassen kann.

Die Mitteleuropäische Vertretung der „Internationalen Roten Hilfe" richtet daher an alle ihre Sektionen die Aufforderung, in diesen Wochen den Kampf des deutschen Proletariats aufs intensivste zu unterstützen.

Es müssen sofort in den wichtigsten Ländern **Massenkundgebungen** stattfinden, in denen auf die skandalösen Rechtszustände in Deutschland und auf die schmachvolle Tatsache hingewiesen wird, daß sich in deutschen Gefängnissen

7000 deutsche Abeiter

befinden, die nichts mehr verbrochen haben, als daß sie für ein Stück Brot demonstrierten.

In der Presse des Auslandes muß in diesen Wochen unermüdlich berichtet werden von den Massenprozessen gegen deutsche Arbeiter, von den Schandurteilen, durch die Tausende deutscher Proletarierfamilien oft auf ein Jahrzehnt in Not und Elend gestürzt werden.

Proletarier aller Länder, helft den deutschen Arbeitern, ihren Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen siegreich zu führen!

Die Mitteleuropäische Vertretung der „Internationalen Roten Hilfe".

Weißer Schrecken

Die Zerschlagung der Kommunistischen Partei in Ägypten.

Von F. Raskolnikow.

** „Der Bolschewismus in Ägypten" — unter diesem Titel erschien vor kurzer Zeit eine ganze Reihe von Artikeln in der ägyptischen Presse. Die einheimische Bourgeoisie ist nicht grundlos beunruhigt von der außerordentlichen Verschärfung des Klassenkampfes im altberühmten Niltal. Das elementare Anwachsen der Arbeiterbewegung im ganzen Osten von Kalkutta bis Konstantinopel, nahm in der letzten Zeit in Ägypten ganz neue Formen an. Die breite Welle der wirtschaftlichen Streiks, die die Fabriken Alexandriens ergriff, mündete ganz unerwarteter Weise in der Besetzung dieser Fabriken durch die Arbeiter. Dabei wurde das administrative Personal, vom Direktor bis zum Werkmeister aus der Werkstatt gejagt oder verhaftet.

Ein Beispiel: Die Administration der Fabrik Nuska, die Baumwollöl verarbeitet, entließ 90 Arbeiter. Als Antwort darauf erklärte das Gewerkschaftskomitee sofort den Streik, und darauf besetzten die Arbeiter die Fabrik und stellten Posten auf. Als der Fabrikdirektor in Begleitung des Polizeichefs in seiner „eigenen" Unternehmung erschien, wurde er durch die proletarische Wache nicht eingelassen. Es wurde ihm erklärt, daß zum Betreten der Fabrik die Erlaubnis des Vertreters der Allgemeinen Arbeitskonföderation, des Genossen Marun, einzuholen ist. Ein ähnlicher Fall von Fabrikbesetzung fand in Karius statt, wo der Streik über drei Monate lang dauerte. Es ist nicht zu verwundern, daß die eingeschüchterte ägyptische — und mit ihr die

englische — Bourgeoisie von einer wilden Panik befallen wurde, über den „Bolschewismus in Alexandrien" zeterte, und von der Regierung gegen die Arbeiter die strengsten Maßnahmen forderte, „um diesen ersten Schritt zur Bildung einer Räteregierung in Ägypten im Keime zu ersticken".

Von der Fabrikbesetzung bis zur Errichtung der Sowjetmacht führt natürlich ein sehr langer Weg. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Fabrikbesetzung der ägyptischen Arbeiter sehr stark von jener organisierten Besetzung der Unternehmungen abweicht, die in Italien im Herbst 1920 stattfand. In Italien war die Fabrikbesetzung wirklich eine unmittelbare Etappe auf dem Wege der Errichtung der Räteherrschaft und wurde nach einem bestimmten Plan vollzogen. In Italien haben die Arbeiter die Fabrikgebäude in der Absicht besetzt, sie nicht mehr den Kapitalisten zurückzugeben. Dagegen hatten diese Ereignisse in Ägypten einen elementaren Charakter. Die ägyptischen Spinnereien wurden durch die Arbeiter nicht in der Absicht der Machteroberung besetzt, sondern um den wirtschaftlichen Kampf zum Siege zu führen. Daher waren die alexandrinischen Arbeiter bestrebt, die Lage nur auf eine kurze Zeit zu beherrschen, nur bis zur Befriedigung ihrer wirtschaftlichen Forderungen.

Die „nationale" Regierung von **Zaglul Pascha**, die die Interessen der einheimischen Bourgeoisie im engen Bündnisse mit dem englischen Imperialismus verteidigt, beeilte sich jedoch, an der Arbeiterbewegung Ägyptens ihre Rache zu kühlen und in erster Linie die von jeder Bourgeoisie gehaßte Kommunistische Partei zu zerschlagen. Anfang März wurden die Wohnungen der führenden Kommunisten durchsucht. 16 Genossen mit **Husseni-El Arabi**, dem Delegierten zum IV. Kongreß der Komintern, an der Spitze, verhaftet. Sie werden gemäß § 151 des Gesetzbuches vom 9. September 1923 unter Anklage gestellt, ein Paragraph, der mit Zwangsarbeit von zwei bis fünf Jahren droht. Dieses Gesetzbuch wurde vor einem halben Jahre direkt als Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten angenommen. Die Staatsanwaltschaft hat bereits mit einer im Osten ungewöhnlicher Geschwindigkeit den Anklageakt fertiggestellt. Danach wird unseren Genossen folgendes zur Last gelegt:

1. „Sie verbreiteten anarchistische Ideen, die mit den ägyptischen Verfassungsprinzipien im Widerspruche stehen, und wollten die Grundlagen der Gesellschaftsordnung durch Gewalt, Terror und anderen gesetzwidrigen Methoden, mit Hilfe verderblicher Broschüren umstürzen."

2. „Sie wiegelten die Arbeiter einiger Betriebe zur verbrecherischen Anwendung von Gewalt, Terror und anderen illegalen Methoden sowie zu Angriffen auf das Privateigentum und zur Besetzung der Fabriken, in denen sie arbeiten, auf. Dabei wurde von den Fabrikbesitzern unter Drohungen gefordert, keine neuen Arbeiter einzustellen."

Gegenwärtig erwarten unsere 16 verhafteten Genossen das Urteil im Kerker von Chadra. Wer eine Ahnung davon hat, wie die Kerker im Osten aussehen, der kann sich diese schmutzigen Kloaken leicht vorstellen, die von jeder Seite durch hohe Mauern umgeben sind und von Ungeziefer wimmeln. Im Osten ist es nicht üblich, zwischen politischen Häftlingen und gemeinen Verbrechern Unterschiede zu machen. Privilegien haben da nur die reichen Leute, alle anderen werden in abscheuliche Sträflingskleider eingekleidet, sie müssen in der Zelle barfüßig sitzen. Das Lesen und Rauchen wird in keinem Falle gestattet.

Nicht zum ersten Male müssen die östlichen Kommunisten grausame Repressalien erdulden. Sie machen ihre revolutionäre Arbeit unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen. Vor einem halb Jahren hat auch die Regierung von Angora die türkischen Kommunisten zu verfolgen begonnen. Damals hat dies die Arbeiterklasse der ganzen Welt in Erregung gebracht. In diesem Falle sind die Verhältnisse ganz anders. Der Unterschied besteht darin, daß die Türkei ein wirklich **unabhängiger** Staat ist, während Ägypten am Papier unabhängig ist, in Wirklichkeit aber eine Kolonie des ausländischen Imperialismus geblieben ist. Die Macht Mustafa Kemals entstand und erstarkte im Kampfe um die Befreiung der Türkei vom Joche der Welträuber, während Zaglul Pascha im Wege des Übereinkommens mit dem herrschenden Imperialismus zur Macht gelangte. Daher spielt die Regierung von Angora im allgemeinen eine progressive Rolle, indem sie die unterdrückten Ostvölker zur Tat aneifert. Die Verfolgung der Kommunisten brachte in die türkische Politik eine Dissonanz, da die türkischen Kommunisten eine der Hauptkräfte der noch unvollendeten nationalen Revolution darstellen.

In Ägypten hat die bürgerliche Freiheitsbewegung die türkische Entwicklungsstufe bei weitem noch nicht erreicht; hier ist sie erst im Keimen begriffen. **Zaglul Pascha**, der unlängst noch selbst durch die englische Regierung verfolgt wurde und alle Vergnügungen des Kerkers und der Verbannung auf eigener Haut erprobte, setzt nun, kaum daß er um den Preis eines Blocks mit den Unterdrückern seines Landes die Macht übernahm, ein ganzes System von Plagen und Skorpionen gegen die junge Kommunistische Partei Ägyptens, die an zwei Fronten ihre Kämpfe führt: **gegen die ausländischen Unterdrücker und gegen die nationalen Verräter des ägyptischen Volkes**, in Bewegung. Zum Unterschiede von Mustafa Kemal spielt Zaglul Pascha objektiv eine erzreaktionäre Rolle, seine Kommunistenverfolgungen stehen also im logischen Zusammenhang mit seiner sonstigen Politik.

Die Kommunistenverfolgungen sind nur die Vollendung seiner unversöhnlich gegenrevolutionären Innenpolitik. Die ägyptische Großbourgeoisie, die mit Hilfe der Engländer zur Macht gelangte, verwandelte sich auf dem Gebiete der Außenpolitik in ein bloßes Instrument des westeuropäischen Imperialismus und auf dem Gebiete der Innenpolitik jagt sie nun die junge Arbeiterbewegung Ägyptens und deren Vorhut, die Kommunistische Partei Ägyptens, in die Illegalität.

Buchbesprechungen

Ludwig Brügel: „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie."*)

Von Paul Friedländer (Wien).

** „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie" nennt sich eine sehr umfangreiche Arbeit von Ludwig **Brügel**, von der im Laufe der Jahre 1922 und 1923 vier Bände nebst einem Anhang zum ersten Band erschienen sind und die schon jetzt mehr als 1500 Druckseiten umfaßt. Der erste Band beschäftigt sich mit der Zeit „vom Vormärz bis zum Wiener Hochverratsprozeß 1870"; der Anhang zu diesem Band bringt unter dem unklaren Titel „Dokumente der Reaktion 1848" vorwiegend Akten und Protokolle der Standrechts- und Kriegsgerichtsprozesse gegen die Achtundvierziger: Robert Blum, Messenhauser, Becher und Jellinek, die hingerichtet wurden, sowie gegen Julius Fröbel, der zum Tode verurteilt, aber begnadigt wurde; der zweite Band, der den Untertitel „Der Kampf gegen die Internationale — Organisationsversuche" führt, behandelt die Zeit von 1870 bis 1878, der dritte Band mit dem Untertitel „Parteihader, Propaganda der Tat, Einigung" die Zeit von der Zerschmetterung der Pariser Kommune mit darauffolgender Weltreaktion an bis zum Hainburger Einigungsparteitag der österreichischen Sozialdemokraten, der vierte Band endlich die Zeit bis 1907 unter dem Titel „Festigung der Organisation. Vom Privilegienparlament zum Volkshaus". („Volkshaus" — dieses Wort schon ist für die Geistesart des Verfassers charakteristisch, dem es auch der „Volksstaat" angetan hat!)

Diese „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie", die noch nicht abgeschlossen ist, da sie bis zum Weltkrieg reichen soll, will sich offenbar Mehrings „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" an die Seite stellen. Sie ist allerdings bereits kompendiöser als Mehrings klassisches Werk. Aber im übrigen hat es gar keinen Sinn, Mehrings in jeder Beziehung — in historischer, gedanklicher, darstellerischer Beziehung — bedeutendes Werk zum Vergleich heranzuziehen. Brügels Arbeit ist weit davon entfernt, eine Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie zu sein, geschweige eine Geschichte Oesterreichs und gar Europas. Der Titel seines Buches verpflichtet zwar den Verfasser, im Vorwort anzukündigen: „Eine Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie kann nicht bloße Parteigeschichte sein; sie muß naturgemäß politische und soziale Geschichte der früheren Reichshälfte (nämlich Österreichs in der österreichisch-ungarischen Monarchie. P. F.) und ein Stück Universalgeschichte darstellen." Aber dieser selbstverständlichen Ankündigung entspricht das Werk ganz und gar nicht, was jeder objektive Kritiker feststellen muß. Auch führende österreichische Sozialdemokraten scheinen sich dessen bewußt zu sein; dies war schon aus der Besprechung des ersten Bandes in einem Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung" in verblümter Weise zu entnehmen. Es kann tatsächlich gesagt werden, daß beispielsweise in Otto Bauers kleiner Propaganda-

*) Ludwig Brügel: Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, 4 Bände und ein Anhang zum 1. Band. Wiener Volksbuchhandlung, 1922 u. 1923.

broschüre, „Der Kampf um die Macht"*), die vor kurzem erschienen ist und jedem der österreichischen sozialdemokratischen Parteimitglieder zugestellt wurde, auf kaum 20 Seiten die Geschichte Osterreichs besser definiert ist, als bei Brügel auf Hunderten von Seiten. (Eine andere Frage ist es, wie sich Otto Bauer den „Kampf um die Macht" seit dem Krieg und für die Zukunft vorstellt.)

Es hat darum keinen Zweck, sich mit Brügels historischen Erörterungen, deren zugleich unwissenschaftlicher und schablonenhafter Charakter jedem in die Augen springt, der sich durch die dicken Bände durchfrißt, kritisch auseinanderzusetzen. Von Marxismus ist wenig zu bemerken. Man ist sowohl über die historische Urteilsfähigkeit als auch über die marxistische Gesinnung des Verfassers nicht mehr im Zweifel, wenn man im Vorwort liest: „Die Revolution der Oktober- und Novembertage von 1918 zerbrach das Joch der Völker, und die Massen wurden ihrer Fesseln ledig." „Wer freut sich der neuen Ordnung? Millionen von Menschen... die ein Sein lebten, das fern von allem Hohen und Schönen!... Der neue Tag ist herangebrochen, für alle, die mühselig und beladen waren." (Seite 10 und 11.) Diese lächerlichen Phrasen machen jeden Kommentar, aber auch jede Kritik überflüssig. Solche Äußerungen, die die Melodie „Wie haben wir's so herrlich weit gebracht" variieren, sind übrigens, was an und für sich unzulässig ist, an verschiedenen Stellen mitten in den Text der historischen Darstellung eingestreut. Mit diesem Zitat haben wir auch gleichzeitig eine Probe des wässerigen Stils gegeben der im Pathos beinahe unangenehm ist. Besonders störend wirkt, daß Nebensächliches und Geringfügiges — sowohl belanglose Personen als auch Vorgänge betreffend — das Wichtige und Entscheidende maßlos überwuchert. Dies kommt auch dort zum Ausdruck, wo der unleugbare Wert dieser umfangreichen Bände liegt: in der **Materialiensammlung.**

Man kann Brügels Arbeit zwar nicht als Geschichte, aber als eine umfangreiche Materialiensammlung zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung seit 1848 bezeichnen, da die Dokumente und sonstigen Materialien, die er abdruckt, mehr als zwei Drittel des gesamten Buches umfassen. Sie werden größtenteils zum erstenmal von ihm publiziert. Aber auch als Materialiensammlung ist Brügels Arbeit mangelhaft. Die Materialien sind weder nach bestimmten Gesichtspunkten gesichtet und geordnet, noch, was ihren historischen Wert betrifft, kritisch analysiert, noch synthetisch bearbeitet, so daß uns wenigstens eine Reihe anschaulicher Geschichtsbilder gegeben wären. Langwierige Schriftstücke, die sich mit irgendeinem geringfügigen Vorgang oder einer für die Arbeiterbewegung unwichtigen Person beschäftigen, sind mit sehr aufschlußreichen Dokumenten zusammengeworfen; meist sind Polizeiberichte, Verordnungen und Akten der verschiedensten Ministerien, Enqueteprotokolle und dergleichen mit Belegen, die aus sozialistischen Quellen geschöpft sind, zu einem Kunterbunt vermengt.

Im folgenden sei auf einige der Materialien beispielsweise hingewiesen.

„Sowohl in der Zeit vor 1848 als auch nachher verfügten die Polizei sowie die Ministerien des Innern und des Äußern über ein in Österreich selbst und außerhalb Österreichs über Deutschland, die Schweiz, Frankreich, ja sogar England weitverbreitetes Spionagesystem, wovon die Staats- und Polizeiarchive deutlich Zeugnis abgeben. Zahlreiche Geheimberichte aus dem Vormärz über den „Kommunismus" (so wurde bereits damals von den Behörden die Bewegung genannt) in allen Ländern, insbesondere in Frankreich und in der Schweiz zeigen, welche Bedeutung die Behörden schon damals der Arbeiterbewegung beilegten. Die Metternich und Nachfolger beschäftigen sich in Ministerratssitzungen oft und oft mit den gegenüber der Arbeiterschaft zu treffenden Maßnahmen. Zugleich zeigen die Ministerratsprotokolle die lächerliche Borniertheit des schwarzgelben Regimes. Bemerkenswert — und historisch noch auszubeuten — sind die Konfidentenberichte über Weitling" (I. Bd., S. 23 u. ff.).

Was das Jahr 1848 betrifft, so veröffentlicht Brügel eine Reihe historisch überaus wichtiger Dokumente über die Prozesse gegen die Achtundvierziger (Anhang zu Bd. I.). Es geht daraus mit aller Klarheit hervor, daß die Kapitulation Wiens vor Windischgrätz auf den **Verrat** des „revolutionären" Kommandanten der Wiener Nationalgarde und seiner Clique zurückzuführen ist. **Messenhauser** (und eine Reihe anderer Führer) wußten keineswegs klar, was sie wollten, sie beteuerten und bewiesen in den Kriegsgerichtsprozessen ihre Ergebenheit gegenüber dem Haus Habsburg. Messenhauser (der trotz seines Zukreuzekriechens hingerichtet wurde) **denunzierte**, wie mit aller Deutlichkeit aus den im Prozesse mit ihm aufgenommenen und von ihm unterfertigten Verhören hervorgeht, systematisch die Führer des 48iger Aufstandes (an 30 Personen); die Erschießung **Blums, Beckers** und **Jellineks** ist nicht zuletzt auf seine Aussagen zurückzuführen. Jedenfalls sind diese Gerichtsprotokolle ein wichtiger Beitrag zur Geschichte von 1848.

Im ersten Band der Brügelschen Arbeit wird weiters die Geschichte des österreichischen Arbeiterbildungsvereines in den Jahren bis 1870 im Spiegel behördlicher Dokumente dargestellt.

Für die internationale Geschichte der Arbeiterbewegung sind die Zusammenstellungen des Ministeriums des Äußern und des Innern sowie der diversen österreichisch-ungarischen Botschaften im Ausland und der Polizeidirektion über **die Arbeiterbewegung des In- und Auslandes, die sozialistischen Weltkongresse usw. von Bedeutung.** (So im I. Bd., S. 211 ff., im II. Bd., S. 90 ff., S. 328 ff., im IV. Bd., S. 57 ff., S. 219 ff. usw.) Aber alle diese Dokumente bedürfen noch, wie hervorgehoben, der historischen Bearbeitung und Verwertung.

Auch der Bewegung in den Kronländern der ehemaligen österreichischen Monarchie, insbesondere Böhmens, ist in der Arbeit Brügels viel Platz gewidmet, immer in Form behördlicher und polizeilicher Berichterstattung.

In Bd. II und III nehmen die **inneren Zwistigkeiten innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung** den breitesten Raum ein. Der Verfasser häuft einen amtlichen Bericht auf den andern, um die nebensächlichsten, persönlichsten Streitereien in ermüdender Weise breitzutreten. Dabei gibt es natürlich viel interessante und bemerkenswerte Momente. Am wichtigsten sind die Kapitel des III. Bandes über den sich immer schärfer ausbildenden Gegensatz zwischen „Gemäßigten" und „Radikalen"; letztere entwickelten sich schließlich zu anarchistischen Propagandisten der Tat. Anderseits erkennt man bereits bei den Gemäßigten starke opportunistische Tendenzen, Überschätzung des Parlamentarismus und dergleichen. Die Mitarbeit **Kautskys** und die Interventionen **Bernsteins** in der österreichischen Arbeiterbewegung der achtziger Jahre, von denen bei Brügel an einigen Stellen des III. Bandes die Rede ist, wäre ein geeigneter Gegenstand besonderer Untersuchungen. Wir möchten da vor allem auf ein von dem österreichischen Sozialisten Kaller-Reinthal (der später zu den Christlichsozialen überging!) und **Bernstein** verfaßtes größeres Flugblatt — es wird von Brügel zur Gänze abgedruckt — an „die Arbeiter Österreichs" hinweisen (III. Bd., S. 299—305), das in seiner „gegen die Propagandisten der Tat" gerichteten Tendenz natürlich sehr berechtigt war, aber hier und dort von auffallend opportunistischem Geist zeugt. So wird in dem Flugblatt der Pariser Kommuneaufstand desavouiert, als wäre er auch eine „Revolutionsmacherei" gewesen. (S. 304 oben.) Wie anders sprachen Marx und Engels von der Kommune! Weiters werden die „Radikalen", die sich auch „Sozialrevolutionäre" nannten, von Kaller und Bernstein Revolutionäre von Beruf — geschimpft, als wäre dies an ihnen verdammenswert. Engels hat beispielsweise an Schapper **gerühmt**, daß er ein „alter Revolutionär von Profession" sei. In diesen und anderen Bemerkungen zeigen sich bereits deutlich Ansätze zum Opportunismus.

Was den IV. Band betrifft, so wird da vor allem **Viktor Adlers** bedeutende Tätigkeit in der österreichischen Partei — wiederum meist im Spiegel behördlicher Dokumente — geschildert. Der Kampf geht in erster Linie gegen Ausnahmebestimmungen und für allgemeines, gleiches Wahlrecht, das dann auch, unter dem Eindruck der russischen Revolution von 1905, erreicht wurde. In diesem IV. Bande läßt sich auch die opportunistische Verwässerung des Programms und des Kampfes der Sozialdemokratie deutlich verfolgen. Der Verfasser der „Geschichte", Brügel, weiß sich allerdings vor Begeisterung über diese Entwicklung kaum zu fassen. Von historischer Betrachtung der Entwicklung, die geradlinig bis zur Tatsache des Weltkrieges geführt hat, ist er weit entfernt.

*) Otto Bauer: „Der Kampf um die Macht", Wiener sozialdemokratische Bücherei 1924.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 48. 24. April. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Zur Lage in der KPD.

Von

G. Sinowjew.

I. Die Bedeutung des Sieges des linken Flügels.

** Der Sieg des linken Flügels darf nicht lediglich vom Standpunkt des Kampfes innerhalb der Partei und des Wetteifers der Fraktionen beurteilt werden. Vor allem müssen wir uns darüber Rechenschaft ablegen, was dieser Sieg im Sinne der Stimmungen der Arbeiterklasse oder zumindest ihrer Avantgarde bedeutet. Wenn wir mit diesen Kriterien an die Frage herantreten, so müssen wir beachten, daß der Sieg des linken Flügels zweifellos die wachsende Aktivität der kommunistischen Avantgarde und der mit der Revolution sympathisierenden Elemente der Arbeiterklasse, ihr Bestreben zum wirklichen revolutionären Kampf, ihren Haß gegenüber den rechten und „linken" Sozialdemokraten, ihren Überdruß mit der Taktik des Abwartens, ihre berechtigte Erbitterung über die ungeheuren Fehler, die die Gruppe Brandler im Oktober begangen hat, ihren aufrichtigen Wunsch, eine wahrhaft bolschewistische Partei zu sein, widerspiegelt. In den Abstimmungen für den linken Flügel der Kommunistischen Partei findet die Radikalisierung breiter Schichten der Arbeiterklasse im allgemeinen ihren Ausdruck, was allerdings eine sehr große Passivität eines überaus großen Teiles der Arbeiterklasse Deutschlands nicht ausschließt.

In diesem Sinne ist der Sieg des linken Flügels ein günstiges Symptom. Bei günstigen Bedingungen kann dieser Sieg zum Ausgangspunkt des wahrhaft siegreichen Kampfes des deutschen Proletariats unter der Führung der Kommunistischen Partei werden.

II. Was stellt der linke Flügel der KPD. dar?

Wir haben immer im linken Flügel der KPD. zwei Strömungen unterschieden. Die eine ist vertreten durch ausgezeichnete revolutionär gesinnte und der Sache der Revolution tief ergebene Arbeiter, die unmittelbar aus den Massen hervorgegangen sind und die die besten Hoffnungen des deutschen Kommunismus bilden. Die andere Strömung ist durch eine Gruppe von Führern aus der Intelligenz vertreten, unter denen sich Genossen befinden, die im höchsten Maße befähigt sind, die sich schon von einigen Entgleisungen befreit haben und die der deutschen Arbeiterbewegung die größten Dienste erweisen können. Unter ihnen befinden sich aber auch äußerst unreife Elemente, ohne marxistische Bildung, ohne ernste revolutionäre Traditionen, mit einer Neigung zur leeren revolutionären Phraseologie, die der deutschen kommunistischen Bewegung den größten Schaden zufügen können.

III. Die schon zum Vorschein gekommenen Fehler der Sieger.

Schon im Laufe der letzten Tage haben wir eine Reihe von Dokumenten erhalten, die große ideelle Gefahren seitens einiger Führer der Linken signalisieren. Es genügt, nur folgende Tatsachen anzuführen, die von den bereits zum Vorschein gekommenen ungeheuren Fehlern der Sieger zeugen.

a) In der Sitzung der verantwortlichen Parteifunktionäre der Berliner Organisation vom 5. März 1924, unter Anwesenheit einiger tausend Genossen, erklärte der bekannte Führer der Berliner Linken, Genosse **Scholem** (wir zitieren auf Grund des Berichtes der „Roten Fahne"):

> „Die Exekutive der Kommunistischen Internationale entschied sich zum ersten Male seit langen Jahren gegen rechts für die Ablehnung der Einheitsfronttaktik, die uns die Niederlage des Oktober beibrachte."

Genosse Scholem drückt sich sehr ungenau aus. Um dies noch deutlicher zu sagen, seine Erklärung enthält drei Ungenauigkeiten: 1. Es ist nicht wahr, daß die Taktik der Einheitsfront als solche uns die Oktoberniederlage gebracht hat. Die Sache liegt viel komplizierter; 2. Es ist nicht wahr, daß die Exekutive der Komintern die Taktik der Einheitsfront jetzt verwirft; 3. Es ist nicht wahr, daß die Exekutive der KI. zum ersten Male nach vielen Jahren gegen die Rechten auftritt. Jeder, der nur irgendwie mit der Geschichte der KI. bekannt ist, weiß, daß die fünf Jahre des Bestehens der KI. voll des Kampfes sind gerade gegen die Rechten: einige Spaltungen in Italien, einige Krisen in Frankreich, ebensolche Krisen in Deutschland (der Ausschluß Levis, der Ausschluß Frieslands), die scharfe Polemik gegen die rechten Fehler der Komunistischen Partei Bulgariens, der Kampf gegen die rechten Abweichungen in der Kommunistischen Partei Schwedens, die Spaltung mit dem rechten Flügel der norwegischen Arbeiterbewegung usw.

b) In derselben Sitzung in Berlin erklärte ein anderer hervorragender Führer der Linken, Genosse **Rosenberg**:

> „Die Parteiorganisation muß jetzt mehr im Geiste der genialen Führerin des deutschen Proletariats, Rosa Luxemburg, aufgebaut werden."

Daß die Genossin Rosa Luxemburg eine geniale Führerin des deutschen, sogar des internationalen Proletariats war, unterliegt keinem Zweifel. Jedoch jedem irgendwie unterrichteten Kommunisten muß es ja bekannt sein, daß gerade in der organisato-

rischen Frage Rosa Luxemburg ungeheure Fehler gemacht hat, lange Zeit die Menschewiki unterstützte, die Bedeutung der zentralisierten proletarischen Organisation und der eisernen Disziplin unterschätzte und ihre größte Hoffnung auf die sogenannte „Spontaneität" der Massenbewegung, auf die „Selbstorganisierung" usw. setzte.

In einer ganzen Reihe von Fragen ging Rosa Luxemburg mit Lenin denselben Weg, aber gerade in der organisatorischen Frage muß zwischen dem Leninismus und den Fehlern Rosa Luxemburgs die Wahl getroffen werden. Wie es mit den Ultralinken öfters vorkommt, hat Genosse Rosenberg vollständig daneben gegriffen und verteidigt „zufällig" völlig nichtbolschewistische Auffassungen.

c) In einem im „Roten Kurier" erschienenen Artikel lehnt ein unbekannter „linker" Genosse auf die vulgärste Weise die Taktik der Einheitsfront überhaupt ab und geht so weit in seinen Behauptungen, als hätte die Taktik der Einheitsfront nur den engeren Interessen Sowjetrußlands gedient. Dies erscheint als sehr „links", aber in Wirklichkeit steht dies den Methoden Paul Levis sehr nahe.

d) In der Sitzung des 2. Bezirkes (Moabit) vom 9. März hat irgendein Genosse Samosch eine ultra-„linke" Resolution eingebracht, die die Liquidierung der Praxis der Kommunistischen Internationale überhaupt bezweckt. Wenn die Berliner Arbeiter-Kommunisten zulassen, daß in ihrem Namen solche Phrasenhelden sprechen, so wundert das die russischen Kommunisten, die mit solchen Phraseuren wie Samosch nichts Gemeinsames haben, in höchstem Maße.

e) Und endlich — was besonders traurig ist — wurde auf dem Bezirksparteitag des Bezirkes Rheinland-Westfalen, Süd, vom 2. März, auf Antrag der verantwortlichen Vertreterin der Linken, der Genossin Ruth Fischer, eine Resolution angenommen, die die Taktik der Einheitsfront überhaupt ablehnt. Der Beschluß der letzten Beratungen in Moskau, die mit Zustimmung der Genossin Ruth Fischer und einer ganzen Reihe anderer verantwortlicher Vertreter der Linken angenommen wurde, wurde dort nur zur „Kenntnis" genommen. All dies zusammen, muß als Symptom großer prinzipieller Unklarheit und eines engen Fraktionsgeistes beurteilt werden und kann, wenn die Genossen an den Fehlern festhalten, die Linken diskreditieren und die Partei auf lange Zeit zurückwerfen.

IV. Welches sind die wichtigsten Probleme, über die in der KPD. noch keine Klarheit besteht?

Es ist verständlich, daß aus einer solchen schweren Niederlage, wie die Oktoberniederlage des Jahres 1923, die KPD. nicht ohne eine gewisse Krise hervorgehen kann. Es ist nichts besonders Gefährliches, wenn hier und da einzelne Genossen unrichtige Erklärungen abgeben. Um eine völlige Klarheit in den auf der Tagesordnung stehenden Fragen zu erzielen, braucht man vor allem eine gewisse Zeit, aber es ist auch der gute Wille der gegenwärtigen neuen Mehrheit der Partei nötig. Es muß erreicht werden, daß an den irrtümlichen Erklärungen nicht festgehalten wird, sondern daß dieselben im Einklang mit den Prinzipien der KI. und den revolutionären Notwendigkeiten der deutschen kommunistischen Bewegung ausgebessert werden. Die Hauptfragen, über die noch keine Klarheit erzielt wurde, sind unseres Erachtens ungefähr folgende:

1. Das weitere Tempo der revolutionären Entwicklung in Deutschland.
2. Die Taktik der Einheitsfront.
3. Die Frage der Teilforderungen und Übergangslosungen.
4. Die Frage der Gewerkschaften.
5. Die organisatorischen Fragen.

Wir werden bemüht sein, in aller Kürze das Wesen der Meinungsverschiedenheiten in den obengenannten Fragen zu schildern.

V. Das weitere Tempo der revolutionären Entwicklung in Deutschland.

In der deutschen Linken gibt es in dieser Frage zwei völlig entgegengesetzte Auffassungen oder zumindest Stimmungen. Einer der Führer der deutschen Linken (zum Beispiel Genosse Maslow) neigt der Auffassung zu, daß wir vor einer sehr langwierigen Periode der Entwicklung stehen, die eine ganze Reihe von Jahren anhalten kann. Andere (hauptsächlich linke Arbeiter) meinen demgegenüber, daß die deutschen Arbeiter die Oktoberniederlage schon überwunden haben, und daß der weitere Gang der revolutionären Entwicklung ein sehr rascher sein wird.

Wir machen der deutschen Linken keine Vorwürfe darüber, daß es bei ihr verschiedene Auffassungen in einer solchen Frage gibt. Die Lage ist noch äußerst unklar, die Krise ist äußerst schwer. Es ist völlig begreiflich, daß im gegenwärtigen Moment noch keine erschöpfende Antwort auf die Frage gegeben werden kann, wie die Krise in Deutschland überwunden wird. Wir unsererseits meinen, daß die deutsche Kommunistische Partei bei der gegebenen Lage auf beide Möglichkeiten eingestellt sein und daß sie alle ihre Kräfte in die Wagschale werfen muß, um nach Möglichkeit die revolutionäre Entscheidung zu beschleunigen. Praktisch bedeutet dies, daß die KPD., wie auch früher, mit aller Kraft die Sache der Bewaffnung der Arbeiter fortsetzen muß, daß die Frage des bewaffneten Aufstandes auf keinen Fall von der Tagesordnung abgesetzt werden darf, daß die Komintern, wie früher, ihre wichtigsten europäischen Sektionen auf die nahe Möglichkeit der deutschen Revolution einstellen muß, daß die RKP. im besonderen bereit sein muß, im Falle der Notwendigkeit wieder solche Beschlüsse zu fassen wie im Oktober 1923. Aber gleichzeitig bedeutet dies, daß die KPD. keinen einzigen solchen Schritt machen darf, der sie von den Massen abschneiden könnte, falls die Krise eine langandauernde sein sollte. Soweit man die Ereignisse im gegenwärtigen Moment vorhersehen kann, wird die jetzige Atempause, die die deutsche Bourgeoisie erhalten hat, kaum länger als ein bis zwei Jahre dauern. Wir müssen aber auch auf das Schlimmere gefaßt sein und im Auge behalten, daß, wenn die gegenwärtige Krise einen schleppenden Gang nimmt, die wichtigste, alles dominierende taktische Aufgabe der KPD. darin bestehen wird, nicht von den Massen abgeschnitten zu werden, daß die Kommunistische Partei nicht in eine Sekte umgewandelt wird.

VI. Die Taktik der Einheitsfront.

Die falsche Anwendung dieser oder jener Taktik, in diesem oder jenem Lande, in dieser oder jener Periode, kann in keinem Falle zum Argument gegen diese Taktik selbst dienen. Das beste Beispiel hierfür ist die Frage über die Taktik des revolutionären Parlamentarismus. Der revolutionäre Parlamentarismus wurde lange Zeit, und wird auch jetzt noch durch die Kommunisten äußerst schlecht angewandt. Und trotzdem war und bleibt die Taktik der revolutionären Ausnützung des Parlaments richtig, und wir haben zum Glück noch nicht gehört, daß selbst die Ultra-„Linken" vorgeschlagen hätten, auf die Teilnahme an den Reichstagswahlen zu verzichten. Dasselbe gilt in bezug auf die Taktik der Einheitsfront, eine Taktik, die noch bedeutend komplizierter ist.

Die RKP. und KI. werden in keinem Falle auf die weitere Anwendung der Einheitsfronttaktik im internationalen Maßstab nur deshalb verzichten, weil in Sachsen und früher auf dem Leipziger Parteitag, grobe Fehler gemacht wurden, weil Brandlers Gruppe in Opportunismus gefallen ist usw. Die Komintern hat die Einheitsfronttaktik als Methode unserer Agitation, als Methode der Organisierung und Mobilisierung der Massen für eine ganze Periode bestimmt. Auf diesem Standpunkt stehen wir und wir werden auch nicht von ihm lassen.

Jetzt ist es bereits völlig klar, daß man verstehen muß, die Einheitsfronttaktik in jedem einzelnen Lande an diejenige Stufe der Entwicklung anzupassen, die die Arbeiterbewegung im gegebenen Lande erreicht hat. In Deutschland sind wir voll und ganz zu der Notwendigkeit der Anwendung der Einheitsfronttaktik nur von unten gelangt, das heißt zum Verzicht auf Verhandlungen mit den offiziellen Führern der Sozialdemokratie. In anderen Ländern hat die kommunistische Bewegung diese Stufe der Entwicklung noch nicht erreicht, und dort wird es noch nötig sein, Verhandlungen mit den offiziellen Führern der Sozialdemokratie zu führen. In diesen Ländern, wie England, stehen wir nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Beschluß, den Genosse Lenin auf dem II. Weltkongreß der KI. durchgeführt hat — der Beschluß über die Notwendigkeit des Eintritts der englischen Kommunisten in die Labour Party (unter der unumstoßbaren Bedingung der Freiheit der Agitation für die Kommunisten) — absolut richtig war.

Es ist selbstverständlich, daß gegenwärtig, wo in England die „Arbeiter"-Regierung der Reformisten an der Macht ist, für die englischen Kommunisten ganz neue Aufgaben entstehen. Sie dürfen keine schablonenhaften Phrasen über die Einheitsfront wiederholen, sondern sie müssen die Regierung Macdonald für jeden großen und kleinen Verrat angreifen, entlarven und an den Pranger stellen. Die englischen Kommunisten müssen die Vorkämpfer der unzufriedenen Massen sein. In England entstehen

erst jetzt die Bedingungen zur Schaffung einer kommunistischen Massenpartei, ein Problem, das seit der Zeit Marx' seiner Lösung harrt.

Was Deutschland selbst anbelangt, so verfallen auch hier unsere linken Genossen in einen ungeheuren Fehler, daß sie sich die Sache so vorstellen, als wäre die praktische Durchführung der Einheitsfronttaktik in Deutschland immer nur fehlerhaft gewesen. Das ist nicht wahr, das ist eine ganz maßlose Übertreibung. Wenn gegenwärtig die KPD. eine Massenpartei darstellt, wenn deshalb keine wie immer auch geartete Verdrängung in die Illegalität die Partei vernichten konnte, wenn wir bei den kommenden Reichstagswahlen mit vollem Recht auf einige Millionen Stimmen rechnen können, so **ist dies mindestens zum Teil ein Ergebnis der Anwendung der Einheitsfronttaktik in Deutschland** — bis zu den sächsischen Fehlern. Obwohl der Leipziger Parteitag große Zugeständnisse an den Opportunismus gemacht hat, obwohl bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik eine Menge von Fehlern begangen worden sind. Wäre diese Anwendung ganz und gar unrichtig gewesen, so würden wir diese doch immerhin günstigen Ergebnisse nicht haben. Wir dürfen nicht vergessen, daß nach dem Märzaufstand 1921 die deutschen Kommunisten eine ganz kleine Partei waren, daß die Einheitsfronttaktik die KPD. gerettet hat — trotz allen groben opportunistischen Fehlern der Rechten.

Wenn die linken Genossen die Formulierung der „Einheitsfronttaktik **von unten her**" nicht nur aus Diplomatie, sondern mit vollem Ernst annehmen, so müssen sie ein für allemal mit solchen Erklärungen aufhören, wie die obigen Erklärungen der Genossin Fischer und des Genossen Scholem. **Sonst wird der Konflikt zwischen der deutschen Linken und der Kommunistischen Internationale absolut unvermeidbar.**

VII. Die Teilforderungen und die Übergangslosungen.

In der Rede des Genossen Scholem haben wir die Erklärung gelesen, daß die deutsche Linke „um keines Haares Breite" von ihrem Standpunkt bezüglich der Frage über die Teilforderungen abweichen will. Wir fragen aber, worin besteht dieser Standpunkt? Tritt die deutsche Linke gegen die Teilforderungen überhaupt auf, leugnet sie also die Notwendigkeit des Kampfes zum Beispiel um den Achtstundentag? Aber der Achtstundentag ist ja nichts anderes als eine Teilforderung. Verwirft es die Linke, selbst mit einer so mäßigen Parole, wie sie die Abschaffung des Belagerungszustandes ist, aufzutreten? Und dies ist auch eine Übergangsparole. Tritt die deutsche Linke gegen die Übergangsforderungen überhaupt auf? Wenn ja, so erklären wir kategorisch, daß eine solche Fragestellung mit dem Bolschewismus nichts Gemeinsames hat. Wir, die Bolschewiki, haben jahrelang den Kampf gegen die Menschewiki in der Frage der Teilforderungen und Übergangsparolen geführt. Wir haben aber nie gesagt, daß wir gegen die Teilforderungen und Übergangsparolen überhaupt sind. Wir selbst haben diese Teilforderungen und Übergangsparolen **aufgestellt.** Wir unterschieden uns von den Menschewiki nicht darin, daß sie für die Teilforderungen und Übergangsparolen und wir gegen dieselben waren. Wir unterschieden uns von ihnen darin, daß wir für die Vorbereitung **der proletarischen Revolution** und sie dagegen waren, daß **wir deshalb jede Teilforderung und jede Übergangsparole mit revolutionärer Agitation, mit der Vorbereitung der Revolution verbanden,** und sie, die Menschewiki, stellten diese Teilforderungen und Übergangsparolen **an Stelle** der revolutionären Agitation **und gegen die Vorbereitung der Revolution** auf. Falls die deutsche Linke sich auf den Standpunkt der glatten Ablehnung der Teilforderungen und der Übergangsparolen stellen würde, so würde dies zu ihrer Umwandlung in eine Sekte, zu ihrer vollständigen Loslösung von den revolutionären Massen führen.

VIII. Die Gewerkschaftsfrage.

Diese Frage scheint in der KPD. im gegebenen Moment keine fraktionelle Frage mehr zu sein. Die Mehrheit unserer Genossen aus der Mittelgruppe teilen in dieser Frage die Irrtümer der Linken. Eben deshalb ist dieser Fehler noch gefährlicher. Wir können und dürfen auf die Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften nicht verzichten. Wir müssen im gegebenen Moment gegen die Spaltung der Gewerkschaften kämpfen. Wir können nicht mit dem Strom schwimmen und können auch nicht diejenigen aufmuntern, die aus den Gewerkschaften auszutreten wünschen. Wir können und dürfen keinen einzigen Schritt unternehmen, der den sozialdemokratischen Führern die Beschleunigung der Spaltung erleichtert.

Wenn man sagt, daß in den Freien Gewerkschaften nur wenig Mitglieder geblieben sind, so muß es dem hartnäckigen revolutionären Kern noch leichter fallen, sie von innen heraus zu erobern. Der Verzicht auf den Kampf gegen die Austritte aus den Gewerkschaften mit der Begründung, daß es die „Masse so will", würde ein Sichdrücken vor den Schwierigkeiten der Aufgabe bedeuten, das heißt eine Feigheit des Geistes und einen wirklichen Opportunismus zutage fördern, wenn sie auch mit revolutionären Phrasen verschleiert sind.

Es handelt sich hier nicht um eine rein gewerkschaftliche Frage, es handelt sich hier **um die Frage des Sein oder Nichtsein der KPD. als revolutionäre Massenpartei des deutschen Proletariats.** Es handelt sich hier darum, ob die Kommunistische Internationale auf der Grundlage des Leninismus bleibt oder in die Kinderkrankheiten des Radikalismus verfällt.

Besinnt Euch auf das wirklich glänzende Kapitel im Werke des Genossen Lenin über die Kinderkrankheiten des Kommunismus: „Sollen die Revolutionäre in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten?"

Dies ist keine rein deutsche Frage, sondern die Frage der gesamten Taktik der Kommunistischen Internationale. Diese Frage wurde auf dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale unter der intensivsten Teilnahme des Genossen Lenin der **ausführlichsten Behandlung** unterworfen. Wenn wir seither in den meisten Ländern aus kleinen Gruppen zu großen Kommunistischen Parteien herangewachsen sind, so geschah dies vor allem, weil wir unter der Führung des Genossen Lenin die Frage der Stellungnahme der Kommunisten gegenüber den reaktionären Gewerkschaften **richtig** gelöst haben.

Dieses Thema ist so wichtig, daß wir ihm eine besondere Abhandlung widmeten. Hier begnügen wir uns einstweilen mit dem Gesagten. Die Frage unserer Stellungnahme gegenüber den Gewerkschaften ist eine Lebensfrage für die KPD. Fehler in dieser Frage würden die KPD. und die deutsche Revolution sicher und gewiß ins Verderben führen.

IX. Die organisatorische Frage.

Wir haben die diesbezügliche, himmelschreiend falsche Erklärung des Genossen Rosenberg angeführt. Wir haben gehört, daß innerhalb der deutschen Linken noch irgendeine „Ultralinke" sich heranbildet. Wenn die besten proletarischen Elemente der deutschen Linken diesen kreischenden Tönen oder einfacher gesagt, diesen linken **Phrasen** nicht die Stirne bieten, so wird die KPD. vor dem deutschen Proletariat und vor der ganzen Internationale hoffnungslos kompromittiert. Es ist unbedingt notwendig, **nicht nur in Worten, sondern in Taten** die Reorganisierung der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen durchzuführen. Ohne diese gibt es und kann es keine ernste Kommunistische Partei geben. Ohne diese hat es keinen Sinn, über die Vorbereitung der proletarischen Revolution zu schwatzen.

Es ist unbedingt nötig, einen eisernen, zentralisierten, von oben bis unten stark gestählten Apparat der Kommunistischen Partei ohne Bürokratismus zu schaffen; es ist unbedingt nötig, zu erklären, worin die Fehler Rosa Luxemburgs und des Spartakusbundes in der organisatorischen Frage bestanden. Es muß unbedingt erreicht werden, daß in den organisatorischen Fragen, die in einer gewissen Periode der Vorbereitung der proletarischen Relovution entscheidend sind, die KPD. zu einer wahrhaft bolschewistischen Partei werde.

X. Die rechten Gefahren.

Es gibt noch immer rechte Gefahren in der KPD. Es gibt auch rechte Gefahren in der Komintern als Ganzes. Die Überreste von sozialdemokratischen Gedankengängen machen sich geltend. Den Haß gegenüber diesen sozialdemokratischen Überresten, die unversöhnliche Stellungnahme gegenüber dem Opportunismus können wir nur begrüßen und unterstützen.

In der KPD. ist die rechte Fraktion, als Fraktion, zerschlagen. Die opportunistische Tendenz existiert jedoch weiter. Die Kommunisten, die in den Parlamenten, in den Organen der städischen Selbstverwaltungen arbeiten, verfallen oft in die Sünden des Opportunismus. Die Versuche, mit den Sozialdemokraten gemeinsame Wahlvorschläge aufzustellen, kamen nicht nur einmal vor. Die sozialdemokratische Tradition ist noch stark.

Bis zur letzten Zeit war die rechte Gefahr die bedrohlichste. Die rechten Gefahren haben die Eigenschaft, wieder zu entstehen.

Um jedoch die rechten Gefahren wirklich zu besiegen, dürfen keine Zugeständnisse an die Kinderkranheiten des Radikalismus gemacht werden.

Unsere deutschen Genossen dürfen sich keine Illusionen machen. Die rechten Gefahren können wieder erwachen, wenn die neue Mehrheit Fehler macht. Die „ultralinken" Abweichungen werden durch die rechten hervorgerufen, das ist richtig. Aber auch das Gegenteil ist richtig; die Abweichung in der Richtung der leeren revolutionären Phraseologie verstärkt unvermeidbar die rechten Abweichungen.

Nun, bekämpfen wir zusammen die rechten, opportunistischen Gefahren ein für allemal. Weniger Phrasen über die angebliche „Krise" der Komintern! Mehr wirkliche Unterstützung der bolschewistischen Linie der Komintern!

XI. Zwei Perspektiven.

Infolge des Sieges der Linken in Deutschland sind zwei Perspektiven möglich.

Die erste Perspektive: Die KPD. überwindet wirklich die opportunistischen Abweichungen und marschiert zur Verwirklichung ihrer revolutionären Ziele. Die deutsche Linke wiederholt nicht diejenigen Fehler, die Brandlers Gruppe gemacht hat und die diese Gruppe zum Bankrott geführt haben, das heißt die Linken werden nicht alle anders Denkenden ignorieren, mit Ausschluß aus der Partei bedrohen, sondern werden bestrebt sein, alle revolutionären Kräfte auf dem richtigen Platz auszunützen; unabhängig davon, zu welcher Gruppe diese Arbeitskraft früher gehörte. Der Fraktionskampf hört auf. Die Kinderkrankheiten werden geheilt. Der revolutionären Phrase, dem linken „Kreischen", den „linken" Kindereien wird der entschiedenste Kampf erklärt. Kein einziger Schritt, der die Partei aus einer Massenpartei in eine Sekte umwandeln könnte! Gemeinschaftliches, wirkliches Zusammenarbeiten mit der RKP. und mit der ganzen Komintern. Die Periode der inneren Parteikämpfe hört auf und im Leben der Partei beginnt ein neues Kapitel. Die Partei mobilisiert unter der neuen Führung alle Kräfte für den Kampf gegen die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie. Innerhalb der Kommunistischen Internationale unterstützt die KPD. die Grundlinie des Leninismus gegen die rechten Abweichungen und die linken Kindereien, wie dies uns Genosse Lenin gelehrt hat. Keine Fraktionsdiplomatie! Wirklich ernste proletarische Disziplin gegenüber der Komintern.

Die zweite Perspektive: Die linken Führer fassen den Sieg der Linken nur vom Standpunkt der fraktionellen Strategie aus auf. Die Linken erklären den Krieg gegen die Genossen aus der Mittelgruppe. Der Sieg berauscht die Köpfe der linken Führer. Die Linken verfallen in denjenigen Fehler, vor dem uns Genosse Lenin immer gewarnt hat: **Sich am Erfolge zu berauschen.** Eine derartige fraktionelle Haltung der Linken führt unvermeidbar die Neubelebung der Rechten herbei. Der Fraktionskampf wird fortgesetzt. In der KPD. erhalten unter der Führung der Linken solche ungereimten Erklärungen das Bürgerrecht, wie die oben zitierten Erklärungen der Genossen Scholem, Rosenberg, des „Roten Kuriers" usw. Die Linken treten mit einer Plattform gegen die Einheitsfronttaktik überhaupt auf und erklären als „Reformismus" und Liquidatorentum", was in Wirklichkeit die Taktik des Genossen Lenin und der ganzen Kommunistischen Internationale ist. Mit dem Bade schütten sie auch das Kind aus. Eine solche Fragestellung wird in Wirklichkeit nur den tatsächlich reformistischen Strömungen, die in Deutschland und noch in irgendwelchen Sektionen der Komintern in Erscheinung treten, Hilfe leisten. Als Ergebnis all dessen kommt die unvermeidliche Diskreditierung der linken Mehrheit in Deutschland, der Zerfall der KPD., schwerer Konflikt zwischen der KPD. und der Kommunistischen Internationale.

Dies sind die zwei Perspektiven. **Man muß diese beiden Perspektiven bis zur letzten Konsequenz durchdenken.** Unsere linken Genossen müssen diese beiden Perspektiven klar sehen. Es erübrigt sich, zu sagen, daß wir aus vollem Herzen für die erste Perspektive sind.

Die deutsche Linke hat im Laufe von einigen Jahren des Kampfes mit schwerer, hartnäckiger Arbeit die Mehrheit in ihrer Partei für sich erobert. Es ist ja natürlich, daß sie volles Recht hat, diese Mehrheit auszunützen. Wir alle begreifen, daß dieser Sieg kein zufälliger ist und daß er einen ernsten Umschwung in der Stimmung von breiten Schichten der Arbeiterklasse Deutschlands bedeutet. Wir sind alle bereit, volle genossenschaftliche Unterstützung der neuen Mehrheit der KPD. zu gewähren, mit ihr zusammen gegen die wirklichen opportunistischen Abweichungen zu kämpfen und Hilfe zu leisten in der Organisierung der deutschen Arbeiter zu entscheidenden Kämpfen.

Wir sind fest überzeugt, daß alles, was wirklich Proletarisches, wirklich Revolutionäres und Bolschewistisches in der KPD. ist, alles dafür einsetzen wird, damit die erste der oben geschilderten Perspektiven verwirklicht wird.

XII. Ist das eine „Änderung des Kurses" der Komintern?

Es werden sich vielleicht einige Genossen finden, die sagen, daß in diesem Dokument eigentlich eine neue Änderung des Kurses der Komintern stattfindet.

Das ist aber gar nicht der Fall.

Mögen die Leute, die viel freie Zeit haben, sprechen, was sie wollen. Die Komintern muß darauf gefaßt sein, daß diese oder jene Gruppe von Genossen vorübergehend mit ihr nicht zufrieden sein wird. Wir müssen die Auffassungen des Marxismus (das heißt auch des Leninismus) bis zur letzten Konsequenz verteidigen, unabhängig davon, was die eine oder die andere Gruppe von Genossen im gegebenen Moment dazu sagen wird. Wir wollen aufrichtig der neuen Mehrheit der KPD. in der schweren Aufgabe der Führung der Partei helfen. Aber nur auf den unumstößlichen Grundlagen der bolschewistischen Auffassung der Taktik der Kommunistischen Internationale, in dem Geiste wie uns das Wladimir Iljitsch Lenin gelehrt hat.

Moskau, den 26. März 1924.

Der erste Brief des EK. der KI. an den Parteitag der KPD.

Werte Genossen!

** Euer Parteitag findet in einem Moment eines tiefgehenden Umschwunges statt, den der aufmerksame Teil der ganzen Arbeiterklasse Deutschlands bis ins Innerste durchlebt. Noch nie lag solch grandiose Verantwortung auf einem Parteitag der KPD., wie auf dem jetzigen. Ohne Übertreibung: Euer Parteitag wird auf viele Jahre das Schicksal der KPD. und durch dieselbe auch das Schicksal der deutschen Revolution bestimmen.

I. Die internationale Lage.

Mehr denn je wird im gegenwärtigen Moment die III. Internationale durch Moskau und die II. Internationale durch London verkörpert.

Die internationale Lage der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat sich in noch nie dagewesener Weise verstärkt. Die Reihe von Anerkennungen der Räteregierung seitens der mächtigsten Regierungen der europäischen Bourgeoisie ist der Abschluß auf dem Gebiet der äußeren Politik der ersten proletarischen Regierung der Welt. Und wenn dieser Abschluß zufriedenstellend ist, so ist er ein Ergebnis von Anstrengungen der Avantgarde des gesamten internationalen Proletariats in ganzen. **Nicht das ist wichtig, daß die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken seitens einer Reihe von bürgerlichen Regierungen de jure anerkannt wurde. Wichtig ist, daß die de jure-Anerkennung ohne irgendwelche materielle oder moralische Zugeständnisse an die internationale Bourgeoisie seitens der proletarischen Regierung erfolgte.**

Die mächtigste Partei der II. Internationale steht gegenwärtig im mächtigsten Bourgeoisiestaate an der Macht. Die sogenannte Arbeiterregierung, mit Macdonald an der Spitze, macht selbstverständlich bürgerliche und nicht proletarische Politik. Im gegenwärtigen Moment fassen breite Schichten der englischen Arbeiter die Politik Macdonalds noch nicht so auf, wie die deutschen Arbeiter die Politik Ebert und Noskes aufgefaßt haben. Aber mit jedem Tage entlarvt sich die Regierung Macdonald mehr und mehr. Noch seit der Zeit von Marx blieb die Frage über die Schaffung einer revolutionären proletarischen Massenpartei in England das größte und schwierigste Problem. Gegenwärtig sind zum ersten Male die objektiven Voraussetzungen zur Schaffung einer kommunistischen Massenpartei in England gegeben.

Im fernen Osten, in den kolonialen und halbkolonialen Ländern durchzucken immer öfter und öfter Blitze die bleiernen Wolken des Imperialismus. In Indien, in Ägypten, in China wird die Bewegung gegen den Imperialismus immer stärker und stärker.

Auf dem Balkan reifen neue Ereignisse heran, schwanger von schwerwiegenden internationalen Folgen.

Die Knoten, die der Versailler Schandvertrag geknüpft hat, sind bisher noch nicht zerschnitten.

Das englisch-französische Wetteifern verschärft sich. Die französische Bourgeoisie bezahlt die räuberische Okkupation des Ruhrgebietes mit dem grausamen Frankensturz und mit finanziellem Zerfall. Der erbitterte Kampf der verschiedenen Fraktionen innerhalb der französischen Bourgeoisie wird seinen Abschluß bald in den bevorstehenden Kammerwahlen finden.

Die deutsche Bourgeoisie hat den Schein einer Atempause erhalten. Was jetzt geschieht, kann als ein Schatten der Besserung der internationalen Lage der deutschen Bourgeoisie gekennzeichnet werden. Jedoch nur eben als Schatten. Das Schwert ist noch wie früher über Deutschland gezückt. Entweder wird es zur Kolonie des siegreichen Imperialismus oder es vollzieht die proletarische Revolution — diese Alternative steht mit all ihrer Schärfe vor Deutschland.

II. Die weiteren Aussichten der deutschen Revolution.

Die proletarische Revolution in Deutschland ist unvermeidbar. Die Fehler in der Einschätzung des Tempos der Ereignisse, begangen im Oktober 1923, haben der Partei viele Schwierigkeiten gebracht. Dies ist aber trotz allem nur eine Episode. Die grundlegende Einschätzung bleibt bestehen. Die Revolution kommt.

Im gegenwärtigen Moment ist es schwer, mit völliger Bestimmtheit irgendetwas über den Termin zu sagen. Es ist wohl möglich und sehr wahrscheinlich, daß die entscheidenden Kämpfe bedeutend rascher eintreten, wie viele es jetzt glauben, daß kein Jahr ins Land geht und wir unmittelbar vor den entscheidenden Kämpfen stehen werden. Aber eine andere Perspektive ist auch nicht ausgeschlossen, nämlich, daß die Ereignisse sich einigermaßen langsamer entwickeln werden. Im gegebenen Moment muß die Partei auf beide Möglichkeiten gefaßt sein. Und inwieweit die Sache vom subjektiven Faktor, das heißt von dem Umfange der Organisiertheit der proletarischen Avantgarde, abhängt, muß die Partei ihrerseits ihre Reihen so einstellen, daß sie zu den Entscheidungskämpfen in der allerkürzesten Frist bereit stehe.

Die Losung des Kampfes für die proletarische Diktatur, für die Eroberung der Rätemacht und zu diesem Zwecke die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes bleiben voll und ganz in Kraft. Langwierige, hartnäckige Arbeit zur Bewaffnung der Arbeiter — dieser Aufgabe müssen wir jetzt die ernsteste Aufmerksamkeit widmen.

Wir begreifen die Leidenschaftlichkeit, mit der unter den deutschen Genossen die Diskussion über die Frage geführt wird, ob wir im Oktober, November 1923 zu den Waffen hätten greifen müssen oder ob der Rückzug unvermeidlich war. Für Revolutionäre kann eine solche Frage nur eine äußerst brennende Frage sein. Die Partei muß aber trotz allem jetzt nicht nach rückwärts, sondern nach vorwärts schauen. Die Partei ist nicht zerschlagen, die Partei hat ihre grundlegenden Kaders bewahrt, die Partei ist aus der Periode der Illegalität mit zusammengeschweißten Reihen und mit Ehre hervorgegangen. Die Partei muß jetzt mit noch nie dagewesener Schärfe vor die Arbeiterklasse Deutschlands die wichtigste aller Aufgaben stellen: **die Vorbereitung zum unmittelbaren Kampf für die Macht, für die proletarische Diktatur!**

III. Die Eroberung der Mehrheit.

Die Aufgabe der Eroberung der Mehrheit des Proletariats und die Hinzuziehung auf ihre Seite möglichst breiter Schichten von Mitläufern des Proletariats aus dem städtischen Kleinbürgertum und dem Bauerntum stellt noch immer eine grundlegende Aufgabe der Partei dar. Die ersten Erfolge, die die Faschisten unter den Arbeitern erzielten, dürfen wir nicht unterschätzen. Dies sind äußerst gefährliche Symptome, auf die die Partei ihre ernsteste Aufmerksamkeit richten muß. Wenn wir die nationale Frage nicht bolschewistisch stellen, so werden wir den kleinen Mann von den Faschisten nicht erobern. Und auf dies zu verzichten, bedeutet den Verzicht auf die Hegemonie in der revolutionären Bewegung, und dann ist es müßig, von der Diktatur des Proletariats zu reden.

In der vergangenen Kampagne um Schlageter gab es viel Überflüssiges. Den Nihilismus in der nationalen Frage können wir aber nicht zulassen.

Wir haben kein Recht, selbst auf eine Minute zu vergessen, daß sehr — sehr bedeutende Schichten des deutschen Proletariats sich noch immer unter dem Einfluß des Klerikalismus befinden. Ihre Reihen umgruppierend, muß die Partei verstehen, ihre Arbeit so zu führen, daß sie die Arbeiter für den Kommunismus gewinnt. Die vorrevolutionäre Periode macht dies zweifellos möglich. In die bevorstehenden Reichstagswahlen geht die Partei mit zusammengeschweißten Reihen, um in die breitesten Volksmassen unterzutauchen und die Sache der revolutionären Aufklärung von Millionen und aber Millionen von Werktätigen zu fördern. Ein für unsere Partei erfolgreicher Ausgang der Wahlen wird der Arbeiterklasse neuen Mut einflößen, wird ihr zeigen, daß die Kräfte der Kommunistischen Partei ernst sind, und wird den Kampfwillen der Arbeiterschaft heben.

Es gibt und kann auch nichts Gefährlicheres für eine revolutionäre Partei in der Periode der Windstille geben, als die Unterschätzung der Aufgaben zur Eroberung der Mehrheit. Diese Aufgabe ist noch nicht gelöst. Solange wir die Mehrheit der sozial entscheidenden Schichten der Arbeiter nicht erobern, können wir die Bourgeoisie nicht besiegen. Alle seine Schritte, alle seine Resolutionen muß Euer Parteitag vor allem von dem Standpunkt erwägen, ob sie der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterschaft nützen oder im Gegenteil, ob sie neue Gefahren der Entfremdung von den Arbeitermassen, und damit auch die Gefahr der Umwandlung der Partei in eine Sekte in sich bergen.

Von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir auch an die Gewerkschaftsfrage herantreten. Zum Zwecke der Eroberung der Mehrheit in der Arbeiterklasse sind wir verpflichtet, die Einheit der Gewerkschaften zu wahren und immer im Auge zu behalten, daß der kleinste leichtsinnige Schritt auf diesem Gebiet der Partei den Kopf kosten kann. Angesichts ihrer ungeheuren Wichtigkeit widmen wir der Gewerkschaftsfrage ein besonderes Dokument.

IV. Die Arbeit der Partei unter den nichtproletarischen Bevölkerungsschichten.

Die Partei, die die Hegemonie der revolutionären Bewegung beansprucht, die Partei, die die Eroberung der Macht im Staate und die Umwandlung der bürgerlichen Republik in die Räterepublik beabsichtigt, eine solche Partei muß auch unter den nichtproletarischen Schichten der Bevölkerung vorbereitende Arbeit leisten. Die Arbeiterklasse und ihre Partei können nicht nur mit Worten, sondern in der Tat die Diktatur des Proletariats nur dann verwirklichen, wenn sie fähig sind, einen Teil des kleinen und mittleren Bürgertums in den Städten und auf dem Lande zu neutralisieren und den anderen Teil auf ihre Seite hinüberzuziehen. Bekennet nur aufrichtig, daß unsere Partei bisher äußerst wenig getan hat, um den kleinen Mann, die Angestellten usw. in den Städten, und noch weniger, um die Sympathien derjenigen Schichten des Bauerntums zu gewinnen, die ihrer Klassenlage nach gegen die Bourgeoisie und mit der Arbeiterklasse zusammengehen können und müssen. Diesem Problem muß der Parteitag den größten Teil seiner Aufmerksamkeit widmen.

V. Die Taktik der Einheitsfront und die Übergangsparolen.

Das Wichtigste, was das EK. der KI. hierüber zu sagen hätte, ist schon in den Januarthesen der Moskauer Beratung festgelegt. An den Januarberatungen des EK. der KI. mit den hervorragendsten Vertretern der deutschen Linken haben wir die Einheitsfronttaktik als Methode unserer Agitation, als Methode zur Organisierung und Mobilisierung der Massen für eine ganze Zeitperiode bestimmt. Gibt es irgendwelche Gründe dafür, von dieser Formulierung abzugeben? Unseres Erachtens gibt es solche nicht.

Wenn unter der Einheitsfronttaktik diejenigen opportunistischen Fehler verstanden werden, die unlängst in Sachsen begangen worden sind, so ist nur selbstverständlich, daß wir gegen eine derartige Einheitsfronttaktik sind. Nun hat bisher zum Glück noch niemand aus der Tatsache, daß bei der Ausnützung, sagen wir, des revolutionären Parlamentarismus in einem oder dem anderen Lande opportunistische Fehler zugelassen wurden, die Folgerung gezogen, daß die Taktik der Ausnützung des revolutionären Parlamentarismus überhaupt unrichtig ist und daß sich an den Reichstagswahlen die Partei nicht beteiligen soll.

Die Komintern wird in keinem Falle auf die weitere Anwendung der Einheitsfronttaktik im internationalen Maßstabe nur deshalb verzichten, weil in Sachsen diese oder jene großen opportunistischen Fehler gemacht wurden.

Jetzt ist schon völlig klar, daß die Einheitsfronttaktik im besonderen in jedem einzelnen Lande an diejenige Stufe der Entwicklung angepaßt werden muß, die die Arbeiterbewegung im gegebenen Lande erreicht hat. In Deutschland haben wir voll und ganz die Notwendigkeit der Anwendung der Einheitsfronttaktik nur von unten her erreicht, das heißt wir können auf Verhandlungen mit den offiziellen Führern der Sozialdemokratie verzichten. Die Durchführung der Einheitsfronttaktik von unten her muß aber ehrlich, folgerichtig und bis zur letzten Konsequenz angenommen werden. In dieser Frage ist jede fraktionelle Diplomatie unzulässig.

Es ist ebenso notwendig, bezüglich der Frage über die Teilforderungen und Übergangsparolen völlige Klarheit zu schaffen. Die russischen Bolschewiki haben um die Frage der Teilforderungen und Übergangsparolen mit den Menschewiki mehr als zehn Jahre lang den Kampf geführt. Was war die Stellungnahme der Bolschewiki? Sie traten nie gegen die Teilforderungen und Übergangsparolen überhaupt auf. Die Bolschewiki selbst haben diese Teilforderungen und Übergangsparolen aufgestellt. Die Bolschewiki unterschieden sich von den Menschewiki nicht dadurch, daß die Menschewiki für die Teilforderungen und Übergangsparolen, und die Bolschewiki gegen dieselben eintraten. Nein, die Bolschewiki unterschieden sich von den Menschewiki dadurch, daß sie, die Bolschewiki, für die Vorbereitung der proletarischen Revolution und die Menschewiki gegen dieselbe eintraten. Daß die Bolschewiki eben deshalb jede Teilforderung und jede Übergangsparole mit revolutionärer Agitation mit der Vorbereitung der Revolution verknüpften und die Menschewiki die Teilforderungen und Übergangsparolen anstatt der revolutionären Agitation und gegen die Vorbereitung der Revolution aufgestellt haben.

Die KPD. kann sich selbstverständlich nicht auf den Standpunkt der glatten Ablehnung der Teilforderungen und Übergangsparolen stellen. Die KPD. kann nicht, das versteht sich von selbst, auf den Kampf für den Achtstundentag verzichten. Zwischen den wirtschaftlichen Teilforderungen und den politischen Übergangsparolen besteht kein grundsätzlicher Unterschied, wenn wir nur verstehen, jede Übergangsparole in wahrhaft enger organischer Verbindung mit der revolutionären Agitation für die Diktatur des Proletariats den Massen zu unterbreiten.

VI. Die organisatorischen Fragen.

Wir sind gezwungen, zu konstatieren, daß die KPD. bisher noch immer nicht auf der Grundlage der kommunistischen Zellen in den Betrieben selbst aufgebaut ist. In der organisatorischen Frage wie auch in vielen anderen Fragen zollen wir den sozialdemokratischen Traditionen noch reichlich Tribut.

Indessen kann von der Schaffung einer ernsten revolutionären proletarischen Partei, die die Macht aus der Hand der Bourgeoisie reißen könnte, gar keine Rede sein, solange diese Partei nicht auf der Grundlage der kommunistischen Zellen aufgebaut ist, die in den Fabriken und Betrieben selbst verankert sind. Die KI. findet, daß es höchste Zeit ist, auch auf diesem Gebiet von den Worten zu den Taten überzugehen. Der Reichsparteitag muß einen Termin, und zwar einen kurzen Termin, festsetzen, währenddem die Reorganisierung der Partei auf den hier angegebenen Grundlagen überall durchgeführt werden muß. Ohne diese Voraussetzung, wiederholen wir, ist es lächerlich, von der Eroberung der Macht durch das deutsche Proletariat zu reden. Eine derartige Reorganisierung der Partei ist keine einfach organisatorische Aufgabe, das ist keine Frage der organisatorischen Technik, das ist eine politische Frage ersten Ranges. Die Lösung dieser Frage entscheidet darüber, ob die KPD. eine Maschine für Parlamentswahlen, wie es bei der Sozialdemokratie der Fall ist, wird oder ob sie eine Organisation wird, die fähig ist, die Millionen von Arbeitermassen in den Betrieben und Fabriken zu führen.

Es ist notwendig, daß der Parteitag beschließt, daß der illegale Apparat der Partei bewahrt und vervollkommnet werden soll. Auf keinen Fall dürfen wir uns darauf verlassen, daß die gegenwärtige „Legalität" eine langdauernde wird. Im Gegenteil, wir müssen uns mit Bestimmtheit darauf einstellen, daß die Partei noch mehr wie einmal in die Illegalität getrieben wird. Gerade die Periode der jetzigen Atempause müssen wir dazu ausützen, um einen kräftigen illegalen Apparat nicht nur auf dem Papier, sondern auch in Wirklichkeit zu schaffen, der unter allen Umständen fähig ist, zu funktionieren. Nur in diesem Falle wird es möglich, auch über die weitere Bewaffnung der Arbeiter ernst zu sprechen.

VII. Die Bewaffnung der Arbeiter, die Roten Hundertschaften.

Die Bewaffnung der Arbeiter bleibt die wichtigste Aufgabe der Partei. Die vorangegangene Periode hat uns auf diesem Gebiet einige Erbschaften hinterlassen. Jedoch das, was bisher gemacht wurde, bedeutet nur einen Tropfen ins Meer. Das Streben der deutschen Arbeiter zur Bewaffnung ist vorhanden. Eine der wichtigsten Aufgaben der Partei muß sein, dieses Bestreben zu befriedigen. Ohne überflüssigen Lärm, in sachlicher Weise muß die Partei diese Aufgabe fördern, Kräfte und Mittel nicht schonend.

Die Partei muß jetzt verstehen, an der Erstarkung der Roten Hundertschaften zu arbeiten, und zwar an solchen, die nur aus Parteimitgliedern bestehen, und auch an solchen, an denen auch andere revolutionäre Arbeiter teilnehmen. Die Partei muß ein für allemal begreifen, daß die Roten Hundertschaften nicht auf die Beine gebracht werden können, wenn wir sie nur als eine Organisation auffassen, die lediglich zur Zeit der revolutionären Feiern, das heißt in den Momenten von allgemeinen Streiks usw., erscheinen. Es ist unbedingt notwendig, den deutschen Arbeitern den Gedanken beizubringen, daß die Roten Hundertschaften auch im alltäglichen Kampfe nötig sind. Nur in dem Falle, wenn wir die Roten Hundertschaften an den Gedanken gewöhnen, daß sie die Demonstration der Arbeiter vor den Angriffen der Reichswehr schützen, die hervorragendsten Kämpfer vor den Verhaftungen verteidigen, diese oder jene Überfälle zum Zwecke der Bewaffnung der Arbeiter usw. unternehmen, nur so können die Roten Hundertschaften unter der Arbeiterschaft feste Wurzel fassen. Die Roten Hundertschaften müssen in der Tiefe der Arbeitermassen selbst, in den Betrieben und Fabriken verankert werden. In diesem Falle werden sie auch für die bürgerlichen Behörden unantastbar.

VIII. Die Lage innerhalb der Partei.

Die KPD. macht jetzt die ernsteste Umgruppierung der Kräfte durch, arbeitet für sich eine neue Orientierung aus, ist bestrebt, eine wahrhaft bolschewistische Partei zu sein. Die rechten Gefahren innerhalb der Partei sind überwunden, obwohl es keinem Zweifel unterliegt, daß die rechten Gefahren noch immer vorhanden sind, und sie können noch ernste Gefahren für die KPD. und für die ganze Komintern bringen. In Übergangszeiten zwischen zwei Revolutionen — und eine solche Periode durchlebt gegenwärtig das deutsche Proletariat — bedrohen die proletarische Partei vor allem zweifache Gefahren: einerseits die rechten opportunistischen Abweichungen und andererseits die „linken" Phrasen. Die Ungläubigkeit an der Revolution bei den einen, der Versuch, mittels linker Phrasen die in der Wirklichkeit vorhandenen Schwierigkeiten des proletarischen Kampfes zu umgehen, bei der anderen sind die zwei größten Gefahren. Der Bolschewismus in Rußland hat bei analogen Verhältnissen gegen beide Abweichungen gekämpft, und nur im Kampfe gegen diese beiden Abweichungen hat sich der russische Bolschewismus gestählt und wurde zu der Partei, die wir jetzt alle kennen.

Der Sieg des linken Flügels der KPD. hat eine ungeheure Bedeutung für das Schicksal der deutschen Revolution. Dieser Sieg stellt zweifellos eine Widerspiegelung von tiefgehenden Prozessen dar, die in der Arbeiterklasse oder jedenfalls in ihrer Avantgarde vor sich gehen. Dieser Sieg signalisiert die wachsende Bereitschaft zum Kampf bei den am weitesten fortgeschrittenen Schichten der Arbeiterklasse Deutschlands. Dieser Sieg legt Zeugnis von der beginnenden Radikalisierung unter bedeutenden Schichten des Proletariats ab. Aber wehe uns, wenn wir diese Symptome überschätzen würden, wenn wir das Gewünschte als schon Vorhandenes erachten würden. Wenn wir annehmen würden, daß die Mehrheit des deutschen Proletariats schon jetzt bereit ist, unter der Führung des linken Flügels der KPD. sich in den Kampf zu stürzen. Das ist noch nicht der Fall. Arbeiten, um dieses Ziel zu erreichen, ist die Hauptaufgabe der Partei.

Die schwere Krise, die die KPD. gegenwärtig durchlebt, kann zum Ausgangspunkt der Wiedergeburt und der Erstarkung der Partei werden. Die Partei kann jetzt auf der breiten Bahn der Revolution vorwärts marschieren. Die Partei kann sich jetzt endlich von den opportunistischen Fehlern befreien und eine feste kommunistische Position der Stellung gegenüber den rechten und „linken" Führern der deutschen Sozialdemokratie ein-

nehmen. Wir müssen endlich eine solche Lage schaffen, wobei das deutsche Proletariat daran glaubt, daß die KPD. es nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat zu revolutionären Kämpfen, und zwar nicht nur zu heldenhaften Niederlagen, wie im Januar 1919 und im Jahre 1921, sondern auch zum entscheidenden Sieg über die Bourgeoisie führt. Dieser Glaube ist bei den deutschen Proletariern bisher nicht vorhanden. Diesen Glauben kann und muß jetzt die KPD. der Arbeiterschaft einflößen.

Die Hauptaufgabe der Partei besteht darin, die Existenz von einzelnen Faktoren innerhalb der Partei und dem Kampfe dieser Fraktionen untereinander ein Ende zu bereiten. Wir müssen endlich eine Partei schaffen, die hundert Prozent ihrer Kräfte zum Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Agenten, die Sozialdemokraten, verwendet und die ihre Kräfte in Bruderkämpfen innerhalb der Partei nicht vergeudet. Die siegreiche Mehrheit muß verstehen, eine Reihe von klugen politischen und organisatorischen Schritten zu machen, die der neuen Mehrheit ermöglichen, eine neues Regime in der Partei zu schaffen, alle wertvollen Kräfte auszunützen, unabhängig davon, welchem Lager sie früher angehörten, und auf Grund einer festen, standhaften, revolutionär-kommunistischen Linie die Partei zur Erfüllung der vor ihr stehenden großen historischen Aufgaben zu führen.

Eure letzte Tagung des Zentralausschusses hat vollständig richtig erklärt, daß die Aufgaben der europäischen Kommunistischen Parteien nicht darin bestehen, daß sie die Entbolschewisierung der RKP. fördern, sondern im Gegenteil darin, daß sie an der Bolschewisierung der westeuropäischen Kommunistischen Parteien arbeiten. Das ist wunderschön gesagt. Wir sind fest überzeugt, daß Euer Parteitag auch in dieser Beziehung einen mächtigen Schritt vorwärts machen wird. Die Einheit — eine wahrhafte, feste, proletarische Einheit, keine nur äußerlich gezeigte, papierne, sondern ehrliche, bolschewistische Einheit — koste es, was es wolle — muß durch Euren Parteitag geschaffen werden. **Heran an die Massen, und noch einmal, heran an die Massen!** Dieses hat uns unser entschlafene Genosse Lenin gelehrt. Der Parteitag muß die Masse der Parteimitglieder und alle Anhänger der Kommunistischen Partei unter den proletarischen Massen mit unendlicher Hingabe an die Sache der proletarischen Revolution erfüllen. Der Reichsparteitag muß den Arbeitern den Glauben daran einflößen, daß die proletarische Partei, ohne eine Minute zu verlieren, sich zu den großen bevorstehenden Kämpfen vorbereitet. Der Reichsparteitag muß eine feste, revolutionäre Parteileitung schaffen. Der Reichsparteitag muß zeigen, daß die KPD. eine der würdigsten Sektionen der Kommunistischen Internationale ist.

Die Kommunistische Internationale wird ihrerseits alles tun, was von ihr abhängt, daß sie der kommunistischen Bruderpartei Deutschlands in der Lösung der vor ihr stehenden großen historischen Aufgaben Hilfe leistet.

Hoch die proletarische Revolution in Deutschland! Hoch die Diktatur des Proletariats in der deutschen Räterepublik! Hoch die KPD.

Moskau, den 26. März 1924.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.
Vorsitzender: Sinowjew.

Zweiter Brief des EK. der KI. an den Parteitag der KPD.

Zur Gewerkschaftsfrage.

Werte Genossen!

** Wir wollen die Gewerkschaftsfrage in Anbetracht ihrer äußersten Wichtigkeit in einem besonderen Briefe behandeln. Hier geht es nicht nur und nicht so sehr um das Schicksal der Gewerkschaftsbewegung, sondern um das Schicksal der KPD. selbst und folglich um das Schicksal der deutschen proletarischen Revolution. Hier handelt es sich darum, ob die KPD. tatsächlich eine proletarische **Massenpartei** sein wird oder nicht!

Ende Januar 1924 haben wir die Gewerkschaftsfrage mit Beteiligung einer für die gesamte deutsche Linke so autoritativen Delegation, wie die durch die Genossen Maslow, Ruth Fischer, Thälmann, König, Hesse und Scholem repräsentierte, der gründlichsten Erörterung unterzogen. Wir haben die Frage allseitig erörtert und einstimmig die nachfolgende, auch in Nr. 1 der Berliner Zeitschrift „Der Funke" veröffentlichte Resolution angenommen:

„Zur Arbeit der Partei in der Gewerkschaftsbewegung.

Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

Die Kommunistische Partei Deutschlands, die sich die Befreiung der proletarischen Massen vom Einfluß des Reformismus zur unmittelbaren Aufgabe stellt, kämpft wie bisher mit aller Entschiedenheit gegen die Losung des Austritts aus den Gewerkschaften.

Die Kommunisten, die überall bleiben und arbeiten, wo proletarische Massen sich befinden, errichten und festigen jetzt mit noch größerer Energie und im Zusammenhang mit der Zersetzung in den Reihen der Sozialdemokratie wahrscheinlich mit noch größerem Erfolg in den Gewerkschaften ihre kommunistische Fraktionen, die den Mittelpunkt der breiten Bewegung der revolutionären Gewerkschaftsorganisationen bilden.

Im gegenwärtigen Moment, in dem die Partei sich in illegalen Verhältnissen befindet und genötigt ist, nach der Ausnützung jeder legalen Möglichkeit zu streben, ist das besonders wichtig.

Die Kommunisten sind, wie bisher, gegen die Spaltung, und führen den Kampf gegen die Spaltungspolitik der Sozialdemokraten auch dann, wenn sie von den letzteren aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden. In der Periode der Kapitalsoffensive und des Anwachsens der Reaktion ist die Wahrung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung besonders wichtig.

Zur Organisation der Ausgeschlossenen und anderer.

Die aus den Gewerkschaften Ausgeschlossenen sowie die nichtorganisierten Schichten der Arbeiterklasse, die den Gewerkschaften nicht angehören, müssen von den Kommunisten, je nach den konkreten Verhältnissen jeder einzelnen Gewerkschaft, zusammengefaßt werden. Dabei ist es erforderlich, verschiedenartige und mannigfache Methoden (Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Arbeitslosenausschüsse, Parallelgewerkschaften der Ausgeschlossenen, Union, allgemeine Arbeiterausschüsse usw.) anzuwenden verstehen, ohne sich durch irgendeine der Methoden und Oppositionsformen endgültig die Hände zu binden. Der gemeinsame Arbeitsausschuß der Verbände und der Union wird dem Reichsausschuß der Betriebsräte zu gemeinsamer Arbeit verbunden. Die Partei muß bei der gegebenen Lage besonders sorgfältig, energisch und planmäßig die Arbeit unter den unorganisierten und parteilosen Massen betreiben, um die von den Unternehmern und der Gewerkschaftsbürokratie gewollte Zerschlagung der Arbeiterklasse zu verhindern.

Die Einheitsfront von unten.

Unter Ablehnung von Verhandlungen mit den führenden Spitzen der reformistischen Gewerkschaftsbewegung sowohl wie mit den Führern der Sozialdemokratie, die faktisch Verbündete der Bourgeoisie und des Faschismus sind, müssen es die Kommunisten verstehen, in den Gewerkschaften die Einheitsfront von unten durchzuführen durch den Zusammenschluß der breiten Massen des in den Gewerkschaften organisierten und noch nicht organisierten Proletariats auf dem Boden des Alltagskampfes und auch durch Hineinziehung derjenigen Schichte der Arbeiterklasse in diesen Kampf, die mit der Sozialdemokratie noch nicht gebrochen haben. Im Zusammenhang damit widersprechen die Verhandlungen und Vereinbarungen im Interesse des Kampfes seitens der Kommunisten mit den lokalen Massenorganisationen der Gewerkschaften (Ortsgruppen, Kartelle usw.) nicht nur nicht

der Taktik der Einheitsfront von unten, sondern bilden im Gegenteil eine wichtige Waffe gegen die Gewerkschaftsbürokratie und die Reformisten.

In jenen Fällen, in denen die Kommunisten in den Mitgliedschaften und Betrieben gemeinschaftlich mit den sozialdemokratischen Arbeitern auftreten, muß die Aufgabe der Kommunisten neben einer Koordinierung ihrer praktischen Tätigkeit die schärfste Hervorkehrung ihrer prinzipiellen Haltung, eine schonungslose Kritik der Fehler, der Unentschlossenheit, der Halbheit und der Inkonsequenz in den Forderungen der Sozialdemokratie sein.

Die Kommunistische Partei muß dabei den Arbeitern offen und klar auseinandersetzen:

1. daß die Krisis, die die Gewerkschaften durchmachen, der ganzen Geschichte der reformistischen Gewerkschaftsverbände ihrer Taktik und Politik des Burgfriedens entspringt;

2. daß aus der gegebenen schweren, ökonomischen Lage die Arbeiterklasse nicht durch die gewöhnlichen Maßnahmen gewerkschaftlichen Kampfes, sondern lediglich durch den Sturz der Macht der Kapitalisten, durch die Diktatur des Proletariats, herauszukommen vermag.

Die Kommunistische Partei darf eine Ausnützung irgendwelcher Arbeitermassenorganisationen, besonders antireformistischer, im Kampfe gegen die Reformisten nicht ablehnen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Bedeutung der Weimarer Konferenz zu betrachten, wo es auf dem Boden eines bestimmten Aktionsprogramms gegen die Gewerkschaftsbürokratie gelungen ist, nicht unbedeutende Schichten antireformistischer Elemente zusammenzuschließen, wie das auch in den Verbänden der Ausgeschlossenen, der Union und anderen der Fall war.

Zur Losung ‚Rettet die Gewerkschaften'.

Die Losung ‚Rettet die Gewerkschaften', wie sie bis jetzt oft ausgelegt wurde, ist unrichtig. Die Gewerkschaften können auf dem alten Weg nicht gerettet werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine gründliche Umwandlung der Gewerkschaften durch die Betriebsräte mit dem Ziele der Industrieorganisationen und der Ablösung des Reformismus durch einen revolutionären Inhalt ihrer Tätigkeit notwendig.

Die Rolle der Betriebsräte.

Die Hauptaufgabe ist deshalb die Konzentration aller Kräfte der Kommunisten auf die Arbeit in den Betrieben und Betriebsräten zu dem Zwecke, die Betriebsräte zu Ausgangs- und Stützpunkten der ganzen Arbeit der Partei in den Massen, insbesondere gegen die reformistischen Führer, zu machen.

Den Betriebsräten fällt weiter die wichtige Aufgabe zu, in den sich häufenden elementaren Kämpfen die organisierten Gewerkschaftsmassen mit den nichtorganisierten zu verbinden.

Im Zusammenhang damit müssen die Betriebsräte industriegruppenweise in lokalem, produktionstechnischem, bezirksweisem und allgemeinem Maßstabe als die Voraussetzung und Basis der künftigen Produktionsorganisation organisatorisch untereinander verbunden sein.

Dabei ist im gegebenen Moment die Unterstellung der Betriebsräte unter die reformistischen Gewerkschaften in der einen oder anderen Form als schädlich zu bekämpfen.

Zum ökonomischen Kampf.

Die aus der bestehenden Lage (der ungünstigen ökonomischen Konjunktur, des Produktionsabbaues, des Bankrotts der reformistischen Gewerkschaften usw.) mit Naturnotwendigkeit entstehende Dezentralisation, die elementare Entstehung von Streiks der Arbeiter (gegen die Gewerkschaftsverbände und ohne eine finanzielle Unterstützung von ihrer Seite) stellt die Kommunisten vor die Aufgabe der Führung dieser Streiks.

Jede konkrete Frage des ökonomischen Kampfes und der Gewerkschaftstaktik müssen die Kommunisten mit den allgemeinen, historischen Aufgaben der Arbeiterklasse, mit der Notwendigkeit des Kampfes um die Diktatur des Proletariats verbinden.

Die Kommunisten müssen den lebhaftesten Anteil an der Organisation der Streikleitungen und der Aktionsausschüsse nehmen und sie mit den Betrieben verbinden.

Dabei darf die gesamte Schwere des ökonomischen Kampfes nicht ausschließlich auf die Schultern der Betriebsräte abgewälzt und gelegt werden, in Anbetracht dessen, daß die Betriebsräte die Grundlage der allgemeinen Umgruppierung der Kräfte der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe darstellen.

Die Betriebsräte müssen die Gewerkschaften für die fortschreitende Verelendung der Arbeiterschaft anklagen und verantwortlich machen.

Zur allgemeinen Taktik in den Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftstaktik und die Losungen in den Gewerkschaften werden von den Kommunisten lediglich auf der Grundlage der allgemeinen und konkreten Einschätzung der vor der Arbeiterklasse und der Partei stehenden Aufgaben sowie der am Kampfe beteiligten Kräfte festgelegt."

•

Seither verging nur eine kurze Zeit. Was hat sich seither geändert?

1. Die Partei wurde legal: Die Zukunft wird zeigen, ob auf lange. (Es versteht sich von selbst, daß wir unseren illegalen Apparat, den wir noch brauchen werden, erhalten müssen.)

2. Die Führer der deutschen Sozialdemokratie und die Führer des ADGB. haben begonnen, mit besonderer Beharrlichkeit eine Spaltung in den Gewerkschaften zu provozieren, indem sie zum Ausschluß unserer Genossen und dergleichen schreiten.

3. Innerhalb der KP. hat die Linke einen entschiedenen Sieg errungen.

4. Für Anfang Mai sind die Reichstagswahlen angesetzt.

Das sind die wichtigsten Veränderungen seit der Zeit, da wir zusammen mit der Delegation der Linken den bekannten Beschluß zur Gewerkschaftsfrage faßten.

Der Umstand, daß die Führer des ADGB. beharrlich auf eine Spaltung der Gewerkschaften hinarbeiten und dabei zur gemeinsten Provokation ihre Zuflucht nehmen, erschwert natürlich Eure Lage sehr. Trotzdem schafft jedoch dieser Umstand noch keineswegs eine völlig neue Lage. Solche Provokationen gab es auch früher und wird es auch in Zukunft geben. Und was die übrigen oben erwähnten, neuen politischen Momente betrifft, so können sie unter keinen Umständen einen Grund zur Revision unserer Taktik in der Gewerkschaftsfrage bilden.

Wir wissen sehr wohl, daß es Verhältnisse gibt, unter denen eine Spaltung unvermeidlich ist, und auch in Deutschland denken wir durchaus nicht daran, uns in dieser Hinsicht grundsätzlich zu binden. Wir wissen, daß die reformistischen Führer früher oder später ein Spaltung der Gewerkschaften herbeiführen werden, wie es zum Beispiel in Frankreich geschehen ist. Andererseits aber wissen wir auch, daß wir Kommunisten gerade umgekehrt an der Aufrechterhaltung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung interessiert sind. Wie schon erwähnt, ist die Frage der Taktik der Kommunistischen Partei gegenüber den Gewerkschaften eine Frage des Schicksals der KPD. als Massenpartei des revolutionären Proletariats. Die gegenwärtig in der KP. aufgerollte Frage über die Gewerkschaften kann nur in Verbindung mit der Frage nach den weiteren Perspektiven der deutschen Revolution überhaupt richtig gelöst werden. Schematisch gesprochen, sind zwei Perspektiven möglich:

a) entweder ein mehr oder minder schnelles Heranreifen eines neuen revolutionären Aufstieges, der binnen einigen Monaten, oder sagen wir, im Laufe von ein bis zwei Jahren den entscheidenden Kampf herbeiführt;

b) oder aber eine sich etwas länger hinziehende Periode, die eine ganze Reihe von Jahren umfassen würde.

Im ersteren Falle würden natürlich die Fehler, die die KPD. in der Gewerkschaftsfrage begehen würde, durch eine siegreiche Revolution wieder wettgemacht werden, während im zweiten Falle ein Fehler in der Gewerkschaftsfrage der KPD. fraglos und bestimmt zum Verhängnis werden würde.

Wir haben bereits festgestellt, daß die KPD., indem sie ihrerseits alles tut, um die Chancen der ersten Möglichkeit zu vergrößern, gleichzeitig ihre Taktik so gestalten muß, daß sie auch für die zweite Perspektive gerüstet dasteht.

Für den Fall eines schnellen Sieges der proletarischen Revolution werden wir natürlich eine ganze Reihe neuer und rasch wirkender Maßnahmen finden, die uns die Eroberung der Gewerkschaften sichern. Zöge sich dagegen der Prozeß der Heranreifung der Revolution in die Länge und gäben wir gleichzeitig

den Führern des ADGB. die Möglichkeit, uns aus den Gewerkschaften hinauszudrängen, so würde das den Untergang der KPD. bedeuten. Die Kunst der Bolschewiki in der Epoche zwischen den beiden Revolutionen (etwa von 1907 bis 1914) bestand darin, daß sie es verstanden, neben einem schonungslosen Kampf gegen den Opportunismus und das Liquidatorentum gleichzeitig mit allen Mitteln ihre Lostrennung von den Massenorganisationen der Arbeiterschaft zu verhindern, sich von „linken" Phrasen nicht hinreißen zu lassen. Damals fehlte es in der bolschewistischen Fraktion keineswegs an Stimmen ungeduldiger Genossen, die die Einstellung der Arbeit in den menschewistischen Gewerkschaften, in der Reichsduma usw. forderten. Genosse Lenin bekämpfte aufs entschiedenste und schonungsloseste die haltlosen „linken" Tendenzen. Er erklärte, daß man um des Wohles der proletarischen Revolution willen bereit sein müsse, nicht nur in ein reaktionäres Parlament und in die menschewistischen Gewerkschaften, sondern nötigenfalls selbst in einen „Schweinestall" zu gehen.

Wir begreifen vollauf die Entrüstung der Arbeiter, die aus ihren Arbeitsgroschen nicht die Mitgliedsbeiträge an die reformistischen Gewerkschaften hergeben wollen, deren verräterisches Treiben die Arbeiter Tag für Tag sehen und deren Führer gegen Kämpfende die Reichswehr herbeiholen. Wir verstehen die revolutionäre Ungeduld der Hitzköpfe unter den Arbeitern, die gegen die Führer des ADGB. empört die Faust ballen. Doch sind Gefühle allein schlechte Ratgeber in einer so schwierigen Lage, wie in der, in der Ihr Euch gegenwärtig befindet.

Es ist lächerlich, zu denken, wir könnten an Stelle der Gewerkschaften schnell irgendeine neue Form der Organisation der Arbeiterschaft erfinden. Das ist unmarxistisch, somit auch nicht bolschewistisch. Die Gewerkschaften haben weder die Grassmanns noch die Wels oder die Dissmanns erfunden. Es ist unsinnig, zu behaupten, daß wir leicht imstande wären, einen „neuen Typus" der Arbeiterorganisation in Deutschland ausfindig zu machen. Das ist eine leere Einbildung; der neue Typus der Arbeiterorganisation werden bei einem neuen Revolutionsaufstieg die der Arbeiterräte sein. Doch auch dann werden die Gewerkschaften bestehen bleiben, und wir werden sie nur reorganisieren und ihnen einen neuen Geist einflößen. Die Gewerkschaften sind die geschichtlich gegebene Form der Massenorganisationen für die Dauer der ganzen Epoche. Gelingt es dem deutschen Proletariat nicht, die Gewerkschaften bereits vor dem Siege der proletarischen Revolution für seinen Befreiungskampf auszunützen, so würden die Gewerkschaften zweifellos eine nicht geringe Rolle während der proletarischen Revolution und erst recht unmittelbar nach dem Siege der proletarischen Revolution spielen. Vergegenwärtigt Euch die Erfahrungen aus der russischen Revolution und der russischen Gewerkschaftsbewegung. Bis zur Oktoberrevolution hatten in den Gewerkschaften die Menschewiki die Mehrheit. Trotzdem hat zur Zeit der Oktoberrevolution ein sehr beträchtlicher Teil der durch uns revolutionierten Gewerkschaften uns bei der Eroberung der Macht geholfen. Nach der Oktoberrevolution eroberten wir dann schnell die Gewerkschaften, die der proletarischen Diktatur unschätzbare Dienste erwiesen. Ohne die Hilfe der Gewerkschaften hätte sich die proletarische Diktatur in Rußland nicht einmal einige Wochen halten können. Darauf hat Genosse Lenin wiederholt und mit vollem Recht hingewiesen.

Eure deutschen Menschewiki sind nur um ein Geringes schlimmer als die russischen Menschewiki, während die deutschen kommunistischen Proletarier — dessen sind wir gewiß — sich als nicht schlechtere Kommunisten erweisen werden wie die russischen Kommunisten.

Wenn Ihr versucht, sofort parallele Gewerkschaften unter Heranziehung ziemlich formloser Erwerbslosenorganisationen, Vertretungen der Betriebsräte und ähnliche Organisationen mehr zu schaffen, so werdet Ihr ein Kuddelmuddel bekommen. Machtvolle proletarische Organisationen werdet Ihr auf diese Weise nicht zustande bringen. Es würden eher Erwerbslosengewerkschaften, nicht aber Gewerkschaften arbeitender Genossen sein. Die Erwerbslosen können und müssen organisiert werden. Unter günstigen Umständen können sie bei der Vorbereitung der proletarischen Revolution eine sehr wichtige Rolle spielen. Es ist dagegen unmöglich, aus ihnen parallele Gewerkschaften aufzubauen.

Am Tage nach der Bildung dieser parallelen Gewerkschaften durch Euch werden die Massen sofort an Euch die Forderung stellen, erfolgreiche wirtschaftliche Kämpfe zu führen. Bei der jetzigen Lage der deutschen Industrie, mit der konterrevolutionären deutschen Sozialdemokratie und dem ADGB. im Rücken, in dem auf jeden Fall nicht weniger als zwei Drittel der Arbeiter verbleiben werden, könnt Ihr keine wirtschaftlichen Streiks siegreich führen. Zudem verbleibt den Führern der Sozialdemokratie ein weiteres Mittel: sie können unsere Parallelgewerkschaften als nicht legale erklären und dadurch der Bewegung neue Hindernisse in den Weg legen. Sobald sich aber die Massen überzeugt haben werden, daß unsere Gewerkschaften wirtschaftliche Streiks nicht siegreich durchführen können, werden sie enttäuscht sein und unseren Parallelgewerkschaften den Rücken kehren. Es wird eine Zersplitterung unserer Kräfte einsetzen, womit den verräterischen Führern des ADGB. nur ihre Aufgabe erleichtert werden wird.

Es wird oft behauptet, die Bewegung für den Austritt aus den Gewerkschaften habe einen Riesenumfang angenommen, sie sei nicht mehr aufzuhalten, und es verlieren die Gewerkschaften gerade die besten und revolutionärsten Arbeiter. Dieses Argument ist nicht stichhaltig. Sollte es Tatsache sein, daß in den sozialdemokratischen Gewerkschaften nur wenige Arbeiter bleiben, **so wäre es für den von Kommunisten geführten, festen Kern um so leichter, sie von innen her zu erobern.** Nun liegen die Dinge aber in Wirklichkeit so, daß diese sozialdemokratischen Verbände durchaus nicht so schwach sind. Sie umfassen auch jetzt noch doppelt so viel Mitglieder, als sie vor dem Kriege hatten. Dazu kommt, daß die geringste Besserung der industriellen Konjunktur Deutschlands, die immerhin vorübergehend, als Episode, nicht ausgeschlossen ist, kraft der Tradition eine neue Konsolidierung der sozialdemokratischen Gewerkschaften herbeiführen würde.

Die Zahl der organisierten Arbeiter hat abgenommen. Das stimmt. Das stellt uns vor neue Aufgaben. Wir müssen Organisiertheit in die Reihen der Unorganisierten schaffen. Wir müssen unter ihnen arbeiten. Doch die Gewerkschaften den Sozialdemokraten überlassen, ist unzulässig.

Der praktischen Schwierigkeiten sind viele. Sie können von Moskau nicht vorausgesehen werden. In dieser Hinsicht werdet Ihr eine gewisse Erfindungsgabe an den Tag legen müssen.

Der Widerstand gegen die sozialdemokratischen Führer muß innerhalb der Gewerkschaften von unten her organisiert werden. Auch jeder Ausschluß unserer Genossen muß mit einem Kampf, mit einem Widerstand, wenn möglich, mit Straßendemonstrationen, mit Massensolidaritätserklärungen von unten usw. beantwortet werden.

Man erklärt uns: es treten die besten revolutionärsten Arbeiter aus. Nein, nein, und tausendmal nein! Diejenigen, die entgegen der Weisung ihrer Kommunistischen Partei die Gewerkschaften verlassen, können unter keinen Umständen als die besten und revolutionärsten Elemente betrachtet werden; in den Jahren 1908 bis 1914 hat man uns Bolschewisten wiederholt dasselbe erklärt. Wir haben darauf geantwortet: diejenigen, die die menschewistischen Gewerkschaften entgegen den Weisungen der bolschewistischen Partei verlassen, sind nicht die besten, die revolutionärsten, sondern die undisziplinierten Elemente, bestenfalls **Gefühlsrevolutionäre.** Wenn unsere KPD. was wert ist, **muß sie vor allem verstehen, die Durchführung der Parteidirektive in bezug auf das Nichtverlassen der reformistischen Gewerkschaften auch durchzusetzen.** Gedenkt dessen, was uns Lenin in seinem hervorragenden Buche: „Der Radikalismus — die Kinderkrankheit des Kommunismus" als Vermächtnis hinterlassen hat, vor allem des Kapitels:

„Sollen Kommunisten in reaktionären Gewerkschaftsverbänden arbeiten?"

Denkt daran, mit welcher Leidenschaftlichkeit und Unversöhnlichkeit er schon damals äußerst „linke" Kommunisten bekämpfte, die in den reformistischen Gewerkschaften nicht arbeiten wollten. Hätte es die KI. auf ihrem II. Kongreß, auf beharrliche Forderungen des Genossen Lenin, den Kommunisten nicht entschieden und kategorisch verboten, aus den reformistischen Gewerkschaften auszutreten, wir hätten heute in Europa keine einzige kommunistische Massenpartei, keinerlei Einfluß in den bestehenden gewerkschaftlichen Massenorganisationen.

Die Führung der KPD. geht jetzt in neue Hände, zur linken Richtung über. Daraus kann sich **für die revolutionäre Bewegung in Deutschland der größte Nutzen ergeben, jedoch nur dann, wenn die linke Richtung nicht Schritte unternimmt, die mit einer Liquidierung der gesamten Taktik der KI., das heißt der gesamten Taktik des Leninschen Bolschewismus, gleichbedeutend**

wären. Würde Euer Parteitag die sogenannte „neue Taktik“ in der Gewerkschaftsbewegung billigen, so würde das gerade den Verzicht auf den Bolschewismus in einer der grundlegendsten Fragen bedeuten. Die KI. würde die Verantwortung für eine solche Änderung der Taktik jedenfalls nicht übernehmen. Mit einem solchen Beschluß würdet Ihr Euch in einen absoluten Gegensatz zu den grundlegenden Beschlüssen der KI. setzen. Die KI. wäre dann gezwungen, einen solchen Beschluß zu bekämpfen, da er unserer tiefsten Überzeugung nach der Sache der proletarischen Revolution in Deutschland den größten Schaden zufügen und nicht weniger traurige Folgen auch im internationalen Maßstabe zeitigen würde.

Die KI. empfiehlt Eurem Parteitag, die Resolution zur Gewerkschaftsfrage, die in Moskau Ende Januar d. J. von den Vertretern der Linken in Gemeinschaft mit dem EK. der KI. ausgearbeitet wurde, zu bestätigen. Wir empfehlen Euch nachhaltig und fest, auf die ganze Autorität des Parteitages gestützt, gegen jene Genossen aufzutreten, die die reformistischen Gewerkschaften verlassen. Wir schlagen Euch eine Reihe praktischer Maßnahmen vor zwecks Schaffung eines einheitlichen Verbandes aller Ausgeschlossenen zum Kampfe für ihre Wiederaufnahme in die Gewerkschaften und die Wiederherstellung der Einheit der Gewerkschaften gründlich zu beraten. Wir schlagen Euch weiter vor, die Losung „**Einheit der Gewerkschaften**“ zu einer der Hauptlosungen für die bevorstehenden Reichstagswahlen wie überhaupt für die bevorstehende Kampfperiode zu machen. Wir schlagen Euch vor, im Namen des Parteitages zu erklären, daß Ihr bereit seid, auf die sofortige Einberufung eines Kongresses der Opposition in den Gewerkschaften zu verzichten, um den Führern des ADGB. selbst den äußersten Vorwand zur Spaltung zu nehmen. Wir raten Euch, aus der sogenannten Reversfrage keine prinzipielle Frage zu machen, sondern sie zu behandeln, wie wir die Eidesleistung in bürgerlichen Parlamenten behandeln, und diese Stellungnahme vor der Arbeiterklasse offen zu begründen. Gleichzeitig sind wir der Ansicht, daß eine der Hauptaufgaben der KPD. in der Steigerung der Arbeit in den Betriebsräten und Gewerkschaften besteht, wir müssen es endlich erreichen, daß die kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften nicht bloß auf dem Papier existieren, daß unsere kommunistischen Fraktionen aufhören, bloße Spitzenorganisationen zu sein. Insofern wie Führer der SPD. uns dazu zwingen, müssen wir es verstehen, auch eine illegale kommunistische Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften zu leisten.

Niemand hat bisher irgendein ernstes Argument zur Begründung der Behauptung angeführt, um zu beweisen, daß die in Moskau Ende Januar 1924 angenommene Resolution heute bereits unrichtig wäre. Die KI. hat ihre Taktik in bezug auf die Gewerkschaften im Verlaufe von Jahren ausgearbeitet und sie hat entschieden gar keinen Grund, diese Taktik zu ändern.

Moskau, den 24. März 1924.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.
Vorsitzender: Sinowjew.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 49. 25. April. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Notizen eines Publizisten. Von Lenin 569

Politik.

Die Londoner Konferenz der Sowjetunion mit England . 572

Union der Sowjetrepubliken.

Gegen die Einmischung Poincarés! 573

Brief aus Sowjetrußland. Von Rubiner 574

Arbeiterbewegung.

Neue Arbeiterkämpfe in der Tschechoslowakei. Von Heller 575

Die Lehrerbewegung in Österreich. Von Wertheim . 575

Aus der Internationale.

1. Mai 1924. Von Albert 576

Offener Brief der KP. Indiens an die Delegierten zur Yorker Jahreskonferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands 577

Aus dem Lager der Gegner.

Der Parteitag der SP. Ungarns. Von Magyar . . . 578

Aufrufe.

An die Werktätigen der ganzen Welt! 579

Buchbesprechungen.

Die „Kommunistische Internationale" Nr. 31/32. Von Ep. 579

Notizen eines Publizisten.

Über die Ersteigung hoher Berge, über die Schädlichkeit der Verzweiflung, über den Nutzen des Handels, über das Verhältnis zu den Menschewiki usw.

Von W. I. Lenin.

Vorbemerkung des Genossen Sinowjew.

** Nachstehender und bisher noch unveröffentlichter Artikel wurde unlängst im Archiv des Genossen Lenin gefunden. Der Artikel wurde für die Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale" geschrieben (ungefähr im Februar oder März 1922) und war als Fortsetzung jener „Notizen eines Publizisten" gedacht, die Wladimir Iljitsch damals in fast jeder Nummer der „Kommunistischen Internationale" fortlaufend veröffentlichen ließ.

Ich erinnere mich daran, daß Wladimir Iljitsch versprach, diesen Artikel für die nächste Nummer der „KI." fertigzuschreiben, es dann aber wegen Erschöpfung und Überlastung durch andere Arbeiten unterließ.

In der Frage über die Rolle von Paul Levi gab es während des III. Kongresses auch innerhalb der russischen Delegation bedeutende Differenzen. Seinen Fehler in dieser Frage hat Wladimir Iljitsch in mündlichen Gesprächen öfters eingestanden. Wie es sich nun herausstellt, hat er dies auch schriftlich getan. Durch die Erklärung Lenins, im nachstehenden Artikel, wird dem nicht uninteressanten Streit über die wichtige Episode, die für die Bestimmung der Taktik der Komintern von großer Bedeutung war, ein Ende gesetzt.

Was Serrati betrifft, so bezieht sich seine so scharfe Verurteilung durch Genossen Lenin auf die Zeit seiner größten Fehler und seiner ungerechtesten Angriffe gegen die Komintern. An dieser Stelle haben wir aus dem Manuskript Lenins einige durch die Leidenschaftlichkeit des Kampfes hervorgerufene scharfe Ausfälle gestrichen, und wir sind vollkommen überzeugt davon, daß wir in dieser Beziehung im Geiste Lenins vorgegangen sind. Er wäre der erste gewesen, der jetzt alle diese scharfen Ausfälle gestrichen und sich gefreut hätte, daß Genosse Serrati in die Reihen der Komintern zurückkehrt, um so mehr, als Genosse Lenin die Fähigkeiten des Genossen Serrati hoch einschätzte.

Der — wenn auch unvollendete — Artikel Wladimir Iljitschs erscheint gerade jetzt zur allerbesten Zeit. Bald findet der V. Kongreß der Komintern statt, der sich mit vielen in diesem Artikel angeschnittenen Problem zu beschäftigen haben wird. Die KPD. durchlebt wieder einen scharfen inneren Kampf. Es gibt „ultra-linke" Genossen, die an die im Jahre 1903 gemachten Fehler Rosa Luxemburgs gegen die Ansichten der Komintern appellieren. Für diese Genossen wird es besonders nützlich sein, zu lesen, was darüber Wladimir Iljitsch sagt. Es gibt Genossen, die gerne über eine „Krise" der Komintern reden. Für diese Genossen wird es besonders nützlich sein,

zu lesen, was Genosse Lenin über die „ruhige, unauffällige, nicht marktschreierische, langsame, aber tiefe Arbeit der Schaffung wirklicher Kommunistischer Parteien in Europa und Amerika“ schreibt. Und es wäre sehr, sehr nützlich, wenn viele „Kritiker“ der Politik der KP. Rußlands lesen und durchstudieren würden, was Wladimir Iljitsch „über die Ersteigung hoher Berge“ und insbesondere „über die Schädlichkeit der Verzweiflung“ schreibt.

Moskau, den 15. April 1924. G. Sinowjew.

I.

Als Beispiel.

Stellen wir uns einen Menschen vor, der einen sehr hohen, steilen und bisher noch nicht erstiegenen Berg ersteigt. Nehmen wir an, daß es ihm nach der Überwindung unerhörter Schwierigkeiten und Gefahren gelungen ist, einen viel höheren Punkt zu erreichen als seine Vorgänger, aber daß er den Gipfel doch nicht erreichte. Er befand sich in einer Lage, wo es nunmehr nicht nur schwierig und gefährlich, sondern völlig unmöglich geworden ist, in der gewählten Richtung und auf dem gewählten Pfade vorwärts zu kommen. Er mußte zurückkehren, abwärts steigen, neue Wege suchen, wenn auch längere, so immerhin solche, die die Möglichkeit der Erreichung des Gipfels in Aussicht stellen. Das Abwärtssteigen in jener in der Welt noch nie erstiegenen Höhe, wo sich unser Wanderer befindet, ist vielleicht von noch größeren Schwierigkeiten und Gefahren begleitet als der Aufstieg: man kann leichter ausrutschen; es ist viel unbequemer, darauf zu achten, wohin man den Fuß setzen soll; es fehlt jene gehobene Stimmung, die der unmittelbare, direkt zum Ziele führende Aufstieg hervorruft usw. Man muß sich an einem Seile befestigen, man muß ganze Stunden damit verbringen, um sich mit einer Hacke einen Vorsprung oder eine Stelle auszuhauen, woran man das Seil befestigen könnte, man bewegt sich mit der Langsamkeit einer Schnecke und dabei bewegt man sich immer weiter rückwärts, immer tiefer, immer weiter von dem Ziele, und dennoch sieht man noch nicht, ob dieses verzweifelt gefährliche, qualvolle Hinabsteigen schon zu Ende ist, ob man sich schon an einem, wenn auch nur einigermaßen hoffnungsreichen Umweg befindet, von wo man wieder mutiger, schneller vorwärts gehen kann, hinauf zum Gipfel.

Es ist nur natürlich, wenn man annimmt, daß ein Mensch, der sich in einer solchen Lage befindet, trotzdem er eine noch nie erstiegene Höhe erreichte, Minuten der Verzweiflung durchlebt. Und es ist wahrscheinlich, daß diese Minuten öfter eintreten, zahlreicher und schwieriger sein würden, wenn Stimmen jener Leute zu ihm gelangen würden, die aus der gefahrlosen Tiefe durch Ferngläser jenen äußerst gefährlichen Abstieg beobachten, den man nicht einmal einen „Abstieg mit gebremsten Rädern“ (nach dem Ausdruck der „Smena Vech“ — Richtung) nennen kann, da eine Bremse einen gut zusammengestellten, vorher ausprobierten Wagen, einen im voraus vorbereiteten Weg, einen bereits vorher geprüften Mechanismus voraussetzt. Hier aber gibt es weder einen Wagen noch einen Weg, überhaupt gar nichts, was vorher geprüft worden wäre.

Unten aber werden schadenfrohe Stimmen laut. Es gibt Leute, die ihre Schadenfreude unverhüllt zum Ausdruck bringen, lachen, schreien: Jetzt wird er stürzen, es geschieht ihm recht, er hätte nicht so wahnsinnig sein sollen! Andere versuchen, ihre Schadenfreude zu verhüllen, sie stellen sich traurig, indem sie ihre Augen zum Berg erheben: Leider haben sich unsere Befürchtungen bestätigt. Waren denn nicht wir es, die unser ganzes Leben der Vorbereitung eines vernünftigen Planes der Ersteigung dieses Berges gewidmet und gefordert haben, das Ersteigen aufzuschieben, bis wir mit der Ausarbeitung unseres Planes fertig werden? Und wenn wir so leidenschaftlich den Weg bekämpfen, den jetzt auch der Wahnsinnige selbst verläßt (seht nur, seht, er geht zurück, er steigt abwärts, er verbringt ganze Stunden damit, um sich die Möglichkeit zu schaffen, um einen Arschin vorwärtszukommen — uns aber beschimpfte er mit den niederträchtigsten Worten, als wir systematisch Mäßigung und genaue Berechnung forderten), wenn wir den Wahnsinnigen so scharf verurteilten und jeden warnten, ihn nachzuahmen oder zu unterstützen, so geschah das ausschließlich aus Liebe zum großen Plan der Ersteigung dieses Berges und um diesen großen Plan überhaupt nicht zu kompromittieren.

Zum Glück kann unser Wanderer unter den Verhältnissen des von uns gewählten Beispieles die Stimmen dieser „aufrichtigen Freunde“ der Idee des Ersteigens nicht hören, denn es würde ihm davon übel werden. Und die Übelkeit trägt, wie man sagt, nicht dazu bei, die Frische des Kopfes und die Festigkeit der Füße besonders in sehr großen Höhen zu bewahren.

II.

Ohne Metapher.

Ein Beispiel ist kein Beweis. Jeder Vergleich hinkt. Das sind unbestrittene und allgemein bekannte Wahrheiten, aber man muß sie dennoch erwähnen, um die Grenzen der Gültigkeit jedes Vergleiches überhaupt anschaulicher darzustellen.

Das russische Proletariat hat in seiner Revolution gigantische Höhen erklommen, nicht nur im Vergleiche mit den Jahren 1789 und 1793, sondern auch im Vergleiche mit 1871. Wir müssen uns so nüchtern, klar und anschaulich wie nur möglich Rechenschaft darüber geben, was wir bereits „fertiggebracht“ und was wir noch vor uns haben: dann bleibt unser Kopf klar, wir werden weder der Übelkeit noch Illusionen, noch der Verzweiflung anheimfallen.

Wir haben die bürgerlich-demokratische Revolution „fertiggebracht“, und zwar so „rein“ wie noch niemals in der Geschichte. Das ist die größte Errungenschaft, die keine Macht mehr rückgängig machen kann.

Wir fanden den Ausweg aus dem reaktionärsten imperialistischen Krieg durch revolutionäre Mittel. Das ist gleichfalls eine Errungenschaft, die keine Macht in der Welt rückgängig machen kann, und eine umso wertvollere Errungenschaft, als reaktionäre imperialistische Kriege auch in der nächsten Zukunft unvermeidlich sind, wenn der Kapitalismus bestehen bleibt. Und die Menschen des 20. Jahrhunderts werden sich zum zweiten Male nicht so leicht durch „Baseler Manifeste“ abspeisen lassen, mit denen die Renegaten, die Helden der 2. und 2½. Internationale, in den Jahren 1912 und 1914/18 sich selbst und die Arbeiter betrogen haben.

Wir haben den Sowjettypus des Staates geschaffen und damit eine neue welthistorische Epoche begonnen, die Epoche der politischen Herrschaft des Proletariats, die die Epoche der bürgerlichen Herrschaft ablöst. Das kann ebenfalls nicht rückgängig gemacht werden, obwohl es uns nur durch die praktische Erfahrung der Arbeiterklasse einiger Länder gelingen wird, den Sowjettypus des Staates „fertigzubringen“.

Wir haben nicht einmal noch das Fundament der sozialistischen Wirtschaft fertiggebracht. Das kann noch durch die Kräfte des sterbenden Kapitalismus zurückgenommen werden.

Das müssen wir klar erkennen und offen gestehen, da es nichts Gefährlicheres gibt als die Illusion (und das schwindlige Gefühl im Kopfe, besonders in großen Höhen). Und es gibt entschieden nichts „Entsetzlicheres“, nichts, was nur zur kleinsten Verzweiflung über diese bittere Wahrheit einen gerechtfertigten Anlaß geben könnte. Wir predigen und wiederholen ja immer jene ABC-Wahrheit des Marxismus, daß zum Siege des Sozialismus die gemeinsamen Anstrengungen der Arbeiter einiger fortgeschrittenen Länder notwendig sind. Wir aber sind noch immer allein. Und in einem rückständigen Lande, in einem Lande, das mehr verwüstet war als jedes andere, haben wir unglaublich viel geleistet. Nicht genug damit: Wir bewahrten die „Armee“ der revolutionären proletarischen Kräfte, wir bewahrten ihre „Manövrierfähigkeit“, wir bewahrten die Klarheit des Denkens, die uns ermöglicht, nüchtern zu berechnen, wo, wann und wie weit wir uns zurückzuziehen haben (um kräftiger vorwärtsstürmen zu können); wo, wann und wie wir uns anschicken müssen, das noch nicht Fertiggebrachte umzuarbeiten. Man muß gewiß jene Kommunisten als verloren betrachten, die sich einbilden würden, daß es möglich sei, ohne Fehler, ohne Rückzüge, ohne öftere Umarbeitung des noch nicht Fertiggebrachten und des unrichtig Begonnenen eine solche welthistorische „Unternehmung“, wie die Errichtung des Fundaments der sozialistischen Wirtschaft (besonders in einem Lande der kleinen Bauernschaft). Nicht verloren sind jene Kommunisten (und sie werden sich auch wahrscheinlich nicht verlieren), die sich weder Illusionen noch der Verzweiflung hingeben, die ihre Kraft und die Beweglichkeit ihre Organismus für das wiederholte „Von-neuem-Anfangen“ bewahren, wenn es sich um eine schwere Aufgabe handelt.

Um so weniger dürfen wir uns auch der kleinsten Verzweiflung hingeben, um so weniger haben wir Grund dazu, als wir trotz der Verwüstungen, trotz unseres Elends, unserer Rückständigkeit, unserer Hungersnot begonnen haben, uns auf dem Gebiete der Vorbereitung zur sozialistischen Wirtschaft **vorwärts zu bewegen**, während neben uns in der ganzen Welt

viel mehr fortgeschrittene Länder, die tausendmal so reich und militärisch tausendmal so mächtig sind wie wir, sich weiter abwärts bewegen auf dem Gebiete „ihrer", von ihnen heilig gehaltenen, ihnen bekannten, seit Jahrhunderten erprobten kapitalistischen Wirtschaft.

III.

Über die Fuchsjagd; über Levi; über Serrati.

Man sagt, die beste Methode der Fuchsjagd besteht in folgendem: Der verfolgte Fuchs wird in einer gewissen Entfernung durch eine Schnur mit roten Lappen, nicht allzu hoch über dem Schnee, eingekreist; aus Angst vor der künstlichen „menschlichen" Rüstung kommt der Fuchs nur dann und nur dort hervor, wo diese aus Lappen bestehende Einkreisung offen ist, und da erwartet ihn der Jäger. Man könnte denken, die Vorsichtigkeit sei bei einem solchen Wild, das von jedem gehetzt wird, eine äußerst positive Eigenschaft. Aber auch hier wird „die übertriebene Tugend" zu einem Laster. Der Fuchs wird infolge seiner übermäßigen Vorsicht gefangen.

Ich muß einen Fehler bereuen, den ich auf dem III. Kongreß der Komintern, gleichfalls aus übertriebener Vorsicht, begangen habe. Auf diesem Kongresse stand ich auf der äußersten Rechten. Ich war überzeugt davon, daß dies die einzige richtige Stellungnahme gewesen sei, da eine zahlreiche (und „einflußreiche") Delegiertengruppe, mit vielen deutschen, ungarischen und italienischen Genossen an der Spitze, eine übertriebene „linke" und eine unrichtige „linke" Stellung einnahm und sehr oft die nüchterne Berechnung der für die sofortige und unmittelbare revolutionäre Aktion nicht allzu günstigen Lage durch das heftige Schwingen von roten Lappen ersetzten. Aus Vorsichtigkeit, und da ich besorgt war, daß diese zweifelsohne unrichtige linke Abweichung der ganzen Taktik der Komintern eine falsche Richtung geben könnte, verteidigte ich Levi in jeder Weise, und ich gab der Ansicht Ausdruck, daß er vielleicht aus einer übertriebenen Angst vor den Fehlern der Linken den Kopf verlor (ich leugnete nicht, daß er den Kopf verlor), und daß es Fälle gegeben habe, wo Kommunisten, die den Kopf verloren, ihn wieder „gefunden" haben. Unter dem Ansturm der „Linken" habe ich angenommen, daß Levi ein Menschewik sei, aber ich wies darauf hin, daß selbst eine solche Annahme die Sache nicht entscheide. Zum Beispiel: Die ganze Geschichte des fünfzehnjährigen Kampfes der Menschewiki und Bolschewiki in Rußland (1903 bis 1917) beweist — auch die drei russischen Revolutionen beweisen es — daß die Menschewiki im allgemeinen unbestreitbar unrecht hatten und daß sie wirklich Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung waren. Das ist eine unbestreitbare Tatsache. Aber diese unbestreitbare Tatsache schließt jene Tatsache nicht aus, daß in einzelnen Fällen die Menschewiki und nicht die Bolschewiki recht hatten, so zum Beispiel in der Frage über den Boykott der Stolypinischen Duma im Jahre 1907.

Seit dem III. Kongreß der Komintern sind bereits acht Monate vergangen. Unser damaliger Streit mit den „Linken" ist allem Anschein nach bereits überholt, vom wirklichen Leben entschieden. In bezug auf Levi habe ich unrecht gehabt, da er mit Erfolg bewies, daß er nicht aus Zufall den menschewistischen Pfad betrat, nicht aus übertriebener Abwehr gegen den äußerst gefährlichen Fehler der Linken, sondern auf die Dauer, entschieden, mit seiner ganzen Natur. Statt dessen, daß er nach dem III. Kongreß der Komintern ehrlich die Notwendigkeit dessen erkannt hätte, daß er sich um Wiederaufnahme in die Partei bewerben soll, wie ein Mensch handeln muß, der eine Zeitlang im Kampfe gegen einige Fehler der Linken den Kopf verlor, zog Levi vor, die Partei mit Schmutz zu bewerfen, sich von ihr abzukehren, das heißt den Agenten der Bourgeoisie aus der 2. und 2½. Internationale praktische Dienste zu leisten. Selbstverständlich haben die deutschen Kommunisten vollkommen recht gehabt, als sie darauf damit antworteten, daß sie unlängst noch einige Herren, die Paul Levi in dieser edlen Beschäftigung im geheimen unterstützten, aus ihrer Partei ausgeschlossen haben.

Die Entwicklung der deutschen und italienischen Kommunistischen Partei nach dem III. Kongreß der Komintern beweist, daß sich die „Linken" über ihre Fehler, die sie auf diesem Kongreß begangen haben, klar geworden sind und sie allmählich, langsam, aber sicher verbessern; die Beschlüsse des III. Kongresses der KI. werden loyal durchgeführt. Die Umbildung des alten Typus der europäischen parlamentarischen, in Wirklichkeit reformistischen und nur leicht mit revolutionärer Farbe angestrichenen Partei in einen neuen Parteitypus, in eine wirklich revolutionäre, wirklich Kommunistische Partei, ist eine außerordentlich schwere Aufgabe. Das Beispiel Frankreichs beweist diese Schwierigkeit vielleicht am anschaulichsten. Den Typus der Parteiarbeit im alltäglichen Leben umzubilden, die Tagesarbeit umzubilden, zu erreichen, daß die Partei zur Vorhut des revolutionären Proletariats wird, ohne sich von den Massen loszulösen, sondern sich ihnen immer mehr und mehr zu nähern, sie zum revolutionären Bewußtsein zu bringen und in den revolutionären Kampf zu führen — das ist die schwierigste, aber auch die richtigste Arbeit. Wenn die europäischen Kommunisten zu dieser gründlichen, inneren tiefen Umbildung des gesamten Aufbaues und der gesamten Arbeit ihrer Parteien jene (wahrscheinlich sehr kurze) Zwischenzeit zwischen den Perioden der besonderen Verschärfung der revolutionären Schlachten, die viele kapitalistischen Länder Europas und Amerikas im Jahre 1921 und Anfang 1922 durchmachten, nicht ausnützen, so wird das das größte Verbrechen sein. Zum Glück gibt es keinen Grund zu dieser Befürchtung. Die ruhige, unauffällige, nicht marktschreierische, langsame, aber tiefe Arbeit der Schaffung wirklicher Kommunistischer Parteien in Europa und Amerika ist im Gange.

Die politischen Lehren, die sich sogar aus der Beobachtung so trivialer Dinge wie der Fuchsjagd ergeben, erweisen sich nicht als nutzlos: Einerseits führt die übertriebene Vorsichtigkeit zu Fehlern. Andererseits darf man es nicht vergessen, daß, wenn man die nüchterne Berechnung der Lage nur durch die „Stimmung" oder durch das Schwingen von roten Lappen ersetzt, man einen nicht wieder gut zu machenden Fehler begehen und sich in den Abgrund stürzen kann, unter Verhältnissen, wo die Schwierigkeiten zwar große sind, die Katastrophe aber noch nicht im geringsten unabwendbar ist.

Paul Levi wünscht sich jetzt bei der Bourgeoisie und folglich auch bei ihren Agenten der 2. und 2½. Internationale besonders verdient zu machen, indem er gerade jene Werke Rosa Luxemburgs herausgibt, in denen sie unrecht hatte. Wir antworten darauf mit zwei Zeilen eines guten russischen Liedes: Die Adler können sich zuweilen zu den Hühnern herablassen, aber die Hühner können nie wie die Adler fliegen. Rosa Luxemburg hat sich in der Frage der Unabhängigkeit Polens geirrt; sie hat sich im Jahre 1903 in der Einschätzung des Menschewismus geirrt, sie irrte sich in der Akkumulation des Kapitals, sie irrte sich, als sie im Juli 1914 an der Seite von Plechanow, Vandervelde, Kautsky u. a. für die Vereinigung der Bolschewiki mit den Menschewiki eintrat, sie irrte sich in ihren Aufsätzen, die sie im Jahre 1918 im Kerker verfaßte. (Dabei hat sie selbst, als sie den Kerker verließ, Ende 1918 und Anfang 1919, einen großen Teil ihrer Fehler verbessert.) Aber trotz ihrer Fehler bleibt sie ein Adler; und nicht nur ihr Andenken werden die Kommunisten der ganzen Welt immer hoch einschätzen, sondern ihre Biographie und die vollständige Sammlung ihrer Werke (deren Herausgabe die deutschen Kommunisten unbegreiflicherweise in die Länge ziehen, was nur zum Teil durch die unerhört großen Opfer, die sie in ihrem schweren Kampfe gebracht haben, zu entschuldigen ist) wird die nützlichste Lehre zur Erziehung vieler Generationen der Kommunisten aller Länder darstellen. Die deutsche Sozialdemokratie ist nach dem 4. August 1914 ein stinkender Leichnam geworden — mit diesen Worten Rosa Luxemburgs wird ihr Name in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung verewigt. Und im hinteren Hof der Arbeiterbewegung, auf dem Misthaufen werden die Hühner vom Schlage Paul Levis, Scheidemanns, Kautskys und dieser ganzen Brüderschaft natürlich über die Fehler der großen Kommunistin triumphieren. Jedem das Seine.

Was nun Serrati anbelangt, so werden jetzt die italienischen Kommunisten, die in Italien eine wirkliche Partei des revolutionären Proletariats geschaffen haben, ein anschauliches Musterbeispiel den Arbeitermassen aufzeigen können. Nicht plötzlich, nicht ohne viele wiederholte anschauliche Lehren wird sich die nützliche abstoßende Wirkung dieses Beispieles zeigen, aber sie wird sich unbedingt zeigen. Ohne sich von den Massen loszulösen, ohne die Geduld an der schweren Arbeit der praktischen Enthüllung aller Serratis vor den einfachen Arbeitern, ohne die allzu leichte und sehr gefährliche Aufgabe zu wählen: dort, wo Serrati „a" sagt, „minus a" zu sagen — die Massen stets zur revolutionären Weltanschauung und zur revolutionären Tat erziehen, die praktisch großartige (wenn auch teuere) anschauliche Lehre des Faschismus anwenden! — und der Sieg des italienischen Kommunismus wird gesichert sein.

Levi und Serrati sind nicht an und für sich charakteristisch, sondern sie sind charakteristisch als moderne Musterbeispiele des äußersten linken Flügels der kleinbürgerlichen Demokratie, des jenseitigen Lagers, des Lagers der gegen uns kämpfenden internationalen Kapitalisten.

Jenes Lager reibt sich die Hände vor Schadenfreude, triumphiert oder vergießt Krokodilstränen, ohne Unterschied von Gompers bis Serrati, über unseren Rückzug, unser „Abwärtssteigen", unsere neue Wirtschaftspolitik. Wir gönnen ihnen ihre Schadenfreude. Mögen sie nur weiter mit ihren Narrenspässen fortfahren. Wir aber geben uns weder Illusionen noch der Verzweiflung hin. Wir fürchten uns nicht, unsere Fehler zu gestehen, sie öfters, durch neue Arbeit zu korrigieren — aber wir werden den Gipfel erreichen. Die Sache des internationalen Blocks von Gompers bis Serrati aber ist eine verlorene Sache...

Politik

Die Londoner Konferenz der Sowjetunion mit England.

Wortlaut der Rede des Genossen Rakowski.

Nachstehend bringen wir die Rede des Genossen Rakowski auf der Londoner Konferenz im Wortlaut, ohne den einleitenden Teil, der eine Erwiderung auf die Höflichkeiten Macdonalds und eine Erklärung über den Umfang der Vollmacht der Sowjetdelegation enthält, zum Abdruck. Die Red.

** In der Note, die ich, als Vertreter der Sowjetunion, als Antwort auf die Anerkennungsnote der englischen Regierung einzuhändigen die Ehre hatte, erklärte sich meine Regierung bereit, alle zwischen den beiden Ländern bestehenden wirtschaftlichen Streitfragen in freundschaftlichem Geiste zu lösen und alle Verträge, die in der Vergangenheit zwischen Rußland und Großbritannien geschlossen wurden und die ihre Rechtskraft noch nicht verloren haben, einer Revision zu unterziehen.

Die Aufgabe unserer Konferenz wird darin bestehen, zur Lösung dieser Fragen Wege zu finden. Ich halte es für meine Pflicht, heute, bei der Eröffnung der Konferenz, auf jene allgemeinen Prinzipien hinzuweisen, durch die sich die Sowjetdelegation im Interesse der Lösung der vor uns liegenden Fragen leiten lassen wird. Trotz der Kompliziertheit und der Schwierigkeit dieser Aufgaben, sind wir der Ansicht, daß der völligen Verständigung zwischen Großbritannien und der Sowjetunion keine unüberwindlichen Schwierigkeiten im Wege liegen.

Ich gehe nun zum wirtschaftlichen Teil unseres Programms über. Wir betrachten als die wichtigste Aufgabe, der alle übrigen wirtschaftlichen Probleme unterordnet werden müssen: die Erzielung einer engen kommerziellen, industriellen und finanziellen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. Die Hauptbedingung einer solchen Zusammenarbeit liegt auf der Hand. Ihrer wirtschaftlichen Struktur nach ergänzen Großbritannien und die Sowjetunion einander gegenseitig. Einerseits ist ein Staat da mit der größten Industrie, Finanzen und Schiffahrt, andererseits ein Staat mit einer Bevölkerung von 130 Millionen, der über riesige potentielle Reichtümer verfügt und einer großen Menge von Industrieprodukten und eines großen Kredites bedarf.

Der Krieg in seinen Folgen steigerte noch die Notwendigkeit dieser wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. Er schränkte den englischen Handel ein, rief eine ungeheure chronische Arbeitslosigkeit hervor, für die der Staat jährlich Riesensummen ausgibt. In noch größerem Maße zerstörte der Krieg uns. Nur ein ganz unbedeutender Teil unseres Territoriums ist kein Schauplatz des Welt- oder des Bürgerkrieges gewesen. Durch das ganze übrige Riesengebiet unserer Union marschierten einigemal Armeen nach allen Richtungen. Mit gemeinsamen Kräften können wir jene Wege finden, die den Handel zwischen den beiden Ländern fördern und uns ermöglichen werden, unsere zerstörte Landwirtschaft und unsere zerstörte Industrie bald wieder herzustellen. Unsererseits sind wir zu allem bereit, um alle jene wirtschaftlichen Streitfragen auszuschalten, die bisher als Hindernis zur Herstellung der kommerziellen und finanziellen Zusammenarbeit zwischen England und der Sowjetunion aufgerollt wurden. Zu dieser Kategorie der Fragen gehört die Frage der Vorkriegsschulden und der privaten Ansprüche. Obwohl diese Frage infolge des unaufhörlichen Wachsens des Handels zwischen den beiden Ländern jene ausschließliche Bedeutung verlor, die ihr in Genua und im Haag beigemessen wurde, sind wir bereit, sie einer allseitigen Erwägung zu unterziehen, in der Hoffnung, daß ihrer Lösung bei Rücksichtnahme auf die Interessen beider Länder keine unüberwindlichen Hindernisse im Wege stehen.

Die Regierung Großbritanniens kann auch bei der Lösung der vorliegenden politischen Fragen auf unseren rückhaltslosen und aufrichtigen, guten Willen rechnen. Von unserem Gesichtspunkte aus betrachtet sind die Hindernisse, die der Lösung dieser Frage im Wege stehen, mit gemeinsamen Kräften völlig zu beseitigen. Wir lehnten es ab, die alte zaristische Eroberungspolitik fortzusetzen, wir annullierten die alten zaristischen Verträge und die Aufteilung der Oststaaten nach Einflußsphären. Zu dieser zaristischen Politik will die Räteregierung nicht zurückkehren. Unser sozialistischer Staatsaufbau, der auf der vollkommenen Gleichheit und der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen beruht, schließt eine solche Politik völlig aus.

Aber die Fortsetzung der alten Politik ist auch aus anderen Gründen unmöglich. Der Krieg erweckte das nationale Bewußtsein der Ostvölker, und jeder Versuch unsererseits, diesem gerechten Gefühl entgegenzuhandeln, wäre nicht nur ein Verbrechen gegen unsere eigenen Interessen, sondern auch ein Unsinn, da eine solche Politik letzten Endes unvermeidlich zur Niederlage führen muß. **Daher wird es leicht sein, alle die Interessen Englands und der Sowjetunion berührenden Fragen des Ostens zu lösen, wenn die Regierung Großbritanniens und die Sowjetregierung vom Prinzip der Achtung vor der Unabhängigkeit und der Souveränität der Oststaaten ausgehen werden.**

Obwohl den Gegenstand unserer Verhandlungen Fragen bilden, die sich auf das Verhältnis zwischen Großbritannien und der Sowjetregierung beziehen, sind wir dennoch der Meinung, daß die Bedeutung dieser Fragen weit über die Grenzen unserer Länder hinausgeht. Das in den Noten beider Regierungen festgesetzte Programm, das die Behandlung der Frage der durch Großbritannien und den früheren russischen Regierungen unterzeichneten Verträge vorsieht, rollt dadurch die Hauptprobleme der Weltpolitik auf.

Die werktätigen Massen der Union haben die Tatsache der Anerkennung der Sowjetunion durch die englische Regierung vor allem deshalb begrüßt, weil sie in ihr keine diplomatische Formalität erblickten, sondern den Ausdruck des Wunsches des englischen Volkes, mit uns gemeinsam an der Befestigung des Weltfriedens zu arbeiten. Darin besteht, unserer Meinung nach, die große historische Bedeutung der gegenwärtigen Verhandlungen. An ihrem Erfolge sind, wie Sie es, Herr Ministerpräsident, selbst bemerkten, die Völker aller Länder interessiert. Der Versuch der zwei größten Staaten der Welt, Wege zu finden, nicht nur zur Beseitigung der zwischen ihnen bestehenden Meinungsverschiedenheiten und Streitfragen, sondern auch zur Lösung jener Aufgaben, die mit der Befestigung des internationalen Friedens im Zusammenhange stehen, kann zu einem wichtigen Wendepunkt in den internationalen Beziehungen werden.

Über die Unaufschiebbarkeit der Lösung der Aufgaben, die zur Herstellung eines dauerhaften Friedens führen, werden sich alle Völker immer mehr klar. Nichtsdestoweniger muß die Regierung der Sowjetunion mit tiefstem Bedauern feststellen, daß die sozialen und nationalen Gegensätze trotz der zahlreichen Friedensverträge noch nie eine solche Schärfe erreichten wie jetzt. Die Mittel, die die Regierungen anwenden, um aus dieser für die Volksmassen unerträglichen Lage herauszukommen, führen zu einer noch größeren Vertiefung der oben erwähnten Gegensätze. Die Überzeugung, die während und nach dem Weltkriege Platz griff, daß dieser der letzte Krieg sein wird und daß der Entwicklung des Militarismus ein Ende gesetzt wird, erwies sich als illusorisch. Auch heute noch verschlingen die Militärbudgets einen bedeutenden Teil des Nationaleinkommens, auch heute noch wird die Aufmerksamkeit aller Regierungen, vor allem durch die Kriegsvorbereitungen, in Anspruch genommen. Noch nie hat sich der menschliche Geist so in der Suche nach neuen Verwüstungsmitteln vertieft wie heute. Alle Sachverständigen sind sich darüber einig, daß ein neuer Krieg infolge der Entwicklung der Kriegschemie, der Kriegsluftschiffahrt, der Entwicklung der militärischen Seerüstungen und der Vervollkommnung der Artillerie eine in der Geschichte noch nie dagewesene Verwüstung zur Folge haben würde. **Daher sind wir der Meinung, daß die Abrüstungsfrage den Regierungen mit aller Klarheit und Entschiedenheit gestellt werden muß. Die Abrüstung muß bis zu ihrer letzten Grenze durchgeführt werden.**

Obwohl wir während der letzten drei Jahre unsere Armee auf ihren zwölften Teil: von 6 Millionen im Jahre 1921 auf 500.000 Männer reduziert haben, die über das ungeheure Gebiet von 20 Millionen Quadratkilometer zerstreut sind, **erklärt sich die Sowjetregierung bereit, im Falle einer ähnlichen Bereitschaft**

anderer Staaten, weitere entscheidende Schritte zur Abrüstung zu unternehmen. Unsere Regierung ist auch bereit, die allgemeine Seeabrüstung in jeder Weise zu fördern, aber unter den bestimmten politischen Garantien, die durch unseren Vertreter in Rom formuliert wurden. Gegenwärtig beschränke ich mich auf die Darlegung der prinzipiellen Stellungnahme unserer Regierung **zu dieser Frage.**

Wir kennen das lebhafte Interesse der englischen Regierung und der englischen öffentlichen Meinung für **den Völkerbund.** Die Sowjetregierung ist in der Einschätzung des heute bestehenden Völkerbundes anderer Meinung, aber sie wäre bereit, sich einen solchen Plan einer internationalen Organisation anzuschließen, der Repressalien und Strafexpeditionen ausschließen würde. Letztere können nur zur Befriedigung der egoistischen Interessen einzelner starker Mächte führen. In der gegenwärtigen Periode der Geschichte ist unserer Meinung nach nur eine solche internationale Organisation möglich, in der sich alle Bemühungen freiwillig auf der Grundlage der völligen Gleichheit verständigen würden. Wir sind der Ansicht, daß bei der Beachtung dieser Bewegungen das Prinzip der internationalen Zusammenarbeit nicht nur nicht beseitigt, sondern erweitert werden muß: insbesondere muß sie auf die Arbeiterschutzgesetzgebung erstreckt werden.

Wir glauben, daß die Regierungen, die die Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen bestrebt sind, versuchen sollten, mit gemeinsamen Kräften jene Ursachen auszuschalten, die die Konflikte zwischen den einzelnen Völkern hervorrufen.

Die Sowjetregierung erklärte des öfteren, daß nach ihrer tiefsten Überzeugung die erste Bedingung zur Wiederherstellung eines dauerhaften Friedens **die Revision des Versailler Vertrages** und anderer mit ihnen im Zusammenhange stehenden Verträge sein muß. Diese Verträge widersprechen nicht nur der elementaren Interessen aller Völker, sondern ihre praktische Durchführung hat nur zur Verschärfung des Antagonismus zwischen allen Völkern und zur Zersetzung der Weltwirtschaft geführt. Sie schränkten die Möglichkeit des Handels ein, zerstörten die Grundlagen des Kredites und des Austausches und riefen eine wirtschaftliche Krise und Arbeitslosigkeit hervor.

Nichts von meiner Behauptung stellt für die englische öffentliche Meinung etwas Neues dar. All dies ist durch die hervorragendsten Staatsmänner und durch die hervorragendsten Schriftsteller Englands schon öfter behauptet worden. Wir glauben natürlich nicht, daß die Aufhebung des Versailler Vertrages die Wiederherstellung solcher Staatsformationen bedeuten würde, wie das ehemalige Österreich-Ungarn, das sich nur mit Hilfe der Gewalt aufrechterhalten konnte und dessen Bestehen jene Antagonismen hervorgerufen hatte, die zum Weltkriege führten. Nur eine solche Organisation Europas kann eine dauerhafte Organisation sein, die auf dem Willen der Völker beruhen und deren Streben nach nationaler Unabhängigkeit in Betracht ziehen wird. **Daher ist die Sowjetregierung bereit, mit gemeinsamen Kräften — wenn auch nicht plötzlich, sondern im Wege langer diplomatischer Anstrengungen — die Politik der Revision der Staatsgrenzen auf ethnographischen Grundlagen zu unterstützen und durchzuführen, unter Anwendung der Volksabstimmung in allen jenen Fällen, wo dies als notwendig erscheint, wie wir das insbesonders auf der Wiener Konferenz in bezug auf Bessarabien vorgeschlagen haben.**

Wir wollen natürlich nicht behaupten, daß die völlige Beseitigung der Kriege ohne die Beseitigung ihrer sozialen Ursachen möglich ist. Die Regierung der Sowjetunion, die unter der Führung der Kommunistischen Partei steht, ist der Ansicht, daß die Beseitigung der Kriege nur bei einer sozialistischen Wirtschaftsorganisation möglich ist. Wir sind aber bereit, jeden ernsten Versuch jeder Regierung zur Verringerung der Kriegsgefahr zu unterstützen.

Wir sind der Ansicht, daß der Unterschied in der sozialen Struktur unserer Länder kein Hindernis für ihre politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit darstellen kann. Die gegenseitige Behauptung, die unter gewissen Kreisen der englischen öffentlichen Meinung Widerhall findet, wird durch die progressive Erweiterung des englisch-russischen Handels vollauf widerlegt. Ich halte es für notwendig, besonders nach der Rede des Ministerpräsidenten, heute nochmals zu betonen, daß die Sowjetregierung den Standpunkt der britischen Regierung, wonach die gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eine der Hauptbedingung der Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den beiden Staaten sei, vollkommen teilt. Das Prinzip der Nichteinmischung stellt für uns selbst eine Garantie dar, gegen Versuche, die in neuer Form unternommen werden können, um uns zu zwingen, auf die Grundlagen unserer sozialistischen Ordnung: die Nationalisierung der Großindustrie und des Grund und Bodens, das Außenhandelsmonopol und unsere sozialistische Gesetzgebung zu verzichten.

Die erste Bedingung ist: **die Aufrechterhaltung der Errungenschaften der Revolution.**

Die Völker der Sowjetunion sind in erster Linie an der Aufrechterhaltung jener Errungenschaften der Revolution interessiert, die der Sowjetmacht ihre Existenzberechtigung geben. Um die Aufrechterhaltung dieser Errungenschaften haben die arbeitenden Massen der ganzen Union gegen die Koalition ihrer inländischen Feinde und der ausländischen Staaten gekämpft. Mit der Aufrichtigkeit, die unsere Beziehungen charakterisieren soll, muß ich Sie, Herr Ministerpräsident, daran erinnern, **daß die früheren englischen Regierungen an dieser ausländischen Intervention gegen Rußland gleichfalls teilgenommen haben.** Sie selbst und Ihre Partei, Herr Ministerpräsident, haben diese Intervention bekämpft, und Sie dürfen darüber nicht erstaunt sein, daß die durch diese Intervention hervorgerufenen Gefühle unter den werktätigen Massen unserer Union noch immer nicht endgültig zerstreut sind. **Wir haben uns hier aber gerade deswegen versammelt, um die Vergangenheit zu liquidieren und an Stelle des noch bestehenden Mißtrauens das Fundament einer dauernden Freundschaft niederzulegen.**

Bezüglich der bevorstehenden Konferenz würde die Sowjetdelegation als zweckmäßig erachten, in erster Linie alle jene, sowohl politischen wie wirtschaftlichen Fragen, die für beide Länder von gleichem Interesse sind und die, ihrem Charakter nach, keiner ausführlichen Voruntersuchung bedürfen, auf die Tagesordnung zu setzen und unverzüglich zu lösen. In dieser Weise kann unsere Konferenz in der allernächsten Zeit Resultate ergeben, die das gegenseitige Vertrauen befestigen und uns die Lösung der schwierigeren Fragen erleichtern.

Zum Schluß wollen wir unsere tiefe Überzeugung zum Ausdruck bringen, daß die Regierung jenes englischen Volkes, das durch zähe Arbeit die größte Industrie der Welt geschaffen hat, den Weg finden wird zur Annäherung, zur Zusammenarbeit und zum dauerhaften Frieden mit den arbeitenden Massen der Sowjetunion, in der die Revolution, die diese Massen vom Joche des alten Regimes befreite, das kräftigste Streben nach wirtschaftlichem Fortschritt und kultureller Entwicklung erweckte.

Union der Sowjetrepubliken

Gegen die Einmischung Poincarés!

Wortlaut der Note des Genossen Tschitscherin an die französische Regierung.

** Die Regierung der Sowjetunion weist mit Entrüstung den Versuch der französischen Regierung, sich in das Gerichtsverfahren im Prozeß gegen die Kiewer Spione und Verräter einzumischen, zurück, diesen Versuch, der der allgemein anerkannten Rechtsauffassung und den elementaren Forderungen der Achtung vor der Souveränität eines anderen Staates widerspricht.

Der französischen Regierung kann es nicht unbekannt sein, daß die Sowjetregierung selbst in der ersten, schwersten Zeit ihres Bestehens die Versuche Grenards, Mirbachs und anderer ausländischer Diplomaten auf das Schicksal dieser oder jener Verbrecher, die durch die gesetzmäßigen Instanzen der Sowjetrepublik in gerechter Weise verurteilt wurden, Einfluß zu nehmen, immer ohne Ausnahme zurückgewiesen hat.

Die französische Regierung konnte natürlich nicht annehmen, daß die Sowjetregierung, auf der heutigen Stufe ihrer innen- und außenpolitischen Macht, die Verletzung ihrer Hoheitsrechte und ihrer Würde auch nur auf einen Augenblick zulassen würde.

Daß die französische Regierung im gegebenen Falle nur bestrebt war, zu versuchen, die Sowjetrepublik zu diskreditieren, geht daraus hervor, daß das Telegramm des Herrn Poincaré darauf abzielte, den nicht orientierten Leser zu täuschen, indem es überführte Spione und Verräter als unschuldige Opfer hinstellt. Der verbrecherische Charakter der Tätigkeit der Angeklagten mußte der französischen Regierung schon aus dem einen Grunde bekannt sein, da die Angeklagten der französischen Geheimspionage Dienste erwiesen haben. Die französische Regierung, deren Auskundschaftsorgane gegenwärtig in den Nachbarstaaten der Sowjetunion aktiv und selbständig arbeiten, tritt jetzt für ihre Spione unter der Maske falscher Humanität ein.

Dieser offen feindselige Schritt der französischen Regierung ergänzt nur die lange Reihe ihrer gegen die Sowjetunion gerichteten Handlungen, wie die Ratifizierung des Raubes Bessarabiens durch Rumänien, offener Eingriff gegen die Verständigung Chinas mit der Sowjetunion usw.

Die Sowjetregierung kann darüber nur erstaunt sein, daß die französische Regierung noch immer nicht in Betracht ziehen will, welche Gefühle ihre Handlungen in den breiten Massen der Sowjetunion gegenüber Frankreich hervorrufen werden. Sie konnten jene Verwüstungen, Zerstörungen und Leiden nicht vergessen, die den Sowjetrepubliken durch die französische Intervention, Blockade und durch die Angriffe der der französischen Führung unterstehenden Staaten zugefügt worden sind. Sie müssen sehen, daß die französische Regierung im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Großmächten an der feindseligen Linie gegenüber den Sowjetrepubliken festhielt.

Die Sowjetregierung, die für die Sicherheit der Arbeiter- und Bauernrepublik auf der Wacht steht, geht an dem Versuch der französischen Regierung, sich in die Kompetenz der Gerichtsorgane der Republik einzumischen, vorüber.

Aber die Sowjetregierung kann die kraß zum Ausdruck gebrachten feindlichen Beziehungen der französischen Regierung zur Sowjetunion nicht unbeachtet lassen. Die Sowjetregierung erklärte sich öfter bereit, mit der französischen Regierung zum Zwecke einer Verständigung Verhandlungen anzuknüpfen, natürlich ohne jede Vorbedingungen, und sie nimmt nun zur Kenntnis, daß die französische Regierung ihr nicht nur nicht entgegenkam, sondern in der letzten Zeit den feindlichen Charakter ihrer Politik gegenüber der Sowjetunion noch verschärfte.

Die Sowjetregierung, die mit jedem Tage zu einem immer ernsteren und größeren Faktor des internationalen Lebens wird, kann nicht ohne Erstaunen darüber hinweggehen, daß die französische Regierung gleichsam absichtlich alles aufbietet, um diesen Faktor gegen sich zu haben.

Die Sowjetregierung ist jedoch davon überzeugt, daß letzten Endes die überwiegende Mehrheit des französischen Volkes seine Regierung zwingen wird, in bezug auf die Sowjetunion den Weg des vernünftigen Übereinkommens zu betreten.

Brief aus Sowjetrußland.

Das Gesicht der Konterrevolution.

Von Frida Rubiner (Moskau).

** In diesen Tagen wurde in Kiew, nach wochenlanger Verhandlung, ein politischer Prozeß beendet, der, seit dem Moskauer Prozeß der Sozialrevolutionäre im Sommer 1922, zum erstenmal wieder die russische Gegenrevolution im grellsten Lichte gezeigt hat. Das ist der Prozeß des sogenannten Kiewer „Distrikt-Aktionszentrums", einer Organisation, die sich zum Ziel setzte: Sturz der Sowjetregierung, Untergrabung der Sowjetinstitutionen, Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand gegen die Sowjetmacht.

Auf der Anklagebank saßen 18 Personen: Studenten, junge Mädchen, ein Professor, höhere Amtspersonen, lauter Intellektuelle, die nach sieben Jahren des Bestandes der Sowjetmacht daran arbeiten, diese Macht zu stürzen.

Das in Berlin erscheinende Kadettenblatt **„Rul"** schrieb über diesen Prozeß: „In Kiew sitzen auf der Anklagebank die besten Menschen, mit höchster Bildung, zartfühlend, Männer und Frauen, die fanatisch ihr Volk und ihr Land lieben, deren Herzen für alles Gute weit geöffnet sind."

Wer sind diese „besten" Männer und Frauen, die Blüte der sowjetrussischen Gegenrevolution?

Von der ganzen Schar der Angeklagten hat sich nur ein einziger, **Onistschenko**, zu einem vollen Geständnis aufgeschwungen. Sein Geständnis warf ein helles Schlaglicht auf das Treiben der jetzigen Konterrevolution; nicht derjenigen, die im Toben des Bürgerkrieges Brust gegen Brust mit der Sowjetmacht kämpfte, sondern der schleichenden, tückischen Konterrevolution, die durch „friedliche Durchdringung" an der Wurzel der Sowjetmacht zu nagen sucht.

Onistschenko ist ein früherer Offizier der Denikin-Armee. Nach dem Scheitern des weißgardistischen Unternehmens gerät er nach Warschau. Hier knüpft er Beziehungen zu Leuten seinesgleichen an und lernt die Organisation kennen, die sich stolz „Aktionszentrum" nennt. Der Sitz dieser Organisation ist **Paris**; von Paris aus fließen auch Gelder. Das Aktionszentrum unterhält eine ganze Reihe von Agenten, vor allem in der Ukraine. In Kiew allein sind sechs Damen und viele Männer für die Organisation tätig. Die Warschauer Organisation schickt Onistschenko nach Kiew. Hier nagelt er an seine Tür ein Schild: „Unterricht in Latein und Turnen", und gibt sich der Arbeit für das „Aktionszentrum" hin. Worin bestand diese Arbeit? Die Agenten, Freunde oder Angestellten sammeln vor allem Informationen. Der reumütige Onistschenko muß gestehen, daß er sich dabei überzeugen mußte, die Bauernschaft sei viel mehr auf seiten der Sowjetmacht, als er, der Informator, je gedacht hätte.

Das „Aktionszentrum" gibt im Auslande auch eine Zeitschrift heraus: „Nowj" („Neuland"). Die Früchte, die auf diesem „Neuland" aufgehen, sind so giftiger Natur, daß selbst einige der edlen Mitarbeiter vor dem Gericht erklären müssen: So haben wir uns das literarische Unternehmen nicht gedacht!

Dieses Blatt unterhält eine ganze Reihe von „Mitarbeitern". Welcher Art diese Mitarbeiterschaft war, geht daraus hervor, daß das **polnische Kriegsministerium** durch diese Quelle Militärakten bezog. Die Feinde der Bolschewiki betrieben **Spionage** als Geschäft, ganz einfache Spionage, für die man sonst keine „Ideologie", keine Staatstheorie und keine konstruierten Erklärungen braucht.

Nicht uninteressant ist dabei die Rolle, die die **polnische Regierung** spielte. Nach dem Vertrag von Riga hätten die Anhänger des „Aktionszentrums" aus Polen ausgewiesen werden sollen. Das Kriegsministerium interveniert, und die Herren bleiben im Lande, revanchieren sich aber durch militärische „Informationen" aus Sowjetrußland. Junge Mädchen trippeln auf ihren kleinen Füßchen 35 Werst durch den Kot, um Meldungen über die Grenze zu bringen: in Kakaobüchsen oder in Schokoladepackungen werden militärische Pläne und Entwürfe überbracht. Und all das geschieht unter der Flagge des „geistigen" Kampfes gegen den Bolschewismus.

Dieser Prozeß unterscheidet sich von den Prozessen, wo **proletarische** Revolutionäre auf der Anklagebank sitzen, dadurch, daß keiner der Angeklagten den Mut hatte, offen zu seiner Sache zu stehen. Niemand wollte dabei gewesen sein, jedermann bewies seine Unschuld oder zufällige Teilnahme an der Avanture. Vor den Richtern zog eine ganze Schar von Typen vorbei. **Jakowlew**, Lektor der Kunstgeschichte, ist ehemaliger Leutnant. Der andere, **Tschebakow**, war unter dem Zaren zweiter Staatsanwalt. **Smirnow** ist ehemaliger Professor an der Universität Kiew. Ein anderer, **Nikolaus Wassilenko**, war Kultusminister unter Kerenski und unter der nationalistischen Hetmann-Regierung in der Ukraine. Sein Bruder, **Konstantin Wassilenko**, ist alter **Menschewik**, Parteimitglied seit 1897. Er versucht, durch lange Zitate aus Marx, Engels und Lassalle zu beweisen, wie er sich die Diktatur des Proletariats denkt. **Smirnow** hat hingegen durch theoretische Berechnungen herausbekommen, daß die soziale Revolution erst im Jahre 2089 reif geworden sein wird...

Mit Recht sagte einer der amtlichen Verteidiger: „Diese Leute waren in ihrem Unternehmen viel eher lächerlich als gefährlich!"

Es waren **keine offenen Klassenfeinde** des Proletariats, die in Kiew auf der Anklagebank saßen, es waren vielmehr **Klassenfremde**, die sich in der geschichtlichen Konjunktur verrechnet haben. Zuerst hofft man auf den **raschen** Sturz der Sowjetregierung, dann sind allerhand schwankende Gestalten, wie Denikin oder Wrangel, die ... Zahlungsfähigen. Schließlich setzt man seine Hoffnungen auf die **Entartung** der Sowjetmacht, für die man die Nep., die neue Wirtschaftspolitik Rußlands, ansieht. Für alles hat man Theorien und ideologische Erklärungen bereit: Religion, Vaterland, Ideale, Kultur, Menschlichkeit — all das wird in Bewegung gesetzt, um... **Spionagedienste** für Polen zu leisten und dafür Judasprämien zu beziehen.

Das Verhältnis der russischen Sowjetmacht zu den Intellektuellen bildet ein Kapitel, das nicht nur bei Fernstehenden, sondern vielfach auch in Parteikreisen auf Befremden stößt. Die Kommunistische Partei Rußlands hat für die Intellektuellen einen anderen Gradmesser als für die Proletarier. So zum Beispiel hat die von der RKP. gegenwärtig durchgeführte Parteisäuberung die Aufgabe, den Organismus der Partei gerade von den zufälligen und fremden Elementen unter den Intellektuellen zu befreien, die in den verschiedenen Sowjetämtern untergekrochen sind. Ist das Mißtrauen des Bolschewismus gegen die Intellektuellen gerechtfertigt? — Diese Frage wird von verschiedenen Seiten laut. Haben sich denn die russischen Intellektuellen, die verschiedenen Kopfarbeiter, die Angehörigen geistiger Berufe, nicht längst schon mit der proletarischen Diktatur ausgesöhnt? — So wird gefragt. Haben wir nicht eine Richtung, wie die „Smena Wjech", die sogenannten „Umsteller der Weg-

weiser", die offiziell ihr Glaubensbekenntnis zum Sowjetismus abgelegt haben und als ehrliche Elemente von der Sowjetregierung anerkannt werden? Der Intellektuellenprozeß in Kiew — denn als solcher kann ja der Prozeß des „Aktionszentrums" gekennzeichnet werden — riß vom Antlitz der friedlichen Intelligenzler den Schleier. Unter der Maske der Doktoren und Professoren, als feingesittete, junge Damen und manierierte junge Kavaliere sitzen sie mitten in einer sowjetrussischen Stadt und treiben ihr dunkles Handwerk. Ihr „Vaterlandsdienst", auf den sie pochen, äußert sich darin, daß sie einer fremden Macht Spionagedienste leisten.

Frau **Kuskowa**, die alte, unversöhnliche Bolschewikifresserin, gegen die schon **Lenin** an der Wiege des Bolschewismus scharf kämpfte, die Dame, die mit dem „legalen Marxismus" begonnen hatte und nun bei den weißgardistischen Monarchisten gelandet ist, schrieb vor kurzem von der Notwendigkeit einer Änderung der Taktik gegenüber den Bolschewiki: **„Es gilt, von den Säbeln zur parteilosen demokratischen Deckung überzugehen."**

Der Kiewer Prozeß hat gezeigt, worin diese „parteilose Deckung" der Weißgardisten besteht.

Der internationalen Bourgeoisie bieten die Urteile im Kiewer Prozeß (vier Todesurteile, Gefängnisstrafen) natürlich günstigen Anlaß zu einer erneuerten Hetze gegen die Sowjetregierung. Der menschenfreundliche Poincaré richtete während des Prozesses eine Depesche an Genossen Tschitscherin, des Inhalts, daß „die öffentliche Meinung Frankreichs voller Beunruhigung den Prozeß verfolgt und befürchtet, es könnte das Todesurteil gesprochen werden über Professoren, deren Verlust empfunden werden würde als Verminderung des intellektuellen Besitzes der welt". „Im Namen der Zivilisation und der Humanität" protestiert **Poincaré la guerre** gegen das Verspritzen kostbaren Weißgardistenblutes. Natürlich hat die heuchlerische französische Demokratie allen Grund, die Aufmerksamkeit der Welt von der aktiven Rolle abzulenken, die die französische Regierung bei der Unterstützung dieses „Aktionszentrums" gespielt hat. Das Proletariat aber kennt den wahren Wert und Sinn dieses Prozesses — die Straßendemonstrationen, die aus Anlaß dieses Prozesses stattgefunden haben, waren die deutlichsfe Antwort der russischen Massen auf das Ansinnen der weißen Banden.

Arbeiterbewegung

Neue Arbeiterkämpfe in der Tschechoslowakei.

Von Otto Heller (Reichenberg).

** Wir berichteten in Nr. 38 (13) der „Internationalen Presse-Korrespondenz" über den großen Kampf der **Tannwalder Textilarbeiter** um die Frage des unverfälschten **Achtstundentages**. Dieser Kampf ist zu Ende und schon sind **neue Kämpfe ausgebrochen**. Das tschechoslowakische Proletariat läßt sich die Angriffe der Ausbeuter auf seine Lebenshaltung nicht mehr ruhig gefallen. Das Bedeutsame an der augenblicklichen Epoche der Arbeitskämpfe in der Tschechoslowakei ist aber das Folgende: Die Kämpfe sind zum Teil bereits **Angriffskämpfe** des Proletariats. Die Zeit der bloßen Defensive der Arbeiterorganisationen scheint ihrem Ende entgegenzugehen. Das Ende des Tannwalder Kampfes bezeugt dies.

Der Kampf der 3000 Textilarbeiter, von dem wir vor einigen Wochen berichtet haben, ist der erste Kampf seit Jahren, der **nicht** mit einer **Niederlage** der Arbeiterschaft geendet hat. Sachlich ist der **Erfolg** der Arbeiterschaft vollkommen. Das Ministerium mußte eine Entscheidung fällen, die den Arbeitern recht gab. Die Unternehmer appellierten jetzt an den Obersten Gerichtshof, aber bis zur Entscheidung durch den Obersten Gerichtshof bleibt es bei der unangetasteten 48-Stunden-Woche. Interessant war der Abschluß des Kampfes. Die reformistischen Gewerkschaftsführer blieben sich, wie immer, treu. In den letzten zwei Wochen ging der Kampf um die Frage der Maßregelungen. Es wurde nun ein Gummiprotokoll verfaßt, das einerseits zwar formell Maßregelungen ausschließt, auf der anderen Seite jedoch den Unternehmern freie Hand dafür läßt, Hunderte von Arbeitern aufs Pflaster zu werfen. Die Arbeiter witterten die Gefahr und verhandelten im Beisein der Sekretäre durch ihre Betriebsausschüsse mit den Fabriksleitungen selber. In einem der größten und wichtigsten Betriebe gelang es ihnen auch, über das Protokoll hinaus die schriftliche Zusicherung der restlosen Einstellung aller Arbeiter zu erhalten, während es in den anderen Betrieben zu mündlichen Zusagen der Direktoren kam. Es wird sich jetzt nach den Osterfeiertagen zeigen, ob die noch außenstehenden Hauptvertrauensleute der Arbeiterschaft, zum großen Teil **Kommunistinnen**, vereinbarungsgemäß eingestellt werden. Wenn dies, vereinbarungsgemäß, der Fall sein sollte, dann wird der Erfolg der Arbeiterschaft ein ganzer sein. Die Folgen des Tannwalder Kampfes sind bemerkenswert. Während sonst die Reformisten uns immer vorwerfen, daß wir ihre herrlichen Siege in Niederlagen verwandeln, sind es diesmal die Kommunisten, die die Wichtigkeit und Bedeutung des Erfolges unterstreichen, während die Reformisten peinlich bemüht sind, von der Sache kein Aufhebens zu machen. Die Arbeiter **könnten** sonst zu leicht dazu veranlaßt werden, Angriffskämpfe gegen die Unternehmer herbeizuführen.

Während der Tannwalder Kampf noch im Gange war, ist in der **Slowakei** ein **großer Textilarbeiterkampf** ausgebrochen, an dem ebenfalls **3000 Textilarbeiter** beteiligt sind und der in den letzten Tagen auch zu **blutigen Zusammenstößen** mit der Gendarmerie geführt hat. Im Županat **Trenčin** sind die Arbeiter des **Silleiner Textilkonzerns**, denen man eine 20prozentige Lohnherabsetzung aufoktroyieren wollte, in den Streik getreten. Die Arbeiter von Lučenec (Losoncz) traten in den Solidaritätsstreik. Der Kampf dauert noch an. Er wird mit großer Erbitterung geführt. Die Behörden bemühen sich, die Streikbrecher zu schützen; die ganze berühmte tschechoslowakische Staatsmaschinerie, die Pfaffen, die Notare, die Gemeindevorsteher — alles ist auf den Beinen, um die Arbeiter einzuschüchtern, zu betrügen und niederzuringen. Die Mehrzahl der Arbeiter gehört dem revolutionären Internationalen Allgewerkschaftlichen Verband an. Als Streikbrecher versuchen sich christliche und — sozialdemokratische Arbeiter zu betätigen.

In **Prag** ist ein Streik der **Holzarbeiter** ausgebrochen. Die Holzarbeiter haben Lohnforderungen gestellt.

Und in der vergangenen Woche begann ein neuer großer Kampf in **Nordböhmen**. Das Merkwürdige ist: er begann wieder **im Tannwalder Bezirk**. Die **Glasschleifer im Isergebirge**, vorläufig nur die Flakonglasschleifer, rund **800 Arbeiter**, sind in den **Streik** getreten, weil ihre Forderungen, die eine rund siebenprozentige **Lohnerhöhung** zum Inhalt haben, abgelehnt wurden. Das Bemerkenswerte an diesem Kampfe ist, daß er erstens ein Offensivkampf ist, und zweitens, daß der Kampf von einer Arbeiterschaft geführt wird, die eine beinahe zweijährige furchtbare Krise durch Arbeitslosigkeit hinter sich hat. Den Glasschleifern haben sich in den letzten Tagen noch andere Kategorien der in der Glasexportindustrie beschäftigten Arbeiter mit Forderungen angeschlossen, so daß möglicherweise binnen kurzem die ganze Glasexportindustrie. die augenblicklich Hochkonjunktur hat, von der Bewegung erfaßt sein wird.

Die tschechoslowakische Arbeiterbewegung hat einen Tiefpunkt zweifellos nach oben überschritten. Die Folgen der Deflationskrise sind zum Teil überwunden; die Arbeiterschaft sammelt sich und sie beginnt bereits an einigen Orten zum Angriff überzugehen.

Die Lehrerbewegung in Österreich.

Von Johannes Wertheim (Wien).

** Das kleine Österreich mit seinen sechs Millionen Einwohnern hat über eine Million gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und Angestellte. Das bedeutet, das neun Zehntel aller um Lohn Arbeitenden in den freien und überdies einige tausend in den nationalen und christlichen Gewerkschaften organisiert sind. Fast alle intellektuellen Berufe haben ihre wirtschaftlichen Verbände. Insbesondere die Lehrerschaft ist beinahe lückenlos in Organisationen zusammengefaßt.

Die Lehrerverbände sind, wie es bei einem so reaktionären Lande, dem alten Österreich, nicht anders möglich war und dem neuen unter der Regierung eines katholischen Würdenträgers nicht anders möglich ist, vor allem kulturell orientiert. Rein gewerkschaftliche Grundsätze sind erst nach dem Umsturze angenommen worden.

Eine für alle Lehrerkategorien einheitliche Gewerkschaft gibt es nicht. Der **„Sozialistische Lehrerbund"** ist nur ein Aufklärungszweckverband der Organisationen der sozialistischen

Hoch- und Mittelschullehrer und der „Freien Lehrergewerkschaft".

Die **„Freie Lehrergewerkschaft"** selbst, die etwa vor einem Jahre gegründet wurde und die wirtschaftlichen Interessen der Lehrer an den **öffentlichen Volks- und Bürgerschulen** verficht, steht auf dem Grundsatze der Solidarität aller um Lohn Arbeitenden, ist dem Bund der öffentlichen Angestellten angeschlossen, der der Sektion der öffentlichen Angestellten in der Gewerkschaftskommission angehört. Die Gewerkschaft ist eine Reichsorganisation und hat über 5000 Mitglieder in Wien. Hier hat in ihr vor allem der „Zentralverein der Wiener Lehrerschaft", der seit 27 Jahren tätig ist, Aufnahme gefunden. Ihm gehören 2700 Mitglieder an. Durch seinen vor einem Jahre erfolgten Austritte aus dem „Österreichischen Lehrerbund", den nunmehr auch die meisten Landeslehrervereine verlassen haben, hat er keine Mitglieder eingebüßt. Im Gegenteil, er hat neuen Zuzug aus den Reihen der Fortbildungsschullehrer und der Handarbeitslehrerinnen erhalten. Das Stärkeverhältnis im Vergleiche zu den anderen Organisationen läßt sich aus dem Ergebnis der letzten Wahlen in die Qualifikations- und Disziplinarkommissionen erkennen. Der Zentralverein erhielt 2345 Stimmen, die Gegner im deutschchristlichen „Wiener Lehrerverein" erhielten 4061 Stimmen und die „Unpolitischen" 207 Stimmen. Trotzdem bedeutet dieser Ausgang einen Erfolg. Der Zentralverein hat seit 1919 mehr als 75% aller Stimmen gewonnen, während die Deutschchristlichen 24% Stimmen verloren haben.

Auch in den übrigen **Ländern** bestehen Gruppen der „Freien Lehrergewerkschaft", die jedoch trotz ihrer ausgesprochen nationalen Propaganda mit den anderen Organisationen kaum Schritt halten können.

Die „Freie Lehrergewerkschaft", die ein vierzehntägiges Organ „Freie Lehrerstimme" herausgibt, ist der Vorposten der zu gründenden Lehrerinternationale. Sie führt einen durchwegs reformistischen Kampf. Die Lehrerschaft ist insbesondere in den Ländern durch die Sanierungsmethoden des Völkerbundes arg getroffen worden. Schulen werden abgebaut und dadurch auch die Lehrer. Durch die Regulierung des Besoldungsgesetzes im vergangenen Dezember haben die Lehrer in den Ländern die materielle Gleichstellung mit den Beamten gleicher Vorbildung verloren. Der gesamten Lehrerschaft ist die Fahrpreisermäßigung auf den Eisenbahnen entzogen worden, und ihre Einkommensteuer muß sie jetzt aus eigenem bezahlen. Gegen alle diese Anschläge hat es nur papierene Resolutionen geregnet. Ein energischer Abwehrkampf vor Gesetzwerdung ist nicht in die Wege geleitet worden. Und auch jetzt scheint man sich mit der Beschickung sogenannter Abwehrtagungen zu begnügen, auf denen die „Freie Lehrergewerkschaft" vielfach in der Minderheit ist. Sie zeigt der Lehrerschaft nicht den klaren Weg des Kampfes, sie gibt aber auch nicht der Arbeiterschaft, mit der sie doch mehr als durch das organisatorische Verhältnis verbunden ist, die Initiative zum gemeinsamen Kampfe gegen die Genfer Versklavung.

Weniger zersplittert als die Organisationen der seminaristisch gebildeten Lehrer ist die Organisation der **Mittelschullehrer**. Dafür ist aber diese Einheitsorganisation in gar keinem Zusammenhange mit der Arbeiterschaft. Diese straffe, gewerkschaftliche Organisation, der sogenannte **„Pflichtverband"**, der gleichfalls sein eigenes Organ besitzt, wird von einem fünfzehngliedrigen Ausschuß geleitet, der proportional nach der Stärke der politischen Organisationen zusammengesetzt ist. In ihm sitzen zwei Sozialisten, von den übrigen sind ein Teil deutschchristlich, die Mehrheit jedoch deutschvölkisch. Der Verband ist der „gelben" Beamtenorganisation angeschlossen. Daher trotz der Straffheit der Organisation ein völliges Nachgeben der Regierung in allen Lohnfragen.

Auch die Organisierung der **Privatlehrer** ist wiederholt in Angriff genommen worden. So besteht seit Jahren ein „Allgemeiner Privatlehrerverband", der im wesentlichen aus Sprachlehrern und Sprachlehrerinnen zusammengesetzt ist, der aber, seitdem die Auslandunterstützungen aufgehört haben, seinen Zuspruch verloren hat. Daneben ist ein „Musikpädagogischer Verband" tätig, der eine ziemlich gut funktionierende Stellenvermittlung besitzt, aber stark national eingestellt ist. Vor kurzem wurde schließlich eine „Freie Privatlehrergewerkschaft" ins Leben gerufen, die einen gewerkschaftlichen Kampf um eine entsprechende Entlohnung, um die gesetzliche Krankenversicherung, um Einhaltung der Kündigungsfristen usw. zu führen beginnt. Ihr Bemühen, gemeinsam mit der „Freien Lehrergewerkschaft", der sie als Sektion beitreten möchte, die Interessen der ausgebeuteten Lehrerschaft zu vertreten, ist vorläufig an der ablehnenden Haltung der „Öffentlichen" gescheitert.

Woran die österreichische Lehrerbewegung vor allem krankt, das ist der Mangel einer Einheitsorganisation der auf dem Boden der Gewerkschaftskommission stehenden Lehrer aller Kategorien. Nicht Diskutierklub im „Lehrerbund", sondern Aktionsverband der gesamten österreichischen Lehrerschaft! Nicht Verteidigung der sozialdemokratischen Wiener Schulpolitik um jeden Preis, sondern über deren Ziele hinaus Aufrüttelung der breiten, verelendeten Lehrermassen im Kampfe um ihre Besserstellung, zum Kampfe für die proletarische Schule im Anschlusse an die revolutionäre Lehrerschaft der ganzen Welt!

Aus der Internationale

1. Mai 1924.

Von R. Albert (Paris).

** Dieser 1. Mai 1924 wird kein Siegestag sein. Wer der Tage des 1. Mai von einst gedenkt, wird vielleicht unter diesem Gegensatze leiden. Es gab eine Zeit, da das Fest der Arbeit den angstzitternden, von dem Gedanken des „großen Abend" schreckerfüllten Bourgeois an sein Haus fesselte. Die große Furcht brachte die Polizei auf die Beine. Und gewaltige einmütige Kundgebungen der Arbeiter eroberten sich die Straße der Industriestädte. Der Krieg und der Zusammenbruch der II. Internationale haben die Hoffnungen dieser Zeiten der Revolten zum Scheitern gebracht! Dieser 1. Mai 1924 wird düster sein. Weißer Terror im Italien. Weißer Terror in Polen. Weißer Terror in Spanien. Weißer Terror auf dem Balkan. Aufstieg des Faschismus und Auflösung der Sozialdemokratie in Deutschland. Wohl gibt es in England eine Arbeiterregierung, sie baut aber Kriegsschiffe für den Imperialismus. Es gibt noch ein anderes privilegiertes Land, das Frankreich Millerands und Poincarés, mit seinen zwei Gewerkschaftsföderationen, wovon die eine gelb ist, mit seiner Sozialistischen Partei der Gegenrevolution und seinen verwirrten Anarchisten...

Die jetzige Zeit ist die der weißen Diktaturen, der Renegaten und auch — diese drei Tatsachen hängen unlöslich miteinander verbunden — der Siege des entmannten Sozialismus.

Ob es nun die antidemokratische Reaktion ist, die die Macht festhält, oder ob sich die Bourgeoisie noch stark genug fühlt, um demokratische Einrichtungen zu dulden, oder aber ob sie auf ihrem Entwicklungswege zur entscheidenden Diktatur gewisser Übergangsformen bedarf, immer findet sie im gegebenen Augenblick den Sozialisten, den vollständigen Renegaten, den Halbrenegaten, den Drittelrenegaten oder den gegenwärtigen Führer der „Arbeiter-Internationale".

Der Exsozialist **Millerand** führt den Vorsitz bei der Bestimmung der Geschicke des französischen Imperialismus. Der ehemalige Chefredakteur des „Avanti" **Benito Mussolini** befestigt die italienische Monarchie. Der Exsozialist **Wojciechowski** bestimmt die Geschicke Polens, einer der Vasallenstaaten des „Comité des Forges" (des französischen Eisenhüttenkomitees), wo in den Gefängnissen auch Frauen gefoltert werden. Der Sozialist **Ebert** ist Präsident jener deutschen Republik, in der man soeben den Mörder von Kurt Eisner begnadigt hat, während **Toller, Mühsam, Max Hölz**, die wackeren Kämpfer von Hamburg und soviel andere Revolutionäre Gefängnisstrafen ohne Hoffnung erleiden. Ein „großer ehrlicher sozialistischer Mann", **Ramsay Macdonald**, verteidigt gegen die Bolschewiki die Interessen des englischen Kapitalismus, bewaffnet England für die nächsten Kriege, läßt indische Streikende mit Maschinengewehren niederschießen. Der König von Dänemark bekommt jetzt seine sozialistische Regierung. Der König der Belgier und des blutigen Kautschuk-Kongo hätte beinahe wieder die seinige erhalten: sie ist nur verschoben worden...

Darum wird dieser 1. Mai kein Siegestag sein.

An der Schwelle des XX. Jahrhunderts ist der Arbeiterklasse ein tragisches Abenteuer widerfahren. Ihre Organisatoren, ihre Erzieher, jene, die ihr Gewissen geschaffen und verkörpert hatten, jene, durch die sie ihre Gedanken läuterte, jene, die in ihrem Namen sprachen, haben sie verraten, sei es geradewegs oder nicht, sei es bewußt oder unbewußt. Daher die Spaltungen und die Verwirrungen innerhalb der Arbeiterklasse, der augenblickliche Rückschlag, der Vormarsch der Bourgeoisie, die von so vielen Überläufern aus den Reihen der Arbeiter bedient wird. Aber das Abenteuer geht zu Ende. In einigen Ländern ist es schon zu Ende gegangen. Scheidemann wird seine Tätigkeit nicht noch einmal beginnen können.

Es ist die letzte Karte der Bourgeoisie, die sie damit ausspielt. Wenn eine Klasse nur mehr herrschen kann, geführt und gestützt von Überläufern aus der feindlichen Klasse, dann ist sie sicher schon schwer krank. Wenn diese Klasse im allgemeinen jenen, die sie ausbeutet, weder Brot geben noch den Frieden auf den Ruinen, die sie geschaffen, wiederherstellen kann, dann ist sie gerichtet. Wenn sie ihre eigenen Gesetze mit Füßen tritt, ihre eigenen Verfassungen zerreißt, zur Gewalt zurückkehrt, sich revolutionärer Methoden bedient, so darum, weil sie sich schon gerichtet fühlt.

Erinnern wir uns doch daran, daß in Deutschland der Kapitalismus nur mehr von Heilmitteln lebt; es verdankt seine Atempause nur der Feigheit der Sozialdemokraten und den Kanonen des französischen Imperialismus. Die Zukunft entgleitet dieser alten Welt.

Ihre weitschauenden Staatsmänner bereiten diese zerfallende Welt zum Kriege vor: zum Selbstmord.

Und darum ist an diesem 1. Mai, trotz all dieser sozialistischen Minister, trotz der triumphierenden Bourgeoisie, trotz des erfolgberauschten Faschismus — ohne Möglichkeit geschichtlichen Fortbestandes — wie wir zu behaupten wagen, die Arbeiterklasse so stark und so kampfbereit wie noch nie.

Nie ist sie stärker gewesen. Es sind schon sieben Jahre, daß eine Republik der Arbeit besteht, ein befestigtes Lager, dessen Verteidiger nicht versagen, das Asyl aller besiegten Revolutionäre, das Heim der III. Internationale, die Schule, das Vorbild, die lebende Kraft! Die Schmäher und Schwätzer aus den Reihen des verbürgerlichten Sozialismus und des entarteten Anarchismus können sich drehen und wenden, soviel sie nur wollen, um diesen festen Hort des Weltproletariats mit Kot zu bewerfen! Die Tatsachen sprechen eine deutlichere Sprache als alle Ausbrüche des Hasses. Welch ein Gegensatz zwischen ihrer Unfähigkeit und den sieben Jahren siegreichen Widerstandes der Oktoberrevolution gegenüber der Weltreaktion!

Niemals ist die Arbeiterklasse dem Ziele näher gewesen. Verstehen wir nur richtig! Eine Gesellschaft stirbt nicht, eine Gesellschaft wird nicht geboren in einigen Jahren. Der Rhythmus der Geschichte ist von einer anderen Schwungweite als der unserer Existenzen. Aber, selbst wenn wir an der Schwelle eines Zyklus kapitalistischen Wiederaufbaues wären — was in keiner Weise der Fall zu sein erscheint — so würden doch die russische Revolution, das Ende der bürgerlichen Demokratien, die so gewaltigen Siege der Reaktion, die Zuckungen des Reformismus, die imperialistischen Nebenbuhlerschaften, das Erwachen des Ostens, zahlreiche Faktoren der Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter Zeugnis dafür ablegen, daß die soziale Revolution bereits eingesetzt hat.

Wenig bedeutet uns die Zahl der Jahre, die sie noch zur Reise um die Welt benötigen wird. Die Tatsachen geben uns recht. Die Zukunft kann uns nur recht geben. „Die Revolution oder den Tod", schrieb Raymond Lefèvre. In eine knappe eherne Formel gebracht: Entweder muß man annehmen, daß der Kapitalismus bis ins Endlose verfaulen kann, oder die Zukunft gehört dem Kommunismus.

Offener Brief der KP. Indiens an die Delegierten zur Yorker Jahreskonferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei.

Werte Genossen!

** Vor einem Jahre wurde auf der Londoner Konferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei eine Resolution über den Internationalismus und Imperialismus angenommen, die die Stellungnahme Eurer Partei folgendermaßen präzisierte:

Die Unabhängige Arbeiterpartei (ILP.), die einen integrierenden Bestandteil der internationalen Bewegung des Sozialismus darstellt, stellt fest:

1. Daß die Interessen der Arbeiter der ganzen Welt dieselben sind,

2. daß ein internationales sozialistisches Gemeinwesen nur entstehen kann durch eine Weltorganisation freier Völker, die miteinander in der Produktion und Verteilung der Güter der ganzen Welt arbeiten,

3. daß zu diesem Zwecke die ILP. eintritt für die wirksamste Aktion der internationalen sozialistischen Bewegung, Kriege zu verhindern, Aushebungen und Militarismus überhaupt abzuschaffen und die unterjochten Völker zu befreien,

4. daß die ILP. sich gegen die Ausbeutung wirtschaftlich zurückgebliebener Völker durch mehr fortgeschrittene wendet und ihre Hilfsbereitschaft, den weniger entwickelten Rassen, so rasch als möglich, zur Selbstverwaltung zu verhelfen, erklärt,

5. daß die ILP., um diese Ziele zu erreichen, teilnimmt an dem Kampf der Arbeiter, sich von der wirtschaftlichen Unterdrückung, die die Kapitalistenklasse und der kapitalistische Staat ihnen auferlegt, zu befreien. Sie ist der Ansicht, daß der beste Weg einer friedlichen Durchsetzung des Sozialismus der ist, die Arbeiter politisch zu organisieren, damit sie die Staatsgewalt ergreifen können, und wirtschaftlich, damit sie die Kontrolle und die Leitung der Industrie übernehmen können,

6. daß die ILP. erkennt, daß Umstände eintreten können, die die Demokratie zwingen kann, im Falle eine Regierung oder eine reaktionäre Klasse Anstrengungen macht, die Freiheit oder die Nationalität zu unterdrücken, ihre politische und wirtschaftliche Kraft aufs äußerste anzuwenden.

Angesichts der Tatsache, daß heute in Indien eine reaktionäre Regierung und Klasse Anstrengungen macht, die Freiheit und die Nationalität durch das Ergreifen von Maßnahmen zu unterdrücken, die die gewählten Vertreter der sogenannten nationalen, gesetzgebenden Körperschaften zurückweisen, durch das Niederschießen unbewaffneter Männer und Frauen, die sich versammeln, um friedlich gegen soziale wirtschaftliche und politische Unterdrückung zu demonstrieren, und durch Massenverhaftungen und Einkerkerungen ohne Untersuchung, Anklage oder Beweisführung von angesehenen Bürgern, von denen es nur heißt, daß sie gegen die Autorität des Staates konspirieren, erinnert die Kommunistische Partei Indiens die Jahreskonferenz der ILP. an ihre auf der Konferenz im Jahre 1923 gefaßte Resolution und fordert sie auf, ihr Kraft zu verleihen, indem sie eine energische Aktion einleitet gegen diese Handlungen von seiten einer unverantwortlichen Behörde. Angesichts Eurer Stellung als oberste Gewalt in Großbritannien fordern wir Euch auf, **Eure politische und wirtschaftliche Kraft aufs äußerste anzuwenden, um diesen unerträglichen Bedingungen, die in Britisch-Indien herrschen, ein Ende zu setzen.**

Die Kommunistische Partei Indiens will die Aufmerksamkeit der versammelten Delegierten der Jahreskonferenz der ILP. insbesondere auf das gegenwärtige Bestreben der indischen Regierung lenken, die das Recht der politischen Organisierung der indischen Arbeiterklasse für wirtschaftliche und soziale Ziele zu unterdrücken sucht, indem sie ein solches Bestreben als „Geheimbündelei gegen die Souveränität Seiner Majestät" hinstellt und, nach § 121 und 121a des indischen Strafgesetzes, mit Tod oder lebenslänglichem Kerker bestrafen will.

Die Kommunistische Partei Indiens will die Tatsache besonders hervorheben, daß sich hinter diesem Versuch nur die Absicht verbirgt, das gesetzlich verbriefte Recht der indischen Arbeiter, sich für politische und wirtschaftliche Ziele zu organisieren, aufzuheben, um dadurch

1. hintanzuhalten die Befreiung der indischen Massen durch ihre eigene politische und wirtschaftliche Aktion, die das Ziel hat, sich eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen, elenden Lage durchzusetzen, und sie so fortwährend unter der imperialistischen und nationalen Ausbeutung zu erhalten,

2. aufrechtzuerhalten die gegenwärtige Isolierung des indischen Volkes von jeder Berührung und jeder Zusammenarbeit mit der internationalen Arbeiterbewegung für volle soziale, wirtschaftliche und politische Befreiung von der kapitalistischen Sklaverei,

3. zu diskreditieren die Organisation einer klassenbewußten Arbeiterpartei in Indien in den Augen des Gesetzes als „bolschewistische Geheimbündelei und Propaganda", um hierdurch die gegenwärtigen Verhandlungen zwischen der britischen Arbeiterregierung und Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, behufs Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen, zu präjudizieren.

Wir ergreifen diese Gelegenheit, um nochmals und mit Nachdruck die unbegründeten Anschuldigungen der „Geheimbündelei" zurückzuweisen, die gegen die Kommunistische Partei Indiens, in dem gegenwärtigen Prozeß, in Cawnpore erhoben werden, und wir rufen die Unabhängige Arbeiterpartei und die Arbeiterregierung und damit das gesamte britische Proletariat an, daß gewährleistet werde: das volle konstitutionelle Recht für kommunistische, sozialistische und Arbeiterparteien in Indien und die Aufrechterhaltung ihrer internationalen Beziehungen in

dem Ausmaße, wie es allen anderen Parteien innerhalb des britischen Reiches und in der ganzen zivilisierten Welt zugesichert ist.

Deshalb fordert die Kommunistische Partei Indiens die Delegierten der Yorker Konferenz der ILP. auf: zu protestieren gegen das gegenwärtige Bemühen einer reaktionären Regierung und Klasse, die Freiheit der indischen Bürger zu unterdrücken und im Einklang mit der Resolution über den Internationalismus und den Imperialismus Eurer Londoner Konferenz im Jahre 1923 zu beschließen:

1. daß das Regierungsverbot der Propaganda sozialistischer, kommunistischer und Arbeiterorganisationen in Indien aufgehoben werde, und

2. daß denjenigen, die gegenwärtig, wegen ihrer Tätigkeit innerhalb der indischen Arbeiterklasse, von der Regierung verfolgt und bestraft werden, weiterhin gestattet werde, mit voller Handlungsfreiheit **eine politische Partei der indischen Arbeiter und Bauern für ihre soziale, wirtschaftliche und politische Befreiung zu organisieren.**

Im Auftrage der **Kommunistischen Partei Indiens**

(gez.)

Manabendra Nath Roy

Aus dem Lager der Gegner.

Der Parteitag der SP. Ungarns.

Von Ludwig Magyar.

** Nach der Niederlage der russischen Revolution im Jahre 1905—1906 herrschte Grabesstille in der russischen Arbeiterbewegung. Das Wüten des weißen Schreckens, die Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen, die inneren Kämpfe der Emigration, die mühevolle, schier hoffnungslose Sammlung der revolutionären Kräfte in Rußland selbst, mehrfaches Scheitern dieser Sammlungsversuche chararakterisieren diese Periode. Plechanow vollzieht seine Schwenkung zu den Menschewiki, und sein verzweifelter Ruf: „Es war schade, zu den Waffen zu greifen!" gibt ein Bild darüber, wie tief die Kleinmütigkeit, der Zweifel an der Revolution, selbst die besten Köpfe der revolutionären Arbeiterbewegung erfaßten. Die bolschewistische Fraktion wurde innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands in die Minderheit gedrängt, und die Menschewiki konnten damals in ihren Zeitschriften erklären, daß es eigentlich nur noch drei Bolschewiki gibt — Lenin, Sinowjew, Kamenjew —, den Vierten mußte man durch Annoncen in der Presse suchen. Die drei Bolschewiki in der Emigration haben den Kampf um den revolutionären Marxismus doch geführt, die Theorie über die Hegemonie des Proletariats in der Revolution gegen rechte und linke Opportunisten im eigenen Lager verteidigt, das bolschewistische Organisationszentrum doch aufrechterhalten, die illegalen Organisationen in Rußland selbst trotz aller Einwendungen der Liquidatoren von rechts und links doch ausgebaut. Und fünf Jahre nach der fürchterlichen Niederlage streiken die Bergarbeiter der Goldgruben von Lena, die Gendarmen feuern in die streikende Menge und als Antwort darauf, schwillt eine Streikwelle an, erfaßt ganz Rußland, die Welle dieser revolutionären Massenbewegung bricht den Alpdruck des weißen Terrors, der die Massen bislang unterdrückte, und als diese Bewegung abebbt, steht eine innerlich gefestigte, geklärte, einheitliche bolschewistische Partei in Rußland da.

* * *

Selbstverständlich darf man diese Analogie nicht ohne weiteres auf die ungarischen Verhältnisse anwenden. Die objektive Lage ist in Ungarn 1924 eben anders als in Rußland 1911. Einige Elemente in der Lage sind aber von auffallender Ähnlichkeit. Eine Massenbewegung schwillt an. Der schwere Alpdruck des weißen Terrors weicht schon. Die unerträgliche wirtschaftliche Lage, der Versuch der Bourgeoisie, alle Lasten der Sanierung auf die werktätigen Massen abzuwälzen, der Schwindel mit der Agrarreform, die Zermürbung der Einheitsfront der blutigen Konterrevolution und die Verminderung und Einengung der sozialen Basis derselben, der Versuch, die Herrschaft der Großgrundbesitzer im Bunde mit der Bourgeoisie, aber ohne das Kleinbürgertum der Städte und auf dem Lande zu restaurieren, drängen das Proletariat zur verzweifelten Gegenwehr. Der nationale Verrat der herrschenden Klassen, die Anerkennung des Trianoner Schandvertrages durch die lautesten Schreier des Nationalismus, die Belohnung der rumänischen Bojaren in ihrem Raubfeldzug gegen die ungarische Räterepublik, die Kapitulation vor der Kleinen Entente, der offene Verzicht auf die Befreiung der unterdrückten Ungarn, der Abbau des Staatsapparates usw. drängen auch weitere kleinbürgerliche Schichten in die Opposition. Die Demonstrationen vom 15. März auf den Straßen Budapests, das Auftreten der Opposition auf der Landeskonferenz der Gewerkschaften vom 30. März und nicht zuletzt das Auftreten der Opposition auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, der zu Ostern in Budapest abgehalten wurde, zeigen, daß die Arbeiterbewegung Ungarns in eine neue Periode eingetreten ist. Wir stehen vor einer neuen Welle von Massenbewegungen und die „Opposition" will diese Massenbewegungen in ihrem Sinne ausnützen. Der Kampf auf dem Parteitag endete mit einem vollen Sieg der Horthy-Sozialisten vom Schlage Payer, Peidl, Propper, Farkas, die das Feigenblatt der Legalität für das Horthy-Bethlen-System abgeben, aber die Tatsache, daß in der ungarischen Sozialdemokratie sich eine organisierte Opposition bemerkbar machte, kennzeichnet, wie tief der Prozeß der Radikalisierung die Massen selbst erfaßte. Es wäre nicht der Mühe wert, die Erbärmlichkeit und Kläglichkeit der führenden Schicht dieser Opposition zu charakterisieren. Die Wiener Internationale hat sich selbst liquidiert, und es wäre ein sinn- und hoffnungsloses Beginnen, sie in Ungarn aufleben zu lassen. Grundsätzliche Unterschiede gab es und gibt es zwischen Garimi und Payer, zwischen Böhm und Farkas, zwischen Kunfi und Propper, und wie die Horthy-Sozialisten in Ungarn und die ungarischen Zutreiber in der Emigration alle heißen, nicht. Es handelt sich nur darum, wer die Macht in der Partei haben soll, wer das Zusammenarbeiten mit Bethlen bewerkstelligen soll — die im wahrsten Sinne des Wortes allerletzte Garnitur der ungarischen Sozialdemokratie oder die in der Emigration lebende erste Garnitur. Die „erste Garnitur" möchte die jetzigen Machthaber in der Partei zum Teufel jagen, um ihre Politik des Paktierens mit Horthy selbst fortsetzen zu können, und die gegenwärtigen Machthaber wollen ihre warmen Plätzchen behaupten und die in der Emigration lebenden Führer mit der Unterstützung der Polizei vom Leibe halten. So wäre der Kampf der Opposition eine Familienangelegenheit der ungarischen Menschewiki, aber die Tatsache, daß die Führer dieser Opposition ihre Solidarität nicht nur mit der Revolution von 1918 (Károlyi-Revolution), sondern auch mit der proletarischen Revolution von 1919 verkünden, daß sie gegen die Koalitionspolitik Sturm laufen, zeigt, daß es sich hier um etwas viel Ernsteres handelt, als den Kampf verschiedener Führerklüngel. Die Böhm, Kunfi, Stromfeld, Biro usw. haben ja die proletarische Diktatur verraten, bekämpfen sie und sind Feinde des Rätegedankens. Diese Helden der Noske-Internationale haben ja mit Jászi, Hatvany und mit den übrigen kleinbürgerlichen Konterrevolutionären in der Emigration die erbärmlichste und lächerlichste Koalitionspolitik getrieben. Und die Opposition in Ungarn selbst, diese Opposition will die ungarischen Arbeitermassen mit Solidaritätserklärungen, mit der gestürzten Rätediktatur, mit Phrasen über Klassenkampf und Gegnerschaft gegenüber der Koalitionspolitik betören. Sie muß diesen fadenscheinigen Arbeiterbetrug betreiben, da es in der ungarischen Arbeiterbewegung auch eine wirkliche Opposition gibt, eine Massenopposition, eine Opposition des revolutionären Proletariats, eine Opposition der breiten proletarischen Massen, die des Verrates der Horthy-Sozialisten ebenso satt sind, wie der Halbheiten und des bewußten Betruges der „ersten Garnitur". Es war im höchsten Maße lehrreich und charakteristisch, wie die Desider Birós von dieser wirklichen Opposition abrückten, wie sie vor der Parteileitung kapitulierten, um den weiteren Vorstoß dieser wirklichen Opposition abzuwehren.

Es gärt in den ungarischen Arbeitermassen. Das ungarische Proletariat schafft sich unter unsäglichen Leiden seine Klassenpartei. Diese Klassenpartei wird keinesfalls die jetzige offizielle „Opposition" der Parteileitung sein. Sie bildet sich, wird sich aus der Massenopposition herausbilden. Die Geburtswehen werden fürchterlich sein, aber die revolutionäre Arbeiterklasse Ungarns wird diese Aufgabe lösen. Diese Klassenpartei wird dann die Solidarität mit der Rätediktatur, die Ablehnung der Koalitionspolitik in die Tat umsetzen, und das Proletariat Ungarns zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen führen. Sie ist schon jetzt die treibende Kraft der Opposition, und der Versuch der ungarischen Zentristen, sich dieser Massenbewegung zu bemächtigen, wird kläglich scheitern.

Die ungarischen Arbeiter lehnen die Solidaritätserklärungen mit der Rätediktatur seitens der Verräter als Leichenschändung

ab. Die trotzige Opposition der Massen, die hie und da auch ihre Vertreter fand, ist die beste Hoffnung der ungarischen Arbeiterbewegung. Und es ist eine ernste Mahnung für die ungarischen Kommunisten, daß diese Massenopposition immer gewaltiger anschwillt, immer breitere Arbeitermassen erfaßt.

Nach den Salven der zaristischen Gendarmen bei den Goldgruben von Lena haben die russischen Bolschewiki den Kampf um die Organisation, um die Mehrheit des Proletariats mit neuer Kraft begonnen . . . .

Aufrufe

An die Werktätigen der ganzen Welt!

Genossen, Arbeiter und Bauern!

** Das Exekutivkomitee der Komintern hat bereits öfter Eure Aufmerksamkeit auf die Ausschreitungen und die Willkür der polnischen Bourgeoisie gegen die werktätigen Massen Polens gelenkt. Polen und Israeliten, Ukrainer und Weißrussen, Arbeiter und Bauern — alle haben in gleicher Weise unter der schamlosen Unterdrückung und dem Terror zu leiden, die sich hinter schwülstigen Phrasen von Demokratie, Republik und Konstitution verbergen.

Während der letzten Tage langten aus Polen Nachrichten ein, wonach sich dieses Regime des Terrors aufs neue gesteigert hat.

Im **Dombrowskij-Bassin**, wo 60.000 Grubenarbeiter zwecks Beibehaltung des Achtstundentages und zwecks Unterstützung der in Oberschlesien streikenden Genossen in den Ausstand getreten sind, hat die Polizei auf die wehrlose Arbeitermenge geschossen. Drei Arbeiter wurden getötet, 37 verwundet, sieben davon sind tödlich getroffen, 200 Streikende wurden verhaftet.

In **Warschau** wurden 27 bereits seit 18 Monaten in Untersuchungshaft befindliche Mädchen und Jünglinge, Arbeiter, Studenten und Soldaten im Alter von 16 bis 21 Jahren für Beteiligung am Kommunistischen Jugendverbande zu drei bis sechs Jahren Zuchthaus ohne Abzug der Untersuchungshaft verurteilt. Die Mitglieder der Kommunistischen Jugend begrüßten das Urteil mit Absingen der Internationale. In **Krakau** steht ein großer Prozeß einiger Dutzend Arbeiter und Soldaten wegen Beteiligung am Krakauer Aufstand vom November 1923 bevor. Den Angeklagten droht ein Todesurteil. Der Redakteur der Bauernzeitung in Krakau ist wegen seiner Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei Polens zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Solche Urteile werden fast in sämtlichen Städten Polens alltäglich gegen jeden Arbeiter und Bauer gefällt, der den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, gegen die nationale und die Klassenunterdrückung seitens der polnischen Pane und der polnischen Bourgeoisie aufgenommen hat.

In den von Polen besetzten Gebieten Weißrußlands und der Ukraine werden neue Verbrechen vorbereitet. Polen führt dort die Feldkriegsgerichte ein und bereitet nach dem Beispiel der zaristischen Generale **Min, Dubadse** und **Kasakow** Strafexpeditionen vor.

Gegenwärtig **schmachten 4000 politische Gefangene** in den Kerkern Polens. Man läßt sie dort hungern, mißhandelt sie, sperrt sie mit Kriminalverbrechern zusammen, läßt keine Zeitungen und Sendungen an sie gelangen. Während der letzten vier Wochen sind in den polnischen Gefängnissen sechs Hungerstreiks ausgebrochen, an denen einige hundert Gefangene teilnahmen.

Mißhandlungen von Verhafteten und Anwendung von Foltern sind alltägliche Erscheinungen. Im Kerker von Lemberg ist während des Verhörs eine Frau namens Bessarabowa zu Tode gefoltert worden. Im Kerker von Bjelostok sind während der letzten Monate sieben Gefangene an den Folgen der Mißhandlungen während des Hungerstreiks gestorben. Jeder Tag bringt neue Nachrichten über die Greueltaten der Polizei gegen die Werktätigen Polens und besonders gegen die Bauern der weißrussischen und ukrainischen Grenzgebiete.

Genossen!

Stellt die polnischen Henker an den Pranger. Seid eingedenk, daß Polen gleich Rumänien der Herd der Reaktion im Osten ist, daß es ein einziges riesiges Gefängnis für die Werktätigen und die nationalen Minderheiten darstellt. Wenn Vertreter der polnischen demokratischen Republik in Eure Länder kommen, um Reden über Zivilisation, Demokratie und Völkerbund zu halten, so gebt Ihnen die Antwort, die sie verdienen. Schleudert ihnen Eure Verachtung und Euren Haß ins Gesicht!

Nieder mit den Henkern und Heuchlern!

Ehre und Ruhm den Arbeitern von Krakau und Dombrowa!

Ehre und Ruhm der Polnischen Kommunistischen Jugend!

Größtmöglicher Beistand für die Gefangenen des Kapitals!

Es lebe der gemeinsame Befreiungskampf der polnischen, ukrainischen, weißrussischen, israelitischen und deutschen Arbeiter und Bauern unter dem Banner der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Buchbesprechungen

„Die Kommunistische Internationale" Nr. 31/32 *).

Von E p.

** Der soeben erschienene neue Band der „Kommunistischen Internationale" enthält eine Fülle des Lesenswerten und ist voll pulsierender Aktualität. Er zerfällt in **drei Teile.** Der erste Teil ist dem Andenken Lenins gewidmet, die Aufsätze des zweiten Teiles haben die „Fünf Jahre Kommunistische Internationale" zum Gegenstand, der dritte Teil enthält eine Reihe von Aufsätzen allgemeiner Natur, eine kritische Beleuchtung der wichtigsten und brennendsten Tagesprobleme der internationalen Arbeiterbewegung.

Der dem Andenken Lenins gewidmete Teil wird mit der **Rede Sinowjews** eingeleitet, die dieser in der Sitzung des Leningrader Sowjets vom 7. Februar 1924 über Lenin hielt. Aus der großangelegten Rede klingt die Ergriffenheit des intimen Freundes und zugleich die Ehrfurcht des Schülers hervor. Die gigantische Persönlichkeit Lenins wird von allen Seiten beleuchtet, gleichsam in ihre Bestandteile („Genie, Lehrer, Führer und Mensch") zerlegt. Nach allgemeinen Skizzierung seiner Weltbedeutung schildert Sinowjew Lenin als **Theoretiker** und **Politiker,** sein Verhältnis zu den **Bauern,** zur Befreiungsbewegung der unterdrückten **Nationalitäten.** Er weist auf die geschichtliche Sendung Lenins als Schöpfer und praktischer Verwirklicher einer **neuen Staatstheorie** hin, deren Hauptzug die Parole: „Alle Macht den Räten" ist. Dann wird das Verhältnis Lenins zur Frage des Imperialismus und zur Diktatur des Proletariats, ferner die Rolle beleuchtet, die Lenin als Testamentsvollstrecker von Marx spielte, desjenigen Marx, der mit seinem Seherblick in der Pariser Kommune das freilich noch unvollkommene Vorbild der nahenden, siegreichen proletarischen Diktatur erkannt hatte.

Nach Würdigung seiner allgemeinen, geschichtlichen Bedeudung zieht Sinowjew einen engeren Kreis um die Persönlichkeit Lenins und befaßt sich mit dem Lenin der bereits siegreichen russischen Revolution und der unaufhaltsam heranrollenden Weltrevolution, kurz mit dem **Lenin der Dritten Internationale.** Das Bild Lenins als „Baumeister der RKP. und KI." wird hier mit meisterhafter Hand gezeichnet. Es wird vor unseren Augen der Lenin lebendig, der mit seinem unvergleichlichen Scharfblick zuerst das Wesen und die Bedeutung des imperialistischen Krieges als blutige Finalepoche des Kapitalismus klar erfaßt und der zuerst klar erkannt hatte, daß die Geschichte der Menschheit zu einem **Wendepunkt** gelangt war — der Lenin, der ein „Prophet" war, der seine „Prophezeiungen" mit eiserner Logik, mit unerbittlicher Konsequenz gleich selbst in die Tat umsetzte. Zum Schlusse gedenkt Sinowjew des „Menschen und Genossen" Lenin. Soweit dies bei Lenin überhaupt möglich, wird seine Persönlichkeit aus dem Rahmen des gewaltigen historischen Geschehens herausgehoben und Lenin als einzelner Mensch, als Individuum beleuchtet. Dieser Teil der Rede Sinowjews ist besonders anziehend, weil er Lenin von jener Seite zeigt, von der ihm naturgemäß nur der engere Kreis seiner Genossen und Freunde kannte — diejenigen, die das Glück hatten, mit ihm persönlich in Berührung zu kommen.

Der Rede Sinowjews folgt ein Artikel **A. Martynows:** „Der große proletarische Führer", der sich mit Lenin als dem genialen **Organisator** der russischen und der Weltrevolution befaßt. „Die Schaffung einer Parteiorganisation, die fähig war, eine

*) „Die Kommunistische Internationale" Nr. 31/32; Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg 8.

Hegemonie des Proletariats in der russischen Revolution zu verwirklichen . . .", die Aufstellung der Parole der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft im Jahre 1905 . . ., die klare Formulierung der Parole von der Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg im Jahre 1915 — das waren die drei hauptsächlichsten Großtaten Lenins, durch die er der Geschichte nicht nur Rußlands, sondern der ganzen Welt eine entscheidende Wendung gab. An diese drei grundlegenden Taten knüpft sich dann die ganze geniale Strategie Lenins, sie sind der Kernpunkt des ganzen sogenannten Leninismus.

A. **Thalheimers** Aufsatz: „Lenin als Theoretiker" führt uns, soweit dies im Rahmen einer so kurzen Abhandlung möglich, Lenin als Fortentwickler, als praktischen Verwirklicher der marxistischen revolutionären Theorie vor, als den Marxisten, in dessen Händen die Marxsche revolutionäre Theorie nicht lediglich ein „Leitfaden für historische Erklärung der Vergangenheit" war (wie bei den Gelehrten der Zweiten Internationale), sondern auch der Leitfaden „für revolutionäres Handeln in der Gegenwart".

Ein Artikel B. **Kamenews** handelt über „das literarische Erbe und die gesammelten Werke Wladimir Iljitsch". Wir erfahren aus diesem Artikel, daß Lenin nicht nur als Politiker und Sozialist, sondern auch als Schriftsteller vom Anbeginn seines Auftretens „gegen den Strom" zu schwimmen hatte und zu schwimmen verstand. Die ersten Arbeiten des jungen revolutionären Studenten, an die Redaktion der liberalen „Juristischen Nachrichten" eingesandt, „verschwinden", um 30 Jahre später in den Geheimarchiven des zaristischen Geheimdienstes entdeckt zu werden. Seine Werke werden größtenteils illegal verbreitet, sie finden entweder keine Verleger oder werden bei Hausdurchsuchungen beschlagnahmt, müssen oft vernichtet werden, um nicht in die Hände der Polizei zu gelangen. Aber all dies kann ihn nicht zurückhalten, jede neue Phase der Entwicklung zum Gegenstand tiefsinniger, gründlicher marxistischer Analysen zu machen und dadurch, trotzdem seine Studien oft nur in wenigen Exemplaren im Kreise der Vertrauensleute und Funktionäre des Proletariats kursieren, die Wahl des richtigen Weges und der richtigen Mittel für die illegale Partei zu ermöglichen. Als er sich den Verfolgungen der Kerenskischen Häscher kaum mehr zu entwinden vermag, ersucht er Kamenew brieflich, sein Heft „Marxismus und Staat", das „in Stockholm stecken blieb", herauszugeben. Es handelte sich um das epochale Werk Lenins, das dann unter dem Titel „Staat und Revolution" herausgegeben wurde. Der Artikel Kamenews schildert in einer anschaulichen Weise die Schwierigkeiten, die der Sammlung und Herausgabe aller Werke Lenins entgegenstehen. Neun Zehntel von dem, was Lenin geschrieben hatte, war nur für illegale Veröffentlichungen bestimmt, und nicht weniger als ein Drittel aller seiner Aufsätze ist ohne jede Unterschrift, ein zweites Drittel unter einem sehr oft wechselnden Pseudonym erschienen.

Mit längeren Zitaten aus Werken und Reden Lenins schließt der erste Teil der Doppelnummer ab.

Im ersten Artikel des **zweiten Teiles** gibt **Sinowjew** einen Überblick über die Geschichte und die hervorstechendsten Ereignisse der ersten „Fünf Jahre Kommunistische Internationale". Daß zunächst der führenden, entscheidenden Rolle gedacht wird, die Lenin hiebei spielte, ist wohl selbstverständlich. Die Gründung und Entwicklung der III. Internationale ist mit dem Namen Lenins so unlösbar verbunden, daß man unmöglich von dem einen sprechen kann, ohne sofort auch auf das andere zu sprechen zu kommen. Nach einer allgemeinen Wertung der geschichtlichen Bedeutung der Kommunistischen Internationale und der allgemeinen Entwicklungstendenzen, die das Charakteristische dieser Internationale zum Unterschiede von der Zweiten Internationale ausmachen, wirft Sinowjew einen kurzen Blick auf die Entstehungsgeschichte und den gegenwärtigen Stand der **einzelnen** Sektionen der KI., die trotz des Wütens des weißen Terrors, trotz des Verrates der Sozialdemokratie, die überall die Bundesgenossin des Faschismus geworden ist, in unaufhaltsamem Anwachsen begriffen sind. Einen breiten Raum nehmen im Rahmen dieser Abhandlung seine Ausführungen über die **englische Arbeiterbewegung** ein, die nicht nur vom Standpunkte der englischen Politik, sondern auch von jenem der **Zweiten Internationale**, vom Standpunkt der „Massenfabrikation sozialistischer Minister" unter die Lupe genommen wird. „Die Hegemonie in der gegenrevolutionären Zweiten Internationale befindet sich jetzt in den Händen Englands" — stellt Sinowjew fest. „Die Hegemonie in der revolutionären proletarischen Kommunistischen Internationale liegt, zeitweilig in den Händen der russischen Arbeiter." Nach Konkretisierung der wichtigsten Aufgaben der KI. weist Sinowjew auf die Schwierigkeiten hin, die durch den leider so frühen Abgang Lenins, durch den Verlust des Führers und Lehrers entstanden sind, die aber vom internationalen Proletariat „im Geiste der Lehre Lenins" überwunden werden müssen.

In einem „Von der Internationale des Wortes zur Internationale der Tat" überschriebenen Artikel präzisiert Genossin **Klara Zetkin** den Unterschied zwischen der Zweiten und der Dritten Internationale. Das, was die Zweite Internationale selbst in ihren besten Tagen nur zu verkünden wagte, das verwandelt die Dritte Internationale, die Führerin der Revolution, nun allmählich in die Tat.

Genosse Sen **Katayama** würdigt dann in einem Artikel die Rolle der KI. als Sammlerin und Vorkämpferin der imperialistisch unterdrückten Völker des Ostens, während Genosse O. W. **Kuusinen** in einem Aufsatz die Führerrolle Rußlands in der revolutionären Bewegung anderer Länder, in erster Reihe der russischen Randstaaten schildert. Zum Schlusse kennzeichnet Genosse F. **Kon** den historischen Wandel, der sich in diesen Jahren des fortschreitenden kapitalistischen Zusammenbruches in den Methoden vollzogen hat, deren sich die Bourgeoisie in ihrem Kampfe gegen das vorstürmende Proletariat bedient. Dieser Systemwechsel hat den **weißen Terror** geschaffen, der in allen kapitalistischen Ländern mehr oder weniger offen in der brutalsten Weise gegenüber dem Proletariat Anwendung findet.

Mit einem wie eine prophetische Offenbarung anmutenden Aufsatz **Lenins** aus dem Jahre 1919: „Die Kommunistische Internationale, ihr Platz in der Geschichte" und mit der Veröffentlichung einiger historischer Dokumente, die sich auf den Gründungskongreß der KI. vom Jahre 1919 beziehen, schließt der zweite Teil des Doppelbandes ab.

Der **dritte**, allgemeine Teil enthält zunächst eine ebenso umfangreiche wie interessante Abhandlung des Genossen **Remmele** (Zentrum), über die **deutschen Ereignisse**. Der Artikel gibt eine gute Übersicht über die Vorgeschichte der Oktoberniederlage in Deutschland, über die Ereignisse, die zu ihr führten, und gewährt einen interessanten Ausblick auf die zukünftige Gestaltung der Dinge in Deutschland. Die Ausführungen Remmeles erfahren eine interessante Ergänzung und Kontrolle durch mehrere Aufsätze des am äußersten linken Flügel stehenden Genossen **Maslow**. Ein Artikel des Genossen **Sinowjew** über die deutschen Ereignisse und der von der Exekutive der KI. im Jänner 1924 in dieser Frage gefaßte Beschluß bilden den vorläufigen Abschluß der Debatte, in der der bevorstehende Weltkongreß das letzte Wort zu sagen haben wird.

Ein Artikel des Genossen A. **Martynow** handelt von der **Krise der RKP. und ihrer Überwindung.** In klarer, objektiver Weise deckt Genosse Martynow die tieferen Wurzel dieser Krise auf, indem er auf die aus der neuen ökonomischen Politik entstandene „Absatzkrise infolge einer relativen industriellen Überproduktion" hinweist. Die Frage, auf welche Weise diese Krise und die aus ihr erwachsenden Gefahren am leichtesten und gründlichsten beseitigt werden können, lag der russischen Parteikrise zugrunde, mögen auch die Parolen, um die sich die Diskussion zum großen Teil bewegte, zum Teil anders gelautet haben. Die RKP. ist durch die Krise, die übrigens als gänzlich beigelegt angesehen werden kann, nicht zersplittert und geschwächt worden, wie das die Feinde der Revolution gehofft hatten; sie ist heute **stärker** und **einheitlicher** denn je!

Ein Artikel des Genossen R. Palme **Dutts** befaßt sich mit den **allgemeinen Wahlen** und der **Außenpolitik Englands.** In interessanter Weise werden darin die Wahlergebnisse und der Regierungsantritt Macdonalds als die Folgen der sich verschärften Wirtschaftskrise und Klassengegensätze in England dargestellt. An die Ausführungen Dutts schließt sich die **Resolution des Exekutivkomitees der KI.** über die englische Labour-Regierung und die KP. Großbritanniens an.

Nachdem noch Genosse **Gallacher** dem leider so früh und plötzlich verstorbenen Genossen **John Mac Lean** einen warmen Nachruf gewidmet und seine Tätigkeit als Agitator und Organisator des Kampfes gewürdigt, beleuchtet Genosse W. **Kolarow** in ausführlicher Weise „die Taktik der KP. Bulgariens im Lichte der Ereignisse". Es ist ein äußerst wertvoller Beitrag zum Verständnis des blutigen bulgarischen Dramas, dessen Lehren alle Kommunistischen Parteien beherzigen sollten.

Jeder Parteigenosse muß den neuen Doppelband der Kommunistischen Internationale lesen. Er enthält ein Stück Geschichte der Jetztzeit, eine neue, glänzende Probe historisch-materialistischer Geschichtsschreibung aus der Feder der ersten Repräsentanten der Kommunistischen Internationale.

Der 271 Seiten starke Band ist besonders reich an Illustrationen; er enthält nicht weniger als 19 Photographien und außerdem eine Bilderbeilage: Lenin auf der Bahre.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Varga: Der Sinn des Gutachtens der Sachverständigenkommission.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 50. 29. April. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Die Hauptmomente der gegenwärtigen internationalen Lage. Von Sinowjew 581

Politik.
Der Sturz des blutigen Smuts. Von Murphy 587

Deutschland.
Stinnes. Von Radek 588

Union der Sowjetrepubliken.
Ausbildung der Lehrerschaft in der Sowjetunion. Von Kalaschnikow 591

Wirtschaft.
Der Sinn des Gutachtens der Sachverständigenkommission. Von Varga 592

Arbeiterbewegung.
Internationale Solidarität und internationale Forderungen der Seeleute. Von Hardy 593
Der Kampf der Budapester Buchdrucker. Von Király . 594

Aus der Internationale.
Der Frankfurter Parteitag der KPD. 595

Aus der Roten Gewerkschaftsinternationale.
Der 1. Mai, ein Tag des proletarischen Protestes und Kampfes 599
Die RGI. an die französischen Arbeiter 600

Die Hauptmomente der gegenwärtigen internationalen Lage.

Rede des Genossen Sinowjew in der Sitzung im Leningrader Sowjet am 8. April 1924.

I.

Die englischen Lords über die Komintern.

Genossen, ich muß gleich mit einem kurzen Vorwort beginnen. Vor kurzem, am 26. März d. J., fand im englischen Parlament ein ziemlich heißer Streit zwischen zwei Lords wegen meiner sündigen Person statt, aber nicht durch meine Schuld. Ein gewisser Lord Emmott (man sagt, im Jahre 1921 war er Vorsitzender der Regierungskommission für die Untersuchung der Lage in Rußland) rollte in der Kammer die Frage meiner öffentlichen Reden auf, und sagte, daß die wohlwollende Geste der Anerkennung der Sowjetunion seitens Englands, von Sinowjew, der nach der Meinung dieses Lords, einer der einflußreichsten Staatsmänner in der Sowjetunion ist, mit Verachtung, ja, fast sogar mit verletzender Ironie empfunden wurde.

Lord Emmott protestierte dagegen entschieden. Aber man ließ mich nicht in der Schande. Es war da noch ein anderer Lord, Lord Parmoor, dessen Vorzug, Emmott gegenüber, darin besteht, daß er gegenwärtig die englische Regierung vertritt. Lord Parmoor sagte, die Erklärungen Sinowjews müssen natürlich verurteilt werden, er machte aber diese Erklärungen als Vertreter der III. Internationale; die III. Internationale aber stelle die Plattform der radikalsten Mitglieder der Sowjetregierung dar.“ „Übrigens“ — fügte er hinzu — „zeigen andere Auszüge aus den Reden Sinowjews, daß er nicht immer so radikale Ansichten hat.“

Ich muß bemerken, daß ich die Ansicht des zweiten Lords vollkommen teile, und mich ihr anschließe. Tatsächlich mußte ich mich öfter über Fragen der internationalen Politik äußern, und zwar nicht als Mitglied der Sowjetregierung, sondern als Vertreter der III. Internationale. Ich bemerke, daß ich auch in diesem Falle als Mitglied der III. Internationale vor Euch rede.

Was Lord Emmott anbelangt, so muß ich sagen, daß er mich bös verleumdet. Weder ich, noch andere Mitglieder der III. Internationale haben die Tatsache der de jure-Anerkennung der Sowjetunion durch England, mit Verachtung oder mit verletzender Ironie empfunden. Im Gegenteil, wir haben sie sehr ernst aufgenommen Und zur Orientierung Lord Emmotts füge ich noch hinzu, daß ich die Resolution, die der II. Rätekongreß der Sowjetunion, anläßlich unserer de jure-Anerkennung durch England, annahm, vollkommen teile. In dieser Resolution wurde ausführlich dargelegt, wie die Sowjetunion diese Anerkennung einschätzt. Es wird in ihr erklärt: wir wissen, daß, wenn das heutige England die Union der Sowjetrepubliken de jure anerkannte, sich das durch den Wunsch der englischen Arbeiterklasse erklären läßt, die, wenn auch eine sehr mäßige Stellung einnimmt und zuweilen noch mit den englischen Menschewiki sympassiert, dennoch aber die Arbeiterklasse ist, die mit Achtung

auf unser Arbeiter- und Bauernland blickt und die heutige Regierung gezwungen hat, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken anzuerkennen. Schon allein aus diesem Grunde konnte ich weder mit Verachtung noch in verletzender Ironie von der Tatsache der Anerkennung sprechen. Mit einer gewissen Ironie (wozu es verheimlichen) und mit einer gewissen Verachtung mußte ich mich über diesen oder jenen Vertreter der englischen Bourgeoisie äußern. Lord Emmott hätte diese zwei Dinge nicht verwechseln müssen. England und die englische Bourgeoisie ist nicht dasselbe. Das englische Volk und Lord Emmott ist ebenfalls nicht dasselbe. Wir schätzen die Arbeiterklasse, die arbeitenden Massen Englands. Es bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und den Werktätigen Englands in bezug auf die politischen Lage der Arbeiterklasse. Sie haben noch immer Vertrauen zur Arbeiterpartei, aber wir hoffen, daß dieses Vertrauen nicht mehr lange andauern wird. Wir haben kein Vertrauen mehr zur Arbeiterpartei, aber wir schätzen und ehren die englischen Arbeiter. Die werktätigen Massen Englands schätzen wir als das kulturell am höchsten stehende Volk sehr hoch ein. Deshalb prallt die Verleumdung des Lord Emmott, die vollkommen unbegründet ist, von mir ab. Ich bitte, Lord Emmott, in Zukunft zwischen England, der englischen Nation, den werktätigen Massen Englands und den einzelnen Vertretern der Bourgeoisie einen Unterschied zu machen. Was das englische Volk, die Arbeiterklasse, die Werktätigen Englands, die englische Nation betrifft, so finden sie unsere größte Achtung. Was aber die einzelnen Vertreter des englischen Imperialismus und der englischen Bourgeoisie, der auch Lord Emmott angehört, betrifft, so finden sie bei uns nicht immer eine solche Achtung. Ich mache diese Vorbemerkung auch für die Zukunft, damit die Vertreter der ausländischen Bourgeoisie, auch der anderen Länder, wissen, daß Lord Parmoor recht hat, wenn er streng unterscheidet zwischen der III. Internationale und der Außenpolitik des Sowjetstaates. So ist es auch richtig. Jetzt haben wir eine juridische Bestätigung dieses Tatbestandes, seitens eines kompetenten Vertreters der englischen Regierung. Und ich hoffe, daß es uns daher von nun an gestattet sein wird, uns über die Fragen der internationalen Politik frei auszusprechen, um so mehr, als auch Macdonald selbst augenscheinlich diesen Standpunkt einnimmt.

II.

Macdonald in der Zeitschrift der rechten SR.

Dieser Tage erhielt ich eine weißgardistische Zeitschrift, die sich „Wolja Rossii" („Der Wille Rußlands") nennt. „Wolja Rossii" ist eine Zeitschrift, und erscheint daher, wie üblich, in Prag. Wenn Ihr den Willen des heutigen Rußlands erfahren wollt, so geht nach Prag, und dort werdet Ihr eine kleine SR.-Gruppe finden, die unter den schützenden Fittichen der Bourgeoisie diese Zeitschrift herausgibt und den „echten" Willen Rußlands verkündet. Es sind da zwei Artikel Macdonalds abgedruckt worden, die sich gerade auf die erwähnten Fragen beziehen. Ich will Macdonald nicht im geringsten dafür tadeln, daß er an einem Organ der rechten SR. mitarbeitet; er hat dazu Recht, er gehört zum selben Lager. Ich bitte aber Macdonald, sich gleichfalls nicht zu beleidigen, wenn ich am Organ der englischen Kommunisten mitarbeiten muß. Ich habe dazu dasselbe Recht: wir sind Gesinnungsgenossen. In seinem Artikel „Die Arbeiterregierung und Rußland" faßt Macdonald den Stier direkt an seinen Hörnern, und versucht sein Verhältnis zur bolschewistischen Regierung zu erklären. Er schreibt:

„Die Arbeiterpartei, mit dem ihr eigenen Realitätsgefühl, rechnet mit den Tatsachen, und erkennt das Bestehen der Moskauer Regierung an, wie sie das Bestehen einer jeden anderen Regierung anerkannt hätte."

Er rechtfertigt sich also im Organ der rechten SR. und sagt ungefähr: Wir anerkannten die Sowjetunion ebenso wie jede beliebige andere Regierung einfach als Tatsache. Sodann geht er zur direkten Agitation gegen uns über. Er schreibt:

„Solange die III. Internationale besteht, solange sich ganz Europa infolge des Stumpfsinns einiger nationaler Führer, in krankhafter Aufregung befindet, werden wir uns nicht von der Gefahr retten können. Hungersnot, industrielle Lähmung und Bankrott sind schlechte Hüter des Konstitutionalismus, des Gesetzes und der Ordnung. Und auch jetzt noch bedeutet diese seltsame unmoralische Gesinnung der Kommunisten, daß sie noch immer als Instrumente der Moskauer Ziele dienen."

Wenn Ihr wissen wollt, wie die „Arbeiter"-Minister ihre Feiertage verbringen, so seht Euch die illustrierten Zeitschriften an. Die Lieblingsbeschäftigung dieser „Arbeiter"-Gentlemane ist: ihre freie Zeit in prunkvollen Villen zu verbringen. Dort beschäftigen sie sich mit einem Spiel, an dem die Jeunesse dorée der englischen Bourgeoisie schon seit langem ihre Freude findet, und zwar: zwei Gruppen ziehen ein Seil, die eine Gruppe nach der einen, die andere nach der anderen Seite. Das Spiel geht darum, wer stärker ist, um den anderen wegzuziehen. Man macht Späße darüber, man sagt, die Konservativen haben die Arbeiterpartei weggezogen oder umgekehrt. All dies wird in Zeitungen und Zeitschriften abgedruckt. Und ich glaube, daß dies die beste Agitation gegen die Regierung Macdonald ist. Macdonald und seine Gesinnungsgenossen schöpfen ihre Moral von dem sogenannten höchsten Stand Englands. Gott soll ihnen helfen, wir wollen ihnen keine Konkurrenz machen. Die englischen Kommunisten nennen sie unmoralisch, weil sie „Instrumente Moskaus" sind. Macdonald wird noch immer in England angegriffen, weil er die Sowjetregierung anerkannte. Er pflegt darauf zu antworten:

„Das schlimmste Schutzmittel gegen die Kommunisten ist gerade der Boykott der Moskauer Regierung. Dieses wüste Durcheinander von Fälschungen, Unwissenheit, allerart Erfindungen, von denen neun Zehntel der antibolschewistischen Propaganda in England und Amerika entstammen. Die beste und gut orientierte Opposition der II. Internationale während der Zeit von 1919 bis 1922, die hauptsächlich durch die Arbeiterbewegung und durch die sozialistische Bewegung Großbritanniens, Belgiens, Deutschlands und der Skandinavischen Länder unterstützt wurde, trug allein die ganze Last des Kampfes gegen den Bolschewismus in der Periode seiner höchsten Kraftentfaltung, und nur durch die Fortsetzung derselben Politik können wir uns von diesen Schädlingen säubern."

Mit anderen Worten, Macdonald wendet sich an die Bourgeoisie und spricht offen aus, daß nur die II. Internationale gegen die Bolschewiki kämpfen kann, das heißt also soviel wie: Ihr (die Bourgeoisie) könnt mit Eurem Kampfe nichts erreichen. Nur wir englische, belgische, skandinavische und andere Sozialdemokraten, nur die II. Internationale führten von 1919 bis 1922 einen erfolgreichen Kampf gegen die Bolschewiki. Macdonald sagt dann ferner:

„Die Moskauer Regierung hat Wurzel gefaßt; sie hat sich von ihren früheren Hoffnungen und ihrer früheren Politik weit entfernt. Rußland stellt einen Teil der europäischen Gruppe dar, und kann weder politisch noch wirtschaftlich von ihr getrennt werden; sie verfügt über riesige Kräftevorräte, so daß sie alle Verträge und geschäftliche Vereinbarungen zerstören kann, mit denen sie sich nicht einverstanden erklärt . . . Rußland ist eine Macht, die uns gelegentlich überrennen kann. Nur ein Wahnsinniger kann ohne Entsetzen an die mögliche Kombination eines Bündnisses zwischen dem rachedürstigen Deutschland, mit seiner wirtschaftlichen Macht und dem feindlichen Rußland, mit seinen materiellen und Menschenquellen, gegen das übrige Europa denken . . .

Die Arbeiterpartei wird keine Dummheiten, keine Affensprünge seitens der russischen diplomatischen Vertreter dulden."

Hört, mit welcher gesuchten Höflichkeit sich der englische Ministerpräsident mit uns auseinandersetzt. Wir werden ihm nicht mit zoologischen Gegenvergleichen antworten, da wir dann aus der Zoologie solche Exemplare zu wählen hätten, die auf der niedrigsten Kulturstufe stehen. Ihr könnt jedenfalls sehen, daß der Ministerpräsident selbst, der an der Spitze der ganzen englischen Regierung steht, sich in seinem Verkehr mit den Sowjetdiplomaten Worte erlaubt, die in der Diplomatie nicht üblich sind. Soweit ich weiß, hat im englischen Parlament bisher wirklich der höflichste Ton geherrscht. Dort sprach man über die „hochverehrten Lords und Gentlemane", die sich zu irren „geruhen". Und nun hier so ein Sprung von den „hochgeehrten Lords" ganz bis zu den Affen. Augenscheinlich sind die Nerven des verehrten Ministerpräsidenten nicht immer in Ordnung. Er sagt:

„Die Sowjetdiplomaten kommen hierher (nach England), mit allen Privilegien und Verpflichtungen der Diplomaten . . ., aber sie müssen selbst sorgfältig für die Korrektheit ihres Benehmens sorgen. Es wird immer mehr zur Gewohnheit bei den Gesandtschaften besondere Propagandaabteilungen einzuführen. Unlängst erhielt ich ein ganzes Bündel von Literatur, die unsere Regierung angreift, und die, allen Anzeichen nach, von der Botschaft einer ausländischen Regierung stammen. Man sagte mir, daß dasselbe auch in Amerika gemacht wird. Eine solche Verletzung der diplomatischen Korrekheit muß aufhören und es wird weder Rußland, noch irgend einer anderen Macht gestattet, in Zukunft weiter so vorzugehen."

Für alle Fälle eine Denunzierung an Amerika. „Man sagte mir", daß Herr Macdonald . . . von der Wahrheit abweicht. „Man sagte mir", daß nach England keine Literatur von außen geliefert wird, da die englischen Kommunisten vorläufig noch auch unter Macdonald ihre Presse legal herausgeben können. „Man sagte mir", daß Macdonald diese Dinge ausschließlich nur deswegen geschrieben hat, um sich vor seiner eigenen englischen Bourgeoisie verdient zu machen. „Man sagte mir", daß die besonderen Abteilungen bei unserer Botschaft, über die Macdonald schreibt, nichts anderes sind, als eine reine Erfindung.

Was sagt überhaupt Macdonald? Da ich weder Ministerpräsident, noch überhaupt Minister bin, so kann ich, freier Mensch, mich über dies und jenes offen äußern und nenne doch nicht den einen oder den anderen hochverehrten Minister der heutigen „Arbeiter"-Regierung einen „Affen", sondern ich sage nur, daß der eine oder der andere dieser Herren einigermaßen unhöflich ist. Wir können die Aufrichtigkeit Macdonalds begrüßen, mit der er die Zweite Internationale der Dritten Internationale gegenüberstellt und offen ausspricht, daß nur die Zweite Internationale den Bolschewismus erfolgreich bekämpfen kann. Bis zu einem gewissen Grade ist das wahr; die offene Agitation der Bourgeoisie gegen die Bolschewiken ist tatsächlich fast vollkommen unwirksam. Nur jene Agitation der Bourgeoisie, die im Namen der II. Internationale geführt wird, hat noch einigen Erfolg bei der einen oder der anderen Arbeitergruppe. In dieser Weise ist eine gewisse Klarheit geschaffen worden. Lord Parmoor hat mir im englischen Parlament einen gewissen Dienst erwiesen. Ich will ihm dafür dankbar sein und ihm ebenfalls einen Dienst erweisen. Hier in unserem Leningrader Arbeiterparlament zitiere ich Macdonald, spreche frei aus, worüber er schreibt, und erkläre, daß ich mit dieser Art Fragestellung einverstanden bin. Er spricht im Namen der Zweiten Internationale. Wir gestatten uns im Namen der Dritten Internationale zu sprechen, deren Mitglieder wir sind.

Nach dieser Vorbemerkung komme ich auf einige Tatsachen der internationalen Politik zu sprechen.

Der Abbruch der Wiener Konferenz.

Die wichtigste dieser Tatsachen sind die Verhandlungen mit Rumänien. Ihr seid aus den Zeitungen über den Verlauf dieser Verhandlungen unterrichtet. Heute ist es sehr schwer, uns darüber klar zu werden, warum eigentlich Rumänien überhaupt auf diese Verhandlungen eingegangen ist. Hat denn jemand ernstlich daran denken können, daß wir nur deswegen nach Wien gehen, um erklären zu können, wir seien damit vollkommen einverstanden, daß Bessarabien, das von den Rumänen durch Gewalt besetzt wurde, ihnen gehöre?

Es ist Euch bekannt, daß Bessarabien während langer Jahre den Bestandteil des russischen Reiches bildete. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das werktätige Volk Bessarabiens — und die Werktätigen stellen auch dort natürlich die Mehrheit dar — der Sowjetunion angehören will. Wir haben das aber bei den Verhandlungen nicht als eine unbestreitbare Tatsache hingestellt. Wir haben nicht die Bedingung gestellt, daß man uns Bessarabien sofort zurückgebe, daß es uns auf Grund seiner Zugehörigkeit zur Sowjetunion zurückgegeben werden soll. Wir waren viel bescheidener. Wir bewarben uns um eine Volksabstimmung in Bessarabien, damit die Bevölkerung durch eine einfache Abstimmung die Frage entscheidet, ob sie sich Rumänien oder der Sowjetukraine und durch sie der Sowjetunion anschließen will. Wie Ihr seht, waren wir damit völlig einverstanden, uns auf den Boden der Demokratie zu stellen. Wir haben nicht vorgeschlagen, einen Rätekongreß in Rumänien oder einen Rätekongreß in Bessarabien einzuberufen, obwohl ein solcher Kongreß dort seinerzeit stattfinden und dann den endgültigen Beschluß fassen wird. In Erwartung dieses Zeitpunktes sagten wir, daß wir bereit sind, uns auf den Boden der Demokratie zu stellen und die Bevölkerung zu fragen, ohne sogar die Form dieser Befragung im voraus zu bestimmen. Das war natürlich das Allergeringste, was wir fordern konnten. Die rumänische Delegation hat dies aber in der entschiedensten Weise abgelehnt und brach aus diesem Grunde die Konferenz ab. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die rumänische Regierung sich dessen bewußt war, daß die bessarabische Frage unvermeidlich auf die Tagesordnung gestellt wird, aber sie ging augenscheinlich aus folgender Erwägung aus: was ich habe, das ist mein, sprechen wir also jetzt von etwas anderem. Sie stellten sich die Sache so vor, daß wir ihnen einen Wechsel auf die Anerkennung Bessarabiens geben und außerdem jene Schätze nach Rumänien zurückbringen, die sie bekanntlich der zaristischen Regierung zur Aufbewahrung übergaben. Sie machten nur dabei einen ganz kleinen Fehler. Während des Krieges glaubten sie, daß die sicherste Stelle für die Aufbewahrung ihrer Schätze sich unter den schützenden Fittichen der Romanow befinde; sie nahmen die Schätze und brachten sie nach Moskau. Wir wissen, daß sie sich dabei ein wenig verrechnet haben. Augenscheinlich waren sie der Meinung, daß die Verhandlungen folgenden Verlauf nehmen werden: wir anerkennen ihr Recht auf Bessarabien und geben außerdem ihre Schätze zurück, und dafür — was geben sie uns denn? Die de jure Anerkennung — der rumänischen Gutsbesitzer!

Sie stellten sich vor, daß wir auf die zurückzugebenden Schätze noch etwas draufzahlen werden. Natürlich haben sie sich verrechnet. Unsere Regierung stand natürlich auf einem anderen Standpunkt. Wir sind nicht dagegen, die Frage der Schätze zu erörtern, die Ansprüche zu prüfen: wie viel seid Ihr uns schuldig, wie viel wir Euch. Ihr habt die rumänische Front, unsere Armee ausgeplündert, unser Hab und Gut und Bessarabien geraubt, rechnen wir zusammen, wer dem anderen etwas schuldig ist. Die unlängst abgebrochenen Wiener Verhandlungen werden verschiedenerseits als der Sieg des linken Flügels der Sowjetmacht eingeschätzt. Wir seien wieder zur agitatorischen Verhandlungsmethode zurückgekehrt. Man sagt, daß wir anstatt auf Kompromisse einzugehen, Agitation betrieben haben. Wenn Ihr diese Verhandlungen aufmerksam verfolgt habt, so müßt Ihr sehen, daß wir hier gar keine Agitation getrieben haben. Was ist denn das für eine Agitation, wenn wir sagen: laßt uns die bessarabische Bevölkerung befragen — wenn sie mit Euch zusammenbleiben will, dann werden wir keine Gewalt anwenden, will sie aber mit uns zusammengehen, dann soll sie es tun können!

Wir haben da keine Agitation getrieben. Und wenn sie schon aus diesen bescheidenen Forderungen ein Sturmsignal herauszuhören glaubten, wenn diese bescheidenen Forderungen ihnen als Agitation erschienen, umso schlimmer für sie. Allerdings müssen alle unsere verehrten Verbündeten, die mit uns irgend welche Verhandlungen anzuknüpfen gedenken, sich auf die Nase schreiben, daß sie uns nicht besiegt haben, daß sie keine Sieger und wir keine Besiegten sind. Daher haben sie keinen Grund, mit uns wie mit den Besiegten zu verhandeln. Wenn sie sich vorstellen, daß sie von uns bekommen werden, was ihnen gefällt, ohne jede Gegenleistung, dann irren sie sich gewaltig. Unsererseits gab es hier keine Agitation, allerdings halten wir uns nicht für die besiegte Partei und wir fordern, daß man mit uns auf Grund gleicher Rechte verhandelt.

Wir werden um Bessarabien keinen Krieg führen.

Nach dem Abbruche der Wiener Verhandlungen setzte sich in einer ganzen Reihe von Ländern das Verzweiflungsgerücht in Umlauf, Rußland sei im Begriffe wegen Bessarabien einen Krieg zu beginnen. Und alle Zeitungen in Frankreich und in England, geschweige denn in Rumänien selbst, schreiben voll wüstester Demagogie, die Wiener Konferenz sei unsererseits nur eine Vorbereitung zum Kriege gewesen, wir dachten daran, aus irgend einem Anlaß auszuspringen und den Krieg zu erklären. Ich kann nicht nur im Namen der Dritten Internationale, sondern, ich glaube, auch im Namen unserer Regierung erklären, daß wir wegen Bessarabien keinen Krieg zu führen gedenken. Wir wissen, daß die Werktätigen Bessarabiens mit uns fühlen, daß sie sich sehnen, unserem Arbeiter- und Bauernbunde anzugehören, und daß sie auch zu uns kommen werden. Und unsere ganze Sympathie gehört ihnen. Dutzende, ja hunderte unserer Genossen sitzen in den bessarabischen und rumänischen Kerkern. Hunderte und Tausende von Bauern schmachten in der rumänischen Verbannung. Wir sind aus ganzer Seele an der Seite der kämpfenden Arbeiter und Bauern Rumäniens. Aber wegen Bessarabien einen Krieg führen wollen wir nicht, und wir sprechen das offen aus. Herrschet nur, Ihr Herren Gutsbesitzer Rumäniens eine Zeitlang noch über Bessarabien und erstickt an diesem Knochen. Wir aber, obwohl unsere Kräfte dazu ausreichen, wollen wegen Bessarabien keinen Krieg führen. Wir sind ein Land der Arbeiter und Bauern und wir wissen, daß ein Krieg kein Spaß ist, wir greifen zur Waffe nur dann, wenn wir keine andere Wahl haben. Wenn ihr die Lebensinteressen unseres Landes bedrohen werdet, dann zwingt ihr uns, zu den Waffen zu greifen. Wenn ihr euch aber vorstellt, daß ihr mit uns wie mit Besiegten sprechen könnt, dann irrt ihr euch. Ihr könnt uns zwingen, uns mit Waffen zu verteidigen, aber wir denken nicht daran, jemanden anzugreifen, auch dann nicht, wenn er von uns einen Teil unseres Gebietes, wie Bessarabien, raubte. Die rote Armee ist uns zu teuer dazu. Das Leben der Arbeiter und Bauern ist uns sehr teuer. Wir sind bis über den Kopf mit der Arbeit der Hebung unserer Volkswirtschaft

beschäftigt. Wir brauchen den Frieden, wir brauchen eine ganze Reihe von Jahren für den friedlichen Wiederaufbau. Nicht weil wir etwa die rumänischen Bojaren so sehr lieben, oder weil wir etwa überhaupt Gegner des Krieges wären (wir sind nicht gegen jeden Krieg, wir sind für den Krieg gegen die Bourgeoisie, wir sind keine Pazifisten, wir sind keine Tolstoijaner), nicht als ob wir zu schwach wären, sondern weil wir an der Hebung der Volkswirtschaft arbeiten wollen — darum wollen wir keinen Krieg. Wir wollen keinen Krieg wegen Bessarabien. Die Zeit arbeitet für uns. Mögen sich nur die Herren Bojaren Rumäniens aufregen. Wir können warten. Die bessarabischen Bauern, die bessarabischen Arbeitermassen stehen auf unserer Seite, je länger die Sache dauert, um so mehr. Deshalb konnten wir auch auf der Konferenz keine Zugeständnisse machen. Die rumänischen Gutsbesitzer werden nicht erreichen, daß wir ihren Raub mit unserem Siege versehen. Es eilt nicht, die Zeit arbeitet für uns. Wir haben viel wichtigere, dringendere Aufgaben. Wir sehen jetzt, wie die europäische Presse eine wüste Hetze gegen uns einleitet und behauptet, wir hätten all dies in Wien nur in der Absicht veranstaltet, morgen einen Krieg zu beginnen. Diese Herren sind wie die Diebe; der Dieb schreit, wenn er flüchtet, auf unschuldige Leute zeigend: haltet den Dieb! Wenn sie darüber so ein Geschrei anstimmen, daß wir angeblich einen Krieg wollen, dann müssen wir uns unwillkürlich fragen, ob sie nicht irgend ein Verbrechen planen. Das ist gar nicht ausgeschlossen, wir sind auch natürlich vorbereitet. Wenn sie glauben, daß sie uns wieder im Frühjahr angreifen können — bisher war es noch in jedem Frühjahr üblich, uns mit dem Kriege zu drohen, und das war das erste Frühjahr, wenn ich mich nicht irre, wo es schien, daß es auch ohne Kriegsdrohungen geht (gewöhnlich beginnen sich die Partisane, die Weißen im Frühjahr zu rühren) — so mögen sie es nur versuchen. Wenn sie, überzeugt davon, daß sie die Anerkennung ihres Rechtes auf Bessarabien nicht erreichen, sich der Unterstützung Poincarés vergewissern, so mögen sie es nur versuchen. In diesem Falle werden sie sich einem bis zu den Zähnen bewaffneten Volk gegenüberfinden. Die einheitliche Masse der Arbeiter und Bauern ist bereit, sich gegen jeden Angriff zu erheben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß hinter der rumänischen Delegation das französische Kapital und der jetzige Ministerpräsident Poincaré stand. Davon kann man sich aus dem heutigen Interwiev des Genossen Litwinow so ziemlich überzeugen. Genosse Litwinow führte eine Reihe von Beweisen an, die ich nur bestätigen kann. Als in Wien die Verhandlungskonferenz zwischen uns und der rumänischen Delegation vorbereitet wurde, so ist einige Tage vorher das französische Parlament geschwind zusammengetreten, um die Frage der Bestätigung des Rechtes Rumäniens auf Bessarabien zu erörtern. Stellt Euch nur vor: das französische Parlament tritt geschwind zusammen, um zu bestätigen, daß unser Gebiet den rumänischen Gutsbesitzern gehört! Und dann sagen sie noch, daß wir eine agressive Politik treiben. Das ist, als ob wir das Zentralexekutivkomitee einberufen und beschließen würden, daß die auf Grund des Versailler Vertrags besetzten deutschen Gebiete Deutschland zurückgegeben werden sollen, oder etwas ähnliches. Wie hätten die Herrschaften einen solchen Beschluß empfunden? Wir sehen, daß sie die Unverschämtheit hatten, ähnliches zu tun. Als Genosse Tschitscherin protestierte, fand Poincaré nur eine Antwort: Eure Engländer haben ja schon vor einem Jahre dasselbe getan. Ganz richtig. Die englische Bourgeoisie hat dasselbe getan und ging der französischen um ein Jahr voraus. Aber sind denn jene Engländer, auf die sich Poincaré beruft „unsere" Engländer? Ganz und gar nicht. Die englische Arbeiterklasse — mit ihr stehen wir im Verhältnis der Klassensolidarität. Die Regierung Lloyd George oder Curzons, von der die Rede ist, stand aber viel näher zu Poincaré, als zu uns. Nicht genug damit. Auch im japanischen Parlament ist man um Bessarabien sehr besorgt. Man würde glauben, sie haben im eigenen Hause genug zu tun. Sie hatten ja unlängst ein ordentliches Erdbeben und müßten ja an der Wiederherstellung ihres eigenen Landes arbeiten. Nein, es stellt sich heraus, daß sie keine anderen Sorgen haben, als schleunigst zusammenzutreten und die Zugehörigkeit Bessarabiens zu Rumänien zu bestätigen. Was besagt uns dies alles? Man sieht daraus, daß eine Hand die andere wäscht. Es besteht eine gewisse Vereinbarung zwischen ihnen. Jedesmal, wenn es möglich ist, der Sowjetunion eine Wunde beizubringen, so tun sie das im Handumdrehen. Besonders eilig hatte es Poincaré. Bekanntlich ist die rumänische Regierung nichts anderes als eine kleine Wechselmünze Poincarés. Die rumänische Bourgeoisie, die rumänischen Gutsbesitzer glauben, daß wenn einmal Poincaré hinter ihnen steht, sie auch gegen den Teufel gefeit sind. Aber es kann ein Ereignis kommen, das selbst Poincaré erschüttern oder gar fast beseitigen könnte. All dies ist jetzt ganz klar. Unlängst wurde er fast noch vor den Wahlen gestürzt. Er verstand es, sich wieder emporzuheben und bildete das sogenannte neue Poincaré-Kabinett. Aber das dauert auch nicht lange. Am 11. Mai finden die Wahlen in Frankreich statt. Poincaré versuchte sie um ein Jahr hinauszuschieben — das ist ihm nicht gelungen.

Die Wahlkampagne in Italien, Frankreich und Deutschland.

Die Wahlen in Frankreich werden eine große Bedeutung haben. Überhaupt kann man sagen, daß in Europa einige Wahlkampagnen stattfinden, die keine geringe Bedeutung haben. Gestern, oder richtig vorgestern, am 6. April, wurde in Italien gewählt, am 4. Mai finden die allgemeinen Wahlen in Deutschland, und am 11. Mai in Frankreich statt. Was Italien anbelangt, so haben wir noch keine Nachrichten über das Ergebnis der Wahlen. Die Faschisten halten das Land an der Gurgel, sie beraubten eine ganze Reihe von Kategorien des Wahlrechtes, sie haben alles erwürgt. Natürlich werden sie eine faschistische Mehrheit haben. Wir werden nur die Möglichkeit haben, die Stimmen der einzelnen Arbeiterzentren zusammenzuzählen und uns davon zu überzeugen, wie stark der Protest gegen den Faschismus ist.

Was die deutschen und französischen Wahlen anbelangt, so ist dort trotz der Diktatur der Bourgeoisie die Lage eine solche, daß daselbst die Wahlen ein mehr oder minder genaues Bild über die Kräfteverhälnisse auf der legalen, sozialen Arena geben. Und was Frankreich betrifft, so muß man kein Prophet sein, um vorauszusehen, daß der allmächtige Poincaré, dessen Abglanz die rumänische Bourgeoisie widerspiegelt, nach den Wahlen fliegen wird. Das ist sicher. Und der Versuch vor zwei Wochen, im französischen Parlament Poincaré zu stürzen, war der Versuch jener Partei, die sich an seiner Seite kompromittiert hat, sich reinzuwaschen. Sie wollten sich von ihm am Vorabend der Wahlen trennen, in dem Bewußtsein, daß Poincaré eine tote Last ist, und je früher sie diesen Ballast wegwerfen, um so größer werden die Chancen ihrer Wiederwahl sein. Die Kommunisten können nicht damit rechnen, die Mehrheit in Frankreich durch legale Wahlen zu erobern. Davon träumt auch niemand. Wir wissen ganz gut, daß keine Rede von einem Siege der Kommunisten in den legalen Wahlen sein kann, solange sich die Macht, der Staatsapparat, die Presse in den Händen der Bourgeoisie befindet. Aber wenn uns nicht alle Zeichen täuschen, so werden die Kommunisten ungefähr eine Million Stimmen bekommen. Das wäre ein ernster Erfolg. Zum erstenmal tritt bei den Wahlen in Frankreich die Kommunistische Partei als die Partei der Arbeiter auf. Frankreich ist ein Land des korrupten Parlamentarismus. Die Demoralisierung des sozialdemokratischen Parlamentarismus in Frankreich erreichte einen unerhörten Grad. Am Vorabend der Wahlen wird da alles umgefärbt. Alle Kandidaten der KPF. sind Arbeiter, und zum größten Teil Arbeiter vom Schraubstock. Die Kommunistische Partei Frankreichs beschloß unter dem Einfluß der Komintern, jeden hinauszuwerfen, der vor den Wahlen zur Partei kommen will.

Und das ist schon in Frankreich üblich, daß einige Monate vor den Wahlen alles der Partei zuströmt, in der Hoffnung, irgendwie ins Parlament zu kommen. Besonders sind darum Advokaten, Professoren, Journalisten bemüht, die einige Monate vor den Wahlen bei der Partei erscheinen, sich darauf stützen, daß sie schreiben und reden können, und versuchen ein Mandat zu bekommen. Wer diese französische Tradition kennt, der wird es verstehen, daß es eine ganze Revolution in der französischen Arbeiterbewegung bedeutet, wenn man im Jahre der Wahlen niemanden, außer Arbeitern vom Schraubstock in die Partei aufnimmt, und nicht Advokaten und Professoren, sondern in der Arbeiterbewegung bekannte Arbeiter und Bauern als Wahlkandidaten aufgestellt werden. Daher legt die Komintern der agitatorischen und organisatorischen Wahltätigkeit der Kommunistischen Partei große Bedeutung bei. Was den Ausgang der Wahlen betrifft, so zweifeln wir nicht daran, daß Poincaré gestürzt wird und die Macht in die Hände des sogenannten linken Blocks übergeht, an dem auch die französischen Menscheviki und SR. beteiligt sind. Die sogenannten radikalen Schichten der Bourgeoisie werden die Macht übernehmen. Bald werden wir in Frankreich vor einer Lage stehen, die mehr oder minder der englischen Situation gleicht. Die Regierung wird nicht allein aus Sozialdemokraten bestehen, wahrscheinlich beginnt die Zeit der Koalitionsregierungen mit der Teilnahme der Sozialdemokraten oder auch ohne ihre Teilnahme, aber mit ihrer Unterstützung. Jedenfalls ist das goldene Zeitalter Poincarés auch auf dem legalen Boden, auch

auf dem Boden seines eigenen Wahlrechtes zu Ende. Poincaré ist abgetan.

Wie gesagt, steht auch Deutschland vor den Wahlen. Als die Arbeiter im Oktober den Rückzug angetreten haben und keine entscheidende Schlacht liefern konnten, wurde es klar, daß der Kampf jetzt auf dem legalen Schlachtfelde durch Wahlkampf fortgesetzt werden wird. Natürlich entscheidet dieser Kampf, von unserem Gesichtspunkte betrachtet, gar nichts. Wir wissen sehr gut aus der Geschichte unserer Revolution, daß die Wahlen, sogar die Wahlen für die konstituierende Versammlung, wo die Mehrheit unseren Gegnern gehörte, nichts entschieden haben. Umso weniger vor der Revolution. Aber nichtsdestoweniger wird das eine große Bedeutung haben in bezug auf die Klarheit über die Kräfteverhältnisse. Niemand bezweifelt, daß aus den Wahlen die beiden Flügelparteien erstarkt hervorgehen werden: einerseits die Faschisten, andererseits die Kommunisten. Alle Zwischen- und Mittelparteien, darunter auch zweifelsohne die deutsche Sozialdemokratie, werden an Stimmen und Mandaten einbüßen. Es ist schwer, ein Prophet zu sein, aber nicht wir sind die einzigen, die der Meinung sind, daß die jetzige Wahlkampagne in Deutschland zum völligen politischen Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie führen wird. Es handelt sich darum, wenn unsere Kommunistische Partei bei Wahlen wenig Stimmen, wenig Mandate bekommt, — so ist das für sie nichts anderes als eine Episode. Nicht auf die Wahlen setzen wir unsere Karten. Wir wollen die Bourgeoisie im offenen Kampfe besiegen. Unser letztes Wort wollen wir auf den Barrikaden und nicht im Parlament aussprechen. Wenn aber die Sozialdemokratie eine Wahlniederlage erleidet, so kann das für sie den politischen Zusammenbruch, den politischen Bankrott bedeuten. Wenn etwas noch ihr Leben verlängerte, so waren es jene Stimmen und jene Anzahl von Mandaten, die sie bei den Wahlen erhielt. Wenn wir uns die Betriebsrätewahlen vor Augen halten, die unlängst in ganz Deutschland stattgefunden haben, so sehen wir, daß die Kommunisten bisher im Durchschnitt nicht weniger als zwei Drittel der Stimmen erhielten. Hieraus geht klar hervor, daß die deutsche Sozialdemokratie als Arbeiterpartei zu existieren aufhört. Die deutsche Sozialdemokratie bekam bei den letzten Wahlen über 9 Millionen Stimmen. Ganz bis zur letzten Zeit hatte sie einen sehr bedeutenden Teil der Arbeiterklasse hinter sich, und jetzt sehen wir zum erstenmal, daß die Mehrheit der Arbeiter, infolge des Verrates der sozialdemokratischen Führer, sich ihrem Einflusse entreißt. Und die Betriebsrätewahlen bieten uns besondere Schwierigkeiten. Der Wahlapparat befindet sich in den Händen der Menschewiki, in den Händen der Gewerkschaften, und sie machen dort alles Mögliche und Unmögliche, um uns bei diesen Wahlen zu schlagen. Außerdem ist eine sehr große Anzahl unserer Genossen arbeitslos. Als erste werden immer die Kommunisten herausgeworfen. In einigen Organisationen Berlins sind 80% der Kommunisten arbeitslos. Trotzdem haben die Kommunisten bisher bei den Betriebsrätewahlen in den entscheidenden Industriezentren Deutschlands zwei Drittel der Stimmen erhalten.

Das ist ein riesiger Erfolg für die KPD., die unlängst noch eine kleine Minderheit war gegenüber der Riesenmaschine der deutschen Sozialdemokratie. Die deutsche Sozialdemokratie hört als Arbeiterpartei zu existieren auf, aber sie wird einige Millionen Stimmen vom Kleinbürgertum, von den kleinen Angestellten, von den kleinen Beamten bekommen. Doch ist, trotz dieser Stimmen, nicht ausgeschlossen, daß die deutsche Sozialdemokratie einen schändlichen Krach erleiden wird. Die Lage wird im allgemeinen derart eingeschätzt, daß die Kommunisten etwa drei bis vier Millionen Stimmen bekommen, während die deutsche Sozialdemokratie über die Hälfte ihrer bisherigen Wähler einbüßen wird. Wird sich diese Annahme bestätigen, so wird das für die deutsche kommunistische Bewegung von riesiger Bedeutung sein. Das wird zwar den Kommunisten keinen realen Sieg bringen, aber den deutschen Arbeitern Kraftbewußtsein und Selbstvertrauen verleihen. Ich habe unlängst mit einem linksorientierten Kommunisten gesprochen, der kein allzu großer Anhänger des Parlamentarismus ist. Er sagte, daß es ein Ereignis von großer Bedeutung sein wird, wenn wir einige Millionen Stimmen bekommen. Diese Tatsache wird die Arbeiter ermuntern. Die Arbeiter werden denken: Wir sind nicht wenig an Zahl, es gibt einige Millionen Kommunisten. In diesem Sinne können die Wahlen im Konsolidierungsprozeß der deutschen kommunistischen Bewegung eine gehörige Rolle spielen. Unlängst fanden die Wahlen in einem versteckten Winkel Osteuropas, in Karpathorußland statt. Das ist ein kleines Gebiet, das jetzt der Tschechoslowakei angehört. Eigentlich wurde dieses Gebiet der tschechoslowakischen Bourgeoisie im Vertrag von St. Germain geschenkt. Es fanden dort vor kurzem Wahlen statt. Und was sehen wir aus diesen legalen Wahlen in Karpathorußland? Unsere Kommunistische Partei erhielt die absolute Mehrheit der Mandate und eine große relative Mehrheit der Stimmen.

Karpathorußland ist ein Berggebiet mit hauptsächlich bäuerlicher Bevölkerung. Und man beschrieb uns, wie die Bauern im Schnee und Sturm 10, 20 und 30 km bis zur Wahlstelle wanderten, um ihre Stimme für die Kommunisten abgeben zu können. Wir haben keinen solchen Riesenerfolg in diesem Winkel erwartet. Wir konnten nicht glauben, daß die Kommunisten in diesem Winkel die Mehrheit der Stimmen erhalten würden. Niemand hat das erwartet. Auch die tschechoslowakische Regierung nicht. Die Wahlen in Karpathorußland geben zu der Annahme Anlaß, daß der Haß gegen die Bourgeoisie in einer ganzen Reihe von Gebieten Europas so stark, die Arbeiterklasse und ihre Verbindung mit der Bauernschaft so fest, die Kommunistische Partei während der letzten Jahre so reif geworden ist, daß man sich nicht darüber wundern kann, wenn wir in verschiedenen Orten so große Wahlerfolge erzielen, von denen wir bisher nicht träumen konnten. Diese Erfolge dürfen wir aber nicht überschätzen, sie entscheiden noch gar nichts. Wenn die Bourgeoisie sieht, daß ihr das allgemeine Wahlrecht den Boden unter den Füßen entzieht, so wird sie das Volk dieses allgemeinen Wahlrechtes berauben. Sie wird dasselbe tun, was der Zar nach dem 3. Juni getan hat, sie wird das Wahlrecht einschränken. Aber die Wahlerfolge beweisen immerhin, daß die Kommunisten allmählich aufhören, eine Minderheitspartei zu sein, daß sie, nachdem sie bereits die klassenbewußten Arbeiter gewonnen haben, nunmehr auch den Durchschnittsarbeiter der Sozialdemokratie entreißen und unter dem Einfluß der Komintern auch bedeutende Bauernschichten um sich scharen. In diesem Sinne hat die Wahlkampagne in solchen Ländern, wie Deutschland und Frankreich, eine große Bedeutung. Die deutschen und französischen Kommunisten nehmen mit voller Kraft an den Wahlen teil. Die französischen Kommunisten werden nichts unterlassen, um Poincaré zu stürzen. Die französischen Kommunisten müssen alles tun, um die Arbeiter und Bauern zu gewinnen. Die deutschen Kommunisten müssen in der gegenwärtigen Wahlkampagne aus voller Kraft bestrebt sein, der deutschen Sozialdemokratie einen entscheidenden politischen Schlag zuzufügen. Der Streit mit der deutschen Sozialdemokratie wird endgültig auf den Barrikaden im Bürgerkriege entschieden werden, wie es bei uns mit unseren Menschewiki und SR. geschah. Aber in Erwartung dieses letzten Kampfes wird die gegenwärtige Wahlkampagne eine große Bedeutung haben, und die deutschen Arbeiter und die deutschen Kommunisten müssen während der Zeit bis zu den Wahlen alle ihre Kräfte anwenden, um die deutsche Sozialdemokratie politisch endgültig zu schlagen.

Die Verhandlungen mit England.

Endlich sind, Genossen, auf dem Gebiete der internationalen Politik jene Verhandlungen von großer Bedeutung, die in einigen Tagen in London zwischen den Vertretern der englischen und unserer Regierung beginnen. Die Verhandlungen werden formell mit der englischen, sogenannten Arbeiterregierung, mit dem geehrten Herrn Macdonald geführt, den ich Euch bereits vorgestellt habe. In Wirklichkeit müssen aber diese Verhandlungen über den Kopf Macdonalds hinweg mit der englischen Bourgeoisie geführt werden, wenn wir nur von ihr gewisse Kredite bekommen und nur mit ihr diesen oder jenen Geschäftsvertrag abschließen können. Man beginnt uns bereits durch die Zeitungen zu schrecken: es sei möglich, daß Macdonald bald zurücktreten müsse, daher eilt Euch und seid nachgiebig. Diese Methode ist nicht neu. Sie wurde bereits seinerzeit angewendet, als Lloyd George an der Macht war. Seine „Freunde" sagten: wenn ihr Lloyd George nicht entgegenkommt, so kann er schon morgen fliegen. Ihr könnt Euch vorstellen, daß wir kaltes Blut bewahrt haben und erklärten: es wird uns wirklich sehr leid tun, und wir geben schon im voraus unserem tiefsten Beileid Ausdruck. Wir geben Euch den Rat, nicht zu „fliegen", da dies unangenehm ist, wenn ihr aber wider Erwarten dennoch fliegen würdet, so werden wir auch diesen Kummer irgendwie überleben. Wie Ihr seht, haben wir ihn auch überlebt. Lloyd George ist geflogen, wir sitzen aber und warten, was nun kommen wird. Jetzt beginnt dasselbe Spiel. Beeilt Euch, solange es nicht zu spät ist. Beeilt Euch, solange die „Arbeiterregierung" an der Macht ist. Wenn Ihr auf keine Zugeständnisse eingeht, so gebt acht, daß die Arbeiterregierung nicht auffliegt. Und wieder ant-

worten wir ganz kaltblütig: natürlich wird die sogenannte Arbeiterregierung früher oder später fliegen, da sie unfähig ist, eine ernste proletarische Politik zu führen. Wir sind bereit, Ihnen im voraus unser Beileid auszusprechen. Wir werden einen unserer Diplomaten hinschicken, der nicht im geringsten einem Affen ähnlich sein wird, sondern einem wirklichen, guten Diplomaten in einem tadellosen Frack, um unser Beileid dem „Flieger" auszusprechen. Wenn sie glauben, daß wir nur einen einzigen Goldrubel unserer russischen Arbeiter und Bauern hingeben, damit sie nicht fliegen, dann irren sie sich sehr. Macdonald kam, Macdonald geht. Der Klassenkampf geht weiter. Seine Probleme werden durch die ernsten Kräfte von vielen Millionen gelöst. Wir haben Zeit, über uns knistert der Balken nicht. Wenn Ihr fliegt, um so schlimmer für Euch, aber nicht für uns. Nehmen wir an, es käme Lloyd George, oder der Curzon selbst, — was dann? Haben wir diese vielleicht noch nicht gesehen! Sie werden kommen, und sie werden gehen. Das Spiel beginnt von neuem. Wir wissen, daß die wirklichen Beziehungen zwischen unserem Lande und England von viel ernsteren Dingen abhängen.

Die Bezahlung der zaristischen Schulden.

Sie wollen uns auf jede Art einschüchtern und beeinflussen, um so viel als möglich von uns herauszubekommen, vor allem: die Bezahlung der zaristischen Schulden. Sie rechneten es aus — leider kann ich Euch nicht die genaue Ziffer zeigen, aber Ihr werdet mir auch so glauben — daß wir mit den Zinsen zusammen (6% Zinsen betragen für die sieben Jahre vom 1917 bis 1924 allein über 2·5 Milliarden) die Kleinigkeit von etwa — 11 Milliarden Goldrubel zu zahlen haben. Warum sollen denn wir nicht den Beutel auftun und der englischen Bourgeoisie 11 Milliarden zahlen? Oft sagt man, daß die Revolution eine unrentable Sache sei. Und wirklich, sie bringt in den ersten Jahren keinen besonderen Profit. Wenn wir uns aber diese runde Ziffer anschauen, so sehen wir, daß die Revolution, nicht einmal vom kommerziellen Standpunkt aus, so unrentabel ist.

Wir glauben, daß keine Rede davon sein kann, daß wir 11 Milliarden oder eine Milliarde oder auch nur eine halbe Milliarde bezahlen. Wir haben ausgerechnet, wie viel England uns schuldet. Sie haben unser Land an den Fronten verwüstet. Es wäre schwer, die einzelnen Fronten zu unterscheiden, da es gemeinsame Fronten gab. Wie bekannt, haben sie **Jaroslaw ganz verwüstet**. Wir rechneten aus, daß wir **allein für die Verwüstung Jaroslaws 124 Millionen Rubel fordern müßten. Jaroslaw wurde durch die Engländer und Franzosen gemeinsam zerstört.** Wir beschlossen, in frommer Weise vorzugehen und unsere Forderung in zwei gleiche Teile zu teilen. Mit verschiedenen anderen Fronten ist es viel einfacher bestellt. An der Nordfront waren die Engländer allein. Um gewissenhaft zu sein, müssen wir sagen, daß sie uns hier allein 2 Milliarden schuldig sind. Natürlich hoffen wir es nicht, daß sie uns diese Schulden bezahlen werden. Wir schlagen ihnen vor, die Sache auf neue Grundlagen zu stellen. Wenn sie ernste Kredite geben, so sind wir dafür bereit, ernste Zinsen zu zahlen. Sie werden ihr Kapital in unsere russischen Unternehmungen anlegen, — und das ist ein vorteilhaftes Ding. Wir schicken unsere Leute nach London, nicht um zu agitieren, sondern um geschäftsmäßige Vereinbarungen abzuschließen.

Die Heranziehung des ausländischen Kapitals.

Zur Hebung der Wirtschaft müssen wir ausländisches Kapital heranziehen. Und nun verleumdet man mich im englischen Parlament damit, daß ich mich angeblich gegen jede Heranziehung des ausländischen Kapitals ausgesprochen habe, da es schon zu meinem dummen Charakter gehört, daß ich das ausländische Kapital überhaupt nicht anerkenne. Ich will mich nicht mit Widerlegungen beschäftigen. Ich bemerke nur, daß man sich diesbezüglich während der Verhandlungen volle Klarheit schaffen kann, indem sie versuchen, uns ein ordentliches Kapital, unter annehmbaren Bedingungen, anzubieten. Wenn sie uns ein Kapital zu annehmbaren Bedingungen anbieten, so verpflichte ich mich meinerseits, keinerlei Hindernisse zu stellen. Natürlich nicht unter Sklavenbedingungen, sondern unter mehr oder minder annehmbaren. Es ist nicht einzusehen, daß sie uns Wucherzinsen aufzwingen dürften. Sie geben den Kredit nicht einem beliebigen Menschen, sondern der Sowjetregierung, der stabilsten Regierung der Welt. Unsere Quittierung ist schon etwas wert. Es wird ihnen damit nicht so ergehen, wie mit Nikolai, dem sie Geld geschickt, der aber gehen mußte. Wir sind die stabilste Regierung der Welt, sie anerkennen das selbst. Das zeigt sich schon daraus, daß wir unsere Delegation hingeschickt haben, ohne jemandem ins Ohr zu flüstern: „Bitte, kommt uns entgegen, sonst könnte der Rat unserer Volkskommissäre fliegen." Es gibt Leute, die zu solchen Methoden Zuflucht nehmen, aber nicht wir.

Wir kümmern uns nicht um die Verpflichtung, die Nikolai und Kerenski auf sich genommen haben. Aber ihre eigenen Verpflichtungen nimmt die Sowjetregierung sehr ernst. Niemand kann der Sowjetregierung vorwerfen, daß sie ihre Verpflichtungen nicht gehalten hätte. Das kam nicht vor und wird nicht vorkommen. Natürlich kann, sagen wir, zum Beispiel in England eine Revolution ausbrechen. Wir garantieren Macdonald nicht dafür, daß dies nicht der Fall sein werde, unter uns müssen wir gestehen, daß wir im Gegenteil dafür garantieren, daß es ja der Fall sein wird. Wir können nur den Zeitpunkt dieses Ereignisses nicht im voraus feststellen. Wenn dies aber eintreffen sollte, dann werden sie begreifen, daß sie vieles verlieren, darunter auch manche jener Geschäfte, die sie mit uns abschließen. Dann werden wir schon mit einer wirklichen Arbeiterregierung darüber verhandeln, wie sie sich zu unserer Verpflichtung halten wird. Wenn die englische Bourgeoisie noch lange die Macht behält, dann unterliegt es keinem Zweifel, daß ihre Kapitalsanlage in Sowjetrußland streng garantiert, daß Sowjetrußland der sicherste Platz für ihre Anlage sein wird. Wozu wir uns verpflichten, das werden sie restlos erhalten. Wir wissen, daß man unseren schönen Augen zuliebe keine neuen Kredite geben wird. Wenn man solche gibt, so geschieht das um eines gewissen materiellen Vorteiles wegen. Wir gehen auf gewisse Konzessionen ein. Wir sind bereit, diese Frage neu zu prüfen und mit jedem beliebigen Konzessionär nochmals zu verhandeln. Wir sind bereit, diese oder jene Konzession zu gewähren, aber nicht unter Sklavenbedingungen. Wir brauchen das ausländische Kapital, wir wollen es an unsere Wirtschaft heranziehen, aber ich wiederhole nochmals, nicht unter Sklavenbedingungen. Wir befinden uns nicht in einer solchen Lage, daß wir blindlings jede Verpflichtung übernehmen müßten. Wir übernehmen nur Verpflichtungen, die für beide Parteien vorteilhaft sind. Wir schließen diesen oder jenen Vertrag nur in dem Falle ab, wenn wir aus ihm einen gewissen Nutzen ziehen. Das gilt bezüglich der vorstehenden Verhandlungen. Die nächste Zukunft wird uns zeigen, wie ernst sich die englische Regierung zu dieser Frage verhält. Was unsere Regierung anbelangt, so bringen wir diesen Verhandlungen den größten Ernst entgegen. Es gibt keinen Menschen in unserer Partei und in unserer Regierung, der nicht begreifen könnte, wie notwendig, wie ernst diese Verhandlungen sind. Wir haben es hier mit der reichen englischen Bourgeoisie zu tun, die an der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit uns und an der Anlage eines Teiles ihres Kapitals bei uns interessiert ist. Wir hingegen sind unter gewissen Bedingungen an der Heranziehung dieses Kapitals interessiert und sind bereit, es heranzuziehen. Wir wollen nicht in der Sprache der Agitatoren verhandeln, sondern wir entsandten Leute, die eine Geschäftssprache zu sprechen haben. Wir wollen gewisse Vereinbarungen erzielen, wir wollen, auf Grund gegenseitigen Vorteiles, gewisse Konzessionen gewähren. Wir wollen ausländisches Kapital heranziehen. Wir wollen, daß der Handel zwischen uns und der englischen Bourgeoisie nur als unter zwei gleichberechtigten Parteien vor sich gehen soll, unter Bedingungen, die für beide Parteien vorteilhaft sind, unter Bedingungen, die uns helfen, unsere Land- und Stadtwirtschaft zu heben. Was auch der Ausgang dieser Verhandlungen sein möge — heute kann niemand ihren Ausgang voraussehen — allein die Tatsache der Anerkennung der Sowjetunion durch England, die Tatsache dieser Verhandlungen an sich, ist schon von großer historischer Bedeutung. Eine ganze Reihe von Regierungen war gezwungen, uns de jure anzuerkennen. Sie haben begriffen, daß sie es mit einer stabilen Regierung zu tun haben, mit einem Land, das im Begriffe ist, seine Volkswirtschaft zu heben, und daher sind wir überzeugt davon, daß die früheren Versuche, uns einzuschüchtern, von uns Milliarden zu verlangen, wie sie es in Genua und im Haag gemacht haben, nicht mehr wiederholt werden, — daß sich mit diesen lächerlichen Versuchen niemand mehr an uns heranwagen wird. Wir sind bereit, auf Grund gegenseitiger Vorteile, ernste Verpflichtungen auf uns zu nehmen. Es ist ein gewaltiger Irrtum, wenn jemand glaubt, daß wir uns in ein Abenteuer stürzen, daß wir wegen Bessarabien den Krieg beginnen, daß wir auf ernste Geschäfte mit dem ausländischen Kapital nur darum verzichten, weil wir Kommunisten sind. Ihr wißt, daß die Bourgeoisie noch stark ist, daß wir mit ihr noch gewisse Abkommen schließen müssen. Wir lehnen es nicht ab, mit ihr in Handelsbeziehungen zu treten, ihr Konzessionen zu gewähren, wir lehnen gewisse Verpflichtungen nicht ab. Wir

fordern aber, daß sie mit uns nicht wie mit einer Kolonie oder einer Halbkolonie verhandelt, nicht wie mit einem Lande, das von ihr abhängt, nicht wie mit einem besiegten Lande. Wir haben es schon zu neun Zehntel erreicht, daß man mit uns wie mit einem unabhängigen revolutionären Lande spricht, das seinen Sieg mit Blut erkaufte, das diesen Sieg befestigte und seine Wirtschaft zu heben begann; daß man mit uns, wie mit einem Lande spricht, das die Möglichkeit hat, nach reifer Erwägung aller Umstände, diese oder jene Verpflichtung auf sich zu nehmen. Jene Bourgeoisie, die mit uns auf dieser Grundlage verhandelt, kann von uns gewisse Zugeständnisse erlangen. Jene Bourgeoisie aber, die zögert, wird sich zwanzigmal **die Worte Lenins merken müssen: je später ihr Euch mit uns verständigt, um so schlimmer werden unsere Bedingungen werden.**

Also, eilt Euch ihr Herren englischen Bourgeois! Wenn Ihr mit uns, mit einem so wichtigen Lande, wie es das unsere ist, eine ernste Verständigung wollt, so hört auf mit Eurem Spiel, vergesset die 11 Milliarden, hört auf, mit uns wie mit einer Kolonie oder einer Halbkolonie zu sprechen, vergesset jene Zeiten, wo Ihr Rußland geplündert habt, setzt Euch an den Tisch und sprechen wir ernst, wie gleichberechtigte Parteien miteinander darüber, was Ihr uns geben könnt und unter welchen Bedingungen. Und wenn die Bedingungen annehmbar sein werden, dann wird unsere Delegation sich mit Euch verständigen, wenn nicht, so wird unsere Delegation gehen, wie sie kam. Die Reisespesen sind nicht so groß, unsere Delegation wird schon einige Tage dort verbringen können. Wir haben Zeit. Wir wollen das Auslandkapital heranziehen, um unsere Wirtschaft schneller zu heben, aber **unterjochen läßt sich die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken von keiner Bourgeoisie der Welt, auch von der englischen nicht.**

Politik

Der Sturz des blutigen Smuts.

Von J. T. Murphy (London).

** Der letzte der Versailler Premierminister mußte gehen. Kürzlich erhielt der südafrikanische nationalistische Kandidat **Mr. Naude** bei den Nachwahlen in Wakerstroom 1420 Stimmen gegen 1207 Stimmen des Regierungskandidaten **Mr Robertson. Robertson** hatte sein Amt als Administrator niedergelegt, um seine Kandidatur ausüben zu können. Man hielt ihn für einen der sichersten Regierungskandidaten. **Smuts** nahm die Entscheidung als ein Mißtrauensvotum auf und dankte ab. Allgemeine Wahlen müssen daher stattfinden. Der Besuch des Prinzen von Wales wurde verschoben und eine außerordentliche, interessante Situation ist entstanden.

Nur wenige rechnen mit der Regierungsrückkehr **Smuts'**. Die Stimmung der nationalen und Arbeiterkreise ist so sehr gegen ihn, daß die meisten mit seiner Wahlniederlage rechnen. Dies wird das Ende einer Epoche und den Beginn einer Periode schärfster schwankender Verhältnisse in Südafrika bedeuten. Smuts ist durch und durch Imperialist und ein Mann der starken Hand. In Europa bekannt durch seine liberalen Reden, in Großbritannien durchschaut als williges und ehrgeiziges Werkzeug seiner imperialistischen Ziele, wird er gehaßt und besonders von den Arbeitern Südafrikas verabscheut. Was für Illusionen immer die letzteren in bezug auf die Person Smuts' gehabt haben mögen, sie verschwanden, angesichts des Blutbades am Flusse Rand, im Jahre 1922. Aber gerade um dieser seiner Eigenschaften willen trat die liberale und konservative Presse Großbritanniens für ihn ein, und er wurde zum „Führer des Imperialismus". Das war zur Zeit der britischen Reichskonferenz im Jahre 1923.

Die Toren! Gibt es nicht genug „führende Imperialisten", die ihre Führerposten schon allein in Großbritannien verloren haben, die lehren könnten, wie man Geschichte studiert? Das Abdanken der Versailler Häupter zeigt eine Bewegung sozialer Kräfte und nicht allein ein Versagen einzelner Persönlichkeiten! Das gilt genau so für **Smuts** wie für Lloyd **George, Clemenceau** oder **Wilson.** Sein Fall zeigt das Ende der Herrschaft, die aus Liebe zu den Goldbergwerken, zur imperialistischen Expansion und zu dem Burenkrieg, vom Jahre 1899 bis zum Jahre 1902, führte. Durch diesen Krieg legte England nicht allein die Hand auf afrikanisches Gebiet, sondern es legte die feudalen Spuren aus ganz Südafrika hinweg. In diesem Prozeß peitschten sie die nationalen Vorurteile der Buren, die die Hauptverteidiger der alten Ordnung waren, gegen sich auf. Hätte man die Buren allein gelassen und ihr eigenes Schicksal schmieden lassen, so wäre in nicht zu ferner Zukunft durch den normalen Prozeß der Industrialisierung Südafrikas der Feudalismus zugrunde gegangen. Dieser Prozeß wurde nicht durch eine Schichte des Burenvolkes vorwärts getrieben, sondern durch eine andere Nation, die Engländer. Die Klassenschichtung wurde daher durch die heftigen nationalen Gefühle, denen man frönte, verdunkelt. Als daher die britischen Imperialisten mit Gewalt die Burenrepubliken annektierten, da gruppierten sich alle Beschwerden um die nationale Frage, nicht um die Klassenfrage. Für die Arbeiterbewegung ist es jetzt furchtbar schwer, bei den Buren einzudringen oder dort besondere Fortschritte zu machen. Die Reaktion in den Reihen der Arbeiter blieb. Britische Arbeiter in Südafrika verlangen wieder eine unbedingte Loyalität für Großbritannien als erstes Erfordernis einer gemeinsamen Aktion. So können die holländischen und britischen Bourgeois die Arbeiter auseinander halten. Immer wieder erhob sich die Frage: ist er ein geborener Südafrikaner oder nicht. Doch darüber später.

Auf dieser Grundlage fand der Kampf um die Unabhängigkeit unter **Botha** und **Smuts** statt und führte das ganze Burenvolk unter das Banner des britischen Imperialismus. Mit Hilfe von **Campbell Bannermann,** den die Schotten so gerne mit **Macdonald** vergleichen, wurde die Union geschlossen und als Muster für alle anderen Imperialisten hingestellt — wie man die imperialistischen Ziele erreicht und dabei den Besiegten vormacht, daß sie ihre eigenen Bestrebungen durchgesetzt hätten. Schon 1912 war es vollständig klar, daß nicht jedermann mit der Sache einverstanden war, und der General Hertzog (damals Minister für Justiz) wurde als ein „Abtrünniger" aus dem Kabinett gejagt. Das war der Anfang der nationalen Partei, die zugleich mit der südafrikanischen Arbeiterpartei den General **Smuts** um seine Führerschaft bringen will.

Bei den letzten Wahlen erhielten die **Nationalisten 43 Sitze,** die **Arbeiterpartei 9,** während die **südafrikanische Partei,** geführt von **Smuts, 78** Sitze gewann. Aber unlängst konnte **Smuts** nur noch mit einer Majorität von einem halben Dutzend arbeiten, und die Nachwahlen versetzten seiner Position den letzten Stoß.

Mittlerweile traten große Veränderungen ein und die Arbeiterklasse machte dadurch bittere Erfahrungen. Schon vor dem Kriege löste der Bergarbeiterstreik (1907) und der Generalstreik (1913) eine große Bewegung aus. Die Arbeiterpartei erlangte im Jahre 1914 die Majorität, nachdem Smuts durch die Verschickung von neun Arbeiterführern die Öffentlichkeit so aufgebracht hatte, daß ein großer Teil der kleinbürgerlichen Elemente zur Arbeiterpartei stieß. Diesen „Sieg" hatte sie während des Krieges zu bezahlen. Die Arbeiterpartei konnte in der Frage des Krieges keine Einigkeit erzielen und wurde vollständig vernichtet. Smuts kehrte zurück und blieb seitdem im Amte, während die Kräfte, die außerhalb des Parlaments tätig waren, sich wieder sammelten. Der Niederbruch der Arbeiterpartei hatte aber nicht die Stadtbevölkerung, die ihre soziale Grundlage ist, zum Verschwinden gebracht. Die Buren waren zur selben Zeit über die grausame Verhöhnung aller ihrer Hoffnungen durch den Imperialismus empört. Der Rand-Streik schlug dem Faß den Boden aus. Die Buren-Arbeiter, die von Bauern zu Stadtproletariern wurden, hatten zum Unterschied von den britischen Kolonisten ihre Unabhängigkeit bewahrt, sahen aber bei dieser Gelegenheit, daß Smuts rücksichtslos von seinem Klasseninteresse aus handelte. Er frug nicht, ob Bure oder Brite — alle aufständischen Arbeiter müssen niedergeschlagen werden. Und wurden niedergeschlagen, aber nur um sich wieder zu erheben.

Diese schreckliche Erfahrung war es, die den Weg zur Annäherung zwischen der Nationalen und der Arbeiterpartei ebnete. Ihr gemeinsamer Feind war Smuts und die südafrikanische Partei. Der Augenblick des Kampfes kam. Sie haben sich vereinigt nur zu dem Zweck, Smuts zu besiegen, obgleich die beiden Parteien in mancher Hinsicht entgegengesetzte Pole sind. Es scheint ziemlich sicher, daß sie zusammen den Sieg davontragen werden. Dann erst beginnt eine Periode der Ungewißheit. Die Nationale Partei hat ihren kleinbürgerlichen Gesichtskreis, der ihrem Ursprung aus der Bauernschaft entspricht. Die Arbeiterpartei dagegen will mit der Arbeiterbewegung Australiens im gleichen Schritt gehen.

Beide Parteien schweigen über die Frage, ob man im Lande geboren ist. Eine Frage, über die jede Partei — außer einer revolutionären Proletarierpartei — früher oder später stolpern muß. Beide Parteien fürchten diese Frage, suchen jedoch die Politik der Vorherrschaft der weißen Rasse fortzusetzen, sprechen aber nur wenig darüber. Die Arbeiterpartei sieht das rasche Anschwellen der Industrie, die Ausbreitung des Kapitalismus, doch

nur wenige sind kühn genug, der Logik dieser Entwicklung ins Gesicht zu sehen. Mittlerweile drückt sich diese Entwicklung des Kapitalismus im Fall Smuts' und seiner Regierung aus, und wir können der nächsten Stufen der Entwicklung ohne Besorgnis entgegensehen.

Deutschland

Stinnes.

Von Karl Radek.

„... die Bergwerke alle, die ich mir erschlossen hätte! Neue Minen ins Unendliche! Die Wasserfälle! Die Steinbrüche! Handelsstraßen und Schiffahrtsverbindungen über die ganze weite Welt!... Ich hatte die Macht! Und dann das unbezwingliche Gebot in meinem Innern! Da lagen die gefesselten Millionen übers ganze Land, in der Bergestiefe, und riefen nach mir! Schrie'n zu mir nach Befreiung!.."
Ibsen. („John Gabriel Borkmann").

** Hugo Stinnes ist gestorben. An seinem Grabe wird der Präsident der Deutschen Republik, der Sozialdemokrat Ebert, Tränen vergießen, hunderte bürgerliche Zeitungen Deutschlands, die ihm gehört haben, werden seinen Tod beweinen, die ganze bürgerliche Presse der Welt wird riesige Spalten der Schilderung der Genialität des Menschen widmen, der es verstand, in einem zertrümmerten, verelendeten Lande Milliarden anzuhäufen, der es verstand, aus einem Lande, das sich unter dem Joch der Entente befindet, die Fühler nach allen Weltteilen auszustrecken und das Werk des zerschlagenen deutschen Imperialismus fortzusetzen. Rund eine Million deutsche Arbeiter, die in seinen Fabriken arbeiten, denken an diesem Tage darüber tief nach, wie es möglich ist, daß sie, eine Million Arbeiter, von einem Menschen abhingen, um ihn zu bereichern, obwohl sie selbst im Elend leben. Das ganze deutsche Proletariat und das ganze internationale Proletariat muß das Leben und das Werk dieses Menschen aufmerksam betrachten, das Leben und das Werk dieses Menschen, der die beste Illustration des Wesens des kapitalistischen Systems, die beste Illustration der Lügenhaftigkeit der bürgerlichen Demokratie darstellte.

•

Der Name Stinnes stieg wie ein Meteor während des Krieges auf. Bis zum Kriege war er nur als der Leiter eines schwerindustriellen Konzerns, der **„Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft"** bekannt (in deren Verwaltung er im Jahre 1902 eintrat). Diese Gesellschaft, die in Rheinland-Westfalen Bergwerke und metallurgische Unternehmungen besitzt, begann ihre Tätigkeit im Jahre 1901 mit einer Million Mark. Im Jahre 1910 hatte sie bereits ein Grundkapital von 60 Millionen Mark, zwei Jahre später verfügte sie über 100 Millionen Mark, beschäftigte sich nunmehr nicht nur mit Kohlen- und Erzförderung und mit Stahlproduktion, sondern versorgte auch 25 Städte und ihre Umgebung mit Wasser und Gas, und das ganze Ruhrbecken mit elektrischem Strom. Stinnes ging aus einer kleinen, aber alten Handels- und Industriefamilie hervor, die ihre Tätigkeit während der napoleonischen Kriege begann und zuerst an Napoleon und später an die, gegen Napoleon kämpfenden, preußischen Truppen Lieferungen ausführte. Schon sein Urgroßvater, der Begründer der Stinnes-Dynastie, legte, in jener Zeit des großen Valutenchaos, ein großes Spekulationstalent an den Tag.

Aber erst mit Hugo Stinnes beginnt die Heroenzeit seiner Familie. Als der Weltkrieg ausbrach, war die Zeit für Stinnes da. Der Staat brauchte das unaufhörliche Wachsen der Kohlen- und metallurgischen Industrie, da der Krieg mit jedem Tage mehr Rüstzeug und Kanonen verschlang und immer mehr Waggons und Lokomotiven forderte. Die Kohlen- und Eisenkönige konnten die Kohlenpreise bestimmen. Das Kriegsministerium, dem es gleichgültig war, wieviel die Staatskasse zahlt, stand hinter ihnen. Die Notenpresse war ununterbrochen im Gange. Eine Anleihe nach der andern wurde aufgenommen. Und dieses ganze Geld wanderte in die Taschen der Leiter der Schwerindustrie, die neue Arbeitsstädte aus dem Boden stampften, neue Arbeiterarmeen schufen, die Tag und Nacht arbeiteten. Stinnes wuchs von Tag zu Tag. Mit der Zunahme seiner wirtschaftlichen Macht wuchs auch sein politischer Einfluß. Dieser Emporkömmling stellte sich an die Spitze des ganzen Rudels der alten Wölfe des Ruhrgebietes. Er kam durch seinen eisernen Willen empor. Um auf die Regierung einen Druck ausüben zu können, haben sie diesen Menschen, der mit der Hartnäckigkeit eines Stieres ausgestattet war, das Oberkommando übergeben. Er hat den Plan der industriellen Ausplünderung Belgiens ausgearbeitet. Und als die Konkurrenz um das Arbeiterfleisch zwischen den Schützengräben am Schlachtfelde und den Schützengräben in den Fabriken begann, bewog er das deutsche Kommando dazu, aus Belgien Zehntausende von Arbeitern in die Schächte und Bergwerke Deutschlands zu treiben, damit diese Arbeiter durch eigene Hände gegen ihre eigenen Brüder Rüstzeug produzieren helfen. Während des Krieges war Stinnes die Seele des deutschen Imperialismus. Er nahm den regsten Anteil an der Redaktion jenes Memorandums der deutschen Kapitalisten, in dem sie die Eroberung des französischen Lothringens und Belgiens forderten.

„Die Sicherheit des deutschen Staates **im nächsten Kriege** fordert kategorisch die Eroberung des Minette-Rayons (Minette ist ein Eisenerz besonderer Qualität. Die Red.), einschließlich der Festungen von Longwy und Verdun... Die Eroberung der Maaslinie, des französischen Küstengebietes wird uns außer dem genannten Erzgebiet das Departement du Nord und das Departement Pas de Calais geben... Belgien muß, im Interesse der Festigung unserer Seemacht, der Zukunft unserer Kriegswirtschaft England gegenüber, infolge des engen wirtschaftlichen Zusammenhanges des so bedeutsamen belgischen Gebietes mit unserem wichtigsten Wirtschaftsgebiet, in bezug auf die Kriegsführung, auf das Zoll-, Finanz-, Bank- und Postwesen an Deutschland angeschlossen werden. Die Eisenbahnen und Wasserstraßen müssen mit den unsrigen vereinigt werden. Die wichtigsten wirtschaftlichen Unternehmungen des Landes, die zur Ausübung unserer Herrschaft über Belgien notwendig sind, müssen sich in deutschen Händen befinden*)." Das war das von Stinnes befürwortete Kriegsprogramm.

Die Kräfte Deutschlands haben sich im Kriege erschöpft. Mit jedem Tage hat sich die Ernährungslage des Landes verschlimmert. An der Front fielen unzählige Opfer. Stinnes aber kannte keine Verzweiflung, und war, wie Ludendorf der Meinung, daß, wer die Ruhe bewahrt, als erster das Ziel erreicht, wenn auch nur um eine halbe Minute. Deutschland erreichte nicht das Ziel. Mit jedem Tage wurde die Erschöpfung der Truppen und die Gärung im Lande größer. Und endlich kam der Schicksalstag des deutschen Imperialismus, als Ludendorf von der Regierung forderte, daß sie der Entente dringendst den Waffenstillstand vorschlage. Jeder hat begriffen, daß das die Kapitulation ist. Alle Pfeiler des deutschen Imperialismus erzitterten. Die Entente schob die Antwort auf, um zur Zertrümmerung der deutschen Armee Zeit zu gewinnen und dem Heranreifen der revolutionären Kräfte Zeit zu geben. Die Revolution war da, der Kaiser flüchtete. In Berlin und im ganzen Lande gelangte die Macht in die Hände der Räte. In Berlin wurde die Regierung der Volkskommissäre eingesetzt und proklamierte die sozialistische Republik. Wir wissen nicht, woran Stinnes in diesen Tagen glaubte, ob er glaubte, daß mit der Hohenzollern-Dynastie auch die junge Stinnes-Dynastie untergehe. Das war die Meinung des **Albert Ballin**, des Schöpfers der größten deutschen Schiffahrtsunternehmungen, der Hapag. Er endete durch Selbstmord. Stinnes wartete ab. Es vergingen zwei, drei Monate, und er begriff, daß nicht alles verloren ist, sondern daß er im Gegenteil noch alles gewinnen kann.

•

Die deutsche Sozialdemokratie nahm sich der Rettung des deutschen Kapitalismus an. **Noske** stellte die ersten Truppen der weißen Garde auf, unterdrückte den Berliner Aufstand, und begann den Aufstand im ganzen Lande niederzuschlagen. Im Gewehrfeuer der weißen Banditen Noskes wurde die konstituierende Versammlung einberufen, die aus dem Namen der deutschen Republik die sozialistische Bezeichnung wegstrich. Es begannen die Versaillerverhandlungen. **Lothringen**, in dem sich das wichtigste Erzgebiet, auf dem die deutsche Schwerindustrie aufwuchs, befindet, ist verloren gegangen. Aber die „ehrlichen" Versailler-Räuber, die die deutschen Unternehmungen in Lothringen konfiszierten, zwangen das deutsche Volk, den in Mitleidenschaft gezogenen Kapitalisten einen redlichen Schadenersatz zu zahlen. Stinnes verlor in Lothringen 60% seiner Produktion. Er erhielt aber ungeheure Geldsummen und erwarb sich die **Gelsenkirchner Bergwerks A. G.**, die durch die alten, deutschen Kapitalisten, Gebrüder Kirdorf, gegründet wurde. Sie beschäftigten

*) Alle im Text vorkommenden Zitate sind aus dem Russischen rückübersetzt. (Die Red.)

in Friedenszeiten 55.000 Arbeiter und förderten 10 Millionen Tonnen Kohle, das heißt 11% der gesamten Produktion des Ruhrgebietes. Mit ihr vereinigte Stinnes im Jahre 1920 sein Unternehmen zu der sogenannten Rhein-Elbe-Union. Es begannen die guten Zeiten für Stinnes. Die deutsche Bourgeoisie wollte keine Steuer zahlen. Sie sabotierte jede Finanzreform und deckte das ganze Staatsdefizit durch die Notenpresse. Die Mark begann zu fallen. Ähnlich seinem Urgroßvater, begann Stinnes eine großzügige Spekulation. Er verfügte über einen Riesenkredit in der Staatsbank und in anderen Banken. Für das geliehene Geld kaufte er eine Unternehmung nach der anderen, und bezahlte seine Schulden erst, als die Mark tiefer gefallen war, als er nur ein Zehntel, zuweilen sogar ein Hundertstel dessen zurückzahlen mußte, was er bekommen hatte. Bald erwarb sich Stinnes den Elektrizitätskonzern Siemens-Schuckert, den größten Konzern der Elektrizitätsindustrie und den Hauptkonkurrenten der AEG. Nach dem Zusammenschluß mit diesem Konzern, in dessen Fabriken 200.000 Arbeiter arbeiteten, bekam er riesige elektrische Maschinenfabriken, elektrische Stationen, eine Reihe von Eisenbahnen, die Elektrizitätswerke mehrerer großen Städte in seine Hände. Stinnes wandte eine besondere Methode der Konzentration an. Er schuf keinen homogenen Konzern, sondern vereinigte in seinem Konzern den betreffenden Produktionszweig vom ersten bis zum letzten Gliede oder übernahm die Führung des betreffenden Industriezweiges und unterwarf sich in dieser Weise die ganze Industrie, und er war nicht im geringsten wählerisch. Eisen, Kohle, Elektrizität, Fluß- und Seeschiffahrt, Automobilfabriken, Gasthäuser ... alles was zu kaufen war, hat Stinnes gekauft. Nach dem mißglückten Versuch, die Hapag zu erwerben, schuf er sich eine eigene riesige Schiffahrtsgesellschaft, dessen Schiffe, mit seinen Waren geladen, das Meer in allen Richtungen der Welt durchkreuzten.

Nunmehr lohnte es sich, auch die Presse zu erobern. Er kaufte die einzige große, private Telegraphenagentur, die Telegraphen-Union, er kaufte das Dannertsche Pressebüro, das die ganze Provinzpresse bediente. Als man ihm den Vorwurf machte, daß er sich in dieser Weise die öffentliche Meinung gefügig machen will, antwortete Stinnes durch seinen Hofbiographen, Dr. Brinkmeier, er pfeife auf die öffentliche Meinung. „Die Zeitungen vereinigen die Wälder mit seinen Kohlenunternehmungen" — erklärt Brinkmeier. Stinnes brauchte für seine Kohlenschächte viel Holz. Er kaufte sich alle Wälder Ostpreußens. Das ergab ihm aber als Nebenprodukt Holzstoff und Papier. Stinnes gründete Papierfabriken. Das führte ihn zum Einkauf des großen Buchdruckerkonzerns Büchsenstein und anderer Typographien. Und von hier aus fehlte nur noch ein Schritt zum Einkauf von Zeitungen. Er kaufte sich Zeitungen durch Papierlieferungen zum Vorzugspreise. Zugleich besorgte seine Telegraphen-Union Nachrichten und das Dannertsche Pressebüro Artikeln, die Stinnes genehm waren. Stinnes begann für seine Zeitungen Schriftsteller zu kaufen. Generalstabsoffiziere, Admirale, begabte Sozialdemokraten, — alles kam in die Stinnes-Unternehmung hinein. Die vertikale Konzentration erreichte ihre höchste Vervollkommnung. Aber Millionen von Menschen Arbeit zu geben, über Kohle und Eisen zu herrschen, Schiffe, Telegraph, Elektrizität zu besitzen, über die Presse zu verfügen, bedeutete nicht nur eine politische Partei zu haben — die sogenannte Deutsche Volkspartei wurde zu einem einfachen Bestandteil der Stinnesschen vertikalen Konzentration — das bedeutete, in jeder Partei Zellen zu haben, das bedeutete, die Kontrolle über die politische Nahrung von Millionen, das bedeutete, die deutsche Republik in voller Abhängigkeit zu halten. Stinnes, der Diktator der deutschen Republik. Vor ihm zitterten alle Regierungen.

•

Im Jahre 1920 war eine bürgerliche Koalitionsregierung in Deutschland an der Macht, mit dem katholischen Demokraten Wirth an der Spitze. Diese Regierung versuchte mit Frankreich im Interesse der Vermeidung der Ruhrbesetzung übereinzukommen. Sie schickte sich daher an, die französischen Forderungen durchzuführen und ging auf ein Abkommen über die Zahlung von Reparationen an Frankreich ein. Selbstverständlich hätte so ein Abkommen der Politik der endlosen Notenemission ein Ende gesetzt, die Regierung genötigt, eine Finanzreform einzuleiten, deren Verfechter der katholische Abgeordnete Erzberger war. Stinnes erklärte der Wirth-Regierung den Krieg auf Leben und Tod. Diese Kriegserklärung hatte noch tiefere Gründe. Der nächste Berater Wirths, der seiner Politik die Richtung gab, war Walter Rathenau, der Chef der AEG., die von Stinnes noch nicht verschluckt wurde. Durch die Person Rathenaus wurde das Kabinett Wirth zum Träger der Interessen der weiterverarbeitenden Industrie, die unter den hohen von Stinnes und seinen schwerindustriellen Verbündeten diktierten Kohlen- und Eisenpreisen zu leiden hatte. Hätte sich die Wirth-Regierung gehalten, so hätte die Staatsmacht, wenn auch unentschlossen, den Interessen Stinnes Widerstand leisten können. Daher gab es im Kampfe kein Pardon. Stinnes führte diesen Kampf mit allen Mitteln. Seine Presse führte eine förmliche Hetzjagd gegen Wirth und Rathenau. Er finanzierte die faschistischen Organisationen, die die Regierung Wirths, als die Regierung des nationalen Verrates verfolgte. Rathenau fiel von Kugeln eines nationalistischen Fanatikers. Die Wirth-Regierung stürzte. Zu dieser Zeit setzte der katastrophale Marksturz ein. Der Sommer 1922 war das Waterloo der deutschen Mark. In einigen Wochen stieg der Dollar von 300 auf 5000 Mark.

Nach dem Sturze Wirths wurde das Kabinett Cuno ins Leben gerufen. Cuno war ein Feind von Stinnes, da er als Direktor der Hapag den Versuchen Stinnes, diese größte deutsche Schiffahrtsgesellschaft zu verschlingen, Widerstand leistete. Während der Verhandlungen, die zum Rapallo-Vertrag führten, an dem alle hervorragenden Vertreter des deutschen Kapitalismus teilgenommen hatten, war Cuno abwesend, da Stinnes sich weigerte, mit ihm an einem Tisch zu sitzen. Als Cuno zum Reichskanzler ernannt wurde, berief er auf den äußerst wichtigen Posten des Wirtschaftsministers den Stinnesagenten Becker, der in einer Person den industriellen Haifisch, den Großgrundbesitzer und den Bürokraten vereinigte. Aber das war kein Trost für Stinnes. Die Cuno-Regierung versuchte, die Mark auf dem Niveau von 20.000 Mark für den Dollar zu „stabilisieren", Stinnes aber brauchte den Marksturz zur Forderung der Ausfuhr seiner Waren und zur Erleichterung seiner Kreditspekulationen. Stinnes beauftragte seinen Finanzdirektor Minoux, einen ehemaligen Feldwebel der kaiserlichen Armee, außerhalb der Börse ungeheure Mengen englische Pfund zu kaufen. Die Mark fiel, und unter die Regierung Cunos wurde der Sprengstoff gesteckt, der sie in die Luft sprengte.

Stinnes verstand aber auch gegen die eigene Partei den heftigsten Kampf zu führen, sobald er in ihr das geringste Streben nach Selbständigkeit bemerkte. Der Führer seiner Deutschen Volkspartei, Stresemann, stammte aus Kreisen der sächsischen Textilindustrie. Und da er ihre Interessen, die Interessen der verarbeitenden Industrie verteidigte, so war er von Zeit zu Zeit gezwungen, seine eigenen Wege zu gehen. Das genügte. Stinnes erklärte ihm den Krieg. Er konnte diesen Kampf nicht in der brutalen Form durch die eigenen Zeitungen führen. Daher versorgten seine Agenten die kommunistische Presse mit Nachrichten, die Stresemann kompromittierten. Von den Agenten Stinnes erfuhr das Zentralorgan unserer Partei, daß Stresemann durch den russichen JudenLitwin finanziert wird. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Nachrichten, die die deutsche Staatsanwaltschaft über die Valutenspekulationen Litwins erhielt, von der Stinnes'schen Nachrichtenquelle stammten.

•

Deutschland begann für Stinnes zu eng zu werden. Er begnügte sich nicht damit, Waren zu exportieren, sondern er begann für den Erlös seiner Exportoperationen eine ausländische Unternehmung nach der anderen an sich zu reißen. Zur selben Zeit, in der Deutschland auf der Londoner Konferenz versuchte, eine Herabsetzung der Reparationslasten zu erzielen und seine Forderung mit seiner Armut begründete, kaufte Stinnes um eine Viertelmilliarde Goldmark die österreichische Alpine-Montan-Gesellschaft, das größte europäische Bergwerk, an, — eine Gesellschaft, die vor dem Kriege 2,360.000 Tonnen Erz, 637.000 Tonnen Roheisen und 300.000 Tonnen gewalztes Gußeisen förderte. Er vereinigte in dieser Weise seine Koksproduktion, an der er Überfluß hatte, mit dem ihm bisher mangelnden Eisenerz. Er kaufte Bergwerke in Spanien, Schweden und Marokko, er kaufte Kaffeeplantagen in Chile, gründete Fabrikskonzerne in Argentinien, trat in Verhandlung mit Sinclair über den Ankauf von Naphtaquellen in Amerika, kaufte Naphta in Niederländisch-Indien und in Rumänien. Natürlich konnte Stinnes niemandem gestatten sein Außenminister zu sein. Er wollte selbst sein eigener Außenminister sein. Aus der alten deutschen militärischen Nachrichtenstelle organisierte er einen eigenen wirtschaftlichen und politischen Nachrichtendienst in allen Ländern der Welt. Er hatte sein eigenes Außenministerium und seinen eigenen Botschafter. Aber das war ihm zu wenig. Stinnes führte eine eigene Außenpolitik nicht nur im Namen seiner Unternehmungen, sondern auch im Namen Deutschlands. Während der Verhandlung zu Spaa, die Deutschland mit den Verbündeten über die Lieferung von Reparationskohle führte, versuchte Stinnes, die Verhandlungen zu

vereiteln, in der Meinung, daß die Ruhrbesetzung keine Gefahren in sich berge, daß die Franzosen damit Schiffbruch erleiden würden. Als Rathenau im Namen der deutschen Regierung mit Frankreich das Wiesbadener Abkommen abschloß, stellte sich die ganze Stinnes-Presse auf die Hinterbeine. Aber Stinnes selbst schloß mit der Marquis de Lubersac einen Vertrag ab, der ihm nicht nur Reparationslieferungen mit großem Profit eintrug, sondern der neue Industriezweige und neue Industriegruppen unter seinen Einfluß brachte. Stinnes hatte seine eigene, tief durchdachte Außenpolitik. Wie paradox dies auch klingen mag, er wollte Frankreich zum Instrument derselben Politik machen, die er im Kriege betrieb. Sein Plan war sehr einfach. Während des Krieges strebte er nach dem Zusammenschluß der deutschen Kohle mit dem französischen Erz. Das ist ihm nicht gelungen. Der deutsche Militarismus hat sich als allzu schwach erwiesen, um dieses Ziel zu erreichen. Aber die Franzosen brauchen auch heute noch den deutschen Koks und die deutschen Industriellen die französischen Minetteerze. Stinnes trachtete nach der Vereinigung der deutschen und französischen Schwerindustrie, die ihm die vollkommene Herrschaft über Europa gesichert hätte. Die vereinigte Schwerindustrie Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs würde 13,7 Millionen Tonnen Stahl gegenüber den 3,7 Millionen Tonnen der englischen Industrie erzeugen. Die vereinigte Eisenproduktion dieser Länder würde 33 Millionen Tonnen betragen gegenüber den 13 Millionen Tonnen der englischen Eisenförderung. Man erzählt in diplomatischen Kreisen, daß, als Stinnes diesen Plan vor Millerand, dem Vertreter der Interessen der französischen Schwerindustrie entfaltete, Millerand seinen Freunden erklärt habe: „ Er ist außerordentlich klug, ein außerordentlich guter Organisator, er will uns verschlingen". Stinnes hoffte, daß, wenn die Franzosen auf das Kompromiß eingehen, wonach Deutschland 50% der Aktien erhalten sollte, dann wird das organisatorische und technische Übergewicht Deutschlands ihm die Führung in diesem Trust sichern, der ganz Europa beherrschen würde. Und daher haben die Franzosen, die bestrebt waren, einen solchen Trust ins Leben zu rufen, die Forderung gestellt, daß die Franzosen und die Belgier 60% der Aktien bekommen sollen. Stinnes und die deutsche Schwerindustrie ging auf diesen Antrag nicht ein. Die Franzosen, die von Deutschland keine Reparationen erhielten, da diese durch die Schwerindustrie sabotiert wurden, und kein Übergewicht im Trust erlangten, besetzten das Ruhrgebiet. Die **Rheinisch-Westfälische Zeitung**, das Organ der Schwerindustrie, erklärte mit voller Offenheit: es handle sich darum, wer 51% der Aktien erhalten soll. Um sie zu bekommen, besetzten die Franzosen das Ruhrgebiet. Die Prophezeiung Stinnes, daß sie dadurch nicht zum Ziele gelangen werden, hat sich bestätigt. Die Franzosen konnten die Ruhrindustrie nicht in Gang setzen. Die Rechnung Stinnes aber, daß sie deshalb auf Zugeständnisse eingehen müssen, hat sich nicht bestätigt. Die Franzosen hatten keinen Grund, die Ruhrindustrie in Ordnung zu bringen. Sie schnitten Deutschland von der Kohlen- und Eisenzufuhr ab, zwangen es, Kohlen aus England zu beziehen und Millionen Arbeiter zu ernähren, und das führte Deutschland zur Kapitulation. Stinnes verspielte. Aber Stinnes ergab sich nicht.

*

Das, was der Grabstein des deutschen Kapitalismus, das, was der Grabstein von Stinnes hätte werden können, hat er versucht, zu seinem Thron zu machen. Die völlige Vernichtung des deutschen Kleinbürgertums, der Ruin der Millionen von Intellektuellen infolge des Sturzes und der völligen Entwertung der Mark, rief eine große nationalistische Bewegung im Lande hervor. Frankreich ist der Feind! Eine solche Parole schleuderte die Stinnes-Presse in die Massen. Die Koalitionsregierung der eigenen Partei von Stinnes und der Sozialdemokratie, die Stresemann-Regierung wurde von ihm für eine Regierung der Kapitulation erklärt, da sie schließlich die Einstellung des passiven Widerstandes an der Ruhr proklamieren mußte. Nieder mit der Stresemann-Regierung! Es lebe die nationale Diktatur, das heißt die Diktatur, die die Arbeiter zwingen wird, zehn Stunden zu arbeiten, die die Eisenbahnen in die Hände Stinnes spielt, den deutschen Nationalismus bewaffnet und Frankreich durch die Gefahr eines neuen Krieges zum Kompromiß zwingt. Schon im Frühjahr versuchten die Agenten Stinnes, insbesondere der Wirtschaftsminister Becker, die Ruhrarbeiter zu provozieren, damit ihre Aktion zur Proklamierung der faschistischen Diktatur Anlaß gebe. Das ist nicht gelungen. Aber die Not schuf im Oktober eine Lage, in der man den Ausbruch einer Arbeiterrevolution erwarten mußte. Auf diesen Augenblick hat man sich in Berlin, wie dies mit voller Klarheit aus dem Münchner Prozeß hervorgeht, zur Proklamierung der Diktatur von Minoux, dem Finanzdirektor Stinnes und dem Stinnes sehr nahe stehenden General Seeckt vorbereitet. Die Revolution in Sachsen einerseits, andererseits aber der Hitler-Aufstand in Bayern, hätten die Stresemann-Regierung so einschüchtern sollen, daß sie die ganze Macht der sogenannten nationalen Diktatur hätte übergeben sollen. Die Stresemann-Regierung hat wirklich Angst bekommen und übergab die Macht an Seeckt. Aber die Schwäche der KPD. gestattete ihr nicht, die Aktion des sächsischen Proletariats einzuleiten. Die Verschwörung Ludendorffs und Hitlers endete mit einer Niederlage. Die Diktatur des Generals Seeckt erhielt nicht jenen Schwung, den ihr der Kampf gegen die Arbeiter gegeben hätte. Seeckt mußte sich mit der Mißhandlung unbewaffneter Arbeiter in Sachsen und mit der Verdrängung der Kommunistischen Partei in die Illegalität begnügen. Aber da er die deutschen Arbeiter nicht im offenen Kampfe besiegte, konnte er nicht alle Industriezentren Deutschlands mit Leichen bedecken, er und die deutschen Schwerindustriellen stießen bald auf den zunehmenden Widerstand der nichtbesiegten Massen. Nach einigen Monaten mußte er, wenn auch nur zur Hälfte, die Legalität der Kommunistischen Partei wiederherstellen. Der Kampf geht weiter. Der Faschismus ist gezwungen, die Macht auf legalem Wege, durch Wahlen, zu erobern, die am 4. Mai stattfinden werden.

*

Hugo Stinnes verkörpert jene Energie der deutschen Bourgeoisie, die sie behalten hatte, da die deutsche Arbeiterklasse im Jahre 1919 ihren Sieg nicht zu Ende führen konnte. Er verkörpert die organisatorische Fähigkeit der deutschen Bourgeoisie, die selbst nach dem militärischen Zusammenbruch nicht aufhört, von der wirtschaftlichen Weltherrschaft zu träumen. Was war die Triebfeder der Tätigkeit Stinnes? Was gab ihm dieses riesige Übergewicht über die anderen Häuptlinge der deutschen Industrie? Was bewog diese, sich ihm zu unterwerfen? Wir werden uns darüber klar, wenn wir ihn mit dem Menschen, der ihm am meisten verhaßt war, mit Walter Rathenau vergleichen. Walter Rathenau hatte schon seinen Glauben an die Kraft der kapitalistischen Gesellschaft verloren. Als Sohn eines Großtechnikers, des Schöpfers der Elektrizitätsgesellschaft, der sich bereits auf ein von ihm erworbenes riesiges Vermögen stützte, der, gebildet wie nur wenig Leute in Europa, unter Büchern lebte, sah Walter Rathenau sehr gut die ganze Fäulnis der kapitalistischen Gesellschaft, ihre ganze Leere und fühlte instinktiv den Anfang einer neuen Epoche. Er glaubte nicht an die Kraft der Arbeiterklasse, aber er verlor bereits den Glauben an die schöpferische Kraft des Kapitalismus, er schuf die Ideologie der Intelligenz, als des Organisators der neuen Gesellschaft. Stinnes, der seine Macht durch die eiserne Energie, die keine Schwankung kennt, schuf, war tief davon überzeugt, daß die Beherrscher der Welt, die Schöpfer eines neuen, besseren Lebens nur die Kapitalisten sein können. Sehr charakteristisch ist die Stellungnahme Rathenaus und Stinnes zum Erbrecht. Rathenau war ein überzeugter Gegner des Erbrechtes und glaubte, daß im besten Fall der Enkel eines energischen Kapitalisten zum Idioten oder zum Sybariten wird. Stinnes erklärte, daß er für seinen Sohn arbeitet, der ein besserer Organisator sein wird als er, und dessen Sohn auch nicht schlimmer sein wird. Für Rathenau war der Sozialismus eine Zukunftsform, obwohl er selbstverständlich davon überzeugt war, daß dieser Sozialismus eine solche Form haben wird, wie er sie sich ausdachte. Insgeheim sagte er, daß er allein — nach Marx — dem Sozialismus neue Formen gegeben habe. Stinnes hielt nicht nur den Sozialismus, sondern auch die Demokratie für eine große Erfindung jener Leute, die der Propagierung dieser Ideen leben. Was für eine Demokratie brauchen die Arbeiter? fragte er. Einige Millionen Leute, die in Deutschland leben, haben nach dem Kriege geheiratet, und sie haben keine Wohnung. Sie sollen mit ihren Frauen bei den Eltern wohnen.

„Gebt jedem ein Zimmer, worin er mit seiner Frau ruhig schlafen kann, — das ist die Demokratie, deren die Arbeiter bedürfen. Die Teilnahme an der Führung der Produktion! Aber wenn ein Mensch nach schwerer Arbeit ist — und ich würde Euch raten, auch nur sechs Stunden im Schacht auf dem Bauche zu kriechen, oder beim Hochofen zu stehen — so wird er Gott danken, wenn jemand anderer die Produktion leitet, nur um Brot und Bekleidung zu bekommen. Er braucht keinen Sozialismus. Wir Kapitalisten haben uns verrechnet. Man hätte keinen Krieg machen, oder man hätte ihn gewinnen sollen. Dann hätte es keine Revolution gegeben. Jetzt schwatzen sie vom Sozialismus, weil sie nichts zum schlucken haben. Und diese Sozialdemokraten, die an keinen Sozialismus glauben, haben keinen Mut und kein Verantwortungsgefühl gegenüber

dem Volke, und sprechen immer noch vom Klassenkampfe. Legien allein, der Führer der deutschen Gewerkschaften — das war ein Mensch. Mit ihm konnte man sich verständigen. Die Frage besteht jetzt darin, zehn Stunden zu arbeiten, die schwerste Zeit durchzuhalten, Häuser zu bauen: die Wohnungsfrage ist der Mittelpunkt der sozialen Frage. Wer ein Häuschen mit Garten, und eine Schule hat, schön verdient, der wird zufrieden sein. Und jeden, dem Gott ein Talent gibt, den nehmen wir in unseren Dienst. Schaut nur an, was ich aus Minoux, diesem einfachen Feldwebel, machte. Er ist mein Finanzdirektor."

Auf die Frage, wie er die Arbeiter zwingen will, zehn Stunden im Tag zu arbeiten, und mit knurrendem Magen zu warten, bis er Häuser baut und unter ihnen neue Minoux findet, erklärte Stinnes: „Wir werden sie zwingen. Wir brauchen eine starke Regierung. Das Volk wird durch die Unordnung angeekelt und wird uns dann helfen, diese Regierung ins Leben zu rufen." Stinnes war von diesem Ideal der kapitalistischen Diktatur durchdrungen, an der er selbst mit heiliger Überzeugung glaubte, so wie unsere Arbeiter, die allein gelassen, auf den Hamburger Barrikaden kämpften, an die Diktatur des Proletariats, als den einzigen Weg der Rettung, glaubten und glauben. Sie flößten ihm tiefe Ehrfurcht ein, wofür er sie durch das Aufhängen belohnen wollte. Einmal beklagte sich Rathenau in Anwesenheit Stinnes über die Freiheit der Verbreitung der Idee des Bürgerkrieges. „Wenn jemand eine Zeitung gründen würde, die die Abschlachtung aller blonden oder braunen Leute predigt, würde man ihn ins Irrenhaus einsperren. Wenn aber eine Zeitung die Idee der Ausrottung der Bourgeoisie verbreitet, so nennt sie sich das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, und wir müssen ihre Meinung im Namen der Pressefreiheit achten. Solche widersinnige Ideen müssen ausgerottet werden. Und wir werden es auch tun, sobald sich die Staatsmacht befestigt." Als ich Rathenau darauf aufmerksam machte, daß diese Worte aus dem Wörterbuche der Metternichschen Bürokratie entliehen sind, er sei aber doch Mitglied der Demokratischen Partei, die immer erklärte, daß Ideen nur durch Ideen bekämpft werden können, bemerkte Stinnes lächelnd: „Ja, Herr Rathenau ist ein großer Demokrat, wie wir alle Demokraten sind, so lange es für uns nicht gefährlich wird. Hier ist die Grenze der Demokratie." Er verachtete diese Demokratie aus tiefster Seele.

Stinnes war der Vertreter des Kapitalismus, der daran glaubte, daß seine Tage noch nicht gezählt sind. Er glaubte nur an die Erweiterung seiner Produktion, er glaubte daran, daß das der einzig mögliche Weg der Menschheit sei. Und daher war er bereit — wenn es notwendig war — über ein Meer von Blut hinwegzuschreiten. Er war ein Fanatiker seiner kapitalistischen Ideen. Das gab ihm eine ungeheure Schwungkraft. Er bemerkte nicht, daß er auf einer immer enger werdenden Basis arbeitet, daß die Expropriation des Kleinbürgertums, die von ihm und seinen Verbündeten durchgeführt wird, die revolutionäre Krise steigert; daß der Tag kommen wird, wo die große Mehrheit der Arbeiterklasse gleichfalls unerschütterlich daran glauben wird, daß der einzige Weg der Sozialismus ist. Er war sogar davon überzeugt, daß wir, russische Kommunisten, belehrt durch die Schwierigkeit unseres Weges, unseren Glauben zu verlieren beginnen, und daß wir auf den Weg des Kapitalismus zurückkommen werden. Als einmal während der Verhandlungen Genosse Krassin das Außenhandelsmonopol standhaft verteidigte, sagte ihm Stinnes boshaft: „Ihre Ideen sind doch bankrott geworden, wozu klammern sie sich an das Außenhandelsmonopol?" Krassin antwortete ihm ruhig: „Sie haben am wenigsten Recht, vom Bankrott zu sprechen. Sie haben doch Deutschland durch den Krieg retten wollen, und jetzt jammern Sie darüber, daß sie arm und ruiniert sind, daß die Entente Sie sehr bedrängt." Stinnes schlug vor, daß man ein vernünftiges Kompromiß suchen solle, und er war sehr erstaunt darüber, wie ein so hervorragender Techniker, wie Krassin, noch immer bolschewistische Ansichten haben kann. Überhaupt ging er mit uns auf Verhandlungen in der Hoffnung ein, daß es ihm gelingen werde, uns aufzuklären. Er war sehr enttäuscht, als er von uns Abschied nahm. Wir hoffen, daß die deutschen Arbeiter seinem Sohn, den er als Erben der von ihm gegründeten Dynastie hinterläßt, eine noch größere Enttäuschung bereiten werden.

Union der Sowjetrepubliken

Ausbildung der Lehrerschaft in der Sowjetunion.

Von Kalaschnikow.

** Vor kurzem tagte in Moskau die Allrussische Konferenz für pädagogische Bildung, auf der zum ersten Male seit der Revolution Fragen über die gründliche Reform der Ausbildung von Pädagogen erörtert wurden. Die Konferenz wurde durch die wissenschaftlich-pädagogische Sektion des Staatlichen Wissenschaftlichen Rates vorbereitet, und alle auf der Konferenz erstatteten Berichte bildeten das Resultat einer andauernden, kollektiven Arbeit dieses Organs.

Die Konferenz hat die diesen Berichten zugrunde liegenden Grundsätze angenommen. Sie bestehen im folgenden: die pädagogischen Lehranstalten müssen zu Rayonszentren des Volksbildungswesens werden, die mit den schaffenden Massen verbunden sind. Sie müssen politisch reife, die Interessen der Sowjetunion und der Revolution begreifende Lehrer ausbilden. Gleichzeitig müssen sie die gesamte Tätigkeit der Lehrerschaft des betreffenden Rayons um sich konzentrieren, die Erfahrungen des örtlichen pädagogischen Personals auswerten und sich an der die Hebung des Niveaus des pädagogischen Personals bezweckenden Arbeit beteiligen. Die Zöglinge der pädagogischen Lehranstalten werden von allem Anfang an zu Außerschul- und sonstiger pädagogischer, praktischer Arbeit des Rayons, die mit den theoretischen Arbeiten im Institut selbst verknüpft ist, hinzugezogen. Außerdem müssen alle Zöglinge eine gewisse Ausbildung im Betrieb gewinnen, denn der Lehrer der neuen Schule soll den modernen Formen der Arbeit, der modernen Produktion nicht fremd gegenüberstehen. Daher müssen alle Zöglinge eine Praxis in Industriebetrieben oder in der Landwirtschaft durchmachen. Demzufolge muß jede pädagogische Lehranstalt eine spezielle Einstellung auf die Produktion aufweisen (genau so, wie das auch in den allgemeinen Bildungsanstalten zu sein hat). Diese Einstellung auf die Produktion tritt in allen Zweigen der Tätigkeit der pädagogischen Anstalt hervor: Sowohl die besonderen technischen Beschäftigungen wie auch die pädagogischen Arbeiten der Zöglinge sind mit der Produktion verbunden.

Die pädagogische Lehranstalt wird, als geistiges organisatorisches Zentrum des Rayons, auch zur Produktionstätigkeit des gesamten Volksbildungswesens des betreffenden Rayons hinzugezogen, das heißt zur Ausarbeitung des Produktionsplanes des Volksbildungswesens, des Schulwesens, zur Anpassung des Programms an die örtlichen Verhältnisse, zur methodischen Untersuchung des Schulwesens usw. Die Konferenz hat mit gewissen Abänderungen das schon bestehende System der pädagogischen Bildung mit den beiden Schultypen: pädagogisches Technikum und Pädagogisches Institut oder Fakultät, angenommen. Das erstere kommt nach Absolvierung von sieben Schuljahren, hat vier Jahrgänge und bildet Lehrer für die Schule erster Stufe aus. Das zweite folgt nach Absolvierung von neun Schuljahren, hat ebenfalls vier Jahrgänge und bildet sowohl Lehrer für die Schulen zweiter Stufen, Arbeiterfakultäten als auch Organisatoren für die verschiedenen Zweige des Volksbildungswesens aus.

Die Konferenz war äußerst zahlreich besucht und rief in der Provinz großes Interesse hervor, Es erschienen aus der Provinz 134 Delegierte mit beschließender Stimme. Die nach den Berichten stattgefundene Aussprache war sehr interessant und zeugte von einer großen Wandlung auf dem Gebiete der Bildungsarbeit in der Richtung zum Verständnis der Aufgaben der gegenwärtigen Epoche und der daraus folgenden Motive für die Schulreform. Die Mitteilungen aus der Provinz zeigten, daß an vielen Orten der Sowjetunion die neuen Formen der Arbeit der pädagogischen Lehranstalten, die auf der Konferenz beantragt wurden, schon als Folge einer richtigen Auffassung der Aufgaben der neuen Schule verwirklicht worden sind.

Im allgemeinen hat diese Konferenz einerseits die Bilanz des revolutionären Aufbaues des pädagogischen Bildungswesens gezogen und andererseits die Wege ins Auge gefaßt, auf denen die weitere Reform des pädagogischen Bildungswesens vor sich gehen muß. Hierin liegt die riesige Bedeutung dieser wertvollen Konferenz.

Wirtschaft

Der Sinn des Gutachtens der Sachverständigenkommission.

Von E. Varga.

** Nach einer mehr als dreimonatigen Arbeit hat die Sachverständigenkommission am 9. April ihr Gutachten an die Reparationskommission überreicht. Dieses Gutachten ist mit seinen Beilagen eine ziemlich umfangreiche Broschüre, und es ist in diesem Rahmen unmöglich, eine eingehende Inhaltsangabe zu geben. Wir setzen voraus, daß dem Leser aus den Zeitungen der wesentliche Inhalt bekannt ist, und wir wollen nur das Prinzipielle aus dem Gutachten hervorheben.

Reparationszahlungen nur bei stabiler Valuta. In früheren Jahren hat die Reparationskommission Zahlungen sowohl in ausländischer Valuta als in Sachlieferungen angefordert, ohne Rücksicht darauf, ob die deutsche Valuta eine solche Belastung aushält. Im Gegensatz hierzu stellt sich die Sachverständigenkommission auf den Standpunkt, daß Deutschland ständige Reparationsleistungen nur dann zahlen kann, wenn die deutsche Valuta stabil ist, da bei einer verfallenden Valuta die Staatseinnahmen automatisch so zusammenschrumpfen, daß Zahlungen unmöglich werden. Die Stabilität der deutschen Valuta soll daher trotz Reparationsleistungen gewahrt werden.

Reparationszahlungen in deutscher Valuta. Hieraus folgt konsequenterweise, daß Deutschland Reparationen — abgesehen von Sachlieferungen — nur in deutscher Valuta leisten soll. Die vorgeschriebenen Zahlungen sollen von Deutschland in deutschem Gelde auf Rechnung der Reparationskommission bei der neu zu gründenden Notenbank (Reparationsbank) erlegt werden. Mit der Hinterlegung der festgesetzten Summe hat Deutschland seinerseits seinen Verpflichtungen genügt: Es ist Sorge der Alliierten, wie sie die in deutschem Gelde vorhandenen Reparationsleistungen aus dem Lande herausbekommen. Zu diesem Zweck sieht das Gutachten eine aus fünf Personen bestehende Kommission und einen speziellen Agenten vor, der dafür sorgen soll, daß die von Deutschland erlegten Summen in entsprechender Form ins Ausland gelangen. Es handelt sich hierbei um die alte Frage: **In welcher Naturalform kann Deutschland die Reparationen leisten, beziehungsweise in welcher Naturalform können die Reparationsleistungen von der Entente angenommen werden ohne einen schweren Schaden für die Industrie Frankreichs, Englands und der übrigen kapitalistischen Welt.** Das Gutachten löst diese Frage natürlich nicht, da sie im Wesen unlösbar ist. Es bestimmt, daß die Zahlungen Deutschlands bis zu einer Höhe von zwei Milliarden Goldmark in Geldform akkumuliert werden können. Die Summen. die zwei Milliarden überschreiten, sollen in deutschen Wertpapieren angelegt werden, und zwar bis zu einer maximalen Höhe von fünf Milliarden Goldmark. Sollte es sich erweisen, daß keine Form gefunden werden kann zur Übernahme der Reparationszahlungen, so werden die Zahlungen Deutschlands reduziert werden bis zur Zeit, wo es den Alliierten möglich sein wird, die Übertragung ins Ausland zu bewerkstelligen.

Das Gutachten zerstört alle jene Pläne, die durch Aufnahme einer in die Milliarden gehenden internationalen Anleihe die Reparationsfrage mit einem Schlag lösen wollten. (Vorschlag der Cuno-Regierung für eine 20 Milliarden-Goldmarkanleihe.) Alle die Märchen von der amerikanischen Hilfe, die ganze Konzeption, daß durch eine großzügige Überlassung der in Amerika angehäuften und zum Teil unausgenutzten Reichtümer (Riesengeldvorrat der Federal Reserve Banken), mit der Lösung der Reparationsfrage zugleich auch eine wichtige Ursache der Krise erledigt werden könnte, sind in nichts zerflossen. Das Gutachten sieht eine einzige Anleihe von 800 Millionen Goldmark vor, die zu Zahlungen im ersten Jahr verwendet werden sollen.

Weltpolitisch bedeutet diese Lösung, wenn sie von den Alliierten nicht nur in Worten, sondern auch tatsächlich durchgeführt wird, **die Niederlage der französischen Machtpolitik, den Sieg Englands.** Die Linie der französischen Machtpolitik: endgültige Abtrennung des Rhein- und Ruhrgebiets von Deutschland, Separatismus in Bayern und Abtrennung Süddeutschlands von Norddeutschland; Zerlegung Deutschlands auf diese Weise in drei bis vier Teile, kann als gescheitert betrachtet werden. Das Gutachten stellt sich ausdrücklich auf den Standpunkt, daß Deutschland ein einheitliches wirtschaftliches Ganzes bilden muß, soll es Reparationen bezahlen können. Die Lösung verhindert zugleich die Vereinigung der kontinentalen Eisen- und Kohlenvorkommen in französischer Hand, was für die wirtschaftliche und machtpolitische Stellung Frankreichs gegenüber England von größter Wichtigkeit ist.

Deutschland wird eine internationale Kolonie. Das Scheitern der französischen Machtpläne bedeutet aber nicht, daß Deutschland nunmehr ein freier Staat sein wird. Im Gegenteil; das Gutachten sieht eine strenge und systematische Kontrolle Deutschlands durch die Alliierten vor. Tatsächlich würde sich bei Durchführung der vorgesehenen Maßregeln die deutsche Wirtschaft unter der Kontrolle der Entente befinden. Diese Kontrolle wird sich erstrecken: auf die Eisenbahnen, auf die Finanzen des Reiches, auf die ganze Geldpolitik im Wege der Kontrolle der neu zu schaffenden Zentralen Notenbank, in der alle bestehenden Notenbanken aufgehen sollen; auf die deutschen Steuern, deren Höhe von den Alliierten vorgeschrieben wird, usw.

Die Zahlungen und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

Das Gutachten sieht, wie bekannt, folgende Zahlungen vor:

1. Jahr	1000	Millionen	Goldmark
2. „	1220	„	„
3. „	1200	„	„
4. „	1750	„	„
5. „	2500	„	„
In den ersten fünf Jahren .	7670	Millionen	Goldmark

Von dieser Summe sollen 800 Millionen durch eine Anleihe aufgebracht werden, so daß für die ersten fünf Jahre Zahlungen von weniger als sieben Milliarden Goldmark vorgesehen sind. Die Zahlungen sollen vom fünften Jahr ab jährlich 2500 Millionen und eventuell noch mehr betragen. Es ist nämlich ein **Wohlstandsindex** vorgesehen, der sich aus verschiedenen, ziemlich disparaten Elementen zusammensetzt (Eisenbahnverkehr, Bevölkerung, auswärtiger Handel, Tabakverbrauch, Ausgaben des Budgets und Kohlenverbrauch). Ergeben diese Faktoren, nach einem gewissen System berechnet (das Mittel der perzentuellen Veränderung dieser sechs Faktoren), in späteren Jahren eine Erhöhung über das Niveau 1926/1929, so wird die Verpflichtung Deutschlands entsprechend erhöht.

Das Gutachten bestimmt, **aus welchen Quellen die Reparationen gedeckt werden sollen,** beziehungsweise **beschlagnahmt** gewisse Einkommensarten für die Reparationszahlungen. Wir wollen hier nicht in die Details eingehen, da wir sie als bekannt voraussetzen dürfen. Die im Gutachten ausgesprochenen Prinzipien bei der Bestimmung der Einnahmen waren folgende:

1. Die Eisenbahnen haben sich durch die Geldentwertung aller ihrer Schulden entledigt. Sie stellen ein Kapital von 26 Milliarden Goldmark dar. Sie hatten vor dem Kriege ein Reineinkommen von über 600 Millionen Goldmark, also auf den gegenwärtigen Geldwert umgerechnet, rund 1000 Millionen, wobei betont wird, daß die deutschen Eisenbahnen in der Vorkriegszeit nicht als gewinnbringendes Unternehmen behandelt wurden, sondern in erster Linie als Werkzeug der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Unter diesen Umständen ist es leicht möglich, aus den Eisenbahnen in der Form von Obligationszinsen und deren Amortisation jährlich 660 Millionen Goldmark und außerdem 290 Millionen jährlich an Eisenbahnverkehrssteuern herauszuziehen.

2. Die deutsche Industrie hat sich durch die Geldentwertung ebenfalls ihrer Verschuldung entledigt. Daher kann dieselbe eine Reparationsschuld von insgesamt fünf Milliarden Goldmark auf sich nehmen, die mit 5% Zinsen und 1% Amortisation jährlich 300 Millionen Goldmark ergeben soll.

3. Im Versailler Friedensvertrag ist festgesetzt, daß die Besteuerung in Deutschland nicht niedriger sein soll, als jene in den Ententeländern. Auf dieser Grundlage wird errechnet, daß Deutschland bis zum Jahre 1928/1929 ansteigend 1250 Millionen Goldmark von seinem ordentlichen Budget als Reparationszahlungen leisten kann. Um diese Leistungen sicherzustellen, werden die Einnahmen aus der Besteuerung von Tabak-, Bier-, Alkohol- und Zuckerkonsum, wie auch die Zolleinnahmen auf Reparationskonto bei der neuen Notenbank (Reparationsbank) eingezahlt. Ergeben diese Steuern und die Zölle einen höheren als den vorgesehenen Betrag, so wird der Überschuß für die Bedürfnisse des Deutschen Reiches freigegeben. Es tauchen hier vor allem zwei Fragen auf:

1. Können aus dem Ertrage der deutschen Wirtschaft, aus dem jährlichen Wertprodukt des verkleinerten Deutschlands die hier vorgesehenen Summen entnommen werden?

Was die ersten fünf Jahre anbelangt, so kann man diese Frage bejahen. Durch die Ersparnisse, die das Verschwinden der Staatsschulden und die Verminderung der militärischen Ausgaben ausmachen, können diese Beträge unseres Erachtens gedeckt werden; vorausgesetzt, daß die politische Herrschaft der Bourgeoisie eine feste ist und daß der Produktionsprozeß nicht durch schwere soziale Kämpfe gestört wird: eine Voraussetzung, die kaum zutreffen wird. Was aber die vollen Zahlungen nach fünf Jahren anbelangt, so müssen wir bezweifeln, ob die deutsche Wirtschaft die Entnahme derartig großer Summen vertragen kann. Indessen läßt sich in dem heutigen äußerst labilen Gleichgewichtszustand des Kapitalismus darüber, wie es in fünf Jahren sein wird, wenig Bestimmtes sagen.

2. Kann man eine Naturalform finden, um die vorgesehenen Zahlungen aus Deutschland herauszuführen?

Für die erften fünf Jahre kann man diese Frage bejahen, denn, wenn wir die von Frankreich nicht nur gern angenommenen, sondern für seine Wirtschaft unentbehrlichen Kohlen- und Kokslieferungen abrechnen, so bleibt nur ein verhältnismäßig kleiner Betrag jährlich in Devisen oder in Warenform auszuführen: ein Betrag, der, wenn nicht eine schwere akute Wirtschaftskrise eintritt, auf dem Weltmarkt in Form von deutschen Waren unterbringbar erscheint. Anders steht es, wenn nach fünf Jahren die Zahlungen in voller Höhe zu leisten sind. Jährliche Zahlungen von 2·5 Milliarden Goldmark können nur geleistet werden, wenn die Warenausfuhr Deutschlands mit vielen Milliarden jene der Vorkriegszeit überschreitet. Wir sagen: mit vielen Milliarden, da Deutschland nicht lauter Waren exportieren kann, deren sämtliche Roh- und Hilfsstoffe in Deutschland selbst vorhanden sind, sondern naturgemäß auch Roh- und Hilfsstoffe aus dem Ausland importieren muß. Ein derartig großer deutscher Warenexport würde aber bei der gegenwärtigen geringen Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes und des, unserer Meinung nach, nicht rasch vorübergehenden Zustandes, daß ganz Westeuropa seine volle industrielle Produktionskapazität aus Mangel an Absatz nicht ausnutzen kann, zu einer schweren Beeinträchtigung der französischen und englischen Industrie führen. Wir sind daher der Meinung, daß die vollen Zahlungen weder von Deutschland geleistet noch von der Entente angenommen werden können.

Der Sinn des Gutachtens.

Das Gutachten wurde von den Sachverständigen einstimmig angenommen. Da wir sicher voraussetzen können, daß die Sachverständigen im Einvernehmen mit ihren Regierungen gehandelt haben, so bedeutet dies, daß die Entente-Regierungen, das heißt die Entente-Bourgeoisie die vorgeschlagene Lösung der Reparationsfrage für richtig hält.

Was ist nun der wirtschaftliche Sinn dieses Gutachtens? Unseres Erachtens im Wesen folgender:

Die Entente-Bourgeoisie sieht ein, daß es unmöglich ist, von Deutschland Reparationszahlungen in einer solchen Höhe zu erlangen, wie es in den verschiedenen Ultimaten vorausgesehen wurde. Die Entente-Bourgeoisie ist vor die Wahl gestellt: entweder Reparationen zu erhalten, aber um den Preis einer scharfen Konkurrenz Deutschlands auf dem Weltmarkt, und als Folgeerscheinung Entwertung der Mark, soziale Unruhen, Rechtsdiktatur oder proletarische Diktatur in Deutschland. Oder aber auf Reparationen in der vorgesehenen Höhe zu verzichten, hingegen einen **entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Wirtschaft zu gewinnen und dieselbe so auszunutzen, daß Deutschland als industrieller Rivale niedergehalten wird**, also: weniger Reparationen, aber keine Wiederaufrichtung Deutschlands als weltwirtschaftlich gefährlicher Konkurrent. **Das Gutachten bedeutet, daß die Entente-Bourgeoisie letztere Lösung angenommen hat.** Wenn wir dies voraussetzen, so werden uns die zum Teil wunderlichen Bestimmungen des Gutachtens ziemlich klar.

Die Hypothek auf die Eisenbahnen und die Kontrolle der deutschen Eisenbahnen bedeutet: Die Tarifpolitik der deutschen Eisenbahnen wird durch die Entente bestimmt und in eine Richtung gelenkt, daß die deutsche Industrie ihren Export nicht, wie es in Friedenszeiten der Fall war, durch Ausnahmeexporttarife forcieren kann.

Die 5 Milliarden-Hypothek der deutschen Industrie bedeutet, daß die Produktionskosten der deutschen Industrie in entsprechendem Maße erhöht werden.

Die Kontrolle der Notenbank bedeutet, daß die Diskontpolitik des Zentralnoteninstituts von der Entente-Bourgeoisie festgesetzt und die Höhe der Kredite an die Industrie wie auch der Zinsfuß nach dem Bedürfnis der englischen und französischen Bourgeoisie bestimmt wird, und die Entwicklung der deutschen Industrie durch Krediteinschränkungen und hohe Zinsen gehemmt werden kann.

Die Anlage von 5 Milliarden Goldmark in deutschen Wertpapieren (diese Summe kann eventuell auch erhöht werden) bedeutet, daß die Entente-Bourgeoisie, die ohnehin schon beträchtliche Mengen von Aktien deutscher industrieller Unternehmungen besitzt, unmittelbar die wichtigsten Zweige der deutschen Industrie in die Hand bekommt.

All dies zusammen bedeutet, daß Deutschland ökonomisch unter die Kontrolle der Entente-Bourgeoisie kommt, und daß diese Kontrolle in dem Sinn ausgeübt werden wird, um vor allem die industrielle Konkurrenzfähigkeit Deutschlands zu unterdrücken, die Entwicklung der deutschen Wirtschaft zu hemmen.

Wir haben schon in früheren Berichten öfters darauf hingewiesen, daß die Wortführer der englischen und französischen Bourgeoisie immer betonten: England habe eine Schuld von rund 150 Milliarden Goldmark zu verzinsen, während Deutschland durch die Entwertung der Valuta ohne Schulden dasteht. Dies bedeutet, daß der englische Fabrikant viel höhere Steuern zu zahlen habe als der deutsche und daß die Löhne in England höher seien als in Deutschland. Infolgedessen müsse in der Reparationsfrage eine Politik eingeschlagen werden, die die Konkurrenzfähigkeit Englands und auch Frankreichs auf dem Weltmarkt sicherstellt. Da dies mit einer Reparationszahlung nach dem alten System: Bezahlung von Valuten ohne Rücksicht auf das weitere Schicksal der deutschen Valuta unvereinbar ist, da es Deutschland zu einem forcierten Warenexport zwingen würde, so ist der ökonomische Sinn des Gutachtens: Geringere Reparationszahlungen, aber die Beherrschung der deutschen Volkswirtschaft zur Verhinderung einer neuerlichen für die Entente-Bourgeoisie gefährlichen Entwicklung als Konkurrent auf dem Weltmarkt.

Arbeiterbewegung

Internationale Solidarität und internationale Forderungen der Seeleute.

Von Georg Hardy (London).

** Die dringendste Notwendigkeit für den Augenblick wäre ein Weltkongreß der Seeleute. Vertreter aller Gewerkschaften, die die Leute auf den Schiffen organisiert haben, sollten zusammenkommen. Der Kapitalismus ist in ein solches Stadium getreten, daß er eine Reihe von Konfliktstoffen gibt, die das Los der Seeleute drückend machen. Jedesmal, wenn die Arbeitsbedingungen und Löhne der Seeleute eines Landes sich verschlechtern, benützen die Schiffseigentümer aller anderen Länder, wo die Lebenshaltung noch etwas höher ist, sofort diese Verschlechterung zu einem Vorwand für einen neuen Angriff.

Eine internationale Lohnregelung ist notwendig. Die heute geltenden Höchstlöhne sollten als Minimallohn festgesetzt werden. Dieser Minimallohn sollte mit der fluktuierenden Währung sich nicht ändern dürfen. Er müßte auf eine Goldbasis gebracht werden.

Die deutschen Seemänner sind nicht die einzigen, die nahezu orientalische Löhne erhalten. Die belgischen Seemannslöhne stehen so hoch wie die britischen. Aber in Frankreich werden die Seeleute meistens in Franken ausbezahlt und der Wert der Franken in Pfunden auf Vereinbarung festgesetzt. So zum Beispiel hatten die Seeleute, als der belgische Franken auf 120 fiel, einen Lohn von nur drei Pfund. Das gleiche gilt von den französischen und italienischen Seeleuten.

Kürzere Arbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen.

Die Arbeitszeit an Bord des Schiffes muß einheitlich festgesetzt werden. Heute variieren sie auf den russischen Transportdampfern von 42 bis zu 84 Stunden auf den britischen Schiffen. Westafrikanische Neger und indische Matrosen arbeiten so viele Stunden, wie sie nur aushalten können. Notwendig ist die sofortige Einführung eines Drei-Tourensystems an Bord. Durch die Einführung der Ölfeuerung werden immer weniger Leute verwendet. Die Trimmer und Schaufler werden überflüssig. Das Lloyd-Register der Schiffsindustrie zeigt, daß die Zahl der Heizer auch proportionell abnimmt. 1831 Schiffe waren am 30. Juni 1923 mit Ölmaschinen versehen, 232 Schiffe, jedes bis zu 1000 Tonnen, besaßen Dieselmotoren. Einige von den großen Schiffsunternehmungen, wie die Castle Union und die Royal Mail Lindes, konstruieren neue Linienschiffe von rund 20.000 Tonnen,

die mit inwendigen Entzündermaschinen ausgestattet sein werden; das bedeutet das Ende der Heizer, wenn wir nicht die Arbeitszeit verkürzen und nicht auch die Vorteile der verbesserten Methoden der Schiffsbeförderung für uns in Anspruch nehmen.

Die Einführung einer Norm in den Arbeitsbedingungen an Bord sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Wir leben jetzt unter unerträglichen Verhältnissen. Aller Raum, der durch die Entfernung der Kessel und Kohlenvorräte auf den mit Öl geheizten Schiffen gewonnen wird, wird zum Anwachsen der Profite für die Schiffsunternehmer verwendet, während wir in den unbewohnbaren Schiffshöhlen verbleiben sollen. Wenn die Schiffsleute international organisiert sein werden und die Bemannung, Arbeitszeit und Löhne durchsetzen werden, dann werden wir auch den Ruf der Schiffseigentümer nach „internationaler Konkurrenz" beseitigen.

Die Profite sollen lieber für die Seeleute verwendet werden. Dies erfordert eine vollständige Umwandlung der bestehenden Vorschriften. Jedem einzelnen Seemann müßte mehr Kubikmeter Raum gegeben werden, aber auch der Schiffsraum für Extraarbeiter müßte erhöht werden. Es sollte da keine Ausreden geben. Überall vermehrten die Schiffseigentümer im Jahre 1923 die Profite. Soll die eine Gesellschaft ihre £ 1,013.241 zugunsten der Seeleute verwenden! Sollen die Dampfschiffkompagnien, die zusammen 122,584.380 Pfund profitierten, etwas von diesem Gelde verwenden, um menschliche Arbeitsbedingungen für die Seeleute zu schaffen! Wir bedürfen auch eine internationale Regelung der Sicherungsmaschinen und müssen durchsetzen, daß das Deck der Schiffe nicht so überhäuft wird, daß es aussieht, als wären wir auf einem Bauplatz.

Wir sind auch ständig Opfer der unseligen maritimen Gesetze. Wir sind wie Galeerensklaven an das Schiff gebunden. Wir können es nicht ohne Gefahr, eingesperrt zu werden, verlassen. Sogar dann, wenn die Arbeitsverweigerung eine Solidarität zu unserer Klasse, die im Streik steht, bedeutet, sind wir gezwungen, weiter zu arbeiten, oder wir laufen Gefahr, bestraft zu werden. Diese Gesetze müssen fallen. Es wird auch nicht weiter angehen, daß man uns die Auszahlung verweigert, wenn wir das Schiff anderswo als im Heimathafen verlassen wollen, sobald wir nur international organisiert sind. Freie Heimfahrt mit voller Bezahlung für alle Kranken muß ein Merkmal unseres internationalen Fortschrittes sein.

Das Leben der Seeleute — international.

Um die Gleichheit der Lebensbedingungen zu zeigen, die einen internationalen Kampf so notwendig machen, will ich einige Worte aus der Aussprache des A. Rivelli auf der Tagung der französischen Seemannsunion anführen. Er verteidigt die internationale Organisation und Aktion, weil überall die gleichen Lebensbedingungen herrschen. Nachdem er auf die Gefahren der See, auf Übel, Feuersbrünste, Explosionen, Scheitern und Leckwerden des Schiffes usw., denen alle Seeleute ins Auge schauen, hingewiesen hat, führt er aus:

„Und inmitten dieser lauernden Gefahren leben die Seeleute, vom Kapitän bis zum Kabinenjungen, alle das gleiche Leben, sie haben überall die gleichen Absichten und die gleichen Pflichten. Sie alle steuern bei, daß der Gang des Schiffes von statten geht. Sie alle haben teil an dem Kampfe gegen die Elemente und der Rettung von Leben und Eigentum. Sie alle folgen denselben internationalen Gesetzen, die die Intelligenz, die Initiative und den Mut des einzelnen zum Richter in jeder Situation machen. Ein Steuermann auf einem englischen Schiffe steuert ebenso wie der Japaner in seinem Steuerhäuschen. Ein südamerikanischer Heizer versorgt seinen Ofen ebenso wie ein griechischer. Ein dänischer Steward bedient ebensogut wie ein Franzose. Die Matrosen, die auf den Handelsschiffen Wachdienst versehen, teilen alle in der gleichen Weise ihre Wahrnehmungen mit. Alle Kapitäne finden nach denselben Methoden die Richtung und geben auf gleiche Weise ihre Aufträge."

Die Schiffseigentümer waren schon lange imstande, zusammenzukommen, um eine internationale Regelung des Seeverkehrs zu fordern. Natürlich nur zum Zwecke der Sicherheit ihrer Schiffe und der Mannschaften. Die Seeleute müssen sich genau so zusammenschließen, um sich zu schützen, wie die Schiffsbesitzer es ihres Eigentums wegen tun.

Verlangt, Seeleute, daß Euer Verband die Teilnahme an einem Weltkongreß diskutiert! Bereitet Euch zur Entsendung eines Delegierten vor! Laßt uns eine gemeinsame Internationale aller Transportarbeiter schaffen!

———

Der Kampf der Budapester Buchdrucker.

Von Albert Király.

** Der Kampf der Budapester Buchdrucker ist die Fortsetzung der aus partiellen Bewegungen entstandenen Streikwelle der letzten zwei Jahre. Sein Ausbruch, sein bisheriger Verlauf und seine politischen Auswirkungen sind besonders charakteristisch für das Kräfteverhältnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie im heutigen Ungarn.

Die Zeitungssetzer verdienten vor dem Kriege 66 Goldkronen, heute nur 18 bis 20 Goldkronen. Diese Zahlen charakterisieren den Grad der Verelendung auch der Arbeiteraristokratie. Die allgemeine Verelendung des Proletariats ist noch größer. Die Kollektivvertragslöhne der Werksetzer und anderer qualifizierten Arbeiterschichten stehen auf 12 bis 17 Goldkronen. **Die Aufhebung des Mieterschutzgesetzes hat die Verelendung noch gesteigert.**

Der Kampf ist spontan entstanden. Die Belegschaft der größten Zeitungsdruckerei, der **„Athenaeum-Druckerei"**, stellte — ohne den seit 20 Jahren bestehenden Kollektivvertrag zu respektieren — ultimative Lohnforderungen und stellte die Arbeit ein. Die Direktion verständigt die Unternehmerorganisation und — sie weiß, an wen sie sich zu wenden hat — ruft auch die Buchdruckergewerkschaft zur Hilfe. Diese ist auch sofort gehorsam erschienen, anstatt aber die Arbeiter zu unterstützen, stellte sie sich auf eine formelle Grundlage, und verurteilte, solidarisch mit der Unternehmerorganisation, den „Bruch des Kollektivvertrages". Sie erklärt die Bewegung für einen wilden Streik und will die Vertrauensleute durch Drohungen einschüchtern. Die Arbeiter bestehen aber auf ihren Forderungen. Die Schlichtung reformistischer Art ist mißlungen. Nun folgt hierauf die Aussperrung der Zeitungssetzer des Betriebes. Die menschewistischen Gewerkschaftsführer stellen sich auf die „moralische" Basis der „Heiligkeit des Kollektivvertrages", verleugnen die Bewegung und unterlassen es, die Solidarität der Werkarbeiter der Druckereien und der übrigen Arbeiterschaft anzurufen.

Um so schneller ist die Einheitsfront der liberalen, faschistischen, christlichsozialen und großbürgerlichen Zeitungsverleger zustande gekommen. **Sämtliche Zeitungssetzer wurden ausgesperrt.** Auch das Zentralorgan der SPU., die „Népszava" (Volksstimme), ist am ersten Tage der Aussperrung nicht erschienen. Sie hat zwar ihre Arbeiter nicht ausgesperrt, aber ihre moralische Solidarität mit den bürgerlichen Zeitungen rief selbstverständlich dennoch eine ungeheure Entrüstung der Gesamtarbeiterschaft hervor, so daß sie gezwungen war, aus der moralischen Koalition der bürgerlichen Zeitungsunternehmer auszutreten.

Als die „Népszava" wieder erschien, brachte sie eine Schilderung über die Lohnverhältnisse der Buchdrucker während der letzten zehn Jahre. Sie stellt fest, daß der Minimallohn der Buchdrucker vor dem März 1919 300 Kronen betragen hat, **und während der Räterepublik auf 408 Kronen (75 bis 80 Goldkronen) stieg.** Nach dem Sturz der Räterepublik ist der Minimallohn auf 265 Kronen abgebaut worden und der Abbau der Reallöhne ist auch derzeit noch im Gange, trotz des infolge der Kronenentwertung eingetretenen großen Steigens der Nominallöhne.

Die Sabotage der Spitzenorganisationen half nichts. Die hungernden Ausgesperrten bestehen auf ihren Forderungen. Die technische Nothilfe versagt. Die Druckereibesitzer setzen selbst das Regierungsorgan „Ungarische Presse", als Ersatz für sämtliche bürgerliche Zeitungen.

Die Kampfentschlossenheit der Arbeiter rief eine politische Verwirrung hervor. Die Ergebnislosigkeit der Verhandlungen bewog die Faschisten und die Christlichsozialen, die wegen ihrer Verdrängung aus den Regierungsstellen in Opposition stehen, dazu, aus der Koalition der bürgerlichen Zeitungsunternehmer auszutreten und die Lohnforderungen der Arbeiter zu erfüllen.

Die ins Wanken geratene bürgerliche Einheitsfront zwang die Regierung, ein amtliches Schlichtungsverfahren einzuleiten. Die Zeitungsverleger und Gewerkschaftsführer haben der Vertrauensmännerkonferenz folgende Vereinbarung vorgelegt: 1. Herstellung der moralischen Kraft der Kollektivverträge; 2. allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit, und 3. Einleitung neuer Lohnverhandlungen.

Diese Vereinbarung hat bei den ausgesperrten Arbeitern einen Entrüstungssturm hervorgerufen. Aber infolge der üblichen Drohungen der Gewerkschaftsführer wurde die Vereinbarung mit einer geringen Stimmenmehrheit angenommen.

Der Sieg der sozialdemokratischen Führer hat aber nur zwei Tage gedauert. Der Beginn der Maßregelungen und die ange-

botene lächerliche Lohnerhöhung von 10% wirkte so provozierend, daß die Buchdrucker — 5000 an der Zahl — in den Streik getreten sind. Wieder erschienen nur das sozialdemokratische Zeitungsorgan und die Zeitungen der faschistischen und christlichsozialen Opposition, die sämtliche Lohnforderungen der Arbeiter angenommen haben. Hierauf hat die Regierung nach einigen Tagen auch das Erscheinen dieser Zeitungen verboten. Der Streik dauert ungeschwächt weiter. Als die Gewerkschaftsführer sahen, daß sie den Streik nicht abwürgen können, nahmen sie, um gegenüber der Regierung die Verantwortung auf die Streikenden abwälzen zu können, eine Urabstimmung vor. Von den 5000 Streikenden stimmten nur etwa 250 Arbeiter für die Wiederaufnahme der Arbeit, also im ganzen 5%.

Der Kampf der Buchdrucker ist ein Schritt vorwärts in der ungarischen Gewerkschaftsbewegung. Schon während der großen Streikwelle in den Jahren 1922/23 ist sich die Arbeiterschaft darüber klar geworden, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsmethoden verderblich sind. Die Teilstreiks wurden nicht zusammengefaßt, sie verbluteten und endeten mit Niederlagen. Die letzten spontanen Bewegungen der Metallarbeiter und der Bergarbeiter sind mittels der noch immer starken organisatorischen Macht der Gewerkschaftsbürokratie abgewürgt worden. Die Arbeiter wollten aber den Verrat der menschewistischen Führer nicht mitmachen und forderten die Einberufung einer Landeskonferenz der Gewerkschaften, über die wir bereits in einer früheren Nummer der „Inprekorr." berichteten. Auf dieser Konferenz forderten einige Gewerkschafter den Generalstreik.

Aus den Niederlagen haben die Arbeiter viel gelernt. Der Buchdruckerstreik zeigt, daß die Arbeiter nicht mehr der Amsterdamer Führung folgen wollen. Der Betrieb ist zum Ausgangspunkt der Bewegung geworden. Diese neue Epoche wird auch in der ungarischen Arbeiterbewegung zum Ausbau der revolutionären Organisationen des Klassenkampfes führen.

Aus der Internationale

Der Frankfurter Parteitag der KPD.

In der zweiten Aprilwoche fand der Parteitag der KPD. illegal in **Frankfurt am Main** statt. Nach einer gründlichen Aussprache wurde einstimmig eine Resolution über „Die nächsten Aufgaben der KPD." angenommen und eine Leitung gewählt, die fast ausschließlich aus Vertretern der Linken besteht. Die **„Rote Fahne"**, die diese Resolution veröffentlichte, wurde auf 14 Tage verboten. Wir wollen im nachstehenden einiges aus dieser für das gesamte internationale Proletariat so wichtigen Tagung nachtragen. Außerdem werden wir noch auf den Parteitag zurückkommen.

Die Red.

** Vor Eingang in die Tagesordnung erklärte der provisorische Vorsitzende des Parteitages:

„Wir müssen heute auch des ungeheuren Verlustes gedenken, den das gesamte Proletariat vor einigen Wochen durch den Tod des Führers des Kommunismus, Lenin, erlitten hat. (Die Delegierten erheben sich von den Plätzen.) **Wir empfinden den Verlust noch schmerzlicher als unsere russischen Brüder, gerade weil wir neue Wege, neue Linien suchen. Aber wenn Lenin tot ist, so lebt der Leninismus weiter, überall im Weltproletariat, überall, wo Ausgebeutete und Unterdrückte leben.**

Wir gedenken gleichzeitig weiter der namenlosen Kämpfer von Hamburg. Jener Kämpfer, die in den Oktobertagen allein das leuchtende Fanal der revolutionären Bestrebungen der Arbeiterschaft gaben. Sie sind in den Kampf und in den Tod gegangen in dem Glauben, jetzt den Endkampf mit den deutschen Kapitalisten auszutragen. Unsere Aufgabe wird es sein, diese Hoffnung möglichst bald zu verwirklichen.

Wir gedenken weiter der Tausenden, die in Deutschland hinter Gefängnismauern schmachten, die nicht mitbestimmen konnten bei den Auseinandersetzungen vor unserem Parteitag, die sonst bestimmt unter uns wären. Wir gedenken insbesondere der Genossen Urbahns, Stetter, Schneck und Pfeiffer, die nur von der Klassenjustiz gehindert werden, an unseren Tagungen teilzunehmen."

Nach Festsetzung der Tagesordnung erhält zur Begrüßungsansprache das Wort

der Vertreter des EK., Genosse Iwanow.

Im Namen des EK., der Komintern und des ZK. der RKP. grüßt Genosse Iwanow den Parteitag, dem er fruchtbare Arbeit wünscht. Die Wege der Revolution in Deutschland und Rußland sind nicht die gleichen. In Rußland war eine der treibenden Krätte der Revolution der Widerspruch, der bestand zwischen der Konzentrierung des Landes in den Händen weniger Großgrundbesitzer, während gleichzeitig Millionen landarmer Bauern vorhanden waren. Die RKP. trat den Millionenmassen der Bauern, die als Soldaten in den Schützengräben standen, als die Friedensbringerin entgegen. Sie erhielt die Unterstützung dieser Millionenmassen von Bauern. In Deutschland hingegen konnte die Partei Scheidemanns, die den Krieg geführt hatte, sich vor dem deutschen Proletariat als den Friedensbringer aufspielen. Das deutsche Proletariat ist einen langen, leidvollen Golgathaweg gegangen. Das EK. und das ZK. der KPD. versteht die außerordentlich großen Schwierigkeiten, die sich für die KPD. aus diesem Weg der Revolution ergeben. Die Schwierigkeiten sind durch die großen Fehler der Mehrheit der Zentrale, die mit zu der großen Niederlage des Oktobers geführt haben, vermehrt worden. Das EK. versteht auch die psychologische Reaktion der breiten Mitgliedermassen auf diese Niederlage.

In den Thesen, die die linke Mehrheit des Parteitages vorgelegt hat, über deren Grundsätze mit den Vertretern des EK. Rücksprache genommen wurde, wird festgestellt, daß die

deutsche Revolution weiterlebt,

daß schon in kurzer Zeit eine neue revolutionäre Welle möglich ist. Aber gleichzeitig ist auch die Möglichkeit einer langsamen Entwicklung gegeben.

In beiden Fällen wird die neue Führung der deutschen Partei vor den größten Schwierigkeiten stehen, Schwierigkeiten, die auch für jede andere Gruppe, wenn sie die Führung übernimmt, bestehen würden. Insbesondere in der Gewerkschaftsfrage steht die Partei vor den schwersten Entscheidungen. Breite Arbeiterschichten haben die alten Verbände verlassen und verlangen stürmisch die Schaffung neuer Industrieorganisationen. Neue revolutionäre Industrieorganisationen legen aber der Partei die schwersten Verpflichtungen, die ihr von den Arbeitern in kurzer Zeit präsentiert werden, auf. Das EK. hat daher diese Frage nicht nur mit der größten Aufmerksamkeit, sondern auch mit der größten Unruhe verfolgt, weil sie sowohl im nationalen wie im internationalen Maßstab von Bedeutung ist.

Das EK. erklärt hiermit, daß die neue Parteileitung die volle uneingeschränkte Unterstützung des EK. erhalten wird. Das EK. fordert die Minderheit des Parteitages auf, brüderlich die neue Leitung zu unterstützen. Das EK. wird nicht dulden, daß die Autorität der neuen Parteileitung untergraben wird.

Zum erstenmal übernimmt in der Komintern die Linke die Führung einer großen Partei. Die Gefahr besteht, daß rechte Gruppen schon morgen, wenn die neue Parteileitung irgendwelche Fehler macht, gegen die neue Leitung kämpfen werden. Darum muß auf diesem Parteitage Schluß mit den Gruppierungen gemacht und eine einheitliche Kommunistische Partei geschaffen werden.

Das EK. fordert die Mehrheit des Parteitages auf, im engsten Einvernehmen mit der Komintern zu arbeiten und die richtigen Beschlüsse zu fassen.

Im Namen der russischen Partei erklärt Genosse Iwanow, daß in der russischen Partei jedermann glücklich ist, wenn ein enges Bündnis zwischen der russischen und der deutschen Partei geschlossen wird. Die russische Partei ist zu diesem Bündnis geeignet, nicht nur, weil sie im Oktober 1917 die Macht übernommen hat, sondern auch, weil sie nach Abschluß der Parteidiskussion fester und geschlossener dasteht, als je zuvor. Mit 200 gegen 3 Stimmen hat sich die Parteikonferenz im Januar für die Linie des ZK. entschieden.

Es lebe der IX. Parteitag des KPD.!
Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!
Es lebe die Kommunistische Internationale!
(Lebhafter Beifall.)

Referate und Korreferate über die Moskauer Tagung und die Taktik der Partei.

Der Vertreter der Linken.

In den Vorbereitungen zu diesem Parteitag zeigte sich die taktische Umstellung der übergroßen Mehrheit der Parteimitgliedschaft. Die übergroße Mehrheit der Mitgliedschaft wandte sich ab von der Theorie des Leipziger Parteitages und liquidierte die theoretischen und praktischen Auffassungen, die die Politik der Partei bis zum Oktober und während des Oktobers bestimmt

haben. Es ist dies nicht die erste Krise, die unsere Partei durchlebt. Der Spaltung von Heidelberg folgte die Vereinigung mit der linken USPD., und der Vereinigung mit der linken USPD. folgte die erste Liquidatorenkrise, folgte die Auseinandersetzung mit Paul Levi, folgte die zweite Liquidatorenkrise und die Auseinandersetzung mit Friesland und der KAG. Man darf deshalb die Wandlung in der Parteimitgliedschaft **nicht überschätzen,** sie ist eine Wendung, die nach schweren Niederlagen des Proletariats eingetreten ist. Man darf ebensowenig glauben, daß der innere Entwicklungsprozeß der Partei damit **abgeschlossen** ist. Was bedeutet

die Umstellung der Partei

auf die Linke? Sie bedeutet den Willen der übergroßen Masse unserer Parteimitglieder zur Umformung und Entwicklung unserer Partei zu einer wirklich revolutionären und kommunistischen Partei. Sie bedeutet den Willen nach einer wirklich revolutionären Taktik. Die große Mehrheit der Partei hat die Sachsen-Politik und alles das, was uns als Einheitsfronttaktik aufgetischt wurde, nur mitgemacht in der Hoffnung, dadurch schneller und rascher zu entscheidenden Kämpfen mit der Bourgeoisie zu kommen. Welche Grundfehler hat die alte Parteileitung und die alte Parteimehrheit gemacht? Der erste Grundfehler bestand in der Umwandlung der Taktik der Einheitsfront zu einer Taktik des Bündnisses mit der Sozialdemokratie. Der zweite Grundfehler, der nach dem III. Weltkongreß auf dem Jenaer Parteitag gemacht wurde, war die zu starre Einstellung der Partei auf lange Sicht, wodurch die Partei unfähig war, bei dem Ausbruch des Ruhrkonfliktes sich genügend schnell auf eine rasche revolutionäre Entwicklung umzustellen.

Die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland vor den Oktoberereignissen und die Lage der Arbeiterklasse jetzt ist sehr verschieden. Vor dem Oktober befanden wir uns in einer aufsteigenden revolutionären Bewegung innerhalb der Bourgeoisie. Gegenwärtig stehen wir vor dem Abschluß des Ruhrkonfliktes. Die Scheinstabilisierung der deutschen Mark beruhigt Teile des Mittelstandes und sogar der Arbeiterklasse. Aber

eine grundlegende Änderung der objektiven revolutionären Fakten ist nicht eingetreten.

Weder ist die Reparationskrise einer Lösung näher gekommen, noch die besondere deutsche Wirtschaftskrise überwunden. Die Stabilisierung der deutschen Mark steht auf tönernen Füßen, sie kann jeden Tag zusammenbrechen. Die Arbeitslosigkeit ist nicht gehemmt, die deutsche Wirtschaft nicht konsilidiert, nicht beruhigt, die politischen Konflikte nicht aus der Welt geschafft, ungelöst ist die Frage Bayern. Die separatistischen Bestrebungen sind nicht liquidiert, innerhalb der bürgerlichen Parteien geht der Zersetzungsprozeß durch das Wettrennen mit den deutschvölkischen Agitationsmethoden weiter (Spaltung der Deutschen Volkspartei). **Die Völkischen selbst sind innerlich gespalten und zerrissen.** Der Hitler-Prozeß hat ihnen zwar eine Reihe agitatorisch günstiger Momente gegeben, aber ihre innere Krise verstärkt und erhöht. In der VSPD. und den reformistischen Gewerkschaften geht die Krise ebenfalls weiter. Der Unterschied der Lage vor dem Oktober und der Lage nach dem Oktober ist nur der, daß vor dem Oktober das Tempo immer schneller wurde, während sich jetzt der Lauf der Entwicklung etwas verlangsamt hat. Die verschärfte Kapitalsoffensive ist von der Arbeiterschaft mit großer und verhängnisvoller Passivität aufgenommen worden. Die Aufhebung des Belagerungszustandes durch die Bourgeoisie ist ein **Zeichen der Schwäche der Arbeiterklasse.** Aber nach Monaten der Passivität sehen wir jetzt wieder bereits den

Beginn des Wiedererwachens der Energie des Proletariats.

Wir sehen die Kämpfe auf den Werften in Hamburg, in der chemischen Industrie in Ludwigshafen, die Unruhe der Eisenbahner. **Kurz, das Proletariat beginnt, um seine verlorenen Positionen, um den Achtstundentag, um ausreichende Löhne zu kämpfen.** Vor dem Oktober war die Arbeiterklasse Deutschlands weiter, da führte sie schon große gewaltige Kämpfe mit politischem Gesicht und politischem Ziel. Aber trotz dieses Rückschlages hat sie den schwierigsten Punkt bereits wieder überwunden.

Trotz der schweren Niederlage der Arbeiterklasse, trotz der schwierigen inneren Lage der Partei, trotz aller Verfolgungen und Unterdrückungen durch die mit den Sozialdemokraten verbundene Bourgeoisie ist die kommunistische Bewegung nicht zurückgeworfen worden. Das zeigen die Wahlen zu den Betriebsräten, das zeigen auch die Parlamentswahlen, das zeigt die Zunahme unserer Partei, unserer Zeitungen, unserer Organisationen. **Unsere Partei hat eine feste und unzerstörbare Verbindung mit den Massen.**

Im Oktober konnte man kämpfen. Die Parteileitung der KPD. hat den Kampf nicht aufgenommen, weil sie von Graupe und Zeigner im Stich gelassen worden ist, und erklärt jetzt, daß die objektiven Verhältnisse die Kampfmöglichkeiten nicht gegeben haben. Niemals ist mir

die Stellung der Mittelgruppe zu den Oktoberereignissen

klar geworden. Während in ihren ersten Thesen ausgedrückt ist, daß man nicht hätte kämpfen können, sagen sie jetzt, daß es möglich gewesen wäre, zu kämpfen. Die Linke wandte sich in ihrer Kritik nicht gegen die Methoden der Gewinnung der Massen. Wandte sich niemals gegen den Grundsatz, daß die Kommunisten in vorderster Reihe an den Tageskämpfen des Proletariats teilnehmen müssen, sondern die wesentliche Forderung der Opposition während der ganzen Jahre ist es gewesen, daß die Kommunistische Partei verstehen muß, die Tageskämpfe so zu führen, **daß sie zu politischen Kämpfen sich erweitern können, daß bei der Teilnahme der Kommunisten an den Tageskämpfen klar und deutlich die kommunistischen Auffassungen mit der täglichen, praktischen, konkreten Arbeit verbunden werden.** Die Partei glaubte, die Massen dadurch zu gewinnen, daß sie die kommunistischen Auffassungen über die proletarische Diktatur und den Kampf um die Macht nur noch als Sonntagspredigten benutzte, es aber nicht verstand,

die Propaganda der proletarischen Diktatur

unmittelbar und verbindlich mit ihrer täglichen Kleinarbeit zu verknüpfen. Die VSPD. wurde als bündnisfähig erklärt. Es wurde gefordert, daß man „ehrlich" die Einheitsfronttaktik durchführe und so fort. Diese Auffassung von der Einheitsfronttaktik mußte zur Revision der Staatsauffassung der Kommunistischen Partei und der Revolution führen. Die Arbeiter-Regierung konnte man nur auffassen als Agitationslosung, als Synonym der proletarischen Diktatur. Sonst wird die Smeralsche Schicksalsfrage an dem vierten Weltkongreß, ob nicht vielleicht doch die Arbeiter-Regierung eine Regierungsform der proletarischen Partei innerhalb der bürgerlichen Demokratie sei, mit klarem Ja beantwortet, wie sie von Brandler mit klarem Ja beantwortet ist. Wenn man versuchen kann, mit Mitteln der bürgerlichen Demokratie Arbeiterpolitik zu treiben, wenn die Demokratie für uns keine Maske der Klassenherrschaft der Bourgeoisie ist, sondern ein klassenloses drittes Reich, dann trennt uns politisch nichts mehr von den Auffassungen der Zweiten Internationale. Die 51prozentige Sachwerterfassung ist die konsequente Weiterführung dieser Auffassung auf wirtschaftlichem Gebiet. Diese Politik hat unsere Mitgliedschaften unsicher gemacht, der gute proletarische Kern, den unsere Partei in sich schließt, ist in seiner Entwicklung zu guten und klaren Kommunisten gehemmt worden.

Die bewußte Phrase vom Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik,

aber nicht über die Arbeiterklasse, Faschismus und Arbeiterklasse stehen sich feindlich gegenüber, natürlich muß man da mit der Novemberrepublik gegen den Faschismus kämpfen. Novemberrepublik und Faschismus sind zwei verschiedene Erscheinungsformen der Diktatur der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie bedient sich bald der demokratischen, bald der faschistischen Methoden, um das Proletariat zu unterdrücken. **Die Gegensätze innerhalb des bürgerlichen Lagers können niemals für uns die Grundlage, der Ausgangspunkt der Politik sein.** Die Partei ist sich einig darüber, daß die Gewinnung der Mittelschichten eine wichtige Aufgabe der Kommunisten in Deutschland darstellt. Aber diese Gewinnung der Mittelschichten kann man nicht durch menschewistische Auffassungen erreichen.

Die Sachsenpolitik

war die Praxis der demokratischen Zwischenstufentheorie. Noch heute behauptet eine Reihe von Genossen, daß die Sachsenpolitik von Anfang bis Ende richtig gewesen sei. Böttcher hat eine Broschüre geschrieben, wonach nur das EK. Fehler über Fehler in der Sachsenpolitik gemacht hätte. Daher muß noch einmal festgestellt werden, daß auf dem 4. Weltkongreß die Mehrheit der deutschen Delegation gegen vier Stimmen für den bedingungslosen Eintritt in die Regierung war. Unsere Anträge sind immer wieder niedergestimmt worden.

Die Lage in der Komintern.

Die KPD. gilt in der Komintern als eine der besten Sektionen. Wenn dies ihre proletarische Zusammensetzung betrifft, so ist das richtig, aber ihre Politik, ihre Technik ist noch fehlerhaft. In allen Parteien der Komintern haben wir sozialdemokratische Übergriffe, Ansätze zu revisionistischen Tendenzen. **Auf dem**

5. Weltkongreß werden wir in aller Schärfe dafür eintreten, daß für alle Parteien innerhalb der Komintern die Einheitsfronttaktik nicht als Bündnistaktik mit den Sozialdemokraten, sondern als bolschewistische Methode der Sammlung der Arbeiterklasse angewendet werden soll. Dazu muß diese Methode für die Parteien der Internationale vor allem konkretisiert werden. In diesem Punkte haben wir noch einige Differenzen mit dem EK. der Komintern. Niemand von uns kann im Ernst behaupten, daß Spitzenverhandlungen „prinzipiell" unzulässig sind. Wenn aber die Einheitsfronttaktik zum Revisionismus bei der verhältnismäßig gutgeschulten deutschen Partei geworden ist, dann muß man doppelt vorsichtig sein bei der Anwendung der taktischen Methoden unserer Bruderparteien in Europa und unserer Bruderpartei in England, die, was die Kampfeserfahrung und Kampfestradition betrifft, sicherlich hinter der deutschen Partei zurückstehen. Wir werden darauf bestehen, daß die Komintern die taktischen Methoden so ausarbeitet, daß in Zukunft **eine Wiederholung der deutschen Fehler ausgeschaltet werden soll. — Nun**

zur Mittelgruppe.

Zwischen dem, was die Mittelgruppe heute vertritt, und dem, was wir vertreten, gibt es keine prinzipiellen Unterschiede, die die Aufrechterhaltung einer „eigenen Gruppe" rechtfertigen würden. **Entweder wird die Mittelgruppe sich auf unseren Standpunkt stellen, oder sie wird die Position der Rechten beziehen müssen.** Jede Opposition in einer Kommunistischen Partei ist ein Unglück. Die einzige Rechtfertigung für eine organisatorische Opposition ist der Kampf gegen das Liquidatorentum und gegen rechte Gefahren. Auch wir waren uns stets klar darüber, daß unsere Opposition ein Übel war. Aber wir konnten sie nicht aufgeben, weil uns dann das Liquidatorentum aufgefressen hätte.

Anders liegt die Frage bei der Mittelgruppe und wir erklären ernsthaft und nachdrücklich, daß die neue Parteimehrheit **keine künstlichen Gruppierungen in der Partei mehr dulden wird.** Wenn die Bezirke Chemnitz, Halle usw. mit den Beschlüssen des Parteitages nicht einverstanden sein werden, dann wollen wir mit ihnen ernsthaft ringen, um den Mehrheitswillen der Partei überall zur Geltung zu bringen. Aber wenn einzelne Genossen aus organisatorischen Gründen eine eigene Gruppe behalten wollen, dann werden wir das nicht dulden. Die Mittelgruppe behauptet, ein Damm gegen KAPDistische Entgleisungen zu sein. Aber gegen KAPDistische Entgleisungen, mögen sie sich drapieren wie sie wollen, muß die Gesamtpartei kämpfen. Dafür brauchen wir keine Spezialisten. Was wir brauchen, ist eine Einheitspartei und die müssen und werden wir schaffen.

Über die zukünftige Arbeit wird noch ausführlich zu sprechen sein. Wir dürfen die Fehler nicht wiederholen, vor allem den Fehler zu kurzer Visierung, damit die deutsche Partei nicht noch einmal zu starr auf eine Möglichkeit eingestellt ist, und dann bei Ereignissen, wie beim Ruhrkampf, nicht so schnell wie notwendig die Folgerungen ziehen kann. Beide Möglichkeiten der Entwicklung im Auge behalten, nüchtern zu allen Fragen Stellung nehmen, ist erforderlich. Im gegenwärtigen Moment besteht unsere Aufgabe darin, die Massen zu sammeln in den Tageskämpfen und gleichzeitig lebendige grundsätzliche kommunistische Agitation zu treiben. **Aber wir müssen die Tageskämpfe so leiten und in den Tageskämpfen uns so einstellen, daß jeder Kommunist weiß, daß der Augenblick des entscheidenden Kampfes schon morgen kommen kann.** Die Mehrheit der Partei steht hinter der neuen Führung. Das Vertrauen der Mitgliedschaft ist bei uns. Die Wunden der Vergangenheit werden heilen und die Krise der Partei, die wir hinter uns haben, wird die wirklich bewußten und aktiven Elemente in der KPD. noch enger zusammenziehen und noch klarer und fähiger machen, die Aufgabe zu erfüllen,

in Deutschland eine wirklich revolutionäre Kommunistische Partei zu schaffen, die die deutsche Arbeiterklasse aus Not und Elend führen soll.

Der Vertreter der Parteitagsminderheit.

Der Korreferent erklärte eingangs, daß man die Mittelgruppe mit Leichtigkeit überzeugen könnte von der Entbehrlichkeit des Bestehens einer besonderen Gruppe, wenn man klarer, als es der Referent getan hat, die politischen Fragen gestellt und die politischen Differenzen herausgeschält hätte, um zu zeigen, daß es solche Differenzen zwischen der linken Fraktion und der Mittelgruppe nicht gebe. Aber die Linke hat viel Unbescheidenheit an den Tag gelegt, solange sie noch in Opposition war; wenn es jetzt auf die Stellung der politischen Fragen ankommt, ist sie bedeutend bescheidener geworden.

Die Charakteristik der Krise in der Kommunistischen Internationale, die der Referent gegeben hat, ist nicht richtig. Wir müssen uns klar über den Charakter, die Bedeutung und den Ursprung dieser Krisen werden, und wir dürfen keine Katastrophenstimmung auf dem Parteitag erzeugen. Die Krisen, die die Kommunistische Internationale durchlebt, sind die Krisen ihres Wachstums, sie zeugen davon, daß unsere internationale Partei durchaus gesund ist. Was ist insbesondere der Inhalt der Krise vom Jahre 1923? Die pazifistische Welle mit demokratischen Illusionen, die im Zusammenhang mit der Labour-Party-Regierung in England steht, die Schwierigkeiten in Rußland, den Rückzug in Deutschland — das sind die eigentlichen Quellen dieser Krise. Zweifellos hatte diese Krise in verschiedenen Ländern — in Rußland, Deutschland, Frankreich, Holland, Polen, Bulgarien usw. — rechte Tendenzen an die Oberfläche des Parteilebens gefördert. Aber schon gegenwärtig darf man sagen, daß diese Krisenerscheinungen überall oder fast überall überwunden worden sind. Die Tatsache, daß sie so schnell überwunden worden sind, beweist am besten, wie kerngesund unsere Partei ist.

Die große Frage, die nun gegenwärtig vor unserer Partei nach der Überwindung der rechten Tendenzen, nach der Überwindung der allgemeinen Krise der KI. in unseren Reihen steht, ist die:

wie wir die Taktik der Kommunistischen Internationale in der gegebenen Situation anwenden

werden. Wenn wir die Auffassungen in der Einheitsfronttaktik, die unter den Linken besteht, analysieren, dann können wir drei verschiedene Auffassungen feststellen. Die einen sagen einfach, die Einheitsfronttaktik sei eine gefährliche Taktik, und sie lehnen diese Taktik kurzweg ab. Die anderen nehmen sie an nur für die Fälle, wenn die Einheitsfront keine Gefahren in sich birgt. Noch andere behaupten, daß unsere Partei die Einheitsfronttaktik nur dann anwenden könne, wenn die Partei stark und gesund genug dazu ist.

Zur ersten Fragestellung erklärt der Redner, daß diese grundsätzliche Ablehnung der Einheitsfronttaktik gleichzeitig Verzicht auf die Gewinnung der Mehrheit bedeutet. Denn niiemand hat noch gezeigt, daß es andere Methoden gibt, die uns ermöglichen würden, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen. Damit ist aber diese Auffassung verurteilt.

Die zweite Auffassung, nach der die Einheitsfront nur dann anwendbar sei, wenn sie keine Gefahren in sich birgt, ist ebenso entschieden abzulehnen. Nur durch Fehler lernt man die richtigen Wege gehen. Wenn man sich vor Gefahren fürchtet, die die Anwendung der Einheitsfronttaktik uns bringen könnte, dann wird man nie die Mehrheit der Arbeiterklasse für uns gewinnen. Ein Kommunist, der in den Betrieb geht, um dort Agitation zu betreiben, muß sich den Massen „anpassen". Darf uns das davor zurückhalten, mit den Massen in Berührung zu kommen, unter den Massen Agitation zu treiben? Wir müssen eine gute Partei, eine wirkliche Kommunistische Partei sein, aber eine gute Partei genügt nicht, um den Feind zu schlagen. Man darf daher nicht die Theorie schmieden: „Kämpfe um die Mehrheit, aber vorsichtig!"

Die wichtigste Frage, die wir hier zu klären haben, die als Ausgangspunkt der Festlegung einer Taktik dienen muß, ist: Wo stehen wir? Was haben wir für eine

Perspektive für die nächste Zukunft?

Da haben wir das Problem der Stabilisierung zu analysieren. Wir müssen feststellen, daß die Grundlagen dieser angeblichen wirtschaftlichen Stabilisierung Deutschlands schon gegenwärtig erschüttert sind. Diese Stabilisierung war auf drei Hauptmomente aufgebaut. Die internationalen Momente, vor allem die Bestrebungen, England gegen Frankreich in der deutschen Frage auszuspielen, sind schon heute als verspielt zu betrachten. Durch eine geschickte Taktik hat es Poincaré verstanden, den schärfsten Gegensatz zwischen Frankreich und England auszugleichen. Die alliierten Mächte stehen wieder ziemlich geeint Deutschland gegenüber. Die Atempause in der Durchführung des Versailler Vertrages ist schon zu Ende und alte Schwierigkeiten beginnen von neuem. Aber auch das dritte Moment — die Geschlagenheit des deutschen Proletariats — ist vorbei. Das deutsche Proletariat hat diese Geschlagenheit, die der deutschen Bourgeoisie Ende 1923 erlaubt hat, die Stabilisierung durchzuführen, gegenwärtig von sich abgestreift; das deutsche Proletariat steht jetzt in scharfen Kämpfen gegen seine Ausbeuter. Und es ist eine Verkennung, wenn der Referent von den Streiks, die in den letzten Monaten im Gange waren, sagte, es seien „nur" wirtschaftliche Streiks.

Diese wirtschaftlichen Streiks bergen in sich eine Unmenge von revolutionärer Energie; es kommt auf uns an, daß wir diese Energie zu einem bewußten, revolutionären Auftreten umzuschlagen verstehen. — Auf die Fragen:

Wo lagen im Oktober die Fehler?

Warum haben wir nicht mit absoluter Klarheit ausgesprochen, was ist und was war? Da muß man vor allen Dingen antworten: Es waren in den Oktobertagen **keine Differenzen** zwischen derLinken und dem Grundkern der Mittelgruppe. Die Frage steht gegenwärtig so: ob der Rückzug falsch oder richtig war. Da muß man vor allen Dingen feststellen, daß es kein Rückzug, sondern ein Versagen der Partei, ein Ausweichen vor Kämpfen war. Wir hatten aber die **Pflicht**, zu kämpfen. Der Wille zum Kampf war bei uns ebenso ernst wie bei den Linken. Ihr stellt aber gegenwärtig die Frage demagogisch: Konnten wir siegen oder nicht? Auch behauptet Ihr, daß man nie einen Rückzug machen darf, wie wir ihn gemacht haben. Das stimmt nicht. Ein Rückzug ist Kampf um die Mehrheit des Proletariats; die Partei muß den Massen die Notwendigkeit des Zurückweichens klar machen, dann kann sie die Massen bei sich behalten.

Die zweite Frage, die uns trennt, neben der Frage der Oktoberniederlage, ist die

Einheitsfrontfrage.

Wir möchten eine ganz klare Antwort bekommen: wird die Einheitsfront von Euch abgelehnt oder nicht; wird sie nur angewendet, wenn keine Gefahr droht; sollen wir versuchen, erst eine Partei zu schaffen und dann die Massen zu erobern oder sollen wir das eine mit dem anderen verbinden, die ideologische Festigung und den Kampf um die Massen gleichzeitig führen? Man spricht gegenwärtig viel von der Bolschewisierung der Partei. Jawohl, die Partei muß bolschewisiert werden. Das bedeutet ideologischen Kampf gegen alle Überreste des Sozialdemokratismus, gegen alle reformistischen Abweichungen, aber gleichzeitig auch gegen alle KAPDistischen Abweichungen. Der Redner zitiert eine ganze Reihe von Artikeln linker Genossen, und er fragt die Parteimehrheit, ob sie meint, daß es Bolschewisierung der Partei ist wenn man das eine Fenster gegen den Opportunismus schließt und das andere aufläßt, ist das nicht viel mehr der KAPDismus reinsten Wassers? Dazu kommt noch die Gewerkschaftsfrage. Wir haben noch viel zu tun, um die Differenzen um die ideologischen Unklarheiten zu überwinden. Und es ist eine reine Demogogie, wenn man die Frage so stellt, daß die Linke und die Mittelgruppe durch die Frage getrennt sind: die Linke sagte, wir mußten kämpfen, wir, die Mittelgruppe, wollten nicht kämpfen. Die wirklichen Fragen, mit denen wir uns zu befassen haben, sind die Fragen der Völkischen, der Sozialdemokratie, der

Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten.

Es wäre falsch, zu sagen, daß die Deutschvölkischen nicht national, sondern nur sozial zu bekämpfen seien. Wir müssen auch den Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag führen, wir müssen das Proletariat und die Mittelschichten überzeugen, daß wir die Partei sind, die Deutschland die nationale Befreiung bringen wird. Wir müssen auf der anderen Seite den Kampf gegen die Stimmung der Massen führen, nicht sich von diesen Stimmungen hinreißen lassen: gegen die antigewerkschaftlichen, gegen die antiorganisatorischen, gegen die antimoskowitischen, gegen die KAPDisitischen Stimmungen. — Wie stellt sich die Parteimehrheit zur

Gewerkschaftsfrage?

Man könnte meinen, daß sie sich als Hauptproblem die Zusammenfassung der Unorganisierten stellt, aber im klassischen Lande der Organisation, in Deutschland, ist die Frage der gewerkschaftlich organisierten Massen die wichtigste Frage. Die Frage der Unorganisierten kann lediglich im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Sozialdemokratie, gegen die Völkischen gelöst werden. Dieser Kampf muß systematisch, planmäßig organisiert werden. Die Organisierung dieses Kampfes, die Organisierung der Revolution, das ist die Basis, auf der die ganze Partei zusammengeschweißt, konsolidiert werden kann. Wenn die Parteimehrheit einen Parteitag der Konsolidierung aus dem gegenwärtigen Parteitag machen will, so darf sie weniger den Fraktionsstreit hier zur Sprache bringen, sie muß aber eine große politische Kampagne in die Wege leiten. Kampf um die Massen, Kampf um ideologische Klarheit — das ist das Ziel. Handelt die Parteimehrheit so, dann wird sie keinen Schwierigkeiten von seiten der Mittelgruppe begegnen. Man darf nicht pessimistisch sein, die Linksschwenkung, die die Partei durchgemacht hat, ist gut. Uns steht der Kampf gegen Reformismus, aber auch gegen andere Abweichungen bevor. Mit Mut muß man diesen Kampf aufnehmen. In diesem Kampf kann die Einheit hergestellt werden. Nur eine Grupe, nur eine Fraktion, nur eine einheitliche Partei wird es geben, wenn wir alle Arm in Arm den Kampf gegen den gemeinsamen Feind führen. Das Ziel ist: **die Partei zur wirklichen Leitung des deutschen Proletariats, zur Vorhut der deutschen Revolution zu machen.**

Der Vertreter der früheren Mehrheit.

Der Sinn und Inhalt der Abmachungen der Moskauer Konferenz, stellt der Redner fest, war: beim Oktoberrückzug seien schwere opportunistische Fehler gemacht worden; die Verantwortlichen für diese Fehler müssen aus der Parteiführung ausscheiden. Eine neue Führung aus dem Zentrum und der Linken müsse geschaffen werden; durch diese Neugruppierung werde ein Damm gegen die linken Gefahren gebildet; die Hauptgefahr sei aber rechts und der Kampf müsse in der Partei und in der Internationale gegen die rechten opportunistischen Gefahren geführt werden.

Gegenwärtig ist die Situation eine andere als im Januar. Der Vertreter der Mittelgruppe erklärte heute, daß international und in Deutschland die Hauptgefahr nicht die rechten Opportunisten sind, sondern die opportunistischen linken Abweichungen. Der Brief der Exekutive und des Genossen Sinowjew, die heute dem Parteitag vorliegen, sprechen ebenfalls von der linken Gefahr. Das beweist, daß die Voraussetzungen, daß die taktische Linie, die in Moskau gezogen wurde, falsch war. Daraus sollte man die Konsequenzen ziehen.

Wir haben uns den Beschlüssen vom Januar gefügt, obwohl wir sie für falsch hielten. Wir haben gesagt, die Konstruktion einer rechten Gefahr und die Bezeichnung unserer Gruppe als die deutsche und internationale Gefahr ist ein absurder parteischädigender Standpunkt. Das Zentrum hat uns nicht wegen der allgemeinen Politik als Sozialdemokraten und Opportunisten bekämpft, sondern weil wir angeblich unsere eigenen sozialdemokratischen Fehler nicht eingesehen und davor gewarnt hätten wie sie. Nie hätten sie behauptet, daß sie nicht schwere, opportunistische Fehler gemacht haben.

Die Mittelgrupe hat den Linken Konzessionen in der Gewerkschaftsfrage gemacht, die die schwersten Gefahren darstellen, vor denen der Redner so laut, wie es irgend möglich ist, die Partei warnt. Die neue taktische Linie ist verhängnisvoll für die Partei.

Nach den Briefen, die von Sinowjew und von der Exekutive vorliegen, mit einer Kritik, wie sie schärfer nicht geübt werden kann, erweisen sich die Moskauer Beschlüsse als falsch. Wenn nur ein Bruchteil davon, was jetzt gesagt wird, in der Januar-Resolution gesagt wäre, dann wäre die Spaltung in die Mittelgruppe und in die Rechte nicht möglich geworden. Diese Kritik kann man nicht durch den Einwand entkräften, alles zu seiner Zeit. Der Redner gibt trotzdem zu, daß die alte Parteileitung

schwere Fehler

gemacht hat. Die alte Zentrale hätte sich von dem Standpunkt leiten lassen, den Lenin in seiner Broschüre über die Kinderkrankheiten des Kommunismus als Programm der

Heranziehung der Mehrheit der Arbeiterklasse

an die schon geschaffene proletarische Avantgarde kennzeichnet. Sie setzten voraus, daß wir in unserer Partei nicht mehr nötig hätten, über die Frage der Diktatur des Proletariats, über die Frage der Organisierung der Revolution zu reden. Es war der Hauptfehler, daß sie den Zustand der Partei für so entwickelt ansah, daß sie eine Arbeit, eine Schulung, eine Betonung in unserer eigenen Agitation der Diktatur des Proletariats gar nicht mehr für notwendig erachtete. Deswegen sah die alte Zentrale in der linken Opposition der Partei nur Querköpfe, Intellektuelle, Konfusionisten, während sie in Wirklichkeit eine in der KPD. und in breiten Arbeiterschichten Deutschlands vorhandene Massenstimmung signalisierten. Deshalb machten er und seine Freunde in Leipzig den schlimmen Fehler, daß sie mit dem Zentrum sich vereinigten, statt auf dieser Basis mit der Linken eine Vereinigung zu schaffen. Das war der entscheidende Fehler. Ohne diesen Fehler wäre der Riß innerhalb der Partei nicht entstanden, wäre die Partei nicht in zwei feindliche Lager zerrissen.

Die Tatsache, daß

die Thesen des Leipziger Kongresses

über Einheitsfront und Arbeiterregierung heute schon überholt sind, betrachtet der Referent als ein sehr gutes Zeichen der Ent-

wicklung. Trotzdem schämt er sich nicht der Leipziger Beschlüsse. Damals galt es, die allgemeine theoretische Formulierung der Internationale in die Praxis umzusetzen. Dabei wurden böse Böcke gemacht in der agitatorischen Übertragung, aber nicht aus der Bestrebung heraus, Opportunist zu sein. Wir erhoben agitatorisch Formulierungen zu taktischen Beschlüssen, die man eigentlich bei solch einer Stimmung nicht einmal in der Agitation verwenden darf. Wir sahen nicht, daß wir der Truppe mehr zumuteten, als sie wirklich leisten konnte. Wir haben schweres Lehrgeld bezahlt für unsere Fehler. Die Diskussion während einer Aktion mit einer parteifeindlichen Fraktion, die die Partei auseinandertreibt, ist unzulässig. Aber jetzt ist die Zeit gekommen, wo man sich verstehen kann und wo Raum zur Diskussion und zur Klärung aller Probleme geschaffen werden muß. Die Krise in der Partei ist stärker als in den Arbeitermassen; das beweisen die Wahlen zu den Betriebsräten, die Wahlen in Sachsen, Thüringen, Mecklenburg und jetzt in Bayern. Wäre unser Oktoberrückzug ein so schweres Verbrechen, als das er im Fraktionsstreit gegen uns dargestellt wurde, dann hätte er zur Loslösung der Massen von der Kommunistischen Partei geführt.

Der Haupteinwand der Linken, wir hätten nicht zeitig genug die Gefahr in der Ruhrkrise erkannt, stimmt zu einem gewissen Grade, aber auch die Linke war darin nicht genügend klar, und in Wirklichkeit sind auf beiden Seiten Fehler gemacht worden. Hätte die Parteiführung in der Ruhrfrage die Taktik eingeschlagen, die die Linke vorgeschlagen hatte, dann hätten wir die Katastrophe, der wir im Oktober ausgewichen sind, schon damals gehabt.

In der

Sachsen-Politik

ist auch vieles Gute für die ganze Internationale geleistet worden. Die Ratschläge der Linken liefen darauf hinaus, wenn eine schwierige Situation kam, davonzulaufen. Trotz aller Fehler hat die Partei in Sachsen die Verbindung mit den Massen in so enger Form hergestellt, daß die Parteikrise sich hier am allerwenigsten katastrophal ausgewirkt hat. Wenn es mit der Zerstörung der Sozialdemokratie nicht so ging, wie wir wünschten, so liegt das daran, daß die sozialdemokratische Linke nichts anderes ist als ein Reflex des Druckes der kommunistischen Agitation. In dem Augenblick, wo der Druck aufhörte, mußten die Scheißkerle von linken Führern zuerst verschwinden, denn sie waren nur links unter dem Druck der sozialdemokratischen Massen. Mit der Losung „Zerstörung der Sozialdemokratie" ist noch nichts getan. Als wir die Losung ausgaben, da fing die Sozialdemokratie an, sich gerade wieder zu konsolidieren.

Im Oktober bestand der Hauptfehler darin, daß wir aus der gesamten revolutionären Situation nicht rasch genug Schlußfolgerungen ziehen konnten. Da muß man aber in die Vergangenheit zurückblicken. Schon im Mai, anläßlich der Kämpfe im Ruhrgebiet, war zu erkennen, daß wir einen Sturmangriff auf die Bourgeoisie zu führen haben würden. Ein Resonanzboden für die Ruhrbewegung mußte im unbesetzten Gebiet geschaffen werden. Das ging nicht, weil die Partei noch nicht auf die Betriebszellen umgebaut war. Das war aber keine Erbsünde von uns, wie Sinowjew behauptet. Es war eine Konzession, die wir der USPD. während der Vereinigung machen mußten. Ich habe, noch ehe wir nach Moskau gingen, im „Parteiarbeiter" auf diesen schwerfälligen und schlechten Stand zur Zeit der Aufnahme des Kampfes hingewiesen. Wir haben uns trotzdem auf den Oktoberkampf eingestellt. Als der Belagerungszustand einsetzte, konnten wir aber die Massen nicht mobil machen, ja wir taten nicht einmal alles für die Mobilisierung. Wir glaubten, wir hätten es gar nicht mehr nötig, denn es hieß: „Die Politik macht der Gegner." Der Glaube, wir hätten die Kraft zum Kampfe, das Überschätzen der eigenen Kräfte, das Unterschätzen der Kräfte des Gegners, das war aber kein opportunistischer, sondern ein linker Fehler. Wir störten den Gegner nicht, und der Gegner behielt die Initiative. Bei dem

Eintritt in die sächsische Regierung

lösten wir uns in der Überzeugung, daß schon alles fertig war, in die Teilarbeiten auf. Der Eintritt in die Regierung selbst geschah nicht nach den Leipziger Thesen, und Brandler hat sich gegen den Beschluß der Exekutive bis zuletzt gewehrt, weil die Massen nicht mobilisiert waren, weil kein Resonanzboden vorhanden war, weil kein Hundertschaften- und Kontrollausschüssekongreß einberufen war — ein Betriebsrätekongreß war in Sachsen bedeutungslos —. Durch diese Unterlassungssünden hatte der Gegner, als wir in der Regierung saßen, die Initiative, machte seine Vorstöße, ohne auf uns zu warten.

Erst auf der Chemnitzer Konferenz stellte sich heraus, daß man von den Massen losgelöst war. In der damaligen Situation hätten wir den Kampf in Sachsen mit den ersten Teilen der Reichswehr so aufgenommen, daß der Widerstand dem der Hamburger Genossen gleich gewesen wäre. Wir durften nicht wieder den Fehler machen, den wir im Spartakusbund und in der USPD., in der VKPD. gemacht haben, daß wir die Arbeiter zum Kampf aufrufen, auch wenn die Niederlage sicher ist. Wenn wir die Massen nicht von der Vorhut loslösen wollen, ist es notwendig, daß wir ihnen zeigen, daß wir zu siegen imstande sind und sie nicht in Niederlagen führen.

Der Redner geht zum Schluß auf die letzten vier Monate der Parteiarbeit ein, wo er und seine Freunde die Verantwortung für die Parteiarbeit nicht mehr trugen. Die Partei, sagte er, hatte in jener Zeit keine Plattform; sie verstand nicht, die spontan ausbrechenden Wirtschaftsbewegungen auszunützen, wie es notwendig gewesen wäre. Die Thesen, die von der linken Mehrheit vorgelegt worden sind, sind nicht der geeignete Boden, auf dem man die notwendige neue taktische Linie für die Partei finden kann. Es geht nicht an, zu erklären, wie der „Funke" es macht, daß man erst die Kommunistische Partei schaffen müsse. Das ist sehr überheblich, daß die Weltgeschichte erst jetzt beginne und dann stehen uns 15 Jahre bevor. In diesem Punkt unterstreiche der Redner, was der Genosse der Mittelgruppe gesagt habe. Die Radikalisierung der Arbeiter und der Partei, die jetzt eingetreten ist, begrüßen der Redner und seine Freunde wärmer als sonst jemand. Aber diese Radikalisierung ist einstweilen noch rein gefühlsmäßig, sehr oberflächlich; es gehört noch sehr viel dazu, um sie in wirklich revolutionäre Bahnen zu lenken. Ohne Panik schaffen zu wollen, erklärt er, daß die neue Parteiführung an einem Tage die Partei kaputt machen kann: wenn sie die Taktik der Einheitsfront nicht den veränderten Umständen anzupassen versteht, wenn sie durch eine falsche Taktik in der Gewerkschaftsfrage der Partei den Mutterboden zertritt. Wenn aber die Parteimehrheit in den beiden Fragen schnell das, was notwendig ist, tut, werden die anderen Begleiterscheinungen der Umstellung der Partei ihr nicht gefährlich werden. **Dann wird die Partei mit gemeinsamen Kräften die Radikalisierung der Arbeitermassen, der Massen innerhalb der Partei, zu einer wirklichen kommunistischen Politik ummünzen können.**

Aus der Roten Gewerkschafts-Internationale

Der 1. Mai, ein Tag des proletarischen Protestes und Kampfes.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

** Noch ein 1. Mai steht im Zeichen der Offensive des Kapitals, noch einmal werden die Erniedrigten und Ausgebeuteten aller Länder zu gleicher Zeit an ein und demselben Tage den heutigen Herren der Welt ihren Klassenhaß und ihre Kampfbereitschaft ins Gesicht schleudern. Wie in den verflossenen Jahren suchen die Kapitalisten auch jetzt wieder einen Ausweg aus der von ihnen geschaffenen Sackgasse. Aber es gibt keinen Ausweg und kann auch keinen geben. Es liegt doch keine Veranlassung vor, die Bestimmungen der Reparationskommission und der Sachverständigen über die Versklavung Deutschlands als eine Lösung der europäischen Krise anzusprechen. Die Sachverständigen und die Spezialisten für Ausraubung bis auf das letzte Hemd haben einen Plan zur Beilegung der Reparationsstreitfrage ausgearbeitet, der darauf hinausläuft, die werktätigen Massen Deutschlands unter Aufsicht der von dem räuberischen Völkerbund ernannten Kommissare in verstärktem Maße auszubeuten. Dieses Gutachten ist von der deutschen Bourgeoisie bereits angenommen worden. Vor unseren Augen spielt sich also das Schauspiel eines Übereinkommens zwischen den herrschenden Klassen **Englands, Frankreichs** und **Deutschlands** ab, und zwar auf Kosten des Blutes und Schweißes der deutschen arbeitenden Bevölkerung. Die sogenannte Arbeiterregierung Englands, die keine Gelegenheit passieren läßt, um ihre Bereitschaft zur Unterstützung des internationalen und insbesondere des großbritannischen Banditentums zu beweisen, hat selbstverständlich mit Hand angelegt bei der Schindung des deutschen Volkes. Formell scheint die Reparationsfrage gelöst, aber nur formell. Mit neuer Wut wird der Kampf entbrennen um die Frage, welche Klassen

die Lasten des Krieges und der Krise in der Nachkriegszeit zu tragen haben werden. Die Bourgeoisie ist fest entschlossen, der Arbeiterklasse außer der von ihr bereits während des Krieges entrichteten Blutsteuer auch noch die Kosten für die Verwüstungen aufzuerlegen. In fast allen Ländern ist bereits der Achtstundentag beseitigt, sind die sozialen Gesetze selbst der Vorkriegsperiode aufgehoben. Die Reaktion drückt immer stärker auf die Massen. Die Arbeiterklasse Deutschlands ist mit Hilfe der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokraten zu einer Klasse von Kulis geworden. Immer frecher erhebt der Faschismus sein Haupt. Er verspricht den Massen das Blaue vom Himmel, gibt ihnen aber mit Geiseln und Skorpionen. Diese Offensive der herrschenden Klassen wird durch eine unerhörte Wirtschaftskrise und eine bisher noch nie dagewesene Arbeitslosigkeit erleichtert. Deutschland, in dem ein Drittel des Proletariats auf der Straße liegt und der soziale Kampf einen besonders scharfen Charakter trägt, ist heute das Zentrum der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Aber trotz der Niederlage der Arbeiterschaft im Oktober-November, die die Hände der Bourgeoisie freigemacht und es ihr ermöglicht hat, mit Hilfe der Sozialdemokraten und der Amsterdamer das Verlorene aufzuholen, das heißt das deutsche mächtige Proletariat zeitweilig in Fesseln zu schlagen, dauern die Kämpfe, ungeachtet der äußerst ungünstigen Verhältnisse fort. Sie zeugen von der vorhandenen kolossalen revolutionären Energie der Arbeiterklasse, sie beweisen jedoch gleichzeitig ihre Zersplitterung und müssen jeden überzeugen, daß heute mehr denn je gegen die Agenten der Bourgeoisie unter den Arbeitern gekämpft werden muß.

Neben dem immer größeren Umfang gewinnenden sozialen Kampf dauert der Wettstreit der Großstaaten um die Welthegemonie an. **Amerika** predigt die Entwaffnung und baut neue Panzerkreuzer, **Macdonald** spricht mit Tränen in den Augen über die friedliche Lösung internationaler Konflikte durch den Völkerbund und **baut fieberhaft an der Luftflotte**, ersetzt die alten Flotteneinheiten durch neue. Über diesen allgemeinen pazifistischen Chor erhebt sich besonders mißtönend die Stimme der **französischen Bourgeoisie**, die nie vergißt, sich auf die Große Revolution und das Menschenrecht zu berufen, während sie in fremde Taschen langt. Den großen Marodeuren folgen die kleineren und kleinsten: all die **Mussolini, De-Rivera, Benesch, Paschitsch** und die anderen **polnisch-rumänischen** Söldlinge der französischen Bourgeoisie. Ganz Europa ist mit einem feinen Netz von Geheimverträgen überzogen, die nichts anderes darstellen als eine Verschwörung gegen die Werktätigen. Auch am **Stillen Ozean** kriselt es. Die Wechzelbeziehungen zwischen den **Vereinigten Staaten** und **Japan** werden immer gespannter. Die ganze Welt wird bis in ihre Grundfesten von sozialen, nationalen und imperialistischen Gegensätzen erschüttert. **Das Rad der Geschichte dreht sich unerbitterlich.**

Trotz des verstärkten Druckes, trotz der Niederlagen und Verluste des Proletariats steht das Barometer auf Revolution. Die Zeiten sind vorbei, da die Bourgeoisie jahrzehntelang die Massen friedlich ausbeuten konnte. Heute erholen sich die Werktätigen rasch von den Rückschlägen und gehen immer wieder in den Kampf für ihre Grundforderungen. Der Klassenkampf ist konzentrierter, das Proletariat verfügt über eine organisierte Avantgarde. Es gibt kein Land in der Welt ohne eine Kommunistischen Partei und rote Gewerkschaften, **kein Winkel auf Erden ohne Anhänger der KI. und der RGI.**, die einen erbitterten Kampf zum Sturz der Bourgeoisie und zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats führen.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

An diesem 1. Mai werdet ihr ganz besonders den Willen des Proletariats zum Ausdruck bringen, ein Ende mit dem Ausbeutungssystem und der Verelendung zu machen. An diesem Tage muß das ganze wirtschaftliche Leben still stehen, kein Fabrikschlot darf rauchen und kein Rad sich drehen. Hunderttausende, ja Millionen Arbeiter werden an unserem proletarischen Feiertage auf die Straße gehen und demonstrieren:

gegen

1. **Militarismus und ein neues internationales Schlachten,**
2. **diplomatische Geheimverträge,**
3. **den räuberischen Faschismus,**
4. **die Klassenjustiz des weißen Terrors,**
5. **den Versailler Vertrag und gegen die Bestimmungen der Sachverständigenkommission,**
6. **die Okkupation und die Okkupanten;**

für

1. **den Acht- und Sechsstundentag,**
2. **Produktionskontrolle durch die Arbeiter,**
3. **Sowjetrußland,**
4. **Schaffung einer roten proletarischen Armee,**
5. **Entwaffnung der Bourgeoisie und Bewaffnung des Proletariats,**
6. **Diktatur des Proletariats.**

Moskau, den 15. April 1924.

Das Exekutivbüro
der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Die RGI. an die französischen Arbeiter.

** Nach langem Mühen ist es endlich der Sachverständigenkommission gelungen, einige Flecke auf den in allen Nähten krachenden Versailler Vertrag zu heften. Die reformistischen Einfaltspinsel aller Länder freuen sich. Sie verschließen sich gewissentlich der Tatsache, daß das werktätige Deutschland unter den alten Ketten seufzt. Der erste Mai 1924 steht demnach im Zeichen der Hoffnung, das unlösbare Reparationsproblem zu lösen und dadurch die kapitalistische Maschine wieder unter Volldampf zu setzen.

Mögen die Ausbeuter aller Länder und die reformistischen Idioten ihren Siegesgesang anstimmen. Die nächste Zukunft schon wird uns lehren, daß die aus den Fugen geratene kapitalistische Welt nicht in ihre alte Lage gebracht werden kann. Der Weltkrieg und die durch diesen hervorgerufenen sozialen Erschütterungen lassen sich nicht aus der Geschichte der Menschheit streichen. Allerdings wird unser proletarischer Feiertag im Zeichen des Sieges der Reaktion stehen. Der Faschismus und Poincaréismus vergiften noch immer die Weltatmosphäre mit ihrem Pesthauch. Die Arbeiter aller Länder werden aber an diesem Tage der bürgerlichen Welt ihren Haß und festen Willen zeigen, den Kapitalismus und die von ihm geschaffenen Staaten restlos zu vertilgen.

Der 1. Mai ist ein Feiertag, ein Tag des Kampfes und der Bilanz. Haben wir Grund zum Pessimismus? Keinesfalls! Überall wächst langsam, aber sicher, die Armee der sozialen Revolution (Kommunistische Partei und rote Gewerkschaften). Überall nimmt die Armee der Konterrevolution ab (Sozialdemokratie und reformistische Gewerkschaften). Wir wünschen selbstverständlich, daß dieser Prozeß raschere Fortschritte macht. Es gibt unter uns Ungeduldige, die glauben, man könnte den Gang der Ereignisse künstlich beschleunigen. Dies ist ein Irrtum. Die soziale Revolution wird nicht durch Experimente im Laboratorium gemacht. Es bedarf einer langen, hartnäckigen und systematischen Arbeit zur Eroberung der Massen und ihrer revolutionären und kommunistischen Schulung. Und wenn, vom persönlichen Standpunkt betrachtet, die Ereignisse nur langsam heranreifen, so entwickeln sie sich, historisch gesehen, in einem unerhört raschen Tempo. Man braucht nur den Weg, den die Weltarbeiterbewegung von der großen bürgerlichen Revolution bis zur großen sozialen Revolution (1789 bis 1917), und von der Oktober-Revolution bis zur Gegenwart zu verfolgen, um sich davon zu überzeugen, wie die Geschichte vorwärts stürmt, welch gigantische Fortschritte das internationale Proletariat gemacht hat.

Am 1. Mai werden die Ausgebeuteten und Verfolgten in der ganzen Welt mit ihren Forderungen auf die Straße ziehen. Millionen und aber Millionen Herzen werden an diesem Tage in einem Takt schlagen, alle Gedanken werden sich auf den einen Punkt konzentrieren: **Wie kann man der kapitalistischen Versklavung ein Ende machen, wie die Macht der Arbeit aufrichten? Sehr einfach. Nach russischem Vorbild.** Es gab eine Zeit, damals lernten die russischen Arbeiter handeln und kämpfen an dem Beispiele Frankreichs, aber die Schüler haben ihre Lehrer überflügelt. **Das französische Proletariat muß jetzt eine kräftige russische Sprache führen.** Dies ist das beste Mittel gegen jeglichen Poincaréismus. Es bedarf nur des Versuches.

Wir begrüßen das französische Proletariat an unserem gemeinsamen Feiertage und bringen unsere feste Überzeugung zum Ausdruck, daß **der Weg Poincarés zum Laternenpfahl viel kürzer ist, als manche glauben.**

Das Exekutivbüro
der Roten Gewerkschaftsinternationale
(Gez.) A. Losowsky.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl. Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 51. 2. Mai. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Skizze der Thesen zur Frage über die Aufgaben unserer Delegation im Haag. Von Lenin 601

Politik.

Die Parlamentswahlen in Finnland. Von Manner . . 602

Deutschland.

Der Frankfurter Parteitag der KPD. 603

Proletarische Frauenbewegung.

Heran an die Arbeiterinnen! Von Leonhard 611

Aus der Internationale.

Maifeier 1924. Von Sinowjew 613

Aufrufe.

An die Arbeiter, werktätigen Bauern und unterdrückten Vöker der ganzen Welt 614

Der 1. Mai — das Fest des Weltbundes der Bauern und Arbeiter 615

Buchbesprechung.

„Arbeiter-Literatur." Von Wertheim 616

Skizze der Thesen zur Frage über die Aufgaben unserer Delegation im Haag*).

von W. I. Lenin.

Nachstehendes großartige Dokument schrieb W. I. Lenin am 4. Dezember 1922. Es war für unsere Delegation, die zu der im Haag zwecks Erörterung der Bekämpfung des Krieges einberufenen Konferenz der II. Internationale entsandt worden war, als Instruktion bestimmt.

G. Sinowjew.

** In bezug auf die Frage der Bekämpfung der Kriegsgefahr im Zusammenhange mit der Haager Konferenz glaube ich, daß die größte Schwierigkeit in der Überwindung jenes Vorurteiles besteht, als ob dies eine einfache, klare und verhältnismäßig leichte Frage wäre.

„Auf den Krieg werden wir mit Streik oder Revolution antworten" — sagen gewöhnlich alle angesehenen Führer der Reformisten der Arbeiterklasse, Und sehr oft befriedigt und beruhigt der radikale Schein dieser Antworten die Arbeiter und Bauern.

Vielleicht würde die richtigste Methode darin bestehen, mit der schärfsten Ablehnung ähnlicher Anschauungen zu beginnen. Es wäre zu erklären, daß besonders jetzt, nach dem jüngsten Kriege, nur die dümmsten und die hoffnungslos verlogenen Leute daran glauben können, daß eine ähnliche Antwort auf das Problem des Krieges gegen den Krieg irgend etwas wert sei; es wäre zu erklären, daß es unmöglich ist, auf einen Krieg mit einem Streik zu „antworten", ebenso wie es unmöglich ist, auf einen Krieg mit einer „Revolution" zu antworten, im einfachen und buchstäblichen Sinne des Wortes.

Man muß eine reale Erklärung darüber geben, wie groß das Geheimnis ist, das die Geburt eines Krieges umgibt und wie hilflos eine gewöhnliche Arbeiterorganisation, wenn sie sich auch eine revolutionäre Organisation nennt, angesichts eines wirklich herannahenden Krieges dasteht.

Es muß in ganz konkreter Weise wieder und wieder erklärt werden, wie die Lage während des letzten Krieges gewesen ist, und warum sie nicht anders sein konnte.

Es muß besonders die Bedeutung jenes Umstandes erklärt werden, daß die Frage der „Vaterlandsverteidigung" unvermeidlich gestellt und daß die überwiegende Mehrheit der Werktätigen diese Frage unvermeidlich zugunsten der eigenen Bourgeoisie lösen wird.

Daher müssen erstens: die Auseinandersetzung der Frage der „Vaterlandsverteidigung", zweitens: im Zusammenhange damit die Auseinandersetzung der Frage des „Defaitismus", und endlich die Auseinandersetzung des einzig möglichen Mittels der Bekämpfung des Krieges, namentlich die Aufrechterhaltung, beziehungsweise Schaffung einer illegalen Organisation aller an dem Krieg teilnehmenden Revolutionäre zur dauernden Arbeit gegen den Krieg — in den Vordergrund gestellt werden.

*) Angesichts der gegenwärtigen großen Aufgaben der kommunistischen Bewegung im Kampfe gegen bürgerlichen Militarismus und Kriegsgefahr ist dieser Artikel sehr aktuell.

Der Boykott des Krieges ist eine blöde Phrase. Die Kommunisten müssen an jedem reaktionären Kriege teilnehmen.

Es wäre wünschenswert, an der Hand von Beispielen — sei es auch der deutschen Vorkriegsliteratur — und besonders an der Hand des Beispieles des Baseler Kongresses im Jahre 1912 in besonders konkreter Weise nachzuweisen, daß die theoretische Anerkennung dessen, daß der Krieg ein Verbrechen ist, daß der Krieg für den Sozialisten unzulässig ist usw. leeres Wort bleibt, da es in einer solchen Fragestellung nichts Konkretes gibt. Wir geben den Massen keine lebendige Vorstellung darüber, wie ein Krieg ausbrechen kann. Die herrschende Presse vertuscht im Gegenteil tagtäglich diese Frage und verbreitet über sie in zahllosen Exemplaren eine solche Lüge, der gegenüber die schwache sozialistische Presse ganz machtlos dasteht, um so mehr, als sie diesbezüglich auch in Friedenszeiten einen von Grund auf unrichtigen Standpunkt einnimmt. Auch die kommunistische Presse blamiert sich gewiß in den meisten Ländern.

Ich glaube, daß unsere Delegierten auf dem internationalen Kongreß der Genossenschaften und der Trade-Unionisten die Aufgabe unter sich aufzuteilen und alle jene Sophismen, durch die man gegenwärtig den Krieg zu rechtfertigen pflegt, bis in die kleinsten Details hinein zu enthüllen hätten.

Vielleicht stellen gerade jene Sophismen das Hauptmittel der Heranziehung der Massen an den Krieg dar, mit denen die bürgerliche Presse operiert, und der wichtigste Umstand, der unsere Machtlosigkeit gegen den Krieg erklärt, besteht darin, daß wir entweder diese Sophismen nicht rechtzeitig zerschmettern, oder uns noch mehr Schaden zufügen durch billige, prahlerische und ganz leere Phrasen: wir ließen keinen Krieg zu, wir verständen den verbrecherischen Charakter des Krieges und so weiter, im Geiste des Baseler Manifestes vom Jahre 1912.

Ich glaube, **wenn wir auf der Haager Konferenz einige Leute haben werden, die in dieser oder jener Sprache eine Rede gegen den Krieg zu halten fähig sind,** es das wichtigste sein wird, die Ansicht zu widerlegen, als ob die Anwesenden Gegner des Krieges wären, als ob sie es verstünden, wie der Krieg über sie in dem Augenblick, wo sie ihn am wenigsten erwarten, hereinbrechen kann und muß, als ob sie auch nur zum Teile das Mittel der Bekämpfung des Krieges gefunden hätten oder auch nur einigermaßen imstande wären, einen vernünftigen und zum Ziele führenden Weg gegen den Krieg einzuschlagen.

Im Zusammenhange mit der jüngsten Kriegserfahrung müssen wir zeigen, einer wie großen Anzahl von theoretischen und praktischen Fragen wir am nächsten Tage nach der Kriegserklärung gegenüberstehen werden, die die ungeheure Mehrheit der Einberufenen der Möglichkeit berauben werden, auch nur einigermaßen mit klarem Kopfe und gewissenhafter Unvoreingenommenheit zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

Ich glaube, daß man diese Frage mit einer ungewöhnlichen Ausführlichkeit wird erörtern müssen, und zwar in zweierlei Weise:

Erstens durch die Erzählung und die Analyse dessen, was in der Zeit unmittelbar vor dem Kriege vor sich ging, und indem man allen Anwesenden klar macht, daß sie nicht wissen, oder nur zu wissen behaupten, in Wirklichkeit aber nicht sehen wollen, worin der Haken der Frage besteht, ohne dessen Erkenntnis von einer Bekämpfung des Krieges keine Rede sein kann. Zu diesem Punkte, glaube ich, ist eine Analyse aller Urteile, aller Meinungen, die damals bezüglich des Krieges unter den russischen Sozialisten entstanden waren, notwendig. Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß diese Urteile nicht zufällig entstanden sind, sondern der Natur aller modernen Kriege entsprangen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß ohne eine Analyse dieser Anschauungen und ohne die Erklärung dessen, wie sie unvermeidlich entstehen und wie sie für die Frage der Bekämpfung des Krieges von entscheidender Bedeutung sind — ohne eine solche Analyse von einer Vorbereitung für den Fall eines Krieges, ja nicht einmal von einer bewußten Stellungnahme zum Kriege die Rede sein kann.

Zweitens muß an dem Beispiel der heutigen, sei es auch der geringfügigsten, Konflikte, erklärt werden, wie der Krieg täglich ausbrechen kann wegens eines Streites zwischen England und Frankreich über irgendeine Detailfrage ihres Vertrages mit der Türkei oder zwischen Amerika und Japan wegen einer unbedeutenden Differenz in einer beliebigen Frage des Stillen Ozeans oder zwischen anderen beliebigen Großmächten wegen Kolonial-, Zoll- oder allgemeinen handelspolitischen Streitigkeiten.

Ich bin der Meinung, daß im Falle des geringsten Zweifels darüber, daß es möglich sein wird, alle Reden gegen den Krieg im Haag zu Ende zu sprechen, wir eine Reihe von schlauen Kniffen ausfindig machen müssen, um wenigstens das Hauptsächliche zu sagen und dann das Nichtgesagte in einer Broschüre herauszugeben. Man muß es darauf ankommen lassen, daß der Vorsitzende die Konferenz abbricht.

Ich glaube, daß zum selben Ziele in die Delegation außer den Rednern, die gegen den Krieg ganze Reden zu halten fähig und verpflichtet sind, das heißt die Hauptargumente und alle Bedingungen der Bekämpfung des Krieges entwickeln, auch noch Kenner aller drei ausländischen Hauptsprachen aufzunehmen wären, die sich mit den Delegierten in Gespräche einlassen und herausbekommen würden, wie weit diesen die Hauptargumente verständlich sind und wie weit die Notwendigkeit besteht, dieses oder jenes Argument oder Beispiel heranzuziehen.

Vielleicht wird in manchen Fragen nur die Heranziehung tatsächlicher Beispiele des vergangenen Krieges eine ernste Wirkung ausüben können. In anderen Fragen wird eine ernste Wirkung vielleicht nur durch die Auseinandersetzung der gegenwärtigen Konflikte zwischen einzelnen Staaten und ihr Zusammenhang mit der Möglichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßens zu erzielen sein. Bezüglich der Bekämpfung des Krieges fällt mir ein, daß seitens unserer kommunistischen Delegierten sowohl in Parlamentsreden wie auch in Reden außerhalb des Parlaments Erklärungen gemacht worden sind, die ungeheuerlich unrichtige und ungeheuerlich leichtsinnige Dinge über den Kampf gegen den Krieg enthalten. Ich glaube, daß ähnlichen Erklärungen, besonders wenn sie schon nach dem Kriege gemacht worden sind, mit aller Entschiedenheit und Schonungslosigkeit entgegengetreten werden soll, und zwar müssen solche Redner beim Namen genannt werden. Man kann die Form der Erwähnung dieser Redner beliebig mildern, besonders wenn es notwendig ist, aber man kann keinen einzigen ähnlichen Fall mit Schweigen übergehen, da eine leichtsinnige Stellungnahme zu dieser Frage so ein Übel ist, daß jedes andere überwiegt, und es ist absolut unmöglich, in dieser Beziehung nachsichtig zu sein.

Es muß unverzüglich alles und jedes Material gesammelt, alle einzelnen Teilfragen, alle Teile der Teilfragen und die ganze „Strategie" auf dem Kongresse müssen ausführlich erörtert werden.

Unsererseits wäre über eine solche Frage nicht nur ein Fehler, sondern eine wesentliche Unvollständigkeit unduldbar.

Politik

Die Parlamentswahlen in Finnland.

Von K. Manner.

** Die Ergebnisse der im April durchgeführten Parlamentswahlen in Finnland sind nunmehr bekannt.

Abgegeben wurden insgesamt 876.000 Stimmen. Von den abgegebenen Stimmen entfielen auf die vier bürgerlichen Parteien (Nationalistische Partei, „Progressive" Partei, Schwedische nationalistische Partei und Agrarbund der Großbauern) zusammen 529.000 Stimmen; bei den letzten Wahlen erhielten sie 519.000 Stimmen.

Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen stieg von 216.000 auf 253.000. Die „Wahlverbände der sozialistischen Arbeiter und kleinen Landwirte" erhielten im ganzen 92.000 Stimmen. Bei den letzten Wahlen erhielt die den erwähnten Wahlverbänden entsprechende sozialistische Arbeiterpartei 128.000 Stimmen.

Wie bekannt, hat die finnländische Bourgeoisie im August 1923 die legale sozialistische, mit dem Kommunismus sympathisierende Partei auseinandergejagt, alle führenden Schichten der Partei, darunter auch die Parlamentsvertreter, am ganzen über 200 Genossen, eingekerkert, ihre Zeitung verboten und ihre Druckerei beschlagnahmt. Auf diese Weise hatten die revolutionären Arbeiter in der Wahlkampagne keine legale Partei. Daher hatte noch die bürgerliche Regierung mit Hilfe jener sozialdemokratischen Führer, die der Bourgeoisie geholfen haben, die legale Partei zu verfolgen und zu zerschlagen, und die nichts getan haben, um die Parlamentsvertreter der Partei aus den Kerkern zu befreien, der Polizei anheimgestellt, die Teilnahme lokaler Organisationen revolutionärer Arbeiter an der Wahlkampagne zu verbieten. Die Kommunistische Partei Finnlands war während der ganzen Zeit zur illegalen Tätigkeit gezwungen. Der gemeinsame Terror der Bourgeoisie, und besonders der Terror vor den Wahlen, bewog einen Teil der Arbeiter dazu, an den Wahlen nicht teilzunehmen.

Nichtsdestoweniger wurden im ganzen Lande Wahlkomitees der sozialistischen Arbeiter und kleiner Landwirte gebildet.

Ungeachtet des großen Terrors, ungeachtet dessen, daß die revolutionären Arbeiter über gar keinen Wahlfonds verfügten und die zur Wahl erforderlichen Mittel aus Arbeitergroschen zusammenbringen mußten, erhielt die revolutionäre Liste dennoch 92.000 Stimmen.

Eine besondere Erwähnung verdient der Umstand, daß bei diesen Wahlen in Finnland die industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter und die kleinen Landwirte zum ersten Male in offener Einheitsfront aufgetreten sind. Unter den 125 Kandidaten der revolutionären Liste gab es eine bedeutende Anzahl selbständiger Bauern und Pächter.

In Finnland geht eine wirkliche Annäherung der Arbeiter und Bauern vor sich. Und das bedeutet sehr viel, da in Finnland 65 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt ist und zum bedeutenden Teil zur Schichte der kleinen werktätigen Bauern gehört.

Es kann die Tatsache nicht geleugnet werden, daß die Sozialdemokratie noch beträchtlichen Einfluß nicht nur unter dem Kleinbürgertum, sondern auch unter den Massen der Arbeiter hat. Freilich stehen in den Städten und in der Mehrheit der wichtigsten Industriezentren ein sehr bedeutender Teil der Arbeiter und in der Mehrzahl dieser Orte fast alle organisierten Arbeiter auf der Seite des revolutionären Flügels, aber trotzdem befinden sich noch immer breite Massen von Arbeitern und anderen Werktätigen, besonders in der Provinz, unter dem ideologischen Einfluß der Sozialdemokratie.

Im allgemeinen muß man der Ansicht sein, daß die finnischen Genossen trotzdem das Gefecht mit der Bourgeoisie gut bestanden haben. Das empfinden auch unsere Klassenfeinde. Von Interesse ist die Betrachtung einer finnischen rechtsgerichteten Zeitung:

„Die Wahlen geben aber auch noch über eine andere Frage Aufklärung. Sie haben bewiesen, daß die unterirdische Tätigkeit und die unterirdische Organisation der Kommunisten bei uns noch sehr stark sind. Die offizielle Wahlkampftätigkeit war eine zersplitterte. Sie hatten nicht regelmäßig erscheinende Zeitungen zur Verfügung, ihre Druckereien waren geschlossen, selbst Agitationsversammlungen konnten sie nicht völlig frei veranstalten. Obgleich die Aufsicht von seiten der Behörden nicht energisch war, waren doch die Möglichkeiten für die Kommunisten beschränkte. Und trotz alledem erhielten die Kommunisten bei den Wahlen ungefähr 92.000 Stimmen. Die unterirdische Tätigkeit ist also recht stark geführt worden. Ohne eine solche Tätigkeit hätten die Kommunisten nicht einmal die Stimmenzahl erhalten, die sie tatsächlich erhielten. Die Gesellschaft wird auch in Zukunft eine unversöhnliche Kampfesstellung gegen sie einnehmen müssen."

Der Kommunismus in Finnland ist weder durch die vieljährige Zusammenarbeit der Bourgeoisie mit den Sozialdemokraten noch durch die Verfolgungen und die gesetzlichen und gesetzwidrigen Kampfesmittel vernichtet. Es wird auch weiterhin absolut nicht gelingen, ihn zu vernichten. Die Kommunistische Partei Finnlands, deren Stellung seit dem letzten Jahre nach dem Aufrufe der Komintern an die revolutionären Arbeiter, sich um sie zu scharen, bedeutend stärker geworden ist, setzt ihre energische unterirdische Arbeit fort, wobei sie immer größere Unterstützung unter den städtischen und ländlichen Massen findet und sich energisch zur proletarischen Revolution vorbereitet.

Deutschland

Der Frankfurter Parteitag der KPD.

Diskussion über die Taktik und die Aufgaben der Partei.

** **Der Vertreter der Exekutive der Kommunistischen Internationale,**

Genosse Iwanow,

geht auf die Frage ein, warum in Deutschland manche Genossen so schwere Bedenken gegen die von der Internationale festgesetzte taktische Linie der Einheitsfront haben. Er glaubt, daß die Erklärung dieser Erscheinung vor allen Dingen in den Fehlern zu suchen ist, die die Rechte bei der Anwendung dieser Linie gemacht hat. Das Referat des Vertreters der Rechten zeigt, daß diese Genossen, die die Verantwortung für die großen Schwierigkeiten tragen, in denen die Partei gegenwärtig sich befindet, noch nicht den ganzen Umfang und die wirkliche Bedeutung ihrer Fehler verstanden haben. In den Thesen, die dem Parteitag von der Rechten unterbreitet worden sind, finden sich

die alten Redensarten über Etappenziele

und die Sachwerterfassung, und die Produktionskontrolle werden dort als solche Etappenziele dargestellt. Was soll das bedeuten? Arbeiter-Regierung mit Zeigner? Produktionskontrolle mit Robert **Schmidt**? Diktatur des Proletariats mit **Noske** und **Scheidemann**? Es ist unzulässig, wenn der Vertreter der Rechten die Schuld seiner Fraktion in der sächsischen Politik von sich auf die Exekutive abzuwälzen sucht. Die alte Zentrale hat die Bedingungen, die in Moskau für den Eintritt in die sächsische Regierung gestellt worden waren, nicht erfüllt; man hat nicht einmal versucht, diese Bedingungen zu erfüllen. Nichts ist davon geschehen, was man in den Anweisungen der Exekutive den Genossen in der sächsischen Regierung empfohlen hat. Die Haltung der sächsischen Minister auf der Chemnitzer Konferenz, die Broschüre **Böttchers** über die sächsische Politik, das alles muß restlos vom Parteitag verurteilt werden.

In der Frage der Einheitsfront stellt Genosse Iwanow fest, daß einzelne **prominente linke Führer** schwere Fehler begehen. Genosse **Scholem** zum Beispiel hat es soweit gebracht, daß er in einem Satz seiner Rede in der Berliner Funktionärversammlung **drei** grobe Fehler begangen hat. Der **erste** Fehler ist, daß die Internationale angeblich zum erstenmal den Kampf gegen die Rechten auf der Januartagung in die Wege geleitet hat. Es ist unzulässig, wenn ein Genosse etwas derartiges in einer Funktionärversammlung vorbringt, während jeder, der die Geschichte der Internationale kennt, wissen muß, daß sie eine Geschichte des Kampfes gegen die rechten Gefahren ist, daß die Kommunistische Internationale in diesem Kampf entstanden und groß geworden ist. Der **zweite** Fehler Scholems ist, die Einheitsfronttaktik abzulehnen; der **dritte**, in dieser Taktik die Fehler und Ursachen aller opportunistischen Gefahren zu sehen. Der Vertreter der Exekutive ist im allgemeinen mit der Kritik mancher linken Abweichungen, wie sie Genosse **Kleine** in seinem Referat vortrug, einverstanden. Die Komintern muß mit einer sehr komplizierten Lage in unserer Partei rechnen. Denn wir haben eine junge Generation, die im Kriege entstanden ist, aus den Erfahrungen des Krieges und der russischen Revolution zum Kommunismus gekommen ist, neben einer zweiten Generation, einer alten, die eine zehnjährige und längere sozialdemokratische Vergangenheit und Erfahrung hinter sich hat. Die Aufgabe der Komintern ist, aus diesen beiden Elementen

eine starke und einheitliche kommunistische, bolschewistische Partei

zusammenzuschweißen. Daraus entstehen Krisen in der Internationale und die Schwierigkeit, die bolschewistische Vorhut in große Massenparteien zu verwandeln.

Man muß sagen, daß die Lage im Oktobre 1923 in Deutschland manche Ähnlichkeit mit der Situation im Sommer 1920 in Italien hatte. In beiden Fällen stand das Proletariat vor der Auseinandersetzung mit der Kapitalistenklasse, in beiden Fällen wich es vor ihr zurück und zog sich eine schwere Niederlage zu. Die italienischen Kommunisten haben nach dieser Niederlage ihre Hauptaufgabe im Kampf gegen **Serrati** gesehen, sie haben dagegen die steigende Kraft des Faschismus ganz übersehen und den Kampf gegen die Faschisten nicht organisiert. Der Fehler darf nicht in Deutschland wiederholt werden. Es darf nicht gesagt werden: lieber eine kleine aber reine Partei.

Wir stehen in Deutschland vor der Frage der

Spaltung in den Gewerkschaften.

Starke Stimmungen in den kommunistischen Reihen sind für den Austritt aus den Gewerkschaften. Man muß diese Stimmung **bekämpfen.**

In bezug auf die Einheitsfronttaktik darf die deutsche Partei nicht die Verpflichtung aufgeben, die sie in Moskau übernommen hat,

die Taktik der Einheitsfront weiterzuführen.

Was hat sich seit jener Zeit in der Lage grundsätzlich verändert? Die Bildung der **Labour Party-Regierung** ist für uns nichts Neues; **Lenin** hat diese Bildung vorausgesagt. Freilich werden wir auf dem V. Weltkongreß gegen reformistische Illusionen kämpfen müssen, die im Zusammenhang mit dieser Bildung in unseren Reihen zum Teil entstanden sind. Aber die Kommunisti-

sche Partei kann erst jetzt dort zu einer großen ernsten Massenpartei werden. **Anders liegen die Dinge in Deutschland.** Es gibt keine Möglichkeit, einen praktischen Grundsatz in bezug auf die Einheitsfronttaktik für alle Länder festzusetzen. In **Deutschland und Bulgarien**, wo die Sozialdemokraten in ihrer Entwicklung zu einem offenen Bündnis mit den Faschisten gelangt sind, darf die Einheitsfronttaktik nur als Sammlung der Massen von unten auf angewendet werden. In anderen Ländern, wo die Kommunistischen Parteien noch sehr schwach sind, muß man andere Methoden anwenden. Das will aber nicht besagen, daß dort reformistische Methoden angewendet werden sollen. Die kleinen Parteien müssen gehen lernen, sie müssen ihre ideologische Weiterentwicklung mit der Entwicklung zu großen führenden Massenparteien verbinden. Der Genosse Iwanow zeigt an Beispielen aus der russischen Revolution, wie Lenin die Einheitsfronttaktik auch von oben angewandt hat — wie er sie mit der Einheitsfront von unten verband — immer, um unseren Gegnern einen Schlag zu versetzen, ohne in unsere Reihen Desorganisation hineinzubringen.

Die Abneigung gegen die alte taktische Linie, insoweit die Vergangenheit der Partei Niederlagen gebracht hat, ist verständlich. Aber man muß sich fragen, ob diese Abneigung ein Ausdruck revolutionärer oder nur einer verzweifelten Stimmung ist. Im letzten Falle muß sie rücksichtslos bekämpft werden. Wir dürfen nicht hinten am Schwanz der Massen gehen, sondern wir müssen uns führend betätigen, wir müssen die Massen aus ihren schlechten Stimmungen herausreißen. Es geht zum Beispiel nicht, daß man sich den Stimmungen der Massen in der Gewerschaftsfrage ohne weiteres anpaßt.

Auf die Einwendungen, daß man kein Beispiel guter Anwendung der Einheitsfronttaktik geben könne, muß man erwidern, daß dies erstens unrichtig ist, man kann solche Beispiele geben, daß der Einwand zweitens an und für sich nichts beweist. Schlechte Anwendung des Parlamentarismus, schlechte Arbeit in den Gewerkschaften besagen noch gar nichts gegen die Richtigkeit unserer parlamentarischen, unserer Gewerkschaftstaktik.

Auch die Ablehnung der Arbeiter-Regierung als solche ist falsch. Die sächsische Regierung war schlecht. Aber eine gute Arbeiter-Regierung kann nur als Produkt der aufsteigenden revolutionären Welle entstehen. Da man noch kein Beispiel einer guten Revolution in Westeuropa geben kann, kann man auch nicht ein Beispiel einer guten Arbeiter-Regierung geben.

Zu der

Organisationsfrage

führte Genosse Iwanow aus, daß es unwahr ist, als ob die Bolschewistische Partei immer nur mit starker Faust und disziplinarischen Mitteln jede Opposition bekämpft hätte. Selbstverständlich hat die RKP. es verstanden, wenn es nötig war, fest vorzugehen. Aber Lenin verstand, wenn es nötig war, wenn das im Interesse der proletarischen Revolution lag, auch Konzessionen zu machen. Die deutsche Partei ist schon eine große Massenpartei, sie enthält schon verschiedene Strömungen. Er muß das Geheimnis verraten, das er selbst in einer Fraktionssitzung der Linken gehört hat, wie die führenden Genossen dieser Strömung in einer sehr scharfen Weise gegen die „ultralinken" Abweichungen polemisiert haben. Und wenn man auf eine Wagschale einen Ultralinken, auf die andere einen Zentrumsmann legen würde, so würde dieser überwiegen, weil er mehr Parteierfahrung und marxistische Schulung hat. Die Parteileitung muß verstehen, gute marxistische Elemente des Zentrums aufzusaugen, so daß keine Fraktionen entstehen. Die Kommunistische Internationale aber wird die Mehrheit des Parteitages, die Leitung, die diese der Partei geben wird, restlos unterstützen, wenn sie ihr auch kameradschaftliche Kritik nicht sparen wird. Übrigens denkt Genosse Iwanow, daß die ultralinken Abweichungen in der Parteileitung den notwendigen Widerstand finden, daß die Fraktionen nach dem Parteitag liquidiert werden. Die Kommunistische Internationale hat volles Verständnis für die schwierige Lage der deutschen Partei, sie wird ihr auch ihre uneingeschränkte Unterstützung angedeihen lassen.

Ein Vertreter der holländischen Partei

ergreift darauf das Wort, um richtigzustellen, daß in der holländischen Partei keine Illusionen in bezug auf die Regierung Macdonalds genährt und verbreitet werden. Die Behauptung beruhe auf einer irrtümlichen Auslegung eines Artikels des Genossen Ravenstein, die seinem wirklichen Sinne nicht gerecht werde.

In der Diskussion über Punkt 2 und 3 der Tagesordnung erhielt als erster Redner das Wort

Leo: Die Behauptung des Referenten, daß das EK. sich gewandelt habe, ist falsch. Die linken Abweichungen sind durch rechte Abweichungen ausgelöst. Rechte Gefahren sind etwas ganz anderes als linke Gefahren. Rechte Abweichungen sind viel gefährlicher. Sie führen zu einem Bündnis mit dem Klassengegner, während linke Abweichungen nur den Kampf hemmen.

U. aus Niederrhein: Die Charakterisierung der Mittelgruppe, wie sie der Referent der Rechten gegeben hat, war im allgemeinen richtig. Aber die Absicht, die Gegensätze, die zwischen Mitte, Links und Rechts bestehen, zu verwischen, darf ihm nicht gelingen. Seine Rede zeigt, daß er nichts gelernt hat. Seine Darstellung war auch unrichtig. Er hat die Kämpfe gebremst zuerst mit dem Argument, daß die KPD. zu schwach war, später, weil man bis zum Entscheidungskampf warten sollte. Die gewaltigen Kämpfe der Arbeiterschaft sind Symptome neuer Zuspitzungen. Wir müssen diese Kämpfe organisieren und weitertreiben. Der Kampf um die Macht wird aber einen anderen Charakter haben, als er es im Oktober gehabt hätte. Die internationalen Zusammenhänge werden viel stärker sein.

Liechtenstein: Die Partei ist gefestigter und stärker als in früheren Zeiten. Die Hauptfrage ist,

wie gewinnen wir die Massen?

Wir müssen die Methode der Einheitsfront weiter anwenden. Wir dürfen den Fehler des Vereinigungsparteitags, den Glauben, allein Kämpfe führen zu können, nicht wiederholen. Die Einheitsfronttaktik hat uns zum Proletariat geführt. Ein Jahr nach der Märzaktion hatten wir zu verzeichnen, daß zehnmal so viel Arbeiter für uns bei den Wahlen stimmten, als wir Mitglieder haben, jetzt zwanzigmal so viel.

Müller-Berlin: Es muß eine Abrechnung mit der Vergangenheit gemacht werden. Der rechte Referent hat alles als ein Mißverständnis hingestellt. Es hat sich für ihn herausgestellt, daß die Berliner Opposition die Berliner Organisation gewesen ist, und nicht eine Querulanten- und Intellektuellenklique. Der Referent hat alles etwas spät „eingesehen". Hätte er gesehen, was die Linke ist, so wäre er mit ihr eine Koalition eingegangen, sagt er; da er es aber nicht eingesehen hat, hat er gegen sie einen erbitterten Kampf geführt. Wenn eine Führung solchen Mißverständnissen unterliegen kann, ist sie allerdings zur Führung nicht geeignet. Es ist notwendig, möglichst

positiv und konkret die politische Linie herauszuarbeiten.

Ich glaube, daß die Linie, wie sie in den Thesen der Parteitags**mehrheit** niedergelegt ist, richtig ist. Die Thesen der **Minderheit** zu den Aufgaben, die uns Lichtenstein hier empfohlen hat, sind ein Mischmasch von allem möglichen. Der Referent der Mittelgruppe hat hier eine Menge Material, als Beweis für das Vorhandensein starker KAPD.-Stimmungen hervorgebracht. Merkwürdigerweise ist dieses Material fast übereinstimmend mit dem im Brief Sinowjews verwendeten Material. Wir werden antibolschewistische Abweichungen keinesfalls dulden. Es ist verwunderlich, daß durch die schweren Fehler der Partei nicht stärkere Überspannungen nach links entstanden sind, als es tatsächlich der Fall ist. Aber man muß auch diese geringen Abweichungen korrigieren. Wo versucht werden wird, unter scheinbar linker Tendenz eine Politik zu propagieren, die gegen die Richtlinien der Komintern in alten, feststehenden Fragen verstößt, werden wir mit aller Energie entgegentreten.

Zur Losung der Arbeiterregierung.

Für Deutschland verlangt sie ja kein Mensch mehr als Losung. Außerhalb Deutschlands kann sie als revolutionäre Agitationslosung verwendet werden für einen Zustand, wo die politischen Arbeiterräte beginnen, politische Rechte an sich zu reißen.

Wenn die Genossen von der Mittelgruppe mitarbeiten werden, die Partei zu einer einheitlichen machen und nach den hier beschlossenen politischen Richtlinien arbeiten werden, werden wir uns schnell verständigen. Die Linke, die jetzt die Führung übernimmt, wird die Methoden, wie sie von der früheren Parteimehrheit angewendet wurden, nicht nachahmen. Wo in einer Frage abweichende Meinungen vorhanden sind, werden wir mit den Genossen darüber diskutieren. Wir wollen versuchen, mit allen Bezirken den engsten Kontakt aufrechtzuerhalten. Überall in allen Bezirken sind in unseren Reihen gute revolutionäre Arbeiter. Die Partei wird aber nicht einheitlich gemacht dadurch, daß Parteizeitungen eine schäbige Polemik in verschiedenen Fällen gemacht haben. Die Delegierten der Parteiminderheit fordere ich auf, in ihre Bezirke nicht so zurückzukehren, wie sie vielfach hierher gekommen sind. Wir wollen Schluß machen mit den Fraktionen. Erst, wenn der nächste Parteitag feststellen kann, daß es uns gelungen ist, eine einheitliche Kommunistische Partei zu schaffen, können wir feststellen, ob unser Werk gelungen ist.

Berger (v. d. früh. Mehrheit): Im Mittelpunkt der Diskussion steht die Frage, welche Methoden wir anwenden müssen. Nach wie vor ist unsere Aufgabe: die Eroberung der Mehrheit. Der Referent hat zur Einheitsfronttaktik nicht klar Stellung genommen, sondern aufgezeigt, daß die Schwäche der KPD. in Westeuropa dazu geführt hat, daß die Einheitsfronttaktik fehlerhaft und mangelhaft möglich wurde. Wenn im Referat die Konsequenz aus dieser Auffassung nicht gezogen wurde, so hat der Genosse Korsch in einer Artikelserie zum Parteitag diese Konsequenz gezogen. Die Partei muß verlangen, daß von der Linken eine klare Antwort gegeben wird, ob die Konsequenz, die Korsch zieht, richtig ist oder nicht. Meiner Auffassung nach ist sie falsch. Gewiß sind die Parteien in Westeuropa noch keine guten Kommunistischen Parteien, aber nur durch die Erfahrungen der **praktischen** Anwendung der Einheitsfronttaktik können sie lernen, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen. Es ist eine starke Stimmung vorhanden, auch die Einheitsfronttaktik von unten abzulehnen. Diese Furcht hat dazu geführt, daß wir in Remscheid bei den Betriebsrätewahlen eine Reihe von Betrieben verloren haben, weil eine Anweisung kam, nur Kommunisten und keine mit uns sympathisierenden Sozialdemokraten auf die Liste zu setzen, so daß vielfach infolge der Säuberung der Betriebe keine Listen aufgestellt werden können.

Sch. aus Erzgebirge-Vogtland: Im Referat wurde die Frage gestellt, warum die Delegationen verschiedener Bezirke zur Mittelgruppe stehen. Die Rechte hat hier versucht, den Bezirk Erzgebirge-Vogtland für ihre Politik in Anspruch zu nehmen, aber der Bezirk steht nicht zu ihr. Eine ungeheure Mißstimmung besteht über das Versagen der Partei; nicht wegen der Politik, sondern trotz der Politik **Brandlers** ist der Bezirk geschlossen und stark geblieben.

Die **Einheitsfronttaktik** hat uns den Erfolg gebracht, daß wir an die Massen herangekommen sind. Wir müssen wieder die

Einheitsfrontorgane

schaffen durch die **Arbeit in den Betrieben.** Mit der Perspektive der Parteimehrheit sind wir völlig einverstanden, wir werden auch nicht dulden, daß die Partei nach rechts geworfen wird. Die Opfertheorie macht die Genossen mißtrauisch, denn sie sind bereit, zu kämpfen.

Die sächsischen Kommunisten haben mit der Stellungnahme der Delegation am vierten Weltkongreß zum Eintritt in die Sächsische Regierung **nichts zu tun.**

Theodor (von der früheren Mehrheit): Die Grundlage unserer Politik und Taktik muß die Analyse der komplizierten Weltlage und nationalen Lage sein. Diese Analyse scheint mir in den Thesen der Parteimehrheit nicht genügend erfolgt. So dürfen wir an der

Agrarkrise,

die eine Fülle von neuen Erscheinungen in sich trägt, nicht vorbeigehen.

In der Mittelgrppe sind verschiedene taktische Strömungen vorhanden. Während der Referent der Mittelgrppe in seinem Referat die Linksgefahr hervorhob, hat Leo hier die Rechtsgefahr als die größere und entscheidendere bezeichnet. Die Mitte sieht erst heute die linke Gefahr, auf die wir seit Monaten aufmerksam gemacht haben. Die Linksentwicklung in der Partei ist seinerseits ein Fortschritt zu größerem Selbstbewußtsein der Parteimitglieder.

Die größte Gefahr besteht bei den neuen Aufgaben.

Die Liquidierung der Sozialdemokratie

ist nur möglich, wenn wir einen überragenden Einfluß auf die Arbeitermassen haben. Auch die Bekämpfung des Faschismus ist nicht in genügendem Maße erfolgt. Bestimmte vereinzelte antisemitische Unterströmungen sind bei uns vorhanden. Diese müssen auf das schärfste bekämpft werden. Nur die Erfahrung wird zeigen, ob die neue Leitung besser arbeiten wird als die alte Leitung.

Reittler-Berlin: Mit dem Exekutivkomitee müssen wir in engster Fühlung zusammenarbeiten. Der Genosse Iwanow hat erklärt, daß das EK. in allen Schwierigkeiten die neue Leitung unterstützen wird. Aber mit Diplomatie kommt man darüber nicht hinweg, daß eine gewisse Wendung gegenüber dem Januar eingetreten ist. Im Januar hat man eine Kritik an der Linken abgelehnt und erklärt, der Feind steht rechts. Der Brief Sinowjews zeigt aber eine Verschiebung der Anschauung und die Tendenz: der Feind steht links. Was ist neues seit Januar geschehen? Es ist nichts anderes geschehen, als daß wir die Mehrheit erkämpft haben. Auch der Genosse Iwanow ist in einzelnen Fragen von dem abgewichen, was im Januar festgelegt wurde. In der Moskauer Plattform wurde ausdrücklich festgelegt, daß die Arbeiterregierung nur ein Synonym der proletarischen Diktatur ist, daß die Einheitsfront nicht mehr sein kann, als Methode der revolutionären Agitation. Wenn die Einheitsfronttaktik im Sinne der Betriebsrätetaktik verlangt wird, dann sind wir dafür. Wenn aber die Einheitsfronttaktik der Sachsenpolitik gemeint ist, müssen wir das als falsch ablehnen. Was die einzelnen Vorwürfe gegen uns anbetrifft, so hätte man sich darüber erkundigen können.

H. aus Erzgebirge-Vogtland: Ich möchte erklären, daß die Mittelgruppe kein Interesse daran hat, daß die Linke zerfällt, im Gegenteil dafür, daß sie sich konsolidiert, allerdings auf dem Boden der Moskauer Vereinbarungen. Wenn hier Theodor den Referenten der Mittelgruppe gegen Leo ausspielen will, dann wird dieser sicherlich mit allem Nachdruck betonen, daß die Mittelgruppe auch in Deutschland die rechten Gefahren sieht. Die zweite Voraussetzung für die Liquidierung der Fraktionen ist eine Auseinandersetzung mit der Linken und den linken Abweichungen. Die Perspektive der Parteimehrheit ist eine zu lange. Es fehlt auch der Hinweis auf die Situation in Frankreich, wo eine Diktatur der Schwerindustrie bevorsteht. Der Parteitag muß für die deutsche und französische Arbeiterschaft ein Signal geben.

S. aus Frankfurt-Hessen: Die Moskauer Plattform war eine Verständigung zum Zwecke des Kampfes gegen die Rechte. Wenn die linke Opposition nicht bestanden und die Führung erobert hätte, wäre die Partei zerschlagen worden. Nur durch das Aufzeigen der Fehler durch die Linke konnte das Vertrauen der Massen aufrechterhalten werden. Die Einheitsfronttaktik ist nicht ein Grundsatz, sondern ein bestimmtes taktisches Manöver. Wir werden die Frage der Einheitsfronttaktik auf dem V. Kongreß so stellen, daß sie den kommunistischen Parteien nicht als Verhandlung mit den Spitzen empfohlen wird, sondern als Agitationsmittel für Forderungen, um die gemeinsam mit den Arbeitern gekämpft werden soll.

Der Vertreter des EK. hat bei der Besprechung der Frage der Arbeiterregierung die Verhältnisse in Deutschland mit 1905 und 1917 in Rußland verglichen. Aber die VSPD. vom Jahre 1923 ist nicht die Partei der Menschewiki von 1905.

Die deutschen Sozialdemokraten sind Konterrevolutionäre,

die sich in vielen Abspaltungen von jedem revolutionären Kampf getrennt haben. Den Charakter der Sozialdemokratie, einer bewußt konterrevolutionären Partei, sie darf man nicht mit den SR. verwechseln, die sich nicht klar waren über den Charakter der bürgerlichen Revolution. Was die Frage der Einheitsfronttaktik von unten betrifft, so steht ja klar in unserer Resolution, daß wir sie anwenden wollen. Die deutsche Revolution kann aber nicht losgelöst werden von der europäischen Revolution. Wir müssen daher in der nationalen Frage eine klare internationale Propaganda führen, indem wir sagen, daß die Arbeiterklasse nur befreit werden kann, wenn wir einen internationalen Klassenkampf führen.

Hader (von der früheren Mehrheit): In breiten Kreisen der Mitgliedschaft ist die Anschauung verbreitet, als ob wir ein Bündnis mit der VSPD. angestrebt hätten und der Ansicht gewesen wären, auf friedlichem Wege die Macht für die Arbeiterklasse zu gewinnen. An unserem Eintreten für die proletarische Diktatur kann aber doch kein Zweifel sein. Es sind fast alle Genossen, die 1912, 1914, während des Krieges, 1918/19 gegen die demokratisch friedlichen Anschauungen gekämpft und mit allen Mitteln für die Diktatur des Proletariats eingetreten sind. Durch die Methode der Einheitsfronttaktik wollten wir die proletarische Diktatur beschleunigen. Der größte Fehler der alten Zentrale scheint mir in der Beurteilung der Bedeutung des Ruhrkonflikts zu liegen.

Aus dieser falschen Einschätzung ergeben sich eine Reihe von Fehlern. Die Folgerungen der Fehler haben wir zum größten Teil in den Thesen des Zentralausschusses vom November selbst gezogen und erklärt, daß die Einheitsfront nur von unten in Frage käme und die politische Hauptlosung „die Diktatur des Proletariats" sein muß. Wenn die Grundsätze, die **Müller** hier entwickelt hat, durchgeführt werden, so ist das gut.

Georgi: Von rechts und von links wird behauptet, daß die Mittelgruppe keine Existenzberechtigung als Gruppe besitze. Gewiß müssen die Fraktionen liquidiert werden, aber das hängt nicht allein von Beschlüssen ab, sondern auch von der Politik, die die Mehrheit der Partei einschlagen wird. Wir werden innerhalb der Partei für die Linie, wie sie von der Moskauer Konferenz, von der Exekutive, vorgezeichnet wird, kämpfen.

In den Thesen der Parteitagsmehrheit wird nicht gesagt, wie die Aufgaben der Partei durchgeführt werden sollen.

M. aus Württemberg: Die Frage der Perspektive und der Taktik ist die wichtigste. Was von verschiedenen Rednern hier gesagt wurde, bedeutet ein Ankämpfen gegen den III. Weltkongreß. Gegenüber dem, was S. gesagt hat, möchte ich betonen, daß Frankfurt sehr schwach war und erst durch die Anwendung der Einheitsfronttaktik stärker geworden ist. Durch die Taktik der Einheitsfront haben wir die Arbeiter von der VSPD. abgezogen und dazu gebracht, mit uns überparteiliche Organe zu bilden. Wenn hier gefragt wird, welche Rolle und Aufgabe die Mittelgruppe hat, so kann man bei der Art, wie der Kampf von links und rechts geführt wird, sagen, daß die Mittelgruppe ein zweites Heidelberg verhindert hat.

Sch. aus Berlin: Die Umstellung der Partei darf kein Fraktionsmanöver sein. Die Partei muß umgestellt werden, aber sie muß sich dagegen wehren, daß man durch organisatorische Umstellungen die Partei nach rechts abbiegen will. Der Kampf gegen die „Ultralinke" soll nur einen Kampf gegen die Linke überhaupt verdecken. Die Linke hat allen Angriffen standgehalten, sie wird jetzt Außenseiter abstoßen. Aber sie wird sich dagegen wehren, wenn man scheinbar gegen die Außenseiter ankämpft, aber tatsächlich gegen die gesamte Linke kämpft. Zur Umstellung auf die Betriebszellen möchte ich betonen, daß gerade wir in Berlin, wie sich im Cuno-Streik gezeigt hat, die engste Fühlung mit den Betrieben und Betriebszellen gehabt haben. Zur Darlegung der nächsten Aufgaben beantrage ich einen Aufruf des Parteitages, weiter beantrage ich eine Sammlung für die Ludwigshafener Arbeiter, die nach fünf Wochen schwersten Kampfes, den sie ohne jede Unterstützung führen müssen, ungebrochen dastehen.

Ein Antrag auf

Schluß der Debatte

wird angenommen.

Vor den Schlußworten wird nur einer **Vertreterin des Reichsfrauensekretariats** das Wort gegeben.

Diese weist hin auf die starke Veränderung und Politisierung, die sich unter den proletarischen Frauen vollzogen hat. Die Partei hat zu wenig Aufmerksamkeit der Arbeit unter den Frauen geschenkt, wenngleich in verschiedenen Bezirken sich die Haltung bereits geändert hat. In Zukunft muß mit aller Kraft die Arbeit unter den Frauen durchgeführt werden, schon im Hinblick darauf, daß die Völkischen bei Wahlen ihre stärkste Stütze unter den Frauen haben.

Nach Abschluß der Diskussion über die Taktik und Aufgaben der Partei erhält

das Schlußwort

als erster der Korref. der früh. Mehrheit. Der Vorwurf, daß wir uns über die entscheidenden Fragen des Oktober ausgeschwiegen haben, ist unberechtigt. Man muß aus den Fehlern, die gemacht wurden, lernen und die Einheitsfronttaktik besser anwenden. Ich vermisse die **konkreten Vorschläge**, wie im einzelnen die Aufgaben der Partei durchgeführt werden sollen. Es fehlt die Behandlung der Frage, wie

die Verbindung der Parlamentsfraktionsarbeit mit den Massenaktionen

hergestellt werden soll. Gerade das macht uns mißtrauisch für Euer Bekenntnis zur Einheitsfronttaktik.

Auch die **Form** der Bekämpfung der Völkischen und der VSPD. ist nicht genügend herausgearbeitet. Wir konnten in den Thesen des Zentralausschusses vom November nur die allgemeine Linie vorzeichnen, während man jetzt natürlich nach einigen Monaten mehr und konkreter sagen muß. Die Partei hat nicht genügend verstanden, den Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag, gegen die Nöte des Kleinbürgertums so zu führen und mit dem Klassenkampf der Arbeiterschaft zu verbinden, daß es den volkischen Demagogen unmöglich gemacht worden wäre, die Kleinbürger für die Konterrevolution zu gewinnen und zu organisieren. Man kann gewiß nicht sagen, ob die Entwicklung schnell oder langsam gehen wird, aber für beide Fälle muß man einen Plan haben.

Ich stimme darin mit einigen Rednern der Mittelgruppe überein, daß die Fraktionen erst endgültig liquidiert sind, wenn wir ideologisch klar zu einer Partei zusammengeschlossen sind. Es muß auch mit der Hetze gegen die opportunistischen Entgleisungen Schluß gemacht werden. Entweder sind wir tatsächlich diese Demokraten oder Sozialdemokraten, dann ist es Eure Pilicht, uns aus der Partei auszuschließen. Oder es stimmt nicht; dann muß diese Art der Parteiauseinandersetzungen aufgegeben werden. Die Partei hat die rechten Tendenzen in der Levi- und in der KAP.-Krise sehr schnell überwunden. Wir müssen weiter gefährliche opportunistische wie gefährliche linke Tendenzen bekämpfen.

Der Korreferent der Mittelgruppe

führte folgendes aus: Die Galle, mit der die Rechte gegen uns aufgetreten ist, beweist die Linksentwicklung der Mittelgruppe. Von den Rechten wird gesagt, daß die Partei noch nicht die geschlossene Avantgarde war. Die Partei war aber besser als die Führung. Sie sagen weiter, daß man Rückzugsstrategie lernen muß. Aber man hat im Oktober überhaupt keinen Rückzug durchgeführt. Die Überreste der sozialdemokratischen Einstellung sind durch eine liquidatorische Rechte im Jahre 1923 zum Durchbruch gekommen. Wenn auch diese Liquidatoren überwunden sind, so bestehen die rechten Gefahren weiter.

In den Thesen des Pol. Bureaus der Berliner Bezirksleitung vom Januar kommt aber ein **fatalistischer Standpunkt** zum Ausdruck, der bekämpft werden muß. Nicht alle Gefahren kommen, wie **Müller** meint, von der Einheitsfronttaktik! Aus fraktionellen Gründen hat er die KAP.-Tendenzen nicht genügend stark abgelehnt. Manche Genossen lehnen völlig die Einheitsfronttaktik ab und verstehen sie nicht so, wie Müller sie dargestellt hat. Es ist vollkommen verkehrt, der Mittelgruppe so entgegentreten zu wollen, daß man erklärt, daß man sie kaput schlagen wird. — Es kommt darauf an, die nächsten Jahre gemeinsam zusammenzuarbeiten, die Aufgaben und die Kämpfe durchzuführen.

Dann erhält das Schlußwort der

Referent der Parteitagsmehrheit.

Die Debatte hat mich und wahrscheinlich eine Reihe anderer Genossen auch nicht befriedigt. Die **Rechten** haben hier versucht zu beweisen, daß sie nicht getan haben, was sie tatsächlich getan haben. Die Rechten haben immer noch nicht begriffen, daß ihre revisionistische Taktik und Praxis zur Niederlage führen muß, daß sie **Lenins Staatstheorie** revidiert haben. Ihre Fehler lassen sich auch nicht wegwaschen durch zehn Jahre revolutionärer Arbeit in der Arbeiterbewegung. Die Entscheidung der Parteimitglieder geht dahin, den Kampf gegen die rechten Strömungen aufzunehmen, im politischen Sinne die Partei zu reinigen, mit der ganzen Theorie und Praxis der Leipziger Beschlüsse zu brechen.

Die **Mittelgruppe** will ihre Existenzberechtigung damit beweisen, daß sie vorgibt, der Damm gegen die Linksgefahren zu sein. Die Tatsache, daß die Mittelgruppe für den Leipziger Parteitag organisatorisch verantwortlich ist, darf nicht vergessen werden. Ihre Schwankungen geben uns keine Garantie dafür, daß sie bei ihrem heutigen Standpunkt stehen bleiben wird. Durch ihren jetzigen Kampf gegen die KAP.-Tendenzen will sie die moralische Niederlage, die sie bei den Parteiauseinandersetzungen erlitten hat, auswetzen. Was hat sich denn seit dem Januar Entscheidendes ereignet, daß die Kampffront nicht mehr gegen rechts, sondern gegen links aufgerichtet werden muß? Gerade die Mittelgruppe wandte sich gegen die Rechte und erklärte, daß man nur eine Kampffront gegen die Opportunisten haben müsse. Die KAP.-Tendenzen sind jetzt nicht gefährlicher als im Januar. Der Partei droht keine ernsthafte Gefahr durch linke Gefahren, wenn sie sich konsolidiert. Die Mittelgruppe wird sich entweder auf unseren Standpunkt stellen oder aber den Kampf um einzelne Organisationsfragen führen und politisch den Standpunkt der Rechten beziehen müssen.

Unsere Aufgabe ist es nach wie vor,

die Mehrheit des Proletariats zu gewinnen.

Der **Leipziger Parteitag** wollte die Massen gewinnen durch Annäherung an die Sozialdemokratie, durch Kampfziele auf dem Wege der Demokratie, auf der Linie der Zwischenstufen. Wir müssen die Tageskämpfe führen, Einheitsfrontorgane von unten schaffen und die Tageskämpfe mit den politischen Losungen verbinden.

Wir wissen, daß die Mitgliedschaft in einem viel stärkeren Ausmaße noch als die Delegierten hinter der Mehrheit des Parteitages stehen. Niemandem soll die Möglichkeit der Vertretung seiner politischen Ansicht genommen werden. Aber durch die Vorgabe des Kampfes gegen alle möglichen Gefahren entsteht kein Anspruch auf Bildung neuer Gruppierungen. Die Partei muß zu einer einheitlichen und geschlossenen gemacht werden.

Der **Exekutivvertreter Genosse Iwanow** ergreift das Wort, um in einer kurzen Erklärung gegen den Genossen S. aus Frankfurt-Hessen zu polemisieren. Der Genosse S. antwortet kurz darauf.

Resolution über:

„Die nächsten Aufgaben der KPD."

Einstimmig angenommen.

A. Die Periode, für die die nächsten Aufgaben gestellt werden.

Lage der Arbeiterklasse.

** 1. Die Bourgeoisie hat mit Hilfe der Sozialdemokratie den Achtstundentag geraubt, die Löhne reduziert, die Koalitionsfreiheit und die Rechte der Betriebsräte eingeschränkt. Die Niederlage hat das Proletariat zurückgeworfen. Millionen hungernden Arbeitsloser stehen den Arbeitenden gegenüber, so daß die große Gefahr der Spaltung der Arbeiterklasse in Arbeitende und Arbeitslose besteht. Gleichzeitig spalten sich die Arbeitenden in eine Schicht von relativ gut verdienenden, zu zünftlerischen Gruppierungen neigenden Arbeiteraristokraten und in die breite Masse der auf Hungerlöhne gesetzten Industrie- und Landarbeiter.

Beginn der neuen Sammlung.

Aber das Proletariat beginnt sich wieder zu sammeln (Metallarbeiterstreik im Rheinland, der Arbeiter der chemischen Industrie, Hafen- und Werftarbeiterstreik, Eisenbahnerstreik, die Anfang 1924 einsetzten), zeigen an, daß das Proletariat beginnt, sich zu sammeln zur Rückeroberung der verlorenen Positionen. Dieser Beginn ist noch schwach, nicht genügend organisiert. Eine der ersten Aufgaben der KPD. ist es, diese Sammlung zu **organisieren**, ihr politische Ziele und organisatorische Stützpunkte zu geben. Die erste und vornehmste Aufgabe der Partei ist es somit, die Zeit, die das Proletariat braucht, um sich nach der Niederlage zu sammeln, so zu nutzen, daß die Massen hinter der Führung der KPD. kommen. Das kürzt die Zeit dieser Sammlung ab, wird aber andererseits nur dadurch erreicht, daß die KPD. dem Proletariat die Wege zu dieser seiner Sammlung als Klasse weist. Schon diese Wirtschaftskämpfe führen zu Konflikten mit dem bürgerlichen Staat und können jederzeit in politische Machtkämpfe umschlagen.

Ihre Aufgaben führt die KPD. durch, um die Revolution zu organisieren. Die KPD. organisiert andererseits die Revolution, indem sie diese Aufgaben löst.

Politisierung der Wirtschaftskämpfe.

2. Die KPD. muß allen wirtschaftlichen Kämpfen politischen Inhalt geben. Die Kommunisten müssen sich an allen Wirtschaftskämpfe sind für die KPD. Vorbereitungskämpfe des po- müssen alle Wirtschaftskämpfe vorbereiten, auszulösen versuchen und organisieren. Die KPD. muß die **reformistischen** Illusionen zerstören, als ob heute im Rahmen des Kapitalismus oder gar mit parlamentarischen Mitteln die Lebenslage des Proletariats entscheidend geändert werden könnte. Die Kommunisten müssen in vorderster Reihe um die Verbesserung der Lebenslage des Proletariats kämpfen. Aber sie müssen der Arbeiterklasse klar sagen, daß ihr dieser Kampf nur insofern Verbesserungen bringen kann, als er den Kapitalismus erschüttert und zu weiteren revolutionären Kämpfen führt. Die Wirtschaftskämpfe sind für die KPD. Vorbereitungskämpfe des **politischen** Machtkampfes. Dieses Bewußtsein hat die Partei im Kampfe den breitesten Massen beizubringen. Die KPD. muß gleichzeitig die völkischen Illusionen zerstören. Die Völkischen lehnen den Klassenkampf ab und suchen durch demagogische Redensarten von „Volks-, Werks- und Rassengemeinschaft" das Proletariat vom Klassenkampf fernzuhalten. Die KPD. muß deshalb in den kommenden Kämpfen neben den Reformisten auch die Völkischen absolut erledigen, indem sie zeigt, daß sie mit ihrer „Werksgemeinschaft" nur Streikbrecher für die Klasse der Bourgeoisie sind, die „Volksgemeinschaft" als Gemeinschaft mit den brutalsten Ausbeutern gegen die Ausgebeuteten betätigen und erst recht auf der Seite der Bourgeoisie stehen, so wie die Kämpfe politischen Inhalt bekommen. Nur durch solche Propaganda, aber auch durch Heranziehung „völkischer" Arbeiter wie auch anderer (Christliche, Hirsch-Dunckersche) werden die Arbeiter zu Klassenkämpfern gemacht werden können. Aber im Rahmen des Kapitalismus gibt es keinen garantierten Achtstundentag, keinen auch nur zur bescheidensten Lebenshaltung ausreichenden Lohn, keine Sicherheit vor Massenarbeitslosigkeit. Erst der Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der proletarischen Diktatur geben der Arbeiterklasse die Möglichkeit, wirtschaftliche Sicherungen zu erhalten. Die Eroberung der politischen Macht, der Sturz der Bourgeoisie ist aber nur möglich, wenn die KPD. in den Tageskämpfen die Massen zum Angriff auf die Bourgeoisie sammelt. Die KPD. aktivisiert durch die Tageskämpfe die Arbeiterklasse und bildet so die proletarische Massenarmee zum Sturm auf die Bourgeoisie aus. Würden die aktivsten Teile des Proletariats und seine Vorhut, die Kommunistische Partei, diesen Kämpfen abwartend gegenüberstehen oder sich nicht an ihnen beteiligen, so würde nicht nur der Tag der Befreiung der Arbeiterklasse in die Ferne gerückt werden, sondern ein solches Verhalten würde geradezu objektiv gegenrevolutionär sein.

Die Richtung, in die die Kämpfe zu drängen sind.

Aber die Kommunisten müssen gleichzeitig diese Tageskämpfe so führen, daß auch der alltägliche Kampf in die Richtung auf die Machteroberung gedrängt wird, selbst dann, wenn seine Tagesziele eng begrenzt sind. In dieser Kette von Kämpfen gilt es, bestimmte Voraussetzungen für den entscheidenden Machtkampf zu schaffen. Solche Voraussetzungen sind:

a) Gewinnung der Mehrheit der ausschlaggebenden Schichten des Proletariats für den Kampf um die politische Macht,

b) Vernichtung des Einflusses der reformistischen Führer sowie des Einflusses völkischer Demagogen auf die proletarisierten Mittelschichten,

c) Bewaffnung des Proletariats,

d) Beginn der Arbeiterkontrolle der Produktion,

e) Schaffung von politischen Räten.

In diesen Kämpfen schafft die KPD. nicht nur die Führung der Kaders der Revolution und gewinnt die Mehrheit des Proletariats, sondern wird selbst zur eisernen, geschlossenen, einheitlichen Massen- und Führerpartei der Revolution zusammengeschmiedet.

B. Die Hauptaufgaben.

a) Konsolidierung der Partei.

Die ganze Partei wie jedes einzelne Mitglied müssen es lernen, sich als die einzige Kraft zu fühlen, die das Proletariat organisiert und zum Siege führt.

Die KPD. organisiert die Revolution, sie muß es immer tun, ob die Revolution näher oder ferner ist, täglich oder stündlich. Das muß das feste Bewußtsein der ganzen Partei sein.

Das erfordert einen vollkommenen Bruch mit der ganzen Ideologie der vorangegangenen Periode, wo die falsche Anwendung der Einheitsfronttaktik die Partei mit Schwächegefühl erfüllt hat und wo die KPD. sich selbst für eine Partei neben anderen ansah. Die KPD. ist die Partei des Proletariats. Sie ist stark genug, das Proletariat in den Machtkampf zu führen, so wie es die Situation gestattet. Wenn sie die Einheitsfront von unten organisiert, tut sie das, um die großen Massen des Proletariats in Kämpfe zu führen, und nicht, weil sie „allein", ohne die anderen Parteien als Verbündete, zu schwach ist, sondern weil sie allein als Partei stark genug ist, die Massen in Kämpfe zu führen. Die KPD. wird gerade durch dieses Bewußtsein sich von jedem Putschismus freihalten.

b) Die Partei muß einheitlich gemacht werden.

Ihre Führung muß einheitlich sein, ihre Ideologie einheitlich, ihre Struktur einheitlich.

c) Die Partei muß organisatorisch umgestellt werden.

Die Partei ähnelt noch allzusehr einer sozialdemokratischen Partei. Nicht nur ihre Ideologie muß geändert werden, damit alle Reste und Erbteile der Sozialdemokratie verschwinden, sondern auch organisatorisch ist eine wirkliche, schnelle, solide Umstellung auf Betriebszellen notwendig, sowie eine völlige Bereitschaft zur Umstellung auf die Illegalität, die nur dann ertragen werden kann, wenn die Partei auf **Betriebe** ruht.

Die Parteiorganisationen müssen überdies viel inniger als bisher mit der Parteileitung verbunden werden, sowohl im lokalen und Gebietsmaßstab als auch im Reichsmaßstab.

Das wird erreicht werden durch häufige Arbeitskonferenzen, bei denen die Parteileitung die Delegierten regelmäßig über ihre Arbeit informiert, und umgekehrt, von den Delegierten (die in der Regel die politischen Leiter sein werden) über die Arbeit der unteren Parteiorganisationen unterrichten wird. Neben dem Zentralausschuß werden häufiger breite Parteikonferenzen zur Besprechung aller Fragen zusammentreten müssen.

d) Verstärkte Arbeit in den Gewerkschaften und unter den Unorganisierten.

Die reformistischen Gewerkschaften sind zahlenmäßig zusammengeschmolzen. Die Gewerkschaftsführer werfen die revolutionären Arbeiter heraus, um die Gewerkschaften zu gefügigen Regierungsorganen als Streikbruchorganisationen zu machen.

Die KPD. muß deshalb mit aller Kraft die Zusammenfassung der Unorganisierten, der gewerkschaftlichen Opposition und der noch in den Gewerkschaften vorhandenen Arbeitermassen fördern. Die Betriebsräte sind die Klassenorgane, die diese Gruppierung ermöglichen. Die Partei führt auch diese Arbeit unter der Losung der revolutionären Einheit des Proletariats durch. Das Proletariat ist gewerkschaftlich gespalten und die Reformisten spalten die Klasse, um sie zu schwächen. **Wer aus den Gewerkschaften läuft, erleichtert die Arbeit der Reformisten. Es gilt, die Arbeit in den Gewerkschaften zu verstärken, um die in den Gewerkschaften noch organisierten Arbeitermassen zu erfassen, zu politisieren und hinter die Führung der KPD. zu bringen.** Die Partei führt gleichzeitig die Arbeit der Erfassung der Unorganisierten und die Politisierung der gewerkschaftlich Organisierten durch. **Wer disziplinlos aus den Gewerkschaften läuft, schädigt die Partei und die Revolution.** Ebenso schädigt derjenige die Partei, der anstatt systematisch zu arbeiten für die Umwandlung der Berufsverbände in revolutionäre Industrieorganisationen, durch Geschrei über neue Verbände neue Illusionen bei den hungernden Arbeitslosen und den Kurzarbeitern erweckt und dadurch die Schaffung von wirklichen Industrieverbänden hemmt.

e) Vernichtungskampf gegen die Deutschvölkischen, gegen die Reformisten; gegen alle Stützen der kapitalistischen Herrschaft.

Propagandistische und **agitatorische** Kampagne nicht nur gegen die SPD. und die Völkischen, sondern gegen alle Parteien der ganzen Bourgeoisie. Hetze gegen die Industriemagnaten, die Truste und die Banknagnaten. Rücksichtslose Entlarvung der SPD. als Partei der Schwerindustrie (ihr neues Programm: „Der sozialgerechte Wirtschaftsaufbau", die Begünstigung der Kapitalisten). Hetze gegen den Reformismus, unter Ausnutzung nicht nur der deutschen Praxis, sondern auch der der II. Internationale, insbesondere der Macdonald-Regierung, der belgischen Sozialdemokraten und der italienischen Reformisten. Ebenso Hetze gegen die Völkischen, unter Ausnutzung des Widerspruches zwischen ihrem Programm, der Erhaltung des Privatbesitzes, unter Ausnutzung der Besitzverhältnisse ihrer Führer, ihrer Verbindung mit dem Kapital des Inlandes und Auslandes.

Hetze gegen die großen Trustbarone, unter Ausnutzung des Panamas der Ruhrprofite, der Kohlenabkommen, der Verträge mit ausländischen („feindlichen") Konzernen.

Agitatorisch muß gezeigt werden, wie die Bourgeoisie die Rollen zwischen den einzelnen Parteien verteilt hat: SPD. als „Arbeiterpartei" der Bourgeoisie, Völkische als „nationale" Partei; die ökonomische Rolle der Völkischen als Vorkämpfer für Großkapital und Großgrundbesitz. Die nationalistische Maske der Völkischen, um den Haß gegen die deutsche Kapitalistenklasse auf die ausländische abzuwälzen.

Herausgabe eines gemeinverständlichen Wirtschaftsprogramms der proletarischen Diktatur.

Populäre Darstellung der ersten Sozialisierungsmaßnahmen gegen die Großkonzerne und den Großbesitz.

Darstellung der kommunistischen Staatsidee, lebendige Schilderung der Tätigkeit der politischen Räte.

Auswertung der Entwicklung der proletarischen Staatsmacht in Rußland, ihrer Weltstellung und ihrer inneren Erfolge.

Diese Propaganda und Agitation wendet sich nicht nur an das Industrieproletariat. Die kleinbürgerlichen Schichten müssen neutralisiert und soweit als möglich in Kämpfe hineingezogen werden.

Das wird nicht erreicht durch Konzessionen an nationalistische Stimmungen und Ideologien, sondern nur durch schonungslose Entlarvung der politischen Rolle der Völkischen („Klassenversöhner"), durch klares Aufzeigen des Nutzens der proletarischen Diktatur und ihrer Maßnahmen auch für die proletarisierten Kleinbürger, durch konkrete Beschreibung der Maßnahmen der proletarischen Diktatur in Stadt und Land. Die Agitation für die Sozialisierung der **Industrie, der Banken,** des **Großgrundbesitzes,** für die zentralisierte Wirtschaft, ist verstärkt gerade bei diesen Schichten aufzunehmen. Dabei muß den Kleinbürgern und Kleinbauern die Furcht genommen werden, als ob sie „sozialisiert" werden sollten und ihre Wut gegen die großen Ausbeuter, gegen die völkischen Demagogen und gegen die Reformisten gelenkt werden. Gerade diesen Schichten gegenüber muß auch die Propaganda der Bewaffnung des Proletariats klar und scharf durchgeführt werden. Sie werden am besten von weißgardistischen Verbänden ferngehalten werden, wenn sie wissen, daß das Proletariat den Kampf gegen die Gegenrevolution schonungslos durchführen wird. Gleichzeitig muß der Kampf gegen die nationalistische Demagogie der Völkischen energisch geführt werden. Die Partei muß breiten Schichten von Kleinbürgern und kleinbürgerlichen Arbeitern zeigen, daß der Kampf gegen den Versailler Räubervertrag nur vom verbündeten revolutionären internationalen europäischen Proletariat, unter Führung der Kommunisten erfolgreich durchgeführt werden kann, und daß in Deutschland erst das Proletariat, nachdem es die Bourgeoisie niedergeschlagen und seine eigene eiserne Klassendiktatur über die Ausbeuter errichtet hat, nationale Politik treiben kann, durch die Politik des Proletariats, das allein die Kraft der Zukunft und des Fortschrittes, die lebendigen Kräfte der Nation verkörpert. (Beispiel: Lösung der nationalen Frage in Sowjetrußland.)

f) Parlamentsarbeit.

Nur von den aufgezeigten revolutionären Gesichtspunkten aus darf die kommunistische Arbeit in den unzähligen Parlamentskörperschaften geleitet sein. Wir leisten im Parlament keine „Arbeit", sondern benutzen es lediglich zur Agitation und zur Desorganisation der bürgerlichen Staats- und Gemeindeapparate. Im Parlament gibt es keine Einheitsfront, sondern nur schonungslosen Kampf gegen alle übrigen Parteien. Durch solche parlamentarische Arbeit wird der Zusammenschluß mit den Massen geschaffen.

g) Organisierung der Kämpfe.

Streiks, Demonstrationen, bewaffnete Teilkämpfe, Schaffung von Organen zur Führung dieser Kämpfe, das ist der Inhalt der politisch-organisatorischen Tätigkeit zur Erreichung der genannten Ziele.

Dabei werden die verschiedenartigsten Methoden und die verschiedenartigsten Organe anwendbar sein. Lokale Ausschüsse, Räteorgane, Kommissionen, Zusammenfassung bereits bestehender Organisationen (gewerkschaftlicher, genossenschaftlicher, betriebsmäßiger, kontrollausschußmäßiger Art) werden zur Sammlung des Proletariats und zur Heranziehung der proletarisierten Schichten verwandt und geschaffen werden. Die Partei wird diese Aufgabe aber nur lösen, wenn sie immer das Ziel der Schaffung von Sowjets fest im Auge behält und auch agitatorisch und propagandistisch in den Vordergrund zu rücken versteht. Die Partei muß die passive Anschauung von der Spontanität der Massenkämpfe, an denen sie angeblich nur teilzunehmen braucht, liquidieren. Einstellung aller Funktionäre, insbesondere den in den Betrieben und Massenorganisationen tätigen auf ihre Pflicht, alle proletarischen Strömungen und Regungen auszunutzen, um Bewegungen und Kämpfe herbeizuführen.

h) Bewaffnung des Proletariats.

Keine wirtschaftliche Maßnahme, die dem Proletariat Besserung der Lebenslage bringt, kann erreicht werden, ohne daß sie durch Auseinandersetzungen von Klasse zu Klasse erzwungen wird. Je größer die Zugeständnisse sind, die die Bourgeoisie zu machen gezwungen ist, desto größer wird ihr Widerstand sein. Dieser Widerstand kann nur mit der Waffe in der Hand gebrochen werden. Die Bourgeoisie greift zuerst mit der Waffe in der Hand an. Das Proletariat muß die bewaffnete Macht der Bourgeoisie brechen. Nur mit der Waffe in der Hand kann es mit Aussicht auf Erfolg kämpfen. Um auch nur die von der weißen Justiz eingekerkerten Gefangenen zu befreien, muß das Proletariat Massendruck anwenden und sich bewaffnen, um vor neuerlichen Überfällen geschützt zu sein.

i) Eroberung revolutionärer Betriebsräterechte und Schaffung von politischen Räten.

Ständige Aktivität in der Schaffung von Einheitsfrontorganen (Betriebsausschüsse, Hundertschaften, Kontrollausschüsse, Räten), auch wenn die Kommunisten zunächst in ihnen noch um die Führung ringen müssen. Dabei geschickte und schnellste Verdrängung etwaiger gegnerischer Funktionäre.

Die Kämpfe gegen die Bourgeoisie als **Klasse** können nur dann erfolgreich geführt werden, wenn sich das Proletariat als Klasse organisiert. Die Betriebsräte müssen die Produktionskontrolle beginnen. Das durchbricht den Rahmen der „Rechte",

welche ihnen nach der Verfassung zustehen. Aber die Betriebsräte sind nicht die Organe des revolutionären Proletariats, sie sind nur Organe des Proletariats im Betriebe. Die politischen Organe, welche die Masse zum Sturm auf die bürgerliche Demokratie sammeln und führen, welche zugleich bereits die Organe des kommenden Rätestaates sind, sind die politischen Arbeiterräte (Sowjets), ohne welche die Staatsorgane der bürgerlichen Demokratie nicht zerschlagen werden, ohne welche der Umsturz nicht organisiert werden kann, ohne welche die proletarische Diktatur nicht denkbar ist.

C. Aktionsprogramm.

Der Parteitag der KPD. findet in einem Augenblick statt, in dem das deutsche Proletariat durch die Offensive der miteinander verbündeten Deutschvölkischen, Kapitalisten und Reformisten wirtschaftlich und politisch sich in einer unerhört schwierigen und gefahrvollen Situation befindet. Der Parteitag verpflichtet deshalb alle Parteigenossen, unverzüglich an die Mobilisierung der proletarischen Kräfte gegen die Kapitalsoffensive zu schreiten, das Rettungsprogramm der Kommunisten in Stadt und Land, im Betrieb und unter den Erwerbslosen zum Ausgangs- und Mittelpunkt der täglichen Kämpfe der Arbeiterklasse zu machen. Die Losungen der KPD. müssen in den breitesten Massen der werktätigen Bevölkerung lebendig sein. Für diese Losungen müssen die Organe der Einheitsfront von unten gebildet und zu Kämpfen zusammengefaßt werden. Jedes Mitglied, jeder Funktionär, jede Ortsgruppe, jede Bezirksorganisation der KPD. muß unverzüglich mit ganzer Kraft und Energie diese Arbeit verstärkt aufnehmen. Die KPD. gibt in der jetzigen Epoche der verschärften kapitalistischen Offensive gegen die deutsche Arbeiterklasse folgende Losungen:

Kampf gegen den Abbau des Achtstundentages,
gegen die Hungerlöhne,
gegen die Zwangsarbeit der Erwerbslosen,
gegen den Abbau der Arbeiter, Angestellten und Beamten,
gegen die Stillegung der Betriebe,
gegen den Abbau der Sozialversicherung,
gegen das Wohnungselend des Proletariats,
gegen die Klassenjustiz und den Weißen Terror,
gegen die Ausplünderung der Kleinrentner, Kleinbauern, proletarisierten Mittelständler durch den Staat der Kapitalisten und Ausbeuter.

Die KPD. kämpft
für den Achtstundentag als normalen Arbeitstag,
für den Sechsstundentag für Schwerarbeiter und bei Arbeitern, die in gesundheitsschädigenden Industrien arbeiten,
für ausreichende Löhne,
für Erwerbslosenunterstützung in der Höhe eines Durchschnittslohnes,
für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß,
für die Erhöhung der Unterstützung der Kriegsopfer in der Höhe eines Durchschnittslohnes,
für die Umwandlung der Betriebsräte in revolutionäre Organe des Wirtschaftskampfes, der Politisierung des Betriebes und der Arbeiterkontrolle,
für die Befreiung der politischen Gefangenen,
für die Schaffung politischer Arbeiterräte,
für die Bewaffnung des Proletariats zum Schutze vor den Weißen Garden und zur Entwaffnung der Konterrevolution.

Um die Massen für den revolutionären Endkampf reif zu machen und zu schulen, sind die wirtschaftlichen Streiks und Lohnbewegungen, ist die Erregung über Massenentlassungen, Steuerlast, Teuerung, Goldmieten, Klassenjustizurteile usw. durch breite und energisch geführte Versammlungskampagnen, Demonstrationen und im Zusammenhang mit der steigenden Massenbewegung durch direkte Aktionen die Verweigerung der Überarbeit in den Betrieben, Verweigerung der Zwangsarbeit durch die Erwerbslosen, Verweigerung der Miets-, Pacht- und Steuerzahlungen, Herabsetzung der Preise und Beschlagnahme von Waren durch die Kontrollausschüsse, Kontrolle der Betriebe, Verkehrswege und Wohnungen, Befreiung von revolutionären Gefangenen, Entwaffnung von legalen wie illegalen bürgerlichen Staatsorganen, Aushebung von bürgerlichen Waffenlagern usw. zu steigern.

Alle diese Kämpfe werden das Proletariat nur dann aus Not und Elend retten können, wenn sie sich zu Kämpfen um die politische Macht erweitern. Nur die Diktatur des Proletariats wird der Diktatur der deutschen Bourgeoisie ein Ende machen. Den Kampf um die Diktatur des Proletariats vorzubereiten und zu organisieren — das ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei. Diese Aufgabe muß sie heute erfüllen.

Der Parteitag ruft allen Parteigenossen zu: Genug des Klagens und Jammerns über die Oktoberniederlage!

Genug des Rückblickens auf verlorengegangene Kampfesmöglichkeiten und Kampfespositionen. Die Arbeiterklasse Deutschlands geht ihren Weg unter den größten Schwierigkeiten und Gefahren. Die deutsche Arbeiterklasse geht durch Siege und Niederlagen den Weg der proletarischen Revolution. Die Arbeiterklasse Deutschlands kann auf die Dauer nicht geschlagen werden, wenn die KPD. alle ihre Kräfte zur Sammlung der proletarischen Klasse einsetzt.

Der Parteitag beendet die Diskussion über die Oktoberniederlage, zieht die Lehren aus der Oktoberniederlage.

Gegen die Kapitalisten, die Völkischen und die Reformisten werden die Kommunisten die deutsche Arbeiterklasse zum Siege über die Bourgeoisie, zur Errichtung der Rätemacht führen.

Resolution zur Gewerkschaftsfrage.

Die gegenwärtige Lage in der deutschen Gewerkschaftsbewegung und die nächsten Aufgaben der KPD.

1. Die Lage der Arbeiter in Deutschland ist schwerer als je. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen des deutschen Proletariats gehören zu den schlechtesten in allen kapitalistischen Ländern. Die gegenwärtige Situation wird gekennzeichnet durch folgende Tatsachen: Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter, Kulilöhne, Beseitigung des Achtstundentages und Einführung der zehn- und zwölfstündigen Arbeitszeit, Beschneidung der Betriebsräterechte, Vernichtung des Arbeitsschutzes und der Sozialversicherungen, Zwangsarbeit und Hungerunterstützungen für die Erwerblosen. So übt mit Hilfe der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbureaukratie die deutsche Bourgeoisie auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet ihre Diktatur gegen die Arbeiterklasse aus.

2. Die Hauptschuld an diesen Zuständen trägt die Sozialdemokratie und die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie. Sie sind es gewesen, die durch ihre Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie den einzigen Ausweg aus der durch den Weltkrieg geschaffenen Lage — die proletarische Revolution — verhindert und der Bourgeoisie zur Aufrichtung ihrer Diktatur verholfen haben. Die Reformisten haben ihren systematischen Verrat an der Arbeiterklasse zu verdecken versucht mit der Phrase: „Allgemeininteresse geht vor Arbeiterinteresse". Diese verlogene Phrase verdeckte immer nichts anderes als ihre Politik zugunsten des beabsichtigten kapitalistischen Wiederaufbaues, zur Abwehr der unvermeidlichen proletarischen Diktatur mit allen Machtmitteln des bürgerlichen Staates, sie verdeckt gegenwärtig eine Politik zugunsten des Wiederaufbaues auf der Basis des Stinnes-Programms. Durch diese gegenrevolutionäre Politik halfen die Reformisten die Arbeiterklasse entwaffnen, ihre Bewegungen blutig niederwerfen, die Arbeiterrechte verstümmeln, den Arbeitslohn herabdrücken und den Achtstundentag beseitigen. Sie stellen sich ganz in den Dienst des kapitalistischen Staates. Als Vollstrecker des Versailler Friedensvertrages versuchen sie die Lösung der Reparationsfrage auf Kosten der Arbeiterklasse. Sie stimmten zu diesem Zwecke dem Ermächtigungsgesetz und dem Belagerungszustand zu und überantworteten die Gewalt an den General Seeckt.

3. Um den Widerstand der Arbeiter gegen diese verhängnisvolle Politik besser brechen zu können, eröffneten die gelben Gewerkschaftsführer eine breite und rücksichtslose Offensive gegen die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften. Je stärker diese Opposition anwächst, um so frecher und brutaler treten sie auf. Sie denunzieren die revolutionären Arbeiter bei dem Unternehmertum und bei der Polizei. Sie pfeifen auf den Kampfwillen der Arbeiter und treten jede proletarische Demokratie in den Gewerkschaften mit Füßen.

Sie organisieren planmäßig den Streikbruch und werfen die aufrechten Klassenkämpfer aus den Verbänden heraus.

Wo es ihnen nicht mehr gelingt, mit ihren Gewaltakten die Gewerkschaften von den revolutionären Elementen zu „reinigen", schreiten sie zur **Spaltung der Organisationen.** So vollendet sich der Prozeß der Auslöschung des Klassenkampfcharakters der Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsbureaukratie ist bestrebt, die Klassenkampforganisationen zu gelben, kapitalfreundlichen Vereinen zu machen. Im Cuno-Streik und in der Oktoberniederlage hat sich dieser konterrevolutionäre Charakter vor den breitesten Massen der Arbeiterklasse offen enthüllt.

4. Infolge der fortwährenden Verrätereien der Gewerkschafts-

führer und angeekelt von ihrer Politik, andererseits infolge der Unfähigkeit der Gewerkschaften, auch nur Wirtschaftskämpfe zu führen, und den Arbeitern finanzielle Unterstützung zu geben, ferner infolge der Massenerwerbslosigkeit haben Millionen von Arbeitern die Gewerkschaften verlassen. Aber diese **Unorganisierten** sind in ihrer Mehrzahl nicht mehr wie früher Indifferente schlechthin. Die Krisis in den Gewerkschaften verschärft sich durch die verbrecherische Spaltungspolitik der Amsterdamer, die **durch Massenausschlüsse den besten Teil der Arbeiterklasse an der Revolutionierung der Gewerkschaftsbewegung zu verhindern** suchen. — Um so größer ist die Gefahr, als völkische und gelbe Organisationen eine planmäßige Agitation unter den Massen der Unorganisierten beginnen. Das Anwachsen der völkischen Bewegung ist auf das Konto der verbrecherischen Politik der Gewerkschaftsbureaukratie zu setzen. Wie die Betriebsrätewahlen zeigen, treten sie mit eigenen Listen organisiert auf. Schon sind die Völkischen an vielen Stellen in der Arbeiterbewegung eingebrochen. Die Unorganisierten schreiten sogar zur Gründung von Fach- und Zunftorganisationen, mitunter in Verbindung mit noch in den Gewerkschaften befindlichen Arbeitern, die aus revolutionärer Ungeduld glauben, auf diesem Wege besser der Arbeiterklasse dienen zu können. Diese revolutionär gesinnten Arbeiter werden ausgenützt von anrchistischen, syndikalistischen, der Revolution und dem Kommunismus feindlichen Elementen. (Dreherverein in Berlin, Verein der Feinmechaniker, Dyrrlichs Gewerkschaftsring). Diese gefährlichen Erscheinungen müssen von allen Kommunisten energisch bekämpft werden. Vor allem aber werden durch die enorme Zahl der in Gleichgültigkeit verfallenen, innerhalb und außerhalb der Organisationen stehenden Arbeiter in Zukunft Kämpfe erschwert. Daher werden, wenn die KPD. es nicht versteht, dem Verrat der Amsterdamer durch eine aktive Gewerkschaftspolitik entgegenzuarbeiten, wenn sie die Spaltungspolitik der Amsterdamer hinnimmt, sich allen Provokationen der Amsterdamer fügt, die Gefahren der völkischen Bewegung vergrößert werden und es wird erleichtert, daß ein Teil der Unorganisierten durch Völkische, Gelbe und zünftlerische Fach- und Lokalorganisationen erfaßt und gleichzeitig in ein der Revolution feindliches Fahrwasser gelenkt wird.

5. So stellt die Veränderung der Lage in der Arbeiterbewegung und in den Gewerkschaften die Kommunisten vor neue, schwierige Aufgaben. Sie stellt sie vor die Aufgaben, gleichzeitig verstärkte und verschärfte Arbeiten der kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften neu aufzunehmen und die Zusammenfassung und Organisierung der Unorganisierten, ausgeschlossenen und ausgetretenen Mitglieder mit größter Energie und Aktivität zu beginnen.

Der Parteitag erklärt mit allem Nachdruck, daß ein Parteigenosse freiwillig, ohne Erlaubnis der Parteileitung nicht aus einer Gewerkschaft austreten darf. Im Gegenteil,

jedes Mitglied der Partei muß zugleich Mitglied einer Gewerkschaft sein,

um die gewerkschaftlich Organisierten gegen die Amsterdamer einzustellen und zu revolutionärer Politik zu bringen.

Der Parteitag erklärt, daß die Partei ihren Mitgliedern nicht erlauben wird, eine persönliche, private, anarchistische Politik in den Gewerkschaften zu führen. Der Parteitag erklärt sich kategorisch gegen Schritte der Parteimitglieder, die auf Provokationen der Amsterdamer hereinfallen und, getrieben von revolutionärer Ungeduld, die Linie des kleinsten Widerstandes wählen, austreten und die Schaffung von parallelen Verbänden beginnen.

Der Parteitag verlangt von allen Mitgliedern

einen entschiedenen und energischen Kampf gegen die Spaltung und gegen die reformistischen Spalter.

Keine Provokation, keine Verfolgungen dürfen die Kommunisten veranlassen, freiwillig die Gewerkschaften zu verlassen. Die Kommunisten werden viemehr jede Provokation der Amsterdamer energisch zurückweisen, welches auch die Mittel sein mögen, die die vom bürgerlichen Staat unterstützten Gewerkschaften anwenden. Die Gesamtpartei wendet sich deshalb energisch gegen die Austrittstendenzen, die lediglich das Proletariat desorganisieren und die Vorbereitungen der Revolution schwer schädigen.

Die Kommunisten sind wie bisher gegen die Spaltung, führen den Kampf gegen die Spaltungspolitik der Sozialdemokraten auch dann, wenn sie von letzteren aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden. In der Periode der Kapitals-Offensive und des Anwachsens der Reaktion ist die Wahrung der Einheit der Gewerkschaften besonders wichtig.

Das Verlassen eines reformistischen Verbandes **ohne Kampf** — ein Kampf kann nur in geschlossener Phalanx revolutionärer Gesinnungsgenossen geführt werden — ist **Fahnenflucht.** Es muß jeder Versuch unternommen werden, die gewrkschaftlich organisierten Massen für den revolutionären Kampf zu gewinnen, den gelben Führern ganze Ortsvereine und Verbände zu entreißen und sie zu hindern, aus den Gewerkschaften Organisationen des Streikbruchs zu machen. Nichtarbeiten in den Gewerkschaften bedeutet freiwillige Übergabe dieser Organisationen und der in ihnen organisierten Proletarier in die Hände der gelben Verbrecher. Der Parteitag erkennt zugleich, daß die bisher von uns angewandten Methoden zur Eroberung der Gewerkschaften und zur Revolutionierung der gewerkschaftlich organisierten Massen vielfach ungenügend und unzureichend gewesen sind, häufig opportunistisch angewendet wurden und daß diese Methoden hätten der veränderten Situation entsprechend erweitert werden müssen. Jeder Übergriff der Reformisten auf die Opposition, die von ihnen in verschärftem Maße inszenierten Massenausschlüsse, die offen provozierte Spaltung in fast allen Verbänden muß von uns auf das energischste abgewehrt und bekämpft werden. Die ganze Partei muß für die Umwandlung der deutschen Gewerkschaftsbewegung aus einem Instrument des kapitalistischen Wiederaufbaues, zu dem sie die Reformisten gemacht haben, zu einem Instrument der sozialen Revolution ausgebaut werden.

Nur durch Anwendung einer wahrhaft revolutionären Taktik und durch die Aufbietung aller Kräfte können die Kommunisten der katastrophalen Wendung in der Gewerkschaftsbewegung entgegenwirken.

Deshalb muß die Partei gleichzeitig in ihrer Gewerkschaftsarbeit die energischste dabei nützlichste Arbeit in den Betrieben zur Zusammenfassung der Unorganisierten, Ausgetretenen und Ausgeschlossenen beginnen. **Diese Vorarbeiten müssen die Unorganisierten, Ausgetretenen und Ausgeschlossenen erfassen.** Alle durch die Amsterdamer Spalter Ausgestoßenen müssen im Reichsmaßstab zusammengefaßt werden. Aber nur dort, wo die Amsterdamer die Spaltung bereits vollzogen haben, und wo die ausgeschlossenen Arbeiter in Massenorganisationen zusammengeblieben sind, darf nach genauester Prüfung der Umstände durch die Partei sofort zur Bildung von Industrieverbänden (wie in Ludwigshafen und in ähnlichen Fällen) geschritten werden. Energie und Zielsicherheit sind notwendig, um den Amsterdamern die Spaltungsarbeit nicht zu erleichtern. Die volle Verantwortung für alle Spaltungen tragen die Amsterdamer. Die Partei muß die Massen über die großen Gefahren, die die Spaltung mit sich bringt, aufklären, sie muß die Massen vor Illusionen bewahren, als ob Industrieverbände „an sich", das heißt als lediglich neue Organisationen eine Besserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse bringen können. Sieg und Niederlage sind nicht abhängig von der Organisationsform der Gewerkschaftsverbände allein, obwohl eine brauchbarere Form der Organisation als die bisherige die Kämpfe der Arbeiter erleichtern und fördern kann.

Ebenso müssen die Kommunisten den Massen klar aufzeigen, daß der Erfolg im Kampfe nicht durch Anwendung einer guten revolutionären Gewerkschaftsstrategie allein gewährleistet wird. Es gibt nicht eine schlechthin revolutionäre Strategie, die jedesmal den Sieg verbürgt. Sieg oder Niederlage des Proletariats sind abhängig von mannigfachen Umständen, insbesondere aber von der aktiven Teilnahme der breitesten Massen am Kampf.

Die

Erfassung der Unorganisierten

muß von der Partei je nach den örtlichen und besonderen Verhältnissen, auf mannigfache Weise begonnen werden. Durch die Betriebsräte in der Industrie, die Erwerbslosenräte bei den Arbeitslosen, die Tarifausschüsse bei den Landarbeitern muß die Arbeit unter den Unorganisierten geführt werden. In von diesen Körperschaften einzuberufenden Versammlungen der Unorganisierten ist mit diesen zu besprechen, wie das politische und soziale Elend der Arbeiterklasse beseitigt werden kann. Die erfaßten Unorganisierten sind durch die Betriebsräte industriegruppenweise zusammenzufassen, aus ihrer Mitte sind Delegierte zu wählen, die im engsten Kontakt mit den revolutionären Vertrauensleuten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter treten und beschließen, ob und wie die Kämpfe zu führen sind.

Ein besonders wichtiges Kapitel bei dieser Arbeit der Zusammenfassung der Unorganisierten bildet die

Arbeit unter den Erwerbslosen.

Ihre große Zahl, die lange andauernde Arbeitslosigkeit, das Unterstützungselend, die Leistung von Pflichtarbeit machen sie zu einer großen Gefahr der Arbeiterbewegung. Die millionenstarke industrielle Reservearmee drückt auf die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse. In der Kapitalsoffensive gegen die Arbeiter können die Arbeitslosen objektiv zu einer Hilfstruppe für das Unternehmertum werden. Sie bilden ein Reservoir für Streikbrecher und ein Mittel zur Senkung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit. Ihre Not macht sie zum Spielball der Reaktion und der Völkischen.

Der Parteitag verpflichtet **die Organisationen durch den Aufbau revolutionärer Erwerbslosenräte durch enge Verbindung der Erwerbslosen mit dem Proletariat,** dieser Gefahr einen Damm entgegenzusetzen.

6. Damit die KPD. ihre Aufgaben innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften erfüllen kann, muß sie alle unter dem Einfluß von Kommunisten oder unter Führung der Opposition stehenden örtlichen, bezirklichen und zentralgewerkschaftlichen Organisationen, sowie die selbständigen, revolutionären Verbände und die revolutionären Betriebsräte zu gemeinsamer Arbeit zusammenfassen. Die Erfassung und Bearbeitung der Unorganisierten wird die KPD. nur leisten können in enger Verbindung mit diesen oppositionellen Gewerkschaftsverbänden und den oppositionellen Gewerkschaftsfraktionen. — Das Ziel der gemeinsamen Arbeit muß sein: Die

Ausarbeitung und Durchsetzung einer revolutionären Linie in der gesamten Gewerkschaftsbewegung, in der Vorbereitung, Unterstützung und Durchführung aller Kämpfe gegen das Unternehmertum

und in einheitlichem Handeln gegenüber den Amsterdamer Verrätern und Spaltern der Arbeiterbewegung. Die Zusammenfassung geschieht örtlich durch die roten Kartelle, im Bezirk durch die Bezirksausschüsse. Für das Reich ist eine zentrale Zusammenfassung für die gesamte Opposition herzustellen.

7. Im Verein mit den bereits geschilderten Aufgaben der KPD. muß diese eine breite und intensive Propaganda in den Arbeitermassen führen für die systematische und planmäßige Umgestaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung aus ihrer gegenwärtigen Organisationsform, aus ihrer gegenwärtigen organisatorischen Vielgestaltigkeit und Rückständigkeit in eine einheitliche Organisation, aufgebaut auf dem Betrieb, zusammengefaßt nach Produktionszweigen (Industrieverbands-Gliederung mit einer zentralen Kampfleitung). Dabei ist besonders zu betonen, daß die Betriebsräte zu dem Grundpfeiler der Gewerkschaftsbewegung gemacht werden. Die Betriebsräte sind das lebendige Bindeglied zwischen Organisation und Massen, und durch sie muß die Masse zu einem aktiven Träger der Gewerschaftsbewegung werden.

8. Der Parteitag beauftragt die Zentrale, Richtlinien für die praktische Durchführung der in dieser Entschließung geforderten Maßnahmen unverzüglich herauszugeben, insbesondere ist die organisatorische Erfassung der Unorganisierten sofort in Angriff zu nehmen.

Die Beschlüsse des Parteitages, die für alle Parteigenossen verbindlich sind, eröffnen eine Periode neuer Arbeit in den Gewerkschaften und unter den Unorganisierten.

Besonders in dieser Frage können die Ziele der KPD. nur erreicht werden, wenn alle Mitglieder der Partei aktiv an der Durchsetzung der Beschlüsse teilnehmen.

Das Ziel der Gewerkschaftsarbeit der KPD. ist es, die ausschlaggebenden Arbeitermassen von dem Einfluß der Amsterdamer zu befreien und sie unter die Führung der KPD. unter der Losung der revolutionären Einheit der Arbeiterklasse zu bringen.

Der Parteitag ruft allen Mitgliedern zu: Setzt diese Beschlüsse in die Tat um, arbeitet mit voller Hingabe und Verantwortlichkeit für die Revolution. Revolutionierung des gesamten Proletariats innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, und — die Kommunisten werden die Spaltungsoffensive der Amsterdamer zuschanden machen. Die Eroberung der ausschlaggebenden Mehrheit des Proletariats ist und bleibt die Voraussetzung für den Sturm gegen das Kapital, für den Kampf gegen die bürgerliche Diktatur, für den Kampf, für die proletarische Diktatur!

———

Proletarische Frauenbewegung

Heran an die Arbeiterinnen!

Zur internationalen Diskussion.

Von Leonhard.

** Je mehr man die schweren Niederlagen der kommunistischen Parteien gegenüber dem Angriff der Konterrevolution in Italien, Bulgarien, Spanien und Deutschland im Zusammenhang betrachtet, um so klarer zeigt sich, daß die Ursache dieser Niederlagen in erster Linie in der fehlerhaften Struktur der Parteien selbst liegt.

Ideologisch haben wir die Sozialdemokratie überwunden. Organisatorisch noch nicht. Schwerwiegender als die quantitative Schwäche unserer Parteien ist die Tatsache, daß ihr Aufbau selbst der Sozialdemokratie entlehnt ist.

Wir können aber nur siegen, wenn wir auch organisatorisch das neue, leistungsfähigere Prinzip verkörpern, das der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung vorschreibt: den Aufbau nach Produktions-, statt nach territorialen Einheiten.

Schon der dritte Weltkongreß hat die Umstellung der KP. vom Wohnbezirk auf die Betriebszelle beschlossen. Das Präsidium der Exekutive der KI. hat im Januar 1924 diesen Beschluß wiederholt. Das Direktorium der KPD. hat auf Grund der deutschen Erfahrungen die unabweisbare Notwendigkeit seiner Durchführung bestätigt.

Diese Umgruppierung der gesamten kommunistischen Armee mitten im feindlichen Feuer stellt eine Aufgabe ungeheuren Ausmaßes dar.

Nicht dennoch, sondern deshalb muß sie sofort in Angriff genommen, muß sie überall, von der kleinsten Ortsgruppe bis zur Internationale — die ihrerseits auch noch auf der territorialen Einheit der Landeszentralen beruht, erst nach allen Seiten hin gründlich klargestellt, dann rücksichtslos ausgeführt werden.

Praktische Vorschläge zur Durchführung dieser Umstellung für einen Sektor der kommunistischen Armee: für die Frauen, zu machen, ist der Zweck dieser Zeilen.

*

Zahl der erwerbstätigen und organisierten Frauen in 15 Ländern.

	Erwerbstätige Frauen (einschl. Landwirtschaft und häusliche Dienste) (Vor d. Kriege)	Davon freigewerkschaftlich organisiert (1. Jänner 1922)	In Prozenten aller freigewerkschaftlich Organisierten
Belgien	889.672	50.373	7·2
Dänemark	463.109	44.068	18
Deutschland	9,492.881	1,777.971	24
Frankreich	7,719.014	80.260	8
Großbritannien	5,851.831	1,035.000	ca. 20
Italien	5,121.162	151.539	—
Niederlande	540.987	12.696	5·6
Österreich	6,317.943	261.540	22
Rußland	5,276.112	1,449.056	25·5
Schweden	611.660	26.142	11·5
Schweiz	604.413	42.334	18·75
Vereinigte Staaten	8,075.772	700.000	—
Japan	824.300 (Industrie)	—	—
Indien	46,000.000	100.000	—
Kanada	365.000	20.000	—

Schon diese wenigen Ziffern zeigen, daß es sich um kein geringfügiges Teilgebiet handelt. Wenn irgendwo, so gilt hier das Wort: Heran an die Massen!

Gleichzeitig zeigen sie, welcher geringe Prozentsatz der Frauen bisher gewerkschaftlich erfaßt worden ist. Wenn auch durchschnittlich 15 bis 25% der erwerbstätigen Frauen als Selbständige oder Angehörige freier Berufe für die gewerkschaftliche Organisation in Wegfall kommen, so bleibt doch ein krasses Mißverhältnis bestehen.

Dabei hat die Zahl der organisierten Arbeiterinnen sich seit 1922 fast überall prozentual noch stärker als die der Männer vermindert. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen dagegen hat sich gegenüber den obigen Ziffern, die aus den letzten amtlichen Volkszählungen der Vorkriegszeit stammen, fast überall vermehrt.

Von der Gesamtzahl der Erwerbstätigen machen die Frauen heute 20 bis 50% — in neukapitalistischen Ländern wie Japan sogar über 50% — von der Gesamtzahl der Organisierten dagegen nur 5 bis 25% aus.

In der chemischen Industrie Frankreichs stellen zum Beispiel die Frauen 50% der Beschäftigten, aber nur 3% der Organisierten. Auf dem letzten deutschen Gewerkschaftskongreß 1922 gab es unter 892 Delegierten 7 Frauen. Ähnliche Beispiele lassen sich aus allen Ländern anführen.

Noch schlechter als um die gewerkschaftliche steht es um die politische Organisation.

Dennoch ist die Erfassung der Arbeiterinnen von entscheidender Bedeutung, nicht nur wegen ihrer Masse allein.

Passiv, bilden sie den stärksten Hemmschuh des Klassenkampfes, die Bresche, durch die der Unternehmer immer wieder in die Arbeiterfront einbricht, durch die er immer wieder die Gesamtarbeiterschaft zurückwirft, ihre Löhne kürzt, ihre Rechte mindert, seine Profitrate erhöht.

Aktiv, sind sie — die Geschichte alter großen Umwälzungen beweist es, vom Zug der Pariser Proletarierinnen nach Versailles 1789 über die Kommune-Kämpferinnen bis zum Aufmarsch der Petersburger Proletarierinnen im Oktober 1917, bis zu den letzten Ereignissen in Deutschland — der stärkste Hebel der Revolution.

„Das von der Kommunistischen Partei begonnene Werk — sagt Lenin — kann nur mit Hilfe der Millionen Arbeiterinnen und Bäuerinnen zu Ende geführt werden."

•

Was ist bisher in dieser Richtung geschehen? Soweit uns bekannt, hat bisher keine einzige KP., mit Ausnahme der russischen, nennenswerte Erfolge in der Erfassung der Arbeiterinnen erzielt. Von den durchschnittlich 10% weiblichen Mitgliedern besteht überall weitaus die Mehrzahl aus Hausfrauen und Intellektuellen.

Überall, sogar in den Ländern mit selbständiger revolutionärer Gewerkschaftsbewegung, wie **Frankreich, Holland, Bulgarien,** ist die Arbeiterinnenagitation ihrer Natur nach rein gewerkschaftlich, ihrem Umfang nach minimal.

Auch in **Deutschland** wurden auf diesem Gebiete bisher keine Fortschritte gemacht. Erst die Erfahrungen der letzten revolutionären Periode: die spontane revolutionäre Aktivität der Arbeiterinnen auf der einen Seite — das totale Versagen der Partei in der Nutzbarmachung dieser Aktivität auf der andern — haben das Berliner Frauensekretariat zu radikaler und systematischer Umstellung auf die Betriebsarbeit geführt.

Es wurde hier in den letzten sechs Monaten ein Stamm von revolutionären Betriebsfunktionärinnen zusammengefaßt, in den hauptsächlichen Industriegruppen wurden Arbeiterinnenausschüsse gebildet, erfolgreiche Referentenkurse für Betriebsfunktionärinnen wurden abgehalten. Eine öffentliche Arbeiterinnenfeier — die einzige derartige Veranstaltung zur Zeit der Illegalität — vereinte 1700 Arbeiterinnen zu einer machtvollen kommunistischen Kundgebung. Eine Zeitung: „Die Arbeiterin" erscheint, die ausschließlich von den Arbeiterinnen selbst geschrieben wird und die sich selbst finanziert. Die erste Nummer (5000 Exemplare) war innerhalb vier Tagen vergriffen. Als Resultat der Arbeit zeigt sich eine starke Aktivität der Betriebe mit weiblicher Belegschaft. So haben im Januar-Februar 500 Berliner Strohhutnäherinnen sechs Wochen lang zur Verteidigung des Achtstundentages im Streik gestanden, die Arbeiterinnen zweier Textilgroßbetriebe sieben Wochen lang. Anfang April trat in einer Reihe von Betrieben die weibliche Belegschaft geschlossen für Lohnerhöhung in Streik, darunter 500 Arbeiterinnen des chemischen Großbetriebes von Görz. Die Männer folgten teils nach, teils blieben sie im Betrieb. Wo immer eine größere Anzahl Arbeiterinnen kämpft, üben die kommunistischen Hausfrauen des Bezirkes durch Sammlung von Geld und Lebensmitteln, Herausholen von Streikbrechern usw. aktive Solidarität.

Das alles bedeutet natürlich nur den ersten Anfang dessen, was die **russische Partei** seit einem Jahrzehnt in grandioser Weise verwirklicht.

Trotz aller Erfolge, und trotz der gewaltigen anderen praktischen und erzieherischen Aufgaben, die sie heute nach der Revolution zu lösen haben, stellten auch die russischen Genossinnen auf der V. allrussischen Konferenz der Leiterinnen der Frauenabteilungen der KP. im Januar sich wiederum als Zentralaufgabe die Arbeit in den Betrieben.

•

Aus ihren Erfahrungen, aus den Erfahrungen der letzten Monate in Berlin, aus dem wenigen, was in dieser Hinsicht von anderen Ländern bekannt ist, ergeben sich die folgenden

Vorschläge zur Durchführung der Betriebsarbeit unter den Frauen.

Die Einreihung der Arbeiterinnenmassen in die revolutionäre Armee des Proletariats ist ein wesentlicher **Bestandteil** der Zentralaufgabe der Kommunistischen Parteien: der **Organisierung** der Revolution.

Sie ist für die nächsten Monate die **Zentralaufgabe** der kommunistischen Frauensekretariate.

Erfassung im Betriebe.

1. Der Schwerpunkt der Arbeiterinnenagitation liegt unmittelbar in den Arbeiterinnenmassen selbst: **im Betriebe.**

2. Nicht die Gewerkschaft, die selbst nur einen Bruchteil der Arbeiterinnen erfaßt, die Betriebszelle, als Grundlage der KP., als Grundlage der revolutionären Industrieverbände, ist auch die Grundlage der Arbeiterinnenagitation.

3. Der Betrieb ist zu erfassen

a) **von innen,** durch Betriebsfunktionäre: mittels des Zellenobmannes, des revolutionären Betriebsrates oder Funktionärs ist Verbindung mit kommunistischen oder sympathisierenden Arbeitern herzustellen. Mit Hilfe der Parteiorganisation haben diese eine Zelle zu bilden oder, wo eine solche besteht, die Frauen im Betriebe für die Zelle zu mobilisieren. Sie haben sich zur Bearbeitung des Betriebes (mündliche Propaganda, Literaturvertrieb, Führung in Lohnkämpfen, Berichterstattung) möglichst in jeder Abteilung eine Mitarbeiterin heranzuziehen;

b) **von außen,** durch Wohnbezirk: mittels Agitation der kommunistischen Frauen vor dem Betriebe bei Ein- und Ausgang der Belegschaft, Delegationen in Betriebsversammlungen, praktische Solidarität bei Streiks usw.

Zu diesem Zweck hat jeder Wohnbezirk der Partei eine Betriebsagitatorin zu ernennen. Tüchtige Genossinnen sind als Zellenorganisatorinnen den Großbetrieben zuzuteilen.

Schaffung eines Funktionärinnenkaders.

1. Die Sozialdemokratie, die in der Verwirklichung des Sozialismus selbst eine nebelhafte Utopie sieht, kann nebelhafte utopische Parolen, wie Erziehung der Massen zum Sozialismus, ausgeben.

Wir, für die die proletarische Revolution eine von der jetzt lebenden Generation zu lösende praktische Aufgabe ist, müssen auch gangbare Wege dahin zeigen.

Jede Arbeiterin weiß, daß es in der kapitalistischen Welt, wo auf jeden Tropfen kommunistischer Propaganda ein Kübel bürgerlicher Lügen kommt, unmöglich ist, alle Arbeiterinnen im Betriebe aufzuklären. Aufklärung der Massen ist erst möglich nach der Revolution, wenn das Proletariat Staat, Schule und Presse in der Hand hat.

Jede Arbeiterin weiß aber auch, daß es wohl möglich ist, im Betriebe eine Kerntruppe der besten und aufgeklärtesten Arbeiter und Arbeiterinnen zu schaffen, der die Masse der Belegschaft folgt.

„Wie der Betriebsobmann, so der Betrieb."

Ziel der Arbeit ist nicht Gewinnung der Arbeiterinnenmassen zum Eintritt in die Partei — Ziel der Arbeit ist Schaffung eines kommunistischen Stoßtrupps in den Betrieben.

Um die Betriebe mit weiblicher Belegschaft zu aktionsfähigen Kampfeinheiten zu machen, muß ein **festes Kader von revolutionären Betriebsfunktionärinnen** geschaffen werden.

Durch die revolutionären Betriebsfunktionäre ist Verbindung mit kommunistischen oder sympathisierenden Arbeiterinnen in allen wichtigen Betrieben aufzunehmen. Mit Hilfe der Parteiorganisatorinnen haben diese die Zellenarbeit aufzunehmen.

2. Die revolutionären Betriebsfunktionärinnen sind **zusammenzufassen** durch industriegruppenweise Bildung von Arbeiterinnenausschüssen.

Diese Ausschüsse haben innerhalb des Rahmens der Fraktion lokal, distriktweise und national die Frauenagitation in den Betrieben ihrer Industrie zu leiten, der Kampf dieser Betriebe zu vereinheitlichen und die Verbindung mit den sonstigen revolutionären Organen herzustellen. In größeren Städten wählen sie aus ihrer Mitte Ortsausschüsse der revolutionären Arbeiterinnen.

3. Die revolutionären Betriebsfunktionärinnen sind **zu schulen**

a) durch regelmäßige Belieferung mit Informationsmaterial;

b) durch Kurse, die gleichzeitig durch ihr Thema („Wie leite ich einen Streik?", „Arbeitsrecht in Rußland", „Gewerkschaftsfrage") praktische Kenntnisse wie durch ihre Methode (seminaristisch) praktische Übung im Reden vermitteln.

„Jede Köchin muß lernen, einen Staat zu regieren." (Lenin.)

Mehr Selbsttätigkeit!

Die Betriebsfunktionärin muß handeln lernen dadurch, daß

sie ein Amt übernimmt — erst in der Zelle: als Berichterstatterin, Verhandlungsleiterin, Delegierte — dann im Betriebe: als Betriebsrätin, Gewerkschaftsfunktionärin usw.

Sie lernt reden dadurch, daß sie in jeder Zellenzusammenkunft, in jeder Werkstatt- und Betriebsversammlung das Wort ergreift.

Sie lernt schreiben dadurch, daß sie ihre eigene Zeitung herausgibt.

Was in Rußland in jeder größeren Industriestadt möglich ist, was in Berlin innerhalb weniger Wochen verwirklicht wurde: eine Zeitung, geschrieben und finanziert von den revolutionären Arbeiterinnen selbst, das muß in allen Industriezentren durchgeführt werden.

Mehr Aktion!

Die Arbeiterin, die täglich mit dem Kapitalisten um ihre Existenz kämpft, ist wenig für schöne Worte empfänglich.

Wenn die revolutionäre Betriebsfunktionärin es versteht, für die weibliche Belegschaft eine Lohnerhöhung von 65 auf 75% der Männerlöhne herauszuschlagen, so wiegt das schwerer wie hundert Reden von „gleichem Lohn für gleiche Arbeit".

In dieser Periode des sich immer verschärfenden Klassenkampfes ist es **wichtiger, Streikleiterinnen als Versammlungsrednerinnen auszubilden.**

Bündnis Arbeiterin-Hausfrau.

Jede Arbeiterfrau ist durch ihren Mann, der im Betriebe steht, direkt an den Betriebsvorgängen interessiert.

Jeder Kampf der Arbeiterinnen ist auch ihr Kampf, denn die Männerlöhne steigen und fallen mit den Frauenlöhnen.

Wo auch immer im Bezirk ein Betrieb mit weiblicher Belegschaft im Streik steht, müssen deshalb die kommunistischen Hausfrauen planmäßig den Streikenden zu Hilfe kommen: durch Sammlung von Geld und Lebensmitteln, durch Aktionen gegen die Streikbrecher und zur Stillegung der noch arbeitenden Betriebe, durch Solidaritätskundgebungen in den Streikversammlungen usw.

Schwesternschaften.

Der alte Vorschlag der russischen Genossinnen auf Aufnahme direkter brieflicher Verbindung zwischen den Schwestergroßbetrieben der verschiedenen Länder blieb bisher auf dem Papier stehen, weil seine Vorbedingung: die aktive Betriebszelle fehlte.

Er wird und muß von dem Augenblick an, wo die Arbeiterinnenagitation praktisch durchgeführt wird, in größtem Maßstab verwirklicht werden.

Die Stepperin, die Metallwicklerin, die Zigarettenarbeiterin in Berlin hat mehr gemeinsame Interessen mit der Stepperin, der Metallwicklerin, der Zigarettenarbeiterin in London oder Paris wie mit der berufsfremden Kollegin am Orte.

Wo die Aufnahme der Verbindung durch den ganzen Betrieb nicht sofort möglich ist, muß sie vorläufig durch die Zelle oder die revolutionäre Funktionärin erfolgen.

Direkte Verbindung mit den Schwesterbetrieben der anderen Länder, vor allem Rußlands, ist nicht nur von unberechenbarer propagandistischer Wirksamkeit bei der täglichen Kleinarbeit im Betriebe.

Sie ist gleichzeitig praktische Pionierarbeit für die kommenden internationalen revolutionären Industrieverbände, die Nachfolger der absterbenden reformistischen Gewerkschaften und Träger der kommenden Revolutionen.

Die gesamte Arbeiterinnenagitation ist durchzuführen in enger Zusammenarbeit mit den Betriebsfunktionären der Partei und den revolutionären Gewerkschaftsorganen.

Für die Agitation unter den **erwerbslosen Arbeiterinnen, den Heimarbeiterinnen und Landarbeiterinnen** sind besondere Arbeitspläne aufzustellen.

•

Die Erfassung der Arbeiterinnen wird für die Kommunistischen Parteien nicht nur einen objektiven Machtzuwachs bringen.

Wie der Industriearbeiter, im Gegensatz zu allen anderen proletarischen Schichten, so ist die Industriearbeiterin, die mitten in der Masse, mitten in der Feuerlinie des Klassenkampfes steht, durch ihre Daseinsbedingungen selbst die berufene Trägerin der Revolution.

In allen Großbetrieben gibt es heute Arbeiterinnen, die an sachlicher Kraft und revolutionärer Energie nicht hinter den besten Männern zurückstehen, die Massen zu führen und dem Klassenfeind die Stirne zu bieten vermögen. Es fehlt ihnen nur die klare Erkenntnis des Weges, nur die Verbindung mit der proletarischen Armee.

Diese Hunderte und Tausende tüchtiger Klassenkämpferinnen, die jetzt, ohne gemeinsame Marschroute, ihre Kräfte zersplittern zu gewinnen und mit ihnen die Betriebe selbst für die Revolution zu erobern — das ist die nächste große entscheidende, aber durchführbare Aufgabe der kommunistischen Frauen.

Aus der Internationale

Maifeier 1924.

Von G. Sinowjew.

(Durch Sonderabdruck der Presse bereits zugestellt.)

** Das zwischen dem 1. Mai 1923 und dem 1. Mai 1924 liegende Jahr wird in die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung als ein Jahr des Umschwunges, ein Jahr, in dem der „Beginn des Überganges der Arbeiterklasse von der Verteidigung zum Angriff" stattgefunden hat. eingetragen werden. Im Laufe dieses Jahres klopfte die internationale Revolution von neuem an die Tür der europäischen Bourgeoisie. Die internationale Arbeiterbewegung hat die Herren Imperialisten daran erinnert, daß sie lebt, weiter besteht, von der rasenden Attacke des internationalen Kapitals nicht über den Haufen gerannt worden ist, die Arbeiterklasse ihre Kräfte von neuem zusammenfand und das internationale Proletariat im entscheidenden Augenblick, in einer Reihe von Teilkämpfen und bitteren Niederlagen gestählt, die Kraft finden wird, in den Entscheidungskampf mit der Bourgeoisie einzutreten.

Den höchsten Stand hatte die revolutionäre Welle in Deutschland erreicht. Mit verhaltenem Atem erwartete der Vortrupp des internationalen Proletariats im Lande der klassischen Arbeiterbewegung entscheidende Ereignisse. Leider kam es anders. Die Erwartungen der Avantgarde wurden erneut auf unbestimmte Frist verschoben. Vereinte Anstrengungen der deutschen Sozialdemokratie und des deutschen Faschismus haben die Herrschaft der Bourgeoisie von neuem für eine gewisse Zeit — eine kurze Zeit — gerettet. Doch wurde die Arbeiterklasse nicht zertrümmert. Ihre Hauptkräfte blieben unversehrt. Das Hauptergebnis des vergangenen Jahres bildet die Tatsache, daß das Monopol der deutschen Sozialdemokratie als Partei der Arbeitermassen **gebrochen** ist. Die Kommunisten bilden heute innerhalb der Arbeiterschaft nicht nur keine der gegenwärtigen Sozialdemokratie nachstehende, sondern bereits eine sich dauernd aufwärts bewegende Kraft. Die „linken" Führer der Sozialdemokratie haben sich in den Augen der Arbeiter nicht minder hoffnungslos kompromittiert als die rechten Führer. Die Maskerade der letzten Faschingskomödie ist zu Ende, die Masken sind ein für allemal gefallen. Die Zeit ist nicht mehr fern, da die deutsche Arbeiterklasse endlich geschlossen zum wirklichen entscheidenden Sturme antreten wird.

Das verflossene Jahr brachte uns ferner schwerwiegende revolutionäre Ereignisse in Polen und Bulgarien, wo es zu Teilaufständen kam. In diesen Ländern zeigte sich die Frage nach der richtigen Taktik der Marxisten gegenüber der Bauernschaft in ihrer ganzen Größe. Hier war es mehr denn in irgendeinem anderen Lande erforderlich, in der Frage des Verhältnisses der Arbeiterklasse zur Bauernschaft die Leninsche Taktik nicht in Worten, sondern durch die Tat zu verwirklichen. Weder in Polen noch in Bulgarien noch in anderen ähnlichen Ländern vermögen die Arbeiter allein zu siegen. Der Arbeiter braucht einen Bundesgenossen. Ein solcher Bundesgenosse ist vorhanden. Das ist der Klein- und Mittelbauer, der mit dem Arbeiter zusammengehen wird, wenn die Kommunistische Partei eine richtige, bolschewistische Taktik sich zu eigen macht. Die Niederlagen, die die Kommunistischen Parteien in Bulgarien und Polen im verflossenen Jahre erfahren haben, gehören zu jener Art von Niederlagen, die an Wert manchem Siege gleichkommen. Wohl ist die Bewegung unterdrückt, aber erdrückt ist sie nicht. Sie wird unvermeidlich eine noch höhere Stufe erklimmen und gewaltige revolutionäre Kräfte in Freiheit setzen.

Die Gärung in den Kolonien und Halbkolonien nimmt von Tag zu Tag zu. Hie und da wird der Himmel bereits von Blitzen durchzuckt. In Ägypten schritten Arbeiter schon zur Besitzergreifung einzelner Betriebe. In Indien entwickelt sich eine machtvolle Streikbewegung der Arbeiter. Vergeblich sucht man durch Gerichtsprozesse die Geburt einer kommunistischen Organisation im Keime zu ersticken. In den französischen Kolonien steigern sich die Gegensätze bis zu blutigen Zusammenstößen der unterdrückten Eingeborenen mit den imperialistischen

Truppen der französischen Bourgeoisie. In der Türkei, in Afghanistan, in China allüberall sehen wir in der Tiefe ein Gären und Brodeln, deren Bedeutung sich in nicht ferner Zeit in ihrer ganzen Größe offenbaren wird.

Allmählich, aber unaufhaltsam mehren sich die Kräfte der internationalen Revolution. Langsam, doch unabwendbar bereitet sich ein neuer revolutionärer Aufschwung vor.

Während an dem einen Pol sich die revolutionären Ereignisse ausreifen, die revolutionären Kräfte sich zusehends vermehren, sehen wir am anderen Pol von Tag zu Tag immer deutlicher die Überreife des internationalen Opportunismus in Erscheinung treten, der bereits einen solchen Grad von Fäulnis erreicht hat, daß er offen vor aller Welt zu einem Faschismus wird. Die deutsche Sozialdemokratie ist zu einem Flügel des Faschismus geworden. Auch die italienischen reformistischen Sozialisten bilden lediglich eine Richtung innerhalb des Faschismus. Die Arbeiterregierung Macdonald enthüllt tagtäglich breitesten Schichten der Arbeiterschaft ihr konterrevolutionäres Wesen. Die Quantität beginnt in Qualität umzuschlagen. Die Spitzen des internationalen Opportunismus und die Hauptkaders der II. Internationale verbürgerlichen vor unseren Augen mit einer geradezu beispiellosen, nie dagewesenen Geschwindigkeit. Das zurzeit vom Führer der II. Internationale Macdonald unternommene „Experiment" wird eine nicht minder heilsame Lehre sein, als es seinerzeit das „Experiment" Millerands war, als dieser, damals noch Sozialist, zum erstenmal einer bürgerlichen Regierung beitrat. Macdonald und Konsorten arbeiten jetzt, gegen ihren eigenen Wunsch, für die Kommunisten. Nichts wird die englischen Arbeiter so schnell vom konterrevolutionären Einfluß des Reformismus befreien als gerade das von Macdonald unternommene Experiment.

Die sich breiter Schichten der Arbeitermassen infolge der beispiellos schweren Wirtschaftslage bemächtigende Verzweiflung treibt gewisse Teile der Arbeiterschaft mancherorts dazu, die bürgerlich-nationalistischen, faschistischen Organisationen zu unterstützen. Bei einer richtigenTaktik der Kommunisten wird diese Erscheinung von nur kurzer Dauer sein. In Europa wird bald ein frischer, revolutionärer Wind zu wehen beginnen. Dieser revolutionäre Wind wird die heutigen „stolzen" Gebäude der II. Internationale hinwegblasen als wären sie Kartenhäuser und die Arbeiterklasse der Bourgeoisie Brust gegen Brust, Klasse gegen Klasse gegenüberstellen.

Die Wahlen in Italien haben, trotzdem sie unter Bedingungen einer mörderischen faschistischen Diktatur stattfanden, gezeigt, daß die Macht des Kommunismus wächst. Die Wahlen in Karpathorußland beweisen, daß die Kommunisten beginnen, bedeutende Schichten der werktätigen Bauernschaft zu erobern. Die in Deutschland bisher erfolgten Teilwahlen bestätigen das unaufhaltsame gewaltige Wachsen der KP. Die in Deutschland und Frankreich bevorstehenden allgemeinen Wahlen werden zweifellos zeigen, daß in diesen beiden wichtigsten Ländern Europas der Kommunismus fest verankert ist und die Kommunistischen Parteien wirkliche **Massenparteien** werden.

Heran an die Massen! Immer dichter an die Massen heran! Diese Parole bleibt auch fürderhin die wichtigste Tagesparole. Die Anwendung der Einheitsfronttaktik hat in einer ganzen Reihe von Ländern oportunistische Entstellungen erfahren. Trotzdem bleibt jedoch diese Taktik in ihrer Grundlage richtig. Sie bedarf nur einer schärferen Konkretisierung und einer ganzen Reihe von Ergänzungen, die sie vor opportunistischen Entstellungen zu schützen haben werden. Die Einheitsfronttaktik ist für die Kommunisten eine **Methode der Agitation und Mobilisierung der Massen für die Dauer einer ganzen Periode.** Wir müssen es lernen, diese Methode richtig zu handhaben. Mögen die Schwierigkeiten ihrer Anwendung noch so groß sein, sie werden die KI. nicht veranlassen, auf diese Taktik, die unter den gegenwärtigen Umständen die einzig richtige ist, leichtsinnig zu verzichten.

Der Bund Sozialistischer Sowjetrepubliken hat seinen großen Führer, Genossen **Lenin**, dessen Tod die Werktätigen der ganzen Welt beweinen, verloren. Englische Arbeiter ehren in ihren Versammlungen das Andenken an den Genossen Lenin durch Aufstehen und Verharren in feierlicher Stille. Was mag wohl die Seele des gewöhnlichen englischen Arbeiters in solch einem symbolischen Augenblick erfüllen? Die englischen Arbeiter, wie die Arbeiter anderer Länder, die noch dem zersetzenden Einfluß des Reformismus ausgesetzt sind, mögen in solchem Augenblick einmal in Gedanken das große Werk W. I. Lenins vergleichen mit jener abstoßenden Politik, die die Führer der II. Internationale den Arbeitern noch immer aufzwingen. Ein solcher Vergleich spräche für sich selbst.

Der Bund Sozialistischer Sowjetrepubliken hat einen ungeheuren Verlust erlitten. Doch er steht unerschüttert fest. Die erste große proletarische Revolution hat die auf ihrem Wege aufgetürmten größten Hindernisse bereits überwunden. Die Republik der Arbeiter beginnt jetzt ihren großen wirtschaftlichen Aufbau mit sicherer Hoffnung auf Erfolg. Die Zeit ist nicht mehr fern, da sich der ersten Sowjetrepublik der Arbeit andere Länder anschließen und die gleiche Bahn beschreiten werden.

Am Tage des 1. Mai 1924 grüßen Millionen Werktätiger des Bundes Sozialistischer Sowjetrepubliken im Bewußtsein erfüllter Pflicht in der Grundsteinlegung zum sozialistischen Aufbau und in der festen Hoffnung, mit dem sozialistischen Wirtschaftsaufbau eine neue Epoche eingeleitet zu haben, die Werktätigen der ganzen Welt und rufen ihnen aus vollem Herzen zu:

Es lebe der erste Mai!

Mögen die Werktätigen aller Länder diesen Ruf aufgreifen. Möge er einen machtvollen Widerhall in der ganzen Welt finden. Möge aus ihm der Richterspruch der Massen nicht nur über die internationale Bourgeoisie, sondern auch über die faschistische Sozialdemokratie, die sich in Wirklichkeit von der internationalen Solidarität, deren Sinnbild die Feier des 1. Mai ist, schon längst losgesagt hat, erschallen.

Aufrufe

An die Arbeiter, werktätigen Bauern und unterdrückten Völker der ganzen Welt!

** Die rumänischen Bojaren und Bankiers wollen hinter den Weißgardisten jenseits der Donau nicht zurückbleiben. Nachdem die Bourgeoisie in Bulgarien blutige Rache an den revolutionären Arbeitern und Bauern genommen, gerät jetzt das rumänische Proletariat und seine Klassenorganisationen unter das Trommelfeuer der herrschenden Clique des Landes.

Unter dem Vorwand, den unlängst ausgebrochenen faschistischen Unruhen ein Ende machen zu wollen, hat die rumänische Regierung den außerordentlichen Belagerungszustand über das Land verhängt, **statt mit Faschisten wurden aber die Gefängnisse mit Arbeitern und Kommunisten gefüllt.** Die kommunistischen Zeitungen und selbst der Allgemeine Gewerkschaftsverband wurden verboten. Die Verfolgungen im ganzen Lande dauern an. Viele führende Genossen der kommunistischen und Gewerkschaftsbewegung wurden verhaftet, anderen steht eine Verhaftung bevor. Allen jenen Arbeitern, Arbeiterinnen und Jugendlichen, die in irgend einer Weise ihre Sympathie zur Sache der Unterdrückten bekundeten, droht dasselbe Schicksal. Keinerlei Arbeiterversammlungen, keinerlei unabhängige Arbeiterblätter werden erlaubt. In den Gefängnissen werden unsere Genossen in unmenschlicher Weise mißhandelt. **Hungerproteststreiks sind alltägliche Erscheinungen.** Besonders schamlos und grausam wütet die rumänische Ochranka in den Gebieten, die von Rumänien annektiert worden sind. Die ungarischen, bessarabischen und bulgarischen Bauern erleben von neuem die Greuel und Verbrechen des Terrorregimes. Unlängst wurde Genosse **Berger**, Sekretär der Kommunistischen Partei Siebenbürgens und des Banats, von der rumänischen Polizei den **Horthy-Banditen ausgeliefert.** Ferner wurden vor kurzem in der Dobrudscha **fünf bulgarische Bauern ohne Gerichtsverfahren erschossen.**

Die rumänischen Bojaren und Bankiers, die sich einbilden, Hüter der „europäischen Zivilisation" an den Grenzen des barbarischen Ostens zu sein, haben ihre Raubtiernatur schon bei der Unterdrückung des Bauernaufstandes im Jahre 1907 enthüllt, wo einige tausend armer Bauern erschossen wurden. Der **weiße Terror** wurde zum herrschendem System, seitdem die rumänische Plutokratie sich ungeheuere fremde Gebiete angeeignet hat und die Unzufriedenheit der zugrunde gerichteten und unterdrückten Arbeiter- und Bauernmassen immer stärker in Erscheinung tritt.

Unvergessen bleibt der 10. Dezember 1918, wo bei einer Demonstration **in Bukarest Maschinengewehre mehr als 100 Arbeiter zu Boden streckten.** Im Zusammenhang mit dem Generalstreik im Oktober 1920 wurden **im ganzen Lande tausende Arbeiter verhaftet, mehrere hundert zu langen Zuchthausstrafen verurteilt.** Im Mai 1921 erfolgte **die Verhaftung aller Teilnehmer des Kongresses der Sozialistischen Parteien, weil dieser den Beitritt zur Kommunistischen Internationale beschlossen hatte. Nachdem die Verhafteten vierzehn Monate hindurch in den Gefängnissen gequält und gemartert worden waren,** wurden sie vom Gericht als unschuldig freigesprochen.

Die Liste der Opfer des weißen Terrors wird immer größer. Fortgesetzt werden die besten Arbeiter bestialisch hingemordet, natürlich bei dem traditionellen „Fluchtversuch". In den Salzbergwerken und Festungen sind die Eingekerkerten zu einem langsamen, aber sicheren Tod verdammt und unbeschreiblichen körperlichen und moralischen Qualen ausgesetzt.

Die neuen Massenverhaftungen und Massenverfolgungen sind eine Antwort auf das Erstarken der Kommunistischen Partei, auf das Anwachsen der Arbeiterbewegung, auf den Kampf der Kommunistischen Partei gegen die Herabsetzung der Löhne der Arbeiter und Angestellten; auf die Forderung der Kommunistischen Partei, Grund und Boden den Bauern zu geben, auf den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker Siebenbürgens, Bukowina, Bessarabiens und der Dobrudscha.

Die Verhaftungen fanden gerade in dem Augenblick statt, wo auf der Konferenz in Wien die Sowjetdelegation für das bessarabische Volk die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes gefordert hat; in dem Augenblick, wo, trotz der energischen Unterstützung Poincarés, der Versuch der rumänischen Räuber, ihren an zwei Millionen Arbeitern und Bauern begangenen Akt der Gewalt und Gemeinheit zu legalisieren, vereitelt worden ist. Durch ihre Schreckensherrschaft beweist die rumänische Regierung selbst den unterdrückten Völkern, daß sie keine treueren und hingebungsvolleren Verteidiger und Schützer ihres Rechts haben als die Kommunisten.

Die Verfolgungen der Kommunisten und der revolutionären Arbeiter finden ausgerechnet in dem Augenblick statt, wo die rumänischen Bojaren endgültig zu Vasallen des imperialistischen Frankreich geworden sind, wo sie militärische Bündnisse abschließen, riesige Rüstungen vornehmen, neue Fesseln für die Massen schmieden und neue Abenteuer für das Land vorbereiten. Dadurch beweisen sie nur selbst, daß die Kommunisten die entschlossensten Feinde militärischer Abenteuer und die opferfreudigsten Kämpfer für die Lebensinteressen der Massen sind.

Die Regierung Rumäniens und die rumänische Bourgeoisie glaubt, den „inneren" Feind besiegt zu haben. Sie irrt sich aber gewaltig. Der innere Feind sind die Millionen Unterdrückten, Ausgeplünderten und zugrunde gerichteten Arbeiter, Angestellte und Bauern — ist das gesamte schaffende Volk. Die Regierung ist ohnmächtig, diese Millionenmassen zu besiegen. Die Arbeiter- und Bauernregierung, die von der Macht der erdrückenden Mehrheit des Volkes errichtet werden wird, wird das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationalitäten verwirklichen und trotz allem **den Sieg über die Bojaren und Kapitalisten davontragen.**

Arbeiter, Bauern der ganzen Welt!

Erhebt Eure Stimme gegen den rumänischen Gendarmen-Terror! In der Presse und in Versammlungen reißt die Maske herunter, die die rumänischen Minister und die Angehörigen der Königsfamilie tragen, diese reisenden Bettler um Kredite. Bekundet Eure Klassensolidarität mit den unterjochten Bauern und Arbeitern Rumäniens!

Genossen und Genossinnen Rumäniens!

Laßt Euch in Eurem Kampfe nicht schrecken! Weicht nicht zurück! Fester und fester schließt die Reihen im Kampfe um die politischen Freiheiten, im Kampfe gegen die herrschende Klasse. Traut der Kommunistischen Partei, der Vorkämpferin für die Befreiung der Arbeiterklasse, aller Schaffenden in Stadt und Land!

Arbeiter und Bauern Rumäniens!

Bewahret weiterhin Euer Vertrauen zur Kommunistischen Partei und zu ihren Klassenorganisationen! Die Kommunisten werden verfolgt, unterdrückt, sie bluten aus zahllosen Wunden. Sie sind aber nicht tot. Immer wieder finden sie neue Wege zur schaffenden Bevölkerung in den Betrieben und auf den Feldern. Unerschütterliches Vertrauen zu ihnen bringt Euch am raschesten den Sieg. Die rumänischen Kommunisten und klassenbewußten Arbeiter und Bauern stehen nicht allein in ihrem Kampfe. Die revolutionären Arbeiter und Bauern der ganzen Welt sind ihre treuesten, zuverlässigsten und stärksten Bundesgenossen.

Es lebe die KP. Rumäniens!

Es leben die Klassenorganisationen des rumänischen Proletariats!

Es lebe der Kampf der Arbeiterschaft und der Bauernschaft!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Moskau, 24. April 1924.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Der 1. Mai — das Fest des Weltbundes der Bauern und Arbeiter.

(Durch Sonderabdruck der Presse bereits zugestellt. D. R.)

An die Bauern und Bäuerinnen der ganzen Welt.

Bauern und Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!
Brüder und Genossen, Bauern und Bäuerinnen!

** Der 1. Mai bedeutet bei den Arbeitern aller Länder der Welt eine imposante Feier:

Das internationale Fest der Arbeit.

Aus schwülen Mansarden und feuchten Kellern, aus russigen und staubigen Fabriken, aus tiefen Schächten kommen an diesem Tage Millionen Arbeiter mit roten Fahnen auf die Straßen der Städte und Industrieansiedlungen. Aus den Kehlen von Millionen Proletariern erschallen die gewaltigen Kampfklänge der Internationale. Über die ganze Erde, in allen menschlichen Sprachen ertönt die Stimme des Protestes gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung.

Am Tage des 1. Mai leisten die Arbeiter der ganzen Welt einen Schwur der internationalen Brüderschaft, Solidarität und Kampfbereitschaft zum unerbittlichen Kampfe um den Sieg der Arbeit über das Kapital.

Brüder und Genossen, Bauern und Bäuerinnen!

Die Arbeiter stellen am 1. Mai nicht nur gerechte Arbeiterforderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, wie zum Beispiel den **Achtstundentag, Arbeitsschutz der Jugendlichen und Frauen, soziale Fürsorge im Unglücksfalle, Alter** usw., Forderungen, um die sich immer breitere Arbeitermassen, mächtigere proletarische Organisationen aller Länder scharen; doch an diesem Tage leisten die Arbeiter auch einen Schwur, für die Befreiung aller übrigen Ausgebeuteten und Unterdrückten zu kämpfen.

Die großen Führer des Proletariats: **Marx, Engels und Lenin** lehren die Arbeitermassen, daß, wenn sie sich befreien wollen, sie auch allen andern Unterdrückten die Befreiung bringen müssen.

Brüder und Genossen, Bauern und Bäuerinnen.

Die Quellen aller gesellschaftlichen Übel sind nicht etwa einzelne Personen, sondern die ganze kapitalistische Ordnung, ohne deren Sturz es keine Besserung des Schicksals der Arbeitenden gibt. Gerade der Kapitalismus unterdrückt mit allen Mitteln die Millionenmassen der Bauernschaft, Landarbeiter und Knechte; er unterdrückt sie in nicht minderem Maße als die Arbeiter. In den **Kolonien**, überhaupt in Ländern mit zurückgebliebener Industrie, übersteigt die Ausbeutung und Unterdrückung der schaffenden Bauern durch ein entartetes Häuflein Bourgeois und Großgrundbesitzer jegliches Maß und jegliche Grenze. Die Bauern, mit Ausnahme weniger Reichen, sind in ihrer Masse der Gnade und Ungnade der Bourgeois und Grundbesitzer ausgeliefert. Die kapitalistische Ordnung preßt aus ihnen nicht nur den Schweiß, sondern auch das Blut. Außer großen Steuerlasten muß der Bauer noch sein Leben hergeben. Eine Meute imperialistischer, kapitalistischer Räuber führt auf der Jagd nach Profit untereinander unaufhörliche Kriege, denen die Bauern und Arbeiter zum Opfer fallen, da sie das Kanonenfutter für diese Kriege stellen. Die Unfreiheit des Bauern existiert schon viele Jahrhunderte. Gewiß, die Bauern versuchten überall, das unerträgliche Joch von sich abzuwerfen, aber ihre Empörungen, Aufstände und Bauernkriege sind im Bauernblut ertränkt worden. Die herrschende Klasse: Junker und Bourgeois, haben bis zum heutigen Tage überall, mit der einzigen Ausnahme — in Sowjetrußland, den Machtapparat in ihren Händen, nämlich: die Städte, die Zentren der Kultur, die Banken, Industrie, Schächte, Fabriken, Eisenbahnen, Telegraphen, überhaupt den ganzen Staatsapparat, und beherrscht auf diese Weise die Industrie und Verkehrsmittel. Es ist folglich nicht erstaunlich, daß sie mit Hilfe dieser gewaltigen Werkzeuge jede Unruhe der viele Millionen zählenden Bauernmasse leicht unterdrücken können.

Nur die organisierten Arbeiter sind imstande, die Machtquellen der Ausbeuterklasse in Besitz zu nehmen und sie zum Wohl aller Arbeitenden auszunützen.

In der letzten Zeit versuchten die Bauern Bulgariens, ihr Land selbständig zu regieren, jedoch wurde die Regierung Stambulisky von der Bourgeoisie und den Junkern zerschlagen. Wenn die bulgarischen Bauern mit den Arbeitern ein Bündnis geschlossen und eine Bauern- und Arbeiterregierung gebildet hätten, so hätten die Arbeitenden Bulgariens nicht im Verlauf von einigen Tagen 5000 Tote verloren und es hätten nicht 15.000 ins Gefängnis geworfen werden können.

Die Bauern der ganzen Welt, belehrt durch die Erfahrung der schweren Opfer, müssen einen brüderlichen revolutionären Bund mit der revolutionären Arbeiterklasse schließen, dann werden sie unter ihrer erfahrenen Führung mit gemeinsamen Kräften die Bourgeoisie und die Junker — diese gemeinsamen und tödlichen Feinde der Bauern und Arbeiter — besiegen. Nach dem Siege werden sie imstande sein, durch einen Zusammenschluß der Arbeiterschaft mit dem Bauerndorf für sich und die kommenden Generationen eine bessere und schönere Zukunft zu schaffen.

Brüder und Genossen, Bauern und Bäuerinnen!

Der geniale Führer aller Ausgebeuteten, Genosse Lenin, schuf zum ersten Male in der Menschheitsgeschichte ein Bauern- und Arbeiterbündnis und errang dadurch den Sieg der proletarischen Revolution auf dem weiten Territorium des gewesenen Russischen Reiches.

Das unsterbliche Genie Lenins hat durch die Tat den Bauern und Arbeitern der ganzen Welt den Weg zum Siege gezeigt.

Das Sein und Gedeihen Sowjetrußlands, dieses Staates, der ein Sechstel der Erdkugel einnimmt, des Staates, wo zum ersten Male in der Menschheitsgeschichte die Gewalt sich in den Händen der Bauern und Arbeiter befindet, wo sich dank ihrer Arbeitsgemeinschaft der Wohlstand der Arbeitenden fortwährend erhöht — das Sein und Gedeihen Sowjetrußlands beweist am besten, daß das der einzig richtige Weg ist, der zu dem erwünschten Ziele führt.

Wir, die erste Internationale Bauernorganisation, die Bauerninternationale, in deren Verband sich Millionen organisierter Bauern aller Weltteile befinden, rufen Euch auf, diesen Weg zu gehen.

Im Namen der Bauerninternationale rufen wir hunderte Millionen schaffender Bauern der ganzen Welt auf, zusammen mit den Arbeitern den 1. Mai zu feiern, auf diese Weise die Brüderlichkeit und Solidarität mit der revolutionären Arbeiterklasse demonstrierend, den Junkern und Fabrikanten zur Furcht und den Arbeitenden zur Freude. Das Arbeitsfest soll von heuer an zum Fest des unzertrennlichen Bundes der Bauern und Arbeiter werden. Am Tage des 1. Mai soll sich zum ersten Male das rote Banner über den unabsehbaren Bauernmassen entfalten und in den Feldern, in den Wäldern, durch die Täler und auf den Höhen Europas, Asiens, Afrikas, Amerikas, Australiens — vom Süden bis zum Norden, vom Osten bis zum Westen soll aus Millionen Bauernkehlen der einige und mächtige Ruf erschallen:

Nieder mit der verbrecherischen kapitalistischen Ordnung!
Es lebe der Sieg der Arbeit über das Kapital!
Nieder mit dem Krieg!
Es lebe die friedliche Arbeitsgemeinschaft und Brüderlichkeit der Völker!
Freiheit den versklavten Völkern in den Kolonien!
Nieder mit der unerträglichen Bürde der Steuerlasten, die zur Vorbereitung neuer Kriege dienen!
Nieder mit der Herrschaft eines Häufleins Kapitalisten und Großgrundbesitzer!
Nieder mit dem Faschismus!
Freiheit den politischen Gefangenen, den Kämpfern für die Bauern- und Arbeitersache!
Es lebe die Bauern- und Arbeiterregierung!
Wir fordern die Enteignung des Junkerlandes ohne Entschädigung!
Vorwärts zum Kampf für Land und Freiheit!
Das Land — den Bauern! Die Fabriken — den Arbeitern!
Alle Gewalt den Bauern und Arbeitern!
Es lebe der brüderliche, unverbrüchliche, revolutionäre Bund der Bauern und Arbeiter!
Organisiert Euch, tretet in die Reihen der Bauerninternationale!
Es lebe der gemeinsame Sieg der Bauern und Arbeiter aller Länder!
Es lebe der Bund der Bauern- und Arbeiterrepubliken der ganzen Welt!

Bauern und Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!

Das Präsidium des Internationalen Bauernrates.

A. P. Smirnow (Sowjetrußland), **T. Dombal** (Polen), **Marius Vazeille** (Frankreich), **Bürgi** (Deutschland), **Otto Rydlo** (Tschechoslowakei), **Gorow** (Bulgarien), **Chero** (Schweden), **Ken Chajaschi** (Japan), **Ursulio Galvani** (Mexiko), **Nguyen-ai-Quac** (Kolonie Indochina), **Grün** (Vereinigte Staaten von Nordamerika).

Moskau, Ende April 1924.

Buchbesprechungen

„Arbeiter-Literatur."*)

Von Johannes Wertheim (Wien).

Die kommunistische Publizistik hat eine Bereicherung erfahren. Der Verlag für Literatur und Politik gibt unter dem Titel „Arbeiter-Literatur" eine nach Bedarf erscheinende Zeitschrift heraus. Das erste Heft liegt im verstärkten Umfange vor. Es ist zum größten Teil dem Andenken Lenins gewidmet.

Clara Zetkin setzt mit dem von ihres Herzens Wärme durchströmten einleitenden Artikel „Lenins Werk" ein Denkmal, das nicht weniger tiefe Intuition verrät als Erich Mühsams Hymnus, der in der Festung Niederschönefeld gedichtet, dann von der Gefängnisverwaltung beschlagnahmt wurde und jetzt erst zu den Völkern rufen kann:

Sein großes Werk setzt fort, baut aus, vollendet!
Wo sie noch herrscht, da brecht die Sklaverei!
So lang nicht jedes Volk sein Schicksal wendet,
Ist auch das Russenvolk Lenins nicht frei.

Ebenso kraftvoll klingt Demjan Bjednys „Gruß an Lenin", den Johannes R. Becher ins Deutsche übertragen hat.

W. Adoratsky stellt in einem kurzen Aufsatz „Lenins Theorie und Praxis" dar und enthüllt das Geheimnis von Lenins theoretischen und politischen Siegen, das in der meisterhaften Beherrschung der marxistischen Methode, in der Fähigkeit, die revolutionäre Bewegung der Massen zu organisieren, zu leiten und ihr bester Wortführer zu sein, bestand. Diesen Nachweis erbringt dann auch August Thalheimer. Er steuert einen beachtenswerten Beitrag bei, in dem er untersucht, wie Lenin die materialistische Dialektik gehandhabt hat. Zu diesem Zwecke greift er einige Fragen heraus. So zeigt er ziemlich erschöpfend die Entwicklung des Gedankens der proletarischen Diktatur von Marx bis Lenin. Die Behandlung der Agrarfrage durch Lenin zeigt gleichfalls eine exakte Anwendung der materialistisch-dialektischen Methode. Thalheimer arbeitet die drei Etappen gedanklicher Entwicklung heraus: 1. Das allgemeine sozialistische Agrarprogramm, in dem keine Rede von Landaufteilung ist. 2. Die Abänderung entsprechend den russischen Verhältnissen (Landaufteilung als unumgängliche Zwischenstufe zur sozialistischen, gemeinschaftlich betriebenen großen Landwirtschaft). 3. Auf Grund der gemachten Erfahrungen, die weitere Konkretisierung des kommunistischen Agrarprogramms, die sowohl unter bestimmten Voraussetzungen, den unmittelbaren Übergang zum sozialistischen Großbetrieb in der Landwirtschaft, wie auch die Zwischenstufe der Landaufteilung vorsieht. Die Behandlung der Frage des imperialistischen und des nationalen Krieges durch Lenin ist besonders bemerkenswert dadurch, daß Lenin hier

„wahrhaft dialektisch die Fälschungen des Sozialpatriotismus kritisch vernichtet, die die Massen durch die Übertragung der Haltung von Marx und Engels zu den nationalen Kriegen ihrer Zeit auf den imperialistischen Krieg zu täuschen suchte, ohne aber die Möglichkeit nationaler Kriege auch im ‚Zeitalter des Imperialismus' außer acht zu lassen".

Die Ergänzung zur Beleuchtung der Leninschen Methode bildet W. Molotows prägnante Schilderung des Wirkens Lenins zur Zeit der Februarrevolution und seines Einflusses auf die Bildung der russischen Partei. „Man muß", meint der Verfasser, „diese Eepoche unserer Partei und Lenins Erbe aus jener Zeit studieren, um zu verstehen, wie groß die in die Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus, — in den Marxismus hineingelegte Kraft seiner Persönlichkeit war." Der Weg zu diesem Studium weist L. B. Kamenew, der „Das literarische Erbe Wladimir Iljitsch Lenins" analysiert.

Lenins Persönlichkeit selbst aber läßt sich schon aus der Kamenewschen Würdigung der **Briefe Lenins an Gorki** (ein Brief ist im Wortlaute mitgeteilt) wie aus den „Erinnerungen an Lenin" von Clara Zetkin ahnen; völlig erst ersteht sie aus der flüchtigen Skizze Michael Kolzows „Der Sessel", die eine sinnige Belehrung für das Kleinbürgertum hüben und drüben ist, und aus L. Ssejfulinas „Bauernlegende über Lenin".

„... und auf unsicheren Landstraßen und auf guten Chausseen wird die Kunde von ihm immer weiter dringen"...

*) Verlag für Literatur und Politik, Wien, VIII., Alserstraße 69. — 96 S. Preis 20 GPf.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 52. 6. Mai. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Die Philister über den Revolutionär. Von Trotzki . 617

Politik.
Wird die britische Arbeiterregierung dafür einstehen? Von Roy 620

Deutschland.
Die Arbeit der KJ. in der Ruhrarmee. Von Wujowitsch 621

Union der Sowjetrepubliken.
Die Organisation der Bildungsarbeiter und Wissenschaftler in Sowjetrußland. Von Friedländer 622

Arbeiterbewegung.
Zum Verbandstag der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten Deutschlands. Von Richter 623

Aus der Internationale.
Die Parteitagsbeschlüsse der KPD., ihre Anwendung, ihr Nutzen für die Internationale. Von Maslow . . . 624
Die letzte politische Lehre Lenins. Von Radek 625

Proletarische Kunst.
Eine Informationsstelle für russische Kunst und Wissenschaft in Moskau 626

Rote Hilfe.
Vergesset nicht die Opfer des Kampfes! 626

Aufrufe.
An alle Proletarier und werktätigen Bauern in den Balkanländern 626

Buchbesprechung.
Georg Tscharmann: „Der Weg der Intellektuellen" Von Paul 627

Die Philister über den Revolutionär.

Von L. Trotzki.

Nachstehender Artikel stellt ein Kapitel des demnächst in russischer Sprache erscheinenden Buches des Genossen Trotzki über Lenin dar.

Die Redaktion.

** In einem der vielen Lenin gewidmeten Sammelwerke stieß ich auf einen Artikel des englischen Schriftstellers H. G. Wells, betitelt „Der Träumer des Kreml". Die Redaktion des Sammelwerkes läßt eine Bemerkung vorangehen, wonach „selbst solche fortgeschrittene Leute wie Wells den Sinn der in Rußland vor sich gehenden proletarischen Revolution nicht begriffen haben". Man könnte denken, daß dies noch kein genügender Grund sei, den Artikel Wells' in einer Sammlung abzudrucken, die dem Führer dieser Revolution gewidmet ist. Aber es lohnt nicht, sich darüber zu ereifern: ich wenigstens habe einige Seiten dieses Artikels nicht ohne Interesse gelesen, woran jedoch sein Verfasser, wie es aus dem weiteren ersichtlich wird, keine Schuld trägt.

Wir erinnern uns noch lebhaft an den Besuch von Wells in Moskau. Das war der kalte Winter des Hungerjahres 1920—1921. Das aufregende Vorgefühl der Frühjahrskomplikationen hängt in der Luft. Das hungernde Moskau ist mit Schnee bedeckt. Die Wirtschaftspolitik steht vor einem jähen Umschwung. Ich erinnere mich noch sehr gut an den Eindruck, den das Gespräch mit Wells in Wladimir Iljitsch hinterließ: „Das ist aber ein Kleinbürger! Das ist ein Philister!" — wiederholte er, indem er beide Hände erhob, lachte, mit jenem Lachen und mit jener Gebärde, die für ihn bezeichnend waren, wenn er sich im Innern gewissermaßen wegen eines anderen Menschen schämte. „Was für ein Philister!" — wiederholte er, indem er das Gespräch in der Erinnerung nochmals durchlebte. Dieses Gespräch zwischen Lenin und mir fand vor der Eröffnung der Sitzung des Politischen Bureaus statt und beschränkte sich eigentlich nur auf die Wiederholung der soeben angeführten kurzen Charakteristik von Wells. Aber auch das war genug für das Auge. Ich habe von Wells, offen gesagt, wenig gelesen und habe ihn persönlich überhaupt noch nicht gesehen. Aber das Bild, wie der englische Salonsozialist, der Fabianer*), der phantastische und utopistische Belletrist, nach Moskau kommt, um die kommunistischen Experimente zu sehen — dieses Bild habe ich mir ziemlich lebhaft vorgestellt. Und der Ausruf Lenins, besonders der Ton dieses Ausrufes ermöglichten mir, das übrige ohne große Mühe hinzuzudenken. Und nun hat der Artikel von Wells, der auf unerforschbaren Wegen in das Sammelwerk über Lenin gelangte, nicht nur den Ausruf Lenins in meiner Erinnerung wieder belebt, sondern ihm auch den lebendigen Inhalt gegeben. Denn wenn man auch im Artikel Wells' keine Spur von Lenin finden kann, so ist Wells darin, wie es nicht besser möglich ist, enthalten.

Beginnen wir gleich bei der einleitenden Klage des Verfassers: Er mußte sich, denkt Euch, lange darum bemühen, um mit Lenin sprechen zu können, was ihn „außerordentlich aufregte". Warum eigentlich? Hatte denn Lenin Wells gerufen? Hatte er sich dem verpflichtet, ihn zu empfangen, oder hatte denn Lenin so viel freie Zeit? Im Gegenteil. In jenen äußerst schweren Tagen war jede Minute seiner Zeit besetzt; er konnte nicht so leicht eine Stunde für den Empfang von Wells freimachen. Auch für einen Ausländer war das nicht schwer zu begreifen. Aber es handelt sich gerade darum, daß der Herr Wells als berühmter Ausländer

*) Die „Gesellschaft der Fabianer" („Fabian Society") vereinigt in England sozialistische Intellektuelle, und sie nennt sich so zu Ehren des Fabian Cunctator (Fabian, der Zögerer).

— und dabei in seinem „Sozialismus" viel konservativer als die Engländer imperialistischen Schlages — von der Überzeugung durchdrungen war, daß er eigentlich mit seinem Besuche diesem barbarischen Lande und seinem Führer eine große Ehre erweist. Der ganze Artikel Wells ist von der ersten bis zur letzten Zeile von dieser unmotivierten Selbsthochachtung erfüllt.

Die Charakteristik Lenins beginnt, wie es auch zu erwarten war, mit einer Entdeckung. Lenin, hört, „ist überhaupt kein Schriftsteller". Wer könnte denn wirklich diese Frage besser entscheiden als der Berufsschriftsteller Wells? „Die kurzen, scharfen Pamphlets, die in Moskau unter seinem (Lenins) Namen (!) erscheinen, sind voll unrichtiger Vorstellungen über die Psychologie der westlichen Arbeiter ..... und bringen sehr wenig das wahre Wesen der Leninschen Denkart zum Ausdruck." Dem geehrten Gentleman ist es natürlich unbekannt, daß Lenin eine Reihe überaus wichtiger Arbeiten über die Agrarfrage, über die theoretische Ökonomie, über Soziologie, über Philosophie geschrieben hat. Wells kennt nur die „kurzen, scharfen Pamphlets", über die er auch nur zu bemerken hat, daß sie nur „unter dem Namen" Lenins erscheinen, das heißt er spielt darauf hin, daß sie durch andere geschrieben wurden. Und das wahre „Wesen der Leninschen Denkart" kommt natürlich nicht in den Dutzenden von Bänden seiner Werke, sondern in jenem einstündigen Gespräche zum Ausdruck, zu der sich der erlauchteste Gast aus Großbritannien großmütig herabließ.

Von Wels hätte man wenigstens eine interessante Skizze über das Äußere Lenins erwarten können, und wegen eines guterfaßten Zuges hätten wir ihm alle seine fabianischen Fadheiten verziehen. Aber in dem Artikel gibt es nichts dergleichen. „Lenin hat ein angenehmes braunes (!) Gesicht mit einem sich stets ändernden Ausdruck und ein lebhaftes Lächeln...." „Er ist seinen Photographen sehr wenig ähnlich..." „Er gestikulierte ein wenig während des Gespräches...." Über diese Banalitäten eines Durchschnittsreporters einer kapitalistischen Zeitung ging Herr Wells nicht hinaus. Übrigens entdeckte er noch, daß die Stirn Lenins an den länglichen und leicht assymetrischen Schädel des Herrn Arthur Balfour erinnert und daß Lenin überhaupt ein „kleiner Mensch sei: wenn er am Rand des Stuhles sitzt, berühren seine Füße kaum den Boden". Was den Schädel des Herrn Arthur Balfour anbelangt, so können wir über diesen wertvollen Gegenstand gar nichts sagen und wollen es gerne glauben, daß er länglich ist. Aber im übrigen — was für eine unhöfliche Schlamperei! Lenin war ein etwas grauer, blonder Mensch. Man kann ihn in keinem Falle braun nennen. Er war mittelgroßer Gestalt, vielleicht sogar kleiner als der Durchschnitt, aber daß er den Eindruck eines kleinen Menschen machte und daß er beim Sitzen mit seinen Füßen den Boden kaum erreichte — das konnte nur dem Herrn Wels erscheinen, der mit dem Selbstgefühl eines zivilisierten Gulliver in das Land der nördlichen kommunistischen Liliputaner kommt. Ferner bemerkte Herr Wells, daß Lenin bei Unterbrechungen im Gespräche die Gewohnheit hat, mit dem Finger den Mützenrand hochzuheben. „Vielleicht rührt diese Gewohnheit," rät der scharfsinnige Schriftsteller, „von einem Sehfehler her." Wir kennen diese Bewegung. Sie war dann zu beobachten, wenn Lenin vor sich einen fremden und ihm unbekannten Menschen hatte und schnell auf ihn einen Blick durch die Finger hindurch warf, wobei die Hand gegen die Stirne angelehnt war. Der „Sehfehler" Lenins bestand darin, daß er dabei denjenigen, mit dem er im Gespräche war, durch und durch besah, dessen aufgeblähte Selbstzufriedenheit, dessen Beschränktheit, dessen zivilisierte Aufgeblasenheit und dessen zivilisierte Unwissenheit durchschaute und nachdem er dieses Bild in sein Bewußtsein aufgenommen hatte, lange nachher den Kopf schüttelte und sprach: „Welch ein Philister! Was für ein riesiger Spießer!"

Bei der Unterredung war Genosse Rothstein zugegen, und Wells macht so im Vorübergehen die Entdeckung, daß seine Anwesenheit „bezeichnend für die augenblickliche Lage in Rußland ist: „Rothstein, wie man sieht, kontrolliert Lenin im Auftrage des Volkskommissariats des Auswärtigen mit Rücksicht auf die außerordentliche Aufrichtigkeit Lenins und seine träumerische Unvorsichtigkeit." Was soll man zu dieser unschätzbaren Beobachtung sagen? Als Wells in den Kreml ging, brachte er in seinem Bewußtsein den ganzen Kehricht der internationalen bürgerlichen Information mit und mit seinem durchdringenden Blick — o, es versteht sich, ohne irgend einen „Sehfehler"! — entdeckte er im Arbeitszimmer Lenins das, was er vorher aus der „Times" oder aus einem anderen Reservoir ehrlicher und geleckter Schwätzer herausgeangelt hatte.

Nun, und worin bestand denn am Ende doch die Unterredung? In dieser Beziehung erfahren wir vom Herrn Wells recht belanglose Gemeinplätze, die beweisen, wie armselig und kärglich sich der Leninsche Gedanke in den Sehlinsen anderer brechen, an die Symmetrie derer wir übrigens keinen Grund zu zweifeln haben.

Wells kam mit dem Gedanken, daß „es ihm zufallen würde, sich mit einem überzeugten marxistischen Doktrinär zu streiten, aber in Wirklichkeit trat nicht dergleichen in Erscheinung". Das kann uns nicht wundern. Wir wissen schon, daß das „Wesentliche der Gedankenwelt Lenins" sich nicht in seiner mehr als dreißigjährigen politischen und schriftstellerischen Tätigkeit enthüllte, sondern in seiner Unterredung mit dem englischen Bürger. „Man sagte mir," setzt Wells fort, „daß Lenin es liebt, Lehren zu erteilen, aber bei mir tat er es nicht." Wie auch soll man wirklich einem Gentleman Lehren erteilen, der so sehr von einer hohen Selbsteinschätzung erfüllt ist?

Daß Lenin es liebte, Lehren zu erteilen, ist im allgemeinen nicht wahr. Wahr ist das, daß Lenin sehr lehrreich sprechen konnte. Aber er tat dies nur dann, wenn er der Meinung war, daß derjenige, mit dem er sprach, auch imstande war, etwas zu lernen. In solchen Fällen sparte er wahrlich weder mit Zeit noch mit Mühen. Aber was den großartigen Gulliver betraf, der durch die Gunst des Schicksals in das Arbeitszimmer des „kleinen Mannes" geriet, so mußte sich bei Lenin schon nach zwei bis drei Minuten Unterredung die unerschütterliche Überzeugung festsetzen — etwa im Geiste der Aufschrift auf dem Eingange zu Dantes Hölle —: „Lasset alle Hoffnung fahren!"

Die Unterredung bewegte sich um die großen Städte. Wie Wells erklärte, kam ihm zum ersten Male in Rußland der Gedanke, daß das äußerliche Bild einer Stadt von dem Handel in den Kaufläden und auf den Märkten bestimmt wird. Er gab diese Entdeckung Lenin weiter. Lenin „gab zu", daß die Städte unter dem Kommunismus in ihren Ausmaßen beträchtlich kleiner werden. Wells „verwies" Lenin darauf, daß die Erneuerung der Städte eine riesige Arbeit erfordern und daß viele ungeheuere Gebäude Petersburgs nur den Wert geschichtlicher Denkmäler bewahren. Lenin stimmte auch diesem unvergleichlichen Gemeinplatze des Herrn Wells zu. „Es scheint mir," fügt der letztere hinzu, „daß es ihm angenehm war, mit dem Menschen zu sprechen, der jene unvermeidlichen Folgen der Gemeinwirtschaft begreift, die dem Verständnisse von vielen seiner eigenen Anhänger entgehen." Da habt ihr einen geeigneten Maßstab zum Ermessen der geistigen Größe des Herrn Wells! Er hält die Entdeckung für eine Frucht seines gewaltigen Scharfsinnes, daß unter dem Kommunismus die gegenwärtigen konzentrierten städtischen Anhäufungen verschwinden werden und daß viele von den jetzigen kapitalistischen architektonischen Wunderwerken nur die Bedeutung geschichtlicher Denkmäler bewahren werden (wenn sie nicht die Ehre verdienen werden, zerstört zu werden). Wie auch sollten schließlich die armen Kommunisten („die ermüdenden Fanatiker des Klassenkampfes", wie sie Wells nennt) auf solche Entdeckungen verfallen, die übrigens schon längst in der populären Erläuterung zum alten Programm der deutschen Sozialdemokratie klargelegt sind. Wir wollen schon gar nicht davon sprechen, daß all dies schon den klassischen Utopisten bekannt war.

Jetzt wird es Euch hoffentlich verständlich sein, warum Herr Wells während seiner Unterredung jenes Leninsche Lachen „gar nicht bemerkte", wovon man ihm so viel gesprochen hatte. Lenin war es nicht zum Lachen. Ich fürchte sogar, daß seine Kiefer sich durch die direkte Abwehrbewegung gegen das Lachen zusammenzogen. Aber hier leistete unserem Iljitsch den notwendigen Dienst seine bewegliche und geschickte Hand, die immer zur gegebenen Zeit imstande war, vor einem zu sehr mit sich beschäftigten Teilnehmer am Gespräche die Reflexbewegung unehrbietigen Gähnens zu verbergen.

Wie wir schon hörten, hat Lenin Wells keine Lehren erteilt — aus Gründen, die wir für durchaus stichhaltig erachten. Dafür hat Wells um so eindringlicher Lenin Lehren gegeben. Er flößte ihm den völlig neuen Gedanken ein, daß für den Erfolg des Sozialismus „es nötig ist, nicht nur die materielle Seite des Lebens umzubauen, sondern auch die Psychologie des ganzen Volkes." Er wies Lenin darauf hin, daß „die Rassen ihrer Natur nach Individualisten und Kaufleute sind." Er erklärte ihm, daß der Kommunismus „übermäßig hastet" und vorher zerstört, bevor er etwas aufbauen kann und dergleichen im selben Sinne. „Das führte uns," erzählt Wells, „zum grundsätzlichen Punkt der Meinungsverschiedenheiten zwischen uns, zum Unterschiede zwischen dem evolutionären Kollektivismus und dem Marxismus." Unter evolutionärem Kollektivismus muß man das fabianische Gebräu aus Liberalismus, Philanthrophie, wirtschafliche Sozialgesetzgebung und Sonntagsbetrachtungen über eine bessere Zukunft verstehen. Wells

selbst formuliert das Wesen des evolutionären Kollektivismus wie folgt: „Ich glaube daran, daß mittels eines planmäßigen Systems der Erziehung der Gesellschaft die besfehende kapitalistische Ordnung zivilisiert werden und sich in eine koilektivistische verwandeln kann.“ Wells selbst erklärt nicht, was den eigentlich ist und bei wem „das planmäßige System der Erziehung“ durchgeführt werden wird: Werden die Lords mit dem Langschädel dieses „System“ am englischen Proletariat ausüben, oder wird es, umgekehrt, das Proletariat an den Schädeln der Lords durchführen? O nein, alles was ihr wollt, nur nicht dieses letztere. Wozu denn gibt es auf der Welt aufgeklärte Fabianer, Denker, Leute von uneigennützigem Wesen, Gentlemen und Ladys Mister Wells und Mistreß Snowden als dazu, um mittels planmäßigen und lange dauernden Verdrehens dessen, was sich unter ihren eigenen Schädeln verbirgt, die kapitalistische Gesellschast zu zivilisieren und sie in eine kollektivistische zu verwandeln, und zwar mit derart vernünftiger und glücklicher Schrittmäßigkeit, daß sogar die königliche Dynastie Großbritanniens diesen Übergang gar nicht bemerkt?

All dies legte Wells Lenin dar und all dies hörte Lenin an. „Für mich,“ bemerkt Wells liebenswürdig, „war es geradezu eine Erholung (!), mit diesem ungewöhnlich kleinen Manne zu sprechen.“

Aber für Lenin? O, geduldiger Iljitsch! Für sich sprach er wahrscheinlich einige sehr ausdrucksvolle und saftige russische Worte. Er übersetzte sie nicht laut ins Englische, nicht nur deshalb, weil sein englischer Wortschatz sich wahrscheinlich nicht so weit erstreckte, sondern aus Erwägungen der Höflichkeit. Iljitsch war sehr höflich. Er konnte sich aber nicht auf ein höfliches Schweigen beschränken! „Er war genötigt,“ erzählt Wells, „mir zu erwidern, daß der moderne Kapitalismus unheilbar gierig und verschwenderisch ist, und daß es unmöglich ist, ihm etwas beizubringen.“ Lenin verwies auf eine Reihe von Tatsachen, die unter anderem im neuen Buche von Money enthalten sind: Der Kapitalismus hat die englischen Werften zerstört, hat es unmöglich gemacht, die Kohlengruben vernünftig auszubeuten usw. Iljitsch kannte die Sprache der Tatsachen und der Ziffern.

„Ich gebe zu,“ schließt Herr Wells ganz unerwartet, „daß es mir sehr schwer war, mit ihm zu streiten.“ Was bedeutet dies? Ist es nicht der Anfang der Kapitulation des evolutionären Kollektivismus vor der Logik des Marxismus? Nein, nein, „lasset alle Hoffnung fahren!“ Diese auf den ersten Blick unerwartete Phrase ist ganz und gar nicht zufällig; sie paßt in das System, sie hat einen streng ausgeprägten fabianischen, evolutionären, pädagogischen Charakter. Sie ist auf englische Kapitalisten, Bankiers, Lords und ihre Minister berechnet. Wells spricht zu ihnen: „Seht, Ihr geht so schlecht, so zerstörend, so eigennützig vor, daß es mir im Streite mit dem Träumer vom Kreml schwer wird, die Grundsätze meines evolutionären Kollektivismus zu verteidigen. Werdet doch vernünftig, nehmet allwöchentliche fabianische Abwaschungen vor, zivilisiert Euch, wandelt auf den Pfaden des Fortschritts!“ Auf diese Weise ist das demütige Eingeständnis von Wells nicht der Anfang einer Selbstkritik, sondern nur die Fortsetzung der Erziehungsarbeit an dieser selben kapitalistischen Gesellschaft, die aus dem imperialistischen Kriege und dem Frieden von Versailles so sehr vervollkommnet, moralisiert und fabianisiert hervorgegangen ist.

Nicht ohne gönnerhaftes Mitgefühl bemerkt Wells über Lenin: „Sein Glauben an sein Werk ist unbegrenzt.“ Sich darüber zu streiten, ist nicht am Platze. Der Vorrat Glaubens an sein Werk war bei Lenin in hinreichendem Maße vorhanden. Was wahr ist, das ist wahr. Dieser Vorrat an Glauben gab ihm unter anderem auch die Geduld, in jenen düsteren Monaten der Blockade mit jedem Ausländer Unterredungen zu pflegen, der imstande war, auch nur als indirekte Verbindung Rußlands mit dem Westen zu dienen. So war die Unterredung Lenins mit Wells beschaffen. Ganz anders sprach er mit englischen Arbeitern, die zu ihm gekommen waren. Ihnen teilte er sich in lebhaftester Weise mit. Er lernte auch und belehrte. Aber mit Wells hatte die Unterredung ihrem Wesen nach einen halbgezwungenen diplomatischen Charakter. „Unser Gespräch schloß unbestimmt ab,“ schließt der Verfasser. Mit anderen Worten, die Partie zwischen dem evolutionären Kollektivismus und dem Marxismus endete diesmal in nichts. Wells reiste nach Großbritannien weg, Lenin aber blieb im Kreml. Wells schrieb für das bürgerliche Publikum eine wattierte Korrespondenz, Lenin aber wiederholte kopfschüttelnd: „Ist das ein Spießer! O jemine, welch ein Philister!“

Aber warum in aller Welt? wird man fragen können, habe ich mich jetzt, fast vier Jahre nachher bei einem so unbedeutenden Artikel von Wells aufgehalten? Der Umstand, daß sein Artikel in einem der Sammelwerke wiedergegeben ist, die dem Tode Lenins gewidmet sind, ist natürlich keine Begründung. Eine unzureichende Rechtfertigung ist auch das, daß diese Zeilen von mir während der Zeit einer Heilkur in Suchum geschrieben wurden. Ich habe aber ernsthaftere Gründe. Befindet sich doch gegenwärtig in England an der Macht die Partei des Wells, die von den erleuchtenden Vertretern des evolutionären Kollektivismus geführt wird. Und mir schien es — wie ich glaube, nicht ganz ohne Grund —, daß die Lenin gewidmeten Zeilen von Wells vielleicht besser als vieles andere uns die Seele der leitenden Schicht der englischen Arbeiterpartei enthüllen. Endlich und schließlich ist ja Wells nicht der schlechteste unter ihnen. Wie sind doch diese Leute arg zurückgeblieben, belastet mit dem schweren Bleigewicht der bürgerlichen Vorurteile! Ihr Hochmut — der verspätete Reflex der großen geschichtlichen Rolle der englischen Bourgeoisie — erlaubt es ihnen nicht, sich, wie es zu sein hätte, in das Leben anderer Völker, in neue Gedankenerscheinungen, in den geschichtlichen Prozeß hineinzudenken, der sich über ihre Köpfe hinwegwälzt. Beschränkte Routiniers, Empiriker mit den Scheuklappen der bürgerlichen öffentlichen Meinung führen ihre Vorurteile in der ganzen Welt spazieren und kommen darauf, rund um sich herum nichts anderes zu bemerken als sich selbst. Lenin lebte in allen Ländern Europas, beherrschte fremde Sprachen, las, studierte, hörte zu, machte sich vertraut, verglich, teilte mit. An der Spitze des großen revolutionären Landes stehend, ließ er keine Gelegenheit vorbeigehen, sich gewissenhaft und aufmerksam belehren zu lassen, sich zu erkundigen, in Erfahrung zu bringen. Er wurde nicht müde, dem Leben der ganzen Welt zu folgen. Er las und sprach frei deutsch, französisch, englisch und las italienisch. In den letzten Jahren seines Lebens, mit Arbeit überhäuft, studierte er während der Sitzungen des Politischen Büros still und leise eine tschechische Grammatik, um an die Arbeiterbewegung der Tschechoslowakei unmittelbar herantreten zu können; dabei „fingen“ wir ihn hie und da, und er lachte ein wenig betreten und rechtfertigte sich.... Und Angesicht zu Angesicht ihm gegenüber — Herr Wells, der in sich jene Art verbildeter, beschränkter Kleinbürger verkörpert, die da schauen, um nichts zu sehen, und die da glauben, daß sie nichts zu lernen haben, denn sie sind ja mit ihrem ererbten Vorrate von Vorurteilen versehen. Und Herr Macdonald, der eine solidere und mattere puritanische Abart desselben Typus darstellt, beruhigt die bürgerliche öffentliche Meinung: Wir haben gegen Moskau gekämpft und wir haben Moskau besiegt. Sie haben Moskau besiegt? Das sind schon wahrhaft klägliche „kleine Männer“, wenn auch von hoher Gestalt! Sie wissen auch jetzt, nach all dem, was war, nichts über ihren eigenen morgigen Tag. Liberale und konservative Geschäftsleute legen die „evolutionären“ sozialistischen Pedanten, die in der Regierung sind, ohne Mühe immer wieder hinein, kompromittieren sie, bereiten bewußt ihren Sturz nicht nur als Minister, sondern auch als Politiker vor. Zugleich damit bereiten sie — dies allerdings den englischen Marxisten schon viel weniger bewußt — den Zugang zur Macht vor. Ja, ja, den Marxisten, den „ermüdenden Fanatikern des Klassenkampfes.“ Denn auch die englische Sozialrevolution geht nach den Gesetzen vor sich, die von Marx festgestellt wurden.

Herr Wells hat mit dem ihm eigenen, gleich einem Pudding schweren Witz einmal gedroht, eine Scheere zu nehmen und Marx sein „doktrinäres“ Haupthaar und seinen Bart zu scheren, ihn englisch und respektabel zu machen und ihn zu fabianisieren. Aber aus diesem Einfall ist nichts geworden und wird auch nichts werden. Marx wird ebenso Marx bleiben, wie Lenin Lenin geblieben ist, nachdem ihn Wells eine Stunde lang der quälenden Wirkung eines stumpfen Schermessers ausgesetzt hatte. Und wir wagen es, vorauszusagen, daß in einer nicht mehr so fernen Zukunft in London beispielsweise auf dem Trafalgar Square nebeneinander zwei Denkmäler aufgerichtet werden: Karl Marx und Wladimir Lenin. Die englischen Proletarier werden ihren Kindern sagen: „Wie gut ist es, daß es den kleinen Menschlein von der Labour Party nicht gelungen ist, diesen beiden Riesen das Haar zu scheren oder sie zu rasieren!“

In der Erwartung dieses Tages, den ich zu erleben mich bemühen werde, schließe ich auf einen Augenblick die Augen und sehe klar vor mir die Figur Lenins in dem Lehnstuhl, demselben, in dem ihn Wells gesehen hat, und höre — am Tage nach dem Zusammentreffen mit Wells oder vielleicht am selben Tage — die Worte, die mit herzlichem Keuchen ausgesprochen wurden: „Na, ist das ein Spießer! Na, ist das ein Philister!“

Suchum, 6. April 1924.

Politik

Wird die britische Arbeiterregierung dafür einstehen?

Von Evelyn Roy.

** Die indische Regierung gefällt sich in der Fortsetzung der Methode des ehemaligen Zarismus. In der Ausübung ihrer unbeschränkten Autokratie wird sie von der Stärke und der Gewalt der Arbeiterregierung in England unterstützt, die durch das Parlament und den Staatssekretär für Indien die weitestgehende Kontrolle über das Leben und Schicksal von 320 Millionen politisch entrechteter Untertanen Sr. Majestät großen Kolonie besitzt. Das letzte Beispiel einer Verfolgung durch die indische Regierung — abgesehen von den ununterbrochenen Verhaftungen und Einkerkerungen ohne Untersuchung, was zur Selbstverständlichkeit geworden ist — ist der Prozeß, der gegenwärtig in Cawnpure gegen acht Inder, die auf Grund des § 121 A des indischen Strafgesetzbuches geführt wird.

Der § 121 lautet: Wer gegen die Königin Krieg führt oder einen solchen Versuch unternimmt, oder einen solchen Krieg unterstützt, soll mit dem Tode oder Verschickung auf Lebensdauer bestraft werden. Er soll auch seines ganzen Vermögens verlustig werden.

Der § 121 A lautet: Wer in oder außer Britisch-Indien eine Verschwörung unternimmt, um eine der durch den § 121 strafbaren Handlungen zu begehen, oder der Königin die Souveränität über Britisch-Indien oder über einen von dessen Teilen zu rauben, oder um durch verbrecherische Gewalt oder die Demonstration der verbrecherischen Gewalt die Regierung selbst oder eine Lokalregierung einschüchtert, der soll mit lebenslänglicher oder befristeter Verschickung bestraft werden oder mit Gefängnis bis zu 10 Jahren.

Die Strafe ist, wie ersichtlich, eine sehr schwere, die man gewöhnlich für Leute bestimmt hat, die in terroristischen Handlungen verwickelt waren oder die einen direkten Versuch gemacht haben, die Regierung durch Waffengewalt zu stürzen. In dem Falle der acht Personen, die in Cawnpure unter Anklage stehen, ist die Anwendung dieses Paragraphen einzig dastehend, da sie nicht auf irgendwelche terroristische Akte oder auf ein bewaffnetes Komplott gegründet ist, sondern auf den Versuch bestimmter Personen, die indischen Arbeiter und Bauern in einer eigenen politischen Partei zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu organisieren. Mit anderen Worten, die Anklage „wegen einer Verschwörung gegen die Souveränität des Königs und Kaisers" wird gegen acht Personen erhoben, die sich offen als Sozialisten und Kommunisten bekennen und die offen das Programm des Sozialismus zur Befreiung der indischen Arbeiterklasse auf ihre Fahne geschrieben haben. Es ist genau so, als ob ein Haftbefehl gegen die führenden Mitglieder der Labour-Party, der Independent Labour-Party und der Kommunistischen Partei wegen einer Verschwörung mit dem Ziel der sozialen Revolution, was in dem Programm dieser drei Parteien enthalten ist, erlassen wurde. Der einzige Unterschied liegt in der Tatsache, daß diese Parteien in Großbritannien tätig sind, während die acht Angeklagten das Unglück hatten, unter den Gesetzen Indiens zur Welt zu kommen. Denn diese acht Personen haben nichts getan, was eine Anklage gegen sie berechtigte. Außer daß sie die Organisation einer politischen Massenpartei für die indischen Arbeiter befürworteten und in ihrem Programm deren soziale, ökonomische und politische Befreiung in Verbindung mit den Arbeitern aller Länder aufahmen.

Die Voruntersuchung ist abgeschlossen und die Angeklagten sollen am 22. April vor Gericht erscheinen. In dieser Voruntersuchung wurden die folgenden Anklagepunkte von seiten des königlichen Staatsanwaltes erhoben, mit dem Direktor der polizeilichen Nachrichtenabteilung als Kronzeugen:

„Die Angeklagten werden nach § 121 A der Verschwörung beschuldigt, da sie eine Zweigorganisation der Kommunistischen Internationale in Britisch-Indien errichten wollten, mit dem Ziele, dem König und Kaiser die Souveränität über Britisch-Indien zu rauben."

Zum Zwecke der Verfolgung wird behauptet, daß sie beschlossen haben, sich eines Verbandes der Arbeiter und Bauern oder einer Volkspartei unter ihrer Führung zu bedienen, um eine vollständige Loslösung Indiens vom imperialistischen Großbritannien durch gewaltsame Erhebung herbeizuführen, mit einem wirtschaftlichen Programm, daß sowohl die Arbeiter als auch die Bauern anzieht. Es wird ferner die Anklage erhoben, daß die Organisation sowohl legal als auch illegal geführt werden soll und daß der Versuch zu machen sei, sich die Kontrolle des Indischen Nationalkongresses zu sichern. Die Verschwörung, heißt es weiter in der Anklage, wird von der revolutionären Organisation in Rußland finanziert, und der Beweis der Verschwörung wurde erbracht durch Briefe, die von den Angeklagten einander geschrieben wurden, und von denen sich einige in Cawnpure befanden. Ferner werden die Angeklagten beschuldigt, in Britisch-Indien verbotene Zeitungen, Broschüren und Flugblätter revolutionären Inhalts verbreitet zu haben.

Als Beweis für diese Anschuldigungen werden 60 von 80 mit der Unterschrift Manabendra Nath Roy versehene Briefe vorgelegt. Diese sind teilweise im Manuskript, teilweise hektographiert. Der Kronzeuge gab beim Kreuzverhör folgendes an:

„Die Regierung erhielt die Nachricht, daß mehrere Personen, die sie für Revolutionäre hält, im Jahre 1921 in Moskau eine Konferenz abhielten, um in Indien eine bolschewistische Propaganda zu entfalten. Schließlich wurde ein gewisser M. N. Roy als Leiter dieser Organisation gewählt. Auf Grund dieser Information genehmigte die Regierung das Auffangen und die Prüfung der an gewisse Personen gerichteten Briefe. Die Liste solcher Personen wurde von Zeit zu Zeit ergänzt. Die indische Regierung ordnete auf Grund des Seezollgesetzes das Einfuhrverbot für gewisse Zeitungen und Broschüren an. Im Laufe der Zeit erhielt man eine Anzahl von Briefen und Flugschriften, teils Originale, teils Abschriften und Photographien von Originalen."

Diese Art der Anklage und Beweisführung spricht für das sonderbare Recht, das in Indien herrscht. Was für ein Beweis existiert für die Anschuldigung, daß in Moskau eine Konferenz zu dem oben angegebenen Zweck abgehalten wurde? Wodurch erscheint die Behauptung, daß M. N. Roy „der Führer der Organisation ist", erbracht? Wieso konnten die Briefe, ohne vor einen Gerichtshof gebracht zu werden, den Adressaten unterschlagen werden? Welchen Inhalts waren die Zeitungen, Broschüren und Flugschriften, die die Regierung beschlagnahmen ließ, und die doch in England und in den anderen Teilen des britischen Reiches unbehindert zirkulieren? Zugegeben, es besteht die Absicht, eine Zweigorganisation der Kommunistischen Internationale ins Leben zu rufen, warum soll dieses Unternehmen unter das Strafgesetz fallen, wenn Zweigorganisationen derselben Internationale in Britannien und den anderen selbstverwalteten Gebieten bestehen?

Nur in Britisch-Indien kann aus einem solchen Grunde ein Prozeß gemacht werden. Nur in diesem Lande nennt man „Verschwörung" die Organisierung der Arbeiterklasse zur Erreichung politischer und wirtschaftlicher Ziele, und nur hier kann der Anschluß einer solchen Partei an die internationale Arbeiterbewegung „Verschwörung" genannt werden. Die Frage, die dabei aufgeworfen werden muß, ist folgende: **Wird die britische Arbeiterregierung, die selbst eine Regierung der Arbeiter ist, organisiert zur Erreichung politischer und ökonomischer Ziele, die selbst angeschlossen ist an die internationale Arbeiterbewegung, dies alles zulassen? Werden die verschiedenen Parteien der Arbeiterklasse und Arbeiterorganisationen des britischen Reiches, ob Labour Party, sozialistische oder Kommunistische Partei, zulassen, daß dieser Versuch der Zerschmetterung der indischen Arbeiterbewegung unternommen wird?**

Was sind die Tatsachen in diesem Falle, der vor dem Zensor so sorgfältig verhüllt wird, daß kaum die Umrisse der Anklage außerhalb Indiens veröffentlicht werden dürfen?

M. N. Roy ist einer der Begründer der Kommunistischen Partei Indiens, die im Oktober 1920 als eine offene Organisation gegründet wurde, die ihr Programm der ganzen Welt kundgab, das in den Grundsätzen das Minimalprogramm der Sozialisten, angewandt auf die indischen Verhältnisse, enthält. Eben dieses Programm, das im Jahre 1922 dem 36. Indischen Nationalkongreß zu Almedabad vorgelegt wurde und das durch das Reuter-Büro verbreitet und in der indischen Presse publiziert wurde, soll den Kongreß terrorisiert und ihn verhindert haben, die Maßnahmen, die vorlagen, zu besprechen. Roy ist der Begründer und Herausgeber der „Vanguard", des Organs der Kommunistischen Partei Indiens, das in allen Teilen der zivilisierten Welt im Umlauf ist, ausgenommen natürlich Indien. Er ist der Autor verschiedener Bücher und Broschüren, die ebenfalls in Indien verboten, sonst aber überall erlaubt sind, und er ist schließlich der Verfasser vielgelesener Artikel der europäischen Presse, wo er seine Ansichten, sein Programm und seine Taktik offen zum Ausdruck brachte.

Singaravel Chettiar ist ein ehrwürdiger Advokat aus Madras, der während der Non-cooperation-Bewegung seine Advokaturspraxis aufgab. Er ist ein bekannter Politiker, der bei seinen Landsleuten die größte Achtung und Verehrung genießt. Er betätigt sich für die Arbeitersache seit dem Ersten Allindischen Gewerkschaftskongreß im Jahre 1921. In der Sitzung des indischen Nationalkongresses zu Gaya erklärte er sich als Kommunist und betrieb die Organisation der Arbeiter innerhalb der nationalen Bewegung. Er wurde vom Nationalkongreß in ein Komitee entsendet, das die Arbeiter organisieren sollte. Seit dieser Zeit gibt er eine Wochenschrift heraus: **„The Labour and Kishan Gazette"**. Dies ist auch das Organ der Arbeiterpartei von Hindostan, das für die Organisierung der Arbeiter und Bauern eintritt. Die Partei vertritt ein wirtschaftliches Programm und ist gegen die Gewalt. Er hat auch verschiedene andere öffentliche Vertrauensposten inne.

S. A. Dange von Bombay ist ein junger Mann unter 30, der Herausgeber des Wochenblattes „The Socialist", das den Marxismus und verschiedene andere radikale Ideen propagiert. Er ist einer der Organisatoren des sozialdemokratischen Klubs von Bombay, Autor verschiedener Bücher und Broschüren, darunter eine betitelt: **„Chandi versus Lenin"**. Er ist ebenfalls ein bekannter Politiker, geschätzt wegen seiner Geschicklichkeit, Intelligenz und Prinzipienreinheit.

Unter den anderen Angeklagten weilt **R. L. Sharma** als politischer Flüchtling vor der britischen Verfolgungssucht in Französisch-Indien, wohin er vor 14 Jahren, seiner politischen Überzeugung wegen, flüchten mußte. **Musaffar Ahmed** und **Ahmed Nalin Das Gupta** sind Universitätshörer, die plötzlich ergriffen und eingekerkert wurden und die bis zu den gegenwärtigen Verhandlungen noch immer im Gefängnis zurückgehalten werden. **Manla Bakhsh** und Professor **Ghulan Hossaim** wurden beide nach einer hastigen Verhandlung auf Grund der undefinierbaren Anklage, „bolschewistische Agenten" zu sein, zu langjährigen Kerkerstrafen verurteilt. Der erstere ist ein Dozent, der letztere ein geachteter Professor in Lahore, Autor verschiedener Bücher und Herausgeber einer sozialistischen Zeitschrift.

Das sind die Angeklagten, deren Bestrebungen für die indische Arbeiterklasse einfach als „Verschwörung" bezeichnet wird. Da sie das Verbrechen begangen haben, die Lage der indischen Massen zu studieren und zu beschreiben und für die Befreiung von politischer und wirtschaftlicher Unterdrückung einzutreten, sollen sie nun die höchste durch das Gesetz vorgesehene Strafe erhalten. Ihre Sache wird nicht vertreten. Kein Rechtsanwalt verteidigt sie. Es ist die erste große Anklage, die vor einem indischen Gerichtshof gegen die Führer der indischen Arbeiterklasse erhoben wird, und sie wird als Präzedenzfall für die Zukunft dienen. In keinem anderen Lande des britischen Weltreiches könnte eine solche Anklage, die sich auf gar keine Beweise stützt, aufrechterhalten werden. Was bedeutet in Wirklichkeit dieser Prozeß in Cawpore, der gerade jetzt auf Grund von Beweisstücken gemacht werden soll, die seit Jahren vorliegen? Warum wurde er zurückgestellt für eine Arbeiterregierung, die den Makel der Verfolgung der Organisation und Propaganda der Arbeiterklasse in Indien tragen soll?

Die Antwort ist sehr einfach. Erstens wollte man die ständig anwachsende Massenbewegung, die sich in jedem Teile Indiens heute zeigt, plötzlich und auf Grund zwingender Beweise, daß diese Führer sie leiten und unterstützen, niederschlagen. Zweitens ist man bestrebt, all diejenigen, die entsprechend dem Zuge der Zeit die Erfahrungen der russischen Revolution und der nationalen Revolutionen in den anderen Ländern des Ostens auf Indien anzuwenden versuchen, zu terrorisieren. Drittens will man versuchen, der bevorstehenden Anglo-Russischen Konferenz den Beweis der Existenz einer russischen Propaganda in Britisch-Indien liefern.

Solche Schlauheiten hat man schon früher versucht, aber sie haben ihren Zweck gänzlich verfehlt. Der indische Freiheitskampf, der dem moralischen und geistigen Beispiel der gewaltigen russischen Revolution zwar viel verdankt, hängt von ihr noch in bezug seines beständigen Wachstums ab. Der wirkliche Anstoß dazu wird gegeben durch den Charakter der britischen Regierung selbst, der durch Schaffung einer unglaublichen Armut, eines Elends und einer Ausbeutung den Boden für das Anwachsen einer revolutionären Massenbewegung fruchtbar macht. Es wird auch nicht der Versuch, der offen von den Behörden gemacht wird, diese Bewegung mit dem nutzlosen und vereinzelt vorkommenden Terrorismus der jungen revolutionären Nationalisten zu identifizieren, gelingen. Die Kommunistische Partei Indiens weist immer die Ausübung solch nutzloser Methoden, wie Bomben und Revolverschüsse gegen den allmächtigen britischen Imperialismus, zurück. Der einzige Weg zur wirklichen Befreiung der indischen Massen ist die internationale soziale Revolution. Bis dahin muß man zur eigenen Verteidigung die Verbesserungen des Loses der indischen Arbeiterklasse durchzusetzen trachten mit jenen Methoden, die in den anderen Ländern gegen Ausbeutung und Unterdrückung angewendet werden. **Wird die britische Arbeiterregierung und die britische Arbeiterklasse zulassen, daß diese Versuche niedergeschlagen werden?**

Deutschland

Die Arbeit der KJ. in der Ruhrarmee.

Von Wujowitsch.

** Der 11. Januar 1923, der Tag des Einzuges der Truppen Poincarés in das Ruhrgebiet, hatte die Kommunistische Jugendinternationale nicht überrascht. Die französischen und belgischen Soldaten konnten in sämtlichen besetzten Städten den Aufruf lesen, den die Kommunistische Jugend Frankreichs an die Arbeiter und Bauern richtete und worin sie ihnen die wahren Ziele der imperialistischen Politik Frankreichs darlegte und sie aufforderte, überall mit den deutschen Arbeitern — ihren Klassenbrüdern — zu fraternisieren.

Seitdem hat die Tätigkeit der Kommunistischen Jugendinternationale keinen Augenblick ausgesetzt. Jeden Monat erinnerten neue Manifeste und zahlreiche Flugschriften die französischen und belgischen Soldaten daran, daß es ihre Pflicht sei, den Kampf des deutschen Proletariats gegen die beiden Bourgeoisien — die deutsche und die französische — zu unterstützen.

Im Monat Juni 1923 gewann die antimilitaristische Tätigkeit der Kommunistischen Jugendinternationale an Ausdehnung. Die Aufrufe und Flugschriften werden von populären Broschüren begleitet, die unter den Soldaten massenhaft verteilt werden. Und gegen Ende des Monats Juli besaßen die Soldaten des Ruhrgebiets ihr Wochenblatt. Auf diese Weise wurden die Beziehungen zwischen den Soldaten und der Arbeiterklasse Frankreichs und Deutschlands enger, und dank der Zeitung wurde das Interesse tausender Soldaten für die deutschen Ereignisse geweckt.

Die revolutionäre Lage in Deutschland, die Bereitschaft des Proletariats zur Entscheidungsschlacht, die alle zu jener Zeit nahe wähnten, erschreckten die reaktionäre Regierung Frankreichs, die unverzüglich ihre angeblich freundschaftliche Haltung der Arbeiterklasse gegenüber änderte, gegen die Kommunistische Partei mit Verfolgungen vorging und fast sämtliche Zeitungen in den besetzten Gebieten unterdrückte. Angesichts der Kundgebungen offenbarer Solidarität der Soldaten für die hungernden Proletarier (Sammlungen, Weigerung, Arbeiterkundgebungen zu zerstreuen usw.), sah sich General Degoutte, der Oberkommandierende, genötigt, in der ganzen Armee zahlreiche Versammlungen mit dem Zweck zu organisieren, den Haß der Soldaten gegen die deutschen Arbeiter zu erwecken, die angeblich Deutschland an den Reparationszahlungen hinderten.

Die Kommunistische Jugendinternationale antwortete darauf mit einer Umwandlung der Zeitung der französischen Soldaten in ein Halbwochenblatt, das in vielen Tausenden von Exemplaren allwöchentlich den Soldaten die Wahrheit brachte. Die Verbreitung wurde mit Hilfe der Soldaten im ganzen besetzten Gebiete, von der Saar bis Dortmund, organisiert. Zehntausende von Flugschriften, Millionen von Flugblättern überschwemmten das Gebiet und drangen bis in die Kasernen und Heime der Soldeten usw.

Eine große Gefahr bildeten die farbigen Truppen, die hauptsächlich aus Marokkanern bestanden. Es hieß also, unsere Brüder aus den Kolonien gleichfalls zu gewinnen. Sie bekamen ihre besondere, in arabischer Sprache herausgegebene Zeitung, die zahlreiche Abbildungen der täglichen Gräuel brachten, die die französischen „Befreier" in ihrer Heimat begingen und die mit der widerlichen Tätigkeit verglichen wurden, die die französischen Generale sie in den Okkupationsgebieten ausführen ließen. Zehntausende von Manifesten, Hunderttausende von Flugblättern drangen in das von den marokkanischen Truppen besetzte Gebiet ein.

Die belgischen Truppen, etwa 15.000 Soldaten, unter denen der Einfluß der belgischen Sozialpatrioten, die von den deutschen Arbeitern unbarmherzig Zahlung verlangen, ziemlich groß

war, zeigten sich unserer Propaganda besonders unzugänglich und legten den deutschen Arbeitern gegenüber große Rohheit an den Tag. Um diesem leichter entgegentreten zu können, gab die Kommunistische Jugendinternationale für die belgischen Soldaten eine besondere französisch-flämische Zeitung heraus, wobei sie besonders auf die flämischen Soldaten einzuwirken suchte, deren Forderungen zu erfüllen die wallonische Bourgeoisie weit entfernt ist und deren Interessen mit jenen des deutschen Proletariats direkt verbunden sind.

Mit ihren französischen, marokkanischen, flämischen Zeitungen, mit diesen Broschüren, Aufrufen, Traktaten, Flugblättern drang die Kommunistische Internationale überall ein und ließ keine Kaserne, kein Lager ohne revolutionäre Schriften. In der Okkupationsarmee wurde die Bewegung immer größer. Die Soldaten weigerten sich, gegen die hungernden Arbeiter vorzugehen. In Essen, Düsseldorf, Duisburg, Dortmund usw. usw. gaben sie offen ihre Sympathie für die deutschen Arbeiter kund. Die französischen Generale erwarteten voller Unruhe die Entwicklung der revolutionären Ereignisse in Deutschland, denn sie waren ihrer Soldaten nicht mehr sicher.

Die Oktober-Niederlage in Deutschland rief im Hauptquartier der Okkupationsheere große Freude hervor. Die Gefahr der Zersetzung des Heeres war für den Augenblick vermieden worden. Die sanguinischen Generale machten sich sofort die dadurch entstandene Niedergeschlagenheit zunutze, um eine systematische Treibjagd gegen die revolutionärer Ideen verdächtigen Soldaten und gegen die Genossen zu veranstalten, die der Verbreitung der zahlreichen Veröffentlichungen der Kommunistischen Internationale angeklagt wurden. Die Gefängnisse waren schnell gefüllt, aber die kommunistische Propaganda im Heer nimmt nichtsdestoweniger ihren Fortgang.

Am 11. Januar 1924 waren die Okkupationsgebiete Zeugen der Kühnheit der Kommunisten, die vor nichts zurückschreckten. Viele Tausende von Aufrufen bedeckten die Mauern der Kasernen und der umliegenden Häuser. Die Kommunistische Jugend Frankreichs wandte sich aufs neue an die Soldaten und mahnte sie an jene Wahrheiten, die vor einem Jahre gesagt worden waren, und forderte sie auf, mehr als jemals die deutsche Arbeiterklasse zu unterstützen.

Die Wut der Generale und der Bourgeoisie war unbeschreiblich. Neue Massenverhaftungen, die von beispiellosen Grausamkeiten begleitet waren, folgten, aber die kommunistische Propaganda dauerte nach wie vor fort.

Hunderte von deutschen und französischen Genossen, zahllose Soldaten erwarten noch immer ihr Urteil. Da die französische Polizei gegen die Verhafteten keine Beweise besitzt, so wandte sie die Methoden der bürgerlichen Zivilisation an — die Folter, und auf diese Weise gelangte sie in den Besitz sämtlicher „Geständnisse", deren sie bedurfte. Einer der jungen Kommunisten im Ruhrgebiet hat sich im Kerker aufgehängt, um unter den Stockschlägen und der Folter nicht zum Verräter an seinen Genossen zu werden. Er hat den Tod dem Verrat vorgezogen.

Die Kommunistische Jugendinternationale wird ihre Gefangenen im Ruhrgebiet nicht vergessen. Sie wird ihnen ihre Solidarität nicht nur dadurch beweisen, indem sie sie mit allem versorgt, was ihre physischen und materiellen Leiden lindern kann, sondern gleichfalls und vor allem dadurch, indem sie die Arbeit innerhalb der Armee fortsetzt, und zwar nicht nur in den Okkupationsgebieten, sondern in allen bürgerlichen und imperialistischen Staaten.

Wir sind dessen sicher, daß das russische Proletariat und die internationale Arbeiterklasse uns in diesem schweren, aber für den Erfolg der Weltrevolution notwendigen Kampfe beistehen werden.

Union der Sowjetrepubliken

Die Organisation der Bildungsarbeiter und Wissenschaftler in Sowjetrußland.

Von Paul Friedländer.

Mich. Apletin: „Der Verband der Bildungsarbeiter Rußlands".*)

** Die Lehrerschaft hat in Rußland seit jeher eine verhältnismäßig größere Bdeutung als in irgendeinem anderen Lande. Auf einem Territorium von ungeheurer Ausdehnung war und ist es fast ausschließlich ihre Aufgabe, den breiten Bauernmassen, die zum großen Teil des Lesens unkundig waren und auch noch sind, ihr geistiges und kulturelles Rüstzeug zu vermitteln.

Früher als anderswo gab es in Rußland eine Vereinigungsbewegung der Lehrer. Schon um die Wende des 20. Jahrhunderts bestanden an 50 Lehrervereinigungen mit 20.000 Mitgliedern, deren Anzahl immer mehr anwuchs, bis 1905 der gewerkschaftliche und politische **Allrussische Lehrerverband** geschaffen wurde. Dieser war zwar nicht revolutionär, aber immerhin oppositionell eingestellt, so daß er im Jahre 1909 aufgelöst wurde. Bald nach der Februar-Revolution ist er im Jahre 1917 wieder auferstanden, schwamm aber dann im antibolschewistischen Fahrwasser. Er lehnte es nach Gründung der Sowjetrepublik ab, sich offen zu ihr zu bekennen und sie politisch zu unterstützen. Die bolschewikischen Lehrer wurden hinausgedrängt. Dadurch waren sie gezwungen, einen eigenen Verband zu gründen.

Der **Allrussische Verband der Internationalistischen Lehrer** wurde Ende 1917 gegründet und trat an Stelle des zum Niedergang verurteilten und schließlich aufgelösten Allrussischen Lehrerverbandes. Er bekannte sich offen zur proletarischen Revolution, zum revolutionären Klassenkampf und zur Diktatur des Proletariats, ferner zum Internationalismus sowie zum Grundsatz der **einheitlichen Sowjet-Arbeiterschule.** Er strebte die organisatorische Erweiterung nach dem Industrieprinzip an, das heißt die Vereinigung sämtlicher Bildungsarbeiter. Dies gelang auch.

Der **Verband der Bildungsarbeiter Sowjetrußlands** wurde im Juli 1919 gegründet. Er wuchs zu einer gewaltigen und höchst einflußreichen Massenorganisation heran. Genosse **Apletin** berichtet in einer sachlichen, an Daten reichen kleinen Broschüre über seinen Aufbau, seine Entwicklung und seine Tätigkeit. Wir entnehmen daraus, daß der Verband im gesamten Gebiete der Sowjetrepubliken (von Petersburg bis Wladiwostok) am 1. Juli 1923 458.632 Mitglieder umfaßte, und zwar 181.309 Männer und 257.323 Frauen. (Trotzdem befinden sich in den leitenden Stellen über 81% Männer.) Der Verband ist ausgezeichnet durchorganisiert. Was die Zusammensetzung der die Verbandstätigkeit bestimmenden Kongresse (im Lokalmaßstab bis zum Reichsmaßstab) betrifft, so überwiegen vom Gesichtspunkt der beruflichen Betätigung die Pädagogen (81%), vom Gesichtspunkt der Bildung die Personen mit höherer Bildung (Mittelschulbildung 59%) und vom Gesichtspunkt der Parteizugehörigkeit die Parteilosen (67%), denen 32% Kommunisten gegenüberstehen. Trotzdem ist der kommunistische Einfluß durchaus vorherrschend. (In den eigentlich leitenden Stellen des Verbandes, in den Gouvernements- und Gebietsorganen bilden die Kommunisten 45,9%.) Der sozialen Herkunft nach überwiegt der aus der **Bauernschaft** hervorgegangene Teil der Lehrerschaft mit über 57%. Die soziale Zusammensetzung der Lehrerschaft ist nicht zuletzt eine Garantie für ihr Festhalten am Sowjetstaat sowie an den proletarischen Methoden der Bildungsarbeit.

Die neue Wirtschaftspolitik hat den Verband der Bildungsarbeiter und sein Zentralkomitee vor große organisatorische und gewerkschaftliche Aufgaben gestellt. Vor allem hatte der **Verband gemeinsam mit dem Volkskommissariat für Unterricht,** mit dem er seit jeher zusammenarbeitet, die finanzielle Reorganisation des Unterrichtswesens durchzuführen. Daneben trachtete der Verband mit Erfolg, die materielle und soziale Lage der Bildungsarbeiter zu heben.

In den letzten Jahren wurden die größten Anstrengungen gemacht, um neben den pädagogischen Leistungen **die politische Aufklärungsarbeit unter den Lehrern selbst** zu betreiben. Der IV. Kongreß der Bildungsarbeiter, der in derselben Zeit wie der IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale tagte, hat die Parole herausgegeben: „Die kommunistische Ausbildung der Bildungsarbeiter ist unsere brennendste Aufgabe." Die Kommunistische Partei weiß die unvergleichlich wichtige Funktion der Lehrer, insbesondere der sogenannten Volksschullehrer, zu würdigen. Der proletarische Staat führt den Lehrer von der niedrigen sozialen Stufe empor, auf die ihn der kapitalistische Staat hinabgestoßen hat. Allen Bildungsarbeitern in Rußland hat sich das Wort Lenins eingeprägt: „Der Volksschullehrer muß bei uns einen so hohen Platz einnehmen, wie er ihn in der bürgerlichen Gesellschaft niemals eingenommen hat, einnimmt, noch einnehmen kann." Dazu ein Ruf Sinowjews: „Öffnet Tür und Tor, freie Bahn dem Lehrer, der unsere Reihen aufsucht!"

Eine ganz gewaltige revolutionäre Aufklärungs- und Bildungsarbeit wurde vom Verband innerhalb der Lehrerschaft selbst geleistet: Viele politische und natürlich auch pädagogische Kurse, Zeitschriften, endlich die Tätigkeit des „Verlages der Bildungs-

*) Mich. Apletin (Moskau): „Der Verband der Bildungsarbeiter Rußlands", Führer-Verlag, Berlin 1924.

arbeiter". Dieser hat allein im Jahre 1922 65 Werke mit 252 Druckbogen in 315.000 Exemplaren herausgegeben, eine Arbeit, die sich seither vervielfacht hat.

Eine hervorragende Bedeutung hat die **Tätigkeit des Lehrerverbandes in der „Roten Armee", wo das Zentralkomitee die Bildungsarbeit leitet.** „Die Übernahme des Kulturkommandos über die Militärmacht des Sowjetstaates ist von einzigartiger Bedeutung deswegen, weil die Sowjetarmee die einzige Armee in der Welt ist, die ihre Macht aus der aktiven Quelle der Bildung und der politischen Aufklärung schöpft."

Th. Kyparissow: „Bericht über den I. Kongreß der wissenschaftlichen Arbeiter der SSR."*)

Nun noch zu einem besonderen Kapitel, dem der eigentlichen **wissenschaftlichen Arbeiter**, der Gelehrten und Forscher, die im Verband der Bildungsarbeiter eine wichtige Sektion bilden. Der Sekretär des Zentralrates dieser Sektion, Genosse **Th. Kyparissow**, informiert uns in einem knappen **Bericht** über den Ende November 1923 abgehaltenen I. Kongreß der wissenschaftlichen Arbeiter der Sowjetrepubliken. Dieser Kongreß bildet, wie Genosse **Sinowjew** in seinem Referat über die „Revolution und die Intelligenz" sagte, „in der Geschichte unserer Revolution und in der Geschichte unserer Intelligenz einen Markstein". Das gleiche drückte Genosse **Trotzki** in einem Brief an den Kongreß aus. Auf diesem Kongresse, auf dem unter anderen noch die Genossen **Bucharin, Lunatscharsky, Semaschko** Referate hielten, wurden die Resolutionen gefaßt, die durchaus **den Geist des Bündnisses zwischen Wissenschaft und Arbeit in Sowjetrußland besiegeln.** Es hat, wie bekannt, viele Jahre gedauert, bis sich die russische Intelligenz dazu durchgerungen hat, einen solchen Standpunkt einzunehmen, sich für den Sowjetstaat einzusetzen und in ihm mit allen zu Gebote stehenden Kräften zu arbeiten. Sie hat in der ersten Zeit die siegreiche proletarische Revolution zu unterminieren gesucht und den Sowjetstaat sabotiert. Dies war eine notwendige Folge ihrer vom kapitalistischen Klassengeist beherrschten Einstellung. Der überwiegende Teil der russischen Intelligenz scheint nach langen Jahren durch die Tatsachen des nicht nur politischen, sondern auch kulturellen Aufbaues Sowjetrußlands, der immer weiter geht, bekehrt zu sein. Dies geben selbst rechtsstehenden Universitätsprofessoren zu, wie die in der Broschüre des Genossen Kyparissow zitierten Äußerungen beweisen.

Es wäre zu wünschen, daß die Intellektuellen, vor allem die Lehrer Europas und Amerikas, die zum großen Teil noch die Hampelmänner der Ausbeuterklasse sind, von der sie selbst auf das schamloseste bedrückt werden, von dem gewaltigen Umschwung, der Selbstbefreiung und dem Schaffen unter den Bildungsarbeitern und Wissenschaftlern in Sowjetrußland Kenntnis nähmen und in eine gemeinsame Front mit ihnen träten!

Arbeiterbewegung

Zum Verbandstag der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten Deutschlands.

Von Rudolf Richter (Berlin).

** Der im Mai d. J. in Kassel stattfindende Zweite Verbandstag wird sich in seinem zweiten Tagesordnungspunkte mit dem **Industrieverband der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie** beschäftigen. Wenn dieser Punkt mit auf die Tagesordnung gekommen ist, so nur aus dem Grunde, weil die Opposition, ganz besonders in Berlin und Hannover wie auch in anderen Orten des Reiches, **seit Jahren einen zähen Kampf gegen die Gewerkschaftsbureaukratie für die Schaffung des Industrieverbandes geführt hat.** Man will durch die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes der Opposition den Wind aus den Segeln nehmen und wird auch, wenn es gut geht, eine Resolution fassen, die sich unter Umständen mit der Schaffung eines solchen Industrieverbandes, das heißt nach den Methoden der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten, beschäftigt. Darnach scheint doch die Terminologie des großen Mannes Salle, des Redakteurs der Gastwirtschaftszeitung, nicht ganz richtig gewesen zu sein, da genannter Herr dutzendmale seinem getreuen Lehrmeister Ströhlinger nacherzählt hat, der Industrieverband, den die Opposition fordert, wäre im Zentralverbande der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten schon vorhanden.

Der Verbandstag findet außerdem zu einer Zeit statt, in der der deutschen Arbeiterschaft, und ganz besonders den Gasthausangestellten, die letzten Reste der Errungenschaften der sogenannten Novemberrevolution entrissen worden sind. In fast allen Städten des Reiches, ganz besonders in Berlin, sind die Zahlstellen der Organisation, was die Mitgliederzahl anbetrifft, wesentlich zusammengeschrumpft; wichtige Beschlüsse über Organisationsleben und Taktik werden nur von einer kleinen Clique der den Reformisten noch nachlaufenden Mitglieder gefaßt und als Folge dieser Cliquenwirtschaft — **nicht durchgeführt.** Die Ursache der Passivität der Mitglieder im Zentralverband liegt in dem fortgesetzten Verrat, den auch die Führer in dieser Organisation dauernd begangen haben.

Ferner bleiben die aktivsten ehemaligen Mitarbeiter der Organisation fern, weil man ganz besonders in Berlin, wo früher fast die Hälfte der Mitglieder des ganzen Zentralverbandes zu verzeichnen war, jede sich regende Opposition mundtot gemacht und die führenden Kollegen der Opposition aus der Organisation ausgeschlossen hat. **Den Bureaukraten sowohl der Hauptverwaltung wie auch der Berliner Ortsverwaltung kommt es in der Hauptsache lediglich darauf an, ihre Futterkrippe zu halten, nicht aber darauf, für die Angestellten im Gastwirtsgewerbe günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.** Ja, in Berlin zum Beispiel haben verschiedene Führer der Ortsverwaltung auch gar keine Zeit, sich den Interessen ihrer Mitglieder zu widmen, weil sie als **Aktionäre** des Reichstagsrestaurants und eines anderen Betriebes alle Hände voll zu tun haben. Dieselben Leute, die den Mitgliedern in den Branchenversammlungen Ratschläge erteilen, man solle möglichst betriebsweise gegen die Unternehmer vorgehen und höhere Löhne fordern, scheuen sich nicht, in ihrem eigenen Betrieb Gehälter für die Köche von Mk. 28 pro Woche zu zahlen. Von unseren Genossen in den Versammlungen auf diese schändliche Bezahlung hingewiesen, **erklärten sie, man habe die Absicht, sogar noch mehrere Betriebe dieser sogenannten Horeska-A.-G. anzugliedern.** Wir sind durchaus der Meinung, daß dort, wo für die Organisation die Möglichkeit besteht, durch eigene Bewirtschaftung den Nachweis zur Betriebsführung zu erbringen, diese eigene Bewirtschaftung auch im Interesse der Angestellten des betreffenden Betriebes durchgeführt wird. Ein Skandal ist es jedoch, daß in den eigenen Betrieben des Verbandes derartige Hungerlöhne bezahlt werden. **Vielleicht wird sich der Verbandstag auch mal mit dieser Seite der Beschäftigung von Angestellten des Verbandes unterhalten können.**

Als Punkt 6 steht auf der Tagesordnung: „Internationales." Unter diesem Punkt wird Herr **Ströhlinger** jedenfalls seine Internationale Union, bestehend aus dem deutschen Verband, der österreichischen Organisation, den Holländern und Engländern, behandeln. Es ist beschämend für diese Internationalisten, daß sie trotz eines Beschlusses des Beirates der Köche wie auch der Berliner Generalverammlung **die russischen Vertreter der Gasthausangestellten zu diesem Verbandstag nur als Gäste zulassen wollen,** das heißt, wenn sich die russischen Delegierten fein anständig betragen. Jeder Delegierte, ganz gleichgültig, welcher Parteirichtung er angehört, muß gegen derartige Manipulationen der Hauptverwaltung auf das entschiedenste protestieren, denn in ihrer heutigen Zusammensetzung bedeutet die Internationale Union weiter nichts als eine Farce auf jede internationale Berufsvereinigung.

Einen wichtigen Punkt wird auch die Behandlung der bisherigen Tätigkeit während der Amtsperiode des Herrn Salle bilden. **Dieser Redakteur, im Jahre 1919 durch die besondere Fürsprache des damaligen Mitgliedes und Unternehmers Hegewald auf seinen Posten gekommen, hat sich in der ganzen Zeit seiner Tätigkeit als getreuer Fridolin des großen Mannes Pötzsch aufgespielt.** Diesen Schädling zu beseitigen, um die Brunnenvergiftung bei den gastwirtschaftlichen Angestellten für die Zukunft zu verhindern, dürfte die vornehmste Aufgabe des Verbandstages sein.

Die Delegierten der Opposition wie auch alle diejenigen, denen die Schaffung einer wirklichen internationalen Union der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten naheliegt, müssen dafür eintreten, daß den Ströhlinger und Genossen das Handwerk gelegt wird und daß künftig alle Landesorganisationen in die Union aufgenommen werden. So steht beispielsweise Frankreich der Amsterdamer Union fern, desgleichen Italien und Rußland; ebenso ist die Schweizer Berufsorganisation der Amsterdamer Internationale nicht angeschlossen; dasselbe trifft zu für Rumänien

*) Th. Kyparissow, Bund der Wissenschaft und Arbeit in Sowjetrußland: „Bericht über den I. Kongreß der wissenschaftlichen Arbeiter der SSR.", Führer-Verlag, Berlin 1924.

und Bulgarien, **so daß also die gegenwärtig bestehende Union im günstigsten Falle als eine internationale Berufsvereinigung mitteleuropäischer, gut dressierter, nach Amsterdamer Rezept abgestempelter Reformsozialisten** bezeichnet werden kann.

Soll der Verbandstag etwas Ersprießliches leisten, so müssen ferner alle dort zur Verhandlung stehenden Anträge angenommen werden, soweit es sich um die Begrenzung der Rechte für die Hauptverwaltung handelt. Der Hauptverwaltung muß jede Möglichkeit genommen werden, zum Schaden der Mitglieder zukünftig ihr mißliebige Personen aus der Organisation auszuschließen, sondern darüber dürfen nur die Zweigvereine endgültig beschließen.

Schließlich ist noch von besonderer Wichtigkeit die Wiederaufnahme sämtlicher aus der Organisation ausgeschlossener Kollegen, denn nur so, aber auch nur dann, wird besonders in Berlin die Organisation wieder zu dem werden, was sie einstmals war.

Sollte der Verbandstag die hier kurz niedergelegten Forderungen nicht erfüllen, so steht zu befürchten, daß die gastwirtschaftlichen Angestellten ihres großen Mißtrauens gegen die Bureaukratie wegen den Weg zu ihrer Berufsorganisation für lange Zeit nicht wieder finden werden.

Aus der Internationale

Die Parteitagsbeschlüsse der KPD., ihre Anwendung, ihr Nutzen für die Internationale.

Von A. Maslow (Berlin).

** Während der Tagung des Frankfurter Parteitages wurde das Sachverständigengutachten bekannt. Der Parteitag schloß eine Monate hindurch geführte Diskussion in der Partei ab, die nach der Oktoberniederlage eine Umgruppierung und Klärung gebracht hat, die aber die Parteikräfte so weit in Anspruch nahm, daß die Partei nach außen hin nicht allemal Politik trieb.

Der Parteitag hat eine Analyse der Situation gegeben und noch in der bereits vor dem Parteitag verfaßten Resolution zur Lage auf die kommenden Konflikte in Deutschland und außerhalb hingewiesen. Wie schnell sich die Dinge entwickeln können, zeigt eben das Sachverständigengutachten, das die Partei vor die Aufgabe stellt, die Parteibeschlüsse konkret anzuwenden, und zwar so anzuwenden, daß die Formel der Einheitsfront von unten, daß die Formel der Organisierung der Revolution keine Redensarten bleiben, sondern lebendig werden in der Agitation, Propaganda, Organisation und Aktion der Partei.

Der Parteitag hat im wesentlichen drei Aufgaben zu lösen:

Die erste Aufgabe, die der Analyse der Situation, hat er besser gelöst als der letzte Parteitag. Die Perspektive wurde so gezeichnet, daß zwar sowohl ein schnelles Aufsteigen einer neuen revolutionären Welle wie auch eine längere Entwicklung als möglich bezeichnet werden, hingegen die Partei so eingestellt wird, daß sie täglich fähig ist, in entscheidende Kämpfe zu treten, diese Kämpfe siegreich zu führen und zu beenden.

In der Frage der Taktik hat die Partei die Methode der Einheitsfront von unten, der Agitation und Mobilisation der Massen also, wie die Moskauer Januar-Resolution die Einheitsfronttaktik allgemein umschreibt, weit besser konkretisiert, als das bisher irgendwo geschehen war. Das Sachverständigengutachten stellt die Partei vor die neue Aufgabe, ihre in der Parteiresolution ziemlich konkret erscheinende Formel noch außerordentlich weiter zu konkretisieren. **Insbesondere werden die Losungen der Arbeiterkontrolle der Produktion und das Retungsprogramm der proletarischen Diktatur mit den** wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen jetzt nicht nur in der täglichen Agitation und Propaganda der Partei den Schritten der Kapitalisten, die unter dem Vorwand der Lösung der Reparationsfrage die großzügige Ausplünderung Europas und die brutalste Versklavungsaktion gegen das europäische Proletariat unternehmen, entgegenzusetzen sein, sondern die Partei wird auch lernen und durchführen müssen, die Kampforgane des Proletariats zu organisieren zur Durchsetzung dieser Kampflosungen.

Bei dieser Vorbereitung wird die Partei sich auch wieder besinnen müssen auf eine vernünftige Stellung in der **Gewerkschaftsfrage**. Nicht eine abstrakte Frage an sich, sondern die Einreihung auch dieser Frage in den Aufgabenkreis der Partei, der aus der Analyse der Situation, unter Anwendung bestimmter taktischer Methoden und Mittel sich ergibt. Nur so wird diese Frage richtig gestellt und richtig gelöst werden können. Die Partei hat klipp und klar auf dem Parteitag gesagt, daß das Herauslaufen aus den Gewerkschaften nicht nur keine revolutionäre Tat ist, sondern die Partei und das Proletariat desorganisiert. Die Partei hat auch gewisse Methoden der Erfassung der Unorganisierten auf dem Parteitag genannt. Die neuerlich brennende Reparationsfrage, die in Wirklichkeit die Frage der Machtverhältnisse in Europa bedeutet, hat die Partei darauf gestoßen, über die Frage der Erfassung der Unorganisierten hinaus die Frage der Erfassung der sämtlichen ausgebeuteten und unterdrückten Schichten der deutschen Bevölkerung gegen die Versklavung auf die Tagesordnung zu stellen. Hier werden die mannigfaltigsten Methoden möglich sein, und nur eine dieser Methoden bringt jener Arbeiterkongreß, der von so vielen Seiten gefordert wird, und der nur dann einen Nutzen für die Partei und das Proletariat bedeuten kann, wenn er nicht nur kein Organisationskongreß ist, erst recht kein mechanischer Spaltungskongreß, sondern ein politischer Kampfkongreß des Proletariats, dessen Aufgabe es ist, den Kampf gegen die Reparationen, gegen die Absichten der internationalen Kapitalisten zu organisieren.

Daß dieser Kampf begonnen werden muß, das sagt die Partei den Arbeitern tagtäglich. Daß dieser Kampf international geführt werden muß, versteht jeder Kommunist; aber diesen internationalen Kampf zu führen, das bedeutet nicht, daß man in die alte USPD.-Weisheit verfällt und abwartet, bis die Brüder in Frankreich, England oder China die Kämpfe uns abnehmen, die das deutsche Proletariat bei sich im eigenen Lande führen muß. Der Parteitag hat hier äußerst unzweideutig gezeigt, daß zwar nicht eher in Europa Ruhe und Ordnung herrschen wird, als bis die proletarische Revolution proletarische Ruhe und Ordnung geschaffen hat, die jeder Kapitalist bisher nur Arnachie und Schreckensherrschaft nennt, daß aber **die deutsche Partei und das deutsche Proletariat** die Kämpfe zu beginnen hat in der Richtung der Errichtung der deutschen Rätediktatur und der Durchführung jenes Programms der wirtschaftlichen Maßnahmen, deren Hebel, sowie Massenbewegungen einsetzen, die Losung der **Produktionskontrolle** sein wird, die aber nur dann von Nutzen sein wird, wenn die Partei es versteht, von vornherein zu zeigen, daß das Proletariat die volle wirtschaftliche Macht neben der vollen **politischen Macht** sich erkämpfen muß.

Der Parteitag der deutschen Partei stellt so die KPD. mitten in alte Aufgaben, die heute nur deshalb neu werden, weil die Partei eine Periode hinter sich hat, die ihr vielleicht bald als ein böser Traum erscheinen wird und die sie um so schneller überwinden wird, je schneller die gesamte Kommunistische Internationale die Umstellung der deutschen Partei begreifen und tatkräftig unterstützen wird, je rascher die Bruderparteien sich in derselben Richtung der Bolschewisierung fortbewegen und je schneller es gelingt, die Aktion des deutschen Proletariats zu führen und zu kombiniren mit den Aktionen des internationalen Proletariats, insbesondere in Frankreich und England, die ebenfalls nur von den Kommunistischen Parteien geführt werden können.

Der Frankfurter Parteitag der KPD. bedeutet einen Abschluß in der Entwicklung der KPD. und den Beginn einer neuen Periode der Parteigeschichte. Der 5. Weltkongreß der Komintern muß diesen Parteitag so werten. Zwischen dem 4. und 5. Weltkongreß liegt eine Zeitspanne, länger als die zwischen dem 3. und 4. Weltkongreß und weit, weit bedeutsamer. Zwischen dem 4. und 5. Weltkongreß stieg die revolutionäre Welle in Mitteleuropa so hoch wie nie zuvor. Ihr Ansturm wurde von der Kommunistischen Partei nicht ausgenützt, weil die Kommunistische Partei Deutschlands es verlernt hatte, den Schlag revolutionärer Wellen auch nur zu fühlen und zu verstehen. Diese Lehre der deutschen Ereignisse muß die ganze Komintern aufs energischeste beherzigen. Der 5. Welkongreß muß allen Parteien eines zeigen: Wehe der Kommunistischen Partei, die in den Tageskämpfen vergißt, daß sie allein eine proletarische und erst recht sie allein die revolutionäre Partei ist. Die deutsche Partei hat sich nicht nur auf diese Grundlehre des 2. Weltkongresses der Komintern besonnen, sie muß es bereits von neuem, in schwierigster Situation beginnen, zu beweisen, daß vom Verständnis zur Tat der Übergang gefunden wird. Die Aufgaben der gesamten Komintern, insbesondere unserer englischen Bruderpartei wie auch der Kommunistischen Partei Frankreichs, sind dem Wesen nach dieselben. Die Situation fordert, daß der 5. Weltkongreß allen Parteien gibt, was sie brauchen: Klare Marschroute und gründliche Ausnützung der deutschen Erfahrungen.

Die letzte politische Lehre Lenins.

Von Karl Radek.

** Als der Allrussische Zentrale Gewerkschaftsrat im Dezember 1922 zum internationalen Haager Friedenskongreß, der durch die Amsterdamer Internationale einberufen wurde, eine Delegation entsandte, konnte **Wladimir Iljitsch**, erschöpft durch die Arbeit für den soeben beendeten Weltkongreß der Komintern, an den Beratungen des ZK. der RKP. mit der Delegation des Gewerkschaftsrates über die von unserer Delegation einzuhaltenden Taktik nicht teilnehmen. Lenin besprach diese Frage mit einigen Mitgliedern des ZK. und entwarf eine Skizze von Thesen, die mir am Tage der Abreise nach dem Haag eingehändigt wurde.*) Diese Thesen können als die letzte Äußerung Lenins über allgemeine Fragen der Politik der Komintern betrachtet werden. Sie haben eine so überaus große Bedeutung, daß sie nicht nur den breitesten Massen der revolutionären Arbeiter zur Kenntnis gebracht, sondern auch in der sorgfältigsten Weise durchstudiert und durchdacht werden müssen, damit die Komintern und ihre Sektionen die konkretesten praktischen Konsequenzen daraus ziehen.

Lenin packte den Stier gleich an den Hörnern. Er erklärt, daß „nur die Dümmsten und die hoffnungslos verlogenen Leute daran glauben könnten", daß wir auf einen Krieg mit Streik oder mit Revolution antworten könnten. „Es ist unmöglich, auf einen Krieg mit einem Streik zu antworten, ebenso wie es unmöglich ist, auf einen Krieg mit einer Revolution, im einfachen und buchstäblichen Sinne dieser Worte, zu antworten.

Hinter uns liegen vier Kriegs- und sechs **Friedensjahre, die** nur ein wenig besser waren als die Kriegsjahre. Nicht nur die Mehrzahl der reformistischen Führer erklärt den Arbeitermassen zur Beruhigung, daß sie nicht mehr als Kanonenfutter dem Krieg in den Rachen geworfen werden, sondern die Arbeitermassen selbst halten einen neuen Krieg für unmöglich, weil sie sich vor ihm fürchten. An den pazifistischen Demonstrationen unter der Parole „Nie wieder Krieg!" beteiligen sich in Westeuropa große Arbeitermassen. Die Ablehnung des Gedankens über die Möglichkeit eines Krieges durch die noch nicht klassenbewußten Massen erweckt bei den Kommunisten eine Überschätzung der eigenen Kräfte und eine Überschätzung der revolutionären Energie des Proletariats. Und darum machen sie oft, wie Lenin sagt, „ungeheuerlich leichtsinnige Dinge in bezug auf die Bekämpfung des Krieges".

Der große Realist und Stratege des proletarischen Kampfes verschließt sich nicht vor der unangenehmen Wahrheit: „**Wir geben den Massen keine lebendige Vorstellung darüber, wie ein Krieg ausbrechen kann.** Im Gegenteil, die herrschende Presse vertuscht tagtäglich diese Frage und verbreitet über sie in unzähligen Exemplaren eine solche Lüge, der gegenüber die schwache sozialistische Presse ganz machtlos dasteht, um so mehr, als sie diesbezüglich auch in Friedenszeiten einen von Grund auf unrichtigen Standpunkt einnimmt. Auch die kommunistische Presse blamiert sich gewiß in den meisten Ländern."

Wer unsere kommunistische Presse aufmerksam verfolgt, der weiß, daß sie den Fragen der internationalen Politik verhältnismäßig sehr viel Aufmerksamkeit widmet, aber, mit geringen Ausnahmen, sehr wenig konkretes Material über das wirtschaftliche Gewebe aller internationalen Konflikte bringt, obwohl dieses Material in der internationalen bürgerlichen Presse und Literatur im Überfluß vorhanden ist. Wie viele kommunistische Zeitungen gibt es, die den vorzüglichen Arbeiten von Delaisy über die Reparationsfrage und über die Rolle der deutschen und französischen Truste in der Reparationsfrage ihre Aufmerksamkeit widmen? Wie viele kommunistische Zeitungen gibt es, die den Kampf zwischen dem amerikanischen und dem englischen Naphthatrust, der eine der bewegenden Kräfte der internationalen Nachkriegspolitik darstellt, verfolgen? Die Arbeiter lesen die diesen Fragen gewidmeten konkreten Arbeiten mit großem Interesse. Von meiner Broschüre über die Genueser Konferenz wurden in Deutschland in einigen Monaten drei Ausgaben vergriffen. Die Parteispitzen verhalten sich zu diesen Fragen weniger aufmerksam. Zur Zeit des Beginnes des Ruhrkampfes schrieben zwei junge deutsche Kommunisten, **Friedrich** und **Leonid**, eine vorzügliche Broschüre über den Gegenstand dieses Kampfes. Sie entsprach allen Forderungen, die **Wladimir Iljitsch** solchen Broschüren stellte. Sie war kurz, hatte einen Umfang von zwei Druckbogen, sie war auf genauen, klar umrissenen Tatsachen aufgebaut. Aber es dauerte zwei Monate, bis die Partei diese Broschüre herausgab. Wir haben in Rußland allerlei über den Ruhrkampf herausgegeben, aber „Die Junge Garde", die sich der Herausgabe dieser Broschüre annahm, konnte sie während vieler Monate nicht herausbringen. Solche Beispiele können wir dutzendweise anführen. Und wir machen nicht einmal das Notwendigste, um die kommunistische Vorhut des Proletariats über die herannahenden Gefahren aufzuklären. Ich gebe noch ein Beispiel. Ein englischer Kriegsspezialist in Fragen des chemischen Krieges, **Major Lafagure, gab** in englischer Sprache ein Buch über „Das Rätsel des Rheins" heraus, worin er ein erschütterndes Bild über die Kriegschemie und über die mit ihr verbundenen Gefahren entwirft. Dieses Buch sollte sich in den Händen jedes kommunistischen Agitators befinden. Es sollte in Broschüren und in Tausenden von Artikeln popularisiert werden. Keine einzige kommunistische Zeitung des Westens hat ihm ein Augenmerk gewidmet. Dieses Buch ist jetzt durch unseren Revolutionären Kriegsrat in russischer Sprache herausgegeben worden. Aber unsere Zeitungen schreiben nichts darüber. Die Propaganda und die Agitation über die Fragen der internationalen Politik hat keine praktischen Schwierigkeiten. Wir haben in der **Komintern eine Reihe von vorzüglichen Kennern der internationalen Politik**, wie zum Beispiel den Genossen **Van Ravenstein in Holland, Newbold in England**, die, wie wenige andere Schriftsteller, die Zusammenhänge zwischen der englischen Geschäftswelt und der englischen imperialistischen Politik kennen, ferner den **polnischen Genossen Lapinski**, dessen Arbeiten über die Außenpolitik die besten Analysen der internationalen Beziehungen darstellen, die ich je zu lesen Gelegenheit hatte, **Genossen Rotstein**, der die Geschichte der **englischen Außenpolitik vorzüglich** und konkret kennt. Wir haben hier in Rußland unter den Mitarbeitern der Komintern so arbeitsfähige, tüchtige, in ihrem Fach vorzüglich bewanderte Genossen, wie **Genossen Wojtinski in den fernöstlichen Fragen** und **Genossen Brike** in den Fragen des **Nahen Ostens, Genossen Tiwel** in **indischen Fragen**, deren Berichte jetzt nur einem kleinen Kreise zugänglich sind. Sie könnten für breite Kreise der Agitatoren und Propagandisten der Komintern von großer Bedeutung sein. Es handelt sich nur um die Überwindung einiger Trägheit auch in der Organisierung dieser Sache. Sie würden uns sichern, daß zehn, zwanzig fortgeschrittene Arbeiter in allen Ländern eine klare Kenntnis über die Fragen der internationalen Politik haben würden, und sie hunderten, tausenden und Millionen Arbeitern erläutern könnten.

Natürlich können wir auch durch die bestorganisierte Propaganda die Arbeitermassen vor der Kriegsgefahr nicht bewahren. Wenn nicht aus den Quellen der Klassenverhältnisse in jedem Lande eine revolutionäre Welle in die Höhe schießt, so werden wir der herannahenden Gefahr des Weltkrieges, eines Krieges, der trotz der ganzen Angst auch der Kapitalisten vor dem Kriege, „täglich ausbrechen kann, wegens eines Streites zwischen England und Frankreich über irgendeine Detailfrage ihres Vertrages mit der Türkei, oder zwischen Amerika und Japan wegen einer unbedeutenden Differenz in einer beliebigen Frage des Stillen Ozeans, oder zwischen anderen beliebigen Großmächten wegen Kolonialstreitigkeiten, Zoll oder allgemeinen handelspolitischen Streitigkeiten usw." — wie Lenin richtig bemerkt.

Wenn sich die Revolution in den wichtigsten kapitalistischen Ländern nicht entfaltet, bevor sich letztere — erholt vom Weltkrieg 1914 — in einen neuen Weltkrieg stürzen, so werden die Arbeitermassen wieder vor die Frage der Vaterlandsverteidigung gestellt werden, die, wie Lenin sagt, „**die überwiegende Mehrheit der Werktätigen unvermeidlich zugunsten der eigenen Bourgeoisie lösen wird.**" Das ist eine sehr harte Wahrheit. Es ist schwer, diese Wahrheit nach allen Lehren des Krieges, nach zehn Millionen Opfern, nach der Verwüstung der halben Welt auszusprechen. Aber ich bin davon überzeugt, daß Lenin vollkommen recht hat. Wenn es zum Weltkrieg kommt, so wird die Bourgeoisie die Volksmassen nicht nur zwingen, an diesem Kriege teilzunehmen, sondern es wird ihr auch gelingen, sie über den Charakter dieses Krieges zu täuschen. Und was dann? „Der Boykott des Krieges ist eine blöde Phrase. Die Kommunisten müssen an jedem reaktionären Kriege teilnehmen", erklärt Lenin. Wozu sie daran teilnehmen müssen, spricht er genau aus, indem er erklärt, daß das einzig mögliche Mittel der Bekämpfung des Krieges „**die Aufrechterhaltung, beziehungsweise Schaffung einer illegalen Organisation aller an dem Krieg teilnehmenden Revolutionäre zur dauernden Arbeit gegen den Krieg ist**". Man könnte denken, daß dies eine sehr bescheidene Aufgabe sei. Aber wenn wir uns

*) Diese Thesen sind in Nr. 51 (18.) der „Inprekorr." abgedruckt.

daran erinnern, wie die Lage in allen Ländern nach dem Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 aussah, wo Monat um Monat verging und es immer noch keine Organisation von Revolutionären gab, die gegen den Krieg kämpfte; wenn wir uns daran erinnern, daß der ganze Krieg vorüberging und es außer Rußland nirgends gelungen ist, eine solche Organisation im Massenumfange zu schaffen, so werden wir uns darüber klar sein, eine wie große Bedeutung es haben, einen wie großen Schritt vorwärts es bedeuten würde, wenn wir Kommunisten gegen den Krieg als eine geschlossene internationale Organisation auftreten könnten. Die Vorbereitung einer solchen Organisation fordert, daß wir die gesamte politische Erfahrung des vergangenen Krieges in Betracht ziehen, daß die kommunistischen Arbeiter mit allen Schattierungen der Ansichten, die sich im vergangenen Krieg im Lager des Sozialismus herauskristallisiert hatten und die die Grundlagen der politischen Handlung auch in der Zukunft bilden, bekannt werden.

Der zehnte Jahrestag des Kriegsausbruches naht heran. Millionen von Arbeitern werden an diesem Jahrestage viel fähiger sein als an den Werktagen, über die Lehren der letzten zehn Jahre nachzudenken. Diesen Augenblick muß die Komintern ausnützen, um eine großangelegte Propaganda- und Agitationskampagne im Sinne der letzten Lehre Lenins zu entfalten.

Proletarische Kunst

Eine Informationsstelle für russische Kunst und Wissenschaft in Moskau.

** Den dringenden Interessen entsprechend, die alle intellektuellen Schichten, wissenschaftlichen Organisationen und kulturellen Kreise dem neuen Rußland entgegenbringen, bildete sich in Moskau eine Informationsstelle für russische Kunst und Wissenschaft, die die kulturellen Beziehungen zwischen dem Verbande der Sozialistischen Sowjetrepubliken und dem Auslande fördern soll. **In enger Verbindung mit allen wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen Rußlands, will dieses Vereinigte Informationsbüro versuchen, allen diesen Persönlichkeiten, Organisationen, wissenschaftlichen Vereinigungen Auskünfte über Rußland zu geben und sie so schnell wie möglich mit authentischem Material zu beliefern.**

Das Informationsbüro ist bereit, den Bücher-, Zeitschriften- und Manuskriptenaustausch zwischen den russischen und ausländischen wisenschaftlichen Organisationen zu vermitteln.

Hiermit ruft das Vereinigte Informationsbüro (Moskau, Mjasnitzkaja, I, Postfach 1087) alle Interessenten auf, die Verbindung mit ihm aufzunehmen und Anfragen an obige Adresse zu richten.

Moskau, Ende April 1924.

Die Leitung der Informationsstelle für russische Kunst und Wissenschaft.

Rote Hilfe

Vergesset nicht die Opfer des Kampfes!

(Verspätet eingegangen.)

An alle Arbeiter!

Der 1. Mai ist der Tag, an dem wir dieser Helden gedenken beiter der Welt feiern. Es ist der Tag, an dem sie zu Hunderten und Tausenden in allen Ländern zusammenkommen, wo das Proletariat von den habgierigen Kapitalisten niedergeworfen ist, um sich dem Befreiungskampf zu widmen. Es wird dabei der Helden ehemaliger Kämpfe gedacht und, indem sich die Arbeiter an jenen ein Beispiel nehmen, geloben sie, fortzukämpfen, bis die Ideen und Ziele dieser gefallenen Helden verwirklicht werden.

Der 1. Mai 1924 fällt in die Epoche der Reaktion. Der Weiße Terror wütet in fast allen Ländern Europas. Die „Demokratie" der Bourgeoisie, deren wahres Antlitz sich im Faschismus zeigt, liefert den Arbeitern den Beweis, daß das wahre Wesen des Kapitalismus Gewalt ist, die die Kapitalisten bis zum äußersten anwenden werden, um die Arbeiter niederzuhalten.

Verarmt und zur Verzweiflung getrieben, sehen die Arbeiter ihre einzige Hoffnung in ihren revolutionären Parteien und in den Gewerkschaften. Die Kapitalisten kennen wohl die Macht dieser Institutionen und suchen sie zu vernichten, wodurch sie die Arbeiter selbst zu vernichten hoffen. Die Macht des Faschismus ruft die Gegenaktion der Arbeiterklasse hervor. Gemeinsam mit der ausgebeuteten Bauernschaft mobilisieren die Arbeiter ihre Reihen zum entscheidenden Kampf.

Bei diesen Kämpfen verliert die Arbeiterschaft oft Hunderte und Tausende heldenmütiger Kämpfer. Tausende und Abertausende revolutionärer Arbeiter fallen ins Grab, von den kapitalistischen Regierungen hingeschlachtet. In den Kasematten Europas, Asiens, Afrikas und Amerikas schmachten Tausende von revolutionären Arbeitern und Bauern und erleiden die fürchterlichsten Foltern, die die kapitalistische Bosheit ersinnen kann, während ihre Familien Hungers sterben.

Der 1. Mai ist der Tag, an dem wir dieser Helden gedenken müssen. Die „Internationale Rote Hilfe" ruft Euch auf, Euern Teil zur Unterstützung dieser Kämpfer und ihrer Familien beizusteuern. Sammelt Mittel! Agitiert in den Betrieben und Bergwerken, auf den Schiffen und Feldern! Schließt Euch der Landessektion der „Internationalen Roten Hilfe" an! Das ist Eure Pflicht. Das ist die wichtigste Aufgabe der internationalen Solidarität.

Bleibt eingedenk der heldenhaften Kämpfer in den kapitalistischen Kerkern!

„Internationale Rote Hilfe."
Zentralkomitee.

Aufrufe

An alle Proletarier und werktätige Bauern in den Balkanländern.

(Verspätet eingegangen.)

Proletarier und Bauern!

** Der große internationale Tag der Arbeit — der 1. Mai — findet das Proletariat und die werktätigen Bauern in den Balkanländern unter dem Regime einer wütenden bürgerlich-faschistischen Reaktion und im Zeichen einer großen Gefahr neuer militärischer Verwicklungen und neuerlichen Blutvergießens.

Der im Jahre 1920 in **Jugoslawien** eröffnete Ausnahmezustand dauert noch immer an.

In **Bulgarien** wurde, nach dem bürgerlich-faschistischen Umsturz vom 9. Juni 1923, der September-Volksaufstand v. J. im Blute erstickt, einige tausende tapfere Arbeiter, Bauern und Intellektuelle, die den Mut hatten, sich gegen die usurpatorische Regierung aufzulehnen und für die Arbeiter- und Bauernregierung zu kämpfen, wurden niedergemetzelt. Die bürgerliche Usurpatorenclique hält auch heute noch Tausende von Kämpfern, Arbeiter und Bauern, in den Gefängnissen, und viele andere Proletarier müssen im Exil leben. Ohne festen Anhang in den Volksmassen zu haben, löste diese räuberische Clique die Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen der Arbeiter und Bauern auf. Sie hält ihre Macht, durch unbeschreiblichen Terror und ununterbrochene Gewalttaten an den Vertretern und Führern der werktätigen Massen, aufrecht.

In **Rumänien** wütet die reaktionäre bürgerlich-großagrarische Oligarchie, die in der letzten Zeit mit besonderer Härte gegen das Proletariat und seine Organisationen vorgeht. Die schwärzeste Reaktion herrscht im ganzen Lande. Die proletarische Partei, ihre Presse, ihr Kampf werden als staatsfeindlich verfolgt, die Gefängnisse sind überfüllt, alles nur, weil sich das Proletariat offen gegen die Annexion Bessarabiens und für das Selbstbestimmungsrecht der bessarabischen Bevölkerung sowie der anderen unterdrückten Völker in Rumänien erklärt hatte.

Die republikanische Regierung in **Griechenland** verhängte gleichfalls den Ausnahmezustand über die meisten Gebiete Griechenlands und trifft alle Vorbereitungen, die Arbeiterbewegung außerhalb des Gesetzes zu stellen.

Überall in den Balkanländern wird dieser Vorstoß der Reaktion von den Sozialdemokraten, diesen heimtückischen Verrätern am Befreiungskampfe des Proletariats, und der unter dem nationalen Joch schmachtenden Völkern unterstützt.

Arbeiter und Bauern der Balkanvölker!

Unter dem Schutze der wütenden bürgerlich-faschistischen Reaktion verstärkt sich jeden Tag der Angriff des Kapitals gegen

die Arbeiterklasse der Balkanländer. Der Achtstundentag wird vernichtet, die Arbeitslöhne herabgedrückt, die Teuerung nimmt großen Umfang an, die Steuerlasten werden fast ausschließlich auf die Schultern der Arbeiter und Handwerker abgewälzt. Der staatliche und öffentliche Kredit wird ausnahmslos vom Banken- und Schieberkapital ausgenützt. Die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauerngenossenschaften wird systematisch gehemmt, der größte Teil der Bauern bleibt ganz ohne Boden oder wird mit nur sehr geringem Inventar bedacht. Die Wohnungsnot der Arbeiterklasse nimmt immer mehr zu. Die ganze Politik der Balkanbourgeoisie kennt nur das eine Ziel, den Bankiers, Schiebern und Großagrariern so viel als nur möglich Reichtümer und Profite zu sichern.

Gleichzeitig gestaltet sich das **nationale** Joch in Mazedonien, Bessararabien, Thrazien, Dobrudscha, Transsylvanien, Kroatien, Slowenien usw. immer unerträglicher. Die nationalen Gegensätze spitzen sich immer mehr zu. Die Beziehungen zwischen den herrschenden Klassen der Balkanländer werden immer gespannter. Die Beziehungen zwischen Bulgarien und Jugoslawien drohen jeden Moment, einen Bruch mit einem bewaffneten Konflikt von unabsehbaren Folgen herbeizuführen. Die Lage auf dem Balkan wird umso schwerer und gefahrvoller für den Frieden, als sich dort die Interessen der kapitalistischen Großmächte kreuzen, deren Werkzeuge die heutigen bürgerlichen Regierungen in den Balkanländern sind.

Indem die herrschenden kapitalistischen Cliquen der Balkanländer eine für das Proletariat und die Bauernmassen und für die Existenz der Balkanvölker überhaupt **unerträgliche Lage schaffen, treiben sie durch diese ihre Politik die Balkanvölker in neue, selbstvernichtende Kriege, Verheerungen und Elend.**

Arbeiter und Bauern der Balkanländer!

Die Kommunistischen Parteien, gemeinsam mit den anderen Parteien und Organisationen des werktätigen Volkes vereinigen die Arbeiter- und Bauernmassen trotz allen großen Schwierigkeiten und führen sie in den entscheidenden Kampf gegen die wütende Reaktion, gegen die unerträgliche Lage, gegen die neuen Kriegsabenteuer und schützen die Massen vor Kleinmut und Verzweiflung. In den verschiedenen Balkanländern äußerte sich dieser Kampf vom letzten 1. Mai bis heute in verschiedenen Formen: von der Pressepropaganda, Kritik, Versammlungen, Wahlen, Streiks, Referendum für die Republik (Griechenland) bis zum bewaffneten Volksaufstand (Bulgarien).

Die Rettung des Proletariats und der Bauernmassen in den Balkanländern liegt nur in der Fortsetzung dieses Kampfes, seiner Verschärfung und Zuendeführung, gestützt auf das Bündnis zwischen den Arbeitern und Bauern.

Die Kommunistische Balkanföderation, gemeinsam mit der Kommunistischen Internationale ruft die Arbeiter und alle Werktätige der Balkanländer auf, sich am 1. Mai in geschlossenen Reihen und mit vollem Glauben in den Herzen zum Protest zu erheben:

Gegen das bestehende Regime der bürgerlich-faschistischen Reaktion, für die Anerkennung der Rechte und Interessen der Arbeiter und Bauern, für die Errichtung von Arbeiter- und Bauernregierungen in den Balkanländern!

Gegen das nationale Joch, für die nationale Freiheit der unterdrückten Völker, für ihr Selbstbestimmungsrecht, gegen die imperialistischen Friedensverträge — für die Unabhängigkeit der Balkanstaaten, für die Verständigung der Balkanvölker und ihre freie Vereinigung in einer Föderativen Balkanrepublik!

Gegen die Eroberungs- und Kriegspolitik der bürgerlichen Klassen in den Balkanländern und gegen den Imperialismus der Großmächte — für den Frieden auf dem Balkan und für das Bündnis mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken!

Es lebe der Bund zwischen den Arbeitern und den werktätigen Bauern!

Es lebe die Arbeiter- und Bauernmacht!

Es lebe die Föderative Balkanrepublik!

Es lebe die Kommunistische Internationale und die Kommunistische Balkanföderation!

Die Exekutive der Kommunistischen Balkanföderation.

Buchbesprechungen

Georg Tscharmann: „Der Weg der Intellektuellen."*)

Von Eugen Paul.

** Eine überaus lesenswerte Streitschrift — weniger gegen die Intellektuellen, als gegen die verbohrte und vernagelte Ideologie der Intellektuellen. Daß man die große Masse der Intellektuellen vor der Machtergreifung durch das Proletariat für den Kommunismus gewinnen könnte, ist wohl kaum denkbar. Nicht die Gewinnung der Intellektuellen als Klassenschicht kann also das Ziel unserer Polemiken sein, sondern die Widerlegung der mehr oder weniger wissenschaftlich gefärbten Irrtümer, die die Weltauffassung leider nicht nur der Intellektuellen, sondern auch des Mittelstandes und auch großer Teile des Proletariats ausmachen. Genauer gesagt: Nicht den Intellektuellen als Ausüber gewisser Funktionen im Rahmen der kapitalistischen Weltordnung, als Diener und Stützen der Bourgeoisie, sondern den Intellektuellen als **Träger und Verbreiter der bürgerlichen Weltauffassung**, als Verkörperung der Unmasse von Vorurteilen, die der gefährlichste Bundesgenosse der kapitalistischen Klasse im Kampfe gegen das Proletariat sind, gilt unser Kampf. Und für diese gerade in der jetzigen revolutionären Epoche so notwendige Aufklärungsarbeit liefert uns die ausgezeichnete Broschüre Georg Tscharmanns eine Fülle von Argumenten und Anregungen.

Die Fragen, die Tscharmann im Rahmen seiner Abhandlung stellt und beantwortet, sind: Welches ist die soziale Stellung der Intellektuellen, **wohin** gehören sie? Zur Bourgeoisie oder zum Proletariat? Und wenn sie zum Proletariat gehören, **welcher Partei** müssen sie sich anschließen? Der faschistischen, der sozialdemokratischen oder der kommunistischen?

Für die Beurteilung der Frage, ob die Intellektuellen der herrschenden oder der unterdrückten Klasse, der Bourgeoisie oder dem Proletariat zuzuzählen sind, ist maßgebend nicht nur die gegenwärtige traurige, verzweifelte Lage der Intellektuellen, sondern noch mehr vielleicht ihre **Aussichten für die Zukunft.** Im großen und ganzen machen die Intellektuellen dieselbe Entwicklung durch wie die Handarbeiter, nur ist das Tempo ein viel langsameres. Unter den Gründen, die diese Entwicklung verlangsamen, steht nicht an letzter Stelle die „Bildung" der Intellektuellen, die „wie ein Brett vor dem Kopf" wirkt. Die Lage der Intellektuellen gleicht in vieler Hinsicht jener des Bauern, des Kleingewerbetreibenden und Kleinhändlers, die durch ihre **scheinbare** Unabhängigkeit und Selbständigkeit gehindert werden, ihre Abhängigkeit vom Großkapital zu erkennen. Die Intellektuellen betrachten sich im besten Falle als eine Art „höherer Arbeiteraristokratie", aber in den meisten Fällen wollen sie überhaupt nicht zugeben, daß sie zu den Arbeitern gezählt werden. Sie meinen, daß zwischen den verschiedenen Handarbeitern nur ein gradueller, zwischen Hand- und Kopfarbeit aber ein qualitativer Unterschied bestehe. Während der Handarbeiter durch die Maschine verdrängt werden kann, ist das bei den geistigen Arbeitern nicht der Fall: diese nehmen also in der Gesellschaft eine bevorzugte Stellung ein. Diese Illusionen werden von Tscharmann arg zerpflückt. Er weist darauf hin, daß die geistigen Arbeiter wohl nicht die Verdrängung durch die Maschine zu befürchten haben, daß sie aber fabriksmäßig erzeugt werden können. Die Mittel- und Hochschulen sind solche „Intellektuellenfabriken", mit deren Hilfe sich die herrschende Klasse nach dem Muster der industriellen **Reservearmee** eine solche von **Intellektuellen** schafft. Trostlos wie die Gegenwart ist auch die Zukunft der Intellektuellen unter der Herrschaft des Kapitals. Sie irren, wenn sie den letzten Krieg und die Kriegsfolgen als ein vorübergehendes Übel ansehen, das überwunden werden könnte, worauf die alten guten Zeiten wiederkehren würden. Der Weltkrieg war nur die Fortsetzung des kapitalistischen Konkurrenzkampfes mit blutigen Mitteln und im Weltmaßstabe. Gelingt es dem Kapitalismus, seinen weiteren Bestand zu sichern, so ist ein neuer, noch furchtbarerer Krieg in absehbarer Zeit unvermeidlich und die gegenwärtigen Nöte der Intellektuellen werden ins Unermeßliche wachsen.

Die Intellektuellen haben vom Kapitalismus nichts zu erwarten, sie gehören, von wenigen Ausnahmsfällen abgesehen, ebenso zu den Enterbten der kapitalistischen Gesellschaft wie die Hand-

*) „Der Weg der Intellektuellen" von Georg Tscharmann. Verlag für Literatur und Politik, Wien.

arbeiter. Aber welcher „Arbeiterpartei" sollen sie sich anschließen? Der **Faschismus** beruht auf dem „Märchen von der Interessenharmonie", seine geschichtliche Aufgabe ist es, die tatsächlichen Klassengegensätze zu verwischen und dadurch die Kapitalisten vor dem Ansturm der Unterdrückten zu schützen. In den Ländern mit hochentwickelter Industrie — zum Beispiel in Deutschland, wo die Klassengegensätze bereits sehr scharfe Formen angenommen haben — ist allem Anscheine nach nicht einmal mehr das italienische Experiment Mussolinis, sondern nur eine — Hitlerkomödie möglich. Selbst wenn die Faschisten hier die Macht ergreifen könnten, würden sie sich nicht annähernd so lange halten können wie Mussolini in dem industriell weniger entwickelten, „siegreichen" Italien. Es würde sich sehr rasch herausstellen, daß der Faschismus „nicht eine neue Glanzepoche des Kapitalismus eingeleitet, sondern nur ein Symptom seines Verfalls ist." Die Parolen der Faschisten, wie „nationales Interesse", „nationale Schicksalsgemeinschaft", sind der Schanddeckel für das Interesse der **Kapitalisten** und für die **Schicksalsgemeinschaft** der — **Bourgeoisie und Faschisten.** Die Faschisten sind die bezahlten Knechte der Kapitalisten, sie können also nicht die Partei der von den Kapitalisten unterdrückten, deklassierten Intellektuellen sein.

Und die **Sozialdemokratie?** Sie hat längst dem Klassenkampf und dem klassenbewußten Teil der Arbeiterklasse den Rücken gekehrt. Sie ist Konkurrentin der Faschisten, deren gewalttätige Methoden sie ablehnt, weil sie sich einbildet, die Arbeiter auch mit den friedlichen Mitteln der sozialdemokratischen Demagogie von jedem ernsten Kampf gegen die kapitalistische Ordnung abhalten zu können. Das Erstarken des Faschismus, die Aufpäppelung der Faschisten durch die Kapitalisten ist der Beweis dafür, daß die Bourgeoisie von den demagogischen Künsten der Sozialdemokraten nicht mehr so viel hält wie früher. Die sozialdemokratischen Führer werden allmählich aus ihren Ämtern und Würden verdrängt, und gleichzeitig verlassen die Arbeiter fast fluchtartig die sozialdemokratischen Parteien. Wahrlich kein Bild, um die Intellektuellen anzulocken...

Die einzige Partei, der die Intellektuellen ihre Interessen ruhig anvertrauen können, ist die Partei des unentwegten Klassenkampfes, die **Kommunistische Partei.** Das ist die Partei, in der die Intellektuellen nach den leider unvermeidlichen Irrungen und Wirrnissen am Ende doch landen werden. Die große Masse der Intellektuellen wehrt sich noch gegen diesen Gedanken. Das ist begreiflich. Sie kommt mit ihren beruflichen Funktionen unter dem Kapitalismus in Konflikt, wenn sie versucht, kommunistisch zu denken. Ihre Aufgabe, für die sie von der herrschenden Klasse bezahlt wird, ist, einerseits die verborgensten Zusammenhänge aufzudecken, wenn das den kapitalistischen Profitinteressen förderlich ist, andererseits die klarsten Wahrheiten zu verdunkeln und zu verschleiern, wenn dies den Profitinteressen gefährlich werden könnte. Das kapitalistische Profitinteresse ist also die „natürliche" Schranke der bürgerlichen Wissenschaft, deren Pflege ja gerade den „unabhängigen und selbständigen" Intellektuellen obliegt. Als die Bourgeoisie mit revolutionärem Elan gegen die alte, morsche, feudale Weltordnung anstürmte, da waren es die Intellektuellen (Enzyklopädisten), die der durchaus **materialistisch** denkenden, den Tatsachen kühn in die Augen schauenden Bourgeoisie das geistige Rüstwerk zum Kampfe lieferten. Und heute verdammen die Intellektuellen den Kommunismus wegen seines „groben Materialismus", der jede Persönlichkeit und Individualität, jede selbständige geistige und ethische Regung unterdrücke. Aber die Verhältnisse, die ehernen Gesetze der Entwicklung sind stärker als die verbohrtesten Vorurteile. Der Gang der Entwicklung wird diese Vorurteile zertreten und den Intellektuellen die Augen aufreißen. Gerade die sich zusehends verschlechternde Lage der Intellektuellen wird diese darüber belehren, daß es der **Kapitalismus** ist, der die „Persönlichkeit und Individualität" unterjocht, sie zum bezahlten Knecht des Geldsacks erniedrigt und daß von einer wirklichen freien Entfaltung der Persönlichkeit erst unter der Herrschaft des Kommunismus die Rede sein kann, der den einzelnen Menschen von den Fesseln einzelner Menschen befreien und die Vorbedingung für eine freie Entfaltung schaffen wird. Das Beispiel Sowjetrußlands beweist, daß die Furcht der Intellektuellen, als ob sie unter der Herrschaft des Proletariats „überflüssig" werden würden, ganz unbegründet ist. Im Gegenteil! **Nie hat es in Rußland eine solche Nachfrage nach Intellektuellen gegeben als jetzt, wo Wissenschaft und Kultur, unter dem Zarismus Privilegien der oberen Zehntausend, beginnen, Gemeingut der breiten Millionenmassen zu werden.** Die Kommunistische Partei, die das Sammelbecken und die Vorkämpferin aller Unterdrückten und Kampfentschlossenen ist, ist auch die Partei der Intellektuellen. Ihr müssen sie sich anschließen, wenn sie sich befreien wollen von Elend und Not, von den Fesseln des geisttötenden, demoralisierenden Kapitalismus.

Die Analyse, die Georg Tscharmann über die Intellektuellenfrage liefert, ist nicht erschöpfend — sie kann es auch bei dem beschränkten Umfang der Abhandlung gar nicht sein. Es will uns auch dünken, daß er die Frage etwas zu sehr von der **allgemeinen** sozialen Frage abgelöst behandelt, oder doch wenigstens den Zusammenhang mit dem allgemeinen kapitalistischen Verfallsprozeß zu wenig betont. Daß es eine Intellektuellenfrage gibt, beziehungsweise daß diese Frage **brennend** geworden ist, ist doch ein deutliches Symptom der bereits sehr weit fortgeschrittenen Zersetzung der kapitalistischen Gesellschaft, ein schlagender Beweis, daß in der kapitalistischen Produktionsweise eine **schwere, verhängnisvolle Funktionsstörung** eingetreten ist. Eine klare Analyse der Intellektuellenfrage ist nur möglich, wenn man diese **im Rahmen des kapitalistischen Produktionsprozesses** selbst prüft, wenn man die intellektuellen Berufe als Erscheinungen der **kapitalistischen Arbeitsteilung** auffaßt. Weil Tscharmann diesem Gesichtspunkte nicht die gebührende Achtung schenkte, übersah er es auch, darauf hinzuweisen, daß ein großer Teil der Intellektuellen heute nicht nur indirekt, sondern **direkt im Dienste kapitalistischer Unternehmungen oder des kapitalistischen Staates** steht. Dieses direkte Dienstverhältnis ist natürlich für das richtige Verständnis der Lage der Intellektuellen, für ihre Denkweise und für den klar erkennbaren Beginn eines allmählichen Gesinnungswandels in den Reihen der Intellektuellen sehr wichtig.

Jeder kommunistische Agitator, jeder denkende Arbeiter sollte die Broschüre Tscharmanns lesen. Sie enthält sehr wertvolles Material zur Widerlegung manchen Unsinns, manchen Irrtums, mit dem heute leider noch viele Arbeiter gegen den Kommunismus kämpfen.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

Der Polizeieinbruch in die Berliner Handelsvertretung der SSSR.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 53. 9. Mai. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Nach den Wahlen in Deutschland. Von A. M. 629
Politik.
Der Polizeieinbruch in die Berliner Handelsvertretung der Sowjet-Union 630
Deutschland.
Genosse Trotzki über die Oktoberereignisse in Deutschland 632
Wirtschaft.
Das ungarische Sanierungsgesetz. Von Landler . . 633
Aus der Internationale.
Eine internationale kommunistische Konferenz über das Sachverständigengutachten. Von Franklin 635
Die Brünner Reichskonferenz der KPTsch. 636
Weißer Schrecken.
Der weiße Terror in Rumänien. Von D. L. 637
Aufrufe.
An die klassenbewußte Arbeiter- und Bauernschaft, an alle unterdrückten Nationalitäten der Balkanländer! . 638
Buchbesprechungen.
Preobraschenski: „Moral und die Klassennormen". Von Stern 638
Demjan Bjedny: „Die Haupttraße". Von Lu M. 640

Vertagung der Erweiterten Exekutive und des V. Weltkongresses.

An alle Sektionen der Komintern!

(Telegramm der Inprekorr.)

** Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat beschlossen, die **Erweiterte Exekutive auf den 10. Juni** und den **V. Weltkongress auf den 15. Juni** d. J. zu vertagen.

Moskau, 7. Mai 1924.

Das Exekutivkomitee der Komintern.

Nach den Wahlen in Deutschland.

Von A. M. (Berlin).

I.

** Die Kommunistische Partei hat als einzige Partei den **Wahlkampf** so geführt, daß keinerlei Mißverständnisse möglich waren: ohne Versprechungen, **prinzipiell völlig klar und eindeutig**, als Kampf für die Massenmobilisierung gegen die bürgerliche Demokratie, gegen den parlamentarischen Kretinismus, für die proletarische Rätediktatur. Jeder der kommunistischen Kandidaten unterschrieb von vornherein eine öffentlich abgegebene Erklärung, die besagt: Der kommunistische Abgeordnete geht ins Parlament als Beauftragter der Partei und nur der Partei, ist dort Propagandist und Agitator und sonst nichts und untersteht allein der Kontrolle der Parteileitung und ihren Anweisungen.

Und 3,600.000 Stimmen wurden unter diesen Umständen für die KPD. abgegeben. Diese Stimmen wurden kompakt abgegeben im **rheinisch-westfälischen Industriegebiet**, in den **Berliner Arbeiterbezirken Wedding, Friedrichshain Lichtenberg, Reinickendorf, Oberschöneweide, in Oberschlesien**, im **Württembergischen** Industriegebiet. Hier ist überall die SPD. entscheidend geschlagen worden; diese Partei ist vernichtet in Oberschlesien, in großen Teilen des westlichen Industriegebietes; sie ist außerordentlich geschwächt in Berlin, in Hamburg, in Württemberg.

Ohne jede Übertreibung kann gesagt werden: die KPD. hat in den Industriegebieten die Mehrheit des Proletariats fest erobert. Sie ist die Partei des Proletariats. Das Proletariat, das sich um die KPD. schart, weiß, daß es sich zum Kampfe für die Ziele der Kommunisten hinter die KPD. stellt und die Kampfmethoden der Kommunisten anerkennt. Die Wahlergebnisse zeigen in dieser Beziehung einen großen, bedeutungsvollen Sieg der KPD., deren Konsolidierung und Erstarkung, deren Umorientierung nach der Niederlage im Herbst die Wahlergebnisse zeigen.

II.

In der Tat: deren Konsolidierung und Umorientierung zeigen die Wahlergebnisse. Dort, wo wir am schwersten zu schleppen haben an den Folgen früherer politischer Fehler, wo außerhalb der Partei wohl die Arbeiter die Erinnerungen an unsere frühere Taktik haben, dort hat die Partei, wie in Sachsen und **Thüringen**, weniger bedeutende Erfolge zu verzeichnen, dort sind die Verluste der Sozialdemokraten geringfügiger, als in den genannten Industriegebieten. In Thüringen **haben wir**, den Stimmenzahlen bei den Landtagswahlen für die — damals verbotene — KPD. gegenüber, sogar Rückgang zu verzeichnen. Der Grund ist noch nicht ersichtlich. Die Erscheinung aber muß genau studiert werden.

Die SPD. ist in den Industriegebieten als Arbeiterpartei erledigt. Sie ist in Berlin und Hamburg und Köln als Arbeiterpartei eine schwache Partei geworden. Sie hat noch Kräfte behalten in **Breslau, Hannover, Frankfurt.** Hier muß die Partei ihre Kräfte konzentrieren: es gilt, die SPD. als Arbeiterpartei restlos zu **vernichten.** Sie ist objektiv ein Anhängsel der reaktionären Kleinbürgerparteien. Sie wird es auch dann sein, wenn sie im Reichstag Opposition gegen die Rechten mimen wird. Verschärfter, schonungsloser, unerbittlicher Kampf bis zur Vernichtung — das ist die Aufgabe unserer Partei der SPD. gegenüber.

III.

Die völkische Bewegung ist nicht annähernd so stark, als es, auch von der KPD., angenommen wurde. Die Erwartung eines großen Erfolges der Völkischen war ein Reinfall. Am größten dort, wo diese Gesellschaft geschwätziger und hohler Demagogen, Politik oder gar Regierung (in anonymer Koalition) gespielt hatten, in Thüringen, in Mecklenburg, vor allem in Bayern. Nicht die Völkischen, die **Deutschnationalen**, haben den Vogel von rechts abgeschossen. **Und das ist eine wichtige Lehre für die KPD.** Die Partei hat ihre Hauptstoßkraft gegen die Sozialdemokraten und gegen die Völkischen angewendet. Die Wahlresultate zeigen, daß die Partei zum Teil **in falscher Richtung** stieß. Wir kämpften gegen das Phantom **„des Faschismus" „an sich"** und übersahen, daß die völkische Bewegung mit ihrer Hitlerei, ihren Bierkellerrevolutionen, ihren Ludendorffschen Ausflüchten, ihrem albernen Antisemitismus, ihrem von niemandem mehr ernst genommenen nationalistischen Kampfgeschrei gegen Frankreich, ihrer Korruption, ihrer schwankenden Parlamentstaktik sich bereits schwer kompromittiert hatte. Irgendjemand hat gesagt: Tirpitz hat den Ludendorff besiegt. Das ist nur das Äußerlichste. Der Krautjunker, der Schlotbaron, der gedämpft nationalistische Kleinbürger, der den großkapitalistischen Agrariern und Fabrikherren folgte, hat über den Hitler gesiegt, über den vermanschten Kleinbürger. Die Deutschnationalen, nicht die Völkischen, haben die Spießbürger, die unpolitischen Frauen, kleinbürgerliche Arbeiter angezogen und zur Wahl geschleppt. Ein sehr wichtiges Anzeichen für die politische Situation. Eine wichtige Lehre für die Partei, die eine **Umstellung** erfordert: **gegen das deutschnationale Großkapital, nicht gegen das Kleinbürgertum haben wir die ganze Front zu kehren.**

Womit haben die Deutschnationalen ihren Erfolg erzielt? Mit einer zweideutigen Zweifrontenstellung: teils für die Annahme des Sachverständigengutachtens, also für ordinärste Erfüllungspolitik, teils für „unbedingte Ablehnung", also Spekulation auf nationalistische Instinkte. Diese Zweideutigkeit ist für kurze Zeit möglich. Auf die Dauer ist sie unmöglich. Und die Aufgaben der Tagespolitik werden den deutschnationalen Nebel schnell zerstören.

IV.

Die Partei hat, das zeigen die Erfolge der Deutschnationalen, noch nicht verstanden, an die **Frauen**, auch an die Arbeiterfrauen, richtig heranzukommen. In erhöhtem Maße zeigt sich derselbe Mangel zweifellos in den Stimmenzahlen des **Zentrums.** Die Partei muß diese Mängel jetzt schnell und gründlich abstellen. Im westlichen Industriegebiet, in Schlesien, in Bayern, haben aber ohne Zweifel nicht nur die Frauen die Erfolge des Zentrums ergeben. Genaue Methoden des Kampfes gegen das Zentrum — das ist etwas, was die Partei lernen und schaffen muß.

Auch die **Methoden der Arbeit auf dem Lande** müssen noch ganz beträchtlich verbessert werden. Unser Stimmenrückgang in Mecklenburg beweist, daß hier viel zu ändern ist. Die ausgezeichneten Erfolge in Ostpreußen, wo wir SPD. und Völkische geschlagen haben, müssen genau studiert werden, damit festgestellt werden kann, ob sie dank guter Arbeitsmethoden oder dank günstiger Bedingungen erzielt worden sind.

V.

Der Ausfall der Reichstagswahlen ist ein großer Sieg der KPD. **Die Kommunistische Partei ist der Sieger,** niemand anders. Die Deutschnationalen mit ihrer Hugenberg-Presse, ihren reichen Geldmitteln, der für sie günstige Konjunktur, haben keineswegs das erreicht, was sie wollten: der Reichstag hat keine Rechtsmehrheit.

Aber die Deutschnationalen werden im neuen Reichstag entweder eine Koalition mit den „Judenparteien", sogar mit den sozialdemokratischen „Marxisten" bilden müssen, um Erfüllungspolitik zu machen, oder aber werden sie Opposition gegen die (auch heute, wenn auch mit anonymer SPD., funktionierende Große) Koalition mimen müssen, die das „Hohe Haus" arbeitsunfähig machen.

Der Sieger bei diesen Wahlen ist allein die KPD. Denn die KPD. erwartet **nichts** von diesem Reichstag als Zustimmung zu kapitalistischen Raub- und Sklavenhalterplänen. Die KPD. hat die Massen mobilisiert. Die KPD. wird die Massen weiter mobilisieren. Die KPD. hat nur ein Ziel: Vorbereitung der Revolution. Die KPD. fürchtet keine Drohungen der Bourgeoisie und wird sich von ihrem Weg nicht einen Fuß breit ablenken lassen. Der neue Reichstag wird eine **starke** kommunistische Fraktion sehen, die ihre Pflichten dem Proletariat gegenüber tun wird. Wir haben nicht umsonst gesiegt: wir wollen **andere** Siege, wir kämpfen für **andere** Siege, wir bereiten **andere** Siege vor.

VI.

Die ersten Lehren der Wahlen sind klar: **wir sind die stärkste der Parteien, wir sind die Partei des Proletariats,** wir lernen auch aus der Episode der Wahlen, wir werden **alle Mängel** abstellen, wir werden noch geschlossener, noch energischer vorwärts marschieren.

Der Augenblick, in dem die Wahl erfolgte, ist voll von Konflikten und Aufgaben.

Am Tage vor der Wahl hat der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin durch den demokratischen Spitzelhäuptling Weiß die exterritoriale Handelsdelegation der russischen Sowjetrepublik überfallen lassen. Die sozialdemokratischen Lakaien des deutschen Kapitals und des Herrn Poincaré **haben sich** mit Wollust auf die von ihnen inszenierte Angelegenheit gestürzt, um Wahlmache für sich und Stiefellecker bei Poincaré zu machen. (Der Poincaré wird den Wahlausfall für seine Nationalisten ausnutzen, die Bemühungen der sozialdemokratischen Lakaien sind vergeblich.) Die Annahme des Sachverständigengutachtens, des tollsten und schamlosesten Sklavenpaktes, den die Welt gesehen, durch die deutsche Bourgeoisie steht auf der Tagesordnung.

Die KPD. hat Riesenaufgaben. Der Ausfall der Wahlen war: eine Demonstration des Industrieproletariats für die KPD., für den Kommunismus, für die Rätediktatur, war zugleich eine neue Illusion von kleinbürgerlichen Massen, vor der sie geheilt werden müssen und an deren Heilung wir in erster Linie zu arbeiten haben.

Die nächsten Aufgaben sind bekannt: **Marsch der Arbeiterschaft nach Halle, wo am 11. Mai die Völkischen geschlagen werden müssen;** Mobilisierung der Massen gegen den neuen Räubervertrag, Schaffung einer Kampffront und ihrer Organe, Verbindung der Massen mit diesen Organen, Verbindung auch der Parlamentsfraktion mit den Massen in den Betrieben.

Die Partei geht mit Kraft und mit Siegesbewußtsein an ihre Aufgaben.

Politik

Der Polizeieinbruch in die Berliner Handelsvertretung der Sowjet-Union.

Von Hugo Eberlein (Berlin).

** Der unglaubliche Überfall, den die preußische Polizei, die unter Leitung der Sozialdemokraten **Richter** und **Severing** steht, auf die russische Handelsvertretung in Berlin (Lindenstraße) unternahm, hat bereits heute Folgen gezeitigt, über die

sich scheinbar weder die deutsche Reichsregierung, aber noch viel weniger die deutsche Bevölkerung klar ist.

Daß dieser Überfall ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht ist, daran ist nicht zu zweifeln. Aber was versteht die preußische Polizei vom Völkerrecht? Dieser Überfall verstößt ebenso klar und eindeutig gegen die von der russischen Regierung mit der deutschen Regierung abgeschlossenen Verträge vom 6. Mai 1921 wie gegen den Rapallovertrag. Auch daran ist nicht zu zweifeln. Es wird jetzt Aufgabe der russischen Regierung sein, der deutschen Reichsregierung klar und eindeutig zu Gemüte zu führen, daß solche Verträge nicht willkürlich gebrochen werden können und daß Vereinbarungen, die zwischen einer Arbeiter- und Bauernregierung und einer kapitalistischen Regierung getroffen werden, einen anderen Sinn und eine andere Bedeutung haben, als wenn solche Verträge zwischen zwei Räuberregierungen der Kapitalisten abgeschlossen werden. Der Überfall auf die Handelsdelegation ist aber nicht nur ein Bruch der Verträge, sondern eine schwere Brüskierung und Beleidigung der gesamten russischen Arbeiter- und Bauernrepublik. Wir können schon heute mit Freuden feststellen, daß diese Arbeiter- und Bauernregierung keineswegs mit sich spielen läßt. Die schon jetzt von der russischen Regierung zur Abwehr getroffenen Maßnahmen sind für Deutschland so einschneidend und bedeutungsvoll, daß wir annehmen, daß sie sogar von den wenig intelligenten Ministern unserer Regierung begriffen werden. Sollte das trotzdem nicht der Fall sein, so wird die russische Regierung zweifellos weitere Maßnahmen ergreifen, um den Leuten in der Wilhelmstraße den ganzen Ernst der Situation doch begreiflich zu machen.

Wir wollen vorausschicken, daß wir Kommunisten, als die Vertreter der revolutionären Arbeiter Deutschlands, mit den Abwehrmaßnahmen der revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung völlig einverstanden sind, daß wir uns mit ihnen solidarisieren.

Die russische Handelsdelegation ist nicht eine Vertretung russischer Kapitalisten, sondern ein Teil der russischen Regierung, da in Rußland bekanntlich der gesamte Außenhandel monopolisiert ist und in den Händen der Regierung liegt. Die russische Regierung ist aber, wie in keinem anderen Lande der Welt, die ausgesprochene Vertreterin des russischen Proletariats, der russischen Arbeiter und Bauern. Und deshalb sehen wir Kommunisten in allen Maßnahmen dieser Regierung nicht Maßnahmen irgendwelcher Regierung, sondern Maßnahmen der russischen Arbeiter und Bauern, mit denen wir revolutionären Arbeiter Deutschlands aufs engste verbunden sind, **die wir in jeder Beziehung bedingungslos unterstützen.**

Welche Maßnahmen hat nunmehr die russische Regierung bis heute zur Abwehr des unverschämten Überfalles auf die Handelsdelegation getroffen?

Die russische Regierung hat vor allem die russische Handelsvertretung geschlossen und damit alle Geschäfte der russischen Regierung mit der deutschen Regierung und den deutschen Unternehmern abgebrochen. Sie wird ihren Angestelltenstab sofort um die Hälfte reduzieren, und beabsichtigt, ihn im nächsten Monat auf ein Viertel herabzusetzen, wenn die weitere Verschärfung der Situation nicht eine völlige Liquidierung notwendig macht.

Die russische Regierung hat die Handelsvertretungen in Leipzig und Hamburg ebenfalls geschlossen, die jetzt in Königsberg auf Wunsch der dortigen Unternehmer ins Leben gerufene Vertretung wird nicht eröffnet.

Sie hat die Beteiligung an der Kölner Messe aufgehoben und wird sich auch an der kommenden Messe in Leipzig, an der Rauhwarenausstellung, nicht beteiligen. Die große Zahl amerikanischer Käufer, die bereits auf dem Wege nach Deutschland sind, um hier Geschäfte abzuschließen, sind bereits verständigt, sie werden ihre Reise aufgeben.

Wichtiger ist aber die **völlige Einstellung der Getreidelieferung nach Deutschland.** Die großen Lieferungen, die bereits auf dem Wege nach Deutschland waren, sind schon umgeleitet und werden nach London dirigiert. Dasselbe trifft auf riesige Eierlieferungen zu, die aus der Ukraine unterwegs sind, sie sind an der polnischen Grenze angehalten, ihr Transport wird nach England umgeleitet. **Mit dem gestrigen Tage fehlte auf dem Berliner Markte bereits der größte Getreidelieferant Deutschlands. Was das für die deutsche Bevölkerung bedeutet, ergibt sich daraus, daß Rußland im letzten Jahre 38% des deutschen Getreideverbrauchs geliefert hatte.** Da Deutschland aus eigenem nicht genügend Getreide zur Ernährung der Bevölkerung hat, bleibt es jetzt allein angewiesen auf die Lieferung von amerikanischem Getreide. Amerika hat aber im letzten Jahre seine Getreideproduktion wesentlich eingeschränkt und wird jetzt erst recht, nachdem der einzig große Konkurrent, Rußland, in Deutschland ausscheidet, den deutschen Konsumenten völlig in der Hand haben, die amerikanischen Kapitalisten werden die Preise für ihr Getreide wesentlich in die Höhe treiben. Das ist schon geschehen. Am gestrigen Tage sind an der Getreidebörse **in Kopenhagen, Danzig und Rotterdam die Preise für amerikanisches Getreide wesentlich in die Höhe getrieben worden, was allein die Folge der Lieferungseinstellung durch die russische Handelsvertretung ist.**

Darüber hinaus hat die russische Regierung angeordnet, alle Geschäfte mit deutschen Unternehmern abzubrechen, die großen Aufträge, die in den letzten Wochen hier eintrafen, sind bereits nach Prag weitergegeben und werden durch die Tschechoslowakei ausgeführt. Neue Geschäfte werden hier nicht abgeschlossen.

War sich die deutsche Regierung über alle diese Folgen klar? Wir müssen es bezweifeln. Denn nicht einmal sie halten wir für so völlig verblödet, daß sie diese Maßnahmen herbeigewünscht hätte. Denn diese Maßnahmen werden zur Folge haben: 1. eine starke Getreideknappheit in den nächsten Wochen und damit eine starke Preissteigerung, auch dann, wenn neues Getreide aus Amerika bezogen wird. Die zweite Folge wird sein, daß durch die Inhibierung großer Industrieaufträge und durch die Weigerung, weitere Aufträge nach Deutschland zu geben, zahlreiche Betriebe ihre Belegschaft einschränken, wahrscheinlich schließen müssen. **Denn Rußland ist heute der einzige Großabnehmer deutscher Industrieerzeugnisse.** Die Folgen dieses wahnsinnigen Schrittes der deutschen Regierung werden in erster Linie also die deutschen Arbeiter auszukosten haben. Und deswegen ist es unseres Erachtens Pflicht des deutschen Proletariats, sofort alle geeigneten Maßnahmen zu treffen und der deutschen Regierung begreiflich zu machen, daß die deutschen Arbeiter mit dem Vorgehen der Regierung nicht einverstanden sind. Sie müssen die deutsche Regierung zwingen, das Verhältnis mit Sowjetrußland so zu gestalten, daß ein Arbeitsverhältnis zwischen der Arbeiter- und Bauernregierung mit der deutschen Regierung möglich wird. **Das deutsche Proletariat muß sofort den allerschärfsten Kampf gegen die deutsche Regierung führen, um sie zur Raison zu bringen.**

Wenn man sich nach all dem überlegt, welche Absicht eigentlich die deutsche Regierung mit dem Überfall auf die russische Handelsdelegation bezweckt, so gibt es dafür nur eine Erklärung, und das ist die: **die deutsche Regierung muß wieder einmal auf Grund ihrer Erfüllungspolitik, die sie gegenüber der Entente in den letzten Jahren mit so „großem Erfolg" geübt hat, jetzt, wo es gilt, das unerhörte Sachverständigengutachten zu schlucken, vor Poincaré auf dem Bauche rutschen. Sie will versuchen, bei Poincaré sich durch ihre Bauchrutscherei Liebkind zu machen und sie glaubt, das am besten dadurch zu erreichen, wenn sie brutal und provokatorisch gegen die Regierung der Arbeiter und Bauern Rußlands auftritt.**

Denn daß dieser Überfall auf die Handelsvertretung nicht zufällig und unvorbereitet vor sich ging, darüber besteht kein Zweifel. Wir wissen, daß dieser Überfall auf die russische Vertretung seit langem geplant war, er wurde in den letzten Monaten durch das geschickte Auftreten der russischen Botschaft in Berlin verhindert. Jetzt ist er endlich zur Ausführung gekommen. Der Einfall der beiden Kriminalbeamten in die Handelsvertretung war die gewünschte Provokation. Das wird am besten bestätigt durch den Verlauf der ganzen Aktion.

Während Stresemann in der Verhandlung mit dem russischen Botschafter Krestinski das völlig ungesetzliche Vorgehen der Berliner Polizei anerkannte und den Auftrag gab, die Aktion sofort einzustellen, führte das Innenministerium Preußens die Aktion ruhig weiter; so daß hier ein Spiel mit verteilten Karten vor sich ging. Das bewies am besten ein Telephongespräch, das während der Besetzung der berüchtigte Oberregierungsrat Weiß, von der Handelsdelegation aus, mit seiner vorgesetzten Behörde führte. Mit einer stenographischen Aufnahme werden wir, wenn nötig, aufwarten. Weiß erhielt von seiner vorgesetzten Behörde den Auftrag, die Räumung der Handelsdelegation vorzunehmen, aber langsam und so, daß erst alle Aufträge, die er erhalten habe, durchgeführt seien, insbesondere sollten erst die genauen Personalien aller deutschen und russischen Angestellten festgestellt werden, weiters sollte er einen genauen Lageplan aller Zimmer und Abteilungen feststellen und alles ihm wichtig erscheinende Material bei dieser Haussuchung sich aneignen. Weiß erklärte darauf, daß er verstehe und seine vorgesetzte Behörde werde mit ihm zufrieden sein. So der Sinn des Telephongesprächs.

Der seit langem vorbereitete Überfall ergibt sich auch daraus, daß die ersten einstürmenden Beamten nicht etwa den angeblich ins Haus geflüchteten „kommunistischen Verbrecher" suchten, sondern daß sie

zuerst nach den Zimmern der Chiffreabteilung fragten,

in diese stürmten, alles wie wahnsinnig durchwühlten, in der Hoffnung, daß ihnen hier die wichtigsten Dokumente der russischen Regierung an ihre Botschaft und umgekehrt in die Hände fallen würden. Daß die Beamten Pech hatten und in die falschen Zimmer stürmten, lag daran, daß die Zimmer der Handelsdelegation erst vor einigen Tagen umnumeriert wurden, und beweist höchstens, daß ihre Spitzel nicht auf dem Laufenden sind. Es beweist aber vielmehr noch ihre Absicht, nicht „kommunistische Verbrecher", **sondern die ihnen wichtig erscheinende Korrespondenz der russischen Regierung mit ihrer Botschaft zu finden.**

Alles in allem: die deutschen Arbeiter ersehen daraus, in welch leichtfertiger, frivoler Weise diese Regierung und ihre sozialdemokratischen Handlanger mit ihrem ureigensten Interesse spielen. Wir sind überzeugt, daß das deutsche Proletariat sich beeilen wird, dieser Regierung mit aller Deutlichkeit die Antwort zu geben, die sie verdient, und daß es andererseits seine volle Solidarität mit den russischen Arbeitern und Bauern in diesen Tagen von neuem bekunden wird.

Deutschland

Genosse Trotzki über die Oktoberereignisse in Deutschland.

Auszug aus einer Rede des Genossen Trotzki in Tiflis am 11. April 1924.

** Das letzte Jahr verlief im Zeichen des Herannahens der Revolution in Deutschland. In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres rückte die deutsche Revolution von Tag zu Tag näher heran. Wir sahen darin einen Hauptfaktor der internationalen Entwicklung. Wenn die deutsche Revolution gesiegt hätte, so hätte sie die internationalen Kräfteverhältnisse gründlich geändert. Die Sowjet-Union mit ihren 130 Millionen Einwohnern, mit ihren unzähligen Naturreichtümern einerseits und Deutschland mit seiner Technik, mit seiner Kultur, mit seiner Arbeiterklasse andererseits — ein solcher Block, ein so mächtiges Bündnis hätte der Entwicklung Europas und der ganzen Welt sofort eine neue Richtung gegeben. Der Aufbau des Sozialismus hätte ein ganz anderes Tempo genommen.

In Deutschland hat jedoch die Revolution, trotz unserer Erwartungen, bis heute noch nicht gesiegt. Warum? Wir müssen über diese Frage nachdenken, weil wir hieraus nicht nur in bezug auf Deutschland, sondern auch in bezug auf uns selbst lernen müssen.

Auf Grund welcher Vorraussetzungen ist eine siegreiche proletarische Revolution möglich? Erforderlich ist hierzu eine gewisse Entwicklung der Produktivkräfte. Erforderlich ist, daß das Proletariat und jene Zwischenklassen, die es unterstützen, die mit ihm gehen, die Mehrheit der Bevölkerung darstellen. Erforderlich ist, daß die Vorhut die Aufgaben und Methoden der proletarischen Revolution klar begreift und entschlossen ist, sie zu verwirklichen. Erforderlich ist ferner, daß sie die Mehrheit der arbeitenden Massen in den entscheidenden Kampf hineinführt. Andererseits besteht eine unerläßliche Bedingung darin, daß die herrschende Klasse, das heißt die Bourgeoisie, desorganisiert, von der gesamten innen- und außerpolitischen Lage eingeschüchtert und ihr Wille gebrochen ist. Das sind die materiellen, politischen und psychologischen Voraussetzungen der Revolution, das sind die Bedingungen des Sieges des Proletariats. Und wenn wir fragen, ob diese Bedingungen in Deutschland vorhanden waren, so glaube ich, daß wir entschieden und klar antworten müssen: ja, alle diese Bedingungen waren bis auf eine vorhanden. Ihr erinnert Euch noch an die Periode seit Mitte vorigen Jahres, Ihr erinnert Euch noch an den Mißerfolg und den Zusammenbruch des passiven Widerstandes der Bourgeoisie Deutschlands gegen die Ruhrbesetzung. Bezeichnend für diese Periode war: eine vollständige Erschütterung Deutschlands. Die deutsche Mark fiel mit einer solchen rasenden Geschwindigkeit, die unser seliger Sowietrubel hätte beneiden können. Die Preise der wichtigsten Bedarfsartikel stiegen rasend, die Unzufriedenheit der Arbeitermassen kam in offenen Zusammenstößen mit der Staatsgewalt zum Ausdruck. Die deutsche Bourgeoisie war eingeschüchtert und aktionsunfähig, die Regierungen wechselten in kurzen Abständen. Die französischen Truppen standen im deutschen Rheingebiet. Stresemann, der Ministerpräsident der großen Koalition, erklärte: „Wir sind die letzte parlamentarische bürgerliche Regierung, nach uns kommen entweder die Kommunisten oder die Faschisten." Und die Faschisten sagten: „Die Kommunisten mögen nur vorangehen, nach ihnen kommen wir." All dies bedeutete den höchsten Grad der Erschütterung aller Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft. Täglich schlossen sich viele Arbeiter der Kommunistischen Partei an. Allerdings sind noch recht große Mengen in den Reihen der menschewistischen Partei geblieben. Aber Ihr müßt Euch daran erinnern, daß, als wir im Oktober in Petersburg die Macht an uns gerissen haben, wir an der Spitze der Gewerkschaften Menschewiki fanden, weil die Petersburger Arbeiter sich unter unserer Führung mit solcher Schnelligkeit auf die Eroberung der Macht warfen, daß sie keine Zeit hatten, den alten Staub in den Gewerkschaften von sich abzuschütteln...

Aber warum haben wir in Deutschland bisher trotzdem noch nicht gesiegt? Ich glaube, daß unsere Antwort nur eine sein kann: **weil es in Deutschland keine solche bolschewistische Partei gab, und diese keinen solchen Führer hatte, wie wir im Oktober.** Wir stehen hier zum ersten Male einem kolossalen, historischen Versuch gegenüber, der uns zum Vergleich dienen kann. Natürlich kann man sagen, daß der Sieg in Deutschland schwerer ist. Die deutsche Bourgeoisie ist klüger und mächtiger als die unsrige. Aber die Arbeiterklasse kann sich nicht selbst ihrer Feinde erwehren. Ihr, hier in Georgien, hattet gegen eine menschewistische Regierung zu kämpfen, die Euch das Schicksal bescherte. Die deutsche Arbeiterklasse muß gegen die deutsche Bourgeoisie kämpfen. Und es kann mit voller Sicherheit gesagt werden, daß die Geschichte das deutsche Proletariat kaum noch einmal in günstigere, objektive Verhältnisse versetzen wird, als in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres. Woran mangelte es denn? Es mangelte an einer so hartgestählten Partei, wie die unsere es ist. Das ist, Genossen, die Hauptfrage, und aus dieser Erfahrung werden alle europäischen Parteien und auch wir lernen müssen den Charakter, den Sinn und die Natur unserer Partei, die dem Proletariat den Sieg im Oktober und eine Reihe von Siegen nach dem Oktober sicherte, zu begreifen und zu schätzen.

Genossen, ich möchte nicht, daß meine Worte im pessimistischen Sinne ausgelegt werden, so etwa, als ob ich meinte, der Sieg des deutschen Proletariats sei auf viele Jahre hinaus verschoben. Nicht im geringsten, die Zukunft gehört uns. Wir müssen aber die Vergangenheit einer richtigen Analyse unterziehen. Der Umsturz im Oktober/November vorigen Jahres, als der deutsche Faschismus, als die Großbourgeoisie kam, ist die größte Niederlage. So müssen wir dies Ereignis verbuchen, so müssen wir es unserem Gedächtnis einschärfen, damit wir aus ihm lernen. Es war die größte Niederlage, aber aus dieser Niederlage wird die deutsche Partei lernen, durch sie gestählt werden. Die Lage bleibt auch weiterhin revolutionär. Hierauf werde ich später zurückkommen.

Wir haben im Weltmaßstabe drei Augenblicke gesehen, wo die proletarische Revolution herangereift war und zum Operationsmesser griff. So im Oktober 1917 bei uns, im September 1919 in Italien und im zweiten Halbjahr 1923 (Juli—November) in Deutschland. Wir haben eine siegreiche, proletarische Revolution hinter uns — zum ersten Mal in der Geschichte eine **vollbrachte, konsequent durchgeführte und befestigte** proletarische Revolution. In Italien sahen wir eine **sabotierte** Revolution. Das Proletariat stürzte sich mit seiner ganzen Masse auf die Bourgeoisie, besetzte die Fabriken, Werkstätten und Bergwerke. Die Sozialistische Partei aber, erschrocken vom Angriff des Proletariats auf die Bourgeoisie, versetzte dem Proletariat einen Dolchstoß in den Rücken, desorganisierte es, lähmte seine Kräfte und lieferte es dem Faschismus aus. Endlich haben wir die Erfahrung in Deutschlad hinter uns, wo es eine ehrliche, der revolutionären Sache ergebene Kommunistische Partei gibt, die aber noch nicht die notwendigen Eigenschaften besitzt: Augenmaß, Entschlossenheit und Stählung. Und diese Partei hat in einem gewissen Moment die Revolution unterlassen. Unsere ganze Internationale und jeder denkende Arbeiter muß sich stets diese drei Beispiele, diese drei historischen Versuche vor Augen halten: unsere Oktober-Revolution, eine Revolution, die durch die Geschichte vorbereitet, durch uns vollbracht, konsequent durchgeführt und befestigt wurde; die Revolution in

Italien, die durch die Geschichte vorbereitet und durch die Arbeiterklasse emporgehoben, aber durch die Sozialistische Partei sabotiert, vereitelt wurde; und endlich die Revolution in Deutschland, die durch die Geschichte vorbereitet wurde, die die Arbeiterklasse bereit war, auf ihre Schulter zu nehmen, die aber die ehrliche Kommunistische Partei mangels der nötigen Stählung und Führung nicht beherrschen konnte und nicht zu beherrschen verstand.

Man darf sich die Geschichte überhaupt nicht so vorstellen, daß etwa zuerst das Fundament gelegt wird, worauf die Produktivkräfte erwachsen, dann das nötige Kräfteverhältnis der Klassen entsteht, das Proletariat revolutioniert und dann alles in das Kühlhaus gestellt und konserviert wird, bis die Erziehung der Kommunistischen Parteien vollendet ist: sie wird vorbereitet, die „Bedingungen" warten und warten. Wenn sie dann vorbereitet ist, dann streift sie die Ärmel in die Höhe und stürzt sich in den Kampf. Nein, die Geschichte entwickelt sich nicht in dieser Weise. Für die Revolution ist das gleichzeitige Vorhandensein der notwendigen Bedingungen erforderlich. Ja, wenn in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres unsere bolschewistische Partei in Deutschland gewesen wäre, mit jenem Willen, den unsere Partei hatte, hat und haben wird, mit einem Willen, der in der Tat zum Ausdruck kommt, mit jener taktischen Fähigkeit, die die Arbeitermasse fühlt und sich sagt: dieser Partei kann ich mein Schicksal anvertrauen — hätte es eine solche Partei gegeben, so hätte sie der Aktion und durch die Aktion die Mehrheit der Arbeiterklasse für sich gewonnen. Was folgt hieraus? Hieraus folgt natürlich für unsere deutsche Partei, daß eine weitere Befestigung ihrer Reihen, die engste Verbindung mit den Massen, eine sorgfältige Auswahl der revolutionären Kämpfer und die Stählung des Parteiwillens notwendig ist.

Nun fragen wir aber: werden denn die objektiven Voraussetzungen der Revolution weiter bestehen? Diese Frage ist sehr wichtig für die Einschätzung der internationalen Lage überhaupt und der deutschen Lage im besonderen, und während der letzten Monate hat sich die Lage in Deutschland stark verändert. Es wurde eine gewisse Stabilisierung der Mark erzielt, die Preise in Deutschland springen nicht mehr so rasch in die Höhe. Die Industrie entwickelt sich, die wirtschaftliche Lage ist jetzt besser als in den vergangenen Jahren, die Arbeitslosigkeit ist etwas zurückgegangen, die Lage der Arbeiterklasse hat sich einigermaßen gebessert. Das sind unbestreitbare Tatsachen. Die Zugespitztheit der Lage hat sich somit etwas gemildert. Und was weiter? Auf diese Frage können wir jetzt nur in ganz allgemeinen Zügen antworten, aber auch diese Antwort wird zur Einschätzung der vor uns liegenden Perspektive hinreichen. Die Entwicklung in Europa kann in der nächsten Periode zwei verschiedene Wege einschlagen, je nachdem die Entente Deutschland eine Atempause gewährt oder nicht. Nach der Erfahrung des letzten Jahres, wo das rote Gespenst des Kommunismus in Deutschland fast schon Fleisch und Blut geworden war, wird vielleicht die Bourgeoisie Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten versuchen, die Lage Deutschlands ein wenig zu erleichtern, ihm einen gewissen Kredit und einen Zahlungsaufschub zu gewähren, wodurch ein wirtschaftliches Leben in Deutschland möglich sein wird. Das wird unvermeidlich zu einem gewissen Aufschwung der deutschen Industrie und damit im Zusammenhange auch des deutschen Volkes führen. Die deutsche Industrie ist gegenwärtig zu 50% ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt, und wenn die ökonomische und finanzielle Lage Deutschlands einigermaßen erleichtert würde, so würde das eine rasche Zunahme der deutschen Ausfuhr bedeuten. Die Aufnahmefähigkeit des europäischen Marktes ist jedoch klein, und als Resultat der Zunahme der deutschen Ausfuhr würden wir in einem Jahr, vielleicht noch früher, eine katastrophale Krise der englischen und französischen Industrie vor uns haben. Die geringste Erleichterung des deutschen Schicksals steigert unvermeidlich die Krise in England, das auch heute schon ungefähr eine Million Arbeitslose zählt. Es ist ganz klar, daß dies dem Kampfe des englischen Proletariats einen wichtigen Anstoß geben würde. Macdonald begreift natürlich, daß unter den heutigen Verhältnissen eine Hilfe für die deutsche Industrie der englischen Industrie einen Schlag versetzen kann. Er kann sich also die Hände in Unschuld waschen. Auf die Revision des Versailler Friedens hat er ja bereits verzichtet. Nehmen wir an, daß auch die Vereinigten Staaten Deutschland nicht zur Hilfe kommen und daß Poincaré seine Politik der Erwürgung Deutschlands fortsetzt, dann wird die deutsche Mark wieder beginnen, sich in einem noch rasenderen Tempo zu entwerten als vorher, die Preise werden noch rasender steigen, die Produktion wird zurückgehen, die Arbeitslosigkeit wieder zunehmen und die Revolution wird sich in einem rascheren Tempo entwickeln als im vergangenen Jahre, aber die KPD. wird nicht mehr die Partei sein, die sie im vorigen Jahre war, sie wird jetzt die neuen Prüfungen mit größerer Erfahrung und größerer Festigkeit bestehen, und das erhöht in äußerst hohem Grade die Aussichten des Sieges. Es stehen also zweierlei Perspektiven vor uns: entweder eine zeitweilige Milderung der revolutionären Zuspitzung in Deutschland um den Preis einer unvermeidlichen Verschärfung der revolutionären Verhältnisse in ganz Europa, oder die Verschiebung der Krise in England und Frankreich um den Preis einer stürmischen Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschland. In beiden Fällen wird Europa den Weg großer revolutionärer Erschütterungen einschlagen müssen. Das ist im großen ganzen meine Einschätzung über die Lage im Hinblick auf die Entwicklung der Ereignisse in Deutschland.

Wirtschaft

Das ungarische Sanierungsgesetz.

Die Macdonald-Masaryk-Horthy-Koalition.

Von Eugen Landler.

** Die großen Demokraten Macdonald, Millerand und Masaryk haben es zustande gebracht, daß unter dem Vorwand „Sanierung der ungarischen Staatsfinanzen" einstweilen das Horthy-Regime gerettet wurde. Der ungarische Sanierungsplan bietet uns ein klassisches Musterbild, wie man bei einem mit revolutionären Traditionen belasteten und unterwühlten Boden mittels „demokratischer", internationaler Hilfe zeitweilig die ausgesprochen gegenrevolutionäre Basis als Stütze der internationalen „demokratischen" Reaktion beibehalten muß, aber auch dafür, wie man dadurch letzten Endes doch den revolutionären Boden düngert.

Die ungarische Mustersanierung wird in absehbarer Zeit ein Musterland des revolutionären und konterrevolutionären Ringens erziehen, wo anstatt die gehofften internationalen Bourgeoisprofite, internationale revolutionäre Erfolge der Proletarier geerntet werden. Das **ungarische Sanierungsgesetz** sorgt in aller Hinsicht dafür, daß sich die objektiven und subjektiven Bedingungen hierfür Tag für Tag günstiger gestalten. Was ist das Wesen dieses Gesetzes? Der Völkerbund und die internationale Reparationskommission hat die Priorität der Reparationspfandrechte aufgehoben und der Bethlen-Regierung unter gewissen Bedingungen gestattet, sich eine Anleihe bis zur Grenze von 250 Millionen Goldkronen im Auslande zu verschaffen. Dazu ermächtigt das Gesetz die Regierung. Zur Sicherung dieser Anleihe werden die Einnahmen des Zollgefälles, der Zuckersteuer, der ärarischen Beteiligung der Zuckerverkaufspreise, die Einnahmen aus dem Tabakmonopol sowie die Reineinnahmen des Salzmonopols verpfändet. Das Staatsbudget wurde in Vereinbarung mit der ausländischen Sachverständigenkommission auf fünf Halbjahre zusammengestellt. Bis Juni 1926 **„müssen"** die Finanzen Ungarns saniert werden. Durch Verminderung der Ausgaben und **Vermehrung der Einnahmen** soll in fünf Halbjahren das Defizit verschwinden. Die Anleihe dient **ausschließlich** zur Deckung des Defizits der fünf Halbjahre. Während dieser Zeit hat das Parlament weder das Recht, die vorgeschriebenen Auslagen zu übertreten, noch die Einnahmen zu verringern. Sollten die in Aussicht genommenen Verfügungen nicht genügen, um das Gleichgewicht bis Mitte des Jahres 1926 herzustellen, kann die Regierung jedwede Verfügung zur Herabsetzung der Ausgaben und zur Steigerung der Einnahmen treffen, ohne daß sie sich hierzu an die Legislative zu wenden hätte. In finanzieller Hinsicht ist während der Sanierungsepoche der eingesetzte internationale Generalkommissär das höchste Forum.

Im Sanierungsgesetze selbst wird sonst nichts gesagt. Das Wesen des eigentlichen Gesetzes bsteht also darin, daß es im allgemeinen, ohne Details, das arbeitende Volk Ungarns unbeschränkt durch „Hilfe" des Auslandskapitals der Horthy-Regierung, und durch die Horthy-Regierung, der obersten politischen Gewalt Ungarns, dem ausländischen Generalkommissär ausliefert. Um sich zeitweilig retten zu können, übernehmen die Hurra-Patrioten die Fronvogtrolle des ausländischen Wucherkapitals, und in der Hoffnung, Riesenprofite vom Schweiße der

ungarischen Arbeiter und Bauern einstecken zu können, unterstützen die „großen demokratischen" Regierungen, in erster Reihe die Regierung des Herrn Macdonald, die Horthy-Henker.

Protokollbeilage des Gesetzes.

Die Bedingungen.

Der wahre Sinn des Sanierungsgesetzes ist aber in zwei Anhängen zu diesem Gesetz verborgen. In dem Anhang des internationalen Anleiheprotokolls und in der sogenannten I. Beilage des Gesetzes.

Die Protokollbeilage ist ein Erpressungswunderwerk. Sie enthält die Bedingungen, unter denen die ungarische Regierung ermächtigt wird, die 250-Millionen-Goldkronen-Anleihe im Auslande beheben zu können.

Diese Bedingungen sind folgende:

1. Zahlung der Reparationskosten in der Summe von 170 Millionen Goldkronen und im Werte von 28 Millionen Kohlenlieferungen. (Österreich bezahlt keine Reparationskosten. Der Trianoner Vertrag bestimmt, daß die ungarische Reparationsfrage erst nach endgültiger Regelung der deutschen Reparationsfragen auf die Tagesordnung gestellt werde. Graf Bethlen schwur bei den Wahlen, keinen Heller Reparationskosten zu bezahlen.)

2. Zahlung einer Schuld von 133 Millionen Goldfranken und deren fast seit Jahrzehnten rückständigen Zinsen, die die Hauptstadt Budapest, im Jahre 1911, bei einem französischen Bankkonsortium schon damals mit Wucherzinsfuß behob. (Die Hauptstadt ist finanziell total bankrott).

3. Zahlung von 55 Millionen Goldfranken, die die französischen Interessenten von der ungarischen Bodenkreditanstalt zu fordern haben.

4. Schulden ähnlicher Natur, **ohne** detaillierte Zahlenangabe sind auch in der **sogenannten englisch-ungarischen und italienisch-ungarischen Abmachung** enthalten.

5. Ungarn verpflichtet sich, unentgeltlich an Jugoslawien 80 Lokomotiven und 1185 präzis festgesetzte Waggons zu liefern.

6. Ungarn verzichtet auf jedweden Schadenersatz gegenüber Rumänien. Es tritt also die in Rumänien liegenden früheren ungarischen ärarischen Besitze, ferner auch die aus Ungarn verschleppten sämtlichen Mobilien, trotzdem der Einmarsch gegen den Befehl der Entente erfolgte, an Rumänien ab. Diese letzteren Sachwerte wurden allein **auf 1 Milliarde Goldkronen** eingeschätzt.

7. Ungarn verpflichtet sich, die Ratschläge betreffs des Abbaues der Einrichtungen, die die Entwicklung der tschechischen Industrie hemmen, zu „beherzigen".

Diese Beilage wurde ebenfalls zum Gesetz erhoben. Die herrschende Klasse Ungarns gemeinsam mit ihren sozialdemokratischen Helfershelfern haben also eine **Gegenleistung**, die beiläufig **eineinhalb Milliarden** Goldkronen ausmacht und die weder direkt noch indirekt im Trianoner Vertrag enthalten sind, übernommen und die ungarische Industrie ausgeliefert, nur um die Möglichkeit zu erlangen, 250 Millionen Goldkronen im Ausland erbetteln zu können.

Die österreichische Völkerbundanleihe (650 Millionen Goldkronen) wurde garantiert. Österreich übernahm keine ähnlichen Bedingungen. Es bekam jedoch die Anleihe unter den Bedingungen, daß die kapitalistische Welt feststellte, diese Transaktion sei ein noch nie dagewesenes glänzendes Geschäft. Bedenkt man, daß die ungarische Anleihe nicht garantiert und Ungarn, eben durch die Abmachungen, als ein bis in die Knochen verschuldeter Kontrahent auf dem Weltmarkt auftritt; zieht man endlich die neben der Anleihe übernommenen anderen, horrenden Verpflichtungen in Betracht, so muß man feststellen, daß Horthy-Ungarn beiderseits eine Zahlungsfähigkeit zugemutet wurde, an die nur dann zu denken ist, wenn man sich der Ausbeutungsmöglichkeit der dunkelsten Zeit des Frühkapitalismus bewußt ist. **Die Protokollbeilage spricht deutlicher die bewußt ins Auge gefaßte Kolonisierung Ungarns aus, als wenn dies wortwörtlich protokollarisch festgestellt worden wäre.**

Die I. Beilage des Gesetzes.

Wer trägt die Lasten der „Sanierung"?

Diese Beilage zum Gesetz enthält die Verpflichtungen bezüglich der Ausgaben und Einnahmen sowie bezüglich der Regelung des Abbaues der Staatsangestellten und bezüglich des **Abbaues des Mieterschutzes und Regelung der Mietzinse.** Sie bekundet die ärgste Versklavung des ungarischen arbeitenden Volkes und zu diesem Zwecke die **zielbewußte Stärkung der gegenrevolutionären politischen Basis Horthy-Ungarns.**

Einige Tatsachen und Zahlen aus dieser Beilage werden dies klar beweisen:

Die Tendenz des Sanierungsgesetzes ist ausdrücklich „Einschränkung der Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen." Was sagt aber die Beilage? Die Ausgaben **erhöhen** (nicht „einschränken") sich bis zum Schluß der Sanierung (2½ Jahre) von 241,2 Millionen Goldkronen auf 387 Millionen Goldkronen. Die Einnahmen, die jetzt 165,5 Millionen Goldkronen ausmachen, wachsen auf **400,5** Millionen Goldkronen an. Das beweist, daß die Sanierung in der Wirklichkeit nur auf Steigerung der Einnahmen bedacht ist. Wenn wir hier den Grund der verschiedenen Handhabung Österreichs und Ungarns feststellen wollen, werden wir sofort bemerken müssen daß dies offenkundig die **Festigungsabsicht des Horthy-Regimes ist.** Österreich verpflichtete man dazu ,über **100.000** Staatsangestellte abzubauen. In Horthy-Ungarn soll die Zahl der Staatsangestellten bis zum 30 Juni 1926 stufenweise von ungefähr 250.000 um **15.000** Köpfe reduziert werden. Das **jetzige Ungarn** hat um **60% mehr** sogenannte qualifizierte und hochqualifizierte Angestellte, als das frühere um 70% größere Ungarn. Alle einst selbständigen Mörderzellen mit ihren massenhaften Mitgliedern wurden in spezielle, aber **offizielle Staatsformationen**, mit Beibehaltung fast aller ihrer gewesenen Mitglieder, umgewandelt. **Dies bleibt alles beim alten.**

Als Täuschung, um den Schein des Sparsystems zu bewahren, wird ein einziges Ministerium abgebaut, und bis zum 30. Juni d. J. erlischt die schon jetzt unbedeutende Naturalversorgung der Staatsbeamten. Dagegen wird für die stufenweise erhöhte Besoldung gesorgt und man findet auch Deckung für die Besoldung des hier und dort um **200 bis 800% erhöhten Gendarmen- und Polizistenstandes.** Die Ausgaben für den Machtapparat des Horthy-Regimes steigern sich also schon mit Beginn der Sanierungsperiode um 25 bis 30% und erreichen eine Steigerung bis zum Ende der Sanierungsperiode stellenweise sogar bis 80%.

Mit diesen Mitteln der Beibehaltung des befestigten, gegenrevolutionären Machtapparates hofft man die in dieser Beilage geplanten und gesteigerten Lasten der Sanierung ausschließlich auf die Schultern des arbeitenden Volkes und des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums abwälzen zu können. Einige Beispiele sollen angeführt werden, um das Ausmaß des Verbrechens aufzuzeigen.

Die Bodensteuer gehörte bisher an erster Stelle unter die direkten Steuergattungen, obzwar die Agrarier bisher in Ungarn voll und ganz bevorzugt und die Großgrundbesitzer sozusagen steuerfrei waren. Sie rückt jetzt an die **vorletzte Stelle** der direkten Steuern. Nach ihr kommt nur noch die Gesellschaftssteuer mit 8 Millionen Goldkronen Einnahmen. Im Zeitabschnitt des ersten Halbjahres 1924 wird die **Bodensteuer mit 6 Millionen Goldkronen** bemessen, im selben Zeitraum wird die brutalste Verbrauchssteuer, die Umsatzsteuer, **68 Millionen Goldkronen** ausmachen. Damit die Bodenlosigkeit des Verbrechens gegen das arbeitende Volk ganz klar bewiesen wird, müssen noch drei Momente erwähnt werden.

Die Bevorzugung der Agrarier durch die niedrige Bodensteuer bedeutet **nicht** die Bevorzugung der Kleinbauern. Im Gegenteil. Sie drückt den kleinen Besitz in solchem Maße, daß die **Kleinbauern unter ihr verkümmern müssen.** Das Verhältnis des Klein- und Großgrundbesitzes betreffs Steuerbelastung steht zugunsten des Großgrundbesitzes wie 1 : 5, **stellenweise** wie 1 : 10. Dies beruht auf einem sogenannten Kataster, der vor 50 Jahren durch die Großagrarier selbst in schwindelhafter Weise festgestellt wurde und den Boden in ganz Ungarn so qualifizierte, wie es die Großgrundbesitzer wollten.

Die Stadt Budapest umfaßt den 5,5 Teil sämtlicher Einwohner des Landes. Sie ist finanziell total bankrott. Dort herrschen die Erwachenden Magyaren. Das schreckliche Defizit des Budgets muß auch hier laut Gesetz durch **neue außerordentliche Steuern** hergestellt werden. Was dies für die städtische Einwohnerschaft, in erster Reihe für die Arbeiterschaft bedeutet, muß hier nicht erörtert werden.

Am katastrophalsten wird aber die in der Beilage enthaltene **Aufhebung des Mieterschutzes und die Maßnahme wirken,** die die Mietzinse stufenweise bis zu 50% der Goldparität, vom 1. Mai 1924 bis 1. Mai 1926, steigert. Der Mieter muß 75% des Mietzinses als kommunale Abgabe und 25% des Zinses als ärarische Gebühr zahlen. **Wenn wir den Friedenszins einer** kleinsten Wohnung, bestehend aus Küche und Zimmer, mit 400 Kronen berechnen, wird diese Wohnung jetzt inklusive Steuern **zirka 7 Millionen kosten.** Das ist die Hälfte des Durchschnittslohnes eines qualifizierten Arbeiters.

Es ist selbstredend, daß es die Großbourgeoisie verstanden hat, sich gegenüber der Bevorzugung des Großgrundbesitzes

vollkommen schadlos zu halten. Ursprünglich war gegen sie eine ernste Maßnahme geplant. Der Sanierungsplan wollte 5% der gesamten Aktien als Abgabe für den Staat bestimmen. Im Horthy-Parlament wurde dieser Prozentsatz abgebaut und daraus eine Karikatur der Steuerbelastung zugunsten des Finanzkapitals gemacht.

Diese wenigen Zahlen und Tatsachen beweisen klar und deutlich, daß die Sanierung der mit den Großagrariern verbündeten Großbourgeoisie die Sanierung der Gegenrevolution ist, die nicht nur das Stadt- und Landproletariat, sondern auch die breitesten Massen des städtischen Kleinbürgertums, der Bauern, Beamtenschaft und selbständigen Intellektuellen, unerträgliche Lasten aufbürdet. Die Aufrechterhaltung des gegenrevolutionären Machtapparates wird in erster Reihe das städtische Proletariat und auch das Kleinbürgertum im strengsten Sinne des Wortes erdrücken, aber auch das Landproletariat und die Kleinbauernschaft wird die verwüstenden Folgen dieser Sanierung sehr stark empfinden. Diese Zahlen und Tatsachen beweisen, daß man bei der Kalkulierung keinesfalls mit der Erwerbs- und Zahlungsfähigkeit der breiten Massen, sondern ausschließlich mit den durch die Sanierung **stabilisierten Bajonetten, und**, wenn alle Stricke reißen, mit **Orgovany** und **Siofor** rechnete.

Die Folgen der Sanierung.

Es wird in der Weltgeschichte nicht der erste Fall sein, wo man, sich auf Bajonette stützend, den Bürgerkrieg erntete. Wie sich die Stabilisierung der Krone, wie sich der geplante Umbau oder Abbau der Industrie gestalten wird, wie das Auslandskapital anbeißen wird, — das sind die Tröstungen —, hängt von den außenpolitischen Verhältnissen ab. Das sind Tendenzen, die heute noch nicht als bare Münze angenommen werden können. Selbst wenn die Industrie nicht gehemmt wird und das Auslandskapital nach Ungarn fließt, bedeutet das Sanierungsgesetz dennoch eine Kolonisation Ungarns, die auf Grund der unbeschränktesten frühkapitalistischen Ausbeutungsmöglichkeit aufgebaut wird. Seit dem Umsturz deklassierten sich alle besitzenden Schichten, ausgenommen die mit den Großagrariern verbündete Großbourgeoisie. Diese Klasse ist sich ihrer Machtstellung in Horthy-Ungarn bewußt, und das Sanierungsgesetz ist in einer herausfordernden Weise der Ausdruck dieses Machtbewußtseins. Das imponiert auch im Auslande. Masaryk, der Begründer des jungen tschechischen Imperialismus, der gewesene Erzfeind des feudalen und konterrevolutionären Ungarns, erklärt schon seine Bereitwilligkeit, Horthy-Ungarn einen Platz in der kleinen Entente einzuräumen. Diese geplante Koalition soll gegen die bolschewistischen Gefahren geschlossen werden. Er spricht gegen den russischen und deutschen Imperialismus, denkt aber an die siegreiche russische und zeitweilig besiegte deutsche und ungarische Revolution, mit ihren Traditionen, die etwas ganz anderes für den Kapitalismus in der Tschechoslowakei bedeutet als der Horthy-Irredentismus. Und Masaryk ist ein Gelehrter! Die Industrialisierung hat in Ungarn ein Proletariat geschaffen, das imstande war, eine Diktatur zu errichten und sie viereinhalb Monate gegen die imperialistischen Räuber zu verteidigen. Dieses Proletariat ist den revolutionären Traditionen während des Wütens des schrecklichen Weißen Terrors treu geblieben und bekundet tagtäglich immer mehr, daß es sich von demokratischen Illusionen und kapitalistischen Wohltatsvorspiegelungen nicht betören läßt. Die täglichen Kämpfe des Proletariats nehmen immer mehr einen revolutionären Charakter an. Was jetzt in Ungarn vor sich geht, ist ein furchtbares Ringen zwischen den Kräften der Revolution und Gegenrevolution. Mit dem Sanierungsgesetz tritt dieses Ringen in eine neue Phase ein. Die furchtbaren Lasten dieses Verbrechens werden ein Elend in den breiten, nicht nur ausgesprochen proletarischen Schichten hervorrufen, wie es bisher nicht existierte. In wirtschaftlichen und politischen Aktionen des ungarischen Proletariats, die sich bereits schon entfalten und die zu revolutionären Massenkämpfen anschwellen werden, wird diese Klasse, wenn auch mit furchtbaren Opfern, den Weg finden, auf dem sie sich von den sozialdemokratischen Führern und Kampfmethoden gänzlich befreien und als revolutionäre Klasse die Sanierung Ungarns selbst in die Hand nehmen muß, wenn sie nicht untergehen will. Gegen die Einheitsfront der Großagrarier und Großbourgeoisie, muß und wird sie die Führerin aller durch die Sanierungsmaßnahmen mehr und mehr verelendenden Schichten werden. Letzten Endes ist das Wesen des ungarischen Sanierungsgesetzes ein Mahnruf an das ungarische Proletariat: **seine zweite Diktatur besser vorzubereiten als die erste.**

———

Aus der Internationale

Eine internationale kommunistische Konferenz über das Sachverständigengutachten.

Ein zweiter Versailler Vertrag.

Von Pierre Franklin.

** Am 1. Mai, an dem Tag, als die revolutionären Arbeiter Frankreichs, Belgiens und Deutschlands gegen das Gutachten der Experten und die geplante Kolonisierung Deutschlands Protestkundgebungen veranstalteten, fand in Berlin eine Konferenz statt, die von der Exekutive der Kommunistischen Internationale einberufen war und von Delegierten der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Belgiens, Deutschlands und Italiens sowie der Kommunistischen Jugendorganisationen Frankreichs und Deutschlands beschickt war. Die englische Kommunistische Partei hatte der Einladung, die ihr übermittelt worden war, nicht Folge geleistet.

Das Projekt der Experten, dem die ganze europäische Bourgeoisie und ihre Sozialisten zugestimmt haben, hat die Reparationsfrage in den Mittelpunkt der gesamten europäischen Politik gestellt. Man hat bei den deutschen Reichstagswahlen für oder gegen den Plan der Experten gestimmt und man wird es gleichfalls bei den vor der Türe stehenden französischen Wahlen tun. Die französischen und deutschen Wahlen in den Jahren 1919 und 1920 haben im Zeichen des Versailler Vertrages stattgefunden. Die Wahlen des Jahres 1924 finden im Zeichen des Sachverständigenberichtes statt. In den Ländern der Entente erklären die Bourgeoisie und ihre Sozialisten, daß der Sachverständigenplan das einzige Mittel sei, um die Zahlungen Deutschlands herbeizuführen, und in Deutschland betrachten die Bourgeoisie und ihre Sozialdemokraten den Sachverständigenplan als das einzige Mittel, um die kapitalistische Wirtschaft des Reiches wieder aufzubauen.

Der Bericht der Sachverständigen sanktioniert den Bankrott des Versailler Vertrages.

Die Berliner Konferenz der Kommunistischen Parteien Zentraleuropas hatte nur den Charakter einer vorbereitenden Besprechung und sollte hauptsächlich folgende Aufgaben erfüllen:

1. Hinlenkung der Aufmerksamkeit der europäischen Proletarier auf die Wichtigkeit des Sachverständigengutachtens;
2. Vorbereitung des notwendigen Materials für die Diskussionen des V. Kongresses der Kommunistischen Internationale;
3. Ausarbeitung eines provisorischen Aktionsplanes der verschiedenen europäischen Kommunistischen Parteien.

Die Konferenz hat von Anfang an erkannt, daß die Kolonisierung Deutschlands durch das internationale Kapital eine Frage von größter Bedeutung für alle Kommunistischen Parteien Europas ist, die sogar in gewisser Hinsicht eine Veränderung, oder richtiger, eine Anpassung der Taktik der Kommunistischen Internationale an die neugeschaffene ökonomische Situation erfordern dürfte, weswegen es einzig und allein Sache des V. Kongresses der KI. wäre, die Aufgaben der Kommunistischen Parteien im allgemeinen und jeder Sektion im besonderen in dieser Frage festzulegen. Alle Delegierten waren sich darin einig, daß die Frage der Kolonisierung Deutschlands die europäische und amerikanische Politik auf eine neue Bahn führt und daß infolgedessen die Schlußfolgerungen der Experten auf den ersten Punkt der Tagesordnung des V. Kongresses und in den Mittelpunkt aller Diskussionen gestellt werden und dort den Mittelpunkt der Diskussion bilden müssen.

Nachdem die Konferenz der Kommunistischen Parteien Zentraleuropas diese Aufgaben abgegrenzt hatte, kennzeichnete sie die Grundlinien der Diskussionen in Moskau und besprach Fragen, die insbesondere die vertretenen Parteien interessierten. Die erste Frage, die die Konferenz zu beantworten hatte, lautete: Was bedeutet das Gutachten der Experten? Es ist die engültige Bekräftigung des Bankrotts des Versailler Vertrages. Es ist ein Eingeständnis des Unvermögens der internationalen Bourgeoisie, die Reparationsfrage zu lösen. Die Versailler Formel hat Schiffbruch erlitten, und nun versuchen Bourgeoisie und Sozialisten, sie durch die Formel Experten zu ersetzen. Aber das Gutachten der Experten ist gleichzeitig ein zweiter Versailler Vertrag, zynischer als der erste. Als die Bourgeoisie im Jahre

1919 den Versailler Vertrag abfaßte, war die Situation revolutionär und das Kapital mußte der Arbeiterschaft überall Zugeständnisse machen. Die imperialistische Bourgeoisie mußte sich mit einer provisorischen Lösung begnügen und war darauf bedacht, ihre Ziele zu verschleiern. Sowohl in Frankreich als auch in Belgien versuchten die Kapitalisten mit ihrer Formel „Der Boche wird zahlen" die breiten Arbeitermassen der Ententeländer, die sich in Gärung befanden, für die Reparationsfrage direkt zu interessieren. In Deutschland, wo der Einfluß der russischen Revolution sehr stark war, wo die Bourgeoisie nicht müde wurde, das Gespenst des Bolschewismus an die Wand zu malen, um von der Entente mildere Bedingungen zu erlangen, und wo man die spartakistische Revolution fürchtete, machte die Bourgeoisie Miene, den Versailler Vertrag anzunehmen, und sie bot den Sozialdemokraten und den reformistischen Gewerkschaftsführern die Zusammenarbeit zur Erfüllung der Vertragsbedingungen an. Dieses geschickte Manöver des Kapitals führte schließlich zur berüchtigten „Arbeitsgemeinschaft", und die Geschichte der Zusammenarbeit von **Legien** und **Stinnes** ist noch im Herzen jedes deutschen Proletariers lebendig.

Die Situation änderte sich. Es gelang der Bourgeoisie, eine verlorene Stellung nach der anderen zurückzuerobern. Die Kapitalisten, die eine Zeitlang eingeschüchtert waren, wurden frech, dann brutal und gingen schließlich zur Offensive über. Die Oktoberniederlage der Arbeiterschaft in Deutschland bewirkte einen Rückschlag der gesamten europäischen Arbeiterbewegung. Die Ruhrindustriellen, die durch die französischen Generale unterstützt wurden, unterdrückten den Achtstundentag im besetzten Gebiet. Die Offensive gegen den Achtstundentag wurde auch im unbesetzten Deutschland geführt und sie breitet sich gegenwärtig im übrigen Europa aus.

Die Bourgeoisie, die die Arbeiterklasse besiegt wähnte, zeigte nun offen ihre Ziele, die sie im Jahre 1919 noch hinter einer Maske verborgen hatte. Dies geschah durch das Gutachten der Experten, diesen zweiten Versailler Vertrag, der noch unverschämter ist als der erste, weil er einen Versuch der Wiederaufrichtung der kapitalistischen Wirtschaft Europas ausschließlich auf Kosten des Proletariats, in erster Linie des deutschen Proletariats, darstellt. Die Bourgeoisie Frankreichs, Deutschlands und Belgiens, die im Jahre 1919 darnach getrachtet hatte, die breiten Massen für das Reparationsproblem unmittelbar zu interessieren, fühlt sich heute stark genug, um auf die Unterstützung seitens eines großen Teiles dieser Massen zu verzichten. In Frankreich, so erklärte der französische Delegierte auf der Berliner Konferenz, wird es jedermann von Tag zu Tag klarer, daß das Reparationsproblem nur das Großkapital interessiert. Die Großbanken und die Großkapitalisten handeln zu Verlustpreisen mit den Wiederaufbauanteilen der kleinen Leute aus den zerstörten Gebieten, da diese Leute nicht warten können. In Belgien vollzieht sich das gleiche, nur ist die belgische Bourgeoisie noch weiter gegangen als die französische. Sie hat bereits erklärt, daß die kleinen Geschädigten aus den zerstörten Gebieten, das heißt diejenigen, die im Laufe des Krieges ihr Mobiliar oder ein kleines Besitztum verloren haben — es war ihr ganzes Besitztum —, kein Recht auf Wiedergutmachung haben werden.

In Deutschland hat die Oktoberniederlage im letzten Jahr dem Kapital die Möglichkeit gegeben, noch frecher vorzugehen. Es verlangt vom Reich ganz offen Garantien für die Erfüllung der von den Sachverständigen gestellten Bedingungen. Es fordert die Unterdrückung des Achtstundentages, der Schlichtungsausschüsse und der Betriebsräte, es fordert, daß die Gewerkschaften in Zukunft keinerlei politischen Einfluß auf die Regierung ausüben dürfen.

Der Plan der Sachverständigen ist eine Gefahr für Rußland.

Die Kolonisierung Deutschlands bedeutet praktisch die vollkommene Versklavung der deutschen Arbeiterklasse. Das Proletariat der Ententeländer und der übrigen europäischen Länder kann an dieser Frage nicht gleichgültig vorübergehen. Es geht auch um seine Rechte und seine Existenz. Dies war die Ursache der Berliner Konferenz. Wenn die internationale Bourgeoisie das deutsche Proletariat vollständig versklavt haben wird, so wird sie — wer könnte so naiv sein, daran zu zweifeln — ihren Angriff gegen die Proletarier aller übrigen Länder richten. Die Versklavung der deutschen Arbeiterschaft bedeutet die Versklavung der Arbeiterschaft ganz Europas. Der Wiederaufbau der deutschen kapitalistischen Wirtschaft auf Kosten der Arbeiterklasse wird zum Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Weltwirtschaft nicht genügen. In demselben Maße, wie das deutsche Proletariat die Kosten des Wiederaufbaues in Deutschland zu tragen haben wird, werden die Proletarier in den Ententeländern die Kosten des Wiederaufbaues in ihren eigenen Ländern tragen müssen. Darum — das war eine der Schlußfolgerungen der Berliner Konferenz — müssen die Arbeiter aller für die Reparationsfrage in Betracht kommenden Länder den Kampf gegen den Plan der Experten und die Kolonisierung Deutschlands gemeinsam führen.

Die Konferenz hat außerdem auf eine Tatsache hingewiesen. Sie hat festgestellt, daß das internationale Kapital von dem Willen beseelt ist, die kapitalistische Weltwirtschaft um jeden Preis wieder aufzubauen. Dies ist für die Phase, in der sich gegenwärtig der internationale Kapitalismus befindet, charakteristisch. Das bedeutet aber natürlich nicht, daß die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Mächten verschwunden sind. Sie sind nur vorübergehend in den Hintergrund gedrängt.

Das Schicksal Sowjetrußlands ist mit allen internationalen Fragen innig verknüpft. Der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft ist, wie die Berliner Konferenz erklärt hat, ohne Rußland unmöglich. Und es ist dem internationalen Kapital unmöglich, das Proletariat vollkommen zu zerschmettern, ohne Sowjetrußland zu zerschmettern. Das ist die Ursache, weshalb das Gutachten der Experten eine Gefahr für das kommunistische Rußland bedeutet. Will das internationale Kapital das gesamte Proletariat niederwerfen, so wird es gezwungen sein, Sowjetrußland eine Entscheidungsschlacht zu liefern. Die Verschwörung gegen Sowjetrußland hat schon begonnen. Der Abbruch der russisch-rumänischen Verhandlungen hat eine neue Phase dieser Politik eingeleitet und man muß sich binnen kurzem auf eine deutlichere Offensive gegen die Union der Sowjetrepubliken gefaßt machen. Die Zerschmetterung Sowjetrußlands ist die conditio sine qua non des kapitalistischen Wiederaufbaues Europas. Aber wenn die internationale Bourgeoisie in ihrem Kampfe gegen Rußland unterliegt, wird ihr Schicksal besiegelt sein. Dafür werden die Kommunistischen Parteien Europas Sorge tragen.

Die Brünner Reichskonferenz der KPTsch.

Die Reichskonferenz der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei fand am 4. und 5. Mai in Brünn unter Teilnahme von 151 Delegierten statt. Nachstehend bringen wir die auf der Reichskonferenz zum zweiten Punkt der Tagesordnung (Stellungnahme zum Fünften Weltkongreß, Referent: Genosse Smeral) angenommene Resolution. D. R.

Resolution zur russischen und deutschen Frage.

1. Die Reichskonferenz der KPTsch. erklärt sich, nachdem sie die Referate und die Diskussion über die Lage in der deutschen und in der russischen Partei entgegengenommen hat, mit den Beschlüssen und Standpunkten einverstanden, die das Präsidium und die Exekutive der KI. in diesen Fragen gefaßt haben, beziehungsweise einnehmen.

2. Die Aufgabe des Weltkongresses ist es, nochmals diejenigen Erfahrungen zu bewerten und definitiv zu formulieren, die mit den deutschen Ereignissen und mit der russischen Diskussion zusammenhängen, um dieselben somit zur bindenden Belehrung für alle Parteien der Kommunistischen Internationale zu präzisieren. Insbesondere legen wir Wert darauf, daß das Prinzip der größten Festigkeit in der russischen Partei aufrecht erhalten bleibe, die nicht nur die wichtigste Partei der Internationale, sondern auch die Trägerin der Regierungsgewalt in einem großen proletarischen Staate ist. Aus diesem Grunde stimmt die Reichskonferenz der KPTsch. ausdrücklich der Ansicht zu, daß in der russischen Partei nicht einmal der Gedanke an eine Fraktionsbildung zugelassen werden kann und daß die alte bolschewistische Garde als die die Partei zusammenhaltende Gruppe und als der erprobteste und härteste Kern berufen ist, eine besondere Funktion in der Partei zu erfüllen. Diese Position legt der alten Garde der russischen Partei allerdings auch eine erhöhte Verantwortlichkeit auf, und zwar sowohl bei den Entscheidungen sachlicher Natur als auch bei allen Fragen, die auf die Entwicklung der persönlichen Verhältnisse innerhalb der Partei Einfluß haben. Soweit wir die Diskussion in der russischen Partei verfolgten, was bei uns trotz des in der Presse erschienenen Materials doch nur aus einer gewissen Distanz möglich war, waren wir anfangs durch die scharfe Form einiger Stellungnahmen überrascht. Jetzt haben wir jedoch den Gesamteindruck, daß auf der Sitzung der Erweiterten Exekutive und

auf dem V. Weltkongreß diese Diskussion definitiv liquidiert werden wird und daß das Diskussionsergebnis nicht nur die Einheitlichkeit nicht stören, die Arbeits- und Kampffähigkeit der russischen Partei nicht beeinträchtigen, sondern im Gegenteil die Kraftquellen vergrößern und zur weiteren Erhöhung der Autorität der Führer sowohl der russischen Partei als auch der Kommunistischen Internationale beitragen wird.

3. Die Reichskonferenz der KPTsch. stellt ausdrücklich fest, daß gemäß unseren Erfahrungen die Sektionen der KI. nur unter Mithilfe der Beschlüsse des III. und IV. Weltkongresses, betreffend die Taktik der proletarischen Einheitsfront und der Arbeiter- und Bauernregierung in der Zeit der abflauenden revolutionären Welle, imstande waren, mit großem Erfolge um den Einfluß auf breite Massen der Arbeitenden zu kämpfen. Auch jetzt, wo die revolutionäre Welle wieder zu steigen beginnt, werden die Sektionen der KI. nur dann imstande sein, das Vertrauen der Mehrheit der arbeitenden Klasse zu gewinnen, wenn sie die Taktik der Einheitsfront richtig im Sinne der Beschlüsse des III. und IV. Weltkongresses anzuwenden verstehen. Was die Arbeiter- und Bauernregierung anbetrifft, so sind wir uns bewußt, daß jeder praktische Versuch zu ihrer Errichtung die verschärfte Entfaltung des revolutionären Kampfes bedeuten muß. **Wir sind der Ansicht, daß, falls diese Taktik in einzelnen Fällen unrichtig angewandt wurde, dies kein Argument gegen ihre Richtigkeit und geschichtliche Notwendigkeit bildet.** Deshalb ist es notwendig, die neuen Erfahrungen sorgfältig zu überprüfen und zu verwerten, die wir bei der Anwendung der Taktik der Einheitsfront und der Arbeiter- und Bauernregierung seit dem letzten Weltkongreß in allen Ländern gemacht haben.

4. Heute, wo wir uns zwischen zwei Wellen der Revolution befinden, ist es notwendig, streng auf die Reinheit der Grundlinien des internationalen Kommunismus zu achten, und zwar hauptsächlich gegenüber den rechten Tendenzen des Liquidatorentums, jedoch auch gegen die linken Kinderkrankheiten. Es ist notwendig, jeder Neigung zur reformistischen Degeneration, sowie allem, was mit der Entwicklung der Kommunistischen Partei zur revolutionären Massenpartei unvereinbar ist, Einhalt zu gebieten.

5. Der zum Weltkongreß gewählten Delegation der KPTsch. empfiehlt die Konferenz, sie möge die in dieser Resolution formulierten Standpunkte auf dem Weltkongreß zum Ausdruck bringen.

Weißer Schrecken

Der weiße Terror in Rumänien.

Von D. L. (Bukarest).

** In Rumänien mangelte es nie an Vorwänden zu Arbeiterverfolgungen. Die Kerkermeister des westlichen Imperialismus blickten stets mit Vertrauen auf Rumänien, wo die herrschende Klasse zu jeder Zeit bemüht war, jede politische Regung des Proletariats in grausamster Weise zu unterdrücken.

Der Abbruch der Wiener Verhandlungen öffnete die Schleusen einer neuen Terrorwelle. Die Forderung der Sowjetdelegation, daß über das Schicksal Bessarabiens das bessarabische Volk selbst entscheiden soll, traf die Willkürherrschaft der Vertrauensleute der „Rumänischen Bank" an der empfindlichsten Stelle.

Und das ist sehr begreiflich. Das Volk Bessarabiens ist vom Wunsche des Anschlusses an den Staat der Arbeiter und Bauern von jeher so stark durchdrungen, daß in der Tat eine Volksabstimmung dem Verlust Bessarabiens durch Rumänien gleichkommen würde. Andererseits wirkte diese Forderung der Sowjetdelegation auch auf die Befreiungsbestrebungen der übrigen, ebenfalls rücksichtslos unterdrückten nationalen Minderheiten Rumäniens aufmunternd.

Die Regierung der Bojaren und Bankiers glaubte der Gefahr, die hieraus entspringen könnte, mit der Verhängung des verschärften Ausnahmezustandes im ganzen Lande vorbeugen zu können. Offiziell wurde das Standrecht zur Hintanhaltung der faschistisch-antisemitischen Studentenbewegung verkündet. Es war jedoch bereits im ersten Augenblick klar, daß diese Maßnahme gegen die Arbeiterbewegung, insbesondere aber **gegen die Kommunistische Partei**, gegen die einzige Partei gerichtet ist, die die Interessen der unterdrückten Nationalitäten vertritt, die gegen die Unterdrückung und für das Selbstbestimmungsrecht dieser Nationalitäten einen energischen Kampf führt.

Am 6. April trat die berüchtigte „Kommunistische Brigade" der Siguranza (Sicherheitspolizei) in Aktion. Obwohl die in Bukarest veranstalteten massenhaften Hausdurchsuchungen ein vollkommen negatives Ergebnis zeitigten, hinderte der Mißerfolg die Terrororgane der Oligarchie nicht im geringsten, die Lokale der Kommunistischen Partei zu sperren, die Parteipresse zu verbieten und die Verfolgung der führenden Genossen ins Werk zu setzen.

Auf diese ersten Schritte folgten bald andere. Am 11. vorigen Monats wurden etwa 20 Bukarester Genossen unter Vorspiegelung falscher Verhörgründe auf die Siguranza gebracht, dort als verhaftet erklärt und sodann, ohne irgendwelche Verhaftungsgründe bekanntzugeben, in den rumänischen Petropavlosk, nach Islawa, verschleppt.

Die Verhafteten waren alle legale Teilnehmer der Bewegung, so Genosse Gh. **Cristesca**, Zentralsekretär der Partei, Genosse Al. **Dobrogeanu-Gherea**, Chefredakteur des Parteiorgans „Socialismul", Genossin E. **Filipovici**, Redakteur des Jugendorgans „Tineretul Socialist", ferner die Genossen **Vasilesca, Petrascann, Zaharesca, Strohminger, Imre, Mendelovia** und andere. Einige davon wurden auf der Siguranza in der brutalsten Weise mißhandelt.

Die verhafteten Genossen legten gegen ihre gesetzwidrige Verhaftung Protest ein und forderten die Bekanntgabe des Verhaftungsgrundes sowie die sofortige Einleitung der Untersuchung. Da man ihrem Proteste, der selbst in der bürgerlichen öffentlichen Meinung Widerhall fand, kein Gehör schenkte, griffen sie zur letzten Waffe der politischen Gefangenen: zum **Hungerstreik**. Am dritten Tage des Hungerstreiks lehnten sie, um ihrem Proteste noch größeren Nachdruck zu geben, auch die Annahme von Flüssigkeiten ab.

Nach dreizehntägigem ununterbrochenem Hungerstreik, der bei mehreren Genossen eine katastrophale Schädigung ihres Gesundheitszustandes nach sich zog, fühlten sich ihre Marterer gezwungen, ihnen eine häusliche Pflege zu gewähren, wobei sie jedoch unter polizeiliche Aufsicht gestellt wurden.

Diese Milderung der Repressalien unseren Genossen gegenüber stellt aber keineswegs das Ende jener Generalattacke dar, die das liberale Terrorregime gegen die KP. Rumäniens eröffnete. Nicht nur der Umstand, daß das Verfahren gegen unsere Genossen aufrechterhalten wird, sondern auch eine Reihe anderer Verfolgungsmaßnahmen deuten auf die offenkundige Absicht der Regierung der liberalen Finanzoligarchie hin, einen neuen Kommunistenprozeß zu inszenieren und unter diesem Vorwande die Partei der letzten Reste ihrer Legalität zu berauben.

Am 24. verhaftete die Brailaer Siguranza mehrere, größtenteils siebenbürgische Arbeiter mit der Beschuldigung, sie hätten gegen die Sicherheit des Staates ein Komplott organisiert.

Diese offenkundige Lüge dient ebenfalls dazu, um die terroristische Menschenjagd der Regierung zu rechtfertigen und neues Anklagematerial zu jenem Monsterprozeß zu sammeln, der bereits im Gange ist.

Das ZK. der KP. Rumäniens beschloß nämlich gelegentlich der ersten Maifeier die Ausgabe eines Gedenkblattes in ungarischer Sprache, mit dessen Verfertigung eine Druckerei in Braila beauftragt wurde, da in Bukarest infolge des verschärften Ausnahmezustandes die Herausgabe derartiger Druckschriften unmöglich ist.

Als die mit der Expedition der bereits gedruckten Exemplare betrauten Genossen sich auf die Bahnstation begaben, um die zur Verteilung bestimmten Sendungen dieses Gedenkblattes aufzugeben, wurden sie von der Siguranza verhaftet. Die Siguranza beschlagnahmte die gesamte Auflage des Gedenkblattes sowie die Mainummer des ebenfalls in Braila gedruckten legalen Jugendorgans „Uj Harcos". Unsere Genossen — sieben an der Zahl — wurden sodann auf die Siguranza verschleppt, wo sie dem berüchtigten inquisitorischen Verhörverfahren unterworfen wurden. Da die Verhafteten sich weigerten, die von der Siguranza schon vorher fabrizierten „Geständnisse" mit ihrer Unterschrift zu versehen, wurden sie alle blutig mißhandelt, sodann in Ketten gelegt und unter starker Gendarmeriebegleitung nach Bukarest geschafft.

Gleichzeitig wurden auch mehrere altrumänische, in Braila ansässige Genossen verhaftet, denen die Siguranza ebenfalls eine Anklage auf Vergehen gegen die Staatssicherheit anhängen will. In Siebenbürgen und im Banat fanden zu gleicher Zeit massenhafte Hausdurchsuchungen und Verhaftungen statt. So wurden in **Mediasch** vier Genossen unter der Beschuldigung, für den 1. Mai ein „kommunistisches Komplott" vorbereitet zu haben, in Haft genommen.

Ob es der rumänischen Bojaren- und Finanzoligarchie gelingen wird, ihr Ziel, die Zertrümmerung der KP. Rumäniens,

zu erreichen, ist durchaus zweifelhaft. Die derzeitige Hochflut des Terrors ist nicht die erste in der Geschichte der rumänischen proletarischen Bewegungen, und eben die an Kämpfen und Leiden, aber auch an revolutionären Erfahrungen so reiche Vergangenheit der rumänischen Arbeiterklasse bietet die sichere Gewähr dafür, daß der Stoßtrupp des rumänischen Proletariats, die KP. Rumäniens, auch in Zukunft die entsprechenden Mittel und Wege zur Weiterführung des Klassenkampfes bis zum endgültigen Siege des Proletariats, der auch die Befreiung der unterdrückten Nationalitäten verwirklicht, finden wird.

Aufrufe

An die klassenbewußte Arbeiter- und Bauernschaft, an alle unterdrückten Nationalitäten der Balkanländer!

** Wie bekannt, wollten die rumänischen Bojaren und Bankiers gelegentlich der Wiener Konferenz die Anerkennung des Raubes von Bessarabien von seiten des Bundes der SSSR. erzwingen, um dadurch ihr „Recht" auf die weitere zügellose Unterdrückung der viele Millionen zählenden Nationalitäten Rumäniens zu kodifizieren. Dies ist ihnen natürlich nicht gelungen. Der durch die mächtigste Kommunistische Partei geführte erste Staatenbund der befreiten Nationalitäten kann nur solche Staatenvereinigungen anerkennen, die auf Grund des Prinzips des vollen Selbstbestimmungsrechtes der Nationen zustande gekommen sind. Die Delegation des Bundes der SSSR. hat daher von der Regierung der oligarchischen rumänischen Bourgeoisie die Durchführung einer Volksabstimmung in Bessarabien gefordert und darauf entschlossen bestanden.

Die KP. Rumäniens stellte sich in dieser Frage rückhaltlos an die Seite der in jeder Beziehung grausam unterdrückten Nationalitäten des Landes. Den Prinzipien der Kommunistischen Internationale getreu, hat sie nicht nur für die Bevölkerung Bessarabiens, sondern für **alle Nationalitäten** Rumäniens das unbestreitbare Recht auf ihre freie Selbstbestimmung bis zur völligen Lostrennung von dem bestehenden Staatskörper offen erklärt, verteidigt und verfochten.

Die rumänische Oligarchie, die nebst der rücksichtslosen Ausbeutung der die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildenden breiten Arbeiter- und Bauernmassen und Unterdrückung der wirtschaftlich, politisch und kulturell entwickelten Nationalitäten das Land wie ihr eigenes Grundstück an das Ententekapital verkauft, will jetzt die KP. Rumäniens wegen ihrer kühnen, die Interessen aller Unterdrückten opfervoll verteidigenden Haltung ganz ausrotten. Ihre Regierung hat alle Presseorgane der Partei verboten, ihre Lokale gesperrt und ihre besten Kämpfer wegen „Vaterlandsverrat" vor Kriegsgerichte gestellt. Das barbarische Regime in Rumänien bereitet von neuem einen unerhörten Massenprozeß mit den absurdesten, niederträchtigsten Anklagen vor und als Resultat davon eine langsame Ermordung von Dutzenden hingebungsvoller Führer des rumänischen Proletariats in den Kasematten der Festungen.

Unterdrückte aller Nationalitäten Rumäniens!

Die KP. Rumäniens **hat das Banner des Kampfes für Eure Befreiung** entfaltet und hält es, trotz allem, auch weiterhin unerschrocken hoch.

Schließt Euch ihr an und kämpft mit ihr gemeinsam:

Gegen den Krieg, für den die hegemonistische rumänischen Bourgeoisie um die unbehinderte Möglichkeit Eurer Unterdrückung und Ausbeutung fieberhaft rüstet;

für den Sturz der blutgierigen Bojaren- und Bankierclique und für die Macht der Arbeiter und Bauern, die allein Eure endgültige Befreiung bringen kann.

Werktätige aller Balkanländer!

Das sadistische Toben der verstärkten Reaktion in Rumanien setzt Euch einer noch zügelloseren Unterdrückung und unmittelbar bevorstehenden Gefahren eines schrecklichen Krieges **aus.** Tretet der KP. bei, protestiert in jeder Weise gegen die Vernichtung der KP. Rumäniens und bereitet Euch zur Verhinderung des neuen Blutbades vor.

Es lebe die Kommunistische Partei Rumäniens!

Es lebe die freie Föderation der Arbeiter- und Bauernrepubliken des Balkans!

Das Präsidium der
Kommunistischen Balkanföderation.

Buchbesprechungen

E. Preobraschenski: „Moral und die Klassennormen."*)

Von Viktor Stern (Reichenberg).

** Die proletarische Revolution, in deren Epoche wir leben, hat eine gewaltige Literatur hervorgebracht, in der ökonomische und politische, vor allem taktische Fragen des revolutionären Klassenkampfes behandelt werden. Diese Literatur ist aber außerordentlich arm an Werken, die zu philosophischen Fragen Stellung nehmen. Das ist kein großes Unglück, in vieler Hinsicht eher noch ein Glück. Jetzt heißt es vor allem siegen, zum philosophieren ist dann immer noch Zeit. Die Frage, wie man siegt, ist augenblicklich die allerwichtigste praktische und theoretische Frage. Aber es besteht hier dennoch eine sehr große Lücke, im wirtschaftlichen System des Marxismus. Eine marxistische revolutionäre Philosophie ist auch vom Standpunkte des Kampfes nicht überflüssig. Bürgerliche Philosophie und Religion sind wirksame Waffen in der Hand unserer Gegner. Um sie ihnen aus der Hand zu schlagen, um sie später einmal ganz zu erledigen, müssen wir ihnen unsere eigene Philosophie entgegenstellen können. Besonders wichtig ist dabei das Problem der Moral. Es genügt nicht, den Wandel der moralischen Anschauungen auf Grund der marxistischen Geschichtsauffassung zu begreifen. Das revolutionäre Proletariat muß auch seine eigene Moral bilden und bildet sie auch. In diesem geistigen Gärungsprozeß, der Altes beseitigt und Neues schafft, besteht ein starkes Bedürfnis nach Klarheit über die eigenen moralischen Anschauungen, nach einem Prüfstein für ihre Richtigkeit und Tauglichkeit.

Es ist kein Zufall, daß sich das Bedürfnis nach einer solchen Klarheit in dem ersten proletarischen Staate der Welt, in Sowjetrußland, besonders stark fühlbar macht. Dort braucht der neue Staat, braucht die neue werdende Gesellschaft eine neue Moral, genau so wie das alte System seine alte Moral brauchte. In den kapitalistischen Staaten kommt es uns nicht so zum Bewußtsein, daß es nicht genügt, die Grundlagen der alten Moral zu untergraben, denn hier ist es uns erwünscht, wenn die „Stützen der Gesellschaft", zu denen eben auch „ihre" Moral gehört, ins Wanken kommen. Für den proletarischen Staat aber ist uns jede brauchbare und nützliche „Stütze" sehr willkommen.

Man merkt es dem Büchlein des Genossen Preobraschenski an, daß es aus praktischen Erfahrungen von der hier angedeuteten Art entstanden ist. Ein großer Teil des Inhalts wird von der Schilderung der Gefahren und Schwierigkeiten ausgefüllt, die im Aufbau des proletarischen Staates und der neuen Wirtschaft dadurch entstehen, daß der gewaltige Prozeß des Werdens einer neuen Moral nicht rasch genug vor sich geht, daß Anschauungen und Handlungsweisen aus der Zeit, wo der Kapitalismus in Rußland herrschte, noch bei breitesten Massen hinüberwirken in die Zeit, wo das Proletariat herrscht, daß Kampfmittel und Kampfmethoden, die dem Feinde gegenüber angewendet werden mußten, auch den Klassen- und sogar den Parteigenossen gegenüber häufig für anwendbar gehalten werden.

Preobraschenski sucht zunächst festzustellen, was man unter „Moral" versteht. Er sieht darin ein System von Normen oder Regeln, die das Verhalten der Menschen bestimmen, ähnlich wie das Recht. Der Unterschied bestehe darin, daß das Recht im Interesse der herrschenden Klasse wirkt und seine Berücksichtigung durch die Machtmittel des Staates erzwungen wird, während die Moral das Interesse irgendeiner Klasse, also auch einer nichtherrschenden, verfolgt und sich durch den Druck der öffentlichen Meinung dieser Klasse durchsetzt. Die moralische Beurteilung berücksichtigt wohl die Absicht des Menschen, aber was die Handlung selbst betrifft, deckt sich der Begriff, sittlich oder unsittlich, vollkommen mit dem Begriff nützlich oder schädlich für die Menschen oder eine Gruppe von Menschen. Daraus folgt, daß sich die Moral fortwährend ändert, daß in einer Klassengesellschaft jede Klasse eine andere Moral hat. Aber jede Klasse ist auch bestrebt, ihre Moral als die einzig richtige, als die „wahre" Moral hinzustellen. Das Proletariat hat ein

*) E. Preobraschenski: „Moral und die Klassennormen". 94 S., Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1923.

Interesse daran, den mystischen Schleier, in den sich die Moral hüllt, zu zerreißen, die Vertuschung der Tatsache, daß alle Moral in der Klassengesellschaft Klassenmoral ist, zu vereiteln. Es gibt wohl soziale Instinkte, die, aus der klassenlosen Gesellschaft früherer Zeiten stammend, selbst in der Klassengesellschaft mitunter über die Klassengrenzen hinauswirken können (zum Beispiel ein Arbeiter rettet einem Fabrikanten unter eigener Gefahr das Leben, oder umgekehrt), aber in der Klassengesellschaft stellt sich auch dieser Instinkt in den Dienst des Klasseninteresses, und wenn sich die Gegensätze zuspitzen, im schärfsten Kampfe, wirkt er über die Grenzen der Klassen hinaus überhaupt nicht mehr.

Wenn nun die Moralnormen nichts anderes sind als **Nützlichkeitsregeln**, hat es dann überhaupt einen Sinn, noch von einer Moral zu sprechen. Die Ausdrücke Moral oder Ethik bezeichnen ja nur die Tatsache, daß diese Nützlichkeitsregeln und Normen sich einen allgemein gültigen, mystischen, übernatürlichen Charakter zu geben suchen. **Bucharin** tritt deshalb in seinem bekannten Buche „Theorie des historischen Materialismus" dafür ein, daß man diese Schwindelausdrücke einfach fallen lasse. Das Proletariat brauche sehr klare Verhaltungsnormen, aber nicht im geringsten die „Ethik", das heißt die fetischistische Sauce, zu einer nützlichen Speise. Preobraschenski ist in dieser Hinsicht nicht ganz derselben Meinung wie Bucharin. In der Sache selbst gibt er Bucharin recht, aber er meint, daß man, solange es noch keine besseren Ausdrücke gibt, ruhig die alten Ausdrücke gebrauchen kann. Nur müsse man ihnen eben einen richtigen Sinn unterlegen, also alles Mystische ausschalten.

Aber sind die Klassenormen, wenn man sie aller Geheimnisse umkleidet, nicht selbst ein Phantom, eine bloße Einbildung, insbesondere wenn man bedenkt, daß es doch keine **Willensfreiheit** gibt? Auf diese Frage läßt Preobraschenski die **Tatsachen** antworten, die zeigen, daß das Urteil der Klasse die Handlungen der Mitglieder der Klasse tatsächlich bestimmt. Die Skepsis gegenüber der Wirksamkeit der Moral sei eine Begleiterscheinung der Beobachtung der Zersetzung alter, überlebter Moral. Das Proletariat brauche auch die Klassennormen, um eine organisierte Kraft zu werden.

Besonders ausführlich behandelt Preobraschenski die Unterschiede der Klassennormen des Proletariats **vor und nach der Revolution**, wobei er eine ganze Reihe praktischer Fragen (Arbeitsdisziplin, Lüge, Verhältnis zum Bauerntum, Familie, Geschlechtsleben, gleiche Entlohnung und soziale Stellung aller usw.) behandelt. Für die Zukunft sieht Genosse Preobraschenski eine Entwicklung in dem Sinne voraus, daß die Notwendigkeit eines Druckes von seiten der öffentlichen Meinung der Klasse immer geringer wird, die Klassennormen in demselben Maße wie die Klassen verschwinden und sich in soziale Normen verwandeln werden, über deren Zukunft sich noch nichts Bestimmtes sagen läßt.

So treffend und klar Genosse Preobraschenski in dieser Weise das zusammenfaßt und darstellt, was man gegenwärtig als die Stellungnahme des Kommunismus zu den Fragen der Moral ansehen kann, so erfreulich insbesondere die scharfe und entschiedene vollständige Ablehnung und Ausschaltung jedes Restes von Mystizismus und geheimnisvoller Jenseitigkeit oder Übermenschlichkeit aus unseren Anschauungen über Moral ist, so deutlich zeigt seine Darstellung freilich auch, wie aufbau- und vertiefungs-, ja in vieler Hinsicht änderungs- und verbesserungsbedürftig diese Stellungnahme noch ist. Gewiß, in der Moral spiegeln sich die gesellschaftlichen Notwendigkeiten der Zeit, sie verlangt also das, was in irgendeiner Zeit für irgendeine Gruppe von Menschen zweckmäßig und nützlich ist, aber die Auffassung, in den sittlichen Normen **nur** Regeln des **zweckmäßigen** Verhaltens zu sehen, verkennt die besondere Eigenart **dieser** Zweckmäßigkeitsregeln, die uns als sittliche **Forderungen** entgegentreten und führt in letzter Konsequenz zur völligen Leugnung auch der Klassenmoral, die für unseren Sieg nicht viel weniger unentbehrlich ist als zum Beispiel eine richtige politische taktische Theorie. Diese Auffassung übersieht auch, daß Zweckmäßigkeit nur etwas Relatives ist, abhängig von dem **Ziel**, das einem vorschwebt. Eine der Hauptfragen, vielleicht die Hauptfrage, die die Ethik zu beantworten hat, ist die Frage, welches Ziel dem einzelnen vorschweben **soll**, ob das sogenannte Wohl der Allgemeinheit, oder das der größten Zahl, oder der Klasse, **oder die Befriedigung des eigenen individuellen Willens**. Für den proletarischen Führer zum Beispiel, dem die Befriedigung seines Ehrgeizes, seines Machtstrebens oder anderer persönlicher Interessen das Wichtigste ist, werden ganz andere „Zweckmäßigkeitsregeln" in Betracht kommen als für den, dem der Sieg der Klasse die Hauptsache ist. Die öffentliche Meinung der Klasse verlangt selbstverständlich das letztere, aber für das Handeln des Führers ist in letzter Linie **seine** Anschauung, **sein** Wille entscheidend. Genosse Preobraschenski verweist freilich darauf, daß die Meinung der Klasse diesen persönlichen Willen sehr wesentlich beeinflußt, aber das führt, folgerichtig zu Ende gedacht, entweder nur dazu, daß man die Wirkung der Moral nur als **Heuchelei** (eine für den Klassenkampf äußerst gefährliche „Tugend"), als **äußerliche** Berücksichtigung der Klassenmeinung gelten läßt, oder doch wieder zur Anerkennung des „Gewissens" kommt, das von Preobraschenski ebenso wie von Bucharin als überholtes Überbleibsel einer „metaphysischen" Ethik unbedingt abgelehnt wird. Eine etwas gründlichere Behandlung dieser Fragen muß also sorgfältiger die Frage der Wertung der verschiedenen Menschenziele untersuchen, und daher auch die Frage, **was wir eigentlich wollen.**

Damit hängt auch eine andere bedeutsame Frage der Moral oder richtiger Ethik zusammen (sowohl Bucharin als auch Preobraschenski fassen den Begriff „Ethik" nicht ganz richtig auf. Ethik ist nichts anderes als die Wissenschaft von der Moral oder Sittlichkeit), deren Beantwortung wir auch auf die Dauer nicht aus dem Wege gehen können, die Frage nach dem Sinn **und Wert unseres gazen Lebens**. Wie sollen wir den religiösen und anderen Schwindlern wirksam entgegentreten, die den Arbeitern erzählen, daß dieses Leben wertlos und sinnlos ist, wenn ihm nicht ein jenseitiges folgt, wenn wir selbst auf die Frage nach dem Wert und Sinn des Lebens nur auf Grund unseres „gesunden Menschenverstandes", das heißt ganz oberflächlich, und nicht auf Grund ernster, gewissenhafter, das heißt wissenschaftlicher Überprüfung dieser Frage zu antworten verstehen? Weiter sollten wir, die wir einen Kampf, der millionenfache Opfer kostet, führen, wirklich nicht imstande sein, die Frage zu beantworten: wozu das alles, was ist das Ergebnis dieses Kampfes wert?

Die materialistische Geschichtsauffassung erklärt uns den jeweiligen Inhalt und den Wechsel der Moral verschiedener Zeiten, genau so wie etwa die Verfassung oder die Technik dieser Zeiten. Aber niemandem wird es einfallen zu glauben, daß die materialistische Geschichtsauffassung alle Probleme der Verfassung oder der Technik löst. Die Probleme der Verfassung werden durch Machtkämpfe gelöst, die der Technik durch eine ganz spezielle, durch wirtschaftliche Bedürfnisse angetriebene Forschung. Genau so bedürfen die Hauptprobleme der Moral noch einer besonderen Lösung, die natürlich, um richtig zu sein, nur auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung gesucht werden kann. Die Unfertigkeit unserer Auffassung über Moral beruht vor allem darauf, daß wir immer glauben, die materialistische Geschichtsauffassung sei schon die Antwort auf alle Fragen auf diesem Gebiete.

Auf einem anderen Mißverständnis der materialistischen Geschichtsauffassung beruht der in unseren Reihen allgemein begangene Fehler, die unbestreitbare Tatsache der Klassenmoral so aufzufassen, als ob wir jede Geltung der Moral über die Grenzen der Klasse hinaus leugnen müßten. Das steht in Wirklichkeit in vollstem Widerspruche zum historischen Materialismus. Der Kapitalismus war zum Beispiel eine geschichtliche Notwendigkeit nicht nur für die Kapitalistenklasse, sondern auch für die Fortentwicklung der gesamten Gesellschaft. Es war daher **damals** nicht ganz bloße Anmaßung, wenn er seine Moral als „die Moral" empfand und hinstellte. In vieler Hinsicht war das natürlich auch damals falsch, besonders gegenüber dem zugleich sich entwickelnden Proletariat, in vieler Hinsicht war es aber auch richtig. Sogar eine so ausgesprochene Klassennorm, wie das „sittliche" Gebot „Du sollst nicht stehlen", hatte sogar auch für die Proletarier eine Bedeutung, nicht nur aus dem Grunde, den Preobraschenski hervorhebt, weil seine Verletzung den Klassenkampf des Proletariats erschwert, sondern auch, weil seine allgemeine Mißachtung den Kapitalismus und damit die damals einzig mögliche Wirtschaftsordnung zum Zusammenbruch gebracht hätte, ohne etwas Besseres an ihre Stelle setzen zu können. Wir haben um so weniger Ursache, diese Tatsache zu übersehen, weil sie in höchstem Grade von der neuen proletarischen Moral gilt. Es wäre schlimmster Utopismus, wenn wir glauben würden, daß der Beweis der „Sittlichkeit" des Sozialismus seinen Sieg herbeiführen könnte oder würde, wenn wir uns an Stelle des Stahlschwertes des Klasseninteresses und der Klassenkraft auf das Pappschwert Überzeugung von der Richtigkeit und Nützlichkeit des Sozialismus verlassen würden.

Aber deshalb haben wir doch nicht die geringste Ursache, die Tatsache zu verschweigen, daß unser Kampf eine höhere und bessere Gesellschaftsordnung herbeiführt, unsere Moral also nicht nur vom Standpunkte unserer Klasse, sondern auch im Hinblick auf die ganze Zukunft des Menschengeschlechtes die „bessere" ist. Dadurch wird auch ein besseres Verständnis für die „Deserteure" gewonnen, die in jeder Revolution aus der herrschenden Klasse zu der revolutionären Klasse übergehen.

Alle Kommunisten, sogar unsere festesten und reifsten, haben in dieser Hinsicht den Sozialdemokraten noch nicht ganz verdaut. Wir lachen mit Recht über die Menschewisten, die erklärten, der Militarismus, der Krieg, die Todesstrafe, die Unterdrückung der Preßfreiheit, der Demokratie usw. seien Mittel der Reaktion, deshalb „an sich" verwerflich, statt vom Gegner zu lernen, wie man den Klassenfeind rücksichtslos bekämpft und vernichtet. Aber alle unsere Theoretiker erklären in ganz ähnlicher Weise, die herrschenden Klassen haben es wohl verstanden, ihrer Moral, indem sie sie als allgemeine Moral hinstellten, größere Wirksamkeit zu verleihen, ja, sie sogar auch in anderen Klassen wirken zu lassen, wir aber müßten behaupten, unser moralisches Urteil gelte nur für Klassenangehörige, obgleich wir doch, da wir die letzte revolutionäre Klasse sind, die Klassenherrschaft überhaupt beseitigt, viel mehr Recht dazu hätten, in unserer Moral die Moral zu sehen, die unserer Zeit nottut. Es ist richtig, davon zu warnen, die Waffen des moralischen Druckes auf die Klassengegner zu überschätzen, aber es ist falsch, ihre Anwendung als ganz unmöglich und deshalb unnütz und unklug hinzustellen. Befreit sich das Proletariat von der bürgerlichen Moral und entwickelt es seine eigene Moral, dann kann sich auch die Bourgeoisie dem Drucke dieser öffentlichen Meinung nicht ganz entziehen. Sie wird natürlich nicht aufhören, etwa den Schutz der Streikbrecher für „sittlich" zu halten, aber sie wird doch vieles von ihrer unhaltbaren „Moral" fallen lassen müssen, und niemand wird behaupten können, daß ihr die Meinung der arbeitenden Massen über sie ganz gleichgültig ist. Dazu kommt aber noch eines, und das ist besonders wichtig. Würden wir tatsächlich die Geltung unserer Moral nur auf die eigene Klasse beschränken, so würden wir sogar die Wirkung auf die eigene Klasse untergraben und zum mindesten ganz gefährlich einschränken. Können wir uns im Ernste auf den Standpunkt stellen, daß wir nur den Streikbrecher oder Verräter unserer Klasse verachten, aber dem Fabrikanten gegenüber, der seine Arbeitssklaven rücksichtslos schindet, oder dem Minister gegenüber, der die Bevölkerung schamlos bestiehlt, erklären, der gehört unserer Klasse nicht an, über ihn haben wir also nicht moralisch zu urteilen? Oder sollen wir erklären, daß kein Unterschied besteht zwischen der „moralischen" Anerkennung der Kapitalistenklasse für einen rücksichtslosen Scharfmacher und der Bewunderung des Proletariats für einen kühnen, opfermutigen Kämpfer? Haben wir wirklich gar kein Recht, für einen Liebknecht, für eine Rosa Luxemburg, für einen Lenin auch außerhalb unserer Klasse sittliche Anerkennung oder, richtiger, Anerkennung ihrer sittlichen Größe zu verlangen? Oder, allgemein gesprochen, und das gilt dann nicht nur für unsere Zeit: **Sind Revolution und Reaktion tatsächlich sittlich gleichwertig oder nicht?** Würde die Reaktion einsehen, daß der Revolution die Zukunft gehört, daß sie der einzige Weg zur Fortentwicklung ist, dann müßte sie sogar vom Standpunkte ihrer Moral selbst zugeben, daß dies nicht der Fall ist, und wir sollten es nicht behaupten dürfen? Selbstverständlich beantwortet jede Klasse solche Fragen anders. Aber sind, wir darum verpflichtet, keine Antwort auf sie geben zu dürfen?

Jede frühere revolutionäre Klasse war in bezug auf ihre Moral in einer schwierigeren Lage als die Arbeiterklasse. Jede suchte ihre Moral als die allgemeingültige hinzustellen, oder jede spielte sich, was dasselbe ist, als die **Vorkämpferin der Menschheit** auf. Sie war es auch in gewissem Sinne. Aber hinter ihr stand schon eine neue Klasse, der gegenüber jene gegenrevolutionär und deshalb sogar vom Standpunkte ihrer eigenen Moral unsittlich war. Hinter dem Proletariat aber steht keine solche Klasse mehr. Wir haben das volle Recht zu sagen, daß wir für die Befreiung der Menschheit kämpfen, und wir **brauchen auf die anfeuernde Wirkung dieser Erkenntnis nicht zu verzichten.**

Und schließlich fehlt unserer kommunistischen Moral eine sehr wichtige Erkenntnis, nämlich die, das eine wirkliche Ethik, eine befriedigende Wissenschaft von der Moral, unmöglich ist, ohne eine Weltanschauung, ohne eine Philosophie. Engels erklärte einmal, daß die moderne Wissenschaft die Philosophie überflüssig mache. Das ist sicher ein gefährlicher **Irrtum.** Stellen wir uns auf diesen Standpunkt, dann sind viele Proleten und Bauern dem dümmsten Pfaffen gegenüber wehrlos, der sie etwa durch den Hinweis auf die Rätsel und Widersprüche unserer Vorstellungen von Raum und Zeit (sind sie endlich oder unendlich?) dafür empfänglich zu machen sucht, daß die irdische Welt ein „Nichts" und die ewige, geistige Welt die „Wahrheit" ist. (Man denke daran, mit welchem Nachdrucke und mit welcher Schärfe **Lenin** dafür eingetreten ist, daß man der religiösen Verdummung durch atheistische Aufklärung entgegentrete, und wie er in Ermangelung besseren Materials die Verbreitung der alten Aufklärerliteratur empfahl.) Die Bourgeoisie hat auf dem Gebiete der Philosophie Gewaltiges geleistet, solange sie revolutionär war. Sie kann jetzt nichts mehr leisten, weil ihr die konsequente Enthüllung der „Wahrheit" gefährlich werden kann. Das Proletariat ist in der glücklichen Lage, allen Tatsachen offen ins Auge sehen zu können, weil die Tatsachen, die Notwendigkeit der geschichtlichen Entwicklung, auf seiner Seite stehen. Das revolutionäre Proletariat kann und wird deshalb die **neue Philosophie** schaffen, eine Philosophie der **nüchternen und klaren Erkenntnis** der Tatsachen und der **richtigen Schlußfolgerung** aus diesen Tatsachen.

Demjan Bjedny: „Die Hauptstraße."*)

Von Lu M.

** **Demjan Bjedny** ist der Dichter des russischen revolutionären Proletariats und seiner Partei. Er ist es im Sinne jener alten Schlachtbarden, die Seite an Seite mit dem Kämpfer stehen und schreiten und ebenso **singen** wie **töten.** Trotzki hat in seinem Nachwort vielleicht das Wesentlichste zur Anerkennung dieses Dichters gesagt. In Deutschland beginnen wir erst ihn aus Übersetzungen kennen zu lernen — aus dem obigen kleinen Buch —, wohin ich das sehr schöne, knappe, kleine Gedicht in der neuen Zeitschrift „Arbeiterliteratur" — den „Gruß an Lenin" — erwähne. Der deutsche revolutionäre Arbeiter sollte diesen Dichter kennen lernen und **sehr beachten;** denn Bjedny ist **sein** Künstler in jenem nahen Sinne einer Blutsverwandschaft des lebendigen Herzschlages der Revolution und dessen, wodurch sie erregt; er singt den intelligenten Haß und den Mut und die Konsequenz der Revolution. Er weiß an jedem Tag und zu jeder Stunde: Es ist Zeit, mit dem Klinger zu klirren; man fragt bei ihm nicht nach der literarischen Form, ob sie merkwürdig oder herkömmlich oder „proletarisch" ist; sie ist ehrlich und notwendig und sie ist künstlerisch, weil aus dem Überschwang der Empfindung des Dichters stammend — die hier die revolutionäre ist. Sein Dichterwort und Dichterzweck steht mitten **in** der Revolution, das heißt in ihrer gegebenen Situation — in der Hauptstraße, die sie zu gehen und die sie zu erobern hat. Mehr über ihn, wenn mehr von ihm vorliegen kann. Das Gewand der kleinen Ausgabe ist sehr gut — aber warum diese steife Silhouette, wenn es eine sein soll? Auch das sollte gut und entsprechend sein und kann es; aber diese hölzernen Wesen ohne Schwung und Bewegung sind nicht gut. Auch das Bild der Revolution muß gefühlt sein.

---

*) Denyan Bjedny: „Die Hauptstraße". Nachgedichtet von J. Becher. Mit einem Nachwort von Trotzki. Verlag für Literatur und Politik. Wien, VIII., Alserstraße 69.

Verlag. Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Steklow: Genug der Scherze!

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 54. 13. Mai.

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Der Wahlsieg der deutschen Kommunisten und die weiteren Aufgaben der KPD. Von G. Sinowjew 641
Deutschland.
Genug der Scherze! Von Steklow 643
Der Polizeiangriff auf die Berliner Handelsvertretung der SSSR. Von Ungar 644
Wirtschaft.
Ergebnisse der französischen Kolonialpolitik. Von Ngujen ai Quac 645
Arbeiterbewegung.
Aus der argentinischen Gewerkschaftsbewegung. Von Rodolfo Ghioldi 646
Proletarische Frauenbewegung.
Frauenarbeit in der Tschechoslowakei 646
Genossenschaftsbewegung
Die Situation im Internationalen Genossenschaftsbund. Von Schröder 647
Aus der Internationale.
Die Komintern zu dem Wahlerfolg der KPD. 648
Das EK. der Komintern an die Zentrale der KPF. . . . 649
Der 15. Parteitag der KP. Hollands. Von Vanter . . 649
Aus der Roten Gewerkschafts-Internationale.
Die Vertagung des III. Weltkongresses der RGI. . . . 650
Faschismus.
Die deutsche Reichstagswahl — ein Fiasko der Völkischen. Von Frank 650
Proletarische Kunst.
Die Kinematographie im Dienste der proletarischen Revolution. Von Wallenius 652
Nachrufe.
Dimitri Blagoeff 653
Aufrufe.
An die klassenbewußten Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands! 654
Buchbesprechungen.
Gumbel: Verschwörer. Von Friedländer 654
Schriften zur deutschen Wahlkampagne. Von Wertheim 655

Der Wahlsieg der deutschen Kommunisten und die weiteren Aufgaben der KPD.

Von G. Sinowjew.

** Das **Wichtigste** an den letzten Reichtagswahlen in Deutschland ist der Sieg der Kommunisten. So viel auch unsere Gegner sich darüber hinwegtäuschen möchten — die Tatsache bleibt eine Tatsache. Als die deutsche Sozialdemokratie unter Führung August Bebels in den Jahren ihrer größten Blüte bei den Parlamentswahlen (1903—1907—1911) drei Millionen Stimmen bekam, wurde dies als welthistorisches Ereignis eingeschätzt. Mit viel mehr Recht können wir jetzt die Abgabe von fast vier Millionen Stimmen für die KPD. als wahrhaft welthistorisches Ereignis betrachten.

Die KPD. ging in die Wahlen mit offenem Visier, als Partei der **proletarischen Revolution**, als Partei des **revolutionären** Umsturzes. Seit mehr als einem halben Jahre erklärt nun die KPD. ganz offen, daß sie die Arbeiter bewaffnet und den bewaffneten Aufstand gegen das bürgerliche Regime vorbereitet. Sie hat ganz offen den Krieg auf Leben und Tod dem jetzigen Regime angesagt, und ihm offen die Kampfforderung ins Gesicht geschleudert.

In der Wahlkampagne hat die KPD. mit aller Brutalität den Massen gesagt (und zwar hat sie recht daran getan), daß das Regime des bürgerlichen Parlamentarismus endgültig Schiffbruch erlitten hat, daß die Kommunisten in den Reichstag gehen, keinesfalls zur „praktischen", „organischen" Arbeit, sondern bloß zur revolutionären Agitation und Mobilmachung der Massen, daß die wirklichen Fragen, die in Deutschland auf der Tagesordnung stehen, nicht durch den Stimmzettel, sondern im bewaffneten Kampfe ausgetragen werden, daß jedermann, der seine Stimme für einen Kommunisten abgibt, dadurch auch für das Sowjetregime in Deutschland stimmt. Durch diese entschiedene, aber durchaus angebrachte Fragestellung hat die KPD. unzweifelhaft im gegebenen Moment alle diejenigen von sich abgestoßen, die die wankelmütigen, unentschlossenen, spießbürgerlichen Zwischenelemente der Arbeiterklasse darstellen. Das ist kein Unglück. Um so mehr Gewicht erhalten jene, fast vier Millionen Stimmen, die für die Kommunisten abgegeben worden sind.

In den letzten Monaten ist die KPD. ganz in der Lösung der inneren Parteifragen aufgegangen, die infolge des Oktoberrückzuges akut geworden waren. Es fand eine Umwertung der Werte und eine Umgruppierung der Kräfte statt, es vollzog sich eine energische Diskussion und ein innerer Kampf. Darunter hat der Schwung der Wahlagitation unzweifelhaft gelitten. Ferner: die Partei ist soeben aus der Illegalität heraus. Hunderte und Tausende ihrer besten Leute sitzen jetzt noch hinter Schloß und Riegel. Die besten Führer werden verfolgt und sind gezwungen, illegal zu wirken. Die Zeitungen sind halb verboten.

Noch ein Umstand muß ins Auge gefaßt werden. Die Stimmen, die für die Kommunisten abgegeben werden, sind für die

Partei, und nicht für einzelne Personen abgegeben worden. Mit berühmten Namen kann die KPD. beinahe nicht aufwarten. An der Spitze der Reichsliste steht ein Hamburger Arbeiter, Genosse Thälmann, der ein sehr bedeutender, heldenmütiger Arbeiter ist, der aber jetzt erst in breiten Kreisen, in ganz Deutschland, bekannt zu werden beginnt. Um so auffallender ist der glänzende Wahlsieg unserer Partei.

Die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse sind von „Wahlsensationen" erfüllt. Hunderte von Zeitungsspalten sind mit kleinen Plänkeleien zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie angefüllt. Nach dem Kaffeesatz wird geraten, ob diese oder jene Kombination eintreten oder prosperieren wird, und man merkt nicht oder man tut so, als würde man nicht merken, was die Hauptsache ist: daß die unversöhnliche Partei des proletarischen Umsturzes über alle Hindernisse hinweg vorwärts marschiert, daß „das Gespenst des Kommunismus" Fleisch und Blut angenommen hat, daß der kriegerische Kommunismus sich den Weg gebahnt hat, zu Millionen von Arbeitern, daß die vier Millionen kommunistischer Stimmen **gegen alle bürgerlichen Parteien und gegen die Sozialdemokratie** ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung bilden, ein **memento mori** (Erinnerung an den Tod) für die ganze europäische Bourgeoisie darstellen.

— Wir haben Euch im Oktober 1923 noch nicht besiegt, aber unser Sieg ist dennoch nicht mehr fern. Das haben die vier Millionen Arbeiterstimmen den Herrn Bourgeois und Herrn Sozialdemokraten gesagt.

Die deutsche Sozialdemokratie hat über vier Millionen Stimmen verloren. Das ist noch nicht der endgültige Zusammenbruch der SPD., aber es ist ein Schlag, von dem sie sich nicht mehr erholen wird. Für die deutsche Sozialdemokratie ist der parlamentarische Erfolg oder Mißerfolg alles. Das Parlament ist ihr wahres Element, die entscheidende Seite ihrer Tätigkeit. Die SPD. wird jetzt noch mehr als früher gezwungen sein, „mit der **rechten** Schulter voran" zu marschieren, sie wird noch mehr als bisher auf den nichtproletarischen kleinbürgerlichen Elementen basieren, sie wird in eine noch größere Abhängigkeit von den bürgerlichen Parteien geraten. Jene Millionen Arbeiter, die diesmal noch für die SPD. gestimmt haben, bilden von nun ab nichts anderes als **Rekruten für die Kommunistische Partei**. Heute oder morgen werden diese Arbeiter nach und nach zu den Kommunisten kommen.

Die deutsche Sozialdemokratie ist eine **absteigende**, der deutsche Kommunismus — eine mächtige **aufsteigende** Kraft. Der Stern des deutschen Kommunismus wird bald besonders hell leuchten. Der Endkampf ist nicht mehr hinter den Bergen.

Bei den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung, die nach der Machterorberung durch die Sowjets im November 1917 stattgefunden haben, haben wir, Bolschewiki (in 54 Kreisen), neun Millionen Stimmen von 36% bekommen. Die deutschen Kommunisten haben bei den Wahlen im Mai 1914 zirka vier Millionen Stimmen von 23 bekommen. Betrachtet man allein dieses Zahlenverhältnis, so sind die deutschen Kommunisten jetzt schon nicht sehr entfernt von dem, was die russischen Bolschewiki 1917 waren. Die deutschen Kommunisten haben gegen ihre vier Millionen Stimmen zirka sechs Millionen sozialdemokratische Stimmen. Aber auch die Bolschewiki hatten im November 1917 gegen ihre neun Millionen Stimmen 21 Millionen Stimmen der Sozialrevolutionäre und etwas über eine halbe Million menschewistische Stimmen. Aber das Zahlenverhältnis bei den Wahlen ist gewiß nicht ausschlaggebend. Die russischen Bolschewiki hatten im Oktober und November 1917 die Majorität am **entscheidenden Orte** und im entscheidenden Momente (das Proletariat und die Garnisonen der beiden Hauptstädte, die maßgebenden **Armeen**, die noch nicht demobilisiert waren, die wichtigsten Bauerndistrikte). Genosse Lenin hat diesen Umstand dem internationalen Proletariat mit klassischer Deutlichkeit klar gemacht in seinem Aufsatz: „Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats". Die deutschen Kommunisten können im Unterschied zu den russischen Bolschewiki im Mai 1924 noch nicht das deutsche Proletariat unverzüglich in den Kampf führen. Aber nach allen Oktobermißerfolgen (1923) der KPD., nach allen ihren Teilniederlagen, beweisen die Wahlen im Mai 1924 unzweifelhaft, daß die Zeit nahe ist, wo die deutschen Kommunisten die Majorität am entscheidenden Orte und im nötigen Moment haben werden. Und dann werden die Schwankungen sich nicht wiederholen, und die KPD. wird ihre große historische Mission erfüllen.

* * *

Die Wahlresultate werfen ein helles Schlaglicht auf die inneren Streitigkeiten in der KPD., die eine so starke Beachtung seitens aller Sektionen der Kommunistischen Internationale hervorgerufen haben.

Die erste Schlußfolgerung, die sich natürlicherweise aufdrängt, ist die, daß nicht alles in der jüngst abgeschlossenen Periode der Arbeit der KPD. schlecht war. Bei der Anwendung der Taktik der Einheitsfront wurden in Deutschland gewaltige opportunistische Fehler begangen, aber die Taktik selbst war richtig. Die KPD. hat den Weg zu den Massen gefunden, sie ist zur mächtigen proletarischen **Massenpartei** geworden, ungeachtet aller Wirrnisse und ungeachtet aller opportunistischen Fehler der Führer. Das wäre unmöglich gewesen, wenn die Taktik der Einheitsfront im Grunde unrichtig gewesen wäre.

Das Zweite, was ins Auge fällt, ist der verhältnismäßig große Erfolg der Sozialdemokraten, namentlich in Sachsen und Thüringen, sowie der geringere Erfolg der Kommunisten in diesen Ländern. Dieser Umstand liefert eine neue und wichtige Bestätigung dessen, daß die „sächsische" Politik der Gruppe des Genossen Brandler opportunistisch und falsch war, und daß die linke Majorität der KPD. zusammen mit der Komintern absolut richtig diese „sächsische" Politik verurteilt und abgelehnt hat. In Sachsen und in Thüringen, wo die Kommunisten auf einen politischen Pakt mit der Sozialdemokratie hinsteuerten, sahen die Arbeitermassen die Sozialdemokratie in ihrer „linken" Garnitur. Das verlieh der Sozialdemokratie einen gewissen Nimbus. Durch ihre unklare, opportunistisch angehauchte Taktik haben die Anhänger des Genossen Brandler die sozialdemokratischen Arbeiter nicht erobert, und sie haben im hohen Grade den Einfluß auf die revolutionären Schichten des Proletariats eingebüßt.

Das Dritte, was von den Ergebnissen der Wahlen hervorgehoben wird, ist das gewaltige Anwachsen des kommunistischen Einflusses in solchen entscheidenden Zentren wie Berlin und Hamburg. Und wiederum wird durch diese Tatsache der kolossale Fehler der Gruppe des Genossen Brandler unterstrichen, die, trotzdem sie drei Jahre lang am Ruder der Parteileitung stand, es nicht vermocht hatte, sich mit den wichtigsten Organisationen der Partei — der Berliner und der Hamburger — zu verbinden, und nicht begriffen hat, daß die Geschicke der Revolution namentlich in diesen Zentren entschieden werden.

Dem Leser ist bekannt, daß wir in unserem Artikel „Zur Lage in der KPD." im März dieses Jahres große Befürchtungen über das weitere Schicksal der KPD., aus Anlaß der damals stattfindenden scharfen Diskussionen in ihren Reihen, ausdrückten. Der Parteitag der KPD., der kürzlich illegal in Frankfurt a. M. stattgefunden hat, zeigte, daß die Lage in der Partei eine bessere ist, als wir es erwartet haben. Es liegt viel weniger Grund zum Pessimismus vor, als wir dachten. In der Frage der Gewerkschaften hat die Partei offenbar schon die Linie gerade gezogen. Die ungeduldigen Stimmungen, die zu einer sofortigen Spaltung der Gewerkschaften führen konnten, stellten die größte Gefahr für die KPD. dar. Hätte die Partei hierin den ungeduldigen Stimmen nachgegeben, so wäre das ein gewaltiger Schlag für die kommunistische Bewegung. Die Genossen, die am Frankfurter Parteitag teilnahmen, behaupten einstimmig, daß die Zusammensetzung der Parteitages eine ausgezeichnete war, daß die erdrückende Majorität der Delegierten aus den besten Proletariern Deutschlands bestanden, die aufs engste mit den breitesten proletarischen Massen verbunden sind. In der Gewerkschaftsfrage hat die feste und unversöhnliche Haltung der KI. gegen die sogenannte „neue Taktik" (Austritt aus den Gewerkschaften) die Unterstützung der überwiegenden Majorität des Parteitages gefunden. Die neue Zentrale hat, nach ihren letzten Äußerungen zu schließen eine feste, unversöhnliche Haltung in dieser Frage eingenommen, die im wesentlichen mit der Haltung der KI. übereinstimmt.

Die Hauptaufgabe, vor der jetzt die neue Zentrale steht, besteht darin, das Erbe des Fraktionskampfes zu überwinden, und nicht allein in Worten, sondern in der Tat alle besten Kräfte der früheren Fraktionen zur Arbeit heranzuziehen, die richtige Linie einzuschlagen und die „ultralinken" Tendenzen unschädlich zu machen, die von der Zentrale mit Recht als Tendenzen zur Passivität gekennzeichnet werden, um dem inneren Kampfe ein Ende zu machen und zur breiten politischen Arbeit überzugehen.

Es liegen viele Gründe vor, anzunehmen, daß die neue Zentrale der Partei dieser Aufgabe wird gerecht können werden.

Eine **breite politische Arbeit** beginnen — darin besteht die Hauptaufgabe der Partei. Die Wahlen haben eine durchaus

günstige Lage dafür geschaffen. Welche Regierung nun auch entstehen sollte, (ob eine „Große Koalition" oder ein Rechtsblock), das eine ist klar: keine Regierung wird stabil sein. Der Irrtum derjenigen, die behaupteten, der Faschismus hätte in Deutschland gesiegt, ist jetzt einleuchtend für alle. Die unsichere Lage wird anhalten. Eine als möglich erscheinende Lösung der internationalen Schwierigkeiten (Expertenkommission) wird weniger wahrscheinlich, sowohl infolge der deutschen Wahlen als auch infolge der Ereignisse, die sich in Frankreich abspielen. Selbst wenn diese „Lösung" der Frage akzeptiert werden sollte, wird die Hoffnungslosigkeit der Lage, nach kurzer Zeit, wieder klar zu Tage treten. Einen anderen Ausweg außer der **proletarischen Revolution** gibt es für Deutschland nicht. Das haben auch die Wahlen bewiesen.

Vor der KPD. eröffnet sich ein breites, unermeßliches Arbeitsfeld. Das Selbstbewußtsein der Parteimitglieder, aller revolutionären Arbeiter ist jetzt überhaupt im Steigen begriffen. Ein jeder solcher Arbeiter wird sich sagen: wir sind jetzt **vier Millionen Anhänger der proletarischen Revolution.**

Die ökonomischen Schlachten erweitern sich. Die politischen Fragen verschärfen sich.

Und zugleich heißt es: **tiefer in die Massen.** Die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften muß verstärkt, verzehnfacht werden. Es muß nicht auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit ein weit verzweigtes System **kommunistischer Fraktionen in den Gewerkschaften** geschaffen werden. Es gilt die Betriebsräte **in der Tat** zu erfassen. Den kommunistischen Einfluß **in ihnen zu festigen.** Die Partei umzubauen auf der Grundlage der Betriebszellen.

Nur in diesem Fall wird die Partei tatsächlich ein neues Kapitel beginnen. Nur in diesem Fall werden wir tatsächlich anfangen, die **Einheit von unten durchzuführen,** anstatt der bisher praktizierten Methode der Verhandlungen über die Einheitsfront hauptsächlich von oben.

Die Partei muß tatsächlich **anfangen, auf neue Art** zu arbeiten. Die Kursänderung darf sich nicht beschränken allein auf das Erscheinen radikaler Artikel in der Zeitung. Es gilt, mitten in das Leben hineinzusteigen. Es gilt, sich in den Brennpunkt des wirtschaftlichen und ökonomischen Kampfes zu stellen.

Die KPD. kämpft in den wichtigsten Stellungen der Weltrevolution. Daher das gewaltige Interesse der kommunistischen Arbeiter der ganzen Welt für alles, was im Innern der KPD. vorgeht. Die KPD. ist in ihrer Grundlage so gesund, daß keinerlei Fehler der Führer, keinerlei innere Krisen sie zugrunde richten können, aber einen großen Schaden können solche Fehler der Partei immerhin zufügen.

Wir wollen den deutschen Kommunisten wünschen, in kürzester Frist die Reste der sich in die Länge gezogenen inneren Streitigkeiten zu liquidieren. Die Schwierigkeiten sind groß, aber groß ist auch der Geist des deutschen Proletariats. Die Aufmerksamkeit der ganzen Kommunistischen Internationale wird von der Arbeit ihres deutschen Vortrupps gefesselt. Trotz des heutigen glänzenden Wahlsieges (oder vielleicht gerade dank diesem Siege) kann die deutsche Bourgeoisie im Bunde mit den deutschen konterrevolutionären Sozialdemokraten morgen versuchen, die KPD. wieder zur Illegalität zu verdammen. Aber was auch die Feinde des deutschen Proletariats beginnen würden, sie werden nur für die proletarische Revolution arbeiten.

Die Kommunistische Partei Deutschlands wird auf dem Posten sein.

Deutschland

Genug der Scherze!

Von J. Steklow (Moskau).

** Da Stresemann nicht wünscht, sich mittels diplomatischer Noten wegen des Überfalles auf unsere Handelsvertretung zu entschuldigen, versucht er dies durch seine Zeitung, „Die Zeit", zu tun. Aber Seine Exzellenz beliebt zu scherzen. Den räuberischen Überfall der Berliner Spitzel auf die Handelsvertretung der Sowjetunion nennt er „einen im höchsten Grade komischen Fall". Und diesen ganzen traurigen Zwischenfall, der die gegenseitigen Beziehungen zweier großer Staaten in Frage zu stellen droht, benennt er begütigend „einen Sturm im Wasserglase".

Nein, geehrte Herren, **mit Späßchen werdet Ihr hier nicht auskommen.** Komisch ist nicht das, daß zwei Polizeiagenten die Sowjet-Handelsvertretung für ein Kaffeehaus ansahen und dorthin gingen, „um sich zu erfrischen". Lächerlich ist aber, daß der Minister des Auswärtigen diese idiotische Version der Geheimpolizei ohne jede Kritik wiederholt und so tut, als ob irgend jemand diese Naivität glauben würde. Wir wissen nicht, für wen diese ganze Geschichte „komisch" ist, aber wir fürchten, daß über sie zum Schluß viele weinen werden. Jedenfalls war die Sache für jene Mitarbeiter der Handelsvertretung, die von den vertierten Berliner Polizisten verhaftet, der gröbsten und grausamsten Behandlung, ja sogar schweren Mißhandlungen ausgesetzt wurden, keineswegs komisch. Diese Sowjetbürger waren schwerlich so lustig gestimmt wie Herr Streseman, als man sie, gefesselt und mißhandelt von den sich austobenden Spitzeln, die ihrer Straflosigkeit sicher waren, durch die Straßen führte..

Ist doch sogar die Zeitung Stresemanns genötigt, zuzugeben, daß die Polizei „energisch" handelte. Das bedeutet, das **sogar Stresemann genötigt ist, die Tatsache der brutalen Behandlung und besonders die Tatsache der Verprügelung von Sowjetbürgern durch die von der deutschen Regierung gedeckten Polizisten zuzugeben.**

Und ganz und gar nicht komisch klingt diese ganze Geschichte vom Standpunkte der Staatsinteressen der Sowjetunion Darum kündigen wir entschieden Herrn Stresemann im voraus an, daß wir keineswegs gesonnen sind, uns zu dieser ganzen niederträchtigen Geschichte mit jener scherzhaften und lustigen Gutmütigkeit zu verhalten, mit der er offensichtlich zu ihr sich zu verhalten gesonnen ist. Nein, Herr Minister, in dieser **Frage werden wir ernsthaft miteinander zu sprechen haben.**

Daß dieser ganze Zwischenfall **eine Polizeiprovokation in großem Maßstabe** war, anerkennt jetzt die ganze Welt, anerkennt auch die öffentliche Meinung in Deutschland, anerkennt im Grunde sogar auch die Zeitung Stresemanns. Diese Zeitung schreibt: „Die Berliner Polizei benützte die erste passende Gelegenheit, um irgendwelche (die Sowjetinstitutionen) überführende Materialien in die Hände zu bekommen." Aus diesem unerwarteten Eingeständnis folgt, daß der banditenmäßige Überfall der Berliner Polizei auf unsere Handelsvertretung ein Ziel verfolgte, das noch viel weiter ging. Er hatte, wie sich erweist, **die Sowjetinstitutionen im allgemeinen, das heißt auch unsere diplomatische Vertretung, ins Auge gefaßt!** Die ganze Geschichte mit dem flüchtigen Kommunisten und den naiven Spitzeln war offensichtlich gerade zu diesem heiligen Zwecke geschaffen, um in den Sowjetinstitutionen Material zu finden, das sie der Leitung „revolutionärer Propaganda" überführen sollte.

Die Polizei hat sich in ihren Erwartungen getäuscht. Es wurde durchaus nichts Kompromittierendes gefunden. Dies geht daraus klar hervor, daß das „8 Uhr-Abend-Blatt", das zu den Polizeikreisen enge Beziehungen unterhält, genötigt war, dies schon am ersten Tage der Haussuchung einzugestehen. Jetzt erfahren wir, daß die Berliner Presse heute davon zu reden begann, daß angeblich bei der Haussuchung viele kompromittierende Dokumente gefunden wurden. Darum antworten wir: „Ihr, meine Herrn, seid die allerletzten Lumpen, zu jeder Fälschung, Gemeinheit und Niedertracht fähig. Aber es wird Euch nicht gelingen, die öffentliche Meinung der Welt irrezuführen, und Ihr werdet bei Eurem Anschlag mit untauglichen Mitteln hereinfallen". Da die deutsche Regierung sich überzeugt hat, daß wir diese Sache nicht auf sich beruhen lassen werden, ist natürlich die Frage aufgetaucht, ob gewisse Repressalien gegen die Polizei, die dieses ganze Abenteuer herbeigeführt hat, unvermeidlich sind. In erster Linie muß der bekannte Provokateur, der schon den Ruf eines Lumpen hat, der Chef der Berliner Geheimpolizei, Weiß, dafür büßen. Um seinen Kopf zu retten, will dieses Subjekt jetzt hinterher gegen uns Beweise erbringen. Aber er hat die Haussuchung unter derartigen Umständen durchgeführt, die alle seine jetzigen Behauptungen von vornherein mit voller Unglaubwürdigkeit behaften. Unsere Angestellten hat man wohlweislich aus den der Haussuchung unterworfenen Räumlichkeiten entfernt. Die Polizeispitzel hausten in unseren Räumlichkeiten ohne störende, fremde Zeugen. Sie konnten dort tun und lassen, was ihnen paßte, ihnen genehme Dokumente unterschieben und dergleichen mehr. Ein Protokoll wurde nicht verfaßt, mit den Ergebnissen der Haussuchung wurden die Angestellten unserer Handelsvertretung nicht bekanntgemacht. Daher verdient alles, was die Berliner Geheimpolizei jetzt vorgibt, nicht einmal in den Augen ihrer eigenen Vorgesetzten Vertrauen.

Wir aber wissen sehr gut, daß keinerlei kompromittierende Dokumente in unserer Handelsvertretung gefunden werden konnten, aus dem sehr einfachen Grunde, **weil es solche dort nicht gab.** Daher ist die ganze bodenlose Tiefe der Frechheit

und Schwindelei der Polizei des Herrn Weiß und aller jener klar, die mit ihm zusammen arbeiten, die ihn decken und schützen, die seinen Kopf vor der verdienten Strafe retten wollen. Und wir erklären laut und vernehmlich, daß jeglicher Versuch der deutschen Regierung, uns kompromittierende Dokumente zuzuschieben, die offensichtlich für Weiß und seine Mitarbeiter bei den russischen weißgardistischen Emigranten hergestellt wurden, die gegenseitigen Beziehungen nur verschlimmern und aufzeigen wird, daß die deutsche Regierung, aus uns unbegreiflichen Gründen, darnach strebt, die gegenseitigen Beziehungen beider Länder gänzlich zu unterbinden.

Das also ist es, was die Berliner Geheimpolizei angerichtet hat! Aber wenn sie sich solche sehr riskante Ziele gesetzt hat, so fällt es uns **außerordentlich schwer, anzunehmen, sie hätte einfach so ganz ohne Wissen der Regierung gehandelt.** Herr Stresemann bemüht sich, uns zu versichern, daß für ihn der Überfall der Berliner Geheimpolizisten auf unsere Handelsvertretung eine ebensolche Überraschung war wie für die Vertreter der Sowjetregierung selbst. Das klingt nicht sehr wahrscheinlich. Doch selbst wenn dem so gewesen wäre, hätte dies nur bewiesen, welch eine jämmerliche Rolle die deutsche Regierung und besonders der Minister des Auswärtigen jetzt spielen, ohne dessen Wissen die Geheimpolizei Schritte unternehmen kann, die im höchsten Maße die internationale Lage des Landes zu erschweren drohen! **Nimmt man die Richtigkeit der Behauptung des Herrn Stresemann an, so steht die deutsche Regierung vor der ganzen Welt in einem noch ungünstigeren Lichte, als wenn sie offen zugegeben hätte, daß die unerhörte Spitzelprovokation mit ihrem Wissen und Willen verübt worden ist.**

Dies verringert natürlich nicht im geringsten die Verantwortlichkeit jener beiden sozialdemokratischen Schergen, die die unmittelbaren Schuldigen des banditenmäßigen Überfalles auf unsere Handelsvertretung sind, nämlich des preußischen Innenministers Severing und des Berliner Polizeipräsidenten Richter. Durch ihre frechen Handlungen gegen die Handelsvertretung der Sowjetunion **wollten sich die sozialdemokratischen Polizisten offensichtlich vor den Rechten Verdienste erwerben,** deren möglichen Wahlsieg sie in Rechnung zogen. Da sie wissen, daß die Rechten ihre Entfernung von den verantwortlichen Posten schon seit langem fordern und, falls sie zur Macht gelangen, ihnen als ersten den Fußtritt geben werden, haben diese sozialdemokratischen Polizisten beschlossen, ihren künftigen Gebietern zu zeigen, daß sie jeder Niedertracht und jeder Gewalttat fähig sind und auch unter den Faschisten keine besseren Polizisten als sie gefunden werden können. **Herr Stresemann,** der sich davor drückt, uns volle Genugtuung zu geben und sich bemüht, die Polizei, die ihn, seinen eigenen Worten nach, in eine solche idiotische Lage gebracht hat, zu decken, **wünscht auch, der künftigen Regierung des Rechtsblocks zu zeigen, daß er über einen genügend festen Willen und eine gepanzerte Faust verfügt, und es verdient, bei einem eventuellen Kabinettwechsel auf seinem Posten zu verbleiben.**

Stresemann bemüht sich hartnäckig, sich damit zu rechtfertigen, daß er von nichts wußte. Wir haben schon oben dargelegt, in was für eine dumme Lage er sich mit einer derartigen Rechtfertigung bringt. Aber selbst wenn es wahr gewesen wäre, das er **von der Haussuchung** nichts wußte, so kompromittiert ihn im höchsten Maße die Tatsache, daß **er diese Haussuchung nicht einzustellen vermochte.** Und noch stärker kompromittiert ihn der Umstand, daß er sich **in der Folge entschloß, sich mit den Handlungen der Polizei zu solidarisieren, deren provokativen und gesetzwidrigen Charakter er selbst sehr gut kennt.** Damit versetzt er sich gegenüber der Sowjetunion in dieselbe Lage wie jene Spitzel, die in unsere Handelsvertretung eindrangen, dort Schränke und Schreibtische zerschlugen, Mitarbeiter verhafteten und verprügelten. Mehr noch, **als Minister des Auswärtigen begeht er ein noch größeres Verbrechen, indem er durch sein Verhalten den traurigen Zwischenfall verschärft und vertieft, ihm einen politischen Charakter verleiht und bewußt die Sache zum entschiedenen Verderben der gegenseitigen Beziehungen beider Staaten führt.**

Nichts „Komisches" und „Nichtiges" sehen wir in dieser Angelegenheit, möge sich dies Herr Stresemann hinter die Ohren schreiben. Die Einschätzung der Handlungen der Berliner Polizei und der diese Handlungen nachher deckenden Minister kann nur die folgende sein: **dies ist der schwärzeste und niederträchtigste Fall, der in der diplomatischen Geschichte nicht seinesgleichen findet, dies ist eine Erscheinung unerhörter Frechheit und Unverschämtheit, die exemplarisch bestraft werden muß.** Wir denken nicht allein so. Die öffentliche Meinung der Welt verhält sich zu dieser Angelegenheit nicht anders. In dieser Beziehung sind außerordentlich charakteristisch die Erklärungen einer Reihe hervorragender Mitglieder der englischen bürgerlichen Parteien, der konservativen und der liberalen (ja, sogar der konservativen), die doch weit entfernt von freundschaftlichen Gefühlen gegenüber der Sowjetrepublik sind, und es für nötig hielten, unserem Vertreter in London ihre Empörung über die Handlungen der deutschen Regierung persönlich zum Ausdruck zu bringen. Wohlgemerkt, der „Deutschen Regierung" und nicht der „Berliner Polizei", denn in den Noten Stresemanns solidarisiert sich das deutsche Kabinett mit den Handlungen der Polizei. **Aber nicht nur die englische, auch die deutsche Bourgeoisie schätzt dieses Ereignis nicht anders ein.** Es versteht sich, daß sie das Verhalten ihrer Regierung nicht so offen qualifizieren kann, wie dies die Ausländer tun. Aber daß die deutschen Kaufmannskreise über diese ganze Geschichte und besonders über das Verhalten des Herrn Stresemann empört sind, ist jetzt für niemanden mehr ein Geheimnis. Schon gar nicht darüber zu sprechen, wie sich **die Arbeiter** zu den Handlungen der deutschen Regierung verhalten. Das haben wir an dem Beispiel der Berliner Kundgebungen und Versammlungen gesehen, wir ersehen es aus der Anfrage, die die kommunistische Fraktion im preußischen Landtag einbrachte und die die Bestrafung aller Schuldigen und volle Genugtuung für die Sowjetunion fordert.

Möge Herr Stresemann, möge die deutsche Regierung, möge ganz Deutschland wissen, daß **die Sowjetmacht ihnen in dieser Frage auf keinerlei Kompromisse und Zugeständisse eingehen wird.** Wir lassen es nicht zu, daß die Frage unserer internationalen Lage zum Spielzeug im inneren Kampfe der einzelnen deutschen Parteien gemacht wird. Wir werden es nicht zulassen, daß auf unsere Rechnung die an die Wand gedrückten deutschen Imperialisten sich das Almosen des Mitgefühls bei den Imperialisten der Entente verschaffen. Wir werden keinerlei Anschlag auf unsere Rechte und auf unsere Würde zulassen. **Wir fordern volle Genugtuung in allen Punkten, eine ebenso öffentliche Genugtuung, wie die uns, ohne jeglichen Anlaß von unserer Seite, zugefügte Beleidigung.** Im gegenteiligen Falle werden wir alle Maßnahmen ergreifen, die durch die Umstände gefordert werden, und den deutschen Polizisten und ihren Schutzherren aus den Reihen der Würdenträger zeigen, daß man mit der Sowjetunion nicht spassen darf.

Der Polizeiangriff auf die Berliner Handelsvertretung der SSSR.

Von Ludwig Ungar.

** Am Vorabend der Reichstagswahlen hat es die Berliner Polizei für richtig gefunden, in den Räumen der Berliner Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eine Haussuchung durchzuführen. Es fällt uns nicht im Traume ein, die Einzelheiten dieses brutalen Überfalles ausführlich zu schildern. Daß die Polizei auch mit einigen Genossen, die im Besitze von diplomatischen Ausweisen waren, brutal vorgegangen ist, daß Männer und Frauen mißhandelt, Schreibtische, Schubfächer geöffnet, Akten, Verträge, Dokumente durchstöbert, **acht Angestellte gefesselt ins Polizeipräsidium abgeführt wurden,** das braucht man nicht näher auszuführen. Die preußische Polizei war nie wegen ihrer Höflichkeit berühmt, und wenn man den Elefanten im Porzellanladen losläßt, so gibt es eben Scherben. Wir wollen auch die Frage nicht erörtern, wie zwei württembergische Polizisten die Handelsvertretung mit einem Kaffeehaus verwechselt haben, wie der angebliche Kommunist dort entfliehen konnte. Es kann ja sehr leicht möglich sein, daß die zwei Polizeibeamten gar nicht so naiv und ortskundig waren und die Geschichte der Provokationen kennt noch buntere Fälle. Wenn es sich nur um die Dummheit von zwei Polizeibeamten handeln würde, so hätte die Reichsregierung reichlich Zeit und Gelegenheit gehabt, den Zwischenfall beizulegen. Man entschuldigt sich, leistet volle Genugtuung und die Sache ist damit erledigt. Die Annahme daß es sich hier um einen Kampf zwischen dem Auswärtigen Amte und dem preußischen Ministerium des Innern handelt, wäre auch verfehlt und irrig. Daß die Herren Severing, Richter und Weiß keine großen Sympathien gegenüber der Sowjetunion in ihrem Busen hegen, ist ja eine allbekannte Tatsache, und man kann ruhig annehmen, daß Herr Severing für einen guten Wahlschwindel im Interesse der SPD. selbst einen Konflikt mit dem Auswärtigen Amt riskiert. Wie wäre es doch so schön und wirkungsvoll gewesen, Munition, Dum-Dum-

geschosse, Kanonen, Maschinengewehre, Cholera- und Typhusbazillen in den Räumen der Handelsvertretung aufzufinden! Vielleicht hätte die VSPD. keine einundsiebzig Mandate verloren, vielleicht hätte die KPD. keine zweiundsechzig Mandate erhalten, wenn die Provokation ein bißchen, nur ein bißchen besser gelungen wäre. Die Polizei Severings und des VSPD.-Vorstandes mußte aber unverrichteter Sache, ohne mit Cholera gefüllte Kanonen, ohne mit Typhus infizierten Maschinengewehren abziehen, und die Herren Richter und Weiß mußten sich mit der erbärmlichen Lüge begnügen, daß Propagandamaterial aufgefunden wurde. Ebenso gut hätte man auch Kanonen in den Schreibtischen finden können, da bei der Durchsuchung — entgegen den Vorschriften selbst der deutschen Gesetze — kein Angestellter der Handelsvertretung anwesend sein durfte. Das Auswärtige Amt hat aber das Vorgehen Severings gedeckt und sogar Proteste gegen das Verhalten der Handelsvertretung eingelegt.

Die Angelegenheit ist also eine politische. Es handelt sich nicht um die Dummheit von zwei Polizeibeamten, es handelt sich nicht um den Wahlschwindel Severings, es handelt sich um eine politische Aktion der Reichsregierung, wofür dieselbe die volle Verantwortung trägt. Die Gründe dieser Aktion liegen klar zutage.

Sie hatte einen innerpolitischen Grund. Stresemann-Marx wollten vor den Wahlen den starken Mann spielen und dem deutschen Spießbürger zeigen, daß sie mit „gepanzerter Faust" gegen die verfluchten Kommunisten vorgehen. Die Durchsuchung war ein Wahlmanöver ersten Ranges, wobei die Herren Weiß, Richter und Co. mit der beispiellos brutalen Durchführung der Aktion ihre Posten bei einer kommenden Rechtsregierung sichern wollten. Der Wahlschwindel ist mißglückt. **Die KPD. erhielt 3,712.000 Stimmen.**

Die Aktion hatte auch wirtschaftliche Gründe. Das Außenhandelsmonopol ist ein Greuel für die deutschen Kapitalisten und mit dem Angriff auf die Handelsvertretung, mit der Aufrollung der Frage über die Exterritorialität derselben wollte die Reichsregierung einen Druck in der Richtung der Abschaffung des Außenhandlesmonopols ausüben. Man braucht nur die Erklärung des Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Herrn Sorge, gegen das Außenhandelsmonopol zu lesen, um die Sache ganz klar zu sehen.

Ausschlaggebend waren aber die außenpolitischen Gründe. In London verhandelt die Delegation der Sowjetunion mit England. Die Konservativen mit Baldwin und Curzon an der Spitze versuchen alles, um diese Verhandlungen zu stören. Stresemann und die deutsche Industrie sind interessiert daran, diese Verhandlungen zum Scheitern zu bringen, denn in diesem Falle könnte Deutschland seine Positionen im Wirtschaftsleben Sowjetrußlands behaupten. Die Durchsuchung hatte Beweismaterial den englischen Diehards liefern sollen!! Allerdings ist der Versuch auch in dieser Beziehung mißglückt.

Die deutsche Außenpolitik ist gegenwärtig auf Frankreich eingestellt. Die „westliche Orientierung" hat gesiegt. Man will das Sachverständigengutachten annehmen, vor Poincaré kapitulieren, und der Polizeiüberfall auf die Handelsvertretung war eben ein Wink für Poincaré, daß man bereit ist, die „östliche Orientierung" im Notfall aufzugeben und Poincaré zuliebe die gehaßte Sowjetunion zu brüskieren.

Diese politischen Gründe erklären den Zwischenfall selbst und die geradezu wunderbar abwartende Haltung der Reichsregierung, die nach dem Zwischenfall nichts getan und alles unterlassen hat, um den Konflikt gütlich beizulegen.

Was nun geschehen wird? **Der Handelsverkehr zwischen Deutschland und der Sowjetunion ist faktisch eingestellt.** Die deutsche Industrie — das hat der Schwerindustrielle **Borsig** behauptet — braucht aber ausländische Märkte, da der deutsche innere Markt saturiert und nicht aufnahmefähig ist. Deutschland braucht die Sowjetunion als Absatzmarkt. Gewiß wünscht auch die Sowjetunion die freundschaftlichen Beziehungen mit Deutschland aufrechzuerhalten. Deutschland als Staat, das deutsche Volk als Nation sind proletarisiert und der Kampf gegen den Versailler Schandvertrag ist für Sowjetrußland oberstes Gebot und Pflicht der proletarischen Außenpolitik. Die Sowjetunion kann jedoch wirtschaftlich ohne Deutschland sehr leicht auskommen. Die Preisgestaltung in Deutschland ist für den Käufer nicht geradezu verlockend (über Weltmarktpreise), und Holland, England, Italien, die Tschechoslowakei, Schweden, Norwegen, Dänemark usw. können für den deutschen Markt vollen Ersatz leisten. Der deutsch-russische Warenumsatz hat im ersten Quartal 1924 einen Wert von über eine halbe Million Goldmark gehabt. Kann das die deutsche Industrie entbehren? Kann die deutsche Volkswirtschaft die billigen russischen Lebensmittel wirklich so leicht entbehren, wie das die Brotverteuerer und ihre Presselakaien (Kreuzzeitung, Deutsche Tageszeitung) hinstellen möchten.

Die Sowjetregierung ist gezwungen, Genugtuung zu fordern. Es hängt von der deutschen Regierung ab, wie sich der Konflikt weiter entwickeln wird. Oder will die deutsche bürgerliche Regierung der „westlichen Orientierung" zuliebe die durch den Rapallovertrag eingeleitete Politik der Freundschaft wirklich opfern? Poincarés Gunst ist ein Irrwahn. **Die Macht der Sowjetunion ist Realität.**

Wirtschaft

Ergebnisse der französischen Kolonialpolitik.

Von Nguyen-Ai-Quac (Indochina).

** Der jüngst stattgefundene Wechsel im Ministerium Poincaré ist nicht ohne Rückwirkungen auf die Kolonien geblieben. Die französischen Machthaber haben sich immer dessen gerühmt, daß sie die ersten seien, die es verstünden, eine richtige Kolonialpolitik zu treiben. Der ehemalige Kolonialminister, Herr Albert Sarraut, hat seine Kunst gepriesen, den Wert der Kolonien ernstlich ausnützen und steigern zu können. Um der Verwertung der Kolonien willen hat er 4 Milliarden Franken gefordert. Um dieses Geld zu erlangen, hat er eine dicke Schwarte von 674 Seiten zutage gefördert. Nun, dieser große Minister wurde von seiner Partei assgeschlossen, weil er für seinen Herrn und Minister Poincaré gestimmt hatte. Und der undankbare Ministerpräsident Poincaré hat ihn dann seinerseits vor die Türe gesetzt. Da steht nun der große Minister als begossener Pudel und hat weder seine Milliarden bekommen, noch „seine" Kolonien in ihrem Wert gesteigert. Er wird durch einen Soldaten, das heißt durch einen „unbekannten Oberst" ersetzt.

Die steuerpflichtige Masse der Franzosen muß inzwischen, in Erwartung, daß es besser kommt, im Jahre 237 Millionen Franken — Budget 1923 — für ihr Kolonialministerium zahlen sowie nicht weniger als rund 1,172 Milliarden für die Kolonialtruppen und die Ausgaben in Marokko, zusammen 1,409 Milliarden Franken.

Jeder Franzose, Mann oder Frau reich oder arm, alt oder jung, muß auf diese Weise sein Teil für die Kosten der „zivilisatorischen Mission" Frankreichs beitragen, pro Kopf mehr als 36 Franken im Jahr. Und wofür? Natürlich nicht zu Nutz und Frommen des Steuerträgers. Und auch nicht zu Nutz und Frommen Frankreichs selbst, wie wir gleich zeigen werden.

Im Jahre 1922 betrug die Gesamtsumme der Bilanz des gesamten Handels der französischen Kolonien rund 4,358 Milliarden Franken. Hiervon entfallen auf den Import 2,104 Milliarden und auf den Export 2,254 Milliarden Franken.

Die Gesamtsumme teilt sich weiter folgendermaßen auf:

Handel zwischen Frankreich und seinen Kolonien	1.585,000.000 Franken
Handel zwischen dem Ausland und den französischen Kolonien . . .	2.666,379.000 „

Die Zahlen sprechen für sich.

Eine noch deutlichere Sprache reden die Zahlen, die sich auf **Indochina** beziehen.

Von den 5484 Schiffen mit 7,152.910 Tonnen Waren, die in den indochinesischen Häfen registriert wurden, waren

französische Dampfer	779	mit 1,464.852 Tonnen
englische Dampfer	787	„ 1,575.079 „

Was die Berechnung der Ausfuhr und Einfuhr nach den französischen Kolonien nach ihrem Geldwert betrifft, so geht die verhältnismäßig geringe Beteiligung Frankreichs aus folgenden Ziffern hervor:

Einfuhr insgesamt (1921)	807,729.362 Franken
Aus Frankreich	247,602.029 „
Ausfuhr (aus den französischen Kolonien) insgesamt	1.284,003.885 „
Nach Frankreich	169,147.115 „

Aber, könnte man fragen, kommt der Profit den Eingeborenen Indochinas zugute?

Zu diesem Zwecke sei folgende Tabelle des Exports aus Indochina im Jahre 1923 angeführt:

Reis	1,439.995	Tonnen
Öl	622.035	„
Zement	65.413	„
Mais	61.917	„
Fische	312.467	Zentner
Zink	27.690	Tonnen
Vieh	19.565	Stück
Zucker	7.927	Tonnen
Kopra	6.860	„
Kautschuk	46.229	„
Farbpflanzen	7.150	„
Baumwolle	3.617	„
Pfeffer	30.760.	Zentner
Bohnen	21.492	„
Häute	2.609	Tonnen
Schilfrohr	12.793	Zentner
Lack	12.319	„
Kaffee	8.499	„
Tee	6.084	„
Kamellen	480.833	kg
Annis-Esscuf	117.241	„
Seide	17.943	„

Welches ist nun der Anteil der Eingeborenen an diesem gewaltigen Handel mit den Erzeugnissen ihres Bodens und ihrer Arbeit? Man wird es nicht glauben. Es sind alles in allem **542 Segler mit insgesamt 12.231 Tonnen!**

So können wir zum Schluß feststellen, daß die französische Kolonialwirtschaft einzig und allein dem Profit einer Bande von Abenteurern, unehrlichen und durchtriebenen Politikanten, von Alkohol- und Opiumhändlern, von skrupellosen Kaufleuten und gaunerischen Finanzmännern dient. Einen Beweis für viele! Die Bank von China hatte folgende Geschäftsabschlüsse:

Jahr	Betrag	
1876	24	Millionen Franken
1885	145	„ „
1895	222	„ „
1905	906	„ „
1917	2.005	„ „
1921	6.718	„ „

Und ihre Reingewinne sind von 126.000 Franken im Jahre 1876 auf 22,854.000 Franken im Jahre 1921 gestiegen.

Arbeiterbewegung

Aus der argentinischen Gewerkschaftsbewegung.

Von Rodolfo Ghioldi (Buenos Aires).

** Der Argentinische Gewerkschaftsverband (USA. = Unione Sindecale Argentina) wurde auf dem sogenannten Kongreß der Arbeitereinheit zu Beginn des Jahres 1922 gegründet. Bis dahin hatte es in Argentinien zwei Gewerkschaftsverbände gegeben, die syndikalistische FORA. (Fédéración Obrera Regionale Argentina, das heißt Argentinischer Regionaler Arbeiterverband) und den anarchistischen Gewerkschaftsverband (Fédéración Sindecale). Die erstgenannte umfaßt die wichtigsten Organisationen, doch war die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter sehr gering. Alle Organisationen des syndikalistischen Verbandes nahmen am Einheitskongreß teil, während die Anarchisten alle vorbereitenden Arbeiten dazu sabotierten. Dennoch stellte der Kongreß den wesentlichen Kern des anarchistischen Gewerkschaftsverbandes dar, der sich aus dem Gewerkschaftsverband des Südens und einigen anderen autonomen Gewerkschaften zusammensetzt. Die Einheit kam jedoch nicht zustande.

Die Statuten der USA. enthalten föderalistische Prinzipien. Der Anarcho-Kommunismus ist das offizielle Ziel dieser Vereinigung. Die eigentlichen Kommunisten können nach den Statuten ausgeschlossen werden.

Die USA. hat ihren ersten ordentlichen Kongreß am 16. April abgehalten. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte:

Bericht des Zentralkomitees, Reform der Statuten und — als Hauptpunkt — die Frage des Anschlusses an die RGI., der von zahlreichen Gewerkschaften unterstützt wurde.

Die Führer der USA. sind antikommunistisch. Sie treten für internationale Autonomie ein. Die revolutionären Gewerkschaften dagegen betonen die Unmöglichkeit einer neutralen Stellung gegenüber der gelben Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, den vegetarischen Berliner Fraktionisten und der revolutionären Bewegung, die in der RGI. verkörpert wird. Aber die Gewerkschaftsführer dieses Landes unterstützen aus Feindlichkeit gegen Moskau und, da sie andererseits nicht den Mut haben, die Sympathien der Mehrheit der Mitglieder für die RGI. offen zu bekämpfen, den unmöglichen Autonomismus.

Das Zentralkomitee der USA. hat sich zu langen Verleumdungskampagnen gegen die RGI. und gegen Moskau hergegeben. Die „Bandera proletaria“ (Proletarische Fahne), ein reformistisches Sudelblatt, hat in der gemeinsten Weise die CGTU. (den französischen Gewerkschaftsverband der Moskauer Richtung), besonders auch die Führer der RGI., vor allem Losowsky und Nin, beschimpft und verleumdet.

Die argentinischen Gewerkschaftsführer sind in dieser Beziehung aus blinder Furcht vor den „Roten“ zu jeder Gemeinheit fähig gewesen. Als vor einigen Monaten die Revolutionären bei den Wahlen der verantwortlichen Führer der Organisation von Buenos Aires den Sieg davontrugen, fand man Mittel und Wege, diese Wahlen für null und nichtig zu erklären. Ferner sandte das Zentralkomitee der USA. an alle Gewerkschaften ein Zirkular, worin diese aufgefordert wurden, für die Autonomie zu stimmen. Zwei Genossen, die Anhänger der RGI. sind und es gewagt hatten, ihre Meinung zu vertreten, wurden unter dem Vorwand des Disziplinbruches aus der Organisation ausgeschlossen. Doch ist es klar, daß die Disziplinarfrage nicht angeschnitten werden kann, wenn es sich um die Fassung eines Kongreßbeschlusses handelt, der von den Gewerkschaften schon besprochen wurde. Die argentinischen Anarchisten, die Feinde der proletarischen Diktatur, scheuen sich nicht, zu den schlimmsten diktatorischen Maßnahmen zu greifen, um die Minderheit des Zentralkomitees der USA., die Anhänger der RGI., zu bekämpfen.

Doch haben sich bisher zahlreiche Organisationen ganz klar für die RGI. ausgesprochen, so zum Beispiel die wichtigsten Sektionen des Verbandes der Seeleute (Fédéración Obrera Maritima), des Verbandes der graphischen Industrie, der Arbeiter der Schuh-, Möbel-, Bekleidungs- und Textilindustrie, ferner der Verband der Angestellten, der Metallarbeiter und Friseure, die meisten Eisenbahnerorganisationen sowie zahlreiche Provinzgewerkschaften.

Wir stellen fest, daß das Zentralkomitee der USA., das oft Beweise seines Hasses gegenüber der russischen Revolution, dem Kommunismus und der RGI. gegeben hat, für die Arbeiterklasse absolut nichts leistete. Wir können sogar kühn das Gegenteil behaupten. Während dieser zwei Jahre ist die Zahl der zahlenden Mitglieder der USA. auf 26.000 gesunken. Das sind die Früchte der sektiererischen und reformistischen Politik unserer Autonomisten, die dadurch der kapitalistischen Reaktion ihrer Regierung den besten Dienst erweisen.

Proletarische Frauenbewegung

Frauenarbeit in der Tschechoslowakei.

Mitgeteilt vom Internationalen Frauensekretariat.

** Vor uns liegt ein ausführlicher und interessanter Bericht über Umfang und Art der Frauenarbeit, Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen in der Tschechoslowakei. Suchen wir ihm das Wesentliche und doch so traurige Allgemeine zu entnehmen: Über eine Million Frauen — so berichtet die Statistik — schufteten im Jahre 1921 in der Tschechoslowakei, in Fabriken und Kleinbetrieben auf Feldern und in Bergwerken — die „Heimarbeiterinnen“ nicht mit eingerechnet — für das Kapital. Beinahe 200.000 von ihnen waren verheiratet. Und zwar, das ist das Interessanteste, wenn auch nicht Besondere: je schwerer je „niedriger“, je gesundheitsschädlicher ein Beruf war, desto mehr verheiratete Frauen und Mütter waren darin beschäftigt.

So sind von den in der Böhmischen Glasindustrie beschäftigten Frauen über ein Drittel verheiratet. Dasselbe gilt von den in Ziegeleien, Lehmgruben, Steinbrüchen wie in der Metall- und Maschinenindustrie beschäftigten Frauen. Von den in der Lebensmittelindustrie (Mühlen-, Zucker-, Tabak-, Bierfabriken) Beschäftigten sind in Böhmen, Mähren und Schlesien über die Hälfte der Frauen verheiratet, in der Slowakei sogar zwei Drittel. Dagegen sind in der Bekleidungsindustrie (von der Textilindustrie fehlen leider die maßgebenden Zahlen) nur ein Viertel der Frauen verheiratet, und in den sogenannten geistigen Berufen (Schulwesen, Post-, Telegraphen-, Telephonämtern) bilden die verheirateten Frauen nur eine ganz verschwindende Minderheit.

Daß die Arbeit der verheirateten Frauen in den letztgenannten Berufen eine so geringe Rolle spielt, erklärt sich daraus, daß in der Tschechoslowakei wie anderswo der von „oben" her unterstützte Druck der Männer, die Konkurrenz der Frauen auszuschalten, hier am stärksten ist. So hat zum Beispiel die Verwaltung der Bustehrader Bahnen und die Bankvereinigung der Tschechoslowakei beschlossen, in ihre Arbeitsbedingungen den Passus aufzunehmen, „daß die Frau, sobald sie verheiratet ist, den Anspruch auf Beschäftigung verliert".

Daß andererseits die verheiratete Frau, also auch die Mutter, ganz besonders in den Berufen beschäftigt ist, in denen die Arbeitsbedingungen für sie die ungünstigsten sind, wird verständlich, wenn man einen Blick auf die Löhne der verschiedenen Branchen wirft. So werden in der Ziegel-, Glas- und teilweise auch Lebensmittelindustrie bedeutend niedrigere Löhne gezahlt als in den übrigen Industrien. Und ist die Spanne zwischen den Löhnen der Männer und Frauen bei gleicher Arbeit schon in sämtlichen Industrien ziemlich beträchtlich, so ist sie ganz ungeheuerlich in diesen besonders elend bezahlten Berufen.

So erhält beispielsweise:

der Ziegelarbeiter	21	bis	28	Kč	pro Tag
die Ziegelarbeiterin	9	„	19	„	„ „
der Glasarbeiter	15	„	33	„	„ „
die Glasarbeiterin			13	„	„ „

Überboten — oder vielmehr unterboten werden diese Elendssätze noch durch die Lohnsätze, die in der Heimindustrie üblich sind. Zwei bis acht Kč pro Tag ist hier der Lohn, den Frauen verdienen, wenn sie vom Morgengrauen bis in die tiefe Nacht hinein arbeiten.

Wieviele Unglückliche mit derlei Hungerlöhnen ihr Leben fristen, hüllt die Statistik in „rücksichtsvolles" Dunkel. Über die Heimarbeit, die in der Tschechoslowakei ungewöhnlich verbreitet ist, fehlen alle Angaben.

Aus den Berichten der Gewerbeinspektoren — man weiß, wie die Berichte dieser fast ausnahmslos bürgerlichen Beamten zu bewerten sind — geht hervor, daß die Frauen überall unter den schlechtesten Bedingungen arbeiten. Ein Beispiel: In dem großen Saal einer Weberei in Prag sind sechs Ventilatoren, die schlecht funktionieren. Die Fenster, die im Dach sind, dürfen laut Anordnung der Fabrikverwaltung, nicht nach Bedarf geöffnet werden. Der Staub wird nur einmal im Jahre entfernt. Es herrscht infolgedessen in dem Saal, in dem zirka 130 Personen arbeiten, eine so schreckliche Luft, daß es sehr häufig vorkommt, daß Frauen ohnmächtig zusammensinken.

Stellt man sich vor, daß Hunderttausende von Frauen, unterernährt, schwächlich, durch Kindersorgen abgerackert, unter ähnlichen „sanitären" Bedingungen arbeiten, so nimmt es nicht wunder, daß die Proletarierkrankheit, die **Tuberkulose**, maßlos unter den Arbeiterinnen wütet; daß beispielsweise die Krankenkassen des Teplitzer Gebietes, in dem die Frauen in den Textil-, Porzellan- und Glasfabriken beschäftigt sind, im Jahre 1921 12,59% aller Krankheiten der Arbeiterinnen auf Tuberkulose, 12,19% auf Lungenentzündung zurückzuführen waren und daß die Todesfälle an Tuberkulose besonders häufig unter den Arbeiterinnen zwischen 20 und 30 Jahren sind.

Was den Einfluß der — unter diesen Bedingungen — mörderischen Frauenarbeit auf die Mutterschaft betrifft, so liefern darüber die Krankenkassen belastendes Material in trauriger Fülle. So waren nach der Statistik der Bezirkskrankenkasse in Lundenburg im Jahre 1921 von 642 Frauenkrankheiten 176 unverschuldete Abortus, und zwar, wie die Ärzte konstatieren, als direkte Folge der Unterernährung. Nach dem Bericht der Krankenkassen in Zetin erkrankten viele in den Glas- und Möbelfabriken beschäftigten Frauen durch frühzeitige Geburten und Abortus. Als Ursache wird angeführt, daß die Frauen in vorgeschrittener Schwangerschaft schwere Glaslasten und schwere Möbelstücke tragen mußten.

Vor den Arbeiterinnen jedoch, die, allen Schwierigkeiten zum Trotz, es doch durchsetzen und Kinder — sogar lebensfähige Kinder — zur Welt bringen, türmen sich alsbald die Schwierigkeiten riesengroß auf, die Kleinen großzuziehen. Denn — wohin mit ihnen, während man Ziegel schleppt, Glas schleift, Seide webt — schafft — damit andere raffen können?

Fabrikkrippen, wie sie das arme, mit tausend Feinden schwer ringende Rußland zu schaffen verstand, gibt es in der reichen, friedlichen Tschechoslowakei überhaupt nicht. Es sind dort ein paar von geistlichen Schwestern geleitete Kinderbewahranstalten, in die die klassenbewußten Arbeiterinnen ihre Kleinen nur ungern geben, und hier und da eine überfüllte, weit vom Arbeitsort abliegende städtische Krippe. Da gibt man die Kinder schon lieber in eine Familie, zahlt für die Verpflegung wöchentlich Kč 40, wobei einem dann, verdient man als Textilarbeiterin wöchentlich Kč 95 bis 100, noch ganze Kč 55 bis 60 zum „Leben" verbleiben.

Ebenso wie in der Tschechoslowakei befinden sich heute überall in den Sieger- wie in den Besiegten-Staaten die Arbeiterinnen in der mörderischen Zwickmühle, einesteils durch die allgemeine Verschlechterung der Lebenslage des Proletariats, zur Übernahme auch der elendest bezahlten Arbeit in Fabrik und Büro gedrängt zu werden — andererseits wiederum durch die allgemeine Not des Proletariats — Krise, Beamtenabbau — mit Gewalt aus der Produktion hinausgedrängt zu werden.

Überall zeigt es sich, daß die Proletarierin weder als Hausfrau und Nur-Mutter noch als Arbeiterin ihren sogenannten „mütterlichen Beruf" erfüllen kann Tausende, Hunderttausende werden in der verzweifelten Jagd nach einem Ausweg aus diesem Dilemma zu gutgläubigen Werkzeugen sozialdemokratisch-faschistischer Demagogie, harren der Lösung — der Erlösung durch etwas „mehr Demokratie" — oder durch faschistisch-völkische Diktatur — Monarchie. Aufgabe der Kommunisten ist es, hier klar auszusprechen, was ist, nämlich, daß es, solange die auf Ausbeutung gegründete Wirtschaftsordnung besteht, es keine Lösung geben kann, daß sich vielmehr mit der zunehmenden Zerrüttung des Kapitalismus die unerträglich widerspruchsvolle Situation der proletarischen Frau ständig verschärfen muß.

Freilich, verstehen werden die Frauen diese Antwort nur, wenn gleichzeitig alles getan wird, um sie aus willenlos blinden Opfern des grausamen Spieles, das heute der Kapitalismus mit ihnen treibt, zu bewußten, tatkräftigen Kämpferinnen gegen das Kapital zu machen, wenn alles geschieht, um sie zum Widerstand gegen kleinstes und größtes Ungemach, das der Kapitalismus über sie „verhängt" — willig und fähig machen.

Genossenschaftsbewegung

Die Situation im Internationalen Genossenschaftsbund.

Von Otto Schröder (Weißenfels).

** Wie in der II. Internationale und der Gewerkschaftsinternationale seit Jahren im Mittelpunkt das **kommunistische Problem** steht, ist das auch im IGB. (Internationaler Genossenschaftsbund, Sitz London) der Fall. Besonders interessant sind im IGB. die Auseinandersetzungen, weil sie direkt geführt werden können, denn auch die Genossenschaftsverbände, die eine **kommunistische** Leitung haben, sind innerhalb des IGB. organisiert. Die Sozialisten und die Neutralisten führen natürlich einen ununterbrochenen Kampf insbesondere gegen die **Sowjetgenossenschaften** der Russischen Union, aber nichtsdestoweniger stärkt sich von Jahr zu Jahr die kommunistische Position und zwingt vor allem, entscheidende Fragen gründlich zu behandeln und zu lösen.

Als im August 1921 in **Basel** der letzte internationale Genossenschaftskongreß tagte, war der antibolschewistische Rausch noch so groß, daß man die Wahl von russischen Vertretern in die Exekutive **verhindern** konnte. Seitdem haben zwei Sitzungen des Zentralausschusses stattgefunden. Die erste, im April 1922 in **Mailand**, brachte schon eine ganz andere Situation. Dort wurde Bericht von einer Studienkommission erstattet, die nach **Sowjetrußland** geschickt war, um das „bolschewistische Zerstörungswerk" zu begutachten. Als nun der Generalsekretär **May** (London) den Bericht erstattete, ergab sich im Gegenteil geradezu eine **Verherrlichung** der kolossalen Leistungen der Sowjetgenossenschaften, **wie sie nur unter der Diktatur des Proletariats durch die konsequente Förderung der Genossenschaftssache durch die Sowjetregierung möglich war.** Die reaktionäre Richtung beantragte daher eine Expedition nach **Georgien**, für die der Sozialdemokrat **Serwy** (Belgien) in Begleitung des georgischen Emigranten **Guguschwili** bestimmt wurde. Das Ergebnis dieser Reise entsprach natürlich wesentlich besser den reaktionären Wünschen — wie wir weiter unten sehen werden — und stärkte die Hoffnungen der deutschen Reaktionäre, die noch immer davon träumten, auf dem nächsten internationalen Genossenschaftskongreß im September 1924 in **Gent** (Belgien) für einen **Ausschluß** der Kommunisten Stimmung zu machen, da sie sich nicht an die edlen Grundsätze der Nur-Selbsthilfe und Neutralität halten würden.

Mittlerweile sind aber eine Reihe sehr ernster Streitfragen im IGB. ausgebrochen, wie sich jetzt auf der zweiten Sitzung des Zentralausschusses im März in **Prag** gezeigt hat. Zunächst ist da die Frage der **„politischen Neutralität"** des IGB., die in der Praxis natürlich anders aussieht als in der Theorie. So ist hinter dem Rücken der Mitgliedermassen in einer Kardinalfrage ein Faktum geschaffen worden, das die kommunistischen Mitglieder, die annähernd die Hälfte der zirka 25 Millionen Mitglieder in den 43.000 Genossenschaften von 24 Ländern ausmachen, als eine unerhörte Provokation auffassen müssen. Man hat nämlich nicht nur mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund eine enge Koalition geschlossen, sondern ist sogar bereits dabei, mit der II. Internationale zwecks einer Koalition in Verhandlungen einzutreten. Außerdem sind unter den Genossenschaftsführern nationalistische Konflikte ausgebrochen, die den IGB. wieder zu einer Farce machen wird, wie er es während des Krieges gewesen ist. Bei der Sitzung in **Prag**, zu der kommunistische Delegierte aus Rußland, der Ukraine und der Tschechoslowakei erschienen waren, kam es schon vor Eintritt in die Tagesordnung zu einem Konflikt, der der Neutralitätsfrage harte Probleme stellte. Am nächsten Tage sollte nämlich von der bulgarischen Faschistenregierung **Zankow** der große Arbeiter- und Bauerngenossenschaftsverband „Oswoboshdenie" (70.000 Mitglieder) aufgelöst werden*). Die Kooperativsektion der Komintern hat die Genossenschaftswelt aufgerufen, den schärfsten Einspruch dagegen zu erheben und die „Oswoboshdenie" selber hatte sich als Mitglied an den IGB. um Hilfe gewendet. Die famosen Neutralisten konnten sich natürlich nicht ohne weiteres entschließen, dem Hilferuf Folge zu leisten, und der bulgarische Sozialdemokrat **Koselw** erklärte ganz offen, daß die Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes das Recht dazu habe, gegen den kommunistischen Verband vorzugehen, weil seine Mitglieder an dem Aufstande gegen die Regierung teilgenommen haben, was den genossenschaftlichen Grundsätzen widerspreche. Der deutsche Zentralverband geht sogar in seinem Bericht in der „Rundschau" über die Exekutivsitzung so weit, über eine „angebliche Verfolgung der Arbeitergenossenschaft Oswoboshdenie" zu schreiben. Der russische Delegierte **Kissin** zerpflückte den sinnlosen Neutralitätsbegriff, der sich immer nur gegen die Kommunisten wende, aber natürlich nichts dagegen tue, wenn sich die englische Regierung mit der Arbeiterpartei oder die belgische und österreichische mit der sozialdemokratischen Partei alliieren. Es wurde dann eine Resolution angenommen, die gegen die Verfolgung der „Oswoboshdenie" seitens der bulgarischen Regierung protestiert und verlangt, daß die Unabhängigkeit und Freiheit des Verbandes und seiner Mitglieder gewahrt wird. Die ukrainisch-russische Delegation gab eine Erklärung ab, daß sie für die Resolution gestimmt habe, um der Einmütigkeit des Zentralkomitees in der Frage Ausdruck zu verleihen, aber gleichzeitig der Auffassung ist, daß die Resolution sie nicht voll befriedigt. Der Sozialdemokrat **Renner** (Wien) wies bei dieser Gelegenheit auf die dringende Notwendigkeit hin, gründlich die Frage „Genossenschaft und Politik" im Bunde zu erörtern und insbesondere, wie man die Genossenschaftsbewegung zu einem Instrument der Arbeiterklasse machen könne.

Die zweite wesentliche Frage, die behandelt wurde, war **Georgien**. Hier wurde wieder die übliche Anklagerede gegen die Kommunisten gehalten, wobei wieder von einer Zugrunderichtung der Genossenschaften durch die Sowjets" und einer „Vernichtung der Freiheit der Genossenschaften" gefaselt wurde. Bisher war im IGB. der georgische Genossenschaftsverband noch immer durch den Emigranten **Guguschwili** vertreten und der jetzigen Leitung des georgischen Verbandes eine Vertretung verweigert. Genosse Kissin erklärte ,daß einzelne Führer im IGB. sich um die georgischen Genossenschaften mehr kümmerten wie die Georgier selbst, die die Lage der Genossenschaften in ihrem Land für **vollständig normal** und **befriedigend** betrachten. Er beantragte, daß der jetzige Vertreter Georgiens auf sein Mandat verzichtet und der Vorstand des georgischen Genossenschaftsverbandes das alleinige Recht, seine Vertreter in den IGB. zu entsenden, erhält. Professor **Gide** (Paris), der kürzlich erst in Rußland war, unterstützte zusammen mit dem Generalsekretär **May** die Ausführung **Kissins** und erklärte, daß die georgischen Genossenschaften mit ihrer Lage zufrieden wären. Sie machten selber keinen Anspruch auf den Schutz, den ihnen **Serwy** angedeihen läßt. Das bisherige georgische Mandat wurde dann als erloschen erklärt, aber gleichzeitig die Resolution **Serwy** angenommen, wogegen die kommunistischen Delegierten auf das energischeste protestieren. Eine weitere Frage, die zu einer lebhaften Auseinandersetzung führte, war die **Aufnahme der Vertreter der Profintern in die gemischte Kommission der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und des IGB.** Ein entsprechender Antrag wurde von den Vertretern der allrussischen Genossenschaftsbank und den tschechischen Vertretern gestellt und auf das lebhafteste unterstützt. Es wurde betont, auf eine Mitarbeit der Profintern nicht verzichten zu können, da sich in der Genossenschaftsbewegung die Mitglieder aus Anhängern der Amsterdamer und Moskauer Gewerkschaftsinternationale zusammensetzen. Natürlich wurde dagegen von den Reformisten auf das entschiedenste Stellung genommen und deshalb beschlossen, die Frage der Mitarbeit der Profintern der im Mai in Paris stattfindenden gemeinsamen Sitzung der Vertreter der Amsterdamer und des IGB. nochmals vorzulegen. Der Antrag der II. Internationale: Einsetzung einer gemischten Kommission der Vertreter der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und des IGB. zur gemeinsamen Arbeit in der Genossenschaftsbewegung, wurde in der vor der Zentralkomiteesitzung stattfindenden Exekutivsitzung abgelehnt, nachdem von dem russischen Genossen **Chintschuck** verlangt wurde, zu dieser gemeinsamen Arbeit auch die III. Internationale einzuladen. Natürlich geschah dies nur deshalb, um die Beziehungen zur Moskauer Internationale nicht anzuknüpfen, was im übrigen ein sehr grelles Licht auf die Praxis der „politischen Neutralität" wirft.

Vom 1. bis 5. September findet in **Gent (Belgien)** der 21. Internationale Genossenschaftskongreß des IGB. statt, wo ein heftiger Kampf über die strittigen Probleme im IGB. zu erwarten ist. Die deutschen Genossenschaftsverbände in Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei wollen an dem internationalen Kongreß nur dann teilnehmen, wenn bis dahin die Verhältnisse im besetzten Gebiet andere geworden sind. Zu den letzten Sitzungen des IGB. sind schon von dem deutschen Zentralverband keine Vertreter gegangen, „weil sie den Boden des Erbfeindes nicht betreten wollen", trotzdem ihnen in **Prag** von **Poisson** (Frankreich) erklärt wurde, daß, wenn sie nach Gent kommen, sie doch nicht Gäste der belgischen Regierung, sondern der belgischen Genossenschafter sein würden. Die revolutionären Genossenschafter in Deutschland führen gegen diesen Chauvinismus der Zentralinstanzen einen sehr heftigen Kampf, und in der Sitzung in **Prag** berichtet bereits der Generalsekretär **May**, daß ihm ein Brief eines deutschen Konsumvereins vorliege, der ausdrücklich betont, daß er die Haltung Hamburgs in dieser Frage nicht billige. Aus den gleichen Gründen lehnen es auch diese Genossenschaftsverbände ab, die in Gent stattfindende **internationale genossenschaftliche Weltausstellung** zu beschicken. Interessant ist, noch mitzuteilen, daß auf dieser Weltausstellung auch die italienischen faschistischen Genossenschaften vertreten sein werden.

Die Situation im IGB. ist also voll von politischen Meinungsverschiedenheiten und der Kampf zwischen Reaktion und Revolution ist entbrannt. Wenn die Kommunisten in den einzelnen nationalen Genossenschaftsverbänden ihre Arbeit mit aller Energie weiterführen, gibt es keinen Zweifel, daß auch der Internationale Genossenschaftsbund — der heute ein Sammelbecken aller Arten von Genossenschaften ist und sich vollkommen außerstande erweist, die große genossenschaftliche Weltorganisation erfolgreich für die Interessen der Werktätigen aller Länder einzusetzen — ein revolutionärer Weltfaktor wird, der dem internationalen Proletariat in seinem Kampf gegen das Kapital wertvolle Dienste leistet.

*) Was inzwischen bereits geschehen ist.

Aus der Internationale

Die Komintern zu dem Wahlerfolg der KPD.

Die Exekutive der Komintern an die Zentrale der KPD.

** Die Exekutive beglückwünscht die deutsche Kommunistische Partei lebhaft zu dem glänzenden Wahlsieg. Alle Kommunisten wissen, daß die Grundfragen der Machtübernahme und Ablösung der kapitalistischen Raubherrschaft durch die Herrschaft des Kommunismus nicht durch Parlamentswahlen, sondern durch Bürgerkrieg gelöst werden. Die deutsche Kommunistische Partei hat das mit aller Deutlichkeit in der Wahlkampagne dem gesamten deutschen Volk gesagt. Moralische und politische Bedeutung unseres Sieges in der gegenwärtigen Lage sind gewaltig. Die gegenrevolutionäre Sozialdemokratie als

Hauptstütze der deutschen Bourgeoisie ist noch nicht vernichtet, jedoch unterhöhlt. Sie wird sich nicht mehr erholen. Das Monopol der deutschen Sozialdemokratie als Partei, die Anspruch erhebt, die Arbeiterklasse zu vertreten, ist gebrochen. Die deutsche Sozialdemokratie schwenkt immer mehr nach rechts und wird faschistisch. Ihre soziale Basis wird immer mehr das Kleinbürgertum. Die Arbeiter dagegen stoßen in Millionen zu den Fahnen des Kommunismus. Die Zeit ist nah, daß wir sagen können, daß die erste Aufgabe, die Eroberung der Mehrheit der Arbeiter, erfüllt ist, und damit wird vor uns die höhere Aufgabe erstehen, die Arbeiter in den Kampf und zum letzten Entscheidungskampf führen. Die Kommunistischen Parteien werden mächtige Massenparteien des Proletariats. Die bevorstehenden Wahlen in Frankreich werden zeigen, daß auch dort der Kommunismus zur drohenden Gewalt angewachsen ist. Die sogenannten Krisen unserer Parteien bedeuten in Wirklichkeit gewaltiges Wachstum des Kommunismus. Kühner und geschlossener vorwärts zum Kampf um die Diktatur des Proletariats, zum Siege der Weltrevolution!

Es lebe die deutsche Arbeiterklasse und ihre siegreiche Kommunistische Partei!

Vorsitzender des Exekutivkomitees der Komintern: Sinowjew.

Das EK. der Komintern an die Zentrale der KPF.

** Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat einstimmig unter Beteiligung des französischen Delegierten Dunois folgenden Beschluß angenommen: Das EKKI. stimmt dem Beschluß der KPF. vom 19. März zu und ist der Ansicht, daß er die Sammlung aller kommunistischen Kräfte hinsichtlich der praktischen Arbeit und des Kampfes gegen den Kapitalismus erleichtern wird. Das EKKI. begrüßt freudig die Stellungnahme der KPF. in den internationalen Fragen, die auf dem Kongreß von Lyon noch nicht genügend klar formuliert waren, was zu verschiedenen Verzögerungen Anlaß gegeben hat. Das EKKI. nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die Resolution vom 19. März von der überwiegenden Mehrheit der Parteizentrale angenommen worden ist, und zweifelt nicht daran, daß die Genossen der Minderheit als gut disziplinierte Kommunisten sich loyal der angenommenen Politik unterwerfen und so im Sinne der Verstärkung der Partei und der KI. mitarbeiten werden. Das EKKI. mißbilligt den Disziplinbruch des Genossen Souvarine, den die Parteileitung mit Recht getadelt hat, und ist der Meinung, daß Genosse Souvarine durch weitere Widersetzlichkeit nicht wieder gutzumachende Fehler begehen würde. Das EKKI. wird die Parteizentrale in ihrer politischen Aktion und in ihren Bemühungen, die Einigkeit der Partei, auf Grund der Resolution vom 19. März, gegen alle fraktionellen Versuche aufrechtzuerhalten, mit allen Mitteln unterstützen. Das EKKI. ist davon überzeugt, daß der Zentralausschuß seine ganze Energie den praktischen Aufgaben widmen wird, vor denen die Partei und die gesamte Arbeiterklasse stehen.

Das Exekutivkomitee der Komintern
gez. **Kolarow.**

Der 15. Parteitag der KP. Hollands.

Von Gerard Vanter (Amsterdam).

„Wer sich vorstellt, daß die Schaffung einer kommunistischen Partei genau so glatt vor sich gehen kann wie ein Spaziergang auf dem Asphalt einer europäischen Hauptstadt, der begreift überhaupt nicht, was eine kommunistische Partei ist." Sinowjew.

** Der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Hollands hat vom 12. bis 15. April in Rotterdam stattgefunden. Während dieser vier Tage sind die Diskussionen leidenschaftlich aber sachlich geführt worden, und das Resultat war, daß die Partei ihre Disziplin — ohne die keine revolutionäre Politik und keine kommunistische Taktik geführt werden kann — wiederherstellen konnte. Die Bedeutung dieses Ergebnisses ist für die Partei sehr groß, weil eine Minderheitsrichtung in der Partei Fraktionen gebildet hatte, die Disziplin überhaupt nicht mehr achtete, ja diese sogar schwer verletzte.

Der Parteitag hat mit diesem Zustand ein für allemal ein Ende gemacht. Er hat alles Ungesunde, Parteischädigende in der Opposition so vollkommen vernichtet und zerbrochen, daß die Bahn für neue Arbeit und neue Disziplin jetzt wieder frei ist. Der Parteitag hat dies mit Hilfe von drei Genossen erreicht, die die Exekutive der Komintern zum holländischen Parteitag delegierte und die für ihre Arbeit den Dank der holländischen Parteigenossen verdienen. Die holländische Partei hat ein Jahr großer Schwierigkeiten, ein Jahr voll von inneren Streitigkeiten, ein Jahr des scharfen Kampfes der Partei gegen die Angriffe einer Minderheitsrichtung, einer „Opposition", die die propagandistische und organisatorische Kraft der Partei sehr geschwächt hat, hinter sich. Daher war die Stimmung gegen diese Opposition auf dem Parteitag auch sehr erbittert. Die Delegierten zum Parteitag waren fast ausschließlich (drei oder vier Intellektuelle ausgenommen) einfache Arbeiter. Sie wandten sich besonders scharf gegen die — vornehmlich aus Intellektuellen bestehende — Opposition und die von ihr angewandten Methoden. Durch die mangelhaften Verbindungen mit der Exekutive sowie durch die sehr tendenziösen, um nicht zu sagen gefälschten Mitteilungen, die seitens der Opposition über die Tätigkeit, die Politik und die Führer der Partei nach Moskau vermittelt worden sind, konnte sich die Exekutive keine richtige Vorstellung über die holländische Partei machen. Deshalb war auch der Brief, den die Exekutive an die holländischen Parteigenossen richtete, in mancher Beziehung für die holländischen Parteiverhältnisse wenig zutreffend. Differenzen in prinzipiellen Fragen zwischen der Exekutive und der holländischen Partei enthielt der Brief natürlich nicht. Der Brief behandelte sechs Fragen: die Frage der deutschen Revolution, die Kolonialfrage, die Frage der Einheitsfronttaktik, die Gewerkschaftsfrage, die Organisationsfrage und die Frage der Fraktionsbildung.

Die drei ersten Fragen waren in unserem Falle nicht die wichtigsten. Die Exekutive kritisierte die angeblich „pessimistischen" Ansichten der holländischen Partei in der deutschen Frage. Es war aber von Pessimismus keine Rede, im Gegenteil, die Objektivität beim Beobachten der deutschen Ereignisse hat die Partei vor unbegründeten Illusionen bewahrt und gab ihr gleichzeitig Kraft, die deutsche Arbeiterschaft zu unterstützen, einerseits durch Agitation im eigenen Lande und andererseits durch materielle Unterstützung der hungernden Proletarier in Deutschland. Die Kritik der Exekutive über die Kolonialpolitik der KPH. würde für den Parteitag unbegreiflich geblieben sein, wenn es sich nicht herausgestellt hätte, daß mit Hilfe von aus ihrem Zusammenhang herausgerissenen Zitaten einer Parlamentsrede des Genossen **van Ravesteyn** bei der Exekutive der Eindruck erweckt worden war, als sei hier von „rechten" Abweichungen die Rede. In der dritten Frage, der Frage der **Einheitsfronttaktik,** stimmte die Meinung der Exekutive mit der von der holländischen Partei geführten Politik und Taktik überein.

Die **Gewerkschaftsfrage** aber war für uns die allerwichtigste. Auch für den Parteitag, denn Meinungsverschiedenheiten in der Partei, die nicht persönlichen, sondern politischen Charakter hatten, gab es eigentlich nur in dieser Frage. Die oppositionellen Genossen, in erster Linie Genosse **Bouwman,** wollten nur in einer Gewerkschaftszentrale arbeiten, nämlich im NAS. („Nationaal Arbeidsekretariat") und von dieser Gewerkschaftszentrale aus die Massen beeinflussen. Die Partei teilte diese Meinung durchaus nicht, die Parteimeinung war, daß die Arbeit in den großen Gewerkschaften der Amsterdamer unbedingt notwendig sei. Bekanntlich gibt es in Holland eine große gewerkschaftliche Zersplitterung. Insgesamt waren in Holland am 1. Januar 383.000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, und zwar:

	1. Okt. 1923	1. Jan. 1924
	Mitglieder	
NVV. (Niederl. Verband der Fachvereine, Amsterdamer)	182.656	182.892
Katholische Gewerkschaftszentrale	104.000	101.000
Evangelisch-Christliche Gewerkschaftszentrale	55.000	54.000
Neutrale Gewerkschaftszentrale	43.000	32.000
NAS. (Nationales Arbeitssekretariat	15.918	13.527

Das NAS. hat eigentlich nur in drei Betrieben einigen Einfluß, nämlich bei den Hafenarbeitern, bei den Bauarbeitern und den Kommunalarbeitern in Amsterdam. Überhaupt sind zwei Drittel der ganzen Mitgliedschaft des NAS. in Amsterdam wohnhaft. Bei den Eisenbahnern, den Bergarbeitern, dem Postpersonal und in vielen anderen Zweigen hat NAS. keinen oder nur sehr geringen Einfluß. Es hat aber das Bestreben, kleine Organisationen neben den Massenorganisationen zu gründen, ein Bestreben, das kein Kommunist gutheißen kann. Damit man ein deut-

liches Bild von der Gewerkschaftstaktik bekommt, muß auf folgendes hingewiesen werden: Es gibt eine dem NAS. angeschlossene Föderation der Angestellten mit 60 Mitgliedern im ganzen Land, eine Bergarbeiterföderation mit 12 Mitgliedern, eine Eisenbahnergruppe von 20 bis 30 Mann! Die Kommunistische Partei hat natürlich gegen diese Sektiererei entschieden Front gemacht, und die Kommunisten, die in den großen Verbänden arbeiten möchten, unterstützt. Im Brief der Exekutive wurde die von der Partei geführte Taktik vollkommen bestätigt, und die Exekutive hat die Anweisung gegeben, daß die Kommunisten versuchen müssen, zusammen mit dem NAS. in den Massenorganisationen der Amsterdamer Zellen zu bilden.

In diesem Sinne wurde nach langen und heftigen Diskussionen auf dem Parteitag eine Resolution einstimmig angenommen, worin die Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften dargelegt werden. Laut dieser Resolution müssen die Kommunisten: die revolutionäre Kampffähigkeit der Gewerkschaften fördern, die Fraktion innerhalb der Gewerkschaften fortsetzen, besonders in den Amsterdamer Gewerkschaften, und die revolutionäre Opposition gegen die reformistischen Führer unterstützen. Weiter müssen sie Einheit im Kampf gegen die Unternehmer propagieren. „Die Bedeutung der Einheitsfronttaktik in der Gewerkschaftsbewegung" — heißt es in der Resolution wörtlich — „besteht nicht nur darin, die organisatorische Einheit zustande zu bringen, sondern vor allem darin, die Arbeitermassen zu erobern und zu gewinnen." Die organisatorische Einheit kann erst geschaffen werden, wenn die verschiedenen Gewerkschaftszentralen revolutioniert werden. „Weil das NAS. in Holland, sagt die Resolution — eine Gewerkschaftszentrale mit revolutionärem Charakter ist, die bereits an der revolutionären Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung arbeitet, muß die KPH. die Kampffähigkeit des NAS. kräftig unterstützen. Die Kommunisten haben weiter die Aufgabe, darnach zu streben, daß auch das NAS. die Notwendigkeit der Fraktionsbildung in den Amsterdamer Organisationen anerkennt und durchgeführt, nicht etwa um die Amsterdamer Organisation zu zersplittern, sondern damit in diesen Organisationen zusammen mit kommunistischen und oppositionellen Elementen der Einfluß der revolutionären Opposition verstärkt wird. Bei all dieser Arbeit — sagt die Resolution — müssen die Kommunisten einheitlich und geschlossen auftreten und eventuelle Meinungsverschiedenheiten nur im Rahmen der Partei und nicht in der Öffentlichkeit lösen."

Nachdem also in der wichtigsten Frage, der Gewerkschaftstaktik, Übereinstimmung erzielt worden war, lieferten die Organisationsfrage und die Frage der Fraktionsbildung keine besonderen Schwierigkeiten mehr. Im Sinne der Anweisungen der Exekutive wurden die Genossen Sneevliet und Bouwman in den Parteivorstand aufgenommen und dem Genossen Bouwman wurde auf Grund der einstimmig beschlossenen Gewerkschaftsresolution die Leitung der Gewerkschaftsrubrik der „Tribüne" übertragen.

Die Frage der Fraktionsbildung, das heißt die Frage der Disziplin, wurde hiermit gleichzeitig endgültig gelöst. Wenn jetzt jemand daran gehen sollte, diese Disziplin zu verletzen, dann wird die Parteileitung die Konsequenz daraus ziehen müssen.

Hiermit ist, kurz zusammengefaßt, das Wichtigste über den holländischen Parteitag gesagt. Die Vertreter der Exekutive, die Genossen Stirner und Kreibich haben in hochzuschätzenden Worten ihre Meinung über die holländischePartei ausgesprochen, die zwar klein, aber vorbildlich sei, wegen der vielen geschulten Arbeiter, die in ihr organisiert sind. Der Genosse Kreibich sagte, daß die temperamentvolle Diskussion auf dem Parteitag ein Zeugnis dafür sei, daß die Partei den holländischen Genossen sehr am Herzen liege. Es war dies keine Höflichkeitsphrase, denn diese Genossen haben auf dem Parteitag die holländische Partei wirklich kennen gelernt.

Die Mitgliederzahl der KPH. ist verhältnismäßig noch gering, obwohl es ein gutes Zeichen ist, daß trotz der inneren Streitigkeiten, die viele Arbeiter enttäuschten, die Zahl der Mitglieder im letzten Jahre stieg (auf 1600 Mitglieder). Der Einfluß der Partei ist aber viel größer, sie hat bei den Wahlen mehr als 54.000 Stimmen bekommen. Die holländische Partei kann den Vergleich mit vielen anderen Sektionen der Komintern wohl vertragen. Sie hat in der „Tribüne" ihr Tageblatt, das eines der besten Organe der Kommunistischen Internationale ist und mit großen Opfern erhalten wird. Die Auflage beträgt täglich ungefähr 7000 Exemplare und am Sonnabend manchmal das Doppelte. Die Jugendbewegung bringt wertvolle Kämpfer in den Vordergrund. Unter der Leitung des Genossen Van Lakerveld ist die Auflage der Jugendzeitung „De Jonge Communist" bis auf 3000 Exemplare gestiegen und — was noch viel wichtiger ist — die Fabrikpropaganda wird mittels Betriebszeitungen planmäßig organisiert und mit wirklich glänzendem Erfolg durchgeführt. Es ist dies ein Resultat der Instruktionen, die im vorigen Jahre vom Vertreter der KJI., dem Genossen Willi Kreß, gegeben wurden.

Der jüngste Parteitag der KPH. war, wie der Genosse Wijnkoop in seinem Schlußwort sagte, der wichtigste Parteitag, den die Partei bisher abgehalten hat. Er sei der Abschluß des Individualismus in der Partei, hoffentlich die endgültige Niederlage der kläglichen Reste der sogenannten „Holländischen Schule". Und der Parteitag sei zugleich der Anfang des engen Kontakts mit der Komintern. Das Verhältnis zu der Komintern sei durch diesen Kongreß inniger geworden. Erstens weil von der Internationale auf die KPH. ein großer Einfluß ausgeübt wurde, und zweitens, weil der Parteitag gezeigt hat, was die holländische Partei in der Internationale bedeuten und als alte marxistische Partei der Internationale bieten könne.

Nachschrift: Die Resultate des Parteitages haben natürlich die verschiedenen Gegner der Kommunistischen Partei sehr enttäuscht. Die syndikalistischen und anarchistischen Elemente im NAS. nahmen gegen die Beschlüsse des kommunistischen Parteitages auf ihre Weise Stellung, indem sie erklärten, daß es unmöglich sei, die Funktion des Genossen Snevliet (als Vorsitzender des NAS.) und des Genossen Bouwman (als Vorstandsmitglied des NAS.) mit ihrer Stellung als Vorstandsmitglieder der KPH. zu vereinigen.

Die Genossen Snevliet und Bouwman haben daraufhin beschlossen, in den Parteivorstand nicht einzutreten. Sie haben diesen Beschluß in einer Erklärung bekanntgegeben, worin sie gleichzeitig auf die Notwendigkeit hinweisen, im Sinne der vom Parteitage gefaßten Beschlüsse zu arbeiten.

Aus der Roten Gewerkschafts-Internationale

Vertagung des III. Weltkongresses der Roten Gewerkschafts-Internationale.

Telegramm der Inprekorr.

** Der Vollzugsausschuß der RGI. hat beschlossen, die Eröffnung des III. Weltkongresses vom 25. Juni auf den 5. Juli zu verlegen.

Der Vollzugsausschuß der RGI.

Faschismus

Die deutsche Reichstagswahl — ein Fiasko der Völkischen?

Von Karl Frank.

** Die Reichstagswahlen endeten scheinbar mit einer kleinen Überraschung: der „Ruck nach rechts" hat die Deutschnationale Partei und nicht den „Völkischen Block", Hitler, Ludendorff, Gräfe, weit vorwärts geschoben.

Wie steht es überhaupt mit dem „Ruck nach rechts?"

Die Wahlabstimmung hat zunächst gezeigt, daß der reaktionären Welle eine gewaltige revolutionäre entgegenläuft. Man kann von keinem entscheidenden Sieg weder auf der einen noch auf der anderen Seite sprechen. Nur davon, daß zwischen beiden Gruppen eine dritte, die bürgerlich-demokratische Mitte mit der Sozialdemokratie eine schwere Niederlage erlitten hat.

Von ihr, von der bisherigen Regierungskoalition (in verschiedenen Variationen mit und ohne sozialdemokratische Minister), die in der Wahl von ihrer parlamentarischen Mehrheit auf ein knappes Drittel im neuen Reichstag zusammenschrumpfte, hat sich nur der „Zentrumsturm" gehalten. Die Stresemann-Partei verlor eine Million Stimmen, die bürgerlichen Demokraten fast dreiviertel Millionen. Diese Stimmen sind es in erster Linie, die den Deutschnationalen zugewandert sind, die fast anderthalb Millionen Stimmen Zuwachs aufweisen. Der linke Flügel der bürgerlich-demokratischen Mitte, die Sozialdemokratie, ist am entscheidensten geschlagen. Sie ist zwar die stärkste Partei geblieben, hat noch immer 5,9 Millionen Stimmen aufgebracht, zum alten Reichstag aber wählten für sie allein 200.000 Wähler mehr als am 4. Mai 1924, dazu kamen seit der Vereinigung mit einem Teil der USPD. beträchtliche Massen des rechten Flügels dieser

Partei, die, wie das Wahlresultat zeigt, dann kaum ausreichten, um die zusammengeschmolzenen Reihen der Sozialdemokratie auf den alten Stand von 1920 aufzufüllen.

Aber nicht nur an die bürgerliche Rechte hat die Mitte, insbesondere der linke Flügel, die Sozialdemokratie, Stimmen abgegeben, die entscheidenden Verluste wurden ihr von der Kommunistischen Partei zugefügt. Wenn man überhaupt den unklaren Begriff eines Sieges im Wahlkampf verwenden will, dann kann er nur auf die Kommunistische Partei angewandt werden. Sie hat parlamentarisch die größten Erfolge, einen Stimmenzuwachs gegenüber 1920 von über 300.000 und fast überall im Reiche eine gewaltige Stimmenvermehrung auch noch gegen die letzten Wahlabstimmungen. Aber sie ist nicht deshalb allein der eigentliche Sieger der „Sanierungswahl", sondern weil sie **dreidreiviertel Millionen Stimmen in den entscheidenden industriellen Zentren,** weil sie sie im Rheinland, in Mitteldeutschland, in Berlin, in Oberschlesien den Menschewisten abnahm. Und zwar zu einer Zeit, wo sie selbst nach ihrer Oktoberniederlage durch Seeckt, durch die Generalsdiktatur der rechten bürgerlichen Mitte sozusagen noch als Rekonvaleszent in den Kampf ging und dennoch in diesem Ausmaße siegte. Unter solchen Verhältnissen ist es ganz irreführend, nur von einem „Ruck nach rechts" zu sprechen, man müßte vielmehr von einem eben solchen nach links sprechen. Zersetzt, zermürbt, zerschlagen ist nur die Mitte. Die Sammlung im revolutionären Lager, der Linkssieg, ist klar genug. Nicht so klar liegen die Verhältnisse auf dem Gegenpol; über die Rolle der Völkischen nach den Wahlen und die Lehre dieser Wahlen herrschen jetzt große Unklarheiten. Der neue Reichstag ist, ohne entscheidende Mehrheit einer der genannten Gruppen, als richtiger Ausdruck der politischen Verhältnisse in Deutschland ein Krisenreichstag und entspricht den deutschen Krisenverhältnissen.

Unter diesen Umständen werden die parlamentarischen Entscheidungen noch stärker als bisher durch das außerparlamentarische Kräfteverhältnis bestimmt sein. Und es ist klar, daß man deshalb nicht jetzt in den Fehler verfallen darf, die nicht allzu großen Wahlerfolge der Völkischen als Bestätigung ihrer „vollkommenen Pleite" zu begrüßen. Es ist zunächst richtig, daß die Völkischen die sanften Prügel, die sie im November vom Stresemann-Ordnungsblock erhielten, weniger gut überstanden haben wie die Kommunisten den ihnen zugedachten Ausrottungsversuch. Man hat auch nach den bestehenden Landtagswahlergebnissen von Thüringen, Mecklenburg und besonders Bayern und nach der ebenso wirksamen Propaganda des Hitler-Prozesses ihre augenblickliche Stärke im Reichsmaßstabe überschätzt. **Man glaubte,** daß sie, die vor dem November 1923 streng genommen nur in Südbayern Massenbewegung waren, **schon Massenbewegung im ganzen Reich geworden seien.** Ihr stürmischer Zulauf in der Reichstagswahlkampagne, das Anwachsen ihrer Presse und Propaganda, das pilzartige Aufschießen von völkischen Blättern allerorts aus dem Sumpfboden der „Novemberrepublik" und die völkische Drapierung der gesamten bürgerlichen Reaktion, deren Parteien alle völkische Schlagworte, wie die „Vernichtung des Marxismus", die Judenhetze, die „Werkgemeinschaftslosung" aus dem völkischen Programm übernommen hatten, führte zu dieser Überschätzung des schon kristallisierten völkischen Kerns in der reaktionären Welle. Es war ein Fehler, die aus den vielen völkischen Grüppchen und Bünden entstandene **vökische Massenpartei** oder vielmehr den Versuch dazu im völkisch-sozialen Block **gleichzusetzen der völkischen Bewegung.**

Der Wahlkampf und der Ausgang der Wahlen hat aber gezeigt, daß eben **diese völkische Bewegung** und ihre geschickte Ausnutzung im Lager der Rechten den entscheidenden Erfolg der Deutschnationalen begründete. Sie hat ihn sozusagen unter der Hakenkreuzfahne der kleinbürgerlichen völkischen Schichten errungen, die nach ihrer Flucht aus der demokratischen Mitte, der sie nach 1918 zugestoßen waren, in ihrer Mehrheit noch nicht den Weg bis zu Hitler und Wulle durchmaßen, sondern bei den „auch völkischen" Deutschnationalen stecken blieben. Alle bürgerlichen Parteien versuchten, wie sie 1918 mit Erfolg unter der Herrschaft der menschewistischen Welle menschewistisch geschillert hatten, jetzt völkisch zu schillern. Am besten gelang es den Deutschnationalen, die ihre tatsächliche Mitschuld am Koalitionsverbrechen und der Erfüllungspolitik der letzten vier Jahre am besten zu verschleiern verstanden. Und die Deutschnationalen, die unter völkischer Flagge kämpften, haben, als die stärkere Organisation mit dem alten gediegeneren Parteiapparat, die von der Demokratie enttäuschten Kleinbürgermassen mindestens ebensosehr dieser Organisation zu verdanken wie der radikalen Mauldrescherei der Völkischen, die damit den eigentumsängstlichen Kleinbürgern zu viel zumuteten. Zu viel in einer Zeit, wo die bolschewistische Gefahr niedergeschlagen und Ruhe und Ordnung endlich auf dem Marsche schien.

Der deutschnationale Parteiapparat wirkte ähnlich gegen die Hitler-Leute, wie der SPD.-Apparat lange Zeit über den tatsächlichen Einfluß der SPD. hinaus die Entfaltung der kommunistischen Bewegung hemmte und noch hemmt. **Aber eine Partei, die auf den ersten Anhub über zwei Millionen Stimmen (zweieinhalb,** wenn man die Stimmen der Knüppelkunzevölkischen zurechnet) **erhält,** kann man nicht mit Redensarten von „vollkommener Pleite", „kläglichem Fiasko" usw. abtun. Insbesondere dann nicht, wenn ihre Hauptschlagkraft **nicht in der parlamentarischen Aktion liegt,** ihre Rolle und Bedeutung vielmehr darin liegt, der außerparlamentarische Stoßtrupp der verfassungsmäßigen Gegenrevolution zu sein.

Nach der Überschätzung keine Unterschätzung der Völkischen! Das muß die Lehre ihres Abschneidens bei der Reichstagswahl sein. Es ist richtig, sie haben mit zwei Millionen Stimmen nur ungefähr 6% der Wählerschaft an sich gerissen, aber keine einzige Partei eroberte mehr als 20%. Heute ist man sich im bürgerlichen Lager klar darüber, daß der Wahlsieg der Kommunisten nicht in ihren 12% Stimmen zu suchen ist, die sie hinter sich vereinigte. Die Wahlabstimmung zeigte eben den Tatsachen entsprechend, noch keine zum Endkampf vollkommen formierte und aufmarschierte Armee der Revolution und der Gegenrevolution.

Man soll doch nicht ganz außer acht lassen, daß die letzte italienische Reichstagswahl vor Mussolinis Marsch nach Rom den Faschisten auch nur 25 **Abgeordnete gebracht hatte!**

Daß Deutschland nicht Italien ist und daß der Faschismus wenigstens mit **zwei Arten von Deutschland** zu kämpfen haben wird, das beweist der große Widerstand, den die hauptindustriellen Zentren ihm bis jetzt entgegensetzen. **Im Rheinland, dem einen Brennpunkt der nationalen Leidenschaften, wo sich die Völkischen als die Partei des Nationalismus besonders hätten bewähren müssen, stehen fast einer Million kommunistischer Stimmen nur etwa 100.000 Völkische gegenüber!** Im „völkischen", national heißumstrittenen Oberschlesien ebenso. Der Wahlkreis Oppeln weist 129.700 Kommunisten und nur 18.000 Völkische auf. Berlin und Hamburg zusammen zeigen 337.000 Kommunisten gegen nicht ganz 80.000 Völkische!

Daß die Völkischen aber **die Partei der Gegenrevolution sind,** beweist nicht nur ihre starke Stellung in Bayern, sondern auch in Thüringen, Sachsen und auch dem industriellen Mitteldeutschland, wo im Halle-Merseburger Kreis zum Beispiel die Niederlage in der Märzaktion zu ihrer Wucherung den Grund legte. (In Halle, Sachsen, Thüringen sind sie natürlich viel schwächer als in Bayern, den einzigen Bezirk, wo ihre Stimmenzahl an die Arbeiterstimmenzahl heranreicht, Bayern ist der einzige Bezirk, wo die Völkischen mehr Stimmen als die Kommunisten aufbrachten.) In allen diesen Bezirken wurden sie gegen den revolutionären Kampf der Arbeiter von den vereinigten Bürgerlichen und Sozialdemokraten eingesetzt und so wird die völkische Bewegung in Deutschland (ebenso wie die faschistische in Italien), die die Frucht des menschewistischen Verrats im großen ist, in den genannten Bezirken die üppige Frucht der sozialdemokratischen Schande. Außer in Bayern, in Thüringen, in Ost- und Westpreußen, Halle, Merseburg und Hessen-Nassau eroberten die Völkischen aber **nur noch in den agrarischen Gebieten Ostpreußen, Mecklenburg, Pommern und Südhannover** Mandate in den Wahlkreisen selbst. Ihre weiteren Mandate verdanken sie nur der Wahlkreisverbindung und der Reichsliste.

Die Kommunistische Partei muß aus dem Wahlkampf die Folgerung ziehen, daß die verfassungsmäßige Gegenrevolution der Deutschnationalen ernster bekämpft werden muß wie bisher. Nicht nur sie, auch die Reaktion des Zentrums und der geschwächten bürgerlichen Parteien. Es wäre aber **verhängnisvoll, für sie, wenn sie sich leichtfertig über die Rolle und Bedeutung der völkischen Bewegung und der völkischen Organisationen** Täuschungen hingäbe, nur, weil nicht alle Blütenträume der Völkischen in diesem Mai reiften und sich nicht alle Ängste der Spießbürger erfüllten. Wir haben nicht zuviel Propaganda, und nicht gegen „ein Phantom" gemacht, **wir haben noch immer viel zu wenig** gegen die Völkischen gekämpft und viel zu wenig sorgfältig ihre augenblickliche Maskierung, Stärke, Gruppierung studiert. Völkische neben einer Kommunistischen Partei darf es überhaupt nicht geben.

Die nächste Zeit wird, nach den Ankündigungen der deutschnationalen Führer zu schließen, in der Entlarvung der nationalen Demagogie der deutschnationalen Kapitalistenpartei große Fortschritte bringen. Die Zergliederung des bayrischen Wahlresultats, wo etwa 450.000 Völkischen nur ungefähr ein Drittel Deutsch-

nationale gegenüberstehen, zeigt, daß sich bei der Verstärkung der völkischen Bewegung die kleinbürgerlichen Schichten sehr wohl auch ins völkische Parteilager begeben, und von radikalen Mauldreschereien nicht abgestoßen, wohl aber angezogen werden, von allerhand Münchner Rummel. (Insbesondere die Frauen.) zimmer.)

Die Perspektive der weiteren Verelendung, durch den kommenden Versuch der Erfüllungspolitik auf Grund des Sachverständigengutachtens, **erlaubt alles andere, als daß man die völkische Gefahr auf die leichte Achsel nimmt.** Daß wir sie besiegen werden, ohne ein blutiges Intermezzo a la Mussolini erleben zu müssen, dafür gibt uns der Ausgang in den wichtigsten Gebieten neue Zuversicht. Verwandeln wir diese Zuversicht in sichere Garantie!

Proletarische Kunst

Die Kinematographie im Dienste der proletarischen Revolution.

Von Allan Wallenius (Moskau).

** Unter den verschiedenen Formen der Propaganda ist die mündliche viel wirksamer als die schriftliche. Aber schon das Bild als Propagandamittel bedeutet einen Schritt vorwärts, eine Entwicklung der literarischen Propaganda. Das Bild (Diapositive, Laterna magica) als Erläuterung der mündlichen Propaganda spielt eine bedeutende Rolle, obwohl es noch ungenügend von uns Kommunisten ausgenützt wurde. Überhaupt haben wir international noch allzuwenig von der Bildpropaganda, geschweige denn von einer zielbewußten Entwicklung der Methoden dieser Propaganda, Gebrauch gemacht. Noch weniger haben wir an die Möglichkeiten und Entwicklung der effektivsten Form der Bildpropaganda: **den Film**, gedacht.

Die Filmpropaganda ist für die revolutionäre Bewegung ebenso wertvoll wie die literarische. Aber es kann nicht gesagt werden, daß man der Filmtätigkeit auch nur eine annähernd ebenso große Aufmerksamkeit geschenkt hat, wie der Verlagstätigkeit. Und hundertmal mehr als die schriftliche ist die Filmpropaganda ein Massenmittel.

Wo das Interesse für die Filmtätigkeit in der revolutionären Arbeiterbewegung vorhanden war, hat dieses am meisten nur theoretische Ausdrücke gefunden. Man hat anerkannt, daß die Sache wichtig sei, unterstützt werden müsse usw.

Einige Sektionen der KI. haben schon aktiv die Sache aufgenommen, so zum Beispiel in der **Union der Sowjetrepubliken**, wo das Proletkino — die Filmorganisation der russischen Arbeiterorganisationen — unter großen Schwierigkeiten arbeitet; in der **Tschechoslowakei**, wo auch eine Filmorganisation in nahem Kontakt mit der Partei existiert. In der **Schweiz** arbeitet auch die „Proletarische Kinogemeinde", aber nur mit belehrenden, nicht mit revolutionären, propagandistischen Filmen. Das russische Proletkino hat auch schon in **Skandinavien** zwei Tochterorganisationen ins Leben gerufen, aber bis jetzt konnten auch diese wenig leisten.

Praktisches hat außerhalb Rußlands das **Kinobüro der IAH.** geleistet, da es mehrere russische Filmchroniken im Auslande verbreitet hat, und auch neutrale russische Filmproduktion im Auslande verkauft, wodurch eine gute Propaganda für die Sowjetunion geleistet wird. Besonders ist dies der Fall in **Amerika**, wo das Kinobüro der IAH. und das Proletkino zusammenarbeiten. Eine aktive revolutionäre Filmpropaganda fehlt aber bis auf weiteres in den verschiedenen Ländern, weil Filme revolutionärer Ideologie fehlten. Jetzt gibt es solche — obwohl nur zu wenige in Rußland. Unter diesen können wir zum Beispiel nennen: „Die roten Teufel", „Der Kampf um das Ultimatum", „Kombrig Iwanow", „Palast und Festung" und andere, die in Rußland mit großem Erfolge gespielt werden.

Selbstverständlich werden wir Schwierigkeiten begegnen — Zensur u. ä. — wenn diese Filme im Auslande verbreitet werden sollen. Aber gleichen Schwierigkeiten begegnen wir Kommunisten in unserer ganzen Tätigkeit, und sie können wenigstens teilweise überwunden werden. Technisch sind die Schwierigkeiten mit Filmen natürlich sehr groß, aber auch unter schwierigen Verhältnissen kann die Filmpropaganda betrieben werden.

Bisher existiert also keine einheitlich organisierte revolutionäre Filmpropaganda; sowohl innerhalb wie außerhalb Rußlands arbeiten wir sehr zersplittert. Die erste Bedingung ist eine Vereinheitlichung der Tätigkeit. Das heißt, in erster Reihe eine internationale Vereinigung der Tätigkeit des Proletkinos und des Kinobüros der IAH. Erst nach dieser Vereinigung werden die Möglichkeiten einer weiteren Entwicklung da sein. Das Kinobüro der IAH. gibt internationale Verbindungen, technische und kommerzielle Kenntnisse, und das Proletkino seinen bedeutenden russischen Apparat und seine Produktion revolutionärer Filme.

Die Produktion proletarischer Filme, künstlerische und andere, ist gegenwärtig die wichtigste Frage. Gute Arbeiterfilme gibt es nur wenige. Die meisten sind schon oben genannt. Die russische Erfahrung des Proletkino hat jedoch in bester Weise klargelegt, daß die revolutionären Filme den besten Erfolg — besonders kommerziell — haben. In dieser Hinsicht muß dem Proletkino seitens der Arbeiterorganisationen anfangs eine noch viel energischere — nicht nur moralische — Unterstützung zuteil werden. Insofern die Filme der anderen russischen Filmproduktionsorganisationen im Auslande nicht verkauft werden können, da die bürgerlichen Kinotheater kaum revolutionäre Filme spielen, werden sie durch das Proletkino ihre Produktion an die ausländische Arbeiterschaft verbreiten können. Selbstverständlich zahlen aber die Arbeiterorganisationen keine solchen Preise wie die bürgerlichen Filmorganisationen.

Bis jetzt hat Rußland — inwiefern ich die Sache kenne — nur zwei kommunistische Regisseure. Die beiden Filme dieser Genossen: **„Kombrig Iwanow"** und **„Der Kampf um das Ultimatum"** sind auch unter den jetzigen Filmen ideologisch die besten. (Beide sind Proletkinofilme.) Aber Filme wie „Rote Teufel", der auch technisch sehr gut ist, zeigen, daß auch parteilose Regisseure ideologisch vortreffliche Filme machen können. Aber leider sind die „Rote Teufel" nur eine Ausnahme. Die Produktion anderer parteilosen Regisseure ist gar nicht ermutigend. Denn technisch gute Filme gibt es schon in Rußland, die aber ideologisch sehr mangelhaft oder sogar sehr entmutigend sind, zum Beispiel „Staretz Gnjasnow", „Mister West", „Das diplomatische Geheimnis" und andere. — Die kommunistischen Regisseure müssen besonders unterstützt werden, man muß ihnen Möglichkeit zur technischen Ausbildung geben, man muß neue kommunistische Regisseure ausbilden. Dasselbe gilt betreffs kommunistischer Operateure.

Nicht nur ideologisch ist eine Revolutionierung der Filmkunst notwendig, auch technisch muß der Film neu gestaltet werden. In erster Reihe eine Emanzipation der Filme von der Literatur, wo man sich entschieden von den literarischen Szenerien freimachen muß. Regie und Schauspielerkunst müssen unbedingt neue Ausdrücke, neue Formen finden. Keine deutschen oder amerikanischen Großfilme (Massenfilme), wo alles Regie und nur Regie ist, sondern wirkliche, proletarische Massenfilme, wo die lebendige Masse aktiv tätig ist, sollen gestellt werden.

Die Erfahrung des Proletkinos hat deutlich gezeigt, daß technisch schwache Filme, wie zum Beispiel „Der Kampf um das Ultimatum", unter den Arbeitermassen größeren Erfolg gewonnen hat, als technisch bessere, aber ideologisch nicht so ausgeprägte. Das schon gibt eine Andeutung, daß hier neue Mittel und Wege, nicht die alten von den „Spezialisten" und Kritikern gezeigten Fußpfade, gesucht werden müssen.

Neulich war in der Moskauer „Kino-Zeitung" ein Artikel über das Thema: warum Rußland nur schlechte bürgerliche Filme und nicht die großen Schlager der Amerikaner importiert, zu lesen. Als Ursache wird angeführt, daß in Rußland keine großen Kinotheater existieren, weshalb es auch schwer ist, die teuere amerikanische „gute" Produktion zu importieren. Es ist richtig, daß sehr schlechte bürgerliche Filme in Rußland gespielt werden. Aber ebenso sicher ist es, daß durch eine richtige Einkaufspolitik unbedingt bessere Filme billiger nach Rußland eingeführt werden könnten. Auch ist es wahr, daß wir in Rußland große Massenkinotheater brauchen. Aber nicht der amerikanischen Schlager wegen, die wir sehr gut entbehren können, sondern unserer eigenen revolutionären Kinoindustrie wegen. Grusien steht auch in dieser Hinsicht mit einen großen Kinotheatern, auf die sich die grusinische Filmproduktion stützen kann, an zweiter Stelle. In Moskau, Leningrad und anderen Großstädten müssen unbedingt Riesenkinos gebaut werden, wo tausende Arbeiter billig unsere revolutionären Filme sehen können, wodurch wir damit auch für unsere Produktion genügend Mittel erhalten würden. In der Sowjetunion ist dies eine dringende Notwendigkeit, wenn wir das Kino für Aufklärung der **Massen** benützen wollen.

Eine wichtige Initiative, die in der Sowjetunion bereits in die Tat umgesetzt ist, ist die Gründung der **„Gesellschaft für Aufbau der proletarischen Kinematographie"**. Diese Gesellschaft ist eine Massenorganisation von Arbeitern, die sich die Förderung und Entwicklung der Arbeiterkinematographie als Aufgabe gestellt hat. Das heißt, eine enge und organisierte Anknüpfung der werktätigen Massen an die Produktion revolu-

tionärer Filme überhaupt, und Mobilisierung der Arbeiter zum Kampf gegen den bürgerlichen Schundfilm. Diese Initiative kann wohl schon in einigen anderen Ländern aufgegriffen werden, obwohl sie sich völlig nur in Arbeiterrepubliken entwickeln kann.

Aber das Kino hat noch in anderen Hinsichten Bedeutung für die Komintern. Zum Beispiel in den **Parteischulen**. Filme, die die Lage oder die Entwicklung der Industrie zeigen, sind viel instruktiver als hunderte Vorlesungen. Filme, die die Geschichte der Arbeiterbewegung illustrieren, die die Arbeiterverhältnisse, das Leben der Arbeiter in den verschiedenen Ländern, die Tätigkeit der revolutionären Organisationen usw. zeigen, sind unschätzbar. Wissenschaftliche Filme, Naturfilme usw. müssen auch für unsere Zwecke ausgenützt werden.

Die Filmtätigkeit erleichtert in mehreren Hinsichten unsere Aktivität, gibt uns die Möglichkeit an die Massen heran zu treten, unseren Einfluß über die Massen zu erweitern und zu befestigen, die „Smytschka" mit dem Bauerntum lebendiger zu machen, unsere Parolen zu popularisieren usw. Der Film öffnet für uns Felder, wo die Literatur nichts machen kann; denken wir nur an die analphabetischen Massen in Asien und anderswo. Der Film ist einer der mächtigsten Waffen der Gegenwart und Zukunft. Zu wenig haben die Kommunisten bisher für die Ausnützung der Filme getan. Es darf und kann nicht so weiter gehen. Die Kommunisten müssen überall und energisch die Kinematographie in den Dienst der Weltrevolution stellen.

Nachrufe

Dimitri Blagoeff.

** Der Gründer der Kommunistischen Partei Bulgariens, der alte Lehrer und Führer des bulgarischen Proletariats, der teure und vom ganzen Arbeiter- und Bauernbulgarien geliebte „Dedo" (Großvater) ist in der Nacht vom 6. zum 7. Mai d. J. in Sofia gestorben. Nach einer **vierzigjährigen** ununterbrochenen und rastlos ergebenen Arbeit für den Kommunismus schloß Dimitri Blagoeff für immer seine Augen, ohne die Endresultate seiner ungeheuren Arbeit, den Sieg des werktätigen Volkes und des Kommunismus in Bulgarien erlebt zu haben.

Noch als Student nahm er am Anfang der achtziger Jahre in Leningrad an der Gründung der russischen sozialdemokratischen (und nachher bolschewistischen) Partei teil. Und die Geschichte seines Lebens und seiner Tätigkeit in Bulgarien ist in ihrem Wesen die Geschichte der bulgarischen revolutionären proletarischen Bewegung.

Dimitri Blagoeff ist der erste Theoretiker des revolutionären Marxismus in Bulgarien. Ihm gebührt das Verdienst, daß das bulgarische Proletariat von dem giftigen Einfluß des Reformismus verschont blieb. Gemeinsam mit dem verstorbenen **Kirkoff** gab er der politischen Organisation und dem politischen Kampf des bulgarischen Proletariats vom ersten Anfang die richtige Richtung. Unter seiner geschickten Führung entwickelte sich die kleine Gruppe der engherzigen Sozialisten (der wirklichen Marxisten) aus dem Jahre 1900 bis 1903, in der Gestalt der KPB., zur stärksten und am besten organisierten politischen Partei im Lande, zum wirklichen Führer des Befreiungskampfes des bulgarischen werktätigen Volkes.

Ebenso bedeutend ist seine literarische und theoretische Tätigkeit. Noch am Anfang der neunziger Jahre besiegte er theoretisch die zahlreichen bürgerlichen Kritiker des Marxismus in Bulgarien. Der reformistische Sakasoffsche Flügel in der Partei, der bestrebt war, die Partei in einen kleinbürgerlichen Nachläufer der Bourgeoisie zu verwandeln, wurde theoretisch noch im Jahre 1903 liquidiert, dank der schonungslosen und vorzüglich argumentierten Kampagne. Nach Lenin kämpfte kaum ein zweiter in der internationalen Arbeiterbewegung so schonungslos gegen den Reformismus und gegen alle ablenkenden Tendenzen in der Arbeiterbewegung wie er, Dimitri Blagoeff.

In der von ihm im Jahre 1897 gegründeten theoretischen Zeitschrift „Nowo Wreme" („Neue Zeit") beleuchtete Blagoeff im Laufe von 25 Jahren die Probleme des Klassenkampfes in Bulgarien. Als erster stellte er die Arbeiterfrage in Bulgarien vor 30 Jahren auf wissenschaftliche Grundlage und zeigte in seinem klassischen Buch „Die Arbeiterfrage" den Weg der befreienden Arbeiterbewegung. Die erste Übersetzung des „Kapital" in bulgarischer Sprache mit einem volkstümlichen Kommentar stammt aus seiner Hand. Eine ganze Reihe klassischer Werke aus der marxistischen Literatur wurde von Blagoeff übersetzt. Er schrieb auch einige wertvolle Broschüren und Bücher zur Popularisierung des Marxismus und zur marxistischen Beleuchtung der bulgarischen Verhältnisse. Die einzige, ernste Arbeit über die Geschichte des Sozialismus in Bulgarien stammt auch aus seiner Feder. Unter seiner geistigen Führung und unter seinem Einflusse erhielt der größte Teil der Intellektuellen in der KPB. seine marxistische Schulung.

Blagoeff war aber nicht nur der erste Theoretiker des Marxismus in Bulgarien, er war auch der eigentliche Führer des kämpfenden bulgarischen Proletariats. Er war seit der Gründung der Partei bis zu seinem Tode das erste Mitglied des ZK. der Partei, auf den Parteitagen immer einstimmig gewählt. Seit 1913 war er Parlamentsabgeordneter, Vorsitzender, Führer, die Seele der kommunistischen Fraktion im Parlamente.

Blagoeff war auch der Gründer der Sozialistischen (nach dem Kriege kommunistischen) Balkanföderation (1910), interessierte sich außerordentlich für die Probleme der revolutionären Bewegung in den Balkanländern und nahm aktiven Anteil an der Arbeit der Kommunistischen Balkanföderation.

Als beim Ausbruche des Krieges die Zweite Internationale den berüchtigten Verrat an dem Sozialismus und an der Revolution beging, war Blagoeff gemeinsam mit Lenin der erste, der diese Internationale als verräterisch bezeichnete und der seine Stimme zur Gründung der Dritten Kommunistischen Internationale erhob.

Blagoeff war gegen alle Feinde des Proletariats unversöhnlich und rücksichtslos, aber noch rücksichtsloser gegen die versteckten Feinde der proletarischen Bewegung. Er besaß die Gabe, die reformistischen und anderen ablenkenden Tendenzen auch in ihren verschleierten Formen zu entdecken. Er nannte die Dinge immer bei ihrem wahren Namen, was manchem Anlaß gab, ihn als grob zu bezeichnen. All sein Tun geschah nur aus unbegrenzter Liebe zur großen Sache des Proletariats. Dieser Zug gewann ihm viele Freunde, aber auch viele Feinde. Er wurde von einer Seite grenzenlos geliebt, von der anderen aber auch ebenso grenzenlos gehaßt! Es gibt vielleicht in Bulgarien keinen Menschen, der von der Bourgeoisie so gehaßt wurde wie er, gleichzeitig aber gibt es keinen Menschen, der unter den Arbeitern und Bauern Bulgariens so beliebt ist wie er.

Blagoeff blieb sich selber und dem Kommunismus bis zum Ende treu. Die großen Niederlagen der KP. Bulgariens fanden ihn schwer krank. Sie riefen in ihm tiefe Erbitterung hervor, sie erschreckten ihn aber nicht und machten ihn nicht verzweifelt. Als die bürgerliche Presse während des Septemberaufstandes die Nachricht verbreitete, daß der alte Führer gegen den Aufstand sei, daß er den Aufstand als Abenteuer bezeichnete und die Führer des Aufstandes, Kolarow und Dimitrow, verflucht habe, widerlegte er, obzwar im Gefängnisse und krank, diese Lügen und von der Bourgeoisie erfundene Märchen und verteidigte entschlossen den Volksaufstand.

Unmittelbar vor seinem Tode, als sich der Staatsgerichtshof mit der Frage der formellen Auflösung der KPB. beschäftigte, verfaßte und veröffentlichte Blagoeff mit seinen letzten Kräften eine glänzende Verteidigung der KPB.

Blagoeff starb in der Zeit, wo die schwärzeste Reaktion in Bulgarien ihre Herrschaft errichtete, sein großes Werk wird aber in der von ihm gegründeten KPB. weiterleben und bis zum Siege weitergeführt.

Die ganze werktätige Bevölkerung Bulgariens, tief gerührt von dem schweren Verlust des von allen geliebten unersetzlichen Dedos Blagoeff, erhebt immer kühner und höher das revolutionäre Banner, das er 40 Jahre hindurch so fest in seinen Händen hielt, und marschiert unentwegt ihrem endgültigen Sieg über die Bourgeoisie entgegen.

* * *

Dimitri Blagoeff, der „Dedo", ist im Dorfe **Zagoritscheni** (Mazedonien) im Jahre 1855 (oder 1859) geboren. Seine Mutter hatte keine Milch, um ihn zu säugen, und deswegen mußte sie das Kind anderen Frauen im Dorfe zur Säugung überlassen. Als zehnjähriges Kind mußte er das Heimatdorf verlassen und zu seinem Vater nach Konstantinopel fahren. Seine Mutter wollte, daß ihr Sohn Gelehrter werde, sein Vater aber rief ihn zu sich, um ihn zu einem Schuhmacher in die Lehre zu geben. Selbstverständlich siegte der Vater, und unser „Dedo" kam als zehnjähriges Kind nach Konstantinopel, um das Schuhmacherhandwerk zu erlernen. Er selbst zeigte zu diesem Beruf keine Neigung, er schwärmte vielmehr dafür, Lehrer zu werden. Das Schicksal zeigte sich ihm günstig, und er fand in Konstantinopel in einer bulgarischen Schule Aufnahme und erhielt ein Stipendium. In der Schule war er einer der Ersten. Nachdem er die Schule in

Konstantinopel absolviert hatte, schwärmte er von Rußland, wo seinerzeit die bulgarische Jugend studierte. 1877 finden wir ihn in Bulgarien. Dort traf er den alten Slavejkoff (einer der alten bulgarischen Revolutionäre) und mit dessen Hilfe gelang es ihm auch tatsächlich, nach Rußland zu fahren. Dort trat er in ein Seminarium (Schule für Geistliche) ein, doch verließ er es bald, da ihn die theologischen Wissenschaften nicht befriedigten, und absolvierte das Gymnasium. Nach der Matura sehen wir ihn als Studenten der Philosophie in Petrograd (Leningrad). Er nimmt regen Anteil an den Studentenvereinigungen, wobei er sich auch zum ersten Male mit dem „Kapital" von Marx vertraut machte und die erste marxistische Studentengruppe mitschuf. Er wurde wegen revolutionärer Propaganda aus Rußland ausgewiesen und kehrte nach Bulgarien zurück. Sein ganzes Leben war vom Anfang bis zu seinem Tode mit der Arbeiterbewegung verbunden.

Aufrufe

An die klassenbewußten Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands!

Kollegen! Genossen!

** Von jeher war eine der wichtigsten Forderungen und Kampfziele der Weltarbeiterschaft die Erreichung und Verteidigung des Achtstundentages, beziehungsweise der Siebenstundenarbeit in gesundheitsschädlichen Betrieben, wie im Bergbau, den chemischen Fabriken, Hüttenwerken, Feuerungsbetrieben und dergleichen mehr.

Diese Forderung ist vom hygienischen und volksgesundheitlichen Standpunkt aus vollauf berechtigt, da nur dann eine gesunde und kräftige Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft bestehen kann, wenn sie nach ausreichend entlohnter Tagesarbeit von höchstens acht Stunden genügend Zeit und Möglichkeit hat, ihre Arbeitskraft durch Ruhe, Ernährung, Körper- und Geistespflege neu zu erzeugen und zu mehren.

In Deutschland war die soziale Forderung des Achtstundentages durch den Ansturm des Proletariats während der Novemberrevolution durchgesetzt, aber leider nicht genügend wirtschaftspolitisch gesichert worden. So konnte in der Zeit größter gesundheitlicher Not der Werktätigen durch die systematischen Angriffe der Bourgeoisie und durch den Klassenverrat der reformistischen Führer auch der Achtstundentag, dieses Palladium der Arbeiterschaft, ihr entrissen werden. Statt die erstrebte Mehrleistung durch Einstellung der arbeitslosen und daher gänzlich verelendeten Arbeiter und Angestellten oder durch moderne Betriebsverbesserungen zu versuchen, wurde von Unternehmerseite wie von Behörden gleichzeitig mit dem „Personalabbau" auch der Abbau des Reallohnes, der gesamten sozialhygienischen Fürsorge und schließlich des Achtstundentages betrieben.

Infolgedessen befindet sich die werktätige Bevölkerung Deutschlands, wie wir als Ärzte und Samariter bei tausendfachen Gelegenheiten feststellen können, in einem geradezu erschreckenden körperlichen Verfall. Zu den chronischen Schädigungen durch Krankheiten, Unterernährung, mangelhafte Bekleidung, Behausung und Gesundheitspflege kommt nun noch die akute Erschöpfung durch Überarbeit in unhygienischen Betrieben, so daß nach unserer wissenschaftlich begründeten Überzeugung die Arbeiterschaft Deutschlands zur Zeit körperlich nicht imstande ist, ohne schwerste dauernde Gefahr für Leben und Gesundheit Überstundenarbeit zu leisten.

Seit seinem Bestehen hat der Tausende von Samaritern umfassende „Proletarische Gesundheitsdienst" (PGD.) und seine in rapidem Zunehmen begriffene „Ärztegemeinschaft" die Öffentlichkeit eindringlichst auf die Nöte und Leiden, auf die Berufs- und Volkskrankheiten der ausgebeuteten Schichten hingewiesen und als allein erfolgversprechendes Mittel zur Behebung des Massenelends die Sozialisierung des gesamten Heilwesens im Rahmen einer proletarischen Gesellschaftsordnung angegeben. Wie in einer Resolution des I. Proletarischen Ärztetages und Gesundheitskongresses zu Berlin am 25. Dezember 1923, so fordern jetzt wiederum und in verstärktem Maße die unterzeichneten Organisationen das gesamte Proletariat Deutschlands und der Welt auf, alle Kräfte auf die Eroberung, Rückgewinnung und Befestigung des Acht-, beziehungsweise Siebenstundentages zu konzentrieren und bekunden ihre tiefste Sympathie und Solidarität mit den Vorkämpfern der sozialen Forderung, den Bergarbeitern von Ruhr, Oberschlesien und Mitteldeutschland, sowie mit allen anderen um das hohe Ziel ringenden Arbeiterkategorien.

Es lebe der einheitliche Kampf aller Werktätigen:
um einwandfreie Arbeitsbedingungen,
um die Sozialisierung des Gesundheitswesens,
und um die allein menschenwürdige —
die proletarische Welt- und Wirtschaftsordnung!

Berlin, den 7. Mai 1924.

Der Proletarische Gesundheitsdienst, Bundesvorstand:
i. A. Dr. L. Klauber, Arthur Deutschmann.

Die Ärztegemeinschaft des PGD., Vorstand:
i. A. Dr. L. Wolf, Dr. E. Fabian, San.-Rat. Dr. M. Cohn, Dr. S. Alexander, Dr. K. Kaphan.

Buchbesprechungen

E. I. Gumbel: „Verschwörer."*)

Von Paul Friedländer.

** E. I. Gumbel, dessen Zusammenstellung von Dokumenten über „Vier Jahre politischer Mord" (in Deutschland) auch in nicht proletarischen Kreisen Eindruck gemacht hat, weil darin in objektiver Weise und zahlenmäßig bewiesen wurde, daß die bürgerlich-demokratische Republik nur die Verkleidung eines Regimes des weißen Terrors ist, hat soeben eine Sammlung von Dokumenten „zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918" unter dem Titel „Verschwörer" veröffentlicht. Der Titel ist nicht gerade bezeichnend, da es bekanntlich Verschwörer verschiedenster Richtungen gegeben hat (und noch gibt), und man beispielsweise den Babouvisten oder Blanquisten weder ihre revolutionäre Gesinnung noch ihre allerdings unklaren kommunistischen Ideale absprechen kann, wenn sie sie auch auf dem törichten Weg des Putschismus in die Tat umsetzen wollten. Außerdem handelt es sich im gegenwärtigen Deutschland nicht um kleine Gruppen von Verschwörern, sondern, wie es gerade das Buch Gumbels zeigt, um weitgesponnene Organisationen, die zu einem starken politischen Faktor geworden sind und teilweise ganz offen ihr Haupt erheben. Die konspirative Methode allein stempelt die Deutschvölkischen ebensowenig zu Verschwörern, wie die Kommunisten, wenn sie in die Illegalität gedrängt sind. Sie sind reaktionäre Putschisten, weil sie darauf hinarbeiten (und hingearbeitet haben), gegen den Willen und gegen die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, mittels brutalem militärischem Gewaltstreiches die weiße Diktatur in ihrer rücksichtslosesten Form aufzurichten und zu behaupten.

Das vorliegende Buch Gumbels hat das gleiche Verdienst wie das frühere über den politischen Mord: es gibt für Tatsachen, die dem Proletariat durch furchtbare Erfahrung ins Bewußtsein eingeprägt sind, eine reiche Menge dokumentarischer Belege. Dadurch wird es zum wichtigsten Behelf in der Propaganda und im Kampfe der Arbeiterschaft. In dem vorliegenden Buch handelt es sich vor allem um eine Fülle von Dokumenten zur Tätigkeit der völkischen Verbände, wobei der Verfasser mit Recht die Dokumente für sich sprechen läßt, da die in ihnen zum Ausdruck kommende, grenzenlose Borniertheit und zugleich äußerste Entschlossenheit zur brutalen Gewalt (gegen den „volksfremden" Marxismus) keines Kommentars bedarf. Es sei bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß die Kapitel des Buches, in denen der Verfasser selbst „Geschichte und Soziologie" betreibt, ihrem geistigen Gehalt nach sehr schwach geraten sind, weil der Verfasser kein selbständiges und klares politisches Urteil hat, und nur beim Registrieren und Zusammenstellen von Tatsachen am richtigen Platz ist.

Schon aus dem ersten Kapitel „Dokumente zum Kapp-Putsch" (S. 13 bis 43) geht Gesinnung, Ziel und Methode der Nationalisten ebenso eindeutig hervor, wie ihre enge Verbindung und Identität mit den Offizieren der Reichswehr. Besonders aufschlußreich sind die Denkschriften des damaligen Führers der Eisernen Division Berchtold (der in den Tagen des Kapp-Putsches fiel) und des Generals v. Lossow, desselben Lossow, der im Kampfe Kahr—Bayerns gegen das Reich die Meuterei der Reichswehr dirigierte und der bereits vor dem Kapp-Putsch „Leiter der militärischen Abteilung" der konterrevolutionären Or-

*) E. I. Gumbel: Verschwörer, Malik-Verlag 1924.

ganisationen war. Obwohl seine in rein bürgerlichem Sinne landesverräterische Haltung schon zur Zeit des Kapp-Putsches klar am Tage lag, und der unter sozialdemokratischer Hegemonie befindlichen Reichsregierung bekannt war, konnte er auf seinem Posten verbleiben und avancieren, ebenso wie fast alle 540 Reichswehroffiziere, deren Teilnahme am Kapp-Putsch von einem Reichsausschuß festgestellt wurde (in Gumbels Buch in einer Namenliste angeführt, S. 34 bis 43). Ein kleines bezeichnendes Zitat aus einem Brief eines der nationalistischen Macher, Leutnant Mayerl, sei angeführt, weniger um die Brutalität, als vor allem, um die grenzenlose politische Borniertheit dieser Völkischen, die die Existenz der kapitalistischen Ordnung einfach übersehen, zu charakterisieren: „. . . Wenn es überall so steht wie hier, dann gibt es keinen Zweifel am Gelingen der Tat. Hoffentlich vergißt der kommende Diktator nicht, die Juden für vogelfrei zu erklären. — Eine Nacht genügt, um die Hunde auszurotten. Ich habe für hier schon eine schwarze Liste angelegt, damit auch die ‚richtigen' totgeschlagen werden. Denn es verdienen es auch manche Nichtjuden . . ." (S. 23). Das ist ihr politisches Programm!

In dem zweiten Kapitel über „die großen politischen Attentate" (dem übrigens wie auch einigen anderen Kapiteln in störender, weil ganz unangebrachter Weise Zitate aus Ciceros Rede gegen Catilina beigegeben wurden — das Zitieren Ciceros überlasse man den Demokraten à la Wolff, Harden usw.) werden die Morde an Erzberger und Rathenau sowie die Attentate gegen Scheidemann und Harden dargestellt (S. 43 bis 63). Das Verhalten der Hure Justiz, die ihre nationalistischen Zuhälter nicht preisgibt — was nur im bürgerlichen Klassenstaat selbstverständlich ist (Gumbel spricht allerdings illusionistischerweise vom „Versagen der Justiz"), wird darin anschaulich illustriert.

Die wertvollsten Kapitel des Buches sind diejenigen, die sich mit Zusammenstellung des Materials über die völkischen Organisationen befassen, und zwar sowohl mit den kleineren Bünden, deren Zahl Legion ist, die aber dort an 200.000 Mitglieder und mehr umfassen (S. 63 bis 76), als auch insbesondere mit den wichtigsten Organisationeh, der Organisation C (Ehrhardt), der Organisation Roßbach (S. 76 bis 100), den bayrischen Verbänden (S. 134 bis 208) und mit der schwarzen Reichswehr (S. 100 bis 118). Hier ist sehr bedeutsames Tatsachenmaterial angehäuft, ein wahres Arsenal zur Entlarvung und Bekämpfung der Nationalisten und Völkischen der verschiedensten Observanz.

Was das **Programm** all dieser Bünder betrifft, so gibt es im Grunde gar keines. Ein verworrener Antimarxismus und Antisemitismus ist ihre ganze Gesinnung. Wie konnte das auch anders sein, da ihre **stillen** Auftraggeber Großindustrie, zum Teil auch Großfinanz und Junkertum sind?

So heißt es in den Statuten der Organisation Consul (Erhardt): „Geistige (?) Ziele: Weiterpflege und Verbreitung des nationalen Gedankens, Bekämpfung aller Antinationalen und Internationalen, Bekämpfung des Judentums, der Sozialdemokratie und der linksradikalen Parteien usw...." (S. 178). Das Rezept für die Einführung des „Sozialismus" der Nationalsozialisten ist überaus einfach: Abschaffung des Judentums. Ist das geschehen, dann wird die Arbeiterschaft nicht länger „die verkappte Schutztruppe des Börsen- und Leihkapitals des Judentums sein" (S. 180). Diese Agitation ist nicht einfach dumm, sie ist dummschlau. Auf geschickte Methode verbergen die Nationalsozialisten, daß sie die Schutztruppe des Kapitalismus in seiner höchsten Not sind; sie rechnen damit, daß die deutschen Arbeiter nicht über die Grenzen Deutschlands hinaussehen und wahrnehmen, wie sich in Italien die Faschisten als Schutztruppe des Großkapitals bereits entlarvt haben. Man könnte fast wünschen, daß die deutsche Arbeiterklasse ihre Erfahrung mit den Nationalisten möglichst rasch durchmache, um gewitzigt zu sein, und ihnen dann ohne Zögern den Garaus zu machen . . ."

So verschwommen und verlogen die geistigen Ziele der völkischen Kampfverbände sind, so klar und eindeutig sind ihre **Methoden** des Kampfes. — Ihre Kampforganisation, so heißt es zum Beispiel in den Statuten der Organisation C:

„a) Wir wollen offensiv sein . . .

b) Anspannung von Kräften zur Erfindung neuer Kampfmittel, da wir mit den bisherigen unterlegen sind und bleiben. Der deutsche Erfindungsgeist der Jugend muß mobil gemacht werden. Es muß etwas Unwiderstehliches sein, zum Beispiel elektrische Fernwirkung auf Explosivstoffe . . ." (S. 78/79).

Aus den Erläuterungen: „Führung und Stab der Truppe arbeitet in Permanenz. Es dürfen nur Männer in die Truppe, die . . . bedingungslos gehorchen, die brutal genug sind, rücksichtslos durchzugreifen . . . Als Unterführer . . . nur Offiziere, die Kriegserfahrung und Erfahrung im Bürgerkriege haben, die vor allem eine Haupterfahrung beherzigen: Kein Vorhandeln, sondern Schießen und rücksichtslos Befehlen . . ."

„. . . Es können Fälle eintreten, wo entschlossene Männer vorübergehend gebraucht werden, Rädelsführern und Hetzern ihr Handwerk für alle Zukunft unauffällig zu legen, . . . beiseite zu schaffen: man ermordet diese Hunde durch Schuß oder Gift, jedes Mittel ist recht . . . (S.79). . . . Alle Verräter verfallen der Feme . . ." (S. 78).

Dies ihre Methode. Sie haben schon bewiesen, daß es kein Geflunker ist. Ihre „Haupterfahrung" haben sie unter dem **Noske-Regime** gemacht. Sie standen später hinter allen Mord- und Bluttaten.

Daß sie mit Waffen und Munition genügend versorgt sind, geht aus zahlreichen Belegen von Gumbels Buch hervor.

Wir können hier nicht auf die vielen tausend Tatsachen in Gumbels Buch hinweisen. Von besonderer Wichtigkeit ist die **internationale Verzweigung** der völkischen Organisationen. So ist der **österreichische Boden** für ihre Führer besonders segensreich. **Ehrhardt** hat seine Organisation von Wien aus dirigiert, desgleichen tat es die **deutschvölkische Freiheitspartei** (Henning, Gräfe, Wulle) — siehe beispielsweise den von Gumbel angeführten Brief auf S. 98 — gegenwärtig residiert **Roßbach in Salzburg**. Aber die **Tschechoslovakei** und natürlich auch **Horthy-Ungarn** bieten ebenfalls den völkischen Führern glänzende Möglichkeiten, um von dort aus die Bewegung in Deutschland zu leiten.

Über die Skrupellosigkeit und verächtliche Niedrigkeit des Charakters beim Gros der völkischen Führer gibt Gumbels Buch gleichfalls viele Aufschlüsse.

Was wir in Gumbels Buch vermissen, ist eine konkrete Darstellung des schmählichen Verhaltens der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer, Minister, Polizeipräsidenten usw. zu den Völkischen, die sie großgezogen haben. Dies wäre eine Aufgabe von erster Wichtigkeit.

Alles in allem ist Gumbels Buch — wenn wir von schiefen Bemerkungen, wie einer Gleichstellung des Urteils Ludendorffs und Radeks über Schlageter (S. 108) sowie vom Fehlen eines Namen- und Sachregisters abgesehen — ein überaus wervoller Behelf im politischen Kampf des europäischen Proletariats.

Schriften zur deutschen Wahlkampagne.

Von J. Wertheim.

** Ein prinzipiell richtig geführter Wahlkampf, eine Mobilisierung der Massen für die kommunistische Idee erfordert ein gutes Rüstzeug. Zuerst die Parteimitglieder aufgeklärt, von denen jeder zum Propagandisten wird, dann hinaus zu allen Ausgebeuteten in den Betrieben, den proletarischen Massenquartieren, auf den Feldern.

Die KPD. trat den Aufklärungsfeldzug gut vorbereitet an. Das bezeugen ihre Schriften, die sie zur Führung der Wahlkampagne erscheinen ließ, sowohl die, die den Parteigenossen als Referentenmaterial dienen sollen, als auch jene zur allgemeinen Verbreitung bestimmten.

Wie ist es im gegenwärtigen Momente um Deutschlands Wirtschaft bestellt? Das vom Reichswahlkomitee der KPD. herausgegebene Heft **„Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft"***) schildert das Ausmaß der Krise, in die die deutsche Wirtschaft infolge der kapitalistischen Wirtschaftspolitik der letzten fünf Jahre geraten ist. Es werden Ursachen der Krise angeführt und der Währungsverfall mit dem Hand in Hand gehenden Finanzzusammenbruch dargestellt. In den fünf Jahren der Nachkriegszeit hat die deutsche Bourgeoisie tatsächlich keine Steuern bezahlt. Denn „von 100 Mark Reichseinnahmen fließen 90 Mark in die Reichskassen durch den Lohnabzug und die Massenbelastung und nur 10 Mark durch die Besitzbelastung", mußten die Sozialdemokraten selbst feststellen. Und auch die Lasten der Micumverträge, durch die das Ruhrgebiet dem französischen Wirtschaftsgebiet angegliedert ist, wurden vollkommen auf die Arbeiter abgewälzt durch Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne. Aber trotz Verschärfung der Steuerbelastung der Werktätigen und des Massenabbaues decken die Einnahmen des Reiches nicht die Ausgaben. Die Schein-

*) „Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft." Herausgeber: Kommunistisches Reichswahlkomitee, Berlin S. 12.

stabilisierung der Mark hat keine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft zur Folge. Im Gegenteil. Die Verelendung der Arbeiterschaft geht weiter. In einigen Bezirken werden über 50% aller Einwohner unterstützt. Mehr als ein Viertel der Arbeitslosen wird überhaupt nicht unterstützt. Und der Vollarbeiter? Der muß 11½ Stunden für dieselbe Menge Lebensmittel arbeiten, für die der englische Arbeiter nur 2¼ Stunden aufzuwenden hat. Die Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Industrie besteht aber trotz alledem. Der Sturz des französischen Franken verschärft die deutsche Krise und zeigt gleichzeitig das Weiterbestehen der Weltwirtschaftskrise an. Zur Überwindung der Wirtschaftskrise muß die Arbeiterschaft die Produktion übernehmen. Das wollen die Kommunisten.

Aber gleichzeitig muß gegen die angekämpft werden, die den Arbeitern vorerzählen, daß durch „Brechung der Zinsknechtschaft" (unter Beibehaltung der Lohnknechtschaft) irgendetwas zugunsten der Arbeiter geändert werden kann. Der Scheinkampf der Völkischen gegen den Kapitalismus ist zu einer ernsten Gefahr für die Arbeiterklasse geworden. Ein anderes Heft des Reichswahlkomitees gibt den Referenten ein gut geordnetes, viele interessante Einzelheiten enthaltendes Material zur Bekämpfung der „Völkischen Bewegung" *) an die Hand. Die gefährlichste Erscheinung des völkischen Vormarsches ist ihr Eindringen in die proletarischen Reihen. Die Völkischen finden Stützpunkte in der Werkpolizei, „Werkfeuerwehr" usw. der Großbetriebe. Um so notwendiger ist ihre Entlarvung als Schutztruppe des Kapitals. Sie gebärden sich zwar antikapitalistisch und revolutionär, demaskieren sich aber gar bald. So haben sie in Thüringen im Landtag mit den Bürgerlichen für den Neunstundentag, für die Verweigerung von bescheidenen Zuschüssen an die Arbeitslosen, in Mecklenburg für die Abschaffung der Maifeier gestimmt. Ihre Theorie vom „schaffenden" und „raffenden" Kapital soll die revolutionären Arbeiter nur vom Endkampf abhalten. Eine Reihe gut ausgewählter Beispiele zeigt, wie Industrie- und Bankkapital untrennbar miteinander verknüpft sind. Ebenso wie die Stellung der Völkischen zu den Wirtschaftsfragen ist ihre nationale Propaganda verlogen und verworren. Es gibt keine einheitliche deutsche Nation im kapitalistischen Zeitalter. Der deutsche Staat, wie er jetzt ist, gehört den Ausbeutern. Das deutsche Unternehmertum ist aufs engste mit dem internationalen Großkapital verbunden, genau so wie die Kapitalschutztruppe der Völkischen vom deutschen Bankindustrie- und Agrarkapital ausgehalten werden, ohne französische Regierungsgelder zu verschmähen. Der Boden aber zur völkischen Propaganda wurde im wesentlichen durch das Verhalten der Sozialdemokratie in den letzten Jahren geebnet.

Wie diese Partei das deutsche Proletariat in die Irre und ins Verderben geführt hat, das zeigt die Sammlung von Dokumenten, Zeitungsausschnitten, Buchzitaten und Aussprüchen von Sozialdemokraten, die in der sorgfältig zusammengetragenen „Selbstkritik" „Zehn Jahre Sozialdemokratie"**) den ewigen Widerspruch zwischen Prinzip und Praxis, zwischen Wort und Tat widerspiegeln. Die Sammlung bringt manches wieder ins Gedächtnis zurück, was so entsetzt, als wäre es heute und nochmals geschehen. „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich", erklärt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914, und zwei Wochen darauf ruft der „Wahre Jakob" aus: „Nun, Kinder, drauf, jetzt hilft nur noch das Dreschen!" So begeisterte sich die Sozialdemokratie für den imperialistischen Krieg, sie ist gut monarchistisch. „Mit dem Ausspruche des deutschen Kaisers: ‚Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!' setzte er gewissermaßen einen Strich über alles Vergangene. Erneut wirbt er um das Vertrauen der arbeitenden, unbemittelten Klassen. Die deutsche Sozialdemokratie ist nicht darauf erpicht, aus Deutschland eine Republik zu machen." (Hamburger Echo, 14. Juli 1917.) Später und noch besser. Am 8. November 1918, nach dem Sturze einer ganzen Reihe von Königen und Großherzogen, schreibt die „Mannheimer Volksstimme": „Wir sehen auch heute nicht die Möglichkeit, Deutschland zu einer Republik umzugestalten. Das erfordert die Aufrechterhaltung der augenblicklichen Staatsform, der Monarchie." Am 9. November erlassen die Beauftragten des Volksausschusses folgende Proklamation: „Zur wirksamen Durchführung der revolutionären Bewegung ist Ruhe und Ordnung nötig." Und nach weiteren fünf Wochen erklärt Cohen-Reuß auf dem ersten Rätekongreß: „Die Arbeiterschichten haben unrecht, die die deutsche Revolution zu einer großen Lohnbewegung herabgedrückt haben." Indem die Sozialdemokratie die Lohnkämpfe niederknüttelte, schlugen sie die Revolution. Sie entwaffneten die Revolution, sie schützen die Konterrevolution. die alte Staatsmaschine wird nicht zertrümmert, die Klassenjustiz wird aufrechterhalten. („Es ist unzulässig, wenn seitens eines Arbeiter- und Soldatenrates angeordnet wird, daß die Urteile der Gerichte ihm zur Genehmigung vorzulegen sind. Berlin, den 16. November 1918. Die preußische Regierung: Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Adolf Hoffmann, Dr. Rosenfeld.") Sollen wir lange von Noske reden? Hier ein paar seiner Aussprüche: „Ich habe aus Pflichtbewußtsein diese Blutarbeit verrichtet." „Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht." Und mit tückischer Heuchelei verteidigt ihn Wolfgang Heine, „den Sohn des Volkes, der selbst Arbeiter gewesen ist und zu dem die deutsche Sozialdemokratie das Vertrauen hat", in der preußischen Landesversammlung: „Die Leute müßten viel zu lange in Untersuchungshaft sitzen, wenn man nicht ein beschleunigtes Verfahren anwendete." Diese Brutalität, mit der zehntausende Arbeiter, um nur dem Kapital einen Liebesdienst zu erweisen, hingemordet wurden, grinst einem aus jeder Seite dieses Buches entgegen. Das, was die SPD. hier von sich selbst sagt, muß den Hunderttausenden, die ihr noch folgen, die Augen öffnen. Wem sollen sie sich nun zuwenden?

Darüber handelt eine den Bankrott der sozialdemokratischen Politik beleuchtende Schrift Käthe Pohls: **Ebert oder Lenin?***) Sie ist gewissermaßen die Erläuterung der vorher besprochenen „Selbstkritik" der Sozialdemokratie. Temperamentvolle Vergleiche, die in der Rede noch wirksamer sein dürften, beleben die Broschüre. Einen großen Teil nimmt die Zerpflückung des Görlitzer Programms ein. Seit seiner Entstehung haben sich die imperialistischen Gegensätze in der ganzen Welt verschärft. Der Pazifismus der SPD. hat die rheinische Arbeiterschaft nicht vor dem Ruhreinbruch bewahrt und gegen die Ausnützung der Ruhrbesetzung durch die deutsche Bourgeoisie geschützt. Auf dem Boden der „freiesten Republik der Welt" hausen französische, belgische, polnische, englische, marokkanische Soldaten, auf dem Boden der „utopischen und schädlichen" proletarischen Diktatur der Sowjetrepubliken steht kein einziger bewaffneter Vertreter, kein Soldat und kein Geschütz des ausländischen Imperialismus. Die deutsche Arbeiterschaft hat sich Ebert anvertraut. Jetzt lachen Stinnes, Seeckt und Poincaré. Die russische Arbeiterschaft hat sich Lenin anvertraut, den russischen Stinnes ist das Lachen vergangen. Das Material, das die Verfasserin in ihrer Schrift verwendet, zeigt, daß die Niederlage der Arbeiterschaft nicht dem Verrat einzelner Führer, nicht vereinzelten Fehlern der SPD. zuzuschreiben ist, sondern ihrer Grundauffassung.

Diesen Schriften der KPD., die eine Massenverbreitung verdienen und die auch trotz aller Verfolgung der Partei geschieht, wird ein Stück des Wahlerfolges zugebilligt werden müssen. Das reichhaltige Material der beiden die sozialdemokratische Politik beleuchtenden Broschüren verleiht ihnen dauernden Wert.

---

*) „Völkische Bewegung." Herausgeber: Kommunistisches Reichswahlkomitee. 14 S.

**) „Zehn Jahre Sozialdemokratie." Herausgegeben von der KPD. Verlag Internationaler Verlagsanstalten, Berlin SW. 96 S. Preis 60 Goldpfennig.

*) Käthe Pohl: „Ebert oder Lenin?" Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin SW. 61. 48 S. Preis 60 Goldpfennig.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 55. 16. Mai. 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Nach den französischen Wahlen. Von Albert 657

Politik.

Die Klassenkämpfe innerhalb der arabischen nationalen Bewegung. Von J. B. 658

Reparationsfragen.

An das deutsche, französische und belgische Proletariat! . 659

Wirtschaft.

Industrie und Finanzkapital in Österreich. Von Kulcsar 660

Arbeiterbewegung.

An die Bergarbeiter aller Länder! 662

Proletarische Frauenbewegung.

Die III. Internationale Konferenz der Kommunistinnen . 662

Aus der Internationale.

Die Brünner Reichskonferenz der KPTsch. Von Hula . 663

Die KP. der Schweiz zur Diskussion in der RKP. . . 664

Einige Ergänzungen zum Artikel des Genossen Sinowjew „Zur Lage in der KPD." 664

Buchbesprechungen.

Die Beschlüsse des Frankfurter Parteitages. Von Friedländer 666

Sosnowski: „Taten und Menschen." Von Paul . . . 667

Buchanzeigen.

„Die Internationale" 668

Nach den französischen Wahlen.

Von R. Albert (Paris).

** Noch am Abend des 11. November glaubte Herr Poincaré, „der Mann der 1,700.000 Toten", „der Mann mit dem Lächeln auf den Friedhöfen", „der Poinca-Ruhr", wie man ihn in Paris genannt hat, auf einen guten Wahlausgang rechnen zu können. Er hatte seine ernsten Gründe dafür. Da war vor allem die sehr reale Macht, die das Comité de Forges (Hüttenkomitee) auf die Presse, die politische Welt und das Kleinbürgertum ausübte; dazu kamen die erfolgreiche Wertsteigerung des Franken sowie endlich Poincarés parlamentarische Manöver aus der letzten Zeit, das plötzliche Fallenlassen seiner treuesten Minister und die Einbeziehung gewisser „Leuchten" von einigermaßen linker Färbung in sein letztes Ministerium (de Jouvenal). All dies schien ihm als gute politische Chance für die Wahlen, trotz des furchtbaren Passivums, das auf dem Konto des Nationalen Blocks stand.

Dieses Passivum besteht in der Erhöhung der öffentlichen Schuld um rund 200 Milliarden Franken, im Rückgang des Franken in der Zeit der Herrschaft des Nationalen Blocks, in der Hinaufschraubung der Steuern und Abgaben um 20%, in der Verteuerung des Lebens um mindestens 30%, in der bedeutenden Verschlechterung der Lage der Kleinrentner und Pensionsbezieher, im automatischen Rückgang der Löhne (die im allgemeinen nicht gestiegen sind, trotz der Erhöhung der Steuern und der Verteuerung der Lebenshaltung), in den Differenzen mit England, in der Feindseligkeit gegenüber Rußland, in den Kosten der Ruhrbesetzung und in den ganzen ungeheueren Folgen der Ruhrbesetzung (auf politischem Gebiet: Erweckung des deutschen Nationalismus und des Revanchegeistes usw.).

Die Last für den Nationalen Block war schwer. Er mußte unter dieser Last zusammenbrechen. Der Block der Linken hat einen durchschlagenden Sieg davongetragen.

Die kleinbürgerlichen Parteien gewinnen damit in der französischen Politik die Oberhand über die Großbourgeoisie, die Hochfinanz, die Schwerindustrie. Das bedeutet eine deutliche Wiederauferstehung der demokratischen Illusionen, die vor dem Kriege für den Erfolg des „Radikalismus" maßgebend waren. Übrigens ist der Bloc National in gewissem Sinne selbst das „enfant terrible" (das böse Kind) des „Radikalismus". Der „Radikalismus" ist eine, sich in großen Worten ergehende Form des Konservativismus der mittleren besitzenden Klasse. Wird er geschreckt, so wird er ausgesprochen reaktionär. Dies wird sich zweifellos noch vor dem Ende der beginnenden neuen Periode der Gesetzgebung in Frankreich zeigen.

Der Nationale Block, der unter der Führung des Ex-Sozialisten und gegenwärtigen Präsidenten von Frankreich Poincaré gebildet wurde, ist aus der Furcht vor dem Bolschewismus, die man geschickt auszuwerten verstand, geboren worden. Die Furcht vor dem „Bolschewik mit dem Messer zwischen den Zähnen" spornte die Kleinrentner, die Kleingewerbetreibenden und die Bauern dazu an, ihre Stimme den Reaktionären verschiedenster Färbung — Poincaré ist ein „Linksrepublikaner" —, im Grunde also den Geldmächten, zu geben. Man möge sich daran erinnern, daß der Ministerpräsident des Nationalen Blocks lange Zeit hindurch einer der wahrscheinlich kommenden Minister der Seiltänzer und Tausendsassa Briand war.

Es muß betont werden, daß es zwischen dem Nationalen Block und dem Block der Linken keine deutliche Grenze gibt. Man wird hier und dort dieselben Gesichter, dieselbe Rhetorik und vor allem dieselben Interessen finden. In politischer Hinsicht ist der Triumph der Radikalsozialisten und der Sozialisten nur eine neue Verkleidung, ein unwesentliches Dekorum für die

eigentlich dahinter steckenden unerschütterlichen Faktoren: **Hochfinanz, Großindustrie, Großgrundbesitz, Kolonialunternehmer.** Wozu diese Verkleidung? Um dem beunruhigten Steuerzahler gefällig zu erscheinen.

Dieser Steuerzahler war nämlich in eine sehr üble Laune geraten. Der beste Beweis dafür ist dadurch gegeben, daß selten so viele „parlamentarische Leuchten" und „Charaktergestalten" auf der Strecke geblieben sind wie bei diesen Wahlen. So sind die Clemenceau-Leute, deren Politik der Faust der Nationale Block fortsetzte, mit seinen Größen Tardieu, der den kommenden Regierungschef spielte, und mit Mandel am Platz geblieben. André Lefèvre, wütender Vorkämpfer der bewaffneten Intervention gegen Deutschland, wurde nicht wiedergewählt, desgleichen Herr de Lasteyrie, der Minister des Frankensturzes. Ebenso erging es dem Herrn Arago, einem schandbaren Führer des Nationalen Block und Erzgauner, berüchtigt durch seine fiskalischen Transaktionen; die alte Kammer hieß bezeichnenderweise nach diesem Herrn Arago die aragoische Kammer. Der Innenminister Poincarés, Maunoury, Herr de Wendel vom Comité de Forges, und sogar ein Rothschild sind durchgefallen. Der Royalist Léon Daudet, dessen Einfluß während der letzten Legislaturperiode sehr stark war, ist gleichfalls nicht wiedergewählt worden.

Dafür ist der traurige Sozialist Renaudel — Jaurès ohne Gehirn, wie man ihn nennt — gewählt worden. Weiters der im Caillaux-Prozeß vom Obersten Gerichtshof verurteilte Malvy, eines der bekanntesten Opfer des Clemenceau-Regimes. Ferner wurde der Konteradmiral Louis Jaurès, der seit genau 40 Tagen Sozialist (höherer Offiziersozialist) ist, gewählt; er verdankt sein Abgeordnetenmandat buchstäblich der Blutsverwandtschaft mit dem großen Jaurès.

Was wird nun geschehen? Wird der Block der Linken imstande sein, die Steuerlasten zu erleichtern und der Lebensverteuerung entgegenzuwirken? Wird er das Ruhrgebiet räumen? Nein! Sein Haupt, Herriot, hat schon vor den Wahlen erklärt, daß er, wenn er unter denselben Umständen zu handeln gehabt hätte wie Poincaré, ebenso wie dieser gehandelt hätte. Er wird dem Sachverständigengutachten beitreten. Er wird versuchen, Deutschland durch scheinbar mildere Methoden zu Zahlungen zu zwingen. Er wird es energisch versuchen. Wird er die Rüstungen gegen England fortsetzen? Sicherlich. Wird er mit Sowjet-Rußland einen Vertrag abzuschließen suchen? Wahrscheinlich. Ohne sich im übrigen entgegenkommender zu zeigen als die Bankiers der Londoner City. Die Minister und Staatsmänner der Herriot-Regierung werden viele Worte über den Frieden machen, werden, wie es scheint, sich dazu verstehen, daß Deutschland in den Völkerbund aufgenommen wird, werden vielleicht einige Opfer der Reaktion, deren langes Martyrium ein fortdauernder Skandal ist (Cottin, Gaston Rolland, Jeanne Moreau, Goldsky) begnadigen und werden möglicherweise eine beschränkte Amnestie ehemaligen militärischen Verurteilten gewähren. Vielleicht werden sie sich auch mit der Revision des Prozesses gegen unseren Genossen Sadoul einverstanden erklären.

Von diesen geringfügigen Veränderungen abgesehen, wird die Politik der französischen Bourgeoisie fortgesetzt werden, wobei ihr einige Sozialisten, die zu allem zu haben sind, klüger dienen werden als beschränkte Reaktionäre. Man wird im Laufe einer bestimmten Zeit den Konflikt zwischen den demokratischen Illusionen der Mittelschichten und der eigentlichen Macht des imperialistischen Großkapitals sich entwickeln und zuspitzen sehen. Der Block der Linken wird sich demgegenüber als ohnmächtig erweisen. Wenn die Fraktion der sozialistischen Abgeordneten, die 102 Mann stark sind, die Verantwortung auf sich nehmen werden, wird man die Wiederauferstehung des Ministerialismus, des „Millerandismus" von einst erleben. Das scheint der natürliche Lauf der Dinge zu sein. Er wird uns Kommunisten ermöglichen, demgegenüber eine klare Politik zu treiben. Die kleinen Leute werden bald erkennen, wie teuer ihnen die demokratischen Illusionen zu stehen kommen. Diese Erfahrung wird sie endgültig kurieren.

Die Kommunisten stehen bereits vor der Aufgabe, diese Entwicklung aufzuzeigen und zu beschleunigen. Es muß betont werden, daß die Kommunistische Partei Frankreichs aus den Wahlen, die sie auf eine schwere Probe gestellt haben, siegreich hervorgeht. Zwar ist es richtig, daß die vereinigten reformistischen Sozialisten 102 Mandate erlangt haben, die Kommunisten bloß 30. Aber man muß dabei im Auge behalten, daß die gewählten Sozialisten die Gewählten des Blocks der Linken sind, das heißt, vor allem Leute des mittleren Bürgertums. Sie sind teilweise von solchen Leuten gewählt worden, die im Jahre 1919 aus Angst vor der Revolution für den Nationalen Block gestimmt haben.

Die 30 kommunistischen Mandate des Arbeiter- und Bauernblocks verkörpern mehr als 900.000 ausschließlich von Arbeitern und armen Bauern abgegebene Stimmen. Sie wurden für eine Liste abgegeben, die in ihrer Mehrheit Arbeiter vereinigte, sie wurden einer Partei gegeben, die kühn gegen den Strom schwimmt, der Partei der sozialen Revolution und der Diktatur des Proletariats, während gegenwärtig die Welle der demokratischen Illusionen hochgeht. Unser Wahlprogramm, das im besten Sinne intransigent war, mußte den demokratischen Illusionisten unter dem Proletariat irgendwie utopisch erscheinen. Es war **ein Programm des Bürgerkrieges,** und doch haben 900.000 Proletarier dafür gestimmt. In der Geschichte der dritten französischen Republik existiert nichts, was sich diesem Wahlsieg einer durchaus antiparlamentarischen Partei, **die den Wählern keine Versprechungen machte,** an die Seite stellen läßt. In den Arbeitervierteln von Paris war der Erfolg außerordentlich. Die Kommunistische Partei Frankreichs kann, ebenso wie die Deutschlands, sagen, daß die Majorität der aktiven Elemente des Proletariats zu ihr steht. Dabei ist zu bemerken, daß die französische Partei in einer Zeit, als ihre Führung eine schmerzhafte Krise durchmachte, in die Wahlen ging. Wenn die werktätigen Massen den Block der Linken am Werk sehen werden, wird unser Weizen reifen. Der Opportunismus der Sozialisten, die alle möglichen Versprechungen machen, denen nichts als Gaukelei folgen wird, streut eine Saat aus, die die Kommunistische Partei ernten wird.

Was die gewählten Kommunisten betrifft, so sei hier nur auf den Genossen **Doriot** von der Kommunistischen Jugend hingewiesen, der in der Santé eingekerkert ist, und den man erst wiederum vor einer Woche zu einigen Monaten Gefängnis verurteilt hat. Die Stimmen, die für ihn abgegeben wurden, waren eine Demonstration für den revolutionären Antimilitaristen, für den Eingekerkerten, für die Amnestie. Diese Abstimmung war von anderer Art, als die, die Arne Renaudel die Tore zum Palais Bourbon wieder geöffnet hat.

Zum Schlusse noch eine Bemerkung: die neue Kammer umfaßt 151 Advokaten, 53 Grundbesitzer, 33 Kaufleute und — 30 Arbeiter. Von den 30 Kommunisten sind die überwiegende Mehrheit — etwa 25 — Arbeiter. Man rechne sich aus, wieviel Arbeiter sich unter den 102 Deputierten befinden!

Politik

Die Klassenkämpfe innerhalb der arabischen nationalen Bewegung.

Von J. B. (Jerusalem).

** Die arabische nationale Bewegung in den Ländern des vorderen Orients (Mesopotamien, Syrien, Palästina, Transjordanien) ist als Volksbewegung noch sehr jung. Vor dem Kriege waren es nur einzelne Gruppen (Familien) von reichen Grundbesitzern (Effendis), die sich überhaupt mit Politik beschäftigten. Diese feudalen Grundherren, die den beiweitem größten Teil des Bodens besitzen (in einzelnen Distrikten Syriens ist das Verhältnis zwischen grundherrlichem und Kleinbesitz 9:1, durchschnittlich 6:1), den sie durch arme Pächter (Fellachen) gegen gewöhnlich die Hälfte des ohnehin sehr dürftigen Bodenertrages bearbeiten lassen, konnten unter türkischer Herrschaft die Ausbeutung ungestört betreiben, mußten der verlotterten türkischen Beamtenschaft höchstens einen kleinen Teil ihrer Einnahmen als Steuern abgeben. Es kam hie und da zu Machtkämpfen zwischen den einzelnen feudalen Familien, die dann je nachdem, ob sich die Regierung auf ihre oder die Seite ihrer Widersacher stellte, pro- oder antitürkisch gestimmt waren. Das Volk, das heißt die Masse der Dorf- und Stadtbewohner, hatte sich im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte mit diesem Zustand abgefunden und schleppte die Ketten der feudalen Ausbeutung fast ohne Murren, während sie mit dem fremden Herrscher nur dann in Konflikt kam, wenn er die Steuern erhöhen oder die Bauernsöhne zum Militärdienst pressen wollte.

Der Krieg machte den „idyllischen" Zuständen mit einem Schlage ein Ende. Ein Teil der vornehmen Familien verband sich mit den Ententemächten gegen das Versprechen einer „nationalen" Regierung, in der die betreffenden Familien den größten Einfluß erhalten sollten. Nachdem aber die Länder einmal in den Besitz der imperialistischen Mächte gelangt waren, hielten sie diese Ver-

sprechen nicht. Sie ließen wohl die Effendis auch weiter hinsichtlich der Ausbeutung der Fellachen gewähren, diese wurde noch verstärkt, aber die neue Regierung begann nun ihre Steuern, die die frühere an die Effendis zu verpachten pflegte, allein einzuziehen und entzog zugunsten des eigenen Apparates den Feudalen einen großen Teil ihrer Einnahmen.

Andererseits wurde auch der Fellache vom Kriege aufgerüttelt: Verwüstung und Hungersnot, gewaltsame Requisitionen und Zerstörung ganzer Dörfer hatte der Krieg mit sich gebracht. Die englische Erlöserregierung tat aber nichts, um der Landwirtschaft auf die Füße zu helfen; sie wußte nur Steuern einzuziehen. Ähnlich ging es der Stadtbevölkerung: keine Verbreitung und Wohlstand brachte die europäische Herrschaft, nur auf Schritt und Tritt Einschnürung, Unterdrückung, Krisen, Verarmung. Dies alles führte nun dazu, daß sich die arabische nationale Bewegung nach dem Kriege im Verlaufe weniger Jahre zur Volksbewegung entwickelte. Weder die Henker des Bluthundes Gouraud in Syrien noch die Bomben in Mesopotamien, noch die intrigenreiche Diplomatie Herbert Samuels in Palästina konnten dies verhindern. Die arabische Bevölkerung lehnte einmütig die fremden Mandate ab, die Proteste, die die offizielle nationale Partei dem Völkerbunde und allen Mächten übergab, waren zweifellos der wirkliche Ausdruck der tiefen Empörung des Volkes gegen die fremden Gewaltherrscher.

Doch so einheitlich die arabische Bewegung nach außen hin erscheinen mochte, sie trug doch den Keim der Gegensätze in sich, die von heterogenen Elementen, aus denen sie bestand, vertreten, über kurz oder lang zum offenen Ausbruch kommen mußte. Die drei Hauptelemente der arabischen Nationalbewegung sind: 1. die feudalen Grundherren; 2. die städtischen Elemente mit Tendenz zum Kapitalismus; 3. die Bauernschaft und die städtischen Arbeiter, auf die sich die beiden ersteren Elemente stützen. Während der letzten Monate nun kam es zu einer wichtigen Differenzierung zwischen den zwei ersten Elementen. Die Kampfmethoden der Effendis gegen die fremden Regierungen hatten das gesamte Volk enttäuscht, sie waren erfolglos geblieben. Die Effendis als Anführer der nationalen Bewegung hatten eben nicht um die Befreiung des Volkes, sondern nur für ihre eigenen Interessen gekämpft, konnten im Grunde auf alle Kompromisse mit England und Frankreich eingehen, wenn ihnen dafür nur Einfluß und Konzessionen eingeräumt wurden. Ihr Kampf hatte sich denn auch auf Proteste, Bitt- und Interventionsreisen nach den verschiedenen europäischen Hauptstädten und Konferenzorten beschränkt. Die städtische Bourgeoisie ist es nun, die die Enttäuschung der breiten Volksmassen an den alten Führern ausnützend, das Heft in die Hand nehmen will. Die neue arabische „nationale Partei", die vornehmlich aus Intelligenz, Kaufmannschaft usw. besteht, hat ihre Tätigkeit mit einer Diskreditierungskampagne gegen die offiziellen Anführer begonnen. Es wird diesen Verrat, Bestechlichkeit, Unfähigkeit vorgeworfen. Während die „alte" Partei starr an einigen stereotypen Protestformeln festhielt, will die neue Partei Realpolitik betreiben, stellt eine ganze Reihe von Reformforderungen auf sozialem, ökonomischem und kulturellem Gebiet auf (speziell Agrarreform). Die alte Partei, in deren Händen die Traditionen und die im Orient sehr wichtige religiöse Autorität sind, hat den Aufschwung der neuen Partei mit schärfstster Bekämpfung derselben beantwortet; diese wurde in den religiösen Bann getan, wird als „Verräterbrut" bezeichnet, der Sprengung der arabischen Einheit bezichtigt, ja sogar, wie es gelegentlich der Feierlichkeiten in Amman (Transjordanien) geschah, werden ihre Führer Terrorakten und Überfällen ausgesetzt. Die neue Partei, die in sich auch noch ganz verschiedene Schichten vereinigt, ist trotz ihrer Schwäche im gegenwärtigen Moment imstande, in nicht allzu ferner Zukunft in den Ländern des vorderen Orients eine Rolle zu spielen, wie sie ungefähr Zaghlul Pascha in Ägypten spielt.

Unter den progressiven Elementen der arabischen Nationalbewegung sind die Sympathien nicht nur für den „Nationalhelden" Mustapha Kemal und seine neuerstandene Türkei weit verbreitet, sondern auch für das antiimperialistische Sowjetrußland. Nur der strengen Illegalität der KP. ist es zuzuschreiben, daß die Führer der neuen Partei mit ihr nicht direkt Verbindung suchen. Das Arbeiterelement aber, besonders dort, wo es direkt mit den Organen des Imperialismus zu tun hat, wie die Arbeiter der öffentlichen Arbeiten, Eisenbahnarbeiter usw., ist jedenfalls mehr revolutionär gestimmt als irgendeine der bestehenden nationalen Parteien. Hier hätte eine kommunistische Aufklärungsarbeit, die neben dem nationalen, das soziale Element in den Vordergrund stellen würde, große Aussichten auf Erfolg. Es hängt von den Mitteln und Möglichkeiten der Sektionen der KI. im Orient ab, daß die nächste Differenzierung in der arabischen nationalen Bewegung die Ausscheidung der proletarischen Elemente in die Reihen der kommunistischen Bewegung sein soll, was eine Fortsetzung des Prozesses bedeuten würde, der mit der Abspaltung der bourgeoisen Elemente von der früher einheitlichen Partei begonnen hat. Dann erst würde der Kampf gegen den Imperialismus wirklich revolutionäre Formen annehmen und schnellen Erfolg versprechen können.

Reparationsfragen

An das deutsche, französische und belgische Proletariat!

An die Arbeiter Englands, Polens, der Tschechoslowakei!

In Nr. 53 (19) der Inprekorr. berichten wir über die internationale kommunistische Konferenz, die am 1. Mai in Berlin tagte und zu dem Sachverständigengutachten Stellung nahm. Nachstehend bringen wir den wichtigsten Teil des von der Konferenz beschlossenen Aufrufes. Die Redaktion.

** Um die Revolution zu verhindern, ist das deutsche Kapital und sein Staat bereit, jeden Preis zu zahlen. Um die Krise in ihren Ländern zu überstehen und um Zeit zu gewinnen zur Vorbereitung eines neuen Krieges untereinander und gegeneinander, schließen die Kapitalisten Europas und Amerikas einen zeitweiligen Räuberbund, dessen Pakt die „Sachverständigen" ausgearbeitet haben. Die Pläne der Sachverständigen besagen:

1. **Das Ruhrgebiet und das Rheinland bleiben weiter besetzt.** Bei jeder „Verfehlung" Deutschlands, die jeden Augenblick konstruiert werden kann, können weitere Sanktionsmaßnahmen ergriffen werden.

2. **Die Gesamtsumme der Schulden Deutschlands,** die nach den bisherigen Verträgen 132 Milliarden Goldmark beträgt, ist nicht neu festgesetzt und nicht verkleinert worden, das heißt die Schuldenlast Deutschlands bleibt unertragbar.

3. **Die Eisenbahnen werden dem deutschen Staat geraubt,** sie werden den ausländischen und deutschen Montankonzernen übergeben. Die wirkliche Verfügung über sie liegt in den Händen einiger ausländischer Kommissäre mit diktatorischen Vollmachten, die durch willkürliche Tarifpolitik, selbständige Entlassungen und Einsetzung von Arbeitern und Beamten, willkürliche Festsetzung der Arbeitszeit, der Löhne, der Rechte, einen bestimmenden Einfluß auf das gesamte Wirtschaftsleben in Deutschland erhalten. Sie erhalten dadurch auch die Macht, jedes Wirtschaftsleben in Deutschland lahmzulegen.

4. **Die Notenbank wird in die Hände ausländischer und inländischer Kapitalisten gelegt,** die das Recht erhalten, alle noch bestehenden Goldreserven und die Notenbank selbst völlig ins Ausland zu verlegen. So sollen einer siegreichen Revolution in Deutschland die größten Schwierigkeiten bereitet werden.

5. **Die Steuerhoheit soll dem Deutschen Reich genommen werden.** Ausländische Kommissäre bekommen diktatorische Vollmachten, gewisse Steuern willkürlich festzusetzen.

6. **Das Bestimmungsrecht** über die Zölle wird ebenfalls einigen Diktatoren der Siegermächte übergeben.

7. Die Reparationssummen, die Deutschland zahlt, sollen verwendet werden, um durch Darlehen die deutschen Unternehmungen in Abhängigkeit zu bringen und aufzukaufen für die ausländischen Kapitalisten.

Das deutsche Kapital, der deutsche Staat, die bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokratie haben diesen Plänen zugestimmt, weil sie die Herrschaft der ausländischen Kapitalisten, die den deutschen Kapitalisten noch etwas lassen, der Herrschaft des Proletariats vorziehen. Die deutschen Schwerindustriellen und Junker hoffen überdies durch dieses zweite Versailles noch weitere Geschäfte zu machen, wie ja auch der Krieg und das erste Versailles ihnen die ungeheuerlichsten Bereicherungen verschafften. So weit es das Interesse der ausländischen Kapitalisten zuläßt, hat ja die Dawes-Kommission den deutschen Schwerindustriellen und Junkern Zugeständnisse auf Kosten des Proletariats und des Kleinbürgertums gemacht, vor allem aber **versprochen:**

1. Die Großgrundbesitzer bleiben nach dem Plan von allen Lasten verschont.

2. Die Summe, die die Großindustriellen übernehmen, ist nur halb so groß, als die deutschen Montankonzerne sie durch Cuno im Jahre 1923 selbst angeboten haben.

3. Der größte Teil der Steuerlasten zu Reparationszwecken soll durch indirekte Steuren, das heißt durch die großen Massen aufgebracht werden, die auch vor allem leiden durch die Erhöhung der Eisenbahntarife, der Zölle usw.

4. Die deutschen Kapitalisten erhalten die Unterstützung des ausländischen Kapitals bei der Einführung der Vorkriegsarbeitszeit und noch längerer Arbeitszeit,

bei dem Kampf für die Verkürzung der Löhne,

bei dem Kampf zur völligen Aushungerung der für das Kapital überflüssigen Arbeitslosen,

bei der völligen politischen Entrechtung der Arbeiter,

bei der Niederschlagung jeder Rebellion der Arbeiter und aller Werktätigen.

5. Die deutschen Montankonzerne erhalten eine gewisse, wenn auch nicht ausschlaggebende Beteiligung an der Eisenbahn, der Goldnotenbank usw.

Bei aller Einigkeit in dem Willen zur Niederschlagung der deutschen Revolution und zur Vernichtung der deutschen Konkurrenz sind die Kapitalisten der Siegerländer uneinig über die Quoten bei der Aufteilung der deutschen Beute. Diese Gegensätze zwischen den Forderungen der beherrschenden amerikanischen Kapitalisten und den Kapitalisten Englands, Frankreichs, Belgiens, Italiens usw. sind in dem Sachverständigenurteil völlig ungelöst. Diese Lösung kann nur kommen durch den restlosen Sieg eines der Konkurrenten in einem

neuen Weltkrieg

oder durch

die siegreiche Weltrevolution.

Wenn es dem internationalen Kapital gelingen würde, seine Pläne durchzusetzen, so würde das zur Folge haben

für Deutschland:

Eine andauernde ungeheure Arbeitslosigkeit für viele Millionen,

Steigerung der Versuche, den Erwerbslosen jede Unterstützung zu entziehen, und sie so dem Hungertode zu überliefern,

Herabsetzung der Löhne,

Verlängerung der Arbeitszeit,

völlige Expropriation der Kleinbürger und der kleinen Bourgeoisie durch die deutschen und internationalen Konzerne.

Dieses zweite Versailles nach dem zweiten verlorenen Kriege würde aber noch weniger die Hoffnungen der deutschen Illusionäre erfüllen, als das erste Versailles die Wilsonschen Versprechungen erfüllte. Zur Durchführung des ganzen Programms wäre eine kapitalistische Diktatur notwendig, wie sie grausamer die Welt noch nicht erlebt hat.

Das deutsche Proletariat hat aber schon eine Reife erlangt, die eine solche kapitalistische Diktatur zur Unmöglichkeit für eine längere Zeit macht. Die größte Wahrscheinlichkeit besteht dafür, daß das Proletariat Deutschlands unter der Führung der KPD. **auf revolutionärem Wege, durch die Aufrichtung seiner Diktatur** der Krise ein Ende macht.

Die Versklavung des deutschen Proletariats würde aber nur das Vorspiel sein zur

Versklavung der Proletarier der anderen europäischen Länder unter das gleiche Joch.

In Frankreich und Belgien

würde die Aufrechterhaltung des Militarismus, die Steuerbelastung der französischen Massen noch weiter steigen. Die Versklavung der Arbeiterschaft Deutschlands würde dort sofort Versuche zur gleichen Versklavung der französischen Arbeiter zur Folge haben. Die faschistische Bewegung, die jetzt schon in Frankreich sich regt, würde sich steigern. Die imperialistischen Konflikte, die ungelöst im Dawesschen Plan ruhen, müßten bald zur Entwicklung kommen und einen neuen furchtbaren Krieg heraufbeschwören.

Ob Poincaré, ob Herriot, ob Briand diese Pläne durchführt, ob mit Leon Blum in der Regierung oder ohne ihn, bleibt dabei gleichgültig.

Für

die Arbeiterschaft Englands

bringt der Dawessche Plan keinerlei Lösung der Krise oder auch nur Erleichterung ihrer Lage. Gelingt es, mit Hilfe dieses Planes die deutsche Konkurrenz zu vernichten, dann wird der Niedergang der deutschen Arbeiterschaft auch die englischen Arbeiter mit herabzerren. Deutsche Kulilöhne bringen englische Kulilöhne. Aufträge für die deutsche Industrie bringen Arbeitslosigkeit für die englischen Arbeiter. Der Proletarier ist es, der auf jeden Fall leidet.

Macdonald ist nur imstande, die schurkischen Kriegspläne der internationalen imperialistischen Räuber durch fromme Sonntagspredigten zu beschönigen, nicht aber die Krise zu lösen. Der klassenkampffeindliche Führer der II. Internationale vermag nur eine noch nie dagewesene Diktatur der Kommissäre der kapitalistischen Klasse aufzurichten. Die Methoden dieser Pazifisten müssen die englische Arbeiterklasse in einen neuen Krieg hineintreiben, wenn die Arbeiterschaft nicht bald an Stelle der Regierung dieser Diener der Bourgeoisie ihre Diktatur zu setzen versteht.

Der Lösung der verbündeten internationalen Konzerne und der Zweiten Internationale stellt die Dritte Internationale ihre revolutionäre Lösung entgegen. Die Dritte Internationale, die Rote Gewerkschaftsinternationale und Sowjetrußland bleiben Feinde des zweiten Versailles, wie sie unerbittliche Feinde des ersten Versailles waren.

Euch Arbeitern Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Englands, Italiens, Polens und der Tschechoslowakei, Euch Proletariern ganz Europas rufen wir zu:

Den vereinigten Kapitalisten setzt die Vereinigung und das internationale Bündnis der Arbeiter entgegen!

Schließt Euch eng zusammen zum gemeinsamen Kampf gegen die eiserne Ferse!

Auf zum Widerstand gegen die Kolonisierung des arbeitenden Deutschland!

Auf zum Widerstand gegen die Versklavung des europäischen Proletariats durch den internationalen Kapitalismus!

Nieder mit dem zweiten Versailles!

Es lebe die Internationale des kämpfenden Proletariats!

Es lebe die Weltrevolution!

Zentrale der KPD.

(Sektion der Kommunistischen Internationale).

Comité Directeur du Parti Communiste Belge (S. B. I. C.)

Comité Directeur du Parti Communiste Français (S. F. I. C.)

Wirtschaft

Industrie und Finanzkapital in Österreich.

Von I. und L. Kulcsar (Wien).

** Der überwiegende Teil der österreichischen Großindustrie befand sich schon bei Kriegsende innerhalb des Einflußkreises der Wiener Großbanken. Als sich damals die Notwendigkeit der Umstellung auf die Friedensproduktion ergab, nahmen die Unternehmen bei den Banken große Investitionskredite auf, der gleichzeitig einsetzende Kronensturz entwertete die den Unternehmern noch zur Verfügung stehenden Kapitalien und zwang sie, zur Durchführung der ihnen zufließenden Aufträge bei den Banken neue Kredite aufzunehmen. Durch die Absatzkrise auf dem inneren Markte war die Industrie darauf angewiesen, die Weltmarktpreise zu unterbieten. Die einströmende internationale Warenspekulation kaufte Österreich aus, die Produkte gingen zu Schleuderpreisen ins Ausland. Da aber die österreichische Industrie bis 1921 ihre Offerte in österreichischen Kronen stellte, deckten die einfließenden Zahlungen durch die Geldentwertung im Zeitpunkte ihres Eintreffens nicht einmal mehr die Produktionskosten, und die großen buchmäßigen Gewinne ergaben, in Gold umgerechnet, effektive Verluste. Der dadurch eintretende Kapitalsschwund erzwang eine noch stärkere Anlehnung der Industrie an die Banken. Diese fortwährenden Kapitalsanforderungen ließen damals schon den Zinsfuß auf die Höhe von 40 bis 50% per anno emporschnellen, da einerseits die ein immer rascheres Tempo annehmende Geldentwertung den inneren Wert des Banknotenumlaufs zeitweise auf 180 Millionen Goldkronen gegen 600 Millionen im Frieden herabdrückte, andererseits die Valuten- und Handelsspekulation den Banken eine so hohe Mindestverzinsung eintrug, daß auf dem Geldmarkte eine ständige Geldknappheit herrschte. Da unter diesen Umständen von einer Rentabilität der Industrieunternehmungen keine Rede sein konnte, ging der Goldkurs ihrer Aktien fortwährend zurück, bis er schließlich im Jahre 1921 einen Tiefstand von 5 bis 15% des Friedenswertes erreichte. Zu Abschluß der Scheinkonjunktur gegen Ende 1921 hatten die Unternehmungen ihre Rohstoff- und Warenlager ausverkauft, waren aber sämtlich, bis zur Kleinindustrie, den Banken so sehr verschuldet, daß sie schon dadurch zu ihnen in einem engen Abhängigkeitsverhältnis standen.

Die Banken selbst aber hatten nach dem Zusammenbruch eine große Kapitalsverminderung durch die Uneinbringlichkeit und Entwertung ihrer Auslandsguthaben erlitten und konnten in den ersten Jahren ihr in den Nachfolgestaaten investiertes Kapital nicht flüssig machen. Um daher dem gesteigerten Kreditbedürfnis der Industrie zu entsprechen, zogen sie in Form von Kapitalsbeteiligungen und Syndikatsverbindungen ausländisches Kapital heran. Diese ausländischen Beteiligungen spielten durch die von den österreichischen Banken gezwungenermaßen abgeschlossenen Vergleiche mit ihren Vorkriegsgläubigern eine immer steigende Rolle, so daß schon im Jahre 1920 zwei der größten Wiener Banken, die Anglobank und die Länderbank, offiziell englische, respektive französische Institute wurden. Durch große Aktienkäufe drang in die übrigen Wiener Großbanken holländisches, schweizerisches und italienisches Kapital ein, denen sich später amerikanisches und französisches anschloß. In diesen Zeiten ging die Majorität in vielen Banken durch die Hände mehrerer ausländischer und inländischer Spekulationsgruppen, ebenso wie die fortwährend vergrößerten Industriebeteiligungen der Banken, je nach der Marktlage, den Besitzer wechselten. Von den fluktuierenden Konzernen dieser Zeit ist von dauernder Bedeutung der **Castiglioni-Konzern**, der im Jahre 1921 unter Zuziehung italienischen Kapitals (Banca Commerciale) einen großen Teil der österreichischen Maschinen- und Automobilindustrie, das führende Montanunternehmen, die Alpine Montangesellschaft, und eine der Wiener Großbanken, die Depositenbank, beherrschte.

Im Jahre 1922 setzte nach Aufhören der Ausverkaufskonjunktur eine große Absatz- und Produktionskrise ein, die die Arbeitslosigkeit nach den offiziellen Ziffern von 8710 im Oktober 1921 auf 44.320 im April 1922 hinauftrieb. Zur gleichen Zeit stürzte die österreichische Krone, die angesichts der katastrophalen Finanzlage des Staates durch staatsfinanzielle Maßnahmen nicht mehr gestützt werden konnte, von einem Goldparitätsverhältnis von 1190 am 2. Januar 1922 bis auf 17.000 am 8. August 1922. Die Industrie konnte aber diesen neuerlichen Valutasturz zur Überwindung ihrer Krise nicht ausnützen, da sie durch die Substanzverluste der vorhergegangenen Inflationsperiode gezwungen war, die Preise in Gold und nicht mehr so weit unter den Weltmarktpreisen zu kalkulieren, so daß etwa die Exportprämie die Transport- und Zollkosten aufgewogen und einen Anreiz für ausländische Käufer geboten hätte. Die Kaufkraft im Inlande aber war durch das Sinken der Reallöhne und die Geldentwertung in ständiger Abnahme begriffen. Diese Wirtschaftskatastrophe konnte innerhalb des kapitalistischen Systems mit inländischen Mitteln nicht mehr überwunden werden, und so wurde bekanntlich in den **Genfer Abmachungen** im Oktober 1922, die Hilfe des Auslandes für die Sanierung der Staatswirtschaft in Anspruch genommen, wobei Österreich für die geleistete Unterstützung unter die Finanzkontrolle des Auslandskapitals gestellt wurde. Die dabei gewählte Form war von vornherein auf die Hegemonie des Finanzkapitals zugeschnitten. Die Notenbank, die die grundlegenden Sanierungsmaßnahmen durchzuführen hatte, wird durch die Wiener Großbanken kontrolliert, die die Mehrheit im Verwaltungsrat innehaben.

Die Kronenstabilisierung, die für die Sanierung des Staatshaushaltes die Voraussetzung bildete, gelang zwar ziemlich rasch, führte aber durch den gänzlichen Wegfall der Exportprämie, durch die Vervielfachung der Steuern und Transportkosten, die im Zuge der Sanierung erfolgte, wie durch die weitere Einschränkung des Massenkonsums zu einer neuerlichen Produktionsstockung. Im Dezember 1922 waren 22,33% der Gesamtarbeiterschaft arbeitslos und 33,24% Kurzarbeiter.

Zur Überwindung dieser Produktionskrisis ging man neben einer Revision der Kalkulationsmethoden zur Wiederherstellung der Rentabilitätsmöglichkeiten der Betriebe über, was nun — auf dem Wege über die Wiener Banken und die Wiener Börse — zu einem Massenzustrom in- und ausländischer Kapitalien in die österreichische Industrie führte. Da sich aber die österreichische Industrie zur Zeit des Einsetzens der Sanierung gänzlich in den Händen der Wiener Großbanken, respektive einiger ausländischer Gruppen befand, brachte dieser Kapitalszustrom keine Verstärkung des selbständigen Industriekapitals, das ja kaum mehr existierte, sondern vollendete die Konzernierung unter Führung der Banken. Alle diese Umstände bewirkten ein Hinaufschnellen der Industrieaktien, die sogenannte **Aufwertungshausse**, deren Endergebnis war, daß heute die Goldkurse an der Wiener Börse im Durchschnitt 40 bis 60% des Friedenswertes notieren. Im Verlaufe dieser Hausse gingen die Majoritäten aller bedeutenden Industrieunternehmungen Österreichs nach mehrmaligem Besitzwechsel fest in die Hände einiger großer Konzerngruppen über, die diese Gelegenheit benützten, um ihre bisher teilweise recht wahllos nach der jeweiligen Börsenkonjunktur zusammengestellten Industriebeteiligungen nach Produktionszweigen horizontal und vertikal abzurunden.

Diese österreichischen Konzerngruppen aber standen sämtlich in verschiedenen Formen unter der Leitung ausländischen Kapitals. Das Wesentliche an diesen ausländischen Beteiligungen ist, daß es sich hier in den meisten Fällen nicht um Kapitalseinlagen zu Verzinsungs- oder Spekulationszwecken handelt, sondern um die Durchführung großer wirtschaftspolitischer Pläne in Mitteleuropa, und zwar mit Hilfe der **Wiener Großbanken**.

Die unter Führung der Bank of England stehende **englische** Kapitalsgruppe hatte, wie bereits erwähnt, schon im Jahre 1920 die Anglo-österreichische Bank als englisches Institut (**Anglo-Austrian Bank Ltd.**) übernommen und baute im Laufe der Jahre 1922 und 1923 über diese Bank einen **chemisch-metallurgischen Konzern** aus, der zunächst österreichische Unternehmen umfaßte. Die ehemalige **Österreichische Länderbank** wurde 1920 ebenso von der **französischen** Gruppe unter Führung der **Banque de Paris et des Pays bas** übernommen; sie hat zwar in der österreichischen Industrie selbst keinen bedeutenden Konzern, übt aber durch ihren außerösterreichischen großen Kohlenbesitz die Kontrolle über einen großen Teil der österreichischen Kohlenversorgung aus. Französisches Kapital, und zwar die Gruppe **Schneider-Creuzot**, hat die Führung der **Niederösterreichischen Eskomptegesellschaft**, die in der österreichischen **Maschinenindustrie** neben der Kreditanstalt den bedeutendsten Konzern besitzt. Französisches Kapital hat auch durch die **Unionbank**, die dem Finanzier **Bosel** gehört, der eine Interessengemeinschaft mit dem französischen **Petroleumkapital** eingegangen ist, die Kontrolle über die österreichische Magnesitindustrie und über die außerösterreichischen Verbindungen dieser Großbank, insbesondere in der polnischen Petroleumindustrie. Die **italienische** Gruppe, die 1921 im **Castiglioni-Konzern** eine mächtige Industriegruppe besessen hatte, ist heute an die **englische** Gruppe angeschlossen; ihre Industriebeteiligungen sind allerdings vorher stark zurückgegangen, da sie die Majorität in der Alpinen Montangesellschaft abgegeben und in ihrer Großbank, der Depositenbank, verloren hatte. Heute besitzt sie an Majoritätsbeteiligungen hauptsächlich einen wichtigen Teil der Automobilindustrie. **Stinnes**, der zeitweise den größten Teil der österreichischen Montanindustrie in seinen Händen vereinigt hatte, und mit Castiglioni im Syndikatsverhältnis steht, spielt heute in der österreichischen Industrie keine besondere Rolle mehr, da die ausschlaggebende Alpine Montangesellschaft an die Leitung **Schneider-Creuzots** übergegangen ist. Von den übrigen ausländischen Beteiligungen sind außer den Schweizern, die durch eine Großbank, den Wiener Bankverein, sowie durch einige direkte Beteiligungen die österreichische Textilindustrie kontrollieren, nur die **Amerikaner** von wirtschaftspolitischer Bedeutung. Die Gruppe **Morgan** (Guaranty Trust Company, New York, Schröder in London und Bankhaus Morgan selbst) kontrolliert zwei der wichtigsten österreichischen Konzernbanken, die **Österreichische Kreditanstalt** und die **Bodenkreditanstalt**, durch die sie vor allem die gesamte österreichische **Rüstungsindustrie**, übrigens diese auch durch direkte Beteiligungen, und einen wichtigen Teil der Metallindustrie beherrscht.

Diese Konzernbildungen fanden ihren Abschluß im Herbste 1923, und damit wurde die Effektenhausse abgeschlossen.

Die Beendigung der Börsenkonjunktur für die Valuten und Effektenspekulation bedeutet nun für die Wiener Großbanken die Notwendigkeit, sich auf das normale Bankgeschäft einzustellen, in dem das Industriegeschäft vor die spekulative Betätigung tritt. Es ist hier auch in Betracht zu ziehen, daß die eben besprochenen Industriekonzerne nur einen Teil der von den Wiener Großbanken in den Nachfolgestaaten und am Balkan direkt und indirekt verwalteten Industrien darstellen. Gerade durch die Tatsache, daß die Wiener Banken selbst vom Auslandskapital abhängig sind, hat ihnen dieses die Verwaltung seiner Beteiligungen in Südosteuropa übertragen. Die Wiener Börse ist heute die leitende Börse der Nachfolgestaaten, ebenso wie die österreichische Währung seit ihrer Stabilisierung für sie die Standardwährung darstellt. Diese Umstände im Verein mit der verkehrsgeographischen Lage Wiens und der glänzend eingearbeiteten internen Organisation der Wiener Großbanken haben es bewirkt, daß die Wiener Banken heute nicht nur das Verwaltungszentrum der österreichischen Industrie gänzlich, der südosteuropäischen zum großen

Teil, sondern auch die Träger der weitreichenden finanz- und wirtschaftspolitischen Expansionsbestrebungen der großen internationalen Konzerngruppen geworden sind.

So ist heute das Industriekapital in Österreich gänzlich vom Bankkapital aufgesogen worden. Daher entwickelt sich die wirtschaftspolitische Gestaltung in Österreich anders als in Ländern, wo — wie in Deutschland (Stinnes!) — die Konzernierung von der Industrieseite ausgegangen ist. So gelingt es den Banken in Österreich noch immer, den Zinsfuß auf der Höhe der Inflationszeit, das heißt auf 40 bis 50% zu erhalten, da sie sowohl die Kreditgebarung gegen die Notenbank wie gegen die Industrie völlig beherrschen. Sie erzielen dadurch Gewinne, die jenen aus der Spekulationszeit nichts nachgeben, durch die aber die Industrie trotz der Erleichterung der Absatzstockung mit Verlust produziert. Dadurch zwingen die Banken die Industrie, zur Verringerung der Produktionskosten mit aller Wucht gegen den Achtstundentag und das Lohnniveau anzukämpfen. Auch das ist ein Teil jener Sanierung Mitteleuropas, deren Zweck einerseits die Industrialisierung unter westeuropäischer Kontrolle und andererseits die Wiederherstellung der durch keinerlei Konzessionen an die Arbeiterschaft eingeengten Herrschaft und Ausbeutungsmöglichkeit des Kapitals ist.

Arbeiterbewegung

An die Bergarbeiter aller Länder!

** Der jetzige gewaltige Kampf der deutschen Bergarbeiter rollt die Wiedereroberung des Achtstundentages im gesamten deutschen Maßstabe auf. Die verlängerte Arbeitszeit Deutschlands bedrohte und bedroht auch die gesamte Arbeiterschaft außerhalb Deutschlands. Das zeigt der bereits erfolgte Ansturm auf den Achtstundentag in der Schweiz, Tschechoslowakei, Polen und Frankreich. Wenn die deutschen Bergarbeiter diesmal siegen, ihre nachrevolutionäre Arbeitszeit sich zurückerobern, dann bedeutet dies den Sieg der Bergarbeiter aller Länder. Deutschland ist das Schlachtfeld um den Achtstundentag, die deutschen Bergarbeiter die Vorkämpfer dieses Ringens in Europa. Die deutschen Amsterdamer haben die Arbeitszeitverlängerung in Deutschland im Dezember 1923 durchgeführt, indem sie den Achtstundentag prinzipiell wahrten, durch Tarifverträge praktisch den Neun- bis Elfstundenarbeitstag festlegten. Diesen Verrat wollen die deutschen Reformisten und mit ihnen die Amsterdamer Internationale im jetzigen Bergarbeiterstreik wiederholen. Da sie den Ausbruch des Kampfes nicht mehr verhüten konnten, stellen sie sich an seine Spitze, fordern die prinzipielle Anerkennung der Siebenstundenschicht, erklären sich einverstanden mit deren beliebigen Durchbrechung durch Tarifverträge. Darauf werden die Unternehmer eingehen, da sie dabei praktisch nichts verlieren. So droht dem deutschen Bergarbeiterstreik die Gefahr der Niederlage einzig und allein von Seiten der deutschen und internationalen Amsterdamer. In Wirklichkeit wird der Kampf von den revolutionären Betriebsräten, von der roten Gewerkschaftsopposition und von der revolutionären Union geführt. Nur diese können die Kampffront einig und siegreich gestalten. Die Bergarbeiter aller Länder müssen beweisen, daß sie es begreifen, daß die deutschen Bergarbeiter den Vorhutkampf für die gesamte internationale Bergarbeiterschaft aufgenommen haben. Sie müssen den deutschen Bergproleten ihre Bereitschaft, diesem Kampfe beizustehen, zeigen, sich der Kampffront, wenn nötig, einzureihen. Es müssen in allen Bergbaugebieten **Englands, der Tschechoslowakei, Frankreichs, Polens** und **Belgiens** Versammlungen und Demonstrationen abgehalten werden, die den deutschen Kämpfern die internationale Kampfsolidarität kundgeben. Womöglich müssen zum Zeichen der Kampfbereitschaft kurze Solidaritätsstreiks durchgeführt werden. Vor allem aber müssen die **englischen** und **tschechoslowakischen** Bergarbeiter, Eisenbahner und Hafenarbeiter durch Kontrolle der Kohlentransporte es verhindern, daß der Heldenkampf der deutschen Bergproleten durch Kohleneinfuhr aus den Nachbarländern gebrochen wird.

Es lebe der Generalstreik der deutschen Bergarbeiter!

Es lebe die internationale Kampffront der Bergarbeiter aller Länder!

Es lebe der Kampf um den Sechsstundentag im Bergbau!

Das Vollzugsbüro der
Roten Gewerkschaftsinternationale.

Proletarische Frauenbewegung

Die III. Internationale Konferenz der Kommunistinnen.

An alle Sektionen der Kommunistischen Internationale.

Genossinnen, Genossen!

Wie Euch bereits bekannt ist, wird nach dem Schluß unseres

V. Weltkongresses
die III. Internationale Konferenz der Kommunistinnen

tagen. Das Datum ihres Zusammentritts läßt sich noch nicht bestimmen. Da der Weltkongreß am 15. Juni beginnt, wird es voraussichtlich nicht vor den ersten Juliwochen fallen.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

1. **Die Weltlage und die nächsten Aufgaben der Kommunistinnen.** (Berichterstatterin: Genossin Zetkin.)
2. **Berichte über die Tätigkeit des Internationalen Frauensekretariats und seiner Abteilungen, wie über den Stand der internationalen kommunistischen Arbeit unter den Frauen.**
   a) In den kapitalistischen Staaten. (Berichterstatterin: Genossin Sturm.)
   b) In den sozialistischen Räterepubliken. (Berichterstatterin: Genossin Smidowitsch.)
   c) In den Ländern des Nahen und Fernen Ostens. (Berichterstatterin: Genossin Kasparowa.)
3. **Die Arbeit der Kommunistinnen in den Betrieben und Gewerkschaften.** (Berichterstatterin: Genossin Leonhardt.)
4. **Formen und Methoden der kommunistischen Arbeit zur Erfassung der breitesten Frauenmassen, eingeleitet durch ein Referat über die Formen und Methoden dieser Arbeit in Sowjetrußland.** (Berichterstatterin: Genossin Moirowa.)
5. **Erziehungsfragen.** (Berichterstatterin: Gen. Krupskaja.)
6. **Die Erwerbslosigkeit der Frauen.** (Berichterstatterin: Genossin Colliard.)

Die Tagesordnung zeigt deutlichst die Wichtigkeit und das Ziel der III. Internationalen Konferenz der Kommunistinnen. In allen kommunistischen Parteien soll sie die Anstrengungen unterstützen und fördern, durch bewußte, planmäßige Betätigung die breitesten schaffenden Frauenmassen zu erfassen, um sie für den revolutionären Klassenkampf des Proletariats zu sammeln, zu rüsten und zu schulen.

Wir sind überzeugt, daß Ihr alle freudig Eure Pflicht tun und eine gute Beschickung der kommunistischen Frauenkonferenz sichern werdet, allen Schwierigkeiten zum Trotz, die sich den Parteien zumal dort entgegenstellen, wo sie die Gewaltherrschaft der Bourgeoisie in die Illegalität getrieben hat.

Zu der Internationalen Konferenz der Kommunistinnen sollen selbstverständlich in erster Linie Genossinnen delegiert werden, die auf Grund ihres Wirkens praktische Erfahrungen über die kommunistische Arbeit unter den verschiedenen Schichten der schaffenden Frauen haben. Es versteht sich, daß als vollberechtigte Delegierte auch Genossen an der Tagung teilnehmen können, von denen das gleiche gilt.

Über die Delegierung wird Euch ein besonderes Rundschreiben der Exekutive zugehen.

Genossinnen, Genossen! Laßt Euch angelegen sein, eine Beschickung der Internationalen Kommunistischen Frauenkonferenz zu ermöglichen, die der Stärke Eurer Partei und der Bedeutung der Sache entspricht. Nur wenn auch die schaffenden Frauenmassen opferbereit die revolutionären Klassenkämpfe des Proletariats teilen, hingebungsvoll zu seiner kommunistischen Aufbauarbeit beitragen, kann die Kommunistische Internationale ihr hehres Ziel erreichen: **Die Klassenherrschaft der Weltbourgeoisie über das Weltproletariat zu brechen, den Kommunismus zu verwirklichen.**

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale.
G. Sinowjew, Vorsitzender.

Das Internationale Frauensekretariat der Kommunistischen Internationale.
Clara Zetkin, Hertha Sturm.

Moskau, den 6. Mai 1924.

Aus der Internationale

Die Brünner Reichskonferenz der KPTsch.

Von B. Hula (Prag).

** Unmittelbar nach den Maidemonstrationen, die in der Anzahl von 500 Kundgebungen stattgefunden haben, tagte am 4. und 5. Mai in Brünn die Reichskonferenz der KPČ. Die Reichskonferenzen haben, wenn der Kongreß nicht tagt, das Recht, Angelegenheiten von so großer Bedeutung zu entscheiden, über die sich nicht einmal die erweiterte Exekutive der Partei für kompetent genug hält, definitiv zu entscheiden. Die Reichskonferenz der KPČ. hatte einige solche Angelegenheiten auf der Tagesordnung. Es waren dies: die Frage der Umbildung der Organisationsform und Übertragung der Basis der kommunistischen Propaganda und Aktionen in die Fabriken und Werkstätten; die Gewerkschaftsfrage; die Frage der Einstellung der KPČ. zu den Tagesordnungspunkten des V. Kongresses der KI., endlich auch die Frage des Verhältnisses der Kommunisten zu den Kleinbauern. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Wichtigkeit der Tagesordnung dieser Konferenz waren nicht nur die gewählten Delegierten, die Kreisvertrauensleute und Kreissekretäre, die Mitglieder der Exekutive, die Vertreter der Jugend- und der Frauenbewegung, sondern auch alle Mitglieder der Abgeordneten- und Senatorenfraktion als auch die Vertreter der Tagespresse der Partei verpflichtet, an dieser Konferenz teilzunehmen. Im ganzen beteiligten sich an den Beratungen 151 Genossen und Genossinnen.

Die vorletzte Reichskonferenz tagte im November 1923 in **Kladno** unter dem Eindruck der Oktoberereignisse in Deutschland. Die Verhandlungen dieser Konferenz waren damals ausschließlich nur einer sorgfältigen Prüfung der Situation in Deutschland gewidmet, und eine ganze Reihe von Fragen, die sich ebenfalls auf der Tagesordnung der Konferenz befanden, mußten übergangen werden, nur damit die Beschlüsse, die die Reichskonferenz damals, mit Rücksicht auf den erwarteten Ausbruch der revolutionären Gärung in Deutschland, faßte, durch keine anderen Angelegenheiten in den Hintergrund geschoben werden.

Es ist selbstverständlich, daß, als seinerzeit in Deutschland nicht das eintrat, was von allen Sektionen der KI. erwartet wurde, diese Tatsache auch in der KPČ. lebhaftes Interesse und eine Diskussion hervorrief. Die Presse der Partei veröffentlichte wichtige Dokumente, die Situation in Deutschland und die Verhältnisse in der deutschen Bruderpartei betreffend. Große Aufmerksamkeit wurde dabei in der KPČ. der wichtigen Tatsache gewidmet, daß in Deutschland die revolutionäre Bewegung auf ein Hindernis stößt, das in anderen Ländern nicht existiert: in Deutschland kann die kapitalistische Bourgeoisie mit Hilfe der Reichswehr, der Sipo und Schupo die Macht viel straffer in der Hand halten als in den Ländern, wo die allgemeine Wehrpflicht eingeführt ist. Ähnlich ist auch die Diskussion, die in der Kommunistischen Partei Rußlands geführt wurde, schon mit Rücksicht auf die schadenfrohe Hetze der kapitalistischen und bürgerlich-sozialistischen Presse gegen die Russische Kommunistische Partei als ganzes, zu einer Frage geworden, der die KPČ. die größte Aufmerksamkeit widmete. Auch hier wurde wichtiges Material in der Tagespresse der Partei publiziert.

Die Reichskonferenz der KPČ. billigte die Entscheidungen und den Standpunkt des EKKI., sowohl in der Frage der Oktoberereignisse in Deutschland als auch in der Frage der Diskussion innerhalb der RKP. Es zeigten sich natürlich auch abweichende Ansichten, aber die Resolution, die die Konferenz der KPČ. in dieser Frage abfaßte, entspricht vollkommen der Meinung der ganzen Partei, was am besten dadurch bewiesen erscheint, daß, wenn auch verschiedene Nachträge und Abänderungen in der Resolution beantragt wurden (die auch in einigen Fällen angenommen wurden), sonst keine andere Resolution der Konferenz vorgelegt wurde. Der „alten Garde", der Partei Lenins, gebührt unser volles Vertrauen — erklärte klar und einig die ganze Konferenz der KPČ., die gleichzeitig ihre Delegierten beauftragte, diesem Standpunkt auf dem V. Kongresse der KI. Ausdruck zu geben.

Die Konferenz schritt zur Frage der Umbildung der Organisationform der KPČ., nach einer erschöpfenden Diskussion in den Kreisorganisationen, mit gebührender Vorsicht, aber auch mit voller Energie. 30 bis 40% des Industrieproletariats der Tschechoslowakei sind in einigen Dutzend großen Fabriken und Mammuthunternehmungen beschäftigt. Schon dieser Umstand selbst beweist die Zweckmäßigkeit der Maßnahme, daß die Basis unserer Parteiarbeit direkt in die Fabriken und Werkstätten zu verlegen ist. Die Ergebnisse der praktischen Tätigkeit, die aus den Beschlüssen der Konferenz hervorgehen, kann man natürlich nicht im Laufe von einigen Wochen erwarten. Eine umfassende Arbeit von einigen Monaten wird nötig sein, bevor sich unsere Organisationen an die neue Form gewöhnen und bevor sie imstande sein werden, sie zweckmäßig auszunützen, um den Einfluß der bürgerlichen Sozialisten auf die Arbeiterschaft zu brechen und dadurch die überwältigende Mehrheit der Arbeiter zum aktiven Kampfe, den die KPČ. gegen die Kapitalisten und ihre bürgerlich-sozialistischen Helfershelfer führt, zu gewinnen.

In der **Gewerkschaftsfrage** war es, wegen der so sehr komplizierten Organisationsverhältnisse, in denen sich die Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei befindet, sehr schwer eine geeignete Linie zu finden. Es mußte dies eine Linie sein, auf der sich alle in den Gewerkschaften arbeitenden Genossen der KPČ. einigen könnten. Es existiert derzeit hier der Internationale Allgewerkschaftliche Verband, ferner selbständige rote Gewerkschaftsverbände, und selbständige Verbände, die unter dem Einfluß der Kommunisten stehen, aus der Amsterdamer Internationale ausgetreten, aber noch nicht der RGI. beigetreten sind; es gibt hier kommunistische Minderheiten in den tschechischen Amsterdamer Verbänden, und Kommunisten in den deutschen Amsterdamer Verbänden. Es wirkt sich die Tatsache aus, daß die reformistischen Gewerkschaften rapid verfallen, wogegen die Roten Gewerkschaften anwachsen, aber auch die Tatsache, daß mehr als 60% der gesamten Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei gewerkschaftlich indifferent sind. Wo soll man da die taktisch-organisatorische Linie finden, auf der sich alle kommunistischen Gewerkschafter einigen könnten? Die Reichskonferenz der KPČ. bemühte sich, diese Linie zu finden, indem sie entschied, daß die reformistischen Gewerkschaften in Zukunft mittels der **revolutionären Gruppen** für die ROI. unter der Devise gewonnen werden müssen: **„Ein Betrieb — eine Organisation"**, und zwar entweder direkt für die roten Verbände, oder je nach den Umständen für die Weiterführung der Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften. Es bleibt aber Aufgabe des Kongresses der RGI., das Verhältnis zwischen dem Internationalen Allgewerkschaftlichen Verband, der größten roten Gewerkschaftsorganisation, und zwischen den übrigen roten Verbänden definitiv zu entscheiden, und zwar so, daß die enorme Arbeit, die der Internationale Allgewerkschaftliche Verband in den letzten Jahren zur Gewinnung der Arbeiterschaft unter die Fahne der ROI. bereits geleistet hat, in Zukunft gesteigert werden kann.

Die Tschechoslowakei ist zu 35% ein landwirtschaftlicher Staat. Die Agrarpartei spielt in der Tschechoslowakei eine führende politische Rolle, indem sie sich am meisten für die Konterrevolution und für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Regims exponiert. Deshalb widmete die KPČ. in den letzten Jahren dem Lande erhöhte Aufmerksamkeit, und legte der Konferenz verschiedene Dokumente vor, die aufzeigten, daß ihre Bestrebungen eine sozialpolitische Differenzierung innerhalb der Agrarpartei hervorzurufen, schon einige Erfolge aufzuweisen haben. Die kleinbäuerlichen Organisationen der Agrarpartei stehen gegen den führenden Kern der großbäuerlichen Elemente in Opposition. Die Konferenz der KPČ beschloß die Tätigkeit der Partei in dem Sinne zu erhöhen und zu steigern, daß die reaktionären, ausbeuterischen Tendenzen der großagrarischen Parteiführer, planmäßiger als bisher, vor den Kleinbauern enthüllt werden, damit sich die Kleinbauern von dem Einfluß der antikommunistischen Hetze befreien, die die Großagrarier nicht nur in der Presse und in Versammlungen, sondern auch im Parlament betreiben (vor einem Monat zum Beispiel, gab der Premier Švehla, zugleich Führer der Agrarpartei, die Parole aus: „Kommunismus — ist Diebstahl!") und damit die Kleinbauern für den gemeinsamen Kampf gegen die Banken und gegen die Kapitalisten gewonnen werden, so wie ihnen die kommunistischen Arbeiter im Kampfe gegen die Großgrundbesitzer und gegen die Großbauern beistehen werden.

In der Frage der **Einheitsfront und der Arbeiterregierung** nahm die Konferenz keinen neuen bestimmten Standpunkt ein, weil sie erwartete, daß diesen beiden, überaus wichtigen Fragen auf dem V. Kongresse die definitive Formulierung gegeben wird. Es ist notwendig zu konstatieren, daß sich infolge der Kritik der Oktoberereignisse in Deutschland, in einigen Teilen der KPČ. (und wahrscheinlich auch in anderen Sektionen der KI.) ein Chaos von Anschauungen entwickelte, ähnlich demjenigen, den wir vor dem III. Kongresse beobachten konnten. Es wird notwendig sein, daß der V. Kongreß unzweideutige Beschlüsse

fasse, damit schon einmal statt der Diskussion über diese Fragen ein energischer Kampf eröffnet werden kann für Forderungen, für die auch die Massen der nichtkommunistischen Arbeiter gegen den Willen der bürgerlich-sozialistischen Führer in Bewegung geraten. Es ist meine persönliche Überzeugung, daß die Arbeiterschaft der Tschechoslowakei über die Arbeiter- und Bauernregierung, deren Aufrichtung durchaus nichts bedeuten muß und nichts bedeuten darf, daß man in die Fußstapfen von Macdonald oder Zeigner gerät, im beschleunigten Tempo zum Siege über die Kapitalisten gelangen wird.

Es ist auch interessant zu beobachten, daß im Zusammenhang mit einer neuerlichen Diskussionsentfesselung über die Einheitsfront und über die Arbeiterregierung, wieder die Frage auftaucht, die in einer anderen Form schon auf dem III. Kongresse der KI. eine große Rolle spielte: sollen die Kommunistischen Parteien die kommunistische Reinheit der Anschauungen höher stellen als die zahlenmäßige Steigerung der Mitglieder? So wurde die Frage wenigstens in der Tschechoslowakei von einigen Genossen unrichtig gestellt. Wir sind davon überzeugt, daß der V. Kongreß die Richtlinie Lenins vom neuem bestätigen wird: Die kommunistischen Parteien müssen nicht nur für die Reinheit der kommunistischen Anschauungen sorgen, sondern auch für die Steigerung der Parteimitglieder und für die Erweiterung des Einflusses der Kommunisten auf die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse, damit diese für den Kampf gegen die Kapitalisten und gegen ihre Helfershelfer gewonnen werden. In einer Zeit, wo es notwendig ist, darüber zu diskutieren, wie sich die kommunistische Partei in eine siegreiche Partei entwickeln könnte, ist es scheinbar nicht am Platze, sich von neuem mit der Frage zu befassen, ob eine große Partei einer kleineren vorzuziehen sei, oder umgekehrt.

Die Reichskonferenz der KPČ. konstatierte verschiedene Anzeichen der Steigerung und Festigung der Position der KPČ. innerhalb der Arbeiterklasse, die zum Teile den Kommunisten vollständig vertraut. Der Kongreß der tschechischen Sozialdemokraten in Ostrau, sowie die Parteivertretung der tschechischen Sozialisten in Prag haben bewiesen, daß die Argumentation der Kommunisten auch innerhalb der Arbeiterschaft in dieser Partei tiefe Wurzeln gefaßt hat. Der Anfang zur planmäßigen Überwindung und Ausscheidung der verschiedensten politisch-ideologischen Vorurteile wurde von der Exekutive durch Gründung eines „Leninfonds" für Herausgabe von kommunistischen Werken in tschechischer Sprache, getan. Das ist gewiß die imposanteste Art der Ehrung des Andenkens an einen großen Führer und Gründer der Kommunistischen Internationale. Zehntausende tschechischer Proletarier, die die Werke **Lenins, Sinowjews** lesen werden, werden mit der Zeit zu einem verläßlichen Werkzeug des Kommunismus in seinem Kampfe gegen den Kapitalisten werden. Es ist unser Programm, die KPČ. in betreff Festigkeit und Qualität, in organisatorischer und politischer Hinsicht dem Muster der Bruderpartei der russischen Bolscheviki ähnlich zu machen. Die Reichskonferenz bestimmte es als ein Programm der Zukunft, die Partei mit Lenins Geist zu erfüllen, die Aktivität aller ihrer Mitglieder zu steigern. Dieses Programm wird auch erfüllt werden können- wenn die gesamte Energie der Partei, in Zukunft auch fernerhin mit niederschmetternder Entschlossenheit der Wegräumung der Hindernisse, die sich dem Proletariat auf seinem Dornenwege zum endgültigen Siege darbieten, dienstbar gemacht wird.

Die KP. der Schweiz zur Diskussion in der RKP.

Am 3. und 4. Mai tagte in Basel eine Parteikonferenz der KPS., die zu einer Reihe von Fragen Stellung genommen hat. Nachstehend bringen wir die **Resolution „Zur Diskussion in der russischen Partei".**
Die Red.

Resolution zur Diskussion in der russischen Partei.

1. Die KPS. freut sich der aufs neue erwiesenen Lebenskraft der RKP., die aus der Diskussion über die schweren, ihr gestellten Probleme neu gestärkt hervorging. Die KPS. betrachtet die sogenannte ökonomische Politik als eine zurzeit noch notwendige Grundlage der Aufrechterhaltung und Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiter und Bauern und der wirtschaftlichen Konsolidierung des Sowjetstaates. Sie hält daher alle jene Vorschläge, deren wirtschaftliche Konsequenzen zu einer Entfremdung der Bauern vom Sowjetregime führen müßten, für gefährlich, und soweit sie nach der Richtung weiterer Konzessionen an das Kapital tendieren, von schädlicher Rückwirkung auch für die politische Tätigkeit der nichtrussischen Parteien.

Die KPS. billigt die Beschlüsse des Zentralkomitees und der Parteikonferenz über die nächsten wirtschaftlichen Aufgaben der Partei.

2. Gerade in Perioden wie derjenigen der „Neuen ökonomischen Politik" (Nep) muß jeder menschewistische Abbau der proletarischen Diktatur doppelt schädliche Folgen zeitigen. Die revolutionäre Disziplin, die jede Fraktionsbildung ausschließt, ist innerhalb der Kommunistischen Parteien in solchen Perioden um so viel notwendiger, als sie schwieriger wird.

3. Die KPS. billigt vollständig die in der Resolution des ZK. der RKP. über den Parteiaufbau niedergelegten Grundsätze. Die Demokratie kann in keiner Partei der Internationale zu einem absoluten Prinzip erhoben werden, am allerwenigsten aber in der russischen Partei. Die Organisationsregeln Kommunistischer Parteien können nur bestehen in einem Maximum von innerer Demokratie, soweit diese mit den Interessen der Revolution verträglich ist.

4. Die KPS. bekundet ihr unerschütterliches Vertrauen in die alte Garde des Bolschewismus, die als revolutionäre Kerntruppe des russischen Proletariats, in sich die Summe aller revolutionären Erfahrungen und Erkenntnisse verkörpert. Die alte Garde, die im Kampfe gegen Sozialpatriotismus, Reformismus und Opportunismus gestählt wurde, bietet die beste Garantie an der Spitze der Sowjetmacht, an der Leitung der RKP. und durch ihren Einfluß in der Komintern, die proletarische Revolution zum Siege zu führen.

Einige Ergänzungen zum Artikel des Gen. Sinowjew: „Zur Lage in der KPD."

Das Polbüro der KPD. fordert uns auf, den nachfolgenden **offiziellen** Artikel des Polbüros. der eine Antwort auf den bei uns erschienenen Artikel des Genossen **Sinowjew** „Zur Lage in der KPD. darstellt, zu veröffentlichen. Wir wissen nicht, ob Genosse Sinowjew auf diesen Artikel antworten wird. Es kann jedoch ohne weiteres festgestellt werden, daß die Erwiderung des Polbüros die Richtigkeit des prinzipiellen Standpunktes des Genossen Sinowjew in keiner Weise bestreitet, diesen Standpunkt vielmehr in den prinzipiellen Fragen selbst anerkennt. Die Redaktion.

** Der Artikel des Genossen Sinowjew lag dem Parteitag gedruckt als „Brief an den Parteitag" vor. Der Vertreter der Exekutive erklärte in seiner Einleitungsrede ganz ausdrücklich, daß diese Bezeichnung **falsch** sei, da es sich um einen Artikel, keinen Brief handle, und daß dieser Artikel des Genossen Sinowjew **sachlich** in vielen Punkten überholt sei, so daß er lediglich für die Parteitagsdelegierten bestimmt sei. In dieser Diskussion wurde eine ganze Reihe von Stellen dieses Brief-Artikels sowie sein ganzer Tenor kritisiert, und zwar nicht nur von den Rednern der Mehrheit.

Das Polbüro wollte ursprünglich, gemäß der offiziellen Erklärung des Vertreters der Exekutive auf dem Parteitag, von einer Veröffentlichung Abstand nehmen, änderte aber diese Absicht aus zwei Gründen. Erstens haben gewisse Anzeichen darauf hingedeutet, daß Genosse Sinowjew selbst nach wie vor „ultralinke" Gefahren in der KPD. für stark und drohend hält, und zweitens wollte das Polbüro eben aus diesem Grunde keinem Parteigenossen, der etwa diese Ansicht teilt, die Möglichkeit geben, irgendwann einmal zu behaupten, die Parteileitung habe irgendetwas zu verheimlichen gesucht oder gar irgendwelche vorhandenen oder vermeintlichen Differenzen mit der Exekutive oder führenden Genossen der Exekutive vor der Partei verborgen gehalten. Das Polbüro hat deshalb **einstimmig** beschlossen, den Artikel des Genossen Sinowjew in der Parteitagsnummer der „Internationale" zu drucken und ebenso **einstimmig** beschlossen, einige sachliche Bemerkungen kritischer Natur dem Abdruck folgen zu lassen.

Bereits auf dem Parteitag wurde von einer ganzen Reihe von Rednern betont, daß der Tenor des Artikels unglaublich ist. Daß in der Parteidiskussion Entgleisungen von allen Seiten vorkamen, leugnet kein Mensch. Daß nach der Niederlage und infolge der Umgruppierung der Partei in der Partei Stimmungen auftraten, die passiv sind und sich manchmal mit radikal scheinenden Phrasen maskieren (Ablehnung jedes Teilkampfes, Ablehnung der Produktionskontrolle, weil sie „opportunistisch" sei), das ist nicht nur bekannt, sondern wird in der taktischen Resolution ausdrück-

lich genannt und zurückgewiesen. Daß in die Linke menschewistische Anschauungen unter radikaler Sauce einzuschmuggeln versucht wurden, ist ebenfalls bekannt und wird in der taktischen Resolution energisch zurückgewiesen. Daß schließlich in der Frage der Gewerkschaftstaktik in der Partei große Verwirrung herrschte, die eine Riesengefahr bedeutete, ist ebenfalls bekannt, und der Parteitag hat in diesem Punkte völlig unzweideutig gesprochen.

Es ist also von vornherein zugegeben, daß der Artikel des Genossen Sinowjew in dieser Richtung **sachlich** viel Richtiges und Notwendiges enthält. Es wurde aber auch gleichzeitig auf dem Parteitag, unter anderem von einem führenden Genossen der Mittelgruppe, betont, daß der Artikel sich inhaltlich **gegen links**, nicht gegen rechts wendet, daß er somit die Stellung der Januarkonferenz verläßt, wo von Genossen Sinowjew ausdrücklich betont wurde, daß der Kampf gegen rechts und nur gegen rechts zu führen sei, und daß diese Wendung durch nichts zu begründen ist, da alle im Artikel aufgezählten Gründe für die Notwendigkeit eines Kampfes gegen „linke Exzesse" bereits im Januar existierten. Es wurde weiter auf dem Parteitag wiederholt betont, daß der Artikel seinem Wesen nach eine Wiederholung des berühmten Otsowisten-Briefes an den Jenaer Parteitag darstellt und daß diese Wiederholung keineswegs als der Partei dienlich angesehen werden kann.

Nun einige Bemerkungen zum Inhalt selbst.

Im Absatz II analysiert Genosse Sinowjew den linken Flügel der KPD., das heißt in Wirklichkeit die erdrückende Mehrheit der Partei. Er stellt fest, daß da „zwei Strömungen" zu unterscheiden seien, wovon die eine „vertreten ist durch ausgezeichnete . . . **Arbeiter**, die . . . die besten Hoffnungen des deutschen Kommunismus bilden", während die andere „Strömung" durch „eine Gruppe von Führern aus der Intelligenz vertreten" sei, die „sich schon von einigen Entgleisungen befreit haben", unter denen aber sich „äußerst unreife Elemente . . . mit einer Neigung zur leeren revolutionären Phraseologie" befinden.

Hierzu ist zu bemerken, daß die Aufzählung selbst nicht die Spur vom Vorhandensein von zwei „Strömungen" beweist, daß sie vielmehr eher lediglich den Versuch einer soziologischen Feststellung macht: daß nämlich, **wie übrigens bei jedem Flügel und bei jeder Gruppe in jeder Partei**, außer den Arbeitern, die die Hauptmasse des betreffenden Flügels bilden, auch Intellektuelle vorhanden sind. Aber die Art dieser Feststellung ist eine genaue Kopie des Otsowisten-Briefes. Noch mehr: auf der Januar-Konferenz wies Genosse Sinowjew selbst den Versuch, einen Gegensatz zwischen linken Führern, die aus Kreisen der Intellektuellen stammen, und den Arbeitern zu konstruieren, als „plumpe Demagogie" zurück und betonte, daß bei der jahrelangen Verbundenheit dieser Genossen mit den großen proletarischen Organisationen, die sich an die Spitze gestellt haben, ein solcher Versuch plumper Demagogie sinnlos sei. Was hat sich seit dem Januar geändert? Lediglich, daß Genosse Sinowjew einige Meinungsäußerungen von Genossen, die als „Führer" der Parteilinken vor dem Parteitag anzusprechen kein Anlaß vorlag, für gewichtiger nahm, als sie sind — die Partei hat sie zurückgewiesen („Roter Kurier") — sowie auch der Umstand, daß einige Äußerungen und Ansichten wirklich führender Genossen von Genossen Sinowjew, sei es falsch verstanden worden sind, sei es erst jetzt entdeckt wurden, trotzdem sie seit Jahren weder unbekannt waren, noch verborgen gehalten wurden.

Solche Fehler oder vermeintliche Fehler zählt Genosse Sinowjew im Absatz III seines Artikels auf. Der zitierte Satz aus einer Rede des Genossen Scholem soll drei Ungenauigkeiten enthalten. „Es ist nicht wahr, daß die Taktik der Einheitsfront als solche uns die Oktoberniederlage gebracht hat". Aber selbst die von Genossen Sinowjew zitierte Scholemsche Formulierung (die aus einem Presseberichte stammt) behauptet das nicht. Vielmehr sagt Genosse Scholem, der ja die Moskauer Verhandlungen mitgemacht hat, also weiß, daß die Exekutive und alle Beteiligten die Einheitsfronttaktik „als solche" nicht abgelehnt haben, daß die Taktik, die von der alten Führung (z. B. in Sachsen) als „Einheitsfronttaktik" getrieben und von der Januar-Konferenz **abgelehnt** wurde, die Niederlage gebracht hat. In den taktischen Thesen des Parteitages findet sich eine Stelle die vom **Vertreter der Exekutive** formuliert worden ist und besagt, daß die Partei lernen muß, „an Stelle der **opportunistischen Einheitsfronttaktik** die bolschewistische Methode der Einheitsfront" anzuwenden. Der Vertreter der Exekutive hätte also denselben Fehler wie Genosse Scholem gemacht, wenn Genosse Sinowjew in seinem Artikel diesbezüglich recht hätte: denn wenn die Partei erst **lernen** muß, an Stelle der **opportunistischen** Einheitsfronttaktik bolschewistische Methoden der Einheitsfront anzuwenden, **mußte** selbstverständlich jene **opportunistische** Taktik zur Niederlage führen und mußte **selbstverständlich** jene **opportunistische** Taktik abgelehnt werden. Was die dritte Ungenauigkeit des Genossen Scholem betrifft, so ist es natürlich vollkommen richtig, daß die Exekutive seit Bestehen der Komintern gegen die Opportunisten in ihren Reihen kämpft. Das hat nie ein Mensch bestritten. Aber wenn selbst Genosse Lenin in einem im Nachlaß gefundenen Artikel, der acht Monate nach dem 3. Weltkongreß geschrieben ist, feststellt, daß er einen **Fehler** gemacht hat, als er nicht erkannte, daß es sich bei Levi nicht um menschewistische **Abweichungen**, sondern um einen **Menschewiken** handelt, so kann und muß die Exekutive zugeben, daß sie bei dem jahrelangen Kampfe der deutschen Linken gegen Brandler, ihn, das heißt den rechten Flügel, bis zur Januar-Konferenz gedeckt und unterstützt hat. Das ist das, was Genosse Scholem sagen wollte, und das ist eine Tatsache.

Nun der zweite Fehler, die Äußerung des Genossen Rosenberg über Rosa Luxemburgs Auffassung vom Parteiaufbau. Wir wissen nicht, in welcher Form diese Äußerung gemacht worden ist. Auf jeden Fall aber muß in aller Öffentlichkeit festgestellt werden, daß Rosa Luxemburg gerade in der Frage des Parteiaufbaues große Fehler und Abweichungen nach der Seite menschewistischer Auffassungen gehabt hat. Sachlich ist also Genosse Sinowjew hier vollständig recht. Nur ist dazu zu sagen, daß in den früheren Fällen, wo führende Genossen wie Brandler theoretische Anschauungen, die mit Marxismus nichts mehr zu tun haben, schriftlich (in Thesen, zum Beispiel des Leipziger Parteitages, und **offiziellen** Reden, zum Beispiel auf dem Novemberzentralausschuß 1923) vertrat, keinerlei Zurückweisung durch Genossen Sinowjew erfolgte, trotzdem er nicht durch Presseberichte, sondern durch Vorlegung des **Wortlautes** auf diese „Abweichungen", wenn man noch so sagen darf, aufmerksam gemacht wurde; zu jener Zeit waren die rechten Gefahren mindestens so groß, wie jetzt augenblicklich die linken.

Als „besonders traurig" bezeichnet Genosse Sinowjew, daß auf dem Bezirksparteitag Rheinland-Süd durch Genossin Ruth Fischer eine Resolution eingebracht wurde, die „die Taktik der Einheitsfront überhaupt ablehnt". Es handelt sich in Wirklichkeit um die Ablehnung jener „opportunistischen Einheitsfronttaktik", die in Deutschland mit der vom demokratischen Staatsapparat zu 51% zu unternehmenden Erfassung der Sachwerte und der im „Rahmen der Demokratie, gestützt auf die Machtmittel des bürgerlichen Staates" funktionierenden Arbeiterregierung zu einer Einheit untrennbar verbunden war und, wie der Vertreter der Exekutive formulierte, durch „bolschewistische Methoden" ersetzt werden muß.

Zu Absatz V des Artikels ist zu bemerken, daß er **sachlich** den Anschauungen des Parteitages entspricht, daß gerade die Parteilinke vor dem Oktober, seit der Ruhrbesetzung, auch wenn einzelne ihre Führer eine langwierige Entwicklung für **wahrscheinlicher** hielten, von der Partei **einheitlich** und hartnäckig die Bereitschaft zu **schnellem** Übergang in entscheidende Machtkämpfe forderte, während die damalige Parteiführung zwar angeblich immer äußerst feurige Perspektiven sah, aber ihre Politik so trieb, wie es nur durch innere Liquidierung der Revolution erklärt werden kann. Was insbesondere die zitierte Ansicht des Genossen Maslow betrifft, so gibt dieser an, daß in derselben privaten Unterhaltung zwischen ihm und den Genossen Sinowjew, in der über das wahrscheinliche Tempo der revolutionären Entwicklung in Deutschland gesprochen wurde, Genosse Sinowjew zwar eine weit schnellere Entwicklung als Maslow für wahrscheinlich hielt, aber für die Herausbildung einer autoritativen, starken Führung der deutschen Partei eine sehr lange, jahrelange Zeitspanne als wahrscheinlich notwendig bezeichnete, was ja auf dasselbe hinausläuft, da ohne starke Führung keine Revolution denkbar ist. Wir hoffen, daß die Entwicklung der Partei helfen wird, und dann ihrerseits die Partei und die Komintern die Entwicklung so beeinflussen werden, daß die **zweite** der von Genossen Sinowjew in seinem Artikel genannten Möglichkeiten so schnell wie möglich zur Wirklichkeit wird.

In Absatz VI behandelt Genosse Sinowjew die Einheitsfronttaktik. Die Parteitagsresolution über die nächsten Aufgaben, die **einstimmig** angenommen wurde, konkretisiert die Formel der Einheitsfront von unten für Deutschland. Die taktische Resolution der Mehrheit des Parteitags, angenommen mit 92 gegen 34 Stimmen, warnt ausdrücklich vor **mechanischer** Übernahme fertiger **Formeln** für andere Sektionen, fordert aber ausdrücklich **Konkretisierung** der taktischen Methoden für alle Sektionen, und spricht die Erwartung aus, daß diese Konkretisierungsarbeit bereits auf dem V. Weltkongreß die Notwendigkeit der Methoden der Massenmobilisierung von unten her ergeben werde. Hier besteht eine Differenz sowohl mit der Exekutive wie auch mit

Minderheitsgruppen in der Partei. Diese Differenzen sind aber nicht prinzipieller Art, wie überhaupt die Frage der Spitzenverhandlungen etwa erst dann prinzipielle Differenzen ergeben kann, wenn diese Verhandlungen — wie es in Deutschland der Fall war — Bündniszwecke verfolgen. Was schließlich die ebenfalls noch bestehende Differenz in der Beurteilung der Erfolge der Einheitsfronttaktik in Deutschland bis zum Oktober betrifft, so hat die Parteitagsmehrheit immer die Anschauung vertreten, daß in Deutschland nur jene Methode angewendet wurde, die der Vertreter der Exekutive in den taktischen Thesen als „die opportunistische Einheitsfronttaktik" im Gegensatz zur „bolschewistischen Methode der Einheitsfront" bezeichnet hat. Um diesen Punkt ging ein großer Teil der Diskussion sowohl auf der Moskauer Konferenz wie bei der Vorbereitung des Parteitags, und die große Mehrheit der Partei hat sich durchaus nicht davon überzeugen lassen, daß „die Linie der Partei im wesentlichen richtig" war, wie es die Vertreter der Mittelgruppe behaupteten. Ebensowenig hat es die große Mehrheit der Partei als „ungeheure Übertreibung" ansehen können, daß festgestellt wurde: die taktische Linie der Partei in Deutschland war seit langer Zeit im wesentlichen falsch, nämlich opportunistisch orientiert (auf Bündnis mit SPD. und demokratische Zwischenform der Regierung). Wenn die Partei in ihrer Mehrheit diese Überzeugung nicht gehabt hätte, würde die Umgruppierung und die so völlig andere Mehrheitsbildung absolut unverständlich bleiben.

Absatz VII des Artikels ist sachlich vollständig richtig, nur, daß Genosse Scholem ohne den geringsten Grund zitiert wird. Die ganze Partei wird scheinradikale „Theorien" und Phrasen, die Teilforderung „ablehnen", das heißt die Partei von jeder Tätigkeit fernhalten wollen, ablehnen, mögen sie auftreten, wie sie wollen und in welcher Gestalt und Form sie mögen. Solche Ansichten sind nicht links, sondern idiotisch bei theoretisch gebildeten Genossen, und der Ausdruck der Nachwirkung der Niederlage bei ungeschulten Arbeitern. Der Partei aber drohen keine Gefahren durch solche Ansichten, weil unsere proletarischen Massen solchen Meinungen, natürlicherweise, durchgehends abweisend gegenüberstehen.

Absatz VIII und IX des Artikels unterstreichen wir zustimmend. Absatz X ist im wesentlichen richtig, wenn auch besonders betont werden muß, daß sogenannte linke Abweichungen am besten dann vermieden werden, wenn die rechten Gefahren nicht nur im Auge behalten, sondern schärfstens bekämpft werden, in welcher Gestalt sie sich auch zeigen mögen (sie scheinen augenblicklich nicht zu existieren, können aber jeden Augenblick hervorbrechen). Auf der Moskauer Konferenz wurde gerade die Frontstellung gegen rechts ganz scharf betont und den Vertretern der damaligen Zentralmehrheit das Recht der Kritik an den Linken abgesprochen.

Absatz XI halten wir für falsch. Es besteht nur eine Perspektive der Entwicklung in Deutschland, nämlich die der Konsolidierung der Partei, vorausgesetzt, daß nicht künstlich neuer Streit und neue Fraktionsbildungen getroffen werden. Bereits auf dem Parteitag wurde die Befürchtung geäußert, daß der Artikel des Genossen Sinowjew, der objektiv als Anlaß zur Diskreditierung der neuen Führung gewertet werden muß, dieser zweiten Entwicklung Vorschub leisten könnte. Kein Mensch scheut sich, vorhandene Differenzen auszusprechen und auszutragen. Kein Vertreter der Parteitagsmehrheit hat behauptet, daß in allen Punkten mit der Exekutive restlos Übereinstimmung bestünde. Keiner hat in Aussicht gestellt, daß die Differenzen „von selbst" deshalb schwinden würden, weil die Mehrheit — Mehrheit geworden ist. Viele haben betont, daß alle Anschauungen der Mehrheit lange vorher immer der Exekutive sowohl wie der Partei durchaus bekannt waren. Das ist also nicht die Frage. Die Frage der Konsolidierung, so wurde auf dem Parteitag betont, ist die, ob das Zusammenwachsen der Partei zu einem Ganzen dadurch gestört werden wird, daß unter dem Anschein des Kampfes gegen „Ultralinke" in Wirklichkeit der Kampf gegen die Parteiführung, die eine linke Parteiführung ist und deshalb von der Partei gewählt wurde, begonnen wird. Das ist die Frage, und die Beantwortung dieser Frage löst auch die andere, ob nämlich die Exekutive ihren Kurs geändert hat, wie auf dem Parteitag vielfach behauptet wurde.

Buchbesprechungen

Die Beschlüsse des Frankfurter Parteitages.*)

Von Paul Friedländer.

** „Der Parteitag macht alle Genossen mit Nachdruck darauf aufmerksam, daß das Studium der Erfahrungen, der Vorzüge und der Fehler der einzelnen Sektionen der Komintern, für jeden Genossen notwendig ist..."

„Die deutschen Erfahrungen werden... allen Sektionen wertvolle Lehren geben, die genau studiert werden müssen..."

„Der V. Weltkongreß wird Abweichungen und Fehler gerade dann abstellen können, wenn er über bloße Rahmenformeln hinausgeht und für jede Sektion konkrete Methoden der Agitation und der Mobilisation der Massen schafft..."

Diese Sätze sind in der Resolution zur Taktik enthalten, die auf dem Frankfurter Parteitag der KPD. gefaßt wurde. Damit wird die Aufmerksamkeit der Mitglieder aller Sektionen der Komintern auf die Thesen und Beschlüsse des Frankfurter Parteitages gelenkt und erklärt, daß die schweren Fehler, die die für die Herbeiführung der Weltrevolution wichtigste Sektion der Komintern im letzten Jahre begangen hat, von den Kommunisten aller Länder als Lehre für ihre Taktik begriffen und auf dem bevorstehenden V. Kongreß der Komitern im internationalen Maßstabe nutzbar gemacht werden müssen. Die internationale Bedeutung des Frankfurter Parteitages, auf den die KPD. mit ihren eigenen Fehlern schonungslos zu Gericht gegangen ist, ist unverkennbar. Es gibt kaum eine Kommunistische Partei, die im Laufe der letzten Periode nicht ernste Fehler begangen hat, sei es durch eine ganz mechanische Anwendung der Formeln der Komintern, sei es durch opportunistisches Ausweichen vor ihrer konkreten Anwendung.

Die Beschlüsse des Frankfurter Parteitages, die sehr ausführlich gehalten sind, sind nun — für die Parteimitglieder — von der Zentrale der KPD. in der Form einer Broschüre herausgegeben worden.

Bemerkenswert ist die Einleitung der Zentrale der KPD. zu den Beschlüssen. In ihr wird festgestellt, daß die opportunistische Führung der Partei durch Brandler und Genossen zu einem Prozeß der Umgruppierung geführt hat, der auf dem Frankfurter Parteitag abgeschlossen wurde. Die linke Parteimehrheit umfaßte knapp drei Viertel der Delegierten und repräsentierte den Willen der übergroßen Mehrheit der Parteimitglieder.

Der Frankfurter Parteitag ist zu einem Konsolidierungsparteitag geworden. Auch der neue Parteivorstand wurde beinahe einstimmig gewählt. Die Konzentration aller Kräfte zur Verwirklichung der Frankfurter Beschlüsse ist damit in die Wege geleitet. In der Einleitung wird nochmals unterstrichen, daß die Hauptlosung, die Losung, auf die auch alle Tageskämpfe eingestellt sein müssen, die Losung der Organisierung der Revolution ist.

Was die Überwindung der Parteikrise betrifft, so wird in der Einleitung der Zentrale betont, daß auch die Liquidierung scheinbar ultralinker, im Grunde aber menschewistischer Einstellungen notwendig ist, beispielsweise die Ablehnung des Kampfes für den Achtstundentag oder der Losung der Produktionskontrolle als „opportunistisch". Diese Einstellung führt zur Passivität. Sie ist keineswegs bolschewistisch, und muß bekämpft werden.

Die Resolution zur Lage und zur Perspektive analysiert in sehr konkreter und eingehender Weise, nicht nur die politische und ökonomische Situation in Deutschland und die sich aus ihr ergebenden Aussichten, sondern auch die europäische und die internationale Situation.

Die Ruhrbesetzung und das Verhalten der Großmächte werden historisch zergliedert. Trotz der Oktoberniederlage ist das Proletariat nicht besiegt. Die Sammlung zu neuen Kämpfen geht wieder vor sich. Die Ruhrkrise ist keineswegs liquidiert. Von

---

*) „Die Beschlüsse des Frankfurter Parteitages." Herausgegeben im Auftrage des Parteitages von der Zentrale der KPD. — Nur für Parteimitglieder.

„Stabilisierung" und „Gesundung" der Wirtschaft kann weder im deutschen noch im Weltmaßstabe die Rede sein, was natürlich in den politischen Verhältnissen entsprechend zum Ausdruck kommt. In einem Punkte ist allerdings eine sich neuerlich anbahnende Konzentration der imperialistischen Regierungen zu beobachten: im Verhalten gegenüber Sowjetrußland. Die Anzeichen einer allgemeinen kapitalistischen Offensive gegen Sowjetrußland mehren sich.

„Die Aufgabe der KPD. ist die der proletarischen Revolution in Deutschland, durch die (Bündnis mit Sowjetrußland, Fortpflanzung der revolutionären Welle) eine gründliche Kräfteverschiebung in ganz Europa eintreten und eine völlig neue Epoche eingeleitet werden würde . . ."

„Es ist möglich, daß . . . kein Jahr ins Land geht, bis wir unmittelbar vor den entscheidenden Kämpfen stehen werden. Aber eine andere Möglichkeit ist auch nicht ausgeschlossen: daß die Ereignisse sich einigermaßen langsamer entwickeln werden. Im gegenwärtigen Moment muß die Partei für beide Möglichkeiten bereit sein. Und soweit die Sache vom subjektiven Faktor, das heißt von dem Umfange der Organisiertheit der proletarischen Avantgarde abhängt, muß die Partei ihrerseits die Mitglieder so einstellen, daß sie zu Entscheidungskämpfen in der allerkürzesten Zeit bereit sind."

Die Resolution zur Taktik rechnet mit den begangenen taktischen Fehlern ab und zieht die Konsequenzen daraus. Sowohl die Auffassung der Arbeiterregierung als demokratische Zwischenstufe sowie auch die der Einheitsfront als Bündnispolitik mit der SPD. und das indirekte Eintreten für die November-Republik, insbesondere aber die sächsische Politik, bedeuten ein Verkennen der Rolle der Kommunistischen Partei. Auf Grund einer eingehender Analyse der bisherigen Taktik wird die von nun an zu befolgende Taktik definiert: revolutionäre **Einheitsfront von unten**, lediglich als **revolutionäre Methode der Agitation und Mobilisation der Massen"**. Dies macht vor allem die Schaffung und den Ausbau von Klassenorganen und auch das Herankommen an die Massen der Landproletarier, der proletarischen Mittelständler und völkischen Kleinbürgerschichten, denen man nicht mit einer Art Nationalbolschewismus kommen darf, notwendig.

Die Resolution zur Taktik befaßt sich ferner — nach kurzer Erörterung der in den übrigen Sektionen der Komintern begangenen, gefährlichen taktischen Abweichungen — mit den Lehren, die der V. Kongreß aus den deutschen und übrigen Erfahrungen ziehen muß. Er wird vor allem konkrete taktische Richtlinien für jede der Sektionen der Komintern, entsprechend den Verhältnissen in ihrem Lande, auszuarbeiten haben.

Die Resolution zu den nächsten Aufgaben der KPD. stellt als die Aufgabe, der alle übrigen zugeordnet werden müssen, hin: **Die Organisierung der Revolution.** Zwecks Erkämpfung der Arbeiterkontrolle der Produktion und der Eroberung der politischen Macht gilt es, die politischen Arbeiterräte zu schaffen und die revolutionären Betriebsräte zusammenzufassen, um, auf sie gestützt, revolutionäre Industrieverbände bilden zu können.

Unter diesen Gesichtspunkten werden dann die nächsten Aufgaben sowie ein ausführliches Aktionsprogramm für die jetzige Periode präzisiert.

Die Resolution zur Lage in der Gewerkschaftsbewegung will der Parteimitgliedschaft vor allem den **Kampf gegen die Spaltung der Gewerkschaft**, auf ihre Eroberung und auf die Gewinnung der gesamten, auch unorganisierten Massen, für das Programm der Kommunisten ins Bewußtsein eingraben!

Die Resolution zum Arbeiterkongreß verlangt die Organisierung eines Kongresses der revolutionären Arbeiter in Deutschland, der insbesondere durch die Arbeit unter den Unorganisierten, gut vorbereitet sein muß.

Die organisatorischen Resolutionen beziehen sich auf die Umorganisierung der Partei. „Der Fehler der bisherigen Parteileitung," heißt es in der Einleitung, „bestand darin, daß sie den Gedanken der Umorganisierung der Partei auf Betriebszellen teils durch plumpen Schematismus, teils durch fraktionell gefärbte Vorschläge verdarb und diskreditierte. Die Partei muß aber auf Betrieben ruhen. Es ist ihre wichtigste Aufgabe, ihr Schwergewicht unter Vermeidung jeder Störung oder gar Zerstörung der bisherigen Organisation in die Betriebe zu verlegen."

Schließlich hat der Frankfurter Parteitag noch **eine Solidaritätskundgebung für die politischen Gefangenen erlassen.**

Sosnowski: „Taten und Menschen." *)

Von Eugen Paul (Reichenberg).

** Die Taten, von denen in diesem Buche die Rede ist, sind revolutionäre Taten, und die Menschen — revolutionäre Menschen. Beide sind der Geschichte Sowjetrußlands und der russischen Revolution entnommen. Dies allein würde genügen, um unser besonderes Interesse für dieses Buch zu erwecken. Was es aber ganz besonders interessant macht und ihm einen besonderen Reiz verleiht, das ist der Umstand, daß es nicht direkt als Buch geschrieben wurde. Es handelt sich, wie der Verfasser im Vorworte ausführt, um eine Auslese aus seinen in den Jahren 1918 bis 1923 hauptsächlich in der „Prawda" erschienenen Aufsätzen. Es enthält jene Aufsätze, die nach seiner Meinung „die Ereignisse dieser gewaltigen Geschichtsepoche am treffendsten darstellen".

Das Buch ist also gleichsam das vor aller Öffentlichkeit geführte Tagebuch eines — wie Sosnowski in einem dieser Aufsätze sich selbst bezeichnet — „Sowjetjournalisten". Beim Lesen des Buches hört man das Atmen Sowjetrußlands. Man hört das große Herz des russischen Volkes schlagen, das aus seiner tausendjährigen Starrheit zum geschichtlichen Leben erwacht ist, das seine Ketten gesprengt und sein Schicksal in die eigene, starke Hand genommen hat. Das Wunder des fünfjährigen Bestandes der ersten Sowjetrepublik der Welt wird uns hier enthüllt, es werden uns Märchen erzählt. Ein Erwachsener erzählt uns, Erwachsenen, die wunderschönsten Märchen von einer verwunschenen Prinzessin, die, als sie merkte, daß sie vergebens auf den erlösenden Prinzen warte, selbst den tausendjährigen Zauber brach, sich aus eigenen Kräften erlöste, die Fesseln, die finstere Mächte um sie schlangen, kühn abstreifte, die finsteren Mächte selbst zum Teufel jagte und dadurch den übrigen verwunschenen Prinzessinnen der Welt den Weg zur Erlösung zeigte . . .

Was ist das Wundersamste, das wirklich Märchenhafte an der russischen Revolution? Daß sie den überlieferten, versteinerten Aberglauben von der „Regierungsunfähigkeit" des Proletariats zerstört hat. Daß sie die Irrlehre, als ob die Arbeiterklasse nicht das Zeug hätte, um die Bourgeoisie mit ihren schrecklichen physischen und geistigen Unterdrückungsapparat zu vernichten, die Zügel der Geschichte selbst in die Hand zu nehmen, die komplizierte Kunst des Regierens selbst auszuüben, von den Fesseln der Vergangenheit sich vollständig zu befreien, alle Brücken zum Gewesenen abzubrechen und seine eigene, neue Welt aufzubauen. Historisch betrachtet ist die ganze Entwicklung der Sozialdemokratie, der II. Internationale, zum Reformismus zum großen Teile die Folge dieses durch die bürgerlichen Wissenschaften selbst großgezüchteten, irrigen Glaubens. Das kleinmütige Verzagen angesichts der zu bewältigenden Schwierigkeiten, das fehlende Vertrauen in die schöpferischen Kräfte des Proletariats, der Zweifel, daß die Arbeiterklasse imstande sein könnte, die mit der Machtübernahme verbundenen gewaltigen Aufgaben zu lösen, hat diese Auchsozialisten in die Arme der Bourgeoisie und des Reformismus getrieben, brachte sie auf den Gedanken, irgendeinen „ungefährlichen" Ausweg, ein Kompromiß zu suchen. Sie glauben nicht und können nicht glauben, daß das Proletariat jene Wunder vollbringen könnte, ohne die der große geschichtliche Wandel nicht denkbar ist, die Wunder, an die man glauben muß, wenn man ein wirklicher Sozialist und kein sozialistischer Stubengelehrter sein will. Das russische Volk hat an diese Wunder geglaubt, es hat einen Propheten — Lenin — hervorgebracht, der nicht müde wurde, diese Wunder mit glühender Seele zu predigen und der es nicht beim Predigen bewenden ließ, sondern beherzt selbst Hand anlegte, um diese Wunder tatsächlich zu vollbringen.

Auch die „Menschen", von denen die Aufsätze Sosnowskis handeln, sind vom heiligen Glauben an jene Wunder beseelt und sie beweisen durch ihre Taten von Tag zu Tag von neuem, daß das Proletariat nicht nur „theoretisch" dazu berufen, sondern auch praktisch befähigt ist, das traurige Erbe des Kapitalismus zu übernehmen und die Welt nach seinen — des Proletariats — Bedürfnissen umzugestalten. Die Aufsätze Sosnowskis — wohl dreißig an der Zahl — zeigen uns an der Hand konkreter Beispiele, wie der „ungebildete" russische Arbeiter und Bauer das ihm vom Zarismus zugefallene Erbe übernahm, wie er sich aus einem Diener in einen „Herrn" verwandelte, wie er die alte Verwaltung zum Teufel jagte und sich seine eigene Verwaltung schuf, wie er die Hoffnungen jener täuschte, die sich nach dem Siege der Bolschewisten damit trösteten, daß die Arbeiter und Bauern in zwei

---

*) „Taten und Menschen." Von L. S. Sosnowski. Verlag für Literatur und Politik, Wien, VIII., Alserstraße 69.

Wochen ihre alten Herren zurückrufen werden, weil sie sich in dem Regierungs- und Verwaltungschaos nicht auskennen werden. Die russischen Bauern und Arbeiter machten nach der Übernahme der Macht viele und schwere Fehler, aber nie fiel es ihnen ein, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und die Ausbeuter zurückzurufen. Sie lernten aus den Fehlern, sie korrigierten sich selbst, und aus den Anfängern, die sich in den Jahren 1918 und 1919 mühselig durch das Gestrüppe neuer, gewaltiger Aufgaben hindurchtasteten, wurden bald gewiegte Fachmänner, die alle Zweige des Wirtschafts-, des Staats- und Militärwesens beherrschen lernten und auf allen Gebieten Fortschritte erzielten, die tatsächlich an Wunder grenzen.

Die Aufsätze sind nicht in der chronologischen Reihenfolge ihres ursprünglichen Erscheinens aneinandergereiht, sondern nach ihrem wesentlichen Grundzug in vier Kategorien geteilt. Unter der zusammenfassenden Bezeichnung: „Der zurückgelegte Weg" sind diejenigen Aufsätze gesammelt, die einen interessanten Rückblick auf das Geleistete gewähren. Wird im Aufsatz „Rasseja" gezeigt, wie das in der Kalugaer Provinz befindliche Dorf „Geschwür", unter dem Joche einiger Fürsten und Grafen seufzend, mit der bolschewistischen Machtergreifung den tausendjährigen Bann bricht, an die Stelle der Fürsten einen Lithographen, einen Schlosser setzt und sich zum „Dorf Rosa Luxemburg" entwickelt, so geht im Aufsatz: **„Das Werk ‚Bogatyr' (Gummiwerk Nr. 2)"** derselbe wunderbare Wandel in einem lebenswichtigen Industriebetrieb vor sich. Andere Aufsätze beleuchten die Entwicklung der Tsche-Ka, der Roten Armee usw. **„Der Völker-Frühling — Der Moses des Sowjetlands"** schildert in packender Weise das Entstehen eines Kanals in Sowjet-Dagestan. Der Kanal ist fertig: „Am Ufer des Kanals aber, der Bewegung des Wassers folgend, schritt, mit einem Stock in der Hand — wie Moses mit seinem Zauberstab — der Ingenieur, Genosse Emirow ..." Was ist doch Tausend und eine Nacht für ein Stümperwerk im Vergleich zu diesem Zaubermärchen, in dem wirkliche und nicht erdichtete Wunder geschehen . . . „Der Rote Militarismus und seine Werktage" ist voll der anmutigsten Episoden, die den Volkscharakter dieser Armee der revolutionären Arbeiter und Bauern besser beleuchten, als zehn wissenschaftliche Abhandlungen dies vermöchten. Mitten in der Armeezeitung „Der Tscherwonni Kosak" steht die Parole: „Genossen! Köche! Der Frontsoldat schlägt die Bourgeoisie mit seinem Säbel. Schlagt die Bourgeoisie mit einer guten Grütze!" In einem Leitartikel heißt es: „Der Militärkommissär, der den Kosaken gute Vorträge in Versammlungen hält, aber sich nicht um die gute Nahrung kümmert, ist ein schlechter Militärkommissär." Und das in einer Armee, deren Disziplin und Moralität auch dem Feinde den größten Respekt abringt! Ist das nicht wie in einem Zaubermärchen?!

„Unsere innere Front" faßt eine Reihe von Aufsätzen zusammen, in denen die „Menschen" bei ihrer Arbeit selbst dargestellt werden. „Die russischen Amerikaner", „An die Wand mit den Kapitulanten!", „Man rede nicht mehr von der Vorkriegsnorm, es wird Zeit, sie zu überspringen" sind die bezeichnenden Untertitel des Aufsatzes: **„Was werde ich im Jahre 1923 tun?"** **„Der Geizhals auf seinem Geldsack"** schildert in packender Weise die Vorgänge während der schrecklichen Hungersnot. Die „Pankowiade" ist eine Geschichte „aus der Partei- und Sowjetprovinz" und schildert uns die Geschichte einer „Sowjetkrise" in Wenew, Gouvernement Tula, und ihre Beilegung. „Die Registration der Kommunisten", „Ist es vernünftiger, sich zu verständigen, oder geht man wieder mit den Knüppeln vor?", „Nationalisierung", „Fort mit der Wohnungs-Konstituante" sind Momentaufnahmen aus dem harten Kampfe auf der „inneren Front" um die Erhaltung der Macht, um die Gewinnung der Seele der breiten Massen.

„Aus dem Leben" — umfaßt eine Reihe ausgezeichneter Aufsätze, aus denen man die Menschen — die man früher im Kampfe oder an der Arbeit kennen gelernt hatte — in ihrem Privatleben, soweit es ein solches in einem Sowjetstaat gibt, kennen lernt. „Der Tag des 1. Mai im Kreml" schildert eine Gruppe von Arbeitern und Arbeiterinnen, die den 1. Mai durch freiwillige Arbeiten feiern. Es sind allerhand Menschen „von Lenin bis zu den Botenjungen der Behörden" dabei, darunter auch ein „Sowjetfräulein". „Eine Gruppe von acht Menschen schleppt auf ihren Schultern einen schweren Balken von einem halben Meter Durchmesser. Unter diesen acht Leuten ist auch der Vorsitzende des Rates der Volkskommissäre — Lenin", dessen Anwesenheit übrigens von den Arbeitenden „ohne jede Sensation aufgenommen" wird: „Selbstverständlich, es kann ja gar nicht anders sein." — „Das erste Erholungsheim der Moskauer Arbeiter" schildert die Angst der an Jahrzehnte ununterbrochene Arbeit gewöhnten Arbeiter vor dem „Erholungsheim", dessen Zweck und Bestimmung sie nicht recht begreifen können, und die „Qualen", die die im Arbeiterheim zur Untätigkeit, zum Ausruhen „verurteilten" Proletarier ausstehen. „Das gibt's" — gibt eine lebhafte Schilderung des Treibens im „Zentralhause der Bauern", einer Einrichtung, wie sie wohl nur in einem Sowjetstaate möglich ist. Hier finden die aus den Provinzen eintreffenden Bauern nicht nur Auskunft in jeder beliebigen Sache, man nimmt ihre Sache selbst in die Hand, erledigt Angelegenheiten, die sonst viele Monate oder gar Jahre in Anspruch nahmen, in wenigen Tagen, und während der Zeit des Wartens sind sie die Gäste des Zentralhauses der Bauern.

„Menschen der Revolution" — ist die letzte Abteilung des Buches. Es sind meistens von der Liebe zur Revolution durchglühte Nachrufe, dem Andenken einzelner, auf dem militärischen oder wirtschaftlichen Schlachtfelde gefallener, hervorragender Genossen gewidmet.

Wie bereits angedeutet, gehört es mit zu den größten Vorzügen dieses Buches, daß die darin zusammengefaßten Aufsätze das Werk eines „Sowjetjournalisten", daß sie „mit den Blutstropfen von Kämpfenden" geschrieben sind. Das Buch, dessen überaus gefällige Ausstattung — Großoktav, in Halbleinen gebunden, Titelblatt zweifarbig gedruckt — wir besonders hervorheben, ist wohl die billigste Reise nach Sowjetrußland! — Wir empfehlen diese Reise jedermann, der den ersten Proletarierstaat kennen lernen will, ohne sich persönlich dorthin begeben zu können. Und auch diejenigen, die schon in Rußland gewesen, werden aus dem Buch manches lernen, werden es mit Genuß lesen.

Buchanzeigen

„Die Internationale."*)

** Heft 7/8 der „Internationale" ist soeben als Sondernummer zum **Sachverständigen-Gutachten** erschienen. Es enthält eine ausführliche Analyse des Dawes-Berichtes von J. L. Ferner einen Aufsatz von Rudolf Berger über die österreichische Sanierungsaktion, einen Neuabdruck der Leitsätze der KPD. (Spartakusbund) über den Versailler Frieden vom Mai 1919 und eine Anzahl von Besprechungen der einschlägigen und sonstigen Literatur, darunter eine ausführliche Kritik von Macdonalds „Unsere Politik" von A. M.

Wie von jetzt ab allen Heften der „Internationale", so liegt auch diesem die neueste Nummer der kommunistischen Funktionärzeitschrift „Der Parteiarbeiter" bei. Sie enthält unter anderem die von Mitgliedern der Zentrale im Auftrag des Parteitages ausgearbeiteten „Organisationsvorschläge für die Umstellung der Parteiorganisation".

Außerdem ist diesem Heft als Extrabeilage ein Artikel von N. **Bucharin**, „Nieder mit der Fraktionsmacherei", beigefügt.

Heft 9 der „Internationale" erscheint am 20. Mai und enthält unter anderem ausführliche Würdigungen des deutschen Wahlergebnisses von A. M. und von H. B.

Am 1. Juni erscheint wieder ein Doppelheft, das die Aufgaben des V. Weltkongresses der KI. und besonders die Frage des Programms der Kommunistischen Internationale behandelt.

Die „Internationale" ist durch alle Buchhandlungen, Organisationen und im Straßenhandel sowie auch unmittelbar durch den Verlag zu beziehen. Bestellungen aus dem Ausland sind direkt an den Verlag zu richten.

Preis jedes Heftes 30 Pfennige, jedes Doppelheftes (mit allen Anlagen) 60 Pfennige.

*) „Die Internationale", Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus. Schriftleitung: Berlin C. 54, Rosenthalerstraße 38.

Bezugspreise.

Der monatliche Bezugspreis beträgt für

Deutschland	1 Goldmark
Österreich	10.000 Kronen
Tschechoslowakei	8 Kč
Schweiz	2 Franken
Holland	1 Gulden
Frankreich	4 Franken
Dänemark	2 Kronen
Norwegen	2 Kronen
Schweden	2 Kronen
Danzig	2 Gulden

Die Geschäftsleitung.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien. VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

Sinowjew: Die Verhandlungen zwischen England und der U. d. SSR.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 56. 20. Mai. 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Die Wahlergebnisse in Deutschland. Von Maslow . 669
Politik.
Die Verhandlungen zwischen England und der U. d. SSR. Von Sinowjew 671
Die Antwort der Bevölkerung Karpathorußlands an die tschechoslowakische Regierung. Von Tausik . . 674
Deutschland.
Das Vorgehen der Polizei gegen die Handelsvertretung der U. d. SSR. in Berlin 674
Union der Sowjetrepubliken.
Die Antwort des Moskauer Proletariats auf den Vorstoß der deutschen Reaktion gegen die Sowjetunion. Von Rubiner 676
Arbeiterbewegung.
Heraus zur internationalen Solidarität mit den deutschen Bergarbeitern! 677
Der nächste Kongreß des italienischen Gewerkschaftsbundes. Von Nin 678
Aus der Roten Gewerkschafts-Internationale.
Die Tagesordnung des III. Weltkongresses der RGI. . . 679
Deutschlandhilfe.
An alle Organisationen und Komitees der IAH! . . . 679
Rote Hilfe.
Erich Mühsam in Lebensgefahr! Von Wagner 680
Faschismus.
Der Faschistenvorstoß in Halle. Von Koenen 681
Nachrufe.
I. K. Lutowinow 682
Buchbesprechungen.
Trotzki: „Literatur und Revolution." Von Märten . . 682
G. G. L. Alexander: „Kämpfende Frauen." Von Schreiber 684

Die Wahlergebnisse in Deutschland.

Von A. Maslow.

** 3,700.000 Stimmen wurden bei den Reichstagswahlen für die Kommunisten abgegeben. Die Kommunisten haben ihre Wahlkampagne so geführt, wie wohl noch nie eine Partei. Von vornherein wurde mit aller Brutalität erklärt: Wir Kommunisten versprechen niemandem etwas für das Parlament; wir werden im Parlament keine „positive Arbeit" leisten; im Parlament kann man keine positive Arbeit für das Proletariat leisten, denn das Parlament ist eine Unterdrückungsmaschine der Bourgeoisie und kann nichts anderes sein; die kommunistischen Abgeordneten sind Beauftragte der Partei und ihrer Leitung und nichts anderes; die kommunistischen Abgeordneten sind verantwortlich nur der Parteileitung und jederzeit abberufbar; wer seine Stimme abgibt für die Kommunisten, der demonstriert damit für die Rätediktatur und für die Methoden zu ihrer Errichtung, die keine friedlichen Methoden sind.

Und „trotz" dieser „sterilen", „negativen" Agitation erhielten die Kommunisten 3,700.000 Stimmen. Wir haben das Wort „trotz" in Anführungszeichen gesetzt, denn es ist falsch, nicht trotz, sondern wegen dieser „sterilen" Agitation erhielten die Kommunisten diese fast vier Millionen Stimmen. Wir sagen mit Absicht wegen, denn es ist ein grandioses geschichtliches Experiment vollbracht worden, und der Erfolg hat uns recht gegeben.

Der Wahlausfall war schlecht in Sachsen und Thüringen. Der Wahlausfall war glänzend im Ruhrgebiet, in Oberschlesien, in Berlin, in Hamburg. Weshalb gerade dieser Wahlausfall?

Das Rätsel löst sich leicht. In Sachsen und Thüringen haben wir jahrelang eine andere Politik gemacht, als diejenige, die durch die oben aufgezeigten Richtlinien unserer Wahlagitation und Propaganda gekennzeichnet ist. In Sachsen und Thüringen haben wir den Arbeitern immer wieder gesagt: Wir können im Parlament vielleicht doch etwas erreichen. Wir haben Abmachungen getroffen mit der Sozialdemokratie, wir haben „praktische" parlamentarische Arbeit getrieben. Wir haben dort Arbeiterregierung gespielt, die nichts anderes war, als eine elende demokratische Koalitionsregierung. Wir haben dort eine Politik gemacht, die im Kern falsch und opportunistisch ist. Wir haben dafür die Quittung bei den Wahlen noch ausdrücklich erhalten.

Diese sächsische Politik ist niemals gemacht worden im Ruhrgebiet, in Oberschlesien, in Hamburg, in Berlin. Sie ist auch an anderen Stellen nicht gemacht worden, das ist richtig, aber an den eben genannten Stellen ist so kraß die gegenteilige Politik getrieben worden, daß man sehr wohl sagen kann: die Wahlerfolge sind die Quittung eben für diese gegenteilige Politik.

Das sind ernste und klare Lehren der Wahlen. Wir haben im Ruhrgebiet und im ganzen rheinischen Gebiet die Sozialdemokratie vollkommen geschlagen, sie ist dort vernichtet. Sie ist als Partei vernichtet auch in Oberschlesien. Wir können sagen: in diesen Gebieten sind wir die einzige proletarische Partei.

Die Sozialdemokratie ist entscheidend geschlagen in Berlin, in Köln, sie ist stark erschüttert in Hamburg. In Berlin, in den Arbeitervierteln Berlins, ist die Kommunistische Partei die führende Partei des Proletariats. In Hamburg, wo unsere Partei-

organisation zahlenmäßig nicht stark ist, ist das Prestige der Kommunisten, deren besten Funktionäre nach dem Herbstaufstand verhaftet sitzen oder in alle Winkel verstreut sind, so ungeheuer gestiegen, daß die Sozialdemokratie, die eine ihrer festesten Organisationen gerade in Hamburg hatte, stark geschwächt ist. In Köln, einer Hochburg der Sozialdemokratie, im ganzen Kölner Gebiet, im Aachener, haben wir die Sozialdemokratie so geschlagen, daß sie nicht mehr wird behaupten können, sie spiele in diesem Gebiet irgendeine bedeutende Rolle.

Alles das besagt — wenn man noch dazu das Hallesche Gebiet nimmt, in dem die Sozialdemokratie schon deshalb seit langem keine Rolle spielt, weil dort die SPD. geschlossen zur USPD. ging, und die USPD. zur KPD. — daß in den entscheidenden Industriegebieten die Kommunistische Partei die Mehrheit der ausschlaggebenden Schichten des Proletariats erobert hat.

Schon diese Feststellungen zwingen zu taktischen Schlüssen. Der erste, den man machen muß, ist der, daß die Partei überall dort, wo sie so verfuhr, wie es die frühere linke Opposition für richtig hielt, glänzende Erfolge aufzuweisen hat. Es ist bekannt, daß der Linken häufig der Vorwurf des Sektierertums gemacht wurde. Die Probe aufs Exempel ist da. Und siehe, die „Sektierer" haben überall in den Industriezentren die Arbeiterschaft hinter sich, und jene, die die „Heran-an-die-Massen"-Menschen waren, und dies auf sächsisch machten, haben ihren Einfluß nicht erweitern können. Eine bestimmte Streitfrage ist dadurch sozusagen experimentell erledigt, und die experimentelle Bestätigung ist nicht nur in der Physik von Nutzen, sondern mindestens ebenso in der Politik.

Eine zweite Streitfrage der deutschen Partei ist ebenfalls experimentell gelöst. Mußte die Partei im Oktober kämpfen oder nicht? Wenn die Kommunisten im Mai 1924, bei einer gewissen Stabilisierung der Mark, bei einer gewissen Befestigung der Bourgeoisie, bei einem Hinübergehen des Mittelstandes und der Kleinbourgeoisie auf den nationalistischen Flügel, nach einer tiefen Krise der Partei, nach einer schweren Niederlage des Proletariats 3,700.000 Stimmen sammeln konnten, so ist es klar, daß im Oktober 1923, bei einer Wirtschaftskrise ohnegleichen, bei einer vollkommenen Zersetzung der Mittelschichten, bei völligem Durcheinander in der SPD., bei starken Differenzen innerhalb der Bourgeoisie, bei gewaltiger Verzweiflungs- und Kampfstimmung der Proletariermassen in den Industriezentren die Kommunistische Partei die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hatte, kämpfen konnte und mußte, und Siegesaussichten hatte, wie sie größer niemals und nirgends denkbar sind. Auch diese Streitfrage hat das Ergebnis der Wahlen gelöst.

Aber das Ergebnis der Wahlen gibt noch andere Lehren. Zunächst einige Feststellungen, die für die gesamte Internationale von Nutzen sind.

Herr Paul Levi, der Mann der ewigen Impression, stellt plötzlich mit Erstaunen fest, daß die Kommunisten doch sehr stark sind. Vor den Wahlen stellte er fest, daß sie einflußlos sein müßten, und jetzt entdeckt er, daß sie zwar sozusagen in den Salons und auf den Straßen der Bourgeoisieviertel nicht stark sind, daß sie aber in den Betrieben sehr stark sind. Er hat recht, der Herr Dr. Paul Levi, und seine Feststellung ist ein großes Kompliment für die KPD., das er ihr natürlich nicht machen wollte. Die Kommunistische Partei, deren besten Funktionäre durch die Unternehmer aus den Betrieben herausgeworfen worden sind, die Kommunistische Partei, die unterdrückt und verfolgt, deren Presse schikaniert wird, die eine Legalität genießt, die täglich erneut volle Illegalität werden kann, wie sie an und für sich nur Halbillegalität ist — die Kommunistische Partei ist trotzdem stark in den Betrieben, und sie ist stark überall, wo sie verfolgt wird. Die glänzenden Wahlerfolge in Südbayern, in Württemberg, in Baden, die guten Wahlerfolge überall, wo die Kommunisten gekämpft haben (Ruhr, Oberschlesien, Hamburg, Ostpreußen-Landarbeiterstreik, Baden-Lörrach), die glänzenden Erfolge in allen Industriegebieten zeigen, wie stark die Partei ist. Das ist in Ordnung.

Aber man darf nicht verkennen, daß die Wahlen auch eine andere Erscheinung gezeigt haben. Die Deutschnationalen sind ungeheuer gewachsen. Sie, nicht die Völkischen, sind die Sieger auf der rechten Seite. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die völkische Demagogie, daß alle die aus dem Wortschatz der so verhaßten „Marxisten" zu Maskeradezwecken ausgeliehenen Requisiten, als da sind: Kampf gegen das Kapital, Kampf gegen den Kapitalismus, Kampf für die Zwangsbewirtschaftung usw., den Völkischen nichts mehr genutzt haben. Wo die Völkischen Erfolge erzielt haben, dort haben sie diese Erfolge erzielt mit den Gedanken der Deutschnationalen: mit rein nationalistischen, primitiv nationalistischen Losungen. Und wo die Deutschnationalen ihre Erfolge erzielt haben, dort haben sie sie erzielt durch reaktionäre, kapitalistische Wirtschaftslosungen und mit nationalistischer Propaganda.

Dieses Ergebnis kam der ganzen Partei etwas unerwartet. Dieses Ergebnis zeigt, daß die Partei ihren Wahlkampf teilweise falsch geführt hat. Die Hauptstoßkraft der Partei richtete sich gegen die Völkischen und gegen die Sozialdemokraten, und dabei übersah die Partei, daß die deutschnationale Gefahr bereits größer ist als die Völkische. Die Völkischen werden mit ihrem Kampf gegen das neue Versailles bedeutungslos sein, so wie die Deutschnationalen „Pazifisten" werden, das heißt für die Annahme des Sachverständigengutachtens sich aussprechen. Die Kommunistische Partei muß ihre Front etwas umstellen. Sie muß die Deutschnationalen mit derselben Kraft angreifen, wie sie die Völkischen bekämpfte und auch weiterhin bekämpfen wird.

Die Wahlen geben noch andere Lehren: Die Partei hat es nicht verstanden, an die Frauen heranzukommen. Die Erfolge der Deutschnationalen sind zum großen Teile Erfolge bei den Frauen, auch bei den Arbeiterfrauen. Hier wird die Partei ihre Arbeit vollständig umzustellen haben.

Die Partei hat es auch nicht verstanden, gegen das katholische Zentrum zu kämpfen. Die Zentrumsarbeiter sind im Ruhrgebiet wie in Oberschlesien häufig nicht weniger revolutionär als die kommunistischen Arbeiter. Aber die Partei hat es nicht verstanden, sie von ihrer Führung loszulösen, und die Partei wird dieses Versäumnis nachzuholen haben. Im gegenwärtigen oberschlesischen Bergarbeiterkampf gelingt es sehr leicht, sogar die katholischen Gewerkschaftsorganisationen in den Kampf mit hineinzuziehen. Die Partei wird sehr genau die Methoden auszuarbeiten haben, mit denen sie diese katholischen Arbeiter hinter sich bringt.

Die Partei hat es auch nicht verstanden, unter der ländlichen Bevölkerung den Einfluß zu gewinnen, den sie zweifellos haben kann, wie die Beispiele Ostpreußens, Badens und auch Württembergs zeigen. Die Partei wird hier sehr ernsthafte Arbeit darauf verwenden müssen, konkrete Methoden auszuarbeiten, die nicht schematisch sein dürfen, sondern den jeweiligen Verhältnissen jedes Gebietes angepaßt sein müssen.

Aber auch die Sozialdemokratie ist noch nicht vernichtet. Immerhin ist sie zahlenmäßig noch die stärkste Partei im Reichstag. Sie ist noch stark geblieben in so wichtigen Städten, wie Breslau, Hannover, Leipzig, Dresden, Frankfurt, Bremen, Nürnberg, Lübeck. Sie aus diesen Stellungen hinauszuwerfen, ist jetzt die Hauptaufgabe der Partei. Die Partei wird die Arbeit an diesen Stellen verstärken. Die Vernichtung der Sozialdemokratie als Partei ist das nächste Ziel nach dieser Richtung.

Die Wahlresultate beweisen, daß die Kommunistische Partei vollkommen konsolidiert ist. Die Wahlresultate sind bereits eine Quittung auf die Umstellung der Partei. Die Partei hat das Vertrauen so breiter Massen gewonnen, daß die Erfahrungen der KPD. mit den Methoden der Einheitsfronttaktik auf dem V. Weltkongreß mit der allergrößten Sorgfalt beachtet werden müssen. In den Industriezweigen haben die entscheidenden Schichten des Proletariats ihre Stimmen für die Räterepublik abgegeben, indem sie für die Kommunistische Partei, so wie sie heute ist, mit der Leitung, so wie sie heute ist, stimmten. Die Kommunistische Partei zog in den Wahlkampf ohne grobe Namen, ohne die geringste Konzession an irgendwelche parlamentarischen oder demokratischen Illusionen oder Versprechungen. Sie hat an Prestige gewaltig gewonnen.

Die Erfahrungen auch dieses Wahlkampfes werden bei den taktischen Debatten auf dem V. Weltkongreß eine große Rolle zu spielen haben. Er war das Gegenteil von dem, was in dem vorigen Jahre als Einheitsfronttaktik bezeichnet wurde, er war eine Mobilisation der Massen mit klarster Propaganda, er war eine Mobilisation der Massen von unter her, und er hat glänzende Resultate gezeitigt. Natürlich werden wir nicht nur nach diesen Stimmzettelresultaten irgendwelche Schlüsse ziehen, aber diese Stimmzettelresultate sind der Beweis für die Richtigkeit bestimmter Anschauungen, die keineswegs bereits Allgemeingut der Kommunistischen Internationale sind.

Ein genaues Studium der einzelnen Wahlresultate und eine genaue Analyse der Ergebnisse, der Struktur der Bezirke, der Art der abgegebenen Stimmen und ihrer Verteilung auf die einzelnen Parteien, ist dringend notwendig, und wird noch konkret die Feststellungen ergänzen, die wir hier als erste Ergebnisse in großen Umrissen haben aufzeigen können.

Politik

Die Verhandlungen zwischen England und der U. d. SSR.

Von G. Sinowjew.

Auszug aus einer Rede, gehalten Mitte April auf dem Kongreß des Eisenbahnerverbandes der Sowjetunion.

Die Forderungen der englischen Bankiers.

** Genossen, Ihr interessiert Euch natürlich für die gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen zwischen der Union der Sowjetrepublik und England, an denen einer der hervorragendsten Funktionäre Eures Verbandes teilnimmt. Wir erhielten nun die erste Nachricht über den Beginn dieser Verhandlungen: an einem und demselben Tage traten die sechs größten Bankiers Englands und der Ministerpräsident der sogenannten „Arbeiterregierung", Herr Macdonald, vor die Öffentlichkeit. Er war augenscheinlich mehr oder minder sorgfältig vorbereitet. Ihr habt den Bericht über die erste Sitzung der Konferenz, die unter dem Vorsitz Macdonalds stattfand, gelesen. Nach dem Bericht scheint sie ein wahres Idyll gewesen zu sein. Abweichend von den förmlich pedantischen Gewohnheiten des englischen Parlamentarismus, überbot sich selbst Macdonald, um nur den Eindruck einer fast freundschaftlichen Unterhaltung hervorzurufen. Die Sitzung war fast so gemütlich wie irgendeine Geburtstagsfeier. Ja, aber nun kommt das Eigentliche. Am selben Morgen wurde das Memorandum der sechs größten Bankiers Englands, das schon vor zehn Tagen an Macdonald berichtet wurde, aber „zufällig", denkt Euch, ganz zufällig erst am selben Tage in der Presse erschien, an dem Macdonald die freundschaftliche Unterhaltung veranstaltete, veröffentlicht. Das Auftreten Macdonalds und das Auftreten der Bankiers eröffneten die Verhandlungen. Diese beiden Akte haben eine ernste Bedeutung, und ich will beide kurz charakterisieren.

Ich glaube, daß das Auftreten der Bankiers wichtiger ist als das Auftreten des Ministerpräsidenten Macdonald, daher möge Herr Macdonald uns nicht zürnen, daß wir dem ersteren den Vorzug geben. Es ist interessant zu wissen, was sie sagen, weil sie viel mehr Einfluß haben als Macdonald. Sie vertreten viel ernstere Kreise der gegenwärtig in England herrschenden Schichten. Man muß wahrlich kein Prophet sein, um sagen zu können: Macdonald kam und er wird auch gehen, diese Bankiers werden natürlich auch gehen, sie werden aber wahrscheinlich später von der Oberfläche verschwinden als Macdonald. Darum ist es vernünftiger, uns in erster Linie damit zu beschäftigen, was diese Herren Bankiers sagen.

Es gab eine Zeit, wo ein Teil der englischen Kapitalisten auf der Seite der russischen Revolution stand. Es war zu jener Zeit, als in Rußland noch der Zar die Macht hatte und es sich um einen bürgerlichen Umsturz handelte. In der Zeitschrift für die Geschichte unserer Partei erscheint gerade zur gelegenen Zeit ein bisher unveröffentlichter Artikel Lenins vom 22. September 1917. In diesem Artikel vergleicht Wladimir Iljitsch die damals bereits vollbrachte bürgerliche Revolution mit der proletarischen Revolution, die bereits herangereift war und im Oktober vollbracht wurde, und schreibt:

„Im Lande wächst offen eine neue Revolution heran, die Revolution einer anderen Klasse als die, die die Revolution gegen den Zarismus verwirklichte. Damals war die Revolution eine Revolution des Proletariats, der Bauernschaft und der Bourgeoisie im Bündnis mit dem englisch-französischen Finanzkapital gegen den Zarismus. Nun reift die Revolution des Proletariats und der Mehrheit der Bauernschaft, gerade der ärmsten Bauernschaft, gegen die Bourgeoise, gegen ihre Verbündeten, das englisch-französische Kapital, gegen ihren Regierungsapparat, an dessen Spitze der Bonapartist Kerenski steht, heran."

Es gab also eine Zeit, wo das englisch-französische Finanzkapital kraft seiner Sonderinteressen im imperialistischen Kriege geneigt war, die revolutionäre Bewegung gegen den Zarismus bis zu einem gewissen Grade zu unterstützen. Miljukow und Gutschkow standen unter der Botmäßigkeit des damaligen Gesandten, Herrn Buchanan. Dieser half ihnen, die Macht zu erobern, nachdem die Arbeiter und Soldaten den Zarismus gestürzt hatten. Er half ihnen, indem er darauf rechnete, daß es ihm gelingen werde, Rußland in seine Gewalt zu bekommen und es zu zwingen, den imperialistischen Krieg im Interesse des imperialistischen englischen Kapitals weiter zu führen.

Aber diese Zeiten liegen, wie wir alle wissen, jetzt in weiter Ferne. Nach der Oktoberrevolution war gerade das englische Finanzkapital unser erbittertster Gegner, und im Augenblick, wo wir in London mit ihm Verhandlungen eröffnen, spielt gerade das Finanzkapital vor der ganzen Welt die Rolle der Vorkämpfer gegen die Sowjetunion.

Unlängst, wenn ich mich nicht irre, am Tage nach der de jure-Anerkennung unserer Union durch Macdonald, erschien das Memorandum der sogenannten Assoziation englischer Industriellen. Jetzt, wie wir sehen, treten sechs große Bankiers vor die Öffentlichkeit, die die Sprache der Herren sprechen und die, man muß schon gestehen, tatsächlich einen gewissen Grund haben, sich eine Zeitlang noch für die Herren im bürgerlichen England zu halten. Diese Herren Bankiers stellen uns sechs Forderungen.

Die wichtigsten dieser Forderungen sind: 1. Beide Parteien sollen ihre privaten und Staatsschulden anerkennen. 2. In bezug auf den Privatbesitz der Ausländer soll ein Einvernehmen erzielt werden. 3. Die Sowjetunion soll ein normales Gesetzbuch über das Privatrecht herausgeben, einen unabhängigen Gerichtshof einsetzen und die Unverletzbarkeit der Privatverträge garantieren. 4. Die Sowjetregierung soll eine bestimmte Garantie dafür geben, daß in Zukunft das Privateigentum unter keinen Umständen einer staatlichen Konfiskation anheimfallen wird. 5. Die Bankiers, Industriellen und Kaufleute Englands sollen ihre Geschäfte in der Sowjetunion ganz frei, ohne Einmischung der Sowjetmacht betreiben können, und 6. die Sowjetregierung soll auf die Propaganda gegen die Institutionen anderer Länder verzichten.

Außer diesen sechs Bedingungen greifen die Bankiers im erläuternden Teil ihres Memorandums das Außenhandelsmonopol unserer Union an und zielen direkt darauf hin, daß, selbst im Falle der Erfüllung aller vorher erwähnten Forderungen, die Sache wegen des Außenhandelmonopols scheitern könnte, wenn unsere Regierung auf dieses Monopol nicht verzichtet.

Beide Parteien — so sagen sie — müssen die privaten und Staatsschulden anerkennen. Und was bedeutet diese höfliche Phrase, wenn man sie in die Sprache der Zahlen übersetzt? Sie bedeutet folgendes: Man stellt uns eine Forderung ungefähr in der Höhe von 11½ Milliarden Goldrubel. Ihr seht, eine Bagatelle. Diese 11½ Milliarden bestehen aus folgenden Zahlen: das nationalisierte Eigentum ungefähr 1½ Milliarden, die reinen Kriegsschulden, das heißt die Subsidien, die der russischen Regierung während des Krieges gewährt wurden, etwas über 6 Milliarden. Die Gruppe der in Mitleidenschaft gezogenen kleinen Eigentümer etwas unter einer Milliarde, und endlich, nicht zu vergessen, die Zinsen. Sie sind bereits von 1917 bis 1924, das heißt auf sieben Jahre, nach einem gottgefälligen Prozentsatz im ganzen mit 6½% zu berechnen, so daß diese Zinsen allein nicht mehr und nicht weniger als 2.400,000.000 Goldrubel betragen. So kommt eine Ziffer von rund 11½ Milliarden hraus. Das nennen sie die Anerkennung der privaten Staatsschulden.

Der zweite Punkt ist die Restitution. Das ist ein fremdes Wort, das die Wiederherstellung der Eigentumsrechte der ehemaligen ausländischen Kapitalisten bedeutet. Vor mir liegt eine unvollständige Liste der von uns nationalisierten ehemaligen englischen Unternehmungen. Da ist vor allem die Bergwerksindustrie. In erster Linie die Naphthaunternehmungen, 42 an der Zahl, mit einem damaligen Grundkapital von 212 Millionen Goldrubel. Wenn Ihr anfangt, diese Gruppe von Naphthaunternehmungen aufzuzählen, so findet Ihr darin fast unsere ganze Naphthaindustrie, die sich zum größten Teil in englischen Händen befand. Die nächste Gruppe besteht aus fünf Kupferwerken. Dann folgen vier Goldunternehmungen mit einem Grundkapital von 36 Millionen Rubel. Diesen folgen die Unternehmungen der Silber- und Bleiproduktion, der Smaragdgewinnung, Textilunternehmungen, metallverarbeitende Unternehmungen, Nährmittelproduktion, holzverarbeitende Unternehmungen, zusammen 112 Unternehmungen. Ich spreche nur von den größten Unternehmungen mit einem Grundkapital von annähernd einer Milliarde Goldrubel, darunter auch viele, die sich als die lebensfähigsten erwiesen haben und auch gegenwärtig im Betrieb sind. Die Herren Bankiers meinen, daß wir die früheren Besitzer dieser größten Unternehmungen wieder in ihre Eigentumsrechte einsetzen müßten, das heißt, ihnen unsere gesamte Naphthaproduktion, fast unsere ganze Kupfer-, Blei- und Kohlenproduktion, einen bedeutenden Teil unserer Textilunternehmungen,

fast alle Textilunternehmungen in Leningrad, eine sehr große Anzahl von Textilunternehmungen in Zentralrußland und eine Reihe anderer, auch für uns äußerst lebensfähige Unternehmungen zurückzugeben haben.

Der dritte Punkt wünscht die Schaffung eines besonderen Gesetzbuches für Privatrecht und die Einrichtung unabhängiger Gerichtshöfe. Unabhängiger Gerichtshof ist ein Pseudonym für das Wort „bürgerlicher Gerichtshof". Der Begriff des unabhängigen Gerichtshofes hat den kleinen Fehler, daß es überhaupt keine unabhängigen Gerichtshöfe gibt, sie sind überall abhängig. In England sind sie abhängig von der Bourgeoisie, in unserer Sowjetunion von der Arbeiterklasse und Bauernschaft. Und nun fordern sie von uns irgendwelche, in ihrem Interesse privilegierte Gerichshöfe.

Ferner fordern sie von uns bestimmte Garantien dafür, daß das Privateigentum in Zukunft von uns unter keinen Umständen bedroht werde.

Und endlich den Verzicht auf die Propaganda! Das ist schon zu einer stereotypen Forderung geworden, die gelegentlich der mit uns geführten Verhandlungen, bei jeder möglichen, zum größten Teil aber bei jeder unmöglichen Gelegenheit aufgestellt wird.

Das Memorandum der Bankiers sagt weiter: „Werden diese Bedingungen erfüllt, dann wird das Vertrauen zur Sowjetunion wiederhergestellt und dann beginnt der Zustrom von Kredit. Aber das ist nur ein allmählicher Prozeß. Der Kredit und das Vertrauen können mit einem Schlage zersört werden, aber es bedarf Jahre, bis sie wiederhergestellt sind."

Wir konnten die Revolution mit einem Schlage durchführen, aber um uns gegenüber den Londoner Bankiers reinzuwaschen, dazu braucht es Jahre. Ja, ich fürchte sogar, daß hier auch die Jahre nichts helfen werde. In den „Times", dem Organ der englischen Bourgeoisie, werden die offiziellen Kommentare zu diesen Forderungen veröffentlicht. Die „Times" befinden sich uns gegenüber in einer recht gepfefferten Stimmung. Sie stützen sich, wie es sich geziemt, vor allem auf die III. Internationale und erklären:

„Die Hauptbedingung der Konferenz muß darin bestehen, daß sich die Delegierten im Rahmen streng begrenzter Instruktionen halten und daß sie während der Londoner Phase ihrer Existenz die revolutionären Impulse und Gelüste der III. Internationale irgendwo in einem entlegenen Winkel ihres Gehirns verriegelt halten."

Von unseren Delegierten zur Londoner Konferenz wird gefordert, daß sie die revolutionären Gelüste der III. Internationale in einem entlegenen Winkel ihres Gehirns verriegelt halten. Aber, wie Ihr seht, halten die Herren Bankiers ihre revolutionären Gelüste weder verriegelt noch in einem entlegenen Winkel ihres Gehirns. Es gibt Leute, die behaupten, daß sie überhaupt kein Gehirn haben, und daher können sie auch ihre Gelüste nicht in einem entlegenen Winkel ihres Gehirns zurückhalten.

Das Maximalprogramm.

Würden wir dieses Blatt ernst nehmen, so könnten wir schon heute die Verhandlungen aufgeben. Einige englische Zeitungen geben sich den Anschein, als ob sie die Frage, ob unsere Regierungen ihre Forderungen annimmt oder nicht, ernst erwägen würden und einige stellen die Frage folgendermaßen: Es handelt sich hier, sagen sie, um einen Wechsel des Regimes. Ganz richtig, das was sie fordern, ist nicht anderes als der Wechsel des Regimes. Und nun erwägen sie mit ernster Miene, ob wir das Sowjetregime ändern würden, wenn sie, die englischen Bankiers, dies fordern. Ich glaube, daß eine solche Frage bei uns nicht ernst genommen werden kann. Wir haben nicht darum jahrelang gegen die internationale Bourgeoisie gekämpft, um jetzt unser Regime auf den Wunsch von sechs Bankiers zu ändern. Wir haben schon in unserem Leben Bankiers gesehen. Es gab ihrer auch in Rußland genug. Ein Teil von ihnen ist unversehrt geblieben und arbeitet bis heute in den Sowjetorganen, bringt der Sowjetmacht einen Nutzen und nimmt an den Fragen der Währungsreform einen regen Anteil. Es ist ja möglich, daß auch einige von diesen **hirnlosen englischen Bankiers** seinerzeit der englischen Arbeiterklasse einen Nutzen bringen werden. Aber natürlich wird niemand von uns ihre Forderungen ernstlich erwägen. Würden wir jedoch annehmen, daß dies ihre letzte Forderung sei, so müßten wir sofort erkennen, daß aus der gegenwärtigen Konferenz nichts herauskommt.

Allerdings ist es möglich, das es so kommen wird. Wir sind ganz darauf vorbereitet. Wir litten nie an großen Illusionen bezüglich des Wohlwollens der Herren englischen Bankiers. Wir wollen in England ein Darlehen aufnehmen, zu diesem Zwecke auf ernste Zugeständnisse eingehen, Zinsen zahlen usw. Aber wir wollen uns natürlich in keiner Weise unterjochen lassen. Unsere wirtschaftliche Lage kann noch so schwierig sein, sie ist dennoch besser als sie war. Über uns brennt das Dach nicht, wir haben Zeit, und es irrt sich ein jeder gewaltig, der glaubt, daß er uns zwingen kann, Sklavenbedingungen anzunehmen. Auf Grund dieses Dokuments könnte man die Sache für gescheitert halten. Wir haben es jedoch mit Geschäftsleuten zu tun, und ohne Aufschlag geht es halt bei ihnen nicht. Sie haben sich daran gewöhnt, uns schrecken zu wollen und, obwohl sie wissen, daß wir nicht gerade schreckhaft veranlagt sind, erwarten sie dennoch, daß sie uns einschüchtern werden. Wir aber warten, bis diese Leute, die sich für ernste Leute halten, wirklich ernst reden werden. Und dann werden wir sehen, ob wir hoffen können, daß etwas ernstes dabei herauskommt. Sollte diesmal nichts herauskommen, so warten wir weiter, vielleicht gelingt es das nächstemal. Lenin sagte ihnen schon früher: **„Je später ihr mit Sowjetrußland ein Abkommen schließt, um so weniger vorteilhaft wird es für euch sein."** Und so ist es auch.

Sie fordern von uns, daß wir auch für die Zukunft das Prinzip des Privateigentums anerkennen, wenigstens insoweit es sich um Ausländer handelt. Sie fordern von uns Garantien dafür, daß ihr, bei uns angelegtes Kapital für ewige Zeiten unberührt bleibt. Ist es denn nicht lächerlich nach der russischen Revolution so etwas zu fordern? Sie gaben eine ordentliche Anzahl von Milliarden dem russischen Zaren, der russischen Bourgeoisie als Darlehen. Und der russische Zar und die russische Bourgeoisie versprachen ihnen nicht nur, daß sie keine Propaganda für die III. Internationale führen werden, sondern auch, daß das Prinzip des Privateigentums ewig heilig und unverletzbar bleiben wird usw. Und was kam dabei heraus? Haben ihnen diese Garantien geholfen: Man könnte glauben, daß sie aus dieser Erfahrung etwas gelernt haben und nicht so etwas von uns fordern, was ihnen die russische Bourgeoisie und der russische Zarismus nicht garantieren konnte. Nun, Spaß beiseite, wir müssen sagen, daß es sichere Garantien bei der Anlage ausländischen Kapitals gegenwärtig nur in Sowjetrußland bei der Sowjetregierung gibt, da unsere Regierung, wie die klügsten von ihnen anerkennen, die solideste Regierung der Welt ist.

Natürlich werden wir die Verpflichtungen von Nikolaus oder von Miljukow nicht erfüllen — nicht deswegen haben wir unsere Revolution gemacht — aber unseren eigenen Verpflichtungen werden wir nachkommen. Alle Länder stehen gegenwärtig mehr oder minder nahe vor der Revolution. Unser Land steht schon nach der Revolution. Und darum ist vom Standpunkt eines ernsten Kapitalisten die Anlage von Kapital in der Form von Konzessionen oder in irgendeiner anderen Form bei uns eine gesicherte Anlage. Natürlich sind sie der Gefahr einer europäischen Revolution ausgesetzt, aber wer den Kopf verliert, dem tun die Haare nicht leid. Und wenn es in England eine wirkliche Arbeiterregierung geben wird, dann werden sie natürlich schwitzen und ihr Kapital wird ihnen davonfliegen. Diese Gefahr besteht, und davor kann sie nicht einmal die III. Internationale bewahren, da die proletarische Revolution auch über ihren Kopf hinweg siegen würde, wenn es der III. Internationale einfallen würde, sich ihr in den Weg zu stellen. Und außerdem ist mir zur Kenntnis gelangt, daß die III. Internationale nicht nur nicht zu garantieren gedenkt, daß es bei ihnen keine Revolution geben wird, sondern das sie sogar bereit ist, das Gegenteil zu garantieren. Darum muß ich sagen, daß es nicht nötig ist, dieses Schreiben der Herren englischen Bankiers ernst zu nehmen. Das ist augenscheinlich ihr Maximalprogramm. Sie haben es manchmal gern, etwa wie Maximalisten aufzutreten, aber wir warten bis sie eine ernste, nüchterne Sprache führen werden. Wir begreifen es vortrefflich, daß man mit den Wölfen in Wolfsart heulen muß, und wir entsandten zu ihnen unsere Delegierten nicht zur Unterhaltung, nicht, um kommunistische Moralpredigten zu halten — vergebens vergeudet Macdonald seine Reden in dieser Hinsicht. Wir entsandten Delegierte dorthin, um mit ihnen wie mit Geschäftsleuten zu sprechen, und wenn sie uns solchen Unsinn vorreden wollen, so gibt es bei uns in Moskau und in andern Städten Rußlands viele gute humoristische Zeitschriften, für die diese Herren guten Stoff geben, aber zu einer ernsten Unterhandlung geben diese Herren englischen Bankiers gar keinen Stoff.

Macdonalds Urlaubsbeschäftigung.

Ich gehe zur Rede des geehrten Herrn Macdonald über, der mir die Ehre erwies, sich mit meiner Rede oder, wie er sich ausdrückt, mit meiner gegen ihn gerichteten Schmähschrift zu beschäftigen. Er sagt, ich habe die Fragen in aufrichtiger Weise

estellt, und er ist damit einverstanden, daß man zwischen der I. und III. Internationale unterscheiden müsse. Ja, so ist es: eder tut seine Arbeit. Auch wir Funktionäre der III. Internationale verrichten unsere Arbeit nach unseren Kräften. Macdonald ls Vertreter der II. Internationale, der sich jetzt auf Urlaub beindet, um als Urlaubsbeschäftigung den Ministerpräsidentenposten der englischen Bourgeoisie zu versehen, verrichtet auch seine Arbeit. Jedem das seine. Macdonald sagt: „Das Wichtigste st vor allen Dingen der Wille zur Verständigung", daß also bei ins ein Wunsch nach Verständigung vorhanden sei. Bei den Herren Bankiers, deren Geschäfte er führt, sehen wir vorläufig nur den Willen zum Raub und nicht zur Verständigung. Das ist ein großer Unterschied, Herr Macdonald! Werden wir bei ihnen den Willen zur Verständigung auf Grund der Anlage von Kapital n soliden Staatsunternehmungen wahrnehmen, dann werden wir ins mit Ihnen unterhalten. Vorläufig sehen wir aber das Gegenteil.

Eine sehr interessante Bemerkung Macdonalds, die ich hier zitieren will, lautet:

„Wir haben gegenseitige Interessen, wenn wir uns aber hier und jetzt nicht verständigen können, so glaube ich, offen gesagt, nicht daran, daß Ihr später Gelegenheit haben werdet, diesen Versuch mit der gegenwärtigen oder mit einer anderen englischen Regierung zu wiederholen. Und ich sehe nicht ein, unter welchen anderen Verhältnissen Ihr bessere Aussichten haben würdet."

Er sagt also, jetzt oder nie. Nützet die Gelegenheit aus, solange ich an der Macht bin, macht Zugeständnisse, da ich es mir nicht vorstellen kann, wann Euch bessere Bedingungen geboten werden könnten als jetzt.

Macdonald erscheint sich selbst als die Achse des Erdballes, um die sich alles dreht. Der Ministerpräsident eines so reichen bürgerlichen Landes hält sich ganz natürlicherweise für den Mittelpunkt der Welt und glaubt, daß sich die ganze Weltgeschichte ihm anpassen wird. Wir haben aber schon vieles gesehen, und vor unseren Augen spielten sich schon manche Regierungswechsel ab. Im letzten Frühjahr drohte uns noch Herr Curzon mit dem Krieg, und damals schien, als ob es nichts Fürchterlicheres gäbe als Curzon. Wo ist Curzon jetzt? Damit nur dasselbe Schicksal nicht auch Macdonald trifft! Er glaubt, daß er die erste Person ist, daß alles unter seiner Botmäßigkeit steht. Das ist aber eine optische Täuschung. Uns hat schon der politisch entschlafene Lloyd George seinerzeit damit schrecken wollen: „Ich rate Euch, Euch noch heute mit mir zu verständigen, es kann sonst passieren, daß man mich stürzt, und dann kommt eine andere konservative Regierung, mit der es Euch viel schlimmer gehen wird." Wir antworteten ihm damals sehr höflich: „Natürlich wird es uns sehr leid tun, wenn Sie gestürzt werden, und wir geben im voraus unserem Beileid Ausdruck, aber irgendwie werden wir die Sache schon überleben. Wir haben auch schon größeres Unglück überlebt. Dasselbe macht jetzt der Vertreter der II. Internationale, Macdonald: „Ihr habt glänzende Perspektiven, kauft heute, heute ist alles billig, morgen sind wir vielleicht nicht mehr da. Wenn Ihr den Augenblick nicht benützt, so wird Euch das Glück, ein Abkommen abzuschließen, nie mehr hold sein." Das ist eine optische Täuschung. Es ist sehr leicht möglich, daß wir dem Herrn Macdonald sagen werden, daß die Kreditfrage gerade dann vorwärts kommen wird, wenn nicht der englische Menschewik Macdonald Ministerpräsident sein wird, sondern irgendein kapitalistischer Mammut, weil Macdonald keine ernsten Absichten hat, nur wenig eigenes Kapital, keinen Einfluß in den herrschenden Kreisen besitzt. Er agiert nur, weil es der englischen Bourgeoisie bequem ist, Sowjetrußland durch die Arbeitereregierung anerkennen zu lassen. Es ergab sich eine Situation, wo es für sie vorteilhafter war, eine menschewistische Regierung zu haben. Es ist sehr leicht möglich, daß sich ein konservativer oder liberaler Minister früher entschließen würde, ein ernstes Finanzgeschäft abzuschließen, als dies unter Macdonald möglich ist.

Darum ist es nicht wahr, daß der gegenwärtige Augenblick der günstigste ist. Ganz und gar nicht, Herr Macdonald! Wir wissen und sehen es vorzüglich, wie sich jene Minister Deutschlands, die Mitglieder der II. Internationale waren, gegenüber Sowjetrußland benommen haben. Solange Scheidemann an der Macht war und die Regierung aus Sozialdemokraten bestand, haben sie nicht nur kein Abkommen mit Sowjetrußland geschlossen, sondern sie haben unseren Gesandten ausgewiesen und lehnten es ab, das Brot anzunehmen, das die russischen Bauern den deutschen Arbeitern sandten. Als aber die Situation nach einigen Jahren anders geworden war, wurde der mehr oder minder gerechte Rapallo-Vertrag nicht durch die menschewistische Regierung, sondern durch ganz gewöhnliche Bourgeois abgeschlossen, die einsahen, daß wir eine ernste Kraft darstellen, mit der man rechnen muß.

Wir wissen es sehr gut, daß die menschewistische Arbeiterregierung ein Feigenblatt für die Bankiers ist, und in diesem Sinne ist der jetzige Augenblick für uns weniger günstig als für sie, da für sie unter den bekannten Verhältnissen niemand so ein vorteilhafter Kommissionär sein kann als gerade Macdonald, der an der Spitze der heutigen englischen menschewistischen Arbeiterpartei steht.

Jedenfalls ist von einigen Fragen die Hülle gefallen, und die englischen Arbeiter, ja, selbst unsere Arbeiter und Bauern bekommen einen sehr guten Anschauungsunterricht darüber, was die gegenwärtige englische Arbeiterregierung darstellt.

Unsere Garantien.

Ob wir irgendein Geschäftsabkommen mit England erreichen werden oder nicht, das kann niemand mit Sicherheit voraussagen. Es ist ganz klar, wenn sie glauben, daß wir auf Sklavenbedingungen eingehen, sie sich irren. Davon kann keine Rede sein, und wir haben auch nicht den geringsten Anlaß dazu. Wir sind für die Heranziehung des ausländischen Kapitals, und es ist nicht wahr, daß bei uns irgendein linker Flügel gesiegt habe, der gegen die Heranziehung des ausländischen Kapitals Stellung genommen hätte. Sie stellen sich die Sache so vor, daß irgendein linker Flügel unter meiner Führung sich gegen den ausländischen Kredit überhaupt ausgesprochen hätte, und sie wollen das als Kinderschreck benützen. Das ist nicht wahr und kann sehr leicht widerlegt werden. Mögen sie es nur versuchen, uns einen ordentlichen Kredit zu annehmbaren Bedingungen anzubieten, und sie werden sehen, daß niemand von uns dagegen sein wird. Ich garantiere sogar meine Unterstützung in dem Falle, wenn nämlich der Kredit zu erträglichen Bedingungen angeboten wird, und glaube, daß wir diesen Kredit ohne große Meinungsverschiedenheiten annehmen werden. Und wir müssen sagen, daß es damit viel ernster werden wird als unter Kerenski. Unser Antrag ist ganz ernst, und es ist eine sehr hoffnungsvolle Sache, bei uns Kapital anzulegen, da uns morgen niemand stürzen wird. Bei der Anlage von Kapital unter der Verpflichtung unserer Regierung, die keine Scheinarbeiterregierung, sondern eine wirkliche Arbeiterregierung und nicht bloß sieben Wochen alt ist — denkt Euch, sieben Wochen, eine wie große Vergangenheit — kann es keine Gefahr geben. Darum glauben wir, daß sie schließlich nach einer gesunden Überlegung doch darauf eingehen werden, unter der Garantie unserer Sowjetregierung bei uns Kapital anzulegen. Das ist heute die vernünftigste Sache. Wenn sie eine Garantie haben wollen, daß es keine Revolution geben wird, so können wir ihnen diese Garantie in bezug auf unser Land geben, da bei uns die Revolution bereits vollbracht ist und die Revolution gegen eine Revolution eine Konterrevolution ist. In bezug auf andere Länder kann ihnen natürlich niemand eine solche Garantie geben.

Über die Propaganda.

Macdonald sagt, daß er in internationalen Angelegenheiten sehr bewandert ist. Natürlich hat er mit Wladimir Iljitsch schon gesprochen, auch er war sein Schüler wie auch wir alle, er weiß, was eine bolschewistische Partei, was eine Sowjetmacht ist, und daher stehen wir mit ihm auf gleichem Boden. Er fordert von uns keine besonderen Garantien und wir werden keine geben. Er stellt sich ja die Sache sehr oft vor, daß es eine Donquichoterie ist, daß nur Kinder und grüne Jungen daran glauben können, daß es in Europa eine proletarische Revolution geben wird.

Ist dem so, warum rollt Ihr solche unwichtigen Fragen auf wie die Propagandafrage? Ihr selbst habt es ja tausendmal widerholt, daß die proletarische Revolution in Europa ein Phantom, eine Chimäre, eine Erfindung sei. Nun, vorzüglich, wozu vergeudet Ihr dann auf die Propaganda die Zeit so wichtiger Staatsmänner wie Macdonald und anderer.

Sie haben aber bei uns seinerzeit eine tüchtige Propaganda betrieben, und zwar eine Propaganda der Aktion. Und wir wissen, wie viele Verschwörungen und wie viele Spione es gab, so zum Beispiel in Jaroslaw. Sie betrieben ihre Propaganda durch Taten, sandten Panzerzüge, Truppen nud betrieben eine Agitation durch die SR. und tun es noch immer. Nun, ich verrate ein Staatsgeheimnis, das ich auf privatem Wege erfahren habe, und zwar, daß es unter den Instruktionen, die Rakowski vor seiner Abreise zur Konferenz erhielt, keinen Punkt darüber gibt, daß er von den Engländern fordern soll, die gegen uns gerichtete Propaganda einzustellen. Man sagt der linke Flügel hätte das ge-

fordert, aber dann habe der linke Flügel auf diese Forderung verzichtet und wir selbst hätten beschlossen, von dieser Forderung abzusehen. Mögen sie soviel Propaganda treiben wie sie wollen. Sprechen wir von den aktuellen Geschäften: Wieviel gebt Ihr? Zu welchem Zinsfuß und unter welchen Bedingungen?

Die entscheidenden Fragen sind die Fragen unseres Wiederaufbaues.

Das wäre alles, was ich Euch gegenwärtig über den Stand unserer Verhandlungen mit England sagen kann. Wie ernst auch diese Verhandlungen sind, eine wie große Bedeutung sie auch für uns haben mögen, so ist es dennoch unbestreitbar, daß selbst die kleinsten Fragen unseres Wiederaufbaues an sich schon eine unvergleichlich größere Bedeutung haben. Ich erinnere mich daran, daß Lenin auf einem unserer Parteitage, der zur Zeit der Eröffnung der Genueser Konferenz zusammentrat (erinnert Euch daran, wieviel Lärm, Geschrei, Manifestationen und Gegenmanifestationen es damals gab), sagte: „Ich rate Euch, diesem Geschrei nicht allzu viel Aufmerksamkeit zu widmen. Der Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern (lernt handeln), das ist eine andere Sache." Die internationale Bürokratie hat daran ein Interesse, die Arbeiter durch Feuerwerk zu blenden, damit sie glauben, daß auf der Genueser Konferenz wirklich das Schicksal der Völker entschieden wird. Auch die Londoner Konferenz ist natürlich wichtig. Sie kann unter gewissen glücklichen Umständen zum Ausgangspunkt eines Aufschwunges unserer Wirtschaft werden, wenn wir nämlich einen Anleihevertrag abschließen. Wenn wir jetzt keinen Kredit erhalten, werden wir ihn in einem oder in drei Jahren bekommen. Aber wie dem auch sei: das Schicksal unserer Republik wird nicht dort entschieden, nicht dort werden wir den Sozialismus aufbauen. **Das Schicksal der Sowjetunion wird hier bei uns entschieden durch unseren wirtschaftlichen Wiederaufbau.**

Die Antwort der Bevölkerung Karpathorusslands an die tschechoslowakische Regierung.

Die eigenartige soziale und wirtschaftliche Struktur Karpathorußlands gibt dem großen Wahlerfolg der KPTsch. internationale Bedeutung. Wir bringen deshalb im nachstehenden außer den bei uns schon erschienenen Artikeln noch einen Aufsatz über die Bedeutung dieser Wahlkampagne. **Die Redaktion.**

Von N. Tausik.

** Die „Sieger" am Weltkriegsmorden teilten, dem Ententeinteresse entsprechend, Mitteleuropa untereinander auf. Gleichzeitig sorgten die die neuen kleinen Staaten „wohlwollend" finanzierenden Ententekapitalisten für ihre entsprechende Repräsentation in diesen neuen Vasallenstaaten. Mit Hilfe ganzer Horden von exportierten Beamten, unter dem absolutistischen Regime des korrupten tschechoslowakischen Bürokratismus, wurde dieses von 95% Arbeitern und Kleinbauern bewohnte unglückliche Land — zur tschechoslowakischen Kolonie des Hungers und Elends. Wenn man die geographische Lage Karpathorußlands mit den angrenzenden Staaten Rumänien, Ungarn und Polen in Betracht zieht und die wirtschaftliche Bedeutung des enormen Reichtums von Naturgütern, Wäldern, Holz und speziellen Mineralien berücksichtigt, muß man zur Überzeugung kommen, daß die tschechoslowakischen Regierungsbanditen, unter Führung von Bankräubern, vier Jahre hindurch gegen die arme Bevölkerung in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Beziehung ausgesprochene Verbrechen verübt haben. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei hat bei jeder Gelegenheit, bei Parteiveranstaltungen, durch Interpellationen und Reden im Parlament in der tschechoslowakischen wie auch der ausländischen Parteipresse, auf die schrecklichen Kolonialzustände in Karpathorußland aufmerksam gemacht. Durch diese unermüdliche Kampagne unserer Partei wurden die Machthaber genötigt, die Wahlen für das Parlament auszuschreiben, um so dem Auslande die „demokratische" Verfassung vorzuschwindeln. Nach dem Muster der berüchtigten ungarischen Wahlen, vervollständigt durch Absendung von einigen Waggonladungen Mais in das Hungergebiet Wrchowina, wo 150.000 Ruthenen am Hungertuche nagen; durch Spenden einiger Hundert Hektoliter Branntweinfusel, hofften die tschechoslowakischen politischen Machthaber, die Massen für die Diebespolitik der tschechoslowakischen Bankräuber zu gewinnen. Sie glaubten, um zu siegen, genüge es, wenn sie einige Advokaten, Popen und Rabbiner zum Tee in den Salon Švehlas nach Prag einladen, um dort diesen eigenmächtigen Führern Karpathorußlands die Taschen aus den Korruptionsfonds zu füllen und sich von diesen Herren der „staatserhaltenden" Idee zum Siege verhelfen zu lassen.

Doch haben ihnen die „Bolschewiken" einen dicken Strich durch ihre Rechnung gemacht.

Die Bevölkerung Karpathorußlands wies — wie bekannt — die Wahlstrategie der bürgerlichen und sozialpatriotischen Demagogen in vorbildlicher Weise ab. Am 16. März 1924 — dem Wahltage — protestierten 100.242 Männer und Frauen gegen die absolutistische Kolonialpolitik der Tschechoslowakei und bewiesen durch Abgabe ihrer Stimmen für die KPTsch., daß sie jede Gemeinschaft mit den Bürgerlichen ablehnen und daß die wirtschaftliche und politische Befreiung des arbeitenden Volkes nur durch den von der Kommunistischen Partei propagierten revolutionären Kampf erzielt werden kann.

Vier Jahre lang hat die KPTsch. in Karpathorußland im Bewußtsein dessen, daß die geographische Lage des Landes allein schon die Verbindung des polnischen, rumänischen und ungarischen revolutionären Proletariats bedingt, ihre revolutionäre Taktik und Arbeit von dieser revolutionären Einsicht aus unermüdlich geleitet.

Gegen den Teror des gesamten Beamtenapparats, gegen die Persekution, gegen den Korruptionswahn ganzer Schichten der Bourgeoisie und der sozialistischen Handlanger, die aus Korruptionsfonds erhalten werden und der armen Bevölkerung das Paradies auf Erden versprachen, sie jedoch hintergingen, bedrohten, ja vielfach brutal vergewaltigten — gegen diese Halunken errangen unsere Genossen, Land- und Stadtarbeiter, lediglich mit der Kraft ihrer kommunistischen Idee ausgerüstet, durchglüht von Liebe für die Unterdrückten, den vollständigen Sieg. Sie kauften keine Seelen. Sie versprachen kein Paradies auf Erden, nur den gemeinsamen Kampf für die Befreiung des Proletariats. Und das werktätige Volk begriff, was Wahrheit und was Lüge ist. Es schuf die revolutionäre Einheitsfront mit dem Proletariat aller Nationen in der Tschechoslowakei und sprach sich für die Abschaffung des kapitalistischen Regimes aus.

Die große Familie des revolutionären Kommunismus freut sich, daß 100.224 Männer und Frauen, Arbeiter und werktätiges Volk, ohne Unterschied der Nationalität und Konfession, für den revolutionären Kampf, für das Ideal einer besseren Zukunft stimmten, trotz der Wahlmachinationen aller gegen uns verbündeten Feinde.

Die Karpathorussische Bevölkerung schlug alle Versuche der feindlichen Einheitsfront ab, sie erkannte das wahre Gesicht der Švehla, Schönborn, der Grund- und Forstbesitzer, der Fabrikanten, Popen und Rabbiner — dieser Mörder des Proletariats. Die werktätige Bevölkerung Karpathorußlands zeigte der Öffentlichkeit durch Abgabe ihrer Stimmen für die Kommunistische Partei, daß sie im festen Bunde mit dem kommunistischen Proletariat und seinen Grundsätzen, zu der großen revolutionären Proletarierfamilie gehört, die im Sinne der III. Kommunistischen Internationale die proletarische Weltrevolution vorbereitet und durchführt.

Deutschland

Das Vorgehen der Polizei gegen die Handelsvertretung der U. d. SSR. in Berlin.

Im folgenden geben wir auf Grund authentischer Berichte eine Darstellung über das Vorgehen der (vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter dirigierten) Berliner Polizei gegen die Handelsvertretung der Union der SSR. am 3. Mai 1924.

Die Redaktion.

Das Eindringen der Polizei.

** Am 3. Mai betrat ein Trupp Polizeibeamter um 1 Uhr nachmittags den Vorraum der Handelsvertretung. Der Portier, der sich nach ihrem Begehren erkundigte, wurde von den Polizeibeamten angeschrien: „Machen Sie, daß Sie wegkommen!" Inzwischen drangen ungefähr 50 Polizeibeamte in das Gebäude der

Handelsvertretung. Auf Befehl eines der Polizeibeamten wurde der Portier gewaltsam gepackt, an die Wand gestellt und in gröbster Weise einer Leibesvisitation unterzogen.

Gleichzeitig stürzten sich sechs Polizeibeamte auf den Mitarbeiter der Handelsvertretung, Fritz **Mayer**, und schlugen so lange auf ihn, bis er aus Nase und Mund blutete und in Ohnmacht fiel. Dem protestierenden Portier rief einer zu: „Maul halten, es wird noch schlimmer kommen!"

Der Mitarbeiter Fritz **Spangenberg**, der sich einem Zivilpolizeibeamten gegenüber weigerte, auf dessen Verlangen die Ein- und Ausgänge zur Alten Jakobstraße zu zeigen, wurde von Polizeibeamten gepackt, in eine Ecke, mit dem Gesicht zur Wand geschleppt und gewaltsam geschüttelt. Ähnlich erging es auch anderen Angestellten der Erdgeschoßräume.

Der Mitarbeiter **Lehmann**, der sich bei seiner Anhaltung auf die Exterritorialität der Handelsvertretung berief, wurde verhaftet, auf die Straße gestoßen, dort verschiedener Protokolle der Handelsvertretung beraubt. Es wurde ihm brüsk erklärt, daß bei einem Fluchtversuch auf ihn geschossen würde. Einem anderen Mitarbeiter versuchte man Handfesseln anzulegen. Ähnlich erging es einer Reihe von Angestellten.

Bezeichnend für die ganze niederträchtige Art des Verhaltens der Polizeibeamten war die Erklärung eines Polizeibeamten gegenüber einer Angestellten: „Na, du bist wohl Ehrenmitglied dieses Bordells!!!"

Die Behandlung der mit diplomatischen Pässen versehenen Mitglieder der Handelsvertretung.

Die in die Räume der Handelsvertretung eingedrungenen Agenten und Polizisten, die von dem Vorsteher der politischen Polizei, Oberregierungsrat **Weiß** persönlich geführt wurden, wandten sich nicht an die verantwortlichen Leiter, weigerten sich 1½ Stunden lang, dem entschiedenen Ersuchen der stellvertretenden Handelsvertreter Starkoff und Turoff, den Grund der Haussuchung anzugeben, Folge zu leisten.

Die Polizeibeamten drangen in das Arbeitszimmer des zweiten stellvertretenden Handelsvertreters Dr. **Turoff** ein. Seine Erklärung, daß er als Inhaber eines diplomatischen Passes und also als Mitglied des diplomatischen Korps Unantastbarkeit genieße, beantworteten sie damit, daß sie ihn auf das gröbste verhinderten, sich, wie er wollte, mit der Botschaft in Verbindung zu setzen. Als Turoff es dennoch tun wollte, wurde Hand an ihn gelegt, und er mit Gewalt daran gehindert. Als ihm dann auf seinen Gängen durch das Gebäude gemeldet wurde, daß Schränke und Schubladen aufgebrochen worden seien, ging er zum Oberregierungsrat Weiß und protestierte schärfstens dagegen. Er betonte, daß er den Mitarbeitern verboten hätte, Geschäftsdokumente vorzuzeigen und Schubladen zu öffnen. Die Antwort lautete: „Dann werden eben die Behälter aufgebrochen." Als kurze Zeit nachher Turoff sich weigerte, die Schlüssel des Sekretariats des Handelsvertreters sowie verschiedener Tische auszuhändigen, wurde er als **verhaftet** erklärt. Eine Reihe von Schränken wurde erbrochen, beziehungsweise mit Dietrichen geöffnet. Die Behandlung Turoffs, auch nach Vorzeigen seines diplomatischen Passes, war äußerst grob und herausfordernd. Als er sich weigerte, einem Polizeibeamten zu folgen, wurde er bei den Händen gepackt. Auf die Frage nach dem Namen des Beamten wurde ihm von einem anderen geantwortet: „Machen Sie sich nicht lächerlich."

Der erste stellvertretende Handelsvertreter **Starkoff**, der sich dem Kommissar Heller gegenüber als derzeitiger Chef der Handelsvertretung bezeichnete, seinen diplomatischen Ausweis vorwies und die Polizeibeamten aufforderte, das exterritoriale Gebäude zu verlassen, wurde von dem Kommissar mitgeteilt, daß er auf Befehl der Abteilung I a des Polizeipräsidiums im Gebäude eine Durchsuchung vorzunehmen habe. Als Starkoff sich mit der russischen Botschaft in Verbindung setzen wollte, wurde er **verhaftet**, indem alle übrigen Anwesenden aus dem Zimmer hinausgewiesen wurden, eine Wache von zwei Posten an die Tür gestellt, und Starkoff etwa 20 Minuten lang der Möglichkeit beraubt wurde, das Zimmer, wo ihn zwei Polizeibeamten bewachten, zu verlassen. Sein diplomatischer Ausweis wurde ihm „zwecks Prüfung" abgenommen. Auch später, als der Zimmerarrest aufgehoben wurde, wurde er daran verhindert, das Gebäude zu verlassen — er wollte unverzüglich zum Botschafter fahren — und es wurde ihm jede Rücksprache mit seinen Mitarbeitern verwehrt.

Auf den Vorhalt der Exterritorialität, den Starkoff, Turoff und andere verantwortliche Leiter der Handelsvertretung erhoben, erwiderte der Kommissar Heller: „Wenn Sie wollen, können Sie sich hierüber später mit dem Auswärtigen Amt unterhalten." Als Legitimation zeigten die Beamten lediglich ihre Erkennungsmarken. Sie weigerten sich, nähere Ausweise, insbesondere den Haussuchungsbefehl vorzulegen.

Eine gleich grobe und gewaltsame Behandlung wurde auch anderen mit diplomatischen Pässen versehenen Leitern der Handelsvertretung zuteil. So wurde Dr. **Awramoff** gewaltsam aus seinem Arbeitszimmer hinausgeführt; er wurde außerdem verhindert, mit dem Stellvertreter Dr. Turoff zu sprechen.

Der Mitarbeiter **Friedrichson** wurde jeder Bewegungsfreiheit in der Handelsvertretung beraubt. Man nahm ihm seinen diplomatischen Ausweis ab, den er erst am nächsten Morgen zurückerhielt. Die Arbeitsräume von Awramoff und Friedrichson wurden ungeachtet ihrer Proteste ebenfalls durchsucht.

Der Vertreter von Ukrnarkomposs, **Aussem**, der gleichfalls einen diplomatischen Paß besitzt, mußte trotz entschiedenen Protestes seinen Schreibtisch öffnen, der von Polizeibeamten durchsucht wurde. Eine Durchsuchung wurde auch im Schreibtische der mit diplomatischem Ausweis ausgestatteten Gattin des Botschaftsrates **Prodowski** vorgenommen. Der zufällig in der Handelsvertretung anwesende Attaché der Botschaft, **Fischmann**, wurde in grober Weise gestoßen und mit Gewalt angepackt und fortgeschleppt.

Die Durchsuchung der Handelsvertretung.

Die Durchsuchungen in den Räumen der Handelsvertretung fanden in den meisten Fällen nicht nur in Abwesenheit der verantwortlichen Personen der Handelsvertretung und der Vorsteher der entsprechenden Abteilungen statt, sondern auch nach gewaltsamer Entfernung sämtlicher Angestellten, die in den betreffenden Räumen arbeiteten. Bei der Durchsuchung wurden keine Protokolle aufgenommen, auch ist bisher ein Protokoll nicht vorgelegt worden. Schreibtische, Schränke und Schubladen wurden erbrochen. Die gewaltsam oder mit Dietrichen vorgenommene Öffnung geschah in den meisten Fällen ebenfalls in Abwesenheit der Angestellten. Eine Reihe von Mitgliedern der Handelsvertretung wurde in unverschämtester Weise einer Leibesvisitation unterzogen. Es ereigneten sich zwei Fälle von Mißhandlungen. Verhaftete Mitarbeiter, die stundenlang gezwungen waren, im Hofe sich aufzuhalten, wurden Verhöhnungen ausgesetzt. Dabei drohte die Wache mit Schießen, wenn die Fenster der Handelsvertretung, die auf den Hof hinausgingen, geöffnet würden.

Es wurden verhaftet und auf die Polizei gebracht: der Verwaltungschef **Postnikoff**, der Vorsteher der Personalabteilung **Kaplan**, der Hauskommandant **Fomin**, ferner der Gehilfe des Hauskommandanten, **Winkler**, sowie die Mitglieder **Wischoropp**, **Paß**, **Mayer** und **Gelanski**.

Im einzelnen ging man bei den Durchsuchungen folgendermaßen vor:

In der **Informationsabteilung** hauste eine Truppe von zirka zehn Kriminalbeamten und zwei Schutzpolizisten. Die Angestellten wurden zuerst gewaltsam aus dem einen Zimmer entfernt. Sie wurden auf den Hof geführt. Im Arbeitszimmer des Abteilungsvorstehers **Suchanoff** wurden die Schubladen des Schreibtisches durchwühlt. Den Angestellten, die verhört wurden, wurde vorgelogen, alles geschehe mit Wissen der Handelsvertretung.

In der **Konzessionsabteilung** wurden die Angestellten gleichfalls brutal aus den Räumen entfernt, die Tische mit Dietrichen erbrochen, darunter der Schreibtisch des Hauptkonzessionskomitees, Prof. **Goldstein**. Auch die Privataktentaschen der Angestellten wurden untersucht. Dokumente, Briefe, Papiere, auch ein Stoß von Besucherzetteln sowie ein Heft mit Telephonnummern wurden von den Polizisten eifrig durchstudiert. Ein Beispiel für die Grobheit des Vorgehens der Polizei: Eine Mitarbeiterin der Abteilung, die auf russisch ihre Entrüstung laut äußerte, wurde von einem der Polizisten mit der Faust in den Rücken gestoßen; später faßte sie derselbe Agent gewaltsam bei der Hand, schleppte sie mit einer derartigen Schnelligkeit fort, daß sie kaum folgen konnte. Die Durchsuchung in der Konzessionsabteilung währte zirka eine Stunde.

In der **Unterabteilung für Statistik** wurde nach gewaltsamer Unterbrechung eines Telephongespräches, das eine Mitarbeiterin mit einer anderen Abteilung führte, und nach Durchsuchung und zwangsweiser Entfernung sämtlicher Mitarbeiter die Abteilung durchwühlt. Die Behandlungen der Angestellten war so grob wie möglich. Einen Mitarbeiter, der gerade aus dem Kasino der Handelsvertretung zurückkehrte, stieß ein Polizeibeamter mit den Fäusten aus dem Raume. Die Mitarbeiter der Abteilung wie die der anderen wurden gezwungen, mehr als zwei Stunden im Hofe zu verbleiben.

Im **Sekretariat des Handelsvertreters** hauste die Polizei auf dieselbe Art. Die Namen aller Angestellten wurden aufgeschrieben. Der Aufforderung, die Schlüssel der Tisch- und Dokumentenbehältnisse auszufolgen, wurde nicht Folge geleistet. Offene Schubladen wurden durchsucht, zwei Schreibtische wurden erbrochen. Auf die gröbste Weise wurden die Angestellten zu stundenlangem Stehen in den Hof getrieben. Einer von den Angestellten wurde von einem der Agenten am Kragen gepackt und die Treppe hinabgeschleppt.

In der **Transportsektion** untersuchten die Beamten die bereitliegenden Pakete auf ihre Adressen, auf ihr Gewicht sowie auf ihren Inhalt. Eine Kiste wurde aufgebrochen, Leibesvisitationen der Angestellten wurden vorgenommen.

In die **Finanzrechnungsabteilung** der Handelsvertretung drangen zwei Kriminalbeamte und zwei Schutzpolizisten mit Gummiknütteln in der Hand. Ihr Benehmen war unerhört herausfordernd. Später erschienen elf Polizeibeamte, ebenfalls mit Gummiknütteln bewaffnet, visitierten und verhörten in gröbster Weise die Angestellten. Während der Prüfung der Papiere wurde der Mitarbeiter der Buchhalterei, Pass, verhaftet. Die Durchsuchung wurde nach Entfernung der Angestellten vorgenommen.

In der **Kunstgewerbeabteilung** wurde ähnlich vorgegangen.

In der **Getreideabteilung** wurde die Durchsuchung trotz des Protestes des diplomatischen Leiters Dr. Awranoff vorgenommen. Die Angestellten wurden in den Hof gebracht. Die überaus wichtigen und wertvollen Dokumente, so die Aktienmappen, wurden durchwühlt, die Schränke gewaltsam eröffnet. Alles geschah in Abwesenheit der verantwortlichen Personen und Angestellten.

In die **Allgemeine Importabteilung** drangen ungefähr 20 Kriminalbeamte und zehn Schutzpolizisten ein und nahmen die Durchsuchung vor. Auf die Frage nach der diesbezüglichen Order wurde dem Abteilungsvorsteher geantwortet: „Das geht Sie gar nichts an, wir sind Ihnen keine Antwort schuldig." Ein anderer Beamter sagte ihm: „Wenn Sie hier nicht arbeiten, so machen Sie, daß Sie fortkommen." Schränke und Tische wurden erbrochen und durchgewühlt, Leibesvisitationen vorgenommen usw. Ein Angestellter, der sich weigerte, seinen Schlüssel auszufolgen, wurde brutal geschüttelt. Einem Angestellten, der sich äußerte, die Polizei behandle die Angestellten der Handelsvertretung wie Kriegsfeinde, erwiderte der Polizeibeamte: „Ja, wie Feinde, wir werden Euch zeigen, wie man hierher kommt und Politik treibt." In der technischen Importabteilung ging es ebenso zu. Die Angestellten wurden aus ihrem Zimmer entfernt; einer von ihnen, der mit einem Schlüssel in der Hand die Treppe hinunterging, wurde an der Gurgel gepackt, zurückgeführt und gezwungen, die Tür zu öffnen.

Ähnlich ging es zu im Regulierungsdepartement, in der Abteilung gemischter Gesellschaften, in der Zentralkanzlei, in der Übersetzungsabteilung, in der Wirtschaftsabteilung, in der Abteilung „Wirtschafts- und Staatsorgane".

Auch die **Büros der Bevollmächtigten von Staats- und Wirtschaftsorganen** wurden durchsucht, so unter anderen das Sekretariat des Bevollmächtigten des Obersten Volkswirtschaftsrates, so die Weißrussische Vertretung. Als der Stellvertreter des Handelsvertreters Turoff dort erschien, Einspruch gegen das Vorgehen der Polizei erhob und Schließung der Schränke anordnete, jagten ihn die Polizeiagenten in grober Weise aus dem Zimmer, erbrachen die Schränke und setzten die Durchsuchung fort. Sämtliche Mitarbeiter wurden dann in den Hof getrieben.

In die Räume des **Ukrwneshtorg** drangen 15 Polizeiagenten ein und nahmen die Durchsuchung vor. Dem Buchhalter wurde ironisch gesagt: „Ihre Vorgesetzten sind jetzt sehr beschäftigt, jetzt sind wir Ihre Vorgesetzten. Jeder Widerstand wird strengstens geahndet werden." Der Bevollmächtigte selbst, der sich weigerte, die Schlüssel auszuhändigen, wurde verhaftet und in den Hof getrieben.

Die Angestellten auf dem Hof der Handelsvertretung.

Die aus den besetzten Räumen entfernten Mitarbeiter wurden in einer Anzahl von etwa 2000 Personen in den Hof getrieben, wo sie von 12 unteren Polizeibeamten, zwei Polizeioffizieren und sechs Beamten der Kriminalpolizei bewacht wurden. Die Polizeibeamten, die mit Karabinern, Revolvern und Gummiknütteln bewaffnet waren, drängten die Verhafteten in eine Hofecke und verhinderten sie, sich an die Wand anzulehnen oder sich auf die Erde zu setzen. Unter den auf den Hof getriebenen Mitarbeitern befanden sich alte und kranke Personen, denen auf die Bitte, ihnen zu erlauben, sich hinzusetzen, oder den auf dem Hof befindlichen Karren heranzuschleppen, ein schroffes, von Hohn und Drohungen begleitetes „Nein" geantwortet wurde. Wenn sich an den Fenstern Angestellte zeigten, richteten die Beamten auf sie ihre Karabiner. — Die Polizeiaktion dauerte von 1 bis gegen 4½ Uhr.

Die Behandlung der Mitarbeiter auf den Polizeiwachen.

Einige der Mitarbeiter wurden nach der Wache gebracht und dort äußerst grob und herausfordernd behandelt. Dem Angestellten Robert **Müller**, der erklärte, er hätte seit frühmorgens noch nichts gegessen und wäre sehr hungrig, wurde geantwortet, er solle das Maul halten, wenn er nicht wolle, daß ihm gegenüber schroffere Maßnahmen angewandt würden. Obwohl diesem Angestellten nichts zur Last gelegt wurde und seine Papiere in Ordnung waren, wurde er erst ungefähr um 5 Uhr abends aus der Haft entlassen. Die Angestellten **Schiffrin** und **Lehmann** bestätigen, daß sie auf der Wache in der Kommandantenstraße den stark blutenden Angestellten Fritz **Mayer** gesehen haben. Er machte einen furchtbaren Eindruck: das ganze Gesicht war angeschwollen, vom linken Augenlid und von einem Teil der Wange war die Haut heruntergerissen. Seine Hände waren voll Blut, er hielt ein mit Blut vollständig durchtränktes Taschentuch in den Händen. Der Angestellte **Lehmann** bestätigt, daß er zuletzt auf der Wache Mayers Hilferufe gehört habe.

Union der Sowjetrepubliken

Die Antwort des Moskauer Proletariats auf den Vorstoß der deutschen Reaktion gegen die Sowjetunion.

Von F. Rubiner (Moskau).

** Das beste Barometer des Zustandes Rußlands, die Stimmung der Massen, ist in den letzten Tagen wieder in die Höhe geschnellt. Die Massen der Werktätigen Sowjetrußlands haben in den sieben Jahren Revolution, in denen sie die politischen Ereignisse in Form von Krieg, Hunger und Entbehrungen aller Art am eigenen Leibe zu spüren bekamen, ein feines Ohr bekommen für jede folgenschwere Erscheinung der Innen- und Außenpolitik. Trotzdem jetzt selbst noch in den Betrieben der Hauptstadt eine große Anzahl von Analphabeten vorhanden ist, so findet jede wichtige politische Nachricht — durch Versammlungen, Vorträge usw. — sofort Verbreitung, so daß der letzte rückständige Arbeiter, die letzte Arbeiterin noch weiß, um was es sich handelt.

Nach dem Bekanntwerden des frechen Überfalls der deutschen Polizei auf die russische Handelsmission in Berlin reagierten die Massen sofort in lebhafter Weise auf diese Provokation. Aus dem ganzen Reiche laufen zahlreiche Meldungen über **Protestkundgebungen** gegen diese ausfällige Handlung der deutschen Reaktion ein. In **Moskau** selbst zogen am Sonntag, den 11. Mai, die Massen auf die Straße, um ihre Stellungnahme zu dem Überfall zu bekunden.

Vom frühen Morgen bis spät in die **Mittagsstunde** wälzte sich durch die Straßen von Moskau das schier unendliche Band der Demonstranten. Es war ein Sonntag, ein Feiertag. Gewöhnlich ziehen die Demonstrationen nach Arbeitsschluß von den Betrieben aus, und mancher kommt da mit, um sich von der Allgemeinheit nicht auszuschließen. Um so höher ist die Anzahl der Demonstranten zu bewerten, die sich am Sonntag in den Betrieben zusamenfanden, um zu demonstrieren. Wieviel Menschen waren auf der Straße? Eine Million oder etwas weniger? Auffallend an dieser Demonstration war — eine Erscheinung, die auch schon bei den vorjährigen Demonstrationen aus Anlaß der Ermordung des Genossen Worowski und der Curzon-Note auffiel — daß nicht nur Arbeiter an der Demonstration teilnahmen, sondern auch Angestellte, Beamte, Bürger ... Nicht nur der russische Proletarier, der russische **Staatsbürger** fühlte, daß seine Interessen in Gefahr sind.

Diese Demonstration war in aller Eile organisiert. Man trug schmucklose Banner mit Parolen, wie: „Nieder mit dem Faschismus! Nieder mit der Reaktion! Nieder mit Ebert und Stresemann! usw." Hie und da brach die Satyre durch: in einem Wagen fuhren die Vertreter der Weltreaktion: Stresemann, Ebert, Mussolini usw. An einer anderen Ecke spielte sich eine Szene ab: einige Hakenkreuzler, Soldaten im Helm, wilhelminische

Typen, riefen: Nieder mit den Kommunisten, bis ein Arbeiter mit mächtigem Hammer erschien und die Kerle, unter schallendem Gelächter des Publikums, in die Flucht schlug.

Die Demonstranten zogen vor das Haus des Moskauer Sowjets, vor die Exekutive der Kommunistischen Internationale und den Platz vor dem Volkskommissariat des Äußern, wo in diesen Tagen ein Denkmal für den ermordeten Genossen Worowski enthüllt wurde.

Was bedeutete der Überfall auf die russische Handelsmission für diese Demonstranten?

Die russischen Massen werden in Friedensliebe erzogen. Die Rote Armee ist stark abgebaut. Sowjetrußland ist momentan die friedlichste Großmacht der Welt. Und diese Friedensliebe kommt besonders in ihren Beziehungen zu Deutschland zum Ausdruck, ist ja Rußland die einzige Großmacht, die das besiegte und gedemütigte Deutschland voll anerkennt, vergessen ist Brest-Litowsk, vergessen die Zeiten, als der deutsche Militärstiefel die junge russische Revolution zu zerstampfen drohte. Seitdem hat sich viel geändert. Die Revolution ist erstarkt, so erstarkt, daß sie nicht allein dem schwachen Deutschland, sondern der ganzen Weltbourgeoisie die Stirn bieten kann. Dieses Gefühl des Selbstbewußtseins kam auch bei den Demonstranten zum Ausdruck: „Die Zeit von Brest ist vorbei! — Diese Losung wiederholte sich immer wieder auf den Fahnen. Noch ist Rußland wirtschaftlich nicht aufgebaut. Aber Deutschland ist ebenso auf Rußland angewiesen wie umgekehrt. Wenn Sowjetrußland bisher Deutschland ausnutzte als Markt zur Befriedigung seines Bedarfes an Maschinen, Chemikalien, Medikamenten und allerhand Halbfabrikaten, so hat Deutschland jetzt schon die größten Vorteile von den Handelsbeziehungen mit Rußland. Auf Grund des Rapallovertrages war eine weitere Entwicklung des Handelsvertrages zu erwarten. Gerade in der letzten Zeit sollten Konzessionen der Firma Krupp und Waldkonzessionen an dem Flusse Mologa zum Abschluß gelangen. Der Polizeiüberfall auf die Handelsmission kommt der deutschen Handelswelt teuer zu stehen: der Ausfall der russischen Waren an der Leipziger Messe und an der Leipziger Aktion für Rauh- und Pelzwaren wird schmerzlich empfunden. Auch wird Deutschland keinen Ersatz für das russische Brot und die russischen Rohstoffe finden.

Gewiß, auch Rußland wird dadurch betroffen, daß jetzt die Handelsbeziehungen mit Deutschland auf den Nullpunkt herabsinken. Aber Rußland ist ein gewaltiges Land mit unermeßlichen Reserven. Die russischen Massen, die gegen den Überfall demonstrierten, schienen zu sagen: **Hände weg von der Sowjetrepublik.** Wir wollen am friedlichen Aufbau unseres Landes arbeiten, wie wir früher für die Existenz dieses Landes gekämpft haben. Wehe jedem, der es wagt, unsere revolutionären Errungenschaften und unsere Selbständigkeit anzutasten.

Diese Antwort war nicht nur laut genug vernehmbar für die Regierungen, sondern auch für die ausgehungerten, verzweifelten Massen Deutschlands, die mit gespannter Aufmerksamkeit alles verfolgen, was aus dem revolutionären Rußland kommt.

Arbeiterbewegung

Heraus zur internationalen Solidarität mit den deutschen Bergarbeitern!

Auf zur Hilfe für die kämpfenden Bergarbeiter Deutschlands!

An die Proletarier aller Länder!

** Der in Deutschland entbrannte Bergarbeiterstreik zeigt, wie groß und unerschöpflich die Energie des deutschen Proletariats ist. Die deutschen Bergarbeiter müssen einen Kampf unter den schwierigsten Verhältnissen führen, unter dem doppelten Druck des deutschen Kapitals und der französischen Bajonette. Und trotz alledem haben die Bergarbeiter mutig den Kampf um den Schutz der von ihnen im harten Ringen eroberten Rechte, gegen die Knechtung durch das deutsch-französische Kapital begonnen. Sollte es der deutschen Bourgeoisie, die für eine Erfüllung der Beschlüsse der Sachverständigenkommission auf Konto der Arbeiterklasse den Boden ebnet, gelingen, das ihrige durchzusetzen, so würde dies eine automatische Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Bergarbeiter aller Länder und gleich darauf auch für die Arbeiter der übrigen Produktionszweige bedeuten. Kein Arbeiter, kein Werktätiger kann und darf von diesem gigantischen Kampfe untätig abseits stehen. Die Sache der deutschen Bergarbeiter ist die Sache des internationalen Proletariats. Die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschafts-Internationale wenden sich mit dem heißesten Aufruf an die Arbeiter aller Länder:

Kommt den Bergarbeitern Deutschlands zu Hilfe!

Gestattet nicht, aus anderen Ländern Kohle einzuführen, um den Streik abzuwürgen!

Sammelt Geldspenden für die Streikenden und ihre Familien!

Spannt all' Eure Kräfte an, um in einheitlicher Front der sich auf die französischen Bajonette stützenden deutschen Schwerindustrie Gegenwehr entgegenzusetzen!

In diesem Kampfe darf es unter den Arbeitern keine müßigen und neutralen Zuschauer geben. Jeder soll den deutschen Bergarbeitern aktive Hilfe erweisen, falls in ihm auch nur ein Funke proletarischer Solidarität glüht, falls er seine eigenen Interessen wohl versteht.

Alle auf zur Hilfe für die Bergarbeiter Deutschlands!

Es leben die deutschen Bergarbeiter!

Es lebe die Kampffront des Proletariats in seinem Ringen gegen die Bourgeoisie!

Moskau, den 12. Mai 1924.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale.
Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschafts-Internationale.

•

Auf zur Hilfe für die deutschen Bergarbeiter!

An die Arbeiter aller Länder!

Die Bergarbeiter Deutschlands traten in den Kampf, um den fortdauernden Vorstoß gegen ihre Löhne, die Arbeitszeit und die sonstigen Arbeitsbedingungen abzuwehren. 400.000 Arbeiter legten die Arbeit nieder und setzten sich und ihre Familien der schwersten Not aus. Gelingt es dem vereinigten Kapital Deutschlands, die deutschen Bergarbeiter niederzuschlagen, so kommt die Reihe an die Bergarbeiter Englands, Belgiens, Frankreichs, Polens und der Tschechoslowakei wie auch der anderen Länder. Aber nicht nur die Bergarbeiter allein, sondern auch die Arbeiter der anderen Produktionszweige kommen an die Reihe. **Der Kampf der deutschen Bergarbeiter ist mithin eine Angelegenheit des internationalen Proletariats.** Nur durch eine Einheitsfront der Arbeiter aller Richtungen ist dieser Angriff der anmaßenden deutschen Schwerindustrie zurückzuschlagen.

Der Allrussische Zentralrat und die Zentralkomitees der Gewerkschaften wenden sich an die Arbeiter aller Länder mit dem Aufruf, den streikenden Arbeitern Deutschlands zu Hilfe zu kommen. Hilfe ist unverzüglich vonnöten. Eine besonders schwere Verantwortung haben die Bergarbeiter, Transportarbeiter und Metallarbeiter Englands, Belgiens, Frankreichs, der Tschechoslowakei und Polens zu tragen. An die Proletarier aller dieser Länder und in erster Linie an die Berg-, Metall- und Transportarbeiter wendet sich die gesamte russische Gewerkschaftsbewegung mit der Aufforderung:

Auf zur Hilfe für die Bergarbeiter Deutschlands!

Wer in diesem Kampfe abseits bleibt, dem gigantischen Kampf unserer deutschen Brüder neutral zuschaut, der ist ein Verräter an den Interessen der Arbeiterklasse, der ist unwürdig, Mitglied der proletarischen Familie zu sein.

Es leben die kämpfenden Bergarbeiter Deutschlands!

Es lebe die Einheitsfront des internationalen Proletariats gegen die Offensive des Kapitals!

Allrussischer Gewerkschaftsrat,
Zentralkomitees aller russischen Gewerkschaften.

•

An die Berufsinternationalen der Berg-, Transport-, Metall- und Fabrikarbeiter.

Angesichts der ganz außerordentlichen internationalen Bedeutung des deutschen Bergarbeiterstreiks schlagen wir ohne Verzug die gemeinschaftliche Durchführung folgender Hilfsmaßnahmen für die Streikenden vor:

1. Verhängung des vollständigen Kohlenboykotts über Deutschland während der Dauer des Streiks.

2. Unterstützung der streikenden Bergarbeiter durch Solidaritätsstreik der Transportarbeiter, Eisenbahner, Metallarbeiter und Fabrikarbeiter Deutschlands sowie durch internationalen Bergarbeiterstreik.

3. Gemeinsame Organisierung einer internationalen Sammlung von Geldspenden für die Streikenden.

Wir erwarten Antwort über die Erteilung entsprechender Anweisungen der Euch angeschlossenen Organisationen; von unserer Seite sind entsprechende Anweisungen bereits erfolgt.

Internationales Propaganda-Aktionskomitee Revolutionärer Bergarbeiter:
Kalinin.

Internationales Propaganda-Aktionskomitee Revolutionärer Transportarbeiter:
Schachnowskij.

Internationales Propaganda-Aktionskomitee Revolutionärer Metallarbeiter:
Worobjew. Waksow.

Internationales Propaganda-Aktionskomitee Revolutionärer Fabrikarbeiter:
Dobrowolskij.

•

An die Bergarbeiter, Transportarbeiter, Eisenbahner, Seeleute, Metallarbeiter und Fabrikarbeiter Englands, Frankreichs, der Tschechoslowakei und Polens.

In Deutschland ist ein Generalstreik der Bergarbeiter entbrannt, die für die Erhaltung des Siebenstundentages kämpfen. Dieser Streik ist von ganz außerordentlicher Bedeutung nicht nur für das gesamte deutsche Proletariat, für das dieser Kampf die Aufrechterhaltung des Achtstundentages auch in anderen Produktionszweigen bedeutet, sondern auch für das gesamte internationale Proletariat. Denn die Verlängerung des Arbeitstages in Deutschland wird von den Kapitalisten aller Länder unter dem Vorwande der Konkurrenz der deutschen Industrie zum Feldzuge für die Verlängerung der Arbeitszeit ausgenützt werden. Deshalb fordern wir Euch, Genossen, zur Solidarität mit den kämpfenden deutschen Bergarbeitern auf. **Bergarbeiter**, organisiert Sympathiekundgebungen für die deutschen Bergarbeiter, Streiks, Demonstrationen und andere Beweise Eurer Solidarität! Tragt Sorge dafür, daß der Streik der deutschen Grubenarbeiter nicht durch von Euch geförderte Kohle erstickt werde! **Transportarbeiter, Grubenarbeiter, Eisenbahner, Seeleute!** Organisiert überall bei allen Gruben, Anlegestellen, Häfen, Eisenbahnen eine Kontrolle der Kohlenausfuhr! Tragt Sorge dafür, daß die Kohle nicht nach Deutschland gelange, nicht dort den Streik abwürge! **Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Arbeiter aller Betriebe!** Organisiert die Hilfsaktion für die Streikenden, denn die deutschen Bergarbeiter kämpfen gegenwärtig für die Interessen der Proletarier aller Länder! Proletarier! Erweist den Streikenden mit allen Mitteln und Kräften Unterstützung!

Allrussischer Verband der Bergarbeiter: Polonskij.
Eisenbahnerverband der Sowjetunion: Andrejtschik.
Transportarbeiterverband der Sowjetunion: Sadowskij.
Allruss. Verband d. Binnenschiffahrt: Ischtschenko.
Allrussischer Metallarbeiterverband: Worobjew.
Allrussischer Fabrikarbeiterverband: Dobrowolskij.

•

Die Prager Arbeiterschaft auf der Wacht!

Die Arbeiterschaft Groß-Prags verfolgt mit größter Aufmerksamkeit den Kampf der Arbeiterschaft Deutschlands, den sie als Kampf des gesamten Proletariats Europas betrachtet. Wir werden alles daransetzen, was in unseren Kräften steht, um Euren so auch unseren Sieg zu verwirklichen.

Es lebe die internationale Solidarität, die erste Voraussetzung des Sieges der Arbeiterklasse.

Präsidium der öffentlichen Kundgebung der Prager Arbeiterschaft:
Bubnik, Hais, Bernasek, Bolen.

Der nächste Kongress des italienischen Gewerkschaftsbundes.

Von A. Nin.

** Die reformistischen Führer der italienischen Gewerkschaften sind nicht darauf erpicht — sie haben ihre guten Gründe dafür —, Gewerkschaftskongresse regelmäßig einzuberufen. Obwohl das bürokratische System, das sie errichtet haben, eine beinahe absolute Garantie für sie bedeutet, so daß sie auch auf den Kongressen gegen jeden möglichen siegreichen Vorstoß seitens der Opposition gefeit zu sein glauben, ziehen sie es doch vor, sich vor jeder unangenehmen Überraschung zu schützen, indem sie einen allzu unmittelbaren Kontakt mit der Masse der Organisierten vermeiden. Der letzte Kongreß hat im Jahre 1921 getagt, der vorletzte im Jahre 1918. In den zwischen diesen Kongressen liegenden Zeiträumen war die Geschäftsführung der Gewerkschaftsbürokraten bloß der sehr fraglichen Kontrolle der Reichsvertretung unterworfen, die fast ausschließlich aus gewerkschaftlichen Funktionären zusammengesetzt und übrigens nur selten zusammengetreten ist.

Unter dem Druck der Mehrzahl der Organisationen sahen sich die Führer der italienischen Gewerkschaften Ende 1923 genötigt, den allgemeinen Gewerkschaftskongreß für den März des Jahres 1924 einzuberufen. Aber gegen Ende Januar 1924 gaben sie den Beschluß bekannt, die Tagung auf einen unbestimmten Zeitpunkt zu verschieben, wozu ihnen die Kampagne für die Parlamentswahlen als Vorwand diente. Der endgültige Termin der Einberufung des Kongresses ist bisher noch nicht festgesetzt worden. Eine Reihe von Genossen ist der Meinung, daß der Kongreß nicht vor Ende dieses Jahres stattfinden wird. Wir sind anderer Ansicht. Wir glauben, daß er noch vor Juli dieses Jahres zusammentreten wird; denn dadurch werden die führenden Gewerkschaftsbürokraten die Teilnahme einer bestimmten Anzahl lokaler Gewerkschaftsorganisationen (Arbeitsbörsen), die unter kommunistischer Führung stehen, verhindern, da diese Organisationen mit der Zahlung ihrer Mitgliedsbeiträge an die Zentrale im Rückstande sind, aber am Ende des ersten Halbjahres 1924 in Ordnung sein werden.

Die Lage innerhalb des italienischen Gewerkschaftsverbandes.

Es ist dem Faschismus nicht gelungen, die Arbeitermassen in seinen sogenannten Gewerkschaften zusammenzufassen. Die „nationalen Körperschaften" (so werden die faschistischen Gewerkschaften bezeichnet) sind nichts als ein ungeheurer Bluff. Ihr völliges Versagen wird sogar von gewissen faschistischen Kreisen zugegeben. Auf dem Lande können die „Popolari" (katholische Volksparteiler) noch mit einer beträchtlichen Gefolgschaft rechnen. Was den Verband der Seeleute betrifft, der abseits vom allgemeinen Gewerkschaftsverband steht und seine ganze Macht bewahrt hat, so ist der Einfluß der Parteigänger Mussolinis auf ihn unbedeutend.

Wenn es dem Faschismus nicht gelungen ist, eine eigene gewerkschaftliche Organisation ins Leben zu rufen, so ist es ihm immerhin gelungen, mit seiner Gewaltpolitik das ganze Netz der dem allgemeinen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen zu zerstören. Nur langsam und mühsam geht ihr Wiederaufbau vor sich. In den meisten Orten ist es eine wirklich heroische Sache, einer der dem allgemeinen Bund angeschlossenen Gewerkschaftsorganisation anzugehören. Der Stand der Mitgliedschaft des in Italien maßgebenden Gewerkschaftsbundes ist von 2 Millionen im Jahre 1920 unter 150.000 hinabgesunken.

Der allgemeine Gewerkschaftsbund ist ohne jede Aktivität. Zu den Schwierigkeiten, die ihm durch den faschistischen Terror bereitet werden, kommt die Passivität der gewerkschaftlichen Führer hinzu, die danach trachten, die Gewerkschaftszentrale in ein lebloses Instrument zu verwandeln, das zur Mitarbeit mit der faschistischen Regierung geeignet ist. Sie streben danach, an die Stelle der Arbeitsbörsen (der lokalen Zusammenfassung der Gewerkschaftsorganisationen), die die lebendige Zelle des Reichsverbandes bilden, von oben ernannte Sekretariate zu setzen. So wird der Wiederaufbau der von den Faschisten zerstörten Gewerkschaftsbörsen durch die Gewerkschaftsbürokraten selbst durchkreuzt, indem diese ihrer Anerkennung alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg legen. Gegenwärtig funktionieren nur die Arbeitsbörsen von Rom, Mailand, Triest, Livorno, Parma und Reggio Emilia in regelrechter Weise. Eine bestimmte Anzahl von Arbeitsbörsen, in denen der kommunistische Einfluß vorherrscht, wird von den Führern des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes nicht anerkannt (wie Turin, Triest, Savonne, Gorizia, Pola, Gradisca, Viczensa, Neapel und Teramo). D'Aragona u. Co. handeln als Diktatoren und bereiten den Boden zur Übergabe des Gewerkschaftsbundes an Mussolini vor. Es gibt allerdings eine bestimmte Anzahl reformistischer Gewerkschaftsführer, die ganz entschiedene Gegner jeder Zusammenarbeit mit den Faschisten sind. Auf der Konferenz von Mailand hat Zirardini erklärt, daß jeder, der zur Regierung ginge, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden müßte. Der ehemalige Verbandssekretär Bigola sowie Mattoni vom Verband der Erdarbeiter haben sich gleichfalls energisch gegen das Zusammenarbeiten mit Mussolini ausgesprochen. Es ist sehr wahr-

scheinlich, daß der Wunsch nach Ausgleichung der Meinungsverschiedenheiten im Schoße des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes eine der maßgebenden Ursachen für das Versagen des allgemeinen Gewerkschaftskongresses gewesen ist.

Die Aussichten des Kongresses.

Worin besteht die Stärke der Opposition, die sich den Gewerkschaftsführern entgegenstellt? Man kann mit aller Bestimmtheit behaupten, daß die effektive Mehrheit der Mitglieder innerhalb der Gewerkschaften auf seiten der Opposition steht. Dennoch ist die Eroberung der Gewerkschaften durch die Opposition infolge der Hindernisse, die ihr durch den bürokratischen Apparat in den Weg gestellt werden, beinahe unmöglich. Eine Tatsache ist dafür bezeichnend: Während die lokalen Gewerkschaftsverbände (Arbeitsbörsen) sich in ihrer Mehrheit in den Händen der Opposition befinden, da sich dort der Wille der Mehrheit der Mitglieder auswirken kann, befindet sich fast die Gesamtheit der Berufs- und Industrieverbände im Reichsmaßstabe in den Händen der Reformisten und trägt einen durchaus bürokratischen Charakter.

Was werden die Ergebnisse des nächsten Kongresses sein? Wenn sich die oppositionellen Elemente für diesen Kongreß ernstlich rüsten, so wird die Ausschiffung der Reformisten, wenn auch nicht wahrscheinlich, so doch immerhin möglich.

Als die Abhaltung des Kongresses bekannt wurde, hat sich das kommunistische Gewerkschaftskomitee sofort an das Gewerkschaftskomitee der Sozialistischen Partei (Maximalisten) gewendet und ihm eine Verständigung zwecks gemeinsamem Vorgehens angeboten. Aber der gute Wille der Kommunisten hat weiter infolge der üblichen Schwierigkeiten, die die Maximalisten bereitet haben, keinen tatsächlichen Erfolg gehabt. Der Verfasser dieser Zeilen hat in seiner Eigenschaft als Vertreter der Internationale die Aufgabe gehabt, bei den Verhandlungen zur Bildung des oppositionellen Blocks zu intervenieren.

Bei diesem Anlaß konnte man erkennen, wie wenig die Führer der italienischen Sozialistischen Partei den Lebensinteressen der Arbeiterklasse Rechnung tragen. Obwohl sie geriebene Politikanten sind, haben wir doch mit ihnen verhandelt und werden auch weiter mit ihnen verhandeln, da sie, wie die letzten Parlamentswahlen gezeigt haben, noch immer einen tatsächlichen Einfluß auf einen großen Teil des italienischen Proletariats ausüben.

Wir haben bei den Verhandlungen mit den Maximalisten unsere Anstrengungen, um mit ihnen zu einer Verständigung zu gelangen, bis zum äußersten getrieben. Wir waren sogar so entgegenkommend, daß wir die Frage des Anschlusses an die RGI. in die Grundlagen der Verständigung nicht einbezogen haben. Es ist uns während meines zweimonatlichen Aufenthaltes in Italien nicht gelungen, ein festes Übereinkommen zu schließen. Wir haben bloß eine Verständigung über gemeinsames Vorgehen auf dem Kongreß der Metall- und Industriearbeiter erreicht. Es muß gesagt werden, daß die Maximalisten zur gemeinsamen Arbeit so gut wie nichts beigetragen haben. Wir haben trotzdem in der Textilarbeiterföderation 37% der Stimmen erhalten. In der Metallarbeiterföderation könnte die Opposition bei ernstlicher Vorarbeit einen Sieg erringen. Aber die Maximalisten machen auch in diesem Sinne nichts. Das paritätische Komitee, das mit Zustimmung beider Parteien eingesetzt wurde, funktioniert nicht oder beinahe nicht, da die ganze Arbeit von den kommunistischen Delegierten geleistet werden muß. Ja, was noch ärger ist, die Maximalisten haben in Turin bei den Neuwahlen des Ausschusses der lokalen Metallarbeitersektion entgegen der Vereinbarung der zentralen Instanzen einen Block mit den Reformisten gegen die Kommunisten gebildet. Wir wollten sogar diese Episode, die ein ausgesprochener Verrat war, vergessen, um bei unseren Bemühungen um die Herbeiführung eines linken Gewerkschaftsblockes weiterzukommen. Aber alle unsere Anstrengungen waren vergeblich. Die Maximalisten haben sich zwar gegen die Verständigung nicht ausdrücklich erklärt. Aber sie haben vorgeschlagen, die Verhandlungen bis nach den Parlamentswahlen zu verschieben. Wir haben uns diesem Gesichtspunkte durchaus entgegengestellt, aus Gründen, auf die wir schon oben hingewiesen haben, daß nämlich alle unsere Anstrengungen zum Scheitern verurteilt sein müßten, wenn nicht eine systematische und ernstliche Vorbereitungsarbeit geleistet wird. Es ist wohl möglich, daß man am Vorabend des Kongresses noch zu einer Verständigung über die Einbringung einer gemeinsamen Resolution gelangt: aber man wird die kostbarste Zeit verloren und die Chancen des Erfolges sehr verringert haben. Während all der Zeit, die wir verloren haben, haben die Reformisten ihren bürokratischen Apparat spielen lassen, um sich einer Majorität auf dem Kongreß zu versichern. Sie werden diese Majorität mühelos erreichen, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß sie die kommunistischen Arbeitsbörsen (Lokalverbände) vom Stimmrecht ausschließen werden. Wäre eine energische Kampagne seitens der Opposition vorausgegangen, so hätten sich die reformistischen Führer zweifellos der Anerkennung dieser Organisationen nicht entgegenstellen können; denn wenn sich diese Organisationen in finanzieller Hinsicht gegenüber der Gewerkschaftszentrale im Rückstand befinden, so ist dies die Folge der durch den faschistischen Terror geschaffenen Hindernisse.

So kann man dank der zögernden Politik der Maximalisten es als gewiß betrachten, daß die Reformisten die Führung des Gewerkschaftsbundes auch weiter innehaben werden.

Die Haltung der Maximalisten darf indessen nicht die Kommunisten zur Inaktivität verleiten. Im Gegenteil! Unsere Mitglieder und Anhänger haben es sich in Italien zur Aufgabe gemacht, den Block aller oppositionellen Elemente trotz der Sabotage der sozialistischen Führer zustande zu bringen. Das kommunistische Gewerkschaftskomitee wird alle ihm zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Kräfte in Bewegung setzen. Ein Aufruf, der von zahlreichen gewerkschaftlichen Organisationen unterfertigt sein wird, wird an die Mitglieder des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes ergehen und alle oppositionellen Elemente auffordern, sich auf einer Konferenz zusammenzuschließen und den gemeinsamen Schlachtplan gegen jene, die den Gewerkschaftsbund der faschistischen Regierung ausliefern wollen, auszuarbeiten. Diese Konferenz wird auf breiter Basis einberufen werden. Nicht nur die kommunistischen und maximalistischen Elemente werden dazu eingeladen werden, sondern auch alle Elemente, die zwar unter dem Einfluß der Unitaren Sozialistischen Partei stehen, aber gegen die Zusammenarbeit mit Mussolini sind. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Kongreß, der die Bildung eines breiten oppositionellen Blocks bedeutet, von den Arbeitermassen, die von Abscheu gegen die sich an Mussolini anbiedernden Führer erfüllt sind, mit einer ungeheuren Sympathie begrüßt werden wird, und daß sich die maximalistischen Führer, ob sie wollen oder nicht, selbst gezwungen sehen werden, mitzugehen. Wenn der Kongreß des allgemeinen Gewerkschaftsbundes erst am Ende des Jahres zusammentritt, wäre der Sieg der Opposition beinahe sicher.

Aus der Roten Gewerkschafts-Internationale

Die Tagesordnung des III. Weltkongresses der RGI.

An alle der Roten Gewerkschafts-Internationale angeschlossenen Organisationen.

** Das Vollzugsbüro der RGI. hat beschlossen, den III. Weltkongreß um zehn Tage zu verschieben. Die Eröffnung des Weltkongresses findet nicht am 25. Juni, sondern am 5. Juli in Moskau statt. Gleichzeitig wurde die Tagesordnung des Weltkongresses ergänzt und die Referenten und Korreferenten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten bestimmt.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vollzugsbüros der RGI. (Berichterstatter Genosse **Losowsky**).
2. Nächste Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsbewegung (Berichterstatter Genosse **Losowsky**).
3. Internationaler Kampf um den Achtstundentag (Referent: Genosse **Heckert**).
4. Gewerkschaften und Betriebsräte (Referent: Genosse **Nin**, Korreferenten: Der Vertreter des Reichsausschusses der revolutionären Betriebsräte Deutschlands, und Genosse **Herclet**, Frankreich).
5. Verhalten der revolutionären Gewerkschaften zu den Berufsinternationalen (Referent: Genosse **Jusephowitsch**, Korreferent: Genosse **Sémard**).
6. Streikstrategie (Referent: Genosse **Monmousseau**, Korreferenten: Genosse **Foster**, Amerika, und ein Delegierter aus Deutschland).
7. Organisatorischer Aufbau (Organisationsformen der Opposition, Wechselbeziehungen zwischen den unabhängigen Verbänden und den oppositionellen Minderheiten, Einheitsverband usw). (Referenten sind hierzu noch nicht bestimmt. Es ist eine Kommission eingesetzt worden, die das Material zu dieser Frage vorzubereiten hat.)

8. Aufgaben der Anhänger der RGI. in England (Referent: Genosse **Tom Mann**, Korreferent: Genosse **Kalnin**).

9. Aufgaben der RGI. in den kolonialen und halbkolonialen Ländern: Britisch-Indien, Ägypten, Algier, Holländisch-Indien, China, Indo-China, Korea usw. (Referent: Genosse **Heller**, Korreferent: Genosse **Semaoen**).

10. Bauern-Internationale und Verbände der Landarbeiter (Referenten: Genossen **Tschirkow** und **Dombal**).

11. Gewerkschaften und Genossenschaften (Referenten: Genossen **Bittel** und **Tasca**).

12. Bericht über die russische Gewerkschaftsbewegung (Referent: Genosse **Tomsk**).

13. Emigrationsfrage (Referent: Genosse **Rokamou**).

14. Kampf gegen die faschistischen Gewerkschaften. (Diese Frage wird in einer auf dem Kongreß gebildeten Kommission behandelt.)

Alle Berichterstatter werden ersucht, ihre Berichte schriftlich zu formulieren und dem Vollzugsbüro vorzulegen.

Moskau, den 25. April 1924.

Generalsekretär der RGI.
(gez.) **A. Losowsky.**

Deutschlandhilfe

An alle Organisationen und Komitees der IAH.!

An die Arbeiter und Werktätigen der ganzen Welt!

** Die ungeheure Not der deutschen Arbeiter hat die Arbeiter der ganzen Welt dazu gedrängt, unter Führung der Internationalen Arbeiter-Hilfe (IAH.) eine Unterstützungsaktion für die schwer leidenden Arbeiter durchzuführen.

Im Verlaufe von 6 Monaten wurden eine Million fünfhunderttausend Goldmark

aufgebracht und an fast **eine Million deutsche Arbeiter** und deren Familien Lebensmittel ausgeteilt.

Die von der IAH. geleitete Unterstützungsaktion für die deutschen Arbeiter wuchs sich zu einer der größten und glänzendsten Solidaritätsaktionen der internationalen Arbeiterschaft aus.

Genossen, Arbeiter, IAH.-Freunde! Die Aktion für die deutschen Arbeiter kann und darf jetzt nicht abgebrochen werden!!

Die Situation hat sich gerade in den letzten Wochen bedeutend verschärft.

Die reaktionären deutschen Unternehmer halten die Zeit zur Durchsetzung neuer Unterdrückungsmaßnahmen für gekommen.

Die Arbeitszeit soll verlängert, der Lohn verringert werden.

Der **Abwehrwille** gegen diesen neuen reaktionären Feldzug ist in weiten Kreisen der deutschen Arbeiter **erwacht**. In allen Teilen Deutschlands wird erbittert um die Erhaltung oder Wiedereinführung des Achtstundentages gekämpft.

Die heute in wirtschaftliche Kämpfe verwickelten deutschen Arbeiter zählen mit ihren Familien

mehrere Millionen Menschen.

Die Unternehmer rächen sich und sperren aus, maßregeln und entlassen.

Der Ausgang der gegenwärtig tobenden Riesenstreiks und Kämpfe entscheidet nicht nur über das Schicksal der unmittelbar davon betroffenen, sondern über das Schicksal der gesamten deutschen Arbeiterschaft und beeinflußt die Lage der internationalen Arbeiterklasse.

Das erkennen immer weitere proletarische Kreise, und aus allen Ländern kommen Solidaritätserklärungen und Sympathieadressen.

Diesen Bekenntnissen muß aber die praktische Tat, muß die unmittelbare rasche Hilfe folgen.

Jetzt wird gestreikt, jetzt sind Hunderttausende ausgesperrt, gegenwärtig, augenblicklich sind Hunderttausende ohne Einkommen, Verdienst, ohne Brot und Lebensmittel.

Die Not, der Hunger droht, die Reihen der deutschen kämpfenden Arbeiter zu schwächen und zu zermürben.

Das muß um jeden Preis verhindert werden.

Rasch muß geholfen werden, jede Stunde drängt.

Die IAH., die wiederholt bei großen Notkatastrophen mit Unterstützung und Hilfe eingegriffen hat, hat beschlossen, **sofort eine spezielle Hilfe für die in Deutschland um den Achtstundentag kämpfenden Arbeiter, besonders für die 600.000 Ruhrarbeiter** zu organisieren.

Bereits ist **Geld** abgegangen, sind **mehrere Waggons Kartoffeln** nach dem Streikgebiet unterwegs, werden **Kinder von den Streikenden** durch die IAH. aus dem Streikgebiet abtransportiert.

Wie auch immer der Kampf ausgehen wird, Millionen kämpfender Arbeiter brauchen heute, hunderttausende Ausgesperrte morgen die Hilfe ihrer Klassengenossen. Genossen, Arbeiter, Freunde der IAH., versagt sie ihnen nicht! **Krönt das Werk der IAH. durch eine rasche, großzügige Hilfsaktion für die deutschen Kämpfer des Achtstundentages! Handelt schnell! Nur rasche Hilfe nützt!**

Das Internationale Zentralkomitee der IAH.

Clara Zetkin. W. Münzenberg. Max Barthel. G. Groß. Leonhard Frank. Maximilian Harden. Prof. Eltzbacher. Dr. A. Paquet. Rechtsanwalt Theodor Liebknecht. Käte Kollwitz. Alex. Moissi. Heinrich Vogeler. Andersen Nexö. Bernhard Shaw. Helen Crawfurd. Henry Barbusse. Anatole France. André Marty. Ture Nermann. Sven Svenson. Bürgermeister Lindhagen. Jörgen Dahl. J. W. Kruydt. Henr. Roland-Holst. Guido Fimmen. Prof. Dr. K. Grünberg. Prof. Graziadai. Upton Sinclair. Prof. Steinmetz. Lunatscharski. Bogdanoff. Maxim Gorki. Olga Kamenewa.

Zuwendungen usw. direkt an das Zentralkomitee der IAH., Berlin, Unter den Linden 11.

Rote Hilfe

Erich Mühsam in Lebensgefahr!

Vor einem Justizmord in München.

Von Ehrenfried Wagner.

** Die Weltreaktion muß sich vorgenommen haben, die revolutionären Dichter zu vernichten; erst **Shum** und **Aohor**, jetzt **Erich Mühsam**. Aus der bayerischen Peter-Pauls-Feste, den Kasematten von **Niederschönefeld** kommt ein gellender Alarmruf. Der Dichter **Erich Mühsam**, der wegen Teilnahme an der bayerischen Räterepublik zu 15 Jahren Festung verurteilt wurde und noch zehn Jahre dieser unmenschlichen Strafe abzubüßen hat, ist **schwer erkrankt**. Bereits vor zwei Jahren zeigten sich bei ihm Symptome von Arterienverkalkung. Die Sklerose ist im Gehör bereits so weit vorgeschritten, daß **Mühsam auf dem linken Ohr vollkommen taub** ist, und auf dem rechten teilweise. Seit kurzem ist er von starken Schwindelanfällen befallen, die, wie **Dr. Hans Mühsam** feststellte, von einer Herzneurose herrühren. Dieser so wie so schon besorgniserregende Zustand wird verschlimmert dadurch, daß **Erich Mühsam jede ärztliche Behandlung fehlt**. Ebenso wie alle Festungsgefangenen lehnt auch Mühsam eine Behandlung durch den Gefängnisarzt **Dr. Steindel** ab. Dieser Steindel ist der Typus jenes zaristischen Gefängnisarztes **Doktor Rychlinski**, der sich kürzlich vor dem Obersten Revolutionstribunal in Moskau zu verantworten hatte, weil er, wie er selbst vor Gericht bekannte, „mich bei meinem ärztlichen Dienst im Gefängnis gegen die Gefangenen brutal und gleichgültig verhalten habe". Der bayerische Rychlinski — Dr. Steindel — ist jener Arzt, der im Januar 1923, vier Stunden vor dem Tode des Festungsgefangenen **Hagemeister** den **Todeskampf** als **Simulation** bezeichnete. Es ist zu verstehen, daß die Festungsgefangenen zu einem Arzt kein Vertrauen haben, der, jedes Mitgefühls bar, sich bei Stellung seiner Diagnose zu 95% von seiner politischen Gesinnung beeinflussen läßt.

Mühsam verlangt **Krankenhausbehandlung**. Er wendet sich jetzt durch seine Frau an die Öffentlichkeit. **Kommt der Dichter Mühsam nicht sofort in ärztliche Behandlung, so muß damit gerechnet werden, daß er im Kerker von seiner schweren Krankheit dahingerafft wird.**

Die Öffentlichkeit muß Hilfe bringen. Was **Poehner** recht ist, muß auch **Mühsam** billig sein. **Poehner**, der im Hitler-Prozeß zu einer lächerlich geringen Strafe verurteilt wurde wegen größerer Verbrechen als Mühsam und die anderen Räterepublikaner, die dafür 5 bis 15 Jahre Festung erhielten, darf seine „Grippe" im Sanatorium auskurieren. **Einem revolutionären Dichter aber, der, auf den Tod krank, in den dunklen, feuchten Kasematten der Festung Niederschönefeld schmachtet, gibt man nicht einmal einen Arzt.** Das ist die deutsche Justiz, die nach Ansicht des bayerischen Justizministers **Dr. Gürtner** „im Gegensatz zu roma-

nischen Ländern sich freihalten soll von Zugeständnissen an die politische Leidenschaft!"

Ist schon das zweierlei Maß in der deutschen Justiz ein Kapitel für sich, so sind die Rechtsurteile in Bayern — wie kürzlich selbst ein Heidelberger bürgerlicher Justizprofessor feststellen mußte — nur noch „Ausflüsse der Willkür". Die schmachvolle Behandlung der Räterepublikaner im Festungsgefängnis Niederschönefeld gewinnt überhaupt erst durch die Vorgänge im und um den Hitler-Prozeß die richtige Beleuchtung. In Bayern war und ist es noch heute möglich, daß Beamte zu Gericht sitzen können über Menschen, die, wir wollen uns einmal auf den fiktiven Standpunkt einer juristischen Objektivität stellen — das Verbrechen Hochverrat begangen haben, daß dieselben urteilsprechenden Beamten „schon seit fünf Jahren" begangen haben und sich dessen sogar, wie der Oberlandesgerichtsrat Poehner, rühmen. Beim Münchener Obersten Landesgericht waren Anträge eingelaufen auf Haftentlassung von Revolutionären. Diese Anträge waren ständig abgelehnt worden. Wer wundert sich darüber heute noch, wenn er hört, daß diesem Amnestieausschuß kein geringener angehörte als der Oberlandesgerichtsrat Poehner, der kürzlich wegen Hochverrat vor Gericht stand und sich dort seines Meineides noch rühmte, und der Oberlandesgerichtsrat von der Pforten, der den letzten Münchener Novemberputsch mitmachte und im Straßenkampf erschossen wurde.

Und wer hatte über die Behandlung der gefangenen Räterepublikaner jahrelang zu bestimmen? War das nicht derselbe Dr. Roth, der selbst am Hochverrat mitarbeitete und einer der wichtigsten völkischen Putschisten ist? Staatsanwalt Hoffmann, der „Regisseur" des Geiselmordprozesses, der ein politischer Tendenzprozeß erster Ordnung war, dessen „Urteile" aus dem Gefühl der politischen Rache flossen und ebenso revionsbedürftig gewesen wären, wie später alle Urteile der deutschen Standgerichte es waren, dieser Staatsanwalt Hoffmann darf seit 2½ Jahren das „Regime" der Gefangenen in Niederschönefeld leiten. „Wenn auch Herr Dr. Roth die Gefangenen heute nicht mehr ‚behandeln' kann, so besorgen das nach wie vor diejenigen Elemente, die unter seiner Ära eingesetzt wurden und die ihrem Herrn und Meister nicht nachgefolgt sind."

An alle diese Zustände, die jedem Deutschen mit Rechtsgefühl die Schamröte in die Wangen treiben müßten, denkt man bei diesem neuerlichen Alarmruf aus den Kasematten Niederschönefelds.

Der Revolutionär Hagemeister ist im Kerker Niederschönefeld durch die Schuld eines unmoralischen Arztes regelrecht verendet — es gibt leider keinen anderen Ausdruck — dasselbe Schicksal soll jetzt dem Dichter Erich Mühsam werden. Es wird sein Schicksal sein, wo ist denn Hilfe? Vor einigen Wochen wurde in Deutschland der 200. Geburtstag des Pilosophen Kant gefeiert. Viel wurde gesprochen von Humanität, deutschem Idealismus, Menschengröße. Aber wo findet man in Deutschland auch nur ein Körnchen vom Geiste Kants, Goethes, Schillers, deren sich an diesem Tage die Vertreter deutschen Geisteslebens so rühmten? Mußten sie nicht erblassen, mußten sie nicht am Wort ersticken, oder sind sie nur so überfirnißt von der Kantschen Kultur, daß sie in diesem Moment sich nicht schämten, diese Lügen auszusprechen?

Denn während „der Philosoph der Humanität" von seinen Nachkommen gefeiert wird, modert im feuchten Keller eines Gefängnisses ein 55 Jahre alter, auf den Tod kranker Dichter, der nichts anderes verbrochen hat, als sein Lied der Revolution zu schenken. Ja, wo bleibt Euer Protest: Ihr, die Ihr kürzlich für Euern Quidde alle Minen springen ließet, Ihr Helmuth von Gerlach, Karl Vetter, Gertrud Bäumer, Du „Liga für Menschenrechte", wenn es gilt, einen revolutionären Dichter vom sicheren Tode zu retten?! Hört Eure laut gepriesene Menschenliebe, Euer Abscheu vor der Gewalt beim eigenen Ich und was dazu gehört auf? Zeigt, daß Ihr ein Ohr habt für den Schrei des Dichters Mühsam, den seine Henker zu Tode quälen.

Revolutionäres Proletariat der ganzen Welt, radikale Jugend, oppositionelle Studenten und Literaten, Intellektuelle der Aufklärung, mobilisiert Eure Kräfte. Veranstaltet sofort Versammlungen! Protestiert gegen den Justizmord, der in München vorbereitet wird.

Siegreiches russisches Volk, Ihr Arbeiter und Bauern im Gouvernement Wjatka, Ihr Rotarmisten, deren Ehrenkamerad Erich Mühsam ist, macht die höchsten Anstrengungen, dem Revolutionär Mühsam wenigstens das Leben zu retten!

Unserem internationalen Proteststurm muß es gelingen, den kranken Dichter Erich Mühsam frei zu bekommen. Freunde ans Werk!

Faschismus

Der Faschistenvorstoß in Halle.

Von Wilh. Koenen.

** Die unverhüllte Konterrevolution der preußischen Junker und der deutschen Schwerindustrie marschiert wieder auf. Vor zwei Jahren folgten ihrem Frühjahrsaufmarsch, ihren Regimentsfeiern und Fahnenweihen, ihrer Tannenberg-Feier mit Hindenburgrummel ganz direkt der Rathenaumord und schließlich der Sturz der Wirth-Regierung, der letzten kleinbürgerlich-demokratischen Erfüllungsregierung. Heute geht es den Herrschaften nun nicht mehr um Ministermorde, Putsche und Kleinbürgerregierungen — sondern um Massenbewegungen, um die ganze Macht.

Deutschnationale Blätter, insbesondere gerade die „Hallesche Zeitung", schrieb in den Tagen unmittelbar vor der Reichstagswahl offen von der „legalen Gegenrevolution". Mit dem nationalistischen Wahlerfolg stieg den Reaktionären noch mehr das Blut in den Kopf. Sie schrien lauter denn je, daß ihnen die Regierung gehören müsse, sie wollen die Machthaber sein. Das Ausland war vollauf berechtigt, die Frage aufzuwerfen, ob der Aufmarsch in Halle schon dasselbe bedeuten solle, wie die große Faschistendemonstration von Neapel vor dem Marsch Mussolinis nach Rom.

Ganz so steht die Sache in Deutschland gegenwärtig nicht. Hier ist die organisierte Arbeiterschaft doch ein entscheidender Faktor. Und die KPD. ist eine Massenpartei, die die aktive Führung für riesige, kampfentschlossene Proletariermassen übernommen hat. Mehr noch als ihr großer Reichstagswahlerfolg haben das die großen Massenkämpfe der letzten Monate, Metallarbeiter am Niederrhein, Hafen- und Werftarbeiter an der ganzen Wasserkante, Chemiearbeiter in Ludwigshafen, die großen Bergarbeiterkämpfe in Oberschlesien, in Sachsen und jetzt im Ruhrgebiet bewiesen. Der Arbeitertag in Halle hat diese aktive Führung der proletarischen Massenbewegungen durch die KPD. erneut gezeigt.

Jawohl, die Nationalisten sind in unerwarteter Stärke und Massenhaftigkeit in Halle aufmarschiert. Sie haben einige Zehntausend Mittelständler, Angestellte, Beamte, Bauernsöhne, Studenten, Militärs und Jugendliche im „roten Herzen Mitteldeutschlands" mobilisiert. Neue und alte Kriegervereine und die gesamten bürgerlichen Sportorganisationen haben ihnen dabei tatkräftig geholfen. So mußte, unterstützt von allen städtischen, staatlichen und Reichsbehörden, wie von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Völkischen Freiheitspartei diese Massenmobilisierung wohl gelingen.

Im mitteldeutschen Bezirk, in dem die Gegensätze von jeher kraß ausgeprägt waren, sind die Nationalisten seit 1918 ständig stärker gewesen als die SPD. Jetzt haben die Deutschnationalen noch die bürgerlichen Demokraten so zusammengehauen und die Deutsche Volkspartei so geschwächt, daß die Deutschnationalen neben den Kommunisten die stärkste Partei im Bezirk sind. Erst in weitem Abstand folgen die SPD., dann die Volkspartei und Völkische, während die Demokraten ganz ausgefallen sind.

Zu den Zehntausenden aus dem Bezirk kamen weitere Zehntausende aus dem benachbarten Sachsen und Thüringen, wo den Nationalisten mächtig der Kamm geschwollen ist. Tausende kamen als Delegationen aus dem Süden (Bayern), dem Norden und Osten des Reiches. Über 3000 Fahnen, Banner und Standarten, dazu 27 leibhaftige, alte, kaiserliche Generäle, einige Hohenzollernprinzen, und über allen thronend — Ludendorf. Eine tolle Sache! Ein Aufmarsch, geeignet für entscheidende Schläge.

Aber es blieb beim Aufmarsch, es blieb bei einer Parade. Keineswegs etwa, weil die republikanische Staatsgewalt zu stark gewesen wäre, um sie überrennen zu können. Nein, die republikanische Staatsmacht hatte schon kapituliert. Sie war schon die Dienerin der offenen Konterrevolution. Sie konnte gar nicht mehr daran denken, den Aufmarsch der Gewaltorganisationen zu verbieten. Sie nahm für den Schutz der Faschistenparade selbst Blutopfer auf sich. Innerpolitisch gab es nur noch eine einzige Kraft, die sich dem Aufmarsch der Faschisten entgegenstellen und seine Entfaltung brechen konnte. Und dieser Kraft, den kommunistisch geführten Arbeitermassen, ist es gelungen, den äußeren Erfolg des konterrevolutionären Vorstoßes in Halle zu brechen, die ganze Stimmung herumzuwerfen.

Der von der Halleschen Bezirksleitung der KPD. und dem dort in kommunistischen Händen befindlichen Bezirkskartell des ADGB. rasch als Gegendemonstration organisierte Deutsche Arbeitertag gestaltete sich zu einem Gegenangriff von außerordentlicher Kraft und Wirksamkeit. Der ganze politische Erfolg des 11. Mai von Halle fiel dadurch der kämpfenden Arbeiterschaft, der kommunistischen Bewegung zu. Den vom Großkapital mit reichen Mitteln ausgehaltenen Banden, den unter Aufwand riesiger Mittel herangeschleiften Zehntausenden von Kleinbürgern und Jugendbündlern, konnten wir unter schwersten Opfern Zehntausende organisierte, kampfentschlossene Arbeiter entgegensetzen. Und diese Arbeitermassen sind mit einem Todesmut, mit einer Tatkraft vorgestoßen, die an die heldenhaftesten Kämpfe (mit ihren 265 Toten allein in Halle) und an die Oktober-Barrikadenkämpfe von Hamburg erinnerten. Als aktive Massenfrage war diese Abwehraktion gestellt. Unbewaffnet rückten die Arbeiterscharen zur Gegendemonstration diszipliniert heran. Aber wo ihnen die Schupo als staatlicher Faschistenschutz mit Waffengewalt entgegentrat, da gab es für die Arbeiter trotzdem kein Ausweichen. Sie drangen auf die Schupo ein. Mit Wort und Tat wurden die Auseinandersetzungen geführt. Bei einem Durchbruch schoß die Schupo. Es gab Tote und Verwundete. Sofort entrissen die Arbeiter den Schupoleuten die Waffen. Die Schupo bezahlte ihre Schießerei mit Toten und Verwundeten. An anderen Stellen, wo Arbeitermassen abgedrängt waren, verweigerte die Schupo, als die Plänkeleien und Auseinandersetzungen sich zuspitzten, den Gehorsam. Sie leistete dem Feuerbefehl keine Folge. Die Arbeiter wichen vor keiner Drohung. Sie kamen und drängten von allen Seiten, und wo nötig, kämpften sie offen und todesmutig.

Daß sich hinter den Kampfreihen der Denkmalsrummel mit Ludendorff und Hohenzollernprinzen vollzog, daß dann Zehntausende vor zwei Dutzend Generalen ihre Parade abhielten, davon sprach die politische Welt kaum noch einen Tag. Der heldenhafte Gegenstoß der Kommunisten weckte alle Gemüter. Die bürgerliche Pressemeute mußte fast einstimmig das Recht der kommunistischen Arbeiter auf Durchführung ihrer Gegendemonstration anerkennen. Der ganze Blätterwald rauschte entrüstet über das nationalistische Theater. Und am meisten blamiert waren die Sozialdemokraten. Alle verantwortlichen Oberbeamten stellten sie diesmal. Der Innenminister, der Oberpräsident der Provinz, der Regierungspräsident des Bezirkes, der Polizeipräsident der Stadt, der Magistratsdezernent für Polizeiwesen, die ganze Stufenleiter, alle sind Sozialdemokraten. Sie schützten die Faschisten und ließen auf die Arbeiter schießen. Über sie fällt die ganze Kritik mit größter Heftigkeit her. Sie sind die einzig Schuldigen!

Alle Welt erkennt an, daß der ganze Kriegervereinsspuk von den Arbeitern vollständig auseinandergejagt worden wäre, hätte man ihn nicht ausschließlich auf sozialdemokratischen Befehl mit Polizeiwaffen tausendfach gesichert. Die sozialdemokratische Blamage ist so groß, daß selbst der rechtsvolksparteiliche Reichsinnenminister mit der öffentlichen Erklärung davon abrückt, er habe mit der ganzen Sache absolut nichts zu tun. Severing und seine Polizeigenossen haben alles allein zu verantworten.

Die Kommunisten haben aber einen starken Aktionserfolg. Ohne ihr mutiges Auftreten hätten die Faschisten einen neuen Sieg feiern können, um dann weiter vorzustoßen. Wenn jetzt die republikanische Staatsgewalt weitere nationalistische Paraden, die in Breslau, Berlin und anderen Orten geplant sind, verbietet, so riskiert sie dieses Verbot nur, weil die Kommunisten in Halle den Vormarsch der offenen Konterrevolutionen gebrochen haben, weil sie die gesamte öffentliche Meinung herumgerissen haben und ihr den Willen aufzwangen, sich jetzt mit der Arbeiterschaft gegen die nationalistisch-monarchistische Gegenrevolution zu wenden.

Nachrufe

J. K. Lutowinow.

** Die Kommunistische Partei Rußlands hat einen ihrer tapfersten proletarischen Vorkämpfer unter wahrhaft tragischen Umständen verloren

J. K. Lutowinow, Mitglied des Büros der allrussischen Exekutive der Sowjets und des Büros des Generalrats der russischen Gewerkschaften, ein junger Vorkämpfer von großer Energie und von oftmals erprobtem Wert, hat am 7. Mai 1924 in Moskau seinem Leben durch einen Revolverschuß in die Schläfe ein Ende gemacht.

Er hat keinerlei Erklärung für seinen Selbstmord, über den sich seine Genossen und auch seine nächsten Freunde, Enukidze, Aroscew, Radek, erstaunt zeigen, zurückgelassen.

Lutowinows Tod ist aus Erschöpfung zu erklären. Die gewaltigen und aufreibenden Arbeiten der Revolution verbrauchen die Menschen. Dieselben Arbeitsleistungen, die das geniale Gehirn Lenis aufgezehrt haben, haben die Nerven dieses energischen Metallarbeiters von Luganok und Petrograd zerstört.

In einem tiefempfundenen Nachruf, der ihm von Karl Radek in der „Prawda" gewidmet wurde, heißt es:

„Lutowinow litt in einem unsagbarem Grade... Die Leiden der Arbeiterklasse im Bürgerkrieg, die Widersprüche der Neuen Ökonomischen Politik quälten ihn in höchstem Maße . . ." „Sein Geist sah wohl alle unsere Schwierigkeiten ein; aber seine Natur empörte sich gegen sie." „...Die Ungeduld des Proletariats kam in ihm zum Ausdruck... Man spürte in ihm nicht jenen regelmäßigen Tritt des Arbeiterbataillons, von denen Lassalle sprach; er war immer in Ungeduld und auf dem Sprunge.."

Lutowinow hat unter dem zaristischen Régime das Leben in der Verbannung in einem am Weißen Meer gelegenen Ort ausgekostet. Nach dem Aufstand im Juli 1917 hat ihn die Kerenski-Regierung neuerlich in den Kerker geworfen. Am Ende des Bürgerkrieges sympathisierte er anläßlich der inneren Parteidifferenzen mit der Arbeiteropposition, aber ohne jemals die gebotene bolschewistische Diszeplin zu verletzen. Später war er der russischen Handelsmission in Berlin zugeteilt, und zwar als Stellvertreter des Chefs der Mission Stomoniakow. Lange Zeit hindurch oblagen ihm die Funktionen des Sekretärs des Büros der allrussischen Sowjetexekutive.

Seine geistige Unabhängigkeit, sein proletarischer Geist, seine inneren Kämpfe, seine Ergebenheit für die Partei waren allen bekannt. Die Überarbeitung hat schließlich seine große Energie vernichtet. Dieser kommunistische Arbeiter ist für die Revolution, der er sein Leben geweiht hat, auch gestorben.

Buchbesprechungen

Trotzki: „Literatur und Revolution."*)

Von Lu Märten.

** Unter diesem Titel erschien 1923 ein Buch von Trotzki, aus dem diese deutsche Ausgabe einen Auszug darstellt. Vielleicht ist aus diesem Grunde (Auszug) die Wirkung des Buches wenig einheitlich — infolge stellenweiser Zusammendrängung — und gleichzeitiger Unausgeführtheit wesentlicher Punkte, die eine methodische Linie erfordern, ehe sie, fertig als revolutionär kritischer Maßstab an die einzelnen Erscheinungen angelegt, ein volles Verständnis beim Laien erbringen können. Das ist keine Ablehnung des Buches, sondern trotzdem eine Empfehlung, denn es ist sehr interessant, und aus der Fülle der behandelten Wesenheiten und Erscheinungen kann eine Besprechung durch Heraushebung einiger Punkte nur annähernd eine Vorstellung geben. Es beginnt als eine Art jüngster russischer Literaturgeschichte mit den Literaturwerken der vorrevolutionären Epoche, mit einer Kritik und Charakterisierung der Dichter und Literaten jenseits der Oktoberrevolution und geht weiter auf die Mitläufer der Revolution, Namen und Werke, die uns zum größten Teil unbekannt geblieben, zu denen aber die Parallelen in anderen Ländern unschwer zu denken sind. Aktuell interessierender ist die Behandlung des sogenannten Futurismus und seiner einzelnen Gruppen, darunter die des „Lef" (linke revolutionäre Literaturgruppe). Nachdem hier die Front abgenommen und die Kritik erfolgt ist, haftet das Interesse an der positiven Anerkennung unzweifelhafter Verdienste, die zweifellos hier zunächst in der theoretischen und wissenschaftlichen Klärung und Arbeit bestehen und Fundamente suchen. Gegenüber der rein gefühlsmäßig und mysteriös gerichteten jüngsten bürgerlichen Künstlergeneration, die von Geschichte und Werden der Dinge kaum noch eine Ahnung zu haben müssen glaubte, ist die wis-

*) Leo Trotzki: „Literatur und Revolution." Verlag für Literatur und Politik, 178 S. Preis 2 G.-Mk.

senschaftlich fundierte Denkeinstellung der sogenannten Futuristen überhaupt zu beachten. Nur hat man die materiellen Ursachen dieser Entwicklung bis heute wenig untersucht. Sie sind eine Folge der Zerfalls — nicht aber der Zerfall selbst. Wenn sie daneben auf sogenanntem Kunstgebiet an sich — als Bild und Buch noch keine befriedigenden Resultate erbracht haben, so blieb hier ebensowenig untersucht, aus welchen objektiven Gründen das nicht der Fall sein konnte; bezw. vielleicht in einer vorläufig abgegrenzten Vorstellung von „Kunstwerken" nie der Fall sein wird. Hier wäre einer der vielen Punkte, wo die Klärung in einer bestimmten Linie einzusetzen hätte. Das geschieht nur sehr bedingt. Trotzki macht Feststellungen und in den meisten Fällen richtige. Er kennt die Stellungen und die Anforderungen der Revolution sehr gut, aber das Zuschlagen ist Sache der Dichter, denen die Strategie, selbst wenn sie sie besitzen, nichts nützt, weil das Schaffen (Zuschlagen) hier nicht bloß ein Resultat der Disziplin und des Willens ist. — Wir haben hier im wesentlichen die Literatur im Auge zu behalten — anderswo, bei den bildenden Künsten und in der Architektur (auf die Trotzki vielfach eingeht) wäre festzustellen, ob der gegenwärtige Stand der Revolution überhaupt ein Feld für das Zuschlagen gesellschaftlich-wirtschaftlich ermöglicht? — Aber in der transportablen und abstrakten Sphäre der Literatur sind diese Möglichkeiten vorwiegender gegeben. Es wäre nur endlich einmal festzustellen, was hier vom Dichter verlangt wird. Was verlangt das von Grund auf aufgewühlte stürmische herbe Leben dieser Revolution? Es spricht: „Ich brauche einen Künstler von einer Liebe. Wenn du mich auffängst und packst, so überlasse ich es dir, deinem Temperament, deinen Genius zu wählen, welche Werkzeuge und Instrumente, die durch die Entwicklung der Kunst geschaffen wurden, du wählst. Aber begreife mich so, wie ich bin und nimm mich, wie ich werde, und außerhalb meiner gibt es für dich nichts." — Das steht bei Trotzki als Zitat, und es ist sehr gut. „Das bedeutet nicht traditioneller Realismus, sondern realistischer Monismus im Sinne unserer Weltauffassung", sagt Trotzki. Aber es gibt ja nicht nur einen traditionellen Realismus, sondern sehr viele Arten eines solchen, zum Beispiel den ganz primitiven volklichen und selbstverständlichen. — Und ein solcher kann oder muß mit der Dynamik des „begreife mich, wie ich bin" zusammenfallen, weil er ohne diese Kraft nicht entsteht. Der Realismus der Höhlenzeichnung ist nicht Zufall, sondern Dynamik und Weltauffassung — auf dieser Stufe der Spiegel des Ganzen, der Daseinsvitalität. — Es wird anerkannt, daß gewisse Resultate sogenannter Futuristen hinsichtlich der Behandlung von Lauten, Sprache, Rhythmus, Reim usw. ihre fortschrittliche, weiterführende schöpferische Bedeutung haben. Das ist e i n e Seite der Form, die heute in unsrer revolutionären Kritik und Theorie noch wenig Beachtung erhält und vom Inhaltsproblem der Revolution selten oder nie getrennt behandelt erscheint. Trotzki verwechselt solche Dinge nicht, aber er behandelt sie mit einander und nicht methodisch, und so fehlt hier die theoretische Plattform. Der Fachgenosse wird sich auch so zurecht finden. Eine praktische Pflicht dem Arbeiter und Laien gegenüber ist es aber, sie aufzustellen. Wie politische Worte ganze Begriffe und Erscheinungen des synthetischen Getriebes heute aufsaugen, was der Arbeiter versteht — so muß klargestellt werden, wodurch das Wort des Dichters volumnös werden muß — gegenüber der monistischen Realität, gegenüber dem Zweck der Sprache zur motorischen Empfindungsauslösung auf diesem Gebiet. Das Problem der Vereinfachung.

In Verfolgung der Tätigkeit der linken Futuristen schreibt Trotzki: . . . diesmal war die Bildung neuer Stile und die intellektuelle Empörung nicht wie in andern revolutionären Epochen mit ihrem Zweck und Mittel, sich Luft zu machen — erschöpft. Der Futurismus wurde von der proletarischen Revolution aufgefangen und vorwärtsgestoßen. Die Futuristen wurden zu Kommunisten. Dadurch betraten sie das Gebiet tiefgehender Fragen und Beziehungen, die weit über die Grenzen ihrer alten kleinen Welt hinausgingen und organisch von ihrer Psyche noch nicht verarbeitet wurden. (Außer dem Dichter Demjan Bjedny werden hier nirgends solche erwähnt, die nicht erst wurden — sondern waren.) Mit solchen gewordenen Dichtern geht es demnach ebenso wie mit anderen Menschen. Das revolutionäre Bewußtsein erobert erst und verarbeitet — hat nicht von Kindheit an die ganze Gefühlswelt verarbeitet. (Wenn hier eine große Zahl von Dichtern zu rechtfertigen bleibt, so wäre ebenso zu untersuchen, warum solche, die von Kindheit an die ganze Gefühlswelt des proletarischen und revolutionären Geschehens getragen und verarbeitet — ebenso noch nicht zur Schöpfung dichterischer Werke gelangen?) — „So kommt es," sagt Trotzki von jenen Gewordenen, „daß es in der Welt nicht wenige Menschen gibt, die denken als Revolutionäre und fühlen als Kleinbürger." In der Tat. Und man könnte hier die Folgerung anschließen daß aus dem gleichen Grunde das kleinbürgerlich-revolutionäre Werk mehr Resonanz finden wird als das eventuell revolutionär rassenreine mit unverbrauchten Mitteln einen revolutionären Inhalt gestaltende Werk. — Wo aber Futuristen wirklich zu Kommunisten geworden, da kann auf die Dauer nicht der Geist der Bohéme — die milieugefärbten Mittel, ihr Inhalt und Wesen bleiben. Die Revolution hat den Inhalt gegeben und fordert damit die Form. Die Frage entsteht für den Futuristen wie für den, der mit traditionellen Mitteln arbeitet: Welche Form bedingt dies Material zu seiner Wirkung? — Und da wir das hier nicht ausführen können, sei an die strenge Forderung eines Flaubert erinnert, an die Erweiterung einer solchen Forderung als einer wissenschaftlichen und nicht nur gefühlsmäßigen Behandlung.

Die Revolution hat einen ungeheuren Inhalt gegeben, aber dieser Inhalt läßt sich mit keinem Wortbegriff umspannen — daher schildert auch Trotzki immer wieder in seinem Buch die Revolution — nicht nur die Literatur, und läßt keinen mystischen Begriffskomplex von dieser Revolution bestehen. Poesie und Pathos dieser proletarischen Revolution bestehen nach Trotzki nicht in Momenten, die auch in andern Kampfsituationen enthalten sind, sie bestehen darin, daß die neue revolutionäre Klasse sich alle Kampfmittel untertänig macht und im Namen der neuen Ziele, die den Menschen erweitern und bereichern, die den neuen Menschen wandeln, den Kampf gegen die alte Welt führt, kämpft, fällt und sich erhebt, bis sie gesiegt hat. Da ist einbegriffen die materielle Notwendigkeit aller Situationen der Revolution. So weist Trotzki selbst darauf hin und spricht es aus. Daß die Poesie dieser Revolution synthetisch ist, sich nicht in Kleingeld einwechseln läßt für den vorübergehenden Gebrauch der Sonnettenschreiber. — Hier führt der Gedankengang des Buches auf materielle Faktoren und Einzelheiten ab als Symptome solcher Wandlung. Für die Frage der Literatur müßte aber hier die Frage nach der geeignetsten Form für ein so synthetisches Geschehen entstehen. Das Kleingeld der Sonette wird sich nicht verbieten lassen, und es ist auch nicht undenkbar, die Dynamik eines revolutionären Stoßteils im Sonett zu verankern — aber die Tatsache der Synthese bleibt und ihre Form wird episch sein, in welchem besonderen Sinne (Zweck) sie als solche auch ihre Form suchen wird. Und diese Form und Werke dieser Art werden nicht die ersten sein, die die revolutionäre Literatur hervorbringen kann. Das bewußt formale Denken des revolutionären Dichters steht vor dieser Aufgabe gleich dem des Architekten. Trotzki betont, daß wir nicht außerhalb der Tradition stehen, daß wir ihre Mittel nicht über Bord werfen, ehe wir nicht neue geschaffen haben. Wenn also hier scheinbar einer geschichtlichen Tradition das Recht gelassen wird, so nicht nach dem Schema literarischer Traditionen, sondern nach dem Gesetz bestimmter Formentwicklungen. Dieses Gesetz ist überall da, wo es sich um ursprüngliche (auch in der Poesie) Bedürfnisse handelt; — Bauen — nicht zuerst Architekturen schaffen. Synthetische Verschmelzung von Bauteilen erst ist Architektur. Je nach der Absicht einer revolutionär literarischen Stofflichkeit, ihrem Zweck — wird synthetisches Vermögen erkennbar werden oder gefordert werden müssen. Dichter und Literaten müssen nicht mehr ihr Ich und die Welt, sondern die Baumassen der geschichtlichen oder sozialen Synthese überdenken und das sprachliche Mittel, es darstellbar zu machen. Eine durchaus wissenschaftlich stigmatisierte Aufgabe im Gegensatz zur lyrischen Dynamik alles letzten Literaturschaffens. Was aber die wieder ursprünglichen Bedürfnisse betrifft, die ja zusammenfallen mit der Forderung: die Dichtung, Poesie oder Literatur gehören ins Leben des Alltags — so ist an den einfachen Bau zu denken und an das Gesetz jeder ersten Auseinandersetzung — hier der neue Inhalt der Revolution. Und dies ist in allen ähnlichen geschichtlichen Voraussetzungen einfache Konstatierung. Diesem Gesetz gehorchen auch die revolutionären Dichter vorläufig. Sie konstatieren — zeichnen einen wesentlichen Zug immer wieder — zeichnen die einbeherrschende Notwendigkeit der Revolution. Diese Konstatierung ist die Ehrlichkeit des Dichters vor der Revolution. Seine Liebe erzählt zunächst. Teilt mit. Damit aber baut er an den Stufen der synthetischen Pyramide der Literatur. Und diese Bauteile in ihrer Mannigfaltigkeit und Gleichförmigkeit zugleich, in ihrer scheinbaren Verdecktheit und Ausschnitthaftigkeit, sind als Werkteile notwendig zum synthetischen (architektonischen) Werk. Auch für das Bewußtsein derer, für die Literatur gemacht wird. Sie sind ebenso Anfang und wichtig, wie der erste Karren, in dem rabiat gewordene Arbeiter ihren Aufseher aus

dem Betriebe fahren — für die Revolution wichtig war. Man kann darum meines Erachtens an die revolutionären Dichter nicht wie an eine homogene Kraft herantreten und den Maßstab der einzelnen Zwecke der Revolution in der Literatur vergessen. Man darf nicht vergessen, daß das synthetische Bewußtsein selbst erst jene Universalität erbringen kann, auf die die bürgerliche Welt umsonst ausschaut, der die Überzüchtung der Spezies und Form gerade eigentümlich war und von der auch die gewordenen revolutionären Dichter nicht befreit sind; die von einem Elektizismus erhofft, was nur organische bewußte Synthese erbringen kann. Den Wert des einfachen literarischen Arbeiters oder Dichters entscheidet das Bewußtsein der Revolution als Erlebnis der Masse — als ein Bedürfnis und eine Wirkung hier. Beispiel: der Chinese im „Panzerzug" Szene und Sache, die auf den Arbeiterleser die gleiche Wirkung ausübt wie auf den verwöhnten Literaturkonsumenten. Verfasser des Panzerzugs Iwanow, ist der einzige aus dem Kreis der bei Trotzki erwähnten russischen Dichter, der uns jetzt bekannt wurde. In den „farbigen Winden" — schon der Titel weht es — noch Überschwang und Rankenwerk von Lyrismen — in den „Partisanen" und im „Panzerzug" dagegen die merkbar straffere Disziplin der Darstellungsmittel gegenüber dem Stoff. So mögen sich bei mehr als einem Dichter Umwandlungen vollziehen, durch Bewußtsein der Aufgabe — sofern sonst das Können vorauszusetzen ist. Aber dies Bewußtsein bedingt die klare Formulierung grundlegender Fragen und Entwicklungen außerhalb auch des bloß „Künstlerischen" im hergebrachten Sinne. Das Buch von Trotzki gibt sie nicht, überall aber regt sie an und macht das Bedürfnis danach noch fühlbarer; — alle jene Fragen, die heute noch parteiläufig in dem Formenkram „proletarische Kunst" oder „Kultur" enden. Trotzki behandelt auch diese Formeln in den letzten Kapiteln. Er untersucht und kritisiert diese vielgebrauchten und mißverstandenen Begriffe und stellt fest: „Über eine eigene politische Kultur verfügt unser Proletariat in einem Maße, das ausreicht, um seine Diktatur aufrecht zu erhalten; — eine künstlerische Kultur aber besitzt es nicht. Hier ist auf den Begriff selbst (künstlerisch) nicht noch weiter eingegangen. Eine sozial fundierte Kultur, die nicht den Besitz einer Minderheit darstellt, sondern ihre Wurzeln und Quellen im Arbeitsboden und Bewußtsein aller haben muß, ist nicht künstlerische Kultur im alten Sinne — sondern (etwa der Tendenz mittelalterlicher Formenkultur nach) — eine formale — den wirtschaftlich-technischen Mitteln entsprechende Organisation der Formen. Dies ist an anderer Stelle zu begründen. Aber das Wort „künstlerische" Kultur wird immer die alten Vorstellungen einer Spitzenkultur — eines Extraktes hervorrufen. Der revolutionär-sozialistische Extrakt aber kann nur entstehen auf der breiten Basis selbstverständlicher gesellschaftlicher Qualität — sonst hätte die sozialistische Tendenz: „die Kunst gehört ins Leben" — keinen Sinn. Kultur ist Bewußtsein der Mittel. Eine neue bewußte Kunstpolitik kann nur vom Mittel, von der Werkstätte ausgehen und von den sozial-menschlichen Bedingungen, die sich um sie schaffen. Alle Augenblicke, alle Debatten und Feststellungen, wie sie Trotzki in diesem Buche mitteilt, wie sie heute innerhalb des revolutionären Denkens entstehen, dienen diesem Bewußtsein, dienen einem Verstehen und Klarwerden der historischen Ebene, in der die proletarische Revolution noch marschiert, in der sie das Letzte denken kann und das Nächste tun muß. In der es Voraussetzungen zu schaffen gilt, für alle Forderungen — auch für die der Sprache und Literatur.

G. G. L. Alexander: „Kämpfende Frauen".*)

Von Dina Schreiber.

** Dies Büchlein, das Clara Zetkin gewidmet ist, stellt ein prächtiges Geschenk für die Frauen und Männer des kämpfenden Proletariats dar. Nicht, daß es sich hier nur um Kämpferinnen des Proletariats handelte! Mary Wollstoncraft, Olive Schreiner und auch Madeleine Marx sind Kämpferinnen für die **individuelle** Befreiung der Frau, ohne die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse als notwendige Vorbedingung für ihre persönliche Befreiung zu betrachten. Aber obwohl eine Wollstoncraft, eine Madame Rolland und andere als Vertreterinnen der bürgerlichen Klasse dem proletarischen Endziel fernstehen, so hat sie doch ihr persönliches Schicksal dazu gedrängt, sich auch mit allgemeinen gesellschaftlichen Fragen auseinanderzusetzen. So schreibt Mary Wollstoncraft unter dem Eindruck der französischen Revolution eine „Verteidigung der Menschenrechte", sie schreibt eine größere Abhandlung über „historische materialistische Betrachtungen der französischen Revolution" und sie plante eine Schrift über die „Rechte und Pflichten des weiblichen Geschlechts", in der sie die Einordnung der Frau in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß fordert. Und ähnlich faßt Olive Schreiner, die allerdings ein Jahrhundert später lebt, die Loslösung der Frau vom Haus als **gesellschaftliche Frage** auf. Aber letzten Endes ist doch der Kampf der bürgerlichen Frau, die die allgemeine Unterdrückung des Menschen durch den Menschen nur als Unterdrückung der Frau empfindet, ein Ringen um ihre persönliche Freiheit; die gesellschaftlichen Fragen löst sie, wie alle Utopisten, durch Charakterbildung und veränderte Erziehung.

Das typische Bild dieser Halbheit bürgerlicher Emanzipation stellt das tragische Schicksal der Madame Roland dar, das uns Genossin Alexander schildert; bei Madame Roland tritt das Ringen um persönliche Befreiung zurück hinter ihrem Kampf für „allgemeine Menschenrechte". Lebte sie ja mitten im Strudel der französischen Revolution, in der notgedrungen das Schicksal des Einzelnen bedeutungslos wurde gegenüber dem Schicksal der Nation. So ist Frau Roland orientiert über alle wirtschaftlichen und sozialen Fragen des damaligen Frankreichs. Sie kennt die Nöte des Volkes und schreibt im Jahre 1790 an ihren Freund Bosz:

> „Man muß **wachen und beten** bis zum letzten Atemzuge — oder sich überhaupt nicht um die Rechte der Revolution kümmern."

Aber trotz ihres revolutionären Temperaments, trotz ihrer glühenden Liebe für die Revolution stand sie — gebunden durch ihre Klassenlage — im entscheidenden Augenblick jenseits der Barrikade. Wie die Sozialrevolutionäre in **Rußland, die ehemaligen** Helden und Märtyrer der bürgerlichen Revolution, heute die Feinde der proletarischen Revolution sind, so wandte sich auch Madame Roland ab, als Marat und Hébert an der Spitze der entrechteten Volksmassen für die proletarische Revolution in die Schanze traten. Und so tragisch und widersinnig die Hinrichtung der Frau Roland in ihrem eigenen Bewußtsein sein mag, so war, wie G. G. L. treffend sagt, „ihre Hinopferung nicht umsonst, ihr Tod war eine Notwendigkeit, damit die bürgerliche Revolution siegen konnte, denn sie siegte eben nur mit Hilfe der nachdrängenden Ultrarevolutionäre und unter ihrem Druck, der sich in der Schreckensherrschaft auslöste".

Dem heutigen Proletariat am nächsten steht die Heldin der Pariser Commune; hier waren bereits Frauenmassen in Bewegung, und an ihrer Spitze stand **Louise Michel**, eine bescheidene Pariser Lehrerin. Mit der Waffe in der Hand verteidigte sie die Pariser Commune, und ihre Kampfeskraft erlahmte nicht, als sie zu zehnjähriger Verbannung nach Neu-Kaledonien verurteilt wurde. In Wort und Schrift trat sie bis zu ihrem Lebensende für die Commune ein, die der erste blutige Kampf des Proletariats für seine endgültige Befreiung war.

Der letzte Artikel — „Der Heroismus der Frauen in der Russischen Revolution" — zeigt den Unterschied zwischen bürgerlicher und kommunistischer Frauenbewegung. **Wie schon bei** Louise Michel tritt das Einzelschicksal der Heldinnen völlig in den Hintergrund, oder ist, besser gesagt, — nur insoweit von Bedeutung, als es hemmend oder fördernd für ihre Teilnahme am allgemeinen Kampf wirkt. Wir kennen nicht die Namen der russischen Heldinnen und doch wird ihr Andenken ein ewiges sein. Die Ursache, warum die russischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen in so viel höherem Maß zum „Mitleiden" und daher auch zur Hingabe an eine Sache befähigt sind als das westeuropäische Proletariat, legt G. G. L. durch eine Analyse der russischen zaristischen Verhältnisse treffend dar. Sie weist darauf hin, daß erst jahrzehntelange blutige Unterdrückung durch den Zarismus die russischen Frauen mit der Waffe in der Hand zu kämpfen gelehrt hat.

Die Soldateska in Deutschland, die die blutige Unterdrückung schafft, wird auch bei uns ein ganzes Geschlecht „kämpfender Frauen" schaffen.

*) G. G. L. Alexander: „Kämpfende Frauen". Historisch-materialistische Studien. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8, Unter den Linden 11.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann. Wien. VIII., Lange Gasse 25.
Druck: „Elbemühl. Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 57. 23. Mai. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

In Erwartung des Ministeriums Herriot-Léon Blum. Von Albert 685

Politik.

Der Riß im Lager der tschechischen Regierungskoalition. Von Grimmichová 686

Die Lage in Bulgarien. Von Dimitrow 687

Arbeiterbewegung.

Wie die Reformisten den 1. Mai sabotierten 688

Jugendbewegung.

Der 8. Reichskongreß der KJD. 689

Aus der Internationale.

Die Beisetzung des Genossen Blagoew 690

Arbeiterhilfe.

Drei Jahre Internationale Arbeiterhilfe (IAH.) Von Münzenberg 690

Aufrufe.

Gegen den französischen Imperialismus — für das Volk Syriens! 692

Buchbesprechungen.

F. C. Weiskopf: „Es geht eine Trommel." Von Barthel. 692

In Erwartung des Ministeriums Herriot—Léon Blum.

Von R. Albert (Paris).

** Der Lärm des Wahlmarktes ist zu Ende. Man beginnt, die Resultate der nationalen Befragung, wie sie der Wahlakt darstellt, etwas klarer zu sehen. Zunächst eine Feststellung, wie sie mit viel gesundem Menschenverstand der „Temps" macht. Das Kartell der Linken, das die sogenannten radikalen bürgerlichen Parteien und die Sozialisten (des sozialen Friedens) umfaßt, hat unbestreitbar einen glänzenden Sieg davongetragen. Wenn dieses Kartell bestehen bleibt, so wird es in der neuen Kammer über 376 Mandate der „Sozialisten", „Radikalsozialisten" und republikanischen Sozialisten" (wieviel „Sozialismus" in den Parteibezeichnungen, ohne daß diese Parteien einen Tropfen Sozialismus enthalten. — Nun ja, es sind fast alle Advokaten) verfügen und regierungsfähig sein. Allerdings unter einer Bedingung: wenn es die ausgesprochenen reaktionären Teile der Bourgeoisie nicht offen vor den Kopf stößt. Denn der ehemalige nationale Block wird, wenn er sich auf die monarchistische Rechte und andere Elemente stützt, 264 Mandate vereinigen. So beträgt dann die Majorität der Linken bloß 12 Stimmen.

Hier müssen wir zunächst fragen: ist die Zusammensetzung der Majorität von größerer Festigkeit und Haltbarkeit als die der starken Minorität, gegen die sie zu regieren haben wird? Können alle diese „Sozialisten" verschiedener Richtung, radikaler, republikanischer und sozialistischer Richtung, den geschlossenen Rechten das Gegengewicht halten? Wir denken: Nein! Denn die **Finanzmächte** werden in der Tat eher mit dem gestürzten nationalen Block gehen, als mit einem Kartell der Linken, das wirklich eine linke Politik machen wollte. Und diese Finanzkapitalisten haben einen genügend starken Einfluß auf diese neue Majorität und **innerhalb** dieser. Dabei sind noch die Abwesenheit von Abgeordneten und sonstige Zufälle in den Sitzungen in Rechnung zu ziehen, ferner der Abfall von Deputierten, die sich insbesondere bei Parteien, die durch die Demagogie zur Macht gekommen sind, leicht vollziehen kann.

Die 26 Stimmen der parlamentarischen Fraktion der Kommunistischen Partei Frankreichs können unter diesen Umständen von entscheidender Bedeutung sein. Die Deputierten des revolutionären französischen Proletariats, deren unmittelbare Hauptaufgabe ist, die Erfüllung der Wahlversprechungen, die die neue Majorität gemacht hat, zu fordern, werden wahrhaftig dem zukünftigen Ministerium der Linken, das übrigens ein Ministerium der Zickzackpolitik und der Flickarbeit sein wird, den Weg nicht ebnen wollen.

Wir haben auf diese Tatsache hingewiesen, um eine allgemeine Beobachtung daran zu knüpfen: es wird in den fortgeschrittensten Ländern Europas für die Parteien der Linken immer unbequemer, **gegen** die Partei der Revolution, **trotz** und **ungeachtet** dieser Partei, zu regieren.

Unsere Partei hat einen schönen Sieg davongetragen, der in Paris durchschlagend ist. 300.000 Proletarier des Seine-Departements und des Seine-et-Oise-Departements haben für die Kommunistische Partei gestimmt. Der ehemalige technische Offizier und Meuterer der Schwarzen-Meer-Flotte, **André Marty**, ist es, der in Seine-et-Oise Herrn **Tardieu**, der sich als Erbe Clémenceaus aufspielt, und in dem man den kommenden Ministerpräsidenten sah, aus der Kammer eliminiert hat. Der Arbeiter **Barauton** ist es, der in Paris Herrn Moritz Binder, eine der reaktionären Größen, davongejagt hat. **Vaillant-Couturier** kennzeichnet in der „Humanité" treffend die außerordentliche Bedeutung dieser Tatsache:

„Paris", so schreibt er, „ist vom revolutionären Proletariat eingekreist..."

„Das Gebiet von Paris gibt im Jahre 1924 dem intransigentesten Kommunismus, trotz aller Verleumdungen, trotz aller Spaltungen eine Anzahl von Stimmen, die **größer** ist, als die Zahl, die die sozialistische Partei im Jahre 1919, als sie noch nicht gespalten, aber von bürgerlicher Ideologie ganz verseucht war, erhalten hat."

Die Sozialisten, die dank ihres formellen Bündnisses mit der Kleinbourgeoisie mit 102 Mandaten in die Kammer ein-

ziehen, verzerren und entstellen natürlich bewußt jede Tatsache. Paul Faure hat darauf hingewiesen, daß Paris den Kommunisten 18 Mandate von 26 gegeben hat. Und dieser „Sozialist" hat den traurigen Mut, dazu folgendes zu schreiben:

„Ach, dieses Paris! Ein entartetes Milieu, wo der Geist der Unzufriedenheit herrscht und wo die Demagogie mitunter üble Verwüstungen anrichten kann. Paris war einst boulangistisch, dann nationalistisch, während der Zeit der Affäre Dreyfus, dann Nationaler Block im Jahre 1919. Der Kommunismus mußte ihm auch das Kennzeichen geben. Das ist jetzt geschehen. Das wird so lange dauern, wie ein Schlager, der in Mode ist, oder wie eine Grippepidemie..."

Paris — „entartet". Wackerer Paul Faure, entartet ist die alte revolutionäre Stadt, weil sie weiß, was Herr Faure wert ist, weil sie sich an die Erfahrung des Millerandismus noch deutlich erinnert und davon genug hat, weil sie der niederträchtigen Verleumdungsfeldzüge der Faure und Kompagnie gegen das revolutionäre Proletariat, die diese Herrschaften mittels ihres „Populaire" (der am Tage nach dem Wahlsiege der Faure und Konsorten zusammengebrochen ist) geführt haben, satt ist, weil sie solche Abgeordnete, Anwärter von Ministerfauteuils, wie sie die Leute um Faure sind, weil sie die grauen Würdenträger der bürgerlichen Ministerien nicht haben will. Der weinerliche Zynismus von Paul Faure ist tief gesunken. Paris hat den Boulangismus, die Dreyfus-Affäre, den Fall Chabrol und auch die traurigen ersten Tage des Krieges durchgemacht, als die Züge mit angeheiterten Proletariern vollgepfropft waren, die singend an die Front befördert wurden. Paul Faure hütet sich sehr wohl davor, diese letzte, schmerzlichste Erinnerung heraufzubeschwören, gehört er doch der Partei der patriotischen Vergiftung an. Aber Paris hat diesen Zusammenbruch nur deshalb erlebt, weil, wie das Sprichwort richtig sagt, „das Beste, wenn es verdirbt, zum Schlechtesten" wird. Und das wahre Paris, das allein für das Proletariat zählt und weiterdauert, ist das Paris der Kommune von 1792, das Paris der Julitage von 1830, das Paris des ersten proletarischen Aufstandes im Juni 1848, das Paris der großen Kommune von 1871, deren Jahrestag man gerade jetzt feiert. (Faure kennt dieses Paris nicht.) Im Jahre 1871, wie in den Jahren 1892—93, war Paris die Revolution, aber die Provinz — dieselbe Provinz, die heute für den Block der Linken stimmt, nachdem sie im Jahre 1919 für den Nationalen Block gestimmt hat — war damals „weiß", girondistisch, trennend, versaillistisch .... Wer den außerordentlich hohen Grad der Konzentrierung des nationalen und staatlichen Lebens in Frankreich und Paris kennt, dem erscheint wohl Paris als das Gehirn — oder das Herz — des ganzen Landes. Es ist gewiß „die strategisch wichtigste Position" in Frankreich, wo man, wie dies Lenin lehrt, „im entscheidenden Moment am stärksten sein muß".

Wir wollen den Einfluß, den der opportunistische Sozialismus der Partei, die Paris und sein Proletariat so gut zu beschimpfen versteht, auf verschiedene proletarische Elemente in Frankreich noch ausübt, nicht verkennen. Uns flößt dieser Einfluß weder Schrecken noch Verwunderung ein. Wir erleben gegenwärtig in Frankreich eine vorübergehende Flut der demokratischen Illusionen, die einstens die Größe, die traurige Größe der Combes-Zeit gewesen ist. Das heutige Frankreich hat so gut wie gar keine Arbeitslosigkeit. Das Elend der Arbeiter ist in Frankreich verhältnismäßig geringer als anderswo. Gewisse Zweige seiner Großindustrie (wie Automobil- und Flugzeugproduktion) sind in höchstem Schwunge. Sein Militarismus ist der furchtbarste auf dem Kontinent. Der Kapitalismus ist auch in Frankreich sehr krank, im Innersten krank — aber immerhin in nicht so offenkundiger und katastrophaler Form als anderswo.

Aus diesen tieferen Ursachen ist das Ansehen „der Demokratie", des „Sozialismus des sozialen Friedens" zu erklären. Aber auch dieses Ansehen wird verschwinden.

Denn so, wie es auch in Deutschland in einem viel stärkeren Maße der Fall gewesen ist, widerspiegeln auch die französischen Wahlen nicht das wahre Verhältnis der sozialen Kräfte im Land. Wir sehen dabei von dem ganzen Wahlrechtssystem ab, dessen Sinnlosigkeit klar zu Tage liegt. Das Problem liegt tiefer und ist schwerwiegender. Die Mittelschichten haben dem Block der Linken den Sieg gebracht; sie haben ihre parlamentarische Majorität, sie werden ihre Ministerien haben. Aber die französische Schwerindustrie und das französische Finanzkapital bleiben, so wie bisher, Mächte, die unvergleichlich stärker, konzentrierter, intelligenter und gerüsteter sind als die Kleinbourgeoisie und ihre Leute. Und die ganze Akrobatenkunst des kommenden Kabinetts Herriot—Léon Blum (der eine auf der Estrade, der andere in der Kulisse, um seine am Prinzip festhaltenden gutmütigen Arbeiter zu befriedigen, d. h. zu täuschen) wird darin bestehen, den kleinen Leuten zuliebe eine linke Politik vorzutäuschen, ohne mehr als gerade unumgänglich der Plutokratie zu mißfallen. Das wird einige Zeit dauern, bis die Illusionen der kleinen Leute, die soeben für den Block der Linken gestimmt haben, dahingeschwunden sein werden.

Das wenige, was wir über die Absichten des zukünftigen Ministeriums Herriot-Painlevé-Briand-Léon Blum-Paul Boucour-Renaudel wissen, erlaubt uns, zu prophezeien, daß die revolutionäre Erziehung der französischen Arbeiter rasch vonstatten gehen wird. Es ist schon von einer unmittelbaren Anerkennung der Sowjetregierung nicht mehr die Rede, sondern nur vom Abschluß eines Handelsvertrages mit Moskau. Die Politik des Blocks der Linken wird noch von schwächerer Rosafärbung sein als die Macdonalds und wird, wenn sie ihren „radikalen" Gipfel erreicht, gerade auf dem Niveau des mit allen Salben gesalbten Liberalismus Lloyd Georges stehen.

Werden wir die Amnestie für die Opfer des Clémenceau-Regimes und der Kriegsgerichte erlangen? Werden die französischen Kommunisten, die sich in Rußland befunden haben, wird die ganze tapfere Truppe der Sadoul, Pascal, Guilbeaux, Body, Petit, Morchoud nach Frankreich zurückkehren dürfen? Werden Gaston Rolland, Cottin, Jeanne Morand, Landau, Goldsky aus den Gefängnissen entlassen werden? Unsere Partei, die das Auskneifen der Politikanten des Kartells der Linken voraussieht, ist verpflichtet, auf der Notwendigkeit einer Amnestie auf breitester Basis zu bestehen, da die kommende Regierung an ihre Stelle vereinzelt und launisch „Gnadenakte" zu setzen geneigt sein wird.

Wird Millerand — und nicht nur Poincaré — gehen? Nichts ist noch weniger gewiß.

Wird man das Ruhrgebiet räumen? Nicht, bevor Frankreich entsprechende Garantien erhalten hat, wie auch Herr Painlevé gesagt hat. Die Formel lautet: „Wir werden gegenüber Deutschland gerecht und konziliant sein, ohne daß wir unsere berechtigten Interessen zum Opfer bringen werden." Was soll dies bedeuten? Vielleicht nichts. Vielleicht aber auch, daß die internationale Bourgeoisie einen sanften Druck auf Frankreich ausübt, sich dem Sachverständigengutachten zu beugen.

Der Franken befindet sich keineswegs in solider Verfassung. Wird man zu seiner Rettung die zwanzigprozentige Besteuerung der Konsumenten widerrufen und nur das Kapital besteuern? Wir werden sehen.

Die Ereignisse werden rasch kommen.

Politik

Der Riß im Lager der tschechischen Regierungskoalition.

Von Mila Grimmichová (Prag).

** Je mehr die Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei näherrücken, die im Jahre 1926 stattfinden sollen, um so mehr verstärkt sich der Riß in der tschechischen Regierungskoalition, und zwar nicht nur im Verhältnis der einzelnen Parteien untereinander, sondern auch innerhalb der einzelnen Parteien selbst.

Große Aufmerksamkeit erregten in dieser Hinsicht die jüngsten Ereignisse innerhalb der tschechischen Nationaldemokratischen Partei. Es ist allgemein bekannt, daß die Nationaldemokratische Partei weit davon entfernt ist, ein ideologisch einheitliches Gebilde vorzustellen. Diese Partei setzt sich aus drei verschiedenen Elementen zusammen: aus den ehemaligen Jung-Tschechen, den Realisten und den staatsrechtlichen Fortschrittlern. Infolge dieser Zusammensetzung herrschen in dieser Partei grundverschiedene Anschauungen sowohl in rein politischen, wie auch in wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen. Der Flügel Kramarsch neigt zum Beispiel zum Monarchismus und zum Faschismus, entgegen dem linken Flügel der Partei, der republikanisch gesinnt ist und den Präsidenten Masaryk hoch verehrt. Innerhalb des rechten Flügels herrschen in bezug auf die Person Kramarsch derartig byzantinische Auffassungen, daß sich dieser Flügel gar nicht scheut, trotz der Popularität des Präsidenten Masaryk diesem gegenüber Gehässigkeit und feindliche Voreingenomenheit zur Schau zu tragen. Desgleichen wie Masaryk, wird von dem Kramarsch-Flügel auch Minister Benesch behandelt. Es wird ihm hauptsächlich große Milde gegenüber Sowjetrußland vorgeworfen.

Aber auch in der Beurteilung wirtschaftspolitischer Ereignisse weichen die zwei Flügel der Nationaldemokratischen Partei so weit voneinander ab, daß es manchmal fast den Schein erweckt, als ob das nicht zwei verschiedene Flügel einer einzigen Partei, sondern zwei verschiedene Parteien wären. Der Flügel Kramarsch vertritt in den Anschauungen des verstorbenen Ministers Raschin und in denjenigen der übrigen Nationalökonomen, die zu diesem Flügel neigen, die Quantitätstheorie und die Deflationsmethode in der Finanzpolitik. Der linke, vorwiegend aus Mähren stammende und sich in der Mehrzahl aus den früheren Realisten und Fortschrittlern zusammensetzende Flügel bekämpft diese nationalökonomischen Theorien in der Person des Dr. Englisch auf das heftigste, ohne sich natürlich vom Boden der bourgeoisen Nationalökonomie zu entfernen.

Auch in sozialpolitischen Fragen ist der mährische Stransky-Englisch-Flügel viel liberaler und fortschrittlicher gesinnt. Dasselbe gilt auch vom Standpunkt zur russischen Revolution. Ist Kramarsch derjenige, der noch heute die tschechischen Soldaten am liebsten gegen Sowjetrußland aufmarschieren lassen möchte, so ist es auf der anderen Seite Dr. Stransky jr., dessen Beurteilung der russischen Revolution und der derzeitigen Machthaber in Rußland in seinem Blatte seinerzeit großes Aufsehen erregte.

Die Landeskonferenz der Nationaldemokraten von Mähren, die jetzt eben stattgefunden hat, zeigte die inneren Zerwürfnisse, die innerhalb dieser Partei existieren, in voller Nacktheit auf.

Aber auch den übrigen Koalitionsparteien in der Tschechoslowakei ergeht es nicht besser.

Der Osterkongreß der tschechischen Sozialdemokraten förderte eine linke Opposition zutage. Diejenigen Industriezentren — Ostrauer und Pilsener Gebiet — wo die Sozialdemokraten bisher ihre verläßlichsten Machtpositionen innehatten, rebellieren scharf gegen die Koalitionspolitik der Partei und gegen die Führung der Partei überhaupt. Das, was diese linke Opposition der Führung der Sozialdemokratischen Partei vorwirft, ist zum größten Teile der Widerhall der von den Kommunisten ausgeübten Kritik der Koalition und der Betätigung der tschechischen Sozialdemokraten innerhalb der Koalition im Parlament. Die positiven Forderungen an die Führung der eigenen Partei, die diese Opposition aufstellte, waren nichts anderes als Losungsworte der kommunistischen Propaganda für die Einheitsfront. Trotzdem diese linke Opposition auf dem Osterkongresse abgemurkst wurde, bedeutet sie für die weitere Entwicklung der politischen Verhältnisse in der Tschechoslowakei natürlich eine noch viel wichtigere Erscheinung, als die linke Opposition der Nationaldemokraten.

Die Führung der Tschechisch-sozialistischen Partei hat unter den eigenen Mitgliedern gegen die gleichen Schwierigkeiten anzukämpfen. Diese Partei hat erst vor einem Jahre eine Sezession durchgemacht. Diese seinerzeitige, ebenfalls linke Opposition war auch als Widerhall auf die kommunistischen Losungen der Einheitsfront entstanden. Zum endgültigen Bruch mit der Partei kamen dann diese linken Nationalsozialisten damals, als es sich um die Abstimmung über das Gesetz zum Schutze der Republik handelte. Die linken Abgeordneten lehnten es ab, diesem Schandgesetze ihre Zustimmung zu geben, und als sie deshalb ihrer Mandate für verlustig erklärt und aus der Partei ausgeschlossen wurden, folgte ihnen ein Teil ihrer Genossen, wenn auch ein weitaus kleinerer, als der, den seinerzeit bei der Spaltung der einheitlichen Sozialdemokratie die marxistische Linke erhielt.

Die Ereignisse auf der Parteivertretung der tschechischen Nationalsozialisten, die ebenfalls kürzlich getagt hat, haben bewiesen, daß noch recht viele links orientierte Elemente auch nach der ersten Sezession in der Partei verblieben sind. Und wenn auch die positiven Erfolge dieser Linken in der Nationalsozialistischen Partei momentan unbedeutend sind, so ist es doch klar, daß sie sich weiter entwickeln wird, genau so wie die linke Opposition der Sozialdemokratischen Partei.

Auch die Volkspartei (Klerikale Partei) ist gespalten. Diese Spaltung hat nicht so sehr soziale, sondern eher nationale Gründe zur Ursache. Die slowakischen Abgeodneten dieser Partei betreiben die Politik der Autonomie, das heißt, sie verlangen eine vollständige Loslösung der Slowakei und Karpathorußlands in allen politischen und Verwaltungsfragen von der übrigen Verwaltung der Republik. Die slowakischen klerikalen Abgeordneten betreiben im Parlament eine Politik der Opposition gegen die Regierung, trotzdem ihre tschechischen und mährischen Kollegen Ministerposten bekleiden. Nunmehr aber entwickelt sich in dem bisher koalitionsgetreuen Teil der Partei eine Opposition, die einerseits rein persönlicher Natur ist und zufälligerweise ihren Ursprung ebenfalls in Mähren hat, wie die Opposition der Nationaldemokraten; außerdem aber zeigte sich bereits im Vorjahre innerhalb dieser Partei eine Opposition, die zu derjenigen, die sich auch im Lager der Partei der Agrarier entwickelte, eine Parallele bildete. Es war dies die Opposition der klerikalen Kleinbauern, die standesmäßig in besonderen Organisationen organisiert waren, genannt „Otschiny" (Heimatverbände). Diese Opposition hat natürlich eine soziale Färbung.

Aber auch die größte der Koalitionsparteien, die Agrarierpartei, ist von Zersplitterungstendenzen nicht verschont geblieben. Im Gegenteil, diese sind im Wachsen begriffen. Zuerst waren es nur die sozial am niedrigsten stehenden Schichten dieser Partei, die Häusler und die Kleinbauern, die in den „Vaterlandsverbänden" (Domoviny) organisiert waren, und heftige Unzufriedenheit mit der Politik der Partei äußerten. Dieser Unzufriedenheit gaben sie auch in den Gemeindewahlen dadurch Ausdruck, daß sie an manchen Orten separate Kandidatenlisten der Kleinbauern aufstellten, nachdem sie sich überhaupt von der Partei getrennt hatten. Nunmehr greift aber diese Unzufriedenheit auch auf die mittleren Schichten dieser Partei über. Diese Erscheinung hängt mit der absteigenden Konjunktur der Landwirtschaft zusammen. Solange die Konjunktur der landwirtschaftlichen Erzeugnisse anhielt und auch den mittleren Schichten des Bauerntums ausreichenden Ertrag sicherte, solange billigten diese Schichten, die innerhalb des Bauernstandes doch die Mehrheit darstellen, die großagrarische Politik der Agrarpartei. Dann aber mußten sie endlich einsehen lernen, daß die großagrarischen Richtlinien der Politik der agrarischen Partei niemand anderem als nur den Großgrundbesitzern zugute kommen, und daß sie mit ihren Forderungen, die der Kleinwirtschaft entsprechen und von denjenigen des Großgrundbesitzertums verschieden sind, eigentlich schon lange im Stiche gelassen wurden.

So sieht es heute im Lager der tschechischen Koalitionsparteien aus. So wie sich in Frankreich der Nationalblock knapp vor den Wahlen aufzulösen begann, so kann man auch in der Tschechoslowakei innerhalb der Koalitionsparteien Ähnliches beobachten.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei muß nun darnach trachten, diese Gegensätze innerhalb des feindlichen Lagers gründlich auszunützen.

Die Lage in Bulgarien.

Von G. Dimitrow.

1. Das bäuerlich-faschistische Regime in Auflösung.

** Trotz aller Bemühungen der Regierung Zankow, ihre Stellung durch die brutalsten Gewalttätigkeiten an den werktätigen Massen zu befestigen, erreichte sie gerade die entgegengesetzten Resultate.

Die Auflösung der Kommunistischen Partei, der Arbeitspartei, des Allgemeinen Arbeitergewerkschaftsbundes, des Kommunistischen Jugendverbandes und der Arbeitergenossenschaft „Oswoboschdenie" tragen nicht im geringsten zur Erlangung irgendwelchen Einflusses auf die breiten Volksmassen und noch weniger zur Gewinnung einer Stütze für die Regierung Zankow bei. Im Gegenteil, dieser Gewaltakt ruft in den Massen eine noch größere Erbitterung gegen das bürgerlich-faschistische Regime Zankow hervor und bringt sie zur endgültigen Überzeugung, daß die Liquidierung dieses Regimes einzig und allein im Wege des bewaffneten Massenaufstandes gegen die Volksunterdrücker und Tyrannen herbeigeführt werden kann.

Kaum erfolgte die Auflösung der Massenorganisationen der kämpfenden Arbeiter und Bauern in Bulgarien, so appellierten die Regierungsparteien des „Demokratitscheski Sgowor" neuerlich an alle „Elemente der Ordnung", die Regierung gegen die „Hydra der Anarchie", die noch immer sehr stark und gefährlich sei, zu unterstützen. Die Demokraten, Radikalen und Sozialdemokraten erklären, daß die Regierung Zankow in ihrem egoistischen Bestreben, sich um jeden Preis eine Partei zu schaffen die „demokratischen Kräfte" nicht nur nicht vereinigt, sondern entzweit. Die Lage der Regierung verbessert sich nicht und viele von ihren geistigen Verteidigern hoffen heute, daß sich morgen etwas ereignen wird, was nicht nur die Regierung wegräumt . . .

Die bürgerliche Presse stellt mit Angst fest, daß die KP. nicht vernichtet ist und sich im Stillen und Geheimen zu neuen Aktionen vorbereitet.

Auch die wirtschaftliche Krise wird von Tag zu Tag schärfer. In Varna gibt es 3000 Arbeitslose. Die Ernte ist nur mittelmäßig.

Die Schieber, denen der staatliche Kredit zur vollen Verfügung steht, kaufen die Lebensmittel bei den Kleinerzeugern zu unerhört niedrigen Preisen auf, um durch die Ausfuhr und die Monopolisierung des ganzen Innenmarktes zu großen Profiten zu gelangen. Die Teuerung wächst und die Lage der werktätigen Massen in Stadt und Land wird immer unerträglicher. Immer wieder werden neue Steuerlasten von der Regierung auf die Schultern dieser Massen abgewälzt. Das um mehr als eine Milliarde Lewa jährlich erhöhte Staatsbudget belastet zum allergrößten Teil die Arbeiter und Bauern.

Gleichzeitig werden die Arbeiter und Bauern durch die unerträglichen Gewalttätigkeiten und Verfolgungen an den Kommunisten und Bauernbündlern, durch die bestialischen Mißhandlungen der Häftlinge in den Arresten und Gefängnissen sowie durch die zahllosen von den Organen und Banditen der Regierung Zankow verübten Ermordungen gezwungen, immer mehr zur Illegalität überzugehen und in den Bergen vor den wütenden Behörden Zuflucht zu suchen.

Diese durch Gewalt zu einem illegalen Leben gezwungenen Menschen bilden bereits Partisanentrupps, um sich gegen die Verfolger zu verteidigen und gegen sie zu kämpfen. Das Bestehen solcher Partisanentrupps gestaltet die Lage im Lande noch verwickelter, und macht es zu einer Arena fortwährender blutiger Zusammenstöße.

Wie labil und erschüttert die Lage der Umsturzregierung Zankow ist, zeigten auch klar die unlängst stattgefundenen Kreiswahlen.

2. Die Resultate der Kreiswahlen.

Diese Wahlen sollten bereits im Monat Februar stattfinden. Die Regierung verschob sie aber absichtlich auf den 4. Mai, um Zeit zu gewinnen, ihren Apparat möglichst besser zu Gewalttätigkeiten und zur Unterdrückung des Willens der Wähler vorzubereiten. Die Polizei, die Gendarmerie, die Sicherheitsbehörden, die Armee — alles wurde in Bewegung gesetzt. Die Regierung ließ durch das Parlament eine spezielle Änderung des Wahlgesetzes vornehmen, wonach statt der bisherigen farbigen Wahlzettel für die einzelnen Parteien, ein weißer Wahlzettel für alle Parteien eingeführt wurde. Das Ziel dieser Änderung war, die Wähler, besonders auf dem Lande, irrezuführen und bei der Stimmenzählung in den Wahlsektionen die Fälschung der Wahlresultate zu erleichtern.

Die Regierung gestattete den Kommunisten und Bauernbündlern weder eine mündliche noch eine schriftliche Agitation. Während die Regierungsagitatoren und -organe das Land kreuz und quer durchzogen, um eine Wahlkampagne gegen die Kommunisten und Bauernbündler zu führen und von den Wählern die Stimmen für die Regierungslisten zu erpressen, war es den Kommunisten und Bauernbündlern nirgends gestattet, Wahlversammlungen abzuhalten.

Hunderte von Kandidaten der gemeinsamen Listen der Kommunisten und Bauernbündler (Arbeitsliste) wurden verhaftet und von den Behörden mißhandelt, damit die Beglaubigung der Arbeitslisten verhindert werde. Vielerorts wurden die Wahlzettel der Arbeitsliste von der Polizei beschlagnahmt, damit sie nicht in die Hände der Wähler gelangen konnten. Infolge des Terrors war in einer Reihe von Kreisen nur die Regierungsliste aufgestellt.

Und trotz des fürchterlichen Terrors ging die Regierung aus den Wahlen mit einer vollständigen Niederlage hervor. In Sofia erhielt sie kaum ein Drittel der abgegebenen Stimmen. Im ganzen Lande erhielt sie nur weniger als die Hälfte der Stimmen. In vielen Orten wurde die Regierung von der Einheitsfront der Kommunisten und Bauernbündler geschlagen.

So erhielt in Wratza der Arbeitsblock 1190 gegen 950 Stimmen für die Regierung; in Sliwen 2308 gegen 2187; in Ichriman 604 gegen 256; in Belogradtschik 3919 gegen 3492; in Aites 537 gegen 346; in Haskowo 1589 gegen 1210; in Anchialo 292 gegen 134; in Swilengrad 998 gegen 508 Stimmen usw.

Die Gesamtzahl der Stimmen im ganzen Lande verteilt sich folgendermaßen:

	Stimmen
Demokratitscheski Sgowor (Regierung)	389.747
Arbeitsblock (Zettel mit Kandidaten 193.876, mit Parolen 44.331)	238.207
Nationalliberale	52.667
Sozialdemokraten	46.918
Radikale und Demokraten (Dissidenten des demokratitscheski Sgowor)	44.860
Volkseinheitliche Dissidenten der Nationalliberalen	13.390

Trotz dem brutalen Terror usw. erhielten dennoch die Anhänger der Einheitsfront 36% aller abgegebenen Stimmen gegenüber 45% der Regierung.

Besonders charakteristisch ist die Tatsache, daß gerade in denjenigen Gebieten, wo nach dem unterdrückten Aufstande die größten Bestialitäten und Massenmorde verübt wurden, wo sich Tausende von Kommunisten und Bauernbündler in Gefängnissen und in Emigration befinden, und wo die Bestätigung der Listen des Arbeitsblocks nicht zugelassen wurde (die Kreise Ferdinand, Berkovitza, Arechowo, Wratza und Lom), mehrere tausende Wahlzettel mit den Losungen für den Arbeitsblock abgegeben wurden.

Die Kreiswahlen zeigten noch einmal, daß die Einheitsfront der Arbeiter und Bauern trotz allem unentwegt vorwärts schreitet und daß die nahe Zukunft in Bulgarien ihr gehört. Die Mittelparteien, besonders die Sozialdemokraten, verlieren jede soziale und politische Bedeutung. Auf der einen Seite steht die Bourgeoisie, die faschistische Reaktion und auf der anderen Seite die Einheitsfront der Arbeit mit der Kommunistischen Partei an der Spitze.

Die gesamte bürgerliche Presse kommentiert mit größter Beunruhigung die Ergebnisse der Kreiswahlen. Sie gesteht offen, daß der Einfluß der „umstürzlerischen Elemente im Lande" trotz der wüsten Reaktion nicht geringer wird, sondern noch zunimmt und mit einem neuen bewaffneten Aufstande droht.

3. Die mazedonische autonomistische Organisation.

Wie bekannt, wurde die mazedonische autonomistische Organisation des Todor Alexandrow von der bulgarischen Bourgeoisie zur Durchführung des Umsturzes am 9. Juni gegen die Regierung Stamboliski im breitesten Maße ausgenützt. Diese Organisation wurde von der Regierung Zankow auch zur Unterdrückung des Volksaufstandes im September benützt. Sie war eine der Hauptstützen des bürgerlichen faschistischen Regimes in Bulgarien. Diese Stütze ist aber bereits für die Regierung Zankow vollständig unzuverlässig geworden. Nachdem die Bourgeoisie, die mit der mazedonischen Bewegung Spekulation trieb, die autonomistische Organisation zur Eroberung der Macht und zur Ausführung der Massenmorde an Kommunisten und Bauernbündlern ausgenützt hatte, begann sie alsbald ihre Verräterpolitik gegenüber der Befreiungsbewegung des mazedonischen Volkes wieder fortzusetzen. Die Juni- und Septemberereignisse öffneten einem großen Teil der mazedonischen Emigration und vielen Mitgliedern der autonomistischen Organisation selbst die Augen. Sie lehnen es bereits ab, Werkzeuge der bulgarischen Bourgeoisie zu sein. In der autonomistischen Organisation und innerhalb der mazedonischen Emigration geht heute ein Prozeß der Loslösung von der Regierung Zankow und der Bourgeoisie, der Orientierung zum selbständigen revolutionären Kampfe und der Annäherung an die für die Arbeiter- und Bauernregierung kämpfenden bulgarischen Arbeiter und Bauern vor sich. Obwohl sich dieser so bedeutungsvolle Prozeß erst am Anfange befindet, bestehen alle Aussichten zu seiner Vertiefung und seinem baldigen endgültigen Abschlusse. Dann werden von der gesamten autonomistischen Organisation nur einige verschlagene bulgarische Nationalisten für das bürgerlich-faschistische Regime sein, während die Organisation selbst von dem Einflusse und der Abhängigkeit von der bulgarischen Bourgeoisie vollständig befreit, Schulter an Schulter mit dem bulgarischen werktätigen Volke für die Erreichung der nationalen Freiheit und Unabhängigkeit Mazedoniens und für die Befreiung Bulgariens von dem jetzigen bestialischen bürgerlich-faschistischen Regime kämpfen wird.

Und in der Tat sind die Tage des bürgerlich-faschistischen Regimes in Bulgarien gezählt, es wird unvermeidlich den wuchtigen Schlägen der mit den Ideen des Kommunismus geschweißten Einheitsfront der Arbeiter und Bauern unterliegen.

Arbeiterbewegung

Wie die Reformisten den 1. Mai sabotierten.

An die Proletarier aller Länder!

Genossen!

** Kein einziger Arbeiter, keine einzige Arbeiterin, kein einziger ehrlicher Werktätiger kann und darf an dem frechen Verrat der Sache des Proletariats durch die Reformisten aller Schattierungen und Farben vorübergehen, an dem Verrat, den die

Herren aus der II. und Amsterdamer Internationale am 35. Jahrestag der Feier des 1. Mai begangen haben.

Jeder Proletarier muß wissen, wie sie, die Reformisten, den 1. Mai in diesem Jahre „gefeiert" haben.

Die Sozialverräter aller Länder haben den 1. Mai aus einem Tag des Kampfes für den achtstündigen Arbeitstag und gegen den Militarismus zu einem Tag des Kampfes gegen achtstündigen Arbeitstag und für den Militarismus gemacht.

In Berlin hat die Polizei auf Befehl des Polizeipräsidenten, des Sozialdemokraten Richter, die Demonstranten verprügelt, und in Hindenburg haben die Werkzeuge Eberts in die Arbeiterdemonstration hineingeschossen, drei Arbeiter getötet und einige schwer verwundet. Die deutschen Sozialdemokraten haben die Straßen der deutschen Städte abermals mit Arbeiterblut befleckt. Die Sozialdemokraten betrieben eine richtige Pogromhetze gegen die Demonstrationen der Kommunisten. Trotzdem sind die revolutionären Arbeiter Deutschlands, ungeachtet der Exekution der Bourgeoisie und der Sozialdemokraten, am 1. Mai auf die Straße gegangen, um ihre brüderliche Solidarität mit den Arbeitern der anderen Länder zu beweisen.

In Frankreich haben sich die Reformisten geweigert, für die tapferen und der Sache des Proletariats ergebenen Arbeiter einzutreten, die auf die Straße geworfen wurden, weil sie es gewagt hatten, am 1. Mai die Arbeit in den Fabriken niederzulegen, weil sie es gewagt hatten, auf die Straße zu gehen und gegen die imperialistischen Räuber, gegen das kapitalistische Joch, gegen die Vergewaltigung der Besiegten, gegen die Verlängerung des Arbeitsages, und für den achtstündigen Arbeitstag, für den Sturz des Kapitalismus, für die Solidarität der Völker zu demonstrieren.

In England hat die sogenannte Arbeiterregierung Macdonalds vor dem 1. Mai einen Budgetentwurf im Parlament eingebracht, der eine bedeutende Vermehrung der militärischen Ausgaben vorsieht. Macdonald, der die englischen Flottenrüstungen verstärkt, betrügt die Arbeiter, indem er sie mit süßen Reden am 1. Mai beschwatzt, „daß am nächsten 1. Mai der Völkerbund ein allumfassendes Völkerparlament sein wird". Dies sagt der Führer der II. Internationale den Arbeitern von einem Völkerbund, der in der Tat ein Bund der Räuber, eine Räuberbande von der großen Heerstraße ist.

In Italien, wo die faschistische Knute herrscht, haben die Reformisten auf jede Feier des internationalen Tages der proletarischen Solidarität verzichtet. In diesem Lande, wo die Lage der Arbeiterklasse äußerst schwer ist, wo die Organisationen der revolutionären Arbeiter zerstört wurden, wo die Bourgeoisie durch die Faschisten unter Beihilfe der Reformisten den achtstündigen Arbeitstag abgeschafft und den Lohn auf eine Hungernorm reduziert hat, wissen die Reformisten am 1. Mai nichts Besseres zu tun, als diesen Tag zu ignorieren, um nur die Bourgeoisie nicht zu beunruhigen.

In Bulgarien, wo die Sozialverräter die blutige Zankow-Regierung aufrichten halfen, wurde die kommunistische Demonstration in Sofia, an der sich einige Tausend Arbeiter beteiligten, von der Poliezi auseinandergetrieben.

In Lettland hat das Ministerium die ersten Maimanifestationen der Arbeiter verboten. Die Sozialdemokraten haben sich in einer Vorbesprechung mit den Regierungsfaktoren mit dem Verbot der Manifestationen einverstanden erklärt, und dann einen Aufruf erlassen, worin sie die Arbeiter aufforderten, nicht auf die Straße zu gehen.

Dasselbe konnte man in einer ganzen Reihe anderer Länder beobachten, wo die Reformisten entweder auf die Feier des 1. Mai verzichten, oder diesen Feiertag sabotieren oder aber der Bourgeoisie halfen, mit Hilfe von Polizei und bewaffneten Kräften die Demonstrationen der Arbeiter auseinanderzujagen, der Arbeiter, die trotz des Verbotes der Behörden und der Beschlüsse der reformistischen Verbände und der Sozialistischen Parteien, sich an den Demonstrationen nicht zu beteiligen, dem Aufrufe der Kommunisten folgten, wie dies zum Beispiel in Griechenland, Litauen, Estland usw., der Fall war.

Die polnischen Reformisten, mit der Polnischen Sozialistischen Partei an der Spitze, übertrafen aber in ihren verräterischen Handlungen alle übrigen. Diese traurigen Helden der II. Internationale erließen am 1. Mai einen Pogromaufruf, in dem sie die polnische Reaktion aufforderten, alle Arbeiter zu verprügeln, die dem Rufe der Kommunisten, am 1. Mai gegen die Gewalt der Kapitalisten und Großgrundbesitzer und gegen die verräterische Taktik der Reformisten zu demonstrieren, folgen würden.

In Amerika, dem Geburtslande der 1.-Mai-Feier, haben Gompers und Co. diesen Feiertag ignoriert, um ihren Herren, den Besitzern der Kohlenschächte, den Aktionären des amerikanischen Stahltrusts, den Petroleum- und Bankkönigen, zu gefallen. Die amerikanischen Reformisten haben sich mit dem Verzicht auf die Feier des 1. Mai tatsächlich mit den Söldnern des amerikanischen Kapitals solidarisiert, die die 1.-Mai-Demonstrationen in Chicago schon im Jahre 1886 verhinderten.

Der 1. Mai in diesem Jahre hat wieder einmal das reformistische Wesen enthüllt, wieder die Heuchelei der II. und Amsterdamer Internationale gezeigt. Gerade in diesem Jahre war es mehr als je notwendig, am 1. Mai, wo ein Jahrzehnt seit Beginn des imperialistischen Weltkrieges vergangen war, in dem über 10 Millionen Arbeiter und Bauern getötet und ungefähr 20 Millionen Werktätige zu Krüppeln geschossen wurden, gegen den Krieg, die Rüstungen, die Verhetzung der Völker, gegen die Vorbereitung eines neues imperialistischen Krieges, eines noch furchtbareren Vernichtungskrieges als der von 1914 bis 1918 zu demonstrieren.

Die Reformisten, die die kapitalistische Unterjochung der proletarischen Massen decken, haben für den dritten Sonntag im September pazifistische Demonstrationen angesagt. Die Reformisten werden mit der Vorbereitung dieser pfäffisch-frommen pazifistischen Demonstrationen nur die wirkliche Verbreitung zum Kriege maskieren, den sie unter allen Umständen unter dem Namen „Verteidigung des Vaterlandes" unterstützen werden. Die II. und Amsterdamer Internationale, die am 1. Mai in Worten zur Demonstration aufriefen, aber alles getan haben, um die 1.-Mai-Streiks zu sprengen, bemühen sich, den Arbeitern mit ihrem angeblich „antimilitaristischen" Sonntag Sand in die Augen zu streuen, damit sie nicht sehen, wie die Reformisten aller Länder die Bourgeoisie unterstützen, die den Krieg vorbereitet. Es darf ihnen aber weder an einem Septembersonntag, noch an einem anderen Sonntag gelingen, die Arbeiter zu betrügen. Die bewußten Proletarier werden die pazifistischen Phrasen der Reformisten, die darauf rechnen, daß die Arbeitermassen den „Pazifismus" der Herren Scheidemann, Renaudel, Henderson, Jouhaux, Martens, Vandervelde, Leipart usw. in den Jahren 1914—1918 vergessen haben, aufzeigen. Die Arbeitermassen, Ihr Herren Reformisten, haben Euren Verrat nicht vergessen und werden ihn nie vergessen!

Nieder mit dem die Arbeitermassen verseuchenden Reformismus!

Nieder mit dem imperialistischen Krieg und den Sozialpatrioten!

Es lebe die internationale proletarische Revolution!

Moskau, 10. Mai 1924.

Das Vollzugsbüro
der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Jugendbewegung

Der 8. Reichskongreß der Kommunistischen Jugend Deutschlands.

** Der 8. Reichskongreß der KJD. tagte, nachdem er am 27. April von der Berliner Polizei ausgehoben worden war, am 11. Mai in Leipzig weiter.

Der letzte Reichskongreß der KJD. fand vor einem Jahre in Chemnitz statt. Er stellte der KJD. in seinen ausführlichen Richtlinien zum ersten Male rein praktisch die Aufgabe, zu einer Massenorganisation zu werden. Die Organisation sollte von Grund auf umgestellt werden, so daß nicht mehr die Ortsgruppen, sondern die Betriebszellen die Grundlage des Verbandes sind. Die Mitgliedschaft sollte politisiert werden, jeder Rest freideutschen Geistes und Wesens sollte ausgerottet werden. Die KJD. sollte die Führerin der arbeitenden Jugend in allen Tageskämpfen sein.

Nach einem Jahr können wir ein Urteil fällen, ob die Linie der Organisation von Chemnitz bis Leipzig richtig war oder nicht: In der Resolution über die zurückliegende Arbeit, die mit 58 gegen 39 Stimmen angenommen wurde, wird eindeutig festgestellt, daß der Kongreß die bisherige Linie des Verbandes nicht billigen kann.

Die KJD. hat im letzten Jahre genau die gleiche Politik wie die Brandler-Zentrale der KPD. geführt. Sie hat diese Politik nicht geführt, weil sie der Partei untergeordnet war, im Gegenteil, sie hat diese Linie kritiklos zustimmend übernommen und jede Debatte über diese Taktik innerhalb des Verbandes vermieden.

Mit dem 1. Punkt der Tagesordnung hatte der Kongreß die taktischen Fragen der Partei zu entscheiden. Im Referat des Vertreters der jetzigen Parteimehrheit wurde die zu fällende Entscheidung klar dargestellt: Die Taktik Brandlers bedeutete, daß die KPD. bei ihrer Taktik von dem Grundsatz ausging, daß auch die SPD. kämpfen kann. Die taktische Folge dieser Grundlinie mußte sein, daß die KPD. versucht, die SPD. oder Teile von ihr durch geschicktes Manövrieren und durch Fallenlassen spezifisch kommunistischer Forderungen (zum Beispiel die Parole der proletarischen Diktatur, der Betriebsrätebewegung, der Arbeiterräte und anderes) in den Kampf zu reißen. Die zweite Folge dieser Grundlinie war, daß sich die KPD. in ihrer Arbeit auf die kleinbürgerlichen Bezirke (Sachsen, Thüringen) stützte und die großindustriellen Zentren der Revolution vernachlässigte, weil in den ersteren diese Vereinigung der KPD. und SPD. scheinbar am leichtesten möglich war.

Aus dieser Einstellung zur Einheitsfronttaktik folgte auch die Einstellung zur Frage der Arbeiterregierung. Die Mehrheit der früheren Zentrale der Partei hat unter der Arbeiterregierung ein Zwischending zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Diktatur verstanden, was eine vollkommene Revision der Marx'schen Staatstheorie war.

Diesem Standpunkt der früheren Parteimehrheit gegenüber hat die Parteilinke immer den Standpunkt vertreten, daß nur die KP. allein die Führerin des Proletariats ist und die Einheitsfronttaktik deshalb nur ein Mittel zur Mobilisierung der Massen und zur Zerstörung der Sozialdemokratie sein kann. Ebenso kann die Parole Arbeiterregierung nur ein anderes Wort für die proletarische Diktatur sein.

Der 8. Reichskongreß der KJD. hat sich in dieser Frage mit 62 gegen 42 Stimmen auf den Boden der bisherigen Parteilinken gestellt.

Der Kongreß hat mit dieser Abstimmung zugleich über die Linie der nächsten Arbeit entschieden. Er hat in seiner einstimmig angenommenen Resolution zu den nächsten Aufgaben festgelegt, daß der Zentralpunkt unserer nächsten Arbeit die „Organisierung der Revolution" ist.

„Organisierung der Revolution" erfordert, daß die KJD. die Massen des Jungproletariats von unten her, in den Betrieben, durch Führung ihrer Tageskämpfe sich an die Spitze der jungen Arbeiter stellend, für den Kampf um die Macht mobilisiert.

„Organisierung der Revolution" heißt weiter, daß die KJD. die jungen Arbeiter zum gemeinsamen Kampfe mit der erwachsenen Arbeiterschaft heranzieht. Der Kongreß gab deshalb die Parole aus, daß in allen Kampfleitungen der erwachsenen Arbeiter die Jungarbeiter durch jugendliche Betriebsvertrauensleute und durch auf Jungarbeiterkonferenzen gewählte Jugendliche vertreten sein sollen. Um dem Kampf der jungen Arbeiter die notwendige Grundlage zu geben, beschloß der Kongreß, ein Notprogramm der proletarischen Jugend ausarbeiten zu lassen, in dem den jugendlichen Arbeitern an Hand ihrer Tageskämpfe als der einzige Ausweg aus ihrem Elend die Erkämpfung der proletarischen Diktatur aufgezeigt wird.

„Organisierung der Revolution" bedeutet drittens, daß die KJD. endlich auf Betriebszellen umgestellt wird. Das kann jetzt geschehen. Die taktische Abstimmung hat klar festgelegt, daß die neue Linie des Jugendverbandes, genau wie die der Partei, auf die Mobilisierung der Arbeiter von unten her gerichtet ist. Das ist die beste Gewähr für die Reorganisierung der KJD.

Aus der Internationale

Die Beisetzung des Genossen Blagoew.

Eine Riesendemonstration der bulgarischen Arbeiterschaft für den Kommunismus.

** Am Sonntag, den 11. Mai, fand die Beisetzung des Genossen Dimitri Blagoew in Sofia statt. Schon am frühen Morgen sammelten sich die Arbeiter zu Tausenden am Platze „Sweti Nikola" um das Haus, wo die Leiche des Genossen Blagoew aufgebahrt wurde. Tausende Menschen, alt und jung, Frauen und Kinder, Greise und Jünglinge kamen, um ihren „Dedo" zum letztenmal zu sehen, ihn nach seiner Ruhestätte zu begleiten.

Die Polizei war in Alarmbereitschaft. Die faschistische Regierung des Professors Zankow konnte es nicht sehen, wie das Volk seinen Führer ehrt, um so weniger als diese Demonstration nicht nur der Persönlichkeit des Genossen Blagoew, sondern vielmehr seinen Ideen, dem Kommunismus, galt, für dessen Verwirklichung Genosse Blagoew sein ganzes Leben gewidmet hatte.

Ein endloser Zug von 30.000 Personen (in einer Stadt von ungefähr 200.000 Einwohnern) begleitete den Genossen Blagoew. 70 Kränze aus verschiedenen Landesteilen, von verschiedenen Arbeiter-, Bauern- und revolutionären Organisationen wurden an der Spitze des Zuges von den Delegierten getragen, darunter auch von der KP. Rumäniens, KP. Bulgariens, von den politischen Gefangenen im Gefängnisse zu Stara Zagora usw. Diesem Zuge folgte der Sarg, rot bestrichen, mit Sichel und Hammer auf den Seitenwänden und auf dem Deckel, abwechselnd von Arbeitern getragen. Die Polizei verbot die Führung des Zuges durch die Hauptstraßen. Der ganze Zug mußte durch die Seitenstraßen marschieren. Vor dem kommunistischen Volkshaus, das jetzt von der Regierung beschlagnahmt und besetzt gehalten wird, standen einige hundert Polizisten, die den Zug zu rascherem Gehen antrieben. Trotzdem hielt aber die Spitze des Zuges, die Kranzdeputationen, vor dem Volkshause für eine Weile an, kniete einen Moment nieder, um wieder weiterzugehen. Die Arbeiter konnten nicht ohne das Gefühl des tiefsten Schmerzes vor ihrem von der Polizei besetzten Volkshause vorbeigehen, das sie von ihren Pfennigen erbaut haben und das für sie wie ein Tempel heilig ist. Es ist ein Wahrzeichen ihrer Opferwilligkeit und ihrer Hingabe für die große Sache des Kommunismus.

Am Grabe sprachen verschiedene Genossen aus der Provinz, Vertreter der Gewerkschaften, der Witwen und Waisen des Septemberaufstandes, der Vertreter des Kommunistischen Jugendverbandes, der mazedonischen Emigranten, ein kommunistischer Abgeordneter usw.

Der Kommunistische Abgeordnete Genosse Stojanow verlas einen Brief des ZK. der bulgarischen Kommunistischen Partei.

Während des Begräbnisses standen an jeder Straßenecke starke Patrouillen Soldaten, Sturmtruppen mit Stahlhelmen und Bomben in Kampfbereitschaft. Noch nie vorher sah die Stadt eine solche Menschenmenge auf der Straße. Das war die Armee der Arbeit, die ihren toten Führer zu Grabe brachte. Auf der anderen Seite stand die besoldete Armee des Kapitals, das, seiner Herrschaft unsicher, in Todesangst sogar vor dem toten Feind und vor dem friedlich demonstrierenden Volk zittert . . . .

Arbeiterhilfe

Drei Jahre Internationale Arbeiter-Hilfe (IAH.).

Von Willi Münzenberg (Berlin).

** Die IAH. wurde im Sommer 1921 gegründet. Damals mit dem ausgesprochen bestimmten Zweck, durch die IAH. eine Aktion aller Arbeiterparteien und Gewerkschaften für die von der Hungersnot in den verdörrten Wolgagebieten betroffenen russischen Arbeiter und Bauern zu organisieren. Die Anregung und Initiative zur Gründung gingen aus von der Kommunistischen Internationale, Koenen und Münzenberg, mit den Vertretern der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale (Fimmen, Maertens, Jouhaux) sowie mit dem Büro der II. und damals noch lebenden II½Internationale. Ein gemeinsames, paritätisch zusammengesetztes Komitee sollte die gesamte Aktion leiten und propagandistisch führen, die Sammlungen organisieren, über ihre Verwendung bestimmen, und die gesammelten Hilfsmittel den russischen Arbeitern und Bauern zuführen. Die Vorschläge wurden von Amsterdam, von Wien und London abgelehnt. Die mit der Organisierung der Hilfsaktion betrauten Genossen ließen sich aber von diesem ersten Mißerfolg nicht abschrecken, sondern versuchten mit hartnäckiger Zähigkeit und Ausdauer, die breiten Massen der Arbeiter in den Betrieben und Fabriken, trotz des Widerstandes der sozialdemokratischen Führerkreise, zu einer einheitlichen und gemeinsamen Arbeit in dem Rahmen der IAH. zusammenzuschweißen. In den letzten Jahren, besonders seit Aufnahme der Hilfsaktion für die deutschen Arbeiter im Herbst 1923, ist es der IAH. tatsächlich gelungen, in verschiedenen Ländern breite Schichten von Arbeitern, die politisch und gewerkschaftlich getrennten Organisationen angehören, für die proletarischen Hilfsbestrebungen in der IAH. zu vereinigen.

Das ist nun auch die Ursache, warum in den letzten Monaten ein verschärfter Kampf der Sozialdemokratischen Parteien gegen die IAH. eingesetzt hat.

Schon im Herbst 1923, als die IAH. die ersten Anfänge der Hilfsaktion für die deutschen Arbeiter organisierte, machte sich der Sekretär der II. Internationale, Friedrich Adler, auf die Reise und versuchte in Brüssel, Berlin und Wien die Sozialdemokratischen Parteien gegen die IAH. scharfzumachen und einen offenen und regelrechten Kampf gegen die IAH. zu organisieren. Der Zentralvorstand der deutschen Sozialdemokratischen Partei kam dieser Anregung gern und willig entgegen. Anläßlich der diesjährigen erweiterten Sitzung der Exekutive der II. Internationale in Luxemburg unterbreitete der deutsche Sozialdemokrat Braun der Konferenz ein Memorandum über die IAH. Die Zentralvorstände der deutschen und österreichischen Sozialdemokratischen Parteien haben wiederholt zu der Frage der IAH. Stellung genommen, in Rundbriefen und Zirkularen ihre Mitglieder vor einer Teilnahme gewarnt und gegen die IAH. gehetzt. Besonders der Zentralvorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat das Menschenmögliche getan, um die IAH. in Deutschland mit Hilfe von Polizei und reaktionären Kreisen abzuwürgen und auch im Auslande die Entwicklung der IAH. zu hemmen und einzuschränken.

Das ist nicht gelungen. Die IAH. hat im Gegenteil in den letzten sechs Monaten **eine gewaltige Entwicklung gewonnen und glänzende organisatorische Erfolge errungen.**

Dafür nur einige Beispiele: Die IAH. hat heute **arbeitende Zentralkomitees** in fast allen **europäischen und überseeischen Ländern**. Dazu in den meisten Ländern noch Hunderte von Lokal-, Orts- und Gemeindekomitees. In England 50, in Amerika 150, in Jugoslawien 10, usw.

In **Deutschland bestand** im Herbst 1923 so gut wie keine Organisation der IAH. Heute, im April 1924, bestehen mit einem deutschen Zentralkomitee und 12 Bezirkskomitees gegen **200 Lokalkomitees der IAH.** In allen diesen Lokalkomitees sind neben den kommunistischen Arbeitern viel Gewerkschaftler, meist auch sozialdemokratische Arbeiter, und außerdem Intellektuelle und Künstler tätig. Seit dem März 1924 sind Bestrebungen im Gange, die Komitees in den einzelnen Orten in **feste Vereine** umzugestalten. Das ist bereits in etwa 30 Orten durchgeführt, die heute schon einen **Mitgliederbestand von 8000 an der Zahl** aufweisen. Dazu kommt, daß sich eine große Zahl von örtlichen Gewerkschaftskartellen, örtlichen Gewerkschaftsgruppen, Arbeitersportvereinen und anderen Organisationen kollektiv der IAH. angeschlossen hat und sie moralisch und finanziell mit ihrer ganzen Organisation unterstützt. Wir führen im nachfolgenden einige dieser Organisationen an:

In **Chemnitz** ist der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter und der Verband der Töpfer dem Ortskomitee der IAH. beigetreten, und diese beiden Organisationen führen pro Mitglied wöchentlich 10 Pfennige an das Ortskomitee der IAH. ab. Weitere Organisationen, die dem Ortskomitee Chemnitz angeschlossen sind oder durch einen Vertreter an den Arbeiten und Beratungen des Ortskomitees teilnehmen, sind der Verband der Bekleidungsarbeiter, der Chemnitzer Lehrerverein, der Metallarbeiterverband, die Verbände der Zimmerer, der Maler, der Buchbinder, der Bauarbeiter, der Steinarbeiter und der Arbeitersamariterbund.

In **Düsseldorf** gehören dem Ortskomitee folgende Organisationen an, und sind ebenfalls durch je einen Delegierten im Ortskomitee vertreten: Zentralverband der Angestellten, Reichsverband der Kriegsbeschädigten, Internationaler Bund der Kriegsopfer, Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Ortskartell der Freien Gewerkschaften, Ortskartell der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften, Freie Arbeiter-Union, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Allgemeiner Konsumverein, Kinderschutzkommission, Arbeiter-Samariterbund, Kinderhilfe des Arbeiter-Samariterbundes, Freie Geistige Gemeinschaft, Sportkartell, Friedensgesellschaft, Ernährungsausschuß, Rote Hilfe, Allgemeine Arbeiter-Union.

In **Essen**: Metallarbeiterverband, Arbeiter-Sportkartell, Touristenverein „Die Naturfreunde", Arbeiter-Samariterbund, Gemeinschaft proletarischer Freidenker.

In **Hamburg**: Arbeiter-Samariterbund, Deutscher Schiffahrtsbund, Betriebsrätezentrale.

In **Lübeck**: Deutscher Schiffahrtsbund, Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Arbeiter-Samariterbund.

In **Stettin**: Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde", Mieterschutzverband, Schiffahrtsbund.

In **Breslau**: Arbeiterwohlfahrt, Ortskartell der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaft, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

In **Jena**: Gewerkschaftskartell mit 5 Pfennige pro Mitglied und Monat, usw.

Besonders bemerkenswert ist der Kollektivbeitritt des Arbeiter-Samariterbundes mit 35.000, und der Beitritt des Deutschen Freidenkerbundes mit 130.000 Mitgliedern.

Ungefähr eine halbe Million Arbeiter in Deutschland sind heute für die IAH. gewonnen und stehen mit ihr in enger Arbeitsgmeinschaft.

Eine ähnlich günstige Entwicklung hat die IAH. in **England** genommen, wo sich in der verschiedensten Teilen Großbritanniens viele Gruppen von Gewerkschaften der Labour Party, Genossenschaften usw. prinzipiell der IAH. angeschlossen haben.

Wir führen im nachfolgenden ebenfalls nur auszugsweise folgende Beispiele an, aus denen zu ersehen ist, welche Organisationen die IAH. in den verschiedensten Ländern aufs tatkräftigste unterstützen:

Vereinigte Staaten von Nordamerika: Deutsche Organisationen, Allgemeiner Arbeiter-Bildungsverein, San Francisco, Sozialer Turnverein, Frauenverein Fortschritt und Sängerverein Freiheit. — **Kanada**: Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit. Kanadische Arbeiterpartei, Arbeiterpartei von Kanada, Deutsche Choralgesellschaft, Jüdische Arbeiterhilfe. — **Südafrika**: Deutscher Frauenverein, „Save the Children Fund", Südafrikanische Buchdruckergewerkschaft. — **Frankreich**: Republikanischer Bund der ehemaligen Kriegsteilnehmer, Clarté, Gewerkschaftsbund, Internationale Kinderhilfe. — **Tschechoslowakei**: Sozialistische Vereinigung, Fraktion der Tschechischen Realisten, Freidenkerorganisation „Der freie Gedanke", Ukrainische Studenten, Klub der Auslanddeutschen, Sozialistische und Kommunistische Studentengruppe, Die Rote Föderation der Turnvereine, Föderation der Kommunistischen Kulturverbände, Holzarbeiterverband, Schuhmacherverband, Verband der Genossenschaften, Konsumgenossenschaft „Biens". — **Jugoslawien**: Rote Gewerkschaften, Unabhängige Sozialdemokratische Arbeiterpartei. — Auch in **Österreich** gaben ebenfalls namhafte Sozialdemokraten, trotz des Protestes der Sozialdemokratischen Parteileitung, ihren Namen: Dr. Max Adler, Jung, Viktor Stein, und andere.

In **Australien** hat die IAH. eine sehr günstige Entwicklung genommen, und zahlreiche Gewerkschaftsverbände, Gruppen, Distrikte und Organisationen der Labour Party haben sich für die IAH. erklärt: So die Vereinigte Arbeiterpresse, die Föderation des Kleiderhandels, die Australische Arbeiterpartei, der Seemannsverband. Dasselbe ist auch in Japan der Fall, wo der Kongreß des Allgemeinen Japanischen Gewerkschaftsbundes und der Partei eine Sympathie- und Zustimmungserklärung für die IAH. angenommen und aus seinen Reihen ein breites Komitee der IAH. organisiert hat.

Außer dem **Zentralkomitee in Berlin, bestehen** zurzeit **17 Nationalkomitees** mit / 100 Bezirks- oder Landeskomitees mit etwa 1000 Ortskomitees und ungefähr zusammen 12.000 aktiv tätigen Männern und Frauen. Dazu kommen noch 50 feste Vereine mit ungefähr 20.000 Mitgliedern. Diese Komitees und Vereine sind das feste, stählerne Gerippe der IAH.-Organisation. Da die in den einzelnen Komitees mitwirkenden Arbeiter und Intellektuellen durchwegs aktiv in ihrem Wirkungskreis (Partei, Fabrik, Künstlerkreise) tätig sind, so ist natürlich die Einflußsphäre der IAH. bedeutend größer, als sich den oben angeführten trockenen Zahlen entnehmen läßt. Das beweist unter anderem der Verlauf der jeweils von der IAH. durchgeführten Hilfsaktion. Während der damals über 20 Millionen Mitglieder zählende Internationale Gewerkschaftsbund für die Opfer der russischen Hungerkatastrophe knapp eine Million Dollar aufbrachte, konnte die damals in den ersten Anfängen steckende IAH. über 5 Millionen Dollar an Geld und Sachwerten für den gleichen Zweck sammeln. Für die deutsche Hilfsaktion konnten 1,500.000 Goldmark aufgebracht werden. Die IAH. ist heute, nach dreijährigem Bestehen, eine Organisation, die in allen Erdteilen und in fast allen Ländern mehr oder weniger große Landesorganisationen aufgebaut und sich, dank der Tatsache, daß in ihren Organisationen Vertreter der verschiedensten Parteirichtungen, Parteien und Organisationen zusammenwirken, eine ungeheuer breite Einflußsphäre geschaffen hat.

Aufrufe

Gegen den französischen Imperialismus — für das Volk Syriens.

** Der französische Imperialismus hat eine traurige und lange Geschichte: er ist es, der vor 20 Jahren, seine Hand auf Marokko legend, in Europa die Ära der Rivalitäten und der brutalen Habgier, aus denen der Weltkrieg mit seinen 10 Millionen Opfern hervorgegangen ist, eröffnet hat.

Der Vertrag von Versailles, der ihn mit Beute überhäuft hat, konnte seine Freßgier nicht sättigen. Kraft dieses Raubvertrages, dessen finstere Bösartigkeit nie genügend gebrandmarkt werden kann, hat sich der französische Imperialismus in Kleinasien etabliert. Und hat ihn die Angst vor der Türkei auch gezwungen, auf Kilikien zu verzichten, so fährt er doch fort, Syrien unter militärischer Besetzung zu halten.

Er hält es besetzt gegen den Willen seiner Bewohner, die unaufhörlich gegen diesen empörenden Gebrauch des Rechtes des Stärkeren protestierten. Trotzdem der französische Staat die erdrückende Last einer Schuld von 430 Milliarden trägt und erklärt, die Kosten des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete, wie auch die Kosten, die sich aus den sozialen Versicherungen, die den Arbeitern so oft versprochen wurden, ergeben würden, nicht tragen zu können, hat er nicht gezögert, über 10 Milliarden in den Abgrund zu schleudern, um in Syrien die Herrschaft seiner Industriellen, seiner Finanz- und Handelsleute zu sichern.

Gegenwärtig ist der französische Staat, am Ende seiner Kräfte, bestrebt, einen Teil seiner Auslagen aus der syrischen Bevölkerung, durch ihre Besteuerung herauszubringen. Die Syrier können dies nicht ohne Widerstand hinnehmen. Die Entrichtung von Steuern an den Eindringling wäre eine Anerkennung des Joches, das ihnen dieser aufnötigt. Von allen Orten werden Auflehnungen der Bevölkerung gemeldet. Das Expeditionskorps, über ein großes Gebiet zerstreut, befindet sich in einer kritischen Lage. In den letzten Wochen sind über 200 junge Soldaten als unschuldige Opfer unter den Schlägen der Aufständischen gefallen. Wieviele werden noch beiderseits fallen müssen, bis der Moloch des Imperialismus seine Bestrebungen befriedigt haben wird! Schon mußten unter dem Drucke der Aufständischen die inneren Posten aufgegeben werden; der Großteil der Truppen mußte sich in die Nachbarschaft der Küste zurückziehen. Die Kommunistische Internationale beschränkt sich nicht darauf, das Vorgehen des französischen Imperialismus in Syrien als ein dem Selbstbestimmungsrechte der Völker zuwiderlaufendes zu brandmarken. Sie fordert das französische Proletariat auf, einen energischen Kampf gegen den Urheber des Krieges, den Imperialismus, zu führen. Sie fordert die französischen Bauern auf, sich in diesem Kampfe gegen den kostspieligen Größenwahn der Großindustrie mit den Arbeitern zusammenzuschließen. Die Bauern haben nichts dadurch zu gewinnen, wenn sich das französische Kapital Syriens bemächtigt, es sei denn eine Steigerung der Steuerlasten infolge der Vermehrung der militärischen Ausgaben und darüber hinaus die Perspektive, noch einmal das Blut ihrer Kinder fließen zu sehen.

Vor vielen Jahrzehnten schon mußte das zweite Kaiserreich vor den unüberwindlichen Schwierigkeiten einer Eroberung Syriens zurückweichen, trotzdem es damals nicht mit einem syrischen Volke, das sich seiner Kraft bewußt ist, und einem, aus seiner Lethargie erwachten, arabischen Nationalismus zu tun hatte, der sich wie auf einen unerschütterlichen Pfeiler auf den begeisterten Nationalismus der erwachten Türkei und des gesamten nahen Orients stützt, der entschlossen ist, für seine Unabhängigkeit zu kämpfen und die Knechtung durch einen fremdländischen Kapitalismus mit der Waffe zurückzuweisen.

Die Kommunistische Internationale, ihre französische Sektion inbegriffen, steht zu den Syriern, die gegen die Einbrüche des französischen Kapitalismus für ihre nationale Freiheit kämpfen. Genau so wie sie aus aller Macht die syrischen Bauern unterstützen wird, zur Zeit, da diese den Klassenkampf gegen die feudalen Grundherren einleiten werden, steht sie jetzt zum gesamten syrischen Volk in allem, was dieses unternehmen wird, um dem verhaßten Joch des raubgierigsten Imperialismus der heutigen Welt, des Imperialismus Poincarés, Millerands, des Hüttenkomitees und der französischen Finanz zu entgehen.

Der Kampf der aufständischen Syrier schließt sich dem Kampfe an, den gegenwärtig in Frankreich die Arbeiter der Metallindustrie, des Bergbaues und der Textilindustrie für die 6 Franken, für den Achtstundenarbeitstag, für die Arbeiterregierung führen. Syrische Bauern und französische Arbeiter bilden jetzt, vielleicht unbewußt, eine anti-imperialistische Einheitsfront. Aufgabe der Kommunistischen Internationale und ihrer französischen Sektion wird es sein, die Einheitlichkeit dieser Front allen zum Bewußtsein zu bringen.

Nieder mit dem Imperialismus!
Räumung Syriens!
Nieder mit den Kolonialräubern!

Es lebe die Unabhängigkeit der geknechteten oder mit Knechtung bedrohten Völker!

Es lebe die Einheit der Arbeiter des Mutterlandes und der Arbeiter und Bauern der Kolonien im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind: das Kapital!

Moskau, 11. Mai 1924.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Buchbesprechungen

F. C. Weiskopf: „Es geht eine Trommel".*)

Von Max Barthel.

** Der Dichter dieser Verse lebt in Prag und ist ein junger Student, der mit seinen Freunden sehr aktiv in der Partei und Studentenbewegung arbeitet. Sein Versuch enthält einige zwanzig Gedichte, und ist voll unheimlichem Schwung. Weiskopf ist eine Hoffnung der neuen revolutionären Dichtung. Fabelhaft gelungen sind seine „Trommlerliedchen", vier volksliedhafte baladeske Strophen, die nach Musik und Vertonung schreien und im Marsch der Jugend gesungen werden müßten. In der jetzt neu aufsteigenden Flut des Hurrapatriotismus gewinnen sie erneute und gesteigerte Aktualität. Glanzstücke des Buches sind aber fünf Balladen. Unter den fünfen ragen besonders hervor: „Die Petition der Raben an die Regierung um Fraß und Leichen", dann die ganz phantastische „Walpurgis", ein neues Hexeneinmaleins für unpolitische große Kinder, die sehend werden, wenn ihnen das Gedicht vorgelesen wird, und dann die große erschütternde „Ballade von den Augen des Heizers", eine Nachdichtung von H. G. Wolker, dem begabten tschechischen kommunistischen Dichter, der vor kurzem an der Schwindsucht starb. Unter den „Vermischten Gedichten" ragen hervor: „Rote Garde", dann „Die Feuerreiter von Petrograd" und der Lobgesang an die brüderliche Solidarität der Arbeiter in dem Gedicht „Das fünfte Evangelium". Unter den Versen dieses Buches sind auch drei Nachdichtungen aus dem Tschechischen, Verse von Schramek, Wolter und Seifert, die einen Einblick in die neue tschechische Arbeiterdichtung geben.

Weiskopfs große rethorische Begabung verlockt ihn manchmal auf Abwege. In seinem Buch ist eine Abteilung „Das Brevier", drei Gedichte, wo in religiöser Form die Nöte und Sehnsüchte der Gegenwart besungen werden. Das wäre nicht allzuschlimm, aber in diesen Versen steckt viel Wortgeklingel und leeres Pathos. Sie machen das Buch nicht wertvoller und hätten ruhig wegbleiben sollen. Trotz alledem: Weiskopf ist eine Hoffnung. Weiskopf hat ein rotes Dichterherz. Es lebe Weiskopf!

---

*) F. C. Weiskopf: „Es geht eine Trommel". Verse dreier Jahre. Auf holzfreiem Papier gedruckt, 80 Seiten stark. Preis für Parteimitglieder broschiert Mk. 1·—, gebunden Mk. 1·50, in Halbleinen gebunden Mk. 2·—. Nichtmitglieder zahlen Mk. 1·50, 2·— und Mk. 2·50. In jeder kommunistischen Buchhandlung erhältlich oder direkt beim Verlag der Jugendinternationale, Berlin-Schöneberg, Feurigstraße 63.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 58. 24. Mai.

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Der 13. Parteitag der RKP.

Rede des Genossen Sinowjew

auf der Parteikonferenz des Moskauer Bezirkes Krassnaja Pressnja am 5. Mai 1924.

Die Ergebnisse der Parteidiskussion.

Genossen!

** Das ZK. der Partei hat mich beauftragt, Eurer Bezirkskonferenz herzliche Parteigrüße zu übermitteln. (Beifall.) Das verflossene Berichtsjahr war für unsere Partei reich an großen ernsten Ereignissen. Wir erinnern uns alle daran, wie noch vor einigen Monaten während der berühmten Diskussion unsere Partei einen Zustand der Gespanntheit durchmachte.

Dies trifft im besonderen auf die Moskauer Organisation zu, eine der ältesten und einflußreichsten unserer Partei. Ich glaube, Genossen, daß unsere Partei, wenn sie an diese Zeit zurückdenken wird, die wahrlich nicht leicht für sie war, niemals vergessen wird, daß im Augenblicke des höchsten Diskussionsfiebers in der Hauptstadt in Moskau, als die Leitung der Partei als solche in Frage gestellt war, Krassnaja Pressnja eines der proletarischesten Zentren des proletarischen Moskau, eine der festesten Säulen des Leninismus war und einer der treuesten Anhänger der Mehrheit unserer Partei, die vom ZK. geleitet wurde.

In jedem Übel steckt etwas Gutes. Die Diskussion hat nicht wenig Nachteiliges gebracht, dessen wir alle Zeugen waren. Die damals in Moskau gehaltenen Reden, die da und dort angenommenen Resolutionen haben nicht wenig Material für die Schadenfreude unserer wütendsten Gegner gebracht. Aber, vielfach haben auch in vergangenen Zeiten trotz allem alle diese Streitigkeiten und Diskussionen im Endergebnisse unserer Partei Nutzen gebracht. Die Diskussion hat uns geholfen, unsere Schwächen zu ersehen und uns von ihnen freizumachen. Ihr wißt, daß es gegen unseren Parteiapparat viele Vorwürfe gab. Natürlich war er nicht in allem gut bestellt. Wir verteidigten ihn, verteidigen ihn und werden ihn verteidigen gegen allgemein gehaltene Angriffe, gegen das Nichtverstehen dessen, daß der Parteiapparat die feste Hand der Partei ist, ohne die es keine Parteiorganisation gibt. Aber wir haben nie davon gesprochen, daß alles im Parteiapparat ideal ist. Aus den Ziffern, die ich zu meiner Verfügung habe, ist ersichtlich, daß die personelle Zusammensetzung des Parteiapparates, beispielsweise in Moskau, in den letzten Monaten um mehr als 50% erneuert wurde, an manchen Orten sogar bis zu 75%. Mit anderen Worten, man hat neue Leute herangezogen, neue Mitarbeiter, man hat jene versetzt, die nicht am richtigen Platze gewesen waren. In diesem Sinne hat die Diskussion unbedingt Nutzen gebracht.

Sie hat auch insofern Nutzen gebracht, als sie uns alle, die älteren wie die jüngeren Mitarbeiter der Partei, aber auch jene Arbeiter, die schon an der Schwelle der Partei standen, gezwungen hat, über das Schicksal der Partei nachzudenken. Es besteht kein Zweifel, daß die gewaltige politische Belebung, die seinerzeit durch die Diskussion hervorgerufen wurde, viel dazu beigetragen hat, den Boden für den Eintritt von neuen Tausenden und Zehntausenden von Arbeitern in unsere Reihen vorzubereiten, denn diese Arbeiter hatten sich davon überzeugt, wie tief die Partei über ihre Mängel nachdenkt und wie sie es versteht, sie mit fester bolschewistischer Hand zu beseitigen.

Jeder ehrliche Arbeiter hat gesehen, daß wir unsere Schattenseiten, unsere wunden Stellen nicht verhehlen. Er hat verstanden, daß die Sache der Partei die Sache aller Arbeiter ist, daß die Kommunisten nicht eine beliebige Sekte, nicht irgendeine Arbeiteraristokratie, sondern Fleisch vom Fleische und Blut vom Blute der Arbeiterklasse sind.

Ja, in jedem Übel steckt etwas Gutes, und trotzdem die Diskussion hitzig wurde, hatte sie auch gute Seiten. Jetzt, so scheint es mir, sieht bereits jeder Arbeiter die richtigen Ausmaße dieses Streites, der vor gar nicht langer Zeit unsere Partei durchtobte. Ich werde an dieser Stelle meiner Rede so sehr an jene Genossen appellieren, die schon früher an die Richtigkeit der Linie des ZK. geglaubt haben, wie an jene, die aufrichtig und zutiefst vom Gegenteile überzeugt waren, denn selbstverständlich war unter diesen, die zur Opposition gehören, ein Teil, der völlig aufrichtig die Frage so stellte, wie er sie verstanden hatte. Wir sind dazu Mitarbeiter der Partei, um nach Ablauf einer bestimmten Zeit die Ergebnisse zusammenzufassen, Rückschau zu halten und entsprechende Schlüsse aus dem Vergangenen zu ziehen. Gerade jetzt ist es im höchsten Maße am Platze, Rückschau zu halten auf die verflossenen Monate und kaltblütig abzuwägen, wo tatsächlich das Wahre war, nicht um festzustellen,

wer im Rechte war und wer im Unrechte, nicht um denjenigen den Kopf zu waschen, die nicht ganz Recht hatten, sondern um für uns, als Mitglieder der Partei, jene Schlüsse für die Zukunft zu ziehen, ohne die wir nicht arbeiten können.

Haben wir uns von den Massen entfernt?

Es scheint mir, daß die tatsächlichen Ausmaße unseres Streites jetzt schon vollkommen klargestellt sind. Als im Eifer des Gefechtes gesagt wurde, daß unsere Partei sich von den Massen entfernt habe, daß sie begonnen habe, krank zu werden, daß sie zu verdorren drohe, daß sie zu einem „Sekretärsbürokratismus" hinabgesunken, unser Apparat verrostet sei, daß die „Mißwirtschaft des Parteiapparates" eine reaktionäre Strömung sei, daß sich die Arbeitermassen von uns abwenden (Ihr werdet Euch daran erinnern, was nicht alles im Eifer des Gefechtes geredet wurde) — so ist es völlig klar, daß dies unerhörte, ungeheuerliche Übertreibungen waren. Wenn das wirklich wahr gewesen wäre, was man damals alles über unsere Partei gesagt hat, so wäre all das, was wir in der letzten Zeit mitgemacht haben, ein Märchen, ein Wunder gewesen, dann wäre es unmöglich gewesen, das zu erklären, was in den letzten Monaten vor sich gegangen ist.

Wie Ihr wisst, hat Euer Bezirk seinen Mitgliedsstand fast verdoppelt. Die Zahl der Arbeiter in unserer Partei hat sich in dieser Zeit verdreifacht und vervierfacht. 200.000 bis 250.000 Arbeiter aus den Betrieben sind in unsere Partei geströmt, und Ihr wißt, daß die besten Arbeiter zugeströmt sind, daß sie in unsere Partei mit Begeisterung, mit Hochgefühl und mit Glauben an die gemeinsame Sache eingetreten sind. Welch andere Überprüfung der richtigen Linie der Partei und ihrer Leitung können wir machen, wenn nicht diese?

Wir haben kein anderes Werkzeug, kein anderes Barometer, keinen anderen Gradmesser als die Stimmungen des Kernes der Arbeiterklasse, ihres Urkernes. Es gibt nichts anderes und kann nichts anderes geben. Diese Erscheinung war keine örtlich begrenzte, sie zeigte sich nicht nur in der Krassnaja Pressnja, nicht nur in Leningrad, nicht nur in Moskau, sondern überall und an allen Orten. Vor einigen Tagen erhielt ich einen Bericht von einem Genossen, der auf dem Wyksunskij-Werk gearbeitet hatte, in einem fernen entlegenen Winkel, in einem nur von Arbeitern bewohnten Orte — das gleiche Bild. Mit Begeisterung treten in die Partei Hunderte der besten Arbeiter aus den Betrieben ein, bemühen sich, in ihr zu lernen, auf sie zu sehen, als auf ihren Lehrer und Führer. Wenn die ungeheuerlichen Beschuldigungen gegen die Partei wahr wären, die vor einigen Monaten aus dem Munde von der Partei ergebenen Leuten, die sich aber in der Diagnose geirrt hatten, zu hören waren, wenn all das wahr gewesen wäre, dann wäre es undenkbar gewesen, die Ereignisse der letzten Periode zu erklären.

Die Partei befand sich ohne Zweifel auf dem richtigen Wege. Das bedeutet nicht, daß die Partei selbst zufrieden auf ihre guten Seiten hinweisen und ihre schlechten Seiten nicht sehen soll. Nicht das hat uns Wladimir Iljitsch gelehrt. Er hat uns gelehrt, unsere Krankheiten zu erforschen, sie zu bestimmen, den Finger an die Wunde zu legen, Heilmittel gegen sie zu suchen. Wir vergessen dies nicht und werden den Geboten Iljitsch' immer treu sein. Wir haben uns selbstverständlich daran gehalten, unseren Parteiapparat zu schützen, wir konnten es nicht zulassen, daß man darüber so sprach wie die Menschewiki über die Tscheka. Aber wir haben alle unsere kranken Stellen einer Überprüfung unterzogen und dort, wo es nötig war, haben wir den Parteiapparat erneuert. Wir haben ihn zu 50 bis 70% erneuert. Das gleiche ist von Eurem Lokalausschuß in der Form des Heranziehens neuer Mitarbeiter getan worden. Ist dies nicht etwa eine Erneuerung unseres Apparates? Es hat sich jetzt schon bei uns ein neues Wort eingefundn, „Wydwyshentzy" („die Vorgerückten"); das sind jene Arbeiter, die wir von unten in die Höhe rücken lassen, um sie an die verantwortlichen Stellen der Leitung der Partei, der Sowjets und der Wirtschaft gelangen zu lassen.

Der Lokalausschuß tut dies planmäßig, andere Ausschüsse betreten gleichfalls diesen Weg. Die „Vorgerückten" sind auch eines der guten Ergebnisse unserer Parteidiskussionen, die die Notwendigkeit dieser Maßnahme kräftig hervorgehoben hatte.

Das Leninsche Aufgebot.

Aber das wichtigste ist das Leninsche Aufgebot. Der Tod Lenins hat die Arbeiterklasse nicht nur der Union der Sowjetrepubliken, sondern auch der ganzen Welt schwer betroffen. Er zwang alle Arbeiter, über das Schicksal der Partei nachzudenken. Und bei jenen, bei denen der Entschluß, in die Partei einzutreten, herangereift war, reifte dieser herangereifte Entschluß voll aus, und diese Arbeiter beeilten sich, in unsere Reihen einzutreten. Es besteht kein Zweifel, daß, wenn die Arbeiterklasse als ein Ganzes an der Richtigkeit der Führung unserer Partei gezweifelt hätte, das Leninsche Aufgebot unmöglich gewesen wäre.

Das Leninsche Aufgebot ist die praktische Demokratie, ist in der Tat die bolschewistische Demokratie. Niemand konnte während der Diskussion voraussehen, daß die Erneuerung der Partei auf diesem Wege so schnell vorwärts kommen würde. Das ist die echteste, unverfälschte, ungeschminkte, ungezuckerte Demokratie. Der beste Teil der Arbeiter hat in die Partei die Würdigsten entsandt, und hat sich mit der größten Tatkraft damit befaßt, aus diesen jungen Genossen bewußte Parteimitglieder zu machen. Sie erhalten die Möglichkeit, beschließende Stimme bei den Wahlen zu erwerben, und dies ist ein Stück Demokratie.

Unser Verhältnis zur Parteijugend.

Die Diskussion zeigte schwache Seiten in der Frage der Jugend. Und wieder muß ich mich hier wieder an die Genossen wenden, die dies damals nicht verstanden haben, und die jetzt als denkende Mitglieder der Partei verstehen müssen, daß der Streit nicht ein zufälliger, an den Haaren herbeigezogener war, sondern um die Grundlagen der Politik unserer Partei ging. Augenblicklich haben dies, wie es scheint, alle verstanden, und einige Bezirke in ihrem Verhältnisse zur studierenden Jugend zuviel des Guten getan. So ist es den Genossen aus den Reihen der studierenden Jugend nicht leicht, das Wort in der Versammlung zu bekommen. Man sieht sie schief an, weil ein Teil von ihnen während der Diskussion eine unrichtige Linie eingenommen hat. Es wäre gefährlich gewesen, von einem Extrem ins andere zu verfallen.

Wir müssen nicht eine Lage schaffen, in der Parteimitglieder aus den Reihen der studierenden Jugend in unseren Reihen nicht gleichberechtigt wären. Deshalb, weil sie während der Diskussion Fehler gemacht haben, darf man es nicht zulassen, daß man sie schief ansehe. Es ist dies jener Teil, der wegen seiner Jugendlichkeit, Hitze und Empfänglichkeit nicht alle Vorgänge sah, die sich in unserer Partei abspielen. Für sie war das Leninsche Aufgebot eine Offenbarung. Sie hatten sich vorher zu leicht den Schattenseiten der Partei hingegeben. Wem ist es nicht widerfahren, sich in seinem Leben einmal zu irren? In diesem schwierigen Augenblicke des Überganges konnte sich jener Teil der Partei, der am wenigsten vorbereitet war, der unter schweren materiellen Bedingungen lebt, der noch nicht gesehen hatte, welche schweren Zeiten unsere Partei durchlebt hat, sich natürlich irrigen Stimmungen hingeben, und er tat es. Es ist gut, daß die Partei diese Fehler gesehen und sie gutgemacht und den Gedanken nicht ernst genommen hat, daß die Partei sich nach der studierenden Jugend zu richten habe. Diese Meinung war durch und durch verfehlt. Die Partei kann nicht, muß nicht und wird nicht sich nach jener Abteilung richten, die sich „studierende Jugend" nennt; sie hat sich gerichtet, richtet sich und wird sich richten nach ihrem proletarischen Urkerne in den Fabriken und Werken. Die Verfehltheit der Meinung, daß als der ausschlaggebende Teil der Partei die studierende Jugend erscheint, ist schon lange nachgewiesen und so nachgewiesen, daß es sich schon nicht mehr lohnt, davon zu sprechen.

Jetzt steht vor uns eine andere Aufgabe, nämlich: endgültig die früheren Irrtümer jenes Teiles der Jugend zu erklären, der sich in etwas irrte und dem man dies nicht auf ewige Zeiten ankreiden soll.

Die Hauptaufgabe des Parteitages: endgültig den Leninismus zu befestigen.

Ihr wißt, daß unser Parteitag in kurzer Zeit bevorsteht; er muß endgültig das befestigen, was man „Leninismus" nennt. Die Parteidiskussion hat in vielen Beziehungen kommende Entscheidungen des Parteitages und seine Debatten vorweggenommen. Dies erklärt auch die Tatsache, daß es gegenwärtig keine intensive Diskussion gibt, sie ist eben einige Monate vorher vor sich gegangen, und auf diesem Gebiete wird dem Parteitag nur die Festigung der festgelegten Linie bevorstehen. Wenn wir über die Festigung des Leninismus sprechen, so haben wir nicht das im Auge, was man jetzt häufig „Leninismus" und „Leninisten" nennt. Unter „Leninist" versteht man häufig einfach einen Menschen, der das Andenken Wladimir Iljitsch' ehrt. In diesem Sinne gibt es viele Millionen von Leuten, die von Hochachtung für das Andenken Wladimir Iljitsch' erfüllt sind. Dies gibt es sowohl bei uns wie auf der ganzen Welt.

Wenn in England Arbeiter, die Anhänger von Macdonald sind, auf allen Versammlungen, die in England vor sich gehen, den Gebrauch eingeführt haben, sich vor Beginn der Sitzung zu erheben und eine Minute in vollem Grabesschweigen zu Ehren von Wladimir Iljitsch stehen zu bleiben, so zollen sie gleichfalls dem Andenken Wladimir Iljitsch' das Schuldige. Es wäre aber unrichtig, sie als „Leninianer" in unserem Sinne anzusehen. Sie begreifen sehr wohl, welch ein Geistesriese er war, sie fühlen mehr als sie es verstehen, daß W. I. Lenin den Weg für die gesamte Arbeiterklasse bahnte, aber sie sind noch nicht Leninianer, Schüler Lenins, Anhänger seiner Lehre. Wir sehen in fast allen Kreisen der Bevölkerung (und in den Arbeiterkreisen um so mehr, und mehr noch in den Parteikreisen) allgemeine, tiefempfundene Ehrung des Andenkens von Wladimir Iljitsch. In diesem Sinne des Wortes haben wir viele Millionen von Leninianern. Ich werde jetzt über den Leninismus von einem anderen Inhalt sprechen. Ich habe im Auge den Leninismus im wahren Sinne des Wortes, in seiner ganzen Tiefe, mit dem Verstehen seines Wesens und der Geschichte, mit klarem Begreifen der Tätigkit unserer Kommunistischen Parti. In diesm Sinne gibt es weit weniger Leninianer. **Wir, unsere Partei braucht nicht Leninianer in Anführungszeichen, wir brauchen tatsächliches Eindringen in das Wesen der Leninschen Gedanken.** Dem bevorstehenden Parteitage wird es natürlich nicht obliegen, den Leninismus in dem Sinne zu festigen, daß es dem Andenken von Iljitsch das Schuldige darbringt. Vor uns steht eine stärkere Aufgabe: die Partei noch fester zu härten im Geiste des Leninismus, diese Arbeit unter jenen 250.000 neuen Leninianern, den Arbeitern des neuen Aufgebotes durchzuführen, die Massen mit den Gedanken des Leninismus im vollen Sinne dieses Wortes zu erfüllen. In diesem Sinne steht dem Parteitag die Erfüllung einer ungeheuren Arbeit bevor. Alle Gerüchte darüber, daß unsere Partei sich von den Massen entfernt und verdorre, sind unsinniges Gerede. Ich glaube, daß viele übereifrige Genossen unserer Partei, die dem ZK. Tadel und Mißtrauen ausgesprochen hatten, sich jetzt ein wenig ihres Übereifers schämen müssen, und wir sehen jetzt zum größeren Teile, daß solche Genossen offen und ehrlich ihren Irrtum eingestehen. Jetzt ist dargetan, so wie zweimal zwei vier ist, daß unsere Partei gesund ist, daß die Arbeiterklasse mehr denn je mit Hoffnung und Zuversicht auf unsere Partei sieht, denn sie weiß, daß diese Partei die beste der Kommunistischen Parteien und auf dem richtigen Wege zur Erfüllung ihrer geschichtlichen Aufgaben ist.

Die Lage in der Komintern.

Etwas ähnliches gab es auch in der Komintern. Es wurde viel darüber geredet, daß die Komintern sich auf einem unrichtigen Wege befände, eine „Krise" durchmache. All dies sprachen häufig Genossen, deren Nerven keinerlei, auch keinerlei zeitweisen Rückzug oder Mißerfolg vertragen. Wenig sind doch wirklich jene wert, die mit der Partei und der Komintern nur dann gehen, wenn diese und jene von Sieg zu Sieg schreiten.

Ohne Niederlage gibt es auch keine Siege. Wie viele Niederlagen hat die Arbeiterklasse vorher mitgemacht, ehe sie zum endgültigen Siege gelangte?

Noch vor kurzem beispielsweise hat man uns Märchen darüber erzählt, daß die deutsche Kommunistische Partei sich von den Massen entfernt habe. Die deutsche Kommunistische Partei aber ist, trotzdem man sie in die Illegalität gedrängt hatte, wieder aus ihr herausgegangen und wir haben einen Gradmesser ihrer Kraft an den Ergebnissen der letzten Reichstagswahlen. Natürlich ist in der legalen Arena die Sozialdemokratie stark; Zehntausende ihrer Leute sitzen in Regierungsämtern. Sie werden von der Bourgeoisie in großem Ausmaße mit Geld unterstützt. Die Kommunistische Partei aber ist erst vor einigen Wochen aus der Illegalität emporgetaucht, und noch jetzt sitzen viele ihrer Leute in den Gefängnissen.

Wenn aber jetzt in der legalen Arena die Kommunistische Partei die Sozialdemokraten einholt, so spricht dies schon natürlich von einem ungeheuren Erfolge unserer Partei.

Diese Wahlen sind ein Gradmesser dessen, wie unser Einfluß im Steigen ist. Im Endergebnisse natürlich wird der Kampf durch den Bürgerkrieg entschieden. Darum sagen wir am Vorabende unseres Parteitages und des V. Kongresses, der einige Tage nach dem Parteitage stattfindet, daß zu keinerlei Entmutigung auch nur irgend ein Anlaß ist.

Die sogenannten Parteikrisen sind größtenteils ein Kennzeichnen des Wachstumes der Partei, weil Kommunistische Parteien unter den Verhältnissen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung schwer zur Welt kommen. Diese Krisen waren Wachstumskrisen, und aus jeder solchen Krise sind unsere Parteien noch stärker und noch mehr als Massenparteien hervorgegangen. Nach solchen Krisen werden unsere Parteien aus einer kleinen Vorhut zu großen Parteien. Die Kommunisten hören auf, eine heldenhafte Minderheit zu sein, und verwandeln sich in eine Arbeitermassenpartei, und ihr, Genossen, könnt überzeugt sein, daß, sobald wir erst die erste Voraussetzung erzielt haben, sobald wir die Massen gewinnen, die Komintern mit ruhiger Hand an die Lösung der zweiten Aufgabe gehen wird, die gewonnene Mehrheit in den Endkampf zu führen (Beifall).

Darum können wir sagen, daß wir das jetzige Jahr mit einem guten Ergebnisse abschließen. Nur der Tod von Wladimir Iljitsch zwingt uns natürlich, dieses Jahr mit einem schwarzen Trauerrande zu versehen. Aber die Sache Iljitsch, die Arbeit in der Richtung des Leninismus, geht vorwärts. Das Wirtschaftsleben wie die Geldreform, die Lage in den Werken wie die Lage der Komintern festigen sich.

Miljukowsche Utopien.

Wie immer, beginnen mit dem Herannahen des Parteitages Schwätzereien darüber, daß alle unsere Streitigkeiten zur Spaltung und zum Zerfall führen werden. Ein gewisser Brajkewitsch, einer der Vertreter des ehemaligen Rates der Industrietagungen, schreibt in der Zeitung Miljukows „Possljednija Nowosti (Neueste Nachrichten)" drei Feuilletons. Worüber, glaubt Ihr? Darüber, wie bei uns bald ein Regierungswechsel vor sich gehen wird. Er spricht davon, daß zuerst eine Übergangsregierung kommen wird, die zur Hälfte aus Parteilosen, Vertretern der Genossenschaften, der Handelskreise, der neuen Bourgeoisie, bestehen wird, und zur anderen Hälfte aus „oppositionellen Kommunisten" (Gelächter). Als ich dies laß, fiel mir ein: Steht das aber schlecht mit ihnen!

Dereinst haben einige utopistische „Spezialisten", im vierten Stockwerke wohnend, Utopien über die friedliche Eroberung der Macht geschrieben, über die gebratenen Tauben des Sozialismus, die in den Mund fliegen. Wenn aber jetzt der nüchterne Brajkewitsch in der Zeitung des Realisten Miljukow solche recht dummen Utopien schreibt, so muß man diese Leute nur bedauern, wenn sie auch nicht im vierten Stockwerke wohnen, sondern in schönen Villen, unter den Fittichen der Entente. Sie haben das Gefühl für die Wirklichkeit verloren, sie empfinden das vor sich Gehende nicht, und bei ihnen ist offensichtlich im Oberstübchen, im Gehirne, nicht alles richtig (Beifall). Aber dies ist natürlich nur ein Vorteil für die Arbeiterklasse. Mögen sie vor dem Parteitage alle möglichen Märchen erzählen, mögen sie über einen Kampf innerhalb der Partei, über eine Verschärfung der Lage usw. reden, was ihnen gefällt, das ist alles Unsinn. Die Partei ist im Wachsen, sie ist herangewachsen, sie befindet sich auf dem besten Wege. Sie ist leninistisch nicht bloß deshalb geworden, weil sie das Andenken Iljitsch' hochhält, sondern auch in dem Sinne, daß sie bis zu tiefst von seinen Gedanken durchdrungen ist, alle Schwächen vermerkt, die sie daran hindern, bis zum Ende leninistisch zu sein und unter ihrer Fahne alle Arbeiter zu sammeln (Stürmischer Beifall).

Thesen des

Genossen Molotow

über die aktuellen Fragen des Parteiaufbaues. (Bestätigt vom ZK. der RKP.)

I.

** Die Partei hat sich mit dem eingetretenen wirtschaftlichen Aufschwung des Landes beschätigt und gab ihre Einschätzung darüber bekannt. Dieser wirtschaftliche Aufschwung hängt in der Stadt hauptsächlich mit dem begonnenen Wiederaufbau der sozialistischen Staatsindustrie zusammen. Parallel damit findet ein Aufschwung der Privatwirtschaft statt, vor allem im Dorfe (der Aufschwung der Kleinbauernwirtschaft), und in gewissem Grade auch in der Stadt.

Auf Grund dieses wirtschaftlichen Aufschwunges ist die Wiederherstellung der entsprechenden sozialen Hauptschichten unvermeidlich, namentlich einerseits das Aufhören des Deklassierungsprozesses und die Restitution des Proletariats in der Industrie, andererseits die soziale Erstarkung der bürgerlichen (in erster Linie der kleinbürgerlichen) Schichten des Landes.

Die Partei muß bereits jetzt das unbestreitbare Erstarken der politischen Aktivität aller grundlegenden Klassenschichtungen im Lande vermerken. Folglich ist es vom Standpunkte des Proletariats und seiner Partei notwendig und besonders wichtig, das Erstarken der politischen Aktivität und des Selbstbewußtseins der sozialfeindlichen und halbfeindlichen Schichten in der Stadt, besonders aber auf dem Lande, festzustellen.

Die hieraus entspringenden Schwierigkeiten und Gefahren für die Entwicklung und Befestigung der Diktatur des Proletariats muß die Partei bei ihrer gesamten Tätigkeit in Rechnung ziehen.

II.

Nebst dem Erstarken der politischen Aktivität unter den neuen bürgerlichen Schichten (den Großbauern auf dem Lande und den „Nep"-Leuten in der Stadt) muß das Eindringen kleinbürgerlicher Tendenzen auch in die Reihen unserer Partei festgestellt werden. Schon die 13. Parteikonferenz der RKP. bezeichnete die Parteiopposition als eine „offen zutage tretende kleinbürgerliche Tendenz". „Es unterliegt keinem Zweifel" — sagt diese Resolution — „daß diese Opposition objektiv den Ansturm der Kleinbourgeoisie auf die Positionen der proletarischen Partei und deren Politik widerspiegelt. Die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie beginnt man außerhalb der Partei schon im erweiterten Sinne zu interpretieren, und zwar wird es als eine Schwächung der Diktatur des Proletariats gedeutet".

Die am wenigsten gefestigten Elemente der Partei, hauptsächlich aus den nicht proletarischen Bezirken und Zellen, gaben sich öfter solchen kleinbürgerlichen Einflüssen hin. Für die Partei enthält aber eine solche Schwankung eine außerordentliche Gefahr sowohl durch ihren ideellen Inhalt, der dem Leninismus feindlich gegenübersteht, wie auch durch ihre Folgen im Hinblick auf die Festigkeit der proletarischen Diktatur in unserem Lande.

Unsere Partei, als die Führerpartei der proletarischen Diktatur, muß nicht nur den entschiedensten Kampf gegen ähnliche Schwankungen innerhalb der Partei aufnehmen, sondern sowohl ideologische wie auch organische Vorbeugungsmaßnahmen gegen ihr künftiges Eindringen in die Partei treffen.

III.

Die wichtigste positive Erscheinung der letzten Zeit ist das bereits erwähnte Erstarken und die Wiedereinschichtung des Proletariats in die Hauptzweige der Industrie. Die besten proletarischen Kaders, die unlängst noch aus den Arbeiterbezirken in die Landwirtschaft abwanderten, kehren in die Fabriken und Werkstätten zurück. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter hat sich gebessert. Das Kulturniveau der Arbeiterklasse hat sich erhöht. Der Einfluß und die Autorität der kleinbürgerlichen Parteien (Menschewiki und SR.) hat sichtbar abgenommen. Die Sympathie und Zuneigung zu unserer Partei ist während des letzten Jahres bedeutend gewachsen. Unter diesen Verhältnissen wurden für unsere Partei günstige Bedingungen für die Heranziehung breiter Schichten der fortgeschrittenen Arbeiter zur Partei geschaffen.

Die Partei hat schon öfter die ungenügende Homogenität ihres Bestandes und das langsame Wachsen des proletarischen Teiles der Partei gegenüber anderen sozialen Gruppen festgestellt. Gegenwärtig, wo selbst innerhalb der Partei kleinbürgerliche Einflüsse merklich zum Vorschein kommen, erhält die Stärkung ihres proletarischen Bestandes für die Partei eine vornehmliche Bedeutung.

Eine der besten Garantien gegen das Eindringen kleinbürgerlicher Tendenzen in die Partei und zugleich die wirksamste Gearantie für die unerschütterliche Einheit der Partei auf der Grundlage des Leninismus kann in einer stark homogenen Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft, in der Erhöhung des Prozentsatzes ihres proletarischen Bestandes bestehen. Die Partei des revolutionären Proletariats, unsere Partei, muß in ihrer gesamten Tätigkeit eine streng revolutionäre, proletarische politische Linie einhalten und zugleich durch ihre soziale Zusammensetzung (durch das entscheidende Überwiegen der proletarischen Elemente in der Partei) die folgerichtige Durchführung dieser Politik garantieren.

Gleichzeitig muß in der Partei das Bewußtsein gestärkt werden, daß die ganze Partei sich nach ihrem Arbeiterkern zu orientieren hat. Daher hat die Durchführung der Werbung von Arbeitern vom Schraubstock gemäß Beschluß der 13. Parteikonferenz für die uZkunft der Partei eine äußerst große Bedeutung.

Der Umstand, daß der faktische Zustrom von Arbeitern in die Partei die anfangs festgesetzte Ziffer von 100.000 weit überstieg, ferner, daß der ganze Verlauf der gegenwärtigen Werbekampagne in einer äußerst gehobenen politischen Atmosphäre unter den Arbeitermassen vor sich geht und die Arbeiter an der Auswahl der besten Arbeiter für unsere Partei selbst aktiv teilnehmen, ist ein Beweis, daß es an der Zeit war, die Werbekampagne zu beginnen und die Bestätigung des wirklich tiefgehenden Einflusses der Partei auf die Arbeitermassen.

Der Tod Lenins, der breite Arbeitermassen aufrüttelte, steigerte noch mehr den Zustrom von Arbeitern in die Partei, in die jetzt die Arbeiter, als in die Leninsche Partei, zur Fortsetzung des Werkes unseres großen Lehrers und Führers kommen.

Unsere Parole muß sein: im Laufe des nächsten Jahres zu erreichen, daß mehr als die Hälfte der Parteimitgliedschaft aus Arbeitern aus den Betrieben besteht. Diese Parole muß die Aufgaben unserer gesamten Parteitätigkeit während der nächsten Periode bestimmen.

IV.

Bezüglich der Kampagne des Leninschen Aufgebotes hat die Partei folgendes beschlossen: Zu werben sind nur Arbeiter aus den Betrieben, nur Arbeiter, die gegenwärtig unmittelbar in der Produktion beschäftigt sind. Diese Richtung müssen wir bei der Durchführung der Werbekampagne für die Partei auch streng einhalten.

Zugleich müssen wir streng darauf achten, daß während der Kampagne des Leninschen Aufgebotes die Aufnahme nichtproletarischer Elemente in die Partei unbedingt gesperrt bleibt. Unsere Aufgabe besteht nicht in einer einfachen Erhöhung der Mitgliedschaft der Partei, sondern in einer Vergrößerung der Partei aus den Hauptkaders des in der Produktion beschäftigten Proletariats. Auch bei dem Leninschen Aufgebot müssen wir bei der Aufnahme neuer Mitglieder in die Partei recht vorsichtig vorgehen. Nicht eine bloße Erhöhung der Zahl der Arbeiter in den Organisationen ist das, was die Partei braucht. Man darf der Kampagne keinen ungehemmten Lauf lassen. Es ist ein aktives Aufnahmevermögen nötig, das heißt, wir müssen bestrebt sein, den besten Teil der Arbeiterschaft an unsere Partei heranzuziehen. Und natürlich wird es auch jetzt vorkommen, daß Leute in die Partei aus persönlichen Motiven, aus Motiven, die den Interessen der Partei fremd sind, eintreten werden. Es ist unvermeidlich, daß ein Teil der neuen Mitglieder bei diesem breiten Zustrom

von Arbeitern in die Partei vorläufig noch nicht genügend fest mit unserer Partei verbunden sein wird. Das wird aber nur eine unbedeutende Minderheit sein. Schon die bisherige Erfahrung der Werbeaktion zeigt, daß sich der Partei gegenwärtig in erster Linie jene Arbeiter anschließen, die die Tätigkeit der Partei während der letzten Jahre, die Ziele und Aufgaben ihres Kampfes am besten kennen und die schon im letzten Jahre der Partei ziemlich nahe standen. So kann in allen Organisationen beobachtet werden, daß die sogenannten Gruppen der Mitwirkenden bei den aus Arbeitern bestehenden Parteizellen in den Fabriken und Betrieben und die ständigen Teilnehmer an Delegiertenversammlungen im Verlauf der Kampagne des Leninschen Aufgebotes der Partei fast vollzählig beitreten.

Zugleich muß die ungenügend breite Heranziehung der in der gesellschaftlichen Arbeit weniger verwurzelten proletarischen Schichten, zum Beispiel der Arbeiterinnen, vermerkt werden. Das muß die Parteiorganisation in den proletarischen Bezirken vor die Aufgabe stellen, die Parteiarbeit in der Richtung der Heranziehung von Arbeiterinnen in die Partei wirklich und systematisch zu steigern, wozu besondere Agitations- und Organisationsmaßnahmen notwendig sind. (Besondere Arbeiterinnenversammlungen, besondere Verstärkung der Propaganda unter den Arbeiterinnen, die Entsendung einer großen Anzahl von Propagandisten und Organisatoren in die Fabriken, darunter eine große Anzahl von Arbeiterinnen usw.)

Auch die ungenügende Heranziehung der Arbeiterinnen in die Partei im Verlaufe der Leninschen Kampagne fordert von allen unseren Parteiorganisationen die Verstärkung der Arbeit auch nach dieser Richtung hin. Dabei ist es notwendig, daß die Parteiorganisationen diese ganze Arbeit in enger Verbindung mit der Arbeit des Kommunistischen Jugendverbandes führen und zu ihr auch die Organisationen des Jugendverbandes heranziehen.

Es hat sich ganz klar herausgestellt, daß ein bedeutender Teil jener Arbeiter, die im Verlauf der gegenwärtigen Kampagne nicht in unsere Partei aufgenommen wurden (und zwar hauptsächlich wegen ihrer ungenügenden Bildung oder weil sie noch nicht genügend geprüft werden konnten), auch weiterhin in der Gruppe der Mitwirkenden bei den entsprechenden Fabrikzellen der Partei belassen zu werden wünscht und auch belassen werden soll.

Die Praxis der Organisation der Mitwirkenden bei den Parteizellen in der Produktion muß in den proletarischen Bezirken auf breiter Basis entfaltet werden. Die Erfahrung einiger unserer Organisationen (zum Beispiel in Moskau) soll als Beispiel dienen, wie diese Arbeit auch in anderen Organisationen in Angriff genommen werden kann.

Die Kampagne des Leninschen Aufgebotes ist ein genügender Beweis für die wachsende Rolle der Partei in der Arbeiterklasse, für das Wachsen ihrer politischen Autorität innerhalb der Arbeitermassen. Wir haben schon Beispiele dafür, daß sich in einzelnen Betrieben die Mehrheit der Arbeiter unserer Partei anschloß. Diese Beispiele, die vorläufig noch Ausnahmen sind, zeigen uns, in welcher Richtung sich das weitere Wachsen unserer Partei bewegen wird. Die durch die Unionskonferenz der Partei festgesetzte Zahl für die Werbung von 100.000 neuen Parteimitgliedern unter den Arbeitern aus den Betrieben muß bis zum Abschluß der Kampagne des Leninschen Aufgebotes wenigstens auf 200.000 erhöht werden. Man kann nicht daran zweifeln, daß nach dem jetzigen starken Zustrom der Betriebsarbeiter in unsere Partei die Zuneigung der Arbeitermassen zur Partei auch in Zukunft wachsen wird. Das würde die Voraussetzung dafür schaffen, daß in unserer Partei schon im nächsten Jahre die Hauptmasse des Proletariats, die in den Betrieben beschäftigte Arbeiterschaft, überwiegen wird.

V.

Der Eintritt von 200.000 neuen Arbeiterkandidaten in die Partei wird zu einer bedeutsamen Erneuerung ihres ganzen Bestandes führen. Insoweit diese Neuaufgenommenen zweifelsohne zum politisch entwickeltsten und reifsten Teil der Arbeiterklasse gehören, können aus ihrer Mitte schon in nächster Zukunft neue Kräfte für die verantwortlichen Arbeiten in den verschiedenen Arbeitszweigen zugeführt werden. Auch ist unbestreitbar, daß sich der Hauptkern der Partei infolge der politischen Reife und parteimäßigen Erziehung der neuaufgenommenen Arbeiter durch Teilnahme der letzteren an der Parteiarbeit wesentlich ergänzen wird.

Im siebenten Jahre der Oktoberrevolution besteht der Hauptkern unserer Partei im allgemeinen nicht nur aus Genossen mit großer revolutionärer Vergangenheit, sondern auch aus einer bedeutenden Anzahl jüngerer Parteikräfte, die während der Jahre der Revolution eine große Parteierziehung und eine ernste revolutionäre Stählung erhielten. Dieser Parteikern hat sich während der Jahre der Revolution schon ergänzt und wird sich durch neue Parteikräfte aus den Reihen unserer Partei- und jetzigen Jugendorganisationen noch mehr ergänzen und erneuern. Gerade deshalb hat die zähe kommunistische Erziehung der Parteijugend eine so große Bedeutung. Deshalb wird der Anschluß von 200.000 neuen Arbeiterkandidaten an die Partei für den Ausbau und für die Erneuerung der Hauptkaders der Partei von äußerst großer Bedeutung sein.

VI.

Die Hauptaufgabe, vor die die Partei angesichts des Anschlusses von 200.000 neuen Mitgliedern gestellt wird, besteht darin, diese an die Staatsarbeit heranziehen zu können. Man darf die Einstellung der neuen Parteimitglieder in die praktische Staatsarbeit nicht auf irgendeine spätere Frist verschieben. Schon jetzt müssen Parteimitglieder sowiel wie möglich zu dieser oder jener praktischen Arbeit in Staats-, Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Parteiorganen herangezogen werden. Das darf nicht durch das Unvorbereitetsein der neuen Parteimitglieder gehindert werden, besonders aber nicht dadurch, daß diese nicht irgendeinen Propagandistenkurs der Partei absolviert haben. Es muß im Prinzip anerkannt werden, daß die der Partei angeschlossenen Arbeiter zu verschiedenen Zweigen der praktischen Staatsarbeit herangezogen werden und daß sie ihre parteimäßige Erziehung vor allem durch ihre aktive Teilnahme am Organisationsleben unserer Partei erhalten.

Die Entfaltung der innerparteilichen Demokratie hat unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine um so größere Bedeutung, als sich die neuen, zahlreichen proletarischen Kaders der Partei womöglich bald zu aktiven Teilnehmern an dem Parteileben und an der Herausarbeitung der kollektiven Parteimeinung heranbilden müssen.

Angesichts dessen ist jetzt die gesteigerte und systematische Heranziehung unserer Fabrikzellen — die sich durch neue Kräfte ergänzen — zur Produktions- (und zur gesamten wirtschaftlichen) Tätigkeit zu einer noch wichtigeren Aufgabe unserer Parteiorganisationen geworden.

Eine richtige Parteischulung erhalten die neuen Parteimitglieder am besten dann, wenn sie auf diesen oder jenen praktischen Posten in den Sowjet-, Wirtschafts-, Gewerkschafts- und anderen Organen gestellt, diese Arbeit unter unmittelbarer und ständiger Führung dr Parteiorganisationen ausführen werden.

In dieser Weise müssen die Parteiorgane bei der Heranziehung der der Partei neu beigetretenen Arbeiter zur Staatsarbeit dafür sorgen, daß die neuen Genossen bei ihrer gesamten Tätigkeit die allgemeine Linie der Partei einhalten und unter ihrer vollständigen und gerechten Führung stehen.

Während wir auf die Notwendigkeit der Heranziehung der neuen Parteimitglieder zur praktischen Arbeit in den verschiedenen Organen hinweisen, dürfen wir dabei nicht vergessen, daß außer den Parteigenossen auch parteilose Arbeiter zu allen diesen Arbeiten herangezogen werden sollen. Dadurch befestigen wir nicht nur unsere Verbindung mit der gesamten Arbeitermasse, sondern wir sichern auch das weitere gesunde Wachsen des proletarischen Kerns unserer Partei.

VII.

Der Anschluß einer großen Anzahl von Arbeitern, die in der Produktion beschäftigt sind, an unsere Partei hat eine große Bedeutung für die Verbindung und Arbeit unserer Partei im Dorfe. Ein großer Prozentsatz der neuen Arbeitermitglieder der Partei steht in unmittelbarer Verbindung mit dem Dorfe und kennt dessen Bedürfnisse vorzüglich. Die Partei muß besondere Organisationsmaßnahmen treffen, um diese Verbindung mit dem Dorfe auf breiter Basis auszunützen.

Eine der besonderen Organisationsformen dieser Verbindung sind die sogenannten „Semljatschestwa“ (Vereinigungen städtischer Arbeiter, zur Pflege der Verbindung mit dem Lande. D. R.).

Die Schaffung dieser „Semljatschestwa“ (Landsmannschaft) von städtischen Arbeitern wird die Verstärkung der Arbeit durch das „Kulturscheftswo für das Dorf“ fördern (Kulturscheftswo ist

eine gesellschaftliche Bewegung unter den städtischen Arbeitern, zur Hebung des Kulturniveaus im Dorfe, nach dem bekannten Muster des Scheftswo einzelner Betriebe oder Organe für einzelne Truppenteile der Roten Armee. D. R.). Diese „Semljatschestwa" müssen vor allem den Partei- und Sowjetorganen bei der Verbesserung des Staatsgenossenschafts- und Parteiapparates im Dorfe, insbesondere auch bei der Verbreitung von Zeitungen und Literatur unter den Bauern behilflich sein. Außerdem müssen diese Organisationen neue und besonders wertvolle Gruppen von Funktionären, Arbeiter, die die Dorfverhältnisse gut kennen, für die Parteiarbeit auf dem Lande heranbilden.

Die Praxis einiger Organisationen (zum Beispiel der Leningrads), verbindet bereits die Schaffung dieser „Semljatschestwa" mit der Organisierung freiwilliger, lokaler Arbeitervereinigungen in der Form des Kulturscheftswo für das Dorf. An diesen Organisationen nehmen auch parteilose Arbeiter teil. Die Gründung solcher Organisationen müssen die Parteiorganisationen, unter Berücksichtigung der lokalen Besonderheiten, in jeder Weise unterstützen und ihnen eine entsprechende, parteimäßige Führung angedeihen lassen. Die lokalen Organisationen müssen besonderes Feingefühl und Aufmerksamkeit bei der Ausarbeitung neuer Mittel, zum Ausbau unserer Verbindungen mit der Bauernschaft durch die neuen Arbeitermitglieder der Partei an den Tag legen.

VIII.

Auf dem Gebiete der Erziehungsarbeit der Partei tritt in der nächsten Periode die Arbeit mit dem Leninschen Aufgebot an erste Stelle. Die richtige und umfangreiche Inangriffnahme dieser Aufgabe hat gegenwärtig eine außerordentlich wichtige Bedeutung für die Partei. Von dieser ganzen Arbeit müssen unbedingt jede Schematisierung, jede bürokratische Propaganda, die leider noch oft in unserer Praxis zu finden sind, ferngehalten werden.

Gegenwärtig muß besonders gegenüber den Parteimitgliedern vom Leninschen Aufgebot die ganze Aufklärungsarbeit der Partei mit den wichtigsten Etappen unserer Parteigeschichte und Bedeutung des Genossen Lenin als Führer dieser Partei in Zusammenhang gebracht werden.

Der stark wachsende Bedarf an Parteipropagandisten fordert von der Partei eine entsprechende Verstärkung der Parteikräfte in den Arbeiterbezirken. Die Parteiorganisationen müssen alle wirklich tüchtigen, marxistischen Kräfte in die entsprechenden Arbeiterbezirke zu diesem Zwecke entsenden. Ihre Hauptaufgabe soll die Propaganda der Grundlage des Leninismus sein.

Von besonderer Bedeutung für die wirkliche, parteimäßige Massenschulung ist die Verbreitung von Zeitungen.

Zur Befriedigung der Bildungsbedürfnisse der Arbeiter, besonders der Parteimitglieder vom Leninschen Aufgebot, erkannte das ZK. der RKP. die Herausgabe einer besonderen, volkstümlichen, allrussischen Parteizeitung für notwendig. Eine Parteizeitung, die, nebst der Beleuchtung der aktuellen inländischen und politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Ereignisse, der systematischen Propaganda der Grundlagen des Leninismus ihre Aufmerksamkeit widmen würde. Die Parteiorganisationen müssen in den einzelnen Ortschaften für die starke Verbreitung dieser Zeitung unter den Arbeitermassen sorgen.

Alle Formen der politisch aufklärenden und der Parteischulungsarbeit, die auf die Heranziehung breiter Arbeitermassen gerichtet sind (so zum Beispiel Klubs, Industriekonferenzen, öffentliche, von den Zellen veranstaltete Versammlungen usw.) gewinnen gegenwärtig eine noch größere Bedeutung, als sie bisher hatten, und fordern daher eine besondere Aufmerksamkeit seitens unserer lokalen Parteiorganisationen.

IX.

Die organisatorischen Aufgaben der Partei müssen den neuen Arbeitsbedingungen in den Arbeiterbezirken angepaßt werden. Unsere Fabrikzellen haben sich während der letzten Monate oft vielfach vergrößert. Dieser Umstand steigert die Anforderungen, die an die gebildetsten Funktionäre der Arbeiterzellen gestellt werden. Die Parteiorganisationen müssen diesen Zellen in jeder Weise behilflich sein, vor allem durch die Entsendung neuer Kräfte, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch andere Arbeitszweige beeinträchtigt werden.

Insbesondere ist es sowohl für die organisatorische wie auch für die Parteischulungsarbeit notwendig, einen Teil der Kommunisten, die während der letzten Jahre Gelegenheit hatten, sich eine gewisse Schulung anzueignen, von der Lehre zu entheben. Aus der Mitte der neuen Parteimitglieder müssen schon jetzt einige Genossen zu größeren verantwortlichen Arbeiten kommandiert und dadurch eine entsprechende Erneuerung von Arbeitskräften in den administrativen, wirtschaftlichen und anderen Apparaten durchgeführt werden.

Die Schaffung von Berufszellen, als Teile der allgemeinen Betriebs-Kollektive bei Wahrung der Einheit der Parteiführung im Betriebe, wird durch die gegenwärtige Lage in unseren Produktionszellen ebenfalls diskutiert.

Die allgemeine organisatorische Aufgabe der Betriebszellen besteht gegenwärtig in einer solchen Einstellung der Tätigkeit der Zelle, daß die möglichst größte Anzahl der Zellenmitglieder (wenn möglich alle), im Auftrage der Partei diese oder jene Arbeit zu verrichten, über sie ihrer Zelle Bericht zu erstatten haben und von der letzteren die notwendigen Weisungen und Richtlinien erhalten.

X.

Die bedeutend erhöhte Mitgliederzahl der Fabrikzellen und der ernste, politische Aufschwung der Arbeitermassen schaffen neue Bedingungen im Verhältnis zwischen den Parteizellen und den Betriebskomitees. Die Rolle der Parteiorganisationen in den Fabriken und Werkstätten rhöht sich mit ihrer Mitgliederzahl. Das darf aber keineswegs zur Schwächung und Einschränkung der Arbeit und der Rolle der aus der gesamten Arbeiterschaft bestehenden, und insbesondere der Berufsorganisationen der Unternehmungen führen. Im Gegenteil, auch die Rolle der allgemeinen (Berufs-, Sowjet- und anderer) Organe muß ebenfalls bedeutend vergrößert werden.

Die Zelle soll sich nicht zur Aufgabe stellen, alle Fragen in den Partei-Vorkonferenzen im voraus zu entscheiden. Die Zelle muß natürlich unbedingt alles früher Vorgefallene kennen lernen und sich die Vorbereitung der Fragen des gesamten Betriebslebens vorbehalten und bestrebt sein, daß diese Vorbereitungsarbeit auf die prinzipiellen und entscheidenden Fragen konzentriert wird. Dadurch soll die Rolle der Belegschaftsversammlungen und die Tätigkeit der gewählten Organe der Belegschaft nicht nur nicht eingeschränkt, sondern unter Teilnahme der Parteimitglieder und unter dem notwendigen führenden Einfluß der betreffenden Parteizelle noch mehr entfaltet werden.

Auf Grund der erwähnten neuen Verhältnisse hinsichtlich der gemeinsamen Arbeit der Partei und der Belegschaftsorganisationen, ist eine neue Umarbeitung dieser Fragen, sowohl durch die Partei, wie auch durch die Gewerkschaften, erforderlich.

XI.

Es muß betont werden, daß auch nach der Kampagne des Leninschen Aufgebotes eine der Hauptaufgaben der Partei die noch stärkere Heranziehung der Betriebsarbeiter in die Partei -- unter Berücksichtigung der vom 12. Parteitag festgesetzten Bedingungen — darstellen wird. Auf diese Aufgabe muß auch in Zukunft die größte Aufmerksamkeit der Partei konzentriert werden.

In die Partei werden jedoch nicht nur Arbeiter, sondern auch Bauern, Rotarmisten, Angestellte, Studenten usw. aufgenommen. Es ist notwendig, diesen Kategorien gegenüber (als nicht proletarischen Elementen) alle in den Parteistatuten festgelegten Bedingungen beizubehalten, wobei die Notwendigkeit der genauen Einhaltung dieser Vorschriften des Parteistatuts, sowohl bei der Aufnahme von Kandidaten für die Partei, wie auch bei Beförderung dieser Kandidaten zu Parteimitgliedern, nochmals zu betonen ist. (Bei Aufhebung des Beschlusses des 12. Parteitages über das völlige Verbot der Beförderung der nicht proletarischen Elemente von Kandidaten zu Parteimitgliedern).

Zu diesen früheren Weisungen über die Aufnahme neuer Mitglieder in die Partei muß hinzugefügt werden, daß bei der Aufnahme nicht nur die festgesetzten, formalen Bedingungen einzuhalten sind, sondern daß man sich auch dem Wesen nach davon überzeugen muß, ob das neue Parteimitglied wirklich geeignet ist, der Partei und den Organen der proletarischen Diktatur Dienste zu leisten. Die Erfüllung der formalen Bedingungen allein kann zur Aufnahme in die Partei nicht genügen. Es ist notwendig, daß das neue Parteimitglied, das kein Arbeiter aus dem Betriebe ist, sich zuerst bei dieser oder jener praktischen Staatsarbeit bewährt, mit den Arbeiter- und Bauernmassen in unmittelbarer und lebendiger Verbindung steht und, im Falle der Aufnahme, zu einem wirklich nützlichen und gesinnungsfesten Parteimitglied wird.

Von dem intellektuellen Angestellten muß gefordert werden, daß er genügend gebildet sei, um der Partei bei der ideologischen Arbeit unter den Arbeiter- und Bauernmassen Hilfe leisten

n können oder, daß er sich, in dem einen oder anderen für en Arbeiterstaat nützlichen Arbeitszweig, ernstlich und hinreichend bewährt hat. Nebst den formalen Kriterien der Aufnahme, müssen also auch die Kriterien der Nützlichkeit des ich um Aufnahme Bewerbenden, eine nicht geringere Bedeutung aben.

XII.

Die Partei hat bereits eine besondere Arbeit zur Prüfung nd Verbesserung der Parteizellen mit nicht proletarischem Betande unternommen. Die Aufgabe dieser Prüfung besteht vor llem in der Säuberung der Partei von den ihr sozial fremden nd sich deklassierenden Elementen, aber auch von jenen nicht roletarischen Elementen, die sich während ihrer Parteimitgliedchaft in der Sache der Verbesserung der Arbeit dieser oder ener Staats-, Wirtschafts- und anderer Organe, nicht als Kommunisten bewährt und keine unmittelbare Verbindung mit den Arbeiter- und Bauernmassen haben.

Durch die Entfernung der oben erwähnten Elemente aus hren Reihen betonte die Partei ausdrücklich die Hauptpflichten der Kommunisten unter den gegenwärtigen Verhältnissen. An ihre nicht proletarischen Schichten, die zum größten Teil über dem kulturellen Durchschnittsniveau stehen, muß die Partei erhöhte Anforderungen stellen. Solche Anforderungen sind: ideologische Vorbereitung und Tüchtigkeit, wirkliche Durchführung der kommunistischen Pflichten in bezug auf die Verbesserung der Arbeiten unserer Partei-, Staats-, Gewerkschafts- und anderer Organe und eine lebendige Verbindung mit den Massen.

XIII.

Der 13. Parteitag billigt vollkommen die Resolution über den Parteiaufbau und über die Ergebnisse der Diskussion, die von der 13. Parteikonferenz angenommen und vom Plenum des ZK. am 31. Januar 1924 bestätigt wurde.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen, mit Rücksicht auf die Aufnahme von 200.000 neuen Arbeitermitgliedern in die Partei, ist die wirkliche Entfaltung der innerparteilichen Demokratie auf dem Gebiete der gesamten praktischen Arbeit der Partei noch dringender notwendig geworden. Nur in diesem Falle kann die Partei durch die Wahrung einer eisernen bolschewistischen Disziplin und durch die Wahrung der vollständigen Einheit auf Grundlage der Leninschen Gebote die Überreste der jüngsten Schwankungen innerhalb der Partei überwinden. Auf dieser Grundlage der Entfaltung der innerparteilichen Demokratie kann die Partei, gestärkt durch das jüngste proletarische Leninsche Aufgebot, neue Erfolge in ihrem ideologischen und organisatorischen Wachsen erzielen und die weitere mächtige Entfaltung der Kräfte der proletarischen Republik fördern.

XIV.

Notwendig ist die Berücksichtigung der besonderen Bedingungen und der besonderen Schwierigkeiten, die den Parteiorganisationen in den nationalen, hauptsächlich in den entferntesten östlichen Republiken und Provinzen im Wege stehen. Dort muß den Parteiorganisationen bei der Aufnahme von Bauern, landwirtschaftlichen Arbeitern und Handwerkern in die Partei eine gewisse Erleichterung gewährt werden dadurch, daß die Zahl der erforderlichen Empfehlungen auf drei Parteimitglieder mit wenigstens dreijähriger Mitgliedschaft herabgesetzt wird und daß die Bestätigung der Neuaufnahmen von Kandidaten dem Provinzkomitee obliegt. Zugleich soll die Kandidatenliste der Parteiorganisationen aus den erwähnten entfernten Provinzen und Republiken revidiert und jenen Kandidaten, deren Kandidaturzeit mit dem 13. Parteitag abläuft und den allgemeinen statutenmäßigen Bedingungen der Beförderung zu ordentlichen Mitgliedern entsprechen (in erster Linie den armen Bauern, landwirtschaftlichen Handwerkern), die Beförderung zu ordentlichen Mitgliedern erleichtert und den Provinz-(Gouvernements-)Komitees der Partei selbst anheimgestellt werden.

XV.

Angesichts der Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, auf deren Gebieten die Organisationen unserer Partei tätig sind, beschließt der 13. Parteitag: den Namen Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki) in Kommunistische Partei (Bolschewiki) der Union der Sowjetrepubliken umzuändern.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Trotzki: Die Aussichten und die Aufgaben der Kommunisten im Osten.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 59. 27. Mai. 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Der gewaltige Kampf der Ruhrbergarbeiter. Von Maslowski 701

Politik.
Die Ergebnisse der Wahlkampagne in Japan. Von Michajlow 703
Die Justiz„reform" gegen die Arbeiterbewegung in Ungarn. Von Rákos 705

Revolutionäre Bewegung im Osten.
Die Aussichten und die Aufgaben der Kommunisten im Osten. Von Trotzki 704

Union der Sowjetrepubliken.
Der russische Arbeiter als Journalist. Von Serge . . 708

Wirtschaft.
Die Lage im englischen Bergbau. Von Egon 709

Arbeiterbewegung.
Ein Debut der Amsterdamer in Asien. Von J. B. . . . 710

Jugendbewegung.
Der Kampf der Kommunistischen Jugend Frankreichs gegen die Ruhrbesetzung 711

Aus der Internationale.
An die Reichskonferenz der Kommunistischen Partei Frankreichs 711
Beileidstelegramme des EKKI. zum Tode des Genossen Blagoew 712

Rote Sportinternationale.
Die Rote Sportinternationale auf dem Wege zur Weltorganisation. Von Reußner 712
Einberufung des III. Kongresses der Roten Sportinternationale 713

Gegen Kriegsgefahr.
Wie sie abrüsten. Von Teodori 713

Aus dem Lager der Gegner.
Ein Dokument der Angst 715

Aufrufe.
An das Proletariat Frankreichs! 715

Buchbesprechungen.
Luise Strong: „Das erstemal in der Geschichte." Von Runge 716

Der gewaltige Kampf der Ruhrbergarbeiter

Von Peter Maslowski (Essen).

Vorgeschichte.

** Das Bergproletariat an der Ruhr ist jene proletarische Bevölkerungsschicht, auf die sich alle Folgen der Kriegswirtschaft, alle Kosten der Nachkriegszeit und alle Lasten der internationalen Verständigung der Kapitalisten auf Kosten der Arbeiterklasse, sei es durch Micumverträge oder Sachverständigengutachten, mit einer ganz besonderen Wucht und Härte konzentrieren.

Schon im Kriege, als noch Stinnes die stolzen Pläne hegte, durch ungeheure Annektionen zu der Ruhrkohle das lothringische Erz zu fügen, ruhten die Hauptlasten des blutigen Rüstungswahnsinns auf den Ruhrbergarbeitern als den Förderern des kostbarsten Urstoffs, der Kohle. In den Gruben, wo ein völlig militarisiertes Antreibersystem herrschte, wurde fieberhaft geschuftet „fürs Vaterland", das heißt für die Profite der Grubenmagnaten vom Schlage eines Stinnes, der vor allem in dieser Zeit, wo die Ruhrkumpels zusammen mit Abertausenden von Kriegsgefangenen unter Bajonetten und Hunger für ihn sich abrackern mußten, zum reichsten Manne Europas wurde.

Nach dem Novembersturm von 1918 war die revolutionäre Welle im Ruhrgebiet entschieden am stärksten. Die Bergleute verlangten die Sozialisierung im Bergbau. Eine Streikwelle jagte die andere. Die Betriebe wurden besetzt und Sozialisierungsversuche unternommen. Bis der sozialdemokratische Generalfeldmarschall der Konterrevolution, Noske, die rebellierenden Bergleute mit Maschinengewehren wieder in die Gruben zurücktrieb zum Fronen für die Kohlenbarone.

Während des Kapp-Putsches stampfte das Bergproletariat eine rote Armee geradezu aus dem Boden, und wenn nicht die Versprechungen der Bielefelder Punkte gekommen wären, wenn nicht ein beispielloser Verrat die kämpfenden Bergarbeiter zur Abgabe ihrer Waffen bewogen hätte, dann wäre wahrscheinlich schon damals die sozialdemokratische Stinnes-Republik Eberts vor der roten Armee von rund 100.000 bewaffneten Bergarbeitern zum Teufel gegangen.

Nach dem Kapp-Putsch kam für die Kumpels die Blütezeit der bürgerlichen Demokratie. Ihr Reallohn sank mehr und mehr dahin in dem Inflationswahnsinn, der den Grubenherren ungeheuren Gewinn sicherte. Sozialdemokraten in führenden Staatsstellungen waren es, die dazu immer und immer wieder den Bergleuten Überstunden aufzuhalsen verstanden. Die Siebenstundenschicht, die durch die Novemberrevolution dem Kumpel fast kampflos in den Schoß gefallen war, ging verloren in dem Wiederaufbauschwindel der Arbeitsgemeinschaft zwischen Grubenkapital und Gewerkschaftsbürokratie.

Es kam der Ruhreinmarsch und mit ihm der passive Widerstand. Der Ruhrbergmann sah sich plötzlich gefeiert von der deutschen Bourgeoisie und umworben von den Generalen des

Ententekapitalismus. Aber schon im Mai 1923, vier Monate nach dem Ruhreinmarsch, als ihn die ungeheure Verkürzung seines Lohnes durch die Inflation zu einem gewaltigen Streik zwang, war er für die deutschen Kapitalisten ein Landesverräter und für die Ententegenerale ein Aufrührer, den man mit Bajonetten in Schach halten müßte. Der Regierungsrat Lutterbeck aus Düsseldorf schrieb jenen historischen, für die infame deutsche Bourgeoisie ewig schandbaren Brief an den General Degoutte, er möge den deutschen Behörden genau so die französischen Bajonette leihen zur Niederschlagung der deutschen Arbeiter, wie Bismark im Jahre 1871 die preußischen Kanonen der französischen Bourgeoisie geliehen hatte, um die Kommunarden blutig niederzumetzeln. In dieser Zeit, wo sich die Einigung zwischen Poincaré und Stinnes anspann, vermochten es die Grubenkapitalisten, durch die Ruhrkredite ihre Betriebe auf Kosten des Reiches, das heißt auf Kosten der proletarischen Steuerzahler, aufs glänzendste auszubauen.

Als dann im Herbst desselben Jahres endlich die **Micumverträge** abgeschlossen wurden, da standen die Bergwerke technisch auf der Höhe wie noch nie, bereit, trotz der angeblich unerschwinglichen Lasten durch die Micum, neue, größere Profite für die Kohlenbarone abzuwerfen. Micum, das war jenes Zauberwort, mit dem man alle Forderungen der Bergarbeiter bannen zu können glaubte. Wegen Micum diktierte man die 8½-Stundenschicht unter Tage und die zwölfstündige Arbeitszeit über Tage. Wegen Micum warf man mehrere zehntausend Bergarbeiter auf das Straßenpflaster. Wegen Micum wurden die winzigen sozialen Errungenschaften, die noch von der Novemberrevolution übriggeblieben waren, abgebaut.

Das alles geschah **nach der Oktoberniederlage** des deutschen Proletariats, zu jener Zeit, wo die Depression naturgemäß eine große war und wo selbst die sonst stets kampfbereiten Bergarbeiter an der Ruhr nicht die Kraft fanden zu erfolgreicher Abwehr, obwohl zu derselben Zeit die Metallarbeiter am Niederrhein und Kölner Braunkohlenarbeiter sich in einem Verzweiflungskampf wochenlang gegen die Überarbeit wehrten.

Erst im Frühjahr 1924 begann wieder die **aufsteigende Welle der Bewegung**. Die Kommunistische Partei, wohl wissend, **daß Micumverträge und Sachverständigenpläne naturgemäß über kurz oder lang zur sozialen Explosion führen müssen**, rüstete und organisierte planmäßig, um den kommenden Kämpfen die größte Durchschlagskraft und die größte Siegesmöglichkeit zu geben.

Die Lebenslage der Ruhrbergarbeiter.

Der größte Schwindel ist von jeher getrieben worden mit den angeblichen hohen Löhnen und besonderen Vorrechten der Bergleute. Die in den Händen der Bourgeoisie befindlichen Telegraphenbüros liefern immer wieder neue Schwindelmeldungen über die günstige Lebenslage der Kumpels. Darum sei hier wiedergegeben, was an Hungerlohn der Kumpel unmittelbar vor dem jetzigen Kampf erhalten hat. Man wird aus dieser schandbaren Entlohnung ermessen können, wie berechtigt die **grenzenlose Empörung der Bergarbeiter** über ihr jammervolles Dasein ist.

Vor uns liegt das Lohnbuch eines Bergarbeiters, der im Monat April 23 Schichten verfahren hat. Er verdiente pro Schicht einschließlich Haushalts- und Kindergeld 5,17 Mk., das waren im ganzen Monat 118,91 Mk. An Knappschaftsbeiträgen, Steuern, für Gezähe, Lampenreparatur usw. wurden ihm 31 Mk. abgezogen, so daß er im ganzen 87,91 Mk. erhielt. Nachdem ihm auch noch an Wohnungsmiete, einschließlich Licht für den Monat 15 Mk. abgehalten worden waren, blieben ihm zum Unterhalt mit Frau und drei Kindern ganze 72,91 Mk. Auf 30 Tage im Monat umgerechnet waren das **2,43 Mk pro Tag oder 48⅗ Pfennige pro Tag und Kopf eines Familienangehörigen.**

Dieser Schandlohn wurde zu einer Zeit gezahlt, wo die **Hauerleistung** auf den meisten Zechen des Ruhrgebiets bereits **die der Vorkriegszeit überschritten** hatte. Für 48⅗ **Pfennige am Tage sollte** ein ausgemergelter Bergmann sich noch so viel Lebensmittel kaufen, von Kleidung und sonstigen Bedürfnissen ganz zu schweigen, um die körperliche Kraft zu haben, 8½ **Stunden Hunderte von Metern unter der Erde, in glühender Hitze, in kauernder Stellung, im Kohlenstaub und umlauert von tausend Gefahren schuften zu können.** Um das Maß der Ausbeutung vollzumachen, führten die Kohlenbarone eine **größere Differenzierung der Löhne** und einen schärferen Rekord, das heißt ein **Antreibersystem**, ein. Die **Preise für Deputatkohle** wurden **erhöht, Urlaubskürzungen** vorgenommen und die ganz minimalen **Rechte der noch bestehenden Betriebsräte so gut wie ganz abgebaut.**

Der bisherige Verlauf des Kampfes.

Der mit Sicherheit erwartete Kampf brach am 1. **Mai** aus. Nach Ablauf der seit dem Jahre 1922 bestehenden **Tarife**, die seit dieser Zeit wiederholt von den Grubenherren diktatorisch mit allen möglichen Verschlechterungen versehen wurden, fällte der bekannte sozialdemokratische Reichskommissar und 12-Stunden-Diktator **Mehlich** einen Schiedsspruch, **wonach die achte Stunde unter Tage** und alle übrigen **Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen bleiben**, die 30prozentige Lohnforderung abgelehnt wurde und nur eine 15prozentige Lohnerhöhung ab 15. April eintreten sollte, die, wohlgemerkt, aber durch das Heraufschnellen aller Preise schon damals längst illusorisch gemacht war. Sämtliche Revierkonferenzen der Bergarbeiter, ob der Christen oder des alten Bergarbeiterverbandes, ob der Polen oder Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereinler, lehnten **gegen den Willen ihrer Führer** diesen Schandspruch Mehlichs ab. **In prächtiger Einmütigkeit hörten die Kumpels auf die kommunistische Parole und verließen auf sämtlichen Gruben des Ruhrgebietes nach 7 Stunden die Arbeitsstelle**, worauf die Kohlenbarone **mit Teilaussperrungen** antworteten.

Die Regierung bekam es schon mit der Angst zu tun. Sie schickte den Reichsarbeitsminister, den Zentrumspfaffen **Brauns**, ins Ruhrgebiet nach Hamm. Dieser getreue Fridolin der Grubenmagnaten verschlechterte noch den Schiedsspruch Mehlichs dadurch, daß die zugestandenen 15% Lohnerhöhung nicht ab 15. April, sondern erst ab 1. Mai gezahlt werden sollten. Im übrigen forderte natürlich auch er die 8. Stunde unter Tage. In einer Revierkonferenz bemühte sich der Vorstand des reformistischen Bergarbeiterverbandes, diesen Schiedsspruch Brauns durchzudrücken. Er erlitt eine glatte Niederlage. Seine Resolution, die unter Protest den Schandspruch Brauns anzunehmen empfahl, wurde **einstimmig von den Bergarbeitern abgelehnt**. Das war ein vernichtendes Mißtrauensvotum für diese berufsmäßigen Verräter! Genau so erging es den christlichen Führern. Auch die christliche Revierkonferenz lehnte gegen ihren Willen jedes Nachgeben vor den Kohlenbaronen und den Schlichtern des kapitalistischen Staates ab. Eine gewaltige, so gut wie von allen Schachtanlagen besuchte, von der Union der Hand- und Kopfarbeiter und der Kommunistischen Partei einberufene **Betriebsrätekonferenz**, an der die Betriebsräte der verschiedensten Organisationen teilnahmen, beschloß den **Streik mit allen Mitteln, mit der Verweigerung der Notstandsarbeiten und der unbedingten Verhinderung jeder Arbeit von Streikbrechern.**

Jetzt griff wieder die Regierung ein. Die reformistischen und christlichen Bergarbeiterführer wurden nach Berlin geladen, wo drei Tage gekuhhandelt wurde, mit dem Resultat, daß wiederum eine Verschlechterung zustande kam in der Form, daß die Arbeitszeit der Kokereiarbeiter auf den Gruben 12 Stunden betragen sollte. Wieder versuchten die Führer der arbeitsgemeinschaftlichen Bergarbeiterverbände auf den einzelnen Revierkonferenzen der Organisationen, die Bergarbeiter zur **Annahme dieses Regierungsschiedsspruches** zu bewegen und wieder schoben die Kumpels hohnlachend diese Führer, die sie lange genug verraten hatten, beiseite und erklärten: „**7 Stunden und keine Minute länger!**“ Ein von allen Organisationen besuchter **zweiter Betriebsrätekongreß** beschloß die **Verschärfung des Streiks.**

Das Entsetzen der Bourgeoisie ist besonders darüber groß, daß es sich nun endgültig erwiesen hat, daß die Massen den reformistischen und christlichen Verrätern nicht mehr folgen, sondern sich bewußt unter die kommunistische Führung stellen. Ein letztes bleibt: man versucht durch alle möglichen Schliche, doch noch die Kumpels irgendwie zu übertölpeln. Es sind juristische Gutachter, Doktoren und Professoren ernannt worden, die vom sogenannten „Rechtsstandpunkt“ aus „wissenschaftlich“ beleuchten sollen, wer in dem Streit um die Arbeitszeit im Ruhrgebiet recht hat, die Bergleute oder die Kapitalisten. Natürlich hat die famose Kommission von Gelehrten, unter ihnen der sozialdemokratische Professor der Universität Frankfurts Dr. Sinsheimer **den Grubenherren vollkommen recht gegeben**. Nach diesem „wissenschaftlichen“ Gutachten greifen jetzt die von den Massen geschlagenen Reformisten und Christen wie der Ertrinkende nach einem Strohhalm. Sie machen bereits Propaganda, daß, wenn jetzt auf Grund dieses Gutachtens der Regierungsschiedsspruch von Berlin **für verbindlich erklärt** wird, dann **„alle gesetzlichen Mittel erschöpft“ seien und man sich „dem jetzt bestehenden Gesetz fügen“** müsse.

Aber die Massen der Bergarbeiter werden den Teufel um kapitalistische Gesetze fragen, sie werden diesen Schiebern genau

o gut einen Fußtritt versetzen, wie sie es getan haben bei den erschiedenen Schiedssprüchen. **Der Streik geht in einer gewaltigen Einheitsfront mit allen Mitteln weiter.** Selbst die kapitalistische Presse muß zugestehen, daß der Streik vollkommen ist. Die Zahl der Streikbrecher ist außerordentlich gering. Wo diese Burschen es überhaupt wagen, den kämpfenden Kameraden in den Rücken zu fallen, da können sie es nur tun unter dem Schutz von großen Polizeiaufgeboten, und auch dann durchbrechen die Bergarbeiter, und vor allem die **Bergarbeiterfrauen**, den Polizeikordon und verabfolgen den Verrätern eine gehörige Tracht Prügel. Es ist deswegen stellenweise bereits zu **blutigen Kämpfen zwischen den Streikposten und der Polizei** gekommen.

Die **Ernährungslage** ist vorläufig besser, als man es nach den obwaltenden Zuständen annehmen konnte. Nicht nur veranstalten die kleinen Kaufleute und Mittelständler Sammlungen für die streikenden Bergarbeiter, weil sie genau wissen, daß die Erkämpfung einer höheren Entlohnung der großen Konsumentenmasse der Bergarbeiter auch ihnen zugute kommt, nicht nur haben die neuen starken kommunistischen Stadtverordnetenfraktionen in allen Orten die **Beköstigung der Streikenden durch die Stadtverwaltungen erzwungen**, sondern es beginnen jetzt auch die Hilfstransporte unserer russischen Brüder und der IAH. einzutreffen. **Die Stimmung der Kämpfenden ist zuversichtlich.**

Bereits haben die **Hafenarbeiter** vom Rhein und auf den Ruhrkanälen sich mit den Bergarbeitern solidarisch erklärt, und keine englische Streikbrecherkohle wird ausgeladen. Auch die **Metallarbeiter** haben sich auf einem Kongreß mit den Bergarbeitern solidarisch erklärt und beschlossen, die **erste** Etappe des Kampfes zu beziehen, nämlich **nach 8 Stunden die Metallbetriebe zu verlassen.**

Noch ist eine verhältnismäßige Ruhe im schwarzen Revier zu verzeichnen. Aber es ist die **schwüle Ruhe vor einem grandiosen sozialen Gewitter.** Es wird in kürzester Zeit in gewaltigstem Ausmaße zum Ausbruch kommen.

Die Bedeutung des Kampfes.

Gegenüber dem Geflenne der Gewerkschaftsbürokratie, daß die Kumpels sich nicht an die gewerkschaftlichen Regeln in ihrem Kampfe halten, weisen die Kommunisten, die **Führer** des gewaltigen Kampfes, immer wieder mit Recht darauf hin, daß es hier **um mehr geht als bloß um die 7-Stunden-Schicht für den Ruhrbergbau.** In einem Augenblick, wo nach den Micumverträgen auch die **Sachverständigenpläne gegen das deutsche Proletariat** durchgeführt werden sollen, in einem Augenblick ferner, wo bereits auch die oberschlesische Bergarbeiterschaft und Teile der Bergarbeiter in Mitteldeutschland, in Sachsen, im Kampfe stehen, in diesem Augenblick hat schon der **schwerwiegende Kampf um die Wiedereroberung des Achtstundentages überhaupt in Deutschland begonnen.** Der Streik um die Siebenstundenschicht für die Bergarbeiter, das ist in seiner **politischen Konsequenz** das **Umschlagen** der seit der Oktoberniederlage bestehenden **Defensive** des deutschen Proletariats **in die Offensive. Das ist der erste praktische Kampf gegen die Raubpläne des internationalen Kapitals!**

Die Kommunistische Partei hat diesbezüglich im Ruhrgebiet genügend Aufklärungsarbeit geleistet. Die Ruhrbergarbeiter, denen an Hand der Ruhrbesetzung schon über ein Jahr die Einheitsfront der internationalen Ausbeuter gegen das Proletariat bei unzähligen Gelegenheiten praktisch vordemonstriert wurde, sie geben den Kommunisten vollkommen recht und sind gewillt, mit diesen bis zur letzten Konsequenz den Kampf zu führen.

In dem Augenblick aber, wo die Ruhrbergarbeiter gegen die Micumverträge und Sachverständigenpläne und für die Rückeroberung des Achtstundentages in ganz Deutschland den Kampf begonnen haben, ist ihr Kampf **gleichzeitig eine Lebensfrage für das Proletariat in den unbesetzten Gebieten Deutschlands und darüber hinaus in allen anderen kapitalistischen Ländern.** Darum haben alle Kommunistischen Parteien die Pflicht, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den gewaltigen Ruhrkampf zu unterstützen.

Die Welle der deutschen Revolution ist im Steigen begriffen. Diesmal darf die Sturmflut nicht wieder verebben wie im Oktober vorigen Jahres, und diesmal muß sie, wenn auch möglicherweise über verschiedene Etappen hinweg, sich konsequent fortpflanzen **bis zum Sieg der proletarischen Diktatur.**

Politik

Die Ergebnisse der Wahlkampage in Japan.

Von. M. Michajlow.

** Der Sieg der Oppositionsparteien bei den Wahlen ins japanische Parlament erschien als die logische Folge jener Ereignisse, die der Wahlkampagne vorangegangen waren. Das vor vier Monaten gebildete reaktionäre Kabinett Kioura hat sich in der Zeit seiner kurzen Tätigkeit durch das Auseinanderjagen des Parlaments, durch die Verstärkung der Repressalien gegen die Arbeiterorganisationen, durch die Erhöhung der Steuerlasten für die Bauern, durch teilnahmsloses Verhalten gegenüber der Wiederherstellung der durch das Erdbeben zerstörten Gebiete, durch den Boykott der Sowjetunion usw. hervorgetan.

Dieses Kabinett hat nicht einmal unter den Vertretern der japanischen Agrarier Unterstützung gefunden. Wie bekannt, trat in der Agrarierpartei Sejukai am 17. Januar eine Spaltung ein. Die Führer dieser Partei mit **Takahaschi** an der Spitze weigerten sich, die neugebildete Regierung zu unterstützen. Darauf traten die reaktionärsten 137 Parlamentsmitglieder aus ihren Reihen aus und bildeten eine neue Partei unter der Bezeichnung **Sejuhonto**, die erklärte, die Regierung Kioura zu unterstützen. Nach dieser Spaltung war die Verteilung der Kräfte im Parlament die folgende: Sejuhonto 137 Sitze, Sejukai 142, Kensejkai 103, der Kokussin-Klub 43, der Koschin-Klub 23 und Wilde 11. So befand sich die ganze große und kleine Bourgeoisie (Kensejkai), aber auch ein beträchtlicher Teil der Agrarier (Sejukai) in Opposition zum Kabinett Kioura.

Am 31. Januar trieb die Regierung das Unterhaus auseinander. Diese Maßnahme verschaffte dem reaktionären Kabinett jedoch keine größere Festigkeit. Die Vertreter der Oppositionsparteien Sejukai, Kensejkai und der Kokussin-Klub beschlossen, vereinigt zum Sturze des aristokratischen Kabinetts vorzugehen. Mit diesem Augenblicke setzte der organisierte Kampf gegen Kioura ein. Diese Kampagne fand die Zustimmung der breiten Massen der Bevölkerung, da das Kabinett nur den Interessen eines unbedeutenden Häufleins japanischer aristokratischer Militärs diente. Die Erhöhung der Steuerlast erreichte in den letzten Monaten ihre höchste Anspannung, und für die Bauern wurde eine unerträgliche Lage geschaffen, da es ihnen nur noch gerade knapp gelang, die Ausgaben für die Bearbeitung des Bodens zu decken. Die Zunahme der Unzufriedenheit fand ihren Ausdruck in der imposanten regierungsfeindlichen Kundgebung in der Hauptstadt um die Mitte Februar. In einer Versammlung, an der mehr als 10.000 Personen teilnahmen, wurde eine Entschließung gefaßt, die den Rücktritt des Kabinetts Kioura forderte. Vor dem Gebäude der Sejuhonto-Partei schrie die mit Knütteln und Stöcken bewaffnete Menge: „Tod der dummen Aristokratie!“

Noch im Monat Februar spielte sich im Zentrum von Tokio ein ernsthafter Zusammenstoß zwischen der Polizei und der Menge ab, die ein neues Ministerium und das allgemeine Wahlrecht forderte. Die aufgeregten Volksmassen stürzten sich auf die Polizisten, und den ganzen Nachmittag dauerte das hitzige Kämpfen an.

In den letzten Monaten waren die Spalten der japanischen Zeitungen voller Mitteilungen über ähnliche Ereignisse, die von dem Anwachsen der Empörung unter den breiten Massen Japans Zeugnis gaben. Und der Umstand, daß die Oppositionsparteien gegenüber der Regierungspartei Sejuhonto die ungeheure Mehrheit erzielten, erscheint außerordentlich kennzeichnend, da man in Japan damit zu rechnen pflegte, daß bei den Wahlen jene Partei siegt, die im betreffenden Zeitpunkt den Regierungsapparat lenkt. Außerdem bietet das Wahlsystem den Vertretern der breiten Schichten der Bevölkerung nicht die Möglichkeit, in das Parlament einzudringen. Nach dem bestehenden Gesetze steht das Wahlrecht nur jenen Männern zu, die im Jahre drei Yen Einkommensteuer bezahlen. Daher können an den Wahlen nicht mehr als drei Millionen Personen teilnehmen. Trotz des Druckes der Regierung erhielt die Regierungspartei nur den vierten Teil der Stimmen. Das bezeugt, daß die reaktionär-monarchistischen Elemente das Vertrauen der eigenen Bourgeoisie endgültig verloren haben und damit die Möglichkeit, den Staatsapparat Japans zu lenken. Sie sind von der japanischen Bourgeoisie abgelöst worden. Die gegenwärtige Krise erscheint als die nächste gesetzmäßige Etappe der japanischen Geschichte. Die Aristokratie ist zersetzt.

An die Leitung des Landes gelangt das Industrie- und Handelskapital.

Welchen Einfluß werden die Ergebnisse der Wahlen auf die innere und äußere Politik Japans haben?

Es wird ein Koalitionskabinett aus Vertretern der Sejukai, Kensejkai und des Kokussin-Klubs zur Macht gelangen. Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik wird die neue Regierung vor allem eine richtige Lösung der Frage der russisch-japanischen gegenseitigen Beziehungen suchen. Die drei Oppositionsparteien, die die Interessen der Handels- und Industriekreise von Osaka, Kobe, Tokio und anderer Städte Japans zum Ausdrucke bringen, die die schnellste Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion anstreben, werden sich mit Verhandlungen zwischen den interessierten Staaten beeilen. Zahlreiche Resolutionen der Handelskammern Japans geben uns die Grundlage, an die schnellste Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion zu glauben. Eine nicht geringere Bedeutung werden die Wahlen für die Beziehungen mit Frankreich und Amerika haben. Die von der Regierung Kioura abgeschlossene amerikanische Anleihe von 150 Millionen Dollars hat im Lande angesichts der schweren finanziellen und politischen Verpflichtungen, die die reaktionäre Regierung auf sich genommen hat, tiefe Empörung hervorgerufen.

Die letzten Telegramme, die über die Ankunft des Generalgouverneurs von Indo-China in Tokio Meldung brachten, haben auf die einsetzende Annäherung zwischen Frankreich und Japan hingewiesen. Die Aristokratie Japans bemühte sich, den Weltgendarmen zur Zusammenarbeit für seine Angriffstätigkeit im Fernen Osten auszunützen. Die Orientierung Japans nach der Seite Frankreichs erklärt sich teilweise daraus, daß der Minister des Auswärtigen im Kabinett Kioura Baron **Matsui** ist, jener Matsui, der während des Weltkrieges Gesandter in Paris war, seine Unterschrift unter den Vertrag von Versailles gesetzt hat, ein bekannter Franzosenfreund, Reaktionär usw. Jetzt sind im Zusammenhange mit dem Abgange von Matsui teilweise wegen des Sieges der Oppositionsparteien in Japan selbst und teilweise im Zusammenhange mit der Niederlage des Bloc National in Frankreich und mit dem bevorstehenden Rücktritte von Poincaré Änderungen in den Beziehungen zwischen Frankreich und Japan möglich.

Auf dem Gebiete der inneren Politik wird gemäß den Erklärungen, die von den drei Oppositionsparteien noch kurze Zeit vor den Wahlen gemacht wurden, das Koalitionskabinett das bestehende Wahlsystem ändern müssen. Noch im Jahre 1923 hat Kensejkai im Parlament einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem das Wahlrecht 28 Millionen Leuten zukommen würde. Die Durchführung des neuen Wahlgesetzes wird die Möglichkeit schaffen, daß Vertreter der Werktätigen Japans in das Parlament eindringen. Die Verminderung des Heeres- und Marinebudgets, die Übertragung eines Teiles der Steuern von den kleinen auf die großen Landbesitzer und eine Reihe sehr wichtiger Fragen werden auf der Tagesordnung der kommenden Koalitionsregierung stehen.

Die Justiz„reform" gegen die Arbeiterbewegung in Ungarn.

Von Franz Rákos.

** Die ungarische Regierung hat mit der parlamentarischen Opposition, in erster Reihe mit den Sozialdemokraten, einen Pakt abgeschlossen, wonach die Opposition die Obstruktion gegen die Sanierungsvorlagen einstellt. So wurden die Sanierungsvorlagen, die Ungarn unter das Joch des internationalen Finanzkapitals zwingen, Gesetz. Was die Regierung des Grafen Bethlen als Gegenleistung alles versprochen hat, darüber schrieb und redete man allerlei Schönes. Was die Bethlen-Regierung aber wirklich tut, wird jetzt sichtbar.

Eine Flut von neuen Gesetzen will das Volk jetzt beglücken. Gesetze, die die Polizeiherrschaft über das unglückliche Land ausbauen, wie es in keinem anderen Staate der Welt möglich wäre. Nach der wirtschaftlichen Versklavung durch die Sanierungsgesetze soll jetzt mit Hilfe des „demokratischen" Parlaments die vollkommene politische Verknechtung des arbeitenden Volkes, eine Freiheitsberaubung großen Stils, eine zwangsmäßige Grabesstille aller Lebensäußerungen der Arbeiterklasse durchgesetzt werden. Und das alles geschieht unter dem Schutze des Völkerbundes, unter Duldung, ja sogar mit Hilfe der englischen Labour-Regierung des Mr. Macdonald.

Die ungarische Regierung brachte jetzt eine Strafgesetznovelle ein, die mit ihren mittelalterlichen Bestimmungen die Arbeiterbewegung im Keime ersticken soll. **Es wird bestimmt, daß derjenige, der zur Suspendierung der politischen Rechte verurteilt wurde, keiner politischen Partei angehören darf.** Er darf an der Organisierung, Leitung oder Führung eines Vereines oder einer Organisation nicht teilnehmen. Er darf nicht unter den Veranstaltern oder Einberufern politischer Versammlungen sein, er darf in solchen Versammlungen nicht fungieren und auch das Wort nicht ergreifen. Er darf weder Schriftleiter noch Herausgeber einer politischen Zeitung, darf weder unter dem eigenen noch unter einem Schriftstellernamen politische Aufsätze veröffentlichen. Derjenige, der gegen dieses Verbot vergeht, kann mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden.

Nach der bewährten ungarischen Praxis genügte schon jede Kleinigkeit, um revolutionär gesinnte Arbeiter zu internieren oder vor das gegenrevolutionäre Gericht zu zerren. Durch dieses Gesetz will die erzreaktionäre Regierung einen dauernden Schutzdamm gegen den Kommunismus, gegen die revolutionäre Unzufriedenheit der Arbeiterschaft errichten. Jeder, der in Wort oder Schrift eine unliebsame Kritik an den Schändlichkeiten des Regierungssystems übt, wird ohne weiteres bestraft, und als Nebenstrafe werden seine politischen Rechte suspendiert. Ein sehr bequemer Weg, die ehrlichen und offenen Wortführer der Arbeiterschaft zu erledigen, ein sehr bequemes Mittel, um die Arbeiter massenhaft um ihr Wahlrecht zu bringen.

Das scheint aber der Regierung für ihre Pläne auch noch nicht zu genügen. Sie will einfach jede Möglichkeit einer revolutionären Propaganda vernichten. Zu diesem Zwecke „reformierte" sie durch die Strafgesetznovelle mehrere Bestimmungen des Strafrechtes: **Gegen das Streikrecht** der Arbeiterschaft sind gerichtet die auf **Gewalttätigkeit gegen Private** bezüglichen Strafbestimmungen. **Sechs Monate Gefängnis erhält, wer den Beginn oder die Fortsetzung der Arbeit verhindert,** oder, weil die Arbeit nicht eingestellt ist, **den Arbeitgeber oder den Streikbrecher beleidigt** (durch Wort oder Tat), oder bedroht. Das ist Streikverbot und gesetzlicher Schutz der Streikbrecher. Aber noch viel ärger sind die neuen Bestimmungen bezüglich der „die öffentliche Sicherheit gefährdenden Handlungen". **Drei Jahre Kerker ist die Strafe für die Arbeitseinstellung oder für die auf andere Art erfolgte Betriebsstörung in Lebensmittel- und Beleuchtungsbetrieben, in solchen Betrieben, die motorische Kraft liefern, weiter in Krankenhäusern. Ebenfalls drei Jahre Kerker bekommt, wer die Arbeiter zum Streik in diesen Betrieben auffordert.** Durch diese Bestimmungen der Strafgesetznovelle werden die Arbeiter ihrer Streikrechte „gesetzlich" beraubt, um sie auf Gnade oder Ungnade den Arbeitgebern auszuliefern. Da die Regierung noch ein separates Gewerkschaftsgesetz vorbereitet, wird die Arbeiterschaft, wenn sie gegen die Lohndiktatur der Arbeitgeber einen Lohnkampf führen muß, vollkommen zur illegalen Kampfweise gezwungen.

Zwei Jahre Staatsgefängnis und 20 Millionen Kronen Geldstrafe werden für Aufreizung angedroht, auch wenn einzelne Personen „aufreizen" und wenn die Aufreizung erfolglos bleibt. Da wird dem Spitzelunwesen und der Angeberei Tür und Tor geöffnet. Niemand ist gegen das verbrecherische Treiben der Polizeispitzel geschützt. Charakteristisch ist, daß das Gesetz die Suspendierung der politischen Rechte in diesen Fällen ausdrücklich vorschreibt.

Die weitere Knebelung der Preßfreiheit wird ebenfalls nicht vergessen. Die Kaution wird außerordentlich erhöht und in Goldkronen festgesetzt. Das Verbot der Zeitungen wird dem Gericht übertragen. Zulässig ist das Verbot, wenn das Blatt schon wegen eines Pressedeliktes bestraft wurde. Das Blatt muß verboten werden, wenn es innerhalb eines Jahres schon fünfmal bestraft wurde. **Die Verbreiter, das heißt die Verkäufer des Presseproduktes werden auch zur Verantwortung gezogen.** Die Umgehung des Verbotes wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

Urkomisch wirkt es, wenn man bedenkt, wie besorgt die Regierung die Religion und die Kirche in ihren Schutz nimmt. Fünf Jahre Kerker bekommt, wer Gott, die Religion oder Gegenstände der religiösen Verehrung verhöhnt, oder diese durch Lästern beschimpft. Mit fünf Jahren Kerker wird belegt, wer gegen den Gottesglauben oder das religiöse Empfinden öffentlicht aufreizt. Fünf Jahre Kerker bekommt auch derjenige, der die Zeremonie einer Konfession stört, einen Gegenstand oder Raum der Zeremonie schändet.

Durch diese Verfügungen will die Bethlen-Regierung die ungesetzlichen Mittel der Gegenrevolution zur Bekämpfung der revo-

lutionären Arbeiterbewegung gesetzlich verewigen. Die Sozialdemokratie, die mit Recht die freiere Regung der Arbeiterschaft, die Rückkehr der Emigranten, die Freilassung der Eingekerkerten befürchtet, weil sie ohne Regierungsschutz von der Empörung der Arbeiterschaft sofort hinweggefegt werden würde, führt nur einen Scheinkampf gegen die Regierung, der in ernster Situation sofort aufgegeben wird. Die Sozialdemokratie hat mit der Regierung einen Pakt zur Durchführung der Sanierungsgesetze geschlossen und ihr dadurch die weitere Möglichkeit zur Knebelung der Arbeiterklasse gegeben. Die Sozialdemokratie ist mitschuldig an diesen Gesetzen. Der gemeinsame Zweck der Regierung und Sozialdemokratie wird nicht gelingen. Die in Illegalität getriebene revolutionäre Arbeiterbewegung wird eine viel intensivere Propaganda entwickeln, sie wird viel größere Spannkraft entfalten und die stets wachsende Unzufriedenheit der Arbeiterschaft in zielklare revolutionäre Bahnen lenken.

Revolutionäre Bewegung im Osten

Die Aussichten und die Aufgaben der Kommunisten im Osten.

Rede des Genossen Trotzki bei der Feier des dreijährigen Bestandes der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens am 21. April 1924.

** Vom Büro Eurer Zelle, Genossen, habe ich Materialien erhalten, die die Arbeit Eurer Universität im Verlaufe der drei Jahre kennzeichnen, wobei auf meine Bitte die Genossen mit Rotstift alles Wesentliche unterstrichen, und mir dadurch beträchtlich das Bekanntwerden mit den Materialien erleichtert haben; denn — ich weiß nicht, soll ich es sagen, zu meiner Schande oder zu meinem Schmerze — ich hatte nicht die Möglichkeit, aufmerksam, nicht nur von Tag zu Tag, sondern auch von Monat zu Monat, die Arbeit Eurer Universität zu verfolgen, die eine außerordentliche und, was ich durchaus nicht so gerade nur mit der bei Jubiläen üblichen Übertreibung sage, weltgeschichtliche Bedeutung hat.

Genossen, obgleich es vielleicht bei Jubiläumsversammlungen nicht vorgesehen ist, sich der Theorie hinzugeben, gestattet mir doch, einige Betrachtungen allgemeiner Natur vorzubringen, die meine Erklärung rechtfertigen sollen, daß Eure Universität nicht irgendeine gewöhnliche Lehranstalt ist, wenn auch eine revolutionäre, sondern ein Hebel von weltgeschichtlicher Bedeutung . . .

Die ganze gegenwärtige politische und kulturelle Bewegung stützt sich auf den Kapitalismus, wächst aus ihm hervor, ist aus ihm erwachsen und ist über ihn hinausgewachsen. Aber der Kapitalismus hat, schematisch genommen, zwei verschiedene Gesichter, den Kapitalismus der Mutterländer und den Kapitalismus der Kolonien. Das klassische Beispiel eines Mutterlandes ist England. Gegenwärtig ist es mit der sogenannten „Arbeiter"-Regierung Macdonald beglückt. Bei den Kolonien macht es mir Mühe, zu sagen, welche von ihnen die typischste als Kolonie ist: soll dies Indien sein, das es im formalen Sinne ist, oder China, das das Ansehen der Selbständigkeit bewahrt, aber nach seiner Weltstellung und dem Gange seiner Entwicklung dem kolonialen Typus angehört? Der klassische Kapitalismus ist in England. Marx schrieb sein „Kapital" in England, indem er unmittelbar die Entwicklung des größten führenden Landes beobachtete, dies wißt Ihr — ich kann mich nicht erinnern, in welchem Kurse Ihr dies durchnehmt . . . In den Kolonien entwickelt sich der Kapitalismus nicht aus sich selbst heraus, sondern durch das Eindringen ausländischen Kapitals. Dies ist es, was zwei verschiedene Typen schafft. Warum ist Macdonald wenn er in nicht sehr wissenschaftlichen, aber dennoch völlig deutlichen Ausdrücken spricht, so konservativ, so beschränkt, so stumpf? Weil England das klassische Land des Kapitalismus ist, weil dort der Kapitalismus sich organisch vom Handwerk durch die Manufaktur zur modernen Industrie entwickelt hat, Schritt für Schritt, auf „evolutionärem" Wege, und die Vorurteile von gestern und vorgestern und die Vorurteile des vorigen und vorvorigen Jahrhunderts könnt Ihr unter dem Schädel Macdonalds entdecken. (Beifall.)

Hier zeigt sich auf den ersten Blick ein geschichtlicher Widerspruch: warum ist Marx im zurückgebliebenen Deutschland aufgetaucht, im zurückgebliebensten der großen Länder in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts — natürlich von Rußland abgesehen —, warum ist Marx in Deutschland aufgekommen, und warum ist Lenin in Rußland aufgetaucht an der Grenze des 19. und 20. Jahrhunderts? Ein offensichtlicher Widerspruch! Aber was für einer? Ein solcher, der durch die sogenannte Dialektik der geschichtlichen Entwicklung erklärt wird. In der Gestalt der englischen Maschinen, in der Gestalt des englischen Baumwollgewebes hat die Geschichte den revolutionärsten Faktor der Entwicklung geschaffen. Aber diese Maschinen und dieses Baumwollgewebe in England arbeiteten sich heraus und wurden geschaffen auf dem Wege eines langandauernden und langsamen Überganges von Stufe zu Stufe, und das menschliche Bewußtsein ist im allgemeinen schrecklich konservativ. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung langsam und planmäßig vor sich geht, so ist es ihr schwer, die menschlichen Schädel zu durchdringen. Die Subjektivisten und überhaupt die Idealisten sagen, daß das menschliche Bewußtsein, das kritische Denken usw. usw. die Geschichte vorwärtsziehen, wie ein Schlepper hinter sich eine Barke herzieht. Das ist falsch. Wir alle sind Marxisten und wissen, daß der treibende Faktor in der Geschichte die Produktivkräfte sind, die sich bisher auf den Nacken des Menschen gelegt haben und denen es sehr schwer ist, den konservativen Schädel des Menschen zu durchbohren, um dort den Funken neuer politischer Gedanken hervorzurufen, besonders, wiederhole ich, wenn die Entwicklung langsam, organisch, unmerklich vor sich geht.

Aber wenn die Produktivkräfte des Mutterlandes, des klassischen Landes des Kapitalismus, wie England, in rückständigere Länder eindringen, wie dies mit Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Fall war, mit uns an der Grenze des 19. und 20. Jahrhunderts und gegenwärtig mit Asien, wenn die wirtschaftlichen Faktoren revolutionär und die alte Ordnung zerbrechend, eindringen, wenn die Entwicklung nicht allmählich, nicht „organisch", sondern mittels schrecklicher Erschütterungen, scharfer Verschiebungen der gesellschaftlichen Lagerungen vor sich geht, dan findet das kritische Denken unvergleichlich leichter und schneller seinen revolutionären Ausdruck, selbstverständlich, falls sich im Lande die dafür notwendigen theoretischen Voraussetzungen finden. Darum ist Marx in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland emporgekommen, darum hat sich Lenin bei uns eingestellt, darum beobachten wir auf den ersten Blick jene paradoxale Tatsache, daß im Lande des höchstentwickelten, ältesten und bewährtesten europäischen Kapitalismus, in England, wir die konservativste „Arbeiter"-Partei haben. Und auf der anderen Seite in unserer Sowjetunion, in einem wirtschaftlich und kulturell äußerst rückständigen Lande, haben wir (sagen wir dies ungescheut, denn dies ist Tatsache), die beste Kommunistische Partei der Welt. (Beifall.)

Man muß sagen, daß Rußland gemäß seiner wirtschaftlichen Entwicklung in der Mitte steht zwischen dem klassischen Mutterlande, wie es England ist, und Kolonialländern, wie Indien oder China. Und das, was unsere Sowjetunion von England in bezug auf die Wege und Formen der Entwicklung unterscheidet, zeigt sich noch krasser bei der Entwicklung der Länder des Ostens. Dort dringt der Kapitalismus in der Gestalt des ausländischen Finanzkapitals ein. Er wirft dorthin fertige Maschinen, erschüttert und untergräbt dort die alte wirtschaftliche Grundlage und errichtet auf deren Trümmern die babylonischen Türme der kapitalistischen Wirtschaft. Die Tätigkeit des Kapitalismus in den Ländern des Ostens ist nicht eine allmähliche und langsame, nicht eine „revolutionäre", sondern eine jähe, katastrophale, in vielen Fällen viel katastrophaler als bei uns, als im früheren Zarenrußland.

Von diesem grundlegenden Gesichtspunkt aus, Genossen, muß das Schicksal des Ostens in den nächsten Jahren und in den nächsten Jahrzehnten angesehen werden. Wenn Ihr solche prosaische Bücher nehmet, wie die Rechenschaftsberichte der englischen und amerikanischen Banken für die Jahre 1921, 1922 und 1923, so werdet Ihr in den Zahlen der Bankbilanzen von London und New-York das morgige revolutionäre Schicksal des Ostens lesen. England hat von neuem seine Rolle als Wucherer der ganzen Welt wieder angetreten. Die Vereinigten Staaten haben eine unglaubliche Menge Goldes angehäuft: In den Kellern der Zentralbank wird Gold um 3 Milliarden Dollars aufbewahrt, das sind 6 Milliarden Goldrubel. Dies ersäuft die Wirtschaft der Vereinigten Staaten. Wenn Ihr fragt: Wem geben England und die Vereinigten Staaten Anleihen? so ist zu sagen: Uns, der

Sowjetunion, wie Ihr wahrscheinlich gehört habt, geben sie noch nichts, Deutschland geben sie sie nicht, Frankreich gaben sie kärgliche Brocken zur Rettung des Franken, wem also geben sie? Sie geben in der Hauptsache den Kolonialländern, sie finanzieren die industrielle Entwicklung Asiens, Südamerikas, Südafrikas. Ich werde Euch nicht Zahlen anführen — ich habe sie bei mir, aber dies würde mein Referat zu sehr hinausziehen — es genügt zu sagen, daß bis zum letzten imperialistischen Kriege die kolonialen und halbkolonialen Länder von den Vereinigten Staaten und England wahrscheinlich zweimal weniger Kredite als die Länder des entwickelten Kapitalismus erhielten, und jetzt übersteigen die finanziellen Anlagen in den Kolonialländern schon sehr beträchtlich die Anlagen in den alten kapitalistischen Ländern.

Warum dies? Es gibt der Gründe viele, aber zwei Hauptgründe: Mißtrauen zum alten Europa, das zerrissen und entkräftet ist, mit seinem rasenden französischen Militarismus in der Mitte, der mit immer neuen Erschütterungen droht; und von der anderen Seite benötigt man die Kolonialländer als Rohstofflieferanten und Verbraucher von Maschinen und Fabrikaten Englands und der Vereinigten Staaten. Wir haben während des Krieges beobachtet, und beobachten auch jetzt eine rasend schnelle Industrialisierung der kolonialen, der halbkolonialen, überhaupt der spät entwickelten Länder: Japans, Indiens, Südamerikas, Südafrikas. Es besteht kein Zweifel darüber, daß, wenn es der chinesischen Partei Gomindan gelingt, China unter einem national-demokratischen Regime zu vereinigen, daß dann die kapitalistische Entwicklung Chinas mit Siebenmeilenschritten vor sich gehen wird. Aber dies alles bereitet die Mobilisierung ungezählter proletarischer Massen vor, die sofort dem vorgeschichtlichen halbbarbarischen Zustande entrissen und in das Getriebe der Fabriksindustrie geschleudert werden. Es wird daher keine Zeit für die Aufbewahrung und Anhäufung des Kehrichts von Jahrhunderten im Bewußtsein der Werktätigen übrigbleiben; nein, in ihrem Bewußtsein wird gewissermaßen eine Guillotine wirken, die das Vergangene vom Künftigen abtrennen und sie zwingen wird, neue Gedanken, neue Formen, neue Wege des Lebens und des Kampfes zu suchen. Und hier müssen in einigen Ländern überhaupt zum erstenmale auf den Schauplatz treten, in anderen sich weit und kühn entfalten die marxistisch-leninschen Parteien des Ostens: die japanischen Kommunisten, die chinesischen Kommunisten, die türkischen, indischen usw.

Genossen, Werktätige der Länder des Ostens! Im Jahre 1883 wurde in der Schweiz die russische Gruppe der Befreiung der Arbeit geschaffen. Ist dies lange her? Von 1883 bis 1900 sind es 17 Jahre, und von 1900 bis 1917 gleichfalls 17 Jahre, zusammen aber 34 Jahre, das Drittel eines Jahrhunderts, ein Lebensalter: von der Organisierung des ersten theoretisch-propagandistischen Zirkels für die Gedanken des Marxismus während der Herrschaft Alexander III. bis zur Eroberung des Zarenrußland durch das Proletariat ist alles in allem das Drittel eines Jahrhunderts vergangen! Wer dies mit durchlebt hat, dem erscheint dies als eine große und schwere Periode. Aber vom Gesichtspunkt des Maßstabes der Geschichte ist dies ein noch nicht dagewesenes rasendes, tolles Tempo. In den Ländern des Ostens aber wird das Tempo der Entwicklung nach allem, was vorliegt, ein noch schnelleres sein. Was ist denn Eure kommunistische Universität der Werktätigen des Ostens im Lichte der vorgezeichneten Perspektive, was ist sie? Sie ist die Baumschule der Gruppe der Befreiung der Arbeit für die Länder des Ostens. (Stürmischer Beifall.)

Es ist wahr — und man soll davor nicht die Augen verschließen —, daß die vor den jungen Marxisten des Ostens liegenden Gefahren groß sind. Wir wissen und Ihr wißt dies, daß in einem nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich schwerem Kampfe sich die bolschewistische Partei herausgebildet hat. Ihr wißt, daß der kastrierte und verfälschte Marxismus bei uns in den Neunzigerjahren des 19. Jahrhunderts eine Schule allgemeiner politischer Belehrung für die bürgerliche Intelligenz, der Anhänger von Peter Struwe usw. gewesen ist, die dann politische Kommis der Bourgeoisie, Kadetten geworden, und von denen viele nachher zu den Oktobristen und noch weiter nach rechts gegangen sind. Das wirtschaftlich rückständige Rußland war auch im politischen Sinne ein nicht differenziertes, ein noch nicht herausgebildetes Land; der Marxismus sprach von der Notwendigkeit des Kapitalismus, und jene bürgerlich-fortschrittlichen Elemente, die den Kapitalismus nicht um des Sozialismus willen wollten, sondern um des Kapitalismus willen, nahmen den „Marxismus" an, wobei sie seinen revolutionären Stachel entfernten.

Das gleiche geschah auch in Rumänien. Die Mehrheit der heute regierenden Schergen Rumäniens ist seinerzeit durch die Schule des verfälschten Marxismus hindurchgegangen; der eine oder andere von ihnen hat in Frankreich sich dem Guèsdismus angeschlossen. In Serbien hat eine ganze Reihe der jetzigen konservativen und reaktionären Politiker in seiner Jugend die Schule des Marxismus oder des Bakunismus durchgemacht. In Bulgarien hat sich dies weniger bemerkbar gemacht. Aber im allgemeinen kennzeichnet diese zeitweise Ausbeutung des Marxismus für die Zwecke der bürgerlich-fortschrittlichen Politik die Länder des balkanischen Südostens wie auch unser eigenes Land.

Droht eine derartige Gefahr auch dem Marxismus des Ostens? Teilweise ja. Warum? Weil die nationale Bewegung im Osten ein fortschrittlicher Faktor der Geschichte ist. Der Kampf um die Unabhängigkeit Indiens ist eine durch und durch fortschrittliche Bewegung; aber wir alle wissen zugleich, daß dieser Kampf sich auf national-bürgerliche Aufgaben beschränkt. Der Kampf um die Befreiung Chinas, die Ideologie von Sun-Yat-Sen, ist ein demokratischer Kampf, eine fortschrittliche, aber bürgerliche Ideologie. Wir treten dafür ein, daß die Kommunisten die Partei Gomindan in China unterstützen und sie vorwärtstreiben. Dies ist notwendig, aber hierin liegt auch die Gefahr einer national-demokratischen Entartung. Und so ist dies auch in allen Ländern des Ostens der Fall, die als der Platz des nationalen Kampfes um die Befreiung von Kolonialsklaverei erscheinen. Auf diese fortschrittliche Bewegung muß sich das junge Proletariat des Ostens stützen; es ist aber völlig klar, daß in der nächsten Periode für die jungen Marxisten des Ostens die Gefahr besteht, aus „Gruppen zur Befreiung der Arbeit" losgerissen zu werden und in der nationalen Ideologie aufzugehen.

Worin jedoch besteht Euer Vorzug? Euer Vorzug vor den alten Generationen der russischen, rumänischen und anderer Marxisten besteht darin, daß Ihr lebet, leben und arbeiten werdet nicht nur in der Epoche nach Marx, sondern auch in der Epoche nach Lenin. Euer Vorzug besteht darin, daß Ihr unmittelbar einer Periode entwachset, die in die Geschichte eingehen wird als die Epoche Lenins. Ich habe in Eurer Zeitung, die mir das Büro Eurer Zelle so liebenswürdig mit Anmerkungen geschickt hat, über Marx und über Lenin gelesen. Ihr polemisiert untereinander sehr streng; dies sage ich Euch übrigens nicht als Vorwurf. Dort wurde die Frage so gestellt, als ob, nach der Meinung der Einen, Marx bloß Theoretiker gewesen wäre; so stellte die Gegenseite diese Stellungnahme dar — und antwortet: nein, Marx war revolutionärer Politiker wie Lenin, und bei Marx wie bei Lenin gingen Theorie und Praxis Hand in Hand.

In dieser allgemeinen abgeleiteten Formulierung ist dies unbedingt wahr und unbestreitbar; aber es besteht doch ein Unterschied zwischen diesen beiden geschichtlichen Figuren, ein tiefgehender Unterschied, der nicht nur aus der Verschiedenheit der Individualitäten, sondern aus der Verschiedenheit der Epochen hervorgeht. Der Marxismus ist selbstverständlich keine akademische Lehre, sondern der Hebel revolutionärer Tätigkeit. Marx hat doch nicht umsonst gesagt: „Die Philosophen haben die Welt ausgedeutet, man muß sie aber umgestalten." Gab es aber zu Lebzeiten von Marx, in der Epoche der I. Internationale, und nachher in der Zeit der II. Internationale die Möglichkeit, den Marxismus durch die Arbeiterbewegung gänzlich und bis zum Ende auszuwerten? Hat damals der Marxismus eine echte Verkörperung in der Aktion erfahren? Nein, er hat dies nicht erfahren. Hatte Marx die Möglichkeit und das Glück, die Anwendung seiner revolutionären Theorie in einer entscheidenden geschichtlichen Aktion zu leiten: der Eroberung der Macht durch das Proletariat? Nein, er hatte dies nicht.

Seine Lehre hat Marx natürlich nicht rein akademisch geschaffen; ist er doch selbst völlig hervorgegangen aus der Revolution, aus der Einschätzung und der Kritik des Zusammenbruches der bürgerlichen Demokratie, er hat sein „Manifest" im Jahre 1847 geschrieben, er hat auf dem linken Flügel der Demokratie die Revolution von 1848 mit durchgeführt, wobei er in marxistischer Weise alle deren Ereignisse einschätzte; er schrieb in London sein „Kapital"; er war gleichzeitig der Schöpfer der I. Internationale, der Anreger der Politik der vorgeschrittenen Gruppen der Arbeiterklasse aller Länder; aber er stand nicht an der Spitze einer Partei, die die Geschicke der Welt oder zumindest eines Landes entschieden hätte. Wenn wir kurz auf die Frage antworten wollen: Was ist Marx?, so sagen wir: **„Marx ist der Verfasser des ‚Kapital'."** Und wenn wir uns fragen, was ist Lenin, so werden wir sagen: **„Lenin ist der Verfasser des Oktoberumsturzes".**

Lenin hat mehr, als dies irgendein Anderer tat, betont, daß er die Lehre von Marx nicht zu revidieren, umzuarbeiten, abzuändern gedenke; Lenin kam, um mit den alten Worten des Evangeliums zu sprechen, nicht einher, um das Gesetz Marx' zu ändern, sondern um es zu erfüllen. Er hat dies noch mehr betont als irgend ein Anderer, aber gleichzeitig hatte er Marx aus den Überkrustungen jener Generationen zu befreien, die zwischen Marx und Lenin waren; aus den Verkrustungen des Kautskyanismus, des Macdonaldismus, des Konservatismus der Arbeiteraristokratie, der reformistischen und nationalistischen Bürokratie, und das Rüstzeug des echten Marxismus, gereinigt von den Verkrustungen, Beimischungen und Fälschungen, in der größten geschichtlichen Aktion ganz und als Ganzes anzuwenden.

Und nun besteht Euer, der jungen Generation, größter Vorzug darin, daß ihr an dieser Arbeit unmittelbar oder mittelbar teilgenommen habt, daß Ihr sie beobachtet habt, daß Ihr in der politischen und ideologischen Umgebung des Leninismus lebt, daß Ihr diese mit der Praxis zusammenfallende Theorie in der Universität der Werktätigen des Ostens in Euch aufnehmt. Dies ist Euer ungeheurer und unschätzbarer Vorzug, und Ihr müßt dies verstehen. Wenn Marx selbst in seiner Theorie den Entwicklungsgang von Jahrzehnten und Jahrhunderten überblicken konnte, so hat sich seine Lehre nachher im Tageskampfe in einzelne Elemente eingewechselt, die teilweise auch entstellt aufgenommen wurden. Lenin kam, setzte den Marxismus auch unter den neuen Verhältnissen wieder zusammen und zeigte diese Lehre in einer Aktion von riesengroßem geschichtlichen Maßstabe. Ihr habt diese Aktion gesehen, Ihr habt Euch ihr angeschlossen, und dies verpflichtet, und auf dieser Verpflichtung bauen wir die Universität der Werktätigen des Ostens auf.

Darum, Genossen, glaube ich, daß die Gefahr einer nationaldemokratischen Entartung — die natürlich besteht und den einen oder anderen erfassen und entführen wird, anders kann es ja auch nicht sein —, daß diese Gefahr durch die Tatsache des Bestehens der Sowjetunion und der Dritten Internationale außerordentlich verringert wird. Es bestehen Grundlagen zu hoffen, daß der Grundkern, der aus der kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens hervorgehen wird, den ihm zukommenden Platz einnehmen wird als die treibende Kraft des Klassenbewußtseins, des Marxismus, des Leninismus in der Bewegung des Proletariats der Länder des Ostens. Die Nachfrage nach Euch, Genossen, wird ungeheuer werden, sie wird, wie ich schon sagte, nicht allmählich, sondern auf einmal zutage treten, ja sogar in ihrer Art „katastrophal".

Leset einen der letzten Artikel Lenins: „Lieber weniger, aber besser!" Er ist scheinbar einer besonderen Organisationsfrage gewidmet, aber er erfaßt zugleich die Aussichten der Entwicklung der Länder des Ostens im Zusammenhange mit der Entwicklung Europas. Was ist der Hauptgedanke des Artikels? Der Hauptgedanke ist der, daß die Entwicklung der Revolution im Westen aufgehalten werden kann. Wodurch kann sie aufgehalten werden? Durch die Macdonald-Gruppe, denn die konservativste Kraft in Europa ist die Macdonald-Gruppe. Wir sehen, wie die Türkei das Kalifat abschafft, aber Macdonald es wieder herstellt. Ist dies nicht etwa ein schlagendes Beispiel, das tatsächlich den konterrevolutionären Menschewismus des Westens dem fortschrittlichen national-bürgerlichen Demokratismus des Ostens scharf gegenüberstellt? In Afghanistan spielen sich jetzt wahrhaft dramatische Ereignisse ab: Das England des Macdonald bringt den linken national-bürgerlichen Flügel, der das unabhängige Afghanistan europäisch gestalten will, zum Sturz und bemüht sich, dort die dunkelsten und reaktionärsten Elemente wieder zur Macht zu bringen, die von den ärgsten Vorurteilen des Panislamismus, Kalifats usw. durchdrungen sind und dergleichen. Nehmt diese beiden Kräfte bei ihrem lebhaften Zusammenstoße, und es wird sofort klar, warum der Osten immer mehr sich zu uns, zur Sowjetunion und zur Dritten Internationale, hingezogen fühlen wird.

Wir sehen, wie Europa, das durch seine frühere Entwicklung den ungeheuerlichen Konservativismus der Oberschichten der Arbeiterklasse gesichert hat, immer mehr dem wirtschaftlichen Zerfall und der Zersetzung verfällt. Es hat keinen Ausweg mehr. Und dies kommt zum Teil darin zum Ausdruck, daß Amerika ihm keine Anleihe gewährt, da es mit Recht seiner wirtschaftlichen Lebensfähigkeit nicht traut. Andererseits sehen wir, wie dieses selbe Amerika, dieses selbe England genötigt sind, die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonialländer zu finanzieren, wobei sie sie in rasendem Tempo auf den Weg der Revolution treiben. Und wenn Europa im jetzigen Verwesungszustande zurückgehalten wird durch diese stumpfsinnige, engzünftlerische, aristokratische, privilegierte Macdonald-Gruppe, der Oberschicht der Arbeiterklasse, so wird der Schwergewichtspunkt der revolutionären Bewegung völlig auf den Osten übertragen werden. Und dann wird sich erweisen, daß, wenn eine Reihe von Jahrzehnten für die kapitalistische Entwicklung Englands nötig war, um mit Hilfe dieses revolutionären Faktors unserem alten Rußland und dem alten Osten auf die Beine zu helfen, es nachher der Revolution des Ostens zufallen wird, nach England zurückkehren und einige Dickschädel zu durchschlagen oder zu zerschlagen, wenn dies nötig ist, und der Revolution des europäischen Proletariats einen Stoß nach vorne zu geben. (Beifall.) So sieht eine der geschichtlichen Möglichkeiten aus. Man muß sie vor seinem geistigen Auge haben.

Ich las in den mir gelieferten Materialien darüber, welchen ungeheueren Eindruck eine Hörerin Eurer Universität, eine Türkin, in Kasan hervorrief, wo sich um sie herum Frauen versammelten, darunter auch alte und des Lesens und Schreibens unkundige. Es ist eine kleine Episode, aber sie ist bezeichnend und hat doch eine tiefe geschichtliche Bedeutung. Der Sinn, die Stärke und das Wesen des Bolschewismus bestehen darin, daß er sich nicht an die Oberschichten der Arbeiterklasse wendet, sondern an ihre breitesten Massen, an die unteren Schichten, an die Millionen, an die Unterdrücktesten der Unterdrückten. Darum ist er nicht durch seinen theoretischen Inhalt, der noch lange nicht angeeignet und durchdacht ist, sondern durch seinen befreienden Windhauch die bevorzugte Lehre der Länder des Ostens geworden. Wir lesen in Eurer Zeitung immer neue Bestätigungen dessen, daß der Name Lenins bekannt ist nicht nur in den Schluchten des Kaukasus, sondern auch in den Tiefen Indiens. Wir wissen, daß in China Werktätige, die wahrscheinlich in ihrem Leben keinen einzigen Artikel Lenins gelesen haben, sich leidenschaftlich dem Bolschewismus anschließen, denn wie mächtig ist der Windhauch der Geschichte! Sie haben erfaßt, daß dies die Lehre ist, die sich an die Parias, an die Unterdrückten, an die Unterjochten, an die Millionen, an die Hunderte von Millionen wendet, für die es keinen anderen Ausweg, für die es keine andere Rettung gibt.

Und wenn der Leninismus leidenschaftlichen Widerhall in den Herzen der werktätigen Frauen findet, so darum, weil es keine Gesellschaftsschicht auf der Welt gibt, die mehr unterdrückt ist als die werktätigen Frauen! Als ich las, wie die Hörerin Eurer Universität in Kasan auftrat, und wie sich um sie herum des Lesens und Schreibens unkundige Tatarenfrauen und -mädchen versammelten, erinnerte mich dies an meinen kürzlichen Aufenthalt in Baku, wo ich zum erstenmale eine türkische Kommunistin sah und hörte, wo ich im Saale mehrere Dutzend, vielleicht einhundert türkischer Kommunistinnen erblickte, ihre Begeisterung sah und hörte, diese Leidenschaft der versklavtesten aller Sklavinnen von gestern, die das neue Wort der Befreiung hörten und zu neuem Leben erwacht waren, und wo ich zum erstenmale mit voller Klarheit durchdachte und mir sagte, daß in der Bewegung der Völker des Ostens die Frau eine größere Rolle spielen wird, als in Europa und bei uns. (Beifall.) Warum? Ja, eben deshalb, weil die Frau des Ostens noch unvergleichlich mehr als der Mann geknechtet, unterdrückt, von Vorurteilen geplagt ist und die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse und der neue Windhauch der Geschichte sie mit noch größerer Kraft, mit noch größerer Schärfe aus den alten, bewegungslosen Verhältnissen herausreissen werden, als den Mann.

Wir beobachten auch jetzt noch im Osten der Herrschaft des Islam, der alten Vorurteile, Glaubenslehren, Gewohnheiten, aber dies alles verwandelt sich immer mehr in Schutt und Staub. Gleichwie ein vermodertes Gewebe, von der Entfernung gesehen, vollständig zu sein scheint, das ganze Muster zu sehen ist, alle Geflechte erhalten sind, aber eine Handbewegung genügt, ein frischer Windhauch, und das ganze Gewebe zerfällt in Staub: so sind im Osten die alten Glaubenslehren, die so tief verwurzelt zu sein scheinen, nur noch ein Schatten der Vergangenheit; man hat in der Türkei das Kalifat abgeschafft, und kein einziges Haar ist denen gekrümmt worden, die den Anschlag auf das Kalifat verübt haben; dies bedeutet, daß die alten Glaubensformen des Ostens verfault sind, und daß bei der nächsten geschichtlichen Bewegung der revolutionären werktätigen Massen die alten Glaubensformen nicht mehr ein ernstes Hindernis darbieten werden. Dies bedeutet aber zugleich, daß die in der Lebensführung, in den Sitten und Gebräuchen, in der Betätigung am meisten festgekettete orientalische Frau, die versklavteste der Sklavinnen, wenn sie — gemäß den Forderungen der neuen wirtschaftlichen Verhältnisse — den Schleier abgelegt haben wird, sich sofort einer gewissen geistigen Stütze beraubt fühlen wird; sie wird leiden-

schaftliches Dürsten danach empfinden, neue Gedanken, ein neues Bewußtsein zu erhalten, die ihr erlauben, ihre neue Lage in der Gesellschaft geistig zu beleben. Und es wird keinen besseren Genossen im Osten geben, keinen besseren Kämpfer für die Gedanken der Revolution, für die Gedanken des Kommunismus, als die erwachte arbeitende Frau. (Beifall.)

Genossen, darum ist es, daß Eure Universität weltgeschichtliche Bedeutung hat. Unter Ausnützung der ideologischen und politischen Erfahrung des Westens bereitet sie den großen revolutionären Sauerteig für den Osten vor. Eure Stunde wird bald schlagen. Das Finanzkapital Englands und Amerikas zerstört die wirtschaftlichen Grundlagen des Ostens, wirft Schicht nach Schicht um, vernichtet das Alte und schafft das Bedürfnis nach Neuem. Ihr erscheinet als die Säemänner mit dem Samen der Gedanken des Kommunismus, und die revolutionäre Produktivität Eurer Arbeit wird unermeßlich höher sein als die produktiven Arbeiten der alten marxistischen Generation Europas.

Aber Genossen, ich möchte nicht, daß aus dem von mir Gesagten Schlüsse im Geiste irgend eines östlichen Hochmutes gezogen werden. (Heiterkeit.) Ich sehe, daß mich niemand von Euch so aufgefaßt hat . . . Denn wenn irgendjemand von derartigem messianischem Hochmute und Verachtung des Westens erfüllt wäre, so wäre dies schon der kürzeste und schnellste Übergang zum Aufgehen in der national-demokratischen Ideologie. Nein, die kommunistischen Revolutionäre des Ostens in Eurer Universität müssen lernen, die Weltbewegung in ihrem Ganzen zu betrachten, indem sie die Kräfte des Ostens und des Westens unter dem Gesichtswinkel des einheitlichen großen Zieles vergleichen und verbinden. Man muß es verstehen, den Aufstand der indischen Bauern, den Streik der Lastträger in den Häfen Indiens, die politische Propaganda der bürgerlichen Demokraten der Gomindan-Partei, den Kampf der Koreaner um Unabhängigkeit, die bürgerlich-demokratische Wiedergeburt der Türkei, die wirtschaftliche und kulturell-erzieherische Arbeit in den Sowjetrepubliken des Transkaukasus richtig einzuschätzen, man muß all dies ideologisch und praktisch mit der Arbeit und mit dem Kampfe der Kommunistischen Internationale in Europa und im besonderen in England zu verbinden wissen, wo langsam, langsamer als viele von uns es möchten, aber sicher der Maulwurf des britischen Kommunismus die konservativen Festungen Macdonalds unterminiert. (Beifall.)

Euer dreijähriges Jubiläum ist natürlich an und für sich ein sehr bescheidenes Jubiläum. Viele von Euch befinden sich erst an der Schwelle des Marxismus. Aber Euer Vorzug vor der alten Generation, wiederhole ich, besteht darin, daß Ihr das A-B-C des Marxismus nicht in vom Leben abgeschnittenen Emigrantenzirkeln, in den Ländern des herrschenden Kapitalismus erlernt, wie es uns bestimmt war, sondern auf einem Boden, der vom Leninismus erobert worden ist, auf einem Boden, der mit Leninismus durchtränkt ist, auf einem Boden, der von der ideologischen Atmosphäre des Leninismus umhüllt ist. Ihr erlernt den Marxismus nicht bloß aus Büchlein, sondern habt die Möglichkeit, ihn in der politischen Atmosphäre dieses Landes einzuatmen. Dies trifft nicht nur auf jene zu, die hierher aus den zur Sowjetunion gehörenden östlichen Republiken gereist sind, dies trifft auch auf jene zu — und deren Bedeutung ist natürlich durchaus nicht geringer! —, die aus den unterdrückten Kolonialländern hierhergekommen sind.

Ob das letzte Kapitel des revolutionären Kampfes mit dem Imperialismus in einem Jahre, in zwei, drei oder fünf Jahren umgeblättert werden wird, wissen wir nicht; aber dafür wissen wir, daß jedes Jahr eine neue Anzahl Absolventen der kommunistischen Universität des Ostens bringen wird. Jedes Jahr wird eine neue Zelle von Kommunisten bringen, die das A-B-C des Leninismus kennen und die gesehen haben, wie dieses A-B-C bei der Arbeit angewendet wird. Wenn bis zu den entscheidenden Ereignissen ein Jahr vergehen wird, so werden wir einen Jahrgang haben; wenn zwei Jahre, so zwei Jahrgänge, wenn drei, so drei. Und im Augenblicke der entscheidenden Ereignisse werden die Studenten der kommunistischen Universität des Ostens sagen: „Hier sind wir. Wir haben etwas gelernt. Wir können nicht bloß die Gedanken des Leninismus in die Sprache Chinas, Indiens, der Türkei, Koreas übersetzen; wir haben auch gelernt, die Leiden, Leidenschaften, Forderungen und Hoffnungen der werktätigen Massen des Ostens in die Sprache des Marxismus zu übersetzen. — „Wer hat Euch dies gelehrt?", wird man fragen. „Dies hat uns die Kommunistische Universität der Werktätigen des Ostens gelehrt." Und dann wird man das sagen, was ich jetzt am Tage Eures dreijährigen Jubiläums sage: „Ein dreifaches Hoch der Kommunistischen Universität des Ostens. (Stürmische Ovationen und Gesang der „Internationale".)

Union der Sowjetrepubliken

Der russische Arbeiter als Journalist.

(„Rabkor")

Von Viktor Serge.

** Es gibt Demokratien und Demokratien.

Die formale Demokratie, die den Bürgern „Gleichheit vor dem Gesetz", sogenannte konstitutionelle Freiheiten und allgemeines Wahlrecht gibt, ist eine der geschicktesten Verkleidungen der absoluten Macht der Bourgeoisie. Was hat diese „Gleichheit vor dem Gesetz" eines Milliardärs und eines elenden Hungerleiders zu bedeuten? Was hat die „Volkssouveränität" zu bedeuten, wenn alle tatsächliche Macht von einer Finanzoligarchie ausgeübt wird? Was hat die berühmte Preßfreiheit zu bedeuten, wenn die Bourgeoisie im Besitze aller Druckereien, des ganzen Papiers und aller Zeitungen ist und die Journalisten in ihrem Solde stehen?

Die tatsächliche, die reale Demokratie — das heißt die reale Macht aller Staatsbürger, gleichgestellt bezüglich ihrer Arbeit und infolge dessen auch außerhalb ihrer Arbeit — wird erst in einer klassenlosen Gesellschaft verwirklicht werden, nach der Diktatur des Proletariats und durch die Diktatur des Proletariats, die dazu bestimmt ist, zunächst den Widerstand der besitzenden Klasse zu brechen. Solange die Herrschaft einer Klasse andauert wird, solange wird die tatsächliche Demokratie zweifellos nicht möglich sein; aber man wird unter dem Regime der proletarischen Diktatur ihre ersten Sprößlinge emporwachsen sehen....

Das ist bereits in Sowjetrußland der Fall. In keinem andern Land der Welt gibt es in der Gesellschaft — insbesondere außerhalb der Arbeit — weniger das Gefühl der Hierarchi (Rangordnung) als dort. In keinem andern Lande sind diejenigen, die die Macht ausüben, einer strengeren Kontrolle seitens der Masse unterworfen. So werden beispielsweise aus Anlaß der Reinigung der Partei die Arbeit und das Verhalten der Leiter der Unternehmungen und Sowjetbehörden seitens der Gesamtheit der Arbeiter — deren Großteil parteilos ist — kritisch durchgesiebt.

Es gibt auch nirgendwo auf der Welt innerhalb der Presse eine Einrichtung, die der „Rabkor" oder „Arbeiterkorrespondenz" vergleichbar wäre.

Gewiß, dies alles sind nur Anfänge neuer Sitten, noch sehr schwache und unvollkommene Anfänge, angesichts deren man noch allzuviele Überbleibsel und Reminiszenzen der Vergangenheit konstatieren muß. Denn die Revolution ist noch nicht zu Ende; sie dauert fort, sie geht noch immer Tag für Tag weiter: niemand kann sagen, wann sie beendet sein wird. Daran kann man erst recht den wahren Wert der Anfänge, die in die Zukunft weisen, ermessen....

Man hat in Rußland in der Zeit vom 4. bis 6. Mai die Tagung der Arbeiterpresse feierlich begangen. Praktisch war es das Fest des „Arbeiterkorrespondenten".

Um Arbeiterkorrespondent irgend eines Organes der proletarischen Presse Sowjetrußlands zu sein, genügt es, ein Arbeiter zu sein und ein vernünftiges Wort über die Arbeit, an der man beteiligt ist, zu sagen oder einen Mißbrauch aufzuzeigen oder einen Irrtum zu bekämpfen zu haben. Es ist nicht notwendig, in der Grammatik und in der Schriftsprache tadellos beschlagen zu sein; man weiß sehr gut, daß die Armen es noch lange nicht sein werden.

Wenn die „Korrespondenz", die Zuschrift eines Arbeiters an eine der Zeitungen, Tatsachen bringt, mögen sie auch traurige, ja sogar tiefbetrübliche Tatsachen sein, so werden sie veröffentlicht. Sind die Tatsachen schwerwiegend, so stellt das betreffende Organ zuvor fest, ob sie zutreffend sind. Wieviel Ziegel sind da nicht schon unversehens auf die harten Schädel schlechter Direktoren nationalisierter Betriebe oder nachlässiger Verwaltungsbeamter oder ein kommunistisches Gesicht zur Schau tragender Kleinbürger gefallen! Der Artikel — er ist stets gezeichnet! — der einen Mißbrauch aufzeigt, führt in dem betreffenden Milieu sofort eine deutliche Wirkung herbei. Es kommt auch vor, daß er Verfolgungen, Widerrufe und Reformen hervorruft.

Es muß noch bemerkt werden, daß die Betätigung als „Arbeiterkorrespondent" einen wahren Mut erfordert. Solch ein Korrespondent mit schwieligen Händen, den sein Gewissen zum Beruf des Korrespondenten treibt, befindet sich oft im Kampf

gegen ein feindliches Milieu und gegen Vorgesetzte, die bösen Willens sind; er wird oft zur Zielscheibe sehr gefährlichen Grolls. Meines Wissens haben vier oder fünf Arbeiterkorrespondenten ihre dem allgemeinen Wohl gewidmete Betätigung mit ihrem Leben büßen müssen...

Gegenwärtig zählen die „Prawda", die „Iswestia", die „Sirene" (Gudok), das gewerkschaftliche Tagblatt Moskaus, und die beiden andern proletarischen Tagblätter Moskaus, „Arbeiter-Moskau" und „Arbeiterzeitung", jedes Blatt für sich mehrere hundert Arbeiterkorrespondenten. Aber das Ziel ist, tausende zu haben, in jedem Betriebe, auf jedem Schiffe, in jeder Kaserne. In der Armee und in der Flotte ist diese Einrichtung erst jungen Datums. Man bemüht sich, sie weiter zu entwickeln. Sie wird die moralische Kontrolle der Menschen über ihre Führer und Leiter herbeiführen...

Die Auflage unserer Sowjetpresse ist im Verhältnis zum „New York Herald", zur „Vossischen Zeitung", zum „Daily Chronicle", zum „Matin" oder zum „Petit Journal" sehr gering. Das sei ohne weiteres zugegeben. Aber was findet man ausschließlich auf den Milliarden von Seiten, die von den unzähligen Organen der kapitalistischen Presse tagtäglich und unablässig dazu benützt werden, um die werktätigen ausgebeuteten Massen abzustumpfen? Man findet: 1. die Neuigkeiten großer Informationsbüros, die durchaus nach Wunsch (der Kapitalisten) „eingerichtet" sind; 2. falsche Nachrichten, deren Ausstreuung man für nützlich hält; 3. Artikel von Leuten, die die öffentliche Meinung berufsmäßig vergiften; 4. die Anpreisungen und Flunkereien der Charlatane aller Art in Politik, Wirtschaft, Medizin usw.; 5. die Unterhaltungsliteratur für die Bourgeoisie; 6. die kleinen Geschichten der Meistersinger und natürlich anderes Zeug dieser Art, das aufzuzählen überflüssig ist. In diesem tosenden Konzert ist kein Platz für den Werktätigen, den Ausgebeuteten, der seiner mühsamen Arbeit obliegt.

Das ist die „Freiheit" dieser Presse, das ist eine der fundamentalen demokratischen „Freiheiten"!

Diese „Freiheit" wird von der Revolution rücksichtslos und verächtlich zertreten. Aber dafür werden von ihr all denen, die arbeiten, die Spalten all dieser Zeitungen geöffnet. Den Werktätigen ruft die Revolution zu:

Schreibet, schreibet mit Euren Händen, die nicht geübt sind, die Feder zu halten, schreibet mit Euren ungeschminkten ungedrechselten Worten, wie Ihr sie in Betrieben und Bergwerken gebraucht! Auch das ist ein Teil Eures Kampfes gegen Eure Versklavung! Auch das ist ein Teil Eurer Befreiung, wenn Ihr das Schweigen brecht, das durch Jahrhunderte hindurch auf Euch gelastet hat...

Wirtschaft

Die Lage im englischen Bergbau.

Von Egon.

** Die vom englischen Arbeitsministerium eingesetzte Untersuchungskommission zur Prüfung des Bergarbeiterkonflikts und der allgemeinen Lage im englischen Bergbau hat ihre Arbeiten beendet, und der Bericht liegt schon vor. Wie bekannt, ist diese Kommission eingesetzt worden, nachdem die Bergarbeiter und die Unternehmer in ihren Verhandlungen über die Neuregelung des Lohnvertrages auf den toten Punkt geraten und auch die Vermittlungsversuche der Regierung gescheitert waren. Die Kommission bestand aus Lord Buckmaster, einem führenden Juristen, Mr. Roscoe Brunner aus dem bekannten chemischen Brunner-Mond-Konzern, und Mr. Cameron, einem Gewerkschafter. Viel war von diesem Untersuchungsausschuß nicht zu erwarten, denn es war ihm ausdrücklich nicht das Ziel gesetzt, einen positiven Vermittlungsvorschlag zu machen, sondern er sollte die **Arbeitslage und Lohnverhältnisse seit dem Kriege untersuchen.**

Zunächst ein paar Worte über die so oft genannte **Sankey-Kommission**, die in Verbindung mit dem gegenwärtigen Konflikt im englischen Bergbau und mit der Bewegung der englischen Bergarbeiter seit 1919 eine große Rolle spielte. Die Sankey-Kommission wurde im Jahre 1919, in der Zeit der ersten schweren Krisis der Bergindustrie seit dem Kriege eingesetzt, um ebenfalls „die Arbeitslage und Lohnverhältnisse zu prüfen". Unter dem Vorsitz von Mr. Sankey erkannte die Untersuchungskommission damals die **Gerechtigkeit der Bergarbeiterforderungen an** und ging sogar soweit, eine **Nationalisierung der Gruben** zu befürworten. Aber nichts wurde in dieser Richtung unternommen. In dem jetzigen Konflikt war es für jedermann klar, daß die Einsetzung der neuen Kommission unter Vorsitz des Lord Buckmaster nur ein Verzögerungsmanöver seitens der **Macdonald-Regierung** war, die keinen Hehl daraus macht, **daß sie den britischen Kapitalismus schützen und die Arbeiterschaft „von unbesonnenen Schritten" abhalten will.** Es ist deshalb für uns leicht zu verstehen, warum die fortschrittlichen und klassenbewußten Elemente im englischen Bergbau dieser Kommission mit viel Mißtrauen entgegensahen. Von vornherein war die Buckmaster-Kommission zur Ohnmacht verurteilt; über die Reorganisation des Bergbaues durfte sie nicht entscheiden; einen positiven Vorschlag konnte sie nicht machen; sie durfte und konnte nur prüfen . . .

Trotz alledem ist es sehr interessant und lehrreich zu wissen, was diese Untersuchungskommission über die Forderungen der englischen Bergarbeiter und über die allgemeine Lage der Bergindustrie zu sagen hat. Zunächst über die **Forderungen der Bergarbeiter**, wie sie vom Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, **Herbert Smith**, vor der Kommission aufgestellt worden sind. Diese Forderungen waren in ihren Hauptpunkten: ein auskömmlicher Lohn, der nicht geringer sein soll als die Löhne von 1914 (einschließlich der lokalen Änderungen, die seither eingeführt wurden, um Anormalitäten zu beseitigen) plus einem Zuschlag entsprechend dem Teuerungsindex, und außerdem einem Zuschlag von 2 Schilling pro Arbeitstag für Erwachsene und 1 Schilling für Jugendliche unter 16 Jahren — wie das Sankey-Komitee seinerzeit zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter vorgeschlagen hatte. Die Vertreter der Bergarbeiter forderten ferner, daß an erster Stelle **die Profite der Industrie zur Sicherung eines Mindestlohnes für alle Bergarbeiter** verwendet werden müßten, diese Mindestlöhne müßten dem vom Arbeitsministerium herausgegebenen Lebenhaltungsindex entsprechen. Die Profite der Grubeneigentümer pro Tonne Kohle dürften nicht die Vorkriegsprofite übersteigen. Außerdem sollten die Profite der Koksindustrie und der Nebenproduktunternehmen als Ertrag der Kohlenindustrie betrachtet werden (was bis jetzt nicht der Fall ist).

Über die tatsächlichen Lohn- und Profitverhältnisse machte der Untersuchungsausschuß folgende Feststellungen: Die Behauptung der Arbeiter, daß die **realen**, das heißt die an der Teuerung gemessenen **Löhne der Bergarbeiter unter dem bestehenden Lohnvertrag geringer sind als die im Jahre 1914**, ist richtig. Es ist auch eine Tatsache, daß der bestehende Lohnvertrag die **Gewinne der Grubenbesitzer im Vergleich zur Vorkriegszeit erhöht hat.** Durch diese beiden Feststellungen ist die Berechtigung der Forderungen der Arbeiterschaft „moralisch anerkannt"... Der Bericht spricht sich nicht darüber aus, ob jener Zuschlag von 2 Schilling pro Arbeitstag befürwortet werden müsse oder nicht. Die Kommission unterläßt es ebenso, eine bindende Meinung zu äußern, ob der Standardprofit der Unternehmer auf eine feste Rate im Verhältnis zur Vorkriegszeit festgelegt werden soll. Dagegen erkennt sie die, vom Arbeiterstandpunkt aus betrachtet, sehr wichtige prinzipielle Forderung an, daß für die Arbeiterschaft **Minimallöhne** festzusetzen seien, und zwar mit dem Recht auf restlose **Vorwegbefriedigung aus den Einkünften der Industrie**, und daß erst, wenn das Minimum bezahlt ist, eine Profitverteilung vorgenommen werden kann. Mit anderen Worten, die Untersuchungskommission billigt den Standpunkt der Arbeiter, daß **der erste Posten auf der Rechnung der Kohlenindustrie ein Mindestlohn für alle Bergarbeiter sein muß.** Diese Untersuchung brachte viele schlagende Tatsachen zu Tage, die bis jetzt nicht ganz bekannt waren. Das statistische Material zeigt zum Beispiel, daß der Reinertrag, den die Unternehmer im Jahre 1923 ernteten, fast das Doppelte des Profits vom Jahre 1913 ist. Der Durchschnittsprofit pro Tonne Kohle für die fünf Jahre 1908 bis 1913 betrug 8 Pence, dagegen im Jahre 1923 pro Tonne 1 Schilling 2 Pence. Ein weiterer, für die moralische Stellung der Arbeiterschaft wichtiger Punkt ist die ausdrückliche Feststellung der Kommission, daß die **Produktion pro Kopf und Stunde nicht** gefallen (wie es die Unternehmer behaupten), sondern sogar um einen Kleinigkeit gestiegen ist (wenn man berücksichtigt, daß inzwischen die Arbeitszeit verkürzt worden ist). So ergibt sich, daß die Vorkriegsproduktion pro Mann und Schicht 17,27 Ztr. betrug; im vergangenen Jahre stand die Durchschnittsleistung auf 17,97 Ztr. pro Kopf. Außerdem erklärte die Untersuchungskommission in ihrem Bericht, daß das Risiko, das mit der Arbeit eines Bergarbeiters verbunden ist,

unter allen Umständen in Betracht gezogen werden müsse, wenn man die Lohnfrage behandelt.

In diesem Bericht der Untersuchungskommission stellen also ein Lord und ein Großindustrieller fest, daß erstens der Kampf des linken Flügels im englischen Bergbau für Mindestlöhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen vollständig berechtigt ist und daß zweitens unter den heutigen Zuständen, wo „die Profite der Grubeneigentümer gesichert sein müssen", den Arbeitern kein ausreichender Lohn gezahlt werden kann.

Inzwischen haben neue Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden, und wie es scheint, wird es den Gewerkschaftsbürokraten auf einige Zeit gelingen, den unausbleiblichen **Kampf zu verschieben.** Am 16. Mai akzeptierte die **Exekutive des Bergarbeiterverbandes** die neuen Vorschläge der Unternehmer und empfahl der Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter, die am 29. Mai zusammentritt, diese Vorschläge anzunehmen. Es soll ein Vertrag, der vom 1. Mai dieses Jahres ab gilt, auf zwölf Monate abgeschlossen werden. Die Hauptpunkte dieses Vertrags sind wie folgt: Zuerst kommen die **Standardlöhne**, die ungefähr denen von 1914 gleichen; erst nach Abzug dieser Standardlöhne kann ein **Standardprofit** in der Höhe von 15% der Standardlöhne (anstatt 17% wie bisher) abgezogen werden. Der **Überschuß**, wenn ein solcher vorhanden ist, wird folgendermaßen verteilt: 88% werden für Löhne verwendet, und 12% werden als **Profit** ausgezahlt. Im alten Vertrag war das Verhältnis 83 zu 17, und die Unternehmer hatten in den früheren Verhandlungen das Verhältnis von 87 zu 13 angeboten. Aber sogar, wenn kein Überschuß vorhanden ist, müssen die Bergarbeiter ein Minimum von 33⅓% über den Standardlöhnen erhalten (im alten Vertrag nur 20%; das frühere Angebot der Unternehmer war 33½%). Wenn nach Auszahlung dieser Mindestlöhne nicht genug Geld für den Standardprofit übrig bleibt, so wird dieser Posten bis zur nächsten Periode übertragen. Niedrig bezahlte Tagelöhner erhalten 12½% Zuschlag. Außerdem ist vorgesehen, daß erwachsene Tagelöhner nicht weniger als 40% über den Standardlöhnen erhalten.

Man sieht aus dem Vergleich dieser Arbeitsbedingungen mit denen, die von den Bergarbeitern in ihrer Urabstimmung und von den Führern selbst vor der Untersuchung mit Entschiedenheit abgelehnt wurden, und die jetzt angenommen werden, daß sie fast dieselben geblieben sind. Warum? „Wir sind gegenwärtig zu schwach, den Kampf aufzunehmen", sagen sie; „wir nahmen die Bedingungen an", so sagt Varley, Mitglied der Bergarbeiterexekutive, „nicht weil wir mit ihnen zufrieden sind, sondern weil wir gegenwärtig geschwächt sind". Das mag gegenwärtig auch zutreffen, denn die **Bergarbeiterbürokratie hat den Kampf während eines ganzen Jahres bewußt sabotiert**, und jetzt wird sie von dem Prinzip beherrscht, man solle **nicht die Macdonald-Regierung beunruhigen** oder stören.

Aber wie die Führer der englischen Bergarbeiter selbst zugeben müssen, ist der Konflikt nicht beigelegt; der Kampf nicht erledigt. „Dies ist kein Friede, nur ein **Waffenstillstand**", äußerte sich ein Führer des linken Flügels. **A. J. Cook**, der neue Sekretär des Bergarbeiterverbandes schreibt im Zentralorgan der Kommunistischen Partei Englands: **„Uns tut eine wirkliche Bergarbeiterinternationale not.** Wir können nicht einen Sieg erhoffen, **solange die deutschen Bergarbeiter 8 und 10 Stunden arbeiten müssen.** Der englische Bergarbeiterverband und die Bergarbeiterinternationale müssen reorganisiert werden." Die **Oppositionsbewegung** unter den englischen Bergarbeitern hat bereits einen mächtigen Fortschritt gemacht. Die Arbeiterschaft schaart sich um die revolutionären Organisationen und bekundet unzweideutig ihr **Vertrauen** zur Roten Gewerkschafts-Internationale.

Arbeiterbewegung

Ein Debut der Amsterdamer in Asien.

Von J. B. (Jerusalem).

** Vor einiger Zeit wandte sich das Büro der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale mit einer Begrüßung an die „Allgemeine Organisation jüdischer Arbeitender in Palästina (Eretz-Israel)", die es mit Stolz als ersten „großen Zweig in Asien" bezeichnete und mit offenen Armen in ihre Mitte aufnahm. Die neugebackenen Amsterdamer hatten nun Gelgenheit, sich ihrer Internationale würdig zu erweisen.

Die „Allgemeine Organisation jüdischer Arbeitender" („Histadruht") wurde von den auf Grund der Balfour-Deklaration unter englischem Schutz ins Land gekommenen zionistischen „Pionieren" gegründet, die sich ihrerseits aus den Reihen der durch den Krieg deklassierten jüdischen kleinbürgerlichen Massen in Osteuropa rekrutieren. Dem Wirrsal von allen möglichen nationalchauvinistischen, kooperativistischen sowie Aufopferungsideen entsprang die Organisation der jüdischen Arbeitenden in Palästina, die sich als Hauptaufgabe die **Realisierung des Zionismus**, das heißt die jüdische Kolonisierung Palätinas stellte, zu der die jüdischen Kapitalisten den Pionieren die Mittel zur Verfügung stellen, die das Übrige durch ihre unermüdliche Arbeit erreichen sollten. Mit Hilfe zionistischer Gelder wurde tatsächlich, wenn auch im geringen Umfange, eine Reihe landwirtschaftlicher und städtischer Kooperativen gegründet, die die Basis der „Histadruht" bildeten. Die ökonomische Unzulänglichkeit dieser Gebilde inmitten eines armen, rückständigen Landes, das noch in derselben Zeit vom englischen Imperialismus aufs äußerste ausgebeutet wird und das gleichzeitige Versagen des „jüdischen Kapitals", das bessere Verwendung kennt, als sich zu unproduktiven Experimenten ausnutzen zu lassen, verwickelte die durch die „Histadruht" geschaffenen wirtschaftlichen Institutionen in ein Netz von Widersprüchen, aus dem es keinen Ausweg gibt, und läßt den Fortbestand der kolonisatorischen Positionen von den **Spenden** abhängen, die die Zionistische Organisation, auf die nationalistischen Gefühle der Juden in den verschiedenen Ländern spekulierend, aufzutreiben imstande ist.

Während also die konstruktiv-kolonisatorischen Pläne, für die die „Histadruht" gegründet wurde, Schiffbruch erlitten, blieb ihr die andere Aufgabe vorbehalten, mit der sie dem englischen Imperialismus und seinen zionistichen Agenten dienen sollte. Dies war die Niederhaltung der Arbeiterbewegung. Eine solche war in Palästina **in** dem Rahmen der kolonisatorischen Tätigkeit, hauptsächlich aber **außerhalb** dieses Rahmens (durch die Errichtung industrieller Unternehmungen, die Regierungsdepartements, die Verbreitung des Eisenbahnnetzes usw.) entstanden und drohte, immer weitere Kreise sowohl innerhalb der eingeborenen wie der eingewanderten Arbeiterschaft zu ziehen — ebenso gefährlich für den englischen Imperialismus als Beginn einer großzügigen antiimperialistischen Bewegung wie für die zionistischen Kolonisatoren als Wegweiserin für die Emigranten, sich von dem Joche der ihnen für die zionistischen Zwecke auferlegten Opfer zu befreien. Die systematische Unterdrückung einer **gewerkschaftlichen Klassenorganisierung** vor allem durch Ausschluß der überwiegenden arabischen Arbeiterschaft und dann durch **Diskreditierung** der Anfänge einer solchen Organisierung mittels Verrat von Streikationen, Sabotage und aktiver Störung der Organisierungstätigkeit, bei gleichzeitiger Ausnutzung äußerlicher **Gewerkschaftsformen** (daher Anschluß an Amsterdam), um sich als Vertreter der „Arbeiterschaft" aufspielen zu können — das war das Hauptresultat der „Histadruht"-Tätigkeit im Laufe von drei Jahren.

Außerdem erwies sich die „Histadruht", die nicht nur aus fiktiven „Gewerkschaften", sondern gleichzeitig aus politischen Parteien besteht (Labour-Party-Imitation), als wichtige politische Stütze des englischen Imperialismus im Lande. Ihre Führer, frühere Offiziere der britischen und amerikanischen „Erlöserlegionen", die **freiwillig** in den Krieg **gezogen waren**, um „Erez Israel für die Hebräer zu gewinnen", genießen Zuneigung und Freundschaft der imperialistischen Blutegel, erhalten Zugeständnisse und Protektionen für die wirtschaftliche Tätigkeit, so lange sie die arabische Arbeiterschaft der Organisierung fern- und die jüdische im Zaume des „nationalen Aufbaues" halten.

Innerhalb dieser „Histadruht" nun bildete sich ein Kern klassenbewußter Arbeiter, die ihre Hauptaufgabe in dem revolutionären Kampf gegen den Imperialismus und seine Helfer sowie in der Organisierung einer proletarischen, internationalen Massenbewegung in Palästina und den angrenzenden Ländern sahen. In verhältnismäßig kurzer Zeit gelang es diesem Kern, einen großen Teil der jüdischen **Arbeiter** in der „Histadruht" um sich zu konzentrieren. Die Gewerkschaftsbewegung brach sich **elementar** Bahn und zog auch arabische Arbeiter, allen Störungen zum Trotz, in ihren Kreis. Die „Histadruht", wirtschaftlich bankrott, sah den einzigen Ausweg in der Schaffung eigener Kapitalien zur Wiedererlangung der ökonomischen Positionen. Die enthusiastischen „Pioniere" waren teils eigensüchtige Kleinbürger, teils durch Not und Arbeitslosigkeit demoralisiert oder zu neuerlicher Auswanderung gezwungen und teils in das Lager der klassenbewußten Arbeiter hinübergedrängt worden. War für die „Histadruht"-Führer im Inlande die Organisierung von Ge-

werkschaftszellen das größte Verderben, so schüchterte sie noch mehr die Gefahr ein, die Geldsammelaktionen im Ausland durch Aufklärungen über die wahre Lage in Palästina und ihre Rolle unterbunden zu sehen.

Die auf der „ideologischen Basis der RGI. stehende" Arbeiterfraktion der „Histadruht" tat beides: sie wuchs im Lande und durchschnitt durch gründliche Aufklärungstätigkeit in der jüdisch-proletarischen Presse im Auslande die Verbindungen, die der „Histadruht" aus den Spargroschen der jüdischen Proletarier in Amerika oder Argentinien neue Mittel zur Fortsetzung ihrer Lakaiendienste für den englischen Imperialismus und gegen die Arbeiterbewegung hätten zuführen können.

Die Antwort war eine unerhörte Kampagne gegen die „Arbeiterfraktion", bei der Worte wie „Nationalverräter", „Provokateure", „Moskauer Agenten", die geringsten waren. Die Mitglieder der Arbeiterfraktion wurden terrorisiert, boykottiert, geächtet — es half alles nichts: die Abeiterschaft marschierte nach links. Da entschlossen sich die „Histadruht"-Führer, zu einem verzweifelten Mittel zu greifen. Ohne daß die Arbeiterfraktion zu Worte gekommen wäre, ohne Untersuchung, ohne Überprüfung der Beschuldigungen, wurde auf administrativem Wege die folgende Resolution angenommen, die wohl auch in der reichhaltigen Literatur der Herren Amsterdamer eine Rarität bildet:

„Der oberste Rat der Allgemeinen Organisation jüdischer Arbeitender in Palästina ('Histadruht') gibt bekannt, daß die Gruppe Menschen, die sich unter dem Namen ‚Arbeiterfraktion' in der ‚Histadruht' verbirgt, durch ihre Taktik und Handlungsweise erwiesen hat, daß sie Feindin des jüdischen Volkes und der Arbeiterklasse in Palästina ist. Der Rat brandmarkt die Beschuldigungen gegen die zionistische Emigration (Alijah) und die Verleumdungen gegen die jüdische Arbeiterbewegung im Lande, die dahin zielen, die internationale Arbeiterwelt irrezuführen. Der Rat beschließt, die Arbeiterfraktion in der ‚Histadruht' als aufgelöst zu erklären, und zwar in allen ihren Formen und Namen. Es werden keinerlei Listen seitens der Arbeiterfraktion und seitens jener, die ihre Tätigkeit fortsetzen werden, als Wahllisten zu den Kongressen, Vereinen und Institutionen der ‚Histadruht' angenommen. Der Rat beschließt, daß alle Vertreter der Arbeiterfraktion sowie ihre Kandidaten, die in ihrem Namen bei Kongressen, Räten, Versammlungen, Vereinen und Institutionen der ‚Histadruht' erscheinen, ausgeschlossen sind. Jeder der Ausgeschlossenen hat das Recht der Appellation an das höchste Tribunal der ‚Histadruht.'"

Der Beschluß wurde knapp vor dem ersten Mai angenommen. Während die Polizei, unter Macdonalds glorreicher Regierung, Maidemonstrationen streng verbot und das in Palästina stehende englische Militär in hoher Bereitschaft mit Tanks und Aeroplanen zur Stelle war, jeden Versuch einer Kundgebung zu unterdrücken, hielten die Amsterdamer den Moment für gegeben, die erwachende Gewerkschaftsbewegung mit „Ratsbeschlüssen" für „heute und immerdar" zu erdrosseln. Amsterdam hat in Asien debutiert...

Jugendbewegung

Der Kampf der Kommunistischen Jugend Frankreichs gegen die Ruhrbesetzung.

Jaques Doriot zum vierten Male verurteilt.

** Gegen die militärische Ruhrbesetzung hat die revolutionäre Jugend **Frankreichs** gleich seit den Januartagen 1923 aufs entschiedenste protestiert. Unter den Besatzungstruppen wurde die rührigste Agitation entfaltet. An vielen Stellen kam es zu Verbrüderungsszenen zwischen dem Militär und den Arbeitern. Ganz besonders aufklärend wirkte die Kommunistische Jugend. Das tat hervorragend eine vom Genossen **Doriot** redigierte Militärzeitung „Le conscrit", die für die Aufklärung unter den Rekruten bestimmt war. **Jaques Doriot,** dieser mutige Jugendgenosse, saß bereits im Kerker. Und er stand am 9. Mai erneut vor Gericht, um sich zu verantworten wegen **„Aufreizung zum Ungehorsam".** Mit ihm saßen noch auf der Anklagebank die Jugendgenossen **Lebertois** und **Joubert** wegen des gleichen „Verbrechens". Das Urteil war ein **Klassenurteil. Doriot** und **Lebertois erhielten sechs Monate, Joubert vier Monate Gefängnis.**

Jaques **Doriot** aber schleuderte seinen Richtern folgende Anklage ins Gesicht:

„Meine Herren Richter!

Der Artikel, den Sie hier unter Anklage stellen, ist im ‚Conscrit' erschienen, als in **Deutschland** die Revolution heranrollte; die Revolution, deren Ziel es war, die großen Ausbeuter zu expropriieren, die Stinnes und Krupp ebenso wie ihre französischen Verbündeten, die Herren vom ‚Comité des Forges'.

Die Besatzungsarmee war dazu bestimmt, nach dem Wunsche der verbündeten französischen und deutschen Kapitalisten die Erhebungen der deutschen Arbeiter im Blut zu ersäufen. Die Abschlachtung der deutschen Arbeiter würde bedeutet haben den Sieg der gemeinsamen Feinde der Arbeiter und Soldaten: nämlich der Kapitalisten dieser zwei Länder. Unter solchen Bedingungen konnten allein die Soldaten die Situation retten und den Frieden behaupten, indem sie ein Blutbad in Europa zu vermeiden suchten. Wir haben ihnen zugerufen: **‚Schießt nicht auf deutsche Arbeiter!'**

Die französischen Kommunisten haben immer ein tiefes Vertrauen zu den internationalen Gefühlen der deutschen Arbeiter gehabt. Trotzdem die **Ruhrbesetzung (deren einziges positives Ergebnis das Reichstagsmandat Ludendorffs war),** eine dauernde Aufreizung zum Revanchekrieg war, bildete sich um die Kommunistische Internationale ein fester Kern der deutschen Arbeiterklasse. Das haben die Erfolge der deutschen Kommunisten zu den Wahlen bewiesen. Die deutschen Arbeiter sind weit davon entfernt, das französische Proletariat mit den imperialistischen Drahtziehern Frankreichs zu verwechseln, ebensowenig, wie sie nicht mehr daran denken, sich vor den Karren ihrer Nationalisten spannen zu lassen.

Unser Appell zur Verbrüderung wird durch diese Tatsachen ganz und gar gerechtfertigt. Nichts kann die französischen Proletarier im Waffenrock hindern, ihre deutschen Leidensgenossen zu umarmen. **Solange der imperialistische Brigantenein fall in die Ruhr andauern wird, werden meine Proteste nicht enden.** Solange sich noch ein Soldat im besetzten Gebiet aufhält, werde ich ihm raten, sich mit den deutschen Arbeitern zu verbrüdern. Und die Zahl derjenigen, die diese Ideen propagieren, vermehrt sich von Tag zu Tag. Seit meiner letzten Verurteilung haben sich in Frankreich 1500 Jugendliche um die Fahne des Kommunismus gesammelt. **Eure Verurteilungen werden uns nicht aufhalten.** Sie zeigen uns nur, daß wir den richtigen Weg verfolgen im Kampfe gegen unsere Ausbeuter. Von dieser Tribüne, auf der es mir jetzt allein erlaubt ist, zu sprechen, will ich den Rekruten der Klasse 24, die morgen abreisen, zurufen:

‚Wenn Ihr an die Ruhr geht, verbrüdert Euch mit den deutschen Arbeitern!'"

Genosse **Doriot** wurde am 11. Mai als Deputierter in die französische Kammer gewählt — und ist so dem Kerker entrissen worden.

Aus der Internationale

An die Reichskonferenz der Kommunistischen Partei Frankreichs.

** Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sendet Euch seine brüderlichen Grüße und beglückwünscht Euch wärmstens zu dem großen Wahlerfolg, den Ihr am 11. Mai errungen habt. 900.000 Stimmen und 26 Deputierte sind ein gewaltiges Ergebnis für die Partei der proletarischen Revolution. Die 100 Sitze, die die Sozialdemokraten, dank ihrem Bündnis mit der Bourgeoisie, gewonnen haben, sind ein neuer Beweis der Verrates dieser angeblichen Sozialisten.

Die Herren Sozialisten haben erklärt, daß sie nur für einen Augenblick einen gemeinsamen Block mit den Bürgerlichen gebildet haben. Dies ist natürlich nichts als Lüge. In Wirklichkeit sind sie ein unlösbares Bündnis mit ihnen eingegangen. Dieses Bündnis besteht, mögen sie nun demnächst in die Regierung eintreten oder nicht. Die Herren Sozialisten von Frankreich sind, wie der größte Teil der Führer der Zweiten Internationale, nichts anderes als der linke Flügel der Bourgeoisie. Die Wahlen haben dies mit einer Klarheit, die nichts zu wünschen übrig läßt, bewiesen. Das Unglück der revolutionären Bewegung ist darin gelegen, daß sich dieser linke Flügel der Bourgeoisie immer auf eine gewichtige Fraktion von Arbeitern, die in der Politik noch unerfahren sind, stützt.

Wir begrüßen besonders den glänzenden Sieg unserer Partei in Paris, das ein Zentrum von riesig politischer Bedeutung

ist. Er beweist, daß die Organisation des Seinedepartements eine unserer besten Organisationen ist. Aber es gilt, nicht nur Paris zu erobern, sondern die Arbeiter ganz Frankreichs.

Die neue politische Situation stellt die Kommunistische Partei Frankreichs vor gewaltige Aufgaben. Sie allein wird nicht nur Poincaré und die Leute seines Schlages, sondern auch jede bürgerlich-demokratische Regierung oder sozialistisch-bürgerliche Koalitionsregierung im allgemeinen bis zum äußersten bekämpfen. Die Anwendung der Taktik der Einheitsfront wird unter diesen Umständen noch komplizierter sein. Das wesentliche Ziel der KPF. muß von nun an in noch höherem Maße als bisher die Eroberung der gesamten Arbeiterklasse und der revolutionären Elemente der Bauernklasse sein; es gilt, tiefer als jemals in die Massen einzudringen.

Wir sind davon überzeugt, daß die Reichskonferenz sich auf der Höhe der Situation befinden und Beschlüsse fassen wird, die der Partei würdig sind. In jedem Fall stellt das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale mit Genugtuung fest, daß die KPF. eine große Kommunistische Partei geworden ist und ihre Wahlkampagne mit einer untadeligen, unbeugsamen Prinzipienfestigkeit, wie dies die Pflicht wahrer Kommunisten ist, geführt hat.

Moskau, 21. Mai 1924.

Der Präsident des
Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale:
(gez.) SINOWJEW.

Beileidstelegramme des EKKI. zum Tode des Genossen Blagoew.

An das ZK. der KP. Bulgariens.

An den kommunistischen Deputierten **Stojanow.**

Genossen!

** Die Nachricht vom Tode Blagoews empfinden wir schwer, eben so schwer, wie Ihr sie empfindet. Der Alte gehört Euch wie auch uns, nicht nur, weil die Kommunistische Partei Bulgariens vom ersten Augenblicke an unter seiner Führung auf der Seite der Komintern mit ihr ganz verbunden war, sondern auch, weil er es war, der den Grundstein zum Aufbau der kommunistischen Musterpartei, der Kommunistischen Partei Rußlands, gelegt hatte.

Die Fahne der Internationale der Tat senken wir heute vor dem Grabe Blagoews. Die Kommunistischen Parteien der ganzen Welt und alle revolutionären Arbeiter, die ohne Zweifel aus der halbhundertjährigen Tätigkeit Blagoews gelernt haben und zu lernen haben, senden Euch ihr brüderliches proletarisches und revolutionäres Beileid zu dem Verluste Blagoews.

Die Kommunisten der ganzen Welt übermitteln bei dieser Gelegenheit der erprobten Kommunistischen Partei Bulgariens und den dortigen revolutionären Proletariern ihre Solidaritätsgrüße. Wir wünschen den Arbeitern und Bauern Bulgariens unter der Führung der Schüler Blagoews den baldigen endgültigen Sieg über die nationalistisch-faschistische Bourgeoisie, der zu einer Lebensnotwendigkeit der ganzen Balkanvölker geworden ist.

Es lebe der Kampf im Geiste Blagoews!
Es leben die revolutionären Arbeiter und Bauern Bulgariens!
Es lebe die Kommunistische Partei Blagoews!
Es lebe die Kommunistische Internationale!

Das Exekuxtivkomitee
der Kommunistischen Internationale.

An die Familie des Genossen Blagoew.

Liebe Genossen!

Empfangen Sie das tiefste Beileid der Kommunistischen Internationale, der revolutionären Arbeiterschaft der Welt für den schweren Verlust, den Sie und wir mit Ihnen durch den Tod unseres Genossen Blagoew erlitten haben. Wir, die Kommunisten aller Länder, wissen, wer Dimitri Blagoew war und was er für die ganze internationale Arbeiterschaft bedeutet. Blagoew wird für uns unvergeßlich sein. Erlauben Sie uns, den Schmerz mit Ihnen zu teilen.

Mit brüderlichen Grüßen

Das Exekuxtivkomitee
der Kommunistischen Internationale.

Rote Sportinternationale

Die Rote Sport-Internationale auf dem Wege zur Weltorganisation.

Von Fritz Reussner.

** Das Anwachsen der Mitgliederzahl in den Organisationen der physischen Kultur ist ein Zeichen, daß sich die Arbeiterjugend in großem Maße den Turn- und Sportorganisationen zuwendet. Das hat seine Ursachen darin, daß in einigen Ländern die schärfer werdende Industriealisierung die Arbeiter treibt, den Körper nach der einseitigen Tagesarbeit allseitig durchzubilden. In den Ländern, wo das Proletariat unter einer ungeheuren Ausbeutung und Verelendung zu leiden hat, ist es der Drang, sich vor der Degeneration und Entartung zu schützen, der zu Leibesübungen zwingt. Außerdem bricht sich der Gedanke Bahn, daß die Ausnützung der physischen Kultur ein vorzügliches Mittel des Klassenkampfes ist.

Nicht nur die Arbeiterturn- und Sportorganisationen haben sich stark entwickelt, sondern auch das Bürgertum hat seine Aufmerksamkeit der Entwicklung der Organisationen der physischen Erziehung geschenkt. Die Stärke der bürgerlichen Organisationen übertrifft um ein Bedeutendes die Stärke der Arbeiterturn- und Sportorganisationen. Die bürgerlichen Verbände sind zu vorzüglichen Kaders der Konterrevolution geworden und bilden einen Stamm wehrfähiger Menschen, die bereit sind, gegen das Proletariat vorzugehen. Außerdem sind sie mit nationalchauvinistischem Geist durchdrungen. Wir finden in diesen Organisationen einen großen Prozentsatz proletarischer Jugendlicher, die ihrer Klasse entfremdet werden.

Die Arbeiterturn- und Sportverbände sind Massenorganisationen, sie bieten für die revolutionäre Bewegung ein gutes Feld der Propaganda und praktischen Ausnützungsmöglichkeiten. Die Kommunistischen Jugendverbände und Parteien müssen der Sportfrage eine gewisse Aufmerksamkeit schenken.

Die Rote Sport-Internationale (RSI.) wurde im Jahre 1921 in Moskau gegründet. Ihr Hauptziel ist die Bekämpfung der bürgerlichen Turn- und Sportbewegung und der Kampf gegen die reformistische Verflachung der Arbeiterverbände sowie die Schaffung einer proletarischen physischen Erziehung. In den drei Jahren der Arbeit haben wir schon ziemlich bedeutende Resultate zu verzeichnen. Wenn der Bestand der RSI. vor drei Jahren noch sehr klein und in der Hauptsache nur in Rußland vorhanden war, so mustern wir jetzt schon ein stattliches Heer von Anhängern in fast allen europäischen und einigen außereuropäischen Ländern.

Wir besitzen gegenwärtig vier Sektionen: **Rußland, Tschechoslowakei, Frankreich** und **Uruguay**. Zwei Verbände wurden aufgelöst: **Bulgarien** und **Estland**. In **Finnland, Elsaß-Lothringen** und **Italien** besitzen wir revolutionäre Mehrheiten, doch diese Länder gehören noch der reformistischen Luzerner Arbeitersport-Internationale an. Starke Fraktionen arbeiten in **Deutschland**, in der **Schweiz**, in **Österreich**, in der **Tschechoslowakei** (Deutsche Gebiete) und in einigen anderen Ländern. Vor der Schaffung von Arbeiterverbänden stehen wir in **Norwegen, Schweden** und **Jugoslawien**. Mit zahlreichen anderen Ländern, wie **Amerika, England, Belgien, Südafrika, Palästina, Rumänien, Kanada, Holland** und den Randstaaten, stehen wir in Verbindung. Der Mitgliederbestand der RSI. umfaßt annähernd zwei Millionen. Damit sind wir so stark wie die reformistische Luzerner Sport-Internationale.

Mit der stärkeren Propaganda für die RSI. und der weiteren Eroberung reformistischer Verbände tritt die Spaltungsfrage in unmittelbare Nähe. Durch die vollendete Schuld der Reformisten hat sich in Frankreich im vorigen Jahre eine Spaltung vollzogen. Es ist ganz klar, daß wir die Spaltung ablehnen und ein Interesse an der Erhaltung starker Arbeiterverbände haben. Zu diesem Zwecke haben wir die Parole der Einheitsfront herausgegeben. Die reformistische Sport-Internationale organisiert für das Jahr 1925 eine große internationale Arbeitersportolympiade. Die RSI. will an dieser Olympiade teilnehmen. Die Reformisten sabotieren diese Teilnahme. Die Mitglieder in den reformistischen Verbänden laufen Sturm gegen ihre Bürokratie. **Die RSI. hat die Bürokratie der reformistischen Internationale gewarnt, die Einheit der Verbände aufs Spiel zu setzen.** In Frankfurt a. M. tagte zwecks Vorbereitung der Olympiade am 23. April eine inter-

nationale Konferenz der Reformisten. Die RSI. war nicht eingeladen, doch trotzdem war eine Delegation dort. Die Reformisten enthüllten ihre offene Feindschaft gegen die RSI. **1,700.000 Mitglieder der Luzerner Internationale stimmten für die Einladung der RSI., 100.000 Mitglieder waren dagegen. Trotzdem eine siebzehnfache Mehrheit vorhanden ist, wird die Einladung der RSI. abgelehnt.** Man hat einfach auf der Konferenz nach der Zahl der stimmenden Länder die Abstimmung vollzogen. Deutschland, das sonst fünf Stimmen besitzt, erhielt eine Stimme. Mit diesen Schiebertricks ist es dann gelungen, eine „Ablehnung" herbeizuführen. Die Bürokratie wird sich täuschen. Wir befinden uns nicht mehr in den Anfängen der revolutionären Arbeiterbewegung. Wir zählen jetzt das Jahr 1924. Die Masse der Mitglieder in den Arbeiterturn- und Sportverbänden entscheidet sich für den Klassenkampf und protestiert gegen die pazifistische und klassenkampffeindliche Einstellung ihrer Bürokratie. Unsere Einheitsfrontparole wird weiter aufrechterhalten. Gestützt auf den Willen der Mitgliedermassen wird die RSI. ihre Einladung zur ersten internationalen Arbeiterolympiade durchsetzen. Die Aufgabe der Kommunistischen Jugend und Partei ist es, die RSI. zu unterstützen.

Die reformistische Luzerner Sport-Internationale ist ein sehr verschiedenartig zusammengesetztes Gebilde. Nur dadurch, daß sie ängstlich vermeidet, irgend wie aktiv zu sein (im Sinne des Klassenkampfes), ihre ganze Aufmerksamkeit nur dem Sport als solchem widmet und dabei sehr bürgerliche Bahnen wandelt, kommt es, daß noch keine Zerklüftung zustande kam. Doch nun brennt es in diesem morschen Bau an allen Enden. Es kann nicht anders sein. Drei scharf voneinander abgegrenzte Gruppen bilden die Internationale. Die erste Gruppe besteht aus den revolutionären Organisationen Elsaß-Lothringen, Finnland und Italien. Die zweite Gruppe aus den Organisationen, die versuchen, eine proletarische Arbeit zu leisten: Deutschland, Schweiz, Tschechoslowakei (deutsche Gebiete) und Österreich. Die dritte Gruppe sind die Organisationen die die Führung in dieser Internationale haben und ein vollkommen nationalistisches, kleinbürgerliches Gepräge tragen. Das ist Belgien, Frankreich (abgesplitterte Minderheit) und die sozialdemokratische Turnförderation in der Tschechoslowakei (tschechische Gebiete). Diese Analyse beweist mit klarer Deutlichkeit die Unfähigkeit dieser Internationale, eine proletarische Klassenkampfpolitik zu betreiben. Die Mitgliedermassen innerhalb dieser Internationale wenden sich gegen die Vergewaltigung ihres proletarischen Denkens und Fühlens und verlangen, daß eine entschiedenere Klassenkampfeinstellung den Platz einnimmt.

Die RSI. geht ihrem dritten Kongreß entgegen. Der dritte Kongreß wird in diesem Jahre Ende September stattfinden. Hier gilt es, die Vertreter der Arbeiterturn- und Sportorganisationen aus vielen Ländern zum erstenmal in großem Maßstabe zu vereinigen. Dieser Kongreß wird zu einem wahren Weltkongreß der RSI. werden. Drei Jahre Erfahrung und Entwicklung geben die Möglichkeit, das Programm für die Zukunft zu schmieden. Die Fragen, die bisher mehr oder weniger problematisch oder unsicher behandelt wurden, können in feste Formen gegossen werden. Die Fragen des Kampfes gegen den Militarismus und Faschismus werden den Kongreß beschäftigen. Der Kongreß wird sich mit den Fragen der Methodik der physischen Kultur des Proletariats auseinandersetzen. Einen breiten Raum wird die Organisationsfrage einnehmen. Selbstverständlich ist, daß wir unsere Taktik zu den reformistischen und bürgerlichen Organisationen festlegen werden.

Im Laufe der Arbeit der RSI. ist es ihr schon mehrere Male möglich geworden, durch sportliche Veranstaltungen zwischen den Proletariern verschiedener Länder einen realen Kontakt herbeizuführen. Das ist von großer Wichtigkeit, denn damit stärken wir das internationale Bewußtsein der Arbeiterklasse.

Abschließend können wir feststellen, daß die RSI. für die revolutionäre Arbeiterbewegung schon zu einem bedeutenden Faktor geworden ist. Wenn die Kommunistischen Jugendorganisationen und Parteien in stärkerem Maße einen Teil ihrer Aufmerksamkeit und Arbeit diesen Organisationen widmen, so wird der revolutionären Klassenkampffront und der revolutionären Wehrhaftigkeit und Wehrfähigkeit des Proletariats dadurch ein großer Dienst geleistet.

Einberufung des III. Kongresses der Roten Sport-Internationale (RSI.).

** Das EK. der RSI. hat beschlossen, den III. Kongreß der RSI. in der zweiten Hälfte des September 1924 einzuberufen. Der Tagungsort des Kongresses wurde noch offen gelassen. Die vorläufige Tagesordnung wurde folgendermaßen bestimmt:

1. Bericht des EK. der RSI.
2. Physische Kultur des Proletariats und Klassenkampf.
3. Antimilitarismus, Antifaschismus und Sportinternationale.
4. Die reformistische und bürgerliche Sportbewegung.
5. Technik und Methodik der physischen Kultur des Proletariats.
6. Physische Kultur in der Sowjetunion.
7. Organisationsaufbau der Sport-Internationale.
8. Verschiedene Fragen.

Bei Punkt 2 soll gleichzeitig die Stellungnahme der RSI. zu den Organisationen behandelt werden, die nicht in direkter Form eine physische Erziehung durchführen, sondern die sich mehr auf geistig-kulturellem Gebiet betätigen. (Arbeitersänger, Schachspieler, Idisten, Esperantisten, Abstinenzler, Arbeitersamariter und andere mehr.)

Das Recht zur Entsendung von Delegationen haben alle Sektionen und Fraktionen, die das Programm der RSI. anerkennen. Auf bis zu 10.000 Mitglieder entfällt pro Land ein Delegierter, doch dürfen nicht mehr als insgesamt fünf Delegierte von jedem Lande entsendet werden. Delegierte können folgende Länder entsenden: Rußland, Deutschland, Tschechoslowakei (einschließlich deutsche Gebiete), Frankreich, Elsaß-Lothringen, Österreich, Italien, Schweiz, Norwegen, Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, England, Holland, Dänemark, Belgien, Nordamerika, Uruguay (Südamerika), Südafrika, Kanada.

Die Finanzierung der Delegierten soll nach Möglichkeit durch die Landessektionen und Fraktionen erfolgen. Die Thesen zu den Referaten werden den Sektionen und Fraktionen rechtzeitig zur Diskussion übermittelt werden.

In Verbindung mit dem internationalen Kongreß wird eine internationale Technikersitzung stattfinden. Wir schlagen deshalb vor, aus allen Ländern, die mehr als einen Delegierten entsenden, einen Techniker mitzudelegieren.

Wir ersuchen unsere Sektionen und Fraktionen, zur Tagesordnung und den anderen Fragen Stellung zu nehmen und eventuelle Abänderungsvorschläge oder Ergänzungen rechtzeitig an uns zu senden, damit wir diese berücksichtigen können.

Der III. Kongreß wird zu einem wirklichen Weltkongreß werden und wird alle Fragen gründlich behandeln. Es gilt, ein Programm zu schaffen und unsere Internationale zu einer festen Organisation auszubauen.

Das Exekutivkomitee der Roten Sport-Internationale.

Gegen Kriegsgefahr

Wie sie abrüsten.

Von G. I. Teodori (Moskau).

** Mit unvergleichlicher Heuchelei haben die Imperialisten mit Wilson an der Spitze von der Notwendigkeit gesprochen, „den Militarismus in Deutschland" zu vernichten, um den Kriegen ein für allemal ein Ende zu bereiten. Es wurde der berüchtigte „Völkerbund" geschaffen und eine ganze Reihe anderer pazifistischer (Friedens-) Gesellschaften . . . Aber Regierungen, die von Bankiers und Kapitalisten geleitet werden, die nach „nationalen" Kennzeichen vereinigt sind, bereiteten und bereiten unablässig eine Massenmetzelei als Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise vor, oder richtiger, aus der Sackgasse, in die die Widersprüche der kapitalistischen Ordnung sie hineingetrieben haben. Über diesen Widerspruch unterrichten weit besser, als dies Worte es vermöchten, die von uns unten angeführten gedrängten Mitteilungen über den Stand der bewaffneten Kräfte Europas und Amerikas zu Beginn des laufenden Jahres.

In **England** beispielsweise beträgt der Personalbestand der bewaffneten Kräfte gegenwärtig ungefähr 350.000 Mann, von denen 170.800 auf das stehende Heer und 180.200 auf die Territo-

rialarmee entfallen. Diese Zahlen verstehen sich natürlich ohne die Formationen der Dominions Kanada, Australien, Neuseeland, der südafrikanischen Besitzungen und der englischen Kolonien in Afrika und Indien.

Frankreich hat unter der ständigen Bedrohung des von Jahr zu Jahr fortschreitenden Geburtenrückganges seine Armee in eine „einheitliche Armee Frankreichs und der Kolonien" umgewandelt; mit anderen Worten, an Stelle der ehemaligen gesonderten französischen, afrikanischen und kolonialen Armeen ist nun eine Armee getreten, wobei von den vier Regimentern jeder Division jeweils eines „farbig" ist. Der Bestand der „einheitlichen Armee" beträgt 20 Linien- (Infanterie-) Divisionen, 12 Linien-Divisionen des erhöhten Bestandes und 6 zusammengezogene Divisionen (aus nordafrikanischen und kolonialen Regimentern), 65 Kavallerieregimenter (strategische und Korps-Kavallerie), unter dem Gesichtspunkt des Stellungskrieges entsprechend verstärkter Bestand der Artillerie und Tanks, der Luftflotte, der Verbindungstruppen, der technischen Truppen usw., in der Gesamtzahl von **660.000 Mann im Friedensstande.** Davon sind in Europa untergebracht **420.000,** und 240.000 (aus den ehemaligen Kolonialtruppen) im Mittelmeerbecken (Algier, Marokko, Tunis usw.), um im Bedarfsfalle **in einer beliebigen Richtung in Europa** eingesetzt werden zu können. Es genügt zu sagen, daß Poincaré von diesen 240.000 Mann 80.000 Eingeborene in den nordöstlichen Gebieten Frankreichs und in den besetzten Gebieten Deutschlands hält. Faktisch ist der Friedensstand auf 900.000 Mann berechnet, und bloß einige finanzielle Erwägungen hindern Poincaré, diese Zahl vollzubekommen. Der Kriegsstand wird von Frankreich auf die imposante Zahl von 3,000.000 Mann berechnet.

Italien hat seine Truppen gegenüber 1914 beträchtlich verbessert und vermehrt. Besonders zeichnen sich in der Qualität und in technischer Beziehung die Artillerie und die Luftflotte aus; so wird beispielsweise die schwere Artillerie ausschließlich mit Motoren befördert. Die bewaffneten Kräfte Italiens betragen 37 Infanterie-Divisionen, 14 Kavallerie-Brigaden zu je 3 Regimentern, 51 Artillerie-Regimenter und 10 Luftflottenabwehr-Artilleriegruppen, von den anderen Spezial- und technischen Truppen schon gar nicht zu reden, die qualitativ sehr stark sind. Insgesamt beträgt der Friedensstand **300.000 Mann** (tatsächlich befinden sich gegenwärtig aus finanziellen Gründen nur 250.000 Mann unter den Waffen). Unabhängig davon gibt es in Italien stark organisierte Verbände der faschistischen Jugend, die durch und durch in ultra-reaktionärem Geiste erzogen werden. Alle diese arbeiterfeindlichen Organisationen sind gänzlich von militärischen Tendenzen durchdrungen.

Polen arbeitet verstärkt an der Verbesserung und Vermehrung seiner Streitkräfte, unter unmittelbarem Einflusse und unmittelbarer Leitung der französischen Militärmission. Die polnischen Streitkräfte zu Lande betragen 30 Infanterie-Divisionen mit 10 Regimentern Korps Kavallerie, 10 Brigaden (strategischer) Kavallerie, ungefähr 50 Regimentern Artillerie, je 3 Regimentern Verbindungstruppen, Luftfahrttruppen, Eisenbahn- und technischen Truppen und eine Reihe anderer Spezialtruppen, insgesamt 277.000 Mann. Der vorgesehene Friedensstand erreicht aber 350.000 Mann, ungerechnet eine Reihe (faschistischer) Geheimorganisationen für den Kampf gegen die „rote Gefahr". Auch die verstärkte Arbeit der „polnischen Demokratie" zur Befestigung der Grenzen (Bau von Sperrfestungen, Verstärkung der Linien usw.), besonders gegen den östlichen Nachbar (lies Sowjetunion), und die „deutsche Gefahr" muß vermerkt werden.

Rumänien rüstet in der letzten Zeit besonders fieberhaft. Unter dem Drucke Frankreichs macht es sich in jeglicher Weise breit und rasselt mit den Waffen. Der Stand seiner Streitkräfte beträgt 14 Infanterie-Divisionen, 7 Infanteriereserve-, 2 Schützen-Divisionen und 1 Schützen-Gebirgsbrigade, 2 Kavallerie-Divisionen und entsprechend vergrößerter und verstärkter Bestand der Artillerie, Luftfahrt und anderer technischer Truppen, insgesamt 125.000 Mann; außerdem ein Gendarmeriekorps und Grenzwachen von 40.000 Mann; die letztgenannte Zahl ist besonders bezeichnend für die inneren Zustände Rumäniens. Die von einer französischen Mission geleitete rumänische Armee hat einen Friedensstand von 250.000 Mann, der in Kriegzeiten auf 1,000.000 erhöht wird.

Nicht ohne Interesse ist auch der Bestand der Streitkräfte der **Vereinigten Staaten von Nordamerika.** Die „friedliche Politik" der Vereinigten Staaten hat bisher zu einer regulären Armee von 137.000 Mann (9 Infanterie- und 2 Kavallerie-Divisionen) geführt, weiter zu einer „Nationalgarde" von 215.000 Mann (18 Infanterie- und 4 Kavallerie-Divisionen) und zur Organisierung einer Reserve in der Stärke von 27 Infanterie- und 6 Kavallerie-Divisionen, deren jetziger Personalstand unbekannt ist, während der vorhergehende 67.000 Mann betrug. Wenn aber die in Aussicht genommene Reorganisierung abgeschlossen sein wird, so wird die zahlenmäßige Stärke der Armee der „friedensliebenden" Vereinigten Staaten etwas höher als 2,000.000 Mann sein.

Nun einige Zahlen über die **Luftstreitkräfte.** Sie sind aus nachstehender Tabelle zu ersehen:

Luftflotte.

	Zahlenmäßiger Stand	Anzahl der Militärflugzeuge
Frankreich	33.500	1350
England	31.000	600
Vereinigte Staaten	16.500	600
Italien	6.500	250
Rumänien		144
Japan	3.100	250

Die Zahlen geben nur über die Kriegsluftflotte nach dem Stande vom August 1923 Auskunft. Die zivile Luftfahrt, der eine ganze Reihe von Aufgaben auf dem Gebiete des Transportes, des Postdienstes und der Sanität für die Armee übertragen werden kann, hat sowohl in der Qualität wie in der Menge der Apparate eine noch größere Entwicklung in Frankreich, Amerika, und in der letzten Zeit auch in England erreicht.

Lassen wir Amerika und Japan (deren Streitkräfte im Vergleiche mit der Vorkriegszeit auf das 2 bis 3½fache gestiegen sind), unberücksichtigt, und werden wir uns der Abschätzung der Rüstungen in Europa zu. Für Westeuropa ist besonders bezeichnend und kennzeichnend ein Vergleich zwischen den zahlenmäßigen Beständen vor dem imperialistischen Kriege und dem August 1923. Damals zählten die stehenden Heere des gesamten Europa einschließlich Rußlands insgesamt ungefähr 3,800.000 Mann; jetzt, nachdem die Streitkräfte Deutschlands und Österreichs um 700.000 Mann vermindert wurden, hat Europa ein Heer von nicht mehr und weniger als . . . 3,700.000 Mann. So haben die berüchtigte „Abrüstung" und das Geschrei von der „Einschränkung der Rüstungen sich bisher bloß bei der Entente (der Großen und der Kleinen) in einer Vermehrung des Heeres um 600.000 Mann gegenüber der Vorkriegszeit ausgedrückt. Bisher! — denn vor einigen Tagen hat Rumänien mit fieberhafter Eile noch 400 Flugzeuge bestellt, da es sich mit den erst kürzlich bestellten 300 nicht begnügt. Und für die Einschätzung der Aufgaben von „Luftflotte und Chemie" ist die Meinung des hervorragenden englischen Militärspezialisten **Burney** bezeichnend, der amerikanischen Journalisten erklärte: „Man kann sich vorstellen, wenn man die technischen Vervollkommnungen in Betracht zieht, daß die Mehrzahl der Städte und Ortschaften der Vereinigten Staaten von Nordamerika innerhalb dreier Tage nach der Kriegserklärung zerstört sein wird . . . Es besteht ein besonderes Gas, das so stark ist, um sofort jeden zu töten, der es einatmet. Die Versuchstiere sind im Augenblicke zusammengefallen, ohne daß sie sich auch nur ein wenig regen konnten." Kurzum, es wird jeder umkommen, dem es nicht glückt, eine Maske anzuziehen. Nicht umsonst ließ ein hervorragender französischer Mitarbeiter den Satz von der **„bakteriologischen Waffe"** fallen, das heißt von den todbringenden Bakterien, die in Luftzeugbomben eingeschlossen werden, um große Städte, Ortschaften, Wasserläufe, Flüsse usw. anzustecken und vergiften.

Wir wissen sehr gut, wessen die Imperialisten und die Bankiers fähig sind, wenn es sich um die Abwürgung der Menschheit und um die Herrschaft des Kapitals handelt. Wem anders als dem räuberischsten amerikanischen Kapital ist der Ausspruch zu verdanken, daß der „grausamste Krieg der humanste Krieg" ist? Schon jetzt schreiten die vereinigten Staaten von Nordamerika an der Spitze der „humanen chemischen Kampfesmittel" und fangen an, dem Kriegs-Poincaré die Führung auf dem Gebiete des Luftflottenwesens streitig zu machen. Dieses krampfhafte Wachsen der Rüstungen, die fieberhafte Arbeit zum Auffinden der grausamsten Formen des Krieges dienen uns als Warnung. Nur der Sieg der Arbeiterklasse und der Triumph der proletarischen Revolution können diese niederträchtigste, ungeheuerliche Fabrik zur Vernichtung der Menschheit zum Stehen bringen. Und wir — die belagerte Festung des Kampfes um die Befreiung der unterdrückten Völker und der Arbeiter aller Länder — wir müssen besonders auf der Hut sein! Gerade gegen uns sind in erster Reihe alle Anstrengungen des Weltkapitals, das das Herannahen seines Unterganges fühlt, gerichtet. Und darum muß die militärische Macht der Roten Armee in Qualität und der Menge nach in jeder Weise und mit allen Mitteln rastlos vermehrt, müssen ihre technischen und chemischen Kampfesmittel vervollkommnet und gestärkt werden.

Aus dem Lager der Gegner.

Ein Dokument der Angst.

** Am 1. Mai d. J. wurde von der PPS. in Warschau folgender Aufruf in Tausenden von Exemplaren verbreitet, ja sogar von Flugzeugen herabgeworfen:

„Genossen!

Die bolschewistische Regierung in Rußland befindet sich in einer schweren außenpolitischen Lage, hauptsächlich wegen des Konflikts mit Rumänien (Bessarabien).

Die militaristischen Elemente Rußlands mit Trotzki an der Spitze drängen zum Kriege.

Der Generalstab und die Botschafter der Sowjetregierung arbeiten fieberhaft.

Die Kommunisten in Polen haben aus Moskau den Befehl erhalten, um jeden Preis bolschewistische Unruhen hervorzurufen.

Zu diesem Zwecke hat die bolschewistische Regierung den Kommunisten zwei Millionen Franken ausbezahlt.

Für dieses sowjetistische Judasgeld haben die Kommunisten beschlossen, am 1. Mai in den Demonstrationszügen Zusammenstöße zu provozieren.

Die von uns abgefangenen Rundschreiben der Kommunistischen Partei befehlen den Kommunisten, sich an die Spitze der Züge vorzudrängen, ohne vor irgendeinem Krach zurückzuschrecken. (Die unmittelbare Veranlassung dieses Aufrufes war ein Rundschreiben des ZK. der KPS., in dem die Genossen aufgefordert werden, bei den Maifeiern möglichst mit den PPS.-Arbeitern zusammenzukommen und unter ihnen aufklärend zu wirken. Die Aufforderung der KP. zu gemeinsamen Demonstrationen ist, wie bekannt, von den PPS.-Führern sowohl im vergangenen Jahre wir vor zwei Jahren abgelehnt worden. D. R.)

Arbeiter!

Laßt Euch nicht von den bezahlten Sowjetspionen provozieren!

Jeden, der Euch bei der Demonstration provozieren wird, behandelt als einen Verräter, einen Judas, einen bezahlten Moskauer Schuft.

Die Polnische Sozialistische Partei fordert Euch auf zur Aufrechterhaltung der bedingungslosen Disziplin und des Gehorsams gegenüber der Maimiliz der PPS. und zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der öffentlichen Versammlung und während des Umzuges.

Nur eine mächtige, durch ihren Ernst imponierende Arbeiterdemonstration kann der Bourgeoisie die Kraft und Geschlossenheit der Arbeiterklasse zeigen.

Es lebe der 1. Mai! Nieder mit der Reaktion! Nieder mit den bolschewistischen Provokateuren! Nieder mit den bezahlten Sowjetagenten! Es lebe die PPS.!

Warschau, den 1. Mai 1924.

Das Warschauer Arbeiter-Bezirkskomitee der PPS.“

Dieses einzigartige Dokument ist das besinnungslose Gestammel eines zu Tode geängstigten Menschen: vor seinen Verfassern stand drohend das Gespenst der werdenden Arbeitereinheitsfront. Es spricht für sich selbst!

Aufrufe

An das Proletariat Frankreichs! An das Proletariat der ganzen Welt!

Genossen, Arbeiter und Arbeiterinnen!

** In dem Moment, wo Poincaré, in Erfüllung der Pläne der französischen Schwerindustrie, in das Ruhrgebiet einzog und auf diese Weise die Welt mit einem neuen Kriege bedrohte, beantworteten die Jungkommunisten Frankreichs und Deutschlands dieses Verbrechen mit einer methodischen und systematischen Propaganda in der Besatzungsarmee für die Verbrüderung der französischen und belgischen Soldaten mit den deutschen Arbeitern.

Später, als das revolutionäre Proletariat Deutschlands den entscheidenden Angriff gegen die kapitalistische Feste vorbereitete, verhundertfachten die Jungkommunisten Frankreichs und des besetzten Gebietes ihre Anstrengungen und riefen, durch die revolutionären Soldaten unterstützt, in der Besatzungsarmee eine große Sympathiebewegung für die deutsche Revolution, die wir alle so nahe bevorstehend betrachteten, hervor.

Durch den Erfolg der kommunistischen Propaganda in der Armee erschreckt, benützten Poincaré und Degoutte die Oktoberniederlage in Deutschland und den schmählichen Verrat einiger demoralisierter Proletarier, um Dutzende von Genossen, Zivilisten und Militärpersonen, ins Gefängnis zu werfen, wo sie den raffiniertesten Foltern unterworfen sind.

Arbeiter, Bauern, Soldaten der ganzen Welt! Die Gefängnisse von Mainz, wo verhaftete Kommunisten langsam dahinsiechen, hüten noch das Geheimnis der Foltern, die gegen unsere Genossen angewendet wurden, um ihnen die „Geständnisse“ zu entreißen, die Degoutte brauchte, um ein Komplott zu produzieren, das geeignet war, die Bourgeoisie Frankreichs mit dem Gespenst des Kommunismus, das in Europa umgeht, zu schrecken. Die Politik dieses Landes der „hohen Kultur“ macht vor keinem Mittel Halt, aber sechs Monate sind schon verflossen, und das Komplott ist noch nicht zustandegebracht.

Die Rache des Militärsäbels und der wütenden Polizisten suchte dafür, daß sie der französischen Bourgeoisie vor den Wahlen kein Geschenk darbringen konnte, Befriedigung in wilden Repressalien, die über unsere Genossen, Soldaten und Zivilpersonen, Franzosen und Deutsche, nach der kleinen Kundgebung aus Anlaß des 1. Mai, den wahre Revolutionäre selbst im Gefängnis zu feiern nicht vergessen, hereinbrachen.

Die französischen Henker, von verhafteten deutschen Faschisten unterstützt, suchten Sündenböcke, die revolutionäre Solidarität trat aber von der allerersten Stunde an voll zutage. Als Antwort auf das schändliche Bündnis zwischen französischer Polizei und deutschen Faschisten traten die 100 deutschen Genossen und die 15 französischen Soldaten in den Hungerstreik.

Arbeiter und Arbeiterinnen Frankreichs!

Ihr habt Eure Helden vom Schwarzen Meer mit Marty an der Spitze aus den republikanischen Gefängnissen befreit. Soeben habt Ihr den Genossen Doriot, dessen Verbrechen ebenfalls darin besteht, daß er die Soldaten zur Erfüllung ihrer Klassenpflicht aufgefordert hat, den Krallen Poincarés entrissen.

Ihr werdet nicht zulassen, daß Eure Martys vom besetzten Gebiet und die zahlreichen revolutionären Propagandisten, die den französischen Soldaten geholfen haben, klar zu sehen, in den Gefängnissen Degouttes getötet werden. Ihr werdet die neuen Opfer des französischen Imperialismus befreien.

Proletarier der ganzen Welt! Das in den Besatzungsarmeen geleistete revolutionäre Werk bildet den ersten Schritt zu einem wirklichen Kampfe gegen die Gefahren eines neuen Krieges, ihr müßt die ersten Werkleute der revolutionären Arbeit in der Armee unterstützen.

Unterstützt durch die Presse, in Versammlungen die Arbeiter Frankreichs in ihrem Kampfe für die Befreiung ihrer Gefangenen.

Der linke Block fühle vom ersten Tag an das ganze Gewicht des Protestes des Weltproletariates.

Kämpft für die Befreiung der Helden des besetzten Gebietes!

Es lebe die revolutionäre Arbeit in der Armee!

Nieder mit der Okkupation und den Okkupierenden!

Nieder mit den Militärspitzeln aller Länder!

Es lebe die soziale Revolution!

Moskau, den 19. Mai 1924.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschafts-Internationale.

Die Exekutive der Kommunistischen Jugend-Internationale.

Buchbesprechungen

Luise Strong: „Das erstemal in der Geschichte".*)

Zwei Jahre neuen Lebens in Rußland.

Von F. Runge.

** Die Verfasserin, eine Amerikanerin, die gerade während der für das russische Reich so kritischen Jahre 1921 bis 1923 in Rußland war, schildert in diesem Buche ihre Eindrücke jener Heldenzeit des russischen Volkes. Sie ist keine Kommunistin, aber sie sympathisiert trotz alledem mit jener neuen Welt, die sich vor uns im Osten auftut. Während ihres zweijährigen Aufenthaltes in Rußland hatte sie Gelegenheit, mit allen Bevölkerungsschichten — vom armen Muschik in den Wolgagebieten bis zu den Spitzen der Regierung — zusammenzukommen und als tüchtige Journalistin (sie war als Vertreterin der Hearst-Presse in Rußland) gelingt es ihr immer, den Kern der sich ihr darbietenden Probleme zu erfassen.

Miß Strong ist nicht mit den üblichen Vorurteilen bürgerlicher Journalisten nach Rußland gekommen, die überall nur das Halbfertige, das Primitive sehen und sich über die Halbbarbaren, die sich anmaßen, die ganze Welt zu reformieren, lustig machen.

Sie versteht die Schwierigkeiten zu würdigen, mit denen diese Baumeister einer neuen Welt zu kämpfen haben, und sie erkennt es an, daß trotz all dieser primitiven Methoden auf manchem Gebiete ungeheure Erfolge erzielt wurden, Erfolge, die kein anderes Land der Erde bis heute aufweisen kann. Sie ist voll Bewunderung über die Tatkraft und die Ausdauer der russischen Bauern und Arbeiter, denen es in so kurzer Zeit gelungen ist, das Land dem Chaos zu entreißen und es einer glänzenden Zukunft entgegenzuführen.

Sie sieht die Möglichkeiten, die dieses an Natur und Bodenschätzen so reiche Land in sich birgt und sie setzt ihr Vertrauen in den Kommunismus, all diese Schätze dem arbeitenden Volke zugute kommen zu lassen.

Und doch ist dieses Buch keine eintönige, mechanische Lobeshymne auf das neue Regime in Rußland. Die Verfasserin kargt durchaus nicht mit ihrer Kritik. Wo sie ihrer Meinung nach Mißstände sieht — und deren hat es immer, in jeder Revolution gegeben —, schreibt sie freimütig darüber. Aber sie berichtet auch, daß der Kampf gegen diese Übelstände ganz energisch geführt wird und daß sich die Zustände von Tag zu Tag bessern.

Trotzdem sich der Aufbau in Rußland erst im Anfangsstadium befindet, erkennt sie aber schon aus den Symptomen, daß es sich hier nicht um einen Aufschwung im kapitalistischen Sinne handelt. Nicht nur darauf kommt es den Russen an, daß sich die Kohlenförderung auf das Friedensniveau hebt oder daß die Ölgewinnung nur um einige hundert Prozent besser ist als vor der Revolution. Etwas ganz Neues ist dort im Werden. Zum erstenmal in der Geschichte richten sich alle Anstrengungen eines ganzen Volkes darauf, die gesamte Wirtschaft kollektiv zu gestalten. Jeder, auch der einfachste Arbeiter weiß, daß die Früchte seiner Arbeit nicht nur ihm allein, nicht nur seinem Betriebe, sondern der Gesamtheit Rußlands zugute kommen. Er weiß es, daß er kein gewöhnlicher Lohnempfänger ist, er fühlt sich verantwortlich für das Gedeihen seiner Fabrik, ja für den Aufbau dieser ganzen neuen Wirtschaft.

Wie der gewiegte Tierkenner die Vorzüge und Nachteile eines Tieres schon aus einzelnen Symptomen erkennt, ohne erst das Tier einer genauen Untersuchung unterziehen zu müssen, so erkennt Miß Strong dieses Neue, in der Geschichte noch nie Dagewesene, das es nie zulassen wird, daß diese gewaltige Aufbauarbeit in ein schablonenhaftes Heben der Produktion, nur des Profits wegen ausläuft.

Fast alle Gebiete streift die Verfasserin in ihrem Buche: Landwirtschaft, Industrie, Bergbau, Finanzwesen, Handel, Gesundheitswesen, Erziehung, Kommunalpolitik — alle diese Themen behandelt sie knapp, aber doch in einer den Leser interessierenden Art. Mit ihr sehen wir, wie sich Stein um Stein in diesen imposanten Bau einfügt, diese gewaltige Schöpfung der russischen Arbeiter und Bauern.

Wir sehen, wie der russische Bauer mit den primitiven Geräten, die ihm zur Bebauung des Bodens zur Verfügung stehen, nach der schrecklichen Periode des Hungers wieder daran geht, seine Brüder in der Stadt mit Brot zu versorgen. Oft muß noch die menschliche Kraft das Pferd vor dem Pflug ersetzen! Hat doch der Bürgerkrieg den Viehbestand entsetzlich gelichtet. Aber nichts läßt die Regierung ungetan, um den Bauern zu Hilfe zu kommen. Hier errichtet sie eine Musterfarm, dort liefert sie den Bauern Geräte, dort gar einen Motorpflug, an den sich die Bauern sehr rasch gewöhnen.

Und ist es denn anders im Bergbau? Zur Zeit der größten Not an Brennmaterial waren fast alle Kohlengruben entweder von Denikin besetzt — oder nach der Niederschlagung der Weißen zerstört. Oft knietief im Wasser stehend, mußten die braven Bergleute — schlecht genährt und schlecht gekleidet — die Kohle fördern, ohne die der Transport sonst ganz lahmgelegt worden wäre. Und heute? Die Maschinerie in den Bergwerken wird wieder instandgesetzt, die geförderten Mengen steigen von Tag zu Tag, und voller Zuversicht sieht man der Zukunft entgegen.

Dasselbe sehen wir auf dem Gebiete der Industrie. Während des Bürgerkrieges und in den darauf folgenden Jahren mußte ein Betrieb nach dem andern wegen Kapitalmangels, Mangel an Rohstoffen oder Mangel an Arbeitskräften geschlossen werden.

Jetzt sind einige Industriekreise bereits wieder so weit fortgeschritten, daß sie den Bedarf des Landes decken können — ja, Rußland tritt mit einigen Artikeln bereits als Exportland auf.

Nach beinahe 10 Jahren Krieg und Revolution derartige Erfolge aufzuweisen vermag nur eine Klasse Menschen, die den festen Willen zum Erfolg hat und die an ihre Kraft glaubt, diese Erfolge zu erringen. Die Seele dieses neuen Rußland ist die Kommunistische Partei. Ihre Mitglieder sind es, die auf die schwierigsten Posten gestellt werden, ihnen werden Aufgaben gestellt, die jedem anderen als unausführbar erscheinen. Das Wort „unmöglich" existiert für die russischen Kommunisten nicht.

All das und noch viel mehr schildert die Verfasserin, deren intime Kenntnis der russischen Verhältnisse man immer wieder bewundern muß, in anschaulicher Weise in ihrem Buche. Es soll demnächst auch in deutscher Übersetzung erscheinen und verdient bestimmt eine möglichst große Verbreitung im Kreise jener zu finden, die sich über das Leben im neuen Rußland informieren wollen.

*) „The First Time in History" von Anna Luise Strong mit einem Vorwort des Genossen Leo Trotzki, herausgegeben vom Verlag Boni and Liveright, New York, in englischer Sprache.

Zur Beachtung!

Über den Verlauf des **XIII. Parteitages der RKP.** bringen wir **täglich Telegramme an die Presse** zur Versendung. Nach Beendigung des Parteitages werden wir unseren Lesern diese Telegramme, in einer **Sondernummer** zusammengefaßt, zustellen.

Redaktion der Inprekorr.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 60. 30. Mai. 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Die Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Polen 717

Politik.
Zur politischen Lage in Jugoslawien. Von Stefanski 719

Arbeiterbewegung.
Die Unterstützung der kämpfenden deutschen Bergarbeiter durch die RGI. und die russischen Gewerkschaften 720

Proletarische Frauenbewegung.
Die Bergarbeiterfrauen im Ruhrkampf. Von Kl. S. . . 721

Jugendbewegung.
Die Aufgaben des IV. Weltkongresses der KJI. Von Unger 721

Aus der Internationale.
Der dritte Parteitag der revolutionären Arbeiterpartei Kanadas. Von Spector 722

Weißer Schrecken.
Das EK. der KJI. zu dem Mord an dem polnischen Jugendgenossen Engel 723

Nachrufe.
Viktor Pawlowitsch Nogin. Von Sinowjew 723

Buchbesprechungen.
„Lenin — Leben und Werk." Von Paul 724

Die Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Polen.

Wortlaut der Note des Genossen Tschitscherin an die polnische Regierung.

Moskau, 10. Mai 1924.

** Herrn Darowski, Außerordentlichem Gesandten und Bevollmächtigtem Minister der Polnischen Republik in der Sowjetunion.

Herr Außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister!

Das Volkskommissariat des Auswärtigen hat die Ehre, Sie zu ersuchen, nachstehendes zur Kenntnis Ihrer Regierung zu bringen:

Artikel VII. des Vertrages von Riga verpflichtet Polen, den Angehörigen der russischen, ukrainischen und weißrussischen Nationalitäten, gleichberechtigt mit den Angehörigen der polnischen Nationalität, alle Rechte zu gewähren, die ihnen die freie Entwicklung der Kultur, der Sprache, und auch die Erfüllung der religiösen Gebräuche sichern. Jedoch Materialien und Tatsachen, die dem Volkskommissariat des Auswärtigen zur Verfügung stehen, bezeugen, daß alle Garantien, die durch den Vertrag von Riga in bezug auf die nationalen Minderheiten vorgesehen sind, von den polnischen Behörden systematisch verletzt und zunichte gemacht werden. Die Bedrückungen und Verfolgungen der nationalen Minderheiten haben einen solchen massenhaften systematischen Charakter eingenommen, daß die Presse der nationalen Minderheiten die auf den ersten Blick paradoxal erscheinende Forderung nach Abschaffung der Verfassungsartikel erhoben hat, die der nationalen Minderheit gleiche Rechte mit der polnischen Bevölkerung garantieren. Als Motiv der Aufstellung einer derartigen Forderung führt eine Zeitung die Erwägung an, daß diese Artikel, die faktisch niemals durchgeführt wurden und die durch die Verwaltungspraxis der polnischen Behörde systematisch verletzt werden, nur die nationalen Minderheiten selbst wie auch die öffentliche Meinung des Auslands irreführen.

Die zutage tretende Willkür der unteren Vertreter der polnischen Verwaltung gegenüber der weißrussischen, ukrainischen und russischen Bevölkerung hat jedoch bei näherem Zusehen tiefere Wurzeln. Wiederholt haben die namhaftesten Vertreter der Zentralbehörden der polnischen Republik in Programmreden erklärt, daß als der natürliche Herr Polens nur das polnische Volk erscheine, und daß Polen der ganzen nichtpolnischen Bevölkerung durch internationale Verträge und durch seine Verfassung nur Sicherheit, friedliche und freie Entwicklung zu sichern sich verpflichtet habe. Auf diese Weise wird ein ganzes Drittel von nach dem Gesetze gleichberechtigten Bürgern der polnischen Republik durch Vertreter der höchsten Behörde des Landes als im Vergleiche zur privilegierten polnischen Bevölkerung in den Rechten beschränkt erklärt. So hat zum Beispiel der ehemalige polnische Ministerpräsident General Sikorski in einer ganzen Reihe von Reden in verschiedenen Orten Polens die oben angeführte Theorie ausgesprochen und entwickelt. Seinerseits hat der Präsident der polnischen Republik Herr Wojciechowski beim Besuche von polnischen Provinzen in den von ihm gehaltenen Reden immer wieder betont, daß als der einzige wirkliche und gesetzliche Herr Polens nur das polnische Volk erscheine: die Bürger polnischer Nationalität und sonst niemand. Dieser Gedanke, der vom Herrn Präsidenten der polnichen Republik bei einem Besuche der sogenannten östlichen Grenzgebiete, das heißt des Zentrums der nichtpolnischen Bevölkerung besonders scharf zum Ausdruck gebracht wurde, hat die Richtigkeit der Ansichten der Presse der nationalen Minderheiten über die Unnötigkeit jener Paragraphen der Verfassung bestätigt, die die Gleichberechtigung der gesamten Bevölkerung der polnischen Republik verkünden.

Man kann sich leicht vorstellen, welchen Einfluß ein derartiges Auftreten der höchsten Behörden auf die mittleren und unteren Verwaltungsbehörden ausübt, von der Polizei schon gar nicht zu sprechen. Man kann mit voller Überzeugung sagen, daß als der Hauptschuldige an den unerhörten Gewalttaten, die an den Weißrussen, Ukrainern und Russen ver-

übt werden, nicht die unteren verantwortungslosen Behörden erscheinen, sondern die an der Spitze stehenden verantwortlichen Politiker der polnischen Republik, die durch ihre Aufrufe die ausführenden Organe zur Betätigung von zügellosem Nationalismus in den abstoßendsten Formen auffordern.

Eine auch nur irgendwie vollständige Aufzählung aller Arten von Gewalttaten und Willkürhandlungen an den nationalen Minderheiten zu geben, erscheint unmöglich. Die Mehrzahl dieser Tatsachen von Verhöhnung und Vergewaltigung geht dank der Verschüchterung und der Geduld des weißrussischen und ukrainischen Volkes ohne Spuren für die öffentliche Meinung des Auslandes vorüber. Die Atmosphäre des schrecklichen Polizeiterrors, der in den weißrussischen Grenzgebieten und in Ostgalizien wütet, erfüllt die Bevölkerung dieser Gebiete mit Schrecken, wobei aber die Gewalttaten und Repressalien nicht nur nicht verschwinden, sondern im Gegenteil regulären und Massencharakter annehmen. Nach der Kampagne zu den Wahlen in den Sejm haben die polnischen Behörden eine Menge von Verhaftungen vorgenommen, die den Charakter von Wahlrepressalien trugen, die gegenüber den nationalen Minderheiten angewendet wurden. So hat zum Beispiel die Prokuratur von Luck am 10. April 1923 im Dorfe Gorodischtsche, Kreis Dubno, den Wassilij Prokasjuk, am 6. Mai in Turijsk Anna Scheschko und noch vier Leute wegen Wahlagitation verhaftet. Aus demselben Grunde wurden im Kreise Luck Tschetscherik, Glischuk, Tandrik und eine ganze Reihe anderer verhaftet.

Am 12. April 1923 traf im Dorfe Buchnow, Kreis Tarnopol, eine Eskadron Ulanen unter dem Kommando von Antonewitsch ein, um Repressivmaßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, die nicht an den Wahlen teilgenommen hatten. Folgende Leute wurden verprügelt: Iwan Nakonetschiyj, Anna Jeleschtsch, Peter Pawlikwoskij, Dimitrij Pelocha und viele andere. Am 14. Juli wurden verprügelt Ssorka, Gorodinskij, und am 15. Juli Wassilij Rasjuk. Außerdem wurden den Bauern von den Soldaten Stroh, Heu und alles, was ihnen unter die Hände fiel, weggenommen.

Am 20. April 1923 verprügelte der Polizeikommandant des Städtchens Barkowitschi, Kreis Dubno, Dembowski den Bauern Wassilij Kwitka aus dem Dorfe Osorina, weil er dem Dembowski nicht eine Kalesche schenken wollte.

Im Dezember 1922 wurde in die Gemeinde Krupitzkaja, Kreis Dubno, eine Strafexpedition von 300 Soldaten mit Maschinengewehren entsandt. Die Soldaten verprügelten zusammen mit der Polizei die Leute in schrecklicher Weise. Dem Dorfe wurde eine Kontribution von 300.000 polnischen Mark zur Erhaltung der Strafexpedition auferlegt. Der Dorfschulze sagte lachend zu den Bauern: „Das habt ihr davon, daß ihr für die Liste Nr. 16 gestimmt habt."

Am 4. November 1922 wurden im Kreise Daniow auf Verfügung der Behörden elf Leute verhaftet: in der Gemeinde Tumilow Dim. Onitko, in der Gemeinde Parafjanow Wojtzik Anton und die Lehrerin Lydia Reschetowa, in der Gemeinde Wolkolaz Iwan, Gleb und Wladimir Oshakowskij, in der Gemeinde Shashna der orthodoxe Geistliche Vater Surwillo und andere.

Unter den Verhafteten befand sich der Sekretär einer der Gemeinden, der bei sich die Schlüssel des Lokals der Wahlsprengelkommision hatte. Das Ergebnis war, daß die Wahlen nicht normal vor sich gehen konnten, da die Öffnung des Wahllokals erst spät abends erfolgte, als die Mehrzahl der Wähler schon heimgefahren war.

Am 3. November wurde in dem Städtchen Lyskowo, Kreis Wolkowysk, auf der örtlichen Polizeistation in Anwesenheit des Gemeindeschulzen Pawel Funt, der an den Wahlarbeiten teilgenommen hatte, verprügelt.

In den ersten Tagen des November 1923 wurden am Vorabend der Wahlen im Städtchen Mjadzios Dunilow die orthodoxen Geistlichen Kusjmitsch und Dawidowitsch verhaftet.

Die Polizeibehörden erklärten ganz offen, daß sie genaue Anweisung hätten, alle Wahlhelfer der nationalen Minderheit in Evidenz zu halten, wobei sie ihnen sofort mit Verhaftungen drohten, und in der Folge ihre Versprechungen auch einhielten. Zunächst werden die Verhafteten auf die nächste Polizeiwache geführt, wo man das erste Verhör mit ihnen anstellt, das in der Mehrzahl der Fälle von unmenschlicher Verprügelung begleitet ist. Eine Reihe von politischen Prozessen und Interpellationen von Abgeordneten der nationalen Minderheiten im polnischen Sejm haben dokumentarisch die weitestgehende Anwendung der schrecklichsten Foltern in den Polizeigefängnissen und in den Kammern der Wachbehörden festgestellt. Das gleichmäßige Schicksal der verhafteten Vertreter der nationalen Minderheiten weist auf das Bestehen genauer Anweisungen von oben an die Vertreter der untergeordneten Verwaltung hin.

Wenn die Behandlung von führenden Leuten der nationalen Minderheiten so ist, so ist die Behandlung der Bauern durch die polnischen Behörden natürlich noch grausamer und terroristischer.

Zur Illustration der Behandlung weißrussischer Bauern durch polnische Behörden kann folgender Vorfall dienen:

Am 22. November drangen um 1 Uhr nachts der Kommandant der Polizeiwache von Starowolsk, Kreis Kossow, und zwei bewaffnete Polizisten in das Haus des sechzigjährigen Bauern Iwan Bassalj des Dorfes Welikogatj, weckten alle Schlafenden und forderten, daß der Alte ihnen angebe, wo sich ein Verwandter von ihm versteckt halte, der vor kurzem verhaftet worden und offensichtlich der Polizeieskorte entsprungen war. Da sie von dem Befragten nicht die nötigen Mitteilungen erhielten, begannen sie, um diese Mitteilungen zu erhalten, ihn zu foltern. Seine 62jährige Frau Praskeda, die weinend und flehend für ihren Mann eintrat, erhörte die Polizei schließlich, stellte das Prügeln des Mannes ein und begann nun sie zu schlagen. Da sie nichts erreichen konnten, gingen die Polizisten fort, wobei sie 20 Eier, Butter und vier Stück Leinen mitnahm. Nach einiger Zeit gingen dieselben Polizisten, die offenbar Verstärkungen erhalten hatten, in eine andere Hütte zur Bürgerin Uljana Sawwi, um zu erfahren, wo ihr Mann sei. Da sie keine befriedigende Antwort erhielten, begannen sie auch sie zu verprügeln. Die zu Tode erschrockene Schwester des Mannes lief auf die Straße hinaus und begann um Hilfe zu rufen. Der Kommandant sprang nach ihr, zerrte sie am Zopfe in die Hütte auf den Boden und begann sie mit dem ersten besten ihm in die Hände fallenden Stock zu prügeln, wobei er ihr Kopf und Hand blutig schlug. Die Mutter des Mädchens, eine Greisin von 68 Jahren, flehte, als sie sah, wie ihre Tochter mißhandelt wurde, um Gnade für sie. Die ganz und gar rasend gewordenen Polizisten warfen sich auch auf sie, begannen sie zu schlagen und die Greisin mit Füßen zu treten. Als die Unglückliche das Bewußtsein verlor, begannen die Polizisten sie mit kaltem Wasser zu besprengen. Dies ist ein alltäglicher Fall der Behandlung weißrussischer und ukrainischer Bauern durch die polnische Polizei.

Im Kreise Dissna wurde beim Verhör der verhafteten Weißrussen Paratscho, Michassewitsch und ihrer Verwandten durch die Polizeiagenten Bjelenjki, Ulinski und Gofrent unter anderem ein zehnjähriger Knabe des Hochverrates bezichtigt. Beim Verhöre wurden die Verhörten Foltern ausgesetzt, man klemmte ihnen die Hände in die Tür, band ihnen die Füße zusammen und schlug sie auf das Gesäß, steckte ihnen zwischen die Zehen eckige Bleistifte, zog ihnen die Geschlechtsteile heraus, streckte sie und schlug sie mit einem Lineal. Der Kommandant der Polizei des Kreises Dissna, Lerr Lichedziewski, befaßte sich damit, ihnen auf die Zähne zu schlagen und sie mit dem Kopfe an die Wand zu schleudern. Nach diesen Foltern hielt man sie einige Tage unter Arrest, ließ sie nicht zum Arzte und schickte sie dann einzelweise nach Hause, wobei man ihnen drohte, sie neuerlich zu verhaften, wenn sie sich beschweren sollten.

In ihren Bemühungen, die östlichen Grenzgebiete und Ostgalizien polnisch zu machen, wenden die polnischen Behörden die Methoden der militärischen Einquartierung an. Der in diesen Gebieten untergebrachte polnische Soldat, der meistens aus dem zentralen Polen stammt, betrachtet sie als „barbarische" Länder, die mit „seinem Blute" erobert worden sind, mit einer Bevölkerung, mit der es gar nicht am Platze ist, viele Umstände zu machen. Natürlich schenken diese polnischen Soldaten den von der polnischen Regierung angenommenen Verpflichtungen in bezug auf die nationalen Minderheiten fast gar keine Beachtung. Als Bestätigung dieses können folgende Angaben über Mißbräuche von Soldaten des 26. Ulanenregiments dienen, das nächst der Stadt Gorodjej, Kreis Nesswishsk, in Garnison steht.

Seit der Einquartierung des 26. Ulanenregiments in der Stadt Gorodjej und seiner Umgebung begann die örtliche Bevölkerung unter Überfällen, Gewalttaten und Verhöhnungen seitens der Soldaten zu leiden.

Die Soldaten nehmen Getreide von den Feldern weg, graben Hackfrüchte aus, machen dabei häufig von der Waffe Gebrauch und drohen, die Häuser und Hütten anzuzünden, die sie mit Petroleum begießen. Die polnischen Behörden schenken diesen Untaten keinerlei Beachtung, und Beschwerden der Bevölkerung über die von den Soldaten begangenen Gesetzwidrigkeiten bleiben ergebnislos.

Als Beispiele dieser Gesetzwidrigkeiten und dieser Gewalttaten mögen folgende Tatsachen dienen:

1. Am 28. Mai 1923 verprügelten Soldaten in Anwesenheit des Unteroffiziers Czekment die Maria Woktowitsch, die nachher zwei Wochen krank daniederlag.

2. Am 16. Juli 1923 verprügelten Soldaten auf einer Hoch-

zeitsfeier einige Leute, wobei sie sie mit dem Revolver bedrohten.

3. Am 18. Juli 1923 verprügelten Soldaten den Bürger Semjen Kunitsch usw.

Die Kolonisationspolitik der polnischen Regierung in den östlichen Gebieten von Ostgalizien wird mittels der sogenannten Ansiedlung durchgeführt. Freie Ländereien in diesen Gebieten werden ehemaligen Militärleuten der polnischen Armee zugewiesen, die sich besonders ausgezeichnet haben. Die Ansiedler bilden einen geschlossenen Kreis von Leuten, der der örtlichen Bevölkerung feindlich gegenübersteht. Diese Politik führt dazu, daß die örtlichen Bauern sich an den Zugereisten rächen, ihre Gebäude vernichten und natürlich dafür in der schrecklichsten Weise büßen. Die Atmosphäre des gegenseitigen Hasses, die zu Morden und Brandstiftungen führt, erscheint als die Folge dieser Politik der polnischen Behörden.

Die Praxis der polnischen Behörden gegenüber der orthodoxen Kirche in Polen beweist, daß der Grundsatz der Nichteinmischung in die Angelegenheiten und in das Leben der Kirche und der Religionsgenossenschaften, der mit Punkt 2 des Artikels VII des Friedensvertrages festgesetzt ist, bloß auf dem Papier geblieben ist. In der Tat aber sind Gewalttaten jeder Art, Beschlagnahmen und Beschädigungen religiöser Denkmäler etwas Alltägliches in der Praxis der polnischen Behörden. Diese Erscheinungen sind derart in die Augen springend, daß sogar die weißgardistische Emigrantenpresse, die mit den Grundlagen des gegenwärtigen polnischen Staates sympathisiert, systematisch mit Schmerz und Entrüstung die Tatsachen unerhörter Verfolgungen und Bedrückungen der orthodoxen Kirche in Polen vermerkt. Am besten zeugen davon die Tatsachen:

Im Gebiete von Cholm sind von mehr als 300 orthodoxen Kirchengemeinden nur mehr 28 übriggelassen worden. Die übrigen sind geschlossen und die Kirchen beschlagnahmt worden. Dasselbe geht vor sich im Gebiet von Grodno, wo die orthodoxen Kirchen von Nowodworsk Dubno und fast alle Kirchen des Kreises Bjelsk beschlagnahmt wurden; erst vor kurzem wurde die Kirche von Shidoplinsk und eine ganze Reihe anderer beschlagnahmt, und sogar die Krestodwishehsk-Kirche in dem von der weißrussischen Bevölkerung besonders verehrten Kloster Shirowitzk im Gebiete von Slonim.

In Wilna wurden von 1919 bis 1923 beschlagnahmt: Der Kathedraldom, die Kirchen Blagowjeschtschensk, Andrejew, des Kriegsspitals, des Gefängnisses, die Erzengel Michael-Kirche, Antokol, Friedhofskirche, die Kirche Maria Magdalena mit dem Kloster und sieben Hauskirchen. Häufig ist die Beschlagnahme in folgender Weise vor sich gegangen: Der spätere Besitzer der Kirche der katholische Priester, drang auf diese oder jene Weise nach seinem Gutdünken in die Kirche ein, verrichtete darin den Gottesdienst, worauf sie schon den Schismatikern nicht wieder zurückgegeben wurde und eine katholische Kirche bleiben mußte. Damit wurden wüste Orgien der Zerstörung verbunden: Reliquien und Kirchenschätze wurden unbarmherziger Zerstörung ausgesetzt, wobei auch Gegenstände, die vom künstlerischen und archäologischen Standpunkte aus wertvoll waren, nicht geschont wurden.

Die Kolonisationspolitik der polnischen Regierung in den weißrussischen Gebieten und in Ostgalizien beschränkt sich natürlich nicht auf das Ansiedlungswesen, auf das System offener Repressalien gegen die nationalen Minderheiten und die orthodoxen Kirchen, sondern strebt auch danach, das geistige Leben der nationalen Minderheiten unter ihren Einfluß zu bekommen. Überall werden ukrainische und weißrussische Schulen geschlossen, wodurch wachsendes Analphabetentum in der Bevölkerung hervorgebracht wird. Die nachstehend angeführten Tatsachen bestätigen das oben Gesagte:

Die ländlichen Volksschulen in der Gegend von Nowogrundinsk sind alle bis auf eine geschlossen worden; im Gebiete von Grodno ist von den früher bestehenden 153 Schulen nur eine übrig geblieben; im Gebiete von Wilna verblieben von den früher bestehenden 200 Schulen nur 36; in Polessje und Wolhynien sind alle ukrainischen Schulen geschlossen worden. Außer der Schließung von niederen Schulen ist eine ganze Reihe von Lehrerseminaren geschlossen worden, wie zum Beispiel in Swisslotsch, in Burupi usw.; nach Galizien sind 240 weißrussische Lehrer versetzt worden, angeblich um dort einen kurzfristigen Kurs der polnischen Sprache durchzunehmen. Kein einziger dieser Lehrer ist in seine Heimat zurückgekehrt, und nach Mitteilungen, die das Volkskommissariat des Auswärtigen erhalten hat, sollen sie zur Lehrtätigkeit nach Galizien geschickt werden. Hunderte von gebildeten und Erfahrung besitzenden weißrussischen Lehrern, die nicht zugestimmt hatten, aus Weißrußland wegzugehen, sind einfach aus den Schulen hinausgeworfen worden, und an ihre Stellen wurden Lehrer aus Ostgalizien mit weitaus geringerer Zahl von Arbeitsjahren als Lehrer eingeführt, die überdies weder die weißrussische Sprache noch die örtlichen Verhältnisse kennen.

Am 18. März 1923 terrorisierte die Polizei in Cholm eine ukrainische Lehrertagung und verhaftete eine ganze Reihe von Lehrern. In Lemberg wurde im Jahre 1923 das Lehrerseminar geschlossen, in Tiraspol wurde den Lehrerinnen des privaten ukrainischen Lehrerseminars das Recht verweigert, Staatsprüfungen zu halten.

In den Schulen und Kindergärten wird den Kindern die katholische Religion gelehrt, und sie werden in die katholische Kirche geführt. Dies wird in einer Reihe von Orten im Gebiete von Cholm, Rowno usw. gehandhabt. Die Forderungen der Vertreter der nationalen Minderheiten im Sejm an das Unterrichtsministerium, das Netz von Schulen in den weißrussischen Gebieten und in Ostgalizien zu erhalten und zu erweitern, wurde nur mit Schweigen beantwortet.

Die gleiche Behandlung wird seitens der polnischen Behörden auch der Presse der nationalen Minderheiten zuteil. Häufig werden ukrainische und weißrussische Zeitungen der Beschlagnahme wegen des Einschaltens derselben Mitteilungen, die schon in der polnischen Presse waren, ausgesetzt. Die polnische Presse selbst führt völlig straflos eine empörende Verleumdungs- und gegenseitige Aufhetzungskampagne gegen die nationalen Minderheiten. Die systematische Beschlagnahme der Zeitungen der nationalen Minderheiten hat zur Herausgabe einmaliger Zeitungen genötigt die jedoch das gleiche Schicksal ereilt. Es werden sogar Bücher beschlagnahmt, die von den Klubs der nationalen Minderheiten des Sejm herausgegeben werden. In kurzer Zeit sind folgende Zeitungen verboten worden: „Die weißrussische Glocke", „Unsere Zukunft", „Neues Leben", „Volkswille", „Unser Ziel", „Freies Ziel". Im Jahre 1923 wurden folgende Bücher beschlagnahmt, die vom weißrussischen Nationalklub herausgegeben waren: „Was bedeutet die Aushebung vom weißrussischen Standpunkt?", obgleich buchstäblich der ganze Text des Buches vorher in Zeitungen erschienen war und die inkriminierten Stellen nach Weisung der Staatsanwaltschaft herausgenommen worden waren. Beschlagnahmt wurde der Bericht über den „Ersten Prozeß der Weißrussen in Bjalystok". Der Bericht gab eine vollständige und genaue Darlegung des Prozesses gegen die Weißrussen. Die Ausgabe wurde ohne Angabe der inkriminierten Stellen wegen allgemeiner „Tendenzhaftigkeit" und „Kritik am Staate" beschlagnahmt.

Eine ukrainische oder weißrussische Zeitung, die unter so schweren Bedingungen herauskommt, wird auf ihrem Wege zum Leser auf der Post vernichtet.

Die Aufzählung der zahllosen Methoden unerhörter Verfolgungen und Bedrückungen der nationalen Minderheiten durch die polnischen Behörden würde zuviel Zeit und Raum in Anspruch nehmen. Es ist vollständig offenbar, daß auf allen Gebieten des nationalen Lebens der Ukrainer und der Weißrussen, die sich innerhalb der Grenzen der Polnischen Republik befinden, die polnischen Behörden ganz offen den mangelnden Willen dargetan haben, die Verbindlichkeiten zu erfüllen, die Polen durch den Frieden von Riga auf sich genommen hat.

In der Note vom 29. Juli 1922, Nr. 3 B/725 hat die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die völlige Nichtachtung des Artikels VII des Vertrages von Riga gelenkt; nun sieht sich die Unionsregierung genötigt, die polnische Regierung daran zu erinnern, daß die strenge und unbeugsame Einhaltung des Artikels VII des Vertrages von Riga als eine notwendige Vorbedingung für die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen erscheint, die für beide Völker so notwendig sind.

Mit dem Ausdrucke vorzüglicher Hochachtung

(gez.) G. Tschitscherin.

Politik

Zur politischen Lage in Jugoslawien.

Von Stefanski.

** Seit seinem Bestande befand sich Jugoslawien noch nie in einer so tiefgehenden politischen Krise wie gegenwärtig. In der kurzen Zeitspanne vom 28. März bis heute hat der Herr Pasic nicht weniger als dreimal demissioniert und drei Kabinettsbildungsaufträge von der Krone erhalten. Während dieser Zeit hat der Oppositionsblock unter der Leitung des Herrn Davidovic gewiß alle taktischen Möglichkeiten der bürgerlichen Politik

angewandt, um Pasic zu stürzen und die Regierung an sich zu reißen. Ja, man ist selbst so weit gegangen, um zu versuchen, Radic-Leute an den Hof zu bringen, und da dies nicht ging, ließ sich Radic herbei, ein Manifest an das Volk zu lancieren, das die Dynastie von seiner nichtrevolutionären und regierungsfähigen Gesinnung überzeugen sollte. Er schrieb darin folgende, seine Politik wie auch die Krise kenzeichnenden Worte:

„Serbisches Volk und Ihr übrigen slawischen und nichtslawischen Brüder! Wir Kroaten sind alle Republikaner. Dies wollen wir auch weiterhin bleiben. Und unter Euch gibt es viel mehr Republikaner, als man denken sollte und als man davon spricht. Aber wir sind humane, verfassungsmäßige und Bauernrepublikaner. In unserer Humanität wollen wir weder Revolution noch Attentate noch irgendwelche andere Vergewaltigung — und dies keineswegs aus Furcht, sondern unseres Pazifismus wegen, ohne den es den Bestand eines kleines Volkes nicht geben kann."

Aber all dies hat nichts genützt.

Nunmehr hat Herr Pasic abermals ein Kabinett zusammengestellt, ein Arbeitskabinett, das sich aber im Parlament mit etwa 40 Stimmen in der Minderheit befindet. Um nun allen Eventualitäten vorzubeugen, hat der Ministerpräsident Pasic die Skuptschtina in der Sitzung vom 27. Mai durch Verlesung eines königlichen Ukas kurzerhand bis zum 20. Oktober d. J. vertagt. Es ist also so gut wie sicher, daß die Auflösung des Parlaments im Oktober erfolgen wird. Dann wird Herr Pasic die Neuwahlen in der von ihm gewohnten Weise vornehmen lassen.

Welche Perspektiven eröffnen sich vor uns angesichts dieser Wahlen und auf was muß die KPJ. vor allem ihr Augenmerk lenken?

Die großartigen Bestrebungen eines Teiles der serbischen und fast der ganzen nichtserbischen Bourgeoisie, um zu irgendeiner Verständigung und zu einem Ausgleich zu gelangen, können in den jugoslawischen Völkern neue Illusionen auslösen, als ob es möglich wäre, in Jugoslawien die nationalen Fragen auf friedlichem verfassungsmäßigen Wege zu lösen. Die Strategie und die Taktik der mittleren und linken bürgerlichen Parteien sind sehr gut eingestellt. Der gemeinsame strategische Plan dieser Parteien wird darin bestehen, auf den außerhalb Serbiens allgemein verhaßten Pasic einzustürmen, um ihn um jeden Preis zu stürzen, denn nach ihrer Ideologie und in den Augen der Massen ist Pasic das einzige Hindernis, um zu einer nationalen Verständigung in Jugoslawien zu gelangen. Zur Taktik haben sie eine Menge sehr wirksamer Parolen, wie „Republik", „nationale Autonomie", „Freundschaft mit den Arbeitermassen", „Korruption der Radikalen", „Steuerlasten, die das radikale Regime eingeführt hat", „Spaltung in der Pasicpartei" usw. Hierbei ist nicht zu vergessen, daß das Frankreich des Herriot die mittleren Parteien in Jugoslawien kräftig unterstützen wird. Zudem, falls in der Pasic-Partei — nach den Wahlen — eine Spaltung eintritt, etwa unter der Führung Nostas Petrovic, dann wären in diesem Mittelblock die Serben, wenn schon nicht in der Mehrheit, so doch sicher eine sehr starke Fraktion, die eine Regierung auch unter der Karagiorgiewitsch-Dynastie führen könnte. Die Bildung einer solchen Regierung in Jugoslawien wäre also keineswegs unmöglich.

Wie würde sich die politische Situation in Jugoslawien unter einer solchen Regierung gestalten?

Es ist vor allem zu beachten, daß in diesem Fall sowohl die serbischen wie auch die kroatischen Republikaner außerhalb der Regierung stünden. Dies bedeutete aber eine noch größere nationale Spannung zwischen den Serben und Kroaten. Zudem darf man nicht außer Acht lassen, daß eine solche Regierung nur eine geringe Stütze in der Armee besäße. Um sich eine solche Stütze zu schaffen, müßte sie alle von Pasic entlassenen kroatischen und slowenischen Offiziere wieder einstellen, Translokationen vornehmen usw. Man kann sich aber lebhaft vorstellen, was dies für eine Stimmung bei dem Hof und bei den serbischen Offizieren hervorrufen würde. Wir haben also bei einer solchen Verständigung der serbischen und nichtserbischen Mittelgruppen nicht mit einer Lösung der nationalen und politischen Krise zu rechnen, sondern im Gegenteil, mit einer Zuspitzung dieser Krise.

Man darf aber nicht vergessen, daß Herr Pasic die Wahlen selbst leiten wird, daß diese Wahlen also blutig durchgeführt werden und daß sie für Pasic günstig ausfallen können. Die Davidovic-Partei, die den Kern der Opposition bildet, steht wegen ihrer Halbheit in der Verfassungsfrage weder bei den Serben noch anderswo fest auf den Beinen. Sie kann einen Krach erleben, und dann werden sich die Serben und die Nichtserben noch unmittelbarer gegenüberstellen. Dann wird aber auch eine offene Diktatur des Herrn Pasic im Lande möglich sein, denn Pasic wird eine weitere „Reinigung" im Offizierskorps vornehmen können. Also auch in diesem Falle eine Verschärfung der Situation.

Unsere Partei hat diese Entwicklung der Dinge richtig vorausgesehen. Sie steht aber jetzt vor der großen Aufgabe, vor allem gegen die Illusionen der mittleren politischen Gruppen mit aller Energie aufzutreten. Die nationale Frage und die politische Krise können durch eine Herriotisierung Jugoslawiens nicht gelöst werden. Wir befinden uns in einer Staatskrise. Die Staatskrise ist nur dadurch zu beseitigen, daß Jugoslawien nach seinen Provinzen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes in einen freien Staatenbund aufgelöst und seiner weiteren Entwicklung überlassen wird. Dies kann freilich nicht anders als durch Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung herbeigeführt werden. Die Partei muß also die Fragen der nationalen Republiken: Kroatien, Slowenien, Serbien, Mazedonien, Montenegro usw. konkret in allen ihren Agitationen und in der Presse aufwerfen und fleißig behandeln. Dies ist die Hauptbedingung, wenn sie überhaupt Erfolge in den bevorstehenden Wahlen erzielen will.

Es müsen aber auch alle Versuche unternommen werden, um den breiten Volksmassen in Jugoslawien beizubringen, daß sich die Dynastie und die serbische Militärclique als das größte Hindernis einer nationalen Verständigung in Jugoslawien erweisen und daß ohne die Beseitigung dieser Faktoren von einem nationalen Frieden in Jugoslawien überhaupt keine Rede sein kann.

Arbeiterbewegung

Die Unterstützungen der kämpfenden deutschen Bergarbeiter durch die RGI. und die russischen Gewerkschaften.

** Zur Unterstützung des Kampfes der deutschen Bergarbeiter sind folgende Summen eingegangen:

	Rubel
Rote Gewerkschaftsinternationale	10.000
Allrussischer Zentralgewerkschaftsrat (WZSPS.)	10.000
ZK. des Allrussischen Bergarbeiterverbandes	10.000
„ „ „ Eisenbahnerverbandes	10.000
„ „ „ Angestelltenverbandes	5.000
„ „ „ Metallarbeiterverbandes	5.000
„ „ „ Textilarbeiterverbandes	3.000
„ „ „ Gemeindearbeiterverbandes	1.000
„ „ „ Chemiearbeiterverbandes	1.000
„ „ „ Transportarbeiterverbandes	750
Moskauer Gouvernementsgewerkschaftsrat	5.000
Moskauer Gouvernementskonferenz der Chemiearbeiter	2.000
Moskauer Revierkomitee des Bergarbeiterverbandes	1.5000
Moskauer Gouvernementsabteilung der Textilarbeiter	5.000
„ „ „ Angestellten	3.000
„ „ „ Metallarbeiter	2.000
„ „ „ Buchdrucker	1.000
„ „ „ Gemeindearbeiter	1.000
„ „ „ Arbeiter der Arzneikunde	1.000
Moskauer Gouvernementsabteilung der Lebensmittelarbeiter	1.000
Moskauer Gouvernementsabteilung der Land- und Forstarbeiter	500
Moskauer Gouvernementsabteilung der Transportarbeiter	500
„ „ „ Holzarbeiter	500
„ „ „ Aufklärungsarbeiter	500
„ „ „ Bauarbeiter	500
„ „ „ Bekleidungsarbeiter	500
„ „ „ Lederarbeiter	500
„ „ „ Hotel- und Gasthausangestellten	300
Moskauer Gouvernementsabteilung der PTT.-Angestellten	200
Moskauer Gouvernementsabteilung der Arbeiter der Zuckerindustrie	100
Moskauer Gouvernementsabteilung der Papierarbeiter	100
Moskauer Gouvernementsabteilung der Wassertransportarbeiter	50
Moskauer Büro des ZK. der Eisenbahner	300
Gesamtsumme	82.800

Proletarische Frauenbewegung

Die Bergarbeiterfrauen im Ruhrkampf.

Von Kl. S.

** In dem Riesenkampf des Bergproletariats des Ruhrgebiets gegen das Grubenkapital gibt es nicht allein 500.000 Bergarbeiter, sondern auch **Hunderttausende von Arbeiterfrauen, die sich aktiv am Kampfe beteiligen.** Die Kommunistische Partei hat es bisher nicht genügend verstanden, größere Frauenmassen in die Kämpfe des Proletariats einzubeziehen, und sie der Partei als aktive Mitglieder zuzuführen. Sie hat meist **nur in der Theorie** die wichtige Rolle der Frauen im revolutionären Kampfe festgestellt, ohne selbst von dieser Wichtigkeit bis in die Reihen aller Parteimitglieder durchdrungen zu sein und danach zu handeln. Lange Zeit haben die proletarischen Frauen in ihrer Mehrzahl passiv abseits gestanden. Aber in den Frauenmassen schlummerten ungeahnte Kräfte. Die furchtbarste Not, das Hungersterben ihrer Kinder, die völlige Verlumpung und Verelendung ihrer Familien hat nun die Bergarbeiterfrauen wachgerüttelt und ihre Kräfte ausgelöst. In **unglaublich kurzer Zeit haben die Bergarbeiterfrauen,** die bisher dem politischen Leben vollkommen fernstanden, **die ungeheure Bedeutung des Bergarbeiterkampfes begriffen** und sofort planmäßig, umsichtig und mutig die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des Erfolges getroffen.

Im gesamten Ruhrgebiet haben die Kommunistinnen in jeder Stadt, in jedem Ort die Massen der Proletarierinnen in öffentlichen Versammlungen über die Bedeutung des Bergarbeiterkampfes aufgeklärt. Die Frauen haben verstanden, daß die Angriffe gegen Lohn und Arbeitszeit, der Aufmarsch der weißen Horden in Deutschland, die Rüstungen gegen Sowjetrußland, die Sachverständigenpläne — daß dieses alles Glieder einer Kette sind, die zur Fesselung des Proletariats in ewiger Sklaverei und Ausbeutung vom internationalen Kapital geschmiedet wird. Hundertfach war die Antwort der Frauen in allen Resolutionen, **das Gelöbnis der aktiven Anteilnahme am Bergarbeiterkampfe, des unbedingten Durchhaltens bis zur Erringung der Siebenstundenschicht und menschenwürdiger Löhne.** Die Frauen haben ihr Gelöbnis in die Tat umgesetzt.

Zu Beginn des Ruhrstreiks fanden sich auf vielen Zechen noch Streikbrecher ein. Die Frauen erkannten sofort die große Gefahr, die der Geschlossenheit des Kampfes dadurch drohte, daß diese Streikbrecher durch Verrichten der notwendigsten Arbeiten auf den Zechen den Betrieb notdürftig aufrecht erhielten. Die Frauen bildeten sofort **Belehrungskommandos,** die die Streikbrecher in den Wohnungen aufsuchten und ihnen ihr arbeiterschädigendes Verhalten klarmachten. Nicht genug damit, **zogen die Frauen, bewaffnet mit Hackenstielen, Holzlatten, Gummischläuchen vor die Zechentore, erzwangen sich den Eintritt und verprügelten die Streikbrecher.** Hierbei kam es häufig zu den heftigsten Zusammenstößen mit der Polizei. Die Frauen waren unerschöpflich in der Erfindung neuer Methoden, um die Streikbrecher unschädlich zu machen. So wurden in einem Orte diese Burschen mit einem Schilde „Streikbrecher" um den Hals in einem Riesendemonstrationszug durch die Stadt geführt. Auf vielen Zechen wurden die Fensterscheiben an den Wohnungen der Streikbrecher mit Teer überstrichen oder durch Inschriften „verziert". Diese energischen Kampfmethoden der Arbeiterfrauen haben dazu geführt, **daß auf der größten Mehrzahl der Zechen keine Streikbrecherarbeit mehr geleistet wird.** Auch die Beamten, die Notstandsarbeiten verrichteten, haben aus Angst vor Prügel die Zechen verlassen.

Für die Herbeischaffung der notwendigen Lebensmittel zu sorgen, war um so mehr eine Aufgabe der Frauen, als sie der Hunger ihrer Kinder, die Sorge um die Aufrechterhaltung des Haushaltes am schwersten trifft. Die Frauen wandten sich darum durch **Delegationen, unterstützt von Demonstrationen, an die Stadt- und Gemeindeverwaltungen mit der Forderung, die Ernährung der Streikenden zu sichern.** Vielfach haben die Gemeinden dem Massendruck nachgegeben, Küchen errichtet und Lebensmittel verteilt. An dem **großzügigen Hilfswerk der Internationalen Arbeiter-Hilfe** sind die Frauen durch Leitung der Küchen, Essenausgabe usw. eifrig beteiligt. Auch die **Sammelaktionen bei den Geschäftsleuten** wird von ihnen tatkräftig durchgeführt.

Ein Ruhmesblatt in der Geschichte des Bergarbeiterkampfes ist das **mutige, unerschrockene Auftreten der Frauen gegenüber der Polizei,** die bei Demonstrationen, bei den Kämpfen gegen die Streikbrecher, nach Versammlungen in brutalster Weise gegen die Frauen vorgingen. In **Essen, Bochum, Dortmund** und vielen anderen Orten fanden besonders schwere Zusammenstöße statt, bei denen die Polizei **mit der blanken Waffe auf die Frauen einschlug.** Selbst dann wichen die Frauen nicht, sondern versuchten, sich mit Steinen, die sie aus dem Straßenpflaster rissen, zu verteidigen. Die Frauen stürzten sich auf die Polizisten und versuchten ihnen die Waffen zu entreissen. Häufig wurden Polizisten von den Frauen geohrfeigt. Es kam wiederholt zu Verwundungen und Verhaftungen von Frauen. Meistens gelang es der Polizei erst nach Herbeiholung ganzer Autos voll Verstärkungen, die sich immer wieder zusammenschließenden Frauen auseinanderzutreiben. Viele Meldungen besagten, daß die Polizei machtlos war. Es muß betont werden, daß an diesen Kämpfen, wie überhaupt an allen Aktionen in der Hauptsache **politisch indifferente Frauen** teilnahmen. Auch **die christlichen Frauen haben rücksichtslos mitgekämpft.** Ein typisches Beispiel bietet ein Bericht, nach dem eine Frau einem Polizisten ihr Gebetbuch ins Gesicht schlug.

Durch die aktive Teilnahme der Frauen an allen Kämpfen ist die **Front des Bergproletariats außerordentlich verstärkt und gefestigt.** Der **Kampfesmut der Bergarbeiterschaft** hat sich durch die Erfolge der Frauen **gehoben,** der Gegner ist wesentlich geschwächt worden. Breite proletarische Frauenmassen stehen mit ihrem vollen Vertrauen hinter der Kommunistischen Partei. **Die Frauen** selbst haben im revolutionären Kampfe **unendlich viel gelernt.** Frauen, die nie öffentlich gesprochen haben oder aufgetreten sind, sind heute als **Agitatorinnen und Rednerinnen tätig** und arbeiten mit Erfolg in den Streikkomitees. Die Arbeiterfrauen haben ihre Illusionen über Bord geworfen, sie haben ihrem kapitalistischen Gegner ins Gesicht geschaut, haben das Wüten kapitalistischer Staatsorgane am eigenen Leibe verspürt. Sie wissen heute, **daß sie nur im revolutionären Kampfe, nur im** Bürgerkriege ihren Gegner besiegen können, und sich ihre Freiheit erringen werden.

Die Kämpfe der Bergarbeiterfrauen haben uns ein praktisches Beispiel für die Bedeutung der Frauen in der Revolution gegeben. Aufgabe der Partei muß es jetzt sein, die gewonnenen Sympathien der proletarischen Frauen auszuwerten, sie eng an die Kommunistische Partei zu binden! Die Partei wird in weit stärkerem Maße und in ganz anderer Weise als bisher die Arbeit unter den Frauen zu leisten haben. **Der Schwerpunkt ihrer Arbeit auch unter den Frauen muß in den Betrieb verlegt werden. Hier muß ein Stamm von revolutionären Betriebsfunktionärinnen herangebildet** werden, die in der kommunistischen Betriebszelle an der Gewinnung der Arbeiterinnen ihres Betriebes arbeiten. Auch die **Hausfrauen** müssen **in engste Verbindung mit dem Betrieb** gebracht werden. Nur so wird es uns gelingen, die noch abseits stehenden Massen der Arbeiterinnen und Hausfrauen für den revolutionären Kampf zu gewinnen.

Jugendbewegung

Die Aufgaben des IV. Weltkongresses der KJI.

Von Otto Unger.

** Die Periode vom II. zum III. Weltkongreß der KJI. brachte die Umstellung der Kommunistischen Jugendverbände von der Rolle der politischen Avantgarde auf die Rolle der Führerin und Vertreterin der Interessen des Jugendproletariats. Diese Umstellung erfolgte in einer Zeit des politischen Niederganges und des Abflauens der Kämpfe der internationalen Arbeiterklasse. Das brachte eine starke politische Desinteressierung der Arbeiterjugend mit sich. Dieses und damit im Zusammenhange die Schwere der vom II. Weltkongresse gestellten Aufgaben verursachten in der Entwicklung unserer Bewegung eine gewisse Stagnation, die zum Teil gekennzeichnet war durch ein Nachlassen der politischen Aktivität, durch eine Verringerung des Einflusses auf außerhalb der Organisation stehende Jungarbeiter und Bauern und in gewisser Beziehung auch durch ein Zurückgehen der Mitgliederzahl in einigen Verbänden.

Aus den in dieser Periode gewonnenen Erfahrungen stellte der III. Kongreß der KJI. die angeschlossenen Verbände vor die zentrale Aufgabe, die Kommunistischen Jugendverbände zu **Kommunistischen Massenorganisationen** der Arbeiterjugend sowohl nach ihrer sozialen Zusammensetzung und Organisationsform wie auch nach Inhalt und Methoden ihrer Arbeit zu ent-

wickeln. Durch die Schaffung von Betriebszellen, die Reorganisierung der Verbände, auf ihrer Grundlage den Zugang zum Gros der großindustriellen Arbeiterjugend zu gewinnen, durch Steigerung der politischen Aktivität und der politischen Erziehungsarbeit, durch die aktivste, konkret geführte wirtschaftlich-gewerkschaftliche Tätigkeit das gesamte Jungproletariat um sich zu sammeln und aktiv in die alltäglichen Kämpfe der Arbeiterklasse und damit letzten Endes in den Befreiungskampf der Arbeiterklasse einzugliedern, so konkretisierte er den Weg zur Erfüllung der zentralen Aufgabe.

Die vergangene Periode hat den klarsten Beweis für die Richtigkeit und Notwendigkeit dieser Beschlüsse unseres III. Weltkongresses geliefert. Die Zeit zwischen dem III. und IV. Weltkongreß können wir mit vollem Recht als eine Periode **eines unaufhaltsamen Aufschwunges** bezeichnen. Die Ursachen dafür liegen natürlich auch in der tiefen revolutionären Krise, die die ganze Welt der Bourgeoisie seit Anfang 1923 erschüttert. Der Einmarsch der französischen Truppen in das Ruhrgebiet, der Machtkampf des bulgarischen Faschismus zur völligen Niederwerfung der bulgarischen Arbeiter und Bauern, die Verschärfung der innen- und außenpolitischen Lage in Deutschland infolge des Ruhrkrieges, der beginnende Kampf des deutschen Proletariats und seine Niederwerfung durch die Errichtung der weißen Diktatur unter sozialdemokratischer Beihilfe, die mächtige Streikwelle in Polen, der Sturz der konservativen Regierung in England und die Übernahme der Regierung durch die englische Arbeiterpartei, die verschärfte wirtschaftliche und politische Krise in Frankreich (Frankensturz), die Wahlen in Italien, die Wahlen in Deutschland und Frankreich und die jüngst ausgebrochenen scharfen Klassenkämpfe in einem so friedlichen Lande wie Norwegen sind die Kennzeichen dieser Krise, die für die Aktivität unserer Verbände eine ausgezeichnete Grundlage gab. Die aktive Anteilnahme der Verbände an fast allen mit diesen Ereignissen im Zusammenhange stehenden Kämpfen der Arbeiterklasse, die Aufnahme der Betriebszellenarbeit usw., haben uns außerordentlich wichtige Erfahrungen gebracht. Gleichermaßen gaben die Kämpfe der Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern und die Tätigkeit der Kommunistischen Parteien eine Anzahl wichtiger Lehren. Diese Erfahrungen und Lehren zu beherzigen und auszuwerten, ist eine der aktivsten Aufgaben unseres IV. Weltkongresses. Allen Genossen ist bekannt, daß in der Kommunistischen Internationale infolge der Kämpfe der letzten Monate und der in ihnen gewonnenen Erfahrungen seit Monaten eine lebhafte Diskussion über eine Anzahl wichtiger grundsätzlicher und taktischer Fragen entstanden ist. Wir verweisen auf die Diskussion in der Kommunistischen Partei Rußlands auf die Diskussion nach den Oktoberereignissen in Deutschland, wobei sich eine ganze Reihe wichtiger Fragen aufs neue aufrollte (die Frage der Anwendung der Taktik der Einheitsfront, die Stellung der Kommunisten zu den Gewerkschaften, der Kampf gegen den Faschismus usw.), ferner die Besprechung des Juni- und Septemberkampfes in Bulgarien, die Stellung der Kommunisten zur englischen Arbeiterregierung, die Frage einer dritten Partei in Nordamerika und anderes mehr. Die Kommunistische Jugend-Internationale, die in all diesen Diskussionsfragen entschieden an der Seite der Kommunistischen Internationale gekämpft hat, wird auf dem vor unserem Kongreß tagenden V. Kominternkongreß aktiv an der endgültigen Lösung aller dieser Fragen teilnehmen. Auch unser IV. Kongreß wird zu den Entscheidungen des Kominternkongresses Stellung nehmen und sich, wie wir alle hoffen, rückhaltlos hinter seine Entscheidung stellen.

Neben dieser Aufgabe wird unser Kongreß eine große Bedeutung für die **Besprechung der zukünftigen Tätigkeit der KJI.** und ihrer Verbände haben. Kurz zusammengefaßt ergibt eine Prüfung der gegenwärtigen Lage in der KJI. und der in der Berichtsperiode gewonnenen Erfahrungen folgende Aufgaben:

1. Die politische Aktivität der Verbände, die seit dem III. Kongreß eine bedeutende Stärkung erfahren hat, muß beibehalten und noch gesteigert werden. Es muß ein selbstverständlicher Grundsatz für die Arbeit aller unserer Verbände sein, daß ihre gesamte Tätigkeit im Zusammenhange mit den politischen Ereignissen, mit den Kämpfen der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei steht. Die politische Aktivität darf ferner nicht als ein besonderer Teil unserer Tätigkeit betrachtet werden, sondern muß die gesamte Tätigkeit auf allen Arbeitsgebieten **durchdringen** und in ihr zusammengefaßt werden. Damit im engsten Zusammenhang steht das aktivste Eintreten aller unserer Verbände für die Durchführung der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale.

2. Der Kongreß muß ferner die Erfahrungen der letzten Periode auf dem Gebiete der **Betriebszellenarbeit** gründlich untersuchen und die neuen Aufgaben auf diesem Gebiete besprechen, die im wesentlichen darin bestehen werden, der Schaffung von Betriebszellen und der Reorganisation der Verbände einen neuen entschiedenen Anstoß zu geben. **„Bis zum V. Weltkongreß völlige Reorganisation!"** muß die Lösung unseres IV. Weltkongresses sein.

3. Große Aufmerksamkeit muß der **Besprechung der wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Arbeit** gewidmet werden. Es ist leider Tatsache, daß auf diesem Gebiete noch viel zu wenig getan worden ist. Die wirtschaftlich-gewerkschaftliche Arbeit muß endlich von einer bloßen Propaganda zu einer tatsächlichen und alltäglich geführten Arbeit aller unserer Gruppen und Zellen werden.

4. Der Kongreß hat ferner die Aufgabe, unsere **Arbeit in der bürgerlichen Armee** und unseren **Kampf gegen die Kriegsgefahr** in ihren konkreten Einzelheiten gründlich durchzuberaten und dieser Tätigkeit für die neue Periode eine entschiedene Vertiefung und Verbreitung zu geben.

5. Auch die **Arbeit auf dem Lande**, um dort unseren Einfluß auf die Landarbeiter- und arme Bauernjugend auszudehnen, muß vom Kongreß aufmerksam und ernst durchberaten werden. Die Arbeit auf diesem Gebiete, die bisher am meisten von den einzelnen Verbänden vernachlässigt wurde, ist eine Lebensfrage für die proletarische Revolution in fast allen Ländern. Die Kommunistische Jugend-Internationale muß auch auf diesem Gebiete, wie schon auf verschiedenen anderen, bahnbrechend vorangehen.

6. Eine wichtige Aufgabe, die in der letzten Periode in greifbare Nähe gerückt ist, ist die **Besprechung der Aufgaben und Tätigkeit** der Kommunistischen Jugendorganisationen in **der Periode des Kampfes um die Macht.** Sie muß vom Weltkongreß ernst besprochen werden.

7. **Die leninistische Erziehung der Arbeiter** muß vom Weltkongreß als eine wichtige Aufgabe für die kommende Periode aufgestellt werden. Die Bildungsarbeit unserer Bewegung war bisher national und international ungenügend, wir müssen sie verstärken.

8. Und schließlich muß der Weltkongreß eine **große Aufmerksamkeit** auf die **Arbeit im Orient und in den Kolonien** richten. Nachdem in der letzten Periode die Eroberung des Orients nahezu vollzogen werden konnte, steht jetzt vor uns die unmittelbare Aufgabe: a) im Orient Kommunistische Massenorganisationen, b) in den Kolonien der imperialistischen Staaten starke Stützpunkte für die Entwicklung einer kommunistischen Massenbewegung zu schaffen, wozu uns die Stützpunkte in Nordafrika und der gut entwickelte Verband in Südafrika ausgezeichnete Möglichkeiten bieten. Im Zusammenhang damit steht (auch für Amerika) die wichtige Frage der **Arbeit unter der Negerjugend.**

*

Diese einzelnen Aufgaben zusammengefaßt, können wir kurz und bündig sagen: der Kongreß muß auch weiterhin für die Kommunistische Jugendinternationale und die ihr angeschlossenen Verbände als die Zentralaufgabe feststellen: die Kommunistischen Jugendverbände müssen den vom III. Weltkongreß gewiesenen Weg zu **kommunistischen Massenorganisationen der Arbeiterjugend,** die die gesamte Arbeiter- und Bauernjugend unter ihre Führung bringen und sie in den Kampf der Arbeiterklasse, in die Front der proletarischen Revolution eingliedern, entschieden weiter beschreiten. Der Kommunistische Jugendverband ist die Organisation der Arbeiterjugend. Alle übrigen Organisationen, die Jungarbeiter umfassen, von den sozialdemokratischen bis zu religiösen und faschistischen Organisationen stehen jenseits der Barrikade. Der KJV. muß ihnen gegenüber einen zähen Kampf um jeden irregeleiteten jungen Arbeiter führen. Die dabei anzuwendenden Methoden wird der Kongreß in einem besonderen Tagesordnungspunkt (Gegner) behandeln.

Das sind im großen und ganzen die Aufgaben, die für die nächste Epoche vor der Kommunistischen Jugend-Internationale stehen. Der IV. Weltkongreß wird sie im einzelnen gründlich besprechen und die Richtlinien für ihre Durchführung beschließen. Die Entwicklung der letzten Periode gibt uns Gewähr dafür, daß er seine Aufgaben lösen wird.

Aus der Internationale

Der dritte Parteitag der revolutionären Arbeiterpartei Kanadas.

Von Maurice Spector.

** Der dritte Parteitag der kanadischen revolutionären Arbeiterpartei (Workers-Party), der vor kurzem getagt hat, wird ein Markstein in der Geschichte der kanadischen Arbeiterbe-

wegung sein, vorausgesetzt, daß seine Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden. Es wurden nicht nur die politischen Richtlinien der letzten zwei Jahre neuerlich bestätigt, und zwar die systematische Kampagne für die Arbeiterpartei sowie für den Zusammenschluß der gesamten Industriearbeiterschaft und in letzter Zeit für die Autonomie der kanadischen Gewerkschaften, sondern es wurden auch neue grundlegende Beschlüsse gefaßt, indem der Name unserer Partei in den Namen der Kommunistischen Partei umgeändert und die Front ihrer Betätigung dahin erweitert wurde, daß aus der Bewegung für die allgemeine Arbeiterpartei (Labor-Party) eine Bewegung für die allgemeine Farmer-Arbeiterpartei (Farmer-Labor-Party) werden sollte.

Infolge der beträchtlichen Auswanderung kanadischer Arbeiter in die Vereinigten Staaten hat die Partei einen kleinen Rückgang ihrer Mitgliederanzahl zu verzeichnen. Aber es ist keine Verringerung ihres Einflusses eingetreten.

Dies ist sowohl an der Rolle zu ersehen, die wir bei den Arbeiterkämpfen, vor allem in Nova Scolia wie auch als linker Flügel auf dem Gewerkschaftskongreß gespielt haben, sowie an unserem Erfolg in der Labor-Party. Wir haben unsere Arbeiterbewegung immer mehr der kommunistischen Politik angepaßt und sind schließlich so weit gelangt, daß wir den Namen der Kommunistischen Partei offen annehmen konnten.

Die Taktik der Einheitsfront bleibt nach wie vor der Leitstern unserer Politik, mögen auch manche Sektionen der Kommunistischen Internationale bei Anwendung dieser Taktik Fehler begangen haben. Wie unser Parteisekretär Jack Macdonald in seinem Berichte richtig hervorhob, besteht bei unserer Taktik der Einheitsfront immer die Gefahr, unsere Hauptaufgabe zu vergessen, nämlich der Ausbau einer Kommunistischen Kampfpartei". Hie und da sind die Stimmen der Reformisten laut geworden, die es gerne gewünscht hätten, daß der berüchtigte Präzedenzfall des Ausschlusses der Kommunisten aus der englischen und australischen Arbeiterpartei auch in Kanada befolgt werden sollte. Wir haben mit größerer Energie den Versuch der Reformisten zu bekämpfen, die föderative Basis der allumfassenden Arbeiterpartei durch ihre Taktik, die Mitgliedschaft nach den ihnen beliebenden Gesichtspunkten individuell zu stimmen, zu unterminieren.

Das Hauptmoment des Berichtes über die politische Situation war die Frage unserer Beziehung zu den Farmern. Die Farmerbewegung macht eine ökonomische und politische Krise von solcher Stärke durch, daß unser Parteitag es als für die Partei unmöglich erklärte, die Ausarbeitung und Festlegung positiver Richtlinien in der Agrarfrage länger hinauszuschieben. Die Farmer sind die Sklaven der Banken, der Hypothekeninstitute, der Versicherungsgesellschaften, der großen industriellen Unternehmungen für landwirtschaftliche Geräte sowie der Geschäftsinteressen des Großhandels geworden. Der durchschnittliche Verlust pro Farm war 15 Dollar im Jahre 1923, obwohl gerade in diesem Jahre die Ernte besser war als je zuvor. Die Fortschrittspartei, die sich auf die Farmer stützt, hat hauptsächlich als ein Flügel der liberalen Partei fungiert, und die daraus resultierende Enttäuschung der Farmer hat sowohl in dem Rückgange der Mitgliedschaft der Farmerorganisation und des Interesses an diesem wie auch in der Niederlage der Farmerregierung in Ontario und in der Unzufriedenheit mit der Farmerregierung in Alberta ihren Ausdruck gefunden. Der Parteitag beschloß infolgedessen, daß die Verbreiterung der Arbeiterpartei zu einer Farmer-Arbeiterpartei eine der politischen Hauptaufgaben der Partei ist.

In Verbindung mit den Berichten sowohl über die politische wie auch über die wirtschaftliche Lage und über das Zusammenarbeiten mit der Kommunistischen Internationale hat der Parteitag den Nova Scotia-Kampf diskutiert und die Folgerungen daraus gezogen. Der Streik war mit Rücksicht auf seinen offenkundigen politischen Charakter für die kanadische Arbeiterbewegung epochemachend. Es hat sich in ihm auch die Unreife der Partei gezeigt, ein Mangel an engem Zusammenarbeiten zwischen dem Parteizentrum und den Distrikten sowie ungenügende Aufzeigung der politischen Bedeutung des Kampfes durch die Partei im Lande. Es wurde einmütig anerkannt, daß die Autonomie der Gewerkschaften in den Dominionstaaten unbedingt notwendig sei, um die Hände der kanadischen Arbeiter für ihre politischen Kämpfe freizumachen.

Weißer Schrecken

Das EK. der KJI. zu dem Mord an dem polnischen Jugendgenossen Engel.

An die Arbeiter- und Bauernjugend der gesamten Welt!

Genossen!

** Ein schreckliches Verbrechen hat die lange Liste der Verbrechen der polnischen Bourgeoisie vergrößert. Unser Jugendgenosse Engel ist von einem Feldgericht zum Tode verurteilt und — unverzüglich nach Bestätigung des Todesurteiles durch den Präsidenten der polnischen Republik — hingerichtet worden. Engel war erst 18 Jahre alt.

Ein kurzes Telegramm hat uns diese kaum glaubliche Meldung gebracht. Dieser niederträchtige Mord hat bereits beim polnischen Proletariat einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, und sogar die Sozialverräter, diese Wachhunde der reaktionären bürgerlichen Regierung, haben es für notwendig gehalten, gegen ihn Protest zu erheben. Das Anwachsen der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes in Polen, trotz ihrer Illegalität und trotz der wütenden Verfolgungen, treibt die polnische Bourgeoisie, die bereits den Kopf verloren hat, zu ungeheuerlichen Verbrechen, von denen sich sogar die bürgerliche Demokratie abzuwenden genötigt ist.

Arbeiter- und Bauernjugend Polens!

Die Arbeiter- und Bauernjugend der ganzen Welt schließt sich Eurer Trauer an und bringt Euch ihre aufrichtige Solidarität zum Ausdruck. Sie ist davon überzeugt, daß weder das Verhängen von hunderten Jahren Zuchthausstrafen noch die bestialischen Todesstrafen den revolutionären Willen der Kommunistischen Jugend Polens brechen — ihren Willen, bis zum vollen Siege über die Bourgeoisie und über ihre sozialverräterischen Lakaien zu kämpfen.

Arbeiterjugend aller Länder!

Vor dem frischen Grabe unseres Genossen Engel geloben wir uns alle, mit allen Kräften unsere Jugendgenossen Polens zu unterstützen!

Das Andenken des Genossen Engel wird in den Reihen der revolutionären Jugend der ganzen Welt immerdar erhalten bleiben! Möge uns sein Beispiel ein glänzendes Beispiel in unserem Kampfe auf Tod und Leben gegen das kapitalistische Regime sein!

Nieder mit der polnischen Reaktion und ihren Bedienten!
Es lebe die Kommunistische Jugend Polens!
Es lebe die Weltrevolution!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugend-Internationale.

Nachrufe

Viktor Pawlowitsch Nogin (Makar).

Von G. Sinowjew.

** Ein neuer schwerer Schlag hat unsere Partei betroffen. Der Tod mäht unbarmherzig die Reihen unserer alten bolschewistischen Garde dahin. Ist es so lange her, daß Viktor Pawlowitsch, von einer kurzen Reise aus Amerika zurückgekehrt, uns voll Lebhaftigkeit und Lebensfreude seine Beobachtungen und Erfolge in Amerika mitteilte? Ist es so lange her, daß er scherzhaft darüber erzählte, welche entschiedenen und, wie es schien, erfolgreichen Maßnahmen die amerikanische Heilkunst gegen sein Magengeschwür angewendet hatte? Und am frühen Morgen des 22. Mai ist er an diesem Magengeschwür, 46 Jahre alt, verschieden . . .

V. P. Nogin ist einer der Gründer unserer Partei gewesen. Schon in den ersten Zeiten der Arbeiterbewegung in unserem Lande, zu Beginn der Neunzigerjahre, begann er an der revolutionären Bewegung teilzunehmen. Er begann seine Arbeit, wenn ich nicht irre, in Jekaterinoslaw und spielte in der Folge eine hervorragende Rolle in der Gruppe „Arbeiter Südrußlands". Um der revolutionären Bewegung näherzusein, trat er als einfacher Arbeiter in eine Fabrik ein.

Es vergingen Jahre, und er wurde Berufsrevolutionär. Er stellte den besten Typus jener wahrhaft eisernen Kohorte dar,

jenes wahrhaft denkwürdigen Stammes, den Lenin den Stand der „Berufsrevolutionäre" genannt hat.

Vom ersten Augenblick der Scheidung zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki stellte sich Nogin auf die Seite des Bolschewismus und wurde einer der Pioniere des Bolschewismus in Rußland. Auf dem Londoner Kongresse im Jahre 1907 wurde er ins Zentralkomitee der Partei gewählt. Seine Rolle in den Reihen der Bolschewiki wurde besonders bedeutend zu jener Zeit, als der Bolschewismus begann, tief in die Massen einzudringen und einen entschiedenen Kampf gegen die Anhänger des Boykotts und überhaupt gegen die ultra-„linken" sektiererischen Tendenzen jener Ultra-„Bolschewiki" durchzuhalten hatte, die den Verzicht auf die Arbeit in den Gewerkschaften und dergleichen predigten. Nogin war einer der eifrigsten Anhänger der Teilnahme der Bolschewiki an der Gewerkschaftsbewegung zu einer Zeit, da diese Frage in unseren Reihen noch strittig war. Er war in dieser Beziehung einer der besten Schüler Lenins, der unermüdlich die Wahrheit predigte, daß die Bolschewiki dort zu sein haben, wo sich die Arbeiter befinden.

Zusammen mit dem verstorbenen Josef Federowitsch Dubrowinski (Innozenz) und mit A. I. Rykow war Nogin in jenen Jahren einer der hervorragendsten Praktiker und Organisatoren der bolschewistischen Partei. Aus einem Gefängnis ins andere, aus einer Verschickung in die andere jagte die Zarenregierung dieses, unser wichtigstes Dreimännerkollegium bolschewistischer Organisatoren jener Zeit. Es gab wahrscheinlich im Zarenrußland kein einziges großes Gefängnis, in dem Nogin nicht gesessen hätte. Und es galt für ihn als etwas selbstverständliches, daß er sich, sobald es ihm gelang aus dem Gefängnisse oder aus der Verschickung herauszukommen, ohne Atempause in die illegale Arbeit einspannte, um manchmal in kürzester Zeit in ein neues Gefängnis oder in neue Verschickung zu wandern . . . In den Zarengefängnissen wurde auch der lebenstrotzende Organismus Nogins erschüttert, den der Mangel an Kraft nach dem Jahre 1917 verhinderte, noch intensiver zu arbeiten.

Die Rolle Nogins als eines der hervorragendsten führenden Mitglieder des Moskauer Sowjets der ersten Periode ist allgemein bekannt. Nicht minder bekannt ist seine hervorragende Arbeit auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Aber weniger bekannt ist es, als welch ein unbeugsamer Revolutionär sich V. P. Nogin nach der Niederlage der Revolution im Jahre 1905 zeigte. Mit welchem unerschütterlichen Glauben fuhr er fort, an der Herbeiführung der zweiten Welle der Revolution zu arbeiten, mit welcher Hartnäckigkeit organisierte er schon im Jahre 1907 — in einem Augenblicke, als die Bewegung im Sinken begriffen war — den Textilstreik im zentralindustriellen Rußland, wobei er darauf rechnete, daß dieser Streik zum Ausgangspunkt eines neuen revolutionären Aufschwunges werden könnte. Er war ein Parteigenosse im besten Sinne des Wortes. Kein anderes Leben außerhalb des Lebens in der Partei und für die Partei! Die grenzenlose Hingabe an die Partei war für ihn etwas so selbstverständliches, wie beispielsweise der Mensch Luft für die Lungen braucht. Alle, die mit ihm zu tun hatten, kennen seine prächtigen Qualitäten nicht nur als Revolutionär, sondern auch als Menschen und Genossen.

Die Reihen der Pioniere der revolutionären Bewegung unseres Landes werden licht. Aber sie haben nicht umsonst gelebt. Für ihre Klasse, für ihr Land, für die Sache der internationalen Revolution haben sie zum Heile gearbeitet.

Buchbesprechungen

„Lenin — Leben und Werk."*)

Von Eugen Paul (Reichenberg).

** Die Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen durch Menschen ist so alt, wie das Privateigentum. Und doch hat erst das 19. Jahrhundert den Menschen hervorgebracht, der die tiefsten Geheimnisse dieser durch Jahrtausende in den verschiedensten Formen sich fortpflanzenden Ausbeutung erforscht, sie in ein wissenschaftliches System gebracht und aus ihrer Gesetzmäßigkeit selbst die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit ihrer Aufhebung abgeleitet hat. War das ein Zufall? Sicher war es ein Zufall, daß dieser Mann Karl Marx geheißen hat. Aber es war kein Zufall, daß er im 19. Jahrhundert gelebt hat. Der Kapitalismus, als die höchste Vollendung der menschlichen Ausbeutung, als dasjenige Knechtungssystem, das — zum Unterschiede von allen früheren Knechtungssystemen — die Voraussetzungen nicht für die Herrschaft einer anderen Klasse, sondern für die Abschaffung jeder Herrschaft überhaupt schafft, entblößt die Wurzeln seines Seins, und wird immer mehr zu einem offenen Buch. Marx hat in diesem Buch zu lesen verstanden, als sozusagen erst die erste Seite darin aufgeschlagen war; er hat aus der ersten Seite den Sinn des ganzen Buches begriffen und ist dadurch zum Propheten des wissenschaftlichen Sozialismus geworden.

Sowie die gigantische Persönlichkeit von Karl Marx nur in der Beleuchtung des historischen Sinnes des 19. Jahrhunderts richtig erfaßt werden kann, so kann das Genie Lenin nur richtig gewertet werden, wenn man es als das historische Produkt des 20. Jahrhunderts, als die Verkörperung des Sinnes dieses Jahrhunderts auffaßt. Marx sagte, die Geschichte werfe nur lösbare Probleme auf. Lenin war das Werkzeug der Geschichte zur Lösung des von ihr auf die Tagesordnung gesetzten Problems: Weltrevolution. War das 19. Jahrhundert die Aufstiegepoche des Kapitalismus, in der dieser zu schwindelhaften Höhen emporklomm, so ist das 20. Jahrhundert die Epoche seines Nieder- und Untergangs. Das 19. Jahrhundert hat — um mit Marx zu reden — dem Totengräber des Kapitalismus die Grabschaufel in die Hand gedrückt. Das 20. Jahrhundert mußte den Mann hervorbringen, der die Grabschaufel in Bewegung setzt und der dem internationalen Proletariat nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch, durch die Tat zeigt, daß man, um den bei lebendigem Leibe Faulenden beerdigen zu können, ihm erst den Garaus machen muß.

Wahrlich, die historische Sendung ist das typische Merkmal der Persönlichkeit und der Tätigkeit Lenins. Und deshalb wird jede Schilderung seiner Persönlichkeit zu einem Stück sozialistischer Geschichtsschreibung. Und deshalb werden auch die in dem vorliegenden Buche gesammelten Aufsätze, trotzdem sie alle die Person Lenins beleuchten, zu einer Schilderung einzelner typischer Episoden aus dem Werdegang der russischen und der Weltrevolution, Episoden, die nicht die Person Lenins an und für sich, sondern Lenin als einen integrierenden Bestandteil des gewaltigen Geschehens, gleichsam als die verkörperte Triebkraft im Mechanismus der Geschichte darstellen.

Die Aufsätze stammen von den intimsten Freunden, von den nächsten Kampfgenossen und Mitarbeitern Lenins. Es sind Eindrücke, Schilderungen und Aufzeichnungen von Kameraden und Schülern, die, nachdem sie den teuersten Kameraden, den vergötterten Lehrer und Führer verloren, gleichsam ihre ersten Eindrücke zu Papier gebracht haben. Nach einem einleitenden Teil, der den im ersten Schmerz geborenen Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands, die Rede N. K. Krupskajas: „An der Bahre" und einen längeren Absatz Sinowjews: „Sein Leben und sein Werk" enthält, umfaßt das in drei Teile gegliederte Buch (Sein Werk, Der Mensch, An der Bahre) eine Reihe von Aufsätzen aus der Feder Stalins, Radeks, Preobraschenskis, Rykows, Bucharins, Trotzkis, Kamenews, Tschitscherins, Sosnowskis usw. usw. Die Aufsätze beleuchten die erstaunliche Mannigfaltigkeit des Genies Lenin, der alles besser verstand, als die anderen, dem die Ereignisse immer recht gaben, der „Fachmann" war nicht nur in der Verteidigung des wissenschaftlichen Marxismus gegen die marxistischen Leichenschänder à la Kautsky, sondern auch in der Leitung von diplomatischen Verhandlungen mit den gerissenen Diplomaten der kapitalistischen „Kulturstaaten", in der Anpassung der wirtschaftlichen Politik an die wirklichen Verhältnisse, in der Bauernfrage und — im revolutionären Stabe an der roten Militärfront. Das mit einem stilvollen Titelblatt versehene, in jeder Hinsicht schön ausgestattete, reich illustrierte (20 Abbildungen, darunter Jugendbildnisse Lenins) Werk gewährt einen interessanten Einblick nicht nur in die Persönlichkeit und in den Intellekt des Säkularmenschen Lenin, sondern auch in die Werkstätte der Geschichte eines Entwicklungsabschnittes, der seinen Namen und seinen Inhalt von Lenin erhalten hat.

*) „Lenin — Leben und Werk." Verlag für Literatur und Politik, Wien, IX., Alserstraße 69.

Berichtigung.

Der in der Nr. 57, Seite 687, enthaltene Artikel von Dimitrow, „Die Lage in Bulgarien", trägt als Überschrift des I. Abschnittes den Titel: „Das bäuerlich-faschistische Regime in Auflösung". Der Titel lautet richtig: „Das bürgerlich-faschistische Regime in Auflösung".

Die Redaktion.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann. Wien. VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

Statuten-Entwurf der Kommunistischen Internationale.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 61. 3. Juni. 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Der Kongreß der Amsterdamer in Wien. Von Enderle . 725

Politik.
Der französische Imperialismus in China. Von Seyen . 726

Deutschland.
Die KPD. und das Ergebnis der Reichstagswahlen in Sachsen. Von Böttcher 727

Revolutionäre Bewegung in den Kolonien.
Die britische Justiz unter der Arbeiterregierung. Von Roy 729

Union der Sowjetrepubliken.
Brief aus Sowjetrußland. Von F. R. 730

Arbeiterbewegung.
Ein Schreiben der RGI. an die japanischen Gewerkschaften 731

Jugendbewegung.
Die KJI. an den XIII. Parteitag der RKP. 732

Genossenschaftsbewegung
Mit Hilfe der Genossenschaften gegen das Privatkapital. Von Albert 732

Aus der Internationale.
Statuten-Entwurf der Kommunistischen Internationale . . 734

Aufrufe.
Das EKKI. an die Arbeiter und Bauern Japans 735

Buchbesprechungen.
J. R. Becher: „Am Grabe Lenins." Von P. F. 736

Der Kongreß der Amsterdamer in Wien.

Von Aug. Enderle (Wien).

** Am Montag, den 2. Juni, trat in Wien der III. Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB.) zusammen, begrüßt von den Größen der einstigen Internationale 2½, den **Domes**, Otto **Bauer**, Fritz **Adler** und dem Wiener Oberbürgermeister Dr. **Seitz**. Mit selbstgefälligem Gebaren priesen sie ihre großen Erfolge. Jeder Arbeiter, jeder Eisenbahner, Postbeamte usw. wäre in Wien und Österreich organisiert. Die Herren, sie merkten offenbar selbst nicht, daß gerade Wien symbolisch ist für die ganze Amsterdamer Internationale. Große Mitgliederzahlen, gut funktionierende Organisationen und — Herrschaft der Reaktion. Denn während in Österreich auf jeden sechsten Einwohner ein Gewerkschaftsmitglied kommt, ein kaum zu überbietender Prozentsatz, während die Sozialdemokratie immer mehr Stimmen bei den Wahlen erhält — regiert in Österreich der Reaktionär **Seipel** und das Bankkapital, und die Arbeiter sind dauernd an der Grenze des Verhungerns.

In der Tat, keine bessere Stadt konnte der IGB. zu seiner Tagung wählen. Er vereinigt angeblich 16 Millionen gewerkschaftlich organisierte Proletarier. Wenn dabei auch reichlich viel dazugeschwindelt ist — CGT. Frankreich zum Beispiel ist mit 757.000 Mitgliedern aufgeführt, hat aber nur 175.000, Deutscher ADGB. mit 6½ Millionen, auch hierbei ist mehr als eine Million zuviel angegeben — so ist der IGB. doch eine gewaltige Größe und müßte in dem kapitalistischen Wirrwarr Europas die unangreifbare Macht darstellen — wenn, ja wenn er nicht längst nur zu einem Anhängsel des bankrotten europäischen Kapitalismus herabgesunken und durch seine eigene Politik zur Ohnmacht verdammt wäre.

Für was „kämpft" der IGB. — mit der Phrase — nicht alles! Für den Achtstundentag, gegen den Krieg und die Reaktion, für soziale Besserstellung der Arbeiterklasse und anderes mehr. Und was weiß sein Vorstand über die Ergebnisse dieser Tätigkeit zu berichten? Der auf dem Kongreß gedruckt vorliegende Bericht zeigt es selbst dem Uneingeweihten nur zu deutlich. Neben einer Menge von Aufzählungen über sehr belanglose organisatorische Maßnahmen, von vorne bis hinten ein klägliches Gejammer über das Treiben der Reaktion, über die Kapitalsoffensive und das Zurückdrängen der Arbeiterklasse. Energisch wird der Ton nur an den Stellen, wo es gegen die Revolution, gegen Russen, Kommunisten und RGI. geht. So beweist auch hier der IGB., daß er das ist, was schon vor drei Jahren das deutsche „Korrespondenzblatt" rühmend vom ADGB. sagte, **„ein Damm gegen die bolschewistische Flut"**, das heißt gegen die proletarische Revolution. Dieser konterrevolutionäre Geist tritt auf der Wiener Tagung auch äußerlich in Erscheinung in der Tatsache, daß bei der Ausschmückung des Tagungslokals das revolutionäre Rot ängstlich vermieden wurde. Lila, weiß, blau und gelb sind die vorherrschenden Farben des Blumenschmuckes, mit dem der Saal dekoriert ist. In der Tat, eine glänzende Symbolik des Amsterdamer Geistes!

Wie der gedruckte Geschäftsbericht des IGB., so hatte auch der Berichterstatter Sassenbach weder etwas zu berichten über einen ernstlichen Kampf im Interesse des Proletariats noch über

geplante Kampfmaßnahmen für die Zukunft. Der immer wiederkehrende Refrain war: Wir haben vorgeschlagen, wir haben eine Resolution gefaßt usw. Selbstverständlich kein Hauch von Erkenntnis, daß der offensichtliche Bankrott ihrer Politik, die in der Berichtsperiode eingetretene Verelendung des Proletariats und das Erstarken der Reaktion eine Änderung der Taktik notwendig mache. Mit Stolz versicherten sich die prominenten Amsterdamer und die Größen der II. Internationale der gegenseitigen Einigkeit im Geist, in der Tat und im Wollen. Gewiß, sie gehören zusammen, die Amsterdamer und die Herren von der sozialdemokratischen Internationale, sie haben beide gleich stark Bankrott gemacht, sie kennen beide nur das eine Ziel: Stützung der kapitalistischen Gesellschaft und Verhinderung und Bekämpfung der Revolution. Fritz Adler brachte das auf den richtigen Nenner, indem er sagte: Wir bekämpfen jene, die mit dem Mittel der Zerstörung einen wilden Geist in die Massen einpflanzen (Moskau) wollen, wir wollen den Körper der Internationale groß und stark machen, um einen gesunden Geist zu erzeugen. Große Organisationen, großen Bürokratenapparat und keinen revolutionären Geist in der Masse, das höchste Ideal aller Reformisten.

Und doch, auch diese Amsterdamer Tagung ist nicht frei von rebellischem Geist. Obwohl von den 100 Delegierten noch keine drei Kommunisten sind. Elf Tagesordnungspunkte stehen zur Verhandlung, von denen die wichtigsten Punkte die Verbindung des IGB. mit den internationalen Berufssekretariaten, Kampf gegen Krieg und Militarismus und Kampf um den Achtstundentag sein dürften. Schon am ersten Tag, bei der Diskussion über den Geschäftsbericht, zeigten sich scharfe Gegensätze. Bei der Frage der Stellung zu den russischen Gewerkschaften, zur RGI., machte die geschlossene englische Delegation einen scharfen Vorstoß gegen die bisherige Politik des IGB.-Vorstandes. Er begann schon in der Eröffnungsrede des zum Kongreßpräsidenten gewählten englischen Gewerkschaftsvorsitzenden **Parßel**, der sehr demonstrativ betonte, daß diese Tagung zu einer neuen Epoche führen und die Einigung mit den Russen hergestellt werden müsse. Als erster Diskussionsredner verurteilte der Sprecher der englischen Delegation **Bramley** sehr scharf die schroffe Haltung des Vorstandes gegenüber den russischen Gewerkschaften und beantragte ganz formell die sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem russischen Zentralrat auf Grund des Briefes von Tomski vom 7. Februar d. J. Die eingefleischten Reformisten Graßmann (Deutschland) und Mertens (Belgien) reagierten sehr wütend auf den englischen Vorstoß. Graßmann zitierte die offizielle Auslassung der Zentrale der KPD. in der „Roten Fahne", Berlin, worin gesagt wird, daß die Gewerkschaftsbonzen, die mit der Spekulation auf die Arbeiterehre durch Erzwingung von Unterschriften auf konterrevolutionäre Reverse die revolutionäre Gesinnung unterdrücken wollen, Klassenfeinde der Proletariats sind. Was sagt Ihr englischen Kollegen nun? So frug triumphierend Graßmann, und donnerte dazu in den Saal: Erst wenn die russischen Gewerkschaften ihre Verbindung mit der Sowjetregierung und den Kommunisten gebrochen haben, werden sie bei uns aufgenommen. Doch die despektierlichen Engländer klatschten bei der Übersetzung der Stelle aus der Roten Fahne Beifall und riefen den Graßmann und Genossen zu:

Wo habt Ihr Rosa Luxemburg?
Wo habt Ihr Karl Liebknecht?

Schon in der dem Kongreß vorausgehenden Vorstandssitzung des IGB. wurde, wie verlautet, **Sassenbach** und **Graßmann** von den Engländern ganz offen gesagt, sie wären keine Vertreter der deutschen Arbeiter, sondern Vertreter der deutschen kapitalistischen Regierung.

Was ist der tiefere Grund für das Vorgehen der Engländer? Einmal, in den englischen Gerwerkschaften kommt auf Grund der fünfjährigen Erfahrung die Erkenntnis immer mehr zum Durchbruch, daß die von den deutschen und französischen Amsterdamern betriebene Antibolschewistenhetze die Arbeiterklasse in den Abgrund, in die Arme der Reaktion führt und den englischen Arbeitern eine Isolation von der russischen Arbeiterklasse ganz besonders schadet. Zum andern ist es ihnen unerträglich, daß die englische Regierung mit Rußland zwecks Herstellung engster Verbindung verhandelt und zu gleicher Zeit die westeuropäischen Gewerkschaften gegen Rußland gehetzt werden. Hinzu kommt noch, daß die zwei schlimmsten Reaktionäre der englischen Gewerkschaftsbewegung, **Thomas** und **Hodges**, durch ihr Aufrücken als Minister den Platz in den Gewerkschaften den links eingestellten **Parßel** und **Cook** räumen mußten.

Unterstützt wird dieser englische Vorstoß durch einige wichtige Berufssekretariate. Die Transportarbeiter, Metallarbeiter, Bergarbeiter und andere Berufsinternationale müssen immer mehr erkennen, daß wirksame Kämpfe in ihren Industriegruppen nur durch weitestgehende internationale Solidarität geführt werden können und daß dies ohne die russischen und übrigen revolutionären Verbände nicht möglich ist. Sie wollen die Russen aufnehmen, wurden aber bisher vom Vorstand des IGB. gehindert.

All dieses zeigt, daß die Macht der alten reformistischen Führergarde im Abbröckeln ist und die revolutionären Lebensnotwendigkeiten des Proletariats eben stärker sind wie alle noch so raffiniert ausgebauten konterrevolutionären Festungen.

Der IGB. hat der internationalen Arbeiterklasse keine Erfolge, sondern nur Rückschlag auf Rückschlag aufzuweisen. Die Kraft der 16, 18, 20 Millionen gewerkschaftlich organisierter Proletarier ist von ihm restlos vergeudet, ja, was noch schlimmer ist, in den Dienst des Klassenfeindes gestellt worden. Mit der Politik und im Bereich des IGB. sind der Achtstundentag, die sozialen Errungenschaften zum Teufel gegangen, wächst die Verelendung des Proletariats von Tag zu Tag und wird die kapitalistische Reaktion immer stärker und frecher. In Rußland dagegen besteht der Achtstundentag, steigen die Löhne, verbessern sich die sozialen Arbeiterrechte und liegt der Kapitalismus am Boden. Alle Demagogie der Graßmänner kann diese Tatsachen nicht aus der Welt schaffen, und sie wirken sich aus auch in den Reihen der Amsterdam angeschlossenen Gewerkschaften. Wie stark die jetzige Opposition im IGB. sein wird und ob sie nachhaltig genug ist, die jetzige Leitung bald zu beseitigen, ob der in der Arbeiterklasse, auch bei den noch reformistisch eingestellten Arbeitern, schlummernde revolutionäre Wille stark genug sein wird, den IGB. auf den revolutionären Weg zu drängen oder ob auf dessen Trümmern die revolutionär einheitliche Gewerkschaftsinternationale erstehen wird, läßt sich noch nicht übersehen. Sicher ist, daß diesen zutage getretenen Gegensätzen vom Gesichtspunkte der Revolution die denkbar größte Bedeutung zuzumessen ist.

Politik

Der französische Imperialismus in China.

Von Chac Seyen.

** Die vom Präsidenten Harding einberufene Washingtoner Konferenz errreichte nicht eine allgemeine Abrüstung, sie hatte vielmehr hinsichtlich Chinas die Politik der „offenen Tür" und des „Gleichgewichtes der Kräfte" festgelegt. Seither sehen wir im Fernen Osten, in einem Lande von 5 Millionen Quadratmeilen, einen Kampf zwischen den zwei raubgierigsten imperialistischen Staaten, den Vereinigten Staaten, den Einberufern der Washingtoner Konferenz, und Frankreich.

Der französische Imperialismus hat in China einen zweimaligen Einbruch verübt. Das erste Mal in der „Goldfrankenfrage", als die französische Regierung für die Wiedererrichtung der „Banque Industrielle de Chine" von der chinesischen Regierung die Bezahlung der „Boxerentschädigung" in Gold statt in Papier verlangte; das zweite Mal mit dem Druck der französischen Regierung auf die Regierung in Peking, die Anerkennung Sowjetrußlands durch China, die von dem chinesischen Volke gefordert wurde, abzulehnen.

Die französische Regierung verlangte weiter die Teilnahme Chinas an der Sinai-Russischen Konferenz, um so die chinesische Ostbahn in Besitz zu bekommen und diese Aktion durch weiße Garden zu sichern. Dies führte schließlich im vergangenen Februar zum Abbruch der Beziehungen zwischen China und Sowjetrußland.

Die Goldfrankenfrage: China hat als Resultat der „Boxerwirren" — eines Versuches des chinesischen Volkes, dem ausländischen Imperialismus Widerstand zu leisten — Frankreich innerhalb 39 Jahre die Summe von 154,709.582 Franken zu bezahlen. Die Raten sind mit 37,515 Millionen Franken festgesetzt. Im Jahre 1923 nahm die französische Regierung anläßlich der Verhandlungen über die Wiedererrichtung der „Banque Industrielle de Chine" von der Entgegennahme der französischen Quote der „Boxerentschädigung" Abstand, die jedoch für folgende drei Zwecke benutzt werden sollte:

a) Als Senkfonds für die 5%ige Anleihe, die den Einlegern im Fernen Osten von der Bank gegeben wurde;
b) als Fonds für franco-chinesische Erziehungszwecke;

c) als Fonds für die Zahlung der Zinsen der Bankanteile, die die chinesische Regierung besitzt.

Als Bedingung wurde überdies vereinbart, daß die französische Quote in Goldfranken gezahlt werde. Vom Dezember 1920 an gerechnet verbleiben 23 Jahresraten unbezahlt, die sich insgesamt auf 391,581.520 Franken belaufen. In chinesischen Dollars umgerechnet hat nun der Goldfrank einen Wert von 0,325, während der Papierfrank nur 0,125 beträgt. Das bedeutet im ganzen eine Differenz von 55 Millionen. Soviel muß das chinesische Volk dem französischen Imperialismus mehr bezahlen.

Nach einer langen Diskussion wurde das „Goldfranken"-Gesetz in der französischen Deputiertenkammer im November 1922 angenommen, und es gelangte im Januar 1923 in den Senat. Zum Schlusse triumphierte Poincaré. Innerhalb eines Monats wurde es von der französischen Regierung kundgemacht, und Frankreich zwang die Regierung in Peking, vor dem 10. Februar ihre Zustimmung zu geben. Die Pekinger Regierung willigte schließlich ein.

Gegen dieses Abkommen erhob sich aber bei den chinesischen Massen eine starke Opposition. Am 10. März verwarf das chinesische Parlament das Abkommen. Bis jetzt ist die Frage noch in Schwebe. Aber die französische Regierung hält sich nur an die Antwort der Pekinger Regierung vom 10. Februar.

Im November 1923 wurde **Wang Ke-Ming** lediglich zwecks Anerkennung des Goldfrankenabkommens zum Finanzminister gemacht. Da er im Besitze mehrerer Billionen des Dispositionsfonds der Pekinger Regierung war, machte er sich an den Präsidenten **Tsao-Kun** heran und bestach gleichzeitig verschiedene Minister und Politiker mit Schecks der „Banque de l'Indo-Chine", die auf 100.000 bis 200.000 Dollar lauteten. Andererseits sandte er einen französischen Studenten zur französischen Gesandtschaft in Peking, um eine Belohnung für seine Dienste zu erhalten.

Die Aktion der Pekinger Regierung geschieht durchwegs gegen den Willen der chinesischen Bevölkerung, die sich in ihren wichtigsten Lebensinteressen betrogen sieht, und die ausländischen Imperialisten ziehen aus diesem Vorgehen den größten Nutzen.

Sie ruhen nicht eher, bevor China nicht vollständig kolonisiert ist. Der französische Imperialismus steht an der Spitze der Gegnerschaft des Willens des chinesischen Volkes. Genosse Steklow hat in der „Iswestia" richtig gesagt, daß die imperialistischen Mächte in China eine Politik des vollständigen Boykotts und der Sabotage Sowjetrußlands betreiben. Ein Abkommen war bereits von dem Pekinger Gesandten und Genossen Karachan unterzeichnet, aber die Vertreter Frankreichs, Amerikas und Japans demonstrierten dagegen, so daß das Pekinger Kabinett das Übereinkommen nicht zu unterzeichnen wagte und den Gesandten abberief. Statt dessen verhandelte **Wellington Ko**, der Außenminister, der früher Vertreter für Amerika und England war und jetzt den amerikanischen Imperialismus in China fördern will, direkt mit Sowjetrußland. Er erklärte einmal ganz offen im Pekinger Kabinett, daß man die Anerkennung Sowjetrußlands von der Auffassung des diplomatischen Korps in China abhängig machen müsse.

Am 13. März sandte der französische Gesandte im Auftrage seiner Regierung eine Note an den chinesischen Außenminister, daß Frankreich das Abkommen nicht anerkenne. Der wichtigste Punkt der Note bezog sich auf die chinesische Ostbahn. Er erklärte, der Anspruch der Russo-Asiatischen Bank auf die chinesisch-russische Eisenbahn wurde von der Washingtoner Konferenz bestätigt, und in dem Falle, daß China sich weigern sollte, die Resolutionen der Konferenz anzuerkennen, würde Frankreich sich weigern, die bisherigen Übereinkommen anzuerkennen. Außerdem wollte er Schwierigkeiten in bezug der Revision des Zolltarifs machen.

Wie steht es nun tatsächlich um die chinesische Ostbahn? Sie befindet sich in den Händen der weißen Garden unter dem Schutze des französischen Imperialismus. Und wie ist's mit der Russo-Asiatischen Bank? Sie ist das Organ der Unternehmungen der weißen Garden in China. Früher hatte sie der Zarismus beschützt, jetzt beschützt sie der französische Imperialismus. Seine gegenwärtige Demonstration läßt das chinesische Volk besser als bisher den Terror der fremden Invasion erkennen. Wir können mit Sicherheit annehmen, daß sich die Beziehungen zwischen China und Rußland infolge der Drohungen der imperialistischen Mächte nicht verändern werden. Die gegenwärtige weitausgebreitete Bewegung wird zur Anerkennung Sowjetrußlands führen. Auch die Millionen unterdrückter Chinesen werden wie die Völker Afghanistans, der Türkei und Persiens die Richtigkeit der russischen Außenpolitik anerkennen.

•

Einige chinesische Chauvinisten in Paris glauben, daß Sowjetrußland mit Waffengewalt die chinesische Ostbahn besetzen werde. „Le Temps" und „Le Matin" verbreiten natürlich diese Meldungen. Sie erklären, daß Sowjetrußland genau so imperialistisch ist wie die anderen Staaten, und sie organisieren eine konterrevolutionäre Propaganda unter den chinesischen Emigranten in Frankreich. Die Meldungen von einer Besetzung der chinesischen Ostbahn durch Sowjetrußland sind vollständig erfunden und auch vom Sowjetvertreter in Peking widerlegt worden.

Deutschland

Die KPD. und das Ergebnis der Reichstagswahlen in Sachsen.

Von Paul Böttcher (Dresden).

** Die sozialdemokratische Presse sucht in ihrem Schmerz über den katastrophalen Zusammenbruch der VSPD., der sich in dem Reichstagswahlergebnis zeigt, nach einem Trost. Ein mageres Pflästerchen auf die tötliche Wunde findet die sächsische Presse der VSPD. in der Tatsache, daß die Sozialdemokratie seit den Gemeindewahlen in Sachsen zugenommen habe. Die Parteibonzen verschweigen natürlich ihren Lesern, daß gegenüber ihrer früheren Stärke trotz dieser Zunahme ein gewaltiger Verlust der VSPD. zurückbleibt. Die sozialdemokratischen Zeitungsredakteure vergessen, ihren gutgläubigen Lesern mitzuteilen, daß die SPD. und die USPD. bei der Nationalversammlungswahl am 19. Januar 1919 in ganz Sachsen zusammen 1,453.014 Stimmen aufbrachten. Bei der Reichstagswahl 1924 hatte die VSPD. jedoch erst bis 797.784 Stimmen „aufgeholt". Man sieht, die sozialdemokratischen Führer, die die KPD. bereits tausendmal totgesagt hatten, sind inzwischen recht bescheiden geworden. Wir wollen dafür sorgen, daß sie noch bescheidener werden.

Wenn sich die VSPD. mit selbstbetrügerischen Methoden über ihre Niederlage hingwegzusetzen versucht, so ist das ihre Sache. Uns kann es nur recht sein. Die KPD. beteiligt sich bekanntlich nicht an der Wahl, weil sie ihr etwa entscheidende Bedeutung beimißt. Sie beteiligt sich, um den Willen der Massen für die Methode der Lösung der politischen Fragen zu fixieren. Gerade deshalb ist die Partei verpflichtet, aus der Abstimmung über die politischen Methoden die wichtigsten politischen und organisatorischen Lehren gründlich zu ziehen.

Am 22. Mai sind endlich in der „Sächsischen Staatszeitung" die amtlichen Ergebnisse der sächsischen Gemeinderatswahlen von 11. Januar erschienen. Die Veröffentlichung dieses Wahlergebnisses ermöglicht einen Vergleich der Reichstagswahlen mit der jüngsten Zeit. Bisher konnten Vergleiche zwischen Gemeindewahlen und Reichstagswahlen nur im lokalen Umfange gezogen werden. Das ist jetzt über ganz Sachsen möglich.

Nach den amtlichen Veröffentlichungen ergibt sich folgende Entwicklung der Stimmenverhältnisse in Sachsen:

	1912 Reichstag	1920 Landtag	1922 Landtag	1924 Gemeinderatswahlen	1924 Reichstagswahlen
Bürgerliche	419.903	1,020.359	1,210.472	1,148.453	1,401.629
Sozialdemokraten SP.	513.216	587.526	1,060.247	617.745	797.784
Sozialdemokraten USP.		347.095			18.917
Kommunisten	—	117.359	266.864	378.220	373.103

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich für die Kommunisten aus diesem zahlenmäßigen Niederschlag der politischen Strömungen innerhalb Sachsens? Aus der obigen Tabelle ist zunächst ersichtlich, daß die Kurve der kommunistischen Stimmen bis zum Januar 1924 steil aufsteigt. Plötzlich geht jedoch die Kurve zurück. Seit den Gemeinderatswahlen am 11. Januar 1924 ist ein Rückgang der kommunistischen Stimmen und eine Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen zu beobachten. Der Vergleich der letzten Reichstagswahlen mit den Gemeinderatswahlen bietet auch in anderer Hinsicht interessante Vergleiche. Nach den amtlichen Veröffentlichungen über die Gemeinderatswahlen entfielen von je hundert gültigen Stimmen auf die VSPD. 27 und auf die KPD. 16·5. Insgesamt erhielt die VSPD. bei den Gemeinderatswahlen in Sachsen 617.745 Stimmen. Diese Stimmenzahl konnte sie bis zum 4. Mai auf 797.784 Stimmen hinauftreiben. Die KPD. erhielt bei den Gemeinderatswahlen 378.220 Stimmen. Diese gingen bis zu den Reichstagswahlen im

Mai auf 373.103 Stimmen zurück. Die VSPD. erhöhte ihren Prozentanteil in dieser Zeit von 27 auf 30,8. Die KPD. ging zurück von 16,5 auf 14,4%.

Im Reichsdurchschnitt erhielt die KPD. bei den Reichstagswahlen 12,4% aller Stimmen. Die VSPD. erhielt noch 19,8% aller Stimmen. In den drei sächsischen Reichstagswahlkreisen entfielen auf die KPD. 14,4% und auf die VSPD. 30,8% aller Stimmen. Sowohl die KPD. wie die VSPD. stehen in Sachsen über dem Reichsdurchschnitt ihrer Parteien, und zwar die VSPD. ganz erheblich mehr als die KPD.

Um experimentelle Feststellungen zu machen, wird in der Physik mit realen Maßen und Zahlen gearbeitet. Das politische Experiment wird immer schief gehen, wenn an Stelle der Realität — in diesem Falle der Zahlen — politische Wünsche oder Voreingenommenheit die Voraussetzung bilden.

Beim Vergleich der Wahlen mit anderen Bezirken ist in fast allen bisherigen Parteiveröffentlichungen ein Hauptfehler gemacht worden. Sachsen wird als ein Parteibezirk dargestellt, um einen niedrigen Durchschnitt zu errechnen, während in Wirklichkeit das Wahlergebnis in den drei sächsischen Wahlbezirken recht verschieden ist.

Wollte man die sächsischen Wahlergebnisse lediglich auf die „sächsische" Politik zurückführen, dann müßte Erzgebirge-Vogtland, ein Bezirk, der in der Anwendung der Taktik der Einheitsfront am aktivsten war, bei den Wahlen am katastrophalsten abgeschnitten haben. Aber gerade dieser Bezirk hat experimentell bewiesen, daß er bei den Wahlen in Deutschland in vorderster Reihe marschiert. **Berlin** und **Chemnitz** haben beide 20% aller Stimmen für die KPD. erobert. Mehr als 20% haben nur die Bezirke **Oberschlesien, Halle-Merseburg, Düsseldorf** und **Westfalen.** In der Kreishauptmannschaft **Zwickau** und im **Vogtlande** ist die Partei aus den Wahlen wesentlich stärker hervorgegangen als die VSPD. Der Rückgang der Partei seit den Januarwahlen 1924 bis zu den Reichstagswahlen kommt allein auf das Konto der Bezirke Westsachsen und Ostsachsen, während Erzgebirge-Vogtland seine Stimmenzahl auch in dieser Zeit noch vermehrte. In Leipzig hat die KPD. allein in der Stadt seit den Gemeinderatswahlen 10.000 Stimmen verloren. In einzelnen Landstädten stellen sich die Verluste der Partei auf 50% und mehr.

Die Partei muß bei der Beurteilung des sächsischen Wahlresultats auf folgende Fragen Antwort geben:

1. Welche Ursachen hat der kommunistische Stimmenrückgang seit Januar?

2. Welche Tatsachen führten dazu, daß die VSPD. in Sachsen vom Januar bis Mai einen Stimmenzuwachs erzielen konnte?

Ich denke, wenn es gelingt, die wahren Ursachen aufzuspüren, dann muß es der Partei leicht möglich sein, ihre Gegenaktion zu organisieren und den Schaden wieder gutzumachen.

Zur ersten Frage. Die sächsischen Gemeinderatswahlen fanden unter dem militärischen Ausnahmezustand statt. Der weiße Terror der Reichswehr wütete noch in Sachsen. Die Partei hatte so gut wie keine legale Presse. Die illegale Presse war ganz unzulänglich. Die Partei kam mit ihr nicht an alle ihre eigenen Mitglieder, geschweige an die Sympathisierenden oder Indifferenten heran. Der Wahlkampf währte kaum vier Wochen. In sehr vielen Orten wurden von der Partei überhaupt keine Wahlversammlungen abgehalten. Die besten und aktivsten Genossen saßen vielerorts in den Gefängnissen. Trotzdem die Bedingungen, unter denen die Partei den Wahlkampf führen mußte, in jeder Beziehung viel schlechter waren, als die Bedingungen des Reichstagswahlkampfes, hatte sich die Partei bei der Januarwahl in Sachsen glänzend geschlagen und die VSPD. absolut in die Verteidigung gedrängt, und zwar vor allem in den großen Städten. Kommunistische Wahlversammlungen waren überfüllt, die Versammlungsteilnehmer von bestem Geiste beseelt. Hätten zu jener Zeit Landtags- oder Reichstagswahlen stattgefunden, dann wäre der Erfolg der Partei ein noch viel größerer gewesen. An den Gemeinderatswahlen konnte sich die Partei in sehr vielen Orten nicht beteiligen, während bei den Reichstagswahlen der amtliche Stimmzettel des Bezirkes bis in die letzte Dorfgemeinde hinein verteilt worden ist.

Die Verluste der Partei in Sachsen im Mai sind vielfach auf das Konto der Einheitsfronttaktik gesetzt worden. Alle politischen Erfahrungen und Tatsachen widersprechen jedoch diesem Argument. Seit den Gemeinderatswahlen hat die Partei keinerlei Einheitsfronttaktik angewendet. Die Einheitsfronttaktik von oben hatte sich geschichtlich erledigt. Die Durchführung der Einheitsfronttaktik von unten zeigt bis zum heutigen Tage nur kümmerliche Ansätze. Also gar keine Einheitsfronttaktik und dennoch Verluste der Partei! Oder sollte sich erst im Mai 1924 der Oktober 1923 bei den Massen ausgewirkt haben? Das wird niemand behaupten. Manche Genossen haben sich den Verlust mit der „Stabilisierung" der Währung und einer gewissen Stetigkeit der Lebenshaltungskosten zu erklären versucht. Sie haben sich also die sozialdemokratische Auffassung über das Wachstum und die Existenz der KPD. zu eigen gemacht, indem als Ursache des Einflusses der Partei die allgemeine Verelendung und Verzweiflung der Massen und nicht die zunehmende Erkenntnis des Proletariats über die konterrevolutionäre Rolle der SPD. und der feste Wille der Ausgebeuteten zur Revolution bezeichnet wurde. Nimmt man solche menschewistischen Voraussetzungen, so landet man bestimmt bei Schlußfolgerungen, die die Scheidemänner im „Vorwärts" jeden Tag wiederkäuen. Die Partei kommt auch nicht zum Ziel, wenn sie sich über den Wahlausgang Erklärungen zurecht macht, wie jene in der Nummer 53 der „Sächsischen Arbeiterzeitung", in der es heißt:

> „Daran ändert auch nichts das Wahlergebnis im Wahlkreis Leipzig, wo die KPD. gegenüber den Januarwahlen fast 10.000 Stimmen eingebüßt hat. Diese 10.000 Wähler sind kleinbürgerliche Elemente gewesen, die durch die Schärfe unserer Fragestellung „Diktatur oder demokratische Illusionen" sich abgestoßen fühlten und sich gerettet haben in den Hafen der sozialdemokratischen Ideologie... **Der Verlust dieser Stimmen schwächt uns nicht, weil wir nicht einen Wahlkampf geführt haben, um Stimmen zu erschachern, sondern um durch ihn revolutionär denkende und handelnde Arbeiter zu erziehen.**"

Zumnächst ist es objektiv falsch, zu behaupten, daß im Mai die „Fragestellung" eine schärfere gewesen sei als im Januar. Das Gegenteil ist der Fall. Im Januar wurde der Wahlkampf nicht nur geführt mit theoretischer Fragestellung über „Diktatur oder demokratische Illusionen". Zu jener Zeit war Sachsen noch besetztes Gebiet. Der militärische Ausnahmezustand herrschte uneingeschränkt. Die Wahlen standen im Zeichen der unverhüllten Militärdiktatur. In allen Proklamationen und Versammlungen konzentrierte sich die Propaganda der Partei auf zwei Punkte: bürgerliche oder proletarische Diktatur und schärfste Demaskierung der „linken" sozialdemokratischen Führer. In beiden Fragen stützte sich die Propaganda auf die unmittelbare lebendige Anschauung und die politischen Erfahrungen des Oktober. Würde die Argumentation der „SAZ." richtig sein, dann hatte der Kleinbürger im Januar wahrlich viel weniger Ursache, kommunistisch zu wählen als im Mai. Wenn also schon der „Schatten des Oktober" über dem besseren Ausgang der Gemeinderatswahlen lag, welch kühler „Schatten" ist dann für den schlechteren Ausgang der Reichstagswahl verantwortlich?

Der Stimmenrückgang für die Partei ist anders zu erklären. Tatsächlich haben die inneren Parteiauseinandersetzungen die Sto3kraft der Partei gelähmt. Die Basis der Partei schrumpfte zusammen. Die Partei ist viel zu viel **Zunftpartei.** Die Arbeit unter den **Mittelschichten,** die vor dem Oktober verheißungsvolle Ansätze zeigte, wurde nicht weitergeführt. In der **Gewerkschaftsfrage** hatte der Parteitag zwar eine sehr energische und richtige Resolution angenommen, die von den Vertretern der Exekutive noch schärfer interpretiert wurde, in der Richtung „Hinein in die Gewerkschaften!" Die Partei hat jedoch innerhalb der Partei keine Kampagne geführt, um diese Resolution zu Fleisch und Blut zu machen. In der Gewerkschaftsfrage herrscht vielfach Verwirrung und schlimmste Passivität. Daneben eine kleine aktive Gruppe, die die Linie der Partei in der Gewerkschaftsfrage zielbewußt durchkreuzt. Infolgedessen stockte natürlich die Arbeit der Partei in der Peripherie. Vor allem hat die Partei ihren gewonnenen ideologischen Einfluß nicht **organisatorisch** gefestigt. Die Einheitsfrontorgane (Kontrollausschüsse, Betriebshundertschaften) existieren nicht. Nach dem Oktober mußten diese Organe mit aller Kraft neu aufgebaut und mit neuem politischen Inhalt erfüllt werden. Aber sie durften nicht verschwinden. Die organisierten Kampftruppen rings um die Partei müssen zu **Einheitsfrontkampforganen gegen das Sachverständigengutachten werden, zu Einheitsfrontorganen für den Kampf gegen den Versailler Vertrag.** Betriebsausschüsse, Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Betriebshundertschaften wurden von der Partei im Wahlkampfe nicht mobilisiert.

Wo waren Versammulngen der roten Hundertschaften oder Kontrollausschüsse zur Unterstützung des Wahlkampfes? Wo haben sich die Betriebsräte der Großbetriebe während der Wahl zu gemeinsamer ausgiebiger propagandistischer Arbeit zusammengetan? Gerade im Wahlkampf müssen die Einheitsfrontorgane eingesetzt werden. Wie sollen sie im Bürgerkrieg erfolgreiche Arbeit leisten, wenn sie nicht einmal bei einer Wahl zu einem bürgerlichen Parlament aktiv auftreten können? War es doch möglich, daß zum Beispiel in Leipzig die Amsterdamer noch vor der Reichstagswahl in Gemeinschaft mit der Lipinski-

Clique der VSPD. die KPD. aus dem Gewerkschaftshaus hinauswerfen konnten. Die Partei hat nicht die Einheitsfrontorgane gegen diesen Schurkenstreich mobilisiert. Die Presse berichtete über keinerlei Stellungnahme der Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen gegen diese Schandtat. Die Amsterdamer blieben unächst Sieger auf der ganzen Linie.

Die Partei verfalle also nicht in den verhängnisvollen Fehler, die Schuld am Wahlausgange bei den von der KPD. abgewanderten Arbeitern zu suchen. Eine Hauptlehre ist gerade für die sächsischen Verlustbezirke die Notwendigkeit äußerster Kraftanspannung für die innere Festigung der Partei unter Heranziehung und Ausnutzung aller Kräfte. Die Partei kann es sich nicht gestatten, in der jetzigen Situation aus fraktionellen Gründen Kräfte ganz oder halb brach liegen zu lassen. Neben dieser ersten Voraussetzung ist die zweite die **Organisierung der Peripherie**, die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Die verhängnisvolle Ideologie, die sich in dem sorglosen Verzicht auf 10.000 Arbeiter kundgibt, die schon einmal für den Kommunismus gewonnen waren, muß niedergekämpft werden. Wem es ernst ist mit der Organisierung der Revolution, der muß wie der Teufel um jede einzelne Seele kämpfen. Niemals darf die Partei vergessen, daß sie die Revolution organisiert und führt, daß die Revolution aber vollbracht und gestützt wird von der großen Masse der Ausgebeuteten, von der die Partei nur ein Bruchteil ist. Die organisierte Schicht der mit dem Kommunismus Sympathisierenden — das ist der Unterbau der Revolution.

Zur zweiten Frage. Es steht fest, daß die VSPD. seit den Januarwahlen 1924 179.939 Stimmen gewonnen hat. Selbst wenn man den Sozialdemokraten alle Stimmenverluste der Kommunisten zurechnet — was jedoch praktisch ausgeschlossen ist — bleibt der VSPD. noch ein Zuwachs von zirka 175.000 Stimmen seit dem Januar. In dieser Zahl kommt ein Wiedergewinn früherer Verluste der VSPD. zum Ausdruck. Es kommt ferner die Tatsache zum Ausdruck, **daß es der KPD. nicht gelungen ist, diese Massen, die sich schon einmal von der Noske-Partei lossagten, für sich zu gewinnen.** Genosse Sinowjew hat zweifellos recht, wenn er sagt, daß die Sozialdemokratie die Rekrutenschule des Kommunismus sei. Es gibt in Sachsen eine breite Masse von Anwärtern für die Partei der ausgebildeten Soldaten der Revolution zu gewinnen. Wie das Wahlergebnis zeigt, erfordert die Gewinnung der Rekruten viel Klugheit, Verständnis, Geschick und vor allem den innigsten Kontakt der KPD. mit den breiten Massen. Der Einfluß der Partei in den sächsischen Verlustbezirken ist seit Januar zurückgegangen. Im Betrieb, in der Gewerkschaft, in der gesamten Öffentlichkeit ist der Gegner nicht intensiv genug unter Feuer gehalten worden. Die Partei hat ihm Zeit gelassen, seine abgesprengten Gruppen teilweise neu zu sammeln. Auf den zurückweichenden Gegner — und die VSPD. war in der Flucht — muß höchste Feuersteigerung im Gefecht gelegt werden. Wir hatten dazu nicht die Kraft, weil die „Umgruppierung" in der eigenen Front die einfachsten Gesetze der Klassenkampfstrategie außer acht ließ. Der Zweck einer Umgruppierung kann doch nur Stärkung der eigenen Linie sein. Wie die Reichstagswahlen zeigten, ist dieser Zweck noch nicht erreicht.

Eine weitere Ursache für die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen liegt in der Ausbildung eines zentristischen Flügels innerhalb der VSPD. insbesondere in Sachsen. In Bezirken, wo die VSPD. als Partei eine einheitliche Ebert-Politik durchführt, knüpft das politische Erleben des Arbeiters naturgemäß an die ihm unmittelbar in seinem Bezirk greifbaren politischen Tatsachen an. Die Noske-Politik versteht der Arbeiter als eine ihm feindliche Politik sehr gut. In den sächsischen Bezirken lehnen jedoch die „linken" Sozialdemokraten scheinbar und in der Phrase diese Politik ab. In Sachsen war das Zentrum der sozialdemokratischen Scheinopposition gegen die alte Reichstagsfraktion, gegen die Ermächtigungsgesetze und Reichswehrexekutive. Es ist erst kurze Zeit her, daß im sächsichen Landtag von der 40 Mann starken sozialdemokratischen Fraktion eine Minderheit von vierzehn Mann den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den sozialdemokratischen Innenminister zustimmte. Die Deutschnationalen stimmten in jener Sitzung für den sozialdemokratischen Innenminister und gegen den kommunistischen Mißtrauensantrag. Mit Hilfe dieser Scheinopposition und mit dem Mittel der radikalen Phrase haben die „Linken" die sozialdemokratischen Arbeiter und breite Massen Unorganisierter bisher an die Sozialdemokratische Partei gefesselt. Der kommunistische Funktionär weiß, daß die „Linken" gefährliche Schurken sind, die der SPD. durch ihre feige Politik dennoch immer wieder eine Atempause gewinnen. Es ist aber gar keine Frage, daß gegenüber einer solchen Politik auf beiden Schultern der Demaskierungs- und Desillusionierungsprozeß unter den Massen ein schwierigerer und langwierigerer ist. Gerade in den Bezirken, wo die „Linken" auftreten, muß die Partei noch tiefer in die Massen hinein, das heißt, sie muß in den Gewerkschaften tatsächlich arbeiten, in den Betrieben Zellen schaffen und Einheitsfrontorgane erkämpfen gegen die zünftige Gewerkschaftsbürokratie und das sozialdemokratische Bonzentum.

Neben diesen politischen Ursachen hat der Stimmengewinn der VSPD. auch **organisatorische** Gründe. In Sachsen hat die VSPD. noch immer den ältesten und solidesten Parteiapparat einschließlich dem gesamten Apparat der Amsterdamer Gewerkschaften. Die KPD. hat seit Jahren nur zwei selbständige Zeitungen und ein Kopfblatt, während die VSPD. über sechs selbständige Zeitungen und fünf Kopfblätter verfügt. Die Bedeutung des organisatorischen Apparates und der Presse spiegelt sich im Wahlresultat natürlich um so schärfer wider, je mehr die KPD. unter den Folgen der Illegalität zu arbeiten hatte.

Was von der KPD. für die sächsischen Bezirke gilt, hat natürlich Geltung für alle Bezirke. Denn insgesamt hat die KPD. bei den Reichstagswahlen 1924 bei weitem noch nicht die Stimmen auf sich vereinigt, die die USP. im Jahre 1920 zur Reichstagswahl zählte. Die USPD. erreichte 1920 bekanntlich eine Stimmenzahl von 4,971.220 (18% aller abgegebenen Stimmen). Die SPD. konnte 1920 6,104.398 (22,1%) Stimmen auf sich vereinigen, während die KPD. 572.334 (2%) Stimmen erhielt. In Berlin ist das Stimmenverhältnis so, daß 1920 SPD., USPD. und KPD. zusammen 180.000 Stimmen mehr erhielten als 1924. Diese Zahlen zeigen zur Genüge, welche Massen durch die verräterische Politik der Sozialdemokratie abgestoßen wurden. Es ist die Aufgabe der KPD., diese ehemaligen Rekruten des Kommunismus wiederzugewinnen. Jetzt ist gute Gelegenheit dazu vorhanden. Die VSPD. will ein zweites Versailles. Ihre Zustimmung zum Sachverständigengutachten ist der Wille zur Knechtung der arbeitenden Massen im Interesse der herrschenden Klasse in Deutschland. Der Frankfurter Parteitag hat der Partei ein brauchbares Aktionsprogramm gegeben. Das Programm trete in Aktion und die KPD. wird die Sozialdemokratie wirklich vernichtend schlagen. Der Wille zum Sieg und der Wille zur Macht muß sich in jedem der 3¾ Millionen Wähler verdoppeln. Das sei die Losung! Dann werden wir es schaffen!

Revolutionäre Bewegung in den Kolonien

Die britische Justiz unter der Arbeiterregierung.

Von M. N. Roy.

** Der Prozeß gegen die indischen Kommunisten in Cawnpur ist beendet. Jeder der vier Angeklagten, die vor dem Gerichtshof erschienen waren, ist zu vier Jahren schweren Kerkers verurteilt worden.

Die Geschichte dieses Prozesses ist mehr oder weniger bekannt, trotzdem die kapitalistische Presse und die kapitalistischen Nachrichtenagenturen sich zu strengem Stillschweigen verschworen hatten, was sie auch durchführten. Es war ein Prozeß gegen die Kommunistische Internationale. Die Anklageschrift ist ein bemerkenswertes Dokument. Die Beschuldigung gegen die Personen, denen der Prozeß gemacht wurde, lautete dahin, daß sie mit der Kommunistischen Internationale Beziehungen unterhalten haben; daß sie für die Befreiung des englischen Volkes vom Joch des britischen Imperialismus eingetreten sind; daß sie vorgeschlagen haben, die Arbeiter und Bauern in einer politischen Partei mit dem Zweck des Kampfes um ihre Befreiung zu organisieren, und daß in dem Programm der beabsichtigten Partei ausführliche Betrachtungen über die wirtschaftlichen Nöte und Bedürfnisse der werktätigen Massen enthalten waren. Es wäre interessant, den ganzen Anklageakt anzuführen, der ein ziemlich langgeratenes Dokument ist, doch erlaubt dies nicht der Raum.

Die Anklage, die auf „Versuch, die Souveränität seiner Majestät des Königs zu stürzen" lautet, konnte nicht auf frischer Tat gestützt werden, auch wenn man annahm, daß die Augenscheinlichkeit und das Zutreffen einer solchen Tat zugegeben würde. Daher mußte das Programm der Kommunistischen Internationale dazu herhalten, um die Schuld der Angeklagten zu beweisen. Die Anklageschrift ist daher folgendermaßen zugespitzt: die Kommunistische Internationale ist eine revolutionäre Organisation; sie macht es sich zur Aufgabe, Sektionen in den Ländern

des Ostens zu organisieren; Ziel der **indischen** Sektion ist es, Seine Majestät den König von Großbritannien seiner Oberhoheit über Britisch-Indien zu berauben.

An dieser Anklage wäre natürlich nichts ungewöhnliches, wenn der Prozeß nicht gerade in dem Augenblick durchgeführt worden wäre, da eine „Arbeiterregierung" am Steuerruder des britischen Reiches stand.

Es wäre unnütz, wollten Herr Macdonald und seine Kollegen vorbringen, daß sie für diese gewaltsame Handlung der indischen Regierung nicht verantwortlich seien. Angenommen, daß der Prozeß ohne die Zustimmung der „Arbeiterregierung" begonnen wurde, so hatte die letztere Zeit genug gehabt zu intervenieren, wenn sie es gewollt hätte. Sogar der „Daily Herald" und der „New Seader" erhoben ihre Stimmen zum Protest gegen diese Verfolgung der indischen Arbeiterklasse. Die Regierung in ihrer Gesamtheit und jedes einzelne ihrer Mitglieder wurden an diese Angelegenheit wieder und wieder erinnert. Aber Herr Macdonald verhielt sich still. Was bedeutet das? Es bedeutet, daß er diese Verfolgung billigte, die nicht nur eine Vergewaltigung der Prinzipien der Demokratie bedeutet, sondern auch des Rechtes der Arbeiterklasse, politische und gewerkschaftliche Organisationen zu bilden. Es ist offenbar, daß Herr Macdonald seinen Krieg gegen die Kommunistische Internationale in jeden Winkel der Erde tragen will.

Es handelt sich in diesem Prozeß um dreierlei Hauptfragen der strafgerichtlichen Verfolgung, und zwar um die Fragen, ob die Angeklagten in bezug auf Verfassung, Politik oder Legalität straffällig geworden sind. In jedem dieser drei Punkte lag der Fall so, daß die Klage nicht gerechtfertigt war. Wenn etwas durch die Anklage unbestreitbar bewiesen war, so war es die Tatsache, daß seitens der Angeklagten Propaganda zur Organisierung einer Partei der Arbeiterklasse getrieben worden war. Aber der öffentliche Ankläger, der Staatsanwalt selbst gab zu, daß es an und für sich noch kein Verbrechen ausmache, kommunistische Ansichten zu haben, und solche Ansichten zu ehren. Die Organisation einer kommunistischen Partei und die Beziehungen zur Kommunistischen Internationale können in Indien nicht verfassungswidrig sein, wenn sie es nicht in anderen Teilen des Reiches sind. In **politischer** Hinsicht war der Prozeß ebenso unhaltbar. Selbstbestimmung der Völker steht überall auf der Tagesordnung. Die Führer der britischen Arbeiterpartei und der zweiten Internationale sind die unverbesserlichen Vorkämpfer dieser Doktrin der Demokratie. Daher kann es kein Verbrechen eines bestimmten Teiles des indischen Volkes sein, seinen Wunsch auszusprechen, daß sein Land vom Joch der Fremdherrschaft befreit werde. Die Arbeiterregierung mag alle möglichen Ausreden finden, um ihr Versagen in dem Moment, wo es gilt, ihre Lehre in die Tat umzusetzen, zu rechtfertigen; aber es kann gewiß nicht ein Verbrechen, eine strafbare Handlung sein, wenn jemand seinen Wunsch nach Loslösung vom britischen Imperium Ausdruck gibt. Und auch in der Frage der **Legalität** war der Prozeß gegen die Angeklagten ganz unbegründet. Es wurde kein Versuch gemacht, die Echtheit der Briefe, die von mir herrühren sollten, zu bestreiten. Briefe zu bekommen, die von irgendjemandem geschrieben wurden, ist schließlich nach keinem Gesetzbuch ein Kriminalvergehen. Es wurde vor dem Gerichtshof nicht bewiesen, daß die Angeklagten an der Abfassung dieser Briefe mitschuldig waren; diese Briefe aber waren die einzigen „Beweise", deren man sie „überführte". Briefe, von denen man annahm, daß sie von zweien der Angeklagten geschrieben wurden, wurden vorgelegt, aber das Kreuzverhör der Verteidiger machte es klar ersichtlich, daß diese Briefe wahrscheinlich gefälscht sein dürften. Alle Zeugen, die zugunsten der Staatsanwaltschaft aussagten, waren Polizeioffiziere, ausgenommen einem einzigen; und dieser einzige Zeuge wurde von den Verteidigern abgelehnt, da es sich um einen Polizeispitzel handelte. Diese Ablehnung wurde von den Anklägern natürlich nicht anerkannt. Von dem Gelde, das die Kommunistische Internationale sandte, wurde viel Aufsehen gemacht. Aber selbst der Staatsanwalt sagte, daß er seine Behauptungen nicht beweisen könne; der Gerichtshof nahm sie trotzdem als erwiesen an.

Die Verurteilung der vier Indier zu jahrelangem schweren Kerker kann also weder vom Gesichtspunkt eines Delikts gegen die Verfassung noch eines „hochverräterischen" Vergehens begründet werden; es fehlt sogar jeder äußerliche gesetzliche Grund, um sie zu rechtfertigen.

So ist es klar, daß diese Männer nur aus dem einfachen Grunde zu langer Zeit schärfster Haft verurteilt wurden, weil sie im Verdacht stehen, eine Arbeiterpartei organisieren zu wollen, deren Zweck es ist, die politische und ökonomische Freiheit des indischen Volkes zu erstreben. **Die Macdonald-Regierung und somit auch die Zweite Internationale sind für diese Handlung verantwortlich.** Die neue Politik des britischen Imperialismus geht darauf aus, mit der indischen Bourgeoisie in einigermaßen verträgliche Beziehungen zu kommen. Die damit verbundene Tendenz dieser Politik ist es, die Arbeiterbewegung niederzuschlagen. Herr Macdonald wurde für dieses Geschäft ausersehen. Er stellt sich einerseits mit der indischen Bourgeoisie auf freundschaftlichen Fuß, um sie von dem Nutzen der britischen „Schutz"-Herrschaft zu überzeugen; andererseits leistet er dem britischen Imperium wertvolle Dienste, indem er die Bewegung der indischen Arbeiterklasse niedertritt, da diese für die Kompromißpolitik mit der indischen Bourgeoisie eine ernste Gefahr bedeutet.

Union der Sowjetrepubliken

Brief aus Sowjetrußland.

Leninweihe zur Eröffnung des XIII. Parteitages der RKP.

Von F. R.

Moskau, 23. Mai 1924.

** Das größte Ereignis im politischen Leben des Jahres in Sowjetrußland, der Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands, wurde heute feierlich eröffnet.

Dieser Parteitag steht ganz im Zeichen des verstorbenen Führers — wie könnte es auch anders sein! Auch auf dem vorigen, dem XII. Parteitag der RKP., fehlte schon Lenin, aber damals war er nur krank, und es bestand die Hoffnung seiner Genesung. Jetzt erinnert das Schwarz, das sich dem Rot der Dekoration des Andreas-Saales beimischt, an den Verlust vom 21. Januar, den Verlust, der direkt oder indirekt in jedem Schritte der Partei seinen Widerhall findet.

Aber nicht allein durch diese Trauerzeichen unterscheidet sich das äußere Bild dieses Parteitages von demjenigen der Tagungen der vorhergehenden Jahre. Zunächst — die Zusammensetzung. Die 200.000 neuen Mitglieder des „Lenin-Aufgebotes", die 200.000 Proletarier aus den Betrieben, die die russische Partei in den letzten Monaten in ihre Reihen aufgenommen hat, verleihen dem Parteitag ihr deutliches Gepräge. Die Zahl der Delegierten ist einschließlich derjenigen mit beratender Stimme fast auf 1000 angeschwollen. Der Riesensaal ist gestopft voll. Die neuen Mitglieder des Lenin-Aufgebotes haben, laut Beschluß des ZK. und mit Zustimmung des Parteitages, gleichberechtigtes Stimmrecht mit den alten Mitgliedern, den Bolschewiki. Der starke Zug der Proletarisierung, der in den letzten Monaten vor sich gegangen ist, wird auch durch das äußere Bild des Parteitages erkenntlich: hier sieht man manche „ungehobelte", knorrige Arbeitergestalt, die zum erstenmal im Leben an einer Parteivertretung teilnimmt. Manche dieser neuen Parteigenossen des Lenin-Aufgebotes sind alt und grau. Sie sprachen in den Begrüßungsreden von der RKP., von „unserer" Partei, sie sprachen von Lenin, und wie alles gekommen war, und der Bericht eines jeden gab ein Stück aus der Entwicklungsgeschichte der russischen Arbeiterschaft wieder: von Dumpfheit und Unterdrückung hinauf zum Klassenbewußtsein, zum Eigendasein. Hat nicht Lenin 1903 gelehrt: „Wir müssen uns bemühen, den Ruf und die Bedeutung des Parteimitgliedes höher zu heben, höher, höher, höher..."

Außer den Delegierten waren parteilose Arbeiterdelegationen aus allen Teilen Rußlands erschienen. Von der Wolga, aus dem Kusnetzki-Bassin in Sibirien usw. waren sie gekommen — mit Begrüßungsadressen und Geschenken: einem Porträt Lenins, von einem Arbeiter gemalt, einer Grabtafel, aus Kohle und Erz von Grubenarbeitern hergestellt, und ähnliche einfache Gegenstände.

Nach der feierlichen Eröffnung des Parteitages durch Genossen **Kamenew**, in der die Anwesenden die Worte des Gedenkens an Lenin stehend anhörten, ergriff das Wort Genosse **Rykow**, um eines zweiten, soeben erfolgten Todes zu gedenken: In der Nacht vom 22. Mai starb Genosse **Nogin**, einer von der alten Garde, einer jener Gestalten, die die Leninsche Partei schufen und meisterten.

Es wurden weitere Begrüßungsreden im Namen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, im Namen der KPD., der KPF., der KPE. und schließlich im Namen des Internationalen Frauensekretariats durch Genossin **Clara Zetkin** gehalten.

Doch die wahre Weihe erhielt der Kongreß nicht im Saale, sondern nach Beendigung der Sitzung auf dem Roten Platz vor

der Kremlmauer. Hier wurden an diesem Tage die kommunistischen Pioniere, der junge Nachwuchs der Partei, in „Jung-Leninisten" umgetauft, und diesem feierlichen Akte wohnten die kommunistischen Delegierten aus dem ganzen Reiche bei.

Die Pionierbewegung, die seit 1922 in Sowjetrußland besteht, hat sich zu einem bedeutenden Faktor der sozialen Erziehung ausgewachsen. Der kommunistische Einfluß, der von der KPR. und dem Kommunistischen Jugendverband ausgeht, schlägt schon in viel jüngerem Alter Wurzeln als in demjenigen das für die Parteiorganisation reif ist. So ergab sich von selbst die Notwendigkeit einer kommunistischen Erfassung der proletarischen Kinderscharen, die für den Jugendverband erzogen werden sollen. Diese russischen Pioniere haben nichts gemein mit den Wandervögeln, den Boy-Scouts, Pfadfindern usw. Zwar werden auch sie körperlich ertüchtigt, aber die Grundlage ihrer Erziehung besteht in der Klassenerziehung, in den Geboten der proletarischen Revolution, in den Geboten Lenins.

Von nun ab werden diese Enkel der Kommunistischen Partei, die große Kinderschar Lenins, den Namen „Leninisten" tragen. Heute marschierten sie, 9000 an der Zahl, am Grabe Lenins vor den Delegierten des Parteitages vorbei. Zuerst legten sie ihr kommunistisches Gelöbnis ab. Von der Tribüne am Mausoleum Lenins herab sprachen zu ihnen **Kamenew**, der Ehrenpionier **Bucharin, Clara Zetkin, Trotzki**. . . Die metallene Stimme Trotzkis rief ihnen zu: „Seid bereit!" „Stets bereit!". Diese Jung-Leninistische Antwortsformel dröhnte aus vielen tausenden Kinderkehlen zurück auf die Ansprache der Führer und Lehrer im Klassenkampfe. „Stets bereit!", das ist die Formel des jungen Rußland. Proletarierkinder zur Zeit der proletarischen Diktatur. Manche gut gekleidet, wie die Zöglinge der Schulen und Kinderheime. Dann solche, die im ärmlichen Gewande oder gar barfuß zum großen Feste erschienen waren. Aber die Gesichter aller strahlten vor lauter Glückseligkeit und vor Ernst ob der Wichtigkeit des Momentes. Diese Kinder schreckt die Mutter, wenn sie ungezogen sind: „Das darf doch ein Pionier nicht tun," und diese Kinder von 8 bis 14 Jahren wachsen im Gefühl der Kollektivverantwortlichkeit und ihrer Organisation auf. Was diesen Kindern fehlt, ist der Wohlstand. Mit dem Aufbau Sowjetrußlands werden diese Kinder die Glücklichsten der Welt werden.

Tausende von Knaben und Mädchen marschierten am Grabe Lenins vorbei, Tausende von hellen Kinderstimmen schleuderten in die klare Luft den Ruf „Wir sind bereit" — als Weihe des Parteitages der RKP., als Verheißung der besseren Zukunft.

Arbeiterbewegung

Ein Schreiben der RGI. an die japanischen Gewerkschaften.

An die Tokio Kikai Rodo Kumial Rango Kai, Sibsura Rodo Kumial, Nippon Insatzuko Rango Kai.

Werte Genossen!

** Wir haben Euren als Antwort auf die Einladung, an den Delegiertenwahlen zur Genuaner Konferenz des Arbeitsamtes des Völkerbundes teilzunehmen, in der Nr. 96 der „Libertaire" veröffentlichten Brief gesehen.

Gestattet uns, Euch zu der Offenheit und Deutlichkeit zu beglückwünschen, mit der Ihr den Herren von der Amsterdamer Internationale zu verstehen gabt, daß — obwohl sie sich erst jetzt der Existenz des japanischen Proletariats erinnert haben — der Geruch ihrer Handlungen schon lange den Fernen Osten erreicht hat und jede Hoffnung dieser reformistischen Organisation begraben ist, die kampfentschlossenen organisierten Arbeiter Japans zu führen.

Ähnlich ist es auch hinsichtlich des Arbeitsamtes des Völkerbundes und der scheininternationalen Arbeiterkonferenz. Es war für uns immer eine Quelle des Vergnügens, wahrzunehmn, wie unerschütterlich sich Eure Organisationen weigerten, an dieser Farce teilzunehmen, nicht bloß weil die Methode der Delegiertenwahl nicht anständig war, sondern weil Ihr gegen die Sache an und für sich seid. In Eurem Briefe erklärt Ihr: „Wir halten es für absurd, unsere Delegierten jedes Jahr zu Konferenzen mit den Führern der gelben Arbeiterorganisationen, mit den Kapitalisten und den Politikern, seien sie Sozialisten oder Kapitalisten, zu schicken und nutzlose Resolutionen und blödsinnige Deklarationen zu verfassen, um die Bestrebungen der Arbeiter, soweit sie nicht die Vorrechte der Kapitalisten und Herrscher beeinträchtigen, zum Ausdruck zu bringen." Dies stimmt mit unserer Stellungnahme zu dieser Angelegenheit vollständig überein. Und hinsichtlich Eurer Korrespondenten sagt Ihr: „Wir wissen ganz genau, daß Ihr nichts mehr und nichts weniger seid als Betrüger der Arbeiterklasse und Streikbrecher und daß Ihr das kapitalistische System und seinen Staat verteidigt." Es ist klar, daß Ihr diese Leute durchwegs kennt: Ihr Verhalten zeigt, daß Eure Auffassung von ihnen richtig ist, und Ihr wiederholt nur, was wir von ihnen immer wieder öffentlich gesagt haben.

Weiter sagt Ihr in Eurem Briefe, daß die japanischen organisierten Arbeiter keiner der bestehenden Internationalen, weder der Amsterdamer noch der Berliner noch der Moskauer, angeschlossen sind. Entschuldigt, wenn wir dagegen Einspruch erheben, daß wir mit jenen, die Eure Verachtung so sehr verdient haben, in einen Topf geworfen werden. Aber Scherz beiseite, wir ergreifen freudig diese Gelegenheit, um auf eine Anzahl interessanter Punkte Eures Briefes einzugehen.

Erlaubt uns erstens, zu sagen, daß die japanische Arbeiterbewegung uns nicht neu ist und daß uns ihre Probleme seit langem beschäftigen. Vertreter der revolutionären Minoritäten der organisierten Arbeiter Japans haben unsere Kongresse besucht und haben uns mit dem Richtungsstreit in der japanischen Arbeiterbewegung bekannt gemacht. Wir haben den heroischen Kampf des jungen japanischen Proletariats und seiner kämpfenden Vorhut, in der Eure Organisationen einen vornehmen Platz einnehmen, mit Bewunderung verfolgt. Wir haben die Bestrebungen, die bestehenden japanischen Einzelorganisationen in eine einheitliche Reichsorganisation zusammenzufassen, die erst die Organisierung der noch unorganisierten Arbeiter Japans vornehmen kann, mit größter Spannung verfolgt. Wir wissen, daß Eure Organisationen auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, dessen letztes Ziel es ist, das kapitalistische System zu stürzen. Dies ist auch die Plattform, auf der die Rote Gewerkschaftsinternationale steht und wodurch wir uns von den reformistischen Internationalen unterscheiden.

Bezeugen dies nicht die Bestrebungen der organisierten russischen Arbeiter, die das Rückgrat unserer Internationale bilden? Ihr werdet wahrscheinlich unsere Anstrengungen, die Arbeiter Europas zu revolutionieren, sie von dem Einfluß der reformistischen Führer abzubringen und sie für den Kampf zum Sturze des Kapitalismus zu sammeln, bemerkt haben. Das könnte Euch überzeugen, daß, soweit es sich um die Endziele handelt, zwischen uns keine Differenz besteht.

In Eurem Briefe jedoch sagt Ihr, daß Ihr abseits von Politik und politischen Parteien stehen wollt, und schließt: „Die Befreiung der Arbeiter ist das Werk der Arbeiterklasse." Wollt Ihr damit zum Ausdrucke bringen, daß durch die Teilnahme an der Politik und an politischen Parteien die Arbeiter aufhören, an dem Kampfe für ihre Befreiung aktiven Anteil zu nehmen? Wenn Ihr bloße, bürgerliche oder Parlamentspolitik meint, dann habt Ihr recht. Wenn Ihr jedoch glaubt, daß die Arbeiter an der Politik uninteressiert sind, dann scheint es uns, daß Ihr fehl geht, um das große Ziel, das Ihr Euch gesteckt habt, zu erreichen. Erkennt Ihr nicht, daß der Sturz des kapitalistischen Staates ein großes politisches Ziel ist? Und habt Ihr etwas gegen die Arbeiter einzuwenden, die deutlicher als die übrigen erkennen, daß die Organisierung der Massen zum Endkampf notwendig ist? Die russische Revolution vollzog sich unter der Leitung der Kommunistischen Partei Rußlands; wollt Ihr vielleicht behaupten, daß die Massen der Arbeiter und Bauern nicht Teil an ihr nahmen und irgendein Heiland ihnen vom Himmel die Befreiung brachte? Die Tatsachen zeigten Euch, daß es nicht so war.

Und wiederum: wollt Ihr behaupten, daß die großen politischen Ereignisse, die jetzt in Deutschland vor sich gehen, die organisierten Industriearbeiter nicht berühren? Und ist es nicht Tatsache, daß die Arbeiter da den reformistischen Gewerkschaftsführern ein bißchen zu lange vertrauten und so die Gelegenheit, die Macht zu ergreifen, versäumten?

Oder, um von Eurer Heimat zu sprechen, seid Ihr der Meinung, daß die gegenwärtige Krise in Japan, der Mangel bürgerlicher Freiheiten für die Arbeiter, die Tatsachen, daß die Gewerkschaften nicht gesetzlich anerkannt sind, daß das Hinmorden von Arbeitern durch Gendarmen und daß die politischen Verfolgungen, die gegenwärtig stattfinden, Euch nicht angehen? Das könnt Ihr wohl nicht behaupten. Ihr und die Mitglieder Eurer Organisationen müssen teilnehmen an dem Kampfe, der aus all dem entspringt. Wir wollen nicht über die Formen der Organisation sprechen, obwohl dies ein wichtiger Punkt ist, aber wenn Ihr an dem Kampfe, der mit dem Kampfe um die Befreiung eng verknüpft ist, teilnehmt, dann nehmt Ihr auch an der Politik teil. An revolutionärer Politik, wie wir sie verstehen.

Wir unterbreiten Euch diese Punkte zu ernstlicher Überlegung — abgesehen von der Frage, ob Ihr Euch der Roten

Gewerkschaftsinternationale anschließen wollt oder nicht — bloß von dem Gesichtspunkt der Zukunft der japanischen Arbeiterbewegung. Zweifellos erwachen die japanischen Massen im jetzigen Zeitpunkte, und es zeigt sich im japanischen Proletariat eine starke Tendenz zur politischen Organisation. Wenn die weiter vorgeschrittenen Sektionen der organisierten Arbeiter beiseite stehen und diese Bemühungen gleichgültig mitansehen, dann besteht die große Gefahr, daß das japanische Proletariat in die Hände der Reformisten fällt, aus denen man sie dann später wieder herausreißen muß. Die Erfahrung der Bewegung in Europa sollte Euch in dieser Richtung ein warnendes Beispiel sein; denn Ihr seht die ungeheuren Opfer an Menschenleben, die dieser Irrtum mit sich gebracht hat.

Die junge Arbeiterbewegung von Japan steht der wichtigen Aufgabe gegenüber, die bestehenden Arbeiterorganisationen in Reichs-Industrieorganisationen zu vereinigen. Diese Organisationen müssen eine zentrale Körperschaft haben, die ihr Generalstab sein und die organisierte Bewegung leiten soll. Es müssen Anstrengungen gemacht werden, die Arbeitermassen in die Industrieorganisationen zu bringen. Die Arbeitsbedingungen in einigen Industrien in Japan sind jenen gleich, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Europa vorherrschten. Die Organisationen müssen ein Besserung dieser Arbeitsbedingungen herbeiführen. Der Kampf um die bürgerlichen Freiheiten und um die Legalität der Gewerkschaften muß sofort aufgenommen werden. Die Arbeiter und Bauern müssen zum Kampfe gegen den bürokratischen Staat und gegen den bourgeoisen Einfluß mobilisiert werden, nicht um Parlament zu spielen, sondern um sie für den Kampf um ihre endgültige Befreiung vorzubereiten.

Ihr erhebt Anspruch darauf, die revolutionäre Sektion des japanischen Proletariats zu sein, als was auch wir Euch ansprechen. Ihr werdet Eure Aufgabe nur erfüllen, wenn Ihr Euren engherzigen Standpunkt der Abstinenz der Teilnahme an dem allgemeinen Kampf der Arbeitermassen um ihre Befreiung aufgebt. Dies ist unsere Ansicht von der Funktion der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse. Die Rote Gewerkschafts-Internationale besteht nicht aus politischen Parteien, sondern aus Industrieorganisationen, die für den Sturz des Kapitalismus und des bürgerlichen Staates und für die Errichtung der Macht der Arbeiter kämpfen. Stimmt Ihr damit überein?

Wir ersuchen Euch, die beigeschlossenen Resolutionen unserer Kongresse sorgfältig zu studieren, ebenso unsere Statuten und unser Aktionsprogramm wie auch das übrige Material, und uns mitzuteilen, mit welchen Punkten Ihr nicht einverstanden seid.

Wir sind überzeugt, daß Ihr in Anbetracht der oben angeführten Punkte und Eurer revolutionären Gesinnung die Linie, die wir vertreten, annehmen werdet. Wir sind weiter überzeugt, daß Ihr angesichts der Euch bevorstehenden Aufgaben Eure Stellungnahme zur Roten Gewerkschafts-Internationale ändern werdet.

Die Rote Gewerkschafts-Internationale wird die Bestrebungen des japanischen Proletariats, sich Klassenkampforgane zu schaffen, mit größter Sympathie verfolgen. Jedenfalls wird es uns freuen, mit Euch in Verbindung zu bleiben und Eure Ansichten über die früher angeführten Punkte zu hören.

Der nächste Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale wird am 25. Juni 1924 in Moskau abgehalten werden. Es wäre uns sehr willkommen, wenn Ihr zu diesem Kongreß einen Vertreter zu informativen Zwecken entsenden würdet. Ihr hättet da Gelegenheit, die internationale Situation der revolutionären Arbeiterschaft und die Aufgaben, die sie zu erfüllen hat, kennen zu lernen.

Mit brüderlichen Grüßen:

Die Exekutive der RGI.

(Gez.) A. Losowski,
Generalsekretär.

Jugendbewegung

Die KJI. an den XIII. Parteitag der RKP.

Werte Genossen!

** Die Kommunistische Jugend-Internationale **folgt mit größtem Interesse der großartigen Arbeit des kommunistischen** Aufbaues, die von Eurer Partei nach der Oktoberrevolution in Angriff genommen worden ist. Gleichzeitig studiert sie mit größter Aufmerksamkeit die diesem großen Siege des Weltproletariats vorangegangene Periode, in deren Verlauf die Grundlagen des Leninismus geschaffen wurden. **An Eurem Beispiele lernen wir nicht nur, wie man die kommunistische Gesellschaft aufbaut, sondern auch und vor allem, wie man die Revolution vorbereitet und organisiert.**

Der unversöhnliche Kampf Lenins und der gesamten alten bolschewistischen Garde in der russischen und in der internationalen Arbeiterbewegung gegen opportunistische Abweichungen vor und nach der Revolution gab der Arbeiterklasse die Möglichkeit, die verräterische Rolle der Sozialdemokratie zu verstehen und im Bolschewismus den wahren Weg der Revolution zu finden.

Wir folgten mit größter Aufmerksamkeit der kürzlichen Diskussion in Eurer Partei. In allen unseren Verbänden trat die Arbeiterjugend ohne Schwanken gegen den Versuch auf, die verschiedenen Generationen der Partei gegeneinander auszuspielen. Wir sind der Ansicht, daß die alte und die junge Generation in voller Übereinstimmung unter der politischen Leitung der alten bolschewistischen Garde in der Partei arbeiten müssen.

Dieser alten Garde, die den echten Leninismus verkörpert und dessen Träger sie ist, bringt die kommunistische Jugend der ganzen Welt ihre vollste Solidarität zum Ausdrucke.

Die **Kommunistischen Jugendverbände der ganzen Welt haben in allen Fragen ihre volle Übereinstimmung mit der Linie der Mehrheit des ZK. der RKP.** ausgesprochen, auf deren Grundlage allein es möglich ist, die arbeitenden Massen auf dem von Lenin gewiesenen Wege zu führen.

Die KJI. begrüßt die Entschlossenheit und Festigkeit, mit der die Mehrheit des ZK. den Kampf gegen die kleinbürgerlichen Abweichungen geführt hat, die im Verlaufe der Diskussion zutage getreten sind.

Eurem Beispiele folgend, wird die KJI. gegen jeglichen Versuch einer Revision des Leninismus in der Internationale und in ihren Sektionen kämpfen.

Das russische Proletariat antwortete auf den Tod Lenins mit dem massenweisen Eintritt in die Reihen der RKP. Wir sind überzeugt, daß der XIII. Kongreß der RKP. seinerseits die Stellung der Mehrheit des ZK. und die alte bolschewistische Garde einmütig unterstützen und die Notwendigkeit betonen wird, die Sache der Revolution auf den festen Grundlagen des Leninismus fortzuführen.

Es lebe der Leninismus!
Es lebe die RKP., die Vorhut des Weltproletariats!
Es lebe die Weltrevolution!

Die Kommunistische Jugend-Internationale.

Moskau, den 21. Mai 1924.

Genossenschaftsbewegung

Mit Hilfe der Genossenschaften gegen das Privatkapital.

Am Vorabend eines scharfen ökonomischen Kampfes.

Von R. Albert.

** In dem gewaltigen sozialen Laboratorium, welches das Rote Rußland darstellt, vollziehen sich unaufhörlich neue Ereignisse, die unsere volle Aufmerksamkeit verdienen.

Die Nep (Neue ökonomische Politik) scheint heute in eine neue Phase einzutreten. Die russischen Kommunisten haben sie immer als einen Ausdruck, eine Seite des Klassenkampfes begriffen, wobei der proletarische Staat mit dem kleinen Privatkapital ringt. Sie haben sich niemals einer Selbsttäuschung über die Unerfahrenheit des neuen revolutionären, im Bürgerkrieg geborenen Staates hingegeben und waren sich über die daraus entspringenden Vorteile für das Privatkapital im klaren.

Die russischen Kommunisten stellen heute den Vorsprung des Privatkapitals in Geschäften und seine Überlegenheit in der Handelskonkurrenz fest, in demselben Zeitpunkt, in dem sie politische Erfolge von größter Tragweite, wie die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den kapitalistischen Großmächten, große ökonomische Erfolge, wie die bedeutende Milderung der unter der Bezeichnung „Schere" bekannten Wirtschaftskrise (worunter das Auseinandergehen der Preise der landwirtschaftlichen Produkte einerseits, der Industrieprodukte andererseits verstanden wird) und die gelungene Währungsreform konstatieren.

Es beginnt nun ein entscheidender ökonomischer Kampf zwischen dem von der Kommunistischen Partei geleiteten und beseelten proletarischen Staat und dem Privathandel. In diesem

Kampfe sind die Genossenschaften berufen, die Hauptwaffe des Sozialismus zu bilden.

Der Vorsprung des Privatkapitals und seine Ursachen.

Die Rede Korybitschews auf der 12. Konferenz der Kommunistischen Partei des Moskauer Gebietes — am 17. Mai — bringt ein reiches und interessantes Tatsachenmaterial, das sich auf die oben bezeichneten ernsten Probleme bezieht.

Man schätzte im Jahre 1922—1923 den Geschäftsumsatz des Innenhandels von Rußland für drei Monate auf 662 Millionen Goldrubel (Großhandel 120 Millionen; mittlerer Handel 138 Millionen; Klein-[Detail-]handel 400 Millionen). Von dieser Summe entfielen 26% auf das Staatskapital, 10% auf die Korporationen und 64% auf den Privathandel.

Das Privatkapital hatte 84% des Detailhandels, 50,4% des mittleren Handels und nur 14% des Großhandels in Händen.

Man kennt noch nicht die Ergebnisse des laufenden Geschäftsjahres im allgemeinen, nur die einzelner Gebiete und Fälle. An der Moskauer Handelsbörse hat es das Privatkapital in bezug auf den Handel mit Manufakturprodukten von 27% im September des vorigen Jahres bis auf 53% im Januar gebracht. Der Anteil des Staates am Handelsgeschäft ist zuerst gestiegen, dann fortgesetzt gefallen:

September 1923	41%
Oktober	50%
November	41%
Januar 1924	19%

Der Anteil der Genossenschaften schwankt zwischen 10 und 20%.

Auf dem Textilmarkt hat das Privatkapital einen ansehnlichen Sieg davongetragen.

Es ist ferner auf dem Vieh- und Fleischmarkt der fast unbestrittene Beherrscher geworden (90%).

Wir befinden uns am Vorabend einer Periode regerer Geschäftstätigkeit, wie dies erst durch die regelmäßige Steigerung des in Zirkulation befindlichen Geldwertes bewiesen wird:

10. März	359,000.000	Goldrubel
20. März	367,000.000	„
Ende März	379,000.000	„
10. April	398,000.000	„
Ende April	438,000.000	„
10. Mai	445,000.000	„

Die Aussichten auf Kredit stehen günstig, die Preise haben sich gesenkt und stabilisieren sich; verhältnismäßig reichliche Vorräte an Rohstoffen und Fertigwaren befinden sich im Besitz des Staates.

Woher kommt da der Vorsprung des Privatkapitals?

Der Wert des durchschnittlichen Geschäftsumsatzes im Privathandel beträgt, für eine Person berechnet, 4000 Goldrubel in drei Monaten. Die entsprechende Ziffer für den Geschäftsumsatz im Staatshandel ist 2000 Rubel und im Genossenschaftshandel 950 Rubel.

Staatsunternehmungen begehen oft den Fehler, sich ohne wirklich vorhandene Nowendigkeit der Dienste der privaten Initiative und der Zwischenhändler zu bedienen. Truste werden durch Marodeure des Privathandels geplündert; die Revolutionstribunale haben diese Dinge in ein genügend grelles Licht gerückt.

Der Moment ist gekommen, um hier zur energischen Abwehr zu schreiten. Diese Fortschritte des Privatkapitals müssen ausgemerzt werden.

Zwei Resolutionen der russischen Kommunistischen Partei über den Handel und die Genossenschaften.

In einer Resolution des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands über die Regulierung des Innenhandels, die Ende April veröffentlicht wurde, wird gesagt:

„Die wesentliche Aufgabe des Kommissariats für Innenhandel (das erst vor kurzer Zeit ins Leben gerufen wurde) ist die Eroberung des Marktes für den Staatshandel und die Genossenschaften und die Verdrängung des Privatkapitals, in erster Linie des privaten Großhandels. Das Kommissariat muß ein weitgehendes Recht zur Erlassung entsprechender Verordnungen haben..."

Das Kommissariat für Innenhandel muß dem entgegentreten, daß Staatsunternehmungen den Kapitalisten vorteilhafte Kredite verleihen.

Es wird die Aufgabe haben, den Detailkäufer mit dem staatlichen Großhandel in enge Verbindung zu bringen.

Die Staatsorgane werden in keinem Fall Privatpersonen mit Kommissionsverkäufen betrauen können. Die Kommissionsverkäufe werden nur für den Detailhandel zugelassen werden, und dies bloß mangels einer genügenden Entwicklung der Korporationen (Genossenschaften) und der nationalisierten Verkaufsgeschäfte.

Dieselbe Resolution unterstrich, daß es geboten sei, die Eroberung des Vieh- und Fleischmarktes in den industriellen Zentren seitens der Organe des Staates als eine der dringendsten Aufgaben in Angriff zu nehmen.

Sie fügte hinzu: „Der Getreide- und Brotverkehr, und ganz besonders die Möglichkeit, ihn im einzigen, allumfassenden Organ des Staates zu konzentrieren, muß sorgfältig studiert werden."

Die bezeichnete Resolution faßte auch die notwendigen Pressionsmittel ins Auge, die man gegenüber den Händlern und Kaufleuten, die es gewußt haben, aus der Währungsreform und den Preisschwankungen, die ihr gefolgt sind, Profit zu schlagen, anwenden müsse. Diese Mittel sind: Boykottierung der Profitmacher durch die Arbeiterorganisationen, gerichtliche Verfolgung derselben, Veröffentlichung der Preise der durch das Kommissariat für Innenhandel registrierten Lebensmittel und Waren, Pflicht zur öffentlichen Bekanntmachung der Preise in den Geschäften.

Auch auf folgenden Absatz der Resolution sei hingewiesen: „Die Festsetzung der Detailhandelspreise muß auf den privaten Handel ausgedehnt werden, sofern der Staat imstande ist, die volle Verproviantierung des Marktes mit Artikeln, deren Handel eigentlich durch den Staat monopolisiert ist (wie Petroleum, Salz, Zünder) zu garantieren, und sofern der Detailverkauf seitens des Staates und der Genossenschaften in hinreichender Weise organisiert ist."

Eine Zusatzresolution über die Genossenschaften unterstrich konkret die Notwendigkeit, dieselben zu ermutigen und zu entwickeln. Um in dieser sich entspinnenden ökonomischen Schlacht die revolutionäre Rolle der Genossenschaften klar zu kennzeichnen, sei darauf hingewiesen, daß „die Personen, die kein Stimmrecht (für die Sowjets) haben, das heißt diejenigen, die fremde Arbeitskraft ausbeuten oder selbst nicht arbeiten, nicht Mitglieder von Genossenschaften sein können"; daß es den Genossenschaften verboten sein muß, Luxusartikel zu verkaufen und sich in gewinnsüchtiger Absicht mit rein kommerziellen Operationen zu befassen, die solcher Art sind, daß sie den Blick von ihrer wesentlichen Aufgabe, den Interessen der proletarischen Konsumenten, der Arbeiter und Bauern, zu dienen, ablenken.

Andererseits befaßt man sich damit, neue Kreditmaßnahmen zu treffen, um die kleinen Genossenschaften in die Höhe zu bringen, um die Genossenschaften gegen Verluste, die durch den Rückgang von Warenpreisen bewirkt werden, sicherzustellen, um den Genossenschaftsmitgliedern Einkaufskredite zu verschaffen und um für den Zentrosoyus (Zentrale Vereinigung der Genossenschaften) den Verkauf der Agrarprodukte und der Rohstoffe zu erleichtern.

Die Kommentare Kamenews und Rykows.

Diese wichtigen Initiativbeschlüsse der KPR. werden durch die bedeutsamen Reden der hervorragendsten Genossen der KPR., wie Kamenew, Rykow, Korybitschew usw., klar erläutert:

Kamenew sagte am 8. Mai auf der Konferenz der Parteisektion Krasnoya-Premia (Moskau):

„Wie müssen wir die Fortschritte des Privatkapitals bekämpfen? Die Unterdrückungsmaßnahmen allein genügen nicht. Wir müssen dem Privatkapital das Staatskapital entgegensetzen, das, durch die Genossenschaft gut verwaltet, imstande ist, sie im Konkurrenzkampfe zu schlagen."

„Wir mußten konstatieren, daß uns das Privatkapital eine siegreiche Konkurrenz macht; aber wir mußten auch konstatieren, daß dies unsere eigene Schuld ist, Schuld unserer Unaufmerksamkeit und Ungeschicklichkeit. Der Moment ist da, um damit ein Ende zu machen."

„Die Genossenschaft ist heute der Ausweg, auf dem der Kommunismus das Privatkapital schlagen kann."

„Diese kostbare Waffe — die Genossenschaft — müssen wir hinaus in die Dörfer, aufs Land tragen. Unser Staat ist arm; es ist zwar schwierig, aber unumgänglich notwendig, einen bäuerlichen Kredit zu schaffen, damit sich der Bauer, wenn er eines Werkzeuges, eines Pferdes, einer Maschine bedarf, nicht an den neuen Reichen des Dorfes, sondern an den proletarischen Staat als Kreditgeber wendet."

Rykow sagte am 15. Mai in der Sektionskonferenz Bauman-Moskau:

„Wenn wir einen Angestellten des Staates damit beauftragen, 1000 Meilen von hier Handel zu treiben, so kann es geschehen,

daß er uns ausplündert, ohne daß wir etwas davon wissen... Darum müssen auch die Bauern und die Bäuerinnen es sich zur Gewohnheit machen, den Handel der Genossenschaften und der Staatsgeschäfte selbst zu kontrollieren und also vor der Organisierung neuer Formen der Kontrolle nicht zurückschrecken."

„Eines der Gebiete, auf dem die Jugendlichen aus der Dortarmut ihre Aktivität entfalten müssen, ist folgendes: die Genossenschaften und Staatsgeschäfte dahin zu bringen, daß sie billiger verkaufen als der kleine Detaillist."

„Warum wurde nicht verlangt, daß der Privathandel mit einem Schlage unterdrückt werden soll? Weil die Genossenschaften eine Reihe von Jahren brauchen, um sich entwickeln zu können..."

*

Die Entwicklung der Genossenschaften, die eine wichtige Etappe auf dem Wege zum Sozialismus sind, ist in einem Lande, das einen langjährigen Bürgerkrieg hinter sich hat, das von den kapitalistischen Mächten zerniert war und schließlich noch immer in seinem Wirtschaftsverkehre sehr beeinträchtigt ist, zweifellos keine leichte Sache... Dennoch wird man zum Ziele kommen. Das revolutionäre Rußland hat es verstanden, seine Rote Armee aus dem Nichts zu erschaffen, die Brennstoff- und Lebensmittelkrisen, deren periodische Wiederkehr durch mehrere Jahre geradezu seine Existenz bedroht hat, siegreich zu überwinden, seine Transportmittel wiederherzustellen, sich eine stabile Währung zu geben und mit der Inflation fertig zu werden. Es wird auch verstehen, den Gewerbetreibenden und Nepmann auf dem Felde, das es ihnen selbst abgesteckt hat, zu schlagen.

Aus der Internationale

Statuten-Entwurf der Kommunistischen Internationale.

**Entsprechend dem Beschlusse des IV. Kongresses der KI., wonach die auf dem II. Kongreß angenommenen Statuten der KI. bis zum V. Kongreß einer Umarbeitung unterzogen werden sollen und unter Berücksichtigung der vom III. und IV. Kongreß zu den organisatorischen Fragen gefaßten Beschlüsse legt das Orgbüro des EKKI. den Entwurf der abgeänderten Statuten vor, der vom V. Kongreß beraten und endgültig bestätigt werden soll.

Statuten der Kommunistischen Internationale.

I. Grundsätze:

§ 1. Die neue internationale Arbeiterassoziation bildet eine Vereinigung der Kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder. Sie ist ihre Führerin im Kampfe für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, für den Sturz des Kapitalismus, für die Errichtung der proletarischen Diktatur und eines Weltbundes der Sozialistischen Sowjetrepubliken zum Zwecke der völligen Beseitigung der Klassen und zur Verwirklichung des Sozialismus als erster Stufe der kommunistischen Gesellschaft.

§ 2. Die neue internationale Arbeiterassoziation trägt den Namen **Kommunistische Internationale.**

§ 3. Alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien tragen den Namen **„Kommunistische Partei"** des betreffenden Landes (Sektion der KI.). In jedem Lande darf es nur eine der KI. angehörende Kommunistische Partei geben.

§ 4. Mitglied der KP. und der KI. kann sein, wer das Programm und die Statuten der KP. des Landes, in dem er wohnt, und die der KI. anerkennt, Mitglied einer grundlegenden unteren Organisation der Partei ist, sich in dieser aktiv betätigt, allen Beschlüssen der Partei und der KI. unterordnet und regelmäßig die Mitgliedsbeiträge entrichtet.

§ 5. Die Grundlage der Parteiorganisation, ihr Fundament, ist die Betriebszelle (in der Fabrik, im Bergwerk, in der Werkstatt, im Büro, im Laden, im landwirtschaftlichen Betrieb usw.), der alle auf dieser Stelle arbeitenden Parteimitglieder angehören müssen.

§ 6. Die KI. und die Kommunistischen Parteien werden auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut. Seine grundlegenden Prinzipien sind:

a) Wahl sowohl der unteren wie der oberen Parteiorgane auf Vollversammlungen der Parteimitgliedschaft, auf Konferenzen und Parteitagen;

b) periodische Rechenschaftslegung der Parteiorgane vor ihren Wählern;

c) bindende Anerkennung der Beschlüsse höherer Parteiorgane durch die unteren, strenge Parteidisziplin und schnelle und genaue Durchführung der Beschlüsse des EKKI. und der leitenden Parteiorgane. Parteifragen werden von den Parteimitgliedern und Organisationen nur bis zu ihrer Entscheidung durch die entsprechenden Parteiorgane diskutiert. Nach Fassung eines Beschlusses auf dem Kongreß der KI., auf dem Parteitage oder durch die leitenden Parteiorgane muß dieser unbedingt durchgeführt werden, selbst auch dann, wenn ein Teil der Mitglieder oder der lokalen Organisationen mit einem solchen Beschluß nicht einverstanden ist.

Unter illegalen Verhältnissen ist die Einsetzung der unteren Parteiorgane durch höhere sowie die Kooptierung, unter Bestätigung durch die oberen Parteiorgane, zulässig.

II. Weltkongreß der KI.

§ 7. Das oberste Organ der KI. bildet der Weltkongreß aller ihr angehörenden Parteien (Sektionen) und Organisationen.

Der Weltkongreß erörtert und entscheidet die wichtigsten programmatischen, taktischen und organisatorischen Fragen, die mit der Tätigkeit der KI. als Ganzem, wie auch ihrer einzelnen Sektionen verknüpft sind. Der Weltkongreß hat das ausschließliche Recht, das Programm und die Statuten der KI. abzuändern.

Der Weltkongreß tritt in der Regel mindestens einmal in zwei Jahren zusammen. Der Zeitpunkt der Einberufung des Kongresses wird durch das EKKI. festgesetzt. Alle Sektionen entsenden Delegierte, deren Zahl vom EKKI. bestimmt wird.

Die Zahl der beschließenden Stimmen jeder Sektion wird unter Berücksichtigung der Zahl der Mitglieder der Partei und der politischen Bedeutung des Landes jedesmal durch einen besonderen Kongreßbeschluß festgesetzt. Gebundene Mandate sind nicht zulässig und werden von vornherein für ungültig erklärt.

§ 8. Ein außerordentlicher Weltkongreß der KI. kann auf Verlangen von Parteien, die auf dem letzten Kongreß der KI. zusammen nicht weniger als die Hälfte der beschließenden Stimmen besaßen, einberufen werden.

§ 9. Der Weltkongreß wählt den Vorsitzenden der KI., das Exekutivkomitee der KI. und die internationale Kontrollkommission (IKK.).

§ 10. Der Weltkongreß bestimmt jedesmal den Sitz des EKKI.

III. Das Exekutivkomitee und sein Apparat.

§ 11. Das EKKI. ist das leitende Organ der KI. in der Zeit zwischen den Weltkongressen. Es erteilt allen der KI. angehörenden Parteien und Organisationen bindende Direktiven, erläßt im Namen der KI. die notwendigen Aufrufe und gibt in nicht weniger als vier Sprachen das Zentralorgan der KI. heraus.

§ 12. Die Beschlüsse des EKKI. sind für alle Sektionen bindend und müssen von ihnen ohne Verzug durchgeführt werden. Die Sektionen sind berechtigt, gegen die Beschlüsse des EKKI. beim Kongreß Berufung einzulegen. Bis zur Aufhebung der Beschlüsse durch den Kongreß sind aber die Sektionen von der Verpflichtung, diese Beschlüsse durchzuführen, nicht befreit.

§ 13. Die Zentralorgane der der KI. angehörenden Sektionen sind ihrem Parteitag und dem EKKI. verantwortlich. Das EKKI. hat das Recht, Beschlüsse sowohl der Zentralorgane wie auch der Parteitage der Sektionen aufzuheben, beziehungsweise abzuändern und Beschlüsse zu fassen, deren Durchführung für die Zentralorgane bindend ist (siehe § 12).

§ 14. Das EKKI. ist berechtigt, Parteien, Gruppen oder einzelne Mitglieder, die dem Programm, den Statuten oder den Beschlüssen der Weltkongresse, beziehungsweise des EKKI. zuwiderhandeln, aus der KI. auszuschließen. Solchen Parteien und Einzelpersonen steht das Recht der Berufung an den Weltkongreß zu.

§ 15. Das EKKI. bestätigt das Programm jeder Sektion der KI. Im Falle der Nichtbestätigung des Programms einer Sektion steht dieser das Recht der Berufung an den Weltkongreß zu.

§ 16. Die Beschlüsse und offiziellen Dokumente des EKKI. müssen von den leitenden Parteiorganen der Sektionen der KI. abgedruckt werden.

§ 17. Das EKKI. ist berechtigt, Organisationen und Parteien, die mit dem Kommunismus sympathisieren oder der KI. nahestehen, mit beratender Stimme in die KI. aufzunehmen.

§ 18. Das EKKI. wählt aus seinen Mitgliedern ein Präsidium, das eine ständig funktionierende Körperschaft ist und in der Zeit zwischen den Sitzungen des EKKI. die gesamte Arbeit leitet. Das Präsidium erstattet dem EKKI. über seine Tätigkeit Bericht. Vorsitzender des EKKI. sowie des Präsidiums ist der Vorsitzende der Kommunistischen Internationale.

§ 19. Das EKKI. wählt ein Orgbüro, das alle organisatorischen und finanziellen Fragen des EKKI. zu beraten und entsprechende Beschlüsse zu fassen hat. Gegen die Beschlüsse des Orgbüros kann Berufung beim Präsidium des EKKI. eingelegt werden, doch bleiben sie bis zu ihrer Aufhebung oder Abänderung durch das Präsidium bindend. Das EKKI. bestimmt die Zusammensetzung des Orgbüros. Das Sekretariat des EKKI. gehört dem Orgbüro an.

§ 20. Das EKKI. wählt ein Sekretariat, das das Vollzugsorgan des EKKI., des Präsidiums und des Orgbüros ist.

§ 21. Das EKKI. wählt die Redaktion der Monatsschrift der KI. wie auch die Redakteure für die weiteren Publikationen der KI.

§ 22. Das EKKI. wählt einen internationalen Sekretär für die kommunistische Frauenbewegung und faßt in Gemeinschaft mit ihm alle für die internationale Frauenbewegung erforderlichen Beschlüsse, sei es politischer, sei es organisatorischer Natur.

§ 23. Das EKKI. organisiert Abteilungen für Information und Statistik, für Agitation, Propaganda und für Organisation und eine Abteilung für den Osten. Das EKKI. ist berechtigt, nötigenfalls weitere Abteilungen zu schaffen.

§ 24. Das EKKI. und das Präsidium des EKKI. sind berechtigt, Bevollmächtigte zu den einzelnen Sektionen der KI. zu senden. Die Bevollmächtigten erhalten vom EKKI. Weisungen und sind dem EKKI. für ihre Handlungen verantwortlich. Die Bevollmächtigten des EKKI. müssen zu allen Versammlungen und Sitzungen sowohl der Zentralorgane wie auch der örtlichen Organisationen der Sektionen, zu denen sie vom EKKI. gesandt wurden, zugelassen werden. Die Bevollmächtigten des EKKI. führen ihre Aufgabe im engsten Kontakte mit der Zentrale der betreffenden Sektionen durch. Dessen ungeachtet können sie auf den von der Zentrale der Sektion einberufenen Parteitagen, Konferenzen oder Beratungen im Interesse einer konsequenten Durchführung der Direktiven des EKKI. eine von der Zentrale der betreffenden Partei abweichende Meinung vertreten. Den Bevollmächtigten des EKKI. wird es zur besonderen Pflicht gemacht, die Durchführung der Beschlüsse der Kongresse und des EKKI. durch die Sektion zu kontrollieren.

§ 25. Die Sitzungen des EKKI. finden mindestens einmal im Monat statt. Sie sind beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder des EKKI. anwesend ist.

IV. Erweiterte Exekutive.

§ 26. Zur Lösung besonders wichtiger Fragen, deren Erledigung nicht sofort erfolgen muß, beruft das EKKI. in der Zeit zwischen den Weltkongressen mindestens zweimal jährlich Tagungen der Erweiterten EKKI. ein.

An den Tagungen des Erweiterten Plenums nehmen außer den Mitgliedern des EKKI. auch Vertreter sämtlicher Sektionen der KI. teil. Die Zahl der Vertreter der einzelnen Sektionen zur Tagung der Erweiterten Exekutive setzt der Kongreß der KI. fest.

Die Tagung des Erweiterten Plenums des EKKI. hat außerdem unmittelbar vor dem Weltkongreß stattzufinden.

V. Die Internationale Kontrollkommission.

§ 27. Aufgabe der auf dem Weltkongreß gewählten Internationalen Kontrollkommission ist:

a) Prüfung der Beschwerden gegen einzelne Abteilungen des EKKI. und Unterbreitung von Vorschlägen an das EKKI. zur Beseitigung von Mißständen;

b) Prüfung der Beschwerden einzelner Mitglieder oder ganzer Organisationen gegen Disziplinarmaßnahmen, die gegen sie von ihren Sektionen ergriffen wurden, und Stellung von Anträgen an das EKKI., das daraufhin bestimmte Beschlüsse zu fassen hat;

c) Revision der Finanzgebarung des EKKI.;

d) Revision der Finanzgebarung der einzelnen Sektionen auf Beschluß des EKKI., des Präsidiums oder des Orgbüros.

Die Kontrollkommission mischt sich in politische und organisatorische Konflikte, die in den einzelnen Sektionen der KI. oder zwischen den Sektionen und dem EKKI. entstehen, nicht ein.

Der Sitz der IKK. wird durch das EKKI. zusammen mit der IKK. bestimmt.

VI. Die Beziehungen der Sektionen der KI. zum EKKI.

§ 28. Die Zentralkomitees sämtlicher Sektionen der KI. wie auch der als Sympathisierende in die KI. aufgenommenen Organisationen sind verpflichtet, dem EKKI. fortlaufend ihre Sitzungsprotokolle und Berichte über ihre Tätigkeit einzusenden.

§ 29. Die Niederlegung eines Mandats, sei es durch einzelne Genossen des Zentralkomitees der einzelnen Sektionen, sei es durch ganze Gruppen, ist als Desorganisierung der Kommunistischen Bewegung zu betrachten. Jeder leitende Posten in einer Kommunistischen Partei gehört der KI. und nicht dem Träger des Mandats. Die Mitglieder des Zentralkomitees jeder Sektion können ihr Mandat nur mit Zustimmung des EKKI. niederlegen. Von den Zentralkomitees der einzelnen Parteien ohne Zustimmung des EKKI. gebilligte Rücktritte sind ungültig.

§ 30. Die Sektionen der KI., besonders die Sektionen benachbarter Länder, haben untereinander die engsten organisatorischen und informatorischen Verbindungen herzustellen. Diese Verbindungen können durch gegenseitige Vertretung bei Konferenzen und Parteitagen wie auch durch gegenseitigen Austausch von führenden Kräften unter Zustimmung der KI. verwirklicht werden.

Von den Berichten dieser Vertreter an ihre Sektionen sind der KI. Abschriften einzusenden.

§ 31. Die Sektionen der KI. haben an das EKKI. regelmäßige Beiträge zu entrichten, deren Höhe vom EKKI. bestimmt wird.

§ 32. Vor dem Weltkongreß der KI. sind Parteikonferenzen oder Tagungen des Zentralausschusses der Sektionen zur Vorbereitung der Tagesordnung des Weltkongresses und zur Wahl der Delegierten einzuberufen. Ausnahmen sind nur auf Beschluß des EKKI. zulässig.

§ 33. Die Parteitage der Sektionen werden in dem Jahr, in dem ein Weltkongreß stattfindet, nach dem Weltkongreß abgehalten.

Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des EKKI.

§ 34. Der Internationale Kommunistische Jugendverband ist vollberechtigtes Mitglied der KI. und dem EKKI. untergeordnet.

§ 35. Die Kommunistischen Parteien müssen darauf vorbereitet sein, ihre Tätigkeit illegal fortzusetzen. Das EKKI. ist verpflichtet, die Parteien in der Vorbereitung der illegalen Tätigkeit zu unterstützen und darauf zu achten, daß diese Arbeit durchgeführt wird.

§ 36. Die Übersiedlung von Mitgliedern der KI. aus einem Lande in ein anderes ist nur mit Zustimmung des ZK. der betreffenden Sektion zulässig. Kommunisten, die ihren Aufenthaltsort gewechselt haben, sind verpflichtet, der Sektion des Landes beizutreten, in dem sie sich niederlassen. Kommunisten, die ohne Genehmigung des ZK. ihrer Sektion abgereist sind, dürfen von den anderen Sektionen der KI. nicht aufgenommen werden.

Aufrufe

Das EKKI. an die Arbeiter und Bauern Japans!

Werktätige in Stadt und Land!

** Euer Land ist in der Gewalt einer herrschenden Klasse von Militaristen, Großgrundbesitzern, Bürokraten und kapitalistischen Monopolsinhabern, die Euch jedes Recht verweigern, die Euch unbarmherzig ausbeuten und Euch mit der grausamen Hand der Gewalt unterdrücken.

Seit dem großen Unglück, das Euer Land im September betroffen hat, ist die Unterdrückung noch größer geworden, und in den Massen kocht es vor Unzufriedenheit und Empörung.

Die über Euch herrschende Klasse ist vollständig unfähig, die ökonomische Krise, von der Euer Land dauernd betroffen ist, zu lösen und mit der großen Aufgabe des Wiederaufbaues fertig zu werden. Während sie von Euch verlangt, Euch für die „Interessen der Nation" zu opfern, ist sie selbst einzig und allein darauf bedacht, den größten Profit aus dem Unglück des Landes zu ziehen. Während sich die Herrschaften gegenseitig um ihre Beute streiten, wird nichts getan, um Eure Lage zu mildern. Hunderttausende leben noch in notdürftigen, für den Augenblick errichteten Baracken, in Armut und Elend. Zehntausende sind arbeitslos. Tausende von zerstörten Farmen werden nicht wieder aufgebaut.

Eure Beherrscher können und wollen Euch keine Verbesserung Eurer Lage in Aussicht stellen. Zugleich gerät das Land in die Gewalt des amerikanischen Finanzkapitals, das Euch noch zu allem Übel die Lasten der Ausbeutung durch ausländische Kapitalisten auferlegt und Eure Regierung in ein Werkzeug des ausländischen Imperialismus verwandelt.

Eure Beherrscher, die Großgrundbesitzer, die Militaristen, die Bürokraten und die fetten Monopolbesitzer, die einer Krise, die zu lösen sie nicht imstande sind, gegenüberstehen und die ansteigende Flut des Aufruhrs gegen sich sehen, geraten in

ihrem Bestreben, die Macht in Händen zu behalten, außer Rand und Band.

Das Gespenst „gefährlicher, umstürzlerischer Gedanken" verfolgt die Euch beherrschende Klasse, die infolgedessen zur Vernichtung dieser Gedanken ein Regime des Terrors aufrichtet. Das massenhafte Hinschlachten koreanischer Arbeiter, die Ermordung japanischer Arbeiter in Rameido, die Blutjustiz, die kürzlich gegenüber den Arbeitern in Nagoya betätigt wurde, und der bevorstehende Prozeß gegen die Kommunisten in Tokio, deren einziges Verbrechen darin besteht, daß sie für die Sache der Arbeiter mutig eintreten, dies alles sind Zeugnisse der Unbarmherzigkeit der Euch beherrschenden Klasse. Sie erkennen, daß ihnen Gefahr droht, daß ihre Herrschaft in Frage gestellt wird.

Aber die Euch beherrschende Klasse versucht auch, schlaue Kniffe anzuwenden, um Euch zu versklaven. Sie bieten Euch scheinbare Anerkennung Eurer Arbeiterverbände an, wenn Ihr Eure Zustimmung zur Sicherung des Regimes Eurer Ausbeuter durch Entsendung von Delegierten zur kapitalistischen Konferenz des sogenannten Arbeitsbüros des Völkerbundes in Genf geben wollt. Sie bieten Euch den „Schutz des Gesetzes" in Form der Gewerkschaftsbill an, die in Wahrheit Eure Organisationen in ihrer Betätigung vollständig lähmen will. Sie versuchen, Eure Führer durch hohe Regierungsposten zu bestechen. Sie bieten Euch die Errichtung von Gerichtshöfen auf dem Lande an, die Zins- und Pachtstreitigkeiten im Interesse der Großgrundbesitzer beilegen werden. Sie sprechen vom allgemeinen Wahlrecht, aber sie denken ernstlich nicht daran, es Euch zu geben. Sie bedienen sich jedes Schwindels, um Euch in Sklaverei zu halten.

Es ist bezeichnend, daß die tyrannische, zaristische Regierung Rußlands vor der Revolution von 1905 dieselben Maßnahmen der Gewalt und Tücke angewendet hat. Aber die russischen Arbeiter haben die gnädigen Angebote „offizieller" Organisationen zurückgewiesen, anstatt dessen den Kampf zur Niederwerfung des Zaren geführt und schließlich ihre eigene Ordnung aufgerichtet.

Arbeiter in Stadt und Land!

Ihr seid aller Rechte beraubt. Arbeitslosigkeit und Not wüten unter Euch. Und Eure Beherrscher können und wollen Euch nichts anderes als erhöhte Ausbeutung und noch größere Armut geben, und Euch noch dazu mit allen Mitteln der Unterdrückung in den Zustand der Leibeigenschaft zurückzwingen. Die sich „radikal" gebärdende Bourgeoisie versucht, Eure Unterstützung zu gewinnen, indem sie vorgibt, für Reformen einzutreten, aber in Wirklichkeit sucht sie nur ihre eigenen Interessen zu befriedigen. Seid auf der Hut vor ihr!

Die Regierung hat das alte Parlament aufgelöst und in Neuwahlen „an die Nation appelliert". Aber Ihr habt bei der Wahl einer neuen Regierung keine Stimme. Wenn Ihr meint, daß Euch ein Regierungswechsel irgendwelche ernstliche Verbesserung Eurer Lage bringen wird, so werdet Ihr enttäuscht werden. Keine Regierung von Bürokraten, Militaristen, Großgrundbesitzern und Kapitalisten wird Euch die Befreiung bringen.

Ihr selbst müßt den Kampf um Eure Befreiung aufnehmen. Ihr allein könnt die Reaktion zum Stillstand bringen und den Weg für die zukünftige Entwicklung Eures Landes bahnen.

Ihr habt einen guten Kampfgeist bewiesen. Trotz allen Regierungsterrors habt Ihr mutig den Angriffen der Kapitalisten und Großgrundbesitzer Widerstand geleistet. Ihr habt Eure Unabhängigkeit bewiesen, als Ihr den Führer Eures Arbeitsverbandes gezwungen habt, einen ihm angebotenen Regierungsposten abzulehnen. Ihr habt die für Euch verderbliche Gewerkschaftsbill zurückgewiesen. Aber dies ist nicht genug! Ihr müßt das Bollwerk der Reaktion stürmen!

Organisiert Eure Kräfte zum Kampf für Eure bürgerlichen Freiheiten! Beschleunigt die Bildung Eurer Arbeiter- und Bauernparteien, durch die Ihr allein fähig sein werdet, Euern Kampf für die Freiheit zu führen. Eure Partei muß von der „radikalen" Bourgeoisie unabhängig sein.

Führt einen unermüdlichen Kampf für Euer Programm der Freiheitsrechte, bis Ihr sie durchgesetzt habt.

Fordert: Demokratische Regierung; unverzügliche Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für Männer und Frauen ohne irgendeine Einschränkung; das Koalitionsrecht; das Streikrecht und das Recht zur Abschließung von Kollektivverträgen; Freiheit der politischen Meinung; das Versammlungsrecht; das Recht, große Versammlungen ohne Anwesenheit der Polizei abzuhalten; wahre Preß- und Redefreiheit für die Arbeiterklasse! Kämpft weiter für Eure ökonomischen Forderungen!

Schließt Eure Arbeiterverbände zusammen und führt auch jene der Organisation zu, die sich noch nicht angeschlossen haben. Zwingt die Regierung, sie als unabhängige, legale Organisationen anzuerkennen.

Arbeiter und Bauern Japans!

Das grausame Urteil an Euren Arbeiterkameraden in Nagoya zeigt, daß die Regierung das gleiche Schicksal für Eure Genossen, die jetzt in Tokio, Gumma und anderen Orten auf ihren Prozeß warten, vorbereitet.

Haltet Euch vor Augen, daß dies Fälle beweisen, daß die Regierung die aktivsten und klassenbewußtesten Mitglieder Eurer Bewegung herauszuholen und zu vernichten beabsichtigt, um auf diese Weise Eure Reihen zu demoralisieren, indem sie sie führerlos macht. Die Kommunisten sind Männer und Frauen, die für die Interessen der arbeitenden Klasse kämpfen. Indem die Regierung gegen die Kommunisten losschlägt, schlägt sie gegen Euch alle los. Ihr müßt Protest erheben! Beginnt Eure Kampagne für die politische Freiheit mit der Forderung der Freilassung aller jener, die wegen ihrer politischen Ansichten verfolgt werden; tretet mit aller Macht dafür ein, daß alle politischen Verfolgungen auch in Zukunft aufhören!

Verlangt die Freilassung der politischen Gefangenen!

Bildet Eure Bauern- und Arbeiterpartei, um für Euer Programm der Freiheiten zu kämpfen!

Nieder mit der Regierung der Großgrundbesitzer, Militaristen, Bureaukraten und Monopolisten!

Es lebe die Befreiung der Arbeiter und Bauern!

Moskau, 6. Mai 1924.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Buchbesprechungen

J. R. Becher: „Am Grabe Lenins."*)

Von P. F.

** Johannes R. Becher, ein nicht unbegabter proletarischer Dichter Deutschlands, hat dem Andenken Lenins einen Zyklus von Gedichten gewidmet.

Diese Gedichte haben vor vielen Kunstwerken, die den Anspruch auf den Titel „proletarisch" erheben, dies voraus, daß sie ein Ausdruck des Kraftbewußtseins des Proletariats, seines unaufhaltsamen Vorwärtsstürmens, seiner Entschlossenheit zum Sieg und zur Diktatur sind. Dabei gerät der Dichter Becher allerdings oft in einen Überschwang, in dem er dann, ohne kritische Hemmung, des Guten zu viel tut, schwülstig und bombastisch wird. Dadurch entfremdet er sich dem echten und einfachen Fühlen des Proletariats. Seine Hymnen werden dann zu tosender Blechmusik.

In dem ersten der sieben Gedichte „Am Grabe Lenins" – es ist etwas matt geraten — wird gesagt, daß Lenins Tod die Botschaft sein muß: „Marschiert!" „Vorwärts, du Rote Front!"

Das zweite Gedicht, eines der besten, anschaulichsten und bilderreichsten, stellt dar, welche Wirkung die Nachricht vom Tod Lenins auf „die erholungsbedürftigen Herrschaften im Luxus bei der Table d'hôte im alpinen Kurhotel", auf das internationale Publikum, auf die Pazifisten und Sozialverräter hat, wie sie schmunzeln und falsche Hoffnungen hegen, wie sich da gegen die revolutionären Proletarier erst recht zum Kampfe rüsten: Trotz alledem!

In dem dritten Gedicht — uns erscheint es als das wertvollste — ist die Erzählung des Abschieds der russischen Arbeiter von Lenin. Die Worte Krupskajas und Stalins werden wiedergegeben, so wie sie gesprochen wurden, im Rhythmus tiefster Erschütterung und entschlossener Kampfbereitschaft.

Gelöbnis, im Geiste Lenins weiter zu kämpfen, wollen die Worte Bechers sein. Schade, daß er in den letzten drei Gedichten häufig das Pathos revolutionärer Kunst mit der Zusammenstellung dröhnender schmetternder Phrasen verwechselt. Er scheint sich hier durch Majakowskij ermutigt zu fühlen. Aber Majakowskijs 150 Millionen sollen den proletarischen Dichtern ein abschreckendes Beispiel sein: Verworrenes Geschrei ist nicht revolutionäre Begeisterung; Anbiederung an 150 Millionen kämpfender Proletarier ist nicht gemeinsamer Kampf mit ihnen.

*) J. R. Becher: „Am Grabe Lenins", Malik-Verlag, Wien 1924.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien. VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl. Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 62. 4. Juni.

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Der XIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands.

(Telegraphische Sonderberichte der „Inprekorr.")

Moskau, 24. Mai 1924.

Eröffnungssitzung.

** Am 24. Mai wurde der XIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands durch den Genossen **Kamenew** eröffnet. Indem der Redner die Verdienste des Genossen **Lenin** würdigte und die Wichtigkeit des XIII. Parteitages der RKP. hervorhob, führte er folgendes aus:

Genosse Lenin ist der Schöpfer der Kommunistischen Partei Rußlands und der Kommunistischen Internationale. Er war der beste Parteigenosse und der Führer der Werktätigen auf dem Kampfwege zu einer besseren Zukunft.

In das **Präsidium** wurden unter anderem die Genossen **Kamenew, Stalin, Sinowjew, Rykow, Bucharin, Trotzki, Tomski** und **Molotow** einstimmig gewählt.

Nach einer Würdigung der Verdienste des verstorbenen bulgadischen Genossen **Blagoew** richtete der Parteitag an die Kommunistische Partei Bulgariens ein Beileidstelegramm.

Hiernach beschloß der Parteitag ein Begrüßungstelegramm an den V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale: „Der Tod des Genossen Lenin bewog die Kommunistischen Parteien der ganzen Welt, ihre Reihen noch enger zusammenzuschließen. Es ist der größte Stolz der RKP., die Komintern unterstützen zu können und eine der treuesten Sektionen der Komintern zu sein. Allmählich steigt **eine neue revolutionäre Welle** empor. Die jüngsten **Wahlen in mehreren Ländern zeigen ein rasches Wachsen der Kräfte der Komintern**, wodurch sich für die Komintern auch neue komplizierte Probleme ergeben. Der Parteitag ist glücklich, der Komintern mitteilen zu können, daß ihre russische Sektion aus ihrer Krise noch geschlossener hervorgeht. Die proletarische Diktatur innerhalb der Sowjetunion hat sich befestigt, die Wirtschaftslage gebessert. Die RKP. bleibt der Weltrevolution für immer treu!"

In einem an die **Kommunistische Partei Deutschlands abgesandten Telegramm** heißt es: „Im vorigen Jahre schien der Sieg des deutschen Proletariats nahe, aber es mußte einen Rückzug antreten. Die RKP. hofft, daß dieser Rückzug nur für kurze Zeit anhalten wird, denn schon sammelt das heldenhafte deutsche Proletariat neue Kräfte. Wie der glänzende Wahlsieg der KPD. bei den Reichstagswahlen beweist, befindet sich schon heute der Kern des deutschen Proletariats unter der Fahne des Kommunismus. — Die KPD. hat die Fehler der **sächsischen Frage** ausgebessert und setzte dem opportunistischen Fehler ein Ende. Sie hat ihre innere Krisis überwunden. In der **Gewerkschaftsfrage** hat die KPD. den richtigen Standpunkt eingenommen. Indem die KPD. die schädlichen Spaltungstendenzen bekämpft, schafft sie die Hauptgarantie für die richtige Lösung der taktischen Fragen. Die RKP. ist überzeugt, daß der innere Kampf in der KPD. beendet ist, daß sich die Gesamtpartei den Beschlüssen, die den taktischen Hauptlinien der Komintern entsprechen, wie ein Mann unterwirft und daß die neue Zentrale alle Kräfte früherer Fraktionen, die auf dem Boden der Komintern stehen, zur Arbeit heranzieht.

Mit Freude und Stolz konstatiert der XIII. Parteitag der RKP. die völlige Solidarität der KPD. in den taktischen Fragen mit der RKP. Das Bestreben der Kommunistischen Partei Deutschlands, sich auf den Boden des Leninismus zu stellen, erfüllt die Kommunistische Partei Rußlands mit Stolz. Der Bolschewismus entstand aber im Kampfe gegen den Opportunismus und gegen die Kinderkrankheiten des Radikalismus. Die RKP. ist überzeugt, daß sie mit der KPD. am V. Kongreß der Komintern in allen wichtigeren Fragen Schulter an Schulter zusammenarbeiten wird. Die Kommunistische Partei Rußlands wie auch die Kommunistische Partei Deutschlands werden immer zu revolutionärer Pflichterfüllung bereit sein.

An die **Kommunistische Partei Frankreichs richtete der Parteitag folgendes Telegramm:** „Die RKP. ist stolz darauf, daß die revolutionären Arbeiter Frankreichs die Taktik der Kommunistischen Partei Rußlands gutheißen, wodurch bewiesen ist, daß die RKP. Lenins Weg befolgt.

Die RKP. begrüßt die Wahlerfolge der KPF., besonders in den Arbeitervierteln Paris. Diese Erfolge beweisen, daß die Elite des französischen Proletariats für den Kommunismus eintritt. Die Organisatoren des Wahlsieges waren die Zentrale und die Seine-Föderation der KPF. Die französischen Sozialisten, die nur eine Fraktion der Bourgeoisie sind, verknüpften ihr Schicksal mit der Bourgeoisie. Die KPF. erobert unzweifelhaft die Massen der Sozialistischen Partei.

Besonders erfreulich ist die Erklärung der KPF., wonach die gegenwärtige Hauptaufgabe in der Bolschewisierung der

westeuropäischen Kommunistischen Parteien besteht. Die RKP. hofft, daß diese Aufgabe gelöst wird."

Genosse Rykow würdigte das Andenken der verstorbenen Genossen Nogin und Lutowinow.

Hiernach erfolgten Begrüssungen des Parteitages durch Arbeiterdelegationen aus Moskau, Leningrad, Charkow, aus dem Ural, aus Sibirien, die dem Parteitag rote Banner und Büsten des Genossen Lenin überreichten.

Im Namen der Exekutive der Komintern begrüßte Genosse Kolarow den Parteitag: Die Hoffnungen der Bourgeoisie werden durch die stählerne Parteieinheit zuschanden gemacht. Die Exekutive der Komintern vertraut der alten bolschewistischen Garde, die eine kollektive Vernunftpartei verkörpert, die die Jugend erzieht, die den Zusammenschluß mit dem Bauerntum sichert und die die Revolution organisiert. Wohl kann die Rätemacht wirtschaftliche Konzessionen machen, politische, ideologische Konzessionen aber keinesfalls.

Im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands hebt Genosse Rosenberg hervor, daß die KPD. das ZK. der RKP. in der russischen Parteifrage unterstützt. Auch Genosse Treint betont im Namen der Kommunistischen Partei Frankreichs, daß die KPF. die Zentrale der RKP. unterstützt. Genosse Steward namens der Kommunistischen Partei Englands, Genosse Katayama im Namen der Kommunistischen Partei Japans und Genossin Clara Zetkin im Namen des Internationalen Kommunistischen Frauensekretariats überbrachten dem Parteitag ihre Begrüssungen, worauf eine Demonstration von zehntausenden Jungpionieren vor dem Parteitag vorüberzog.

Zweiter Sitzungstag.

Moskau, 25. Mai 1924.

Referat des Genossen Sinowjew:

Der politische Bericht des ZK.

** Stürmisch begrüßt, hält Gen. Sinowjew namens des Zentralkomitees der RKP. das politische Referat.

Die Zentrale mußte ohne den Genossen Lenin die schwersten Probleme lösen. Trotzdem wurden hierbei keine großen Fehler begangen, da die Lösungen im Sinne des Leninismus durchgeführt wurden. Das Berichtsjahr, das mit dem Ultimatum von Lord Curzon begonnen hatte, endete mit der Anerkennung der Sowjetregierung durch England de jure.

Im Vorjahre schien in Deutschland die proletarische Revolution heranzurücken. Die Ereignisse in Polen und Bulgarien zeigten gleichfalls das Ansteigen einer neuen internationalen revolutionären Welle an. Die RKP. führte ihre Parteidiskussion durch, worauf das Leninaufgebot folgte, das die Partei mit dem nachrevolutionären Proletariat verbindet.

Die RKP. hat die Perspektiven der Weltrevolution und ihre Entwicklungstendenzen richtig eingeschätzt und sich nur in der Frage des Zeitpunktes geirrt. Wir glauben, daß die Weltrevolution rascher kommen würde und dachten, daß das Fortbestehen der Sowjetrepubliken ohne den baldigen Eintritt der Weltrevolution unmöglich sein würde. Aber die Weltrevolution entwickelt sich langsamer, und die Sowjetrepubliken existieren dennoch weiter. Während sich die weißgardistische Emigration untereinander um Nationalitätenfragen streitet, löste die Sowjetunion die Bauernfrage sowohl wie die Nationalitätenfrage tatsächlich richtig, was von der Welt und besonders von den Ostvölkern anerkannt wird.

Die Anerkennungen der Sowjetunion de jure, der Erfolg der Finanzreform und das Leninaufgebot beweisen, daß die Partei diese dreifache Prüfung bestanden hat. Die Kleinmütigkeit, die man in bezug auf die äußeren Feinde der Sowjetunion, auf die Möglichkeiten des Weltmarktes und auf die Stellung der eigenen Proletariermasesn hegte, war unbegründet.

Die außenpolitischen Fragen sind mit der Innenpolitik der Sowjetunion eng verknüpft, da sich der Getreideexport, die Fragen der auswätigen Schulden, der Konzessionen und der Anleihen imenpolitisch auswirken. Aus diesem Grunde muß die Bauernschaft außenpolitisch aufgeklärt werden.

Man behauptet, daß die Regierung der Sowjetunion mit der Dritten Internationale identisch sei. Dagegen muß auf die Tatsache verwiesen werden, daß andere bürgerliche Regierungen, besonders die englische Regierung, mit der Zweiten Internationale eng verknüpft sind. Wie während des Krieges, wurde der Menschiwismus jetzt wieder zu einem Regierungsfaktor, da die Bourgeoisie den Menschiwismus und den Faschismus zur Niederhaltung des Arbeiteraufstandes benötigt.

Die 500.000 Arbeiterstimmen in Groß-Berlin und die 300.000 Arbeiterstimmen in Paris, die bei den letzten Wahlen für die Kommunisten abgegeben wurden, sind ein welthistorisches Ereignis. Die Wahlen in Bulgarien, Italien, Deutschland und Frankreich bedeuten einen Siegesmarsch des Kommunismus. Und weil der Kommunismus im Anwachsen begriffen ist, zieht die Bourgeoisie den Menschewismus und den Faschismus gegen die Revolution zur Hilfe heran, da eine klassische reine Bourgeoisiepolitik unmöglich ist, was eine neue Erscheinung in der Weltpolitik darstellt.

Macdonald setzt die vorher von den Liberalen betriebene Politik fort und betreibt auch die frühere Außenpolitik der Konservativen weiter. Vor den Wahlen versprach er den Kolonialvölkern das Selbstbestimmungsrecht, versprach er die Nationalisierung des Bergbaues und der Eisenbahnen, die Abschaffung der Bürokratie. In Wirklichkeit aber dient er der Bourgeoisie. Wir bekämpfen die Londoner Internationale, aber wir erstreben auf der Londoner Konferenz zwischen uns und England eine sachliche Vereinbarung. Falls wir eine Anleihe erhalten, sind wir bereit, die russischen Schulden an englische Kleinrentner anzuerkennen. Dagegen scheint Macdonald die Frage der Rückerstattung der bei uns nationalisierten Betriebe aufrollen zu wollen. Die Führer der Londoner Internationale sind also die Anwälte der Bourgeoisie.

Von Seiten der neuen Regierung in Frankreich wird die de jure-Anerkennung der Sowjetunion erwartet; aber die Anerkennungen der Sowjetunion bedeuten auch außenpolitische Schwierigkeiten, da die de jure-anerkennenden Staaten die Bezahlung der Schulden verlangen. Dasselbe trifft auch auf Belgien zu. Sämtliche Schulden würden 25 Milliarden Goldrubel betragen, und der Wert der nationalisierten Betriebe beläuft sich auf 2½ Milliarden Goldrubel. Daher ist es leicht möglich, daß die Gläubigerstaaten in der Schuldenfrage eine Einheitsfront gegen die Sowjetunion bilden. Macdonald, Herriot und die neue japanische Regierung bedeuten zweifelsohne eine außenpolitische Erleichterung für uns. Interventionen werden ihnen gegen die Sowjetunion unmöglich sein, aber gleichzeitig bleiben auch weiterhin außenpolitische Schwierigkeiten für uns bestehen.

Tschitscherin und Tscherwonez: das heißt, die wirtschaftliche Erstarkung der Rätemacht wird unsere außenpolitischen Schwierigkeiten bewältigen.

Die Haltung der deutschen Regierung in dem Konflikt wegen der Berliner Handelsvertretung befriedigt uns nicht. Selbst die unklare innere und äußere Lage Deutschlands macht es uns unverständlich, weshalb Deutschland die Lösung des Konflikts verzögert. Die Spekulation auf eine französisch-deutsche Annäherung ist verfehlt. Die deutsche Regierung wird gezwungen sein, nachzugeben. Die Sowjetregierung besteht auf der Erfüllung ihrer gerechten Forderungen.

In bezug auf die Frage der Konzessionen werden wir, wenn wir unsere Wirtschaft nicht aus eigener Kraft aufbauen können, keine andere Unterstützung erhalten. Jede Konzession wird konkret behandelt.

Die Wirtschaftslage der Sowjetunion hat sich bedeutend gebessert. Die Landwirtschaft erreicht 78%, die Industrie 41 bis 48%, der Außenhandel 20% und der Arbeitslohn 60% der diesbezüglichen Vorkriegszahlen. Das Mißverhältnis zwischen den Preisen für Lebensmittel und für Industrieprodukte ist beseitigt. Der Warenumsatz hat sich erhöht. Einige Staatstruste arbeiten bereits mit Gewinn. Die Elektrifizierung des Landes schreitet vorwärts und auch das Kreditwesen entwickelt sich aufwärts.

Unsere Hauptaufgaben bestehen jetzt in der Hebung der Schwerindustrie und in der Lösung der Fragen des Handels. 36% des inneren Handels befinden sich in den Händen des Staates und 64% in denen der Privatwirtschaft. Die Neue Ökonomische Politik bedeutet keinesfalls die Wiederherstellung des

Kapitalismus in der Sowjetunion. Niemand will die Nep. abschaffen. Die Freiheit des inneren Handels bleibt aufrecht erhalten. Es werden jedoch eine neue Genossenschaftspolitik und eine neue Handelspolitik eingeführt werden. Wir bekämpfen den Privathandel nicht mit Polizeimitteln, sondern durch Entfaltung des Genossenschaftswesens.

Noch mehr **Aufmerksamkeit werden wir dem Dorfe widmen**, wo die Rätemacht die Dorfarmut und die mittleren Bauern gegen den Dorfwucher unterstützt. Das kulturelle Mißverhältnis zwischen dem Dorf und der Stadt muß mit Hilfe der Dorfintelligenz, der Lehrer, beseitigt werden. Auch die landwirtschaftlichen Gewerkschaften mit einer Million Mitglieder müssen zur Lösung dieser Aufgabe beitragen.

Bisher hatten wir zwei Klassen in der Sowjetunion: die Arbeiterschaft und die Bauernschaft. Infolge der Nep. entsteht eine dritte Klasse: die neue Bourgeoisie. Der **Menschewismus in der Sowjetunion** verkörpert nicht mehr die Ideologie des rechten Flügels des Proletariats, sondern die Ideologie der neuen Bourgeoisie. Auf dem Lande wird sich das Sozialrevolutionärentum als Ideologie der Dorfbourgeoisie langsamer entwickeln. Der neue Menschewismus wächst empor auf der Grundlage der Nep., wodurch das Problem entsteht, wie die Rätemacht nach der Revolution die neue Bourgeoisie bekämpft. Der neue Menschewismus wurde zur Ideologie der bürgerlichen Jugend und der bürgerlichen Intelligenz, wogegen die Kommunistische Jugend und die Arbeiterintelligenz ankämpfen.

Die bei uns durchgeführte **Parteidiskussion** ergab sowohl für die RKP. wie für die Komintern wertvolle Lehren. Das Bestreben der Opposition zielte darauf hin, die Politik der Zentrale sowie auch deren Zusammensetzung zu ändern. Dem ZK. sollte das Mißtrauen der Partei ausgesprochen werden. Die Opposition hat in den Fragen der Außenpolitik, der Zugeständnisse an den Weltkapitalismus und der taktischen Linie der Komintern ganz gewaltig angegriffen. Die Gegenüberstellung der alten gegen die neue Garde, die Fragestellung über die Bildung von Gruppen oder Fraktionen waren Fehlgriffe. Wenn wir den von der Opposition gestellten Forderungen etwas Gesundes für die Partei hätten entnehmen können, so wären wir hierzu sehr gern bereit gewesen. Aber wir fanden nichts. Die Opposition muß ihre Fehler einsehen und bekennen. Durch eine Erklärung der Opposition, daß die Partei recht hatte, muß die Diskussion beendet werden. Wir wollen die Einheit der Partei auf der Grundlage des Leninismus aufrecht erhalten. Das Zentralkomitee wird mit Unterstützung der Partei das Vermächtnis des Genossen Lenin verwirklichen und das Rußland der Neuen Ökonomischen Politik zum sozialistischen Rußland führen!" (Minutenlang andauernde Beifallshundgebungen. Die Delegierten erheben sich und stimmen die „Internationale" an.)

Referat des Genossen Stalin:

Der Organisationsbericht des ZK.

Hiernach ergreift Genosse **Stalin** das Wort zum Organisationsbericht des ZK. Genosse **Stalin**, der vom Parteitag mit begeisterten Ovationen begrüßt wird, schildert ausführlich den **wachsenden Einfluß der RKP.** auf die Gewerkschaften, auf den Staatsapparat, auf die Wirtschaftsorgane und auf die Genossenschaften.

Zurzeit des XII. Parteitages hatte die RKP. 485.000 Mitglieder, die bis heute auf 600.000 Mitglieder angewachsen sind. Das Verhältnis der in den Betrieben beschäftigten Arbeiter ist in der Mitgliedschaft der RKP. in dieser Zeit von 17 auf 35% gestiegen.

Das **innere Parteileben** hat sich entschieden gebessert. Die Verlegung des Schwergewichtes von Sitzungen des Politischen und des Organisationsbüros auf die Plenarsitzungen des ZK. stellt eine wichtige Erscheinung dar. Die Sitzungen des Plenums des ZK. und die Plenarsitzungen der Gouvernementskomitees entwickeln sich zu mächtigen Schulen für die Parteiarbeit. Das innere Parteileben ist wesentlich lebhafter geworden, und das Massenaufgebot nach dem Tode Lenins beweist, daß die Partei ihrem Geiste nach zu einem von der Arbeiterschaft gewählten Organ wurde. Die RKP. ist gegenwärtig ein wirkliches Vertrauensorgan der Arbeiterklasse.

Die wichtigsten **Aufgaben der Partei** in der nächsten Zeit bestehen in der Heranziehung der Parteilosen zur Mitarbeit in den Sowjetorganen, in der Beseitigung des Mangels an politischer Bildung in den breiten Massen, in der Herausgabe besonderer populärer Zeitungen für die durch das Leninaufgebot gewonnenen neuen Massen, in der Steigerung der Parteiarbeit im Dorfe, in der umfangreichen Versorgung der Industriegebiete mit Funktionären, in der sorgfältigen und verstärkten Auswahl neuer Funktionäre und in der gesteigerten Heranziehung der durch das Leninaufgebot zur Partei gekommenen Massen zur Parteiarbeit. (Minutenlanger Beifall.)

Dritter Sitzungstag.

Moskau, 26. Mai 1924.

Diskussion über das Referat des Genossen Sinowjew: Politischer Bericht des ZK.

Genosse Krassin:

** Der **Volkskommissar für Außenhandel, Gen. Krassin**, erklärt, daß **der Überfall auf die Berliner Handelsvertretung an Bedeutung die berüchtigte Note von Lord Curzon übertrifft.** Die Sowjetregierung hat alles getan, um den Konflikt nicht aufzubauschen — sie gab der deutschen Regierung die Möglichkeit, den begangenen Fehler gutzumachen, und wollte sogar glauben, daß der Polizeiüberfall ohne Wissen des deutschen Außenministers Stresemann geschehen war. Der gute Wille der Sowjetregierung fand aber kein Echo, da nach gewissen Schwankungen sogar Stresemann das Vorgehen der Polizei deckte. Die in mäßigen Grenzen gehaltenen Forderungen der Sowjetregierung, wie Entschuldigung, Bestrafung der Schuldigen, Gutmachung der Schäden, Garantierung der Exterritorialität erniedrigen Deutschland keineswegs und bedeuten nur die Einhaltung der elementarsten Regeln des Völkerrechtes. Angesichts der verletzten Immunität der Mitglieder des diplomatischen Korps und des Blutigschlagens von Angestellten der Handelsvertretung sind dies gewiß berechtigte und in mäßigen Grenzen gehaltene Forderungen.

Die Exterritorialität der Handelsvertretung ist durch den Vertrag vom 6. Mai 1921 gesichert und sogar durch deutsches Gesetz festgelegt. Die deutsche Note vom 22. März 1924, die die Sowjetbotschaft nicht beantwortete, konnte die gesetzlich und vertraglich gesicherte Exterritorialität nicht beseitigen. Der Rapallo-Vertrag konnte in seiner Eigenschaft als Freundschaftsvertrag die Exterritorialität nicht vermindern.

Die Erklärung der KPD. beweist, daß Botzenhardt und Lehmann Polizeispitzel sind. Der Überfall richtete sich gegen das Außenhandelsmonopol. Die Sowjetregierung kann ohne Exterritorialität keinen Handel treiben, da der Außenhandel Aufgabe des Staates ist und die Sowjetregierung nicht zulassen kann, daß staatliche Wirtschaftspläne, Handelsverträge, Export- und Importpläne, Konzessionsverträge, Materialbestellungen für die Rote Armee oder daß wichtige Einzelheiten des Handelsplanes in einem beliebigen Augenblicke in die Hände der deutschen Polizei fallen. Ein Vergleich mit Privatunternehmungen ist daher auch unzulässig. Die Exterritorialität der Handelsvertretung ist ebenso nötig wie die der politischen Vertretung. Auch Italien hat die Exterritorialität der Handelsvertretung der Sowjetunion anerkannt.

Verhandlungen über einen Handelsvertrag sind mit Deutschland so lange unmöglich, solange nicht unsere Rechte wiederhergestellt und unsere Forderungen erfüllt sind. Die Durch-

suchung von zwei Sowjetschiffen ohne Verständigung und unter Abwesenheit des Konsuls der Sowjetunion stellt eine empörende völkerrechtswidrige Handlung dar. **Die Sowjetregierung kann keine Zugeständnisse machen und muß auf ihren minimalen Forderungen bestehen.** Wir werden den bisher aus Gründen politischer Freundschaft künstlich erhöhten Warenumsatz mit Deutschland auf ein Minimum reduzieren, was wir leichter ertragen können als Deutschland, da die Sowjetunion wirtschaftlich stärker als Deutschland ist und da Deutschland unser Getreide braucht, wogegen der deutsche Import nach Rußland leicht und sogar günstiger zu ersetzen ist, weil uns das kapitalschwache Deutschland keine Kredite gewähren und keine Konzessionen übernehmen kann.

Wenn die Wilhelmstraße auf eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich rechnet, so erklären wir: die Sowjetunion findet, wenn sie will, den Weg nach Paris leichter als Deutschland!

Genosse Trotzki:

Ich will in meiner Rede die persönlichen Momente ausschalten und nur das Wesen der Parteidiskussion berühren.

Das Zentralkomitee selbst erachtete es für notwendig, den inneren Parteikurs im Sinne der Demokratie innerhalb der Partei einer Umänderung zu unterziehen. Selbst die Zentrale betonte in ihren Dezemberthesen die Gefahr, die dem Parteiapparat durch die Bürokratisierung droht, wodurch eine Loslösung der Partei von den proletarischen Massen herbeigeführt werden kann und weshalb auch in den Dezemberthesen die Einführung der Arbeiterdemokratie und die Vermehrung der proletarischen Kaders beschlossen wurde. Die erfahrene und erprobte bolschewistische Garde hat selbstverständlich die Aufgabe, auch die durch das Leninaufgebot erstarkte junge Generation zu erziehen, politisch zu führen, aber gleichzeitig auch die Teilnahme der jungen Generation an dem parteipolitischen Leben zu sichern. Das richtige Gleichgewicht zwischen der Führerrolle der alten Garde und der aktiven Teilnahme der jungen Garde darf nicht verletzt werden, wobei die Demokratie nicht etwa im Sinne der formalen Demokratie der Menschewiki oder der Bourgeoisie aufgefaßt werden darf. Ich war nie und nirgends für die Freiheit von Fraktions- oder Gruppenbildungen. Ich bin aber der Meinung, daß die Bürokratisierung des Parteiapparates Fraktionsbildungen begünstigen und herbeiführen könnte.

Die Übertreibung der Bedeutung einer planmäßigen Leitung der Wirtschaft wäre ebenso gefährlich wie eine Unterschätzung der Gefahren einer Verbürokratisierung des Parteiapparates. Die Forderung einer planmäßigen Wirtschaftsleitung ist ebenso wenig eine kleinbürgerliche Abweichung, wie die Forderung des Kampfes gegen die Bürokratisierung des Parteiapparats. Die umstrittenen Wirtschaftsfragen, wie aktive Handelsbilanz, Warenintervention, müssen praktisch gestellt und gelöst werden. Bei unserer Armut kann die Warenintervention als ein notwendiges Übel erscheinen; sie ist keine kleinbürgerliche Abweichung.

Der Redner erklärt, daß es für ihn kein moralisches Heldentum bedeuten würde, wenn er seine eigenen Fehler vor der Partei bekenne, da **niemand gegen die Partei recht haben kann. Die Partei hat immer recht,** da die Partei das einzige Mittel des Proletariats zur Lösung seiner historischen Aufgaben ist. Auch der richtige Standpunkt des einzelnen kann nur innerhalb und vermittels der Partei durchgesetzt werden.

Wenn ein englisches Sprichwort sagt: „My country right or wrong" — Gerecht oder ungerecht, aber mein Vaterland! — so erkläre ich mit tausendmal mehr Recht: Gerecht oder ungerecht, aber meine Partei! Der Redner erklärt weiter, er werde als disziplinertes Mitglied der Partei seine Pflicht selbst gegenüber ungerecht empfundenen Entschließungen der Partei erfüllen und nicht als letzter Soldat auf den Barrikaden des Bolschewismus kämpfen. Die Hingabe, die Disziplin, die Einheit und die Geschlossenheit der Partei wird bewahrt!

Genosse Ulljanow (Arbeiter, Nischni Nowgorod):

Gen. Ulljanow betont, daß Gen. Trotzki der Partei einen Bärendienst erwies, als er alte Meinungskämpfe aufwärmte. Genosse Trotzki muß seinen Fehler bekennen und sollte keine Parlamentsreden halten. Die Arbeiteropposition war eine Folge kleinbürgerlicher Stimmungen. Die Frage des Arbeitslohnes muß neu gestellt und gelöst werden.

Genosse Iwunow (Arbeiter).

Die gemischten Gesellschaften arbeiten mit unserem Kapital. Es war ein Fehlgriff, daß Genosse Trotzki die Opposition verteidigte und sich mit den unmöglichen Wirtschaftsthesen der Opposition solidarisierte.

Genosse Sacharos (Arbeiter):

Der Redner erachtet Trotzkis Formulierung als den Ausdruck eines Kommunistischen Individualismus.

Genosse Machlarin:

Der größte Fehler der Opposition bestand darin, daß sie sich in den Fragen der Parteiorganisation nicht der gegebenen Wirtschaftslage anpaßte. Wir erleben gegenwärtig den Anfang einer Offensive an der Wirtschaftsfront.

Genosse Ruchimowitsch (Arbeiter, Donezbecken):

Die Pufferfraktionen, die die Versöhnung anstrebten, hatten unrecht, weil sie die Diskussion der Partei als eine Personenfrage auffaßten. Es war auch ein Fehler, in der neuen Lage, in der wir uns befinden, Vergangenes wieder aufzuwärmen.

Genosse Preobraschenski

verteidigt die Wirtschaftsthesen der Opposition und betont, daß sich das Zentralkomitee mit der Änderung des Parteikurses verspätet hätte. Daraus hätte sich die Diskussion entwickelt. Im großen und ganzen ist die Außen- und Innenpolitik der Zentrale richtig.

Die Forderung nach Erweiterung der Planwirtschaft und der Kampf gegen die kapitalistische Akkumulation sind keine kleinbürgerlichen Abweichungen. In besonderen Fällen hat die Zentrale die Warenintervention selbst verwirklicht.

Genosse Rudzutak (Volkskommissar für die Eisenbahnen):

Die Zentrale war nie gegen die Einführung der Planwirtschaft und wandte sich nur gegen leeres Geschwätz über die Planwirtschaft, ohne daß die Vorbedingungen für die Planwirtschaft gegeben waren. Gegenwärtig, da die Sowjetunion ihr Budget in fester Währung hat, kann über die Planwirtschaft gesprochen werden. Die Behauptung des Genossen Trotzki, daß die Handelsbilanz zu aktiv sei, ist nicht stichhaltig, da wir Valutareserven zur Unterstützung unserer Finanzreform brauchen werden. Ebensowenig stichhaltig ist die Behauptung des Genossen Preobraschenski, daß die Warenintervention eine Notwendigkeit sei. Die Betonung der formalen Demokratie seitens der Opposition war echt menschewistisch. Mit welchen Mitteln die Opposition kämpfte, zeigt das Vorwort des Genossen Souvarine zu der Broschüre des Genossen Trotzki, worin die RKP. schwer verleumdet und Trotzki als Opfer einer Verleumdung hingestellt wird. Diese Tatsache beweist, daß der Kampf auf die Komintern übertragen worden ist. Das positive Ergebnis der Diskussion besteht darin, daß die Partei heute einheitlicher und geschlossener als je dasteht.

Genosse Kamenew:

Der Parteitag muß entscheiden, ob das Urteil der XIII. Parteikonferenz der RKP., daß bei der Opposition kleinbürgerliche Abweichungen festzustellen sind, gerecht ist oder nicht. Wenn man die Stellungnahme der Opposition analysiert, so kann man punktweise den kleinbürgerlichen Charakter beweisen. Anstatt der Partei gegen die Krankheit zu helfen, vertiefte Genosse Trotzki diese, indem er nach der Veröffentlichung der Dezemberthesen des ZK. den bekannten Brief an die Parteiversammlungen schrieb. Genosse Trotzki wollte durch seinen Brief die Krankheitserscheinungen durch eine innerparteiliche Revolution heilen. Dagegen mußte die Zentrale auftreten. Die Rede, die uns Genosse Trotzki heute gehalten hat, ist eine diplomatische Rede, weil er keinen Strich zwischen sich und der formaldemokratischen Sapronow-Gruppe zog. Heute hat Genosse Trotzki erklärt, daß die alte Garde der jungen Garde zur Geltung verhelfen soll. Er sagte uns jedoch nicht, wer das hindert. Das Barometer der Partei besteht jetzt in dem Leninaufgebot und nicht in der studentischen Jugend. Die Politik der Partei wird sich auf die Arbeitermassen und nicht auf die Jugend orientieren. Wenn Genosse Trotzki die Stellungnahme gegen die Freiheit von Fraktions- und Gruppenbildungen, wie er heute zum Ausdruck brachte, früher eingenommen hätte, dann hätte er der Partei viel erspart. Genosse Trotzki hat auf dem XIII. Parteitag der RKP. über die Disziplin gesprochen, was für die Bolschewiki schon auf ihrem ersten Parteitag eine erledigte Frage war. Es war die Pflicht der Partei, den Fehler des Genossen Trotzki auszubessern.

Genosse Preobraschenski unterstellte der Zentrale, als ob sie die Opposition wegen der Forderung nach Planwirtschaft und

es Kampfes gegen die kapitalistische Akkumulation kleinbürgerlicher Abweichungen beschuldigt hätte. Die Zentrale beschuldigt die Opposition kleinbürgerlicher Abweichungen wegen ihrer anarchistischen Kritik an dem Parteiapparat, wegen ihrer Gegenüberstellung der jungen und alten Garde, wegen des leeren Geschwätzes über die Planwirtschaft. Die Opposition müßte eindeutig erklären, ob sie recht hatte oder ob die Partei recht gehabt hat.

Der Redner wünscht, daß die neue Zentrale keine Fehler Trotzkis auszubessern haben möge, da dies der Partei sehr teuer zu stehen komme. (Stürmische Ovationen.)

Ein Vertreter der Jugendzentrale:

Die Jugend schätzt sich glücklich, die alte Garde der Bolschewiki als Lehrer zu besitzen. Die Behauptung des Genossen Trotzki über die Verletzung des Gleichgewichtes zwischen den beiden Generationen in der Partei ist falsch, weil ja die Jugend sowohl im Partei- wie im Staatsleben zur Geltung kommt. Die Arbeiterjugend hat für die Zentrale und gegen die Opposition Stellung genommen. Die bedeutendsten Sektionen der Jugendinternationale sind gegen den Fehler des Genossen Trotzki aufgetreten.

Genosse Jaroslawski (Mitglied der Kontrollkommission):

Während die Betriebsparteizellen und die Arbeiterjugend die Zentrale unterstützen, treten die Studenten für die Opposition ein. Das kennzeichnet die Lage genügend. Trotzkis Freunde, wie Souvarine, wollen den Kampf auf die Komintern übertragen. Aber das würde neue Erschütterungen hervorrufen. Genosse Trotzki müßte seine Irrtümer anerkennen, um es den schwankenden Elementen unmöglich zu machen, sich auf ihn zu stützen, und um eine Entfremdung gegenüber der Partei zu verhüten.

Stürmisch begrüßt, führt

Genossin Lenin-Krupskaja

aus: Genosse Trotzki hat hier erklärt, daß die Partei immer recht und niemand gegen die Partei recht hat. Wenn die Partei recht hat, dann dürfte diese erbitterte Diskussion nicht entfesselt werden. Die Rednerin glaubt, daß die Genossen Sinowjew und Stalin mit Recht erklärt haben, daß das Leben die Politik und Taktik der Partei rechtfertigen. Zwei grundlegende Tatsachen sind hierbei festzuhalten: erstens der wirtschaftliche Aufschwung und zweitens das durch das Lenin-Aufgebot bewiesene Vertrauen der Arbeiterklasse. Diese Tatsachen beweisen die Richtigkeit der Taktik der Partei. Die Partei ist gewachsen und erstarkt. Der Parteitag muß zwar die Ereignisse in der Vergangenheit feststellen; die Hauptsache jedoch besteht darin, die Aufgaben der Zukunft vorzuzeichnen. Nicht der Vergangenheit, sondern der Zukunft gilt die Aufmerksamkeit des Parteitages! Deshalb ist die Wiederholung und das Aufwärmen der Parteidiskussion nicht wünschenswert, weil dies zu einer Zuspitzung führt, was wiederum für die Partei sehr schädlich wäre. Es dürfte für die Opposition psychologisch unmöglich sein, ihre Irrtümer schon jetzt zu bekennen. Das Leben beweist jedoch die Richtigkeit der Politik des Zentralkomitees. Die Opposition muß diszipliniert mit der Partei marschieren! (Stürmischer Beifall.)

Schluß der Diskussion über den politischen Bericht des ZK.

Vierter Sitzungstag.

Moskau, 27. Mai 1924.

Schlußwort des Genossen Stalin zum Organisationsbericht des ZK.

** Die Redner der Opposition berufen sich stets auf die Dezemberresolution des ZK., sie vergessen aber den Brief des Genossen Trotzki, der zum Ausgangspunkt der zweiten heftigen Diskussionsperiode wurde. Die zweite Diskussionsperiode rollte als Konfliktstoff auf: Die Frage der Entartung der alten Kaders, die Fragen der Parteigenerationen, des Parteiapparates und der Gruppierungen innerhalb der Partei. Die Genossen Trotzki und Preobraschenski versuchen, über das zweite Stadium der Diskussion mit Stillschweigen hinwegzugehen. Die Partei lehnt eine derartige Diplomatie entschieden ab. (Stürmischer Beifall.)

Für den Beweis einer Entartung der alten Garde wurde keine einzige Tatsache angeführt. Die Jugend als das Barometer der Partei zu bezeichnen, ist falsch; die Partei muß sich auf das Lenin-Aufgebot orientieren. Ebenso klar ist die Niederlage der Opposition in den Fragen des Parteiapparates. In der Opposition geht ein ungeordneter Rückzug vor sich. Genosse Trotzki nahm in seinen in der „Prawda" erschienenen Artikeln für die Freiheit der Gruppenbildung Stellung. Die gesamte Opposition versuchte, die Partei irrezuführen, indem sie das Wort „Gruppierung" anstatt des Wortes „Fraktion" anwandte. Die Behauptung des Genossen Trotzki, daß die Frage der Parteigeneration das Wesen der Demokratie innerhalb der Partei bildet, ist grundsätzlich falsch. Wer die alte Garde als geschlossene privilegierte Schicht betrachtet, sucht eine Bresche zwischen beiden Generationen zu schlagen. Das Wesen der Parteidemokratie bildet der Anschluß der Partei an die Klasse. Ebenso falsch ist die Behauptung des Genossen Trotzki in der Frage der Bürokratie. Die höchste Gefahr würde darin bestehen, wenn sich die Partei von der Klasse loslösen würde.

Die Behauptung des Genossen Trotzki, die Partei könne nicht irren, ist unrichtig. Die Partei lernt aus ihren eigenen Fehlern. Die Kaders bilden sich durch das Eingestehen und durch die Verbesserung der eigenen Fehler heraus. Eine Partei, in die die Arbeiterklasse 200.000 neue Mitglieder entsendet, ist unbesiegbar und wirklich demokratisch, da sie zur auserwählten Partei der Arbeiterklasse wurde.

Der Oppositionsrummel wegen der Demokratie hat in der Partei die Forderungen der Nep.-Bourgeoisie nach politischer Demokratie ausgelöst. Jedwede Agitation für Demokratie ist ein unwillkürlicher Versuch zur Erweiterung der Verfassung. Wer dies nicht versteht, dem ist die innere Logik des Fraktionskampfes unklar. Die Opposition schwächte die Parteidisziplin. Das ist aber eine Abschwächung der Grundlage der proletarischen Diktatur. Darin besteht eben die kleinbürgerliche Abweichung der Opposition.

Der Redner hebt die Notwendigkeit einer einheitlichen Fortsetzung der Arbeit in der Partei hervor und sagt, das Zentralkomitee kann sich seine Arbeit ohne die Mitwirkung des Genossen Trotzki gar nicht vorstellen. Gen. Stalin zweifelt nicht daran, daß die Resolution der XIII. Parteikonferenz über die kleinbürgerlichen Abweichungen durch den XIII. Parteitag bestätigt werden wird. (Stürmischer Beifall.)

Schlußwort des Gen. Sinowjew zum politischen Bericht des ZK.

Wir werden die Parteiarbeit unter den Rotarmisten und unter den Frauen stärken, wodurch die Zusammenarbeit mit dem Dorfe enger gestaltet werden wird. Durch die Hebung der Wirtschaft müssen die Fragen des Arbeitslohnes und der Erwerbslosigkeit gelöst werden. Die den nationalen Minderheiten gewährten Rechte müssen überall leben und verwirklicht werden.

Das Hauptproblem bleibt jedoch die innere Lage der Partei, weil die Partei die Trägerin der Revolution ist. Die weißgardistische Emigration schwätzt über Spaltung und Uneinigkeit des Politischen Büros; sie kritisiert die RKP. wegen der Reinigung der Partei und träumt davon, daß die Revolution an den Fehlern der RKP. zugrunde gehen werde. Lenin sagte: Klüger ist derjenige, der wenig große Fehler macht und die begangenen Fehler ausbessert. Genosse Trotzki hat mit Unrecht behauptet, daß die Partei niemals irrt, da auch die Partei irren kann. Man muß nur die Irrtümer anerkennen und ausbessern. Auch die KPD., ebenso alle Sektionen der Kommunistischen Internationale haben Irrtümer begangen. Der Parteitag muß entscheiden, ob die Opposition geirrt hat.

Die Tatsache, daß der jetzige Parteitag zu 63% aus Arbeitern und zu 83% aus Parteimitgliedern der alten Generation

besteht, beweist, daß die Partei sich nicht auf die Jugend, sondern auf die Arbeiterschaft orientieren muß. Was die Fraktionsbildung anbelangt, so gab es Zeiten, da die Bolschewiki und die Menschewiki in einem Zentralkomitee saßen. Als die Bolschewiki in der Minderheit waren, forderten auch sie von den Menschewiki Demokratie und stritten mit ihnen darüber, was eine Fraktion ist. Dies aber war ein Kampf des Bolschewismus für die Revolution gegen den kleinbürgerlichen Menschewismus. Die Opposition wollte dieselben Methoden gegen die bolschewistische Zentrale anwenden. Das wird aber die Partei nie zulassen. (Stürmischer Beifall.)

Die Rede des Genossen Trotzki war entweder eine Parlamentsrede oder eine Ausnützung der legalen Möglichkeiten, eventuell beides. Genosse Trotzki sagte nicht ganz, was er dachte, oder er sagte etwas ganz anderes, als er dachte. In der Broschüre des Genossen Trotzki „Der neue Kurs", ist keine Spur von Bolschewismus enthalten. Die Behauptung des Genossen Trotzki, daß ein Teil der Partei entscheidet, ein anderer nur die Entscheidung erfährt, würde die schwerste Anklage bedeuten, wenn sie zutreffend wäre. Über den Parteiapparat schrieb Genosse Trotzki in 20 Zeilen 20 Anschuldigungen. Noch in der Broschüre „Der neue Kurs", nahm Genosse Trotzki für die Freiheit von Gruppenbildungen Stellung.

Redner erklärt die absolute Bereitschaft zu freundschaftlicher gemeinsamer Arbeit in der Zentrale und im Politischen Büro, aber nur auf der Grundlage des Leninismus. Es gibt Dinge, wo Zugeständnisse unmöglich sind. Die bolschewistisch-leninistische Grundlinie der Partei muß erhalten bleiben.

Gen. Preobraschenski selbst sagte, daß die Außen- und Innenpolitik des ZK. richtig war; was kann also unrichtig sein? Die Fleischeinfuhr bedeutet noch keine Warenintervention, und wenn die Opposition gegen die Leninschen Grundgedanken Sturm läuft, wird sie erfahren, daß das ZK. nicht aus Vegetariern besteht.

Man darf über die Diskussion und über die Meinungskämpfe in der Partei nicht in tragischem Tone sprechen. Kein Macht auf Erden, nicht einmal Gruppen in der RKP. könne die RKP. spalten. Noch stehen riesige Schwierigkeiten bevor, noch können finanzielle, wirtschaftliche und außenpolitische Schwierigkeiten eintreten. Aber die Rätemacht kann nicht mehr zurückgehen, nur mehr vorwärts, und selbst eine Stockung wäre schon schwer und untragbar. Bei den bevorstehenden Schwierigkeiten braucht die Zentrale die volle Unterstützung der gesamten Partei. Ist die Opposition bereit, die Zentrale in solchen Lagen zu unterstützen? Will die Opposition die Schwierigkeiten im gegebenen Augenblick nicht gegen die Zentrale ausnützen?

Als Lenin noch lebte, konnte er erklären: Vor Warschau haben wir Fehler gemacht; ohne Lenin kann die Zentrale leichter irren, braucht sie mehr die Unterstützung der Gesamtpartei, weil die Verantwortung größer ist. Die Zentrale fordert eine klare Lage und fordert die Garantien, daß in schweren Zeiten die Geschlossenheit und die Einheit der Partei aufrechterhalten bleibt. Die Zentrale ist bereit, hundertmal eigene Fehler anzuerkennen und Zugeständnisse in Personenfragen zu machen, aber der Weg der Partei muß bolschewistisch bleiben. Die Opposition ist verpflichtet, zu bekennen, daß der in der Broschüre des Genossen Trotzki „Der neue Kurs" vorgezeichnete Weg unrichtig war. Die Zentrale wünscht Garantien, daß die Partei in schweren Tagen eine hundertprozentige bolschewistische Einheit bleibt. (Stürmischer Beifall.)

Dem Parteitag wird folgende Resolution zum politischen und organisatorischen Bericht des ZK. vorgelegt:

Resolution des XIII. Parteitages der RKP. zum Bericht des Zentralkomitees.

** Der 13. Parteitag **billigt ganz und gar die richtige politische Richtlinie und die Organisationsarbeit des Zentralkomitees**, die der Partei höchst ernsthafte Erfolge auf allen Arbeitsgebieten gesichert haben, und zwar in einer schwierigen und komplizierten Situation. Der Parteitag vermerkt mit Gnugtuung die Richtigkeit des Wirkens des Zentralkomitees in der verflossenen Berichtsperiode, die das erste Jahr in der Arbeit des Zentralkomitees war, währenddessen das Zentralkomitee und die ganze Partei der unmittelbaren Leitung durch Genossen **Lenin** beraubt waren.

Der Parteitag **bestätigt vollständig und ganz die Resolutionen** der 13. Allrussischen Parteikonferenz „Über den Parteiaufbau" und „Über die Ergebnisse der Diskussion und die kleinbürgerliche Tendenz" und beschließt, diese Resolutionen den Beschlüssen des 13. Parteitages der RKP. hinzuzufügen. Der Parteitag spricht dem Zentralkomitee der Partei seine vollkommene Genugtuung aus für die Festigkeit und die bolschewistische Unversöhnlichkeit, die das Zentralkomitee während der Diskussion zum Schutz der Grundlagen des Leninismus gegen die kleinbürgerlichen Abweichungen an den Tag gelegt hat.

Der Parteitag heißt die vom Zentralkomitee geführte **Außenpolitik** gut, die zu der Anerkennung de jure der Union der SS.-Republiken durch eine Reihe bedeutender bürgerlicher Staaten geführt hat.

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, auch in der Zukunft bei der **Gewährung von Konzessionen** die größtmögliche Vorsicht walten zu lassen, mit aller Entschlossenheit am Monopol des Außenhandels festzuhalten, den Getreideexport zu entwickeln und für die Festigung der aktiven Bilanz unseres Außenhandels Sorge zu tragen.

In Anbetracht der nunmehr entstandenen **neuen internationalen Situation**, besonders in Anbetracht der Beharrlichkeit, die von der Weltbourgeoisie in allen ihren Teilen, in ihren Versuchen, offenbar wird, die Union der SSRepubliken zu zwingen, die zaristischen Schulden zurückzuzahlen und die nationalisierten Güter der ausländischen Großkapitalisten wiederzuerstatten, hält es der Parteitag für besonders notwendig, die werktätige Bevölkerung der Union der SSR-, und insbesondere der Landbevölkerung, sorgfältiger und systematischer mit allen wichtigsten Beschlüssen der Partei und der Sowjetregierung in Fragen der internationalen Politik vertraut zu machen.

Der Parteitag konstatiert mit Genugtuung, daß die Bildung **der Union der SSRepubliken mit Erfolg abgeschlossen** und dadurch eine feste Basis für das brüderliche und friedliche Zusammenwohnen aller Nationalitäten geschaffen worden ist, die die Union der Sowjetrepubliken bevölkern.

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee der Partei, sorgfältig darüber zu wachen, daß die **Rechte ausnahmslos aller Nationalitäten der Union der Sowjetrepubliken** gewahrt werden — entsprechend den Beschlüssen des 12. Parteitages der RKP. zur nationalen Frage.

Der Parteitag konstatiert, daß die von der Partei durchgeführte neue Wirtschaftspolitik den Aufgaben, vor die die Partei sie gestellt hatte, gerecht geworden ist.

Auf der Grundlage dieser neuen Wirtschaftspolitik ist ein **allgemeiner wirtschaftlicher Aufstieg klar sichtbar** geworden: die Landwirtschaft ist unzweifelhaft im Aufstieg begriffen, die Staatsindustrie wächst und ihre Konzentration nimmt zu; allmählich steigt der Arbeitslohn und auch in der Hebung der Arbeitsleistung sind gewisse Erfolge zu verzeichnen.

Gegen die **Preisdifferenz für landwirtschaftliche und für Industrieprodukte** führte und führt die Partei einen erfolgreichen Kampf. Auf diesem Boden wächst das Vertrauen der Arbeiterklasse zu der RKP. und wird immer fester und bedingungsloser.

Die Partei sieht **keinen Anlaß zur Revision der Neuen Ökonomischen Politik** und erblickt die systematische Arbeit zur Stärkung der sozialistischen Elemente in der allgemeinen Volkswirtschaft als die nächstliegende Aufgabe auf dem Gebiete der Neuen Ökonomischen Politik.

Eine unveränderte Aufgabe der Partei ist nach wie vor die **Festigung und Konsolidierung des Vertrauens der Bauernschaft zum proletarischen Staate**, und zwar durch Verwiklichung einer Reihe von realen Maßnahmen zum wirtschaftlichen Zusammenschluß (Smytschka) von Stadt und Land, zur Förderung der Bauernwirtschaft (landwirtschaftliche Kredite usw.) und durch Hebung des Kulturniveaus des flachen Landes.

Der Parteitag konstatiert, daß das Zentralkomitee der Partei **die weitangelegte Geldreform** zur rechten Zeit durchgeführt hat, die für den gesamten wirtschaftlichen Aufbau des sozialistischen Proletariats von gewaltiger Bedeutung ist. Die feste Durch-

führung dieser gewaltigen Reform wird als Grundlage der Gesundung des ganzen Wirschaftslebens der Union der SSRepubliken dienen. Der Parteitag konstatiert mit Genugtuung die auf diesem Gebiete erreichten Erfolge und beauftragt alle lokalen Organisationen — in Anbetracht dessen, daß Schwierigkeiten auf diesem Gebiete nicht ausgeschlossen sind, und daß sie allein bei der größtmöglichen Disziplin zu vermeiden sind — die genaueste und strengste Durchführung sämtlicher Beschlüsse der Zentralorgane zu sichern, die mit der Geldreform verknüpft sind.

Der Parteitag stellt mit Genugtuung die rechtzeitige Initiative des ZK. der Partei in solchen grundlegenden Fragen fest, wie es die **Frage des Innenhandels und des Genossenschaftswesens sind.** Diese Fragen werden für eine ganze Zeitspanne zu Zentralfragen. Von der richtigen Politik der Partei in diesen Fragen werden die weiteren Ergebnisse des wirtschaftlichen Erfolges der Union der SSRepubliken abhängen.

Der Kongreß konstatiert, daß das ZK. der Partei deutlich das in der jetzigen Periode der NEP. unvermeidliche **Wachstum der neuen Bourgeoisie** sieht und alle entsprechenden ökonomischen und politischen Maßnahmen durchführt, die sich aus dieser Tatsache ergeben.

Mit besonderer Genugtuung vermerkt der Parteitag die politische Initiative und die Arbeit des ZK. anläßlich des **Leninschen Aufgebotes.** Nachdem die Deklassierung des Proletariats Halt gemacht hatte, nachdem die Sowjetregierung die ersten bedeutenden Erfolge an der Wirtschaftsfront errungen hatte, wurde es möglich, Hunderttausende von neuen Mitgliedern, Arbeitern aus den Betrieben, für die Partei zu gewinnen. Die RKP. war und bleibt eine Arbeiterpartei. Die Verbindung der Partei mit der zahlreichen Masse der parteilosen Arbeiter erstarkt und wächst. Die Zeit naht, wo die gesamte Grundmasse des Proletarats unserer Union in die Partei eintreten wird. Der Parteitag beauftragt das ZK., die ganze Arbeit in derselben Richtung weiterzuführen, damit die überwiegende Majorität der Parteimitglieder in der nächsten Zeit aus Arbeitern bestehe, die unmittelbar in der Produktion beschäftigt sind.

Der Parteitag lenkt besonders die Aufmeksamkeit der Gesamtpartei auf die **Notwendigkeit der Steigerung der Arbeit unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen** und deren Verwendung für alle wählbaren Partei- und Sowjetorgane.

Der Parteitag billigt die besondere Beachtung, die das ZK. dem **Kommunistischen Jugendverband und der ganzen Arbeit unter der Arbeiter- und Bauernjugend** widmet.

Die Steigerung der politischen Aktivität der Arbeitermassen stellt die Partei vor die ernsthafte Aufgabe **der Gewinnung der breiten Massen für das aktive Wirken in den Sowjets, den Gewerkschaften und Genossenschaften.**

Der Parteitag beauftragt alle Parteiorganisationen, ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß die **Verbindung mit dem besseren Teil der städtischen und ländlichen Lehrerschaft, den landwirtschaftlichen Fachmännern und den anderen Schichten der werktätigen ländlichen Kopfarbeiter** eine engere wird. Zu diesem Zwecke muß die Partei in erster Linie der Verbesserung der materiellen Lage dieser Schichten eine ernsthafte Beachtung schenken. Bei einer richtigen Linie in dieser Frage wird es die Partei bald soweit bringen können, daß diese Schichten die Übermittler der Grundgedanken der Partei und der Sowjetregierung für die breiten Massen der Bauernschaft werden. Insbesondere müssen sämtliche Parteiorganisationen der **Vorbereitung des Ersten Allrussischen Lehrerkongresses genügend Beachtung** widmen und danach streben, daß auf diesem Kongreß in überwiegender Mehrheit die Dorfschullehrer aus dem Reiche teilnehmen können, damit der Kongreß der gewaltigen Aufgabe tatsächlich gerecht wird, die ihm durch die gegebenen Verhältnisse auferlegt wird.

In der **Hebung der Staatsindustrie** bildet die wichtigste Aufgabe der kommenden Periode die **Hebung der Metallurgie.** Nachdem die Brennstoffrage gesichert, das Verkehrswesen gehoben und die Geldreform in Gang gebracht worden ist — kommt das Metall an die Reihe. Die Produktion der Produktionsmittel innerhalb der Union in Gang bringen heißt, eine tatsächlich feste Basis für die sozialistische Wirtschaft schaffen und sich in bedeutendem Maße von der Notwendigkeit der Übertragung großer Bestellungen an das Ausland freimachen. **Der Parteitag beauftragt das ZK., diesem Problem ernstere Beachtung zuzuwenden.**

Der Parteitag beauftragt das ZK., der Frage der **Elektrifizierung der Union der SSR.** noch mehr Beachtung zu schenken, als es bisher der Fall war, damit alles mögliche zur Verwirklichung des ganzen Planes der Elektrifizierungsarbeiten getan wird, die für die Festigung unserer Wirtschaft und dadurch für die Festigung des Sozialismus von so gewaltiger Bedeutung sind.

Der Parteitag begrüßt die Schritte, die vom ZK. zur Durchführung der durchaus reif gewordenen **Reform im Kriegsamt** unternommen worden sind und ferner die Verstärkung dieses Amtes durch Parteiarbeiter. Im Zusammenhang mit der Rolle der territorialen Formationen der Wehrmacht des Landes lenkt der Parteitag die Aufmerksamkeit der Partei auf die Notwendigkeit der tatkräftigsten Arbeit zur Festigung des kommunistischen Einflusses in ihnen. Der Parteitag beauftragt das ZK., eine Reihe von Maßnahmen zur Steigerung der Zahl der Kommunisten in der Roten Armee und in der Marine zu ergreifen.

Der Parteitag vermerkt die regelmäßige fruchtbare **Arbeit des Plenums des ZK. und der gemeinsamen Plenarsitzungen des ZK. und der Zentralkontrollkommission.** Die Erfahrung hat bewiesen, daß die Erweiterung des ZK. durch Angliederung von Genossen aus dem Reiche, die mit den Massen verbunden sind, der Sache gewaltig genützt hat. Der Parteitag erkennt eine weitere Personalerweiterung des ZK. und der ZKK. als notwendig an.

Der Parteitag ist der Meinung, daß das ZK. der Arbeit an der Vereinfachung und Konzentrierung des Staatsapparats eine besonders ernste Beachtung widmen soll.

Der Parteitag hält für die nächstliegende Aufgabe der Partei die **Verbeserung der Arbeit der Organe des Genossenschaftswesens, des Handels und der Kreditinstitutionen** sowie deren intensive Versorgung mit kommunistischen Arbeitern.

Der Parteitag hält es für notwendig, daß den **kommunistischen Hochschulen seitens der Partei eine ernstere, allseitige Unterstützung** gewährt wird, als es bisher der Fall war. Der Parteitag beauftragt das ZK., mit aller Aufmerksamkeit die Verbesserung der Arbeit in den Hochschulen in Angriff zu nehmen. Durch ernstes Wirken, durch Propaganda des Leninismus und die Aufklärung über die strittigen Fragen wird sich die Partei die besten Elemente unter der studierenden Jugend sichern können.

Der Parteitag ist der Ansicht, daß die vom ZK. der Partei gebilligte **Überprüfung des Personalbestandes gewisser Gruppen von Parteizellen** rechtzeitig unternommen ist und für die Partei von großem Nutzen sein wird.

Der Parteitag beauftragt das ZK., die Parteieinheit und die **konsequente Linie des Bolschewismus ebenso entschieden und fest vor jeglichen Abweichungen zu schützen, wie es bisher der Fall war.** Nachdem die Partei den Genossen Lenin verloren hat, ist die Sache der Sicherung der vollkommenen Parteieinheit noch wichtiger und notwendiger geworden als bisher. Die geringste Fraktionsbildung muß aufs härteste verfolgt werden. Die Festigkeit der aus einem Guß geformten RKP. auf der Grundlage der unerschütterlichen Prinzipien des Leninismus bildet die wichtigste Voraussetzung für die weiteren Erfolge der Revolution.

*

Auf die Frage, wer für die Resolution ist, erheben sich alle Hände. Auf die Frage, wer gegen sie ist, oder wer sich der Stimme enthält, erhebt sich keine Hand. Der Vorsitzende stellt die einstimmige Annahme der Resolution fest, worauf ein brausender Beifallssturm einsetzt, die Delegierten sich von den Sitzen erheben und den Gesang der „Internationale" anstimmen.

Genosse Kujbyschew.

Referat über die Tätigkeit der Zentralkontrollkommission.

Die Kontrollkommission hat das ZK. im Kampfe um die Parteieinheit und um die Einhaltung streng bolschewistischer Linien unterstützt. Das Lenin-Aufgebot gab uns die Möglichkeit, auf breiter Basis für die Verbesserung des Staatswirtschaftsapparates zu arbeiten. Die Provinzkontrollkommissionen bestehen zu 75% aus Arbeitern. Die Aufgabe des Parteitages ist die Erweiterung der Kommission durch Heranziehung von Arbeitern.

Genosse Bucharin:

Referat über die Tätigkeit der RKP.-Delegation im EKKI.

Die Weltwirtschaftslage weist drei grundlegende neue Erscheinungen auf: erstens das Ende der Hochkonjunktur in Amerika; zweitens eine Besserung, eine gewisse Stabilisierung der Wirtschaftslage in Zentral- und Westeuropa und drittens eine Agrarkrise im Weltmaßstabe, verbunden mit der „Schere", das heißt mit dem Mißverhältnisse zwischen den Preisen der Lebensmittel und Industrieprodukte.

Die Agrarkrise fördert die Revolutionierung der Bauernmassen gegen das Finanzkapital. Mit dieser Tatsache muß die Kommunistische Internationale rechnen. Die Stabilisierung ist erreicht worden durch die Expropriierung des Mittelstandes und eines Teiles des Bauerntums, durch erhöhten Druck auf die Arbeiterklasse, deren Lohn vermindert und deren Arbeitszeit verlängert wurde. Es ist eine neue Erscheinung, daß der wirtschaftliche Aufschwung mit den größten politischen Schwierigkeiten verbunden ist. So zeigen sich in England zentrifugale Bestrebungen der Kolonien, soziale Schwierigkeiten und Arbeitskämpfe. In Frankreich wachsen die Staatsschulden, die Steuern und die Teuerung an. Wir sehen den Sturz des Franken. Die Bourgeoisie braucht eine Atempause, weshalb sie ihrerseits die Taktik der Einheitsfront anwendet, um das Kleinbürgertum zu gewinnen. Wo die Klassengegensätze zugespitzt sind, stellt der Faschismus die Einheitsfront der Bourgeoisie dar, wo sie minder zugespitzt sind, geschieht dies durch die Koalition mit der Sozialdemokratie.

Gegen den Sanierungsangriff der Bourgeoisie versuchte das Proletariat, die Front der Bourgeoisie zu durchbrechen. Die Herbstereignisse in Deutschland, Polen, Bulgarien führten überall Niederlagen herbei, in deren Gefolge Krisen in den Sektionen der Komintern entstanden. Die allgemeine Ursache der Krisen bestand darin, daß in den Kommunistischen Parteien im Westen sozialdemokratische Überreste vorhanden und die Kommunistischen Parteien durch die Taktik der Einheitsfront gezwungen sind, unter dem Kleinbürgertum zu arbeiten, was allerdings nicht gegen die Einheitsfronttaktik spricht. Die Krise der RKP. läßt sich in anderen Formen auf denselben Grund zurückführen. Die Wirtschaftskrise in Rußland und die Niederlage in Deutschland riefen die Opposition in der RKP. hervor, die im internationalen Maßstabe von allen Rechtsflügeln der Kommunistischen Parteien unterstützt wurde. Der Sinn der Krisen war die Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien des Westens.

Die Delegation der RKP. im EKKI. wurde von der Opposition der RKP. beschuldigt, daß sie eine Spaltung der KPD. herbeigeführt habe. Es ist dagegen Tatsache, daß die KPD. früher von einer ständigen Krise der Führung gelähmt wurde, während gegenwärtig die Führung geschlossen ist und verhältnismäßig am meisten Aktivität zeigt. Nach einer ausführlichen Schilderung der Oktoberkrise erklärt Bucharin, daß das Politische Büro der RKP. in der Sachsenpolitik eine opportunistische Anwendung der Einheitsfront erblickte. Die Einheitsfronttaktik in Deutschland muß an die konkrete Lage angepaßt und kann nur von unten angewendet werden. Die Delegation der RKP. strebte einen Block der Mittelgruppe und der Linken an und bekämpfte die Fehler der Rechten, was, wie der Parteitag der KPD. in Frankfurt bewies, auch richtig war.

Die Kommunistische Partei Bulgariens hatte während des Zankow-Umsturzes das Verhältnis zum Bauerntum mißverstanden, was den Sieg der Konterrevolution erleichterte. Der Septemberaufstand bewies aber, daß die Kommunistische Partei, wenn auch spät, die Wichtigkeit des Bauerntums erkannte.

Das Verhältnis zum Bauerntum verursachte auch eine Krise in der „Workers Party of America". Die Agrarkrise und die Expropriierung des Mittelstandes gaben den Anstoß zur Bildung einer dritten großen Partei, die eine Gruppe von Genossen unterstützen wollte. In der äußerst komplizierten Lage war dieser Irrtum zwar leicht erklärlich, das EKKI. hat jedoch das Steuer nach links gewendet.

Die Kommunistische Partei Englands hatte Macdonald anfangs übermäßig unterstützt, was die Kommunistische Internationale ausbessern mußte.

Die Kommunistische Partei Polens unterstützte anfangs die Opposition in der RKP., änderte jedoch ihre Stellungnahme, als sie die Erfolge der Zentralkommission sah.

Die Wahlsiege in Frankreich, Deutschland, Italien und Bulgarien, die sich verschärfenden Arbeitskämpfe beweisen, daß das Proletariat nach den Herbstniederlagen wieder kämpft.

Der Einfluß der Kommunistischen Internationale auf die Bauernorganisationen der Tschechoslowakei, Japans und Deutschlands wächst. Die richtig angewandte Taktik der Einheitsfront hat Erfolge gebracht. Die Krise in der Kommunistischen Internationale ist überwunden, die Kommunistische Internationale unterstützt die Zentrale der RKP. Der 5. Weltkongreß wird eine Heerschau des Weltkommunismus sein!

Fünfter Sitzungstag.

Moskau, 28. Mai 1924.

Diskussion zu dem Bericht des Genossen Bucharin über die Tätigkeit der RKP.-Delegation im EKKI.

Genosse Radek:

Das Vorjahr brachte eine aufsteigende revolutionäre Welle und dann die Herbstniederlagen. Das bulgarische Proletariat hat wegen der schwierigen äußeren Lage gegen den Umsturz Zankows nicht angekämpft. Die Kommunistische Partei Bulgariens beging in der Anwendung der Einheitsfronttaktik Fehler, was allerdings erklärlich war. In der Oktober-Niederlage des deutschen Proletariats war es ein äußerst revolutionärer Hauptfehler, daß die Komintern dies erst spät erkannte. Der Rückzug in Deutschland war unbedingt nötig, da das deutsche Proletariat unbewaffnet, da keine Massenorganisation vorhanden war, da die revolutionäre Lage zu spät erkannt wurde und da die Partei zur Organisierung der Revolution zu schwach war. Während die Genossen der Brandler-Gruppe aus den ältesten Funktionären der deutschen Bewegung bestehen, sind einige der linken Genossen in Deutschlands erst vor nicht allzulanger Zeit zur Partei gekommen. Die vortreffliche, aber junge KPD. verstand es noch nicht, die Revolution zu organisieren. Die Polemik in Sachsen war fehlerhaft; aber nicht schlechte Parlamentsreden, sondern das Fehlen einer Massenorganisation führte die Niederlage herbei. Genosse Brandler wußte, daß er das Opfer des Rückzuges wird.

Genosse Radek heißt die Haltung des Genossen Brandler gut, und sagt weiter: Die Exekutive der Komintern hat die vom Leipziger Parteitag der KPD. beschlossenen Formulierungen Brandlers protestlos angenommen. Die gegenwärtige Leitung der KPD. hat in der Gewerkschaftsfrage sowie in der Frage der Einheitsfronttaktik die schwersten Fehler gemacht, wogegen auch Genosse Sinowjew ankämpfen mußte. Daß die Genossen Smeral und Cachin linke Resolutionen unterschrieben haben, bedeutet noch nicht, daß Genosse Brandler ein Opportunist ist, und die Genossen Smeral und Cachin links eingestellt sind. Die Wahlsiege der deutschen und französischen Kommunisten sind zwar groß, aber trotzdem sind die Sozialdemokratischen Parteien in Frankreich und in Deutschland doch noch die stärksten Arbeiterparteien.

Die Gefahren drohen von rechts, aber auch von links. Ich bin bereit, gegen die Rechten zu kämpfen, wenn auch gegen links gekämpft wird. Die Hauptaufgabe ist die Schaffung von Massenorganisationen und die Eroberung der Gewerkschaften.

Genosse Manuilsky:

Drei Hauptfragen beschäftigen die Komintern: Die Diskussion in der RKP., die deutsche Frage und die Frage der Macdonald-Regierung. Man konnte bemerken, daß überall der rechte Flügel die Rechtsopposition der RKP. unterstützte. Daß die Macdonald-Regierung mit Illusionen empfangen wurde, beweist,

daß sich im Weltmaßstabe ein Rechtsflügel in der Komintern konsolidiert und daß opportunistische Abweichungen wieder galvanisiert werden. Der Souvarine-Flügel der Kommunistischen Partei Frankreichs unterstützte die Opposition der RKP., er unterstützte die Brandler-Gruppe und richtete einen opportunistischen „Offenen Brief" an Macdonald. In Holland erklärte sogar ein Kommunist, daß es fraglich sei, ob die russische Oktoberrevolution oder die Macdonald-Regierung welthistorisch wichtiger sei. Diese Erscheinungen beweisen die Existenz einer rechten Gefahr in der Komintern. Und hiergegen ist es notwendig, zu kämpfen.

Genosse Radek versuchte, die **Haltung der KP. Bulgariens** mit außenpolitischen Schwierigkeiten zu entschuldigen. Die außenpolitische Lage des deutschen sowohl wie des bulgarischen Proletariats ist zwar schwieriger als die außenpolitische Lage, in der sich das russische Proletariat im Jahre 1917 befand. Aber — Genosse Radek scheint das zu vergessen — jetzt besteht schon die Sowjetunion!

Die **Oktoberniederlage in Deutschland** entschuldigt Genosse Radek damit, daß die KPD. unvorbereitet gewesen war. Dieser Fatalismus entspricht nicht der marxistischen Auffassung. Genosse Brandler stellte nicht nur auf dem Leipziger Parteitag der KPD., sondern systematisch opportunistische Formulierungen auf. Selbst auf dem letzten Parteitag in Frankfurt schlug er in der Frage der Arbeiterregierung eine opportunistische Formulierung vor. Die Entgleisungen der deutschen Linken wurden gerade durch die rechten Fehler der Genossen Radek und Brandler hervorgerufen. In den Beschlüssen des letzten Zentralausschusses der KPD. wird gegen die Gewerkschaftstaktik sowie gegen die Einheitsfronttaktik der Exekutive nicht prinzipiell Stellung genommen. Genosse Radek sagt, daß das deutsche Proletariat unbewaffnet war. Dieser Behauptung stehen die Ereignisse in Hamburg entgegen.

Die **KP. Frankreichs hat ihre Pflicht in der Frage der Ruhrbesetzung erfüllt.** Dies beweisen die Verhaftungen der Zentrale und vieler Jugendgenossen.

Genosse Souvarine:

Der Redner versucht, die Haltung der Opposition in der KPF. zu verteidigen und führt hierbei aus: Der „Offene Brief" an die Labour-Party wurde mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Der Brief war — wie man begreifen wird können — in höflichem Tone gehalten. KPF. hat die Opposition in der RKP. nicht unterstützt; sie hat lediglich gegen den scharfen Ton in der Diskussion Stellung genommen. (Heiterkeit.) Der Genosse Trotzki symbolisiert die Revolution, und darum verteidigten wir ihn.

Genosse Souvarine sagt, er ist der Meinung, daß zwischen der Opposition und der Zentrale der RKP. keine prinzipiellen Gegensätze bestehen. (Stürmische Heiterkeit.) Er bereut die Absendung des „Offenen Briefes" an die Labour-Party und die Stellungnahme für den Genossen Trotzki nicht. (Zwischenruf: Schande!)

Schlußwort des Gen. Bucharin
zum Bericht über die Tätigkeit der RKP.-Delegation im EKKI.

Genosse Radek hat hier heute die KP. Bulgariens mit der schwierigen außenpolitischen Lage entschuldigt. Auf dem IV. Weltkongreß der Komintern kritisierte dagegen Genosse Radek selbst die KP. Bulgariens wegen ihrer Vernachlässigung der Bauernfrage und weil sie die Einheitsfronttaktik nicht begriff.

Weiter erklärt Genosse Radek, daß es ein Hauptfehler in der deutschen Frage gewesen sei, daß die Komintern die revolutionäre Lage zu spät erkannt habe. Seinerzeit war es Genosse Radek allein, der gegen eine revolutionäre Umstellung der Partei protestierte. Genosse Radek übte gegen die Stellung eines Termins Kritik, aber die Exekutive hat die Terminfrage nicht forciert.

Die Haltung der Kommunisten in der sächsischen Regierung stellt Radek als eine belanglose Kleinigkeit hin, obwohl das Parlament doch die Tribüne für das Abgeben des Signals sein kann. Die Haltung der Reichstagsfraktion der KPD. bei der Eröffnungssitzung des deutschen Reichstages gegenüber Sachsen zeigt den Unterschied zwischen revolutionärem Parlamentarismus und Opportunismus. (Beifall.)

Es ist unwahr, daß die Exekutive die Formulierungen des Leipziger Parteitages der KPD. protestlos angenommen hat. Nicht die Komintern, sondern Genosse Radek will die gesamte Komintern gegen die KPD. mobilisieren. Die Brandler-Gruppe hat auf dem Parteitag in Frankfurt nicht eine Stimme erhalten: Also Kampf gegen Brandlers Fehler und kein Kampf gegen die KPD.! Dagegen ist der Kampf Radeks gegen die jetzige Zentrale der KPD. ein Kampf gegen die KPD.

Die jetzige Führung der KPD. begeht Fehler, die ausgebessert werden müssen. Aber die Partei hat jetzt eine einheitliche und geschlossene Führung, während sich die Zentrale Brandlers in einer permanenten Krise befand.

Ich überschätze die Wahlsiege der deutschen Kommunisten nicht. Ich behaupte nur, daß die Lage der Kommunistischen Partei Deutschlands verhältnismäßig gut ist. In der Partei selbst herrscht Geschlossenheit und Einheit und nicht — wie früher — der Bürgerkrieg. Daß die KPD. die Massenorganisationen und Gewerkschaften erobern muß, ist keine neue Entdeckung des Genossen Radek. Die Forderung des Genossen Radek, gleichzeitig mit dem Kampf gegen rechts den Kampf gegen links zu führen, ist unverständlich. Die Exekutive kämpft auch gegen linke Entgleisungen, aber wie will Radek gegen den rechten Flügel kämpfen? Der rechte Flügel ist Radek selbst. Will Radek gegen sich selbst kämpfen?

Gegen den Genossen Souvarine will ich nicht polemisieren, da die Politik Souvarines durch die Organisationsbeschlüsse der KP. Frankreichs erledigt ist. Ein russisches Sprichwort sagt: „Den am Boden Liegenden schlägt man nicht!", was in diesem Falle auf den Genossen Souvarine zutrifft.

Möge der Parteitag die Politik der Mehrheit der RKP.-Delegation im EKKI. gutheißen! (Stürmischer Beifall.)

*

Die Organisationen der RKP. von **Moskau** und **Leningrad** beantragen folgende

Resolution zum Bericht über die Tätigkeit der RKP.-Delegation im EKKI.:

Der XIII. Parteitag der RKP. heißt die Arbeit der RKP.-Vertretung im EKKI. in vollem Umfange gut, und erklärt seine völlige Solidarität mit der Taktik der Exekutive der Komintern.

Der Parteitag erklärt weiter, daß die rechten Abweichungen, die Genosse Radek — entgegen den Beschlüssen der RKP. — verteidigt, mit der politischen Linie der RKP. nichts gemeinsam haben.

Der Parteitag bringt seine völlige Solidarität mit der politischen Linie der Komintern zum Ausdruck, die die Komintern in der deutschen, in der französischen und in der englischen Frage eingenommen hat.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Genosse Kamenew.

Referat über Innenhandel und Genossenschaftswesen.

In dem Referate über den Innenhandel und das Genossenschaftswesen weist Genosse Kamenew darauf hin, daß die Herbstkrise des Jahres 1923 durch eine beträchtliche Erhöhung des Warenumsatzes abgelöst wurde, die er der Geldreform zuschreibt. Die Summe des im Reiche im Umlauf befindlichen Geldes betrug im Januar 1923 117 Millionen Goldrubel, jetzt beträgt sie 445 Milionen Goldrubel. Die Geldreform wurde mit Erfolg durchgeführt, aber es sind neue Schwierigkeiten möglich, die durch eine weitere Herabsetzung der Industriepreise und mittels der schärfsten Sparsamkeit in den Ausgaben des Staates auf allen Gebieten überwunden werden können. Die Sowjetmacht wird nicht zu einer Inflationspolitik zurückkehren.

Die Hauptaufgabe der Sowjetregierung auf dem Gebiete des Innenhandels ist die Stärkung des Genossenschaftswesens mit allen Mitteln, und die staatliche Regulierung des Marktes sowie die Versorgung der Bauern mit billiger Ware. Nur mit diesen Maßnahmen wird das Staats- und Genossenschaftskapital gegen das im Kleinhandel vorwiegende Privatkapital ankämpfen, dessen rechtliche Entwicklungsbedingungen nicht geändert werden sollen.

Der Herbstkrise lag als Ursache das Mißverhältnis zwischen dem Entwicklungstempo der nationalisierten Industrie und der Bauernwirtschaft zugrunde, aber nicht ein Mangel an Planmäßigkeit, wie die Opposition meint. Auch in der Zukunft werden noch Krisen möglich sein. In diesen Fällen besteht unsere Hauptaufgabe darin, diese Krisen nach Möglichkeit zu mildern.

Die Entwicklung der Großindustrie muß der Kaufkraft des bäuerlichen Marktes angepaßt werden. Für die Industrie muß ein Massenkonsum herbeigeführt werden. Durch die Verringerung des Defizits unseres Budgets wurde uns — entgegen den Hoffnungen unserer Feinde — die Finanzreform ermöglicht. Die Geldzirkulation hat sich in fünf Monaten verdoppelt. Durch diese Tatsache wird der Aufschwung unserer Wirtschaft und die Vermehrung des Warenumsatzes bewiesen.

Das gegenwärtige Zwei-Milliarden-Budget befriedigt nicht alle Bedürfnisse.

Was viele kapitalistische Staaten von sich nicht behaupten können: In der Sowjetunion sind plötzliche innerpolitische Wendungen unmöglich!

Die Sowjetmacht muß ihren Kommandoposten auf dem Gebiete des Handels behaupten. Und das ist durch das staatliche Außenhandelsmonopol sowie durch eine vorherrschende Stellung der nationalisierten Industrie auf dem Innenmarkt möglich. Die Rätemacht wird die Sowjetunion zur wirtschaftlichen Blüte führen.

Genosse Krischanowski

schildert ausführlich die Lage der Industrie und die Wichtigkeit, die einer planmäßigen Regelung der Handelstätigkeit zukommt.

Genosse Andrejew

referiert über die Frage der Genossenschaften, worauf diese Frage einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen wird.

Sechster Sitzungstag.

Moskau, 31. Mai 1924.

Das Marx-Engels-Institut und das Lenin-Institut.

** Nach einem Referate des

Genossen Rjasanow

über das Marx-Engels-Institut wurde der Beschluß gefaßt, die Werke von Marx und Engels im Einvernehmen mit der Kommunistischen Internationale in allen wichtigen Sprachen herauszugeben.

Genosse Kamenew

referiert über das Lenin-Institut, worauf beschlossen wurde, eine Sammlung von Lenins Werken in allen wichtigen Sprachen herauszugeben.

•

Hiernach erschienen von den Arbeitern und Angestellten der Großbetriebe in Moskau Delegationen, die dem Parteitag Begrüßungen ihrer Arbeitsgenossen übermittelten.

Sodann gelangten die dem Parteitag von den Kommissionen vorgelegten Resolutionen zur Annahme.

Der nächste Parteitag in Leningrad.

Der Parteitag beschloß, daß der nächste Parteitag in Leningrad abgehalten wird.

Wahl des Zentralkomitees.

Die Neuwahl des aus fünfzig Mitglieder bestehenden Zentralkomitees ergab die Wiederwahl aller bekannten Parteiführer — mit Ausnahme des Genossen Radek — darunter der Genossen Stalin, Sinowjew, Kamenew, Bucharin, Rykow und Trotzki. Von bekannteren Genossen befinden sich unter den Neugewählten die Genossen Krassin und Krischanowski.

Schlußrede des Gen. Sinowjew.

In seiner Schlußrede stellte Genosse Sinowjew fest, daß der Parteitag die völlige Einheit und ein tiefes Verständnis der Partei für die im Mittelpunkte der Erörterung stehenden Fragen, vor allem für die so hoch bedeutsame Bauernfrage, gezeigt hat.

Mit Hochrufen auf die Kommunistische Partei und auf die Kommunistische Internationale wurde der Parteitag unter den Klängen der „Internationale" geschlossen.

Die Lehren einer Abstimmung.

Von Béla Kun.

Moskau, 28. Mai 1924.

** Der XIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands hat über den Bericht des Zentralkomitees eine Abstimmung gebracht, wie es während des 26jährigen Bestehens dieser Partei noch in keiner einzigen wichtigen politischen Frage vorgekommen ist. Die 748 Deligierten, die an dem Parteitag mit beschließender Stimme teilnahmen — wir glauben, kein einziger von ihnen blieb von dieser Sitzung fern — erhoben wie ein Mann die Hände für die Resolution, die den Bericht des ZK. billigt, und dadurch die Diskussion abschließt. Nicht nur gegen die Resolution stimmte niemand, sondern auch dann erhob sich keine einzige Hand, als der Vorsitzende die Stimmenthaltungsfrage stellte. Die Parteidiskussion hat die Reihen der Partei so tief durchdrungen, die Resolution war so eindeutig, daß kein Delegierter in diesen Fragen neutral geblieben ist und neutral bleiben konnte. Entweder hat das Zentralkomitee Recht in den Fragen, die die Diskussion aufrollte, oder die Opposition. Eine dritte Möglichkeit konnte es für die Delegierten nicht geben, und auch im Resolutionsentwurf wurden alle Fragen in diesem Sinne formuliert.

Weder die politische Lage, noch die Lage in der Partei, noch die Formulierung der Resolution konnte zu einer Stimmenthaltung Anlaß geben. Die einstimmig, ohne eine einzige ablehnende Stimme, ohne eine einzige Stimmenthaltung in einer besonders gehobenen Stimmung angenommene Resolution erteilt dem neuzuwählenden Zentralkomitee eindeutige, klare Direktiven in jeder grundlegenden Frage der Sowjetpolitik und des inneren Parteilebens. Diese Direktiven stellen eine Fortsetzung jener politischen Linie dar, an der das Zentralkomitee trotz des durch die

Opposition ausgeübten Druckes und trotz des wiederholten Ansturmes von außerhalb der Partei im Geiste des Leninismus festhielt, und die die eindeutige, nicht im geringsten mißverständliche oder mißdeutbare Resolution in ihrem ganzen Umfange im allgemeinen und in ihren Details für vollkommen richtig erklärte.

Die Bedeutung dieser Abstimmung und dieser Resolution wird noch gesteigert durch **eine ganze Reihe besonderer Umstände.** Die Zahl der Delegierten war auf diesem Parteitag viel höher als auf irgendeinem anderen Parteitag seit der Revolution. Unter den 748 Delegierten mit beschließender Stimme waren 473 Arbeiter, 40 Bauern, 200 Angestellte und Intellektuelle und 35 Berufsrevolutionäre. Der XIII. Parteitag weist also in bezug auf seine soziale Zusammensetzung die höchste Qualität unter allen bisherigen Parteitagensder RKP. auf. Was die Parteivergangenheit, die in der politischen und revolutionären Arbeit verbrachte Zeit anbelangt, so waren beide Flügel der Parteigeneration auf dem Parteitag vertreten: die in illegaler Arbeit im Kampfe gegen jede Abart des Opportunismus gestählte alte Garde und die erst vor Wochen anläßlich des Leninaufgebotes der Partei beigetretenen Arbeiter vom Schraubstock. Die Zusammensetzung der Delegierten mit beschließender Stimme nach Parteivergangenheit zeigte folgendes Bild: 364 Delegierte, die schon vor der Revolution an der Arbeit der Partei teilnahmen; 172 Delegierte, die sich zwischen der Februar- und Oktoberrevolution der Partei angeschlossen haben, und 212 Delegierte, die der Partei erst nach der Oktoberrevolution beigetreten sind. Das Leninsche Aufgebot war mit zwei Delegierten mit beratender Stimme auf dem Kongreß vertreten, unter den Delegierten nahmen 50 bis 60 jugendliche Arbeiter Platz.

Die Wahlen zum Parteitag spielten sich bis auf ein bis zwei Gouvernements nicht mehr im Zeichen der Diskussion ab. Die Stimmung der Parteimitgliedschaft stand zur Zeit der Delegiertenwahlen unter dem Eindruck des Leninschen Aufgebotes. Sie wurde von dem Wunsche beherrscht, die Einheit der Partei zu sichern und es lag ihr jeder Fraktionsgeist fast vollkommen fern. Die Delegierten wurden nicht nach Plattformen gewählt, und wenn es auch vorkam, daß jene hervorragendsten Führer der Opposition, die in Moskauer zentralen Institutionen arbeiten — infolge des bitteren Nachgeschmackes der sich unlängst abgespielten Diskussion unter den Arbeitern — alle ohne Mandate geblieben sind, wurde ihnen die Möglichkeit der Teilnahme an den Debatten des Parteitages ermöglicht: Eine ganze Reihe von Genossen aus der Opposition konnte an dem Parteitag mit beratender Stimme teilnehmen, auch dann, wenn sie keine Mitglieder des Zentralkomitees waren. Die Zusammensetzung des Kongresses, die Art der Fragestellung in den Berichten des Zentralkomitees, die von den Genossen **Sinowjew** und **Stalin** erstattet wurden, die Debatte über die Berichte, woran die Führer der Opposition, die Genossen **Trotzki** und **Preobraschenski** mit unbeschränkter Redezeit teilnahmen, die klaren und nicht mißverständlichen Formulierungen der Resolution in allen Diskussionsfragen, die einmütige Abstimmung ohne Stimmenthaltungen — all dies verlieh der Resolution des Kongresses eine solche Autorität, die keinen Zweifel darüber bestehen läßt, **daß die innerpolitische Diskussion in der Kommunistischen Partei Rußlands — in der klassischen Partei der bolschewistischen Einheit und der bolschewistischen Disziplin abgeschlossen ist.**

Die Einheit der Partei: Die Einheit der Führung, sowie die Einheit der Führer und Parteimassen, und was damit gleichbedeutend ist, die Einheit der Partei und der breiten Arbeitermassen ist durch diese Resolution gesichert und jedes Rütteln an dieser Einheit für absehbare Zeit ausgeschlossen. Unwiderleglich bewies die Abstimmung, daß jede, auch die geringste Abweichung vom Leninismus auf einen mächtigen Widerstand der Parteimassen stößt und daß der Zersetzungsstoff des Einflusses der kleinbürgerlichen und der Bauernmassen keinen breiten Boden in der Partei findet. Daher ist die Manövrierungsfähigkeit der führenden Partei des Proletariats gegenüber den Bauernmassen und anderen kleinbürgerlichen Schichten in der Umkreisung der neuen Wirtschaftspolitik durch die Abstimmung gesichert. **Der Parteitag bestätigte alle Beschlüsse der letzten Parteikonferenz in bezug auf die kleinbürgerlichen Abweichungen der Opposition, und wenn jemand noch glauben konnte, daß die Beschlüsse der Parteikonferenz „Beschlüsse des Parteiapparates" darstellen, so wurde auf dem gegenwärtigen Parteitag durch die Vertreter der breitesten innerparteilichen Arbeiterdemokratie bewiesen, daß der Charakter der Forderungen und Methoden der Opposition ein kleinbürgerlicher Charakter ist.** Die klare und eindeutige Stellungnahme gegen die Fraktionsfreiheit läßt keinen Zweifel darüber bestehen, daß die Partei sich ebensowenig durch die Parolen der „Oppositionsdemokratie" irreführen läßt, wie sie sich auch seinerzeit in ihrer allgemeinen Politik durch die Parole der „reinen Demokratie" nicht irreführen ließ. Der Umstand, daß es Genosse Trotzki auf dem Parteitag für notwendig erachtete, sich, wenn auch nicht von der Opposition, so immerhin von einer Auffassung abzugrenzen, die die Parteieinheit durch die Konstruierung einer Differenz zwischen der Fraktions- und Gruppierungsfreiheit gefährdet, zeigt, daß die Leninsche Interpretation der Parteieinheit und der Parteidisziplin sich innerhalb der Partei über alle Hindernisse hinweg Geltung verschaffen muß.

Die Frage der alten und der jungen Generation, die am Anfang der Diskussion vom Genossen Trotzki und von anderen Führern der Opposition aufgeworfen wurde und die geeignet war, die Parteieinheit auf einer anderen Linie zu gefährden, wurde auf diesem Parteitag in der Stellungnahme der Opposition aus einer aktuellen politischen Frage zu einer fast theoretisch-soziologischen Frage verallgemeinert und degradiert. Nicht minder klar ist aber der Standpunkt des Parteitages in bezug auf die Führerrolle und auf die Berufenheit der alten Garde zum Führer, als er auf und vor der Januar-Konferenz, während der ganzen Zeit der Revolution war. Die Stellungnahme des Parteitages ist vielleicht in dieser Frage noch klarer als sie damals war, wo Trotzki und nach ihm die anderen Führer der Opposition die Frage nicht so allgemein formulierten, sondern von der Möglichkeit einer opportunistischen Entartung der alten Garde als von einer aktuellen politischen Frage gesprochen haben.

Der Parteitag hat bewiesen, daß er die alte bolschewistische Garde nicht nur als die Schüler Lenins betrachtet, sondern auch als die unmittelbaren Mitarbeiter Lenins, die unter der Führung und im Lichte des Genies Lenins, aber in gemeinsamer kollektiver Arbeit mit ihm die RKP. aufgebaut haben, jene Partei aufgebaut haben, die das russische Proletariat aus dem Reiche der kapitalistischen Ausbeutung auf die breite Straße des sozialistischen Aufbaues hinausführte und der Arbeiterschaft aller Länder diesen Weg aufzeigte. Der Beschluß des Parteitages zeigte aber auch, daß der Parteitag in der alten bolschewistischen Garde **nicht nur die Schüler und nicht nur die Mitarbeiter des unter der Führung Lenins vollbrachten Werkes sehen, sondern auch die berufenen und erprobten Nachfolger Lenins.**

Zwei Jahre sind vergangen, seitdem Lenin an der Führung der Parteipolitik nicht mehr teilnahm. Diese zwei Jahre haben es gezeigt, daß es die alte bolschewistische Garde verstanden hat, mit dem reflektierten Licht Lenins, mit dem Leninismus das Arbeitsfeld des sozialistischen Aufbaues und die Schlachtfelder der internationalen Revolution zu beleuchten. Die Schüler Lenins haben aber auch durch eigene Arbeit, durch selbständige Gedanken, zur Lösung jener Probleme beigetragen, die das Leben der Sowjetunion und der Entwicklungsgang der internationalen proletarischen Revolution aufwarfen, seitdem Lenin nicht mehr an der Spitze der Partei steht. Diese Tätigkeit der Kerntruppe des Zentralkomitees, diese führende, vorsichtige und umsichtige, aber entschlossene revolutionäre Tätigkeit hat der Parteitag bestätigt durch seine einmütige Abstimmung, seine klare und eindeutige Stellungnahme in jeder Frage gegenüber allen Führern der Opposition: sowohl in den inneren Fragen der Partei, wie auch in den **von der Opposition aufgerollten politischen und wirtschaftlichen Fragen.**

Nach dieser Abstimmung konnte für die Opposition keine einzige Ausflucht bleiben. Die Partei hat durch ihre Stellungnahme in der Fraktionsfrage ihre Einheit mit festen Banden umschlungen, die nicht gelockert werden können. Auf die Frage der führenden Gruppe der Partei, auf die Frage der alten bolschewistischen Garde hat der Parteitag eine so klare Antwort gegeben und mit einer solchen Einmütigkeit, daß in dieser Beziehung auch bei denen kein Zweifel mehr bestehen kann, die das Diskussionsmaterial gar nicht oder nicht genügend kannten. Die Kongreßdebatte, die konkrete Motivierung des Vertrauens im Zusammenhange mit allen politischen und wirtschaftlichen Problemen, die durch die Diskussion aufgerollt wurden, hat eine solche Klarheit geschaffen, daß man nicht einmal flüchtig daran glauben kann, als würde dieses Vertrauen nicht in vollem Maße **der konkreten politischen und organisatorischen Tätigkeit des Zentralkomitees gelten.** Dieses Vertrauen gilt insbesondere jener konkreten Arbeit, die die alte bolschewistische Garde des ZK. während der Zeit versah, seitdem Lenin nicht mehr an unserer Spitze marschiert. Und nicht in letzter Linie gilt dieses Vertrauen jener Energie, mit der die alte Garde im Verlaufe der Diskussion die Parteieinheit bewahrte und jene kleinbürgerliche Welle zurückschlug, die in der Gestalt der Forderungen der Opposition die Partei vom richtigen Wege abdrängen wollte. Das Vertrauen

kam nicht nur darum in einer so beispiellosen Einmütigkeit zum Ausdruck, weil die alte bolschewistische Garde die Einheit der Partei Lenins bewahrt hat, sondern weil sie die Partei sowohl in Quantität, in Breite wie auch in Qualität und sozialer Zusammensetzung in außerordentlichem Maße vergrößert und verbessert hat. Der Parteitag hat durch diese Abstimmung erklärt, daß er die Führung der Partei nur in der Form der kollektiven Arbeit der alten bolschewistischen Garde und der disziplinierten Einreihung und Teilnahme aller Führer an dieser Arbeit anordnet.

Die einmütige Abstimmung, ohne jede Stimmenenthaltung, hat noch eine wichtige Bedeutung. Auf der Tagesordnung des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale stehen auch die inneren Fragen der RKP. Auf diesem Weltkongreß werden aber die verschiedenen Ansichten nicht mehr als die Stellungnahme der Parteiminderheit und der Parteimehrheit der RKP. eine Rolle spielen. Hier kann nunmehr nur die Stellungnahme von Einzelnen der mit einer einstimmigen, stimmenthaltungslosen Abstimmung gefaßten Sellungnahme gegenüberstehen.

Die Kommunisische Partei Rußlands, die auf diesem Parteitag ihren stolzen Namen in den noch stolzeren Namen der Kommunistischen Partei der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verwandelt, marschiert mit ungebrochener und unzerreißbarer Einheit zum V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale auf!

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 63. 6. Juni. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Der XIII. Parteitag der RKP.

Der politische Bericht des Zentralkomitees.

(Berichterstatter: Genosse Sinowjew).

** Die Vormittagssitzung des zweiten Sitzungstages wurde durch den politischen Bericht des Zentralkomitees, den Genosse Sinowjew erstattete, ausgefüllt. Genosse Sinowjew wurde von den Delegierten mit stürmischen Ovationen empfangen.

Rede des Genossen Sinowjew.

Ohne Lenin, ohne unseren Leuchtturm, ohne den genialsten Kopf der Welt, müssen wir jetzt jene ungeheuer wichtigen Fragen lösen, von deren Lösung das Schicksal unserer Partei, und nicht nur ihr Schicksal allein, abhängt.

Zum letzten Parteitag hatten wir noch eine ganze Reihe unmittelbarer Direktiven Lenins, eine Reihe von Artikeln und Briefen. Bisher konnten wir direkt und buchstäblich „gemäß Lenin" handeln. Auf dem gegenwärtigen Kongreß müssen wir „gemäß dem Leninismus" handeln. Wir müssen die vor uns stehenden Fragen auf Grund unserer kollektiven Auffassung über den Leninismus lösen.

Im Verlaufe der letzten beiden Jahre beging das Zentralkomitee unserer Partei verhältnismäßig wenige Fehler. Und zwar aus zwei Gründen: 1. Das ZK. brachte den Wunsch der gesamten Partei zum Ausdruck und war bestrebt, nach Kräften im Geiste Lenins zu arbeiten; 2. diese Jahre waren im großen Ganzen Jahre des allmählichen Aufschwunges. Es waren verhältnismäßig leichte Jahre.

Das Berichtsjahr wird in der Geschichte unserer Partei und der internationalen Revolution als ein Trauerjahr gelten. Aber die Sache Iljitsch', also auch die Sache der ganzen Partei, kann während dieses Jahres zweifelsohne Erfolge verzeichnen.

Das vergangene Jahr war auf allen Gebieten unserer Tätigkeit reich an Ereignissen. Die erste Prüfung war das Ultimatum Curzons, das sehr weitblickend verfaßt war und unter Umständen direkt eine Intervention befürchten ließ. So wurde es auch von den weißgardistischen Zeitungen eingeschätzt. Aber: das Jahr begann mit dem Ultimatum Curzons und endete mit einem halben Dutzend Anerkennungen seitens der größten bürgerlichen Staaten.

Im Verlaufe dieses Jahres schien uns eine Zeitlang, daß wir am Vorabend der deutschen Revolution stehen. Nur später haben sich jene ungeheuren Schwierigkeiten enthüllt, die das deutsche Proletariat zum bekannten Rückzug zwangen.

Wir sahen die Aufstände in Hamburg, Krakau, Sofia und in verschiedenen anderen Zentren Bulgariens — Aufstände, die man nicht anders einschätzen kann, als das beginnende Heranreifen der Weltrevolution.

Wir sahen die großen Schwierigkeiten im vorigen Sommer infolge der bekannten Absatzkrise.

Wir erlitten auf dem Gebiete des inneren Lebens der Partei Erschütterungen — ich spreche von jener Diskussion, durch die die Partei unter Qualen zu gewissen Schlußfolgerungen kam.

Endlich: das Leninsche Aufgebot, dessen Bedeutung und Wichtigkeit wir noch immr nicht genügend einschätzen. Wir sprachen schon darüber in der Presse. Seine unschätzbare Bedeutung ist klar, aber mir scheint, Genossen, daß Ihr die Wichtigkeit dieser Frage noch immer unterschätzt. Wir mußten bisher im allgemeinen mit jenem Menschenmaterial auskommen, das wir von der Arbeiterklasse vor und während des Oktober bekommen haben, von der Arbeiterklasse, wie sie vor der Revolution war. Es ist wahr, die Parteiwoche im Jahre 1919 (im Jahre 1919, als die russische Rote Armee von den Truppen Deninkins stark bedrängt war, wurde eine Parteiwoche veranstaltet, in deren Verlauf die Aufnahme in die Partei sehr erleichtert wurde. Die neuaufgenommenen Parteimitglieder wurden sofort an die Front geschickt, um die Revolution zu verteidigen. Die Red.) hat uns ein neues proletarisches Menschenmaterial gegeben, aber erst jetzt gelingt es uns, unsere unlösbare und organische Verbindung mit dem nachrevolutionären Proletariat zu befestigen. Ich glaube, daß die größte Bedeutung des Leninschen Aufgebotes hierin besteht.

Die Perspektiven.

Es ist natürlich, daß wir Revolutionäre versuchen, uns, wenn auch nur in großen Zügen, mit der Frage der allgemeinen revolutionären Perspektive zu beschäftigen.

Daß der Lauf der Zeit, wie sich Wladimir Iljitsch ausdrückte, nicht so schnell vor sich geht, wie wir es wünschen, ist unbestreitbar. Unbestreitbar scheint aber zugleich die Tatsache zu sein, daß wir die Hauptlinie der Entwicklung, die Entwicklungstendenz

der Weltrevolution, richtig erfaßt haben. Wenn jetzt die Ungeduldigsten unter uns, und das sind nicht die schlechtesten Bolschewiki, auf die Langsamkeit des Weges hinweisen und sich darüber ärgern, daß die Sache so langsam vorwärts kriecht, anstatt mit der Geschwindigkeit eines Expreßzuges vorwärts zu stürmen, so rate ich Euch, daran zu denken, wie wir angefangen haben.

In der Resolution der Aprilkonferenz im Jahre 1917 stellt Wladimir Iljitsch ein Programm auf, das im wesentlichen auf folgendes hinsteuert: Nationalisierung des Grund und Bodens, Staatskontrolle über Banken, Versicherungsanstalten und größte Syndikate, progressive Vermögenssteuer, allgemeine Arbeitspflicht, Beteiligung an der Regelung der Wirtschaft. Damals fiel noch kein Wort über das Außenhandelsmonopol. So sah das erste Programm der Bolschewiki in der Revolution aus.

Es wurde unter Euch eine prachtvolle Ausgabe der Broschüre Wladimir Iljitsch' „Drohende Katastrophe" verteilt, die im September 1917 geschrieben wurde, als Wladimir Iljitsch schon den Atemzug der Oktoberrevolution fühlte. Was für ein Programm stellte er damals auf? Nationalisierung der Banken und Syndikate, Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses, Zwangssyndizierung und Regulierung der Industrie. Nichts weiter. Unser Weg, unser Wirtschaftsprogramm war im September noch ziemlich bescheiden.

Es ist natürlich, daß der Appetit auch bei den proletarischen Revolutionären beim Essen kommt. Nach der Niederwerfung der Bourgeoisie mußte die Partei ihr Programm radikalisieren, die in den Tiefen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft gärenden Wünsche formulieren. Und wir haben unsere Forderungen, die wir in unser Programm aufnahmen, allmählich erhöht.

Im allgmeinen haben wir die objektive Tendenz zweifelsohne richtig eingeschätzt, nur den Zeitfaktor schätzten wir unrichtig ein. Zur Zeit von Brest-Litowsk war sogar Wladimir Iljitsch selbst der Meinung, daß der Sieg der proletarischen Revolution in einer ganzen Reihe von fortgeschrittenen Ländern Europas die Frage von zwei, drei Monaten sei. Es gab eine Zeit, wo wir, alle Mitglieder des ZK., die Entwicklung der Ereignisse in Deutschland und Österreich nach Stunden gemessen haben. In diesem Sinne haben wir uns natürlich geirrt. Aber unser Glück ist, daß wir den Zeitfaktor sozusagen nach beiden Richtungen hin unrichtig eingeschätzt haben. Wir waren der Meinung, daß, wenn wir einmal die Macht erobern, wir dadurch die Revolution auch in anderen Ländern entfesseln werden, und wenn dies entgegen unseren Hoffnungen nicht eintreffen sollte, so können wir uns als isoliertes revolutionäres Land nicht halten und müssen untergehen. Auch darin haben wir uns geirrt.

Wir waren einer ganz unerfahrenen, unerprobten Armee ähnlich, die nur aus Neulingen besteht, die noch keine einzige Schlacht bestand und daher weder die Gesetze des Angriffes noch die Gesetze des Rückzuges kannte und über die Gesetze von Raum und Zeit noch keinen klaren Begriff hatte.

Jetzt sind wir um eine gewisse Erfahrung reicher. Ja, die Sache kam so, daß die Frage der Weltrevolution nicht die Frage von drei Monaten, sondern einer viel größeren Periode ist, aber zugleich kam es so, daß die erste anscheinend isolierte Revolution sich auch viel länger halten konnte, als wie wir es uns vorgestellt haben.

Wir haben uns also bezüglich der Zeitfrage einen größeren Realismus im Urteil zu eigen gemacht.

Ich sagte: eine **anscheinend** isolierte Revolution. Im vollen Sinne des Wortes waren wir eigentlich nicht isoliert. Ja, vorläufig sind wir noch der einzige siegreiche revolutionäre Staat, aber unsere Kräfte reifen in jedem bürgerlichen Staat heran. Waren wir denn zur Zeit des Curzon-Ultimatums isoliert? Hat denn die gemäßigteste Arbeiterklasse der Welt, die englische Arbeiterklasse, während der Curzon-Zeit nicht eine ansehnliche Rolle dadurch gespielt, daß sie Curzon und seinen Jüngern zeigte, daß die englischen Arbeiter keinen Krieg wollen und keinen Krieg zulassen werden? Ist denn das eine Isoliertheit? Wir waren isoliert in dem Sinne, daß wir keine unmittelbare Hilfe bekamen, daß keine andere siegreiche Revolution uns zu Hilfe eilte, aber in jedem bürgerlichen Staat hatten und haben wir mächtige Verbündete, deren Kräfte allmählich wachsen.

Auf dem ersten Parteitag ohne Lenin, wo es so natürlich ist, daß man zu wissen wünscht: „Was nun, wie werden sich die Ereignisse weiter entwickeln?" — müssen wir in Betracht ziehen, daß wir jetzt schon gelernt haben, den Zeitfaktor viel nüchterner und realer einzuschätzen. Nicht nur wir, sondern auch die Kommunisten anderer Länder haben das gelernt.

Es gab eine Zeit, wo unsere deutschen Genossen die Frage der Existenz der russischen Revolution mit Monaten gemessen und geglaubt haben, daß, wenn sie durch Forcierung der Ereignisse uns nicht zu Hilfe eilen, die Sowjetunion untergehen werde. Jetzt ist es klar, daß wir schon eine ganze Reihe von Jahren gewonnen haben, daß wir noch viele Jahre lang existieren können, selbst in dem Falle, wenn wir, wie früher, noch eine Zeitlang der einzige Sowjetstaat bleiben.

Ich habe schon erwähnt, Genossen, daß unser Berichtsjahr auf außerpolitischem Gebiete mit dem Curzonschen Ultimatum begann. Einer der angesehensten Sowjetdiplomaten und Marxisten sagte mir, als er auf die Arbeit des Volkskommissariats des Äußern zu sprechen kam: „Die Art allein, wie wir mit dem Ultimatum Curzons manövriert haben, könnte den Namen jedes bürgerlichen Diplomaten unsterblich machen." Aber ich glaube, daß dies übertrieben ist, daß die Partei und ihre führenden Organe ihre Unsterblichkeit durch wichtigere Sachen erkauft. Allerdings gibt es einen Kern von Wahrheit in dieser Auffassung über unsere Taktik Curzon gegenüber. Wir haben mit dem Curzon-Ultimatum wirklich nicht allzu schlecht manövriert. Während wir den geehrten Lord Curzon ein wenig bremsten, warteten wir eine neue Situation ab: nach einigen Monaten erlebten wir die vollständige de jure-Anerkennung seitens einer Reihe von Staaten. Es vergingen noch einige Monate und wir konnten das Wachsen der internationalen Arbeiterbewegung und das Wachsen unserer Kräfte wahrnehmen.

Und es ist wahr, daß das ZK. der Partei, auch auf dem Gebiete der Außenpolitik den Geboten Wladimir Iljitsch' folgend, in jener schweren Minute wirklich solche Wege zu finden wußte, wofür die Partei und ihr führendes Organ, wenn auch nicht ein so lautes Lob, so immerhin ein Lob verdient. Es scheint mir, Genossen, daß unsere Erfolge auf diesem Gebiete durch alles bewiesen werden können, was jetzt in jedem großen Lande vor sich geht.

Betrachtet Ihr, sagen wir, die Fragen unserer Innenpolitik, solche Fragen zum Beispiel wie die Bauernfrage, die Nationale Frage, das heißt unsere gefährlichsten Gebiete, so scheint mir, daß sich unser sofort das Gefühl bemächtigt: wir sind auf diesen Gebieten stärker geworden. Erinnert Euch daran, was im Jahre 1921 Genosse Lenin bei der Einführung der Neuen Wirtschaftspolitik über die Bauernfrage sagte. Indem er das Gesetz über die Naturalsteuer einbrachte, sagte er: „Unsere Zugeständnisse müssen durch Radio **noch heute Abend** der Bauernschaft mitgeteilt werden." Damals haben wir die Frage der Besserung unserer Verhältnisse zur Bauernschaft mit Stunden gemessen. Jetzt haben wir auch hier etwas in der Zeitfrage zugelernt. Auch auf unserem XIII. Parteitag werden wir die Bauernfrage erörtern. Sie ist auch jetzt noch eine schmerzliche, komplizierte und schwierige Frage. Aber jetzt handelt es sich nicht mehr um Stunden. Wir gelangten in eine solche Periode, wo sich unsere gegenseitigen Beziehungen mehr oder minder fest ausgestaltet haben, wo wir schon Zeit haben, um das auszubessern, was auszubessern ist.

Die Nationale Frage.

Nehmen wir eine andere Frage, die am Himmel unseres letzten Parteitages die einzige politische Wolke war: die Nationale Frage. Wir mußten damals eine ungeheuer wichtige Aufgabe lösen, ohne praktische Erfahrungen hinter uns gehabt zu haben.

Vergleichen wir nun, Genossen, wie es in dieser Frage früher aussah, und wie sie heute steht. Im vergangenen Jahre wurde diese Frage durch das ZK. zusammen mit der Partei im wesentlichen gelöst. Es bleiben uns nur noch Detailfragen übrig. Manchmal hören wir noch, daß in der einen oder anderen Republik ihre nationalen Minderheiten ungenügend versorgt sind. Aber es handelt sich nur um Detailfragen, die leicht zu lösen sind. Man muß die nationalen Minderheiten so versorgen, daß zum Beispiel den Deutschen und Polen in der Ukraine alle jene Rechte garantiert werden, die ihnen die Beschlüsse unseres 12. Parteitages zugesichert haben. Aber es sind nur Detailfragen. im Grunde genommen ist diese Frage gelöst. Und wir dürfen nicht vergessen, daß sie mit der Bauernfrage und mit der Frage der Stabilität des politischen Regimes, das heißt mit der Stabilität der Sowjetmacht in enger Verbindung steht.

Ich muß Euch, Genossen, einen kleinen Zwischenfall aus dem Jenseits erzählen. Ich spreche von unserer weißen Emigration (Heiterkeit). Unlängst hielt Professor Miljukow in Prag eine Vorlesung über die Nationale Frage. Stellt Euch vor, alle befinden sich in der Emigration — sowohl Miljukow wie die Vertreter der ukrainischen und der georgischen Weißgardisten —, alle stöhnen sie unter dem sogenannten Joch der Diktatur des Proletariats. Und nun denkt Euch, es stellt sich heraus, daß sie keine anderen Sorgen haben, als den nationalen Streit unter sich

ander auszutragen. (Heiterkeit.) Milkujow hielt also eine Vorlesung über die Nationale Frage. Gegen ihn sind Professor Grigorjew und Lototzki von der ukrainischen Gruppe, Sakijan von der armenischen Gruppe, Katschuchaschwili und der Menschewik Ajolo von der georgischen Gruppe aufgetreten. Das ist die nationale bürgerliche Demokratie in der Emigration! Und was glaubt Ihr? Alle diese Leute haben die Tribüne betreten, um gegen Miljukow zu donnern, um zu erklären, daß sie keinesfalls mit ihm einverstanden sein können. Miljukow stimmte einen so starken Großmachtton an, daß er alle diese Herren in Empörung brachte.

Der Vertreter der georgischen Kolonie, Katschuchaschwili, erklärte, daß die Nationale Frage in Rußland die Georgier gar nichts angehe. „Wenn es dort ein Großrußland, Kleinrußland und Weißrußland gibt, so gibt es bei uns gar kein ‚Rußland', sondern nur einfach ‚Georgien'."

Alle haben sich unbedingt gegen Miljukow erklärt. Und die Sache ging soweit, daß Kuskowa an, was glaubt Ihr?, wen appellierte? An den Genossen Stalin. (Heiterkeit.)

Folgendes schreibt sie in der Berliner russischen Zeitung „Dni":

„Stalin hat natürlich recht. Kein einziger Faktor hat vielleicht eine so große Bedeutung gehabt, wie der nationale Faktor, wie diese zentrifugalen Kräfte, deren jede nach ihrer eigenen Seite strebt. Rußland konnte sich in der Vergangenheit allen Nationalitäten so stark anfeinden, daß sie plötzlich nicht seine Erneuerung, sondern die Loslösung von ihr anzustreben begannen...

So ist die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geboren. Und so ist das alte Rußland gestorben."

Sie beschreibt die Vorlesung Miljukows und die Reden der Opponenten:

„Ein Vertreter der Nationalitäten betrat nach dem anderen die Tribüne. Sie haben entschlossen und energisch die ihnen entgegengestreckte ‚russische' Hand abgewiesen.

Trauriges Resultat, — sagte in seinem Schlußwort der Berichterstatter Miljukow. Wir Russen sagen: Laßt uns verhandeln. Und wir stießen auf eine kategorische Ablehnung. Es ist traurig."

Ja, es sieht bei ihnen sehr traurig aus.

Ein Kollege Miljukows, Isgojew, schreibt im „Rul":

„An der Spitze aller dieser ‚nationalen Vertreter', die in freundschaftlicher Einheitsfront aufgetreten sind, marschierten die Ukrainer. Als ihnen bekannt wurde, daß der Vorlesung Miljukows eine Debatte folgen werde, kauften sie sofort über dreihundert Eintrittskarten und führten ihre disziplinierte Kohorte in den Saal. Sie haben sich da durchwegs als eine Clique benommen. Sie haben auf Zeichen ihrer Führer Beifallskundgebungen veranstalten oder ihrem Mißfallen Ausdruck gegeben, wenn man von Dingen sprach, die ihnen unangenehm waren. Als jemand den deutsch-österreichischen Einfluß auf die Ukraine während des Krieges erwähnte, fiel ein Zwischenruf ‚Richtig'. Die Ukrainer wollten zunächst Skandal machen und forderten die Entfernung des Schuldigen, aber sie haben sich allmählich beruhigt. Miljukow erklärte nicht ohne Gift, daß er den Sinn dieser Empörung nicht begreife. Wenn die Ukrainer ihr Verhältnis zu Rußland und zu anderen Staaten aus internationalem Gesichtspunkt betrachten, so sei es klar, daß auch ihre österreichischen und deutschen Verbindungen während des Krieges internationalen Erwägungen entsprangen. Die Urheber des geplanten Skandals haben diese Pille empört geschluckt."

So sieht, Genossen, der nationale Streit im luftleeren Raum aus. Alle diese Literaten sitzen im Auslande und harren besserer Tage, während sie uns zu unterminieren versuchen. In ihren Mußezeiten beschäftigen sie sich damit, daß sie untereinander die verzweifeltsten nationalen Streitigkeiten austragen. Es gibt, Genossen, augenscheinlich auch Verhältnisse, wo auch die nationalen Streitigkeiten unschädlich sind, wo sie sogar in einem gewissen Grade für die richtige Lösung der Nationalen Frage von Nutzen sind. Und je mehr sie miteinander über diese Frage streiten werden, umso fester und richtiger wird diese Frage in der Sowjetunion gelöst. Wenn ihnen nur der einzige Trost übrig bleibt, daß Miljukow seinen ukrainischen Gesinnungsgenossen eine Pille schlucken ließ, und wie sie sagen, „nicht ohne Gift", so können wir nichts anderes tun, als ihnen guten Appetit zu wünschen: Gebt einander noch mehr Pillen und noch mehr Gift! (Heiterkeit und Beifall.) Während derselben Zeit wird bei uns die Nationale Frage auf eine noch festere, ernstere und wirksamere Grundlage gestellt, wobei zu bemerken ist, daß sie eine Zeitlang das größte Problem unserer Revolution darstellte. **Die richtige Lösung der Nationalen Frage bedeutet 50% der erfolgreichen Lösung der Aufgaben der Revolution.**

Ist denn die Nationale Frage bei uns nicht richtig gelöst? Ist denn vielleicht diese Lösung nicht ein Musterbeispiel für die ganze Welt und besonders für den Osten? Wo ist jetzt die armenische Frage, die Europa durch Jahrzehnte beunruhigt hat? Ich glaube, daß dieses Beispiel besser als alles andere beweist, wie weit wir fortgeschritten und wie weit jene Augenblicke in die Vergangenheit gerückt sind, in denen wir die Frage über die Stabilität der Sowjetmacht zu erörtern hatten. All dies haben wir erkämpft und durch unsere bereits vorhandenen Erfahrungen befestigt.

Drei Prüfungen.

Wir stehen vor neuen Aufgaben der Organisierung und der Leitung unserer Sowjetwirtschaft. Wladimir Iljitsch sagte zu dieser Frage:

„Wir haben schon den notwendigen Umbau unserer Wirtschaftspolitik begonnen. Wir können schon auf diesem Gebiete gewisse — wenn auch nur kleine Teilerfolge, so immerhin unbestreitbar — Erfolge verzeichnen. Wir beenden schon auf diesem Gebiete der neuen ‚Wissenschaft' die vorbereitende Klasse."

Ich glaube, Genossen, daß die Aufgabe meines Berichtes, die Aufgabe von uns allen, auf diesem Parteitage vor allem darin bestehen wird, daß wir uns darüber klar werden, ob wir während des vergangenen Jahres aus der vorbereitenden Klasse in die erste Klasse übergetreten sind und ob wir auf dem Gebiete der Wirtschaft aus der ersten Klasse in die zweite übertreten oder nicht. Das ist die Hauptfrage, die auf wirtschaftlichem Gebiete vor uns steht. Wladimir Iljitsch sagte uns damals:

„Wir, das Proletariat Rußlands, stehen weit vor England und weit vor Deutschland in bezug auf unsere politische Ordnung, in bezug auf die politische Macht der Arbeiter, zugleich aber hinter den rückständigsten der europäischen Staaten in bezug auf die Organisierung eines ordentlichen Staatskapitalismus, in bezug auf die Höhe der Kultur, in bezug auf die Stufe unserer Vorbereitung zur ‚Einführung' des Sozialismus auf dem Gebiete der materiellen Produktion..."

Die ganze Frage ist: wer den anderen überholen wird? Werden es die Kapitalisten verstehen, sich früher zu organisieren und dann die Kommunisten verjagen, und werden dann schon keine Verhandlungen nötig sein? Man muß diese Dinge nüchtern betrachten: **Wer, wen?** — Oder wird sich die proletarische Staatsmacht als fähig erweisen, sich auf die Bauernschaft zu stützen, die Zügel der Herren Kapitalisten entsprechend festzuhalten, um den Kapitalismus in Staatsbahnen zu lenken, einen Kapitalismus zu schaffen, der dem Staat untergeordnet ist und ihm dient?

Unsere zweite Aufgabe besteht also darin, auf die zweite Frage zu antworten: **„Wer, wen?" Wohin wachsen wir? Wird die Belebung den Kapitalisten zugute kommen oder bereitet sie den Boden für uns vor?** Ich glaube, daß sich im wesentlichen der ganze Bericht unseres Zentralkomitees um diese beiden Fragen drehen muß. Und ich muß Euch sagen, daß im Zentralkomitee eine solche Stimmung herrscht, daß wir diese beiden Fragen in positivem, bejahendem Sinne beantworten. Wir wollen nicht in Optimismus fallen, der leichtsinnige und seichte Optimismus hat nie zu den Eigenschaften der Bolschewiki gehört. Wenn wir zuweilen die positiven Seiten unserer Erfolge, der Erfolge unserer Partei unterstreichen mußten, so geschah es, um der unbegründeten Kleinmütigkeit die Nahrung zu entziehen, der Kleinmütigkeit, die manchmal nicht eine psychologische, sondern eine politische Tatsache ist. Der Grundton in der Stimmung unserer führenden Organe und der ganzen Partei ist sehr wichtig. Wir sind revolutionäre Optimisten in dem Sinne, daß wir vom Siege unserer Sache vollkommen überzeugt sind. Aber wir sind natürlich keinesfalls oberflächliche Optimisten in dem Sinne, daß wir sagen würden: alles gehe glatt, es gäbe keinen Grund zur Selbstkritik. Es gibt solche Gründe, aber wir müssen uns über die Schädlichkeit der Verzweiflung klar sein. Unlängst wurde der letzte Artikel Lenins veröffentlicht, worin er klar und entschieden über die Schädlichkeit der Verzweiflung spricht. Er adressierte diese Worte — unter uns gesagt — an die Verfasser einiger Briefe, die, was die Verzweiflung anbelangt, auch im Jahre 1922 gesündigt haben, manche auch im Jahre 1923. Das Zentralkomitee ist der Meinung, daß diese Kleinmütigkeit ganz und gar unbegründet ist.

Wir kamen zu diesem Parteitag nach drei ernsten Prüfungen. Die erste Prüfung bestanden wir vor den westeuropäischen kapi-

talistischen Staaten, vor dem Feinde. Ihr erinnert Euch, daß Wladimir Iljitsch auf einem Kongreß den Wirtschaftlern folgendes sagte: „Euch wird der Markt und nicht die Zentrale Kontrolkommission prüfen, bemüht Euch, damit Ihr die Prüfung besteht." Und wir wurden auf diesem Gebiete jetzt auch nicht durch die Zentrale Kontrollkommission geprüft, vielleicht wäre die ZKK. gnädiger gewesen, wir wurden durch die westeuropäischen Kapitalisten geprüft. Was bedeutet ihre de jure-Anerkennung?

Sie ist das Resultat einer sorgfältigen Prüfung, Sondierung. Sie haben uns von allen Seiten betastet. Amerika allein hat durch ihre Hilfsaktion einige Millionen dafür ausgegeben, um uns nach allen Seiten hin einer Kontrolle zu unterziehen, sodann kamen Engländer, Deutsche usw. zu uns, die uns von allen Seiten geprüft haben. Und wenn sie nach einer gründlichen Betastung, Sondierung zur Schlußfolgerung gelangten, uns de jure anzuerkennen, so bedeutet das, daß sie sich von der Festigkeit und der Unerschütterlichkeit der Sowjetmacht überzeugt haben.

Die zweite Prüfung ist die Währungsreform, eine Prüfung, die mit der Wirtschaft, mit der neuen Wirtschaftspolitik, mit der uns gegenüber feindlich gesinnten neuen Bourgeoisie im Zusammenhange steht. Auch diese Prüfung fand nicht vor einer freundschaftlichen Organisation, nicht vor der Zentralen Kontrollkommission oder der Exekutive der Komintern statt. Es war die Prüfung vor dem Markt, die Prüfung, ob wir wirtschaften können, eine Prüfung, in derem Verlaufe die uns feindlichen Kräfte von sich hören lassen konnten. Ich bin kein so großer Optimist, um behaupten zu wollen, daß wir diese Prüfung nun endgültig bestanden haben. Nein, Genossen, Schwierigkeiten wird es auf diesem Gebiete noch geben, es ist jedoch schon ein positives Resultat vorhanden.

Die dritte Prüfung, eine wirklich freundschaftliche, aber dafür eine Massenprüfung, ist das Leninsche Aufgebot. Hier hat uns die Arbeiterklasse geprüft, hier haben uns Millionen Menschen geprüft. Es ist Euch bekannt, daß die Arbeiterklasse uns etwa 200.000 neue Parteimitglieder gab. Das war die beste politische Massenprüfung in der Tiefe der Arbeiterklasse. Und diese dritte Prüfung hat uns gleichfalls ein Plus gebracht.

Darum sind wir auch der Meinung, daß alle diese drei Prüfungen, die unsere Partei und die Politik des Zentralkomitees während des letzten Jahres zu bestehen hatte, in positivem Sinne antworten und darüber sprechen, was wir uns unbedingt vor Augen halten müssen: über die Schädlichkeit der Verzweiflung.

Natürlich brauchen wir auch keinen oberflächlichen Optimismus. Wir werden unsere Schattenseiten viel stärker hervorheben, um sie zu korrigieren und uns zur Arbeit anzutreiben. Die Bolschewiki waren nie Freunde des Selbstlobes. Jedoch der Grundton unserer ganzen Partei, unserer Innen- und Außenpolitik berechtigt uns, optimistisch zu sein, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken und uns unter keinen Umständen auf den Boden jener Verfallsstimmung zu stellen, der im Verlaufe der vergangenen Jahre ein Teil unserer Genossen zum Opfer fiel.

Die internationale Lage.

Ich gehe zur Behandlung unserer internationalen Lage über. Der Mosaik unserer internationalen Lage ist gegenwärtig in vielen Beziehungen ein ganz neuer geworden. Darum müssen wir uns mit ihr auf diesem Kongresse recht ausführlich beschäftigen. Unsere internationale Lage hat sich während der letzten Monate vor unseren Augen geändert, und wir sind uns noch nicht über alle Umstände klar, sie hat noch nicht irgendwelche feste Formen angenommen.

Vor allem müssen wir uns, Genossen, vor Augen halten — und heute ist das mehr als klar —, daß unsere internationale Politik mehr als je, enger als je mit der Innenpolitik verknüpft ist. Das müssen wir uns gut ins Gedächtnis prägen. Manchmal ist in der Partei eine Stimmung bemerkbar, wonach uns die Außenpolitik nicht allzu nahe angehe. Nein, wir dürfen nicht vergessen, daß unsere Außenpolitik noch nie so unlösbar mit der ganzen Innenpolitik verknüpft war wie heute. Nun sehen wir, warum. In der nächsten Zeit werden wir darüber entscheiden müssen, ob wir Schulden bezahlen werden oder nicht, ob wir irgendwelche Zinsen zahlen werden oder nicht, ob wir Konzessionen geben werden oder nicht, ob wir in der Frage des Außenhandelsmonopols auf irgendwelche Zugeständnisse eingehen oder nicht, ob wir mehr oder weniger Getreide ausführen — das ist der wichtigste Teil nicht nur unserer internationalen, sondern auch unserer Innenpolitik.

Diese Fragen interessieren entschieden jeden einzelnen Bauern, und nun ist die Zeit da, wo wir sie beantworten werden müssen. Wir müssen jetzt anstreben, daß es bei uns keinen einzigen Gouvernementsrätekongreß, ja sogar vielleicht keinen einzigen Bezirksrätekongreß geben soll, auf dem über die Arbeit des Volkskommissariates des Äußeren kein ausführlicher Bericht erstattet wird.

Wir traten in eine solche Periode ein, wo das Volkskommissariat des Äußeren eines der volkstümlichsten Kommissariate im Dorfe sein soll, da wir die Fragen: ob wir den ausländischen Kapitalisten Schulden und wieviel Schulden zahlen werden, wie hohe Zinsen wir für die zu erhaltende Anleihe zahlen werden, wieviel Getreide wir ausführen werden, welchen Einfluß das auf unsere ganze Außenpolitik ausüben wird usw., unter Teilnahme der Bauernschaft zu lösen haben werden. Die Bauernschaft wird sich dafür zweifelsohne stark interessieren. Ohne den Bauern, ohne daß er unsere ganze Manövrierung auf dem Felde der internationalen Politik begreifen würde, kommen wir heute nicht allzuweit. Wir traten in eine solche Periode ein, wo diese Orientierung der Bauernschaft über die internationale Politik kein Luxus mehr ist, keine süße Nachspeise, sondern eine der Hauptfragen unserer ganzen Innenpolitik, besonders aber unserer Wirtschaftspolitik.

Unsere internationale Lage setzt sich aus vier Momenten zusammen: erstens aus dem Heranwachsen der internationalen Arbeiterbewegung, aus dem proletarischen Kampf, der von der Kommunistischen Internationale geführt wird; zweitens aus unserer Politik im engeren Sinne dieses Wortes; drittens aus der Konzessionsfrage und viertens aus der Frage des Außenhandelsmonopols im Zusammenhange mit dem Getreideexport.

Auf allen diesen vier Gebieten befinden wir uns heute in einer Lage, wo es ziemlich viele neue Faktoren gibt; das Heranwachsen der internationalen Arbeiterbewegung, der Zusammenhang der Sowjetrepublik mit der Komintern einerseits, zwischen der II. Internationale und dem bürgerlichen Europa andererseits. Die Bewegung trat in eine ganz neue Phase ein. Uns hat man oft vorgeworfen, daß die Komintern — Moskau ist. Aber ist denn jetzt die II. Internationale nicht London? Wer sieht denn das nicht? Wer sieht es nicht, daß die Machtergreifung durch die „Arbeiterregierung" in England den Sinn hat, daß die Außenpolitik des wichtigsten Staates Europas sich jetzt mit der Politik der II. Internationale verwickelt?

Die Sozialdemokraten übernehmen die Macht in einer ganzen Reihe von Ländern. Die II. Internationale ist in England, im größten bürgerlichen Lande, an der Macht. Das ist nicht Polen, nicht Estland, sogar auch nicht Deutschland — das ist England. Die II. Internationale wird in der einen oder der anderen Form in Frankreich zur Macht gelangen. Das Resultat der Wahlen ist hier klar. Selbst wenn die Herren französischen Sozialisten aus Angst vor den Kommunisten nicht sofort an der Regierung teilnehmen werden, sind sie dennoch schon zu einem Regierungsfaktor geworden. Vandervelde wird in Belgien die Macht übernehmen. Staunig regiert in Dänemark.

In einer ganzen Reihe von Ländern werden die Menschewiki zu Regierungsfaktoren. Ihr sagt, Genossen, daß dies keine Neuigkeit ist. Nein, Genossen, es ist etwas Neues. Und zwar in folgendem Sinne: Die Menschewiki gelangen in Europa zum zweitenmal zur Macht. Zum erstenmal geschah dies während des Krieges. Auch damals war es begreiflich. Sie wurden zur Zeit des Krieges durch die bürgerlichen Staaten aufgegriffen, durch die sie in der gröbsten Weise gegeneinander ausgespielt wurden, zu einer Zeit, wo alles an einem Haare hing. Sie wurden später aus den bürgerlichen Ministerien ausgeschifft. Sie werden jetzt zum zweitenmal gebraucht, und zwar in einer friedlichen Situation in einer Situation, wo es keine Kriege gibt. Und darin liegt das neue Moment, das wir in Betracht ziehen müssen.

Warum wird in einer ganz friedlichen, unbewölkten, ruhigen Situation die Macht den Herren Menschewiki überlassen? Warum ladet sie die Bourgeosie, die sie verachtet und vor zwei Jahren aus den Regierungen hinausgeworfen hat, wieder zur Teilnahme an der Macht ein? Nicht weil es ihr zu gut geht! Jetzt haben sie dafür einen ausschließlich innerpolitischen Grund, und zwar das Heranwachsen der internationalen Arbeiterbewegung. Jetzt stellen sie ausschließlich einen Faktor in den Händen der Bourgeosie zur Manövrierung gegen die heranreifende Arbeiterrevolution dar. Und das ist klar. Die jüngsten Wahlen in einer Reihe von Ländern haben es bewiesen.

Die Zahlen sind Euch bekannt, ich werde sie nicht anführen. Ich halte die Wahlresultate in zwei europäischen Hauptstädten, in Berlin und Paris, für ein äußerst wichtiges welthistorisches Ereignis. Wir haben in der Umgebung Berlins über eine halbe Million und in den Arbeitervorstädten von Paris über 300.000 Stimmen bekommen. In diesen beiden Hauptstädten gibt es zu-

sammen ungefähr eine Million Kommunisten. Ist das denn nicht eine welthistorische Tatsache? Schon nach der Machtergreifung in unserem Lande bekamen wir bei den Wahlen für die Konstituante in Moskau und Leningrad zusammen 800.000 Stimmen, und jetzt haben wir in Paris, in diesem Weltzentrum der Reaktion, und in Berlin fast eine Million Stimmen bekommen. Das sind zwei geballte Fäuste des Kommunismus im Herzen Europas. Über die minderwichtigen Hauptstädte will ich hier gar nicht sprechen. In Sofia hat sich die Mehrzahl der Werktätigen für uns ausgesprochen. In Prag geht die Mehrheit der Arbeiter wahrscheinlich mit den Kommunisten. Das sind Hauptstädte zweiter Ordnung. Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, daß der Kommunismus in den noch größeren Hauptstädten, in London und New York, sich so stark verwurzelt wie in Berlin und Paris.

In ganz Europa kann eine neue Periode der Heranziehung der Herren Menschewiki an die Macht wahrgenommen werden. Und warum? Darum, weil solche Städte wie Paris und Berlin, die für das Schicksal der ganzen politischen Geschichte Europas von Bedeutung sind, unter den schwersten Verhältnissen auf unsere Seite übergehen. Wenn die Herren Sozialisten nur für eine einzige Minute die Kraft haben würden, der Bourgeosie den Dienst zu verweigern und sich uns anzuschließen, so würden wir jetzt in ganz Europa eine absolut unbesiegbare Kraft darstellen. Der Sozialismus wäre in ganz Europa unbesiegbar, wenn jene Partei, die nur den Namen nach eine Arbeiterpartei ist, sei es nur im Rahmen eines Minimalprogrammes, mit den Kommunisten zusammengehen würde. Es handelt sich hier aber nicht darum, sondern darum, daß, **je stärker die Kommunisten werden, die sozialdemokratischen Führer um so mehr auf die Seite der Bourgeosie übergehen werden.** Sie versuchen durch allerlei leeres Gerede eine Aufklärung dafür zu geben, was jetzt vor sich geht. Ihr könnt zum Beispiel lesen, wie einer der gescheitesten französischen Opportunisten, Paule Faure, den wir persönlich kennen, die Ursachen unseres Pariser Sieges erklärt: „Ach dieses Paris!" — schreibt er — „hier herrscht der Geist der Unzufriedenheit und macht den Weg zur Demagogie frei. Paris war einst die Stütze von Boulanger, dann ist es in der Zeit des Dreyfusprozesses zu einer nationalistischen Festung geworden, gab im Jahre 1919 seine Stimme dem nationalen Block. Und jetzt kam die Reihe an den Kommunismus. Jetzt ist der Kommunismus eine Mode geworden . . . Das ist eine Art Grippe." (Heiterkeit.)

Vielleicht erinnert Ihr Euch noch an unseren Kampf gegen die Herren Menschewiki im Jahre 1912, wo alle Arbeiterverbände auf unsere Seite überzugehen begannen, wo die bolschewistische „Prawda" alle Arbeiter in Petersburg für sich zu gewinnen begann. Damals haben die Menschewiki geschrieben: „Es weht irgend ein prawdaistischer Wind." Nun glaubt Ihr denn daran, daß dies jetzt eine Grippeepidemie bei den Pariser Arbeitern ist, die die Geschichte der Pariser Kommune hinter sich haben, die solche Führer gehabt haben wie Guèsde und Jaurès! Der Kommunismus ist nicht zu einer einfachen Grippeepidemie geworden, selbst wenn auch schon die angesehensten Führer der Opportunisten dort halten, daß sie ihn so erklären müssen. Es beginnt wahrhaftig eine „Epidemie" des stillen Irrsinns bei diesen Herren.

Wir haben die Wahlen in Karpatho-Rußland, Italien, Bulgarien, Frankreich und Deutschland hinter uns. Fünf ganz verschiedene Länder mit einer ganz verschiedenen Wirtschaftsstruktur in verschiedenen Ecken Europas. Und es ist bemerkenswert, Genossen, daß wir in allen Ländern ein großes zahlenmäßiges Wachsen des Kommunismus verzeichnen können.

Natürlich sind nicht die Wahlen unsere Stärke. Die Wahlen haben für uns keine entscheidende Bedeutung. Aber sie stellen einen Maßstab des Wachsens unseres Einflusses dar, gerade weil dieses Gebiet für uns nicht besonders günstig ist. Die Wahlen in fünf verschiedenen Teilen Europas zeigten uns ein großes Wachsen des Kommunismus, und sie zeigten uns hauptsächlich daß der Kommunismus in solchen Städten wie Paris und Berlin sehr große Massen erobert. Auch das ist etwas wesentlich Neues in der internationalen Lage und bewegt die Bourgeosie Europas zur Umgruppierung der Front und zur neuerlichen Heranziehung der Herren Menschewiki an die Regierungen. Eine Zeitlang schien es uns, daß die Menschewiki abgewirtschaftet haben, daß sie nie mehr die Ministerportefeuilles erblicken werden. Es schien ein innerer Umschwung vor sich gegangen zu sein. Die Bourgeosie ist jetzt gezwungen, ohne jeden Krieg zu diesem Mittel Zuflucht zu nehmen. Sie macht das nicht besonders gern. Die ganze Lage zeigt aber, daß die Bourgeosie nicht mehr mit den alten Mitteln herrschen kann.

Früher hatte die Bourgeosie den Mut, sich offen und direkt als bürgerliche Macht zu zeigen. Früher hatten wir eine rein bürgerliche Politik oder, wenn Ihr wollt, eine schmutzige bürgerliche Politik, aber eine mehr oder minder offene Politik. Jetzt handelt es sich aber darum, daß die englische Bourgeosie gezwungen ist, diese oder jene Ersatzmittel in Anspruch zu nehmen, sie kann nicht mehr als „reine" oder „schmutzige" bürgerliche Macht regieren, sondern muß zu solchen Mitteln wie der Faschismus oder wie die Heranziehung der Menschewiki an die Macht Zuflucht nehmen. Und sie nimmt auch zu solchen Mitteln Zuflucht, indem sie die II. Internationale in den Bannkreis ihres Apparats hineinzieht. So, wie, sagen wir, das Volkskommissariat für Finanzwesen einen nicht unwichtigen Bestandteil unseres Sowjetapparats bildet, so stellt auch die II. Internationale jetzt einen nicht unwichtigen Bestandteil des Staatsapparats der heutigen europäischen Bourgeoisie dar, die in bedeutendem Maße auf ihre Kosten lebt und die letzten Überreste ihrs Einflusses auf die Arbeiterklasse ausnutzt.

Darum sagen wir, daß die Frage der Verbindung der größten Staaten mit dieser oder jener Internationale in eine neue Phase gelangte. Uns wirft man vor, daß unser Staat mit der III. Internationale zusammenhängt. Aber es ist eine Tatsache, daß eine ganze Reihe bürgerlicher Staaten mit der II. Internationale verbunden ist, und es scheint mir, daß dieser Umstand uns zur Modifizierung unserer Taktik zwingt.

Neues in der Politik ist die Machtergreifung durch die englische „Arbeiterregierung". Es finden gegenwärtig Verhandlungen zwischen England und der Sowjetunion statt. Ihr interessiert Euch vor allem darum, ob sie zu irgendeinem Ergebnis führen werden? Aber man muß sich auch dafür interessieren, mit wem wir da zu tun haben, was für Leute das sind, was für eine Partei das ist, der sie angehören?

Die englische „Arbeiterregierung" und die Londoner Konferenz.

Wir müssen uns mit dieser Frage sehr ausführlich beschäftigen. Es ist klar, daß Macdonald auf dem Gebiete der Innenpolitik die Politik der englischen Liberalen weiterführt. Das Snowdensche Budget, das die Aktiengesellschaften von der Steuer befreit, ist ein liberales Budget. Und auf dem Gebiete der Außenpolitik versucht unser geehrter Macdonald, die Politik der Konservativen weiterzuführen. Es stellte sich heraus, daß die Politik der II. Internationale in England von der Politik der bürgerlichen Parteien nur dadurch abweicht, daß sie die Liberalen und Konservativen in einer Person zu vereinigen versucht, daß sie versucht, eine gewisse Synthese dieser beiden Parteien herzustellen. Nicht lange vor seinem Regierungsantritt schrieb Macdonald in seinem Buche „Unsere Politik" folgendes:

„Die Arbeiterregierung wird dafür sorgen, daß die Geldrente der Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes und nicht der Konservierung einer Klasse dienen soll."

Anders gesagt, wird die Arbeiterregierung dafür sorgen, daß die Bodenrente zur Erleichterung der Lage der Arbeiterklasse dienen soll.

Mit anderen Worten machte Macdonald die Miene, ein wenig gegen die Gutsbesitzer losgehen zu wollen. Nach seinem Regierungsantritt hat er selbstverständlich nicht im allergeringsten daran gedacht.

„Ferner" — schreibt er — „kann es nicht so weitergehen, daß wir uns mit solchen Parlamenten begnügen werden, die keine wirkliche Volksvertretung darstellen, und daß wir solche allgemeine Wahlen zulassen, bei denen die wesentlichsten Fragen nicht einmal berührt werden . . ."

O, Herr Macdonald! Wo sind alle Eure Versprechungen geblieben?! Was ist mit der Unabhängigkeit Ägyptens? Was ist mit der Autonomie Indiens? Vorläufig hören wir da nur von neuen Hinrichtungen. Wo bleibt das Selbstbestimmungsrecht Irlands? Vorläufig sehen wir nur die Fortsetzung der Politik Curzons.

„Die Arbeiterregierung wird allmählich zur Nationalisierung der Bergwerke, Eisenbahnen und Rohmaterialquellen übergehen."

Selbst daran zu denken ist fürchterlich: Eisenbahnen, Bergwerke, Rohmaterialquellen! O Herr Macdonald! Wo bleibt die Nationalisierung der Bergwerke? Wir haben folgendes gehört: der Verband der Bergarbeiter, der im Unterhaus 25 Abgeordnete hat, besteht darauf, daß über die Nationalisierung der Bergwerke ein Gesetzentwurf eingebracht werde, Macdonald aber schlägt vor . . . . über etwas anderes zu sprechen.

„Die Arbeiterregierung wird gleichzeitig mit der Nationalisierung sofort eine entsprechende Verwaltungsreform durchführen, die die Bürokratie beseitigen wird."

Ich frage unseren englischen Genossen, den Kommunisten Tom Man, einen alten Funktionär der englischen Gewerkschafts-

und Arbeiterbewegung, der Macdonald so gut kennt wie seine eigene Westentasche: ob Macdonald auch nur einige Beamte ausgetauscht hat? Wieso denn?! Alles blieb an der alten Stelle. Es wurden etwa ein halbes Dutzend Privatsekretäre ausgetauscht, was alles übrige anbelangt, so besteht jetzt der einzige Unterschied nur darin, daß diese Herren jetzt etwas höflicher sprechen. Aber alles blieb beim alten. Wir haben also hier ein klassisches Beispiel des Betruges in seiner nacktesten Form vor uns.

Unlängst hat sich Macdonald in einer Zeitschrift der rechten SR. damit gerühmt, daß nur die II. Internationale fähig ist, den Bolschewismus zu bekämpfen. Diese Worte müssen wir uns merken. Sie geben auch auf unsere frühere Frage Antwort, warum die Menschewiki zum zweitenmal an die Macht herangezogen werden. Gerade darum, weil man der Hoffnung ist, daß nur sie einen wirklichen Kampf gegen uns führen können. Snowden charakterisierte unlängst das Wesen der Arbeiterpartei mit folgenden Worten:

„Der Sozialismus der englischen Arbeiterpartei ist ein sich auf Tatsachen stützendes praktisches Streben nach der Erweiterung der Sphäre der bereits von weiten Kreisen geteilten Prinzipien des demokratischen Eigentumrechtes (!) und der Kontrolle über die wichtigsten gesellschaftlichen Unternehmungen. Er setzt sich nicht das Ziel, jene Methoden zu verwerfen, die demokratisch sind und die demokratisch bleiben sollen. Er lehnt solchen Blödsinn wie die Diktatur des Proletariats ab." (Da haben wir es!) „Der Sozialismus ist das demokratische Eigentumsrecht und ich" — sagte er — „lehne zusammen mit der Arbeiterpartei jeden Blödsinn wie die Diktatur des Proletariats ab."

Wir sehen also, daß wir es hier mit ganz bestimmten Gruppen zu tun haben, die es verstanden haben, den Arbeitern die Augen auszuwischen. Wir haben es hier mit einer Partei zu tun, die die Politik der Bourgeoisie führt.

*

Die ganze Politik Macdonalds auf der Konferenz zwischen England und der Sowjetunion ist von dem Wunsche beseelt, der englischen Bourgeoisie dienen zu können, aber so, daß er darum in den Augen der englischen Arbeiter nicht alles verlieren soll. Und wenn es ganz natürlich ist, wenn ihr uns jetzt fragt, ob die Londoner Konferenz zu irgendwelchen positiven Resultaten führen wird, so müssen wir ganz aufrichtig sagen, daß wir darüber vorläufig noch nichts sagen können. Das hängt von Macdonald ab. Er ist wegen unserer scharfen Ausdrücke sehr beleidigt usw. Aber Genossen, Propaganda ist Propaganda, Polemik ist Polemik — das ist selbstverständlich. Die II. und die III. Internationale werden einander bekämpfen, aber das darf die geschäftsmäßigen Verhandlungen nicht stören. Wir wünschen entschieden, uns mit ihnen zu verständigen, wir wünschen mit England in regelrechte Beziehungen zu treten. Ihr kennt die Erklärung unserer Delegation: Wir sind so weit gegangen, daß wir im Prinzip unsere Bereitschaft erklärt haben, die kleineren Eigentümer zu befriedigen, selbstverständlich nur dann, wenn es uns wirtschaftlich ermöglicht wird, das heißt, wenn wir irgendeine Anheihe bekommen. Die ersten Wochen der Konferenz wurden nur mit Höflichkeiten, Formalitäten, Liebenswürdigkeiten usw. verbracht. Erst jetzt beginnen die ernsten Verhandlungen. Der Schwerpunkt liegt in der Anleihe. Vor uns liegt ein Verzeichnis über die letzten Anleiheverträge verschiedener Regierungen. Die Zinsen, zu denen die letzten Anleihen verschiedener Länder abgeschlossen wurden, sind verschieden hoch festgesetzt worden.

Tschechoslowakei 8%, Brasilien (Kaffeeanleihe) 7½%, Niederländisch-Indien 6,24%, Finnland 6,89%. Japan 7,1%, Polen 10½ bis 14½%.

Japan hat bereits nach seiner Katastrophe mit Amerika eine Anleihe zu etwas über 7% Zinsen abgeschlossen. Das ist einer der vorteilhaftesten Anleiheverträge, die uns aus den letzten Jahren bekannt sind.

Die nachteiligste Anleihe haben die Polen abgeschlossen. Sie sind sehr stolz, daß sie sich nicht vor dem westeuropäischen Kapital vorbeugen müssen, und sie haben mit Italien einen Anleihevertrag abgeschlossen. Und, was glaubt Ihr, wie? Sie verpflichteten sich zu 11 bis 14% Zinsen und verpfändeten eine ganze Reihe von indirekten Steuern. Solche Anleihen brauchen wir natürlich nicht. Aber wir sind nicht gegen einen guten Anleihevertrag. Japan erhielt eine halbe Milliarde Goldrubel. Was die Summe anbelangt, so ist das ungefähr die Summe, die auch wir wollen. Was die Zinsen betrifft, so sind sie natürlich zu hoch, aber wenn sie uns noch ein Prozent nachlassen, so ist das ungefähr, was wir wollen, da unser Sowjetstaat viel stabiler ist als jeder andere Staat (Beifall). Wir werden die alten zaristischen Schulden natürlich nicht bezahlen, aber unseren eigenen Schulden werden wir unbedingt nachkommen. Genau zu sagen, ob die Londoner Konferenz zu irgendwelchen positiven Ergebnissen führen werde, ist jetzt noch unmöglich. Wir sind natürlich bereit, mit Leuten in einen Wortwechsel einzugehen, die behaupten, daß die Diktatur des Proletariats ein Blödsinn sei. Wir verzichten nicht darauf, Herrn Macdonald an seine Versprechungen in bezug auf Indien, Irland usw. zu erinnern. Aber mit ihm ein Geschäft, eine etwas vorteilhaftere Anleihe als Japan abzuschließen, sind wir gerne bereit. Wir bringen gewisse Opfer, um den wirtschaftlichen Aufschwung in unserem Lande zu beschleunigen.

Die Folgen der de jure-Anerkennung.

Eine ganz neue Lage wird jetzt in Frankreich geschaffen. Das bewegt uns dazu, darüber nachzudenken, was für Resultate wir von der de jure-Anerkennung zu erwarten haben. Sie haben uns von allen Seiten abgewogen, sondiert, und kamen zu der Schlußfolgerung, daß sie uns anerkennen müssen. Jetzt müssen wir die Frage stellen: wohin führt diese Anerkennung? Die de jure-Anerkennung darf uns nicht täuschen. Die Anerkennung an sich hat die Kräfteverhältnisse noch nicht verändert. Diese de jure-Anerkennung kann zu neuen Schwierigkeiten führen. In seinen letzten Schriften hat Wladimir Iljitsch öfter erwähnt, daß er auf dem internationalen Kampffelde für unseren Staat neue Schwierigkeiten befürchtet. Er wisse es nicht, wie es sein wird, aber offensichtlich wird uns gegenüber eine andere Form des Druckes ausgeübt werden. Jetzt scheint es, als ob sich diese Prophezeiung nicht erfüllt hätte, aber wir wissen, wie oft das, was Wladimir Iljitsch fühlte und voraussagte, eingetroffen ist. Schon das allein muß uns zum Nachdenken bewegen. Klar ist es schon jetzt, daß die de jure-Anerkennung uns neue Schwierigkeiten bringen kann.

Nehmen wir zum Beispiel Frankreich. Poincaré hat uns nicht geliebt, er war unser Feind, er hetzte gegen uns. Jetzt kommt Herriot. Herriot ist kein solcher Wüterich; sein erstes Wort wird wahrscheinlich unsere Anerkennung sein, sein zweites Wort aber: ich bin ein guter Mensch, ich habe Euch anerkannt, nun bemüht Euch, zu zahlen. (Heiterkeit.) Dasselbe wird mit einer ganzen Reihe anderer Staaten der Fall sein. Herriot schickt uns einen Blumenstrauß mit der Anerkennung de jure, und im Blumenstrauß ist eine Rechnung verborgen, die auf eine recht große Summe lautet. Frankreich fordert von uns fast 5¼ Milliarden, außer den Zinsen. Belgien ¼ Milliarden; ferner Holland, Japan usw., alle zusammen etwa 25 Milliarden. Ja, in der nächsten Zeit können wir eine Reihe von Blumensträußen mit Anerkennungen bekommen, aber zugleich mit einer Rechnung über 25 Milliarden.

Wir dürfen uns nicht täuschen, diese Schwierigkeiten bestehen und rollen vor uns immer die Frage der Nationalisierung der Industrie auf. Macdonald versteift sich grade in dieser Frage am schärfsten.

Wir haben früher gefragt: wird denn ein „Arbeiterminister" sich entschließen können, die Frage gerade in bezug auf die Bezahlung der nationalisierten Unternehmungen an die Großkapitalisten zuzuspitzen? Es schien, als ob dieses Gebiet für ihn gerade das ungünstigste Gebiet wäre. Aber wir haben es hier mit einer Lakaienpolitik zu tun, die nur ein Ziel hat: den großen Herren zu dienen. Macdonald beginnt die Frage gerade wegen der Nationalisierung der Großindustrie zuzuspitzen. Er argumentiert folgenderweise: Nun gut, Ihr habt in Rußland gesiegt, Ihr habt die russischen Kapitalisten ausgebeutet, das ist mehr oder minder nach Marx geschehen, die englischen Kapitalisten habt Ihr aber nicht besiegt, daher könnt Ihr sie nicht expropriieren — das wäre gar nicht nach Marx. (Heiterkeit.) Wir können ihnen darauf antworten, daß das für jeden Fall nach der Leninschen Methode geschehen ist, aber wir glauben, daß auch Marx dagegen nichts hätte einwenden können und wollen. (Beifall.) Wir sind der Meinung, Genossen, daß die Grundlagen des revolutionären Marxismus darin bestehen: den Feind dort zu schlagen, wo er steht, wo wir ihn kriegen.

Das ist, Genossen, eine sehr große Frage. Erlaubt mir, Euch die Rechnung vorzulegen, bevor sie noch durch unsere Feinde uns vorgelegt wird: Wieviel wir für die nationalisierten Unternehmungen „schulden"? Wir entnehmen unsere Zahlen der Statistik des amerikanischen Handels-Departements. Unsere entsprechenden „Departements" haben sich für diese Frage noch nicht interessiert, das amerikanische Departement hat sich aber schon dafür interessiert, wieviel wir für die nationalisierten Unternehmungen schulden. (Heiterkeit.) Ohne jene Gebiete, die sich von uns losgelöst haben, bekommen wir nach der Berechnung

des amerikanischen Handelsdepartements eine Ziffer von zwei Milliarden und sieben Millionen Goldrubel. Auf Frankreich entfallen 648 Millionen, England 500 Millionen, Deutschland 217 Millionen, Belgien 311 Millionen usw. Das ist allein die Rechnung für die „wider Marx" nationalisierten Unternehmungen. Wir sehen, daß der Weg unserer Sowjetdiplomatie gar nicht mit Blumen bestreut ist. Die Anerkennung ist e i n e Sache, die Rechnung eine **andere**. Poincaré hat den wütenden Hund gespielt und sagte, daß er uns durch die Rumänen und Polen aus Rußland ausräuchern wird. Aber diese Periode ist vorüber, und wir treten hier aus der vorbereitenden Klasse in die erste. „Wir anerkennen Euch, aber nun geruht zu zahlen", so ist die Frage gestellt, und sie kann uns neue Schwierigkeiten bringen, die eine Einheitsfront zwischen England und Frankreich gegen uns herstellen können. Die Herren aus der II. Internationale werden natürlich auch darin gegen uns sein.

Man fragt uns zuweilen: Nun, wird es uns denn eine Erleichterung bringen, daß in England Macdonald, in Frankreich Herriot und in Belgien Vandervelde die Macht ergreifen, daß in Japan die Feudalherren durch die progressiven Kapitalisten gestürzt werden, daß in Amerika eine Wirtschaftskrise beginnt und eine dritte kleinbürgerliche Partei entsteht, die gegen die Kapitalisten der republikanischen, demokratischen Partei auftreten will?

Wird das unsere Lage erleichtern? Allerdings wird es unsere Lage ein wenig erleichtern. Zum Beispiel wird die nächste französische Regierung, wie immer sie auch zusammengesetzt sein wird, Rumänien nicht offen gegen uns mit Waffen und Geld versorgen können, sie wird Polen gegen uns nicht bewaffnen können. Nicht umsonst betrauert Benesch, betrauern die Rumänen und Polen den Sturz Poincarés. Macdonald wird es auch schwer sein, die Massen offen gegen uns zu treiben. Geld für eine Intervention gegen uns zu geben, eine Intervention einzuleiten und die Gebärden Curzons zu wiederholen. Aber auch für uns werden Schwierigkeiten entstehen. Erstens wollen sie für die Anerkennung Geld haben. Zweitens besteht eine Schwierigkeit darin, daß die II. Internationale zu einem Bestandteil der Regierung wird. Und von ihr sagte schon Macdonald, daß, wenn überhaupt jemand uns bekämpfen und die Massen von uns loslösen könne, so ist das die II. Internationale. Darum tritt jetzt unsere internationale Politik in eine neue Periode ein. Ob wir etwas bekommen oder nicht, das können wir noch nicht sagen. Der Kampf wird in der internationalen Arena geführt. Die weißen Emigranten bieten alles auf, die Sache zu vereiteln.

Hierüber nur eine kleine Skizze: Miljukow eilte den englischen Kapitalisten und Macdonald mit einem außerordentlich scharfsinnigen Artikel über „die juridische Natur der Sowjetunion" zu Hilfe. Er beschäftigt sich mit dem IV. Artikel unserer Verfassung, worin es sich um das Recht jeder einzelnen Mitgliedsrepublik unserer Union handelt, aus dem Verbande der Union auszutreten, und beweist, daß „die Union der Sowjetrepubliken als ein rechtsfähiger juridischer Kontrahent überhaupt nicht existiert. Jeder Teil der Union kann aus ihrem Verband austreten. Ihr seht, was für einen Staat Sie haben. Heute nehmen Sie eine Anleihe auf und morgen kann eine Reihe von Republiken aus dem Verband der Union austreten. Ihre ‚juridische' Natur ist eine solche, daß Sie gar keinen Staat haben". (Heiterkeit.)

Ihr habt Euch von meinem heutigen Bericht davon überzeugen können, daß Miljukow ein großer Spezialist in der Nationalitätenfrage ist. Ihr habt es gesehen, wie er sich mit den Ukrainern versöhnt hat, und es ist natürlich, daß er dieses Problem studiert. Er behauptet ferner, daß es sowohl in den Beschlüssen unserer Partei wie auch unserer Verfassung einen Punkt gebe, wonach jeder Staat, der eine Sowjetverfassung hat, sich unserer Union anschließen könne. Ja, es gibt einen solchen Punkt. Miljukow sagt:

„Denkt Euch, was für ein Durcheinander da sein wird: Ein Staat tritt, wenn er will, aus dem Verband der Union aus, andererseits müssen die Einwohner von Borneo, Madagaskar oder des Landes der Zulukaffern nur das Sowjetregime einführen und die kommunistische Ordnung verkünden, und allein Kraft ihrer Erklärung können sie zu Mitgliedsstaaten der Sowjetunion werden."

Nun, wir antworten Miljukow: Warum denn gerade Madagaskar, das Land der Zulufaffern und Borneo? Es ist uns Deutschland und Frankreich lieber . . . (Anhaltender Beifall.)

Ich glaube übrigens nicht, daß solche Erklärungen Miljukows in der Anleihefrage eine ernste Rolle spielen würden. Diese Frage wird von nüchternen Leuten gelöst werden, die unseren Export und die Lage unseres Tscherwonez gründlich studiert haben.

Tschitscherin und Tscherwonez.

In der Anerkennungsfrage hat ja die Stabilisierung des Tscherwonez, die Flachs- und Naphthaausfuhr usw., eine große Rolle gespielt.

Der Tscherwonez hat die entscheidende Rolle gespielt. Genosse Tschitscherin hat auch eine große Rolle gespielt. Wir haben hier zwei „Tsch": Tschitscherin und Tscherwonez — wer spielte die größere Rolle? Im allgemeinen beide zusammen. In London wird man uns auch darin prüfen, ob Tschitscherin stabil ist. Und natürlich wird er ebenso stabil sein, wie auch das Zentralkomitee stabil sein wird, aber noch wichtiger ist, daß unser Tscherwonez stabil bleibt, daß unsere Wirtschaft stabil bleibt, daß unsere Wirtschaft sich hebt.

Unser Verhältnis zu Deutschland.

Ich muß Euch einige Worte über den Zwischenfall mit Deutschland sagen. Ihr kennt alle Details. Die deutschen Kapitalisten begehen neue Fehler, sie machen einen Fehler nach dem anderen. Das ist ein äußerst interessantes Bild. Warum begehen sie solche grobe Fehler, und warum zetteln sie einen für sie offensichtlich schädlichen Konflikt an? Es geschieht teilweise mit Rücksicht auf Frankreich, da sie etwas von Frankreich erhoffen. Es gibt jetzt sehr viele Unklarheiten in der europäischen Lage. Die französische Regierung hat ihre Stelle noch nicht angetreten und schon versucht Deutschland, ihr einen Vorschuß zu geben: „Wir gehen ganz und gar nicht mit der Sowjetunion, wir können uns Euch verkaufen, wir können Euch die deutschen Arbeiter verkaufen."

Die zweite Ursache ist der innere Kampf in Deutschland selbst. Seine eigene Regierung hat sich noch nicht gebildet. Auch hier spielt die II. Internationale eine große Rolle. Die ganze deutsche Presse führt jetzt eine solche wüste Hetze gegen uns, wie sie sie kaum im Jahre 1914 geführt hat, als Rußland als eine Kosakenhorde hingestellt wurde.

Aber unter diesen Hetzern, unter diesen letzten niederträchtigsten Schuften befindet sich auch die deutsche Sozialdemokratie. Ihr könnt den Artikel des alten Eduard Bernstein lesen. Er ist nicht nur dadurch berühmt, daß er gegen den Marxismus ein Buch schrieb, sondern auch dadurch, daß er noch einer der letzten war, die die Version aufrecht erhalten haben, daß Wladimir Iljitsch ein Spion gewesen sei. Er (Bernstein) besitze angeblich ein (natürlich gefälschtes) Dokument darüber, daß Wladimir Iljitsch ein deutscher Spion war. Und so handelt Bernstein, der Führer der II. Internationale, zu einer Zeit, wo bereits die ganze Bourgeoisie auf diese niederträchtige Verleumdung verzichtet hat. Nun, dieser Bernstein, mit einer so prachtvollen Vergangenheit, schreibt im „Vorwärts", im Organ der Sozialdemokratie:

„Habt keine Angst vor Moskau, seid stark und dann werden sie Euch entgegenkommen; kann man denn mit diesen Leuten wie mit Gleichgestellten sprechen, kennt Ihr denn diese Leute nicht?"

Die deutsche Sozialdemokratie, die zu einer gegenrevolutionären Partei geworden ist, bietet alles auf, um die Sache zu einem Bruch mit uns zu treiben und Deutschland den französischen Kapitalisten preiszugeben. Aber trotzdem wird diese Geschichte natürlich nur eine Episode bleiben. Deutschland bedarf des Handels mit uns. Die deutsche Regierung wird sich nicht auf ihrer jetzigen unsinnigen Position versteifen, sie wird es bald begreifen, daß wir nicht nachgeben. Grundlegende wirtschaftliche Interessen verbinden Deutschland mit unserem Lande, allzusehr sind diese Länder aufeinander angewiesen. Aber Ihr könnt daraus ersehen, daß selbst zwei Jahre nach dem Rapallo-Vertrag, nachdem wir mit Deutschland schon in Handelsbeziehungen standen, so eine Situation möglich ist. Das ist für uns eine neue Lehre.

Es ist Euch bekannt, daß Deutschland uns nicht nur de jure anerkannt hat, sondern daß es von uns als von Freunden sprach. Aber es genügte, ein bloßer Schatten der Hoffnung, daß es sich auf die Seite der Gegner schlagen kann, und schon hat es diese Gelegenheit benutzt.

Es ist möglich, daß mit dem Regierungsantritt unseres „Freundes" Herriot in Frankreich die Sache eine andere Wendung nimmt. Es ist möglich, daß die Arbeiterregierung in England sich lange halten wird, daß es in Frankreich ein Koalitionsministerium unter Beteiligung der Sozialisten, in Deutschland eine große Koalition mit Teilnahme der Sozialdemokraten geben wird, daß sich in Belgien die Lage verändert usw. Das ist eine mögliche Linie der Front. Es ist aber auch möglich, daß Mac-

donald als Resultat der Londoner Konferenz fliegen wird. Das ist sehr leicht möglich. Die Lage des Genossen Tschitscherin wird dadurch nicht erschüttert, wenn die Konferenz zwischen England und der Sowjetunion mit Mißerfolg endet. Dafür garantiere ich. Die Lage Macdonalds wird sich aber in diesem Falle stark erschüttern. Es ist möglich, daß wieder jemand von den Anhängern Lloyd Georges oder Curzons die Regierung übernimmt. Es ist auch in Frankreich eine solche Regierung möglich, hinter deren Kulissen Poincaré manövrieren wird, vielleicht mit den Sozialisten oder auch ohne sie. Es ist möglich, sogar wahrscheinlich, daß in Deutschland eine nationalistische Regierung gebildet wird. Die Lage ist also noch sehr unbestimmt. Es ist sehr schwer, im voraus zu sagen, welchen Weg wir hier einschlagen werden. Hier muß der Parteitag dem Zentralkomitee überlassen, so zu manövrieren, wie es die Lage fordern wird.

Die Erfolge der Komintern.

Eines ist klar, auf der Linie der Komintern haben wir einen ernsten Sieg zu verzeichnen. Uns schien es, daß die deutsche Revolution nahe ist. Einen unmittelbaren Sieg haben wir hier noch nicht errungen. Aber das Gebot Wladimir Iljitsch': die Verbindung mit den Massen, die Verwandlung der Komintern in eine Massenpartei der Arbeiterklasse, diese Aufgabe erfüllen wir erfolgreich und haben sie schon in bedeutendem Maße erfüllt. Vergleicht die Zahlen, die unsere Partei bei den jüngsten Wahlen erhalten hat, mit den Stimmenzahlen der II. Internationale zur Zeit ihres höchsten Aufstieges. Ich versuchte, einen solchen Vergleich zu ziehen. Die französische Partei hat in der Blütezeit der II. Internationale, als an ihrer Spitze Jaurès, Guesde, Vaillant standen, 700.000 Stimmen bekommen. Die Kommunisten haben jetzt gegen die Sozialdemokraten 900.000 Stimmen erhalten. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat in ihrer Blütezeit, als August Bebel ihr Führer war, 3 Millionen Stimmen gesammelt, jetzt haben wir 4 Millionen Stimmen gegen die Sozialdemokratie. Dasselbe ist in der Tschechoslowakei, in Karpatho-Rußland, in Bulgarien und in einer ganzen Reihe von anderen Ländern der Fall. Dazu kommt noch, daß unsere Parteien in fast allen diesen Ländern während dieser Zeit illegal gearbeitet haben. Sie erhielten eine wirkliche Stählung, sie haben eine wirkliche Prüfung bestanden. Nach dieser Periode werden sie zu gestählten Massenparteien werden. Wir treten in eine Periode ein, wo wir zahlenmäßig eine größere Kraft darstellen als die II. Internationale in den Jahren ihrer Blüte. Das ist auch mit gewissen Gefahren verbunden. 1. Es entstehen Gefahren, die auch in der II. Internationale vorhanden waren: die Entwicklung opportunistischer Ausartungen usw. Es ist zwar nicht dasselbe, aber gewisse Gefahren waren und werden vorhanden sein. Wie dem auch sei, so ist es klar, daß die Komintern mit jedem Tage, nein, mit jeder Stunde, wächst, daß sie allmählich die Arbeiterklasse dem Einflusse der Sozialdemokratie entzieht.

Die Konzessionsfrage.

Nun die Konzessionsfrage. Diese Frage wird gegenwärtig zu einem unserer wichtigsten Probleme. Es gab eine Zeit, wo wir auf dem 10. Parteitag eine Resolution annahmen, mit der Überschrift: „Die Sowjetrepublik in kapitalistischer Umkreisung". In dieser Resolution heißt es:

„Eine der unter unseren Verhältnissen anwendbaren Formen der Beteiligung des ausländischen Kapitals an der Ausbeutung der Naturreichtümer der Sowjetrepublik stellten die Konzessionen dar, bei denen der Konzessionär einen gewissen Anteil an dem Produkt als Belohnung enthält.

Konzessionsobjekte können jene Zweige der Volkswirtschaft sein, deren Entfaltung das Entwicklungsniveau der Produktivkräfte in Rußland offensichtlich erhöht und die gegenwärtig und in der nächsten Zeit durch eigene Kräfte der Sowjetrepublik nicht bedient werden können, zum Beispiel das Forst-, Bergbau- und Naphthawesen (!), die Elektrifizierung Rußlands usw. Insbesondere können als Konzessionsobjekte betrachtet werden ein Teil der Naphthaquellen von Grosny und Baku, insoweit damit die Sowjetregierung Aserbeidschans einverstanden ist."

In dieser Resolution waren als Konzessionsobjekte aufgezählt: das Forstwesen, die Bergbauindustrie, die Elektrifizierung und die Quellen von Baku. Darüber wurde auf dem 10. Parteitag auf Grund der Initiative von Lenin gesprochen. Man wollte die Bakuer und Grosnyer Quellen als Konzessionen vergeben. Ein Teil der Genossen aus dem Kaukasus war dagegen. Wir appellierten an den Kongreß, um freie Hand zu haben. Ich bringe Euch dies jetzt darum in Erinnerung, um einen Vergleich aufstellen zu können. Wer denkt jetzt daran, die Quellen von Baku und Grosny als Konzessionen zu vergeben?

Es gibt bei uns zuweilen allzu unmäßige Anhänger der Konzessionen, die sich auf Zitate von Wladimir Iljitsch berufen und sagen: „Seht, er war damit einverstanden, Milliarden zu opfern, nur um von dem Auslandskapital Hilfe zu bekommen." Und jetzt steht diese Frage umgekehrt. Die Frage ist, ob wir vom ausländischen Kapital Hilfe bekommen werden, wenn ja, welche Opfer wir dafür bringen müssen? Manchmal tritt man mit Vorwürfen an das ZK. heran und sagt: Warum zieht Ihr das ausländische Kapital nicht heran. Sie sagen es in einem Tone, als ob wir es nicht wollten, und als ob die Frage so formuliert werden könnte: Entweder eine langsamere Entwicklung aus eigenen Kräften oder eine raschere Entwicklung mit Hilfe des ausländischen Kapitals. In Wirklichkeit aber steht die Frage ganz anders. Seid ihr denn davon überzeugt, daß, wenn morgen Koltschak und Miljukow die Macht in Rußland haben würden (was natürlich nie mehr der Fall sein wird), seid Ihr denn davon überzeugt, daß sie durch das ausländische Kapital in großem Umfange unterstützt würden? Ich bin gar nicht davon überzeugt. Ich glaube, daß auch sie kaum auf eine Hilfe des ausländischen Kapitals rechnen könnten. Ich sage das darum, daß wir um so weniger darauf rechnen können, daß uns plötzlich das ausländische Kapital zu Hilfe eilt. Es gab eine Zeit, wo Wladimir Iljitsch sagte:

„Solange es in anderen Ländern keine Revolution gibt, müssen wir jahrzehntelang die schwersten Opfer bringen, und es kann da nicht darauf ankommen, daß wir aus unseren grenzenlosen Reichtümern, aus unseren reichen Rohmaterialquellen Millionen oder Milliarden abtreten, nur um die Hilfe des großen fortgeschrittenen Kapitals zu gewinnen. Wir werden schon später alles mit Zinsen zurücknehmen."

Das war damals, als wir bereit waren, auf die Prinzeninsel zu gehen. Damals war unsere Lage sehr schwach. Jetzt ist es anders, jetzt haben wir keinen Grund, auf die Prinzeninsel zu gehen. Darum ist es falsch, diese Zitate Lenins auf die jetzige Lage anzuwenden.

Wir sind alle für die Konzessionen. Und wenn Ihr den ganzen Lenin über die Konzessionen hören wollt, so müssen wir außer diesen Zitaten die Tatsache erwähnen, daß Wladimir Iljitsch, als es sich um eine tatsächliche Konzession, um die Konzession von Urquhart handelte, folgendes sagte: „Verzeihung, auf Wiedersehen, wir warten eine Zeitlang." Wenn Ihr den ganzen Lenin über diese Frage hören wollt, so leset auch die Zitate in bezug auf diese Ablehnung der Urquhart-Konzession. Das zeigt uns unsere Aufgaben in ihrer ganzen Schwierigkeit, das besagt, daß wir bei jeder Konzession die Fragen konkret lösen müssen. Es ist sehr leicht, nach Lenin eine prinzipielle Antwort auf die Konzessionsfrage zu geben. Aber es ist eine äußerst wichtige und schwere Aufgabe, eine konkrete Antwort auf die Frage zu geben, ob man jetzt die Urquhart-Konzession gewähren, ob man die Goldgruben an der Lena in Konzession vergeben soll oder nicht.

Im allgemeinen ist die Frage nicht die: Rascher mit Hilfe des ausländischen Kapitals oder langsamer aus eigenen Kräften, sondern die richtige Fragestellung ist: wenn wir nicht alles Notwendige tun, um uns, wenn auch langsam, aus eigenen Kräften aufzurichten, dann werden wir nie die Hilfe des ausländischen Kapitals erleben, sondern nur Erpressung und Betrug. Die Hauptsache ist darum, alles so einzurichten, um im schlimmsten Falle ohne das ausländische Kapital auszukommen. Früher gab es bei uns solche Utopien: es würde vielleicht gelingen, diese oder jene Kapitalistengruppe mittels eines größeren Profits gegen die übrigen auszuspielen. Jetzt ist es klar, daß uns dies kaum bald gelingen wird.

Es ist ganz klar, daß, wenn wir die ganze internationale Lage betrachten, wir sie folgenderweise formulieren können: Weder unmittelbare Gefahr noch unmittelbare Hilfe. Das ist schon ein großer Fortschritt. Es gab Zeiten, wo die Gefahren uns unmittelbar bedroht haben, wo man uns im offenen Kriege bekämpfte.

Jetzt ist es ganz klar, daß die Konzessionsfrage eine Frage über die Grenzen der neuen Wirtschaftspolitik darstellt. Wenn wir die Konzessionäre zu uns hereinlassen, so bedeutet das die Erhöhung des Schwergewichtes der neuen Bourgeosie in unserem Lande. Nach diesem Vorwort können wir an die Konzessionsfrage herangehen.

Mit Hilfe des Volkskommissariates des Äußeren sammelte ich ein ganzes Heft voll Pressestimmen der größten Konzessionskandidaten, Konzessionsfreier, über unsere Konzessionspolitik. Nun einige Beispiele:

„Solange die Beherrscher Rußlands ablehnen, die Schulden ihres Landes anzuerkennen und die englischen Eigentümer nicht wieder in ihre alten Rechte einsetzen, ihre durch den gewaltsamen Eigentumraub verursachten Verluste ersetzen wollen, kann Rußland weder auf eine politische Anerkennung, noch auf die Unterstützung des ausländischen Kapitals rechnen.

(Urquhart. „Times" vom 26. Mai 1923.)

„. . . Wir hoffen, daß sich in der nächsten Zeit die wirtschaftliche Lage Rußlands verändern wird und seine Führer begreifen werden, daß zum industriellen und kommerziellen Wiederaufbau des Landes das frühere Vertrauen notwendig ist. Solange die früheren Eigentümer nicht in ihre Rechte eingesetzt werden, darf an einem Zustrom des nötigen Kapitals nicht einmal gedacht werden. Man darf nicht vergessen, daß alle früheren Eigentümer der Naphtaquellen in Rußland sich zur Verteidigung ihrer Interessen vereinigt und die volle Unterstützung ihrer Regierung erhalten haben. Welche Regierung auch immer Rußland haben möge, so ist die Zusammenarbeit dieses Landes mit Europa notwendig. Rußland braucht Kapital und eine erfahrene Führung. Es kann selbst sein politisches, nicht aber sein wirtschaftliches Leben einrichten, da es ihm zum Wiederaufbau der Industrie in Rußland sowohl an Mitteln wie auch an Spezialisten mangelt."

(Naphthagesellschaft von Grosny. Bericht der Administration in der Information vom Oktober 1923.)

Über die Frage des ausländischen Kapitals in Rußland schreiben die „Times" vom 15. Juni 1923:

„Über die Lage der Finanzen, der Wirtschaft und der Industrie in Rußland einen Begriff zu haben, brauchen wir nicht allzuviel Ziffern. Wir haben ein vorzügliches Barometer: das Verhalten der ausländischen Kapitalisten und der früheren Fabrikbesitzer, die überaus bereit wären, auf Grund von Vorschlägen der Sowjetregierung Konzessionen anzunehmen und ihre früheren Fabriken wiederherzustellen, wenn darauf die geringste Hoffnung bestehen würde. (Hört! Hört!) Im roten Rußland gibt es kein ausländisches Kapital. Das ist eine äußerst bemerkenswerte Tatsache, da das Kapital ebenso international ist wie der Bolschewismus. Es läßt sich weder durch patriotische, noch durch religiöse, noch durch sentimentale Vorurteile zurückhalten. Es ist fest materialistisch, praktisch. Es ist äußerst gut informiert, viel besser als die Diplomatie, und läßt sich nicht vom Eindrucke der Gerüchte und der Propaganda beeinflussen.

Die ausländischen Fabrikbesitzer sind mehr als zur Hälfte Russen und fühlen sich in Rußland mehr zu Hause als irgend wo anders. Und sie befinden sich in einer traurigen Lage, sie haben keine Arbeit, trotzdem sie zu arbeiten wünschen und bereit sind. Viele von Ihnen — Franzosen, Belgier, Schweizer, Engländer — besuchten Rußland während der zwei letzten Jahre, sahen ihre Fabriken, studierten die allgemeinen Verhältnisse, führten mit der Sowjetregierung Verhandlungen und beschlossen, nach Rußland **nicht zurückzukehren.** Die Kapitalisten, die nach Konzessionen dürsten und aufeinander eifersüchtig sind, haben sich auf den Köder Krassins gestürzt, sie haben ihn aber nicht angebissen. Angebissen haben nur die ‚Finanzleute' ohne Geld.

Man kann Forstkonzessionen bekommen, man kann Leder kaufen, da man das Leder dem Lande leicht entziehen kann, aber niemand will die teueren Betriebseinrichtungen liefern, niemand will neue Bergwerke bauen oder sich mit einem Geschäft abgeben, das keinen unmittelbaren Gewinn abwirft. Kurz gesagt, es besteht eine Tendenz, aus Rußland alles herauszuholen, aber nicht seine Reichtümer zu entwickeln."

Der Wunsch der „Konzessionsfreier" geht also dahin: 1. Bezahlung der Schulden, 2. Wiederherstellung des Eigentums der ausländischen Kapitalisten, 3. Auftsellung bürgerlicher Gerichtshöfe und Wiederherstellung der bürgerlichen „Freiheiten" usw. Es ist klar zu ersehen, was für Konzessionen sie wünschen und was für Leute wir wären, wenn wir auf diese Wünsche eingehen würden. Natürlich werden wir, Genossen, darauf niemals eingehen.

Allerdings wird die Konzessionsfrage von vielen Kapitalisten in einer ganz realen Weise behandelt. Ich führe Euch noch ein Zitat an. Ein hoher Gast, Ludwig Haas, deutscher Reichstagsabgeordneter, der uns in Moskau im Jahre 1923 besuchte, schrieb im „Berliner Tageblatt" folgende Worte:*)

„Sollte die Weltrevolution kommen, für die der Boden nicht durch die Politik der Sowjetmachthaber, sondern durch die Unvernunft einiger Ententepolitiker vorbereitet wird, so wird das Eigentum nirgends gesichert sein. Kommt aber die Weltrevolution nicht, so wird das deutsche Eigentum in Rußland gesichert sein, da die Sowjetmacht, die ausländisches Kapital sucht, es nicht erwürgen, sondern die Verträge einhalten wird."

So schreibt der vernünftigste, der geschäftstüchtigste Vertreter des ausländischen Kapitals. Es scheint, als ob sie sich wirklich mit der Frage beschäftigen wollten: „Nun, du legst dein Kapital an, es ist doch aber das Land der Weltrevolution!" Ich glaube, daß dieser Vertreter des deutschen Kapitals vorzüglich begreift: kommt die Weltrevolution, so verliert die Bourgeoisie sehr vieles, darunter auch manche Anleihen. Wenn nicht, — sagt er — so wird die Sowjetunion an der Heranziehung des ausländischen Kapitals interessiert sein und mit Euch verrechnen.

Jedenfalls ist es, Genossen, klar, daß wir auch in der Zukunft in der Konzessionsfrage jene Zurückhaltung und jene Vorsicht an den Tag legen müssen, mit der wir bisher arbeiteten.

Hier einige Ziffern über einige Konzessionen.

Zur Zeit des 12. Kongresses befanden sich 460 Eingaben in Bearbeitung, jetzt 1072 (darunter auch sehr große).

Bis zum XII. Kongreß wurden 26 Verträge abgeschlossen, bis heute 55.

Im vergangenen Jahre übergaben wir gemischten Gesellschaften 6½ Millionen Desjatins Wald.

Das Jahreseinkommen der bereits unter Ausbeutung stehenden Forstkonzessionen beträgt ungefähr 2½ Millionen Rubel.

Es ist eine bedeutende Konzession, aber, Genossen, ich muß Euch sagen, daß man uns bei diesen Konzessionen ordentlich über das Ohr gehauen hat. Wir haben unlängst durch die Zentrale Kontrollkommission diese gemischten Geselschaften prüfen lassen, und wir haben uns davon überzeugt, daß sie uns ordentlich hinterführen. Sieben gemischte Gesellschaften, die sich verpflichtet haben, auf Gund der Verträge ungefähr 19 Millionen Goldrubel Kredit zu geben, gaben uns in Wirklichkeit bisher nur 1,800.000 Rubel. Ein Teil von ihnen ist ausgerissen, wie zum Beispiel der bekannte Otto Wolf, und erst nachdem wir zu ernsten wirtschaftlichen Repressalien Zuflucht nahmen, beginnt er seinen Standpunkt zu ändern und auf Zugeständnisse einzugehen. Aber man darf sich keinen Illusionen hingeben.

Im allgemeinen können wir unter diesen Konzessionen drei Sorten unterscheiden. Die erste Sorte hat einen offen räuberischen Charakter, den Charakter halbfeudaler Herzogtümer. Auf diese Konzessionen gehen wir nicht ein. Zur zweiten Sorte gehören jene Konzessionen, die mehr oder minder sowohl für uns wie auch für sie vorteilhaft ist, wie zum Beispiel die Sinclair-Konzession und andere, die aber ein großes Kapital erfordern. Auf diese Konzessionen gehen sie nicht ein. Und endlich zur dritten Sorte gehören die Konzessionen mit einem größeren Vorteil für die Konzessionäre. Hierher gehören die gemischten Aktiengesellschaften. Solche Konzessionsverträge abzuschließen, ist uns bisher mehr oder minder gelungen.

Eine gute Seite haben, meiner Ansicht nach, die Konzessionsverträge unbedingt. Auf Grund der Arbeiten des Politischen Büros habe ich beobachtet, daß unsere **Konzessionsverhandlungen** an sich allein schon zur Ausdehnung unserer Wirtschaftsorgane führen. Ein Beispiel: Es wurde mit einer Schiffahrtsgesellschaft über die Konzession der Wolga-Schiffahrt verhandelt, und es wurde versucht, diese Konzession abzuschließen. Einige Wirtschaftler haben darauf bestanden, daß wir diese Konzession nicht gewähren. Das Politische Büro hat ihnen gesagt: Ihr seht, was uns diese Herren vorschlagen? Es ist eine Wucherkonzession. Aber trotzdem kann sie uns einen großen Gewinn abwerfen. Seid Ihr, Genossen, bereit, dieselben Bedingungen zu erfüllen, wie sie von den Konzessionären vorgeschlagen werden? Wenn ja, dann machen wir den Versuch mit Euch. Die Genossen haben das Programm erfüllt. Im vergangenen Jahre sind wir da bereits ohne Dotationen ausgekommen. Die Arbeitsproduktivität hat sich im Jahre 1923 gegenüber 1922 um 184%, im Jahre 1924 um 297% erhöht. Alles Schlimme hat also auch seine guten Seiten.

Wir glauben, daß die positive Seite der Konzessionen hierin besteht. Gegenwärtig erwägt das Plenum des ZK. die Frage über die Möglichkeit eines Konzessionsvertrages bezüglich der Goldproduktion an der Lena. Das Plenum, das ZK. und das Poli-

*) Aus dem Russischen zurückübersetzt.

tische Büro behandeln diese Frage mit besonderer Vorsichtigkeit, und ich glaube, daß unter den heutigen Verhältnissen die Vorsicht noch mehr am Platze ist als je.

Der Außenhandel.

Der Außenhandel ist auch ein Teil unserer Wirtschaft. Ich glaube, daß sich unsere Bauern für den Außenhandel ebenso interessieren müssen wie für alle anderen wesentlichen Fragen. Wir müssen die Aufmerksamkeit der Bauern auf diese Frage lenken. Auch auf diesem Gebiete erzielten wir bedeutende Erfolge.

Bezeichnend für unseren Außenhandel war:

Im Jahre 1920 und 21 die **Einfuhr allgemeiner Bedarfsartikel.**

Im Hungerjahre 1921—22 **starke Einfuhr von Bedarfsartikeln und eine unbedeutende Ausfuhr.**

1922—23 **Einfuhr von Werkzeugen, Steigerung der Ausfuhr.**

1923—24 **Einfuhr von Industrierohmaterial, intensivere Ausgestaltung der Ausfuhr; Getreideausfuhr.**

Unser Getreideausfuhrprogramm werden wir wahrscheinlich in vollem Maße durchführen. Bisher haben wir schon 159 Millionen Pud verkauft und davon schon 156 Milionen Pud abgeliefert, gegenüber einem Programm von etwa über 200 Milionen Pud. Im vorigen Jahre betrug die Getreideausfuhr nur 40 Milionen Pud. Wir rechnen damit, daß wir unser Programm im nächsten Jahre auf 400 Millionen erhöhen können. Die Getreideausfuhr spielt überhaupt eine große Rolle in unserem Exportwesen. Wir haben bisher in den ersten Monaten des Jahres 1924 20% der Gesamtsumme unseres Vorkriegsumsatzes erreicht, und zwar mit einer aktiven Handelsbilanz, trotz den Ratschlägen vieler Genossen während der Diskussion. Das ist unser größter Erfolg, das erkennen auch unsere Feinde an.

Das Außenhandelsmonopol ist eine unserer wichtigsten Waffen. Frankreich ist erst jetzt im Begriffe, uns anzuerkennen und hat von uns berits 13 Milionen Pud Getreide gekauft. Mit England führen wir erst Verhandlungen, und es hat doch schon 9 Millionen Pud von uns gekauft und erhalten. Das ist auch auf dem Gebiete unserer diplomatischen Beziehungen von großer Bedeutung.

Darum glauben wir, daß wir zwar auf die Konzessionen hoffen, selbst aber nichts vernachlässigen dürfen. Wenn wir unsere Quellen haben werden, wenn wir viel Getreide, viel Tscherwonez, Flachs, Hanf und andere angenehme Dinge haben werden, wenn wir eine starke Industrie und eine starke Rote Armee haben werden, dann wird unsere Sache auch in der Außenpolitik Fortschritte machen. Ich wiederhole, daß wir uns in den Fragen der internationalen Politik in einer solchen Phase befinden, wo wir noch nichts Bestimmtes über die Details sagen können, wo wir noch nicht sagen können, welchen Lauf die Ereignisse nehmen werden, da es noch niemand sagen kann. In Frankreich hat sich die Regierung noch nicht endgültig gebildet, mit England sind noch Verhandlungen im Gange, mit Deutschland haben wir noch nicht verhandelt, wie es mit Amerika sein wird, wissen wir nicht, was morgen in Japan sein wird, wissen wir auch nicht.

Eines ist klar: wir müssen die Aufmerksamkeit breiter Massen der Bauernschaft auf die Fragen der internationalen Politik lenken, nicht in agitatorischem Sinne, sondern so, daß sie sich in diesen Fragen auskennen können. Wir können jetzt nicht international manövrieren, wenn der Bauer sich nicht darüber klar wird, was in dieser Beziehung geschieht. Gerade so, wie der Bauer uns früher darum unterstützt hat, weil wir ihm geholfen haben, sich vom russischen Gutsbesitzer zu befreien, so muß uns jetzt der Bauer deshalb unterstützen, weil wir ihm helfen werden, sich von den ausländischen Gutsbesitzern, Kapitalisten und Wucherern zu befreien, die zwei Häute von ihm abziehen wollen. Die ausländischen Kapitalisten wollen die zaristischen Schulden bezahlt bekommen, sie wollen für die nationalisierten Unternehmungen Zinsen und Zinseszinsen bekommen. Und sie wollen uns das Außenhandelsmonopol nehmen.

Es ist möglich, daß der Bauer dies nicht begreift. Er wird es begreifen, daß der Außenhandel ihn angeht. Er wird es begreifen, daß es sich hier um billige landwirtschaftliche Werkzeuge, um den Getreidepreis handelt, daß es sich hier darum handelt, ob wir Schulden und Zinsen zahlen sollen. Das wird jeder Bauer begreifen. Hierzu kommt nun unsere internationale Politik, und auf diesem Gebiete haben wir eine Reihe neuer Aufgaben. Die Partei muß zu einem kollektiven Volkskommissariat des Äußeren werden, in dem Sinne, daß sie es versteht, alle diese schwierigen und unklaren Mysterien der internationalen Politik in dem Maße, wie sich der Nebel der Ereignisse zerstreuen wird, anschaulich und klar den Bauern zu zeigen, damit wir bei jedem Schritt, den wir auf diesem Gebiete machen, die Sympathien der überwiegenden Mehrheit hinter uns haben. Ich spreche nicht von den Arbeitern, ich spreche nicht von der Roten Armee und Flotte, sondern gerade von der Bauernschaft, die letzten Endes für uns doch die entscheidende Rolle spielt.

Drei Jahre Neue Wirtschaftspolitik.

Genossen, auf dem Gebiete der Wirtschaft ziehen wir jetzt die Bilanz der ersten drei Jahre Neue Wirtschaftspolitik. Das Zentralkomitee der Partei hat in der Berichtsperiode ihre Aufmerksamkeit natürlich auf die Wirtschaftsarbeit konzentriert. Auch einige Ziffern beweisen das. Im Jahre 1922—23 hat das Politbüro und das ZK. 237 Wirtschaftsfragen erörtert, im vergangenen Jahre 1097. Ich führe diese Ziffern nur an, damit Ihr seht, wie große Aufmerksamkeit die führenden Organe den Wirtschaftsfragen wirklich gewidmet haben.

Die Grundfrage ist, wie gesagt, für uns alle, ob wir auf dem Gebiete der Wirtschaft aus der vorbereitenden Klasse in die erste Klasse getreten sind und ob wir vorbereitet sind, in die zweite Klasse einzutreten. Unsere Erfolge sind selbstverständlich noch sehr bescheiden und ihre Bedeutung kann nur in dem Falle richtig erfaßt werden, wenn wir sie damit vergleichen, was wir früher gehabt haben. Denkt daran, wie Wladimir Iljitsch auf dem 10. Parteitag, wo wir die Frage über die Neue Wirtschaftspolitik gelöst haben, sagte, daß Rußland in einer solchen Lage aus dem Kriege hervorging, daß es einem Menschen ähnlich ist, der halb tot geschlagen wurde und sich kaum mehr auf Krücken bewegen kann.

Denkt daran, daß Wladimir Iljitsch noch später gesagt hat, daß unser Zustand der Zustand der völligen Erschöpfung ist, als er auf dem Parteitag die Meldung des Außenhandelskommissariates vorlas, wonach es uns gelungen ist, einige hunderttausend Pud Getreide und andere Produkte für die Leningrader und Moskauer Arbeiter zu kaufen. Wenn wir diese Lage mit unserer gegenwärtigen Lage vergleichen, so kann unser Erfolg nicht mehr bezweifelt werden. Ja, unsere Union befindet sich jetzt in einer sehr schweren Lage, aber wir konnten die Krücken dennoch wegwerfen.

Wenn wir daran denken, wie vor anderthalb Jahren Wladimir Iljitsch auf dem IV. Kongress der Komintern über die ersten Erfolge der Nep sprach, so kommen wir gleichfalls zu der Schlußfolgerung, daß wir die Bilanz der ersten drei Jahre mit einem Plus abschließen. Vor anderthalb Jahren sagte Wladimir Iljitsch auf dem Kongreß der Komintern:

„Die Schwerindustrie bedarf der Unterstützung des Staates. Wenn wir diese Subsidien nicht aufbringen, so sind wir als zivilisierter Staat — geschweige denn als sozialistischer Staat — verloren. Und in dieser Beziehung haben wir einen entscheidenden Schritt gemacht. Wir beginnen nämlich die Mittel zu sammeln, die notwendig sind, um die Schwerindustrie auf die Füße zu stellen. In diesem Jahre haben wir für den Anfang noch sehr wenig angehäuft, etwas mehr als 20 Millionen Goldrubel."

Natürlich wußte Wladimir Iljitsch sehr gut, daß 20 Millionen Goldrubel für unseren Staat, der über ein Sechstel des Erdballes umfaßt, eine Bagatelle, ein Tropfen im Meere ist. Aber wenn er das erwähnte, so tat er es nur darum, weil die ersten Erfolge besonders teuer sind, weil gerade die ersten Erfolge beweisen, daß das Abwärtsrollen beendet ist, und daß wir aufwärts zu steigen beginnen. Heute können wir schon eine viel größere Ziffer nennen: allein an ausländischer Valuta haben wir jetzt etwa achtmal so viel angehäuft. Die Sache geht vorwärts, obwohl uns Wladimir Iljitsch nicht selten daran erinnerte (und darin liegt eine tiefe Wahrheit), daß man auf dem wirtschaftlichen Gebiete keine raschen Erfolge erwarten könne, das sei kein gewöhnlicher Krieg, keine Front, hier werden die Erfolge mit Jahren und Jahrzehnten gemessen. Hinter uns liegen aber nur drei Jahre. Nichtsdestoweniger können wir uns schon auf gewisse Ziffern berufen, die in dieser Hinsicht über bedeutende Erfolge sprechen.

Unsere wirtschaftlichen Errungenschaften während des letzten Jahres.

Ich werde jetzt eine Reihe von Ziffern anführen, die ich unserer offiziellen Statistik entnehme. Ich betrachte diese Ziffern als annähernde Angaben. An sich allein stellen sie noch kein bestimmtes Kriterium dar. Würden wir über keine ergänzende lebendige, kritische Kontrolle verfügen, so würde ich sagen, daß diese Ziffern sehr wenig besagen. Wir verfügen aber über eine solche lebendige Kontrolle. Das Leninsche Aufgebot, worüber ich schon sprach, ist eine äußerst ernste politische Kontrolle. Das Verhältnis der Bauernschaft zu uns ist ebenfalls eine ernste politische Kontrolle. Wenn auch unsere Bauernschaft nicht mit allem

zufrieden ist, wenn auch das Dorf sich über die allzuhohen Steuern beklagt, wenn es auch im Dorfe noch viel Durcheinander gibt, so sehen wir dennoch eine ernste Besserung. Diese Prüfung seitens der Bauernschaft, seitens der vielen Millionen, plus die zahlenmäßige Prüfung unserer Wirtschaftsorgane, plus unsere eigenen Beobachtungen in der Provinz — alles zusammen gibt uns ein volles Recht, zu behaupten, daß wir **während der ersten drei Jahre der Neuen Wirtschaftspolitik auf wirtschaftlichem Gebiete einen ernsten Erfolg zu verzeichnen haben.**

Ich führte auf dem letzten Parteitag im Namen unseres Zentralkomitees folgende Ziffern an, mit denen wir uns damals ein wenig gerühmt haben. Wir wiesen auf dem letzten Parteitag darauf hin, daß wir in der Landwirtschaft im Jahre 1922 dreiviertel der Vorkriegsernte produziert haben, die Industrie gab uns 25% der Vorkriegsproduktion, der Außenhandel 14%, die Arbeitsproduktivität ungefähr 60%, der Arbeitslohn 50%. So sah unsere Bilanz im vorigen Jahre aus.

Die Vergleichszahlen geben uns für das laufende Jahr folgende Resultate:

Landwirtschaft: 1922—23 78% der Vorkriegsernte, die Anbaufläche im Jahre 1924 beträgt 90% der Anbaufläche vom Jahre 1916 oder 80% der Anbaufläche vom Jahre 1913. Die Aussichten auf die gegenwärtige Ernte werden im Durchschnitt mit etwa 3½ Milliarden Pud Getreide eingeschätzt.

Die **Industrie** produziert nach den Angaben des Obersten Volkswirtschaftsrates 46 bis 48% der Vorkriegsproduktion (nach den Angaben des Planwirtschaftsinstituts 41% der Vorkriegsproduktion). Die Produktion der ersten Hälfte 1923/24 übersteigt die der ersten Hälfte 1922/23, nach Friedenspreisen gerechnet, um 22%.

Das Niveau der industriellen Produktion im Verhältnis zur Vorkriegsproduktion zeigt folgende Tabelle:

Kohle 60%, Naphtha 65%, Gußeisen — um dessen Produktion es bisher noch sehr schlecht bestellt ist — 14%, Martineisen 22%, Baumwollindustrie 49%, Wolle 58%. Wir sind also, Genossen, trotz allem seit dem vorigen Jahre von 25 bis etwa 40% vorwärts gekommen. Selbst wenn wir die vorsichtigsten Zahlen, die Zahlen des Instituts für Planwirtschaft, nehmen, bis zu 41%, wenn wir die Zahlen des Obersten Volkswirtschaftsrates zum Ausgangspunkt nehmen, dann bis zu 48%. Wir müssen in Betracht ziehen, daß die ersten Resultate immer die schwierigsten sind, und wir haben Grund, weiterhin auf einen größeren Erfolg zu rechnen.

Die brennendste Frage, die die Partei noch unlängst so stark beschäftigt hat und die die Grundlage unserer Schwierigkeiten bildete, war die Frage der sogenannten „Schere" (Mißverhältnis zwischen den Preisen der industriellen und landwirtschaftlichen Produkte. Die Red.). Hier ist eine kleine Unterlassung unterlaufen, obwohl es auch objektive Schwierigkeiten gab. Ich erhielt unlängst eine ernste Arbeit des Genossen Varga, seinen Bericht, den er für den bevorstehenden Kongreß der Komintern vorbereitete und worin er darauf hinweist, daß die allgemeine Agrarkrise sich immer mehr ausdehnt und daß sie überall von der „Schere" begleitet wird, daß diese Schere zu einer internationalen Erscheinung geworden ist, die auch uns berührt.

Es gab hier große Schwierigkeiten, aber man darf es nicht übersehen, daß unsere Partei bereits gelernt hat, manche ernste wirtschaftliche Hebel in Bewegung zu setzen. Das zeigt der Kampf gegen diese „Schere". Folgende Tabelle gibt uns über unsere Erfolge auf diesem Gebiete eine Vorstellung:

Großhandelsindex des Instituts für Planwirtschaft:

	I./X. 23.	I./III. 24.	I./IV. 24.	I./V. 24.
Landwirtschaftl. Waren	0,54	0,95	0,92	0,93
Industriewaren	1,72	1,30	1,31	1,31

Kleinhandelsindex des Volkskommissariats für Finanzwesen:

	I./X. 23.	II.III. 24.	I./IV. 24.	I./V. 24.
Landwirtschaftl. Waren	0,67	0,96	1,02	1,07
Industriewaren	1,35	1,03	0,96	0,92

Wir sind also in einer Lage, wo sich die einzelnen Schneiden der „Schere" in einem verhältnismäßig normalen Zustand befinden, was natürlich über die Stabilität dieses Zustandes noch nichts besagt. Im April haben wir gewisse Schwankungen gesehen.

Wir — das Zentralkomitee der Partei und alle Wirtschaftler — werden in der sorgfältigsten Weise diese Erscheinung verfolgen müssen, um Wiederholungen zu verhindern, da die Schwankungen, die während einiger Monate die Lage beherrschten und eine ziemliche Gefahr in sich bargen, bei einer unrichtigen Behandlung sich wiederholen können.

Die **Arbeitsproduktivität** betrug im vorigen Jahre 60% der Vorkriegsproduktivität, im laufenden Jahre 70 bis 75%.

Der Arbeitslohn stand im Jahre 1922/23 auf der Höhe von 50%, jetzt auf 65% des Vorkriegslohnes.

Der Außenhandel stieg von 14 auf 20% der Vorkriegszahlen.

Die Getreideausfuhr, die im vorigen Jahre 40 Millionen Pud betrug, wird bis zum Ende dieses Jahres 225 Millionen Pud erreichen.

Die Depositen und Kontokorrente der **Staatsbank** erhöhten sich von 37 Millionen auf 370 Millionen, das heißt auf das Zehnfache.

Auch der **Warenumsatz** wächst. Auf der Moskauer Börse, wo sich zwei Drittel des Großhandelsverkehres des Landes abwickelt, erhöhte sich der Warenumsatz im letzten Jahre um 121%.

Auf dem Gebiete des Handels, worüber ich noch besonders sprechen werde, ist die Lage, wie es Euch bekannt ist, ungünstig für uns. Ende 1922 sah die diesbezügliche Statistik des Zentralen statistischen Amtes folgenderweise aus:

	Staats-	Genossenschafts-	Privat-
Großhandel	77,0%	9,0%	14,0%
Groß- und Kleinhandel	38,9%	10,7%	50,4%
Kleinhandel	6,0%	10,0%	84,0%

Die Industrie.

Die leichte Industrie erzeugte drei Viertel der Vorkriegsproduktion. Nur die elektrotechnische, die Gummi- und die chemische Industrie zeigten während des letzten Halbjahres eine abschwächende Tendenz. Die Gummiindustrie reduzierte ihre Produktion im Verhältnis zum vorigen Jahre um 35%; die elektrotechnische Industrie, die im Laufe des letzten Halbjahres auch eine gewisse Reduktion erfuhr, erhöhte ihre Erzeugung dennoch um etwa 30% gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des vorigen Jahres. In einer stabilen Lage befinden sich die Glas-, Leder- und Streichholzindustrie, wobei die Glasindustrie ihre Produktion im Verhältnis zum ersten Halbjahr des vorigen Jahres um 41%, die Lederindustrie um 7% und die Streichholzindustrie um 51% erhöhte. In einer noch besseren Lage befindet sich die Textilindustrie. Die Produktion der Baumwollindustrie erhöhte sich im ersten Halbjahre des laufenden Jahres um 20% gegenüber dem entsprechenden Halbjahre des vorigen Jahres (Produktionswert 109,8 Millionen Vorkriegsrubel gegenüber 92,8 Millionen). Die Schafwollindustrie erhöhte ihre Produktion während derselben Periode um 14%, die Leinenindustrie um 34%. Eine Dotation erhalten nur die Metall- und Kohlenproduktion, die anderen Industriezweige höchstens Kleinigkeiten. Zum erstenmal hatten wir in unserem Budget einen Gewinn der Trusts zu verzeichnen. In jenen Trusts, wo wir im vorigen Jahre einen Verlust von 26 Millionen gehabt haben, haben wir in diesem Jahre einen Gewinn von 30 Millionen. Die Schwerindustrie, die uns am meisten interessiert und interessieren wird, ergab im ersten Halbjahr 1923/24, nach Vorkriegspreisen gerechnet, eine Produktion von 701 Millionen Rubel, was 40% der Vorkriegsproduktion beträgt, während das entsprechende Halbjahr des vorigen Jahres nur eine Produktion von 583 Millionen Rubel ergab. Mit dem Heizmaterial steht es bei uns so günstig, daß wir uns auf dem Gebiete der Heizmaterialversorgung, wie uns einer der besten Spezialisten auf diesem Gebiete, Professor Ramsin, der mit Recht das Vertrauen Lenins hatte, berichtet, in einer so günstigen Lage befinden, wie Rußland sich seit 1912 nicht befunden hat. Ihr wißt es, Genossen, daß uns das Vorkriegsniveau bisher als Ideal diente. Es zu übersteigen, gehörte ins Land der Träume. Eine Zeitlang war es unvermeidlich, aber gegenwärtig beginnen sich einige Ziffern in dem Sinne zu entwickeln, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo dieses Ideal aufhört, ein Ideal zu sein, wo wir das Vorkriegsniveau hinter uns lassen werden.

Der Aufschwung der Naphtha- und Kohlenproduktion vollzieht sich in gerader Linie, ohne Schwankungen, ohne Krisen.

Jahresausbeute in Millionen Pud:

	Wirtschaftsjahr			
	1920	1921	1921/22	1922/23
Steinkohle	518	600	654	713
Naphtha	20	277	275	322
Torf	93	139	129	ungef. 160

	Im ersten Halbjahr	
	1922/23	1923/24
Steinkohle	340	485
Naphtha	148	171

Sowohl die Kohlen- wie die Naphthaindustrie befriedigt nicht nur vollkommen die Bedürfnisse der Staatsindustrie und des

Transports, sondern rollt auch das Problem der Erweiterung des Marktes auf, wenn das frühere Tempo der Produktionserhöhung beibehalten werden soll. Die Naphthaproduktion sucht Absatzmärkte, sie kam in diesem Jahre ohne Subsidien aus (im vorigen Jahre erhielt sie 22 Millionen)) und ist schon im Begriffe, mit Gewinn zu arbeiten. Erinnern wir uns, daß es eine Zeit gab, wo Wladimir Iljitsch daran dachte, sie in Konzession zu vergeben. Im Zusammenhange mit dieser günstigen Heizmaterialage nahmen wir den Kurs auf die Mineralisierung unseres Heizmaterialbudgets. Folgende Ziffern charakterisieren die Heizungsbilanz der Eisenbahnen:

	1909—13	1921/22	1922/23	1923/24
Kohle	57,5%	30,5%	40,5%	54,0%
Naphtha	26,5%	20,0%	24,0%	25,0%
Holz	16,0%	40,5%	35,5%	21,0%

Die Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der Betriebe und die Konzentration der Industrie hat nur geringe Fortschritte gemacht. Innerhalb 74 Trusts wurde die Produktion von 412 Fabriken auf 357 konzentriert, zugleich aber stieg die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter von 465.000 auf 477.000.

Die Durchschnittszahl der beschäftigten Arbeiter in einem Unternehmen erhöhte sich in folgender Weise:

Oktober 1922	408
April 1923	456
September 1923	546

Der Beschäftigungsgrad vor der Konzentration und nach der Konzentration betrug in Prozenten der Leistungsfähigkeit:

	Vor der Konzentration	Nach der Konzentration
Metallurgie Süd	18%	38%
„ Zentrum	19%	48%
Baumwollindustrie	21—77%	24—93%
Schafwollindustrie	43—80%	56—100%
Leinenindustrie	58—76%	72—84%
Elektrotechnische Industrie	12—48%	17—51%
Holzindustrie	32—68%	65—80%
Erzausbeute	25%	50%

Auf diesem Gebiete müssen wir noch sehr viel leisten. Das zeigt ein Beispiel aus dem Leben. In der Sormowschen Fabrik in Nischninowgorod wurden unlängst, als es mit dem Geld zu hapern begann, 3000 Personen entlassen. Und was stellte sich heraus? Die Produktivität ist gar nicht gesunken, im Gegenteil, wenn auch unbedeutend, so dennoch um 1% gestiegen. Und der Arbeitslohn stieg um 25%, was auch zur Besserung der politischen Lage führte! Was besagt dieses Beispiel? Es besagt, daß wir in unseren besten Fabriken noch immer nicht alle Beschlüsse durchgeführt haben, die unser 12. Parteitag uns in bezug auf die Konzentration vorschrieb.

Die Erfolge der Elektrifizierung. Wir sehen, Genossen, daß wir auch auf dem Gebiete der Elektrifizierung, die die Grundlage unseres umfassenden Wirtschaftsplanes bildet, Fortschritte machen. Schon im Jahre 1925, nicht im Jahre 1935, sondern im Jahre 1925, werden vier neue Elektrizitätswerke eröffnet, deren Gesamtenergie 127.000 kw betragen wird. Außerdem werden die Leningrader und Moskauer Stationen vergrößert. Mit den bereits arbeitenden Stationen wird die Gesamtenergie dieser Elektrizitätswerke etwa 200.000 kw betragen, das heißt ein Siebentel des Gesamtplanes. Wir verausgabten in diesem Jahre 50 Millionen Rubel für die Elektrifikation, was 50% der ursprünglich festgesetzten Summe beträgt. Allerdings 24 Millionen, also fast die Hälfte für die Leningrader Wolchow-Werke. Aber das ist auch die richtige Reihenfolge. Ihr wißt, welche große Bedeutung Wladimir Iljitsch den Wolchow-Werken beilegte. Es ist ein gewaltiger Irrtum, wenn manche falsche „Strategen" meinen, daß die Leningrader Industrie verfallen müsse, weil Peter die Stadt auf einem schlechten strategischen Punkt aufbaute. Diese „Strategen" und „Evakuatoren" werden von unserem Zentralkomitee nicht im geringsten unterstützt. Eines von den beiden: entweder brauchen wir die Wolchow-Werke, also auch die Leningrader Industrie, oder wir brauchen sie nicht. Ich glaube, daß wir die Leningrader Industrie, in der sich bereits ein prachtvoller Kern unseres Proletariats herausbildete, brauchen. Abgesehen davon aber marschiert bereits die Leningrader Industrie in gerader Linie vorwärts.

Auch der Bau von Elektrizitätswerken mittlerer Stärke schreitet vorwärts. Nach den Angaben des Genossen Kschischanowski werden in Tiflis, Taschkent und in Eriwan Elektrizitätswerke mit einer Stärke von 13.000, 3000 und 3500 kw; in Jekaterinenburg, Jaroslaw und Nowonikolajewsk Werke mit 6000, 2000 und 1000 kw gebaut. Auch in der Elektrifizierung des Dorfes kommen wir vorwärts. Mit Hilfe der entsprechenden Kreditanstalten für Elektrifizierung, mit Hilfe von Abgaben seitens der lokalen Sowjets und auch im Wege der Kooperierung der lokalen Bevölkerung werden gegenwärtig 25 Stationen mit einer Gesamtstärke von 7400 kw gebaut, noch 70 Stationen mit einer Stärke von 24.000 kw geplant und 31 bestehende Stationen um eine Gesamtstärke von 9000 kw erweitert.

Mit dem Transport beginnt es uns jedenfalls besser zu gehen. Das Defizit beträgt zwar noch immer 100 Millionen. Früher betrug der Bruttogewinn 500 Millionen, so daß wir noch sehr viel daran arbeiten müssen, um hier eine Besserung zu schaffen. Aber das, was wir bisher erreicht haben, ist schon ein unbestreitbarer Erfolg und das ZK. ist der Hoffnung, daß wir mit Hilfe jener Erfolge, die wir bisher erzielten, noch größere Erfolge erzielen werden.

Täglich beladen werden durchschnittlich 13.200 Waggon,, das heißt 40% der entsprechenden Zahl des Jahres 1913. Im Verhältnis zum vorigen Jahre bedeutet das eine Erhöhung um 14%.

Es ist Euch bekannt, mit wie schönen Erfolgen Genosse Dzerschinski an der Wiederherstellung des Transportes arbeitete, und wir sind alle überzeugt, daß auch der jetzt ernannte Genosse Rudzutak einer der Besten ist. Genosse Rudzutak setzt das prachtvoll begonnene Werk des Genossen Dzerschinski mit glänzenden Erfolgen fort.

Gewinn: Zum ersten Mal konnten wir in unser Budget einen Gewinn von 35,5 Millionen eintragen, und zwar: von der Staatsindustrie und vom Staatskapital 25 Millionen; vom Handel 17 Millionen; von den Kreditanstalten 10 Millionen und von den Konzessionen als ersten Gewinn anderthalb Millionen.

Die Absatzkrise ist überwunden. Vielleicht gehen wir einer neuen Krise entgegen, einer Warenmangelkrise, wenn unsere Wirtschaftler nicht die Kraft finden, die Produktion zu erweitern, anstatt wie sie es jetzt machen, den Warenmangel hie und da zur Preiserhöhung zu benützen.

An dieser Krankheit leiden zum Teil unsere Wirtschaftlergenossen, obwohl sie das Gegenteil behaupten. Die Textilindustrie kann uns da eine große Ziffer liefern: im Februar hat sie nach der Provinz 286 Waggon Waren versandt, im Mai 800 Waggon, aber im Verhältnis zur Aufnahmefähigkeit unseres Marktes und zu unserer Nachfrage ist sie noch immer im Rückstand. Das Finanz-Volkskommissariat pumpt ihr Geld für Baumwolle, sie beschränkt sich aber auf eine kleine Erweiterung und entfaltet ihre Produktion nicht in dem Maße, wie es notwendig wäre. Ich führe nur wenig Beispiele an, aber ich glaube, daß diese Krankheit vorhanden ist, daß die Partei eine durchgehende Erweiterung der Produktion verlangen muß, und nicht eine Erhöhung der Preise, anstatt den Weg der Preisherabsetzung einzuschlagen.

Unsere Kreditoperationen begannen sich zu entfalten. Die an die Industrie, an den Handel und an die Landwirtschaft gewährten Kredite überstiegen im Jahre 1923/24 400 Millionen. Die Kreditgewährung an das Dorf steht noch auf schwachen Füßen, obgleich wir auch hier schon einige günstige Ziffern anführen können. Die Bilanz der landwirtschaftlichen Kreditgesellschaften stieg vom 1. Oktober 1923 bis 1. April 1924 um 300%.

Unsere früheren und jetzigen Schwierigkeiten.

Ich führte Euch die wesentlichsten Ziffern an, aber ich wiederhole, daß es naiv wäre, sie kritiklos anzunehmen, ohne manches hinzu- oder abzurechnen. Sie ziehen zum Beispiel die Rolle des Kleingewerbes nicht in Betracht. Natürlich ist unser Land ohne das Kleingewerbe undenkbar.

Es wäre lächerlich, uns darüber zu ärgern, warum es in unserer Union noch ein Kleingewerbe gibt. Es ist unmöglich, es statistisch zu erfassen, aber diese Kategorie spielt dennoch eine ganz bestimmte Rolle.

Natürlich, als Leute des praktischen Lebens und der Arbeit werdet Ihr nicht so sehr die Zahlenkolonnen beobachten, als das reale Leben, wie es in Wirklichkeit ist. Und im realen Leben gibt es trotz des Wachsens von allem noch ungeheure Schwierigkeiten.

Der Bedarf wächst. Je größer die Besserung, um so größer das Wachsen des Bedarfes, um so mehr verletzt unsere Armut das Auge. Man muß gestehen, daß die summarische Vergrößerung bei uns noch in einer ganz groben Weise vorgenommen wird. Durch grobe Maßnahmen brechen wir manchmal dem einen oder anderen Industriezweig das Genick. Vieles wird noch skizzenhaft, grob, ungeschliffen gemacht. Man muß noch alles abschleifen, zehnmal umarbeiten. Trotz der allgemeinen Besserung ist das Leben auf dem flachen Lande noch immer schwer und auf dem Gebiete des Arbeitslohnes steht noch immer nicht alles günstig.

Daher glaube ich, daß Ihr alle, die Ihr diese oder jene verantwortliche Arbeit in der Provinz versehet, diese Zahlenkolonnen mit der notwendigen Korrektur lesen werdet. Aber nach all dem glaube ich, Ihr werdet es mit mir zusammen anerkennen, daß, wenn wir diese Zahlen des letzten Jahres betrachten, wenn wir die Bilanz der ersten drei Jahre der Neuen Wirtschaftspolitik ziehen (und Wladimir Iljitsch lehrte uns hier mit Jahrzehnten zu rechnen), wir aus der vorbereitenden Klasse in die erste bereits eingetreten sind und vielleicht auch schon in die zweite einzutreten im Begriffe sind. Diese Zahlen sind in gewissem Maße befriedigend.

Ja, es stehen noch große Schwierigkeiten vor uns. Aber vergleicht unsere jetzigen Schwierigkeiten mit den früheren. Eine unserer früheren Schwierigkeiten bestand darin, daß wir kein Brot hatten. Eine der jetzigen Schwierigkeiten ist, daß die Getreidepreise allzu niedrig sind. Ja, die allzu niedrigen Getreidepreise bedeuten eine Schwierigkeit für uns; das zeigte uns der vergangene Herbst. Wir haben ernste Maßnahmen getroffen. Aber das ist immerhin nicht mehr dieselbe Lage, wo es überhaupt kein Brot gab, wo Wladimir Iljitsch sich damit rühmte, daß es dem Genossen Leschawa (Volkskommissar für Binnenhandel. — Die Red.) gelungen ist, für unser letztes Gold im Ausland Getreide zu kaufen, um die Petersburger Arbeiter mit Brot versorgen zu können.

Die jetzige Schwierigkeit besteht darin, daß wir nicht 400 Millionen, sondern nur etwa 200 Millionen Pud Getreide ausgeführt haben. Das kam daher, weil das Ausland Weizen braucht, wir aber Roggen haben. Wir glauben, daß unsere Getreideausfuhr im nächsten Jahre 400 Millionen Pud erreichen wird. Vergleicht aber unsere jetzige Schwierigkeit mit jener früheren Schwierigkeit, wo wir für unser letztes Gold für die Moskauer und Petersburger Arbeiter ausländisches Brot kaufen mußten.

Noch eine Schwierigkeit der jetzigen Zeit: in den Lagern des Donezbeckens sind 200 Millionen Pud Kohlen angehäuft, die abgesetzt werden sollen. Das Donetzbecken sucht nach einem Absatzmarkt für seine Kohlen. Es findet diesen Markt in Italien, in Konstantinopel und endlich in Leningrad. Es ist hier eine ordentliche Schwierigkeit vorhanden. Aber vergleicht diese Schwierigkeit mit jener Zeit, wo Leningrad gezwungen war, für Gold ausländische Kohle zu kaufen, wo wir die besten Arbeiter des Donezbeckens belohnen mußten, um mit Mühe und Not einen einzigen Kohlentransport zu bekommen.

Nun nehmen wir folgende Ziffer: wir haben für 100 Millionen ausländische Valuten, die wir schwer realisieren können. Unsere Finanzleute zerbrechen sich über dieses Problem den Kopf. Es stellt sich heraus, daß es nicht so leicht ist, die Auslandsvaluta zu realisieren. Darin liegt auch eine ordentliche Schwierigkeit, aber sie kann nicht mit jenen Schwierigkeiten verglichen werden, wo wir das halbe Reich für einen Dollar hingegeben hätten, wo von einem Überfluß an Auslandsvaluta keine Rede sein konnte. Jetzt haben wir Auslandsvaluta im Werte von 50 Millionen für den Einkauf von Industrie-Rohmaterial assigniert: um Baumwolle im Auslande zu kaufen. Wir werden dafür noch mehr ausgeben und trotzdem wird unsere Handelsbilanz aktiv bleiben. Das ist auch ein schweres Problem, aber bei weitem nicht so schwer, wie unsere Probleme vor zwei Jahren.

Noch eine Schwierigkeit besteht darin, wie wir arbeiten sollen, damit die großzügige, vom Zentralkomitee groß angelegte Finanzreform unseren Händen nicht entschlüpfe. Wenn wir in der Provinz keine eiserne Disziplin durchführen, so werden wie hier noch sicher auf Schwierigkeiten stoßen.

Schwierigkeiten gibt es hier noch recht viele. Aber vergleicht diese Lage mit der Lage unserer Sowjetnote, die wir noch unlängst gehabt haben. Erinnert Euch daran, wie stolz Wladimir Iljitsch vor anderthalb Jahren auf dem IV. Weltkongreß der Komintern erklärte, daß die Sowjetnote schon seit so und so vielen Wochen stabil ist:

„. . . Was aber wirklich wichtig ist, das ist die **Stabilisierung des Rubels**. An dieser Frage arbeiten unsere besten Kräfte, und dieser Aufgabe legen wir eine entscheidende wirtschaftliche Bedeutung bei. Gelingt es uns, auf die Dauer und später überhaupt diesen Rubel zu stabilisieren, dann haben wir gewonnen. Dann können wir unsere Wirtschaft auf feste Grundlagen stellen und stabil weiterführen. Ich kann Euch zu dieser Frage ziemlich wichtige und entscheidende Tatsachen anführen. Im Jahre 1921 hat die Stabilitätsperiode unseres Papierrubels kaum drei Monate lang gedauert. Im Laufe des Jahres 1922 dauert diese Periode seit mehr als fünf Monaten und dauert noch immer an."

Ihr seht jetzt, wie weit wir vorwärts gekommen sind. Es gab eine Zeit bei uns, wo die Arbeiter in den Betrieben nicht gearbeitet haben und nicht arbeiten konnten. Das war eine drohende Gefahr für die ganze Revolution. Und jetzt? Gebt nur Bestellungen auf! Natürlich haben wir auch jetzt noch Schwierigkeiten in den Fabriken, aber im allgemeinen geht die Arbeit nicht schlechter als vor dem Kriege. Wenn wir das Notwendige geben können, wird die Arbeit noch besser gehen als im Frieden.

Die Schneiden der „Schere" pendeln noch immer ein wenig. Aber denkt an die Absatzkrise, die wir gehabt haben. Wenn Ihr diese Vergleiche zieht, so werdet Ihr klarer und anschaulicher sehen, wie wir trotz allem unaufhörlich vorwärts schreiten.

An die Reihe kommt jetzt die **Metallindustrie**. Wir haben das bereits in der Resolution der jüngsten Parteikonferenz gesagt und wir müssen das auch jetzt auf diesem Parteitage betonen. **An der Reihe ist das Metall, an der Reihe ist die Besserung der Produktionsmittel, an der Reihe ist die Hebung der Schwerindustrie.** Früher haben wir darüber nur sprechen können, früher haben wir mit größerem oder geringerem Erfolg nur Gedichte in Prosa zu Ehren der Metallurgie deklamieren können, wie es viele gemacht haben, aber Ernstes konnten wir nicht unternehmen. Jetzt, wo wir mit dem Naphtha, wo wir mit der Kohle schon in Ordnung sind, wo die Sache des Transports auf dem richtigen Geleise steht, wo die Geldreform sich mehr oder minder günstig entwickelt, ist der Plan der Hebung der Metallindustrie keine Utopie mehr, jetzt werden wir nicht mehr Gedichte deklamieren zu Ehren der wunderschönen Dame der Metallurgie; jetzt ist das schon eine reale Frage. Ja, wir werden hier große Opfer bringen müssen. Genosse Dzerschinski hat eine annähernde Rechnung zusammengestellt und sagt, daß wir hier fünf Jahre lang 100, 150, 200 Millionen Goldrubel verausgaben müssen. Natürlich wird dieser Plan noch zwanzigmal umgearbeitet und vervollkommnet werden. Genosse Dzerschinski widmet jetzt seine Hauptaufmerksamkeit dieser Frage. Ja in den nächsten fünf Jahren muß die Republik 100 bis 200 Millionen für die Hebung der Metallurgie verwenden. Das ist unentbehrlich, da wir ohne Hebung der metallurgischen Industrie in der Luft hängen. Das ist jenes Hauptglied in der Kette, das wir nach dem Gebot Wladimir Iljitsch' finden müssen, um mit seiner Hilfe die ganze Kette in die Höhe heben zu können.

1. **Aufmerksamkeit auf die Metallindustrie! — Das ist die erste Schlußfolgerung.**

2. **Hebung der Produktivität — das Beispiel der Sormowschen Fabrik zeigte uns das klar — ist die zweite.**

3. **Dafür sorgen, daß die „Schere" sich nicht in eine ständige Erscheinung verwandelt.**

4. **An dem sozialistischen Protektionismus werden wir festhalten; ohne diesen kommen wir nicht aus.**

Wir müssen unseren wirtschaftlichen Aufschwung befestigen. Ihr wißt es, wie schmerzvoll die ins Ausland vergebenen Aufträge unsere Arbeiter berühren. Unter sonst gleichen Bedingungen ziehen die Arbeiter sogar eine unvorteilhafte Konzession den Aufträgen ins Ausland vor, da die Konzession immerhin noch im Lande bleibt.

5. **Es ist an der Zeit, das Vorkriegsideal hinter uns zu lassen.** Dieses Wort erklingt hier, auf diesem Kongreß, zum erstenmal. Natürlich werden wir in ein oder zwei Jahren noch nicht auf allen Gebieten das Vorkriegsideal erreichen. Aber es ist immerhin an der Zeit, diese Frage vor uns selbst und vor den Arbeitern aufzurollen.

Meiner Meinung nach geben also alle diese Ziffern eine befriedigende Antwort auf die Frage, ob wir in wirtschaftlichem Sinne aus der vorbereitenden Klasse in die erste übergetreten sind. Ja, im Sinne der Produktion, der Warenmenge usw. sind wir zweifelsohne übergetreten.

Selbstverständlich ist das vorläufig nur eine halbe Arbeit. Das ist noch keine Beantwortung der Frage in ihrem ganzen Umfange. Wir müssen noch die Frage beantworten, ob wir unsere Wirtschaft zugunsten des Kapitalismus heben oder zugunsten **unseres Staatskapitalismus**, der in den Sozialismus hinübergeleitet werden soll. Wer wird den anderen überholen? „Wer, wen?", wie Wladimir Iljitsch die Frage stellte. **Wohin wachsen** wir? Arbeiten wir nicht für die neue Bourgeoisie? Es genügt nicht, wenn die Warenmenge wächst. Man muß sich das ganze soziale Gewebe und die Richtung der Entwicklung vor Augen halten. Diese Frage müssen wir jetzt beantworten. Ja, die Menge der Produkte hat zugenommen, die Produktivkräfte wachsen, die Lage der Arbeiter und Bauern bessert sich. Das ist unbestreitbar. Aber die Frage ist: **wohin wir wachsen.** Wenn wir auf die erste Frage, ob wir aus der vorbereitenden Klasse in die erste Klasse übergetreten sind, mit voller Klarheit eine hundertprozentige Antwort geben können, so können wir, glaube ich, auf diese

zweite Frage: „Wer, wen?“ eine so klare, unbestreitbare, unappellierbare Antwort nicht geben. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben: Die Gefahr der Entartung ist vorhanden, die Gefahr des Wachsens der Bourgeoisie über die erwünschte Proportion hinaus ist gleichfalls vorhanden, wobei natürlich die Bourgeoisie vom Dorfe aus hervorzuwachsen beginnt. Und die Antwort auf die zweite Frage ist bei weitem noch nicht so bestimmt und unappellierbar wie auf die erste. Hier kann noch sehr viel von den subjektiven Anstrengungen unserer Partei abhängen, und wir dürfen nicht nur die positiven Seiten betonen, sondern wir müssen darauf hinweisen, wohin wir alle Kräfte konzentrieren müssen. Der Kampf zwischen uns und „ihnen“ (der neuen Bourgeoisie) beginnt erst. Und wir werden den Kampf aufnehmen.

Die Fragen des Handels.

Ihr wißt, daß diese Frage jetzt die brennendste ist. Lange Zeit gab es bei uns über diese Frage keine Klarheit. Wir sprachen anfangs (bei der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik) über einen „Warenverkehr im lokalen Maßstabe“, wir sprachen über mystische Sowjethandelsstellen, wo der Handel konzentriert wird, aber wir hatten keine genaue Vorstellung darüber, wo diese Handelsstellen sein werden und was dabei herauskommen wird. Erst allmählich begannen wir zu verstehen, wohin sich diese Sache entwickeln wird.

Das ZK. unserer Partei schlug vor einigen Monaten, auf Grund der Statistik über die Rolle des Privatkapitals im Handel, Alarm. Es stellte sich heraus, daß sich die Kooperation und der Staatshandel zusammen zum privaten Handelskapital wie ein Drittel zu zwei Drittel verhalten. Wir haben 36%, das Privatkapital verfügt über 64%. Diese Zahlen bewogen uns, darüber nachzudenken, ob alles bei uns richtig ist, ob es nicht so kommen könne, daß der Handel die Oberhand über die Industrie gewinnt. Wir fürchteten uns, daß das Privatkapital bei der Neuen Wirtschaftspolitik eine zu große Stelle in der Industrie einnehmen könnte. Es stellte sich heraus, daß das Privatkapital das Gebiet der Industrie nicht besetzte, sondern nur den Handel. Diese Frage hat eine grundsätzliche Bedeutung. Wir dachten über diese Frage nach. Ihr wißt, daß wir zu handeln nicht verstehen. Ihr erinneri Euch, daß Genosse Lenin die Parole herausgab: **„Lernt handeln!“** Später erweiterte er diese Parole: Lernt **kulturmäßig handeln!** Sodann hat er diese Parole noch konkreter ausgedrückt: Lernt kulturmäßig handeln **durch die Genossenschaft!**

Wo stehen wir nun und was für Aufgaben haben wir zu lösen? Wir glaubten, daß es uns leicht sein wird, mit dem Privatkapital fertig zu werden. Wir haben das Privatkapital zunächst mit der Kommission für Außenhandel angegriffen. Wir haben den Telephonogrammwechsel zwischen Moskau und Petersburg über die Kommission für Innenhandel aufbewahrt. Wir wußten damals nicht, was und wohin wir absetzen sollen und kamen schließlich auf die Idee, daß eine Kommission notwendig ist, die Nachfrage und Angebot auf dem Markte regelt. Wladimir Iljitsch sandte uns ein Telephonogramm:

„Beunruhigt Euch nicht, wir werden eine Kommission für Innenhandel aufstellen, die den Markt studieren wird.“

Wir führten den Angriff leicht, oberflächlich. Aber es stellte sich heraus, daß wir uns besser organisieren müssen. Das ZK. hat stets jeden Plan zur Bildung neuer Volkskommissariate abgelehnt. Niemand hat mit so einem Verdacht die Frage der Bildung neuer Volkskommissariate behandelt wie Wladimir Iljitsch. Diesmal mußte aber das ZK. eine Ausnahme zulassen.

Wir beschlossen, ein Volkskommissariat für Binnenhandel einzurichten. Niemand soll es glauben, daß wir dieses neue Kommissariat zu dem Zwecke einrichten, um den Handel zu vernichten, abzuschlachten. Keinesfalls, wir richten es ein, um den Handel in gehörige Bahnen zu lenken. Das müssen wir uns vor Augen halten, um nicht einen Fehler zu begehen, der sich uns aufzudrängen scheint.

Viele Leute jammern darüber, daß unsere jetzige Handelspolitik das Ende der neuen Wirtschaftspolitik bedeutet. Und besonders viel wird im Auslande darüber gesprochen. Die Menschewiki denunzieren uns in der letzten Nummer des „Sozialistischen Boten“ an Macdonald: „Wozu werden Sie ihnen Anleihen geben, wenn die Neue Wirtschaftspolitik bei ihnen aufhört?“ Die Menschewiki zählen alle Klagen auf: die Ausweisung der Schieber aus Moskau, die strenge Regelung des Staatshandels, die Ausstattung der GPU. (Staatliche politische Verwaltung) mit neuen Rechten, die politischen Riesenprozesse in Kiew, Stawropol und Leningrad, die Ablehnung der Bestätigung neuer Konzessionen (dadurch fühlen sich die Menschewiki besonders beleidigt), sodann die nach Klassenzugehörigkeit erfolgten Wahlen in die Wohnungsgenossenschaften usw. Ihr seht, wieviele Kränkungen! (Heiterkeit.) Wählen die Arbeiter ihre Brüder in die Wohnungsgenossenschaften, so ist das das Ende der Nep; weisen wir diesen oder jenen Schieber aus, so ist auch das das Ende der Nep. Aus diesem Anlasse schreibt der „Matin“ vom 7. Mai ganz ernst, daß es ein Vermächtnis Wladimir Iljitsch' gebe, mit dessen Durchführung er Dzerschinski betraut habe. Diesem Vermächtnis gemäß soll die RKP. eine neue Revolution entfachen, mit dem Ziel der Neuen Wirtschaftspolitik ein Ende zu setzen. Die Menschewiki verbreiten dieses Gerücht ganz im Ernst. Die „Nowoje Wremja“, das in Belgrad erscheinende ausländische Organ der Weißgardisten, gibt folgende geniale Parole heraus: „Hört die Nep auf, dann schlagen wir vor, ein ‚Wep‘ (nach den russischen Anfangsbuchstaben: „Allrussischer Judenpogrom“) zu veranstalten.“ (Heiterkeit.) Wie Ihr seht, gibt es sehr viele Gerüchte über eine angebliche Aufhebung der Neuen Wirtschaftspolitik. Im Ernst muß aber folgendes gesagt werden: Es steht außer jedem Zweifel, daß die Menschewiki in einem gewissen Grade recht haben, wenn sie sagen, daß die Freiheit des Handels eine der Grundlagen der Nep darstellt und daß, wenn wir die Freiheit des Handels aufheben, wir dadurch die Grundlagen der Nep untergraben. Darüber müssen wir uns klar sein. Es gibt jedoch einen Unterschied zwischen Freiheit und Freiheit. Und wir sehen, daß sich die Nep wohl mit dem Außenhandelsmonopol versöhnen konnte. Hieraus geht hervor, daß die Nep keine einfache Wiederholung des Kapitalismus ist. Die Nep kann sich nicht mit dem Staatsmonopol auf dem Gebiete des Binnenhandels versöhnen, da die Freiheit des Binnenhandels die Grundlage der Nep darstellt. In dieser Hinsicht dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben. Würden wir hier auf die Vernichtung der Freiheit des Handels abzielen, so würden wir in unserer ganzen Wirtschaftspolitik einen ernsten Wandel durchführen müssen, und das würde selbstverständlich neue politische Erscheinungen hervorrufen. Das tun wir aber nicht. Wir setzen uns als Ziel: **den Kampf nicht um die Ausrottung des Privathandels, sondern nur um seine Beschränkung.** Das müssen wir uns gut merken: nur um seine Beschränkung. Über den Grad der Beschränkung werden wir entscheiden. Wladimir Iljitsch sagte: „Der Staatskapitalismus bedeutet bei uns einen solchen Kapitalismus, den wir in einem solchen Umfange zulassen, wie wir es als notwendig erachten.“

Gegenwärtig ist bei uns das Verhältnis zwischen dem privaten und Staatshandel folgendes: 36% Staatskapital und 64% Privatkapital. Warum könnte es kein umgekehrtes Verhältnis geben? Vielleicht sind wir schon so weit erstarkt, daß wir 64% für uns in Anspruch nehmen können und ihnen nur ein Drittel überlassen. Aber es ist unerlaubt, den Handel zu vernichten. Es ist unbedingt notwendig, daß er in seinem heutigen Umfang fortbesteht und sich erweitert. Sonst würden wir den Erfolg der Finanzreform gefährden.

Die politische Macht ist ja in unseren Händen. Natürlich würde es uns leicht sein, die Privatkaufleute mit einem Federstrich von allem zu enteignen. **Unsere Aufgabe besteht aber nicht darin, daß wir mit Hilfe des einen oder des anderen Dekrets den Privatkaufmann vernichten sollen, sondern unsere Aufgabe besteht darin, daß wir ihn mit wirtschaftlichen Mitteln, mit Hilfe der Genossenschaft, auf organischem Wege, vom Staate unterstützt, verdrängen.**

Wir müssen klar sehen, daß hier eine Frage angeschnitten ist, die nicht nur von größter wirtschaftlicher, sondern auch von größter politischer Bedeutung ist. Es wäre ein großer Fehler, wenn wir hier übertreiben würden, wenn wir erklären würden, daß die Freiheit des Handels, der innerhalb bestimmter Schranken von uns beibehalten, von uns geregelt, von uns zugelassen, von uns dekretiert, von uns revidiert wird, die Grundlage der Nep darstellt. Ich glaube aber, daß diese Gefahr uns kaum ernstlich bedroht. Im Auslande jammern Dan & Co. darüber, daß die Nep aufhört, die Moskauer Kaufleute fühlen aber nichts desgleichen.

Natürlich sind die ausgewiesenen Schieber mit ihrem Schicksal sehr unzufrieden; aber daß das Handelskapital wirklich fühlen würde, daß wir mit der Nep aufhören, das müssen wir bestreiten.

Das Privatkapital lacht uns noch sehr oft aus. Wir sind noch allzu dumm und ungeschickt in dieser Hinsicht. Sehr oft hauen uns private Kaufleute übers Ohr. Wir müssen jetzt schon besser lernen, die entscheidenden wirtschaftlichen Hebel in Bewegung zu setzen.

Die Zentralfrage ist die Genossenschaft.

Nun kommen wir zu der Genossenschaftsfrage, die, wenn ich mich nicht irre, mit der Frage unserer Handelspolitik den Haupttagesordnungspunkt aller unserem Parteitag vorausgegangenen Gouvernementskonferenzen bildete. Nicht über die Genossenschaft „überhaupt" müssen wir jetzt sprechen, darüber haben wir schon genug gesprochen, sondern ihre Anwendung im Kampfe gegen das Privatkapital, über ihre Anwendung gemäß dem Gebote Wladimir Iljitsch'.

Nagt Euch durch seinen Artikel über die Genossenschaft hindurch. Dieser Artikel wurde noch wenig studiert. Wladimir Iljitsch spricht darüber, daß wir noch große Opfer bringen, Hunderte von Millionen ausgeben müssen werden, um die Genossenschaft wirklich zu unterstützen. Er spricht von einer **genossenschaftlichen Gesellschaftsordnung.**

„. . . Wenn sich einmal schon die Staatsmacht in den Händen der Arbeiterklasse befindet, wenn diese Staatsmacht über alle Produktionsmittel verfügt, so bleibt uns nunmehr keine andere Aufgabe übrig, als die Verbindung der Bevölkerung in Genossenschaften. Jetzt müssen wir erkennen und unsere Erkenntnis praktisch durchsetzen, daß gegenwärtig jene Ordnung, die wir über alle Maßen unterstützen müssen, eine **Gesellschaftsordnung der Genossenschaften** ist."

Es war komisch, als der belgische menschewistische Genossenschafter Ansel vor 20 Jahren gesagt hat daß er aus dem Brüsseler Genossenschaftsladen die bürgerliche Ordnung mit weißen Wecken bombardieren wird. Das war natürlich eine leere Phrase, da die politische Macht in den Händen der Bourgeoisie geblieben ist. Jetzt aber, wo sich die Macht bei uns in den Händen der Arbeiterklasse befindet, können und müssen wir sagen, daß wir die bürgerliche Gesellschaft wirklich durch eine richtige Organisierung der Genossenschaft und durch die Schaffung einer genossenschaftlichen Gesellschaftsordnung bombardieren werden.

Wenn zwei dasselbe sagen, so ist es nicht immer dasselbe. Auch Snowden sagt, daß das Ziel der englischen Arbeiterpartei, „das Ziel ihrer politischen Tätigkeit die Errichtung einer genossenschaftlichen Gesellschaftsordnung ist".

Snowden sagt aber zugleich, daß die Diktatur des Proletariats ein „Unsinn" sei, und daß sein Sozialismus im „demokratischen Eigentumsrecht" bestehe. Das Wort über die genossenschaftliche Gesellschaftsordnung ist in seinem Mund der Betrug der Betrüger. Die englische Genossenschaft, die amerikanische Genossenschaft ist stark, mächtig, stärker als die unsere, aber sie befindet sich in den Händen der Trusts und der Banken der Bourgeoisie. Dort ist das Wort über die genossenschaftliche Gesellschaftsordnung ein Betrug an den Arbeitern. Aber im Mund Wladimir Iljitsch', im siebenten Jahr der Diktatur, im Mund unserer Partei bedeutet die Frage über die genossenschaftliche Gesellschaftsordnung eine wirkliche Konkretisierung unserer Arbeit auf dem Wege zum Aufbau des Sozialismus.

Die Tatsache des friedlichen, wirtschaftlichen Sieges einer Genossenschaft über einen privaten Kaufmann ist uns teuerer als die Schließung von hundert privaten Geschäften durch einfache Gewalt, durch einfache Ausnützung unserer politischen Macht. Darum ist nun die Genossenschaft zu unserer Zentralfrage geworden. Hierauf muß auch der Parteitag seine Aufmerksamkeit konzentrieren. Hierzu brauchen wir jetzt entsprechende Leute. Ihr erinnert Euch, wie Wladimir Iljitsch uns lehrte, daß die Frage der entsprechenden Leute für die Industrie im Jahre 1922 die Zentralfrage ist. **Jetzt ist die Frage über die Einstellung der entsprechenden Leute in die Genossenschaften die Zentralfrage.**

Dabei bestehen zweierlei Gefahren. Eine Gefahr besteht darin, daß wir hier solche Leute einstellen werden, die eine ausschließlich geschäftsmäßige, kaufmännische Einstellung haben, die manchmal gut, manchmal schlecht handeln, aber keinen Begriff davon haben, was die Worte Lenins über die genossenschaftliche Gesellschaftsordnung bedeuten. Eine andere Gefahr besteht darin, daß wir der Genossenschaft Leute geben, die sich für die Idee der Genossenschaft und der genossenschaftlichen Gesellschaftsordnung begeistern, aber gar nichts vom Geschäft verstehen und keine geschäftstüchtigen Eigenschaften haben. Die Aufgabe der Partei in der Provinz und unsere Aufgabe im Zentrum besteht darin, eine ganze Phalanx für die Genossenschaft auszuwählen — wie wir ein Korps von Wirtschaftlern für die Industrie auswählen werden und zum Teil schon ausgewählt haben, wenn auch noch nicht in dem notwendigen Umfange, — daß wir für die Genossenschaft eine noch größere Phalax auswählen, da, wenn wir auch das Dorf in Betracht ziehen, die Genossenschaft eine viel verzweigtere Organisation ist, die in sich beide dieser Eigenschaften vereinigen muß: die reale Geschäftstüchtigkeit, die Fähigkeit zum Handeln mit Begeisterung und Weitblick. Wir sind auf diesem Gebiete noch im Rückstand. Wir sehen sehr oft, daß die Ware durch die lokale Kooperation sehr verteuert zum Bauern gelangt. Aber warum muß das auch in den Hauptzentren, in Moskau und in Leningrad, der Fall sein? Darum, weil wir dieser Frage kein genügendes Augenmerk gewidmet haben. Diesem Zustand müssen wir ein Ende machen. Dieser Sache müssen sich unsere großen Gewerkschaften, wie die Eisenbahner, die mit den Familienmitgliedern zusammen einige Millionen Menschen zählen, wie der Metallarbeiterverband, annehmen, dieser Sache müssen sich vor allem unsere größten Zentren: Leningrad, Moskau, das Donezbecken, Baku, Iwanowo-Wosnesensk annehmen. Diese großen Zentren müssen sich als Hauptaufgabe setzen: Leute, Leute und nochmals Leute den Genossenschaften zu geben. In den Arbeiterkreisen sind diese Leute vorhanden. Wir müssen ihnen helfen, mit dem Gefühl des Kaufmannes das Verständnis dafür zu verbinden, daß dies eine Lebensfrage der Partei ist, daß dies die Frage des konkreten Weges, des Wachsens des Sozialismus in unserer Gesellschaft und des Sieges der Arbeiter und Bauern ist. Das Zentralkomitee hat sich mit dieser Frage beschäftigt und hofft, daß wir sie nach dem Parteitag als unsere wichtigste Aufgabe behandeln werden.

Eine neue Handelspolitik und eine neue Genossenschaftspolitik — das sind die zwei Hauptaufgaben des heutigen Tages. Neu natürlich nur verhältnismäßig. Prinzipiell ist hier schon vieles auch früher gesagt worden, aber praktisch stellen wir hier zum erstenmal diese Frage mit einer solchen Klarheit und nicht im luftleeren Raum, und zum erstenmal haben wir dabei eine gewisse Erfahrung hinter uns. Eine neue Handelspolitik, NTP., wenn wir sie kürzen wollen (nach den russichen Anfangsbuchstaben; eine Anspielung auf die sehr volkstümlich gewordene Abkürzung der neuen Wirtschaftspolitik: „Nep." Die Red.), eine neue Genossenschaftspolitik NKP. — das ist jetzt das wichtigste Glied in unserer Arbeit. Hier haben wir eine Menge von Fehlern gemacht. Hier müssen wir den stärksten Druck ausüben, hierauf müssen wir unsere ganze Begeisterung, unseren ganzen Schwung, unsere ganze Organisiertheit, wozu wir als bolschewistische Partei fähig sind, konzentrieren. Hier müssen wir jeden Schritt zehnmal prüfen, die Erfahrung erwägen, ernst, organisiert, mit dem Blick auf die Massen vorwärtsschreiten — das wird zugleich bedeuten, daß wir unsere Aussichten in der Frage: „Wer den anderen besiegen wird" und „Wohin wir wachsen" erhöhen. Solange es in unserem Handel Fehlwüchse gibt, müssen wir sie geraderichten. Hier müssen die Partei und die Gewerkschaften und die ganze Arbeiterklasse alle Hebel in Bewegung setzen und wir werden diese Fehlwüchse geraderichten. Das zeigen unsere Errungenschaften in der Frage der „Schere". Wenn wir aber die Fehlwüchse nicht geraderichten, dann wird die Antwort auf die Frage „Wer, wen?" ungünstig ausfallen. Diese Frage wird auf dem Gebiete der neuen Handels- und Genossenschaftspolitik unserer Partei entschieden, sie wird dadurch entschieden, mit welchem Erfolg und mit welcher Organisiertheit wir uns auf dem Gebiete der Genossenschaft vorwärtsbewegen können.

Wir dürfen nicht nur eine städtische Partei sein.

Daran knüpft sich die Frage über die Arbeit im Dorfe an. Wir kennen das Dorf sehr wenig. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir hier weder an der Parteilinie noch an der Sowejtlinie einen besonderen Hebel für das Dorf haben. Wir sind über das Dorf nur mittelbar orientiert. Es ist absolut notwendig, dem Dorfe mehr Aufmerksamkeit zu widmen, und von diesem Gesichtspunkt muß auf dem literarischen Gebiete das Erscheinen einer ganzen Reihe von Monographien begrüßt werden, die teils durch Parteifunktionäre, teils durch große Spezialisten, teils durch parteilose Funktionäre geschrieben wurden. Zu diesen Werken gehört das unlängst erschienene Buch des Genossen Jakowlew, das Buch Bolschakows und das Buch Subrilins, eines alten Agronomen. Jeder von ihnen hat nur ein Teilgebiet erforscht, aber die von ihnen angeführten Daten sind sehr interessant. Wir sind eine noch allzu städtische Partei, wir kennen noch allzu wenig das Dorf, aber das müssen wir uns merken, da wir sonst vergebens das Wort Zusammenschluß (Smytschka) wiederholen.

Die Hauptsache, was das Dorf anbelangt, ist — und das hat in der letzten Zeit schon in allen Ohren gesummt — die neue **Schichtung** der Dorfbevölkerung. Sehr oft hat uns Wladimir Iljitsch davon gesprochen, daß sich die verschiedenen Schichten des Dorfes aneinander angeglichen haben. Jetzt beginnt etwas ganz neues: infolge der Nep entstehen neue Schichten im Dorfe.

Man spricht viel vom Kulak (wucherischer Großbauer). Man muß hier aber achtgeben, daß wir nicht nach zwei Richtungen Fehler begehen: 1. in den Zugeständnissen an den Kulak, und 2. daß man solche Bauern zu den Kulaken rechnet, die gar keine sind. Man darf nicht jeden auch nur einigermaßen wohlhabenden und gutlebenden Bauern einen Kulak nennen. Unser Volkskommissar für Landwirtschaft, Genosse Smirnow, hat recht, wenn er sagt, daß hier viele unserer Genossen von der richtigen Linie abweichen.

Ich glaube, daß die Zeit da ist, wo man unterscheiden muß zwischen dem Kulak im alten Sinne und dem Dorfschieber, der vor unseren Augen emporwächst. Früher hat man fast jeden wohlhabenden Bauern einen Kulak genannt. Wladimir Iljitsch lehrte uns in dieser Beziehung, je nach dem Gouvernement, Ort und Zeit einen Unterschied zu machen: in Sibirien ist ein solcher Bauer kein Kulak, in Zentralrußland ist er ein solcher. Um so aufrichtiger müssen wir an die Frage jetzt herangehen. Im Dorfe wächst ein gewöhnlicher Wucherer-, Schiebertyp empor, dort wächst jener Schieber empor, auf den wir einen so starken Druck wie möglich ausüben müssen. Das bedeutet noch gar nicht, daß wir auf jeden wohlhabenden und seine Wirtschaft gutführenden Bauern einen Druck ausüben werden. Es handelt sich nicht darum, daß wir den mittleren und den armen Bauer unterstützen. Wir erlassen den armen Bauern sehr oft die Steuer, aber damit ist wenig getan. Der arme Bauer erfährt seitens der Genossenschaft noch zu wenig Unterstützung. Aber wenn sich die Partei bewußt das Ziel setzt, den armen Bauern durch die Genossenschaft durch Kreditierung und durch verschiedene andere Mittel zu unterstützen, dann werden wir andere Resultate erzielen. Es hat keinen Sinn, zu verheimlichen: wir befinden uns heute in einer Lage, wo der arme und der mittlere Bauer sehr oft mit uns unzufrieden ist. Diesbezüglich verfüge ich über verschiedenes Material und über einen besonders interessanten Brief des Genossen Sentzow aus Irkutsk. Ich kenne den Genossen Sentzow nicht persönlich. Er schreibt mir aus Irkutsk darüber, was er im sibirischen Dorfe sieht, und er hat sehr vieles richtig erfaßt.

„Im Dorfe" — schreibt Genosse Sentzow — „geht eine rasche Differenzierung der Wirtschaft, folglich auch eine Umgruppierung der Kräfte ‚für' und ‚gegen die Revolution' vor sich.

1. Sichtbar wächst der Typ des vorrevolutionären Kulak empor und scheidet sich ab: mit einem Vorrat von Getreide, mit 10 oder mehr Stück Großvieh, mit der Gewohnheit und der Fähigkeit, Wuchergeschäfte zu betreiben. Dieser Kulakentyp stellt schnell seinen Einfluß im Dorfe wieder her.

2. Auch der Mittelbauer erstarkt und fühlt ein immer größeres Bedürfnis nach der aktiven Teilnahme am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben.

3. Es geht eine rasche Pauperisierung der Dorfarmut vor sich, die sehr schnell in eine wirtschaftliche und folglich auch in eine politische Abhängigkeit vom Kulaken und Mittelbauer gerät. Die politische Aktivität der Dorfarmut wird mangels einer realen Unterstützung seitens der Partei und der Staatsmacht geschwächt.

4. Das landwirtschaftliche Lohnproletariat liegt auf dem Boden. Es kostet eine sehr große Mühe, den landwirtschaftlichen Arbeiter in den Verband der Land- und Forstarbeiter hineinzuziehen; der Kulak will keine Arbeiter haben, die Mitglieder der Gewerkschaft sind, und verjagt sie vom Dienste.

5. Die Parteizellen, die im Kampfe gegen das Kulakentum und in Partisanentruppen erzogen wurden, können die Führung des sich in der Genossenschaftsfrage, in der Landwirtschaftsfrage und in der Verwaltungsfrage immer mehr komplizierenden Dorflebens nicht an sich reißen und die erfahrenen Kulaken hintergehen sehr oft unsere Parteigenossen.

Ich hatte Gelegenheit ‚— setzt Genosse Sentzow fort —' einigen gemeinsamen Versammlungen der Zellen mit den parteilosen Bauern im Bezirk Tulun beizuwohnen. Es wird die Frage der Kreditgenossenschaften erörtert. Aktiv nimmt an der Debatte der Berichterstatter des Bezirkskomitees der Partei teil; aktiv nehmen an der Debatte die Groß- und Mittelbauern teil; die Kommunisten und die Dorfarmut schweigen.

Im allgemeinen heißen die Bauern die Partei und die Sowjetmacht willkommen, aber nur im Zentrum, im Gouvernement, ja auch noch im Bezirk, aber nicht zu Hause im Dorfe. Bei der Erörterung der Frage des Verwaltungspersonals herrscht folgendes Leitmotiv: ‚Man könne sich nicht der Führung eines unerfahrenen und armen Kommunisten anvertrauen — man müsse im Gegenteil solche Leute wählen, die schon früher gearbeitet haben, und reiche Bauern.'"

Das ist das Bild aus dem sibirischen Dorfleben.

Das Buch des Parteilosen Bolschakow, mit dem ich persönlich gesprochen habe, beschreibt einen Kreis im Gouvernement Twer, in einem ganz anderen Teil Rußlands, und er kommt zur selben Schlußfolgerung. Er sagt:

„Die Politik im Dorfe ist unklar. Die arme Ecke sitzt schweigend im Hintergrund, die Mittelbauern wissen es nicht, ob sie die Sowjetmacht loben oder beschimpfen sollen, aber aus der Ecke der wohlhabenden Bauern, und ich sage der wohlhabenden Kulaken, hört man hie und da auch ein Lob für das bestehende Regime."

Das schmeichelt dem Ohr nicht allzu sehr. Wahrscheinlich werden die Weißgardisten dieses Zitat aufgreifen. Mögen sie es nur tun! Wir werden die Sache schon in Ordnung bringen. Aber wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben, wir müssen sehen, was ist. Unsere wichtigste Aufgabe besteht in der Hebung der Landwirtschaft. Wir mußten den Kurs auf den Muschik nehmen. Diese Aufgabe bleibt bestehen. Und es ist jetzt nicht so sehr die Bedrängung des Kulaken, als viel eher die energische Unterstützung der Dorfarmut und des besten Teiles der Mittelbauern wichtig, damit sie die Möglichkeit haben, ihre Wirtschaft zu heben. Sonst werden wir das haben, was Ihr jetzt seht: der arme Bauer schweigt in der Ecke und der Kulak lobt uns hie und da.

Die Stimmung der Bauern im Dorfe ist recht kritisch. Ich merkte mir die Worte des Genossen Petrowski auf der Sitzung des ZK., als er darüber erzählte, daß er während seiner Reise in der Ukraine viele Bauern erklären hörte: „Die Kurorte und die Genossenschaften seien für die Arbeiter, auch der Preisnachlaß in der Apotheke sei für die Arbeiter, wir Bauern bekommen aber nichts.

Bedenkt es, wir unterstützten den Zusammenschluß der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, als es sich um die Lösung der größten politischen Fragen handelte, jetzt ist es aber so, daß irgendein kleiner (und dazu noch zweifelhafter) Preisnachlaß in der Apotheke das Auge der Bauern die in anderer Hinsicht viel reicher sind als die Arbeiter, verletzt. Ich führe das als ein Symptom jener Stimmung an, die unter der Bauernschaft vorhanden ist und die wir als Arbeiterpartei klar sehen müssen, gerade um den Zusammenschluß fest aufrechtzuerhalten.

Im Laufe der weiteren Arbeiten unseres Parteitages werden wir noch diese Frage ausführlich erörtern. Es ist klar, daß hier eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen wird. Wir müssen an die Erleichterung der Lage der Dorfarmut in der Steuerfrage, in der Frage des landwirtschaftlichen Kredits denken, die Agrikultur fördern, die Frage über die Wälder vorwärtsbringen. Wir denken allzu wenig daran, obwohl die schlechte Bodenbebauung und die Unordnung in den Waldfragen fortdauert. Das sind Fragen, die wir lösen können und müssen.

Die „Kulturschere". Ferner müssen wir um jeden Preis die Frage der Dorfintelligenz, die Frage über die Lehrer, über die praktischen Agronomen von der Stelle bewegen. Außer jener Schere, von der wir viel gesprochen haben, gibt es noch, wie unlängst Genosse Ponurow in einem Artikel richtig bemerkte, eine „Kulturschere". Das dürfen wir nicht vergessen. Der Abstand zwischen der Kultur der Stadt und der des Dorfes blieb bestehen, stellenweise ist er noch größer geworden. In dem Berichte der Hauptkommission für politische Aufklärung wird Euch die Genossin Krupskaja über die diesbezügliche Erforschung einer ganzen Reihe von Provinzen durch das Volkskommissariat für Bildungswesen erzählen. Ihr werdet erfahren, was für eine Dunkelheit noch in einer ganzen Reihe von Bezirken und Gouvernements herrscht, daß gerade die Kinder der armen Bauern sehr oft nicht die Schule besuchen, die Mädchen überhaupt nicht usw. Die „Kulturschere" ist vorhanden. Die Partei muß jetzt die Frage der Annäherung an die Dorfintelligenz von der Stelle rücken, und sie wird auch ernste Resultate erzielen. Wir dürfen nicht darauf schauen, was im Dorfe nur oberflächlich ist, sondern wir müssen das Dorf im Kreuzschnitt und drei Jahre Nep unter die Lupe nehmen. Wir müssen die Aufmerksamkeit der Partei auf diese Frage lenken.

Die Gewerkschaften im Dorfe. Wir könnten auch durch die Gewerkschaften manche Stützpunkte im Dorfe haben. Vielleicht werdet Ihr Euch wundern — wie ich mich anfangs gewundert habe —, wenn ich sage, daß unsere Gewerkschaften im Dorfe wenigstens auf dem Papier über eine Million Mitglieder haben. Über eine Million Mitglieder. Und leisten sie denn vieles? Nein; unsere Gewerkschaften denken gar nicht daran. Ich versuchte,

diese Frage auf die Tagesordnung des bevorstehenden Gewerkschaftskongresses zu bringen. Vorläufig ist kein Erfolg vorhanden. Ich glaube, daß es an der Zeit ist, darüber nachzudenken. Warum wird bei dem Zentralen Gewerkschaftsrat nicht eine Kommission gebildet, die die Arbeit aller Gewerkschaften im Dorfe zusammenfassen würde, warum wird an die Spitze dieser Kommission nicht Genosse Kalnin oder Genosse Tomski gestellt? Etwas würde diese Kommmission schon leisten. Das ist notwendig, da wir im Dorfe, wenn auch nur über schwache, so immerhin über Stützpunkte verfügen. Über einiges verfügt hier der Jugendverband, über etwas mehr als die Partei, aber es ist noch immer wenig, und wir treten in eine organisatorische Epoche ein, wo wir alles organisieren müssen, was zu organisieren ist, wo wir alle unsere Kräfte dem Dorfe, der heranwachsenden neuen Generation zur Verfügung stellen müssen, weil sich sonst, Genossen, andere Leute, andere Kräfte finden werden, die diese Sache in ihre Hände nehmen und unseren Zusammenschluß mit der Bauernschaft zerreißen.

*

Wenn wir nun diese komplizierte Lage im ganzen einschätzen und uns fragen, wohin wir wachsen und „wer den anderen besiegen wird", so glaube ich, daß wenn wir auch diese Frage nicht mit einer 100%igen Sicherheit und mit der Überzeugung beantworten können wie die erste Frage, die Antwort im allgemeinen dennoch positiv sein muß. Wir wachsen, wohin wir zu wachsen hofften. Betrachtet das Gesagte im Rahmen der internationalen Lage, deren Skizze ich Euch hier entwarf, und Ihr werdet mit mir einverstanden sein. In den uns umgebenden Staaten reifen die Kräfte des Überganges zum Sozialismus heran. Es gibt noch viele Schwierigkeiten, es gibt noch viel Durcheinander in der Lage. Das Durcheinander der Nep bleibt bestehen; noch schwieriger ist die Lage im Dorfe. Wir werden nicht plötzlich einen festen Boden unter unsere Füße bekommen, aber wir haben gelernt, einige wirtschaftliche Hebel zu handhaben, wir haben gelernt, den Handel und die Kreditanstalten in unsere Hände zu nehmen.

Wenn wir eine richtige Handels- und Genossenschaftspolitik führen werden, dann können wir getrost sagen, daß wir in den Sozialismus hineinwachsen werden. Zweifelsohne gibt es noch große Gefahren der Entartung, aber die Partei sieht sie klar und wird ihnen vorbeugen können.

Währungsreform und Planwirtschaft.

In diesem Zusammenhange gewinnt die Finanzreform, über die ein besonderer Bericht erstattet wird, eine außergewöhnliche Bedeutung. Man kann uns fragen: „Ihr habt eine sehr gute Währungsreform, aber für wen macht Ihr Euer gutes Geld, für die Bourgeoisie oder für den Sozialismus und für den genossenschaftlichen Ausbau des Landes?" Diese Frage müssen wir uns vor Augen halten und uns nicht durch den äußerlichen Erfolg irreführen lassen. Schwierigkeiten wird es geben.

Die Währungsreform ohne Außenhandelsmonopol und ohne aktive Handelsbilanz ist sehr wenig wert. Die Reform ist nur darum gut, weil wir das Außenhandelsmonopol bewahren und eine aktive Handelsbilanz haben. Sehen wir uns an, wie unsere Feinde über unsere Währungsreform sprechen. In der Zeitschrift „Ekonomitscheski Westnik" schreibt Markow, einer unserer Feinde:

„Unter den gegenwärtigen Verhältnissen des Fehlens ausländischer Zahlungen außer den rein handelsmäßigen Zahlungen, gewinnt die Handelsbilanz eine vornehmliche Bedeutung..... Aber die Sowjetregierung führt jetzt nach den ersten drei Jahren des Handels, wo die Käufe für die restlichen Goldvorräte erfolgten, einen zähen und energischen Kampf für die aktive Handelsbilanz..... In der letzten Zeit zeigt die Bilanz die Tendenz einer stabilen Aktivität..... Dieser Umstand vermindert natürlich die notwendige Nachfrage nach Auslandsvaluta und schafft günstige Bedingungen für die Stabilisierung des Kurses des Tscherwonez im Verhältnis zur ausländischen Valuta. Außerdem wird die Nachfrage nach Auslandsvaluta durch das Volkskommissariat für Außenhandel monopolisiert."

Da seht Ihr das Urteil eines feindlichen Wirtschaftlers, der klar und deutlich ausspricht, daß das Außenhandelsmonopol eine der unerläßlichen Bedingungen des Erfolges der Währungsreform ist. Nun, Genossen, das dürfen wir unter keinen Umständen vergessen.

Der Erfolg der Finanzreform ist ein unbestreitbares Gesundungssystem unserer ganzen Volkswirtschaft. Man darf sich nicht vorstellen, daß unsere Wirtschaftsreform bei einem wirtschaftlichen Verfall gelingen würde. Solche Wunder gibt es nicht auf Erden. Die Geldreform ist ein Symptom der Gesundung unserer ganzen Wirtschaft.

Ihr erinnert Euch, wieviel über die Planwirtschaft gestritten wurde. Aber wir sehen jetzt, daß die ernste Planwirtschaft darin bestand: an der Besserung der Lage der Heizmaterialproduktion, des Transportes, der Finanzen zu arbeiten. Die Frage des Kredites, der Geldreform richtig aufzustellen, die Elektrifizierungsarbeiten in Bewegung zu setzen, die Frage der Metallurgie von der Stelle zu rücken — das ist eine wirkliche Arbeit im Interesse der Schaffung eines wirtschaftlichen Planes nicht auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit. Das ist ein ernster, wirksamer Plan, der Fehler enthalten kann, der aber der Gesamtlage entspricht. Wenn wir all dies gelöst haben werden, werden und müssen wir weitere Schritte auf dem Gebiete der Planwirtschaft unternehmen. Im großen Ganzen glaube ich, daß wir unsere Bilanz auch hier mit einem Plus abschließen können.

Die politische Bilanz der Neuen Wirtschaftspolitik.

Ich gehe jetzt zur politischen Bilanz der Neuen Wirtschaftspolitik über. Hier können wir etwas ganz Neues feststellen. Wir waren in der letzten Zeit daran gewöhnt, davon zu sprechen, daß es bei uns zwei Klassen gibt: die Arbeiterschaft und die Bauernschaft, aber das ist nicht mehr ganz richtig. Wir haben zwei Klassen mit einem gewissen Bruchteil, und dieser Bruchteil ist die neue Bourgeoisie. Wer von uns, Genossen, dachte vor der Revolution über die wirtschaftliche und politische Rolle der Bourgeoisie einige Jahre nach dem proletarischen Umsturz nach? Wir haben sehr wenig darüber nachgedacht. Das Maximum dessen, was wir diesbezüglich aus dem Marxismus wußten, war das theoretische Verhältnis zum Spezialisten, die Frage über die Möglichkeit des Lernens vom großen Eigentümer, die manchmal auch wirklich gestellt wurde, aber wie all dies konkret aussehen wird, wie die besiegte Bourgeoisie einige Jahre nach der proletarischen Revolution aussehen wird, darüber konnte Marx nichts sagen. Ja, nicht nur Marx, sondern auch Lenin nicht. Wir wußten und sagten am Anfange der Revolution, daß wir „die Bourgeoisie erwürgen" müssen oder, wie die etwas theoretischere Formulierung lautete, daß der Arbeiterstaat „den Widerstand der Bourgeoisie überwinden muß". Aber, Genossen, das ist jetzt alles sehr wenig, das ist alles nur die Algebra.

Jetzt haben wir bereits Erfahrungen hinter uns. Wie wird die Bourgeoisie einige Jahre nach unserem Siege aussehen? Physisch haben wir sie nicht vernichtet und wollten sie auch nicht vernichten. Nun kam die Periode der Nep, wo wir Zugeständnisse machten. Die neue Bourgeoisie entwickelt sich, sie ist auch im Dorfe da, aber in der Stadt wächst sie natürlich schneller. Vor uns steht eine neue Bourgeoisie, und wir müssen die Frage lösen, wie wir uns dieser Erscheinung gegenüber verhalten müssen. Die neuen Sitten, die neue Kultur, die neueste Technik, die neue Schule werden wir schon fördern, aber die neue Bourgeoisie liegt uns nicht allzu sehr am Herzen. Es ist etwa dieselbe Erscheinung, sagen wir, wie eine neue Form des turkestanischen Fiebers, dessen Erscheinen wir nicht billigen können. Die neue Bourgeoisie ist aber da. Sie ist eine ganz eigentümliche Klasse. Die Bourgeoisie erwies sich als sehr lebensfähig. Wir haben sie vom fünften Stock heruntergeworfen, aber sie hat sich wieder auf die Füße gestellt, sie ist lebensfähig. Sie ist eine ganz eigentümliche Klasse. Sie ist weder jung noch alt, ihr Kopf paßt nicht auf ihren Körper oder umgekehrt. Die „neue" Bourgeoisie ist eine Tatsache, und wir müssen sie als eine der mit der Neuen Wirtschaftspolitik verbundene Tatsache betrachten. Es wäre ein Wunder gewesen, wäre sie nicht entstanden.

Haben wir denn in der Neuen Wirtschaftspolitik die nötigen Grenzen eingehalten? Strömt denn die Nep über die aufgestellten Dämme nicht hinweg? Ich führe Euch das Urteil eines Feindes, eines klugen Feindes, an, die Worte Timaschews im „Ekonomitscheski Westnik". Ich bitte die Genossen aus dem Volkskommissariat für Justizwesen, das zu beobachten, was unser kluger Feind sagt: In der Sache der Wiederherstellung des Eigentumsrechtes — schreibt er — kommt die Tiefe der Nep als des Zerstörers des kommunistischen Experiments mit der größten Klarheit zum Vorschein.

Nun seine Schlußfolgerung:

„Beschlüsse von lokalen Instanzen, die die Restaurierung der Institution des Eigentums, die einzelnen Eigentumsverhältnisse bis zu einem solchen Grade restaurieren, der weit über die durch die Gesetzgebung festgesetzte Nep. hinausgeht, sind nur in einer Atmosphäre möglich, die vom Eigentumsgeist intensiv beseelt ist. In dieser Hinsicht ist das Hinausgehen der Nep über die

gesetzmäßig festgesetzte Grenze, über die das obenerwähnte Zitat als über eine Gefahr, das heißt eine Möglichkeit spricht, bei weitem nicht mehr zur Möglichkeit, sondern zur Wirklichkeit geworden."

Der kluge Feind sagt, indem er die Bilanz zieht, daß wir manchmal über die Grenzen des Zulässigen in der Sache der Wiederherstellung der Eigentumsverhältnisse hinausgehen und daß unsere Rechtsprechung in der Praxis allzugroße Zugeständnisse macht zugunsten des wiedererstehenden Eigentums. Jedenfalls muß sich unsere Partei das merken, wir müssen das in Betracht ziehen.

Der Altweibersommer des Menschewismus.

Wir müssen dessen gedenken, daß auf Grund des Emporwachsens der Neuen Bourgeoisie eine gewisse Wiedergeburt, eine gewisse Renaissance, wenn Ihr wollt — ein Altweibersommer des Menschewismus unvermeidlich ist. Es ist bei uns ein neuer Menschewismus im Entstehen begriffen. Es ist nicht mehr ein Menschewismus, der sich auf den rechten oder passiven Flügel der Arbeiterschaft stützt; es ist ein Menschewismus, der sich auf die **neue Bourgeoisie** stützt, auf ihre Söhne, auf ihre studierende Jugend, auf ihre Studenten. Blickt um Euch, die Menschewiki finden keine Sympathie mehr in Arbeiterkreisen. Wir haben bereits auch den rechten Flügel, auch den passiven Flügel der Arbeiter in uns aufgesogen, umgeschaffen, und die Menschewiki haben sich vom rechten Flügel der Arbeiter in den „linken", in den politisch aktivsten Flügel der neuen Bourgeoisie verwandelt. Das ist der Menschewismus unserer jetzigen Zeit.

Blickt auf die heutigen Studenten. Im heutigen neuen Studententum seht Ihr eine gewisse Schichtung des neuen Menschewismus. Dieser neue Menschewismus wächst viel schneller als das neue SR-tum. Warum? Weil die SR. aus dem Kreise der Dorfkulaken herauswachsen, und dieser Prozeß ist dort ein viel langsamerer, aber er kann, wenn er heranreift, viel gefährlicher werden, wenn wir keine Gegenmaßnahmen treffen. In der Stadt geht aber das Heranwachsen der neuen Bourgeoisie viel rascher vor sich, die Bourgeoisie ist viel beweglicher, besonders ihre junge Garde. Wir haben eine vorzügliche junge Garde, aber sie haben auch eine junge Garde, und auf deren Grundlage entsteht der neue Menschewismus. Die Abkehr der georgischen Arbeitermenschewiki von der Menschewikipartei und ihr Anschluß an uns ist keine zufällige Episode. Alle Arbeiter kommen zu uns. Zugleich ensteht ein neuer Menschewismus auf dem Boden der Nep, als Vertretung einer neuen Klasse, der neuen Bourgeoisie, dieses Klassenbruchteiles, wovon ich schon sprach und der von sich schon eine ganze Reihe von Lebenszeichen gibt.

Ich hörte, daß zur Zeit des Todes Lenins in Charkow oder Kiew eine Versammlung der Kaufleute, dieser typischen Vertreter der neuen Bourgeoisie, stattfand. Es wurde eine Resolution angenommen, die erklärt, daß auch sie ihre Rechte fordern, daß auch sie „Werktätige" sind. Es gibt noch überzeugendere Beweise; die Reden der Ingenieure auf einem Kongreß in Leningrad. Sie liegen mir im Stenogramm vor. Ich bitte die Genossen, die wenigen Auszüge aufmerksam anzuhören, sie sind äußerst interessant. In Leningrad fand ein von der Gewerkschaft einberufener Ingenieurkongreß statt, der sich mit verschiedenen Fragen beschäftigte. Auf diesem Kongreß haben sich zwei oder drei Gruppen gebildet. Zur ersten Gruppe gehörten die ehrlichen Anhänger der Sowjetmacht, die aufrichtig mit uns zusammenzuarbeiten wünschen. Zur zweiten Gruppe gehörten diejenigen, die zwar arbeiten wollen, bei denen aber die materiellen Interessen im Vordergrunde stehen; die dritte Gruppe rollte politische Probleme auf, sie ist die Avantgarde der neuen Bourgeoisie.

Von der ersten Gruppe werde ich hier Euch nicht sprechen. Ich lese Euch vor, was der Vertreter der zweiten Gruppe sagt:

„Ich behaupte, daß wir uns in einer solchen materiellen Lage befinden, daß unser Intellekt nicht das Maximum dessen produzieren kann, wozu er fähig ist. Und wenn unter dem zaristischen Regime für die Erhaltung der Auerochsen im Sumpfgebiet von Weißrußland gesorgt wurde und die Jagd auf diese Tiere verboten war, so sind wir, die alte Ingenieurgeneration, ebensoviel wie die Auerochsen, und es muß ernsthaft dafür gesorgt werden, daß eine Lage geschaffen wird, die ermöglicht, daß wir unser Bewußtsein zur Geltung bringen (Beifall.) Nach der Statistik des Metallarbeiterverbandes beträgt das Durchschnittsniveau des Arbeitslohnes in den verschiedenen Zweigen der Metallindustrie 68% der Vorkriegshohe, dagegen erreicht der Durchschnittsverdienst eines Ingenieurs und des technischen Personals 25 bis 28%. Natürlich kann man uns entgegenen, daß der Arbeiter in der Friedenszeit unvergleichlich weniger bekam als der Ingenieur. Das trifft zu, aber diese Erscheinung bedarf einer gewissen Analyse, wofür er dies bekam. Augenscheinlich erfordert sein Intellekt eine solche Behandlung."

Mit anderen Worten stellt er direkt die Frage des Zuschusses und sagt: erhöht unseren Verdienst um 20 bis 25%. Der Redner schließt mit folgenden Worten:

„Die Sabotage gehört der Vergangenheit, daher hat es keinen Sinn, darüber zu streiten, ob es eine Sabotage gab oder nicht. Das Wort ‚Sabotage' hat eine historische Bedeutung. Aber das Wort ‚Spez' (Spezialist) hat noch immer einen beleidigenden Sinn."

Ein Teil von ihnen ist also, wie Ihr seht, durch dieses Wort „Spez" aufrichtig beleidigt. Und es ist auch an der Zeit, diese Bezeichnung gegenüber den ehrlich Arbeitenden dem Gebrauch zu entziehen. Was ihre materielle Lage betrifft, so wird jetzt — insoweit ich darüber urteilen kann — alles Mögliche getan, um sie zu bessern.

Viel wichtiger aber ist die folgende Erklärung eines anderen Ingenieurs:

„Es ist in unserer Arbeit eine gewisse Ermüdung bemerkbar. Was ist die Ursache? Die Ursache ist, daß wir keine Aussicht auf eine Zukunft haben. Ich würde es so sagen: Etwas klappt bei uns nicht, wir können uns mit den Kommunisten nicht verständigen. Wenn man uns zu diesem Kongreß einberief, so geschah das, um aufzuklären, warum unsere Arbeit mit der Arbeit der Kommunisten nicht in Einklang steht. Das ist ein sehr wichtiges Moment, und mit dieser Frage müssen wir uns früher oder später auseinandersetzen und sagen, worum es sich handelt. Ich nehme es auf mich, dieses Wort auszusprechen. Es ist eine einfache Frage. Die Kommunisten als Materialisten halten es für nötig, den Menschen in erster Linie die wichtigsten Lebensmittel zu geben, wir Intellektuelle sagen aber, daß wir in erster Linie die Menschenrechte brauchen. Das ist unser Hauptprogramm. Hierauf liegt das ganze Gewicht. Jetzt haben wir diese Menschenrechte nicht, und wenn wir sie nicht bekommen, so werden wir in Passivität fallen. Wir Intellektuellen. Wer ist denn ein Intellektueller? Wer ein Diplom hat? Intellektueller ist jeder Mensch, sei er auch ein Bauer, sei er auch ein Arbeiter, sei er ein diplomierter Mensch, wenn er das Recht des Menschen über alles stellt, wenn er den Menschen für den höchsten Wert des Staates hält. Das ist bei uns nicht der Fall, und darum arbeitet der Intelektuelle mit Unlust. Wie sollen wir die beiden Sachen miteinander verbinden? Einerseits fordern wir das Recht des Menschen, andererseits verstehen wir die Stellungnahme der Kommunisten. Wo liegt der Fehler? Wer irrt sich? Wir oder die Kommunisten? Diese Frage muß geklärt werden. Ich glaube, daß sich die Kommunisten irren. Sie sagen: Die Kommunistische Ordnung ist ewig, das ist ein verhängnisvoller Irrtum. Die Kommunistische Ordnung ist nur eine provisorische wirtschaftliche Maßregel . . .

. . . Die Losung: „Der Herr der Welt wird die Arbeit sein" — ist unrichtig. Sie fesselt unsere Hände. Der Herr der Welt wird der freie Gedanke des freien Menschen sein — das ist die Parole, unter der wir arbeiten können. Und hierfür brauchen wir Menschenrechte. Solange wir keine Menschenrechte haben, wird unsere Arbeit immer gebunden, immer passiv sein."

Das ist eine äußerst typische Rede, Genossen.

Leningrad ist eine der empfindlichsten politischen Zentren — zieht das in Betracht. Die russischen Ingenieure stellen schon seit alten Zeiten her die empfindlichste Gruppe der bürgerlichen Demokratie dar — denkt daran. Nun darum habe ich diese Rede vorgelesen. Sie ist äußerst interessant und bezeichnend als Symptom, weil wir von der politischen Bilanz der Nep sprechen. „Menschenrechte?" Jeder Ingenieur, wenn er Mitglied der Gewerkschaftssektion der Ingenieure ist, hat bei uns Wahlrecht. Aber sie fordern nicht diese Rechte. Was für andere „Menschenrechte" wollen sie denn noch? Dieselben „Rechte", die die bürgerlichen Ingenieure, sagen wir, in Frankreich haben. Seht Euch den sozialen Bestand der neuen „demokratischen" Kammer im offiziellen Organ, dem „Temps", an. Allein Advokaten gibt es 125, 60 Grundbesitzer, ebensoviel Ingenieure usw. Hier liegt der Hund begraben. **Unsere Ingenieure wollen solche Rechte haben, wonach die bürgerliche Intelligenz das Monopol der politischen Vertretung des Volkes besitzt, wo sie die entscheidende Gruppe im Staat darstellt. Genossen, wir dürfen über diese Frage kein überflussiges Wort verlieren. Es ist ganz klar, daß sie solche Rechte in unserer Republik am Sanktnimmerleinstage sehen**

werden. Das ist unbestreitbar. Wir gehen unseren ehrlichen und aufrichtigen Freunden unter den Ingenieuren entgegen. Man soll sie nicht mit dem Worte „Spez" beleidigen. Wir werden auch weitere Zugeständnisse in bezug auf ihren Arbeitsverdienst eingehen, sobald es möglich sein wird. Politische Zugeständnisse werden wir aber nicht machen.

Immerhin könnt Ihr sehen, daß eine bestimmte Gruppe im Jahre 1924 eine solche Sprache spricht, wie sie in den Jahren 1918, 1919, 1920 nicht gesprochen wurde. Es ist ein politisches oder berufs-politisches Teilchen der neuen Bourgeoisie. Wir sehen das. Das ist auch der neue Menschewismus. Der „neue" Typus des bürgerlichen Ingenieurs ist die Stütze der Menschewiki, der bürgerliche Student ist ihre Stütze, die Versammlung der Kaufleute in Charkow oder Kiew ist ihre Stütze. Der heranwachsende Kulak im Dorf ist die Stütze des neuen SR.-tums. Das muß man klar sehen. Und wenn wir dies klar begreifen, dann wird es nicht so fürchterlich sein. Wir haben natürlich unsere eigenen Faktoren, und sie werden stärken sein als die ihren. Wir haben eine wirkliche junge revolutionäre Garde, wir haben einen prachtvollen kommunistischen Jugendverband, der wächst und wachsen wird. An unserer Seite steht ein sehr großer Teil unserer Studenten, der der Revolution ergeben ist. An unserer Seite steht ein bedeutender Teil unserer Intelligenz und unserer Jugend in den Hochschulen. Der Lehrer und der Agronom, besonders der Dorflehrer, geht in Massen auf unsere Seite über.

Im politischen Büro haben wir beschlossen, zum Ende des Jahres einen Lehrerkongreß der Sowjetunion einzuberufen. Das ist eine wichtige politische Angelegenheit. Zu diesem Kongreß müssen wir nicht die Spitzen versammeln, sondern die Vertreter der Massen, die Dorflehrer. Wir müssen dieser Sache eine recht große Aufmerksamkeit widmen. Die Zeit ist nicht fern, wo der Dorflehrer den Kern unserer Agitation und Propaganda bilden wird. Es wird auch so kommen, wenn wir daran arbeiten. Er wird stärker sein als der Ingenieur aus dem weißrussischen Dickicht. Der Lehrer und der Agronom werden an unserer Seite sein, ein bedeutender Teil der Intelligenz wird an unserer Seite sein, ein bedeutender Teil der Ingenieure, ihr ehrlicher Teil, wird an unserer Seite stehen. Aber das wichtigste Plus ist die Erhöhung des Kulturniveaus der Arbeiter und Bauern, unserer „roten Spez", die in unserem Kreise lernen und emporwachsen.

Die politische Bilanz der Nep zusammenfassend, sage ich, daß wir bereits nicht zwei Klassen, sondern zwei Klassen mit einem Bruchteil vor uns haben. Die neue Bourgeoisie ist eine Tatsache. Auf diesem Boden wächst der neue Menschewismus empor, morgen wird das neue SR.-tum emporwachsen. Wir müssen Gegenmaßnahmen treffen, wir müssen den Dorflehrer, den Agronomen organisieren, und er wird mit uns gehen, wir müssen alles Gesunde und Wertvolle aus der Berufsintelligenz mit uns reißen, wir müssen bestrebt sein, alles zu neutralisieren, was neutralisiert werden kann, wir müssen uns vor Augen halten, daß auf dem Boden der Nep allmählich ein neuer Feind emporkommen kann. Wir werden mit Erfolg auch die neue Bourgeoisie, den neuen Feind bekämpfen können, wenn wir nicht die molekularen Vorgänge übersehen werden, wenn wir klar sehen werden, wie die ganze politische Lage entsteht und sich entwickelt, wenn wir nicht fünf Jahre lang warten, sondern am Ende jedes Halbjahres den zurückgelegten Weg prüfen und die der Gesamtlage entsprechenden Maßnahmen treffen werden.

Die Lage in der Partei.

Ich gehe zum Schlußteil meines Berichtes, zur Lage in der Partei, über. Wir sahen, daß wir im ZK. der Ansicht sind, daß unsere internationale Lage im Berichtsjahre mit einem Plus abschließt, daß unsere wirtschaftliche Lage nicht schlimm ist, daß die politische Bilanz der Nep nicht ungünstig für uns ist. Aber das Wichtigste, Wichtigste, Allerwichtigste ist der Zustand der Partei. Wenn hier alles gut ist, dann werden wir schon alles übrige fertig bringen. Wenn wir aber hier etwas verpassen, dann läuft alles aus den Fugen.

Unsere jüngste Parteikonferenz und die Diskussion haben diesem Parteitag vieles vorweggenommen. Das war schon eigentlich ein Parteitag. Ich kann mich jetzt in diesem Teile meines Berichtes kurz fassen. Aber dennoch muß der Parteitag die Bilanz dieser Diskussion ziehen. Alles zu vergessen, was war, wäre ganz undenkbar, da die Geschehnisse auch für uns und, wie Ihr gestern gehört habet, auch für die internationalen Kommunisten Lehren enthalten.

Zum erstenmal in der Geschichte unserer Revolution, wenigstens zum erstenmal nach dem Oktober, hatten wir eine Lage, wo zwischen zwei Kongressen der Versuch gemacht wurde, entweder die Politik des ZK. gründlich umzustellen oder sogar auch den Bestand des ZK. zu ändern, die Pferde unterwegs zu wechseln. Es gibt Situationen, wo dies auch notwendig ist. Wenn das ZK. zum Beispiel das Land wirklich dem Abgrund entgegengeführt hätte, wenn seine Politik wirklich unrichtig gewesen wäre, so hätte kein einziger Revolutionär bis zum nächsten ordentlichen Parteitag warten dürfen, sondern hätte die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages fordern und kämpfen müssen — wenn er dafür ernsten Grund gehabt hätte. Im gegebenen Falle aber hat eine Gruppe von Genossen auf Grund einer vom ersten bis zum letzten Buchstaben falschen Einschätzung der Lage entweder die Politik des ZK. umstellen oder den Bestand des ZK. ändern wollen.

Die „Mißtrauensfrage" gegenüber dem ZK. ist in Moskau infolge der Ausfälle der Opposition zu einer Tagesfrage geworden, die fast in jeder Zelle, fast in jeder militärischen Parteizelle behandelt wurde. Alle wissen es, ich übertreibe hier nicht, daß dies zu einer großen Erschütterung im Leben unserer ganzen Partei führte. Vieles haben wir während dieser Zeit gelernt. Die Partei hat unter Qualen ihre Schlußfolgerungen gezogen. Die Partei war in einem Fieberzustande. Die Partei kam nicht zur Ruhe. Erinnert Euch an die Diskussionen, die ganze Nächte hindurch geführt wurden. Die Partei nahm den aktivsten Anteil an dieser Diskussion. Die Partei hat vieles und viele Genossen in einer neuen Beleuchtung gesehen. Die ganze Arbeitermasse unserer Partei hat die Streitigkeiten verfolgt. Die Partei war bis zum Grunde erschüttert. Jetzt müssen wir die Bilanz ziehen.

Nehmen wir die internationale Lage. Hat denn die Opposition hier recht gehabt, hat sie denn nicht in der ganzen Einschätzung der internationalen Lage und der Politik der Komintern, in der Frage über die Zugeständnisse an das ausländische Kapital, wie das ein Teil der Opposition vorschlug, stark daneben gegriffen? Es ist klar, daß sie daneben gegriffen hat. Jetzt sieht das jeder ein. Nehmen wir eine andere Gruppe von Fragen, die wirtschaftlichen Fragen. Man jammerte darüber, daß wir zugrunde gehen, daß wir in den Abgrund fallen, daß wir eine Katastrophenpolitik machen usw. Die Antwort darauf ist:

Die Geldreform.

Die Schließung der „Schere".

Alle Ziffern, die ich Euch anführte, beweisen, daß wir recht gehabt haben. Seien wir ehrlich. Hat denn die Opposition auch in den Wirtschaftsfragen nicht daneben gegriffen? Natürlich hat sie es getan.

Andere Fragen: nun nehmen wir die Frage der jungen und der alten Generation. Hand aufs Herz! Hat denn die Opposition auch in der Frage der Jugend nicht daneben gegriffen? Das ist das mildeste, was ich sagen kann, sie hat daneben gegriffen. In der Fraktionsfrage hat das ganze Gewebe, worüber ich sprach, etwa nicht bewiesen, daß wir eine tausendmal stählerne Einheit brauchen wie bisher? Hat denn das ganze Gewebe, das ich Euch hier vorzeichnete, nicht darüber geschrien, **daß wir eine noch eisernere Geschlossenheit brauchen, als wir bisher gehabt haben, und daß wir uns nicht erlauben können, so weit zu gehen, wie die Freiheit der Fraktionen oder auch der Gruppierungen?** (Starker Beifall.)

„Demokratie!" „Bürokratie der Sekretäre!" Ihr erinnert Euch an die Schlachtrufe der Opposition. Und die Antwort ist: **das Leninsche Aufgebot.**

Hat denn die Opposition wieder und wieder nicht daneben gegriffen? Ja, sie hat daneben gegriffen. Also, Genossen, in jeder dieser Fragen, und es gab ihrer manche, hat die Opposition daneben gegriffen. Und wenn man sich fragt, warum sie nicht weiter daneben gegriffen hat, dann muß ich Euch antworten, wahrscheinlich darum, weil sie nicht so lange Arme hatte. (Beifall.)

Man sagt uns zuweilen: Wladimir Iljitsch verstand es, objektiv zu sein. Er schimpfte gegen jede Opposition, dann aber nahm er von ihr das, was an ihr gesund war. Ja, das hat er uns gelehrt. Und wir sind Realisten genug, das könnt Ihr uns glauben, daß wir auch von einer besiegten Opposition alles übernommen hätten, was an ihr Gesundes war, wenn nur . . . wenn nur etwas zu übernehmen gewesen wäre. (Starker Beifall.) Die Lage, Genossen, war aber die, daß wir nichts zu übernehmen hatten, sondern daß wir ihr viel eher noch etwas hätten geben sollen, so geistig arm war sie. (Stürmischer Beifall.)

Das Klügste und eines Bolschewiki Würdigste, was die Opposition hätte tun können, was ein Bolschewiki tut, wenn er zufällig einen Fehler begeht, sich auf die Tribüne des Parteitages zu begeben, sich an die Partei zu wenden und zu sagen: ich habe mich geirrt, die Partei hat recht gehabt. (Langanhaltender Beifall.)

Es gab Genossen, die uns zur Zeit der Ausarbeitung der bekannten Dezemberresolution des Politbüros sagten: Der Dreizehnte Parteitag wird nicht der XII. Parteitag sein. Auf dem XII. Parteitag hat Sinowjew prophezeiht, daß neun Zehntel für die Mehrheit des ZK. Stellung nehmen werden, und er hat recht gehabt. Aber wir werden es sehen, wie er auf dem XIII. Parteitag sprechen wird. Nun schaut es an, Genossen. (Langanhaltender Beifall.) Schaut es an. Hier ist der XIII. Parteitag, der erste Parteitag nach dem Tode unseres großen Lehrers. Hier ist die Unterstützung von über 200.000 besten Arbeitern unseres Landes, die in die Diskussion ebenfalls eingegriffen haben, und sagten, daß wir uns sehr gut auskennen und sehen, was wir und wozu wir es tun: das gute ins Töpfchen, das schlechte ins Kröpfchen. (Langanhaltender Beifall.) Wenn es überhaupt ein Mittel gibt, die Diskussion wirklich zu liquidieren und ein für allemal zu beenden, das ist: auf die Tribüne zu kommen und sagen: Die Partei hat recht gehabt und unrecht hatten die, die behaupteten, daß wir am Rande des Abgrundes stehen. (Stürmische, langanhaltende Beifallskundgebung.)

Die Bilanz.

Ich gehe zur Bilanz über.

In den Fragen der Außenpolitik: noch mehr Festigkeit, Vorsichtigkeit, Zurückhaltung in der Konzessionsfrage, Verbindung einer klugen Lavierungspolitik zwischen Felsen und Klippen, mit der Bereitschaft, in einen wilden Angriff überzugehen, wenn die Verhältnisse zum Angriff im revolutionären Kampfe heranreifen. (Deutschland.) Bei einer Wiederholung der deutschen Situation: zum Angriff blasen.

In den Fragen des Innenhandels — bleibt die Nep bestehen.

Nicht so sehr „sie" (die Privatkapitalisten. Die Red.) zerdrücken, als viel mehr das „unsere" — den Teil des Arbeiter- und Bauernstaates heben!

Handeln lernen! Nicht „im allgemeinen" handeln, sondern kulturmäßig handeln, handeln lernen durch die Genossenschaft!

Herunter mit den Preisen. Herauf mit der Genossenschaft! In diesem Zeichen siegen wir.

„Alles auf in die Genossenschaft" — diese Parole darf nicht aus der Mode kommen.

Bombardiere die neue Bourgeoisie aus dem Laden der mustergültigen Genossenschaft. In einem Sowjetstaat ist das richtig.

Billige und gute Ware bahnt der Partei den Weg in das Dorf.

Erweitere den Markt im Dorfe durch die Billigkeit der Waren.

Nach dem Naphtha und der Donezkohle ist die Reihe an der Hebung der Metallindustrie.

Die Finanzreform um jeden Preis unterstützen! Bereite Dich auf die Schwierigkeiten vor, sei bereit, sie in voller Rüstung zu empfangen — dann wird die Lage nicht schwanken.

Den Staatsapparat so durchschütteln (nach der Beherrschung der Genossenschaft), daß alles Faule wegfällt! Denke an das Wort Lenins, daß zur Umstellung des Staatsapparates im kommunistischen Geiste Jahre notwendig sind.

Das Vorkriegsniveau der Produktion war bisher das Ideal. Es ist an der Zeit, dieses Ideal hinter uns zurückzulassen und vorwärtszugehen.

Der leichtfertige Optimismus ist schädlich, denke aber an die Worte Lenins über die Schädlichkeit der Verzweiflung.

Die Losungen der Epoche sind: In alles und überall Organisiertheit hineinbringen, organisiere fester, genauer, mehr in die Details hinein, lieber weniger, aber besser.

Organisiere im Dorfe alles, was auch nur ein wenig uns gehört. Nicht die Spitzen des Dorfes, sondern die unteren Schichten vor Augen halten!

Denke an die kleinbürgerliche Umgebung, die in unsere Augen, unsere Ohren eindringt, die unbemerkbar auch in unser Herz und Hirn eindringt. Bewahre hiervon vor allem unsere Jugend. Unsere ganze Aufmerksamkeit und Liebe der Jugend!

Denke an die wirtschaftliche und an die Kulturschere!

Eine Million Parteimiglieder, hiervon 900.000 Arbeiter vom Schraubstock!

Auf das ausländische Kapital und auf Konzessionen hoffe, aber Du selbst sei nicht untätig, noch richtiger ist, wenn Du gar nicht darauf hoffst.

Genosse Lenin sprach in seiner letzten Rede im Moskauer Sowjet über die Lage der Nep, protestierte gegen die Revision ihrer Grundlagen und endete seine Rede damit: „Aus dem Rußland der Nep wird trotzdem ein sozialistisches Rußland." Das ist für uns, glaube ich, das wichtigste Gebot Wladimir Iljitsch'. Er lehrte uns, daß man immer das wichtigste Glied in der Kette suchen muß.

Wenn wir jetzt das wichtigste, das integrale, das alles andere nach sich ziehende Glied in der Kette suchen, so ist dieses Glied der Leninismus. Wenn wir das konkrete Glied in der Kette unserer Epoche suchen, so müssen wir sagen, daß wir jetzt eine solche Epoche haben, wo es nicht ein, sondern mehrere solche Glieder gibt. Wenn wir Beschlüsse fassen, so müssen wir fest unsere Linie durchführen, die Streitfragen kreuz und quer besprechen und lösen, — dannach aber: eine wirkliche bolschewistische Disziplin.

Man spricht uns von der Einheit. Es gibt in diesem Saale keinen einzigen Menschen, der nicht bereit wäre, alles dafür zu geben, daß unsere Partei einheitlich bleibt, da die einzige ernste Voraussetzung der weiteren Erfolge der Revolution und aller weiteren Erfolge der Komintern hierin besteht.

Wir geben uns alle eine klare Rechenschaft darüber, welche gigantische, welche übermenschliche Verantwortung auf jedem Funktionär unserer Partei jetzt lastet, wo wir nicht nur ein riesiges Land zu führen haben, sondern die ganze Komintern, die in eine entscheidende Phase eintritt, die an der Schwelle großer Kämpfe steht — all dies zu führen, ohne Wladimir Iljitsch. Jeder versteht, welche kardinale, welche entscheidende Bedeutung die Einheit unserer Partei hat. Wir brauchen nicht eine bloße Einheit, sondern eine Einheit, die auf dem Leninismus beruht, auf jenem Standpunkte, den sich die Partei in der Diskussion im Schweiße ausgearbeitet hat und den dieser Parteitag Buchstabe für Buchstabe, Wort für Wort, völlig und entschieden bestätigen muß. (Beifall.)

Ja, Genossen, das Rußland der Nep, die Sowjetunion der Nep, wird zu einer sozialistischen Union werden. Diese Worte — das wichtigste Gebot unseres Lehrers — müssen in unserer Arbeit unser Leitstern sein. Laßt uns arbeiten und die Fehler ausbessern. Unser ZK., Ihr wißt es gut, hat von Wladimir Iljitsch gelernt. Wenn es ernste politische Fehler gemacht hätte, hätte es diese Fehler offen gestanden, wie es einem Revolutionären vor einer Versammlung von Revolutionären geziemt. Es gab natürlich Fehler offen gestanden, wie es einem Revolutionär vor einer richtig. Es war schwer, das Steuer festzuhalten, besonders im Herbst, als man uns innerhalb der Partei attackierte. Aber wir haben es festgehalten. Unterstützt auch weiter Euer Zentralkomitee, das ohne Wladimir Iljitsch arbeitet, helft ihm, das Steuer zu halten, und dann werden wir keinen Feind fürchten. (Stürmische, tobende Ovationen, die Delegierten erheben sich begeistert vom Platze und singen die Internationale.)

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 64. 6. Juni. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Die wirtschaftliche und politische Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika. Von Amter 769

Politik.

Das Attentat auf den österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel. Von Friedländer 771

Zur jugoslawisch-italienischen nationalen Frage. Von Stefanski 772

Wirtschaft.

Der Spekulationskapitalismus als jüngste Phase der kapitalistischen Entwicklung. Von Schlesinger . . . 774

Arbeiterbewegung.

Ein historisches Dokument 774

Die Strategie der argentinischen Gewerkschaftsführer. Von Ghioldi 775

Aus der Internationale.

Die Norwegische Arbeiterpartei und die Komintern . . 776

Aus dem Lager der Gegner.

Amsterdams Kampf gegen den Krieg. Von Enderle . 777

Gegen Kriegsgefahr.

Der kommende Krieg. Von Pawlowitsch 778

Buchbesprechungen.

A. J. Swirski: „Schwarze Leute". Von Cs. 780

Die wirtschaftliche und politische Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Von I. Amter.

I. Wirtschaftliche Depression.

** Die Vereinigten Staaten stehen einer wachsenden wirtschaftlichen Depression gegenüber. Dies ist in den letzten zwei Monaten völlig klar geworden. Die große Prosperität von 1922 bis 1923 schien einigen amerikanischen Beobachtern mehrere Jahre andauern zu sollen. Der internationale Markt bot nicht viel Hoffnungen, aber die Möglichkeit innerer Ausdehnung war groß genug, um Arbeit und Gewinne für einige Zeit zu versprechen. Bauten im Werte von sieben Milliarden Dollar sollten hergestellt werden; die Eisenbahnen beabsichtigten, neues rollendes Material und Reparaturen im Werte von zwei Milliarden anzulegen. Die Automobilindustrie arbeitete in höchstem Schwunge. Die Frachtverladungen waren ungewöhnlich groß und überschritten bei weitem die allgemeine Produktionshöhe. Während im Monate Februar die Produktion von Materialien für Maschineneinrichtungen und Bauten in großem Umfange weitergeführt wurde, geriet der allgemeine Handel in eine Flaute.

Während der letzten Monate des Jahres 1923 und zu Beginn des Jahres 1924 hatte die Stahlindustrie mit der Rekordleistung von 95% ihrer Leistungsfähigkeit gearbeitet. Im Februar entsprach ihre Produktion einer Jahresproduktion von 50,000.000 t, einer in der Geschichte des Landes unerreichten Leistungsfähigkeit. 4,000.000 Automobile und Traktoren waren im Jahre 1923 gebaut worden, und die Industrie beabsichtigte, diese Leistung aufrechtzuerhalten. Ford allein erwartete, drei bis vier Millionen Wagen in diesem Jahre herstellen zu können. Von Januar bis März erreichte die Wagenladung die Spitze mit 270.429 Wagen mehr gegenüber der gleichen Periode des Jahres 1923 und 1,100.000 über dem Durchschnitte von fünf Jahren.

Auf der anderen Seite stand jedoch die schlechte Lage in der Textil-, Schuh- und Bekleidungsindustrie; doch hielt man sie für bloß zeitweilige oder höchstens der Jahreszeit entspringende Schwierigkeiten. Im letzten Jahre von März bis September wurde die Ausfuhr von der Einfuhr in mehreren Monaten übertroffen. Der Außenhandel ging dann zurück. Diese Verhältnisse waren angesichts der internationalen Lage etwas ganz Natürliches. Europa trieb allmählich dem Chaos zu. Es gab keinen Absatz, und die europäischen Imperialisten hielten selbst nach ausländischen Ausbeutungsgebieten Ausschau. Im Oktober änderte sich die Lage mit einem Überschuß von 30 Millionen Dollar zugunsten des amerikanischen Handels. Seit damals hat die Ausfuhr die Einfuhr überstiegen, doch war der Betrag niedriger als in den letzten Jahren.

Die Lage der Farmer hat sich nicht zum Besseren gewendet. Im Gegenteil, ihre Lage ist so ernst geworden, daß Coolidge im Februar einen Vertreter in die zentralen westlichen und in die westlichen Staaten zur Vornahme einer Untersuchung entsandte. Er berichtete, daß sofortige Hilfe gebieterisch benötigt werde. Ein Fonds von 10 Millionen Dollar wurde sofort bereitgestellt, der von Bankiers und bekannten Fabrikanten vorgeschossen

wurde und als Sicherheit für einen Fonds von 100 Millionen Dollar gedacht war, die durch die Federal Reserve Bank für Anleihen durch die Landbanken an die bedürftigen Farmer geliefert werden sollten. Der große Überschuß an Getreide in Kanada (das infolge der niedrigeren Produktionskosten sogar nach den Vereinigten Staaten Getreide auszuführen imstande war), Argentinien, Australien und Rumänien und die Getreideausfuhr aus Rußland machten die Erholung der amerikanischen Farmer unmöglich. Immer mehr Farmer werden bankrott. Agrarbanken und städtische Banken, die Farmer Anleihen gewährt haben, schließen ihre Schalter. Den zwei Millionen Farmern, die im Jahre 1922 von den Farmen in die Städte flüchteten, folgten drei Millionen im Jahre 1923. In manchen Staaten und Orten zahlen Farmer keine Steuern oder Zinsen und werden nicht weiter behelligt, da es sich nicht verlohnt, den Versuch zu machen, sie einzutreiben. Farmer, die ausgemietet werden, übersiedeln ganz einfach auf ein anderes Grundstück oder auf eine andere verlassene Farm.

Der Monat April jedoch ist für den Umschwung im amerikanischen Wirtschaftsleben entscheidend gewesen. Hatte es schon entschiedene Anzeichen eines Rückganges der Prosperität in den letzten Monaten 1923 gegeben, so zeigte der Beginn dieses Jahres deutlich, daß die Prosperität nicht von langer Dauer sein würde. Für jene, die „Zuversicht" hatten, war der Monat April eine Offenbarung. Die Produktion der Stahlindustrie sank von einer jährlichen Summe von 50,000.000 t auf 40,000.000 t mit der Aussicht, daß für Mai ein Sinken auf 35,000.000 t kommen würde. Mit anderen Worten, die Produktion von Stahl sank um 20% in einem Monate und erreicht jetzt nur noch 60 bis 70% der Leistungsfähigkeit. Textilfabriken, die während der letzten Monate 1923 geschlossen wurden, werden jetzt in noch größerer Zahl geschlossen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß der Verbrauch im Lande nicht der Produktion gleichkommt und ausländische Absatzmärkte fehlen. Die Fabriken von New England, die noch im Betriebe sind, arbeiten zwei, drei oder vier Tage in der Woche. Die Bekleidungsindustrie erleidet eine ernsthafte Demoralisierung. Die Eisenbahnen bauen Leute „aus Ersparungsgründen" ab, da die Teilhaber ungeminderte Dividenden verlangen. Im Monate März hat die Automobilindustrie ihre Produktion um 25% vermindert. Der Kohlenbergbau ist in einer kritischen Lage, da die Produktion bloß 25% beträgt und in einem Revier, dem des südlichen Ohio, gar nur 10%. Hunderttausende von Bergarbeitern sind arbeitslos, viele andere Hunderttausende arbeiten nur zwei bis drei Tage in der Woche. Das eindruckvollste Anzeichen der kommenden akuten Depression ist der Rückgang der Konjunktur im Baugewerbe. Während das schon in den vergangenen Monaten im mittleren und fernen Westen zu beobachten war, hat es sich jetzt in New York gezeigt, das noch Bauten im Werte von einer Milliarde Dollar braucht.

Die Baumwollwarenfabrikanten wenden sich jetzt an die Regierung, sie möge die Zölle auf diese Waren erhöhen, da 200,000.000 Quadratyards Material aus England eingeführt wurden zu einer Zeit, da die amerikanischen Fabriken geschlossen worden sind. Diese Menge stellt die Produktion von 1½ bis 2 Millionen Spindeln dar, die gegenwärtig in den Fabriken von New England unbeschäftigt sind.

Was ist die Ursache dieser Depression in den Vereinigten Staaten? Jeder, der Augen im Kopfe hat, hätte im letzten Herbste sehen können, daß die Produktion künstlich gehalten wurde und die Arbeitslosigkeit ständig anstieg. Dies führte zu einer scharfen Konkurrenz zwischen den Fabrikanten, die daher übermäßig produziert haben und jetzt die Ergebnisse ihrer gesteigerten Arbeit zu tragen haben werden. Die hohen Verladungsziffern zeigten eine Prosperität nicht an. Alte Aufträge wurden ausgeführt, neue Aufträge kamen nur langsam herein.

Die Bautätigkeit war rein spekulativer Natur gewesen. Der große Mangel an Gebäuden und die Tatsache, daß während des Krieges und der unmittelbar dem Kriege folgenden Zeit keine Bauten aufgeführt worden waren, hatten zu einer großen Ausdehnung der Bauindustrie geführt. Die Höchstgrenze war jedoch vor einiger Zeit erreicht worden, und die Hochkonjunktur war dazu verurteilt, zusammenzubrechen. Die Folge davon ist, daß die Bauholzindustrie eine ernste Depression erleidet. Groß- und Kleinhandelspreise und die Großhandelspreise für Stahl, Rohre usw. sind im Sinken begriffen. Die Preisermäßigungen helfen jedoch nicht dazu, den Handel wiederherzustellen. Die Händler verkaufen sogar unter den Gestehungskosten, und auch dies gibt dem Handel keinen Ansporn. Die Preise für Bekleidungsgegenstände sind herabgesetzt worden, und trotzdem hat sich die Lage in diesem Gewerbe nicht gebessert.

Amerikanische Bankleute haben Deutschland 5 Millionen Dollar geliehen; da aber diese Anleihe dazu bestimmt ist, die Wiederherstellung der deutschen Industrie zu erleichtern, wird dabei nur eine größere Konkurrenz herauskommen. Die beabsichtigte Anleihe von 100,000.000 Dollar ist nicht in der Form von Waren, sondern von Gold geplant, das ins Ausland geschafft wird, so daß die amerikanische Industrie nicht direkt gefördert wird. Das Vorhandensein von mehr als vier Milliarden Dollar in Gold in den amerikanischen Bankgewölben veranlaßte amerikanische Bankiers, den Zinsfuß von 4½ auf 4% herabzusetzen, wobei sie hofften, Geld flüssig zu machen. Es kam aber nichts heraus. Kein Unternehmen wird daraufhin aufgebaut, da der amerikanische Markt gesättigt ist.

Was ist das Ergebnis dieser Lage? Die Arbeitslosigkeit nimmt rasch zu. Die Eisenbahnen entlassen Leute; die Textilfabriken kündigen Tausende auf „unbestimmte Zeit". Lohnherabsetzungen setzen ein, obgleich, wie die „New York Times" bemerkt, die besten Beurteiler es nicht für wahrscheinlich halten, daß die Löhne in der Stahlindustrie und verwandten Industrien zu irgendeiner Zeit dieses Jahres heruntergehen werden. Im großen und ganzen genommen, ist dies richtig, denn es ist ein Jahr der Präsidentenwahl, und die Kapitalisten achten wohl darauf, daß die Arbeiter keinen Grund erhalten, ihre Rebellion in politischen Formen zu zeigen. Die Furcht vor der Bildung der Arbeiter- und Farmerpartei oder vor einer Spaltung in der Republikanischen Partei hält sie zurück. Die Ungewißheit über die Kandidaten der kapitalistischen Parteien, besonders der Demokratischen Partei, macht sie unruhig. Daher dürften die verschiedenen Lohnherabsetzungen und die Drohung eines Abbaues bei den Eisenbahnen nicht allgemein werden. Die Kapitalisten werden hunderte Millionen Dollar ausgeben, um die Arbeiter während dieses einen Wahljahres friedlich zu erhalten.

Eine Sache ergibt sich aus dieser Depression mit Sicherheit. Die Inflation führte zur Errichtung einer großen Zahl kleiner und mittelgroßer Unternehmungen. Diese kleinen Betriebe werden unter der Peitsche der Konkurrenz völlig zusammenbrechen, die mittelgroßen Betriebe werden sich miteinander oder mit großen Unternehmungen verschmelzen.

Die Vereinigten Staaten stehen vor einer Periode akuter Depression, die im Verlaufe des nächsten Jahres zu einer Krise führen kann. Es wird Millionen Arbeitsloser geben, denen nur kleine Fonds zu Hilfe kommen werden. Die Gewerkschaften können ihnen nicht helfen. Daher hat Gompers bereits die der Arbeiterföderation angeschlossenen Organisationen aufgefordert, Arbeitslosenmarken herauszugeben. Die Arbeiter selbst haben keine beträchtlichen Ersparnisse. Die letzte Krise hat erst vor drei Jahren stattgefunden und ihnen alle Fonds, die sie besessen hatten, aufgebraucht. Die Weltlage ist für die Kapitalisten nicht ermutigend. Amerika kommt in eine Reihe mit Europa.

II. Die politische Lage in den Vereinigten Staaten.

Der Erdölskandal in den Vereinigten Staaten ist seines natürlichen Todes gestorben. Jene, die sich einen Beruf daraus gemacht hatten, darin eine Katastrophe zu erblicken, die die Republikanische Partei zugrunderichten und zu einem Siege der Demokratischen Partei bei den kommenden Präsidentenwahlen führen würde, zeigen, daß sie nichts von Amerika wissen. Amerika ist das Land des Schwindels und der Korruption, und der Politiker, der nicht daran teilnimmt, wird als eine Ausnahmeerscheinung oder als ein Narr angesehen.

Der Erdölskandal zeigte alle Sünden der kapitalistischen Regierung auf, die Durchbrechung aller Gesetze, die Umgehung der Gesetzgebung und Ausplünderung des Regierungsvermögens. Nach einigen Monaten Skandals, der die Vorderseite jeder Zeitung ausfüllte, nachdem der Untersuchungsausschuß eine in der Geschichte des Landes ihresgleichen nicht aufweisende Korruption aufgedeckt hatte, nachdem zwei Mitglieder des Kabinetts zum Rücktritt gezwungen waren, nachdem ein drittes hineinverwickelt worden und Coolidge selbst als indirekt am Diebstahl beteiligt aufgezeigt worden war, ist das Land durch den ganzen Verlauf der Dinge angeödet worden und verlangt, daß eingehalten werde. Die Senatoren, die unter Führung des Senators Wheeler die Untersuchung geführt haben — mit La Folette im Hintergrund — sind willig gewesen, dem Schauspiel ein Ende zu bereiten.

Coolidge hat eine böse Zeit hinter sich. Die Republikanische Partei hat nominell eine kleine Mehrheit im Repräsentantenhause und im Senate. Aber das Zünglein an der Wage bildete die Gruppe der Progressiven unter der Führung von La Follette. Diese aufrührerische Gruppe hat jedem größeren Vorschlag der

Republikanischen Führer eine Niederlage bereitet. Coolidge gründete seine Zukunft auf einige Maßnahmen: die Einkommensteuer, die Prämie für die Kriegsteilnehmer und die Einwanderungsgesetze. Der Schatzsekretär Mellon arbeitete ein umfangreiches Einkommensteuer-Reformgesetz aus. Die angeblich hohen Einkommensteuern und Steuerzuschläge auf hohe Einkommen führten zu unrichtigen Selbsteinschätzungen durch die Eigentümer großen Reichtums und zur Anlage ihrer Vermögen in steuerfreien Wertpapieren, die von der Regierung besonders gestattet worden waren. Die von Mellon vorgeschlagene Ermäßigung der Zuschläge war weitgehend und hätte den Reichen des Landes Hunderte von Millionen erspart. Die Aufrührer versuchten, einen eigenen Gesetzentwurf durchzubringen, schlossen aber am Ende mit den Demokraten ein Kompromiß und brachten die Vorlage von Mellon zu Fall.

Das Prämiengesetz für die Soldaten des letzten Krieges ist eine vielumstrittene Sache gewesen. Da Coolidge mit der kostbaren Begründung, daß dies eine ungeheure Erhöhung des Budgets bedeuten würde, kein Geld für die Veteranen ausgeben wollte, kündigte er an, daß er eine Prämie nicht billigen würde. Repräsentantenhaus und Senat nahmen die Vorlage mit überwältigender Mehrheit an, natürlich legte Coolidge dagegen Veto ein, aber die Vorlage wurde gegen sein Veto wieder angenommen.

Die Einwanderungsvorlage wurde eine lange Zeit debattiert. Eine ernste Arbeitslosigkeit nähert sich; es fehlt nicht an brachliegenden Arbeitskräften. Vor allem gibt es eine große Reserve, aus der billige Arbeitskraft zu erhalten ist: die Farmer fliehen in Millionen in die Städte. Fünfhunderttausend Neger verließen die Plantagen und Fabriken des Südens während des Krieges, und nur wenige von ihnen sind zurückgekehrt. Lynchjustiz, Verpflichtung zum Abdienen von Schulden, unkorrekter Begleich von Verrechnungen, Mißstände bei der Verrechnung des Anteils an der Ernte, Schaden an den Baumwollpflanzen durch Insektenplage und die schändlichen Gesetze gegen die Neger haben zumindest 500.000 Neger in die nördlichen Zentren getrieben. Dies stellt eine weitere Quelle unqualifizierter Arbeitskraft für die amerikanische Industrie dar. Mexikaner können in ungeheuren Massen über die Grenze gebracht werden. Daher besteht kein weiterer Bedarf auf Einwanderer. Die eingebrachte Vorlage hat die Einwanderung auf den Zensus von 1890 gegründet und gestattet 2% der betreffenden Einwandererzahl jedes Landes in jenem Jahre, in die Vereinigten Staaten zu kommen.

Zwischen den Regierungen Japans und Amerikas hatte es das sogenannte „Gentlemen-Abkommen" gegeben, das die Frage der Einwanderung japanischer Arbeiter nach Amerika regelte. Japan hatte sie besonders auszuwählen und die Anzahl unter einem festgesetzten Höchstausmaß zu halten. Die neue Vorlage verbot die Einwanderung aller Personen, die nicht zur Staatsbürgerschaft in den Vereinigten Staaten zugelassen werden. Dies war gegen die Japaner gerichtet. Der japanische Gesandte erklärte, daß die Annahme der Vorlage von „schweren Folgen" begleitet sein würde. Die Vorlage wurde angenommen und ging an den Präsidenten, der darauf den Kongreß ersuchte, die Ausführung der Bestimmungen der Vorlage in bezug auf die Japaner zu verschieben. Der Kongreß nahm aber die Vorlage mit einer noch entschiedeneren Mehrheit neuerdings an.

So hat Coolidge bei drei wichtigen Gesetzesvorlagen Faustschläge bekommen. Er macht jetzt einen Versuch, sein Prestige durch die Einführung von Gesetzen zur Hilfeleistung für die leidenden Farmer wiederherzustellen.

Trotzdem keine der von der Regierung Coolidge beantragten Gesetzesvorlagen vom Kongresse angenommen worden ist, hat Coolidge bei den Vorwahlen schon genügend Unterstützung erhalten, um seine Ernennung zum Präsidentschaftskandidaten beim kommenden Parteitage der Republikaner am 4. Juli zu sichern, und dies, trotzdem er sich geweigert hatte, bei der Verfolgung der Kabinettsmitglieder, die in den Erdölskandal mitverwickelt waren, mitzuhelfen. Nur wenige der republikanischen Wähler nahmen an den Vorwahlen teil, was beweist, daß die breiten Massen sich gar nicht für die Wahl interessieren. Aber es gab keinen ernsten Mitbewerber außer La Follete für einige Weststaaten.

Die einzige Gefahr, die die Republikanische Partei bedroht, ist die Bildung der Nationalen Farmer-Arbeiter-Partei am 17. Juni. Es ist ein starke Bewegung für die Schaffung einer „dritten" Partei in den Vereinigten Staaten vorhanden mit La Follette als ihrem stillschweigenden Führer. La Follette „horcht auf den Grund", um festzustellen, ob die Revolte, die sich bei der Konferenz vom 17. Juni offenbaren wird, lebenskräftig ist oder nicht. Die Bewegung zugunsten einer „dritten" Partei, die von der Gewerkschaftsbürokratie, den mittleren Farmern und der unteren Mittelklasse betrieben wird, wird La Follette folgen, wohin immer er gehen möge: daher wird sein Verbleiben in der Republikanischen Partei den Zusammenbruch der „dritten" Partei bedeuten.

Die wirtschaftliche Lage wird die Wahlen ernsthaft beeinflussen. Im Jahre 1912 gab es eine wachsende Krise, die zur Bildung der Progressiven Partei unter Roosevelt und zur Annahme eines „radikalen" Programms durch Wilson führte. In diesem Jahre wird kein Radikaler unter den Bewerbern sein, außer dem Kandidaten der Arbeiter-Farmer-Partei. Die Farmer sind schändlich vernachlässigt worden, die wachsende wirtschaftliche Krise wird Millionen Arbeiter unmittelbar und mittelbar bedrohen. Trotz aller Manipulationen werden die Kapitalisten nicht imstande sein, die wachsende Krise abzuwenden, obgleich das Ärgste der Krise nicht vor den Wahlen zum Vorschein kommen wird; und dies wird auf die Wahlergebnisse von Einfluß sein.

In auswärtigen Angelegenheiten haben sich die Vereinigten Staaten auf mehrere erfolgreiche Manöver eingelassen. Sie haben erfolgreich die Intervention in Mexiko durchgeführt, indem sie die Regierung Obregon gegen Huerta unterstützten, sie haben eine Revolte in Kuba niedergeschlagen; sie haben Honduras durch Einmischung in die Wahlen „zur Ruhe gebracht"; sie haben den Bewohnern der Philippinen erklärt, daß die Unabhängigkeit, die ihnen nach einer „angemessenen" Zeit zugesagt worden war, nicht vor dreißig Jahren gewährt werden wird; sie haben China bedroht und sind darin eingedrungen. Das erfolgreichste Wagestück des amerikanischen Imperialismus ist die Einmischung in die Angelegenheiten Europas: die Dawes'sche Reparationskommission, die wahrscheinlich die deutsche Frage „geregelt" hat, bedeutet die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus in Europa. Die Ernennung eines amerikanischen Kontrolleurs über die Finanzen Ungarns, die Einmischung des amerikanischen Beraters in die Angelegenheiten der persischen Regierung, die Warnung an China, keinen Vertrag mit der Sowjetunion zu schließen, sind weitere Kundgebungen des amerikanischen Imperialismus, der einen drohenden Ton und drohende Formen annimmt.

Um ihre imperialistischen Pläne zu sichern, bereitet die amerikanische Regierung ihre militärischen Kräfte vor. Der an Stelle des zurückgetretenen Marinesekretärs Denby ernannte Wilbur erklärte sogleich nach seinem Amtsantritte, daß er für die volle Erhaltung der amerikanischen Flotte sorgen würde. Während Pläne für die schnelle Mobilisierung von 17,000.000 Soldaten ausgearbeitet wurden und die chemischen Fabriken Tag und Nacht an der Herstellung von Gasen und neuen Explosionsstoffen arbeiten, wird das Land mit Anklagen gegen die „Pazifisten" überschwemmt. Sekretär Wilbur hat entdeckt, daß das Flottenverhältnis von 5—5—3 von den Vereinigten Staaten nicht eingehalten wird. Das wirkliche Verhältnis ist nach seinen Angaben 5—5—1 mit Großbritannien, Japan und Amerika in der genannten Reihenfolge. Wilbur erklärt, daß die Unterseestreitkräfte sehr gering sind; die schnellen Kreuzer sind nicht auf der Höhe, die von der Konferenz von Washington gebilligt wurde. Eine allgemeine Kampagne zur Stärkung der Flotte wird betrieben. Die Luftstreitkräfte werden so schnell wie möglich vermehrt. Patriotische Gesellschaften führen eine systematische Kampagne für Bereitschaft. Pläne zur vollen Mobilisierung der Industrie- und Menschenkraft bei der Kriegserklärung sind ausgearbeitet worden.

Politik

Das Attentat auf den österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel.

Von Paul Friedländer (Wien).

** Das Attentat auf den österreichischen Bundeskanzler unterbricht die blutige Reihe der mörderischen Attentate, die seit dem Jahre 1919 von Faschisten und Reaktionären verschiedener Richtungen an Proletariern und Proletariervertretern begangen wurden. Seitdem die Vorwärtsparlamentäre, seitdem Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches erschlagen worden sind, ist keine Woche vergangen, in der nicht in irgendeinem Lande der bürgerlichen Klassenherrschaft, in Deutschland, Ungarn, Italien, Spanien, Bulgarien usw. blutige Terrorakte an Arbeiter-

führern, vor allem an Kommunisten verübt wurden. Eine Kette von tausenden und mehr Morden zieht sich so durch die Leidensgeschichte der Arbeiterschaft in den letzten Jahren. Es handelt sich hier zweifellos um eine planmäßige faschistische Methode: durch Attentate an Proletariern und deren Führern die Arbeiterbewegung einzuschüchtern, zu demoralisieren, um sie dann um so leichter völlig niedertrampeln und die uneingeschränkte Bourgeoisdiktatur ausüben zu können. Kein Wunder, daß die faschistische Methode schließlich auch in der verzweifelten Arbeiterschaft Schule machen muß, kein Wunder, daß sich dies gerade dann ereignet, wenn die führende Partei der Arbeiterschaft diese dem brutalen Gegner beinahe kampflos preisgibt.

Die kommunistischen Parteien haben seit jeher dem individuellen Terror, den sie als politisch zwecklos, ja schädlich bekämpfen — wie seinerzeit schon die Bolschewiki sich gegen die sozialrevolutionären Terrorakte gewendet haben — den organisierten Kampf der klassenbewußten Arbeiterschaft entgegengesetzt.

Das Attentat auf Seipel, das durch keinen kommunistisch organisierten, sondern einen ehemals sozialdemokratisch organisierten Arbeiter namens Jawurek verübt wurde, kann nur aus der politischen und ökonomischen Situation Österreichs, insbesondere aus der Lage der Arbeiterklasse in Österreich, verstanden werden. Das Attentat hat sich inmitten einer dumpfen Depression der Arbeiterklasse ereignet. Es ist ein Ausdruck der Verzweiflung, die keinen Ausweg sieht, die nicht weiß, wie sie das herrschende System erfolgreich bekämpfen und beseitigen kann.

Der „Wiederaufbau" Österreichs erfolgt restlos auf dem Rücken der österreichischen Arbeiter und Angestellten. Sie haben die ungeheueren Steuern, Zölle, Tarife usw. zu tragen, mit denen der Staat seine Finanzen ins Gleichgewicht bringt und zugleich die hohen Zinsen für die Anleihen des internationalen Finanzkapitals bestreitet. Ihre eigene Lage aber hat sich immer mehr verschlechtert. Seit der Durchführung der sogenannten Sanierung ist eine empfindliche und ständig wachsende Teuerung eingetreten. Die Löhne aber sind nicht gestiegen, die Arbeitslosigkeit hat sich nicht verringert. Das Gros der Arbeiter bezieht einen Arbeitslohn von drei bis höchstens sechs Dollar; die unterstützungsberechtigten Arbeitslosen, fast 100.000 an der Zahl, beziehen kaum zwei Dollar die Woche; dazu kommt noch eine beträchtliche Zahl von Arbeitslosen, die überhaupt keine Unterstützung haben. Man kann die Notlage der breiten Massen an diesen Zahlen ermessen, wenn man gleichzeitig bedenkt, daß die Preise der lebenswichtigen Güter durchaus nicht unter den Weltmarkspreisen stehen, sie zum Zeil sogar übersteigen. Das proletarische Elend hat sich in der letzten Zeit durch die Börsenkrise, den Krach der Effekten, den Bankerott von zahlreichen Bankgeschäften und Firmen furchtbar verschärft. Die verfehlten Francspekulationen der österreichischen Börsianer sollen natürlich wieder auf Kosten der Arbeiter gedeckt werden. Große Betriebe, vor allem Metall- und Textilbetriebe, werden geschlossen oder verringern die Zahl der Beschäftigten, oder setzen die Arbeitszeit herab, nicht weil es an Aufträgen fehlt, sondern weil die notwendigen Geldmittel nicht vorhanden sind. Mit diesen Geldmitteln spielt das österreichische Finanzkapital, in dessen Klauen die ganze österreichische Produktion ist.

Die Sanierung lastet wie ein Alp auf der österreichischen Arbeiterschaft. Die Kommunistische Partei Österreichs ist klein und nicht imstande, die Arbeiterschaft in den Kampf zu führen. Die große Parei, die sich mit parlamentarischem Oppositionsspiel beschäftigt, ist nicht gewillt, einen Kampf zu führen. sie organisiert keine Aktion gegen die sogenannte Sanierung, die die breiten Massen ruiniert.

In diese Situation fällt das Attentat auf Seipel. Bemerkenswert ist, daß es sich unmittelbar nach dem Freispruch eines faschistischen Attentäters, der im Vorjahre einen Arbeiterordner ermordet hat, ereignete. Dieser Mord war von der österreichischen Klassenjustiz mit acht Goldkronen gesühnt worden. Der Arbeiterschaft in ganz Österreich hatte sich deswegen eine ungeheure Erregung bemächtigt. Die Klassenherrschaft und Klassenjustiz sieht sie in der Regierung verkörpert, an deren Spitze seit Jahren Seipel steht, der auch den Sanierungsvertrag in Genf mit dem Völkerbund abgeschlossen hat. Hier liegt eine der wichtigsten psychologischen Wurzeln des Attentats.

So begreiflich auch das Attentat aus der dargestellten Situation in gewisser Hinsicht wird, so verfehlt und töricht ist es dennoch. Denn die Regierung Seipel, die Prälatenregierung, ist ja nur das Werkzeug und das Dekorum des in Östedreich schrankenlos herrschenden Finanzkapitals. Die Prälatenregierung ist im Grunde eine Finanzjudenregierung (dadurch ist auch dem Antisemitismus in Österreich die Spitze abgebrochen worden), eine Regierung der Castiglioni, Bosel, Rothschild, Popper, Schwarzwald usw. Beseitigt man Seipel, so tritt sofort ein anderer Beauftragter dieser Leute an seine Stelle. Sie sind die Drahtzieher und Hauptverbrecher in Österreich. Sie waren so schlau, gerade den Priester Seipel vorzuschieben, weil sie wußten, daß er die geeignete Persönlichkeit war, um den Anschein zu erwecken, daß es sich bei der „Sanierung" um ein Werk für das „Gemeinwohl", um der Diktatur des Finanzkapitals die nötige Salbung und Weihe zu geben.

Der Attentäter, der seine Waffe gegen Seipel und nicht gegen einen der regierenden Finanzkapitalisten richtete — auch dies wäre natürlich eine unsinnige Kampfmethode gewesen, wenn ihr auch breiteres Verständnis nicht versagt gewesen wäre — hat bewirkt, daß sich die österreichische Bourgeoisie nun erst recht daran macht, gegenüber der Arbeiterschaft aufzutrumpfen. Nun bläst sie sich moralisch auf. Nun glaubt sie ihr neuestes Raubattentat gegen die Taschen der Besitzlosen, den Zolltarif, der eine neuerliche gewaltige Teuerungswelle, von der insbesondere die wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel betroffen werden, hervorrufen wird, unter Dach und Fach gebracht. Sie fühlt sich gestärkt, denn der Kleinbürger heult mit ihr.

Die Sozialdemokratie verhält sich angesichts dieser Ereignisse kleinmütig. Sie schwört, daß sie die Arbeiter nicht „verhetzt" habe (womit sie durchaus recht hat); sie macht in ihrer Presse alles mögliche, um Seipel emporzuheben; sie beteiligt sich an der Kundgebung des christlichsozialen Parlamentspräsidenten und der Regierung, die sich deutlich gegen die Arbeiterschaft richtet und in der das Attentat auf Seipel als das erste politische Attentat in der österreichischen Republik bezeichnet wird, was eine Verhöhnung der österreichischen Arbeiter bedeutet, die bereits mehrere Opfer von Attentaten, die von rechts verübt wurden, zu beklagen haben.

Schon ruft die Bourgeoispresse in Österreich, die so infam ist wie nur irgendwo auf der Welt, nach Ausnahmegesetzen gegen die proletarische Presse und gewisse proletarische Organisationen. Das macht dieselbe Bourgeoisie, die Hakenkreuzlerorganisationen, ausgesprochene Mord- und Terrororganisationen, finanziert. Das macht dieselbe Bourgeoisie, die ohne Protest, ja mit Genugtuung Hunderte von Morden an Arbeitern und Arbeiterführern geschehen läßt.

Das Attentat des unglückseligen, verworrenen Arbeiters Jawurek — er hat einen Selbstmordversuch gemacht und ist schwer verletzt; sich das Leben zu nehmen, war seine ursprüngliche Absicht, wobei er, wie er schreibt, Seipel in seine „neue Welt" mitnehmen wollte — muß als Signal für die Organisierung des planmäßigen marxistischen Kampfes der klassenbewußten Arbeiter und Angestellten in Österreich gegen die Ausbeuterklasse erkannt werden, da das Proletariat die wachsende Last der Genfer Sanierung nicht mehr tragen kann.

Die österreichische Sozialdemokratie müßte sich dessen bewußt werden, daß das Attentat auf den Bundeskanzler nicht zuletzt eine Folge ihrer Kompromißpolitik ist, die die Arbeiter zur Hoffnungslosigkeit verdammt, so daß sie schließlich zu Terrorakten ihre Zuflucht nehmen.

Die Schüsse auf den österreichischen Bundeskanzler Seipel werden jedenfalls die Arbeiter aller Länder sehr deutlich darauf aufmerksam machen, was der „Wiederaufbau" und die „Sanierung", die von den kapitalistischen Mächten des Westens gemeinsam mit den Kapitalisten von Mitteleuropa durchgeführt wird, für die Arbeiterschaft zu bedeuten hat.

Zur jugoslawisch-italienischen nationalen Frage.

Von Stefanski.

** Das von Österreich abgetrennte und im Frieden von St. Germain Italien zugesprochene Territorium beträgt rund 5900 km. Dieses Territorium ist bewohnt von rund 925.000 Einwohnern. Die Nationalitäten in diesem Gebiet gliedern sich wie folgt:

375.000 Italiener
350.000 Slowenen
165.000 Kroaten
35.000 andere Nationalitäten

Diese Ziffern wurden der österreichischen Volkszählung vom 31. Dezember 1910 abgerundet entnommen. Fiume wurde mit 25.000 Einwohnern hinzugezählt. Wir haben es also hier mit rund 375.000 Italienern, 515.000 Slawen und 35.000 anderen zu tun.

Von den obgenannten Italienern leben 75.000 kompakt angesiedelt in der Friaulischen Tiefebene; sie sind fest mit der anderen italienischen Volksmasse verbunden. Es handelt sich hier zum größten Teil um eine Landbevölkerung, daneben bestehen einige Industriezentren wie Monfalcone, Sagrado, Gradisca, Cormons. Die nationale Grenze zwischen den Italienern und den Slawen besteht hier genau in der Trennungslinie zwischen der Tiefebene einerseits, und dem Collio und dem Karstgebiete andererseits. Die geologische Linie ist also zu gleicher Zeit auch die nationale Grenze zwischen den beiden Nationen. Westlich von der Bahnlinie Monfalcon—Görz—Cormons befinden sich nur ein paar slowenische Dörfer und östlich von dieser Linie nur ein paar italienische Dörfer mit der Stadt Görz, die ebenfalls zu gut zwei Dritteln von Italienern bewohnt ist.

Im eigentlich strittigen Gebiet haben wir also Ende 1910 300.000 Italiener und 515.000 Slawen, und da dieses Gebiet aus erklärlichen Gründen nach dem Kriege eine hoffnungslosen Misere anheimgefallen ist, die ein Wachsen der Städte und Industrieorte verhindert, dürften sich in der Zwischenzeit diese Zahlen kaum wesentlich geändert haben.

Von den 300.000 Italienern lebten im Jahre 1910 120.000 in Triest, etwa 15.000 in der Stadt Görz und 15 bis 20.000 in der Stadt Fiume, also gut die Hälfte in diesen drei Städten. Die übrigen 150.000 Italiener verteilten sich auf die ausschließlich italienischen Provinzialstädtchen an der Küste Istriens. Im Innern der Halbinsel Istrien befinden sich nur ein kleines italienisches Landstädtchen, Pisino, und ein paar kleinere, gemischtsprachige Dörfer. Die Landbevölkerung dieses ganzen Gebietes ist slawisch. In Istrien selbst, in der meist gemischten Provinz, stehen 226.000 Slawen 150.000 Italienern gegenüber.

In den alten Grenzen des Königreiches Italien leben noch etwa 35.000 Slowenen (St. Pietro, Resia), die nur teilweise mit der übrigen slowenischen Masse zusammenhängen.

Territorial wäre also dieses Nationalitätenproblem sehr einfach zu lösen. Überläßt man die friaulische Tiefebene als kompakt angesiedeltes italienisches Gebiet Italien, macht man Triest mit seiner nächsten Umgebung und Fiume zu freien Hafenstädterepubliken, so blieben kaum 150.000 Italiener dieses Gebietes (nebst den zirka 20.000 Italienern in Dalmatien) im jugoslawischen Staat und etwa 30 bis 40.000 Slawen unter Italien. Das sind also Differenzialgrößen, die weder den Italienern noch den Jugoslawen ein Kopfzerbrechen bereiten dürften. Aber das Adriaproblem ist eben kein reines Nationalitätenproblem, kein Abgrenzungsproblem, sondern vor allem ein wirtschaftliches Problem.

Triest war vor dem Kriege, seinem Schiffahrtsverkehr nach, die dritte Hafenstadt auf dem europäischen Kontinent. Es kam nach der Tonnage gleich nach Hamburg und Marseille. Es besaß ein mächtiges Industriehinterland (die Alpenländer bis nach Bayern, Böhmen und sogar Galizien) und eine bedeutende Handelsflotte, die Italien große Handels- und Industriekonkurrenz machte. Das kapitalistisch emporstrebende Italien hat es also nicht auf die 300.000 Italiener in diesem Gebiet abgesehen, sondern darauf, die Konkurrenz Österreichs zu zerstören. Dies konnte es nur dadurch erreichen, daß es Triest und Fiume in seine Hände bekam. Nur so konnte es die dahinterliegenden industriell höher entwickelten Länder erdrosseln und wirtschaftlich abhängig machen. Triest und Fiume — beide mußte es haben; Triest allein genügte ihm nicht, denn dann würde sich Fiume eben zu einem wenn auch nicht so bedeutenden neuen Triest entwickeln, und Triest würde rasch zu einem großen, aber armen Dorf heruntersinken.

Ebenso ist es aber auch unmöglich, die Stadt Görz ohneweiters von ihrem Hinterland oder von der friaulischen Tiefebene abzutrennen und sie dem einen oder anderen Lande einzuverleiben. Görz ist ein wirtschaftliches Zentrum für dieses Gebiet. Ohne Görz kann weder der slawische Teil dieses Landes noch der italienische (friaulische) leben. Und umgekehrt. Als das Land Görz der Provinz Udine (unter Mussolini) zugeschlagen wurde, protestierte die Stadt Görz stürmisch dagegen. Die Stadtbevölkerung veranstaltete einen Trauerumzug. Dies waren aber keine slawischen Arbeiter oder Bauern, sondern italienische Handels- und Bürgersleute.

Die nationale Frage tritt in diesem Gebiet in zweifacher Weise in Erscheinung: Für die Slawen in der Weise, daß sie mit allen faschistischen Mitteln national niedergehalten und unterdrückt werden. Ihre Mittelschulen werden aufgelöst, die Volksschulen eingeschränkt und italienisiert, die Lehrer verjagt, die Beamten aus den öffentlichen Ämtern entfernt, neue nicht zugelassen usw. Für die ureingesessenen Italiener dieses Gebietes äußert sich die nationale Frage in der Weise, daß das wirtschaftliche Leben dieser Städte — besonders in Triest — total zugrunde gerichtet wurde, weil das Hinterland für sie nicht mehr in Betracht kommt und weil es durch die Abschnürung von Triest und Fiume selbst verfallen ist — und sie keine Arbeit mehr finden. Zugleich erleiden sie eine große Konkurrenz durch die Zuwanderer von Italien, die hier mit allen Mitteln unterstützt und favorisiert werden.

Die Enttäuschung ob dieser „Befreiung" ist also bei beiden Volksstämmen enorm. Die Arbeiter- und Bauernmassen erwarten eine gerechte Lösung dieses nationalwirtschaftlichen Problems nur noch vom Kommunismus — mit den anderen Methoden haben sie sich schon genug vertraut gemacht —, und hieraus ist auch die bedeutende Zahl der Stimmen, die bei den vergangenen Wahlen sowohl auf seiten der italienischen wie auf seiten der slawischen Wähler für uns abgegeben wurden, zu erklären. Und es ist nicht zu unterschätzen, daß in diesem Gebiet mehr als 10.000 slawische Bauern für uns gestimmt haben.

Eine richtige Lösung dieser nationalen und wirtschaftlichen Fragen dieses Gebietes können also zu einer eminent revolutionären Parole in dieser Provinz werden und darum ist eine Pflicht der KPI. und der KPJ., daß sie mit allem Ernst an diese herantreten und sie zu lösen versuchen.

Unseres Erachtens lassen diese Fragen eine zweifache Lösung zu:

1. Dieses ganze, früher zu Österreich gehörende und jetzt mit Venezia Giulia bezeichnete Territorium wäre zu einer freien Republik zu vereinigen, der es dann überlassen bliebe, entweder selbständig zwischen Italien und Jugoslawien zu bleiben, oder sich dem einen oder dem anderen der Staaten föderativ anzugliedern, oder aber

2. die Hafenstädte Fiume und Triest mit ihren Territorien, die auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes eventuell etwas vergrößert werden würden, als freie Republiken zu konstituieren, die allen Völkern im Hinterlande im gleichen Maße zugänglich wären, und die sich sodann nach freiem Willen mit anderen Staaten föderieren könnten. Für das übrige Land volle Freiheit der Selbstbestimmung.

Die erste Lösung würde den ökonomischen Verhältnissen dieses Gebietes besser Rechnung tragen, sie hätte aber den Nachteil, daß sie von — wenigstens einem Teile — der italienischen Bevölkerung nicht mit voller Zuversicht aufgenommen würde.

Die zweite Lösung würde von Triest, Fiume und von der slawischen Bevölkerung mit Freude begrüßt werden, weniger jedoch von den 140.000 Italienern, die in Istrien bleiben würden. Dafür, daß Fiume und Triest einer solchen Lösung dieser Fragen mit Begeisterung zustimmen würden, haben wir ja praktische Anzeichen. Im freien Ftaat Fiume hatte die autonomistische Zanella-Partei die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung um sich gesammelt. Die Kommunisten sprachen sich für die Freistadt aus. In Triest führt die Handelskammer eine intensive Agitation für den freien Hafen, den sie in Italien freilich nie erreichen wird. Die Bevölkerung von Triest ist sich der Ursache des Verfalles schon längst bewußt und äußert ihr Verlangen nach dem freien Hafen bei jeder Gelegenheit. Enqueten über diese Fragen werden in allen Triester Zeitungen veranstaltet.

Selbstredend sind diese Lösungen nur auf revolutionärem Wege durch das italienische und das jugoslawische Proletariat zu erreichen. Nur die italienischen und die jugoslawischen Arbeiter und Bauern können sich auf eine dieser Lösungen einigen, die italienische und jugoslawische Bourgeoisie jedoch nie. Solange sie in den beiden Staaten am Ruder bleibt, wird sie zwar miteinander paktieren, aber gleichzeitig auch einander belauern und gegeneinander rüsten. Der jugoslawische sowohl wie der italienische Arbeiter und Bauer werden stets der Gefahr ausgesetzt bleiben, daß sie sich wegen Triest und Fiume, das heißt wegen der kapitalistischen Expansion und Profitgier einander die Haut über die Ohren ziehen.

Eine klare Definierung dieser Frage wäre eine wirksame Waffe im Kampfe gegen den im Wachsen begriffenen Faschismus in Jugoslawien und besonders in Slowenien. Man würde ihm damit sein Hauptagitationsargument entreißen und ihn als ausgesprochenen Arbeiter- und Bauernfeind brandmarken können. Dies hätte sicherlich eine Entfanatisierung der kleinbürgerlichen Massen, die ihm Gefolgschaft leisten, zur Folge, und Arbeiter würden ihm nicht mehr so leicht in diese nationale Schlinge hineingehen.

Wirtschaft

Der Spekulationskapitalismus als jüngste Phase der kapitalistischen Entwicklung.

Von Gustav Schlesinger (Wien).

Der Kapitalismus in Mitteleuropa befindet sich in einer neuen Phase seiner Entwicklung, vorwiegend in Deutschland und Österreich steht diese neue Phase bereits ihrem Höhepunkt nahe, oder ist sie zumindestens schon so weit gediehen, daß sich ein klares Bild über sie gewinnen läßt. Es ist das die Phase der „Herrschaft des Spekulationskapitals".

Die Entwicklungslinie des Kapitalismus ist die Überwindung des Industriekapitals durch das Finanzkapital. Die Grundlage dieser Überwindung ist, daß das Finanzkapital eine höhere Form der industriellen Organisation bedeutet und daher eine gesteigerte und rentablere Produktion ermöglicht.

Nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte setzte ein verstärktes Vordringen des Finanzkapitals ein, eben als Einleitung der eben erwähnten neuen Phase des Kapitalismus. Dieser Vorstoß des Finanzkapitals unterschied sich aber nicht nur seinem Ausmaße, sondern auch seinem Wesen nach von der normalen finanzkapitalistischen Entwicklung.

Die Umstellung der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft, die großen Verheerungen des Krieges in der Wirtschaft, riefen auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens einen kolossalen Kapitalsmangel hervor. Die einsetzende Inflation hat diesen Kapitalsmangel zum großen Teil nur verschleiert, und nicht behoben und auch dort, wo es durch das Kapital, das durch die Inflation aus den großen Massen der Arbeiter, Bauern und Kleinbürger herausgepreßt wurde, gelungen ist, das Industriekapital zu erneuern und zu erweitern, hat es sich entweder selbst zum Finanzkapital entwickelt (Stinnes), oder ist dem beweglichen Kapital zum Opfer gefallen.

Das Finanzkapital, daß auf diese Weise einen immer zunehmenden Einfluß auf die Produktion gewann, hat aber seinen Einfluß nicht zur Erweiterung der Basis der Produktion benützt, ja sogar nicht einmal zur Aufrechterhaltung dieser Basis, sondern es hat die Produktion, unter Hintansetzung jeder Rücksicht auf die Interessen der Produktion — und es ist dies ein Symptom des Niedergangs des Kapitalismus — nur als Melkkuh für seine Riesenprofite benützt.

Der Produktion mangelt es an Kapital. Was machen nun seine Finanzherren? Es werden zu Hunderttausenden neue Aktien herausgegeben, die davon einfließenden Gelder kommen aber zum geringsten Teil der Industrie zugute. Die Aktien werden zu niederen Kursen aus dem von den Finanzherren gebildeten Syndikaten übernommen und dann zu Kursen, die den Realwert des des Papieres weit übersteigen, an der Börse eingeführt. Der Nutzen fließt selbstverständlich den Syndikaten zu. Durch geschickte Börsenmanöver wird der ohnedies schon unreelle Kurs auf das Zwei- und Dreifache, oft noch höher hinaufgetrieben. Die leichten Börsengewinne locken immer weitere und weitere Kreise in das Netz des Finanzkapitals. Der Industrielle, Gewerbetreibende zieht das Kapital aus der Produktion heraus, der Kaufmann zieht es aus dem Handel und trägt es zur Börse; der Abgebaute bringt seine Abfertigung, der Rentner seine aus der Inflation geretteten Vermögensreste. Der normale Aktienstand genügt nicht, um alle diese Kapitalien aufzusaugen, denn diese Aktien haben ja, wenn auch nicht einen so großen, aber doch immerhin einen Wert. Die Abschlachtung könnte also in den Fällen, wo sich das Opfer etwas Stützungskapital besorgen kann, nicht ganz vollkommen sein. Es werden daher neue Gesellschaften gegründet, deren Aktien-Realwert in Makulaturwert besteht.

Riesenkapitalien werden der Produktion auf diese Weise entzogen. Doch die Effektengewinne genügen nicht. Es wird eine Attacke auf den französischen Franken unternommen. Aber das amerikanische Kapital, das den Weltkrieg entschieden hat, entscheidet auch diesen Kampf, das deutsche und österreichische Kapital unterliegt. (Der Kampf ist übrigens noch nicht zu Ende; wahrscheinlich wird, wie im Weltkriege, auch das „siegreiche" Frankreich vom „Befreier" abgeschlachtet.) Jetzt zeigt es sich, daß das Finanzkapital in nichts klüger war, als seine Opfer, und es wird nun von demselben Schicksal ereilt, das es seinen Opfern bereitet hat. Nicht nur der Frankenkrieg ist verloren, auch der bereits vor seinem siegreichen Abschluß stehende Effektenkrieg geht verloren. Riesenpakete von Aktien müssen mit Riesenverlusten abgestoßen werden. Es muß alles Kapital zum Durchhalten mobilisiert werden. Der Industrie und dem Handel wird also das ganze Kapital entzogen, die Schwächeren brechen zusammen — man nennt es Reinigungskrise —, doch die Schwächeren ziehen Stärkere mit sich, die industriellen Unternehmungen, denen der Kredit entzogen wird, brechen zusammen. Nicht nur die Schwindelaktien, auch Aktien mit einem eigentlich effektiven Wert sinken auf einen Makulaturwert. Die Produktion wird noch mehr gedrosselt. Die Krise zieht immer weitere Kreise. Arbeitslosigkeit, Lohnabbau, Abbau der sozialen Errungenschaften sind die Folgeerscheinungen für die Arbeiterschaft.

Der bürgerlich-demokratische Staat ist das Exekutivorgan der kapitalistischen Klasse und hat ihr gegenüber seine Pflicht selbstverständlich erfüllt. Am Anfange der Phase des Spekulationskapitals eilte der Staat der kapitalistischen Klasse mit der Banknoteninflation zu Hilfe. Die Eintreibung der Steuern von der Bourgeoisie wurde sabotiert, fast sämtliche Ausgaben des Staates wurden nur durch die Notenpresse gedeckt. Die Spekulation erhielt Riesensummen zur Verfügung gestellt, die dann in entwertetem Papiergeld zurückgezahlt wurden. Dann wurde die Effektenhausse als Gesundung des Wirtschaftsleben hingestellt, den Banken zu einem lächerlich niedrigen Zinsfuß (in Österreich 9%) Darlehen gegeben, die sie zu 100 bis 200% weitergaben, oder direkt zur Spekulation verwendeten. Jetzt, wo der ganze Schwindel zusammenbricht, müssen die Kosten der Spekulation auf die Massen überwälzt werden. Darum Massensteuern, Riesenzölle, Abbau der sozialen Errungenschaften. Aber was sich 1918 auf politischem Gebiete ereignete — der Zusammenbruch der Bourgeoisie — das bereitet sich auch jetzt auf wirtschaftlichem Gebiet vor.

Arbeiterbewegung

Ein historisches Dokument.

Zu der Zeit, da die im Internationalen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerschaften zum soundsovielten Male (diesmal in Wien) zusammengetreten sind, um in zwecklosen Resolutionen die „Maßnahmen" zu beschließen, die gegen die Offensive des Kapitals zu ergreifen sind, während das Kapital eine Position der Arbeiterklasse nach der anderen eroberte und erobert, ist es angebracht, auf jenes Dokument zu verweisen, das die VKPD. bereits am 8. Januar 1921 als Offenen Brief an die unten folgenden Organisationen richtete. Die Redaktion.

Offener Brief

an

den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund,
die Arbeitsgemeinschaft Freier Angestelltenverbände,
die Allgemeine Arbeiterunion,
die Freie Arbeiterunion (Syndikalisten),
die Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
die Kommunistische Arbeiterpartei.

** Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands hält es für ihre Pflicht, in einem für das gesamte deutsche Proletariat bedeutsamen und schweren Augenblick sich an alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen zu wenden.

Die fortschreitende Zersetzung des Kapitalismus, die Rückwirkungen der einsetzenden Weltkrise zu den Wirkungen der besonderen deutschen Krise, die fortschreitende Entwertung des Geldes und die in Deutschland noch immer fortschreitende Steigerung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, die zunehmende Arbeitslosigkeit und Verelendung der breiten Massen machen es notwendig, daß die proletarische Klasse sich als Gesamtheit zur Wehr setzt und dabei nicht nur der Industrieproletarier gedenkt, sondern all der Schichten, die, erst jetzt erwachend, sich ihres proletarischen Charakters bewußt werden.

In dieser unerträglichen Situation wird das Proletariat gehalten durch die fortschreitende Reaktion, die in der Orgesch, in dem Meuchelmord, in der Justiz, die jeden Meuchelmord deckt, immer neue Fesseln für das Proletariat erfindet und die auf die Uneinigkeit des Proletariats spekuliert.

Die VKPD. schlägt daher sämtlichen sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen vor, sich auf folgender Grund-

lage zu unmittelbar zu beginnenden, im einzelnen noch näher zu besprechenden Aktionen zusammenzufinden:

I.

a) Einleitung von einheitlichen Lohnkämpfen zur Sicherstellung der Existenz der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Verbindung der einzelnen Lohnkämpfe der Eisenbahner, Beamten und Bergleute sowie der anderen Industrie- und Landarbeiter zur geschlossenen Aktion.

b) Erhöhung aller Renten und Pensionen der Kriegsopfer, Rentner und Pensionäre entsprechend den geforderten Lohn- und Gehaltssätzen.

c) Einheitliche Regelung der Arbeitslosenbezüge für das ganze Reich auf der Grundlage der Verdienste der Vollbeschäftigten.

Belastung des Reiches mit der Unterstützung unter ausschließlicher Heranziehung des Kapitals für diese Zwecke.

Kontrolle der Arbeitslosen durch besondere Arbeitslosenräte in Verbindung mit den Gewerkschaften.

II.

Maßnahmen zur Verbilligung der Lebenshaltung, nämlich:

a) Abgabe verbilligter Lebensmittel an alle Lohn- und niederen Gehaltsempfänger (Rentenempfänger, Witwen-, Waisengeldempfänger usw. unter Heranziehung der Konsumvereine und unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte.

Bereitstellung der Mittel dafür durch das Reich.

b) Sofortige Beschlagnahme aller zur Verfügung stehenden bewohnbaren Räume mit dem Recht nicht nur zwangsweiser Einquartierung, sondern auch zwangsweiser Ausquartierung kleiner Familien aus großen Wohnungen oder gar Häusern.

III.

Maßnahmen zur Bereitstellung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen:

a) Kontrolle aller vorhandenen Rohmaterialien, Kohle, Düngemittel durch die Betriebsräte.

Wiederingangsetzung aller stillgelegten Betriebe, soweit sie Bedarfsgegenstände herstellen; Verteilung dieser so hergestellten Gegenstände nach den Grundsätzen zu IIa.

b) Kontrolle der Bestellung, der Ernte und des Verkaufs aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch Guts- und Kleinbauernräte in Verbindung mit den Landarbeiterorganisationen.

IV.

a) Sofortige Entwaffnung und Auflösung aller bürgerlichen Selbstschutzorganisationen und Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen in allen Ländern und Gemeinden.

b) Amnestie für alle Delikte, die aus politischen Motiven oder aus Gründen der bestehenden allgemeinen Not begangen wurden. Freilassung aller politischen Gefangenen.

c) Aufhebung der bestehenden Streikverbote.

d) Sofortige Aufnahme der handels- und diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland.

Indem wir diese Aktionsgrundlage vorschlagen, verheimlichen wir keinen Augenblick, weder uns selbst noch den Arbeitermassen, daß die von uns aufgestellten Forderungen ihre Not nicht beseitigen können. Ohne auch für einen Augenblick darauf zu verzichten, in den Arbeitermassen den Gedanken um den Kampf, um die Diktatur, den einzigen Weg zur Erlösung, weiter zu verbreiten, ohne darauf zu verzichten, die Arbeitermassen in jedem günstigen Moment zum Kampf um die Diktatur aufzufordern und zu führen, ist die Vereinigte Kommunistische Partei bereit, mit anderen Parteien, die sich auf das Proletariat stützen, gemeinsam die Aktion um die oben angeführten Maßregeln durchzuführen.

Wir verbergen die Gegensätze nicht, die uns von den anderen Parteien trennen. Wir erklären vielmehr: wir wollen von den Organisationen, an die wir uns wenden, nicht ein Lippenbekenntnis zu den vorgeschlagenen Aktionsgrundlagen, sondern die Aktion für die aufgestellten Forderungen.

Wir fragen die Parteien, an die wir uns wenden, nicht: Haltet Ihr diese Forderungen für berechtigt?, das setzen wir voraus.

Wir fragen sie:

Seid Ihr bereit, gemeinsam mit uns für diese Forderungen unverzüglich den rücksichtslosesten Kampf aufzunehmen?

Auf diese klare und eindeutige Frage sehen wir einer ebenso klaren und eindeutigen Antwort entgegen. Die Situation erfordert auch eine rasche Antwort. Wir erwarten deshalb eine Antwort bis zum 13. Januar 1921.

Sollten die Parteien und die Gewerkschaften, an die wir uns wenden, nicht gewillt sein, den Kampf aufzunehmen, so würde die VKPD. sich für verpflichtet erachten, diesen Kampf allein zu führen, und sie ist überzeugt, daß ihr die Arbeitermassen folgen werden. Schon heute wendet sich die VKPD. an alle proletarischen Organisationen im Reiche und die sich um sie sammelnden Arbeitermassen mit der Aufforderung, in Versammlungen ihren Willen zur gemeinsamen Abwehr gegen den Kapitalismus und gegen die Reaktion, zur gemeinsamen Verteidigung ihrer Interessen zu bekunden.

Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands.

Die Strategie der argentinischen Gewerkschaftsführer.

Abwürgung des Generalstreiks gegen das Raubgesetz der sogenannten „Altersversicherung".

Von Rodolfo Ghioldi (Buenos Aires).

** Das Parlament von Argentinien hat am Ende des Jahres 1923 ein Gesetz über Alterspensionen (Altersversicherung) beschlossen. Das Gesetz ist obligatorisch und trägt, auf Vorschlag eines sozialistischen Senators, nationalen Charakter. Die Massen haben dieses Gesetz „das Raubgesetz" genannt. Mit vollem Recht.

Der Staat geht auf Grund dieses Gesetzes daran, den Arbeitern 10% ihrer Löhne zu rauben. Wohl verstanden, das Gesetz spricht nur von 5%, die die Arbeiter zu leisten haben, und von weiteren 5%, die die Unternehmer zahlen sollen: aber die letzteren werden natürlich ihren Anteil auf die Schultern der Proletarier abwälzen. Was man den Arbeitern wegnimmt, ist ungeheuer. Das Gesetz bedeutet nichts anderes, als eine direkte Besteuerung der Löhne. Der Staat wird auf diese Weise zweifellos kolossale Beträge zusammenscharren. Man bedenke nur, daß die Zahl der durch dieses Gesetz betroffenen Arbeiter mehr als 1·5 Millionen beträgt. Wenn man einen Wochenlohn von 130 Pesos zugrundelegt, so beträgt die Summe, die die Arbeiter in einem Jahre für den Staat leisten müssen, 216 Millionen Pesos. Wenn man dieses Geld zu 6% verzinst, so wird der Staat in 30 Jahren den Arbeitern 20 Milliarden Pesos gestohlen haben. In diesem Zeitraume wird jeder Arbeiter 13.334 Pesos gezahlt haben.

Mit dieser schamlosen Ausplünderung der Arbeiter bezweckt der Staat nichts anderes, als eine zahlreiche Bürokratie zu unterhalten sowie den Vereinigten Staaten von Amerika die Waffen und Kriegsschiffe zu bezahlen, die die argentinische Regierung bei ihnen bereits bestellt hat. Alle Lasten auf die Schultern der Arbeiter...

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat bereits im November 1923 mit voller Klarheit ihren Gesichtspunkt zu dem dringenden und gewaltigen Problem der Arbeiterversicherung formuliert. Sie hat den Massen gesagt: „Altersversicherung? Jawohl! Aber auf Kosten der Bourgeoisie!" Diese kommunistische Parole war uns allen durchaus klar. Unter Zugrundelegung dieser Parole unterzogen unsere Propagandisten das argentinische Gesetz über die Alterspensionen (Gesetz Nr. 11.289) einer ganz genauen Analyse und zeigten die drohenden Gefahren auf.

Die Stellungnahme der Sozialisten war typisch reformistisch: Die Sozialisten fanden zwar einige Fehler an dem Gesetz, aber sie nahmen es an...

Und die Führer der freien Gewerkschaften, die an der Spitze der argentinischen Gewerkschaftsunion stehen? Ach, sie dachten nicht an solche kleine prosaische Angelegenheiten. Sie sind „Idealisten". Aber man muß ihnen zugestehen, daß ihr Verhalten logisch ist: es sind dieselben Recken, die einige Monate vorher einen kommunistischen Vorschlag, wonach eine Kampagne gegen die Kriegsrüstungen zu unternehmen sei, zurückgewiesen haben. Ihre Weigerung begründeten sie damit, daß die Rüstungsfrage eine politische Frage sei, und sie sind natürlich Antipolitiker.

Die einzelnen Gewerkschaftsorganisationen begannen zunächst mit der von den Kommunisten herausgegebenen Losung gegen das Gesetz zu agitieren. Die Setzer, die Handelsangestellten, die Metallarbeiter, die Schuhmacher, die Kunsttischler und andere führten einen heftigen Kampf gegen das Raubgesetz. Erst als bereits eine heftige Erregung unter den organisierten und un-

organisierten Arbeitern herrschte, entschlossen sich die Häupter der Gewerkschaftsunion, die Frage — vor den nächsten Kongreß zu bringen... Dieser Kongreß war aber erst für die Mitte des Monats April angesetzt.

Unter dem Druck der Massen beschloß die Regierung, die Anwendung des Gesetzes durch zwei Monate zu suspendieren. Was hat das freigewerkschaftliche Zentralkomitee in diesen 60 Tagen gemacht? Nichts. Indes war es allen, auch den Blindesten, ganz klar, daß die Gährung unter den Massen nur in einen Generalstreik münden konnte. Der Generalstreik bereitete sich vor. Mit oder gegen die Führer. Er lag in der Luft, er war unvermeidlich. Aber die Leitung der Gewerkschaften machte nichts, um einen erfolgreichen Streik vorzubereiten. Sie betrieb nicht einmal die geringste Propaganda.

Das Gesetz sollte am 1. Mai in Kraft treten. Daher war es logisch, den Streik am 1 Mai, dem Tag der Arbeiter, zu beginnen. Die Kampfbegeisterung war gewaltig. Alle Proletarier erwarteten vom Zentralkomitee die Proklamation des Streiks. Es geschah nichts. Zwei Tage nachher, an einem Samstag, wurde endlich der Streik erklärt. Dieser Tag aber kann nicht als erster Streiktag in Betracht kommen, weil viele Arbeiter an diesem Tage nur Halbtagsarbeit leisten. Der Sonntag kann gleichfalls nicht als erster Streiktag angesehen werden. Am Montag verkündeten die Unternehmer die Aussperrung. Auch dadurch kam der Generalstreik nicht eigentlich zum Ausdruck. Nichtsdestoweniger gingen am selben Montag die reformistischen Führer der freien Gewerkschaften mit Tränen in den Augen zum Präsidenten der Republik, um ihm kundzutun, daß der Streik nicht weiter dauern könne. Nach zwei Tagen war der Streik offiziell beendet.

Unter den Arbeitermassen herrschte die größte Empörung. Sie verstanden, daß die Gewerkschaftsführer sie schmählich verraten hatten, sowohl damals schon, als die Bewegung in Gang kam, als insbesondere in dem Moment, wo die proletarischen Massen in der Provinz gleichfalls in den Kampf traten. Die Haltung der Gewerkschafter bedeutet Entmutigung. Tausende und tausende Arbeiter, die zum ersten Male an einem großen Klassenkampf teilnahmen, gingen mit zerrissenem Herzen aus diesem Kampfe. Der verbrecherische Fehler der Gewerkschaftsführer ist sehr groß und schädlich. Denn mit einem Zentralkomitee, das energisch gewesen wäre und Verantwortlichkeitsgefühl gehabt hätte, hätte man sehr weit gehen können, weil die ganzen Massen aufgerührt waren.

Trauriges Werk der Gewerkschaftsführer.

Auf dem Gewerkschaftskongreß vom April, auf dem die reformistischen Führer alle nur denkbaren Manöver aufgeführt hatten, um die Leitung der Gewerkschaften in der Hand zu behalten, haben die Kommunisten sowie die revolutionären Gewerkschafter erklärt, daß die den gewerkschaftlichen Gesichtspunkten hohnsprechende Führung des Kongresses bewirken mußte, daß unverantwortliche Elemente ans Ruder kommen. Die Tatsachen haben bereits zwei Wochen darauf den Roten Gewerkschaften recht gegeben.

Man diskutiert gegenwärtig in der Roten Gewerkschafts-Internationale die Frage der Streikstrategie. Diese Frage steht auf der Tagesordnung des bevorstehenden internationalen Kongresses. Wahrhaftig, es wäre notwendig, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer in Argentinien, die eingefleischten Feinde Sowjetrußlands von den Roten Gewerkschaften etwas lernen würden!

Aus der Internationale

Die Norwegische Arbeiterpartei und die Komintern.

** Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale beschloß in seiner Sitzung vom 30. März 1924, der Norwegischen Arbeiterpartei, die sich im November 1923 dadurch, daß sie sich den Beschlüssen des IV. Kongresses und des Erweiterten EKKI. nicht unterwarf, außerhalb der Reihen der Kommunistischen Internationale gestellt hatte, die Möglichkeit zu geben, an den V. Weltkongreß zu berufen. Daher lud es die Norwegische Arbeiterpartei zum V. Kongreß ein.

Auf diese Einladung sandte die Norwegische Arbeiterpartei folgende Antwort:

„An das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale!

Die Norwegische Arbeiterpartei hat die Einladung des EKKI. erhalten, eine Delegation zum V. Weltkongreß zu schicken. Das Zentralkomitee der Norwegischen Arbeiterpartei wünscht, dieser Einladung Folge zu leisten. Das Zentralkomitee hält es jedoch für nötig, die Resolutionen, die von der Partei nach der Spaltung im November vorigen Jahres angenommen wurden, zur Kenntnis des EKKI. zu bringen, und legt daher die Resolutionen bei, die in diesem Zusammenhange von Bedeutung sein können.

Das Zentralkomitee ist der Ansicht, daß es schon zu spät erscheint vom Berufungsrecht Gebrauch zu machen, weil das EKKI. die Norwegische Arbeiterpartei aus der Internationale ausgeschlossen und auf Schaffung einer Partei bestanden hat, die einen Kampf gegen die Arbeiterpartei führt. Angesichts dessen wird die Delegation auf dem Kongresse keine Berufung vorbringen. Die Norwegische Arbeiterpartei nimmt gleichfalls an, daß die organisatorische Wiedervereinigung der Partei mit der Internationale zur gegebenen Zeit nicht durchführbar ist.

Statt dessen wird der Delegation zur Pflicht gemacht werden, sich zu bemühen, die Bedingungen ständiger und freundschaftlicher Zusammenarbeit mit der Internationale zu schaffen, im Auge habend, daß die Internationale sich an dieselben grundsätzlichen und politischen Ansichten hält und die gleichen Ziele verfolgt, wie sie sich in Norwegen die Norwegische Arbeiterpartei vorstellt.

Das Zentralkomitee wünscht, vorher aufzuklären, ob die Stellung, die demnach die Delegation einnehmen wird, mit den Voraussetzungen, die der Einladung des EKKI. zugrunde lagen, vereinbar ist.

Da wenig Zeit übriggeblieben ist, bitten wir telegraphisch zu antworten.

Mit kommunistischem Gruße Die Norwegische Arbeiterpartei
Oskar Torn, Ejnar Gerhardsen."

Das EKKI. sandte der Norwegischen Arbeiterpartei am 16. Mai folgenden Brief:

„Moskau, 16. Mai 1924.

An das ZK. der Norwegischen Arbeiterpartei, Christiania.

Werte Genossen!

In Eurem Brief vom 7. Mai gebt Ihr dem Wunsche Ausdruck, die Vorausetzungen klarzustellen, die der Einladung Eurer Partei zum V. Weltkongresse der KI. zugrunde liegen.

Was kann es hier Unklares geben? Das EKKI. ist dem Weltkongresse untergeordnet, und wenn Ihr annehmet, das das EKKI. unrichtig vorgegangen ist, so habt Ihr das Recht, an den Weltkongreß zu berufen. Das ist der formelle Anlaß unserer Einladung.

Noch wichtiger ist für uns der Umstand, daß ein beträchtlicher Teil der besten proletarischen Elemente, die sich in den Reihen der Norwegischen Arbeiterpartei befinden, innerlich für die Zugehörigkeit zur Komintern ist. Das EKKI. wünscht alles Mögliche zu tun, um diesem Wunsche nachzukommen, und darum haben wir die NAP. zum Kongresse eingeladen. Wir wollen diese Arbeiter, die mit uns zu gehen wünschen, unterstützen.

Ihr seid gegen den Eintritt in die Komintern, wie dies aus Eurem Briefe hervorgeht. Ihr gebt bekannt, daß Eure Delegierten auf dem Kongresse sich nur bemühen sollen, die Voraussetzungen „freundschaftlicher Zusammenarbeit" mit der Kommunistischen Internationale zu schaffen. Wir müssen Euch dazu offen sagen, daß wir diesen Euren Brief als einen Versuch ansehen, die völlig klare Lage zu verdunkeln. Ihr wißt, daß die allererste Voraussetzung einer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit der Internationale das freundschaftliche Zusammenarbeiten mit den Kommunisten in Norwegen ist. Wenn ihr dieses nicht wünscht, so wird der Weltkongreß keine Wunder vollbringen können, selbst wenn er sich ausschließlich mit Eurer Frage befassen würde. Wenn Ihr aber ein freundschaftliches Zusammenarbeiten in Norwegen wünscht, so könnt Ihr in jedem beliebigen Augenblick dazu übergehen.

Ihr wißt sehr gut, daß gerade in Norwegen gegenwärtig die Zusammenarbeit aller revolutionären Arbeiter nötiger ist denn je. Der gigantische Klassenkampf des norwegischen Proletariats schreit geradezu nach der notwendigen Zusammenarbeit. Wer hindert diese? In Eurer Mitte ist ein Mann wie Olea Lian, der typischste sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokrat, der unter anderem vor kurzem die kämpfenden Metallarbeiter zu schmachvoller Kapitulation aufrief. Seine Ränke sind nichts anderes als direkter Verrat an den Arbeitern in ihrem heldenhaften Kampfe. Erscheint ein freundschaftliches Zusammenarbeiten der Kommunisten mit einer derart schädlichen Person möglich? Erfüllt Eure direkte revolutionäre Pflicht, werft ihn aus dem ZK. Eurer Partei und aus dem ZK. der Gewerkschaften hinaus, und dann

werdet Ihr am besten die Voraussetzungen ehrlichen Zusammenarbeitens mit der kommunistischen Vorhut in Norwegen und mit der Kommunistischen Internationale schaffen.

Ihr habt behauptet, daß das EKKI. nicht die richtige Linie der Kommunistischen Internationale einhalte. Ihr habt verlangt, daß „Garantien einer anderen organisatorischen Praxis in der Leitung der Internationalen geboten" werden, bevor die Frage der Wiedervereinigung mit Eurer Organisation mit der Komintern gestellt werden könnte. Ihr habt wiederholt den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die Leitung in der Komintern in die Hände einer anderen Richtung übergehe. Jetzt werden in Moskau Vertreter des kommunistischen Proletariats der ganzen Welt zusammentreffen. Hier wird die ganze Kommunistische Internationale vertreten sein. Hier, in Moskau, wird Euch die Möglichkeit geboten werden, Eure Überzeugungen zu vertreten. Der Weltkongreß wird seine Entscheidung fällen. Ihr werdet zweifelsohne die echte Meinung der Kommunistischen Internationale zu hören bekommen.

Niemand, der sich für einen Kommunisten zu halten wünscht, hat das Recht, sich über den Kommunistischen Weltkongreß zu stellen. Wenn Ihr also Kommunisten sein wollt — und wir hoffen, daß Ihr solche sein wollt —, so tretet auf dem Weltkongresse auf.

Mit kommunistischem Gruß

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale."

Aus dem Lager der Gegner.

Amsterdams Kampf gegen den Krieg.

Von Aug. Enderle (Wien).

** Eines der glänzendsten Paradestücke auf dem Kongreß der Amsterdamer in Wien war „der Kampf gegen den Krieg und Militarismus". Hier trat die alte Methode der Amsterdamer — große Phrasen nach außen „für das Volk", erbärmliche Feigheit und schon im voraus geplanter Verrat im Hintergrund — in ihrer ganzen Glorie in Erscheinung. Bei keiner der vielen in Wien zur Debatte stehenden Fragen konnten sich die Amsterdamer so in die Heldenpose des „großen Kampfes" werfen, wie bei dieser. Hatten sie bei den Fragen des Achtstundentages, der Sozialpolitik, der Berufsinternationalen, der Stellung zu den russischen Gewerkschaften usw. auch noch so viel Demagogie, Heuchelei und Täuschungskünste gegenüber den draußen stehenden Massen aufgewandt, so stehen diese Dinge heute doch so unmittelbar zur Entscheidung, und die Masse verlangt jetzt, heute und morgen klare Antwort, daß auch die geschickteste Regie den Verrat und die konterrevolutionäre Gesinnung der Amsterdamer nicht verbergen konnte.

Doch beim Krieg ist's anders. Zwar sieht jedes Kind, daß der Imperialismus mit rasender Geschwindigkeit einem neuen, viel größeren Völkermorden, als das hinter uns liegende, zusteuert. Aber wie 1914, so wird die breite Masse erst beim Krachen der ersten Salven die ganze Gefahr erkennen. Und bis dahin können die Amsterdamer sich als die wahren Kämpfer gegen Krieg und Militarismus aufspielen. Nie wieder imperialistischer Krieg! Welcher Proletarier sollte in diesen Ruf nicht begeistert einstimmen? So spekulieren die Amsterdamer, hier können wir Massen auf die Beine bringen, und es ist ein ausgezeichnetes Mittel, die Proleten von den rebellischen Gedanken, daß sie sie in den sie drückenden Fragen, Achtstundentag, Sklavenlöhne usw., hundertmal verraten haben, abbringen.

Den größten Phraseur, den die Amsterdamer im Stalle haben, den Herrn **Jouhaux** aus Frankreich, hat man auch auf dem Wiener Kongreß als grimmigen Drachentöter der staunenden Menge vorgeführt. Und Jouhaux, der sich 1914 plötzlich vom radikalen Syndikalisten zum glühendsten Patrioten verwandelte, der die rechte Hand des sozialistischen Munitionsministers Albert **Thomas** und Freund aller Munitionsfabrikanten war, der die französischen, englischen und amerikanischen Proletarier nicht nur zu immer größerer Hetzarbeit für den Kriegsmoloch anspornte, sondern der auch überall dabei war, wenn es galt, kriegsfeindliche Rebellion der Proletarier und Meutereien der Soldaten niederzuschlagen, derselbe Jouhaux hatte, wie auf dem letzten Kongreß in Rom, auch in Wien das Referat über den Kampf gegen Krieg und Militarismus. Er legte dem Kongreß als schriftliches Referat eine dicke Broschüre vor, worin neben einer historischen Abhandlung über die Philosophie der Kriege in allen Tonarten die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Krieg gepredigt wird. Eine neue Resolution schlug Jouhaux nicht vor, er ist der Auffassung, daß die alte, in Rom angenommene, auch noch weiter ihre Dienste tun kann, spricht sie doch von den schärfsten Kampfmaßnahmen, die dem Proletariat zur Verfügung stehen, vom internationalen **Generalstreik** im Falle einer akuten Kriegsgefahr usw. Mehr kann man doch wirklich nicht von Amsterdam verlangen.

Was diese großsprecherische Resolution von Rom für einen **praktischen** Wert hat, das zeigte der Ausbruch des Ruhrkonflikts im Januar 1923. Jouhaux sucht das vollkommene Versagen der Amsterdamer in dieser Krise mit den kühnsten Behauptungen zu verteidigen. Er führt alle die schönen Beschlüsse, die sie **damals** gefaßt hätten, auf, und sagt dann, offenbar in dem **eigenen Gefühl**, daß dies sehr wenig ist in bezug auf ihre Taten:

> „Was vermochten wir ... für Leistungen zu erzwingen. Generalstreik etwa? Er setzt eine mächtige Arbeiterorganisation und Unterstützung und Wohlwollen (!) der öffentlichen Meinung voraus. Wir hatten die Pflicht, zu protestieren, und wir haben das getan mit dem ganzen Aufgebot unserer Kräfte."

Kann die Amsterdamer Feigheit noch klarer zum Ausdruck kommen, als hier in den eigenen, in dem schriftlichen Referat von Jouhaux niedergelegten Worten? Wohl kaum. Und trotzdem bringen es diese traurigen Helden fertig, ihre Resolution mit dem Generalstreik aufs Neue der Welt zu präsentieren. Und Jouhaux hielt sich verpflichtet, auf der Wiener Tagung eine mit nicht zu übertreffendem Pathos vorgetragene Rede gegen den Krieg vom Stapel zu lassen. Nicht nur Resolutionen dürfen wir beschließen, wir müssen pazifistische Taten vollbringen, so donnerte es in den Saal, und begeistert klatschte das Auditorium, unter dem sich auch Herr Albert **Thomas** befand, Beifall.

Soweit hätte alles ganz schön geklappt, wenn nicht ein ehrlicher Engländer aufs Podium gestiegen wäre und in aller Harmlosigkeit das ausgesprochen hätte, was alle diese begeisterungslustigen Amsterdamer Helden im Stillen dachten, und was sie, wenn es darauf ankommt, tun werden. Dieser englische Gewerkschaftsführer, **Ben Tillet** ist sein Name, sagte nämlich: „Wir müssen viel energischer als bisher gegen den Krieg kämpfen. Bisher waren die Kommunisten die einzigen konsequenten Kriegsgegner, wir dürfen ihnen diese Monopolstellung nicht länger lassen. Wir müssen dem Krieg beizeiten vorbeugen, denn,

„wenn ein Krieg ausbricht, steht jeder von uns zu seinem Vaterland".

Hier liegt die Kernfrage. Ben Tillet hatte bei seiner Ausführung ebenfalls großen Beifall. Und wem wäre dieser Ben Tillet, trotz seiner offen nationalistischen Einstellung menschlich nicht hundertmal sympathischer als die Jouhaux und Konsorten, die kein Jota weniger nationalistisch sind als jener. Er ist wenigstens ehrlich, jene aber sind viel gefährlicher, weil sie bewußt Generalstreiksphrasen gebrauchen, um das Proletariat so lange einzuschläfern und ihm wirklichen Kampf vorzutäuschen, bis es im Granatenregen erwacht und dann **ohnmächtig** einem neuen imperialistischen Völkermorden gegenübersteht.

Wir stehen zu unserem Vaterland. So haben die Reformisten aller Länder 1914 gerufen, damit haben sie Millionen von Proletariern gegeneinander, in den Tod gehetzt. Und kein Zweifel, sie werden es im kommenden Krieg genau so machen. Daß diese „Vaterländer" die imperialistischen Staaten **des** blutrünstigen Kapitals sind, wissen die Amsterdamer sehr genau, doch wenn's nur die Masse nicht frühzeitig merkt. Deshalb wird überall vom Fortschritt der Demokratie gefaselt, deshalb läßt die herrschende Klasse diesen ihren Staat von „Arbeiterregierungen" verwalten. Sie sorgen, wie Macdonald in England zeigt, wie Noske, Thomas und die vielen anderen schon vor ihm zeigten, genau so gut für die nötigen Kriegsrüstungen und blutige Niederschlagung der Arbeiterschaft, wie eine, auch dem Namen nach, kapitalistische Regierung.

Mit keinem Wort ist auf dem Wiener Kongreß davon gesprochen worden, wie der imperialistische Krieg wirklich und nur allein bekämpft werden kann, nämlich durch den **unmittelbaren** und rücksichtslosesten Kampf gegen das Kapital, gegen das kapitalistisch-demokratische System. Davon wollen die Amsterdamer nichts wissen, denn das würde bedeuten, **revolutionären** Kampf. Sie wollen aber keine Revolution, sie wollen „Frieden" mit dem Kapital, sie sind Anhänger der „ruhigen" demokratischen Entwicklung und stehen deshalb „zu ihrem Vaterland".

So hat das Wort von Ben Tillet in Wien der ganzen internationalen Arbeiterschaft blitzartig gezeigt, in welch ungeheuerer Gefahr sie schwebt. Ungewollt hat Ben Tillet dem Proletariat die Augen geöffnet und ihm gezeigt, daß **der Imperialismus und der Krieg keinen besseren Verbündeten haben als die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.** Und es ist höchste Zeit, daß die

Arbeiterschaft aller Länder erkennt, was auf dem Spiele steht, und den Amsterdamern zuruft: **Schluß mit Euch Verrätern und Demagogen. Für uns gibt es unter dem Kapitalismus kein Vaterland, für uns gibt es nur rücksichtslosen Klassenkampf und Krieg gegen das imperialistische Kapital. Das ist der einzige Weg zu einem wirklichen Völkerfrieden.**

Gegen Kriegsgefahr

Der kommende Krieg.

Von M. Pawlowitsch (Moskau).

Lenin über den kommenden Krieg.

** In der kapitalistischen Ordnung ist die Kriegsgefahr immer lebendig. Aber noch niemals war diese Gefahr so augenfällig wie in der gegenwärtigen Epoche, wo selbst bürgerliche Schriftsteller und Staatsmänner, die noch unlängst sich und der Welt einzureden suchten, als sei der Weltkrieg 1914/18 der letzte Krieg gewesen, dem der ewige Friede folgen werde. All diese Männer haben ihre Reden von der nahenden Friedensära bereits vergessen. Im Gegenteil, viele bürgerliche Wirtschaftler und Politiker, wie zum Beispiel Nitti, Caillaux, Lloyd George, Keynes und andere, sind gezwungen, die Wahrheit anzuerkennen, daß heute in der ganzen Welt, in deren wirtschaftlichen Konjunktur wie in der internationalen Lage der imperialistischen Großmächte Faktoren wirksam sind, die den Krieg gebären, viel stärkere Faktoren als diejenigen, die das furchtbare Gemetzel 1914/18 hervorgerufen haben. Heute gibt es unvergleichlich mehr Gründe für einen Weltkrieg als am Vorabend von 1914.

Die Frage des herannahenden Weltkrieges beschäftigte stark den Genossen Lenin. In einem denkwürdigen Dokument, das Lenin am 4. Dezember 1922 niederschrieb und als Instruktion für die Delegation der Komintern auf der Konferenz der Zweiten Internationale im Haag über die Frage der Bekämpfung des Krieges bestimmt war, schrieb Lenin unter anderem:

„Zweitens muß an dem Beispiel der heutigen, sei es auch der geringfügigsten Konflikte, erklärt werden, **wie der Krieg täglich ausbrechen kann wegen eines Streites zwischen England und Frankreich über irgendeine Detailfrage ihres Vertrages mit der Türkei, oder zwischen Amerika und Japan wegen einer nichtigen Konferenz in einer beliebigen Frage des Stillen Ozeans, oder zwischen anderen beliebigen Großmächten wegen Kolonialstreitigkeiten in der Zollpolitik oder überhaupt in der Handelspolitik usw.**“

Hier gab Lenin eine zwar kurze, aber dennoch tiefgreifende Analyse der Faktoren, die zu einem neuen Weltkrieg treiben. Es ist grundfalsch, wenn manche Forscher den ganzen Sinn des Krieges 1914/18 auf einen Wettkampf zwischen Deutschland und England zusammenschrumpfen lassen. Zweifellos bildete **der Kampf zwischen Deutschland und England um die Weltvorherrschaft** einen der wichtigsten Faktoren des Weltkrieges und spielte in der Entstehung des Weltbrandes eine wichtige Rolle. Aber neben dem englisch-deutschen Konflikt spielte bei der Entstehung des Weltkrieges keine geringe Rolle auch **der Wettstreit des zaristischen Rußlands mit Deutschland und Österreich um die Vorherrschaft im Osmanenreich und auf dem Balkan und der französisch-deutsche Wettstreit sowohl wegen Afrika wie auch wegen der Erzgruben an der europäischen Grenze beider Länder.** Und eben deshalb, weil am Vorabend des Weltkrieges nicht nur die imperialistischen Pläne und Interessen Englands und Deutschlands aufeinanderprallten, sondern auch die **Deutschlands und Rußlands, Deutschlands und Frankreichs, Rußlands und Österreichs, Italiens und Österreichs, Serbiens und Bulgariens usw.**, war das Ergebnis nicht ein englisch-deutscher, sondern ein Weltkrieg, unmittelbar veranlaßt durch einen nichtigen Zwischenfall in Serajewo (die Ermordung des österreichischen Erzherzogs Ferdinand durch den Gymnasiasten Princip).

Heute prallen scharf gegeneinander nicht nur die imperialistischen Pläne Japans und Amerikas, sondern auch **die Englands und Frankreichs, Frankreichs und Italiens, Frankreichs und Spaniens, Jugoslawiens und Bulgariens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei, Rumäniens und Ungarns, Polens und Litauens** usw., und deshalb genügt eine „nichtige Differenz“, um den an den verschiedenen Knotenpunkten der internationalen Politik angehäuften Zündstoff, in Tangar, in Singapore, an der Ruhr, im Banat, auf den Philippinen, an den Balearen usw., zur Explosion zu bringen und die ganze Welt in Flammen zu setzen.

Das Rüstungsrennen. — Der chemische Krieg.

Das erste Merkmal der eingetretenen äußersten Verschärfung in den Beziehungen zwischen den kapitalistischen Mächten bilden die außergewöhnlichen **Rüstungen aller Staaten**, die die Rüstungen am Vorabend des Weltkrieges weit übertreffen. Nach Berechnungen des englischen Generals F. Morriss befanden sich 1922 in Europa 4,354.975 Mann unter Waffen, während sämtliche europäischen Armeen zusammen 1913 ein Stärke von 3,747.170 Mann hatten. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß das stehende Heer Deutschlands, Österreichs, Ungarns und Bulgariens auf insgesamt 696.135 Mann reduziert ist, kommt General Morris zu dem Schluß, daß die übrigen europäischen Mächte ihre Heere **um 1,303.921 Mann verstärkt haben.** In Europa besitzt Frankreich das größte Heer. Es war am 1. Januar 1923 einschließlich der kolonialen Garisonen und Offiziere 831.828 Mann stark. Sämtliche europäischen Staaten, mit Ausnahme Sowjetrußlands und der besiegten Staaten Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien, brachten ihre Rüstungen auf eine Höhe, vor der der Umfang der Rüstungen dieser Staaten am Vorabend des Weltkrieges ganz verblaßt.

Diese Rüstungen finden ihren Ausdruck nicht so sehr in dem zahlenmäßigen Anwachsen der Heere, ein Anwachsen, das übrigens im Vergleich zur Vorkriegszeit recht respektabel ist, als vielmehr in der beispiellosen **Verstärkung der Kriegstechnik** und der Ausgaben für diese. So beabsichtigt das „pazifistische“ England Macdonalds nach dem Voranschlag für das Jahr 1924/25, den zahlenmäßigen Bestand in der Armee in der Metropole um 12.000 Mann zu vermindern (152.000 gegenüber 164.000 im Jahre 1923/24), aber gleichzeitig erhöht es den Etat für die Luftflotte um rund zwei Millionen Pfund Sterling, indem es für 1924/25 die Schaffung von **acht neuen Luftgeschwadern** vorsieht, es **verstärkt seine Seeflotte durch den Bau von neuen Kreuzern und zwei Zerstörern**, es wendet enorme Mittel auf für die „Chemisierung“ des Heeres, für die Erfindung neuer Explosivstoffe, für den energischen Bau von **Hunderten leichter und schwerer Tanks für das Landheer usw.** Dabei hat England bisher, von der Beendigung des Weltkrieges **bis 1923**, bereits 290 Millionen Pfund Sterling, das sind rund sechs Milliarden Goldmark, für Rüstungszwecke verausgabt.

Auch Frankreich legt der Entwicklung der Luftstreitkräfte, die schon jetzt diejenigen Englands bei weitem übertreffen, die allergrößte Bedeutung bei. **Die Schaffung von 132 Kampfgeschwadern ist vorgesehen. Die Luftflotte wird in Friedenszeiten 30.000 und in Kriegszeiten 300.000 Menschen zählen.** Die Ausgaben Frankreichs für das Flugwesen übersteigen diejenigen der anderen Großmächte. Die französische Regierung wendet ihre größte Aufmerksamkeit der Entwicklung der Kriegschemie zu. In Frankreich ist ein Kriegskorps aus **militärischen Ingenieuren und Chemikern gebildet**, deren Aufgabe darin besteht, neue Mittel des chemischen Krieges ausfindig zu machen. Die französischen Imperialisten träumen von Bomben, die in wenigen Stunden, wenn es nötig sein sollte, Berlin oder London zerstören könnten. Und da die französische chemische Industrie hinter der englischen, von der deutschen ganz zu schweigen, weit zurückbleibt, so beabsichtigt die französische Regierung, wenn nicht für immer, so auf jeden Fall für recht lange, die besetzten deutschen Gebiete in ihren Händen zu behalten.*)

Dieses beispiellose Wachstum der Rüstungen, das die Nachkriegsperiode kennzeichnet, ist die Resultante zweier Grundfaktoren. Einerseits führt die Verschärfung der industriellen Krise und die Arbeitslosigkeit in allen kapitalistischen Ländern, die Einengung des auswärtigen Absatzmarktes dazu, daß die Bourgeoisie mit besonderer Intensität in Militarismus und Mannismus, in der Verstärkung des militärischen Flugwesens, in der „Chemisierung“ des Heeres ein Mittel sieht, die kapitalistische Akkumulation zu erleichtern und eine kolossale Warenüberproduktion zu verhüten. Andererseits besteht, da die internationalen Beziehungen nun einmal sich immer mehr verschärfen

*) Ein englischer Major hat in einem interessanten, aber sehr zynischen Buch, das selbst von einem solchen Banditen wie Foch lobend gewürdigt wurde, vorgeschlagen, die deutsche chemische Industrie einfach zu zerstören. Es sei bemerkt, daß dieser ungeheuerliche Plan in den Kreisen der englischen Bourgeoisie sich keiner Popularität erfreut, da die englische Bourgeoisie jetzt umgekehrt auf eine Vereinigung der englischen chemischen Industrie („Britische Korporation der Farbstoffe“) mit der deutschen chemischen Industrie (der deutsche Anilinkonzern) hinarbeitet.

und der Krieg mit elementarer Kraft heranrückt, die natürliche Tendenz, sich bis an die Zähne zu bewaffnen, um imstande zu sein, den Gegner zu erdrücken und die in Aussicht genommene Beute an sich zu reißen. Aber das Wachstum der Rüstungen bei jedem einzelnen Lande hat seine Grenzen und seine Logik. Wenn die Vereinigten Staaten dank ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Machtstellung in der Lage sind, noch zehn Jahre lang mit der gleichen oder gar noch größeren Intensität als bisher zu rüsten, so kann es sich ein relativ armes Land, wie Japan es ist, nicht erlauben. Desgleichen sind viele europäische Staaten, wie Polen, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, teilweise sogar Frankreich mit seiner sinkenden Valuta und dem erschreckenden Anschwellen der Staatsschulden, außerstande, noch längere Zeit im gleichen Tempo bei dem Wettstreit um die Rüstungen mitzurennen. Und vielleicht wird bald der Augenblick gekommen sein, wo die nationalistische Presse aller dieser Staaten, ähnlich wie es die deutsche chauvinistische Presse am Vorabend des Weltkrieges getan hat, mit dem Hinweis auf die furchtbare Bürde der Rüstungen, die durch die Bedrohung von dem äußeren Feinde hervorgerufen sei, die Bevölkerung zum Krieg hetzen wird, unter dem Motto: **„Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende!"**

Das ununterbrochene Rütsungsrennen, das wir seit der Beendigung des Weltkrieges beobachten können, ist ein Symptom und eine Folge der äußeren Zuspitzung in den Beziehungen zwischen den kapitalistischen Mächten und bildet gleichzeitig einen bedrohlichen Faktor des heraneilenden Ausbruches eines neuen Weltkrieges.

Der englisch-französische Gegensatz als Grundfaktor des kommenden Krieges.

Die Hauptschuldigen an den fieberhaften Rüstungen auf dem europäischen Festlande und dem herannahenden europäischen Kriege, der sich in einen Weltkrieg zu verwandeln droht, sind die zwei stärksten europäischen und Weltmächte — Frankreich und England. Das Frankreich Poincarés und Millerands, und vor allem — wie es im Maiaufruf der Kommunistischen Internationale an die Proletarier aller Länder richtig hervorgehoben wird — das Frankreich des berüchtigten Comité des Forges, strebt nach der **Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent und der Verdrängung Englands aus Europa.** Zu diesem Ziele marschiert Frankreich auf zwei Wegen: Erstens durch **Verstärkung seines Landheeres**, seiner Luft- und Unterseeflotte, durch Schließung von militärischen **Bündnissen** mit der Tschechoslowakei, mit Jugoslawien, Polen, Rumänien, von denen die beiden letzteren militärische Halbkolonien Frankreichs sind, die im Falle irgendwelcher Komplikationen ihre gesamten militärischen Kräfte Frankreich zur Verfügung stellen; zweitens auf dem Wege der **Erdrosselung Deutschlands** durch Vernichtung all seiner Lebensmöglichkeiten und vor allem durch **Wegnahme des Rheinlandes.** Im „Matin" vom 30. März 1924 konnte man folgende Auffassung des französischen Generals Mangin von der Notwendigkeit der Loßreißung des Rheinlandes vom Deutschen Reiche und der Bildung einer rheinischen Republik (unter französischem Protektorat) lesen:

> **„Solange keine rheinische Republik gebildet ist, bleibt das Problem der Sicherheit unserer Grenzen ungelöst.** Ohne eine rheinische Republik sind wir und Belgien gezwungen, nach Mitteln zu suchen, die imstande sind, einen neuen Einbruch deutscher Horden zu verhindern. **Solange das rheinische Gebiet in den Händen der Deutschen verbleibt, werden diese niemals den Gedanken einer Revanche aufgeben.** Umgekehrt: wird das rheinische Gebiet Deutschland weggenommen, dann geht Preußen all der Fabriken und Werke verlustig, die es während der Kriegszeit mit Kriegsmaterial versorgten. Wir müssen gegenüber allen Zufälligkeiten gerüstet sein. Solchen Nachbarn gegenüber, wie die Deutschen sind, kann man niemals sicher sein. Ganz plötzlich können ihre wilden Instinkte die Deutschen auf den früheren Schauplatz ihrer Greueltaten hinführen. **Deshalb muß das rheinische Gebiet in eine unabhängige Republik verwandelt werden."**

Es ist selbstverständlich, daß England sich mit dem Plan einer französischen Vorherrschaft auf dem Kontinent **nicht aussöhnen kann.** Englands Weigerung, sich aus Europa zurückzuziehen, die **Verlegung des Schwerpunktes der Weltplolitik Großbritanniens auf das europäische Festland mußte eine Verschärfung der englisch-französischen Beziehungen nach sich ziehen.** Daher die neuen Rüstungen beider Länder, daher die **Verstärkung der Luftgeschwader Englands,** die Schaffung neuer Flugzeugstützpunkte, die Errichtung eines neuen ständigen Lagers im Norden Großbritanniens und die Erweiterung der Kasernen in London, daher die Demonstrationen in der Seeumgebung Frankreichs (die Manöver einer großen englischen Flotte von den balearischen Inseln auf dem Wege zwischen der französischen Metropole und ihren nordafrikanischen Kolonien), daher die Annäherung Englands an Italien und Spanien. Daher andererseits **die neuen französischen Rüstungen,** die Ausprobierung neuer, weittragender Geschütze auf dem Artillerieschießplatz in Le Havre, Geschütze, **deren Tragweite nahezu 100 km (97 km) erreicht,** und die zur **Aufstellung längs der Küste und zur Beschießung Londons und der englischen Küste bestimmt sind,** ferner die Errichtung neuer strategischer Bahnen durch die Franzosen in Belgien, die Befestigung des belgischen Hafens Zeebrügge usw.

Natürlich wird ein Krieg zwischen England und Frankreich, wenn er ausbrechen sollte, das Signal zum **bewaffneten Zusammenstoß auf dem ganzen europäischen Festlande sein.** Nach der Mobilmachung der englischen und französischen Streitkräfte wird sofort die Mobilmachung der Streitkräfte Belgiens, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Italiens, Spaniens, Portugals, Bulgariens, der Türkei, Österreichs, Ungarns folgen und unzählige Millionen von Menschen werden wieder unter die Waffe gerufen werden. Gleichzeitig werden, wenn wir das, was Genosse Lenin über die nationalen Kriege als Folge des Versailler Friedensvertrages schrieb, zweifellos die Millionen Deutscher des Deutschen Reiches und Österreichs nicht mit verschränkten Armen sitzen bleiben und ruhig den Ausgang des Krieges zwischen England und Frankreich abwarten. Ebensowenig werden die unterdrückten Nationalitäten in Jugoslawien, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei teilnahmslos bleiben und die Feuersbrunst nationaler Erhebungen, Aufstände und Kriege kann Galizien, Besarabien, Siebenbürgen, Karpathorußland, Mazedonien usw. ergreifen. Und selbst, wenn beim Beginn des Krieges kein offener Aufstand der unterdrückten Nationen stattfinden sollte, die sprengende Wirkung der ungelösten nationalen Probleme wird sofort fühlbar werden, wie dies in Österreich während des Krieges der Fall war, wo die slawischen Soldaten der österreichisch-ungarischen Armee zu Zehn- und Hunderttausenden sich dem Feinde ergaben, um nachher ihre Gewehre gegen die Doppelmonarchie umzudrehen. Wie dem auch sei, zugleich mit dem Gespenst rein imperialistischer Kriege ersteht in Europa auch das Gespenst nationaler Kriege.

Der japanisch-amerikanische Gegensatz und der Krieg am Stillen Ozean.

Das Gespenst eines imperialistischen Krieges taucht nicht allein in Europa auf. Die Verschärfung der japanisch-amerikanischen Beziehungen infolge des Verbots der japanischen Einwanderung nach den Vereinigten Staaten, eines Verbots, das tiefgehende Erregung in breiten Massen der Bevölkerung ausgelöst hat, setzt die Frage der japanisch-amerikanischen Beziehungen erneut auf die Tagesordnung. In der der Washingtoner Konferenz vorausgegangenen Periode waren die japanisch-amerikanischen Beziehungen bereits so zugespitzt, daß ein Krieg zwischen beiden Ländern unvermeidlich schien. Nach der Konferenz versicherten viele Pazifisten, daß nunmehr die Gefahr eines japanisch-amerikanischen Krieges beseitigt sei. Die harte Wirklichkeit hat jedoch diese pazifistischen Illusionen rasch zerflattern lassen. Seitdem die Vereinigten Staaten den Bau des Panamakanals in Angriff genommen hatten, wurde es augenfällig, daß Amerika darnach strebte, das von Theodor von Roosevelt in folgenden Worten zusammengefaßte Programm: **„Die Herrschaft über den Stillen Ozean gehört den Vereinigten Staaten"**, zu verwirklichen.

Auf diesem Wege stoßen jedoch die Vereinigten Staaten mit Japan zusammen, für das China den Hauptabsatzmarkt bildet, der die Erzeugnisse der japanischen Industrie aufnimmt und zugleich das Hauptgebiet **für die Anlage überschüssiger japanischer Kapitalien** bildet.

Wenn die Behauptung einiger militärischer Spezialisten richtig ist, daß ein Zweikampf — eins gegen eins — zwischen Amerika und Japan unüberwindlichen technischen Schwierigkeiten begegnet, die unter Umständen, wenn auch den Kriegsausbruch nicht verhindern, so doch einen entscheidenden Ausgang zugunsten der einen oder der anderen Partei unmöglich machen, dann wird der Charakter des Problems des Stillen Ozeans um so tragischer. Denn daraus folgt, daß Amerika nicht vereinzelt Japan angreifen wird, sondern im Bunde mit Australien, Neuseeland, und vielleicht auch im Bunde mit England, Holland, China usw. Wenn England bei seiner Vorbereitung zum Krieg

gegen Deutschland solche Verbündete finden konnte wie Rußland und Frankreich, von den kleineren Staaten in der Art Portugals ganz zu schweigen, so wird Amerika erst recht die nötigen Helfershelfer finden können.

Der Krieg am Stillen Ozean wird ebenso wie ein europäischer Krieg begleitet sein von tiefen nationalen Erschütterungen in Gestalt von Erhebungen, Aufständen, vielleicht von grandiosen nationalen Revolutionen in einer ganzen Reihe asiatischer Länder. Der Krieg wird die von Japan unterdrückten Massen Koreas, auf der Insel Formosa, in Sachalin tief aufrütteln und wird auch an den amerikanischen Philippinen, an Französisch-Indochina, am englischen Indien usw. nicht spurlos vorübergehen.

Lenin über den Kampf gegen den Krieg.

Kann im gegenwärtigen Augenblick die Arbeiterklasse Europas, Amerikas und Japans den herannahenden Krieg verhindern? Auf diese Frage antwortet Genosse Lenin in dem bereits oben zitierten Dokument folgendes:

„Man muß eine reale Erklärung darüber geben, wie groß das Geheimnis ist, das die Geburt eines Krieges umgibt, und wie hilflos eine gewöhnliche Arbeiterorganisation, auch wenn sie sich eine revolutionäre Organisation nennt, angesichts eines wirklich herannahenden Krieges dasteht. Man muß den Leuten in ganz konkreter Weise wieder und wieder erklären, wie die Lage während des letzten Krieges war, und warum sie nicht anders sein konnte. Man muß besonders die Bedeutung jenes Umstandes erklären, daß die Frage der „Vaterlandsverteidigung" unvermeidlich gestellt und daß die überwiegende Mehrheit der Werktätigen diese Frage unvermeidlich zugunsten der eigenen Bourgeoisie lösen wird."

Worin besteht das einzig reale Kampfmittel gegen den Krieg?

In der **„Erhaltung und Herausbildung einer illegalen Organisation zur dauernden Arbeit aller am Kriege teilnehmenden Revolutionäre gegen den Krieg."** Die Kommunisten können den Ausbruch eines Weltkrieges nicht verhindern, aber sie müssen darnach streben, diesen Krieg in den Bürgerkrieg, in die Weltrevolution umzuwandeln.

Wir müssen sorgfältig die internationalen Komplikationen, die „nichtigen Differenzen" in einer beliebigen kolonialen Frage verfolgen und müssen vor allem das „Geheimnis" des letzten Krieges enthüllen und in einer Reihe gemeinverständlich geschriebener Broschüren in allen Sprachen den Millionen und Abermillionen Arbeitern der ganzen Welt, in England, Frankreich, Amerika, Japan, Italien erklären, wie der Weltkrieg 1914/18, entstanden ist, welche Rolle die internationalen Banken, die Montantrusts, die Geschützkönige dabei gespielt haben, wie jetzt das „Comité des Forges", die Petroleumtruste, die chemischen industriellen Verbände einen Krieg vorbereiten. Tun wir dies, so werden wir eines der großen Vermächtnisse des unsterblichen Führers und Lehrers der werktätigen Massen erfüllen.

Buchbesprechungen

A. J. Swirski: „Schwarze Leute."*)

Von Chr. Cs.

** Die äußerst spannende kleine Erzählung, die künstlerisch-einheitlich um den Kern eines einzigen Ereignisses, ein Grubenunglück aufgebaut ist, führt uns in das Bereich der Bergarbeiter. In dunklen Schächten, fern vom Sonnenlicht, wühlen sie in Schweiß gebadet, die Brust voll Kohlenstaub, in dumpfer Qual den Kohlenmagnaten den Mehrwert aus dem Boden. Zur an und für sich schon zermürbenden Arbeit gesellten sich dann noch das soziale Elend, Hungerlöhne, Nachtarbeit, zu hohe Arbeitszeit, Massenquartiere in Baracken oder Kasernen und sehr oft — wie es auch unsere Erzählung schildert — mangelt es an entsprechenden Schutzvorrichtungen, so daß das Leben der Arbeiter stets gefährdet ist, weil allzuhohe Betriebsunkosten nicht den Geldbeutel der Unternehmer schmälern dürfen.

Die Lohnsklaven der Gruben und Schächte haben überall ein hartes Los, aber im alten Rußland war es besonders schlecht um sie bestellt. Unsere Erzählung spielt sich in der Grube „zum wundertätigen Nikolaus" ab. In das müde graue tägliche Schuften und verödete Bewußtsein donnert eines Tages eine zufolge mangelnder Schutzvorrichtungen hervorgerufene Grubenkatstrophe hinein. Ein mächtiger Brand und gleichzeitige Überschwemmung der Schächte, wo in derselben Zeit über zweihundert Arbeiter beschäftigt sind, findet statt. Die zurückgebliebene Arbeiterschaft nimmt im Augenblick des fürchterlichen Ereignisses eine drohende Haltung ein. Man befürchtet Gewalttätigkeiten. Der Grubenbesitzer, der Polizeichef, der Stadtkommandant, der Bezirksingenieur, der Hauptmann der Feuerwehr erscheinen am Schauplatze, und inmitten zynischer Gespräche will man schon polizeiliche Verstärkung holen, natürlich nicht um zu retten, sondern um gegen die empörte Masse vorzugehen. Charakteristisch ist der Satz des Bezirksingenieurs zum Grubenbesitzer: „Lassen Sie die Grube Grube sein, aber das Maschinenhaus war hoch versichert!" Die bedrohten Arbeiter mögen ruhig zugrunde gehen in der Grube, zuerst soll das Maschinenhaus gerettet werden. Die Situation wird nun durch den Ingenieur Dorogin gerettet, der bäuerlicher Abstammung ist und sich heroisch im Zusammenarbeiten mit der Masse den Rettungsarbeiten an die Spitze stellt. Unterdessen führen die verunglückten Bergleute unter der Erde einen verzweifelten Kampf um ihre Leben, der in der Erzählung in meisterhaft tragisch-düsteren Farben geschildert wird. Nach langen schweren Ringen der außenstehenden Arbeiter werden die Bedrohten endlich gerettet. Die Arbeiter zeigen ein aktives Gemeinschaftsgefühl für einander, der Unternehmer und die Beamten einen feindlichen Gleichmut. Wie ein Leitfaden durch die ganze Geschichte begleitet uns der kleine Kuska, Sohn eines Bergarbeiters, dem das Ereignis nun zur tiefsten Jugenderinnerung werden muß.

Die kleine Erzählung ist ein Exempel, wie sich Inhalt und Form in der proletarischen Kunst einander einpassen müssen. Der Bergarbeiter ist kein gesprächiger Mensch, sie gehen nebeneinander, es entspinnen sich keine unterhaltende Gespräche unter ihnen, nur schwer, überdrüssig entringt sich ihren Lippen hie und da ein Wort, die ständige große Last ihres Schicksals macht sie innerlich-äußerlich schwerfällig. Sie leiden, hängen die Köpfe, tasten vorwärts, blicken in die Ferne, oder zu Boden, bewegen sich fast automatisch, nur ein plötzliches Ereignis, eine Katastrophe vermag Drohungen aus ihrer geballten Duldsamkeit hervorrufen. Aber wenn, sich ihnen diese Empörung entringt, dann werden sie auf einmal mächtig und unbezwingbar. Man bekommt ja oft von Grubenkatastrophen in bürgerlichen literarischen Werken zu lesen, aber sie werden als Sensation empfunden. In Swirskis Büchlein kommt hingegen zum Ausdruck: wie eben der Arbeiter selbst so ein Ereignis empfindet.

Dieses Büchlein kann in jedem Leser ein tieferes Verständnis für die Lohnsklaven der Bergwerke entfachen.

*) A. J. Swirski: „Schwarze Leute." Erzählung aus dem Bergmannsleben. Übertragen aus dem Russischen von Hermynia zur Mühlen. Verlag der Jugend-Internationale. Berlin-Schöneberg.

Notiz.

In der Nummer 54, S. 646 (Wochenausgabe Nr. 20, S. 440) veröffentlichten wir den Artikel „Frauenarbeit in der Tschechoslowakei" ohne Angabe des Verfassers. Der Artikel ist von der Genossin Isa Straßer verfaßt.

Red. Inprekorr.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann. Wien. VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 65. 10. Juni. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Der XIII. Parteitag der RKP.

Organisationsbericht des Genossen Stalin.

** Genossen! Die allgemeine Lage, wie sie sich im Laufe des Jahres im Lande und in der Partei gestaltet hat, kann als eine günstige gekennzeichnet werden. Grundlegende Tatsachen sind: Aufstieg im Wirtschaftsleben des Landes, Steigerung der Aktivität im allgemeinen, Steigerung der Aktivität der Arbeiterklasse im besonderen, Belebung des Parteilebens. Die Frage ist, in welchem Maße es der Partei während dieses Jahres gelungen ist, diese Lage auszunützen, um ihren Einfluß in den die Partei umgebenden Massenorganisationen zu steigern, in welchem Maße es ihr gelungen ist, ihre Zusammensetzung zu bessern, ihre Arbeit im allgemeinen, Registrierung, Verteilung der verantwortlichen Parteiarbeiter und ihre Auswahl zu bessern und schließlich, in welchem Maße der Partei eine Besserung des inneren Lebens ihrer Organisationen gelungen ist.

Hieraus folgen acht Fragen, über die ich sprechen werde:

a) Zustand der Massenorganisationen, die die Partei umgeben und sie mit der Partei verknüpfen, und Anwachsen des kommunistischen Einflusses in diesen Organisationen;

b) Zustand des Staatsapparats, des Apparats der Volkskommissariate und der auf Grund kommerzieller Betriebsführung arbeitenden Institutionen, wie auch des unteren Sowjetapparats und Anwachsen des kommunistischen Einflusses auf diesem Gebiete;

c) Zusammensetzung der Partei und das Leninsche Aufgebot;

d) Zusammensetzung der führenden Organe der Partei, Parteikaders und Parteijungmannschaft;

e) Arbeit der Partei auf dem Gebiete der Agitation und Propaganda im Dorfe;

f) Arbeit der Partei auf dem Gebiete der Registrierung, Verteilung und Auswahl der verantwortlichen Funktionäre sowohl aus den Reihen der Partei wie auch der Parteilosen;

g) Inneres Leben der Partei;

h) Schlußfolgerungen.

Ich werde im weiteren eine Reihe Zahlen anführen müssen, denn ohne sie würde der Bericht lückenhaft und unzufriedenstellend sein. Ich muß aber hierbei bemerken, daß ich an eine absolute Genauigkeit dieser Zahlen nicht glaube, denn mit der Statistik hapert es bei uns, und das elementare berufliche Ehrgefühl ist leider nicht bei allen Sowjetstatistikern vorhanden. Nach diesem notwendigen Vorbehalt gehe ich nun zu den Zahlen über.

Massenorganisationen, die die Partei mit den Massen verknüpfen.

Gewerkschaften.

Im vergangenen Jahre waren in den Gewerkschaften nach den statistischen Angaben 4,300.000 Personen organisiert. In diesem Jahre 5,000.000. Ein Anwachsen steht außer Zweifel. Nehmen wir die zwölf grundlegenden Produktionsverbände, die Zahl der in diesen Produktionszweigen beschäftigten Arbeiter und die Zahl der Organisierten, so erhalten wir einen Prozentsatz der Organisierten in Höhe von 92%. In den grundlegenden Industriezweigen beträgt die gewerkschaftliche Organisiertheit 91 bis 92% der gesamten Arbeiterklasse. Das in bezug auf die Industrie. Schlimmer verhält es sich in der Landwirtschaft, wo es etwa 800.000 landwirtschaftliche Arbeiter gibt, wobei, wenn die nicht in staatlichen Betrieben beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeiter genommen werden, der Prozentsatz der gewerkschaftlich Organisierten nur 3% beträgt. Was den kommunistischen Einfluß in den Gewerkschaften betrifft, so haben wir zahlenmäßige Angaben über die Vorsitzenden der Gouvernementsgewerkschaftsräte und der Gebietsgewerkschaftsräte. Zum 12. Parteitag hatten wir Vorsitzende, die ehemalige unterirdische Parteiarbeiter waren, etwas über 37%. Zum gegenwärtigen Parteitag nur 35%. Also eine Abnahme. Dafür stieg aber der Prozentsatz der nach Februar 1917 der Partei Beigetretenen. Dies erklärt sich dadurch, daß die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten gestiegen ist, es aber an früheren unterirdischen Parteiarbeitern mangelt, so daß den Kaders die Jungmitgliedschaft zu Hilfe eilte und diese somit in die Kaders hinüberging. Von diesen Vorsitzenden waren Arbeiter: früher 55%, gegenwärtig 61%. Das bedeutet eine Besserung der sozialen Zusammensetzung der führenden Organe.

Genossenschaften.

Auf diesem Gebiete sind die zahlenmäßigen Angaben mehr als auf irgendeinem anderen unbestimmt und flößen kein Vertrauen ein. Die Konsumgenossenschaften hatten im vergangenen Jahre rund 5 Millionen Mitglieder. In diesem Jahre haben sie rund 7 Millionen. Das wäre ja ganz prachtvoll, ich glaube aber nicht an diese Zahlen, denn das Konsumgenossenschaftswesen ist noch nicht voll zum System des freiwilligen Beitrittes übergegangen und zweifellos gibt es hier „tote Seelen". Im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen soll es im vergangenen Jahre 2 Millionen Mitglieder gegeben haben (wiewohl ich im vergangenen

Jahre vom „Selskosojus" erhaltene zahlenmäßige Angaben über 4 Millionen Mitglieder habe), in diesem Jahre 1,500.000 Mitglieder. Ein Rückgang der Organisiertheit auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens ist zweifellos. Der Prozentsatz der Parteimitglieder in den führenden Organen im Zentrum des Genossenschaftswesens betrug im vergangenen Jahre 87% und beträgt gegenwärtig 86%. Also auch eine Abnahme. In den Gouvernements- und Rayonverbänden gab es 68% Kommunisten, gegenwärtig sind es 86%. Das zeigt eine Steigerung des Einflusses. Wenn wir aber nicht die „führenden" Organe im allgemeinen, sondern die wirklich leitenden, verantwortlichen Funktionäre ins Auge fassen, so finden wir unter den verantwortlichen Funktionären im allgemeinen nur 26% Kommunisten. Diese Zahl halte ich für richtiger. Im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen gibt die Zusammensetzung der führenden Organe folgende Zahlen: 46% im vergangenen Jahre und 55% im gegenwärtigen. Wollen wir aber gründlicher nachsehen und nur die verantwortlichen Funktionäre ins Auge fassen, so gibt es Kommunisten unter ihnen nur 13%. So verstehen es manche Statistiker, die Fassade, das Äußere, zu verschönern und das Morsche vor den Augen zu verhüllen.

Jugendverband.

Die Zahl der Mitglieder und Kandidaten betrug im vergangenen Jahre 317.000 (wiewohl ich Ziffern vom vorigen Jahre mit Unterschrift eines Mitgliedes des ZK. des KJVR. habe, die 400.000 Mitglieder angeben), und in diesem Jahre beträgt die Zahl der Mitglieder und Kandidaten 570.000. Trotz einer gewissen Unbestimmtheit der Ziffern ist ein Anwachsen der Organisiertheit zweifellos. Arbeiter gab es im KJVR. im vergangenen Jahre 34%, in diesem Jahre 41%, Bauern gab es im vergangenen Jahre 42%, in diesem Jahre 40%. Betriebschulzöglinge gab es im vergangenen Jahre 35.000, in diesem Jahre 47.000. Die Zahl der Mitglieder der RKP. im gesamten Jugendverbande betrug im vergangenen Jahre über 9% oder rund 10%, in diesem Jahre beträgt sie 11%. Ebenfalls eine zweifellose Steigerung.

Organisationen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen.

Die grundlegenden Organisationen auf diesem Gebiete sind die Delegiertenversammlungen. Verworrene ziffernmäßige Angaben hat man hier in Hülle und Fülle. Will man sich aber wirklich klar werden, so stellt es sich heraus, daß es in den Städten im vergangenen Jahre 37.000 Frauendelegierte gab und in diesem Jahre 46.000, das heißt etwas mehr als im vergangenen. In den Dörfern gab es Frauendelegierte im vergangenen Jahre 58.000 und in diesem 100.000. Welche breite Massen von Bäuerinnen und Arbeiterinnen diese Delegierten vereinigen, darüber konnte ich keine irgendwie geauen Ziffern erhalten. In Anbetracht der besonderen Wichtigkeit, der die Hinzuziehung von Arbeiterinnen und Bäuerinnen zur Sowjetarbeit betreffenden Fragen wird es nicht überflüssig sein, die Angaben über Beteiligung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen an den gewerkschaftlichen Organen, den Sowjets, den Gouvernements- und Bezirkskomitees der Partei zu prüfen. In den Dorfsowjets gab es im vergangenen Jahre nur 1% Frauen (schrecklich wenig), in diesem Jahre 2,9% (ebenfalls sehr wenig), allerdings zeigt dies aber schon ein Anwachsen. In den Kreisvollzugsausschüssen gab es im vergangenen Jahre 0,3% Frauen, in diesem Jahre 0,5%, eine minimale Steigerung, die gar nicht der Rede wert ist. In den Bezirksvollzugsausschüssen gab es im vergangenen Jahre 2% Frauen, in diesem Jahre etwas über 2% (ich gebe die Ziffern über die RSFSR., denn Ziffern über alle Republiken gibt es nicht), in den Gouvernementsvollzugsausschüssen gab es in der RSFSR. im vergangenen Jahre etwas über 2%, gegenwärtig etwas über 3% Frauen. In den Gewerkschaften bilden die Frauen in diesem Jahre 26% der Mitgliedschaft. Über das vergangene Jahr haben wir keine Angaben; in den Betriebsräten bilden sie 14%. In den Gouvernementsabteilungen der Gewerkschaftsverbände beträgt der Prozentsatz der Frauen 6, in den Zentralvorständen der Verbände etwas über 4%. In der Partei gab es im vergangenen Jahre rund 8%, gegenwärtig 9% Frauen. Unter den Kandidaten betrug ihre Zahl 9%, gegenwärtig 11%. All dies bis zum Leninschen Aufgebot. In den Gouvernementskomitees befanden sich zum Zeitpunkte des 13. Parteitages 3%, in den Bezirkskomitees etwa 6%. Kommunistinnen gab es in den wichtigsten Frauenorganisationen, Delegiertenversammlungen 10%, gegenwärtig 8%. Diese Verringerung erklärt sich durch das Anwachsen der Zahl der Delegierten. Es muß festgestellt werden, daß die Hälfte der Bevölkerung unserer Sowjetunion — die Frauen — vom Sowjet- und Parteiaufbau ganz oder fast ganz abseits stehen.

Die Armee.

In der Armee, in den Militärlehranstalten und in der Flotte hat sich die Gesamtzahl der Kommunisten von 62.000 auf 61.000 verringert. Das ist ein Mangel, der beseitigt werden muß: Gleichzeitig hat sich die Gesamtzahl der Parteimitglieder unter dem Kommandeurkorps vergrößert. Zur Zeit des 12. Parteitages betrug die Zahl der Kommunisten im Kommandeurkorps 13%, gegenwärtig haben wir 18%. Interessant ist die Parteimitgliedschaft in der Armee vom Gesichtspunkte der Mitgliedschaftsdauer. Von 52.000 Kommunisten, die in den Reihen der Armee arbeiten, gibt es frühere unterirdische Arbeiter 0,9%, also kein ganzes Prozent; von Februar bis Oktober 1917 eingetretene über 3%; bis 1919 eingetretene 11%, 1919 eingetretene 22%; bis 1920 eingetretene 23%; bis 1923 eingetretene 20%. Hieraus seht Ihr, daß unsere Armee hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich, von der Parteijungmannschaft bedient wird.

Freie Organisationen der gesellschaftlichen Initiative.

Aufmerksamkeit erweckt die Tatsache, daß in diesem Jahre ein neuer Organisationstypus entstanden ist: freie Organisationen, Organisationen der gesellschaftlichen Initiative, allerlei Kultur- und Bildungszirkel und Vereine, Sportorganisationen, Vereine zur Förderung der Tätigkeit verschiedener Institutionen (zum Beispiel der Arbeiter- und Bauerninspektion usw.), Organisationen der Arbeiter- und Bauernkorrespondenten usw. Die Zahl dieser Organisationen wächst ununterbrochen, wobei zu bemerken ist, daß es unter ihnen nicht nur mit der Sowjetmacht sympathisierende, sondern auch dieser gegenüber feindselige gibt. Nehmen wir nur die RSFSR., so konnte man hier solche Organisationen im vergangenen Jahre etwa 80 zählen. In diesem Jahre gibt es über 300. Nehmen wir die Organisation der Körperkultur in der RSFSR., so betrug die Mitgliederzahl dieser Organisation im vergangenen Jahre 126.000, in diesem Jahre 375.000. Die soziale Zusammensetzung dieser Organisation ist: Arbeiter gab es im vergangenen Jahre 35%, in diesem Jahre 42%. Grundlegende Zentren dieser Organisationen sind die Betriebsräte und die Betriebsklubs und auf dem Lande die Bäuerlichen Komitees für gegenseitige Hilfe. Aufmerksamkeit erregen die Organisationen der Arbeiterkorrespondenten und der Dorfkorrespondenten, die den Zweck haben, die proletarische öffentliche Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die Organisationen der Arbeiterkorrespondenten umfassen 25.000, die der Bauernkorrespondenten 5000 Personen. Gehen wir zur Zusammensetzung der Gouvernementsorgane dieser Organisationen über, so sehen wir in der RSFSR. im vergangenen Jahre eine Stärke der Kommunisten in Höhe von 19%, in diesem Jahre etwas über 29%. Schließlich darf eine neue Organisation nicht vergessen werden, die gestern vor dem Lenin-Mausoleum demonstrierte, die Pionierorganisation, deren zahlenmäßige Stärke im Juni des vergangenen Jahres nach Berechnungen unserer Statistik (mit der es, wie ich schon sagte, etwas hapert) 75.000 und im April dieses Jahres über 161.000 betrug. Unter den Pionieren gibt es in den Industriegouvernements 71% Arbeiterkinder, Bauernkinder 7%. In den nationalen Gebieten beträgt in dieser Organisation die Zahl der Arbeiterkinder 38%, in den Bauerngouvernements bilden die Arbeiterkinder 36%. So verhält es sich mit den Massenorganisationen, die die Partei umgeben und sie mit den Massen verknüpfen. Im Grundlegenden steht die Steigerung des Einflusses der Partei in diesen Organisationen außer Zweifel.

Staatsapparat.

Zahl der Angestellten.

Nach den statistischen Angaben gab es Volkskommissariatsangestellte, das heißt Angestellte solcher Institutionen, die im Staatsetat enthalten sind, im vergangenen Jahre über 1,500.000. In diesem Jahre sollen 1,200.000 geblieben sein. Das ist eine Abnahme um 300.000. Wenn wir aber zu den auf Grundlage kommerzieller Betriebsführung arbeitenden Institutionen übergehen, so sehen wir, daß wir hier alles verloren haben, was wir im Sinne eines Abbaues in den im Staatsetat enthaltenen Institutionen gewannen. Davon gar nicht zu sprechen, daß ein Teil der Angestellten in die örtlichen Etats hinüberkam, das heißt in der gegebenen Berechnung nicht enthalten ist. Im allgemeinen ist die Zahl der Angestellten, wenn sie sich nicht gar vergrößert hat, die gleiche geblieben. Es bleiben noch die Angestellten der Genossenschaften, deren es im vergangenen Jahre 103.000 gab und gegenwärtig 125.000 gibt. Also eine Steigerung. Die Gewerkschaftsangestellten mit 28.000 im vergangenen und 27.000 in diesem

Jahre und die Angestellten des Parteiapparats, deren Zahl früher 16.000 betrug und gegenwärtig 23.000 beträgt. Insgesamt also 1.580.000, die Zahl der in den örtlichen Etats enthaltenen Angestellten nicht gerechnet. Wie Ihr seht, haben wir vorläufig keinen Grund, von Erfolgen in bezug auf Abbau des Staatsapparats zu sprechen.

Parteimitglieder in den obersten Organen des Landes.

Fassen wir die Mitglieder der obersten Institutionen, die Kollegiumsmitglieder, die Leiter der Hauptabteilungen und ihre Gehilfen (unter Ausschließung der Industrie) ins Auge, so sehen wir, daß hier im Jahre 1923 die Zahl der Kommunisten 83% betrug und in diesem Jahre 80% bildet. Im Vergleich zur Lage, in der wir uns vor zwei Jahren befanden, liegt zweifellos ein gewisser Fortschritt vor. Arbeiter gab es in diesen führenden Organen 19% und in diesem Jahre 21%. Das ist wenig, aber immerhin eine Steigerung.

Parteimitglieder in den Industrieorganen.

Was die Industrieorgane, Trusts, Syndikate und die größten Betriebe betrifft, so erhalten wir hier das folgende Bild: In den Trusts gab es in der gesamten Sowjetunion im Apparate im vergangenen Jahre etwas über 6% Kommunisten, in diesem Jahre etwas über 10%. In den führenden Organen der Trusts, Syndikate und der größten Betriebe sind die Kommunisten im vergangenen Jahre mit über 47%, in diesem Jahre mit 52% vertreten. Nehmen wir die Direktoren der größten Betriebe, so hatten wir im vergangenen Jahre 31% und in diesem Jahre 61% Kommunisten. In den Trusts der RSFSR. hatten wir im Gesamtapparat 9,5% Kommunisten, in diesem Jahre wurden es etwas über 12%. In den führenden Körperschaften der Trusts der RSFSR. gab es im vergangenen Jahre 37%, gegenwärtig 49% Kommunisten. In den Syndikaten hatten wir im vergangenen Jahre 9%, in diesem Jahre 10% des Gesamtapparats. In den führenden Körperschaften der Syndikate hatten wir 42%, gegenwärtig sind es 55%.

Im allgemeinen muß festgestellt werden, daß wir in den Wirtschaftsorganen (die führenden Körperschaften genommen) 48 bis 50% Kommunisten haben, daß also das diesbezügliche unentbehrliche Minimum vorhanden ist.

Parteimitglieder in den Handels- und Kreditinstitutionen.

Ein völlig anderes Bild bieten unsere Handels- und Kreditinstitutionen, die in diesem Moment von ganz außerordentlicher Bedeutung für unsere gesamte Wirtschaft geworden sind. Nehmen wir zum Beispiel die Zentralstelle für den Innenhandel („Wnutorg"), die von der größten Bedeutung für unsere ganze Entwicklung ist. Bis zu der vom ZK. unternommenen letzten Reform gab es dort in der Führung der zentralen Institution nur 4% Kommunisten. Nehmen wir das wichtigste Organ des Kommissariats für Außenhandel, den „Gostorg" (Reichshandelsstelle), so sehen wir, daß wir dort unter den verantwortlichen Funktionären insgesamt 19% Kommunisten haben, wobei Ihr darüber, was das für Kommunisten sind, auf Grund der Tatsache urteilen könnt, daß im Zentralorgan des „Gostorg" die Kommunisten zu 100% aus der Partei ausgeschlossen wurden. (Lachen.) Das zweite wichtige Organ, das von ernster Bedeutung für unsere gesamte Wirtschaft ist, der „Chleboprodukt", bietet das folgende Bild: 58 Kontore des „Chleboprodukt" (den Apparat des Zentralorgans, die Bevollmächtigten und ihre Vertreter nicht gerechnet) haben insgesamt 1000 Angestellte; davon Kommunisten 5,9%, Mitglieder des KJVR. 0,7%, nicht einmal ein ganzes Prozent, die übrigen 9277 sind Parteilose. In den Organen, die in nächster Berührung mit der Bauernschaft stehen, auf den Getreidesammelpunkten, an allen Aushilfsstellen und unter der Agentur des Steuerwesens gibt es 7% Kommunisten. Im Zentralorgan des „Chleboprodukt" gibt es 137 verantwortliche Angestellte, davon sind Mitglieder der KP. 13, also 9%. Zu bemerken ist, daß die Parteimitglieder im „Chleboprodukt" im höchsten Grade unrationell ausgenützt werden — nur 20% von ihnen befinden sich in verantwortlichen Posten, während die übrigen 80% Angestellte in untergeordneten Stellen sind. Nicht besser verhält es sich in einer solchen Kreditinstitution wie die Staatsbank. Das ist eine Kreditinstitution von der größten Wichtigkeit und von der größten Bedeutung für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Ihr kennt die Kraft des Kredits — es ist dies eine Kraft, mit der jede beliebige Bevölkerungsschicht zugrunde gerichtet oder wirtschaftlich gehoben werden kann, indem man nur den sogenannten Vergünstigungskredit in Gang setzt. Diese Staatsbank hat in ihrem gesamten Apparat nur 7% Kommunisten und in der Führung nur 12%, wo doch diese Staatsbank über das Los einer ganzen Reihe von Betrieben und sehr vielen Wirtschaftsinstitutionen entscheidet.

Parteimitglieder in den Sowjets.

Diesbezüglich haben wir Angaben über die RSFSR. In den Dorfsowjets hatten wir im vergangenen Jahre rund 6% Kommunisten und haben gegenwärtig etwas über 7%; in den Kreisvollzugsausschüssen bildeten die Kommunisten über 39% und jetzt 48%. In den Bezirksvollzugsausschüssen hatten wir früher über 80% und jetzt über 87%. In den Stadtsowjets der Bezirksstädte hatten wir 61%, jetzt jedoch nur 58%. In den Gouvernementsvollzugsausschüssen hatten wir 90%, gegenwärtig 89%. In den Stadtsowjets der Gouvernementsstädte waren es früher 78%, gegenwärtig 71%. In den drei Abarten der Sowjets: in den Stadtsowjets der Bezirksstädte, in den Gouvernementsvollzugsausschüssen und den Stadtsowjets der Gouvernementsstädte, ist der Einfluß der Parteilosen unbedeutend, aber immerhin im Steigen begriffen. In bezug auf die Plenums der Gouvernementsvollzugsausschüsse haben wir von 69 Gouvernements Angaben, die sich auf 2623 Funktionäre erstrecken. Was zeigen diese Angaben? Die Zahl der parteilosen Mitglieder der Plenums der Gouvernementsvollzugsausschüsse beträgt etwa 11%. Den stärksten Prozentsatz an Parteilosen — 20% — haben wir in Sibirien und im Fernen Osten. In den nationalen Republiken haben wir 7% Parteilose. Das ist der geringste Prozentsatz von Parteilosen in Gouvernementsvollzugsausschüssen. Und das in den nationalen Republiken, wo es überhaupt wenig Parteimitglieder gibt!

Zusammensetzung der Partei.

Das Leninsche Aufgebot. Zahlenmäßige Stärke.

Zur Zeit des 12. Parteitages hatten wir etwas über 485.000 Mitglieder und Kandidaten. Gegenwärtig haben wir 472.000 ohne das Leninsche Aufgebot. Zusammen mit dem Leninschen Aufgebot, nach den Angaben vom 1. Mai (bis zu diesem Zeitpunkte wurden 128.000 Mitglieder aufgenommen) beträgt die Zahl der Mitglieder 600.000. Wenn berücksichtigt wird, daß in zwei Wochen das Leninsche Aufgebot nicht weniger als 200.000 betragen wird, kann die zahlenmäßige Stärke der Partei mit 670.000 bis 680.000 angegeben werden.

Soziale Zusammensetzung der Partei.

Arbeiter gab es im vergangenen Jahre 44,9%, in diesem Jahre, ohne das Leninsche Aufgebot, 45,75%, also eine Steigerung um 0,8%. Bauern gab es 25,7%, gegenwärtig 24,8%, also eine Abnahme um rund 1%; Angestellte und sonstige gab es etwas über 29%, gegenwärtig ist ihr Prozentsatz ganz geringfügig gewachsen. Nehmen wir die soziale Zusammensetzung samt dem Leninschen Aufgebot nach den Angaben vom 1. Mai, so haben wir in der RKP. Arbeiter als Mitglieder und Kandidaten 55,4%, Bauern 23%, Angestellte und sonstige 21,6%.

Die Parteimitgliedschaft vom Gesichtspunkte der Mitgliedschaftsdauer.

Bis 1905 Beigetretene gab es im vergangenen Jahre 0,7%, gegenwärtig 0,6%. Von 1915 bis 1916 Beigetretene gab es 2%, welche Zahl unverändert blieb, 1917 Beigetretene gab es über 9%, gegenwärtig sind es etwas unter 9%. 1918 Beigetretene gab es 16,5%, welche Zahl sich auf 15,7% verringerte. 1920 Beigetretene gab es 31,5%, gegenwärtig 30,4%. 1921 Beigetretene 10,5%, gegenwärtig 10,1%, 1922 Beigetretene gibt es gegenwärtig — diesbezügliche Angaben über das vergangene Jahr haben wir nicht — 3,2%, 1923 Beigetretene 2,3%. All dies ohne Berücksichtigung des Leninschen Aufgebotes.

Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft nach Nationalität und Geschlecht.

Die Großrussen bildeten in der Partei zum Zeitpunkt des 13. Parteitages 72%, nach dem Leninschen Aufgebot wird diese Zahl offensichtlich eine Steigerung erfahren. Die zweite Gruppe sind die Ukrainer mit 5,88%. Die dritte Gruppe bilden die Juden mit 5,2%. Weiter folgen die türkischen Nationalitäten mit etwas über 4% und nach ihnen die kleinen Nationalitäten, wie Letten, Georgier, Armenier usw. Die Frauen betrugen unter der Parteimitgliedschaft zur Zeit des 12. Parteitages 7,8%, gegenwärtig sind es 8,8%; unter den Kandidaten bildeten sie 9%, gegenwärtig 10,5%. Unter dem Lenin-Aufgebot beträgt die Zahl der Frauen 13%, was den obigen Prozentsatz der Frauen ein wenig vergrößern wird. Schließlich beträgt die Zahl der im

Betriebe beschäftigten Kommunisten am 1. Dezember 1923 (Mitglieder und Kandidaten) 17% der Gesamtmitgliedschaft, und unter Hinzurechnung des Leninschen Aufgebotes, wenn für dieses letztere die Zahl von 128% genommen wird, 35,3%.

In welchem Umfange die Arbeiterklasse der Partei angehört.

Wie der gesamte Arbeiterteil unserer Partei, das heißt sowohl jene Anzahl, die wir zum 1. Mai hatten, wie auch jene, die wir in zwei Wochen, nachdem das Leninsche Aufgebot die Höhe von 200.000 erreichen (und wohl noch übersteigen) wird, so beträgt der Arbeiterteil unserer Partei 410.000 von der Gesamtzahl von 672.000. Das bildet vom gesamten Industrie- und ländlichen Proletariat der Sowjetunion 10%.

Wir haben es erreicht, daß wir von je 10 Arbeitern einen in der Partei organisiert haben.

Zusammensetzung der führenden Organe der Partei. Kaders und Jungmannschaft.

Ich nehme die Plenums der Gouvernementskomitees und der Gebietskomitees in 45 Organisationen. Ehemalige unterirdische Parteiarbeiter bilden in den Plenums der Gouvernements- und Gebietskomitees über 32%, die übrigen 68% bestehen aus Mitgliedern, die später der Partei beigetreten sind: 1917 Beigetretene gibt es 23%, 1918/19 Beigetretene 23%, 1920 Beigetretene 9%. In den führenden örtlichen Organen sowohl bei den Gouvernementskomitees wie bei den Gebietskomitees wiegen nicht ehemalige unterirdische Parteiarbeiter, sondern nach Oktober Beigetretene über. Nehmen wir die Präsidien der Gouvernements- und Gebietskomitees in den 52 Organisationen, über die wir Angaben in bezug auf Mitgliedschaftsdauer ihrer Mitglieder haben, so erhalten wir: vor der Revolution Beigetretene 48%, nach Februar 1917 Beigetretene 18%, 1918/19 Beigetretene 25%, sonstige 6%. Immerhin sehen wir hier ein Vorwiegen von Parteimitgliedern, die nach Februar 1917 unserer Partei beigetreten sind. Unter den Leitern der Organisationsabteilungen der Gouvernements- und Gebietskomitees gab es zum Zeitpunkt des 12. Parteitages ehemalige unterirdische Arbeiter 27,4%, zum 13. Parteitag 30%; unter den Leitern der Agitations- und Propagandaabteilungen bildeten die ehemaligen unterirdischen Parteiarbeiter zum Zeitpunkt des 12. Parteitages 31%, gegenwärtig 23%. In bezug auf Sekretäre der Gouvernements- und Gebietskomitees sehen wir eine entgegengesetzte Tendenz. Zum Zeitpunkt des 12. Parteitages bildeten die ehemaligen unterirdischen Parteiarbeiter unter den Sekretären der Gouvernementskomitees und Gebietskomitees 62,5% und zum gegenwärtigen Parteitag 61%.

Die Aufgabe ist klar — wir müssen die für die Bekleidung des Postens eines Gouvernementskomiteesekretärs erforderliche Mitgliedschaftsdauer heruntersetzen.

Die Zusamensetzung der Plenums der Bezirkskomitees in 27 Bezirken bietet das folgende Bild: unterirdische Arbeiter 12%; 1917 Beigetretene 22%; 1918/19 Beigetretene 43%. Unter den Bezirkssekretären gab es zum Zeitpunkt unseres 13. Parteitages nach Angaben aus 248 Bezirken: ehemalige unterirdische Arbeiter 25%, 1917, vor Oktober, Beigetretene 27%, bis 1919 Beigetretene 37%. Unter den Parteizellensekretären in 28 Gouvernements (es stehen Angaben über 6541 Sekretäre zur Verfügung) gab es: unterirdische Arbeiter nur etwas über 3%; die Hauptgruppe — 55% — besteht aus den nach Oktober 1917/18 der Partei Beigetretenen.

Die soziale Zusammensetzung weist in 25 Organisationen folgendes Bild auf: Arbeiter gab es in diesem Jahre in den Gouvernements- und Gebietskomitees 48%, in den Präsidien der Gouvernements- und Gebietskomitees in 52 Organisationen waren Arbeiter 41%; unter den Sekretären der Gouvernementskomitees und Gebietskomitees gab es zum Zeitpunkt des 12. Parteitages 44,6% Arbeiter und zum Zeitpunkt des 13. Parteitages 48,6%. In den Plenums der Bezirkskomitees (in 67 Bezirken) waren 63,4% Arbeiter. Unter den Sekretären der Bezirkskomitees (in 248 Bezirken) betrug die Zahl der Arbeiter 50%.

Alle diese Angaben beziehen sich auf die Periode vor den letzten Gouvernements- und Bezirksparteikonferenzen.

Ich habe aber auch einige Angaben über die Ergebnisse der letzten unmittelbar vor dem Parteitag abgehaltenen Konferenzen erhalten. Diese Angaben, die 11 Gouvernements und 16 Gebiete betreffen, zeigen, daß die Zahl der unterirdischen Parteiarbeiter in den Plenums der Gouvernementskomitees und Gebietskomitees sich auf 27% verringert hat, die Zahl der Arbeiter hingegen auf 53% gestiegen ist.

Daraus geht klar hervor, daß wir es mit zwei Tendenzen einerseits mit einem Eindringen der Jungmannschaft in die Kaders und einer Ausbreitung der Kaders und andererseits mit einer Besserung der sozialen Zusammensetzung der Parteiorganisationen zu tun haben.

Zusammensetzung des ZK. und der ZKK.

Nehmen wir die Mitglieder und Ersatzmitglieder des ZK insgesamt 56 Personen, so sind von diesen 44,6% Arbeiter und 55,3% Bauern und Intellektuelle. Das ZK. muß daher durch Steigerung seines Arbeiterbestandteiles vergrößert werden. Unter den Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der ZKK. bilden die Arbeiter 48%, die Bauern und Intellektuellen 52%. Die Folgerung, die gezogen werden muß, ist die gleiche. Der Mitgliedschaftsdauer nach bilden die ehemaligen unterirdischen Parteiarbeiter unter den Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des ZK 96%. Das sind alles Parteigenossen, die vor Februar 1917 der Partei beigetreten sind. Von den 56 Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des ZK. gibt es nur 2, die später beigetreten sind; das sind 3%. Das gleiche ist in bezug auf die ZKK. der Fall. Von 60 Personen sind hier 57 ehemalige unterirdische Parteiarbeiter und nur 3, das sind 5%, die es nicht waren. Folglich ist es notwendig, junge Parteimitglieder in die ZKK. hineinzubringen.

Zusammensetzung des gegenwärtigen Parteitages.

Insgesamt sind 742 Delegierte statistisch erfaßt. Von dieser Zahl bilden die Arbeiter 63,2%, die ehemaligen unterirdischen Parteiarbeiter 48,4%. Die übrigen sind mehr oder minder jung

Die Arbeit der Partei auf dem Gebiete der Agitation und Propaganda.

Kommunistische Bildungsarbeit.

Ins Auge springt der große Prozentsatz der politisch Ungebildeten in der Partei, in manchen Gouvernements steigt ihre Zahl bis zu 70%. Im Durchschnitt gibt es in einigen Gouvernements in Zentralrußland (geprüft wurden 60.000 Personen) politisch Ungebildete 57%. Im vergangenen Jahre gab es etwa 60%. Das ist einer der grundlegenden Mängel unserer Arbeit. Unsere Arbeit greift nicht so sehr tief als vielmehr breit um sich. Die Zahl der Sowjet- und Parteischulen und der eigentlichen Hörer von Sowjet- und Parteischulen hat sich infolge der Tatsache, daß ein Teil der Sowjet- und Parteischulen den örtlichen Etats übergeben wurde, etwas verringert. Die Zahl der Studenten der kommunistischen höheren Lehranstalten hat sich im Vergleich zum vergangenen Jahre vergrößert. Sie wird aber etwas verringert werden müssen, um die Lage der Studenten nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden materiellen Mittel zu bessern, und die Vertiefung der kommunistischen Bildungsarbeit mit größerem Nachdruck in Angriff zu nehmen. Besonders zu betonen ist die Propaganda des Leninismus, die von entscheidender Bedeutung auf dem Gebiete der kommunistischen Bildungsarbeit ist.

Die Presse.

Zeitungen hatten wir im vergangenen Jahre 560, in diesem Jahre nur 495, die Auflagezahl ist aber von 1½ Millionen auf 2½ Millionen gestiegen. Von Interesse ist das Anwachsen der nichtrussischen Zeitungen. Wir haben sogar Republiken, wo keine einzige russische Zeitung erscheint, wie zum Beispiel Armenien, wo die Zeitungen restlos in armenischer Sprache erscheinen. In Georgien erscheinen 91% der Zeitungen in georgischer Sprache, in Weißrußland 88% in nichtrussischer Sprache. Das Anwachsen der Zahl der nationalen Zeitungen ist in allen nationalen Gebieten und Republiken festzustellen. Bemerkenswert ist die Zusammensetzung der Redaktionsstäbe unserer periodischen Organe im allgemeinen. Es wurden diesbezüglich 287 Presseorgane untersucht und das Ergebnis ist, daß bei diesen Presseorganen die Zahl der Redakteure, die früher unterirdische Parteiarbeiter waren, nur 10% beträgt. Den Großteil bilden Mitglieder, die 1918/19 der Partei beigetreten sind. Das ist ein Mangel, dem abgeholfen werden sollte, indem den jungen Journalisten ältere und erfahrenere zur Seite gestellt werden sollten.

Die Arbeit unter den Bauern.

Hier haben wir eine ganze Reihe von Mängeln. Die Sowjets in den Dörfern und Landkreisen sind vorläufig noch Organe des Steuerapparates. Die Bauern schätzen sie vor allem als Organe ein, die die Steuer erheben. Die Tätigkeit der örtlichen

Organe in den Dörfern ist nach allgemeiner Meinung von Funktionären, die das Dorf gut kennen, eine solche, die sie zur Feststellung veranlaßt, unsere Politik sei richtig, werde aber an den einzelnen Orten falsch durchgeführt. Die Zusammensetzung der Sowjetorgane in den Dörfern und Landkreisen läßt viel zu wünschen übrig. Ungünstig beeinflußt die diesbezügliche Arbeit der Umstand, daß die Zellen im Dorfe fast ausschließlich aus Angehörigen der Administration bestehen. Noch nachteiliger wird diese Arbeit dadurch beeinflußt, daß die mit dem Dorfe in naher Berührung stehenden Funktionäre die Sowjetgesetze nicht kennen, nicht imstande sind, diese Gesetze der Dorfarmut zu erklären und die Interessen der Dorfarmut und der Mittelbauern auf Grundlage der Sowjetgesetze, auf Grundlage der Vergünstigungen, die die Sowjetgesetze der Dorfarmut gewähren, gegen den Dorfwucher zu schützen. Dann gibt es einen allgemeinen Fehler: man will an den Bauern vom Gesichtspunkte der mündlichen Agitation herantreten und begreift nicht, daß der Bauer eine Agitation mit Tatsachen und nicht mit Worten will, eine Agitation, die unmittelbaren Nutzen bringt. Hinzuziehung zu den Genossenschaften, Ausnützung der der Dorfarmut gewährten Vergünstigungen, landwirtschaftlicher Kredit, gegenseitige Hilfe, durch die Bauernkomitees organisiert — das sind die Fragen, die den Bauern vor allem interessieren können.

Die Arbeit der Partei auf dem Gebiete der Registrierung, Verteilung und Auswahl der Funktionäre.

Im vorigen Jahre waren ungefähr 5000 Funktionäre registriert, im gegenwärtigen Jahre haben wir 15.000 registrierte verantwortliche Funktionäre aller Grade. Daß sich unser Registrierungswesen bessert, steht außer Zweifel. Die Ziffern besagen, daß im vergangenen Jahre 10.000 Parteiarbeiter verteilt wurden, davon waren mehr als 4000 verantwortliche. In diesem Jahre wurden 6000 verteilt, davon waren 4000 verantwortliche.

Die grundlegende Arbeit der Partei in bezug auf Verteilung bezweckte vor allem die Versorgung der Partei, in zweiter Linie der Organe des Obersten Volkswirtschaftsrates und schließlich der Organe des Volkskommissariats für das Finanzwesen, hauptsächlich seines Steuerapparates. Alle übrigen Arbeitszweige wurden in geringerem Umfange mit Kommunisten versorgt. Das ist ein großer Mangel unserer Arbeit. Während der Schwerpunkt des Wirtschaftslebens sich auf den Handel verlegte, haben wir nicht genügend Initiative und Entschlossenheit bekundet, um die Handels- und Kreditinstitutionen, ihre Vertretung in der Provinz und im Auslande mit der größtmöglichen Anzahl aktivster Parteiarbeiter zu versorgen. Namentlich denke ich hierbei an solche Organe wie der „Gostorg" und der „Chleboprodukt".

Das innere Leben der Partei.

Ich werde nicht aufzählen, wie viel Fragen im ZK. und in seinen Organen erörtert wurden und welcher Art Fragen dies waren — das ist von keiner entscheidenden Bedeutung, auch wird darüber in dem unter Euch verteilten schriftlichen Bericht gesprochen. Ich möchte nur auf die folgenden Umstände Eure Aufmerksamkeit lenken.

Erstens hat sich das innere Leben unserer Organisation zweifellos gebessert. Man erhält den Eindruck, daß die Organisationen kompakter geworden sind, es gibt weniger Zwistigkeiten und die sachliche Arbeit ist im Gange. Es gibt Ausnahmen in den Grenzgebieten, wo neben den, im Kommunismus nicht sehr festen alten Funktionären ein Kader junger marxistischer Funktionäre aufwächst, die an der Swerdlow-Universität und anderen Lehranstalten waren und in bezug auf Parteiarbeit stark, in der Sowjetarbeit aber schrecklich schwach sind. Diese Konflikte in den Grenzgebieten zwischen jungen und alten Funktionären werden nicht sehr bald liquidiert sein. In diesem Sinne bilden die Grenzgebiete eine Ausnahme. Was die Mehrheit der Gouvernements Zentralrußlands betrifft, so kann mit Recht festgestellt werden, daß dort die Organisationen sich beruhigt haben und die sachliche Arbeit schnell vorwärts geht. Die Republik mit den meisten Zwistigkeiten, Georgien, über das wir auf dem vergangenen Parteitage so viel sprachen, ist jetzt in Parteibeziehung ruhig. Die besten Leute von den früheren „Uklonisten" („Nationaltendenzler") vom Schlage Philipp Macharadse und Okuschawa haben mit den extremen „Uklonisten" endgültig gebrochen und sich zur geschlossenen Zusammenarbeit bereit erklärt.

Zweitens hat in den Gouvernementskomitees und insbesondere im ZK. der Partei während dieses Jahres eine Verlegung des Schwerpunktes der Arbeit aus den Büros oder Präsidien in die Plenums stattgefunden. Früher haben die Plenums des ZK. das Recht zur Lösung der grundlegenden Fragen an das Polit-Büro weitergegeben. Jetzt ist das nicht mehr der Fall. Jetzt werden die Fragen unserer Politik und unserer Wirtschaft im Plenum gelöst. Schaut auf das Programm unserer Plenums, auf die Stenogramme, die an alle Gouvernementskomitees verteilt werden und Ihr werdet sehen, daß der Schwerpunkt sich aus dem Polit- und Orgbüro in das Plenum verlegt hat. Das ist sehr wichtig in dem Sinne, daß im Plenum sich bei uns 100 bis 120 Personen versammeln (es sind das die Mitglieder des ZK. und der ZKK. samt den Ersatzmitgliedern) und infolge der Verlegung des Schwerpunktes in das Plenum das Plenum zur höchsten Schule für die Ausbildung von Führern der Arbeiterklasse geworden ist. Vor unser aller Augen wachsen und entfalten sich die neuen, zukünftigen Führer der Arbeiterklasse. Hierin liegt die unschätzbare Wichtigkeit unseres erweiterten Plenums. Es ist bezeichnend, daß auch bei den einzelnen Organisationen diese Tendenz zutage tritt. Die wichtigsten Fragen werden aus den Büros der Gouvernementskomitees in die Plenums verlegt, die Plenums werden ausgebreitet, ihre Sitzungen werden von längerer Dauer, es werden die besten Funktionäre des Gouvernements hinzugezogen, und auf diese Weise werden die Plenums der Gouvernementskomitees zu einer Schule zur Heranbildung von Führern im Orts- und Gebietsmaßstabe. Es muß erreicht werden, daß diese Tendenz, die sich gegenwärtig bei den einzelnen Organisationen in den Gouvernements und Bezirken bekundet, zu einer festen Tatsache werde.

Drittens war das innere Leben unserer Partei während dieses Jahres beispiellos intensiv, es befand sich sozusagen im Sieden. Wir Bolschewiki sind an große Angelegenheiten gewöhnt und vollbringen oft große Dinge, ohne es selbst zu bemerken. Solche Tatsachen, wie die Diskussion und das Leninsche Aufgebot — ein Beweis erübrigt sich ja — sind Tatsachen von der größten Wichtigkeit im Leben des Landes und der Partei, und sie mußten notwendigerweise belebend auf das innerparteiliche Leben wirken. Wovon zeugen diese beiden Tatsachen? Davon, daß unsere Partei, die die Diskussionen durchgemacht hat, felsenfest ist, davon, daß unsere Partei, die gemäß dem Willen und mit Zustimmung der gesamten Arbeiterklasse 200.000 neue Aufnahmen gemacht hat, ihrem Wesen nach eine gewählte Partei, ein gewähltes Organ der Arbeiterklasse ist.

Schlußfolgerungen.

1. Von den **Massenorganisationen**, die unsere Partei umgeben, ist dem **Genossenschaftswesen und den Organisationen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen** eine besondere Beachtung zu widmen. Ich hebe diese Organisationen aus dem Grunde hervor, weil sie im gegebenen Augenblick am meisten bedroht sind:

a) Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Apparat des Konsumgenossenschaftswesens, der berufen war, die Staatsindustrie mit der Bauernwirtschaft in Kontakt zu bringen, sich als seiner Aufgabe nicht gewachsen erwies. Davon zeugt die unbezweifelbare Tatsache, daß die Bauern im Konsumgenossenschaftswesen nur ein Drittel der Gesamtmitgliederzahl bilden. Es muß erreicht werden, daß die Bauern im Konsumgenossenschaftswesen die ihnen gebührende Stellung einnehmen. Die Kommunisten müssen den Schwerpunkt der Arbeit aus den Gouvernements in die Bezirke und Rayons verlegen, um Verbindungen mit der Bauernschaft zu schaffen, und auf diese Weise das Konsumgenossenschaftswesen in ein Band zwischen Industrie und Bauernschaft umzuwandeln.

b) Nicht besser ist es auch um das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen bestellt. Die Verworrenheit der ziffernmäßigen Angaben, die Verringung der Zahl der Mitglieder in diesem Jahre sind Tatsachen, die zum Nachdenken bewegen müssen. Auch hier, wie im Konsumgenossenschaftswesen, müssen die Kommunisten den Schwerpunkt in die Bezirke und Rayons verlegen, näher an die Bauernmassen heran, und sich zum Ziel setzen, daß die Organe des „Selskosojus" in der Provinz nicht Deckungen für das Dorfwuchertum darstellen. Das allein ist aber nicht genug. Die führenden Organe des „Selskosojus", wo es in letzter Zeit mit der Sache ernstlich hapert, müssen mit kommunistischen Kräften gestärkt werden.

c) Schlimmer liegen die Dinge auf dem Gebiete der Arbeit unter den Frauen. Zwar befinden sich die Delegiertenversammlungen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen im Aufstieg und nehmen an Umfang zu, das von den Funktionären der Frauenbewegung auf dem Gebiete der Agitation Erreichte ist aber noch nicht einmal zum hundertsten Teile organisatorisch gesichert. Der Prozentsatz der Arbeiterinnen und Bäuerinnen in den Sowjets, Gewerkschaftsverbänden und der Partei zeigt das mit unbe-

zweifelbarer Klarheit. Die Partei muß alle Maßnahmen treffen, um diese Lücke in nächster Zukunft auszufüllen. Wir dürfen keine Lage dulden, bei der die Hälfte der Bevölkerung der Sowjetunion vom Sowjet- und Parteiaufbau abseits steht.

d) Besondere Aufmerksamkeit erwecken die freien Organisationen der gesellschaftlichen Initiative, besonders die Organisationen der Arbeiter- und Dorfkorrespondenten. Die Organisationen der Arbeiter- und Dorfkorrespondenten haben eine große Zukunft vor sich. Unter gewissen Entwicklungsbedingungen können diese Organisationen zum bedeutendsten Ausdruck und zum machtvollen Bahnbrecher des Willens der proletarischen öffentlichen Meinung werden. Ihr kennt die Kraft der proletarischen öffentlichen Meinung in bezug auf Entlarvung und Beseitigung der Mängel unseres öffentlichen Lebens — diese Kraft ist viel bedeutender als die Kraft des administrativen Druckes. Aus diesem Grunde muß die Partei diesen Organisationen allseitige Hilfe angedeihen lassen.

2. Die Frage des **Staatsapparats** erheischt besondere Beachtung. Das Unzufriedenstellende der diesbezüglichen Lage dürfte wohl für niemand zweifelhaft sein.

a) Die Gebote Lenins in bezug auf Abbau und Vereinfachung des Staatsapparats sind nur zum Teil, in minimalstem Umfange, durchführbar. Der Abbau des Volkskommissariatsapparates um 200.000 bis 300.000 Angestellte zu einer Zeit, wo neue Apparate — Trusts, Syndikate usw. — entstanden sind, kann eigentlich weder Abbau noch Vereinfachung des Apparats genannt werden. Die Partei muß alle Maßnahmen treffen, damit die Gebote Lenins auf diesem Gebiete mit eiserner Hand durchgeführt werden.

b) Ich habe Euch Zahlen angeführt, die von dem minimalen Umfange der Beteiligung der Parteilosen an unseren Sowjets sprechen. Genossen, so kann es nicht weitergehen, so kann der Aufbau eines neuen Staates nicht fortgesetzt werden. Eine ernste Aufbautätigkeit ist nicht möglich, wenn wir der Aufgabe, Parteilose zur Sowjetarbeit in den Gouvernements und Bezirken hinzuzuziehen, keine ernste Beachtung widmen. Diesbezüglich könnten verschiedene Wege ins Auge gefaßt werden. Als ein solcher zweckmäßiger Weg könnte der folgende betrachtet werden: bei den Abteilungen der Gouvernements- und Bezirkssowjets sollen Sektionen oder noch besser regelmäßig zusammentretende praktische Beratungen für Parteilose — in den Städten aus Arbeitern, in den Bezirken aus Bauern — geschaffen werden, um auf diese Weise die Parteilosen zur praktischen Arbeit in den verschiedenen Verwaltungszweigen hinzuziehen, um dann aus diesen parteilosen Arbeitern und Bauern die besten und fähigsten herauszunehmen und sie auf entsprechende Posten im Staatsapparat zu stellen. Ohne eine solche Ausbreitung der Grundlage der städtischen und Bezirkssowjets, ohne eine Erweiterung der Grundlage der Sowjetarbeit, ohne Hinzuziehung der Parteilosen können die Sowjets ernstlich an Gewicht und Einfluß verlieren.

c) Es besteht in unserer Partei die Meinung, daß eine wirkliche Parteiarbeit die Arbeit in den Gouvernementskomitees, Gebietskomitees, Bezirkskomitees und den Zellen sei. Was die übrigen Arbeitsarten betreffe, so seien diese keine eigentliche Parteiarbeit. Oft werden Leute, die in Trusts und Syndikaten arbeiten, ausgelacht: „Sie haben sich — so wird gesagt — von der Partei losgerissen." (Zwischenruf: „Sie werden aus der Partei ausgeschlossen.") Manche Genossen, sowohl in den Wirtschaftsorganen wie in den Parteiorganisationen müssen ausgeschlossen werden. Ich nehme aber nicht Sonderfälle, sondern die Fälle, wie sie in Massen vorkommen. Gewöhnlich wird bei uns die Parteiarbeit in zwei Kategorien geteilt. Eine höhere Kategorie, das ist die ausschließliche Parteiarbeit in den Gouvernements-, Gebietskomitees, in den Zellen, im ZK. und in einer niedrigeren Kategorie, die „Parteiarbeit", in Anführungszeichen, genannt wird, das ist die Arbeit in allen Sowjetorganen, und besonders in den Handelsorganen. Genossen, eine solche Haltung gegenüber den Wirtschaftsfunktionären läuft dem Leninismus im Grunde zuwider. Jeder Wirtschaftsfunktionär, auch wenn er im schäbigsten Laden, in der schäbigsten Handelsinstitution arbeitet, wenn er aufbaut und die Sache vorwärtsbringt, ist ein wirklicher Parteifunktionär, der volle Unterstützung von seiten der Partei verdient. Bei einer solchen intellektuellenmäßigen Stellung zum Handel können wir unsern Aufbau um keinen Schritt vorwärtsbringen. Unlängst habe ich an der Swerdlow-Universität einen Vortrag gehalten, in dem ich erklärte, daß wir vielleicht gezwungen sein werden, zehntausende Kommunisten aus dem Gebiete der Parteiarbeit oder der Industrie auf das Gebiet der Handelstätigkeit hinüberzustellen. Sie brachen in Lachen aus. Sie wollten keinen Handel treiben. Es ist aber klar, daß alle unsere Worte über den sozialistischen Aufbau Gefahr laufen, zum leeren Geschwätz zu werden, wenn wir in der Partei die herrschaftlich intellektuellenmäßigen Vorurteile gegenüber dem Handel nicht ausrotten und wenn wir Kommunisten uns nicht aller Zweig des Handels bemächtigen werden.

d) Genossen, keinerlei Aufbauarbeit, keinerlei Staatsarbeit, keinerlei planmäßige Arbeit ist ohne eine **richtige Berücksichtigung** der einzelnen Momente möglich. Eine solche Berücksichtigung ist aber ohne Statistik undenkbar. Ohne Statistik könne wir diesbezüglich keinen Schritt vorwärts machen. Nicht umsonst hat Genosse Rykow auf der Konferenz gesagt, daß er zur Zeit des Kriegskommunismus im Obersten Volkswirtschaftsrat einen Statistiker hatte, der heute in einer Frage andere Zahlen gab als morgen in der gleichen Frage. Leider gibt es bei uns noch immer solche Statistiker . . . Die Arbeit des Statistikers ist derart, daß die einzelnen Zweige des Ganzen eine ununterbrochene Kette bilden, und wenn ein Kettenglied verdorben wird, so droht der ganzen Arbeit Gefahr. Im bürgerlichen Staate hat der Statistiker ein gewisses Minimum von Berufsehre. Er kann nicht lügen. Er kann beliebiger politischer Überzeugung und Einstellung sein, was aber Tatsachen, Ziffern betrifft, so wird er sich aufopfern, aber keine Unwahrheit sagen. Wir brauchen solche bürgerlichen Statistiker, Leute, die Selbstachtung und ein gewisses Minimum von beruflichem Ehrgefühl besitzen. Wird unsere statistische Arbeit nicht in dieser Weise organisiert werden, so werden wir im Aufbau um keinen Schritt vorwärtskommen. Das gleiche muß auch über das **Verrechnungswesen** gesagt werden. Keinerlei wirtschaftliche Tätigkeit kann ohne entsprechende Verrechnung mit Erfolg vonstatten gehen. Unsere Buchhalter besitzen aber leider nicht immer die elementaren Eigenschaften eines gewöhnlichen bürgerlichen Buchhalters. Ich verbeuge mich vor manchen unter ihnen, es gibt unter ihnen ehrliche und der Sache ergebene Leute, daß es aber Gauner gibt, die jede beliebige Verrechnung zusammenmeistern können und die gefährlicher sind als die Konterrevolutionäre, ist Tatsache. Ohne Überwindung dieser Mängel, ohne ihre Beseitigung können wir weder die Wirtschaft des Landes noch seinen Handel vorwärtsbringen.

e) Der Prozentsatz der Arbeiter und Kommunisten in den führenden Organen mancher staatlichen Institutionen ist noch immer minimal und ungenügend. Dieser Mangel springt besonders ins Auge in bezug auf die führenden Institutionen und ausländischen Vertretungen der Handelsorgane (Außenhandel, Innenhandel, Syndikate) und der Kreditinstitutionen, die in diesem Augenblick eine entscheidende Rolle in der Entwicklung der Volkswirtschaft und vor allem der Staatsindustrie bilden. Die Partei muß alle Maßnahmen treffen, um diese Lücke auszufüllen. Ohne Erfüllung dieser Aufgabe ist an eine Verwirklichung der wirtschaftspolitischen Direktiven der Partei gar nicht zu denken.

f) Bisher war die Frage der Organisation und Gestaltung der Trusts die wichtigste Frage des wirtschaftlichen Aufbaues. Gegenwärtig, da der Schwerpunkt sich auf das Gebiet des Handels verlegt hat, sind die Fragen über Organisation gemischter und Aktiengesellschaften für Innen- und Außenhandel aktuell geworden. Die Praxis hat gezeigt, daß, während wir die Trustfrage bewältigt haben, es in bezug auf Lösung der Frage der gemischten und Aktiengesellschaften in unseren Institutionen ganz und gar schlecht bestellt ist. Es gibt eine Tendenz zur Organisierung eines solchen Typs von Handelsinstitutionen, bei denen die Bedeutung der staatlichen Kontrolle auf diesem äußerst wichtigen Gebiete auf ein Minimum beschränkt werden soll. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Partei mit allen Maßnahmen gegen solche Tendenzen ankämpfen wird.

3. Die Besserung der Zusammensetzung der Partei im allgemeinen und ihrer führenden Organe im besonderen ist weiter fortzusetzen. Keinesfalls dürfen die Kaders der Partei als etwas in sich Abgeschlossenes betrachtet werden. Die Kaders müssen Schritt für Schritt, durch Verstärkung aus den Reihen der Parteijungmannschaft, ausgebreitet werden. Die Parteijungmannschaft muß die Kaders ausfüllen. Ohne Erfüllung dieser Aufgabe ist das Bestehen der Kaders zwecklos.

Auf dem Gebiete der **Agitation** ist folgendes festzustellen:

a) Es ist schlecht bestellt um die politische Bildung der Parteimitgliedschaft (60% ungebildet). Das Leninsche Aufgebot vergrößert den Prozentsatz der politischen Analphabeten. Eine systematische Arbeit zur Liquidierung dieses Mangels tut not. Es ist unsere Aufgabe, die Sache vorwärtszubringen.

b) Schlecht ist es um das **Kino** bestellt. Das Kino ist ein Massenagitationsmittel von größter Bedeutung. Die Aufgabe ist, die Sache in unsere Hände zu nehmen.

c) Die **Presse** entwickelt sich ungenügend. Die Aufgabe ist, die Auflagezahl der „Khrestjanskaja-Gasetta" (Bauernzeitung) auf eine Million, die Auflagezahl der „Prawda" auf 600.000 zu bringen und eine populäre Zeitung für das Leninsche Aufgebot zu schaffen, deren Auflagezahl wenigstens auf eine halbe Million zu bringen ist.

d) Die **Wandzeitungen** entwickeln sich, aber ungenügend. Die Aufgabe ist, die Korrespondenten der Wandzeitungen zu unterstützen.

e) Schlecht ist es um die **Arbeit im Dorfe** bestellt. Die Agitation im Dorfe muß hauptsächlich eine anschauliche sein und im Wege jeglicher Unterstützung der ärmsten und mittleren Elemente einschließlich eines Vergünstigungskredits erfolgen, wie auch durch Entwicklung der Ansätze von Kollektivwirtschaften (nicht Kommunen) nach Art der Komitees der Dorfarmut in der Ukraine, wo es etwa 5000 kollektive Wirtschaften gibt, ferner durch Hinzuziehung der Bauernschaft zum Genossenschaftswesen, vor allem zu den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Eine besonders wichtige Aufgabe ist, daß wir uns der Bauernkomitees bemächtigen. Wir müssen stets an diese Organisationen denken, die von großer Bedeutung für die Agitation im Dorfe sind.

In bezug auf **Registrierung, Verteilung und Auswahl der Funktionäre** aus den Reihen der Parteimitglieder und der Parteilosen ist festzustellen: a) die Registrierungstätigkeit ist mehr oder minder organisiert; b) mit der Verteilung ist es ein wenig schlimmer bestellt, denn die grundlegenden Aufgaben der Neugruppierung der Kräfte in Anpassung an die innere Entwicklung, wie sie Lenin auf dem XI. Parteitag gezeigt hat, sind noch nicht erfüllt. Die nächste Aufgabe, die darin besteht, alle möglichen Handelsorganisationen mit den besten Kräften und im größtmöglichen Umfange zu versorgen, harrt noch ihrer Lösung.

Im vergangenen Jahre hat die Abteilung für Registrierung und Verteilung eigentlich nur für die Organe des Obersten Volkswirtschaftsrates und des Volkskommissariats für Finanzwesen, namentlich für den Steuerapparat des letzteren, gearbeitet und vorwiegend diese Organe mit Funktionären versorgt. Gegenwärtig besteht unsere Aufgabe darin, den Kurs in der Richtung zu den Handelsorganen und Kreditinstitutionen einzuschlagen und vorwiegend diese Institutionen mit Funktionären zu versorgen. Es dürften hier etwa 5000 Kommunisten erforderlich sein.

Gleichzeitig besteht unsere Aufgabe darin, die bestehende Art der Verteilung durch neue Methoden zu ergänzen: durch die Methode der Freiwilligkeit, durch die Methode der Aufforderung zu freiwilliger Meldung, zur Organisation der Arbeit auf besonders wichtigen Punkten des Sowjetaufbaus. Diese Methode ist unmittelbar verknüpft mit der Frage über Organisation einer Mustertätigkeit in bestimmten Rayons, was im gegebenen Stadium eine unumgängliche Notwendigkeit ist. Der Gedanke Lenins über solche Musterarbeit, wie er ihn in seiner Schrift über die „Naturalsteuer" darlegte, muß verwirklicht werden.

f) Besondere Aufmerksamkeit ist der Auswahl von Funktionären aus den Reihen der Parteimitglieder und der Parteilosen zu widmen. Die Methode, neue Leute nur von oben auszuwählen, ist ungenügend. Sie muß durch Methoden einer Auswahl von unten im Gange der praktischen Arbeit, im Gange der Hinzuziehung neuer Kräfte zur praktischen Arbeit, ergänzt werden. In diesem Sinne müssen die Produktions-, Betriebs- und Trustkonferenzen zwecks Auswahl von Arbeitern für verantwortliche Posten in den Betrieben und Trusts eine bedeutende Rolle spielen. Die Sektionen der Sowjetabteilungen in den Gouvernements- und Bezirksstädten müssen entwickelt und in periodische Beratungen praktischer Natur umgewandelt werden, mit Hinzuziehung sowohl der dem Sowjet angehörenden wie auch namentlich ihm nicht angehörender Arbeiter und Arbeiterinnen, Bauern und Bäuerinnen.

Nur im Gange einer solchen breitangelegten praktischen Arbeit können neue Leute aus den Reihen der parteilosen Arbeiter und Bauern gefunden werden. Die Welle des Leninschen Aufgebots in den Städten und die Steigerung der politischen Aktivität der Bauernschaft zeugen mit unbezweifelbarer Klarheit davon, daß dieser Weg der Auswahl große Resultate zeitigen muß.

6. Auf dem Gebiete des **innerparteilichen Lebens** sind zwei Schlußfolgerungen zu ziehen:

a) das sogenannte „Prinzip" der Erweiterung des ZK. der Partei erwies sich als richtig. Die Erfahrung zeigte, daß die Erweiterung des ZK. großen Nutzen brachte, daß die Genossen, die das „Prinzip" der Einengung des ZK. verteidigten, auf dem falschen Wege standen.

b) Gegenwärtig ist es für alle klar, daß die Opposition während der Diskussion, als sie von einer Zersetzung der Partei sprach, völlig im Unrecht war. Es dürfte sich in unserer Partei kaum eine Organisation von Bedeutung finden, die, den Gang des inneren Lebens der Partei und ihr machtvolles Wachstum verfolgend, nicht sagen würde, daß die Leute, die unlängst noch von einem Untergang unserer Partei sprachen, die Partei in Wirklichkeit nicht kannten, der Partei fernstanden und stark an Leute erinnerten, die man Fremdlinge in der Partei nennen sollte.

Unsere Partei wächst und schreitet vorwärts, sie lernt das Werk der Verwaltung, sie wird zum autoritätvollsten Organ der Arbeiterklasse. Das Leninsche Aufgebot zeigt dies mit unbestreitbarer Klarheit. (Beifall.)

Diskussion über den politischen und organisatorischen Bericht des ZK.

Genosse Krassin über den deutsch-russischen Konflikt.

Genossen! Ich ergreife das Wort, um über eine Frage zu sprechen, die im Berichte des Genossen Sinowjew meines Erachtens mit ungenügender Ausführlichkeit behandelt worden ist. Ich habe den **Konflikt zwischen Deutschland und der Sowjetunion** im Auge, einen Konflikt, der aus dem Überfall des Berliner Polizeipräsidiums auf unsere Berliner Handelsvertretung hervorgegangen ist.

Die Bedeutung des Konfliktes.

Die Bedeutung dieses Zwischenfalles geht weit über die Beachtung hinaus, die wir ihm bisher widmeten. In einem gewissen Sinne haben wir es hier mit einem Ereignis von etwa der Wichtigkeit zu tun, wie unser Konflikt mit Curzon vor einem Jahre. Die Sowjetregierung ihrerseits tat alles, um diesen Konflikt nicht aufzubauschen, um der deutschen Regierung die Möglichkeit zu geben, die empörende Gesetzwidrigkeit gutzumachen, die von der Berliner Polizei, nach Behauptung des deutschen Auswärtigen Amtes ohne dessen Wissen — wir wollen glauben, daß dies tatsächlich so war — begangen wurde. Bedauerlicherweise hat die von der Sowjetregierung bekundete friedliebende Haltung keinen entsprechenden Widerhall beim Deutschen Auswärtigen Amt gefunden. Der deutsche Außenminister hat sich nach gewissen Schwankungen auf die Seite der Berliner Polizei gestellt und sie unter seinen Schutz genommen.

Unsere Forderungen.

Unsere Regierung vermeidet es, Deutschland irgendwelche Forderungen zu stellen, deren Erfüllung als ein Wunsch gedeutet werden könnte, die Regierung Deutschlands zu erniedrigen oder sie in eine schwierige Lage zu bringen.

Unsere Forderungen bestehen aus dem, was im gegebenen Falle völlig unentbehrlich ist. Wir fordern eine Entschuldigung für die Beleidigung, die unserer Regierung in der Person ihrer Vertretung in Berlin zugefügt wurde. Wir fordern Bestrafung der Schuldigen, Ersetzung des Schadens und Bestätigung der durch den Vertrag vom 6. Mai anerkannten Unverletzlichkeit unserer Handelsvertretung durch die deutsche Regierung.

Von seiten Deutschlands lag nicht einmal eine Andeutung auf die Entschuldigung vor, die wir forderten. Für die der Sowjetunion zugefügte Beleidigung verlangen wir eine Entschuldigung in der Form, wie sie nach den internationalen diplomatischen Gewohnheiten üblich ist.

Die deutsche Regierung weiß sehr wohl, wie Entschuldigungen in solchen Fällen dargebracht werden. Wenn es sich darum handelt, daß irgendeinem belgischen oder französischen Feldwebel eine Beleidigung zugefügt wurde, so erscheint das Deutsche Auswärtige Amt, der deutsche Außenminister, und bringt dem französischen oder belgischen Botschafter in aller Form seine Entschuldigung dar. Diese Entschuldigung findet oft unter Zeremonien statt, mit Ehrenbezeugung vor der Entente-Fahne usw.

Wir forderten und fordern keinerlei erniedrigende Zeremonien, wir müssen aber fordern, daß die elementaren Regeln des Anstandes und die internationalen Sitten von seiten Deutschlands uns gegenüber wenigstens im gleichen Umfange beobachtet werden, wie dies in bezug auf andere Länder geschieht.

Die weitere Tatsache, daß der Leiter der Berliner Geheimpolizei, Weiß, nur beurlaubt worden ist, berechtigt uns wieder voll zu der Annahme, daß die deutsche Regierung statt gegen Weiß mit der gebotenen Schärfe vorzugehen, eine zweit- oder drittrangige Figur zur Verantwortung ziehen wird und daß die wirklichen Urheber des Überfalles frei von jeder Strafe ausgehen werden.

Was den Schadenersatz betrifft, so will die deutsche Regierung, daß wir ihr die Höhe dieses Schadens angeben, wir wissen aber nicht, ob sie bereit ist, unsere Forderung zu erfüllen oder nicht. Es liegen aber außer dem materiellen Schaden, der unserer Regierung zugefügt wurde, auch die Tatsachen vor, daß unsere Angestellten blutig geschlagen und verhaftet wurden, und zwar in einer Form, daß selbst unsere parteilosen verhafteten Angestellten gezwungen waren, in den Hungerstreik zu treten und 50 bis 80 Stunden lang hungerten.

Die Frage der Exterritorialität.

Schließlich kommt die wichtigste Frage, die Frage der Garantien dafür, daß unsere Handelsvertretung in der Zukunft keinen solchen Gewaltakten und Überfällen ausgesetzt sein wird, die Frage der Exterritorialität unserer Handelsvertretung, die durch unsern Vertrag mit Deutschland vom 6. Mai 1921 — ein Vertrag, der in die deutsche Reichsgesetzgebung eingetragen wurde und volle Gesetzeskraft hat — mit unbezweifelbarer Klarheit festgelegt ist. Auf Grund dieses Gesetzes werden die Räumlichkeiten unserer Handelsvertretung als unverletzlich anerkannt und das Auswärtige Amt und die Berliner Polizei haben bis zu diesem Überfall die Exterritorialität unserer Handelsvertretung faktisch respektiert. Zwar erwähnt jetzt die deutsche Regierung irgendeine geringfügige Note vom 21. März, in der sie erklärt hatte, daß sie die Exterritorialität unserer Handelsvertretung in Abrede stelle, sie kann aber das nicht aufheben, was durch einen formellen Vertrag, einen in den Gesetzkodex der deutschen Republik eingetragenen Akt festgelegt ist.

Man erklärt uns, daß die Exterritorialität der Handelsvertretung aufgehoben sei; man erklärt uns, daß, nachdem der Vertrag von Rapallo die normalen Beziehungen wiederhergestellt hat, diese Exterritorialität auf die Botschaft übergegangen sei. Das ist aber eine völlig unzulässige Auslegung, denn der Rapallo-Vertrag war ein Freundschaftsvertrag, ein Vertrag über die Wiederherstellung voller diplomatischer Beziehungen, und er konnte in keiner Weise die Rechte einer der Parteien verringern. Davon, daß der deutsche Außenminister selbst in vollem Umfange die Exterritorialität der Berliner Handelsvertretung anerkannte, zeugt die erste Note des Genossen Krestinski, die durch die Antwortnote des Herrn Stresemann nicht widerlegt wurde. Ich werde Euch einen Auszug aus einem Artikel der deutschen Zeitschrift „Weltbühne" vorlesen, die auf die Tatsache aufmerksam macht, daß alle Angestellten der Sowjethandelsvertretung, sofern sie nicht deutsche Staatsangehörige sind, einen besonderen Personalausweis vom Auswärtigen Amt mit Photographie besitzen und daß auf der Kehrseite dieses Ausweises die folgende Aufschrift des deutschen Auswärtigen Amtes zu lesen ist: „Auf Grund des Punktes 2 des Vertrages vom 6. Mai 1921, betreffend die in den Vertretungen beschäftigten und den Bürgern des Aufenthaltsortes nicht angehörenden Personen, verpflichten sich beide Regierungen, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit Haussuchungen bei diesen Personen nur nach Verständigung des Auswärtigen Amtes des Aufenthaltsortes stattfinden, und zwar unbedingt in Anwesenheit eines Beamten dieses Auswärtigen Amtes, sofern die erwähnten Personen nicht unmittelbar am Tatort überrascht wurden."

Die erwähnte bürgerliche Zeitschrift bemerkte hierzu richtig:

„Hier handelt es sich nur um Durchsuchungen in Privatwohnungen der Angestellten. Nun aber erklären unsere Amtsstellen auf einmal, daß auch die Handelsvertretung selbst nicht als exterritorial betrachtet werden kann. Warum hat aber dann", fragt die Zeitschrift, „das Auswärtige Amt den Angestellten der Berliner Handelsvertretung solche Ausweise ausgestellt? Sollte tatsächlich das, was in bezug auf Privatwohnungen der Angestellten unzulässig ist, in bezug auf das Gebäude der Regierungsinstitution, das heißt der Handelsvertretung, zulässig sein, in der diese Personen angestellt sind?"

Wir haben alle Angaben, die davon zeugen, daß der Überfall in provokatorischer Weise organisiert wurde, daß jener Botzenhardt, dessen beabsichtigte Festnahme die Polizei als Vorwand zum Eindringen in das Gebäude der Handelsvertretung benützte, daß dieser Botzenhardt und sein Gehilfe Lehmann Provokateure sind. Wir haben darüber nicht nur unbestreitbare Beweise, sondern auch eine offizielle Erklärung der KPD.

Der Überfall der deutschen Polizei ist ein Schlag gegen unser Handelssystem.

Der Überfall selbst war nicht nur eine Verletzung des internationalen Rechtes — denn ohne Erlaubnis unseres Botschafters und ohne Verständigung des Auswärtigen Amtes war die Polizei nicht berechtigt, in das Gebäude einzudringen —, sondern er ist auch eine Verletzung der deutschen Gesetze, denn selbst nach diesen Gesetzen ist eine Haussuchung in Abwesenheit der in Frage stehenden Personen unzulässig. Hier aber hat die Polizei die Angestellten der Handelsvertretung vor der Vornahme der Durchsuchung in den Hof hinausgetrieben.

Dann ist zu fragen, warum die Polizei diesen Überfall auf die Handelsvertretung unternommen hat. Suchte man Kommunisten, suchte man Fäden, die eine Unterstützung der Kommunistischen Partei zeigen sollten? Warum wurden diese in der Handelsvertretung gesucht? Es geschah darum, weil wir es hier mit einem bestimmten, gegen unser Handelssystem gerichteten Schlag zu tun haben, mit einem entschiedenen Versuch, die Front unseres Außenhandelsmonopols in dieser oder jener Weise zu schwächen oder zu durchbrechen. Wir können ohne Exterritorialität, ohne Unverletzlichkeit unserer Handelsvertretung keinen Handel treiben, weil wir unseren Handel im Staatsmaßstabe führen. Wir können es nicht zulassen, daß unsere staatlichen Ausfuhr- und Einfuhrpläne in jedem Augenblick in die Hände der deutschen Polizei geraten können; wir können nicht zulassen, daß das deutsche Volkswirtschaftsministerium den Plan unserer Getreideausfuhrkampagne in jedem Augenblick erhalten kann; wir können es nicht zulassen, daß unsere Politik in bezug auf Preise, Handelsabmachungen und Handelsverträge in jedem Augenblick, wenn die deutsche Polizei es wünscht, offenbar werde; wir können es nicht zulassen, daß unsere Verhandlungen über Konzessionen in jedem beliebigen Zeitpunkt zu einer Beute der Berliner Polizei werden; wir können es nicht zulassen, daß unsere mit der Verteidigung unseres Landes verknüpften Militärbestellungen in jedem Moment in die Hände einer fremden Regierung gelangen können. Man könnte uns aber einwenden: „Warum verlangt Ihr mehr Rechte als eine private ausländische Firma? Ihr könnt ja Handel treiben, wie die ausländischen Privatfirmen." So darf aber die Frage nicht gestellt werden, denn wir führen einen Staatshandel auf Grund eines Planes. Und dann möchte ich das Deutsche Auswärtige Amt sehen, dessen Polizei es wagen würde, eine Durchsuchung bei einer großen belgischen, französischen usw. Privatfirma vorzunehmen. Zweitens würde selbst die Durchsuchung bei einer französischen Privatfirma der deutschen Polizei nicht einmal ein Zehntausendstel des Handelsplanes oder der Handelspolitik Frankreichs in die Hände geben. In unserer Handelsvertretung befinden sich aber alle Fäden unseres Handels, des Handels unseres gesamten Sowjetstaates. Der Hinweis auf Privatfirmen ist daher völlig haltlos. Unsere Handelsvertretung benötigt die Exterritorialität wenigstens in gleichem Maße wie die politische Vertretung, weil die Lebensinteressen des Landes gerade mit den auswärtigen Handelsbeziehungen am meisten verknüpft sind.

Wir müssen dem deutschen Auswärtigen Amt entschieden erklären, daß das Außenhandelsmonopol und die Unverletzlichkeit unseres zentralen Handelsapparates Kardinalbedingungen unserer wirtschaftlichen Beziehungen sind. Andererseits müssen wir entschieden erklären, daß wir über den Handelsvertrag und andere Beziehungen erst dann sprechen wollen, wenn die uns durch den Vertrag vom 6. Mai 1921 unzweifelbar zuerkannten Rechte wiederhergestellt sind und wenn der Schwindel der Berliner Polizei durch die deutsche Regierung selbst in entsprechender Weise qualifiziert sein wird. (Beifall; Zwischenruf Trotzkis: Sehr richtig!) Italien hat die Exterritorialität unserer Handelsver

tretung anerkannt. Das ist im italienischen Vertrage festgelegt. Warum will nun Deutschland, das diese Exterritorialität drei Jahre hindurch anerkannt hat, sie plötzlich aufheben?

Wir können auf unsere Forderungen nicht verzichten.

Wir können auf unsere Forderungen in dieser Frage auch aus dem Grunde nicht verzichten, weil dies ein Signal für die anderen Organe bilden könnte.

Dafür, daß dies nicht eine bloße Befürchtung ist, kann ich eine Tatsache anführen. Nach Erhalt der Note der deutschen Regierung in Moskau haben wir von zwei neuen empörenden Akten der deutschen Polizei Mitteilung erhalten. Ein Telegramm aus Berlin teilt uns mit, daß ein Dampfer der „Russtransit", namens „Enseli", der unter der Sowjetflagge nach Stettin kam, von der Polizei zweimal nach Kommunisten, Waffen und Literatur durchsucht worden ist. Unser Konsul Foming wurde, entgegen den internationalen Gebräuchen, nicht verständigt. Die deutsche Polizei drang mit Gewalt in die Kajüten der Seeleute ein mit der Frage: „Seid Ihr Kommunisten, habt Ihr Waffen, Literatur?" Die Kajüten der deutschen Seeleute wurden von der deutschen Polizei unbehelligt gelassen, die Kajüten unserer Seeleute aber zweimal durchsucht.

Das gleiche geschah mit dem Dampfer „Delegat" in Königsberg. Nach den internationalen Gebräuchen wird ein Dampfschiff als Gebiet jenes Landes betrachtet, dessen Flagge es trägt.

Diese beiden Dampfer waren Sowjetdampfer unter Sowjetflagge. Hier müssen wir wieder eine Verletzung des internationalen Rechtes feststellen, denn nach dem internationalen Recht ist die Polizei nicht berechtigt, auf einem Dampfer Durchsuchungen anders als in Anwesenheit des Konsuls, im gegebenen Falle des Sowjetkonsuls, vorzunehmen.

Ich will auch erwähnen, wie sich diese Ereignisse auf die Politik anderer Länder auswirken. Wir haben unlängst auf Grund einer Handelsabmachung eine Handelsdelegation mit dem Genossen Jasykow nach Kanada entsandt. Er teilt jetzt mit, daß der kanadische Ministerpräsident sich anmaßt, zu erklären, daß dem Genossen Jasykow die Konsulatsfunktionen und das Recht des Verkehrs mit Bürgern der Sowjetunion entzogen werden, da wir in Deutschland der Propaganda beschuldigt seien.

Ihr seht hier den Anfang dessen, was in Zukunft sein würde, wenn wir es der deutschen Regierung erlauben, die Exterritorialität der Handelsvertretung durch einen einseitigen Akt aufzuheben.

Wir müssen wenigstens auf den Minimalforderungen beharren, die in unserer Presse mitgeteilt wurden. Wollte die deutsche Regierung den Überfall und die Zertrümmerung der Berliner Handelsvertretung zu einer Einleitung, zu einem Vorspiel zu den Verhandlungen über den Handelsvertrag machen, so müssen wir erklären, daß wir keinen Handelsvertrag brauchen. (Beifall.) Wir werden mit der Wiederaufnahme der Handelsoperationen, mit den Verhandlungen über den Handelsvertrag, bis zu dem Augenblick warten, wo die deutsche Regierung unsere grundlegenden Forderungen erfüllen wird. (Zwischenrufe: Sehr richtig! Beifall!) Bis dies aber geschehen ist, müssen wir unsere Handelsbeziehungen zu Deutschland einschränken und auf ein Minimum herabsetzen.

Deutschland hat ein größeres Interesse an uns als wir an Deutschland.

Genossen, wir müssen uns im klaren darüber sein, daß es sich hier nicht um eine „Episode", sondern um einen großen Konflikt handelt, der bei der gegenwärtigen Stimmung der deutschen Regierung, wie sie in den offiziellen Noten und, der durch die Regierung inspirierten Zeitungskampagne zutage trat, sich monatelang hinziehen kann. Werden wir durchhalten können? Können wir dies ohne großen Schaden für uns selbst tun? Ich behaupte auf Grund einer Analyse unseres Außenhandels und auf Grund unserer Erfahrungen der letzten Jahre, daß wir dies können, weil wir bei diesem Streit wirtschaftlich stärker sind als Deutschland. (Beifall.) Untersuchen wir diese Frage ein wenig ausführlicher. In bezug auf Ausfuhr bot Deutschland für uns als Markt für unser Getreide das größte Interesse. Aber auch hieran hat die deutsche Regierung größeres Interesse als wir. Nicht umsonst hat uns die deutsche Regierung im vorigen Jahre aus eigenem Entschluß den Vorschlag gemacht, für Deutschland 30 Millionen Pud Roggen sicherzustellen. Deutschland benötigt unser Getreide mehr als wir Deutschland als Markt. Erstens wird im bevorstehenden Jahr die Getreideausfuhr aus Amerika eine starke Verringerung erleiden, so daß Europa unser Getreide noch mehr benötigen wird als früher. Und zweitens, was die Hauptsache ist, zahlt uns Deutschland für unser Getreide mit seinen Industrieprodukten, für das amerikanische muß es aber in Dollar, das heißt in Gold zahlen. Außerdem können wir unser Getreide auch nach anderen Ländern, nach England, Frankreich, Holland, Italien, den skandinavischen Ländern usw. ausführen. Deutschland fügt sich selbst und nicht uns Schaden zu.

Die zweite wichtige Ausfuhrware bilden die Pelzwaren. Wir beginnen schon jetzt, unsere Abmachungen in bezug auf Peizwarenausfuhr nach England und insbesondere nach Amerika zu treffen. Der deutsche Markt war für uns ein Vermittlungsmarkt, und die Pelzwarenmesse in Leipzig diente uns hauptsächlich als Vermittler zwischen uns und Amerika. Von weit größerer Wichtigkeit dürfte die Bedeutung Deutschlands in bezug auf die Einfuhr erscheinen. Hier kann nicht in Abrede gestellt werden, daß Deutschland für uns ein Markt vor allem für den Bezug einer ganzen Reihe von Maschinen, Farben, Medikamenten und chemischen Waren ist. Aber auch diesbezüglich wird es nicht schwer sein, den Schwerpunkt nach anderen Ländern zu verlegen. Die deutsche Industrie ist infolge ihres Verfalls, der ein Resultat einer ganzen Reihe von Gründen ist, nicht mehr konkurrenzfähig, und in bezug auf große Objekte bleibt sie hinter der Industrie anderer Länder zurück. Wenn wir hinzufügen, daß wir in England und anderen Ländern langfristige Kredite zu billigem Zinsfuß erhalten, die uns das arme Deutschland nicht geben kann, so werdet Ihr sehen, daß unsere Abhängigkeit von Deutschland auch in bezug auf die Einfuhr nicht so groß ist, wie das theoretisch auf Grund unserer bisherigen Beziehungen zu diesem Lande zu erwarten gewesen wäre. Namentlich auf elektrotechnischem Gebiete haben wir prachtvolle Märkte in England, Italien, Schweden und der Tschechoslowakei.

Nicht besonders groß ist die Bedeutung Deutschlands auf dem Gebiete der Konzessionen, da, wie ich schon gesagt habe, Deutschland über kein freies Barkapital verfügt und beim gegenwärtigen katastrophalen Stande der nicht gelösten Reparationsfrage keine ernste und mutige Konzessionspolitik betreiben kann. Überhaupt muß ich sagen, daß der Umfang unserer Handelsoperationen mit Deutschland durch uns künstlich übertrieben wurde in Anbetracht der politischen Beziehungen, die im Ergebnis des Rapallo-Vertrages zwischen uns zustande kamen. Wir hatten den entschiedenen Wunsch, Deutschland als gute Nachbarn zu helfen und unseren Handelsumsatz mit diesem Lande auf die größtmögliche Höhe zu bringen. An Ländern, die gewillt sind, die Stelle Deutschlands im Wirtschaftsleben der Sowjetunion einzunehmen, hat es nicht gefehlt und wird es nicht fehlen.

Keinerlei Zugeständnisse!

Wir kennen nicht die wirklichen Motive dieses Überfalles. Möglicherweise hat Stresemann recht, wenn er erklärt, daß dieser Überfall von der Polizei ohne sein Wissen vorgenommen wurde. Herr Stresemann hat aber, wohl aus Angst vor solchem Tadel, wie er in bezug auf seine übermäßige Nachgiebigkeit gegenüber der Entente gegen ihn erhoben wurde, beschlossen, eine feste Haltung uns gegenüber zu bekunden. Wir sind aber auch aus ziemlich hartem Material. (Beifall.) Vielleicht spielen hier Hoffnungen eine gewisse Rolle, die nach den französischen Wahlen in Deutschland in gewissen Kreisen entstanden sind, Hoffnungen, die dahin gehen, daß es Deutschland nach dem Rücktritt Poincarés leichter sein wird, sich mit der neuen französischen Regierung zu verständigen und eine Art Übereinkommen mit Frankreich zustande zu bringen. Hierauf können wir den Politikern von der Wilhelmstraße antworten, daß, wenn es darauf ankommen soll, die Sowjetunion, wenn sie es will, schneller den Weg nach Paris finden wird als das deutsche Auswärtige Amt. Stresemann nimmt offenbar an, daß Deutschland zu viel Freunde habe. Die deutsche Regierung muß sich den Ernst der Lage entschieden klarmachen. Auf dem Spiel steht eine „Kleinigkeit", auf dem Spiel stehen die guten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland, auf dem Spiel steht die wirtschaftliche Zusammenarbeit dieser beiden Länder, die gleichsam füreinander geschaffen sind. Wir sind verpflichtet, die deutsche Regierung zu warnen, sie darauf hinzuweisen, daß sie mit dem Feuer spielt, denn die Ereignisse haben ihre Logik, und je länger, je mehr sie zögern wird, uns für den uns aufgezwungenen Konflikt Satisfaktion zu geben, um so schwieriger wird die Wiederherstellung der früheren Lage sein. Wir müssen alle unsere Forderungen wiederholen, wir müssen kategorisch erklären: „Keinerlei Zugeständnisse!", und wir werden, bei entsprechender Festigkeit und Ausdauer siegen, wie wir in anderen gefährlicheren und ernsteren Konflikten gesiegt haben. (Stürmischer Beifall.)

Genosse Trotzki.

Genosse Trotzki, mit stürmischem Applaus empfangen, führt aus:

Ich werde nur eine sehr beschränkte Anzahl von Fragen berühren, die in den Berichten des ZK. dargelegt oder erwähnt sind. Ich will Eure Aufmerksamkeit auf die Frage konzentrieren — oder es versuchen —, deren Beleuchtung der Parteitag von mir erwartet, wobei ich — ich glaube, daß der Parteitag die Motive, die mich hierbei leiten, begreifen wird — alles unterlassen werde, was die Fragen in irgend welchem Maße zuspitzen, persönliche Momente hineintragen und die Liquidierung der Schwierigkeiten, die für die Partei erstanden sind und auf denen wir die Partei mit einem Nutzen für ihre weitere Arbeit herausführen wollen, erschweren könnte. Wenn ich somit eine ganze Reihe scharfer Momente, mit denen mein Name in der letzten Periode verknüpft wurde, nicht berühre, so geschieht es nicht aus dem Grunde, weil ich dem Parteitag nicht in jeder beliebigen Frage Rede und Antwort stehen möchte, sondern weil ich das prinzipielle Wesen der Frage hervorheben und es von den Momenten individueller Natur scheiden will. Hier wurde gesagt, daß es eine ganz außerordentliche Tatsache unseres Parteilebens sei, daß zwischen zwei Parteitagen eine erregte Diskussion ausbrach, die, wie erklärt wurde, entweder die Änderung der Zusammensetzung des ZK. oder eine Änderung der Politik des ZK. zum Zwecke hatte. Zweifellos war die zwischen den beiden Parteitagen ausgebrochene Diskussion sehr erregt. Ich glaube aber, Genossen, daß wir, wenn wir auf das Berichtsjahr einen Rückblick werfen und das hervorheben wollen, was eine außerordentlich scharf hervortretende Eigenart der innerparteilichen Diskussion bildet, sagen müssen, daß diese Eigenart darin besteht, daß das Zentralkomitee selbst in einem gewissen Momente zwischen den beiden Parteitagen eine **Abänderung** der innerparteilichen Politik für notwendig anerkannt und dies offen verkündet hat.

Die Gefahr der Bürokratisierung.

Erlaubt mir, Genossen, Euch an die einstimmig angenommene Resolution vom 5. Dezember zu erinnern. Sie liegt hier vor mir. In dieser Resolution werden objektive Schwierigkeiten, Widersprüche und negative Erscheinungen in der Entwicklung der Arbeiterklasse und unserer Partei aufgezählt, wobei der erste Abschnitt dieser Resolution erklärt, daß zur Zahl solcher negativen Tendenzen auch die **„zutage getretene Bürokratisierung der Parteiapparate und die daraus entstehende Gefahr einer Lostrennung der Partei von den Massen"** gehört. An dieser Tatsache können wir nicht achtlos vorbeigehen. Das Zentralkomitee der Partei hielt es in der Zeitspanne zwischen zwei Parteitagen für notwendig, in einer besonders angenommenen Resolution festzustellen, daß eine Bürokratisierung des Parteiapparats zu bemerken ist und daß hierdurch die Gefahr einer Lostrennung von den Massen besteht. In der gleichen Resolution wurde festgestellt, daß das Zutrauen der proletarischen Massen zur Partei gewachsen ist. Liegt hierin ein Widerspruch? Nein, einen Widerspruch gibt es hier nicht. Das Zutrauen der proletarischen Massen zur Partei häuft sich im Laufe einer langen Reihe von Jahren an. Die Masse denkt langsamer als die Partei, gerade darum ist ja die Partei der Vortrupp der Klasse. Die Masse summiert und zieht langsam für eine große Periode die Bilanz der Tätigkeit der Partei. Und wir haben in der Resolution gemeinsam festgestellt, daß die Politik der Partei in allen grundlegenden Fragen während der letzten Jahre, in denen die Massen ihre Verbindung mit den SR. und dem Menschewismus liquidierten, ein Anwachsen des Zutrauens der Arbeitermassen gebracht hat. Allerdings dachte in jenem Augenblick niemand von uns, daß wir einen so schnellen Sprung im Sinne einer Erweiterung der proletarischen Kaders der Partei machen würden, das heißt, daß wir bis zum 13. Parteitage die Möglichkeit haben würden, mindestens 200.000, wahrscheinlich aber noch mehr neue Mitglieder in die Partei aufzunehmen. Aber die Tatsache selbst, daß die Arbeitermasse in der Person ihrer ehrlicheren und aktiveren Elemente der Partei nähergekommen ist, war für uns alle klar, und in der Resolution ist dies klar formuliert. Gleichzeitig wird aber in der Resolution festgestellt, daß in der Partei eine Bürokratisierung des Parteiapparats zutage tritt und daß hierin die Gefahr einer Lostrennung der Partei von den Massen besteht. Was bedeutet diese zweite Feststellung? Sie bedeutet, daß, wenn die negativen Prozesse, die das Zentralkomitee hier konstatiert und charakterisiert hat, eine weitere Entwicklung gewinnen würden, dies der Partei das Einsammeln der Ernte des Zutrauens der werktätigen Massen erschweren würde. Welche Umstände, welche Gründe bewogen das ZK., unter diesen oder jenen inneren Meinungsverschiedenheiten und Schattierungen, als Ganzes, zusammen mit der Zentralen Kontrollkommission, einen Beschluß von so außerordentlicher Wichtigkeit, von solchem Gewicht zu fassen? Ich will auch hier eine Äußerung anführen, die am wenigsten in Verdacht gezogen werden könnte. Ich will ein ziemlich umfangreiches Zitat aus einer Rede des Genossen Bucharin im Anfangsstadium der Diskussion in einer Versammlung im Rayon Krasnaja Presnja anführen. Ich benütze das Stenogramm dieser Rede und nehme nur den Teil, der die Züge der Bürokratisierung charakterisiert, wie sie Genosse Bucharin in jenem Moment auffaßte und auslegte. Ich könnte noch viele andere Stellen anführen, nehme aber aus Gründen, die uns allen begreiflich sind, gerade dieses. Hier die eigenen Worte des Genossen Bucharin:

„Genossen, ich glaube, daß wir ein gewissermaßen konkretes Bild dessen geben müssen, was unsere Parteimassen beunruhigt. Wir sollen hier nicht über a priori-Voraussetzungen Differenzierung usw. sprechen, sondern klar die Frage stellen, was unsere Parteimasse quält und woher die Unzufriedenheit der Parteimasse stammt, mit welcher Masse alle rechnen müssen, angefangen vom ZK. bis zu den Parteizellenbüros. Mängel, die zum bekannten halbkritischen Zustand unserer Partei geführt haben, der sich hauptsächlich infolge der Wirtschaftskrise verschärft hat; solche Mängel gibt es eine Unmenge, die aber alle in entsprechende Rubriken gestellt werden können.

Worum handelt es sich eigentlich? Nehmt das Leben irgendeiner Parteizelle, vor allem ihren Arbeitsapparat, denn auch die Zelle hat einen Apparat. Die Sekretäre der Zellen werden bei uns — ich urteile vor allem nach der Moskauer Organisation — durch die Rayonkomitees ernannt, wobei die Rayonkomitees nicht bestrebt sind, ihre Kandidaten im Wege der Zellen einsetzen zu lassen Sie beantragen einfach eine bestimmte Person, und die Abstimmung findet gewöhnlich nach einem festen Muster statt. Man kommt und fragt: ‚Wer ist dagegen?' und da ein jeder sich mehr oder minder fürchtet, eine entgegengesetzte Meinung zu äußern, so wird die betreffende Person zum Sekretär des Zellenbüros bestimmt. Würden wir eine Umfrage veranstalten und fragen, wievielmal die Abstimmung mit den Fragen von seiten des Vorsitzenden: ‚Wer ist dafür?' und ‚Wer ist dagegen?' vor sich ging, so würden wir mühelos feststellen, daß die Wahlen zu den Parteiorganisationen bei uns in den meisten Fällen zu ‚Wahlen' in Anführungszeichen werden, da die Abstimmung nicht nach einer vorherigen Erörterung, sondern nach der Formel ‚Wer ist dagegen?' vor sich geht, und da es nicht richtig sei, gegen die ‚Vorgesetzten' zu reden, so wird die Frage damit erledigt. So geht die Wahl des Sekretärs unserer unteren Zellen vor sich. Fassen wir unsere Parteiversammlungen ins Auge, so müssen wir uns fragen, wie es auf diesen Versammlungen zugeht. Ich selbst habe in einer ganzen Reihe von Moskauer Versammlungen gesprochen und weiß, wie gewöhnlich die sogenannte Aussprache in unseren Parteiorganisationen vor sich geht. Nehmen wir die Wahl des Präsidiums. Es tritt ein Genosse vom Rayonkomitee hervor, unterbreitet eine Liste und stellt die Frage: ‚Wer ist dagegen?' Dagegen ist niemand und damit wird die Sache als erledigt betrachtet. Das Präsidium wird gewählt und der Genosse verkündet, daß das Präsidium einstimmig gewählt wurde. Hiernach fängt die Festsetzung der Tagesordnung an. Mit der Tagesordnung gibt es die gleiche Prozedur. Aus den letzten zwei bis drei Jahren kann ich mich nur vereinzelter, äußerst seltener Fälle erinnern, in denen auf den Parteiversammlungen neue Punkte auf die Tagesordnung gesetzt wurden. Nachher wird die im voraus fertiggestellte Resolution verlesen, die dann schablonenmäßig angenommen wird. Der Vorsitzende stellt die Frage: ‚Wer ist dagegen?' Dagegen ist niemand, die Resolution wird einstimmig angenommen. Das ist der übliche Typus der Beziehungen in unseren Parteiorganisationen. Man muß es begreifen, daß der aktivste Teil der Mitgliedschaft ganz natürlicherweise dieser Lage gegenüber eine entschiedene Unzufriedenheit bekundet und mit einer solchen Sachlage entschieden unzufrieden ist. Eine ganze Reihe unserer unteren Organisationen klammern sich an die Formel: ‚Ohne Diskussion'. ‚Wer ist dagegen?', und ein ganzes System solcher Methoden hebt das innerparteiliche Leben völlig auf. Es ist ohne weiteres verständlich, daß infolge dieser Lage eine Riesenwelle der Unzufriedenheit entsteht. Ich habe einige Beispiele aus dem Leben unserer untersten Zellen angeführt. Das Gleiche trifft aber in einer etwas abgeänderten Form auf die nächsten Reihen unserer Parteihirarchie zu."

In dieser Weise charakterisierte ein hervorragendes Mitglied des Zentralkomitees jene Züge der innerparteilichen Organisation.

die das Zentralkomitee veranlaßt haben, eine Resolution zu fassen, die über eine zutage tretende Bürokratisierung des Parteiapparats und die hieraus entstehende Gefahr einer Lostrennung der Partei von den Massen sprach. Und eine größere Gefahr als diese kann es natürlich nicht geben.

Welche praktische Schlußfolgerung zog das Zentralkomitee aus der Diagnose, die es selbst stellte? Diese praktische Schlußfolgerung lesen wir in der gleichen Resolution vom 5. Dezember:

„Die Interessen der Partei erfordern, sowohl zu erfolgreichem Kampfe gegen die Nep-Einflüsse wie auch zur Hebung ihrer Kampffähigkeit auf allen Arbeitsgebieten, eine **ernste Änderung des Parteikurses** im Sinne einer ernsten und systematischen Verwirklichung der Prinzipien der Arbeiterdemokratie."

Somit anerkannte das Zentralkomitee der Partei zwischen zwei Parteitagen die Notwendigkeit einer ernsten Änderung des Parteikurses infolge eines scharfen Hervortretens jener Mängel und negativen Seiten des innerparteilichen Lebens, die das Zentralkomitee selbst analysiert und festgestellt hatte. Ich glaube, Genossen, daß wir an dieser Tatsache keinesfalls achtlos vorbeigehen dürfen und daß gerade hierin der grundlegende kennzeichnende Zug der Berichtsperiode liegt, mit der sich der gegenwärtige Parteitag befaßt. Das Zentralkomitee hat somit erstens die Notwendigkeit einer ernsten Änderung des Parteikurses und zweitens die Notwendigkeit einer Verstärkung des proletarischen Kernes der Partei festgestellt. Beides einstimmig. „Die auf Verstärkung des proletarischen Kernes der Partei abzielende Arbeit" — lesen wir in der Resolution — „muß in den nächsten Monaten eine der wichtigsten Aufgaben aller Parteiorganisationen sein." Als das Zentralkomitee in der Zeitspanne zwischen zwei Parteitagen die Notwendigkeit einer ernsten Änderung des Parteikurses feststellte, bedeutete dies etwa eine prinzipielle Zerstörung der organisatorischen oder sonstigen Prinzipien des Bolschewismus? Ich glaube, nein. Es bedeutete nur, daß das Zentralkomitee feststellte, daß es in der Anwendung dieser Prinzipien unter den gegebenen Bedingungen offenbar Unrichtigkeiten und falsche Tendenzen gab, die sich in einer Bürokratisierung des Parteiapparats und der daraus folgenden Gefahr einer Lostrennung der Partei von den Massen offenbarte. Gerade um die Durchführung der organisatorischen und aller sonstigen Prinzipien des Bolschewismus unter den Bedingungen der gegenwärtigen Periode zu sichern, hat das Zentralkomitee in der Zeitspanne zwischen zwei Parteitagen eine ernste Änderung des Parteikurses für notwendig erkannt.

Die Frage über die Generationen.

Warum wurde aber diese Frage durch die Frage über die Generationen innerhalb der Partei, innerhalb der Arbeiterklasse, kompliziert? Ich will, um meine Ausführungen nicht zu komplizieren, nicht die Äußerungen einer Reihe von Genossen anführen, die von allem Anfang an — meines Erachtens ganz richtig — die Frage über das innerparteiliche Regime vom Gesichtspunkte der gegenseitigen Beziehungen der Generationen in unserer Partei und in der Arbeiterklasse aufstellten. Ich will es noch schärfer formulieren. Das ganze Wesen der Frage über das innerparteiliche Regime liegt unter den gegebenen konkreten Verhältnissen für uns vor allem in der Frage der gegenseitigen Beziehungen der Generationen in der Partei und in der Arbeiterklasse. Es handelt sich natürlich um die junge Generation der Arbeiterklasse als Ganzes. Es handelt sich darum, dieser jungen Generation der Arbeiterklasse — ob sie nun in den Fabriken unseres sozialistischen Landes arbeitet oder auf Beschluß der Partei und der Gewerkschaften in den Lehranstalten unseres sozialistischen Landes studiert — die Möglichkeit zu geben oder, richtiger gesprochen, zu sichern, unter den neuen Bedingungen auf den Weg des Bolschewismus gelangen zu können. Die junge Generation kann und muß glücklicherweise die Geschichte der älteren Generation nicht wiederholen. Die alte Generation gelangte zu ihrem gegenwärtigen Weg auf ganz anderen Bahnen, unter anderen Verhältnissen, unter den Verhältnissen eines bürgerlich-kapitalistischen Landes, auf dem der eiserne Druck des Zarismus lastete. Die ältere Generation sicherte der jüngeren Generation die Möglichkeit, unter neuen, qualitativ ganz anderen Bedingungen vorwärtszugehen. Die Aufgabe besteht nun darin, der jungen Generation die Möglichkeit zu geben oder, besser gesprochen, ihr eine solche zu sichern, auf neuen Bahnen, neuen Wegen, die der Natur des Arbeiterstaates und der neuen Lage entsprechen, auf die breite Bahn des Bolschewismus, Kommunismus, Leninismus zu gelangen.

Wenn wir uns fragen, von welchem innerparteilichen Regime wir hier sprechen und was wir unter dem Regime einer innerparteilichen Demokratie verstehen, so werde ich, von allem Anfang erklären — wiewohl dies auf dem Parteitag unserer Partei fast überflüssig sein dürfte —, daß es in unserer Partei kaum zehn Leute gibt, die etwas vom Kommunismus, Marxismus, Bolschewismus verstehen, die die Frage der innerparteilichen Demokratie vom rein formalen Standpunkte, von dem Standpunkte, wie oft Neuwahlen stattfinden, wie groß der Prozentsatz der Abstimmungen, der Diskussionen usw. ist, vom Gesichtspunkte einer Statistik der Demokratie, vom Gesichtspunkte der formellen Prinzipien des Parlamentarismus in ihrer Anwendung auf das Parteileben betrachten würden. Wir haben hinter uns eine viel zu große Geschichte und namentlich einen viel zu großen Kampf gegen politische Fälschungen, gegen die Margarinedemokratie, die einerseits eine Ideologie des Menschewismus und andererseits die letzte Deckung des Imperialismus ist, als daß wir an diese Fragen der Demokratie vom formellen Gesichtspunkte herantreten könnten.

Von welchem Gesichtspunkte betrachten wir aber die Demokratie in ihrer Anwendung auf das innerparteiliche Regime? Vom Gesichtspunkte einer Sicherung der Partei vor solchen Erscheinungen, wie es die Möglichkeit einer Bürokratisierung des Parteiapparats und die daraus folgende Gefahr einer Lostrennung der Partei von den Massen ist. Das ist das richtige Kriterium! Und wenn ich eine Definition der innerparteilichen Demokratie in ihrer Anwendung auf die gegenwärtige Lage unserer Partei, auf die gegenwärtige Epoche, auf den gegenwärtigen Zeitabschnitt geben wollte, so würde ich sagen: die innerparteiliche Demokratie ist ein Regime, das einerseits die geistige politische und organisatorische Führung der alten, unterirdischen, an Erfahrung reichen Generation der Bolschewiki sichert, denn ohne eine Sicherung dieser Führung — nur politische Kinder können das nicht begreifen — kann die Partei unter den gegenwärtigen Umständen das Staatsschiff und das Schiff der internationalen Arbeiterbewegung durch die Schwierigkeiten, Klippen und Riffe nicht hindurchführen. Gleichzeitig aber ist die innerparteiliche Demokratie ein Regime, das unter Sicherung der führenden Stellung der älteren Generation andererseits der jungen Generation die Möglichkeit sichert, auf den breiten Weg des Leninismus zu gelangen, nicht im Wege der Schule — im Wege der Schule ist dies nicht zu machen —, sondern durch eine aktive, selbständige und tätige Anteilnahme am politischen Leben der Partei und des Landes. Die Zusammenfassung dieser beiden Aufgaben soll durch das Regime der innerparteilichen Demokratie gesichert werden. Die Störung dieser notwendigen Vereinigung und dieses Gleichgewichtes droht mit einer Bürokratisierung des Parteiapparats und einer Lostrennung der Partei von den Massen. Das ist meines Erachtens das Wesen der Frage. Und wenn wir uns fragen, ob wir dieses notwendige Gleichgewicht hatten, so halte ich mich wieder für berechtigt, auf die Tatsache hinzuweisen, daß das Zentralkomitee selbst in der Zeitspanne zwischen zwei Parteitagen die Störung dieses Gleichgewichtes festgestellt hat. Ich erinnere wieder an das umfangreiche Zitat, das ich aus der Rede des Genossen Bucharin anführte, die nicht im Zentralkomitee, sondern in einer offenen Rayonversammlung gehalten wurde, wo er in sehr konkreten und verständlichen Strichen die Störung des Gleichgewichtes im innerparteilichen Kurs — eine für die weniger reifen, weniger geschulten Elemente unserer Partei, das heißt für die breiten Kreise ihrer jungen Mitglieder sehr nachteilige und gleichzeitig für ihre alten Kaders gefährliche Störung — kennzeichnete.

Fraktionen und Gruppierungen.

Mit dieser Frage war in der Parteidiskussion die Frage über innerparteiliche Fraktionen und Gruppierungen verknüpft. Hier halte ich es für notwendig, an die Einstellung zu dieser Frage zu erinnern, wie sie in der Resolution vom 5. Dezember gegeben ist. Dort wird erklärt, daß die innerparteiliche Demokratie keinesfalls eine Freiheit fraktioneller Gruppierungen voraussetzt, die für eine herrschende Partei außerordentlich gefährlich sind, da sie stets mit einer Entzweiung oder Zersplitterung der Regierung und des gesamten Staatsapparates drohen. Ich glaube, daß diese Feststellung unbestritten und unbestreitbar ist, und wir wiesen einmütig auf die Resolution des X. Parteitages hin, in der die Definition sowohl von Fraktionen wie von Gruppierungen — wie auch die daraus folgende Gefahr für den Staat — durch Wladimir Iljitsch persönlich gegeben wurde. Die Nachricht, daß ich für eine Zustimmung zur Bildung von Gruppierungen gewesen sei, ist falsch. Ich beging allerdings den großen Fehler, daß ich im kritischen Moment der Parteidiskussion erkrankte und nicht die Möglichkeit hatte, rechtzeitig hervorzu-

treten und diese Behauptung, wie auch viele andere, zu widerlegen. Nirgends und niemals war ich der Ansicht, nirgends erklärte ich, daß ich neben der Notwendigkeit eines Verbotes von Fraktionen die Zulassung von Gruppierungen für möglich halte. Im Gegenteil, in allen Fällen, wo ich hierüber zu sprechen Gelegenheit hatte, stellte ich fest, daß zwischen Fraktionen und Gruppierungen kein Unterschied gemacht werden kann. Wären hierzu formelle dokumentarische Aufschlüsse nötig, so könnte ich sie geben. Gegenwärtig will ich den Parteitag damit nicht aufhalten. Ich bin der Ansicht, daß es, insofern es sich um eine Erklärung handelt, politisch genügt, wenn ich feststelle, daß ich die Freiheit von Parteigruppierungen nie anerkannte und nicht anerkenne, denn Gruppierungen sind unter den gegebenen historischen Bedingungen nur eine andere Benennung für Fraktionen. Gleichzeitig muß ich Euch aber an einen anderen Teil der Resolution des ZK. zu derselben Frage über Fraktionen erinnern.

Dort wird gesagt: „Nur ein ständiges, tätiges, geistiges Leben kann die Partei aufrechterhalten, wie sie sich während der Revolution gestaltet hat, mit einer ständigen kritischen Beurteilung ihrer Vergangenheit, einer Wiedergutmachung ihrer Fehler und einer kollektiven Beratung über die wichtigsten Fragen. Nur diese Arbeitsmethoden können eine wirkliche Sicherung dagegen bilden, daß episodische — das heißt vorübergehende, zufällige — Meinungsverschiedenheiten sich in fraktionelle Gruppierungen mit allen im obigen geschilderten Folgen umwandeln." Und weiter: „Um dem vorzubeugen, ist es erforderlich, daß die führenden Parteiorgane auf die Stimme der breiten Parteimassen horchen, nicht jede Kritik für die Offenbarung eines Fraktionsgeistes halten und diese gewissenhaften Parteimitglieder nicht auf den Weg der Abgeschlossenheit und des Fraktionswesens drängen." Das ist ein Bestandteil der gleichen Resolution des Zentralkomitees, und ich glaube, daß wir weder das Recht noch einen Grund haben, diesen Teil aus unserem Gedächtnis und aus der Geschichte unserer Partei zu streichen. Und wenn wir uns fragen, warum das Zentralkomitee es für notwendig hielt, zu erklären, daß ein — natürlich für alle, ohne Ausnahme bindendes — Verbot von Fraktionen und Gruppierungen allein die Frage nicht löst, daß es einen Parteikurs voraussetzt, bei dem wir vor einer Bürokratisierung des Parteiapparates und einer hieraus folgenden Gefahr der Lostrennung der Partei von den Massen bewahrt sein müssen, wenn wir uns fragen, warum das Zentralkomitee es für notwendig hielt, eine solche Erklärung von größter Wichtigkeit und Gewicht einzuschlagen, so finden wir die Antwort in all dem, was ich früher gesagt habe. Mit anderen Worten, gerade die Bürokratisierung des Parteiapparates, insofern eine solche zutage tritt, bildet einen der Gründe, die, wie es in der Resolution heißt, zur Umwandlung episodischer provisorischer Meinungsverschiedenheiten in Gruppierungen Anlaß geben und diese Gruppierungen auf den Fraktionsweg drängen.

So lege ich die grundlegenden innerparteilichen Fragen aus, wie sie durch die Entwicklung der Partei im Laufe des letzten Jahres gegeben und in der Resolution des Zentralkomitees vom 5. Dezember zum Ausruck gebracht sind. Und wenn ich mich jetzt nachträglich frage: In einem bestimmten Zeitpunkt, am 5. Dezember, hielt es das Zentralkomitee für unumgänglich, der Partei zu erklären: Gibt acht! Es machen sich Erscheinungen einer Bürokratisierung bemerkbar, diese Erscheinungen bergen die Gefahr einer Lostrennung der Partei von den Massen; wir werden daher zwar keine Fraktionen zulassen, aber daran denken, daß eine volle und wirkliche Garantie vor Fraktionen und Gruppierungen gerade in der Beseitigung dieser negativen Erscheinungen gegeben ist — ich sage, wenn man sich diesen Moment, wenn man sich jenes Bild aus dem Leben der Parteiorganisation, das uns Genosse Bucharin gab, vorstellt, ist es dann nicht klar, daß gerade in dieser Richtung sich in der Partei, wie es übrigens auch in der Rede Bucharins selbst heißt, unvermeidlich eine Welle der Unzufriedenheit, eine Welle der Kritik erheben mußte? Und wenn ich mich jetzt frage, ob man diese Kritik, diese Unzufriedenheit mit einem so allgemeinen Ausdruck wie „kleinbürgerliche Tendenz" durch die Bank charakterisieren und brandmarken darf, so entstehen bei mir große Zweifel und die stärksten Befürchtungen.

Die Frage über den Plan.

Einerseits handelte es sich um das innerparteiliche Gebiet und andererseits um die planmäßige Führung der Wirtschaft. In welcher Weise das Zentralkomitee in seiner Resolution vom 5. Dezember auf die Fragen der ersten Gruppe reagierte, habe ich angeführt. Ich bitte nun, mir zu erlauben, in den wichtigsten Zügen auch die Schlußfolgerungen anzuführen, die das Zentralkomitee in seiner Resolution vom 5. Dezember in bezug auf die Wirtschaftsfrage zog. Nach Kennzeichnung der wirtschaftlichen Lage erklärt die Resolution vom 5. Dezember:

„Aus all dem muß die Gesamtpartei, von oben bis unten, für sich die Schlußfolgerung ziehen, daß eine weitere wirtschaftliche Belebung nur insofern der Sache des sozialistischen Aufbaues dienen wird, inwiefern wir es tatsächlich verstehen werden, die Elemente der Staatswirtschaft in ihrem Aufeinanderwirken miteinander und mit dem Markt in Einklang zu bringen."

Und weiter:

„Hieraus folgt die außerordentliche Bedeutung der Staatsplankommission, des wirtschaftlichen Stabes des Sozialistischen Staates und aller einzelnen Wirtschaftsplanorganisationen. Diesen muß in Wirklichkeit die ihnen in der Resolution des 12. Parteitages zugeteilte Stellung gesichert werden."

Somit hielt das ZK. am 5. Dezember nicht einen Kampf gegen phantastische, utopische und sonstige übertriebene Vorstellungen über die Möglichkeit einer Planwirtschaft für notwendig. Manche betrachten mich als einen von jenen, die diese Möglichkeiten übertreiben. Ich glaube, daß diese Beschuldigung unbegründet ist, will Euch aber damit nicht aufhalten. Wichtig und von Bedeutung ist nicht, daß irgend jemand in dieser Frage eine Übertreibung zuließ, sondern wichtig ist, daß am 5. Dezember das Zentralkomitee der Partei erklärte, man dürfe die Bedeutung der Planwirtschaft nicht unterschätzen, denn sonst werde die Entwicklung nicht den Weg des sozialistischen Aufbaues gehen. Das war es, was das Zentralkomitee am 5. Dezember erklärt hat. Somit lag die Gefahr, wie sie vom Zentralkomitee aufgefaßt wurde, nicht darin, daß irgend jemand die Möglichkeiten einer Planwirtschaft übertreibe, sondern darin, daß die Partei die Bedeutung einer Planwirtschaft unterschätzt, und daß die Staatsplankommission nicht jene Stellung im Gesamtsystem unserer Wirtschaft erhielt, die sie auf Grund des 12. Parteitages erhalten sollte.

Während meiner Abwesenheit aus Moskau, als ich mich in Suchum befand, las ich in unseren Zeitungen die folgenden Worte des Genossen Kamenew in der ersten Sitzung des neuen Rates für Arbeitswesen und Landesverteidigung; das war am 8. Februar: „Wir können eine Menge Fehler begehen, wenn wir uns nicht ein planmäßiges Ineinanderfügen unserer Volkswirtschaft zum Ziel setzen. Das sollte die Aufgabe des Rates für Arbeitswesen und Landesverteidigung sein. In Wirklichkeit bestand aber diese Aufgabe in einer Schlichtung der bis zum Rat für Arbeitswesen und Landesverteidigung hinaufgelangenden Differenzen der einzelnen Verwaltungszweige. Mich dünkt, daß dies abgeändert werden muß, und daß das weitere Ineinanderfügen der verschiedenen Wirtschaftszweige nicht das Ergebnis der Konflikte einzelner Amtsstellen sein, sondern aus einem von vornherein durchdachten, wenn auch nur in großen Zügen ausgearbeiteten Wirtschaftsplan folgen soll."

Auch hier finden wir Hinweise auf die Notwendigkeit einer Abänderung der Politik in einer der wesentlichsten Fragen, in der Frage des planmäßigen Ineinanderfügens unserer gesamten Arbeit. Und das war nicht vor der Diskussion, sondern nach ihr. Es handelt sich somit nicht um einen abstrakten, universalen Plan und nicht um einen besonderen, wenn auch in weiterer Perspektive gigantischen Elektrifizierungsplan, sondern es handelt sich um einen, wie es in der Resolution des 12. Parteitages heißt, alltäglichen Manövrierungsplan zur „Zusammenpaarung" aller Elemente unserer Wirtschaft in ihrer gegenseitigen Anpassung, damit sie sich um so richtiger, um so sicherer, um so schmerzloser einzeln und zusammen unserem Markte, das heißt hauptsächlich dem Bauernmarkte anpassen.

Am 8. Februar, nach der Diskussion, wurde nun die Notwendigkeit einer Änderung der Politik in der grundlegenden wirtschaftlichen Institution festgestellt. Und ich frage mich von neuem, ob man denn behaupten kann, daß die Stimmen, die eine solche Abänderung schon vor dem 8. Februar verlangten, eine kleinbürgerliche Tendenz offenbarten. Ich glaube das nicht, Genossen. Worauf kann, sowohl in dieser Beziehung wie auch in innerparteilicher Beziehung eine solche Beschuldigung oder Charakteristik gegründet werden? Man könnte vielleicht sagen: Während der Diskussion gab es viele Stimmen, die die Bedeutung der innerparteilichen Demokratie ungeheuerlich übertrieben und ihr eine absolute Bedeutung beimaßen. Geben wir daher zu, daß es sich um Übertreibungen auf dem Gebiet der innerparteilichen Demokratie handelt. In bezug auf die Planwirtschaft kann eventuell gesagt werden, daß es Übertreibungen in der Einschätzung der Rolle der Planwirtschaft gegeben hat. Zuge-

geben, wiewohl Übertreibungen auf dem Gebiete der Planwirtschaft keinesfalls als „kleinbürgerliche Tendenzen" bezeichnet werden können, da die Kleinbourgeoisie, in ihrer Zersplitterung, mit ihrer anarchischen Denkart, gar keine Neigung zu einer planmäßigen Erfassung der Wirtschaft bekundet. Ich will mich aber bei diesen Widersprüchen der Charakteristik nicht aufhalten. Nehmen wir an, daß es sich bei den Beschuldigungen um Übertreibungen auf dem Gebiete innerparteilicher Demokratie und um Übertreibungen auf dem Gebiete planmäßiger Führung der Wirtschaft handelt. Wenn wir von Übertreibungen auf dem Gebiete innerparteilicher Demokratie sprechen, so ist zu erwägen, ob dies nicht eine Reaktion auf die Übertreibungen der innerparteilichen Bürokratie ist, welche Übertreibungen doch die Resolution des ZK. in der kategorischsten Weise feststellt und aus ihnen eine Gefahr der Lostrennung der Partei von den Massen folgert. Übertreibungen auf dem Gebiete innerparteilicher Demokratie können in einer konkreten historischen Lage natürlich zu einem Leitungsrohr für das Eindringen eines kleinbürgerlichen Einflusses werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß jede Übertreibung, jeder Fehler auf beliebigem Gebiete, zu einem Leitungsrohr für den Einfluß anderer Klassen werden kann, denn wir leben als Partei nicht in einem luftleeren Raum, sondern unter dem Drucke anderer, sowohl innerer wie internationaler Kräfte. Es ist, ich wiederhole es, für uns eine Binsenwahrheit, daß jede Übertreibung, potentiell, in der Perspektive ein Leitungsrohr für fremde Klasseneinflüsse darstellt. Ich frage aber andererseits, ob denn die Bürokratisierung des Parteiapparates, die das ZK. selbst feststellt, eine technische und nicht eine soziale Erscheinung ist. Ich behaupte, daß die Bürokratisierung des Apparates aus tiefliegenden sozialen Gründen erfolgt, daß die Hauptquelle der Bürokratisierung im Staatsapparat gegeben ist, in dem sowohl die Reibungen wie die Unkultiviertheit der breiten Massen der Werktätigen und sogar der Arbeiterklasse selbst sich paaren. Und da unsere Partei den Staat leitet, so ist für sie der Staatsapparat die nächste unmittelbare Quelle bürokratischer Einflüsse. Ist dies aber so, so ist die Bürokratisierung nicht eine Frage der Kanzleitechnik, sondern eine soziale Frage, genau so wie auch die Übertreibungen auf dem Gebiete formaler Demokratie. Es sind dies Erscheinungen der gleichen Art. Und wenn wir sagen, daß ein übertriebenes Fordern, eine übertriebene Einschätzung und eine formale Auffassung in der Frage über Demokratie eine mögliche Quelle kleinbürgerlichen Einflusses bilden, wenn wir die Frage so stellen — theoretisch, vom Gesichtspunkte der Perspektive, ist dies richtig —, so wird es genau so richtig sein, wenn wir erklären werden, daß die Tendenzen zur Bürokratisierung des Parteiapparates kein geringeres Leitungsrohr für kleinbürgerliche Einflüsse und dabei eine größere und unmittelbare Gefahr bilden. Gerade auf diese grundlegende und unmittelbare Gefahr hat die Partei sehr energisch reagiert und diese Reaktion darf noch keinesfalls als kleinbürgerliche Tendenz betrachtet werden.

Genossen, das gleiche trifft in noch höherem Grade auf die Planfrage zu. Ob der eine oder andere von uns einer Überschätzung des Planprinzips schuldig ist, darüber können wir ruhig in Büchern streiten, und wahrscheinlich werden wir noch viele Bücher einer Analyse unserer wirtschaftlichen Entwicklung, Bücher, in ruhigem Forschertone geschrieben, widmen müssen. Daß aber das ZK. in der Zeitspanne zwischen dem 12. und 13. Parteitag die Frage aufgerollt hat, daß die Partei in Gestalt ihres führenden Apparates nicht mit der nötigen Energie an die Aufgaben der planmäßigen Wirtschaftsführung herantritt, halte ich für unbedingt festgestellt. Ich möchte in diesem Augenblick solche Einzelfragen, wie die Frage über die aktive Handelsbilanz oder über die Warenintervention, die ebenfalls als „kleinbürgerliche Tendenz" eingeschätzt wurden, beiseite lassen. Genossen, warten wir mit diesen Fragen noch ein wenig ab. Wir werden über sie vielleicht bei Erörterung der Fragen des Handels sprechen, dort werden sie mehr am Platze sein. Sofern es hier Meinungsverschiedenheiten geben wird und gibt, sind sie von praktischem, empirischem Charakter. Gegenwärtig liegt schon das Ergebnis einer ernsten Prüfung vor. Niemand hat natürlich gesagt, daß wir keine aktive Bilanz brauchen, solche Stimmen habe ich überhaupt nicht gehört, sondern daß die aktive Bilanz in Anbetracht unserer Notlage ein erzwungener Luxus sei, der auf das notwendigste Minimum beschränkt werden müsse. Wir haben aber festgestellt, daß wir erzwungenen Luxus nicht auf dieses Minimum beschränken, daß wir übermäßig viel ausländische Währung anhäuften, und wir haben angefangen, diesen Fehler gutzumachen. Das erstens.

Zweitens haben wir uns in bezug auf die Warenintervention überzeugt, daß, sofern unsere Aufgabe in einer Regelung der Preise im Lande durch Manövrierung mit Warenmassen besteht, wir uns nicht selbst blockieren können, sondern gezwungen sind, ausländische Waren zu verwenden, in welchem Falle wir natürlich diese Aufgabe streng mit den Interessen der betreffenden Industriezweige in Einklang bringen müssen. Wir werden hierüber noch bei der Aussprache über die Wirtschaftsfrage sprechen, jedenfalls sehe ich hier aber keinerlei Grundlage zu einer Beschuldigung in bezug auf „kleinbürgerliche Tendenz".

Über die Irrtümer.

Genossen, hier wurde an alle, die sich geirrt haben, die Aufforderung gerichtet, zu erklären, daß sie sich irrten. Nichts ist einfacher, moralisch und politisch leichter, als vor der eigenen Partei zu erklären, daß man sich in dieser oder jener Beziehung geirrt habe. Ich glaube aber, Genossen, daß es auch Pflicht und Schuldigkeit ist, daran zu erinnern — da darüber nichts gesagt wurde — daß in einem bestimmten Moment das Zentralkomitee als Ganzes vor der ganzen Partei auf gewisse Fehler hingewiesen hat, die erst gutgemacht werden sollen. Die Resolution vom 5. Dezember, die die Notwendigkeit eines Kampfes gegen die bürokratische Tendenz erklärte, war an und für sich eine Erklärung über die Fehler des innerparteilichen Kurses. Denn, Genossen, wenn wir nicht der Ansicht sind, daß solche Fehler vorhanden waren, so wäre es auch nicht notwendig, eine Sache, die richtig ist, zu ändern. Geändert wird das, was unrichtig, was verfehlt ist.

Wir haben jetzt den XIII. Parteitag in einer neuen Lage. Und diese neue Lage ist durch das Leninsche Aufgebot geschaffen, das die soziale Zusammensetzung der Partei selbst in einer proletarischen Richtung ändert. Wird dadurch die Frage über innerparteiliche Demokratie geändert oder beseitigt? Nein, sie wird nicht geändert, nein, sie wird nicht beseitigt. Es ist zweifellos, daß das Leninsche Aufgebot, wie hier richtig gesagt wurde, unsere Partei dem Typus einer **gewählten** Partei nähergebracht hat. Darüber sprach ich in Tiflis, darüber sprach ich in Baku und in einigen Versammlungen in Moskau. Betrachten wir die Frage vom Gesichtspunkte einer staatlichen Demokratie — und die staatliche Demokratie entscheidet doch in den parlamentarischen Ländern vor allem die Frage, welche Partei das Land verwalten soll. Wenn wir die Frage von diesem Gesichtspunkte betrachten und das, was bei uns geschehen ist, die Tatsache des Leninschen Aufgebots, mit den Wahlen vergleichen, die in den letzten Monaten in einer Reihe parlamentarischer Länder stattgefunden haben, so werden wir mit vollem Rechte sagen können, und ich persönlich habe das schon dutzende Male erklärt, daß die Methode der Demokratie, die bei uns ihren Ausdruck fand, indem die Arbeiterklasse an einer bestimmten Etappe ihres Weges, nachdem sie auf irgendeine sehr schwerfällige Massenart die Ergebnisse der Arbeit unserer Partei während einer langen Reihe von Jahren festgestellt hat, 200.000 bis 300.000 Arbeiter auf ihren Schultern emporhob und sie der Partei übergab — so müssen und können wir mit vollem Rechte sagen, daß diese Methode der Demokratie unvergleich höher steht als jene Demokratie, bei der die Bevölkerung des Landes einmal in vier oder fünf Jahren unter der Diktatur der bürgerlichen Presse, unter der Diktatur der bürgerlichen Klasse, formell verpflichtet ist, ihre Wahlzettel in die Urne zu legen. Das ist offensichtlich, das ist unbestreitbar. Dieser Vorzug — der Vorzug der proletarischen Diktatur und des Sowjetsystems — setzt aber die Frage über den innerparteilichen Kurs, über seine Vorteile und Mängel, nicht von der Tagesordnung ab. Wollen wir die Lage realistisch einschätzen, so müssen wir sagen, daß das kolossale Anwachsen der Partei, dieser mächtige Sprung vorwärts, das Produkt der Arbeit einer Reihe von Jahren, einer langen Reihe von Jahren ist. Gleichzeitig hat das ZK. unter der richtigen Feststellung, daß das Zutrauen der proletarischen Massen zur Partei gewachsen ist, sich und die Gesamtpartei vor solchen Prozessen im Parteiapparat gewarnt, die diesem Wachstum des Einflusses der Partei unter den Massen Abbruch tun können und in der Perspektive sogar mit einer Lostrennung der Partei von den Massen drohen. Das ist der Grund, warum die Tatsache des Leninschen Aufgebotes die Frage über den innerparteilichen Kurs nicht beseitigen kann. Ich glaube, daß sie im Gegenteil diese Frage für uns um so wichtiger und dringender macht, weil wir wieder der Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen der alten, theoretisch geschulten und gestählten Generation der Partei und der jetzt hinzukommenden zahlreichen Jungmannschaft gegenüberstehen. Und wir müssen jetzt mit besonderer Kraft und mit Nachdruck erklären, daß, wenn die Prozesse, auf die die Resolution vom 5. Dezember hinweist, eine weitere Entwicklung erhalten würden, dies beide grundlegende

Gruppen der Partei, daß heißt sowohl die führende Generation wie die Jungmannschaft mit Gefahr bedrohen würde. Nur in einer solchen Perspektive haben die Warnungen des ZK. vom 5. Dezember einen Sinn.

Genossen! Niemand von uns will und kann seiner Partei gegenüber recht behalten. Letzten Endes ist immer die Partei im Recht, weil die Partei das einzige historische Instrument ist, das dem Proletariat zur Lösung seiner grundlegenden Aufgaben gegeben ist. Ich habe schon gesagt, daß nichts leichter ist, als vor der Partei zu erklären: diese ganze Kritik, alle Erklärungen, Warnungen und Proteste seien ein einziger Irrtum gewesen. Ich aber, Genossen, kann dies nicht sagen, weil ich dies nicht denke. Ich weiß, daß man gegen die Partei nicht recht behalten kann. **Im Recht kann man nur zusammen mit der Partei und im Wege der Partei sein, denn andere Wege zur Verwirklichung der richtigen Auffassung hat die Geschichte nicht geschaffen.** Bei den Engländern gibt es ein historisches Sprichwort: „Ob recht oder unrecht, aber es ist mein Land."

Mit einem größerem historischen Recht können wir sagen: Ganz gleich, ob sie in einzelnen konkreten Teilfragen, in bestimmten Momenten, im Unrecht ist, aber es ist meine Partei. Und wenn ich, nach Meinung mancher Genossen, hier vergeblich an dieses oder jenes erinnert habe, wenn ich hier, nach Meinung mancher Genossen, unbegründet diese oder jene Gefahr schilderte, so bin ich meinerseits der Auffassung, daß ich nur meine Pflicht als Parteimitglied erfülle, das seine Partei davor warnt, was es als Gefahr betrachtet.

Würde auf dem XII. Parteitag jemand diese Tribüne betreten und eine Resolution unterbreitet haben, in der es geheißen hätte, daß eine ernste Änderung des innerparteilichen Kurses notwendig sei, da der Partei sonst eine Lostrennung von den Massen drohe, so kann ich fast mit Bestimmtheit erklären, daß er keine Stimmen für sich gefunden und die Unterstützung des XII. Parteitages für diese Resolution nicht gewonnen hätte. In der Zeitspanne zwischen dem 12. und 13. Parteitag mußte das ZK. eine solche Resolution mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Abänderung des Parteikurses einstimmig annehmen.

Unserer harren noch die größten Schwierigkeiten, und ich glaube, daß wir bei der Überwindung dieser Schwierigkeiten alle als gute, fest zusammengeschweißte bolschewistische Soldaten zusammengehen werden. Es ist lächerlich, vielleicht fast nicht am Platze, hier irgendwelche persönliche Erklärungen zu machen, aber ich hoffe, daß, wenn es so kommen würde, auch ich nicht der letzte Soldat auf der letzten bolschewistischen Barrikade wäre! Ich glaube aber fest, daß die Geschichte uns einer solchen Prüfung nicht unterziehen wird, und daß wir, siegreich die Barrikaden unserer Feinde überwindend, kämpfen werden. Jedenfalls wird es noch Schwierigkeiten, große Schwierigkeiten geben. Und ich fasse gegenwärtig meine Pflicht als ein Parteimitglied auf, das weiß, daß die Partei letzten Endes immer im Recht ist, daß aber die Meinung der Partei unter Berücksichtigung auch jener Stimmen ausgearbeitet wird, die in einem bestimmten Moment von der herrschenden Stimmung der führenden Kreise der Partei abweichen. Und ich erkläre, daß die Resolution vom 5. Dezember gegenwärtig, da wir 200.000 oder noch mehr Mitglieder in die Partei aufnehmen, von ihrer Bedeutung nichts verliert. Im Gegenteil; sie wird vielmehr von größter Bedeutung und wenn wir sie in unserer Beachtung durch diese übertriebene Attacke gegen „kleinbürgerliche Tendenzen" in den Hintergrund drängen würden, so würden wir einen Fehler begehen, der neue Schwierigkeiten und neue Komplikationen in der Partei mit sich bringen würde. Wir alle aber haben ein Interesse daran, diese Schwierigkeiten und Komplikationen auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Und wenn es diese oder jene Irrtümer gegeben hat — ich persönlich, wie auch jeder andere, bin bereit, mir über diese Irrtümer Rechenschaft zu geben —, so hat niemand das Recht, diese Irrtümer als unmittelbar oder mittelbar auf Untergrabung der Einheit, Geschlossenheit und Disziplin unserer Partei abgezielt zu betrachten. (Beifall.) Nicht nur das einzelne Parteimitglied, sondern auch die Partei selbst kann einzelne Fehler begehen. Solcherart sind zum Beispiel einzelne Beschlüsse der Konferenz, die ich in bestimmten Teilen für unrichtig und ungerecht halte. Es kann aber bei der Partei keine Beschlüsse geben, und wären sie auch unrichtig und ungerecht, die unsere grenzenlose Hingebung gegenüber der Partei, unsere Bereitschaft, sich unter allen Umständen restlos der Disziplin der Partei zu fügen, auch nur um ein Jota erschüttern können. Und wenn die Partei einen Beschluß faßt, den der eine oder andere von uns für einen ungerechten Beschluß hält, so sagt er: Ob gerecht oder ungerecht, aber es ist meine Partei, und ich trage die Folgen ihres Beschlusses bis zu Ende. (Beifall.)

Genosse Uglanow (Nischninowgorod):

Genossen! Ich will mich mit einigen Fragen, die Genosse Trotzki in seiner Rede hervorgehoben hat, befassen.

Genosse Trotzki hat in seiner heutigen Rede nur in etwas gemilderter Form wiederholt, was er der Partei im Dezember nach einstimmiger Annahme der Resolution zur Frage der innerparteilichen Demokratie sagte. Genosse Trotzki wollte uns hier wieder beweisen, daß er die Resolution des ZK. zur Frage der innerparteilichen Demokratie verteidige.

Ich weiß nicht, wie der Parteitag die Rede des Genossen Trotzki auffaßte, ich aber fasse sie so auf, wie ich sie im Dezember 1923, am Anfange unserer Diskussion, auffaßte, und verstand sie so, wie sie damals von der Partei und von den parteilosen Arbeitern verstanden wurde.

Als wir die Resolution des ZK. bestätigten, stand es für uns Funktionäre der einzelnen Organisationen außer Zweifel, daß das Tempo des Parteilebens noch weiter gesteigert werden muß. Wir waren, da wir von den Meinungsverschiedenheiten im führenden Kader unseres ZK. wußten (auch den unteren Parteiorganisationen war dies ja bekannt), außerordentlich erfreut, als wir sahen, daß wir in einer Frage von so großem Ernste eine einmütige Stellungnahme des ZK. erhalten haben. Und im Gegenteil, eine ganz andere Lage erstand, als die Partei anfing, die Briefe des Genossen Trotzki zu lesen.

Hier muß ich dem Parteitag mitteilen, wie die Briefe des Genossen Trotzki von den verschiedenen Schichten aufgenommen wurden. Die Arbeiter unterstützten einmütig das ZK., die Ingenieure der Sormowo-Werke hingegen reagierten ganz anders. Während die parteilosen Arbeiter der Sormowo-Werke jedesmal, wenn ein der Partei angehörender Arbeiter zu einer Parteiversammlung ging, ihm sagten: „Schau, daß du für Lenin und nicht für Trotzki stimmst", sprachen die Ingenieure der Sormowo-Werke etwas anders: „Trotzki ist im Recht, wenn er die Frage über die Demokratie aufrollt. Nicht nur die Arbeiter brauchen es, daß sie zu den Sowjets hinzugezogen werden, auch wir brauchen das."

So haben verschiedene Schichten auf die Briefe des Genossen Trotzki reagiert. Der Resolution des ZK. haben solche Briefe wahrlich einen schlechten Dienst erwiesen.

Eine zweite Frage. Genosse Trotzki hat in seiner Rede mit besonderem Nachdruck die Frage der Bürokratisierung hervorgehoben und hinzugefügt, daß es offenbar nicht besonders wichtig sei, daß einzelne Mitglieder des ZK. die in der Resolution des ZK. aufgerollten Fragen über Bürokratismus individuell auslegen. Allerdings könnten gewisse Zugeständnisse gemacht werden, wenn es sich hier nicht um individuelle Auslegungen programmatischer Art handeln würde und wenn diese Auslegungen nicht Genosse Trotzki als einer der Führer der Partei machen würde. Ich glaube, daß dies eine sehr schlechte Verteidigung der Resolution des ZK. ist.

Eine dritte Frage. Genosse Trotzki hat hier Dokumente darüber angeführt, wie unsere Partei lebt, wie sie Vorsitzende wählt, wie Resolutionen gefaßt werden usw. Genosse Trotzki — ich kann es wagen, zu erklären — kennt offenbar die Partei nicht. (Zwischenruf: Sehr richtig!) Die Partei lebt nicht im 17., sondern im 19. Jahre, die Partei befindet sich nicht in der Vorbereitungsklasse, die Partei hat so manches gelernt, die Partei verwaltet, vielleicht noch schlecht, aber immerhin schon nicht mehr so wie 1918—19 den Staat. Statt über den Plan zu sprechen, sollte Genosse Trotzki uns Unwissenden, die wir Gouvernements leiten, helfen, Gouvernementsbudgets, wie es sich gehört, auszuarbeiten. Das wäre weit besser. Die langen Schemen aber, in denen er uns die Planwirtschaft schildert, sind für uns halbwegs unwissende Arbeiterschichten, die wir das Land verwalten, außerordentlich schwierig. Wir verstehen sie nicht, genau so, wie es außerordentlich schwer war, auch die heutige Rede des Genossen Trotzki zu verstehen.

Eine weitere Frage ist die Frage über die Arbeiterjugend und über die ältere Generation, die Frage über junge und alte Parteimitglieder. Hier ist beim Genossen Trotzki eine offenbare Verworrenheit, hier klappt es bei ihm nicht, die Sache ist bei ihm ganz unklar. Der Arbeiterjugend muß im Arbeiterlande freie Bahn gegeben werden. Wir wissen aber, daß unser Land — vielleicht leider, vielleicht aber auch zu unserem Glück — ein bäuerliches ist und unsere Jugend kolossale Bestrebungen hat, die aber nicht voll befriedigt werden können. Worin offenbart sich aber diese Tatsache bei unserer ungeheuren Unkultiviertheit, derzufolge es bei uns noch Überreste des Bürokratismus gibt? Wir sind auch gegenwärtig gezwungen, gewaltsame Einschränkungen

zu machen. Sieht das etwa Genosse Trotzki nicht? Warum findet gegenwärtig die „Säuberung" der höheren Lehranstalten statt? Weil wir arm sind, weil die Bestrebungen der Jugend mannigfaltig sind, weil überhaupt die Bestrebungen der Jugend, über die Genosse Sinowjew vorgestern hier sprach, sehr weitgehend sind. Alle diese Bestrebungen können wir gegenwärtig nicht befriedigen. Aus diesem Grunde ist es außerordentlich gefährlich, zur Resolution des ZK. Erläuterungen programmatischer Natur zu geben, und um so gefährlicher ist es, wenn dies ein Leiter der Partei tut. Es ist nicht verwunderlich, daß Genosse Trotzki durch seine Briefe die Stimmung aller jener Elemente gehoben hat, die gegen das Proletariat wirken.

Die fünfte Frage betrifft die Verbindung mit den Massen. Genosse Trotzki erklärte jetzt, daß das Zutrauen der proletarischen Massen im Laufe von Jahren wachse. Warum hat er aber dies nicht bemerkt, als er im Oktober anfing, mit uns zu streiten? Ein im Laufe von Jahren vor sich gehendes Anwachsen des Zutrauens der proletarischen Massen zur proletarischen Partei darf von einem Führer der Partei oder wenigstens von einem Genossen, der auf den Namen eines Führers der Partei Anspruch erhebt, nicht unbemerkt bleiben. Wir sehen diese Tatsache, einer der Führer der Partei aber sieht dies nicht. Was bedeutet das? Meines Erachtens, Genossen, bedeutet das ein Nichtverstehen der Partei.

Zum Schluß möchte ich einige Worte über den allgemeinen Charakter der Rede des Genossen Trotzki sagen. Ich denke, daß, wer auf einer Barrikade mit der Partei kämpfen will, auf dem Parteitag keine Parlamentsrede halten darf. (Beifall. Zurufe: Sehr richtig!) Die Partei hat sich in bedeutendem Grade entwickelt und, wiewohl sie zu 70% eine niedrige Schulbildung besitzt, weiß sie, welche Politik befolgt werden muß. Die Führer der Partei dürfen daher für keinen Augenblick die Auffassung zulassen, daß das niedrige Kulturniveau mit einer politischen Unbildung verknüpft ist. Die Partei der Arbeiterklasse hat, wenn sie auch nur mit Mühe Bücher liest, eine riesige praktische Erfahrung, und auf ihre politische Unbildung darf man nicht rechnen.

Genosse Trotzki erklärt, daß, wenn die Zeit kommen wird, auch er seinen Teil am Kampfe auf der bolschewistischen Barrikade leisten wird. Uns, Genosse Trotzki, ist das zu wenig. Wir betrachten Sie nicht als gewöhnlichen Schützen, wir betrachten Sie als einen Kommandeur, wir fordern von Ihnen nicht bloß eine einfache Beteiligung am Kampfe auf der Barrikade, sondern wir fordern von Ihnen eine Kommandoführung, aber eine kluge Kommandoführung und einen klaren Befehl. (Beifall.) Werden Sie uns Verwirrung in die Fragen hineintragen, so werden wir Ihnen nicht glauben. (Beifall.)

Genosse Guly:

Die Linie des ZK. während eines ganzen Jahres seiner Tätigkeit war sowohl auf wirtschaftlichem wie auch auf außenpolitischem Gebiete und in bezug auf Führung unserer Partei völlig leninistisch, völlig bolschewistisch, richtig und zufriedenstellend. Hier, Genossen, auf dem XIII. Parteitag muß Schluß gemacht werden mit der Lage, auf die die internationale Bourgeoisie Hoffnungen setzt. Genosse Sinowjew hat in der Fraktion des II. Bundes-Sowjetkongresses erklärt, daß unsere Politik gegenüber den Genossen, die während des gesamten Jahres Fehler in unserer Partei begingen, entschieden und schroff geändert werden muß. Sie müssen gezwungen werden, hier nicht, wie es der Vorredner richtig sagte, diplomatisch, nicht auf parlamentarische Art, sondern als ehrliche Revolutionäre zu sprechen. Uns Arbeiter sind diese gelehrten Phrasen in den sechs Jahren des revolutionären Kampfes verständlich geworden, und wir verstehen sie als eine Diplomatie, die den Zweck hat, andere zu beschuldigen und sich selbst zu rechtfertigen. Hier unter den Delegierten sprach man nach der Rede des Genossen Trotzki davon, daß es dem Genossen Trotzki sehr schwer fällt, sich herauszuwinden, und daß man mit ihm Mitleid haben müsse. (Lachen.) Das ist ganz richtig. Genosse Trotzki hat aber trotzdem seinen Irrtum nicht zugegeben, sondern erklärt: „Ihr habt Euch geirrt und nicht ich, ich bin im Recht." Durch Anführung der Resolution vom 5. Dezember, die Genosse Trotzki so begeistert lobt, will er immer mehr beweisen, daß das ZK. und nicht er selbst sich geirrt habe. Meines Erachtens muß offen die Frage gestellt werden: Was bedeutet es, daß nach der von Ihnen so gelobten Resolution, die Sie in der Sitzung des Politbüros des ZK. zusammen mit ihm annahmen, Ihre Briefe durch den Genossen Primakow in der gesamten Kavalleriedivision, in allen Landkreisen verbreitet wurden? Was bedeutet, Genosse Trotzki, die „Schlamperei der Gouvernementskomitees", über die Sie sprechen? Seinerzeit faßten wir dies in den Organisationen so auf, daß Genosse Trotzki die Gouvernementskomitees auflösen, die Genossen, die den Genossen Trotzki daran hindern, eine bestimmte Politik zu betreiben, wegschicken und die durch den Genossen Lenin festgesetzte organisatorische Struktur der Partei abändern will. Und wenn unsere Partei nicht so aufgebaut wäre, wie sie Genosse Lenin aufgebaut hat, so wäre es der kleinbürgerlichen Tendenz, die in unserer Partei sich so breit gemacht hat, auch gelungen, in unserer Partei etwas zu erreichen. Nur dank dieser fest, klug und geschickt aufgebauten Struktur unserer Partei hat diese Tendenz eine volle Niederlage erlitten.

Hier auf dem XIII. Parteitag müssen wir aber den Genossen Trotzki nicht diplomatisch, sondern ehrlich revolutionär fragen: Wird Genosse Trotzki in seiner weiteren Tätigkeit die Partei oder die Gruppe seiner Gesinnungsgenossen unterstützen?

Nun gehe ich zu der Erklärung über, die Genosse Sinowjew in seinem Bericht machte, als er sagte, daß wir nicht alles rühmen werden, daß wir auch darüber sprechen werden, was bei uns schlimm ist. So manche Stellen in unserer Arbeit sind nicht in Ordnung, und ernste Beachtung muß ihnen gewidmet werden. Ich will über die Tarifpolitik unserer Partei, über die Arbeitslohnfrage sprechen. Hier muß das ZK. darauf hingewiesen werden, daß die Linie, die es in dieser Beziehung befolgte, nicht genügend fest war, daß in der letzten Zeit die diesbezüglichen Rundschreiben einander aufhoben und es den Gewerkschaftsfunktionären unglaublich schwer war, zu arbeiten. Im weiteren tut eine klare und bestimmte Linie not.

Es muß gesagt werden, daß zum Beispiel ein Eisenbahner der neunten Gehaltsklasse, ein qualifizierter Arbeiter, im Durchschnitt 25 Rubel im Monat bekommt. Was kann aber dieser qualifizierte Arbeiter mit 25 Rubel im Monat anfangen, wenn er im Durchschnitt eine Familie von fünf Mitgliedern hat?

Ist das etwa eine normale Existenz? Man muß wohl berechnen, welchen Nutzen eine solche Lage bringen kann.

Ferner, Genossen, will ich über die Arbeit im Dorfe sprechen und über die Schaffung jenes öffentlichen Lebens im Dorfe, über das hier Genosse Sinowjew sprach. Dieses öffentliche Leben im Dorfe können wir nur dann schaffen, wenn wir für die Kommunisten, die durch Beschluß der XIII. Konferenz (es gibt solche etwa 3000) zur Arbeit in das Dorf gesandt wurden, Bedingungen schaffen, unter denen es diesen Kommunisten möglich sein wird, im Dorfe entsprechend zu arbeiten. Wir müssen dieser Aufgabe Beachtung widmen, denn das Dorf ist für uns ein Punkt von größter Wichtigkeit, eine Front, auf die wir unsere Aufmerksamkeit und unsere Tätigkeit konzentrieren müssen.

Ferner, Genossen, muß ich sagen, daß wir die Erklärung, die der XIII. Parteitag vom Genossen Trotzki erwartet hatte, nicht bekommen haben. Wir hörten eine Erklärung, daß Genosse Trotzki seinen Irrtum nicht zugebe, sondern erklärt, daß die Partei sich geirrt habe. Der einzige Irrtum, den Genosse Trotzki zugibt, ist die Tatsache seiner Erkrankung.

Was wird nun weiter geschehen? Wird Genosse Trotzki arbeiten wie „Tschitscherin und der Tscherwonez" oder wird sich Genosse Trotzki der Partei entgegenstellen? Ich glaube, daß die Partei das nicht zulassen wird. (Beifall.)

Genosse A. Iwanow:

Alle warteten hier mit großem Interesse auf die Rede des Genossen Trotzki, weil jeder wohl weiß, welche Achtung und welches Gewicht Gen. Trotzki besitzt, und jeder wollte nunmehr, nachdem die Diskussion vorbei ist, nachdem die XIII. Parteikonferenz ihren Beschluß gefaßt hat, vom Genossen Trotzki seine Meinung hören. Tatsächlich haben wir, wie Genosse Guly hier gesagt hat, gehört, daß die einzige Schuld des Genossen Trotzki darin liege, daß er erkrankt sei. Andererseits nahm er in seiner ganzen Rede, vielleicht irre ich mich darin, die Opposition voll unter seinen Schutz und wollte sie damit rechtfertigen, daß die Diskussion auf Grund des Beschlusses vom 5. Dezember stattfand und daß diese Diskussion nur eine Erfüllung der Punkte dieser Resolution gewesen sei. Das heißt also, daß das ZK. sich geirrt hat, während diese Genossen die Parteilinie verkörperten. Genosse Trotzki erklärt, daß diese Resolution einstimmig angenommen worden sei und daß es diesbezüglich keinerlei Meinungsverschiedenheiten gab.

Worum handelt es sich eigentlich? Worin liegt der versteckte Sinn seiner Worte? Genossen, der Hund liegt wahrscheinlich nicht hier begraben. Wiewohl Genosse Trotzki erklärt,

daß er auf keine einzelne Person hinweisen wolle, so muß dies bei der Aussprache trotzdem geschehen. Bei der Diskussion handelte es sich hauptsächlich um die Mängel des Parteiapparates. Es wurde entschieden erklärt, daß diese Personen und Führer nicht imstande sein werden, die notwendige Linie zu befolgen und daß sie daher „durchgeschüttelt" werden müssen. Das war das Grundlegende in der Diskussion. Man sagte, man könne keinem Apparat vertrauen, der diesen Kurs eventuell ändern werde. Hier liegt der Hund begraben.

Die Frage über die Alten und Jungen hat Genosse Trotzki tatsächlich sehr geschickt umgangen. Für uns Proletarier aber, die wir uns auf diese Feinheiten nicht verstehen, ist es klar, daß früher nicht darüber gesprochen wurde, daß die alten Führer den Jungen keinen freien Weg geben, nein, dort wurde die alte Garde mit den deutschen Sozialdemokraten, mit den entarteten Scheidemännern usw. verglichen. Hier liegt der Hund begraben, und wenn die alten Bolschewiki, ehemalige unterirdische Parteiarbeiter, die Briefe des Genossen Trotzki lesen, so ist es ihnen — wenigstens scheint es mir so — allen klar, daß Genosse Trotzki — und zwar sehr gründlich — „zu stark gepfeffert" hat.

Zweifellos gab es Fehler. Konnte es aber ein ZK. ohne jede Fehler geben? Bei dieser Diskussion wurde aber mit Bestimmtheit erklärt, daß das ZK. das Land zum Untergang führe. Ein solches ZK. müßte man natürlich fortjagen. Warum will man das aber nicht offen sagen?

Natürlich wäre es seltsam, wenn Genosse Trotzki erklären würde, daß er sich dem Beschluß des XIII. Parteitages nicht füge; das würde bedeuten, sich außerhalb der Reihen der Partei zu stellen. Trotzdem erklärte er aber, daß seiner Meinung nach alle diese Genossen im Recht und das ZK. im Unrecht war.

Wir wissen im allgemeinen, daß es sich nicht nur um diese oppositionelle Gruppe handelt, sondern darum, daß die meisten Genossen, die dieser Gruppe angehörten, schon längst, sowohl in bezug auf die Gewerkschaften wie auch bei der „Erklärung der Zweiundzwanzig" anderer Meinung sind als wir. All dies wissen wir schon längst. Und die Genossen, mit denen wir zusammenarbeiten müssen, haben vielleicht nur in vereinzelten Fällen ihren Standpunkt wirklich geändert. Nach dieser Erklärung bin ich nicht überzeugt, absolut nicht überzeugt — vielleicht irre ich mich, und es wäre für unsere Partei gut, wenn ich mich irren würde —, daß schon morgen, unmittelbar nach unserem Parteitage, diese Genossen uns nicht irgendeinen neuen Streich spielen werden.

Sie sollen auf dem Parteitag alles restlos heraussagen. Glaubt Ihr, daß Ihr im Recht seid und das ZK. sich geirrt hat, so sagt dies. Seid Ihr aber nicht im Recht, so müßt Ihr sagen, daß die Partei im Recht ist. Dann ziehen wir einen Strich darunter und machen mit der ganzen Sache Schluß.

Genosse Sacharow:

Genosse Sacharow erklärt: Das Zentralkomitee hat eine in jeder Beziehung bedeutende Arbeit geleistet. Das ZK. genießt unbegrenztes Vertrauen sowohl bei den Arbeiter- wie bei den Bauernmassen. Und wenn das ZK. eines Tages sagen würde: „Alle auf die Straße hinaus, das Wohl der Arbeiterklasse erfordert es!", so würden alle, in allen Städten, hinausziehen.

In bezug auf die Wirtschaftslage muß ich folgendes sagen. Die Durchführung der Geldreform ist ein große Sache. Mir sagte ein Nep-Mann: „Ihr habt große, sogar sehr große Verdienste und Ihr müßt außer den Denkmälern, die Ihr den Führern errichten werdet, auch jenem ein Denkmal errichten, der die Geldreform durchgeführt hat — ein so schweres Werk ist das, das heißt, daß man dem Genossen Sokolnikow und dem ZK., das dieses Werk geleitet hat, ein Denkmal setzen müsse.

Nun, in bezug auf die organisatorischen Fragen. Wir haben einen Parteiapparat, auf den man früher viel geschimpft hat. Nun aber kommen jene, die geschimpft hatten, und sagen: Wir bitten um Entschuldigung, wir haben uns damals geirrt. Es muß festgestellt werden, daß dieser Apparat eine bedeutende Autorität bei den Massen, bei den unteren Schichten, besitzt.

Genosse Larin:

Genosse Larin führt aus: Wird etwa durch diesen innerparteilichen Prozeß irgendeine Möglichkeit kleinbürgerlicher Tendenzen gegeben? Aus der Rede des Genossen Trotzki kann gefolgert werden, daß es bei uns keinerlei Offenbarungen kleinbürgerlicher Tendenzen gab. Eine solche Auffassung ist durch die Wirtschaftslage ganz und gar nicht gerechtfertigt. Die Jahre der Neuen Wirtschaftspolitik haben zweifellos einerseits zu einer Entwicklung der Bourgeoisie und andererseits zur Entwicklung des Großbauerntums im Dorfe geführt. Beides mußte den Druck, der von außerhalb auf unsere Partei ausgeübt wird, verstärken. Folglich ist es schon von vornherein, auf Grund der Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse, unmöglich, die Möglichkeit und Unvermeidlichkeit einer gewissen Offenbarung dieser kleinbürgerlichen Tendenzen in Abrede zu stellen. Und wenn wir das, was früher vorlag, und das, was gegenwärtig vorliegt, betrachten, so werden wir dies natürlich in einer ganzen Reihe von Fällen feststellen können. Haben etwa hervorragende Genossen von der Opposition nicht die Warenintervention verkündet, nicht in der Form, wie Genosse Trotzki sagte, das heißt, daß Rohstoffe aus dem Auslande zur Entwicklung unserer Industrie, Maschinen usw., eingeführt werden sollen, sondern in der Form einer breitangelegten Einfuhr ausländischer Bedarfsartikel zur Befriedigung der Bauernschaft usw., was zu einer völligen Untergrabung unserer Industrie führen würde? Hat etwa dies nicht dem beharrlichen Wunsche des großbäuerlichen Teiles dieser Masse entsprochen? Haben wir etwa zur Zeit des „bedingt neuen" Kurses im Handel nicht eine Reihe von Stimmen gehört, die ebenfalls aus den Reihen der früheren Opposition kamen — zum Beispiel die des Genossen Kossior —, die solche Maßnahmen im Kampfe gegen den Privathandel, wie Boykott usw. die in der Resolution des Plenums unseres ZK. in gewissen Fällen als zulässig erklärt werden, kritisiert und abgelehnt haben? Genosse Trotzki darf an allen diesen Tatsachen nicht achtlos vorbeigehen und muß feststellen, daß sich in den Reihen der Opposition zweifellos in diesem oder jenem Grade kleinbürgerliche Tendenzen offenbarten.

Die Fortsetzung des ausführlichen Berichtes über den XIII. Parteitag der RKP. folgt in weiteren Sondernummern.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Clara Zetkin: Die Aufgaben der III. Internationalen Konferenz der Kommunistinnen.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 66. 11. Juni. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Das Abkommen zwischen der Sowjetunion und China. Von Tschitscherin 797

Politik.
Die Lage in Rumänien. Von Petroseanu 798

Wirtschaft.
Die wirtschaftliche Lage in Japan. Von Matow . . . 799

Arbeiterbewegung.
Der Wiener Kongreß der Amsterdamer. Von E. A. . . 800
Das Nationale Arbeitssekretariat und die KP. Hollands. Von M. H. 801

Proletarische Frauenbewegung.
Die Aufgaben der Dritten Internationalen Konferenz der Kommunistinnen. Von Zetkin 802

Aus der Internationale.
Ansprache der Genossin Clara Zetkin auf dem XIII. Parteitag der RKP. 805

Aus der Roten Gewerkschafts-Internationale.
„Taktlosigkeit, Frechheit und Unverschämtheit" der RGI. Von Losowski 806

Aus dem faschistischen Italien.
Das Italien von heute. Von Nin 807

Weißer Schrecken.
Die Welle des weißen Terrors in Polen. Von Domski 807

Buchbesprechungen.
Leo Lania: „Gewehre auf Reisen." Von P. F. 808

Buchanzeigen.
Heft 10/11 und 12 der „Internationale" 808

Das Abkommen zwischen der Sowjetunion und China.

Von Georg Tschitscherin.

** Mit Erleichterung atmet jeder von uns und auch jeder Chinese auf, der die Interessen seines Volkes versteht, wenn er erfährt, daß die dumme Mauer, die uns von China trennte, endlich zusammengestürzt ist. Höchste Zeit! China konnte für den Verzicht auf die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen mit uns gar keinen Grund haben. Die chinesische Regierung ist kein Gläubiger der Sowjetunion und konnte die Frage der Anerkennung der Sowjetunion nicht zum Versuch benutzen, uns zur Schuldenzahlung zu zwingen. Sie hat mit der Anerkennung der Sowjetunion gar nicht darum so lange gezögert, weil sie selbst uns etwa nicht anerkennen wollte. Sie begann die Blockade gegen die RSFSR. Anfang 1918, später erwies sie der Intervention Dienste und zögerte jüngstens mit unserer Anerkennung aus einem und demselben Grunde: infolge des Druckes der Ententemächte. Auch jetzt wurde das Abkommen zwischen dem Genossen Karachan und dem chinesischen Außenminister Wellington Ku in der allerheimlichsten Weise, unter dem Schutze des diplomatischen Geheimnisses, vorbereitet. Die Diplomatie der Großmächte vereitelte das erstemal die Unterzeichnung unseres Abkommens mit China und hätte es auch jetzt nicht zugelassen, wäre es nicht gelungen, die diplomatischen Akten während der Vorbereitung ihren Blicken strengstens zu enthalten.

Daher ist die Unterzeichnung dieses Abkommens durch die chinesische Regierung ein äußerst großer Fortschritt auf dem Wege der Befreiung der Politik der kolonialen und halbkolonialen Völker vom Joche der Großmächte. Die Bedeutung dieser unabhängigen Tat der chinesischen Politik erstreckt sich daher weit über die Grenzen Chinas hinaus. Es ist ein historisches Ereignis auf dem Gebiete der Freiheitsbewegung der Ostvölker. China bewies dadurch, daß es denselben Weg betritt wie die Türkei in Sakarien und in Lausanne, wie Persien im Jahre 1920 und Afghanistan zu Beginn der Herrschaft des Emirs Amanuli. Der Prozeß der Erwachung der Ostvölker, ihr Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung, der Ausbau ihrer völligen Freiheit schreitet langsam und unabwendbar vorwärts. Die Kräfte der Ostvölker wachsen allmählich. Sie erstarken politisch und wirtschaftlich mit jedem Tage.

Dadurch werden auch ihre freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion verstärkt. Diese freundschaftlichen Beziehungen stellen eines der wichtigsten Elemente jenes historischen Prozesses dar, der den ganzen Osten umfaßt. Diese Beziehungen werden mit jedem Erfolg der Ostvölker auf dem Wege ihrer Befreiung fester. Ebenso ist die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen mit der Sowjetunion für China ein riesiger Schritt vorwärts auf dem Wege seiner Befreiung vom fremden Joche, und umgekehrt wird auch sein weiterer Vormarsch auf diesem Wege zur weiteren Verstärkung der Freundschaft mit der Sowjetunion führen.

Die normalen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China müssen die freundschaftlichsten sein, und diese Wahrheit

ist in das Bewußtsein der breitesten Massen Chinas tief eingedrungen. Die Völker der Sowjetunion werden Hand in Hand miteinander gehen und einander in jeder Hinsicht vollkommen unterstützen. Die breiten Massen Chinas, unter denen der Name Lenins zu einem der volkstümlichsten Namen geworden ist, wissen vorzüglich, daß die Sowjetrepublik ihr einziger konsequenter und ganz selbstloser Freund ist. Gerade weil die chinesische öffentliche Meinung dies anerkennt, hat sie so beharrlich auf die chinesische Regierung einen Druck ausgeübt und die Verständigung mit der Sowjetunion gefordert. Der unverhüllte zynisch-grobe Schritt der amerikanischen Diplomatie, die bestrebt war, durch Einschüchterung und durch offenen Druck Chinas Verständigung mit uns zu verhindern, hat die chinesische öffentliche Meinung noch mehr aufgestachelt und dadurch die günstige Entspannung der allzu lange dauernden unsinnigen Krise zwischen der Sowjetunion und China beschleunigt.

Die Erstarkung der sich befreienden Ostvölker, die Umlenkung ihrer ganzen Außenpolitik und ihres inneren Lebens auf neue Bahnen ist also eine der allgemeinen Ursachen, die zur Wiederherstellung der normalen Beziehungen zwischen uns und China führten. Eine andere allgemeine Ursache besteht darin, daß die internationale Politik einer ganzen Reihe starker Großmächte, wenn auch nur teilweise, aber schon bemerkbar, neue Wege einschlug. Die Bourgeoisie der stärksten Westmächte ist, wenn man sich so ausdrücken darf, vom rechten Pferd auf das linke umgestiegen, unter anderem auch deshalb, weil ihr alter Kurs in den kolonialen und halbkolonialen Ländern ihr mit baldigen Katastrophen drohte. Sie mußte andere Methoden einschlagen, auf Kompromisse eingehen, versuchen, die Politik des friedlichen Eindringens durchzuführen. Diese neue Kolonialpolitik der Bourgeoisie der stärksten Länder stößt auf ein wesentliches Hindernis: das Kapital sucht und wird immer in den Kolonien Überprofit suchen, es geht in die Kolonien nicht für denselben Prozentsatz, mit dem es zu Hause zufrieden ist. Und um einen Überprofit eintreiben zu können, wird es immer bestrebt sein, entsprechende politische Bedingungen zu schaffen.

Die Sowjetrepublik allein bleibt stets ein wirklicher Freund der Ostvölker. Aber der vollständige Mißerfolg der Politik der gepanzerten Faust im Osten zwingt die Großmächte, dort eine Kompromißlinie einzuschlagen. Wenn auch die neuen Regierungen Englands und Frankreichs die neue kompromißlerische Kolonialpolitik nicht sofort in vollem Umfange verwirklichen, beziehungsweise verwirklichen werden, so ist der historische Weg bereits beschritten worden, und die chinesische Regierung hat schon begriffen, daß der eingesetzte Wandel in den internationalen Beziehungen der Ostvölker in der größeren Unabhängigkeit ihrer politischen Linie ihren Ausdruck finden muß.

Das Erscheinen der Sowjetunion als einer mit China freundschaftlichen Macht an der Küste des Stillen Ozeans rollt sofort die Frage der Weltbedeutung des Bassins des Stillen Ozeans auf. Die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Welt erstrecken sich immer mehr und mehr auch auf den Stillen Ozean. Er ist der Ozean der Zukunft. Die Perspektiven, die die Wiederaufnahme der normalen, das heißt freundschaftlichen Beziehungen der Sowjetunion mit China eröffnet, werden sich vor uns erst allmählich klären. Aber schon heute können wir in allgemeinen Zügen die riesige Bedeutung dieses Ereignisses feststellen.

Politik

Die Lage in Rumänien.

Von E. O. Petroseanu (Bukarest).

** Vor einigen Tagen berichteten aus **Belgrad, Rom** und **London** eingetroffene Nachrichten über einen Umsturz in Rumänien. General **Averescu** hätte mit Hilfe seiner in **Bukarest** versammelten 50.000 Bauern die Regierung **Bratianu** gestürzt und eine faschistisch-militärische Diktatur nach dem Muster des Mussolinismus in Rumänien errichtet. Ein Telegramm aus **Rom** besagte sogar, der König sei nach Jugoslawien geflüchtet und die Ausrufung der Republik in Rumänien stehe unmittelbar bevor.

Wenn auch diese Nachrichten nicht zutreffen und lediglich ein Finanzmanöver englischer und französischer Kapitalisten gegen das Bratianu-Regime darstellen, das ihren Interessen durch das Ausbeutungsmonopol des liberalen Finanzkapitals ein Hindernis in den Weg stellt, so sind sie nichtsdestoweniger für den Auflösungsprozeß der machthabenden liberalen Partei und somit auch der Regierung der rumänischen Bojaren- und Finanzoligarchie charakteristisch.

Die Weigerung der rumänischen Regierung, die von der Sowjetdelegation in Wien gestellte Plebiszitforderung als die einzige Lösung der bessarabischen Frage anzunehmen und der hierauf durch Proklamierung des Standrechtes verschärfte militärische **Ausnahmezustand zur Vernichtung der Arbeiterbewegung und zur Niederhaltung des Selbstbestimmungswillens der nationalen Minderheiten**, haben die Zwangsorganisation, die sich rumänisches Königreich nennt, entlarvt. Durch die Proklamierung des Standrechtes waren aber die Machthaber Rumäniens nicht mehr imstande, nicht nur vor den werktätigen Massen der Welt, sondern auch vor der Bourgeoisie der Weststaaten die Tatsache zu verhüllen, daß das faule Gerüst des rumänischen Staates nur noch mit Bajonettspitzen zusammenzuhalten ist.

In den seit Abbruch der Wiener russisch-rumänischen Konferenz verflossenen zwei Monaten mußte der rumänische Bojarenimperialismus in außenpolitischer Hinsicht ein förmliches Rutenlaufen durchmachen. Die Reise des rumänischen Königs nach Paris, London und Brüssel, die den Zweck verfolgte, die Westmächte für die Verteidigung der rumänischen Zugehörigkeit Bessarabiens durch militärische Sonderbündnisse zu engagieren und die Finanzkreise Frankreichs und Englands zur Gewährung von Rüstungskrediten unter dem Namen „wirtschaftliche Konsolidierung" zu bewegen, mußte sowohl in London wie auch in Paris, dank der politischen Kursänderung in beiden Ländern, ein völliges Fiasko erleiden. Weder Paris noch London wollten sich in der bessarabischen Frage durch die Abschließung eines militärischen Garantiebündnisses endgültig engagieren. Auch haben die Entente-Kapitalisten die Gewährung von Krediten für das Bratianu-Rumänien derzeit für kein rentables Geschäft erachtet. So kam es, daß Rumänien, selbst von seinen engen Verbündeten Jugoslawien und der Tschechoslowakei in der bessarabischen Frage preisgegeben, in eine völlige Isolierung geriet.

Die Bratianu-Regierung gab sich alle Mühe, den Schiffbruch ihrer Außenpolitik im Innern des Landes zu verhüllen. Die Zensur waltete in den von den nationalen Minoritäten bewohnten Gebieten mit aller Strenge. Wie immer, wenn es sich darum handelte, die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung von den eigenen Schwierigkeiten der regierenden liberalen Partei abzulenken, setzte die Bratianu-Regierung auch diesmal faschistisch-antisemitische Unruhen in Altrumänien, besonders aber in Siebenbürgen und im Banat, in Szene, um unter dem Vorwande der „Wiederherstellung der Ordnung" den skrupellosen Signoranzaterror gegen die Arbeiterklasse, vor allem aber gegen die Stoßtruppe des rumänischen Proletariats, die KP. Rumäniens und gegen die unitäre Gewerkschaftsbewegung walten zu lassen. Doch das verschärfte militärische Terrorregime hat nur neue Zersetzungskeime in die verpestete Atmosphäre dieses Staates der grausamsten Soldateska und der korruptesten Feudal- und Finanzoligarchie hineintragen. **Im alten rumänischen Flachlande und in Siebenbürgen stehen infolge der Agrarkorruption Bauernaufstände auf der Tagesordnung. In Bessarabien gibt die Bevölkerung ihrem Unwillen gegen die militärische Willkürherrschaft ohne Klassen- und Nationalitätenunterschied in Ausbrüchen gegen die liberale Verwaltung und gegen die militärischen Gewalttäter nunmehr offen Ausdruck.** Trotz des grausamen Terrors, der sich unter anderem in Massenverhaftungen, Schließung der nichtrumänischen Schulen und Kulturinstitutionen kennzeichnet, bekundet die bessarabische Bevölkerung klar ihren Willen nach Wiedervereinigung Bessarabiens mit der Sowjetunion. **Selbst die zersplitterten oppositionellen Parteien** der rumänischen Bourgeoisie, deren Tätigkeit durch den militärischen Ausnahmezustand ebenfalls im beträchtlichen Maße gehemmt wird, **raffen sich**, ermuntert vom Siege der französischen Linken, **gegen die Regierung auf und bemühen sich, durch Vereinigung ihre Kräfte zum Sturze des Bratianu-Regimes zu konzentrieren.** So vereinigte sich unlängst die **nationalistisch-demokratische** Gruppe **Jorgas** mit den Dissidenten der Volkspartei, der sogenannten **Argetoianu-Gruppe**. Auch die so lange verzögerte Vereinigung der sich auf die Kleinbourgeoisie Siebenbürgens stützenden National-Partei mit der Bauern-Partei kann nunmehr als eine vollendete Tatsache gelten.

Gleichzeitig hat sich auch die seit eineinhalb Jahren andauernde **wirtschaftliche Krise**, die sich in einer allgemeinen Produktionskrise, in zunehmender Arbeitslosigkeit und in lähmender Geldknappheit bemerkbar macht, in den letzten Wochen äußerst zugespitzt. Der Außenhandel Rumäniens erfuhr im ersten Viertel des laufenden Jahres gegenüber derselben Periode des Vorjahres einen beträchtlichen, nahezu 25%igen Rückgang.

Auch das „erste aktive Budget Rumäniens seit Kriegsbeginn" erwies sich mit einem vorläufigen Defizit von eineinhalb Milliarden bereits als passiv. Unter solchen Umständen erfolgte unlängst jene mächtige Explosion in den Munitionsdepots der rumänischen Hauptstadt, die zahlreiche Tote und Schwerverletzte als Opfer forderte, einen Großteil der militärischen Gebäude in Bukarest und 40% des Heeresausrüstungsmaterials der rumänischen Armee vernichtete und hierdurch deren Wehrfähigkeit auf eine lange Zeit hinaus herabsetzte. Die Bukarester Explosion ist aber nur ein Vorzeichen anderer Explosionen, die durch die breitesten Volksmassen in Form von Ausbrüchen der Empörung herbeigeführt werden.

Ob es aber den rumänischen oppositionellen Parteien, die in sich verschiedene Ideologien verkörpern und eine mannigfaltige, widerspruchsvolle soziale Struktur aufweisen, gelingen wird, der Bratianu-Regierung und der liberalen Partei — der einzigen klassenbewußten Partei der rumänischen Bourgeoisie — die Macht zu entreißen, ist einstweilen unwahrscheinlich. Denn der unausweichbar herannahende Umschwung wird nicht so sehr durch das Paktieren und die „Aktionen" der zahlenmäßig schwachen parlamentarischen Opposition als vielmehr durch den fortgeschrittenen Fäulnisprozeß der liberalen Partei einerseits und durch die revolutionäre Tatbereitschaft der klassenbewußten Arbeiterschaft Rumäniens andererseits bedingt.

Vielmehr ist anzunehmen, daß die Dynastie und die Militärclique es versuchen werden, die Lage durch eine verschleierte oder offene militärische Diktatur nach faschistischem Muster auf eine Zeitlang zu retten, um auf diese Weise die Stunde ihres Niederganges hinauszuschieben. Eine solche Diktatur, zu deren Errichtung General Averescu, der seinerzeitige militärische Besetzer Bessarabiens, der Schöpfer der gegenwärtig bestehenden reaktionären Arbeitergesetzgebung, der blutige Niederkämpfer des großen Generalstreiks des Jahres 1920, in den Kreisen des rumänischen Hofes vermöge seiner Verbindung mit Mussolini als der geeignetste Mann erachtet wird, würde dann ein Abrücken von der bisherigen Kleine-Entente-Politik der Bratianu-Regierung und ein Zusammengehen mit dem lateinischen Block Mussolinis und Primo de Riveras zur Folge haben. In wirtschaftlicher Hinsicht würde die Politik neue Konzessionserteilungen der rumänischen Industrie an das Entente-Kapital, also eine völlige wirtschaftliche Kolonisierung Rumäniens bedeuten.

Wie dem auch immer sei — das Bratianu-Regime steht am äußersten Rande seines Niederganges.

Wirtschaft

Die wirtschaftliche Lage in Japan.

Nach der Erdbebenkatastrophe im September 1923.

Von A. Matow (Moskau).

I.

** Wenn man sich von dem, was die japanischen Zeitungen geschrieben haben, leiten lassen wollte, so würde das Erdbeben im September 1923 nicht die ökonomische Katastrophe bedeuten, die man gefürchtet hat. Das „normale Leben hat sehr rasch wieder eingesetzt"; „der Wiederaufbau hat" — natürlich mühelos! — „begonnen"; „Ruhe und Ordnung"; „intensive Tätigkeit" usw. Also braucht man bezüglich der Zukunft Japans keine Angst zu haben.

In diesem Ton schreiben die Zeitungen.

Aber die englisch-japanische Zeitung „Japan Chronicle", ein in Kobé erscheinendes unabhängiges Organ, sah sich schon am 12. September konfisziert, weil sie eine Notiz über die Lage der Banken veröffentlicht hatte.

In Wahrheit war die ökonomische Lage Japans bereits vor dem furchtbaren Erdbeben schwierig genug. Die Lebenskosten waren so gestiegen, daß dieses ideale Land der billigen Lebenshaltung zu einem der teuersten vorgerückt war. Wenn man die Lebenskosten im Jahre 1914 mit der Ziffer 100 bezeichnet, so stellt sich die Steigerung der Lebenskosten, wenn man Tokio, London und New York miteinander vergleicht, folgendermaßen dar:

1923	Tokio	London	New York
Januar	193	169	158
Februar	203	172	159
März	208	171	161
April	206	172	161
Mai	209	171	158

Diese Teuerung hatte zahlreiche Streikbewegungen zur Folge.

Da die Einfuhr in immer stärkerem Maße die Ausfuhr überwog, geriet die Handelsbilanz in einen sehr argen Zustand. Es genügt, hier auf die Tatsache hinzuweisen, daß die Einfuhr im ersten Halbjahr 1923 die Ausfuhr um 400,000.000 Yen*) überstieg; im Juli 1923 betrug der Überschuß des Imports 42,000.000 Yen, desgleichen im August 1923.

Diese Verschlechterung der ökonomischen Situation war leicht erklärlich: Japan begann in raschem Tempo seine ausländischen Märkte zu verlieren. Seine Industrie, die sich während des Krieges sehr schnell ausgedehnt hatte, war, was ihre Erzeugnisse betrifft, den Industrien Amerikas und Europas, die nun von neuem einen erfolgreichen Konkurrenzkampf mit Japan aufnahmen, nicht gleichwertig. Der Boykott der Nippeswaren durch China, der Ende Mai 1923 einsetzte, hatte überdies so peinliche Folgen für Japan, daß die Kreise des Handels und der Industrie Japans ernstlich erklärten, daß darauf mit einem Wirtschaftskrieg geantwortet werden müsse.

Die Differenz zwischen Einfuhr und Ausfuhr zog eine Finanzkrise nach sich. Die Goldreserve, die 2,600,000.000 Yen betragen hatte, fiel auf 1,253.000 Yen im September 1923. Von Juni an schränkten die Banken die Kredite ein, erhöhten den Zinsfuß auf 10%, was eine gewaltige Neuerung bedeutete. Große Finanzinstitute waren vom Bankrott bedroht. Die Staatsbank, die befürchtete, daß sich der Krach von 1920 wiederholen könnte, eilte ihnen zu Hilfe. Als die Bizan-Bank und die Bozan-Bank in Nagoya ihre Zahlungen einstellten, schickte ihnen die Staatsbank mittels Automobilen große Beträge zur Deckung...

Mit einem Wort: Japan war am Vorabend der Erdbebenkatastrophe von einer der schwersten ökonomischen und finanziellen Krisen bedroht.

II.

Auf Grund der vom Polizeidepartement veranstalteten Enquete hat das Erdbeben 1495 Fabriken in Tokio selbst und über 97 Fabriken in der Umgebung der Hauptstadt vollkommen zerstört. Die Zahl der Unternehmungen, die Teilschäden erlitten haben, beträgt in Tokio 518 und in der Umgebung 1969. Die Zerstörung erstreckt sich auf 50% der Industrie dieses wichtigsten Industriegebietes.

Die Textilindustrie ist von den japanischen Industrien die fortgeschrittenste. Das in ihr investierte Kapital erreichte im Januar 1923 die Summe von 1.511,000.000 Yen. Darauf folgt die Elektroindustrie (1.424,000.000 Yen), die chemische (1.342.000.000 Yen) und die mechanische Industrie (1.130,000.000 Yen). Nun hat allein die Textilindustrie nach den Angaben von Osaker Mainishi einen Verlust von 35% erlitten, wobei die durch die später erfolgte Überschwemmungskatastrophe von Nagoya verursachten Verluste — erste Hälfte Oktober — nicht mitgerechnet sind.

Die offiziellen Optimisten geben vor, daß der Wiederaufbau der Fabriken nicht mehr als sechs Monate in Anspruch nehmen wird. Das ist ein gewaltiger Irrtum. Der größte Teil der angerichteten Zerstörungen ist vollständig gewesen. Zu dem Erdbeben hat sich das Feuer gesellt, die gesamten Maschinen und Werkzeuge sind unrettbar verloren, die Vorräte an Rohmaterialien sind verbrannt, die Gebäude sind ernsthaft beschädigt. Das qualifizierte Handwerk hat enorme Verluste an Menschen erlitten. Wir schätzen, daß ein Drittel der Textilindustrie für die Dauer wenigstens eines Jahres (vom September 1923 an gerechnet) außer Gefecht gesetzt ist, was die Handelsbilanz Japans nicht bessern wird.

Die Vereinigten Staaten werden von dem erzwungenen Stillstand der japanischen Produzenten profitieren; umso mehr, als seit dem Erdbeben die Preise in Japan eine enorme Steigerung erfahren haben. In Tokio mußten die Löhne einige Wochen nach dem Erdbeben um 30% erhöht werden, wobei sie noch immer hinter der furchtbaren Teuerung zurückblieben. Es scheint uns, daß Japan endgültig den Textilmarkt des Fernen Ostens verliert. Sein Hauptabnehmer — China — ist hingegen im Begriffe, seine Textilproduktion rapid zu entwickeln.

Die elektrische Industrie Japans, die sich im Verlaufe der letzten Jahre in wunderbarer Weise entwickelt hatte, ist nach Shogai-Smogyo im Ausmaße von 50% zerstört worden. Tokio und Yokohama waren ihre Zentren. Die Elektrifizierung Japans war so fortgeschritten, daß sie nur mit der in der Schweiz verglichen werden konnte. Die elektrische Energie beherrschte die

*) 1 Yen war am 1. Januar 1921 gleich 3·10 Schweizer Franken.

ganze Produktion bis zu den großen Zuckerbäckereien, die das Fruchteis mit elektrischer Energie erzeugten. Auch die Eisenbahnen waren elektrifiziert.

Die Metallindustrie von Nogasaki und von Kobé ist verschont worden, aber hierbei handelt es sich fast ausschließlich um die Staatsindustrie (Flottenindustrie usw.). Dagegen haben die großen metallurgischen Betriebe von Tokio und Yokohama enorme Schäden erlitten (45%). Sie verlieren die indischen, chinesischen und malaiischen Märkte, beziehungsweise sind dort sehr stark zurückgedrängt.

Die Zerstörung der chemischen Fabriken zur Erzeugung von Kunstdünger wird auf die Landwirtschaft verhängnisvoll wirken. Der Kunstdünger ist für Japan so notwendig, daß er schon vor dem Erdbeben einer der Hauptimportartikel aus dem Ausland war (Import von Kunstdünger im April 1923: 21,764.000 Yen). Nunmehr hat Japan in der Zeit, bis es seine Betriebe wiederhergestellt hat, zu wählen zwischen ärgster Lebensmittel-, ja Hungersnot oder dem Einkauf von Kunstdünger zu enormen Preisen im Ausland.

Aus dem Vorhergehenden ergibt sich, daß die Aussichten für den japanischen Außenhandel sehr düster sind. In der Vergangenheit hat dieses an Naturschätzen arme Land seinen Kredit und seine Handelsbilanz nur seiner Ausfuhr an industriellen Erzeugnissen verdankt.

Werfen wir noch einen raschen Blick auf die Verluste, die der Staat erlitten hat. Die Flottenbasis von Yokosuko ist vernichtet. 100.000 Tonnen Petroleum sind verbrannt. Der Hafen ist zerstört. Ein Brand hat das Arsenal verheert. Die Größe der durch die Elementarkatastrophe in Yokosuko angerichteten Schäden ist ein Staatsgeheimnis, das die Admiralität gut behütet. Man begreift dies. Denn es wurde uns gegenüber mit Bestimmtheit behauptet, daß die ganze erste japanische Eskader, die sich in Yokosuko befunden hat, zugrundegegangen ist.

Das Arsenal von Tokio ist verbrannt.

Der Wiederaufbau von Tokio allein wird ungefähr 5 Milliarden Yen erfordern. Diese Summe ist mehr als viermal so groß als die Kriegsentschädigung, die Frankreich nach dem Krieg von 1870/71 an Deutschland zahlen mußte. Der Wiederaufbau von Yokohama wird nicht weniger als 2 Milliarden Yen erfordern.

Von diesem Gesichtspunkte aus können die durch das Erdbeben verursachten Schäden einem großen Krieg, der verloren wurde, gleichgesetzt werden.

III.

Welches sind die politischen Folgen dieser Tatsachen?

Japan verliert — wenigstens auf eine gewisse Zeit hinaus — seinen Rang als Großmacht. Seine inneren Schwierigkeiten hindern es an Rüstungen und ehrgeizigen imperialistischen Unternehmungen. Seine militärische Bedeutung erleidet Einbuße.

Die Ermordung der Sozialisten, das Massaker der Koreaner während der Katastrophe haben eine Ära der inneren Wirren eröffnet. Man halte sich die Arbeitslosigkeit und das furchtbare Elend der Armen vor Augen! Japan wird zur Wiederherstellung seines Wirtschaftslebens ausländische Anleihen brauchen, die ihm die Vereinigten Staaten und England zweifellos gewähren werden. (Diese beiden Länder haben dort in den letzten drei Jahren 11 Milliarden Yen investiert.) Schon vor der Elementarkatastrophe übten Frankreich, England und die Vereinigten Staaten auf Japan einen großen politischen Einfluß aus. Nunmehr wird die Tokioer Regierung der europäischen und amerikanischen Finanz noch mehr zu Diensten sein müssen.

Kurzum, das Japan vor dem September 1923 — reich, starrend von Kanonen und Waffen, militärischen Abenteuern geneigt — existiert nicht mehr. Es hat einer entsetzlichen Elementarkatastrophe bedurft, um dieses große Land zu zwingen, ein Jahrzehntlang und länger alle seine Energien auf die Arbeit zur Ermöglichung seines Wiederaufbaues zu konzentrieren.

Arbeiterbewegung

Der Wiener Kongreß der Amsterdamer.

Von A. E.

Wien, 7. Juni 1924.

** Der alle zwei Jahre stattfindende Kongreß der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale gehört wiederum der Vergangenheit an. Während einer ganzen Woche haben die Vertreter der Amsterdamer Gewerkschaften anscheinend in schönster Harmonie in Wien beisammen gesessen und allerhand bedeutungslose Resolutionen einstimmig angenommen. Es herrschte eine Stimmung der Mattheit. Schöne Reden wurden nicht geschwungen. Es lagen gedruckte Referate vor, die man lesen konnte, wenn man wollte, aber die man auch ungelesen lassen konnte. Weder über die Mittel und Wege, die die Gewerkschaftsbewegung national und international sich zueigen machen muß, um den überall bedrohten Achtstundentag gegen den international rücksichtslos vorgehenden Kapitalismus aufrechtzuerhalten, noch über den international zu führenden Kampf gegen Reaktion und Militarismus fanden auf dem Kongreß eingehende Diskussionen statt. Diese für die ganze Arbeiterbewegung lebenswichtigen Fragen wurden, genau wie alle anderen, sofort nach Eröffnung des Kongresses an die Kommissionen überwiesen, wo unter Ausschluß der Öffentlichkeit Resolutionen geschmiedet und alle Schwierigkeiten überbrückt wurden, die im Plenum des Kongresses die innerhalb der Amsterdamer Internationale bestehenden Gegensätze scharf demonstriert hätten und zu heftigen Auseinandersetzungen Anlaß hätten geben können.

Dennoch wäre es verfehlt, die Bedeutung dieses Kongresses nach seinen öffentlichen Sitzungen beurteilen zu wollen. Vor und während des Kongresses ist hinter den Kulissen auf das schärfste gekämpft worden und wenigstens in einem Punkte hat der Kongreß Beschlüsse gefaßt, die eine schwere Niederlage für die bisherige Führung bedeuten. Es sind dies die Beschlüsse bezüglich der Frage des Verhältnisses zwischen dem Internationalen Gewerkschaftsbunde und den internationalen Berufssekretariaten und der mit ihr verbundenen Frage der Zulassung der russischen Verbände innerhalb der Amsterdamer internationalen Organisationen.

Die mit der bekannten Berliner Konferenz der Transportarbeiter eingeleitete Aktion wider die Haltung der offiziellen Leitung des IGB. bezüglich der Aufnahme der russischen Organisationen in die Internationalen Berufssekretariate hat im Laufe von kaum einem Jahre derartig an Kraft gewonnen, daß das Amsterdamer Büro und mit ihm der Kongreß praktisch und tatsächlich vor der Opposition kapituliert hat.

Bereits im November vorigen Jahres, während der Amsterdamer Konferenz des Vorstandes des IGB. mit Vertretern der internationalen Berufssekretariate zeigte sich, daß die Internationale Transportföderation in ihrer Opposition zu der Amsterdamer Taktik nicht allein stand. Seit der Berliner Konferenz waren die Lebensmittelarbeiter bereits einen Schritt weiter gegangen und hatten im September auf ihrem Kongreß in Brüssel gegen den Willen der Amsterdamer Bürokratie den russischen Verband in ihre Internationale aufgenommen. Auf der Amsterdamer Konferenz selber wurde zwar ein Vorschlag des Amsterdamer Büros angenommen, der den Berufssekretariaten verbot, die russischen Organisationen aufzunehmen und der den Berufssekretariaten praktisch jede Autonomie absprach; aber von den 20 anwesenden Berufssekretariaten stimmten sechs geschlossen gegen den Vorschlag des Büros, unter ihnen die wichtigen Sekretariate der Metallarbeiter, Transportarbeiter und Lebensmittelarbeiter. Wäre nicht nach Sekretariaten, sondern nach ihrer Mitgliederzahl abgestimmt worden, dann hätte sich schon damals gezeigt, daß die Vertreter von zwei Fünfteln der in den internationalen Berufssekretariaten organisierten Arbeiter in der Frage der Zulassung der russischen Organisationen in Opposition zur Amsterdamer Internationale standen.

Auf dem Kongreß, hinter seinen Kulissen, wurde klar, daß sich die Lage für das Amsterdamer Büro seit November vorigen Jahres bedeutend verschlimmert hatte. In der Sitzung mit den Sekretären der Berufsinternationalen traten ziemlich alle großen und wichtigen Sekretariate in geschlossener Opposition für die Autonomie ein, das heißt für die Freiheit, die russischen und anderen Verbände aufzunehmen, falls sie die Aufnahme für nötig hielten. Nach zweitägigem Kampfe war der Widerstand des Vorstandes des IGB. gebrochen und er mußte kapitulieren. Allerdings bot eine Resolution, die von der Internationale der Postler vorgeschlagen wurde und die auf Grund der beigegebenen Erläuterung, die der Vorstand des IGB. sich zueigen machte, diesem die Möglichkeit, ohne allzu große Verletzung seiner Würde nachzugeben. Die von der Konferenz der Sekretäre der Berufsinternationalen einstimmig angenommene Resolution wurde später nach kurzer Aussprache vom Kongreß bestätigt. Sie hat folgende Bedeutung: Bisher war das Verhältnis der internationalen Berufssekretariate zum IGB. organisatorisch sehr lose, faktisch aber sehr eng, da die Internationalen Berufssekretariate, trotzdem sie auf die Beschlüsse der Instanzen des Internationalen Gewerkschaftsbundes keinerlei Einfluß hatten, dennoch verpflichtet

waren, diese Beschlüsse anzuerkennen und durchzuführen. Vor allem die Beschlüsse, die darauf hinzielten, den Eintritt der russischen Verbände in die internationalen Organisationen Amsterdamer Richtung unmöglich zu machen. Der neue Beschluß der Wiener Konferenz der Berufssekretariate und des Wiener Kongresses selber hat die bindenden Beschlüsse in dem Sinne abgeändert, daß sie in Zukunft nur noch „prinzipielle Richtlinien" sind, was in der Praxis bedeutet, daß jedes Berufssekretariat für sich das Recht hat, diese prinzipiellen Richtlinien als für sich nicht geltend zu betrachten, sobald die Mehrzahl der ihm angeschlossenen Verbände die Aufnahme der russischen Organisationen für nötig und wichtig hält. Indirekt bedeutet der Beschluß eine starke Absage der Internationalen Berufssekretariate an die bisher in der russischen Frage befolgte Taktik der Amsterdamer Bürokratie. Außerdem ist den gesamten Berufssekretariaten eine Vertretung von drei Delegierten in den Vorstand des IGB. gegeben worden, und zwar unter der ausdrücklichen Bestimmung, daß diese drei Vertreter auch zu den Sitzungen des Büros des IGB. jedesmal hinzugezogen werden müssen, wenn eine für die Berufssekretariate wichtige Besprechung stattfindet. Als Vertreter wählten die gesamten Berufssekretariate mit übergroßer Mehrheit zwei prominente Führer der Opposition, die als Kommunisten verschrieenen Genossen Fimmen von der Internationalen Transportarbeiter-Föderation und Cook von der Internationale der Bergarbeiter, während als dritter Smit von der Privatangestellten-Internationale als Vertreter der Kopfarbeiter gewählt wurde.

So klein dieser Erfolg an sich vielleicht auch scheint, seine volle Bedeutung kann nur dann richtig eingeschätzt werden, wenn man die bisherige Geschlossenheit innerhalb der Amsterdamer Internationale in bezug auf die russische Frage kennt. Symptomatisch für die Stimmung innerhalb der Amsterdamer Internationale ist ferner die an sich nicht wichtige Tatsache, daß eine große Anzahl Vertreter der kommunistischen Presse nicht nur auf dem Kongresse zugelassen wurde, sondern seitens der Amsterdamer Führer geradezu mit ausgesuchter Liebenswürdigkeit behandelt wurde. Vor zwei Jahren, auf dem Kongreß in Rom, wäre ein Vertreter der kommunistischen Presse überhaupt nicht zugelassen worden, in Wien wurden sie behandelt wie „liebwerte" Genossen, die nur ein Wort fallen zu lassen brauchten, um von jedem x-beliebigen Amsterdamer Führer ein Interview zu bekommen.

Wenn der Gegensatz zwischen dem rechten und dem linken Flügel weder in den gehaltenen Reden, noch in den angenommenen Resolutionen stark zum Ausdruck gekommen ist, dann ist das dem Umstande zuzuschreiben, daß auf beiden Seiten Befürchtungen vor einem öffentlichen Konflikte und einer eventuellen Spaltung mitbestimmend waren. Die Rechte fürchtete den öffentlichen Konflikt, da dieser eine Stärkung der Opposition außerhalb des IGB. bedeutet hätte; die Opposition vermied ihn, da sie zu einer eventuellen Übernahme der Leitung noch nicht in der Lage war.

Überhaupt wäre es verfehlt, die Kräfte der Opposition zu überschätzen, da diese in sich kein geschlossenes Ganzes bildet. Sie ist nicht organisiert und in ihren Zielen nicht abgeklärt. In der Frage der Aufnahme der russischen Organisationen finden sich Führer mit kommunistischem Einschlag, die den revolutionären Klassenkampf führen wollen, zusammen mit Arbeitsgemeinschaftlern, die aus ideologischen oder auch aus rein praktischen Gründen für die Aufnahme der russischen Organisationen sind. Es wird noch manchen Kampf innerhalb der Amsterdamer Internationale geben, es bedarf noch einer ungeheuren Propaganda und Aufklärung, nicht nur bis die Opposition die Majorität erobert haben, sondern auch, bis diese Opposition in ihrer Gesamtheit die Vertreterin einer klaren revolutionären Politik sein wird.

Jetzt ist es Sache der russischen und sonstigen revolutionären Verbände, zu der durch den Wiener Kongreß geschaffenen neuen Situation deutlich Stellung zu nehmen. Ganz besonders in bezug auf die Frage, in welcher Weise sie die bestehende Opposition innerhalb der Amsterdamer Internationale unterstützen und stärken können werden. Jedenfalls ist es ein glücklicher Umstand, daß der Kongreß der Profintern bald nach dem Wiener Kongreß der Amsterdamer stattfindet und daß dadurch den Roten Verbänden die Möglichkeit gegeben ist, die Situation zu besprechen und ihre Politik für die nächste Zukunft gemeinsam festzustellen. Der Wiener Kongreß ist, wenn auch nicht ein Beweis, so doch eine starke Andeutung dafür, daß die Amsterdamer Internationale bei einem geschickten Vorgehen von innen heraus zu erobern ist. Nicht nur dadurch, daß die russischen Verbände in die verschiedenen Internationalen Berufssekretariate eintreten, sondern auch dadurch, daß die russischen Gewerkschaften als Ganzes sich unter bestimmten Bedingungen bereit erklären, ihren Platz in der Amsterdamer Internationale einzunehmen. Die Linksströmung in der Amsterdamer Internationale ist, der Wiener Kongreß hat es gezeigt, bedeutend stärker, als bisher angenommen wurde. Außerdem ist deutlich zum Ausdruck gekommen, daß zwar diese Opposition in bestimmten Personen ihren Ausdruck findet, daß sie aber auch von diesen Personen nicht mehr abhängig ist.

Falls die außerhalb des IGB. stehenden revolutionären Verbände innerhalb des IGB. mit der linken Opposition zusammentreffen könnten, wäre die Frage der Eroberung der Amsterdamer Organisationen wahrscheinlich eine Frage kurzer Zeit. Und jedenfalls würde dadurch national und international die bisherige Politik des Ausschlusses der revolutionären Elemente durch die Amsterdamer Bürokratie für die Zukunft unmöglich gemacht werden.

Das Nationale Arbeitssekretariat (NAS.) und die KP. Hollands.

Von M. H.

** Auf dem diesjährigen Parteitage der Kommunistischen Partei Hollands, der vor einigen Wochen in Rotterdam tagte, spielte die Gewerkschaftsfrage eine sehr wichtige Rolle. Der Parteitag hatte die Aufgabe zu erfüllen, die bestehenden Differenzen und Gegensätze zwischen der KPH. und dem „Nationalen Arbeitssekretariat" (NAS.) sowie die oft von beiden Seiten in Wort und Schrift sehr scharf geführte Polemik zu beseitigen. Das NAS. ist eine Gewerkschaftszentrale mit revolutionärem Charakter, deren Föderationen zusammen etwa 13.000 Mitglieder zählen, wovon eine große Mehrheit mit der RGI. sympathisiert — das NAS. ist der RGI. noch nicht angeschlossen —, während noch eine kleine Minderheit glaubt, sich nicht auf den Boden der RGI. stellen zu können.

Es ist begreiflich, daß die Führer des NAS. und der einzelnen Föderationen bestrebt sind, ihre Gewerkschaftsorganisation durch Gewinnung von Mitgliedern zu vergrößern. Aber die Taktik des NAS. in bezug auf seine Propaganda und auf die Bekämpfung der reformistischen (modernen), neutralen und anderen Gewerkschaften bestand seither darin, die oppositionellen, mit der reformistischen Führung unzufriedenen Elemente aus dem Niederländischen Gewerkschaftsverband (NVV.), sogar einzeln, sofort herauszuholen und für das NAS. zu gewinnen. Diese Taktik führte zu Konflikten zwischen den Kommunisten im NVV. und dem NAS., und zwar deshalb, weil einerseits die Kommunisten im NVV. darin eine Störung und Hemmung ihrer Oppositionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften erblickten und andererseits die Führer und die Genossen im NAS. befürchteten, daß die Kommunisten dadurch nur die reformistischen und neutralen Gewerkschaften verstärken und das NAS. zerstören wollen.

Dieser Konflikt wurde besonders dadurch verschärft, daß die Kommunisten im NVV., besonders die Parteiführung, sich auf die Groninger Gewerkschaftsresolution stützten, die 1921 auf dem Parteikongreß in Groningen angenommen wurde. In dieser Resolution wurde erstens die organisatorische Einheit der Gewerkschaften und die Verschmelzung des NAS. mit dem NVV. in den Vordergrund gestellt und als die wichtigste Aufgabe der Einheitsfronttaktik betrachtet; zweitens wurde das NAS. nicht als revolutionäre Gewerkschaftszentrale bezeichnet.

Um in Holland für die Entwicklung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung und Durchführung der proletarischen Einheitsfront bei wirtschaftlichen Kämpfen und Aktionen gegen die Kapitalsoffensive eine einheitliche Linie und eine gemeinsame Plattform zu schaffen, mußten die Unklarheiten der Groninger Resolution aus der Welt geschafft werden.

Zwischen dem NAS., das auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes steht, und der KPH. war auf gewerkschaftlichem Gebiete größtmögliche gemeinschaftliche Zusammenarbeit und einheitliches Vorgehen unbedingt notwendig. Die Parole mußte lauten: Nicht Zersplitterung und gegenseitige Aufreibung, sondern Sammlung und Konzentrierung der Kräfte, die sich die Revolutionierung der holländischen Arbeiterschaft, die Bekämpfung des Kapitalismus und der verderblichen arbeitsgemeinschaftlichen Gewerkschaftstaktik der reformistischen, neutralen und katholischen Arbeiterführer zur Aufgabe gestellt haben.

Der diesjährige Parteitag der KPH. hat zur Verwirklichung dieses Zieles durch die Annahme der Gewerkschaftsresolution wesentlich beigetragen und den Weg dazu geebnet.

Darüber sind die Gegner sehr erbost. Denn die Gegner, die auf eine Spaltung der KPH., auf eine Verschärfung statt einer Ausgleichung der Gegensätze und schließlich auf einen vollkommenen Bruch zwischen dem NAS. und der Partei gehofft hatten, sind nicht auf ihre Kosten gekommen. Auf die Reformisten, die Lansink-Leute und die Bürgerlichen hat die Rotterdamer Resolution wie ein rotes Tuch gewirkt. Ganze Leitartikel haben die Stenhuys und Lansink gegen die Rotterdamer Gewerkschaftsresolution der KPH. geschrieben. Mit den heftigsten Angriffen und den demagogischsten Verdrehungen und Auslegungen suchen die Reformisten und Anarcho-Syndikalisten, jede Richtung in ihrer besonderen Art, die Rotterdamer Gewerkschaftresolution als eine Gefahr für die holländische Arbeiterbewegung an die Wand zu malen.

Im Lager der Reformisten hat Stenhuys, Vorsitzender des NVV., die Giftpfeile gegen die Kommunisten abgeschossen. Er behauptete ganz frech, daß die Kommunisten auf dem Kongreß in Rotterdam „zusammengekommen sind und darüber beratschlagt haben, wie sie zu einer intensiven Sabotage der Arbeiterbewegung kommen können". Stenhuys muß zu einer solch unerhörten Lüge greifen, um die Arbeiter in Holland zu täuschen. Dieser Gewerkschaftsstratege hat erst kürzlich beim Textilarbeiterstreik in Twente, um nur ein Beispiel herauszugreifen, sein arbeitsgemeinschaftspolitisches, unternehmerfreundliches Gesicht enthüllt. Er hat den streikenden und ausgesperrten Textilarbeitern den von den Textilfabrikanten geplanten 10%igen Lohnabzug dadurch schmackhaft zu machen versucht, daß er sich für einen 5%igen Lohnabzug bereit erklärt hat. So sabotiert dieser famose Gewerkschaftsführer die Forderung der Arbeiter in dem Augenblick, wo sich die kämpfenden Textilarbeiter unter das Diktat der Textilbarone nicht beugen, sich keinen Lohnabzug gefallen lassen wollen, ja sogar in Versammlungen Lohnerhöhungen fordern. Diese arbeiterschädigende, den Kapitalisten Vorteil bringende Politik wollte Stenhuys durch die lügenhafte Phrase vertuschen, „die Kommunisten wollen die Sabotage der Arbeiterbewegung". Damit nicht genug. Stenhuys leistet sich noch ein weiteres demagogisches Fechterkunststück. Er zitiert aus der Rotterdamer Resolution die Stelle, die von der Bildung kommunistischer Fraktionen besonders im NVV. spricht — übrigens stand dieser Passus fast wörtlich in der Groninger Resolution und ist durchaus nichts Neues — und behauptet, die Fraktionen der Kommunisten hätten mit der Disziplin der Gewerkschaftsbewegung nichts zu tun und verfolgten nur den Zweck, die Gewerkschaften zu einem Instrument in den Händen einer politischen Partei zu machen. Damit will Stenhuys die Arbeiter vor der KPH. schrecken. Er heuchelt zugleich, als ob die moderne reformistische Gewerkschaftsbewegung kein Werkzeug der Sozialdemokratie wäre. Es gibt Beispiele genug, auch in Holland, die deutlich zeigen, wie die Reformisten die Gewerkschaften für die Sozialdemokratischen Parteien und deren Politik mißbrauchen. Heute weiß fast die gesamte Arbeiterschaft in allen Ländern, daß die Kommunisten durch ihre Fraktionen nicht die Zerstörung der Gewerkschaftsbewegung, sondern ihre Revolutionierung, Einheit und Stärkung — allerdings im Sinne des revolutionären, rücksichtslosen Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie wollen. Stenhuys fürchtet also diese Tätigkeit der Kommunisten. Deshalb fordert er scharfe Gegenmaßnahmen und will die kommunistischen „Pestbazillen" radikal vernichten. Er will entweder die Kommunisten einfach hinauswerfen oder sie nur dann in den Gewerkschaften gnädigst dulden, wenn sie eine Erklärung unterschreiben, daß sie die Rotterdamer Resolution nicht als bindend betrachten. Man sieht, Stenhuys hat seinen großen deutschen Lehrmeistern vom ADGB. die Methoden der Kommunistenbekämpfung genau abgeguckt. Er wird aber genau so wie diese damit grnüdlich Schiffbruch erleiden.

Auch die anarcho-syndikalistische Lansink-Gruppe — sie zählt etwa 3500 Mitglieder und steht der RGI. feindlich gegenüber — beschäftigt sich sehr langatmig mit der Rotterdamer Resolution. Dabei werden die alten Mätzchen der Abhängigkeit der RGI. von der Komintern aufgetischt. Daß die Kommunisten in der Oppositionsarbeit und Fraktionsbildung in den reformistischen Verbänden die einzig richtige Methode zur erfolgreichen Bekämpfung und Entlarvung der reformistischen Führer und zur Revolutionierung der Arbeitermassen sehen, das werden diese Leute um Lansink und in der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA.) nie begreifen. Deshalb hat es auch keinen Zweck, mit ihnen darüber zu streiten. Es ist aber bezeichnend und wirkt geradezu komisch, wenn der „Syndikalist" Nr. 18, Organ der „Freien Arbeiter-Union Deutschlands", das NAS. beschwört, sich nicht von den bösen Kommunisten betören zu lassen. Die Kommunisten wollen durch die Zellentaktik die reformistischen Verbände nicht „zerstückeln", sondern stärken und das „bedeute praktisch die Aufhebung des NAS.". Daß von einer Auflösung oder Schwächung des NAS. in der Rotterdamer Resolution nicht gesprochen wird, sondern vom Gegenteil, das verschweigt wohlweislich der „Syndikalist". Und um nachzuweisen, daß das NAS. „nichts als ein Werkzeug in den Händen der KP. geworden" ist, muß der Artikelschreiber im „Syndikalist" zu einer direkten Fälschung greifen. Er legt dem Vertreter der RGI. in seiner Rede auf dem Rotterdamer Kongreß folgenden Satz in den Mund:

„Eine erste Notwendigkeit ist es, daß man das NAS. zu einem Instrument der KPH. macht." Das ist eine bewußte Lüge. Denn mit aller Deutlichkeit und Schärfe hat der Vertreter der RGI. ausdrücklich betont, daß es sich nicht darum handeln kann, das NAS. zu einem Instrument der KPH. zu machen, sondern zu einem Instrument des revolutionären Klassenkampfes. Diese Redewendung war sogar der Öffentlichkeit durch die Berichterstattung in der Presse bekannt. Die Anarcho-Syndikalisten müssen also in Ermanglung sachlicher Argumente zu Fälschungen und Verdrehungen ihre Zuflucht nehmen.

Die Angriffe der Gegner aller Schattierungen auf die KPH. und auf das NAS., besonders nach dem Rotterdamer Kongreß, zeigen, daß mit der Rotterdamer Gewerkschaftsresolution tatsächlich der richtige Weg beschritten wurde. Es gilt, auf diesem Wege weiterzuschreiten. Die KPH. und das NAS. werden das tun, trotz des Geschreies, trotz der Verleumdungen und der Anfeindungen aus dem Lager der Gegner.

Für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung ist die Situation auch in Holland reif. Die Offensive der Kapitalisten verschärft sich in verstärktem Maße. Mit allen Mitteln versuchen die Unternehmer, Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau zu diktieren. Die wirtschaftlichen Kämpfe in letzter Zeit, besonders bei den Bauarbeitern, den Hafenarbeitern, den Textilarbeitern in Twente, die schon monatelang im Kampfe stehen, und den Metallarbeitern in den Werkstätten für Eisenbahnmaterial müssen geführt werden, um Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung abzuwehren. Im Bergbaugebiet Limburg plant das Kohlenkapital Schichtverlängerung und Lohnabbau. Sogar die Regierung und die Gemeinden beginnen mit der praktischen Durchführung des Lohn- und Gehaltabbaues bei den staatlichen und kommunalen Angestellten und Arbeitern. Im Dienste der Kapitalsoffensive sind faschistische Organisationen, die sogenannten „Aktualisten", sehr eifrig tätig. Diese Gruppe fängt an, auch in Holland die Arbeiter, Pazifisten und Antimilitaristen mit faschistischen und terroristischen Methoden bekannt zu machen. Eine großzügige Aktion haben sie am 1. Mai unternommen, indem sie massenhaft Flugblätter aus Flugzeugen in den größeren Städten Hollands abwarfen. Später haben im Bergbaugebiet Limburg Leute in schwarzen Hemden aus Autos Flugblätter verteilt. Diese Flugblätter enthalten die gleichen demagogischen Phrasen und scheinsozialen Forderungen, womit die Faschisten in den anderen Ländern die Arbeiter einzufangen versuchen.

Der Zusammenschluß der proletarischen Schichten zu einer starken Einheits- und Abwehrfront ist auch in Holland das Gebot der Stunde. Einheitlich, geschlossen, auf bereitester Grundlage müssen die Streiks und Abwehrkämpfe geführt und alle Kräfte des Proletariats zusammengefaßt werden, wenn die Arbeiterfront durch die vereinzelten Kämpfe einzelner Berufsgruppen nicht zersplittert und die unvermeidliche Niederlage der Arbeiterklasse vermieden werden soll. Die KPH. und das NAS. werden den holländischen Arbeitern angesichts der entbrannten harten Kämpfe gegen die Kapitalsoffensive durch gemeinsame Zusammenwirkung führend vorangehen, die Wege und Methoden der revolutionären Gewerkschaftstaktik und Kampfführung zeigen, die allein den Erfolg verbürgen.

Proletarische Frauenbewegung

Die Aufgaben der Dritten Internationalen Konferenz der Kommunistinnen.

Von Clara Zetkin.

I.

Der Wille zur Machteroberung, zur Revolution.

** Im Anschluß an den Fünften Weltkongreß der Kommunistischen Internationale wird in Moskau die Dritte Internationale Kommunistische Frauenkonferenz tagen. Eine lange Zeitspanne trennt sie von ihrer Vorgängerin, die im Sommer 1921 vor unserem Dritten Weltkongreß abgehalten worden ist. Da-

zwischen haben 1922 zwei Konferenzen der Internationalen Korrespondentinnen stattgefunden, außerdem im gleichen Jahre anläßlich des Vierten Weltkongresses Sitzungen und Besprechungen von zu dieser Tagung delegierten Genossinnen und Genossen, die die Wichtigkeit der kommunistischen Arbeit unter den werktätigen Frauenmassen erkennen. Leider sind infolge verschiedener Umstände — zumal infolge der Terrorherrschaft und der Illegalität in Italien, Bulgarien, Deutschland usw. — die Internationalen Korrespondentinnen 1923 nicht ein einziges Mal zusammengetreten. Wir werden noch auf diesen Umstand zurückkommen, denn er ist sowohl für die Bewertung der letzten Tätigkeitsperiode von Wichtigkeit wie für das künftige Wirken.

Das Leitmotiv unserer Internationalen Frauenkonferenz ist gegeben durch das innere, unlösbare Verbundensein der „Kommunistischen Frauenbewegung" mit der Kommunistischen Internationale als der kämpfenden, führenden Weltorganisation des Proletariats für seine Befreiung durch die Weltrevolution. Bei den Beratungen und Beschlußfassungen über alle Gegenstände der Tagesordnung muß das stark, beherrschend hervorklingen. Deshalb wird die Konferenz im Zeichen der Stellungnahme des vorausgehenden Weltkongresses stehen. Seine Beschlüsse werden ihr oberstes Gesetz sein. Unmißverständlich muß sie es zum Ausdruck bringen, daß es Hauptpflicht der Genossinnen aller Länder ist, in vollster Übereinstimmung mit den grundsätzlichen und taktischen Richtlinien des Kongresses und den von ihm gewiesenen nächsten Aufgaben die höchste Aktivität zu entfalten. Nicht etwa bloß im allgemeinen, bei allen Arbeiten und Kämpfen der verschiedenen nationalen Sektionen und der Kommunistischen Internationale als Gesamtheit, nein, auch auf dem Sondergebiet des Wirkens zur Revolutionierung der großen, schaffenden Frauenmassen. Dieses Wirken muß stets als Teil des Ganzen und in seiner festen Verknüpfung mit ihm erfaßt werden.

Kühn greift die Kommunistische Internationale nach den Sternen der freien Zukunftsgesellschaft, jedoch sie steht dabei mit „markigen Knochen auf der wohlgegründeten, dauernden Erde". Mit ihr spielen ebensowenig die Wolken und Winde anarchistelnder, putschistischer Strömungen, als daß die Sumpfwiesen des Reformismus sie an die bürgerliche Erde fesseln, ihren Vormarsch aufhalten. Ihr Begründer und Führer Lenin hat ihr durch das gewaltige weltgeschichtliche Beispiel der russischen Revolution gezeigt, daß sie keine Wolkenkuckucksheimerei sein darf, daß sie revolutionäre Realpolitik treiben muß. Daher wird der Weltkongreß die nächsten Aufgaben der Kommunisten auf Grund einer tiefschürfenden Überprüfung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Lage festsetzen. Hat sich die kapitalistische Profitwirtschaft und mit ihr die politische Klassenherrschaft der Bourgeoisie wieder derart befestigt, daß mit einer längeren Periode ihres Fortbestehens und der Stagnation des revolutionären proletarischen Klassenkampfes gerechnet werden muß? Anders gefaßt: darf die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse sich daran genügen lassen, die Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Defensive gegen den Kapitalismus zu sammeln und zu führen oder muß sie nicht vielmehr mutig in die Offensive übergehen und zum Sturm für die Eroberung der Staatsmacht vorstoßen? Die Meinungen darüber sind geteilt.

*

Unbestritten, daß in der Weltwirtschaft bald in dem, bald in jenem Lande jetzt in einem Industriezweig, dann in einem anderen ein Aufschwung eintritt. In der Industrie der Vereinigten Staaten wurde im vorigen Jahre eine Zeit schwersten Niederganges von geradezu glänzendem Aufschwung abgelöst. In England und Frankreich haben sich einzelne Wirtschaftszweige belebt. Sogar in Deutschland ist der Gang der Wirtschaft zeitweilig ewas weniger holpernd und stolpernd als seit langem. Überall sind die Kapitalisten am Werk, durch Verlängerung der Arbeitszeit, Lohnsenkungen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen höhere Profite aus den Ausgebeuteten herauszupressen. Über Italien regiert der Faschistenhäuptling Mussolini, in den Balkanstaaten herrscht der Terror; Seeckts Militärstiefel steht auf dem Nacken der Werktätigen Deutschlands; in Frankreich und England mitsamt ihren Vasallenstaaten wie in der nordamerikanischen Union tobt sich der knechtende, raubende Imperialismus aus. Wer vermöchte sich die schmerzliche Tatsache zu verhehlen, daß die Gegenrevolution stark, mächtig ist, weil das Proletariat bis nun zu passiv, zu tatenlos, opferscheu und feig war, ihre Gewalt zu zerschmettern. „Die bürgerliche ‚Ordnung' ist vor dem zerstörenden ‚Bolschewismus' gerettet. Der Kapitalismus geht einer neuen Blüte entgegen, bei der auch für die Arbeiter ein paar Reformbrosamen abfallen werden." Die reformistischen Führer trillern es mit den Lerchen um die Wette in in die Lüfte. Zu früh, und ohne daß ihr Schmettern den Frühling bringt.

Denn unbestreitbar sind auch andere Tatsachen. Jeder den Kapitalisten und Reformisten lächelnde Aufschwung bleibt eine isolierte, vorübergehende Erscheinung. Der hervorstechendste Wesenszug der Weltwirtschaft ist das Fragwürdige, Unbestimmte, das Schwanken, die Unsicherheit. Verhältnismäßig kleine Vorgänge genügen, die wichtigsten Industrien eines Staates heute mit guter Konjunktur zu segnen, morgen schon mit Depression zu züchtigen. Die Eisen- und Stahlproduktion der Vereinigten Staaten stieg zum Beispiel mit dem Sturz des französischen Franken und fiel mit seiner Stabilisierung. Agrarkrisen und Bauernbewegungen, die nach politischer Macht drängen, künden in allen Ländern mit nennenswerter Landwirtschaft, daß der Kapitalismus bis in seine Tiefen aufgewühlt und daß mit ihm der bürgerliche Staat erschüttert ist. Die Gier der imperialistischen Staaten nach Kolonialherrschaft und Kolonialausbeutung — als der letzten Lebensmöglichkeit der bürgerlichen Gesellschaft — schützt überall Konfliktsknoten, die das Schwert zerhauen soll. Die Flammen nationaler und sozialer Rebellion wider Unfreiheit und Ausplünderung züngeln immer häufiger und stärker in den Ländern empor, die Kolonialbesitz sind oder denen die Kolonisation droht. Überall in der kapitalistischen Welt Streiks, Streiks von Riesenumfang, langer Dauer und bewunderungswürdigem Opfermut. Meist von den Ausbeutern, ihrer Polizei und ihrem Militär niedergeschlagen, von ihren Zivilbehörden und ihren reformistischen „Arbeiterführern" abgewürgt, sind sie beredtes Zeugnis von dem proletarischen Kampfeswillen, der sich weder durch Gewalt noch durch Tücken auf die Dauer unterdrücken läßt.

*

Zusammengefaßt: Die Genossinnen müssen sich der widerspruchsvollen chaotischen Charakters der Zeit, der Weltlage klar bewußt bleiben. Das gilt für die Aufgaben, die ihnen unsere internationale Konferenz stellt, allein nicht minder auch für die Stimmung, den Geist, die Kampfentschlossenheit, den Willen, die Freudigkeit, mit der sie an diese Aufgaben herantreten und sie lösen. Nichts wäre kurzsichtiger und verhängnisvoller, als wenn wir übersehen wolten, daß heute gegensätzlichste Tendenzen nebeneinander herlaufen, einander durchkreuzend, lähmend, aber auch entwickelnd, vorwärtstreibend, kräftigend, Tendenzen der Revolution und der Gegenrevolution. Nach wie vor ist die soziale Atmosphäre mit Zündstoff der Revolution geladen. Ob der entfachende Funke in ihn fährt, hängt davon ab, daß die lammgeduldigen proletarischen Kreuzesträger des Kapitalismus sich endlich als willensstarke revolutionäre Kämpfer wider die Bourgeoisie-Klassenherrschaft erheben, hängt von Menschen ab. Das besagt von einer Menge Imponderabilien, unmeßbarer, unwägbarer Gefühls- und Gedankenwerte, die sich kaum je alle überschauen lassen, und deren Auswirkung, scheinbar plötzlich durch einen „Zufall" ausgelöst, als Wille in die Geschichte treten kann. In der gegebenen Weltlage als Wille proletarischer Massen zur Revolution.

Heiligste Pflicht der Kommunistinnen aller Länder ist es daher, bewußt, ständig, planmäßig darauf hinzuarbeiten, daß in den Millionen werktätiger Frauen dieser Wille zur Revolution entsteht, wächst, zielklar wird, sich mit dem Willen der Brüder zum Massenwillen zusammenballt und einheitliche Entschlossenheit zu einheitlichem Handeln, zu einheitlicher Tat wird. In den einzelnen kapitalistischen Staaten sind die gegebenen Verhältnisse sehr mannigfaltig, unter denen die Genossinnen diese ihre oberste Pflicht zu erfüllen haben. Gewiß. Die Weltsituation ist schwankend, unstet. Jedoch die tragende, objektive Grundlage für den Willen zur Revolution ist breit und fest genug, daß dieser das international einigende Band für die Arbeit, den Kampf der Genossinnen und der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht ihrer Tagesaufgaben sein muß.

Bei solcher geschichtlicher Auffassung darf nicht die Rede davon sein, daß die Genossinnen ihre Arbeit unter den werktätigen Frauen einseitig und starr nur auf eine der beiden vorhandenen Möglichkeiten einstellen. Entweder nur darauf, daß ein lange währendes Stocken der geschichtlichen Entwicklung den Kampf des Proletariats zur Eroberung der Macht, die Revolution in weite Ferne rückt. Oder aber einzig und allein darauf, daß die fortgeschrittene Zerrüttung der bürgerlichen Gesellschaft, daß die blutigen Nöte der Ausgebeuteten und Unterdrückten todsicher heute schon proletarische Massenheere, vom Willen zur proletarischen Revolution erfüllt, für die Machteroberung in den Kampf treiben werden. Die Kommu-

nistinnen müssen bei ihrer revolutionierenden Tätigkeit beide Möglichkeiten im Auge behalten. Hauptsache ist, daß wir den werktätigen Frauenmillionen die Notwendigkeit der Machteroberung ins Bewußtsein hämmern. Nicht als abstrakte, theoretische Formel, sondern als höchst konkrete Forderung, als das „Karthago muß zerstört werden" ihrer Sorge um Brot, Obdach und Kleidung, ihrer heißen Sehnsucht nach Wissen und Schönheit, ihrer Sorge um Nahrung, Pflege, Erziehung, Natur- und Kulturgenüssen ihrer Kinder. Hat die kommunistische Propaganda, Agitation und Aktion im Denken der Frauenmassen die innere Verbindung zwischen den Lebensbedingungen und der Machteroberung geschaffen, so wird auch in diesen Massen die Kampfesentschlossenheit zur Machteroberung und Aufrichtung der proletarischen Diktatur emporwachsen und zur Tat drängen.

Die Genossinnen müssen also jede theoretische und praktische Aufgabe, zu deren Erfüllung unsere internationale Konferenz sie aufruft, im Lichte dieser Leninschen Lehre erfassen und durchführen: Die entscheidende Bedingung für die Machteroberung des Proletariats ist die Eroberung der Mehrheit des Proletariats, der schaffenden Bevölkerung für die kommunistische Überzeugung von der Notwendigkeit, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie durch die proletarische Diktatur zu ersetzen, ist die Eroberung der erdrückenden werktätigen Mehrheit für den Gedanken und den Willen der Machteroberung. Heran an die Massen! Tägliche, dauernde, feste, organisierte Verbindung der Kommunistischen Partei jedes Landes auch mit den schaffenden Frauenmassen. Diese Verbindung wird durch die energischste, treueste, rücksichtslose Verteidigung der Lebensinteressen der Proletarierinnen, Kleinbäuerinnen, Kleinbürgerinnen geschaffen: durch den Kampf gegen die vielgestaltigen Nöte, die sie geißeln; durch den Kampf für alles, das ihre Lage zu heben vermöchte. Solches Handeln führt zwangsläufig zu dem tatsachengestützten Nachweis, daß die Bourgeoisie die Lage der Ausgesogenen und Unterdrückten nicht verbessern will und daß die reformistischen Führer, weit davon entfernt, für diese Ziel zu kämpfen, verräterisch schützend vor die Ausbeutenden und Herrschenden treten.

Das kommunistische Wirken und Kämpfen für die Interessen der geschundenen und getretenen Massen muß um so umfassender, kraftvoller sein, weil in der gegebenen Situation auch ein plötzliches Anschwellen und Aufbäumen der Revolutionswelle möglich ist. Das besagt: die Herstellung der Verbindung zwischen den Kommunisten und den Massen muß in eine kurze Zeitspanne zusammengedrängt werden. Diese Verbindung bewirkt, daß die stete Kampfbereitschaft der Kommunistischen Partei sich jederzeit zur Kampfbereitschaft größter Massen erweitern und verstärken kann. Sie verhindert, daß während einer längeren revolutionären Ebbe die Massen in stumpfe, müde Passivität versinken, sie hält sie vielmehr im Ringen um Tagesforderungen frisch und stählt ihren Willen, ihre Kraft für den raschen Vorstoß. Die Genossinnen müssen sich überall ganz klar darüber sein; denn ihnen fällt dabei die Rolle der Vermittlerinnen und Dolmetscherinnen zwischen der Kommunistischen Partei und den werktätigen Frauenmassen zu. Lernen sie diese Aufgabe im großen wie im kleinen erfüllen, so wird auch in den millionenköpfigen Frauenschichten die heilige Flamme revolutionärer Kampfentschlossenheit in den träge dahinschleichenden Zeiten der Stagnation nicht verlöschen und bei Zuspitzung der Verhältnisse nicht im raschen, unbeherrschten Aufflackern nutzlos niederbrennen. Sie wird Flamme des Weltbrandes sein, der die ausbeutende Klassenherrschaft der Bourgeoisie verschlingt.

II.

Unterschiede im Charakter und in den Bedingungen der kommunistischen Arbeit unter den Frauenmassen in den kapitalistischen Staaten und in den Räterepubliken.

Der bestimmende Einfluß der Revolution auf unsere nächsten Aufgaben als Kommunistinnen wird noch in anderer Beziehung bei jedem Verhandlungsgegenstand der internationalen Konferenz sich zeigen. Und zwar in der besonderen Bedeutung, die den Vorschlägen und Anregungen unserer Genossinnen aus den Sowjetrepubliken zukommt, wie in ihrer besonderen Einstellung zu allen Fragen, mit denen unsere Tagung sich zu beschäftigen hat.

In der Tat! Die russischen Kommunistinnen haben eine Revolution hinter sich, eine siegreiche, weltbewegende Revolution, die gewaltigste, weitestzielende, die die Geschichte bis nun kennt. Sie standen in Reih' und Glied der führenden proletarischen Klassenpartei. Sie werden den Genossinnen der kapitalistischen Staaten, wo das Proletariat seinen Ausbeutern die Staatsmacht noch nicht entrissen hat, die Erfahrungen des Kampfes für die Eroberung und Behauptung der Macht übermitteln. Diese Erfahrungen werfen helles Licht auf die Wege, die die Genossinnen außerhalb der Arbeiter- und Bauernstaaten zu beschreiten haben, damit sie Zutritt zu den Ohren und Seelen der schaffenden Frauenmassen erhalten. Sie werden die Herausarbeitung von solchen Formen und Methoden der Tätigkeit unter den Frauen befruchten, die diese sicher und aktiv mit der Kommunistischen Partei des Landes verbinden. Sie werden stark, fortreißend den revoltuionären Geist hervortreten lassen, der die Wege führen, die Formen und Methoden beleben, beherrschen muß. Revolutionäre Tat spricht durch die Genossinnen aus den Sowjetrepubliken zur Konferenz. Das muß das Bewußtsein der Pflicht steigern, international die Kommunistinnen wie die werktätigen Frauenmillionen in höchster Kampfesbereitschaft zur Machteroberung mit der Kommunistischen Internationale zusammenfassen.

Der Sieg der proletarischen Revolution hat im Bunde der Sozialistischen Räterepubliken die Hauptaufgabe der Kommunistinnen verändert. Sie haben nicht mehr die schaffenden Frauen mit der Kommunistischen Partei für die Machteroberung des Proletariats zu vereinigen. Das Proletariat besitzt die Staatsmacht und hat seine Diktatur aufgerichtet. Dank der Sowjetordnung ist jede Proletarierin ein Teil dieser Macht. Jedoch die Revolution ist noch nicht vollendet. Sie geht weiter als das titanenhafte Ringen unter den schwierigsten Umständen, die Wirtschaft und die Gesellschaft in der Richtung zum Kommunismus umzuwälzen. In dieser Periode handelt es sich für das Proletariat um den Gebrauch, die Ausnutzung seiner Staatsmacht und Diktatur als Mittel zu dem Ziel, neue, befreiende, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse zu schaffen. Wie die Schlachten für die Eroberung und Behauptung der Macht durch das Proletariat nur dank des heldenmütigen, opferbereiten, revolutionären Mitkämpfens der Frauen siegreich geschlagen werden konnten, also ist auch ihre bewußte, freudige, nie versagende Mitarbeit an der Neuaufrichtung der Gesellschaft eine unerläßliche Bedingung dafür, daß ein sozialer Bau ersteht, in dem Frauen und Männer als frei Arbeitende, als Gleichverpflichtete, Gleichberechtigte und Gleichgewertete nebeneinander wohnen. Schon der Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale hat das in einer Resolution ausgesprochen.

Das Emporsteigen des Proletariats zur herrschenden, zur diktierenden Klasse ändert in den Arbeiter- und Bauernstaaten dem Fortschreiten der Revolution gemäß die Hauptaufgabe der Kommunistinnen unter den Frauenmassen. Sie haben diese zur eifrigsten, einsichtsvollen Mitarbeit am wirtschaftlichen und sozialen Umbau heranzuziehen, sie mit Verständnis für seine Bedingungen, sein erhabenes Ziel zu erfüllen, seiner Bedeutung gerade auch für ihre Erlösung von Ausbeutung und Knechtschaft, für das Erblühen ihres Menschentums. Im Hinblick auf dieses Ziel haben sie darauf hinzuwirken, daß wie der frohe hingebungsvolle Leistungswille der werktätigen Frauen für den Aufbau sich hebt, so auch ihre Leistungsfähigkeit und Leistungskraft. Nicht nur durch ihre Zahl allein, auch durch die Güte den Wert der Leistungen müssen die Frauenmassen die schöpferischen Kräfte der Revolution für die Aufrichtung der kommunistischen Gesellschaft steigern. Kurz, bei dem Aufbauwerk setzen die Genossinnen der Sowjetrepubliken fort, was sie beim Kampfe für die Machteroberung begonnen. In unzerreißbarer ideologischer und organisatorischer Gemeinschaft mit der Partei und als ihre Beauftragten sind sie tätig, die schaffenden Frauenmillionen mit unerschütterlichem Vertrauen zur Kommunistischen Partei zu erfüllen und fest mit ihr zu verknüpfen.

*

Die Aufrichtung der Sowjetordnung hat für die Tätigkeit der Genossinnen eine weitere Folge. Sie zeitigt „eine Umwertung der Werte", sie gibt den kommunistischen Einzelaufgaben unter den Frauenmassen, den kommunistischen Forderungen für sie eine veränderte Bedeutung, ein neues Gesicht. Das kommunistische Werben um die schaffenden Frauenmassen hat in den kapitalistischen Staaten diesen Sinn: Erweckung, Sammlung, Schulung von Kämpferinnen für die proletarische Revolution, für die Eroberung der Macht durch das Proletariat. Die kommunistischen Reformforderungen, um die zermalmenden Nöte der ausgebeuteten und unterdrückten Frauen zu mildern, um ihr Recht durchzusetzen, dienen diesem Zweck: Steigerung der revolutionären Kampfeskraft, den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Wirtschaft niederzuzwingen. Deshalb stößt die kommunistische Arbeit unter den Frauen und für die Frauen auf den erbitterten

Haß, den zähesten, schärfsten Widerstand der kapitalistischen Unternehmer, der gesamten Bourgeoisie und ihres Staates mit seinen gewaltigen Machtmitteln. Nicht minder auch auf die unversöhnliche Bekämpfung durch die bürgerlichen Parteien und Organisationen jeder Art, die frauenrechtlerischen Vereinigungen und die Organisationen der Reformisten dabei nicht zu vergessen.

In den Arbeiter- und Bauernrepubliken dagegen trägt das kommunistische Wirken unter den Proletarierinnen und Bäuerinnen den Charakter sozialer Aufbau- und Erziehungsarbeit. Alle Maßnahmen und Einrichtungen, die das nicht bloß formale, sondern tatsächliche Recht der Frau auf freie Lebensentfaltung und Lebensgestaltung erweitern und sichern, die ihr Emporsteigen aus engen, drückenden Lebensbedingungen begünstigen, sind Bausteine, Baumaterial einer neuen, höheren sozialen Ordnung, für die die Diktatur des Proletariats den Boden freilegt, an deren Aufrichtung der Sowjetstaat seine volle Kraft setzt. In den Räterepubliken betätigen sich daher die Genossinnen unter den Massen der Proletarierinnen und Bäuerinnen im harmonischen Zusammenwirken mit dem Sowjetstaat und seiner Organe, von diesen politischen, sozialen Mächten unterstützt und gefördert.

Dieser Tatbestand ist selbstredend von bestimmendem Einfluß auf die Methoden und Formen der kommunistischen Arbeit unter den Frauen des werktätigen Volkes. Diese Methoden und Formen können sich frei herausbilden, frei zur Anwendung kommen und geprüft werden, von keinem anderen Gebot beherrscht als dem der Zweckmäßigkeit der Rücksicht auf den Erfolg. Sie sind darauf gerichtet, im Dienste der Revolution, der freien Zukunft für alle die volle Kraft der kommunistisch Arbeitenden, Gebenden zu entfalten und wirksam werden zu lassen, aber ebenso alle Kräfte der Empfangenden zu wecken, zu lösen, zu aktivisieren. Wie anders in den kapitalistischen Staaten! Hier lastet auf der Entwicklung der Methoden und Formen unserer Arbeit unter den Frauenmassen und ihrer Praxis die Gewalt der kapitalistischen Unternehmer, die „Herr sind im Hause ihres Betriebes"; der bleierne Druck bürgerlicher Gesetze und ihrer Handhabung durch schneidige Polizeier; die niederbüttelnde Macht des Bougeoisiestaates, seiner Gummiknüppel, Säbel, Gewehre und Kerker, die tückische Feindschaft und Konkurrenz der bürgerlichen und reformistischen Organisationen. Gewiß! Die Genossinnen in den kapitalistischen Ländern müssen selbstredend den Kampf gegen alle diese verkümmernden, knechtenden Gewalten aufnehmen. Er ist ein Teil des proletarischen Befreiungskampfes, des Kampfes für die Machteroberung. Allein, bis der Machtkampf entschieden ist, werden die Methoden und Formen ihres Wirkens unter den Frauen Fesseln tragen. In dem einen kapitalistischen Lande mehr, in dem anderen weniger; frei werden sie sich in ihnen allen erst dann herausbilden und erproben können, wenn das Proletariat sich zum Herrn im Hause des Staates gemacht hat.

Es liegt auf der Hand, daß bei jedem Verhandlungsgegenstand unserer internationalen Konferenz der entscheidende, umgestaltende, befreiende Einfluß der Machteroberung durch das Proletariat zum Ausdruck kommen wird. Wer besitzt die Staatsmacht? Für welches Ziel wird die Staatsmacht eingesetzt? Die Antwort auf diese Fragen entscheidet auch über wichtigste Fragen der internationalen kommunistischen Arbeit unter den schaffenden Frauenmassen. Sie besagt entweder Behinderung, Einengung dieser Arbeit oder aber Freiheit, Förderung. Tatsachen sind steifnackige Dinge. Sie lassen sich weder durch kapitalistische Gewalt noch durch reformistischen Schwindel bannen. Tatsachen erwachsen auf dem Boden der Sowjetrepubliken, unter dem Schutze der proletarischen Diktatur und zeigen uns die Bedingungen für unsere kommunistische Arbeit unter den weiblichen Werktätigen, den Unterschied von Arbeiterstaat und Kapitalistenstaat. Dieser Wesensunterschied verwehrt uns, als Formel auf kapitalistische Länder mechanisch, automatisch zu übertragen, was unter dem Sowjetstern schöpferisches, blühendes Leben ist. Wohl aber muß er die Willens- und Tatkraft der Kommunistinnen in diesen Ländern bis zur Weißgluthitze entflammen zum Kampf für die Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat. International muß er sie in dem Eide verbinden, für den proletarischen Machtkampf unter Führung der Kommunistischen Internationale Millionen von Frauen zu wecken und zu werben, die der Kapitalismus des Lebensglücks, der Kultur, des Rechtes, ja des trockenen Brotes beraubt, für die er nur Elend und Ketten hat. Der Wille zur Revolution muß das Alpha und Omega der Dritten Internationalen Konferenz der Kommunistinnen sein.

Aus der Internationale

Ansprache der Genossin Clara Zetkin auf dem XIII. Parteitag der RKP.

** Genossinnen! Genossen! Als internationale Sekretärin für die kommunistische Arbeit unter den Frauen überbringe ich Euch die allerherzlichsten Grüße und Wünsche im Namen der Kommunistinnen, der revolutionären Proletarinnen der ganzen Welt. Diese Grüße haben eine geschichtliche Bedeutung. Sie bringen zum Ausdruck, daß das wachsende Heer von Proletarierinnen nicht länger die schimpfliche Rolle von Hemmnissen, von Saboteuren der revolutionären proletarischen Klassenkämpfe spielen will. Diese schimpfliche Rolle ist von den „rückständigen, den unaufgeklärten Frauen" auf die reformistischen Führer aller Länder übergegangen und sie führen sie auf das schimpflichste durch. Sie sind Saboteure, Abwürger der Streiks, der revolutionären Klassenkämpfe des Proletariats. Von Lakaieneifer für die Bourgeoisie beseelt, sind sie erst recht Feinde, Verräter der Revolution. Die „rückständigen, die unaufgeklärten" Proletarierinnen von ehemals hingegen sind von der heißen Sehnsucht verzehrt, mit ihren Brüdern zusammen die Schlachten des revolutionären Klassenkampfes zu schlagen, treibende, lebendige Kräfte der Revolution zu sein und ihren Sieg zu sichern. Und deshalb, Genossen, spreche ich in ihrem Namen und nach ihrem Herzen, wenn ich Euch versichere, daß das leidenschaftliche Interesse von ungezählten revolutionären Proletarierinnen Euch zugewandt ist.

Eure Partei ist die erste, die führende, beispielgebende Partei der Kommunistischen Internationale, deren Sieg allein uns Frauen volle soziale Befreiung, volles Menschentum sichert. Eure Partei ist die führende, beispielgebende Partei unserer Internationale. Keineswegs nur deshalb, weil sie ziffernmäßig die stärkste unserer nationalen Sektionen ist und über eine feste, gut ausgebaute Organisation verfügt. Sie ist es dank ihrer unsterblichen geschichtlichen Leistungen. Sie ist die erste und leider bis heute noch die einzige proletarische Partei der revolutionären Tat. Sie ist die Führerin des russischen Proletariats zur Revolution und in der Revolution. Sie führt es im Kampfe um die Behauptung und die Ausnutzung der Revolution. Sie „macht Geschichte" in dem Sinn, den Marx und Engels uns gelehrt haben. Sie ist durch die schwere Schule der Revolution gegangen, sie ist an den Lehren und Erfahrungen der Revolution groß geworden. Durch Theorie und Beispiel gibt sie den Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt Wertvollstes. Wir sind daher tief durchdrungen von der Bedeutung der Beratungen und Beschlüsse Eurer Partei. Nicht nur, was die großen allgemeinen Fragen anbelangt, sondern auch in bezug auf das Sondergebiet der kommunistischen Arbeit unter den Frauen. Auch auf ihm wirkt sich die Überlegenheit aus, die Eure Partei vor allem der Revolution verdankt und Lenin, ihrem größten Führer.

Stärker, bewußter als in jeder anderen Sektion der Kommunistischen Internationale setzt sich in Eurer Partei das Streben durch, die breitesten Frauenmassen zu aktiven Kräften der Umwälzung zum Kommunismus zu machen. Zu diesem Zweck habt Ihr die Frauen ideologisch wie organisatorisch fest in das Leben und Weben der Partei eingegliedert, gleichzeitig sucht Ihr aber auch alle gegebenen tatsächlichen Umstände zu berücksichtigen, unter denen diese Eingliederung vor sich geht. Mit anderen Worten: bei der engsten, unlöslichen Verbindung von Partei und Frauen zu einer Einheit laßt Ihr Euch angelegen sein, den Frauen im Rahmen des ganzen die nötigen Organe zu schaffen, die erfolgversprechenden Methoden und Formen des Wirkens herauszuarbeiten, die erforderliche Bewegungsfreiheit zu sichern, daß ihre Kräfte voll entfaltet mit höchstem Nutzen der Revolution dienen können. So in den Zeiten des heroischen Kampfes für die Eroberung der Macht und die Aufrichtung der proletarischen Diktatur. So in den Zeiten des harten, konfliktreichen Überganges zum Kommunismus, der Umwälzung der Wirtschaft und aller sozialen Einrichtungen.

Gerade in dieser Übergangsperiode werden mit unerbittlicher Schärfe und bösartiger Hartnäckigkeit alle sozialen Gegensätze wirksam, die es durch den Kommunismus zu überwinden gilt. Es zeigt sich dabei, mit welchem Recht Karl Marx im „Achtzehnten Brumaire" erklärte: „Die Traditionen der vergangenen Geschlechter liegen wie ein Alp auf den Gehirnen." Im höchsten Grade trifft das zu auf das Fühlen, Denken und Wollen bei allem, was sich auf die Stellung und Betätigung der Frauen

in der Gesellschaft bezieht. Mächtiger als in irgendeiner anderen Beziehung leben darin die Traditionen von Jahrhunderten, Jahrtausenden weiter. Immer wieder bricht es in Auffassung, Gewohnheiten, Lebensgestaltung durch, daß die Frau durch die Bindungen der Mutterschaft zum ersten und ältesten Eigentum des Mannes wurde. So müssen wir nicht nur die sozialen Verhältnisse umwälzen, auf denen die Versklavung der Frau beruht, sondern müssen auch das Hirn der Menschen — der Männer wie der Frauen — von dem Alp der Traditionen befreien. In den bürgerlichen Staaten, wo die Macht des toten Eigentums über die lebendigen Menschen noch nicht gebrochen ist, geht der bittere Kampf der Geschlechter unter frauenrechtlerischer Führung um die Probleme der Frauenfrage. Auf dem Boden der Sowjetrupubliken, wo die proletarische Revolution die Macht der Besitzenden und Ausbeutenden im Staat bereits gebrochen hat, ringen Frauen und Männer gemeinsam unter Führung der Kommunistischen Partei darum, mit Ausnutzung der Macht im Staate neue soziale Verhältnisse zu schaffen, die niemand versklaven und neue Menschen erziehen, die aus dem Banne der Traditionen befreit sind. Solche Verhältnisse und solche Menschen verbürgen volle Freiheit, volles Recht für die Frau.

Genossinnen! Genossen! Es drängt mich, einen Beweis dafür von vielen anzuführen. Er brachte mir in diesen schweren Tagen großen Trost. Wir alle sind erfüllt von tiefster Trauer, daß diesem wichtigen Kongreß Eurer Partei die überragende Gestalt, die klare, ratende, mahnende, entscheidende Stimme Lenins fehlt. Worauf ich Eure Aufmerksamkeit lenken will, sagte mir: Lenin ist nicht tot. Lenin lebt! Er lebt in der Kommunistischen Partei, er lebt in dem Willen der Werktätigen. In Leningrad werden am 25. Mai 4000 Arbeiterinnen den politischen Schulungskursus der Partei beenden. Genossinnen! Genossen! Diese Tatsache ist nach meiner Ansicht von größerer Bedeutung als Dutzende von Schlachten ehrgeiziger Fürsten und ausbeutungsgieriger Bourgeoisien. Sie kündet, mit welchem Ernst und welcher Energie im Bunde der Sozialistischen Räterepubliken die Kräfte eingesetzt werden, um das Wort unseres unsterblichen Meisters wahr zu machen. „Jede Köchin muß lernen, den Staat zu regieren." Dieser lapidare Satz proklamiert die volle politische, soziale Gleichberechtigung aller Frauen, auch der schlichtesten, auf allen Gebieten der Gesellschaft an der Lösung aller Aufgaben mitzuarbeiten. Er hebt für uns Frauen die Notwendigkeit hervor, zu lernen, um die Gleichberechtigung zu vollwertiger Arbeit nützen zu können; es sagt uns Frauen im besonderen, was Lenin wieder und wieder allen mit nachdrücklichster Wucht zurief: „Lernt, lernt, wenn Ihr ganz frei werden wollt." Er weist auf die andere Notwendigkeit, den schwerfälligen, sehr komplizierten Herrschaftsapparat der ausbeutenden Besitzenden umzuhämmern in die einfache Verwaltungs- und Verteilungsmaschine einer Gesellschaft von Freien, Schaffenden.

Ich grüße an dieser Stelle die 4000 bildungshungrigen Arbeiterinnen Leningrads als Fleisch und Blut gewordenes Symbol des unhaltsamen, ungestümen Dranges von Hunderttausenden, Millionen ungenannter und unbekannter Frauen im Reiche der Räterepubliken, zu lernen, um mitarbeitend, mitgestaltend zu voller Gleichberechtigung und Freiheit emporzusteigen. Ich grüße die Kommunistische Partei, die solchem Drang freudig freie Bahn und tatkräftigste Unterstützung gewährt, in der Erkenntnis, daß die Vollendung der Revolution durch den Kommunismus nie ohne, geschweige denn gegen die Frauen geschehen kann, daß aber der Sieg des Kommunismus todsicher ist, wenn die werktätigen Frauen ihn wollen, für ihn kämpfen. Ich grüße den heiligen revolutionären Bund zwischen den schaffenden Frauen und der Kommunistischen Partei. Er ist Vorverkündigung und Verbürgung des Sieges. Wir sind auf dem Wege zu dem großen, erhabenen Ziel, auf dem Wege, auf dem uns Lenin mit Lehre und Beispiel vorangegangen ist. Wir wissen, der Weg ist mit Gefahren und Opfern besät. Wir scheuen uns nicht. Hell funkelt uns der Sowjetstern. Der Sowjetstern aber mit seiner leuchtenden, wegweisenden Kraft ist Eure Kommunistische Partei, eine stolze moralische Einheit, unzerbrechlich zusammengeschweißt durch den Willen zur Revolution. Dieser schöpferische Wille erbaut auf dem Boden Eurer Heimat die neue, allumfassende Welt des Kommunismus mit ihren gewaltigen, reichen Möglichkeiten. Er greift gigantisch mit sehenden Organen über die Grenzen hinaus. Er wird als Wille der Ausgebeuteten, Unterdrückten aller Länder wirksam. Er wird unerschütterliche, eherne Kampfentschlossenheit, die ganze Welt als Heimat dem Kommunismus zu erobern. Er ist die unbezähmbare, unüberwindliche Kraft der Kommunistischen Internationale, der kämpfenden und führenden Weltorganisation des Proletariats zur Weltrevolution. Die befreiungssehnsüchtigen Frauen aller Länder sind mit Euch, Genossen, Genossinnen. Mit Euch, mit der Kommunistischen Internationale arbeiten und kämpfen wir bis zum letzten Hauch unter der Losung: Alles durch die Revolution, alles für die Revolution bis zum letzten Hauch. Hoch die Kommunistische Partei des Bundes der Sozialistischen Sowjetrepubliken! Hoch die Kommunistische Internationale! Hoch die Weltrevolution!

Aus der Roten Gewerkschafts-Internationale

„Taktlosigkeit, Frechheit und Unverschämtheit" der RGI.

Von A. Losowsky.

** Sie besteht darin, daß es die RGI. bei der Prüfung der Frage der Hilfeleistung für die ausgesperrten Arbeiter Norwegens gewagt hat, der Meinung Ausdruck zu verleihen, daß die norwegischen Arbeiter die Arbeiter der öffentlichen lebenswichtigen Unternehmungen in den Kampf hineinziehen müssen, wenn sie die sieben Monate währende Aussperrung zu ihren gunsten beendigen wollen. In der Beschlußfassung der RGI. vom 9. Mai 1924 über diese Frage wurde buchstäblich folgendes gesagt:

„Alle der RGI. angeschlossenen Organisationen sind aufzufordern, dem kämpfenden norwegischen Proletariat die tatkräftigste Unterstützung angedeihen zu lassen. Die RGI. hat sich mittels Radio an die Arbeiter aller Länder mit einem Aufrufe zu wenden und an die Sammlung von Spenden zugunsten der ausgesperrten und steikenden Arbeiter zu schreiten. Es sind weitere 5000 Goldrubel anzuweisen, und es ist an die russische Gewerkschaftszentrale und an die Leitungen der Gewerkschaftsverbände heranzutreten, daß sie den norwegischen Genossen nochmals kräftigste materielle Hilfe erweisen. Gleichzeitig lenkt die RGI. die Aufmerksamkeit der norwegischen Genossen auf die Notwendigkeit einer Erweiterung des Kampfes um jeden Preis und des Hineinziehens der Arbeiter und Angestellten der öffentlichen lebenswichtigen Unternehmungen (Eisenbahnen, Straßenbahnen, Seetransport, Elektrizität, Gas usw.) in diesen Kampf.

Diese unsere Meinung rief einen Sturm der Entrüstung nicht nur in den Spalten der sozialdemokratischen, sondern auch der sich kommunistisch nennenden Presse hervor (siehe „Arbeijder Blad" vom 13. Mai, „Der Nys Social Democrat" vom 15. Mai). Tranmael und seine Freunde, die aus der Kommunistischen Internationale ausgetreten waren und alles getan hatten, um die norwegischen Gewerkschaften vom Eintritte in die RGI. abzuhalten, sind mit unserem Beschlusse unzufrieden. Zusammen mit den Sozialdemokraten halten diese Margarine-Kommunisten das Auftreten der RGI. für eine „Frechheit und Unverschämtheit" und für eine Einmischung in innere Angelegenheiten der norwegischen Arbeiterbewegung und finden nicht genug starke und kräftige Worte, um die „Taktlosigkeit, Frechheit, Unverschämtheit, ungeheuerliche Überhebung, Unanständigkeit, wüste Heulerei usw." zu brandmarken.

Wir denken nicht daran, diesen beleidigten Partioten im gleichen Stile zu antworten. Wir raten ihnen, selbst alle ihre bekannten Schimpfworte in der Reihenfolge des Alphabets niederzulegen und diese ihre Schöpfung einander darzureichen. Hier interessiert uns eine andere Frage. Warum haben diese Herren ein solches Geheul angeschlagen? Was hat es ihnen so sehr angetan? Sollte dies tatsächlich Nationalstolz sein? Nein, es ist ein ernsterer Grund. Die Sozialdemokratie und die Arbeiterpartei bemühen sich die ganze Zeit, den entflammten Klassenkampf zu lokalisieren und kämpfen mit aller Kraft dagegen, daß neue Schichten von Arbeitern in die Konflikte hineingezogen werden, besonders Schichten von Arbeitern, die in den öffentlichen lebenswichtigen Unternehmungen beschäftigt sind. Sie fürchten, daß sich der Kampf auswachse und revolutionären Charakter annehme; daher ihr erbitterter Kampf gegen die Kommunistische Partei Norwegens und gegen die Anhänger des Kampfes bis zum Ende um jeden Preis. Die Meinung der RGI. ging diesen Zauderern der Arbeiterpartei gegen den Strich, daher ihr Grimm, ihre Nervosität und ihre überflüssige Erhitzung. Aber die Frage ist doch nicht von der Tagesordnung abgesetzt? Schimpfen ist kein Programm, und Erhitzung keine Taktik.

Wir fragen alle ehrlichen norwegischen Arbeiter: „Haben wir denn wahrhaft nicht das Recht, unsere Meinung über die Methoden des Kampfes zum Ausdruck zu bringen? Hat etwa die RGI. vorgeschlagen, wie dies Lian und seine Anhänger tun, den

Kampf um jeden Preis zu beendigen? Nein. Die RGI. hat vorgeschlagen, den Kampf um jeden Preis fortzusetzen, indem seine Basis erweitert wird. Darin besteht unser Verbrechen, darin besteht unsere Frechheit. Der Vorschlag eines Kampfes bis zum Ende empört die Führer der Sozialdemokratie und der Arbeiterpartei deshalb, weil diese Herren schon längst Defaitisten geworden sind und dahin entschieden haben, daß man sich ergeben müsse. Gegen derartige Stimmungen muß ein erbitterter Kampf geführt werden, sonst wird das norwegische Proletariat auf lange Jahre zerschlagen werden. Wir werden uns durch die Verweise der Sozialdemokraten und ihrer Verbündeten aus den Reihen der Arbeiterpartei nicht beirren lassen und den norwegischen Arbeitern helfen, den Kampf um jeden Preis bis zum Ende zu führen.

P. S. Die sozialdemokratische Presse und die Zeitung Tranmaels „Arbeijder Blad" sprechen ironisch von 17.000 norwegischen Kronen (5000 Rubeln), die den kämpfenden norwegischen Genossen von der RGI. übermittelt wurden. Diese Herren entstellen absichtlich die Ziffern, um ja nur der RGI. eins auszuwischen. Dies ist um so verwunderlicher, als die RGI. zweimal Geld sammelte und das erstemal aus ihren eigenen Mitteln 10.000 Rubel gab, das zweitemal 5000 Rubel, und im eigenen Namen sowie im Namen der russischen Verbände K 200.000 sammelte und übersandte. Natürlich ist dies sehr wenig, aber dennoch ist das allein schon zwölfmal mehr als das, was unsere Gegner schreiben.

Aus dem faschistischen Italien

Das Italien von heute.

Von Andrés Nin.

** Die Lage der italienischen Arbeiterklasse ist tragisch. Die ärgsten und scheußlichsten Gewaltakte sind ihre tägliche Mitgift.

Die Löhne haben in der Zeit, seitdem der Faschismus zur Macht gekommen ist, in der Industrie Verminderungen erfahren, die zwischen 12% und 18% variieren. Die Faschisten verfechten die lächerliche Behauptung, daß die Verschlechterung der Löhne nur eine scheinbare sei, weil — Lohnverluste infolge von Streiks sehr selten geworden seien!

Der achtstündige Arbeitstag wird nirgends eingehalten. Die faschistischen Gsetzesbestimmungen über den Achtstundentag — die für den Sozialpatrioten und Präsidenten des internationalen Arbeitsamtes, den feinen Hern Albert Thomas, bekanntlich ein Gegenstand der Bewunderung waren — haben so zahlreiche Ausnahmen bei der Anwendung des Gesetzes vorhergesehen, daß die Ausnahmen die Regel geworden sind.

Die Kollektivverträge, deren Respektierung in Italien früher immer beobachtet worden war, sind nur mehr ein Papierfetzen.

Auf dem flachen Lande ist die Situation noch trauriger. Die Taglöhner, die den Boden bearbeiten, arbeiten täglich durchschnittlich 12 bis 14 Stunden für wahre Hungerlöhne, deren Maximum 12 Lire und deren Minimum 8 Lire beträgt. Sie werden durch die lokalen Faschistentruppen terrorisiert.

Trotz des faschistischen Terrors ist der Geist der Arbeitermassen ausgezeichnet. Die Entmutigung, die sich der Arbeiterschaft unmittelbar nach der Machtübernahme durch den Fascio bemächtigt hatte, war ganz vorübergehend. Anzeichen der Wiederbelebung und des Sicherhebens der Arbeiterschaft zeigen sich fast allgemein. Die italienische Arbeiterbewegung wird uns wahrscheinlich noch große Überraschungen bereiten. Sowie sich die geringsten Möglichkeiten zur Aktion der italienischen Arbeiterklasse darbieten werden, wird sie sich wieder in Massen in ihren gewerkschaftlichen Klassenorganisationen sammeln. Diejenigen, die, wie wir, mit den italienischen Arbeitern im Laufe der letzten Monate in Berührung waren, hegen keinen Zweifel darüber, daß es so kommen wird.

Die faschistischen Gewerkschaften stellen einen großen Bluff dar. Nach den Mitteilungen des Sekretariats der „Nationalen Vereinigung der faschistischen Körperschaften" soll die Zahl ihrer Mitglieder 1,400.000 betragen. Aber diese Zahl ist sehr stark übertrieben. Die faschistischen Gewerkschaften existieren in Wahrheit gar nicht. Es gibt nur Bureaus, die von oben durch den Fascio bestimmt werden, ohne daß die Mitglieder auch nur im geringsten an dem „gewerkschaftlichen Leben" teilnehmen. Die Mehrzahl der führenden Personen sind Intellektuelle. An der Spitze der Körperschaften findet man Ärzte, Advokaten, Ingenieure, Studenten, alle möglichen Berufe, nur nicht Arbeiter.

Die faschistischen Körperschaften haben keinerlei gewerkschaftliches Leben, keine Wahlen, keine Versammlungen. Die Rekrutierung der Gewerkschaften erfolgt entweder mit Mitteln der Gewalt oder durch einen Direktionsbefehl in irgend einem Unternehmen, auf Grund dessen die gesamte Arbeiterschaft des betreffenden Unternehmens den faschistischen Organisationen ganz einfach eingegliedert wird. In diesem Falle werden die Gewerkschaftsbeiträge von den Löhnen der Arbeiter durch die Unternehmer in eigener Person abgezogen. Aber selbst diese Mitgliedschaften sind nicht von langer Dauer. Die gewaltige Mehrheit der Mitgliedschaften in der faschistischen Gewerkschaft besteht nur dem Namen nach.

Man kann kurzweg behaupten, daß der Fascio sich das industrielle Proletariat nicht im mindesten unterworfen hat. In den großen proletarischen Zentren, wie in Mailand und Turin, zählen die faschistischen Gewerkschaften in den Hauptzweigen der Industrie, wie in der Metallbranche, nur einige hundert Anhänger.

Selbst auf dem Lande ist die überwiegende Mehrheit der landwirtschaftlichen Arbeiter gegen den Fascio und wartet nur den Augenblick ab, wo sie sich den Gewerkschaften des Klassenkampfes anschließen kann. Diese geistige Einstellung beobachtet man nicht nur in solchen Gebieten wie Apulien, wo der Kampfgeist der ländlichen Bevölkerung immer sehr lebhaft war und wo sogar in der gegenwärtigen Zeit Tausende von landwirtschaftlichen Arbeitern bereit sind, der CGT. (dem freigewerkschaftlichen Verband) zu folgen, sondern auch in solchen Gebieten, die als faschistisch angesehen werden, wie im Gebiet von Bologna. Die antifaschistischen Gefühle geben sich nicht immer durch den Anschluß an die CGT. kund, weil dies unmittelbar Repressalien nach sich ziehen könnte, sondern in anderen Formen.

Als kürzlich die landwirtschaftlichen Arbeiter von Barricella, Altodo und Malalbergo — im Gebiet von Bologna — das freie Wahlrecht zur Wahl des Komitees ihrer „faschistischen" Gewerkschaften erlangt hatten, haben sie zu ihrer Führung kämpfende revolutionäre Arbeiter gewählt, die von ihren Arbeitsplätzen mit Gewalt verjagt worden waren. Selbst in Bologna haben sich verschiedene Gewerkschaftsorganisationen, darunter die der Straßenbahner, von den faschistischen Organisationen losgelöst. Wir könnten zahlreiche Fälle, wie zum Beispiel den von Savona anführen, wo die Arbeiter sich von den faschistischen Körperschaften trennen und in ihre führenden Komitees ehemalige revolutionäre Führer wählen.

Eine andere Manifestation des antifaschistischen Geistes der Masse der italienischen Arbeiter finden wir bei den Wahlen in die Betriebsauschüsse, wo in 99% der Fälle die durch die CGT. aufgestellten Listen eine überwiegende Stimmenzahl erhalten.

Die Faschisten verfügen über eine wirkliche Kraft nur in den Organisationen der Eisenbahner, der PTT. und der Staatsangestellten, Organisationen, die hauptsächlich aus kleinbürgerlichen Elementen zusammengesetzt sind. Wir erinnern daran, daß unmittelbar nach dem faschistischen Staatsstreich 44.000 Eisenbahner, die die revolutionäre Avantgarde bei den Eisenbahnern bildeten, entlassen und durch ausgesprochen faschistische Elemente ersetzt wurden. Den „nationalen Körperschaften" ist es auch gelungen, sich die Anhängerschaft einer gewissen Zahl von Büchereiarbeitern und nichtqualifizierten Arbeitern zu sichern. Die faschistischen Syndikate verfügen nur über zwei Organe der Presse. „Il Lavoro d'Italia" erscheint einmal wöchentlich und „La Stirpe" einmal monatlich. Es existiert also kein Tagesorgan der faschistischen Organisationen.

Weißer Schrecken

Die Welle des weißen Terrors in Polen.

Der Mord an dem Jugendgenossen Engel.

Von L. Domski.

** Die blutige polnische Henkersjustiz hat eine bisher selbst in Polen unerhörte Untat begangen. Ein 19jähriger Jugendlicher, Engel, Lodz, wurde in Lodz auf Grund des Urteiles eines Feldgerichtes erschossen, weil er einen Lockspitzel totgeschlagen hat, der, selbst Mitglied der Kommunistischen Jugendorganisation, sie der Polizei verriet. Zur Herbeiführung dieser Mordtat beging die polnische Justiz einen Rechtsbruch über den anderen. Man hat den jugendlichen Lockspitzel zu einem „Staatsbeamten" erklärt, um überhaupt die rechtliche Begründung für ein Todesurteil zu schaffen. Man hat die Sache einem Feldgericht über-

geben, obwohl hier das gewöhnliche Gericht zuständig war. Man hat den Minderjährigen, entgegen dem Gesetz, zum Tode verurteilt. Der polnische Staatspräsident Wojciechowski lehnte die Begnadigung, die er den gewöhnlichen Mördern nicht versagt, rundweg ab. Und schließlich wurde Engel noch vor Ablauf der gesetzlichen Frist von 24 Stunden, also noch vor Rechtskraft des Urteils, hingerichtet.

Die hartnäckigen Gerüchte wollen wissen, daß das Urteil deshalb vorzeitig vollzogen wurde, weil Engel in so grauenhafter Weise mißhandelt worden war, daß die demokratischen Behörden fürchteten, er würde noch vor seiner Hinrichtung verscheiden.

Dieses schändliche Verbrechen der polnischen Reaktion wurde begangen, schon nachdem in **Frankreich** ein Protest eminenter Vertreter der bürgerlichen Politik, der Kunst und Wissenschaft **gegen den weißen Terror in Polen** erfolgt war. Der Protest erregte in regierenden Kreisen Polens eine unbeschreibliche Panik, und zwar deshalb, weil er die Unterschriften der kom- trotzdem wurde schon nach diesem Prostest der abscheuliche menden Männer Frankreichs, Herriot und Painlevé, trug. Aber Mord ausgeführt. Die Wut der polnischen Rekation gegen die Kommunisten zeigte sich stärker.

„Ungeheuerliches, Schreckliches geschah!" schreiben sogar die Sozialpatrioten der PPS., die bisher den Terror gegen die Kommunisten ruhig aufnahmen, aber nach dem französischen Protest ihr Gewissen wiederfanden. „Was bedeuten dagegen die tausendfachen Klagen über die schlechte Behandlung der politischen Gefangenen, die neulich die fortschrittliche französische Meinung so erregt haben! Unsere Behörden gaben sich die Mühe, eine neue Tatsache zu schaffen, nur eine Tatsache, die aber wie ein Stein auf dem Gewissen der Republik lasten wird."

Ja, Ungeheuerliches, Schreckliches geschah! Aber nicht die polnischen Sozialpatrioten, nicht die bürgerlichen Freidenker werden dagegen mit voller Wucht protestieren. Nicht sie sind es, die gegen das schmähliche Mordsystem des weißen Terrors ankämpfen werden.

Die polnischen Kommunisten, die seit dem sechsjährigen Bestehen der polnischen „demokratischen Republik" unter diesem System leiden und kämpfen, sie appellieren **nicht** an das schmutzige Gewissen der bürgerlichen Welt, sondern an die **Hilfe der internationalen Arbeiterklasse.** Die Arbeiterklasse kann dem Verbrechen gegenüber nicht gleichgültig bleiben.

Die Kommunistische Jugend Rußlands hat sich schon zum Protest erhoben. Die Leningrader Jugend protestierte vor dem Gebäude der polnischen Delegation. Die Kommunistische Jugend-Internationale erließ einen Aufruf an die Kommunistische Jugend der ganzen Welt, die in Engel ihren heldenhaften Kämpfer verlor.

Die Kommunistische Jugend Deutschlands hat das Beispiel ihrer Leningrader Genossen vor Augen. Sie kann nicht schweigen. Sie muß ihre Stimme erheben, um das Verbrechen der polnischen Reaktion zu brandmarken!

Buchbesprechungen

Leo Lania: „Gewehre auf Reisen."*)

Von P. F.

** In einer Reihe von „Bildern aus deutscher Gegenwart" zeigt Lania, wie die Versorgung der Hakenkreuzler und Nationalisten mit Waffen und Munition, die fieberhaft betrieben wird, um der Reaktion vor der Arbeiterschaft einen gewaltigen Vorsprung zu sichern, mit den schmutzigsten Schiebergeschäften internationalen Finanzgauner unlösbar verflochten ist. Da schadet es auch nichts, daß es vorwiegend jüdische Schieber sind, die das nationale Geschäft fördern. Der ehemalige russische Staatsrat und Finanzmagnat Exzellenz **Rubinstein** und der ehemalige österreichische, jetzt tschechoslowakisch-deutsche Großgauner **Lustig** sind bei allen Waffenschiebungen hervorragend beteiligt und machen ihre festen Profite. Desgleichen der einstige konterrevolutionäre russische General **Komissarow**.

Die staatliche Behörde, voran das Reichsministerium des Innern mit dem Erzreaktionär **Jarres** an der Spitze, kennen, dulden und fördern die Waffen- und Munitionsbeschaffung der Reaktionäre (mit denen vor allem die **bayrischen** Behörden offen konspirieren); ein „Schutzverband organisierter Waffenhändler" erfreut sich ihrer besonderen Protektion. Posten von vielen Millionen Schußmunition, von zehntausenden Gewehren, Maschinengewehren und Handgranaten, werden so mit vereinigten Kräften völkischer Agenten und jüdischer Schieber bei den nationalistischen Geheimverbänden untergebracht. Übrigens ist die Diplomatie aller Länder rege mitbeteiligt. Denn es gibt bei keinem Geschäft so hohe Provisionen und Prämien wie bei dem mit „großem Risiko" verbundenen Waffen- und Munitionsgeschäft.

Aus dem Tatsachenmaterial über die illegalen Waffenschiebungen der Reaktionäre, die unter der Förderung derselben Behörden geschehen, die den Kommunisten wegen der angeblich in ihrer Hand befindlichen Waffen wie toll auf den Fersen sind, ergibt sich nur eine Folgerung: beschleunigte Ausrüstung des deutschen Proletariats, um den bewaffneten Kampf, auf den die Völkischen mit aller Macht hinarbeiten, aufnehmen und siegreich bestehen zu können — eine Folgerung, die Lania in seinem Büchlein allerdings nicht ausdrücklich zieht.

Dem Büchlein Lanias ist zweierlei ziemlich nachteilig: erstens die Hineinstreuung verschiedener Geschichtchen und Anekdoten (zum Beispiel über eine alberne Messingschiebung irgend eines „jungen Schriftstellers"), die gar nichts zur Sache tun, wodurch die ganze Darstellung der Waffenschiebungen sehr verliert; zweitens der leichte journalistische Unterhaltungston, der manchmal satirisch sein will, ohne daß es ihm gelingt und da, anstatt den Ernst und das Aufreizende der Dinge, um die es sich handelt, zu unterstreichen, bagatellisierend wirkt. Im übrigen: ein sehr nützliches Büchlein mit viel Material.

*) Leo Lania: „Gewehre auf Reisen". Bilder aus Deutscher Gegenwart, Malik-Verlag, Berlin 1924.

Buchanzeigen

Heft 10/11 und 12 der „Internationale".

** Soeben ist als Sondernummer zum 5. Weltkongreß das Doppelheft 10/11 der „Internationale" im Umfang von 80 Seiten, überdies mit einer besonderen Beilage von 32 Seiten erschienen.

Es bringt einen Leitartikel von Ernst Meyer zum 5. Jahrestag der Erschießung Levinés, der die Erfahrungen der Münchener Rätezeit für die revolutionären Kämpfe der Partei auszuwerten versucht; ferner einen Artikel von Karl Korsch über Lenin und die Komintern, die Grundlage und die Propaganda des Leninismus; eine ausführliche kritische Stellungnahme zu den vorliegenden Programmentwürfen der Kommunistischen Internationale und der KPD. (Bucharin, Varga, Thalheimer) von Boris; außerdem Thesen zum 5. Weltkongreß der Komintern von K. S. und einen Diskussionsartikel über die militärischen Aufgaben der KPD. von Robert. Ruth Fischer behandelt „Einige Fragen der englischen Arbeiterbewegung", die Genossen Georgi und Rolf beginnen eine Diskussion zur Agrarfrage und behandeln zunächst die internationale Agrarkrise.

Der Abschnitt „Literatur" ist diesmal besonders reichhaltig ausgestaltet. Er enthält einen Beitrag von A. Fogarasi über den Bund der Wissenschaft und Arbeit in Sowjetrußland, eine ausführliche Besprechung des vom EK. der KJI. herausgegebenen Leitfadens „Das politische Grundwissen des jungen Kommunisten" von K. H., eine Besprechung wichtiger Werke über materialistische Dialektik von ...k und zwei kritische Auseinandersetzungen mit Rudolf Hilferding und Otto Bauer zur Ökonomie und Politik der 2. Internationale.

Die Beilage **„Parteiarbeiter"** erscheint diesmal ebenfalls in verstärktem Umfange von 14 Seiten und bringt eine große Anzahl von grundsätzlichen und praktischen Beiträgen zu unserer organisatorischen Arbeit.

Als **Sonderbeilage** ist diesem Heft das wichtigste Material über die Stellungnahme der Opposition der KPD. gegenüber der offiziellen Parteipolitik von Leipzig bis zum Oktober 1923 beigegeben.

Preis dieses Heftes mit allen Anlagen 60 Pfennig.

Heft 12 der „Internationale" erscheint am 15. Juni im normalen Umfange von 32 Seiten zum Preise von 30 Pfennig. Es wird bringen weiteres Material zum 5. Weltkongreß, darunter die Richtlinien für die Delegierten der KPD. und eine Abhandlung von Z. Leder über „Lenin und die nationale Frage". In diesem Heft beginnt zugleich die grundsätzliche Diskussion der Differenzen zwischen der Stellung von Rosa Luxemburg und von Lenin zu den wichtigsten Fragen der marxistischen Ökonomie und Politik.

Die „Internationale" ist durch alle Buchhandlungen, im Straßenhandel sowie auch unmittelbar durch den Verlag zu beziehen wie bisher. Außerdem kann sie ab 1. Juli 1924 auch durch die Post bezogen werden. Der Abonnentspreis pro Quartal (6 Hefte) beträgt Mk. 1,50. Preis jedes einzelnen Heftes 30 Pfg.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 67. 12. Juni. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Der XIII. Parteitag der RKP.

Fortsetzung und Schluß der Diskussion über den politischen und organisatorischen Bericht des ZK.

Genosse Ruchimowitsch:

** Während der verflossenen Berichtsperiode hat die Gesamtpartei unter Führung des ZK. eine bedeutende Arbeit geleistet. Auf vielen Gebieten haben wir eine Reihe von Erfolgen erreicht. Namentlich in bezug auf unsere Wirtschaft hat nicht nur die Partei Erfolge festgestellt, sondern, was für uns am wichtigsten ist, auch die Arbeiterklasse unseres Landes hat dies festgestellt und richtig eingeschätzt. Ohne Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiete würden wir nicht jenes Vertrauen und jene Haltung gegenüber der Partei haben, die wir gegenwärtig bei der Arbeiterklasse sehen, und würden jenes von vielen noch nicht voll eingeschätzte Geschenk in der Gestalt von 200.000 neuen Parteimitgliedern nicht bekommen haben. Dieser Aufstieg ging vor unseren Augen vor sich. Jeder kleine und große Wirtschaftsfunktionär konnte dies fühlen. Diese Seite der Arbeit des ZK. braucht daher nicht ausführlich geschildert zu werden. Auch ist es nicht notwendig, über die feste, klare, echt bolschewistische Linie zu sprechen, die die Mehrheit des ZK. zur Zeit der Diskussion befolgte und die das Aufrechterhalten der Einheit unserer Partei ermöglicht hat. Da diese Diskussion sich vor den Augen der gesamten Arbeiterklasse abgespielt hat, hat sich diese die Lehre dieser Diskussion wohl gemerkt. Die Arbeiterklasse hat instinktmäßig mit ihrem einfachen, gesunden Menschenverstand begriffen, welche Richtung die richtige sei, und die Partei folgte der Mehrheit des ZK. auf dem richtigen Wege, und selbst jener Teil, der bestrebt war, die Rolle eines Schlichters zu spielen, hat in seiner Mehrheit begriffen, daß es sich im Grunde nicht um persönliche Momente, sondern um einen Versuch zur Revision der Grundlagen des Bolschewismus handelt. Wir können jetzt erklären, daß der XIII. Parteitag und die Gesamtpartei — 99%, wenn nicht alle 100 — sich auf diesen Standpunkt stellen werden. Wenn nun Genosse Trotzki hier mit einer Wiederholung des vorigen Jahres hervortrat, so glaube ich, daß dies ein mißlungenes Unternehmen war. Vielleicht fühlte er sich unwohl, vielleicht war es eine Folge seiner Krankheit, ich glaube aber, daß jetzt der gesamte XIII. Parteitag sagen wird: Es war ein Fehler, daß er hier nicht erklärte: „Ich habe mich geirrt und werde weiterarbeiten." (Beifall.)

Nun will ich über die Mängel in der Arbeit des ZK. sprechen, die sich im verflossenen Jahre bemerkbar machten. Zu diesen Mängeln gehört vor allem die ungenügende und geringe Beachtung, die unseren Gewerkschaften gewidmet wird. 1920/21 hat das Genie Lenins, als er zusammen mit der Partei fühlte, daß einzelne Abteilungen der Arbeiterklasse zu schwanken begannen, das Steuer in bezug auf die Gewerkschaften um 180° herumgeworfen und erklärt: Bessert die materielle Lage der Arbeiter. Was ist aber weiter geschehen? An verschiedenen Orten schritt man in verschiedener Weise an die Besserung der materiellen Lage der Arbeiter. Einzelne Fehler konnten nicht bemerkt werden, als aber im vergangenen Jahr die Lage in bezug auf Arbeitslohn sich besserte, als der Geldschrank des Finanzkommissariats sich öfters öffnete, mußte eine feste und klare Linie für das Gebiet des Arbeitslohnes festgelegt werden. Es kam aber diesbezüglich zu ganz kuriosen Fällen. Selbst das Politische Büro mußte einmal in diese Fragen eingreifen.

Genossen, das neue ZK. muß den Auftrag erhalten, auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß die Frage betreffend eine gemeinsame Regelung des Arbeitslohnes für alle Gewerkschaften entschieden ins Auge zu fassen. Diese Frage ist aktuell geworden, und wir müssen uns jetzt um jeden Preis und ohne Verzug mit ihr beschäftigen.

Genosse Gnutenko:

Genossen, ich möchte Eure Aufmerksamkeit für einen Augenblick auf die politische Linie des ZK. lenken, so wie sie sich bei uns zu fühlen gab. Ich glaube, daß das ZK. auf diesem Gebiete eine richtige Linie verfolgte. Betrachtet den Zustrom zur Partei in der Periode des Protestes gegen die Curzon-Note. Das bedeutet, daß die Partei einen bedeutenden Einfluß auf die parteilosen Arbeitermassen erreicht hat. Auch auf dem Gebiete der Finanzpolitik hat die Partei eine richtige Linie verfolgt.

In bezug auf die Diskussion muß gesagt werden, daß das ZK. so manches vielleicht außeracht gelassen hat, weil die Diskussion wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam, so daß wir uns nicht einmal auskannten, worum es sich eigentlich handle.

Wer gehörte der Opposition an? Erstens gehörten der Opposition alle Panikmacher, alle Intellektuellen, an. Sie nützten Kleinigkeiten aus: die Ernennung von Sekretären, die Art der Festsetzung der Tagesordnung usw. Glauben Sie aber wirklich, Genosse Trotzki, daß bei uns in den Organisationen Puppen sitzen? Ganz und gar nicht, denn wir sind schon gewachsen und man kann uns nicht damit beschuldigen, daß die Organisationsmitglieder einfach dasitzen und mechanisch die Hände heben.

Was das Leninsche Aufgebot betrifft, so ist das ein Verdienst, und zwar ein sehr großes Verdienst unseres ZK. Ihr könnt sehen, daß der Zustrom zu unserer Partei ohne Unterbrechung vor sich geht und daß Arbeiter, die schon 10 bis 15 Jahre im Betriebe sind, zu uns kommen. Das ist eine Tatsache von der größten Bedeutung.

Genosse Preobraschenski:

Genossen! Ich werde mich mit jenen wirtschaftlichen Fragen beschäftigen, die Genosse Trotzki nicht erwähnte, und wünsche viel weniger, die politischen Fragen zu berühren.

Vor allem würde ich Euch eine Hauptfrage stellen: **Unter welchen Verhältnissen können unserer Partei die gleichen Umstände drohen**, die sie im November-Dezember 1923 durchlebte? Auf diese Frage kann es nur eine Antwort geben, und diese Antwort ist folgende: Wenn irgend etwas neues in der Wirtschaft und innerhalb der Partei heranreift, wenn dieses Neue eine Änderung der Wirtschafts- und Parteipolitik erfordert, wenn diese neue Änderung nicht rechtzeitig durchgeführt wird, wenn das ZK. mit ihrer Durchführung zögert, dann muß eine Partei, eine lebendige Partei, eine Partei, die ihre Verantwortung vor der Arbeiterklasse fühlt, gemeinsam einen Ausweg aus der Lage finden. Die Partei muß entweder das Problem lösen, vor das sie die Geschichte gestellt hat, oder die rein formelle Frage zu stellen: den nächsten Parteitag abzuwarten, der vielleicht erst nach einem halben Jahr zusammentritt und dort dann diese oder jene Frage aufzurollen und zu lösen. Die Frage über den neuen Kurs wurde bei uns nicht formell, sondern dem Wesen nach gelöst. Vielleicht wurde sie mit einem allzugroßen Energieaufwand gelöst, aber wenn wir die Schuldfrage stellen, wie es einige Genossen hier tun, so frage ich Euch: Wer ist schuld daran? Jene Genossen, die auf allen Wegen, die ihnen die Parteistatuten zur Verfügung stellen, eine Lösung für die Partei suchen, oder das ZK., das mit der notwendigen Lösung zögerte? Wenn wir schon diese Frage stellen, dann stellen wir sie in ihrer ganzen Tiefe, und zwar gerade in diesem Zusammenhange.

Ich gehe zur nächsten Frage über: War damals die **Änderung des Parteikurses** notwendig? Wir alle anerkennen: ja, sie war notwendig. Und sie war formell durchgeführt, sowohl vom ZK. wie auch bestätigt durch die Parteikonferenz. Ich erinnere mich noch, wie ich auf der Versammlung der Moskauer Organisation nach dem Dokument vom 5. Dezember eine Resolution einbrachte, die feststellen sollte, daß die Meinungsverschiedenheiten unter uns in diesem Punkte verschwunden sind. Und Genosse Stalin sagte auf der Parteikonferenz aus diesem Anlaß: „Es ist unbegreiflich, warum diese Resolution dort abgelehnt war — sie hätte angenommen werden sollen." Das ist die politische Bilanz der ersten und der Hauptfrage, vor der die Partei zur Zeit der Diskussion stand. Alles übrige war nur ein Überbau über der politischen Frage. Die Geschichte hat viel Persönliches und Überflüssiges überwunden, so daß wir auf all dies schon viel ruhiger zurückblicken können. Die Frage ist die: Entweder hat das ZK. richtig gehandelt, als es den Beschluß faßte, den damals die öffentliche Meinung der Partei forderte, oder es machte einen Fehler, den man korrigieren muß. Ich habe aber noch von keinem verantwortlichen Kommunisten gehört, daß die Resolution über die Arbeiterdemokratie ein Fehler sei. Wenn dem so ist, dann kann man aber niemanden deswegen verurteilen, weil er für die Prinzipien der Arbeiterdemokratie kämpft.

Die nächste Frage: man beschuldigte uns während dieser Diskussion, daß wir **kleinbürgerliche Tendenzen** an den Tag gelegt haben. Ferner wurde diese Beschuldigung durch einen Beschluß der Parteikonferenz bestätigt. Jedes Parteimitglied fühlt den ganzen Ernst einer solchen Beschuldigung. Seitdem ist eine gewisse Zeit vergangen. Diese Zeit ist im allgemeinen unzureichend, um eine Gesamtbilanz zu ziehen, aber sie genügt, um zu sehen, wie ganz unbegründet die Beschuldigung der kleinbürgerlichen Tendenzen war. Anläßlich des Leninschen Aufgebotes sagte man uns: Ihr habt das Parteiregime angegriffen, Ihr habt darüber gesprochen, daß das Parteileben erloschen sei, daß der Bürokratismus des Apparats wächst, und nun seht: die Arbeiterklasse hat zu uns volles Vertrauen. Die Arbeiterklasse bringt uns zweifelsohne ihr Vertrauen entgegen, und dieses Vertrauen, das wir infolge des Eintrittes von 200.000 neuen Arbeitermitgliedern in die Partei gewannen, ist ein großes Kapitel, das kaum überschätzt werden kann.

Es wäre ein ganz unzulässiger Optimismus, daß die Arbeiter durch ihren Anschluß an die Partei alles gutheißen, was in der innerparteilichen Politik vor sich gegangen ist. Das Vertrauen der Arbeiterklasse gilt dem Wesen unserer Politik. Unsere Außenpolitik und unsere Innenpolitik gegenüber den anderen Klassen war richtig.

Man darf aber hier nicht vergessen, daß die Arbeitermassen sich in einer Periode anschließen, wo Genosse Lenin gestorben ist. Auch im Jahre 1919 und teilweise auch im Jahre 1920 hatten wir viele Arbeiter für unsere Partei geworben, aber viele von diesen Arbeitern, die damals in unsere Partei kamen, sind wieder ausgetreten. Infolgedessen erhielten wir jene soziale Zusammensetzung unserer Partei, die uns zur Generalsäuberung im Jahre 1921 bewog.

Der Tod Lenins stellte die Arbeiterklasse vor folgende Frage: Früher, als Lenin bei uns war, gab es bei uns nicht nur eine Verbindung der Zentren unserer Partei mit der Arbeiterklasse, sondern es gab auch eine intime Verbindung der parteilosen Arbeitermassen mit dem Genossen Lenin. Von diesem Gesichtspunkte aus hat jeder einfache Arbeiter, der den Führer verlor, sich die Frage gestellt: Ist die Partei allen Schwierigkeiten gewachsen, die sie nach dem Tode des Führers zu überwinden hat, und sind wir nicht verpflichtet, in die Partei einzutreten und an der Sache teilzunehmen, die die Sache der ganzen Arbeiterklasse ist? Und wenn die Genossen nur auf die Richtigkeit unserer Politik hinweisen, so genügt das nicht. Es ist keine zufällige Tatsache, daß, obwohl die Arbeiter auch früher schon zur Partei geneigt haben, der Massenzustrom erst nach dem Tode Lenins und unter dem Eindruck dieses Verlustes in einem solchen Umfange begann, wie wir ihn nicht erwartet haben.

Was folgt hieraus? Hieraus folgt, daß unsere innerparteiliche Politik in bezug auf die Arbeiterdemokratie, die auf der Parteikonferenz festgelegt und dekretiert wurde, auf diesem Parteitag vollkommen bestätigt werden muß. Wenn wir das Regime der Arbeiterdemokratie in der Arbeiterpartei durchführen, dann werden wir diese neuen Reserven nicht mehr verlieren.

Auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Diskussionfragen hat die Praxis bereits eine Prüfung gebracht, und diese Prüfung bestätigt keineswegs jene Beschuldigung, der wir während der Diskussion und in der Resolution der Parteikonferenz ausgesetzt wurden.

Wir haben die **Verstärkung der planwirtschaftlichen Grundlagen** unserer Wirtschaft in den Vordergrund gestellt. Und wir müssen uns nur freuen, daß die Anerkennung der Notwendigkeit der Planmäßigkeit in der Partei schon zu einem Gemeinplatze geworden ist. Das bedeutet nicht, daß wir hier große praktische Erfolge erzielt haben. Es wird noch sehr große Schwierigkeiten geben, bis wir hier alles verwirklichen können, was in unserer Wirtschaft objektiv bereits herangereift ist. Unter allen Umständen ist aber die Forderung der Plamäßigkeit zu einer Zeit, wo wir versuchen, eine sozialistische Wirtschaft aufzubauen, eine proletarische Forderung. Wo ist hier die kleinbürgerliche Tendenz? Ich behaupte im Gegenteil, daß, wenn wir an der Planlosigkeit in unserer Wirtschaft festhalten, dies ein unbewußtes Zugeständnis an die kleinbürgerlichen Elemente darstellen würde.

Die zweite Frage, die wir aufgerollt haben, ist die Frage über die Notwendigkeit des **Kampfes gegen die Akkumulation der Nep.** Man beschuldigte uns, daß wir eine Panik hervorrufen, daß wir diese Akkumulation übertreiben, daß die Maßnahmen, die wir vorschlugen, nach Kriegskommunismus riechen. Währenddessen zählte Genosse Sinowjew in seinem Berichte unter den Erfolgen unserer Politik auch die Verstärkung des Kampfes gegen die Akkumulation der Nep auf. Wo ist hier eine abweichende Tendenz? Insbesondere wo ist hier eine kleinbürgerliche Tendenz? Insoweit wir also von der Verstärkung des Kampfes gegen die Akkumulation der Nep gesprochen haben, haben wir in diesem Punkte recht behalten. Abgesehen von den konkreten Maßnahmen ist das jetzt eine Politik der Gesamtpartei. Jene Stimmung, die jetzt unter den parteilosen Arbeitermassen zum Vorschein kommt, die hier und da durchbricht, und zwar: das Wachsen der Aktivität der Arbeiterklasse, der Wunsch eines energischen Kampfes gegen die Akkumulation der Nep — all dies besagt, daß die Partei die Linie einschlägt, die in der Arbeiterklasse herangereift ist.

Genosse Larin behauptete, daß, wenn wir für den Fall des Warenhungers eine **Warenintervention** vorschlagen, und wenn wir die aktive Handelsbilanz in dem Umfange, wie es damals geplant war, ablehnen, wir darin den Einfluß der Kulaken-Elemente (Kulak = wucherischer Großbauer. Die Red.) widerspiegeln. Was ist denn die Warenintervention? Die Warenintervention ist die Einfuhr von Waren zum Zwecke der Regelung des Austausches jener Waren auf dem inneren Markte, an denen es infolge der Schwäche der eigenen Produktion mangelt. Wir

kämpften während der ganzen Zeit gegen die Auffassung, die mit unserer Armut gar nicht in Einklang steht, daß wir ausländische Valuta anhäufen können zu einer Zeit, wo die elementaren Bedürfnisse unseres Landes nicht befriedigt sind, wo wir ein großes Defizit in unserem Budget haben. Wir sagten, daß wir womöglich die Einfuhr mit der Ausfuhr in Einklang bringen müssen, indem wir natürlich in erster Linie Maschinen und Werkzeuge einführen, aber zugleich nicht auf eine Warenintervention verzichten, wenn es uns an diesem oder jenem Massengebrauchsartikel mangelt. Wir haben bereits die Einfuhr ausländischen Fleisches beschlossen. Wir werden wahrscheinlich sehr bald infolge unserer unzureichenden Zuckererzeugung auch die Einfuhr ausländischen Zuckers beschließen. Ich frage Euch, Genossen, warum ist die Warenintervention eine kleinbürgerliche Tendenz, die Einfuhr ausländischen Schweinefleisches und Zuckers aber eine echte kommunistische Wirtschaftspolitik? Ich erinnere Euch daran, daß die Verwendung unserer Valuta für die Steigerung der Einfuhr vom Rate der Arbeit und Verteidigung bereits beschlossen ist. Ist denn dieser Beschluß eine Abweichung von der proletarischen Wirtschaftspolitik und ein Produkte des Einflusses der Kulaken auf unsere Partei?

Gegen eine solche Polemik protestieren wir in der entschiedensten Weise. (Zwischenruf: Wer ist das: „Wir".) Alle, die wir in dieser Weise beschuldigt wurden. Diese Frage wurde also durch die Praxis vollkommen geprüft. Hier hat sich die Beschuldigung als vollkommen unbegründet erwiesen.

Ich habe in verschiedenen Moskauer Versammlungen betont, daß, wenn wir die Frage des Kampfes gegen die Akkumulation der Nep und des Privatkapitals stellen müssen, wir auch die jetzigen **Genossenschaften** von Grund auf umorganisieren müssen, da sie jetzt weder von unten kontrolliert werden, also keine gesellschaftliche Institution darstellen, noch von oben, daher schlechter handeln als die staatlichen Handelsunternehmungen. Ich wies darauf hin, daß diese Frage in dem Artikel des Genossen Lenin in ihrer ganzen Breite gestellt wurde. Ich bin sehr froh, Genossen, daß Genosse Sinowjew auch auf die Wichtigkeit der Behandlung der Frage hinweist, worauf Genosse Lenin unsere Aufmerksamkeit lenkte, und daß er bemerkt, daß wir das vom Genossen Lenin in seinem letzten Artikel aufgerollte Problem ungenügend verstanden haben. Ich frage nun: ist denn die Betonung dieser Frage in einer Zeit, wo wir den Kampf gegen das Privatkapital beginnen, eine kleinbürgerliche Tendenz?

Hier haben wir auch jenen Standpunkt verteidigt, daß man schon im gegenwärtigen Moment unbedingt die Frage **der einheitlichen Leitung unserer Staatswirtschaft** aufrollen muß. Genosse Pjatakow hat auf der Parteikonferenz bereits über diese Frage gesprochen. Er wurde damals nicht begriffen. Aber das, was er da befürwortete, wird die Partei in der allernächsten Zeit verstehen müssen, wenn wir allen Problemen der einheitlichen Leitung unserer Wirtschaft auf den nächsten Etappen des Kampfes gegen das Privatkapital als dem brennendsten Tagesproblem gegenüberstehen werden. Unsere Kraft liegt nicht in den angehäuften Mitteln, sondern darin, daß wir alle unsere Mittel vereinigen und uns auf die Diktatur des Proletariats stützen können. Wird denn diese Kraft nicht in bedeutendem Maße wachsen, wenn wir alle zerstreuten Einheiten unserer Wirtschaft vereinigen? Das ist die Frage, vor der wir stehen, vor der der nächste Parteitag stehen wird und die die Partei um jeden Preis zu lösen haben wird. Wir leben in einer solchen Periode, wo die Frage der sozialistischen Akkumulation, wo die Frage darüber eine zentrale Bedeutung hat, daß wir bei unserer Armut diese Zeitspanne überleben, die uns von jener Zeit trennt, in der wir imstande sein werden, die Kleinproduktion auf technischer Grundlage zu besiegen. Diese Zeitspanne werden wir mit der größten Ökonomie, mit der größten Anstrengung aller unserer Kräfte überleben, wenn wir jede Einheit, die in diesem Konkurrenzkampf tätig ist, zusammenfassen und ihr helfen. Und diese schwerste Periode der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation die vielleicht jahrzehntelang dauern wird, diese Periode können wir nur dann siegreich hinter uns lassen, wenn unsere Wirtschaft verstehen wird, den Kampf um ihre Entwicklung als ein einheitliches Ganzes zu führen. Begreift Ihr denn nicht den Zusammenhang zwischen diesem Vorschlag, der den Spitzen unserer Wirtschaft entstammt, und jenem elementaren Prozeß, der aus den untersten Schichten der Arbeiterklasse hervorbricht, die damit unzufrieden sind, daß sie jetzt allzu wenig bekommen, wo das Privatkapital neben ihnen emporwächst? Ja, all dies ist notwendig und die Partei wird uns verstehen. Und ich frage Euch, Genossen, wenn wir in dieser Richtung einen Vorschlag einbringen, wer kann es behaupten, daß das eine Abweichung von der proletarischen Linie, daß das kein Kampf für die proletarische Linie auf dem Gebiete des Wirtschaftsbundes sei?

Das ist alles, was wir vorgeschlagen haben. Die historische Prüfung haben sie noch nicht vollkommen bestanden. Aber in gewissen Punkten ist diese historische Prüfung bereits eingetroffen, und in diesen Punkten können und müssen wir getrost sagen, daß die polemischen Übertreibungen, die während dieser Diskussion gemacht wurden, und die Beschuldigungen sich als unbegründet erwiesen haben. Diese historische Prüfung geht noch gegenwärtig vor sich, und **wir wenden uns nun an die Partei, besonders an jenen Teil der Partei, der unsere Stellungnahme in den Hauptfragen am meisten als Irrtum betrachtet hat, und bitten, den Beschluß über die kleinbürgerliche Tendenz zu revidieren und aufzuheben.**

Nun einige Worte über die Parteisäuberung. Bei dieser Parteisäuberung sind mangels der Öffentlichkeit und der Kontrolle durch die Parteimitgliedschaft eine ganze Reihe von Fehlern gemacht worden, die teilweise korrigiert werden können und müssen. Es wäre überhaupt besser gewesen, mit dieser Säuberung wenigstens bis nach dem Parteitag zu warten, die Säuberung öffentlich durchzuführen, sie von der Periode der Diskussion auch zeitlich zu trennen. Dann hätten wir nicht solche Tatsachen vor uns gehabt, daß zugleich mit den zersetzenden karrieristischen und fremden Elementen zuweilen auch qualitativ gute jugendliche Elemente ausgeschlossen wurden, aus denen gute Kommunisten hätten werden können.

Zum Schluß noch zwei Worte. Gegenwärtig stehen wir in unserem innerparteilichen Leben vor folgende Tatsachen. Die Aktivität der Arbeiterklasse wächst, ihre Bedürfnisse wachsen, besonders auf allen jenen Gebieten, auf deren Befriedigung sie während des Bürgerkrieges verzichten mußte. Das ist ein außerordentlich wichtiges ernstes Problem und führt uns an das Problem unserer Industrie heran. Unsere Industrie leidet vor allem unter dem Mangel an Kapital. Die Bedürfnisse werden schneller wachsen als unsere sozialistische Akkumulation, als unser Arbeitslohn. Das wird uns vor ein ungeheuer wichtiges Problem stellen. Wir müssen rechtzeitig alle jene Erscheinungen voraussehen, die hieraus entspringen werden. Und hier kommen wir von neuem zum Hauptproblem zurück: Produktion der Produktionsmittel und Erweiterung der Produktion, Planmäßigkeit in unserer Industrie vor allem. Wir müssen also nur bedauern, daß die Frage über unsere Industrie, über ihr Schicksal, über ihre nächsten Aussichten, das heißt die Zentralfrage unserer Wirtschaft und unserer Politik, nicht auf der Tagesordnung des Parteitages stehen.

Genosse Rudzutak:

Genosse Preobraschenski hat sich sehr darüber gewundert, daß wir die Opposition deshalb angreifen, weil sie vorschlug, zur Planwirtschaft überzugehen. Genosse Trotzki zitiert die Rede des Genossen Kamenew im Rat der Arbeit und Verteidigung, wonach wir bisher nur die Arbeit einzelner Instanzen in Einklang gebracht haben, und es jetzt an der Zeit ist, zu einer breiteren planmäßigen Arbeit überzugehen. Ich glaube also, daß der Genosse Preobraschenski das Schießpulver zum zweitenmal erfinden will. Nicht Genosse Preobraschenski hat es erfunden, daß wir zur Planwirtschaft übergehen müssen. Darüber hat bereits der XII. Parteitag bestimmte Beschlüsse gefaßt. Es handelt sich in der ganzen Frage nicht darum, ob man eine Planwirtschaft zu führen hat oder nicht, sondern um das Vorhandensein jener Elemente, die uns gestatten, eine solche Wirtschaft aufzubauen. Solange wir keinen Wertmesser für die Planwirtschaft, **solange wir kein stabiles Geldsystem gehabt haben, konnte keine Rede davon sein, eine mehr oder minder reale Planwirtschaft aufzubauen.** Unsere Planwirtschaft hinkt nicht darum, weil unsere Partei sich nicht entschließen konnte, sie aufzubauen, sondern weil die allgemeine Wirtschaftslage, unsere Armut und der zerstörte Zustand unserer Wirtschaft es bisher nicht ermöglicht haben, zur Schaffung eines richtigen Wirtschaftsplanes überzugehen.

Allerdings gibt es in der Geschichte unserer Sowjetwirtschaft einige Versuche eines „planmäßigen" Aufbaues. Das erste Beispiel war das Werk des Genossen Preobraschenski selbst, unser erstes Staatsbudget, das von einem allrussischen Rätekongreß bestätigt wurde. Dieses Budget wurde aber am zweiten Tage seine Existenz durch das praktische Leben aufgehoben, da wir nicht auf Grund dieses Budgets existieren konnten. Es hat jenen realen Verhältnissen nicht entsprochen, in denen wir uns befanden. Ein anderer verfrühter Versuch einer planmäßigen

Organisierung unserer Wirtschaft war der allgemein, besonders aber den Eisenbahnern bekannte Befehl Nr. 1042 des Genossen Trotzki, der leider auch am nächsten Tage durch das praktische Leben aufgehoben wurde. Unter den Folgen dieses Befehls auf dem Gebiete unserer Lokomotivproduktion leiden wir noch immer schwer, da wir unsere Schwerindustrie plötzlich auf die Lokomotivproduktion umgestellt haben, was sowohl für den Transport wie auch für die Industrie zu einer unerträglichen Last geworden ist. Solche Versuche führen nur zu negativen Resultaten, und daher wiederhole ich nochmals, man darf das ZK. nicht dessen beschuldigen, daß es die Notwendigkeit der Planwirtschaft nicht eingesehen hat. Die Schuld des Genossen Preobraschenski und anderer Genossen liegt darin, daß sie über Planwirtschaft schwätzen, ohne daß die Möglichkeit ihrer Einführung vorhanden gewesen wäre.

Nun sagt man uns: Ihr seid nach unserer Aktion dennoch zu einer Planwirtschaft übergegangen. Kamenew selbst sagte ja, daß wir zu einem konkreten Wirtschaftsplan übergehen müssen. Ja, Genossen, die Verhältnisse haben sich geändert, unsere Geldreform ist bereits durchgeführt, wir können bereits ein Budget aufstellen und sagen, daß wir auf Grund dieses Budgets wirtschaften können, daher können wir auch eine Planwirtschaft in bezug auf einzelne Industriezweige aufbauen. Nicht weil die „vier Wirtschaftler", wie Genosse Ossinski sagte, den Wirtschaftsplan erfunden haben, sondern weil die Politik des ZK. und überhaupt die Politik der Sowjetmacht uns in eine solche reale Lage brachte, die es jetzt schon ermöglicht, zu einem wirklichen Wirtschaftsplan überzugehen.

Genosse Trotzki sagt nun, daß die aktive Handelsbilanz unser Elend sei, aus dem wir jetzt versuchen, herauszukommen. Er sagt, daß wir angeblich so große Summen an ausländischer Valuta in unserem Lande haben, daß sie die Entwicklung unserer Industrie und unseres Handels verhindern. Man kann natürlich aus einer Fliege einen Elefanten machen, leider müssen wir aber sagen, daß unsere Handelsbilanz eben nicht genügend aktiv ist, daß unsere Vorräte an Auslandsvaluten noch allzu gering sind. Und wenn es sich darum handelt, wie wir den infolge der aktiven Handelsbilanz angehäuften Geldfonds ausnützen sollen, so bestehen noch große Zweifel darüber, ob man ihn zum Ankauf dieser oder jener Ware verwenden könne oder ob man ihn lieber bis zum Herbst aufbewahren — da wir dann gezwungen sein werden, unsere Papiergeldemission für die Realisierung der Ernte zu steigern — und dadurch unsere Geldnote gegen Kursschwankungen sichern soll.

Was die Warenintervention anbelangt, so sagt Genosse Preobraschenski: Ihr habt jetzt die Wareneinfuhr gestattet. Was für Waren, Genosse Preobraschenski? Ihre Gesinnungsgenossen haben uns eine ganze Reihe von Rezepten vorgelegt, was für Waren wir einführen sollen. Sie haben zum Beispiel vorgeschlagen, Manufakturwaren einzuführen, und sie haben mich im Rat der Arbeit und Verteidigung sehr scharf kritisiert, als ich vorschlug, **lieber Baumwolle einzuführen um unsere Fabriken zu 100% ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigen zu können, damit unsere Fabriken viel produktiver arbeiten und billigere Manufakturwaren in größerer Menge erzeugen können.** Die Textilarbeiter unterstützen meinen Standpunkt daß es vorteilhafter sei, Baumwolle einzuführen, unsere Fabriken zu beschäftigen, **den Arbeitslohn zu erhöhen** und unsere eigene Industrie auszubauen. Es ist also wenigstens übertrieben, davon zu sprechen, daß wir die Warenintervention anerkannt hätten.

Am Schluß seiner wirtschaftlichen Exkursion wendet sich Genosse Preobraschenski an den Parteitag und fragt: Was für ein Urteil kann die Geschichte über sie fällen? Nun, Genosse Preobraschenski, ich glaube, daß die Geschichte ein sehr mildes Urteil über Euch fällen wird: „So viel Lärm um nichts!"

Zum Schluß will ich noch einige Worte über jene **politischen Momente** sagen, die vom Genossen Trotzki und vom Genossen Preobraschenski erwähnt wurden. Genosse Trotzki sagt, daß, wenn die Frage der Demokratie auf dem XII. Parteitag gestellt worden wäre, so ein Vorschlag nicht eine einzige Stimme bekommen hätte. Was bedeutet das? Das spricht gegen Euch, Genosse Trotzki! Jedes Grünzeug hat seine Saison. Wenn wir auf dem IX. Parteitag die Neue Wirtschaftspolitik vorgeschlagen hätten, so hätte dieser Vorschlag sehr wenig Stimmen auf sich vereinigt. Aber dafür haben wir auf dem X. Parteitag recht viel Stimmen bekommen, da sich die Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage wie auch unsere außenpolitische und unsere militärische Lage verändert haben. Und daher war die Frage der Demokratie durch das ZK. gerade in dem Augenblick aufgerollt, wo die Partei die Notwendigkeit der Aufrollung dieser Frage zu fühlen begann. Nicht als ob die Partei sich bisher geirrt hätte, sondern weil die Partei den Zeitpunkt ausgetastet hat, wo diese Frage aufgestellt und gelöst werden mußte.

Genosse Trotzki vergißt, daß unsere Diskussion und unsere Meinungsverschiedenheiten gar nicht darum gingen, ob die Resolution vom 5. Dezember notwendig war oder nicht, sondern darum, daß in allen Rayon- und Gouvernementsversammlungen trotz der Resolution vom 5. Dezember zwei Anträge zirkulierten: der Antrag des ZK. und der Antrag der Opposition. Kein einziger Berichterstatter des ZK. konnte irgendwohin gehen, ohne daß ihm nicht wie ein Schatten ein Korreferent gefolgt wäre. War das so oder nicht?

Genosse Trotzki sagt, daß die formelle Auffassung über die Demokratie eine menschewistische Abweichung darstellt. Ich würde sagen, daß eine wirkliche menschewistische Abweichung darin besteht, daß man die Demokratie zu einem Glaubenssymbol macht. Und darin bestand hauptsächlich die Stellungnahme unserer Opposition.

Die internationale Bedeutung der Diskussion.

Die Frage der Parteidiskussion ist eine äußerst wichtige Frage. Sie hat sich nicht nur auf Streitigkeiten in unserer Partei beschränkt. Unsere Parteidiskussion hatte auch in der internationalen kommunistischen Bewegung eine große Bedeutung. Ich will Euch, Genossen, einige Worte aus dem Vorwort des Genossen Souvarine zur französischen Übersetzung des Genossen Trotzki über den „Neuen Kurs" zitieren. Da werden die Ursachen der Diskussion folgendermaßen erklärt:

> „Die in der Partei überwiegende Stimmung stand dem in der Partei herrschenden System des Kriegskommunismus feindlich gegenüber, der die Liquidierung des Kriegskommunismus im Lande selbst überlebt hatte ... Die Parteikrise findet ihre Erklärung darin, daß es für die Mitgliedermassen unmöglich geworden ist, ihre Meinungen auszutauschen, auf die Verwaltung einen Einfluß auszuüben und an der Staatsarbeit teilzunehmen. Diese Unmöglichkeit ist hervorgerufen durch den innerparteilichen Bürokratismus. Charakteristisch ist hierfür das Vorhandensein einer ‚Hierarchie von Sekretären', die nicht gewählt, sondern von oben ernannt werden."

Nun wenn unser ganzes Elend nur von diesen ernannten Sekretären käme, so wären wir das glücklichste Land der Welt. Aber in diesem Vorwort wird ferner gesagt, daß die Partei zu den niederträchtigsten Verleumdungsmethoden während der Diskussion Zuflucht nahm, um den Genossen Trotzki zu zerschmettern:

> „Zum Objekt empörender, ungerechter, kritischer Angriffe und unerhörter persönlicher Ausfälle geworden, wegen der Veröffentlichung von Ideen, die er schon früher in geschlossenen Versammlungen und im Zentralkomitee der Partei befürwortete und die von der Mehrheit der Genossen gebilligt werden — ein unwiderlegbarer Beweis hierfür ist die Resolution des ZK. — hat Trotzki sein Gleichgewicht nicht verloren ... Ein neuer Schlag fiel auf diesen Übermenschen herab, den das böse Schicksal auf eine Zeit der Möglichkeit der Arbeit und des Kampfes auf seinem Posten beraubte. (Die unlängst überstandene Krankheit des Genossen Trotzki. Die Red.) Nach einer dreimonatigen Diskussion, in deren Verlauf Tatsachen bewußt entstellt wurden, die Wahrheit systematisch gefälscht wurde und die Fragen nicht in ihrem Wesen, sondern zum Zwecke ihrer Ausnützung als Zündstoff für die inneren Konflikte behandelt wurden, ..."

Ich glaube, daß das genügt. Ich könnte noch viel Ähnliches aus diesem Vorwort vorlesen, aber ich wollte damit nur beweisen, in welches Licht unsere Partei vor den französischen Arbeitern gestellt wurde, unsere Partei, die von allen Kommunistischen und auch nichtkommunistischen Parteien als die Partei betrachtet wird, die ihren revolutionären Charakter höher und fester hält als jede andere. Nun, diese Partei wurde von ein Häuflein von Tatsachenfälschern und Verleumdern bezeichnet, die sich auf die Opposition gestürzt haben, um den Genossen Trotzki und die Opposition mit Kot zu bewerfen.

Unsere Parteidiskussion hat in der Partei tiefe Spuren zurückgelassen, aber nicht minder tiefe Spuren in der internationalen kommunistischen Bewegung. Und wir müssen sagen, daß unsere Opposition in einer ganzen Reihe von Ländern den Kommunistischen Parteien einen wahrlich schlechten Dienst erwiesen hat. Ich möchte meine Rede mit den Worten desselben Genossen Souvarine schließen — und diesmal muß ich mit ihm einer Me-

nung sein — daß „das was Genosse Trotzki geschrieben hat, keine Kraft mehr verwischen kann". Auch ich glaube, daß dem so ist. Und ferner: „Der ‚Neue Kurs' fügt ein neues logisches Glied zur umfangreichen Kette der früheren Arbeiten des Verfassers hinzu, die ein einheitliches Ganzes darstellen."

Ich glaube, daß auch das richtig ist, aber auch wir können sagen, daß die Parteidiskussion auch aus der Geschichte unserer Partei durch keine Kraft verwischt werden kann und daß in dieser Beziehung auch unsere Partei ein neues logisches Glied in der Kette jenes revolutionären Kampfes erwarb, der das Wesen unserer Partei bestimmt. In dieser Beziehung ergab die Diskussion ein bestimmtes Resultat, die Partei hat sich erneuert und ging aus der Dikussion stärker, einheitlicher und stabiler hervor, als sie je vorher war.

Genosse Kamenew:

Das ZK. der Partei hat sich bei seinem Bericht an den Parteitag in gewissem Sinne in einer Hinsicht in einer einigermaßen komplizierten Lage befunden. Wir haben natürlich alle gefühlt, daß die Partei die alten Streitigkeiten nicht aufzuwärmen wünscht und daß der Bericht so gehalten werden muß, daß er trotz der Aufzählung aller jener Lehren, die die Partei aus der Diskussion zog, keine Gelegenheit zur Rückkehr zu einem bereits überwundenen Stadium gebe. Leider werfen uns die Reden zurück, die wir hier von den Genossen Trotzki und Preobraschenski gehört haben. Und wenn diese Genossen die Partei schon zwingen, auf die früheren Fragen und Beschlüsse zurückzublicken, so können das die Mitglieder des ZK. nicht mit Schweigen übergehen.

War das Urteil der Partei richtig oder unrichtig?

Die beiden Reden der Genossen Trotzki und Preobraschenski müssen zusammen behandelt werden, da die Rede des Genossen Preobraschenski nur die Fortsetzung der Rede des Genossen Trotzki darstellt. Sie war etwas aufrichtiger, da Genosse Preobraschenski ein minder erfahrener Politiker ist als Genosse Trotzki. Der politische Sinn dieser beiden Reden besteht darin, daß sie vor der Partei eine der politischen Hauptfragen aufrollen. Es ist natürlich keine persönliche Frage. Genosse Trotzki hat recht gehabt, als er die allgemeine Frage von der persönlichen Frage abgrenzte. Ich hoffe, daß es auch mir gelingen wird, jede persönliche Komplikation beiseite zu lassen. Die politische Frage besteht darin, ob das Urteil, das die Partei in der strittigen Frage gefällt hat, richtig war oder nicht. Und nicht nur wir, Mitglieder des ZK., sondern auch die Partei im ganzen muß diese Fragestellung annehmen. War denn in Wirklichkeit das Urteil richtig oder unrichtig? Das Urteil ist ja niedergeschrieben. Es existiert als ein historisches Dokument in der Resolution der 13. Konferenz der RKP. und enthält unter dem Titel „Die Ergebnisse der Diskussion und die kleinbürgerlichen Tendenzen in der Partei" Beschlüsse über alle Diskussionsfragen. War dieses Urteil richtig oder unrichtig?

Jetzt, nach den Reden der Genossen Preobraschenski und Trotzki, muß der Parteitag bewußt und kaltblütig hierauf eine Antwort geben. Nach diesen Reden gibt es keinen anderen Ausweg mehr. Dieselbe Frage rollte Genosse Trotzki auf, als er von der „übertriebenen Attacke auf kleinbürgerliche Tendenzen" sprach. Ist denn diese Attacke auf diese kleinbürgerliche Abweichung wirklich übertrieben? Ist sie übertrieben, dann kann man hier nicht so verfahren, wie es uns Genosse Trotzki empfahl oder wie er es für sich selbst bestimmte, das heißt sagen, daß dieses Urteil zwar ungerecht gewesen sei, daß aber die Partei das Recht habe, gegenüber einzelnen Mitgliedern ungerecht zu sein, und daß diesen einzelnen Mitgliedern nichts anderes übrig bleibe, als sich dem ungerechten Urteil zu unterwerfen.

Genossen, in den Annalen unserer Partei dürfen ungerechte Urteile nicht vorkommen. Und nachdem gegen dieses Urteil der Konferenz in direkter oder indirekter Form an den Parteitag appelliert wurde, kann die Frage nicht mehr auf dem Boden der Gefühle und Affekte, nicht auf dem Boden dessen, ob ein Genosse beleidigt oder nicht beleidigt ist, ob der Beschluß gerecht oder ungerecht, zu scharf oder zu wenig scharf ist, gelöst werden, sondern nur politisch, das heißt, ob dieses Urteil von der obersten Parteiinstanz, dem Parteitag, aufzuheben ist oder nicht? Diese Frage ist vom Genossen Trotzki in einer sehr eleganten und vom Genossen Preobraschenski in einer sehr aufrichtigen Form gestellt worden.

Der Fehler liegt nicht in der Feststellung der Krankheit, sondern in den vorgeschlagenen Heilmethoden.

Genosse Trotzki begründet seine Berufung gegen das Urteil der Konferenz darauf, daß das ZK. in der Resolution vom 5. Dezember selbst als notwendig erachtete, seine Politik zu ändern. Ja, das ist so. Ja, in der Resolution vom 5. Dezember stellt das ZK. eine Reihe von Mißständen in unserer Partei fest. War das gut oder nicht? Meiner Ansicht nach gut. Es war gut, daß das ZK. die Kraft, den Mut, den Weitblick gefunden hat, um die Mißstände in der Partei festzustellen. Vielleicht hat es dabei noch ein wenig übertrieben. Das ist aber gar nichts Schlimmes. Das Schlimme begann erst dort, wo man zur Heilung der festgestellten Krankheiten solche Heilmittel vorschlug, die für die Partei viel gefährlicher waren als die Krankheit selbst. Nicht das ist das Schlimme, daß wir am 5. Dezember die Diagnose einiger Krankheitserscheinungen gefunden haben. Das Schlimme ist, daß sich im ZK. Genossen gefunden haben, die verderbliche Heilmittel vorschlugen. Es gab Mitglieder im ZK., die, nachdem wir mit ihnen zusammen die Krankheit festgestellt hatten, uns nicht geholfen haben, diese Krankheit zu heilen, sondern solche Mittel anwandten, solche Arzneien der Partei empfahlen, die diese Krankheit in einen erschöpfenden Fieberzustand verwandelten, der uns drei Monate lang quälte. Und die Partei hat das Recht, zu fragen, wenn sie an die Resolution vom 5. Dezember erinnert wird: Und Sie, Genosse Trotzki, haben Sie denn der Partei geholfen, jene Krankheitserscheinungen, die Sie mit anderen Mitgliedern des ZK. festgestellt haben, womöglich schmerzlos zu heilen? Diese Frage hat die Konferenz beantwortet und ich bin überzeugt davon, daß auch der Parteitag sie dahin beantworten wird: Trotzki empfahl der Partei solche Heilmittel, die gegen die Krankheit nichts geholfen haben, sondern die Krankheit noch verschlimmerten. Darin liegt sein Hauptfehler.

Die Geschichte wurde am 5. Dezember nicht abgeschlossen, wie es Genosse Trotzki zu schildern versucht. Seine ganze Rede war darauf aufgebaut, daß die Geschichte am 5. Dezember zu Ende ging. Am 8. Dezember begann ein neues Blatt in der Geschichte. Es wurde durch den Genossen Trotzki, durch seinen bekannten Brief an die Parteiversammlungen über den „neuen Kurs", eröffnet. Und die ganze Diskussion, das ganze Fieber bezieht sich nicht auf die Zeit vor dem 5. Dezember, sondern auf die Zeit nach dem 8. Dezember, wo der Genosse Trotzki in seinem Brief anläßlich der Resolution des ZK. der Partei eine Heilmethode empfahl, die sie abzulehnen gezwungen war.

Nur darin besteht das echte Wesen der Geschichte unserer Diskussion, was wir nicht vergessen dürfen, und man darf auch nicht darauf hoffen, daß es von anderen Genossen vergessen wird. Es sind kindische Methoden; man glaubt, daß man mit Kindern spricht, wenn man sagt: sprechen wir von der Resolution vom 5. Dezember. Die Resolution vom 5. Dezember wurde doch einstimmig angenommen. Wurde denn über sie gestritten? Der Streit begann erst, als Genosse Trotzki, unzufrieden mit der einstimmig angenommenen Resolution, über den Kopf des ZK. hinweg an die Partei appellierte. Die Heilmittel, die in dieser Resolution vorgeschlagen wurden, hätten wirklich zu innerparteilichen Reformen werden können, und das ZK. war auch im Begriffe, diese Reformen ins Leben zu rufen. Genosse Trotzki schlug **statt der Reformen eine Revolution in der Partei vor.** Das ist die Hauptsünde, aus der sich der ganze Prozeß entwickelte. Das hat er der Partei in seinem Briefe vorgeschlagen, in seinem Briefe, in dem er die Gefahr der Entartung der Parteispitzen feststellte, die Parteispitzen als einen vollendeten Ausdruck des apparatmäßigen Bürokratismus verleumdete, indem er die Partei aufforderte, „sich ihren Apparat zu unterwerfen", indem er dem Apparat vorwarf, daß dieser sich anschicke, die Resolution des ZK. bürokratisch zu vereitein und indem endlich auf jene Reservekräfte hingewiesen wurde, die die „Heilung" der verfaulenden Spitzen und des Bürokratismus des Apparats verwirklichen sollen: auf die Jugend, die den Namen „Barometer" erhielt.

Darin bestehen im allgemeinen jene Elemente, die uns beweisen, daß wir hier einem Versuch gegenüberstanden, anstatt den Weg der Parteireform auf dem Boden der Resolution vom 5. Dezember einzuschlagen, eine innerparteiliche Revolution, eine Umstellung der Kräfte durchzuführen. Das ZK. und die Partei stemmten sich dagegen. Wenn wir das nicht in Betracht ziehen und die Sache so hinzustellen versuchen, daß die Geschichte am 5. Dezember abgeschlossen wurde und weiter nichts geschah. Wenn der Genosse Trotzki, der hier einen ausführlichen und langen Versuch machte, seine Stellungnahme in der Diskussion zu erklären, und nichts über seinen Brief und über seine Broschüre, überhaupt nichts über seine Stellung zur Opposition sagte, dann bekommen wir eine gefälschte Vorstellung über die

wirklichen Lehren der Diskussion. Was war es in Wirklichkeit, was die Partei am stärksten aufregte, was die Krise verschärfte? Das, daß die Partei eine Antwort auf die Frage erwartete, wie sich Genosse Trotzki zur Linie der Opposition, zu jener Ideologie stellen wird, die von den Genossen Preobraschenski, Ossinski, Sapronow, Drobnis und anderen entfaltet wurde. Wie verhält sich Genosse Trotzki zu all dem? Genosse Trotzki hat damals geschwiegen und er schweigt sich darüber auch in seiner heutigen Rede aus. Darüber hat er nichts gesagt. Er hat seine Stellungnahme zur Resolution vom 5. Dezember ausführlich dargelegt. Diese Resolution hat er aber unterschrieben; diese Resolution ist gut, darüber streiten wir hier nicht. Aber die Frage, die die Partei aufregte, die zu diesem Fieberzustand führte, bestand darin, daß die ganze Partei darauf wartete, was Genosse Trotzki zur Aktion der Opposition sagen wird. Er hat aber darüber sowohl damals wie auch jetzt kein Wort erwähnt. Darum haben jetzt die Genossen aus der Provinz, die hier gesprochen haben, von der Rede des Genossen Trotzki den Eindruck, daß sie eine diplomatische Rede war, da ja in ihr nicht alles gesagt worden ist, was die Partei zu hören das Recht gehabt hätte.

Die Frage der Generationen.

Auf die zweite Frage, die Genosse Trotzki stellte, hat er gleichfalls eine unbefriedigende Antwort gegeben. Er fragte, warum die Frage über die Resolution vom 5. Dezember mit der Frage der Generationen verwickelt wurde. Ich wiederhole, es wäre für die Partei viel interessanter gewesen, zu erfahren, warum die Frage über die Resolution vom 5. Dezember mit der Frage über Trotzki und nicht mit der Frage über die Generationen verwickelt wurde.

Wenn aber der Genosse Trotzki auf die Frage der Generationen eine Antwort wünscht, nun, dann sprechen wir davon. Wie kam es denn, daß die Resolution vom 5. Dezember über die innerparteiliche Erneuerung, über die Hebung des Parteilebens, über die Durchführung der Demokratie innerhalb der Partei mit der Frage über die beiden Generationen in unserer Partei, über die alte und die junge Generation, verwickelt wurde? Genosse Trotzki antwortet: Die Aufgabe bestand darin, der jungen Generation zu ermöglichen, sich auf die breite Straße des Leninismus durchzuarbeiten. Selbst eine so vorsichtige Formulierung rollt die Frage auf: Wer stört sie denn, wo sind die Hindernisse, die die Jugend überwinden muß, um sich zum Wege des Leninismus durchzuarbeiten? Es ist natürlich, daß jeder Politiker, der eine solche Formulierung sieht, sich die Frage stellen wird: Es gibt hier augenscheinlich irgendwelche Hindernisse; die normale Teilnahme an dem Parteileben gewährt der Jugend nicht die Möglichkeit, im natürlichen Laufe der Zeit die Alten abzulösen und sie zu ersetzen. Hier muß ich gestehen, daß ich in einer solchen Fragestellung auf dem Parteitag — selbst in der Verkleidung so schöner Phrasen: „die Partei habe immer recht" — eine Berufung an die junge Generation gegen gewisse Gruppen und Faktoren fühle, die sie stören, zur Geltung zu kommen. Das ist aber ein sehr großes und, sprechen wir es aus, sehr gefährliches Spiel, das keine feste Hoffnung auf eine friedliche Überwindung unserer Meinungsverschiedenheiten gewährt, denn, wie Souvarine richtig sagte, keine Kraft kann mehr verwischen, was hier geschrieben wurde. Nun aber, in dem Buche über den „Neuen Kurs", den Souvarine zur Erziehung der französischen Kommunisten ins Französische übersetzte, sind solche Faktoren aufgezählt, denen gegenüber übermenschliche Anstrengungen notwendig wären, um den Weg der Jugend von ihnen zu säubern.

Sind denn nicht diese entarteten Alten, die zum vollendeten Ausdruck des apparatmäßigen Bürokratismus geworden sind, diese Faktoren, die die Jugend hindern, zur Geltung zu kommen? Stellen denn nicht die Spitzen, jene Genossen, denen gegenüber es angebracht war, sich auf die Entartung der Scheidemänner, der Guesdes, zu berufen, ein solches Hindernis dar?

Man kann schon diplomatische Reden halten, aber der lebendige politische Geist der Partei wird es verstehen, das, was vor drei Monaten gesagt wurde, in Verbindung zu bringen mit dem, was hier gesagt wird. Wenn die Demokratie, wie heute Genosse Trotzki sagte, wirklich kein formelles Kennzeichen ist (obwohl ich glaube, daß Trotzki hier vergebens diesen Vorbehalt machte — die Demokratie ist gerade ein formelles Kennzeichen, die Demokratie innerhalb unserer Partei ist die Summe gewisser Rechte, die den Parteimitgliedern und den Parteiorganisationen in den Statuten gewährleistet wird), wozu hier dann die Berufung auf die Demokratie? Diese Frage darf nicht in den Schatten gestellt werden.

Nein, die Demokratie innerhalb unserer Partei ist nicht etwas allgemeines, nicht ein liebenswürdiges Verhalten der Alten der Jugend gegenüber, die Demokratie besteht nicht aus allgemeinen Bedingungen, unter denen es den jungen Gruppen in unserer Partei leichter ist, vorwärtszukommen, sondern sie ist ein formelles Kennzeichen. Wenn man Demokratie fordert, so müssen formelle Vorschläge und Berichtigungsanträge zu unseren Statuten eingebracht werden, sonst ist das (verzeiht mir den starken Ausdruck) ein leeres Geschwätz. Wenn man uns sagt: es ist kein formelles Zeichen, wenn man keine faktischen Berichtigungen zur Resolution der Partei vorschlägt, zu jenen Parteistatuten des demokratischen Zentralismus, die die Lebensform der Partei bestimmen, sondern behauptet: „Die innerparteiliche Demokratie ist einerseits ein Regime, das die Führung der alten bolschewistischen Generation sichert, andererseits ein Regime, das der jungen Generation ermöglicht, zur Aktivität und Selbständigkeit zu gelangen" — die Worte Trotzkis —, so sage ich, hat es sich denn gelohnt, die Partei deswegen drei Monate lang in einem Fieberzustand zu halten? (Zwischenruf des Genossen Waganjan: Das ist nicht wenig!) Ich werde sehr froh sein, wenn Sie heraustreten und uns sagen, wo jene konkreten Kennzeichen sind, die in unsere Statuten einzutragen wären, um die aktive Teilnahme der jungen heranwachsenden Generation am Parteileben zu sichern. Ich fürchte, Genosse Waganjan, daß Sie diese Kennzeichen nicht einmal mit Hilfe von Zitaten aus Plechanow finden werden (Beifall, Heiterkeit). Nun, Genossen, worum handelt es sich hier?

Handelt es sich denn wirklich um jene Genossen, für die Genosse Waganjan so besorgt ist, um die lernende heranwachsende Jugend? Ich glaube, wenn es sich darum handelt, wie es aus dem Zwischenruf des Genossen Waganjan zu verstehen ist, so haben Sie, Genosse Waganjan, und jene Genossen, von denen Sie lernen, wieder daneben gegriffen. Denn heute besteht die Aufgabe nicht darin, dieser jungen Generation durch formelle Statuten oder auf einem außerstatutlichen Wege zu ermöglichen, die alte Generation abzulösen. Es handelt sich jetzt darum, die Proletarier des Leninschen Aufgebotes in das Parteileben einzureihen. Das ist eine viel wichtigere Frage. Als ich die Rede des Genossen Trotzki hörte, bat ich um die Statistik des Leninschen Aufgebotes und dachte: Vielleicht besteht das Leninsche Aufgebot durchwegs aus dieser Jugend, in deren Interesse es notwendig wäre, den Rahmen der Partei zu erweitern und die Alten ein wenig zu bedrängen usw. Vor mir liegt die Statistik des Moskauer Leninschen Aufgebotes. Es stellt sich heraus, daß die 18.000 neuaufgenommenen Moskauer Proletarier sich dem Alter nach folgenderweise zusammensetzen: unter 24 Jahre 4000, von 25 bis 34 — das ist auch nicht mehr das junge Volk — 8700, von 35 bis 44 4500, und über 45 — das kann wirklich nicht mehr zur Jugend gezählt werden — 1500 Genossen. Endlich gibt es unter ihnen 700 Jugendliche. Wie Ihr seht, Genossen, 80% der sich uns angeschlossenen Arbeiter, wobei es sich in Moskau hauptsächlich um qualifizierte Arbeiter handelt, sind in einem Alter von über 25 Jahren. Nicht wahr, die Frage über das „Barometer", die Frage darüber, welchen Kurs die Partei einzuschlagen hat, wie die Demokratie aufzufassen sei und für wen diese Demokratie gelten soll, sowohl die Demokratie in den Statuten wie auch außerhalb der Statuten, wird durch diese Statistik in einem ganz bestimmten Sinne gelöst.

Das Barometer ist hier die Demokratie für sie, die Orientierung auf sie, obwohl viele von ihnen über 35 Jahre alt sind!

Die Frage der Fraktionen und Gruppierungen.

Nicht nur ich habe mit großer Aufmerksamkeit, und ich sage, mit Beruhigung, die diesbezüglichen Worte des Genossen Trotzki gehört, sondern ich würde allen Genossen empfehlen, die vom Fieber der Diskussion ergriffen wurden, in allen Parteizellen, wo sich diese Streitigkeiten abspielten, die neue Formulierung des Genossen Trotzki über die Fraktionen und Gruppierungen mitzuteilen. Genosse Trotzki erklärte,

> „daß er die Freiheit von Gruppierungen nie anerkannte und nicht anerkennt, da unter den gegebenen Verhältnissen die Gruppierungen nur einen neuen Namen für die Fraktionen darstellen".

Wenn wir Moskauer und ich persönlich diese Formulierung des Genossen Trotzki im November zu Gesicht bekommen hätten, wieviel Kraft und Energie hätten wir und auch Genosse Preobraschenski erspart. (Heiterkeit.) Wieviel Stunden hätten wir erspart, während deren wir darüber gestritten haben, ob die Gruppierungen Fraktionen sind, wie wir es behaupteten, oder,

wie Genosse Preobraschenski behauptete — und viele glaubten damals, daß er darin in vollem Einverständnis mit Trotzki steht —, daß man Fraktionen nicht bilden dürfe, wohl aber Gruppierungen. (Heiterkeit.) Sie sagen, Genosse Waganjan, daß dies nicht gesagt wurde. Nun, lieber Freund, wir können alle Hochschulzellen, alle Genossen von der Swerdlow-Universität, die ganze Kommunistische Universität der Ostvölker, die Zelle der Generalstabsakademie, die Zelle der Banknotendruckerei als Zeugen vorladen, nun, und... fragen Sie den Genossen Preobraschenski!

Genosse Trotzki sagte, er sei krank gewesen und deshalb konnte er die Sache nicht dementieren. Genossen, Ihr wißt, wie die Partei uns wie ein guter Wirt behandelt, auch wenn wir krank sind. Sie ist sehr besorgt für die Arbeitsfähigkeit ihrer einzelnen Mitglieder und Genosse Trotzki konnte sich auch davon überzeugen, mit welcher Aufmerksamkeit die ganze Partei und natürlich auch die Mitglieder des ZK. an der Möglichkeit seiner Rückkehr zur praktischen Arbeit hingen. Aber hier handelt es sich, Genossen, nicht um eine persönliche Krankheit. Genosse Trotzki veröffentlichte im Dezember einen kleinen Brief in der „Prawda", worin er schrieb, er wünsche nicht einige „grobe" Artikel zu widerlegen, da dies für die Partei und sogar für die Diskussion unvorteilhaft sei. Wenn er noch hinzugefügt hätte: „Ich bitte in Betracht zu ziehen, daß ich zwischen den Gruppierungen und Fraktionen keinen Unterschied mache, dann hätte das, ich glaube, sowohl dem Genossen Trotzki sehr geholfen, wie auch den richtigen Verlauf der Diskussion sehr gefördert. Dem Genossen Trotzki, der zum Unglück erkrankte, ist es gelungen, die Sache so aufzumachen, daß die ganze Partei erkrankt ist. Nicht nur Genosse Trotzki war krank, sondern die ganze Partei war krank, und die Partei war unter anderem auch darum krank, weil Genosse Trotzki es für nötig, für möglich und für taktisch hielt, über sein Verhältnis zu jener Opposition zu schweigen, die die Partei nur darum in Erregung bringen konnte, weil sie sich auf seinen Namen stützte.

Genosse Lenin begann seine Broschüre „Die Krise der Partei", die er über die Gewerkschaftsdiskussion schrieb, mit folgenden Worten:

„Aus kleinen Meinungsverschiedenheiten und Differenzen sind größere entstanden, wie es bei verhältnismäßig kleinen Fehlern geschieht, wenn man auf den kleinen Fehlern besteht, und sich mit allen Kräften ihrer Ausbesserung widersetzt, oder wenn sich an einen kleinen Fehler eines oder mehrerer Menschen solche Leute klammern, die einen größeren Fehler machen."

Hat denn unsere Diskussion nicht diese Prophezeiung des Genossen Lenin bestätigt? Haben wir denn nicht gerade dieses Bild gesehen, wo man anfangs auf einem kleinen Fehler beharrte und leider auch weiter beharrt, wie ich aus den hier gehörten Reden schließe. Wenn man der Ausbesserung dieser Fehler mit allen Kräften widerstrebt, und wenn sich diesen Fehlern Genossen anschließen, die viel größere Fehler machen, dann verwandelt sich dieser Strom der stets wachsenden Fehler in gefährliche Abweichungen von den Grundlagen der Partei. So wachsen die Abweichungen und so bereitet sich die Desorganisierung der Partei vor.

Wenn Genosse Trotzki sagte, daß er seine Pflicht erfüllt, wenn er seine Gedanken vor der Partei verteidigte, so hatte er recht gehabt. Natürlich ist es seine Pflicht, seine Überzeugung vor der Partei zu verteidigen. Aber auch die Partei hat eine Pflicht, die Pflicht, jeden Genossen, der sich irrt, zurechtzuweisen, auch den Genossen Trotzki zurechtzuweisen, wenn er sich irrt. (Beifall.)

Über die Rede des Genossen Preobraschenski.

Einige Worte über den Genossen Preobraschenski.

Hier werde ich mich hauptsächlich auf Dokumente berufen müssen, aber ich glaube, daß Genosse Preobraschenski die Frage in einer solchen Form stellte, die Antwort von uns erfordert. Er sagte:

„Es kam die Prüfung; wir können die Bilanz der Tatsachen ziehen für die Zeit von der Diskussion bis heute."

Die Möglichkeit der Prüfung der Bilanz der Diskussion durch Tatsachen — das ist, Genossen, eine so wertvolle Sache, daß sich jede Parteizelle, jedes Parteimitglied ohne jede Voreingenommenheit, ohne überflüssige Aufregung dieser Möglichkeit bedienen muß. Genosse Preobraschenski prüfte diese Tatsachen und kam zu trostvollen Resultaten für sich selbst. Er sagte: „Wir befürworteten vier Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiete, wir prüften diese Forderungen an den Tatsachen und die Tatsachen bestätigten die Richtigkeit unserer Prophezeiung." Wenn aber dem so ist, Genossen, dann kann man darüber nicht hinweggehen, dann muß man das in die Parteichronik eintragen, man muß natürlich die Fehler der Partei ausbessern und sagen: Wir haben allzu nachlässig die Tatsache behandelt, daß es in unseren Reihen eine Gruppe von Genossen gibt, die die Richtung unserer Wirtschaftspolitik vorzüglich gesehen, die uns gewarnt haben, die wir in unserer Unwissenheit mit groben Worten beschimpften und die dennoch recht gehabt haben. Wie könnte man darüber hinweggehen? Unter keinen Umständen! Ich habe mir also die Mühe gegeben, den Weg des Genossen Preobraschenski zu prüfen. Er zählt vier Punkte auf, die sie gefordert, wir aber nicht in Betracht gezogen haben und in denen sie recht behielten. Ihr erstes Verdienst, sozusagen das Verdienst, das angeblich zu ihrer Rechtfertigung dient, bestehe darin, daß sie auf dem Ausbau der planwirtschaftlichen Grundlagen bestanden haben. Zweitens hoben sie die Notwendigkeit des Kampfes gegen das Nep-Kapital hervor. Drittens sprachen sie über die Zulässigkeit einer Handelsintervention und viertens bestanden sie auf der Reorganisierung der Genossenschaften. Nun stellte sich heraus, Genossen, daß wir all dies nicht begriffen haben, daß die Partei all dies nicht angehört habe und daß ihnen darum die Beschuldigung der kleinbürgerlichen Tendenzen zuteil wurde. Genosse Preobraschenski hebt hier die Augen zum Himmel empor und fragt: Wenn man in einem sozialistischen Rätestaat von der Planwirtschaft, von dem Kampfe gegen das Nep-Kapital spricht, kann man denn dafür den Ruf eines Kleinbürgers bekommen? Es war ungerecht!

Wahrlich, wie unbegreiflich ist diese Geschichte! Eins von den beiden: entweder ist unsere Partei eine Partei von Großkapitalisten, die die Planwirtschaft und den Kampf gegen das Nep-Kapital als eine kleinbürgerliche Utopie und eine Reaktion betrachten und deren Verfechter sie daher als Kleinbürger beschimpfen, oder... hat Genosse Preobraschenski unrecht. Ich glaube, daß wir keine Großkapitalisten sind.

Genosse Preobraschenski hat leider bisher noch nicht begriffen, warum man ihn einen Menschen nennt, der unter dem Einfluß einer kleinbürgerlichen Tendenz steht. Glauben Sie denn wirklich, Genosse Preobraschenski, daß die Partei die Resolution über Ihre kleinbürgerliche Tendenz **darum** faßte, weil Sie an der planwirtschaftlichen Grundlage festhalten oder weil Sie vorgeschlagen haben, gegen das Privatkapital zu kämpfen? Wenn Sie es so verstanden haben, dann haben Sie gar nichts verstanden.

Wenn Sie nur gesagt hätten: Baut die planwirtschaftlichen Grundlagen aus, kämpft gegen die Akkumulation der Nep, entwickelt die Genossenschaften gegen das Privatkapital —, wenn Sie nur das gesagt hätten, dann wäre es niemandem eingefallen, Sie kleinbürgerlicher Abweichungen zu bezichtigen. Sie haben aber so gesprochen, daß dies unsere kommunistischen Ohren verletzt hat. Nicht wegen des Festhaltens an der Notwendigkeit des Ausbaues der Planwirtschaft wurde Ihnen die Bezeichnung zugefügt, den die Resolution enthält, sondern wegen jener planwirtschaftlichen **Karikatur**, wegen jener Entstellung des planwirtschaftlichen Prinzips, die in allen Ihren Vorschlägen wirklich enthalten ist. Ich nehme die berühmte Resolution, die Resolution der vier Wirtschaftler: Ossinski, Pjatakow, Preobraschenski und W. M. Smirnow, die Ende Dezember eingebracht wurde und wo diese Frage über die Planwirtschaft folgenderweise gestellt ist:

„... Warum ist dieser Zusammenschluß während der verlaufenen Periode nicht gelungen und warum entwickelt sich der Zusamenschluß des kleingewerblichen Teiles der Industrie und des Handelskapitals mit dem Dorfe viel erfolgreicher? Die Hauptgründe sind: Das Fehlen des Planes und die Systemlosigkeit in der Tätigkeit der führenden Organe und infolgedessen das Durcheinander und die Spontanität."

Nun, die Partei befand sich gegenüber der ersten und klaren Erscheinung einer elementaren Uneinstimmigkeit zwischen der nationalisierten Industrie und der kleinbürgerlichen Umkreisung. Wenn man uns auf die Analyse dieser Lage zur Antwort gibt: Ja, der Schaden wäre ganz gering gewesen, wenn Ihr einen Plan gehabt hättet; wenn man dabei ein volles Unverständnis dafür an den Tag legt, wie der Sozialismus in einem Bauernlande aus der nationalisierten Industrie aufgebaut werden muß, in einem Lande, das sich auf die Kleinwirtschaft stützt, und wenn man uns hier einen Plan aufdrängen will, dann sagen wir: das ist eine Planmäßigkeit, die zur Karikatur des Marxismus, zur Karikatur des Sozialismus führt, die keine Planmäßigkeit, sondern eine abstrakte scholastische Spekulation darstellt, die uns nicht im geringsten helfen kann.

Auf die Frage, wo denn unser Plan sei, antworte ich: Unser Plan besteht nicht in diesen abstrakten Schemen. Der Plan, den

unsere Partei während der letzten Monate durchführte, kann in einem Wort ausgedrückt werden: **Finanzreform.** Keinen anderen Plan konnte es geben in dem Sinne, daß wir in ihm jenes bestimmte Glied gefunden hätten, woran die ganze Kette hätte emporgehoben werden können — nur die Finanzreform.

Und dieser Plan, der Plan der Finanzreform und die Ineinanderfügung der einzelnen Teile der Volkswirtschaft durch diesen Plan wurde **gegen den Willen jener Genossen durchgeführt, die die erwähnte Resolution unterschrieben haben.** Dasselbe sagen wir über die zweite Frage, über „Die Akkumulation der Nep".

Worin besteht die kleinbürgerliche Tendenz?

Nun kommen die Genossen und sagen: „Ihr habt uns kleinbürgerlicher Abweichungen bezichtigt, weil wir sagen, daß man gegen das Nep-Kapital kämpfen müsse." Das ist ein richtiger Quatsch, liebe Genossen. Nicht darum haben wir Euch die Bezeichnung „kleinbürgerliche Tendenzen" angehängt. Das, wofür wir Euch diese Bezeichnung gaben, ist in der Resolution der 13. Parteikonferenz enthalten, und zwar im Kapitel: „Das ideologische Wesen der Opposition". Nun, Genosse Preobraschenski, lesen Sie dieses Kapitel durch. (Beifall.)

Dort ist es in sechs Punkten nachgewiesen, warum jene Richtung, jene Strömung, die Ihr vertretet, eine kleinbürgerliche Tendenz genannt wird. Dafür, was hier niedergeschrieben ist, und nicht wegen der aktiven Bilanz und nicht wegen der Warenintervention — obwohl Ihr auch hier unrecht habt — und nicht, weil Ihr gesagt habt, daß man das Nep-Kapital bekämpfen müsse. Ich empfehle Euch, diese sechs Punkte nochmals durchzulesen. Und wenn Ihr sagt, daß man Euch grundlos beschuldigt oder, wie Genosse Trotzki sagte, daß dies eine „übertriebene Attacke auf kleinbürgerliche Tendenzen" war, so geruht, diese sechs Punkte zu widerlegen:

> „... Die summarische Kritik und der Versuch einer direkten Diskreditierung des Parteiapparats kann zu nichts anderem führen, als zur Emanzipierung ‚des Staatsapparats' vom Einfluß der Partei."

Das war das erste. Warum versucht Ihr nicht, dieses Dokument zu widerlegen, und warum kommt Ihr hierher, Euch vor dem Parteitag zu beklagen, daß wir Euch die Bezeichnung der kleinbürgerlichen Tendenzen angehängt haben, weil Ihr gegen das Nep-Kapital kämpfen wolltet? Seid Ihr vielleicht der Meinung, daß Euch das jemand glauben wird?

Der zweite Punkt. Ihr seid kleinbürgerlicher Tendenzen bezichtigt worden, weil Ihr versucht habt, ...„die Parteijugend den Hauptkaders der Partei gegenüberzustellen", und weil Ihr die Ansicht verteidigt habt, daß „das Barometer für die Partei die lernende Jugend sei". Das müßte man widerlegen. Deshalb haben wir Euch der kleinbürgerlichen Tendenzen bezichtigt und nicht, weil Ihr gegen das Nep-Kapital kämpfen wollt. Wir kämpfen ja mit Euch gegen das Nep-Kapital, in einer Partei, und wir erkennen an, daß auch Ihr wirklich gegen das Nep-Kapital kämpfen wollt. Nur muß man das klug machen.

Der dritte Punkt: „Genosse Trotzki machte gewisse Anspielungen auf die Entartung der Hauptkaders unserer Partei."

Im vierten Punkt heißt es, wir verurteilen, daß „ein Teil der Genossen der ‚linken' Phrase gegenüber der Nep überhaupt ein gehöriges Tribut zahlt und solche Erklärungen macht, die nur dann einen Sinn haben würden, wenn die Genossen uns vorschlagen würden, auf die Neue Wirtschaftspolitik ganz zu verzichten und zum Kriegskommunismus zurückzukehren."

Gab und gibt es denn solche Tendenzen in unserer Opposition? Ja, es gibt solche! Hier muß ich hinzufügen, daß es einige Genossen gibt, die in dasselbe Horn blasen, obwohl sie sich nicht zur Opposition rechnen. Heute haben wir hier einen solchen Genossen gesehen. Genosse Larin sprach über diesen Punkt in einer Weise, wie nicht einmal die vorsichtigen Genossen der Opposition gesprochen hätten.

Genosse Larin schlug uns vor, eine „bedingte Nep" einzuführen. Ich glaube, daß dieser Vorschlag einer „bedingten Nep" nur als Scherz aufgefaßt werden kann. Die Nep, das heißt die Neue Wirtschaftspolitik, ist natürlich eine außerordentlich bedingte Sache. Worin liegt ihre Bedingtheit? Worin liegt ihre Beschränktheit? Darin, daß diese Handelsfreiheit **durch eine proletarische Macht eingeführt wurde, nach den Worten Lenins in einem solchen Umfange, wie es für den Aufbau unserer proletarischen Macht notwendig ist. Diese Nep ist beschränkt durch unsere proletarischen Gesetze, durch die Steuer, die wir ihr auferlegen, und endlich durch unsere Verwaltung.** Was braucht Ihr etwas noch Bedingteres? Nein, Genossen, hier brauchen wir keine weiteren Bedingungen. Wir müssen die Gesetze lernen, uns jener Bedingungen, jener Gesetze, jener Rechte und jener Macht zu bedienen, die wir haben. Und Ihr werdet aus dem Wirtschaftsberichte ersehen, wie wenig wir uns noch unserer eigenen Gesetze, des ganzen Umfanges unserer politischen Macht zur Regelung unserer Wirtschaftspolitik bedienen können. Wir brauchen keine neuen „Bedingungen". Wir sind nicht gewillt, die Leninsche Wirtschaftspolitik durch eine Larinsche Wirtschaftspolitik zu ersetzen. (Beifall.) Aber, Genossen, diese „linken Phrasen", die wir hier sahen, haben wir früher in den Äußerungen der Opposition wahrgenommen. Und es handelt sich nicht darum, daß dieser Fehler heute dem Genossen Larin passiert, sondern darum, daß er in der Diskussion zum Ausdruck kam. Wir sagten, daß es eine solche Stimmung gibt, daß wir diese Stimmung nicht teilen, daß wir diese Stimmung ablehnen.

Der Partei wurde auch eine andere Stimmung gezeigt, hier wird auch der Name genannt:

> „... Dieser Teil der Opposition (Genosse Radek) kam uns mit dem direkten Vorschlag, jene Bedingungen zu revidieren, die die Partei anläßlich der Konferenz von Genua festsetzte, und auf größere wirtschaftliche Zugeständnisse gegenüber dem ausländischen Imperialismus einzugehen, um den Geschäftsverkehr mit dem ausländischen Kapital reger zu gestalten."

Wenn jemand glaubt, daß das Urteil in diesem Punkte unrichtig sei, oder daß die Opposition daran unschuldig sei, oder daß hier überhaupt kein Fehler vorliege, dann sollte man einen direkten Antrag einbringen, diesen Punkt zu streichen. Das hat aber niemand gemacht. Und Ihr sagt, daß wir Euch darum kleinbürgerlicher Abweichungen bezichtigt haben, weil Ihr einen sozialistischen Plan und die Steigerung der sozialistischen Akkumulation zum Schaden des Nep-Kapitals wollt!

Endlich der sechste Punkt, dessen Ihr beschuldigt werdet, ist die Zulassung der Bildung von Fraktionsgruppierungen. Das sind die sechs Punkte, durch die das Urteil motiviert wird.

Endlich, Genossen, um der Anklage der Nachlässigkeit der Nep gegenüber ein Ende zu setzen, hätte Genosse Preobraschenski sagen müssen, wie diese Beschuldigung in Wirklichkeit in der Agitation, in der politischen Tätigkeit der Opposition zum Ausdruck kam. Das ist ja auch niedergeschrieben. Es liegt uns die Resolution vor, die von einem Genossen im Dezember 1923, vor vier Monaten, über die neuen Aufgaben der Partei auf der Versammlung der Arbeiter des Kremls vorgeschlagen wurde. (Zwischenruf: Das war Sapronow.) Sie wird „der Antrag der Anhänger Preobraschenskis und Sapronows genannt" und es wird in ihr gesagt: „Der Hauptfehler des Zentralkomitees auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik bestand in der Planlosigkeit bei den Versuchen, das Wirtschaftsleben des Landes zu beherrschen, was nicht in letzter Reihe zur Verschärfung der Wirtschaftskrise, zum ungehinderten schnellen Wachsen des Privatkapitals, zu Lasten der sozialistischen Akkumulation, führte." Ich frage nun, Genossen, erstens: was ist das für ein Kampf? Ist das ein Kampf gegen das Nep-Kapital oder gegen das Zentralkomitee? Das ist die erste Frage. Die zweite Frage ist, sprechen wir, wie man unter Genossen sprechen soll: Genosse Preobraschenski, wenn der Genosse, der diese Resolution einbrachte, jetzt zu Ihnen kommen und Ihren Rat einholen würde über eine Resolution, auf Grund deren man die Arbeiter des Kremls oder anderer Institutionen zu belehren hätte, würden Sie ihm raten, den Arbeitern eine Resolution darüber vorzulegen, daß das Zentralkomitee das ungehinderte Wachsen des Privatkapitals zu Lasten der sozialistischen Akkumulation fördert? Ich glaube, daß diese vier Monate in dem Sinne nützlich waren, daß sowohl der Genosse Preobraschenski wie auch der Genosse Sapronow sich jetzt hüten würden, einen solchen Resolutionsantrag einzubringen. Ich beschränke mich auf diese Bemerkung und komme zu folgendem Resultat: Man muß den Versuch der Appellierung an den Parteitag hinsichtlich der Diskussion, die Bilanz unserer Politik und unseres Wirtschaftslebens mit jenen Beschuldigungen vergleichen, die gegen das Zentralkomitee vorgebracht wurden.

Das Urteil der Konferenz war richtig.

Man kann eine beliebige Taktik einschlagen. Entweder sagt man: ich hatte unrecht, oder umgekehrt, man sagt: ich glaube auch weiter, daß ich recht gehabt habe, ich werde fortfahren, meinen Standpunkt in dieser oder jener legalen und loyalen Form zu verteidigen, aber man darf nicht in der Partei nur aus Diplomatie leben. Wenn wir die Bilanz ziehen, so stütze ich mich auf das Hauptdokument, das durch die Genossen Preobraschenski, Serebrjakow, Pjatakow, Ossinski, Sapronow und andere unterzeichnet ist und mit dem sich, wenn auch nicht der Form, so doch

dem Geiste nach, auch Genosse Trotzki solidarisierte — auf dieses Dokument, das mich ebenso angeekelt hat wie auch die Menschewiki und an das, wie ich glaube, auch Ihr nicht mit Vergnügen zurückdenkt. Wenn aber einmal schon die Frage über die Revision des Urteils der Konferenz gestellt wurde, wenn wir einmal schon dem Parteitag die Frage gestellt haben, was das Urteil der Geschichte sein wird, wenn einmal Genosse Trotzki sagt: „Die Attacke auf die kleinbürgerliche Abweichung war übertrieben", dann müssen wir zu diesem Dokument zurückkehren.

Es hat keine kleinbürgerliche Abweichung gegeben — das geht aus der Rede des Genossen Trotzki hervor, insoweit diese Rede eine politische Rede war und nicht ein Blatt aus der persönlichen Biographie des Genossen Trotzki. Die Regel, daß jedes Parteimitglied sich den Beschlüssen der Partei zu unterwerfen hat, ist ein Axiom für uns und unterliegt keiner neuen Bestätigung seitens des 13. Parteitages. Höchstens hätte man noch darüber auf dem 3. Parteitag sprechen können. Daß ist eine Frage der persönlichen Biographie. Die politische Frage aber besteht in Wirklichkeit darin, ob die Konferenz recht hatte, als sie in den erwähnten sechs Punkten den ideologischen Gehalt der Opposition vor der Partei schilderte und sagte: in diesen sechs Punkten ist eine Abweichung enthalten, die unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats, unter den Verhältnissen der kleinbürgerlichen Umkreisung, wo die Bauernschaft und die Bourgeoisie einen Druck auf uns ausüben und in die Partei eindringen (worüber der Bericht des ZK. spricht) verurteilt werden muß? Haben wir denn in dieser Situation die Gefahr der kleinbürgerlichen Abweichungen übertrieben, und hat denn die Konferenz nicht recht gehabt, als sie dieses Urteil bestätigte? Wenn uns diese Frage gestellt wird, dann müssen wir auf dieses Dokument der 46 Genossen zurückkommen. Hier lesen wir:

„Der außerordentliche Ernst der Lage zwingt uns (im Interesse unserer Partei, im Interesse der Arbeiterklasse), Euch offen zu sagen, daß die Fortsetzung der Politik der Mehrheit des ZK. unsere ganze Partei mit einer schweren Katastrophe bedroht. Die Ende Juli dieses Jahres eingesetzte Finanz- und Wirtschaftskrise, mit allen ihren politischen, darunter auch innerparteilichen Folgen, deckte die Mangelhaftigkeit der Parteiführung sowohl auf wirtschaftlichem wie auch auf innerparteilichem Gebiete unwiderlegbar auf.

Die Planlosigkeit, Unüberlegtheit, Systemlosigkeit der Beschlüsse des ZK., seine unkonsequenten Beschlüsse auf wirtschaftlichem Gebiete, führten uns dahin, daß wir trotz zweifellos großer Erfolge auf dem Gebiete der Industrie, der Landwirtschaft der Finanzen und des Transportes — Erfolge, die nicht infolge, sondern trotz der mangelhaften Führung, oder richtiger, des Fehlens jeder Führung, erreicht wurden — nicht nur vor der Perspektive einer Stagnation dieser Erfolge, sondern auch vor einer schweren Krise unserer Gesamtwirtschaft stehen."

Nun, solchen Beschuldigungen stand das ZK. gegenüber. Diese Beschuldigung ist in der Resolution abgelehnt worden. Und jetzt wird diese Beschuldigung in einer milderen diplomatischeren Form vor dem Parteitag wieder hervorgeholt. Wir glauben, daß der Parteitag diese Frage so behandeln muß, wie sie hier in den Reden der Genossen Trotzki und Preobraschenski gestellt war, und daß er erklären muß, ob diese Perspektiven und Prophezeiungen gerechtfertigt waren. Eigentlich war das keine Prophezeiung, wie Genosse Trotzki es klarzustellen versucht, sondern es war eine Panik angesichts der Krise der Neuen Wirtschaftspolitik, die der Partei dann die Erschütterungen durch die Diskussion brachte. Wir glauben, daß das Urteil der Konferenz richtig war, daß der Parteitag es bestätigen muß. Wir glauben, daß wir unsere Stützpunkte gegen die kleinbürgerlichen Einflüsse auf unsere Partei in Ordnung halten müssen und wir glauben, daß, wenn Genosse Trotzki seine Pflicht erfüllte, als er vor der Partei seiner Meinung Ausdruck gab, auch die Partei ihre Pflicht erfüllt, wenn sie den Genossen Trotzki zurechtweist und den breiten proletarischen Massen die Fehlerhaftigkeit seiner Stellungnahme aufklärt. Wenn wir dies unternehmen würden, ohne uns auf objektive Tatsachen, nur auf eine gut bewegliche Zunge stützen, ohne uns auf das Wachsen der Volkswirtschaft, auf die Besserung der Lage der Arbeiterklasse berufen zu können, dann hätte uns die Opposition mit dem Genossen Trotzki an der Spitze besiegt. Wenn die Opposition einen politischen Schiffbruch erlitt, so geschah dies darum, weil die objektive Wirklichkeit ihre Theorie, ihre Prophezeiungen und ihre Schlußfolgerungen zunichte gemacht hat. Und darum — wo wir die Macht sozusagen dem neuen Zentralkomitee übergeben — wünschen wir nur eins, daß die Geschichte uns erlauben möge, Fehler des Genossen Trotzki so selten wie möglich berichtigen zu müssen, da die Berichtigung dieser Fehler der Partei sehr teuer zu stehen kommt. (Langanhaltender, stürmischer Beifall im ganzen Saale).

Genosse Tschaplin

(Sekretär des ZK. des Kommunistischen Jugendverbandes):

Ich halte es für notwendig mich hier mit einer jener Hauptfragen zu beschäftigen, die im Laufe der Diskussion aufgerollt wurden, mit der Frage der Generationen innerhalb der Partei. Heute erklärte Genosse Trotzki, daß er die Frage der Generationen während der Diskussion in der Absicht aufrollte, der Jugend in ihrer Entwicklung zum Bolschewismus zu helfen. Nehmen wir an, daß dem so ist. Was sagte aber Genosse Trotzki während der Parteidiskussion? Er sagte, die bolschewistische Partei lebe in zwei Etagen: in der einen wohne die alte Generation unserer Partei, die regiere, in der anderen die junge Generation der Partei die gehorche. Der Parteiapparat werde bürokratisch, die alte Garde könne entarten, die Jugend aber, die Hoffnung, das Barometer der Partei, müsse die revolutionären Formeln im Kampfe erobern. So sah die Fragestellung aus. Ist das denn der richtige Weg, der die Parteijugend zum Bolschewismus führt? Meiner Ansicht nach ist das der Weg abwärts vom Bolschewismus.

Ja, die Jugend wird zum Bolschewismus gelangen, aber auf dem Wege, den ihr das ZK. unserer Partei weist. Die Jugend die die Parteitraditionen nicht miterlebt hat, die Jugend, die im Kampfe gegen den Opportunismus nicht gestählt wurde, muß den Leninismus von der alten bolschewistischen Garde erlernen, die die Partei mit Wladimir Iljitsch zusammen geschaffen hat.

Heute hat Genosse Trotzki gesagt, daß die Frage des Verhältnisses der Generationen das Problem der innerparteilichen Demokratie in sich birgt. Ist es denn wahr, daß die Partei in zwei Etagen lebt, daß die alte Generation die Jugend zwingt, sich passiv zu unterwerfen? Genossen, ist dem wirklich so? Was geht in Wirklichkeit vor? Es werden stets neue junge Kaders, junge Genossen, die noch nicht genügend gestählt sind, an das aktive Parteileben herangezogen. Daran fehlt es also nicht, im Gegenteil.

Die Opposition versuchte in der jungen Generation Mißtrauen gegenüber den Parteitraditionen zu erwecken, indem sie die alten bolschewistischen Kaders der Entartung beschuldigte. Ich glaube, daß das kein Mittel der bolschewistischen Erziehung der Jugend ist. Alles Schlimme hat aber seine guten Seiten. Die Parteidiskussion stellte unsere Parteijugend, unseren Jugendverband, vor eine Reihe ernster Fragen. Die Parteijugend hat sich mit Ausnahme einzelner Genossen ganz rückhaltlos für die Linie des Zentralkomitees, für den Bolschewismus, ausgesprochen. Sie hat sich dagegen ausgesprochen, daß die eine Generation der anderen gegenüber ausgespielt wird. Ich glaube, Genossen, daß es kein Zufall ist, daß gerade jener Teil unserer Jugend, der unmittelbar mit der Produktion und durch die engsten Bande mit der Arbeiterklasse verbunden ist, gegen die Fragestellung des Genossen Trotzki über die Generationen protestierte. Und es ist kein Zufall, wie die Nichtarbeiterjugend auf die Aufforderung des Genossen Trotzki reagierte. Mit der Parteiopposition ging die kleinbürgerliche Jugend, die in ihrer Mehrheit vom unmittelbaren Parteileben und Kampfe losgelöst ist. Das ist kein Zufall, das ist eine Bestätigung dessen, was in der Resolution der Parteikonferenz über die kleinbürgerlichen Tendenzen der Opposition niedergeschrieben ist.

Zum Schluß noch folgendes: Nicht nur der Russische Kommunistische Jugendverband hat sich für die Linie des ZK. ausgesprochen, sondern auch die Exekutive der Jugend-Internationale und ihr größten Sektionen lehnten die Fragestellung der Artikel des Genossen Trotzki ab.

Ich muß feststellen, daß das ZK. der Partei mit der Jugendbewegung noch nie eine so feste Fühlung gehabt hat wie im letzten Jahre seit dem 12. Parteitag. Das ist eine sehr große Errungenschaft.

Während der Diskussion sagten einige Genossen: der Jugendverband ist eine Erziehungsorganisation, die sich von den Fragen der Parteidiskussion fernhalten soll. Nein, das ist nicht wahr. Die Mehrheit unseres Verbandes war der Ansicht: Wenn es sich um einen Kampf gegen Abweichungen von der Linie unserer Partei, gegen die Abkehr vom Leninismus, von den Hauptprinzipien des Bolschewismus handelt, so muß die Jugend mit allen Kräften gegen diese Abweichungen kämpfen und in dieser Frage eine klare Stellung einnehmen. Unsere Stellung-

nahme besagt, daß hier keine Störung des Gleichgewichts zwischen den Generationen vorhanden ist und vorhanden sein wird. Darin liegt das Pfand der Einheit unserer Partei. Die Jugend hat ihre Aufgabe erfüllt. Die Jugend will sich den Leninismus aneignen, sie wird sich den Leninismus aneignen, und wenn die Partei schwere Zeiten zu durchleben haben wird, dann wird der Jugendverband, Hand in Hand mit den alten bolschewistischen Kämpfern, für die Einheit der Partei auf dem Boden jener Lehre kämpfen, die uns Wladimir Iljitsch-Lenin hinterlassen hat.

Genosse Jaroslawski

(Sekretär der Zentralen Kontrollkommission):

Genossen! Viele kamen zu diesem Parteitag mit starken Befürchtungen, und diese Befürchtungen waren — wir haben es hier gesehen — nicht unbegründet. Weshalb die Frage betreffend den Genossen Trotzki während unserer verflossenen Parteidiskussion von so ungeheuerer Wichtigkeit war und auch jetzt ist, ist für uns alle klar. Während der Jahre, da Genosse Trotzki mit unserer Partei verknüpft war, schuf die Partei eine ungeheuere Autorität für den Genossen Trotzki, und jede Äußerung des Genossen Trotzki, jedes seiner Worte war zweifellos und ist auch jetzt von großer Bedeutung sowohl für viele Mitglieder der Partei wie auch für die gesamte Masse, die auf das, was sich in unserer Partei abspielt, horcht. Hätte Genosse Trotzki zu der Zeit, als wir eine Antwort auf die Frage erwarteten, welche Stellung er gegenüber der Aktion der Opposition einnehme, uns eine bestimmte Antwort gegeben, ohne sich hinter die Erklärung zu verstecken, daß es Umstände gebe, die es ihm nicht ermöglichen, auf gewisse Artikel, gewisse Angriffe zu antworten, so wäre — ich glaube alle werden hierin mit mir einverstanden sein — ein bedeutender Teil der Schärfe unterblieben, die in der Diskussion zutage trat. Das ist nicht geschehen, obwohl wir sowohl während der Parteidiskussion wie auf der XIII. Parteikonferenz und auch später noch den Genossen Trotzki fragten, welche Stellung er gegenüber diesen Fragen einnehme. Und nun erwarteten wir alle, was Genosse Trotzki auf dem XIII. Parteitage sagen werde. Genossen, während dieser Zeit haben viele von jenen, die die Linie des Genosen Trotzki unterstützten, begriffen, daß diese Linie unrichtig ist. Ich habe in vielen Zellen in den höheren Lehranstalten nach der Konferenz Bericht erstattet — so auch an der Swerdlow-Universität — und konnte feststellen, daß in vielen solchen Zellen, die man uns als das zuverlässigste Barometer unserer Partei hinstellen wollte, nunmehr, nachdem der proletarische Teil unserer Partei, die Arbeiterelemente, die Aktion der Opposition entschieden ablehnten, ein bedeutender Umschwung vor sich gegangen ist.

Die noch schwankenden Genossen warteten, was die Opposition auf dem Parteitag sagen werde. Und nun, was haben wir auf diesem Parteitag vom Genossen Trotzki und vom Genossen Preobraschenski, von den hervorragendsten Vertretern der Opposition, gehört? Erstens hat Genosse Trotzki keinen Trennungsstrich gezogen zwischen sich und den Äußerungen Sapronows, den Äußerungen Rafails, den Äußerungen Drobnis, die doch in geschlossener Front gegen das ZK. der Partei vorgingen und den Namen Trotzkis als Fahne benützten. Dies ist allen bekannt. Es wäre Pflicht des Genossen Trotzki gewesen, hier zu erklären: Ich habe mit solchen Aktionen nichts gemein. Er hat uns dies nicht gesagt und er ließ bei den schwankenden Genossen, die dieser Opposition Gefolgschaft leisteten, den Gedanken bestehen, daß diese Opposition im Recht gewesen sei. Genosse Trotzki hat durch sein Hervortreten dieser kleinen Gruppe der noch bestehenden Opposition Mut eingeflößt und in ihr die Hoffnung erweckt, daß seine Anschaungen, wenn nicht jetzt, so doch in der Zukunft in unserer Partei die Oberhand gewinnen werden. Bald wird der Kongreß der Kommunistischen Internationale stattfinden. Auch dort wird diese Frage erörtert werden und auch dort wird Genosse Trotzki seine falsche Linie verteidigen und den Beweis führen, daß das ZK. unserer Partei im Unrecht und er, Genosse Trotzki, im Recht war. In dieser Beziehung wurde von Freunden des Genossen Trotzki in der Art Souvarines, dessen Dokumente hier angeführt wurden und der dort in Frankreich, in der Kommunistischen Partei, noch schlimmere Dokumente hatte, eine gewisse Arbeit geleistet.

Wir haben für den Genossen Trotzki eine Autorität geschaffen und sind daher berechtigt, von ihm zu fordern, daß er diese Autorität in dem Sinne einsetze, daß unsere Partei, die gegenwärtig die größtmögliche Einheit benötigt, nicht den Gefahren neuer Schwankungen ausgesetzt sei. Genossen, wir haben diese Gefahren wirtschaftlicher Natur noch nicht überwunden. Die sozial-wirtschaftlichen Prozesse, die im Juli-August des vergangenen Jahres zur Krise geführt haben, können in diesem oder jenem Augenblick zu neuen wirtschaftlichen Erschütterungen führen. Dann aber wird dieser schwankende Teil der Partei, dann werden diese parteilosen Massen, die im Herbst des vorigen Jahres in erster Reihe einen Druck auf den unsicheren Teil unserer Partei ausübten, diesen Einfluß von neuem ausüben, wenn die Anschauungen nicht von Grund auf überwunden werden, die die Opposition wie auch Genosse Trotzki durch seine Fehler während dieser Zeit verbreitet hat. Das müssen wir hier klar heraussagen, damit es keinerlei Mißverständnisse unter uns gibt.

Was hat uns Genosse Trotzki über die Frage, daß wir uns auf die Jugend — ja seine diesbezügliche Anschauung wurde sogar noch unmittelbarer, und zwar in dem Sinne aufgefaßt, daß wir uns auf die studierende Jugend stützen sollen — was hat uns Genosse Trotzki über diese Frage gesagt? Nichts hat er uns gesagt. Diese Lehre, die Schmeichelei, diese Verkündigung einer falschen Orientierung auf die Jugend hat nur einen Teil der Jugend — ich möchte geradezu sagen — verdorben.

Bezüglich dieser Frage hat Genosse Trotzki die Pflicht, zu erklären, daß er sich geirrt hat. Die Partei weiß dies, es gibt aber in der Partei unsichere, schwankende Elemente, die auf die Stimme des Genossen Trotzki horchen, und ihnen muß Genosse Trotzki dies sagen. Genosse Trotzki verändert gewissermaßen das englische Sprichwort: „Ob recht oder unrecht, es ist mein Land“ und sagt: „Ob die Partei im Recht oder Unrecht ist, es ist jedenfalls unsere Partei“, also auch die Partei des Genossen Trotzki, und er ist daher der Meinung, daß diese Partei nicht im Unrecht sein kann.

Es ist seine Partei. Gleichzeitig hat er dies aber mit einer ganzen Reihe solcher Vorbehalte gesagt, daß bei uns allen der Eindruck bleibt, daß die Partei in diesem Falle gegenüber dem Genossen Trotzki im Unrecht sei, und daß er dies, wenn nicht jetzt, so doch in der Zukunft beweisen werde.

Als wir zu diesem Parteitage gingen, fühlten wir, daß während der Diskussion, während dieses Kampfes gegen die Mehrheit des Zentralkomitees unserer Partei, gegen die Mehrheit der Partei selbst eine gewisse Entfremdung zwischen dem Genossen Trotzki und der Mehrheit der Partei entstanden ist. Statt eine bestimmte Annäherung zur Partei herbeizuführen, statt alles zu tun, um diese Annäherung zu erreichen, tat Genosse Trotzki alles, um diesen Riß noch mehr zu vertiefen, um eine noch größere Entfremdung zu schaffen und man kann nicht verlangen, daß die Arbeiter unserer Partei sagen: Gleichgültig, ob Genosse Trotzki im Recht oder im Unrecht ist, er ist jedenfalls unser. Es entsteht eine Frage, wo sehr viele Mitglieder der Partei anfangen, anders zu denken, wo sie anfangen zu denken, daß Genosse Trotzki immer mehr „nicht unser wird“, sich der Mehrheit des ZK., der Mehrheit der Partei entfremdet. Gerade darin liegt der Schaden für die Sache des Proletariats, denn Genosse Trotzki bleibt und wird trotzdem in unseren Reihen bleiben; er bleibt im ZK. der Partei, er behält eine Autorität, und wenn ein Mann von Autorität und Bedeutung fremd wird, wenn er anfängt, eine besondere Linie zu verfolgen, so ist das für die Partei gefährlich. Die Fehler jedes anderen wären nicht so gefährlich. Eine Verirrung von Jaroslawski, eine Verirrung von Iwanow, Stepanow usw. sind von keinerlei ernster Bedeutung für die Partei. Wenn sich aber Genosse Trotzki verirrt und entfremdet, so gewinnt dies eine ganz andere Bedeutung.

Einige Worte über den Genossen Preobraschenski.

Genosse Preobraschenski hat es samt seinen Genossen, die literarische Fähigkeiten besitzen, unternommen, in Broschüren und Büchern den Beweis zu erbringen, daß sie im Recht waren. Wir brauchen es nicht, daß dies in Broschüren und Büchern bewiesen wird; wir wollen, daß sie es im Leben, durch Tatsachen beweisen, daß sie im Recht waren. Als Genosse Sinowjew zur Konferenz nach Leningrad kam, erhielt er eine Zeitungsnummer, in der stand: „Rotes Genossenschaftswesen“, und er sagte der Konferenz mit vollem Rechte: „Wir brauchen diese ‚Roten Genossenschaften‘ nicht in der Zeitung, sondern in den Arbeitervierteln! Wir wollen keine Beweise mit allerlei theoretischen Berechnungen in Büchern und Broschüren, die zuweilen nicht viel wert sind, sondern wir wollen Beweise im praktischen Leben. Das Leben hat aber gerade das Gegenteil gezeigt. Ihr weigert Euch beharrlich, dies zuzugeben. Ihr stellt die Sache so hin, als ob nichts Ernstes geschehen sei, macht ein unschuldiges Gesicht und sagt: ‚Wir haben auf die Gefahren hingewiesen, wir haben die Partei vor der Gefahr gewarnt und jetzt schimpft man auf uns und beschuldigt uns irgendeiner Tendenz!‘“

Ihr vergeßt, was Ihr während der Parteidiskussion tatet, als Ihr an der Partei geschüttelt und gerüttelt habt. Wenn in irgendeiner Versammlung eine Vertrauenserklärung gegenüber dem ZK. beantragt wurde, sagten die Genossen Kossior, Smyrnow und andere von der Opposition: „Wozu dem ZK. das Vertrauen erklären? Braucht es etwa eine solche Erklärung?" Ihr habt vergessen, zu welcher Zeit das war. In einer Periode tatsächlich zugespitzter wirtschaftlicher Widersprüche: Arbeitslosigkeit, Massenabbau, „Schere", Mißerfolg der deutschen Revolution, all dies zusammen. Und in diesem Moment spracht Ihr darüber, daß es überflüssig sei, dem ZK. das Vertrauen zu erklären und tatet alles, um volles Mißtrauen gegenüber dem Zentralkomitee hervorzurufen. Ja, es kam sogar so weit, daß Genosse Radek versuchte, diese ganze Politik auch auf internationales Gebiet hin zu übertragen und das ZK. des Mißerfolges der deutschen Revolution und des Mißerfolges einer ganzen Reihe revolutionärer Aktionen des westeuropäischen Proletariates zu beschuldigen. Ihr habt dies vergessen. Wir aber können dies nicht vergessen und verlangen, daß dem ein Ende gemacht werde. Mit keinerlei Büchern und Broschüren werden Sie, Genosse Preobraschenski, beweisen können, daß Sie in dieser Frage im Recht waren.

Genosse Preobraschenski will ferner das Zutrauen zur Parteisäuberung untergraben, die den Zweck hat, unsere Partei zu kräftigen, ihre Reihen von nichtkommunistischen und für die Partei schädlichen Elementen zu säubern.

Ich erkläre, daß an den vom Genossen Preobraschenski angeführten Angaben kein Wort wahr ist. Er wurde durch jemanden irregeführt. Es ist möglich, daß bei der Parteisäuberung Fehler unterlaufen sind. Wir machen diese Fehler in der zentralen Kontrollkommission gut, wir möchten aber, daß das Werk der Parteisäuberung, dieses ungeheure Werk, das wir noch durchzuführen haben, nicht durch solche unbegründete, pessimistische Schlußfolgerungen erschwert werde, die das Zutrauen zu dieser Kampagne von seiten solcher immerhin autoritätsvoller Genossen, wie Genosse Preobraschenski, von vornherein untergraben.

Zum Schluß möchte ich sagen, daß die Worte des Genossen Stalin, daß ein Parteimitglied, das gut Handel treibt, einen Parteiauftrag erfüllt, so aufgefaßt und ausgelegt werden können, daß, wenn man sechs Stunden lang im Geschäft mit Erfolg Handel treibt, man zu keiner Parteiarbeit mehr verpflichtet sei. Einer solchen Auffassung würde, glaube ich, auch Genosse Stalin entsprechend entgegentreten. Ich will nur bemerken, daß Versuche zu einer solchen Auslegung tatsächlich vorliegen. Wir verlangen aber vom Metallarbeiter, der an seinem Schraubstock arbeitet, daß er unter den Arbeitermassen Agitation und Propaganda entfaltet. Verlangen wir dies aber vom Arbeiter im Betrieb, so haben wir auch das Recht, das gleiche vom Handels- und Büroangestellten, vom Wirtschaftsfunktionär, vom Studenten, vom Professor usw. zu verlangen.

Genossin Krupskaja:

Genossen, jeder unserer Parteitage hat zwei Aufgaben: Die eine Aufgabe besteht darin, die Bilanz der Arbeit in der vergangenen Zeit zu ziehen, um den richtigen Weg für die Zukunft zu finden.

Der Bericht des ZK. gibt ein Bild darüber, was die Partei geleistet hat. Genosse Trotzki sagte, daß die Partei immer im Recht sei. Wäre das so, wäre die Partei immer im Recht, so wären keine so erbitterten Diskussionen notwendig. Ob nun die Partei im Recht oder Unrecht ist, wird das Leben zeigen. Geht die Partei einen unrichtigen Weg, so muß die Taktik der Partei zu einem Zusammenbruch der Politik führen; verfolgt aber die Partei eine richtige Linie, so wird das Ziel erreicht, das sich die Partei setzt. Daher denke ich, daß die Genossen Stalin und Sinowjew richtig handelten, als sie in den Mittelpunkt ihrer Berichte die Tatsache stellten, daß das Leben die vom ZK. befolgte Taktik gerechtfertigt hat. Ich glaube, daß der Parteitag angesichts der Tatsache, daß wir einen unbestreitbaren wirtschaftlichen Aufstieg im ganzen Lande haben und angesichts der Tatsache, daß die Arbeiterklasse das größte Zutrauen zur Partei bekundet hat, die Politik des Zentralkomitees und die Politik der Gesamtpartei als richtig anerkennen muß. (Beifall.) Hier wurde gesagt, daß das Zutrauen, das die Arbeiterklasse der Partei erwiesen hat, das Ergebnis nicht nur der Politik der letzten Zeit, sondern der gesamten Tätigkeit der Partei ist. Zum Teil ist dies natürlich richtig. Wäre aber die Politik der Partei falsch, so hätte dies das Zutrauen der Arbeiterklasse untergraben. Ich glaube, daß die Tatsache des wirtschaftlichen Aufstieges und die Tatsache des kolossalen Vertrauens, das die Arbeiterklasse unserer Partei erwiesen hat, die Lage in vielem geändert haben und daß Genosse Sinowjew richtig handelte, als er am Schluß seiner Rede verkündete, daß wir gegenwärtig die Aufgabe vor uns haben, die Nep-Union in eine sozialistische Union umzuwandeln.

Die Partei ist in der letzten Zeit außerordentlich gewachsen und sie ist sich klar der ungeheuren Schwierigkeiten bewußt, die ihrer harren. In sehr vielen Beziehungen gingen diese Aufgaben über die früheren hinaus. Sie sind viel komplizierter und viel schwieriger, und ich glaube, Genossen, daß wir vor allem diese neuen Aufgaben der Partei im Auge haben, daß wir aufmerksam und angestrengt vorwärtsblicken müssen, denn die Aufgabe, die auf der Partei lastet, ist außerordentlich groß. Diese Verantwortlichkeit wird noch größer dadurch, daß Wladimir Iljitsch nicht mehr unter uns ist.

Ich glaube, Genossen, daß es wichtig ist, alle Fragen gerade vom Gesichtspunkte der neuen Aufgaben, die uns das Leben gestellt hat, zu erörtern und daß daher die verflossene Diskussion nicht wiederholt werden sollte. Darüber, wer im Recht und wer im Unrecht — sowohl im allgemeinen wie in Einzelfragen —, ist sich die Partei schon klar geworden. Das Neuaufrollen dieser Fragen hier auf dem Parteitag bringt neue Schärfe in die Beziehungen zwischen der früheren Opposition und dem Kern der Partei. Ich glaube, daß eine solche Verschärfung vermieden werden sollte. Mir scheint, daß Genosse Sinowjew die Frage nicht richtig formuliert hat. Er wollte, vom ganz natürlichen Wunsch geleitet, von der Opposition eine Erklärung darüber hören, ob sie im weiteren, ohne Vorbehalt, Schulter an Schulter mit dem Kern der Partei arbeiten wird. Er forderte die Opposition auf, hier von der Tribüne ihr Unrecht zuzugeben. Psychologisch ist das unmöglich. Viele Genossen haben ihre Irrtümer noch nicht überwunden. Vielleicht wird ihnen nur eine weitere Entwicklung der Arbeit ihr Unrecht zeigen. Mich dünkt, daß man die Frage nicht auf einen solchen Boden stellen und nicht sagen sollte: „Erkläre von der Tribüne herab, daß Du im Unrecht warst." Es genügt eine Erklärung der Opposition, daß sie eine Zusammenarbeit wünsche, und diese lag in der Erklärung des Genossen Trotzki vor, indem er sagte, daß es seiner Auffassung nach weder Fraktionen noch Gruppierungen geben dürfe. Das ist im Grunde die notwendige Erklärung, daß im weiteren die Opposition ohne jeden Vorbehalt Schulter an Schulter mit der Partei zusammengehen wird. Die Aufgaben, die der Partei im gegebenen Augenblick harren, sind so groß, so verantwortungsvoll, daß wir uns nicht den Luxus erlauben können, die Diskussion immer zu wiederholen.

Die Frage ist für die Partei gelöst. Sie wird sie durch die Abstimmung entscheiden und den Weg gehen, den die Abstimmung der Partei zeigen wird. Ich glaube, daß wir jede weitere Diskussion einstellen und uns hauptsächlich mit jenen Fragen beschäftigen sollten, vor die das Leben die Partei gestellt hat. (Langanhaltender Beifall.)

Genosse Droschin:

Die aktuellste Frage, die Genosse Sinowjew berührt hat, ist meines Erachtens die Erklärung, daß unter den gegenwärtigen Umständen durch die Söhnchen der entstandenen und in Entstehung begriffenen Bourgeoisie ein neuer Menschewismus im Werden begriffen ist. Dieser Menschewismus spiegelt ihre Ideologie wider und ist bestrebt, diesen Schichten der Bevölkerung eine ideologische Grundlage zu verleihen. Ferner habe ich feststellen können, daß dieser neue Menschewismus auch in unseren Lehranstalten in der Entstehung begriffen ist. Ja, Genossen, das ist Tatsache. Ich möchte daher das zukünftige ZK. unserer Partei darauf hinweisen, daß unsere Politik auf dem Gebiete der höheren Lehranstalten geprüft werden muß, und zwar von oben bis unten in der ernstesten Weise. Der Parteitag kennt die Zahl des Industrieproletariats. Sie ist viel zu gering. Die Zahl unserer Studentenschaft — über 170.000 für das ganze Land — ist ein schweres Stück für unser verelendetes Land. Hierüber kann aber beim Referat über diese Frage gesprochen werden.

Ferner möchte ich erklären, daß Genosse Jaroslowski im Recht ist, wenn er darauf verwies, daß eine Reihe von Genossen, nicht hier, sondern außerhalb des Parteitages sagte: „Wartet nur ab, was Genosse Trotzki auf dem Parteitag sagen wird." Genosse Trotzki hat aber nur die vom Zentralkomitee und der Gesamtpartei einstimmig angenommene Resolution kommentiert, leider aber darüber nichts gesagt, was nach dieser Resolution geschehen ist.

Über die zukünftige Stellung des Genossen Trotzki zur Jugend hat er ebenfalls nichts gesagt. Ich mache Euch aufmerksam auf ein Dokument, das sozusagen vom Genossen Trotzki

selbst gezeichnet ist, mit dem ich nicht einverstanden bin. Ich meine die Schrift „Der neue Kurs".

Über die verschiedenen Zellen heißt es in dem „Neuen Kurs", daß es militärische Zellen gibt, die mehr oder minder die bäuerlichen, ländlichen Massen widerspiegeln; ferner Dorfzellen, die voll das Dorf widerspiegeln, und Sowjetzellen, von denen jede einen bestimmten Arbeitszwang widerspiegelt; es gebe aber auch Zellen der Studierenden, wohin vom Lande, aus der Stadt, aus der Sowjetinstitution, vom Schraubstock und aus der Armee Vertreter dieser Organisationen kommen. Diese Zellen bilden daher das „Barometer der Partei". So heißt es in dieser Schrift. Können wir uns damit einverstanden erklären? Nein, wir können es nicht. Und zwar nicht aus dem Grunde, weil wir dem Genossen Trotzki nicht nachgeben wollen, sondern weil sich der wahre Bolschewismus damit nicht einverstanden erklären kann.

Einige Worte über den Genossen Preobraschenski, der sich hier gleichsam wie eine unschuldige Jungfrau beträgt und erzählt: „Ich bin mit allen Resolutionen einverstanden, Ihr kommt aber und erklärt, daß Ihr eine Resolution über die kleinbürgerliche Tendenz angenommen habt und diese auf dem Parteitag durchsetzen wollt." Ja, wir erklären mit Bestimmtheit, daß wir darauf bestehen, daß diese Resolution nicht nur bestätigt, sondern auch als von unserem Parteitag angenommen eingetragen werde.

Schlußwort des Genossen Stalin zum Organisationsbericht des ZK.

Genosse Stalin, mit Beifall empfangen, führt aus:

Genossen! In den Ausführungen der Redner sah ich keine Einwendungen gegen den Organisationsbericht des ZK. Ich betrachte dies als Übereinstimmung des Parteitages mit den Schlußfolgerungen dieses Berichtes.

Die innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten.

In meinem Berichte habe ich unsere innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten absichtlich nicht berührt, und zwar aus dem Grunde, weil ich die Wunden nicht berühren wollte, die schon vernarbt schienen. Nachdem aber die Genossen Trotzki und Preobraschenski diese Fragen berührten, eine Reihe ungenauer Behauptungen aufstellten und die Andersdenkenden dadurch herausforderten, darf man nicht mehr schweigen. Genossin Krupskaja sprach hier gegen eine Wiederholung der Diskussionsdebatten. Ich bin entschieden gegen eine Wiederholung, und gerade aus diesem Grunde habe ich in meinem Berichte die Meinungsverschiedenheiten nicht erwähnt. Nachdem aber die Genossen von der Opposition diese Meinungsverschiedenheiten in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen stellten und uns dadurch herausforderten, wäre nunmehr Schweigen undenkbar und ein Verbrechen.

Zwei Perioden der Diskussion.

Sowohl Genosse Trotzki wie Genosse Preobraschenski konzentrieren, über die Meinungsverschiedenheiten sprechend, die Aufmerksamkeit des Parteitages gewöhnlich auf die Resolution vom 5. Dezember. Sie vergessen, daß es außerdem noch eine andere Resolution, eine Resolution über die Ergebnisse der Diskussion gibt, sie vergessen, daß es nach der Resolution des ZK. vom 5. Dezember eine neue Diskussionswelle, daß es eine Konferenz gegeben hat, die in einer besonderen Resolution der Konferenz die Ergebnisse der Diskussion besonders eingeschätzt hat. Sie vergessen, daß ein Verschweigen der 13. Konferenz für die Opposition nicht glatt ablaufen wird. Ich mache den Parteitag aufmerksam, daß auf der Konferenz über die Wirtschaftspolitik eine Resolution und dann ferner über den Parteiaufbau zwei Resolutionen angenommen wurden. Warum geschah dies? Es gab eine von der Gesamtheit bestätigte und vom ZK. angenommene Resolution vom 5. Dezember. Dann erwies es sich aber notwendig, noch eine andere Resolution, eine Resolution über die kleinbürgerliche Tendenz zu fassen. Woher kam das, wie ist das zu erklären? Es erklärt sich dadurch, daß die ganze Diskussion zwei Perioden hatte. Die erste Periode schloß mit der einstimmig angenommenen Resolution vom 5. Dezember. Wir nahmen damals an, daß damit die Streitigkeiten in der Partei erledigt sein werden, und gerade darum habe ich in meinem Bericht auf der 13. Konferenz, über diese Periode sprechend, gesagt, daß bei gutem Willen von seiten der Opposition die Resolution vom 5. Dezember dem Kampf in der Partei hätte ein Ende setzen können. Ich erklärte dies, und wir alle waren dieser Auffassung. Die Dinge lagen aber so, daß die Diskussion mit dieser Periode nicht zu Ende war. Nach der Resolution vom 5. Dezember kam der Brief des Genossen Trotzki, eine neue Plattform, mit neuen Fragen. Es setzte eine neue Diskussionswelle ein und die Diskussion war schärfer als die bisherige. Dadurch wurde der Friede in der Partei vereitelt. Es war dies die zweite Periode, die die Oppositionellen jetzt verschweigen, umgehen wollen. Nun besteht aber zwischen der Diskussion der zweiten Periode und der Diskussion der ersten Periode, die sich in der Resolution vom 5. Dezember verkörperte, ein riesiger Unterschied. In der Resolution vom 5. Dezember wurde die Frage über die Entartung der Kaders nicht aufgerollt. Genosse Trotzki, mit dem wir zusammen diese Resolution ausarbeiteten, sprach kein Sterbenswörtchen darüber, daß die Kaders entarten. Er hat diesen Zusatz offenbar für seine nachfolgenden Äußerungen aufgespart. Ferner berührt die Resolution vom 5. Dezember nicht die Frage, daß die studierende Jugend das richtigste Barometer wäre. Auch diese Frage ließ sich Genosse Trotzki offenbar als Reserve für seine weiteren Äußerungen in der Diskussion. In der Resolution vom 15. Dezember gibt es keine Einstellung auf einen Angriff gegen den Apparat, es fehlen dort die Forderungen nach Strafmaßnahmen gegen den Parteiapparat, worüber Genosse Trotzki mit großer Ausführlichkeit in seinen nachfolgenden Briefen sprach. Ferner ist in der Resolution vom 5. Dezember nicht einmal eine Andeutung darüber enthalten, daß Gruppierungen notwendig seien. In seinem nachfolgenden Brief sprach aber Genosse Trotzki über die Gruppierungen mit großer Ausführlichkeit. So riesengroß ist der Unterschied zwischen der Stellung der Opposition bis zum 5. Dezember und der Stellung ihrer Führer nach dem 5. Dezember.

Jetzt wollen die Genossen Trotzki und Preobraschenski ihre zweite Plattform von der zweiten Diskussionsperiode verschweigen, verstecken, wollen scheinbar die Partei hinters Licht führen. Nein, Genossen, das wird Euch nicht gelingen. Mit unkluger Schlauheit und Diplomatie werdet Ihr den Parteitag nicht täuschen können. Ich bezweifle nicht, daß der Parteitag sich sowohl über das erste Stadium der Diskussion äußern wird, das in der Resolution vom 5. Dezember zum Ausdruck kam, wie auch über das zweite Stadium, das in der Resolution der Konferenz über die kleinbürgerliche Tendenz ihren Ausdruck fand.

Diese zwei Resolutionen sind zwei Teile eines Diskussion genannten Ganzen. Wer diese beiden Teile vermengen und dadurch den Parteitag irreführen will, wird sich täuschen. Die Partei ist gewachsen, ihr Bewußtsein hat sich entwickelt, und mit Diplomatie ist die Partei nicht zu täuschen. Der ganze Irrtum der Opposition besteht darin, daß sie dies nicht begreift.

Die vier Punkte der Plattform der Opposition der zweiten Periode.

Untersuchen wir, wer sich in der Frage der Plattform der Opposition nach dem 5. Dezember im Recht erwies. Wer behielt recht in den vier neuen Fragen, die Genosse Trotzki in seinem Briefe berührte? Die erste Frage ist: die Kaders entarten. Wir alle forderten und fordern Tatsachen, die auf eine Entartung der Kaders hinweisen würden. Solche Tatsachen hat man uns aber nicht gegeben und kann man uns auch nicht geben, denn solche Tatsachen gibt es nicht. Nachdem wir dann die Frage sorgfältiger ins Auge gefaßt haben, haben wir alle bemerkt, daß ein Entarten nicht vorliegt, daß aber eine Tendenz mancher Führer der Opposition zur kleinbürgerlichen Politik zweifellos vorhanden ist. Wer also behielt recht? Wohl nicht die Opposition.

Die zweite Frage betrifft die studierende Jugend, die das richtigste Barometer sein soll. Wer behielt in dieser Frage recht? Wieder scheint es nicht die Opposition zu sein. Betrachten wir das Wachstum unserer Partei während dieser Zeit, die Aufnahme von 200.000 neuen Mitgliedern, so ergibt sich, daß das Barometer nicht in den Reihen der studierenden Jugend, sondern in den Reihen des Proletariats zu suchen ist, daß die Partei sich nicht auf die studierende Jugend, sondern auf den proletarischen Kern der Partei einstellen muß. 200.000 neue Parteimitglieder — das ist das Barometer. Auch hier erwies sich die Opposition im Unrecht.

Die dritte Frage ist: Strafmaßnahmen gegen den Apparat, Attacke gegen den Parteiapparat. Wer erwies sich hier im Recht? Wieder nicht die Opposition! Sie rollte ihre Sturmfahne zusammen und ging zur Verteidigung über. Ihr habt gesehen, wie sie

bestrebt war, sich herauszudrehen, als sie sich im Kampfe gegen den Parteiapparat in Unordnung zurückzog.

Die vierte Frage ist die über Fraktionen, über Gruppierungen. Genosse Trotzki erklärte, daß er entschieden gegen Gruppierungen sei. Das ist sehr gut. Nachdem es aber schon notwendig geworden ist, über die Vergangenheit zu sprechen, so bitte ich, mir zu erlauben, an manche Tatsachen zu erinnern. Das ZK. hatte einen Ausschuß zur Ausarbeitung der am 5. Dezember veröffentlichten Resolution eingesetzt. Dieser Ausschuß bestand aus drei Personen: Trotzki, Kamenew und Stalin. Habt Ihr beachtet, daß in dieser Resolution vom 5. Dezember der Ausdruck über Gruppierungen wegfiel? Dort wird von einem Verbot der Fraktionen, aber nicht von einem Verbot der Gruppierungen gesprochen. Die Resolution enthält einen Hinweis auf den bekannten Beschluß des 10. Parteitages über die Einheit der Partei. Wodurch erklärt sich dies? Ist es etwa Zufall? Nein, es ist kein Zufall. Wir, der Genosse Kamenew und ich, verlangten entschieden ein Verbot der Gruppierungen. Genosse Trotzki protestierte in ultimativer Weise und erklärte, daß er unter solchen Umständen nicht für die Resolution stimmen werde. Wir beschränkten uns damals auf einen Hinweis auf die Resolution des 10. Parteitages, die Genosse Trotzki damals offenbar nicht gelesen hat und in der nicht nur über ein Verbot der Fraktionen, sondern auch über ein Verbot der Gruppierungen gesprochen wird. (Lachen. Beifall.)

Genosse Trotzki setzte sich damals für die Freiheit von Gruppen ein. Er hat hier die Resolution vom 5. Dezember gerühmt. In seinem Briefe an das ZK. der RKP., vier Tage nach Annahme der Resolution über den Parteiaufbau, das heißt am 9. Dezember, schrieb aber Genosse Trotzki:

„Besondere Unruhe ruft bei mir die rein formelle Stellungnahme der Mitglieder des Polit-Büros in der Frage von Gruppierungen und fraktionellen Gestaltungen hervor."

Was sagt Ihr dazu? Ein Genosse, der mit Leib und Seele für diese Resolution ist, ist, wie es sich herausstellt, von einer besonderen Unruhe erfüllt, die die Stellung des Polit-Büros in den Fragen über Gruppierungen und Fraktionen bei ihm hervorruft. Das sieht wirklich und wahrlich nicht aus, als ob er damals für ein Verbot von Gruppierungen gewesen wäre. Nein, Genosse Trotzki war damals für die Bildung von Gruppierungen, für ihre Freiheit. Wer erinnert sich ferner nicht der bekannten Resolution des Genossen Preobraschenski in Moskau, in der eine genauere Formulierung der auf dem 10. Parteitag gefaßten Resolution über die Fraktionsfrage im Sinne einer Aufhebung gewisser Einschränkungen beantragt wurde? Dieser Tatsache können sich in Moskau alle erinnern. Und wer von Euch kann sich nicht erinnern, daß Genosse Preobraschenski in seinen Feuilletons eine Wiederherstellung jener Lage in der Partei forderte, die zur Zeit des Brester Friedens bestand? Wir wissen aber, daß die Partei damals gezwungen war, das Bestehen von Fraktionen zuzulassen; wir alle wissen das sehr wohl. Und wer kann sich nicht erinnern, daß auf der 13. Parteikonferenz, als ich die einfachste Sache, den 7. Punkt der Einheitsresolution, betreffend das Verbot von Gruppierungen, den Parteimitgliedern ins Gedächtnis zu rufen, beantragte, alle Oppositionellen tobten und das Weglassen dieses Punktes forderten? Folglich stand die Opposition in dieser Frage vollkommen auf dem Standpunkte einer Freiheit von Gruppierungen, in der Annahme, daß es ihr gelingen werde, die Wachsamkeit der Partei einzulullen durch den Hinweis, daß sie nicht die Freiheit von Fraktionen, sondern nur die Freiheit von Gruppierungen fordere. Wenn sie uns jetzt erklären, daß sie gegen Gruppierungen seien, so ist das ja sehr gut. Ich kann das aber keinesfalls eine Offensive ihrerseits nennen — es ist dies ein in Unordnung vollzogener Rückzug.

Die prinzipiellen Irrtümer der Opposition in parteiorganisatorischen Fragen.

Nach diesem historischen Aufschluß, Genossen, bitte ich, mir zu erlauben, einige Worte über die prinzipiellen Irrtümer der Genossen Trotzki und Preobraschenski in parteiorganisatorischen Fragen zu sagen.

Genosse Trotzki erklärte, daß das Wesen der Demokratie in der Frage über die Generationen liege. Das ist falsch. Prinzipiell falsch. Das Wesen der Demokratie liegt ganz und gar nicht hierin. Die Frage über die Generationen ist eine Frage zweiten Ranges. Die zahlenmäßigen Angaben aus dem Leben unserer Partei zeigen — das Leben unserer Partei zeugt davon —, daß die junge Generation der Partei Schritt für Schritt in die Kaders eintritt und die Kaders, durch die Jugend verstärkt, sich ausbreiten. Die Partei stand stets auf diesem Wege und wird immer auf ihm stehen. Nur wer die Kaders als ein in sich abgeschlossenes Ganzes, als einen privilegierten Stand betrachtet, der keine neue Mitglieder in sein Milieu zuläßt, nur wer diese Kaders als eine Offiziersgarde aus der alten Zeit betrachtet, die alle übrigen Mitglieder der Partei als „unter ihrer Würde stehend" ansieht, nur wer einen Riß zwischen den Kaders und der Parteijungmannschaft schaffen will, nur der kann die Frage über die Demokratie zu einer Frage über die Generationen in der Partei zuspitzen. Das Wesen der Demokratie liegt nicht in der Frage betreffend die Generationen, sondern in der Frage über die Selbständigkeit, über aktive Anteilnahme der Parteimitglieder an der Führung der Partei. In solcher und nur in solcher Weise kann die Frage der Demokratie aufgefaßt werden, natürlich wenn es sich nicht um eine formal demokratische Partei, sondern um eine wirklich proletarische Partei handeln soll, die durch unzertrennbare Bande mit den Massen der Arbeiterklasse verknüpft ist.

Nun die zweite Frage. Die größte Gefahr besteht, sagt Genosse Trotzki, in einer Bürokratisierung des Parteiapparats. Auch das ist falsch. Die Gefahr liegt nicht hierin, sondern in der Möglichkeit einer wirklichen Lostrennung der Partei von den parteilosen Massen. Ihr könnt eine Partei haben, die ihren Apparat demokratisch aufgebaut hat — ist sie aber mit der Arbeiterklasse nicht verknüpft, so wird diese Demokratie hohl und keinen Groschen wert sein. Die Partei besteht für die Arbeiterklasse. Inwiefern sie mit der Klasse verknüpft ist, einen Kontakt mit ihr hat und Autorität bei den parteilosen Massen besitzt, kann sie selbst bei bürokratischen Mängeln bestehen und sich entwickeln. Ist aber all dies nicht vorhanden, so könnt Ihr eine Parteiorganisation hinstellen wie Ihr es wollt — eine bürokratische oder demokratische —, die Partei wird bestimmt zugrunde gehen. Die Partei ist ein Teil der Klasse, der für die Klasse und nicht für sich selbst besteht.

Der dritte Satz ist ebenfalls prinzipiell falsch. Die Partei — erklärt Genosse Trotzki — kann sich nicht irren. Das ist falsch. Die Partei irrt sich nicht selten. Lenin lehrte uns, der Partei die Fähigkeit zur Führung auf Grund einer Berücksichtigung der eigenen Fehler beizubringen. Würde die Partei keine Irrtümer begehen, so wäre nichts da, woraus sie lernen könnte. Unsere Aufgabe ist gerade, diese Irrtümer zu erfassen, ihre Wurzel bloßzulegen und der Partei und der Arbeiterklasse zu zeigen, wir wir uns geirrt haben und wie wir uns weiter nicht irren dürfen. Würden wir dies nicht tun, so wäre die Entwicklung der Partei unmöglich. Auch die Herausbildung von Führern und Kaders der Partei wäre unmöglich, denn sie werden auf Grund der eigenen Fehler erzogen. Ich glaube, daß eine solche Erklärung des Genossen Trotzki ein gewisses Kompliment mit einem allerdings mißlungenen Versuch zum Spott sein könnte.

Über die Parteisäuberung.

Nun über den Genossen Preobraschenski. Er sprach über die Parteisäuberung. Genosse Preobraschenski ist der Ansicht, daß die Parteisäuberung ein Mittel der Parteimehrheit gegen die Opposition sei, und offenbar billigt er die hierbei angewendeten Methoden nicht. Das ist eine prinzipielle Frage. Es ist ein großer Fehler von seiten des Genossen Preobraschenski, nicht zu verstehen, daß die Partei ohne eine periodische Säuberung ihrer Reihen von unsicheren Elementen sich nicht festigen kann. Genosse Lenin lehrte uns, daß die Partei sich nur in der Weise festigen kann, wenn sie sich Schritt für Schritt von unsicheren Elementen säubert, die in die Partei eindrangen und noch eindringen werden. Wir würden uns gegen den Leninismus vergehen, wenn wir uns überhaupt ablehnend zu einer Parteisäuberung stellen würden. Was nun die gegenwärtige Parteisäuberung betrifft, so frage ich, was ist an ihr Schlimmes? Man sagt, daß es an ihr einzelne Fehler gebe. Gewiß gibt es solche. War es jemals so, daß es bei einem großen Werk keine einzelnen Fehler gab? Noch nie war das der Fall. Einzelne Fehler kann und wird es immer geben; im Grundlegenden ist aber die Parteisäuberung richtig. Mir wurde erzählt, daß manche nichtproletarischen Elemente von den Intellektuellen und Angestellten mit Angst und Schrecken auf die Parteisäuberung warteten. Mir erzählte man von einem solchen Fall. In einem Zimmer sitzen Leute, die zur Parteisäuberung kommen sollen. Die Parteizelle ist die einer Sowjetinstitution. In einem anderen Zimmer sitzt die Kommission. Ein Mitglied der Zelle kommt, nachdem es die Parteisäuberung passiert hat, ganz mit Schweiß bedeckt heraus. Man bittet ihn, zu erzählen, wie es gewesen sei. „Laßt mich", sagt er, „zu Atem kommen, ich kann nicht." (Lachen.) Für solche Leute, die sich so quälen und so schwitzen,

ist vielleicht die Parteisäuberung nicht gut, für die Partei aber ist sie gut. Leider gibt es bei uns noch eine geringe Anzahl von Parteimitgliedern, die ein Gehalt von 1000 und 2000 Rubel im Monat beziehen, als Mitglieder der Partei gelten und vergessen, daß die Partei besteht. Mir sind Tatsachen bekannt, wie der Fall, daß die Parteizelle eines Kommissariats, wo solche Parteimitglieder angestellt sind, und welche Parteizelle unter anderem auch einen Chauffeur unter ihren Mitgliedern hatte, den Chauffeur zur Durchführung der Parteisäuberung bestimmte und dadurch Angriffe von der Art hervorrief, daß ein Chauffeur die Sowjetmachthaber nicht säubern dürfe. Solche Tatsachen hat es bei uns hier in Moskau gegeben. Parteimitglieder, die sich geistig von der Partei offenbar losgelöst haben, sind entrüstet darüber und können es nicht verstehen, daß sie von „irgend einem Chauffeur" gesäubert werden sollen. Solche Parteimitglieder müssen zuweilen durch Ausschluß eines Besseren belehrt werden. Das Grundlegende bei der Parteisäuberung ist, daß solche Leute fühlen, daß es eine Stelle gibt, die Rechenschaft über an der Partei begangene Sünden fordern kann. Ich glaube, daß es unbedingt notwendig wäre, daß man von Zeit zu Zeit die Reihen der Partei mit einem Besen durchschreite. (Beifall.)

Bei einer richtigen Politik sind die organisatorischen Mängel von keiner großen Bedeutung.

Genosse Preobraschenski erklärt: Eure Politik ist richtig, die organisatorische Linie ist aber unrichtig, und darin sei die Grundlage eines möglichen Unterganges der Partei gegeben. Das, Genossen, ist ein Unsinn. Nie geschieht es, daß die Politik einer Partei richtig ist und daß sie trotzdem wegen organisatorischer Mängel zugrunde geht. Die Grundlage des Parteilebens und der Parteiarbeit liegt nicht in jenen organisatorischen Formen, die sie im gegebenen Moment annimmt oder annehmen kann, sondern in der Politik der Partei, in ihrer inneren und auswärtigen Politik. Ist die Politik der Partei richtig, behandelt sie in richtiger Weise die politischen und wirtschaftlichen Fragen, die von entscheidender Bedeutung für die Arbeiterklasse sind, so können die organisatorischen Mängel von keiner ausschlaggebenden Bedeutung sein. So war es immer und so wird es auch in der Zukunft bleiben. Leute, die das nicht verstehen, sind schlechte Marxisten und vergessen die Grundelemente des Marxismus.

War die Partei im Recht? War die Partei in jenen Fragen, die bei der Diskussion behandelt wurden — in den Fragen wirtschaftlicher Natur und in den Fragen des Parteiaufbaues —, im Recht? Will jemand dies prüfen, so muß er sich an die Partei und die Arbeitermasse wenden und die Frage stellen, wie sich die parteilose Arbeitermasse zur Partei verhält, ob sympathisierend oder ablehnend. Würden die Mitglieder der Opposition die Frage in dieser Weise stellen, würden sie sich fragen, in welcher Weise die Arbeiterklasse die Partei einschätze, so würden sie begreifen, daß die Partei sich auf dem richtigen Wege befindet. Der Schlüssel zum Verständnis aller Dinge, die die Ergebnisse der Diskussion betreffen, ist im Leninschen Aufgebot gegeben. Entsendet die Arbeiterklasse, die ehrlichsten und festesten auswählend, 200.000 Mitglieder in die Partei, so ist eine solche Partei unbesiegbar, denn sie wurde zum gewählten Organ der Arbeiterklasse, das das unbegrenzte Vertrauen der Arbeiterklasse genießt. Eine solche Partei wird, den Feinden zum Trotz und Schrecken, leben; eine solche Partei kann sich nicht zersetzen. Das Unglück unserer Opposition liegt darin, daß sie an die Fragen über die Partei, an die Fragen über die Ergebnisse der Diskussion nicht vom Gesichtspunkte des Marxisten herangetreten ist, der das Spezialgewicht der Partei hinsichtlich ihres Einflusses unter den Massen einschätzt — denn die Partei besteht für die Massen und nicht umgekehrt —, sondern vom formalen Gesichtspunkte, vom Gesichtspunkte eines „reinen" Apparats. Um einen einfachen und unmittelbaren Schlüssel zum Verständnis der Ergebnisse der Diskussion zu finden, muß man sich nicht dem Geschwätz über den Apparat, sondern jenen 200.000 zuwenden, die der Partei beigetreten sind und die den tiefliegenden Demokratismus der Partei gezeigt haben. Die Äußerungen der oppositionellen Redner über die Demokratie sind leeres Geschwätz, wenn aber die Arbeiterklasse 200.000 neue Mitglieder in die Partei schickt, so ist das wirkliche Demokratie. Unsere Partei wurde zum gewählten Organ der Arbeiterklasse. Zeigt mir eine andere solche Partei, Ihr könnt keine zeigen, denn es gibt keine solche. Nun will aber selbst eine so machtvolle Partei unseren Oppositionellen nicht gefallen. Wo werden sie aber auf dem Erdball eine bessere finden? Ich befürchte, daß sie auf der Suche nach einer besseren auf den Mars werden hinübersiedeln müssen. (Beifall.)

Über die kleinbürgerliche Tendenz.

Die letzte Frage betrifft die kleinbürgerliche Tendenz, die Behauptung, daß es ungerecht sei, die Opposition einer kleinbürgerlichen Tendenz zu beschuldigen. Ist das richtig? Nein, es ist falsch. Woher kam eine solche Beschuldigung, wo liegt der Grund dieser Beschuldigung? Der Grund der Beschuldigung liegt darin, daß die Oppositionellen durch ihre schrankenlose Agitation für Demokratie in der Partei gegen ihren Willen als Sprachrohr für jene neue Bourgeoisie dienten, die sich einen Schmarrn um die Demokratie in unserer Partei kümmert, eine Demokratie im Lande aber gerne, sehr gerne haben möchte. Jener Teil der Partei, der ein Geschrei um die Fragen über die Demokratie erhob, diente unwillkürlich als ein Sprach- und Leitungsrohr für die Agitation, die im Lande durch die neue Bourgeoisie entfaltet wird und auf eine Schwächung der Diktatur, auf „Erweiterung" der Sowjetverfassung und auf Wiederherstellung der politischen Rechte der Ausbeuter abzielt. Gerade darum handelt es sich, daß die Mitglieder der Opposition, ohne es selbst zu bemerken, zum Sprachrohr für jene wurden, die außerhalb der Partei stehen und die die Diktatur schwächen, zersetzen wollen. Nicht umsonst werden sie von den Menschewiki und SR. unterstützt. Ist dies ein Zufall? Nein, es ist kein Zufall. Die Kräfteverteilung im internationalen Maßstabe ist derart, daß jeder Versuch zur Schwächung der Diktatur in unserem Lande von unseren Feinden als ein Vorteil für sie aufgegriffen werden wird, ganz gleichgültig, ob unsere Opposition oder die SR. samt den Menschewiki diesen Versuch machen. Wer dies nicht begreift, hat die Logik des fraktionellen Kampfes in unserer Partei nicht begriffen, hat nicht begriffen, daß die Ergebnisse dieses Kampfes nicht von Personen und ihren Wünschen abhängen, sondern von der Gesamtbilanz des Kampfes der sowjetistischen und nichtsowjetistischen Elemente. Das ist die Grundlage der Auffassung, daß wir es in der Gestalt der Opposition mit einer kleinbürgerlichen Tendenz zu tun haben. Lenin sagte einst über die Parteidisziplin und über die Geschlossenheit unserer Reihen:

„Wer auch nur einigermaßen die eiserne Disziplin der Partei des Proletariats, besonders zur Zeit einer Diktatur schwächt, hilft faktisch der Bourgeoisie gegen das Proletariat."

Es bedarf wohl keines Beweises, daß die Genossen von der Opposition durch ihre Angriffe gegen die Moskauer Organisation und das Zentralkomitee der Partei die Disziplin der Partei geschwächt und die Grundlagen der Partei untergraben haben. denn die Partei ist der Grundkern der Diktatur. Aus diesem Grunde denke ich, daß die 13. Konferenz im Recht war, als sie sagte, daß wir es hier mit einr der Tendenz nach kleinbürgerlichen Politik zu tun haben. Es ist dies noch keinesfalls kleinbürgerliche Politik. Lenin hat auf dem X. Parteitag erklärt, daß die „Tendenz" etwas nicht Abgeschlossenes, nicht endgültig Herausgestaltetes sei. Werdet Ihr Euch, Genossen von der Opposition, an diese kleinbürgerliche Tendenz, an diese kleinen Fehler nicht klammern, so kann alles gutgemacht werden und die Arbeit der Partei wird vorwärtsschreiten; werdet Ihr Euch aber daran klammern, so kann die kleinbürgerliche Tendenz sich zu einer kleinbürgerlichen Politik entwickeln. Folglich hängt, Genossen von der Opposition, alles von Euch ab.

Schlußfolgerungen.

Welches sind die Schlußfolgerungen? Sie gehen dahin, daß wir in der Partei auch weiterhin auf Grundlage einer völligen Einheit arbeiten müssen. Schaut auf den Parteitag, der wie eine feste Mauer dasteht — hier seht Ihr die Einheit der Partei. Die Opposition bildet eine geringfügige Minderheit in unserer Partei. Ob unsere Einheit mit jener unbedeutenden Gruppe der Partei aufrechterhalten bleiben wird, hängt von jenen ab. Wir sind für ein Zusammenarbeiten mit der Opposition. Auf dem Höhepunkt der Diskussion im vergangenen Jahr haben wir erklärt, daß eine Zusammenarbeit mit der Opposition notwendig sei. Wir wiederholen das hier noch einmal. Ob aber diese Einheit möglich sein wird, weiß ich nicht, denn diese Einheit hängt in der Zukunft vollkommen von der Opposition ab. Die Einheit ist im gegebenen Falle das Resultat des Aufeinanderwirkens zweier Faktoren: der Mehrheit der Partei und der Minderheit. Die Mehrheit will eine Einheit der Arbeit. Ob auch die Minderheit es aufrichtig will, weiß ich nicht. Es hängt dies, wie gesagt, von den Genossen der Opposition ab.

Was zu tun ist, ist eine Bestätigung der Resolution der 13. Konferenz und eine Billigung der Tätigkeit des ZK. Ich bezweifle nicht, daß der Parteitag diese Resolution bestätigen und die politische und organisatorische Tätigkeit des ZK. billigen wird. (Beifall.)

Schlußwort des Gen. Sinowjew zum politischen Bericht des ZK.

Die Gefahr einer Unterschätzung der Entwicklung der Aufnahmefähigkeit unseres Marktes.

Genosse Sinowjew, mit stürmischem Beifall begrüßt, führt aus:

Genossen, ich muß mit gewissen Ergänzungen, mit Antworten auf manche schriftlich gestellten Fragen und mit einer Richtigstellung anfangen. Ich will mit der letzteren den Anfang machen. In meinem Berichte habe ich mit den Genossen von der Textilindustrie einigermaßen polemisiert. Genosse Dserschinski schreibt mir diesbezüglich:

„Der von Ihnen gegen die Textilleute erhobene Tadel, daß sie die Produktion nicht erweitern wollten und auf Erhöhung der Preise spekulierten, ist falsch und ungerecht. Kein anderer als der verstorbene Genosse Nogin, das Haupt der Textilindustrie, hat als Vorsitzender des Syndikats in der Kommission des Rates für Arbeitswesen und Landesverteidigung, die zur Durchführung der Geldreform eingesetzt wurde, als erster die Herabsetzung der Preise der Produkte der Textilindustrie beantragt und dann auch in der Praxis durchgeführt. Er war es auch, der sich sowohl als Vorsitzender des Syndikats wie auch als Leiter der Zentralverwaltung der Staatsindustrie an die Ausarbeitung eines Planes über die Steigerung der Produktion machte. Das Programm über die Steigerung der Produktion wurde vom Rat für Arbeitswesen und Landesverteidigung bestätigt. Der Fall, als das Syndikat nicht zu den entsprechenden Fristen das vom Volkskommissariat zum Ankauf für Baumwolle zur Verfügung gestellte Geld übernahm, hatte eine ganz andere Bedeutung und einen anderen kausalen Zusammenhang. Es handelte sich um Ankauf von Baumwolle nach dem Grundprogramm und nicht um eine Erweiterung. Es ist dem Syndikat gelungen, in Amerika die früheren Kreditbedingungen für Baumwollkäufe zu verbessern, das heißt statt Zahlung franko Hafen Amerika die Zahlung franko Hafen Europa durchzusetzen, was einen Zahlungsaufschub um zwei, drei Wochen bedeutet. Aus diesem Grunde hat das Syndikat die Entgegennahme der Valuta vom Volkskommissariat für Finanzwesen um diese Frist aufgeschoben.

Von seiten des Volkskommissariats für Finanzwesen ist der Tadel gegenüber der Textilindustrie umso unrichtiger und ungerechter, weil gerade das Volkskommissariat für Finanzwesen dem Syndikat Geld für Baumwollebesorgung zwecks Erweiterung der Produktion verweigert hat und mit diesem Ankauf das Volkskommissariat für auswärtigen Handel beauftragt und diesem das Geld zur Verfügung stellte. Diesen Tadel haben die Leiter der Textilindustrie ganz und gar nicht verdient, denn gerade sie haben als die ersten mit vollem Bewußtsein den von der Partei ins Auge gefaßten Weg, den Weg der Herabsetzung der Preise, betreten, ohne vor vorübergehenden Opfern zurückzuschrecken und unter Beiseitestellen der Argumente unserer bürokratischen Apparate, daß eine solche Herabsetzung der Preise für sie einen Verlust in der Höhe von 26 Millionen Rubel ergeben würde."

Genosse Jeremin, einer der hervorragenden Funktionäre der Textilindustrie und einer der nächsten Mitarbeiter des verstorbenen Genossen Nogin, behauptet das gleiche. Indem ich es für notwendig halte, den Parteitag hiervon in Kenntnis zu setzen, weise ich aber auch darauf hin, daß der Textiltrust sein Programm nur in der Höhe von 30% des geplanten entwickelt, richtiger gesprochen, zu entwickeln versucht. Es ist klar, daß unter den gegenwärtigen objektiven Umständen diese Zahl zu gering ist. Das Finanzvolkskommissariat „unterdrückt" natürlich alle — das ist nun einmal so —, darunter auch die Textilindustrie; im gegebenen Falle hat es aber ein Interesse daran, ihr gegenüber zuvorkommend zu sein.

Das ZK. ist bestrebt, die Textilindustrie in weit größerem Umfange zu entfalten. Das unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Natürlich handelt es sich nicht um einen Versuch, die Funktionäre des Textiltrusts, die keinesfalls zu unseren schlechtesten Wirtschaftsfunktionären gehören, in ein schlechtes Licht zu stellen. Auf Grund meiner Beobachtungen im Polit-Büro bleibe ich nur bei der Meinung, daß die Gefahr einer Unterschätzung der Entwicklung der Aufnahmefähigkeit unseres Marktes bei sehr vielen unserer Wirtschaftsfunktionäre zweifellos besteht. Statt tatsächlich die Entwicklung der Produktionskräfte anzustreben, gehen sie oft den leichtesten Weg, den Weg der Preissteigerung.

Verstärkung der Roten Armee mit Kommunisten.

Manche Genossen machen es mir zum Vorwurf, daß ich nichts über die Armee gesagt habe. Tatsächlich wurde hierüber fast nichts gesagt. Die im Militärressort vollzogene Reform ist Euch allen bekannt. Sie erstand auf Anregung einer Gruppe von militärischen Mitgliedern des ZK., unter voller und begeisterter Unterstützung durch das ZK., das diese in höchstem Grade notwendig gewordene Reform wiederholt im Plenum und im Polit-Büro erörterte. Die Initiative kam hierbei nicht so sehr von dem Ressort als vom ZK. der Partei. Wir alle sind der Ansicht, daß die Reform in richtiger Weise vollzogen wurde und ihre Resultate werden wir bald sehen. Es ist aber zu bemerken; daß damit die Sache noch nicht zu Ende ist.

Eine der im höchsten Grade wichtigen Aufgaben, die der Partei harren, ist die **Verstärkung der unteren Schichten der Roten Armee mit Kommunisten.** In der Fraktion des 2. Bundes-Sowjetkongresses erklärte ich schon, daß die Zahl der Kommunisten in der Armee bei uns sehr gering ist und daß sie sich vorwiegend in Verwaltungs-, Kommando- und Kommissarstellungen befinden. Diese Lage kann nicht als normal betrachtet werden. Eine ganze Reihe von Maßnahmen muß getroffen werden, um den Prozentsatz der Kommunisten unter den Rotarmisten und den Kriegsseeleuten zu steigern. Diese Frage dürfte in nächster Zukunft die Gesamtpartei beschäftigen. Das Anwachsen der Zahl der Kommunisten unter den Rotarmisten wird nicht nur die Rote Armee stärken, sondern auch für die Frage unserer Verbindungen mit dem Dorf von großer Bedeutung sein.

Der Arbeit unter den Frauen ist ernste Beachtung zu widmen.

Ferner wird mir mit vollem Rechte gesagt, daß ich fast überhaupt nichts über die Arbeit, die unsere Partei unter den Frauen entfaltet, gesagt habe. Hiermit hat sich Genosse Stalin ausführlich befaßt, mit dem ich sowohl in dieser Frage wie auch in allen übrigen völlig solidarisch bin. Ich benütze aber die Gelegenheit, um hervorzuheben, daß es bei uns diesbezüglich tatsächlich außerordentlich schlecht bestellt ist. Wir erlauben uns dieser Arbeit gegenüber noch immer Späßchen, die in diesem Falle wenig am Platze ist; es ist aber ganz und gar nicht am Platze, wenn es sich darum handelt, daß bei uns in der Partei, in der Gewerkschaftsbewegung wie auch im Sowjetleben die Arbeiterinnen sich in unverhältnismäßig geringem Umfange beteiligen. Betrachtet unseren Parteitag. Genosse Kaganowitsch hat mir hier soeben die Hauptangaben über die Zusammensetzung unseres Parteitages gegeben. In der Rubrik „nach Geschlecht" schreibt die Mandatkommission folgendes: „Hier ist eine außerordentlich erfreuliche Erscheinung hervorzuheben. Der Prozentsatz der Frauen, der sich vom X. Parteitag an ununterbrochen verringerte (2,8%) und auf dem XII. Parteitag 1% betrug, ist fast auf 3% und absolut sogar auf das Fünffache gestiegen. Im vergangenen Jahr hatten wir mit beschließender Stimme vier Frauen, gegenwärtig haben wir 20; Frauendelegierte mit beratender Stimme haben wir auf dem XIII. Parteitag 31, somit haben wir auf diesem Parteitag 51 Frauen, was 4,4% des gesamten Personalbestandes des Parteitages beträgt.

Und das heißt bei uns „erfreuliche Erscheinung"! So können wir nicht weiterarbeiten! Wir alle wiederholen immer, daß wir ernstlich die Gebote Lenins erfüllen wollen. Er hat aber nicht um der schönen Worte willen dutzende Male von der riesigen Bedeutung einer wirklichen Anteilnahme (nicht in Worten, sondern in der Tat) der Arbeiterinnen an unserem gesamten Aufbau gesprochen. Wir müssen es offen heraussagen: Solange die Parteiorganisation kein Beispiel geben wird, werden alle übrigen auf dem alten Standpunkt verharren. Wir müssen es erreichen, daß auf dem nächsten Parteitag, im Ernste und nicht im Spaß, von einer „erfreulichen Erscheinung" gesprochen werden kann. Wenn auch die Mandatskommission ernstlich von einer „erfreulichen Erscheinung" spricht, so ist dies meines Erachtens nur ein grimmiger Spaß. Was ist das für eine erfreuliche Erscheinung, wenn die Frauen bloß 4·4% des gesamten Parteitages stellen? So viel mir bekannt, ist der Prozentsatz der Frauen in unserer Partei, vom Gesamtlande gar nicht gesprochen, größer. Es ist an der Zeit, diese Fragen ein für allemal vorwärts zu bringen, denn es handelt sich um einen wirklichen Aufbau des Sozialismus und um eine wirkliche Hinzuziehung der Massen zu unserer Arbeit.

Über den KJV.

Genau so wenig wurde auch über den Kommunistischen Jugendverband gesagt. Wir haben aber einen besonderen Punkt der Tagesordnung, wo wir ausführlich hierüber sprechen werden. Die Fragen über den Kommunistischen Jugendverband und die Fragen unserer Arbeit unter der Jugend sind von riesiger Bedeutung. Die Diskussion hatte außer schlechten Seiten auch manches Gute. Unter anderem bestand eine gute Seite darin, daß der grandiose Umfang des Problems der Jugend im allgemeinen und des Kommunistischen Jugendverbandes im besonderen zutage getreten ist. Unser Kommunistischer Jugendverband als Ganzes befindet sich auf dem richtigen Wege. Wir trafen alle Maßnahmen, um das ZK. in noch engeren Kontakt mit ihm zu bringen. Wir hatten unlängst eine Allrussische Konferenz der Funktionäre des Kommunistischen Jugendverbandes, der nicht weniger 12 ZK.-Mitglieder, von denen die Hälfte Mitglieder des Polit-Büros sind, beiwohnten. Daraus seht Ihr, welch riesige Bedeutung wir dieser Arbeit beimaßen. Zusammen mit den besten Funktionären des KJV. werden wir es erreichen, daß sie tiefer in das Dorf eindringen als es bisher der Fall war. Der KJV. befindet sich zweifellos auf einem richtigen und gesunden Wege.

Ernennungen.

Eine Reihe von Genossen erhebt den Tadel, daß über die wichtigsten Ernennungen nichts gesagt wurde. Ich habe darüber nichts gesagt, und auch Genosse Stalin tat es nicht. Tatsächlich mußten wir im ZK. der Partei in diesem Jahre eine Reihe im höchsten Grade wichtiger Ernennungen vornehmen. Ich glaube, daß wir dies ganz richtig getan haben. Das Schwierigste und Wichtigste nach dem Tode von Wladimir Iljitsch war natürlich die Ernennung eines Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare. Ich glaube, Genossen, daß das ZK. und das Plenum die Meinung der Gesamtpartei zum Ausdruck brachten, als ihre Wahl auf Alexej Iwanowitsch Rykow fiel (Beifall). Ich möchte noch sagen, daß wir eine ganze Reihe ziemlich verantwortlicher Ernennungen vornahmen. Wir wählten außer einem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, was außerordentlich schwierig war, einen Vorsitzenden der Staatsplankommission, was ebenfalls sehr schwer ist, denn es ist wohl sehr leicht, eine Reihe Resolutionen über die Planwirtschaft zu schreiben, aber außerordentlich schwer, einen Mann zu finden, der tatsächlich alle für diese Arbeit notwendigen Eigenschaften in sich vereinigt. Ich glaube, daß wir ziemlich richtig handelten, als wir eine Reihe von ZK.-Mitgliedern mit dem Genossen Frunse an der Spitze in den Revolutionären Kriegsrat der Republik bestimmten, die dem Genossen Trotzki bei dieser Arbeit und dem Revolutionären Kriegsrat helfen werden, sich noch fester mit den unteren Schichten der Roten Armee zu verbinden. Natürlich konnten in bezug auf die Ernennungen Fehler unterlaufen; die verantwortlichsten dieser Ernennungen waren aber meines Erachtens richtig.

Arbeitslohn.

Eine Reihe von Genossen beschwerte sich, daß dieser Frage zu wenig Beachtung gewidmet wurde. Wie glaubt Ihr, wie oft wir im Polit-Büro die Arbeitslohnfrage behandelt haben? 198mal standen Fragen betreffend den Arbeitslohn auf der Tagesordnung des Polit-Büros, und nicht weniger als 20mal waren es Fragen speziell über das Donez-Becken. Ich glaube, daß Genosse Ruchimowitsch im Recht ist, wenn er sagt, daß es an der Zeit sei, diese Frage im Gesamtmaßstabe der Union zu lösen, da die Arbeitslohnfrage zur entscheidensten Frage wird. Die reine Politik tritt in den Hintergrund zurück. Es ersteht die Frage, welcher Arbeitskategorie unsere Republik mehr geben kann, damit sie entsprechend weiterarbeitet. Die diesbezüglichen Ungleichheiten springen ins Auge. Ich erhalte eine Reihe von schriftlichen Fragen von Arbeitern aus dem Leninschen Aufgebot, die sagen: Warum könnten wir nicht auf diesem Gebiete alles in einen gemeinsamen Topf werfen? Bringt ein Industriezweig Gewinn, während der andere Industriezweig Verlust bringt, können da nicht die Kapitalien zusammengefaßt werden, um den Arbeitslohn in beiden Industriezweigen auszugleichen?

Die Arbeitslohnfrage ist sehr heikel und wir können uns keiner besonderen Erfolge während dieses Jahres rühmen, die Richtigkeit der hier angeführten Zahl hat man aber ohne Grund bezweifelt. Im großen und ganzen ist sie richtig, und wir befanden uns während dieses Jahres in einem langsamen, aber sicheren Aufstieg.

Unser Volkskommissariat für Arbeitswesen muß zu neun Zehnteln ein Kommissariat für Arbeitslohn werden. Offenbar besteht die Aufgabe gerade hierin, und wenn diese Frage in entsprechendem Maße geregelt sein wird, glaube ich, werden wir im Polit-Büro, das mit einer ganzen Reihe anderer wichtiger Fragen (Genossenschaftswesen, Innenhandel, internationale Politik usw.) überhäuft ist, nicht 198mal über Arbeitslohnfragen beraten müssen.

Arbeitslosigkeit.

Über die Arbeitslosigkeit habe ich wenig gesprochen. Ich muß aber sagen, daß wir praktische Vorschläge auf diesem Gebiete vorläufig nicht hören. Wir wissen, daß dies ein sehr großes Problem ist. Außerhalb unseres Parteitages horchen unsere Genossen aufmerksam darauf, was unsere Partei über diese Frage sagen werde. Wollen wir mit voller Aufrichtigkeit sprechen, so müssen wir eins sagen: eine Überwindung der Arbeitslosigkeit in bezug auf den die Arbeiter betreffenden Teil, der uns am meisten interessiert — wir haben auch eine sogenannte fiktive Arbeitslosigkeit, es handelt sich um eine umfangreiche Kategorie von Sowjetangestellten, die wir 1918 und 1919 in unsere Institutionen aufgenommen haben —, ist äußerst schwierig. Nur eine Entwicklung der produktiven Kräfte und eine Hebung der Gesamtwirtschaft kann dieses Problem zufriedenstellend lösen. Alles übrige ist nur ein Palliativ, allerdings von einer gewissen Bedeutung. Die Gewerkschaften müssen sich um die Arbeitslosigkeit kümmern, der Staat muß nach Kräften helfen; eine irgendwie gründliche Lösung dieser Frage ist aber nur auf dem von mir bezeichneten Weg möglich.

Noch einmal die nationale Frage.

Ich wurde gefragt, was ich eigentlich im Auge hatte, als ich, auf die Ukraine als Beispiel hinweisend, erklärte, daß manche Einzelheiten in dieser Frage noch nicht erledigt seien. Ein Teil der Genossen hat mich offenbar tatsächlich nicht begriffen, ich gewann aber den Eindruck, daß manche vielleicht auf einem Ohr taub geworden sind und so taten, als ob sie nicht wüßten, um was es sich handelt. Ich habe mich vielleicht zu höflich ausgedrückt — nun, ich kann es offener wiederholen. Es handelt sich darum, daß zum Beispiel in der Ukraine, wo die Ukrainisierung einen großen Fortschritt gemacht hat, die Rechte, sagen wir der Deutschen, Polen, Moldauer, Juden usw., entsprechend gesichert werden sollen. Man könnte natürlich auch ein paar andere Beispiele nehmen, ich glaube aber, daß dies genügt. Die nationalen Minderheiten der einzelnen Teile der Sowjetunion und in den einzelnen Sowjetrepubliken müssen wissen, daß in den Resolutionen des XIII. Parteitages auch von ihnen die Rede ist, und daß sie daher das Recht haben, an diese Resolutionen zu erinnern und natürlich auf parteiorganisatorischem Wege, im Rahmen der objektiven Möglichkeit ihre tatsächliche Durchführung anzustreben. Das muß mit voller Entschiedenheit erklärt werden. Ich will damit nicht sagen, daß wir in dieser Frage in der Ukraine oder anderswo prinzipielle Gegner haben. Im Gegenteil, alle Genossen sind sich dieser Notwendigkeit bewußt, oft aber haben sie anderes zu tun oder hatten noch keine Zeit, diese Maßnahmen durchzuführen. Gegenwärtig wurde die Lösung dieser Frage aktuell, und es ist notwendig, daß die Genossen überall alles mögliche auf diesem Gebiete machen. Zwischen dem XII. und XIII. Parteitag gab es eine Bundeskonferenz über die nationale Frage, die von riesiger Bedeutung für eine wirkliche Durchführung der nationalen Politik war. Dort wurde eine Reihe im höchsten Grade wichtiger Beschlüsse gefaßt, die genau angeben, in welcher Weise die diesbezügliche Tätigkeit zu entfalten ist. Ich nehme an, daß der Parteitag diese Bemerkung nicht als überflüssig erachten wird.

Die Parteisäuberung und die Wirtschaftsfunktionäre.

Nun einige Worte über die Wirtschaftsfunktionäre. Eine Reihe von Genossen erklärt, daß in dieser Frage eine größere Klarheit geschaffen werden müsse, namentlich im Zusammenhange mit der Parteisäuberung, daß man tatsächlich in der Partei keine Psychologie schaffen dürfe, die dahin geht, daß, wenn einer nur mit Erfolg Handel treibt, er ein Parteimitglied zweiter Klasse sei, und eventuell so nach zwei Jahren ausgeschlossen werden wird. Nachdem wir das Genossenschaftswesen und die Wirtschaft auf die erforderliche Höhe bringen wollen, ist es natürlich notwendig, daß die Genossen die äußerste Wichtigkeit dieses Arbeitszweiges begreifen. In dieser Beziehung tritt

zuweilen eine ungesunde Einstellung zutage, der zufolge man auf den Wirtschaftsfunktionär, den Sowjetfunktionär, mit einer Geringschätzung hinabblickt. Wir können dies nicht zulassen, nachdem wir eine herrschende Partei sind. Das bedeutet aber nicht, daß wir nicht alle Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Wirtschaft sehen müssen. Wir alle kennen auch diese Schwierigkeiten und Gefahren.

Es möge mir erlaubt sein, zwei Pole zu nennen, die unsere Wirtschaftsfunktionäre kennzeichnen. Der eine Pol ist Viktor Pawlowitsch Nogin, den wir dieser Tage begraben haben, ein Wirtschaftsfunktionär, bezüglich dessen es keinem eingefallen wäre, anzunehmen, daß er sich von der Partei lostrennen könnte, oder daß er weniger mit den Massen verknüpft, und als Wirtschaftsfunktionär ein Parteimitglied zweiter Klasse war. Es ist dies der Typus eines Bolschewik von dem jeder weiß: Heute hat ihn die Partei in den Textiltrust gestellt, morgen wird sie ihn auf irgendeine illegale schwerste Arbeit schicken, und er wird mit gleicher Hingebung seine Pflicht erfüllen. Das ist der eine Pol, und wir haben nicht wenig solcher Funktionäre. Sie bilden die Grundlage der wirtschaftlichen Gruppe unserer Funktionäre. Würden wir keine solchen Leute haben, so könnten wir keine genügenden Resultate erzielen. Nehmen wir nun den anderen Pol. Ich bitte, im Gedenken an Viktor Pawlowitsch und auch Euch, um Verzeihung wegen der Gegenüberstellung — der Klarheit halber ist aber eine solche Redewendung notwendig. Der andere Pol ist Krasnoschtschokow, den wir ebenfalls, aber in einer ganz anderen Weise begraben haben. Er war ebenfalls Mitglied der Partei, nahm eine sehr hervorragende Stellung ein, war Mitglied des Präsidiums des Obersten Volkswirtschaftsrates, ein Mann von Fähigkeit. Leider steht Krasnoschtschokow ebenfalls nicht vereinzelt da, und das Wichtigste ist, daß es zwischen diesen beiden Polen sehr viele Übergangsstufen gibt, und es gibt solche, die noch gerettet werden können, wenn wir vor solchen Mitteln nicht zurückschrecken werden, wie es die Parteisäuberung ist. Natürlich ist diese, wenn Ihr es gerade so wollt, ein „barbarisches" Mittel. Hat aber Wladimir Iljitsch nicht gesagt, daß gegen Barbarei in barbarischer Weise zu kämpfen keine schlimme Sache ist. Ist etwa das, was die Krasnoschtschokows machen, keine Barbarei? Und natürlich müssen wir, wenn wir an der Macht stehen, zu solchen schroffen Mitteln im Kampfe gegen sie greifen. Im großen und ganzen ist der Prozeß der Sammlung der Gruppe von Wirtschaftsfunktionären in seinem grundlegenden Teil beendet, und die Beziehungen zu den Wirtschaftsfunktionären bessern sich allmählich. Ausführliches hierüber erfahren wir aus dem Bericht der ZKK. Die mit wirtschaftlicher Tätigkeit beauftragten Genossen sind natürlich genau so vollberechtigte Mitglieder der Partei wie wir alle. Wir, die Partei, haben sie dorthin gestellt. Gleichzeitig muß aber diese Gruppe der Wirtschaftsfunktionäre sich im klaren darüber sein, daß es auf diesem Arbeitsgebiete außer den gewöhnlichen noch weitere Schwierigkeiten gibt, die nicht vergessen werden dürfen.

Neue Ökonomische Politik und Nep.

Ich gehe nun zu den Teilnehmern der Aussprache über und muß vor allem einige prinzipielle Einwendungen gegenüber dem Genossen Larin machen. Mich dünkt, daß Genosse Kamenew zu streng gegenüber der Rede des Genossen Larin war. Würde es sich bei Larin um ein neues Programm handeln, würde er die Aufhebung der Neuen Ökonomischen Politik beantragen, so würden wir „bis zum letzten Blutstropfen" gegen ihn kämpfen. Das war aber nicht der Fall.

Ich versuchte, auf dem XII. Parteitag einen Unterschied zu machen zwischen dem Begriff der Neuen Wirtschaftspolitik und dem, was wir in unserer Sprache Nep nennen. Leider hat dies keine Wurzel gefaßt. Der Unterschied ist aber klar. Die Neue Ökonomische Politik bedeutet die Nationalisierung der Staatsindustrie und des Transportwesens, die Schaffung sozialistischer Truste, die Nationalisierung des Bodens, die Banken in unseren Händen, das Außenhandelsmonopol und die staatliche Regelung des Innenhandels. Das ist etwas ganz anderes als das, was wir als Kapitalismus in den europäischen Ländern kennen. Es ist das, was wissenschaftlich Neue Ökonomische Politik genannt werden könnte. Wenn wir Nep sagen, verstehen wir oft darunter Spekulation, Übervorteilung und Nepmännerei.

Daraus folgt, daß bei uns in den Reden des öfteren Ungenauigkeiten vorkommen. In seiner letzten Rede im Moskauer Sowjet hat Wladimir Iljitsch erklärt: „Wie seltsam ist es doch, wir nennen unsere Politik eine neue, weil wir uns im Rückzug befinden." Neu ist sie natürlich im Vergleich zu dem, was wir in den Jahren des Kriegskommunismus hatten. Der Rückzug bedeutet nicht, daß wir uns zur Epoche des Kapitalismus zurückziehen, ein teilweiser Rückzug hat aber stattgefunden. Der Vorschlag des Genossen Larin, daß wir von nun an von einer Nep in bedingtem Sinne dieses Wortes sprechen sollen, ist falsch. Würde Genosse Larin hierauf bestehen — ich glaube, daß er davon Abstand nehmen wird — so würde er hiermit ganz allein bleiben. Wladimir Iljitsch sprach in der letzten Zeit über den internationalen Sinn der Neuen Ökonomischen Politik. Als die deutsche Revolution herannahte, sagten wir, daß im Falle eines Sieges die deutschen Genossen in mancher Beziehung vielleicht mit dem anzufangen haben werden, wozu wir nicht auf einmal gelangten: mit der Nep. Die Nep ist somit etwas Internationales, womit auch die entwickelteren kapitalistischen Länder werden anfangen müssen, wenn das Proletariat dort an die Macht gelangt. Man kann jetzt nicht sagen, daß die Nep etwas Bedingtes sei. Im Gegenteil. Es liegen hier Elemente einer unbedingten internationalen, grundlegenden Erscheinung vor, die zeigt, wie sich die internationale Revolution entwickeln wird.

Auf dem IV. Kongreß hat Wladimir Iljitsch, über das Programm der KI. sprechend, erklärt, daß die Ausarbeitung eines Programms hauptsächlich aus dem Grunde schwierig sei, weil die Rückzugslinie noch nicht klar ist. Die Angriffslinie war mehr oder minder klar. Es galt, gegen die Bourgeoisie zu kämpfen. Die Rückzugslinie war aber nicht ganz klar. Was bedeutet aber die Rückzugslinie? Sie bedeutet **die Nep in die Sprache der Wirtschaft übersetzt.** Die Nep erreichte zweifellos einen internationalen Sinn. Um so größer ist ihre Bedeutung für uns. Man kann daher von einer „bedingten" Neuen Wirtschaftspolitik sprechen. Unsere Gegner würden dies zweifellos aufgreifen, aufblasen, und unsere Sicherheit auf internationalem Gebiete und im Innern würde dadurch erschüttert werden. Insofern es sich um eine prinzipielle Einstellung der Frage handelt, ist Genosse Kamenew gegenüber dem Genossen Larin im Recht. Es dürfte sich aber wohl um keine prinzipielle Differenz, sondern um eine gewisse Übereiltheit und eine Vorliebe des Genossen Larin für Terminologie handeln.

Fragen der innerparteilichen Lage.

Hiermit kann ich mit dem ersten Teil der erhobenen Einwendungen Schluß machen und zu den Einwänden in bezug auf die innerparteiliche Lage übergehen. Mich dünkt, Genossen, daß es kein Zufall ist, daß unsere Diskussion sich gerade vorwiegend auf diesem Gebiete abspielte. Ich sagte schon in meinem Einleitungsbericht, daß die internationale Politik wichtig, die Wirtschaftspolitik im Lande aber noch wichtiger sei, das Finanzwesen eine wichtige Frage darstelle und auch die Arbeit unter der Bauernschaft wichtig sei; das Allerwichtigste aber sei die Partei und ihre innere Lage. Wird in der Partei alles in Ordnung sein, so wird sich das weitere schon geben, wird aber das Gleichgewicht dieser Partei gestört, so wird alles übrige zerstieben. Der Parteitag hat daher sehr richtig seine Aufmerksamkeit gerade auf dieses Gebiet konzentriert.

Eine Aussprache über diese Frage war völlig unvermeidlich. Womit ist es zu erklären, daß die Kommunistischen Parteien aller Länder Europas die Fragen unserer Diskussion leidenschaftlich und ausführlich erörtern? Alle Kommunistischen Parteien fühlen, daß unsere Partei der Lebensnerv der proletarischen Diktatur und folglich der gesamten internationalen Arbeiterbewegung ist. Das macht eine Aussprache über diese Fragen notwendig. Keinerlei christlicher Sozialismus kann hier helfen, es muß hier festgestellt werden, wo die Wahrheit liegt, und die Partei muß hier einen bestimmten Entschluß fassen, sonst werden wir nicht weiterkommen — den Ausdruck „christlicher Sozialismus" pflegte in analogen Fällen Wladimir Iljitsch zu gebrauchen.

Wir brauchen es nicht zu bedauern, daß wir diese Fragen aufgerollt haben. Der Parteitag muß einen Beschluß über die Diskussion fassen. Wer anders sollte dies tun als der Parteitag. Denkt daran, daß wir auch vor dem X. Parteitag eine Diskussion hatten, diese auf dem Parteitag wiederholten und der Parteitag dann selbst die Bilanz zog. Wer anders als der Parteitag könnte der Herr sein und der Partei sagen: „Die Partei hat alles erwogen, hat beschlossen, und nun: in Reih' und Glied, und gehorchen!"

Wie die Weißgardisten auf unsere Diskussion reagieren.

Ich will Euch zeigen, wie alle unsere Gegner diese Frage betrachten. Wovon leben jetzt das Weißgardistentum, die SR., die Menschewiki, wovon leben unsere Feinde — und es gibt unter

ihnen auch kluge? Man muß lesen, was sie schreiben. Bei uns in der Union können sie nicht schreiben, wenn sie aber draußen etwas Interessantes schreiben, warum sollten wir es nicht beachten?

Womit beschäftigten sie sich in der letzten Zeit? Am meisten beschäftigen sie die Fragen über die „Krise der Diktatur", „Krise der Partei", über die „Spaltung", den „Zwist" in unserer Partei usw. Sie fangen jedes Wort im Fluge auf, sie schreiben ganze Bücher, „Untersuchungen", schreiben riesige Artikel über diese Fragen.

Warum umkreisen sie mit solcher Beharrlichkeit unsere Partei und unsere Streitigkeiten? Weil hier der Kern, der Grundhebel, der Brennpunkt der ganzen Revolution liegt. Es ist sogar amüsant, zu sehen, wie wutschnaubend sie über unsere Parteisäuberung schreiben. Und hier ist wieder ein außerordentlich interessanter, kleiner, ganz willkürlich entstehender „Zusammenschluß" zwischen unseren Genossen hier und „ihnen" dort festzustellen. Sie haben kein aktuelleres Thema als unsere Parteisäuberung, man könnte meinen, daß es ihnen darum zu tun ist, daß wir unsere Partei säubern. (Lachen.)

Ihr müßt sehen, Genossen, welche Menge von Geifer sie darob verspritzen, daß wir nicht jeden in unsere Partei aufnehmen. Darüber werden ganze Untersuchungen geschrieben, wie zum Beispiel in der Zeitschrift Kerenskis „Sowremenje Sapiski" (Zeitgenössische Aufzeichnungen), wo es heißt:

„Die RKP. hat auch formell aufgehört, eine Partei zu sein. Sie wurde zu einem grandiosen, universalen Eichamt für alle Erscheinungen des staatlichen Lebens. Ohne ihre Marke kann keine Tatsache des kulturellen, bürgerlichen und wirtschaftlichen Lebens des Landes vor sich gehen. Was blieb nun der Bevölkerung übrig? In die RKP. selbst einzudringen, in ihr diese oder jene legalisierte Stellung einzunehmen, um sich dadurch ein gewisses Ausmaß von Freiheit zur Erfüllung der dieser oder jener Bevölkerungsgruppe entsprechenden Funktion zu sichern ..." — „Jede Partei strebt eine endlose Ausbreitung ihrer Reihen an. Selbst die diszipliniertesten und streng organisierten Parteien mit einem scharf ausgedrückten Klassencharakter beschränken sich bei der Aufnahme neuen Mitglieder auf eine Erklärung über ideologische Solidarität und Bereitschaft, sich den Parteisatzungen zu unterordnen. Jedes neue Mitglied ist ein erwünschter Mitkämpfer beim gemeinsamen Werk, denn nicht die Partei bringt ihm Opfer, sondern er der Partei." (Aus dem Artikel Iwanowitsch': „Diktaturdämmerung", 19. Buch, Seite 387.)

Ihr seht, wie sie wegen des „nicht demokratischen Wesens" unserer Partei „sich heiser schreien", wie sie sich darüber aufregen, daß jede Partei möglichst viel Mitglieder aufzunehmen bestrebt ist, wir dies aber nicht wollen. Warum haben sie solche Kopfschmerzen wegen unserer Partei? Die Antwort ist klar! Das schönste Schauspiel, das sie sich vorstellen können, wäre ein Untergang unserer Revolution infolge eines inneren Streites in den Reihen unserer Partei. Was könnte es für sie Besseres geben, als wenn wir in unsere Partei eine Menge fremder Elemente aufnehmen und die Partei anfangen würde, sich von innen zu zersetzen. Das wäre der leichteste Sieg für sie und das Pikanteste vom Gesichtspunkte eines Sieges der Konterrevolution. „Seid Ihr", fragen sie, „eine Partei oder nicht? Warum nehmt Ihr nicht alle in Eure Partei auf? Warum macht Ihr Parteisäuberungen? Ihr hört auf, eine Partei im eigentlichen Sinne des Wortes zu sein." Wem macht das Sorge? Kerenski, Iwanowitsch usw. Schon das allein zeigt, daß hierin die grundlegende Frage unserer ganzen Revolution liegt, daß dies nicht nur ein Streit über Fraktionen oder Gruppierungen ist, und kein geringfügiges Geplänkel zwischen uns und Preobraschenski. Es handelt sich um das Schicksal der Partei, um das Schicksal der Arbeiterklasse, um das Schicksal der KI. Seht, mit welcher Schadenfreude Iwanowitsch im weiteren schreibt: „Nicht einmal im Polit-Büro gibt es eine Geschlossenheit." Warum machen sie sich darüber Sorgen? Ein jeder weiß, daß unser Polit-Büro das grundlegende Organ des Staates ist. Die Weißgardisten tun so, als ob sie dies erst jetzt erfahren hätten, wir wissen aber, daß Genosse Lenin in seiner Broschüre „Der Radikalismus, eine Kinderkrankheit des Kommunismus" auf drei Seiten ausführlich davon erzählte, in welcher Weise unsere Macht aufgebaut, und daß in unserem Apparat das Polit-Büro genannte Rädchen von nicht geringer Wichtigkeit ist.

Wir dürfen daher an dieser Frage nicht achtlos vorbeigehen. Die Lage in unserer Partei ist von brennendem Interesse für Freund und Feind. Das ist der Grund, warum Miljukow eine so geniale Losung beantragt wie „Sowjets ohne Kommunisten" und Dan unlängst eine andere herausgab: die über „ehrliche Sowjets". (Lachen.) Braikewitsch schreibt in der Zeitschrift „Poslednije Nowosti" eine Feuilletonserie darüber, wie man die Sowjetmacht „unblutig" stürzen könne, indem man eine Übergangsregierung aus parteilosen Spezialisten samt Kommunisten aus der Opposition bilden und den Mitgliedern des Polit-Büros, damit es keine besonderen Erschütterungen gebe, Pässe zur Ausreise nach dem Ausland geben würde. (Lachen.)

Natürlich ist Preobraschenski für die konterrevolutionären Utopien Braikewitsch' nicht verantwortlich. Es ist nicht ohne jedes Interesse, daß ein so „ernster" Mann wie Braikewitsch, wenn ich nicht irre, ein ehemaliges Mitglied des Rates der Industriekongresse, sich jetzt mit solchen Utopien abgibt. Davon sind voll der „Sozialistitscheski Wjestnik" (Sozialistischer Bote), die „Russkaja Mysl" (Russischer Gedanke), die „Sowremennje Sapiski" (Zeitgenössische Aufzeichnungen), ihre ganze Presse, alle feindlichen Veröffentlichungen.

Alle unsere Feinde begreifen großartig, daß hier das Schicksal des Landes entschieden wird.

Wer hat sich geirrt, die Partei oder Trotzki?

Nach diesem Vorwort gehe ich zu dem über, was auf dem Parteitag in bezug auf diese Fragen gesagt wurde. Ich möchte mit einem Zitat aus Lenin anfangen. In der gleichen Broschüre, „Der Radikalismus, eine Kinderkrankheit des Kommunismus", schreibt er:

„Auf die Politik und die Partei ist mit entsprechenden Abänderungen das anzuwenden, was sich auf einzelne Personen bezieht. Nicht der ist klug, der keine Fehler macht, solche Leute gibt es nicht und kann es nicht geben. Klug ist der, der keine sehr wesentlichen Fehler begeht und der sie leicht und schnell gutzumachen versteht."

In diesem kleinen Zitat hat Wladimir Iljitsch, wie so oft, auch diesmal zwei Fragen auf einmal beantwortet. Die erste ist: ob sich die Partei irrt? Genosse Stalin sagte, und ich bin mit ihm voll einverstanden: die Partei kann sich natürlich irren. Es ist überflüssig, uns hier so sauersüße Komplimente zu sagen. Die Partei braucht das nicht. Konnte es je vorkommen, daß Wladimir Iljitsch auf dem Parteitag erklärte, daß die Partei sich nicht irren könne? Könnt Ihr Euch erinnern, was er von der Rute sagte? Er war es, der auf einem Sowjetkongreß erklärte: „Ruten verdient Ihr! Wird es Fehler geben, so werden wir zugrundegehen, bankrott werden." Nicht aber, daß einerseits „die Partei im Unrecht ist", andererseits aber „sie sich nicht irren kann". Das ist die Antwort auf die Frage, ob die Partei sich irren kann.

In der Politik der Partei hat es Irrtümer gegeben, die wir aber dann zugegeben haben. Ferner darf man den Genossen Trotzki fragen: Beziehen sich die Worte über die Unfehlbarkeit der Handlungen nur auf die RKP. oder auf die gesamte KI.? Nehmen wir zum Beispiel die deutsche Partei. Kann etwa auch sie sich nicht irren? Oder ist das ein besonderes Vorrecht der RKP. (Lachen.) Man muß eben annehmen, daß sich dies auch auf die deutsche Partei und auf die internationale Kommunistische Partei, auf die Politik der KI. bezieht. Genosse Trotzki dürfte aber kaum leichten Herzens einer solchen Ausbreitung seiner These zustimmen. Die These des Genossen Trotzki ist falsch, das ist klar. Das zweite, worauf das Zitat antwortet, ist, daß man seine Fehler zugeben könne und müsse. Fehler sind immer möglich, das ist unvermeidlich, sie sollen aber leicht und schnell gutgemacht werden. Niemand forderte, daß die Opposition dies in einer verblüffenden Form mache. Jeder von uns hat dutzende Male Fehler gutgemacht und wird sie immer wieder gutmachen. Mich dünkt, daß hier keinerlei „Drehereien" notwendig sind, wie Genosse Guly richtig gesagt hat.

Gab es einen Versuch, zwischen zwei Parteitagen die Politik oder die Zusammensetzung des ZK. zu ändern? Genosse Trotzki antwortet: Ja, es gab einen solchen, dafür war aber die Lage, die, daß das ZK. selbst zwischen zwei Parteitagen äußerst ernste Beschlüsse faßte und das Steuer herumdrehte. Gewiß hat es das getan. Wäre es möglich, alle Fragen auf dem Parteitag zu lösen, so wäre ein ZK. überhaupt nicht nötig. Man würde einmal im Jahr zusammenkommen, alle Fragen lösen, und dann würden wir nach einem weiteren Jahr wieder zusammenkommen und die notwendigen Fragen wieder lösen. Wir wählen aber gerade darum ein ZK., damit zwischen den Parteitagen bei der Herausgestaltung einer neuen Lage diese oder jene neuen Beschlüsse gefaßt und der Partei unterbreitet werden können. Das

ZK. erfüllt dadurch eine Pflicht. Wenn aber eine Gruppe von Genossen im Moment, da das ZK. einen neuen Beschluß faßt, ein Durcheinander anfängt und versucht, das ZK. zu stürzen, so erfüllt sie dadurch nicht ihre Pflicht gegenüber der proletarischen Partei, sondern begeht einen ungeheuren Fehler. Das ist der „kleine" Unterschied, den Genosse Trotzki nicht bemerken wollte.

Die Frage über die Generationen.

Genosse Stalin hat diese Frage schon beantwortet. Hier einige Zahlen über die „Generationen" auf unserem Parteitage. Unser Parteitag besteht zu 63% aus Arbeitern, davon sind im Alter von 20 bis 29 Jahren 27%, von 30 bis 39 Jahren 55%. Die beiden ersten Gruppen ergeben 82%. Ich glaube, daß 39jährige Leute noch nicht eine gar so morsche, alte Garde sind. (Lachen.) Mehr als ein Viertel des Parteitages besteht aus Leuten von 20 bis 29 Jahren. Ich habe in der Fraktion des II. Bundessowjetkongresses eine Reihe Zahlen, über die wir verfügen, angeführt. Natürlich stimmen sie nicht aufs Haar. Es gibt einzelne Fehler, im Grundlegenden ermöglichen sie aber eine Schilderung der Lage in der Partei. Ich habe Euch Zahlen über die Zusammensetzung der Bezirkskomitees, Gouvernementskomitees usw. angeführt. Viele Zahlen führte auch Genosse Stalin in seinem Berichte an. Genosse Preobraschenski soll sich, wie behauptet wird, auf Zahlen verstehen. Ein Beweis hierfür ist der erste Staatsetat, den er ausgearbeitet hat. (Lachen.) Warum sollte er sich nur mit diesen Zahlen nicht beschäftigen? Warum hat er angesichts der Partei nicht bewiesen, daß wir im Unrecht sind, daß eine Disproportion zwischen den Partei- und Sowjetfunktionären in bezug auf Alter besteht, daß die Jungmannschaft zurückgedrängt wird usw.? Von so etwas war nicht die Spur vorhanden. Statt dessen beharrt Ihr aber auf Eurem Irrtum, der zu nichts Gutem führen kann.

Fraktionen und Gruppierungen.

Über Fraktionen und Gruppierungen wurde hier schon gesprochen. Daß die 46 Genossen für Gruppierungen eintraten, ist allgemein bekannt. Ihr könnt Euch noch erinnern, daß Genosse Krylenko, der erste Gehilfe des Generalstaatsanwalts der Republik, in der Presse verlangte, daß rechtlich formuliert werde, was eine Fraktion und was eine Gruppierung sei (Lachen), denn ohne das könne von Demokratie gar nicht gesprochen werden. Ich glaube, daß die Sowjetjuristen eine bessere Beschäftigung finden können als diese. Wir brauchen keine rechtlichen Formulierungen über das Wesen von Fraktion und Gruppierung. Es handelt sich nicht um ein Wortgefecht. Wir, die wir die Schule des Zusammenarbeitens mit den Menschewiki durchmachten, die wir viele Jahre lang mit ihnen zusammen in ihrem ZK. saßen, wissen auch ohne juristische Definitionen, was Fraktionen und Gruppierungen sind. (Beifall.) Als wir im menschewistischen ZK. saßen, bedienten wir uns — ich müßte es reumütig bekennen, wenn das bereut zu werden brauchte — des öfteren der Methode, daß wir erklärten: „Haben wir etwa nicht das Recht, als eine Gruppe von Gesinnungsgenossen aufzutreten?" usw. Es kam vor, daß Wladimir Iljitsch einen Brief an das menschewistische ZK. schrieb: „Werte Genossen!" und sogar „Liebe Genossen!", „Ich beantrage dieses oder jenes, Ihr aber handelt umgekehrt; ich stelle fest, daß dies, unabhängig von Eurem Wunsche, objektiv eine liberale Arbeiterpolitik ist." Er schrieb einen solchen Brief an das menschewistische ZK., und wir, die wir den Rayons näherstanden, nahmen seinen Brief, lithographierten ihn. und sagten: „Hat etwa ein Mitglied des ZK. nicht das Recht, einen Brief an sein ZK. zu richten?" (Beifall.)

Gewiß, Genossen, es war dies durchaus annehmbar und zulässig, als das Schicksal in einer bestimmten historischen Lage uns zwang, zusammen mit den Menschewiki im gleichen ZK. zu sitzen und jeden Fußbreit auszunützen, um die Kleinbourgeoisie zurückzudrängen und die proletarische Partei herauszukristallisieren. Wenn aber jetzt manche Genossen gegenüber unserem bolschewistischen ZK. das gleiche tun, so können wir, Genossen, ihnen das nicht erlauben. (Anhaltender Beifall.)

Ter-Waganjan hat unlängst ein Buch über Fraktionen und Diskussionen herausgegeben und hat dabei meines Erachtens keine besonders gewissenhafte Arbeit geleistet. Er wählte und führte als Zitat das an, was Wladimir Iljitsch zu jener Zeit schrieb, als wir im gleichen ZK. mit den Menschewiki saßen und von ihnen „Demokratie" forderten. Ter-Waganjan wählt all dies heraus und sagt: „So dachte Wladimir Iljitsch über Demokratie und Fraktionen." Ter-Waganjan hat nur die eine Kleinigkeit vergessen, daß wir damals im gleichen ZK. mit den Menschewiki saßen, daß wir der II. Internationale angehörten, daß wir in der II. Internationale, in Gefangenschaft bei den Menschewiki waren — Wladimir Iljitsch und Rosa Luxemburg bildeten damals dort einen kleinen Flügel. Aber auch in unserer eigenen sozialdemokratischen Partei waren wir oft in der Minderheit, waren aber gezwungen, mit den Menschewiki zusammenzusitzen, weil die Arbeiter dies forderten, die Bewegung noch nicht ganz reif war und wir uns aller gesetzlichen Mittel der Selbstverteidigung gegen die kleinbürgerlichen „Revolutionäre", die die Keime der proletarischen Partei erstickten, bedienen mußten. Jetzt aber wird uns das als ein Grundsatz des Bolschewismus dargeboten!

Wie soll ein solches Vorgehen genannt werden? Ich glaube, daß ich mir hier gewisse Worte zur Qualifizierung dieses Vorgehens ersparen kann.

Ihr seht, welches Spiel hier stattfindet. 46 Genossen erklärten sich entschieden für Fraktionen und Gruppierungen. Der Gehilfe des Generalstaatsanwalts forderte eine juristische Formulierung dieser Begriffe. Geben wir zu, daß dies nur ein Brief von 46 Genossen war. Es handelt sich aber, Genossen, nicht um persönliche Motive. Ich bin mit dem Genossen Trotzki darin einverstanden, daß persönliche Fragen beiseite gestellt werden müssen. Es handelt sich um ein politisches Moment. In Moskau war damals ein geistreicher Witz in Umlauf. Es muß gesagt werden, daß Witze zuweilen sehr treffend und nützlich sind. Dieser Witz sagte, daß, so wie es bei Gorki „26 und eine" (Eine Erzählung Gorkis. Die Redaktion) gibt, so hier „46 und einen". Worum handelt es sich? Es handelt sich darum, daß ein Euch gut bekannter Genosse der 46iger Gruppe angehört und sie unterstützt hat. Er hat seinen Brief heute und die 46 den ihrigen nach einigen Tagen geschrieben. Das ist in der Tat das Muster eines Manövrierens und eines planmäßigen Vorgehens. (Lachen.) Die 46 sind entschieden der Ansicht, daß es ohne Fraktionen und Gruppierungen keine wirkliche Demokratie geben kann. Damit gingen sie zu den Militärkursanten, in die Parteizelle der Staatlichen Politischen Verwaltung, die etwa 2000 Mitglieder hat, und in die höheren Lehranstalten.

Es muß gesagt werden, daß der bolschewistische Parteitag es jedem von uns verzeihen würde, wenn er hervortreten und, wenn auch grob, sagen würde: Ihr seid im Unrecht. Denn keinesfalls ist stets die Mehrheit der Partei im Recht, zuweilen ist auch die Minderheit im Recht. Wir haben gestritten — würde ein solcher Genosse sagen — Ihr wart im Unrecht, Ihr habt Euch geirrt, jedenfalls wollen wir aber zusammenarbeiten. Der bolschewistische Parteitag kann sich aber nicht zufrieden geben, wenn man ihm sagt: du irrst dich nie, und ich war nie mit einer Gruppierung zusammen, wo doch die Geschichte der 46 klar vor uns liegt.

Das Treffendste, was hier gesagt wurde, ist, daß diese Rede des Genossen Trotzki eine Parlamentsrede war. Diese Definition war sehr höflich, politisch loyal und gleichzeitig, wie mich dünkt, die niederschmetterndste gegenüber unseren Opponenten. Was heißt eine „Parlaments"rede? Die Palamentsrede kann mit zwei Zügen charakterisiert werden. Der erste Zug ist, daß ein Mensch nicht ganz das spricht, was er denkt, oder überhaupt nicht das, was er denkt (Beifall); der zweite Zug ist, daß ein Mensch, wenn er „im Parlament" auftritt, die legale Möglichkeit ausnützend, „durch das Fenster" für irgendein anderes Milieu, für die Wähler spricht. Ich glaube, daß die Rede des Genossen Trotzki diese beiden Züge aufweist. In seiner Parlamentsrede wurde diese legale Möglichkeit, der Parteitag, ausgenützt, um an andere, an jene, zu appellieren, denen man keine volle Demokratie gebe usw. Gleichzeitig war dies auch eine Parlamentsrede im ersteren Sinne. Von dem Genossen Preobraschenski kann dies nicht in beiden Beziehungen gesagt werden. Eine Parlamentsrede war es wohl überhaupt nicht, sondern gerade das Gegenteil, ein Höhepunkt der Ungeschicklichkeit. Ein Appell über den Kopf des Parteitages hinweg an die Wähler war es aber auch bei ihm.

Im „neuen Kurs" des Genossen Trotzki gibt es kein Körnchen Bolschewismus.

Ich möchte, nicht weil ich gerne in alten literarischen Werken stöbere, sondern weil es eine Erznotwendigkeit ist, einiges aus dem „Neuen Kurs" anführen. Ich habe unlängst Stellen aus diesem Werk vor dem Parteitag ruhig und objektiv vorgelesen. Es ist dies eines der größten, sogar das größte literarische Werk der Opposition. Aufrichtig gesprochen, ist es ein im hohen Sinne des Wortes literarisches Werk — Bolschewismus aber gibt

es in ihm kein Körnchen. (Lebhafter Beifall.) Wenn dort gesagt wird: „Die Partei lebt in zwei Stockwerken, im oberen wird beschlossen, im unteren aber erfährt man nur von den Beschlüssen", so frage ich, ob man sich eine vergiftetere Waffe gegen die Partei vorstellen kann als dies? Wenn festgestellt wird, daß es in der Partei eine Jungmannschaft gibt, daß neue Leute zufließen, daß eine neue Generation kommt, daß die Partei wächst, und in einem solchen Moment ein Mann, mit der Autorität Trotzkis, die Worte in die Partei wirft: „Die Partei lebt in zwei Stockwerken. Im oberen wird beschlossen und im unteren werden die Beschlüsse ausgeführt", so frage ich, ob es schwerwiegendere Beschuldigungen gegen die Partei geben kann? (Beifall.) Genosse Trotzki setzt fort:

„Die Hauptgefahr des alten Kurses, wie er sich sowohl im Resultat großer historischer Gründe wie auch im Resultat unserer Fehler herausgestaltet hat, besteht darin, daß er eine immer stärker werdende Tendenz bekundet, die einige tausend Genossen, die die führenden Kaders bilden, der gesamten übrigen Masse der Parteimitgliedschaft als einem Einwirkungsobjekt entgegenzustellen."

Was könnte man Schlimmeres gegen die Partei sagen? Bei der Agitation gegen die Bourgeoisie sagten wir oft von der herrschenden Klasse: „die oberen Zehntausend." In Rußland sagten wir zur Zeit des Zaren: „Hundertdreißigtausend Grundbesitzer". Und nun sagt Genosse Trotzki: einige tausend Mitglieder machen alle übrigen, den gesamten übrigen Teil der Parteimitgliedschaft, zu einem Einwirkungsobjekt. Es fehlte nur noch, eine Namensliste dieser einigen Tausend zu geben. Und dann wundert man sich, daß sich die Frage über die Generationen so zugespitzt hat.

Hier noch ein kleines Zitat, das im ganzen eine halbe Seite einnimmt:

„Es wäre eine lächerliche und unwürdige Vogel-Strauß-Politik, nicht zu begreifen oder nicht zu bemerken, daß die in der Resolution des ZK. formulierte Beschuldigung betreffend Bürokratismus eine Beschuldigung gerade gegen die führenden Kaders der Partei ist. Es handelt sich nicht um einzelne Abweichungen der Parteipraxis von der richtigen, idealen Linie, sondern um den Apparatkurs, um seine bürokratische Tendenz. Enthält der Bürokratismus die Gefahr einer Entartung oder nicht? Es wäre eine Blindheit, diese Gefahr in Abrede zu stellen. Die Bürokratisierung in ihrer andauernden Entwicklung droht mit einer Lostrennung von der Masse, mit einer Konzentrierung der gesamten Aufmerksamkeit auf Fragen der Verwaltung, Auswahl und Versetzung, mit einer Einschränkung des Gesichtskreises, mit einer Schwächung des revolutionären Sinnes, das heißt mit einer mehr oder minder opportunistischen Entartung der alten Generation, wenigstens eines bedeutenden Teiles von ihr. Solche Prozesse entwickeln sich langsam und fast unbemerkt, treten aber auf einmal zutage. In dieser Warnung, die sich auf eine objektive marxistische Voraussicht stützt, irgendeine „Beleidigung", einen „Anschlag" usw. sehen, kann man nur bei einem krankhaften bürokratischen Mißtrauen und einem Bonzenhochmut."

Auf einer halben Seite finden wir aufgehäuft: „bürokratisches Mißtrauen", „Bonzenhochmut", „Erdrosseln", „künstliche Auswahl", „Einschüchterung", „Manöver", „diplomatische Kniffe". In der Tat, ein bunter Strauß. Unwillkürlich erinnert man sich an Alexei Tolstoi: „Wenn ich nicht auf meine — nichtfraktionelle — jungfräuliche Scham achten würde, so würde ich dich, du Bettelsack, du Frechling, noch ganz anders ausschimpfen." (Lachen.) In der Tat, was könnte noch ein Mensch sagen, der es sich zum Ziel gesetzt hat, die führenden Kaders der Partei zu kompromittieren? Und wenn hier gestern Genosse Trotzki erklärte, daß persönliche Umstände ihn hinderten, sich über die Frage von Fraktionen und Gruppierungen zu äußern, so will ich ihn daran erinnern, daß in seinem Buche ein ganzer Abschnitt über Fraktionen und Gruppierungen enthalten ist. Dort wird nicht gesagt: Ich bin für Gruppierungen und Fraktionen. Offen wird dies nicht gesagt, aber zwischen den Zeilen steht es. Und so haben es damals auch alle begriffen. Das ist ein genau so geschickter diplomatischer Artikel wie die gestrige Rede. Die Frage über die Fraktionen ist daher völlig klar und steht vor uns allen ganz offen. Mich dünkt, daß es uns nicht ansteht, Verstecken zu spielen. Genosse Stalin sagte, daß wir alle die Zusammenarbeit mit dem Genossen Trotzki zu schätzen wissen. Wir haben dies auch in der Resolution erklärt und sind bereit, es auch jetzt zu wiederholen, sofern dies von der Mehrheit des ZK., vom Parteitag und von jedem einzelnen unter uns abhängt. Wir alle sind bereit, alles mögliche zu tun, damit eine energische Zusammenarbeit vor sich gehe, aber keine solche, die St. Iwanowitsch die Möglichkeit geben soll, zu schreiben: „Besteht in Eurem Polit-Büro eine Einheit?" Denn am schlimmsten, Genossen, ist, daß wir aus Euch wohlbekannten Gründen nicht aufrichtig „Ja" antworten konnten. Wir werden unsererseits restlos alles mögliche tun, um eine solche Zusammenarbeit herbeizuführen, sie muß aber, Genossen, in gehöriger Weise, auf bolschewistische Art, offen vor sich gehen, mit einem Herausagen dessen, was ist. Wir werden den Genossen Trotzki nie an diesen „Neuen Kurs" erinnern, wenn er bei seinem groben Irrtum nicht verharren wird. Wir wollen es Souvarine, der von einer gewissen Arbeit in seiner eigenen Partei befreit wurde, anheimstellen, diese Broschüre als eine Perle der marxistischen Literatur in französischer und anderen Sprachen herauszugeben. Wir sind zu allen Zugeständnissen bereit, es gibt aber Fragen, es gibt Probleme, in denen wir niemanden in der Welt Zugeständnisse machen können und werden. (Stürmischer Beifall.)

Die Prinzipienlosigkeit des Genossen Preobraschenski.

Hat Genosse Preobraschenski erklärt: „Im großen und ganzen war die internationale und innere Politik des ZK. richtig", so muß bemerkt werden, daß dieser Teil seiner Rede besonders parlamentsmäßig und geschickt war. (Lachen.) So viel mir bekannt, gibt es außer der inneren und internationalen Politik keine andere. Es stellt sich heraus, daß wir die internationale und innere Politik im allgemeinen richtig gemacht haben. Und darum fing er einen seiner Artikel während der Diskussionsperiode mit den Worten an: „Die grundlegende Linie der Partei im innerparteilichen Aufbau und in der innerparteilichen Politik während der Periode der Neuen Wirtschaftspolitik war unrichtig." Darum ging er — ich selbst war anwesend — zu den Hörern der Swerdlow-Universität und sagte: „Genossen, wozu braucht Ihr die Wissenschaften? Man wird Euch sowieso keine freie Bahn geben und Ihr werdet keine Möglichkeit erhalten, Euer Wissen im Leben anzuwenden." So kam es, daß in allen Parteizellen, wo Preobraschenski anwesend war, mehr oder minder offene Mißtrauensresolutionen gegenüber dem ZK. angenommen wurden. Warum war das so? Und dabei in einer Lage, wo im großen und ganzen die internationale und innere Politik des ZK. als richtig anerkannt wurde. Aber selbst wenn sie nicht richtig gewesen sein sollte, könnte man fragen: „Habt Ihr das Recht, in einer solchen, zur Spaltung der Partei geeigneten Art aufzutreten?" War sie aber richtig, und Sie haben trotzdem so gehandelt, so weiß ich nicht, wie Sie vor den Parteitag treten können und sagen: „Der Parteitag hat die Sache noch nicht begriffen, ich werde aber noch ein paar Bücher schreiben, dann werdet Ihr begreifen." (Lachen.) Bücher können Sie schreiben, warum denn nicht, das Papier duldet alles (Lachen), und werden es nützliche Bücher sein, so werden wir sie verbreiten, aber vor den Parteitag zu treten und zu erklären: Der Parteitag hat nichts begriffen, wird es aber bald begreifen, ist eine übermäßige Wichtigtuerei.

Zwei „Neuheiten" hat es in der Rede des Genossen Preobraschenski gegeben. Er hat in seiner Plattform zu dem Kampf der Generationen usw. noch einen Punkt hinzugefügt — es ist dies die Verteidigung der bei der Parteisäuberung Ausgeschlossenen. Das wird sehr populär sein. Es wird der Plattform Preobraschenskis Popularität bringen, aber nicht in der Partei. Mit der Geschicklichkeit eines Parlamentspolitikers hat er dies für das Ende aufgespart. Das zweite betrifft die Warenintervention (in bezug auf Zucker, Fleisch und anderes). Auf diesem Gebiet hat nach seiner Ansicht die Erfahrung schon gezeigt, daß das ZK. im Unrecht war. Wann und wo hat sich das ZK. gegen die Einfuhr dieser Warenkategorien erklärt? Wir führen ein und werden einführen, die Handelsbilanz wird aber aktiv bleiben, und das ist kein gar so großes Übel. Warum sollten wir denn gegen die Einfuhr von Fleisch sein, sind wir denn etwa Vegetarier? (Lachen.) Ich glaube, daß Genosse Preobraschenski Gelegenheit hatte, sich vom Gegenteil zu überzeugen. (Beifall.) Wir bürgen dafür, daß wenn Sie die Partei angreifen werden, wie Sie sie früher angegriffen haben, oder wenn auch nur hundertmal schwächer, als Sie es früher taten, Sie noch einmal unsere „nichtvegetarischen" Eigenschaften kennen lernen werden. (Beifall.) Wenn Sie glauben, daß Sie das Recht besitzen, die Politik des ZK. als für das Land verderblich zu bezeichnen, so haben wir als Revolutionäre, die die größte Arbeiterpartei zu

leiten haben, das volle Recht, der Arbeiterklasse und dem Lande zu zeigen, daß Sie nicht wissen, was Sie tun, oder nicht begreifen, was Sie sprechen. Wir werden dies mit aller Leidenschaftlichkeit eines Revolutionärs tun und nicht von „Nächstenliebe" geleitet, wiewohl wir unsere Nächsten sehr lieben, und umso mehr in diesem Falle, weil jeder weiß, daß Genosse Preobraschenski ein Engel ist, wie er leibt und lebt. (Lachen. Beifall.) Wenn Sie aber im schwierigsten Moment die Partei gegen das ZK. aufhetzen wollen, so werden wir Ihnen die Schuld dreifach zurückzahlen. (Beifall.) Hier wurde schon erklärt: die Partei ist einheitlich. Wozu aber ein solch tragischer Ton? Es ist überflüssig, einen solchen anzuschlagen. Es gibt keinen Menschen in der Welt, der unsere Kommunistische Partei Rußlands spalten könnte (Stürmischer Beifall), und es gibt keine Gruppe, wie sie sich auch nennen wollte, die unsere Partei spalten könnte. (Beifall.) Wozu also eine Tragödie machen? Die Einheit der Partei ist auf diesem Parteitag verkörpert. Hier haben wir den Kern der Partei. Wir kennen unseren Arbeiter. Wir haben schon schwierigere Zeiten durchgemacht. Immerhin gehen wir jetzt, Genossen, verhältnismäßig leichteren Zeiten entgegen. Von Euch, der Opposition, wird es abhängen, wie es mit dieser Frage weiter bestellt sein wird. Wir wollen mit Euch zusammenarbeiten. Wir wissen, daß es in der Partei Schwierigkeiten, bedeutende Störungen gegeben hat, die aber vergangen sind. Wenn Ihr aber glauben werdet, daß Ihr die Aufgabe habt, jeden Fußbreit der legalen Möglichkeiten in der Partei auszunützen, um den Weg für falsche, unbolschewistische Anschauungen freizumachen, so werdet Ihr die bolschewistische Partei wie eine Mauer vor Euch finden. (Beifall.)

Womit droht uns ein wirtschaftlicher Stillstand?

Genossen! Einer unserer klugen Feinde, Dalin (menschewistischer Weißgardist), hat im „Sozialistitscheski Wjestnik", nicht unklugerweise, folgende Worte geschrieben: „Der wirtschaftliche Stillstand oder eine neue Degradation wird jetzt ganz andere Folgen haben als in der Epoche des Bürgerkrieges. Unter friedlichen Umständen sind die Ansprüche der Bevölkerung bedeutender und ihre Empfindlichkeit ist größer."

Er sieht voraus, daß wenn solche Schwierigkeiten eintreten werden, eine neue politische Krise usw. eintreten kann. Ich glaube, daß dieser nicht unkluge Gegner im Grundlegenden recht hat. Denn in der Tat, wenn es 1919 kein Brot, wenn es 1920 Schwierigkeiten gab, so verhielt sich das Land demgegenüber anders, als es sich jetzt verhalten würde, wenn eine Degradation einsetzen sollte, wenn wir rückwärts schreiten würden, oder wenn überhaupt ein Stillstand auf dem Gebiete unseres Wirtschaftsaufbaues eintreten würde. Zweifellos würde jetzt das Land viel empfindlicher reagieren, weil wir jetzt 1924 und nicht 1921 schreiben. Hierin hat der Feind recht. Das müssen wir uns wohl merken.

Genosse Trotzki erklärte, daß es noch Schwierigkeiten geben werde. Es ist richtig, daß es noch Schwierigkeiten geben wird. Selbst wenn sie nicht so groß sein werden wie die von 1921, werden ihre Resultate politisch weit größer sein als im Jahre 1921. Der Feind hat recht. Auf einen Stillstand, eine Degradation oder auf eine Rückwärtsbewegung würde man jetzt viel empfindlicher reagieren. Ihr könnt es ja selbst sagen, ob der Arbeiter uns jetzt erlauben würde, den Arbeitslohn herabzusetzen. Nein, er würde es nicht erlauben. Selbst der uns am nächsten stehende Arbeiter würde es nicht erlauben. Wir sind in allen Beziehungen vorwärts gekommen und selbst ein andauernder Stillstand könnte uns zugrunde richten. Die Schwierigkeiten, die unserer harren, werden daher, selbst wenn sie weniger zugespitzt sein werden als die von 1921, ungeheuer gefährlich sein.

Alles, was wir von Euch wollen, ist, daß eine klare Lage geschaffen werden soll. Schwierigkeiten wird es noch geben. Werden sie auf dem Gebiete der Finanzen eintreten, wird irgendeine neue „Schere" auf dem Gebiete der Wirtschaft entstehen — wir sind in bezug auf eine zufriedenstellende Ernte in diesem Jahre noch nicht gesichert —, werden diese Schwierigkeiten in der internationalen Politik entstehen, sagt, wo, auf wessen Seite werdet Ihr dann sein? Könnt Ihr Euch erinnern, was sie mit der „Schere" gemacht haben. (Protestrufe des Genossen Trotzki.) Sie haben diese „Schere" gegen das ZK. unserer Partei scharf geschliffen. (Beifall.) Wer weiß das nicht? Wir fordern eine Garantie dafür, daß diese zukünftigen Schwierigkeiten, die zweifellos eintreten können, nicht ausgenützt werden sollen, um einen neuen Sturm gegen die Partei hervorzurufen. (Beifall.) Protestiert nicht, ich weiß, daß Ihr in Eurer Seele mit der Arbeiterklasse und mit der Partei und nicht mit den Nep-Männern seid. Euch dünkt aber, daß die ganze Politik des ZK. falsch ist, daß sie um 90 Grad umgestellt werden muß, und zu diesem Zwecke haltet Ihr es für möglich, die schwierige Lage der Partei auszunützen. Wir wollen in dieser Hinsicht eine klare Lage schaffen. Ich wiederhole, daß es Schwierigkeiten noch geben wird, sowohl internationale wie innere. Die Gefahren werden groß sein, weil wir jetzt ohne Wladimir Iljitsch sind, der die Tribüne betreten und, wie damals in bezug auf Warschau, sagen könnte: Ihr habt Euch geirrt. Ihr könnt Euch erinnern, wie er damals sagte: Setzen wir eine Kommission ein, und diese Kommission möge untersuchen, ob dies ein strategischer oder ein politischer Fehler, oder beides zugleich war. Der Parteitag antwortete ihm hierauf: Wladimir Iljitsch, was geschehen ist, ist geschehen, wir brauchen keine Kommission. Wie wäre es aber, Genossen, bei einer solchen Geschichte ohne Wladimir Iljitsch? Es ist daher klar, daß, wenn es Schwierigkeiten geben wird, sie sich weit schärfer auf die Stimmung der Volksmassen auswirken werden. Das müssen wir uns merken und uns noch fester zusammenschließen. Das ist die Schlußfolgerung, die gezogen werden muß.

Die Notwendigkeit einer hundertprozentigen bolschewistischen Einheit.

Die Partei muß eine Garantie dafür schaffen, daß wir, wenn Schwierigkeiten eintreten sollten, eine hundertprozentige Geschlossenheit haben werden. Darum, und nur darum handelt es sich. Jeder von uns ist bereit, die Fehler, die er begangen hat, hundertmal zuzugeben. Niemand hält sich für unfehlbar. Jeder von uns ist zu jeglichen persönlichen Zugeständnissen bereit, die zu einer Zusammenarbeit notwendig sind. Darüber kann es keine zwei Meinungen geben. Wir stehen aber, Genossen, erst am Anfange eines äußerst schwierigen Weges. Gewiß ist die Partei geschlossen, sie arbeitet aber ohne Wladimir Iljitsch. Die Partei hat Zutrauen zu ihrem ZK. und das ZK ist stolz darauf. Wir haben aber nicht eine Lage, bei der die Partei alles mit geschlossenen Augen billigen würde. Auch früher war dies nicht der Fall. Früher hatten wir aber eine so kolossale moralische und politische Autorität eines Führers, daß sie für alles aufkam. Die Partei kennt sehr wohl die Schwächen jedes einzelnen von uns und kennt sehr wohl auch die starken Seiten eines jeden von uns. Wir brauchen uns davor nicht zu fürchten. Wir sind in der eigenen Familie. Wir brauchen dies nicht zu verhüllen, und wir sind in unserer Partei zu allen persönlichen Zugeständnissen bereit. Es wird von den Genossen abhängen, was sie nach dem Parteitag machen werden. Wir baten sie noch in der Fraktion des zweiten Bundessowjetkongresses, eine Erklärung abzugeben. Taten wir es etwa um des ästhetischen Vergnügens willen, dem Feinde eine Niederlage beigebracht zu haben? Das ist Unsinn. Wir wollten, daß sie die Erklärung abgeben, um den Kongreß zu beruhigen, damit die Genossen überall im Lande sagen können: es ist Schluß, sie haben aufgehört zu schmollen. Zu diesem Zwecke wollten wir auch hier auf dem Parteitage ihre Erklärung hören. Ich frage Euch, Genossen, haben Euch diese Erklärungen beruhigt? (Hunderte Stimmen: Nein, nein!) Haben Sie Euch zu friedengestellt? (Hunderte Stimmen: Nein, nein!) Was werdet Ihr bei der Berichterstattung in Euren Organisationen über den Kongreß sagen müssen? Werdet Ihr etwa nicht sagen müssen, daß sie von neuem die alte Geschichte anfangen und bei ihren irrtümlichen Anschauungen verharren? Was sie nach dem Parteitag tun werden, wissen wir nicht! Ich wiederhole aber, es liegt keine Notwendigkeit vor, darüber, was sie nach dem Parteitag tun werden, einen tragischen Ton anzuschlagen, selbst wenn sie auf dem Parteitag nichts gelernt haben sollten. Was uns betrifft, so wollen wir eine klare Lage schaffen und nichts mehr.

Wir sind zwanzigmal bereit, die Vergangenheit dem Vergessen zu überlassen — Fragen, die die Grundlage des Bolschewismus betreffen, können wir aber nie dem Vergessen überlassen. (Beifall.) Wir sind, Genossen, tief überzeugt, daß „Der Neue Kurs" **keine bolschewistische Schrift ist.** Wir sind völlig überzeugt, daß dies ganz und gar nicht unser Weg ist, daß wir nicht diesen Weg gehen müssen und die Partei ist diesen Weg nicht gegangen.

Wir sind völlig überzeugt, daß jetzt die wirtschaftlichen Erfolge ausschlaggebend sind.

Der Menschewik ist im Recht, wenn er behauptet, daß nicht nur ein Rückgang, sondern auch ein Stillstand, wenn wir ein oder zwei Jahre auf der gleichen Stelle bleiben würden, uns ungeheure politische Schwierigkeiten bereiten muß; das ist ganz richtig.

Wollen wir daher, Genossen, so arbeiten, daß es bei uns nicht nur keinen Rückgang, sondern auch keinen Stillstand gebe, und daß wir mit schnellen Schritten vorwärtskommen.

Ich werde mit keinem Wort auf diesen törichten Unsinn über das Planprinzip antworten. Ich glaube, daß man jetzt schon damit keinem Studenten Vergnügen bereiten und keinem Gymnasiastenzirkel damit Neues sagen kann. Hier haben sich Leute des praktischen Lebens versammelt. Sie wissen, daß der Plan im stabilisierten Rubel, im Transport, in Kohle, Naphtha, Ernte und Ausfuhr liegt. Die Genossen wissen, daß wir im ZK. alles mögliche unternahmen, um die Planmäßigkeit in der Tat zu verwirklichen. Wollen wir hier keine Zeit damit vegeuden. Die Aufgabe ist, daß wir in der wirtschaftlichen Entwicklung keinen Rückfall erleiden und nicht auf der gleichen Stelle bleiben. Das ist unsere grundlegende politische Aufgabe und hierzu ist eine hundertprozentige bolschewistische Einheit notwendig.

Dieser Parteitag verkörpert voll diese Einheit. (Stürmischer Beifall.)

Resolution des XIII. Parteitages der RKP. zum Bericht des Zentralkomitees.

(Einstimmig angenommen.)

** Der 13. Parteitag **billigt ganz und gar die richtige politische Richtlinie und die Organisationsarbeit des Zentralkomitees**, die der Partei höchst ernsthafte Erfolge auf allen Arbeitsgebieten gesichert haben, und zwar in einer schwierigen und komplizierten Situation. Der Parteitag vermerkt mit Gnugtuung die Richtigkeit des Wirkens des Zentralkomitees in der verflossenen Berichtsperiode, die das erste Jahr in der Arbeit des Zentralkomitees war, währenddessen das Zentralkomitee und die ganze Partei der unmittelbaren Leitung durch Genossen **Lenin** beraubt waren.

Der Parteitag **bestätigt vollständig und ganz die Resolutionen** der 13. Allrussischen Parteikonferenz „Über den Parteiaufbau" und „Über die Ergebnisse der Diskussion und die kleinbürgerliche Tendenz" und beschließt, diese Resolutionen den Beschlüssen des 13. Parteitages der RKP. hinzuzufügen. Der Parteitag spricht dem Zentralkomitee der Partei seine vollkommene Genugtuung aus für die Festigkeit und die bolschewistische Unversöhnlichkeit, die das Zentralkomitee während der Diskussion zum Schutz der Grundlagen des Leninismus gegen die kleinbürgerlichen Abweichungen an den Tag gelegt hat.

Der Parteitag heißt die vom Zentralkomitee geführte **Außenpolitik** gut, die zu der Anerkennung de jure der Union der SS.-Republiken durch eine Reihe bedeutender bürgerlicher Staaten geführt hat.

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, auch in der Zukunft bei der **Gewährung von Konzessionen** die größtmögliche Vorsicht walten zu lassen, mit aller Entschlossenheit am Monopol des Außenhandels festzuhalten, den Getreideexport zu entwickeln und für die Festigung der aktiven Bilanz unseres Außenhandels Sorge zu tragen.

In Anbetracht der nunmehr entstandenen **neuen internationalen Situation**, besonders in Anbetracht der Beharrlichkeit, die von der Weltbourgeoisie in allen ihren Teilen, in ihren Versuchen, offenbar wird, die Union der SSRepubliken zu zwingen, die zaristischen Schulden zurückzuzahlen und die nationalisierten Güter der ausländischen Großkapitalisten wiederzuerstatten, hält es der Parteitag für besonders notwendig, die werktätige Bevölkerung der Union der SSR-, und insbesondere der Landbevölkerung, sorgfältiger und systematischer mit allen wichtigsten Beschlüssen der Partei und der Sowjetregierung in Fragen der internationalen Politik vertraut zu machen.

Der Parteitag konstatiert mit Genugtuung, daß die **Bildung der Union der SSRepubliken mit Erfolg abgeschlossen** und dadurch eine feste Basis für das brüderliche und friedliche Beisammenwohnen aller Nationalitäten geschaffen worden ist, die die Union der Sowjetrepubliken bevölkern.

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee der Partei, sorgfältig darüber zu wachen, daß die **Rechte ausnahmslos aller Nationalitäten der Union der Sowjetrepubliken** gewahrt werden — entsprechend den Beschlüssen des 12. Parteitages der RKP. zur nationalen Frage.

Der Parteitag konstatiert, daß die von der Partei durchgeführte neue Wirtschaftspolitik den Aufgaben, vor die die Partei sie gestellt hatte, gerecht geworden ist.

Auf der Grundlage dieser neuen Wirtschaftspolitik ist ein **allgemeiner wirtschaftlicher Aufstieg klar sichtbar** geworden: die Landwirtschaft ist unzweifelhaft im Aufstieg begriffen, die Staatsindustrie wächst und ihre Konzentration nimmt zu; allmählich steigt der Arbeitslohn und auch in der Hebung der Arbeitsleistung sind gewisse Erfolge zu verzeichnen.

Gegen die **Preisdifferenz für landwirtschaftliche und für Industrieprodukte** führte und führt die Partei einen erfolgreichen Kampf. Auf diesem Boden wächst das Vertrauen der Arbeiterklasse zu der RKP. und wird immer fester und bedingungsloser.

Die Partei sieht **keinen Anlaß zur Revision der Neuen Ökonomischen Politik** und erblickt die systematische Arbeit zur Stärkung der sozialistischen Elemente in der allgemeinen Volkswirtschaft als die nächstliegende Aufgabe auf dem Gebiete der Neuen Ökonomischen Politik.

Eine unveränderte Aufgabe der Partei ist nach wie vor die **Festigung und Konsolidierung des Vertrauens der Bauernschaft zum proletarischen Staate**, und zwar durch Verwirklichung einer Reihe von realen Maßnahmen zum wirtschaftlichen Zusammenschluß (Smytschka) von Stadt und Land, zur Förderung der Bauernwirtschaft (landwirtschaftliche Kredite usw.) und durch Hebung des Kulturniveaus des flachen Landes.

Der Parteitag konstatiert, daß das Zentralkomitee der Partei **die weitangelegte Geldreform** zur rechten Zeit durchgeführt hat, die für den gesamten wirtschaftlichen Aufbau des sozialistischen Proletariats von gewaltiger Bedeutung ist. Die feste Durchführung dieser gewaltigen Reform wird als Grundlage der Gesundung des ganzen Wirschaftslebens der Union der SSRepubliken dienen. Der Parteitag konstatiert mit Genugtuung die auf diesem Gebiete erreichten Erfolge und beauftragt alle lokalen Organisationen — in Anbetracht dessen, daß Schwierigkeiten auf diesem Gebiete nicht ausgeschlossen sind, und daß sie allein bei der größtmöglichen Disziplin zu vermeiden sind — die genaueste und strengste Durchführung sämtlicher Beschlüsse der Zentralorgane zu sichern, die mit der Geldreform verknüpft sind.

Der Parteitag stellt mit Genugtuung die rechtzeitige Initiative des ZK. der Partei in solchen grundlegenden Fragen fest, wie es die **Frage des Innenhandels und des Genossenschaftswesens sind**. Diese Fragen werden für eine ganze Zeitspanne zu Zentralfragen. Von der richtigen Politik der Partei in diesen Fragen werden die weiteren Ergebnisse des wirtschaftlichen Erfolges der Union der SSRepubliken abhängen.

Der Kongreß konstatiert, daß das ZK. der Partei deutlich das in der jetzigen Periode der NEP. unvermeidliche **Wachstum der neuen Bourgeoisie** sieht und alle entsprechenden ökonomischen und politischen Maßnahmen durchführt, die sich aus diesen Tatsache ergeben.

Mit besonderer Genugtuung vermerkt der Parteitag die politische Initiative und die Arbeit des ZK. anläßlich des **Leninschen Aufgebotes**. Nachdem die Deklassierung des Proletariats Halt gemacht hatte, nachdem die Sowjetregierung die ersten bedeutenden Erfolge an der Wirtschaftsfront errungen hatte, wurde es möglich, Hunderttausende von neuen Mitgliedern, Arbeitern aus den Betrieben, für die Partei zu gewinnen. Die RKP. war und bleibt eine Arbeiterpartei. Die Verbindung der Partei mit der zahlreichen Masse der parteilosen Arbeiter erstarkt und wächst. Die Zeit naht, wo die gesamte Grundmasse des Proletarats unserer Union in die Partei eintreten wird. Der Parteitag beauftragt das ZK., die ganze Arbeit in derselben Richtung

weiterzuführen, damit die überwiegende Majorität der Parteimitglieder in der nächsten Zeit aus Arbeitern bestehe, die unmittelbar in der Produktion beschäftigt sind.

Der Parteitag lenkt besonders die Aufmerksamkeit der Gesamtpartei auf die Notwendigkeit der **Steigerung der Arbeit unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen** und deren Verwendung für alle wählbaren Partei- und Sowjetorgane.

Der Parteitag billigt die besondere Beachtung, die das ZK. dem **Kommunistischen Jugendverband und der ganzen Arbeit unter der Arbeiter- und Bauernjugend** widmet.

Die Steigerung der politischen Aktivität der Arbeitermassen stellt die Partei vor die ernsthafte **Aufgabe der Gewinnung der breiten Massen für das aktive Wirken in den Sowjets, den Gewerkschaften und Genossenschaften.**

Der Parteitag beauftragt alle Parteiorganisationen, ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß die **Verbindung mit dem besseren Teil der städtischen und ländlichen Lehrerschaft, den landwirtschaftlichen Fachmännern und den anderen Schichten der werktätigen ländlichen Kopfarbeiter** eine engere wird. Zu diesem Zwecke muß die Partei in erster Linie der Verbesserung der materiellen Lage dieser Schichten eine ernsthafte Beachtung schenken. Bei einer richtigen Linie in dieser Frage wird es die Partei bald soweit bringen können, daß diese Schichten die Übermittler der Grundgedanken der Partei und der Sowjetregierung für die breiten Massen der Bauernschaft werden. Insbesondere müssen sämtliche Parteiorganisationen der **Vorbereitung des Ersten Allrussischen Lehrerkongresses genügend Beachtung** widmen und danach streben, daß auf diesem Kongreß in überwiegender Mehrheit die Dorfschullehrer aus dem Reiche teilnehmen können, damit der Kongreß der gewaltigen Aufgabe tatsächlich gerecht wird, die ihm durch die gegebenen Verhältnisse auferlegt wird.

In der **Hebung der Staatsindustrie** bildet die wichtigste Aufgabe der kommenden Periode die **Hebung der Metallurgie.** Nachdem die Brennstoffrage gesichert, das Verkehrswesen gehoben und die Geldreform in Gang gebracht worden ist — kommt das Metall an die Reihe. Die Produktion der Produktionsmittel innerhalb der Union in Gang bringen heißt, eine tatsächlich feste Basis für die sozialistische Wirtschaft schaffen und sich in bedeutendem Maße von der Notwendigkeit der Übertragung großer Bestellungen an das Ausland freimachen. Der Parteitag beauftragt das ZK., diesem Problem ernstere Beachtung zuzuwenden.

Der Parteitag beauftragt das ZK., der Frage der **Elektrifizierung der Union der SSR.** noch mehr Beachtung zu schenken, als es bisher der Fall war, damit alles mögliche zur Verwirklichung des ganzen Planes der Elektrifizierungsarbeiten getan wird, die für die Festigung unserer Wirtschaft und dadurch für die Festigung des Sozialismus von so gewaltiger Bedeutung sind.

Der Parteitag begrüßt die Schritte, die vom ZK. zur Durchführung der durchaus reif gewordenen **Reform im Kriegsamt** unternommen worden sind und ferner die Verstärkung dieses Amtes durch Parteiarbeiter. Im Zusammenhang mit der Rolle der territorialen Formationen der Wehrmacht des Landes lenkt der Parteitag die Aufmerksamkeit der Partei auf die Notwendigkeit der tatkräftigsten Arbeit zur Festigung des kommunistischen Einflusses in ihnen. Der Parteitag beauftragt das ZK., eine Reihe von Maßnahmen zur Steigerung der Zahl der Kommunisten in der Roten Armee und in der Marine zu ergreifen.

Der Parteitag vermerkt die regelmäßige fruchtbare **Arbeit des Plenums des ZK. und der gemeinsamen Plenarsitzungen des ZK. und der Zentralkontrollkommission.** Die Erfahrung hat bewiesen, daß die Erweiterung des ZK. durch Angliederung von Genossen aus dem Reiche, die mit den Massen verbunden sind, der Sache gewaltig genützt hat. Der Parteitag erkennt eine weitere Personalerweiterung des ZK. und der ZKK. als notwendig an.

Der Parteitag ist der Meinung, daß das ZK. der Arbeit an der Vereinfachung und Konzentrierung des Staatsapparats eine besonders ernste Beachtung widmen soll.

Der Parteitag hält für die nächstliegende Aufgabe der Partei die **Verbeserung der Arbeit der Organe des Genossenschaftswesens, des Handels und der Kreditinstitutionen** sowie deren intensive Versorgung mit kommunistischen Arbeitern.

Der Parteitag hält es für notwendig, daß den **kommunistischen Hochschulen seitens der Partei eine ernstere, allseitige Unterstützung** gewährt wird, als es bisher der Fall war. Der Parteitag beauftragt das ZK., mit aller Aufmerksamkeit die Verbesserung der Arbeit in den Hochschulen in Angriff zu nehmen. Durch ernstes Wirken, durch Propaganda des Leninismus und die Aufklärung über die strittigen Fragen wird sich die Partei die besten Elemente unter der studierenden Jugend sichern können.

Der Parteitag ist der Ansicht, daß die vom ZK. der Partei gebilligte **Überprüfung des Personalbestandes gewisser Gruppen von Parteizellen** rechtzeitig unternommen ist und für die Partei von großem Nutzen sein wird.

Der Parteitag beauftragt das ZK., die Parteieinheit und die **konsequente Linie des Bolschewismus ebenso entschieden und fest vor jeglichen Abweichungen zu schützen, wie es bisher der Fall war.** Nachdem die Partei den Genossen Lenin verloren hat, ist die Sache der Sicherung der vollkommenen Parteieinheit noch wichtiger und notwendiger geworden als bisher. Die geringste Fraktionsbildung muß aufs härteste verfolgt werden. Die Festigkeit der aus einem Guß geformten RKP. auf der Grundlage der unerschütterlichen Prinzipien des Leninismus bildet die wichtigste Voraussetzung für die weiteren Erfolge der Revolution.

*

Auf die Frage, wer für die Resolution ist, erheben sich alle Hände. Auf die Frage, wer gegen sie ist, oder wer sich der Stimme enthält, erhebt sich keine Hand. Der Vorsitzende stellt die einstimmige Annahme der Resolution fest, worauf ein brausender Beifallssturm einsetzt, die Delegierten sich von den Sitzen erheben und den Gesang der „Internationale" anstimmen.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 68. 13. Juni. 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Millerand geht — der Millerandismus kehrt wieder. Von Renoult 833

Politik.

Klassenunterschiede unter den amerikanischen Negern. Von Amter 834

Revolutionäre Bewegung in den Kolonien.

Die indische Politik der englischen Arbeiterpartei-Regierung. Von Roy. 836

Union der Sowjetrepubliken.

Brief aus Sowjetrußland. Von Schwarz 838

Wirtschaft.

Industrie und Finanzkapital in Österreich. Von Kulcsar 839

Arbeiterbewegung.

Die Gewerkschaftsorganisationen in Italien. Von Nin . . 840

Aus der Internationale.

Die KPD. als kommunistische Massenpartei. Von Schumann 841

Der Komponist der „Internationale", Peter Degeyter. Von Dunois 841

Buchbesprechungen.

Upton Sinclair: „Der Parademarsch." Von Friedländer 843

Millerand geht — der Millerandismus kehrt wieder.

Von Daniel Renoult (Paris).

** Herr Millerand geht.

Herr Millerand ist ein Renegat zur zweiten Potenz. Er hat zuerst den Sozialismus an die republikanische Klein- und Mittelbourgeoisie verraten. Er hat dann diese republikanischen Mittelschichten an die nationalistische und klerikale Reaktion verraten.

Es war eine Zeit, da wurden gewaltige Wortschwallattacken gegen den Präsidenten der Republik geritten. Sie waren von — Alexander Millerand. Sie gingen gegen Casimir Périer. Das war vor 30 Jahren. Herr Millerand spielte damals in der Zeitung „La Petite République" dieselbe Rolle, die heute Herr Bertrand vom Linksblock im „Quotidim" spielt. Er arbeitete energisch darauf hin, um den „Bewohner des Elysée" dahin zu bringen, daß er sich aus dem Staube mache.

Es geschah. Und als damals der Block der Linken triumphierte, belohnte man den edlen Eifer des sozialistischen Journalisten **und auf die reformistischen Gewerkschafter**, machen will.

Der Sieg der Linken hatte diesen Politikanten in die Höhe gebracht. Der Sieg der Linken stürzt ihn wieder in die Tiefe. Kreislauf der Geschehnisse.

Und nun ereignet es sich, daß der Millerandismus in demselben Augenblick wiederkehrt, in dem der alte Millerand in seiner letzten Gestalt als Haupt der Rechten den Präsidentensitz verläßt.

Hierin liegt die bedeutsamste politische und soziale Tatsache.

Was Herr **Herriot, gestützt auf die reformistischen Sozialisten und auf die reformistischen Gewerkschaftler**, machen will, ist genau das, was Herr Millerand im Jahre 1898, als er in das Ministerium **Waldeck-Rousseau** eintrat, mit Hilfe der Regierungssozialisten, der gemäßigten Gewerkschaften und der „radikalen" Kleinbourgeoisie auszuführen beabsichtigte.

Die Ähnlichkeit ist verblüffend.

Es handelte sich damals wie heute darum, eine „Ableitung" des Klassenkampfes zu bewerkstelligen, die Arbeiter von revolutionärer Gesinnung abzulenken, sie davon zu überzeugen, daß sie von der Zusammenarbeit mit den wackeren demokratischen Bürgern alles mögliche zu erhoffen haben, da diese ihnen tatsächliche Vorteile und nützliche Reformen zugestehen wollten und ihnen erlaubten, ohne soziale Kämpfe und Zusammenstöße das zweifache Ideal des unterdrückten Proletariers zu erreichen: Wohlstand und Freiheit.

Wir sind wiederum beim gleichen Unternehmen angelangt. Die Verwüstungen, die die Millerandisten einst angerichtet haben, waren nicht ärger als die, die die Führer der reformistischen Organisationen heute anrichten. Es ist sogar sicher, daß diese Führer noch mehr ins Zeug gehen als es damals geschah.

Die Zusammenarbeit der „Sozialisten" und gemäßigten Gewerkschaftsführer mit der Bourgeoisie wird auf systematische Weise geschehen:

Die **reformistische Gewerkschaft hat bereits — gestützt auf die Sozialistische Partei — an Herrn Herriot das Ersuchen gerichtet, den Wirtschaftsrat der Arbeit zu konstituieren**, um dort alle wichtigen Fragen der Produktion und der Währung zu behandeln.

Man kann sagen, daß dieser Wirtschaftsrat im Sinne derer, die ihn vorgeschlagen haben, im nationalen Maßstab dasselbe — nur noch mehr ausgebaut und mit noch mehr Vollmachten ausgestattet — sein soll, was das **Internationale Arbeitsamt** im Weltmaßstabe ist.

Herr Albert **Thomas** hat also das Feld gewonnen.

Als das Internationale Arbeitsamt auf Grund des Versailler Friedensvertrages geschaffen wurde, haben selbst die gemäßigtesten Gewerkschafter diesen Organismus mit Bedauern hingenommen, da er ganz offenbar die Arbeiterorganisationen dem kapitalistischen Staat unterordnen sollte. Mehr als vier Jahre sind verstrichen. Und heute schlägt der reformistische Gewerkschaftsverband aus eigener Initiative die Schaffung einer Staatsinstitution vor, die die Gewerkschaften, die ihm unterstehen, mit dem Verwaltungsapparat der Bourgeoisie verknüpft.

Das ist nur die logische Entwicklung, die wir längst vorausgesehen haben.

Es ist übrigens kein Zufall, daß gerade die Leute, die in der Sozialistischen Partei den Typus des reformistischen Gewerkschaftsführers am schönsten verkörpern, wie Dumoulin, auch zu den erpichtesten Parteigängern einer Regierungskoalition gehören.

Die revolutionären Arbeiter werden gegen die Erneuerung des Millerandismus große Schlachten auszutragen haben. Sie werden dabei sehr bald durch die bitteren Enttäuschungen, die die mißbrauchten Arbeitermassen erleben werden, unterstützt werden.

Die Funktionäre des Proletariats, die den reformistischen Führern noch folgen, werden zu ihrem Schaden erfahren, was es bedeutet, auf den Klassenkampf zu verzichten. Ohne entschlossensten revolutionären Klassenkampf läßt sich für das Proletariat nichts erreichen. Sie, die bei der Herbeiführung der Niederlage des Nationalen Blocks eine wichtige Rolle gespielt haben, werden sehen, was ihnen durch die Kompromißpolitik der reformistischen Führer, was ihnen durch deren Schuld alles entrissen werden wird.

Diese Führer verzichten bereits — um Herrn Herriot keine finanziellen Verlegenheiten zu bereiten! — bis auf weiteres auf die allgemeine Forderung des 1800-Franken-Lohnes!

Hier haben wir ein erstes Ergebnis der bürgerlich-sozialistischen Arbeitsgemeinschaft. Ein schönes Probestück! Die revolutionären Gewerkschaften und die Kommunisten werden nicht versäumen, die Bedeutung dieses Probestückes den Massen deutlich zu erklären.

Herr Millerand ist abgetreten. Aber gegen den Millerandismus, der durch den Block der Linken mitsamt den Reformisten wieder an die Macht gekommen ist, wird der unerbittliche Kampf weitergehen.

Politik

Klassenunterschiede unter den amerikanischen Negern.

Von I. Amter.

** Die „Pan-Rassenkonferenz" der Neger, „Synhedrium" genannt, die vor einiger Zeit in Chicago tagte, zeigte, wie die Klassenunterschiede, die die Gesellschaft im allgemeinen spalten, schließlich auch unter den Negern klar hervortreten. Nicht etwa, daß sie vorher nicht dagewesen wären. Aber die Anstrengungen von Politikern und Fanatikern der Neger, die Neger als Rasse aufzurütteln und zu organisieren, schlagen fehl, weil die Negerbourgeoisie und Kleinbourgeoisie gewahr wird, daß ihre Interessen enger mit der weißen Bourgeoisie verknüpft sind als mit dem Negerproletariat und den ausgebeuteten Farmpächtern.

Die Gesamtrassenkonferenz wurde von den kleinbürgerlichen Intellektuellen beherrscht. Kelly **Miller**, der bekannte Professor der Soziologie an der Howard-Universität in Washington, führte den Vorsitz. Er leitete die ganze Diskussion in die Bahnen, die ihm und seiner Sippschaft genehm waren. Die Konferenz weigerte sich, einen bestimmten Standpunkt in zwei Fragen anzunehmen, die die Neger am meisten angehen: **Zur Rassenschande der Ku-Klux-Klan und zur Arbeiterfrage.** Es war vom Beginn an klar, daß dieses Konglomerat von vertretenen Organisationen nichts Bestimmtes errreichen könnte. Es waren da die amerikanischen Baptisten und andere religiöse Körperschaften vertreten; dann die kleinbürgerliche nationale Vereinigung zur Förderung der gefärbten Rasse, geführt von dem bekannten Schriftsteller Du Bois, der auf dem Pan-Afrikanischen Kongreß im November vorigen Jahres in London und Lissabon Vorsitzender gewesen war; bis hinunter zur Vereinigung der gefärbten Eisenbahner, dem nationalen Verein der Postangestellten der afrikanischen Blutsbrüderschaft und der Arbeiterpartei. Es sollte eine Konferenz der gesamten Rasse sein, und wirklich zeigte sie alle Phasen der Negerpolitik. Den proletarischen und revolutionären Delegierten jedoch wurde fast vollständig das Wort entzogen und sie mußten die Art, wie der Vorsitz auf dieser Konferenz geführt wurde, scharf kritisieren. Der Zweck der Konferenz war klar: Die ganze Negerbevölkerung sollte vereinigt werden, um durch einen organisierten Vorstoß die Abschaffung des „Jim Crow" und anderer schmachvoller Gesetze zu erwirken, die die Neger aller sozialen, ökonomischen und politischen Rechte berauben.

Die Arbeiterpartei (Workers-Party) und die amerikanische Blutsbrüderschaft führten den Kampf um einen erfolgreichen Ausgang dieser Konferenz. Tatsächlich war der „Daily-Worker", das Organ der Arbeiter-Partei in Chicago, das einzige Blatt, das einen Bericht der Konferenz brachte, während die kapitalistische Presse sie völlig totschwieg. Die Fragen, die die Arbeiterdelegierten aufwarfen — die Frage der Arbeiterbewegung, der Zusammenarbeit mit der Allianz zum Schutze der eingewanderten Arbeiter gegen Ausnahmegesetze, die den eingewanderten Arbeitern in den Vereinigten Staaten drohen, der Anerkennung Sowjetrußlands, der Unterstützung einer Partei der Arbeiter, der Beseitigung des Wohnungselends und der Ausnahmegesetze gegen farbige Kinder in den Schulen — alle diese aufgeworfenen Fragen wurden entweder einfach übergangen oder so verdreht, daß sie jede Bedeutung verloren. Kurz gesagt, der Negerkapitalismus beherrschte die Konferenz.

Angesichts der Konferenz gab Kelly zu, „daß die Neger hauptsächlich zu den Arbeitern gehören, daher die Arbeiterfrage für die Negerrasse die wichtigste Frage sei". Ja noch mehr. Miller zeigte, wie auch so viele andere Intellektuelle, Sympathie für die Anerkennung Sowjetrußlands und gab zu, daß der Arbeit eigentlich das ganze Produkt ihrer Mühe gebühre. Aber die Resolution zur Anerkennung Sowjetrußlands wurde der Konferenz nicht einmal vorgelegt, sondern in der Kommission erledigt. Dr. **Brown** erklärte, als er im vorigen Jahre Sowjetrußland besuchte, sei er von der Sowjetregierung herzlicher aufgenommen worden als die weißen Mitglieder der Kommission.

Es wurden Versuche gemacht, die Diskussion über die Arbeiterfrage vollständig zu ersticken. **95% der Negerbevölkerung der Vereinigten Staaten sind Arbeiter,** aber von den 250 Delegierten, die zusammen 61 Organisationen vertraten, waren nur 16 Arbeiter. Obgleich also die Arbeiterfrage als das Hauptproblem erklärt wurde, versuchte man vom Vorsitz aus, diese Frage vollständig aus dem Plenum in eine Kommission zu verbannen und auf eine Extrakonferenz zu verschieben, die während der Hauptkonferenz noch tagen sollte. Dank der Hartnäckigkeit der Delegierten von der Arbeiterpartei und der afrikanischen Blutsbrüderschaft, die vor dem Plenum großen Beifall ernteten, mußte der Vorsitzende am letzten Tage einer Diskussion dieser Fragen zustimmen.

Die Frage der Negerarbeit wird für die gesamte amerikanische Arbeiterbewegung immer mehr akut. Während des Krieges wanderten ungefähr 500.000 Neger infolge der großen Nachfrage nach Arbeitskräften in die nördlichen Industriezentren Amerikas. Sie konnten der Lockung durch hohe Löhne und viel geringere Arbeitszeit als im Süden nicht widerstehen. Die Neger wußten noch nicht, daß die Lebenshaltungskosten im Norden viel höher, daß die Wohnungsmieten unerschwinglich sind und daß sie im Norden unter den Verfolgungen noch mehr zu leiden haben als im Süden.

Nach dem Kriege wanderten viele wieder nach dem Süden zurück. Aber bei Eintritt der neuen Prosperitätswelle packten wiederum 450.000 Neger ihr Bündel und wanderten nach dem Norden. Dort traten sie in Konkurrenz zu den weißen Arbeitern und waren bereit, sie zu unterbieten. Schuld daran ist hauptsächlich die Tatsache, daß nur wenige Gewerkschaften Neger aufnehmen und daß man sich auch sonst nicht bemüht, sie zu organisieren. Das Resultat dessen ist, daß die Neger entweder zu Streikbrechern werden oder in letzter Zeit sich sogar zu den „Kompagnien" melden, die die Unternehmer aushalten, um die Arbeiter von den regulären Gewerkschaften fernzuhalten. Obgleich aber die schwarzen Arbeiter auch Seite an Seite mit den weißen Arbeitsleuten glänzende Schlachten geschlagen haben, so im Stahlarbeiterstreik des Jahres 1919, in den beiden Bergarbeiterstreiks 1921 und 1922 und jetzt im Streik der Bekleidungsarbeiter

in Chicago, hält es Gompers nicht der Mühe wert, organisatorische Arbeit unter den Negern zu leisten.

Dadurch leistet Gompers aber eine schmutzige Arbeit für die Unternehmer, die gerne die Arbeiter einer Nation gegen die einer anderen ausspielen, die Arbeiter einer Farbe gegen die einer anderen. Auf diese Art trennen sie die Arbeiter und machen sie gegeneinander mißtrauisch. Die Neger erhalten noch dazu meist niedrigere Löhne als die weißen Arbeiter. Dies führt zur allgemeinen Herabsetzung der Löhne. Man sah dies schon in der Stahlindustrie in den Jahren 1922 und 1923. Als Gary sich weigerte, die Arbeitszeit zu kürzen und die amerikanischen Arbeiter für ihn nicht mehr arbeiten wollten, nahm er europäische Arbeiter auf. Als diese rebellierten oder deren Zahl nicht genügte, stellte er Neger ein. Nachdem aber diese sich akklimatisiert hatten und auch höhere Löhne verlangten, entließ er sie und nahm mexikanische Arbeiter auf. So machen die Kapitalisten die Runde und beuten eine Schicht der Arbeiterschaft nach der anderen aus.

Die Arbeiterpartei legte eine Resolution vor, worin sie aufzeigte, daß die amerikanische Arbeiterbewegung hauptsächlich deshalb schwach sei, weil sie die arbeitenden Neger ignoriert. Sie fordert die Amerikanische Föderation der Arbeit (AFofL.) und die unabhängigen Gewerkschaften auf, die Neger als gleichgestellt zuzulassen. Die Neger sollten nicht in eigenen Gewerkschaften organisert werden, sondern sich der Gesamtorganisation der amerikanischen Arbeiter anschließen.

Die Resolution wurde in der Kommission für die Arbeiterfrage abgeändert und vollständig entmannt. Sie klagte: „Die Ausbeutung der Negerarbeit in dem Konflikt zwischen den Kapitalisten und den organisierten Arbeitern ist unfair und verderblich," und meinte, „gleiche Entlohnung, Anerkennung der Neger als Arbeiter in den Plantagen, wo Arbeiterorganisationen bestehen, Gemeindeunterstützung für arbeitende Neger in den Industriezentren und organisierte finanzielle Hilfe in den Plantagenzentren ist höchst wünschenswert". Gompers und Gazy hätten kaum eine Resolution verfassen können, die für die Kapitalistenklasse annehmbarer wäre.

Eine Konferenz einer Rasse, die hauptsächlich aus den Arbeitern zusammengesetzt ist und doch eine derartige Resolution annehmen konnte, ist zu allem fähig. Die Ku-Klux-Klan-Resolution, die die Arbeiterpartei einbrachte, wurde schon in der Kommission erwürgt. So schweigt diese Gesamtrassenkonferenz zu einer der ernstesten Bedrohungen nicht nur der schwarzen, sondern auch der weißen Arbeiter. Die Resolution der Arbeiterpartei forderte die schwarzen Arbeiter auf, zusammen mit den weißen Arbeitsbrüdern in festen Organisationen den Angriffen der Ku-Kux-Klan Widerstand zu leisten. Wie ein Delegierter betonte, müßten sie, wenn sie offen ihre Meinung aussprechen würden, nach ihrer Heimkunft die Lynchjustiz, wenn nicht gar den Strick befürchten. Aber die arbeitenden Neger und Farmpächter fürchten den Kampf nicht. Was sie brauchen, ist eine Organisation, und die Gesamtrassenkonferenz hätte ihnen dazu verhelfen sollen. Die Negerbourgeoisie und die Kleinbourgeoisie weiß, wie sie den Angriffen der Ku-Klux-Klan am besten ausweicht, indem sie nämlich dieselbe Haltung gegen ihre Negerarbeiter einnimmt wie die weißen Kapitalisten gegen alle Lohnsklaven.

Die Rassenabsonderung ist eine der furchtbarsten Bedingungen, unter denen die Neger zu leiden haben. Sie müssen in bestimmten Stadtteilen wohnen, wo die Mieten um 80 bis 100% höher sind als in anderen Stadtteilen. Gewöhnlich sind die Wohnungen dort so verkommen, daß unter den arbeitenden Negern, die niedrigere Löhne erhalten, aber höhere Mieten zahlen müssen, die Sterblichkeit weitaus größer ist als unter den weißen Arbeitern. Nach Statistiken der Versicherungsgesellschaften sterben 50% aller Negerkinder schon im 1. Lebensjahre, ein glänzendes Zeugnis für die amerikanische „Gerechtigkeit" gegen die Neger! Die Negerkapitalisten und die gierigen Hauseigentümer ziehen Vorteil aus der Absonderung — deren Vertreter stimmten daher in der Konferenz die Resolution nieder, die die Mieterorganisationen beantragten, um in organisierter Weise die horrenden Mietpreise zurückweisen zu können.

Anstatt dafür zu kämpfen, daß die „Farbenschranke" in allen amerikanischen Schulen und Universitäten falle, verlangte die Konferenz unter Führung der Negerintellektuellen von der Regierung „mehr Unterstützung" für Negerschulen und Negeruniversitäten. Es ist für diese Intellektuellen nur eine Postenfrage, denn auf diese Art erhalten sie ein Monopol auf die Negererziehung. Die Resolution der Arbeiterpartei betont: „Jede unfreiwillige Trennung der Kinder beider Rassen in den Schulen ist nur eine Vorbereitung für den künftigen Rassenhaß. Die aufgezwungene Scheidung in den Schulen ist ein notwendiges Vorspiel für die Scheidung im Straßenbahn- und Eisenbahnwagen, in Restaurants Wohndistrikten, Hotels, Theatern. Sie schafft die Rassentrennung, wodurch die Negerrasse aller politischen Rechte bei den Wahlen beraubt wird... Für jeden Dollar, der für die Erziehung eines weißen Kindes verausgabt wird, werden 10 Cents zur Erziehung eines Negerkindes verwendet."

Die Resolution verlangt die Verstaatlichung der Schulen und das Verbot einer Trennung nach Rasse oder Religion in den öffentlichen Schulen. Es war verständlich, daß Miller der Resolution widersprach, denn seine Negeruniversität wird von der Regierung subventioniert, und er will noch einigen seiner Freunde gute Posten an ähnlichen Instituten verschaffen.

Nachdem sowohl die Republikanische wie auch die Demokratische Partei den 14. Absatz der Konstitution, der den Negern das Wahlrecht zusagt, mißachten, verweigerte auch der Kongreß der Arbeiterpartei die Unterstützung in dieser Frage. Die Negerpolitiker und die oberen Schichten der Negergesellschaft haben Stimmrecht, und alle Negerstimmen kommen nur von ihnen. Der Süden, wo die Neger des Wahlrechtes beraubt sind, ist ganz für die Demokratische Partei. Die Republikanische Partei aber wagt es nicht, für die Neger das Wahlrecht zu verlangen, denn dann würde sie sich gänzlich den Weißen im Süden entfremden und würde sich aller Hoffnung berauben, je im Süden festen Fuß zu fassen, ehe die Neger tatsächlich das Stimmrecht gewonnen haben. Daher übergeht sowohl die Demokratische wie auch die Republikanische Partei diesen Punkt, und sie überlassen es den Negern, diese schwierige Aufgabe in ihrer Weise zu lösen. Die Negerbourgeoisie, die sich der weißen Bourgeoisie anschließt, macht das Problem klarer.

Die beiden kapitalistischen Parteien weigern sich auch, Schritte gegen die Gepflogenheit der Lynchjustiz zu unternehmen. Das Antilynchgesetz, das dem amerikanischen Kongreß vor zwei Jahren vorgelegt wurde, wurde niedergestimmt. Die Neger hatten auf dieses Gesetz große Hoffnungen gesetzt, die auf diese Weise vernichtet wurden. Eine Resolution, die die afrikanische Blutsbrüderschaft vorlegte, verlangte die Bildung von Komitees der Arbeiterorganisationen und der Neger, um eine Aktion gegen das Lynchen ins Werk zu setzen. Nur Feinde der Arbeiterbewegung konnten gegen eine solche Aktion sein — aber dieser Kongreß war dagegen.

Eine weitere Resolution der Arbeiterpartei protestierte gegen das Vordringen des amerikanischen Imperialismus in Haiti und Santo Domingo und forderte dessen Rückzug. Aber Blut war hier nicht dicker als Wasser. Die Konferenz legte keinen Protest ein — und stellte sich an die Seite der amerikanischen kapitalistischen Regierung gegen die Arbeiter der Negerrasse.

Von den 12,000.000 Negern der Vereinigten Staaten leben 89% im Süden. Von diesen 10,500.000 sind 79% Farmpächter oder Landarbeiter in den großen Baumwoll- und Tabakplantagen. Der Rest arbeitet, mit Ausnahme der Negerbourgeoisie, in den Spinnereien und Holzfabriken, in den Eisen- und Kohlenbergwerken. Die Landarbeiter werden bis zum äußersten ausgebeutet. Die Löhne sind niedrig, die Arbeitszeit ist lang. Die Pachtfarmer andererseits befinden sich in einem kläglichen Zustand. Sie sind meistens schwer verschuldet und werden dadurch gleichsam Hörige. Sie dürfen ihre Farm nicht verlassen. Wenn sie davonlaufen, werden sie als Flüchtlinge betrachtet, von Häschern zurückgeholt und ins Gefängnis geworfen. Sie werden dann an ihren Gläubiger vermietet und müssen ihre Schuld abarbeiten. **Sie sind gezwungen, unter der Peitsche zu arbeiten, viele von ihnen wurden schon zu Tode geprügelt.** Sie pachten die Farm nach einem Ernteteilungssystem, das heißt die Besitzer des Landes erhalten den ersten Teil der Ernte, was darüber ist — wenn etwas darüber vorhanden ist —, bleibt für den Pächter. Der größte Prozentsatz der Negerfarmer besteht aus solchen Pächtern. Infolge ihrer Unterdrückung bildeten sie Pächtergewerkschaften, aber diese mußten geheim bleiben. Im Jahre 1919 kam es bei einem Angriff auf eine solche Gewerkschaft in Arkansas zu einer erbitterten Schlacht, in der Hunderte fielen. Die Neger sind Kämpfer. „Als man vor einigen Jahren in Washington begann, Neger zu ermorden," berichtete ein Delegierter, „da kämpften die Neger wackerer als ihre Feinde. Das ist der Grund, warum man das Lynchen in großem Maßstabe aufgab. Wenn die Neger nicht in Washington und an anderen Orten Amerikas Widerstand geleistet hätten, das Massaker hätte sich über das ganze Land ausgedehnt."

Von einer Konferenz, die so zusammengesetzt war wie diese Gesamtrassenkonferenz, konnte man nichts anderes erwarten, als

daß die Resolution der Arbeiterpartei, die für die Bestrafung des Systems der Leibeigenschaft und für die Bildung von Pächtergewerkschaften zum Selbstschutz eintrat, abgelehnt wurde.

Die „Allumfassende Vereinigung zur Besserstellung der Neger", deren Führer der feurige Marcus Garvey ist, war bei der Konferenz nicht vertreten. Diese Vereinigung befürwortet die Rückkehr der Neger nach Afrika unter der Parole: „Afrika für die Schwarzen!" Obgleich aber Garvey die Weißen erbittert haßt und unter den Negern eine Propaganda treibt, die die Schwarzen gegen die Weißen aufreizt, riet er den Negern in letzter Zeit, der Ku-Klux-Klan keinen Vorwand für einen Angriff zu bieten. Garvey hat sich den Weißen in Amerika ergeben, und zwar in der Hoffnung, Afrika für seine Anhänger zu erhalten. Da er sich in mehrere kommerzielle Unternehmungen betrügerischer Natur verwickelt hatte, wurde er verurteilt, doch befindet er sich jetzt in Freiheit, wo er den Erfolg seines Rekurses abwartet. Durch diese Geschichten verlor er viel von seinem Anhang. Nichtsdestoweniger repräsentiert er noch immer eine Massenbewegung von 400.000 Anhängern mit einem Programm, das eine Reihe von Kampfesforderungen enthält.

Die Gesamtrassenkonferenz zeigte sich als ein vollständiger Verrat an den Negerarbeitern und Farmpächtern. Sie wählte ein siebengliedriges Exekutivkomitee, das bis zur nächsten Konferenz im Jahre 1925 die Geschäfte der Organisation führen soll. Nicht ein einziges Mitglied der Arbeiter wurde hineingewählt, obgleich die Gruppe der „Arbeiter" die bedeutendste der Konferenz darstellte, wie der Vorsitzende selbst sagte.

Die Konferenz war eine sehr gute Lehre für die arbeitenden Neger. Die Rassenfrage beginnt in die Klassenfrage umzuschlagen. Der Führung der Kommunisten folgend, die zusammen mit der afrikanischen Blutsbrüderschaft, ein wirkliches Aktionsprogramm entwickelten, werden die Neger mit den weißen Arbeitern zusammenstehen und Gompers zwingen, etwas für sie zu unternehmen. Dies werden sie tun trotz der Warnung der kapitalistischen Presse, sich „vor den Kommunisten zu hüten".

Revolutionäre Bewegung in den Kolonien

Die indische Politik der englischen Arbeiterpartei-Regierung.

Offener Brief an Herrn Ramsay Macdonald, Ministerpräsident von Großbritannien!

Von M. N. Roy.

Zürich, 5. Juni 1924.

Mein Herr!

** Der bekannte „bolschewistische Verschwörungsprozeß" von Cawnpore hat mit der Verurteilung der vier vor dem Gerichtshof anwesenden Angeklagten zu vier Jahren schweren Kerkers geendet. Da jedwedes Eingreifen Ihrer Regierung ausgeblieben ist, so kann diese Verurteilung als die Antwort auf den Brief gelten, der am 20. Februar an Sie gerichtet wurde (eine Kopie wurde an das Staatssekretariat für Indien gesendet), und in dem klipp und klar die Frage gestellt wurde, ob die Arbeiterklasse Indiens ein gesetzliches Recht auf Organisation und Propaganda habe und ob eine Amnestie für diejenigen Personen, die als „bolschewistische Agenten" gebrandmarkt wurden, erlassen würde. Die direkte Anwort auf diesen Brief blieb aus. Der Appell, der dann später, als die ersten Nachrichten über den Prozeß von Cawnpore eintrafen, an Sie und Ihre Regierung sowie an die britische Arbeiterpartei und das hinter ihr stehende Proletariat gerichtet wurde, hatte das gleiche Schicksal wie jener Brief. Indem Ihre Regierung zugelassen hat, daß die Regierung von Indien eine Anzahl von Personen unter der Anklage „aufrührerischer Verschwörung" verfolgt hat, weil man sie anklagte, sozialistische und kommunistische Propaganda betrieben und danach gestrebt zu haben, die indischen Arbeiter und Bauern in einer politischen Partei zu organisieren, hat sie sich selbst der königlich-britischen Reichspolitik ihrer Vorgänger würdig angeschlossen und noch einen Schritt über sie hinaus getan, weil sie auf diese Weise die Verfolgung jeder zukünftigen Betätigung von ähnlicher Art legitimiert hat.

Der eigentliche Zweck des Prozesses.

Das Urteil, das von dem Gerichtshof in Cawnpore gefällt wurde, geht über die bloße Verurteilung von vier Einzelpersonen zu vier Jahren schwerer Zwangsarbeit weit hinaus. Es hat die **Bedeutung eines Präzendenzfalles,** womit jede sozialistische oder kommunistische Organisation und Propaganda der werktätigen Klasse Indiens als ungesetzlich und strafbar, als „verbrecherische Verschwörung" deklariert wird. Mit Hinsicht auf diesen Zweck war der Prozeß unternommen. Und dieser Zweck ist erreicht worden, erreicht mit Duldung, wenn nicht Zustimmung der britischen „Arbeiterregierung". Trotz der wiederholten Bemühungen von verschiedenen Seiten hat die Arbeiterparteiregierung es abgelehnt, zugunsten der Rechte der indischen Arbeiterklasse zu intervenieren. Ja, der Unterstaatssekretär von Indien stellte in einer Replik auf eine Anfrage, die ein Mitglied der Torypartei im Haus der Gemeinen an ihn gerichtet hatte, fest:

„Die Regierung von Indien hat alle notwendigen Maßnahmen ergriffen, um der kommunistischen Propaganda von M. N. Roy entgegenzuwirken."

Es können noch ähnliche Tatsachen zitiert werden, die beweisen, daß Ihre Regierung für diesen infamen Prozeß und dieses niederträchtige Urteil **voll und ganz verantwortlich** ist. Sie und Ihre Kollegen müssen daher mit dieser schmählichen Handlung belastet werden, für die Sie die Verantwortung tragen, dem britischen Proletariat gegenübertreten. Sie werden in die Geschichte eingehen als die Begründer eines neuen **Arbeiterpartei-Imperialismus,** der skrupellos die Kämpfe und Bestrebungen der Arbeiter um ihre soziale, wirtschaftliche und politische Befreiung niederschlägt.

Ein Hohn auf Gerechtigkeit.

Der ganze Prozeß wie schon der Anklageakt, der vorherging, war nichts als ein Hohn auf Gerechtigkeit und verfassungsmäßige Rechte.

Alle Zeugen waren Polizeioffiziere und Regierungssöldner, mit einer einzigen Ausnahme. Und diese einzige Ausnahme wurde von den Verteidigern als Polizeispitzel abgelehnt. Die Briefe und Dokumente, die als Beweismaterial gegen die Angeklagten vorgelegt wurden, waren auf der Post auf Grund eines Systems der willkürlichen und unbegrenzten Bespitzelung der Privatkorrespondenz während eines Zeitraumes von zwei Jahren aufgefangen worden, was seitens der Anklagebehörde offen zugegeben wurde. Der Führer der Geheimpolizei, des Spitzeldienst-Departements, der gleichzeitig als Hauptzeuge fungierte, den die Anklagebehörde führte, gab freimütig zu, daß er, trotzdem er persönlich von der Schuld der Angeklagten vollkommen überzeugt sei, dem Gerichtshof keine genügenden Beweise zur Erhärtung seiner Angaben unterbreiten könne. **Und dennoch wurde eine Anklage wegen „Verschwörung", die auf der erwiesenen Propagierung sozialistischer und kommunistischer Ideen basiert war, gegen acht Personen erhoben, einzig und allein auf Grund der Aussagen von Polizeispionen und Regierungssöldlingen; ein britischer Richter fällte in einem indischen Gerichtshof einen Schuldspruch und verhängte über die Angeklagten schwere Kerkerstrafen, trotzdem die Beisitzer damit nicht einverstanden waren und trotzdem die öffentliche Anklage erklärt hatte, daß es nicht möglich sei, die Anklage durch Beweise zu erhärten!** So ist es um die britische Justiz in Indien bestellt.

Darf man sich in Indien zum Kommunismus bekennen?

Obwohl die Anklageschrift und das ganze Gebäude der „Argumente" der Anklagebehörde auf der Beschuldigung beruhten, daß die Angeklagten zusammen mit anderen Personen versucht hätten, eine Partei der Arbeiterklasse zu organisieren, deren Zweck es sei, „die politische, soziale und ökonomische Befreiung des indischen Volkes herbeizuführen", wurde, in Beantwortung von Protesten aus England, ein Versuch gemacht, die wahre Natur des Prozesses durch die Erklärung zu verschleiern, daß „es nicht die Absicht war, die Angeklagten deswegen zu verfolgen, weil sie sich zu kommunistischen Ideen bekennen". Die Anklagebehörde ging dann dazu über, die Idee des Kommunismus zu definieren: „Kommunismus bedeutet, grob gesagt, ein allgemeines Anteilhaben eines jeden an eines jeden andern Eigentum." Wahrlich, eine klassische Definition des Marxismus, von dem offenbar weder der Richter, noch die Beisitzer, noch die Anklagebehörde, noch die Verteidigerbank jemals etwas gehört hatten. Es war diese vollkommene Ignoranz über das wahre Wesen des Sozialismus, die in dem Prozeß zum Ausdruck kam.

Die ganze „Beweisführung", mit deren Hilfe die Angeklagten einer „Verschwörung" überführt werden sollten, lief auf folgendes hinaus:

1. Daß sie sowohl Kommunisten waren wie auch mit Kommunisten zusammenarbeiteten;
2. daß sie ein rPogramm propagierten, das sowohl von Kommunisten wie auch vom kommunistischen Gesichtspunkt geschrieben war;
3. daß sie in Übereinstimmung mit diesem Programm für die Organisierung einer politischen Partei der werktätigen Klasse Indiens eintraten, deren Ziel die Erlangung einer völligen sozialen, ökonomischen und politischen Befreiung war;
4. daß sie zu diesem Zweck den Anschluß an die Kommunistische Internationale verfochten.

Daher ist es lächerlich, zu versuchen, die eigentliche Bedeutung des Prozesses zu verdunkeln, dessen Zweck darin gelegen war, die Keime einer revolutionären Arbeiterbewegung in Indien auszurotten.

Ist der indische Ruf nach Freiheit und Demokratie verfassungswidrig?

Es wurde bald klar, daß eine solche Verfolgung der Ideologie und Taktik der Arbeiterklasse in Indien, die unter den Auspizien der Arbeiterparteiregierung Großbritanniens geschah, als ein offenkundiges und freches Attentat auf die fundamentalen bürgerlichen Rechte, die angeblich in Kraft sind, erkannt würde. Trotz der strengen Zensurierung der aus Indien kommenden Nachrichten, begannen Berichte vom Prozeß von Cawnpore ruchbar zu werden, und es wurden in England Proteste gegen diesen ungeheuerlichen Angriff auf die Freiheiten der Arbeiterklasse Indiens laut. In diesem Stadium hielt es die Anklagebehörde für klug, mit den Gründen für diese Attacke eine Schiebung vorzunehmen und vorzugeben, daß den Angeklagten der Prozeß gemacht würde, nicht weil sie Kommunisten und Sozialisten, sondern weil sie einer offenbaren „Verschwörung" gegen die Souveränität Seiner Majestät des Königs schuldig seien. Diese Anklage wurde auf Punkt 1 in unserem Programm gestützt, wo die Forderung nach „Aufrichtung einer Republik Indien, die frei von jeder fremdländischen Kontrolle ist", erhoben wird, ferner auf die Ausdrücke „Macht", „gewaltsame Revolution" usw., die im Lauf der Darlegung der kommunistischen Überzeugung gebraucht werden. **Doch es muß beachtet werden, daß bisher keine gewaltsame Handlung oder Aufreizung zu einer solchen gegen einen der Angeklagten geltend gemacht werden konnte.**

So meinte nun die Justizbehörde in Indien jede mögliche Sympathie seitens des englischen Proletariats mit Erfolg abzubremsen, indem man den Angeklagten als Feinden des britischen Reiches den Prozeß machte. Eine kluge Schwenkung, wenn man beachtet, daß noch in einer überwiegenden Mehrheit britischer Arbeiter Illusionen über das britische Imperium verankert sind! Ein solch durchsichtiger Schwindel war nur in Indien möglich, das durch viele tausend Meilen von der Arbeiterbewegung getrennt ist, und wo die wenigen verfassungsmäßigen Sicherungen, die existieren, mit Hilfe einer allmächtigen Bürokratie nach Wunsch beseitigt werden können.

Ist es ein Verbrechen, die Forderung nach Errichtung einer demokratischen indischen Republik, die von jedweder fremdländischen Kontrolle frei ist — was, wenn es notwendig ist, mit Gewalt erkämpft werden muß — zu erheben und zu verfechten, wobei zugestanden wird, daß keine diesbezügliche Handlung oder Aufreizung bewiesen werden kann?

Das Recht der freien Selbstbestimmung unterworfener Völker und die Aufrichtung einer autonomen Regierung ist einer der wichtigsten Programmpunkte der britischen Arbeiterpartei (die derzeit die Regierung in Händen hat) und der Sozialistischen Arbeiterinternationale, der sie angehört. Woher dann die „verbrecherische Verschwörung", wenn nichts anderes geschehen ist, als daß ein auf der ganzen Welt anerkanntes Recht offen verfochten wird? Der britische Staatsanwalt, zugleich Vertreter der Autorität der indischen Regierung, die dem Staatssekretariat und dem Arbeiterkabinett verantwortlich ist, verlangte die Verurteilung der Angeklagten, weil „die Verschwörer der Meinung waren, daß die britische Herrschaft der sozialen und ökonomischen Befreiung der indischen Arbeiterklasse im Wege stünde, und daher vorschlugen, diese Herrschaft zu zerstören". So sind es also nur die verderbten Kommunisten, die die Anschauung vertreten, daß die imperialistische Herrschaft dem Wohlergehen der unterworfenen Völker hinderlich ist?

Eine klare Feststellung in dieser Frage, die Sie, sehr geehrter Herr Macdonald, als der Führer einer großen proletarischen Partei und der II. Internationale zu machen verpflichtet sind, würde überaus aufklärend wirken, insbesondere mit Rücksicht auf Ihre bekannte Stellung zu dem Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung des — georgischen Volkes.

Tritt die britische Arbeiterpartei für Indiens Recht auf Freiheit und Demokratie ein?

Das Programm einer von ausländischer Kontrolle freien Republik Indien ist vollkommen gesetzlich und keineswegs verfassungswidrig, wenn in Ihren laut verkündeten Lehren von der Demokratie und der Selbstbestimmung der Völker, die Ihrem Herzen, Herr Ministerpräsident, so teuer sind, irgend ein Sinn steckt. Aber Sie und Ihre Kollegen, die doch offenbar mit diesen erhabenen Grundsätzen innig verknüpft sind, sind kaum zu Amt und Würden gelangt, als Sie die Verfolgung und Verurteilung von acht Personen, die dieselbe Sache für Indien verfechten, sanktionierten. Wir haben erwartet, daß, wenn eine „Arbeiterregierung" ans Ruder kommt, sie den indischen Arbeitern ihre Unterstützung angedeihen lassen wird, wenigstens in den elementarsten Fragen.

Doch entgegen diesen Erwartungen, allerdings aber entsprechend der berüchtigten Verratspolitik des Sozialpatriotismus (in Ihrem Fall des Sozialimperialismus), wurde die Verfolgung der indischen Arbeiterklasse unter dem Regime der Arbeiterpartei noch wütender. Streiks wurden erbarmungslos niedergeschlagen. In friedliche und unbewaffnete Streikende wurde mit Gewehren, Granaten und Maschinengewehren von der britischen Reichspolizei und Reichssoldateska, die unter dem Befehl der britischen „Arbeiterregierung" steht, hineingeschossen. Aber Sie, Herr Ministerpräsident, sprechen beredsam und salbungsvoll von den Segnungen der Entwaffnung.....

Wir — gewaltsame Verschwörer? Nein, Exzellenz Macdonald, Sie und Ihre Kollegen in der Arbeiterregierung, werden sich dereinst vor den Schranken der Geschichte für die Fortsetzung der bewaffneten Gewaltherrschaft über die werktätigen Massen Indiens zu verantworten haben!

Ist die britische Souveränität in Indien legitim?

Wir wurden angeklagt, eine „verbrecherische Verschwörung" gegen die Herrschaft des ausländischen Kapitals, das in der britischen Herrschaft verkörpert ist, angezettelt zu haben.

Ist es Euch, imperialistischen Beherrschern, die Ihr die Arbeiterpartei von gestern waret, niemals passiert, daß Ihr die Frage der Legimität der britischen Oberherrschaft in Indien aufgeworfen habt?

Wir sind der Konspiration angeklagt, weil wir für die, ob legale oder illegale, Organisation einer politischen Partei der indischen Arbeiterklasse eingetreten sind.

Nun, ist es „legal" — fragen wir uns —, die Privatpost freier Bürger verstohlenerweise zu öffnen und deren Inhalt zu beschlagnahmen, zu kopieren oder zu vernichten? Ist es „legal", die Zirkulation sozialistischer kommunistischer und Arbeiterliteratur zu verbieten, allen jenen, die sich zu solchen Ideen bekennen, auf Schritt und Tritt Spitzel nachzujagen, und den indischen Kommunisten, die Ihr gezwungen habt, im Exil zu leben, ständig nachzuspüren? Ist dieser ganze Prozeß und das Urteil gegen uns — „legal"?

Sie sprechen von konspirativer Tätigkeit! Dem britischen Proletariat würde es schrill in den Ohren klingen, wenn es die ganze Geschichte von der Regierung unserer imperialistischen Herrscher hörte, die nichts ist als eine gewaltige organisierte Verschwörung gegen die Freiheit und das Wohlsein von 300 Millionen halbverhungerter, ausgebeuteter und unterdrückter Männer, Frauen und Kinder in Indien.

Wie wollen Sie die „Indische Frage" lösen?

Wir wiederholen, und wir fordern Sie auf, diese Feststellung zu widerlegen, daß die ökonomischen Interessen der kolonialen und unterworfenen Völker die Vernichtung des Imperialismus erfordern. Indien, als Kolonie des Britischen Kaiserreiches, bildet keine Ausnahme von diesem Gesetz. Während Sie und Ihre Freunde die ersten Grundsätze jener Demokratie offenkundig vergewaltigen, die Sie selbst angeblich hochhalten, und in der brutalen Verfolgung der indischen Arbeiterklasse beharren, hat Ihre Regierung den Wunsch kundgetan, „die indische Frage zu lösen" in derselben Art wie Lloyd George die irischen und ägyptischen Fragen „löste" — dadurch, daß er die einheimische Bourgeoisie „protegierte". Die Regierung räumte der indischen Bourgeoisie Zugeständnisse ein und zog die „gewählten Vertreter des Volkes" ins Vertrauen. Das bedeutet nichts anderes, als daß

die obersten Schichten der indischen Bevölkerung — kaum 2% — als imperialistische Teilhaber zugelassen wurden und an der Ausbeutung des indischen Proletariats teilnehmen können! Das ist keine Arbeiterpolitik, das ist die Politik des liberalen Imperialismus! Wird die Lage der indischen Arbeiter dadurch irgendwie verändert, wenn nicht zum Schlechteren? Und wird dies nicht der letzte Anstoß sein, der das britische Proletariat, das bereits ein Opfer der chronischen Arbeitslosigkeit ist, zwingt, auf das Niveau von Kulis herabzusinken? Das ist die Politik des Imperialismus, die Sie und Ihre Freunde aus der Regierung unverbrüchlich halten und verewigen wollen. Das Ergebnis dieser Politik bedeutet die verschärfte Ausbeutung der Massen in den Kolonien einerseits, und die Herabsetzung des Lebensstandards des heimischen Proletariats andererseits.

Die einzige Lösung.

Die einzige, wirkliche Lösung der Krise, in die die zivilisierte Welt verwickelt ist, liegt in der vollständigen Zerstörung des Imperialismus und in der Verwandlung des kapitalistischen Systems der Wirtschaft in ein sozialistisches System. Der Aufbau einer proletarischen Kampfpartei in Indien ist ein Schritt zu diesem Ziel. Wenn die Arbeiterregierung darin beharrt, den indischen Massen einen konstitutionellen Ausweg aus ihrer qualvollen Lage zu verrammeln, werden sie gezwungen sein, ihre Zuflucht zu der einzigen Waffe zu nehmen, die ihnen bleibt, zur Gewalt, angewandt als Werkzeug der Freiheit, um der Gewalt Herr zu werden, die als Werkzeug der Ausbeutung und Unterdrückung gehandhabt wird. Und wer wird es wagen, zu behaupten, daß das indische Volk dazu nicht berechtigt wäre? Gewiß nicht das britische Proletariat, unter dessen Namen Sie, Exzellenz Macdonald, die Rolle des Wachthundes des Imperialismus spielen.

Im Hinblick auf die ernste Bedeutung der Situation rufe ich Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Macdonald, im Namen der indischen Massen zu, sich Ihre Politik wohl zu überlegen. Ich wiederhole die Forderungen, die ich in meinem ersten Brief gestellt habe: Lassen Sie seitens der Arbeiterregierung den indischen Massen Hilfe angedeihen, anstatt mit dem britischen und indischen Kapitalismus heimliche Geschäftsverbindungen zu unterhalten! Stoßen Sie die ungeheuerlichen Gerichtsurteile von Cawnpore um, und setzen Sie die Verurteilten in Freiheit! Geben Sie den indischen Arbeitern die gleichen Rechte und den gleichen Schutz wie den Arbeitern in Großbritannien! Anerkennen Sie für sie das Recht der Organisation und Propaganda auf politischem und ökonomischem Gebiet. Heben Sie den Bann auf, der auf sozialistischer und Arbeiterliteratur liegt! Legalisieren Sie die Existenz von Gewerkschaften, stellen Sie die Löhne, die Arbeitsstunden und die Arbeitsbedingungen jenen gleich, die in Großbritannien bestehen! Gewähren Sie eine allgemeine Amnestie allen politischen Angeklagten und erklären Sie das Recht auf Selbstbestimmung und Autonomie!

Nur durch solche Maßnahmen kann die britische Arbeiterparteiregierung ihren Anspruch, eine Regierung der werktätigen Klasse zu sein, rechtfertigen, und den Grundsätzen, die in ihrem sozialistischen Programm niedergelegt sind, treu sein.

Wollen Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, den Mut haben, diese neue Arbeiterpolitik zu inaugurieren? Das Urteil der Geschichte erwartet ihre Entscheidung.

Union der Sowjetrepubliken

Brief aus Sowjetrußland.

Der V. Allrussische Kongreß der Lebensmittelarbeiter.

Von Georg Schwarz (Moskau).

** In der Zeit vom 24. bis 30. Mai fand in Moskau der 5. Kongreß des allrussischen Verbandes der Lebens- und Genußmittelarbeiter statt.

Dieser Kongreß bot in seiner Zusammensetzung ein getreues Spiegelbild des proletarischen Lebens in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Insgesamt waren 301 Delegierte erschienen. Interessant ist die Zusammensetzung dieser Delegierten nach Nationalitäten: 205 Großrussen, 21 Ukrainer, 45 Juden, 8 Armenier, 6 Letten, 3 Tataren, 3 Polen, 2 Weißrussen, 2 Wolgadeutsche, 1 Estländer, 1 Türke, 1 Grusier, 1 Kalmück, 1 Litauer und 1 Rumäne vertraten insgesamt 258,401 Mitglieder. 35 Delegierte waren Frauen.

Namens der RGI. begrüßte Genosse Tom Mann den Kongreß; für die Allrussischen Gewerkschaften war Genosse Tomski erschienen. Zwei schwedische und ein deutscher Genosse, die als Gäste dem Kongreß beiwohnten, fanden mit ihren Ausführungen stürmischen Beifall. Die russischen Arbeiter haben ein stark ausgeprägtes internationales Solidaritätsgefühl, wie auf diesem Kongreß wieder einmal mit Freude festzustellen war.

Den Höhepunkt des Kongresses bildete eine Ansprache des Genossen Trotzky über politische und militärische Probleme Sowjetrußlands. Seine Ausführungen riefen einen kaum zu beschreibenden Begeisterungssturm hervor.

Aus der reichhaltigen Tagesordnung, die ein Ausdruck regen gewerkschaftlichen Lebens war, verdienen verschiedene Ausführungen besondere Beachtung. Vor allen Dingen der Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Genossen Kroll. Aus diesem geht hervor, daß die Organisation seit Oktober 1922 einen Mitgliederzuwachs von 12½% hatte. Die Mitglieder verteilen sich auf die einzelnen Gewerbezweige am 1. März 1924 folgendermaßen: 1. Mühlen 76.242, Bäckereien 30.857, Tabakfabriken 33.094, Ölmühlen 22.024, Fischereibetriebe 19.773, Schokoladen- und Süßwasserindustrie 12.293, Getränkeindustrie 10.883. Diese Zahlen beziehen sich nur auf die Großbetriebe, der Rest von 53.285 Mitgliedern verteilt sich auf die Kleinbetriebe.

An den Mitgliederzahlen sind weibliche mit 20,3% und Jugendliche mit mit 3,7% beteiligt.

Die Mitglieder sind beschäftigt in 3528 Staats- und 1897 Genossenschaftsbetrieben; ferner in 9030 Privatbetrieben. Da in der Lebensmittelindustrie der Kleinbetrieb vorherrscht, hat diese gegenüber den anderen Industrien den stärksten Prozentsatz an Privatbetrieben. Die Großbetriebe werden jedoch fast ausnahmslos durch den Staat und die Genossenschaften bewirtschaftet.

Diesen Zahlen entsprechend, hatte die Organisation auf dem Gebiete der Tarif- und Lohnpolitik eine reichhaltige Arbeit zu leisten, wie aus den abgeschlossenen Tarifverträgen hervorgeht. Insgesamt bestanden am 31. Januar 1924 an Tarifverträgen 6021, wovon 5115 auf Privat-, 927 auf Staats- und 880 auf Genossenschaftsbetriebe entfallen. 47 Betriebe der Privatindustrie mußten während des Jahres 1923 durch Streiks zur Innehaltung der Verträge gezwungen werden. Die Erfolge, die bei diesen Kämpfen erzielt wurden, entlarven am besten die üblen Schwätzereien der Reformisten in den „freien“ demokratischen Republiken, die ihren Schäfchen erzählen, daß in Sowjetrußland auf Streiks die schwersten Strafen stehen.

Der Durchschnittsmonatslohn in der russischen Lebensmittelindustrie betrug am 31. Januar 1924 in Warenrubel 31,02 (55,84 Goldrubel in Moskau). Für diesen Betrag kann sich der russische Arbeiter an Lebensmitteln, Bekleidungs- und anderen Gebrauchsgegenständen soviel kaufen, daß seine Existenz besser als vor dem Kriege gesichert ist. Die deutschen Lebensmittelarbeiter, die zu dieser Zeit Wochenlöhne von 20 bis 30 Mark bezogen, hätten Monatslöhne von 250 Goldmark gebraucht, um genau dieselben Warenmengen kaufen zu können wie die russischen Arbeiter.

In Rußland ein soziales Erdbeben (Genosse Trotzki auf dem Lebensmittelarbeiterkongreß) und jahrelanger Bürgerkrieg trotzdem eine Besserung der Lage der Arbeiter und ein Fortschreiten auf diesem Wege — in den kapitalistischen Staaten sinkt dagegen die Lebenshaltung der Arbeiter von Tag zu Tag. Dieser Kontrast muß die Arbeiter dieser Länder zwingen, ebenfalls die Diktatur des Proletariats aufzurichten.

Es würde in diesem Rahmen zu weit führen, aus dem Bericht des Genossen Kroll noch alles aufzuzählen. Erwähnung verdient, daß zu gleicher Zeit, wo in Deutschland den Tabakarbeitern der Achtstundentag geraubt wurde, in der russischen Tabakindustrie durch das Wirken des Verbandes die siebenstündige Arbeitszeit zur Einführung gelangte.

Nach dem russischen Kodex der Arbeit hat jeder Arbeiter einen Anspruch auf jährlich zwei Wochen Urlaub. In gesundheitsschädlichen Betrieben der Lebens- und Genußmittelindustrie — Tabakfabriken, Ölmühlen, Brennereien, Kaffeeröstereien usw. — beträgt der Urlaub vier Wochen. In den Bäckereien herrscht ein unumschränktes Nachtbackverbot.

Während der Berichtsperiode wurde die Organisation in die Internationale Union der Lebensmittelarbeiter aufgenommen. Der Kongreß erklärte sich mit allen Maßnahmen des Zentralausschusses auf dem internationalen Gebiete einverstanden.

In zwei interessanten Referaten beleuchtete Genosse Dolgoljew die ökonomischen Perspektiven der Lebensmittelindustrie sowie die Tarif- und Lohnpolitik.

Die ökonomischen Perspektiven der russischen Lebensmittelindustrie sind mit geringen Ausnahmen durchwegs gut. Die

Industrie festigt sich und dehnt sich aus, was wiederum für die Lohnpolitik des Verbandes von Vorteil ist. Es wird dessen Bestreben sein, auf Grund der günstigen Lage für eine Verbesserung der Löhne zu wirken und die Unterschiede in der Bezahlung der verschiedenen Branchen auszugleichen.

Wie aus einem Vortrage des Genossen Gussowsky hervorging, war die Kulturarbeit des Verbandes besonders erfolgreich. Nur 9% der gesamten Mitglieder sind noch Analphabeten. Doch auch dieser Rest muß nach einem Beschluß des Kongresses bis zum 1. Mai 1925 beseitigt sein. Für die Erweiterung des Fachwissens sorgen Schulen und Lehranstalten in der ganzen Sowjetunion. Der Verband unterhält außerdem in Odessa und Jekaterinenburg zwei technische Lehranstalten. In den 263 bestehenden Klubs wird das Allgemeinwissen der Mitglieder gefördert.

Auf organisatorischem Gebiete wurden verschiedene Änderungen beschlossen. So soll in Zukunft der Kongreß des Verbandes alle zwei Jahre stattfinden. Mitglieder werden nur noch aufgenommen, wenn sie ein persönliches Gesuch einreichen. Über dieses entscheidet der Betriebsrat.

Die Wahl des Zentralausschusses von 35 Mitgliedern ergab verschiedene Änderungen. Die meisten Mitglieder dieser Körperschaft sind Arbeiter aus den Betrieben. An die Spitze des Präsidiums, das aus fünf Personen besteht, wurden wiederum Genosse Kroll als Vorsitzender und Genosse Noskow als Sekretär gewählt.

Unter dem Gesang der Internationale fand die arbeitsreiche Tagung, die gegenüber den reformistischen Kongressen einen erfrischenden Anblick bot, ihren Abschluß.

Wirtschaft

Industrie und Finanzkapital in Österreich.*)

Nach dem großen Wiener Börsenkrach.

Von I. und L. Kulcsar (Wien).

** Als in der Zeit von März bis August 1923 die Kurse auf der Wiener Börse um das Doppelte bis Vierfache, in einzelnen Fällen noch um ein Mehrfaches gestiegen waren, betrachteten die bürgerlichen Schichten dies als das sicherste Zeichen des Gelingens der österreichischen Sanierung. Daß die Aktien ihren Goldwert erreicht hatten, wurde in allen Zeitungen als Beweis für das neugeschenkte „Vertrauen zur österreichischen Volkswirtschaft" gepriesen. Seit dieser Zeit, die den vorläufigen Abschluß der Konzentrationsbewegung innerhalb des österreichischen Kapitalismus brachte, warf sich die österreichische Bourgeoisie einschließlich der kleinen Geschäftswelt, der höheren Beamten und der großen Bauern — ebenso wie in einer vorhergegangenen Periode auf die Valuten — nunmehr auf die Effektenspekulation. Der Effektenbesitz wurde unter dem Eindruck der Sanierungsentwicklung, von der man sich einen schnellen Abbau der „sozialpolitischen Lasten" und dergleichen und damit eine Erhöhung des Rentabilitätsfaktors erhoffte, als gute Kapitalsanlage betrachtet, bei der der Spekulationsgewinn vorläufig an die Stelle des normalen Zinsenertrages trat. Durch die herrschende Bargeldknappheit war die Deckung dieser allgemein als Kreditgeschäft sich abwickelnden Spekulation äußerst gering. Da die erwartete Erhöhung der Rentabilität nicht eintrat und im Gegenteil die schleichende Produktionskrise sich immer stärker fühlbar machte, die Kurse stillstanden und daher die Spekulationsgewinne aufhörten, andererseits der Zinsfuß der Banken noch die Inflationshöhe behielt, begann schon vor einigen Monaten eine langsame Abwanderung der flüssigen Kapitalien aus der Effektenspekulation. Als der französische Franken ins Wanken geriet, strömte das ganze flüssige Kapital wie auf allen mitteleuropäischen Börsen so auch in Wien zur Frankenspekulation ab. Die Belehnungssätze auf die Effekten wurden angesichts der zu erwartenden Gewinne aus der Frankenhausse auf das äußerste angespannt.

Als infolge der Intervention Morgans und der Bank of England die plötzliche Hebung des Frankenkurses einsetzte, war die gesamte Wiener Spekulation gezwungen, ihre Verlustdifferenzen zu decken. Die Verluste bei der Frankenhausse werden auf 1,5 Billionen Kronen, gleich etwa 21,1 Millionen Dollar, geschätzt. Diese Summe, die ein Viertel des damaligen österreichischen Gesamtnotenumlaufes ausmachte, konnte, da das Bankkapital in seinen Industriekonzernen und in der Spekulation selbst zum großen Teil festgelegt war und die Höhe des Zinsfußes für Barkredite deren Aufnahme fast unmöglich machte, von der Spekulation nur durch Verkauf eines Teiles ihres Effektenbesitzes aufgebracht werden. Diesem plötzlichen Massenangebot stand aus den schon erörterten Gründen keine Nachfrage gegenüber; es wurde durch Riesenangebote einiger Großspekulanten, wie Bosel und Castiglioni, die ebenfalls bei der Frankenhausse verloren hatten, noch verschärft. Bei dem Kurssturz, der sich daraus entwickelte, ging die Gruppe der herrschenden Großbanken sofort in die „Kontermine" und führte dadurch weitere Kursstürze herbei. Es begann zunächst die Abschlachtung der kleinsten und kleinen Spekulation, der kleinen Bankfirmen und Handelsgeschäfte, die mit Kredit gearbeitet hatten. Aber die Bewegung zog immer weitere Kreise und erfaßte schließlich auch eine Reihe von Mittel- und Großbanken. Die ersten Tage brachten lange Listen von in Konkurs gegangenen Firmen, dann folgten die Zahlungseinstellungen bei größeren Banken. Es gingen nicht nur reine Spekulationsbanken, die in der Inflationszeit wie Pilze aus der Erde geschossen waren, zugrunde, sondern auch eine Reihe von gewichtigeren Unternehmungen fielen der Kreditnot zum Opfer. Die Verluste der führenden Großindustriellen waren so groß, daß es innerhalb der Besitzverhältnisse in Industrie und Finanz zu wichtigen Verschiebungen kam. So war Castiglioni gezwungen, zu seiner Stärkung das befreundete italienische Kapital der Banca Commerciale in größerem Ausmaße heranzuziehen, und so mußte Bosel seine Alleinherrschaft in der so einflußreichen Unionbank und ihrem Konzern mit dem bisherigen Länderbankdirektor und Großfinanzier Krauß teilen. Die Erschütterung war so groß, daß der Bankenverband eine sogenannte Stützungsaktion einleitete, wofür die Nationalbank Kredite in einer Höhe von etwa 1 Billion, um die der Notenumlauf bis zur Gefährdung des Kronenkurses vermehrt wurde, zur Verfügung stellte. Dazu kamen Kredite der Regierung und der Postsparkasse in der Höhe von 600 Millionen. Diese Summen setzten nun diejenigen Großbanken, die im wesentlichen unerschüttert geblieben waren, instand, zu von ihnen diktierten Kursen, die natürlich nur einen Bruchteil der Höchstkurse ausmachten, die auf den Markt geworfenen Aktienmassen aufzukaufen und nach der Abwürgung der kleinen und mittleren Konkurrenz ihren eigenen Besitz in der Industrie auf billige Weise zu vergrößern. Bei den Krediten aber, die sie wirklich an ihre Industrien weitergaben, machten sie sich den Nebengewinn, der in der Spannung zwischen dem üblichen Zinsfuß von mindestens 40% und dem Zinsfuß der Nationalbank von damls 9% lag. Zwei Großbanken schieden aus dieser Gewinnkonjunktur aus, die Depositenbank und die Verkehrsbank, von denen die eine in offene Liquidation trat, die andere unter eine Art stiller Geschäftsaufsicht der führenden Großbanken gestellt wurde. Die höchst bedeutenden Konzerne beider Banken wurden unter den übriggebliebenen aufgeteilt. Soweit die anderen Großbanken erschüttert waren, brachte das eine Verstärkung der ausländischen Beteiligungen mit sich. Soweit die Mittel- und Kleinbanken nicht vollständig zugrundegegangen sind, schränken sie ihren Betrieb ein, ebenso wie die Großbanken die Gelegenheit benützen, um Massenentlassungen vorzunehmen, so daß bis Ende des Jahres von etwa 24.000 Bankbeamten ungefähr 6000 arbeitlos sein werden.

Die Entwicklung infolge der Börsenkrise hat also die Zahl der ausschlaggebenden Großbanken vermindert, den größten Teil der kleinen und mittleren Konkurrenten beseitigt oder in vollständige Abhängigkeit gebracht, den Großbanken fast die gesamten in privaten Händen befindlichen Aktien ausgeliefert und so den Konzentrationsprozeß innerhalb des österreichischen Kapitalismus beschleunigt. Wichtiger als die Verschiebung in den Machtverhältnissen der einzelnen österreichischen Finanzleute ist dabei die weitere Verstärkung des Anteils des ausländischen Kapitals. Die Wirtschaftskrise, die nunmehr nach der Steigerung der Kapitalsarmut in Österreich verschärft einsetzt, wird natürlich vom Großkapital zu einem umso heftigeren Angriff auf die sozialpolitischen Rechte der Arbeiterschaft ausgenützt, wie denn auch der Plan des Schutzzolltarifes zum Teil aus dieser Krise gerechtfertigt wird.

Eines hat die Börsenkrise in Erscheinung gebracht, was für die Beurteilung nicht nur der österreichischen, sondern jeder inflationistischen Wirtschaft von großer Bedeutung ist: sie hat die Aktien, die bis jetzt im Kreditgeschäft als Notdeckung fungierten, ihrer Rolle als Geldersatz entkleidet, durch den Zwang zur Barzahlung den Verlauf der Kreditgeschäfte unterbrochen, und dadurch war wieder gezeigt, wo alles Geld konzentriert

*) Siehe den unter gleichem Titel erschienenen Artikel in Nr. 55 (Wochenausgabe Nr. 20).

ist, aber auch gezeigt, daß der österreichische Notenumlauf für die Kapitalsbedürfnisse der österreichischen Wirtschaft nicht ausreicht. Das ist aber keine Erscheinung, die nur in Österreich eintritt. Auch in Deutschland meldet sich schon das Zeichen für die Geldknappheit, die Kreditnot, die in Österreich durch den Wahnsinnszinsfuß der Banken schon so lange Zeit zutage getreten war. Während einer Inflation lebt die kapitalistische Wirtschaft vom Scheingewinn durch die Kursentwertung, der die Exportprämie schafft und damit den Ausverkauf veranlaßt. Wenn die Preisentwicklung, die ja anfangs hinter der Geldentwertung zurückbleibt, diese eingeholt hat, ist die Verarmung durch den Ausverkauf schon eine vollzogene Tatsache. In diesem Moment fällt aber auch die Spannung zwischen Inlands- und Auslandskaufkraft des Geldes weg, fällt die Exportprämie weg. Wird auf diesem Punkt die Währung künstlich stabilisiert oder ist sie es dann schon, so wird der Notenumlauf auf einer Höhe fixiert, die nur in der Zeit der Sachverschleuderung und der Scheinkonjunktur der Inflationszeit dem Geldbedarf scheinbar nachkommen konnte und die auch in der nächsten Zeit nur durch eine gewaltige Ausdehnung des Kreditverkehres ergänzt wird. Da dem Bargeldumlauf zwar eine mächtige Anhäufung von Goldwerten in den Großbanken gegenübersteht, er selbst aber den Bedürfnissen der Wirtschaft nicht genügt und andererseits im allgemeinen durch die staatsfinanziellen Mittel des verarmten kapitalistischen Staates, der an das Vermögen der Großfinanz nicht rühren darf und die Deckung für einen größeren Umlauf nicht aufbringt, nicht erhöht werden kann, so muß die Kapitalsknappheit, das Manko dieser Stabilisierung, offen zutagetreten, sobald die Verschleierung durch die Kreditgeschäfte bei einer Zahlungskrise zerrissen wird, wie das jetzt in Wien der Fall war. Die Geldnot erweist die Sanierung auch in ihrem gepriesensten Teil, in der scheinbar geglückten Stabilisierung der Währung, als Verschleppung der Inflationskrise, die nicht mit den kapitalistischen Methoden beseitigt werden kann.

Arbeiterbewegung

Die Gewerkschaftsorganisationen in Italien.

Von Andrés Nin.

Der Verband der Arbeit[1]).

** Der freigewerkschaftliche „Verband der Arbeit“ in Italien (Confederazione del Lavoro), dessen Mitgliederzahl im Jahre 1920 bis nahe an 3 Millionen gestiegen war, hat einen jähen Rückgang seines Mitgliederstandes bis unter 150.000 durchgemacht. Diese 150.000 Mitglieder verteilen sich auf die verschiedenen Organisationen ungefähr folgendermaßen:

Metallarbeiter	8—9000
Textilarbeiter	7—7500
Erdarbeiter	5000
Bauarbeiter	15.000
Städtische Straßenbahner	8000
Ländliche Straßenbahner	5—6000
Eisenbahner	7—8000
Buchhandel	40.000[2])
Glasarbeiter	2000[3])
Staatsangestellte	1200
Ernährungsarbeiter	5000
Keramische Arbeiter	2000
Holzarbeiter	6000
Chemische Arbeiter	1000
Gast- und Kaffeehausangestellte	1000
Handelsangestellte	2000
Elektriker	5000
Bergarbeiter	1000
Gasarbeiter	4000
Hutmacher	2500
P. T. T.	2000

[1]) Über die faschistische Föderation der Arbeit siehe den Artikel von Nin „Das Italien von heute“, in Nr. 66 der Inprekorr.

[2]) Diese Organisation blieb fast unversehrt erhalten. Ihre Führer treiben den Reformismus bis zur offenen Zusammenarbeit mit der faschistischen Regierung.

[3]) Diese 2000 Glasarbeiter sind in sechs Berufsorganisationen organisiert.

Die gewerkschaftliche Aktivität der Confederazione del Lavoro ist gleich null. In der Gewerkschaftskonferenz, die im September 1923 in Mailand tagte, haben die reformistischen Führer nicht gezögert, ihre Absichten zur Zusammenarbeit mit dem Faschismus öffentlich kundzutun. Der Sekretär der Organisation der Verlags- und Buchhandelsangestellten **Bruno** sagte klipp und klar, daß der gesamte freigewerkschaftliche Verband zur Zusammenarbeit mit Mussolini, falls dieser eine solche verlangen würde, bereit sein müßte.

D'Arragona hat in seinem empörenden Zynismus erklärt:

„Man muß die Wirklichkeit nehmen wie sie ist. Dies zwingt uns zu Stellungnahmen und zu einem Verhalten, wie dies nicht immer unseren Wünschen entspricht. **Unser Verband ist weder für noch gegen die Zusammenarbeit mit dem Mussolini-Regime. Es gibt Leute in unserem Verbande, die, falls sich die Gelegenheit dazu böte, in die Regierung eintreten könnten, um dort bestimmte Gruppen oder die Interessen einer Gruppe zu vertreten.**“

Diese ganz offenen Tendenzen zur Mitarbeit mit Mussolini werden nicht von allen Mitgliedern des Gewerkschaftsrates geteilt. Eine gewisse Zahl von Reformisten ist entschieden gegen jede Zusammenarbeit mit dem Fascio. (Eine denkwürdige und bezeichnende Tatsache: Im Gewerkschaftsrat haben sich alle bezahlten Funktionäre für die Zusammenarbeit erklärt!)

Der Verband der Seeleute.

Diese Organisation hat fast alle ihre Kräfte unversehrt bewahrt (ungefähr 130.000 Mitglieder). Der Kapitän Giulietti, der sie Jahre hindurch geführt hat, ist bekanntlich der Prototyp eines Politikanten. Er hat eine bestimmte Zeitlang gleichzeitig sowohl das faschistische Organ „Il Popolo d'Italia“ als auch das sozialistische Organ „Avanti“ subventioniert. Dank einer Vereinbarung mit Mussolini, deren Abschluß wiederum d'Annunzio zu danken ist, hat er es erreicht, daß eine faschistische Organisation der Seeleute nicht gebildet wurde. Diese Situation dauerte bis zum letzten 12. Januar. An diesem Tage sprengten die Faschisten mit Revolverschüssen eine Versammlung der Seeleute, die in Genua tagte, und bemächtigten sich des Verbandes der Seeleute. Wie ist dieser Gewaltakt seitens der „Schwarzhemden“ zu erklären? Giulietti genoß trotz großer Fehler das absolute Vertrauen der Seeleute, deren Interessen er stets verteidigt hatte. Die Faschisten waren bei diesem Vorfall nur das Werkzeug der Reeder, die um jeden Preis Giulietti stürzen wollten. Die Sympathie aller Seeleute für diesen bleibt bestehen. Um nicht Gefahr zu laufen, niedergeschossen zu werden, halten sich die Marineure davor zurück, ihre Gefühle kundzugeben, wenn sie sich auf dem Land befinden. Aber so wie sie wieder an Bord der Schiffe sind, versammeln sie sich im Augenblick der Abfahrt, um Giulietti zu akklamieren und zu rufen: „Nieder mit dem Faschismus!“

Die syndikalistische Vereinigung.

Diese syndikalistische Organisation existiert nicht mehr. In ganz Italien hat sie nicht eine Organisation, wenn sie auch auf der Liste der Hauptverbände der anarchistischen Trugbild-Internationale von Berlin mit — 300.000 Mitgliedern verzeichnet ist. **Borghi**, ihr Führer, ist ins Ausland abgefahren und widmet sich dort vollkommen legal, unter dem wohlwollenden Auge der Polizei, seinen Feldzügen gegen Sowjetrußland, die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschaftsinternationale.

Außer den Anhängern der Roten Gewerkschaftsinternationale findet man in Italien keinen der ehemaligen syndikalistischen Führer, die an der harten Aufgabe der gewerkschaftlichen Reorganisation unter dem faschistischen Schrecken mitarbeiten. Von den ehemaligen Ultrarevolutionären der italienischen syndikalistischen Vereinigung bleiben nur einige zerstreute Elemente übrig, die für den — Faschismus arbeiten.

Trotz des totalen Verschwindens der italienischen syndikalistischen Vereinigung ist es zweifellos, daß sich ihre Bestände im Augenblicke der Wiederaufnahme der gewerkschaftlichen Bewegung wieder auffüllen werden.

Die Gewerkschaften der Popolari.

Die katholischen Gewerkschaften der Popolari (Volksparteiler) üben auf dem Lande, insbesondere auf die kleinen Pächter und Kleinbauern, noch einen ziemlich bedeutenden Einfluß aus. In der Industrie haben sie nur in der Textilbranche eine gewisse An-

hängerschaft. Wir konnten keine genaueren Zahlen über ihre Stärke ausfindig machen. Das Sekretariat des katholischen „Italienischen Arbeiterverbandes" verfügt nicht über gute statistische Daten. Man kann ihre organisierte Mitgliederzahl immerhin auf 20.000 schätzen. Aber der Einfluß der Popolari ist weit stärker. Ihre Organisationen werden durch die Faschisten energisch bekämpft, da sie für diese eine gefährliche Konkurrenz unter der Landbevölkerung bedeuten. Sie haben ein halbwöchentliches Organ „Il Domani Soziale".

Aus der Internationale

Die KPD. als kommunistische Massenpartei.

Von Georg Schumann (Halle).

** Die Reichstagswahlen vom 4. Mai zeigen, daß die kommunistische Bewegung in Deutschland trotz aller Unterdrückungen bereits zu einer Massenbewegung angewachsen ist. Von den insgesamt abgegebenen Stimmen erhielten die kommunistischen Kandidaten allein 3,700,000 Stimmen, das sind 13% der Gesamtstimmenzahl. Zweifellos wäre die Stimmenzahl noch größer, wenn nicht durch die vorherige Illegalität manche Ortsgruppe auf dem Lande zerschlagen worden und die über 7000 eingekerkerten Genossen nicht der kommunistischen Propaganda entzogen gewesen wären. Der Einfluß der KPD. ist also größer, als er nach den Wahlziffern erscheint, und in stetiger Zunahme begriffen.

So wichtig die Steigerung des Einflusses der Kommunistischen Partei in den breiten Volksmassen für den Sieg der proletarischen Revolution ist, die wichtigere Voraussetzung ist für Deutschland eine gut organisierte und disziplinierte Massenpartei. Je größer die Zahl der Arbeiter ist, die der Partei treu ergeben, mit klarer kommunistischer Anschauung jeden Auftrag entschlossen ausführen und jedes Opfer freudig auf sich nehmen, desto schneller wird der Einfluß auf die Klassengenossen wachsen und um so leichter wird der Sieg des Proletariats erkämpft werden. Darum gab die Komintern die Losung aus: „Heran an die Massen!", und empfahl die Einheitsfronttaktik, um neue proletarische Massen in die revolutionäre Kampffront einzureihen.

Wenn man den Jahresbericht des ZK. der KPD. an den Parteitag in Frankfurt am Main betrachtet, so ist festzustellen, daß der Partei im Laufe des Jahres 1923 neue Massen zugeführt worden sind und daß die KPD. bereits eine Massenpartei geworden ist. Freilich hat der zahlenmäßige Bericht Lücken, weil die Bezirksorganisationen unter den Verfolgungen nicht einwandfrei berichten und die Unterlagen nicht beschaffen konnten. Unter dem zivilen Ausnahmezustand müssen viele Sekretäre und Redakteure noch immer illegal leben. In manchen Teilen der Republik ist die Partei seit Jahr und Tag verboten (Bayern).

Nach den Angaben der 26 Bezirksleitungen waren im III. Quartal 1923 in 3321 Ortsgruppen 261,374 männliche und 32.856 weibliche, zusammen 294.230 Mitglieder vorhanden. Im Bericht an den Leipziger Parteitag haben dieselben 26 Bezirke einen Bestand im III. Quartal 1922 von 2481 Ortsgruppen mit 191,845 männlichen und 26,710 weiblichen, also zusammen 218,555 Mitgliedern angegeben. In der Zeit vom III. Quartal 1922 bis zum III. Quartal 1923 hat sich die KPD. um 840 Ortsgruppen verbreitert und die Mitgliederzahl hat sich um 75,675 (69,529 männliche und 6146 weibliche) erhöht.

Die Zahlenangaben sind durch die Beitragsleistung der Bezirke nachgeprüft, obwohl nicht alle Bezirke ihre Abrechnung für das III. Quartal 1923 einsenden konnten. Von den Bezirken Lausitz, Pommern, Ostpreußen, Schlesien, Thüringen, Pfalz, Baden und Bayern waren die Unterlagen zur Abrechnung teils behördlich beschlagnahmt, teils vernichtet, so daß zur Berechnung frühere Monatsabrechnungen verwendet werden mußten. Nach der gleichen Methode gerechnet, haben im III. Quartal 1922 nur 224,689 Mitglieder, im III. Quartal 1923 jedoch 267,330 Mitglieder Beiträge gezahlt; das ist ein Mehr von 42,641 zahlenden Mitgliedern. Ohne Zweifel eine sehr beachtenswerte Zunahme der organisierten Kommunisten in einem Jahre.

Bemerkenswert ist das Verhältnis der Parteimitgliedschaft zur Zahl der Einwohner in den einzelnen Bezirken. In der folgenden Tabelle sind die Bevölkerungszahlen der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 und die abgerechneten Mitglieder der KPD. vom III. Quartal 1923 in Vergleich gestellt. Die Tabelle zeigt zugleich durch die Gegenüberstellung der Mitgliederzahlen des III. Quartals 1922 mit denen des III. Quartals 1923, welchen Anteil die einzelnen Bezirke an dem Mitgliedergewinn haben.

Bezirk	Einwohnerzahl	Mitgliederzahl im III. Quartal 1923	Mitgliederzahl im III. Quartal 1922	Prozentuales Verhältnis der Mitgliederzahl zur Einwohnerzahl	Auf wieviel Einwohner kommt ein Mitglied?
Berlin-Brandenburg	5,600,000	38,638	29,273	0,68%	144
Lausitz	1,233,000	1,797	1,990	0,14%	691
Pommern	1,787,000	1,862	1,284	0,10%	959
Ostpreußen	1,971,000	5,614	4,043	0,28%	351
Danzig		906	700		
Schlesien	5,171,000	5,362	4,110	0,10%	964
Ostsachsen	1,757,000	5,334	4,152	0,30%	329
Erzgeb.-Vogtl.	1,684,000	30,584	19,432	1,81%	55
Westsachsen	1,221,000	9,594	12,054	0,78%	128
Halle-Merseburg	1,340,000	28,507	23,263	2,12%	46
Magdeburg-Anhalt	1,576,000	6,281	3,773	0,40%	250
Thüringen	2,052,000	12,028	10,797	0,59%	170
Niedersachsen	1.814,000	6,308	4,200	0,35%	287
Mecklenburg	884,000	2,818	2,624	0,32%	314
Wasserkante	3,510,000	22,714	28,712	0,65%	154
Nordwest	1,514,000	5,333	4,582	0,35%	284
Ruhrgebiet	4,688,000	21,259	18,523	0,45%	214
Rheinland-Süd	3,577,000	15,967	16,389	0,45%	224
Mittelrhein	3,784,000	9,363	4,431	0,25%	404
Hessen-Waldeck	1,110,000	2,154	1,886	0,19%	515
Hessen-Frankfurt	2,520,000	15,282	5,275	0,61%	164
Pfalz	957,000	2,942	2,980	0,31%	325
Baden	2,208,000	4,785	3,639	0,22%	461
Württemberg	2,588,000	4,910	9,708	0,19%	527
Nordbayern	6,183,000	4,284	4,500	0,11%	884
Südbayern		2,704	2,369		

Natürlich kann man große ländliche Bezirke nicht mit dichtbevölkerten industriellen Bezirken vergleichen. Aber die industriellen Gebiete selbst können einander gegenübergestellt werden. Dabei muß selbstverständlich die wirtschaftliche Entwicklung Berücksichtigung finden. Verhältnismäßig am stärksten ist die Partei in Mitteldeutschland, in Halle-Merseburg kommt auf 46 Einwohner ein Kommunist, in Erzgebirge-Vogtland auf 55, in Westsachsen (Leipzig) auf 128, in Berlin auf 144 Einwohner. Am schwächsten ist die Partei in Schlesien mit 964, in Pommern mit 959 und in Bayern mit 884 Einwohnern auf einen Kommunisten. Aber auch die dichtbevölkerten industriellen Rheinischen Bezirke, Ruhrgebiet, Rheinland-Süd, und besonders Mittelrhein, sind noch ergiebige Rekrutierungsgebiete.

Die KPD. ist eine Massenpartei, die durchaus versteht, die breiten proletarischen Volksmassen im Klassenkampfe zu führen. Wenn nach der Oktober-Niederlage und der Illegalität ein Verlust an Mitgliedern eingetreten ist, der sich zahlenmäßig nicht feststellen läßt, so geht die Partei geschulter und gestählter in neue Kämpfe. Die Massen blieben der Partei treu, und neue Kämpfer treten trotz erschwerter Aufnahmebedingungen in ihre Reihen. Jetzt ist es die vornehmste Aufgabe der KPD., die mit dem Willen zum Kampfe erfüllten kommunistischen Massen durch die praktischen Tageskämpfe zu schulen und zu aktivisieren. Es gilt, die Organisation der Partei so umzustellen, daß jedes einzelne Mitglied zur Parteiarbeit herangezogen und die Einheitsfronttaktik von unten wirksam durchgeführt werden kann.

Der Komponist der „Internationale" Peter Degeyter.

Von Amadeus Dunois (Moskau).

** Es war im vergangenen Jahr, im Frühling. Ich saß vor meinem Schreibtisch in der Redaktion der „Humanité" und bereitete mit dem Redaktionssekretär die Nummer des nächsten Tages vor. Da wurde mir mitgeteilt, daß ein biederer alter Mann mich zu sprechen wünsche.

„Sein Name?" fragte ich.

„Meiner Treu," antwortete mir der Genosse, der den Dienst des Redaktionsgehilfen verrichtete, „ich erinnere mich nicht daran... Der Name lautet zum Schluß", bemerkte er noch in seiner komischen Art, „wie ‚Minister' oder ‚Vermaledeiter'"...

„Schön, laß ihn eintreten, aber vergiß nicht, ihm zu sagen, daß ich mit Arbeit überhäuft bin und wenig Zeit habe."

Eine Minute darauf erschien im Türrahmen ein schmaler Greis mit Brille, dem das Gehen ziemlich schwer fiel und der sich auf einem eisenbeschlagenen Stocke stützte. Er hatte das klassische Äußere eines alten Arbeiters; durch die Tagesarbeit verbraucht, durch lange Entbehrung ausgemergelt. Mütze mit ledernem Schirm, Anzug aus grobem blauen Tuch, stark abgenützte Schuhe. Hinter den Brillengläsern zwinkerten zwei blaue Augen, deren Blicke melancholisch und müde waren. Der Mund verschwand zur Hälfte hinter einem buschigen, weißen Schnurrbart. Auf dem Kinn ein kleiner, weißer Spitzbart.

„Ich bin", sagte er, „Peter Degeyter."

Degeyter? Der Name war mir bekannt.

„Der Autor der ‚Internationale'?" fragte ich.

„Derselbe", antwortete der gute alte Mann, indem er zugleich höflichst grüßend mit dem Kopf nickte.

„Aber ... war der Vorname des Autors nicht Adolf? ..."

Beim Namen Degeyter hatte ich mich erhoben und dem Greis einen Sitzplatz angewiesen. Er sah mich klug und gütig an.

„Adolf", antwortete er wieder, „war mein Bruder ... Er ist gestorben. Ich bin Peter. Ich bin es auch, der die Musik komponiert hat ..."

„Wie? Hat es nicht wegen dieser Musik zwischen Ihnen und Ihrem Bruder einen Prozeß gegeben, der viele Jahre gedauert hat und von dem auch die Zeitungen berichtet haben? Wenn ich mich recht erinnere, hat sich der Gerichtshof für Ihren Bruder und also — gegen Sie ausgesprochen? ..."

„Das ist richtig, Genosse. Aber der Gerichtshof hatte sich geirrt. Er war durch falsche Zeugenaussagen irregeführt worden. Die Wahrheit ist jetzt endlich festgestellt worden und das endgültige Urteil hat bestätigt, daß ich in vollem Recht bin."

Er reichte mir einige in einer Zeitung eingewickelte Papiere. Eines dieser Papiere war die beglaubigte Kopie des Urteils, das durch den Berufungsgerichtshof gefällt worden war und in dem die verschiedenen Phasen des peinlichen Prozesses des langen und breiten geschildert waren.

Ich las das Dokument eilig durch. Hierauf wendete ich mich Peter Degeyter zu, der schweigend die Beendigung meiner Lektüre abwartete, mit der Sicherheit eines Mannes, der sich im Recht weiß.

„Ja, es besteht kein Zweifel daran, daß es so ist", sagte ich. „Sie sind der Verfasser dieses unsterblichen Liedes. Erlauben Sie mir, Sie zu beglückwünschen."

Peter Degeyter nahm meinen Glückwunsch ohne falsche Bescheidenheit an, sich seines Verdienstes wie seines Rechtes bewußt.

„Und nun", fügte ich hinzu, „erzählen Sie, wann und wie Sie diese Musik verfaßt haben? Bitte, verwundern Sie sich nicht, wenn ich mir dabei einige Notizen mache."

Ich erfuhr dann, daß Peter Degeyter vor 35 Jahren Textilarbeiter, und zwar Weber, in Lille, dem industriellen Zentrum des Nordens von Frankreich, war. Die sozialistische Bewegung befand sich in Lille in vollem Aufschwung. Peter nahm gemeinsam mit seinem Bruder Adolf an ihr teil. Vor allem aber liebte er die Musik. Er war in einen Arbeiterchor eingetreten, der ihn eines Tages zu seinem Chormeister wählte. Unter den Mitgliedern dieses Arbeitergesangvereins waren mindestens zwei, die sich einen Namen gemacht haben: Gustav **Delory**, der Bürgermeister von Lille und später — bis auf heute — Abgeordneter von Lille geworden ist, sowie Henri **Ghesquière**, der gleichfalls Abgeordneter wurde und in den letzten Tagen der deutschen Besetzung gestorben ist. In dem Chor sang man alle Arten von Liedern. Man hätte auch gern sozialistische Gesänge gesungen, aber man kannte keine. Dennoch existierten solche: so gab es beispielsweise das prächtige Lied der Internationalisten von Jura, ein Werk von Karl Keller, nach Worten von James **Guillaume**:

„Arbeiter, nimm die Maschine!
Nimm den Boden, Bauer!"

Dann gab es auch die „Rote Fahne", die **Paul Brousse** um 1877 nach einem Schweizer Volkslied komponiert hatte:

„Unsere herrliche Rote Fahne,
Rot vom Blute der Empörer ..."

Eines Tages — Peter Degeyter weiß das Jahr nicht genau anzugeben, doch es dürfte 1889 gewesen sein — gab ihm ein Genosse ein Gedicht von Eugen **Pottier**, dem einstigen Mitglied der Pariser Kommune, der gerade in größter Armut in Paris gestorben war.

Dieses Gedicht hieß: Die **Internationale**. Das Datum neben der Unterschrift — 30. Juni 1871 — war ein Zeichen dafür, daß die Verse des revolutionären Liedes unmittelbar nach der blutigen Kommune-Woche verfaßt worden waren.

Dieses Gedicht, von düsterer Kraft durchglüht, begann mit einem Ruf an die Besiegten der sozialen Schlacht:

„Wacht auf, Verdammte dieser Erde,
Die stets man noch zum Hungern zwingt!"

Im weiteren Verlauf des Gedichtes wurde in vier knappen, gehämmerten Versen das ganze Programm der sozialen Revolution aufgezeigt:

„Reinen Tisch macht mit den Bedrängern!
Heer der Sklaven, wache auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger!
Alles zu werden strömt zu Hauf!"

Peter Degeyter war ganz begeistert. Er las immer wieder diese gewaltigen Strophen, in denen das Feuer einer unbesiegbaren Hoffnung brannte. Denn, wahrhaftig, die „Internationale" ist nicht die Klage des Besiegten, der seine Niederlage kläglich beweint. Sie ist das Kriegsgeschrei, das sich dem Innersten einer Klasse entringt, der Arbeiterklasse, die ihre Rache vorbereitet, und weiß, daß diese Rache kommen wird ...

Der Textilarbeiter Degeyter hatte in diesem Augenblick die Eingebung, daß diesen Strophen der Rache nichts als eine angemessene Melodie fehlte, um zur proletarischen Revolutionshymne zu werden.

„Ich werde versuchen," sagte er, „diese Verse in Musik zu setzen."

Er begab sich an die Arbeit. Einige Tage später war die Musik komponiert — diese kriegerische, hinreißende, in ihrer Einfachheit leicht faßliche Musik, die Ihr alle gut kennt. Peter Degeyter beschäftigte sich sofort damit, Auszüge daraus für die Genossen des Gesangvereins fertigzustellen.

So entstand in einer Vorstadt von Lille im Jahre 1889 die „Internationale". Um populär zu werden, brauchte sie allerdings lange Zeit. Man sang sie zwar ein wenig in Lille, aber man sang sie nur dort. Niemand ahnte, daß ihr eine solche glänzende Laufbahn beschieden sei.

Die Lieder haben ebenso ihr Schicksal wie die Bücher.

Im Jahre 1899 fand in Paris ein allgemeiner Kongreß der Arbeiterorganisationen und französischen Sozialisten statt: der erste Kongreß sozialistischer Einigkeit. Er gelangte — vielleicht erinnert man sich noch daran — wenn auch nicht zur vollkommenen Einheit, so doch zu einem Einvernehmen zwischen gegnerischen Organisationen, wenn auch dieses Einvernehmen nicht von Dauer sein sollte.

Der Kongreß war gerade im Begriff, auseinanderzugehen, als ein Delegierter plötzlich auf einen Tisch kletterte. Es war Henri Ghesquière. Dieser „Guedist" des Nordens, mit glattem Gesicht, brutalem und zugleich schüchternem Ausdruck, hatte eine schöne Stimme. Er stimmte im allgemeinen Schweigen einen Gesang an, den die meisten Delegierten nicht kannten ... Bei der dritten Strophe schon fielen alle in den Refrain ein:

„Völker, hört die Signale! ..."

Dies war die „Internationale". Ein Jahr später sang sie das ganze sozialistische Frankreich, und so kam es, daß die Delegierten, die dem internationalen Kongreß von 1900 zu Hunderten beiwohnten, diesen Gesang ihrerseits kennen lernten, und so kam es, daß der einfache Gesang Degeyters seinen Lauf über die ganze Welt begann.

Dies ist die öffentliche Seite der Geschichte der „Internationale". Aber sie hat noch, wie man sagen kann, ihre private Seite, die zwar weniger glorreich, aber nicht weniger interessant ist.

*

Als man die Internationale überall zu singen begann, wollte sich jeder Text und Musik verschaffen. Die Sozialisten vom Norden besaßen damals in Lille eine kleine Druckerei, die gerade Delory leitete. Sie beeilten sich, das Werk Pottiers und Degeyters herauszugeben. Es wurde in tausenden und abertausenden Exemplaren verkauft. Die Sache war geradezu ein gutes Geschäft. Aber nicht für den Komponisten. Denn als Peter Degeyter, der seit mehreren Jahren von Lille weggezogen war, und sich in einer der Pariser Vorstädte ansässig gemacht hatte, sein Recht eines Anteils an dem Gewinn geltend machen wollte, stieß er auf eisernen Widerstand, und schließlich auf ein Hindernis, das er nicht vorausgesehen hatte. Er erfuhr zu seinem größten Erstaunen, daß der Name Degeyter, der — ohne Vornamen —

am Kopf des Liedes angegeben war, nicht sein Name, Peter Degeyter, sondern der seines Bruders, Adolf Degeyter, sei...

Peter entrüstete sich, protestierte. Es half nichts. Also sah er sich genötigt, der Prozeßweg zu beschreiten, weniger gegen seinen Bruder Adolf, der in dieser Sache eigentlich nur das Instrument Delorys war, als gegen Delory selbst. Um die Haltung Adolfs einigermaßen zu verstehen, muß man wissen, daß Adolf damals in der Gemeindeverwaltung von Lille angestellt, und daß Delory sein Chef war. Ich will nicht behaupten, daß Delory bei dieser merkwürdigen Verdrängung Peter Degeyters aus dem Verkauf der „Internationale" einen persönlichen Profit zog. Sofern ich nicht anders informiert werden sollte, nehme ich an, daß er im Interesse der Arbeiterdruckerei von Lille und also der sozialistischen Organisation des Nordens handeln wollte.

Der Prozeß dauerte viele Jahre. Kurz vor dem Krieg fällte ein Gerichtshof auf das Zeugnis Delorys und Ghesquières hin das Urteil, daß der wahre Komponist der Internationale — Adolf Degeyter ist. Das Unrecht triumphierte. Peter berief gegen das Urteil, das ihn seines Rechtes beraubte. Aber der ausbrechende Krieg verhinderte die weitere Durchführung des Prozesses.

Zwei Jahre vergingen.

Eines Tages — es war im Jahre 1916 — erhielt Peter einen Brief von Adolf, der in Lille, im besetzten Gebiet, geblieben war. In diesem Brief stand ungefähr folgendes: „Ich bin krank. Da ich meinen baldigen Tod vor Augen sehe (Adolf starb auch tatsächlich vor der Beendigung der blutigen Weltschlächterei), halte ich es für meine Pflicht, zu erklären, daß es nicht wahr ist, daß ich der Komponist der Internationale bin. Ich hätte es schon deswegen gar nicht sein können, weil ich von musikalischen Dingen nichts verstehe. Delory und die anderen waren es, die mich gezwungen haben, falsch auszusagen."

Als nun der Krieg beendet war, wurde der Berufungsprozeß wieder aufgenommen. Delory, der neuerlich als Zeuge vorgeladen wurde, weigerte sich zu erscheinen, indem er erklärte, daß er von der Sache nichts wissen wolle. Ghesquière war tot. Da ja nun die Gerechtigkeit in Frankreich sehr langsam arbeitet, so dauerte es bis zum Anfang des vorigen Jahres, bis das Urteil der ersten Instanz ungültig erklärt und Peter Degeyter — nach 20 Jahren dauernder Prozeßwidrigkeiten — als tatsächlicher, rechtlicher Autor der „Internationale" anerkannt wurde.

•

Der Artikel über Peter Degeyter, der auf meine Veranlassung verfaßt wurde, erschien einige Wochen später in der „Humanité". Ich muß sagen, daß er, zumindest in Frankreich, wenig Aufmerksamkeit fand.

Im August des vorigen Jahres — als ich mich gerade auf Ferien in einem Dorfe von Savoyen befand — erhielt ich einen Brief, der in einer alten, zitternden Handschrift geschrieben war. Er war unterzeichnet: „Peter Degeyter, 12, rue de l'Alouette, Saint-Denis."

„Lieber Genosse!

Die kommunistische Organisation der Seine veranstaltet am nächsten Sonntag ein Fest in Pavillons-sons-Bois, nicht weit von Saint-Denis. Möchten Sie für mich und meine Frau die Erlaubnis erwirken, daß wir dort Bonbons und Zuckerwaren verkaufen? Meine Alte und ich können nicht mehr arbeiten und haben nichts als den Verkauf von Bonbons, um leben zu können."

Als ich diesen Brief erhalten hatte, veranlaßte ich bei den Organisatoren des Festes alles, damit Pierre Degeyter alle Erleichterungen für den Verkauf seiner Zuckerwaren gewährt werden. Aber gleichzeitig informierte ich den Parteisekretär, Genossen Sellier, von der elenden Lage, in der sich der 70jährige Komponist der „Internationale" befand.

Genosse Sellier antwortete mir nicht sofort, da er einige Tage später nach Moskau fuhr. Bei seiner Rückkehr — Ende September — sagte er mir:

„Ich bringe eine gute Neuigkeit betreffend Peter Degeyter. In Moskau haben einige Mitglieder der Exekutive, darunter Trotzki, die durch den Artikel in der „Humanité" von dem Mißgeschicke erfahren haben, von dem der gute, alte Degeyter und seine Frau betroffen sind, uns nahegelegt, die Existenz der alten Leute zu sichern. Wir haben uns dazu verpflichtet. Die Partei wird Peter Degeyter eine kleine monatliche Rente aussetzen und demnächst zu ihren Gunsten ein Fest geben."

Das Fest hat bisher noch nicht stattgefunden.

Aber auf unserem Reichskongreß, der Ende Januar in Lyon stattgefunden hat, wurde die Eroffnungssitzung Peter Degeyter gewidmet. Es war eine durch ihre vollkommene Einfachheit rührende Feier.

Der Alte war anwesend, natürlich in seinen Sonntagskleidern: alter, schwarzer, durch den langen Gebrauch abgenützter Bratenrock, glänzend weißes Hemd, leuchtend rote Krawatte. Seine kleinen Augen leuchteten in lebhafter Befriedigung. Als er mich sah, ging er auf mich zu, schüttelte meine Hände, ohne ein Wort herausbringen zu können.

„Genosse Degeyter," sagte ich, „ich bin sehr froh. Froh für Sie! Das ist nun Ihre Genugtuung, die beginnt!"

Man setzte Degeyter auf das Präsidium. Er mußte das Wort ergreifen. Aber der gute Alte verwickelte sich in seine Sätze, stolperte. Ich sehe noch die linkischen und abgehackten Bewegungen seiner mageren Arme. Als wollte er die Worte um sich herum fangen! Als man ihn hörte, wurde man tief gerührt.

Nach einigen Augenblicken machte der Parteisekretär Sellier den Worten des Greises, die übrigens die verständigen Zuhörer mit brausendem Beifall überschütteten, ein Ende.

„Unser Genosse Degeyter", rief Sellier, „ist besserer Musiker als Redner. Wir entziehen ihm wahrlich nicht das Wort, wenn wir das Orchester bitten, seine ‚Internationale' anzustimmen."

Und das Orchester — ein Arbeiterbläserorchester von Lyon — setzte mit der unsterblichen Musik ein. Der ganze Saal erhob sich und setzte beim Refrain mit den Stimmen ein.

In diesem Augenblick mußte man Peter Degeyter sehen. Als wäre das Ganze ein Traum seines armen, ausgebeuteten Lebens, das bisher keinen Ausdruck gefunden hatte. Mit der rechten Hand schlug er den Takt, mit Kopfbewegungen kennzeichnete er den Rhythmus. Ich konnte meine Augen von seiner rührenden Greisengestalt nicht abwenden. Er war bleich, seine Augen verloren sich in die Ferne, seine Nasenflügel zitterten. Und er erschien mir in diesem Augenblick als das lebendige Symbol der Arbeiterklasse, die nach langer, bitterer Erfahrung aller Leiden, Verfolgungen, Ungerechtigkeiten in ihrer Gesamtheit eines Tages die endgültige Wiedergutmachung erleben wird.

Es ist nicht unmöglich, daß sich diese erhebende Szene dieser Tage in Moskau wiederholt. Das Exekutivkomite der Kommunistischen Internationale hat auf meinen Vorschlag beschlossen, Peter Degeyter zur Teilnahme am V. Weltkongreß einzuladen. Er hat wahrhaftig das Recht darauf, Dank von der Internationale zu empfangen, und ich hoffe, daß sich kein Hindernis für ihn ergibt, in der Hauptstadt der Kommunistischen Internationale und der Weltrevolution diesen glänzenden Dank entgegenzunehmen.

Wir möchten mit diesem Fest, wenn es wirklich stattfinden sollte, die makellose Erinnerung an den alten Dichter verbinden, der die Verse der „Internationale", des „Jean Misère" („Johann Elend"), des „Monument des Fédérés" („Denkmal der Föderierten") und so vieler anderer „Revolutionärer Gesänge", die von unserer glorreichen Kommunezeit inspiriert waren, gedichtet hat. Wir müssen seinen Namen unbilligem Vergessen, von dem er bedroht ist, entreißen. Der Name, er lautet: Eugen Pottier.

Buchbesprechungen

Upton Sinclair: „Der Parademarsch".*)

Von Paul Friedländer (Wien).

**) Es gibt nur eine geringe Literatur, die sich der konkreten Erforschung und Durcharbeit einer der gewaltigsten Erkenntnisse des Marxismus widmet, einer Erkenntnis, die eine völlige Revolution von Pädagogik, Wissenschaft, Kunst und Kultur überhaupt bewirken muß und wird: daß die sogenannten geistigen Güter der Menschheit, die man als für den Grad der Kultur maßgebend betrachtet, daß Erziehung, Philosophie, Wissenschaft, Kunst usw., durch die gegebenen Produktionsverhältnisse bedingt sind, den ideologischen Überbau der Produktionsordnung bilden und keineswegs die Triebkräfte des gesellschaftlichen Geschehens, die Leitsterne und Beweggründe des menschlichen Handelns sind, obwohl sie dies zu sein vorgeben und beanspruchen. (Übrigens entspricht dieser Anspruch, der mit besonderem Aplomb in der

*) Upton Sinclair, „Der Parademarsch", eine Studie über amerikanische Erziehung, 255 Seiten, Malikverlag, Berlin 1924.

kapitalistischen Ordnung erhoben wird, den demagogischen Bedürfnissen der in ihr herrschenden Klasse.) Die gegenwärtige Wissenschaft, Philosophie, Pädagogik und Kunst sind durchaus Produkt und Ausdruck der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der durch diese diktierten politischen Ordnung. Sie sind den Klassenkämpfen und Klassengegensätzen keineswegs entrückt, sie spiegeln wider, wenn auch in verzerrten Formen, da der Spiegel von Philosophie, Wissenschaft und Kunst beinahe restlos in den Händen der kapitalistischen Klasse ist und sie daher ihren Spiegel so konstruiert und aufstellt, daß er ihren Wünschen möglichst vollkommen entspricht. Von den „Regionen des Geistes" geht allerdings auch ein gewisser Einfluß — besser gesagt eine gewisse Rückwirkung — auf das ökonomische und politische Geschehen aus, ein Einfluß, der sich in Zeiten sich verschärfender Gegensätze innerhalb einer gegebenen Ordnung verstärkt und in vorrevolutionären Perioden eine bedeutende Rolle spielt (zum Beispiel Zeit vor der großen französischen Revolution; Zeit von Marx und Engels). Aber in dem innerhalb der kapitalistischen Ordnung (und jeder Ordnung) fluktuierendem Wechselstrom, gehen die entscheidenden Impulse von dem Hauptmotor aus: den Produktionsverhältnissen.

Während Hunderte und Hunderte von Büchern erscheinen, die sich mit der Anwendung der sogenannten Psychoanalyse (über deren Bedeutung an dieser Stelle nicht diskutiert werden soll) auf die verschiedensten Erscheinungen des menschlichen Lebens beschäftigen, ist die Anwendung der zweifellos viel weittragenderen und bedeutsameren Grundsätze des Marxismus auf die Gebiete der Wissenschaft, Erziehung und Kunst noch sehr wenig geübt. Zwar gibt es hier auch eine kleine Reihe wertvoller Beiträge, so von Mehring. Aber wenn man bedenkt, daß die Marxsche Lehre die gesamte Philosophie, Wissenschaft und Kunst revolutioniert, indem man sie als Klassenwissenschaft, Klassenphilosophie, Klassenkunst, Klassenerziehung erkennt und erklärt, und daß sie ihre grundlegende Erneuerung herausfordert, so begreift man, daß zur methodischen Verwertung dieser durchgreifenden Erkenntnis bisher sehr wenig geschehen ist. Es gibt nicht einmal Künste, Erziehung usw. auf marxistische Methode. Hier eröffnen sich ungeheure Perspektiven für die Zukunft. Daß gegenwärtig auf diesem Gebiet so wenig geschieht, liegt nicht zuletzt daran, daß fast alle Marxisten im revolutionären Tageskampf stehen, und ihnen keine Zeit für die Tagesaufgaben übrig bleibt.

Sinclairs Buch über das amerikanische Hochschulwesen — es heißt „Der Parademarsch" weil die Mitglieder und Träger der Universitäten und Hochschulen, vom Rektor bis zum letzten Student, im Stechschritt an ihren Herren und Gebietern, den Morgans, Rockefellers und sonstigen Trustmagnaten, vorbeidefilieren —, ist gewiß nicht eine bewußte Anwendung der marxistischen Methode. Und doch ist es eine glänzende Illustration der Marx'schen Lehre. Die Einrichtungen der Erziehung, des Studiums und der Forschung in Amerika als in jeder Beziehung vollendete Klasseneinrichtungen des amerikanischen Kapitalismus, als schneidige Werkzeuge der Bank- und Industrieritter, als Fabriken für hundertprozentige nationalstolze Ausbeuter, als Institute zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung und des Bolschewismus, zugleich als profitbringende Unternehmungen (da es die verschiedenen Truste ausgezeichnet verstehen, die den Universitäten gespendeten Dollarmillionen in Geschäften zu verwerten) — das wird von Sinclair in konkreter und ziemlich systematischer Weise an Dutzenden von Universitäten und Hochschulen gezeigt. Sinclair ist ein Jahr lang von einer Universität zur anderen gereist. Er hat eine Masse von Erfahrungen und Beobachtungen an Ort und Stelle gesammelt. Die Früchte dieser Beobachtungen hat er dann in dem vorliegenden Buche gesammelt.

In den amerikanischen Hochschulen und Universitäten werden nicht weniger als 600.000 Studenten „ausgebildet". Wer leitet und kontrolliert diese Ausbildung? Dieselbe Schicht, die das ganze Wirtschaftsleben Amerikas beherrscht und zu unermeßlichen Gewinnen ausnützt. Trustmagnaten, Bankdirektoren, Advokaten. Ehrliche Gelehrte und Pädagogen sind in den Verwaltungskörperschaften der Universitäten, in den Kuratorien, in verschwindender Anzahl vertreten. Sie dienen zur Staffage. Sie haben auch aus begründeter Angst, sofort mit einem Fußtritt aus ihren Stellungen befördert zu werden, gar nicht den Mut, den Herren Plutokraten Dinge zu sagen, die ihnen nicht genehm sind.

Die verschiedenen Geldfürsten und ihre Gesellschaften haben jede ihre Universität. (Manchmal sind es sogar mehrere.) Das Privateigentum an den Hochschulen äußert sich in jeder Weise. Es äußert sich darin, daß die Spenden für die Universitäten in Aktien der betreffenden Gesellschaft gewinnbringend angelegt werden. Es äußert sich darin, daß die Professoren so lehren müssen und sich die Studenten so aufzuführen haben, wie es ihren Unternehmern paßt. Die Trustherren ernennen den Rektor der Universität auf unbegrenzte Zeit. Der Rektor ist immer ihr Subjekt. Meist ein Subjekt ohne jeden wissenschaftlichen oder pädagogischen Rang. Er muß nur ein tüchtiger Sachwalter der Profitmacher sein. Manchmal ist er selbst ein Profitmacher und rückt dann zum gleichberechtigten Mitglied der herrschenden Schicht vor, wie dies bei den „großen Persönlichkeiten" der berühmtesten Universitäten der Fall ist (zum Beispiel Rektor Butler der größten Universität Amerikas, der Columbia-Universität von New York). Die Direktoren bestellen die Lehrer. Die Fakultäten haben dabei sehr wenig mitzureden. Von der Gunst und Gnade der Rektoren oder eigentlich der Bank- und Industriekapitäne in den Verwaltungsräten hängt das Vorrücken der Professoren ab. Leistung und Eignung spielen dabei keine entscheidende Rolle.

Man muß die Überfülle der Tatsachen, die Sinclair sehr lebendig vorträgt — liegt doch darin seine größte Bedeutung, daß er ein Schriftsteller der Tatsachen ist — selbst durchstudieren. Die ausschweifendste Vorstellung, die man sich von der Dirne Wissenschaft und der Dirne Erziehung, die dem Kapital feil sind, macht, wird durch die Wirklichkeit überboten. Hunderte von Beispielen illustrieren anschaulich, wie die Hochschulen ihrem wesentlichen Zweck nach dazu dienen, den Studenten kapitalistische Überzeugung sowie wütendsten und dümmsten Haß gegen die Arbeiterbewegung einzuimpfen. Wehe dem Professor, der es wagt, sich als Sozialist oder auch nur als bescheidener Sozialreformer zu bekennen. Er wird rücksichtslos vertrieben. Wehe dem Gelehrten, der kapitalistische Interessen nicht respektiert. Sinclair erzählt einige Fälle, wo durchaus bürgerlich gesinnte, aber ehrliche Professoren, die auf wissenschaftlichem Wege großzügige Gaunereien, wie zum Beispiel Lebensmittelfälschungen großer Trusts entlarvten, den ärgsten Verfolgungen ausgesetzt waren, wie unter anderen der Chemiker Lad und der Pflanzenpathologe Bolley. (S. 120 ff.) Ein anerkannter Gelehrter, Professor Laski, der an der durch ihre „Unabhängigkeit" berühmten und „ehrwürdigen" Haward-Universität Vorlesungen hielt, mußte unter dem wütenden Gejohle 100%iger Ku-Klux-Klan-Studenten seiner Wege gehen, weil er in mutiger Weise öffentlich der Meinung Ausdruck gab, man müsse Sowjetrußland das Recht seiner eigenen Revolution zubilligen, auch wegen seiner Ansichten, die sich gegen die technische Nothilfe richteten, und für die begründeten Interessen streikender Arbeiter eintraten. Laski, der ein Engländer war, ging nach London, wo er einen hervorragenden Lehrstuhl erhielt. Es ist sehr bezeichnend, daß der Rektor von Harvard, Lowell, sich Laski gegenüber einigermaßen wohlwollend verhielt, weil — er sich's mit kapitalistischen Kreisen in England, zu denen Laski Beziehungen hatte, nicht verderben und später einmal als amerikanischer Gesandter nach London gehen wollte.

Eine Reihe von selbständig denkenden Lehrern wurde aus den Universitäten herausbefördert. Die meisten von ihnen lehren nunmehr an Arbeiterhochschulen, deren es im Jahre 1921 bereits 24 in Amerika gab und deren Zahl im Steigen begriffen ist (S. 236 ff.)

Was die Studenten betrifft, so gibt es nur ganz kleine Gruppen, die unter den schwierigsten Umständen sozialistische Zirkel bilden. Fast die Gesamtheit der Studenten — es bröckeln sich allerdings langsam kleine Teile ab — ist der Nachwuchs, den sich die Morgan, Rockefeller und Ford wünschen und den sie in den Universitäten züchten. Die soziale und politische Unbildung dieser Studenten ist verblüffend.

Man glaube nicht, daß das amerikanische Universitäts- und Hochschulwesen, das sich als eine Reinkultur des amerikanischen Privatkapitalismus darstellt, sich von dem Mittel- und Hochschulwesen in den europäischen kapitalistischen Staaten wesentlich unterscheidet. Der Unterschied besteht nur darin, daß in Deutschland, Frankreich, Österreich, Italien usw. die Hochschulen in der Verwaltung des Staates stehen, aber eines Staates, der das Vollzugsorgan, das gefügige Werkzeug der kapitalistischen Klasse ist. So sind hier — allerdings unter anderen Verhältnissen, weil sich hier der Kapitalismus in einer viel schlechteren und bedrängteren Lage befindet als in Amerika — dieselben Erscheinungen gegeben wie dort. Auch in Europa sind die Schulen, insbesondere die Universitäten, bürgerliche Klassenschulen, Institute des mehr oder weniger national stolzen Kapitalismus, Pflanzschulen für Reaktion, Faschismus und Arbeiterunterdrückung. Marxistische Untersuchungen über das europäische Erziehungswesen wären darum von dringendem und sehr praktischem Interesse.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

Losowski: Die russischen Verbände auf dem Amsterdamer Kongress.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 69. 17. Juni. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Die Amsterdamer Internationale und der Krieg. Von Trotzki 845

Politik.

Die Gewaltherrschaft in Jugaslawien. Von Iwanowitsch 847

Die Fälscherbande der internationalen Konterrevolution 848

Union der Sowjetrepubliken.

Brief aus Sowjetrußland. Von F. R. 848

Arbeiterbewegung.

Die russischen Verbände auf dem Kongreß der Amsterdamer Internationale. Von Losowski 849

Aus der Internationale.

Der VI. Parteitag der Kommunistischen Partei Englands. Von Murphy 850

Nachrufe.

David Ivon Jones. Von W. E. P. 852

Aufrufe.

An die Arbeiter und Bauern der Balkanländer und Italiens! 853

Buchanzeigen.

Karl Radek: „Die Taktik der Einheitsfront." 854

Die Amsterdamer Internationale und der Krieg.

Von Leo Trotzki.

** In unseren Telegrammen sehen wir Mitteilungen über die Debatten und Beschlüsse des Wiener Kongresses der Amsterdamer (reformistischen, nichtrevolutionären) Gewerkschaftsverbände in der Frage des Krieges und des Kampfes gegen ihn. Warum ist diese Frage überhaupt entstanden? Offensichtlich darum, weil die Gefahr eines neuen Krieges immer fühlbarer wird. Vor allem muß man diesen Schluß ziehen. Wenn die Amsterdamer Gewerkschaften genötigt sind, neuerdings zu den Fragen des Krieges zurückzukehren, so bedeutet dies, daß die Gefahr eines neuen blutigen Zusammenstoßes selbst von den rückständigsten werktätigen Massen immer klarer verstanden und empfunden wird.

Die Resolution über die Kriegsgefahr und über die Maßnahmen des Kampfes gegen sie ist von Jouhaux eingebracht worden, dem Generalsekretär des Generalrates der (reformistischen) Gewerkschaftsverbände Frankreichs. Damit erkennt Herr Jouhaux die Gefahr eines neuen Krieges an. Aber wir erinnern uns alle sehr gut daran, daß während des imperialistischen Krieges Herr Jouhaux tagtäglich wiederholte, daß dies der letzte Krieg sei, daß es seine Aufgabe sei, den Militarismus zu vernichten, und daß als sein Ergebnis der Triumph des internationalen demokratischen Rechtes herbeigeführt werden würde. Eben deshalb verlange Jouhaux von den französischen Arbeitern die aktive Unterstützung der französischen Bourgeoisie in dem „letzten" Kriege, der den Krieg vernichten sollte. Und jetzt, zehn Jahre nach dem Anfange und fast sechs Jahre nach dem Ende des „letzten" Krieges bringt Herr Jouhaux eine Resolution über den Kampf gegen die Gefahren neuer Kriege ein. Es hat sich also jemand geirrt, es wurde also jemand betrogen. Wer? Durch wen? Wurde Herr Jouhaux von der französischen Bourgeoisie betrogen? Oder hat Jouhaux die französischen Arbeiter im Interesse der französischen Bourgeoisie betrogen? Die Frage ist nicht nebensächlich. Bevor man mit Jouhaux über die Methoden des Kampfes gegen die Kriegsgefahr spricht, muß man diese Vorfrage lösen. Eines von beiden: Entweder hat Jouhaux im Verlaufe des imperialistischen Gemetzels die Arbeiter über den Sinn und die Folgen des Krieges bewußt betrogen — dann muß man ihn aus der Arbeiterbewegung hinauswerfen, oder aber, er wurde selbst betrogen, das heißt mit anderen Worten, er ist das Opfer seiner falschen reformistischen Politik gewesen — dann muß er allen hörbar eine Erklärung über die Unrichtigkeit seiner reformistischen Politik während des imperialistischen Krieges abgeben, bevor er das Recht hat, über die Politik der Arbeiterklasse angesichts einer neuen Gefahr zu sprechen. Dieser Alternative kann niemand entschlüpfen.

Soviel wir wissen, haben weder Herr Jouhaux noch andere Partner von ihm erklärt, noch erklären sie, daß ihre Politik bei dem größten Ereignisse der Weltgeschichte, im Weltkriege, durch und durch falsch und verderblich war. Wenn dem aber so ist, so gibt uns dies schon von vornherein das Recht, ihre jetzige Politik, darunter auch die Resolutionen des Wiener Kongresses, als eine Forderung ihrer alten Politik anzusehen. Wir wissen, daß die Gewerkschaftsverbände und die sozialdemokratischen Parteien auch vor dem imperialistischen Kriege mit der

gleichen Einmütigkeit wie der letzte Wiener Kongreß Resolutionen gegen den Krieg angenommen haben. Als jedoch der Krieg herankam, hat keine einzige der europäischen sozialdemokratischen Parteien, keine einzige der Gewerkschaftsorganisationen es vermocht noch auch selbst sich bemüht, ihn zu verhindern, im Gegenteil, fast alle haben sie sich darangemacht, der blutigen Arbeit ihrer eigenen Bourgeoisie beizustehen. Wo denn haben wir irgend eine Garantie, auch bloß den Schatten einer Hoffnung darauf, daß mit dem Eintreten eines neuen Krieges das Verhalten von Jouhaux und aller anderen Amsterdamer sich von ihrem Verhalten in den Jahren 1914 bis 1918 unterscheiden wird?

Dies ist unsere Vorfrage. Dieselben Leute, die bis zum Weltkriege auf den Kongressen Beschwörungen vorbrachten und sich nachher während der Kriegszeit als die ärgsten Chauvinisten erwiesen, beginnen jetzt in der Zwischenzeit zwischen zwei Kriegen, die Beschwörungen gegen den Militarismus von neuem zu wiederholen, um im Falle eines Krieges sich neuerdings als die getreuesten und zuverlässigsten Helfer und Diener des Militarismus zu erweisen. Ist dies etwa nicht offensichtlich, ist dies etwa nicht unbestreitbar?

Es wäre möglich gewesen, sich im wesentlichen darauf zu beschränken, wenn nicht die Menschen so leicht ihre eigene Erfahrung vergessen würden, wenn es nicht neue Generationen gäbe, die diese Erfahrungen noch nicht mitgemacht haben. Auf die Vergeßlichkeit der einen und die Unerfahrenheit der anderen rechnend, ist denn auch die ganze Politik der Amsterdamer Führer aufgebaut.

Besehen wir darum näher ihr Kampfprogramm. Dieses Programm hat einen zwiespaltigen Charakter: auf der einen Seite empfiehlt es eine Propaganda, die auf die Vernichtung der Feindseligkeit zwischen den Völkern und auf die Schaffung eines obligatorischen Schiedsgerichtes gerichtet ist, und dergleichen, das heißt es hat pazifistischen Charakter, und auf der anderen Seite hat es das Äußere eines Kampfprogrammes, das im Falle von Kriegsgefahr die Einstellung der Arbeiten auf allen Munitionsfabriken, bei den Transporten, den wirtschaftlichen Boykott, und schließlich die Erklärung des internationalen Generalstreiks empfiehlt. Über den pazifistischen Teil des Programmes braucht nicht viel gesagt werden. Natürlich wäre es eine großartige Sache, wenn es möglich wäre, ein „gerechtes" und für alle verbindliches internationales Tribunal zu schaffen. Aber jetzt hätten offensichtlich die bürgerlichen Regierungen ein solches Tribunal schaffen müssen, denn in ihren Händen befindet sich die Macht. Gerade von diesen bürgerlichen Regierungen geht aber die Kriegsgefahr aus. Dies bedeutet, daß die Frage ohnehin vom pazifistischen Programme auf das Kampfprogramm verschoben wird, und daß dadurch entschieden wird, in welchem Ausmaße und mit welchen Mitteln die Arbeiter die Bourgeoisie hindern können, ein neues internationales Ringen hervorzurufen.

Welcher Art diese Mittel sind, haben wir in Umrissen erfahren: Teilstreik (in den Munitionsfabriken, Boykott, Generalstreik). Sagen wir es sofort: diese Patentmittel von Jouhaux & Co. stellen ein Schlafpulver dar und nicht mehr.

Die Munitionsfabriken arbeiten in allen Ländern ununterbrochen. Warum soll man sie nicht sofort zum Streik aufrufen? Wenn die Amsterdamer sich ernsthaft entschlossen haben, sich einem neuen Kriege zu widersetzen, so ist, sollte man meinen, nicht einzusehen, wozu Kriegsmaterialvorräte fabriziert werden sollen. Als ein kleiner Anlauf zu den kommenden großen Heldentaten im Kampfe gegen den Krieg hätte man irgendwie mit der Aufforderung an die Arbeiter beginnen können, von der Arbeit in den Munitionsfabriken schon jetzt sofort abzulassen. Utopie, werden die Herren Amsterdamer antworten. Die Arbeiter werden eine solche Aufforderung nicht befolgen, die Regierung wird immer die notwendige Anzahl Streikbrecher finden usw. usw. Diese Einwände sind, es muß zugegeben werden, nicht ganz unbegründet. Ist es aber etwa leichter, einen Streik in den Munitionsfabriken in der Periode des eintretenden Krieges zu veranstalten als in Friedenszeiten? Man muß ein Schwätzer oder Schwindler sein, um dies zu behaupten. Den Streik in den Munitionsfabriken und anderen Kriegsunternehmungen für den Augenblick der unmittelbaren Kriegsdrohung zu predigen, bedeutet faktisch, ihn auf eine solche Stunde zu verschieben, in der er am allerwenigsten möglich sein wird. Wir erinnern uns an den Juli des Jahres 1914. Der Staat ist zu Beginn eines Krieges am mächtigsten. Er monopolisiert endgültig in seinen Händen alle Organe, Mittel und Werkzeuge für die Mobilisierung der öffentlichen Meinung, er vereinigt damit die Mittel des Terrors. Hätten wir doch im Juli 1914 den Aufruf des Herrn Jouhaux zum Streik in den Munitionsfabriken Frankreichs gehört! Aber nein, wir erinnern uns an ein ganz anderes Programm, das Jouhaux im Gefolge von Thomas entwickelte: des canons: des munitions' (Kanonen: Munition). Welcher Grund liegt vor, anzunehmen, daß zu Beginn eines neuen Krieges die Sache anders stehen wird? Es ist unstatthaft, die Hauptschwere des Kampfes gegen den Krieg auf die Gruppe der Arbeiter der militärischen Werke zu verlegen. Und ernsthaft tut dies auch keiner von den Amsterdamern. Sie glauben selbst nicht daran: soviel gesunden Sinn haben sie doch noch.

Es ist wahr, die Resolution spricht auch vom Generalstreik, wodurch sie die Verpflichtung aktiven Auftretens gegen den Krieg der ganzen Arbeiterklasse auferlegt. Es ist jedoch nicht schwer, zu zeigen, daß auch die Reden über den Generalstreik sich kaum von den Reden über den Streik in den Kriegsmaterialwerken unterscheiden. Unter Generalstreik muß man offensichtlich ein derart machtvolles Auftreten des Proletariats verstehen, das die Bourgeoisie zu hindern haben wird, ihren Willen in der wichtigsten Frage zu verwirklichen, in der Frage über Krieg und Frieden. Es wird so dargestellt, als ob das von den Amsterdamern organisierte Proletariat jeden beliebigen Augenblick imstande wäre, den Willen der Bourgeoisie zu paralysieren. Warum aber tut es dieses nicht bei Fragen geringerer Bedeutung: Verlängerung des Arbeitstages, Ansteigen der militärischen Ausgaben usw.? Woher haben die Herren Amsterdamer ihre großartige Zuversicht genommen, daß 24 Stunden, ehe sich die Bourgeoisie entschließt, die Völker von neuem in den Krieg zu schleudern, das Proletariat sich als genügend mächtig erweisen wird, um diesen Plan mit Hilfe des Generalstreiks zu paralysieren? In der Periode vor dem Kriege konzentriert die Bourgeoisie, wie schon erwähnt, ihre ganze Macht in ihren Händen. Generalstreik in einer solchen Lage bedeutet Revolution. Auf diese Weise verpflichten sich die tapferen Amsterdamer, in einem gewissen Augenblick — der nicht von ihnen, sondern von der Bourgeoisie gewählt wird — die proletarische Revolution durchzuführen. Aber dafür, sollte man meinen, ist es notwendig, die notwendigen Kräfte zu haben. Und wenn sie vorhanden sind, warum soll man die Revolution solange verschieben, bis der Krieg unmittelbar herannaht? Ist es nicht einfacher, sie rechtzeitig zu vollenden und damit die Möglichkeit eines Krieges selbst zu beseitigen?

Die Frage wird von einer anderen Seite noch schärfer beleuchtet. Die französische Allgemeine Arbeitsföderation, die von Jouhaux geleitet wird, ist eng verbunden mit der französischen Sozialistischen Partei, wie die englischen Trade-Unions mit der Partei Macdonalds verbunden sind, wie die deutschen Gewerkschaften in engster Verbindung mit der Sozialdemokratie stehen usw. Das Militärbudget, dasselbe, das unter anderem die Arbeit der Munitionsfabriken sichert, bildet den Hauptbestandteil des Budgets des Herrn Snowden, des „Arbeiter"-Ministers, der die Aufgaben des großbritannischen Imperialismus erfüllt. Auf diese Weise zwingt der englische Amsterdamer Snowden die englischen Arbeiter, Steuern für die Bedürfnisse der englischen Geschoß- und anderer Fabriken zu zahlen. Und sobald die heiße Zeit heraneilt, sobald diese Geschosse zur Verwendung gebracht werden sollen, sollen also dieselben englischen Arbeiter einen Streik in den Geschoßfabriken oder in der ganzen Industrie überhaupt veranstalten. Und so steht die Sache nicht nur in England allein. Die französische Sozialistische Partei hat beschlossen, für das Budget der Radikalen zu stimmen. Das Budget der Radikalen schließt recht radikale Ausgaben für den Militarismus in sich ein. Und Herr Jouhaux, der eine gemeinsame Politik mit den französischen Sozialisten betreibt, will zugleich die französischen Arbeiter verpflichten, einen Streik in jenem Augenblicke zu veranstalten, in dem es klar wird, daß die „radikale" Armee nicht bloß zum Zeitvertreib aufgebaut wird, sondern für eine ernste Sache, das heißt für den Krieg. Kann man sich ein niedrigeres Scharlatantum vorstellen? In Friedenszeiten werden wir für die Bourgeoisie ihr Budget eintreiben und werden als sozialistische Minister die werktätigen Massen zur Zahlung der Steuern für den Militarismus antreiben, die Kriegsmaterialwerke unterstützen, entwickeln und festigen, auf die strengste Desziplin in der bürgerlichen Armee achten und den Arbeitern den Gedanken beibringen, daß die Unterstützung des imperialistischen Staates ihre Pflicht ist . . . Aber in dem Augenblicke, in dem die Bourgeoisie, die die Sache ernst nimmt, beschließt, daß die mit Hilfe sozialistischer Minister und reformistischer Gewerkschafter geschaffene Armee zum Werke verwendet werden soll — o, in diesem Augenblicke werden wir die Arbeiter zum Generalstreik und zu allen übrigen Mitteln des Kampfes aufrufen. Diese Politik ist auf Hammel berechnet, die man zur Schlachtbank führt.

Wenn aber der Generalstreik zur Verhinderung des Krieges nach Eurer Ansicht unmöglich ist — hören wir den Überschlauen einwenden — was verbleibt dann noch? Dann ist die Arbeiterklasse gegen den Militarismus unbewaffnet!

Darauf antworteten wir: die Arbeiterklasse ist nicht gegen den Militarismus unbewaffnet, aber Ihr Amsterdamer tut alles dazu, um sie zu entwaffnen. Laßt uns beim Kleinen anfangen! Statt zum Streik in den Munitionsfabriken und noch mehr zum Generalstreik aufzurufen, beschließt, der Bourgeoisie die Budgetmittel zu verweigern, mit deren Hilfe sie ihre Munitionswerke erhält! Es hat keinen Sinn, von der vollen Unabhängigkeit der Gewerkschaftsverbände und der sozialistischen Parteien zu schwätzen, denn die Gemeinsamkeit ihrer Politik ist klar und unbestreitbar. Wenn die parlamentarischen Parteien sich weigern würden, sich einem solchen Beschlusse unterzuordnen, dann müßten die Gewerkschaften dazu aufrufen, jede Partei zu boykottieren, die direkt oder indirekt das Militärbudget im bürgerlichen Staate unterstützt. Dies würde aber wohl doch bedeuten, mit den Reformisten zu brechen, mit den Kompromißlern, also mit sich selbst? Ja, eine unlösbare Aufgabe! Man kann nicht tagtäglich den bürgerlichen Staat unterstützen, im Namen des Proletariats ein Budget gutheißen, ihm gestatten, Kräfte zu sammeln, die durch den letzten Krieg erzeugte Muskulatur spazieren zu führen und in der gleichen Zeit hinzufügen: Sobald du, Staat, aber versuchen wirst, diese Muskulatur in Tätigkeit zu setzen, dann werden wir uns gleich auf die Hinterbeine stellen. Die spitzbübische Dummheit dieser Stellungnahme ist wahrhaft ungeheuerlich!

Entscheidet aber die Abstimmung gegen das Budget an sich die Frage? Wenn die Bourgeoisie die Herrschaft des Parlaments bewahrt, so sichert sie sich doch stets ihre Mehrheit. Das bedeutet, daß sie ihr Militärbudget auch in jenem Falle haben wird, wenn die Vertreter der Arbeiter dagegen stimmen werden. Die Kriegsgefahr wird auf diese Weise noch nicht aus der Welt geschafft werden. Dies ist ganz unstrittig. Mit parlamentarischer Opposition gegen den Militarismus allein kann man die Kriegsgefahr nicht beseitigen. Es ist aber völlig klar, daß jene Arbeiterorganisationen, denen selbst für eine parlamentarische Opposition der Kampfgeist mangelt, schon ganz und gar nichts wert sind. Die Stimmenabgabe gegen das Militärbudget (und gegen jedes kapitalistische Budget überhaupt) hat einen Sinn insofern, als die Gewerkschaften und Parteien die Arbeiter zum unversöhnlichen Kampfe gegen die Herrschaft des Bürgertums nicht nur im Falle der Kriegsgefahr vereinigen, sondern auch in Friedenszeiten, das heißt in der Zeit der systematischen Vorbereitung der Kriegsgefahr. Natürlich wird die Bourgeoisie immer noch ihr Budget und ihren Militarismus haben. Aber die Gewerkschafter werden sagen: Nur verfluchte Feinde der Arbeiterklasse können für dieses Budget stimmen; in diesem Budget ist nicht nur die heutige Sklaverei verwurzelt, sondern auch der morgige Krieg; und wer von den sogenannten „Arbeiter"-Vertretern für dieses Budget stimmt, der ist ein Verräter, den man auch nicht auf Kanonenschußweite an die Arbeiterorganisationen heranlassen darf.

Die Schaffung einer politischen Stimmung dieser Art in den arbeitenden Massen ist die Schaffung der ersten elementarsten Voraussetzung für den Kampf gegen die Kriegsgefahr.

Bei dieser Voraussetzung jedoch kann es natürlich nicht sein Bewenden haben. Es ist nötig, eine Kampforganisation der Arbeiterklasse aufzubauen. Damit ein Streik in den Munitionsfabriken möglich wird, muß zuerst die Masse in diesen Fabriken zumindest in ihrer Mehrheit von Haß gegen die bürgerliche Herrschaft erfüllt sein, und zweitens muß in dieser Masse ein kräftiger geschlossener Kern sein, der fähig ist, im gegebenen Augenblicke die Masse mit sich zu reißen. Natürlich kann man sich auch unter dieser Bedingung in keiner Weise verpflichten, daß wir einen Streik gerade am Vorabende des Krieges werden durchführen können. In diesem Augenblicke ist ein Streik (das heißt die Revolution) am wenigsten wahrscheinlich. In Wirklichkeit wird entweder die Revolution mit dem Generalstreik als einem ihrer Momente aus dem Gange des Klassenkampfes erwachsen und damit den Krieg unmöglich machen, oder aber der neue Krieg wird eine Verschärfung des Klassenkampfes hervorrufen und zum Generalstreik und zur Revolution führen. Ein ernster Revolutionär kann in dieser Frage keinerlei formelle Verpflichtungen auf sich nehmen. Anders der politische Scharlatan: Er jongliert mit dem Generalstreik, dem Aufstand, dem allgemeinen Boykott, dem Krieg, wie ein Clown mit Blechtellern.

Geradezu, als wollte er bis zum Ende seine reformistische Nackheit entblößen, beschloß der Kongreß der Amsterdamer, zum 21. September einen „Tag des Protestes gegen den Krieg" zu bestimmen. Wehe dem Militarismus! Aber erlaubt! — wird sich der Leser erinnern — die Arbeiterklasse hat doch schon einen Tag des Protestes gegen den Militarismus: es ist dies der 1. Mai. Aber das ist eben das Übel, daß der 1. Mai nur einmal in soundsoviel Jahren auf einen Sonntag fällt. Um am 1. Mai gegen den Krieg zu „protestieren", muß man streiken, also in einen Konflikt mit der Bourgeoisie eintreten. Und das Kapital behindern, den Arbeiter einen Tag im Jahre auszubeuten, ist wahrhaft viel schwerer, als Generalstreiks, allgemeine Boykotts und andere Wunder für den Kriegsfall zu versprechen. Darum haben die Amsterdamer ihren Protest auf den dritten Sonntag des September verschoben. Da wird der erschreckliche Protest solche Formen annehmen, daß ihn niemand auch nur bemerkt. Sonntag ist immer Sonntag. Der endgültige Verzicht auf den Feiertag am 1. Mai ist das einzige neue Wort der Amsterdamer im Kampfe gegen die Kriegsgefahr.

Allgemeine Schlußfolgerungen aus den antimilitaristischen Beschlüssen des Kongresses der Amsterdamer Internationale: Man muß es den Arbeitermassen hartnäckiger, eindringlicher, systematischer als je klarmachen, daß die Amsterdamer sie verräterisch betrügen in der grundlegendsten, heikelsten Frage der Entwicklung der modernen Gesellschaft: in der Frage des Krieges. Die Rezepte der Amsterdamer stellen ein politisches Schlafmittel im Dienste des kapitalistischen Militarismus dar. Die Hauptgefahr des Krieges ist eben gerade in der Stellung der Amsterdamer verwurzelt. Diese Stellung zu zertrümmern, das heißt ihnen das Vertrauen der Massen zu entziehen, bedeutet, die Bourgeoisie zu entwaffnen und das Proletariat zu bewaffnen. Das ist die Arbeit, die erfüllt werden muß!

Politik

Die Gewaltherrschaft in Jugoslawien.

Von Iwanowitsch (Laibach).

** Die scheinparlamentarische Regierung Pasic-Pribicevic hat, indem sie das ihr unbequeme Parlament für beinahe ein halbes Jahr, bis zum 26. Oktober 1924, nach Hause schickte, die Maske der Demokratie endgültig fallen lassen. Die serbische Großbourgeoisie führt nun rücksichtslos ihre Diktatur auch gegen die kroatische und slowenische Bourgeoisie durch. Dies ist äußerlich auch ersichtlich aus der Ernennung der Obergespane in Kroatien und Slowenien aus der Gruppe der Dissidenten der Demokratischen Partei, der Vorläufer der zur Macht strebenden jugofaschistischen Organisation der „Orjuna", mit Svetozar Pribicevic an der Spitze.

Die Berufung des bekannten Komitenführers Wojwoda Stepanowic an den Hof — Stepanowic ist zugleich „Großčelnik" der Jugofaschisten, der sogenannten „Orjuna" (Organisation der jugoslawischen Nationalisten) — kennzeichnet den Kurs, der gesteuert wird. Zu gleicher Zeit sitzt im Ministerium Herr Pribicevic, der bekannte Chef und Finanzier der Jugofaschisten, der den verschärften Terror, die Unterdrückung der Presse- und Versammlungsfreiheit im Lande durchführt und auch vor der willkürlichsten Vergewaltigung der elementarsten Bürgerrechte nicht zurückschreckt. So wurde der Laibacher Gemeinderat durch eine Verfügung des neuen faschistischen Obergespans aufgelöst, da die Gemeinderatsmehrheit die Verordnungen des Obergespans sabotiert und die Kommunisten in den Gemeindeunternehmungen die Übermacht gewonnen hätten.

Gleichzeitig werden vom Innenministerium geheime Organisationen der sogenannten „jugoslawischen Ochranka" (nach dem Muster der zaristischen Ochrana) geschaffen. Diese sind nach dem System der Hausvertrauensmänner organisiert und unterhalten direkte Verbindungen mit der Polizei, der „Orjuna" und der Zentralleitung im Innenministerium. Diese Organisation erstreckt sich auch auf das flache Land, wo sich in jedem Dorfe ein Vertrauensmann befindet. Aufgabe dieser Organisationen ist es, über einzelne Hausbewohner, über ihre Partei- und Organisationszugehörigkeit, Stärke usw. zu berichten.

Dies sind lauter Anzeichen, daß sich die serbische Großbourgeoisie zu einem Umsturze im Staate vorbereitet. Diese Vorbereitungen sind in der Regierung Pasic-Pribicevic verkörpert, die sich auf die Offiziersorganisation „Bela Ruka" (Weiße Hand) stützt. Diese „Bela Ruka" hat die Übermacht in der Armee. Gleichzeitig stützt sich die Regierung auch auf die „Orjuna"-Organisationen, die durchweg militärisch bewaffnet sind.

Wenn diese systematische und planmäßige Organisierung durchgeführt ist, erfolgt der zweite Teil der Komödie der Pasic-Pribicevic-Regierung: die formelle Ausschreibung der Wahlen, die unter der vollsten Mobilisierung der „Orjuna"-Banden durchgeführt werden sollen.

Wenn die Wahlen trotz aller dieser Vorbereitungen nicht das erwünschte Resultat, die Parlamentsmehrheit der Pasic-Partei und der mit ihr verbundenen demokratischen Dissidenten um Pribicevic bringen, dann folgt das Signal zum dritten und letzten Akte — zum militärisch-faschistischen Umsturz, zur Errichtung der offenen militärisch-faschistischen Diktatur der serbischen Bourgeoisie.

Demgegenüber erscheint die Haltung der bedrohten kroatischen und slowenischen Oppositionsparteien nicht genügend entschlossen. Ihre Parolen gegen die serbische Hegemonie und Vidovdanverfassung sind noch immer nicht genügend klar. Sie haben das Gesetz zum Schutze des Staates mit Stillschweigen, ohne Protest aufgenommen, als es gegen die Kommunistische Partei geschaffen wurde, und waren zu kurzsichtig, um zu erkennen, daß dieses Gesetz auch geschaffen wurde, um es gegen sie selbst zur Anwendung zu bringen, wie es jetzt in der Tat auch der Fall ist. Die Opposition beschränkte sich auf platonische Erklärungen, wagte nicht einmal Versammlungen und Demonstrationen abzuhalten. Selbst anläßlich der Auseinanderjagung des Parlaments begnügte sie sich mit einem lauen Manifest, in dem nicht einmal die Massen zum aktiven Kampfe gegen die regierende Clique und gegen den aufsteigenden Jugofaschismus aufgefordert wurden.

Für die Unabhängige Arbeiterpartei Jugoslawiens bildet jetzt die Einheitsfront des Arbeiter- und Bauernblocks zum aktiven Kampf gegen die herrschende Clique und gegen den Faschismus die brennendste Aufgabe. Die letzten Ereignisse in Trifail, Ljublana und Zagreb zeigten, daß nur die Einheitsfront der Arbeiter und Bauern imstande ist, die Gewaltherrschaft der Pasic-Pribicevic-Regierung zu stürzen und daß nur die Arbeiter- und Bauernregierung fähig ist, die großen Gegensätze endgültig zu lösen, die gegenwärtig das Land zersetzen.

Die Fälscherbande der internationalen Konterrevolution an der Arbeit.

** Die „Morning Post" vom 7. Mai 1924 veröffentlichte eine vom 6. Mai datierte Korrespondenz aus Paris, in der — dem „Matin" zufolge — mitgeteilt wird, daß die Sofioter Regierung bei den bulgarischen Kommunisten irgendwelche Dokumente beschlagnahmt habe, in denen Einzelheiten enthalten seien „über die Beschlüsse des Exekutivkomitees der Dritten Internationale, die in seiner Sitzung vom 12. März d. J. gefaßt und vom Generalsekretär des Exekutivkomitees der Komintern und Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Bulgariens, Kolarow, am 25. März unter Nr. 10176 an die Berliner kommunistische Organisation gesandt worden seien". Diesen Beschlüssen zufolge seien den englischen, deutschen, französischen, amerikanischen und türkischen Organisationen große Summen angewiesen worden für die Durchführung von Streiks, Wahlen, für die kommunistische Propaganda und anderes mehr.

Natürlich gehen auch diese „Dokumente", wie alle anderen bisher „aufgefangenen", und in der bürgerlichen Presse veröffentlichten Dokumente der Komintern aus der Werkstatt der Fälscherbande der internationalen Konterrevolution hervor. Am 12. März hatte die Exekutive gar keine Sitzung, und die Nummer 10176 vom 25. März, unter der die „Beschlüsse" angeblich nach Berlin gesandt worden sind, ist eine erfundene Nummer: bis zum heutigen Tage hatte und hat die Komintern auch nicht einmal den zehnten Teil dieser Zahl von Ausgangsnummern. Es ist bemerkenswert, daß seit der Zeit, wo Bulgarien in die Hände von Generalen und Professoren geraten ist, auch die russischen Weißgardisten (die Wrangel-Leute), in ihrer Person Gönner (oder eher Agenten) gefunden haben, und daß Sofia das Zentrum geworden ist, wo die „Dokumente" der Komintern hergestellt werden. Wir haben kürzlich einige dieser Fälschungen entlarvt. Wahrscheinlich werden neue folgen. Die bulgarische Regierung teilte kürzlich mit, daß sie für ein derartiges „Dokument" 500.000 Lewa gezahlt habe. Sie hatte dieses Dokument nötig, um die „Verräterei" der Kommunistischen Partei Bulgariens zu beweisen. Wahrscheinlich werden auch andere Staaten und Gesellschaftsorganisationen anderen Länder derartige Beweise nötig haben. Und sie werden zahlen. Die ehemaligen zaristischen Ochrana-Beamten und Provokateure werden nicht ohne Arbeit bleiben.

Das „Dokument", von dem hier die Rede ist, wurde gerade zu der Zeit „aufgefangen" und veröffentlicht, als die Verhandlungen zwischen Rußland und England begannen, und als ein Teil der türkischen Presse einen Feldzug gegen die U. d. SSR. unternahm. Ist es also nicht klar, zu welchem Zweck es zusammengebraut worden ist, und warum gerade die sowjetfeindliche Presse in Frankreich und England es mit solchem Eifer veröffentlicht hat?

Moskau, 30. Mai 1924.

Das Sekretariat
des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Union der Sowjetrepubliken

Brief aus Sowjetrußland.

Moskau vor dem V. Kongreß der KI.

Von F. R.

Moskau, 11. Juni.

** Wieder sammeln sich aus aller Herren Länder die Delegierten zum Kongreß der Kommunistischen Internationale. Manche sind schon auf einem der früheren Kongresse hier gewesen, und da gibt es verschiedene Vergleiche anzustellen. Der II. Kongreß, 1920, fand inmitten der Zeit des Kriegskommunismus, noch während des Bürgerkrieges statt; der III. Kongreß, im Sommer 1921, zeigte die erste Keimform der Neuen Ökonomischen Politik, der IV. Kongreß, im Spätherbst 1922, fand zu einer Zeit statt, da der planmäßige wirtschaftliche Aufbau Sowjetrußlands erst einsetzte. Wie anders ist es jetzt, da der wirtschaftliche und kulturelle Aufbau des Landes mit regelmäßigen, festen Schritten vorwärtsmarschiert.

Die neueintreffenden Gäste stellen fest: die pünktliche Abfertigung an der Eisenbahn, die Ordnung während der Fahrt, die Sauberkeit und Organisiertheit im Hotel, und vor allem — die Fülle an Lebensmitteln, sowohl auf den Bahnhöfen während der Fahrt wie auch in der Stadt selbst. Dieser Eindruck der „Sattheit" springt ins Auge, nicht allein, wenn man das jetzige Moskau mit dem Moskau der Hungerjahre vergleicht, sondern auch im Vergleich mit den europäischen Städten.

Die Stadt hat sich in den anderthalb Jahren seit dem IV. Kongreß stark verändert. Die eigentliche Bautätigkeit der Sowjets steckt erst in den Kinderschuhen, aber geflickt und repariert wurde an allen Ecken und Enden. In allen Hauptstraßen sind die Trottoirs neu gelegt, das Straßenbild macht einen geordneten und wohlhabenden Eindruck. Der russische Bourgeois aus der Vorrevolutionszeit, der jetzt in Berlin oder Paris sitzt, würde sich gewiß darüber wundern, daß das Kopftuch der Arbeiterin, die Lederjoppe und der Kittel des Arbeitsmannes das Straßenbild beherrschen; die frühere Eleganz ist verschwunden, die Dame in echt Pariser Eleganz oder der gepflegte Gentleman ist in den Straßen Moskaus ein Mißklang, eine Verirrung.

Man kann jetzt in Moskau in den Läden alles kaufen: vom Hering bis zum Automobil. Aber von den unendlich vielen Läden in den Hauptstraßen gehört der allergrößte Teil dem Staate, den Genossenschaften, der Moskauer Kommune. Den Privathänden bleibt der Kleinhandel überlassen, die vielen Holzbuden an den Straßenecken, auf den Plätzen und Märkten, die dem Moskauer Geschäftsleben den Anstrich der Kleinbürgerlichkeit verleihen. Während die Großbetriebe, in den Händen des proletarischen Staates konzentriert, als großindustrielle Unternehmen aufgebaut werden, fällt der kleinbürgerliche Charakter zur Zeit der ursprünglichen sozialistischen Akkummulation, die jetzt Sowjetrußland erlebt, um so mehr auf.

Der Gesamteindruck ist aber: es wird ordentlich gearbeitet, und zwar wird auf neuer Grundlage gearbeitet, auf der Basis eines Kollektivismus, der die Gewähr für den kommenden Sozialismus bietet.

Der V. Weltkongreß tritt zu einer Zeit zusammen, in der die russische Revolution nicht mehr fieberhaft pulsiert, sondern frei und regelmäßig, normal atmet. Die ganze Einstellung gegen-

über der Umwelt ist anders geworden, viel mehr Ruhe und Selbstbewußtsein tritt zum Vorschein. Wenn noch im vorigen Jahre die sowjetrussische Außenpolitik vom Drange nach Anerkennung durch die kapitalistischen Großmächte diktiert war, so ist jetzt im Verhalten des letzten parteilosen Arbeiters, der letzten Arbeiter etwas enthalten von der Stimmung: „Unsere Sowjetrepublik steht fest!"

Auch noch eine andere, ganz große Veränderung ist eingetreten: Lenin ist nicht mehr da. Der Delegierte, der zu den früheren Kongressen nach Moskau kam, hoffte auf das große Erlebnis: den Meister und Lehrer zu hören. Während des IV. Kongresses war Lenin schon schwer krank, aber in der Erinnerung aller wird die kurze Rede Lenins auf dem IV. Kongreß über die Ergebnisse der fünf Jahre russischer Revolution bleiben. Die Delegierten pilgern jetzt zu dem schmucklosen Mausoleum auf dem Roten Platze, das Lenins sterbliche Hülle birgt.

Lenin ist körperlich tot, aber in tausend Dingen und Sachen lebt sein Name fort — vor allem in seinem Werke: der Kommunistischen Partei Rußlands. Wie sieht die RKP. ohne Lenin aus? Der Ausländer sucht im Gespräch mit russischen Parteigenossen die Spuren der Diskussion vergebens zu entdecken, der Diskussion, die noch vor kurzem den Leib der Partei zerfleischte. Ja, recht hat die weißgardistische Kadettenzeitung „Rjetsch" in Berlin, die kürzlich schrieb, der XIII. Parteitag der RKP. hätte die Hoffnungen, die die Emigration auf ihn gesetzt hatte, nicht gerechtfertigt. Der XIII. Parteitag bot das ungeheure Schauspiel einer riesigen Regierungspartei, die in ihrer Geschlossenheit, Einheitlichkeit und Disziplin nicht ihresgleichen in der Welt kennt. Die zweimalhunderttausend neuen Parteimitglieder des sogenannten „Leninschen Aufgebotes" zeigen das Gesicht des russischen Arbeiters (nach einem Ausdruck Sinowjews), wie er in den Revolutionsjahren entstanden ist. Worin bestehen diese Merkmale dieses russischen, in der Revolution geborenen, von der Revolution geschmiedeten und gestählten Arbeiters? Seine Triebkräfte sind: Arbeit, Aufbau, Selbstaktivität, und der übrigen Welt gegenüber — auf der Hut sein! Vielleicht macht er sich jetzt weniger aus der revolutionären Bewegung der anderen Länder und wird mit weniger Interesse, oder sagen wir Begeisterung, jeden ausländischen Delegierten empfangen, der ihm die Kunde von der kommunistischen Bewegung seines Landes bringt, wie er es in den früheren Jahren tat. Der ausländische Delegierte wird auch in Rußland viel weniger Romantik finden als die harte Schule der Revolution, an der alle Parteien lernen können. Keine kommunistischen Samstage und Sonntage mehr, dafür aber Steigerung der Arbeitsproduktivität um 10 und 20%, Erhöhung der Löhne bis zur Norm der Vorkriegszeit und über diese hinaus. Wenn früher quer über der Straße ein Plakat gezogen war mit Aufschriften wie: „Es lebe die Sowjetmacht!" oder „Nieder mit der Bourgeoisie" und ähnliche mehr, so prangen jetzt auf eben solchen Plakaten auch andere Aufschriften: „Im Baumwolltrust — 20% Rabatt" oder „Erholungsstätten für erholungsbedürftige Arbeiter" — usw.

Der V. Kongreß der KI. tritt im siebenten Jahr der Russischen Revolution, im Moskau der Nep zusammen, in der Umkreisung des Faschismus und der wachsenden Weltreaktion. Der Kongreß, der das Fazit zu ziehen und die Richtlinien vorzuzeichnen haben wird, wird auch vor den Vertretern des Weltproletariats Rechenschaft ablegen über die erste Etappe der Weltrevolution, die in diesem Lande vollzogen wurde.

Arbeiterbewegung

Die russischen Verbände auf dem Kongreß der Amsterdamer Internationale.

Von A. Losowski (Moskau).

1. Der Familienskandal bei den Amsterdamern.

** Im Amsterdamer Königreich ist schon lange nicht alles wohlbehalten, aber dieser Zustand wurde sorgsam verborgen. Geschickte und geriebene Politikanten vertuschten die inneren Gegensätze mit dehnbaren Resolutionen und antworteten auf Forderungen nach Handlungen mit prächtigen und nichtssagenden Manifesten. Die innere Leere, die Kraftlosigkeit, die Hilflosigkeit und die imperialistische Tendenz der Amsterdamer Internationale zeigten sich mit besonderer Anschaulichkeit nach der Besetzung des Ruhrgebietes. Das, was jetzt in Wien vor sich gegangen ist, ist der Schlußakkord der angesammelten Widersprüche. Aber in Wien ist etwas im höchsten Grade Wichtiges vorgefallen. Die Gewerkschaften Englands sind mit solcher Entschiedenheit und Schärfe gegen die Taktik der Amsterdamer Internationale aufgetreten, daß alle reformistischen alten Weiber von der „Taktlosigkeit" und „Grobheit" unserer englischen Genossen chokiert waren. Ihre „Taktlosigkeit" bestand darin, daß sie eine Verständigung mit den russischen Verbänden und der RGI. vorschlugen, die „Grobheit" aber bestand darin, daß sie das sagten, was sie über die jetzigen Führer der Amsterdamer Internationale denken.

Vergebens sprachen die Vertreter Frankreichs (Jouhaux), Belgiens (Mertens), Deutschlands (Graßmann) und der alte holländische Bonze Oudegeest mit Schaum im Munde gegen Moskau und gegen die Kommunisten, die englische Delegation und mit ihr zusammen die Vertreter der Transport- und Lebensmittelarbeiter blieben gegenüber den Beschwörungen der reformistischen Zauberpriester taub. Mehr noch, als der Vertreter des ADGB. Graßmann, der körperlich und seelisch einem alten preußischen Gendarm ähnlich sieht, die Fäuste schwingend, von den inneren Feinden (den Kommunisten) und den äußeren (der RGI.) sprach, da erschollen aus den Reihen der englischen Delegation an ihn gerichtete Zwischenrufe: „Wo ist denn Rosa Luxemburg? Wo ist denn Karl Liebknecht?" Graßmann, dieser vollendete Vertreter der vernagelten Gewerkschaftsbürokratie, selbst er erinnerte sich ohne Mühe in diesem Augenblicke des berühmten Bibelwortes: „Kain, wo ist dein Bruder Abel?" Um den Skandal zu vertuschen, übergab man diese wie auch alle übrigen heiklen Fragen einer Kommission; aber keine Kommission kann die mit solcher Heftigkeit zum Ausbruch gelangten Meinungsverschiedenheiten vertuschen: **Mit wem soll gegangen werden — mit den linken Arbeitern oder mit der linken Bourgeoisie?**

Um die Stärke und Tiefe der Unstimmigkeiten zu verstehen, müssen wir ein wenig zurückgreifen.

2. Aus der Naturgeschichte Amsterdams.

Die Amsterdamer Internationale ist als eine Organisation der siegreich aus dem Kriege hervorgegangenen Länder gegen die Länder der Besiegten entstanden. Die Protokolle des Gründungskongresses der Amsterdamer Internationale (Juli 1919) bieten ein sehr reiches Material über das schamlose Gehaben der Sieger. Aber die Amsterdamer Internationale hatte nicht nur den Sieg der Ententeländer zu befestigen, sondern auch den „Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen" zu bringen, gestützt auf den Vertrag von Versailles und auf das durch ihn geschaffene Internationale Arbeitsamt beim Völkerbund. Der Ententereformismus fühlte sich in jener Periode auch auf dem sozialen Schlachtfelde als Sieger. Hatte denn nicht der 13. Abschnitt des Vertrages von Versailles verkündet, daß „die Arbeit nicht eine Ware sein soll"? Der siegreiche Reformismus hatte die empörten Arbeitermassen zu zähmen und die Möglichkeit zu schaffen, so bald wie möglich zur normalen kapitalistischen Ordnung überzugehen. Die Amsterdamer Internationale erfüllte diese Aufgabe nicht der Not gehorchend, sondern dem eigenen Triebe. Während die französischen und englischen Truppen Deutschland an der Kehle hielten, übten die Amsterdamer Sachwalter der Entente einen moralischen Druck auf die deutschen und österreichischen Gewerkschaften aus und nötigten sie, das Verschulden Deutschlands anzuerkennen und für die Kriegsschäden und -verluste Entschädigungen zu leisten.

In der ersten Zeit stand an der Spitze der Amsterdamer Internationale der bekannte tollwütige Freund Gompers' und Spezialist im Streikbruch, Appleton, der zusammen mit Jouhaux und anderen würdigen Patrioten ihrer Vaterländer die Gerechtigkeit auf Erden herstellte. Aber Appleton wurde bald selbst für die englischen Trade-Unions unmöglich, und seine Stellung nahm der Held des „schwarzen Freitags", der jetzige Hüter der Unversehrtheit des britischen Imperialismus, der Kolonialminister Thomas ein. Die Politik dieses Gentleman unterschied sich recht wenig von der Politik seines Vorgängers. Er schwätzte weniger aufrichtig als Appleton, aber er brach ebenso offen Streiks wie jener.

Die internationale Arbeiterbewegung mußte indessen in den letzten Jahren unter dem Einflusse der Komintern und der Schläge des im Angriffe befindlichen Kapitals mit der Theorie und Praxis der Amsterdamer Internationale unvermeidlich in Gegensatz geraten. Besonders scharf kamen die inneren Widersprüche

nach der Besetzung des Ruhrgebietes zum Ausdruck: Die ganze Phraseologie ging sofort zum Teufel. Die Amsterdamer Internationale zeigte von neuem ihr ententereformistisches Wesen. Dies vermehrte auf der einen Seite die nationalistischen Gegensätze und auf der anderen Seite die Unzufriedenheit der Massen mit der leitenden Oberschicht. Als die ersten erhoben sich gegen die alte Politik die Transportarbeiter. Ein Ausdruck ihres Protestes war die gemeinsam mit uns organisierte internationale Konferenz der Transportarbeiter, die von der Amsterdamer Internationale abgebrochen wurde. Den Transportarbeitern folgten die Lebensmittelarbeiter, und eine solche Gährung begann auch in anderen Internationalen. Aber der unerwartete Hauptschlag kam von jener Seite, von der die Amsterdamer Internationale es am allerwenigsten erwarten konnte, von Seiten Englands. Während die Amsterdamer fröhlich dahin lebten und sich ihre englischen Kollegen zur besseren Durchführung sozialistischer Reformen Hoflivreen anzogen, ging die englische Arbeiterbewegung in ziemlich beträchtlichem Ausmaße nach links, was die Amsterdamer auf ihrem Kongreß in Wien zu fühlen bekamen. Die Amsterdamer Internationale, die die ganze Zeit die nationale Beschränktheit der rückständigsten Schichten der Arbeiterklasse zum Ausdruck gebracht hatte, wurde in den Grundlagen selbst erschüttert, denn die wichtigste Stütze und Grundfeste dieser internationalen Organisation hatte sich verschoben.

3. Die Kräfte der Amsterdamer Internationale.

Es gab eine Zeit, da sich die Amsterdamer Internationale bei jedem Anlaß feierlich auf ihre 24 Millionen Mitglieder berief, aber diese Zeit ist schon lange vorüber. Überhaupt kann man die internationale Föderation der Gewerkschaften nur mit Mühe eine Internationale nennen. In dem Berichte, den das Büro dem Wiener Kongreß (Juni 1924) vorlegte, teilt es mit, daß der Amsterdamer Internationale zum Ende des Jahres 1923 22 Organisationen mit insgesamt 16,528.072 Mitgliedern angeschlossen waren. Von diesen 22 Ländern befinden sich 19 in Europa (Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Lettland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei und Ungarn), drei befinden sich in außereuropäischen Ländern (Palästina, Kanada, Südafrika). Die erste Schlußfolgerung, die wir also zu ziehen haben, ist die, daß die Amsterdamer Internationale eine **europäische** Organisation ist. Was die Zahl 16 Millionen betrifft, so ist sie **beträchtlich übertrieben**. Deutschland wird hier mit 7,200.000 Mitgliedern eingerechnet, während es jetzt höchstens 5 Millionen Mitglieder hat. Die reformistische Arbeitskonföderation Frankreichs wird mit 750.000 Mitgliedern gezählt, hat aber höchstens 250.000 Mitglieder. In Italien werden 212.000 angeführt, es sind ihrer aber in Wirklichkeit 110.000 usw. Wenn wir also die **tatsächlichen Ziffern** nehmen, so zählt die Amsterdamer Internationale nicht mehr als 14 Millionen Mitglieder.

Aber dies ist noch nicht alles. Die Schwäche der Amsterdamer Internationale besteht darin, daß sie **innerhalb** jeder Landesorganisation bedeutende Minderheiten hat, die der RGI. zustreben. Wir können ohne Übertreibung sagen, daß wir in Deutschland, Italien, Polen ungefähr 50% der Mitglieder zählen, die politisch auf der Plattform der RGI. stehen. In England zählen unsere Anhänger bis zu 25%. Es gibt keine Organisation, die der Amsterdamer Internationale angeschlossen ist, in der wir nicht unsere Anhänger hätten. Und wenn man die notwendige Berichtigung der Amsterdamer Ziffern vornimmt, so kann man sagen, daß man zu den Reformisten jetzt in der ganzen Welt ungefähr 10 Millionen organisierter Arbeiter rechnen kann. So sieht das Heer der Amsterdamer aus, das die Reformisten als unbesiegbar hinstellen. Diese Zahlen geben davon Zeugnis, daß der internationale Reformismus **wesentlich zusammengeschrumpft** ist. Aber auch dies ist noch nicht alles. Wenn diese 10 Millionen in ihrer Gesamtheit auf dem Standpunkte des rechten Flügels stehen würden, so hätten sich die Reformisten immerhin auf eine ziemlich große Armee stützen können (vor dem Kriege zählten die Gewerkschaften in der ganzen Welt 10 Millionen Mitglieder). Aber das ist eben der Haken, daß innerhalb dieser 10 Millionen eine Opposition geführt wurde, die auf dem letzten Kongresse der Amsterdamer Internationale ihre Stärke zeigte.

4. Der linke Flügel der Amsterdamer Internationale.

Was stellt der jetzige linke Flügel der Amsterdamer Internationale dar und was ist die Plattform dieses linken Flügels? Im linken Flügel gibt es **drei** Strömungen: Die **rechte Flanke** nehmen die deutschen linken Sozialdemokraten ein, deren Arbeit wir in den Oktober-Novembertagen in Deutschland sahen und beurteilen konnten. Mit diesen Elementen bemühte sich die KPD einen Block zu schließen, aber die Ergebnisse haben sich, wie bekannt, als recht kläglich erwiesen. Im Zentrum befinden sich einige Führer von Berufsinternationalen und ein Teil der Führer der englischen Gewerkschaftsbewegung. Auf der **linken Flanke** befindet sich ein Teil der Führer der Transportarbeiter und ein Teil der linken Führer der englischen Gewerkschaftsbewegung. Hat der linke Flügel eine einheitliche Plattform? Bis jetzt gab es eine solche Plattform nicht. Es bestehen vereinzelte Elemente einer solchen Plattform (Einheitsfront mit den Kommunisten, entschiedenere internationale Politik usw.).

Der Kongreß der Amsterdamer Internationale hat gezeigt, daß im Mittelpunkte der Organisation des linken Flügels die russische Frage steht. **Die russische Frage stellt an und für sich ein ganzes Programm dar**, denn eine Verständigung mit den russischen Verbänden und also mit der RGI. ist nur auf der Grundlage eines Bruches der Koalition mit der Bourgeoisie möglich. Wir sind bereit, mit jeder beliebigen Arbeiterorganisation die Einheitsfront herzustellen, aber unter der Bedingung, daß diese Front eine **reine Arbeiterfront ist. Auf eine Front von Arbeitern und Unternehmern gehen wir nicht ein.** Daher ist es auch selbstverständlich, daß die russische Frage in einem Antwort auf eine ganze Reihe anderer Fragen gibt. Den Anhängern einer Verständigung mit den revolutionären Verbänden fällt die Beweisführung umso leichter, als wir unseren Wunsch nach einer Verständigung auf der internationalen Konferenz der Transportarbeiter bewiesen haben. Nicht nur die Linken, sondern auch die Rechten wissen, daß, wenn die Verständigung durchbrochen wurde, dies nicht unsere Schuld war. Dadurch, daß der linke Flügel mit einer solchen Plattform auftritt, vergrößert er seinen Einfluß, denn die Verständigung mit den russischen Verbänden ist unter den Arbeitern sehr populär.

Aber man darf nicht die Augen davor verschließen, daß der linke Flügel gleichartig und ideologisch noch nicht herausgebildet ist, daß es in England, dessen Vertreter so scharf gegen den rechten Flügel aufgetreten sind, noch unbekannt ist, mit wem jetzt tatsächlich die Mehrheit der Gewerkschaftsbewegung geht, mit dem rechten oder linken Flügel. Eine solche Lage heischt von Seiten des linken Flügels die größte Klarheit der vorgebrachten Losungen und der Plattform. Die Ermanglung einer Plattform in den Fragen der internationalen und der inneren Politik gibt den schwankenden, unschlüssigen Elementen die Möglichkeit, sich zeitweilig dem linken Flügel anzuschließen und ihn unerwartet wieder zu verlassen. All dies verstärkt keineswegs diesen linken Flügel, sondern schwächt ihn. Wenn die Linken in ihrer Organisation eine entscheidende Rolle spielen wollen, so müssen sie auf alle Fragen, die die internationale Arbeiterbewegung aufwühlen, eine Antwort geben. Die weitere Herausbildung des linken Flügels wird eine Vergrößerung des Risses, eine Verschärfung des ideologisch-politischen Kampfes innerhalb der Amsterdamer Internationale und ihren organisatorischen Zerfall bedeuten.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Internationale

Der VI. Parteitag der Kommunistischen Partei Englands.

Von J. T. Murphy (London).

** Der vor kurzem abgehaltene VI. Parteitag der Kommunistischen Partei Englands in Manchester war mit 73 Delegierten beschickt, die 60 Lokalorganisationen vertraten.

Eine große Anzahl von Begrüßungsschreiben, die eingegangen waren und nicht nur von ausländischen Kommunistischen Parteien, sondern auch von führenden Persönlichkeiten der englischen Arbeiterpartei und von wichtigen englischen Gewerkschaftsorganisationen kamen, zeigten, welch großes Maß von Interesse und Sympathie für die Kommunistische Partei sich innerhalb der Gewerkschaften und selbst der Führer der Arbeiterpartei entwickelt.

Von besonderer Bedeutung für den Kongreß war die Anwesenheit des Genossen Cachin von der KP. Frankreichs, der Genossin Ruth Fischer als Vertreterin der KPD. und eines Vertreters der Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Genosse Gallacher hielt zu Beginn des Kongresses eine umfassende Ansprache, in der er darauf hinwies, daß wir

in eine Periode neuer Kämpfe eintreten, die eine gefestigte und starke Kommunistische Partei erfordern.

„Die einflußreichen Führer der englischen Arbeiterpartei verfechten in einer Zeit, in der die Arbeiter imstande wären, im Kampfe beträchtliche industrielle Siege zu erkämpfen, die Sache des industriellen Friedens.

Die ‚Arbeiterregierung' regiert gegen die kämpfenden Arbeiter. Wenn die Arbeiterbewegung Englands von Zerrissenheit und Schwächung gerettet werden soll, so kann das nur durch die Kommunistische Partei geschehen. Der Politik der gegenwärtigen Führung der Labour Party, die den Burgfrieden und die Arbeitsgemeinschaft mit der englischen Bourgeoisie um jeden Preis aufrecht erhält, auch um den Preis der Preisgabe der Arbeiterinteressen, muß die Politik des Klassenkampfes entgegengesetzt werden.

Die letzten Streiks in England haben bewiesen, daß sich die Arbeiterklasse wieder erhebt. Dabei hat sich in allen Teilen des Landes der Bankrott der Gewerkschaftsbürokratie und ein wachsender Einfluß der „Bewegung der Minderheit" gezeigt, die von der Kommunistischen Partei weiter getrieben wird. Der Einfluß der Kommunistischen Partei auf die gesamte Bewegung der Arbeiterklasse wächst täglich. Auch die Auflage des Zentralorgans, der ‚Workers Weekly', nimmt ständig zu.

Der britische Kapitalismus ist bankrott, sein industrielles Monopol ist dahin. Die Arbeitslosigkeit ist gewaltig. Die Staatsschuld drückt ungeheuer. Der englische Kapitalismus taumelt auf der Suche nach neuen Märkten in einer Welt herum, in der ihr Kapitalismus überall bankrott ist. Die deutschen Arbeiter sind am Ende ihrer Geduld und bereiten sich auf neue entscheidende Kämpfe vor, um die Bourgeoisie niederzuwerfen und die Macht im Staate zu erobern.

Ein Arbeiter-Deutschland im Bündnis mit Sowjetrußland wäre eine Macht, der gegenüber die europäischen Imperialisten hoffnungslos verloren wären. Der organisierten Gewalt des Faschismus steht die Kommunistische Internationale mit eisernem Kampfeswillen gegenüber. Ihre ständig wachsende Macht ist eine furchtbare Drohung für den Kapitalismus und seine Lakaien, die Sozialdemokraten. In England wie in allen anderen Ländern arbeitet nur sie wirklich für die Beseitigung des Kapitalismus. Darum müssen die englischen Arbeiter sich auch dieser Internationale anschließen."

Es war eine ausgezeichnete Neuerung, daß verschiedene Vertreter wichtiger Parteien der Kommunistischen Internationale erschienen waren und an den Arbeiten des Kongresses aktiv teilnahmen. Diese Praxis sollte vor allem auch in der Zeit zwischen den Kongressen geübt werden. Auf diese Weise wird die Kommunistische Internationale zu einer einigen Kommunistischen Partei werden.

Nach den Begrüßungsansprachen der Genossen Cachin und Ruth Fischer gelangte die Resolution zur Annahme, in der mit Genugtuung das Ergebnis der deutschen und französischen Wahlen für die Kommunistischen Parteien festgestellt wird.

Der Delegierte der Kommunistischen Internationale gab eine Übersicht über die Lage und Kämpfe der anderen Kommunistischen Parteien und erörterte dann eingehend die Frage unserer Haltung gegenüber der britischen „Arbeiterregierung".

Er sagte unter anderem:

„In England haben es die Profitmacher und Ausbeuter gelernt, die Gewerkschaften richtig zu behandeln, indem sie sie zu Agenturen machten, die der Verbreitung ‚gesunder' Ansichten dienen. Das gleiche geschah in bezug auf die politische Arbeiterpartei: In Britannien haben sich die Arbeiterführer an der kolonialen Raubpolitik beteiligt.

Was sind die englischen ‚Arbeiterminister'? Sozialistische Minister Seiner Majestät des Königs, imperialistische Minister, die den Ruhm und die Methoden des britischen Imperiums verkünden, Minister, die das Einvernehmen zwischen Kapital und Arbeit predigen.

Vor Macdonald gab es die Scheidemann-Noske-Regierung zur Abschlachtung der deutschen Arbeiterklasse. Es gab die ‚Arbeiterregierung' in Australien, die im Jahre 1916 auf einem Kongreß der australischen Arbeiterpartei getadelt wurde, weil sie sich geweigert hat, den ersten Punkt des Programms der Arbeiterpartei, die Beseitigung des Oberhauses, durchzuführen."

Aus all dem ist zu folgern: die britische Arbeiterschaft darf nicht wieder verraten werden.

Es gibt nur einen Weg: Kampf um die Macht der Arbeiterklasse.

Die englische Partei, so klein sie ist, muß darum die sofortige Schaffung von Betriebsgruppen in Angriff nehmen und alle Werktätigen zu aktivem Kampf aufrufen."

Genosse Pollit sprach über die Frage des Kampfes der oppositionellen Minderheiten und sagte, daß diese Bewegung eine Frucht des Widerstandes der Arbeiter gegen die Unternehmerangriffe im Laufe des letzten Jahres war. Von der Erhebung der Dockarbeiter an bis zum Streik von Southampton in diesem Jahre zeigt sich die Wichtigkeit der Minderheitsbewegungen, die es anzuspornen und zu entwickeln gilt. Desgleichen ist die Unzufriedenheit in der Arbeiterpartei über die Fehler und Methoden der „Arbeiterregierung" entsprechend zu nähren und auszuwerten. Eine vom Redner zu dieser Frage vorgelegte Resolution besagt unter anderem:

„... Eine wachsende Oppositionsbewegung breitet sich in den führenden Gewerkschaften und in der Arbeiterpartei aus. Diese Bewegung ist der erste Ausdruck dessen, daß aus der Arbeiterschaft selbständig bestimmte Fragen und Forderungen an die am Ruder befindliche Führerschaft gestellt werden.

Die Kommunistische Partei wird alles tun, was in ihrer Kraft steht, um den oppositionellen Minderheiten in ihren Kämpfen beizustehen.

Die Kommunistische Partei erklärt indessen ohne Zögern allen Arbeitern, daß die verschiedenen Bewegungen der Minderheiten ihre volle Kraft solange nicht entfalten können, als sie nach Sektionen zerrissen, also begrenzte Teilbewegungen nach Form und Art bleiben. Die mannigfachen Ströme der nicht entwickelten Kräfte der Arbeiter müssen in einer geschlossenen, machtvollen Massenbewegung vereinigt werden ....

Die oppositionellen Bewegungen werden nur unter der Führerschaft einer machtvollen Kommunistischen Partei vorwärts gehen können. Aus den Kämpfen der oppositionellen Bewegungen von heute wird die Kommunistische Partei von morgen geschmiedet werden.

Die Kommunistische Partei wird, wenn sie auch innerhalb der Minderheiten tätig sein wird, ihre selbständige Existenz und ihre Agitations- und Propagandafreiheit unter keinen Umständen preisgeben. Dadurch wird sie immer mehr Arbeiter für die Partei gewinnen und die Arbeiterklasse auf das eigentliche Problem vorbereiten, das vor ihr steht: auf die Eroberung der Macht."

Genosse Bell referierte über die Macdonald-Regierung und die Stellung der KP. Englands zu ihr:

„Manche sagten, daß die Arbeiterpartei-Regierung dank der Spaltungen innerhalb der bürgerlichen Parteien im Amt ist. Aber wenn die Arbeiterregierung in irgend einer Richtung revolutionär gewesen wäre, wenn sie Maßnahmen der Konfiskation vorgeschlagen, wenn sie nicht dem Kapitalismus von vornherein Bürgschaften gegeben hätte, sie wäre nicht zu Amt und Würden gelangt, die Spaltungen in den kapitalistischen Parteien wären beendet gewesen.

Die britischen Bourgeois sind die schlauesten auf der Welt. Sie haben ihr Spiel mit List gewonnen: Sie haben den Groll der Arbeiterklasse gegen die andauernde Kapitaloffensive dadurch besänftigt, daß sie die ‚Arbeiterregierung' bestellt haben.

Es ist Aufgabe dieses Kongresses, den Arbeitermassen deutlicher als bisher den Unterschied zwischen der Politik der Arbeiterparteiführer und der Kommunistischen Partei klarzumachen.

Die Arbeiterparteiführer gehen Hand in Hand mit der Bourgeoisie. Aber die Arbeitermassen müssen sich doch klarmachen, daß, wenn ihre Führer irgend ein Amt annehmen, sie dies als ihre Vertreter, als Vertreter der Organisationen der Arbeiterklasse tun.

Die Arbeiterpartei wurde auf dem Weg, den sie Macdonald und die Seinen geführt haben, in eine liberale Partei umgewandelt.

Im gegenwärtigen Augenblick wird alle Macht des kapitalistischen Staates, alle Macht des britischen Imperiums zur Unterdrückung der indischen Arbeiter gebraucht.

Im Namen der Bewegung der organisierten Arbeiterklasse in diesem Land weisen wir diese Methode auf schärfste zurück.

Ein Mitglied der Arbeiterparteiregierung verteidigt den Prozeß gegen Gen. Roy und die anderen indischen revolutionären Arbeiterführer, weil ihre Politik ‚darauf berechnet sei, die Massen Indiens von ihrer Botmäßigkeit gegenüber Seiner Maje-

stät dem König abwendig zu machen'. Wahrlich, ein Zeichen der Korruptheit in der offiziellen Arbeiterparteiführung!

Unsere Politik der Einheitsfront ist keine Politik des Bündnisses mit der Arbeiterpartei. Es kann gar nicht fraglich sein, daß wir die Arbeiterführer nicht kritisieren. Wo immer Verrat ist, zeigen wir ihn auf.

Die ‚Einheitsfront' besteht nicht darin, eine Kleinigkeit nach der andern für die Arbeiter zu erreichen. Diese Auffassung von ihr ist sozialreformistisch und opportunistisch.

Unser Hauptziel besteht darin, die Massen zur Aktion zu bringen. Wir streben darnach, die Arbeiterbewegung bis zum Kampf um die Macht weiterzutreiben."

In der über die Ausführungen des Genossen Bell sich anschließenden, sehr lebhaften Diskussion erfolgte kein Widerspruch gegen die Rede.

Eine zu dieser Frage von dem Referenten vorgelegte Resolution, in der die Ergebnisse der politischen Diskussion in bezug auf die sogenannte Arbeiterregierung und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Großbritanniens zusammengefaßt werden, geht in ihrer Auffassung von der neu aufsteigenden Welle der englischen Arbeiterbewegung aus. Hierauf wird die Fortdauer der parlamentarischen Illusionen der überwiegenden Massen der englischen Arbeiter festgestellt, die auf die allmähliche Entwicklung und friedliche Reformen vertrauen. „Und diese ihre Illusionen werden von der kapitalistischen Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Macht geschickt ausgenützt; die kapitalistische Klasse wird dabei durch die sogenannte Arbeiterregierung direkt unterstützt."

Im Anschluß daran wird dargestellt, daß auch eine parlamentarische Majorität das Verhältnis von Ausbeutung und Arbeit nicht beseitigt, da die Kapitalisten im Besitz der Produktionsmittel und der Staatsmaschinerie sind. „Im entscheidenden Moment wird diese ganze Maschinerie — Armee, Polizei, technische Experten und Presse — gegen die Arbeiterschaft mobilisiert. . . . Der Entscheidungskampf kann nur außerhalb des Parlaments ausgefochten werden."

Dies beweist die Geschichte, speziell auch die Geschichte Großbritanniens in den letzten Jahren, was an Irland, Indien, Ägypten usw., näher erläutert wird.

„Um die Arbeiterschaft einzulullen, hat die Bourgeoisie die sogenannte Arbeiterregierung zugelassen, die den Glauben erweckt, als hätte sie die tatsächliche Macht in der Hand, während sie nur der Schatten eines Schatten ist.

Und bei dieser teuflischen Kategorie der kapitalistischen Klasse spielen die gegenwärtigen Führer der Arbeiterpartei, die sich in der royalen und loyalen Arbeiterregierung Seiner Majestät des Königs Georg gruppieren, eine aktive Rolle als gefügiges Werkzeug und Komplizen der Ausbeuter. Eine wahre Arbeiterregierung muß über die Ausbeuter hinweg die Diktatur des Proletariats verwirklichen, gestützt nicht auf das Parlament, sondern die Massenorganisationen der Arbeiter."

Dies wird konkret an der britischen Politik in England selbst und im Bereich des ganzen britischen Imperiums aufgezeigt:

„Die KPE. hegt hier keinerlei Illusionen. . . . Sie warnt die werktätigen Massen besonders vor dem verderblichen Einfluß der Mittelstandsideologie, die von der ILP., der ‚Unabhängigen Arbeiterpartei' verbreitet wird.

Die KP. wird sich weiterhin anstrengen, die Arbeiterregierung zu zwingen, die Interessen der arbeitenden Massen zu fördern. Sie wird jede Handlung der Arbeiterregierung, durch die die die Interessen der arbeitenden Klasse verraten werden, kritisieren, angreifen und bloßstellen.

Die KP. wird sich nicht mit einem Friedensprogramm, mit Reden und dergleichen begnügen, um der Arbeiterschaft die Augen über die Arbeiterregierung zu öffnen.

Sie wird die Massen selbst dazu bringen, einen bestimmten und unbarmherzigen Druck auf die Arbeiterregierung auszuüben und von ihr zu verlangen, daß sie ihre Versprechungen erfüllt und den Interessen der Arbeiterklasse dient. Die KP. wird durch Massendemonstrationen und Aufmärsche, durch Herbeiführung von Beschlüssen in Fabriken und Gewerkschaftsbranchen, durch Organisierung der Wohnungslosen und der Arbeitslosen, durch Führung von Deputationen zu lokalen und nationalen Autoritäten, durch beharrlichen und furchtlosem Kampf auf jedem Gebiete des Lebens der Arbeiterklasse, den Massen im täglichen Lebenskampfe beweisen, daß die Aufgabe ihrer Befreiung nur von ihr allein gelöst werden kann und ihre sogenannten Führer in der Arbeiterregierung diese Aufgabe weder erfüllen wollen noch können werden."

* * *

Auf dem Kongreß wurden noch verschiedene andere Fragen, wie die irische Frage (auch einer in Irland zu schaffenden Kommunistischen Partei), besprochen.

Großes Aufsehen erregte ein Zwischenfall, der ein bezeichnendes Licht auf die Arbeiterregierung und ihren Innenminister Henderson wirft. In die Verantwortlichkeitssphäre Hendersons fällt die Hetzjagd, die von Polizeiagenten auf bestimmte ausländische Kommunisten veranstaltet wurde. Dabei war die Tölpelhaftigkeit, mit der diese Herrschaften zu Werke gingen, geradezu komisch. So ließen sie die Genossin, auf die sie es abgesehen hatten, entweichen, verhafteten anstatt ihrer eine andere, die sie sehr übel behandelten.

Der Kongreß endete in guter Arbeits- und Kampfesstimmung. Ein klarer und entschiedener Kurs wurde eingeschlagen. Die Vorschläge der Exekutive sind durchgedrungen. Das nächste, was es zu tun gibt, ist die Organisierung der Betriebsgruppen, um, auf sie gestützt, die Kampagne gegen die „Arbeiterregierung" auf breiter Basis und verschärft fortzuführen.

Nachrufe

David Ivon Jones.

Von W. E. P.

** Jones, der jetzt in einem Sanatorium in der Krim starb, war für alle, die mit ihm in Berührung kamen, eine Genosse von unschätzbarem Werte. Er war eine der hervorragendsten Seltenheiten in der modernen angelsächsischen revolutionären Bewegung und eine ihrer Hauptfesten durch seine Beiträge zu ihrer Literatur, namentlich während der letzten zwei Jahre.

In einem kleinen Dorfe in Wales von Arbeitereltern geboren, reihte er sich schon im Alter von 13 Jahren in die Arbeiterbataillone. Als Knabe arbeitete er in vielen Berufen, bis er schließlich Handlungsgehilfe wurde. Im Alter von 19 Jahren (1902) ging er nach Neu-Seeland. Während seines vierjährigen Aufenthaltes in Neu-Seeland arbeitete er als landwirtschaftlicher Arbeiter im Buschland von Otago auf der Südlichen Insel.

Immer befand er sich auf der Suche nach der Erfüllung seines Ideals: seine Kräfte dem Befreiungskampfe des Proletariats zur Verfügung stellen zu können. In Neu-Seeland fand er nicht, was er suchte, und so kam er 1906 nach Südafrika.

In Johannesburg, der „Goldenen Stadt", in ihren Bergwerken, schloß er sich dem Kampfe der Arbeiterklasse gegen ihre Unterdrücker an.

Er wurde Mitglied der jungen Labor Party und studierte von dieser Zeit an beharrlich die revolutionäre Bewegung. Er wurde bald in ganz Südafrika als Marxist bekannt, und in den darauf folgenden Jahren hatte er manche Gelegenheit, seiner Klasse mit seinem erworbenen Wissen zur Seite zu stehen. In den ersten Jahren, die er in Südafrika verbrachte, widmete Genosse Jones seine Tätigkeit den Gewerkschaften, in denen das Proletariat Johannesburgs zusammengefaßt war, das gegen die dem Lande nach Beendigung des südafrikanischen Krieges (1902) aufgezwungene britische Herrschaft kämpfte. In diesen Jahren sah er die Spaltung zwischen den weißen Arbeitern infolge des nationalen Hasses zwischen Engländern und Holländern und den Antagonismus zwischen den gesamten weißen Arbeitern und den farbigen Eingeborenen, die um sie herum in den Gruben und in den verschiedenen Betrieben arbeiteten. Im Jahre 1912 und dann wieder 1913 fanden sehr ernste Kämpfe zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten statt, bei denen bewaffnete Kräfte eingesetzt wurden, um die Arbeiter durch Erschießen und Deportierung vieler ihrer Führer wieder zum Gehorsam zu zwingen. Genosse Jones spielte in den Kämpfen eine führende Rolle, durch die die kapitalistischen Behörden auf ihn aufmerksam gemacht wurden.

Später machte es sich Genosse Jones zur Aufgabe, das Eingeborenenproblem zu studieren. Dieses Studium war für ihn in den späteren Jahren von sehr großem Nutzen, da er 1914 zum Generalsekretär der Labor Party gewählt wurde. Während dieser

Periode stand er in enger Verbindung mit dem Genossen Andrews, dem Präsidenten der gleichen Partei. Bei Ausbruch des europäischen Krieges nahm Genosse Jones energisch gegen ihn Stellung und konnte zusammen mit dem Genossen Andrews die Imperialisten der Arbeiterbewegung in den ersten 1½ Jahren in Schach halten; in der zweiten Hälfte von 1915 wurden aber Jones und Andrews von diesen Imperialisten gezwungen, von der Führung der Labor Party zurückzutreten. Hierdurch entstand eine Spaltung der Labor Party.

Sie schufen nun zusammen die als „International Socialist League" bekannte Organisation mit dem Presseorgan „The International". Jones wurde Redakteur, und die neue Organisation setzte ihre Tätigkeit während der gesamten Kriegszeit fort. Das war die wirkliche Feuertaufe des Genossen Jones, da während des Krieges jedermann, der sein Wort oder seine Feder gegen den Krieg richtete, als Verräter an seinem Lande betrachtet und als geächtet behandelt wurde. Kein einzigesmal während dieser schweren Zeit hat Jones in seinem revolutionären Eifer und in seiner Entschlossenheit nachgegeben. Während dieser Jahre zog er sich die Krankheit zu, die schließlich noch in niedrigem Alter seinen Tod herbeiführte.

Als 1917 nach Stockholm eine Konferenz zur Bildung einer neuen Internationale einberufen wurde, war die Südafrikanische Sozialistische Liga, und zwar hauptsächlich infolge des Einflusses von Jones und Andrews, eine der wenigen Organisationen, die der Einladung Folge leisteten. Als die Kommunistische Internationale 1919 gebildet wurde, zögerte Genosse Jones keinen Augenblick mit seiner Stellungnahme und betrieb mit Nachdruck den Anschluß der südafrikanischen Arbeiter an die revolutionäre Internationale.

Am 16. Oktober 1920 reiste Jones aus Durban nach Europa, um als Delegierter zum III. Kongreß der Kommunistischen Internationale nach Rußland zu gehen. Im Mai 1921 traf er in Moskau ein.

Seither blieb er in Rußland und studierte internationale Fragen und die Anwendung der Taktik der KI. Das Ergebnis dieses Studiums sehen wir in zahlreichen Artikeln, die er für die anglosächsische Presse schrieb, nebst vielen Übersetzungen über russische Fragen und namentlich über Fragen der KP. Rußlands, die von ungeheurem Werte für die Genossen in den anderen Ländern waren.

Er schonte sich nie und stand stets auf seinem Posten. Er wollte nicht glauben, daß er ernstlich krank sei, und trotz allen ärztlichen Ratschläge, auszuruhen, konnte er das nicht über sich bringen. In den letzten wenigen Wochen seiner Krankheit, als er begriff, daß seine Tage nunmehr gezählt seien, war das einzige, was er bedauerte, daß er seine Aufgabe nicht vollbracht habe. Gleichzeitig dankte er den russischen Arbeitern und Bauern für alles, was sie während seiner Krankheit für ihn getan haben.

Genosse Jones hat der Sache, für die er lebte und starb, große Dienste geleistet. Unter seinen Schriften wird seine Broschüre über den Kommunismus in Südafrika ein bleibendes Werk sein; es wird denen, die an den Problemen der Arbeiterklasse in Südafrika ein Interesse haben, bedeutende Hilfe gewähren.

Schwer wird sein Platz unter uns auszufüllen sein. Sein Leben und sein Wirken wird daher für die Zurückgebliebenen einen Ansporn bilden, mit verhundertfachter Energie die Arbeit fortzusetzen, um die Lücke auszufüllen, die sein Tod in den Reihen der anglosächsischen Kommunisten gerissen hat. Sein Werk wird fortgesetzt werden bis zu dem Tage, da es in der Gesellschaft keine Klassen mehr geben und der Kommunismus überall in der Welt herrschen wird.

Aufrufe

An die Arbeiter und Bauern der Balkanländer und Italiens.

An die werkätige Bevölkerung Albaniens.

Arbeiter und Bauern des Balkans und Italiens!

** Ein mächtiger Aufstand ist in einem der Balkanländer, in Albanien ausgebrochen. Mit der Waffe in der Hand bemächtigten sich die Aufständischen einer Stadt und einer Ortschaft nach der anderen und es besteht die Aussicht, daß sie den vollen Sieg erringen werden. Man kann damit rechnen, daß ganz Albanien in ihre Hände fallen wird.

Trotz der kärglichen Nachrichten, die aus Albanien zu uns dringen, erscheint der Aufstand als eine allgemeine Volksbewegung. Dieser Grundzug der Bewegung verleiht diesem Ereignisse eine außerordentlich große Bedeutung. Dabei haben die Aufständischen auf ihre Fahne anziehungsvolle Losungen geschrieben.

Diese Bewegung erklärt sich für die Abschaffung des mittelalterlichen Feudalismus in Albanien, für die Zerschlagung der wirtschaftlichen Allmacht der Großbeys, für die Beschlagnahme der großen Landgüter und für die Verteilung des Bodens an die landlosen Massen.

Die Bewegung erklärt sich auch für die Niederwerfung der politischen Reaktion, deren Träger die Beys sind, für die Einführung der politischen Freiheiten für das gesamte albanische Volk und für die Erhaltung der Unabhängigkeit Albaniens gegenüber den imperialistischen Bestrebungen Italiens, Jugoslawiens und Griechenlands.

Man weiß noch nicht genau, welche die versteckten Triebkräfte des in Albanien ausgebrochenen Bürgerkrieges sind und inwieweit die Führer des Aufstandes die aufgestellten Losungen verwirklichen wollen werden. Trotzdem sollen gewisse Tatsachen schon jetzt zur Kenntnis der bewußten Arbeiter und Bauern in allen Balkanländern und in ganz Italien gebracht werden.

Es ist offensichtlich, daß der italienische Imperialismus versuchen wird, den Bürgerkrieg auszunützen, um sich durch Albanien auf der Balkanhalbinsel zu befestigen. Ebenso werden auch Jugoslawien und Griechenland ihrerseits versuchen, den Aufstand zu benützen, um ihre annexionistischen Bestrebungen in Albanien durchzusetzen. Dies bildet aber eine riesige Gefahr sowohl für die Balkanländer wie auch für die Werktätigen Italiens.

Darum richten wir an die Arbeiter und Bauern des Balkans und Italiens unseren ersten Appell vor allem gegen jede offene oder verkappte Intervention in Albanien seitens Italiens, Jugoslawiens oder Griechenlands. Die Arbeiter und Bauern dieser Länder müssen entschlossen gegen jede Intervention in allen albanischen Angelegenheiten, in welcher Form immer, auftreten. Sie müssen entschlossen gegen jede Bestrebung Italiens, sich auf der Balkanhalbinsel festzusetzen, sowie gegen jeden Versuch Jugoslawiens und Griechenlands, albanisches Territorium zu annektieren, Stellung nehmen. Noch mehr, die Arbeiter und Bauern des Balkans und Italiens müssen entschlossen die Rückerstattung des dem albanischen Volke geraubten Territoriums fordern.

Arbeiter und Bauern Albaniens!

Der Aufstand wird triumphieren. Ihr müßt aber dafür sorgen, daß er nicht gegen Eure Ziele und Interessen mißbraucht wird. Sorgt dafür, daß Euer für die Freiheit geopfertes Blut nicht zu Eurer Unterdrückung benützt wird. Sorgt dafür, daß Ihr nicht den verkappten inneren reaktionären Kräften sowie den imperialistischen Bestrebungen Italiens oder der anderen Staaten, die Euer Land in eine Kolonie verwandeln wollen, zum Opfer fallt! Sorgt dafür, daß Euere Ketten Euch nicht auch weiterhin und vielleicht noch stärker fesseln. Gerade jetzt müßt Ihr mit allen Kräften kämpfen, um Eure sozialen und politischen Errungenschaften zu sichern, denn sonst könnt Ihr betrogen werden; dann wird aber Euer Kampf doppelt so schwer sein.

Arbeiter und Bauern aller Balkanländer und Italiens!

Die Gewähr der Unabhängigkeit und des Fortschrittes aller Balkanvölker, die Gewähr, daß die italienischen werktätigen Massen nicht in blutige Balkanabenteuer des italienischen Imperialismus hineingezogen werden, ist die Schaffung der Föderation aller Balkanländer durch die Errichtung von Arbeiter- und Bauernregierungen in allen Balkanstaaten und deren Vereinigung in einen mächtigen Bund, in dem die Balkanvölker ihre volle nationale Freiheit und ihre volle Unabhängigkeit gegenüber den großen und kleinen imperialistischen Staaten genießen werden.

Arbeitet fest und entschlossen für die Schaffung von Arbeiter- und Bauernregierungen, für die Vereinigung der Balkanländer in eine Balkanföderation, wenn Ihr wollt, daß Eure Kämpfe mit wirklichem und dauerndem Erfolg enden!

Nieder mit dem Imperialismus!
Nieder mit der Reaktion!
Es lebe das freie Albanien!
Es lebe die Föderative Balkanrepublik!

Das Präsidium der Kommunistischen Balkanföderation.
Kommunistische Partei Italiens.

Buchanzeigen

Karl Radek: „Die Taktik der Einheitsfront.“*)

Moskau, 15. Juni 1924.

** In diesem Bande sind die Artikel und Reden gesammelt, die sich auf die Periode der Anwendung der Taktik der Einheitsfront durch die Komintern beziehen.

Diese Taktik ist zum ersten Male auf meinen Antrag hin von der deutschen Kommunistischen Partei im Januar 1921 in dem bekannten „Offenen Brief“ angewandt worden, in dem die KPD. angesichts der herannahenden Welle von Streiks und Aussperrungen beiden Sozialdemokratischen Parteien, dem ADGB. und der linkskommunistischen Partei (der sogenannten Kommunistischen Arbeiterpartei), ein gemeinsames Auftreten vorschlug. Es wird für die Leser nicht uninteressant sein, zu hören, unter welchen Umständen der Gedanke dieser taktischen Schwenkung entstand. Als ich im Herbst 1920 zur Teilnahme an der Vorbereitung des Vereinigungsparteitages des Spartakusbundes mit den Linksunabhängigen eintraf, stieß ich auf zwei Tatsachen: 1. Deutschland wurde überflutet von der Welle der kapitalistischen Offensive; 2. durch den Übergang der Linksunabhängigen ins Lager des Kommunismus war die Arbeiterschicht, die auf Grund der Erfahrungen von 1918 bis 1919 und 1920 sich auf den Standpunkt der Diktatur des Proletariats gestellt hatte, vorläufig erschöpft. Bei den Gesprächen mit Parteifunktionären stelite es sich heraus, daß die erfolgreiche Offensive des Kapitals den Gedanken an den Kampf um die Macht und für den Sozialismus in den Arbeitermassen zurückgedrängt hatte, daß man durch Propaganda und Agitation für die kommunistischen Ideen unter den vorliegenden Umständen nur sehr unbedeutende Arbeiterschichten erobern konnte und daß unser agitatorisches Herangehen an die Arbeitermassen durch den Umstand sehr erschwert wurde, daß die Spaltung der Unabhängigen in den rückständigen Arbeitermassen das Gefühl hervorrief, daß das Proletariat sich atomisiere und in Gruppen zerspalte, während die Kapitalisten sich gleichzeitig gegen das Proletariat zusammenschließen. Es war klar, daß man in den Augen der Massen feststellen mußte, wer für die Spaltung verantwortlich war. Wir Kommunisten, die wir die Arbeitermassen den Händen der Sozialdemokratie entreißen, sind im historischen Sinne nicht die Träger der Spaltung, sondern die Vereiniger des Proletariats, denn nur das unter dem Banner des Kommunismus vereinigte Proletariat ist imstande, wirklich für seine Interessen zu kämpfen. Die Sozialdemokraten, die das Proletariat mit der Bourgeoisie verbinden, vernichten nicht nur seine Kampffähigkeit, sondern spalten es auch, denn der Versuch, das Proletariat der Bourgeoisie zu unterwerfen, muß den entschiedenen Widerstand seiner vorgeschrittensten Teile hervorrufen. Das mußte den Massen an der Hand von Tatsachen gezeigt werden, und zwar nicht von Tatsachen aus der Vergangenheit, sondern von neuen Tatsachen, die sich vor den Augen der Massen entwickeln. Man mußte die Sozialdemokratie fragen: Es steht ein Streik der Eisenbahner und Postbeamten bevor, die Teuerung steigt, willst du Hand in Hand mit den Kommunisten kämpfen oder nicht? Eine ablehnende Antwort der Sozialdemokratie mußte den Massen sagen: die Sozialdemokratie kämpft nicht nur nicht für den Sturz der Bourgeoisie, sondern auch nicht einmal um ein Stück Brot für den Arbeiter. Sie spaltet die Massen, um diese mit Haut und Haar der Bourgeoisie auszuliefern. Eine ablehnende Antwort der Sozialdemokratie eröffnete einen neuen Weg zu den Massen, die im damaligen Augenblick von der Diktatur des Proletariats nichts hören wollten. Dann hätte die Frage gestellt werden können, warum die Sozialdemokratie die Einheitsfront im Kampf für die nächsten Ziele der Arbeiterklasse, die Einheitsfront zum Schutz der Interessen des Proletariats ablehnt. Die Antwort auf diese Frage hätte es ermöglicht, vor den Massen die Verbindung aufzudecken zwischen der Verteidigung der nächsten Interessen des Proletariats gegen den Vorstoß des Kapitals und dem Übergang zum kommunistischen Kampf um die Macht. Aber welche Lage wäre entstanden, falls die Sozialdemokraten zum gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten bereit gewesen wären? Dieser gemeinsame Kampf hätte das Selbstgefühl der Arbeitermassen gestärkt und sie wären nicht im Rahmen der Verteidigung geblieben. Die gemeinsame Verteidigung hätte den Boden für den Angriff geschaffen. Die Mehrzahl der Führer der Sozialdemokratie hätte versucht, den Kampf im Rahmen der Verteidigung festzuhalten oder sie hätte diesen Kampf einfach verraten. Dann hätten sich die in gemeinsamen Aktionen zusammengeschlossenen Massen leichter zum Bruch mit der Sozialdemokratie entschlossen.

Meine von diesen Voraussetzungen ausgehenden Vorschläge stießen in der Zentrale der KPD. auf Widerstand seitens einer Anzahl von Genossen, die von der Unabhängigen Sozialdemokratie zu uns gekommen waren. Da sie erst eben mit ihr gebrochen hatten, konnten sie nicht begreifen, wie man sich jetzt mit dem Vorschlag gemeinsamer Aktionen an sie wenden konnte. Aber ich wurde von der Bezirksvertreterkonferenz unterstützt, in der die Delegierten erklärten, daß sie in den letzten Wochen schon selbst zu einer solchen Taktik gekommen seien. Der Schritt der Zentrale der KPD. rief ein wütendes Geheul beider Sozialdemokratischer Parteien hervor, wodurch bewiesen wurde, daß die vorgeschlagene Taktik, die weit davon entfernt war, uns der Sozialdemokratie anzunähern, von deren Führern als höchst gefährlicher Schritt der Kommunisten bewertet wurde, der die sozialdemokratischen Massen der Kommunistischen Partei annähern müsse. Trotz dieser Erfahrung stieß die von mir vorgeschlagene Taktik auf Ablehnung seitens einer Anzahl höchst verantwortlicher Genossen im Exekutivkomitee der Komintern. Mitte Februar 1921 wollten diese Genossen diese Taktik desavouieren und nur durch die persönliche Einmischung des Genossen Lenin wurde dies verhindert. Da aber kein Beschluß des Exekutivkomitees der Komintern erfolgte und da Nachrichten über das feindselige Verhalten zu der neuen taktischen Etappe durchsickerten, wurde das Vertrauen der deutschen Zentrale zur neugewählten Linie erschüttert. Die Partei blieb ohne klare taktische Linie und ließ sich daher im März 1921 so leicht aus der Bahn schleudern. Auf dem III. Kongreß der Komintern, der die Losung aufstellte: „Heran an die Massen“, und den Parteien die Aufgabe stellte, vor dem Übergang zum Kampf um die Macht die Mehrheit der Arbeitermassen zu erobern, wurde auf das Drängen des Genossen Lenin in den taktischen Leitsätzen auf den Offenen Brief der KPD. hingewiesen, als auf ein Beispiel der Taktik, die infolge der veränderten Lage notwendig geworden war. Aber der III. Kongreß, der mit der Liquidierung der taktischen Fehler beschäftigt war, die zur Märzoffensive in Deutschland geführt hatten, und ähnliche Aktionen in einer ganzen Anzahl von Ländern hervorzurufen drohten, hat die Fragen der Taktik der proletarischen Einheitsfront noch nicht genau ausgearbeitet. Die mit dieser Taktik verbundenen Teilforderungen der Übergangszeit stießen noch auf gewaltsamen Widerstand seitens dieser Genossen, die nur ungern auf die Taktik der Einheitsfront eingegangen waren. Die Leitsätze des Erweiterten Plenums im Januar 1922, die sich fest auf den Boden der Taktik der Einheitsfront stellten, ließen noch eine ganze Anzahl von Fragen offen. Es schien, daß diese Fragen vom IV. Kongreß, der im Herbst 1922 stattfand, in seinen Leitsätzen über die Arbeiterregierung beigelegt worden seien. Aber die weitere Erfahrung bewies, daß das eine Illusion war.

Die Mehrheit der Führer der jungen Kommunistischen Parteien eignet sich die Taktik der Einheitsfront nur mit großer Mühe an. Der Grund hierfür liegt in der Jugend unserer Kommunistischen Parteien und in der unerhörten Kompliziertheit der Umstände, unter denen sie arbeiten müssen. Was ist die Voraussetzung für die Taktik der Einheitsfront? Sie ist die Taktik der kommunistischen Minderheit in der Periode zwischen zwei revolutionären Situationen, das heißt in einer Periode, wo der Zerfall des Kapitalismus wächst, aber die Mehrheit der Arbeiterklasse noch nicht bereit ist, für die Diktatur des Proletariats zu kämpfen. Infolge der Zersetzung des Kapitalismus verschlechtert sich die Lage der Arbeiterklasse und die reformistische Politik der Sozialdemokratischen Parteien wird objektiv unmöglich. Das führt zum Kampf der Arbeitermassen gegen die sie niederdrückenden Tendenzen des zerfallenden Kapitalismus. Und da der Kapitalismus nicht imstande ist, auch nur die minimalsten Bedürfnisse der breiten Arbeitermassen zu befriedigen, so sind sie gezwungen, immer aufs neue den Kampf zu beginnen, der sowohl objektiv wie auch subjektiv zum revolutionären Faktor wird. Er wird zum revolutionären Faktor, denn er erschwert die Versuche einer Stabilisierung des Kapitalismus, er wird zum revolutionären Faktor, denn er schweißt das Proletariat zusammen, er weckt in ihm das Gefühl seiner Kraft und stößt es vorwärts. Die sozialdemokratischen Arbeitermassen, die den Kampf vermeiden möchten, sind genötigt, ihn zu führen, die so-

*) Im Parteiverlag „Krasnaja Now“, Moskau, veröffentlicht Genosse Karl Radek eine zweibändige Ausgabe seiner Reden und Artikel „Fünf Jahre Komintern“. Wir bringen nachfolgend die Einleitung vom II. Band zum Abdruck.

zialdemokratischen Führer erweisen sich als unfähig, sie von diesem Kampf zurückzuhalten und stehen vor der Alternative, entweder ihren Einfluß auf die sozialdemokratischen Massen zu verlieren oder auf gemeinsame Aktionen mit den Kommunisten einzugehen. **In einem gewissen Stadium des Kampfes wird die Mehrzahl der Führer der Sozialdemokratie wahrscheinlich die Sache verraten, aber bis das geschieht, vereinigt sich ein bedeutender Teil ihrer Anhänger schon mit den kommunistischen Arbeitern. Und wenn das geschehen ist, bleibt ein Teil der sozialdemokratischen Arbeiter bei den Kommunisten.** Es versteht sich, daß diese Entwicklung die Führer der Kommunistischen Partei vor **gewaltige Schwierigkeiten** stellt. Man muß es verstehen, eine **klare und ausgeprägte Propaganda und Agitation für die Ziele des Kommunismus** mit der **Annäherung an die sozialdemokratischen Massen** zu vereinigen, die noch in der sozialdemokratischen Ideologie befangen sind; man muß es verstehen, nicht **nur gegen die Sozialdemokraten zu agitieren, sondern mit ihnen auch auf dem Gebiet der Organisierung der Arbeitermassen zu konkurrieren**; man muß es endlich auch verstehen, den richtigen Augenblick zu wählen, in dem von **der Politik der gemeinsamen Aktionen mit den Sozialdemokraten** oder von der Politik der Agitation für gemeinsame Aktionen mit den Sozialdemokraten übergegangen werden muß zur Politik **der Frontalangriffe gegen die Sozialdemokratie.** Das verlangt intimste Bekanntschaft mit dem Schauplatz des Kampfes, das erfordert Fähigkeit zum taktischen Manövrieren. Unsere Bruderparteien im Westen sind noch sehr jung. Sie haben die Ideologie des Kommunismus in fertiger Gestalt von der Russischen Revolution erhalten, sie verstehen diese Ideologie abstrakt zu proklamieren, aber **sie verstehen sie nicht auf Grund der Verhältnisse in ihrem eigenen Lande selbständig auszuarbeiten.** Es genügt, darauf hinzuweisen, daß weder unsere deutsche, noch unsere französische, noch die englische, noch auch die italienische Kommunistische Partei auch nur eine einzige selbständige Arbeit aufzuweisen haben, die auch nur ein konkretes Bild der Diktatur des Kapitals in ihrem eigenen Lande gäbe. Was Wunder daher, daß diese Parteien fürchten, sie könnten ihr kommunistisches Gepäck bei der Berührung mit den Sozialdemokraten verlieren, sie könnten ihre kommunistische Ideologie gegen kleine Teilforderungen einwechseln. Diese Furcht ist **eine revolutionäre Furcht,** obgleich es klar ist, daß eine Tugend, die die Probe der Versuchung nicht bestanden hat, sehr wenig Wert besitzt. Die Taktik der Einheitsfront erfordert in gewissen Fällen ein **Kompromiß mit den Sozialdemokraten,** erfordert für eine gewisse Zeit Übereinkünfte mit ihnen, die bis zur Bildung einer gemeinsamen Regierung mit ihnen gehen können. **Werden wir nicht die Genarrten sein, werden sie uns nicht übertölpeln** — das ist die Frage, die sich vor den jungen Kommunistischen Parteien erhebt.

Die Erfahrungen der Taktik der Einheitsfront haben gezeigt, daß diese Befürchtungen begründet sind. Wenn man das bezeichnendste Beispiel herausgreift, so unterliegt es keinem Zweifel, daß es uns in **Sachsen nicht gelungen ist, die ausgezeichnete revolutionäre Lage,** den kolossalen Druck der sozialdemokratischen Massen auf die sozialdemokratischen Führer auszunützen, um die gemeinsame Regierung zum Ausgangspunkt für den Kampf um die Macht im staatlichen Ausmaß oder wenigstens zur Verteidigung gegen den faschistischen Umsturz zu machen. **Die Sozialdemokraten haben uns nicht ausgenutzt.** Als Beweis dafür dient unser gewaltiger Wahlsieg bei den Gemeindewahlen in Sachsen nach der Oktoberniederlage, ein Sieg, der von dem inneren Parteizwist nachher bei den allgemeinen Reichstagswahlen zwar verringert, aber nicht annulliert werden konnte. **Wir haben der Sozialdemokratie bedeutende Massen ihrer Anhänger entrissen, aber wir haben es nicht verstanden, die Teilnahme an der Regierung für den Revolutionskampf auszunutzen.** Aber ohne Lehrzeit können Kommunistische Parteien nicht geschaffen werden. Die Lehrzeit der Massenparteien ist **die Lehrzeit der Erfahrung,** nicht die der Propaganda. Und die sächsischen Fehler besagen gegen die Taktik der Einheitsfront ebenso wenig wie unsere Niederlage in Ungarn und in Bayern, wo unsere Genossen eine ganze Anzahl grundlegender Fehler begangen haben (vergleiche die Politik der ungarischen Genossen gegen die Bauernschaft und gegen die Sozialdemokraten). Fehler sind unvermeidlich, aber durch die Fehler müssen wir lernen. **Was besagen die sächsischen Fehler?**

Besagen sie etwa, daß man die Arbeitermassen nicht mit Hilfe von Übergangsforderungen mobilisieren soll? Wir würden heute keine Massenpartei, sondern ein kleines Grüppchen, eine Sekte sein, wie die Komunistische Arbeiterpartei, die aus dem politischen Leben buchstäblich verschwunden ist, wenn wir nicht in die Massenorganisationen des Proletariats hineingegangen wären, wo man notwendig mit Hilfe von Übergangsforderungen arbeiten muß. Konnten wir verzichten auf die Verhandlungen mit den Führern der Sozialdemokratie, auf vorübergehende Übereinkünfte mit ihnen? Aber dann hätten die Arbeiter uns gefragt: wenn Ihr Übergangsforderungen aufstellt, die auch von der Sozialdemokratie aufgestellt werden, warum versucht Ihr nicht eine Einheitsfront zu schaffen? Wenn wir nicht mit Hilfe von Verhandlungen durch die Tat bewiesen hätten, daß die Sozialdemokraten für ihre eigenen Forderungen nicht kämpfen wollen, hätten wir den Weg zu den sozialdemokratischen Massen nicht gefunden. Jetzt aber haben wir diesen Weg gefunden und infolgedessen stellen wir heute eine Massenpartei der Arbeiter dar, die gegen die Sozialdemokratie vorrückt. Aber gut, mag dem so sein, doch warum soll man sich nicht **auf die Agitation** für die Einheitsfront **beschränken,** warum soll man eine **gemeinsame Regierung mit den Sozialdemokraten bilden?** Ist denn das nicht eine vollendete Utopie, daß man zusammen mit den Sozialdemokraten die Arbeiterregierung zum Kampf für die Diktatur ausnützen könnte? Die Sozialdemokraten sind doch Feinde der Diktatur. Als die Exekutive der Komintern den Beschluß faßte, daß die Kommunisten in die sächsische Regierung eintreten sollen, da war es ihr bekannt, daß die Sozialdemokraten Feinde der Diktatur sind. Worauf rechnete sie also? Sie rechnete auf zwei Dinge: 1. auf die Logik des Kampfes, die die sozialdemokratischen Arbeiter zwingen würde, vom Schutz der von ihnen geschaffenen Regierung zum Kampf für die Diktatur überzugehen; 2. darauf, daß die sozialdemokratischen Arbeiter es verstehen werden, die alten Führer zurückzudrängen und in diesem Kampf sozialdemokratische Arbeiter von der Drehbank her in den Vordergrund zu stellen, die mehr als einmal, im Jahre 1919 und während des Kapp-Putsches, bewiesen haben, daß sie zusammen mit den Kommunisten zu kämpfen und zu sterben verstehen. Die Berechnung der Komintern hat sich nicht bestätigt, denn die KPD. hat es nicht verstanden, in der vorhergehenden Periode machtvolle Massenorganisationen zu schaffen, die kommunistischen Arbeiter und die Sozialdemokraten in den Betriebsräten zu vereinigen und die verräterischen und unentschlossenen sozialdemokratischen Führer unter dem Druck dieser Massenorganisationen zu halten. Die Kommunistische Partei hat es nicht verstanden, die Ausnutzung der Regierung zur Bewaffnung der Arbeiter vorzubereiten, die Initiative im ganzen Lande in ihre Hand zu nehmen. **Aber alle diese Unterlassungen, durch die unsere Niederlage im voraus entschieden wurde, sind nur ein Argument für die Verstärkung, Erweiterung, Vertiefung unserer Arbeit, für die Verstärkung der Selbsterkenntnis der Partei als Faktor des Sieges, nicht aber Argumente gegen die Lehre, daß sich in Europa beim fortschreitenden Zerfall des Kapitalismus Verhältnisse wiederholen können, unter denen wir trotz aller Gefahren auf vorübergehende Kompromisse mit den Sozialdemokratischen Parteien bis zur Bildung gemeinschaftlicher Regierungen einschließlich werden eingehen müssen.** Ob diese Regierungen andauernde Etappen sein werden? Es ist lächerlich, auch nur diese Frage zu stellen. Man kann nicht voraussetzen, daß wir überall dieses Stadium durchlaufen werden, und noch weniger, daß es ein andauerndes Stadium sein wird. Auf welchem Wege wir auch zur Macht gelangen mögen, wir werden mit der Waffe in der Hand für die Diktatur des Proletariats kämpfen müssen, wenn wir nicht auf die Verteidigung der proletarischen Interessen verzichten wollen. Der Bourgeoisie ist es gleichgültig, ob sie auf der Pfanne der Demokratie oder auf der Pfanne der Diktatur gebraten werden soll, sie will überhaupt nicht gebraten werden. Die Taktik der Einheitsfront ist eine Methode **der Agitation, der Organisierung und Mobilisierung der Massen.** Aber das spricht nicht gegen eine eventuelle Teilnahme an einer Arbeiterregierung, denn die **Regierung kann die höchste Form der Organisierung und Mobilisierung der Massen sein.** Nicht Privatpersonen und nicht Parteien, sondern die von ihnen organisierte Staatsgewalt mobilisiert die Armeen. Die Diktatur des Proletariats ist das zum Staat organisierte Proletariat. Wer auf die Arbeiterregierung als eine mögliche Etappe dieser Organisation verzichten wollte, wäre ein Doktrinär, der die ganze Kompliziertheit der Lage im Westen nicht in Rechnung zieht.

Die Taktik der Einheitsfront wird eine **Konkretisierung** erfordern, unabhängig von der Lage in jeglichem Lande, wird eine verschiedene Anwendung erfordern, in Abhängigkeit vom gegenseitigen Verhältnis zwischen uns und den Feinden, vom Augenblick, in dem gehandelt werden muß, **aber wir können auf diese Taktik nur dann verzichten, wenn zwei** Bedingungen gegeben sind: **1. wenn wir die Mehrheit der Arbeiter** für uns

haben oder 2. wenn eine Stabilisierung des Kapitalismus eintritt. Beim Vorhandensein einer kommunistischen Mehrheit in den Arbeitermassen ist die Tatktik der Einheitsfront für uns überflüssig, beim Vorhandensein einer Stabilisierung des Kapitalismus ist sie unmöglich. Wenn der Kapitalismus sich stabilisieren sollte, so würde die Politik der Eroberung von Reformen wiederum möglich werden. Die Folge davon wäre nicht die Vereinigung, sondern die objektive Spaltung der Arbeiter in die Arbeiteraristokratie, die aus dem Kapitalismus Vorteile zieht, und in die breiten Arbeitermassen, auf deren Kosten die Arbeiteraristokratie diese Vorteile erhalten würde. Nicht genug damit, auch die politische Funktion der Sozialdemokratie würde sich ändern. Wenn der Kapitalismus auf Leben und Tod um seine Existenz kämpft, retten ihn die Führer der Sozialdemokratie durch ihren Verrat an den primitivsten Interessen der Arbeiterklasse, während die sozialdemokratischen Massen genötigt sind, aufs schwerste um ihre Existenz zu kämpfen. Daraus entstehen die Bedingungen für die Losreißung der sozialdemokratischen Massen von ihren Führern. Aber nach Maßgabe der Stabilisierung des Kapitalismus, nach Maßgabe der Schaffung eines Bodens für die Politik der Reformen, würden die Sozialdemokraten um diese Reformen feilschen und sogar mit gemäßigten legalen Mitteln für sie kämpfen und dadurch einen bedeutenden Teil ihrer Anhänger festhalten. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei bei einer solchen Lage würde darin bestehen, unter Organisierung des Kampfes des Proletariats in allerentschiedenster Weise gegen die Politik seiner reformistischen Bestechung durch die Sozialdemokratie anzukämpfen. Hier würde für gemeinsame Aktionen der Sozialdemokraten und Kommunisten kein Raum sein, denn die reformistische Politik ist keine Politik des Kampfes für die Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Arbeitermassen, sondern eine Politik des Kampfes um Reformen für einen kleinen Teil der Arbeiterklasse auf Kosten ihrer Mehrheit. **Vorläufig sind keine Tatsachen vorhanden, die die Komintern veranlassen könnten, in ihrer Politik von der Voraussetzung auszugehen, daß eine solche Stabilisierung des Kapitalismus herannaht.** Vorläufig haben wir es zu tun mit einer Stärkung des Kapitalismus in bestimmten Weltteilen, mit Versuchen seiner Stabilisierung in anderen, Versuchen, die schon vielmals zur Verstärkung seines Zerfalls geführt haben. Die Widersprüche im Kapitalismus der Nachkriegsepoche sind so groß, daß wir, ohne blind zu sein, für die theoretische Möglichkeit seiner Stabilisierung in dem Falle, wenn das Proletariat die Kräfte der Revolution zu organisieren nicht verstehen sollte, den Kurs doch **auf diese Organisierung nehmen müssen. Und dadurch ist vorausbestimmt, daß die Taktik der Einheitsfront, die an und für sich natürlich eine Übergangstaktik ist, ihre historischen Aufgaben noch nicht erschöpft hat.**

In diesem Bande, der der Entwicklung der Frage über die Taktik der Einheitsfront auf dem Hintergrund der gegenwärtigen internationalen Situation gewidmet ist, wird der Leser eine ganze Anzahl von Fragen finden, die schon über das Gebiet der Taktik der Einheitsfront hinausgehen und die Frage des Verhaltens des Proletariats zu den Zwischenschichten aufrollen, die nationale Frage, die Agrarfrage und die Frage der Lage der Intellektuellen. Je stärker wir sein werden, um so stärker werden sich diese Fragen auswachsen und zu den wichtigsten Fragen der Organisierung der Kräfte der Revolution werden. In der Periode, deren Dokumente im vorliegenden Buch gesammelt sind, werden diese Fragen vorerst nur von der Komintern gestellt. Sie sind noch von keiner einzigen Kommunistischen Partei des Westens gestellt worden. Keine einzige von ihnen hat noch ein durchdachtes Agrarprogramm, obgleich einige von ihnen die ersten Schritte zu unternehmen bginnen, um die Agitation unter der Bauernschaft in die Wege zu leiten. Die nationale Frage, die den bäuerlichen Verbündeten des Proletariats im Weltmaßstab betrifft, haben die Kommunistischen Parteien sich vom revolutionären Standpunkt aus noch sehr wenig zu eigen gemacht und in ihrer Mehrzahl verstehen sie es noch nicht, dieses Dynamit der imperialistischen Epoche gegen den Imperialismus zu benutzen. Vor der Komintern breitet sich ein Meer von Arbeit aus, vor allen Dingen ein Meer von theoretischer Arbeit. **Die fortschrittlichste Klasse muß sich auf die fortschrittlichste Theorie stützen,** sagte Lenin in den Jahren der Schaffung des Bolschewismus. Indem Lenin den Marxismus auf die Epoche des Imperialismus anwenden half, und den Leninismus schuf, gab er der Komintern, gab er dem internationalen Proletariat ein Instrument zur Ausführung der Arbeit einer theoretischen Säuberung des Weges für die kommunistische Praxis der Eroberung der Welt. Die Propaganda des Leninismus muß den Kommunistischen Parteien helfen, sich die Fragen zu stellen, die vom Leben ihrer Länder aufgerollt werden. **Nur die selbständige Anwendung der Lehre Lenins, der politischen Methode Lenins unter den verschiedenen Verhältnissen der verschiedenen Länder, wird die Lösung der Aufgaben ermöglichen, vor denen die Komintern, das Kind Lenins, steht.**

Lenin ist nicht mehr. Die Komintern wird die neuen höchst komplizierten Aufgaben ohne ihn entscheiden. Nur nach Maßgabe dessen, wie die Komintern nicht in Worten, sondern in der Tat den großen Geist Lenins in sich aufnehmen wird, der revolutionäre Leidenschaft und revolutionäre Unerbittlichkeit mit der Fähigkeit kühler Beurteilung der Lage vereinigt, mit der Fähigkeit, der Wirklichkeit ins Gesicht zu sehen und sich nicht an Phrasen zu berauschen — wird die Komintern das Vermächtnis Lenins erfüllen. Sie wird es erfüllen, denn trotz aller zeitweiligen Fehler ist sie das Kind der Epoche der sozialen Revolution, die eine Waffe schmiedet, die genügend stark und genügend biegsam ist, um die Macht des Kapitals zu stürzen.

Zur Beachtung für unsere Abonnenten!

Wir bitten unsere Leser wiederholt dringend, sowohl bei Neubestellungen und Adressenänderungen wie bei Einzahlungen auf Postscheckkonto usw. Namen und Adressen so deutlich zu schreiben, daß sie ohne Schwierigkeiten zu entziffern sind. Viele Unregelmäßigkeiten in der Zustellung der Inprekorr sind nur auf die Unleserlichkeit der Adressen zurückzuführen und werden bei Beachtung unserer Bitte ohne weiteres fortfallen.

Geschäftsleitung der Inprekorr.

Richtigstellung.

In der Buchbesprechung des Genossen Friedländer über Upton Sinclair „Der Parademarsch" (Nr. 68, Seite 844) ist im zweiten Absatz nach der 15. Zeile durch ein technisches Versehen eine vollständige Zeile entfallen. Der betreffende Satz beginnt fälschlich: „Es gibt nicht einmal Künste . . . "

Richtig muß es heißen: „Es gibt nicht einmal eine systematische und konkrete Kritik der Wissenschaften, Künste, Erziehung usw. auf marxistische Methode."

Die Redaktion.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 70. 18. Juni. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Die Sitzung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Moskau, 12. Juni 1924.

** Heute um 9 Uhr abends wurde im Andrejewski-Saale im Kreml die Sitzung der Erweiterten Exekutive eröffnet. Der schwarz drapierte Saal mahnt die Delegierten an den schweren Verlust, den die Kommunistische Internationale durch den Tod unseres unvergeßlichen Führers, des Genossen **Lenin**, erlitten hat.

Genosse **Sinowjew** führt den Vorsitz. Er erklärt die Sitzung für eröffnet. Auf den Vorschlag des Genossen Neurath leitet das alte Präsidium die Verhandlungen dieser Sitzung. Bei der Verlesung der Präsenzliste ergibt sich, daß die Exekutive durch 24, Rußland 8, Deutschland 3, Tschechoslowakei 3, Frankreich 3, Italien 3, die Kommunistische Internationale 3, Polen 2, Norwegen 2, England 2, Amerika 2, und folgende Länder durch je einen Delegierten vertreten sind: Bulgarien, Estland, Litauen, Lettland, Persien, Georgien, Ukraine, Österreich, Rumänien, Jugoslawien, Schweiz, Schweden, Dänemark, Spanien, Belgien, Argentinien, Brasilien, Mexiko, Java, Kanada. Folgende Sektionen haben noch keinen Delegierten entsandt: Finnland, Armenien, Griechenland, Holland, Portugal, Chile, Türkei, Uruguay, Aserbeidschan, China, Japan, Australien, Indien, Südafrika. Insgesamt sind 73 Delegierte (24 von der Exekutive und 49 aus 31 Ländern) anwesend. Aus 14 Ländern fehlen noch 15 Vertreter.

Das Exekutivkomitee schlägt darauf dem Plenum der Erweiterten Exekutive folgende **Tagesordnung** vor:

I. Über den V. Kongreß.

a) Entwurf der Tagesordnung des Kongresses und Vorschlag der Referenten zu den verschiedenen Punkten der Tagesordnung;

b) Vorschlag über die Zusammensetzung des Präsidiums des Kongresses;

c) Vorschlag über die Zusammensetzung des Sekretariats des Kongresses;

d) Vorschlag über die Zusammensetzung der verschiedenen Kommissionen des Kongresses;

e) Entwürfe zum Aufruf:

1. An die Rote Armee, Flotte und Luftflotte;

2. gegen den Weißen Terror und die Verhaftungen in den verschiedenen Ländern;

3. gegen die Verfolgungen in den Kolonien der imperialistischen Mächte;

II. Internationale Kundgebung anläßlich des 10. Jahrestages des Ausbruches des Weltkrieges;

III. Tag der Eröffnung des Kongresses.

Diese Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Vor Eingang in die Beratungen gibt Genosse **Maranne**, Frankreich, im Namen der französischen Delegation folgende Deklaration ab:

„Die französische Delegation zur Erweiterten Exekutive, bestehend aus den Genossen Tomasi, Maranne, Treint (Chasseigne, der noch nicht angekommen ist), erklärt, daß Souvarine keinesfalls die Meinung der französischen Partei vertritt, die sich kürzlich fast einstimmig auf ihrem letzten Nationalrat für die Thesen, die von der Parteileitung angenommen wurden, ausgesprochen hat.

Souvarine nimmt an der Erweiterten Exekutive nur in seiner Eigenschaft als Mitglied des Präsidiums, gewählt durch den IV. Weltkongreß, teil.

Souvarine hat seit einigen Wochen Disziplinbrüche sowohl gegen die Partei wie auch gegen die Internationale begangen.

Er hat sich geweigert, im ‚Bulletin Communist', das er leitete, die politische Linie, die von der Parteileitung beschlossen wurde, zu verfolgen.

Nachdem er nach mehreren Ermahnungen von seinem Posten enthoben wurde, hat er ein Zirkular an die Abonnenten des ‚Bulletin Communiste' versandt, in dem er die Parteileitung zu diskreditieren suchte und Abonnenten warb für eine politische Revue, deren Veröffentlichung er beabsichtigte.

Er hat sich geweigert, seinem Nachfolger das notwendige Material für das ‚Bulletin Communiste' zu übergeben.

In einer Versammlung der Seine erklärte er, daß etwas in der Partei und in der Internationale faul sei, was mit glühendem Eisen ausgebrannt werden müsse.

Unter diesen Umständen schlägt die französische Delegation der Erweiterten Exekutive vor, zu beschließen, daß Souvarine, da er die Meinung seiner Partei durchaus nicht vertritt und da er zu wiederholten Malen die Disziplin der französischen Partei und der Internationale gebrochen hat, an den Beratungen der Erweiterten Exekutive **nur mit beratender Stimme** teilnehme.

Die französische Delegation erklärt, daß, wenn die Parteileitung sich bisher darauf beschränkt hat, gegen Souvarine nur wohlwollende Maßnahmen zu ergreifen, das nur einzig und allein mit Rücksicht auf die internationalen Instanzen geschah: auf die Exekutive und auf den Kongreß, der Souvarine in das Präsidium gewählt hat. Unter Übergehung der Partei, und indem er die Disziplin ganz außeracht ließ, hat er aus eigener Veranlassung die Broschüre ‚Cours Nouveau' herausgegeben.

Dieser Veröffentlichung hat er ein tendenziöses Vorwort vorausgeschickt, das geeignet ist, die Parteileitung in den Augen der Parteimitglieder herabzusetzen."

Genosse Souvarine

bittet, ihm wenigstens eine halbe Stunde zu geben, damit er die vorgebrachten lügenhaften Beschuldigungen widerlegen könne.

Genosse Radek

wünscht, daß dem Antrage der französischen Genossen nicht stattgegeben werde, da es sich hier um eine Frage der Statuten handelt. Genosse Souvarine soll seine Erklärung schriftlich unterbreiten.

Genosse Treint:

Ich will mich nicht über die statutarische Frage aussprechen, muß aber unbedingt die Behauptung Souvarines zurückweisen, daß in der Erklärung Lügen enthalten sind. Die Partei hat in dieser Angelegenheit wiederholt Maßnahmen gegen Souvarine getroffen; diese Maßnahmen sind vom Nationalrat fast einstimmig gutgeheißen worden.

Genosse Sinowjew:

Nach der Meinung des Präsidiums muß man in diesem Falle zwei Fragen unterscheiden. Entweder muß eine Kommission gebildet werden, um den Fall Souvarine zu prüfen — und diesen Vorschlag unterstützen wir, denn Souvarine hat unserer Meinung nach wirklich Disziplinbrüche begangen — oder man berücksichtigt den Antrag der französischen Genossen, Souvarine die beschließende Stimme zu nehmen. Dieser Antrag ist statutenwidrig.

Genosse Freimuth:

Ich möchte der Ansicht des Genossen Sinowjew entgegentreten. Die Zentrale der französischen Partei hat diesen Beschluß gefaßt, und da die Vertreter in der Exekutive die Vertreter der Parteien sind, so müssen die Parteien auch die Möglichkeit haben, ihre Vertreter zurückzuberufen.

Genosse Radek:

Genosse Freimuth scheint die Geschäftsordnung des deutschen Reichstages besser zu kennen als die Statuten der Kommunistischen Internationale. Die Mitglieder der Exekutive sind nicht die Vertreter einzelner Parteien, sondern vom Kongreß gewählt. Statutenmäßig ist also das Verlangen der französischen Genossen unzulässig. Aber diese Frage hat auch eine politische Seite. Der Kongreß, vor dem wir jetzt stehen, soll mit der Diffamierung eines Genossen beginnen. Es besteht kein Zweifel, daß Souvarine eine Reihe Disziplinbrüche begangen hat. Diese wurden aber bereits durch die französische Partei und durch die Exekutive geahndet. Man kann doch einen Menschen nicht zweimal für eine Sache bestrafen. Man könnte das Verlangen der französischen Genossen verstehen, wenn es sich um persönliche Verfehlungen Souvarine handeln würde. Man soll aber einen Genossen nicht wegen der Befolgung einer politischen Linie maßregeln, die seiner Überzeugung nach richtig ist. Ich protestiere gegen den Vorschlag der französischen Genossen.

Genosse Bucharin:

Jede Delegation hat das Recht, hier eine Erklärung vorzulegen. Ich bin der Meinung, daß wir den Fall Souvarine jetzt meritorisch nicht besprechen können. Falls aber eine Delegation diese Kommission fordert, werden wir wohl alle diesen Vorschlag unterstützen. Die Forderung, dem Genossen Souvarine die Stimme abzusprechen, ist statutenwidrig. Die Exekutive ist keine Föderation von Vertretern der einzelnen Sektionen sondern eine Körperschaft, die direkt vom Kongreß gewählt wird. Wenn wir den Vorschlag der französischen Genossen annehmen würden, so würde das einen Rückschritt in der Organisationsform der Internationale bedeuten.

Hierauf wird Schluß der Debatte beantragt und beschlossen.

Zu einer Bemerkung wird dem Genossen Souvarine das Wort erteilt.

Genosse Souvarine:

Man wirft mir vor, daß ich eine Reihe von Disziplinbrüchen begangen habe. Man sagt zwar nicht welche, aber man verlangt, daß die Exekutive solche Sanktionen verhänge, wie sie noch nie verhängt worden sind. Ich habe allerdings manches getan, was man als Disziplinbruch bezeichnen kann. Aber es gibt verschiedene Arten von Disziplinbruch. Es gibt Disziplinbrüche gegen die revolutionäre Politik der Partei und es gibt Disziplinbrüche, die durch besondere Umstände hervorgerufen werden. Diese pflegt man nicht besonders streng zu beurteilen. Deshalb ist es hier nicht eine Frage des Disziplinbruches, sondern eine Frage der Ursache dieser Disziplinbrüche. Ich werde mich natürlich zu verteidigen wissen, aber ich warne die Genossen vor dieser Pogromstimmung, die man hier gegen gewisse Genossen erzeugt.

Was die Angelegenheit des „Bulletin Communiste" betrifft, so hat man mich öffentlich gebrandmarkt, ohne mir die Möglichkeit der Verteidigung zu geben. Ich glaube, niemand wird hier überrascht sein, wenn ich sage, daß es sich hier weniger um meine Disziplinlosigkeit handelt, als darum, jene hundertprozentige Einstimmigkeit zu erreichen, die jetzt in den Organisationen der Internationale Mode ist. Ich will diese Harmonie nicht stören. In dieser Atmosphäre ist es sehr schwer, Meinungen auszutauschen ohne daß man sofort verdächtigt wird. Was die Anschuldigungen betrifft, die man gegen mich erhebt, so werde ich der Internationale die notwendigen Auskünfte geben.

Genosse Sinowjew:

Genosse Souvarine hat die Gelegenheit zu einer politischen Deklaration mit einem ganz bestimmten Charakter benützt. Wir nehmen es ihm nicht übel, wenn er ein scharfes Wort sagt, jedoch manche Stellen seiner Rede klangen durchaus nicht kommunistisch (Radek: Sehr richtig!). Wir haben solche Reden schon von manchen gehört, die politisch ein schlimmes Ende genommen haben. Ist es denn so schlimm, wenn in einer Partei Einmütigkeit herrscht? Ist es ein Idealzustand, wenn auf einer Seite 51 und auf der anderen Seite 49% sind? Um die Diskussion zu schließen schlage ich vor, daß das Sekretariat beauftragt werden soll, im Einvernehmen mit den Parteien eine Kommission einzusetzen, die sich mit dieser Frage beschäftigt.

Ich bin nicht dafür, daß man dem Genossen Souvarine die Stimme entzieht. Gleichzeitig teile ich mit, daß die französische Delegation erklärt, den Antrag des Präsidiums zu unterstützen.

Dieser Antrag wird hierauf einstimmig angenommen.

*

Genosse Neurath verliest sodann den Entwurf über die Tagesordnung des V. Kongresses, wozu Genosse Sinowjew bemerkt, daß, wenn diese Vorschläge angenommen werden, auf Wunsch der Parteien vom Kongreß immer noch Änderungen vorgenommen werden können.

Entwurf für die Tagesordnung des V. Kongresses.

1. **Lenin und die Komintern.**

   Über die Grundlagen und die Propaganda des Leninismus.

   Referenten: Rußland: **Kalinin.**
   Deutschland: **Braun.**
   Indien: **Roy.**

   Referenten von Frankreich und Bulgarien werden noch bestimmt.

2. **Bericht über die Tätigkeit und die Taktik der Exekutive.**

   Referent: **Sinowjew.**

3. **Die wirtschaftliche Weltlage.**

   Referent: **Varga.**

4. **Programmfrage.**

   Referenten: **Bucharin, Thalheimer** und nötigenfalls ein dritter Genosse, der durch die Programmkommission bestimmt wird.

5. **Gewerkschaftstaktik.**

   Referenten: **Losowski, Herzog.**

6. **Nationale Fragen.**

   a) Die Stellungnahme der Kommunistischen Parteien in der nationalen Frage (Rußland, Polen, Tschechoslowakei, Balkan).

   Referenten: **Manuilski, Walecki, Borschowitsch.**

   b) Die revolutionäre Bewegung im Osten und in den Kolonien.

   Referenten: **Roy, Katayama, Tsching.**

   c) Die Negerfrage.

   Referenten: Amerika: **Dunne.**
   Frankreich: (Wird noch bestimmt.)

7. Organisationsfragen.

a) Der organisatorische Aufbau der Partei (Betriebszellen usw.)
b) Statuten der KI.
c) Die Arbeit der KP. unter den Frauen.
d) Die illegale Arbeit.
e) Die Arbeit in der Armee.

Die Referenten werden von der Organisationskommission bestimmt.

8. Die Propagandaarbeit.

Den Referenten bestimmt die Propagandakommission.

9. Der Faschismus.

Referenten: Italien: **Bordiga.**
Deutschland: **Freimuth.**

10. Die Intellektuellenfrage.

Referenten: Genossin **Zetkin.**
Frankreich und
Kolonien: (Werden noch bestimmt.)

11. Bericht über die ökonomische Lage des Verbandes der Sowjetrepubliken.

Referent: **Rykow.**

12. Die Bauerninternationale.

Referent: **Kolarow.**

13. Jugendbewegung.

(Die Frage wird zunächst im Plenum des Kongresses und dann in der Kommission behandelt.)

Referent: Otto **Unger.**

14. Internationale Rote Hilfe.

Referent: (Wird von der Organisationskommission bestimmt.)

15. Fragen der einzelnen Sektionen.

a) **Rußland.**
(Die Frage wird zunächst im Plenum des Kongresses und dann in der Kommission behandelt.)
b) **Deutschland.**
Referent: **Severing.**
(Die Entscheidung über die Behandlung dieser Frage wird ausgesetzt bis zur Ankunft der offiziellen deutschen Delegation.)
c) **Italien.**
d) **Bulgarien.**
e) **England.**
f) **Vereinigte Staaten Amerikas.**
g) **Japan.**

16. Genossenschaftsfrage.

(Die Resolutionen der Internationalen Konferenz der Kooperativsektion der KI. werden von der Redaktionskommission des Kongresses geprüft. Nach der Bestätigung der Resolutionen durch die Redaktionskommission wird über die Genossenschaftsfrage Bericht auf dem Plenum des Kongresses erstattet. Der Referent wird von der Internationalen Konferenz der Kooperativsektion bestimmt.)

17. Wahl der Exekutive und des Vorsitzenden der Komintern.

Der Tagesordnungsantrag wurde einstimmig angenommen.

*

Angenommen wurde folgender **Vorschlag zur Zusammensetzung des Präsidiums und des Sekretariats des Kongresses.**

Präsidium.

Vorsitzender: Sinowjew.

Persönlich: Genossin **Zetkin.**
Rußland: **Stalin, Bucharin, Trotzki.**
Deutschland: **Braun, Gebhardt.**
Frankreich: **Treint, Sellier.**
Italien: **Bordiga.**
Tschechoslowakei: **Smeral, Muna.**
Skandinavien: **Schefflo.**
Balkan: **Kolarow.**
Polen: **Krajewski.**
Japan: **Katayama.**
Indien: **Roy.**
England: **Stewart.**
Amerika: **Dunne.**

Änderungen, beziehungsweise Ergänzungen können noch nach Rücksprache mit den einzelnen Delegationen vorgenommen werden.

Sekretariat:

Piatnitzki,
Mac Manus,
Neurath,
Doriot,
Stirner.

Verantwortlich für das Sekretariat ist Genosse **Piatnitzki.**

Nach kurzer Debatte und Ergänzungsanträgen wurden folgende Kommissionen gewählt:

1. Mandatskommission.

Piatnitzki, Trillisser, Kreibich, Walecki, Amter, Terracini, Dimitrow, Marann, Petrow, Gebhardt, Schefflo, Stewart, Unger.

2. Redaktionskommission.

Vorsitzender: **Kuusinen.**
Sekretär: **Strasser.**

Die Kommission setzt sich aus den Vorsitzenden (eventuell ihren Stellvertretern oder Sekretären) der wichtigsten Kommissionen des Kongresses zusammen.

3. Politische Kommission.

Vorsitzender: **Sinowjew.**
Sekretär: **Neurath.**

Rußland: Sinowjew, Bucharin, Trotzki, Manuilski, Losowski.
Deutschland: Braun, Severing, Freimuth und noch zwei Gnossen.
Frankreich: Treint, Sellier, Doriot und noch ein Genosse.
Tschechoslowakei: Smeral, Muna, Neurath.
Italien: Bordiga, Rienzi, Ercoli.
Balkan: Kolarow, Dimitrow, ein rumänischer und ein jugoslawischer Genosse.
England: Mac Manus, Stewart, Wilson.
Skandinavien: Höglund, Samuelson, Schefflo, Hansen.
Polen: Warski.
Japan: Katayama.
U. S. A.: Pepper und noch zwei Genossen von der Mehrheit.
Südamerika: Zwei Genossen.
Finnland: Kuuisnen.
Indien: Roy.
China: ein Genosse.
Holland: Wynkoop.
Jugend-Internationale: Wujowitsch, Schüller, Tarchanow.
Persönlich: Varga, Radek, Bela Kun.

4. Organisationskommission.

Vorsitzender: **Eberlein.**
Sekretär: **Piatnitzki.**

Rußland:	5 Genossen
Deutschland:	5 Genossen
Italien:	4 Genossen
Frankreich:	4 Genossen
Tschechoslowakei:	4 Genossen
KJI.:	4 Genossen
Amerika:	2 Genossen
England:	2 Genossen
Bulgarien:	2 Genossen

Alle anderen Delegationen je ein Genosse.

5. Programmkommission.

Vorsitzender: **Bucharin.**
Sekretär: **Thalheimer.**
Technischer Sekretär: **Stirner.**

Rußland: Sinowjew, Trotzki, Bucharin, Radek, Martinow, Pjatakow.

Deutschland: Thalheimer, Zetkin, Severing und noch drei Genossen.

Frankreich: Souvarine, Dunois und noch drei Genossen.
Tschechoslowakei: Smeral, Kreibich und noch ein Genosse.
Italien: Bordiga, Rienzi, Serrati, Graziadei. Falls Genosse Graziadei nicht kommt, soll die italienische Delegation einen anderen Genossen bestimmen.
Finnland: Kuusinen und eventuell noch ein Genosse.
Skandinavien: Höglund, Hansen.
Balkan: Kolarow.
Österreich: Strasser.
Polen: Warski.
Japan: Katayama.
Indien: Roy.
KJI.: Schüller, Tarchanow und noch ein Genosse.
England: Mac Manus, Murphy.
Amerika: Zwei Genossen.
Südamerika: Stirner.
Persönlich: Varga, Bela Kun.

6. Gewerkschaftskommission.

Vorsitzender:	**Losowski.**
Sekretär:	**Herzog.**
Technischer Sekretär:	**Rubinstein.**

Rußland:	3 Genossen
Deutschland:	2 Genossen
Frankreich:	2 Genossen
Italien:	2 Genossen
England:	2 Genossen
Amerika:	2 Genossen
Tschechoslowakei:	2 Genossen
KJI.:	2 Genossen

Alle anderen Delegationen je ein Genosse.

7. Kommission für nationale und koloniale Fragen.

Vorsitzender:	**Manuilski.**
Sekretär:	**Kreibich.**

Rußland:	3 Genossen
Deutschland:	3 Genossen
Frankreich:	3 Genossen
Tschechoslowakei:	3 Genossen
England:	2 Genossen
U. S. A.:	2 Genossen
Bulgarien:	2 Genossen
Jugoslawien:	2 Genossen
Rumänien:	2 Genossen
KJI.:	3 Genossen
Griechenland:	1 Genosse
Polen:	2 Genossen
Indien:	3 Genossen
China:	3 Genossen
Japan:	2 Genossen
Südamerika:	2 Genossen
Finnland:	1 Genosse
Randstaaten:	1 Genosse
Italien:	2 Genossen

Alle Kolonial- und Halbkolonialländer je ein Genosse.

8. Bauernkommission.

Vorsitzender:	**Kolarow.**
Sekretär:	**Renaud Jean.**
Technischer Sekretär:	**Kornblum.**

Persönlich: Smirnow, Dombal, Kornblum und Varga.

Rußland:	3 Genossen
Deutschland:	2 Genossen
Frankreich:	2 Genossen
Tschechoslowakei:	2 Genossen
Italien:	2 Genossen
Java:	1 Genosse
Türkei:	1 Genosse
Franz. Kolonien:	1 Genosse
Ukraine:	2 Genossen
Amerika:	2 Genossen
England:	1 Genosse
Jugoslawien:	1 Genosse
Rumänien:	1 Genosse
Indien:	1 Genosse
China:	1 Genosse
Japan:	1 Genosse
Bulgarien:	2 Genossen
Australien:	1 Genosse
Randstaaten:	1 Genosse
KJI.:	2 Genossen
Ägypten:	1 Genosse
Spanien:	1 Genosse
Skandinavien:	1 Genosse
Ungarn:	1 Genosse
Südamerika:	1 Genosse
Kanada:	1 Genosse

9. Kommission zur Frauenfrage.

Vorsitzende:	**Zetkin.**
Sekretär:	**Stasowa.**

Rußland:	3 Genossen
Deutschland:	2 Genossen
Frankreich:	2 Genossen
Tschechoslowakei:	2 Genossen
Italien:	1 Genosse
Schweden:	1 Genosse
Norwegen:	1 Genosse
Finnland:	1 Genosse
Polen:	1 Genosse
England:	1 Genosse
Amerika:	1 Genosse
Balkan:	1 Genosse
Ostländer:	2 Genossen
KJI.:	2 Genossen

Persönlich: Zetkin, Nikolajewa und Stassowa.

Alle Frauendelegierten werden hinzugezogen.

10. Jugendkommission.

Vorsitzender:	**Rienzi.**
Sekretär:	**Schüller.**

Rußland:	3 Genossen
Deutschland:	2 Genossen
Frankreich:	2 Genossen
Tschechoslowakei:	2 Genossen
Italien:	2 Genossen
Schweden:	2 Genossen
Norwegen:	1 Genosse
Finnland:	1 Genosse
Polen:	1 Genosse
Rumänien:	1 Genosse
Jugoslawien:	1 Genosse
Griechenland:	1 Genosse
China:	1 Genosse
England:	1 Genosse
U. S. A.:	1 Genosse
Österreich:	1 Genosse
Südamerika:	1 Genosse
KJI.:	2 Genossen
Bulgarien:	1 Genosse

Persönlich: Rienzi.

Alle Jugenddelegierten werden hinzugezogen.

11. Italienische Kommission.

Vorsitzender:	**Manuilski.**
Sekretär:	**Christof.**

Rußland:	3 Genossen
Deutschland:	3 Genossen
Frankreich:	3 Genossen
England:	1 Genosse
U. S. A.:	1 Genosse
Bulgarien:	1 Genosse
Schweden:	1 Genosse

Norwegen:	1 Genosse
Polen:	1 Genosse
Österreich:	1 Genosse
Tschechoslowakei:	2 Genossen
Türkei:	1 Genosse
Jugoslawien:	1 Genosse
KJI.:	3 Genossen
Schweiz:	1 Genosse
Spanien:	1 Genosse
Rumänien:	1 Genosse

12. Russische Kommission.

Vorsitzender: Kolarow.
Sekretär: Treint.

Deutschland: Braun, Severing, Freimuth.
Frankreich: Treint und Sellier.
Tschechoslowakei: Smeral, Neurath.
Italien: Bordiga, Rienzi.
Balkan: Kolarow.
Skandinavien: Hansen.
Polen: Warski.
Japan: Katayama.
Amerika: Dunne, Pepper.
Finnland: Manner.
Indien: Roy.
KJI. Wujowitsch, Schüller.
Kanada: Ein Genosse.
England: Ein Genosse.

13. Englische Kommission.

Vorsitzender: Kuusinen.
Sekretär: Rakosi.

Rußland:	3 Genossen
Deutschland:	3 Genossen
Frankreich:	3 Genossen
Italien:	2 Genossen
Tschechoslowakei:	2 Genossen
Norwegen:	1 Genosse
Bulgarien:	1 Genosse
Polen:	1 Genosse
KJI.:	2 Genossen
Balkan:	1 Genosse
U. S. A.:	1 Genosse
China:	1 Genosse
Japan:	1 Genosse
Persien:	1 Genosse

Alle englischen Dominions und Kolonien je einen Genossen.

14. Polnische Kommission.

Vorsitzender: Stalin.
Stellvertreter: Molotow.
Sekretär: Mizkewitsch-Kapsukas.

Rußland:	3 Genossen
Deutschland:	3 Genossen
Tschechoslowakei:	2 Genossen
Ukraine:	2 Genossen
Frankreich:	2 Genossen
KJI.:	2 Genossen
England:	1 Genosse
Italien:	1 Genosse
U. S. A.:	1 Genosse
Litauen:	1 Genosse
Lettland:	1 Genosse
Finnland:	1 Genosse
Bulgarien:	1 Genosse
Rumänien:	1 Genosse
Ungarn:	1 Genosse

15. Bulgarische Kommission.

(Wenn im Plenum Fragen anderer Balkanländer auftauchen, so werden auch sie dieser Kommission überwiesen.)

Vorsitzender: Smeral.
Sekretär: Miljutin.

Rußland:	3 Genossen
Deutschland:	2 Genossen
Frankreich:	2 Genossen
Italien:	2 Genossen
Tschechoslowakei:	2 Genossen
KJI.:	2 Genossen
Ukraine:	2 Genossen
Ungarn:	1 Genosse
Österreich:	1 Genosse
England:	1 Genosse
Jugoslawien:	1 Genosse
Griechenland:	1 Genosse
Rumänien:	1 Genosse
Türkei:	1 Genosse

16. Japanische Kommission.

(Wenn im Plenum Fragen anderer Ostländer auftauchen, so werden auch sie dieser Kommission überwiesen.)

Vorsitzender: Mac Manus.
Sekretär: Petrow.

Rußland:	3 Genossen
England:	2 Genossen
Italien:	2 Genossen
Deutschland:	2 Genossen
Frankreich:	2 Genossen
Nordamerika:	2 Genossen
KJI.:	2 Genossen
Tschechoslowakei:	1 Genosse
Südamerika:	1 Genosse
Indien:	1 Genosse
Polen:	1 Genosse
Australien:	1 Genosse
China:	1 Genosse
Korea:	1 Genosse

17. Propagandakommission.

Vorsitzender: Bela Kun.
Sekretär: Ein deutscher Genosse.
Technischer Sekretär: Heinz Neumann.

Rußland:	4 Genossen
Deutschland:	3 Genossen
Frankreich:	3 Genossen
Tschechoslowakei:	3 Genossen
KJI.:	3 Genossen
Polen:	2 Genossen
Italien:	2 Genossen
England:	2 Genossen
U. S. A.:	2 Genossen
Norwegen:	1 Genosse
Schweden:	1 Genosse
Dänemark:	1 Genosse
Finnland:	1 Genosse
Ukraine:	1 Genosse
Georgien:	1 Genosse
Mexiko:	1 Genosse
Kanada:	1 Genosse
Südamerika:	1 Genosse
Spanien:	1 Genosse
Portugal:	1 Genosse
Österreich:	1 Genosse
Holland:	1 Genosse
Schweiz:	1 Genosse
Jugoslawien:	1 Genosse
Rumänien:	1 Genosse
Bulgarien:	1 Genosse
China:	1 Genosse
Japan:	1 Genosse
Türkei:	1 Genosse
Indien:	1 Genosse
Australien:	1 Genosse
Südafrika:	1 Genosse

18. Deutsche Kommission.

(Die Entscheidung über die Behandlung der deutschen Frage wird bis zur Ankunft der offiziellen deutschen Delegation ausgesetzt.)

19. Skandinavische Kommission.

Vorsitzender: Treint, Sekretär: Schüller.

Genosse Fiala (Östererich) vermißt in der Tagesordnung einen Antrag zur Bildung einer österreichischen Kommission, obwohl die Verhältnisse in der österreichischen Partei erfordern, daß sich der Kongreß mit der österreichischen Frage endgültig befaßt, und schlägt die Bildung einer österreichischen Kommission vor.

Der Antrag des Genossen Fiala wurde angenommen.

Genosse Wolf (Mexiko) schlägt vor, daß bei der nationalen Frage die Frage des lateinischen Amerika als eine besondere Frage behandelt wird.

Folgender

Arbeitsplan des Kongresses

wird angenommen:

1. Tag: Begrüßungen, Tagesordnung, Wahl des Präsidiums, des Sekretariats und der Kommisionen, Geschäftsordnung.
2. Tag: Lenin und die Komintern.
3. Tag: a) Bericht der Exekutive.
   b) Bericht über die ökonomische Weltlage.
4. und 5. Tag: Diskussion über den Bericht der Exekutive.
6. Tag: a) Vormittags: Bericht über Rußland. Die russische Frage.
   b) Nachmittags: Kommissionen.
7. Tag: a) Vormittags: Bericht über die Gewerkschaftsfrage.
   b) Nachmittags: Kommissionen.
8. Tag: a) Vormittags: Diskussion über die Gewerkschaftsfrage, Jugendfrage.
   b) Nachmittags: Kommissionen.
9. Tag: a) Vormittags: Intellektuellenfrage.
   b) Nachmittags: Kommissionen.
10. Tag: a) Vormittags: Faschismus.
    b) Nachmittags: Kommissionen.
11. Tag: Nationale Frage.
12. Tag: Programmfrage.
13. Tag: Kommissionen.
14. Tag: Organisationsfragen.
15. Tag: Bauerninternationale.
16. Tag: Bericht der Kommissionen, Resolutionen.
17. Tag: Resolutionen. Wahlen.

Es wurde eine Kommission gebildet, die folgende Aufrufe ausarbeiten soll:

1. An die Rote Armee, Flotte und Luftflotte.
2. Gegen den weißen Terror und die Verhaftungen in den verschiedenen Ländern.
3. Gegen die Verfolgungen in den Kolonien der imperialistischen Mächte.
4. Einen besonderen Aufruf an das Leninsche Aufgebot.

Die Kommission setzt sich zusammen aus folgenden Genossen:

Felix Kon, Strasser, Smeral, Zetkin, Manuilski, Bennet.

Verantwortlich für die Kommission ist der Genosse Bennet.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die

Veranstaltung einer internationalen Kundgebung anläßlich des 10. Jahrestages des Ausbruches des Weltkrieges.

Bestätigt wurde folgender Beschluß des Exekutivkomitees:

a) Vom 27. Juil bis 4. August ist eine internationale Antikriegswoche zu veranstalten.

b) Eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie bei dieser Propaganda ist abzulehnen; die Veranstaltung muß in eine Demonstration gegen die Sozialdemokratie verwandelt werden.

c) Das Sekretariat des EKKI. wird beauftragt, sofort Anweisungen an die einzelnen Sektionen zu erteilen betreffs Heranziehung der Kriegsinvalidenorganisationen, der Kinder, der Frauen, der Jugend und der Soldaten.

Auf das Interesse der Bauernschaft an dieser Frage ist besonders hinzuweisen.

In den Zeitungen, die in diesen Tagen ganz dieser Frage gewidmet sein müssen, ist das gesamte gegen die Sozialdemokratie sprechende Material auszunutzen. Ferner sind Plakate und Zeichnungen herauszugeben.

d) Es wird in Rußland eine mit weiten Vollmachten ausgestattete Kommission gebildet, die aus folgenden Genossen besteht: Syrtsow (Rußland), Eberlein (Deutschland), Treint (Frankreich), Kreibich (Tschechoslowakei), Stewart (England), Terracini (Italien), Losowski (RGI.), Wujowitsch und Michalet (KJI.); ferner Julius, Katayama, Pepper; Vertreter aus Polen, Belgien, Jugoslawien, Vertreter der Bauerninternationale, der Kooperativsektion und der Sportinternationale, der Internationalen Roten Hilfe und der Frauen sowie Genosse Kolarow, Sekretär des EKKI.

e) Genosse Petrowski wird als verantwortlicher Leiter der Kommmission bestimmt.

f) Ferner wird eine Subkommission gewählt, die aus den Genossen Treint, Petrowski, Pepper, Syrtsow und Wujowitsch besteht.

Die

Eröffnungssitzung des V. Weltkongresses

wurde auf Antrag des Genossen Sinowjew für den 17. Juni, 6 Uhr abends, anberaumt. Falls wichtige Delegationen bis zu diesem Zeitpunkt nicht ankommen sollten, so wird das Präsidium beauftragt, die Eröffnung um einen Tag zu verschieben. Die Bestimmung der Details der Eröffnungsfeierlichkeiten wird dem Präsidium überlassen.

* * *

Der V. Weltkongreß für die Ehrung des Andenkens Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

(Telegramm des Genossen Sinowjew an die Zentrale der KPD.)

Moskau, 12. Juni 1924.

Ich ersuche Sie, auf die Gräber unserer unvergeßlichen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Namen des V. Weltkongresses bei der Denkmalsteinlegung am 15. Juni Kränze niederzulegen.

(Gez.) Sinowjew.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 71. 19. Juni. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Der XIII. Parteitag der RKP.

Bericht des Genossen Bucharin über die Tätigkeit der RKP.-Delegation im EKKI.

Änderungen in der Lage der Weltwirtschaft.

** Als die drei wichtigsten Änderungen auf dem Gebiete der Weltwirtschaft können betrachtet werden: 1. Das Aufhören der Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten Amerikas; 2. eine verhältnismäßige, wenn auch ziemlich unbedeutende, aber klar zum Vorschein kommende Besserung der Wirtschaftslage in Zentraleuropa und in Europa überhaupt; 3. die Agrarkrise und die in Verbindung mit dieser Agrarkrise im internationalen Maßstabe fühlbar gewordene „Schere" (ein russischer Ausdruck für das Mißverhältnis der Preise der landwirtschaftlichen und Industrieprodukte, das in der graphischen Darstellung die Form einer offenen Schere zeigt. Die Red.). Ich glaube, daß das Vorhandensein der „Schere" im internationalen Maßstabe keinem Zweifel unterliegen kann, wenn einige Wirtschaftsforscher diese Tatsache auch bestreiten wollen.

Was die Wirtschaftslage in den kapitalistischen Ländern anbelangt, so kann die jetzige Lage im großen ganzen als eine Annäherung an die Ziffern der Vorkriegsproduktion bezeichnet werden. Aber auf diesem Gebiete gibt es große Unterschiede, sowohl bezüglich der einzelnen Länder, wie auch bezüglich der einzelnen Produktionszweige. Das Wachsen der Produktion kommt am schärfsten in den Vereinigten Staaten zum Ausdruck.

Bezüglich der einzelnen Produktionszweige ist ein starkes Wachsen der Produktion, vor allem in der Landwirtschaft, wahrzunehmen, wo die entsprechenden statistischen Ziffern in den wichtigsten Zweigen die Ziffern der Vorkriegsperiode überholen. Andererseits ist es aber charakteristisch, daß die Vorkriegshöhe der Produktion in der Schwerindustrie bei weitem noch nicht erreicht worden ist. So betrug zum Beispiel die durchschnittliche Jahresproduktion von Gußeisen während der Periode 1909—13 78 Millionen Tonnen, im vergangenen Jahre 65 Millionen Tonnen; Stahl 1909—13 jährlich 75 Millionen Tonnen, im vergangenen Jahre 73 Millionen Tonnen. Der Seetransport, dessen Entwicklung für die Lage des Welthandels und diese ihrerseits für die Entwicklung der gesamten Weltwirtschaft besonders bezeichnend ist, zeigt folgende Zahlen: Schiffbau während der Periode 1909—13 jährlich durchschnittlich 3,330.000 Tonnen, im Jahre 1923 1,643.000. Es gibt noch einen Industriezweig, der für die Bewegung des Gesamtmechanismus der kapitalistischen Wirtschaft bezeichnend ist: die Bautätigkeit. Sie ist das beste Barometer für die Einschätzung der Konjunktur. Wir wissen das aus eigener Erfahrung. Sobald bei uns eine Belebung begann, so kam sie sofort in der Bautätigkeit, in Ausbesserungen der Häuser, in der Verschönerung der Städte usw. zum Ausdruck. Wir können jetzt sagen, daß die Bautätigkeit fast in ganz Europa auf der Vorkriegshöhe steht und daß wir in Amerika, besonders bis zum April, wo der Wendepunkt in der Wirtschaftskonjunktur begann, eine Rekordziffer in der Bautätigkeit haben. Der Bau von Eisenbahnen, Docks, Lagerhäusern, Wohnhäusern usw. nahm im Jahre 1923 im Zusammenhange mit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur in Amerika einen ungeheueren Umfang an.

Um die allgemeine Lage der Weltindustrie zu charakterisieren, werde ich sehr bezeichnende Ziffern über die Arbeitslosigkeit anführen. Die Summe dieser Ziffern in einer Reihe von großen Ländern, der alten und der neuen Welt, in den Vereinigten Staaten, in England, Deutschland, der Tschechoslowakei und Polen, fällt mit der entsprechenden Arbeitslosenzahl am 1. Januar 1921 zusammen. Am 1. Januar 1921 gab es in diesen Ländern 4,958.000 und im Jahre 1924 5,261.000 Arbeitslose. Natürlich ist dieses Bild nicht ganz genau, weil unter diesen Ländern jetzt ein europäisches Land fehlt, das die Arbeitslosigkeit bis zum Minimum herabsetzen konnte: Frankreich, aber im allgemeinen haben wir eine solche Situation vor uns, die auf eine gewisse Stabilisierung innerhalb der kapitalistischen Beziehungen hinweist, wobei verschiedene Schwankungen auf gewissen Gebieten durch entsprechende Schwankungen auf anderen geographischen Punkten kompensiert werden. Das ist die allgemeine Lage.

Was die erste Änderung, das **Aufhören der Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten, anbelangt**, so stehen uns die diesbezüglichen statistischen Zahlen noch nicht vollständig zur Verfügung. Eine ganze Reihe einzelner statistischer Angaben und Tatsachen zeigt uns aber schon, daß die Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten sich seit dem April 1923 nach abwärts bewegt. Am bezeichnendsten dafür ist die Produktion des Stahltrusts, die im April bereits ein Sinken von 6 bis 7%, und die Stahlproduktion der sogenannten „Outsider", das heißt jener Unternehmungen, die nicht Mitglieder des Trusts sind, um 8 bis 10% gegenüber März aufzeigt. Dementsprechend sehen wir auch ein wenn auch nur leichtes und sich in erster Linie nur auf die unqualifizierten Arbeiter erstreckendes Steigen der Arbeitslosigkeit.

Um nun über die zweite Änderung, das heißt über die geringe Besserung der Lage in Europa zu sprechen, will ich Eure Aufmerksamkeit vor allem auf **England** lenken. Wenn wir hier die Schwerindustrie nehmen und die Zahl der beschäftigten Hochöfen betrachten, so erhalten wir folgende Zahlen: 1913 — 337, 1922 (der tiefste Stand mit großen Streiks) — 132, 1923 — 200 Hochöfen. Die Produktion von Metallerz während derselben Jahre (in tausend Tonnen): 1913 — 10.260, 1922 — 4902, 1923 — 7439. Eine ganz sichtbare Erhöhung nach der Krise von 1922. Tiefstand der Stahlproduktion im Jahre 1922 ebenfalls in tausend Tonnen: 1922 — 5881, 1923 — 8483. **Arbeitslosigkeit**: 1922 — 1,926.000, 1923 (bereits weniger) — 1,493.000 und am 1. Januar 1924 — 1,371.000.

Nicht minder sichtbar ist der Aufschwung in **Deutschland**. Die Kohlenproduktion erreichte im März 1924 bereits 90 bis 96% der Vorkriegshöhe, die Metallindustrie 70 bis 80%. Außerordentlich interessant und bezeichnend ist die **Arbeitslosenstatistik**: 1. Januar 1924 — 1,532.000, 1. Februar — 1,440.000, 1. März — 1,072.000, 1. April — 702.000, 15. April — 480.000 Kurzarbeiter: 1. Januar — 848.000, 1. Februar — 362.000, 1. März — 151.000. Es unterliegt also keinem Zweifel, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland zurückgeht. Wenn wir die Zahl der Arbeitslosen vor Oktober und nach Oktober vergleichen, sehen wir, daß die politische Krise und die Niederlage des Proletariats zeitlich mit einem gewissen neuen witschaftlichen Aufschwung in Deutschland zusammenfällt. Und das ist nicht nur in Deutschland der Fall.

Was die Arbeitslosigkeit anbelangt, so hat diese in **Frankreich** schon lange aufgehört. Im Jahre 1923 gab es bereits nach der Statistik des französischen Arbeitsministeriums eine Einwanderung von 112.000 italienischen Arbeitern.

Auf dem Gebiete der **Finanzen** ist die Lage im Berichtsjahr höchst kritisch gewesen. Wir sahen den Zusammenbruch mancher Valuten: in Österreich, in Polen und in Deutschland, worauf eine gewisse Stabilisierung folgte. In der allerletzten Zeit, von März an, können wir eine ganz bestimmte Besserung auf dem Valutenmarkte feststellen.

Allerdings sind die erwähnten Zahlen noch nicht ausreichend, um von einem bedeutenden Aufschwung sprechen zu können, aber im Rahmen des allgemeinen Verfallsprozesses sehen wir bereits zweifelsohne einen leichten, langsamen Aufstieg der Konjunktur.

Die „Schere" im internationalen Maßstabe.

Endlich die dritte Änderung: die Agrarkrise und das Euch bereits bekannte Problem der „Schere". Diese Frage ist in ihrem ganzen Umfange noch nicht genügend ausgearbeitet, und ich würde hier über die Ursachen dieser „Schere" noch kein erschöpfendes Urteil auszusprechen wagen. In einer der letzten Nummern der deutschen Zeitschrift: „Wirtschaft und Statistik" (Nr. 8) gibt es einen interessanten Auszug in bezug auf diese Frage:

Das Verhältnis der Weizenpreise zu den Kohlen- und Eisenpreisen in verschiedenen Ländern:

Für eine Tonne Weizen konnte man kaufen, wenn man die im Jahre 1913 kaufbare Menge mit 100 ansetzt:

1. Deutschland.

Jahr	Kohle	Eisen
1913	100	100
1922	123	107
1923	59	60

2. England.

Jahr	Kohle	Eisen
1913	100	100
1922	79	98
1923	64	72

3. Frankreich.

Jahr	Kohle	Eisen
1914 (Juli)	100	100
1922	74	97
1923	80	65

4. Belgien.

Jahr	Kohle	Eisen
1914	—	100
1922	—	96
1923	—	68

5. Schweden.

Jahr	Kohle	Eisen
1913	100	100
1922	82	83
1923	77	86

6. Tschechoslowakei.

Jahr	Kohle	Eisen
1914 (Juli)	100	100
1922	45	69
1923	49	88

7. Polen.

Jahr	Kohle	Eisen
1914 (Januar)	100	100
1922	172	87
1923	105	72

8. Vereinigte Staaten.

Jahr	Kohle	Eisen
1913	100	100
1922	61	81
1923	80	73

Wie wir immer auch diese Ziffern deuten mögen, ist die Tatsache unbestreitbar: wir haben eine internationale „Schere" vor uns. Es ist interessant, daß die bürgerlichen Ökonomisten in ihren konkreten Ausdrücken zu denselben Methoden und Vergleichen greifen, zu denen wir gegriffen haben, als wir das Problem der „Schere" bei uns erörterten. So wird zum Beispiel in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" mitgeteilt, daß der Preis eines Pfluges im Jahre 1913 dem Preise von 6,6 Zentnern Roggen gleichkam, im Januar 1923 dagegen 11 Zentner Roggen kostete; im Oktober 1923 kostete ein Pflug den Preis von viermal so viel Kartoffeln als im Jahre 1913.

Es ist interessant, daß dieses Problem auch in den Vereinigten Staaten und in England zum Vorschein kommt. Und das ist eine Basis für die Revolutionierung von breiten agrarischen Massen. Das Problem der Agrarkrise und das der „Schere" haben ihr taktisch-politisches Äquivalent. Auf dieser Basis geht die Revolutionierung breiter Massen vor sich; die landwirtschaftliche Kleinbourgeoisie rückt von der Großbourgeoisie ab. Diese Erscheinung darf nicht unterschätzt werden.

Selbst in England, wo diese Frage keine Lebensfrage ist, ist eine tiefe Gärung unter den Bauern vorhanden, die sich in diesem Falle gegen die großen Bank-Aktiengesellschaften richtet, das heißt gegen die herrschende Form des Finanzkapitals.

In Amerika hat die Krise einen sehr breiten Umfang angenommen. Noch im Jahre 1922 sind ungefähr 2 Millionen Farmer von ihren Farmen abgewandert (während derselben Zeit sind etwa 800.000 zurückgekehrt). Leider habe ich keine genauen Ziffern über die letzte Periode. Man spricht in bezug auf das Jahr 1923 von 3 Millionen, ich hatte aber noch keine Gelegenheit, diese Ziffer zu kontrollieren.

Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die Agrarkrise trotz einer gewissen Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft in die Ereignisse eingreifen wird und der internationalen kapitalistischen Wirtschaft einen gewissermaßen unerwarteten Schlag zufügen kann. Daher müssen wir diese Erscheinung mit einer ganzen Reihe von anderen Erscheinungen in Zusammenhang bringen, die sich bereits auf sozialem und politischem Gebiete unmittelbar auswirken und für unsere taktischen Aufgaben und Direktiven bestimmend sind.

Änderungen in der internationalen Politik.

Aus dem Gesagten sehen wir, daß wir einer **schleichenden Krise der kapitalistischen Wirtschaft** gegenüberstehen. Andererseits können wir feststellen, daß jene verhältnismäßige Besserung, die wir in erster Linie in den europäischen Ländern wahrnehmen können, um den Preis der Expropriation der bürgerlichen Mittelschichten und eines Teiles der Bauernschaft sowie durch einen ungeheuer großen Druck auf die Arbeiterschaft erkauft worden ist.

Fragen wir uns, worin diese schleichende Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems zum Ausdruck kommt, so scheint mir auf diesem Gebiete die sichtbarste Tatsache zu sein, daß die Tendenz der Krise infolge der fortdauernden Zerstückelung der Weltwirtschaft infolge des fortdauernden Ausschlusses der Sowjetwirtschaft aus dem Weltverkehr, infolge der fortdauernden Isolierung der stärksten kapitalistischen Macht, des mächtigsten kapitalistischen Organismus, des Organismus der Vereinigten Staaten Amerikas, auch auf die Siegerstaaten überging. Das ist

gerade darum charakteristisch, weil die jetzige Krise eine Krise des gesamten kapitalistischen Systems und nicht eine für den normalen Gang des Kapitalismus bezeichnende Industriekrise ist. Es ist unbestreitbar, daß in einer ganzen Reihe von Ländern eine Besserung der Wirtschaftskonjunktur vor sich geht, aber diese schleichende Krise dringt in die Poren des politischen Organismus dieser Länder ein. Das bedeutet natürlich nicht, daß diese charakteristische Erscheinung sich ihrerseits nicht auf andere wirtschaftliche Ursachen stützt, aber dennoch müssen wir sie besonders hervorheben.

Besonders in England und Frankreich sind diese politischen Schwierigkeiten trotz der Besserung der Wirtschaftskonjunktur in ihrer Gesamtsumme gewachsen. Wir sehen zum Beispiel, daß die englische Bourgeoisie jetzt viel stärker gegen die zentrifugalen Tendenzen ihrer Kolonien und Dominions zu kämpfen hat. Wir wissen, daß während des griechisch-türkischen Krieges zum ersten Male eine solche Erscheinung zutage trat, als auf die direkte Aufforderung von Lloyd George, zum Kriege bereit zu sein, einige von den englischen Dominions die Aufforderung Lloyd Georges ablehnten. Nach einer zeitweiligen Verfallsperiode sehen wir im letzten Jahre einen neuen Aufschwung der national-revolutionären Bewegung in Indien. Wir sehen, daß die Lage der englischen Außenpolitik schwieriger geworden ist. Die Beziehungen zu Frankreich verschärfen sich in einem solchen Maße, daß selbst so gemäßigte Leute wie Keynes erklären, die Aufgabe Englands bestehe nicht darin, mit Frankreich zusammenzuarbeiten, sondern darin, es zu besiegen. Die englische Bourgeoisie muß angesichts des großen Einflusses der Arbeiterpartei und der Erstarkung der Kommunisten auf dem sozialen Gebiete des Klassenkampfes mit großen Schwierigkeiten kämpfen.

Oder nehmen wir eine andere Macht als Beispiel: **Frankreich**. Primitiv betrachtet, wird die Erstarkung des Kapitals durch den wirtschaftlichen Erfolg bestimmt, der im Wachsen der Produktion, in der Verringerung der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommt usw. Anders wird das Problem aussehen, wenn wir es in seinem ganzen Komplex, in der Gesamtheit der sozialpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, betrachten. Letzten Endes sehen wir ein ungeheures Anwachsen der Staatsschulden, einen katastrophalen Sturz des Franken, der übrigens in der letzten Zeit aufhörte, eine Erhöhung der Steuern um 20%, eine Teuerung von 30%, die Zerstörung der Mittelschichten, die Verringerung des Reallohnes usw. Andererseits, in der Außenpolitik, sehen wir eine Verschärfung der Beziehungen zu England, die ungeheuren Kosten der Ruhrbesetzung usw. usw.

Aus alledem geht hervor, daß trotz eines gewissen Aufschwunges auf dem Gebiete der Wirtschaft, auf dem Gebiete der Produktion, zugleich in denselben Ländern eine ganze Reihe von Schwierigkeiten erwachsen sind, deren Behebung ihnen im letzten Jahre nicht gelungen ist. Darin liegt, wenn Ihr wollt, eine gewisse Originalität der gegenwärtigen Konjunktur. Wenn wir das Gesagte zusammenfassen wollen, so können wir es in folgender Weise formulieren: Der Schwerpunkt der Ereignisse wurde verhältnismäßig und bedingt weiter nach dem Westen verlegt. Das ist das Originelle in der jetzigen internationalen politischen Konjunktur.

•

Wenn wir nun diese Erscheinung vom Gesichtspunkte des Verhältnisses zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse betrachten, so glaube ich, daß die Situation vom Gesichtspunkte der bürgerlichen Politik ungefähr folgenderweise formuliert werden kann: **Die Bourgeoisie braucht jetzt eine Atempause zum Versuch, ihre Wirtschaft wieder aufzurichten.** Zu diesem Zwecke muß sie vor allem zwei Aufgaben lösen: einerseits Amerika, andererseits die Sowjetunion in der einen oder anderen Form in den Weltverkehr hineinziehen. Zugleich ist es zur Wiederherstellung der gesamtkapitalistischen Beziehungen notwendig, die Massen zu beruhigen und wenigstens den Schein einer gemeinsamen Plattform zwischen der Bourgeoisie und eines Teiles der Massen herzustellen. Zu diesem Zwecke spielt auch die Parole der Anerkennung der Sowjetunion eine unschätzbare Rolle.

Man könnte dies so formulieren, daß die Bourgeoisie einer Einheitsfronttaktik bedarf. Man könnte sagen, daß hier zwei einander direkt gegenüberstehende Aufgaben vorhanden sind: die Bourgeoisie hat die Aufgabe, den Kapitalismus wieder aufzubauen, die Kommunistischen Parteien haben die Aufgabe, den Kapitalismus zu zerstören; der gegenwärtige Moment ist aber der Moment des großen Kampfes um die Gewinnung der Mittelschichten: der Bauernschaft und eines Teiles der Arbeiterklasse. Und wenn die Kommunisten zu diesem Zwecke ihre Einheitsfronttaktik ausüben, so bedarf die Bourgeoisie ihrerseits ebenfalls eine Einheitsfronttaktik.

Mir scheint, daß diese Einheitsfronttaktik der Bourgeoisie, die ein Manöver darstellt, um die schwankenden Schichten der Arbeiter und die kleinbürgerlichen Zwischenschichten für sich zu gewinnen, in zwei bekannten Hauptformen zum Vorschein kommt: einerseits in der Form der **Koalition mit den Sozialisten und andererseits im Faschismus.**

Der Faschismus und die Koalition mit den Sozialisten, das heißt die Taktik des linken Blocks und die Taktik des Faschismus, haben von diesem Gesichtspunkt aus einen und denselben Sinn, da der Faschismus nicht nur in der direkten Gewaltanwendung besteht, wie es sich manche vorstellen, sondern es ist eine Methode, die einen gewissen Teil der Volksmassen ins Schlepptau nimmt. In beiden Methoden kommt dasselbe objektive Bedürfnis der Bourgeoisie zum Vorschein: einen gewissen Massenkreis für sich zu gewinnen, um die Sache des Wiederaufbaues des Kapitalismus weiterführen zu können.

Aus alldem können wir aber klar sehen, wie ganz unmöglich es ist, bei der Einschätzung aller möglichen neuen politischen Situationen die alten Schablonen anzuwenden. Im Jahre 1918 haben wir uns den Entwicklungsgang der Ereignisse in jedem Lande ungefähr nach unserem Muster vorgestellt: nun, Kerenski, Kornilow und die Sozialverräter werden zwei Jahre lang bleiben, dann werden sie durch die Kommunisten abgelöst. Die internationale Bourgeoisie hatte jedoch viel größere Kräfte, viel mehr Methoden in Reserve. Kann man denn die Ereignisse der letzten Jahre: die Regierung Macdonald oder den „linken Block" in Frankreich, in den allgemeinen Rahmen der russischen Erfahrung einzwängen? Ich glaube, daß das weder ein Kerenski- noch ein Noske-Regime ist. Es ist eine ganz eigentümliche Form, die der heutigen ganz eigentümlichen Lage entspringt. Eine gewisse Gesetzmäßigkeit besteht darin, daß diese Blocktätigkeit, die Taktik des Blockes der Bourgeoisie mit gewissen Teilen der Massen sich in faschistischer Form in jenen Ländern entwickelt, die vom Kriege sehr stark in Mitleidenschaft gezogen wurden und in denen der Klassenkampf die schärfsten Formen annimmt. Dagegen dort, wo der Krieg keine allszuschweren Erschütterungen hinterließ, wo der Klassenkampf sich nicht in seinen schärfsten Formen abspielt, dort nimmt diese Einheitsfronttaktik der Bourgeoisie die Form eines „linken Blocks" an.

Wenn der Kapitalismus noch als Wirtschaftssystem bestehen bleiben konnte, so war das nur durch eine noch stärkere Verelendung und Auspressung der breiten Massen möglich.

Nehmen wir **Deutschland** als Beispiel, wo die Arbeitslosigkeit sehr schnell abnimmt und wo die wirtschaftliche „Gesundung" des Kapitals unbestreitbar ist. Wenn wir den Arbeitslohn für März 1924 mit dem Lohn im Jahre 1923 vergleichen, dann sehen wir in der chemischen Industrie einen 18 bis 30%igen Abbau des Reallohnes vom Jahre 1923; in den Staatsunternehmungen erhalten die qualifizierten Arbeiter 40 bis 44%, die unqualifizierten Arbeiter 23% weniger Lohn als im Jahre 1923. Die Arbeiter des Nordwestgebietes arbeiteten 1923 48 Stunden, jetzt 57½ Stunden; Berlin arbeitete 48, jetzt 54 Stunden, Hamburg, Breslau ebenfalls.

In **England**, in diesem Lande des Vollblutkapitalismus, wird die Produktion erhöht. Aber auch hier fiel die Arbeitslohn in einer Reihe von Produktionszweigen auf 75 bis 80% des Vorkriegslohnes.

Auch in **Frankreich** stiegen die Preise durchschnittlich um 50%, während der Arbeitslohn während derselben Zeit um 10% erhöht wurde.

Ich werde hier nicht über die anderen Länder sprechen, aber charakteristisch ist daß auch solche Länder, wie **Ungarn, Rumänien** oder **Polen** dieselbe Tendenz aufweisen.

Es wäre außerordentlich interessant, auch einen anderen Prozeß, den Prozeß der **Expropriierung der Bauern** zu verfolgen, leider haben wir aber diesbezüglich keine genauen statistischen Angaben. Interessant ist die theoretische Formulierung des Genossen **Varga**, wonach man zwischen der Akkumulation des Kapitals und dem Reichtum des Landes unterscheiden müsse. Es geht jetzt eine Akkumulation des Kapitals vor sich, zugleich aber nehmen die Reichtümer des Landes ab und die Akkumulation des Kapitals geht auf Kosten der vorhandenen Reichtümer vor sich. Eine kleine Gruppe von Kapitalisten, die die übrigen Kapitalisten mittels verschiedener Methoden enteignet, akkumuliert ihr Kapital, die ganze Nation

wird dennoch ärmer. Dieser Prozeß ist der charakteristischste unter allen heutigen Prozessen.

Selbstverständlich sehen wir auf Grund dieser kapitalistischen Beziehungen eine **Verschärfung des Klassenkampfes**, die die rein produktionellen Besserungen in Frage stellen kann. Hier sehen wir eine ganze Reihe von interessanten Gesetzmäßigkeiten. Obwohl die Weltwirtschaft gegenwärtig zerstückelt ist und es in jedem Lande eine besondere Wirtschaftskonjunktur gibt, sehen wir eine ganze Reihe von parallelen Prozessen in verschiedenen Ländern. Der Grund hierfür ist, daß alle diese Länder ähnliche Erschütterungen durchzumachen hatten, einzelne von ihnen sogar eine Revolution. Gemeinsam war der Prozeß der kapitvalistischen Offensive, die auch heute noch fortdauert. Das Resultat dieser Offensive ist der Prozeß der Herabsetzung des Lebensniveaus des Proletariats, die Enteignung der Kleinbourgeoisie und die stets wachsende Ausbeutung der Bauern. All dies geht in verschiedenen Formen, in der Form des Lohnabbaues, der Verlängerung des Arbeitstages und der Papiergeldinflation vor sich.

Charakteristisch für die Einschätzung des gegenwärtigen „Gesundungsprozesses" des Kapitalismus ist, daß diese „Gesundung" in erster Linie nach der Herbstniderlage der Arbeiterklasse begann. Auch das ist nicht zufällig, daß wir in den Herbstmonaten des vorigen Jahres solche Versuche eines stürmischen Durchbruches der kapitalistischen Front hatten, wie die deutschen, die polnischen, die bulgarischen Ereignisse und wie der jüngste norwegische Streik, der bis heute fortdauert. Auf die Einschätzung dieser Ereignisse komme ich in einem anderen Zusammenhange zurück.

Unsere Niederlagen.

Es ist Euch bekannt, daß wir in einer ganzen Reihe von Ländern eine Niederlage erlitten haben. Eine Niederlage erlitten wir in **Deutschland, in Polen und in Bulgarien.** In Norwegen wird der Kampf mit der größten Zähigkeit fortgesetzt. Der Streik, der im Oktober 1923 begann, erstreckt sich jetzt auf eine ganze Reihe von Industriezweigen; im Februar streikten 40.000, heute streiken 60.000, das heißt die Hälfte aller in der norwegischen Industrie beschäftigten Arbeiter. Dieser Kampf dauert seit sieben Monaten, und wir haben Grund, anzunehmen, daß er mit dem Siege der Arbeiterschaft enden wird. Aber auf den anderen drei Linien haben wir eine Niederlage erlitten, und die Tatsache dieser Niederlage ist uns allen bekannt.

Die Parteikrisen und ihre Ursachen.

Nach den Oktoberniederlagen mußten wir eine ganze Reihe von Krisen durchmachen, die unsere Gegner die Krise der Komintern nennen. Ich glaube, daß auch die Krise innerhalb unserer Partei nicht aus dem Komplex dieser Kette herausgenommen werden kann.

Alle diese Krisen, unsere mit inbegriffen, hatten dem Wesen nach dieselbe Vorausetzung.

Das Problem der **Einheitsfront** ist das Problem der Verbindung mit den kleinbürgerlichen Teilen der Arbeiterklasse und mit der Kleinbourgeoisie, die die Arbeiterklasse unbedingt mit sich reißen muß, wenn sie eine siegreiche Massenpartei sein will. Aber das bedeutet nicht, daß das manövrierende Subjekt, das die Einheitsfront durchführt, kleinbürgerlich sein muß. Der Umstand, daß unsere Parteien, die von sozialdemokratischen Überresten behaftet sind, mit kleinbürgerlich eingestellten Schichten oder direkt mit der Kleinbourgeoisie in Berührung kommen mußten, stellt eine unbestreitbare Gefahr dar. Natürlich ist das kein Argument gegen die Einheitsfronttaktik, aber es ist eine Gefahr für unsere Parteien, die sich dieses strategischen Manövers bedienen.

In der russischen Partei sehen wir dasselbe, nur in anderer Form, mit einem anderen sozialen Inhalt und in einer anderen Situation. Erstens nahmen wir noch unbearbeitete Elemente in unserer Partei auf. Zweitens ist das Problem der Verbindung mit der Kleinbourgeoisie auch bei uns vorhanden, wenn auch in einer anderen Form. Wir müssen die Kleinbourgeoisie für eine andere Sache mit uns reißen als unsere westeuropäischen Genossen: sie müssen es dort tun für die Zerstörung des Kapitalismus, wir müssen es hier tun für den Aufbau des Sozialismus. Das ist aber keine aktive Ursache der Krise, bloß eine allgemeine Voraussetzung. Eine positive Ursache besteht meiner Ansicht nach in der Oktoberniederlage der Kommunisten in Deutschland. Selbstverständlich wurde die Sache in der Sowjetunion durch die wirtschaftliche Krise kompliziert, aber die psychologische Depression infolge des Zusammenbruches der mit so großem Lärm erweckten Hoffnung auf die deutsche Revolution und infolge des kampflosen Rückzuges des deutschen Proletariats machte einen äußerst starken Eindruck auf unsere Parteimitglieder.

Wenn wir dieses Problem der Verbindung mit der Kleinbourgeoisie vom Gesichtspunkte des innerparteilichen Kampfes betrachten, so ist das ein Kampf zwischen den organisatorischen und anderen Ansichten, die sich auf die Tradition Lenins stützen, einerseits und zwischen manchen Abweichungen von diesen Traditionen andererseits. Gerade darum drang unsere innerparteiliche Diskussion in alle anderen Diskussionen ein. Und das ist absolut nicht zufällig. Nach einer Reihe von Niederlagen bemächtigte sich einer ganzen Reihe von Genossen eine stark pessimistische Stimmung. Und das ist charakteristisch für die Einschätzung dieser Krise.

Nun können wir sagen, wenn wir die Auswirkungen der Differenzen innerhalb unserer Partei in internationalem Maßstabe betrachten, daß unbestreitbar **die rechtsstehenden Elemente der Internationale unsere Opposition unterstützten.** Unsere Parteikrise ergriff eine ganze Reihe von Sektionen der Kommunistischen Internationale. Nur in einem Falle kam es zur Spaltung, in der norwegischen Partei. Dort gibt es zwei Parteien, und hier ist charakteristisch, daß der sich von uns abgespaltete Teil der Partei, die Tranmaelisten, was die logische Argumentierung betrifft, mit unserer Opposition vollkommen solidarisch ist. Die Leute schließen sich der Forderung jener organisatorischen Maßnahmen usw. an, die unsere Opposition aufgestellt hatte. Tranmael persönlich schrieb eine ganze Reihe von Artikeln, in denen er sich mit unserer Opposition solidarisch erklärt und sagt, daß er es begrüßen würde, wenn die Reihen der Komintern nach diesem Muster aufgebaut werden. Und überall sehen wir, daß jener Teil, der im wirklichen Sinne des Wortes keinen orthodoxbolschewistischen Flügel darstellt, sondern in seiner Taktik eine opportunistische Stellung einnimmt, daß also, ich wiederhole, die rechten Flügel überall unsere Opposition unterstützen. Diese Teilung ist unbestreitbar vorhanden.

*

Wenn wir uns aus diesem Gesichtspunkte fragen, was alle diese Krisen — sowohl die Krise der russischen Partei wie auch die Krise anderer Parteien der Kommunistischen Internationale — darstellen, so scheint es mir, daß diese Krisen als Begleiterscheinungen der Bolschewisierung dieser Parteien betrachtet werden können. Nach der Niederlage der westeuropäischen Parteien wurden die am wenigsten gefestigten Elemente erschüttert, und das ist begreiflich. Aber jedes Schlimme hat seine guten Seiten, und wir sehen, daß der Bolschewisierungsprozeß der Parteien in allen Ländern entschiedene Fortschritte macht.

Die Differenzen in der KPD.

Hinsichtlich der deutschen Ereignisse wurde unser Zentralkomitee auf derselben Linie angegriffen wie in bezug auf unsere Innenpolitik. Ebeno wie einige Genossen das ZK. beschuldigten, daß es das Land an den Rand des Abgrundes bringe, ebenso wurde auch erklärt, daß die Mehrheit unserer Vertretung in der Komintern, die unter der Führung des Politischen Büros des ZK. stand, die Zentrale der KPD. gespalten und zugrunde gerichtet habe, und daß es dadurch nicht das Land, das sich noch nicht in den Händen des deutschen Proletariats befindet, sondern den Kern der KPD. und mit ihm das deutsche Proletariat fast an den Rand des Abgrundes gebracht habe. Aber ebenso wie die Sowjetunion nicht zugrunde gegangen ist, sehen wir auch in der deutschen Partei nicht nur keine Spaltung, sondern eine viel geschlossenere Führergruppe als bisher, die fähig ist, wie die Erfahrung der jüngsten Wahlen zeigte, die Arbeitermassen mit sich zu reißen.

Prinzipiell ging der Streit um drei Fragen: um das sächsische Experiment, um die Einheitsfronttaktik und um die innerparteiliche Stellung unserer Gruppe in bezug auf die KPD.

Was die Meinungsverschiedenheiten über das **sächsische Experiment** anbelangt, so beurteilte die Mehrheit unserer Vertretung und die Mehrheit unseres Politbüros und unseres Zentralkomitees den Mißerfolg des sächsischen Experiments von dem Gesichtspunkte der opportunistischen Fehler der damaligen Führergruppe der KPD. Natürlich standen wir nicht auf dem Standpunkt, daß der Sieg damals unausbleiblich war, und wir haben unsere Genossen nicht einmal dessen beschuldigt, daß sie in Sachsen nicht eine siegreiche entscheidende Schlacht geliefert

haben. Wir beschuldigten die Führergruppe der damaligen deutschen Zentrale, mit dem Genossen Brandler an der Spitze, dessen, daß sie die Vorbereitung in Verbindung mit dem Eintritt in die sächsische Regierung in unrichtge Bahnen gelenkt haben. Anstatt die ganze Zeit, die ihnen zur Schaffung einer Massenorganisation der Arbeiter zur Verfügung stand, auszunützen und alles aufzubieten, um die Massen zu bewaffnen, zum Stützpunkt der damals heranwachsenden Bewegung zu werden und von der hohen Tribüne, auf der sie standen, diese Massenbewegung zu steigern und zu entwickeln, begannen die hervorragendsten Funktionäre, wie Genosse Brandler, das ganze Experiment mit der sächsischen Regierung vom Gesichtspunkte einer Parlamentskombination aus zu betrachten, mit Hilfe deren man durch Ausnützung der Mittel und Methoden der bürgerlichen Demokratie, des bürgerlichen Staatsapparats, nach einer verhältnismäßig langen Entwicklungsphase mehr oder minder schmerzlos zu einer höheren Stufe gelangen könnte.

Eine andere Frage, die der Frage des Eintrittes in die sächsische Regierung zugrunde lag, ist **die Frage der Einheitsfronttaktik.** Die Resolution des Politbüros betrachtete die Einheitsfronttaktik als ein gewisses Manöver zur Agitation, zur Mobilisierung der Massen und zu dem Zwecke, die Arbeitermassen dem Einflusse der Sozialdemokratie zu entziehen. Die Genossen aber, die auf dem rechten Flügel der KPD. standen und die bei unserer Opposition einen Widerhall fanden, stellten sich die Einheitsfront als einen Block mit der Sozialdemokratie, als eine gewisse Etappe im Kampfe der Arbeiterklasse vor. Folglich orientierten sie sich nicht nach der Aufgabe, die Massen dem Einflusse der Sozialdemokratie zu entziehen und sie gegen die Bourgeoisie zum Sturm zu führen, um den Staatsapparat der Bourgeoisie zu zerschlagen, sondern darauf, daß es möglich und zweckmäßig sei, daß wir auf Grund eines gewissen Zusammenarbeitens mit der Sozialdemokratie durch ein gemeinsames Ministerium, mit Hilfe des Apparats, den wir fertig in unsere Hände bekommen, einen großen Schritt vorwärts machen könnten. Der Fehler lag darin, daß sie den Manövercharakter der Einheitsfronttaktik nicht klar gesehen haben, und andererseits, daß sie sich die Möglichkeit dieser Übergangsarbeiterregierung als eine bestimmte längere Etappe vorstellten, während der wir zusammen mit den Sozialdemokraten alle Mittel des bürgerlich-demokratischen Apparats auszunutzen hätten.

Im Zusammenhange mit diesen beiden Fragen stand die dritte Frage, **die Frage unserer innerparteilichen Organisation.** Es handelt sich darum, daß die KPD. schon seit langem unter inneren Gegensätzen zu leiden hatte. Die äußerste Linke der KPD., die in einer ganzen Reihe von Fragen eine unrichtige Stellung einnahm, hat die rechte Gefahr schon längst signalisiert. Wir haben während einer sehr langen Zeit mit der ganzen Autorität der Kommunistischen Internationale die rechten Gruppierungen unterstützt. Aber als es sich herausstellte, daß die Rechte in den beiden vorher erwähnten Fragen mit sozialdemokratischen Ideologen behaftet ist, entstand die Frage, daß es vielleicht nötig wäre, die innerparteiliche Orientierung umzustellen. Das war natürlich ein sehr qualvoller Prozeß, aber es war ganz klar, daß man dieser Frage nicht ausweichen durfte. Wir haben im Gegensatze zu einer ganzen Reihe von Genossen gesagt, daß er darin, was die Linke sagt, sehr viel Richtiges gibt. Wir sagten schon längst, daß einer der größten innerparteilichen Fehler der Zentrale darin besteht, daß diese Zentrale unfähig ist, die besten revolutionären Arbeiterelemente, die unter dem Einfluß der Linken standen, für sich zu gewinnen und in Bewegung zu setzen. Wir waren schon längst der Meinung, daß die Linke viel stärker sein wird, als dies die offiziellen Vertreter der deutschen Zentrale behaupten. Und es stellte sich wirklich heraus, daß auf dem letzten Parteitage der KPD. die rechte Gruppe keine einzige Stimme erhielt, und daß alle Stimmen sich zwischen der Mittelgruppe und der Linken teilten. In Wirklichkeit haben also jene Genossen, die sich für die Vertreter der überwiegenden Parteimehrheit erklärten, eine runde Null erhalten. Sie befanden sich ungefähr in einer solchen Lage wie unsere Opposition auf diesem Parteitag.

Natürlich gab es auch hier Stimmen, die den Standpunkt der Opposition verteidigten. Zum Beispiel hat in Frankreich Genosse Souvarine erst unlängst in seinem Vorwort zur Broschüre des Genossen Trotzki über den „Neuen Kurs" erklärt, es sei ihm bekannt, daß die Opposition auf unserem Parteitag und auch sonst die Mehrheit der Partei hinter sich hat. Aber die Genossen, die auf dem rechten Flügel standen und bis zur letzten Minute davon überzeugt waren — ich glaube, sie waren davon überzeugt —, daß sie die Mehrheit darstellen, haben eine runde Null bekommen. Das zeigt, wie schwach ihre Verbindung mit jenen Partei- und parteilosen Massen war, die sie hätten führen sollen.

Aber trotz der Niederlage, trotz des Rückzuges des deutschen Proletariats ist die deutsche Arbeiterklasse nicht zusammengebrochen und ihre Partei verwandelt sich immer mehr in eine feste revolutionäre Kampfpartei.

Die wichtigsten Lehren der Ereignisse des vergangenen Jahres.

Diese Lehren beziehen sich in erster Linie natürlich auf das taktische Hauptproblem der Kommunistischen Internationale, das zugleich auch das schwerste taktische Problem darstellt, auf das Problem der Anwendung der Einheitsfronttaktik. Wir mußten hier während der letzten Zeit einiges modifizieren und auf eine Reihe von Parteien, die gerade in dieser Frage große Fehler machten, in der einen oder der anderen Richtung einwirken. In Deutschland haben die Kommunisten die Einheitsfronttaktik folgenderweise modifiziert: die Kommunisten wandten bis zum Oktober die Einheitsfronttaktik in ihrer klassischsten Form an. das heißt sie wandten die Einheitsfronttaktik von oben und von unten an: sowohl mittels Verhandlungen mit den Spitzen der Sozialdemokratischen Partei über diese oder jene gemeinsame Aktion und zugleich von unten, indem sie die Notwendigkeit dieser gemeinsamen Aktion auch unter den sozialdemokratischen Arbeitern provozierten. In dieser Beziehung zogen die Oktoberereignisse eine gewisse Grenze auf dem Gebiete unserer Beziehungen zu der Sozialdemokratischen Partei. In erster Linie wurden wir uns über die Gefährlichkeit des schwankenden, unentschlossenen und daher objektiv am meisten verräterischen Verhaltens der linken Sozialdemokraten klar, die sich während der Oktobertage in ihre rechten Genossen klammerten und dadurch die Krise in der kritischesten Minute vertieften. Andererseits mußte, da die Sozialdemokraten sich an allen diesen Ereignissen und an der Unterdrückung der Arbeiter und an der Abwürgung aller Aktionen der Arbeiterklasse beteiligt haben, auch hier eine gewisse Modifizierung unserer Taktik vorgenommen werden.

Wahrscheinlich wäre diese Modifizierung der Einheitsfronttaktik nicht notwendig gewesen — selbst in dem Falle desselben Verlaufs der Ereignisse — hätte sich das Kräfteverhältnis zwischen den Kommunisten und Sozialdemokraten nicht geändert, das heißt wäre der Prozeß der Abkehr der Massen von der Sozialdemokratischen Partei und ihr Zustrom zur stets wachsenden Kommunistischen Partei nicht vorhanden. So mußten aber die deutschen Kommunisten unsere Einheitsfronttaktik modifizieren und die Parole der Einheitsfronttaktik von unten, das heißt als Einheitsfront mit den unteren Organisationen und mit der Arbeiterklasse selbst in den Vordergrund stellen. In bezug auf die linken Sozialdemokraten erklärten sich die Kommunisten bereit, mit ihnen unter der Bedingung zu verhandeln, daß sie mit ihren rechten sozialdemokratischen Brüdern brechen.

Diese Modifizierung der Einheitsfronttaktik, die eine Anpassung an den konkreten Verlauf der Ereignisse in Deutschland darstellt, ist jedoch gar nicht eine Aufhebung der Einheitsfronttaktik überhaupt und bedeutet gar nicht eine Übertragung dieser Modifizierung auf andere Länder.

In der KP. Bulgariens.

Die Komintern mußte in der Frage der Anwendung der Einheitsfronttaktik in Bulgarien in einer scharfen Weise eingreifen. Dort war diese Frage nicht mehr eine Frage des Verhältnisses der Kommunistischen Partei zu den Sozialdemokraten, dort hatte die Frage die Form einer Frage des Verhältnisses der Kommunistischen Partei zu der Bauernpartei. Sie stellte eine andere parteimäßige Formulierung der großen Frage über das Verhältnis der Arbeiterschaft und der Bauernschaft dar. Unsere bulgarische Partei litt an einem gewissen Dogmatismus, als es sich darum handelte, mit dem landwirtschaftlichen Bund einen gemeinsamen Kampf zu führen. Sie hat das Verhältnis zwischen der Arbeiterschaft und der Bauernschaft unrichtig, nicht ganz bolschewistisch aufgefaßt, und das erwies sich im Laufe der Zeit als ein verhängnisvoller Fehler. Wir mußten die Linie der bulgarischen Partei ausrichten, und wir stellen mit Freude fest, daß nicht nur das Leben uns recht gegeben hat, sondern daß auch die angesehensten Genossen der bulgarischen Partei, die damals eine unrichtige Stellung einnahmen, sich von der Richtigkeit des Standpunktes unserer Vertretung überzeugt haben.

In der Amerikanischen Partei.

In Amerika hat die Frage der Einheitsfront eine wirklich originelle Form angenommen. Unter anderem stellen auch diese Abstufungen der Einheitsfronttaktik und die verschiedenen Situationen, in denen sie angewendet werden, eine gute Illustration dafür dar, wie verschieden und kompliziert jetzt die Situation in verschiedenen Ländern ist und wie vorsichtig wir sein müssen, um nicht dieselben Schablonen anzuwenden.

In Amerika ist die Einheitsfrontfrage eine Frage des Verhältnisses zwischen der Arbeiterschaft und der Bauernschaft, aber in einer äußerst originellen, eigentümlichen Weise. Den Ereignissen liegt die erwähnte Agrarkrise zugrunde. Auf Grund dieser Agrarkrise entstand eine starke Bewegung der Farmer, die gegenwärtig schonungslos enteignet werden und in eine sklavische Verschuldung gegenüber den Großkapitalisten und Großbankiers geraten.

In diesem Zusammenhange müssen wir hier einen sehr interessanten Vorgang der Weltentwicklung erwähnen: die ungewöhnlich starke Entwicklung der mechanischen Kräfte auf dem Gebiete der Landwirtschaft infolge der Elektrifizierung. In Amerika ging zur Zeit der Hochkonjunktur ein wirklich kolossaler Umschwung in dieser Beziehung vor sich. Das Pferd ist in den Städten der Nordamerikanischen Vereinigten Staaten schon längst ausgestorben und durch verschiedene Automobilarten ersetzt. Jetzt hat derselbe Prozeß in starkem Maße auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft eingesetzt. Natürlich kommt dieser technische Fortschritt in erster Linie den wohlhabendsten Farmerschichten zugute. Infolgedessen entsteht eine Überkonkurrenz, mit einer sichtbaren Tendenz der Verdrängung der kleineren Farmer. Die Summe der Ursachen führt dazu, daß eine breite, mächtige Bewegung der Kleinbourgeoisie entsteht, die die großbürgerlichen Schichten außerordentlich beunruhigt und die zeitlich mit dem Zusammenbruch und mit der Zersetzung der zwei großen bürgerlichen Parteien Amerikas, der Demokratischen und Republikanischen Partei, zusammenfällt. Nun steht diese Bourgeoise vor dem Problem der erwähnten Einheitsfront. Es ist ganz klar, daß die amerikanische Bourgeoisie nicht die faschistische Linie, sondern die Linie des linken Blocks verfolgen muß. Dieses für die Weltbourgeoisie objektiv unvermeidliche Bedürfnis erklärt das Entstehen einer neuen dritten Partei, an deren Spitze Senator Lafolette steht, der die Farmer ins Schlepptau nimmt.

Die Kommunistische Partei beschloß, die Taktik der Einheitsfront anzuwenden. Sie muß vor allem sich selbst unterstützen, sie muß ferner auch in der Arbeiter- und Farmerpartei, in einer bereits bestehenden Organisation arbeiten, ferner muß sie die unter allen diesen Schichten eingesetzte Bewegung für die Gründung einer großen und mächtigen Arbeitspartei unterstützen, die die Arbeiter und Bauern in gesamt-amerikanischen Maßstabe zusammenfassen soll. Endlich muß sie die breite Bewegung ausnützen, die sich um Lafolette, einem bürgerlichen Geschäftsmanne, gruppiert, der, ich glaube, eine gewöhnliche bürgerliche Politik treibt und diese mächtige Bewegung auszunützen wünscht. Die Kommunistische Partei beschloß, auch mit dieser Gruppierung auf eine Verständigung einzugehen. So entstand in Amerika folgendes Bild: Einerseits gibt es eine Kommunistische Partei, ferner eine Arbeiter- und Farmerorganisation, sodann eine breite Arbeiterpartei, und dann eine starke Bewegung um die dritte Partei von Lafolette.

Ich will mich nicht auf Einzelheiten einlassen. Die Kommunisten mußten ihrer Partei in dieser Situation einen Ruck nach links geben. Und unsere Genossen gingen aus der schwierigen Lage mit Ehre hervor. Unsere Delegation sprach sich in der entschiedensten Weise gegen eine solche Interpretation der Einheitsfronttaktik aus, wonach die Kommunisten eine Gruppe unterstützen können, die objektiv nichts anderes darstellt, als einen Versuch, dem neuentstandenen Großkapital zu seinem Ziel zu verhelfen.

Die englische Partei.

Auch in England mußte die Taktik unserer Partei einigermaßen modifiziert und nach links gewendet werden. Die taktischen Hauptprobleme drehen sich also um die Einheitsfronttaktik und werden sich noch lange um sie drehen. Das ist die Hauptlehre, die wir aus den letzten Ereignissen ziehen müssen.

Aus allem Gesagten geht hervor, daß wir gar nicht behaupten können, wie die Theoretiker der Sozialdemokratie mit großem Vergnügen behaupten, daß alle Krisen überwunden seien und daß die kapitalistischen Länder den geraden Weg des Aufstieges betreten haben. In Wirklichkeit gibt es nichts dergleichen.

Wenn wir die Streikstatistik zum Beispiel in Deutschland betrachten, so sehen wir eine unaufhörliche mächtige Bewegung der Arbeiterklasse, trotz der Oktoberniederlage. Kann man denn diesen Zustand einen wirklichen Frieden nennen?

Es muß bemerkt werden, daß starke Streikbewegungen nicht immer die Depressionsperioden begleiten, sondern auch auf einem Aufstieg des Wirtschaftslebens basieren können. Und der Umstand, daß wir jetzt einen verhältnismäßig kleinen Aufschwung vor uns haben, bedeutet noch gar nicht, daß im Wachsen der Arbeiterbewegung eine Stockung eintreten wird. Die Ereignisse zeigen, daß die Arbeiterbewegung ungeschwächt vorwärts schreitet.

Die Erfolge unserer Parteien.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat bei den Parlamentswahlen einen sehr großen Sieg davongetragen. Sie bekam unter der Führung der neuen Zentrale eine sehr große Anzahl von Stimmen: 3,715.000 gegenüber 442.000 Stimmen im Jahre 1920. Man kann natürlich nicht sagen, daß jeder, der kommunistisch gewählt hat, mit der Waffe in der Hand für die Diktatur des Proletariats kämpfen wird. Es ist selbstverständlich, daß es eine ganze Arbeiterschicht gibt, die so weit von der Sozialdemokratie abrückte, um für Kommunisten zu stimmen, aber noch nicht so weit von ihr abrückte, um zum unmittelbaren Machtkampf fähig zu sein. Aber es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die Kommunistische Partei zum ersten Male so gearbeitet hat, daß sie zu einer riesigen Massenpartei geworden ist. Vergleichen wir diesen Prozeß, der innerhalb der Sozialdemokratie vor sich geht, so sehen wir, wie rasch sie die Massen verliert und wie außerordentlich rasch wir diese Massen erobern.

Ich werde nicht ausführlich über alle Siege und Fehler der französischen, der italienischen Partei sprechen. In Frankreich erhielt die Kommunistische Partei ungefähr 900.000 Stimmen, in Italien mehr Mandate, als sie vorher hatte, trotz des Wütens des faschistischen Terrors, trotzdem, daß die Partei halb illegal arbeiten mußte, und zu einer Zeit, wo die Sozialisten die Hälfte ihrer Wähler verloren haben.

In Bulgarien haben die Kommunisten dank der richtigen Wahlen, wo sie mit dem Landwirtschaftlichen Bund zusammengingen, auch eine sehr große Stimmenanzahl (ein Drittel der Bauernstimmen) erworben und marschieren dort als eine Partei, die die Eroberung der Macht und die Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung nicht von der Tagesordnung absetzte.

Die Komintern und die Bauernorganisationen.

Noch einige Bemerkungen über eine Frage, die auf unseren Kongressen bezüglich der Tätigkeit der Komintern verhältnismäßig wenig erörtert wurde: über die unter kommunistischem Einfluß stehenden Bauernorganisationen. Es ist ein neues Element in der internationalen Situation, sowohl auf politischem wie auch auf sozial-ökonomischem Gebiete. Dieses neue Element besteht darin, daß gewisse Bauernschichten auf die Seite der Kommunisten übergehen, von der Bourgeoisie abrücken und ihre Organisationen schaffen, die sehr oft den Kommunisten die Hand reichen, wobei sich die Kommunisten als fähig erweisen, die Führung dieser Organisationen zu übernehmen. Nehmen wir Deutschland zum Beispiel: am 28. Oktober 1923 fand in Weimar eine Bauernkonferenz statt, woran die Vertreter von etwa 1,200.000 Mitgliedern verschiedener Keinbauernverbände teilnahmen. Der Konferenz wurde über die Moskauer Landwirtschaftliche Ausstellung und über die in Moskau stattgefundene Internationale Bauernkonferenz berichtet. Die Beschlüsse der internationalen Konferenz wurden gebilligt und die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung ist herausgegeben worden.

In der Tschechoslowakei gab es eine alte agrarische Partei, die mit sehr großem Erfolg arbeitete. Jetzt haben sich von ihr etwa 2000 Gruppen der radikalen Bauernschaft abgespaltet und sich in eine Organisation vereinigt, die mit den Kommunisten sympathisiert. Diese Organisation entwickelt sich immer mehr.

In Polen lösen sich von der Großbauern- und Gutsbesitzerpartei Vitos' linksradikale Bauerngruppen ab, deren Parole ist: Konfiszierung des Grundes und Bodens ohne Schadenersatz und gemeinsamer Kampf der Arbeiter und Bauern.

Bei den Wahlen in Karpatho-Rußland, dessen Bevölkerung zu 80% aus Bauern besteht, haben die Kommunisten die Mehrheit der Stimmen erhalten.

In Japan wurde schon im April 1922 der „Japanische Bauernverband" gegründet, der unter anderem die Nationalisierung des Grund und Bodens fordert. Im Februar 1923 bildete sich bereits eine „Japanische Bauernföderation", die unter kommunistischer Führung steht.

Ich werde mich, Genossen, jetzt nicht mit solchen Fragen beschäftigen, wie die indische nationale Bewegung und anderes mehr. Wir lassen jetzt eine ganze Reihe von Kolonialfragen, die als ein Bestandteil der Bauernfrage betrachtet werden können, beiseite.

Jedenfalls sehen wir, daß die Politik der Komintern, daß die Entwicklung der Taktik der Einheitsfront bei einer richtigen Anwendung sehr gute Resultate ergeben kann. Und wir fühlen jetzt trotz der Oktoberniederlage das Schlagen eines sehr gesunden kommunistischen Pulses in allen Ländern. Wir haben die Krise, die unsere Gegner die Krise der Komintern nannten, verhältnismäßig leicht überwunden.

Was unsere innerparteilichen Verhältnisse anbelangt, so haben einige Genossen aus verschiedenen Sektionen der Komintern und manchmal auch einige Zentralkomitees der Kominternsektionen, wie das Zentralkomitee der polnischen Partei, eine Zeitlang geschwankt und zur Unterstützung unserer Opposition geneigt. Als sich aber die Ereignisse in unserer Sowjetunion geklärt hatten, als unsere Partei und ihre führenden Zentren solche Trümpfe ausspielen konnten, wie die Anerkennung der Sowjetunion in der Außenpolitik, wie die Besserung des Wirtschaftslebens, wie die Finanzreform, wie das Leninsche Aufgebot; nachdem es ganz klar wurde, daß unsere Partei gar nicht in allen Fugen kracht, sondern daß sie die Ereignisse richtig einzuschätzen versteht, daß unser Zentralkomitee gar nicht einen zerfallenen Organismus darstellt, sondern einen aus einem Stück gegossenen Organismus — da sehen wir, wie die Sektionen der Komintern, eine nach der anderen, ohne Ausnahme, ganz vollkommen und unbedingt die Linie der Mehrheit unserer Partei für richtig anerkennen.

Darum Genossen, sind wir jetzt, wo wir dem Kommunistischen Weltkongreß entgegengehen, ganz fest davon überzeugt, daß dieser Kongreß nicht der Zersetzungskongreß der Komintern sein wird, wie unsere Feinde behaupten, sondern eine solche Heerschau, eine solche Zusammenraffung unserer Kräfte, wie unser 13. Parteitag. (Beifall.)

Diskussion zum Bericht des Genossen Bucharin über die Tätigkeit der RKP.-Delegation im EKKI.

Genosse Radek:

Genossen, ich ergreife das Wort zum Referate des Genossen Bucharin nicht dazu, um hier alte Rechnungen auszutragen. Das Vergangene wird mich in meinem Referate nur soweit interessieren, als es dazu notwendig ist, die ungeheuren Erschwerungen zu verstehen, die jetzt vor uns stehen, und um den Weg zu ihrer Lösung zu finden. Ich glaube, daß es unmöglich ist, diese Fragen und diese Zweifel zu verschweigen. Dies ist deshalb unmöglich, weil die Geschichte die Verantwortung für die Leitung der Kommunistischen Internationale der russischen Partei auferlegt hat. Eine andere Leitung gibt es bisher nicht. Und einmal im Jahre, wenn die breiten Kreise unserer Partei die Möglichkeit haben, sich mit den Fragen bekanntzumachen, die wir täglich zu lösen haben, einmal im Jahre ist es unmöglich, wegen augenblicklicher vorübergehender Beweggründe diplomatisch zu sein und jene Meinungsverschiedenheiten und Zweifel zu verhehlen, die durch die Lage hervorgerufen werden. Genossen, ich hoffe, daß Ihr mir genügend Zeit gewähren werdet, daß ich meine Ansicht über die Sachlage darlegen kann.

Unsere Arbeit im verflossenen Jahre zerfällt in zwei Perioden: In die Periode der wachsenden Konflikte, der wachsenden revolutionären Lage und in die Periode nach dem Oktober, in die Periode der zurückflutenden Welle der Revolution, des wachsenden Druckes der Kapitalisten. Das EKKI. und unsere Delegation haben derart in der Periode eines gewissen Umschwunges gearbeitet. Wir haben zwei, wenn nicht Etappen, zo Zickzacklinien der geschichtlichen Entwicklung. Im ersten Abschnitte unserer Tätigkeit haben wir zwei sehr große Niederlagen zu verzeichnen: die Niederlage der Kommunisten in Bulgarien und ihre Niederlage in Deutschland. Diese beiden Niederlagen muß man gegeneinander halten, man muß sich bemühen, zu finden, was sie gemeinsam haben und was sie voneinander unterscheidet.

Die Ursachen der Niederlage der Kommunistischen Partei Bulgariens.

Ein Teil der Genossen in der Komintern bemüht sich, die Sache so darzustellen, als ob die deutsche Niederlage eine Folge der Anwendung der Taktik der Einheitsfront wäre. Andere Genossen, die mehr entgegenkommend sind, sprechen davon, daß diese Niederlage das Ergebnis einer schlechten Anwendung der Taktik der Einheitsfront sei. In Bulgarien erscheint die Niederlage, wie Genosse Bucharin sagt, als eine Folge der Nichtanwendung der Taktik der Einheitsfront. Die Kommunistische Partei Bulgariens hat die Taktik der Einheitsfront gegenüber der Sozialdemokratischen Partei nicht angewendet. Sie versuchte aber und wandte die Taktik der Einheitsfront von unten gegenüber den Massen der Bauern an. Der Kommunistischen Partei Bulgariens gelang es, eine beträchtliche Anzahl von Bauern in ihre Reihen hineinzuziehen. (Man sagt, daß ein Drittel bis zur Hälfte der Mitglieder der bulgarischen Partei Bauern sind.) Sie hat die Taktik der Einheitsfront nicht gegenüber der Sozialdemokratischen Partei in Anwendung gebracht, wo ist aber der Ursprung ihrer Niederlage? Der Ursprung der Niederlage der bulgarischen Partei ist darin zu finden, daß sie, als sie die heranrückende konterrevolutionäre Bedrohung sah, sich nicht entschloß, in den Kampf zu gehen, da sie der Ansicht war, daß bei der internationalen Lage Bulgariens in jenem Augenblicke, bei einer Lage, da innerhalb 24 Stunden Sofia von den Rumänen oder Jugoslawen eingenommen werden konnte, es unmöglich wäre, die Macht zu ergreifen. Dies war die Ansicht der leitenden Kreise der Partei über die Sachlage, eine Ansicht, die ihre ganze Taktik bestimmte. Die wirkliche Ursache dessen, daß die Partei nicht in den Kampf ging, war, daß die Führer der Partei davon überzeugt waren, daß es wohl möglich wäre, die Macht zu ergreifen, nicht aber, sie zu halten. Genossen, wenn wir über kommunistische Parteien in anderen Ländern sprechen, so fällt es unseren russischen Genossen schwer, sich konkret vorzustellen, was hinter ihnen steht. Die Kommunistische Partei Bulgariens ist eine der ergebensten und, nach ihrer marxistischen Bildung, besten Parteien. Diese Partei besteht zum größten Teil aus Handwerksproletariat und nicht aus Industrieproletariat. Die Unentschlossenheit der Führer der Partei steht auch damit im Zusammenhang. Die Niederlage in Bulgarien war derart auch ein Ergebnis der unerhört schweren internationalen Lage und der sozialen Zusammensetzung der Partei, die es ihr und ihren Führern nicht gestattete, sich zur Ergreifung der Macht zu entschließen.

Die Ursachen der Niederlage der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Die Niederlage in Deutschland. Worin liegt der Ursprung der Niederlage in Deutschland? Vor allem, worin besteht diese Niederlage? Es gibt Genossen, die da sagen, daß die Ursache unseres Fehlers die Überschätzung der Lage wäre, denn es sei keine solche revolutionäre Lage vorhanden gewesen, wie wir sie uns vorstellten. Wenn tatsächlich nicht eine solche revolutionäre Lage vorhanden gewesen wäre, so ist es verständlich, daß, so schwer auch unsere Niederlage gewesen sein möge, wir uns trotzdem bis zu einem gewissen Grade ruhiger zu ihr verhalten können. Ich bin aber in dieser Beziehung mit der deutschen Linken in Übereinstimmung. Die Niederlage ist zehnmal tiefer. Das Wesen der Niederlage besteht darin, daß eine in ihrer Schärfe ganz außerordentliche revolutionäre Lage vorhanden war, und daß es die Kommunisten nicht verstanden haben, sie auszunützen. Erinnern wir uns an die wichtigsten Tatsachen. Bruch zwischen der deutschen und französischen Bourgeoisie. Krieg um die Ruhr, in der Folge ein katastrophaler Zerfall in der Wirtschaft. Zerfall im Lager der Bourgeoisie. Möge man dieMeinungsverschiedenheiten im Lager der deutschen Bourgeoisie unterschätzen oder nicht, jedenfalls ist es Tatsache, daß in München Reichswehr aufgeboten wurde, um auf Ludendorff, ehemaligen Höchstkommandierenden, und auf die hinter ihm stehenden Faschisten zu schießen. Dies kommt bei der Bourgeoisie nicht häufig vor. Dies kennzeichnete in einem beträchtlichen Ausmaße den Zerfall der Staatsmacht. Weiter gab es unter den Arbeitermassen und unter dem Kleinbürgertum niemals eine solche Welle der Sympathie für die Kommunisten wie in jenem Augenblicke. Wenn wir in einer solchen Lage nicht nur imstande waren, die Macht zu ergreifen, sondern nicht einmal den Kampf aufzunehmen, der uns vom Gegner angeboten war, uns zur Wehr zu

setzen, wenn wir als Ergebnis der Niederlage den Verlust des Achtstundentages, von 30% des Arbeitslohnes und vorläufig eine Stabilisierung des bürgerlichen Regimes vor uns haben, so ist es nur allzuklar, daß wir hier einen gewaltigen Ruck nach rechts, eine Niederlage vor uns haben.

Die Partei war ohne Waffen.

Was sind die Gründe dieser Niederlage? Laßt uns nochmals die Tatsachen feststellen. Im Oktober sich zu schlagen, war unmöglich. Dieser Meinung war das ganze EKKI. ohne Ausnahme. Diese Meinung wurde nur von der deutschen Linken angefochten. Warum war es überhaupt unmöglich, sich zu schlagen, nicht bloß unmöglich, um die Macht zu kämpfen? Der Bürgerkrieg ist eben ein Krieg. Die Partei war ohne Waffen, und unbewaffnet kann man nicht kämpfen, aber es war nicht dies allein. Warum konnten die Kommunisten nicht kämpfen?

Die Unterschätzung der revolutionären Tendenz der Lage.

Warum konnten sich die Kommunisten nicht einmal verteidigen? Was lag hier vor? Genossen, die deutsche Partei, und mit ihr die Komintern, sind außerordentlich spät zu der Überzeugung gelangt, daß es sich um einen entscheidenden Kampf handelte. Denn die einen sind bewußt, die anderen unbewußt von der Vorstellung ausgegangen, daß der Kampf um die zwei Prozent im Kohlen- und Eisensyndikate, der Kampf darum, wer darin die Mehrheit haben sollte, mit einem baldigen Kompromisse enden würde. Die Voraussetzungen der angewendeten Taktik und die bei der Unterschätzung der revolutionären Tendenz der Lage gemachten Fehler waren auf der Vorstellung begründet, daß nicht daran zu denken wäre, daß die deutsche Bourgeoisie wegen der zwei Prozent Anteil in den Kohlen- und Eisentrusts ihre Existenz aufs Spiel setzen würde. So hatten alle die Lage eingeschätzt. Als der beste Beweis erscheint die Tatsache, daß das im Juli hier versammelte Plenum des EKKI. sich mit Fragen der politischen Propaganda befaßte, ohne die Frage nach der Ergreifung der Macht in Deutschland zu stellen. Erst nach dem Juli stellte die deutsche Partei eine Berechnung darüber auf, was ihre proletarischen Hundertschaften darstellten, und gelangte zu der Überzeugung, daß sie überhaupt über keinerlei Bewaffnung verfügte. Im Juli erhielt das EKKI. den ersten Bericht, indem nicht die Frage der Bewaffnung gestellt wurde, sondern daß es keine Bewaffnung gab. Diese Beweise sind genügend.

Wer auf Grund eines Artikels oder irgend eines Telegrammes zeigen wird, daß dies nicht wahr ist, möge zeigen, wie es bei einer anderen Einschätzung der Lage möglich war, daß die Julitagung des erweiterten EKKI. eine Konferenz politischer Propaganda war, und nicht eine Vorbereitung des Kampfes um die Macht in Deutschland. Die ganze Kommunistische Partei Deutschlands schätzte die Lage derart ein. Die linken Genossen der deutschen Partei unterschrieben hier im Frühjahre eine gemeinsame Linie. Sie waren auf der Tagung des erweiterten EKKI., und kein einziger sagte, daß wir vor der Ergreifung der Macht stünden. Und als das EKKI. im September die Politik änderte und beschloß, in den Kampf um die Macht einzutreten, fuhren auf der entscheidenden Sitzung die Vertreter der deutschen Linken fort, ebenso unbestimmt auf die nächsten Perspektiven zu sehen wie die Vertreter der Mehrheit des ZK. Sie kritisierten das deutsche ZK. in bezug auf die propagandistische Linie und dergleichen, haben aber die Frage der Ergreifung der Macht nicht auf Biegen oder Brechen gestellt. Wenn sie so gedacht hätten und dies nicht bis zum größten Konflikt in der Partei geführt hätte, so wären sie Verräter gewesen. Sie waren aber keine Verräter.

War es im September nötig gewesen, sich im September dafür zu entscheiden, wofür sich die Komintern entschied? War es nötig gewesen, sich zu bemühen, in den Kampf zu gehen? Es war nötig gewesen, denn seit dem August war es klar geworden: Entweder die Kommunisten werden die Macht ergreifen oder die Faschisten. Und die Entscheidung war richtig: Alles zu tun, um sich nicht überrumpeln zu lassen; aber leider ist es den Kommunisten nicht gelungen, dies zu tun. Während die Vertreter des deutschen ZK. sich mit den Komintern berieten, wurde in Deutschland das Grundgesetz über die faschistische Diktatur angenommen und die kommunistische Presse erwürgt. Aber die Partei wartete in dieser Zeit zu, entschloß sich nicht, in den Kampf zu gehen, war nicht in der Lage, die Arbeitermassen aufzurütteln. Und als die Faschisten früher, als es erwartet wurde, zum Angriffe übergingen, erwies sich die deutsche Partei als überrumpelt. Daß die Faschisten früher als die Kommunisten zum Angriffe übergehen würden, hatte niemand erwartet. Sie erwiesen sich als besser organisiert und hatten mehr politische Initiative. Sie gingen zum Angriff über, und vor diesem Angriffe erwiesen sich die Kommunisten nicht nur als unbewaffnet, sondern auch ohne eine Masse, die durch eine Reihe politischer Kampagnen in den Kampf hineingezogen war, und ohne Massenorgane, mit deren Hilfe sie den Kampf aufnehmen und gewinnen hätten können.

Die sächsische Karte ist geschlagen worden, wer aber die sächsische Karte von dem Gesichtspunkte aus kritisiert, daß Heckert oder Böttcher — denen übrigens vergeben wurde und die jetzt unter den Heiligen sitzen — im Parlamente schlechte Reden gehalten haben, der sieht nicht das Grundlegende. Das grundlegende Unglück der Partei, der grundlegende Fehler der Partei und die Hauptlehre der Niederlage besteht darin, daß, wenn man sich mit den Sozialdemokraten in eine Einheitsfront begibt, man mit eigenen Massenorganen gehen muß, mit deren Hilfe man die Sozialdemokratie an die Wand drücken kann — mit Betriebsausschüssen, Gewerkschaften, einer ungeheuren organisierten Kraft. Die Kommunisten hatten das nicht nur in Sachsen nicht, sondern sie hatten es auch nicht in Berlin und Hamburg, die sich in den Händen der Linken befanden. Wer dies nicht sieht, der sieht das Grundlegende nicht. Denn die Hauptlehre der deutschen Niederlage (und ich komme darauf später) besteht für mich darin, daß bei der Taktik der Einheitsfront — ob von oben oder von unten — die Kommunisten nur dann keine Fehler machen werden, wenn sie in den entscheidenden Augenblicken in den Massen ein großartig organisiertes Kampfesinstrument haben werden, das selbständig handeln kann.

Über die Brandlergruppe.

Warum hatten die Kommunisten dieses Kampfinstrument nicht? Hier komme ich zur Hauptquelle der Niederlage. Bucharin sprach hier über den Opportunismus der Brandlergruppe. Es kommt dies so heraus, als ob es in der ganzen Internationale keine opportunistischere Gruppe gäbe als die Gruppe Brandler, Thalheimer, Zetkin. Ich frage, Genossen: Wie kann man die Tatsache erklären, daß in der deutschen Kommunistischen Partei sich als die am meisten opportunistische Gruppe jene erwiesen hat, die seit dem Jahre 1910 ununterbrochen gegen Kautsky im Kampfe stand, die seit dem ersten Tage des Krieges einen illegalen Kampf begann und innerhalb der Partei auf dem Boden der Spaltung der Sozialdemokratie stand? Nicht Genossin Rosa Luxemburg, sondern Genosse Thalheimer ist derjenige gewesen, der am 4. August als erster in der Partei gesagt hat, daß die deutsche Sozialdemokratie ein stinkender Leichnam ist, Worte, die Wladimir Iljitsch für das geschichtliche Verdienst von Rosa Luxemburg hat. Wie konnte es geschehen, daß die Gruppe, die die Kommunistische Partei in Deutschland gegründet hat, die Gruppe, die auf ihrem Rücken die ganze Schwere des illegalen Kampfes gegen den Krieg getragen hat, daß die Gruppe, die durch ihre Tätigkeit die Massen der Unabhängigen auf ihre Seite gebracht hat, daß derselbe Brandler, der im März 1921 in die Märzoffensive ging, wie ist es möglich, daß eine solche Gruppe sich als die opportunistischeste Gruppe erwiesen hat, gegen die jetzt die ganze Internationale mobilisiert wird, gegen die jetzt die schwersten Beschuldigungen von seiten von Leuten erhoben werden, die zu uns im Jahre 1919 gekommen sind, die noch im Jahre 1918 Artikel zu Ehren Wilhelms schrieben, die noch im Jahre 1919 nicht wußten, wo ihr Platz ist, in der Armee Pilsudskis oder in unserer Partei, wie ist dies geschehen, Genossen? Ich erkläre, daß die Brandlergruppe der allgemeinen Schwäche der Partei zum Opfer gefallen ist, einer Schwäche, die nicht dank ihrer Taktik geschaffen wurde, sondern entgegen ihrer Taktik.

Wenn die jetzt in der Partei führende Gruppe die ganze Zeit ein Gegner der Einheitsfront war, es aber nachgewiesen ist, daß nur dank der Anwendung der Taktik der Einheitsfront die Kommunisten eine Massenkraft darstellen, so sage ich, daß es der Brandlergruppe gutzuschreiben ist, daß die Kommunisten eine Massenpartei sind, und zu den Irrtümern rechne ich jenes führende Menschenmaterial, mit dem die Brandlergruppe zu arbeiten hatte. Wir haben unter ihnen eine gewaltige Mehrheit von Parteimitgliedern, die niemals auch nur in der Sozialdemokratischen Partei gewesen sind. Wir haben dort den Arbeiternachwuchs. Wir haben in der früheren Schicht der Partei neben der nach 1919 hochgekommenen Jugend eine große Schicht von früheren Angehörigen freier Berufe, ehemaligen Parteibeamten, unabhängigen Sozialdemokraten. Durch ihre Hände wurde die Politik Brandlers durchgeführt, und die Tatsache, daß es Brandler nicht gelang, eine neue aktive Arbeiterschicht in die Höhe zu bringen und er mit dem Kader des Parteibeamtentums arbeitete

mußte, behinderte die Schaffung einer kräftigen, den Sieg sichernden Verbindung mit der Masse.

Genosse Bucharin hat zum Nachweise des Opportunismus der Brandlergruppe als einer Quelle der Niederlage eine Stelle aus der Resolution des Leipziger Parteitages vom Jahre 1923 über die Einheitsfront und über die Arbeiterregierung zitiert. Genossen, auf die Tribüne des Parteitages zu gehen und ihm zu sagen, daß im Monate Oktober, als Brandler und andere in die Regierung eintraten, als die ganze Macht in den Händen des Generals Müller war, Brandler auf einen dauernden Block mit den Sozialdemokraten und ein friedliches Hineinwachsen durch die Arbeiterregierung in die Diktatur des Proletariats hoffte, das, Genossen, ist ein Mißbrauch Eurer Unkenntnis der Lage. War doch, als die Kommunisten in die Regierung eintraten, die sächsische Polizei in den Händen der Gegner. Sachsen, von allen Seiten von der Reichswehr eingeschlossen, erwartete täglich den Augenblick ihres Eintreffens, und das Hauptargument, warum im September Genosse Brandler und andere Befürchtungen gegen den Eintritt in die Regierung aussprachen, war, daß man uns zerquetschen würde. Genosse Brandler ist ein Bauarbeiter, der nach einer geschickten Erklärung von Levi „mit Ziegelsteinen wirft, wenn er argumentiert". Als Antwort auf Angriffe wegen seiner Formulierungen hat Brandler oft gesagt: „Eine schlechte Formulierung, aber ich werde Euch in meinen Reden eine noch schlechtere Formulierung herausfinden." Brandler nach seinen theoretischen Formulierungen zu beurteilen, ist sehr billig.

Wenn aber seine Formulierung, wie Genosse Bucharin sagt, eine opportunistische ist, die die Niederlage herbeigeführt hat, wo waren denn wir damals, als sie angenommen wurde? Warum hat das EKKI. diese Formulierung nicht vor dem Oktober desavouiert? Warum habt Ihr, die Ihr die Erfahrung von zwanzig Jahren nicht nur des Bürgerkrieges, sondern auch sozusagen des innerparteilichen Krieges besitzet, warum habt Ihr nicht in der Komintern ultimativ die Frage gestellt, daß diese Formulierung opportunistisch ist und daß wir für sie keine Verantwortung tragen werden? Ich werde mich hier nicht in theoretische Streitigkeiten einlassen. Aber wenn wir, die Führer der Komintern, vor uns eine solche Gruppe ausgewachsener Opportunisten hatten, deren Opportunismus so sehr in den Resolutionen herauskam, die die linke deutsche Weisheit für den Ursprung des ganzen Opportunismus hielt, wo waren denn wir? Oder wollt Ihr die Verantwortung nur für einen Sieg und keine Verantwortung für eine Niederlage tragen? Darauf, Genossen, wird niemand eingehen.

Aber, Genossen, rast nicht gegen Euch. Nicht das ist Opportunismus, nicht das war der Ursprung der Niederlage. Der Ursprung der Niederlage ist der, daß, obgleich sich unsere deutsche Partei schon fünf Jahre lang im Bürgerkriege befindet, aus der Illegalität herauskommt und wieder in die Illegalität zurückkehrt, sie doch noch eine junge Partei ist, die es noch nicht versteht, die Revolution zu organisieren. Was bedeutet Opportunismus? Opportunismus ist nach den Worten von Wladimir Iljitsch ein Geschäft zugunsten eines Teiles der Arbeiterklasse mit der herrschenden Klasse auf Rechnung der Mehrheit der Werktätigen. Das ist Opportunismus. Man kann sagen, daß es aktiver Opportunismus ist, wenn man sich mit der Bourgeoisie versündigt, und passiver Opportunismus, wenn man nichts tut, aber sich vergewaltigen läßt. Wenn Ihr die ungenügend aktive Politik der deutschen Partei Opportunismus nennt, ja, dann war die ganze Politik der deutschen Kommunisten wie auch der ganzen Komintern opportunistisch, denn die revolutionären Massenparteien springen nicht fertig aus unseren Broschüren heraus. Und ich werde mich sehr freuen, wenn jetzt eine im Vordergrund stehende revolutionäre Partei, zum Beispiel unsere französische Partei, sich als die beste in der Aktion erweisen wird. Vorläufig muß ich die Tatsache bescheinigen, daß während des Kampfes um die Ruhr, dessen Ausgang das Schicksal der deutschen Revolution entscheiden kann, die Kommunistische Partei Frankreichs im Ruhrbecken keine Vertreter hatte, daß die dort arbeitenden Vertreter nur Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes waren und dort ohne Beihilfe der Partei arbeiteten. Und ich bringe dies nicht erst heute vor. Ich habe dies in Anwesenheit des Genossen Losowski gesagt, ich habe dies in der schärfsten Weise Genossen Rosmer gesagt, ich habe dies im September Genossen Cachin gesagt.

Der organisatorische Fehler der Komintern.

Welche Schlußfolgerungen haben wir aus dieser Niederlage gezogen? Welche Schlußfolgerungen hat die deutsche Partei gezogen, die alte Mehrheit des deutschen ZK. und der deutschen Parteikonferenz? Sie haben sie am 3. November gezogen, bevor die Vertretung der Komintern aus Moskau von der KI. auch nur ein Telegramm mit einer Weisung über die Taktik erhalten hatte. Sie zogen die folgenden Schlußfolgerungen: Keine Verhandlungen mit den sozialdemokratischen Verrätern, die Helfershelfer der Faschisten sind; Kampf für die Einheitsfront von unten; ein Sozialdemokrat, der nicht mit seiner Partei bricht, ist uns kein Verbündeter. Dies war die erste Schlußfolgerung, die von der Mehrheit des ZK. unter der Führung von Brandler gezogen wurde. Die zweite Schlußfolgerung war: Wir wissen nicht, ob diese Niederlage eine endgültige ist. Das faschistische Regime wird auf große Schwierigkeiten stoßen. Mit allen Kräften sich bewaffnen, mit allen Kräften heran an die Kampfesvorbereitung der Partei! Dritte Schlußfolgerung: Eine Demonstrationskampagne auf den Straßen zu beginnen, weil es sich gezeigt hatte, daß es unmöglich war, einfach auszuspringen. Diese Umstellung der Taktik der Partei nahm die ganze Partei, nahm das alte ZK. am 3. November vor. Genossen, welche ergänzenden Schlußfolgerungen zog das EKKI. auf Vorschlag unserer Delegation?

Zur Losung „Nieder mit den Sozialdemokraten und Faschisten", fügte die Komintern noch eine Losung hinzu: „Nieder mit Brandler und seiner Gruppe!" Diese Losung war die einzige taktische Änderung, die das EKKI. einfügte.

Genossen, in der Politik gibt es keine Sentiments, und wenn es notwendig ist, die schmerzhafteste, persönlichste Operation vorzunehmen, so können und dürfen keinerlei Verdienste einen Genossen vor der Verantwortung für seine Fehler schützen. Ich stehe vollkommen auf diesem Standpunkt. Aber ich kritisiere diese Entscheidung, stelle sie unter ein Fragezeichen vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit. Als die Vertreter des EKKI. in der Nacht nach der Einnahme von Dresden in der Stadt eintrafen, erklärte Genosse Brandler, daß er den Befehl zum Rückzug gegeben habe und daß, wenn die Vertreter des EKKI. diesen Befehl als unrichtig ansehen sollten, (die Kuriere waren noch nicht ausgesandt), er sich widerspruchslos unterordnen würde. Als der Vertreter des EKKI., nachdem er sich mit der Lage bekanntgemacht hatte, entschied, daß es unmöglich wäre, den Kampf aufzunehmen, billigte er die Entscheidung des ZK. Brandler sagte: Wenn Ihr mit dem Rückzuge einverstanden seid, dann müßt Ihr mich opfern, weil Ihr nachher zusammen mit mir für die Niederlage verantwortlich sein werdet. Ich bin der Ansicht, daß der Vertreter des EKKI. richtig gehandelt hat, als er aus politischen Rücksichten antwortete, daß Brandler auf seinem Posten verbleiben müsse. Vor allem wechselt man beim Rückzuge nicht den Befehlshaber aus, zweitens ist ein geschlagener Führer besser als Dutzende von Ungeschlagenen, und drittens wird eine Partei, in der die Hälfte der Mitglieder arbeitslos war, in der die Hälfte der Parteimitglieder früher nicht in der Arbeiterbewegung war, wo überall der syndikalistische Einfluß einen Druck ausübt, wenn Leute von der Art Brandlers von der Leitung dieser Partei weggehen, aus den Geleisen geworfen, und wir zerschmettern uns das Genick mit der linken Politik. Ich glaube, daß dieses Argument des Vertreters des EKKI. richtig war, daß die Entscheidung richtig war. Auch Genosse Sinowjew hat ihr zugestimmt. Dies geschah damals, als er schon alle Einzelheiten der Niederlage und der Lage der deutschen Partei kannte. Die Niederlage beziehe ich auf den 21. Oktober, und Genosse Sinowjew schrieb, als er am 7. Dezember den ursprünglichen Entwurf eines Arbeitsplanes in den deutschen Angelegenheiten für die Mitglieder der Delegation des EKKI. formulierte, darin das Folgende: „Was die Lage im deutschen ZK. betrifft, und diese Lage halte ich für das Wichtigste, so ist eine andere Kombination als jene, die besteht, unmöglich." Dieser Vorschlag des Genossen Sinowjew, die Führergruppe der Partei nicht auszuwechseln, wurde am 7. Dezember gemacht, als, ich wiederhole es, er absolut alles wußte, als er alle Dokumente hatte, als die Delegation der Komintern zurückgekehrt war.

Und ich bin der Ansicht, daß Genosse Sinowjew im Rechte war, aber das EKKI. später im Unrechte war, als es beschloß, die alten Führer der Partei über Bord zu werfen, ihre Gründer, Leute, die sie aufgebaut haben, Leute, die, ungeachtet aller ihrer Fehler, eine große Erfahrung und mehr politisches Verantwortlichkeitsgefühl besitzen, als das jetzige Zentralkomitee der Partei. Sagt, was Ihr wollt, daß Brandler hundert Fehler begangen hat, aber er hat gemeinsam mit der Komintern, als er den Beschluß faßte, zum Angriff zu schreiten und sich später nach der Lage an Ort und Stelle orientierte, sich gesagt: Ich werde nicht in einen Kampf gehen, der bei den gegebenen Bedingungen die Köpfe von zwanzigtausend Arbeitern kosten wird und zu einer Niederlage verurteilt ist. Als Brandler diesen Beschluß faßte, wagte er seinen politischen Kopf. Und trotzdem gab er

den Befehl zum Rückzug. Ich sage, daß wir ohne Leute mit einem solchen Verantwortlichkeitsgefühle, was immer auch ihre Fehler sein mögen, keine Kommunistische Partei aufgebaut hätten und nicht aufbauen werden. Der Komintern gelingt es nicht immer, zur Zeit die Sachlage an Ort und Stelle einzuschätzen. Und jene Parteien, deren Führer nicht den Mut haben werden, den Brandler an den Tag gelegt hat, diese Parteien werden geschlagen und immer wieder geschlagen werden.

Genossen, ich spreche über dieses Vergangene nicht zur persönlichen Verteidigung, ich habe mich gegen nichts zu verteidigen, ich spreche dies, um den Parteitag zu informieren. Ein Dummkopf ist jener Kommunist, der, wenn er die Meinung eines solchen Parteitages sieht, wie es der unsere ist, sich sagt: „Ich bin hundermal gescheiter" und dergleichen. Hier handelt es sich nicht um ein formales Prinzip, hier geht es um jene Entscheidung des Parteitages, die man zehnmal dahin überprüfen muß, ob er sich nicht geirrt hat. Ich sage dies deshalb, weil Ihr die Verhältnisse in Deutschland nicht so kennt, wie, so scheint mir, ich sie kenne.

Was weiter?

Ich stelle die Frage: Was nun weiter? Diese Frage ist für mich wichtiger als die vergangenen, denn für mich als Mitarbeiter der Komintern und Kommunisten ist es nicht wichtig, mit dem Vergangenen abzurechnen, sondern es ist wichtig, wie weiterzukämpfen. Genosse Bucharin hat hier im ersten Teile seines Referates den Versuch gemacht, eine Analyse der internationalen Wirtschaftslage zu geben. Ich bin mit dieser Analyse, obgleich sie wegen der Kürze der Zeit verständlicherweise nur sehr schematisch sein konnte, im Grundsatze einverstanden. Genosse Bucharin hat gesagt, daß wir eine gewisse Stabilisierung innerhalb des kapitalistischen Systems vor uns haben, daß, wie er sagt, im Rahmen des allgemeinen Zyklus des Niederganges die Kurve ein wenig in die Höhe geht. Ich bin mit ihm einverstanden, wenn er sagt, daß man mit keinerlei wissenschaftlicher Berechtigung sagen kann, daß die Krise des Kapitalismus überwunden ist, daß wir eine normale bürgerliche Gesellschaft haben. Für eine solche Behauptung gibt es weder wissenschaftliches Material noch Tatsachen. Die beginnende Stabilisierung kann noch durch internationale Zusammenstöße abgerissen werden, kann noch durch den Kampf der Arbeiterklasse abgerissen werden. Ich bin einverstanden, wenn er sagt, daß sogar, wenn die Stabilisierung eine länger andauernde sein wird, wir auf ihrer Grundlage doch nicht den Vorkriegsstand haben werden, sondern eine neue Grundlage für einen revolutionären Massenkampf. Ich bin mit ihm einverstanden, wenn er sagt, daß darum die gesamte Hauptaufgabe der Kommunisten die alte geblieben ist und daß in ihrer Agitation die Diktatur des Proletariats und die Sowjetmacht an der ersten Stelle stehen müssen, und daß ihre Arbeit von diesem Gesichtspunkte aus beleuchtet werden muß. Die Kommunisten werden vielleicht in den nächsten Monaten in diesem oder jenem Lande auf der Grundlage der Erfahrungen von der Ruhr, wenn sie nicht alle Umstände in Rechnung ziehen, sich als unbewaffnet erweisen. Man muß sich ganz ernsthaft zu diesem Kampfe vorbereiten. Wohin die Geschichte sich wenden wird, wissen wir nicht.

Hat aber Genosse Bucharin aus seiner grundlegenden Analyse politische Schlußfolgerungen gezogen? Hat er den Versuch gemacht, zu durchdenken, welche Politik wir bei der Stabilisierung des Kapitalismus zu führen haben? Dieser Versuch war nicht da. Noch dazu, als Genosse Bucharin seine Übersicht über die internationale Lage gab, fehlte eine höchst interessante Sache, eine Darstellung der Ergebnisse der Wahlen. Es fehlte derart der Versuch einer Analyse des Kräfteverhältnisses in der Arbeiterklasse. Ich werde Euch gleich beweisen, daß es eine solche nicht gab. Aber, Genossen, wenn wir unsere Taktik bestimmen sollen, so müssen wir in jedem Falle über das Kräfteverhältnis in der Arbeiterklasse nachdenken, denn dieses Verhältnis wird das bestimmende Glied in unserer Taktik sein. Gehen wir nach Ländern vor. England: Die Kommunistische Partei ist vorläufig eine kleine Propagandagruppe. Die Reformisten halten die Arbeiterbewegung in ihren Händen, und die kommunistische Gruppe ist so schwach, daß sie aus dem Gefühle ihrer Schwäche heraus den Versuch machte, durch Anerkennung Macdonalds in Verbindung mit den reformistischen Arbeitermassen zu kommen. Dies war eine opportunistische Politik.

Ich bin völlig einverstanden mit der Einschätzung des Genossen Sinowjew, daß der Pariser Sieg ein ungeheurer Sieg ist, daß er einen gewaltigen Umsturz bedeutet, daß die Partei eine Massenpartei geworden ist, aber, Genossen, außer Paris bestehen noch zwei grundlegende, höchst wichtige und bedeutende Gebiete: Pas-de-Calais und das Département du Nord, starke Kohlen- und Textilgebiete. Wie ist dort das Kräfteverhältnis, Genossen? Dort sind die Sozialisten nicht in einem Blocke mit den Bürgerlichen aufgetreten, dort haben sie sich stark gefühlt. Wie sind die Ziffern? 150.000 in diesen Arbeiterbezirken, wo die Sozialisten selbständig Stimmen sammelten, während die Kommunisten nur 64.000 Stimmen einheimsten. Dies zeigt, Genossen, wie schwach die Partei der Kommunisten dort ist. Paris ist das politische Zentrum. Aber die Hauptmassen des Industrieproletariats befinden sich im Norden. Solange die Kommunisten nicht den Norden erobern und nicht die Gewerkschaften stärken können wir eine radikale Parlamentsfraktion sein, aber nicht eine Kampfpartei der Massen.

Die Lage in Deutschland.

Genossen, ich gehe zu Deutschland über. In Deutschland haben die Sozialdemokraten eine große Niederlage erlitten, aber auch in bezug auf diese Niederlage braucht man nicht den Kopf zu verlieren. Erstens kann man die Zahlen des Jahres 1920 nicht mit denen von 1924 vergleichen, und zwar aus folgendem einfachen Grunde: Im Jahre 1920 spaltete sich die Unabhängige Sozialdemokratie, die 5 Millionen Stimmen gehabt hatte. Damals ging die Hälfte von ihr zu den Kommunisten, und man muß die Stimmen der Sozialdemokratie mit denen der Kommunisten *nicht* für die Periode des Jahres 1920 vergleichen, sondern nach den örtlichen Wahlen der Jahre 1921 und 1923. Dann wird das Bild herauskommen, daß die Kommunisten im wesentlichen ihre Stimmen in den Arbeiterbezirken vermehrten und im Ruhrbecken als Sieger über die SPD. hervorgingen. Sie haben sie in den Arbeiterbezirken von Berlin geschlagen. Nicht schlechter haben die Kommunisten sie im großen und ganzen im Brandlerschen Bezirke, in Chemnitz, geschlagen, wo der Sieg der Kommunistischen Partei nur um einige Prozente geringer ist als der der Berliner, und wo die Organisationen in den Händen der Gesinnungsgenosen Brandlers waren. Aber, Genossen, die Sozialdemokratie ist noch ihrem Bestande nach eine große Arbeiterpartei, eine mehr proletarische als im Jahre 1920, denn sie hat jetzt die kleinbürgerlichen Mitläufer verloren. Wir müssen dies wissen, wir werden noch einen schweren Kampf mit den Sozialdemokraten haben. (Zwischenruf: „Wir wissen dies!") Ihr wißt dies. Aber wenn man im Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands schreibt: „Wir sind die stärkste Partei im Proletariat", so ist dies unwahr. Wenn man bei uns sagt, daß die Kommunistische Partei in Deutschland jetzt ebenso stark ist wie die Sozialdemokratische vor dem Kriege, so ist dies unrichtig. Vor dem Kriege gab es in Deutschland 15 Millionen Wähler, davon 4 Millionen Sozialdemokraten. Jetzt gibt es 30 Millionen Wähler, und die Kommunisten haben 4 Millionen (jetzt wählen auch die Frauen), und die Kommunisten sind jetzt in der Volksmasse um die Hälfte schwächer als die Sozialdemokraten vor dem Kriege. Das ergibt sich, wenn wir die Wahlen vergleichen. Das muß man berücksichtigen und sehen.

Als am besten hat sich unsere Lage im Agrargebiete Karpathorußland und in Bulgarien erwiesen, wo sich die Kommunistische Partei, ungeachtet des zügellosen Austobens der Gegenrevolution, großartig hielt und ungeheure Massen eroberte. Dies zeigt uns, daß die größte Erschwernis in der Arbeiteraristokratie liegt, in der Sozialdemokratie, daß in den Agrarländern die Kommunisten leichter zum Durchbruche der Front gelangen können. Wenn aber die Lage so ist, wenn Genosse Bucharin mit der Möglichkeit einer lange währenden Stockung rechnet, wenn die Sozialdemokratie noch als ein Faktor von ungeheurer Bedeutung in der Arbeiterbewegung dasteht, wenn wir nur in Deutschland und Frankreich an die Eroberung des Kernes der Arbeiterklasse heranzugehen beginnen, so ist daraus ein Schluß auf die Folgen dieser Lage sowohl bei einer schnelleren wie auch bei einer verlangsamten Entwicklung zu ziehen. Welche Gefahren haben wir in beiden Fällen? Die Gefahr, daß die Arbeiterklasse sich noch immer nicht aus ihrem Fehlglauben an die Sozialdemokratie loswindet, daß die Möglichkeit einer Täuschung eines beträchtlichen Teiles der Masse durch die Sozialdemokraten nicht ausgeschlossen ist. Wir werden in beiden Fällen eine grundlegende Gefahr haben — die Gefahr von rechts.

Die Gefahr von rechts und von links.

Die Gefahr von rechts besteht nicht darin, wie es sich dieser Führer der Mehrheit der französischen Partei, Genosse Treint, vorstellt, daß eine Verschwörung von seiten eines rechten Flügels vorhanden sei. Du lieber Gott, ich hätte was dafür gegeben, daß dieser rechte Flügel auch nur ein wenig kühner wäre.

daß er auch nur irgendwie seine Ansichten formuliert hätte, dann wäre es leichter gewesen, mit ihnen zu kämpfen. Was ich an ihnen schätze, ist das, daß ihnen die Einheit in der Komintern so teuer ist. Was ich nicht schätze, das ist das, daß sie sich so vor unserer Kritik fürchten, daß sie jede beliebige radikale Resolution unterzeichnen. Aber die Gefahr liegt gar nicht in diesem, sondern darin, daß die Arbeiterklasse — sowohl die Führer wie die Massen — von der Sozialdemokratie sehr langsam weggehen, daß nur sehr langsam die sozialdemokratischen Illusionen überwunden werden. Die Gefahr besteht darin, daß es leichter ist, kommunistische Resolutionen zu Papier zu bringen, als in einem kapitalistisch stabilisierten Lande mit einer alten sozialdemokratischen Bewegung eine echt kommunistische Politik zu führen.

Das bedeutet, daß die Hauptnotwendigkeit tatsächlich im Kampfe gegen rechts besteht. Aber, Genossen, war dies zufällig, daß auf dem II. Kongresse der Kommunistischen Internationale, wo wir die 21 Bedingungen gegen die rechte Gefahr ausarbeiteten — von ihnen sind sogar fünf von unseren Kommunistischen Parteien nicht durchgeführt worden —, daß auf diesem Kongresse ein Kampf vor sich ging, den Genosse Lenin gegen eine linke Abweichung führte: in der Frage des Parlaments, in der Frage der Gewerkschaften. Ist es ein Zufall, daß auf dem III. Kongresse der gleiche Kampf mit der linken Abweichung sich schon im Zentrum zeigte. Ist es zufällig, daß auf dem IV. Kongresse wir in bezug auf die Tschechoslowakei den gleichen Kampf hatten, wenn er auch schon etwas schwächer war? Ist die Erscheinung eine zufällige, daß, als ich einem Genossen einen Fragebogen auszufüllen übergab, welche Bücher die Mitglieder unserer Berliner Organisation lesen, es sich erwies, daß von 20 Parteimitgliedern nur zwei marxistische Bücher haben, die vor dem Jahre 1918 herausgegeben wurden? Womit ist dies zu erklären? Möge dieses theoretische Niveau beim revolutionären Nachwuchse des Westens ein zufälliges sein; dies ist kein Vorwurf, sondern die Feststellung einer Tatsache.

Das theoretische Niveau der Partei und ihre Unterführer.

Wenn das Niveau der Partei ihren Führern gestattet, eine solche Propaganda zu führen, wenn das EKKI. gezwungen ist, alle Kräfte anzuspannen, um das ZK. der Partei zu zwingen, sich dem Austritte der Parteimitglieder aus den Gewerkschaften zu widersetzen, dann weiß ich nicht, wie Genosse Bucharin hier auftreten und sagen kann, daß wir eine Führung in Deutschland haben, eine solche Führung, mit der wir im Grundsätzlichen solidarisch sind, eine Führung, die völlig geschlossen ist. Sind es doch erst einige Wochen her, daß in der „Prawda" zwei Botschaften der Komintern an die Kommunistische Partei Deutschlands und ein Artikel des Genossen Sinowjew über die KPD. erschienen sind, in der er ungeheure Gefahren sah und die Frage so stellte, daß diese Leitung die Partei entweder auf eine breite Straße führen oder sie verderben kann. Wie erscheinen Gefahren so schnell und wie verschwinden sie so schnell? In Amerika war die Partei bereit, einen regelrechten Block mit bürgerlichen Parteien zu schließen, in England sandte die Kommunistische Partei Glückwünsche an Macdonald, in Deutschland droht Gefahr von seiten Brandlers und jetzt von den Linken. Und jetzt auf einmal verschwinden die Gefahren, und Genosse Bucharin sagt zwei Wochen nach diesen Gefahren, daß alles wohlbehalten ist. Es besteht die Tatsache, daß die deutsche Linke die Mehrheit in der Partei hat, und daß jeder Versuch, ein anderes ZK. aufzuzwingen, ein Abenteuer wäre. Aber es ist nicht wahr, daß diese Linke einen großen Wahlsieg unter ihrer Führung errungen hat. Seit Januar und Februar, seit der Zeit der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen, Mecklenburg, Lübek, Bayern und Bremen, verlor die Partei unter ihrer Führung 30% Stimmen. Warum? Weil sie sich sechs Monate nicht mit Politik befaßte, sondern mit innerparteilicher Taktik beschäftigte. In dem Augenblicke, von dem Genosse Bucharin spricht, daß es notwendig ist, in den Kampf um die Zwischenschichten zu gehen, da in Deutschland eine Agrarkrise wütet, hat die Partei während der ganzen Zeit der Wahlen keine einzige Broschüre an die Bauern, keinen einzigen Aufruf herausgegeben, in der Parteipresse gab es keinen Artikel darüber. In einem Lande, das unter dem Joche des Versailler Friedens leidet, sagen die linken braven Leute: Wir spucken auf die nationale Frage, das ist eine Politik Radeks. Dies bedeutet, daß die Partei weder in der Agrar- noch in der nationalen Frage eine Leninsche Politik führt: Eine Partei, die sich überwinden muß, ihre Mitglieder von der Flucht aus den Gewerkschaften abzuhalten, ist nicht imstande, ordentliche Gewerkschaftsarbeit zu leisten.

Eine Partei, die die Taktik der Einheitsfront zur Hälfte für eine Erfindung der Sowjetdiplomatie und zur Hälfte für eine Ausgeburt des Teufels, des Opportunismus, hält, ist nicht imstande, sie von unten anzuwenden, noch von oben, weder von hinten noch von vorne. (Heiterkeit.) Sollen wir den großen Bannfluch aussprechen? Selbstverständlich nicht! Die deutsche Partei entwickelt sich, wir müssen ihr helfen. Aber es geht nicht an, mit offiziellem Optimismus aufzutreten. Als Genosse Sinowjew in seinem Artikel warnte, hatte er recht. Aber wenn Genosse Bucharin, wenn er mit einem Berichte auftritt, der die Taktik auf dem Kongresse bestimmen wird, nicht sagt, daß man nach zwei Fronten kämpfen muß, so sagt er hier nicht das Grundlegende. Er wechselt die Taktik und sagt nicht das, was gesagt werden muß. Auf einen Kampf nach zwei Fronten wird sich jeder einlassen, der sich unter dem Einflusse der russischen Revolution und ihrer Lehren erzogen hat. Aber auf einen Kampf nur gegen Rechte, selbst gegen wirklich bestehende Rechte, lasse ich mich nicht ein, denn dies bedeutet das Losreißen der proletarischen Vorhut von den breiten Massen der proletarischen Reserven. Dies wird ja die Führung den syndikalistischen Elementen überlassen, die imstande sind, prächtige vorgeschrittene Arbeiter zu wecken, aber nicht, hinter sich die breiten Massen der Arbeiter herzuziehen, die noch nicht kommunistisch sind.

Noch eine Frage. Als wir zum III. Kongreß gingen, welche Losung haben wir da ausgegeben? Heran an die Massen! Als wir zum IV. Kongreß gingen, welche Losung haben wir da ausgegeben? Die Hauptlosungen waren damals Einheitsfront, Arbeiter- und Bauernregierung. Wir konzentrierten die Losung: Heran an die Massen!

Und welche Losung werden wir jetzt haben? Dies habe ich aus dem Referate des Genossen Bucharin nicht herausgehört. Soll etwa die Losung sein: Kampf gegen die Rechten? Das ist aber eine taktische Ausrichtung der Partei. Und mit welchen Fragen sollen wir die Massen mobilisieren? Was ist als die Hauptaufgabe des V. Kongresses anzusehen? Ich sage, daß, als die neue Aufgabe unter den gegebenen Verhältnissen, auf Grund all der Lehren, die wir erhalten haben, die Eroberung und Befestigung der Mehrheit in den Arbeitermassenorganisationen erscheint. Ohne Eroberung der Gewerkschaften und Betriebsräte werden wir zehnmal als Dummköpfe dastehen. Die Losung der Eroberung der Mehrheit in den proletarischen Massenorganisationen als nächste Aufgabe, das ist die Kampflosung des V. Kongresses. Man sagt mir hier, daß dies alt ist. Ich weiß, daß die russische Partei zehnmal mehr Erfahrung hat als unsere anderen Kommunistischen Parteien. Aber wir müssen die Taktik für den Kongreß der Komintern festsetzen, in der nicht solche aufgeklärte Genossen sitzen, die zwanzig Jahre in der Partei sind und vieles aus eigener Erfahrung wissen usw., sondern wo wir es mit dem westeuropäischen Arbeiternachwuchs zu tun haben.

Die Losung Iljitsch' auf dem II. Kongreß — Heran an die Massen! — schien nicht weniger allgemein und alt zu sein und bestimmte doch die Hauptaufgabe des Augenblicks. Auf dem IV. Kongreß haben wir die Losung der Einheitsfront vorgebracht. Die Erfahrung des vergangenen Jahres besagt: Es gibt keine Einheitsfront ohne eine feste Eroberung der Sympathien der Mehrheit, aber eine wirkliche Mehrheit in den Arbeiterorganisationen besteht nicht.

Dazu ist es notwendig, die Hauptarbeit der Kommunisten auf die Eroberung der Massenorganisationen des Proletariats zu richten. Sonst werden wir radikale parlamentarische Parteien sein und nicht den Kampf um die Macht vorbereiten. Die Lösung dieser Frage ist die nächste Kampfesaufgabe für den Fall einer revolutionären Stockung und Entwicklung. Schließlich, Genossen, heißt es, wirklich an die Arbeit herangehen, die Genosse Bucharin in eine allgemeine Formulierung gebracht hat: Kampf um die Zwischenschichten! Wenn wir sagen, daß wir, die Bolschewiki und Leninianer, den kommunistischen, sich von der alten Sozialdemokratie unterscheidenden Gedanken der Verbindung der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft nach Europa gebracht haben, so frage ich: Wie lange wollen wir noch auf diesem allgemeinen Worte herumreiten: Verbindung der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft? Keine einzige unserer Parteien hat auch nur ein Agrarprogramm, ja sie kennt nicht einmal die Lage der Bauern im eigenen Lande, hat keine Broschüren zu dieser Frage. Und hier steht eine ungeheure konkrete Arbeit vor der Kommunistischen Partei. Hier hat man viele Male daran erinnert, daß der Kongreß die russische Partei nicht entbolschewisieren, sondern die anderen Parteien bolschewisieren wird. Das ist richtig. Die Aufgabe der Komintern, wenn wir die Werke Lenins popularisieren werden, besteht darin, den euro-

päischen Kommunisten zu helfen, diese Werke, diese Lehre konkret aus eigener Kraft anzuwenden. Auf der Grundlage der Erfahrungen der russischen Revolution allein lassen sich die Kommunistischen Parteien im Westen nicht aufbauen. Unser Zentralismus ist in dieser Epoche nötiger als in der Epoche des Ansturms, denn es gibt mehr Zersetzungselemente. Dies ist aber mit allgemeinen Resolutionen schwer zu erreichen. Die Komintern muß für jede Kommunistische Partei das Zentrum sein, das ihm hilft, wissenschaftlich und konkret sich in jeder politischen Lage zurechtzufinden, ohne das weiterzugehen unmöglich ist. Die russische Partei, die eine große Anzahl von Marxisten hat, die Schulen besitzt, die die Genossen erziehen, die hier den jungen Kommunistischen Parteien helfen könnten, die Grundlagen der Orientierung in ihrem eigenen Lande zu schaffen, imstande zu sein, in entsprechender Weise sich in wirtschaftlichen Fragen zurechtzufinden, imstande zu sein, ein gehöriges Programm auszuarbeiten. Damit werden wir es erzielen, daß unsere Kommunistischen Parteien nicht nur von der russischen Erfahrung leben werden, sondern imstande sein werden, sich selbst in ihrem Lande zurechtzufinden. Damit zentralisieren wir die Komintern mehr als mit allen Gemeinplätzen und mit allen konkreten Maßnahmen in bezug auf die Zusammensetzung und die Führung der Parteien der Kommunistischen Internationale.

Genosse Manuilski:

Genossen, wir dürfen behaupten: Wäre der Oktoberrückzug der KPD. nicht gewesen, so wäre auch die Diskussion, die innerhalb unseres Zentralkomitees begann, nicht über die Grenzen des Zentralkomitees hinausgegangen. Die Niederlage der deutschen Revolution galvanisierte unsere Diskussion. Unsere Opposition versuchte, die Differenzen auf die Komintern zu übertragen und solidarisierte sich durch Vermittlung einiger Genossen mit der politisch bankrotten Brandler-Gruppe.

Neben dem Oktoberrückzug und unserer Parteidiskussion ist das dritte Moment, dem wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen, der Regierungsantritt der englischen „Arbeiterregierung". Wenn Ihr jede beliebige Sektion betrachtet, so seht Ihr, daß an der Linie des Verhältnisses zu diesen drei Fragen die Konsolidierung der Gruppierungen und besonders eines bestimmten rechten Flügels vor sich ging. So viele Argumente auch Genosse Radek im Interesse der Brandler-Gruppe anführen möge, so sehr er sich auch auf die vergangenen Verdienste dieser Gruppe berufen möge, es wird ihm nicht gelingen, weder jene offensichtliche Tatsache zu widerlegen, daß Brandler eine rechte Strömung vertritt, noch die Tatsache, daß es bei einer ganzen Reihe unserer Sektionen in bezug auf diese Fragen eine solche rechte Abweichung gibt.

Ich will mich hier insbesondere mit der französischen Partei beschäftigen, der Genosse Bucharin sehr wenig Aufmerksamkeit widmete. Höchst charakteristisch ist die Stellungnahme des rechten Flügels der KPF. zu diesen drei wichtigen Fragen. Dieser rechte Flügel, an dessen Spitze Souvarine steht, unterstützt die Brandler-Gruppe. Er steht in bezug auf die russische Frage auf dem Standpunkt unserer Opposition. Und in bezug auf die englische Frage stand diese Gruppe auf dem Standpunkt der größtmöglichen Unterstützung der englischen Arbeiterregierung. Und darin liegt eine große Gefahr.

Der Kampf zwischen Moskau und London, zwischen der Dritten und Zweiten Internationale, erhielt nach dem Regierungsantritt der englischen Arbeiterpartei die Form eines Kampfes zwischen zwei klassenmäßigen Staatsorganisationen. Moskau und London vertreten zwei Kampfmethoden, zwischen denen die Arbeiterklasse wählen muß. Es ist kein Zufall, daß ein Führer unserer holländischen Partei im Parteiorgan „Tribuna" anläßlich der englischen Wahlen folgendes schrieb: „Ich weiß nicht, welches Ereignis für das internationale Proletariat historisch wichtiger ist, die Machtergreifung der russischen Arbeiterklasse im Oktober oder die Übernahme der Macht durch die englische Arbeiterpartei."

Ich werde ein anderes, äußerst charakteristisches Dokument zitieren, worin die Gruppe Souvarine in der französischen Partei ihr Verhältnis zur englischen Arbeiterregierung darstellt. Sobald die englische Arbeiterregierung gebildet wurde, wandte sich die Zentrale der KP. Frankreichs mit einem offenen Brief an die englische Arbeiterregierung, worin sie sie aufforderte, gegen den Versailler Frieden und gegen die Unterdrückung der Kolonien aufzutreten. Es ist Euch bekannt, daß unsere französischen Genossen allzuhöflich sind, aber dieses Dokument steht selbst zu dieser üblichen Höflichkeit in einem Mißverhältnis. Die französischen Anhänger der russischen Opposition charakterisieren die englische Arbeiterregierung Macdonalds folgenderweise:

„Die französischen Arbeiter haben Euren großen Erfolg bei den letzten Wahlen und die Bildung einer Arbeiterregierung in England mit Freude erfahren. Zum erstenmal gab die englische Arbeiterklasse ihrer Feindschaft gegenüber beiden geschwächten und desorganisierten bürgerlichen Parteien Ausdruck, die bisher in der Macht einander ablösten. Die englische Arbeiterklasse glaubt ihren Versprechungen nicht mehr. Sie hält sie für unfähig, die fürchterliche Wirtschaftskrise, die durch den Krieg hervorgerufen wurde, zu liquidieren. Sie bricht entschieden mit ihrer Vergangenheit und bezeugt ihren Willen, die Macht zu ergreifen."

Weiter schreiben die Verfasser dieses Dokumentes:

„Die englischen Arbeiter haben Euch ihr Vertrauen geschenkt. Sie glauben, daß Ihr sie vom Elend retten werdet, in das sie durch den britischen Kapitalismus gestürzt wurden, daß Ihr der chronischen Arbeitslosigkeit . . . . ein Ende setzen werdet, daß Ihr Maßnahmen treffen werdet, die fürchterliche Wohnungskrise zu lösen" usw.

So schätzte unsere französische Opposition die Lage ein. Wenn jemand noch unter den russischen Genossen den leisesten Zweifel daran haben könnte, daß wir jetzt der Bildung eines rechten Flügels in internationalem Maßstabe gegenüberstehen, so glaube ich, daß dieses Dokument alle Zweifel zerstreuen kann.

Nun erlaubt mir, zu jener Frage überzugehen, die Genosse Radek berührte, und zwar zur Frage der deutschen Revolution.

Genosse Radek fragte den Parteitag: Mußte die KPD. im Oktober vorigen Jahres den Kampf aufnehmen? Und er gab auf diese Frage eine negative Antwort. Er begründete dies erstens mit der schweren außenpolitischen Lage Deutschlands, zweitens damit, daß die KPD. objektiv nicht zur Übernahme der Macht vorbereitet war. Es ist wahr, daß die internationale Lage für das deutsche Proletariat im Oktober 1923 relativ schlimmer gewesen ist als für uns im Jahre 1917. Aber Genosse Radek vergißt das eine, daß wir im Oktober noch nicht einen organisierten proletarischen Staat hinter uns gehabt haben.

Nun das zweite Argument: die KPD. war nicht zur Übernahme der Macht vorbereitet. Eine solche Erklärung, wenn sie nicht konkret begründet wird, beruht auf der Philosophie des historischen Fatalismus. Diese mangelhafte Vorbereitung bestand eben darin, daß die Partei es nicht verstand, endgültig mit der Philosophie des Fatalismus, die für die alte Sozialdemokratie charakteristisch ist, zu brechen. Und daß die Brandler-Gruppe diese sozialdemokratischen Überreste nicht abgestreift hat, ist aus jenem Resolutionsentwurf zu ersehen, den die Anhänger Brandlers dem Frankfurter Parteitag vorlegten. In diesem Thesenentwurf haben sie eine originelle Theorie in bezug auf die Entwicklungsstufen der Parole der Arbeiterregierung entworfen. Nach diesem Entwurf sollte sich die Revolution folgenderweise entwickeln: Zuerst kommt die Arbeiterregierung, dann eine 50%ige Sachwerterfassung, die dritte Etappe ist die Kontrolle über die Produktion, und viertens wird all dies durch die Diktatur des Proletariats gekrönt. Eine solche Vorstellung über die Revolution, über die Arbeiterregierung, ist faktisch der reformistischen Ideologie der II. Internationale entlehnt und künstlich auf die revolutionäre Periode übertragen worden. Kann man sich denn noch wundern, daß Brandler auf dem Frankfurter Parteitag keine einzige Stimme bekam?

Endlich steht die Erklärung des Genossen Radek, der den deutschen Rückzug durch die mangelhafte Vorbereitung der deutschen Partei begründet, sogar im Widerspruch zu der Erklärung Brandlers, der auf dem Frankfurter Parteitag offen sagte, daß sein Hauptfehler im Oktober in der Unterschätzung der Kräfte und der Reife der Partei bestand. Ich weiß nicht, warum Brandler in der Komintern allein solche Fehler verteidigt, von denen sogar der rechte Flügel abgerückt ist.

Genosse Radek greift die jetzige Zentrale der KPD an und weist auf ihre Fehler hin. Ich frage aber, wer daran schuld ist, daß die jetzige Zentrale politische Fehler macht, insbesondere in der Gewerkschaftsfrage und in der Einheitsfrontfrage? Ich glaube, Genossen, daß die ganze Verantwortung vor allem auf Genossen Brandler lastet, und zweitens auf jenem russischen Genossen, der während langer Monate die RKP. bei der deutschen Partei vertrat.

Nach dem unglücklichen sächsischen Versuch war die Einheitsfront in Deutschland so kompromittiert, daß innerhalb der Arbeiterklasse eine Reaktion einsetzte. Die Arbeiterklasse unterteilt nicht nach den vorzüglichen Formulierungen der Kom-

gresse über die Taktik. Die Arbeiterklasse fällt ihr Urteil auf Grund konkreter Erfahrungen. Unter dem Druck dieser Stimmung machten unsere deutschen Genossen den Fehler, daß sie sich anfangs auf dem Boden einer fast prinzipiellen Ablehnung der Einheitsfronttaktik stellten. Sodann haben sie aber unter der Einwirkung der brüderlichen Kritik der Komintern diesen Fehler korrigiert.

Ähnlich ist der Fall in der Gewerkschaftsfrage.

Bei der Begründung des deutschen Rückzuges weist Genosse Radek auf die mangelhafte Bewaffnung hin. Allerdings ist die Bewaffnung für die Revolution eine Schicksalsfrage. Sie war aber nicht das einzige Moment, von dessen Realisierung der Ausgang der Aktion abhing. Ein gutes Beispiel hierfür stellt die heldenhafte Hamburger Aktion dar, wo sich 300 Genossen drei Tage lang gegen 5000 Regierungssoldaten verteidigten. Wir können nicht endgültig sagen, wie der Ausgang einer Aktion im Oktober gewesen wäre, aber wir können mit Bestimmtheit sagen, daß der Rückzug eine demoralisierende Wirkung hatte. Wenn wir aber sehen, daß jetzt nach der Konsolidierung der bürgerlichen Regierung, nach der organisatorischen und ideologischen Anarchie innerhalb der Arbeiterklasse die Kommunistische Partei bei den Wahlen vier Millionen Stimmen sammelte, wenn sie jetzt in Halle unter der erstarkten Reaktion den faschistischen Banden eine Schlacht liefern können, so glauben wir, daß die Frage, ob die Arbeiterklasse Deutschlands im Oktober hätte den Kampf aufnehmen sollen, durch die Ereignisse beantwortet wurde.

Zum Schlusse muß ich noch jene Erfolge erwähnen, die wir in Frankreich in der Überwindung der durch den Oktoberrückzug der deutschen Revolution hervorgerufenen Krise erzielt haben. Die Kongresse der einzelnen Föderationen der KPF. sprechen sich in bezug auf die Politik der Komintern einer nach dem anderen für die Thesen der Zentrale aus. Dabei wissen wir, daß die Gruppe Souvarines während der Diskussion eine außerordentlich energische Agitation gegen die richtige Stellungnahme der französischen Zentrale entfaltete. Die Beschuldigung gegen die KPF., die Genosse Radek aussprach, daß die KPF. allzu passiv sei, war ungerecht. Die KPF. durchlebte manche Krisen, aber im Kampfe gegen die Ruhrbesetzung hat die französische Partei jene Verpflichtungen, die sie auf der Essener und Frankfurter Konferenz übernahm, in loyaler Weise erfüllt. Ich erwähne nur die Verhaftung der Zentrale wegen Hochverrats. Unlängst erst wurde Genosse Doriot, der wegen antimilitaristischer Tätigkeit eingekerkert wurde, aus der Haft entlassen. Die Kommunistische Jugend, die im Ruhrgebiet arbeitete, mußte nicht nur Verhaftungen, sondern auch körperliche Foltern erleiden. Ich glaube, daß die französische Partei das Recht verdient hat, die Fehler der Brandler-Gruppe zu kritisieren, und dieses Recht wird ihr Genosse Radek mit seiner Kritik nicht nehmen können.

Erklärung des Gen. Souvarine.*)

Genosse Souvarine gibt hier Erklärungen über die Stellungnahme der KPF. und über seine persönliche Stellungnahme zu einigen politischen Problemen, von denen hier Genosse Manuilski sprach. Er erklärt vor allem, daß Genosse Manuilski die Rolle des Zentralkomitees der KPF. in bezug auf die englische Frage ganz unrichtig dargelegt habe. Der Vertreter der englischen Kommunisten, Newbold, habe das Zentralkomitee der KPF. aufgefordert, in einer bestimmten Weise auf die englischen Ereignisse zu reagieren, was auch in der Form des betreffenden Briefes geschah. Die Differenz zwischen dem Genossen Souvarine und dem Zentralkomitee habe nur darin bestanden, daß Souvarine gegen den taktlosen Ton eines Briefes, der den ersten Versuch der Anknüpfung einer Einheitsfront darstellte, Einwendungen gemacht habe. Übrigens sei der Brief mit allen Stimmen gegen eine Stimme angenommen und außerdem gar nicht abgesandt worden. (Heiterkeit.) Und er fügt jetzt hinzu, daß dabei auch der Vertreter der Komintern anwesend war und dagegen nicht protestiert habe. Der Vertreter der Komintern sagt, daß das das nicht wahr sei. (Heiterkeit und Beifall.) Genosse Souvarine betont, daß er in der „Humanité" die englische Arbeiterpartei oft in der schärfsten Form angegriffen habe.

Was die russische Frage anbelangt, erklärt Genosse Souvarine, daß ein bedeutender Teil der KPF. durch den scharfen Ton der russischen Polemik außerordentlich bestürzt gewesen sei; es schien ihm, daß es sich hier nicht um prinzipielle Argumente, sondern um persönliche Angriffe handelte. Er und andere seien der Meinung gewesen, daß der Name des Genossen Trotzki eine internationale Bedeutung hat und sie eine solche Degradierung der Würde dieser großen revolutionären Persönlichkeit für unrichtig hielten. Und außerdem war Genosse Souvarine davon überzeugt, daß in diesem Kampfe keine prinzipiellen Differenzen wahrzunehmen gewesen wären.

Ferner spricht er über seine persönliche Rolle und erklärt, daß er sich in der schärfsten Form zugunsten der Stellungnahme des Genossen Trotzki aussprach. Die französische Partei hat zwar nicht über eine solche Menge objektiven Materials verfügt, die ihr das Recht gegeben hätte, in diesem Streite Stellung zu nehmen, aber — sagt Genosse Souvarine — es wurde eine solche Menge (ich übersetze genau seine Worte) von Verleumdungen und Lügen gegen die Opposition der RKP. und insbesondere gegen Trotzki verbreitet, daß er es für notwendig hielt, dem Genossen Trotzki zu Hilfe zu eilen. Er sei bereit, die Verantwortung für seine Stellungnahme zu tragen, er hielt es aber für seine Pflicht, diese Stellung einzunehmen und hat seine Stellungnahme auch jetzt noch nicht geändert. (Zwischenrufe: Schande!)

Schlußwort des Genossen Bucharin.

Ich werde mich in meinem Schlußwort kurz halten. Genosse Radek beschuldigt mich dessen, daß ich einige Schlußfolgerungen, die wir aus den jüngsten Ereignissen hätten ziehen sollen, unrichtig beleuchtet habe. Vor allem bestreitet er, daß die Fehler der bulgarischen Genossen der unrichtigen Auffassung über die Einheitsfronttaktik entspringen. Ich muß den Genossen Radek daran erinnern, was er selbst auf der letzten Sitzung der Erweiterten Exekutive der Komintern gesagt hat. Da sprach Genosse Radek über die bulgarische Frage und führte eine ganze Reihe von Argumenten an, mit denen wir einverstanden sind und die sich darauf bezogen, daß die bulgarischen Genossen gegenüber der Bauernschaft und dem landwirtschaftlichen Bund eine unrichtige Form angewandt haben.

Weiter. Man sagt uns, daß wir den Sinn der deutschen Ereignisse allzuspät begriffen haben. Es genügt hier eine faktische Berichtigung: die Mehrheit unserer Vertretung in der Exekutive hat die Radikalisierung der Taktik der deutschen Partei viel früher beschlosen, als die Beschlüsse auf der gemeinsamen Sitzung mit den deutschen Genossen gefaßt worden sind. **Damals hat kein anderer als Genosse Radek dagegen protestiert.**

Ferner sagt Genosse Radek, daß wir keine genügend entwickelten Massenorganisationen hatten und daß unsere Argumente bezüglich der opportunistischen Tendenzen in den Parlamentsreden der Genossen Haarspaltereien seien. Wenn wir aber so an die Frage herantreten, dann kann man alles mögliche rechtfertigen. Dann war die Erklärung der Sozialdemokraten im Jahre 1914 und das Stimmen für die Kriegskredite ebenfalls ein bloßer Parlamentsakt. Natürlich will ich diese beiden Tatsachen nicht miteinander vergleichen. Aber wenn wir bei der Frage der Parlamentsaktionen sind, so müssen wir sagen: die Aktionen verantwortlicher Personen auf verantwortlichen Posten geben das Signal der ganzen Taktik. Man darf diese Aktionen nicht isoliert betrachten. Das Schlechte in der Parlamentsaktion unserer Genossen bestand darin, daß sie, anstatt die Massen der Arbeiterklasse zum Kampfe zu mobilisieren, erklärt haben, sie stehen auf dem Boden der Verfassung. Was für ein Signal gebt Ihr dadurch der ganzen Arbeiterklasse? Wie können Genossen, die in der Komintern eine führende Rolle spielen, erklären, dies sei eine Kleinigkeit, da es im Parlament geschehen ist. Das ist, Genossen, keine Kleinigkeit, das ist die Taktik, die Richtung der ganzen Kampflinie. Ich muß mit diesen schlechten Parlamentsreden — daß sie schlecht waren, erkennt auch Genosse Radek an — die Aktionen der Kommunistischen Fraktion im jetzigen Reichsparlament vergleichen. (Genosse Bucharin liest einen Auszug aus dem Sitzungsprotokoll der Eröffnungssitzung des deutschen Reichstages vor.) Selbstverständlich wird durch eine solche Parlamentstaktik die Frage der deutschen Revolution, der Rolle der Kommunistischen Partei in der Revolution, noch gar nicht erschöpft. Aber der gesunde Geist, der frische Wind, der jetzt bläst, kann nur begrüßt werden. Das unterscheidet die Linie des revoltuionären Marxismus von der opportunistischen Linie. Wer das nicht

*) Übersetzt durch Genossen Lunatscharski.

versteht, der hat selbst noch nicht genügend die opportunistischen Vorurteile von sich abgestreift. (Beifall.)

Genosse Radek wirft mir vor, ich habe den Zustand und die Lage unserer Kommunistischen Parteien zu optimistisch beurteilt. Und er sagte, ich habe nicht mitgeteilt, daß die englische Kommunistische Partei eine kleine Partei, die Arbeiterpartei dagegen eine große Partei ist. Über die Lage der einzelnen Parteien habe ich in meinem letzten Bericht ausführliche Mitteilungen gemacht. Und ich bin nicht der Mann, der zehnmal dieselbe Rede wiederholt. Was Frankreich anbelangt, so sagte Radek, daß ich unsere Kräfte überschätzt habe. Ich habe die Lage viel weniger optimistisch beurteilt als der „Populaire", die Zeitung der Sozialdemokraten, die über einen entscheidenden und außerordentlich bedeutenden Sieg der Kommunisten in Paris und Umgebung spricht.

Endlich macht Genosse Radek, als er darüber spricht, daß ich aus meiner Analyse, mit der Genosse Radek im wesentlichen einverstanden ist, nicht die notwendigen Schlußfolgerungen zog, eine wunderbare Entdeckung. Er entdeckt, daß wir die Massenorganisationen des Proletariats erobern müssen. Haben wir denn das nicht gewußt? Ich würde Sie bitten, das Stenogramm Ihrer eigenen Rede durchzulesen, und Sie werden sehen, daß die Exekutive mit dem Revolver in der Hand hinter der KPD. stand, um die Flucht aus den Gewerkschaften zu verhindern. Die nächste Schlußfolgerung des Genossen Radek ist der Kampf um die Mittelschichten, worüber bekanntlich, wie er sagt, auch Bucharin sprach. Danke schön. Worin ist das Neue, was Sie dem Parteitag vorschlagen wollen?

Was die jetzige Führung der KPD. anbelangt, behauptet Genosse Radek, ich hätte gesagt, daß alles in der besten Ordnung sei. Wann habe ich das gesagt? Ich sagte, daß die jetzige Lage innerhalb der Partei, verglichen zu jenen Zeiten, wo die Brandler-Gruppe die Führung hatte, viel günstiger ist. Versuchen Sie, diese Tatsache zu widerlegen. Ich behaupte, daß dies eine entscheidende Tatsache ist. Die Parteimehrheit ist jetzt geschlossen. Wir haben jetzt nicht mehr eine solche Lage, wo die Zentrale mit den größten Organisationen, mit Hamburg und Berlin, in einem wahrhaftigen Kriegszustande stand. Aus der ersten Parlamentsaktion sehen wir, daß hier der richtige Weg eingeschlagen wurde.

Ich sage nicht, daß es ein kommunistisches Paradies ist. Ich sage nicht, daß nicht eine ganze Reihe von Fehlern gemacht wurden. Ich stellte aber die Frage nicht in dieser Weise. Ich verglich die jetzige Lage mit der früheren Lage, wo wir mit der Autorität der Exekutive nur eine Gruppe unterstützt haben, die nicht das Vertrauen ihrer eigenen Partei hatte. Wir müssen hier ganz klar sagen, ob unsere Vertretung einer Gruppe, gegen den Willen der ganzen Partei, die Führung hätte anvertrauen können, nur weil diese Gruppe zu Beginn des Krieges eine viel richtigere Stellung einnahm als jetzt. Das würde unsinnig sein. Wir sind der Ansicht, daß die Komintern vollkommen richtig gehandelt hat, und daß die Resultate, die im Entwicklungsstadium unter der neuen Führung erreicht wurden, beweisen, daß die Komintern im großen ganzen richtig gehandelt hat. Das ist kein offizieller Optimismus, wie es Genosse Radek sagte.

Meine letzte Bemerkung über den Genossen Radek bezieht sich auf die Zukunft. In bezug auf die inneren organisatorischen Fragen der Komintern gab er die Parole heraus, daß man einen Zweifrontenkrieg führen müsse: sowohl gegen die linken Dummheiten wie auch gegen die rechten. Wir sind bereit, gegen die linken Dummheiten zu kämpfen. Und die Mehrheit unserer Delegation, insbesondere Genosse Sinowjew, ist bereits gegen die linken Fehler, die durch einige Vertreter der linken Gruppierung begangen worden sind, aufgetreten. Ihr könnt davon überzeugt sein, daß unsere Delegation diesen Kampf auch weiter fortsetzen wird. Aber ich frage den Genossen Radek: Was stellen Sie sich unter einem Kampf gegen rechts vor? Sie müssen ja dann gegen sich selbst kämpfen! Man kann nicht bestreiten, daß in Frankreich die rechte Front die Gruppe Souvarines darstellt, in Deutschland die Gruppe Brandlers, und bei uns – die Gruppe des Genossen Radek — so daß wir sehr gespannt darauf sind und mit vollem Interesse das Bild betrachten würden, wie Genosse Radek mit dem ihm eigenen Temperament gegen sich selbst kämpfen wird.

Ich glaube, daß es sich nicht lohnt, uns bei der Erklärung des Genossen Souvarine aufzuhalten. Der Parteitag wird auch ohnedies die Ursachen verstehen, warum es nicht notwendig ist, hier besonders scharf aufzutreten. Es gibt ein sehr gutes russisches Sprichwort: „Denjenigen, der am Boden liegt, schlägt man nicht." Und der Parteitag handelt richtig, wenn er die taktische Linie, die unsere Delegation in der Komintern verfolgte ganz und vollständig gutheißt. (Langanhaltender Beifall.)

Resolution des Parteitages zum Bericht des Genossen Bucharin über die Tätigkeit der RKP.-Delegation im EKKI.

(Einstimmig angenommen.)

Der XIII. Parteitag billigt vollkommen die Tätigkeit der Vertretung der RKP. in der Exekutive der Komintern und erklärt sich mit der taktischen Linie der Exekutive der Komintern vollkommen solidarisch. Der Parteitag stellt fest, daß die rechten Abweichungen, deren Verteidigung sich Genosse Radek trotz der Beschlüsse des ZK. annahm, mit der politischen Linie der Kommunistischen Partei Rußlands nichts gemein haben.

Insbesondere ist der XIII. Parteitag mit der Linie der Exekutive der Komintern in der deutschen, französischen und englischen Frage solidarisch.

Angesichts der großen Wichtigkeit der Aufgaben, vor denen gegenwärtig die Komintern steht, beauftragt der XIII. Parteitag das Zentralkomitee, dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale die bestqualifizierten Funktionäre zur Verfügung zu stellen.

Resolution des XIII. Parteitages der RKP. über die Arbeit im Dorfe.

(Angenommen auf Grund des Referates des Genossen Kalinin.)

I.

** Die Neue Wirtschaftspolitik hat sich im Grundlegenden auch im Dorfe in vollem Umfange als richtig erwiesen: die Produktivität der Landwirtschaft und der Wohlstand der breiten Bauernmassen schreitet, wenn auch langsam, aber ununterbrochen vorwärts. Die bisher schon erreichten Resultate (Ausbreitung der Anbaufläche, die einsetzende Liquidierung der Verhältnisse, unter denen einzelne Grundstücke weit entfernt liegen und schmale Streifen bilden, der Massenzuzug der Bauern auf geschlossene Grundstücke und Siedelungen, das Streben der Bauern nach Hebung der Wirtschaft, die zunehmende Organisation von Kollektiven, Genossenschaften und Artels durch die Bauern) führen dazu, daß vorwiegend die mittleren und wohlhabenden Schichten der Bauernschaft anfangen, sich wirtschaftlich zu heben. Gleichzeitig hiermit wächst die Armut, es findet eine Schichtenbildung im Dorfe statt.

Die Eigenart der im Dorfe vor sich gehenden Schichtenbildung besteht darin, daß ihr grundlegendes Element bisher nicht so sehr im Boden als vielmehr im Handel, im Viehstand und Inventar besteht, die zu Akkumulationsmitteln und zu Mitteln für die Ausbeutung der wirtschaftlich schwachen Elemente werden. Gleichzeitig hiermit ist das Wachstum der Artels, Kollektive, der Genossenschaften zur gemeinsamen Bodenbearbeitung, zur kollektiven Inventurbeschaffung und eine einsetzende Verbreitung der Anwendung gemeinschaftlicher Arbeit festzustellen.

All dies widerspiegelt sich politisch in einer Steigerung der Tätigkeit nicht nur der wirtschaftlich schwachen, sondern auch der wirtschaftlich starken Schichten des Dorfes.

II.

Bei der Lösung des Problems über die Arbeit der Partei im Dorfe ist von der für eine ganze historische Periode grundlegenden Aufgabe, der Verwirklichung des Bundes zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft auszugehen. Die weitere Entwicklung der Bauernwirtschaft, der Kampf gegen eine Reihe seiner Mängel, die bei unserer Notlage und unserer zerrütteten Wirtschaft unvermeidlich sind, muß auf Grundlage der weiteren Entwicklung des Bundes der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der staatlichen Industrie mit der Landwirtschaft stattfinden.

III.

In der wirtschaftlichen Entwicklung des Dorfes sind zwei Entwicklungslinien möglich: die eine Entwicklungslinie ist eine kapitalistische, bei der sich auf dem einen Pol das Kapital und auf dem anderen Lohnarbeit und Elend akkumulieren. Die zweite Entwicklungslinie führt durch die für den Bauern am meisten begreiflichen, leichten und zugänglichen Methoden der Kooperation zum Sozialismus. Das Vorhandensein der Sowjetmacht, die Aufhebung des Privateigentums an Boden, die Konzentrierung des Kreditwesens in den Händen des Arbeiter- und Bauernstaates, die staatliche Förderung der Entwicklung der Landwirtschaft erleichtert die Entwicklung der Landwirtschaft auf diesem zweiten Wege. Die grundlegende Linie der Partei in dieser Frage ist im letzten Artikel Lenins „Über das Genossenschaftswesen" festgelegt. Lenin hat in diesem Artikel das Programm für die Entwicklung der genossenschaftlichen Zusammenfassung der ländlichen Bevölkerung als ein grundlegendes Mittel des Vorwärtsschreitens zum Sozialismus in einem bäuerlichen Lande niedergelegt.

„Nachdem die Staatsmacht sich in den Händen der Arbeiterklasse befindet, nachdem alle Produktionsmittel dieser Staatsmacht gehören, besteht unsere wirkliche Aufgabe nunmehr bloß darin, die Bevölkerung in den Genossenschaften zusammenzufassen. Durch die neue Wirtschaftspolitik machen wir die Bauernschaft als Händler, machten wir dem Prinzip des Privathandels ein Zugeständnis. Gerade daraus folgt aber (entgegen der so häufigen Auffassung) die gewaltige Bedeutung der Kooperation. Im Grunde brauchen wir bei der Herrschaft der Neuen Wirtschaftspolitik nichts anderes, als die russische Bevölkerung in genügend breitem Umfange und genügend tiefgehend genossenschaftlich zusammenzufassen, weil wir gegenwärtig jene Stufe der Vereinigung des Privatinteresses, des privaten Handelsinteresses mit der Prüfung und Kontrolle von seiten des Staates, die Stufe seiner Unterordnung unter die allgemeinen Interessen, die früher ein Stein des Anstoßes für so viele Sozialisten war, gefunden haben. Ist etwa die Macht des Staates über alle großen Produktionsmittel, die Staatsmacht, in den Händen des Proletariats, das Bündnis dieses Proletariats mit vielen Millionen kleiner und kleinster Bauern, die Sicherstellung der Führung der Bauernschaft durch das Poletariat usw. nicht alles, was wir gegenwärtig brauchen, um aus dem Genossenschaftswesen, allein aus dem Genossenschaftswesen, das wir früher als eine Krämereinrichtung malträtierten und das wir gegenwärtig, bei der Neuen Wirtschaftspolitik bis zu einem Grade ebenfalls als eine solche betrachten können, die sozialistische Gesellschaft voll aufzubauen? Es ist dies noch kein Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, aber alles, was zu diesem Aufbau notwendig und genügend ist . . . ."

Die gegenwärtige Lage des Dorfes zeigt mit beispielloser Klarheit die Richtigkeit des von dem Genossen Lenin ins Auge gefaßten Weges und erfordert die Konzentrierung der Hauptaufmerksamkeit der Partei in erster Reihe auf die genossenschaftliche Zusammenfassung des Kleinproduzenten, die eine gewaltige Rolle im Aufbau des Sozialismus spielen muß.

IV.

Nur durch eine genossenschaftliche Zusammenfassung der Produzenten kann die zweifache Aufgabe, vor der die Partei und die Sowjetmacht im Dorfe steht, gelöst werden. Diese Aufgabe ist: die weitere größtmögliche Steigerung der Produktion der Landwirtschaft anzustreben und gleichzeitig in immer größerem Umfange die Unterstützung der wirtschaftlich schwachen Elemente des Dorfes zwecks Hebung ihrer Wirtschaft und Einschränkung der Ausbeutertendenzen der Großbauern zu steigern. Der formale Widerspruch, der durch die Notwendigkeit, beide Aufgaben gleichzeitig zu lösen, geschaffen wird, kann nur durch das Massenwachstum des wirklichen Genossenschaftswesens, über das Genosse Lenin schrieb, gelöst werden. Von diesem Gesichtspunkte aus ist die Steigerung der Tätigkeit des Produktivgenossenschaftswesens, die Besserung seiner Verbindungen, die Entwicklung des ihm zugänglichen Kredits, der materiellen Unterstützung von seiten des Staates usw. eine unumgängliche Notwendigkeit.

Die Partei wird auch die einfachsten Formen der Vereinigung, sowohl auf dem Gebiete der Beschaffung von Produkten der städtischen Industrie wie auch in bezug auf Absatz der landwirtschaftlichen Produkte und namentlich auf dem Gebiete des Zusammenschlusses der einen oder anderen Elemente der bäuerlichen Poduktion unterstützen. Die Partei wird auch solche einfachste Formen „gesellschaftlicher Arbeit", „vereinter Arbeit" unterstützen, wie die gemeinsame Bodenbearbeitung oder gemeinsames Mähen oder gar gemeinsame Verwendung von Zugvieh bei den verschiedenen Feldarbeiten oder gemeinsame Verwendung oder Arbeit in dem einen oder andern Betriebe, wie zum Beispiel in einer Mühle oder einer Ölschlägerei, und sie wird mit agronomischen Ratschlägen und Produktionskredit zur Seite stehen.

Wirkliche Massenerfolge können auf dem Gebiete der Kooperierung der Produktionsprozesse bei den gegenwärtigen Produktionsmitteln nur im Laufe einer Reihe von Jahren erreicht werden. Gerade darum warnt der Parteitag vor jeder unbedachten Eile, vor überflüssiger Reglementierung, vor der Jagd nach der Form und nach der Zahl, die oft ein Hindernis für eine wirkliche Kooperierung der Bauernschaft bilden können. Der Maßstab des wirklichen Erfolges wird in den nächsten Jahren hauptsächlich das qualitative Wachstum bilden. Hierauf muß die Arbeit der grundlegenden Sowjet-, Genossenschafts- und sonstigen Organen, die auf dem Gebiete der Kooperierung der Bauernschaft arbeiten, abgezielt sein, unter Anpassung der Kooperierungstätigkeit an die Bedingungen, den Charakter und die Struktur der bäuerlichen Klein- und Zwergwirtschaft und der einzelnen Produktionszweige (Kooperierung der Leinzüchter, Ölschläger, Kartoffelverarbeitungsgenossenschaften, Forstgenossenschaften usw.), um auf diese Weise eine wirkliche Verbreitung des Genossenschaftsprinzips in der Bauernschaft zustande zu bringen. Unter den Maßnahmen, die die Partei zur Stärkung des Bandes zwischen Stadt und Land trifft, muß der landwirtschaftliche Kredit eine der zentralen Stellen einnehmen.

Ein weitverzweigtes landwirtschaftsliches Kreditsystem, verstärkt durch die Mittel, die aus der gegenwärtig eröffneten zentralen landwirtschaftlichen Bank im Wege der landwirtschaftlichen Kreditvereine, im Wege des produktiven Genossenschaftswesens und ihrer untern Organe den Bauernwirtschaften zufließen werden, wird in den Händen der Partei ein machtvolles Mittel zur Regelung der Wiederherstellung der Landwirtschaft und zur klareren Gestaltung der den armen und mittleren Schichten des Dorfes zu erweisenden Unterstützung sein.

Der Parteitag bestätigt den Beschluß des Plenums des ZK. über die Flüssigmachung von Geldmitteln für die landwirtschaftliche Bank und erachtet es für notwendig, diesen Beschluß im Laufe der nächsten sechs Monate durchzuführen. Gleichzeitig ist es notwendig, die größtmögliche Herabsetzung des vom Bauern für den Kredit erhobenen Zinses zu erreichen.

Ein in dieser Weise organisiertes landwirtschaftliches Kreditsystem gibt die Möglichkeit zur Entfaltung einer Inititative von seiten der örtlichen Partei- und Sowjetorganisationen und zur Hinzuziehung der breitesten Schichten der Bauernschaft zum Aufbau des Sowjet-Kreditwesens.

Der Parteitag beauftragt alle örtlichen Parteiorgane, den in Entstehung begriffenen Organisationen des landwirtschaftlichen Kreditwesens die maximale Beachtung und Führung angedeihen zu lassen.

V.

Im Zusammenhange mit der gegenwärtig vor sich gehenden Schichtenbildung in der Landwirtschaft ist von besonderer Wichtigkeit die Frage, in welcher Weise der wirtschaftlich schwachen Schicht des Dorfes, die faktische Möglichkeit, sich am Genossenschaftswesen zu beteiligen, zu sichern ist.

Eine Reihe von Erfolgen auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens wird eine weitere Entwicklung der Tätigkeit der Komitees für gegenseitige Hilfe und durch einen entsprechenden Anschluß dieser Tätigkeit an die Tätigkeit des Genossenschaftswesens möglich gemacht. Ihre gegenwärtige Tätigkeit auf dem Gebiete der Selbsthilfe der Bevölkerung, die in erster Reihe den wirtschaftlich schwachen Bauern interessiert, und den wirtschaftlich schwachen Bauern mit dem mittlern durch gemeinsame Interessen verknüpft, schafft die Grundlage für eine weitere Entwicklung der Komitees für gegenseitige Hilfe. Trotz der äußerst großen Mängel in der Tätigkeit der Komitees für gegenseitige Hilfe, trotzdem eine Reihe von Bauernkomitees nur auf dem

Papier bestehen, was infolge der ungenügenden Beachtung ihrer Tätigkeit von seiten der Partei unvermeidlich war, erfährt ihre Arbeit gegenwärtig in einer Reihe von Orten eine tatsächlich bedeutende Ausbreitung. Ohne ihre gegenwärtigen Funktionen in bezug auf individuelle Hilfe und gesellschaftliche gegenseitige Hilfe der Bevölkerung (Hilfe für die Angehörigen von Rotarmisten, für Invaliden, Opfer von Feuersbrünsten, Kriegsopfern und -waisen, gesellschaftliche Bodenbearbeitung, Depot für Getreidevorräte, Unterstützung der Schulen, Lesestuben, Kinderkrippen, Invalidengenossenschaften usw.) beiseitezustellen, sondern im Gegenteil diese noch weiter entwickelnd, müssen gleichzeitig in bezug auf diese Tätigkeit folgende, sich aus den örtlichen Erfahrungen ergebenden Aufgaben betrieben werden:

a) Zusammenfassung der wirtschaftlich Schwachen im Genossenschaftswesen, um dieses in den Dienst der wirtschaftlich Schwachen zu stellen und ihre Wirtschaft zu heben; Hinzuziehung der wirtschaftlich schwachen Schichten des Dorfes zum Genossenschaftswesen und Erleichterung des Beitrittes für diese Schichten (Anwerbung von Teilhaberscheinen aus öffentlichen Mitteln usw.); Unterstützung der wirtschaftlich Schwachen zur Ausnützung der durch das Genossenschaftswesen für die Hebung ihrer Wirtschaft gebotenen Möglichkeiten, zu welchem Zwecke die Wirtschaften zu bezeichnen sind, denen der Kredit die Möglichkeit zur Wiederherstellung und Entwicklung der Wirtschaft geben kann; die Förderung der Gewährung der möglichst größten Vergünstigungen bei Inanspruchnahme der Dienste des Genossenschaftswesens; Steigerung des Einflusses der wirtschaftlich schwachen Elemente in den Organen des Genossenschaftswesens durch Besetzung der führenden Stellen des Genossenschaftswesens mit den praktischsten und ehrlichsten Vertretern der wirtschaftlich schwachen Elemente wie auch eine Propaganda unter den wirtschaftlich schwachen Elementen über Rolle und Bedeutung des Genossenschaftswesens für diese Elemente.

b) Verteidigung und Kontrolle der Durchführung der durch das Gesetz dem wirtschaftlich schwachen Bauern gewährten Vergünstigungen (steuerliche Vergünstigungen, Vergünstigungen bei Gewährung bei Bauholz, bei Übergang zu Kulturmethoden der Wirtschaftsführung, Bodenregelung usw.).

c) Hinzuziehung der wirtschaftlich schwachen Elemente und die Anregung zur Organisation der einfachsten Vereinigungen für die zugänglichsten Methoden gesellschaftlicher Arbeit (gemeinsame Anschaffung und Verwendung von Inventar, Maschinen, Molkerei- und Fischfangkartells, Sicherung der Kreditgewährung, vorwiegend in der Gestalt von Maschinen, Inventar, Rindvieh usw., kollektive Bearbeitung einer Gruppe schwacher Wirtschaften usw.).

d) Besetzung der Stellen in den dörflichen Sowjetorganen mit Angehörigen der wirtschaftlich schwachen Bauernschaft. Auf Grundlage dieser Arbeit, die somit aus ihrer gegenwärtigen Wohlfahrtstätigkeit erwächst, können und müssen die Komitees für gegenseitige Hilfe, indem sie die wirtschaftlich schwachen Bauern als Grundkern zusammenfassen und gleichzeitig auch die mittlere Bauernschaft erfassen, zu einer Organisation werden, die die Kooperierung der gewaltigen Mehrheit des Dorfes und die Verbreitung der Kollektive fördern wird.

e) Von besonderer Wichtigkeit ist, da der landwirtschaftliche Knecht in der Mehrheit der Fälle ein Halbbauer ist, ein Anschluß der Tätigkeit des Allrussischen Zentralverbandes der Land- und Forstarbeiter an die Organisationen für gegenseitige Hilfe, die Hilfe dieser Organisationen zur Erleichterung und Entwicklung des Bündnisses zwischen dem landwirtschaftlichen Knecht und dem wirtschaftlichen Bauern mit dem mittleren Bauern gegen die wachsende großbäuerliche Oberschicht.

VI.

Die Losung dieser Aufgabe erheischt maximale Biegsamkeit und Vorsicht. Die Komitees für gegenseitige Hilfe müssen unter den gegenwärtigen Bedingungen zu einer Organisation werden, die den wirtschaftlich schwachen Elementen des Dorfes helfen wird, sich wirtschaftlich zu heben. Die Verwirklichung der ins Auge gefaßten Maßnahmen erfordert eine entsprechende Tätigkeit der Parteiorgane, um in der Partei die Rolle der Komitees und ihre Struktur klarzumachen, den Einfluß der Partei auf die Tätigkeit der Komitees zu steigern, eine Neuwahl der Präsidien zu organisieren und der Bauernschaft Ziele, Struktur und Arbeitsmethoden dieser Komitees klarzumachen. Der Organisation dieser Komitees muß das Prinzip der Wählbarkeit zugrunde gelegt werden. Eine ernste Beachtung ist der Notwendigkeit einer Kräftigung der Wohlfahrtsorgane zu widmen.

VII.

Der Parteitag stellt fest, daß eine Reihe von Gesetzen, die die Interessen der ärmsten Schichten des Dorfes schützen, infolge der Mängel des Sowjetapparates und der verhältnismäßigen Rückständigkeit der Dorfarmut in das Dorf nicht hinuntergelangen. In Anbetracht dessen macht es der Parteitag allen dörflichen Parteiorganisationen wie auch den Organisationen des Kommunistischen Jugendverbandes zur Pflicht, in ihrer Tätigkeit und in der Tätigkeit der Sowjetorgane, in erster Reihe im Wege der Komitees für gegenseitige Hilfe, die Durchführung der den ärmsten Schichten des Dorfes gesetzlich zugestandenen Vergünstigungen anzustreben, auf dem Gebiete der Steuervergünstigungen für die Dorfarmut, in bezug auf Vergünstigungen bei Bauholzausfolgung, Saatkornverteilung, Kredit, Verhinderung einer Besteuerung des faktisch verpachteten Bodens der armen Bauern usw.

VIII.

Die Erfahrungen der ukrainischen Komitees der Dorfarmut haben im Grundlegenden die Zweckmäßigkeit dieser Komitees unter den ukrainischen Verhältnissen bestätigt. Diese Komitees wurden gegenwärtig aus einer politischen Kampforganisation, die 1920 und 1921 die Macht der Dorfarmut im Dorfe verwirklichte, zu einer Produktionsorganisation. Die zutage tretende Förderung der Zusammenfassung der wirtschaftlich schwachen Bauern in Kollektiven durch die Komitees der Dorfarmut muß allseitig entwickelt werden. Die grundlegende Aufgabe der Partei ist, die Ansätze der genossenschaftlichen Artel-Wirtschaft, die in der Ukraine vorhanden sind, sorgsam zu entwickeln und die wirtschaftlich schwachen und die mittleren Bauern zu dieser Arbeit heranzuziehen. Eine erfolgreiche Entfaltung dieser Tätigkeit ist durch eine Verwirklichung des Bundes zwischen den wirtschaftlich schwachen und den mittleren Bauern möglich, auf die sowohl die politische wie die wirtschaftliche Tätigkeit der Komitees der Dorfarmut eingestellt sein soll. Der Schwerpunkt der Unterstützung, die der Staat der wirtschaftlich schwachen Bauernschaft gewährt, ist auf die Gewährung von Kredit für alle Abarten wirtschaftlicher Vereinigungen (Kooperative und Kollektive) zu verlegen, und in erster Reihe sind die einfachsten Arten der wirtschaftlichen Vereinigungen der Bauern zu unterstützen. Die selbständige wirtschaftliche Vereinigung der armen Bauern, wenn auch nur in den einfachsten Formen, muß die Grundlage der wirtschaftlichen Tätigkeit der Komitees der Dorfarmut bilden.

IX.

Der Parteitag stellt die Notwendigkeit einer allseitigen Entwicklung der Bodenregelungsarbeiten fest. Bei der gegenwärtig noch vorhandenen Zerstreutheit, der weiten Entfernung des bäuerlichen Bodenbesitzes und des Bestehens von schmalen Streifen ist eine wirkliche Hebung der Bauernwirtschaft und eine weitere Hebung ihrer Produktionskräfte unmöglich. Die Hilfe, die der ärmsten Bauernschaft erwiesen wird, muß gesteigert werden, um ihr die Möglichkeit zu geben, die Bodenregulierung zur Hebung ihrer Wirtschaft auszunützen. Zur Erreichung wirklicher Erfolge binnen möglichst kurzer Frist ist es notwendig, das Personal des bestehenden Bodenregulierungsapparates zu verstärken und aufzufrischen, seine Qualifikation zu heben, das System seiner Entlohnung allmählich zu ändern, sie in das kulturelle und öffentliche Leben des Dorfes hineinzuziehen und gleichzeitig einen Kader von Angestellten des Bodenregelungsapparates aus Kommunisten und Jungkommunisten zu schaffen, die in diese Arbeit eine Reihe notwendiger Methoden der kulturellen und gesellschaftlichen Tätigkeit hineintragen können.

X.

Die Tätigkeit des Allrussischen Verbandes der Land- und Forstarbeiter hat eine Reihe von Erfolgen erzielt, namentlich in der Ukraine, im Südosten, im Wolgagebiet, in Kirgisien und in einer Reihe anderer Rayone.

Es ist laut der Resolution des XII. Parteitages eine weitere Entwicklung, Stärkung und Förderung der Tätigkeit des Verbandes der Land- und Forstarbeiter notwendig.

Hierbei ist aber auf Grund der schon vollzogenen Vorbereitungsarbeit zu berücksichtigen, daß die Zusammenhanglosigkeit der landwirtschaftlichen Knechte im Dorfe, ihre Lostrennung von den Kulturzentren und den Verkehrswegen die Schwierigkeit, richtig an den landwirtschaftlichen Knecht heranzutreten, eine Reihe zutage getretener schädlicher Tendenzen in der Methoden der Verteidigung der Interessen der landwirtschaftlichen Knechte, zu ihrer Überwindung einen bedeutenden Kader bezahlter Angestellter von entsprechendem Geschick und ent-

gründliche Vorbereitungsarbeit zur statistischen und allmählichen organisatorischen Erfassung der landwirtschaftlichen Knechte und Mägde durch den Verband im Wege von Arbeitsverträgen, Schaffung von Gewerkschaftszellen der landwirtschaftlichen Knechte in den Dörfern, Ausbreitung der landwirtschaftlichen Arbeitsinspektion, eine breitangelegte Aufklärungsarbeit und ihre Hinzuziehung zum gesellschaftlichen Leben, erfordern.

Im Zusammenhange hiermit wird die praktische Lösung der Frage über eheste Unterstützung des Allrussischen Verbandes der Land- und Forstarbeiter mit Kräften und Mitteln von seiten der Partei zwecks Steigerung seiner Tätigkeit sowohl unter den durch ihn zusammengeschlossenen landwirtschaftlichen und Forstarbeitern (Sowjetwirtschaften, Experimentalstellen, Gestüte und Forstwirtschaften) wie auch unter den landwirtschaftlichen Knechten und unter den für die Wiederherstellung der Bauernwirtschaft so wichtigen Dorfspezialisten (Agronome, Landmesser, Meliorationsangestellte und Förster) zu einer dringenden Notwendigkeit.

Der Parteitag beauftragt die kommunistische Fraktion des Allrussischen Zentralen Gewerkschaftsrates, dem Allrussischen Verband der Land- und Forstarbeiter und seinen Organen allseitige Förderung angedeihen zu lassen. Gleichzeitig müssen alle Verbände, deren Mitglieder mit dem Dorfe verknüpft sind, ihre Arbeit im Dorfe entwickeln. Zur Führung und Entwicklung dieser Tätigkeit beauftragt der Parteitag die Fraktion des Allrussischen Zentralen Gewerkschaftsrates, beim Allrussischen Zentralen Gewerkschaftsrat eine breite Kommission zu organisieren und an ihre Spitze einen der autoritätvolsten Genossen zu stellen.

XI.

Das zutage getretene Wachstum der gesellschaftlichen Aktivität der Dorfintelligenz (Rayon-Agronomen, Landmesser, Förster, Lehrer) erfordert ein gründliches Studium und eine Einwirkung der Partei zwecks politischer Erziehung dieser Elemente und ihrer Heranziehung zur Sowjetarbeit. In bezug auf die Arbeit unter den Agronomen ist es notwendig, die Hinzuziehung des Agronomen zur Bauernwirtschaft und namentlich zu den Kulturmethoden oder gesellschaftliche Formen der Wirtschaftsführung übernehmenden Bauernwirtschaften anzustreben. Es muß ein organisatorischer Zusammenschluß der Agronomen um die Sektion des Allrussischen Zentralverbandes der Land- und Forstarbeiter, die Organisation von Wiederholungskursen für sie, eine Prüfung, Auswahl und Verstärkung der Agronomen, die tatsächlich im Dorfe arbeiten und eine Besserung ihrer materiellen Lage angestrebt werden. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß die Parteiorganisationen und die Organisation des KJV. im Dorfe den Rayonagrononen mit einer kameradschaftlichen Atmosphäre umgeben, ihn in der Durchführung agrikultureller Maßnahmen unter der Bauernschaft unterstützen und fördern und ihn namentlich zur Bedienung der Dorfschule hinzuziehen sollen. Alle diese Maßnahmen muß die Partei allmählich auch in bezug auf die übrigen ländlichen Fachleute (Landmesser, Obstzüchter, Melioratoren) entfalten. Die unbezweifelbare Verschiebung der Lehrerschaft in der Richtung zur Sowjetmacht und der Partei ermöglicht eine größere Hinzuziehung des Lehrers zum öffentlichen Sowjetleben. Es ist notwendig, den Arbeitslohn des Dorflehrers zu erhöhen, die auf seine Neuausbildung abgezielte Arbeit zu steigern, den Dorflehrer zu allen Abarten der Kulturarbeit der Partei im Dorfe, namentlich zur Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit Zeitungen und Büchern, hinzuzuziehen und dem Kommunistischen Jugendverband die Annäherung an den Lehrer auf dem Boden der Kulturtätigkeit des Verbandes zur Aufgabe zu machen.

XII.

Die erfolgreiche Lösung der grundlegenden Aufgabe der Partei in bezug auf Besserung ihrer Zusammensetzung, die Aufnahme von 200.000 Arbeitern vom Schraubstock, die die Anstrengung aller Parteikräfte erheischte, veranlaßte die zeitweilige Einstellung der Aufnahme jeglicher anderer Elemente in die Partei. Gegenwärtig geben die bisher schon erreichten Resultate die Möglichkeit, diese zeitweilige Einstellung aufzuheben und die Aufnahme von Bauern in die Partei auf Grundlage der Beschlüsse des XII. Parteitages von neuem einzuleiten. In die Partei sollen landwirtschaftliche Knechte, wirtschaftlich schwache Elemente der Bauernschaft und die besten unter den Mittelbauern, die die Schule der Roten Armee passiert haben und die Partei und die Sowjetmacht mit Taten aktiv unterstützen, aufgenommen werden. Namentlich sollen solche fortgeschrittene Elemente des Dorfes aufgenommen werden, die ohne Anwendung von Lohnarbeit und ohne Ausbeutung eines andern Bauern zu Kulturmethoden der Wirtschaftsführung und zu kollektiven Formen übergehen und dadurch dem ganzen Dorfe ein Beispiel geben. Es ist eine unaufschiebbare Aufgabe der Partei, die werktätigen Bauern und die landwirtschaftlichen Knechte der Ostvölker zur Partei hinzuzuziehen.

XIII.

Eine ganz hervorragende politische und wirtschaftliche Bedeutung gewinnt im Dorfe die Organisation des Kommunistischen Jugendverbandes. Die in den letzten Monaten zutage getretene Tendenz, die Aufnahme von Bauern in den Kommunistischen Jugendverband einzustellen, muß zweifelsohne überwunden werden. Der KJV. muß die am weitesten forgeschrittenen Schichten der Bauernjugend (beiderlei Geschlechtes), der Landwirtschaftsknechte, der wirtschaftlich schwachen Elemente (in erster Reihe) und des besten Teiles der Mittelbauern sich einverleiben. Die Arbeit der Organisationen des KJV. im Dorfe muß sich einer Arbeit administrativen Charakters oder dem Typus einer Kulturarbeit in der Richtung zu einer aktiven Beteiligung am gesamten öffentlichen Leben des Dorfes, in erster Reihe seinem Kulturleben (Beteiligung an der Liquidierung des Analphabentums, Auskunftsstellen, Lesestuben, Bauernschulen), und an der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Tätigkeit, die für die Bauern am meisten verständliche und nützliche Resultate erzeugen kann (Ausbesserung von Brücken, Feuerwehr, die elementarsten und einfachsten Formen der gesellschaftlichen Arbeit, Anwendung und Propaganda der zugänglichsten Methoden zur Hebung des Kulturniveaus der Wirtschaftsführung) usw. entwickeln. Die Bedienung der ländlichen KJV.-Zellen durch die städtischen Organisationen des KJV. muß gesteigert werden.

XIV.

Von nicht geringerer Bedeutung ist die Aufgabe, die Bäuerin zum öffentlichen Leben des Dorfes hinzuzuziehen. Zu diesem Zwecke sollen die Delegiertenversammlungen der Bäuerinnen systematisch gefestigt und in ihrer Entwicklung gefördert werden. Es ist unsere Aufgabe, die Besetzung der gewählten Sowjet-, Genossenschafts- und sonstigen Posten durch Bäuerinnen zu fördern und diese in die Arbeit dieser Organe hineinzuziehen.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Förderung der Organisationen und Aufklärung der Bäuerinnen im Wege von Delegiertenversammlungen durch jene Formen der gesellschaftlichen Arbeit, die auch die rückständigsten Schichten am meisten begreiflich und zugänglich sind (Kampf gegen den selbstverfertigten Branntwein (Samogonka), Kinderkrippen, ärztliche Hilfe). In Anbetracht der äußerst geringen Zahl von Bauernmädchen im Kommunistischen Jugendverband ist es unumgänglich notwendig, daß die KJV.-Organisationen ihre Arbeit zur Hinzuziehung der Bauernmädchen zum Verband weiter entfalten. Die Reorganisation und Besserung des untern Sowjetapparates muß auf eine Änderung der Haltung dieser Organe gegenüber den Rechten und Interesen der Massen der Bäuerinnen abgezielt sein. Das vorhandene Ignorieren der Interessen der Bäuerin als Mutter und Wirtin, die rein formale Haltung der Gerichtsorgane gegenüber der Bäuerin, das Verletzen der elementaren Rechte der Bäuerin als vollberechtigter Bürgerin muß mit voller Strenge der Sowjetgesetzgebung aus der Welt geschafft werden.

XV.

Das neue, Leninsche Aufgebot der Partei, das bedeutende Gruppen von Arbeitern, die mit dem Dorfe verknüpft sind, enthält, soll voll und in jeder Beziehung zur Steigerung der Patronatstätigkeit ausgenützt werden. Neben den früheren Formen der Patronatstätigkeit (nach einzelnen Zellen) sollen auch neue Formen, wie sie in Leningrad, in Moskau zutage getreten sind (Landsmannschaften), wie auch breite Arbeitervereine für den kulturellen Zusammenschluß zwischen Stadt und Land (Leningrad) entwickelt und erprobt werden. Die Parteikomitees müssen ihre Führung über die Patronatstätigkeit verstärken, um in sie „das Bewußtsein der Planmäßigkeit und des Systems" hineinzutragen und dem Patronat den Charakter einer kulturellen und politischen Hilfe des Arbeiters für die Bauernschaft zu verleihen. Namentlich ist es notwendig, regelmäßige Beratungen aller Arbeiter, die im Zusammenhange mit der Patronatstätigkeit im Dorfe waren, mit den Funktionären der staatlichen, genossenschaftlichen, gewerkschaftlichen und Parteiorgane, die eine Tätigkeit im Dorfe entfalten, zu veranstalten.

Die Organisation des Dorfes kann in vielen Fällen in den Dörfern durch die Arbeiter, die mit dem Dorfe verknüpft sind, in Angriff genommen werden.

XVI.

Die Entwicklung des Ausbaues des Milizsystems öffnet neue Wege für die Tätigkeit der Partei im Dorfe und für die Stärkung die ausschließlich die wirtschaftlich schwachen und mittleren die ausschließlich die wirtschaftlich schwachen und mittleren Schichten des Dorfes umfassen, können und müssen zu einem der Ausgangspunkte zur Zusammenschließung und Aufklärung dieser Schichten wie auch zur Förderung des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues im Dorfe werden. In den Gebieten, wo es territoriale Truppenkörper gibt, müssen ihre Kaders als eine neue Form der Verbindung des Sowjetstaates und der Partei mit der Bauernschaft ausgenützt werden. Hierzu ist neben Verstärkung der territorialen Truppenkörper mit Parteikräften das organisatorische Band zwischen den territorialen Kaders und den örtlichen Behörden und Parteiorganisationen zu sichern.

XVII.

Eine besonders aufmerksame Haltung ist gegenüber den Sektierern erforderlich, von denen viele die grausamsten Verfolgungen von seiten des Zarismus erleiden mußten und unter denen gegenwärtig eine bedeutende Aktivität zutage tritt. Durch ein geschicktes Anfassen der Aufgabe muß erreicht werden, daß die unter den Sektierern befindlichen bedeutenden wirtschaftlich-kulturellen Elemente in die Bahnen der Sowjettätigkeit gelenkt werden. In Anbetracht der großen Anzahl der Sektierer ist diese Arbeit von großer Bedeutung. Diese Aufgabe muß in Anpassung an die örtlichen Verhältnisse gelöst werden.

XVIII.

Jegliche Versuche, den Kampf gegen die religiösen Vorurteile mit administrativen Maßnahmen, wie Schließung von Kirchen, Moscheen, Synagogen, Bethäusern usw., zu führen, müssen entschieden liquidiert werden. Die antireligiöse Propaganda auf dem Lande soll ausschließlich den Charakter einer materialistischen Erklärung jener Erscheinungen der Natur und des gesellschaftlichen Lebens, mit denen der Bauer in Berührung kommt, tragen. Die Erklärung der Entstehung von Hagel, Regen, Gewitter, Dürre, des Erscheinens von Feldschädigern (Heuschrecken usw.), der Eigenschaften des Bodens, der Wirkung der Düngemittel usw. ist die beste Form der antireligiösen Propaganda. Zum Zentrum einer solchen Propaganda sollen die Schulen und Lesestuben unter Führung der Parteiorganisationen gemacht werden.

Mit besonderer Aufmerksamkeit ist darauf zu achten, daß das religiöse Gefühl des Gläubigen, das nur durch eine sehr langwierige, für Jahre und Jahrzehnte berechnete Aufklärungsarbeit besiegt werden kann, nicht verletzt werden soll. Eine solche vorsichtige Haltung tut besonders in den östlichen Republiken und Gebieten not.

XIX.

Indem der XIII. Parteitag feststellt, daß die Durchführung der Beschlüsse des XII. Parteitages in bezug auf die Arbeit im Dorfe nicht in genügendem Umfange stattgefunden hat und indem er die Resolution des XII. Parteitages bestätigt, hält er die Durchführung der Maßnahmen auf dem Gebiete der Besserung des Sowjetapparates auf dem Lande für besonders unaufschiebbar. „Es ist beharrlich eine ehrliche und pünktliche Tätigkeit der untern Sowjetorgane anzustreben. Die unpünktliche, nicht rechtzeitige Zusendung von Verfügungen über die Erhebung von Steuern, ein schleppendes Tempo bei Vornahme von Bodenregelungsarbeiten oder der Lösung eines Bodenprozesses, Trunksucht der gegen den selbstverfertigten Branntwein (Samogonka) ‚kämpfenden' Organe, Roheit, Bestechlichkeit und Willkür im Sowjetapparat sind Mittel in den Händen unserer Klassenfeinde. Die Entdeckung von Elementen, die Sitten des zaristischen und Leibeigenenregimes in unsern Sowjetapparat hineinbringen und die Festigung des Bundes zwischen Arbeiterschaft und Bauernschaft hindern, ihre Vertreibung aus dem Sowjetapparat und ein öffentliches Gericht über sie bilden neben einer unermüdlichen Unterstützung der besten Elemente der Sowjetmacht im untern Apparat die wichtigsten Aufgaben der Partei und der Sowjetmacht." (XII. Parteitag der RKP., stenographischer Bericht, Punkt B, Abschnitt II, Resolution über die Arbeit im Dorfe.)

Von nicht geringerer Wichtigkeit ist es, daß die Tätigkeit der Dorfsowjets und der Kreisvollzugsausschüsse auf Grundlage des gegenwärtig eingeführten Kreisbudgets entfaltet und verbessert werden sollen. Der Einfluß der Partei in diesen Organen soll gesteigert werden. Durch die Einführung des Kreisbudgets werden neue Möglichkeiten gegeben für eine Entfaltung der wirtschaftlichen und kulturellen Tätigkeit der Kreis- und Dorfsowjetorgane und für Hinzuziehung der gesamten Masse der Mitglieder und wirtschaftlich schwachen Bauernschaft und der Knechte zu ihrer Arbeit.

Die Partei muß alle diese Möglichkeiten voll ausnützen.

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, die materielle Lage des untern Sowjet- und Parteiapparates auf dem Lande zwecks seiner Besserung und seiner Befreiung vom Einflusse des Großbauern zu bessern.

XX.

Unter Feststellung der Tatsache, daß die Hilfe und Führung, die den Dorfzellen bisher vonseiten der Parteiorgane zuteil wurde, ungenügend war, hält es der Parteitag für notwendig, daß die kulturelle und politische Tätigkeit der Gouvernements- und Bezirkskomitees (namentlich in den bäuerlichen Gouvernements) in größerem Maße auf die Schaffung einer wirklichen Führung der Parteiarbeit auf dem Lande konzentriert sein soll. Die noch oft vorhandene Lage, daß eine Führung der Parteiarbeit auf dem Lande sich nur von Kampagne zu Kampagne bemerkbar macht ohne Berücksichtigung der Tatsache, was in diesem oder jenem Moment für den betreffenden Rayon, Gouvernement oder Bezirk von grundlegender Wichtigkeit ist, muß von nun an vermieden werden. Die Führung der Tätigkeit der Dorfzellen muß in einer Weise organisiert werden, daß ihre Umwandlung in einen wirklichen Vortrupp der führenden, wirtschaftlich schwachen und mittlern Schichten des Dorfes sowohl auf dem Gebiete des kulturellen und politischen wie auch auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Aufbaues des Dorfes gefördert wird.

Das letztere erfordert, daß in der Tätigkeit der Zellen jene wirtschaftlichen und kulturellen Fragen an erster Stelle gebracht werden, damit die der Partei und der Sowjetmacht am nächsten stehenden ärmsten und mittleren Schichten des Dorfes am leichtesten um die Partei organisiert werden können (Fragen der Bodenregelung, der agronomischen Hilfe für die Bevölkerung, Schulen, Liquidierung des Analphabetentums, Verbreitung und Lesen von Zeitungen usw.). Nur die Entfaltung einer solchen Tätigkeit, die den Eigenheiten jedes Kreises und Dorfes Rechnung trägt, wird die Festigung der Zellen, die Verstärkung ihrer Reihen mit den der Sowjetmacht und der Partei ergebensten Bauern und die Umwandlung der Parteiorganisation des Dorfes in einen Organisator des öffentlichen Sowjetlebens im Dorfe ermöglichen. Die Entsendung von Kommunisten in die Dörfer soll systematisch unter gleichzeitiger Anwendung des Systems der freiwilligen Meldung und der Auswahl stattfinden, in der Weise, daß zur Arbeit im Dorfe Kommunisten bestimmt werden, die sich schon als geschickte Organisatoren und Funktionäre bewährt haben. Die zur Arbeit auf dem Lande versetzten Kommunisten müssen eine Vorbereitungsschule passieren und mit einer konkreten, praktischen Arbeit im Dorfe beauftragt werden, die von der größten wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bedeutung für den betreffenden Rayon ist. Die zur Arbeit in das Dorf Versetzten müssen in wenigstens minimal zufriedenstellende materielle Verhältnisse gestellt werden.

XXI.

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee und die örtlichen Parteiorgane, die Arbeit zum Studium des Dorfes namentlich in den Grenzgebieten und in den östlichen Republiken weiter zu entwickeln.

Resolution des XIII. Parteitages der RKP. über das Genossenschaftswesen.

(Angenommen auf Grund des Referats der Genossen Kamenew, Krischanowski und Andrejew.)

** Nunmehr, nachdem es der Sowjetmacht und unserer Partei gelungen ist, die ersten Erfolge im wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes durch Steigerung und Ausbreitung der Produktion der staatlichen Industrie, durch Steigerung der Leistungsfähigkeit des Transportwesens einerseits und durch Hebung der Landwirtschaft andererseits zu erreichen, liegt unsere wichtigste und nächste wirtschaftliche Aufgabe darin, uns des Marktes zu bemächtigen, ihn zu organisieren, das heißt im Grundlegenden das Genossenschaftswesen zu entwickeln und zu festigen. Die Wichtigkeit der Aufgabe des genossenschaftlichen Aufbaues muß auch aus dem Grunde begriffen und anerkannt werden, weil unsere weitere Entwicklung zur sozialistischen Wirtschaft durch zwei parallele Elemente: erstens durch die Erfolge der Entwicklung der staatlichen Großindustrie und zweitens durch die Erfolge in bezug auf Kooperierung der Bevölkerung bestimmt werden wird. Indem die Gesundung der Industrie schon positive Ergebnisse gezeitigt hat, muß für die nächste Periode die Aufmerksamkeit auf die Organisation des Handels und des Genossenschaftswesens konzentriert werden.

Die Rolle des Genossenschaftswesens im Zusammenschluß der Staatsindustrie und der Bauernschaft.

Durch Einführung der Neuen Wirtschaftspolitik wurde das Privatkapital zur Beteiligung am Markte und an der Produktion zugelassen, das Privatkapital warf sich aber, wie auch vorauszusehen war, nicht auf die Produktion (indem gegenwärtig nem Zehntel der Gesamtproduktion sich in den Händen des Staates befinden), sondern auf den Handel, und infolge der geringen Verbreitung der Organe des Genossenschaftswesens und des staatlichen Handels ist es dem privaten Händler zum bedeutenden Teil gelungen, sich des Marktes, namentlich auf dem Lande, zu bemächtigen. Somit wird die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft und der unmittelbaren Zusammenschlüsse zwischen staatlicher Industrie und Bauernwirtschaft durch den noch nicht entwickeln, aber zum größten Teil durch den Privathandel eroberten Markt gefährdet. Es ergibt sich eine widerspruchsvolle Lage, in der die Industrie sich in den Händen des Staates befindet, als Vermittler zwischen ihr und dem Bauer aber der Privathandel auftritt. Aus diesem Grunde besteht die Aufgabe der Entwicklung des Genossenschaftswesens in erster Reihe darin, das Privatkapital aus dem Handel zu verdrängen und dadurch ein unmittelbares Band zwischen der Bauernwirtschaft und der sozialistischen Industrie zu schaffen.

2. Produktion und Organisation des Absatzes.

Die im letzten Jahr zutage getretenen sogenannten Absatzkrisen für die Produkte unserer staatlichen Industrie waren nicht so sehr durch die geringe Kaufkraft des Dorfes hervorgerufen (denn die Bedürfnisse des Dorfes sind kolossal und seine Kaufkraft ist im Steigen begriffen), als vielmehr durch unsere Unfähigkeit, Handel zu treiben, die Waren zu verbilligen, den Konsumenten zu dienen, wie auch durch die Schwäche des genossenschaftlichen und staatlichen Handelsapparats. Bei einer Lage, wo das Wachstum der Wiederherstellung unserer Landwirtschaft die Tätigkeit unserer staatlichen Industrie überholt hat und auch weiter überholt, kann es keine wirkliche Überproduktion und Absatzkrisen geben. Ein so abnormes Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz kann sich aber auch in der Zukunft wiederholen, wenn es uns nicht gelingen wird, schnelle Erfolge in bezug auf Eroberung und Organisation des Marktes, hauptsächlich auf dem Wege des Genossenschaftswesens, zu erreichen. Die weitere Entwicklung der Produktion der staatlichen Industrie wird zum bedeutenden Teil durch die Fähigkeit hervorgerufen werden, auf dem Wege einer Entwicklung des Genossenschaftswesens einen Konsumenten in der Gestalt der gewaltigen Bauernwirtschaft und einer ständigen Verbindung mit dieser zu finden.

3. Das Genossenschaftswesen unter der proletarischen Diktatur.

Das Genossenschaftswesen wie auch die Gewerkschaften mußten sich in der schwierigen Periode des Bürgerkrieges und des aus diesem folgenden Getreiderequirierungssystems den neuen Aufgaben der Arbeiterklasse und der Bauernschaft anpassen und ihre früheren Traditionen und Arbeitsmethoden aufgeben. Das Genossenschaftswesen verteilte zu jener Zeit im Wege seines Apparats die Nahrungsmittel im Auftrage des Staates und erwies diesbezüglich der Festigung des Arbeiterstaates einen kolossalen Dienst. Der Übergang zur Neuen Wirtschaftspolitik verzehnfacht die Bedeutung des Genossenschaftswesens. Nie und nirgends besaß noch das Genossenschaftswesen eine so kolossale und entscheidende Bedeutung für den Aufbau des Sozialismus als nach dem Sieg des Proletariats über seinen Klassenfeind und namentlich in einem Lande wie dem unseren, mit einer ungeheuren bäuerlichen Kleinwirtschaft, die auf keinem anderen Wege zum Sozialismus gebracht werden kann als durch kollektive Organisationsformen, das heißt auf dem Wege des Produktions- und Konumgenossenschaftswesens. Die kooperierte Bauernwirtschaft wird unvermeidlich ihren individuellen Charakter verlieren und zu einer kollektiven Wirtschaft werden. Andererseits besitzt das Genossenschaftswesen nirgendwo in einem kapitalistischen Lande so günstige Entwicklungsbedingungen wie in den Sowjetrepubliken.

In allen kapitalistischen Ländern wird das Genossenschaftswesen durch das Monopol des Kapitals in Handel und Industrie unvermeidlich gewürgt, so daß das Genossenschaftswesen dort im Ergebnisse der jahrzehntelangen Entwicklung noch außerordentlich schwach und gleichzeitig eines der Mittel der bürgerlichen Herrschaft ist, während unter der proletarischen Diktatur die gesamte Macht der Autorität und der Mittel des Staates, der Partei und der Gewerkschaften bestimmte Vergünstigungen und eine unbegrenzte Entwicklungsfreiheit für das Genossenschaftswesen und gegen das Privatkapital bewirken. Aus diesem Grunde muß unser Genossenschaftswesen, als eines der grundlegenden Mittel in den Händen des Proletariats zum sozialistischen Aufbau, in seiner Entwicklung hundertmal schneller vorwärtsschreiten als in jedem anderen Lande.

4. Der Übergang zur festen Währung und der Markt.

Wir müssen auch zu dem Zwecke schnelle Erfolge in der Organisation des genossenschaftlichen und staatlichen Handels erreichen, um eine genügend feste Grundlage für den Übergang des Sowjetstaates zur festen Währung zu schaffen, denn die Geldreform würde durch eine Unorganisiertheit des Marktes und durch eine Herrschaft des Privathandels, der nicht ständig und wirksam von seiten des Staates geregelt werden kann, unbedingt erschüttert werden.

5. Das Wachstum des Genossenschaftswesens und seine grundlegenden Mängel.

Das Wachstum des Genossenschaftswesens im letzten Jahre ist ganz offensichtlich, was von gewissen Erfolgen zeugt, die das Genossenschaftswesen, sowohl die Konsum- wie die landwirtschaftlichen Genossenschaften, in seiner Entwicklung und wirtschaftlichen Stärkung erreicht hat. Diese Feststellung gewisser Erfolge des Genossenschaftswesens macht es aber im Zusammenhange mit seiner gesamten wirtschaftlichen Bedeutung zur Notwendigkeit, mit noch größerer Aufmerksamkeit jene Mängel des Genossenschaftswesens klarzumachen, auf deren Beseitigung die Aufmerksamkeit der gesamten Partei, der Gewerkschaften und der Genossenschafter konzentriert werden soll. Zu den Hauptmängeln des Genossenschaftswesens gehören:

1. Die nicht genügend schnelle Anpassungsfähigkeit des Genossenschaftswesens an neue Arbeitsbedingungen, die geringe Verbindung mit dem örtlichen Markt, die zu übermäßig straffe Zentralisierung des Genossenschaftswesens und daher die geringe Beteiligung und die ungenügende Selbsttätigkeit des Konsumenten in der Arbeit des Genossenschaftswesens; 2. die Unentschlossenheit im Übergange zum System der Freiwilligkeit; 3. das Streben der mittleren und höheren Genossenschaftsorgane nach Steigerung der Handelsumsätze und die schwache organisatorische Führung und Förderung der Entwicklung der unteren genossenschaftlichen Organe von seiten der höheren; 4. gewisse Mängel der Handelspraxis, die übermäßig hohen Preise der Produkte, ungeeignete Warenaus-

wahl, Zersplitterung der Kräfte, um die gesamte Bevölkerung bedienen zu können, zuweilen unter Außerachtlassung der Aufgabe, wie der organisierte Konsument zu gewinnen ist, und schließlich 5. die noch bestehende bürokratische, die Spuren der früheren Verteilerrolle an sich tragende Haltung gegenüber den Konsumenten, das geringe Interesse an dem letzteren und die geringe Unternehmungslust von seiten des Genossenschaftslebens in bezug auf Gewinnung des Konsumenten und auf den Kampf gegen den Privathändler.

Das sind die grundlegenden Mängel und Schwächen unseres Genossenschaftslebens, auf deren Beseitigung in der nächsten Periode unsere gesamte Aufmerksamkeit konzentriert werden muß.

6. Das Genossenschaftswesen im Dorfe.

Eine besondere ernste Aufmerksamkeit ist — in Anbetracht jener außerordentlichen Rolle, die das Genossenschaftswesen für die Hebung der Bauernwirtschaft spielen soll — der Entwicklung des Genossenschaftswesens im Dorfe zu widmen. Die Schwäche des Genossenschaftswesens im Dorfe ist das schwächste Kettenglied im Zusammenschluß zwischen der proletarischen Industrie und der Bauernschaft. Die Festigung und das Wachstum des Genossenschaftswesens im Dorfe ist vor allem ein Kampf um die Befreiung des armen und mittleren Bauern von der Herrschaft der Großbauern, Spekulanten und Wucherer, die im Dorfe in den mannigfaltigsten Formen zutage tritt. Zweitens ist die breitangelegte Hinzuziehung der Bauernmassen zur genossenschaftlichen Selbsttätigkeit für den Bauern die einfachste und verständlichste Schule der kollektiven Wirtschaftsführung.

Die Aufgabe des Genossenschaftswesens im Dorfe besteht ganz und gar nicht bloß darin, der Bauernwirtschaft billige Ware zu geben, das heißt sie als Konsumenten zu organisieren. Das Genossenschaftswesen muß den Bauer auch als Produzenten organisieren, und von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, ist die Entwicklung des landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaftswesens von der größten Bedeutung. Die an manchen Orten zutage tretenden Bestrebungen nach einer Vereinigung des Konsum- und des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens sind unrichtig. Dieses Streben nach Verschmelzung beider Arten des Genossenschaftswesens stammt hauptsächlich daher, daß in der Praxis keine genügende Klarheit in bezug auf die Arbeitsteilung zwischen den beiden Arten des Genossenschaftswesens geschaffen wurde. Für beide Arten gibt es im Dorfe eine kolossale Arbeit. Zuerst muß der Bauer sowohl als Konsument wie als Produzent voll organisiert werden und erst nachher ist die Frage der Verschmelzung, unter gründlichem Studium der bisherigen Erfahrungen mit der Ergänzung des einen Typus durch den anderen, aufzurollen. Zwecks Regelung der weiteren genossenschaftlichen Tätigkeit im Dorfe muß eine gewisse Aufteilung der Funktionen zwischen dem landwirtschaftlichen und dem Konsumgenossenschaftswesen wie auch eine Übereinstimmung in bestimmten Fragen herbeigeführt werden.

Auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens ist eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen: der Entwicklung der schon in Gestaltung begriffenen Formen der Produktions- und Absatzverbände (Butterzentrale, Kartoffelverband, Leinzentrale usw.); der Organisation der in Artels stattfindenden und kollektiven Formen der Landwirtschaft, wobei zum Ansporn für die Teilnehmer dieser Wirtschaften Prämien und Vergünstigungen jeglicher Art gefunden werden sollen; ferner der Entwicklung der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften als der die größten Massen erfassenden Form des Genosenschaftswesens, die die breitesten Schichten der Bauernschaft erfassen und die mannigfaltigsten Produktionsbedürfnisse der bäuerlichen Wirtschaften befriedigen kann.

Die Förderung der Entwicklung des Genossenschaftswesens ist auch von ungeheurer kultureller Bedeutung für das Dorf sowohl im Sinne einer Selbsttätigkeit der Bauernschaft wie auch durch die allgemeine Hebung des Kulturniveaus der Bauernwirtschaft selbst, durch Belieferung des Dorfes mit landwirtschaftlichen Maschinen, durch agronomische Hilfe, Saatkorn, teilweise Elektrifizierung des Dorfes usw. Diese Bedeutung des Genossenschaftswesens für das Dorf macht es zur Notwendigkeit, die unteren genossenschaftlichen Organe in jeder möglichen Weise vor der Eroberung und dem Einfluß der großbäuerlichen und der Spekulantenelemente zu schützen, die versuchen und auch weiterhin versuchen werden, aus dem Genossenschaftswesen Nutzen für sich herauszuschlagen und dadurch das Genossenschaftswesen unter den breiten Bauernmassen diskreditieren.

Zum genossenschaftlichen Aufbau im Dorfe sind der KJV., die Komitees für gegenseitige Hilfe und die Organisationen des Zentralverbandes der Land- und Forstarbeiter hinzuzuziehen. Die Zentralstelle für politische Aufklärung und ihre örtlichen Organe müssen in ihrer Kultur- und Aufklärungstätigkeit im Dorfe der Propaganda der Ideen des Genossenschaftswesens besondere Beachtung widmen und hierzu die Lehrerschaft hinzuziehen. Insbesondere muß die Aufmerksamkeit der örtlichen Parteiorgane darauf gelenkt werden, daß alle Mitglieder der ländlichen Parteizellen dem Genossenschaftswesen angehören und aktiven Anteil an der Tätigkeit der genossenschaftlichen Organisationen nehmen sollen.

7. Das Arbeitergenossenschaftswesen.

Die schwache Seite des Arbeitergenossenschaftswesens liegt darin, daß der Arbeiterkonsument noch immer nicht genügend erfaßt ist und daß sein Arbeitslohn, dessen größeren Teil der Privatmarkt erhält, in ungenügendem Maße durch das Genossenschaftswesen realisiert wird. Die wichtigste Aufgabe des Arbeitergenossenschaftswesens ist daher, in der nächsten Zukunft unter voller Unterstützung von seiten der Gewerkschaften die freiwillige Kooperierung aller Arbeiter durchzusetzen und durch Erweiterung des Netzes der unteren Genossenschaften und durch Besserung der Handelsführung zu erreichen, daß der Arbeiter den größeren Teil seines Arbeitslohnes für billige und gute Gebrauchsgegenstände seinem Genossenschaftsverein gebe.

Unter Bedingungen, wo der Arbeitslohn noch nicht ein solches Ausmaß erreicht, um alle Bedürfnisse des Arbeiters befriedigen zu können, kann das Genossenschaftswesen die materielle Lage der Arbeiter durch die ihnen gewährten Vergünstigungen (Arbeiterkredit, Verbilligung der Waren, Rabatte usw.) bedeutend erleichtern und verbessern und damit gleichzeitig gegen die verschiedenen Formen der Knechtung und Spekulation, die von seiten des Privathandels gegenüber den Arbeitern betrieben werden, kämpfen. Die genossenschaftlichen Zentren müssen ihre Aufmerksamkeit in bezug auf ihre organisatorische und materielle Hilfe in erster Reihe den grundlegenden Arbeiterrayons (Donezbecken, Ural, Leningrad, Baku usw.) wie auch der Arbeiterkooperation des Transportwesens widmen, die die Arbeiter eines der wichtigsten Wirtschaftszweige bedient. Von besonders großer Bedeutung für die Stärkung des Arbeitergenossenschaftswesens ist die Beteiligung der Gewerkschaftsverbände, die ihm einerseits praktisch durch Entsendung von Funktionären in das Genossenschaftswesen und mit ihren Weisungen helfen sollen und andererseits, mehr als jede andere Organisation, mit den breiten parteilosen Massen verknüpft, am meisten in der Lage sind, durch ihre organisatorische und kulturelle Tätigkeit einen Einfluß auszuüben, um das stärkste Band zwischen der Arbeiterschaft und dem Genossenschaftswesen zu schaffen.

8. Maßnahmen zur Gesundung und Stärkung des Genossenschaftswesens.

Unter einer ganzen Reihe von Maßnahmen zur Besserung der Arbeit des Genossenschaftswesens sowohl im Dorfe wie in der Stadt soll das folgende durchgeführt werden:

a) Durchführung einer Dezentralisierung sowohl auf organisatorischem und dem Handelsgebiete wie auch in der Kredittätigkeit, mit maximaler Selbständigkeit der unteren Genossenschaftsvereine und ihren unteren Rayonsverbänden: denn nur auf diesem Wege kann die Selbständigkeit der kooperierten Arbeiter- und Bauernmassen gesichert werden. Die genossenschaftlichen Zentren müssen sich von der Aufgabe der unmittelbaren Beschaffung aller Waren und der Versorgung des gesamten genossenschaftlichen Netzes mit diesen befreien und sich die völlig unumgängliche Vermittlung zwischen dem unteren Genossenschaftsvereine und ihren unteren Rayonsverbänden; denn nur ziellen Organen wie auch eine wirkliche organisatorische Führung des unteren Genossenschaftswesens zur Aufgabe machen.

b) Der Übergang zum System der freiwilligen Mitgliedschaft ist unbedingt zu beschleunigen.

c) Durch eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Vereinfachung des Apparats und zur Verringerung der Betriebskosten muß es das Genossenschaftswesen erreichen, daß es im Kampfe gegen den Privathandel seine Waren dem organisierten Konsumenten unter dem durchschnittlichen Marktpreis verkauft und somit dem Konsumenten für seine Beteiligung am Genossenschaftswesen eine Prämie gibt.

d) Das Genossenschaftswesen muß auf die Aufgabe, die gesamte Bevölkerung zu versorgen, verzichten und seine gesamte Aufmerksamkeit darauf konzentrieren, die Bedürfnisse seiner Konsumenten voll zu befriedigen, zu welchem Zwecke die Tendenz zum Handel mit speziellen Waren, Luxusartikeln usw. liqui-

diert werden und die gesamte Aufmerksamkeit auf solche Waren und Gebrauchsartikel konzentriert werden muß, die für den Arbeiter und Bauern im Alltagsleben notwendig sind.

e) Die Unternehmungslust und das Interesse an der Hinzuziehung des Konsumenten und des Produzenten muß bei den Organen des Genosenschaftswesens gesteigert werden, und solche Mängel in der Haltung gegenüber den Konsumenten, wie behördliches Gehaben und Bürokratismus, die aus der Zeit, wo das Genossenschaftswesen ein Apparat zur Produktenverteilung war, zurückgeblieben sind, müssen entschieden beseitigt werden. Eine besondere Aufmerksamkeit ist der richtigen Auswahl der genossenschaftlichen Angestellten und ihrer Anspornung für Leistung guter Arbeit zu widmen.

f) Zur Besserung des Genossenschaftswesens ist der Wettkampf zwischen einzelnen Genossenschaftvereinen durch Gegenüberstellung von Beispielen guter und schlechter Arbeit einzelner Genossenschaftsvereine in jeder möglichen Weise auszunutzen.

g) Um breitere Massen der Arbeiter und Bauern zum Genossenschaftswesen hinzuzuziehen und bei ihnen Interesse für dieses hervorzurufen, muß eine vollständige Regelmäßigkeit der Berichterstattung der genossenschaftlichen Organe gegenüber der Mitgliedschaft in Form von Delegiertenversammlungen auf dem Wege der Presse usw. verwirklicht werden.

h) Eine besondere Aufmerksamkeit ist der Aufgabe zu widmen, breite Massen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen nicht nur als einfache Mitglieder für das Genossenschaftswesen zu gewinnen, sondern auch Stellen in den führenden und Kontrollorganen mit ihnen zu besetzen.

i) Auf dem Gebiete der Steigerung der organisatorischen Tätigkeit des Genossenschaftswesens ist der Regelung und Schaffung eines guten Instruktoren- und Inspektorenapparats in den führenden Organen des Genossenschaftslebens wie auch der Herausgabe und Verbreitung populärer genossenschaftlicher Literatur eine besondere Beachtung zu widmen.

9. Die Arbeit des Genossenschaftswesens in den nationalen Republiken und Gebieten.

In Anbetracht der ungeheuren wirtschaftlichen wie auch kulturellen Bedeutung des Genossenschaftswesens ist seiner Entwicklung in den nationalen Republiken und Gebieten der Sowjetunion eine besondere Beachtung zu widmen, und zwar durch organisatorische und materielle Hilfe von seiten des Staates, der staatlichen Organe wie auch der genossenschaftlichen Zentren und durch Hinzuziehung der örtlichen Bevölkerung zum genossenschaftlichen Aufbau.

10. Das Genossenschaftswesen und die staatlichen Organe.

Auf dem Gebiete der staatlichen Förderung der Entwicklung des Genossenschaftwesens müssen vor allem besonders leichte Bedingungen und eine verstärkte Flüssigmachung des Bankkredits, insbesondere für die unteren Genossenschaften, herbeigeführt werden. Die kommerziellen Beziehungen zwischen Genossenschaftswesen und der staatlichen Industrie, ihren Handelsorganen, Trusten und Syndikaten müssen auf das Prinzip der Qualität der zur Verfügung gestellten Waren wie auch der Fristen und Formen des Warenkredits gegründet sein. Der Kleinhandel muß im Maße der Erstarkung des Genossenschaftswesens zum ausschließlichen Gebiet des letzteren werden. Der staatliche Handel soll sich im Maße der Erstarkung der Kooperation immer mehr auf das Gebiet des Groß- und des gemischten Handels konzentrieren. Zwischen der staatlichen Industrie und dem Genossenschaftswesen von seiten der Wirtschaftsorgane nicht geben.
ein völliger Einklang in bezug auf Produktion tatsächlich notwendiger und gangbarer Massenartikel herbeigeführt werden. Ein sogenanntes Zwangssortiment soll es für das Genossenschaftswesen von seiten der Wirtschaftsorgane nicht geben.

11. Die Wohnungsfrage und das Genossenschaftswesen.

Zur wichtigsten Frage der materiellen Verhältnisse der Arbeiter wird immer mehr die Wohnungsfrage, deren richtige und erfolgreiche Lösung nicht bloß durch staatliche Maßnahmen und durch staatliche Hilfe, sondern auch durch die Selbsttätigkeit der Bevölkerung und durch ihre materielle Beteiligung erreicht werden kann. Die beste Form einer solchen Selbsttätigkeit zur Überwindung der Wohnungsnot der Werktätigen ist das Wohnungsgenossenschaftswesen, das schon durch seine bisherigen geringen Erfahrungen seiner praktischen Tätigkeit seine Lebensfähigkeit und Zweckmäßigkeit bewiesen hat. Alle Organe der Sowjetmacht müssen dem Wohnungsgenossenschaftswesen allseitige Unterstützung angedeihen lassen.

12. Die besonderen Aufgaben der Partei in bezug auf das Genossenschaftswesen.

In Anbetracht der besonders wichtigen Rolle, die des zum System der freiwilligen Mitgliedschaft übergegangenen Genossenschaftswesens harrt, betrachtet es der Parteitag als eine besonders wichtige spezielle Aufgabe der Kommunistischen Partei, ihres ZK. und der örtlichen Organe, die politische und wirtschaftliche Tätigkeit im Genossenschaftswesen zu steigern und zur genossenschaftlichen Arbeit in allen Kettengliedern der Genossenschaftsorgane von unten bis oben die besten Wirtschaftsfunktionäre der Partei auszusondern. Eine besondere Aufmerksamkeit ist der Hinzuziehung der Arbeiter und Bauern des Leninschen Aufgebots zum Aufbau des Genossenschaftswesens zu widmen. Die Zentrale Kontrollkommission, die Arbeiter- und Bauerninspektion, die örtlichen Organe der Arbeiter- und Bauerninspektion und die örtlichen Kontrollkommissionen sollen in der nächsten Periode ihre Aufmerksamkeit auf eine gründliche Prüfung und ein gründliches Studium der Erfolge und der praktischen Tätigkeit auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens konzentrieren.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 72. 20. Juni. 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Unter der Herrschaft des Faschismus in Italien. Von Nicci und Bombacci 887

Politik.
Die Bedeutung des Mainzer Kommunistenprozesses. Von Gensen 889

Deutschland.
Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. Von Frölich 890

Arbeiterbewegung.
Die russischen Verbände auf dem Kongreß der Amsterdamer Internationale. Von Losowski 891

Proletarische Frauenbewegung.
Die Aufgaben der Dritten Internationalen Konferenz der Kommunistinnen. Von Clara Zetkin 893

Jugendbewegung.
Bereitet den X. Internationalen Jugendtag vor! 896

V. Weltkongreß.
Die nationale Frage und die Kolonialfrage auf dem V. Weltkongreß. Von Kreibich 896

Kriegsteilnehmerbewegung.
An die Kriegsopfer und ehemaligen Frontkämpfer des Weltkrieges! 897

Unter der Herrschaft des Faschismus in Italien.

Der politische Meuchelmord an dem italienischen Abgeordneten Matteotti.

Von G. Nicci.

** Der Zwischenfall der Entführung und Tötung (im Augenblicke, da wir diese Zeilen schreiben, fehlt noch das amtliche Eingeständnis der Auffindung des Leichnams, doch ist jetzt auch der geringste Zweifel ausgeschlossen) des einheitssozialistischen Führers Giacomo Matteotti nimmt allergrößte Bedeutung an und stellt eine Wendung in der politischen Geschichte Italiens dar. Das Geschehnis an sich ist etwas noch nicht Dagewesenes. Zwar hat der Faschismus, wie es ja wohl bekannt ist, wiederholt zu politischen Verbrechen gegriffen, aber niemals hat die Gesamtheit der Umstände eine derartige Grausamkeit erreicht. Man nehme noch hinzu, daß der Faschismus in der Regel seine Schläge nicht gegen die politischen Führer gerichtet, sondern es für richtiger gehalten hat, Schrecken zu erregen, indem er die einfachen Parteianhänger und parteilosen Arbeiter angriff und es vorzog, nicht aus den Führern ebensoviele Märtyrer zu machen, sondern sie unter dem bequemen Vorwand der Schurkerei lächerlich zu machen. Diesmal hat auch noch die übliche Inszenesetzung einer „antinationalen" Provokation und damit jeder Schein einer Gegenwehr oder eines Zusammenstoßes gefehlt. Der Überfall von fünf bewaffneten Männern auf einen Unbewaffneten und dessen scheußliche Abschlachtung mit Revolverschüssen und Dolchstößen ist kühl überlegt und in allen Einzelheiten vorbereitet geschehen.

Außerdem war das ausgewählte Opfer nicht ein Extremist, sondern Matteotti hatte der reformistischen Partei angehört, die unbeirrbar den Weg sozialer Beruhigung und rein gesetzmäßiger Tätigkeit der Massen verfolgt. Giacomo Matteotti, aus einer reichen bürgerlichen Familie stammend, als „Millionär" lächerlich gemacht, war ein ernster und leidenschaftsloser Mensch. Im Jahre 1919 hielt er auf dem Kongresse von Bologna zu den Maximalisten, ging aber plötzlich zu den Reformisten über und wurde einer der Getreuesten von Filippo Turati. Seit 1919 war er Abgeordneter der Provinz Rovigo, aus der er seit geraumer Zeit infolge der faschistischen Reaktion verbannt war, die in dieser einstmals ganz sozialistischen Gegend wütet. Er entwickelte eine große parlamentarische Tätigkeit und war außerdem tätiger Sekretär seiner Partei. Wohlbekannt sind die von ihm in dieser Eigenschaft unterzeichneten Antworten auf die Vorschläge zu gemeinsamer Aktion, die von der Kommunistischen Partei ausgegangen waren; die zuletzt verfaßten Antworten waren in äußerst feindseligem Tone gehalten.

Was die Ausführenden des Verbrechens betrifft, so ist es bekannt, daß fast alle verhaftet worden sind. Wer sind sie? In wessen Auftrage handelten sie? Es handelt sich um wohlbekannte Faschisten, und den mit den italienischen Angelegenheiten Vertrauten war es auch bekannt, daß sie einer Organisation der faschistischen Partei angehörten, die für derartige Gewaltakte spezialisiert war, geheimgehalten wurde und dazu bestimmt war, im Falle eines Skandals amtlich verleugnet zu werden; trotzdem wurde diese Organisation von der faschistischen Partei gebildet, unterstützt und weitherzig finanziert. Diese faschistische „schwarze Hand" hatte schon die Gewaltakte gegen die Personen und die Häuser der bekannten Führer der Oppositionsparteien ausgeführt, wobei sie durch das Wohlwollen hoher Kreise sichere Straflosigkeit vor dem Gesetze genoß. Es liegt kein Anlaß vor, anzunehmen, daß die offizielle Leitung der faschistischen Partei und Mussolini selbst die Niedermachung von Matteotti angeordnet haben, eine Tat, die dem Faschismus großen Schaden zufügen mußte; aber es ist auch nicht glaubhaft, daß jene Gruppe von Personen auf eigene Faust und bloß aus ver-

brecherischer Neigung gehandelt hat. Nicht einmal ein Fall wahrer „politischer Tollheit" kann genügen, um die Wahl des Opfers zu erklären, das nicht der Mann war, auf den sich der Haß der faschistischen Fanatiker konzentrieren mußte. Es drängt sich also jene Erklärung auf, deren Beweise schon auf dem Wege eines politischen Skandals von ungeheurem Ausmaße ans Licht zu kommen beginnen: Der Mord ist von Persönlichkeiten des Faschismus gewünscht worden, die durch dunkle, persönliche Spekulationen zum Schaden des Staates kompromittiert waren und Grund hatten, in dem Hingemordeten einen unversöhnlichen Aufdecker ihrer Taten zu fürchten. Schon schreibt die italienische Presse von enormen Zahlungen italienischer und ausländischer Kapitalisten zum Kaufe von faschistischen Regierungsmännern, die staatliche Maßnahmen und Vorkehrungen beeinflussen konnten.

Wir haben also nicht eine Erscheinung übertriebensten politischen Fanatismus vor uns, sondern vielmehr eine eines niedrigsten Verbrechens, das vollbracht wurde, um das Verschulden jener verborgen zu halten, die im Schatten äußerlich patriotischen Tuns auch Ausländern die Interessen verkauften, die sie zu schützen vorgaben.

Diese kurze Übersicht über die Tatsachen genügt, um die Welle der Empörung und des Abscheus zu erklären, die durch ganz Italien geht und der bereits zweifelhaft gewordenen Popularität der faschistischen Regierung einen schweren Schlag versetzt. Man weiß auch, daß sich eine Krise auch in den anderen Ämtern der Regierung und der faschistischen Partei zu entwickeln beginnt, wobei Leute erledigt werden, deren Macht noch gestern unerschütterlich zu sein schien.

Es scheint, daß Mussolini, der bekanntlich gerade am Vorabende der Tat eine Rede der Versöhnung mit den Gegnern gehalten hatte, die schwierige Lage überwinden will, indem er eine Wendung nach links macht und endgültig mit den extremistischen Elementen seiner Partei bricht.

Es ist sicher, daß die Lage in Italien plötzlich in eine Phase der Unsicherheit geraten ist. Die Abneigung gegen den Faschismus, die sich noch bis zum gestrigen Tage im stillen geäußert hatte, führt jetzt zu öffentlichen Kundgebungen und zu einer spontanen Tendenz der Massen, mit dem Generalstreik zu antworten. Die verschiedenen Gruppen der Opposition führen jetzt eine Sprache, die sie bis vor wenigen Tagen nicht zu führen gewagt hätten. Man muß sich fragen, ob wir nicht den klassischen Tropfen vor uns haben, der das Gefäß zum Überlaufen bringt.

Man darf jedoch bei der Einschätzung der Folgen der schweren Krise nicht vergessen, daß der Faschismus über einen gewaltigen politischen und vor allem militärischen Apparat verfügt, der ihm eine ungeheure Stärke sichert, auch wenn man glauben will, daß seine Kontrolle über den Staatsapparat für einen Augenblick weniger fest sei.

Auf dem parlamentarischen Boden werden die Oppositionsparteien den Nachteil, der ihnen durch die faschistische „Wahlreform" zugefügt wurde, nicht überwinden können, wenn auch die mit den wohlbekannten Mitteln erreichte faschistische Mehrheit sich einigermaßen erschüttert zeigen wird.

Auf dem Gebiete des Bürgerkampfes oder besser des Bürgerkrieges haben die Oppositionsparteien weder Kräfte noch Organisationen, die auch nur entfernt mit jenen der Faschisten verglichen werden könnten.

Die faschistische Regierung zeigt sich höchst beunruhigt; sie mobilisiert, während sie gleichzeitig nicht geringe Zugeständnisse machen mußte, die Nationalmiliz und zieht Streitkräfte gegen die Hauptstadt zusammen.

Die parlamentarischen Oppositionsgruppen haben es nicht verstanden, die Frage nach der moralischen, politischen und geschichtlichen Mitverantwortung des Faschismus und Mussolinis für die Mordtat zu stellen und haben sich darauf beschränkt, das ordentliche Gerichtsverfahren gegen die Schuldigen und auch gegen ihre direkten Auftraggeber zu fordern. In derartigen Fällen ist das revolutionäre Kriterium für die Abwehr der Schläge und für die Sicherung der Strafen ein ganz anderes.

Nur das von der Kommunistischen Partei geführte Proletariat kann das Problem auf den richtigen Boden stellen und den Prozeß gegen ein politisches System offensiven Klassenbrigantentums fordern und durchsetzen, von dem die letzte Handlung der Abschlachtung Matteottis eine schreckliche, aber logische Folge gewesen ist.

Die Krise des Faschismus.*)

Von Nicola Bombacci.

** Schon die Wahlen in das italienische Abgeordnetenhaus haben, wie dies vorauszusehen war, gezeigt, daß es mit dem Faschismus nicht zum Besten bestellt ist. Seine Situation hat sich seither nicht verbessert. Der Ehrgeiz der kleinen faschistischen Provinzpotentatur kennt keine Grenzen. Noch vor der Eröffnung der Parlamentssession gab es solche Unstimmigkeiten und skandalöse Intrigen, daß Mussolini, der sich gerade in Sizilien auf Reisen befand, eilig umkehren und in seiner Partei Ordnung schaffen mußte. Das Ergebnis seiner Bemühungen war der Ausschluß des Führers der „revisionistischen" Opposition Maximo Rocca.

Bei dieser Gelegenheit muß darauf hingewiesen werden, daß sich die Faschisten seit dem Marsch nach Rom und ihrer Machtergreifung im Herbst 1922 in zwei Richtungen geteilt haben, in die „wilde" und die „legalistische". Die „Wilden" mißachten die Legalität und betreiben praktisch den Kult der Gewalt. Die „Legalisten" bekennen sich zur Ansicht, daß der Faschismus, wenn er an der Macht ist, eine vorbildliche Achtung vor dem Gesetz an den Tag legen muß. Maximo Rocca war der Führer der „Legalisten". (Er war übrigens ehedem aktiver — Anarchist, unter dem Namen Libero Tancredi.) Mussolini, dem es darauf ankam, seine Macht im größtmöglichen Umfang aufrechtzuerhalten, manövriert mit den beiden Strömungen, indem er einmal die eine, das anderemal die andere ausspielt oder zurückhält.

Der erste Konflikt zwischen diesen beiden Tendenzen kam schon vor den Wahlen zum Ausbruch. Mussolini schien einen Moment lang auf die Seite Roccas zu neigen. Aber die „Wilden" hatten in der faschistischen Partei die Majorität. Rocca wurde für drei Monate ausgeschlossen und gezwungen, einen strategischen Rückzug anzutreten.

Sechs Monate darauf begann der Streit in verschärfter Form wieder aufzuleben. Die „Revisionisten" oder „Legalisten" forderten nicht nur eine neue „legale" Politik, sondern auch die Demission des Finanzministers, Ihr Feldzug richtete sich offenkundig gegen eine der herrschenden Großbanken, gegen die **Banca Commerciale**, die — von Faschisten — offen beschuldigt wurde, die politische Macht des Faschismus für ihre finanziellen Zwecke und Machenschaften auszunützen. Aber die Revisionisten erlitten innerhalb der Partei wiederum eine Niederlage und Rocca wurde endgültig ausgeschlossen. Mussolini, der gegen die mächtigsten Institute der Großfinanz weder Krieg führen wollte noch konnte, mußte Maximo Rocca opfern.

Die Anklagen, die Rocca gegen die Minister **Stefani** und **Torre** richtete, daß sie nämlich in der Regierung die Vertreter der Hochfinanz und der Schwerindustrie seien, können ebenso gegen die meisten anderen faschistischen Führer gerichtet werden.

Aber diese Methode, die den Ankläger beseitigt, nützt dem Faschismus in den Augen breiterer, vor allem kleinbürgerlicher Kreise natürlich nichts und kommt der inneren, schleichenden Krise, von der er betroffen ist, nicht bei. Freunde Mussolinis drängen ihn zwar, gegen den Korruptionismus energisch aufzutreten. Aber er hat bisher nichts Ernstliches dagegen getan.

*

Zu Beginn der parlamentarischen Session wurde auch seitens der „demokratischen" Opposition — die den Faschismus immer gewähren ließ — so durch die sozialistischen Abgeordneten Modigliani und Matteotti Protest gegen das — Treiben gewisser „Wilden" erhoben. Diese hatten unter anderem in die Bänke der äußersten Linken zur Bewachung und Provozierung der oppositionellen Abgeordneten vier von den Ihren hineingesetzt.

Aber im Innern der faschistischen Partei gärt es weiter. So hat sich eine Anzahl faschistischer Abgeordneter, die der sogenannten „faschistischen Gewerkschaftskörperschaften" angehören, als **eigene Gruppe konstituiert**. Ihr Haupt ist der Generalsekretär dieser „Gewerkschaften", Herr E. **Rossoni**.

Dieser disziplinwidrige Akt wurde verschieden ausgelegt. Man sagte, daß die neue Gruppe, die von der Gesamtheit der Partei mißbilligt wurde, im geheimen von Mussolini unterstützt werde, um ihm eine Schwenkung nach links zu der von Buozzi geführten „Arbeiter"gruppe zu erleichtern.

Die parlamentarische Gruppe der Faschisten ist innerlich ebenso zerrissen wie die faschistische Partei. Es gibt nur wenige

*) Dieser Artikel ist noch vor der Ermordung des Abgeordneten Matteotti geschrieben worden.

darunter, die ehrlich Arbeiter- und Kleinbürgerinteressen verteidigen wollen. Die überwiegende Mehrheit schützt und verteidigt offen und erfolgreich die Interessen der besitzenden Klassen.

Ein bemerkenswertes Symptom ist die Tatsache, daß die Studentenorganisation „Für die Freiheit" an Bedeutung gewinnt. Die Majorität der Studenten ist gegen den Faschismus. Gerade die „goldene Jugend" Italiens war es, vor allem die Hochschuljugend, die den Faschismus besonders in seinen Anfängen in die Höhe gebracht hatte.

Die sinnlosen Gewaltakte, der Korruptionismus, die Gewinnsucht der führenden Faschisten stoßen immer größere Kreise ab.

Auch innerhalb einer der wichtigsten Kerntruppen des Faschismus, innerhalb der faschistischen Eisenbahner, gibt es tiefe Gegensätze. Dabei muß man beachten, daß der Faschismus anläßlich seiner Machtübernahme die Eisenbahnen von allen kommunistischen und sozialistischen Elementen — insgesamt 30.000 — radikal „gesäubert hatte und nur ganz verläßliche Faschisten angestellt hat. Aber seine Politik, die die Interessen der Besitzenden befriedigt, bringt ihn zwangsläufig mit solchen Schichten, wie den Eisenbahnern, in Konflikt, mögen diese auch in seinen eigenen Reihen stehen. Die neue Regelung der Gehälter hat insbesondere die Eisenbahnarbeiter und kleinen Angestellten zu einer wahren Revolte aufgestachelt. Es war eine Teilung in zwei feindliche Lager: Arbeiter und Führer. Während die Gehälter der niedrigeren Angestellten um 150 bis 200 Lire pro Monat herabgesetzt wurden, wurden die der höheren Beamten um 400 Lire erhöht. So kam es, daß eine der ehemals wichtigsten „Truppen des Faschismus" ihre Klasseninteressen gegen die faschistischen Führer verteidigen wollte und schon vom Streik sprach. Inzwischen hat der Eisenbahnminister versprochen, die Gehaltsregulierung zu überprüfen und die begangenen „Irrtümer" zu korrigieren.

Aber die Krise des Faschismus dauert weiter.

Politik

Die Bedeutung des Mainzer Kommunistenprozesses.

Von Gensen (Köln).

Vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz standen 57 Kommunisten wegen antimilitaristischer Propaganda unter den Besatzungstruppen unter Anklage. Die Urteile lauteten:

Lozeray 10 Jahre Gefängnis;
Benkowitsch 5 Jahre und 500 Goldmark Geldstrafe;
Ben Lekhal 5 Jahre;
Dickar 5 Jahre und 250 Mark Geldstrafe;
Eife 5 Jahre;
Gierth Höttmann, Jakob Nagel, Schulthoff, Sudholter, Schwytay je 5 Jahre und 100 Mark Geldstrafe;
Gebhardt, Konstantinowitsch und Laub je 3 Jahre und 100 Mark Geldstrafe;
Assenmacher 3 Jahre;
Janowski 2 Jahre und 300 Mark Geldstrafe;
Hardoln, Lemire, Lingat, Rische und Werner je 2 Jahre;
Schmuck und Schneider je 18 Monate;
Greis, Baptiste, Moldenhauer, Mayer, Osner, Reimer, Seifert und Wagenfeld je 1 Jahr;
Szinka 10 Monate;
Salzbrunn, Stolz, Pühler und Hopp je 6 Monate;

Mit Gewährung von Strafaufschub erhielten je 2 Jahre Gefängnis: Richter, Raffete, Sohl, Schulz, die Brüder Rymarczik, Breimeis, Döpfner, Goldmann, Grätsch, Haberlach und Schuhmacher; je 1 Jahr: Woldmann, Schäfer, die jungen Genossinnen Slaidberg, Messinger und Burbaum; je 6 Monate die junge Genossin Kämpfer, Frau Schweppe.

Einzig die junge Buttgrait ist freigesprochen worden.

In demselben Gefängnis war vorher der Genosse Gelbach aus dem Ruhrgebiet unter den erlittenen Drangsalen gestorben. Von der Familie des Verstorbenen verlangte die französische Gefängnisverwaltung die Bezahlung des Telegramms, das ihnen den Tod des Genossen Gelbach anzeigte.

** Vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz standen 57 Kommunisten, der antimilitaristischen Propaganda unter den französischen Besatzungstruppen angeklagt. Deutsche Genossen aus dem besetzten Gebiet, französische Poilus, französische Kommunisten, Genossen aus Österreich und Serbien und ein arabischer Genosse. Alle vor einem und demselben Kriegsgericht, alle wegen ein und derselben Tat angeklagt. Und das Kriegsgericht urteilte nicht nach nationalen Vorurteilen. Es verurteilte die Angehörigen der französischen Republik ebenso wie die Deutschen und die angeklagten Kommunisten der anderen Länder. Die Urteile lauteten von 6 Monaten bis zu 10 Jahren Gefängnis.

Damit dokumentierte das Gericht des französischen Militarismus vor der ganzen Welt, daß die Kommunistische Internationale kein leeres Schemen ist, sondern wirklich die Organisation opfer- und tatbereiter Kommunisten der ganzen Welt darstellt. Und der Gang des Prozesses, die Art der Anklage und Schuldbeweisführung gab ein getreues Bild der ebenso vorhandenen Einheitsfront der Kapitalisten Frankreichs und Deutschlands im Kampfe gegen den Kommunismus. Es waren deutsche Polizisten aus dem Ruhrgebiet, die das Spitzelmaterial lieferten, die auf Geheiß ihrer Behörden und der Besatzung nach Mainz fuhren, um gegen die angeklagten Kommunisten Zeugnis abzulegen. Wie Degoutte den Stinnes und Klöckner dabei half, das Proletariat in doppelte Fron zu pressen, so halfen die Behörden der Ebert-Republik im besetzten Gebiet dem französischen Militarismus, die einzige ihm drohende Gefahr abzuwenden.

Ein amerikanischer revolutionärer Zeichner zeichnete eine Skizze, die Lenin und Clemenceau im Gespräch wiedergibt. Clemenceau sagt in diesem Bilde höhnisch zu Lenin: „Sie haben doch keine Armee..." und Lenin antwortet ihm: „Ich nehme die Ihre." Und das ist die einzige Furcht, die die französischen Militaristen und ihre kapitalistischen Auftraggeber haben: Daß ihre Armee, die zu imperialistischen Zwecken Teile Deutschlands besetzt hält, mit der Zeit einsehen lernt, wem sie dient, daß die französischen, belgischen und englischen Arbeiter in Uniform ihren Dienst für den räuberischen Ententeimperialismus vertauschen mit dem Kampfe für ihre eigenen Interessen, wie Lenin sie es lehrte.

In der Rede des Staatsanwaltes, der die Anklagerede vertrat, fand diese große Angst vor dem Erwachen der Soldaten des besetzten Gebietes beredten Ausdruck. Er sagte, daß die kommunistische Propaganda die Besatzungsarmee demoralisieren wollte. Im Oktober vorigen Jahres habe in Deutschland eine große revolutionäre Krise bestanden, und da sei es die Absicht der Kommunisten gewesen, die Besatzungsarmee für die kommenden revolutionären Kämpfe zu neutralisieren, für die Arbeiter zu gewinnen. Der Staatsanwalt dachte wohl an die Pariser Kommune 1871, in deren Kämpfen die Söhne des französischen Proletariats, die im Uniformrock steckten, sich auf die Seite der Revolutionäre schlugen. Er dachte wohl an die Meuterer der Schwarze-Meer-Flotte, an Marty und Badina und die französischen und belgischen Soldaten, die im vorjährigen und diesjährigen Ruhrstreik den Streikenden halfen, Streikbrecher zu verprügeln und gegen die Unternehmergarden Front machten. Deshalb sein Wort an das aus höheren französischen Offizieren bestehende Richterkollegium:

„Wenn Sie im Beratungssaal sein werden, vergessen Sie nicht, daß Sie keine Richter, sondern Offiziere sind, und urteilen Sie ohne Erbarmen."

Allerdings, die Offiziere, die über die 57 Kommunisten im Mainzer Prozeß das Urteil sprachen, waren sich ihres Standes bewußt. Mit ihrem Schreckensurteil wollten sie nicht nur den französischen Imperialismus schützen; ebenso ihre Stellung als privilegierte Diener der französischen Bourgeoisie. Ihre bleiche Angst spricht aus ihrem Urteil. Nichts von der gepriesenen Großmut der „grande nation", sondern ebensolche Brutalität wie in den Urteilen deutscher Kriegsgerichte, dieselbe Borniertheit einer auf Bajonette sich stützenden Clique. So ist das Kriegsgerichtsurteil in Mainz die beste Illustration dafür, daß auch unter dem Linksblock, unter Herriot die Offiziere des französischen Imperialismus ihr Schreckensregiment im besetzten Gebiet aufrecht erhalten werden.

Wie unangenehm den Söldlingen des französischen Imperialismus im Ruhrgebiet speziell die kommunistische Opposition gegen das heutige Frankreich ist, wurde unterstrichen durch das fünftägige Verbot des „Ruhr-Echos" in Essen, das im Anschluß an den Mainzer Prozeß erfolgte. Das „Ruhr-Echo" hatte objektiv über den Mainzer Prozeß berichtet, hatte objektiv des toten Genossen Selbach gedacht, und darauf erfolgte das Verbot. Ja, die französischen Besatzungsmächte wollten nicht hören, daß die Vertreter des imperialistischen Frankreich, die sich stolz die patentierten Hüter der Humanität und des Friedens nennen, gefangene Kommunisten quälten, ihnen die Nahrung entzogen, in Einzelhaft sperrten und grausam folterten. Das war ihnen zuviel.

Und ganz besonders ärgerte es sie, daß in der gleichen Nummer des „Ruhr-Echo", in der das Mainzer Schreckensurteil angeprangert wurde, auf die Standhaftigkeit der französischen Kommunisten in ihrer Forderung nach Räumung des Ruhrgebietes hingewiesen wurde.

Das Mainzer Schreckensurteil, das ihm folgende erneute fünftägige Verbot des „Ruhr-Echo" künden deutlich eine neue Verfolgungskampagne der Besatzungsbehörden des besetzten Gebietes gegen die Kommunisten an. Herr Herriot wird schon seinen Auftraggebern zu zeigen versuchen, daß er in Verfolgung der Kommunisten im besetzten Gebiet seine Pflicht im Dienste des französischen Kapitalismus voll und ganz erfüllen wird, ebenso wie Macdonald es in der englischen Kolonie Köln tut.

Die Annahme des Sachverständigengutachtens steht vor der Tür. Das zweite Versailles, das noch mehr als das erste ein Friedensvertrag der internationalen Kapitalisten gegen das Proletariat ist. Die Herriot, Macdonald und Marx wissen genau, daß der Kommunismus die einzige Gefahr für den neuen Sklavenpakt ist. Darum beginnen sie einheitlich die neue Offensive gegen die Kommunisten. Darum hetzt die deutsche Kapitalistenklasse die Besatzungsarmee gegen deutsche Kommunisten und der französische Militarismus läßt französische kommunistische Soldaten durch deutsche Polizeispitzel verfolgen.

Doch allen Verfolgungen zum Trotz, allen Zeitungsverboten und Kriegsgerichtsurteilen zuwider wird die Kommunistische Internationale weiter die Massen des besetzten Gebietes um sich sammeln, wird sie die brüderliche Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und französischen Proletariat verstärken bis zu dem Tage, da die deutsche Revolution auch das Gefüge des französischen Imperialismus erschüttern und die Proletarier Frankreichs mit dem deutschen Proletariat die proletarische Lösung der Reparationsfrage vorbereiten.

Deutschland

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Von Paul Frölich.

** In einem bürgerlichen Blatte sagt Scheidemann über den sozialdemokratischen Parteitag, der am 11. Juni zusammentrat, er habe bewiesen, daß gegenwärtig von allen deutschen Parteien die Geschlossenheit in der SPD. am festesten sei. Diesen Eindruck hat der Parteitag gewiß gemacht. Man muß sich fragen, woher das kommt. Da ist charakteristisch, daß er seit dem Nürnberger Einigungskongreß 1922 der erste ist. In einer Zeit ungeheuer stürmischer Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland war die höchste Instanz der SPD. zwei Jahre lang ausgeschaltet, obwohl ihre Einberufung oftmals und von sehr starken Gruppen verlangt wurde. Als der Parteitag zusammentrat, hatte niemand mehr als geschäftsmäßiges Interesse daran. Die heftigsten Gegensätze hat jedesmal die Regierungspolitik in der Partei hervorgerufen. Jetzt steht die Partei außerhalb der Regierung. Da sie nicht gefragt wurde, ob sie mitmachen wolle, sind die Hermann Müller, Sollmann, Hilferding plötzlich wieder zu entschiedenen Klassenkämpfern avanciert, selbst bei denen, die sie einst Verräter und Meuchler des Proletariats nannten. Die schwere Niederlage bei den Wahlen hat nicht vermocht, eine tiefschürfende Kritik an der Parteipolitik zu wecken, sondern nur den Wunsch: Rücken wir fester zusammen, lassen wir das Vergangene vergangen sein, sonst werden wir nicht nur auseinanderfallen, sondern vollkommen zerfallen. Im übrigen kann man beobachten, daß in der deutschen Sozialdemokratie niemals eine scharfe Opposition aus der Partei selbst hervorgegangen ist. Sie war stets nur Wirkung eines Anstoßes von außen. Je entschiedener der kommunistische Angriff auf die SPD., je stärker seine Einwirkung auf die Massen, um so tiefer die Zersetzung in der SPD. Wenn heute diese Partei den Eindruck ziemlicher Geschlossenheit machen kann, so hat das seine Ursache in einem sehr fühlbaren Mangel an Aktivität der KPD. Man muß auch diese Zeichen der Zeit verstehen, sie sind eine ernste Mahnung.

Aber diese Tatsachen beweisen auch, was es mit der Geschlossenheit der SPD. auf sich hat. Sie ist kein Zeichen der Kraft, die Befriedigung darüber ist kein Kraftbewußtsein, sie ist die Zufriedenheit darüber, daß der stinkende Untergrund des Sumpfes nicht aufgewühlt wird.

Das eifrigste Bestreben des Parteitages war denn auch, nicht an die faulen Stellen der Parteipolitik zu rühren. In dieser Partei hat es über Jahr und Tag hinaus zwei Richtungen gegeben, die sich heftig befehdeten. In dieser Partei, für die die parlamentarische Aktion alles ist, kam es im Reich und in den Einzelländern zu den schärfsten Gegensätzen, die zu widersprechenden Abstimmungen in den Parlamenten führten. In Sachsen ist die Landtagsfraktion tatsächlich gespalten, ein Teil der Fraktion ist gegen die Minister der eigenen Partei. Aber der Parteitag verwehrt es der Opposition, ihren Standpunkt auch nur in geschlossener Rede zum politischen Bericht des Vorstandes darzulegen. Den Grund sagt Otto Wels: „Der Parteitag hat ein Korreferat abgelehnt aus dem Gefühl, daß der Einheit der Partei und der Klärung der Gedanken nicht dadurch gedient wird, daß aller Welt das Schauspiel geboten wird, als ob die Einigkeit nur ein Schemen sei, daß aber nach wie vor zwei Richtungen bestehen: Der Parteitag lehnt es ab, die Opposition als gleichberechtigte Körperschaft anzusehen." Also Vertuschung! Und der Parteitag wußte, was er dieser Opposition zumuten durfte. Sie hat seine Erwartungen vollauf gerechtfertigt.

So war es kein Wunder, daß bei allen wichtigen Fragen: Koalitionspolitik, Reparationsfrage, innere Organisation nie versucht wurde, gründlich zu untersuchen und klare Konsequenzen zu ziehen. Von keiner Seite wurde das versucht. Es blieb bei einem jämmerlich seichten Geplätscher, so daß es einem widersteht, auch nur festzustellen, was an Gründen vorgebracht wurde. Wie könnte es auch die Führerclique wagen, ihre Taten zu rechtfertigen! Wie könnte es die Opposition wagen, den Dingen auf den Grund zu gehen! Jede gründliche Untersuchung führt zu der Erkenntnis, daß wir mitten drin stehen in einer Periode offener revolutionärer Kämpfe, daß auf der Tagesordnung die Frage steht, welche Klasse herrschen soll. Die offizielle Führung der SPD. ist für die Herrschaft der Bourgeoisie, sie zieht praktisch alle Konsequenzen bis zu Seeckt und den Maschinengewehren, aber das rund und nett heraussagen darf man nicht, denn dann verliert man auch noch die Arbeiter, die gewohnt sind, aufs Maul und nicht auf die Fäuste zu sehen. Die brave Linke aber hat eine peinliche Angst vor dem revolutionären Kampf. Deshalb muß sie sich hüten vor jeder klaren Einsicht in die sozialen und politischen Dinge. Deshalb muß sie immer den Schirm halten vor ihre gegenrevolutionären Führer, und das tut sie gerade dann, wenn sie kritisiert. Sie muß dann nämlich den Anschein erwecken, als sei der Klassenkampf der Boden für die sozialdemokratische Politik. Sie geben sich dann auch zufrieden, wenn die Koalitionspolitik für eine taktische, keine prinzipielle Frage erklärt wird — was soviel heißt, daß die SPD. unter keinen Umständen in eine Regierung geht, wenn die Bourgeoisieparteien sie nicht haben wollen.

Zur Bourgeoisie war damit der Weg freigehalten, und man darf wünschen, daß Scheidemanns Klage über allzugroße Vernachlässigung der SPD. bei der letzten Regierungsbildung bei den Stresemann und Marx nicht ungehört verhallen werde. Gegen die Kommunisten aber wurde der Weg fest verrammelt. Das war zwar unnötig, aber charakteristisch. Und die Linken aus Sachsen wußten auch dagegen nur ein paar halbe Wörtlein zu stammeln. Zur Unterstreichung dieser Abgrenzung gegen die Kommunisten wurde zugleich gegen verschwindende Stimmenzahl beschlossen, daß die Beteiligung an der Internationalen Arbeiterhilfe „unvereinbar" mit der Zugehörigkeit zur SPD. sei. Kurt Rosenfeld und Mathilde Wurm beeilten sich, ihren Austritt aus der IAH. zu erklären, wobei sie allerdings Ausflüchte ins Feld führten, um ihren Männerstolz vor dem Throne Hermann Müllers zu erweisen.

Im sächsischen Konflikt, in dem man glaubte, daß Arbeiterblut die sächsische Linke hier vom Parteivorstand und den sozialdemokratischen Ministerhelden doch trenne, kam es zu einer glatten Verständigung. Das Verbrechen am Proletariat spielte in der Frage überhaupt keine Rolle. Auch die sächsischen Linken stolpern doch nicht über solche „Zwirnsfäden". Aber die Kompetenzfrage wurde erledigt. Bekanntlich hatte die sächsische linke Parteileitung der Landtagsfraktion die Beteiligung an der bürgerlichen Regierung verboten. Darüber war es zur Spaltung der Fraktion gekommen. Jetzt wurde das Kommando der Parlamentarier über die Partei, das längst tatsächlich besteht, formell sanktioniert. „Die Entscheidung über Regierungsbildungen, Ministerwahlen und sonstige parlamentarische Taktikfragen in den einzelnen Ländern trifft die zuständige Landtagsfraktion." Als Pflaster auf die Wunde: Wenn es geht, soll man die Parteileitung des Landes um ihre Meinung fragen. Den Beschlüssen der Landesparteitage müssen die Parlamentsfraktionen gehorchen. Aber der Berliner Parteivorstand kann die Beschlüsse aufheben.

Das ist eine vollkommene Niederschmetterung der Linken. Für die Zukunft haben die offenen Konterrevolutionäre der Parteileitung alle Trümpfe in der Hand.

Alles in allem ein voller, unbestrittener Sieg der Clique Ebert, Hermann Müller, Weis. Die Linke ist in allen Punkten geschlagen worden. Die tapferen Linken quittierten aber diese Schläge durch einstimmige Annahme des Beschlusses.

Die Richtungslinie für die künftige Politik? Man wußte natürlich, daß diese Sozialdemokratie nicht über den nächsten Schritt hinaussehen darf. Für sie gibt es deshalb nur die Frage des Sachverständigengutachtens. Und die ganze Partei ist dafür, daß dieser Strangulierung der deutschen Arbeiterklasse durch das internationale Kapital zugestimmt wird. Da fällt es dem Hilferding ein, über diese Frage zu theoretisieren, und sofort ergibt sich, daß man es hier nicht nur mit einem feigen Opportunismus, sandern mit einer bewußt konterrevolutionären Politik zu tun hat. Daß Hilferding die Regierung Macdonald über den grünen Klee lobt, daß er sie -- trotz oder wegen ihrer arbeiterfeindlichen Politik? — als wirksamste Verfechterin des Klassenkampfes preist, wer hätte anderes erwartet? Daß er in ihr eine Garantie für die „Befriedigung" der Welt sieht, wundert niemand. Seit Jahren verkündet er, daß der Kapitalismus durch den Krieg zum Vegetarismus bekehrt sei. Aber die Gründe! Da wird unversehens Herr Macdonald auch in Hilferdings Auge zum Knecht der englischen Imperialisten. England habe sich im Kriege genügend vollgefressen. Sein imperialistischer Appetit ist befriedigt, also kann es eine konservative Außenpolitik des Ausgleichs der Gegensätze treiben. Es braucht Frieden, um seine Beute verdauen, seine Kolonien ausplündern zu können. Darum sorgte Macdoanald für den Frieden, und darum ist es Arbeiterpolitik, den Anschluß an das imperialistische England mit der Arbeiterregierung zu suchen. Da aber die Verständigung der kapitalistischen Tiger untereinander logisch zum gemeinsamen Kampf gegen Sowjetrußland führt, so kommt Hilferding ebenso logisch zu einer tückischen Rußlandhetze und einer Warnung an die deutsche Regierung, sich ja „nicht an die russische Politik ketten zu lassen". Damit hat er dann auch den donnernden Beifall des Parteitages für sich. Und als Paul Levi, auch noch vom bürgerlichen Standpunkt aus, zu bemerken wagt, daß über kurz oder lang der russische Sowjetstaat eine ungeheure Wirkung auf seine Umwelt ausüben wird, da schallte es ihm entgegen: Die Dißmänner wollen sich mit den Asiaten und afrikanischen Negern verbrüdern. Niveau des Parteitages und künftiger Kurs der SPD. ist damit eindeutig festgelegt.

Zum Schluß noch eine Feststellung über die Mitgliederzahl. Nach dem Organisationsbericht zählte die Partei nach der Verschmelzung Oktober 1922 rund 1,400.000 Mitglieder. Am Jahresschluß 1,260.000 Mitglieder. Sie hat also nur etwa 10%, 140.000 Mitglieder, eingebüßt. Zwar stellte Scheidemann fest, daß in Berlin im ersten Quartal dieses Jahres 20% der Mitglieder verloren worden sind. Ob dies eine lokale oder allgemeine Erscheinung ist, ist nicht bekannt. Auf jeden Fall ist die Partei als Organisationsmaschine und damit in ihrer Wirkung auf die Arbeiter noch groß, wie das die revolutionäre Bewegung immer wieder zu spüren bekommt. Erklärt wird diese organisatorische Stärke durch vielerlei Tatsachen. Bei einem Vergleich mit der KPD. kommt vor allem in Betracht, daß sie frei ist von jeder Verfolgung, daß sie nicht immer von neuem zertrümmerte Teile ihrer Organisation aufbauen muß. Die SPD. hat namentlich in den kleinen Städten und in Landgebieten durch Besetzung der Amtsstellen eine günstige Organisationsbasis. Sie verfügt über 169 Tageszeitungen, die nie verboten werden und die gerade dann eine schamlose Kommunistenhetze treiben, wenn die KPD. wehrlos ist. All diese Tatsachen erklären jene Mitgliederzahlen. Aber sie dürfen darüber nicht hinwegtrösten. Im Gegenteil, hier liegt ein Ansporn zu intensivster Arbeit, zur Loslösung auch dieser Massen noch von der SPD., die ihren konterrevolutionären Charakter wiederum offen ausgesprochen hat.

Arbeiterbewegung

Die russischen Verbände auf dem Kongreß der Amsterdamer Internationale.

Von A. Losowski (Moskau).

II. (Fortsetzung.)

5. Die Kräfte der RGI.

** Wir haben schon oben darauf hingewiesen, daß die Amsterdamer Internationale 22 Organisationen besitzt, davon 19 in Europa. Die Rote Gewerkschaftsinternationale unterscheidet sich vor allem deshalb gründlich von der Amsterdamer Internationale, weil sie längst über die Grenzen Europas hinausging. Die RGI. vereinigt ganze Organisationen, einzelne Verbände, Minderheiten und Gruppen **von neunundvierzig Ländern.** Neben den oben angeführten 22 Ländern, in denen wir unsere Organisationen besitzen, ist die RGI. mit folgenden Ländern verbunden: Sowjetrußland, Vereinigte Staaten, Brasilien, Chile, Peru, Uruguay, Mexiko, Irland, Indien, Australien, Griechenland, Philippinen, Kuba, Portugal, Ägypten, Java, Japan, China, Korea, Litauen, Esthland, Persien, Argentinien, Türkei, Norwegen, Finnland, Algier, Tunis.

Die Kompliziertheit des Aufbaues und auch der Arbeit der RGI. besteht darin, daß sich ihr nicht nur ganze Organisationen anschließen, sondern auch Minderheiten, einzelne Verbände und Gruppen. Alle Organisationen, die der RGI. angeschlossen sind, können in folgende Gruppen geteilt werden: **1. Länder, deren Gewerkschaftszentralen als Ganzes der RGI. angeschlossen sind:** Sowjetunion (5,200.000), Australien (400.000), Ägypten (50.000), Esthland (25.000), Persien (20.000), Java (27.000), Chile (150.000); **2. Länder, in denen neben den reformistischen auch parallele revolutionäre Organisationen bestehen:** Frankreich (450.000), Tschechoslowakei (230.000), Holland (15.000), Lettland (15.000), Belgien (15.000), Brasilien (40.000), Japan (nach der Zerschlagung ist es schwer, die Mitgliederzahl festzustellen), Deutschland — Union und unabhängige Verbände — (200.000), Griechenland (20.000); **3. Länder, in denen wir eine ernstzunehmende oppositionelle Bewegung innerhalb der reformistischen Verbände haben:** Deutschland (2,500.000), Polen (50%), Vereinigte Staaten (2,000.000), Italien (50%), Norwegen (50.000), Schweden (40.000), Österreich (100.000), Dänemark (10.000) usw.; **4. Länder, die politisch mit uns sind, aber wegen der polizeilichen Unterdrückungspolitik sich nicht der RGI. anschließen können:** Finnland (48.000) und die Gewerkschaftsbewegung Jugoslawiens, Rumäniens, Bulgariens, Italiens, Spaniens; **5. Länder, in denen die Gewerkschaften nationale Färbung aufweisen** (Indien, Irland, China, Korea, Türkei), in denen wir sehr ernstzunehmende Stützpunkte innerhalb dieser Organisationen besitzen.

Wenn man die stärksten Länder nimmt, deren Arbeiterbewegung eine entscheidende Rolle spielt (England, Deutschland, Frankreich, Vereinigte Staaten, Italien, Sowjetrußland und Japan), so ersehen wir folgendes Bild: In Deutschland sind unsere Kräfte gleich groß, in Frankreich haben wir mehr als 60% der organisierten Arbeiter, in Italien 50%, in Rußland 100%, in den Vereinigten Staaten geht der Kampf zwischen uns und Gompers, und die Amsterdamer Internationale hat sehr wenig Einfluß. Der Einfluß der RGI. erstreckt sich hier auf annähernd zwei Millionen Arbeiter. In Japan knüpfen die Amsterdamer gerade ganz wenig Verbindungen an, während wir dort schon recht fest sitzen. In England befinden sich 20 bis 25% der organisierten Arbeiter unter unserem Einflusse. Wenn man die revolutionären Verbände nach Industrien nimmt und berechnet, wie unser Einfluß in vertikaler Linie ist, so erhalten wir die Bestätigung dieser Ziffern. Die RGI. ist **formell** kleiner als die Amsterdamer Internationale, weil in vielen Ländern der organisatorische Anschluß an die RGI. die Zerschlagung durch die Polizei bedeutet, und deshalb, weil dort, wo sich die Möglichkeit bietet, wir **innerhalb** der reformistischen Organisationen verbleiben (Deutschland, England, Österreich usw.).

Die statistische Berechnung unserer Kräfte und der Kräfte der Amsterdamer Internationale gibt nicht die richtige Vorstellung vom spezifischen Gewicht der RGI. Man kann die Arbeit und die Tätigkeit der RGI. nicht verstehen, wenn man nicht das unaufhaltsame und ununterbrochene Anwachsen der Kommunistischen Interationale und den unaufhaltsamen und ununterbrochenen Rückgang der sozialdemokratischen Hamburger Internationale berücksichtigt. Die Periode, in der die RGI. nicht mehr war als ein Internationales Propaganda- und Agitationskomitee, ist längst vorüber. Die RGI. und die ihr angeschlossenen Organisationen, ob sie es nun wollen oder nicht, sind genötigt, die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter nicht nur gegen die Unternehmer zu leiten, sondern auch gegen die Reformisten. Die RGI. stellt gegenwärtig eine in weit höherem Ausmaße **internationale Organisation** dar als die Amsterdamer Internationale, daher die Hetze, die in den letzten Monaten immer stärker gegen die RGI. betrieben wird.

6. Die Taktik der RGI.

Die RGI. ist zu dem Zwecke entstanden, um alle revolutionären Kräfte der internationalen Gewerkschaftsbewegung zum Kampfe gegen die Unterordnung der Arbeiterorganisationen unter den imperialistischen Völkerbund zu vereinigen. Vom ersten Augenblick ihres Entstehens an, hat die RGI. für die Einheit der

Gewerkschaftsbewegung gekämpft. Zusammen mit der Kommunistischen Internationale hat sie sich gegen die Losung der Zerstörung der Gewerkschaften ausgesprochen und spricht sich dagegen aus, indem sie dieser Losung die Losung der Eroberung der Gewerkschaften entgegensetzt. Die RGI. hat wiederholt ihre Dienste dafür angeboten, um abgespaltete Teile der Gewerkschaften wieder zu vereinigen, ist aber immer auf hochmütige Absagen von Seiten der Reformisten gestoßen. Als die Offensive des Kapitals einsetzte, schlug die RGI. gemeinsam mit der Kommunistischen Internationale der II. und der Amsterdamer Internationale die Einheitsfront vor. Auf dem Internationalen Friedenskongreß im Haag haben wir neuerdings gemeinsame Aktionen vorgeschlagen, aber der Vertreter der politischen Kommission Troelstra antwortete herausfordernd: „Die Kommunisten müssen erst Garantien geben, ehe wir mit ihnen eine Einheitsfront schließen können." Nach der Besetzung des Ruhrgebietes wurden wieder von uns Schritte unternommen, um eine Einheitsfront gegen die Kriegsgefahr zustandebringen. In der Zeit der großen Streiks wandte sich die RGI. an die Amsterdamer Internationale mit einer Aufforderung zu gemeinsamen Aktionen, ohne auf die wiederholten Zurückweisungen zu achten. Die Organisationen, die in Frankreich, in der Tschechoslowakei und in anderen Ländern der RGI. angeschlossen sind, haben wiederholt den reformistischen Verbänden vorgeschlagen, gemeinsam vorzugehen, aber immer Absagen erhalten, denn die reformistischen Verbände wollten keine Aktionen gegen die Bourgeoisie. Selbst unsere Gegner konnten es nicht ableugnen, daß dank der Kommunistischen Internationale und der RGI. die deutsche Gewerkschaftsbewegung nicht gespalten wurde, und gab es dort nicht provokatorische Ausfälle, schamlose Verfolgungen, die die ergebensten Elemente der Arbeiterorganisationen zur Verzweiflung treiben konnten?

Die RGI. hat, wenn sie die Einheitsfront vorschlug, nie daran gedacht, es bei dieser allein sein Bewenden zu lassen. In unseren Resolutionen, Aufrufen und Beschlüssen haben wir wiederholt betont, daß die Einheit der Aktionen, das wiederholte gemeinsame Vorgehen als der erste Schritt zur organisatorischen Verschmelzung beider Organisationen erscheinen. Wie aber hat die Amsterdamer Internationale auf unseren beharrlichen Vorschlag geantwortet? Sie hat immer wieder schriftlich abgesagt. In der ersten Zeit haben die Führer der Amsterdamer Internationale Zweifel an unserem Bestehen geäußert, dann, als man den Reformisten in jedem Lande mit kommunistischem Feuer einzuheizen begann, geruhten sie, unser Bestehen zu bemerken, wobei sie die „Entdeckung" machten, daß die „RGI. nicht mehr als ein Deckname der allgegenwärtigen Kommunistischen Internationale" sei, und ihre Zuschriften an uns wurden mit dem ironischen „sogenannte RGI." eingeleitet. Die Reformisten bewiesen noch einmal, daß sie von internationaler Arbeiterbewegung nichts verstehen. Gleichwie der Bourgeois die Ursache von Streiks und Unruhen unter den Arbeitern bei den Aufwieglern und im bolschewistischen Golde findet, ebenso erklärten diese Jammerführer die revolutionäre Bewegung der Arbeiter für eine listige Kombination des Kreml. Die RGI. schenkte den Ausfällen der Amsterdamer wenig Beachtung, denn sie war überzeugt, daß die Frage nicht mit Resolutionen und offenen Briefen entschieden wird, sondern mit **organisatorisch-politischer Arbeit in den Massen.** Diese Arbeit hat sie zusammen mit der Komintern geführt, und jetzt liegen die Ergebnisse vor: Die Amsterdamer Internationale zerfällt nicht nur ideologisch-politisch, sondern auch organisatorisch. Der empfindlichste Teil der Arbeiter, die der Amsterdamer Internationale angeschlossen sind, hat dort begonnen nach Atem zu ringen, wünscht das Fenster zu öffnen, um frische revolutionäre Luft hereinzulassen. Darin besteht der Sinn des Kampfes, der in Wien vor sich ging.

7. Die russischen Verbände und Amsterdam.

Die Geschichte der Beziehungen zwischen den russischen Verbänden und der Amsterdamer Internationale erinnert in vielem an die diplomatische Geschichte Sowjetrußlands. Lange Zeit wollte man uns nicht „anerkennen". „Es gibt keine Gewerkschaften in Sowjetrußland . . .", behaupteten die Reformisten nach den Worten der menschewistischen Klageweiber. Die diplomatische Nichtanerkennung Sowjetrußlands hat mit einem Zusammenbruche geendet. Die Staatsleute aller Länder entdeckten, daß Sowjetrußland nicht nur nicht besteht, sondern entgegen den Voraussagen aller weißgardistischen Propheten blüht und gedeiht. Den Führern der Amsterdamer Internationale war es schwerer, die russischen Verbände zu ignorieren, als den bürgerlichen Diplomaten: Die Mitglieder der reformistischen Verbände forderten von ihren Führern Unterstützung und Hilfe für Sowjetrußland, daher die spiespältige Politik der Amsterdamer Internationale, der erbitterte Kampf gegen Sowjetrußland, die Kommunistische Internationale und die RGI. einerseits und auf der anderen Seite die Hilfeleistung in der Hungerszeit, in der Zeit des Krieges mit Polen usw.

Zugleich mit diesen Schwankungen erwies die Amsterdamer Internationale den russischen Verbänden allen möglichen Widerstand, sich auch nur in irgendeinem Grade mit Verbänden anderer Länder zu verbinden. Es ist bekannt, daß russische Verbände zusammen mit anderen revolutionären Verbänden die Aufnahme in Berufsinternationalen durchsetzten (Bergarbeiter, Metallarbeiter, Transportarbeiter usw.) und sowohl der Amsterdamer Internationale wie den Berufsinternationalen Vorschläge machten, die Einheitsfront zustandezubringen. Lange Zeit erhielten die russischen Verbände keine Antwort, aber als es die Amsterdamer für nötig hielten zu schreiben, da verlangten sie für die Aufnahme in die Berufsinternationalen eine Gegenleistung in der Form des Austrittes unserer Verbände aus der RGI., Unabhängigkeit vom Sowjetstaate, von der Kommunistischen Partei usw. Alle diese nichtigen Forderungen trugen die ganze Zeit einen nicht ernstzunehmenden Charakter, aber die Amsterdamer brachten sie hartnäckig immer wieder vor, indem sie sich mit ihrer Folgerichtigkeit trösteten.

Gleichzeitig mit dem Zusammenbruch der Ruhrpolitik der Amsterdamer Internationale brach auch die Einheit dieser Internationale zusammen. Ein linker Flügel begann sich herauszubilden, wobei dieser linke Flügel die Losung einer Verständigung mit den russischen Verbänden vorbrachte. Zu dieser Verständigung kam es in der Internationale der Lebensmittelarbeiter, in dem der russische Verband aufgenommen wurde. Zu diesem Zwecke mußte die Internationale der Lebensmittelarbeiter einen besonderen Paragraphen in ihr Statut einführen, der besagt, daß die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale nicht als ein Hindernis zum Eintritte in die Internationale der Lebensmittelarbeiter erscheint. Die nächste Organisation, die das Gebot der Amsterdamer Internationale in bezug auf die Russen verletzte, waren die internationalen Transportarbeiterverbände. Fimmen und Williams sprachen sich ganz offen für die Einheitsfront mit den russischen Verbänden aus, wodurch es schließlich zur Internationalen Konferenz der Transportarbeiter kam (Mai 1924), die den Anstoß zur weiteren Herauskristallisierung des linken Flügels innerhalb der Amsterdamer Internationale gab. Es ist bekannt, daß die Amsterdamer Internationale gegen diese Konferenz einen Bajonettangriff richtete. Im Kampf gegen die Einheit der Arbeiterbewegung fanden sich bald die deutschen und die französisch-belgischen Patrioten zusammen. Wie aber verhielten sich zu dieser Konferenz die russische Gewerkschaftsbewegung und die RGI.? Die revolutionären Verbände aller Länder begrüßen mit Begeisterung den ersten Versuch einer Wiederherstellung der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung und schlugen vor, das gleiche in vertikaler und horizontaler Linie zu machen. Hier stießen wir aber von neuem auf die Sabotage von Seiten der führenden Schicht der Amsterdamer Internationale.

8. Die strittigen Fragen auf dem Wiener Kongresse.

Die inneren Unstimmigkeiten in der Amsterdamer Internationale haben sich schon seit langem in bezug auf die Frage verschärft, ob die einzelnen Berufsinternationalen das Recht haben, revolutionäre, der RGI. angeschlossene Verbände bei sich aufzunehmen. Das Büro der Amsterdamer Internationale verlangte von den Berufsinternationalen die unbeugsame Durchführung des Boykotts der revolutionären Verbände, dabei verschärften sich die Unstimmigkeiten, und deshalb, aber auch wegen der Transportarbeiterkonferenz, mußte Fimmen aus der Leitung der Amsterdamer Internationale austreten, und diese Frage war die zentrale Frage auf dem Wiener Kongresse. Der Streit bewegte sich um die Grenzen der organisatorischen Selbständigkeit der Berufsinternationalen, aber tatsächlich handelte es sich um die politische Selbständigkeit und nicht um die organisatorische. Und dies verstand auch jedermann.

Womit hat dieser Streit geendet? Mit einem Teilsiege des linken Flügels. Erstens wurden drei Vertreter der Berufsinternationalen in das Präsidium der Amsterdamer Internationale zugelassen, und zweitens wurde eine Kautschukformel angenommen, deren Sinn Fimmen folgendermaßen entziffert: „Falls internationale Berufsverbände aus wirtschaftlichen oder anderen (?) Gründen es für notwendig ansehen, Gewerkschaftsverbände der Sowjetunion in ihre Mitte aufzunehmen, wird dies nicht mehr verboten." Ja, und was nicht verboten ist, das ist erlaubt. Man wird aber zugeben, daß eine Internationale, deren einzelne Teile eine selbständige, unabhängige Politik führen werden, einen seltsamen Eindruck macht. In dem Zustande, in dem sich die

Amsterdamer Internationale befindet, gab es keinen anderen Ausweg, das entspricht dem Kräfteverhältnisse zwischen dem rechten und dem linken Flügel. Formal ist die Frage scheinbar beigelegt, aber dies ist nur ein äußerliches Wohlbehaltensein. Weder die rechte noch die linke Seite können sich mit dem angenommenen Beschlusse zufriedenstellen und der Kampf wird fortgeführt werden. Er wird mit umso größerer Schärfe fortgeführt werden, als die Anträge der Engländer, mit dem Zentralrat der russischen Gewerkschaften in Verhandlungen einzutreten, auf wütenden Widerstand von seiten der Reformisten stießen. Einer nach dem anderen gingen die reformistischen großen Tiere auf die Tribüne und beantragten, einen entschiedenen Kampf gegen den Krieg und — die RGI. zu führen. Ihrerseits bestanden die Engländer mit ebensolcher Entschiedenheit auf Verhandlungen mit dem Zentralrate der russischen Gewerkschaften. Einige der Redner führten eine Reihe praktischer geschäftlicher Erwägungen an, aber dies konnte natürlich den rechten Flügel nicht beeinflussen. Die Frage wurde einer Kommission übergeben, woraus in solchen Fällen ein „weißer Neger" hervorgeht, das heißt eine Resolution, die jedermann und niemand befriedigt. Nehmen wir nur einen Augenblick an, daß die Formel auch in dieser Frage ebenso dehnbar gefunden werden wird wie jene über die Frage der Grenzen der Selbständigkeit der Berufsinternationalen. Ist es aber etwa möglich, mit gutgeölten Formeln den begonnenen Kampf einzudämmen? Keinesfalls. Der begonnene Kampf muß bis zum logischen Ende gehen, und das Ende wird in der Vertreibung der Anhänger der Bourgeoisie aus den Arbeiterorganisationen bestehen.

9. „Tretet in die Amsterdamer Internationale ein!"

Einige Redner auf dem Kongresse der Amsterdamer Internationale warfen die Frage des Eintrittes der russischen Verbände in die Amsterdamer Internationale auf. Eine derartige Fragestellung entspricht nicht nur nicht dem Kräfteverhältnisse, sondern ist auch dem Wesen nach falsch. Die RGI. könnte mit mehr Recht als die Amsterdamer Internationale allen Organisationen vorschlagen, in ihre Reihen zu treten, aber wir glauben nicht, daß solche Methoden zu einer wirklichen Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung führen können. Womit muß man anfangen? Mit der Zulassung aller revolutionären, darunter auch der russischen Verbände in die entsprechenden Berufsinternationalen. Mögen die revolutionären Bergarbeiter, Metallarbeiter, Textilarbeiter, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Lederarbeiter usw. in die entsprechende Internationale eintreten. Dies wird ein wirklicher Schritt zur Herstellung der Einheit sein. Was den Zentralrat der russischen Gewerkschaften betrifft, so kann er nur in jenem Falle beitreten, wenn die Frage einer Wiederherstellung der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung auf der Grundlage der Verschmelzung der RGI. und der Amsterdamer Internationale gestellt werden wird. Die Vorschläge einiger Redner, die sich mit den Worten „Tretet bei uns ein!" formulieren lassen, sind aus ihrer ungenügenden Kenntnis dessen zu erklären, was die Rote Gewerkschaftsinternationale gegenwärtig darstellt und, was noch wichtiger ist, nicht alle sind sich darüber klar, welches Ausmaß der Zerfall der Amsterdamer Internationale angenommen hat.

10. Die vereinigte Gewerkschaftsinternationale.

Aber nicht alle Redner des linken Flügels standen auf dem Standpunkte geschichtlicher Verjährung und des Legitimismus. Sowohl Bromley wie Purcel, Cook und Fimmen verstanden sehr gut, daß eine wirkliche Einheit nur durch die Verschmelzung der RGI. mit Amsterdam geschaffen werden kann. Wir begrüßen unsererseits mit Freuden die Aussicht auf Wiederherstellung einer einheitlichen internationalen Gewerkschaftsbewegung. Die Einheit kann nicht durch den Eintritt bloß der russischen Verbände in die Amsterdamer Internationale geschaffen werden, dies würde die Spaltung nur verstärken. Es ist nötig, die Linie der nationalen und der internationalen Wiederherstellung der Einheit zu verfolgen, sich ernsthaft an die Organisierung von Einheitskongressen nach Ländern heranzumachen, auf den Grundlagen der Parität ein Organ zur Einberufung eines internationalen Einheitskongresses zu schaffen. An diese Frage muß man wie an eine höchst schwierige Aufgabe herangehen, die nur unter der Bedingung gelöst werden kann, daß die vertragschließenden Parteien sich vorher der Mehrheit der Kongresse unterwerfen und loyal in den Grenzen und Rahmen der Vereinigten Internationale arbeiten. Wir sind unsererseits bereit, die hierzu notwendigen Opfer zu bringen. Die RGI. und die internationale Propagandakomitees werden sich für die Selbstauflösung aussprechen, wenn von seiten der Amsterdamer Internationale ein gleichartiger guter Wille zur Wiederherstellung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung vorherrschen wird, wenn auch sie ihre Organisationen auflösen und in der neuen Internationale aufgehen werden.

Ist ein Vorschlag dieser Art für die Führer der Amsterdamer Internationale und der Berufsinternationalen annehmbar? Für die revolutionären Verbände aller Länder, darunter auch für die russischen, ist ein solcher Vorschlag annehmbar, denn die Wiederherstellung der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung bedeutet einen riesigen Schritt vorwärts im Kampfe der Arbeiterklasse um ihre Befreiung. Die RGI. wird allen Verbänden, Gruppen und einzelnen Elementen innerhalb der Amsterdamer Internationale, die für die Wiederherstellung der Einheit in den proletarischen Reihen kämpfen, die nur auf der Grundlage der Verschmelzung beider Internationalen geschaffen werden kann, jegliche Beihilfe erweisen.

(Schluß folgt.)

Proletarische Frauenbewegung

Die Aufgaben der Dritten Internationalen Konferenz der Kommunistinnen.*)

Von Clara Zetkin.

III.

Die einzelnen Aufgaben.

**) Da die Fragen, mit denen die Konferenz sich zu beschäftigen hat, in besonderen Artikeln ausführlicher behandelt werden, genügt es, hier einen kurzen, charakterisierenden, wertenden Blick auf sie zu werfen. Besondere Bedeutung kommt den Beratungen über die kommunistische Arbeit zur Erfassung der Frauen in den Betrieben und Gewerkschaften zu. Dabei handelt es sich darum, bis jetzt nur spärlich fließende, aber stärkste Quellen revolutionärer Kraft voll zu erschließen und in den Strom des proletarischen Klassenkampfes zu leiten. In der Produktion, dem Handel und Verkehr der kapitalistischen Länder spielt die Frauenarbeit eine hervorragende Rolle. In manchen Industriezweigen ist sie ein beherrschender, ausschlaggebender Faktor. In den Betrieben empfinden Millionen ausgebeuteter, abgehetzter, sorgengequälter Frauen unmittelbar die volle versklavende Macht des kapitalistischen Unternehmertums, der bourgeoisen Klassenherrschaft. Hier haben unsere Genossinnen die Elite der weiblichen Truppen zu werben und zu sammeln, die unter Führung der Kommunistischen Partei die wirtschaftlichen und politischen Massenaktionen der Proletariats tragen, die großen geschichtlichen Schlachten der Revolution schlagen helfen. Einbeziehung der Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten in die revolutionäre Betriebsrätebewegung, tätigste Beteiligung an ihrer Organisierung, ihren Aktionen und Kämpfen ist daher ein kommunistisches Tätigkeitsziel. Es gilt nicht bloß, Arbeiterinnenmassen zusammenzuballen in einheitlichem Kampfeswillen und in Einheitsront mit ihren Brüdern. Es muß zu diesem Zweck auch ein Stab von Arbeiterinnen erzogen werden, die gleichverpflichtet und gleichberechtigt an der Herausbildung fest organisierter Stützpunkte der gemeinsamen Massenaktionen beteiligt und Führerinnen ihrer Schwestern sind. Daß unser planmäßiges Wirken die Arbeiterinnen breit und tief erfaßt, ist unerläßlich, damit jeder große Betrieb zu einer uneinnehmbaren Festung gegen den Kapitalismus wird, damit auch in allen kleineren Betrieben die Kampfestruppen bis zum letzten Mann, zu der letzten Frau sich vereinigen.

Unsere kommunistische Arbeit in den Betrieben greift naturgemäß auf die Gewerkschaft über. Hier muß ihre Aufgabe sein, die Hunderttausende und Hunderttausende bereits erweckten und organisierten Arbeiterinnen auf eine höhere Stufe ihres Erkennens und Handelns zu heben. Wir haben sie zum Kampf gegen die Schutztruppe des Unternehmertums, der Bourgeoisie zu rufen und zu führen, zum Kampf gegen die grundsatzlose, treulose reformistische Gewerschaftsbürokratie. Im Zeichen des „Burgfriedens" hat diese die Gewerkschaften von Kampforganisationen gegen den Kapitalismus zu Bollwerken seiner unersättlichen Beutegier und rücksichtslosen Herrschaft herabgedrückt. Dafür müssen die Arbeiterinnen und weiblichen Ange-

*) Abschnitt I und II dieses Artikels siehe Nr. 66 (Wochenausgabe 24) der Inprekorr.

stellten im besonderen büßen. Ihre Hungerlöhe allein schon beweisen es. Trotzdem sind die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder in ihrer Mehrzahl passiv oder sogar aktiv die zuverlässigste Gefolgschaft der reformistischen Bürokratie. Unsere aufklärende Arbeit muß sie zu deren unversöhnlichen Gegnerinnen machen, zu treibenden Kräften für die Revolutionierung der Gewerkschaften. Sie hat die Gewerkschafterinnen den kommunistischen Zellen, Fraktionen usw. zuzuführen und ihnen den Weg zur Kommunistischen Partei zu zeigen, hat aus ihren Reihen zielklare Agitatorinnen und Organisatorinnen heranzuschulen. Nur eine auf dieses Ziel gerichtete Tätigkeit gibt unserer Losung in den Betrieben Berechtigung und Sinn: Hinein in die Gewerkschaften!

Es ist eine tief bedauerliche Tatsache, daß die Kommunistischen Parteien in allen kapitalistischen Ländern bei uns nur winziges Verständnis dafür bewiesen haben, wie bedeutsam, wie brennend nötig die Mobilisierung und Aktivisierung der Arbeiterinnen in den Betrieben und Gewerkschaften ist. Es ist im allgemeinen bitter gering, was in dieser Hinsicht geleistet worden ist, nicht viel sogar in Deutschland und in der Tschechoslowakei, wo es verhältnismäßig noch am besten damit steht. Soviel auch von der Notwendigkeit der „Einheitsfront" für die Teilkämpfe und das Machtringen des Proletariats geredet wurde, so wenig beachteten es die Genossen, daß diese Einheitsfront ohne die Eingliederung der Arbeiterinnenmassen die größte, empfindlichste Lücke aufweist, durch die der Feind eindringt. Die Umstellung der Parteiorganisation auf die Betriebszelle ist ein Ansporn, daß dem anders werde, und schafft günstige Bedingungen dafür. Pflicht der Genossinnen ist es, diese Situation zu nützen. Ihr internationaler Meinungsaustausch auf der Konferenz wird die praktischen Mittel und Wege aufzeigen, um die vorliegende große und dankbare Aufgabe zu bewältigen. Die Behandlung der einschlägigen Fragen wird bestätigen, was bereits über den Unterschied im Charakter und den Mitteln unserer Arbeit unter den Frauenmassen in den Sowjetrepubliken und den kapitalistischen Staaten dargelegt worden ist.

* * *

Die Erwerbslosigkeit der Frauen steht als eines der kennzeichnendsten und schwersten Zeitprobleme vor der Konferenz. Als Anzeichen der Zerrüttung der kapitalistischen Weltwirtschaft, der Rückständigkeit und Schwäche der industriellen Produktion in den Arbeiter- und Bauernstaaten redet sie durch erschütterndes Massenelend, Frauenelend zu ihr. Die Erwerbslosigkeit von Massen berufstätiger Frauen hat ihr besonderes Gepräge. Bei ihr selbst, wie bei der Einstellung zu ihr von allen, die bürgerlich empfinden und denken, offenbart sich eine Verflechtung der Klassenlage und Klassenknechtung der Berufstätigen als Proletarierin mit ihrer Minderwertung und Minderberechtigung als Weib. Die bürgerliche Gesellschaft auferlegt der Proletarierin den Zwang zur Arbeit, jedoch sie anerkennt nicht ihr Recht auf Brot, gleichzeitig leugnet sie das Recht der Frau auf Arbeit, unabhängig vom Mann und der Familie. Auf der Grundlage dieser Widersprüche hat sich die Frage der sogenanten „Doppelexistenz der Frau" entwickelt. Ihr brutaler, waschecht kapitalistischer Sinn ist: Wer in der Gesellschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln leben will, muß verkaufen, was er auf dem Markt loswerden kann. Die Proletarierin kann außer ihrer auszubeutenden Arbeitskraft ihr Geschlecht, ihr Weibtum verkaufen. Sie muß das tun, wenn anderenfalls der Mann seine Arbeitskraft nicht abzusetzen vermag.

Es ist eine bekannte Erscheinung, daß während der „normalen" Krisen der kapitalistischen Wirtschaft die Arbeiter zuerst aufs Pflaster flogen und durch billigere weibliche Kräfte ersetzt wurden, daß die Frauenarbeit sich ausdehnte, ja in neue Berufsgebiete eindrang. Im Gegensatz dazu wurden im Verlauf der jetzigen Weltkrise des Kapitalismus die Frauen die ersten und zahlreichsten Opfer der Erwerbslosigkeit. Nicht etwa bloß, weil die Rüstungsindustrie und „kriegswichtigen" Unternehmungen, Verkehrsanstalten, Verwaltungen usw. nicht mehr wie zur Zeit des imperialistischen Völkermordens der weiblichen Berufstätigen als „Nothelferinnen" bedürfen und Wirtschaftszweige mit starker weiblicher Arbeiterschaft schwer darniederliegen. Nein! Die Tore der Betriebe schließen sich den tüchtigsten Arbeiterinnen und Angestellten, erprobte Lehrerinnen, Beamtinnen usw. werden aus langjährigem Wirkungskreis entfernt, denn sie sind — Frauen. Die Herren Kapitalisten zahlen die höheren Männerlöhne und Männergehälter als Versicherungsprämie gegen die Revolution, und ihr „Vater" Staat tut desgleichen. Man rechnet mit der politischen Rückständigkeit und Passivität der Frauen, mit ihrer schwachen „Begehrlichkeit" in puncto Lebenshaltung und dem ihr entsprechenden Hungerniveau der Arbeitslosenunterstützung. Schließlich und vor allem: weil die Ausbeuter und ihre regierenden Geschäftsführer bei Festsetzung der Frauenlöhne und Frauengehälter die mögliche Verschacherung des Frauenkörpers in Anschlag bringen, also auch bei Frauenentlassen aus Verdienst und Nahrung. Ob die „gesicherte Existenz" von ungezählten Darbenden, Verkümmernden erstritten wird durch „Geschlechtsarbeit" in der Familie oder auf der Straße macht grundsätzlich und erst recht praktisch für die Kapitalisten keinen Unterschied.

Aber wie stets: je skrupelloser, je gemeiner der ehrbare Bourgeois handelt, wenn sein Profit und seine Herrschaft auf dem Spiel steht, umso lieber beschwört er Grundsätze und Ideale. Und so werden jetzt die verstaubtesten Grundsätze und Ideale vor der „gott- oder naturgewollten" Tätigkeitssphäre der Frau im Hause hervorgeholt. Der Kampf der Geschlechter um das „Recht", sich ausbeuten zu lassen, ist aufs neue mit der Heftigkeit wie vor Jahrzehnten entbrannt und verdunkelt für Vielzuviele die Erkenntnis, daß es sich letzten Endes um eine Erscheinung der kapitalistischen Klassenmacht handelt, die nur durch den gemeinsamen Klassenkampf der Lohnfrohndenden, Mann ob Weib, ob erwerbend oder erwerbslos, zurückgeworfen werden kann. Die Reformisten aller kapitalistischen Länder bestätigen Aug in Auge mit der Erwerbslosigkeit größter Frauenmassen, daß sie alles vergessen und verraten, was sie von Marx über die Bedeutung der produktiven Frauenarbeit in der Gesellschaft gelernt hatten. Durch heuchlerische Gemeinplätze über „harte Notwendigkeiten der harten Zeit" suchen sie zu verschleiern, daß ihre Praxis die des bürgerlichen Kampfes gegen die angebliche „Doppelexistenz der Frau", die schmähliche Preisgabe des Rechtes der arbeitenden, berufstätigen Frau darstellt.

Grundsätzlich und praktisch von weitreichender Bedeutung fordert die Frage der Erwerbslosigkeit von unserer Konferenz entschiedenste Stellungnahme. Die Frage eröffnet uns einen ausgedehnten Tätigkeitsbereich, wo in Gestalt von Martern des Leibes und der Seele sich die Ansatzpunkte drängen, die Frauenheere aus der lähmenden Enge bürgerlicher und reformistischer Anschauungen auf das Blachfeld des proletarischen revolutionären Klassenkampfes zu leiten. Darunter Scharen weiblicher Berufstätiger aus dem Klein- und Mittelbürgertum, deren Abmarsch in das Lager des Kommunismus unsere Feinde schwächt. Unsere Arbeit unter den erwerbslosen Frauen muß getragen werden von heißem Mitgefühl für unbeschreibliche Leidende; von der Treue zu unserem Grundsatz, vom Recht des Weibes auf eigene gesellschaftliche Tätigkeit, unabhängig und selbständig vom Mann; von unserer geschichtlichen Erkenntnis, daß wir auch in den erwerbslosen Frauenmassen Kräfte zur Revolution kampftüchtig zu erhalten und zu sammeln haben. Die erwerbslosen Arbeiterinnen, Angestellten, Lehrerinnen, Telephonistinnen usw. dürfen nicht unter der Wucht ihres Loses in das passiv verfaulende Lumpenproletariat versinken. Sie müssen fest sich mit den produktiv tätigen Arbeitern verbinden und erkennen lernen, daß nur der revolutionäre Klassenkampf des Proletariats, nicht aber Frauenrechtlerei ihre Leiden zu mildern und zu enden vermag.

Die konkreten Einzelforderungen, für die wir international kämpfen müssen, liegen auf der Linie unserer grundsätzlichen Einstellung. Sie sind ohne jede schwächliche, reformistische Rücksicht auf das Privateigentum der Großkapitalisten als Kampfziele zu stellen, in dem klaren Bewußtsein, daß sie ohne rücksichtslose Eingriffe in dieses Allerheiligste der Bourgeoisie nicht durchgeführt werden können. Von der Forderung einer sozialen Unterstützung der Erwerbslosen, die eine menschenwürdige Existenz sichert und gleichbemessen für Mann und Frau ist, bis zu jener der entschädigungslosen Beschlagnahme aus Profit stillgelegter Betriebe durch den Staat und ihre Weiterführung unter Kontrolle der Betriebsräte. Die Beratungen der Konferenz über die Erwerbslosenfrage werden illustrieren, wieviel die Frau als Erwerbslose wie als Erwerbende an Recht, Schutz, sozialer Fürsorge und Förderung durch die Machteroberung des Proletariats gewinnt. Gewinnt sogar dann, wenn die Wirtschaft so vielstufig, so wenig entwickelt ist wie in dem Bunde der Räterepubliken, wenn die vorwärtstreibenden Kräfte heiß ringen müssen mit den noch starken Mächten der Vergangenheit und den kapitalistischen Todfeinden jenseits der Grenzen. Unbestritten, daß auch in den Arbeiter- und Bauernstaaten Frauenmassen unter den Plagen der Erwerbslosigkeit stöhnen. Jedoch alle Schutzorgane, die Regierung, die einzelnen Volkskommissariate, die Sowjets jeder Art usw. wirken zusammen mit den Gewerkschaften, Genossenschaften usw., um unter kommunistischer

führung das Elend der Frauen ohne Verdienst und Brot zu lindern, und um sie durch Artels, Genossenschaften und andere Mittel als Tätige der Wirtschaft einzugliedern.

Unsere bevorstehende Konferenz kann sich nicht darauf beschränken, den Genossinnen bestimmte Aufgaben unter den Frauenmassen zuzuweisen. Sie muß auch prüfen, ob wir an Wissen, Schulung und Können ausreichend gerüstet sind, um diesen Aufgaben wie den allgemeinen Parteipflichten gerecht zu werden; ob die Formen und Methoden unserer Arbeiten verbesserungsbedürftig sind; ob unsere internationale Verbindung ihren Zweck erfüllt, die Genossinnen der einzelnen Länder bei Arbeit und Kampf mit der Kommunistischen Internationale und ihren Sektionen einheitlich zusammenfassen. Die Beantwortung dieser Fragen begreift Rückschau und Vorschau in sich. Die Grundlage dafür wird gegeben durch die drei großen Berichterstattungen über die Tätigkeit des internationalen Frauensekretariats und den Stand der „kommunistischen Frauenbewegung" in den kapitalistischen Ländern, in den Seowjetrepubliken und in dem nahen und fernen Osten. Ferner durch die zwei Punkte der Tagesordnung: „Formen und Methoden der kommunistischen Arbeit unter den Frauenmassen" und „Erziehungsfragen".

Die Berichterstattungen, durch Mitteilungen der Delegierten aus den verschiedenen Ländern wertvoll ergänzt und bereichert, werden in jeder Hinsicht zeigen, was sich bewährt hat, was der Änderung und Vervollkommnung bedarf, und in welcher Richtung erneuert und verbessert werden muß. Aus der Fülle der internationalen Praxis und Erfahrung heraus muß sachverständige Beurteilung und Wegweisung gesucht werden. Wir dürfen dabei nicht vergessen, daß für die uns vorliegenden praktischen Fragen der internationalen Verbindungsmittel wie der Formen und Methoden unserer Arbeit nur ein Grundsatz gilt: höchste Zweckmäßigkeit. Wollen wir sie erreichen, so dürfen wir weder zurückschrecken vor freimütiger, sachlicher Kritik dessen, was ist, noch im Unklaren über das sein, was wir wollen und können. Bei Kritik wie bei Vorschlägen, Anregungen, Weisungen müssen wir auf dem festen Boden der Tatsächlichkeit bleiben.

Was die internationale Verbindung zwischen den Genossinnen anbelangt, so wird das Internationale Frauensekretariat als technisches Hilfsorgan der Kommunistischen Internationale und ihrer Exekutive im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen. Eine Reihe wichiger Fragen verlangen Antwort. Soll der Sitz des Internationalen Frauensekretariats in Berlin bleiben oder nach Moskau verlegt werden? Sind seine Aufgaben zu verändern, zu erweitern und nach welcher Richtung hin? Was muß geschehen, damit die „kommunistische Frauenbewegung" der einzelnen Länder sich rascher und kräftiger entwickle als seither und die internationale Verbindung zwischen den Genossinnen fruchtbarer werde? Wie müssen im Hinblick auf die Information, die theoretische und praktische Schulung der Genossinnen die persönlichen Beziehungen zwischen ihnen und dem Wirken des Internationalen Frauensekretariats, wie muß im Hinblick darauf das internationale Frauenorgan gestaltet werden? Sind die Konferenzen der Internationalen Korrespondentinnen beizubehalten und auf regelmäßige Termine festzulegen? Im Zusammenhang mit diesen Fragen heischt mancherlei anderes Antwort. Bei dem Suchen danach haben wir festzuhalten, daß engste Wechselwirkung besteht zwischen der Enwicklung, dem Leben der „kommunistischen Frauenbewegung" in den einzelnen Ländern und der Tätigkeit des Internationalen Frauensekretariats.

Eine Selbstverständlichkeit, ja eine Notwendigkeit ist die Einleitung der Konferenzverhandlungen über die Methoden und Formen unserer Arbeit unter den Frauen durch das Referat einer Genossin aus den Sowjetländern. Hier stellte früher die Illegalität, dann der leidenschaftliche Kampf um die Macht und wider die Zettelungen der Gegenrevolution, hier stellt dauernd das Analphabetentum der überwiegenden Mehrzahl werktätiger Frauen die höchsten Anforderungen an die Kunst, durch scharfsinnige Beobachtungen und Berücksichtigung der gegebenen Umstände Formen und Methoden ausfindig zu machen, die unserer kommunistischen Arbeit unter den Frauen Erfolg sichern. Die von unseren sowjetistischen Genossinnen angewandten Methoden und Formen der Arbeit sind mit den Erfahrungen der Revolution gesättigt und können sich in Freiheit entwickeln. Inwieweit und mit welchen Modifikationen sie in den kapitalistischen Staaten angewendet werden können, darüber entscheiden Tatsachen. Sicher ist, daß die Kommunistinnen von dort durch Kenntnis und Vergleich reiche Anregung und starken Anstoß für die Überprüfung und Ausbildung ihrer Methoden und Formen der Arbeit unter den Frauenmassen erhalten werden. Das Beharrungsvermögen war ein Erbteil menschlicher Gebundenheit, und das Alte und Erprobte wird gern zur festgehaltenen Routine. „Denn aus Gemeinem ist der Mensch gemacht, und die Gewohnheit nennt er seine Amme." In der vorliegenden Situation müssen wir uns bei der kommunistischen Arbeit unter den Frauen gewiß vor nervösem, zappeligem Experimentieren hüten. Allein nicht minder verhängnisvoll wäre die Fesselung durch das Hergebrachte und Vertraute. Diese revolutionsschwangere Zeit fordert Beweglichkeit, den Blick auf das Ziel gerichtet — Revolutionierung der Frauenmassen — bei gewissenhafter Wertung des Konkreten.

Von unvergleichlicher fortwirkender Wichtigkeit für die Erfüllung unserer Aufgaben ist unser geistiges Gerüstetsein durch Wissen und theoretische Schulung. Wollen wir die schaffenden Frauenmillionen wecken und dauernd mit der Kommunistischen Partei zum Umsturz und zum Neubau der Gesellschaft verbinden, so müssen wir aufs genaueste mit der Welt der Wirklichkeiten um uns bekannt sein, müssen sie aber auch gleichzeitig mit unserem Geist bemeistern, indem wir inmitten ihrer Widersprüche die geschichtliche Entwicklungslinie zum Kommunismus klar erkennen und sonder Wanken und Schwanken unser Wollen und Tun auf sie einstellen. Ernste, gründlichste Sachkenntnis im einzelnen bei Wertung und Zusammenfassung mit dem Großen, Ganzen, Allgemeinen gibt unserem Wirken unter den Frauen eine tragfeste Basis. Herz und Hirn der Frauen wird sich uns nur öffnen, wenn wir mit ihrem grauen Werktagsdasein vertraut sind. Wir können sie nur aus müder, zermürbender Hoffnungslosigkeit zur entschlossenen, siegesfrohen Kampfbereitschaft emporheben, wenn wir imstande sind, ihnen überzeugend nachzuweisen, daß nur der revolutionäre Klassenkampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten der Weg ist, der aus der Hölle ihres Elends führt, daß einzig und allein der Kommunismus ihnen eine Heimat in freier Luft und Sonnenglanz gibt. Wer zum Kommunismus heranziehen, für ihn erziehen will, der muß selbst durch den Kommunismus herangezogen und erzogen worden sein, ihm mit Leib und Seele gehören.

Die Behandlung der Erziehungsfrage auf unserer internationalen Tagung soll die Aufmerksamkeit der Genossinnen auf die elementare Bedeutung des Gegenstandes lenken. Zugleich soll sie ihnen starken Anreiz und sichere Wegweisung für umfassende und gründliche Ausbildung geben. Es ist eine entscheidende Bedingung für die erfolgreiche Eingliederung größter werktätigen Frauenmassen in den Dienst der Proletarischen Revolution, daß in allen Ländern ein Stab theoretisch durchgebildeter, erfahrener, agitierender, organisierender, führender Genossinnen heranwächst, gleich tüchtig und zuverlässig bei der unscheinbaren, oft eintönigen Alltagsarbeit wie in den großen leidenschaftlichen Kämpfen. Lernen wir! Theoretisch vor allem aus der noch lange nicht ausgeschöpften reichen Geisteswelt von Marx und Engels wie aus den kaum angeblätterten Werken von Rosa Luxemburg und Lenin, dem Meister revolutionärer Lehre und Praxis. Studieren wir dabei das durch die Revolution weit geöffnete Buch des lebendigen geschichtlichen Lebens, jenes gewaltige Dokument des ewig fließenden Vergehens und Werdens. Mit dem unendlichen Reichtum seiner Erscheinungen ist es das beste Kriterium der Theorie, stützt oder revidiert alte Erkenntnisse durch neue Wahrheiten und verhindert das Erstarren des Gedankens in toten Formeln, das Herabsinken der Praxis zum Trotten in ausgefahrenen Geleisen.

Die Erziehungsfrage läßt sich jedoch nicht in den engen Rahmen der umrissenen Aufgabe zwängen. Sie ist Frage der Volkserziehung, der Volkskultur im Geiste, in der Weltauffassung des Kommunismus und als solche nicht etwa bloß eine Frage der Wissenschaft und Sache der Pädagogen, vielmehr eine politische Frage und die Sache der werktätigen Massen. Zur Revolutionierung der Millionen ausgeplünderter und geknechteter Frauen bedürfen wir sowohl der geschulten Führerinnen wie der Menge bildungssehnsüchtiger, lernend emporsteigender Ungenannter und Unbekannter. Wir bedürfen zumal der Jugend, des Nachwuchses. Die Stellungnahme unserer Konferenz zur Erziehungsfrage muß international vereinigend und vorwärtstreibend wirken. In seiner Auseinandersetzung mit dem Anarchisten Stirner schrieb Marx, daß es sich darum handle, neue soziale Verhältnisse zu schaffen und neue Menschen zu bilden, die diese Verhältnisse schaffen können. Von dieser Auffassung durchdrungen, muß die Dritte Internationale Konferenz der Kommunistinnen uns für die einzelnen Aufgaben rüsten, die uns der revolutionäre Kampf und der revolutionäre Aufbau stellen. Zum unzerbrechlichen Ring muß sich international Wille und Tat schließen im Zeichen der Revolution.

———

Jugendbewegung

Bereitet den X. Internationalen Jugendtag vor!

An alle Kommunistischen Jugendverbände!

Jugendgenossen!

** Das EK. der KJI. ruft Euch auf, alle Vorbereitungen zum X. Internationalen Jugendtag zu treffen! Seit Kriegsbeginn 1914 ist dies die zehnte Aufforderung, am ersten Sonntag im September den Tag der arbeitenden Jugend zu feiern. Dieses Jahr wird er am 7. September zur machtvollen Gestaltung gelangen.

Die Bedeutung des Internationalen Jugendtages liegt darin, daß an ihm die Jungarbeiterschaft in allen Ländern der Welt in immer gesteigerter Zahl unter den gleichen Losungen ihren Kampf gegen die Bourgeoisie ansagte. Durch die gleiche Not bedrückt und von gleich Gefahren bedroht, haben erst Tausende, dann Hunderttausende und Millionen ausgebeuteter Jungarbeiter und -bauern den Fahnen der KJI. am Internationalen Jugendtag Gefolgschaft geleistet.

Vor zehn Jahren gab der Internationale Jugendtag den Auftakt zur revolutionären Arbeit gegen den Krieg. Kein noch so brutaler Terror gegen die jungen Kommunisten hat es hindern können, daß von Jugendtag zu Jugendtag die Kraftentfaltung der Jungarbeiterschaft gegen ihre Widersacher stärker wurde. Eine gewaltige Waffe gegen die Bourgeoisie ist der Internationale Jugendtag geworden.

In diesem Jahr aber gilt es, stärker noch anzutreten als bisher.

Der diesjährige Jugendtag ist der erste ohne unseren Führer Lenin. Das veranlaßt uns, am Internationalen Jugendtag auf unseren Fahnen die Parole zu tragen: Erfüllt das Vermächtnis Lenins! Durch eine gesteigerte politische Massenarbeit unserer Organisationen anläßlich des Jugendtages wollen wir zeigen, daß es uns ernst damit ist.

Unvermindert groß sind Gefahren und Not für alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen in Stadt und Land. Größer aber ist auch die Kampfentschlossenheit, stärker sind auch die Organisationen der Jungarbeiterschaft geworden: die Kommunistischen Jugendverbände, die in Verbindung mit dem revolutionären Proletariat die arbeitenden Jugendmassen zur Verteidigung ihrer Lebensrechte und zur Niederwerfung ihrer Feinde in den Kampf führen. Und das tut not!

Unfähig, die Folgen des Krieges zu überwinden, aber noch fähig, seine Lasten von sich abzuwälzen, führt die Bourgeoisie ihre Angriffe gegen das Proletariat und die arme Bauernschaft fort. Nach den Erhebungen der ausgebeuteten Massen in Bulgarien, Kolen und Deutschland, die mit blutigem Terror von der Militärdiktatur niedergeworfen wurden, vereinigt die Bourgeoisie ihre Vorstöße auf wirtschaftlichem Gebiet mit den politischen Vorstößen der Reaktion und der Faschisten.

Ausgedehnte militärische Rüstungen, Geheimabkommen von Mächtegruppen und Einkreisungspolitik, freche Anmaßungen gegen Sowjetrußland, aufeinanderfolgende imperialistische Konflikte, sowohl in Europa wie um die kolonialen Interessengebiete, bezeichnen den Weg, der über kurz oder lang zu neuen blutigen Kriegen führen kann.

Die Sozialdemokraten betätigen sich, wie in der englischen „Arbeiter"regierung, in allen Ländern als die getreuesten Sachwalter der Bourgeoisie und sind die lakaienhaft-eifrigsten Helfer der nationalistischen Reaktionäre und Faschisten.

Der Ausgang der Wahlen in den verschiedenen Ländern kann in keiner Richtung eine Lösung der schwierigen Wirtschaftslage der betreffenden Staaten herbeiführen und vor allem außenpolitisch keine Änderung der genannten Lage bringen.

Wohl aber deuten in Verbindung mit dem starken Anwachsen des kommunistischen Einflusses, der sich bei den Wahlen zeigte, die gewaltigen Arbeiterkämpfe und Streiks eine neue Welle der revolutionären Erhebung an.

In Deutschland, wo die nationalistische Reaktion mit allen Mitteln daran ist, die Macht uneingeschränkt in ihre Hände zu nehmen, das Proletariat aber besser vorbereitet den Kampf aufnehmen wird, können wir uns bald wieder entscheidenden Auseinandersetzungen gegenübersehen. Der Unterstützung des deutschen Proletariats in seinem Kampfe müssen die kommenden Kämpfe in allen Ländern dienen.

In solcher Situation erhält der X. Internationale Jugendtag eine hohe politische Bedeutung. In jedem Lande soll der KJ daher die arbeitende Jugend auffordern, zu demonstrieren un den Parolen:

Gegen neue imperialistische Kriege!
Für die revolutionäre Arbeit in der Armee!
Gegen die Angriffe des Kapitals!
Gegen Faschismus und Reaktion!
Für die Bewaffnung der Arbeiterschaft!
Gegen die Sozialdemokratie, die Stütze der Bourgeoisie!
Für die Losungen Lenins!
Für die Diktatur des Proletariats!

Jeder junge Arbeiter in der Werkstatt, jeder junge Lan arbeiter im Dorfe, jeder junge Soldat in der Armee und in d Marine soll sich bereithalten, diesen Losungen zu folge Dazu ist eine Propaganda und Aufrüttelungsarbeit notwend die ganz auf das Ziel — die restlose Beteiligung der Massen i in den Betrieben ausgebeuteten Jungarbeiter am Jugendtag eingestellt sein muß.

Die Jugend der Betriebe, unter Führung der KJ.-Zelle, i der wichtigste Bestandteil unserer Demonstrationen und Ve sammlungen!

Der antimilitaristische Charakter des Jugendtages erforde eine verstärkte Propaganda unter den Soldaten und organisator sche Festigung unserer revolutionären Arbeit in der Armee

Der Jugendtag soll auch ein Bekenntnis für die Gemeinsam keit der Interessen der Jugend des Westens und der Jugend der kolonialen Länder gegen die imperialistischen Machthaber sein.

Die arbeitende Jugend auf dem Lande zu erobern, muß jetzt energisch der Beginn gemacht werden. Eine umfassende propagandistische und organisatorische Arbeit zur Einreihung der Landjugend in die KJ. ist aufzunehmen.

Die Rote Woche, die dem Jugendtag voraufgeht, soll vor allem der Erfüllung dieser Hauptaufgaben dienen. Die konzentrierte Werbetätigkeit für unsere Organisation und Presse, und immer tieferes Eindringen in die Massen der werktätigen, junge Arbeiter und Arbeiterinnen soll den Internationalen Jugendtag auch zu einem Demonstrationstag werden lassen:

Für die Kommunistische Jugend, die Massenorganisation und Führerin der werktätigen Jugend!

Für den gemeinsamen Kampf der arbeitenden Jugend in Stadt und Land!

Für die Verbrüderung der ausgebeuteten Jugend der imperialistischen Länder und der Kolonien!

Mit der Roten Woche verbunden soll auch die Internationale Kinderwoche stattfinden. Unsere Arbeit unter den Kindern der Arbeiterklasse muß gesteigert und die Kindergruppen sollen mehr mit unserem politischen Kampf verbunden werden.

Jugendgenossen!

Nehmt die Massenpropaganda und -sammlung für den Internationalen Jugendtag schon jetzt auf! Die prächtige Vorwärtsentwicklung vieler unserer Verbände hat die Möglichkeiten für die Anwendung neuer Formen der Mobilisierungsarbeit zum Jugendtag eröffnet. Ergreift die Initiative von den Zellen aus! Benützt die Erfahrungen der täglichen Massenarbeit und weitet sie aus für die Kampagne! In jedem Ort muß der Jugendtag zur Durchführung kommen. Jedes Mitglied der KJ. soll rüsten, daß der X. Internationale Jugendtag eine machtvolle Demonstration und ein Kampftag der arbeitenden Jugend der ganzen Welt wird.

Mit aller Kraft!

Moskau, 5. Juni 1924.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugend-Internationale.

V. Weltkongreß

Die nationale Frage und die Kolonialfrage auf dem V. Weltkongreß.

Von Karl Kreibich (Moskau).

** Auf der Tagesordnung des V. Weltkongresses steht auch die nationale Frage und die Kolonialfrage. Die grundlegenden Anschauungen über diese beiden Fragen sind in der Kommunistischen Internationale schon auf dem II. Weltkongresse formuliert worden und die Thesen, die damals Genosse Lenin ausgearbeitet hat, werden auch den Beschlüssen, die der V. Weltkongreß zu fassen hat, zugrunde gelegt werden müssen. Aber seit dem Jahre 1920 ist in beiden Fragen manches anders geworden. Die

durch den Versailler Frieden eingeleitete neue imperialistische Epoche hat in den letzten Jahren eine festere, deutlichere Gestalt angenommen. Wir kennen heute das Gesicht des Nachkriegsimperialismus besser, als wir es im Jahre 1920 kannten. Wir haben aber seither auch vier Jahre der Befreiungskämpfe in den Kolonien und Halbkolonialländern hinter uns, vier Jahre reichlicher Erfahrung auf diesem Gebiete. Auch in der nationalen Frage haben wir in den letzten vier Jahren reichliche Erfahrung gesammelt, wir sehen heute die verschiedenen nationalen Fragen, vor allem in Europa, klarer vor uns. Kurz nach dem II. Weltkongresse ist mit dem Ausgang des polnischen Krieges die Aussicht auf eine gradlinig aufsteigende revolutionäre Entwicklung zusammengebrochen und damit haben auch die nationalen Probleme für uns ein anderes Gesicht bekommen. Auf dem III. Weltkongreß haben wir die sozialen und politischen Anknüpfungspunkte gesucht und gefunden, die uns an die Massen heranbringen sollten und auch seither herangebracht haben, um sie für die Revolution zu gewinnen. Es ist aber zu wenig geschehen, um auch die verschiedenen nationalen Fragen und Probleme, vor allem die nationalen Bewegungen und Befreiungskämpfe als Hebel der revolutionären Entwicklung auszunützen. Das muß der V. Weltkongreß nachholen.

Die Behandlung der nationalen und Kolonialfrage auf dem V. Weltkongreß hat also nicht den Zweck, neue Entdeckungen prinzipieller Natur zu machen; sie soll in der Hauptsache den Sektionen der Kommunistischen Internationale den Weg zur praktischen Arbeit, zur praktischen Politik in diesen Fragen weisen. Die Thesen, die der Kongreß zu diesem Punkte annehmen wird, sollen die Grundlage bilden, auf der die kommunistischen Parteien ein nationales Programm auszuarbeiten haben. Selbstverständlich soll dieses Programm nicht ein schönes theoretisches, allgemeines Programm sein, sondern es soll sofort in lebendige politische Wirklichkeit umgesetzt werden. Schöne Theorien und schöne Programme zur nationalen Frage haben wir auch in der II. Internationale gehabt und der Opportunismus der Sozialdemokratischen Parteien war in erster Reihe ein Opportunismus, ein Revisionismus der Praxis. Die kommunistischen Parteien müssen ihre Programme sofort in die Praxis umsetzen. Es genügt nicht, nur im Prinzip und in der Theorie für die Befreiung der Kolonialvölker, für die Gleichberechtigung der Rassen, für die Befreiung der unterdrückten Nationen und gegen die Bedrückung der Minderheiten zu sein, man muß auch wirklich kämpfen. Die kommunistischen Parteien müssen in dieser Frage eine so aktive Politik machen, daß sich bei den Kolonialvölkern, bei den unterdrückten Nationen und Minderheiten der Gedanke, die Überzeugung festsetzt, daß die kommunistische Partei die einzige Vertreterin und Verfechterin ihrer Befreiungsbestrebungen ist.

Klar und deutlich werden wir allen unterdrückten Völkern und nationalen Minderheiten sagen, daß ihre Hoffnungen auf Befreiung in der kapitalistischen Gesellschaft und mit den Mitteln der bürgerlichen Politik vergeblich sind, daß es nur einen Weg zur wirklichen Befreiung und zur Beseitigung aller Unterdrückung, auch der nationalen Unterdrückung gibt: die proletarische Revolution. Das Proletariat kann sich nicht selbst befreien von der kapitalistischen Ausbeutung, ohne zugleich alle Unterdrückten zu befreien, aller Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende zu machen. Erst in der sozialistischen Gesellschaft und in ihrer höheren Form, der kommunistischen Gesellschaft, werden die nationalen Gegensätze schwinden und werden die Rassenunterschiede, die sprachlichen und nationalen Verschiedenheiten nicht mehr zu Gegensätzen werden können. Das müssen wir den Unterdrückten Nationen und Minderheiten sagen, weil das eben nicht nur eine Theorie, ein utopischer Ausblick in die Zukunft ist, sondern weil darin auch die unerbittliche Wahrheit steckt, daß aller nationaler Kampf, daß jedwede nationale Befreiung unter Führung der Bourgeoisie und mit den Mitteln der bürgerlichen Politik nur einen Wechsel in den Formen und einen Tausch in den Rollen der nationalen Unterdrückung bringt, aber die nationale Unterdrückung selbst nicht beseitigt. Wenn diese Aufklärungsarbeit mit einer energischen und klugen Politik der kommunistischen Parteien in der nationalen Frage verbunden wird, dann wird es gelingen, die in den nationalen Freiheitsbewegungen, in den kolonialen Befreiungskämpfen sich entwickelnden Energien in den Dienst der proletarischen Revolution zu stellen.

Seit dem II. Weltkongreß haben wir auch genügend politisches Material, um in unserer Agitation die Richtigkeit unserer Anschauung zu beweisen. Heute fällt es nicht mehr schwer, den Arbeitern und Bauern in den jetzt herrschenden imperialistischen Staaten zu zeigen, daß der Sieg und die Vorherrschaft ihrer Bourgeoisie diese Massen selbst keine Vorteile gebracht hat; heute haben wir aber auch genügend Material, um den arbeitenden Bauernmassen der neuen und der vergrößerten Nationalstaaten Europas den zweifelhaften Wert der nach dem Weltkrieg unter der Führung ihrer Bourgeoisie und unter dem Protektorat des Imperialismus vollzogenen „Befreiung“ aufzuzeigen. Daß nur die proletarische Revolution der Ausbeutung der Kolonialvölker durch die imperialistischen Mächte ein Ende machen kann, beweist täglich von neuem die englische „Arbeiterregierung“, die besonders in der Kolonialpolitik getreulich den Bahnen folgt, die ihr ihre kapitalistischen Vorgängerinnen gewiesen haben. Dazu kommt noch, daß, wie sich immer deutlicher herausstellt, die Nationalstaaten der kleinen Nationen nicht nur zu Kolonien der imperialistischen Mächte, sondern auch zu einem Spielball ihrer Machtpolitik werden.

Heute sind wir aber auch in der Lage, die ganze Kompliziertheit der nationalen Probleme in den kapitalistischen Staaten und in den Kolonialländern zu übersehen. Die Minderheitenfrage weist einige Abstufungen auf, dazu ist noch die Erscheinung gekommen, daß in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien die Bourgeoisie des einen Teiles der aus zwei, beziehungsweise drei Teilen bestehenden Nation die „Einheit“ der Nation mit Gewalt erpreßt, um eine zentralistische Staatsgewalt aufzubauen und so ihren Ausbeutungsgelüsten besser frönen zu können. In allen diesen Fragen müssen die kommunistischen Parteien den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes bedingungslos aufstellen und proklamieren. Jeder Minderheit muß das Recht zuerkannt werden, über ihre staatliche Selbständigkeit selbst zu entscheiden; die Slowaken, beziehungsweise die Kroaten und Slowenen haben selbst darüber zu entscheiden, ob sie mit den Tschechen, beziehungsweise mit den Serben eine Nation bilden wollen oder nicht. In den politischen Kämpfen aber, die durch alle diese nationalen Fragen aufgerollt werden, darf für die jeweilige Stellung der Kommunisten nur das Interesse der proletarischen Revolution maßgebend sein. Jedes nationale Einzelinteresse ist dem Gesamtinteresse der Revolution unterzuordnen, weil nur durch die proletarische Revolution die Interessen aller Nationen endgültig befriedigt werden können.

Stets aber müssen die Kommunisten den Zusammenhang zwischen der proletarischen Frage und der nationalen Frage aufzeigen. Der Sieg des Proletariats, die Befreiung der arbeitenden Massen in Stadt und Land von jeglicher kapitalistischer Ausbeutung ist zugleich die Befreiung der Nation. Das Proletariat erkämpft die politische Macht. Die arbeitenden Klassen konstituieren sich selbst als Nation, denn die Nation, das sind die arbeitenden Klassen.

Kriegsteilnehmerbewegung

An die Kriegsopfer und ehemaligen Frontkämpfer des Weltkrieges.

Kameraden! Genossen! Proletarier!

** In einigen Wochen begehen wir den zehnten Jahrestag des Kriegsausbruches. Am 4. August sind zehn Jahre vergangen seit Beginn des Völkermordens. Vier Jahre Krieg, sechs Jahre Nachkriegszeit liegen hinter uns.

Noch sind die Wunden nicht geheilt, die der Krieg geschlagen hat. Noch sind die Folgen des Krieges nicht beseitigt.

Fast zehn Millionen sind beschädigt, verstümmelt, krank und siech. Vierzehn Millionen Kriegerhinterbliebene, Witwen, Waisen und Mütter, die den Ernährer verloren und nun dem Hunger und Elend ausgesetzt sind. Ganze Armeen von Erwerbslosen, Bataillone von Obdachlosen hat der Krieg der kapitalistischen Räuberstaaten geschaffen, und mit diesem ungeheuren Zug von Verstümmelten, Waisen, Müttern, Erwerbs- und Obdachlosen marschieren die würgenden Seuchen, allen voran die Tuberkulose, die täglich Hunderte und Tausende dahinrafft.

Kriegsopfer! Frontkämpfer! Proletarier!

Warum habt Ihr diese ungeheuren Opfer gebracht? Habt Ihr sie gebracht für Eure Befreiung aus Knechtschaft, Sklaverei und Unterdrückung? Habt Ihr sie gebracht für Eure Ziele und Ideale? Habt Ihr sie gebracht, um der Menschheit den Weltfrieden zu geben?

Mit nichten! Ihr habt sie gebracht nur für Eure kapitalistischen Herren. Diese haben sich bereichert in der Zeit des Krieges, sie haben Kapital angesammelt in der Nachkriegszeit, sie haben Millionen gewonnen in der Zeit des Ruhrkrieges.

Und Ihr, die Opfer dieser Gesellschaft, die Ihr im Frieden ihre Reichtümer erarbeitet und im Kriege für sie geblutet habt,

die Ihr nun Invaliden geworden seid, hat man Euch wenigstens eine anständige Versorgung gegeben, die Euch vor dem Verhungern bewahrt?

Ihr wißt, daß Ihr auch in diesem Punkt belogen und betrogen seid. Ihr kennt die internationale Lüge vom Dank der Vaterländer, Eure kapitalistischen Herren kennen nur ein Gebot: Profit machen, mehr Kapital konzentrieren. So wie sie im Frieden den Mehrwert aus Eurer Arbeitskraft pressen, so haben sie im Kriege aus dem Blute der Millionen Proletarier im Waffenrock und den Tränen ihrer Angehörigen Gold gemünzt. Jetzt wird die verschärfte Ausbeutung durchgeführt.

Nicht nur den Frontkämpfern, die unverletzt heimkehrten, hat man den Achtstundentag geraubt, mit ihnen zusammen sollen auch die Schwerkriegsbeschädigten, die Verstümmelten, Amputierten, solche, die nur noch ein Bein und einen Arm besitzen, in den Fabriken ihrer kapitalistischen Herren zehn bis zwölf Stunden fronden.

Hungerrenten und vermehrte Ausbeutung, das ist der Dank für die Blutarbeit auf den Schlachtfeldern.

Dazu kommt noch Rentenraub und Rentendiebstahl.

Der unterschenkelamputierte Arbeiter, dem man 1914 eine Jahresrente von 727 Mark gewährte, erhält gegenwärtig noch 84 Mark, 643 hat man ihm gestohlen. Zwar hat er draußen an der Front schon einmal gezahlt, gezahlt mit seinem Blute und seiner Gesundheit, nun nimmt man ihm auch seine Rente, um damit die Kriegsschulden Deutschlands abzutragen. Die Abwälzung der Kriegslasten auf die Schultern der Fürsorgeberechtigten und Werktätigen fordern die Schwerindustrie und die Vertreter der übrigen Großkapitalisten.

Die vaterlose Waise erhält in Deutschland täglich 57 Pfg., die völlig mittellose Kriegermutter, **die in dem gefallenen Sohn den einzigsten Ernährer verloren hat**, speist man ab mit einer Hungerrente von täglich 70 Pfg.

Hinter diesen Zahlen, die durch Beispiele aus anderen Ländern leicht zu ergänzen wären, verbirgt sich die ganze ungeheure Not, ein grauenhaftes Elend der Opfer des Weltkrieges.

Aber nicht nur Rentenraub und Abbau aller sozialpolitischen Einrichtungen, nicht nur vermehrte Ausbeutung durch Verlängerung der Arbeitszeit steht uns bevor, hinzu kommt noch die Gefahr neuer Kriege.

Bürgerliche Schriftsteller und Staatsmänner, die uns noch vor kurzer Zeit einreden wollten, der Weltkrieg sei der letzte Krieg gewesen, sind verstummt. Lloyd George, Nitti, Keynes und andere müssen zugeben, daß gegenwärtig in der wirtschaftlichen Konjunktur der Welt und der internationalen Lage der imperialistischen Großmächte viel stärkere Faktoren für die Geburt von neuen Kriegen vorhanden sind, als diejenigen waren, die 1914 zum Weltkrieg führten.

Die Zahl der unter Waffen stehenden Soldaten ist größer als 1914, die Rüstungen sind gewaltiger als vor zehn Jahren.

Der englische General Morriss berechnet, daß wohl Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien ihre Heere auf insgesamt rund 690.000 Mann reduzieren mußten; dafür haben die übrigen Mächte Europas ihre Heere um rund 1,400.000 Mann verstärkt: dazu kommen Rüstungen, gegen die alle Rüstungen der Mächte vor zehn Jahren verblassen.

Das sogenannte pazifistische England verstärkt seine Seeflotte durch den Bau von neuen Kreuzern und Zerstörern. Für die zukünftigen Luftkämpfe sind acht neue Luftgeschwader im neuen Etat mit zwei Millionen Pfund Sterling vorgesehen.

Frankreich hatte am 1. Januar 1923 ein Heer von rund 832.000 Mann. Für den Luftkampf ist die Schaffung von 132 Kampfgeschwadern vorgesehen. Die Luftflotte soll im Frieden 30.000 und im Krieg 300.000 Menschen zählen.

Hinzu kommt noch die ungeheure Entwicklung der Kriegschemie. In Frankreich allein ist ein Kriegskorps aus militärischen Ingenieuren und Chemikern gebildet, die neue Mittel für die Kriegsführung zu suchen haben. Die französischen Imperialisten träumen von Bomben, die gegebenenfalls in wenigen Stunden Berlin oder London zerstören könnten.

Die Konfliktstoffe häufen sich, die imperialistischen Pläne prallen immer schärfer aufeinander, täglich kann der Krieg ausbrechen zwischen England und Frankreich wegen der Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent, die insbesondere von dem berüchtigten Comité de Forges mit allen Mitteln angestrebt wird, oder zwischen Amerika und Japan wegen einer „nichtigen Frage" des Stillen Ozeans, oder zwischen Frankreich und Italien, Jugoslawien und Bulgarien, Rumänien und Ungarn, Polen und Litauen usw.

Irgendeine Differenz wird genügen, um den an den verschiedenen Knotenpunkten der internationalen Politik angehäuften Zündstoff in Tanger, in Singapore, an der Ruhr, im Ba oder auf den Philippinnen usw. zur Explosion zu bringen u die ganze Welt in Flammen zu setzen.

Und wiederum, wie vor zehn Jahren, stehen die Millio Proletarier vor der Frage, was wollen wir tun bei Ausbr dieses neuen, noch grauenhafteren Krieges, der sich ankündi in den fieberhaften Rüstungen der kapitalistischen Mächte?

Proletarier, Frontkämpfer des Weltkrieges in Deutschla Glaubt Ihr, daß die kapitalistischen Machthaber in Deutschla ruhig zuschauen werden, wenn etwa eine Auseinandersetzu zwischen Frankreich und England entbrennt? Ein solcher Kri wird das Signal zum Zusammenstoß auf dem ganzen europ schen Festlande sein.

Wiederum werden Millionen von Menschen zu den Waff gerufen, und dieser Ruf wird auch in Deutschland erfolgen.

Und wiederum wird die Mehrzahl der Werktätigen die Fra der Vaterlandsverteidigung zugunsten der eigenen Bourgeoi lösen.

Erinnert Euch an den Ausbruch des Weltkrieges! Noch am 30. Juni protestierten die Arbeiter der verschiedenen Länder gegen den Krieg, und doch zogen sie im August willig für ihre kapitalistischen Herren an die Front.

Proletarier, Frontkämpfer von gestern!

Soll sich die Schmach des 4. August wiederholen? *Sollen* wiederum Millionen Werktätiger aus allen Ländern *in die* Massengräber wandern? Sollen neue Millionen Kriegskrüppel geschaffen werden? Wiederum für die Raubgelüste der Kapitalisten? Wiederum für vermehrte Ausbeutung und Knechtschaft? Soll das Proletariat im Massenselbstmord erneut verbluten?

Kriegsopfer, Proletarier, Frontkämpfer! Diese Fragen richten sich an jeden einzelnen von Euch. Ihr müßt sie beantworten. Im August d. J., in den Tagen, an denen wir vor zehn Jahren willig hineingegangen sind in das vierjährige Gemetzel, an den Tagen, die unauslöschlich in unser Gedächtnis geschrieben sind, steht diese Frage erneut auf der Tagesordnung der Geschichte.

Das Exekutivkomitee der Internationale der Kriegsopfer und ehemaligen Frontkämpfer (I. A. C.) hat alle angeschlossenen Sektionen aufgerufen, vom

31. Juni bis zum 4. August

Antikriegsdemonstrationen

zu veranstalten.

Diese Kundgebungen, die durch Massenaufmarsch und durch internationalen Referentenaustausch zu gewaltigen internationalen Demonstrationen werden müssen, haben nicht den Zweck, den Ruf: „Nie wieder Krieg!" anzustimmen, wie es die bürgerlichen Pazifisten tun. Wir wissen, daß die Kriege aus den kapitalistischen Gegensätzen herausgeboren werden. Solange dieses mit dem Blute von Millionen besudelte System nicht beseitigt ist, wird sein untrennbarer Begleiter — Krieg — nicht beseitigt werden können. Der Kapitalismus ist der Krieg, darum

Krieg dem Kriege!

Dies sei die Losung für die Antikriegskundgebung.

Mit dem Ruf, Krieg dem Kriege, wollen wir zum Ausdruck bringen, daß wir frei sind von der Illusion, wir könnten den kommenden Krieg verhindern.

Krieg dem Kriege bedeutet für uns die Herausbildung und Erhaltung einer revolutionären Organisation, die die Zusammenarbeit aller am Kriege teilnehmenden Revolutionäre gewährleistet.

Krieg dem Kriege bedeutet für uns, daß wir beim kommenden Kriege bereit sind, die Waffen zu nehmen, die man uns bei der Mobilmachung aushändigt, nicht um sie gegen die proletarischen Brüder zu erheben, sondern um sie gegen die kapitalistischen Räuber und Sklavenhalter zu gebrauchen.

Krieg dem Kriege bedeutet für uns Ausnutzung des kommenden Weltkrieges zur Weltrevolution, zur Befreiung des Proletariats aus Sklaverei und Knechtschaft und Erreichung des Weltfriedens durch den Bund der von der Herrschaft des Kapitalismus befreiten Staaten der Welt.

Das Exekutivkomitee der IAC.

i. A. Karl Tiedt.

Notiz.

Wir bitten unsere Leser, davon Notiz zu nehmen, daß der Verfasser des Artikels „Der Wiener Kongreß der Amsterdamer" in der Nummer 66 der Inprekorr „A. E." **nicht** mit dem Genossen August Enderle identisch ist. Die vom Genossen Enderle in der Inprekorr veröffentlichten Artikel sind sämtlich mit seinem vollen Namen gezeichnet.

Die Redaktion.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 73. 19. Juni.

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Die Ergebnisse des XIII. Parteitages der RKP.

(Bericht des Genossen Sinowjew in der Stadtversammlung des Büros der Parteikollektive der Leningrader Organisation.)

Der Parteitag ist ein Spiegel der Partei.

** Genossen, kein Referat kann das Studium des Parteitages selbst ersetzen. Das müßt Ihr im Auge behalten, und mein Bericht macht es sich keinesfalls zur Aufgabe, für Euch eine selbstständige Arbeit zum Studium des Parteimaterials zu ersetzen. Genosse Lenin wies uns schon nach dem II. Parteitag darauf hin, daß die Parteitage genau so gründlich studiert werden müssen, wie wir irgend eine Wissenschaft studieren, denn nur in diesem Falle kann man alle Schattierungen des politischen Gedankens, die auf dem Parteitage zutage treten, begreifen, und nur in diesem Falle kann der Parteitag die Rolle spielen, die er für die Gesamtpartei spielen muß. Ich glaube, daß die Mehrheit der hier Versammelten die Aufgabe selbständig erfüllen wird, sich mit den wichtigsten Resolutionen, Berichten und Reden des Parteitages bekannt zu machen. Meine Aufgabe kann ich demgemäß darauf beschränken, beim Studium der Tätigkeit des Parteitages eine gewisse Hilfe zu erweisen.

Der Parteitag zerfällt in zwei Teile, und in diesem Sinne ist seine Tätigkeit von zweifacher Bedeutung. Wohl die Hälfte, vielleicht auch mehr, besteht darin, daß der Parteitag die Bilanz der unlängst zum Abschluß gebrachten Diskussion ziehen mußte. Er mußte uns die Partei so zeigen, wie sie nach dem Tode Wladimir Iljitsch' und nach den vor kurzem innerhalb der Partei vor sich gegangenen Ereignissen ist.

Der Parteitag ist in einem gewissen Grade der Spiegel der Partei. Die Partei sollte in diesen Spiegel blicken, sehen, wie sie aussieht, wie ihr Selbstbefinden nach dem Verlust ihres allgemein anerkannten Führers und nach der Diskussion ist.

Die zweite Hälfte der Arbeiten des Parteitages besteht darin, daß er eine Reihe von Fragen, die nicht mehr das innere Leben der Partei, nicht uns selbst betreffen, sondern Fragen über unsere gegenseitigen Beziehungen mit der äußeren Welt beantworten mußte: wie die Partei der Arbeit auf dem Gebiete der Beziehungen zur Bauernschaft ins Auge faßt, wie sie die wirtschaftliche Lage einschätzt, wie sie auf dem internationalen Schauplatz zu manöverieren beabsichtigt usw. Es unterliegt keinem Zweifel. Genossen, daß die erste Hälfte der Arbeiten des Parteitages wichtiger ist als die zweite. Die ganze Welt interessierte sich vor allem gerade für die Frage, in welchem Zustande sich die Partei jetzt, nach dem Tode Wladimir Iljitsch' und nach der Diskussion, befindet. Ich glaube auch, daß sich die Partei in ihren Tiefen in erster Linie gerade für diese Fragen interessiert.

Unverwirklichte Träume der Weißgardisten.

Der Parteitag wurde von der gesamten feindlichen Welt mit den größten Hoffnungen erwartet. Während der gesamten Diskussion, und unmittelbar nach ihr, war die gesamte feindliche Presse voll von Mitteilungen, Gerüchten und Mutmaßungen darüber, welchen Verlauf unser XIII. Parteitag nehmen werde. Das, was innerhalb der Partei vorgeht, hat schon längst aufgehört, einen rein innerparteilichen Charakter zu tragen. Vorgänge, die sich in unserer Partei abspielen, jeder, selbst der geringfügigste Streit, gewinnen auf einmal eine allgemeine staatliche Bedeutung und sehr oft sogar eine internationale Bedeutung.

Alle Presseorgane der Weißgardisten waren voll von Untersuchungen über das Thema einer Krise der Diktatur, einer Krise der Partei usw. usw. Es ist natürlich, daß sie mit der größten Ungeduld den XIII. Parteitag erwarteten, wo, ihrer Meinung nach, die Hauptschlacht und nachher der Zerfall unserer Partei stattfinden sollte. Sie waren nicht klug genug, ihre Enttäuschungen darüber zu verheimlichen, daß der XIII. Parteitag ihre Hoffnungen nicht rechtfertigte.

Hier liegt vor mir die Zeitung „Rul", das Organ der rechten Kadetten, das von **Hessen** in Berlin herausgegeben wird. In der Nummer vom 27. Mai ist unserem Parteitag ein ganzer Leitartikel gewidmet. Sie schreibt folgendes: „Der in Moskau stattgefundene XIII. Parteitag der RKP. hat die mit ihm verknüpften Erwartungen nicht gerechtfertigt."

Es fragt sich, wessen Erwartungen? Ich will von vornherein sagen, daß unsere Erwartungen sich vollauf erfüllt haben. Es erweist sich aber, daß es außer unseren Erwartungen auch noch andere Erwartungen gab, die nicht in Erfüllung gingen. (Heiterkeit.)

„Man konnte annehmen," schreibt weiter „Rul", „daß die Opposition, die unmittelbar vor dem Tode Lenins so stark aufloderte und in dem durch diesen Tod erhobenen höllischen Lärm sich spurlos auflöste, sich des Parteitages bedienen wird, um ihre Stellung zu verteidigen und zu befestigen. Nach der üblich gewordenen Sowjettradition ist es aber auch jetzt gerade umgekehrt geschehen." (Heiterkeit.)

Sie suchen Erklärungen dafür und finden sie sehr bald.

„Es wurden", sagt der Leitartikel weiter, „gut erprobte Maßregeln getroffen, es wurde eine allgemeine Säuberung vorgenommen. Die Tatsache bleibt aber Tatsache, der Parteitag ist glatt, ohne die geringste Stockung, verlaufen."

Wodurch wird das Interesse unserer Feinde für das Schicksal unserer Partei hervorgerufen?

Ihr seht, daß unser Parteitag von allen Feinden mit der größten Ungeduld erwartet wurde. Das ist ihrerseits ganz natürlich. Tatsächlich, wenn uns gegenwärtig etwas Ernstes drohen kann, so nur irgend ein Mißgeschick in unserer eigenen Mitte. Unsere wirtschaftlichen Angelegenheiten gehen natürlich noch nicht so glänzend, und selbstverständlich wird es auch in der Folge noch Schwierigkeiten geben. Auch auf dem internationalen Schauplatz werden wir Schwierigkeiten haben. Alles das sind aber Kleinigkeiten im Vergleich zu der Frage über den inneren Zustand unserer Partei. Würde unsere Partei aus den Fugen gehen, so würde auch der Staat aus den Fugen geraten, so hätten wir auf allen Gebieten eine Menge Schwierigkeiten. Dadurch erklärt sich das außerordentliche Interesse, das alle unsere Feinde gegenüber den Fragen unseres innerparteilichen Lebens bekunden. Daher kreisen sie immer um die Partei herum, horchen, schauen durch jede Ritze hinein, in der Hoffnung, etwas, was einer Spaltung ähnlich sieht, zu hören und zu sehen.

Für den Feind könnte es kein pikanteres, anziehenderes Schauspiel geben, als wenn bei uns eine Zersetzung von innen einsetzen würde. Es wäre für sie das beste, anziehendste Schauspiel, wenn sich die Dinge so gestalten würden, daß wir, nachdem wir eine ganze Reihe von Schwierigkeiten überwunden haben, nachdem wir anfingen, unsere Wirtschaft zu heben, die de jure-Anerkennung erkämpften und die Geldreform durchführten, in der Partei anfangen würden, uns zu zersetzen und sie zum Zerfall zu bringen. Der Zerfall der Partei dehnt sich auf den Staatsapparat aus, der innere Krieg fängt an. Die Revolution bricht zusammen.

Wir dürfen uns nicht verheimlichen, daß die Geschichte Revolutionen kennt, die infolge innerer Zwiste untergegangen sind. Natürlich wurden diese Zwiste durch ein bestimmtes Verhältnis der Klassenkräfte hervorgerufen. Die äußere Zeit bekam das Bild, daß die Revolution emporsteigt, siegt, bis dann schließlich eine Schichtenbildung einsetzt, die in einen inneren Zwist unter den revolutionären Kräften in der Partei übergeht. Dieser innere Zwist führt zum Untergang der Revolution. So war es zur Zeit der großen französischen Revolution. Auch jetzt schwebt unseren Gegnern ein so anziehendes Bild vor. Die Partei hat dieses Interesse, dieses schadenfrohe Erwarten, die gespannte Atmosphäre, mit der sie die Feinde umgaben, instinktiv empfungen. Der Parteitag hat auf diese Erwartungen die gebührende Antwort gegeben.

Die bolschewistische Mauer.

Die Partei hat die Frage, vor die sie noch vor dem Parteitag gestellt wurde, neu geprüft. Unser letzter XIII. Unionskongreß besaß die Bedeutung eines Parteitages, und der XIII. Parteitag war zum bedeutenden Teil eine Wiederholung dessen, was wir auf der XIII. Unionskonferenz hatten. Wir wußten, daß auf dem Parteitag eine riesige Mehrheit für das ZK. der Partei, für den Leninschen Grundkern Stellung nehmen wird. Aber, Genossen, selbst der größte Optimist hat nicht eine solche Geschlossenheit, eine solche Einheit, wie wir sie auf dem Parteitage erhielten, erwartet.

Die grundlegende Resolution zum Bericht des ZK., die auch jetzt, wie auf allen anderen Parteitagen, die wichtigste war, wurde einstimmig angenommen.

Der Parteitag machte den Eindruck, wie wenn die führenden Vertreter der Arbeiterklasse sich als ein undurchdringliches Karree um das ZK., um den Grundkern der Partei, aufgestellt hätten. Es war dies eine bolschewistische Mauer. Wenn jemand will, so kann er ja gegen diese Mauer mit dem Kopf anrennen; um so schlimmer für den Kopf, nicht aber für die Mauer. Es war dies eine ruhige, eiserne Einheit, eine so unbedingte Entschlossenheit, wie sie schon lange auf unseren Parteitagen nicht gesehen wurde. Es war dies eine Geschlossenheit, in die nirgends eine Ritze zu reißen war. Nach ganz kurzer Zeit wurde es völlig klar, daß jeder Versuch einer Revision des Leninismus, eines Hineinschmuggelns der Anschauungen der Opposition auch von vornherein scheitern mußte.

Das dreieinige Auftreten der Opposition.

Trotzdem kreuzte die Opposition ihre Waffen mit uns. Auf dem XIII. Parteitag hörten wir drei oppositionelle Reden. Genosse Trotzki verteidigte seine alten Anschauungen in etwas blasserer Form, seine Anschauungen über den Bürokratismus des Apparats, über die Planwirtschaft. Als zweiter trat Genosse Preobraschenski auf, der die Anschauungen der Opposition über die Wirtschaftsfragen verteidigte. Diesem fügte er bloß einen neuen Punkt der Plattform der Opposition hinzu: die Verteidigung der bei der Parteisäuberung Ausgeschlossenen. Wir wünschten ihm Glück zu dieser Akquisition, die, wie ich glaube, den Genossen von der Opposition unter den Arbeitern keine besondere Volkstümlichkeit bringen wird. Als dritter trat Genosse Radek in Fragen der KI. auf. Genosse Radek hat, wie Euch aus der Presse bekannt ist, einige Wochen vor dem Parteitag eine Reihe von Artikeln über die Epoche der Revolution veröffentlicht, in denen er in einer sehr unklaren, verschwommenen Form die Frage anschnitt, daß die Weltrevolution ins Stocken geraten sei, daß die „Epoche der Weltrevolution" sich auf wer weiß wie viele Jahrzehnte hinziehen werde usw.

Ein solches Behandeln der Frage ist nichts anderes als eine Revision einer der grundlegenden Anschauungen des Bolschewismus über den Gang der internationalen Revolution. So waren diese drei Äußerungen. Aber, Genossen, ihre Reden hatten auf dem Parteitag einen Totenklang. Wohin verschwand ihre stürmische Energie, die wir früher gesehen haben, wohin verschwand ihre Selbstsicherheit? Der Parteitag bekundete schon diesen drei Reden gegenüber eine bedeutende Dosis Gutmütigkeit, denn es war klar, daß der Kampf beendet ist. Wir dürfen aber die Tatsache nicht unterschätzen, daß die Opposition fortfuhr, auf dem Parteitage mit einer Verteidigung ihrer Fehler aufzutreten, selbst nachdem es klar wurde, daß eine riesige Mehrheit der Partei gegen sie sei.

Von der größten Bedeutung ist natürlich das Auftreten des Genossen Trotzki infolge seiner großen Autorität. Genosse Trotzki hielt eine auf dem bolschewistischen Parteitag äußerst seltsam anmutende Rede. Einerseits erklärte er (ich hoffe, daß Ihr diese Rede gelesen habt und studieren werdet, wie Ihr die grundlegenden Dokumente unseres Parteitages studiert), daß die Partei sich nicht irren könne, andererseits fügte er sofort hinzu, daß die Partei trotzdem im Unrecht und er, Genosse Trotzki, im Recht gewesen sei. Genosse Trotzki sagte: „Ob die Partei im Recht oder Unrecht ist, es ist meine Partei." Er gebrauchte hier das englische Sprichwort: „Ob mein Land im Recht oder Unrecht ist, es ist mein Land und daher verteidige ich es." Dieses Sprichwort war am Anfang des Krieges das Evangelium des Chauvinismus. Genosse Trotzki hielt es für statthaft, diese Phrase in bezug auf die Partei anzuwenden. Ein solcher Vergleich war aber unrichtig. Bei Verteidigung falscher Anschauungen muß aber auch der erfahrenste Redner zuweilen falsche Gleichnisse gebrauchen.

Was das Wesen unseres Streites betrifft, so behauptete Genosse Trotzki nach wie vor, daß er im Recht und die Partei im Unrecht sei. Die Partei gab ihm das Kompliment, daß sie nicht im Unrecht sein könne, zurück. Eine solche Behauptung ist falsch. Es ist möglich, daß sie diese oder jene falsche Beschlüsse fassen kann, die dann gutgemacht werden müssen. Es hat keinen Zweck, ihr Komplimente zu sagen, daß sie sich nicht irren könne, wo sie sich doch, nach Meinung des Genossen Trotzki, auch bei dieser Diskussion geirrt hat. Nicht das war es, was Wladimir Iljitsch uns lehrte. Er sagte nicht, daß die Partei sich nicht irren könne, im Gegenteil, für den geringsten Fehler „bekamen wir es" von ihm. Würde sich die Partei nie irren, so wäre unsere Aufgabe ganz leicht. Man muß die Fehler der Partei richtigstellen und nicht in einer ähnlichen Weise mit ihr reden. Irrt sich die RKP. nie, so haben sich andere Kommunistische Parteien, zum Beispiel die KP. Deutschlands, etwa auch nie geirrt? Genosse Trotzki hat aber doch selbst gesagt, daß die deutsche Partei sich geirrt habe. Eine ernste bolschewistische, von Iljitsch erzogene Partei, braucht keine Komplimente.

Es war dies gleichsam ein Versuch, unsere Partei zu begütigen. Solche Versuche prallen aber von unserer bolschewistischen Partei ab und rufen eine Reaktion entgegengesetzter Natur hervor. So war es auch hier.

Der Parteitag braucht keine Parlamentsreden, sondern Klarheit.

Das erste Wort, das als Antwort auf die Rede des Genossen Trotzki ertönte, war das Wort unseres, Euch allen gut bekannten Leningrader Uglanow, des gegenwärtigen Sekretärs des Gouvernementskomitees von Nischninowgorod und Mitglied des ZK. Genosse Uglanow nannte, die Stimmung des ganzen Parteitages zum Ausdruck bringend, die Rede des Genossen Trotzki eine „Parlamentsrede" und sagte: „Auf unseren Parteitagen werden keine Parlamentsreden gehalten, sagen Sie daher Ihre Meinung rund heraus." Dies war eine vernichtende Charakteristik der Rede des Genossen Trotzki. Der Versuch, mit der Partei zu einem Übereinkommen zu gelangen, ist an und für sich sehr lobens-

wert, aber nicht in einer solchen Form. Man kann mit der Partei nicht in der Weise zu einem Übereinkommen gelangen, wenn man ihr, ein, wenn auch großes Glas süßes Wasser vorsetzt, sondern nur in der Weise, daß man die Fragen klar aufstellt, feststellt, wo die Wahrheit lag, alle Fehler gutmacht und nachher — hinein in Reih' und Glied und weiterarbeiten!

Ich muß hinzufügen, daß Genosse Trotzki erklärte, er wäre nicht für Fraktionen und Gruppierungen eingetreten. Hierauf erklärten die Redner, die nach dem Genossen Trotzki sprachen, alles ist zur rechten Zeit am wertvollsten. Hätten Sie fünf Monate vorher erklärt, daß Sie gegen Fraktionen und Gruppierungen sind, als in Ihrem Namen bestimmte Fraktionen und Gruppierungen geschaffen wurden, so wäre das rechtzeitig gewesen. Wenn Sie aber jetzt, nachdem die Gruppierungen zerschlagen sind, erklären, daß Sie gegen sie seien, so ist das Senf nach dem Essen, so zeigt das, daß Sie keine klare Lage in der Fraktionsfrage schaffen wollen, denn die gesamte Partei weiß, daß die „Gruppe der Sechsundvierzig" und die gesamte Opposition für die Freiheit von Fraktionen und Gruppierungen kämpften und daß gegenwärtig diese Erklärungen verspätet kommen.

Der Parteitag hörte die Rede des Genossen Trotzki mit gemischten Gefühlen an. Als wir im Schlußwort den Parteitag fragten: Hat Euch diese Erklärung beruhigt, seid Ihr zufrieden?, antwortete der Parteitag wie ein Mann: „Nein", gerade weil dies eine Parlamentsrede war, die jedem Oppositionellen die Möglichkeit gibt, die gleiche Geschichte, sobald sich eine seiner Meinung nach geeignete Lage herausgestaltet, von neuem anzufangen.

Als zweiter trat, wie ich schon sagte, Genosse Preobraschenski auf. Seine Rede war noch weniger gelungen. Er sprach mit der Miene eines unbekümmerten Menschen, der die Schlacht gewonnen hat, wenn es für andere noch nicht bemerkbar ist, daß er der glückliche Sieger sei. Er erklärte dem Parteitag: „Ihr habt noch vieles nicht begriffen, wartet aber nur, wir werden noch ein paar Bücher schreiben, dann werdet Ihr mehr begreifen." Der Parteitag lachte gutmütig über solche Erklärungen. Genosse Preobraschenski versuchte, in wirtschaftlichen Fragen Revanche zu nehmen, indem er darauf hinwies, daß wir jetzt eine Warenintervention vornehmen, die das Zentralkomitee der Partei seinerzeit entschieden abgelehnt hatte. Es ist jetzt so gekommen, daß manche Produkte, darunter auch Fleisch aus dem Auslande eingeführt werden. Wir haben das nie rundweg abgelehnt, Genosse Preobraschenski wollte aber mit Hilfe dieses Fleisches sich als Sieger dem Parteitag hinstellen: „Ihr führt ja Fleisch ein, folglich hat die Opposition gesiegt." Das war dermaßen absurd, daß wir es für völlig genügend hielten, mit einem einfachen Scherzwort zu antworten. Wir sagten, daß wir nie Vegetarier waren und gegen die Einfuhr von Fleisch nichts einzuwenden haben, namentlich wenn dieses Fleisch billiger ist und man daran verdienen kann. Das hat aber mit der grundlegenden Streitfrage über die Warenintervention, die man uns anhängen wollte und die die Partei richtigerweise abgelehnt hat, nichts zu tun.

Zum Schlusse seiner Rede trat Genosse Preobraschenski mit einer Verteidigung der bei der Parteisäuberung Ausgeschlossenen hervor, und behauptete, daß es von seiten der Partei eine riesige Taktlosigkeit war, die Säuberung vor dem Parteitag anzufangen, daß ihm eine ganze Reihe von Fällen bekannt sei, wo oppositionelle Genossen angeblich ungerechterweise ausgeschlossen wurden usw. Seine Äußerungen wurden an Ort und Stelle widerlegt. Die Genossen von der Zentralen Kontrollkommission bewiesen, daß sie in die oppositionellen Parteizellen und Organisationen zur Vornahme der Parteikontrolle die Genossen entsandten, die der Opposition angehört hatten. Kein einziger Fall eines unrichtigen Schrittes gegenüber der Opposition im Zusammenhange mit der Parteisäuberung wurde auf dem Parteitage angeführt und diese Sorge um die Ausgeschlossenen wirft daher ein in höchstem Grade grelles Licht auf die kleinbürgerliche Physiognomie unserer Opposition. Einzelne Fehler bei der Parteisäuberung hat es gegeben und wird es geben, darüber braucht ja gar nicht gesprochen werden. Wir sagen ja nicht, daß wir diese Fehler nicht gutmachen wollen. Im allgemeinen wißt Ihr aber, welche wohltuende Operation diese Parteisäuberung ist.

Wir haben auf Anregung des Genossen Lenin die erste allgemeine Parteisäuberung gerade im Zusammenhange mit einer Diskussion vorgenommen. Es darf nicht vergessen werden, daß die erste allgemeine Parteisäuberung auch unmittelbar nach einer allgemeinen Diskussion über die Gewerkschaften vorgenommen wurde, und niemand wagte damals zu behaupten, daß man an jemanden wegen der Diskussion Rache üben wollte usw. Die Parteisäuberung war gegen eine bestimmte Kategorie von Leuten gerichtet, die nicht würdig sind, Mitglieder unserer Partei zu sein, und es wundert uns bloß, daß die Opposition sie in ihren Schutz nimmt.

Die dritte oppositionelle Rede war die Rede des erfolglosesten unter den Führern der Opposition, des Genossen **Radek**, als Korreferenten zur Frage über die KI. Er versuchte vergeblich zu beweisen, daß Brandler im Recht war, daß die Exekutive der KI. unrichtig handelte, als sie gegen die Rechten in der KPD. kämpfte. Der Parteitag hörte den Genossen Radek gutmütig an und nahm dann einmütig eine Resolution an, in der er erklärte, daß die Anschauungen des Genossen Radek „mit der politischen Linie der RKP. nichts gemein" haben. Ich glaube, daß der bevorstehende Kongreß der Kommunistischen Internationale genau so antworten wird.

So waren, Genossen, diese drei Reden. Der Parteitag hat sich entschieden gegen sie erklärt.

Wir sind keine zusammengestückelte Partei, sondern die Partei des Leninschen Bolschewismus.

Die Opposition forderte, daß wir die Resolution der XIII. Union-Konferenz, wo sie als kleinbürgerliche Tendenz charakterisiert wird, revidieren, sollen. Die Hauptstelle aus dieser Resolution lautet: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Opposition objektiv den Druck der Kleinbourgeoisie auf die Stellungen der proletarischen Partei und ihre Politik widerspiegelt. Außerhalb der Partei fängt man schon an, die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie in erweitertem Sinne, im Sinne einer Lockerung der Diktatur des Proletariats und einer Erweiterung der politischen Rechte der neuen Bourgeoisie auszulegen."

Wir verlangten im Namen des Zentralkomitees eine offene Bestätigung der Beschlüsse der XIII. Parteikonferenz, in welcher Bestätigung der Parteitag erklären solle, daß die Resolution der Parteikonferenz zur Resolution des Parteitages erhoben wird. Die auf dem Parteitag auftretenden Führer der Opposition verlangten das Gegenteil. Sie forderten entweder eine Aufhebung oder wenigstens eine Milderung dieses Urteils. Genosse Trotzki erklärte ironisch, daß es eine große Übertreibung war, „als Ihr erklärt habt, daß wir von kleinbürgerlichen Tendenzen behaftet seien". Andere erklärten offen, daß dies eine Fraktionshandlung, daß diese Behauptung falsch sei, daß diese Resolution aufgehoben werden müsse. Der Parteitag hat aber die Resolution der XIII. Unionparteikonferenz über die kleinbürgerliche Tendenz nicht nur nicht aufgehoben, sondern sie voll und ganz bestätigt und beschlossen, sie den Beschlüssen des XIII. Parteitages der RKP. anzuschließen.

Es handelt sich um die Lösung einer Frage von ungeheurer Wichtigkeit, um die Frage, ob wir eine zerstückelte Partei, die Partei eines wässerigen, verdünnten Bolschewismus sein sollen oder eine aus einem Stück gehauene Partei des wirklichen Leninschen Bolschewismus.

In der Broschüre „Der neue Kurs", die Euch allen bekannt sein dürfte, hat Genosse Trotzki Anschauungen verteidigt, deren Wesen darin besteht, daß unsere Partei in einen Block von Strömungen, Gruppierungen, in eine zerstückelte Partei umgewandelt werden würde. Wir sagten in unserem Berichte im Namen des Zentralkomitees der Partei, daß „Der neue Kurs" das bedeutendste literarische Produkt der Opposition sei, daß aber gleichzeitig in diesem literarischen Produkt kein Körnchen Bolschewismus vorhanden sei.

Zu alten Fehlern kommen neue hinzu.

Genosse Trotzki hat unlängst eine Schrift über Lenin herausgegeben. In einem Teile ist diese Schrift gewissermaßen die Fortsetzung des „Neuen Kurs". Neben wertvollen Erinnerungen und treffenden talentvollen Charakteristiken, die natürlich jeder mit Dankbarkeit empfangen wird, finden wir stellenweise Versuche einer politischen Revision des Bolschewismus.

Ich werde ein Beispiel anführen: Wenn Genosse Trotzki in dieser Erinnerungsschrift versucht, zwischen zwei Dingen: seinem Irrtum zur Zeit von Brest-Litowsk und unserer Offensive gegen Warschau ein Gleichgewicht zu schaffen, und sagt, daß dies fast das gleiche gewesen sei, so erklären wir: Hier liegt wieder ein Versuch der Revision des Leninismus vor. Denn können etwa in Wirklichkeit diese beiden Dinge: der Brester Fehler des Genossen Trotzki und der unter Führung von Wladimir Iljitsch

gefaßte Beschluß, gegen Warschau vorzudringen, miteinander verglichen werden? Ich glaube, daß dies ganz unmöglich ist. Als es sich um die Frage von Brest handelte, hing die proletarische Diktatur an einem Faden, war die Sowjetmacht noch nicht gefestigt, sondern gestaltete sie sich erst heraus; die alte Armee lief auseinander, und die Bauernschaft wollte nicht kämpfen. Es handelte sich um das Schicksal der Revolution. Man mußte sich um jeden Preis aus dem Kriege herausfinden. Daher war der damalige Fehler des Genossen Trotzki ein kollossaler Fehler, und war durch eine unrichtige Anschauung über die Bauernschaft und deren Stimmung bedingt.

Ganz anders war die Lage sowohl unseres Landes wie der Partei zur Zeit der Offensive gegen Warschau, als der Krieg uns durch Polen aufgezwungen wurde. Nach der Offensive sagte Genosse Lenin auf dem Parteitag: „Es war hier entweder ein strategischer Fehler oder ein politischer Fehler oder beides zusammen." Kann aber, Genossen, das, daß wir durch die Offensive gegen Warschau zu weit gegangen sind, mit den Brester Zeiten verglichen werden? Als wir die Offensive gegen Warschau vornahmen, war die Sowjetmacht schon ganz gefestigt, hatte schon einige Jahre ihres Bestehens hinter sich. Der uns aufgezwungene Krieg war schon in vollem Gange, und unsere internationale Lage besserte sich. Handelte es sich da etwa darum, daß wir unseren Kopf aufs Spiel setzen, daß es zu einer Spaltung mit der Bauernschaft kommen durfte, wie es zur Zeit Brests der Fall war? Nicht im geringsten. In der Roten Armee hatten wir damals einen eisernen Block der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. Ihre Stimmung kann mit den Worten ausgedrückt werden: „Her mit Warschau!" Wir wissen, daß die barfüßigen bäuerlichen Rotarmisten wie die Löwen kämpften, aber — die Kräfte reichten nicht. Wie können diese beiden Dinge verglichen werden? Wie kann man auf die eine Wagschale den eigenen Brester Fehler legen und auf die andere den „Fehler" von Wladimir Iljitsch. Das ist dem Wesen nach und auch politisch falsch. Aus diesem Grunde sagen wir, daß manche Seiten der neuen Schrift des Genossen Trotzki leider eine Fortsetzung des „Neuen Kurs" sind, das heißt daß Genosse Trotzki auch hier, an diesen seinen Fehlern festhält. Es gab eine Zeit, da der Fehler des Genossen Trotzki für die Partei etwas Tragisches darstellte, da die Partei in höchstem Grade empfindlich auf seinen Fehler reagierte; ist er doch einer der größten Führer der Partei. Es ist natürlich, daß die Partei sich wegen jedes, selbst des geringsten Irrtums des Genossen Trotzki, wie auch jedes ihrer Führer sehr stark erregte. Ich muß aber sagen, daß der XIII. Parteitag in dieser Beziehung eine völlig andere Lage geschaffen hat. Die Zeit ist vorbei, wo Fehler irgend jemandes von uns, sei es auch ein Fehler des Genossen Trotzki, eine Tragödie für die Partei bedeuten könnte. Gegenwärtig ist es nicht mehr möglich, die Partei ist viel zu sehr gewachsen, sie lebt mit ihrem eigenen Verstand, hat ihren eigenen Kopf, sie verfällt keiner großen Erbitterung, wenn der eine oder andere von uns, selbst wenn es der Genosse Trotzki ist, den einen oder anderen Irrtum begeht. Das ist jetzt schon mehr eine Tragödie für den, der sich irrt. Selbst aus dem Fehler des größten Führers kann jetzt keine Tragödie für die Partei entstehen. Und in diesem Sinne kann gesagt werden, daß alles auch seine gute Seite hat. Das Gute besteht darin, daß gegenwärtig kein Irrtum, selbst ein Irrtum des größten Führers, die Partei unvorbereitet finden wird.

Die Frage, ob die Partei lose oder aus einem Stück gehauen sein wird, ist ein für allemal gelöst. Wer unsere Partei zu der im Dezember und Januar stattgefundenen Diskussion zurückbringen will, wer beweisen will, daß die Demokratie eigene Fraktionen erfordert, den wird die Partei jetzt schon auslachen. Gegenwärtig ist ein solcher Zustand, der sich auch vor einigen Monaten zeigte, als die Genossen wegen der Diskussion nächtelang nicht schliefen, nicht mehr möglich. Die Partei hat sich ihre Erfahrung mit Leiden erworben, sie hat bestimmte Anschauungen, sie kann nicht zurückgelenkt werden. Es wäre gut, wenn die Genossen, die auf dem Parteitag so schlecht abgeschnitten haben, diese Tatsache begreifen würden. Die Reden der Führer der Opposition zeugten aber vom Gegenteil. Sie versuchten, durch das Fenster des Parteitages zu den Wählern zu sprechen, sie betrachteten den Parteitag als ein Parlament, in dem man legale Reden halten, gleichzeitig aber denken kann: Der Kampf ist noch nicht zu Ende. Sie nehmen noch immer an, daß der Parteitag keine Widerspiegelung der Stimmung der Partei war, daß das nur Führer, Gouvernementskomiteeleute gewesen seien, und daß der Moment kommen wird, wo sie der Partei die Richtigkeit ihres Standpunktes beweisen werden.

In der Partei wird es noch geistige Kämpfe für den Leninismus geben.

Die Leningrader Organisation muß dies klarer wissen als irgendeine andere, in Anbetracht der Rolle, die sie in den Kämpfen für den Leninismus schon gespielt hat und die sie, wie ich hoffen will, noch spielen wird, wenn die Frage über den Leninismus und die Grundlagen des Leninismus von neuem auf die Tagesordnung kommen werden. (Beifall.) Geistige Kämpfe für den Leninismus sind in unserem Lande unvermeidlich, weil unser Land in seiner Mehrheit kleinbürgerlich ist und die Arbeiterklasse sich in der Minderheit befindet. Die Kleinbourgeoisie wird versuchen, die Reihen unserer Partei in der einen oder anderen Weise geistig zu verwirren. Ich bin der Ansicht, daß wir im Laufe des letzten Jahres einige entscheidende Schlachten im Kampfe für den Leninismus gewonnen haben. Trotzdem aber glaube ich nicht, daß dieser Sieg uns von der Notwendigkeit eines weiteren geistigen Kampfes befreit. Es wird noch solche Versuche innerhalb unserer Partei geben, in dem einen oder anderen Moment, der unseren Gegnern von der Opposition als geeignet erscheinen wird, diesen Streit zu erneuern. Und wir, Genossen, müssen hierzu bereit sein. Unser Parteitag hat, wie Ihr schon wißt, auf Antrag des ZK. die Zuerkennung des beschließenden Stimmrechtes für das Leninsche Aufgebot bestätigt.

Das Leninsche Aufgebot und die Opposition.

Es gab auf dem Parteitag keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß das Leninsche Aufgebot ein gewaltiger Schritt vorwärts ist. Wer aber, Genossen, das innere Wesen der Opposition, ihre wirkliche Stimmung kennt, der zweifelt nicht daran, daß wenigstens manche von den Vertretern der Opposition gegenüber der Idee der „Verproletarisierung" unserer Partei zurückhaltend eingestellt sind. Jetzt machen sie aber gute Miene zum bösen Spiel. Jetzt, da unsere Partei schon mit Arbeitern verstärkt ist, tun sie so, als ob fast sie das Leninsche Aufgebot „erdacht" hätten. Wir wissen, wie es sich faktisch verhielt. Wir wissen, daß unsere Leningrader Gouvernementskonferenz als eine der ersten (noch vor der Dezemberresolution des ZK.) die Frage der Aufnahme von Arbeitern vom Schraubstock in die Partei aufrollte. Wladimir Iljitsch war noch nicht begraben, als der Artikel „Lenin und die Arbeiter" geschrieben wurde, wo die Notwendigkeit, eine große Masse Arbeiter in die Partei aufzunehmen, betont wurde. Nachher faßte das ZK. ordnungsgemäß einen Beschluß über das Leninsche Aufgebot.

Die gesamte diesbezügliche Arbeit wurde ohne Unterstützung durch die Opposition durchgeführt. Sonst würde ich die Stellungnahme des Genossen Preobraschenski gegen die Parteisäuberung nicht begreifen. Denn was ist die Parteisäuberung? Ist sie etwa nicht die Kehrseite des Leninschen Aufgebotes? Das ist doch die andere Seite der gleichen Medaille.

Die Parteisäuberung erlangt doch nur im allgemeinen Zusammenhang eine Bedeutung. Wenn wir einerseits die, die wir nicht brauchen können, ausschließen und andererseits den besten Arbeitern die Tür weit öffnen, so ist das eine ganz bestimmte, durchdachte Politik. Wenn man aber kommt und sagt: Ja, das Leninsche Aufgebot ist doch keine schlimme Sache, wozu macht Ihr aber die Parteisäuberung?, so antworten wir, daß schon aus diesen Worten das Eselsohr hervorschaut. Es ist kein Zufall, daß zu einer Zeit, als unsere Diskussion schon in vollem Gange war, Genosse Trotzki im „Neuen Kurs" schrieb, die Partei werde sich noch lange auf Zellen verschiedener Zusammensetzung stützen, und viel Zeit werde vergehen, bis die Arbeiter in unsere Partei hineinströmen könnten. Das zeigt bloß, daß die Genossen von der Opposition die Stimmung der Arbeiter, den inneren Zustand der Partei und das, was sich gegenwärtig abspielt, nicht kannten. All das erscheint ihnen ungewöhnlich, vom Himmel gefallen, gewissermaßen künstlich. Daher ihre tiefe Skepsis gegenüber der Idee der „Proletarisierung" unserer Partei.

Dieses Werk ist aber zu neun Zehnteln schon vollbracht, und niemand kann das, was fest erorbert ist, rückgängig machen. Wir haben in der Partei 50% Arbeiter vom Schraubstock, und auf Antrag des ZK. beschloß der Parteitag, den Kurs in der Richtung einzuschlagen, daß in nächster Zukunft die riesige Mehrheit der Parteimitglieder aus Arbeitern vom Schraubstock bestehen soll. Die neue Zusammensetzung des ZK. ist die beste Gewähr dafür, daß alles mögliche geschehen wird, damit wir eine in ihrer riesigen Mehrheit aus Arbeitern bestehende Partei erhalten.

Das ist es Genossen, was ich über den ersten Teil der Arbeit des Parteitages zu sagen hatte. Die Partei blickte in den Spiegel und sah in ihm nicht einen Sekretärbürokraten, den man ihr während der Diskussion vorsetzen wollte, nicht einen verschimmelten Apparatmenschen, sondern erwachsene, mannhafte Arbeiter, einen erstarkten Leninisten, einen wirklichen Bolschewik, der nicht erschrickt, selbst wenn er vom Genossen Trotzki beschossen wird. Die Partei blickte in den Spiegel und sah, daß sie herangewachsen ist, daß sie sich der riesigen Verantwortlichkeit, die auf ihr lastet, bewußt ist, daß sie erstarkt ist, daß sie niemandem erlauben wird, ihre Einheit anzugreifen. Mit einem Beifallssturm antwortete mir der Parteitag, als ich sagte: „Es gibt in der Welt keinen Menschen und keine Gruppe, die unsere KP. Rußlands spalten könnte." (Beifall.) Das sind, Genossen, keine leeren Worte. Ich würde es vor einigen Monaten nicht gewagt haben, das zu sagen, und es war ja auch schwer, das von vornherein zu erklären. Gab es nicht etwa Fälle, in denen die zentrifugale Kraft selbst eine sehr starke Arbeiterpartei spaltete? Solche Fälle hat es gegeben. Wir verloren Wladimir Iljitsch, wir befanden uns in einer sehr schwierigen Lage, die Zahl der Arbeiter in der Partei war, infolge einer ganzen Reihe von Umständen, noch sehr gering; eine Gefahr war tatsächlich vorhanden. Nach dem XIII. Parteitag aber, nachdem der Parteitag dieses Fieber überwunden hat, konnten wir diese Erklärung vor der gesamten Partei mit vollem Bewußtsein der Verantwortlichkeit und mit voller Überzeugung machen.

Die erste Hälfte der Arbeiten des Parteitages bestand somit darin, daß die Partei erklären mußte, wie sie jetzt ist: eine lose, zersplitterte Partei oder eine Partei aus einem Guß. Ob sie ein Bund von Fraktionen oder eine aus einem Stück gehauene Partei ist, ob die Führung unserer Partei dem grundlegenden Leninschen Kader nebst jener frischen revolutionären Jungmannschaft, die sich noch in den Jahren des Bürgerkrieges stählte, gehört, oder ob unsere Partei aus den Leninschen Kadern der Jungmannschaft, gleichberechtigten Gruppen früherer Menschewiki usw. besteht? Diese Frage hatte die Partei zu beantworten, und sie hat sie beantwortet.

Es lag auch die Frage vor, ob tatsächlich mit einem Kampf zwischen den Generationen zu rechnen sei oder nicht. Auch hierauf erteilte der Parteitag eine bestimmte Antwort. Es gab eine Zeit, da im Kommunistischen Jugendverband die Theorie der „Neutralität" blühte, wo es hieß, daß sich der KJV. für die inneren Streitfragen der Partei nicht zu interessieren brauche. Diese Zeiten sind jetzt vorbei, und ich kann mit Bestimmtheit erklären — es ist dies keine Übertreibung, sondern eine Tatsache —, daß unser KJV., so wie er jetzt ist, gleichfalls mit der größten Geschlossenheit für die Leninsche Taktik, für die grundlegenden Kaders der Partei und gegen die Opposition eintritt. (Beifall.) Darin liegt das gewaltige Plus der Diskussion.

Wir können der Opposition dafür dankbar sein, daß sie der Partei, namentlich der Jungmannschaft, Gelegenheit gab, zu zeigen, was der wirkliche Bolschewismus ist. Es war eine gute Gelegenheit, jene Schichten der Partei, die zwar gut bolschewistisch gestimmt waren, aber keine bolschewistische Stählung besaßen, zu bolschewisieren.

Alle Parteien der KI. sind für die Linie des ZK. Ja, noch mehr, die Opposition gab uns Anlaß, diese Frage auch in der KI. aufzurollen. Diesbezüglich war sie schon gar nicht im Zweifel und sagte: Schon gut, werden wir in Rußland nicht siegen, so werden wir in der Kommunistischen Internationale Revanche nehmen; dort haben wir Verbindungen usw.

Schon in der ersten Sitzung des Parteitages hörten wir die Erklärungen der deutschen, der französischen, bulgarischen, polnischen, tschechoslowakischen Partei, der Kommunistischen Jugendinternationale, mit einem Wort: aller großer Parteien der KI., die in diesen Monaten mit uns die Erregung durchmachten, die Dokumente der Diskussion studierten und, nachdem sie sich über den Streit klar wurden, einstimmig zu der Schlußfolgerung gelangten, daß sie auf dem Standpunkte des ZK. unserer Partei stehen.

Genau solche Erklärungen, wie auf dem Parteitag, werden wir wahrscheinlich auch auf dem V. Kongreß der KI. hören. Alle Parteien, die reifsten und erprobtesten, haben sich, nachdem sie sich über unsere Streitfragen klar wurden, voll und vorbehaltlos auf unsere Seite, gegen die Opposition, gestellt. Wir können daher sagen, daß die Zeit nicht unnütz verging. Die Kosten dieser Diskussion waren groß, sie wird aber auch einen bedeutenden Nutzen ergeben. Die Partei hat der ganzen Welt ihr Gesicht gezeigt.

Die Bolschewiki schützen die Bauern vor den ausländischen Kapitalisten.

Worin besteht die zweite Hälfte der Arbeiten des Parteitages? Wie ich sagte, handelte es sich bei der zweiten Hälfte nicht mehr um den inneren Zustand der Partei, sondern um unsere Stellung zu den anderen Klassen, zur Wirtschaft usw. Die Partei hat auf ihrem Parteitag eine Menge Fragen erörtert. Wir beschäftigten uns ausführlich mit Fragen der auswärtigen Politik, mit Fragen der Wirtschaft, des Genossenschaftswesens, des inneren Handels, des Dorfes, der Jugend, des Leninschen Aufgebotes, der KI. usw. Ich kann mich nicht mit einer Wiedergabe des Inhaltes aller dieser Arbeiten beschäftigen, und werde nur die wichtigsten Momente charakterisieren.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik mußten wir eine ganz eigenartige Lage feststellen. Einerseits liegt eine Reihe von de jure-Anerkennungen vor, die eine günstige Lage für uns zu schaffen scheinen. Andererseits muß offen erklärt werden, daß wir im Zusammenhange mit der de jure-Anerkennung auch eine ganze Reihe Schwierigkeiten haben werden. Man bringt uns einen Blumenstrauß nach dem anderen: Wir anerkennen euch de jure. Man sendet uns großartige Brautführer, die diese Blumensträuße bringen, sobald man sich aber neigt, um an diesen Sträußen zu riechen, sieht man, daß eine Rechnung hervorragt — und was für eine lange! — für nationalisierte Fabriken, Gruben, Kriegsschulden, Vorkriegsschulden, Zinsen für die Schulden, Zinseszinsen usw. Es entstand also eine äußerlich günstigere Lage, die aber gleichzeitig neue Schwierigkeiten in sich trägt. Jetzt gelangt unser „Freund", Herr Herriot, zur Macht. Er „liebt" uns sehr. Wie ist aber die Lage in Wirklichkeit? Früher hatten wir den bösen, schmollenden Poincaré, der mit uns nicht zu reden wünschte, der uns sagte: Ihr verfluchte Verbrecher, wir werden's euch schon zeigen, wir werden die Rumänen kaufen, die Polen kaufen und werden euch irgend einmal die Gurgel durchschneiden. Jetzt kommt an Stelle des schmollenden Poincaré der gute Onkel Herriot. Was sagt er nun? Er sagt: Wir anerkennen euch, wir sind gute Leute, nicht so wie Poincaré; bezahlt uns aber infolgedessen die Schulden. In diesem Sinne entsteht für uns eine Reihe neuer Schwierigkeiten. Wir sagten auf dem Parteitag, daß das Volkskommissariat des Äußern jetzt zum populärsten Kommissariat im Dorfe werden muß. So wie der Muschik früher wußte, daß der Bolschewik ihn vor dem russischen Großgrundbesitzer schützte, so muß der Muschik jetzt wissen, daß der Bolschewik ihn vor den ausländischen Kapitalisten schützt. Diese Frage wird in den nächsten Tagen die aktuellste sein. Es ist für uns notwendig, daß der Bauer sich über diese neue Lage im Klaren ist.

Unsere Kampflosung: das Metall.

Was die wirtschaftlichen Fragen betrifft, so haben wir die Kampflosung Metall auf die Tagesordnung gebracht. Wir sagten, daß jetzt, nachdem das ZK. der Partei mit Unterstützung der Gesamtpartei die Frage der Kohle, des Naphthas, des Transports und schließlich — infolge Durchführung der Geldreform und Schaffung einer wertbeständigen Währung — die Geldfrage gelöst hat, daß jetzt die Reihe an das Metall gekommen sei. Wir müssen in den nächsten fünf Jahren 150 bis 200 Millionen Goldrubel für Metall geben, um die Grundlage unserer Wirtschaft, die Metallurgie, zu heben. Das betrifft aufs unmittelbarste auch unsere Stadt. Dzerschinski bearbeitet an der Spitze der Metallindustrie-Kommission diese Frage. Im ZK. der Partei ist sie schon gelöst. In den nächsten Jahren werden wir alle Überschüsse, die es bei uns geben wird, alles, was wir anhäufen, verdienen, hinzuleihen, von der Elektrifizierung absparen können, zur Förderung der Metallurgie zur Verfügung stellen. Auf wirtschaftlichem Gebiete war dies die wichtigste Äußerung des Parteitages.

Wir haben das Wachstum unserer Industrie konstatiert. Zur Zeit des XII. Parteitages hatten wir noch in der städtischen Industrie 25 bis 26% der Vorkriegsproduktion, beim XIII. Parteitag haben wir aber schon 40 bis 45% und sogar bis zu 48%. Und zum erstenmal gab jetzt das ZK. der Partei durch seinen Referenten die Losung heraus, daß es an der Zeit sei, daran zu denken, das Vorkriegsniveau hinter uns zu lassen. Bisher war das Vorkriegsniveau das Hauptideal für uns. Natürlich wird das noch für einige Jahre so bleiben. Im allgemeinen wurde aber auf diesem Parteitag im Namen des ZK. zum erstenmal erklärt, daß dieses Ideal nicht für ewig, sondern für eine kurze Zeit galt; es sei an der Zeit, daran zu denken, diesen Kilometerstein, das Vorkriegsniveau, hinter uns zurückzulassen.

Schaffen wir die Nep ab?

Im Mittelpunkt aller wirtschaftlichen Fragen stand die Frage über das Genossenschaftswesen und den Binnenhandel. Beide Teilfragen waren mit der Frage verknüpft, ob wir uns von den Grundlagen der Nep lossagen oder nicht. Ihr habt wahrscheinlich gehört, daß die Menschewiki und SR. versuchten, die Politik, die das ZK. in bezug auf das Genossenschaftswesen und den Binnenhandel ins Auge faßt, als einen Verzicht auf die Nep auszulegen. Wir drängen — sagten sie — durch diese Politik das Privatkapital und verzichten folglich auf die Nep. Tatsächlich war es notwendig, eine völlig klare Lage zu schaffen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der freie Handel, namentlich mit den Getreideüberschüssen der Bauern, die Grundlage der Neuen Wirtschaftspolitik darstellt, und wir müssen hier alles klar aussprechen. Können wir und sollen wir auf eine Revision der Grundlage der Nep eingehen im Sinne eines Verzichtes auf den freien Handel? Das ZK. und mit ihm der gesamte Parteitag standen auf dem Standpunkt, daß die Nep in Kraft bleiben muß. Würde die Nep aufgehoben werden, was für ein anderes System würde an ihre Stelle treten? Etwa der Kriegskommunismus? Wir dürfen nicht Verstecken spielen. Wir können gegenwärtig auf die Nep nicht verzichten. Ihr wißt, daß Wladimir Iljitsch, als wir die Nep einführten, sagte: **Im Ernst und für lange, aber nicht für immer.** Jetzt, wo wir bedeutende Erfolge auf Grund der Nep erreichten, haben sich Genossen gefunden, die jetzt schnurstraks die Nep aufzuheben wünschen, namentlich der Genosse Larin. Es ist zu hoffen, daß Genosse Larin tatsächlich für immer auf viele seiner Irrtümer verzichten wird, und dann wird er ein wertvoller Mitarbeiter sein. Jetzt, als man anfing, zu sagen, daß man auf das Privatkapital drücken müsse, hat Genosse Larin dies so begriffen, daß die Nep aufzuheben ist und tritt hierfür ein. Er trat vor den Parteitag und sagte, daß man von jetzt über die Nep bedingt, über eine bedingte Nep sprechen müsse. Hierauf antworteten wir ihm, daß seine Worte über die „bedingte Nep" ein **unbedingter Irrtum seien.** Woher nahm er eigentlich die „bedingte Nep"? Ich sagte im politischen Bericht des ZK., daß wir unsere gesamte Politik in zwei Formeln: neue Handelspolitik, die man verkürzt NHP., und neue Genossenschaftspolitik, NGP., ausdrücken könnten. Natürlich ist dies nur im bedingten Sinne neu. Wir stellten diese Frage theoretisch mehr als einmal. Jetzt sind wir, in Anbetracht mancher ernsten Erfolge auf dem Gebiete der Wirtschaft, dicht an eine neue Lage herangetreten. Genosse Larin griff sich an den Kopf und sagte sich, daß man also von einer „bedingten Nep" sprechen könne. Wir traten entschieden gegen eine solche Auffassung auf. Natürlich haben die internationale Bourgeoisie und die Menschewiki auch dieses aufgegriffen. Der „Sozialistischeski Wjestnik" (Sozialistischer Bote) schrieb lange Artikel, Denunziationen an Macdonald, in dem Sinne: „Wem wollt Ihr Anleihen geben? Mit wem verhandelt Ihr über Anleihen? Seht Ihr etwa nicht, daß sie die Nep aufheben wollen?" In den französischen Zeitungen wurde im gleichen Sinne geschrieben. Es wurde mitgeteilt, daß es ein „geheimes Testament" von Wladimir Iljitsch über die Aufhebung der Nep gebe. Der „Sozialistitscheski Wjestnik" versuchte, sogar Einzelheiten über eine solche Aufhebung der Nep zu erzählen. Erstens — hieß es — werden wenig Konzessionen verliehen, zweitens prosperieren die gemischten Gesellschaften nicht, mit dem ausländischen Kapital wird wenig Handel getrieben, Nep-Männer werden ausgewiesen (die Menschewiki müssen natürlich hierüber Tränen vergießen), in Kiew wurden große Gerichtsprozesse veranstaltet usw. Ja noch mehr, auch die Wohnungsgemeinschaften werden jetzt nach dem Klassenprinzip zusammengestellt. Sollte das nicht erbittern, sollte das nicht ein Verzicht auf die Nep sein? Ganze Artikel und sogar Gedichte in Prosa werden über dieses Thema geschrieben. Wie kann man noch leben, wenn man in das Allerheiligste, in die Wohnungsgemeinschaft, eindringt, ehrenwerte Leute nicht wählen läßt, sondern Arbeiter aufzwingt, und man nicht weiß, wo man morgen sein wird? Die extremen Linken gewannen die Oberhand, die Nep wird aufgehoben werden.

Die Partei mußte in dieser Sachlage Klarheit schaffen. Wir verhehlen es nicht, daß wir irgend einmal die Nep aufheben werden. Ich sagte Euch schon, daß Wladimir Iljitsch seinerzeit sagte: Im Ernst und für lange, aber nicht für immer. Das wurde angesichts der ganzen Welt gesagt. Es wird der Moment kommen, wo wir in der Lage sein werden, die Nep aufzuheben. In wieviel Jahren das sein wird, läßt sich nicht genau sagen. Die Frage werden natürlich nicht Macdonald und nicht die Menschewiki, sondern wahrscheinlich unser Parteitag und unser Sowjetkongreß lösen. Gegenwärtig haben wir keinerlei Veranlassung, uns von den Grundlagen der Nep loszusagen — und zwar darum, weil wir widrigenfalls zum Kriegskommunismus zurückkehren müßten. Wir wissen, daß — wie schlecht auch die Nep sei — die Tatsache Tatsache bleibt, daß die Zersplitterung der Arbeiterschaft aufgehört hat, die Industrie im Durchschnitt auf 40%, die Landwirtschaft sogar auf 90% der Vorkriegsproduktion gehoben wurde, und daß wir den Arbeitslohn, so gut es eben geht, heben. Natürlich haben wir noch Schattenseiten: Erwerbslosigkeit usw. Immerhin haben wir aber eine Reihe von Erfolgen, die auf Grundlage der Nep erreicht wurden. Wir haben daher keinerlei Veranlassung, jetzt von diesem Wege abzulenken. Das bedeutet aber keinesfalls, daß wir eine **völlige** Handelsfreiheit gewähren müssen.

Wir haben auf dem Parteitag diesbezüglich Ziffern angeführt. Wenn wir im gegenwärtigen Moment den gesamten Klein-, Groß- und gemischten Handel zusammenfassen, so erhalten wir das Bild, daß das Genossenschaftswesen 30% des Gesamthandels und des Privatkapitals 64%, mit anderen Worten, daß der Staat, zusammen mit dem Genossenschaftswesen, ein Drittel und das Privatkapital zwei Drittel in seinen Händen hat. Wir können fragen, wann und wo wir uns verpflichteten, daß wir bei der Neuen Wirtschaftspolitik ein Drittel haben werden und daß das Privatkapital zwei Drittel haben wird. Warum soll es nicht umgekehrt sein: daß wir zwei Drittel und sie ein Drittel haben sollen? Ist es ihnen etwa zu wenig? Warum sollte man schließlich nicht Halbpart machen? In diesem Sinne haben wir die Frage über den Handel mit voller Energie aufgerollt. Wir sind zu der Schlußfolgerung gelangt, daß wir auf Grund der wirtschaftlichen Erfolge, die wir erreicht haben, auch das Privatkapital einen Druck ausüben und es dadurch zwingen können, eine untergeordnete Stellung einzunehmen. Zurück sagen wir ihm — du bist zu groß geworden, zwei Drittel sind ein zu fetter Bissen, auch ein Drittel wird genügen.

Der Getreideankauf ist eine der wichtigsten Unterstützungen in der Republik. Wer jetzt den Getreidemarkt beherrscht, beherrscht alles. Der Getreideankauf fängt an, unseren Händen zu entgleiten. Wir taten viel, um die Sache gutzumachen und um zu erreichen, daß sich die Initiative in bezug auf den Getreideaufkauf in den Händen der staatlichen und genossenschaftlichen Organe befinde. Der Parteitag, und schon früher das ZK. der Partei, haben beschlossen, in diesem Sinne gegen das Privatkapital vorzugehen. Natürlich ist das weit von einer Aufhebung der Nep entfernt. Würden wir den freien Handel restlos liquidieren, so würden wir dadurch den wichtigsten Stein aus der Grundlage der Nep entfernen. Dies können wir aber nicht machen, weil vor allem die Bauern damit unzufrieden wären. Wir müssen den Handel in den Händen der staatlichen Organe und des Genossenschaftswesens konzentrieren.

Das Genossenschaftswesen muß zu einem Stück des Sozialismus werden.

Gegenwärtig wird die Genossenschaftsfrage zur Hauptfrage.

Das Genossenschaftswesen muß auf unblutigem Wege den Markt erobern. Wir besitzen genügend politische Macht, um den Privathändler mit einem Dekret, einem Federstrich niederzudrücken. Nötig ist aber, daß das Genossenschaftswesen auf wirtschaftlichem Wege dadurch einen Sieg auf dem Markte erringe, daß es billiger verkauft, dadurch, daß wir ein wirkliches Arbeiter-Genossenschaftswesen schaffen. Es hat bei uns auch Beispiele dafür gegeben, wie es nicht zu machen ist. In einer großen Stadt haben die Genossen folgendes gemacht: Als das ZK. den Beschluß faßte, auf das Privatkapital zu drücken, „drückten" sie, und taten sogar noch ein Übriges. Was kam aber dabei heraus? Es kam jetzt ein Genosse zu uns und berichtete: Wir haben große Erfolge. Wir haben die Preise im Genossenschaftswesen um 55% herabgesetzt, so daß fast alle privaten Firmen, darunter auch alte Firmen, die vor dem Kriege zehntelang wirkten, ihre Geschäfte geschlossen haben; wir haben sie zugrunde gerichtet. Das Genossenschaftswesen hat auch einen großen Sieg über das Privatkapital errungen. Wie steht es aber weiter? Es stellte sich heraus, daß das Genossenschaftswesen bei dieser Geschichte auch zugrunde gegangen ist. Sie sagen: Wir haben die Preise auf 45% herabgesetzt; könnten wir da nicht eine Dotation, so 3, 4 Millionen, bekommen? Das ist ein Beispiel dafür, **wie man es nicht machen darf.** Es ist kein Sieg, wenn wir im Genossenschaftswesen die Preise künstlich um 55% herabsetzen; die Privatgeschäfte werden dadurch zum Schließen gezwungen, aber auch **wir werden dabei schlecht**

müssen und Hilfe verlangen. Die Sache ist nicht so anzufassen. Wir müssen dem Genossenschaftswesen nach Möglichkeit helfen, daß es auf normalem, friedlichem, wirtschaftlichem Wege unter geringen Vergünstigungen durch den Staat imstande ist, billiger zu verkaufen und dürfen das Privatkapital nicht aus allen Stellungen verdrängen, sondern nur aus jenen, wo es ein Übriges in seinen Besitz gebracht hat. Wir erklären dem Privatkapital keinen Vernichtungskrieg, sondern wollen es bloß beschränken. Das ist der Grund, warum die Genossenschaftsfrage jetzt zur Zentralfrage unserer Tage wird. Über das Genossenschaftswesen im allgemeinen haben wir viel gesprochen. Jetzt handelt es sich um eine praktische Behandlung der Frage. Wir können und müssen den Genossenschaften billigen Kredit geben. Wir werden ihnen die besten Funktionäre geben. Wir werden sie den Massen näher bringen. Die Genossenschaften müssen begreifen, daß die breiten Massen zu Konsumenten organisiert werden müssen. Das Genossenschaftswesen muß es verstehen, ein Genossenschaftswesen zu sein, das ein Stück vom Sozialismus ist.

Es kann keinerlei Lossagen von der Nep geben. Die Nep bleibt im Grundlegenden bestehen. Es ist dies unsererseits ein Versuch, die Glieder zu recken. Wir haben Kräfte gesammelt, wurden stärker, haben so manches gelernt. Das Privatkapital gab sich nicht mit Betriebspachtungen ab, sondern ging in den Handel und hat zu viel erobert; wir drängen es jetzt zurück, um die Front auszugleichen und werden unsere Genossenschaften allmählich ausbauen. Die Genossenschaften werden durch ihr Wachstum die Privatkapitalisten aus den Stellungen, die sie übermäßigerweise eroberten, verdrängen.

Studiert das neue Dorf.

Die nächste äußerst bedeutende Frage auf dem Parteitag war die Frage der Arbeit im Dorfe. Im Schlußwort habe ich im Namen des ZK. auf dem Parteitag erklärt, daß wir auf unserem Parteitag die Frage über das Dorf nicht so sehr gelöst als bloß aufgestellt haben. Sie ist für uns eine sehr schwierige und komplizierte Frage; denn wir sind im Grundlegenden eine städtische Partei und kennen das Dorf viel zu wenig. Jetzt zum ersten Male beginnen Schriften, kleine Monographien zu erscheinen, die speziell dem einen oder anderen Landkreis oder Bezirk gewidmet sind. Diesbezüglich muß ein Schritt vorwärts gemacht werden. Mich dünkt, daß jeder unserer Kursanten, wenn er für einige Wochen und zuweilen sogar für einige Monate auf Urlaub kommt, wenn er ein verständiger Kommunist ist, in seinem Dorfe oder im Landkreis eine kleine Untersuchung, eine kleine Schilderung vornehmen kann und muß. Jeder beliebige Kursant, jeder beliebige, des Schreibens kundige Rotarmist, jeder verständige kommunistische Arbeiter kann dies machen. Wir müssen jetzt — Stein um Stein — Kenntnisse über das Dorf erwerben. Wir können uns nicht ausschließlich auf unsere offizielle Statistik verlassen. Wir können uns nicht ausschließlich auf die Gelehrten verlassen, die das Dorf ebenfalls nur aus dem Buche kennen. Im heutigen Dorfe gehen im höchsten Grade neue Prozesse vor sich, und wir werden jetzt jede gründliche, ausführliche Schilderung, wenn auch nur eines Dorfes, eines Landkreises, aus der Hand eines zuverlässigen Menschen, eines Kommunisten, der nichts beschönigen, sondern alles so schreiben wird, wie es ist, wie Gold schätzen. Bist du auf Urlaub in einem Dorfe, so stelle eine Gruppe aus fünf Mann für den gesamten Landkreis zusammen, sammle alle Aufgaben über Branntweinbrennereien, über die Schichtenbildung im Dorfe, wie viel arme Bauern, wie viel Mittelbauern es gibt, wovon der Dorfwucherer jetzt verdient, welche Formen der Dorfwucher besitzt, wie der Großbauer jetzt als Wucherer ein Pferd verpachtet, wie viel Steuern er zahlt, ob diese Steuern tatsächlich über seine Kraft hinausgehen, wie es sich mit der Schule, mit der Bodenregelung, mit der Forstfrage, einer Reihe anderer Fragen, aus denen das Leben des neuen Dorfes besteht, verhält. Wie ist der Herr Lehrer, der Agronom, der Arzt und so weiter im betreffenden Landkreis? Solche wahrheitsgetreuen Tatsachen, photographische Schilderungen, Skizzen über das Leben der Landkreise brauchen wir jetzt, Genossen, am meisten, und wir können diese Aufgabe nur durch den Apparat der gesamten Partei erfüllen. Wird sich der kommunistische Arbeiter an diese Aufgabe machen, so werden wir sowohl für das ZK. wie für unsere Literatur ein Material von größtem Werte erhalten. Allmählich fangen wir an, solches Material zu sammeln. Im Dorfe geht eine Schichtenbildung vor sich. In den vergangenen Jahren hat Wladimir Iljitsch wiederholt darauf hingewiesen, daß im Dorfe eine Ausgleichung vor sich gegangen ist, indem einerseits die Großbauern gestützt und andererseits die armen Bauern ein wenig gefördert wurden. In den letzten Jahren, namentlich in den letzten drei Jahren der Nep, tritt eine andere Erscheinung zutage. Die Nep muß sich natürlich auch auf das Dorf auswirken. Es setzt dort eine Schichtenbildung ein. Es entsteht daher für uns die Frage, wie wir das Steuer drehen werden. Der grundlegende Beschluß des Parteitages besteht darin, daß wir bestrebt sein werden, die armen, wirtschaftlich schwachen Bauern und auch den besten Teil der mittleren Bauern zusammenzuschließen, um den Großbauern nach Möglichkeit den gesamten übrigen Teil des Dorfes entgegenzustellen.

Auf dem Parteitage wurde mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß nicht jeder wohlhabende Bauer zum „Kulaken“ (Dorfwucherer) erklärt werden kann. Bei uns wird zuweilen jeder, der satt ist, durch die Bank zum Dorfwucherer gestempelt. Das ist unrichtig. Wollen wir etwa in unserem Arbeiter- und Bauernstaat einen Bauern, wenn er ein guter Wirt ist, wenn seine Wirtschaft mehr oder minder in Ordnung ist, wenn er richtig Steuer zahlt, sich kleiden, seine Tochter verheiraten und ihr Mitgift geben kann, zum Dorfwucherer stempeln? Das wäre eine falsche Anschauung. Noch Wladimir Iljitsch lehrte uns, daß wir die einzelnen Fälle auseinander halten müssen: der Bauer in Sibirien ist etwas anderes als der Bauer in der Ukraine oder an der Wolga; denn in Sibirien ist der Bauer, der fünf Pferde hat, oft keinesfalls ein Großbauer, weshalb wir über diese Frage je nach Ort, Zeit und Umstände urteilen müssen. Werden wir jeden seine Wirtschaft mit Erfolg betreibenden Bauern zum Dorfwucherer stempeln, so wird sich natürlich unsere Landwirtschaft nie heben. Aus diesem Grunde gaben wir die Losung heraus, daß unsere Aufgabe im Dorfe nicht so sehr darin besteht, den Großbauer zu drücken, als vielmehr darin, dem Mittelbauer und dem armen Bauer, jenen, die die Nep ein wenig beiseite geworfen hat, zu helfen.

Auf dem Parteitage wurde ferner die Frage über die Komitees für gegenseitige Hilfe, die Frage über die Religion, über die Sektierer, über die Hilfe für die Lehrer und Agronomen und eine ganze Reihe andere, mit dem Dorfe verknüpfte Fragen erörtert. Ich wiederhole aber, Genossen, daß diese Fragen bloß aufgestellt und noch nicht entsprechend gelöst sind. Die vom Parteitag gefaßten Beschlüsse sind natürlich ein Schritt vorwärts, das Studium des Dorfes fängt aber bei uns erst jetzt wirklich an. Wir müssen unterscheiden, einerseits den, der früher Dorfwucherer genannt wurde und der jetzt bloß ein guter Wirt ist, und andererseits den Nep-Mann, den Dorfreichen, den Branntweinbrenner, den reichen Wucherer, den reichen Krämer, und wir müssen bestrebt sein, das gesamte Dorf gegen sie zusammenzuschließen.

Wir haben jetzt schon wieder Zehntausende von landwirtschaftlichen Proletariern. Wir müssen den Zentralverband der Land- und Forstarbeiter organisieren, Verbindungen mit der ländlichen Lehrerschaft anknüpfen, um durch sie in die Tiefen des Dorfes einzudringen. Wir sind jetzt zum erstenmal dicht an die Arbeit im Dorfe herangetreten. Die Partei hat beschlossen, daß im Zentrum eine ständige Kommission zur Arbeit im Dorfe bestehen und bei jedem Gouvernementskomitee eine diesbezügliche Tätigkeit entfaltet werden soll. Das Wichtigste müssen aber die einfachen Genossen leisten, die mit dem Dorfe in Verbindung stehen.

Die grundlegende Aufgabe der Partei ist: Erziehung des Leninschen Aufgebots.

Ferner wurde in einer ganzen Reihe von Punkten die Frage des Leninschen Aufgebots, die Frage des Parteiaufbaues, erörtert. Die Bedeutung des Leninschen Aufgebots ist riesengroß. Ich habe auf dem Parteitag schon erklärt, worin sie liegt. Bis zum Leninschen Aufgebot lebten wir hauptsächlich von der von den Arbeitern vor Oktober erhaltenen Energie, von der Energie jener Massen, die vor Oktober und dann zum Teil am Anfange der Oktoberrevolution und während der Parteiwoche in die Partei strömten. Von diesem Kapital lebte die Partei im Grundlegenden und hat es an den Fronten stark verausgabt. Jetzt erhielten wir zum erstenmal eine neue Energieladung von der Arbeiterklasse, eine wirkliche Zusammenlötung mit dem nachrevolutionären Proletariat mit allen seinen schwachen und starken Seiten. In diesem Sinne bildet das Leninsche Aufgebot den Anfang einer ganz neuen Epoche. Es ist dies ein Aufgebot des proletarischen Humus und es erheischt noch eine starke Bearbeitung. Wir müssen das klar sehen. Wir wissen, und auch Genossen auf dem Parteitage sagten es uns, daß bei einzelnen Genossen vom Leninschen Aufgebot eine gewisse „kommunistische Großtuerei“ zu bemerken sei. Zu Kommunisten sind sie noch nicht geworden, aber Großtuerei ist bei ihnen schon erschienen und

viele führen sich so auf, wie wenn sie sagen wollten: Wir sind gekommen, Euch zu lehren. Oder etwa: Wir sind gekommen, Euch im Namen der Massen unter Kontrolle zu nehmen. Ich weiß nicht, Genossen, in welchem Maße diese Erscheinung verbreitet ist, an manchen Orten wurde sie aber festgestellt. Jedenfalls muß diesen Genossen, natürlich recht höflich, aber mit Bestimmtheit gesagt werden, daß sie in der Partei immerhin mehr lernen als lehren müssen. Wir sagen nicht, daß wir sie auf die Schulbank setzen wollen. Wir werden ihnen eine Arbeit in der Verwaltung des Staates zuweisen. Lerne an der Arbeit, an der Staatsverwaltung, wir werden dir aber eine Arbeit nach deinen Kräften zuweisen. Ist „kommunistische Großtuerei" für uns alte Parteimitglieder schädlich, so ist sie auch für die neuen Parteimitglieder vom Leninschen Aufgebot nicht besonders nützlich.

Hier, Genossen, harrt unser noch eine sehr umfangreiche Arbeit. Das Leninsche Aufgebot hat seine schwachen Seiten, es hat aber auch seine gewaltige, alle übrigen überwiegende, starke Seite. Das Leninsche Aufgebot wird zur Basis für die Partei werden. Es hat ihre Reihen verdoppelt. Es ist dies die grundlegende Schicht, an der wir in den künftigen Jahren arbeiten und immer wieder arbeiten werden.

Tiefer in die Massen hinein!

Ich glaube, Genossen, daß wir diese ganze zweite Hälfte des Parteitages, wenn wir sie aufmerksam beachten, in eine Formel: „Tiefer in die Massen hinein!" zusammenfassen können. In der Tat, nehmt alle Fragen, die ihr erörtert, mit Ausnahme der rein wirtschaftlichen, die Frage über das Dorf, über die Jugend, über das Leninsche Aufgebot, über die Lehrerschaft — alles dies läuft auf die Formel hinaus: „Tiefer in die Massen hinein!" Die Partei hat, indem sie die Bilanz der Erfahrungen der gesamten Sowjetunion zog, eine ganze Reihe von Kanälen ins Auge gefaßt, durch die der Einfluß des Kommunismus tiefer in die Massen hineindringen muß. Durch das Leninsche Aufgebot, durch die Arbeiterkorrespondenten, durch die Dorfkorrespondenten, durch die Kulturpatronatsorganisationen, durch den Kommunistischen Jugendverband und die Dorfschulen des Kommunistischen Jugendverbandes und die Organisationen der Jungen Pioniere, durch das nach neuer Art organisierte Genossenschaftswesen, durch Stärkung des Einflusses der Kommunisten unter den Rotarmisten und Seeleuten, durch die Komitees für gegenseitige Hilfe, durch den Zentralverband der Land- und Forstarbeiter, durch die Lehrer, über die auf dem Parteitag viel gesprochen und sogar ein besonderer Beschluß über Unterstützung des I. Unionkongresses der Lehrerschaft gefaßt wurde, durch die Delegierten der Arbeiterinnen und Bäuerinnen und durch Ausbreitung der zentralen Organe — **tiefer in die Massen hinein!** Das Zentralkomitee der Partei ist erweitert und mit neuen Arbeitern verstärkt. Die Zentrale Kontrollkommission ist auf 150 Mitglieder erweitert, unter denen die Arbeiter die riesige Mehrheit bilden und die Arbeiter vom Schraubstock und die Bauern vom Pflug eine starke Gruppe darstellen. Der Parteitag war bestrebt, durch alle diese Kanäle immer tiefer in die Massen hineinzudringen. Zu diesem Zwecke wurde sowohl die Erweiterung des Zentralkomitees wie auch die Hinzuziehung von Arbeitern vom Schraubstock zur Zentralen Kontrollkommission, sowohl die Schaffung der neuen Jung-Pionier-Organisation, wie der Komitees für gegenseitige Hilfe im Dorfe, sowohl das Leninsche Aufgebot, dieses gewaltige Mittel, wie auch die Organisation der Dorf- und Arbeiterkorrespondenten vorgenommen. Mit einem Wort: Der Parteitag suchte immer neue und neue Wege, um tiefer in die Massen hineinzudringen, als es bisher geschehen ist. Ich glaube, daß wir in dieser Beziehung so gehandelt haben, wie Leninisten handeln müssen, weil eine der Grundlagen des Leninismus gerade in der Formel besteht: Tiefer in die Massen hinein!

Das scheint eine Binsenwahrheit zu sein, die ganze Kunst unserer Partei besteht aber gerade darin, tiefer in die Massen hineinzudringen, um neue Schichten zu erfassen, diese Schichten in die Hand der Partei zu bringen, Hebel und Treibriemen der Arbeiterklasse in Gestalt der Gewerkschaften in ihren Händen zu halten und eine machtvolle Unterstützung im Leninschen Aufgebot zu besitzen. Die neuen und vorläufig noch schwachen Hebel, wie es die Jungen Pioniere, die Arbeiterkorrespondenten, die Dorfkorrespondenten, die Delegierten der Bäuerinnen sind, dürfen nicht mißachtet werden. Wir müssen einen Aushilfshebel nehmen, den Dorflehrer, der bisher nicht mit uns war und der jetzt, wenn wir ihm Beachtung schenken und seine materielle Lage bessern werden, mit uns gehen wird.

Im allgemeinen lief die zweite Hälfte des Parteitages darauf hinaus, die folgenden Schlußfolgerungen zu ziehen und die folgenden Losungen herauszugeben: Metall und neues Genossenschaftswesen. Das sind die beiden grundlegenden Losungen auf wirtschaftlichem Gebiete, und dann folgt die ganze Gruppe von Hebeln, die die Partei kollektiv schmiedet, um durch sie neue Schichten der werktätigen Bevölkerung der Stadt und namentlich des Dorfes — das noch tief aufgepflügt werden muß, da das Dorf in seiner Entwicklung rückständig ist — zu erfassen. Wir sagen nicht umsonst, daß wir außer der wirtschaftlichen „Schere" — die wir schon längst satt haben und deren Schneiden, wie eben ging, zusammenschlossen — auch eine kulturelle „Schere" haben. Es ist dies das Dorf. Wir müssen nun jetzt an diese kulturelle „Schere" (Auseinandergehen des Kulturniveaus zwischen Stadt und Land) herantreten und müssen sie um jeden Preis schließen. In dieser Beziehung ist es aber bei uns sehr schlecht bestellt.

Wir haben eine Untersuchung des Dorfes vorgenommen, die eine schreckliche Sachlage gezeigt hat. Kinder der armen Bauern besuchen keine Schule gerade darum, weil sie Kinder armer Bauern sind und nichts zum Anziehen haben, und Mädchen besuchen die Schule überhaupt nicht. Die Lehrerin, in Lumpen gehüllt, sitzt auf dem Ofen des ungeheizten Zimmers und unterrichtet, während der Lehrer, der sich mit antireligiöser Propaganda beschäftigen sollte, am Sarge der Verstorbenen Psalter liest, weil er nicht hat, wovon er leben könnte, weil wir ihm nicht zahlten, da wir kein Geld hatten. Diese kulturelle „Schere" ist eine unserer größten Nöte. Die Partei muß diese „Schere" um jeden Preis schließen, die Partei muß das Dorf erfassen. Und mich dünkt, daß der vom XIII. Parteitag gefaßte Beschluß diese Aufgabe bedeutend fördern wird.

Es erübrigt sich, zu sagen, daß die Frage über die innerparteiliche Arbeit und die Demokratie ein für allemal gelöst ist. Das Leninsche Aufgebot schafft für uns in bezug auf die innerparteiliche Demokratie die Notwendigkeit, unsere diesbezüglichen Beschlüsse mehr als je zu befolgen, denn sonst werden wir nicht imstande sein, eine neue gewaltige Schicht von Arbeitern zu erziehen und diesen prachtvoll wachsenden Jungwald zu entwickeln. Die innerparteiliche Arbeiterdemokratie bleibt in Kraft. Der XIII. Parteitag hat dies voll bestätigt. Die Partei hat eine ganze Reihe von Wegen zur tatsächlichen Verwirklichung der Grundlagen der innerparteilichen Arbeiterdemokratie festgelegt. Auf dem Parteitag fand ein kleiner Streit über die Frage statt, ob Gouvernementskonferenzen einmal oder zweimal im Jahre einberufen werden sollen. Ein Teil der Genossen trat für die Einberufung dieser Konferenzen einmal im Jahre ein, wir aber verlangten die zweimalige Einberufung. Wir sind der Ansicht, daß die Gouvernementskonferenzen eines der wichtigsten Momente auf dem Gebiete der innerparteilichen Demokratie sind. Dort können wir neue Leute zur Partei hinzuziehen. Wir können dort ihre Arbeit untersuchen, können das lebende Inventar unserer Partei prüfen und können neuen Kräften die Möglichkeit zur Entwicklung, der Jugend die Möglichkeit zum Wachstum geben.

Der XIII. Parteitag, ein Parteitag der Festigung des Leninismus

Das sind, Genossen, die Ergebnisse der Arbeit unseres Parteitages in seinem zweiten Teil. Allen war es klar, daß die Opposition sich als im Unrecht erwies. Sie prophezeite eine Katastrophe auf dem Gebiete der Wirtschaft und die Antwort war die Geldreform; sie prophezeite den Untergang der Partei, die Antwort war das Leninsche Aufgebot; sie verkündete, daß große Zugeständnisse an das ausländische Kapital nottun, die Antwort hierauf waren die de jure-Anerkennungen.

Der Parteitag verlieh allen örtlichen Organisationen neuen Glauben an sich selbst. Der Parteitag sah, daß die Partei trotz des ungeheuer schweren Schlages, den der Tod Wladimir Iljitschs uns versetzte, fest auf den Füßen steht. Im vergangenen Jahre war Wladimir Iljitsch schon krank und konnte auf dem Parteitag nicht sprechen. Das Zentralkomitee trat zum ersten Male ohne Wladimir Iljitsch vor den Parteitag und die Partei erwies ihm Zutrauen, dieses Zutrauen wurde aber im Vorschuß und auf Kredit erwiesen. In diesem Jahre hat die Partei nach der Diskussionen, nach den Angriffen auf das Zentralkomitee dieser bewußt die Führung anvertraut, die hat ihm bewußt Vertrauen erwiesen. Und ich bin, Genossen, fest überzeugt, daß unser neues Zentralkomitee, das mehr als zehn neue, am meisten hervorragende Parteiarbeiter und insbesondere Arbeiter, die mit den Massen verknüpft sind, in sich aufgenommen hat, das Vertrauen der Partei rechtfertigen wird (Beifall), natürlich in dem Falle, wenn die Partei nach wie vor auf den Füßen bleiben wird, wenn sie wachsam sein wird, wenn sie daran denken wird, daß Kämpfe für den Leninismus noch bevorstehen.

Der Leninismus ist keine so einfache Sache, und man kann sich ihn nicht so leicht zu eigen machen. Eine alte Arbeiterin, die im Namen der Parteimitglieder vom Leninschen Aufgebot sprach, brachte einen sehr richtigen Gedanken zum Ausdruck. Sie sagte, daß es Leninisten weit mehr gäbe als Parteimitglieder, daß es außerhalb der Parteimitgliedschaft sehr viel Leninisten gäbe. Das ist richtig, es gibt außerhalb der Partei sehr viele Leninisten, aber im Rahmen der Partei gibt es zuweilen solche, die sich Leninisten nennen, ohne es zu sein, die nur im bedingten Sinne des Wortes Leninisten sind, in dem Sinne, daß die das Andenken von Wladimir Iljitsch verehren, wie es Dutzende von Millionen Menschen verehren. Wir wollen aber mehr, wir wollen, daß es in der Partei 100% wirklicher Leninisten geben soll, die für den Leninismus kämpfen wollen.

Ich sagte in meinem Schlußwort, daß unser Parteitag als der Parteitag der Festigung des Leninismus auf allen Gebieten, als ein Parteitag einer beispiellosen Einheit und Geschlossenheit in die Geschichte unserer Partei einziehen wird. Ich sagte das nicht um der schönen Worte willen, denn es ist in der Tat so. Es wird noch Rückfälle geben, denn sie sind unvermeidlich. Wird es aber solche geben, werden von neuem Versuche gemacht werden, unsere Leninsche Partei zu verwässern, so werden wir als alte Soldaten der Revolution einen geistigen Kampf führen gegen jeden, der die Grundlage des Leninismus verletzen wird. (Beifall.) Und ich glaube, Genossen, daß das Zentralkomitee in dieser Beziehung auf die Leningrader Organisation rechnen kann. (Beifall.) Der Parteitag faßte auf Anregung einer ganzen Reihe von Delegationen den Beschluß, daß der nächste Parteitag in Leningrad stattfinden soll. (Beifall.) In der Resloution wird erklärt, daß der nächste Parteitag in der ersten Arbeiterhauptstadt, in Leningrad, stattfinden soll. Ich glaube, Genossen, daß es eine ungeheure Freude und ein Stolz für die Leningrader Arbeiter und Kommunisten ist, nicht nur die erste Hauptstadt der Revolution, sondern auch die erste Stadt des Leninismus zu sein. (Anhaltender Beifall.)

Resolution.

Die Stadtversammlung der Büros der Parteikollektive begrüßt nach Entgegennahme des Berichtes des Genossen Sinowjew über den XIII. Parteitag voll und einmütig die Beschlüsse des Parteitages. Die bolschewistische Festigkeit und Unerbittlichkeit des Parteitages in der Verteidigung der Grundsätze des Leninismus gegen die Opposition mit ihren kleinbürgerlichen Tendenzen ist die beste Gewähr der Einheit und Geschlossenheit der Partei um ihren Gedanken, das Zentralkomitee.

Die Versammlung der Büros der Parteikollektive ist überzeugt, daß das neue Zentralkomitee in seiner neuen Zusammensetzung ohne den Genossen Lenin mit der gleichen Entschlossenheit und Festigkeit die Geschlossenheit der Partei wie zur Lebenszeit des Genossen Lenin verteidigen und eine feste bolschewistische Linie verfolgen wird.

Die Versammlung der Büros der Parteikollektive erklärt im Namen der Leningrader Organisation, einer der ältesten bolschewistischen Organisationen der Partei, daß sie nach wie vor die geringste Fraktionsmacherei, jede Abweichung von den unerschütterlichen Prinzipien des Leninismus bekämpfen wird. Festigkeit und Geschlossenheit unserer Partei werden die weiteren Erfolge der Arbeiterklasse sichern! Grenzenlose Hingabe gegenüber dem Leninismus wird den vollen Sieg des Kommunismus beschleunigen!

Es lebe die Kommunistische Partei Rußlands!

Es lebe der Kommunismus!

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 74. 24. Juni. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Der V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.

Die Eröffnung des Kongresses.

Moskau, 17. Juni 1924.

Die Eröffnungsfeier im Großen Theater.

Von F. R. (Moskau).

** Heute fand im Großen Theater zu Moskau die feierliche Eröffnung des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale statt.

An diesem Abend wurden die Vertreter des revolutionären Weltproletariats von der Moskauer Arbeiterschaft gefeiert. Während im Parterre die Delegationen saßen: Deutsche und Japaner, Russen, Südafrikaner usw., usw. — Vertreter von 52 Kommunistischen Parteien der Welt, waren alle sechs Ränge und die Logen des Riesentheaters mit Arbeitern und Arbeiterinnen der Moskauer Betriebe gefüllt.

Ganz besonderer Art ist das Verhältnis der russischen Arbeiterschaft zu der Kommunistischen Internationale. Die russischen Massen zogen in den Feuerkampf und gewannen die erste größte Schlacht gegen den Kapitalismus noch vor der Gründung der Kommunistischen Internationale, und doch ist **„Komintern"** das Wort, mit dem der russische Werktätige die Vorstellung an die Revolution selbst verknüpft. Während die kapitalistischen Staaten jetzt, nach dem Kriege, wie im Kriege, ihre Völker im nationalen Geiste zu erziehen suchen, ist der Bürger der Sowjetrepubliken ein Internationalist — in Worten und Taten. Auch wenn die Weltrevolution bis jetzt noch nicht das ersehnte reale Bündnis mit dem Weltproletariat gebracht hat, so glaubt der russische Proletarier an die Weltrevolution und verfolgt mit dem größten Interesse das Wachstum der revolutionären Bewegung der Welt. Die **Komintern** ist die Weltrevolution. Es kann keine Manifestation ohne Hochruf auf die Komintern stattfinden — selbst nicht in der entlegendsten Dorfkonferenz parteiloser Bauern.

Für die große Masse der russischen Schaffenden, selbst für jene noch, die nicht zu schreiben und zu lesen wissen, ist der Kongreß der Komintern das große Ereignis, von dem viel gesprochen werden wird, so daß der Empfang der Delegierten im Großen Theater, trotz der feierlichen Aufmachung, der natürliche Ausdruck dieses Verhältnisses zur Komintern ist. Die Arbeiter waren nicht allein die Zuschauer und Zuhörer bei diesem Empfang, sie bildeten den aktiven Teil, denn zum größten Teil gehörte das Wort den Arbeitern selbst.

In schier endloser Reihenfolge waren die Delegationen erschienen: von den großen Betrieben, den Gewerkschaften, von den Eisenbahnen, aus den Dörfern... Der Ausländer, der zum erstenmal im roten Moskau ist, mußte über die Selbstverständlichkeit staunen, mit der diese Männer und Frauen aus dem Volke im lichtsprühenden Theaterraume auf die Bühne traten und sprachen. Sie sprachen eine für die Delegierten **fremde** Sprache. Die Reden konnten bei der Überfülle der Ansprachen (für den westeuropäischen Genossen dauerten die Reden fast zu lange) nicht einmal übersetzt werden, aber auch durch die fremde Sprache hindurch fühlte der Ausländer, daß sich hier etwas Neues vor seinen Augen abspielte, etwas, was nur im russischen Proletarierstaate möglich ist, etwas, was die russische Revolution durch ihre Tat zur Wirklichkeit gemacht hat. Das war das Wort der **Masse**, die Stimme bekommen hat. Es waren nicht „Bonzen" und nicht erfahrene Redner, die das Wort führten. Ein älterer Arbeiter vom Leninschen Aufgebot erklärte, er spreche überhaupt zum erstenmal in der Öffentlichkeit. Feste, knorrige, bärtige Gestalten, in hohen Schaftstiefeln erscheinen: es sind parteilose Bauern aus dem Gouvernement Moskau, die in schmucklosen, fast unbeholfenen Worten auszudrücken suchen, daß sie der europäischen Revolution Hilfe bringen wollen. Ein Arbeiter spricht zu den Delegierten: „Wenn Ihr heimkehrt, arbeitet ohne Rast. Man braucht nichts, kein Parlament und nichts, nur fest zuzupacken!" Ein Metallarbeiter vom Werke „Der rote Proletarier" erklärt, einen Riesenhammer schwingend: „Wir haben Euch da eine ‚geistige' Waffe zum Kampfe gegen die Bourgeoisie gebracht. Ihr seid ebenso wie wir, die Schmiede." Unter dem brausenden Beifall der Anwesenden legt er das Werkzeug auf den Präsidententisch. Auch noch andere Geschenke werden von den Genossen mitgebracht: Bildnisse von **Lenin**, Fahnen usw. Eisenbahnerinnen bringen das Modell eines Weichensignals „Freiheit" auf die Bühne und überreichen es symbolisch dem „Weichensteller" der III. Internationale, Genossen Sinowjew: Er würde im gegebenen Moment das richtige Signal zu geben wissen. Von den Arbeiterinnen der Moskauer Konfektionswerkstätten wird Genosse Sinowjew zum Ehrenschneider ernannt. Der neuge-

backene Schneider schwingt die Schere, mit der die Gurgel des Kapitalismus abgeschnitten werden wird.

Ein besonders belebendes Intermezzo bildet der Vorbeimarsch der Roten Pioniere, die sich jetzt „Jung-Leninisten" nennen. Mit Trommelwirbel, in gleichem Schritt und Tritt, ziehen die jungen Bürschlein und Mädelchen am Präsidententisch vorbei, eine helle Kinderstimme schmettert in kurzer Rede in den Saal den Ruf hinein: Denkt an die Kinder in den kapitalistischen Ländern!

Hier, auf dem Hintergrunde diese Redner, gewinnen die Begriffe „Demokratie", „Führer und Masse" und dergleichen eine andere, tiefere Bedeutung als sonst. Hinter den Rednern, am Präsidententische, sieht man Sinowjew, Bucharin, Trotzki, Clara Zetkin, Smeral usw. Die Bekanntgebung jedes einzelnen dieser Namen rief eine jubelnde Begeisterung hervor. Die russische Parteidiskussion gehört mit allen ihren Verirrungen und Schwächen der Vergangenheit an. Und für die Masse sind die Männer am Präsidententisch die Führer, die sie bis jetzt den sicheren Weg der Revolution geführt haben, den Weg, den der größte aller Führer, **Lenin**, gewiesen hat.

Lenin! Dieser Name beherrschte, sichtbar und unsichtbar, hörbar und unhörbar, diesen Abend, wie alle Veranstaltungen der Revolution in Rußland. Er klang hindurch durch die Eröffnungsrede des Genossen **Sinowjew**, der über die Aufgaben und das Programm der III. Internationale, über die Weltreaktion und den Heldenkampf des Proletariats sprach; er klang aus den Reden des Genossen **Rykow**, der über den Weg der Sowjetregierung und die Revolution sprach, und des Genossen **Losowski** und aller Redner und Rednerinnen. Auf der Bühne, wo vor fünf Jahren der Meister den I. Kongreß der Kommunistischen Internationale begrüßte, fehlte die markige Gestalt mit dem markanten Schädel; nur im Hintergrunde der Bühne umschlang eine Riesen-„V.", aus fünf roten Streifen gebildet, das lebensgroße Porträt Lenins auf der Rednertribüne. Als der Generalsekretär der Exekutive, Genosse **Kolarow**, den Kongreß eröffnete und der Name **Lenin** zum erstenmal in einer Kongreßrede genannt wurde, erhoben sich alle Tausende der Anwesenden wie ein Mann spontan von ihren Sitzen, und bei den Klängen des Trauermarsches verdunkelte sich für einen Augenblick die Bühne. Aber den Schlußakkord des Abends bildeten die machtvollen Klänge der „Internationale", gesungen in allen Hauptsprachen der Welt — ein Symbol des großen Kampfes und des kommenden Sieges!

* * *

** Heute abend wurde im Großen Theater der V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale feierlich eröffnet. Der ungeheure Zuschauerraum, der wohl 5000 Personen fassen dürfte, war mit rotem Tuch dekoriert. Von den Rängen leuchtete der Gruß der Moskauer Proletarier an den Kongreß in großen weißen Lettern herab. Auf der Bühne war ein Bild unseres unvergeßlichen Lenin aufgestellt.

Lange vor Beginn der Sitzung war der Zuschauerraum schon bis auf den letzten Platz gefüllt. Zahllose Deputationen von Arbeitern, Arbeiterinnen, Rotarmisten, Matrosen, Jugendlichen und Pionieren waren erschienen, um die Delegierten des V. Weltkongresses in der Hauptstadt des Proletarierstaates willkommen zu heißen. Unbeschreiblich war die Begeisterung, als Sinowjew, Rykow und Klara Zetkin auf der Tribüne erschienen.

Nichts beweist uns Abgesandten des westlichen Proletariats das Verwachsensein der Kommunistischen Partei Rußlands mit den breiten Arbeitermassen besser als diese tiefe aus dem Herzen kommende Begeisterung des russischen Proletariates für die Weltrevolution. Der Beifall wollte fast kein Ende nehmen, als sich Genosse Sinowjew zeigte.

Genosse Kolarow:

Zum fünften Mal versammeln sich die Vertreter der revolutionären Arbeiter und Bauern aller Länder in der roten Hauptstadt der Union der Sozialistischen Sowjetrepublicken, um die Fragen der revolutionären Bewegung zu erörtern. Während der eineinhalb Jahre, die uns vom letzten Kongreß trennen, spielten sich viele Ereignisse von riesenhafter Bedeutung ab, vieles änderte sich sowohl in der gesamten internationalen Situation sowie auch im Leben und in der Entwicklung unserer Parteien. Während dieser Zeit führte die Komintern und das von ihr geführte Proletariat einen schweren Kampf an ihren Fronten. In diesem Kampfe haben wir an manchen Fronten auch Niederlagen erlitten, große Opfer gebracht, große Verluste gehabt. Unser erstes Wort muß dem Verlust des größten Führers der Weltrevolution, dem Genossen Lenin, gewidmet werden. (Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen, das Orchester spielt den Trauermarsch). Erinnern müssen wir uns hier des Genossen Dimitri Blagojew, eines der Begründer der ersten Sozialdemokratischen Partei in Rußland und des Begründers der Kommunistischen Partei Bulgariens. (Die Delegierten erheben sich, das Orchester spielt den Trauermarsch.) Wir können unsere Arbeit nicht beginnen, ohne daß wir der Tausenden von anderen im revolutionären Kampfe gefallenen einfachen Arbeiter und Bauern gedenken.

Genossen, wir trauern aber nicht nur. Wir müssen mit der größten Freude jene großen Erfolge erwähnen, die die Komintern und ihre Sektionen während dieser kurzen Zeit erzielt hat. Unsere Partei ist in allen Ländern erstarkt, unsere Weltpartei, die Komintern, sieht mit Zuversicht im Bewußtsein des sicheren endgültigen Sieges den kommenden Ereignissen entgegen.

Hiermit erkläre ich den V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale für eröffnet. (Stürmischer Beifall, Die Anwesenden singen die Internationale.)

In diesem Augenblick erscheint Genosse Trotzki auf der Tribüne. Er wird von den Anwesenden stürmisch begrüßt. Zurufe: Es lebe die Rote Armee, hurra.

Genosse Miljutin

schlägt im Namen aller Delegationen folgende Genossen für das Präsidium des Kongresses vor: Genosse Sinowjew als Vorsitzenden; Clara Zetkin; Genossen Stalin, Bucharin, Trotzki (Rußland); Genossen Braun, Gebhardt (Deutschland); Treint, Suret (Frankreich); Bordiga (Italien); Smeral, Muna (Tschechoslowakei); Kolarow (Balkan); Krajewski (Polen); Katayama (Japan); (Zurufe: Es leben die Ostvölker); Roy (Indien); Stewart (England)); Dunne (Amerika). Für das Sekretariat Platten, Mac-Manus, Neurath, Doriot, Stirner. (Beifall.) Das Präsidium und das Sekretariat wird **einstimmig** gewählt:

Sodann ergreift unter stürmischem Beifall

Genosse Sinowjew

zur Eröffnungsrede das Wort:

Genossen! Auf der Tagesordnung des V. Kongresses der Komintern steht die Frage des Programms der Kommunistischen Internationale. Die Komintern wird noch viel kollektive Arbeit aufwenden müssen, um einen Programmtext auszuarbeiten, der alle Bedürfnisse unserer Bewegung befriedigt und unserer Theorie entspricht. Aber, Genossen, wir haben zwei Namen, die das Programm der Kommunistischen Internationale mit größter Vollständigkeit in sich verkörpert haben. Diese Namen sind Marx und Lenin (Beifall). Die Kommunistische Internationale hat es schon in den ersten Anfängen ihrer Arbeit als ihre Pflicht angesehen, den Weg zu gehen, den Karl Marx der I. Internationale gewiesen hat. Unter dem Banner von Marx hat sich die Komintern gebildet.

Schon direkt Hand in Hand in denselben Reihen hat die Kommunistische Internationale zusammen mit Wladimir Iljitsch Lenin gekämpft und ihre Organisation geschaffen. Für ihn gab es keine höhere Angelegenheit als die Interessen der internationalen Bewegung und somit die Interessen der Kommunistischen Internationale.

Wladimir Iljitsch hat die russischen Arbeiter gelehrt, daß es nichts höheres gibt, als der Arbeiterklasse nicht nur des eigenen Landes, sondern auch der internationalen Arbeiterbewegung zu dienen. Und das hat er sie schon in den Jahren gelehrt, wo unsere Partei noch illegal war, wo man nach rechts und nach links kämpfen und das Recht der Partei auf ihre Existenz verteidigen mußte, wo die Partei den Revisionismus aller Gattungen abwehren mußte. In den Jahren des Sieges hat Wladimir Iljitsch das russische Proletariat beständig daran erinnert, daß die Interessen der Internationale über allen anderen stehen, daß jeder einfache russische Arbeiter sich vorbereiten muß für die Rolle eines Vorarbeiters der revolutionären Bewegung **nicht nur** im eigenen Lande, sondern in der ganzen Welt.

Ein hervorragender Sozialdemokrat, Max Adler, hat in seinem Nachruf für Wladimir Iljitsch hervorgehoben, daß der reformistische Sozialismus (zu dessen Lager er selbst gehört) „seelenlos" ist. Ich kenne kein härteres Urteil über die II. Internationale als dieses kurze Wörtchen „Seelenlosigkeit", das der II. Internationale von ihrem Mitglied Max Adler ins Gesicht geschleudert worden ist. Er schrieb:

„Gerade in diesem Widerspruch zwischen dem seelenlosen Sozialismus und dem Sozialismus, in dem die flammende Seele der „Umsturzpraxis" von Marx und Engels, die Seele der

sozialen Revolution blüht, liegt der wahre Grund für die gegenwärtige Spaltung und Schwäche des Sozialismus. Und Lenin war im Gegensatz zu dieser Schwäche eine gigantische Verkörperung dieser Feuerseele des Sozialismus."

Etwas weiter unten schreibt er:

. . . . . „Wer keine Augen und kein Verständnis für das hat, was ich oben als ‚Seelenlosigkeit' des Sozialismus bezeichnete, wird niemals begreifen, daß der ‚Putschismus' für viele von seinen besten und idealsten Anhängern — und das erklärt besonders die Anziehungskraft des Kommunismus für die Jugend — **eine leidenschaftliche Reaktion gegen diese Seelenlosigkeit darstellt.** Und gerade als eine solche Reaktion gegen die revolutionäre Lähmung des proletarischen Sozialismus muß vor allem die internationale Tätigkeit Lenins aufgefaßt werden."*)

Genossen, in den Tagen, als wir den Tod Wladimir Iljitsch' beweinten, sind einigen der ehrlichsten Gegner des Kommunismus Geständnisse entschlüpft, wie diejenigen, die ich soeben angeführt habe. Ja, Wladimir Iljitsch war die Feuerseele des internationalen Sozialismus, alles dessen, was es Heldenhaftes in der Arbeiterbewegung gibt. Und ich glaube, Genossen, daß es für unseren Kongreß, der morgen oder übermorgen seine Arbeit beginnen wird, keine größere Ehre gibt, als das Bewußtsein, daß ein Teil der Seele Wladimir Iljitsch' in einer jeden von unseren Parteien vibriert und daß jede von ihnen es als höchste Ehre betrachten wird, den Weg zu gehen, den der verstorbene Wladimir Iljitsch Lenin dem Weltproletariat und der internationalen Revolution gezeigt hat. (Beifall.)

Als Marx gestorben war, schrieb Engels in seinem bekannten Brief, den wir oft zitiert haben: „Die Bewegung des Proletariats wird ihren Weg gehen, aber es wird kein Mittelpunkt mehr da sein, an den sich in kritischen Augenblicken die Franzosen, die Russen, die Amerikaner und die Deutschen um Hilfe wandten und von ihm stets klare und richtige Ratschläge erhielten, Ratschläge, wie sie nur ein Genie und ein Mann, der seinen Gegenstand souverän beherrschte, erteilen konnte."**)

Wladimir Iljitsch hat durch seine große Arbeit dafür gesorgt, daß bei seinem Scheiden aus dem Leben ein Mittelpunkt übrig blieb, an den sich die Revolutionäre der ganzen Welt um Rat wenden und Hinweise im Geiste Wladimir Iljitsch' erhalten können. Dieser Mittelpunkt ist hier, es ist die Kommunistische Internationale, die vor allem vom Genie Wladimir Iljitsch' geschaffen worden ist. Und der V. Kongreß wird der ganzen Welt beweisen, daß unter uns nicht umsonst der genialste Führer des internationalen Sozialismus, der beste Vertreter des revolutionären Marxismus auf der Welt gearbeitet hat. (Beifall.)

Es ist hier schon erwähnt worden, daß wir in der verflossenen Zeit nicht wenig Opfer und nicht geringe Verluste erlitten haben. Natürlich fühlt jeder von uns das Bedürfnis, in den ersten Augenblicken unseres internationalen Kongresses der Genossen zu gedenken, die durch die Macht der Umstände in die erste Feuerlinie gestellt worden waren und daher auch die ersten und stärksten Schläge seitens der Feinde auf sich nehmen mußten. Wir haben einen Gruß an die Krakauer Aufständischen gerichtet, die von der weißen Garde gerade in den Tagen abgeurteilt werden, in denen unser Kongreß tagt. Einen ebenso flammenden Gruß senden wir an die polnischen Arbeiter, die in den Gefängnissen sitzen, an die polnischen Bauern, die von der bürgerlichen Bande gefangen genommen worden sind; wir gedenken jetzt der vielen Hunderte von bulgarischen Aufständischen, die in den Gefängnissen schmachten oder vertrieben worden sind, wir gedenken auch der Tausende deutscher Arbeiter, die mit Hilfe der faschistischen Sozialdemokratie gefangen genommen wurden, wir gedenken der indischen Revolutionäre, denen dieser Tage ihr Urteil gesprochen wurde — vier Jahre Zwangsarbeit, wobei die Regierung in voller Einmütigkeit mit der Arbeiterregierung seiner Majestät des Königs von England und gleichzeitig des Führers der Arbeiterpartei Herrn Macdonald vorging. Wir gedenken des heldenmütigen Kampfes unserer japanischen, chinesischen und koreanischen Genossen, wir gedenken in diesen Tagen des tragischen Todes Osugis, Kavanis, Joschimuras, Takaoras und einer ganzen Reihe anderer Genossen, die durch die Hand der Faschisten des vertierten japanischen Imperialismus gefallen sind.

Wir vergessen nicht den hartnäckigen Kampf der streikenden chinesischen Eisenbahner.

Wir gedenken des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Ägyptens, das fast restlos ins Gefängnis geworfen wurde für die Durchführung eines großen Streiks, der zur Besetzung einzelner Fabriken in Ägypten führte.

Wir gedenken des heldenmütigen Kampfes der internationalen Kommunistischen Jugend. Ihr wißt, daß kürzlich in Polen Genosse Engel erschossen worden ist, Ihr wißt, daß über die polnischen Jungkommunisten im Laufe der letzten Woche insgesamt 477 Jahre Zwangsarbeit verhängt worden sind. Einen flammenden Gruß an die Jungkommunisten Polens und der ganzen Welt. (Beifall.) Wir gedenken des heldenmütigen Kampfes, den die französischen und deutschen Jungkommunisten im Ruhrgebiet geführt haben. Was man auch sagen mag, wir waren verhältnismäßig doch schwach und konnten nicht in der nötigen Weise auf die Ruhrereignisse reagieren, aber die Tatsache bleibt bestehen: nur die Kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs haben unter der Leitung der Kommunistischen Internationale vom Beginn der Ruhrbesetzung an ihre Pflicht erfüllt. Und die französischen und deutschen Jungkommunisten haben sie in der Tat mit Ehren erfüllt und dafür dieser Tage ungefähr 150 Jahre Gefängnis bekommen. Selbstverständlich kann unser Kongreß nicht umhin, den französischen und deutschen Jungkommunisten einen brüderlichen, freundschaftlichen, flammenden, kameradschaftlichen Gruß zu senden. (Beifall.)

Die bürgerlichen Regierungen hoffen, daß sie durch die Zwangsarbeit der sozialen Bewegung ein Ende machen können, die in der ganzen Weltbewegung der Kommunistischen Jugend verkörpert ist.

Die Blinden! Die Jungkommunisten einschüchtern wollen, wäre dasselbe, wie wenn man die frühe Morgensonne einschüchtern wollte, damit sie nicht aufgeht. Werden sie denn wirklich nicht begreifen, daß es, wenn schon niemand anderem, so doch jedenfalls dem jetzigen, herrlichen Geschlecht der kommunistischen Jugend bestimmt ist, den vollen Sieg über die bürgerliche Ordnung zu verwirklichen?! O weh, die Jungkommunisten werden, wenn schon sonst niemand, ganz sicherlich die Totengräber der bürgerlichen Gesellschaft sein. Nein, es wird nicht gelingen, durch Zwangsarbeitsurteile das Grün des Jungkommunismus zu zertreten, und durch Erschießungen, wie die polnische Bourgeosie es tut, die große historische Weltbewegung zu erdrücken, auf die die Kommunistische Internationale stolz ist, und die von der Kommunistischen Internationale mit allen Kräften unterstützt werden wird — diese große revolutionäre Bewegung, unser allherrlicher Weltjungkommunismus. (Beifall.)

Genossen! Am Jahrestag des ersten Jahrfünfts der Komintern heben wir hervor, daß die Bewegung sich nicht so rasch entwickelt hat, als wir erwarteten. Erinnern wir uns der Zeit, wo Wladimir Iljitsch, einer der hervorragendsten Köpfe, glaubte, daß die Frage des Sieges der proletarischen Revolution in allen Ländern eine Frage von Monaten sei.

Wir haben uns in der Beurteilung des Tempos geirrt und nach Monaten gerechnet, wo man nach Jahren rechnen mußte. Diejenigen, die sich nicht in das Wesen der Komintern vertieften, verfielen zuweilen in Mutlosigkeit, und sagten: Schon fünf Jahre lang besteht unsere Organisation, und dabei hat sie noch nicht in der ganzen Welt gesiegt.

Ja, seit den fünf Jahren des Bestehens der Komintern haben wir vorläufig nur etwa ein halbes Dutzend zerstörter monarchischer Throne und haben ein Sechstel des Festlandes der Erde in Gestalt der Sowjetunion erobert. Im Laufe dieser fünf Jahre haben wir die Entstehung und das Wachstum kommunistischer Parteien in einer ganzen Reihe von Ländern Europas und anderer Erdteile beobachtet. Im Laufe dieser Zeit hat sich die Sozialdemokratie abermals an die Macht herangeschlichen. Sie gelangt zum zweiten Male zur Macht, und die Arbeiteraristokratie und Kleinbourgeoisie, die von den Sozialdemokraten verkörpert wird, teilt gegenwärtig in einer ganzen Reihe von Ländern die Macht mit der Bourgeoisie. Während die Arbeiter unter dem Banner der Komintern Kräfte sammeln für den neuen Revolutionskampf, schleicht sich die II. Internationale in der Person ihrer obersten Führer an die Macht heran, und ist ein Mithelfer an der Sache der Bourgeoisie. Das sind die ungefähren Ergebnisse, die diese ersten fünf Jahre noch lange nicht ausschöpfen.

Ja, es ist richtig, der Sieg ist noch nicht errungen, und wir müssen noch fünf Sechstel des Festlandes der Erde erobern, damit in der ganzen Welt die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken aufgerichtet wird. Ja, unsere Jungkommunisten werden erschossen, Zehntausende unserer Leute befinden sich in den Gefängnissen und auf der Zwangsarbeit. Wir sehen in dieser Zeit

*) Die Zitate aus dem Nachruf Max Adlers sind aus dem Russischen rückübersetzt.

**) Aus dem Russischen rückübersetzt.

Aufstandsversuche in Deutschland (ich meine den heldenmütigen Aufstand in Hamburg), in Polen und einen ausgedehnten Aufstand in Bulgarien. Aber vieles ist noch bei weitem nicht durchgeführt. Es wäre jedoch der größte Opportunismus, Naivität und Verständnislosigkeit für das, was Wladimir Iljitsch uns gelehrt hat, wenn man, wie ich das bei einigen Kommunisten gesehen habe, in Mutlosigkeit verfallen würde, etwa deshalb, weil der Kommunist Newbold bei den Wahlen unterlegen ist. Ich habe Kommunisten gesehen, die das als eine Niederlage der Komintern und als ein riesiges Unglück ansahen, obgleich Newbold bedeutend mehr Stimmen erhalten hat als früher. Man muß endlich begreifen, daß der Erfolg der Komintern nicht auf dem Schauplatz der Wahlen liegt. Wir haben auch dort große Erfolge errungen und das ist für uns um so wichtiger, als dies nicht unser Element ist. Aber es wäre lächerlich zu glauben, daß unser Erfolg tatsächlich auf Grund dessen bestimmt werden wird, ob Newbold oder irgendein anderer ins Parlament gewählt worden ist oder nicht.

Das Tempo der Entwicklung war langsam, aber die Zeit arbeitete für uns. Wir sind fast in jedem Lande gegenwärtig stärker als vor einem Jahre. Eine ganze Reihe unserer Parteien hat in dieser Zeit eine illegale Periode durchgemacht. Eine ganze Reihe unserer Parteien hatten Prüfungen überstanden. Solche Prüfungen haben die Kommunistischen Parteien Deutschlands, Italiens und fast alle Parteien der Balkanländer, die tschechoslowakische und eine Teil der amerikanischen Partei durchgemacht, die durch die Prüfungen der Illegalität gegangen sind. Das ist für uns natürlich eine sehr wichtige Prüfung, denn man hat versucht, uns mit Hilfe der illegalen Lage abzuwürgen. Aber unsere Parteien haben die Prüfungen überall bestanden und sind aus ihr bedeutend gestählter, bedeutend stärker hervorgegangen, als sie in die Illegalität hineingingen. Gegenwärtig haben wir überall bedeutend bolschewistischere Kommunistische Parteien als bisher. Daher gehen wir an die Arbeit des V. Kongresses mit dem Bewußtsein, daß der Endsieg noch nicht da ist und daß viele Prüfungen auf unserem Wege lagen. Unsere Sache geht langsamer vorwärts als man erwarten konnte, aber sie geht vorwärts. Unsere Komintern, geschaffen von Wladimir Iljitsch und unterstützt von allem, was es Ehrliches und Revolutionäres in der internationalen Arbeiterklasse gibt, und alle ihre Organisationen haben das Kreuzfeuer ausgehalten und sind bedeutend stärker geworden.

Wir eröffnen unseren Kongreß kurz vor dem zehnten Jahrestag des Krieges. Das Präsidium der Komintern hat aus diesem Anlaß einen wichtigen Beschluß gefaßt, den wir Euch bitten werden, zu bestätigen. Wir wollen im Laufe einer Woche, Ende Juli und Anfang August, eine internationale Demonstration durchführen. Wir wollen diese Demonstration nicht nur gegen die Bourgeoisie durchführen, sondern auch gegen die weiße Sozialdemokratie, die am Kriege nicht weniger Schuld trägt als die Bourgeoisie. Ich hoffe, daß der V. Kongreß die Taktik der Einheitsfront in den Grundzügen bestätigen wird, aber es gibt Augenblicke, wo wir vor allem betonen müssen, daß die Führer der Sozialdemokratie unsere Todfeinde sind, und der Augenblick des zehnten Jahrestages des Krieges ist gerade ein solcher Augenblick. Wir wollen diese internationale Demonstration nicht zusammen mit den Sozialdemokraten, sondern gegen sie durchführen. (Beifall.)

Gegenwärtig läuft die II. Internationale mit dem Sachverständigengutachten umher wie ein Kind, das über ein buntes Spielzeug aus dem Häuschen geraten ist, und sucht die Arbeiter der ganzen Welt glauben zu machen, daß dieses Sachverständigengutachten der beste Ausweg aus der gegenwärtigen Lage ist, daß dies der friedliche Weg ist, den die ganze internationale Arbeiterklasse annehmen kann.

Einer der ehrwürdigsten Vertreter des Stumpfsinnes und gleichzeitig Führer der II. Internationale, Crispien, hat sich auf dem eben tagenden Parteitag der deutschen Sozialdemokratie durch folgenden Ausspruch unsterblich gemacht. Er hat gesagt, daß er im Sachverständigengutachten die „Kapitulation der Bourgeoisie vor dem Marxismus" feststelle. Nun, ist das nicht der Kretin der Kretins. Dieser selbstzufriedene Spießer verwechselt anscheinend im Ernst Karl Marx mit dem heutigen deutschen Reichskanzler Marx, denn nur unter dieser Voraussetzung konnte er — und auch dann nur mit einer gehörigen Dosis Dummheit — einen derartigen Ausspruch tun.

Ein neuer Weltbetrug wird vorbereitet. Der Sachverständigenausschuß ist eine Schlinge um den Hals der Arbeiterklasse Deutschlands. Sie ähnelt freilich zuweilen einer seidenen Schlinge, und die Herren aus der II. Internationale freuen sich, daß sie von Seide ist und daß sie mit Pausen zugezogen werden wird und den deutschen Arbeitern von Zeit zu Zeit eine Pause zum Luftschnappen gewähren wird. Das vom Sachverständigenausschuß vorgestellte Dokument sucht man als das letzte Wort der demokratisch-pazifistischen Wahrheit hinzustellen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Komintern liegt darin, diesen schändlichen Betrug zu entlarven und das Sachverständigengutachten im verdienten Lichte zu zeigen.

Kürzlich hat sich in Wien die Amsterdamer Internationale versammelt und diese Herren haben da die Kriegsfrage angeschnitten. Herr Jouhaux, der die französiche Arbeitskonföderation vertritt, hat die Euch bekannte Resolution eingebracht. In einer ganzen Reihe von Ländern wollen sie eine empörende Komödie spielen und in der Rolle von Kämpfern gegen den Krieg auftreten.

Setzen sie denn nicht voraus, daß wir sie im Laufe der nächsten Zeit an die Verbrechen erinnern werden, die sie im imperialistischen Weltkriege gegen die internationale Arbeiterklasse begangen haben? Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist, die Liste dieser Verbrechen aufzurollen und im Zusammenhang mit dem bevorstehenden zehnten Jahrestag des imperialistischen Krieges vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt dieses üppige Bukett der Führer der II. Internationale zu entfalten, und die ganze Welt daran zu erinnern, daß sie an der Weltschlächterei nicht *im geringsten* weniger schuld sind als die imperialistischen Regierungen.

Glauben sie denn wirklich, daß wir sie nicht daran erinnern werden, was sie vor dem Kriege gesagt haben? Möge Herr Jouhaux nicht vergessen, daß er am Tage der Beerdigung von Jaurès seine Rede am Grabe mit den Worten schloß: „Direkt von diesem Grabe ziehen wir in den Krieg, und auch ich ziehe mit."

Und dieser selbe Jouhaux, der das Andenken von Jaurès an seinem Begräbnistage durch eine solche Erklärung beleidigte, will nun den zehnten Jahrestag der Erklärung des imperialistischen Weltkrieges feiern. Dieser selbe Jouhaux, der ein Führer der Amsterdamer Internationale ist, kommt jetzt mit den Euch bekannten Anträgen.

Glauben diese Herren denn wirklich, daß wir die deutschen Sozialdemokraten nicht an den schmählichen Artikel „Der Tag der deutschen Nation" erinnern werden?

„Wie das Los auch fallen mag, im tiefsten Herzen hoffen wir sehnlichst, daß es für die heilige Sache des deutschen Volkes siegreich sein wird; das Bild, das der deutsche Reichstag, diese Vertretung der Nationen, heute bot, wird sich unauslöschlich ins Gedächtnis des ganzen deutschen Teiles der Menschheit einprägen, wird sich auch der Geschichte einprägen als Tag des mächtigen und stolzen Aufschwunges des deutschen Geistes . . . Alle deutschen Sozialdemokraten stimmten wie ein Mann für die Anleihe. Wie die ganze internationale Sozialdemokratie, so *ist* auch unsere deutsche Reichspartei, diese kostbare Perle *in der* Organisation des klassenbewußten Proletariats, heftigste Kriegsgegnerin und begeistertste Anhängerin der Einigkeit und Solidarität der Völker . . . Aber, da das deutsche Vaterland in Gefahr ist, da die nationale Unabhängigkeit des Volkes bedroht ist, so steht die Sozialdemokratie zum Schutze der Heimat auf, und die ‚vaterlandslosen Gesellen', die ‚rote Bande', wie der Kaiser sie verächtlich genannt hat, opfern dem Vaterlande Gut und Blut der Arbeitermassen."*) Glauben die Führer der deutschen Sozialdemokratie denn wirklich, daß wir sie nicht an das erinnern werden, was sie bei Kriegsausbruch gesagt haben?

Scheidemann — der Führer der deutschen Sozialdemokratie, die bedeutendste Gestalt in der deutschen Sozialdemokratie — glaubt er wirklich, daß wir ihn nicht an folgende kleine Seite aus seinem Tagebuch erinnern werden:

„Ungefähr um halb eins kam der Kanzler. Mir schien, daß er mir die Hand besonders lange und mit Betonung drückte. (Gelächter.) Und als mir sagte: ‚Guten Morgen, Herr Scheidemann', so klang das für mich, als wollte er sagen: ‚Na höre mal, jetzt bleiben unsere alten Streitigkeiten, wie ich hoffe, beiseite."

„Ich wies auf die besondere Stellung unserer Partei hin, mit der die Vertreter der anderen Parteien rechnen müssen. Schließlich wurde folgendes Einverständnis erzielt. Der Text unserer Erklärung im Parlament mußte nicht später als neun Uhr abends allen Parteien mitgeteilt werden, damit sie die Möglichkeit hatten, ihn in ihren Erklärungen zu berücksichtigen.

*) Aus dem Russischen rückübersetzt.

Haase gab die feierliche Versicherung ab, daß unsere Erklärung keinesfalls zu Gegenerklärungen der anderen Parteien Anlaß geben werde. Unsere Erklärung werde unter keinen Umständen ein Angriff auf die anderen Parteien sein .... Aber es mußte noch eine andere Klippe umschifft werden: das Kaiserhoch. Was werden Sie dabei tun? fragten uns die Mitglieder der anderen Parlamentsfraktionen. Ich bat, uns keine neuen Schwierigkeiten zu machen. ‚Im Flüsterton' sagte ich dem Abgeordneten Spahn so laut, daß Delbrück es unbedingt hören mußte: ‚Im äußersten Falle halte ich es für angezeigt, daß ein Hoch auf den Kaiser, das Volk und das Vaterland ausgebracht wird.'"*) (Gelächter.)

(Scheidemann, Tagebuch, Aufzeichnung vom 3. August 1914: Kapitel: „Reichskanzler Bethmann Hollweg vor den Ausschussen der Parlamentsfraktionen.")

Wie Ihr seht, hat er das Kompromiß schnell gefunden. (Gelächter.)

Glauben diese Herren denn wirklich, daß wir sie zum bevorstehenden zehnten Jahrestag nicht an dies alles erinnern und ihnen gestatten werden, die Rolle von unschuldigen Engeln und Friedensboten für die internationale Arbeiterklasse zu spielen? Glauben sie wirklich, daß wir sie nicht daran erinnern werden, daß während des letzten Kongresses der Amsterdamer Internationale, im Augenblick des heißestens Gefechts zwischen einem Teil der sogenannten linken Engländer und den deutschen Sozialdemokraten, die ersteren riefen: „Wo ist Rosa Luxemburg?" Das war eine kleine „kameradschaftliche" Erinnerung eines Flügels der Amsterdamer Internationale durch den anderen an seine Teilnahme an der Ermordung der internationalen Führer des revolutionären Proletariats, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Es ist notwendig, daß nicht Einzelpersonen, sondern ganze Parteien, daß das ganze internationale Proletariat am Jahrestag des imperialistischen Weltkrieges die Führer — die Herren Scheidemann und Jouhaux, Vandervelde und Konsorten — fragt: Nicht nur wo Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sind, sondern auch wo die Millionen deutscher, französischer, russischer Arbeiter und Arbeiter anderer Nationen sind, die von diesen Herren in den Krieg getrieben wurden.

Wir werden sie daran erinnern, daß in diesem imperialistischen Weltkrieg 13 Millionen Menschen umgekommen, daß 10 Millionen Krüppel geblieben sind, daß 20 Millionen verwundet wurden und daß dieser Krieg nach den bescheidensten Berechnungen 250 Milliarden Goldmark gekostet hat. Wir werden die Arbeiter der Welt, und vor allem die Arbeiter, die der Sozialdemokratie folgen, daran erinnern, daß die Hauptschuldigen an diesem Gemetzel die Führer der Sozialdemokratie sind.

Die Kriegsfrage kann von der Tagesordnung der internationalen Kongresse nicht verschwinden, insbesondere so lange diese schändlichen Lügner, die an der Spitze der II. Internationale stehen, noch Einfluß auf die Arbeiterklasse haben. Ich rede schon gar nicht von einer solchen Persönlichkeit wie Jouhaux, aber sogar der Engländer Ben-Tillet hat gesagt: „Man muß gegen den Krieg kämpfen, aber wenn er ausbricht, werde ich natürlich an der Seite meines Vaterlandes stehen." Das sagen Leute, die unter den unverbesserlichen Reformisten noch verhältnismäßig die besten sind, in Wirklichkeit aber die Rolle der ärgsten Verräter der internationalen Arbeiterklasse spielen.

Darum ist die Organisation der Kundgebung zum 10. Jahrestag der Erklärung des imperialistischen Krieges eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunistischen Internationale. Und wir werden unsere ganze Agitation und Arbeit so gestalten, daß die parteilosen Arbeiter, die der Sozialdemokratie folgen, sich all des Schreckens erinnern, den der Krieg für die Arbeiterklasse bedeutet, damit sie sehen, daß wir keine Garantien für zukünftige Kriege haben, wenn sie nicht der Kommunistischen Internationale zu Hilfe kommen und wenn nicht die Arbeiter der ganzen Welt unsere Organisation stützen, die ganz allein gegen den Krieg kämpft.

Unserem Kongreß steht die Erörterung einer ganzen Reihe höchst wichtiger Aufgaben bevor.

Die Bilder wechseln besonders in den letzten Monaten mit kinematographischer Schnelligkeit: Eine ganze Reihe von Problemen wartet auf Antwort.

Die Ereignisse in Deutschland und ihre Beurteilung sind von größter Bedeutung für die Beurteilung des Schicksals der Komintern und unserer gesamten Taktik. Die Arbeiterregierung in England und unser Verhalten zu ihr; der Linksblock in Frankreich und die Aufgaben der französischen Kommunistischen Partei, die durch die Macht der Tatsachen auf den Vorposten der Weltpolitik gestellt worden ist; die Beurteilung der bulgarischen Lehren, die Beurteilung der italienischen Politik, wo schon seit einigen Jahren der Faschismus wütet; unsere russische Diskussion, die eine ganze Anzahl von Parteien erregt hat, jetzt aber beendet ist und ihrer Schlußfolgerungen wartet; die Taktik der Einheitsfront und der Arbeiter- und Bauernregierung — das ist die Reihe von Problemen, die wir werden lösen müssen. Ihr wißt, daß wir unter dem Eindruck einer ganzen Reihe von Mißerfolgen und Fehlern Versuche gesehen haben, den Verzicht auf die Taktik der Einheitsfront voll durchzuführen. Dagegen werden wir kämpfen. Einzelne und sogar große Fehler sind kein Argument gegen die Taktik der Einheitsfront. Ist es nicht auch mit der Taktik des revolutionären Parlamentarismus ebenso gegangen, als man versuchte, jeden Fehler bei der Anwendung des Parlamentarismus gegen die gesamte Taktik des revolutionären Parlamentarismus auszuschlachten?

Und wenn wir den Marxismus als Lehre nehmen — was haben die Revisionisten aus ihm gemacht? Wissen wir denn nicht, daß die schlimmsten Verfälschungen des Marxismus uns von manchen pseudo„revolutionären" Syndikalisten aufgetischt wurden, die auf den Namen des Marxismus schwuren?

Wissen wir denn nicht, daß einzelne Marxisten tatsächlich einzelne große Fehler in der Beurteilung des Marxismus begangen haben?

Die Taktik der Einheitsfront erhebt selbstverständlich nicht den Anspruch, eine in sich geschlossene Lehre zu sein. Sie ist nur ein Teil des angewandten Marxismus, für eine gewisse Epoche, und wir halten sie für ein starkes Werkzeug der Komintern. Nichtsdestoweniger gab es bei ihrer Anwendung Fehler, und unter dem Schein der Einheitsfront hat man uns zuweilen die Idee einer Koalition mit der Sozialdemokratie, eines poltischen Abkommens mit der Sozialdemokratie aufgetischt. Das wird uns nicht abhalten, die Taktik der Einheitsfront auch weiterhin so zu beurteilen, wie wir sie im wesentlichen auf den früheren Kongressen unter der Leitung Wladimir Iljitsch' beurteilt haben.

Wir müssen noch die Frage des Programms der Kommunistischen Internationale lösen. Wir stehen vor einer ganzen Reihe wichtigster Fragen der internationalen Gewerkschaftsbewegung, wir stehen vor einer ganzen Reihe größter Fragen von außerordentlicher Wichtigkeit, die verknüpft sind mit der Beurteilung unserer Aufgaben in Deutschland, England, Frankreich, Polen, Skandinavien, auf dem Balkan usw.

Wir stehen vor der Aufgabe, die Ergebnisse der neuen Wirtschaftspolitik der Union der Sowjetrepubliken, die seit drei Jahren durchgeführt wird, zu beurteilen.

Wir Ihr Euch erinnern werdet, lehrte Wladimir Iljitsch, daß diese Politik viele rein russische Züge habe, aber auch vieles von allgemeiner und internationaler Bedeutung, vieles, was in dieser oder jener Variante von den Kommunistischen Parteien der anderen Ländern wird angewandt werden müssen. Wir haben jetzt nicht nur die Theorie der neuen Wirtschaftspolitik, sondern auch drei Jahre der Erfahrung, drei Jahre der schwersten Arbeit, wir haben eine Reihe von Ergebnissen vor uns, die der Kongreß studieren und über die er sein Urteil abgeben muß. Das sind die gewaltigen Aufgaben, die auf der Tagesordnung stehen. Ich glaube, daß wir alle von dem einen Wunsche beseelt sein werden, diese Frage zu erörtern und zu lösen auf Grund des Programms, das für uns in zwei Namen verkörpert ist: Marx und Lenin.

Die Kommunistische Partei Rußlands ist verwaist, und verwaist ist auch die Internationale. Aber unabhängig von der Geschichte des Landes eines jeden von uns, unabhängig von der Parteitradition, unabhängig vom Temperament sind wir alle darin übereingekommen und stimmen wir gegenwärtig überein, daß es unser aufrichtiger Wunsch ist, alle unsere Beschlüsse im Geiste dessen zu fassen, was Wladimir Iljitsch uns lehrte. Wenn unsere Partei Rußlands, gleich nachdem Wladimir Iljitsch die Augen für immer geschlossen hatte, sagte, daß wir jetzt nur einen Weg haben: uns zu bemühen, um wenigstens bis zu einem gewissen Grade die Abwesenheit dieses genialsten Führers zu ersetzen — so werden auch die internationalen Parteien, glaube ich, dasselbe sagen. Sie werden an die Lösung der gewaltigen Aufgaben, vor denen wir stehen, herantreten und bei der Lösung dieser Fragen wirklich den Weg gehen, den Wladimir Iljitsch gebahnt hat, und diese Fragen werden wir gemeinsam lösen können, weil wir die Methode in Händen haben, die Karl Marx uns vermacht, und die Wladimir Iljitsch in der Oktoberrevolution praktisch verwirklicht hat. Ich bin überzeugt, daß unser Kongreß auf dem Wege der Kommunistischen Internationale zum Siege der Weltrevolution

*) Aus dem Russischen rückübersetzt.

gehen wird. Was diejenigen auch sagen mögen, die mit dem ersten Jahrfünft der Komintern unzufrieden sind und sagen, daß es uns nicht gelungen ist, die Weltrevolution zu verwirklichen — wir alle haben das volle Bewußtsein, daß unsere Sache vorwärts geht. Ja, wir werden Hindernisse überwinden und das Steuer fest in der Hand halten müssen, um nicht auf Untiefen aufzulaufen. Wir alle, die auf einen rascheren Gang der Ereignisse gestimmt sind, verlieren zuweilen das Gleichgewicht, aber, Genossen, deswegen haben wir uns ja hier versammelt, wir Vertreter von 52 Kommunistischen Parteien, Vertreter von Arbeiterparteien, nicht die Schlechtesten von den Kämpfern der kommunistischen Arbeiterbewegung, um einmütig, wie es Soldaten der Revolution und Schülern Wladimir Iljitsch Lenins geziemt, von neuem kollektiv die Fragen zu erörtern, vor denen wir stehen, und dann mit aufgekrempelten Ärmeln uns an die Arbeit zu machen im Geiste dessen, was unser großer Lehrer uns gelehrt hat. (Beifall.)

Im Namen des Zentralkomitees der RKP. begrüßt

Genosse Rykow

den Kongreß. Er stellt fest, daß die Sektionen der Komintern in der Periode seit dem IV. Kongreß zu echten Massenparteien geworden sind. Diese Periode wird andererseits dadurch charakterisiert, daß die Unterstützung der Bourgeoisie seitens der II. Internationale immer offener und legaler wurde. Seit dem IV. Kongreß wurde die Sowjetunion organisiert. Der Tod Lenins erschütterte die gesamte Komintern aufs Tiefste. Die Periode nach dem Tode Lenins war eine Periode der Zusammenfassung der Parteimassen innerhalb der RKP. und der Parteilosen um diese Partei. Die Diskussion innerhalb der RKP. endete mit einer einstimmigen Stellungnahme von 755 Delegierten des XIII. Parteitages der RKP. Das Leninaufgebot bewies, daß die Komintern in der RKP. die treueste Avantgarde besitzt. Die Anhäufung der revolutionären Energie innerhalb der Komintern geht genügend rasch vor sich. Diese Tatsache gibt der Sowjetunion vollständige Versicherung, daß die russischen Arbeiter und Bauern bis zur Weltrevolution ausharren werden.

Genosse Losowski

begrüßt den Kongreß im Namen der Roten Gewerkschafts-Internationale und der Gewerkschaften der Sowjetunion. Er erwähnt den Fall Thomas. Der Korrespondent des russischen Gewerkschaftsorgans befragte Thomas über seine Meinung in der Kolonialfrage, worauf Thomas antwortete, daß er in dieser Frage keine Meinung besitze. Das ist aber eine ganz bestimmte Meinung. Hilferding sprach am letzten deutschen Parteitag, daß man sich von der revolutionären Romantik des Ostens nicht hinreißen lassen dürfe, sondern in den nüchternen Verhältnissen des Westens verbleiben solle. Es gibt aber keine Rettung der arbeitenden Menschheit, der ausgebeuteten Ostvölker außer der Weltrevolution. Unter stürmischem Beifall des ganzen Saales endet der Redner mit Hochrufen auf die Weltrevolution.

* * *

Die Arbeiter, die an der Gewerkschaftskonferenz des Sokolnikier Rayons von Moskau teilnahmen, begrüßen den Kongreß und versprechen unerschütterte Unterstützung des Moskauer Proletariats. Darauf erfolgt eine sensationell schöne und die Delegierten tief rührende Szene. Vor dem Tisch des Präsidiums marschiert eine Delegation der Jungpioniere in roten Halstüchern und von Trommelschlag begleitet vorbei. Der Redner der Delegation, ein ungefähr 13 Jahre alter Knabe, Semenkowski, begrüßt den Weltkongreß und fordert die Delegierten auf, ihre Kinder in revolutionärem Geiste zu erziehen. Darauf folgten die Begrüßungsreden einer ganzen Menge von Delegationen Moskauer Betriebe. So begrüßten den Kongreß die Arbeiter des Großbetriebes Trochgornaja Manufaktura, der Fabrik Ikarius, der Druckerei Nr. 5, „Proletarierwort", der Druckerei des Verkehrskommissariats, der Bauern des Mosajer Kreises, des Betriebes Dux, des Betriebes namens „Clara Zetkin", des Textilbetriebes namens „Kominter", die einen Beschluß verlesen, laut dem die Arbeiter des Betriebes den Genossen Sinowjew zum Ehrenschneider ernennen und ihm ein Arbeiterkostüm überreichen. Die Arbeiter des Betriebes „Der Rote Proletarier" überreichen dem Kongreß einen Eisenhammer als Symbol des Kampfes gegen die Bourgeoisie. Darauf begrüßt den Kongreß der Vertreter von 400 absolvierten Schülern der Kommunistischen Swerdlow-Universität. Er erklärt unter stürmischen Beifall, daß die Absolventen sich in erster Reihe zur Verfügung der Komintern stellen. Die Konsequenten erkannten in der letzten Diskussion in der RKP. die streng konsequente Linie des Leninismus, der sie bis zum Ende unerschütterlich treu bleiben. Begrüßungen erfolgen noch im Namen der Arbeiterinnen des Sokolnikier Rayons, der Eisenbahner, des Gummibetriebes Bogatyr, des Autobetriebes Amo, der Arbeiter des Bogorawsk Kreises, der Stadt Blagorodoka, der roten Kautschukfabrik, der staatlichen Banknotendruckerei, der Kiew-Woronescher Eisenbahnen, der Fabrik Dynamo, der Stadt Kolomna, des Godolsker und des Serpuchowsker Distrikts, der Arbeiterinnen des Moskauer Bezirks Krassnaja Pressnija.

Auf die Begrüßungsreden antwortet im Namen der Delegierten

Genosse Gebhardt (Deutschland):

Mit heißer Liebe und glühender Begeisterung begrüßt, bemächtigt sich unser ein Gedanke: wir kamen nach Moskau als nach der Heimatstadt der Weltrevolution. Wir kamen nicht hierher, um leere Phrasen zu dreschen, sondern um neue Säfte aus dem Mutterboden der Weltrevolution zu saugen, um damit zu kämpfen und arbeiten. Lenin ist nicht mehr. So groß auch die fürchterliche Lücke ist, die der Tod Lenins in die Bewegung des internationalen Proletariats schlug, so groß auch unser Schmerz ist, dürfen wir unseren Kopf nicht hängen lassen, da wir wissen, daß der Leninismus in der ganzen Welt siegen muß.

Denkt an das Elend der Proletarier der kapitalistischen Welt, helft ihnen, damit das, was in Sowjetrußland Wirklichkeit geworden ist, im Leben aller Proletarier aller Länder zur Wirklichkeit wird. Fordert von den Delegierten einen harten und unerbittlichen Kampf gegen den Kapitalismus, damit an Stelle des weißen Terrors, der Rote Terror, an die Stelle der Diktatur der Bourgeoisie die Diktatur des Proletariats gesetzt wird. Lieber in den Flammen der Revolution verbrennen, als im Pesthauch des Kapitalismus verfaulen.

Genosse Kolarow schlägt im Namen des Präsidiums vor, an die Rote Armee, Rote Flotte und Rote Luftflotte folgenden Aufruf zu senden. (Begeisterter Beifall. Zwischenrufe: Hurra, Genosse Trotzki.):

Aufruf an die Rote Armee, die Rote Flotte und die Rote Luftflotte.

(Einstimmig angenommen.)

** Krieger der Roten Armee! In der Zeit zwischen dem IV. und V. Kongreß haben wir zusammen mit Euch einen schweren Verlust erlitten. Uns starb unser Lehrer Wladimir Iljitsch Lenin der die Werktätigen der ganzen Welt gelehrt hat, daß wir nur durch organisierten und angespannten Kampf die Macht des Kapitals vernichten und die wahre Brüderlichkeit unter den befreiten Völkern aufrichten können. Hier, in der Hauptstadt des Bundes der Sowjetrepubliken, unter Eurem festen Schutz, finden wir einen großen Trost darin, daß Lenin lebendig ist in der großen Sowjetunion, in der wachsenden Kommunistischen Internationale und in der Roten Armee, die die tapfere Schirmerin der Eroberungen der Revolution ist.

Werte Genossen! Indem wir Euch im Namen von Millionen und Abermillionen Werktätiger begrüßen, halten wir es für unsere Pflicht, Euch daran zu erinnern, daß die Macht des Kapitalismus noch nicht gebrochen ist, daß die Räuber neue Ketten für die Unterdrückten und Enterbten schmieden und neue Blutbäder vorbereiten. Der ganze Haß der Gutsbesitzer, Bankiers und Fabrikbesitzer der ganzen Welt richtet sich gegen das einzige Arbeiter- und Bauernland, in dem sie ein Bollwerk der Werktätigen sehen. Ihr müßt auf der Hut sein. Ihr müßt dessen eingedenk sein, daß die Gefahr neuer Kriege weiterbestehen wird, so lange die Macht in der ganzen Welt noch in den Händen der Unterdrücker verbleibt.

Die Entrechteten der ganzen Welt, die Sklaven der Lohnarbeit sowie die Sklaven der Kolonien, blicken auf Euch als auf die Krieger der einzigen Armee, die die Werktätigen beschützt, und verfolgen mit gespannter Aufmerksamkeit Eure Arbeit, Euren Kampf, Eure Erfolge.

Die Kommunistische Internationale weiß, daß die Sowjetmacht in ihrem Kampf um den Frieden die Reihen ihrer Roten Armee unaufhörlich verringert. Die Territorialdivisionen bilden heute den größten Teil der Streitkräfte des Sowjetbundes. Je weniger zahlreich die Armee ist, je kürzer die Zeit des Militär-

dienstes ist, um so mehr Wachsamkeit und Anspannung wird von den Kriegern der Roten Armee gefordert, damit sie imstande ist, in jedem Augenblick jeglichen Angriff zurückzuschlagen.

Die Kommunistische Internationale, die Eure große und ruhmreiche Vergangenheit kennt, schaut mutig vorwärts, in der Überzeugung, daß, wenn die Stunde schlägt, die Rote Armee ihre Pflicht in Ehren erfüllen wird.

Es lebe die Rote Armee — der Schild der Unterdrückten und das Schwert der Enterbten!

Es lebe die soziale Weltrevolution!

* * *

Genosse Treint überbringt die Grüße der französischen Kommunisten an die hiesige Arbeiterschaft. Noch nie ist die französische Partei so einmütig gewesen wie jetzt. Der Kampf, den die Kommunisten in Frankreich geführt haben, hat seine Früchte gehabt: das Ministerium Poincaré ist gestürzt worden. Jetzt zeigt sich in Frankreich eine neue Richtung. Die linke Bourgeoisie, unterstützt von der Sozialdemokratie, wird einen neuen Frieden von Versailles vorschlagen, der ebenso hart ist wie der erste, aber viel geschickter und viel hypokritischer. Genosse Treint verliest sodann folgende

Protestresolution gegen den Weißen Terror.

Der V. Weltkongreß versammelt sich in einem Augenblick, wo in einer ganzen Reihe von Ländern der grausamste weiße Terror wütet.

Zehntausende von Arbeitern, Bauern, Mitgliedern der Kommunistischen Parteien und der Gewerkschaften schmachten gegenwärtig in den Gefängnissen Deutschlands, Polens, Bulgariens, Italiens, Irlands, Spaniens und Japans. Tausende ungarische Arbeiter schmachten noch im Gefängnis seit dem Sturz der Rätemacht, Hunderte sitzen in den Kerkern wegen kommunistischer Propaganda nach dem Sturz der Rätemacht.

Hunderte von Irländern sind wegen ihres Protestes gegen den englischen Imperialismus verhaftet und werden vor Gericht gestellt werden. 25.000 indische Revolutionäre, die für die Befreiung ihres Landes vom Joch der kolonialen Sklaverei gekämpft haben, wurden von der englischen imperialistischen Clique in den Kasematten der britischen Gefängnisse begraben.

Hinrichtungen laut Urteilsspruch, Erschießungen ohne Urteilsspruch, Foltern, denen die Häftlinge in den politischen Gefängnissen unterworfen werden und die an die schlimmsten Zeiten der mittelalterlichen Inquisitionen erinnern, moralische Foltern der gefangenen Opfer des Klassenkampfes durch rasende Henker — dies alles füllt täglich immer neue Seiten in der blutigen Märtyrerchronik des proletarischen Kampfes.

Eine Periode von Massenmorden und Pogromen, ein ganz zügelloses Wüten der faschistischen Banden in Italien, eine blutige Liquidierung der japanischen kommunistischen Bewegung während des Erdbebens in Japan, Erschießungen der Verhafteten „auf der Flucht" in den Gefängnissen Rumäniens, Meuchelmorde an den Führern der Gewerkschaften in Spanien — das sind die einzelnen Episoden aus der langen Kette der Gewalttaten der rasenden Bourgeoisie gegen die Männer der proletarischen und revolutionären Bewegung in allen Ländern.

Euch, deutschen Arbeitern und Seeleuten, Euch, Kämpfern der deutschen Aufstandsbewegungen, Euch, geschlagenen bulgarischen Aufständischen und Bauern, die mit den Waffen in der Hand für den Sturz der faschistischen Diktatur kämpften, Euch, Krakauer Arbeitern, denen die polnische Bourgeoisie ihren Urteilsspruch bereitet, Euch, heldenmütigen Proletariern Italiens, Euch, Kämpfern für die Unabhängigkeit Irlands, Euch, indischen Revolutionären, Euch allen, Kämpfern für die Weltkommune, sendet der V. Internationale Kongreß, der sich in der Hauptstadt der Weltrevolution versammelt hat, durch die Gefängnismauern hindurch seinen flammenden Gruß.

Es gibt keine Opfer, die die Kommunarden aller Länder nicht für die große Sache der Befreiung der Werktätigen und aller Unterdrückten zu bringen bereit wären. Durch Hinrichtungen, durch Foltern, durch den weißen Terror ist unsere Bewegung nicht aufzuhalten.

Die Stunde unseres Sieges ist nahe. Weltproletariat, entreiße deine Gefangenen den Händen des Feindes, zerschmettere die Macht der Henker des Kapitals und baue die ganze Welt zu einer einheitlichen Kommune um.

Diese Resolution wird einstimmig angenommen.

Nach ihm verliest

Genosse Stewart (England)

folgenden

Aufruf:

Brudervölker des Ostens!

Der Tod des Genossen Lenin, der die internationale Arbeiterklasse als schwerer Schlag mitten ins Herz getroffen hat, hat unter Euch, bedrückte Völker des Ostens, ein ungewöhnlich lebhaftes Echo wachgerufen.

Durch Eure Trauerkundgebungen, durch Eure Massenversammlungen, die dem lichten Andenken Iljitsch' gewidmet waren, und durch andere Kundgebungen der Bitterkeit Eures Verlustes habt Ihr gezeigt, daß Lenin von Euch als Euer Führer anerkannt wird und daß sein Name für den ganzen erwachenden Osten zum Weckruf geworden ist.

Die Losungen Lenins sind Eure Losungen.

Die revolutionären Lehren unseres teuren Iljitsch', die jedem türkischen Bauern, jedem persischen Ambal, jedem afghanischen Nomaden und jedem besitzlosen Ägypter ebenso nahe und verständlich sind wie den Hafenarbeitern Japans, den Eisenbahnern Chinas und den Kulis Koreas, werden Euch in Euren historischen unvermeidlichen Kämpfen für eine bessere Zukunft begeistern.

Die Kommunistische Internationale und das Proletariat der ganzen Welt verfolgt mit gespannter und unablässiger Aufmerksamkeit den heroischen Kampf, den Ihr für Eure nationale Unabhängigkeit, für Eure Befreiung vom erniedrigenden Druck des internationalen Kapitals führt.

Die internationale Bourgeoisie ist in ihrem Drang nach Osten zur Eroberung neuer Märkte gewohnt, die Oststaaten als Objekt einer schonungslosen und räuberischen Ausbeutung, als Quelle ihrer kolonialen Macht anzusehen.

Ihr, die millionenköpfigen Massen, die ihr die unendlichen Gebiete des nahen, mittleren und fernen Ostens bewohnt, stellt in den Augen der Bourgeoisie ihre unveräußerlichen Sklaven dar, die nur dazu geboren sind, daß sie durch ihre Arbeit den herrschenden Klassen Westeuropas und Amerikas Reichtümer verschaffen.

Während des Weltkrieges haben die Kapitalisten aller Länder nicht gespart mit den hochtrabenden Deklarationen und den von ihnen beherrschten Kolonien Autonomie, Homerule und beinahe die Unabhängigkeit versprochen.

Das war ein schlaues diplomatisches Manöver der ausbeuterischen Bourgeoisie, die im kritischen Augenblick bestrebt war, ihre Kolonien in der Botmäßigkeit zu erhalten und den Zustrom neuer und frischer Verstärkungen zu ihren verbrauchten Armeen aus diesem reichen Menschenreservoir zu sichern.

Aber schon unmittelbar nach Beendigung des Blutbades hat die imperialistische Weltbourgeoisie ihre Versprechungen zynisch vergessen und sich mit neuer, unerhörter Kraft an die Abwürgung Indiens, die Ausraubung Chinas, die Aufteilung der Türkei, die Versklavung Persiens gemacht.

Als Antwort auf diese Willkür habt Ihr, unterdrückte Völker des Ostens, Euch einmütig erhoben zum Kampf für Eure nationale Befreiung.

Wisset, daß Ihr in diesem selbstlosen Kampfe nicht allein dasteht.

Auf Eurer Seite sind die grenzenlosen Sympathien der vorgeschrittensten Proletarier aller Länder. Dieselbe räuberische Bourgeoisie, die Euch in den Kolonial- und Halbkolonialländern des Ostens bedrückt und ausbeutet, unterdrückt und peinigt mit derselben Schonungslosigkeit die Arbeiterklasse Westeuropas und Amerikas.

Unsere Wege, die zum Sturz der kapitalistischen Zwangsarbeit und der imperialistischen Bedrückung führen, fallen vollkommen zusammen.

Für Euch, unterdrückte Völker des Ostens wie auch für die die Arbeiterklasse des Westens, ist die wirkliche und endgültige Befreiung nur möglich bei einem engen Bündnis und gemeinsamen freundschaftlichen Kampf gegen den Weltkapitalismus.

Unter dem Banner der Komintern sammeln sich schon die Bauern aller Länder, und Euch, Ihr Bauern des Ostens, gebührt der Platz an der Seite Eurer Brüder aus dem Westen.

Der V. Kongreß der Kommunistischen Internationale reicht Euch seine Bruderhand zu gegenseitiger Hilfe und Unterstützung im gemeinsamen Kampf.

Der V. Kongreß der Kommunistischen Internationale begrüßt Euch, junge Kommunistische Parteien des Ostens, die Ihr unter außerordentlich schwierigen, unerhört schwierigen Verhältnissen der wirtschaftlichen Rückständigkeit, der feudalen Überreste und barbarischer Martern und Hinrichtungen arbeitet und kämpft, die Euren Reihen die besten Genossen entreißen.

In unaufhörlichem Kampfe gegen die Imperialisten und einheimischen Feudalen werden die Kommunistischen Parteien der Ostländer nach wie vor jede ehrliche Äußerung der nationalen Befreiungsbewegung unterstützen, die auf die Abschüttelung des ausbeuterischen Jochs des Auslandskapitals gerichtet ist, und werden dadurch der internationalen räuberischen Bourgeoisie die antiimperialistische Einheitsfront entgegenstellen.

Der V. Kongreß der Kommunistischen Internationale heißt auch Euch willkommen, Ihr Völker der Türkei und Afghanistans, die Ihr das Joch des Vasallentums abgeschüttelt und die Angriffe der imperialistischen Banditen zurückgeschlagen habt. Gleichzeitig sendet der V. Kongereß der Kommunistischen Internationale seinen Brudergruß der chinesischen Partei der Homindan und der mongolischen volksrevolutionären Partei, die die große und lichte Zukunft ihrer Völker schmieden.

Die Schicksalsstunde der Vergeltung für das Kapital naht heran. Unter der entfalteten Fahne der Kommunistischen Internationale bereiten sich die arbeitenden Völker der ganzen Welt im Bunde mit den unterdrückten Nationen des Ostens zum letzten und entscheidenden Kampfe vor, zum allgemeinen Sturm auf die Feste des Kapitalismus in ihrem Kampfe für die Macht der Arbeiterklasse und für die Aufrichtung eines Weltbundes der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der kommunistischen Ordnung in der ganzen Welt.

Auch dieser Aufruf wird einstimmig angenommen.

* * *

Der Kongreß bestätigte hiernach den Beschluß der Exekutive bezüglich der Demonstrationen, die vom 27. Juli bis zum 4. August gegen den Krieg und gegen die Sozialpatrioten durch alle Sektionen der KI. veranstaltet werden müssen. Die Demonstrationen dürfen keinesfalls gemeinsam mit der Sozialdemokratie veranstaltet werden.

Der Kongreß sandte hierauf folgenden

Brudergruß an die Genossen des Leninaufgebots!

In der Schicksalsstunde für die Werktätigen der ganzen Welt, da das Herz unseres großen Lehrers aufgehört hat zu schlagen, hat die Arbeiterklasse der Union der Sowjetrepubliken, die den Geknechteten und Enterbten der ganzen Welt neue Wege gezeigt hat, ihre besten Söhne in die Kommunistische Partei entsandt, um mit gemeinsamen Kräften die große Sache der Befreiung der Arbeit nach den Lehren Wladimir Iljitsch Lenins fortzusetzen: Das Leninaufgebot ist nicht nur ein Zeichen des Vertrauens, das die Kommunistische Partei Rußlands genießt, sondern außerdem auch ein Quell neuer Kraft und neuen Mutes auf dem Dornenwege des Kampfes gegen die Welträuber.

Werte Genossen! Nicht nur die Werktätigen der Sowjetunion haben mit Bewunderung auf Euer Bestreben geschaut, die Kommunistische Partei nach dem Tode ihres Gründers und Führers zu festigen. Die Werktätigen der ganzen Welt haben mit verhaltenem Atem alle Ereignisse in der ersten Republik der Arbeit verfolgt, in den schweren Tagen, als die werktätige Menschheit ihren besten Kopf verloren hatte, und wir alle fanden einen Trost darin, daß Lenin im großen Herzen der Arbeiterklasse lebt, die die Oktoberrevolution vollbracht hat. Wir sind fest überzeugt, daß Eurem Beispiel auch die Proletarier der anderen Länder folgen werden, die in Lenin nicht nur den Führer der russischen Revolution sahen und sehen, sondern auch den Führer und Lehrer der Unterdrückten in der ganzen Welt. Gleichzeitig hält es die Kommunistische Internationale in Person des V. Weltkongresses für ihre Pflicht, Euch daran zu erinnern, daß Ihr eine große, aber schwere und verantwortliche Verpflichtung übernommen habt, indem Ihr Euch unter die Fahne Lenins gestellt habt.

Die Kommunistische Partei Rußlands war und bleibt für die Kommunistischen Parteien der ganzen Welt ein Musterbeispiel eiserner Disziplin und unbeugsamer Energie. Ihr seid in die Reihen dieser Partei eingetreten, nachdem sie ihren Lehrer und Führer verloren hatte. Der Augenblick Eures Eintritts in die Reihen der Kommunistischen Partei zeugt von Eurem klaren und ausgesprochenen Verständnis für die Aufgaben, vor denen die Arbeiterklasse des Sowjetbundes und der ganzen Welt steht. Diese Aufgaben sind gewaltig. Die Räuber der ganzen Welt werden lieber die ganze Menschheit in Blut ertränken als ihre Stellungen aufgeben. Uns steht noch ein langer, angestrengter, an Prüfungen reicher Kampf bevor, der die Anspannung aller Kräfte der Werktätigen und vor allem der Vorhut der Arbeiterklasse in Gestalt der vereinigten Kommunistischen Weltpartei erfordern wird.

Die Kommunistische Internationale kennt die große Vergangenheit der Arbeiterklasse der Sowjetunion. Im Jahre 1905 hat die Arbeiterklasse dieses Landes den ersten Platz in den Reihen des kämpfenden Proletariats eingenommen. Das größte Werk der Arbeiterklasse der Sowjetunion ist ihre Kommunistische Partei, die es verstanden hat, unter unerhört schwierigen Verhältnissen die erste Revolution der Arbeit zum siegreichen Ende zu führen. In die Reihen dieser Partei seid Ihr getreten, Ihr seid Mitstreiter der Vorhut des Weltproletariats geworden. Die Kommunistische Internationale heißt Euch willkommen, sie ist fest davon überzeugt, daß Ihr das Vertrauen der Arbeiterklasse des Sowjetbundes rechtfertigen werdet, die Euch als Fahnenträger des Leninismus aufgestellt hat.

Es lebe die Kommunistische Partei Rußlands!

Es lebe das Leninaufgebot!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

* * *

Hierauf wurde die Sitzung nach Absingung der Internationale geschlossen.

Zweiter Sitzungstag.

Lenin und die Komintern.

Moskau, 18. Juni 1924.

Der Kongreßtag des Leninismus.

Von Ludwig Magyar.

** Moskau erstrahlt im Sonnenschein, als wäre die Stadt feierlich gekleidet. Auf den Straßen riesige Demonstrationszüge. Die Sirenen der Fabriken ertönen, die Arbeit ist beendet, und die Betriebe marschieren nach dem Platze der Revolution. Hier liegen an der Mauer des Kremls die besten Kämpfer der Revolution, die Hunderte von Moskauer Arbeitern und Soldaten, die den Kreml erstürmt haben: Swerdlow, John Reed und die vielen, vielen Helden des proletarischen Kampfes. Und dort unter dem einfachen, düsteren Mausoleum ruht der Beste der Besten, der Führer der Führer, der Mutigste unter den Mutigen, der Revolutionärste unter den Revolutionären, der Beste unter den besten Genossen: Lenin.

Moskaus Arbeiter versammeln sich um Lenins Grab.

•

Kreml. 6 Uhr abends. Andrejewski-Saal. Die Delegierten versammeln sich. Die Vertreter von 52 Kommunistischen Parteien, die Vertreter der Werktätigen von fünf Weltteilen, gestählt im Kampfe, zusammengeschmiedet in gemeinsamen Siegen, in gemeinsamen Niederlagen, zusammengeschweißt im Geiste, im Zeichen, im Lande des Leninismus.

Kolarow eröffnet die Sitzung. Der erste Punkt der Tagesordnung lautet: **Der Leninismus und die Kommunistische Internationale.** Und der Weltkongreß beschließt, diesen Punkt der Tagesordnung dort am Platze der Revolution zu behandeln, dort, wo die besten proletarischen Kämpfer ruhen und unter ihnen der Beste der Besten, der Mutigste der Mutigsten, der beste Revolutionär unter Revolutionären.

Die Internationale ertönt. Die Delegierten marschieren in geschlossenem Zuge nach dem Platz der Revolution. Die Sonne strahlt. Moskaus Arbeiter begrüßen den V. Weltkongreß vor dem Grabe Lenins. Hurra und Hochrufe in allen Sprachen der Welt. Die Hauptstadt der Revolution empfängt den Generalstab der Weltrevolution. Rote Banner, Schriften mit revolutionären Losungen flattern im Winde. Moskau und der Weltkongreß begegnen sich als gute, alte Bekannte. Die Moskauer Arbeiter wissen nur zu gut, daß Moskau die Verkörperung der Weltrevolution, das Symbol des Internationalismus der Tat ist, und für sie war es immer ein inniger Festtag, die Vertreter des kämpfenden, leidenden, zum Siege marschierenden Weltproletariats in der Hauptstadt der Revolution begrüßen zu können. Und jetzt, wo alles aufwärts und vorwärts geht, wo — wie gestern Rykow sagte — die Sowjetunion stärker, mächtiger, wo die Partei einiger zusammengeschweißt ist als je zuvor, ist diese Begegnung noch inniger, feierlicher, begeisterter.

Und dann Todesstille. Der Trauermarsch erklingt feierlich düster, feierlich stimmungsvoll. Die Delegierten marschieren langsam, feierlich gerührt an dem Sarkophag Lenins vorbei. Hunderttausende von russischen Arbeitern und Bauern marschierten vor einigen Monaten an diesem Sarkophag vorüber. Und jetzt begegnen die Vertreter der Kommunistischen Internationale ihrem toten Führer. Am Gesicht hat sich nichts geändert, Lenin liegt auf dem Sarkophag wie im Schlafe. Langsam bewegt sich der Zug der Delegierten. Die Schüler, die Mitkämpfer, die Genossen, sie huldigen dem Andenken des stummen toten Führers.

Diese Begegnung bleibt für immer unvergeßlich.

•

Der Vorsitzende der Allrussischen Exekutive, Genosse Kalinin, spricht hierüber. Tiefdurchdachten, trefflichen Gedanken über die Diktatur des Proletariats, über das Bündnis der Arbeiterklasse mit dem Bauerntum, über die nationale Frage und über die Notwendigkeit des proletarischen Kampfes auch gegen die nationale Unterdrückung gibt er Ausdruck. Auch Genosse Severing prägt einige markige, kräftige Sätze über die Rolle Lenins und des Leninismus im Befreiungskampfe des deutschen Proletariats, und die Moskauer Arbeiter begrüßen begeistert die Mitteilung, daß die oberschlesischen Proletarier dem Symbol des Nationalismus und der Reaktion — „Hindenburg" — das Symbol der Weltrevolution und des Internationalismus **Leninburg** gegenübergestellt haben. Auch Genosse Roy, der Führer der indischen Kommunisten, gegen den unlängst die sogenannte Arbeiterregierung seiner Majestät des englischen Königs und Kaisers von Indien einen Haftbefehl erließ, feiert in trefflichen Worten die welthistorische Bedeutung der Zusammenfassung der revolutionären Bewegungen der Ostvölker mit denen des Weltproletariats als einen der Grundgedanken des Leninismus.

Die Vertreter der Werktätigen von allen fünf Weltteilen, die Vertreter von 52 Kommunistischen Parteien, gestählt in Kämpfen, zusammengeschmiedet durch Siege und Niederlagen, haben gelobt, im Geiste, im Sinne, im Zeichen des Leninismus zu wirken, zu kämpfen und zu siegen, im Zeichen, im Geiste, im Sinne des Leninismus sammeln sich die revolutionären Kräfte, werden die Kämpfe geführt, die schwersten Opfer für die Arbeitersache gebracht. Aber an diesem wunderschönen, sonnigen Sommertag, wo die Vertreter des kämpfenden, leidenden, zum Siege marschierenden Weltproletariats mit den Arbeitern Moskaus vor dem Grabe Lenins dem Andenken unseres Großen huldigten, fühlte man es tief, daß nicht nur dem Leninismus, sondern dem Menschen Lenin die Huldigung galt, dem Führer, dem Kämpfer, dem Revolutionär, dem Theoretiker, dem Genossen, dem Menschen.

* * *

** Genosse **Kolarow** eröffnete die Sitzung um 6 Uhr und teilte dem Kongreß mit, daß sich die Moskauer Arbeiter bereits auf dem Roten Platz versammelt haben und daß daher die Referate über den 1. Punkt der Tagesordnung „Lenin und die Komintern" vom Leninmausoleum herab gehalten werden sollen.

Unter Voranmarsch einer Kapelle der Rotarmisten begaben sich die Delegierten in geschlossenen Reihen auf den Roten Platz, wo bereits Tausende und Abertausende Moskauer Arbeiter mit Musikkapellen und unzählig roten Fahnen als Abordnungen der Betriebe erschienen waren, um die Referate über „Lenin und die Komintern" anzuhören. Am Grabe des Genossen Lenin angelangt, defilierten die Delegierten des Kongresses an der Bahre unseres toten Führers vorbei. Delegierte aus 52 Ländern aller Erdteile sahen Wladimir Iljitsch Lenin mit bleichem Gesicht im Sarg liegen, aber fast unverändert, als würde er nur schlafen. Es war ein trauriger und doch unsäglich erhabener Augenblick, die sterbliche Hülle jenes Menschen zu sehen, der der Menschheit das meiste gegeben hat.

Nachher begab sich das Präsidium des Kongresses auf die Tribüne des Mausoleums und Genosse **Kolarow** erteilte dem Genossen **Kalinin** das Wort zu seinem Referat über **Lenin und die Komintern.**

Genosse Kalinin:

Genossen, schon lange vor dem Kongreß war es jedem von Euch klar, daß das erste Wort des Kongresses **Lenin, dem** Führer der Russischen Revolution, dem Führer der Kommunistischen Internationale, gewidmet wird. Das Studium des Leninismus in allen seinen Etappen ist eine vornehmlich wichtige Aufgabe des internationalen Proletariats. Seine Lehre hat nicht nur die russischen Bolschewiki, sondern auch die Kommunistischen Parteien der ganzen Welt mit einer riesigen Erfahrung bereichert, aus der wir noch lange Jahre hindurch unsere Antworten auch auf die verwickeltsten Fragen schöpfen werden.

Die **drei Hauptideen Lenins sind: Das Bündnis der Arbeiter und Bauern, die Lösung der nationalen Frage und die Diktatur des Proletariats.** Der Gedanke des Bündnisses der Arbeiter und Bauern beschäftigte ihn seit der frühesten Zeit seiner Tätigkeit. Er stellte die Frage in einer Weise, daß jeder Muschik es verstehen mußte.

Im Zusammenhange mit der Bauernfrage steht die nationale Frage, der Lenin gleichfalls seine ganze Aufmerksamkeit widmete. Die Bevölkerung der Sowjetunion besteht aus vielen Nationalitäten, die auf verschiedener Kulturstufe stehen. Die Lösung der nationalen Frage ist daher eine Lebensfrage für die Sowjetmacht. Lenin hat auch in dieser Frage gegen alle Abweichungen den schärfsten Kampf geführt.

Der Verrat vieler westeuropäischer Arbeiterführer hat das russische Proletariat schwer betroffen, aber es hat unter dem Einflusse seines Führers dennoch begriffen, daß nur der Sowjetstaat, nur die Diktatur des Proletariats den Weg zum Sozialismus sichern kann.

Bei der Anwendung dieser drei Leninschen Gedanken müssen wir uns stets vor Augen halten, daß sie Waffen unseres revolutionären Kampfes sind. Eure Aufgabe, die Aufgabe der Vollstrecker des Leninschen Vermächtnisses ist: die speziellen Waffen des Leninismus, diese Waffen des Befreiungskampfes des Proletariats, nicht nur zu hüten, sondern sie zu stählen und weiter zu schärfen.

Genosse Severing:

Das erste Wort des V. Kongresses müssen wir dem Andenken Lenins, des Schöpfers der RKP., des Schöpfers Sowjetrußlands, widmen. Sein Werk ist nicht nur in die Massen der russischen Arbeiter und Bauern eingegraben. Er ist das Symbol der Weltrevolution in allen Ländern der Welt, er ist besonders das Symbol der Revolution für das deutsche Proletariat. Die Kommunistische Partei Deutschlands, die es schmerzlich empfindet, daß sie ihre Bourgeoisie noch nicht verjagt und die Macht erobert hat, weiß, daß sie den Sieg nur im Zeichen Lenins erringen kann. Der Gedanke Lenins ist tief in die deutsche Arbeiterschaft eingegraben. Sie versucht gegen die nationalistischen Kundgebungen Andenken an Lenin zu schaffen. Städte, wo die Kommunisten in der Mehrheit sind, benennen die Namen der Städte nach Lenin. Eine Stadt im Herzen des oberschlesischen Kohlen- und Industriegebietes, die nach dem Massenschlächter im Weltkrieg, Hindenburg, genannt ist, hat jetzt eine kommunistische Mehrheit. Unsere Genossen haben beschlossen, **aus der Stadt Hindenburg eine Leninburg** zu machen. Die Bourgeoisie wütet dagegen, und sie weiß, daß sie keinen gefährlicheren Feind besitzt als die Kommunistische Partei, die unter dem Banner des Leninismus den Sieg erringen wird. Der V. Kongreß steht unter dem Zeichen des Leninismus. Die III. Internationale wurde von Lenin begründet, und sie wird trotz aller Schwierigkeiten, die sich ihr in den Weg stellen, ihren Weg nehmen von Rußland durch Europa, durch die ganze Welt. Im Zeichen Lenins werden wir die gesamte Weltbourgeoisie schlagen, und die rote Fahne wird nicht nur über Moskau, sondern auch über Berlin und über dem ganzen Erdball wehen. Der Leninismus wird den Sieg der Weltrevolution bringen! (Stürmischer Beifall.)

Als nächster Redner ergreift Genosse **Roy**, der Vertreter der revolutionären indischen Bewegung, die heute von der Arbeiterregierung in England auf das schwerste unterdrückt wird, das Wort.

Genosse Roy:

An dem Tage, wo die Vertreter des revolutionären Proletariats der Welt hier, im Herzen der Weltrevolution, versammelt sind, um Euch die Grüße der Ausgebeuteten aller Länder zu überbringen, müssen wir daran denken, daß dies der erste Weltkongreß der Kommunistischen Internationale ist, der ohne unseren geliebten Genossen Lenin stattfindet. Lenin ist zwar tot, aber er hat eine kompakte Armee hinterlassen, eine eiserne Armee, die unter dem Banner des Leninismus den Sieg erringen wird. Es ist jetzt nicht die Zeit, zu erklären, was die Kommunistische Internationale, ja das gesamte Weltproletariat Lenin verdankt. Nur einen Punkt möchte ich hier herausgreifen. Lenin war es, der eine wirkliche Internationale geschaffen *hat*. Die frühere Internationale unter der Führung der Sozialpatrioten war nichts anderes als eine nationale Angelegenheit der europäischen und eventuell der amerikanischen Arbeiter. **Lenin war es, der nicht nur das Proletariat Europas und Amerikas um sich zu sammeln verstand, sondern auch die Unterdrückten und Ausgebeuteten in den Kolonien und Halbkolonien.** Wir wissen, daß die Weltrevolution nur unter dem Banner des Leninismus den Sieg erringen wird. Es lebe der Leninismus! (Stürmischer Beifall.)

Mit dieser Rede wurde die Sitzung geschlossen. Unter Führung des Präsidiums des Kongresses schritten die Delegierten unter ungeheurer Begeisterung der Versammelten die Front der Arbeiterdeputationen ab. Die Begeisterungskundgebungen steigerten sich besonders, als die Menge die Genossen **Sinowjew** und **Trotzki** erkannte, denen jubelnde Ovationen bereitet wurden.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Petrowski: Zehn Jahre Weltkrieg.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 75. 25. Juni. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Marx, Herriot und die KPD. Von Rosenberg . . 917

Politik.
Das neue Kabinett in Japan. Von Alexejew 918

Deutschland.
Der Kampf um die Arbeitszeit. Von Mein 919

Zehn Jahre Massenmord.
Zehn Jahre Weltkrieg. Von Petrowski 920

Arbeiterbewegung.
Die russischen Verbände auf dem Kongreß der Amsterdamer Internationale. (Schluß.) Von Losowski . . 921

Jugendbewegung.
Vorbereitungen zum IV. Weltkongreß der KJI. 922
Die Hauptergebnisse der Tätigkeit der KJI. seit dem III. Kongreß. Von Schüller 922

V. Weltkongreß.
Rot und golden. Von Majerova 923

Weißer Schrecken.
Gegen den faschistischen Terror in Jugoslawien! . . . 924

Rote Hilfe.
Amnestiekämpfe. Von Wagner 925

Aufrufe.
Anläßlich des Prozesses gegen die am Krakauer Aufstand Beteiligten 926

Buchbesprechungen.
„Kommunistische Internationale" Nr. 33. Von Paul . . 927

Buchanzeigen.
Nr. 12 und 13 der „Internationale" 928

Marx, Herriot und die KPD.

Von Arthur Rosenberg (Berlin).

** Nachdem das Marx-Kabinett in Deutschland dank der opferwilligen Hilfe der SPD. wieder auferstanden ist, ist es erforderlich, daß man sich ohne Rücksicht auf die Redereien im Parlament und auf die Schreibereien in der deutschen Presse über den wirklichen Charakter des gegenwärtigen deutschen Regierungssystems klar wird. Formal regiert in Deutschland die kleine Koalition der bürgerlichen Mitte (Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten). Bei dem Vertrauensvotum für die Regierung Marx zeigte sich bereits die große Koalition (bürgerliche Mitte, verstärkt durch die SPD.), und im Werden begriffen ist die allergrößte Koalition (die genannten Parteien verstärkt durch die Deutschnationalen). Das bedeutet: es bildet sich in Deutschland zurzeit eine Regierungskoalition heraus von einer Breite und Einheitlichkeit, wie sie bisher in der Geschichte der Ebert-Republik noch nicht da war. Wenn man will, kann man es die Wiederauferstehung der Koalition vom 4. August 1914 nennen: von der Maas bis an die Memel, von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten. Oder auch die Erneuerung der Cuno-Koalition, die den Ruhrkrieg führte. Von Tirpitz bis Levi sind sich alle Parteien Deutschlands darin einig, daß man durch Annahme des Sachverständigengutachtens und durch Niederknüppelung des Proletariats eine neue Grundlage für den deutschen Kapitalismus schaffen müsse.

Wie erklärt sich die Schwenkung der Deutschnationalen Volkspartei, die gegenwärtig immer deutlicher zutage tritt? Die Deutschnationalen haben im Wahlkampf die patriotische Opposition gespielt, und der größte ihrer sechs Millionen Wähler gab den schwarz-weiß-roten Stimmzettel ab, um damit gegen den schwarz-rot-gelben Staat und seine Wirtschaft zu protestieren. Die Position der Deutschnationalen vor ihrer Wählerschaft wäre viel einfacher, wenn sie bei der Ablehnung des Sachverständigengutachtens blieben. Aber die Deutschnationale Parteileitung ist nicht Herrin ihres Geschickes, sondern sie hängt an einer sehr langen und sehr festen Kette und diese ist in der Hand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Die deutsche Schwerindustrie ist unbedingt für die Annahme des Sachverständigengutachtens, weil sie nur auf diese Weise von den Micum-Verträgen loskommen kann — von allen anderen Erwägungen internationaler kapitalistischer Solidarität ganz abgesehen. Die Micum-Verträge sind reine Erdrosselungsverträge. Bei Fortdauer des Micum-Systems ist die deutsche Schwerindustrie in absehbarer Zeit endgültig erledigt. Die Ententekapitalisten wissen sehr gut, daß die Rhein- und Ruhrindustrie sämtliche bürgerlichen Parteien Deutschlands beherrscht. Die Deutschnationalen unterstehen speziell der Firma Krupp; die Deutsche Volkspartei dem Stinnestrust; das Zentrum dem Klöckner-Konzern; die Demokraten der Firma Siemens, die ihrerseits ein Glied des Stinnes-Konzerns ist. Wenn man die Ruhrindustrie genügend prügelt, tanzen die bürgerlichen Reichstagsparteien nach Belieben. Die Ruhrindustriellen sagen sich, daß bei dem jetzigen System sie allein die Hauptlast zu tragen haben, während die Kapitalisten des unbesetzten Deutschland zuschauen. Wenn schon Leistungen nötig sind, dann

sollen sie von der gesamten deutschen Kapitalistenklasse übernommen werden. Das ist der Wille der Ruhrgewaltigen, und darum müssen die Deutschnationalen das Sachverständigengutachten annehmen.

Eine Mehrheit für das Sachverständigengutachten ist im Reichstag auch ohne die Deutschnationalen vorhanden. Aber die Deutschnationalen würden, falls sie die Opposition gegen das Sachverständigengutachten fortsetzen, die Minorität im Reichstag gegen die Ententepolitik zu groß machen. Wenn über 200 Reichstagsabgeordnete das Sachverständigengutachten ablehnen, wäre das eine so erhebliche Minderheit, daß das internationale Kapital kein rechtes Zutrauen zu irgendwelchen Finanzoperationen in Deutschland hätte. Außerdem sind die notwendigen Reichsgesetze zur Durchführung des Sachverständigengutachtens ganz offenkundig verfassungsändernd. Das heißt, sie brauchen gemäß der Weimarer Verfassung eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages. Wenn die Regierung durch ergebene Juristen feststellen ließe, daß man die betreffenden Gesetze über die deutsche Eisenbahn, über die Notenbank usw. schon mit einfacher Mehrheit annehmen könne, so würde dies ärgerliche Konflikte geben. Die Rechtsgültigkeit solcher Reichsgesetze wäre zweifelhaft, und das Vertrauen der internationalen Finanz bekäme einen neuen Stoß. Also damit die Bankdirektoren jeglicher Konfession in London, Paris und New York ruhig schlafen können, müssen die patriotischen Männer der Deutschnationalen Volkspartei unbedingt das Sachverständigengutachten annehmen. Mit dem wirtschaftlichen Teil des Sachverständigengutachtens sind die Deutschnationalen bereits einverstanden, sie machen nur noch Vorbehalte in den sogenannten Ehrenfragen: Befreiung der deutschen Ruhrgefangenen, Rückkehr der ausgewiesenen Ruhr- und Rheinländer, Aussicht auf militärische Räumung des Ruhrgebietes usw. Es ist klar, daß Herr Herriot, der gar nicht starrköpfig ist, sondern jede Formel so elastisch macht, wie das Interesse des internationalen Kapitals es erfordert, mit einigen harmlosen Zugeständnissen auf diesem Gebiete das nötige tun wird.

Die lückenlose Einheitsfront der deutschen Bourgeoisie für das Sachverständigengutachten, für Herriot und Nollet, empfängt die erwartete Unterstützung durch die reformsozialistische Führerschaft. Die SPD. lebt und stirbt für das Sachverständigengutachten. Man sonnt sich an der wiederaufgehenden „westlichen Demokratie" und erzählt den Arbeitermassen, daß nun dank dem General Dawes das tausendjährige Reich des Völkerbundes kommen müsse. Das dieses Reich von der deutschen Arbeiterschaft eine Jahressteuer von 2½ Milliarden Goldmark eintreiben wird, darüber schweigen die Hilferdinge. Diese Rolle der SPD. ist weder sehr neu noch irgendwie überraschend. Daß die Herren von der II. Internationale bei der internationalen Fusion des Kapitals stets mit dabei sein müssen, ist selbstverständlich.

Opposition gegen die neue größte deutsche Regierungskoalition machen nur die Völkischen und die Kommunisten. Aber der deutsche Kapitalismus nimmt die Völkischen als Gegner nicht sehr ernst. Die völkischen Führer nehmen sich offenbar selbst nicht ernst. Anders läßt sich die hysterische Hetze gegen Sowjetrußland nicht begreifen, die gerade in letzter Zeit von den Nationalsozialisten getrieben wird. Wenn man den großen Worten der Wulle und Graefe Glauben schenken wollte, wären die Nationalsozialisten bereit, im Falle einer Machtübernahme sofort den Angriffskrieg nach zwei Fronten zu beginnen: gegen die Entente und zugleich gegen Sowjetrußland. Solche Wahnsinnspolitiker braucht der deutsche Kapitalismus nicht zu fürchten. Überdies verbinden so viel goldene Fäden die nationalistische Bewegung mit dem deutschen Großkapital, daß die Opposition dieser Gruppen gegen die Sachverständigenpolitik nicht sehr tragisch genommen wird.

Der einzige reale Gegner der deutschen und der internationalen Bourgeoisie bei der Durchführung des Sachverständigenpolitik ist die KPD. Die Kommunistische Partei, gestützt auf vier Millionen deutscher Proletarier, ist das große Hindernis, das der Verwirklichung der infamen Pläne der Dawes, Breitscheid und Kompagnie im Wege steht. Es ist kein Zufall, daß die Regierungsparteien des Reichstages beschlossen haben, die Kommunisten aus dem Auswärtigen Ausschuß zu entfernen. Bei der Verschacherung Deutschlands an das Ententekapital, die hinter den verschlossenen Türen des Auswärtigen Ausschusses eingeleitet werden soll, stört die Anwesenheit der Hitler-Leute nicht, wohl aber die Anwesenheit von drei kommunistischen Abgeordneten! Diese eine einfache Tatsache wird auch vor den Augen der deutschen Mittelschichten den ganzen Phrasennebel des Hitler- und Ludendorff-Prozesses mit einem Schlage wegwischen!

Politik

Das neue Kabinett in Japan.

Von S. Alexejew.

** Die Bildung des neuen japanischen Kabinetts ist dem Vicomte Kato übertragen worden, dem Führer der sogenannten Oppositionspartei Kensekai. Vicomte Kato ist gegenwärtig 65 Jahre alt. Nach seiner Abstammung ist er nicht adelig. Er ist aus einem kapitalistischen Milieu hervorgegangen. Nach Beendigung der Studien an der Universität in Tokio trat Kato als einfacher Angestellter in den Dienst der sehr bedeutenden japanischen Firma Mizubissi ein, deren Eigentümer der bekannte japanische Milliardär Iwassaki war, dessen Tochter er kurz darauf ehelichte. Von diesem Augenblicke an beginnt seine glänzende diplomatische Laufbahn. Lange Zeit nimmt er die Stelle des Botschafters in London ein und ist während des deutschen Krieges Minister des Auswärtigen im Kabinett des Marquis Okuma. Die Partei Kensekai, deren Führer Kato ist, ist die Partei der städtischen Industrie- und Handelsgroßbourgeoisie. In Japan hat, wie bekannt, keine einzige der politischen Parteien ein schriftlich festgelegtes Programm. Gewöhnlich erörtern die Parteimitglieder vor der Eröffnung der Parlamentssession in örtlichen Versammlungen die bevorstehenden Aufgaben, darauf hält der die wichtigsten Zentren des Landes bereisende Parteiführer die Programmrede, und damit ist die Sache erledigt. Um jene Aufgaben deutlich zu beschreiben, die sich diese oder jene politische Partei in Japan stellt, muß man sich an jene Angaben halten, die über die Tätigkeit der betreffenden Partei im Parlament bereits vorliegen. Zur Beantwortung unserer Frage nach dem Programm der Kensekai-Partei müssen wir uns mit ihrer Arbeit während der Zeit einer der letzten Sessionen des japanischen Parlaments bekanntmachen.

Zu diesem Zwecke kann die in den Monaten Februar und März des Jahres 1923 stattgefundene 46. Session des japanischen Parlaments verwertet werden.

Im Verlaufe dieser Session trat der Führer der Kensekai, Vicomte Kato, mit einer großen Programmrede sowohl auf dem Gebiete der auswärtigen wie auch der inländischen Politik hervor. Die Tätigkeit der Kensekai auf dem Gebiete der Außenpolitik wird durch zwei Tatsachen gekennzeichnet: Das Verhältnis zu China und das Verhältnis zur Sowjetunion. In bezug auf China stehen die Kensekai-Partei und ihr Führer Kato auf dem Standpunkte einer aktiven imperialistischen Politik.

Die Zeit der Führung durch die Kensekai-Partei, das heißt die Zeit, in der Kato Außenminister war, zeichnete sich durch die höchste Anspannung der japanischen Agressivität in China aus. Gerade der Führer der Kensekai-Partei ist es gewesen, der die berühmten 21 Forderungen an China verfaßt hat, und auch unter den Mitgliedern der Kensekai-Partei befindet sich eine ganze Reihe von Leuten, die bei der Befestigung der Macht des japanischen Staates in der Mandschurei und selbst in China eine besonders hervorragende Rolle gespielt haben.

Ihre Kritik der Außenpolitik der Regierung glitt zu Selbstlob in der Periode der 21 Forderungen hinab, und sie machten der Regierung wegen der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas Vorwürfe. In seiner Parlamentsrede hob Vicomte Kato seine Besorgnis um das Schicksal seines Kindes, der 21 Forderungen, hervor und wandte sich gegen das Abziehen der Truppen aus der Mandschurei.

Eine solche Politik geht vollkommen logisch aus der Tatsache hervor, daß die Leute der Kensekai-Partei mit China durch ihre dort angelegten Kapitalien in enger Verbindung stehen.

Seit damals hat sich die Politik der Kensekai-Partei in bezug auf China in ihren Grundzügen nicht geändert. Ihr Organ, die Zeitung „Hozi", legt die ganze Zeit den unversöhnlichsten Chauvinismus gegenüber China an den Tag.

Zwar sprechen sie gegenwärtig nicht davon, daß die Agressivität gesteigert werden muß, aber sie leisten auch auf sie nicht Verzicht. Die objektive politische Lage zwingt sie gegenwärtig, „bescheidenere" Forderungen zu stellen, und zwar „das festzuhalten, was vorhanden ist, und das Land zur Ausweitung in der Zukunft vorzubereiten".

Es ist für sie von Vorteil, eine Vereinbarung mit der Sowjetunion abzuschließen, und sie treten deshalb dafür ein, aber als echte Handelsleute wollen sie so viel Prozent wie möglich herausschinden und erachten daher als die wichtigste Frage bei den Verhandlungen Japans mit der Sowjetunion die Frage der Schulden und der alten Verträge, die den Japanern

Privilegien bei den Konzessionen gegeben hatten. Dabei traten sie bis jetzt bloß für den Abschluß eines Handelsvertrages mit der Sowjetunion ein, hielten sich aber in der Frage der Anerkennung an das Beispiel Frankreichs und Amerikas. Es besteht kein Zweifel, daß die geänderten Beziehungen zu Amerika und die neue Lage in Frankreich diese Stellung der Kensekai stark beeinträchtigen werden. Eine solche Stellung haben sie schon einmal während der inoffiziellen Besprechungen von Joffe mit Kawa Kawakami an den Tag gelegt. Darum kann man annehmen, daß bei den jetzt stattfindenden Verhandlungen diese Fragen die Hauptsache sein werden, um die herum sich die übrigen Fragen bewegen. Dies sind die nächsten Hauptaufgaben der Kensekai auf dem Gebiet der Außenpolitik.

Auf dem Gebiete der Innenpolitik stellt die Kensekai-Partei über alles die Fragen der Steigerung der Macht und des Einflusses sowie der Sicherung der Interessen der städtischen Industrie- und Handelsbourgeoisie.

Dementsprechend sind die Hauptforderungen der Kensekai-Partei auf dem Gebiete der Innenpolitik eine Reform des Wahlrechtes im Sinne der Vermehrung der Stimmen der Bourgeoisie und die Belastung des Großgrundbesitzes zur Entlastung von Industrie und Handel.

Unter diesen Umständen nimmt die Frage der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Japan unter der neuen Regierung größere Klarheit und Übersicht an.

Es ist anzunehmen, daß die Verhandlungen auf eine realere Grundlage kommen als bisher und zu einer Verständigung führen werden.

Deutschland

Der Kampf um die Arbeitszeit.

Von Hans Mein (Hamburg).

Bei den letzten großen Kämpfen an der Wasserkante, der Ruhr und in Schlesien konnte man ein manchen Arbeitern eigenartiges Verhalten der Unternehmer feststellen, das wir aufmerksam beachten müssen. Bei allen Verhandlungen mit dem Unternehmer und ebenfalls bei den Schiedsprüchen der Regierung zeigte sich, daß man starr und unbedingt festhielt an der Forderung — **verlängerte Arbeitszeit** — dagegen sich in der Lohnfrage loyal zeigte. Die letzten Schiedsprüche zeigen uns das ganz deutlich. Dies Verhalten zeigt System, zeigt von einer klaren Erfassung der Wirtschaftskrise und einem großangelegten **Rettungsplan der Industrie.**

Zur Krise. Die Preise der deutschen Waren sind immer noch wesentlich über Weltmarktpreis. Der Export ist katastrophal zurückgegangen. Die Handelsbilanz zeigt, daß in den ersten vier Monaten für 947 Goldmillionen mehr eingeführt als ausgeführt wurde. Dieser Zustand bedeutet, daß die Industrie zunächst sich mit der rationellsten Ausbeute des inneren Marktes beschäftigen muß. Sie muß den Umsatz steigern. Das bedingt aber, daß die große Masse, die Arbeiterschaft, kaufkräftig bleibt. Der Verbrauch muß derselbe bleiben, möglichst gesteigert werden. Wie sehr der Industrie daran liegt, zeigt uns in folgendem sehr deutlich C. Tönjes.

„Nehmen wir an, daß bei einer Bevölkerung von 60,000.000 Menschen der Verbrauch pro Kopf 600 Mark beträgt, so sind für 36.000,000.000 Mark Güter zu erzeugen, um diese Lebenshaltung zu ermöglichen, vorausgesetzt, daß Ein- und Ausfuhr sich ausgleichen.

Die angenommenen 30,000.000 Arbeitenden sind willkürlich verteilt wie folgt:

1. Land- und Forstwirtschaft		7,500.000	Arbeitende
2. Industrie	45% =	13,500.000	„
3. Handel und Verkehr	20% =	6,000.000	„
4. Öffentlicher Dienst	10% =	3,000.000	„
	100% =	30,000.000	Arbeitende

Nehmen wir jetzt im Fall I bei 10% Arbeitslosen ein Gleichgewicht der Wirtschaft an, das heißt Produktion = Konsumtion.

Fall I: 10% Arbeitslose und Gleichgewicht.

1. Land- und Forstwirtschaft		7,500.000	Arbeitende
2. Industrie insgesamt . . .	13,500.000		
davon Arbeitslose . . .	3,000.000		
		10,500.000	„
3. Handel und Verkehr		6,000.000	„
	Insgesamt .	24,000.000	Arbeitende

Da Arbeitende sowie der Beamtenkörper von den 24,000.000 Arbeitenden erhalten werden müssen, ergibt sich, daß 24,000.000 Arbeitende 36.000,000.000 Mark Güter erzeugen und verteilen müssen, oder 18,000.000 Arbeitende (nämlich Land- und Forstwirtschaft sowie Industrie) erzeugen Güter, die nach der Verteilung einen Wert von 36.000,000.000 Mark repräsentieren. sentieren.

Fall II: 20% Arbeitslose.

1. Land- und Forstwirtschaft		7,500.000	Arbeitende
2. Industrie insgesamt . . .	13,500.000		
davon arbeitslos . . .	6,000.000		
		7,500.000	„
3. Handel und Verkehr		6,000.000	„
	Insgesamt .	21,000.000	Arbeitende

Da Handel und Verkehr nur die Güterverteilung übernehmen, die Gütererzeugung aber lediglich von Landwirtschaft und Industrie erfolgt, vermindert sich die Produktion nicht im Verhältnis von 24 auf 21, sondern von 18 auf 15.

Das sind $\frac{36.000,000.000 \cdot 15}{18} = 30.000,000.000$ Mark.

Da aber 36.000,000.000 Mark Güter erzeugt werden müssen, bewirkt die Vermehrung der Arbeitslosen von 10% auf 20% einen Fehlbetrag von 6.000,000.000 Mark.

Fall III: Vollbeschäftigung aller 30,000.000 Arbeitenden.

1. Land- und Forstwirtschaft		7,500.000	Arbeitende
2. Industrie		13,500.000	„
3. Handel und Verkehr		6,000.000	„
	Insgesamt .	27,000.000	Arbeitende

In diesem Fall ist die Produktion gegenüber dem Fall I, in dem bei 10% Arbeitslosen ein Gleichgewicht hergestellt war, im Verhältnis von 18 auf 21 gestiegen.

Das heißt $\frac{36.000,000.000 \cdot 21}{18} = 42.000,000.000$ Mark.

In diesem Fall ist ein Überschuß von 6.000,000.000 Mark erzielt.

In beiden Fällen II und III sehen wir, daß eine Differenz der Arbeitslosen um 10% nicht die Produktion um 10%, sondern um zirka 17% vermindert. In Wirklichkeit wird der Betrag noch größer, weil

1. bei der Industrie der Unterschied zwischen voll ausgenutzter und nicht voll ausgenutzter Arbeitskraft unberücksichtigt blieb,

2. weil die Arbeitsteilung, sofern sie nicht in der Umsatzsteigerung zum Ausdruck kommt, ebenfalls unberücksichtigt geblieben ist.

Wesentlich ist hier die Erkenntnis, daß uns hier ein Nutzen zuwächst, der nicht einer Verlängerung der Arbeitszeit, sondern lediglich der vollen Beschäftigung aller Arbeitenden zu danken ist.

Eine Arbeitsverlängerung der Industrie, unter Ausschluß der Landwirtschaft, von 8 auf 10 Stunden würde den Gesamtumsatz auf 48.750,000.000 Mark bringen. Die Mehrarbeit von 2 Stunden in der Industrie würde in diesem Falle 6.750,000.000 Mark ausmachen.

Der Rettungsschrei der Industrie für den inneren Markt ist:

Wir brauchen niedrige Preise und große Kaufkraft!

Aus diesen Gründen, im eigenen Interesse der Industrie, keine Herabsetzung der Löhne, sondern **Mehrarbeit** durch Verlängerung der Arbeitszeit und Mehrleistung; keine Begrenzung der Akkordlöhne und ein möglicht geringes Erwerbslosenheer.

Der nächste Schritt im Rettungsplan:

Unbedingte Steigerung des Exports zum Ausgleich der Handelsbilanz und darüber hinaus zur Abtragung der Reparationszahlungen.

Zur Durchführung hat die Industrie folgendes Programm vorgesehen:

1. Die deutsche Ware muß im Inland zum Weltmarktpreis gehandelt werden.

2. Die Arbeitszeit muß verlängert werden, zum Teil bei gleichbleibender Belohnung.

3. Die Arbeitsleistung in der Zeiteinheit muß erhöht werden. Akkordarbeit ohne Begrenzung der Verdienstöhe."

Die Industrie sagt hier ganz offen und brutal, **daß nur die Arbeiterschaft sie aus dem Dreck ziehen kann.** Diesen Plan der Arbeiterschaft, als den einzigen auch im Interesse der Arbeiter möglichen Ausweg, schmackhaft zu machen, ist ihre wich-

tigste Sorge. Sie reklämiert da bereits die SPD. und die Gewerkschaftsbürokratie als wichtige Faktoren für sich. Tönjes sagt darüber sehr treffend: **„Wollen die Arbeiter die Vorschläge der Sachverständigen annehmen, so müssen sie auch die Konsequenzen ziehen, indem sie die Arbeitszeit verlängern."** Die SPD. und Gewerkschaftsführung wird versuchen, den Kampf um die Arbeitszeit in einen Lohnkampf umzubiegen. Man kann diese Tendenz bereits in den letzten Kämpfen erkennen.

Diesen Rettungsplan durchsetzen, bedeutet totale Versklavung und eine Arbeitszeit von 14 bis 16 Stunden. Will sie doch die Reparationszahlungen durch erhöhten Export abtragen. Der Weltmarkt wird eine solche Belastung, ohne die anderen Länder zu schädigen, nicht ertragen können. Die Ententeländer werden hiergegen sicher Abwehrmaßnahmen ergreifen. Hat doch das angeblich politisch so neutrale Sachverständigenkomitee dieser Absicht in weitschauender Weise durch das Eisenbahnprojekt und das Depot für Reparationszahlungen vorgebeugt.

Will die Industrie nun, trotz dieser Schwierigkeiten, die Reparationsfrage nach ihrem Plan lösen, dann muß sie ihre Waren bedeutend unter Weltmarktpreisen anbieten. Dies kann sie aber nur erreichen durch eine unerhört rücksichtslose Ausbeutung und Steigerung der Arbeitsleistung und Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 16 Stunden. Unter diesen Umständen will die Industrie erfüllen.

Der wichtigste und absolut ausschlaggebende Faktor in diesem Rettungsplan ist die Arbeiterschaft. Die Industrie gesteht weiter zu, daß alle Betriebsmittel fehlen, deshalb die kleinste Erschütterung katastrophale Auswirkungen haben kann. Die Industrie muß deshalb zur Sicherstellung der Reparationszahlungen ein Streikverbot fordern. Die ersten Anzeichen sind schon vorhanden, die Verhaftung von Streikposten und gerichtliche Bestrafung nehmen täglich zu. Sie wird weiter verlangen, daß wiederum die **Technische Nothilfe** auf Staatskosten ausgebaut wird und weiter die Regierung ganz offen ihre Staatsmacht zugunsten der Arbeitgeber einzusetzen hat.

Es ist deshalb notwendig, daß die KPD., als weitblickendste Führerin des Proletariats, heute schon durch eine systematische Aufklärungskampagne der gesamten Arbeiterschaft aufzeigt, daß das Kapital bei den folgenden Kämpfen in den folgenden Punkten am verwundbarsten ist:

1. Um die Erhaltung der Arbeitszeit und erst in zweiter Linie um Lohnerhöhung werden wir kämpfen müssen.

2. Der Zersetzungskampagne durch unbegrenzte Akkord- und Höchstleistungsprämien werden wir wirksame Abwehrmittel entgegenstellen müssen.

3. Einer wirksamen Einsetzung der Teno, Verhaftungen der Streikposten und Streikleitungen werden unsere Betriebszellen in Gemeinschaft mit unseren Betriebsräten durch Organisierung von bewaffneten Kampfgruppen vorbeugen.

4. Dem Ablenkungsmanöver der SPD.- und Gewerkschaftsführer, die den Kampf um die Arbeitszeit auf den Lohnkampf verschieben werden, gilt es, durch gründliche politische Aufklärung und durch Politisierung der Kämpfe entgegenzuwirken.

Wenn wir in dieser Richtung durch verstärkte Zellenarbeit im Betrieb und Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften unsere Kräfte formieren, werden wir den **Rettungsplan der Kapitalisten zerreißen und das Rettungsprogramm des Proletariats durchführen können.**

Zehn Jahre Massenmord

Zehn Jahre Weltkrieg.

Von D. Petrowski (Moskau).

(Der Presse durch Sonderdruck bereits zugestellt.)

** Getreu dem Vermächtnis unseres Lehrers, für keinen Augenblick den Weltkrieg zu vergessen, hat die Exekutive der Kommunistischen Internationale beschlossen, den zehnten Jahrestag seines Ausbruches in der ganzen Welt durch gewaltige Kundgebungen gegen den Imperialismus und die Sozialverräterei zu begehen.

Es handelt sich natürlich nicht allein darum, die noch nicht vernarbten Wunden aufzureißen. Die Blicke der Kommunistischen Internationale sind auf die Zukunft gerichtet, und sie macht alle Anstrengungen, um die Werktätigen der ganzen Welt zum siegreichen Kampfe gegen den Imperialismus – die Ursache aller modernen Kriege – zu mobilisieren und zum Kampfe zusammenzufassen. Aber der Kampf gegen den Imperialismus wird nur dann erfolgreich sein, wenn wir die Lehren der Vergangenheit wirklich beherzigen. Die Lehren des Weltkrieges haben für uns gegenwärtig, wo der neue Krieg heranrückt und immer näher kommt, eine besonders aktuelle Bedeutung.

Das alte Märchen, daß der Weltkrieg der letzte Krieg gewesen sei, lullt schon keinen Menschen mehr ein. Die Gefahr neuer blutiger Schlachten ist für Millionen und Abermillionen offensichtlich. Die Keimzellen der neuen Schlachten sind in den Kontoren der Banken, der Syndikate und Trusts zu finden. Die neuen Schlachten werden in den Fabriken, Betrieben und Laboratorien vorbereitet, in den Stäben und Verwaltungen der ununterbrochen wachsenden Armeen organisiert.

Der neue Krieg naht heran. Der ganze Scharfsinn der herrschenden Klassen ist auf die Erfindung neuer, schrecklicher Mittel der Vernichtung und Zerstörung gerichtet. Um diesen Krieg zu verhüten, bedarf es der vereinigten und heldenmütigen Anstrengungen der Werktätigen der ganzen Welt.

> „Die Verweigerung des Militärdienstes, der Streik gegen den Krieg usw.", schrieb Lenin am 1. November 1914, „ist einfach eine Dummheit, ein jämmerlicher und feiger Traum vom waffenlosen Kampf mit der bewaffneten Bourgeoisie, ein Seufzen nach der Vernichtung des Kapitalismus ohne einen verzweifelten Bürgerkrieg oder eine Reihe von Kriegen."

Diese jämmerlichen, feigen Träume sind jetzt weniger angebracht als je. Durch Resolutionen, Deklarationen und Beschwörungen werden wir das herannahende Kriegsgewitter nicht aufhalten.

Den Krieg verhüten kann nur die siegreiche Revolution der Werktätigen, die die Macht des Kapitals zuerst in Europa und dann auch in der ganzen Welt stürzen wird. Die Kundgebungen in der Kampfwoche gegen Imperialimus und Sozialverräterei müssen daher die Aufgabe verfolgen, die Werktätigen der ganzen Welt unter dem Banner der russischen Oktober-Revolution zum entscheidenden Kampf gegen den Kapitalismus — den Urheber und Organisator der neuen Schlächtereien — zu mobilisieren.

Der Kampf gegen den Imperialismus wird naturgemäß zu einem Kampf gegen die Sozialverräterei. Die süßlichen Worte der Helden der II. Internationale über den Kampf gegen den Krieg konnten im Jahre 1914 nur als einfache Dummheit erscheinen. Im Jahre 1924 haben wir es schon nicht mehr mit feigen Träumen, sondern mit einem bewußten und frechen Betrug zu tun.

Vor dem Weltkriege hat die II. Internationale eine Reihe von Versprechungen gegeben, das Banner der proletarischen Solidarität gegen die brudermörderischen Kriege zu schützen. Auf dem Stuttgarter Kongreß hat sie als Pflicht aller Arbeiter anerkannt, „mit allen Mitteln gegen die Rüstungen zu Wasser und zu Lande anzukämpfen, den Klasencharakter der bürgerlichen Gesellschaft und die Motive, von denen sie sich bei der Unterstützung des nationalen Antagonismus leiten läßt, zu entlarven und dieser Politik jede geldliche Unterstützung zu verweigern". Dieselbe Resolution empfiehlt die energische und einmütige Aktion, „um den Krieg mit allen Mitteln zu verhüten". Im Falle des Kriegsausbruches empfiehlt der Kongreß, sich auf die vom Kriege hervorgerufenen Krisen zu stützen, „um die am tiefsten liegenden gesellschaftlichen Kräfte aufzurütteln und den Sturz der kapitalistischen Herrschaft zu beschleunigen". Dieselben Gedanken wurden von den Kongresen in Kopenhagen (1910) und Basel (1912) wiederholt.

Unabhängig von den Resolutionen der Weltkongresse haben die sozialistischen Parteien verschiedener Länder, darunter auch die Arbeiterpartei Großbritanniens, die jetzt die Zügel der Regierung in die Hand bekommen hat, geschworen, eine Weltkatastrophe nicht zuzulassen.

Aber in den fürchterlichen Tagen Ende Juli und Anfang August 1914, als die Weltschlächterei begann, haben die sozialistischen Parteien der II. Internationale ihre roten Fahnen zur Heiligung des Weltkrieges hergegeben, der im Interesse der miteinander wetteifernden imperialistischen Cliquen unternommen wurde. Und als nach dem Weltkriege die Krisen zutage traten, von denen die Kongrese der II. Internationale vor dem Kriege gesprochen hatten, da beschäftigte sich die II. Internationale nicht mit der „Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Herrschaft", sondern mit dem Kampf zum Schutz des Kapitalismus gegen den revolutionären Kampf der werktätigen Massen.

Diese Lakaien des Imperialismus und Faschismus wagen es jetzt, die Volksmassen zu versichern, daß sie auf den Krieg mit dem Streik antworten werden. Durch diese Versicherungen verhüllen sie nicht nur die Vorbereitung des Krieges, sondern nehmen auch unmittelbar an ihr teil. Die Regierung Macdonalds, die die Traditionen des englischen Imperialismus getreulich wahrt, festigt die militärische Macht des britischen Reiches. Die französischen Freunde Macdonalds stimmen für die Militärkredite

und helfen dem französischen Imperialismus bei der Verwirklichung seiner räuberischen Pläne.

Wir sind daher verpflichtet, die pazifistischen Versicherungen der Führer der II. Internationale als bewußten Versuch einer Einschläferung der Wachsamkeit der Volksmassen festzunageln, wodurch die hemmungslose Vorbereitung neuer Kriege gesichert werden soll. Und unsere Woche muß nicht nur gegen den Imperialismus gerichtet sein, sondern auch gegen die Sozialversöhner, die die kriegerischen Vorbereitungen der herrschenden Klassen maskieren und verbergen. Zum Erfolg dieser Woche ist es notwendig, daß zu dem aktiven Kampf gegen Imperialismus und Sozialverräterei nicht nur die Massen der Werktätigen herangezogen werden, die den Kommunisten folgen, sondern auch die Arbeiter und Bauern sowie die unterdrückten Völker der Kolonien und Halbkolonien, die alle Schrecken des sogenannten „großen Krieges" am eigenen Leibe gespürt haben.

Es muß schon gleich jetzt an die Organisierung von Aktionskomitees herangegangen werden. Wünschenswert ist die Heranziehung zu diesen Komitees nicht nur von Vertretern der Gewerkschaften, die der RGI. folgen, und von Vertretern der kommunistischen Jugend, der Bauerninternationale, des internationalen Genossenschaftsbundes, der IAH., sondern auch von Vertretern solcher Organisationen, wie der Bund ehemaliger Kriegsteilnehmer, der Invalidenbund usw. Mit anderen Worten, es müssen alle Anstrengungen gemacht werden, damit die Kundgebungen wirklich eindrucksvoll verlaufen und nach Möglichkeit das ganze Volk erfassen.

Wenn wir die Heranziehung der breiten Massen zum Kampf gegen die Gefahr neuer Kriege anstreben, müssen wir aber gleichzeitig alle Maßregeln ergreifen, damit unsere Kundgebungen sich keinesfalls in die pazifistischen Manifestationen verwandeln, bei deren Gelärm die herrschenden Klassen in trefflicher Ruhe ihre Angelegenheiten besorgen.

Unsere gesamte Agitation und Propaganda muß beherrscht sein von dem Gedanken, daß der Krieg nur durch die Revolution verhütet werden kann; und wenn ein Krieg ausbricht, so kann man ihn nur beenden, wenn man ihn kriegsmäßig bekämpft, das heißt durch Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg für die Macht der Werktätigen.

Eben deshalb muß der Kampf für die Union der Sowjetrepubliken einen außerordentlichen Raum in der ganzen Vorbereitungsarbeit einnehmen. Die von der Kommunistischen Partei Rußlands geführten Werktätigen der Sowjetunion haben es unter Führung Lenins verstanden, sich auf revolutionäre Weise vom imperialistischen Krieg freizumachen, das heißt durch den Bürgerkrieg, als dessen Ergebnis die Macht des Kapitals in einem der größten Länder der Welt gestürzt wurde. Die Proletarier der Sowjetunion sind die ersten gewesen, die diesen schweren Weg beschritten haben. Für die Werktätigen der ganzen Welt wird es jetzt leichter sein, auf revolutionäre Weise gegen den Krieg anzukämpfen, gestützt nicht nur auf den ersten Versuch einer siegreichen proletarischen Revolution, sondern auch auf die Tatsache des Bestehens eines mächtigen Arbeiter- und Bauernlandes, das beschirmt wird von der Roten Armee, dem berufenen Schild der Unterdrückten und dem Schwert der sich erhebenden Volksmassen.

Die Losungen unserer Woche lauten:

Nieder mit dem Krieg; es lebe der revolutionäre Kampf!

Für die Macht der Werktätigen!

Nieder mit den Sozialbetrügern! Es lebe die Kommunistische Internationale!

Es lebe die Union der Sowjetrepubliken!

Es lebe die Weltunion der Sowjetrepubliken!

Arbeiterbewegung

Die russischen Verbände auf dem Kongreß der Amsterdamer Internationale.

Von A. Losowski.

(Schluß.)

** Unsere Voraussagungen haben sich noch ärger bewahrheitet als befürchtet. Der linke Flügel wurde nach allen Regeln der Kunst zerschlagen, wobei das Traurigste an dieser ganzen Geschichte das ist, daß der linke Flügel seine Niederlage nicht bemerkte oder so tut, als ob er sie nicht bemerkte. Der Mittelpunkt der Meinungsverschiedenheit war, wie bekannt, die Frage des Verhältnisses zu den russischen Gewerkschaften. Die „Rosta" teilte mit, daß die „Kommission nach hitzigen Debatten mit Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der Engländer deren Antrag ablehnte, aber eine ergänzende Resolution annahm, die ein Kompromiß in der Lösung der Frage bringt". Worin besteht nun dieses Kompromiß? Nach derselben Quelle wird in der Resolution das Bedauern zum Ausdruck gebracht, daß die Verbände der Sowjetunion infolge der Weigerung, die Statuten der Amsterdamer Internationale anzuerkennen, sich noch immer außerhalb der internationalen Vereinigung befinden. Der Kongreß schlägt dem Büro der Amsterdamer Internationale vor, nach Möglichkeit Maßnahmen zur Heranziehung der Gewerkschaften der Sowjetunion in die internationale Gewerkschaftsbewegung, jedenfalls ohne Schaden für die Autorität der Amsterdamer Internationale und unter ungeänderter Einhaltung der Statuten und der Beschlüsse der Amsterdamer Internationale zu treffen.

Die „Rosta" teilt uns naiv mit, daß dies ein „Kompromiß" ist, offensichtlich zwischen den Linken und den Rechten. Hier müssen wir aber für die Rechten eintreten: Sie haben auch nicht einen Fingerbreit ihres Territoriums abgetreten, sie haben neuerdings in einer anderen Form das wiederholt, was sie wiederholt vorgeschlagen hatten, und zwar: „Anerkennt unsere Statuten, unsere Autorität und den Völkerbund und Ihr werdet würdige Mitglieder unserer wohlgesinnten Internationale sein." Man hätte meinen sollen, daß die Sache vollständig klar ist: Die Amsterdamer haben dem Antrag der Engländer ein Begräbnis erster Klasse bereitet. Das hätten die Redner der Opposition auch erklären müssen. Aber nichts dergleichen geschah. Fimmen „begrüßt die angenommene Resolution über die Frage der Beziehungen mit den Verbänden der Sowjetunion, die wenigstens die Möglichkeit von Verhandlungen mit den Verbänden der Sowjetunion sichert." Er unterstreicht, daß man sich, obgleich die Anhänger der Annäherung auf entschiedeneren und weitergehenden Beschlüssen bestanden hätten, doch freuen müsse, daß es gelungen sei, wenigstens solche Ergebnisse zu erzielen. Er schlägt vor, aus der Resolution die Worte „ohne Schaden für die Autorität der Amsterdamer Internationale" zu streichen.

Man muß eine große Dosis Lebensfreude besitzen, um über die heuchlerische Resolution der reformistischen großen Tiere in Entzücken zu geraten. Diese unangebrachte Lebensfreude betonte der geriebene reformistische Fuchs **Sassenbach**. Er erklärte, daß „die Annahme des Antrages Fimmen den Eindruck hervorrufen wird, daß die Amsterdamer Internationale bereit sei, Verhandlungen mit den Gewerkschaften der Sowjetunion unter allen Bedingungen einzuleiten, während tatsächlich Verhandlungen nur in jenem Falle möglich sind, wenn die **Gewerkschaften der Sowjetunion Garantien geben, die die Möglichkeit einer Schmälerung der Autorität der Amsterdamer Internationale ausschließen**". Nach dieser Rede über die „Garantien" kann für Illusionen kaum mehr Raum bleiben.

Wenn trotzdem jemand noch weiter auch nur den Schatten einer Illusion über die mögliche Politik der Amsterdamer Internationale gehegt hätte, so hätte dieser Schatten nach den Wahlen der leitenden Organe verschwinden müssen. Um die englischen Verbände zu binden, wurde **Purcell** zum **Vorsitzenden** gewählt. Etwaigen „Abweichungen" von seiner Seite wurde durch die Zusammensetzung des Büros und des Rates vorgebeugt. Zum **ersten Stellvertreter des Vorsitzenden** wurde der bekannte Lakai der französischen Bourgeoisie, **Léon Jouhaux**, gewählt, zum **zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden** der Patriot des belgischen Vaterlandes, der Verteidiger des Völkerbundes und des Systems der Reparationen, **Mertens**, zum **dritten Stellverteter des Vorsitzenden** der Freund Eberts und Noskes, der Schamloseste der Schamlosesten, der Teilnehmer an der Bestattung von Stinnes, der Vorsitzende des ADGB., **Leipart**. Zu **Sekretären** wurden gewählt der alte reformistische Bonze **Oudegeest**, der alte Kompromißler, abgefeimte Schelm und Fuchs **Sassenbach** und der linksgerichtete **Brown**. In den **Generalrat** wurden neben **Bromley** und **Hicks** folgende Leute gewählt: Für Belgien, Luxemburg und Holland **Steenhuys**, für Italien **D'Arragona**, für Deutschland **Graßmann**, für die Tschechoslowakei **Tayerle**, für Ungarn **Jaszai**, für Polen **Zulawski**. Das sind nicht Namen, sondern das ist ein ganzes Programm von Verrätertum und schamlosem Betrug an den Arbeitern. Alle diese Herren sind schon längst zur Rolle gewöhnlicher Streikbrecher und Stiefelputzer der Faschisten herabgesunken; darüber besteht bei niemandem unserer englischen Genossen der geringste Zweifel.

Wer wird bei einer derartigen Zusammensetzung des Büros und des Generalrats **regieren**, und wer wird **leiten**? Wenn man zu all dem noch berücksichtigt, daß der Sitz der Internationale Amsterdam ist, so wird der schlaue Plan der Reformisten völlig

klar: nämlich die politische Verantwortung den Engländern aufzuerlegen, die politische Leitung aber in ihren Händen zu behalten. Die politische Verantwortung ist aber nicht gering. In Wien selbst erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Amsterdamer Internationale, Jouhaux, während des Kongresses, daß er und die von ihm vertretenen Verbände in der Frage der Reparationen „auf dem Boden des Sachverständigengutachtens" stehen. Die gesamte Amsterdamer Internationale tritt, wie bekannt, für die Zahlung der Reparationen ein, das heißt dafür, daß die Werktätigen Deutschlands während langer Jahrzehnte die Schulden an die französischen, belgischen und englischen Kapitalisten zahlen. Die Amsterdamer Internationale ist mit dem räuberischen Völkerbund und mit dem scharlatanmäßigen Internationalen Arbeitsamt verbunden. Der Kongreß der Amsterdamer Internationale hat den Antrag der Engländer auf Nationalisierung der Eisenbahnen, Bergwerke und Naturschätze usw. abgelehnt.

Werden nun die englischen Gewerkschaften diese ganze arbeiterfeindliche Politik mit ihrer Autorität decken? Bei der Rollenverteilung, die sich als Ergebnis des Wiener Kongresses herausgebildet hat, werden die linken Elemente Englands für die durch und durch rechte Politik ihrer Kollegen in der Internationale die Verantwortung tragen müssen. Werden wirklich solche ehrlichen und der Sache der Arbeiterklasse ergebenen Proletarier, wie Pucell, Bromley und Cook, die Verantwortung für die reformistische arbeiterfeindliche Politik der Herren Jouhaux, Sassenbach, Oudegeest, D'Arragona, Mertens und der übrigen auf sich nehmen? Natürlich nicht. Purcell, Cook, Bromley sind zu ehrliche revolutionäre Proletarier, um einer solchen erniedrigenden Rolle zuzustimmen... Also? Also warten wir die Ereignisse ab, es brennt uns nicht.

Jugendbewegung

Vorbereitungen zum IV. Weltkongreß der KJI.

Moskau, 18. Juni 1924.

Plenarsitzung des EK. der KJI.

** Am Montag, den 16. Juni, begannen in Moskau die Sitzungen der Plenarexekutive der Kommunistischen Jugendinternationale. Anwesend waren sämtliche noch aktiven Mitglieder des Exekutivkomitees (18) mit Ausnahme des noch nicht eingetroffenen Genossen Doriot-Frankreich. Während in der ersten Sitzung die Bestimmung der Delegation der KJI. zum V. Weltkongreß vorgenommen wurde, die aus 20 Jugendlichen besteht (12 Delegierte aus den Verbänden, 8 EK.-Mitglieder), sind in zwei weiteren Sitzungen die Tagesordnungspunkte des Jugendkongresses durchberaten worden. Besondere Aufmerksamkeit verdient das geschlossene Einsetzen der gesamten Jugendinternationale für die unbedingte Reorganisation der Parteien auf der Grundlage der Betriebszellen. Die KJI. hat damit in der vergangenen Periode ausgezeichnete Erfolge errungen und wird daher, gestützt auf ihren Erfahrungen, auf die Durchführung der Reorganisationsbeschlüsse der Komintern dringen.

•

Versammlung der Delegierten zum Kongreß der KJI.

Am 17. Juni fand die erste Versammlung aller in Moskau zu den Kongressen eingetroffenen Jugenddelegierten statt. Es nahmen an ihr teil: 18 Mitglieder des EK. und 40 Delegierte mit Mandaten für den V. Kongreß der Komintern (als Parteidelegierte, beziehungsweise als Delegierte der KJI.) und für den IV. Kongreß der KJI. Unter anderen sind Vertreter aus folgenden außereuropäischen Ländern anwesend: Nord- und Südamerika, Indien, China, Mongolei, Island. Die vom EK. vorgeschlagene Zusammensetzung der Delegation zum V. Kongreß wurde angenommen und die Mitglieder für die Kommissionen bestimmt, in denen der KJI. starke Vertretungen eingeräumt wurden.

Die Hauptergebnisse der Tätigkeit der KJI. seit dem III. Kongreß.

Von R. Schüller (Moskau).

** Zu welchem Ergebnis hat die Tätigkeit der KJI. und ihrer Sektionen in diesen wechselreichen anderthalb Jahren geführt? Überblicken wir die gesamte Entwicklung seit dem Dezember 1922, dann können wir im allgemeinen vor allem zwei Feststellungen machen.

1. Die Beschlüsse des III. Kongresses der KJI., die die konkreten Methoden der Massenorganisation zeigten, haben sich in der Praxis vollständig bewährt und die Möglichkeiten für die Weiterentwicklung der KJO. auf dem Wege zur Massenorganisation geschaffen.

2. Die Zeit vom III. bis IV. Kongreß ist eine Zeit des fortschreitenden und sicheren Aufstieges der KJI. und besonders ihrer wichtigsten Sektionen.

Das erste und wichtigste Hauptergebnis der Entwicklung seit dem III. Kongreß ist also, daß die KJI. sich **auf dem Wege zur Massenorganisation weiterentwickelt** und auf diesem Wege bedeutende **Fortschritte** gemacht hat. Die Hauptursache dieses Fortschritts ist in der Tätigkeit für die **Betriebszellen** und in der Umorganisierung auf ihre Grundlage zu suchen. Umbau auf der Grundlage der Betriebszellen bedeutet im Sinne des III. Kongresses völlige Umgestaltung der ganzen Verbandsarbeit im Sinne der Massenarbeit, Verlegung des Schwergewichts in die Betriebe und unter die Massen selbst, Veränderung der sozialen Zusammensetzung in der Mitgliedschaft, durch Schaffung einer proletarischen und industriellen Mehrheit, Verwandlung der KI. aus einer Propaganda- in eine Kampforganisation. Und nur, wenn man die Betriebszellenorganisation in diesem Sinne des III. Kongresses und der KI. auffaßt, wird man verstehen können, wie diese Arbeit trotz der riesigen Mängel, die ihr heute noch in den Verbänden anhaften, und obwohl sie in den ersten Anfängen steht, schon solch wichtige Erfolge gezeitigt hat, und es ist ein schlagender Beweis für die Notwendigkeit der Reorganisation, daß bereits die ersten Schritte in der Arbeit der Verbände sehr bedeutende Veränderungen und Fortschritte hervorgerufen haben.

In vielen Verbänden haben wir schon eine ernst zu nehmende Anzahl von Betriebszellen, und überall bestrebt man sich eifrig, die Betriebszellenarbeit durchzuführen. Drei Verbände (der deutsche, tschechische und französische) haben diese Arbeit schon so weit geführt und bereits so viel Betriebszellen geschaffen, daß man sagen kann, das Schwergewicht der gesamten Arbeit beginnt bereits sich bei ihnen in die Betriebszellen zu verlegen. Völlig reorganisiert auf der Grundlage der Betriebszellen ist jedoch noch kein Verband. Diese Aufgabe steht noch vor uns, wie überhaupt die Betriebszellenarbeit in allen Ländern mit noch viel größerer Anstrengung als bisher vorwärts zu führen ist.

Die Tätigkeit der Verbände hat sich **vertieft** und sie hat überall mehr **Massencharakter** angenommen. Das zeigt sich besonders deutlich in der politischen Aktivität auf allen Gebieten, auf dem Gebiete der wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Arbeit, der antimilitaristischen Arbeit, der Presse.

Der Einfluß auf die Massen der außenstehenden arbeitenden Jugend ist deutlich sichtbar und in manchen Ländern bedeutend **gewachsen.**

Die Mitgliederzahl der KJO. hat sich daher auch in allen wichtigen Verbänden **vergrößert.** Besonders groß und erfreulich ist der Mitgliederzuwachs in Rußland (60%), Deutschland (vor der Illegalität 150%, nach der Illegalität 43%), Frankreich (75%), Tschechoslowakei (63%), England (100%), Amerika (100%), Norwegen (50%), Italien (125%), also in den wichtigsten Ländern.

Da unsere Arbeit in den wichtigsten Ländern immer mehr Massencharakter annimmt und wir auf dem Wege zur Massenorganisation in einer Reihe von Ländern auch schon ernste Fortschritte gemacht haben, sind mehrere **neue Fragen** der praktischen Arbeit aufgetaucht, und alte Fragen **sind in ein neues** Licht gerückt. So sind wichtige Fragen auf dem Gebiete der **wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Arbeit** zu behandeln. Je mehr die KJ. sich auf dem Wege zur Massenorganisation vorwärts entwickelt und je größer gleichzeitig der Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften überhaupt wird, desto dringender wird es, daß die KJO. die Methoden bloßer **Propaganda** in Wort und Presse verläßt und die Interessen der arbeitenden Jugend wirklich und tatsächlich im täglichen **Kampfe und in der täglichen Arbeit** innerhalb der Gewerkschaften und gegen die Kapitalisten vertritt, desto mehr erwächst ihr die Aufgabe in der Zusammenarbeit mit den Roten Gewerkschaften und den roten Gewerkschaftlern, als tägliche, praktische Sachwalterin der Fragen und Forderungen der arbeitenden Jugend zu wirken.

Gleichfalls stehen wir heute immer mehr vor der für uns außerhalb Rußland neuen Aufgabe, **die ständige Tätigkeit** einer Betriebszelle und einer **Organisation, die auf Betriebszellengrundlage aufgebaut ist,** zu bestimmen.

Als zweites Hauptergebnis der Arbeit seit dem III. Kongreß können wir feststellen, daß die **politische Aktivität eine starke Erhöhung und Verbesserung erfahren hat.** Dieser Frage ist ein besonderer Abschnitt dieses Buches gewidmet. Hier sei nur das Wichtigste erwähnt. **Die Teilnahme am Parteileben** ist überall **enger und größer geworden.** Die KJO. haben sich dabei überall als die Pioniere und Vorkämpfer der Linie der KI., besonders gegen die opportunistischen Strömungen und Abweichungen von rechts gezeigt. In Skandinavien waren die KJ. die treueste Stütze der KI.; in Bulgarien trat der Verband energisch für die Linie der KI. ein; in Deutschland gehört der Verband zu den tapfersten Kampftruppen der Partei; in der deutschen, russischen und französischen Frage nahm die KJI. eine richtige Stellung ein. Die **Verknüpfung mit den Fragen und Kämpfen der Arbeiterklasse** und das Eingehen auf sie durch die Arbeit und den Kampf der KJ. wurden ebenfalls **besser und größer.** Dies zeigte sich besonders an der Ruhr und im besetzten Deutschland, wo die KJI. als Ganzes und die KJD. und KJF. eine außerordentlich gute Arbeit leisteten, ferner in den revolutionären Kämpfen in Deutschland und Bulgarien, in der erfolgreichen Anwendung der Einheitsfronttaktik, der verbesserten antimilitaristischen Aktivität usw. Diese enge Verknüpfung mit den Fragen und Kämpfen der Arbeiterklasse und das konkrete Eingehen auf sie durch die Tätigkeit und den Kampf unserer Verbände muß allerdings noch mehr verbessert und vergrößert werden. Die politische Aktivität darf nicht als ein Teil unserer Verbandsarbeit angesehen werden, sondern muß unsere ganze Verbandsarbeit durchdringen und ihre Grundlage bilden.

Wir haben schon erwähnt, daß die **antimilitaristische Tätigkeit große Fortschritte nach vorwärts gemacht hat.** Allerdings wurde sie in genügendem Umfange nur in einem Teile unserer KJI. durchgeführt, nämlich in Frankreich, dem besetzten Deutschland, teilweise in Italien und in den letzten Monaten in Skandinavien. Aber immerhin waren diese Teile die wichtigsten in der verflossenen Periode, und hier zeigte sich auch der große Fortschritt, der darin besteht, daß die KJI. und KJO. zum ersten Male von der Propaganda gegen den Militarismus unter den Massen der Arbeiter- und Bauernjugend zu einer wirklich großzügigen und praktischen, organisatorischen und dauerhaften **antimilitaristischen Tätigkeit unter den Rekruten und in der Armee selbst** übergegangen sind. Dieser Fortschritt wird umso bedeutsamer, wenn man erwägt, daß er unter ganz besonders schweren Bedingungen und Opfern, nämlich hauptsächlich unter der Besatzungsarmee in einem fremden Lande durchgeführt wurde. Wo die Sozialdemokratie und die sozialdemokratische Jugendbewegung total versagt hat und wir sogar die KP. nur sehr schwerfällig zu wirksamen Schritten übergehen sehen, hat die KJI. vollständig ihre Pflicht vor dem Proletariat erfüllt.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis wurde in dem Lager der **Gegner** erreicht, während wir die Periode seit dem III. Kongreß als eine Periode des Aufstieges für die KJI. bezeichnen können, ist es heute ebenso vollständig klar, daß die Feststellung der Bürositzung richtig war, nämlich, daß sich bei der **sozialdemokratischen Jugend** die gegenteilige Entwicklung zeigt und diese sich in einem dauernden **Rückgang** befindet. Die entschiedene und planmäßige Anwendung der Einheitsfronttaktik, die die KJI. im internationalen und Landesmaßstabe betrieb, hat die Entlarvung der SJ. ungemein gefördert und die Zersetzung in ihren eigenen Reihen außerordentlich erhöht. Der Einfluß der SJ. auf die außenstehenden Massen nimmt immer mehr ab, in ihren eigenen Reihen entwickelt sich der **rechte Flügel des Faschismus,** während die ehrlichen Mitglieder zu uns streben. Doch müssen wir uns vor dem Fehler hüten, die SJ. deswegen jetzt zu unterstützen. Die SJ. ist in Schweden, Deutschland, Tschechoslowakei, Österreich, Holland, Belgien noch immer sehr stark und ein ernster Gegner für uns. Ferner erwuchsen uns neue und ernste Gegner in den **Völkischen** und **Faschistischen,** die nun immer mehr auch unter der **Arbeiterjugend** und **arbeitenden Bauernjugend** Organisationen gründen. Ein ernsthafter Kampf gegen diese und gegen die bürgerlichen Organisationen überhaupt ist notwendig.

Zu den wichtigsten Ergebnissen der Entwicklung der KJI. in diesen anderthalb Jahren gehört ferner die Tatsache, daß die KJI. seit dem III. Kongreß sich in den **westeuropäischen und außereuropäischen Ländern besonders vorwärts entwickelt hat.** Es sind Ereignisse von großer historischer Bedeutung, daß es uns endlich **gelungen ist, in England und Amerika eine wirklich kräftige und proletarische, kommunistische Jugendbewegung zu schaffen, die sich aufs beste entwickelt.** Sehr bedeutungsvoll ist es gleichfalls, daß die KJ. Frankreichs sich seit dem III. Kongreß **sehr gut** entwickelt hat und auch die KJ. Italiens seit einem Jahre große **Fortschritte** macht. In **Skandinavien** erfolgt vor unseren Augen eine wahre Revolution der kommunistischen Jugendbewegung. Denn nach der Spaltung der norwegischen Arbeiterpartei und der Gründung der norwegischen Kommunistischen Partei hat der norwegische Jugendverband eine neue Epoche begonnen und die radikale Verjüngung in Mitgliederzusammensetzung und Arbeitsmethoden begonnen. Dasselbe bahnt sich gegenwärtig in **Schweden** an. Die Bewegung in **Amerika** dehnt sich immer mehr aus. Neue KJO. entstanden seit dem III. Kongreß in **Canada, Chile** und **Bolivia.** Die KJ. in **Uruguay** und **Argentinien** festigten sich. Auch im fernen Osten machten die KJ. **Japans, Chinas** und der **Mongolei** Fortschritte, die KJ. **Südafrikas** entwickelt ebenfalls sich gut.

Man kann es schließlich bei der Betrachtung der Ergebnisse der Tätigkeit der KJI. nicht unerwähnt lassen, daß die KJI. und die KJO. nun auch immer besser gelernt haben, **illegal zu arbeiten** und dabei trotzdem eine Massentätigkeit zu entwickeln. Bezeichnende Beispiele dafür aus der letzten Zeit sind Deutschland und Italien. Das erste hat durch die Illegalität nach der Oktoberniederlage und die wütenden Verfolgungen der Bourgeoisie nur 35% bis 40% der Mitgliedschaft eingebüßt. Die KJ. Italiens hat unter der Herrschaft des Faschismus heute bereits dieselbe Stärke erreicht, die sie im Moment des faschistischen Umsturzes hatte. Das Gröbste haben wir auf diesem Gebiete also überwunden, aber doch bleibt noch sehr viel zu tun und zu lernen übrig.

Heute, vor dem IV. Weltkongreß, sehen wir auch deutlich die Mängel in der Arbeit der KJI., die korrigiert werden müssen. Die Betriebszellenorganisation, obwohl bedeutend weiter vorgeschritten als bei den Parteien, ist doch noch ungenügend. Die politische Aktivität muß noch mehr das gesamte Verbandsleben durchdringen. Die antimilitaristische Arbeit muß auf die ganze Internationale ausgedehnt werden. Die wirtschaftlich-gewerkschaftliche Arbeit und der Kampf gegen die Offensive des Kapitals waren zu gering. Die Bildungsarbeit steckt noch immer infolge Arbeitsüberlastung und Kräftemangel in den ersten Anfängen.

Indem der IV. Kongreß die Linie der folgenden Periode zeigen wird, wird er auch diese Mängel korrigieren. Die Linie aber ist klar und bestimmt: **Vorwärts, weiter zur Massenorganisation der arbeitenden Jugend, zur Jungen Garde des Leninismus!**

V. Weltkongreß

Rot und golden.

Von Marie Majerova (Prag).

Moskau, im Juni 1924.

** Wer in einer Stadt Mitteleuropas aufgewachsen ist, der kann in irgendeine andere kapitalistische Stadt kommen, er wird nichts Neues bemerken. Überall dieselben Menschen, die einen mit Schmuck überladen, die anderen in Lumpen gehüllt. Überall dieselben Gebäude, die einen, um die kapitalistische Staatsmacht zu repräsentieren, von vornehmem Äußern, während die anderen die Finanzmacht oder die Macht der Religion hinter prächtigen Fassaden listig verbergen. Überall dieselbe Atmosphäre des Wettbewerbes und des Kampfes ums Dasein, ein Vordringen und Beiseitestoßen, Angst um das Stückchen Brot, nervöse Flucht vor der Arbeitslosigkeit, Angebot und Verkauf menschlicher Arbeit und Fähigkeit, von Verzweiflung getrieben.

Ob du nun nach Prag oder Berlin, nach Warschau oder Paris kommst, überall bist du in derselben Umgebung. In Berlin haben die Droschkenkutscher vielleicht andere Mäntel, in Paris tragen die Briefträger Pelerinen, in Warschau siehst du polnische Mützen auf den Köpfen der Frauen und Männer, aber alles übrige, Kern und Schale, ist gleich. Das gleiche Tempo, derselbe Blutkreislauf, derselbe fieberhafte Rhythmus, von den Vorahnungen des Endes erfüllt.

Als ich mich Moskau näherte, fühlte ich unbewußt, daß ich etwas Anderes, etwas Neues erblicke, doch war ich außerstande, aus all diesem Fühlen und Ahnen ein Bild der Wirklichkeit zu formen, wie immer sich meine Phantasie anstrengen mochte. Mit verhaltenem Atem, wie vor dem herabgelassenen Vorhang eines Zaubertheaters stehend, fuhr ich in Moskau ein, nachdem ich mit sehnsüchtigen Blicken den Turm der Radiostation und die fünf goldenen Kuppeln der Erlöserkirche begrüßt hatte, die vor den Toren Moskaus den Besucher aus dem Westen erwartet, um ihn mit ihrer seltsamen Silhouette willkommen zu heißen.

Auf dem modernen Bahnhof herrschte die Reinlichkeit deutscher Bahnhöfe der Vorkriegszeit. Nur noch eine Weile, dann gehen wir über den Bahnsteig, treten auf die Straße und schon stürmt alles das Neue und Ungeahnte, das Unberechenbare und Komplizierte auf uns ein. In der lebhaften Straße, die wir durchschreiten, in dieser Stadt, die wir von Tag zu Tag mehr und mehr kennen lernen, finden wir nicht nur neue Formen, die das Innerste des durch die Revolution umgewandelten Menschen aufrühren. Wir finden hier vor allem einen neuen glücklichen Lebensrhythmus, der wie das Blut eines stattlichen, kräftigen Riesen in den Adern pulst, wir fühlen die taumelnde Freude am Sein, am Atem, am Gang, am Essen und am Gespräch, an den kleinsten Äußerungen und Bekundungen eines Lebens, das nach Jahrhunderten der Unterjochung, nach den Schrecken der Bürgerkriege, nach dem Entsetzen der Hungerjahre jedem die naive, einfache, elementare Lust gewährt, ein Teil zu sein dieser Getamtheit, in der der Mensch seinen Mitmenschen nicht mit seinen Schlechtigkeiten und Verbrechen, seiner Angst und Sorge um den Lebensunterhalt das Dasein vergällt.

Denn wir sind in dem Lande, wo jeder arbeitende Mensch über sein Stück Brot, die unumgängliche Grundlage seiner Existenz verfügt. Das sagen uns die runden Wangen von gesunder Farbe, das spricht aus dem herzlichen Verkehr der Menschen untereinander, ganz gleich, ob das ein Arbeiter ist, der als Mitglied der Polizeimiliz die Ordnung auf den Straßen bewacht, oder ein Kellner, oder irgendwer, dem man begegnet und den man anspricht oder mit dem man sonst in Verkehr kommt.

Über das Äußere der Moskauer möchte ich sagen, daß die Weltgeltung von Paris an den russischen Grenzen ihr Ende hat. In den Zeitungskiosken findet man wohl hier und dort ein verlorenes Heft der „Mode parisienne", in den genossenschaftlichen Konditoreien findet man wohl ein einzelnes Fräulein oder Frauchen, das sich eilig mit Süßigkeiten vollstopft und irgendeinen Hauch von dem hat, was man europäische Eleganz nennt, aber in der Menge auf der Straße zeigt sich selten die Figur eines Gigerls oder einer Putzdocke, trotzdem die Geschäfte der Nepmänner ganz stattliche Lager von Mode- und Galanteriewaren aufweisen. Moskau hat seine Arbeitermode, die fast einheitlich ist. Es ist eine psychologische Mode, die nicht im Schnitt des Kleides, in einer vorherrschenden Farbe, in der Kopfbedeckung oder in der Frisur zum Ausdruck kommt. Es ist nicht die Mode der westlichen Länder, die imstande ist, einen einzigen Gedanken an allen Männern und Frauen, wie in einem Labyrint von Spiegeln bis zum Überdruß zu variieren.

Diese russische Arbeitermode besteht auch nicht in den roten Kopftüchern, die die Fabrikarbeiterinnen und jugendlichen Genossinen tragen, auch nicht in der allgemein üblichen russischen Rubaschka. Diese Arbeitermode ist die Mode des Arbeitskleides, das schmutzig ist bei dem Arbeiter, der die Straße asphaltiert, und sauber bei dem Bäcker, der die „Bulki" austrägt; Einfachheit, Zweckmäßigkeit, manchmal auch Armut, kommen in dieser Mode zum Ausdruck. Aber hier wird niemand nach seinem Kleide beurteilt und gewertet. Das russische Arbeitervolk belebt in nackter Gleichheit die Straßen wie in wirklicher Nacktheit; in der Unverdorbenheit des Herzens und der Sinne badet der Nackte neben der Nackten in der Moskwa, die in engen und weiten Windungen um die Stadt fließt. Die Twerskajastraße brodelt und ergießt sich über die Plätze, auch in den anderen Gassen und auf den Boulevards braust das Leben. Und in dem Maße, wie sich die Augen anpassen und die Seele in dem Ganzen heimisch wird, treten die Einzelheiten hervor und befestigen sich die Bilder und Erscheinungen im Gedächtnis. Eine Frau mit der Einkaufstasche in der Hand hört uns in fremder Sprache sprechen und gesellt sich zu uns: „Sind Sie gekommen, um sich Rußland anzusehen? Und wie gefällt es Ihnen bei uns?" Ein Polizist, der sich von irgendeinem Arbeiter nur durch die Borte an der Mütze und das Gewehr über der Schulter unterscheidet, hält irgendjemanden an, der sich etwas zuschulden kommen ließ. Gleich bildet sich eine Gruppe von Zuhörenden und Diskutierenden um die beiden herum. Der Beschuldigte antwortet auf die ruhigen Fragen des Polizisten, und einmal, zweimal, macht er eine Bewegung, wie wenn er weggehen wollte. Ruhig faßt ihn der Milizsoldat am Arm. Nachdem er alles, was er wissen wollte, erfahren hat, führt er den Beschuldigten auf die Wachstube ohne ein böses Wort, ohne Aufregung und ohne ihn am Arm zu führen. Die Herumstehenden knacken dabei ruhig und nachdenklich ihre „Semitschki" (Sonnenblumensamen) auf.

Ein russischer Bettler mit fettigem Haar und schmutzigem Bart, der wohl bis zu seinem Tode vom Betteln nicht lassen wird — denn das Betteln ist in Rußland ein ständiger, nationaler, fast religiöser Brauch und keine soziale Erscheinung —, bekommt eine Kopeke und dann unterhält er sich mit dem Geber auf nachbarliche Weise, woher er kommt und was er in Moskau vor hat. Die Sonntagszüge ergießen einen Strom von Ausflüglern in den milden Abend, und die von der Frühlingsluft berauschte Jugend singt spontan die proletarische Hymne. Bizarre Kirchen mit blauen, grünen, rosaroten, bunten und goldglänzenden Kuppeln hängen unwirklich zwischen Himmel und Erde. Niemand kümmert sich um sie, niemand beachtet sie, nur wir neugierigen Delegierten richten in den ersten Tagen unseren Blick auf sie, um bald ebenso gleichgültig zu werden wie die russische Bevölkerung. Die Kirchen tragen goldene Kuppeln, über den öffentlichen Gebäuden wehen rote Fahnen.

Rot und golden ist Moskau.

Im Revolutionsmuseum sortieren Kenner der Arbeiterbewegung wertvolle Dokumente der Vorkämpfer des gesamten Proletariats. In dem düsteren Mausoleum auf dem Roten Platze träumt Wladimir Iljitsch seinen Siegestraum, und vom Turme des Kremltores, von wo die Glocken melodisch die Stunden künden, klingt morgens, mittags und abends die Internationale zu ihm hin. In einer der zahlreichen Kinderlesehallen, die alle in beschlagnahmten Gebäuden der Reichen untergebracht sind, lesen 500 Kinder Bücher und Zeitungen. Propaganda-Straßenbahnwagen rollen vorüber; sie sind von Arbeitern in ihrer freien Zeit, an kommunistischen Samstagen hergestellt, mit Losungen und Abzeichen bemalt worden und dienen den gemeinsamen Zwecken. Die genossenschaftlichen Verkaufsstellen konkurrieren durch Billigkeit und Güte ihrer Ware systematisch und kampflustig mit dem Privathandel, der die Ankündigungen von Ausverkäufen, wie Begräbnisanzeigen über die frisch gestrichenen Firmatafeln klebt. Ein heruntergekommener General sitzt in der ganzen Parade seiner Uniform aus der Zarenzeit am Gehsteig und verkauft Schuhriemen, während der Arbeiter, der von acht bis drei Uhr arbeitet, schon um fünf Uhr in seinem Klub die Zeitungen liest. Trinkgelder werden keine gegeben, und dem Kellner pfeift man nicht.

Wo sich nun die Kaufenden häufen, stellen sie sich von selbst hübsch in eine Reihe und in der Straßenbahn achtet jeder Bürger sorgfältig darauf, daß alle rückwärts einsteigen und vorne aussteigen, wie es die Vorschrift verlangt. Die Strafen für Unordentlichkeit sind übrigens hoch und die Disziplin ist musterhaft.

Ich weiß nicht, wohin die Bourgeois, die Nepmänner und alle die gekommen sind, die sich den Luxus nicht abzugewöhnen vermochten. Aber ich weiß, daß im Andrejewski-Saale in Kreml, im Thronsaal der selbstherrlichen Zarin, sich eben die Kommunistische Internationale versammelt, Arbeiter aus allen Teilen der Welt, aus Deutschland und Java, aus der Tschechoslowakei und China, aus Frankreich und Mexiko, Vertreter der schwarzen, gelben und weißen Rasse, um unter dem schwarz eingerahmten Bilde Lenins über die Zukunft der gesamten arbeitenden Menschheit zu beraten.

Weißer Schrecken

Gegen den faschistischen Terror in Jugoslawien.

An die Arbeiter und Bauern Jugoslawiens und des ganzen Balkans.

An die Arbeiter und Bauern aller Länder.

** In Jugoslawien setzt eine neue Welle fürchterlichen Terrors ein. Die hegemonistische serbische Bourgeoisie hat in der letzten Zeit einsehen müssen, daß sie ihre Gewaltherrschaft gegen die werktätigen Massen in Kroatien, Slowenien, Mazedonien und anderen Gebieten Jugoslawiens auf „legalem" Wege nicht aufrechterhalten kann. Die bürgerliche Regierung Pasic-Prebicevic ist eine willkürliche Minderheitsregierung und genießt selbst das Vertrauen der Mehrheit des Parlaments nicht, geschweige denn des Volkes. Sie hat das Parlament gewaltsam vertagt, um sich am Ruder zu erhalten. Pasic hat offen erklärt, daß die serbische Bourgeoisie bereit ist, ihre „Errungenschaften" und ihre Vormachtstellung mit Feuer und Schwert zu verteidigen. Und seither bedient sie sich auch tatsächlich ganz unverhohlen des Faschismus, den sie ganz nach Mussolinis Vorbild organisiert und ausgerüstet hat.

Am 1. Juni richteten die jugoslawischen Faschisten in Trifail, in einem großen Kohlenrevier Sloweniens, ein fürchterliches Blutbad an. Die **Bergarbeiter, die dort eine Wahlversammlung abhielten, wurden von einer Bande von 500 Faschisten,** die mit

einer Militärkapelle anrückten und mit Revolvern und Handgranaten ausgerüstet waren, tückisch herausgefordert und überfallen. Die slowenischen Arbeiter ließen sich von dieser gemieteten Räuberbande nicht verscheuchen. Sie hielten ihr mit einem Mut und einer Energie stand, die allen klassenbewußten Arbeitern zum glänzenden Vorbild dienen können. Sie gaben den Faschisten eine unvergeßliche Lehre und scheuten vor eigenen Opfern nicht zurück. Die Faschisten verloren in diesem Gefecht vier Tote, darunter drei Führer, zehn schwer- und mehrere Leichtverwundete.

Aber auch die großen Verluste der Bergarbeiter sprechen von der Schärfe und dem Umfange des Kampfes. Sechs Arbeiter blieben auf der Stelle tot und weitere 15 Arbeiter wurden lebensgefährlich verletzt. Bei dieser Mordtat wurden Arbeiter als Geisel gebunden und mitgenommen, wobei ein ganz unschuldiger Arbeiter in einem Steinbruch auf eine grausame Weise hingemordet wurde.

Die Arbeiterführer sind heute in Slowenien vogelfrei und bedeutende Geldsummen sind auf ihre Häupter seitens der Faschisten ausgeschrieben. 36 Arbeiter wurden verhaftet, einige von ihnen sind mit Todesstrafe und die übrigen mit schweren Kerkern bedroht.

Die Regierung bereitet sich zu neuen Bluttaten vor. In den Industriekreisen wurden die Obergespane abgesetzt und mit diesen Posten die willfährigen Regierungsinstrumente betraut. Der Gemeinderat in Laibach wurde als kommunistenfreundlich aufgelöst. So bereitet die faschistische Regierung die neuen Wahlen vor. Heißes Arbeiterblut wird in allen Industriebezirken fließen: so wird die Pasic-Wahldemokratie aussehen!

Arbeiter und Bauern aller Länder!

Die Bergarbeiter von Slowenien, die sich nicht vor den Faschisten mutlos beugten, sondern revolutionär den Kampf gegen sie aufnahmen, kämpften nicht nur für sich, sondern auch für das Proletariat Jugoslawiens, des ganzen Balkans und der anderen Länder. Deswegen sind auch die Sympathien aller Werktätigen an der Seite der slowenischen Bergarbeiter, die den bewaffneten Vorstoß der Jugofaschisten so kühn zurückwiesen.

Die Solidarität der Werktätigen darf sich aber nicht bloß auf die Sympathiekundgebung beschränken. Die Unterstützung der Opfer des mutigen Abwehrkampfes und ihrer Familien ist Ehrenpflicht aller Werktätigen. Bringt ihnen rasche und tatkräftige Hilfe, deren sie dringend bedürfen!

Die Opfer dieses Kampfes ermahnen Euch aber auch, daß Ihr Euch selbst zum Kampfe gegen die faschistische Reaktion vorbereiten und organisieren müßt, um im gegebenen Momente ebenso den Kampf aufnehmen zu können. Bildet proletarische Abwehrhundertschaften gegen die faschistischen Söldnerbanden!

Das jugoslawische Gewaltregime fristet sein Dasein dank der Anleihen, die ihm Frankreich und andere Länder gewähren. Protestiert dagegen, daß die Regierungen Eurer Länder dieses Blutregime noch weiter unterstützen! Keinen Sou mehr diesen Arbeitermördern!

Es leben die Bergarbeiter von Slowenien!
Es lebe das revolutionäre Proletariat Jugoslawiens!
Nieder mit der faschistischen Reaktion!
Es lebe der Sieg der proletarischen Revolution in Jugoslawien und auf dem ganzen Balkan!
Es lebe die föderative Balkanrepublik!

Das Präsidium der Kommunistischen Balkanföderation.
Das Sekretariat der Balkanföderation der Kommunistischen Jugend.

Rote Hilfe

Amnestiekämpfe.

Von Ehrenfried Wagner.

** In **Frankreich** und in **Deutschland** hat das Proletariat einen hartnäckigen Kampf um die Befreiung seiner politischen Gefangenen begonnen. In beiden Republiken schmachten tausende revolutionärer Arbeiter, Soldaten und Intellektueller wegen politischer Vergehen im Gefängnis.

In **Frankreich** bestehen diese Gefangenen in der Hauptsache noch aus jenen Soldaten, die während des Weltkrieges meuterten oder desertierten, und die seit fünf und sieben Jahren in den Bagnos und Strafkolonien der Poincaré-Republik ein elendes Leben führen. Unter diesen Meuterern sind am bekanntesten jene tapferen Matrosen von der **Schwarzen Meer-Flotte**, die sich 1917 weigerten, gegen das revolutionäre Rußland in den Krieg zu ziehen. Einer dieser Meuterer, André **Marty**, der selbst erst vor Monaten das Zuchthaus von Clairvaux verlassen hat, steht heute an der Spitze der Amnestiekämpfe und vertritt in der Kammer als Deputierter des Arbeiter- und Bauernblocks die Interessen der Eingekerkerten. Die Meuterer **Guilbeaux** und **Sadoul**, beide zum Tode verurteilt, befinden sich als Emigranten im Ausland. Groß ist die Zahl aller jener Namenlosen, die als Opfer des „Rechtskrieges" in den Zuchthäusern zu Nimes, Clairvaux oder in den Strafkolonien Nordafrikas schmachten. Zu nennen sind noch jene mutigen revolutionären Pazifisten, die es wagten, während der Massenschlächterei des letzten Krieges ihre Stimme gegen den Imperialismus zu erheben, jener Viktor **Milleret**, der schon seit 7½ Jahren im Kerker liegt, jene **Cottin**, **Johanna Morand**, Gaston **Rolland**. Man glaubt kaum, welche ungeheuren Leiden die Gefangenen in den Bagnos und auf den Galeeren der „glorrreichen" dritten Republik auszustehen haben. Man lese André Martys Broschüre: **„In den Gefängnissen der Republik"**, und man bekommt unter Schaudern eine Vorstellung von dem Grauenvollen, was sich in den Kasematten der französischen Bourgeoisie abspielt.

Aber nicht nur um die Freiheit dieser Soldaten des „Rechtskrieges" kämpft das französische Proletariat, die Gefängnisse sind auch voll mit revolutionären Anarchisten, Eisenbahnern, Streikführern und kommunistischen Propagandisten. In Frankreichs Gefängnissen schmachten auch Hunderte von deutschen Arbeitern, die im Ruhrgebiet den Kampf gegen Poincarés Banditenüberfall geführt haben, es schmachten zahlreiche junge Kommunisten Frankreichs und Deutschlands, die unter den Soldaten der Besatzungsarmee aufklärende Propaganda trieben, um sie abzuhalten, auf ihre Klassengenossen zu schießen, es schmachten auch viele französische Soldaten, die das Verbrechen begingen, sich mit dem „Feind" zu verbrüdern, die aufklärende kommunistische Literatur lasen und verbreiteten, und die sich weigerten, für die französischen Eisenkönige in den Tod zu gehen.

Für alle diese Opfer des kapitalistischen Regimes fordert die Kommunistische Partei Frankreichs als Sprecherin der Arbeiterklasse **unverzüglich Generalamnestie**. Die Deputierten **Doriot** und **Marty** haben in der Kammer einen diesbezüglichen Antrag gestellt, und die Presse unterstützt energisch und systematisch diese Amnestiekampagne.

Fast zu gleicher Zeit beginnt auch in **Deutschland** ein schärferer Kampf für die Befreiung der politischen Gefangenen, der sich in den nächsten Wochen steigern und vereinheitlichen muß. In Deutschland handelt es sich für die Arbeiterklasse in der Hauptsache um die politischen Gefangenen, die in der letzten Terrorperiode der Weißen Justiz zum Opfer fielen. Dabei sitzen in den Gefängnissen der deutschen Republik, wie ein Jahresbericht der „Juristischen Zentralstelle der Roten Hilfe" mitteilt, auch heute noch — trotz verschiedener Amnestien — zahlreiche Opfer früherer Kämpfe. Es sitzen in den Kasematten der bayerischen Festung Niederschönefeld noch zwanzig Genossen, darunter der auf den Tod kranke revolutionäre Dichter Erich **Mühsam**, die wegen ihrer Betätigung an der bayerischen Räterepublik im Mai 1919 und wegen Teilnahme an der Märzaktion 1921 zu langjährigen Festungsstrafen verurteilt wurden. Im bayerischen Zuchthaus Straubing sitzen verschiedene Rotgardisten, die man als gemeine Verbrecher abgeurteilt hat, und auch Genosse Alois **Lindner**, der den Schuß auf Auer abgab. In den Zuchthäusern von Lichtenburg, Sonnenburg, Naugard, Lüneburg und Celle sitzen noch 11 Arbeiter aus den Kämpfen des Jahres 1919, teilweise bis zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Aus der Zeit der Abwehrkämpfe gegen den Kapp-Putsch 1920 sitzen noch 7 Arbeiter, und seit dem Märzaufstand 1921 noch 34 Arbeiter, darunter Max Hölz, im Zuchthaus von Breslau.

Dazu kommen nun die Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich seit Oktober 1923 in Haft befinden und seitdem in Massenprozessen zu hohen Festungs- oder Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Noch heute finden in allen Städten Deutschlands solche Monsterprozesse statt. Seit Januar 1924 bis April 1924 haben in Deutschland allein 10.900 politische Prozesse gegen Arbeiter stattgefunden. Wenn auch der Hauptprozentsatz dieser Verurteilten von Mitgliedern und Funktionären der Kommunistischen Partei gestellt wird, so ist doch auch die Zahl der verurteilten sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter keine geringe. Bemerkenswert ist, daß sich unter den Opfern der Justizoffensive 1923/24 auch zahlreiche Frauen befinden.

Eine Amnestiekampagne müßte auch in **Deutschland** auf breiteste Basis gestellt werden. Nicht allein die Tatsache, daß sich um die KPD. mehr als drei Millionen Sympathisierende lagern, sondern auch das politische Moment, daß es sich hier um die Befreiung von Menschen handelt, die sich für die Interessen dieser Massen aufgeopfert haben, gibt einer solchen Aktion größere Aussicht auf Erfolg. Die heute in der Schreckenszahl von 7000 in deutschen Gefängnissen sitzen, sind diejenigen, die im August bis zum Oktober des vorigen Jahres, in jenen für das arbeitende Volk Deutschlands unvergeßlichen Schreckensmonaten, nicht nur schimpfen und jammern, sondern etwas tun wollten. Das sind jene tapferen Männer und Frauen, die für eine Kontrolle der Lebensmittelversorgung eintraten, die auf den Dörfern den Großagrariern, die bei vollen Scheunen das Volk verrecken lassen wollten, auf den Leib rückten, die auf den Wochenmärkten die Schieberpreise kontrollierten, die den verzweifelten Hungerpolonaisen mit einem Steinwurf ein Ende machten, die an der Spitze der Teuerungsdemonstrationen marschierten und gegen die Inflationslöhne ankämpften. Als sie damals mutig zur Tat schritten, hatten sie wirklich mehr als vier Millionen Stimmen für sich. **Sie heute zu befreien, für ihre Amnestierung aufzurufen, ist eine der populärsten Parolen, die die deutsche Partei je gehabt hat.**

Die Amnestiekämpfe dieser beiden Länder müssen aber auch die Sympathien und die aktive Unterstützung der Proletarier zum mindesten der benachbarten Länder finden. Die Amnestiekampagnen in **Frankreich** und in **Deutschland** müssen in den Nachbarländern lebendigstes Echo finden. Parallel mit den Amnestiekämpfen müssen in der **Schweiz**, in **Österreich**, in der **Tschechoslowakei** und in den nordischen Staaten **Massenversammlungen** stattfinden und die **Presse** dieser Länder muß systematisch aufklären über Zweck und Ziel des Kampfes. Soll er politische Linie haben, muß er, um den Rahmen nicht allzuweit zu stecken, in **Mitteleuropa einheitlich** geführt werden. Bestimmt aber ist die Parole **„Amnestie!"** sehr wohl geeignet, wieder einmal größere Massen in Bewegung zu setzen.

Aufrufe

Anläßlich des Prozesses gegen die am Krakauer Aufstand Beteiligten.

(Verspätet eingetroffen. D. R.)

An die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

Genossen!

** Am 2. Juni werden in Polen (Krakau) vor den Geschworenen 56 Arbeiter wegen ihrer Teilnahme am Generalstreik und am bewaffneten Krakauer Aufstand am 6. November 1923 gerichtet werden. Gleichzeitig beginnt vor dem Kriegsgericht der Prozeß der Soldaten, die der Verbrüderung mit den Arbeitern angeklagt sind. Der Prozeß soll ungefähr sechs Wochen dauern. Den Angeklagten drohen schwere Urteile.

Die polnische Bourgeoisie will durch die Veranstaltung dieses Prozesses ihre Kraft zeigen und die Arbeiterklasse Polens einschüchtern, damit diese in Zukunft nicht mehr wagt, gegen die grausame Ausbeutung und Unterdrückung, deren Opfer die polnischen Arbeiter und Bauern und auch die nationalen Minderheiten sind, zu protestieren.

Im Oktober des vergangenen Jahres begann der entschiedene Angriff der polnischen Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, der Angriff auf den achtstündigen Arbeitstag und die Arbeitergesetzgebung. Außerdem haben die Unternehmer zu einer Zeit, wo die Teuerung ins Grenzenlose ging, begonnen, den ohnehin bereits bestehenden Hungerlohn herabzusetzen.

Die Regierung der Bourgeoisie, der Gutsbesitzer und reichen Bauern, die sogenannte Regierung Chieno-Vitos, nahm in ihrem Kampfe gegen die hungernden Arbeiter zur Polizei und zu bewaffneten Abteilungen ihre Zuflucht. Es begannen Massenverhaftungen der kommunistischen Arbeiter, die zum Generalstreik aufgefordert haben. Im Laufe einiger Tage wurden ungefähr 2000 kommunistische Arbeiter verhaftet.

Mehr als das, die Regierung erließ an die Truppen und die Polizei einen Befehl, in die Arbeiterversammlungen und Umzüge hineinzuschießen. Arbeiterblut ist zuerst in Lodz geflossen.

Bei der geschaffenen Lage war es die Pflicht des Zentralkomitees der Klassengewerkschaften, die Arbeiterklasse ganz Polens zum Generalstreik aufzufordern, dessen Erklärung die Arbeitermassen forderten.

Das führende Gewerkschaftsorgan aber, das sich in den Händen der polnischen Menschewiki, der Sozialpatrioten aus der polnischen Sozialistischen Partei, der Anhänger der Amsterdamer Internationale befindet, hat nicht allein die Forderung der Mehrheit der Gewerkschaften nicht erfüllt, sondern im Gegenteil geholfen, die Bewegung der Arbeiterklasse zu sprengen und den Streik allmählich in den einzelnen Industriezweigen zu liquidieren.

Kaum war der Streik in der Industrie beendet, als ein elementarer Streik ausbrach, der sich auf alle Eisenbahnen und dann auch auf Post und Telegraph ausdehnte.

Besonders nahm in Krakau und in ganz Galizien der Streik mit jedem Tage zu.

Die Leitung des Eisenbahnerverbandes, die sich in den Händen der polnischen Sozialistischen Partei, den Anhängern Amsterdams, befindet, hat diesen Streik nicht geführt, sondern nach dreiwöchentlicher Dauer versucht, ihn abzuwürgen, indem sie erlogene Telegramme versandte, worin die angebliche Bereitschaft der Regierung zur Erfüllung der Forderungen der Eisenbahner mitgeteilt wurde. Die Regierung, die damit rechnete, daß die durch den Streik, der einige Wochen gedauert hatte, erschöpften und infolge der Niederlage enttäuschten Industriearbeiter den Eisenbahnern nicht zu Hilfe kommen werden und die wußten, daß die PPS. den Streik liquidieren will, beschloß, zum energischen Angriff überzugehen, um den Hort des Streiks in Galizien zu vernichten und gleichzeitig damit die Volksmassen in Polen zu terrorisieren.

Auf Grund des von Pilsudsky im Jahre 1921 erlassenen Gesetzes militarisierte die Regierung die Eisenbahnen und setzte Feldgerichte ein. Den Streikteilnehmern drohte der Tod durch Erschießen. Und sogar in diesem Augenblick rief die PPS., das Schaf und die Stütze Amsterdams, die Massen nicht zum Kampf auf. Erst als die Arbeiter drohten, massenweise aus der PPS. auszutreten und in die Kommunistische Partei Polens einzutreten, hat die PPS. und das Gewerkschaftszentrum unter dem Druck der Parteimassen den Generalstreik erklärt, aber die Kompromißler haben sich sofort daran gemacht, ihn zu liquidieren. Erstens haben sie keine Losungen herausgegeben, die die Arbeiterklasse Polens zum Kampfe aufriefen, zweitens haben sie sofort geheime Verhandlungen mit der Regierung begonnen, was die Regierung Chieno-Piastos ermutigte, mit dem Angriff zu beginnen.

Die Regierung begann den bereits früher ausgearbeiteten Plan der Repressalien zu verwirklichen.

In Borislaw und Tarnow (Galizien) richtete die Regierung ein fürchterliches Blutbad an. Es gab Tote und viele Schwerverwundete. In Krakau verwendete die Bourgeoisie in ihrem Kampfe gegen die Arbeiter nicht allein die Polizei, sondern auch die ganze Garnison, über 10.000 Bajonette, ließ Infanterie und Kavallerie gegen die hungernden und waffenlosen Arbeiter los, richtete Maschinengewehre, Geschütze, Panzerautomobile und Flugzeuge gegen die Massen.

Am 6. November 1923 begannen die Polizei und die Truppen auf eine Arbeitermanifestation, an der über 10.000 Personen beteiligt waren, zu feuern. Wider Erwarten wandten sich die Arbeiter nicht zur Flucht, sondern griffen mit bloßen Fäusten die Truppen an.

Hunderte Schwerverwundete und Dutzende Tote lagen auf den Bürgersteigen der Stadt. Nach heldenmütigem Kampfe, der einige Stunden währte, hatten sich die Arbeiter der Stadt bemächtigt. Die Bauern, in Soldatenuniform verkleidet, schlugen sich von allem Anfang ungern mit den Arbeitern und verbrüderten sich dann in Massen mit den Arbeitern.

Der Krakauer Aufstand bedrohte die Existenz der bürgerlichen Regierung in Polen, denn er hätte wahrscheinlich zum Kampfsignal der Arbeiterklasse des ganzen Landes gedient. Aber auch diesmal retteten die Sozialpatrioten aus der II. Internationale, die Anhänger Amsterdams, die Bourgeoisie. Als bekannt wurde, daß Krakau, die frühere Hauptstadt Polens, sich in den Händen bewaffneter Arbeiter befindet, und daß die Bauern, die Soldaten sich mit der Arbeiterklasse verbrüdern, haben die Sozialpatrioten aus der II. und der Amsterdamer Internationale den Streik sofort abgebrochen.

Die Reformisten haben die Arbeiterklasse gewissenlos betrogen und erklärt, daß die Regierung der Bourgeoisie, der Guts-

besitzer und Wucherbauern angeblich bereit sei, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, und haben den bewaffneten Aufstand in Krakau, der Sieg des Krakauer Proletariats und die Verbrüderung der Bauern mit den revolutionären Arbeitern geheim gehalten.

Und erst einige Tage nach der Liquidierung des Generalstreiks, als die Bourgeoisie mit Hilfe der PPS. die Krakauer Arbeiter entwaffnet hatte, erfuhren die Arbeiter und Bauern von ganz Polen von den Krakauer, Tarnower und Borislawer Ereignissen.

Vor diesem Verrat der polnischen Menschewiki aus der II. und der Amsterdamer Internationale verblaßt sogar die ganze frühere Verräterpolitik dieser Lakeien der Bourgeoisie.

Im November 1923 standen die Arbeiterklassen Polens und Millionen von landlosen und Mittelbauern an der Schwelle ihres Sieges. Die Bourgeoisie, die Gutsbesitzer und die Wucherbauern hatten den Boden unter den Füßen verloren. Sie hatten unbeschreibliche Angst und erschraken vor der revolutionären Aktion der Arbeiter und Bauern, vor dem Gespenst der Diktatur des Proletariats und der revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung.

Der Verrat der angeblichen Verteidiger der Interessen der Arbeiterklasse hatte die Bourgeoisie gerettet.

Heute, wo die Bourgeoisie, die Gutsbesitzer und Wucherbauern aufgehört haben, sich zu fürchten, wo sie versuchen, sich an den Arbeitern, Bauern und Soldaten zu rächen, übergeben sie die Helden der polnischen Räterepublik dem Gericht und klagen sie des „Mordes" an.

Genossen, Arbeiter, Arbeiterinnen und Bauern!

Wir rufen Euch zum energischen Protest gegen die Verurteilung der Arbeiter und Bauern im Soldatenrock, der Teilnahme an dem bewaffneten Krakauer Aufstand und gegen ihre Verurteilung zum Tode auf.

Protestiert gegen die polnische Bourgeoisie und die Gutsbesitzer, diese Mißgeburten und blutigen Henker der polnischen Arbeiter und Bauern!

Protestiert gegen die Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Polen!

Brandmarkt die Verräter der polnischen Arbeiterklasse!

Mögen die angeklagten Arbeiter und Bauern im Soldatenrocke, die abgeurteilt werden sollen, sehen, daß gegen sie eine Handvoll kapitalistischer Parasiten, hinter ihnen aber das Proletariat und die Bauernschaft Polens und aller Länder stehen.

Ehre und Angedenken den gefallenen Helden des bewaffneten Krakauer Aufstandes!

Nieder mit der niederträchtigen Regierung der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer!

Es lebe die Solidarität der revolutionären Arbeiter und Bauern der ganzen Welt!

Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung Polens!

Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Moskau, den 22. Mai 1924.

Buchbesprechungen

Die „Kommunistische Internationale" Nr. 33*).

Von Eugen Paul (Reichenberg).

** Das Heft Nr. 33 der „Kommunistischen Internationale" ist erschienen. Es enthält eine Reihe ausgezeichneter Aufsätze, die die verschiedensten Probleme der Weltpolitik und der sozialistischen Wissenschaft mit der in dieser Zeitschrift üblichen Gründlichkeit behandeln.

An der Spitze wartet die neuerschienene Nummer mit zwei Produkten aus der geistigen Küche **Lenins** auf: „Über das Besteigen hoher Berge, über die Schädlichkeit der Mutlosigkeit, über den Nutzen des Handelns, über das Verhältnis zu den Menschewisten usw." und „Richtlinien für die Aufgaben unserer Delegation im Haag". Der erstere, leider unvollendet gebliebene, Aufsatz stammt aus der Zeit, wo die Levi-Mode, in der manche die Offenbarung eines neuen kommunistischen Geistes erblicken zu können glaubten, sich bereits als die alte, wohlbekannte und abgetragene Mode des Menschewismus entpuppt hatte. Man kann diese „Notizen eines Publizisten", in denen Lenin mit der Offenheit des wirklich großen Mannes seinen Irrtum in der Beurteilung Levis bekennt,. nicht ohne tiefe Ergriffenheit lesen. Was Lenin hier „über die Jagd auf Füchse, über Levi, über Serrati" geschrieben hat — das fühlt man beim Lesen dieser „Notizen" ganz genau — hat weit über den damaligen Tag hinaus Geltung, wenn man auch bei der **Anwendung** dieser Gedanken nicht mit dogmatischer Starrheit, sondern mit den **Methoden des Leninismus** verfahren muß.

In den „Richtlinien für die Aufgaben unserer Delegation im Haag" hat Lenin einen Katechismus für den Kampf der Kommunistischen Internationale gegen den imperialistischen Krieg entworfen. Mit der bei ihm üblichen Rücksichtslosigkeit wirft er den ganzen reformistischen Phrasenbau, der den stolzen, aber inhaltsleeren Satz: „Wir werden auf den Krieg mit dem Streik oder einer Revolution antworten" an der Stirne trägt, über den Haufen. „Man muß den Menschen die realen Faktoren hinter dem geheimnisvollen Dunkel enthüllen" — erklärt er — „in dem der Krieg entsteht, und ihnen zeigen, wie hilflos die übliche, sich zwar revolutionär nennende Organisation der Arbeiter angesichts eines drohenden Krieges ist." Und Lenin zeigt uns in den gedrängten Sätzen dieses kurzen Aufsatzes klar und deutlich, wie man, statt Phrasen vom „Boykott des Krieges" zu dreschen, **illegale Organisationen** für die **dauernde** Arbeit **vor und in dem Kriege** schaffen, wie man die Lehren des letzten Krieges praktisch verwerten — so verwerten muß, daß der kommende neue Krieg wirklich in die siegreiche proletarische Revolution ausmündet.

Der Artikel **Sinowjews**: „Das Leninsche Aufgebot und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Rußlands" deckt die historischen Wurzeln des Leninschen Aufgebots auf, das nicht nur als eine Antwort der russischen Arbeiter- und Bauernmassen auf die Anwürfe der Opposition, sondern auch als eine Erscheinung aufzufassen ist, die mit dem erreichten hohen Grad der Entwicklung der RKP. (Sinowjew unterscheidet in seinem Artikel vier Hauptabschnitte dieser Entwicklung) in ursächlichem Zusammenhang steht. Sinowjew gibt uns eine interessante Analyse der ideologischen Entwicklung innerhalb des russischen Proletariats, die zu diesem Leninschen Aufgebot geführt hat, beleuchtet die soziale Zusammensetzung dieses Aufgebots und skizziert die im Zusammenhange damit erwachsenden speziellen Aufgaben der Kommunistischen Partei Rußlands.

In einem Artikel: „Die Propaganda des Leninismus" befaßt sich Bela **Kun** mit der geschichtlichen Bedeutung des Leninschen literarischen Nachlasses, mit dem propagandistischen Wert dieser unschätzbaren geistigen Erbschaft, und weist einerseits auf die Pflicht, andererseits auf die Möglichkeiten hin, diesen Schatz so rasch, ausgiebig und gründlich wie nur möglich im Interesse der kommunistischen Weltbewegung und der proletarischen Revolution zu verwerten. Er schärft uns ein, daß „das tiefe Eindringen der Leninschen Lehre in die Reihen der Avantgarde, die berufen ist, die Revolution zu organisieren und zu leiten, eine notwendige Voraussetzung für die weiteren Erfolge der proletarischen Revolution ist" und gibt uns einen sehr nützlichen Fingerzeig, indem er darauf hinweist, daß die alte bolschewistische Garde „es nicht nur versteht, das Vermächtnis von Lenin zu erhalten, sondern dieses Vermächtnis auch zum **Gemeingut der breitesten Massen** zu machen. In der II. Internationale wurde und wird noch heute — sehr mit Absicht — die irrige Meinung begünstigt, daß die Lehren von Marx und Engels für die breite Arbeitermasse ‚zu hoch' seien. Die Kommunistische Internationale kann ihr Ziel nur erreichen, wenn es ihr gelingt, den Leninismus, diesen ins Praktische übertragenen Marxismus, zum Gemeingut der breiten Massen zu machen." Die von Genossen Kun gemachten **praktischen** Vorschläge für die Organisierung der Propaganda des Leninismus sind wohl nur als allgemeine Grundlinien gemeint. Als solche enthalten sie wertvolle Fingerzeige für die Inangriffnahme dieser für jede wirklich Kommunistische Partei lebenswichtige Arbeit.

In dem Aufsatz „Die Entstehung der KI. und ihre Tätigkeit in den ersten fünf Jahren. Lenin und die internationale Arbeiterbewegung" sind zwei Vorträge **Sinowjews** zusammengefaßt. Die III. Internationale ist aus der II. Internationale entstanden. Der Entstehungsprozeß bestand in einem langwierigen, erbitterten Kampf zwischen dem Opportunismus und dem revolutionären Marxismus. Der anerkannte Führer dieses Kampfes

*) „Die Kommunistische Internationale" Nr. 33; Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg 8.

auf Seiten der revolutionären Marxisten war **Lenin**. Diese historische Tatsache wird uns in den Reden Sinowjews in einer meisterhaften Weise vor Augen geführt und so ausgiebig belegt, daß man auf wenigen Seiten zusammengedrängt eine übersichtliche Darstellung jener jahrzehntelangen Kämpfe zwischen den beiden Hauptrichtungen der sozialistischen Arbeiterbewegung erhält. Gleichzeitig wird das, worin die III. Internationale sich von der II. Internationale unterscheidet (das Verhältnis zur Bauernschaft, nationale und koloniale Frage, Diktatur des Proletariats) in treffender Weise hervorgehoben und dadurch die historische Bedeutung der III. Internationale schlaglichtartig beleuchtet.

Radeks Artikel über „Die Arbeiterregierung in England" enthält eine übersichtliche, mit zwingender Logik aufgebaute Darstellung des Niederganges des englischen Imperialismus und des Bankrotts der beiden Flügel der englischen Bourgeoisie. Dieser Bankrott führte zum „Siege" Macdonalds: „... und so tanzte aus dem brodelnden Kessel der englischen Nachkriegsepoche die Seifenblase der englischen Arbeiterregierung hervor." Nach einer Analyse der Labour Party selbst, untersucht Radek die Möglichkeiten, die Wege, die sich der Arbeiterregierung boten, sowie die Folgen, die sich für das Schicksal der Arbeiterregierung, der Labour Party und für die gesamte englische Arbeiterbewegung daraus ergeben, daß die Arbeiterregierung jenen Weg betreten hat, der zu ihrem **Bankrott** führen muß.

M. N. Roys Artikel: „Die II. Internationale und die Doktrin des Selbstbestimmungsrechtes" hat den schmählichen Verrat der II. Internationale in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes zum Gegenstand. Für die Beurteilung dieses Verrates ist tatsächlich die Haltung der britischen Arbeiterregierung, die den Personen und dem Geist nach eine Regierung der II. Internationale ist, gegenüber den britischen Kolonien, in erster Reihe Indien, ausschlaggebend.

Genosse **Vaillant-Couturier** entwirft unter der Überschrift „Von der parlamentarischen Plutokratie zum Faschismus" eine Skizze der Lage in Frankreich. Die wachsende Krise und Unterdrückung des Proletariats, dessen immer stärker werdender Widerstand, müssen auf der einen Seite den Faschismus, auf der anderen die aktive Abwehr des Proletariats auf den Plan rufen. Das ist und bleibt die Hauptlinie der künftigen Entwicklung, trotzdem der Linksblock „in einem letzten Aufflackern der kleinbürgerlichen Legalität" gesiegt hat.

Ergänzt werden die Ausführungen Vaillant-Couturiers durch den Aufsatz **Dunois**: „Wie steht es um die französische Partei?" Er enthält interessante Einzelheiten über den Kampf innerhalb der französischen Partei, der allmählich zum Ausscheiden der reformistischen Elemente führte, was, wie die Entwicklung der letzten Zeit es bewiesen hat, die Vorbedingung für die Schaffung einer wirklichen Kommunistischen Partei ist. Besonders die Entwicklung der **Gewerkschaftsfrage** innerhalb der französischen Partei wird sehr anschaulich und lehrreich geschildert.

Das neue Heft der Kommunistischen Internationale enthält auch eine **Artikelserie** über die **baltischen Randstaaten**. Über „Die Bauernfrage in Finnland" veröffentlicht **K. Manner** eine umfangreiche, die finnische Frage von allen Seiten beleuchtende Studie. Mit dem „demokratischen" Lettland macht uns **P. Stutschka** durch einen interessanten Aufsatz bekannt. **W. Mickewitsch-Kapsukas** bietet uns in seinen „Skizzen aus dem heutigen Litauen" ein sehr anschauliches Bild der wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Verhältnisse Litauens. Ergänzt wird das Bild durch den ausgezeichneten Artikel **G. Pögelmann** über „Estland".

Schließlich enthält das neue Heft noch einen überaus wertvollen Beitrag aus der Feder **A. Martynows** über **„Lenin und die Agrarfrage in Rußland"**. Die richtige Einschätzung der Bedeutung der Bauernfrage, die Gewinnung des ausschlaggebenden Teiles des Bauerntums als Bundesgenossen für das Industrieproletariat ist auch für die Länder, in denen das Industrieproletariat überwiegt, eine Frage größter Wichtigkeit. In Rußland war und ist die Bauernfrage **die entscheidende Frage** der Revolution. Dies erkannt und diese Erkenntnis richtig verwertet zu haben — das ist das unsterbliche Verdienst Lenins. Martynow gibt uns nun eine alle wichtigen Gesichtspunkte berücksichtigende Darstellung nicht nur des Verhältnisses Lenins zur Bauernfrage, sondern auch der **Entwicklung** dieses Verhältnisses. Wir lernen dabei nicht nur die russischen Agrarverhältnisse unter dem Zarismus, die Klassengliederung und die oft seltsamst verkleideten Klassenkämpfe auf dem Lande kennen, sondern auch unseren Lenin mit all seinen scheinbaren Widersprüchen, über die sich die Menschewisten von damals lustig machten, und hinter denen sich eine unnachahmliche dialektische Beweglichkeit, eine unvergleichliche Geschmeidigkeit und Elastizität verbarg. Wie vorsichtig war er noch 1903, ja sogar 1905, als es galt, den Landarbeiter nicht zu früh von dem reichen Bauern zu trennen, mit dem er ein Stück des Weges zusammenmarschieren sollte. Und wie kühn und rücksichtslos wurde er, als die Ereignisse des Jahres 1905 und der kommenden Jahre ihm die Sicherheit brachten, daß der europäische Kapitalismus in seine Untergangsepoche, das europäische Proletariat in seine revolutionäre Epoche eingetreten ist. Die Agrarfrage war für Lenin die Achse, um die sich die ganze Geschichte Rußlands bewegte. Deshalb widmete er ihr, über die die finnische und die ungarische Revolution zu Fall gekommen sind, so große Aufmerksamkeit und stellte sie in den Mittelpunkt des ganzen Programms der russischen Revolution. Deshalb widmete er ihr — wie uns dies gerade der Artikel Martynows zeigt — einen großen Teil seines Lebens, seines Lebens, seiner Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. Er hat uns nicht nur den Weg gezeigt von der Utopie des revolutionären Bündnisses zwischen Proletariat und Bauerntum zur Wissenschaft der Leninschen Agrarpolitik, er hat diesen Weg mit kühnem Schritt selbst betreten und ist ihn festen Schrittes gegangen.

Buchanzeigen

Nr. 12 und 13 der „Internationale"*).

** Heft 12 der „Internationale" ist soeben erschienen (Umfang 32 Seiten).

Es enthält einen Aufsatz von Ruth **Fischer**, „Zum V. Weltkongreß". K. S. schreibt über „Die Perspektive der Weltrevolution". Ferner enthält die Nummer einen Aufsatz von Horst **Fröhlich**: „Die Arbeiterregierung und die Lehre vom Staat", und die Fortsetzung der Diskussion „Zur Agrarfrage". **Georgi** unterzieht die „Gegenbemerkungen" von Rolf einer Antikritik. S. **Erkner** behandelt in seinem Artikel „Völkische Politik" die Stellungnahme der völkischen „Theoretiker" zur Gewerkschaftspolitik. Z. **Leder** veröffentlicht eine längere Abhandlung „Lenin und die nationale Frage", die in den nächsten Heften fortgesetzt wird.

Der Abschnitt „Literatur" enthält eine Besprechung der neuen Schrift Georg Lukacs: „Lenin, Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken" von k., sowie einen Beitrag von Ad. Fgr., der das Buch von Karl Korsch „Marxismus und Philosophie" bespricht.

Die Beilage „Der Parteiarbeiter" bringt eine Anzahl von Beiträgen über grundsätzliche und aktuelle Probleme der organisatorischen Arbeit.

Als **Ergänzungsheft zu Heft 12 der „Internationale"** sind soeben **Materialien zum V. Weltkongreß im Umfang von 64 Seiten** erschienen.

Es enthält die „Richtlinien der deutschen Delegation zum V. Weltkongreß" sowie reichhaltiges Material über die Tätigkeit der einzelnen Sektionen der KI., Resolutionen, Thesen der Partei, in denen zu den wichtigsten Fragen des Weltkongresses (Einheitsfront, Arbeiterregierung, Programmfrage usw.) Stellung genommen wird. Die veröffentlichten Thesen und Berichte geben ein genaues Bild über die Tätigkeit der russischen, amerikanischen, italienischen und polnischen Sektionen in den verflossenen Monaten.

•

Heft 13 der „Internationale" erscheint am 1. Juli und wird enthalten unter anderem einen Aufsatz: „Der Parteitag der Sozialdemokraten" von M., die Fortsetzung der Abhandlung Z. **Leder**: „Lenin und die nationale Frage", weitere Beiträge zur Diskussion über die Agrarfrage und „Einige Bemerkungen zur Programmfrage" von A. M. Außerdem: „Rußland, eine Stätte der marxistischen Forschung" von **Fogarasi**, und „Literatur".

*) Die „Internationale" ist vom 1. Juli ab im Postbezug erhältlich. Sie ist außerdem durch alle Buchhandlungen und im Straßenhandel zu beziehen. Preis jedes Heftes 30 Pfg., jedes Doppelheftes 60 Pfg.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

SONDERNUMMER

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 76. 28. Juni. | 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Der V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.

Sämtliche Berichte sind der Presse bereits im Sonderdruck zugestellt.

Redaktion der Inprekorr.

Die Sitzung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Moskau, 12. Juni 1924.

(Telegraphische Sonderberichte der Inprekorr.)

** Am Abend des 12. Juni wurde im Andrejewski-Saale des Kreml die Sitzung der Erweiterten Exekutive der Komintern eröffnet.

Die Delegation der KP. Frankreichs legte eine Deklaration vor, in der sie beantragte, angesichts der zahlreichen Disziplinbrüche des Genossen Souvarine und angesichts der Tatsache, daß die überwiegende Mehrheit der KPF. gegen den Genossen Souvarine Stellung genommen hat, ihm die beschließende Stimme abzuerkennen und eine besondere Kommission einzusetzen, deren Aufgabe es sein soll, die Disziplinbrüche des Genossen Souvarine zu untersuchen.

Genosse Souvarine wandte sich gegen diese Vorschläge.

Im Namen der Delegation der KPF. erklärte Genosse Treint, daß die gegen den Genossen Souvarine erhobenen Anklagen aufrechterhalten bleiben.

Genosse Sinowjew erklärte, daß der Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung des Verhaltens des Genossen Souvarine annehmbar sei, daß ihm jedoch die beschließende Stimme belassen bleiben sollte.

Im Namen der Delegation der KP. Deutschlands unterstützte Genosse Freimuth den Antrag der französischen Delegation.

Genosse Bucharin gab der Meinung Ausdruck, daß es unstatthaft ist, dem Genossen Souvarine die beschließende Stimme abzusprechen, da dies den Statuten der Komintern widerspricht.

Genosse Radek führte aus: Die Mitglieder des Präsidiums der Komintern sind durch den Weltkongreß der KI. gewählt, sind also nicht Vertreter einzelner Parteien. Genosse Radek wandte sich dagegen, dem Genossen Souvarine die beschließende Stimme abzuerkennen.

In längeren Ausführungen verteidigte sich Genosse Souvarine gegen die wegen seines Verhaltens erhobenen Anklagen, worauf Genosse Sinowjew erwidert hatte, daß diese Verteidigungsrede des Genossen Souvarine unkommunistisch war.

Die französische Delegation zog ihren Antrag zurück. An Stelle dieses Antrages trat die französische Delegation für den Vorschlag des Präsidiums ein, wonach eine Kommission zur Untersuchung der Disziplinbrüche des Genossen Souvarine einzusetzen, während ihm die beschließende Stimme zu belassen ist. Dieser Vorschlag des Präsidiums wurde angenommen.

Für das Präsidium des V. Weltkongresses der Komintern wurden vorgeschlagen:

Als Vorsitzender: Sinowjew;

als Mitglieder: Stalin, Trotzki, Bucharin (Sowjetunion); Thälmann, Gebhardt (Deutschland); Treint, Sellier (Frankreich); Bordiga (Italien); Smeral, Muna (Tschechoslowakei); Schefflo (Skandinavien); Kolarow (Balkanföderation); Krajewski (Polen); Katayama (Japan); Roy (Indien); Steward (England); Dorlay (Amerika); Clara Zetkin.

Nach Festsetzung der Tagesordnung für den V. Weltkongreß der KI. wurde beschlossen, die feierliche Eröffnung des Weltkongresses unter Teilnahme von Arbeiterdelegationen nach dem Eintreffen aller zu erwartenden Delegierten stattfinden zu lassen. Bis zu diesem Zeitpunkte werden Kommissionsberatungen abgehalten.

Zur Vorbereitung internationaler Kundgebungen anläßlich des 10. Jahrestages des Ausbruches des Weltkrieges wurde eine besondere Kommission eingesetzt.

In einem Telegramm an die Zentrale der KP. Deutschlands ersuchte Genosse Sinowjew die Zentrale, namens des V. Weltkongresses der Komintern auf den Gräbern unserer unvergeßlichen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15 Juni bei der Grabsteinlegung Kränze niederzulegen.

Die Eröffnungssitzung.

Moskau, 17. Juni 1924.

** Heute 7 Uhr abends wurde im Großen Theater unter Beteiligung der Moskauer Arbeiterorganisationen der Fünfte Weltkongreß der Kommunistischen Internationale eröffnet.

Über dem Tische des Präsidiums befindet sich ein schwarzumflortes Bild des Führers der Weltrevolution, **Lenin**. Begrüßungsaufschriften in vielen Sprachen zieren die Wände. Der Saal ist dicht gefüllt. Es herrscht begeisterte Stimmung.

Die Eröffnung des V. Weltkongresses steht im Zeichen der Zusammenschweißung der Moskauer Proletariermassen mit den Vertretern des revolutionären Weltproletariats. Zum ersten Male erscheinen Vertreter von parteilosen Arbeiterorganisationen und Abgesandte von Bauern aus der Provinz, um Begrüßungsansprachen an die Kongreßteilnehmer zu richten. Besonders stürmisch werden die Jugendpioniere begrüßt, die dem Vermächtnis Lenins Treue geloben. Die Delegationen bringen dem Kongreß symbolische Geschenke zum Gedächtnis an Lenin dar.

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Generalsekretärs des EKKI., Genossen **Kolarow**, wird Genosse **Sinowjew** zum Vorsitzenden im Präsidium gewählt. In das Präsidium werden ferner gewählt: die Genossen **Stalin, Bucharin** und **Trotzki** (Sowjetunion), **Thälmann** und **Gebhardt** (Deutschland), **Treint** und **Sellier** (Frankreich), **Bordiga** (Italien), **Smeral** und **Muna** (Tschechoslowakei), **Kolarow** (Balkanföderation), **Krajewski** (Polen), **Katayama** (Japan), **Roy** (Indien), **Dunne** (Amerika) und die Genossin Clara **Zetkin**.

Nach stürmischer Begrüßung erklärt Genosse **Sinowjew**: Die Kommunistische Internationale ist stolz darauf, im geistigen Sinne von Marx und Lenin wirken zu können. Der V. Weltkongreß wird den Beweis erbringen, daß Lenins Geist in seinem Werke weiterlebt. Der Redner gedenkt der Opfer des proletarischen Kampfes, der revolutionären **polnischen Arbeiter**, die gegenwärtig vor dem Gerichte in Krakau stehen, der aufständischen **bulgarischen Bauern**, der Tausende **deutscher Proletarier**, die mit Hilfe der Sozialdemokraten erdrückt, der **indischen** und ägyptischen Revolutionäre, die mit **Macdonalds Hilfe** in die Gefängnisse geworfen werden. Das Exekutivkomitee begrüßt die deutsche und französische kommunistische Jugend, die im Ruhrgebiet revolutionäre Arbeit leistet. Es begrüßt den polnischen Jugendverband und die Kommunistische Jugendinternationale, die unendliche Opfer für die Sache der Arbeiter brachten, aber noch den Sieg der Weltrevolution erleben werden. Der V. Weltkongreß feiert zwar noch nicht den Sieg der Weltrevolution, aber schon wurden Dutzende von Thronen gestürzt, ein Sechstel der Erdoberfläche befindet sich unter der Herrschaft der Sowjets, die kommunistischen Parteien sind überall aufgebaut, der Einfluß der Sozialdemokratie zurückgedrängt, die aus den Verfolgungen und der Illegalität fließenden Prüfungen wurden überall gut bestanden. **Trotz schwerer Opfer geht die Sache der Weltrevolution immer vorwärts.**

Der V. Weltkongreß fällt mit der zehnten Jahreswende des Ausbruches des Weltkrieges zusammen, und die Kommunistischen Parteien werden inder Woche vom 27. Juli bis zum 4. August Demonstationen gegen den Völkerbund und gegen die verräterische Sozialdemokratie veranstalten. **Wir wollen die Einheitsfront mit sozialdemokratischen Arbeitern**, aber anläßlich der Jahreswende des Weltkrieges werden wir die Sünden der verräterischen sozialdemokratischen Führer aufzeigen. Die Zweite Internationale demonstriert gegen den Krieg, als hätte sie keine Schuld an dem Kriege. Wir werden ihre Sünden enthüllen. Nicht mit ihnen, sondern gegen sie werden wir demonstrieren. Der Wiener Kongreß der Amsterdamer nahm Resolutionen gegen den Krieg an, obwohl alle ihre Führer den Krieg unterstützten und Millionen von Arbeitern auf die Schlachtbank trieben. Der Kongreß wird die schweren Fragen ohne Lenin im Sinne des Leninismus mit Hilfe der kollektiven Vernunft und im Geiste der Einheit lösen.

Nach Genossen Sinowjew betritt der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, Genosse **Rykow**, die Rednertribüne und wird von den Kongreßteilnehmern begeistert empfangen. Genosse Rykow begrüßt den Weltkongreß namens des Rates der Volkskommissare und namens der Zentrale der RKP. und betont, daß seit dem IV. Kongreß große Erfolge hinsichtlich der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse erzielt worden sind. Der Einfluß der Zweiten Internationale sinkt ständig, die Kommunistischen Parteien aber wurden zu Massenparteien. Die Kampfesbedingungen haben sich gewaltig geändert. Zur Zeit des IV. Kongresses erlebten wir die Offensive der Kapitalisten, gegenwärtig aber sehen wir die aufsteigende Welle der Arbeiterbewegung. Die Sowjetunion hat im Aufbau ihrer Wirtschaft und in den Problemen der internationalen Fragen große Fortschritte gemacht. Das Zentralkomitee wird von der RKP. einstimmig unterstützt. Die Kommunistische Partei der einigen Sowjetunion ist stärker denn je. Die Sowjetunion kann ruhig warten, bis die Sammlung der proletarischen Kräfte durchgeführt ist.

Im Namen der Roten Gewerkschaftsinternationale begrüßt Genosse **Losowski** den Kongreß. Er hebt hervor, daß auf dem Wiener Kongresse der Amsterdamer Internationale kein Wort über den Klassenkampf fiel. Nur die bolschewistischen Parteien führen einen revolutionären Kampf.

Hierauf fand die Begrüßung seitens der Abgesandten der Arbeiterorganisationen statt. Auf die Begrüßungsansprachen antworteten die Genossen **Gebhardt, Treint** und **Stewart**.

Der Kongreß richtete Aufrufe an die Rote Armee und die Rote Flotte, gegen den weißen Terror, gegen die Unterdrückung der Kolonialvölker und an das Leninaufgebot der RKP. Er bestätigte den Beschluß der Exekutive über die Veranstaltung von Demonstrationen gegen den Krieg und gegen die Sozialverräter. Keinesfalls sollen diese Demonstrationen gemeinsam mit den Sozialdemokraten stattfinden; überall sollen sie sich unter Heranziehung aller sympathisierenden Organisationen gegen die Sozialdemokraten richten.

In begeisterter Stimmung wurde die Sitzung unter Absingung der „Internationale" geschlossen.

Zweiter Sitzungstag.

Der Leninismus und die Kommunistische Internationale.

Moskau, 18. Juni 1924.

** Die zweite Sitzung der Komintern wurde am 18. Juni 1924, um 6 Uhr abends, im Andrejewski-Saale des Kreml eröffnet. Auf der Tagesordnung steht „Der Leninismus und die Kommunistische Internationale".

Der Kongreß beschließt, seine heutige Tagung am Grabe Lenins abzuhalten. Zehntausende von Arbeitern, Arbeiterinnen und Rotarmisten hatten sich um das Grab Lenins versammelt und begrüßten unter Absingung der Internationale die Delegation des Kongresses.

Im Zeichen Lenins, im Geiste Leninis beginnen die Kongreßarbeiten, und im Sinne des Leninismus wird der V. Weltkongreß die Fragen lösen. Das ist der Sinn der heutigen Sitzung, der Sinn der heutigen Reden!

Genosse **Kalinin**, der Vorsitzende der Allrussischen Exekutive, huldigt in tiefer Rührung dem Andenken unseres unvergeßlichen Führers **Lenin**. Er sagt: Das Bündnis mit dem Bauerntum, die Diktatur des Proletariats, der Kampf gegen die nationale Unterdrückung — das sind die Grundgedanken des Leninismus. Der V. Weltkongreß wird in diesem Sinne arbeiten!

Ein Delegierter der KPD. erinnert daran, wie tief Lenin, wie tief der Leninismus in den Hirnen und Herzen des deutschen Proletariats verwurzelt sind. Als der Vertreter der KPD. darauf

hinwies, daß die Stadt Hindenburg in Oberschlesien in „Leningrad' umgetauft werden soll, brach die versammelte Menge in begeisterte Beifallskundgebungen aus. Der Delegierte der KPD. schloß seine Rede: Lenin war der Schöpfer der RKP., war der Schöpfer der Sowjetunion, war der Schöpfer der Kommunistischen Internationale. Die deutschen Arbeiter werden im Geiste des Leninismus durch Niederlagen und Opfer hindurch die Revolution zum Siege führen!

Genosse Roy (Indien) hebt die Verdienste Lenins und des Leninismus für die unterdrückten Völker des Ostens hervor. Die II. Internationale war nur eine lose Vereinigung der Arbeiter des Westens. Genosse Lenin aber schuf die Kommunistische Internationale, die das Weltproletariat mit den Ostvölkern zum gemeinsamen Befreiungskampfe gegen den Kapitalismus und gegen den Imperialismus zusammenschweißt.

Das Präsidium sowie die Delegationen des Kongresses defelierten hierauf an den versammelten Arbeitermassen vorüber.

Dritter Sitzungstag.

Bericht des Genossen Sinowjew über die Tätigkeit und Taktik der Exekutive.

Moskau, 19. Juni 1924.

** Die Sitzung wird um 6 Uhr abends vom Genossen **Gebhardt** eröffnet. Nach der Wahl der Kommissionen erhält Genosse Sinowjew das Wort zu dem Berichte über die Tätigkeit und Taktik der Exekutive. Minutenlang andauernde und sich immer wieder erneuernde Beifallstürme empfangen den Genossen Sinowjew, die Delegierten singen stehend die Internationale. Genosse Sinowjew führt aus:

Der V. Weltkongreß muß nicht nur die Zukunftswege vorzeichnen, er muß auch den zurückgelegten Weg prüfen, da wir ohne Lenins geniale Führung sind, da die internationale Lage ganz neu ist und weil wir einen Jubiläumskongreß feiern. Auf die Geschichte der Komintern zurückblickend, stellt der Redner fest, daß die Komintern zur Zeit des I. Kongresses, ohne es selbst zu wissen, eine Propagandagesellschaft war. Die elementare Unzufriedenheit der Massen, die Verdrossenheit gegen die Sozialdemokratie erschien uns als organisierte Kraft des Kommunismus. Seither wurden aber die kommunistischen Parteien in einer Anzahl von Ländern zu Massenparteien. Auf dem I. Kongreß gab es noch keine Kämpfe der Richtungen, der II. Kongreß arbeitete die theoretischen und programmatischen Grundlagen der Komintern endgültig aus. Die Instruktionen der RKP. gaben der Komintern als programmatische Grundlage die Thesen Lenins über die proletarische Diktatur, über die Agrar- und Nationalfrage, über die Rolle der Partei, über die Bildung von Arbeiterräten und die 21 Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale. Über alle diese Fragen gab es keine Meinungskämpfe die Richtungskämpfe entwickelten sich in den taktischen Fragen.

Die Komintern besteht aus zwei Hauptteilen: Der erste Grundstock kam aus der II. Internationale, der zweite besteht aus, während des Krieges aufgewachsenen neuen Generationen. Beide Teile haben ihre schwachen und auch ihre starken Seiten. Die Überreste der Sozialdemokratie sind auch in der Komintern fühlbar. Aber es gibt auch die sogenannte ultralinken Abweichungen. Es gibt und kann nichts linkeres geben als den revolutionären Marxismus. Der Bolschewismus führte den Kampf hauptsächlich gegen rechts, er bekämpfte aber auch ultralinke Abweichungen. Schon auf dem II. Kongreß traten die Ultralinken dadurch hervor, daß sie die Teilnahme an den Parlamenten und die Arbeiten innerhalb der Amsterdamer Gewerkschaften bekämpften und die Parole des Austrittes aus den Gewerkschaften propagierten. Syndikalistische Elemente leugneten die Rolle der Partei und bekämpften den Entritt der Kommunistischen Partei Englands in die Labour Party. Auf dem III. Weltkongreß trat, im Zusammenhang mit der Diskussion über die Märzaktion in Deutschland, die Offensivtheorie als linke Abweichung in Erscheinung. Wir mußten damals gleichzeitig Levi ausschließen, den Opportunismus in Italien bekämpfen, aber wir mußten auch die linken Abweichungen 'Bordigas und Teraccinis ablehnen. Der IV. Kongreß formulierte die Einheitsfronttaktik, nahm die Losung der Arbeiterregierung an und bekämpfte die rechten Gefahren. Wir können die Fehler der Ultralinken am besten bekämpfen, wenn wir die Fehler und Verbrechen von rechts ausmerzen. Wir gehen den Weg Lenins, indem wir den Hauptschlag gegen die Gefahren von rechts führen, aber gleichzeitig auch die Kinderkrankheiten des Kommunismus bekämpfen. Das Schlachtschiff der Komintern muß den Minen von rechts und links ausweichen. Seit dem IV. Kongreß führt unsere Exekutive den Hauptkampf gegen rechts. Frossard erwies der Kommunistischen Partei Frankreichs einen großen Dienst, da er alles, was in unserer französischen Partei schlecht und ungesund war, mit sich zog. In Norwegen splitterte die halbsyndikalistisch-opportunistische Tranmael-Gruppe ab, wo der banalste Sozialverräter, Ole Lyan, die erste Geige spielte. In Italien bekämpfte die Nenni-Vella-Gruppe in der Sozialistischen Partei die Gruppe der Tertia-Internationalisten. In Schweden waren rechte Fehler zu bemerken, aber es ist noch nicht klar, inwieweit diese Fehler schon ausgebessert wurden. Die bulgarische Partei hat ihre schweren Fehler gewissermaßen bereits wieder gutgemacht. Man behauptet, daß die Exekutive die rechte Führung der KP. Deutschlands abgesägt habe. Dieses Verdienst aber hat die Exekutive nicht, da sie die rechte Führung in der KPD. viel zu lange unterstützte. Auch in der KP. Rußlands traten kleinbürgerliche Abweichungen in Erscheinung, was bei den Sozialdemokraten große Hoffnungen hervorrief. Diese Hoffnungen werden niemals erfüllt werden, aber für den Genossen Radek ist es eine gute Lehre, daß ihn der „Vorwärts", das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, lobt. In der Kommunistischen Partei Frankreichs traten, im Zusammenhang mit dem Entstehen der Macdonald-Regierung, gefährliche Illusionen auf; aber die Genossen Rosmer und Monatte werden ihren Fehler hoffentlich einsehen. Genosse Souvarine verrannte sich hoffnungslos. In Amerika sind ebenfalls rechte Abweichungen vorhanden, da dort eine gemeinsame Wahlarbeit mit der sogenannten Dritten Partei Lafolletes angestrebt wurde. Das Problem der Taktik unserer Kommunistischen Partei in Amerika war äußerst schwierig, und die Exekutive schwankte eine kurze Zeit, entschied sich aber schließlich gegen diese Taktik in der Wahlkampagne, und, wie die Ereignisse zeigen, mit Recht. Die englische Partei ließ in der Anwendung der Einheitsfronttaktik grobe Fehler zu, wie dies die Vertreterin der KPD. auf dem Parteitag in England richtig feststellte. Es gab auch ultralinke Fehler in der Komintern. In der KPD. bestand eine starke Strömung für den Austritt aus den Amsterdamer Gewerkschaften, die auch von der Mittelgruppe und von einigen Rechten unterstützt wurde. Die Exekutive bekämpfte den ultralinken Wortradikalismus, der auf theoretischem Gebiete in Erscheinung trat. Die Komintern läßt auch den theoretischen Revisionismus nicht zu. Der Kampf der Exekutive galt zu 90% den Rechten, was auch auf diesem Kongreß geschehen muß. Die Gefahren von rechts sind größer als man annahm. Zwischen zwei Wellen der Revolution tauchen immer Gefahren von rechts auf. Die Komintern macht keine Zugeständnisse an den Wortradikalismus, führt aber den Hauptschlag gegen die rechten Gefahren des kleinbürgerlichen Revisionismus. Genosse Graziadei wärmt die sozialdemokratische Theorie wieder auf; Genosse Lukacs will auf philosophischem Gebiet den Marxismus revidieren, und der Genosse Korsch revidiert auch den Marxismus. Alle diese drei Genossen sind Professoren. Boris, der die kolonialen Extraprofite leugnet, ist kein Kommunist, ist kein Marxist. Die Professoren mögen den Leninismus erst studieren.

Zur Analyse der Lage übergehend, betont der Redner, daß die Ereignisse sich langsamer entwickeln, als man erwartet hat. Die allgemeine Lage ist nicht schlecht, da Dutzende von Monarchien gestürzt sind, der sechste Teil der Erdoberfläche von uns erobert ist, Asien revolutionär beeinflußt wird, der Kapitalismus gelockert und teilweise zerrüttet ist und die Kommunistischen Parteien gewachsen sind. Die Weltwirtschaftslage wird durch eine Wirtschaftskrise gekennzeichnet. In Amerika hat die Agrarkrise einen Weltmaßstab. In einigen Ländern besteht vorüber-

gehende Konjunktur. Wenn Hilferding diese wirtschaftliche Lage als normal bezeichnet, so ist uns eine solche Normalität nur erwünscht. Der Klassenkampf verschärft sich, das Lebenshaltungsniveau der Arbeiterklasse sinkt, eine Periode von Krisen ist festzustellen. Über die **weltpolitische** Lage sagt der Redner: Der IV. Weltkongreß sagte die demokratisch-pazifistische Ära voraus, die auch tatsächlich in England, Frankreich, Dänemark usw. eingetreten ist. Der V. Weltkongreß sagt das Ende dieser Ära und eine Ära der Reaktion und des Faschismus voraus. Das Sachverständigengutachten wird von den Kommunistischen Parteien bekämpft. Je mehr Flickarbeit es gibt, desto mehr schwinden die Illusionen. Der **Linksblock in Frankreich** trat für die Fortsetzung der Ruhrokkupation ein, wobei sich die französischen Sozialisten als der linke Flügel der Bourgeoisie erwiesen. Die **Labour Party bleibt in England** noch jahrelang ein Regierungsfaktor; je länger aber die Labour Party regiert, desto rascher zerflattern auch dort die Illusionen. Illusionen können auch in die Kommunistischen Parteien eindringen, und wir müssen dagegen ankämpfen. Es ist eine Neuerscheinung, daß sich die Sozialdemokratie als dritte bürgerliche Partei an der Macht beteiligt. Das zeigt, daß das Machtproblem weiter besteht. Die Bourgeoisie ist unfähig, allein zu regieren, und zieht deshalb teils die Sozialdemokratie, teils den Faschismus zur Mitregierung heran. Deshalb war auch die Behauptung des Genossen Radek, der Faschismus habe die Sozialdemokratie besiegt, fehlerhaft. Sozialdemokratie und Faschismus sind Verbündete. In der **Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei** tauchten — in bezug auf die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse — antileninistische Ansichten auf. Es handelt sich bei der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse nicht um die statistische Mehrheit, sondern um die Mehrheit der sozial entscheidenden Proletarierschichten. Wenn sogar der gute tschechische Kommunist Hula eine statistische Mehrheit verlangt, viele andere reformistische Stimmungen vorhanden. **Quantitativ sind wir fast so stark, wie die II. Internationale; deshalb drohen uns auch dieselben Gefahren.** Wer die statistische Mehrheit wünscht, steht im Konflikt mit den Komintern.

Unsere Hauptaufgaben sind gegenwärtig folgende:

1. Die Kommunistischen Parteien müssen auf den Betriebszellen aufgebaut werden.
2. Eine richtige Taktik in der Gewerkschaftsfrage.
3. Eine richtige Politik in der nationalen Frage.
4. Eine richtige Politik in der Bauernfrage.

In der Bauernfrage wurde von der polnischen und von den Balkanparteien Fehler begangen. Teilforderungen müssen als Bindeglied zur Revolution ausgenützt werden. Die Gewerkschaftsfrage weist neue Erscheinungen auf. In England wird der Anfang der Befreiung der Arbeiterklasse vom Reformismus sichtbar. Der Wiener Kongreß der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale darf nicht unterschätzt, aber auch nicht überschätzt werden. Die Führer schwanken, aber die Massen drängen vorwärts. Gerade die englischen Gewerkschaftsführer standen auf dem Wiener Kongreß der Amsterdamer auf dem linken Flügel, was wiederum beweist, daß die objektiven Vorbedingungen zum Parteiaufbau in England vorhanden sind. Die englischen Arbeiter werden ihre Illusionen bald verlieren und eine starke Kommunistische Partei schaffen. Wir wollen, den Spaltungstendenzen der deutschen und französischen Sozialdemokratie entgegen, die wirkliche Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Wir werden diese Frage aufrollen.

Die Rede des Genossen Sinowjew, die von brausendem Beifall begleitet war, wurde nunmehr unterbrochen.

Genosse Sinowjew setzt seine Ausführungen nach der Pause fort:

Bei den Wahlen in Karpatho-Rußland haben einzelne Genossen, wie die Genossen Tausik und Gati, glänzend gearbeitet; die Partei jedoch als Ganzes hat die Bauernfrage nicht vollständig begriffen. Die Einheitsfronttaktik ist nicht allgemein, sondern konkret anzuwenden. Die Einheitsfronttaktik entspringt dem Bewußtsein, daß wir noch nicht die Mehrheit haben, daß die Sozialdemokratie noch stark ist und daß wir uns in der Defensive befinden. Wir fassen sie auf als eine revolutionäre Taktik in einer langsamen Kampfentwicklungsperiode. Manche Genossen verwandeln sie aber in eine Evolutionstaktik. Es ist der Hauptfehler junger Parteien, daß sie jede Strategie quasi marxistisch vertiefen und quasi zu einer allgemeinen Methode erweitern wollen. Manche Genossen wollten nicht begreifen, daß die Einheitsfronttaktik nur eine Frage der Agitation und der Mobilisierung der Massen ist. Auch wir haben Fehler gemacht und waren allzu nachgiebig. Als meine Formulierung: „Die Einheitsfronttaktik ist ein Pseudonym für die proletarische Diktatur" angegriffen wurde, glaubte ich, daß die Angriffe einem stilistischen Irrtum meinerseits entspringen; erst später jedoch bemerkte ich die vorhandene opportunistische Auslegung. Auch die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung wurde vielfach fehlerhaft ausgelegt. Diese Parole entspringt der russischen Revolution, wo sie gleichfalls nur ein Pseudonym für die proletarische Diktatur darstellte. Proletarische Diktatur ist ein Fremdwort, die russischen Bauern verstanden das Wort Arbeiter- und Bauernregierung besser. Einige Parteien haben aber dennoch diese Losung opportunistisch als eine Koalition verschiedener Arbeiterparteien und einiger Bauernparteien ausgelegt. Viel diskutiert wurde auch darüber, ob die Einheitsfront von oben oder von unten Anwendung finden solle. Die Einheitsfront von unten ist immer notwendig, ausgenommen vielleicht im Falle des unmittelbaren Bürgerkrieges obwohl die Bolschewiki sie auch dann erfolgreich unter den Soldaten angewendet haben. Es kommt vor, daß die Einheitsfront gleichzeitig von unten und von oben angewendet werden muß, und zwar in Ländern, wo wir in der Minderheit sind, aber natürlich nicht als Methode, sondern als ein Manöver zur Massenmobilisierung. Die Einheitsfronttaktik nur von oben dürfte nie vorkommen, dennoch wurde leider diese Form des öfteren angewendet. Mein Fehler war auch die Formulierung der Thesen für den IV. Weltkongreß, wo die Koalition sämtlicher Arbeiterparteien erwähnt wurde. Dieser Satz ist prinzipiell nicht unzulässig. Die Sozialdemokratie jedoch ist keine Arbeiterpartei, sondern eine bürgerliche Partei. Ich habe nicht gedacht, daß aus diesem Manöver eine opportunistische Bibel gemacht werden wird. Den Gipfel des Opportunismus stellt die Taktik in Sachsen dar, wo eine banale sozialdemokratische Komödie aufgeführt wurde. In ähnlicher Situation werden wir abermals sagen, daß die Lage zur Revolution reif ist. Die Ursache der Fehler sind die sozialdemokratischen Überreste.

Nach dem IV. Weltkongreß ergriff die Rechte die Offensive, wie dies der Leipziger Parteitag der KPD. und der Prager Parteitag der KPTsch. beweisen. Die unrichtigen opportunistischen Formulierungen Brandlers wurden vom Genossen Smeral in vorsichtiger Form übernommen. Radek verteidigt Brandler, daß Genosse Brandler als Bauarbeiter kein Meister in Formulierungen sei. Aber Smeral ist doch kein Bauarbeiter. Die deutsche Linke hat in der Kritik dieser Formulierungen recht. Wir wollen keine Revision der Einheitsfronttaktik, wir bekämpfen jedoch ihre opportunistische Verdrehung. Die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung ist eine aus der Russischen Revolution herausgewachsene richtige Parole. Aber Genosse Radek verdreht diese Parole in opportunistischem Sinne. Die Einheitsfronttaktik hat trotz aller Fehler vielen Nutzen gebracht. Die Komintern bekämpft nicht die Einheitsfronttaktik an sich, sondern ihre opportunistische Auslegung. Die englischen Kommunisten haben durch die Einheitsfronttaktik in den Lokalorganisationen viele Arbeiter gewonnen und haben trotz der falschen Auslegung durch die Führer richtig gearbeitet. Für uns bedeutet die Arbeiter- und Bauernregierung die den Massen zugänglichste und begreiflichste Form der proletarischen Diktatur. Der Bauer wird oft die proletarische Diktatur machen und sie erst später begreifen. Die Arbeiter- und Bauernregierung ist überall dort aktuell, wo die Möglichkeit des Machtkampfes im Vordergrunde steht. Diese Taktik ist im leninistischen Sinne die Frage der Hegemonie des Proletariats. Dennoch wurde versucht, diese lebendige Quelle des Leninismus opportunistisch zu töten. Wenn einige Genossen, angewidert durch die opportunistischen Entstellungen, gegen die Einheitsfronttaktik überhaupt Abneigung empfinden, so antworten wir: Erobert die Mehrheit der entscheidenden proletarischen Schichten, und Ihr werdet dann von der Einheitsfronttaktik befreit sein! Bis dahin aber müssen wir ihre Anwendung in die eigenen Hände nehmen, denn nur so können wir Abweichungen nach rechts bekämpfen. Die Hauptsache ist, wie die einzelnen Parteien diese Taktik in den einzelnen Ländern konkret anwenden.

Auf die Lage der einzelnen Länder übergehend, führt Sinowjew aus: Politisch genommen, ist jetzt nicht die deutsche oder die französische, sondern die **englische Partei** die wichtigste Sektion der Komintern. Diese Partei ist klein und besitzt kaum 3000 Mitglieder; ihr Einfluß jedoch ist viel stärker. In England fehlt die Tradition der Massenpartei. Unsere Aufgabe ist natürlich nicht leicht. Die Arbeiter hängen noch mit Liebe an Macdonald, wie bei uns in der ersten Zeit an Kerenski. Unsere Genossen fürchten sich daher, Macdonald scharf zu kritisieren. Trotzdem ist es die Aufgabe der englischen Kommunistischen Partei, gegen den Strom zu schwimmen und Macdonald trotz seiner vorübergehenden Popularität zu bekämpfen.

Die französische Partei muß gegenwärtig eine kluge Einheitsfronttaktik betreiben, trotzdem sich die französischen Sozialisten mit den Spitzen der französischen Bourgeoisie engagieren. Die Aufgabe der KPF. besteht darin, die kommunistischen Spitzen mit den unteren Schichten der Massen in Verbindung zu bringen.

Die allgemeine Linie der KP. Deutschlands fällt gegenwärtig mit der Linie der Komintern zusammen. Die Genossen, die die rasche Absetzung der alten Zentrale verwerfen, haben unrecht. Die Krise war äußerst schwierig, und wir standen nahe vor einer Spaltung. Die Exekutive bekämpfte einige ultralinke Abweichungen der deutschen Zentrale. Gegenwärtig gibt es in der Komintern keine deutsche Frage mehr, da die Parteimassen einheitlich hinter der Zentrale stehen, die die Linie der Komintern richtig durchführt.

Die KP. der Tschechoslowakei muß den Revisionismus ausmerzen, muß ein schnelleres Tempo einschlagen, eine rasche Blutzirkulation zustande bringen, muß mehr Aktivität und weniger sozialdemokratische Überreste zeigen.

Die Führung der polnischen Partei gibt viel zu bedenken. Wo war die Partei während des Aufstandes in Krakau? Die polnische Partei trieb in der deutschen und russischen Parteifrage eine unzulässige Diplomatie. Die KP. Polens galt bisher als eine der besten marxistischen und bolschewistischen Parteien. Was die Massen anbelangt, so trifft dies auch heute noch immer zu. Die Massen sind aber besser als die Führer.

Der alte Beschluß der Komintern, der Sozialistischen Partei Italiens die Türe zur Komintern offen zu lassen, muß bestätigt werden. Gegen das undisziplinierte Verhalten Bordigas muß schärfster Protest erhoben werden.

Der Redner würdigt die großen Erfolge der Jugend-Internationale und die Leistungen des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands im Ruhrgebiet.

Die Hauptaufgabe des V. Weltkongresses besteht in der Ausmerzung der Gefahren von rechts, in der Belehrung oder Bekämpfung der Ultralinken und in der Schaffung einer wirklichen internationalen Kommunistischen Partei! Im Namen der RKP. kann der Redner erklären, daß die RKP. einig und geschlossen hinter der Exekutive der Komintern steht. Der Kongreß muß in der Frage der Diskussion in der RKP. das letzte Wort sprechen und die Opposition darüber belehren, daß eine weitere Fraktionstaktik unzulässig ist. (Stürmischer Beifall.) Lenin lebt nicht mehr, und deshalb ist die internationale Disziplin tausendmal notwendiger als früher. Die Exekutive wird die internationale Disziplin noch energischer verwirklichen. Sie wird die Disziplinbrüche von rechts oder ultralinks scharf ahnden. Die Komintern braucht eine kollektive Führung. Die RKP. übergibt ihre besten Kräfte der Komintern, und alle Parteien müssen dasselbe tun, um eine einheitliche Kommunistische Weltpartei zu schaffen, die das Weltproletariat zum Siege führen wird. (Minutenlang andauernde, stürmische Beifallskundgebungen. Die Delegierten erheben sich und stimmen begeistert die Internationale an.)

Vierter Sitzungstag.

Referat des Genossen Varga über die ökonomische Weltlage.

Moskau, 20. Juni 1924.

** Am vierten Verhandlungstage erstattete Genosse Varga dem Kongreß Bericht über die **ökonomische Weltlage**. Der Redner stellte fest, daß die Krisenperiode des Kapitalismus unvermindert anhält. Die Anbaufläche steht noch weit hinter der Anbaufläche der Vorkriegszeit zurück; die Weltproduktion der Kohle erreicht knapp die Vorkriegsquantität, während die Eisen- und Stahlproduktion noch stark hinter der Produktion der Vorkriegszeit zurückbleibt. Die Arbeitslosigkeit ist während der ganzen Nachkriegsperiode fast unverändert geblieben. Nur in Amerika ging eine Anhäufung von Reichtum vor sich. Der Kapitalismus ist noch nicht imstande, eine reale Kapitalanhäufung hervorzubringen.

Die **ökonomische Weltlage** wird durch folgende Tatsachen charakterisiert:

1. Die Existenz der einheitlichen kapitalistischen Weltwirtschaft hat aufgehört; es fehlt die einheitliche Konjunktur der Weltwirtschaft.

2. Es besteht eine spezielle Krise des alten Zentrums der kapitalistischen Wirtschaft.

3. Die Agrarkrise.

Die **amerikanische** Hochkonjunktur war eine absolut isolierte Erscheinung, die sich auf eine reine Inlandsproduktion aufbaute. Die spezielle Konjunkturmöglichkeit **Frankreichs** im Zusammenhange mit dem Wiederaufbau ist zu Ende. In bezug auf die Valuten ist eine sich verschlechternde Gesamtentwicklung zu konstatieren. Der Kapitalkredit stockt vollkommen. Während des Krieges und in der Nachkriegszeit war die Industrialisierung der überseeischen Länder besonders stark. In den Agrarländern vermindert die Agrarkrise die Aufnahmefähigkeit von Industrieprodukten aufs äußerste. Aus diesem Grunde sehen wir eine Stockung des gesamten Außenhandels der Welt. Auf der Grundlage der Agrarkrise bildet sich die „Schere" (ein Auseinandergehen, also ein Mißverhältnis der Preise für Industrieprodukte und Agrarprodukte). Die „Schere" ist eine Welterscheinung. Die Ursache der „Schere" liegt in der ungemein starken Vertrustung und in den Monopolpreisen auf dem Gebiete der Industrie. Eine wichtige Ursache der Agrarkrise ist auf die Industriekrise selbst zurückzuführen. Alle diese Verhältnisse verschärfen die Klassengegensätze ungemein. Überall, wo es eine Inflation gab, ging die Expropriation der Mittelschichten vor sich. Auf der anderen Seite geht eine **Verflechtung** der Interessen des Großkapitals verschiedener **Länder** vor sich.

Die nächste Perspektive läßt eine **außerordentlich schwierige Krise in den Vereinigten Staaten** erkennen. Die Basis der amerikanischen Konjunktur ist absolut erschüttert. Die amerikanische Industrie wird versuchen, anderweitig unabsetzbare Waren in Europa zu verkaufen. Auch **Deutschland** steht vor einer neuen Krise, die allerdings weniger scharf sein wird als die letzte Krise.

Die **allgemeine Perspektive** ist die, daß wir in diesem Jahre einer allgemeinen Krisenphase entgegengehen.

Der Sinn des Gutachtens der Sachverständigen besteht darin, daß Frankreich auf den Teil seiner Forderungen, der unrealisierbar ist, verzichtet und als Gegenleistung die Kontrolle über das gesamte deutsche Wirtschaftsleben fordert. Deutschland ist nicht imstande, das in seinem Lande angesammelte Geld sowie seine Waren aus dem Lande zu bringen. Dies bedeutet eine unvermeidliche Unterbrechung der Reparationszahlungen. Der Optimismus Hilferdings und der gesamten Sozialdemokratie, daß die Krise des Kapitalismus mit der Aufhebung der Reparationsfrage beseitigt wird, ist unbegründet. Die Vorspiegelung einer besseren Zukunft, die durch einen friedlichen Übergang herbeigeführt würde — wie das die Sozialdemokraten behaupten —, ruft bei den Arbeitern Illusionen hervor, daß die Lösung der Krise ohne Revolution möglich sei. Die Kriegsrüstungen beweisen das Gegenteil. Gegenwärtig gibt es in der Welt rund eine Million mehr Bajonette als vor dem Kriege. Die Krisenperiode der kapitalistischen Wirtschaft ist nicht überwunden. Im Jahre 1925 wird eine scharfe Krise in Amerika, und, anknüpfend daran, eine Verschlechterung des Wirtschaftslebens in Europa erwartet. Wir können das unzweifelhafte Herannahen großer Kämpfe des Proletariats gegen den Kapitalismus feststellen. Die objektive Lage ist revolutionär. Alles übrige hängt von dem revolutionären Selbstbewußtsein und der Kampffähigkeit der Kommunistischen Parteien ab.

Nachmittagssitzung.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung wird eine **Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit Souvarines** gewählt. Sodann beschließt der Kongreß einen **Aufruf, der sich gegen die Unterdrückung des chinesischen Volkes und gegen die Verfolgung der Arbeiterbewegung in China** richtet.

Hierauf beginnt die

Diskussion zum Bericht des Gen. Sinowjew über die Tätigkeit und Taktik der Exekutive

Genosse Treint (Frankreich):

Der Redner erklärt die völlige Solidarität der französischen Delegation mit dem Bericht des Genossen Sinowjew und führt aus:

Die Inflation und die Teuerung führen die Proletarisierung der französischen Mittelschichten herbei. Es stehen große Klassenkämpfe bevor, in denen sich die Arbeiter und der Bauernblock auf der einen Seite und der Faschismus auf der anderen Seite gegenüberstehen werden. In bezug auf die Gewerkschaftsfrage sagt der Redner, daß die Gewerkschaftseinheit im internationalen Maßstabe erwünscht ist. Wenn unsere Feinde sagen, daß dies ein Manöver von uns sei, so erklären wir: Jawohl, es ist ein Manöver im Interesse der Arbeiterklasse! Wir fordern dabei die Meinungsfreiheit innerhalb der Gewerkschaften.

Die französische Delegation nimmt Sinowjews Formulierung in der Frage der Einheitsfronttaktik an. Also: Anwendung der Einheitsfronttaktik nur von oben — niemals! Der Eintritt unserer Genossen in die sächsische Regierung war kein Fehler; aber ein parlamentarischer Kuhhandel ist unrichtig. Die Fehler der deutschen Rechten wurden von den internationalen Rechten unterstützt. So handelten die Opposition in der RKP. und die polnische Partei. Die Herausbildung einer Rechten war überhaupt im internationalen Maßstabe bemerkbar. Bei aller Hochschätzung nimmt die KP. Frankreichs auch gegen die ultralinken Fehler Bordigas Stellung.

Zusammen mit den Kommunistischen Parteien Deutschlands, Englands und Belgiens wird die KPF. das Sachverständigengutachten entschieden bekämpfen. Die Kampfmethoden müssen durch den Kongreß bestimmt werden.

Wenn der III. Weltkongreß gegen die linken Gefahren kämpfte, so muß der V. Weltkongreß den Hauptschlag gegen die Rechtsgefahren führen.

Genosse Arbeiter (Deutschland):

Die deutschen Arbeiter meinen, daß die KPD. im Oktober v. J. hätte kämpfen müssen. Der Hauptfehler in den Oktobertagen bestand darin, daß die Parteileitung der KPD. die Lehren Lenins über die selbständige Rolle der Partei vergaß. Die Einheitsfronttaktik ist richtig, aber die opportunistische Führung kann auch eine richtige Taktik verderben. Hoffentlich erreicht die Komintern die Bolschewisierung der westlichen Parteien. Die Oktober-Ereignisse in Polen haben bewiesen, daß in Polen eine eiserne bolschewistische Führung fehlt. Das Auftreten des Genossen Krulikowski in der Frage der militärischen Dienstzeit war fehlerhaft. Die Zentrale der KPP. terrorisierte die polnische Opposition und unterstützte die Opposition in der RKP. Das war ein großer Fehler.

Genosse Brown (England):

Der Kongreß muß zu der Frage der Einheitsfronttaktik entschieden Stellung nehmen, da die Einheitsfronttaktik von vielen Genossen bloß wegen der begangenen Fehler getadelt wird. Die Exekutive hat vollständig recht, wenn sie behauptet, daß die Schaffung einer englischen Massenpartei die dringendste Aufgabe der Kommunistischen Internationale ist. Bei der Einschätzung der Tätigkeit der KP. Englands kommen oft Fehler vor. Die KPE. ist bisher nicht imstande gewesen, an der Labour Party Kritik zu üben.

Genosse Jacquemotte (Belgien):

bedauert, daß sich die Exekutive in ihrer Kritik nicht eingehender mit der KP. Belgiens befaßt habe. Die Partei sei zwar klein, aber die Aktivität und der Einfluß der KP. Belgiens seien größer, als es durch die Zahl der Mitglieder nach außen hin scheine. Der Redner sagt: Auch die kleine KP. Belgiens wird sich im Kampfe gegen das Sachverständigengutachten an internationalen Aktionen beteiligen.

Genosse Petrowski (Russland):

Macdonald ist bei den Kleinbürgern populärer als bei den Arbeitern. Aber Macdonalds Popularität ist im Schwinden begriffen. Die Unzufriedenheit der Arbeiter wächst, und der linke Flügel in der Gewerkschaftsbewegung ist erstarkt. Die über England hinrollende Streikwelle zerreißt die reformistischen Illusionen. Der Kommunistischen Partei Englands sind große Möglichkeiten für ihr Wirken gegeben. Es wäre ein Fehler, mit der Labour Party zu brechen, denn das würde dem Bruche mit den Gewerkschaften, also einem Desertieren von Arbeitermassen gleichkommen. Das Tätigkeitsfeld der englischen Partei stellen die Labour Party und die Gewerkschaften dar. Der Kongreß muß die Lage in England konkret analysieren und den englischen Genossen helfen. Die Gründung einer Partei-Tageszeitung wäre sehr erwünscht.

Genosse Roy (Indien):

Die Hauptaufgabe der Komintern besteht gegenwärtig in der Schaffung einer starken Kommunistischen Partei in England. Die Arbeiterbewegung in England weist imperialistische Abweichungen auf. Das ist darauf zurückzuführen, daß die englische Bourgeoisie die Möglichkeit hat, die englische Arbeiterklasse auf Kosten der Kolonialvölker zu bestechen. Noch ist das Vertrauen der englischen Arbeiter gegenüber Macdonald groß. Die Tätigkeit der englischen Partei muß das ganze britische Weltreich umfassen. Die Hauptaufgaben der KPE. bestehen in der Herstellung der Einheitsfront mit den unterdrückten Kolonialvölkern und in der Bekämpfung der imperialistischen Ideologie und des Vertrauens der englischen Arbeiter zur bürgerlichen Demokratie.

Fünfter Sitzungstag.

Fortsetzung der Diskussion zum Bericht des Gen. Sinowjew über die Tätigkeit und Taktik der Exekutive

Moskau, 21. Juni 1924.

Erklärung der Bordiga-Gruppe:

** Nach Eröffnung des fünften Sitzungstages erklärt Rossi namens der Bordiga-Gruppe: Die Angriffe gegen die ultralinken Fehler Bordigas sind ungerecht. Bordiga verkündet kein Sektierertum, sondern bekämpft nur die opportunistische Auffassung über die Massenpartei. Bordiga verbreitet keine idealistischen nietzscheanistischen Ansichten auf philosophischem Gebiet. Die Einheitsfronttaktik rief opportunistische und liquidatorische Strömungen hervor. Die Bordiga-Gruppe nimmt die Parole der Einheitsfronttaktik auf ökonomischem Gebiete von unten an, lehnt sie jedoch auf dem politischen Gebiete ab. Wenn die Parole der Ar-

beiterregierung nur ein Synonym für die proletarische Diktatur ist, so ist sie annehmbar. Aber warum denn Synonyme gebrauchen? In der Frage der Vereinigung mit der italienischen Sozialistischen Partei wünscht die Bordiga-Gruppe die Vereinigung mit den sozialistischen Massen unter der Führung der Kommunistischen Partei. Die Taktik der Komintern ist eklektisch. Das ist ein Fehler, da der große Lenin manövrieren konnte, die kleinen Lenins an den Peripherien aber opportunistisch entarten. In der Komintern gibt es nur eine Rechtsgefahr. Eine Linksgefahr ist nicht vorhanden.

Gen. Smeral (Tschechoslowakei):

Die KPTsch. ist nicht vollkommen bolschewistisch und nimmt Ermahnungen in diesem Sinne an. Sie wird ihre Anstrengungen zur Aktionsfähigkeit verstärken, obwohl die Begründung des Genossen Sinowjew nicht ganz zutreffend ist. Die Partei war aktiv, wobei selbstverständlich auch Fehler vorkamen. Die Kritik der Artikel des Genossen Hula, die Kritik der Taktik bei den Wahlen in Karpatho-Rußland und die Kritik der Taktik in der Bauernfrage beruhen teilweise auf Mißverständnissen, teilweise auf einer Überschätzung, und zum Teil auch auf unrichtigen Informationen. Die Partei vernachlässigt die nationale und die Bauernfrage nicht; sie organisiert eine Betriebsrätebewegung und stellt die Partei auf Betriebszellen um. Die richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik und die Ausnützung der Agrarfrage führten zur Zersetzung der Agrarpartei sowie der Klerikalen Partei, erschütterten die Sozialdemokratie und die Nationalsozialisten. 35 bis 40% der Soldaten wählten kommunistisch. Die Beschlüsse des Prager Parteitages stützten sich auf die Resolutionen des IV. Weltkongresses. Es ist überraschend, daß die Wiederholung der Resolutionen des Weltkongresses eine Anklage wegen Opportunismus hervorrief. Die Partei wird die Versuche, die Einheitsfront von unten aufzurichten, vervielfachen, die Einheitsfront von oben hingegen spärlicher anwenden.

Genosse Radek:

Genosse Radek erhält eine längere Redezeit. Seine Ausführungen werden von der deutschen Delegation und von der Kongreßmehrheit öfter durch lebhafte, protestierende Zwischenrufe stürmisch unterbrochen.

Genosse Radek erklärt, daß die RKP. seine Auffassung einstimmig abgelehnt habe. (Stürmischer Beifall.) Er beantworte jedoch mit Genehmigung der russischen Delegation die Rede des Genossen Sinowjew, die nach Auffassung des Redners die Liquidierung der Resolutionen des IV. Weltkongresses über die Frage der Einheitsfront und der Arbeiterregierung bedeute. Der Redner bestreitet, daß die Komintern zur Zeit des I. Kongresses aus Propagandagesellschaften bestanden habe. Die Münchener und die Ungarische Räterepublik beweisen das Gegenteil. Nach der Märzaktion, nach den Fabrikbesetzungen in Italien, nach dem polnischen Feldzuge ist eine neue Lage eingetreten. Die Taktik der neuen Etappe war die Einheitsfront, die der bekannte Offene Brief der KPD. einleitete. Ein Teil der Exekutivmitglieder war gegen den Offenen Brief. Genosse Lenin war dafür. Lange Zeit aber wurde diese Taktik gar nicht angewandt. Der Redner verliest den Thesenentwurf des Genossen Sinowjew über die Arbeiterregierung und die Resolution des IV. Kongresses, wo die Arbeiterregierung unter gewissen Bedingungen auch als eine Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten ins Auge gefaßt wurde. Der Redner versucht, den Beweis zu erbringen, daß die Formulierungen des Leipziger und Prager Parteitages aus den Resolutionen des IV. Weltkongresses geschöpft waren. Nach der Auffassung des Redners strebe Genosse Sinowjew die Liquidierung dieser Resolutionen an. Die Genossen Treint und Kleine standen auf dem Boden dieser Resolutionen, und nur die deutsche Linke und Bordiga bekämpften diese Resolutionen, weil sie die Taktik in der Übergangsperiode nicht verstanden. Die Formulierung, daß die Arbeiterregierung nur ein Pseudonym für die proletarische Diktatur sei, ist unrichtig. Die Einheitsfronttaktik muß endlich wirklich angewandt werden, und es ist geradezu schädlich, von einem Manöver zu sprechen. Die sächsischen Ereignisse analysierend, gibt der Redner zu, die revolutionäre Situation nicht rechtzeitig erkannt zu haben. Es ist ein Fehler gewesen, ohne Zustimmung des Betriebsrätekongresses in die sächsische Regierung einzutreten. Der Hauptgrund der Niederlage ist dem Mangel an Massenorganisationen zuzuschreiben. Die Hauptfrage ist, ob wir künftighin eine Koalition mit der Sozialdemokratie und den übrigen Arbeiterparteien prinzipiell ablehnen. Der Redner ist gegen eine prinzipielle Ablehnung dieser Frage. In der Einschätzung der Weltwirtschaftslage bestehen Gegensätze, da es fraglich ist, ob eine Aufstiegs- oder eine Niedergangsperiode des Kapitalismus bevorstehe. Unter stürmischen Zwischenrufen der Kongreßmehrheit kritisiert der Redner die Thesen der Zentrale der KPD. und behauptet, die Agitation der KPD. sei schlechter geworden, das Bauerntum und der Mittelstand werde vernachlässigt. Bei der Eröffnung des deutschen Reichstages wurden keine Massenversammlungen abgehalten. Das Sachverständigengutachten wird nicht energisch genug bekämpft. Es war verhängnisvoll, auf dem Metallarbeiterkongreß mit den Leuten um Dissmann keine Vereinbarung zu treffen. Die Linke in Deutschland bildet den Kern und den letzten Einsatz der Parteiführung, weshalb ihre großen Fehler geprüft werden müssen. Der Hauptfehler liegt in der Passivität und der Vernachlässigung der Gewerkschaftsarbeit. Genosse Radek schlägt vor, zur Prüfung der deutschen Frage eine Kommission einzusetzen, da er eine Verminderung des Einflusses der deutschen Partei befürchtet. Genosse Radek schloß mit der Erklärung, daß sich die Minderheit den Kongreßbeschlüssen unterwerfe, jedoch gegen die Disqualifizierung der Minderheit als Opportunisten protestiere. (Beifall bei einigen Delegierten.)

Gen. Susanne Girault beantragt namens der französischen Delegation, dem Genossen Severing eine ebenso lange Redezeit zu gewähren, wie dem Gen. Radek, um Severing die Möglichkeit zu geben, den Standpunkt der KPD. zu entwickeln.

Nachmittagssitzung.

Genossin Ruth Fischer (Deutschland):

Das deutsche Proletariat hat im Oktober seine historische Situation verpaßt. Die Ursache des schweren Versagens sind die rechten Abweichungen, weshalb die Hauptaufgabe nun in der Bekämpfung der Gefahren von rechts besteht. Schon der IV. Weltkongreß versuchte, die linken Arbeiter auszusöhnen, was die Behandlung der tschechischen, deutschen und italienischen Opposition beweist. Genosse Radek beging eine Geschichtsfälschung, da er dies verschwieg. Der Leipziger Parteitag führte dagegen den Schlag gegen den Geist des IV. Kongresses, als Genosse Brandler die Organisationen Berlin, Hamburg, Ruhrgebiet ausschließen wollte und nur Genosse Sinowjew und die Exekutive die Spaltung verhinderten. Die deutsche Linke kämpft nicht gegen die Anwendung von Manövern, sondern gegen das System des Opportunismus, das die Kommunistischen Parteien an die Sozialdemokratie ausliefert. Für die rechten Abweichungen der KPD. ist Radek noch verantwortlicher als Brandler. Die Grundlage des Radekismus bildet der Mangel an Glauben an die europäische Revolution. Die Genossen Radek und Brandler erstrebten eine westeuropäische Umfrisierung des Bolschewismus. Sie betrachten die Sozialdemokratie als den ausschlaggebenden Faktor der europäischen Arbeiterbewegung und halten die Arbeiterregierung im Rahmen der bürgerlichen Demokratie für möglich, was die Liquidierung der Leninschen Staatstheorie bedeutet. Die deutsche Linke ist nicht gegen die Teilforderungen, sie kämpft nur gegen ihre opportunistische Auslegung, zum Beispiel im Falle der Sachwertfassung Brandlers. Die Formulierungen des Genossen Smeral über die Arbeiterregierung sind kein Zufall, sondern eine systematische, opportunistische Theorie. Die Kommunisten müssen ihr Gesicht zeigen, um die sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen. Sinowjews Formulierung der Arbeiterregierung als Agitationslosung ist eine glückliche. Ein Bündnis oder eine Koalition mit den Sozialdemokraten ist aber abzulehnen. Die Einheitsfrontaktik war ein Versuch, die Massen zu sammeln, die sächsische Anwendung der Einheitsfronttaktik dagegen war ein Verbrechen. Die These des Genossen Radek, der Faschismus habe die Novemberrepublik besiegt, ist opportunistisch. Genosse Radek wollte unsere Taktik auf Differenzen im bürgerlichen Lager aufbauen, was ebenso opportunistisch ist, wie das Verhalten der französischen und englischen Partei der Macdonald-Regierung gegenüber. Manche Ausführungen des Holländers Wynkoop und Thalheimers zeigen, daß der Radekismus eine Gefahr im internationalen Maßstabe bedeutet. Genosse Radek bekannte, daß es ein Fehler war, ohne Beschluß des Betriebsrätekongresses in die sächsische Regierung einzutreten. Radek verhinderte aber fünfmal die Einberufung dieses

Kongresses. Radek verbot den Anti-Faschistentag, blies die Maistreiks im Ruhrgebiet ab und hielt die Massen während des Cuno-Streiks vom Kampfe zurück. Der Kampf im Oktober war möglich und notwendig. Die opportunistisch-radekistische Parteiführung blies jedoch in Chemnitz den Kampf ab, während gleichzeitig Hamburg den Kampf beschloß. Radek verbot nach der Oktoberniederlage die Parteidiskussion in der KPD. und trieb die Partei zur Spaltung, was wieder nur durch die Exekutive verhindert wurde. Die Partei ist von der Exekutive gerettet worden und ist gegenwärtig gesund. Die Haltung des Genossen Radek in der RKP.-Diskussion deckt sich mit seiner opportunistischen Linie in Deutschland. Die neue Leitung der KPD. macht Fehler, aber sie sieht die Fehler und bessert sie auch aus. Der Hauptfehler ist, daß sich die Mitglieder von Massenstimmungen fortreißen lassen und es noch nicht verstehen, Führer zu sein. Die neue Leitung muß den Brandlerismus ausmerzen, da die Gefahren von rechts noch vorhanden sind. Die Taktik der KPD. in Halle, in Fürstenwalde, auf dem Metallarbeiterkongreß war richtig. Bei den Betriebsrätewahlen sind überall glänzende Resultate erzielt worden. Niederlagen kamen nur dort vor, wo noch der Brandlerismus herrscht. Die Zentrale der KPD. schwankte in der Gewerkschaftsfrage. Gegenwärtig jedoch bekämpft sie fest und stark die Austrittbewegung. Das Sachverständigengutachten eröffnet eine neue Kampfperiode, wobei die Partei auch den unmittelbaren Kampf um die Macht ins Auge faßt.

In der Frage der Einheitsfronttaktik muß der Kongreß für jedes Land konkrete Anweisungen ausarbeiten. Die heutige Erklärung des Genossen Smeral ist ein Schulbeispiel von Diplomatie. Es besteht die Gefahr, daß die sächsische Taktik in der Tschechoslowakei wiederholt wird.

Die englische Partei muß nicht nur Sonntags, sondern auch an Wochentagen kommunistisch sein und Macdonald schärfer bekämpfen.

Die KPD. spricht sich für die Fusion der KP. Italiens mit den italienischen Sozialisten aus.

Die Hauptaufgabe ist gegenwärtig der Kampf gegen den Radekismus und den Brandlerismus im internationalen Maßstabe, ist die Schaffung einer einheitlichen bolschewistischen Weltpartei. (Die Rede wurde öfter durch Beifallskundgebungen unterbrochen und zum Schlusse wird stürmisch applaudiert.)

Erklärung der Minderheit der KPTsch.-Delegation.

Im Namen der Minderheit der Delegation der KPTsch. (Wenzel, Fried, Maierowa, Sulen, Vertschick) erklärt Genosse Wenzel die völlige Solidarität mit Sinowjews Kritik an der Zentrale der KPTsch. und sagt: Die heutige Erklärung des Genossen Smeral schafft keine klare Lage, da er die opportunistischen Tendenzen nicht genügend oder überhaupt nicht zurückgewiesen hat. Die Zentrale der KPTsch. stand der russischen und deutschen Frage gleichgültig gegenüber, was die Zusammenarbeit der KPTsch. mit der Komintern erschwerte. Die Erklärung zählt weitere Fälle opportunistischer Abweichungen auf, die im Sinne des Bolschewismus bekämpft werden müssen.

Erklärung der Balkanföderation.

Im Namen der Balkanföderation erklärt Genosse Boschkowitz die volle Solidarität mit der Exekutive. Die Kriegsgefahr, die nationale und die Agrarfrage und der imperialistische Wetteifer bedrohen das Gleichgewicht auf dem Balkan. Die Balkanföderation nimmt die Formulierungen des Genossen Sinowjew in der Frage der Einheitsfront und der Arbeiterregierung an.

•

Hirsch (KPTsch.) verliest eine Erklärung, wonach die tschechische kommunistische Jugend mit der Exekutive völlig solidarisch ist. Abgesehen von den schon erwähnten Fehlern, begeht die Zentrale der KPTsch. schwere opportunistische Abweichungen in der nationalen und in der Agrarfrage. Die Umstellung der Partei auf die Betriebszellen wird schwerfällig durchgeführt. Die Partei muß erst bolschewisiert werden.

Sechster Sitzungstag.

Fortsetzung der Diskussion zum Bericht des Genossen Sinowjew über die Tätigkeit und Taktik der Exekutive.

Moskau, 23. Juni 1924.

** Nach Eröffnung der Vormittagssitzung am 23. Juni erhält das Wort

Genosse Brandler:

Der Redner erklärt, daß er als Angeklagter und sogar Verurteilter keine Verteidigungsrede halten, sondern lediglich Bericht erstatten werde. Dieser Bericht soll die Frage klären, ob er die deutsche Revolution verraten, die Oktoberniederlage verursacht, kleinbürgerliche, sozialdemokratische Abweichungen begangen und eine Revision der Leninschen Staatstheorie angestrebt habe. Der Redner meint, er habe lediglich die politische Linie des II. und III. Weltkongresses durchgeführt und halte diese Linie ohne jegliche Revision auch gegenwärtig für richtig. Er bekennt, große Fehler gemacht zu haben, müsse aber die Oktoberlegende bekämpfen, um den Heilungsprozeß zu fördern. Die Hauptgründe der Oktoberniederlage entspringen daraus, daß wir uns eine falsche Aufgabe stellten, schlechte Mittel anwandten und die Kräfteverhältnisse falsch einschätzten. Der Plan aber war gemeinsam entworfen worden. Der Redner schildert seine Tätigkeit in der KPD. nach der Rathenau-Aktion. Er wollte die Partei kommunistisch machen, da damals das Modewort „Bolschewisierung" noch nicht bestand. Die Hauptaufgabe war die ideologische und organisatorische Umstellung der Partei auf die Machteroberung, wozu er die notwendigen Vorbereitungen getroffen habe. Die Organisierung der Betriebsräte, der Kontrollausschüsse und der Hundertschaften, die Umstellung der Partei auf Betriebszellen — dies alles beweise, daß er kein Kleinbürger sei. Nach den schweren Niederlagen des Proletariats wollte er die Partei gut vorbereiten, da es antikommunistisch ist, nur zu kämpfen, um Prügel zu bekommen. Über die Organisierung der Revolution und über die proletarische Diktatur sei wenig gesprochen worden, was ein Fehler war. Hingegen aber wurde praktisch sehr viel getan. Der Redner bekennt als Fehler, daß er den Riß zwischen Berlin und der Gesamtpartei nicht durch die Aufnahme Maslows und Ruth Fischers in die Zentrale überbrückt habe. Zur Zeit der Cuno-Regierung sei es gelungen, die Massen zu mobilisieren, Betriebsräte, Kontrollausschüsse und Hundertschaften in Thüringen, Sachsen, Oberschlesien und im Ruhrgebiet zu organisieren. Dies sei jedoch weder in Berlin noch in Hamburg gelungen, was der Redner der Unfähigkeit der Linken zuschreibt. Er sei kein Hanswurst Radeks gewesen. Radek habe die Linken in manchen Fragen unterstützt, wofür Radek auch verantwortlich sei. Der Redner versucht zu beweisen, daß er die Leninsche Staatstheorie und die Theorie über die Rolle der Partei nicht revidieren wollte und verteidigt die Parteipolitik während des Maistreiks im Ruhrgebiet. Weil die Bourgeoisie ein Blutbad provozieren wollte, sei es richtig gewesen, dem Kampfe auszuweichen. Er verteidigt die Parteipolitik zur Zeit des Antifaschistentages, da sonst schon im Juni eine Niederlage eingetreten wäre. Die deutsche Bourgeoisie sei stärker und beweglicher, als es die russische gewesen ist. Der ideelle Einfluß und die organisatorische Verwurzelung der Sozialdemokratie in Deutschland seien stärker als die des russischen Menschewismus. Seine Auffassung über die Rolle der Arbeiteraristokratie halte er

für richtig. Als seinen verhängnisvollsten Fehler bezeichnet der Redner die Tatsache, daß die Partei nach dem Cuno-Streik nicht weiter vorgestoßen habe, wodurch die Initiative auf die Bourgeoisie überging. Ein schwerer Fehler war es auch, daß man gegen den Belagerungszustand keine Aktion unternommen und den Irrglauben nicht zerstreut habe, der Belagerungszustand richte sich gegen das Kahr-Bayern. Der Redner schildert ausführlich die Ereignisse in Sachsen und erklärt, er übernehme dafür die volle Verantwortung, bei der gegebenen Lage den Kampf abgeblasen zu haben. Der Redner meint, daß nicht die Oktoberniederlage sondern die Panikstimmung desorganisierend gewirkt habe und gibt der Befürchtung Ausdruck, daß der Einfluß der Partei vermindert worden sei. Der Redner bezeichnet die Auffassung, nach der die Partei im Oktober hätte unter allen Umständen kämpfen müssen, als verbrecherischen Wahnsinn und verwahrt sich gegen die Anklage kleinbürgerlicher Abweichungen.

Gen. Nguyen-ai-Quac (Indochina):

Der Redner lenkt die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Kolonialfrage. Der französische Imperialismus verschafft sich nicht nur Rohmaterial aus den Kolonien, sondern auch gelbe und schwarze Soldaten zur Niederschlagung der Revolution.

Gen. Thalheimer (Deutschland):

Genosse Talheimer betont die Notwendigkeit der Disziplin der Einheitlichkeit und Zentralisation in der Leitung, wobei bei wachsenden Schwierigkeiten Kritik notwendig ist. Die Exekutive habe nicht genügend rechtzeitig die bulgarischen und deutschen Ereignisse vorausgesehen und habe dann die Lehren daraus nicht klar gezogen. Organisatorische Eingriffe in die Parteileitungen seien notwendig, manche aber waren unrichtig und riefen schwere Krisen hervor. Die Kontinuität der Leitungen darf nicht ohne Not verletzt werden. In den Westländern gebe es auch eine alte Garde, die eine Brücke zwischen der II. und III. Internationale darstelle. Diesem Umstand sei Rechnung zu tragen. Die Führung in der Komintern gebühre der RKP., aber andere Parteien müssen ebenfalls zur Führung und Selbständigkeit erzogen werden. Es sei zweifelhaft, ob gegen die demokratisch-pazifistische Welle mit den richtigen Methoden angekämpft werde. Die Ultralinke in der KPD. stelle keine Gefahr dar, aber gefährlich sei, was die Ultralinke mit der Linken verbindet. Der Redner meint, in der Komintern existiere kein Rechtsblock, dies sei nur ein Gespenst. Genosse Radek habe sich große Verdienste um die KPD. erworben, deshalb seien auch die Angriffe gegen den Radekismus ungerecht. Der Redner ist nicht überzeugt, daß die jetzige politische und organisatorische Linie richtig sei, er werde sich jedoch den Beschlüssen fügen und die Disziplin halten.

Genosse Kleine (Deutschland):

Genosse Kleine führt aus, daß Brandler die Geschichte falsch beleuchte und Radek die unrichtigen Schlüsse aus dieser falschen Beleuchtung ziehe. Die Hauptaufgaben sind: erstens Bolschewisierung der Westparteien; zweitens organische Verbindung mit den sympathisierenden Massen; drittens weiterer Kampf um die Mehrheit. Während der sächsischen Ereignisse fehlte eine politische Linie. Die Partei entfesselte nicht die Kämpfe, sondern bremste sie. Der Rückzug ohne Kampf war falsch. Der Hauptfehler bestand in der Unterschätzung der Rolle der Partei. Die Rechtsgefahr existiert und muß bekämpft werden.

Nachmittagssitzung.

Genosse Schüller (Jugend-Internationale):

Genosse Schüller erklärt, daß die Hauptaufgabe des Kongresses die Bekämpfung der rechten Abweichungen sei. In den Reden Radeks, Brandlers, Thalheimers und Smerals stecke der Geist von Leipzig und Prag. Genosse Radek schätzt die Sozialdemokratie falsch ein, da die Sozialdemokratie bis zum Ende ein Bundesgenosse der Bourgeoisie bleiben und sich sogar zum linken Flügel des Faschismus entwickeln wird. Radek betrachtete in seiner Rede die Sozialdemokraten als Arbeiterpartei, was zu einem Revisionismus im Kommunismus führt. Der Versuch Radeks, die deutsche Frage wieder aufzurollen, muß zurückgewiesen werden. Der Redner begrüßt das Auftreten der Minderheit der KPTsch. Die schwedische Partei müsse offen ihren Standpunkt erklären. In der Frage der RKP.-Diskussion müsse die ganze Komintern die Zentrale der RKP. einheitlich unterstützen. (Beifall.)

Gen. Rienzi (Minderheit der ital. Delegation:

Im Namen der Minderheit der italienischen Delegation stimmt Genosse Rienzi dem Bericht des Genossen Sinowjew vorbehaltlos zu. In bezug auf die Kritik der Oktoberereignisse und der Formulierung der Einheitsfronttaktik ist der Redner mit den Genossen Treint und Severing einverstanden. Die Auffassung der Mehrheit der italienischen Delegation bezüglich der Arbeiterregierung als Synonym für die proletarische Diktatur sei philologisch und nicht politisch. Nach den Reden der Genossen Brandler und Talheimer sei es ihm jetzt klar, weshalb die KPD. für die Linke Stellung nahm. In der RKP.-Frage unterstützt die Minderheit der italienischen Delegation die Zentrale der RKP. und die Leninsche Garde. Sie ist für die Fusion mit den italienischen Sozialisten, da diese Partei noch Massen hinter sich hat. Die Minderheit ist bereit, den Fraktionskampf innerhalb der KPI. zu liquidieren und eine einige Partei zu schaffen. Die Mehrheit der italienischen Delegation irrt gewaltig, wenn sie erklärt, daß Genosse Lenin, als er über die Kinderkrankheiten des Kommunismus schrieb, dies nicht auch gegen die italienische Linke geschrieben habe. Die rechten Abweichungen Graziadeis sind genau so unrichtig wie die linken Abweichungen.

Nach dieser Rede erscheint eine Delegation von den armen ukrainischen Bauern, um der Delegation der KPD. ein rotes Banner zu übergeben. Der Kongreß begrüßt die ukrainischen Bauern mit dem Absingen der Internationale. Genosse Braun nimmt namens der KPD. das rote Banner in Empfang. Genosse Kolarow begrüßt im Namen des Kongresses die Delegation der armen ukrainischen Bauern.

Gen. Thälmann (Deutschland)

beantwortet die Rede des Genossen Brandler. Die bulgarische Partei machte einen Fehler, da sie zur Zeit des Zankow-Umsturzes nicht kämpfte. Die bulgarische Partei hat jedoch die Lehren aus diesen Fehlern gezogen und den Kampf aufgenommen, wodurch die Autorität der Partei wieder gehoben wurde. Die Genossen Radek und Brandler hingegen sind unbelehrbar und halten fest an der fehlerhaften Politik, die sie in ihren Novemberthesen festlegen wollten. Die schwedische, tschechische und polnische Partei müssen in dieser Frage klar Stellung nehmen. Brandler erklärt, die Ursachen der Oktoberniederlage seien mechanisch-technische und nicht politische. Das bedeutet großen Opportunismus. Wäre die politische Linie richtig, so wären auch die technischen Vorbereitungen besser gewesen. Die Ruhrbesetzung bedeutete eine ungeheure revolutionäre Verschärfung der Lage, was die Brandler-Zentrale auf dem Leipziger Parteitag nicht würdigte, und wodurch Brandler bewies, daß ihm eine Führerqualifikation fehlt. Auf dem Leipziger Parteitag berücksichtigte Brandler die Opposition nicht. Die Hauptursachen der Niederlage sind die falsche Einschätzung der Rolle der Sozialdemokratie, die falsche Anwendung der Einheitsfronttaktik, die falsche Einschätzung der linken Sozialdemo- und der Mangel an Parteieinheit. Noch auf dem Hamburger Bezirksparteitage im August protestierte Genosse Brandler gegen das „viele Geschwätz" über die proletarische Diktatur. Dem Aufruf zum Antifaschistentag folgten keine Taten. Während des Cuno-Streiks stießen die Massen weiter vor als die Partei. Hamburg streikte, Sachsen jedoch nicht, obwohl es klar war, daß entweder die weiße oder die proletarische Diktatur bevorstand. Die Arbeiterschaft stürzte Cuno, während die Partei noch schwankte. Die Reden der Genossen Böttcher und Heckert im sächsischen Landtag waren eine banale Komödie. Die Partei rief die Eisenbahner nicht dazu auf, die Truppenbeförderung nach Sachsen zu verhindern, obwohl es klar war, daß die Niederschlagung des sächsischen Proletariats der Niederlage des deutschen Proletariats gleichkam. Die Chemnitzer Konferenz war unvorbereitet, und es ist eine Schande, daß die Rede des linken Sozialdemokraten Graupe den Chemnitzer Beschluß entschied. Brandlers Behauptung, daß es der Arbeiterschaft an Kampfbereitschaft fehlte, ist unwahr. Die Brandler-Zentrale wäre auch ohne Eingreifen der Exekutive abgesägt worden. Der Frankfurter Parteitag bewies, daß keine Panikstimmung vorhanden, daß die Partei konsolidiert ist und daß die Partei ihre Hauptfragen im Sinne des linken Bolschewismus entschieden hat. Die Behauptung des Genossen Talheimer in bezug auf die Führerrolle der alten Garde und in bezug auf Radek ist in diesem Falle unzutreffend. Kautsky und Plechanow hatten auch Verdienste und wurden dennoch zu Verrätern. Derartige Fragen müssen politisch und

nicht sentimental beurteilt werden. Das Sachverständigengutachten kann eine Atempause, aber auch eine eventuelle Zuspitzung bringen. Die KPD. bleibt in jeder Minute kampfbereit. (Beifall.)

•

Auf Antrag des Genossen Kuusinen beschließt der Kongreß einen Protest gegen das Klassenurteil, das die finnländische Reaktion gegen revolutionäre Arbeiter gefällt hat. Der Kongreß sendet den verurteilten Revolutionären seine Grüße.

Hierauf beschließt der Kongreß, eine Delegation an den Kongreß der armen Bauern in der Ukraine zu entsenden.

Genosse Bucharin (Sowjetunion):

Genosse Bucharin, stürmisch begrüßt, führt aus, daß wir kluge Optimisten sein müssen. Die deutsche Frage existiert nicht, da die Situation jetzt nicht so revolutionär ist, wie sie im Oktober war, und da es keine innerparteiliche Frage gibt. Auf die Frage des Genossen Brandler, warum er (Brandler), wenn er Sozialdemokrat sei, nicht ausgeschlossen würde, antwortet Bucharin, daß Genosse Brandler kein Sozialdemokrat ist, sondern nur gefährliche sozialdemokratische Tendenzen aufweist, die im Keime erstickt werden müssen. Die Komintern sucht nicht die rechte oder die linke, sondern sucht lediglich die richtige politische Linie. Die Hauptfragen sind die Einheitsfronttaktik und Arbeiterregierung. Er selbst schwankte in der Frage der Einheitsfront, da er die Gefahren überschätzte. Genosse Lenin hingegen habe die Gefahren zeitweise unterschätzt. Die Komintern will keine Revision der Einheitsfronttaktik, sie merzt nur die unrichtige Interpretation aus. Genosse Radek vergißt völlig das Demaskierungsmoment. In bezug auf die Arbeiterregierung erklärt Genosse Bucharin, daß selbst die proletarische Diktatur verschiedene Formen annehmen kann, was durch das russische und ungarische Beispiel bewiesen wurde. Die RKP. bildete eine Koalition mit den linken Sozialrevolutionären, trieb aber die Bewegung vorwärts und stärkte die Massenorganisationen, was in Ungarn versäumt wurde. Die KPD. trieb in Sachsen nicht die russische Politik, sondern das Gegenteil. Die Partei trieb die Aktion nicht vorwärts, sondern blieb stehen. Radek bekannte es als Fehler, daß die Einheitsfront von unten nicht angewandt und keine Massenorganisationen geschaffen wurden. Mit diesem Bekenntnis richtet sich Radek selbst. Radek interpretierte die Technik, aber Brandler vergaß, daß die Massenorganisationen das wichtigste,, die Technik aber das sekundäre Moment sind.

Radek interpretierte die Alarmparole opportunistisch, und die deutsche Zentrale machte das Weitertreiben der Volksbewegung unmöglich. Hiermit stehen die früheren opportunistischen Fehler in engstem Zusammenhange. Genosse Talheimer verlangte die Unterstützung der alten Garde, was aber nur dann richtig ist, wenn die alte Garde die richtige Politik macht. In der KPD. bestand eine Kluft zwischen der Führung und den Parteimassen, was ebenfalls zu einer Ursache der Niederlage wurde. Deshalb war das Eingreifen der Exekutive richtig. Ohne Autorität vor den Parteimassen kann keine Zentrale bestehen. Die Krisen der Sektionen der Kommunistischen Internationale sind teils Folgen von Niederlagen, teils bedeuten sie den Prozeß des Werdens von bolschewistischen Parteien. Im Kampfe gegen die Abweichungen wächst der Bolschewismus und verstärkt sich die Leninsche Orientierung. Im Prozesse der Revolution ändert sich auch die Natur des Proletariats, ändert sich der Charakter der Parteien, und es ist nur begrüßenswert, daß die deutschen Proletarier temperamentvoller geworden sind.

Siebenter Sitzungstag.

Fortsetzung der Diskussion zum Bericht des Genossen Sinowjew über die Tätigkeit und Taktik der Exekutive.

Moskau, 24. Juni 1924.

** Nach der Eröffnung der Vormittagssitzung am 24. Juni erhält das Wort

Brown (England):

Der Redner warnt vor übertriebenen Vorstellungen über die Unpopularität der Arbeiterregierung in England. Die englische Arbeiterregierung beginne erst, populär zu werden. Die Forderung der Genossin Ruth Fischer, die Kommunistische Partei Englands müsse gegen die Arbeiterpartei eine aktive Opposition führen, beruhe teilweise auf schlechter Orientierung in der englischen Lage und teilweise auf Verwechslung der Arbeiterpartei mit der Arbeiterregierung. Die englische Arbeiterpartei stellt eine proletarische Massenorganisation dar, und deshalb ist es unbedingte Pflicht der Kommunistischen Partei, in der Arbeiterpartei anwesend zu sein. In der Frage der weiteren Führerrolle in der Komintern erklärt der Redner, die Führerrolle müsse unbedingt in den Händen der RKP. bleiben, da weder die deutsche noch die französische Partei genügend revolutionäre Erfahrung besitzen.

Krajewski (Polen):

Die polnische Partei habe in der Bauernfrage und in der nationalen Frage einen Fortschritt gemacht. Krulikowski machte in der Militärdienstfrage einen groben Fehler, weshalb die Zentrale ihn desavouierte. In Krakau habe die Partei nichts gemacht, weil sie die Kräfte nach Warschau, Lodz, Oberschlesien und Dombrowa konzentrierte. Die Warschauer Organisation brach den Kampf zuliebe der Einheitsfront mit der PPS. ab, was ein Fehler gewesen sei. Viele Organisationen waren während der Novemberereignisse passiv, die Zentrale aber kämpfte gegen rechte Abweichungen. In der Frage der Arbeiterregierung enthalten die Thesen der Zentrale Unklarheiten, was wieder gut gemacht werden muß. In der Partei sind gegenwärtig zwei Richtungen vorhanden, die eine Richtung meint, daß die erste Stellungnahme der Zentrale in der RKP.-Frage fehlerhaft gewesen ist, die andere Richtung hält diese Stellungnahme für richtig. Die polnische Linke lehnt in der Agrarfrage und in der nationalen Frage den Standpunkt der Komintern ab. Die Maßregelung der Opposition ist nicht wegen Vorlegung der Thesen, sondern wegen Fraktionsbildung und wegen Veröffentlichung der Thesen, bevor sie der Zentrale vorgelegt wurden, erfolgt.

Kolarow (Bulgarien)

meint, Genosse Radek habe versucht, die Niederlage der bulgarischen Partei mit außenpolitischen Schwierigkeiten zu rechtfertigen. Die Rechtfertigung sei unnötig, da die bulgarische Partei ihre schweren Fehler selbst bekenne. Auf Grund ausführlicher Schilderungen der Ereignisse im Juni und im September beweist der Redner, daß der Hauptfehler die Vernachlässigung der Bauernfrage war. In Bauernländern müsse die Partei die Einheitsfront von unten und von oben anwenden, müsse selbst an die politischen Parteien des Bauerntums herantreten, wobei aber eine Koalitionsregierung abzulehnen sei.

Lenski (Polen)

hält die Einschätzung der französischen Wahlen durch Radek für fehlerhaft, da Radek nur die Quantität der kommunistischen Stimmen berechne, aber nicht deren Qualität in Betracht ziehe. Die richtige Taktik der KPF. eroberte die besten Arbeiterstimmen von Paris. Zur Besprechung der Lage in der polnischen Partei übergehend, betont der Redner, daß die polnische Partei während der Oktoberereignisse nirgends selbständig auftrat, mit Ausnahme von Oberschlesien, wo die Linke die Aktion führte. Es sei unzulässig, daß Krajewski die Verantwortung auf örtliche Organisationen abwälze. Die Zentrale sei voll verantwortlich für die opportunistischen Fehler und rechten Abweichungen. Der Standpunkt der polnischen Zentrale in der Frage der Arbeiterregierung sei absolut falsch, da parlamentarische Kombinationen eine Wiederholung der sächsischen Politik zulassen. Die Zentrale habe Wahlblocks mit den Sozialdemokraten praktiziert. Krulikowskis Fehler sei kein persönlicher Fehler, sondern eine Folge der politischen Einstellung der Zentrale. In der deutschen und in der russischen Frage habe die Zentrale Versteckenspielen getrieben, habe laviert und die Dokumente vor den Parteimassen verheimlicht. Daß die polnische Opposition in der Agrarfrage und in der nationalen Frage die Beschlüsse der Komintern ablehne, sei unwahr. Die Thesen der Opposition seien vor ihrer Veröffentlichung der Zentrale vorgelegt worden. Zum Schlusse seiner Ausführungen betont der Redner, daß die Politik der polnischen Partei stark geändert werden müsse.

Neurath (Tschechoslowakei)

meint, daß entgegen der Auffassung der Genossen **Trotzki** und **Radek**, die Konsolidierungsperiode des Kapitalismus und der Sozialdemokratie nicht dauerhaft sei. Die Parteien müssen jeden Tag zur Kampfaufnahme bereit sein, da große Kämpfe bevorstehen. Smerals Formel in der deutschen Frage sei unrichtig. Der Redner heißt den Standpunkt der Exekutive in der deutschen Frage nicht wie Genosse Smeral nur in 80%, sondern völlig gut. In der Frage der Einheitsfront und Arbeiterregierung stimmt er dem Genossen Sinowjew zu.

Pepper (Amerika)

führt aus, daß die Sturmaufgabe der Komintern in der Schaffung einer Massenpartei in England bestehe, da die Oktoberniederlage in Deutschland und die Macdonald-Regierung das Schwergewicht nach England verschoben haben. Die Analysierung der Labour-Party sei gegenwärtig eine internationale Aufgabe. Labour-Partys bilden sich in den Momenten der Angriffe des Kapitals in den Ländern heraus, wo eine Kluft zwischen der Arbeiteraristokratie und den wirklich proletarischen Massen besteht. In **England, Amerika, Südafrika, Australien, Canada** wurden die politischen Massenparteien durch die Gewerkschaften gegründet, nicht aber wie in Europa, die Gewerkschaften durch die politischen Parteien. Es ist kleinen politischen Parteien, wie der **Unabhängigen Arbeiterpartei** in England, und der **Workers' Party** in Amerika gelungen, die Labour-Party zu erobern. In Amerika müssen die Arbeitermassen von den bürgerlichen Parteien losgelöst werden. Die **Farmer Labour-Party** faßt die Arbeiter und Farmer zusammen. Die Lage ist äußerst chaotisch, weshalb auch die Entscheidung in der amerikanischen Frage schwer ist. Der Redner hofft, daß die Ereignisse die Richtigkeit der Entscheidung der Exekutive beweisen werden. Er ist der Ansicht, daß die Kommunisten in die Labour-Party hineingehen müssen, wobei sie sich aber die Freiheit ihrer Kritik bewahren und auch Kritik ausüben müssen. Es ist aber eine andere Frage, ob die Kommunistischen Parteien als solche für immer in der Labour-Party bleiben sollen. Da die Popularität der englischen Labour-Party wächst, muß die englische Kommunistische Partei in der Labour-Party bleiben, jedoch dort endlich zur Opposition übergehen. Der V. Weltkongreß muß die Taktik gegen die Labour-Party feststellen, da die Labour-Party die spezifische Form der Einheitsfront für ganze Weltteile bedeutet und die richtige Taktik in dieser Frage der Bolschewisierung ganzer Kontinente den Weg ebnet.

Nachmittagssitzung.

Dunne (Amerika)

sagt, daß der Grnud der Schwierigkeiten in der amerikanischen Arbeiterbewegung in der höchsten Entwicklung des Kapitalismus und in den äußerst zahlreichen Nationalitäten zu suchen sei. Deshalb gebe es auch bisher keine revolutionäre Massenpartei trotz der öfteren Versuche, eine solche herauszubilden. Die Einheitsfronttaktik bedeute für Amerika keine Gefahr, da es dort keine Sozialdemokraten gäbe. Die Meinungsverschiedenheiten in der amerikanischen Partei beständen darin, daß eine Gruppe der Meinung sei, die Massenpartei müsse sich hauptsächlich auf die Bauern stützen, die andere Gruppe dagegen glaube, daß das Industrieproletariat die Basis der Massenpartei bilden müsse. Die Errichtung einer Massenpartei sei aber die Hauptaufgabe. Die Hauptstütze des amerikanischen Kapitalismus bilden die südamerikanischen lateinischen Staaten. Deshalb sei die Organisierung der Arbeiterschaft dieser Staaten notwendig. Eine andere Aufgabe ist die Eroberung der Massen, die sich in der Gompers-Organisation befinden, und die Aufrüttelung von zwölf Millionen Negern. Der Redner hofft, daß der nächste Weltkongreß schon die Delegierten der amerikanischen Massenpartei werde begrüßen können.

Chasseigne (KJV. Frankreich)

begrüßt im Namen des französischen kommunistischen Jugendverbandes das Referat des Genossen Sinowjew und polemisiert gegen Radek. Er fordert den Ausbau einer Massenpartei in Italien, ferner eine verstärkte antimilitaristische Propaganda.

Clara Zetkin (Deutschland)

führt aus, daß die Exekutive für die Politik der Brandler-Zentrale zwei Jahre lang mit verantwortlich sei. Die Oktobermobilisierung des deutschen Proletariats habe allerdings die Ausrufung der Monarchie verhindert, die die Faschisten für den 9. November planten. Die Ursache der Niederlage ist nicht eine reformistische sozialdemokratische Politik, nicht die unglückliche Sachsen-Regierung, sondern die Tatsache, daß die objektive revolutionäre Lage zu spät erkannt wurde, daß die subjektive revolutionäre Massenstimmung, die Massenstreiks, die Hungerrevolten nicht zusammengefaßt und gesteigert wurden. Dafür ist die alte Zentrale verantwortlich. Die Partei hat es nicht verstanden, Teilforderungen mit der Parole der Machteroberung, mit der Einstellung auf den Bürgerkrieg zu verbinden. Sie schuf keine Massenorganisationen, politisierte nicht die Betriebsräte und verband die Hundertschaften nicht mit den täglichen Kämpfen. Die Partei betrachtete die Teilkämpfe als Kraftvergeudung, nicht aber als Steigerung und Sammlung der revolutionären Kräfte, was tatsächlich sozialdemokratisch ist. Die organisatorische und technische Vorbereitung ist unentbehrlich, aber die politische Vorbereitung ist wichtiger, und letztere fehlte. Es war ein Fehler, die Sachsen-Regierung nicht auf die Betriebsräte, nicht auf das bewaffnete Proletariat zu stützen, sondern auf eine Koalition parlamentarischer Parteien. Da die Partei die revolutionäre Massenstimmung nicht organiserte, verrauchte diese Stimmung. Im Oktober fehlte bereits die Kampfbereitschaft der Massen, wie dies auch **Hamburg** beweist, wo nur Hunderte kämpften.

Die Rednerin kritisiert die Tätigkeit der neuen Leitung der KPD., indem sie behauptet, daß nach der Illegalität keine Massenorganisation durchgeführt wurde, die Maifeier ungenügend war, die Aktionen anläßlich des Überfalles auf die Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion schwach waren, die Reichstagswahlen keine Aufrüttelung der Massen und die Reichstagseröffnung keine Massenkundgebungen mit sich brachten. **Halle** und **Fürstenwalde** beweisen, daß eine wirkliche Verbindung mit den Massen fehlt. In Massenstreiks — **Oberschlesien ausgenommen** — fehlte die Partei als Führerin. Die Partei entfesselte nicht die Aktivität der Massen, was einer unklaren politischen und organisatorischen Linie zuzuschreiben ist. In der Gewerkschafts- und in der Arbeiterkongreßfrage schwankte die Partei lange Zeit.

Die Rednerin ist mit der Formulierung des Genossen Sinowjew über die Einheitsfront und Arbeiterregierung nicht einverstanden. Die Einheitsfront stellt die Kampfgemeinschaft aller Proletarier ohne Parteiunterschied unter Führung der Kommunistischen Partei dar. Die Arbeiterregierung ist nicht nur ein Synonym für die proletarische Diktatur, sondern eine Regierungsform für solche Perioden, wo die Bourgeoisie bereits zu schwach ist, die Macht zu behaupten, das Proletariat aber noch zu schwach ist, die Macht zu erobern. Das Sachverständigengutachten kann eine Atempause, aber auch eine rasche Zuspitzung der Lage bringen. Während einer solchen Periode bestehen Gefahren von rechts und von links. Die Komintern muß gegen beide Gefahren kämpfen, damit wirkliche bolschewistische Parteien geschaffen werden, die zu jeder Zeit kampfbereit sind.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 77. 27. Juni. 4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

INHALT:

Die Finanzlage Englands. Von Murphy 941

Politik.
Zu den Ereignissen in Albanien 943
Stefan Raditsch und seine Partei. Von Sandomirskij 944

Union der Sowjetrepubliken.
Ein Provokateur und Proletarierverräter vor dem revolutionären Tribunal. Von Serge 944

Reparationsfrage.
Der Kampf gegen das zweite Versailles 945

Wirtschaft.
Österreichs Sanierung und Zolltarif. Von Friedländer 946

Arbeiterbewegung.
Die faschistische Gewerkschaftsbewegung in Italien. Von Réz 947

Proletarische Frauenbewegung.
Die Konferenz der kommunistischen Frauen der Tschechoslowakei. Von Grimmichová 949

Aus der Internationale.
Aufruf der KPF. gegen die Regierungserklärung des Herriot-Kabinett 950

Buchbesprechungen.
Elementarbücher des Kommunismus. Von Paul 951

Die Finanzlage Englands.

Von J. Murphy.

** Verschärft sich die Krise des englischen Kapitalismus oder ist er im Begriffe, sich aus seinen Schwierigkeiten herauszuhelfen?

Diese Frage beschäftigt alle englischen „Volkswirtschaftler", die manchmal optimistisch, manchmal pessimistisch urteilen, noch öfter einen Lobgesang über die Tugenden der englischen Rasse anstimmen, die immer durchgekommen ist und auch diesesmal durchkommen wird.

Bei allen Betrachtungen zur Finanz- und Wirtschaftslage geht man vom Jahre 1913 als Standard- oder Normaljahr aus, als gäbe es überhaupt eine besondere feste Bedingung des Kapitalismus, zu der wir zurückkehren müssen, um die Wiederaufnahme der „normalen Entwicklung" zu sichern. Diese Art der Betrachtung ist eigentlich wertlos. Wenn wir die Ziffern der Handelsbilanz des Jahres 1913 erreichen, so folgt daraus noch nicht, daß dies ein Beweis dafür ist, daß der Kapitalismus wieder auf festen Füßen steht und aus der Krise heraus ist. Es kann dies sogar das Gegenteil beweisen, wenn solche Ziffern an den Produktionsbedingungen und an der Verteilung des Reichtums, an der Größe der Bevölkerung, der Höhe der Schulden und überhaupt an der Unmenge von Faktoren gemessen werden, die heute die Weltwirtschaftslage beherrschen. Wenn wir uns also auf die Ziffern des Jahres 1913 beziehen, so haben wir dabei einfach Vergleichszwecke im Auge, um auf diese Weise ein Licht auf die Veränderungen zu werfen, die seit dem Vorkriegsjahr 1913 Platz gegriffen haben.

Das Budget.

Wir wollen zunächst die Veränderung im Reichsbudget prüfen. Die folgende Tabelle ermöglicht es uns, die Einnahmen sowohl nach ihrem Nominalwert wie auch nach ihrem Realwert zu vergleichen.

	1913—1914 (in Pfund)	1924—1925 Voranschlag (in Pfund)	1924—1925 Voranschlag in Friedenspfund
Einfuhrzölle	35,450.000	101,800.000	63,635.000
Verbrauchssteuern	39,590.000	135,900.000	84,637.000
Motorvehikelsteuer	—	15,600.000	9,750.000
Vermögenssteuer	27,359.000	56,000.000	35,000.000
Stempelgebühren, exklusive Honorar- und Patentgebühren	9,966.000	21,000.000	13,125.000
Grundsteuer	700.000	1,250.000	718.500
Haussteuer	2,000.000	—	—
Besitz- und Einkommensteuer	47,249.000	265,000.000	165,000.000
Übergewinnsteuer	—	8,000.000	5,000.000
Körperschaftsgewinnsteuer	—	20,000.000	12,500.000
Bodenwertabgaben	715.000	—	—
Post und Telegraph	24,270.000	53,500.000	33,437.500
Krongüter	530.000	900.000	562.000
Anleihezinsen	1,579.972	12,250.000	7,842.275
Regelmäßige Verwaltungseinnahmen	2,300.000	11,850.000	7,406.250
Besondere Einnahmen	—	30,000.000	18,750.000
Zusammen	191,708.972	733,050.000	457,363.525

Die gesteigerten Einnahmen an Einfuhrzöllen und Verbrauchssteuern beweisen keineswegs eine Steigerung des Handels, sondern nur das gewaltige Anwachsen der indirekten Besteuerung. Ein Vergleich der Tabellen über die gesamte Ein- und Ausfuhr für 1913 und 1923 bezeugt dies:

Gesamteinfuhr pro 1913	768,734.739	Pfund
„ „ 1923	1.098,015.585	„
d. h. „ „ 1923		
in 1913er-Preisen (Pfund) . . .	660,000.000	„
Gesamtausfuhr pro 1913	634,820.326	„
„ „ 1923	885,901.350	„
d. h. „ „ 1923		
in 1913er-Preisen (Pfund) . . .	532,000.000	„

Also: Der Wachstum an Einnahmen, die auf Besteuerung zurückzuführen sind, beträgt beinahe 250%, während der Handel eine Rückgang von rund 15% aufweist.

Die Staatsschulden.

Aber weder die Abnahme des Handels noch die Zunahme der Besteuerung offenbart den wahren Zustand der Dinge, wenn sie nicht im Verhältnis zu den Staatsschulden und laufenden Ausgaben betrachtet werden. Wenn wir dies tun, dann erkennen wir den katastrophalen Niedergang der englischen Finanzen.

Im Jahre 1913 belief sich der Betrag der Staatsschulden auf 716,288.420 Pfund. Das brachte einen Zinsendienst von 24,500.000 Pfund pro Jahr mit sich, einschließlich eines Tilgungsfonds von 5,000.000 Pfund.

Im Jahre 1923 stieg die Staatsschuld bis zu 7.680,000.000 Pfund, was einen Zinsendienst von 305,000.000 Pfund plus 45,000.000 Tilgungsfonds bedeutet!

Die Schwankungen der Nationalschuld seit 1919, die in der folgenden Tabelle anschaulich gemacht werden, offenbaren, wie schwer die Finanzgebarung des britischen Reiches dadurch belastet ist:

Gesamte Staatsschuld in Pfund:

31. März 1919	7,434,949.000
„ 1920	7,828,779.000
„ 1921	7,574,358.000
„ 1922	7,654,301.000
„ 1923	7,742,223.000
„ 1924	7,680,000.000

Von dieser Schuld entfällt der Betrag von annähernd einer Milliarde Pfund auf die äußere Schuld an Amerika. Der Rest sind innere Schulden. Es werden mit Hilfe ausgiebiger Zahlung und eines Tilgungsprozent sowie Konvertierung von Anleihen, die darauf hinzielen, die Schuld vor unmittelbarer Kündigung zu bewahren und ihre Amortisierung auf eine lange Periode zu verteilen, energische Versuche gemacht, das finanzielle Gleichgewicht herbeizuführen. Trotz all der Methoden ist die Lage nicht rosig. Im ganzen wurden 650,000.000 Pfund an Nationalschuld seit 1919 abgezahlt. Das scheint eine ungeheure Leistung. Aber sie wird durch die Tatsache beeinträchtigt, daß diese Summe das genaue Äquivalent dessen ist, was in der gleichen Zeit durch den Verkauf von Kriegsmaterial erzielt wurde, welche Einnahmsquelle sowohl nach den Erklärungen Baldwins wie auch Snowdens im nächsten Jahre versiegt sein wird. In dem laufenden Jahresbudget sind noch Einnahmen von 30,000.000 Pfund aus diesem Posten veranschlagt. Von dem Moment an, in dem diese Quelle erschöpft ist, wird die ganze Schuldenlast auf die laufende Besteuerung fallen. Die Verminderung der Schulden kann nur erreicht werden 1. durch eine Vermehrung der Steuern; 2. durch eine Eintreibung der ins Ausland vergebenen Anleihen von ungefähr 2 Milliarden Pfund; 3. durch Konfiskation von Vermögen und 4. durch Inflation der Währung.

Die Nähe der Inflation.

Von den ersten drei Methoden will man nicht viel wissen. Die vierte Methode ist verlockend, und die Bank- und Industrieherren machen in ihrer Nervosität immer neue Vorschläge in dieser Richtung. Gegenwärtig fragen sie, wie Hamlet: „Sein oder Nichtsein?“ Einige Kapitalisten sagen den „roten Ruin“ voraus, wenn man sich mit dem Währungssturz einläßt, andere glauben, sie werden mit Inflation und Deflation nach Wunsch und Willen spielen, und mit beiden Methoden Geld herausschlagen können. Eine Prüfung der Bankausweise, Staatsfinanzen und der allgemeinen Lage des Handels scheint mir sehr deutlich die Nähe des Inflationskurses anzuzeigen.

Die Kaufkraft des Pfunds ist mindestens um 40% geringer als 1913. Einmal — im Jahre 1921 — war sie sogar um 60% geringer. Gegenwärtig bewegt sich ihr Verhältnis zum Dollar trotz aller Anstrengungen in der Richtung ständiger Entwertung, worin sich sowohl die jährliche gewaltige Zahlungssumme von 30,000.000 Pfund an Amerika wie auch die Unfähigkeit der britischen Industrie, eine günstige Ausfuhrbilanz nach Amerika zu sichern, widerspiegelt. Während des letzten Jahres ist das englische Pfund von $4,71^1/_2$ Dollar auf 4,30 Dollar zurückgegangen.

Weiter zeigen die Bankausweise, daß die (privaten Bank-) einlagen seit 1922 in ständigem Rückgang begriffen sind. Die monatlichen Einlagen der zehn Clearingbanken betrugen im Jahre 1923 durchschnittlich 1,670,000.000 Pfund gegenüber 1,770,000.000 im Jahre 1922. Also ein Rückgang von durchschnittlich 100 Millionen Pfund oder 6% im Monat! Andererseits ist der durchschnittliche Betrag der Bankvorschüsse auf 760 Millionen Pfund im Jahre 1923 gegenüber 750 Millionen Pfund im Jahre 1922 gestiegen. „Die Tendenz geht dahin, den Punkt zu erreichen, wo die Banken fühlen, nicht in der Lage zu sein, ihre Überweisungen an Handel und Industrie auszudehnen, wenn nicht für Wachstum der Einlagen und Geldquellen vorgesorgt ist.“ („Economist“.)

Man wird sich also bald entscheiden müssen, ob man die Kredite einschränken und so auch eine weitere Einschränkung des Handels herbeiführen oder die Kreditgewährung über den Punkt ausdehnen wird, den die Bankleute als den „sicheren“, zulässigen Punkt bezeichnen, und also bei der Inflation landen will. Die Nachfrage nach Zahlungsmitteln drückt also von zwei Richtungen: 1. Zustand der Staatsfinanzen, 2. Stellung der Banken bezüglich Kreditgewährung. Beide erlauben keine weitere Einschränkung des Handels. Der Verband der britischen Industrie betreibt auch eine lebhafte Propaganda für die Inflationspolitik im Interesse einer „Erweiterung der Basis der Kredite“.

Die folgende Tabelle illustriert den Prozeß der Währung seit 1913:

Jahr	Notenausgabe Millionen	Bestand an Goldmünzen und Barren Millionen	Verhältnis von Noten und Golddeckung %
1913	34,6	35,0	101·1
1914	79,6	88,0	110·5
1915	144,9	80,0	55·2
1916	196,8	83,5	42·4
1917	266,0	87,7	32·9
1918	299,0	108,5	27·1
1919	449,0	119,8	26·6
1920	486,0	156,8	32·2
1921	439,4	156,9	35·8
1922	404,2	154,5	38·2
1923	403,5	154,5	38·4

Das gegenwärtige Jahr ist infolgedessen eine sehr kritische Periode mit allen Anzeichen einer neuerlich kommenden Geldentwertung.

Die Anlage neuen Kapitals.

Die ernste Lage wird noch durch andere bedeutsame Faktoren verursacht, nicht zuletzt durch die bei der Anlage neuer Kapitals eingeschlagene Richtung. Die Anlage neuen Kapitals betrug:

1910	267,400.000	Pfund
1911	191,800.000	„
1912	210,900.000	„
1913	196,500.000	„
Zusammen .	866,600.000	Pfund
Jahresdurchschnitt .	216,700.000	Pfund

Diese Tabelle umfaßt auch die Regierungsanleihen, die in dieser Periode nicht sehr groß sind. Aber in den Jahren 1919 bis 1923 ist der darin enthaltene Betrag von Regierungsanleihen 233,100.000 Pfund. Dieser Betrag muß natürlich um 40% — entsprechend der Entwertung des Pfunds — heruntergesetzt werden, soll der Vergleich mit 1913 genau sein.

Die britischen Kapitalisten finden viel Trost in den fremdländischen und kolonialen Möglichkeiten für die Anlage ihres Kapitals. Nach Gebieten geordnet, gibt darüber folgende Tabelle Auskunft:

Investierungsgebiet	1911	1912	1913	1920	1921	1922	1923
	in Prozenten						
Vereinigtes Königreich	13	22	18	89	71	77	51
Britisches Dominion	34	34	39	9	23	13	29
Ausland	53	44	43	2	6	10	20

Im Lichte dieser Zahlen wird die Bedeutung der ungeheuren Propaganda für Reichsentwicklung, Reichskonferenzen, Ausstellungen usw. verständlich.

Die Verschärfung der sozialen Gegensätze.

Alles in allem ist die Tatsache feststehend, daß, während der britische Kapitalismus großen Reichtum zur Verfügung hat, er bezüglich der Anlage dieses Kapitals mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Um ihre Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen, halten sich die Kapitalisten natürlich an die Arbeiter, die sie ausplündern, während sie ihre Profitrate vergrößern. Sie schwächen dadurch zugleich die Kaufkraft der Massen. So übersättigen sie sich selbst, schwimmen im Fett und, anstatt der sozialen Krise zu entkommen, wie dies ihre Absicht ist, verschärfen sie sie.

Beispielsweise zeigt Sir G. Aslewith mit bezug auf die Schätzung der Produktion von 1909, daß 7,000.000 Arbeiter Güter im Werte von 1,757.000.000 produzierten. Davon entfielen auf die Unternehmer 1,232,000.000 und auf die Arbeiter 525,000.000 Pfund. Die Unternehmer erhielten also 2,5 mal so viel als die Arbeiter.

Im Jahre 1919 schätzte Dr. Stamp den Wert der Produktion auf 3,140.000.000 Pfund. Davon erhielten die Arbeiter nur 840,000.000 Pfund. Das bedeutet, daß der Gesamtbetrag der Löhne sich im Verhältnis zu den Profiten von dem Verhältnis von 1 zu 2,5 zum Verhältnis von 1 zu 3,77 entwickelt hat.

Seit dem Jahre 1919 sind die Löhne jäh zurückgegangen und heute um 10% niedriger als im Jahre 1913, während die Profite ungeheuer zugenommen haben. Die kleine Schicht der Unternehmer heimst ungefähr den vierfachen Betrag dessen ein, was die riesengroße Masse der Arbeiter insgesamt erhält.

Daß sich unter diesen Umständen die soziale Krise verschärfen muß, ist klar.

Politik

Zu den Ereignissen in Albanien.

Der Aufstand in Albanien endete mit der Ergreifung der Macht seitens der Gruppe Fan-Nolis. Der Scheinanlaß zu diesem Aufstand war der Kampf der albanischen Armut um Boden, besseres menschliches Leben und politische Freiheiten und Rechte. Vom Standpunkte dieser Tendenz des Aufstandes hat die Geschichte diesem Ereignisse noch kein Ende gesetzt. Außer diesem scheinbaren Anlaß besteht eine andere Triebkraft, die für den weiterstehenden Zuschauer der Kämpfe in diesem kleinen Lande verborgen bleibt. In ihrem Aufruf anläßlich des Aufstandes in Albanien haben daher die Kommunistische Balkanföderation und die Kommunistische Partei Italiens gegen die Einmischung der imperialistischen Mächte in die inneren Angelegenheiten Albaniens und speziell gegen die Intervention Italiens und Jugoslawiens protestiert und gleichzeitig das albanische Volk gewarnt, seinen blutigen Freiheitskampf nicht für fremde Interssen ausnützen zu lassen. Nachfolgend schildern wir das Intrigenspiel, das jetzt ganz klar zutage getreten ist, trotz der nationalistischen Umhüllung, mit der die schildern wir das Intrigenspiel, das jetzt ganz klar zutage getreten ist, trotz der nationalistischen Umhüllung, mit der die bezahlte bürgerliche europäische Presse die Ereignisse in Albanien umhüllen wollte.

** Während des Aufenthaltes des jugoslawischen Ministerpräsidenten Pasitsch und des Außenministers Nincitsch in Rom wurde seitens der italienischen Regierung die friedliche Lösung der Albanischen Frage vorgeschlagen. Nach langen Verhandlungen einigte man sich, und die Frage wurde „gelöst" durch einen geheimen Vertrag, laut dem Italien und Jugoslawien feierlich erklären, daß sie bei der Verteidigung der „nationalen" Interessen in Albanien sich nicht gegenseitig bekämpfen werden. Laut diesem Vertrag hat Italien das Recht, Valona zu besetzen und Jugoslawien — Skutari. Es wurde auch in Aussicht gestellt, falls sich Griechenland unter dem Einflusse Englands einer solchen Teilung Albaniens widersetzen würde, ihr einen Teil der Dodekanez-Insel zu überlassen. Frankreich wurde davon nicht in Kenntnis gesetzt.

Die offene Intervention in den inneren albanischen Angelegenheiten sollte von Italien ausgehen. Gerade deswegen wurden schon vor dem Anfange des Aufstandes bedeutende Militärtruppen und beinahe die ganze Flotte um Sizilien konzentriert. Diese Konzentration wurde sehr schlau maskiert. Vor der Eröffnung des italienischen Parlaments machte Mussolini eine „Vergnügungsreise" nach Sizilien, angeblich auf Einladung der dortigen Faschisten. Diese „Vergnügungsreise" wurde sehr pompös vorbereitet und durchgeführt: in einem Unterseeboot, begleitet von dem Marineminister, von zahlreicher „Bewachung", die beinahe die ganze italienische Flotte darstellte, und großen Infanterietruppen fuhr Mussolini nach Sizilien. Dort blieb er nur ein paar Tage, hielt einige Kriegshetzreden, in denen er die Tapferkeit der italienischen Flotte, besonders der sizilianischen Seeleute lobte, und forderte alle auf, auf ihren Posten zu sein, sobald sie vom Vaterlande gerufen werden. Von hier fuhr Mussolini plötzlich, angeblich in Parteiangelegenheiten, nach Rom. Er fuhr aber allein, die ganze Flotte und die Truppen blieben in Sizilien.

Die Konzentration der italienischen Truppen rief in der Türkei große Beunruhigung hervor. Mussolini lud aber den türkischen Gesandten zu sich und gab ihm Versicherungen und Garantien, daß diese Maßnahmen nicht gegen die Türkei gerichtet seien. Die Beunruhigung bei den Türken schien nachgelassen zu haben. Da mischte sich plötzlich in diese Sache auch Frankreich ein. Der französische Vertreter in Rom, Barrès, protestierte energisch gegen die Intervention Italiens in den albanischen Angelegenheiten. In dem Protest wurde u. a. auch erwähnt, daß die Intervention Italiens in den albanischen Angelegenheiten einen neuen europäischen Krieg verursachen könne. Derselbe Druck wurde auch auf Jugoslawien ausgeübt. Zwei Tage nach diesem Protest erklärte der italienische Außenminister, daß sich Italien angesichts der freundschaftlichen Beziehungen zu Jugoslawien nicht in die albanischen Angelegenheiten einmischen werde. Die militärische Intervention Italiens und Jugoslawiens in den albanischen Angelegenheiten wurde verhindert. Der Aufstand in Albanien dehnte sich aber aus und nahm große Dimensionen an, da Italien trotz der Erklärung ihn weiter unterstützte. Hinter Mussolini stand, wie man sagt, die große Petroleum-Kompagnie Sinclair. Kurz vor dem Aufstande in Albanien hat Mussolini mit dieser Gesellschaft einen Konzessionsvertrag abgeschlossen, laut dem die ganze südliche und mittlere Hälfte Italiens der Gesellschaft zwecks Erforschung und Ausbeutung von Petroleumquellen überlassen wurde. Diese Konzession wurde vom Ministerrat sowie durch ein königliches Dekret bestätigt, blieb aber geheim. Die Mitteilung über diese Konzession wurde erst gemacht, als in den Zeitungen von einer Affäre über diese Konzessionen berichtet wurde. Diese Konzession war mit der Frage des Eindringens des amerikanischen Kapitals in Albanien verbunden. Die amerikanischen Petroleummagnaten sind bestrebt, die Petroleumquellen in Albanien zu erobern und die englischen Konkurrenten auszuschalten. Bei den Verhandlungen über diese Konzession wurden seitens der amerikanischen Petroleummagnaten an Italien viele ökonomischen Vorteile gewährt, damit es den albanischen Aufstand organisiert und dem amerikanischen Kapital die führende Rolle bei der Ausbeutung der italienischen Zonen in Albanien überläßt. Es wurde sogar über das künftige Staatshaupt Albaniens gesprochen. Die Italiener schlugen als solchen einen italienischen Prinzen vor. Die Amerikaner kandidierten aber Sinclair.

Es ist klar, daß der Aufstand in Albanien von der italienischen Regierung mit Einverständnis Jugoslawiens und mit dem Gelde der amerikanischen Petroleummagnaten organisiert wurde. Zur Ausnützung dieses Aufstandes rechnete Mussolini auf die Regierungskrise in Frankreich. Die Intervention wurde aber von der Krise innerhalb des Faschismus in seinem eigenen Lande verhindert.

Jugoslawien konnte sich wegen der inneren Regierungskrise auch nicht einmischen. Der Aufstand blieb auch vom Standpunkt gewisser imperialistischer Interessen unbeendet. Es ist schwer vorauszusehen, wie sich die Ereignisse in Albanien weiter entwickeln werden. Von dem Standpunkte ausgehend, daß mit der albanischen Frage auch der Friede auf dem Balkan verbunden ist, ist es jedenfalls Pflicht aller balkanländischen Kommunistischen Parteien, die Entwicklung dieser Frage aufmerksam zu verfolgen und jeden Moment bereit zu sein, die Regierungen ihrer Länder zu verhindern, sich in die inneren Angelegenheiten Albaniens einzumischen und auf diese Weise dem albanischen Volke in seinem Kampfe um ökonomische und politische Freiheit zu helfen und hauptsächlich den Imperialismus zu verhindern, das Feuer des Krieges in Albanien zu entzünden.

Stefan Raditsch und seine Partei.

Von G. Sandomirskij (Moskau).

** Die Ankunft von St. Raditsch, Führer der revolutionären kroatischen Bauernschaft, in Moskau hat ohne Zweifel das Interesse der werktätigen Massen der Sowjetunion für die von ihm geführte Bewegung verstärkt. Bis jetzt war sie bei uns nur wenig bekannt. Der Name Raditsch kam in telegraphischen Mitteilungen erst im Herbst des Vorjahres häufiger vor, nach seiner aufsehenerregenden Flucht aus Agram (Zagreb) nach London, die den Beginn des offenen Kampfes mit Paschitsch bezeichnete.

Indessen hat das imposante Anwachsen der Bauernbewegung in Kroatien, die von revolutionärer Geschlossenheit und Disziplin erfüllt ist, sich zu einem mächtigen Faktor nicht nur der balkanischen, sondern auch der europäischen Politik umgewandelt.

Worin besteht das Programm der „Kroatischen Republikanischen Bauernpartei" (offizielle Benennung: Hrvatska Respublikanska Selacka Stranka — HRSS.), die von Raditsch geführt wird?

Der nationale Teil des Programms besteht darin, daß die HRSS. den gewaltsamen Einschluß Kroatiens (auf Grund der Vidovan-Verfassung) in den Bestand des jetzigen Jugoslawiens nicht anerkennt. Die HRSS. fordert die völlige nationale und politische Unabhängigkeit des vier Millionen umfassenden kroatischen Volkes von der jetzigen „großserbischen" Gewaltherrschaft, was natürlich in der Zukunft eine Föderation der Kroaten nicht nur mit den Serben und Slowenen, sondern auch mit den übrigen befreiten Balkanvölkerschaften nicht ausschließt. Die Form des politischen Aufbaues des befreiten Kroatiens hat nach der Ansicht der HRSS. die Republik zu sein, nicht nur mit dem „Referendum", der „Volksabstimmung" und anderen Vervollkommnungen der sogenannten demokratischen Republiken, sondern eine solche, die sich am meisten dem Typus unserer **Arbeiter- und Bauernrepubliken** nähert. In seinen letzten Artikeln und öffentlichen Kundgebungen spricht sich Raditsch recht kategorisch dafür aus. Er erklärt sich offen als ein Feind jener formalen Demokratie, unter der „das Volk nur einen Tag im Jahre (und, wie zugegeben werden muß, ein recht zweifelhafter) Herr im Hause ist, nämlich am Wahltage".

Raditsch und andere Ideologen stellen die **Bauernschaft** in den Vordergrund, denn nach ihrer Meinung wird die kommende kroatische Revolution die Macht nicht in die Hände des „vierten Standes" (des Proletariats), sondern des „fünften", der Bauernschaft, geben. Und dies nicht nur deshalb, weil die gesellschaftlich-wirtschaftliche Struktur Kroatiens eine solche „Variante" verlangt, sondern auch deshalb, weil Raditsch als typischer Bauernideologe an eine besondere, von der Vorsehung bestimmte Sendung der Bauernmasse als „Trägerin der Ideale der Gerechtigkeit und Menschlichkeit" glaubt. In diesem Punkte näherte sich Raditsch — besonders bis zum Jahre 1918 — unseren „Narodniki" mit ihrem Glauben an die vom „Volke" ausgestrahlte „Wahrheit und Gerechtigkeit".

Daraus — aus diesem Glauben an die besondere humanitäre Sendung der Bauernschaft — ergibt sich auch der eigenartige **Pazifismus** oder, wie ihn Raditsch nennt, **Antimilitarismus**. Im übrigen ist der Pazifismus von Raditsch, der typische Protest gegen den letzten Krieg, und in dieser Beziehung muß die von Raditsch geführte Bewegung eher der **faschistischen** Bewegung als der kommunistischen entgegengestellt werden. Der Krieg hat den Faschisten keinen Abscheu eingeflößt; im Gegenteil, in der Kugel und im Knüppel ersah der Faschismus die besten Methoden zur Lösung aller sozialpolitischen Konflikte. Die kroatische Bauernschaft aber **lernte den Krieg hassen**. Indessen anerkennen Raditsch und seine Freunde die Notwendigkeit, ihre revolutionären Errungenschaften mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, mit anderen Worten, sie sind nicht pazifistische Tolstojaner, sondern Revolutionäre. Die HRSS. erkennt in ihrem Programm sogar die Notwedigkeit einer Volksmiliz an. Darum glauben wir, daß Raditsch und seine Freunde besser daran getan hätten, wenn sie erklärt hätten, daß sie überzeugte Feinde des **aggressiven Militarismus** sind. Diese Formulierung hätte das Wesen ihrer Gedanken genauer zum Ausdruck gebracht als der dehnbare Begriff „Pazifismus".

Der soziale Teil des Programms der HRSS. bedarf keiner besonderen Erläuterungen. Er fügt sich sehr schön in die Losungen der Oktoberrevolution ein: „Die Erde den Arbeitenden!" „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!" Nebenbei bemerkt, hatten, wie Raditsch selbst sagt, auf das Erwecken des Klassenbewußtseins der kroatischen Bauernschaft einen gewaltigen Einfluß die 130.000 Kriegsgefangenen der österreichisch-ungarischen Armee, die aus Rußland heimgekehrt waren, wo sie Zeugen der Oktoberrevolution gewesen.

Das politische spezifische Gewicht der Partei Raditsch' ist sehr bedeutend. Im Herbst 1920 wurden bei den Wahlen in die Skupschtina von 440.000 in Kroatien abgegebenen Stimmen 230.000 für die Partei Raditsch' abgegeben, und von 93 Abgeordnetensitzen erhielt sie 49. Es vergingen 2½ Jahre, und im März 1923 erzielte sie bereits 70 Sitze, wodurch sie zahlenmäßig die zweite Partei in der Skupschtina wurde. Aber die HRSS. boykottierte bis zur letzten Zeit die Arbeit der Skupschtina, und gerade dieser Umstand ermöglichte es dem Führer der Radikalen, dem alten Ränkeschmied und geborenem Faschisten Paschitsch, sich an der Macht zu halten.

Im Frühling dieses Jahres entschloß sich Raditsch, der die Bewegung der kroatischen Bauernschaft vom Auslande aus geleitet hatte, zeitweise seine Taktik zu ändern und in den sogenannten „Oppositionsblock" einzutreten. Die Ergebnisse sind bekannt: das zweimalige Erscheinen der Abgeordneten der Partei Raditsch' in der Skupschtina genügte, um, ungeachtet aller ihrer Wiederkehr bereiteten Hindernisse, eine zweimalige Regierungskrise hervorzurufen. In den letzten Tagen des Monats Mai erklärte Paschitsch, der in der Skupschtina erschienen war, unter Johlen und Pfeifen der Opposition, das Parlament bis zum Herbst für aufgelöst.

Die bevorstehenden fünf Monate ist Paschitsch gewillt, zur Vorbereitung des Endkampfes gegen die Opposition und in erster Reihe gegen Raditsch auszunützen. Und die Vorbereitung hat bereits eingesetzt. Der Terror nicht nur gegen die Kroaten, sondern auch gegen die Deutschen, die Muselmanen usw. hat das Äußerste erreicht. Was die innere Opposition betrifft, so erklärte Paschitsch in einer Versammlung nach der Vertagung der Skupschtina ganz ungescheut, daß er um seine Macht mit der Waffe in der Hand kämpfen würde, „wenn nötig, selbst gegen den König". Mit anderen Worten: der Durchfall Paschitsch' bei den Wahlen im Herbst wird die Erklärung der Militärdiktatur mit sich ziehen.

Derart muß der Herbst oder spätestens der Winter die Lösung der „kroatischen Frage" bringen. Raditsch hätte den Zeitpunkt für seine Ankunft in Moskau nicht günstiger wählen können. Er hat erklärt, daß er in die Sowjetunion gereist sei, um die Methoden des revolutionären Aufbaues zu lernen. Es wäre sehr gut, wenn Raditsch sich nicht nur mit diesen Methoden bekannt machen würde, sondern auch mit der siebenjährigen Geschichte der Oktoberrevolution. Dann wird es ihm anschaulicher werden, daß die Bürgschaft für die Befreiung der Bauernschaft in ihrem Bündnisse nicht nur mit dem Proletariat des eigenen Landes, sondern auch mit dem internationalen Proletariat besteht.

Union der Sowjetrepubliken

Ein Provokateur und Proletarierverräter vor dem revolutionären Tribunal.

Von Victor Serge.

** Vor dem Revolutionstribunal steht ein Greis, ein Gespenst. Er steigt aus einer furchtbaren Vergangenheit herauf, die für immer vorbei ist. Die ganze Niedertracht des einstigen Regimes verkörpert sich in ihm.

Er heißt Petrowsky (Okladsky) und ist 64 Jahre alt. Er hat während 37 Jahren der Geheimpolizei des Zaren bemerkenswerte Dienste geleistet, und zwar von 1880 bis 1917. Die Revolution hat seiner „Karriere" ein Ende gemacht.

Um das Jahr 1879 bereitete Okladsky, damals Student im Alter von 20 Jahren und Revolutionär seit seinem 15. Lebensjahr, Mitglied der Partei Narodnaj's Wolja (der Wille des Volkes) und Terrorist, gemeinsam mit Jeliabow ein Attentat gegen den Zaren Alexander I. vor. Man wollte den Zug des Zaren in die Luft sprengen. Dieser fuhr aber über die Höllenmaschine hinweg, ohne daß etwas geschah. Hatte die Höllenmaschine zufällig versagt? Man glaubte es. Aber 16 Revolutionäre, darunter auch Okladsky, hatten sich wegen des „Verbrechens" zu verantworten. Okladsky wurde zum Tode verurteilt. Die „Gnade" des Zaren ließ ihm das Leben im lebenslänglichen Kerker.

Und nun begann seine glänzende Karriere. Es begann die Serie der unschätzbaren Dienste, die Okladsky der Polizei des Zaren leisten sollte. In der langen Liste der Namen, die er der zaristischen Justiz auslieferte, befanden sich auch die Namen

der tapfersten und opfermutigsten Vorkämpfer: **Barannikow, Jeliabow, Trigoni und Wera Figner.** Von diesen lebt heute nur noch Wera Figner. Sie war 20 Jahre in der Schlüsselburg eingekerkert. Barannikow ist dort gestorben. Trigoni nach 20jährigen Qualen in der Schlüsselburg auf die Insel Sachalin verbannt worden, wo er vier Jahre schmachtete. Noch kurz vor seinem Tode im Juni 1917 konnte er den Zusammenbruch des Zarismus erleben. Jeliabow ist hingerichtet worden.

Diese Opfermütigen gehörten dem Kern der Partei Narodnaja Wolja an, der ersten revolutionären Partei Rußlands, die noch vor dem Entstehen einer politischen Bewegung der Autokratie den Krieg erklärte. Ihr Programm war das einer liberalen Revolution, deren Durchführung in Rußland einen ungeheuren Fortschritt bedeutet hätte. In einer Epoche, in der sie keine andere Organisationsmöglichkeit sah und den Massenkampf nicht organisierte, bediente sie sich der Methode des Terrors, indem sie ohne Unterlaß auf den Zarismus losschlug.

Unter dieser Handvoll tapferer Männer und Frauen war Alexander Jeliabow vielleicht der größte und erwies gewiß der Partei, an deren Gründung er beteiligt war, die größten Dienste. Er wurde von Okladsky denunziert und am 27. Februar 1881 zusammen mit Trigoni, einem jungen Advokaten aus Odessa, verhaftet. Beide waren Mitglieder des geheimnisvollen Exekutionskomitees des Narodnja Wolja.

Zwei Tage darauf wurde Alexander II. durch ein Bombenattentat in einer Petersburger Straße getötet. Am folgenden Tage erhielt die Justizbehörde einen Brief des in der Peter-Pauls-Feste eingekerkerten Jeliabow:

„Wenn der neue Zar... die Absicht hat, bezüglich derjenigen, die Alexander II. getötet haben, am alten System der Justiz festzuhalten und Ryssakow (einen der Attentäter, der dann, um sich zu retten, andere Mithelfer denunzierte, D. R.) hinzurichten, so wäre es eine schreiende Ungerechtigkeit, mich am Leben zu lassen, da ich oft Alexander II. nach dem Leben getrachtet habe, und nur durch einen Zufall daran verhindert wurde, an seiner Hinrichtung mitzuwirken."

Der neue Zar, Alexander III. ließ die Ermordung seines Vorgängers nicht durch eine, sondern durch sechs Hinrichtungen „sühnen". Nur eine junge schwangere Frau, Jessy Helfman, wurde begnadigt. Jeliabow selbst wurde zusammen mit seiner Gefährtin Sophie Pervoskaja, mit Ryssakow (dessen Verrat also vergeblich war), Michailow und dem Chemiker Kibaltschik gehängt. Michailow wurde dreimal gehängt, denn zweimal riß der Strick des Henkers. Zweimal fiel Michailow in den schon hergerichteten Sarg, um sich selbst wieder zu erheben.

Der elende Provokateur und Verräter Okladsky setzte indessen seine Diensttätigkeit fort. Und es war ihm nicht schwer, inmitten der begeisterten und oft nicht genügend vorsichtigen Jugend, die unerschrocken und unermüdlich „zum Volk" und also ins Gefängnis, in die Verbannung, in den Tod ging, genügend Opfer zu finden, die er dem Zarismus auslieferte. Okladsky, der nach Kiew kam, lieferte der Polizei sofort Sudeikin und Wera Figner aus. Ebenso machte er es in Tiflis. Er war sehr geschickt in der Kunst des Verrats, verstand es, sich mit den edelsten und tapfersten Menschen zu verbinden, ihre Sympathien zu erwerben und ihre Begeisterung zu teilen, um sie nachher durch ein Zeichen den zaristischen Behörden lebend auszuliefern — und die erwarteten Prämien einzuheimsen.

Im Jahre 1889 rief ihn die kaiserliche Sicherheitsbehörde nach Petersburg. Der Minister Durnowo reinigte Okladsky von seiner Vergangenheit, indem er ihn zum „ehrbaren Bürger" Petrowsky machte. Petrowsky blieb wohlverstanden „Revolutionär" und Konfident. Er blieb zweifellos bis zur Revolution von 1917 in Aktivität. Seither hat er sich verkrochen und friedlich verhalten.

Nunmehr im Kerker von Leningrad, dort, wo mehrere seiner Opfer den Tod erwartet haben, hat er seine Bekenntnisse bis zum Jahre 1890 geschrieben. Über dieses Datum geht er nicht hinaus. Da schweigt er beharrlich. Er will nur von einer Zeit sprechen, aus der es keinen lebenden Revolutionär mehr gibt.

Nun hält das revolutionäre Tribunal über ihn Gericht.

Reparationsfragen

Der Kampf gegen das zweite Versailles.

Am 24. Juni tagte in Köln a. Rh. eine internationale Konferenz von Vertretern der Kommunistischen Parteien sowie der kommunistischen Parlamentsfraktionen Deutschlands und Frankreichs, der revolutionären Gewerkschaften und Betriebsräte Deutschlands und der CGTU., in der über die gemeinsamen Maßnahmen beraten wurde, die gegen die Durchführung des Sachverständigengutachtens in der Reparationsfrage ergriffen werden müssen. In der Konferenz gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, aus der wir nachfolgend die wichtigsten Stellen wiedergeben.

Die Redaktion.

** Der räuberische Weltkapitalismus, der im Weltkriege 20 Millionen Arbeiter und Bauern hinschlachtete, hat es nach Kriegsbeendigung nicht verstanden, der Welt den Frieden zu geben. Trotz aller Kunstgriffe der internationalen Finanzleute, trotz schändlichster Unterdrückung der klassenbewußten Arbeiterschaft ist das Gleichgewicht der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht mehr herzustellen. Der Weltkapitalismus befindet sich in einer entscheidenden Krise. In dieser Situation sucht er in einer neuen Form die werktätigen Massen irrezuleiten und sich eine letzte Galgenfrist zu verschaffen.

Das **Sachverständigengutachten** ist der Ausdruck eines großzügigen Planes, das Weltkapital einheitlich gegen das Proletariat zusammenzufassen. Die schändlichen kapitalistischen Raubpläne finden **bereitwillige Unterstützung durch die internationale Sozialdemokratie** und durch die Amsterdamer Gewerkschaftsbürokraten. Macdonald vertritt geschickt die Geschäfte der britischen Großbourgeoisie, Herriot stützt sich auf Blum, und die italienischen Sozialdemokraten sind jeden Augenblick bereit, sich einem demokratisch frisierten Mussolini in die Arme zu werfen. Die neue demokratische Linksregierung in Frankreich spielt den Massen eine unerhörte Komödie vor. Herriot verspricht, das Ruhrgebiet zu „räumen", ohne es in Wahrheit zu wollen. Der Pazifismus Herriots zeigt sich durch die Berufung des Generals Nollet zum Kriegsminister.

Der Sachverständigenberirht verfolgt zunächst den Zweck, **Deutschland zur Kolonie des Weltkapitals** zu machen. Dabei sollen die deutschen Kapitalisten als Sklavenantreiber mithelfen. Die Durchführung des Sachverständigenabkommens bedeutet für die deutsche Arbeiterschaft: neuen Lohnabbau, die zehn- bis zwölfstündige Arbeitszeit, Abbau der Sozialleistungen und der winzigen Rechte im Betriebe, Verteuerung aller Lebensnotwendigkeiten durch die direkten und indirekten Steuern und Zölle, Massenentlassungen und Niederknüppelung durch die gemeinsam operierenden Streitkräfte der Ebert-Republik und der Gläubigerstaaten.

Entsprechend wird die Auswirkung des Sachverständigengutachtens auf die Arbeiterschaft **Frankreichs** sein. Das **angelsächsische Kapital** wird genau so Frankreich versklaven, wie es jetzt Deutschland versklaven will.

Die Eintracht des Weltkapitals, wie sie im Sachverständigengutachten zum Ausdruck kommt, wird selbstverständlich **nicht von Dauer** sein. Die inneren Gegensätze zwischen den Kapitalistengruppen werden die heuchlerische Eintracht zerreißen.

Das Sachverständigengutachten ist nicht die Sicherung des Weltfriedens, sondern, im Gegenteil, die Ankündigung neuer imperialistischer Weltkonflikte. Daneben wird das Weltkapital versuchen müssen, den Staat auszuschalten, der schon durch seine Existenz die Absichten der internationalen Räuber durchkreuzt, nämlich **Sowjetrußland.** Die Intrigen Poincarés in der letzten Zeit seiner Regierung gegen Sowjetrußland sowie der Überfall auf die russische Handelsvertretung in Berlin waren dafür charakteristisch.

Den Kampf gegen diesen Plan des Weltkapitals hat die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft **einheitlich** zu führen. An die Seite der **kommunistischen Parteien aller Länder treten in diesem Kampf die revolutionären Betriebsräte und die revolutionären Gewerkschafter.**

Die **revolutionäre Arbeiterschaft Frankreichs und Deutschlands** stellt der kapitalistischen Diktatur, wie sie im Sachverständigengutachten zum Ausdruck kommt, die Losung der **proletarischen Diktatur** entgegen.

Die kapitalistische Beherrschung der Produktion in Deutschland wie in Frankreich muß gebrochen werden durch den Kampf um die proletarische Produktionskontrolle. Diesen Kampf müssen die Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten aufnehmen, in erster Linie mit Hilfe ihrer Betriebsräte, zur Zertrümmerung der kapitalistischen Produktionsordnung und zur Verwirklichung des Sozialismus.

Die Sachverständigen wollen die Privatisierung der bisher staatlichen deutschen Eisenbahnen und die Auslieferung dieser Eisenbahnen an die internationalen Kapitalisten. Demgegenüber verlangen wir in Deutschland wie in Frankreich Sozialisierung des gesamten Verkehrswesens und seine Verwaltung durch die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Der Kampf der Eisenbahner gegen die kapitalistische Ausbeutung, wie er in Deutschland und in Frankreich bereits begonnen hat, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Proletariats.

Den Plänen der Sachverständigen auf Auslieferung der zentralen Banken an das internationale Kapital setzen wir in Deutschland und in Frankreich die Forderung nach Sozialisierung des gesamten Bankwesens entgegen.

Die Sachverständigen wollen durch das System der Industrieobligationen die deutsche Industrie in den Rahmen des einheitlichen Welttrusts einflicken. Demgegenüber verlangen wir in Deutschland und Frankreich die Sozialisierung aller entscheidenden Industrien (Bergbau, Metallindustrie, chemische Industrie und so weiter).

Den Plänen der Sachverständigen zum Ausbau des indirekten Steuersystems setzen wir in Deutschland und in Frankreich die Forderung der Aufhebung aller indirekten Steuern, die Forderung der Aufhebung der schändlichen Lohnsteuer und die Forderung der Konfiskation der kapitalistischen Vermögen entgegen.

Der Sachverständigenplan leidet an dem gleichen inneren Widerspruch wie alle bisherigen Versuche, die Reparationsfrage zu lösen. Wenn die Peitsche der Sachverständigen die deutsche Wirtschaft zu erhöhter verbilligter Produktion antreibt, so muß der Absatz dieser deutschen Waren auf dem Weltmarkt die schwerste Konkurrenz für die Siegerstaaten bringen.

Aber die französischen Kapitalisten, die am Weltkriege ebenso schuldig sind wie die deutschen, haben keine Berechtigung, an die deutschen Arbeiter Reparationsforderungen zu stellen. Wenn in Deutschland und in Frankreich die Arbeiterklasse die Macht übernimmt, dann wird die brüderliche Solidarität des deutschen und französischen Proletariats die noch vorhandenen Kriegsschäden heilen.

Die kommunistischen Parlamentsfraktionen Deutschlands und Frankreichs verpflichten sich, gemeinsam den Kampf zu führen gegen die Regierungen, gegen den Imperialismus und Nationalismus diesseits und jenseits des Rheins, gegen das Sachverständigengutachten als Ausdruck des gemeinsamen Raubplanes des französischen und deutschen Kapitals, für die Räumung der besetzten deutschen Gebiete von den Truppen des internationalen Kapitals, für die Amnestie der proletarischen politischen Gefangenen in allen Ländern, für die Überwindung des europäischen Kapitalismus durch die proletarische Revolution.

Die parlamentarische Aktion gegen das Sachverständigengutachten ist aber erfolglos, wenn nicht die arbeitenden Massen außerhalb des Parlaments selbst die aktive Abwehr der kapitalistischen Räuberpläne beginnen.

Alle diese Bewegungen müssen in Deutschland und in Frankreich zusammengefaßt, gesteigert und mit einheitlicher Wucht gegen das internationale Kapital gerichtet werden. Massenaktionen in Deutschland und in Frankreich müssen die Amnestie der politischen Gefangenen des Proletariats erzwingen. Der Widerstand der proletarischen Massen muß der neuen Verfolgung der revolutionären Arbeiter entgegentreten, die in Deutschland gegenwärtig im Gange ist. Auch die Herriot-Regierung in Frankreich wird bei jeder Zuspitzung des Klassenkampfes die Poincaré-Methoden anwenden.

Jeder Widerstand gegen Lohnabbau und Verschlechterung der proletarischen Lebenslage, jeder Widerstand gegen politische kapitalistische Gewaltakte in Deutschland wie in Frankreich ist zugleich ein Schlag gegen den Sachverständigenplan.

Nieder mit den vereinigten Räubern Europas!

Nieder mit ihren sozialdemokratischen Helfershelfern!

Nieder mit der heuchlerischen Phraseologie des Völkerbundes!

Hoch das deutsche und französische revolutionäre Proletariat!

Hoch die Dritte Internationale!

Hoch die Vereinigten Sowjetrepubliken Europas!

Wirtschaft

Österreichs Sanierung und Zolltarif.

Von Paul Friedländer (Wien).

Der „Wiederaufbau" Österreichs.

** Der „Wiederaufbau" Österreichs unter der Vormundsch des Völkerbundes geht planmäßig weiter. Das heißt: Der Abb der Produktion, der Abbau der Löhne und Gehälter der Arbei und Angestellten, der Abbau der Kaufkraft der Massen Interesse des Gleichgewichtes des kapitalistischen Staatsbudge und des Profits der ausländischen und inländischen Ban kapitalisten, all dies wird weitergetrieben. Die „Sanierung" d kapitalistischen Staatshaushalts erwächst immer vorbildliche aus der völligen Ruinierung des proletarischen Privathaushalt Nicht umsonst singen die Kapitalisten und Sozialisten al Länder das Lied vom braven Zimmermann und seinem gerette Österreich, an dessen Spitze ein Prälat die Geschäfte des Ban kapitals und der Börse besorgt.

Aber in Österreich selbst — das hatten schon die Nationa ratswahlen im Herbst gezeigt — wird das Protektorat de Völkerbundes nicht voll gewürdigt. Selbst breitere Mittelschichte sind von der Sanierungsmethode auf Kosten der Besitzlosen un kleinen Leute nicht begeistert. Als im letzten Frühjahr jene Wir schaftskrise einsetzte, die einen gewaltigen Sturz der „durch d Banken" künstlich in die Höhe getriebenen Wertpapiere mit sic brachte, wurden sie neuerlich arg mitgenommen. Für die Gro banken war der Aktiensturz die Gelegenheit zu einem Raubzug zu einer neuen unerhörten Akkumulation des Kapitals. Aber die allgemeine Finanzkrise verschärfte sich. Es folgten Zusammenbrüche mittlerer Firmen und Institute in Massen. Die auf Grund von Insolvenzerklärungen gerichtlich eingeleiteten Ausgleichsverfahren betrugen im Februar 109, im März 175, im April 2 Im Mai und Juni haben sie nicht abgenommen. Die Großbank die sich überdies in gewaltige verfehlte Frankenspekulation eingelassen haben, saugen schon seit Jahr und Tag alle Gewinn der Industrie und des Handels für ihr Börsengeschäft auf, ausg daß sie, als die Herren der Produktion, für den Reproduktions prozeß, für die Erweiterung der Produktion, für die Stärkung der so furchtbar geschwächten Kaufkraft und des inländischen Marktes durch Verbilligung der Produkte bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne sorgen. Seit dem Frühjahr pumpen sie die Wirtschaft mit Hochdruck aus. Daher der wachsende Kapitalmangel in Industrie und Handel. Trotz genügender Aufträge aus dem Ausland verschärft sich die Wirtschaftskrise. Ihre Folgen — wachsende Arbeitslosigkeit — machen sich wieder deutlicher bemerkbar. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im April (84.180 unterstützte Arbeitslose gegen 106.910 im Mär Dazu kamen aber mindestens 20.000 bis 15.000 nicht unterstü „ausgesteuerte" Arbeitslose) war nur vorübergehend. Im M und besonders Juni nimmt die Arbeitslosigkeit bereits rapid

Bei dieser Finanz- und Wirtschaftskrise würde man wenig stens einen Rückgang der Preise erwarten, doch das Gegen dessen ist der Fall. Seitdem die „Sanierung" Österreichs Gange ist, bewegen sich die Preise aller Waren aufwärts. Die Teuerung kommt selbst im amtlichen durchaus schönfärbenden Index zum Ausdruck. In diesem Jahr: Januar + 4%, Februar + 2%, März und April 0%, Mai + 2%, Juni + 2%.

Das Normalbudget und der Völkerbund.

Um die wachsende Unzufriedenheit innerhalb der Kleinbürger zu dämpfen, hat die christlichsoziale-großdeutsche Regierung gemeinsam mit der sozialdemokratischen „Opposition" auf der letzten Tagung des Völkerbundsrates in Genf im Juni ein sogenanntes Normalbudget vorgelegt und, weil damit das normale Gleichgewicht zwischen Staatseinnahmen und Ausgaben erzielt sei, um die Abberufung des Generalkommissärs Zimmermann sowie um die Flüssigmachung der vorhandenen (in ausländischen Banken angelegten) Kreditreste zur produktiven Investierung in Österreich ersucht. Beides wurde abgelehnt.

Aber dies ist unserer Ansicht nach nicht das Wesentliche. Das Wesentliche ist, daß das Normalbudget der österreichischen Regierung (Ausgabeetat: 520 Millionen Goldkronen, Einnahmeetat: 533 Millionen, Ende 1922 war im Anschluß an den Genfer Vertrag eine Ausgabensumme von nur 350 Millionen als „normal" vereinbart worden, eine lächerliche Summe), ein Musterbudget der Genfer Sanierungsmethode, ein Musterbeispiel der Massenbelastung sein will und auch ist. Die Massenverbrauchs-

steuer, die Warenumsatzsteuer, der Zolltarif, die staatlichen Tarife und Monopole machen die Hauptposten des Budgets aus. Was die Einkommensteuer betrifft, so haben hier auch die Arbeiter und Angestellten den Großteil zu bestreiten (durch direkten Abzug vom Lohn). Kurzum mehr als vier Fünftel der Einnahmen des Budgets gehen glatt auf Kosten der Besitzlosen. Die Bourgeoisie bleibt unbelastet. Dafür wird der größte Teil der Vorkriegsschulden der armen Großbanken — Milliardenbeträge — laut besonderem Gesetz vom Staat übernommen. Aber Altersversicherung, Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, Aufbaukredite für die Produktion usw., das figuriert natürlich nicht unter den Ausgaben. Die Regierung will mit diesem Budget beweisen, daß sie die Kunst Zimmermanns vollkommen gelernt hat und ihn persönlich nicht mehr braucht. Die Sozialdemokratie tut mit und stimmt für das Normalbudget. In diesem Normalbudget ist auch der neue Zolltarif, der gegenwärtig in „Enqueten" erörtert wird, vorgesehen.

Der Zolltarif.

Der geplante österreichische Zolltarif ist ein ganz einzigartiges Attentat auf die breiten Massen in Österreich, weil ihm auch jeder Schatten einer „volkswirtschaftlichen Notwendigkeit" fehlt. Denn die geplanten Agrarzölle — das geben selbst die Agrarier zu — sind in Österreich, das fast drei Viertel seines Bedarfes an landwirtschaftlichen Produkten aus dem Ausland decken muß, die reinsten Mutwillenszölle. Aber auch von einem Schutz der Industrie kann nicht die Rede sein. Denn die Industrie ist größtenteils Exportindustrie und wird als solche durch die geplanten Zölle auf Rohstoffe und Halbfertigwaren und der damit verbundenen Verteuerung der Produkte in ihrer Konkurrenzfähigkeit **katastrophal** gefährdet. Aber mit der Schwächung auf den ausländischen Absatzmärkten, die hier droht, geht keineswegs die Gewinnung neuer ausländischer Absatzmärkte parallel. Denn gerade durch die Zölle und die damit verbundene Teuerungswelle wird die an und für sich so minimale Kaufkraft der breiten Verbrauchermassen in Österreich noch mehr beeinträchtigt. Für eine Reihe von Großkapitalisten und für die Agrarier bedeuten allerdings die Zölle ebenso mühelose wie kolossale Extraprofite — mag auch die Produktion darunter noch mehr leiden — und für den Staat eine gewaltige „normale" „Einnahmequelle" zur Stabilisierung des Budgets.

Einige Zahlen:

Kategorie der Ware	Zollsatz in Goldkronen pro 100 kg
Kaffee, geröstet	135
Mehl	6
Trockengemüse	25
Schlachtvieh	5
Schweinefleisch (über 100 kg)	7
Naturbutter	20
Kondensmilch	25
Petroleum	3
Baumwollgarne	14—130
Leinenwaren	90—1100
Seidenwaren	25—750
Leder	50— 85
Lederwaren (Schuhe usw.)	90—300
Roheisen	0,50
Stabeisen	3— 10
Bleche, Platten	4— 15
Stahlrohre	25
Maschinen, Apparate, Motoren, Elektroindustrie	bis 600

Wer sich diese Zahlen vor Augen führt und dabei bedenkt, daß ein Angestellter und Arbeiter in Österreich durchschnittlich 25 Goldkronen in der Woche verdient (der Arbeitslose 10 Goldkronen), der erkennt, daß es sich bei diesem Zolltarif um eine Verteuerung des Lebens um mindestens 10% handelt und um eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit, Brot wird dann in Österreich doppelt soviel kosten als in Rumänien. Vier volle Wochenlöhne für Zölle. Die Regierung Seipel will allein 252 Milliarden an Getreidezoll für den Fiskus einstreichen.

Das österreichische Proletariat verbleibt in der geschilderten Situation kampflos und ergeben. Die Kampfmüdigkeit und der Fatalismus ist eine verhängnisvolle psychologische Folge der „Rettung" Österreichs durch den Völkerbund. Die große Sozialdemokratische Partei verhindert den proletarischen Massenkampf. Das Proletariat Österreichs wäre in jedem Moment so stark, um die „Sanierung" über den Haufen werfen zu können. Die kleine Kommunistische Partei Österreichs ist noch zu schwach, um die Situation entscheidend beeinflussen zu können.

Arbeiterbewegung

Die faschistische Gewerkschaftsbewegung in Italien.

Von Andreas Réz.

** Die faschistische Gewerkschaftsbewegung ist durch Terror geboren und wird durch Terror erhalten. Vergewaltigungen und Drohungen waren die Mittel dazu, die Arbeitermassen in die faschistischen Gewerkschaften hineinzudrängen. Heute beträgt die Mitgliederzahl der faschistischen Gewerkschaften nach offizieller Angabe 1,400.000. Die faschistischen Gewerkschaften sind bloß organisatorische Gebilde ohne inneres Leben. Nach außen hin ist die faschistische Gewerkschaftsbewegung auf „faschistischem Industrieverbändesystem" aufgebaut. Nach dem Beschluß des Zentralkomitees des faschistischen Gewerkschaftsbundes im Dezember des Jahres 1923 sind die faschistischen Gewerkschaften nach folgendem Plan reorganisiert: Jede Berufsorganisation gehört ab 1. Januar 1924 unter die Leitung des betreffenden Zentralausschußsekretariats des faschistischen Gewerkschaftsbundes. Jeder Landesberufsverband ist in administrativer Hinsicht autonom. Nach diesem Reorganisierungsplan wurden Landesverbände, beziehungsweise dementsprechende Landesberufssekretariate für die folgenden Berufe aufgestellt: 1. Landwirtschaft; 2. Industrie (allgemein zusammenfassend); 3. freie Berufe; 4. Verkehr-Transport-, Post-Telegraphie- und Staatsindustriebetriebe; 5. Gesundheitswesen; 6. Angestellte; 7. Unterrichtswesen; 8. Luftverkehrswesen; 9. für die schönen Künste und das künstlerische Gewerbe; 10. Theaterwesen; 11. Nahrungsmittelindustrie. Sehr „lehrreich" ist die Reihenfolge und die Aufteilungsweise der Industriegebiete. Für die Industrie nur ein allzusammenfassender Verband, beziehungsweise Landesberufssekretariat, dagegen für die schönen Künste und künstlerischen Gewerbe und für das Theaterwesen zwei separate Verbände. Nach innen sieht die faschistische Gewerkschaftsbewegung aber nicht so schön aus. In der faschistischen Gewerkschaftsbewegung fehlt jedes innere organisatorische Leben. Keine Mitgliederversammlungen oder öffentliche Versammlungen werden abgehalten. Die Funktionäre werden von oben ernannt.

Die Theorie der faschistischen Gewerkschaftsbewegung besteht darin, daß **der Klassenkampf durch die Klassenversöhnung** ersetzt werden soll. Um die Sicherung dieser Klassenversöhnung durchzuführen, müssen sowohl die Unternehmer wie die Arbeiter in derselben faschistischen Gewerkschaft organisiert sein. Dem Faschismus ist es gelungen, die freigewerkschaftliche Bewegung fast ganz zu vernichten und die Arbeiter in den faschistischen Gewerkschaften zu organisieren; aber es **ist nicht gelungen, die Unternehmerorganisationen zu vernichten** und die Unternehmer in die faschistischen Gewerkschaften hineinzuzwingen. Die Kapitalisten beharren auf ihrem Standpunkt der Selbständigkeit. Der Faschismus zieht sich zurück und kapituliert vor den Unternehmerverbänden. So kam die berühmte Zusammenkunft in Palazzo Chigi zustande. Ende des vorigen Jahres hielten dort unter dem Vorsitz Mussolinis die Beauftragten des faschistischen Gewerkschaftsbundes und des Bundes der italienischen Industriellen eine gemeinsame Sitzung ab. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach die Organisierung der Arbeitgeber ausschließlich die Aufgabe des Bundes der italienischen Industriellen ist, dagegen ist die Aufgabe des faschistischen Gewerkschaftsbundes ausschließlich die Organisierung der Arbeitnehmer. Es wurde ein paritätisches Komitee aus zehn Mitgliedern gebildet, das die Aufgabe hat, die „friedliche Zusammenarbeit" im faschistischen Sinne zwischen Unternehmer- und Arbeiterschaft im ganzen Lande zu sichern. Also durch den zähen Widerstand der Kapitalisten und besonders des Bundes der italienischen Industriellen hat der Plan der **gemischten** Gewerkschaften (sowohl die Unternehmer wie die Arbeiter der betreffenden Industriezweige umfassend) bankerott gemacht. Die Organisierung der Unternehmer in den faschistischen Gewerkschaften hatte nur bei den Agrariern einen gewissen Erfolg. Es ist nämlich den Faschisten gelungen, den Landesverband der Agrarier zu spalten und einen selbständigen faschistischen „Agrarierbund" (Unternehmergewerkschaft) zu bilden. Was die Industrieunternehmer anbelangt, blieb dieses Manöver, einen unbedeutenden örtlichen Erfolg ausgenommen, ergebnislos.

Die faschistischen Gewerkschaften sind heute nichts anderes, als Vollstrecker des Unternehmerdiktats. Die Arbeiter, die teilweise aus Indifferentismus, größtenteils aber durch Gewalt in die

faschistischen Gewerkschaften hineingetrieben wurden — da die faschistischen Gewerkschaften die Lebensinteressen der Arbeiter nicht wahrten, sondern im Gegenteil ungeheuer verschlechterten —, haben es für notwendig gehalten, zur Selbsthilfe zu greifen. Die in den faschistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter haben ohne und gegen den Willen der offiziellen faschistischen Gewerkschaften Lohn- und Streikbewegungen geführt. **Das elementare Gesetz der Klassengegensätze und der darauf folgende Klassenkampf war stärker als alle Beschlüsse der faschistischen Gewerkschaften über Arbeitsgemeinschaft und Klassenversöhnung.** Die Zahl solcher „faschistischen Streiks" steigerte sich immer mehr und mehr. Nehmen wir nur die letzteren Beispiele solcher Kämpfe.

Vier Streikbewegungen in Turin und der letzte **Bauarbeiterstreik in Bologna** zeigen am besten „die Richtigkeit" jener faschistischen Theorie, laut der der Klassenkampf nur eine böse Erfindung der sozialistischen und kommunistischen Führer ist. Das erste Beispiel ist der Streik der **Turiner Glasarbeiter.** Die Turiner Glasunternehmer haben die Löhne der Glasarbeiter gekürzt. Darauf beschlossen die Turiner Glasarbeiter, die fast ausnahmslos den faschistischen Gewerkschaften angehören, den Streik. Wegen der Hartnäckigkeit der Unternehmer und wegen der Teilnahmslosigkeit der faschistischen Gewerkschaften dauert dieser Streik seit zwei Monaten an. Das zweite Beispiel ist der Streik der Arbeiter einer **Maschinenfabrik in Pinerolo** bei Turin. Dieser Streik dauerte auch seit mehreren Wochen an, ohne daß eine der beiden Seiten auch nur etwas nachgegeben hätte. Der Streik ist ausgebrochen, weil die Fabrikdirektion die weitere Auszahlung der Teuerungszulage eingestellt hatte. Die aus 350 Arbeitern bestehende Belegschaft, die ebenfalls in der faschistischen Gewerkschaft organisiert ist, war entschlossen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis der Unternehmer die Forderungen der Arbeiter restlos anerkannt haben würde. Trotz des Mutes und der Opferwilligkeit sind die Arbeiter nach fünf Wochen unterlegen. Das dritte Beispiel ist der Streik der **200 graphischen Arbeiter** von der Druckerei **Nebolo** in Turin. Dieser heldenhaft geführte Streik dauert schon seit vier Monaten an. Der Streik ist aus einem Lohnkonflikt entstanden, hat später aber, wie alle Streiks der faschistischen Arbeiter, eine politische Färbung angenommen. Obwohl selbst der große „Duce" Mussolini in diesem Kampf eingegriffen und durch den im Interesse der Unternehmer gefaßten Schiedsspruch die aus faschistischen und nur teilweise aus freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern bestehende Belegschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit zwingen wollte, erklärten die streikenden Arbeiter, daß sie den Streik bis zum vollständigen Sieg weiterführen würden. Das vierte Beispiel ist der Streik der **chemischen Arbeiter Turins.** Die Turiner chemischen Arbeiter forderten die Unternehmer auf, die Nachtarbeit durch besondere Nachtlohnzulage zu bezahlen. Die Unternehmer lehnten — um das „wirkliche Vorhandensein der Klassenversöhnung" zu demonstrieren — diese Forderung ab. Darauf sind die chemischen Arbeiter, die fast vollständig in den faschistischen Gewerkschaften organisiert sind, in den Streik getreten.

Das lehrreichste Beispiel ist der vor ein paar Tagen beendete Streik der Bauarbeiter von Bologna. Die Bauunternehmer Bolognas, durch die faschistische Herrschaft besonders ermutigt, haben die Löhne der Bauarbeiter um 35% bis 45% herabgesetzt und die tägliche Arbeitszeit von 8 auf 9 Stunden erhöht. Die faschistische Gewerkschaft der Bauarbeiter war zuerst geneigt, dieses Lohn- und Arbeitszeitdiktat der Bauunternehmer anzunehmen und für die Durchführung dieses Diktats zu sorgen. Die Empörung der in der faschistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter war aber so mächtig, daß auch die Gewerkschaftsleitung gezwungen war, das Diktat abzulehnen und den Streik zu erklären. Der Bauarbeiterstreik dauerte vom 26. bis 31. Mai. Dieser Streik zeigt wieder die mächtigen inneren Widersprüche des Faschismus, der einmal die Bewegung zersprengen wird. Während der Zeit des Bauarbeiterkampfes spaltete sich die faschistische Bewegung von Bologna in zwei Lager. Der bürgerliche und kleinbürgerliche Teil der faschistischen Bewegung war gegen, der aus Arbeitern bestehende Teil der faschistischen Bewegung für den Streik. Die Gegensätze zwischen beiden Teilen haben eine Höhe erreicht, daß die nationale Miliz (eine aus 500.000 Mann bestehende bewaffnete faschistische Garde Mussolinis), die selbstverständlich dem streikgegnerischen Teil der Faschisten angeschlossen war, die streikenden faschistischen Bauarbeiter mehrmals verprügelt und mißhandelt hat. Der Gipfel dieser Gegensätze während des Bauarbeiterstreiks wurde am 28. Mai erreicht, wo die nationale Miliz im Auftrage des streikgegnerischen Teiles der faschistischen Bewegung die Büroräume des faschistischen Bauarbeiterverbandes besetzte. Als Mussolini und die hohe faschistische Bürokratie diese Spaltungserscheinungen sahen, verordneten sie, um weitere schlimmere Spaltungserscheinungen zu vermeiden, die baldige Beilegung des Streiks. Endlich wurde der Streik am 31. Mai durch eine zentrale Vereinbarung, die in Wirklichkeit keine wesentliche Änderung bedeutet, als beendet erklärt.

Die Theorie der faschistischen Gewerkschaftsbewegung erhält in der Praxis immer zahlreichere Ohrfeigen. Die in den faschistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter sehen immer deutlicher, daß die Klassenzusammenarbeit und der Burgfrieden in der Wirklichkeit nur größere Freiheit der Ausbeutung durch die Unternehmer bedeutet. Um die Gier der Unternehmer abwehren zu können, bleiben nur die verschiedenen Mittel des Klassenkampfes übrig. Die faschistischen Gewerkschaften sind unter dem Druck der faschistischen Arbeitermassen oftmals gezwungen, dieselben Kampfmittel gegen die Kapitalisten anzuwenden wie die freien Gewerkschaften, oder wenigstens mit wohlwollender Neutralität den Kampf der Selbstverteidigung der faschistischen Arbeiter zu dulden. **Das sind die ersten Schritte zur Selbstauflösung der faschistischen Gewerkschaftsbewegung.** Kein Zweifel, daß diesen Schritten auch noch weitere folgen werden. Die in der faschistischen Gewerkschaft organisierten Arbeiter werden nicht nur mit **„roten" Methoden kämpfen,** sondern sie werden einsehen, daß unter solchen Umständen **das Bestehen der faschistischen Gewerkschaften keinen Sinn hat;** sie werden die faschistischen Gewerkschaften verlassen und in die freien Gewerkschaften zurückkehren.

II.

Sehr lehrreich ist es, den Eiertanz der Faschisten zwischen den sozialen Gegensätzen, die innerhalb der faschistischen Gewerkschaften verborgen sind, zu verfolgen. Ein Beispiel dafür zeigt uns eine Sitzung des Zentralausschusses des faschistischen Gewerkschaftsbundes, der am 22. und 23. Mai tagte. An der Sitzung nahmen außer zahlreichen Sekretären der faschistischen Gewerkschaften auch der Generalsekretär des faschistischen Gewerkschaftsbundes, Rossoni, und das Haupt der faschistischen Regierung und Partei, Mussolini, teil. Der erste Redner war **Rossoni.** Er sprach über die Hauptaufgaben der faschistischen Gewerkschaften. Nach seiner Meinung ist es bisher gelungen, die nationale Idee, das Vaterland mit der Arbeit zu versöhnen. Die zukünftige Aufgabe besteht darin, auch das Kapital mit dem Vaterland zu versöhnen. Rossoni bekundet dadurch ganz offen, daß die Verwirklichung des unsinnigen Planes der Klassenversöhnung dem Faschismus nicht gelungen ist. Während die freigewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen fast vernichtet sind, stehen die Unternehmerorganisationen unerschütterlich fest und denken nicht daran, sich in die faschistische „klassenversöhnende Gewerkschaftsbewegung" einverleiben zu lassen. Die Versöhnung zwischen Kapital und Vaterland bleibt noch immer — und wird immer bleiben — eine zukünftige Aufgabe... des Faschismus. Dann sprach **Mussolini.** Er erklärte die Lage der faschistischen Gewerkschaften im Lande für sehr befriedigend. Die Lage der **Landarbeiter** habe sich nicht verschlechtert, sondern in sehr vielen Gegenden sogar verbessert. Diese Behauptung Mussolinis ist selbstverständlich eine Lüge. Die Arbeitsvermittlungsstellen sind in folgenden landwirtschaftlichen Bezirken abgeschafft: Mailand, Bergamo, Crema, Cremona, Parma, Vicenza, Mostara, Alessandria, Vercelli, Verona und Ancona. Der Achtstundentag ist nicht nur in der Wirklichkeit, sondern auch in den landwirtschaftlichen Kollektivverträgen in folgenden Bezirken abgeschafft: Mailand, Cremona, Parma, Vicenca, Crema, Ferrara, Piacenza und Reggio. Der Kollektivvertrag in Tottona enhält zum Beispiel folgenden Satz: „Die Arbeitszeit geht von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang." Was die Entlohnung der Landarbeiter betrifft, stehen auch in diesen Beziehungen die Landarbeiter Italiens auf dem niedrigsten Niveau der chinesischen Kulis. Durchschnittlich verdienen sie 20, beziehungsweise 30% weniger als während des Jahres 1919 und 1920. Nach seinen obigen lügnerischen Behauptungen stellt Mussolini weiter fest, daß sich auch die Lage der **Industriearbeiterschaft** verbessert habe. Um das Gegenteil zu beweisen, genügt folgende Statistik eines bürgerlichen Nationalökonomen, Dr. Robert Einstein. Die Löhne der Industriearbeiter seit der faschistischen Herrschaft sind in folgendem Maße reduziert (berechnet nach Nominallöhnen): Textilindustrie 15 bis 18%, Metallindustrie 15 bis 20%, chemische Industrie 15 bis 25%, Bauindustrie 10 bis 20% und Lebensmittelindustrie 20 bis 30%. Dazu kommt die Teuerung der wichtigsten Lebensmittelpreise seit der faschistischen Herrschaft, so daß die effektive Reduktion der Löhne der Industriearbeiter ungefähr 35 bis 40% gleichkommt.

Um nun die Kluft zwischen seinen obigen zwei Behauptungen in bezug auf die Lage der Land- und Industriearbeiter und wischen der Wirklichkeit vor den Massen etwas zu klären, sagte Mussolini gleichsam als Entschuldigung, daß „die Unternehmer iftmals jenen sozialen Frieden mißbrauchen, den der Faschismus n Italien geschaffen hat". In seiner Rede behauptet Mussolini weiter, daß die Lage der italienischen Industrie, das heißt die Lage der Kapitalisten, seit der Herrschaft des Faschismus sich erbessert habe. Und sofort bemerkt er dazu, daß nur auf diese Weise die Klassenversöhnung und die Klassenzusammenarbeit ine ernste Sache sein könne. Und das ist wahr. Der offizielle Faschismus von heute ist wirklich nichts anderes, als der Hüter es italienischen Industriekapitals. Was der Faschismus in Wirklichkeit ist, hat am besten der Präsident Conti des italienischen Verbandes der mechanischen Industriellen erklärt: „Das größte Verdienst der heutigen faschistischen Bewegung besteht darin, daß sie die soziale Funktion des Reichtums wieder hergestellt und erhöht hat.

Da die Streiks, geführt durch die faschistischen Arbeitermassen und oftmals durch faschistische Gewerkschaften anerkannt, immer häufiger wurden, mußte Mussolini auch zu dieser Frage Stellung nehmen. Er erklärte: „In bezug auf Streiks bestehen zwei Schulen. Für die Sozialisten ist der **Klassenkampf Regel**, für die Faschisten nur **Ausnahme**. Arbeitsgemeinschaft, Klassenzusammenarbeit ist eine Ausnahme für die Sozialisten, dagegen Regel für die Faschisten." Er sei überhaupt nicht überrascht, wenn faschistische Gewerkschaften Streiks führen, wenn sie trotz allen guten Willens der Faschisten gegenüber einem Unternehmer, der die „heutige Zeit" nicht verstehen will — in den Streik treten. Die Klassenversöhnungspolitik des Faschismus entlarvt sich in der Praxis jeden Tag besser vor den in der faschistischen Gewerkschaft organisierten Arbeitermassen. Die Turiner Streiks und der Streik der Bauarbeiter von Bologna beweisen es. Durch diese Erklärung Mussolinis ist jetzt auch das theoretische Gebäude des Klassenversöhnungsprogramms des Faschismus zerstört. **Mussolini gestattet den Klassenkampf nur als Ausnahme und nicht als Regel. Der Klassenkampf ist also nicht eine böse Erfindung der marxistischen Theoretiker und Parteiführer.**

Nach Mussolini sprach Cucini über die Arbeitsverträge. Er forderte für die faschistischen Gewerkschaften ein vollständiges **Monopol in bezug auf die Verhandlungen mit den Unternehmern.** Um zu beweisen, daß zum Beispiel der faschistische Verband der Textilarbeiter der wirkliche Vertreter der Textilarbeiter sei, drohte er den Unternehmern mit dem Generalstreik in der Textilindustrie. (Scheinbar wurde Cucini sehr ermutigt durch die obigen Ausführungen Mussolinis. Mussolini hat über Streiks nur als Ausnahme gesprochen. Cucini aber droht sofort mit einem Generalstreik...) Dann sprach Ciarbi. Er ist gegen die Forderung der Arbeiterschaft in bezug auf die **Betriebskontrolle.** Nach ihm muß die Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit in einer höheren Form verwirklicht werden: in der faschistischen Gewerkschaftsbewegung.

Bezeichnend für die ganze Tagung ist der vollständige ideologische **Wirrwarr und die Planlosigkeit.** Und das ist verständlich. Die Klassenversöhnung zwischen Kapital und Arbeit, die organisatorische Verschmelzung der Arbeiterorganisationen mit den Unternehmerorganisationen ist undurchführbar. Die in den faschistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter erkennen immer besser, daß sie nur Werkzeuge im Interesse des italienischen Faschismus sind. Die in den faschistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter, die bisher schon gestreikt und gekämpft haben, werden es in Zukunft weiter tun, auch ohne den Rat Mussolinis. **Der Klassenkampf wird der Totengräber des Faschismus sein.**

III.

Durch den schweren Richtungskampf innerhalb der freigewerkschaftlichen Bewegung (Reformisten, linke Sozialdemokraten, Kommunisten und Syndikalisten) und durch die reformistische Führung der CGL. wird ein energischer einheitlicher Kampf seitens der CGL. gegen die faschistischen Gewerkschaften sehr erschwert. Der Kampf gegen die faschistischen Gewerkschaften und die Zersetzung derselben wird nicht so von der CGL., sondern vielmehr durch die in den faschistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter (Streiks usw.) selbst geführt. Dieser Kampf wird seitens der in den faschistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter teils bewußt, teils unbewußt geführt.

Die CGL. (italienischer Gewerkschaftsbund D'Aragona und Konsorten) bekämpft die faschistischen Gewerkschaften, gleichzeitig aber ist sie bestrebt, mit der faschistischen Regierung eine **Arbeitsgemeinschaft** zu schließen. Einerseits bekämpft sie, andererseits aber stärkt sie die faschistische Gewerkschaftsbewegung. Die wirkliche Kampfmethode gegen den Faschismus: gleichzeitiger politischer und wirtschaftlicher Kampf, Erweckung der Sympathie der außer der freigewerkschaftlichen Bewegung stehenden Massen durch energische und mutige Kampfführung, lehnen sie ab.

Nur die **Kommunisten haben ein klares Kampfprogramm** für die Bekämpfung des Faschismus, insbesondere der faschistischen Gewerkschaften. Die unmittelbare Gewerkschaftstaktik der Kommunisten gegen die faschistischen Gewerkschaften besteht in: **Zellenbildung innerhalb der faschistischen Gewerkschaften.** Da die faschistischen Gewerkschaften kein inneres Leben haben (keine Versammlungen werden einberufen), ist die Zellenbildung sehr erschwert, und die Kommunisten fordern deshalb Organisationsleben in den faschistischen Gewerkschaften.

Trotz des Sumpfes, in den die CGL. geraten ist, bekunden die Massen Sympathie für die CGL. So zum Beispiel bei den **Betriebsrätewahlen.** Die Mitgliederzahl der faschistischen Gewerkschaften beträgt 1,400.000. Die Mitgliederzahl der CGL. bloß 150.000. Trotz dieses Zahlenverhältnisses erhielt die CGL. bei der geheimen Betriebsrätewahl ungefähr 70% der abgegebenen Stimmen der Industriearbeiter.

In dem Maße, wie die CGL. durch die Opposition erobert wird, wird der Kampf gegen die faschistischen Gewerkschaften erfolgreich sein. **Einerseits Klassenkampf der in den faschistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter, andererseits eine kampffähige freigewerkschaftliche Bewegung.** Das sind Bedingungen für die Vernichtung der faschistischen Gewerkschaften. Die erste Bedingung — Klassenkampf der in der faschistischen Gewerkschaft organisierten Arbeiter ist in steigerndem Maße vorhanden. Die zweite Bedingung — eine vom reformistischen Sumpf und Arbeitsgemeinschaftspolitik befreite und durch Opposition eroberte CGL. zu haben, muß erst noch geschaffen werden.

Proletarische Frauenbewegung

Die Konferenz der kommunistischen Frauen der Tschechoslowakei.

Von Mila Grimmichová (Prag).

** Im Sinne der vom IFS. (Internationales Frauensekretariat) ausgegebenen Anregung berief die Reichszentrale der Frauen der Tschechoslowakei eine Konferenz ein, an der sich die erweiterte Reichskommission der Frauen und die Vertrauenspersonen der einzelnen Kreise beteiligten.

Die Konferenz war diesmal nicht den eigenen inneren Angelegenheiten gewidmet, sondern sie hatte sich mit der Ausarbeitung von geeigneten Anträgen zu befassen, die dann der Internationalen Weltkonferenz der kommunistischen Frauen in Moskau vorgelegt werden sollen. Am Tage der Abhaltung der Konferenz war in den einzelnen Sektionen der Komintern erst nur die provisorische Tagesordnung der Internationalen Frauenkonferenz bekannt. Mit dieser befaßte sich auch unsere Konferenz.

In betreff der Hauptaufgaben der internationalen Frauenbewegung erachtete es die Konferenz für notwendig, hauptsächlich die Wichtigkeit der Arbeit unter den indifferenten Frauen von neuem zu betonen. Hierbei muß immer wieder an die Tagesforderungen der Arbeiterklasse, besonders aber der erwerbstätigen Frauen angeknüpft werden, um dadurch ihr Vertrauen zu gewinnen. Die Frauen bilden in allen Staaten die große Mehrheit der Einwohnerschaft, was dann besonders bei den Wahlen oft kraß zum Ausdruck kommt. Es ist statistisch erwiesen, daß die Frauen immer noch ihre Stimmen zum größten Teil für reaktionäre Parteien abgeben. (Beispiel: Im Spandauer Wahlbezirk wurden bei den letzten Wahlen für die Nationalisten 6065 Frauenstimmen abgegeben, für die Klerikalen 1506, Männerstimmen dagegen: für die Nationalisten 4782, für die Klerikalen 853.)

Nun handelt es sich uns aber doch nicht nur um Wahlergebnisse. Weit wichtiger als der Ausgang dieser oder jener Wahlkampagne ist es, wie werden sich dieselben Frauen, die da in den Wahlen immer wieder dem Erbfeind ihrer Klasse zum Siege verhelfen, dann benehmen, wenn einmal statt der Wahlschlacht eine wirkliche Schlacht zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat ausgekämpft werden sollte? Die vermutliche Antwort auf diese Frage kann uns auch dann nicht zufriedenstellen, wenn wir in Betracht ziehen, daß den bekannten Äußerungen der Psychologie der Massen zufolge im Augenblick des Höhepunktes des revolutionären Kampfes gewaltige Massen früher indifferenter

oder eher gar feindlicher Eelemente von der Welle der Revolution erreicht und von ihr mitgetragen werden. Trotzdem dürfen wir uns nicht darauf verlassen, sondern in der Zeit, die für die Vorbereitung endgültiger Kämpfe übrig bleibt, darf nichts versäumt werden, wodurch die Reserve der Revolution auf Kosten derjenigen der Konterrevolution vergrößert werden könnte.

Die größte Aufmerksamkeit widmete die Konferenz der Frage der Erfassung der Arbeiterinnen in den Betrieben und der Frage der Erziehung der erwerbstätigen Frauen für vollwertige Kolleginnen der Männer sowohl gewerkschaftlich als auch in politischer Hinsicht.

Hier muß gerade bei den Frauen große Arbeit geleistet werden. Überall sind noch in Massen solche Frauen vorzufinden, die noch nicht einmal gewerkschaftlich organisiert sind. Es ist selbstverständlich, daß diese Elemente immer eine große Gefahr für die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen vorstellen, weil sie als Lohndrücker, oft auch als Streikbrecher von den Unternehmern benützt werden. Es wäre also im Einvernehmen mit den entsprechenden gewerkschaftlichen Institutionen dafür zu sorgen, daß nach und nach womöglich alle Arbeiterinnen der Gewerkschaftsorganisation beitreten. Speziell in der Tschechoslowakei muß daran unermüdlich gearbeitet werden, weil infolge der Spaltung nicht nur der beiden sozialdemokratischen Parteien und der tschechisch-sozialistischen Partei, sondern auch infolge der Spaltung der Gewerkschaften große Massen der Arbeiterschaft dem Indifferentismus verfallen sind.

Die speziellen Verhältnisse der Gewerkschaften in der Tschechoslowakei sind schuld daran, daß den Delegierten der Weltkonferenz aus anderen Ländern in dem diesbezüglichen Antrage der tschechoslowakischen Genossinnen zu diesem Punkte manches vielleicht unverständlich oder nicht richtig angebracht erscheinen wird, wie zum Beispiel die prinzipielle Devise, nach der verschiedene Arten der Arbeit unter den Frauen von einander scharf abzugrenzen sind. Die Konferenz war gezwungen, die Frage derart zu zergliedern, weil vielen unserer Genossen und Genossinnen die einzelnen Begriffe nicht ganz klar sind. Die speziellen Verhältnisse in dieser Frage in der Tschechoslowakei finden aber gewiß eine Analogie, so zum Beispiel auch in Frankreich, wo die Gewerkschaftsbewegung ebenfalls gespalten wurde, und können heute oder morgen in derselben oder ähnlicher Form in Deutschland hervortreten, wo die reformistischen Führer der Gewerkschaftsbewegung in der letzten Zeit dieselbe unvermeidlich zur Spaltung führende Taktik verfolgen wie seinerzeit ihre Kollegen in der Tschechoslowakei. Deshalb dürfen diese Ausführungen Interesse haben für alle Sektionen der Komintern.

Es wäre vor allem die rein gewerkschaftliche Arbeit zu unterscheiden, das ist die Heranziehung der noch indifferenten Arbeiter und Arbeiterinnen in die Gewerkschaftsorganisationen. Diese Arbeit obliegt natürlich in erster Linie den Gewerkschaften. **Die politische Partei soll aber dabei aus allen Kräften mithelfen.** In betreff der Frauen sollen also die Agitationskommissionen der Frauen überall dazu herangezogen werden, um an dieser Arbeit mitzuhelfen, natürlich unter Bedachtnahme darauf, daß die Kompetenz der Gewerkschaften nicht beeinträchtigt wird.

Zweitens muß innerhalb der Gewerkschaften die Fraktionsarbeit getan werden. Kommunistische Fraktionen sind zu bilden nicht nur in den reformistischen, sondern auch in den roten Gewerkschaften. In denjenigen Betrieben, in denen bloß die reformistische Gewerkschaft besteht, hat die kommunistische Fraktion die Aufgabe, die in dem Betriebe arbeitende Arbeiterschaft zu revolutionieren und die reformistischen Gewerkschaftsführer vor den Massen zu enthüllen, wenn sie ihren Pflichten nicht genügend nachkommen. Fraktionen innerhalb der roten Gewerkschaften haben ungefähr dieselbe Aufgabe, nur mit dem Unterschiede, daß sie ihre Arbeit nicht gegen die Führer der roten Gewerkschaften zuzuspitzen brauchen, im Gegenteil, sie sollen sie in ihren Bestrebungen eher unterstützen.

Zuletzt bleibt dann diejenige Arbeit zu leisten, die innerhalb der am weitesten fortgeschrittenen Schicht der Arbeitenden getan werden muß, nämlich die Schulung der erwerbstätigen Kommunistinnen sowohl in praktischer wie auch in theoretischer Hinsicht.

Nicht zufriedenstellend erschien der Konferenz die Vertretung der Frauen in den Gewerkschaften, einerlei, um welche Funktionen es sich handelt. Diesem Übel kann jedoch nicht von außen abgeholfen werden. Die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiterinnen müssen so weit gebracht, ihre Aktivität muß derart gesteigert werden, daß sie dann selbst imstande sind, so viel Druck zur Durchsetzung ihrer Vertretung auszuüben, bis sie darin ihren Kollegen gleichgestellt werden.

In Anbetracht der Arbeit der Kommunistinnen in den Parlamenten hat sich die Konferenz damit begnügt, in Kürze zu konstatieren, welche Abänderungsanträge in der Tschechoslowakei zu den verschiedenen, hauptsächlich die Frauen betreffenden Mängeln der Gesetze sowohl von unserer Partei wie auch von den weiblichen Abgeordneten der übrigen Parteien beantragt wurden. Diese Aufstellung wird gewiß von Interesse sein, hauptsächlich deshalb, weil dort, wo das Wahlrecht der Frauen noch nicht besteht, die Schlüsse, die daraus zu Agitationszwecken gezogen werden müssen, sowohl in positivem wie auch in negativem Sinne benützt werden können. Man sieht daraus, daß das Parlament eine sehr geeignete Tribüne für die Propagierung der Forderungen der Frauen vorstellt, daß aber das positive Ergebnis dieser Tätigkeit innerhalb des kapitalistischen Staates mehr als bescheiden ist.

Zuletzt mußte auf der Konferenz konstatiert werden, daß die Verbindung der einzelnen kommunistischen Parteien untereinander und mit dem IFS. noch manches zu wünschen übrig läßt. In den einzelnen Sektionen der Kommunistischen Internationale wurden früher die gleichen Beschwerden geäußert, solange diesen Mängeln nicht durch Entsendung eines ständigen Vertreters der Sektionen in Moskau abgeholfen wurde. Es wäre wünschenswert, das gleiche auch in betreff der Frauenbewegung einzuführen. Diejenigen Genossinnen, die dann ein Zeitlang als Expert der betreffenden Sektion beim IFS. arbeiten würden, wären nicht nur imstande, durch ihre Kenntnisse der Bewegung zu Hause und der dortigen Verhältnisse dem Internationalen Sekretariat behilflich zu sein, sondern sie würden während ihres Aufenthaltes dort viel profitieren, was dann wieder der eigenen Partei sehr zugute kommen könnte.

Die Frage der Erziehung und Aufklärung der Funktionärinnen und der Masse der weiblichen Mitglieder der Partei wurde auch eingehend behandelt.

Zuletzt sprach die Konferenz die Erwartung aus, daß die Internationale Weltkonferenz der Frauen manche Anregungen bringen wird, die dann auf der ordentlichen Reichskonferenz der Frauen der Tschechoslowakei werden vorteilhaft ausgenützt werden können.

Aus der Internationale

Aufruf der Kommunistischen Partei Frankreichs gegen die Regierungserklärung des Herriot-Kabinetts.

Die KPF. hat in einem Aufruf ihre Kampfstellung zur Herriot-Regierung präzisiert. Wir geben nachstehend diesen Aufruf auszugsweise wieder.
D. Red.

** Der bürgerliche sogenannte Linksblock, der durch die Anstrengungen des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums, der kleinen und mittleren Industrie und Banken zur Macht gelangt ist, hat bei den Wahlen vom 11. Mai nur einen parlamentarischen Sieg davongetragen. Schon vor seinem Regierungsantritt hat er gezeigt, daß er bereit ist, alle Kompromisse einzugehen, um die Macht zu erlangen. Um sie zu behalten, machte er eine Konzession nach der andern und erweist sich sofort als ein vollkommen gefügiges Werkzeug in den Händen des Großkapitals.

Die Teilnahme am Ministerium eines Generals, eines Vertreters des Großhandels und der Hochfinanz, mehrerer ehemaliger Minister des Rechtsblocks, die Regierungserklärung zeigen mit aller Klarheit, daß weder die Frage der Räumung des Ruhrgebietes noch die der Amnestie, noch die der Reparationen, noch die der Teuerung, der Arbeiterwohnungen, der finanziellen Gesundung, noch irgendein anderes der großen Probleme, die vor dem Lande stehen, im Interesse der Arbeiter geregelt werden.

Trotz seiner Wahlversprechungen weigert sich der bürgerliche sogenannte Linksblock, im Interesse des finanziellen Gleichgewichtes und, um die Schande der skandalösen Bereicherung der Lohnsteuern und der furchtbaren Kriegsleiden zu beseitigen, die einzigen kühnen und wirksamen Maßnahmen zu treffen, die den Sturz des Franken aufhalten und die Last der direkten und indirekten Steuern von den Volksmassen unseres Landes nehmen könnten.

Die grundlegende Frage der Reparationen, das heißt die Frage, ob die Arbeiter oder die Kapitalisten die furchtbaren Schulden des Krieges zahlen sollen, wird trotz des gegenteiligen Anscheins jeden Tag dringender, tragischer, denn durch ihre Fol-

gen stellt sie in jedem Lande immer unversöhnlicher die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse und im Weltmaßstab die großen imperialistischen Trusts einander gegenüber.

Die Zustimmung der Regierung zum Sachverständigenplan, der in den Arbeitszimmern der internationalen Hochfinanz ausgearbeitet wurde, ist sehr bezeichnend. Die Durchführung des Dawes-Planes, der überdies in keiner Weise die Lösung der Reparationsfrage sichern wird, bedeutet die Kolonisierung Deutschlands, die Versklavung der deutschen Arbeiter, die Nötigung für sie, zehn Stunden und darüber zu Hungerlöhnen zu arbeiten, und als Folge davon dasselbe elende Los in Zukunft für die französischen Arbeiter.

Aber dieser Linksblock erweist vom ersten Tage an seine völlige Unfähigkeit, seine glatte Weigerung, gegen die Kräfte der sozialen Reaktion den Kampf aufzunehmen.

Es ist eine Schande, daß man an die Stelle einer Generalamnestie, die feierlich versprochen wurde, eine Begnadigungsmaßregel setzt, deren Anwendung, wie zur Zeit des Nationalblocks, dem Gutdünken und der Willkür der Regierung überlassen bleibt.

Es ist ein Hohn, daß man dem Volkswillen zum Trotz an die Anerkennung Sowjetrußlands Bedingungen knüpft.

Man verspottet die Beamten, indem man ihnen eine Karikatur von Koalitionsrecht verspricht.

Es ist eine wahrhaftige Kampfansage an die Arbeiterklasse, wenn man in der Regierungserklärung die jetzige Sabotage des Achtstundentages sanktioniert, nachdem man vor wenigen Tagen fest versrochen hat, die Respektierung des Achtstundentages zu sichern.

•

Der sozialistische Verrat.

Diese Politik des sofortigen Fallenlassens der wenigen Reformen, die man gestern noch versrach, unterstreicht auf glänzende Weise den sozialistischen Verrat. Sie spitzt sich immer mehr zu. Schon jetzt zeigt sie sich in voller Klarheit. Dem zeitweiligen Wahlkartell folgt die Unterstützungspolitik, die eine verschleierte Zusammenarbeit in der Erwartung der effektiven Ministerbeteiligung bedeutet.

Das ist die völlige Preisgabe der überlieferten Oppositionspolitik gegen die kapitalistische Bourgeoisie, wie sie die II. Internationale bis 1914 befolgt hatte. Und in ihrem Verrat zieht die Sozialistische Partei die reformistischen Gewerkschafter der CGT. mit sich. Beide verleugnen so das Klasseninteresse und die Revolution im Namen der Evolution und des allgemeinen Interesses. Beide schicken sich an, die historische Rolle als letzte Stütze des bankrotten Kapitalismus zu spielen.

Bei Beginn dieser Legislaturperiode, die eine Verdoppelung des Elends und eine Erschwerung der sozialen Konflikte nach sich ziehen wird, erläßt die Kommunistische Partei durch die Stimme ihrer Parlamentsvertreter eine feierliche Warnung an alle Arbeiter dieses Landes.

Allen ruft sie zu: „Zur Verteidigung Eurer dringendsten materiellen Interessen, wenn Ihr nicht die Opfer des unvermeidlichen kapitalistischen Bankrotts werden, wenn Ihn nicht in neue, ungeheuerliche kapitalistische Kriege hineingezogen werden wollt, Arbeiter und Bauern, schließt die Reihen, vereinigt Euch in Euren Klassenorganisationen, Kommunistische Partei, Gewerkschaft, Cooperative, Betriebsrat, bildet gegen den nationalistischen und imperialistischen sogenannten Linksblock den Arbeiter- und Bauernblock!

Bereitet Euch zum Widerstand gegen die Unternehmungen bürgerlicher Gewalt und Ungesetzlichkeit vor, die Euer Widerstand gegen eine verstärkte Ausbeutung seitens Eurer Herren hervorrufen wird.

Und vor allem laßt Euch nicht hypnotisieren durch die parlamentarische Komödie.

Die Bourgeoisie gibt Euch jedesmal, wenn sie das Bedürfnis fühlt, das Beispiel der Vergewaltigung der demokratischen Freiheiten.

Bereitet Euch zu Eurer geschichtlichen Mission vor, zur endgültigen Durchführung des revolutionären Werkes, das Eure Vorfahren, die Proletarier der Kommune, versucht haben. Die Sowjetrepublik, die die russischen Arbeiter und Bauern aufgerichtet haben, unter der Leitung unseres großen Führers der III. Internationale, Lenin, muß Euer leuchtendes Vorbild bleiben!

Es lebe die russische Revolution!
Es lebe die III. Internationale!
Es lebe der Arbeiter- und Bauernblock!
Es lebe die französische Sowjetrepublik.“

Die Kommunistische Partei Frankreichs.

Buchbesprechungen

Elementarbücher des Kommunismus*).

Von Eugen Paul (Reichenberg).

** Die Dritte Internationale unterscheidet sich von der Zweiten darin, daß sie den Sozialismus dem Proletariate nicht als fernes Phantom vorgaukelt, das durch irgendwelche klugen Manöver und diplomatischen Schliche erreicht werden kann, sondern ihn aus den tatsächlichen Klassengegensätzen und Klassenkämpfen heraus, als Konsequenz des kapitalistischen Zusammenbruches durch die Tat verwirklicht. Um diesen Kampf erfolgreich führen und beenden zu können, bedarf es nicht nur enschlossenen Kampfwillens und heldenhafter Opferfreudigkeit, sondern auch theoretischer Klarheit, ohne die auch der größte Opfermut oft zwecklos ist. Auch in den Reihen der sozialdemokratischen und anarchistischen Arbeiter gibt es Opfermut und Kampfentschlossenheit. Sie ist zur Unfruchtbarkeit verurteilt, weil sie nicht von Zielklarheit, nicht von der klaren Einsicht in die Werkstätte der Geschiche geleitet ist. Nur wenn die unbezwingbaren Energien des Proletariats im Sinne des reinen Marxismus angewendet, wenn sie zur Verwirklichung der Ideen von Marx verwendet werden, kann der Kampf mit dem Siege der Revolution enden. Wer also die Lehren des Marxismus unter den Massen verbreitet, sie diesen zugänglich macht, arbeitet an der Wehrhaftmachung des Proletariats und heizt die Lokomotive der Revolution. In diesem Sinne ist die Herausgabe einer Sammlung von Elementarbüchern des Kommunismus durch den Viva-Verlag in Berlin höchst begrüßens- und lobenswert. Die Auswahl der in dieser Serie bisher erschienenen Hefte muß als eine sehr glückliche bezeichnet werden. Es sind lauter Werke, die tatsächlich die Grundbegriffe des Marxismus und zudem in gedrängter, leichtfaßlicher Form enthalten und kommentieren. Sie öffnen die Pforte, durch die der Leser in den Prachtsaal der sozialistisch-kommunistischen Wissenschaft eintreten kann. Als erstes dieser „Elementarbücher“ kam, das ist wohl natürlich und selbstverständlich,

„das Kommunistische Manifest“

heraus. Man ist allgemein geneigt, das Kommunistische Manifest — trotz aller seiner Vorzüge, trotz aller Merkmale eines unübertroffenen Meisterwerkes — als etwas veraltet anzusehen. Nannte doch Engels selbst es bereits vor fünf Jahrzehnten ein „geschichtliches Dokument“. Tatsächlich ist es ja auch vor mehr als 70 Jahren entstanden und konnte daher — so müßte man normalerweise annehmen — nur ein historisch-wissenschaftlicher Ausschnitt aus jener Zeit, aus seiner Entstehungszeit sein. Allein, das trifft nicht zu. Wer das Kommunistische Manifest vor zwanzig Jahren gelesen hat und es heute wieder liest, der wird mit Erstaunen bemerken, **daß es an Aktualität, an lebendigem Zusammenhang mit der Geschichte der Gegenwart nicht verloren, sondern gewonnen hat.** Sieht man von dem im Manifest enthaltenen konkreten Vorschlägen ab, von denen ja Marx und Engels in ihrer Vorrede im Jahre 1872 selbst behaupteten, daß sie „heute in vieler Beziehung anders lauten“ würden, so ist man versucht, zu glauben, das Entstehungsdatum — 1848 — beruhe auf einem Druckfehler, so lebendig werden darin die Verhältnisse, die charakteristischen Merkmale der kapitalistischen Ordnung und ihre Folgeerscheinungen von heute geschildert. Als Marx und Engels das Kommunistische Manifest verfaßten, war der Kapitalismus nur in England voll entwickelt, in allen übrigen Ländern stak er noch in den Kinderschuhen, oder war nur im Keime vorhanden. Im Weltmaßstabe betrachtet, waren nur kümmerliche Anfänge der kapitalistischen Neuordnung vorhanden, die infolge des verschiedenen Stadiums und Tempos der Entwicklung in ihrer Gesamtheit das Bild eines Chaos boten. Wahrlich, es bedurfte der Genialität eines Marx und eines Engels, um aus diesem Durcheinander, aus diesem brodelnden Kessel, allgemeingültige Gesetze, Theorien von Ewigkeitswert abzuleiten. Marx und Engels haben im Kommunistischen Manifest nicht die Geschichte des Kapitalismus vom Jahre oder um die Jahre 1848 geschrieben, sondern die Geschichte **des Kapitalismus**

*) **„Das Kommunistische Manifest“** von Karl Marx und Friedrich Engels. **„Lohnarbeit und Kapital“** von Karl Marx. **„Lohn, Preis und Profit“** von Karl Marx. **„Über Verfassungswesen“** von Friedrich Lassalle. **„Arbeiterprogramm“** von Friedrich Lassalle usw. Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H., Berlin.

überhaupt, die Geschichte seiner Geburt, seines Lebens und seines Todes. Und weil sie im Jahre 1848 naturgemäß nur die Entstehungsgeschichte, die Geburts- und die Flegeljahre des Kapitalismus aus Erfahrung schildern und charakterisieren konnten, das Mannes- und Greisenalter aber, die sich allmählich zum Verhängnis verdichtenden Widersprüche, die schrecklichen sozialen Folgen seiner Entwicklung zum Höhepunkt, die Gräßlichkeiten seines Todeskampfes nur vorausahnen konnten, wirkt das Kommunistische Manifest gerade jetzt, im Zeitalter des kapitalistischen Zusammenbruches, wo der lebende Leichnam durch seine giftigen Ausdünstungen die Luft verpestet und der großen Mehrheit der Gesellschaft die zum Leben notwendige Luft verwehrt, wie die Erfüllung einer alten, beinahe vergessenen Prophezeiung.

Enthält das Kommunistische Manifest das Todesurteil des Kapitalismus, so sind die als „Elementarbücher des Kommunismus" erschienenen zwei Hefte: „Lohnarbeit und Kapital" und „Lohn, Preis und Profit", die die wirtschaftlichen Lehren von Karl Marx in einem ebenso knappen wie klargefaßten Auszug enthalten, die Begründung dieses Todesurteils. Marx war derjenige, der die Befreiung des Proletariats vom Joche der Unterdrückung nicht auf irgendwelche Gefühle der Gerechtigkeit oder auf die humane Erkenntnis irgendwelcher besonders hochgesitteter Personen gründete, sondern aus der Struktur der kapitalistischen Wirtschaft selbst ableitete. Marx war der heidnische Priester, der den Untergang der kapitalistischen Gesellschaft aus den Eingeweiden ihrer Produktionsweise voraussagte. Er hat ihre tiefsten Geheimnisse ergründet. Er hat festgestellt, daß das Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital ein gesellschaftliches ist und aus der typischen Art der kapitalistischen Produktion selbst entspringt. Eine wissenschaftliche Analyse dieses Verhältnisses vom Gesichtspunkt des kapitalistischen Produktionsprozesses ist der Inhalt der Broschüre:

„Lohnarbeit und Kapital."

Der allein über die Produktionsmittel verfügende Unternehmer und der nur über seine Arbeitskraft verfügende „freie" Arbeiter vereinigen sich zum Produktionsprozeß. Diese Vereinigung erfolgt — und das ist das Typische dabei — in der Form eines scheinbar freiwilligen Tauschgeschäftes. Denn wie alle Güter in der kapitalistischen Gesellschaft, ist auch die Arbeitskraft eine Ware, für die der Arbeiter die zu seiner Erhaltung und Fortpflanzung notwendigen Lebensmittel eintauscht. Aber die Arbeitskraft ist eine ganz eigenartige, ganz besonders wertvolle Ware: Sie ist die einzige Ware, die, im Produktionsprozeß verwendet, neue Werte schafft, beziehungsweise dem Werte der im geschaffenen Produkt enthaltenen Rohstoffe und der Abnützung der Produktionsmittel einen neuen Wert hinzufügt, einen Mehrwert erzeugt. Marx war es, der durch die Aufdeckung des Unterschiedes zwischen Arbeit und Arbeitskraft uns den Schlüssel zum Verständnis der kapitalistischen Profitwirtschaft geliefert und das Geheimnis enträtselt hat, auf dem der ganze Kapitalismus beruht, das Geheimnis nämlich, wieso der Arbeiter den vollen Tauschwert (Preis) seiner Arbeit erhält und dennoch um einen Teil der Früchte seiner Arbeit betrogen wird, um jenen Teil, der eben als Mehrwert in die Tasche des Unternehmers wandert.

In „Lohnarbeit und Kapital" weist Karl Marx durch eine Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst nach, daß der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ein unversöhnlicher, unverwischbarer ist. Weil er aus der kapitalistischen Art der Produktion selbst entspringt, diese aber die grundlegende Tatsache der ganzen bürgerlichen Gesellschaftsordnung ist, kann er innerhalb dieser Ordnung nicht beseitigt werden. Auf die Frage: „Welches ist nun das allgemeine Gesetz, das das Fallen und Steigen des Arbeitslohnes und Profits in ihrer wechselseitigen Beziehung bestimmt?" gibt Marx die unzweideutige Antwort: „Sie stehen im umgekehrten Verhältnis. Der Anteil des Kapitals, der Profit, steigt in demselben Verhältnis, worin der Anteil der Arbeit, der Tagelohn, fällt, und umgekehrt. Der Profit steigt in dem Maße, worin der Arbeitslohn fällt, er fällt in dem Maße, worin der Arbeitslohn steigt."

So alt diese Wahrheit ist, so aktuell ist sie. Gerade Kautsky und Konsorten setzten sich mit ihrer ganzen Autorität als „Marxisten" für den kapitalistischen Wiederaufbau, für die versöhnliche Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit ein, die — so behaupten sie — nach den Verwüstungen des Krieges ein gemeinsames Interesse hätten an dem Wiederaufbau der (kapitalistischen) Wirtschaft. Marx hat die marxistisch-sozialistischen Wiederaufbauer à la Kautsky vorausgeahnt und uns die Waffen gegen sie geliefert, indem er feststellte:

„Die Interessen des Kapitals und die Interessen der Arbeiter sind dieselben, heißt nur: Kapital und Lohnarbeit sind zwei Seiten eines und desselben Verhältnisses. Die eine bedingt die andere, wie der Wucherer und Verschwender sich wechselseitig bedingen. Solange der Lohnarbeiter Lohnarbeiter ist, hängt sein Los vom Kapital ab. Das ist die vielgerühmte Gemeinsamkeit des Interesses von Arbeiter und Kapitalist."

Bildet „Lohnarbeit und Kapital" einen Ausschnitt aus dem marxistischen Monumentalwerk vom Gesichtspunkte des Verhältnisses zwischen Arbeit und Kapital, so bietet die Broschüre

„Lohn, Preis und Kapital."

eine Gesamtübersicht über das ganze Werk. Das Buch, entstanden durch den Abdruck eines von Marx 1865 gehaltenen Vortrages, enthält, wie Marx selbst an Engels schrieb, „im zweiten Teil in außerordentlich gedrängter, jedoch verhältnismäßig populärer Form viel Neues, das aus meinem Buch (Das Kapital) vorweggenommen ist". Der Vortrag war eine ebenso schlagende wie sachliche Widerlegung der Ansichten eines Owenisten namens Weston, der zu jener Zeit die Wertlosigkeit der Gewerkschaften und der Lohnkämpfe predigte. Marx gab in seinem Vortrage eine genaue, wissenschaftliche Analyse der Begriffe, mit denen „Bürger Weston", ein Vorläufer der antigewerkschaftlichen Wirrköpfe von heute, um sich warf, ohne ihr Wesen zu begreifen. Im Kapitel „Wert und Arbeit" stellte Marx fest, daß der Wert der Ware nicht durch die Löhne — wie das Weston annahm — sondern durch die „zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeitsmengen" bestimmt wird, und daß die Differenzen im Werte der Waren durch die Verschiedenheit der Produktivkräfte hervorgerufen werden. Dann kommt Marx auf den „Preis" und auf den „Marktpreis" zu sprechen, und weist nach, daß „der beständige und gewöhnliche Profit" nicht den Preisen der Waren, nicht dem Austauschprozeß selbst entspringt.

Der Schlüssel zur Erforschung des wahren Wesens des Profits liegt in der Unterscheidung zwischen Arbeit und Arbeitskraft. Es ist nicht die Arbeit, sondern die Arbeitskraft, die der Arbeiter für eine begrenzte Zeit verkauft. Der Wert der Ware: Arbeitskraft wird bestimmt durch den Wert der zu ihrer Erhaltung und Reproduzierung (Fortpflanzung) notwendigen Bedarfsgegenstände. Der Arbeiter muß aber länger arbeiten, als zur Herstellung dieser Bedarfsgegenstände erforderlich wäre. Die auf diese Weise auf ganz „legalem" Wege entstehende Mehrarbeit, dieser systematische Betrug an den Lohnarbeitern ist die Quelle des Mehrwertes, des Profits, durch deren Anhäufung die immensen Reichtümer entstanden sind, die die Grundlage des ungeahnten technischen und kulturellen Aufschwunges der bürgerlichen Ordnung bilden. Im weiteren Verlaufe seines Vortrages untersucht Marx „die verschiedenen Teile, in die sich der Mehrwert spaltet" und „das allgemeine Verhältnis zwischen Profiten, Löhnen und Preisen". Da nur die Arbeit neue Werte schafft, stehen nur diese neuen Werte zur Teilung zwischen Arbeitern und Unternehmern zur Verfügung. Daraus folgt, daß, je höher die Löhne, desto niedriger die Profite sein müssen und umgekehrt. Dieses Teilungsverhältnis berührt aber nicht den Wert des Produkts, der nach wie vor von dem Werte der in ihm enthaltenen Arbeitsmengen und von der Produktivkraft dieser Arbeit abhängt. Die Erhöhung der Löhne muß also durchaus nicht eine Verteuerung der Waren im Gefolge haben — wie das die Unternehmer offen, die Amsterdamer „Arbeiterführer" verhüllt behaupten, um ihre Lohnoffensive gegen die Arbeiter zu rechtfertigen.

Das vorletzte Kapitel der Broschüre gibt eine Schilderung der Umstände, unter denen sich der Lohnkampf der Arbeiter abspielt, und zugleich eine glänzende, streng wissenschaftliche Rechtfertigung dieses Kampfes. Durch welche Umstände immer dieser Kampf hervorgerufen wird, immer ist der Kampf der Arbeiter gerechtfertigt. Die Feststellungen, die Marx bei dieser Beweisführung macht, sind die glänzendsten Argumente im Kampfe der Kommunisten gegen die heutige verräterische Politik der Amsterdamer.

Das letzte Kapitel ist eine glänzende Beweisführung gegen die Amsterdamer „nurgewerkschaftliche" Einstellung. Marx ruft hier den Arbeitern zu: Statt der konservativen (heute müßte man sagen: sozialdemokratischen) Losung: „einen gerechten Tagelohn für einen gerechten Arbeitstag", sollten sie auf ihre Fahne die revolutionäre Parole schreiben: „Abschaffung des Lohnsystems".

(Schluß folgt.)

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.

Inhalts-Verzeichnis

der

Internationalen Presse-Korrespondenz

für das erste Halbjahr 1924

Die in Klammern aufgeführten Ziffern bezeichnen die Nummern und Seitenzahlen der Wochenausgaben. In den Fällen, wo eingeklammerte Ziffern fehlen, bezeichnen die anderen Ziffern Sonderausgaben, die den Beziehern des Wochenheftes als Beilagen zugegangen sind.

Namen-Verzeichnis der Mitarbeiter

(In alphabetischer Reihenfolge.)

A., Nr. 33, S. 383 (11, 215).
A., R., Nr. 1, S. 8 (1, 23).
Abusch, Alexander, Nr. 14, S. 151 (5, 88), Nr. 21, S. 231 (7, 131), Nr. 30, S. 341 (10, 202).
Albert, R., Nr. 28, S. 308, Nr. 42, S. 495 (14, 283), Nr. 49, S. 576 (17, 360), Nr. 55, S. 657 (20, 434), Nr. 57, S. 685 (21, 457), Nr. 61, S. 732 (23, 518).
Alexander, G. G. L., Nr. 2, S. 10 (1, 2), Nr. 9, S. 91 (4, 75), Nr. 29, S. 338 (9, 196), Nr. 38, S. 438 (13, 273), Nr. 44, S. 522 (15, 320), Nr. 18, S. 202 (6, 123).
Alexejew, S., Nr. 75, S. 918 (26, 579).
Amter, I., Nr. 18, S. 165 (5, 97), Nr. 27, S. 297 (9, 187), Nr. 38, S. 451 (13, 270), Nr. 40, S. 461 (14, 291), Nr. 64, S. 769 (23, 506), Nr. 68, S. 834 (24, 532).
Ashleigh, Charles, Nr. 14, S. 154 (5, 93).
Askew, J. B., Nr. 29, S. 329 (9, 175).

B., J. (Barcelona), Nr. 3, S. 35 (3, 43).
B., J. (Jerusalem), Nr. 21, S. 230 (7, 130), Nr. 36, S. 415 (12, 243), Nr 46, S. 541 (16, 331), Nr. 54, S. 658 (20, 435), Nr. 59, S. 710 (22, 493).
B., L. F., Nr. 36, S. 420 (12, 252).
Barthel, Max, Nr. 57, S. 692 (21, 480).
Bittel, Karl, Nr. 3, S. 21 (2, 30).
Bodenmann, N., Nr. 27, S. 296 (9, 183).
Bombacci, Nr. 72, S. 888 (25, 555).
Boross, L. F., Nr. 29, S. 332 (9, 181).
Böttcher, Paul, Nr. 3, S. 17 (2, 25), Nr. 9, S. 86 (4, 63), Nr. 61, S. 727 (23, 512).
Bouwman, E., Nr. 47, S. 553 (17, 355).
Browder, Earl R., Nr. 2, S. 15 (1, 19), Nr. 3, S. 22 (2, 31), Nr. 34, S. 393 (11, 216).
Bucharin, N., Nr. 19, S. 210 (7, 142), Nr. 62, S. 744.

Cs., Chr., Nr. 64, S. 780 (23, 528).
Cs., K., Nr. 15, S. 166 (5, 100), Nr. 36, S. 422 (12, 255).

Dimitrow, G., Nr. 43, S. 514 (15, 316), Nr. 44, S. 516 (15, 309), Nr. 57, S. 687 (21, 463).
Dombal, T., Nr. 39, S. 453 (13, 276).
Domski, L., Nr. 14, S. 157 (5, 98), Nr. 31, S. 352 (10, 208), Nr. 66, S. 807 (24, 550).
Dunois, Amadeus, Nr. 68, S. 841 (24, 546).
Dörr, Max, Nr. 9, S. 87 (4, 60).
Drahn, Ernst, Nr. 4, S. 31 (2, 39).

E., A., Nr. 65, S. 800 (24, 539).
Eberlein, Hugo, Nr. 28, S. 306, Nr. 53, S. 630 (19, 406).
Egon, Nr. 59, S. 709 (22, 490).
Ejow, E., Nr. 19, S. 211 (7, 143).
Enderle, August, Nr. 34, S. 397 (11, 222), Nr. 61, S. 725 (23, 505), Nr. 64, S. 777 (23, 523).
Erikus, Nr. 14, S. 152 (5, 89), Nr. 40, S. 459 (14, 289).

F., P., Nr. 61, S. 736 (23, 527), Nr. 66, S. 808 (24, 552).
Ferid, Ali, Nr. 14, S. 153 (5, 90), Nr. 15, S. 163 (5, 93).
Fink, G., Nr. 1, S. 4 (1, 7).
Fischer, Ruth, Nr. 41, S. 479.
Frank, Karl, Nr. 54, S. 650 (20, 447).
Franklin, Pierre, Nr. 53, S. 635 (19, 415).
Friedländer, Paul, Nr. 40, S. 465 (14, 302), Nr. 47, S. 557 (18, 366), Nr. 52, S. 622 (19, 412), Nr. 54, S. 564 (20, 454), Nr. 55, S. 666 (20, 451), Nr. 64, S. 771 (23, 509), Nr. 68, S. 843 (24, 550), Nr. 77, S. 497 (26, 586).
Frölich, Paul, Nr. 72, S. 890 (25, 570).

Gensen, Nr. 72, S. 889 (25, 557).
Ghioldi, Rodolfo, Nr. 54, S. 646 (20, 439), Nr. 64, S. 775 (23, 517).
Goldschmidt, Alfons, Nr. 25, S. 272 (8, 152).
Gorbunow, N., Nr. 19, S. 210 (7, 143), Nr. 19, S. 211 (7, 143).
Grieco, Ruggiero, Nr. 2, S. 12 (1, 9), Nr. 6, S. 50 (3, 50), Nr. 15, S. 161 (5, 83), Nr. 18, S. 193 (6, 106), Nr. 29, S. 330 (9, 178).
Grimmichová, Mila, Nr. 47, S. 554 (17, 357), Nr. 57, S. 686 (21, 462), Nr. 77, S. 949 (26, 590).
Grün, Josef, Nr. 42, S. 496 (14, 285).
Gueux Victor, Nr. 25, S. 407 (12, 246).

H., A., Nr. 46, S. 542 (16, 332).
H., M., Nr. 66, S. 801 (24, 541).
Haidt, Ernst, Nr. 33, S. 387 (11, 224).
Hansen, Nr. 45, S. 526 (16, 326), Nr. 46, S. 539 (16, 327).
Hardy, George, Nr. 18, S. 198 (6, 114), Nr. 23, S. 255 (8, 164), Nr. 50, S. 593 (18, 396).
Heckert, Fritz, Nr. 5, S. 38 (3, 43), Nr. 16, S. 174 (6, 113).
Heller, Otto, Nr. 38, S. 437 (13, 269).
Hirla, G., Nr. 43, S. 512 (15, 315).
Höllein, Emil, Nr. 1, S. 1 (1, 2), Nr. 12, S. 104 (4, 65), Nr. 23, S. 251 (8, 153).
Hörnle, Edwin, Nr. 41, S. 469.
Hsiany, K. G., Nr. 3, S. 25 (2, 52).
Hula, B., Nr. 65, S. 663 (20, 442).

Iwanowitsch, Nr. 69, S. 847 (25, 558).

Jacquemotte, J., Nr. 18, S. 194 (6, 108).
Jacques, Nr. 6, S. 51 (3, 51), Nr. 14, S. 156 (5, 96).
Julius, Nr. 10, S. 93, Nr. 14, S. 145 (5, 80).

K., M., Nr. 45, S. 528 (16, 320).
Kalaschnikow, Nr. 50, S. 591 (18, 394).
Kamenjew, L., Nr. 7, S. 54, Nr. 19, S. 213 (7, 145), Nr. 62, S. 746.
Király, Albert, Nr. 18, S. 201 (6, 121), Nr. 43, S. 510 (15, 313), Nr. 50, S. 594 (18, 397).
Koenen, Wilh., Nr. 56, S. 681 (21, 476).
Koltsow, M., Nr. 19, S. 212 (7, 144), Nr. 19, S. 212 (7, 144).
Koritschoner, Franz, Nr. 42, S. 505 (14, 301).
Koß, Nr. 45, S. 533 (16, 338).
Kreibich, Karl, Nr. 15, S. 161 (5, 81), Nr. 72, S. 896 (25, 567), Nr. 36, S. 411 (12, 238).
Krupskaja-Lenin, N., Nr. 13, S. 138.
Kryjanowski, G., Nr. 19, S. 212 (7, 145).
Kulcsar, I., Nr. 55, S. 660 (20, 437), Nr. 68, S. 839 (24, 536).
Kulcsar, L., Nr. 55, S. 660 (20, 437), Nr. 68, S. 839 (24, 536).
Kujbyschew, Nr. 62, S. 743.
Kun, Béla, Nr. 40, S. 462 (14, 298), Nr. 62, S. 746.

L., D., Nr. 53, S. 637 (19, 419).
L., G. G., Nr. 30, S. 345 (10, 212).
L., P., Nr. 25, S. 278 (8, 165).
Lada, W., Nr. 1, S. 5 (1, 8), Nr. 9, S. 89 (4, 70), Nr. 16, S. 175 (6, 115), Nr. 34, S. 395 (11, 218), Nr. 44, S. 518 (15, 311).
Landler, Eugen, Nr. 3, S. 19 (2, 28), Nr. 6, S. 43 (3, 44), Nr. 53, S. 633 (19, 413).
Leckie, Jack, V., Nr. 2, S. 11 (1, 5), Nr. 43, S. 507 (15, 306).
Leder, Z., Nr. 25, S. 276 (8, 163), Nr. 36, S. 416 (12, 245).
Lenin, N., Nr. 28, S. 304, Nr. 48, S. 569 (17, 345), Nr. 51, S. 601 (18, 369).
Leonhard, Nr. 51, S. 611 (18, 397).
Liadow, M., Nr. 19, S. 210 (7, 142).
Lipschütz, Nr. 47, S. 553 (17, 354).
Loeber, W. C., Nr. 27, S. 296 (9, 184).
Lomow, A., Nr. 19, S. 211 (7, 144).
Losowski, A., Nr. 19, S. 206 (7, 134), Nr. 21, S. 233 (7, 136), Nr. 27, S. 293 (9, 176), Nr. 66, S. 806 (24, 549), Nr. 69, S. 849 (25, 560), Nr. 72, S. 891 (25, 560), Nr. 75, S. 921 (26, 587).
Lothar, Nr. 23, S. 259 (8, 170).
Louzon, R., Nr. 38, S. 436 (13, 208).

M., Nr. 12, S. 109 (4, 73).
M., A., Nr. 53, S. 629 (19, 406).
M., Lu, Nr. 53, S. 640 (19, 428).
Magyar, L., Nr. 49, S. 578 (17, 362).
Majerova, Marie, Nr. 75, S. 923 (26, 593).
Malepartus, Nr. 38, S. 432 (13, 265).
Manner, K., Nr. 51, S. 602 (18, 377).
Märten, Lu, Nr. 56, S. 682 (21, 478).
Masci, G., Nr. 1, S. 6 (1, 20), Nr. 9, S. 85 (4, 62), Nr. 44, S. 515 (15, 305).
Maslow, A., Nr. 41, S. 477, Nr. 52, S. 624 (19, 417), Nr. 56, S. 669 (21, 456).
Maslowski, Peter, Nr. 38, S. 440 (13, 275), Nr. 43, S. 510 (15, 312), Nr. 44, S. 517 (15, 309), Nr. 59, S. 701 (22, 491).
Matow, A., Nr. 66, S. 799 (24, 537).
Maurin, J., Nr. 36, S. 418 (12, 247).
Mein, Hans, Nr. 75, S. 919 (26, 581).
Michajlow, M., Nr. 59, S. 703 (22, 488).
Moskwa, M., Nr. 30, S. 342 (10, 204).
Molotow, Nr. 58, S. 696.
Müller, Karl, Nr. 23, S. 260 (8, 172).
Münzenberg, Willi, Nr. 57, S. 690 (21, 474).
Murphy, J. T., Nr. 15, S. 164 (5, 95), Nr. 40, S. 456 (14, 282), Nr. 47, S. 550 (17, 349), Nr. 50, S. 587 (18, 376), Nr. 69, S. 850 (25, 567), Nr. 77, S. 942 (26, 584).

Nearing, Scott, Nr. 14, S. 153 (5, 92).
Nemo, Nr. 21, S. 236 (7, 145).
Neurath, Alois, Nr. 14, S. 158 (5, 90), Nr. 29, S. 336 (9, 122), Nr. 38, S. 438 (13, 272), Nr. 39, S. 452 (13, 274), Nr. 46, S. 545 (16, 343).
Newbold, Walter, Nr. 21, S. 227 (7, 127).
Nguyen-ai-Quac, Nr. 30, S. 340 (10, 202), Nr. 46, S. 540 (16, 328), Nr. 54, S. 645 (20, 436).
Nicci, Nr. 72, S. 887 (25, 555).
Nin, A., Nr. 68, S. 840 (24, 540), Nr. 56, S. 678 (21, 470), Nr. 66, S. 807 (24, 549).

O., Ch., Nr. 5, S. 37 (3, 47).
Obitz, G., Nr. 34, S. 402 (11, 235).
Ossinski, Nr. 13, S. 139.
Otto, Nr. 23, S. 258 (8, 169).

P., Nr. 30, S. 344 (10, 208).
P., D., Nr. 15, S. 163 (5, 91).
P., W. E., Nr. 69, S. 852 (25, 572).
Paul, Eugen, Nr. 52, S. 627 (19, 427), Nr. 55, S. 667 (20, 453), Nr. 60, S. 724 (22, 503), Nr. 60, S. 724 (22, 503), Nr. 75, S. 927 (26, 597), Nr. 77, S. 951 (26, 598).
Pawlowitsch, M., Nr. 64, S. 778 (23, 524).
Pawlowsky, E., Nr. 17, S. 188.
Peluso, Edmondo, Nr. 44, S. 521 (15, 318).
Pepper, J., Nr. 4, S. 25 (2, 30), Nr. 18, S. 194 (6, 109), Nr. 42, S. 499 (14, 290).
Petrowski, D., Nr. 75, S. 920 (26, 583).
Petroseanu, E. O., Nr. 66, S. 798 (24, 531).
Preobraschenski, E., Nr. 19, S. 212 (7, 145).

Quinet, M., Nr. 29, S. 337 (9, 193).

R., F., Nr. 61, S. 730 (23, 515), Nr. 69, S. 848 (25, 559).
R., I., Nr. 21, S. 238 (7, 148).
Radek, Karl, Nr. 15, S. 182, Nr. 19, S. 203 (7, 125), Nr. 19, S. 213 (7, 141), Nr. 21, S. 228 (7, 128), Nr. 23, S. 250 (8, 161), Nr. 30, S. 345 (10, 209), Nr. 31, S. 353 (10, 210), Nr. 35, S. 403 (12, 237), Nr. 45, S. 526 (16, 323), Nr. 50, S. 388 (18, 391), Nr. 52, S. 625 (19, 418), Nr. 69, S. 855 (25, 573).
Radovanovits, L., Nr. 35, S. 404 (12, 242).
Rákos, Franz, Nr. 35, S. 405 (12, 244), Nr. 59, S. 704 (22, 489).
Rakosi, Matthias, Nr. 46, S. 537 (16, 324).
Rappoport, Charles, Nr. 1, S. 7 (1, 21), Nr. 36, S. 413 (12, 240).
Raskolnikow, F., Nr. 4, S. 26 (2, 28), Nr. 47, S. 556 (17, 363).
Receanu, Ovid, Nr. 47, S. 551 (17, 351).
Renoult, Daniel, Nr. 68, S. 833 (24, 529).
Reußner, Fritz, Nr. 45, S. 532 (16, 336), Nr. 59, S. 712 (22, 498).
Révai, J., Nr. 12, S. 109 (4, 73), Nr. 25, S. 274 (8, 160).
Rez, Andreas, Nr. 77 S. 947 (26, 588).
Rhenanus, Oskar, Nr. 6, S. 41 (3, 41), Nr. 12, S. 106 (4, 69).
Richter, Rudolf, Nr. 52, S. 623 (19, 415).
Rosenberg, Arthur, Nr. 75, S. 917 (26, 577).
Roy, Evelyn, Nr. 45, S. 530 (16, 334), Nr. 52, S. 620 (19, 409).
Roy, M. N., Nr. 4, S. 27 (2, 34), Nr. 27, S. 291 (9, 173), Nr. 33, S. 388 (11, 225), Nr. 34, S. 391, Nr. 38, S. 406 (12, 247), Nr. 40, S. 458 (14, 286), Nr. 42, S. 497 (14, 287), Nr. 61, S. 729 (23, 514), Nr. 68, S. 836 (24, 533).
Rubiner, Frida, Nr. 25, S. 273 (8, 156), Nr. 33, S. 386 (11, 221), Nr. 34, S. 396 (11, 221), Nr. 36, S. 416 (12, 244), N. 38, S. 434 (13, 267), Nr. 42, S. 498 (14, 288), Nr. 49, S. 574 (17, 353), Nr. 56, S. 678 (21, 468).
Runge, F. Nr. 59, S. 716 (22, 503).
Rykow, Nr. 11, S. 96, Nr. 13, S. 111, Nr. 23, S. 249 (8, 155).

S., D., Nr. 30, S. 343 (10, 207).
S., Kl., Nr. 60, S. 721 (22, 494).
S., W., Nr. 34, S. 394 (11, 217).
Sadoul, Jacques, Nr. 18, S. 196 (6, 111), Nr. 25, S. 269 (8, 149), Nr. 29, S. 333 (9, 182), Nr. 31, S. 350 (10, 200), Nr. 38, S. 450 (13, 268).
Sandomirskij, G., Nr. 77, S. 944 (26, 579).
Sawko, Ladislaus, Nr. 43, S. 314 (15, 318).
Schlesinger, Gustav, Nr. 63, S. 774 (23, 515).
Schreiber, Dina, Nr. 56, S. 674 (21, 475).
Schröder, Otto, Nr. 3, S. 18 (2, 26), Nr. 29, S. 331 (9, 179), Nr. 54, S. 647 (20, 441).
Schüller, R., Nr. 17, S. 190, Nr. 40, S. 461 (14, 295), Nr. 75, S. 922 (26, 591).
Schumann, Georg, Nr. 68, S. 841 (24, 545).

Schwarz, Georg, Nr. 34, S. 397 (11, 224), Nr. 68, S. 838 (24, 536).
Semaschko, N., Nr. 19, S. 212 (7, 144).
Serge, Victor, Nr. 18, S. 195 (6, 110), Nr. 38, S. 441 (13, 278), Nr. 40, S. 464 (14, 300), Nr. 59, S. 708 (22, 489), Nr. 76, S. 944 (26, 583).
Seyen Chac, Nr. 61, S. 726 (23, 511).
Sinowjew, G., Nr. 2, S. 12 (1, 12), Nr. 5, S. 33 (3, 59), Nr. 7, S. 63, Nr. 8, S. 76, Nr. 15, S. 159 (5, 78), Nr. 16, S. 167 (6, 102), Nr. 17, S. 179, Nr. 18, S. 199 (6, 119), Nr. 21, 235 (7, 140), Nr. 22, S. 239, Nr. 26, S. 281, Nr. 31, S. 347 (10, 197), Nr. 33, S. 379 (11, 226), Nr. 34, S. 399 (11, 226), Nr. 36, S. 418 (12, 250), Nr. 46, S. 535 (16, 321), Nr. 38, S. 443 (13, 258), Nr. 11, S. 101, Nr. 37, S. 423, Nr. 50, S. 581 (18, 370), Nr. 51, S. 613 (18, 389), Nr. 54, S. 641 (20, 430), Nr. 56, S. 671 (21, 459), Nr. 58, S. 693.
Smidowitsch, S., Nr. 35, S. 407 (12, 248).
Sommer, Nr. 41, S. 485.
Souvarine, Boris, Nr. 33, S. 385 (11, 219).
Spector, Maurice, Nr. 60, S. 717 (22, 497).
Stalin, Nr. 7, S. 60, Nr. 8, S. 72, Nr. 11, S. 98.
Stawrides, El., Nr. 14, S. 146 (5, 85), Nr. 29, S. 335 (9, 190).
Steklow, J., Nr. 54, S. 643 (20, 431).
Stefanski, Nr. 60, S. 719 (22, 487), Nr. 64, S. 772 (23, 510).
Steffen, E., Nr. 47, S. 552 (17, 352).
Stern, Viktor, Nr. 27, S. 301 (9, 193).
Stirner, A., Nr. 40, S. 463 (14, 299).
Stoecker, Walter, Nr. 39, S. 149 (13, 271), Nr. 40, S. 455 (14, 282), Nr. 41, S. 467.
Sturm, Herta, Nr. 18, S. 200 (6, 120).

Thalheimer, A., Nr. 2, S. 1 (1, 1), Nr. 5, S. 40 (3, 51), Nr. 12, S. 107 (4, 71), Nr. 14, S. 144 (5, 79), Nr. 19, S. 204 (7, 127), Nr. 41, S. 488.
Tausik, Hermann, Nr. 33, S. 384 (11, 215), Nr. 56, S. 674 (21, 464).
Teodori, G. I., Nr. 59, S. 713 (22, 499).
Thomas, Wendelin, Nr. 31, S. 351 (10, 205).
Timescu, U., Nr. 25, S. 271 (8, 151), Nr. 29, S. 334 (9, 184), Nr. 39, S. 446 (13, 264), Nr. 43, S. 509 (15, 308).
Treint, Albert, Nr. 14, S. 147 (5, 82), Nr. 38, S. 434 (13, 261), Nr. 39, S. 447 (13, 561).
Trotzki, L., Nr. 8, S. 69, Nr. 13, S. 122, Nr. 14, S. 144 (5, 77), Nr. 30, S. 339 (10, 203), Nr. 52, S. 617 (19, 421), Nr. 53, S. 632 (19, 408), Nr. 59, S. 705 (22, 484), Nr. 69, S. 864 (25, 553).
Tschitscherin, G., Nr. 66, S. 797 (23, 530).

Ungar, Ludwig, Nr. 54, S. 644 (20, 432).
Unger, Otto, Nr. 60, S. 721 (22, 495).

Vanek, M., Nr. 36, S. 414 (12, 240).
Vanter, Gerhard, Nr. 42, S. 500 (14, 292), Nr. 54, S. 649 (20, 444).
Varga, Eugen, Nr. 9, S. 88 (4, 67), Nr. 16, S. 178 (6, 122), Nr. 21, S. 232 (7, 133), Nr. 23, S. 252 (8, 157), Nr. 25, S. 280 (8, 171), Nr. 32, S. 355, Nr. 50, S. 592 (18, 394), Nr. 76, S. 933.

Wa., F., Nr. 25, S. 272 (8, 154).
Wagner, Ehrenfried, Nr. 4, S. 27 (2, 34), Nr. 14, S. 156 (5, 97), Nr. 25, S. 280 (8, 169), Nr. 33, S. 389 (11, 234), Nr. 45, S. 534 (16, 338), Nr. 56, S. 680 (21, 475), Nr. 75, S. 925 (26, 595).
Wallenius, Allan, Nr. 54, S. 652 (20, 448).
Weber, Nr. 23, S. 256 (8, 165).
Wertheim, Hilde, Nr. 35, S. 410 (12, 255).
Wertheim, Johannes, Nr. 44, S. 520 (15, 314), Nr. 49, S. 575 (17, 356), Nr. 51, S. 616 (18, 404), Nr. 54, S. 655 (20, 452).
Wessel, Nr. 45, S. 530 (16, 331).
Woitinski, G., Nr. 28, S. 309.
Wujowitsch, Nr. 52, S. 621 (19, 411).

Zetkin, Clara, Nr. 18, S. 191 (6, 116), Nr. 19, S. 208 (7, 138), Nr. 29, S. 327 (9, 185), Nr. 66, S. 802 (24, 542), Nr. 72, S. 893 (25, 563).
Zink, W., Nr. 16, S. 172 (6, 107).
Zuercher, Nr. 16, S. 175 (6, 112).

Namen-Verzeichnis der Mitarbeiter.

(Nach Ländern.)

AMERIKA.

Amter, I., Nr. 18, S. 165 (5, 97), Nr. 27, S. 297 (9, 187), Nr. 38, S. 451 (13, 270), Nr. 40, S. 461 (14, 291), Nr. 64, S. 769 (23, 506), Nr. 68, S. 834 (24, 532).
Browder, Earl R., Nr. 2, S. 15 (1, 19), Nr. 3, S. 22 (2, 31) Nr. 34, S. 393 (11, 216).
Pepper, J., Nr. 4, S. 25 (2, 30), Nr. 18, S. 194 (6, 109) Nr. 42, S. 499 (14, 290).

ARGENTINIEN.

Ghioldi, Rodolfo, Nr. 54, S. 646 (20, 439), Nr. 64, S. 775 (23, 517).

BELGIEN.

Jacquemotte, J., Nr. 18, S. 194 (6, 108).
P., D., Nr. 15, S. 163 (5, 91).

BULGARIEN.

A., R., Nr. 1, S. 8 (1, 23).
Dimitrow, G., Nr. 43, S. 514 (15, 316), Nr. 44, S. 516 (15, 309), Nr. 57, S. 687 (31, 463).

CHINA.

Seyen Chac, Nr. 61, S. 726 (23, 511).

DEUTSCHLAND.

Abusch, Alexander, Nr. 14, S. 151 (5, 88), Nr. 21, S. 231 (7, 131), Nr. 30, S. 341 (10, 202).
Alexander, G. G. L., Nr. 2, S. 10 (1, 2), Nr. 9, S. 91 (4, 75), Nr. 29, S. 338 (9, 196), Nr. 44, S. 522 (15, 320), Nr. 18, S. 202 (6, 123).
Barthel, Max, Nr. 57, S. 692 (21, 480).
Bittel, Karl, Nr. 3, S. 21 (2, 30).
Böttcher, Paul, Nr. 3, S. 17 (2, 25), Nr. 9, S. 86 (4, 63), Nr. 61, S. 727 (23, 512).
Dörr, Max, Nr. 9, S. 87 (4, 60).
Drahn, Ernst, Nr. 4, S. 31 (2, 39).
Eberlein, Hugo, Nr. 28, S. 306, Nr. 53, S. 630 (19, 406).
Enderle, August, Nr. 34, S. 397 (11, 222), Nr. 61, S. 725 (23, 505), Nr. 64, S. 777 (23, 523).
Erikus, Nr. 14, S. 152 (5, 89), Nr. 40, S. 459 (14, 289).
Ferid, Ali, Nr. 14, S. 153 (5, 90), Nr. 15, S. 163 (5, 93).
Fink, G., Nr. 1, S. 4 (1, 7).
Fischer, Ruth, Nr. 41, S. 479.
Frank, Karl, Nr. 54, S. 650 (20, 447).
Frölich, Paul, Nr. 72, S. 890 (25, 570).
Gensen, Nr. 72, S. 889 (25, 557).
H., A., Nr. 46, S. 542 (16, 332).
Hansen, Nr. 45, S. 526 (16, 326), Nr. 46, S. 539 (16, 327).
Heckert, Nr. 5, S. 38 (3, 43), Nr. 16, S. 174 (6, 113).
Hirla, G., Nr. 43, S. 512 (15, 315).
Höllein, Emil, Nr. 1, S. 1 (1, 2), Nr. 12, S. 104 (4, 65), Nr. 23, S. 251 (8, 153).
Hörnle, Edwin, Nr. 41, S. 469.
Koenen, Wilh., Nr. 56, S. 681 (21, 476).
Lada, W., Nr. 1, S. 5 (1, 8), Nr. 9, S. 89 (4, 70), Nr. 16, S. 175 (6, 115), Nr. 34, S. 395 (11, 218), Nr. 44, S. 518 (15, 311).
L., G. G., Nr. 30, S. 345 (10, 212).
Leonhard, Nr. 51, S. 611 (18, 397).
Lothar, Nr. 23, S. 259 (8, 170).
M., A., Nr. 53, S. 629 (19, 406).
M., Lu., Nr. 53, S. 640 (19, 428).
Malepartus, Nr. 38, S. 432 (13, 265).
Märten, Lu, Nr. 56, S. 682 (21, 478).
Maslow, A., Nr. 41, S. 477, Nr. 56, S. 669 (21, 456), Nr. 52, S. 624 (19, 417).
Maslowski, Peter, Nr. 38, S. 440 (13, 275), Nr. 43, S. 510 (15, 312), Nr. 44, S. 517 (15, 309), Nr. 59, S. 701 (22, 491).
Mein, Hans, Nr. 75, S. 919 (26, 581).
Müller, Karl, Nr. 23, S. 260 (8, 172).
Münzenberg, Willi, Nr. 57, S. 690 (21, 474).
Obitz, G., Nr. 34, S. 402 (11, 235).

Reußner, Fritz, Nr. 45, S. 532 (16, 336), Nr. 59, S. 712 (22, 498).
Rhenanus, Oskar, Nr. 6, S. 41 (3, 41), Nr. 12, S. 106 (4, 69).
Richter, Rudolf, Nr. 52, S. 623 (19, 415).
Rosenberg, Arthur, Nr. 75, S. 917 (26, 577).
S., D., Nr. 30, S. 343 (10, 207).
S., Kl., Nr. 60, S. 721 (22, 494).
Schreiber, Dina, Nr. 56, S. 674 (21, 479).
Schröder, Otto, Nr. 3, S. 18 (2, 26), Nr. 29, S. 331 (9, 179), Nr. 54, S. 647 (20, 441).
Schumann, Georg, Nr. 68, S. 841 (24, 545).
Schwarz, Georg, Nr. 34, S. 397 (11, 224), Nr. 68, S. 838 (24, 536).
Sommer, Nr. 41, S. 485.
Steffen, Nr. 47, S. 552 (17, 352).
Sturm, Hertha, Nr. 18, S. 200 (6, 120).
Stoecker, Walter, Nr. 39, S. 149 (13, 271), Nr. 40, S. 455 (14, 282), Nr. 41, S. 467.
Thalheimer, A., Nr. 2, S. 1 (1, 1), Nr. 5, S. 40 (3, 51), Nr. 12, S. 107 (4, 71), Nr. 14, S. 141 (5, 79), Nr. 19, S. 204 (7, 127), Nr. 41, S. 488.
Thomas, Wendelin, Nr. 31, S. 351 (10, 205).
Ungar, Ludwig, Nr. 54, S. 644 (20, 432).
Unger, Otto, Nr. 60, S. 721 (22, 495).
Wa., F., Nr. 25, S. 272 (8, 154).
Wagner, Ehrenfried, Nr. 4, S. 27 (2, 34), Nr. 14, S. 156 (5, 97), Nr. 25, S. 280 (8, 169), Nr. 33, S. 389 (11, 234), Nr. 45, S. 534 (16, 338), Nr. 56, S. 680 (21, 475), Nr. 75, S. 925 (26, 595).
Wessel, Nr. 45, S. 530 (16, 331).
Zetkin, Clara, Nr. 18, S. 191 (6, 116), Nr. 19, S. 208 (7, 138), Nr. 29, S. 327 (9, 185), Nr. 66, S. 802 (24, 542), Nr. 72, S. 893 (25, 563).
Zink, W., Nr. 16, S. 172 (6, 107).

ENGLAND:

Ashleigh, Charles, Nr. 14, S. 154 (5, 93).
Askew, J. B., Nr. 29, S. 329 (9, 175).
Egon, Nr. 59, S. 709 (22, 490).
Hardy, George, Nr. 18, S. 198 (6, 114), Nr. 23, S. 255 (8, 164), Nr. 50, S. 593 (18, 396).
Leslie, Jack V., Nr. 2, S. 11 (1, 5), Nr. 43, S. 507 (15, 306).
Loeber, W. C., Nr. 27, S. 296 (9, 184).
Murphy, J. T., Nr. 15, S. 164 (5, 95), Nr. 40, S. 456 (14, 282), Nr. 47, S. 550 (17, 349), Nr. 50, S. 587 (18, 376), Nr. 69, S. 850 (25, 567), Nr. 77, S. 942 (26, 584).
Nearing, Scott, Nr. 14, S. 153 (5, 92).
Newbold, Walter, Nr. 21, S. 227 (7, 127).
P., W. E., Nr. 69, S. 852 (25, 572).

ESTLAND.

P., Nr. 30, S. 344 (10, 208).

FINNLAND:

Manner, K., Nr. 51, S. 602 (18, 377).

FRANKREICH:

Albert, R., Nr. 28, S. 308, Nr. 42, S. 495 (14, 283), Nr. 49, S. 576 (17, 360), Nr. 55, S. 657 (20, 434), Nr. 57, S. 685 (21, 457), Nr. 61, S. 732 (23, 518).
Dunois, Amadeus, Nr. 68, S. 841 (24, 546).
Franklin, Pierre, Nr. 53, S. 635 (19, 415).
Guyaux, Victor, Nr. 25, S. 407 (12, 246).
Jacques, Nr. 6, S. 51 (3, 51), Nr. 14, S. 156 (5, 96).
K., M., Nr. 45, S. 528 (16, 329).
Louzon, R., Nr. 38, S. 436 (13, 208).
O., Ch., Nr. 5, S. 37 (3, 47).
Rappoport, Charles, Nr. 1, S. 7 (1, 21), Nr. 36, S. 413 (12, 240).
Renoult, Daniel, Nr. 68, S. 833 (24, 529).
Sadoul, Jacques, Nr. 18, S. 196 (6, 111), Nr. 25, S. 269 (8, 149), Nr. 29, S. 333 (9, 182), Nr. 31, S. 350 (10, 200), Nr. 38, S. 450 (13, 268).
Serge, Victor, Nr. 18, S. 195 (6, 110), Nr. 38, S. 441 (13, 278), Nr. 40, S. 464 (14, 300), Nr. 59, S. 708 (22, 489), Nr. 70, S. 944 (26, 583).
Souvarine, Boris, Nr. 33, S. 385 (11, 219).
Treint, Albert, Nr. 14, S. 147 (5, 82), Nr. 38, S. 434 (13, 261), Nr. 39, S. 447 (13, 561).

GRIECHENLAND:

Stawrides, El., Nr. 14, S. 146 (5, 85), Nr. 29, S. 335 (9, 1

HOLLAND:

Bouwman, E., Nr. 47, S. 553 (17, 355).
H., M., Nr. 66, S. 801 (24, 541).
Vanter, Gerhard, Nr. 42, S. 500 (14, 292), Nr. 54, S. 6
(20, 444).

INDIEN:

Roy, Evelyn, Nr. 45, S. 530 (16, 334), Nr. 52, S. 620 (19, 4
Roy, M. N., Nr. 4, S. 27 (2, 34), Nr. 27, S. 291 (9, 1
Nr. 33, S. 388 (11, 225), Nr. 34, S. 391, Nr. 35, S. 4
247), Nr. 40, S. 458 (14, 286), Nr. 42, S. 497 (14,
Nr. 61, S. 729 (23, 514), Nr. 68, S. 836 (24, 533).

INDOCHINA:

Nguyen-ai-Quac, Nr. 30, S. 340 (10, 202), Nr. 46, S.
(16, 328), Nr. 54, S. 645 (20, 436).

ITALIEN:

Bombacci, Nr. 72, S. 888 (25, 555).
Grieco, Ruggiero, Nr. 2, S. 12 (1, 9), Nr. 6, S. 50 (3,
Nr. 15, S. 161 (5, 83), Nr. 18, S. 193 (6, 106), Nr.
S. 330 (9, 178).
Masci, G., Nr. 1, S. 6 (1, 20), Nr. 9, S. 85 (4, 62), Nr.
S. 515 (15, 305).
Nicci, G., Nr. 72, S. 887 (25, 555).
Nin, A., Nr. 55, S. 678 (21, 470), Nr. 66, S. 807 (24,
Nr. 68, S. 840 (24, 540).
Peluso, Edmondo, Nr. 44, S. 521 (15, 315).

JAPAN:

Hsiany, K. G., Nr. 3, S. 23 (2, 32).

JUGOSLAWIEN:

Iwanowitsch, Nr. 69, S. 847 (25, 558).
M., Nr. 12, S. 109 (4, 73).
Radovanovits, Lj., Nr. 35, S. 404 (12, 242).
Sandomirskij, G., Nr. 77, S. 944 (26, 576).
Stefański, Nr. 60, S. 719 (22, 487), Nr. 64, S. 772 (23,
Wujowitsch, Nr. 52, S. 621 (19, 411).

KANADA:

Spector, Maurice, Nr. 60, S. 717 (22, 497).

MEXIKO.

Goldschmidt, Alfons, Nr. 25, S. 272 (8, 152).
Stirner, A., Nr. 40, S. 463 (14, 299).

NORWEGEN:

Wallenius, Allan, Nr. 54, S. 652 (20, 448).

ÖSTERREICH:

E., A., Nr. 66, S. 800 (24, 539).
Friedländer, Paul, Nr. 40, S. 465 (14, 302), Nr. 47, S.
(17, 366), Nr. 52, S. 622 (19, 412), Nr. 54, S. 654 (20,
Nr. 55, S. 666 (20, 451). Nr. 64, S. 771 (23, 509), Nr.
S. 843 (24, 550), Nr. 77, S. 947 (26, 586).
Grün, Josef, Nr. 42, S. 496 (14, 285).
Haidt, Ernst, Nr. 33, S. 387 (11, 224).
Koritschoner, Franz, Nr. 42, S. 505 (14, 301).
Kulcsár, I., Nr. 55, S. 660 (20, 437), Nr. 68, S. 839 (24,
Kulcsár, L., Nr. 55, S. 660 (20, 437), Nr. 68, S. 839 (24,
L., P., Nr. 25, S. 278 (8, 165).
R., I., Nr. 21, S. 238 (7, 148).
Schlesinger, Gustav, Nr. 63, S. 774 (23, 515).
Wertheim, Hilde, Nr. 35, S. 410 (12, 255).
Wertheim, Johannes, Nr. 44, S. 520 (15, 314), Nr. 51, S.
(18, 404), Nr. 54, S. 655 (20, 452), Nr. 49, S. 575 (17,

PALÄSTINA:

B., J., Nr. 21, S. 230 (7, 130), Nr. 36, S. 415 (12, 243), Nr.
S. 541 (16, 331), Nr. 54, S. 658 (20, 435), S. 710 (22,

POLEN:

Dombal, T., Nr. 39, S. 453 (13, 276).
Domski, L., Nr. 14, S. 157 (5, 98), Nr. 31, S. 352 (10,
Nr. 66, S. 807 (24, 550).
Koss, Nr. 45, S. 533 (16, 338).
Sawko, Ladislaus, Nr. 43, S. 314 (15, 318).

RUMÄNIEN:
L., D., Nr. 53, S. 637 (19, 419).
Petroseanu, E. O., Nr. 66, S. 798 (24, 531).
Receanu, Ovid, Nr. 47, S. 551 (17, 351).
S., W., Nr. 34, S. 394 (11, 217).
Timescu, U., Nr. 25, S. 271 (8, 151), Nr. 29, S. 334 (9, 184), Nr. 39, S. 446 (13, 264), Nr. 43, S. 509 (15, 308.)

RUSSLAND:
Alexejew, S., Nr. 75, S. 918 (26, 576).
Bucharin, N., Nr. 19, S. 210 (7, 142), Nr. 62, S. 744.
Ejow, E., Nr. 19, S. 211 (7, 145).
Gorbunow, N., Nr. 19, S. 211 (7, 143), Nr. 19, S. 211 (7, 143).
Kamenjew, L., Nr. 7, S. 54, Nr. 19, S. 213 (7, 145), Nr. 62, S. 746.
Kalaschnikow, Nr. 50, S. 491 (18, 394).
Koltsow, M., Nr. 19, S. 212 (7, 144), Nr. 19, S. 212 (7, 144).
Krupskaja-Lenin, N., Nr. 13, S. 138.
Kryjanowski, G., Nr. 19, S. 212 (7, 145).
Kujbyschew, Nr. 62, S. 743.
Leder, Z., Nr. 25, S. 276 (8, 163), Nr. 36, S. 416 (12, 245).
Lenin, W. I., Nr. 28, S. 304, Nr. 49, S. 569 (17, 345), Nr. 51, S. 601 (18, 369).
Liadow, M., Nr. 19, S. 210 (7, 142).
Lipschitz, Nr. 47, S. 553 (17, 354).
Lomow, A., Nr. 19, S. 211 (7, 144).
Losowski, A., Nr. 19, S. 206 (7, 134), Nr. 21, S. 233 (7, 136), Nr. 27, S. 293 (9, 176), Nr. 66, S. 806 (24, 549), Nr. 69, S. 849 (25, 560), Nr. 72, S. 891 (25, 560), Nr. 75, S. 921 (26, 587).
Matow, A., Nr. 66, S. 799 (24, 537).
Michajlow, M., Nr. 59, S. 703 (22, 488).
Molotow, Nr. 58, S. 696.
Moskwa, M., Nr. 30, S. 342 (10, 204).
Nemo, Nr. 21, S. 236 (7, 145).
Ossinski, Nr. 13, S. 139.
Otto, Nr. 23, S. 258 (8, 169).
Pawlowsky, E., Nr. 17, S. 188.
Pawlowitsch, M., Nr. 64, S. 778 (23, 524).
Petrowski, D., Nr. 75, S. 920 (26, 583).
Preobraschenski, E., Nr. 19, S. 212 (7, 145).
R., F., Nr. 61, S. 730 (23, 515), Nr. 69, S. 848 (25, 559).
Radek, Karl, Nr. 17, S. 182, Nr. 19, S. 303 (7, 125), R. u. Sinowjew, Nr. 19, S. 213 (7, 141), Nr. 21, S. 228 (7, 128), Nr. 23, S. 250 (8, 151), Nr. 30, S. 345 (10, 209), Nr. 31, S. 353 (10, 210), Nr. 35, S. 403 (12, 237), Nr. 45, S. 526 (16, 323), Nr. 50, S. 388 (18, 391), Nr. 52, S. 625 (19, 418), Nr. 69, S. 855 (25, 573).
Raskolnikow, F., Nr. 4, S. 26 (2, 28), Nr. 47, S. 556 (17, 363).
Rykow, Nr. 11, S. 96, Nr. 13, S. 111, Nr. 23, S. 249 (8, 155).
Rubiner, Frida, Nr. 25, S. 273 (8, 155), Nr. 33, S. 386 (11, 221), Nr. 34, S. 396 (11, 221), Nr. 36, S. 416 (12, 244), Nr. 38, S. 434 (13, 267), Nr. 42, S. 498 (14, 288), Nr. 49, S. 574 (17, 353), Nr. 56, S. 676 (21, 468).
Schüller, R., Nr. 17, S. 190, Nr. 40, S. 461 (14, 295), Nr. 75, S. 922 (26, 581).
Semaschko, N., Nr. 19, S. 212 (7, 144).
Sinowjew, G., Nr. 2, S. 12 (1, 12), Nr. 5, S. 33 (3, 59), Nr. 7, S. 63, Nr. 8, S. 76, Nr. 11, S. 101, Nr. 15, S. 159 (5, 78), Nr. 16, S. 167 (6, 102), Nr. 17, S. 179, Nr. 18, S. 199 (6, 119), Nr. 21, S. 235 (7, 140), Nr. 22, S. 239, Nr. 26, S. 281, Nr. 31, S. 347 (10, 207), Nr. 33, S. 379 (11, 226), Nr. 34, S. 399 (11, 226), Nr. 36, S. 418 (12, 250), Nr. 37, S. 423, Nr. 46, S. 535 (16, 321), Nr. 48, S. 559, Nr. 50, S. 581 (18, 370), Nr. 51, S. 613 (18, 399), Nr. 54, S. 641 (20, 430), Nr. 56, S. 671 (21, 459), Nr. 58, S. 693.
Smidowitsch, S., Nr. 35, S. 407 (12, 248).
Stalin, Nr. 7, S. 60, Nr. 8, S. 72, Nr. 11, S. 93.
Steklow, Nr. 54, S. 643 (20, 431).
Teodori, G. I., Nr. 59, S. 713 (22, 499).
Trotzki, L., Nr. 8, S. 69, Nr. 13, S. 122, Nr. 14, S. 144 (5, 77), Nr. 30, S. 339 (10, 203), Nr. 52, S. 617 (19, 421), Nr. 53, S. 632 (19, 408), Nr. 59, S. 705 (22, 484), Nr. 69, S. 864 (25, 553).
Tschitscherin, G., Nr. 66, S. 797 (23, 530).
Woitinski, G., Nr. 28, S. 309.

SCHWEIZ:
Bodenmann, N., Nr. 27, S. 296 (9, 183).
Weber, A., Nr. 23, S. 256 (8, 165).
Zuercher, Nr. 16, S. 173 (6, 112).

SPANIEN:
B., J., Nr. 5, S. 35 (3, 43).
Maurin, J., Nr. 36, S. 418 (12, 247).
Quinet, M., Nr. 29, S. 337 (9, 193).

TSCHECHOSLOWAKEI:
Grimmichová, Mila, Nr. 47, S. 554 (17, 357), Nr. 57, S. 686 (21, 462), Nr. 77, S. 949 (26, 590).
Heller, Otto, Nr. 49, S. 575 (17, 355), Nr. 38, S. 437 (13, 269).
Hula, B., Nr. 65, S. 663 (20, 442).
Kreibich, Karl, Nr. 15, S. 161 (5, 81), Nr. 36, S. 411 (12, 238), Nr. 72, S. 896 (25, 567).
Majerova, Marie, Nr. 75, S. 923 (26, 593).
Neurath, Alois, Nr. 14, S. 158 (5, 99), Nr. 29, S. 336 (9, 192), Nr. 38, S. 438 (13, 272), Nr. 39, S. 452 (13, 274), Nr. 46, S. 545 (16, 343).
Paul, Eugen, Nr. 52, S. 627 (19, 427), Nr. 55, S. 667 (20, 453), Nr. 60, S. 724 (22, 503), Nr. 75, S. 927 (26, 597), Nr. 77, S. 951 (26, 598).
Runge, F., Nr. 59, S. 716 (22, 503).
Stern, Viktor, Nr. 27, S. 301 (9, 193).
Tausik, Hermann, Nr. 33, S. 384 (11, 215), Nr. 56, S. 674 (21, 464).
Vanek, M., Nr. 36, S. 414 (12, 240).

TÜRKEI:
A., Nr. 33, S. 383 (11, 215).

UNGARN:
B., L. F., Nr. 36, S. 420 (12, 252).
Boross, L. F., Nr. 29, S. 332 (9, 181).
Cs., K., Nr. 15, S. 166 (5, 100), Nr. 36, S. 422 (12, 255), Nr. 64, S. 780 (23, 528).
Julius, Nr. 10, S. 93, Nr. 14, S. 145 (5, 80).
Király, Albert, Nr. 18, S. 201 (6, 121), Nr. 43, S. 510 (15, 313), Nr. 50, S. 594 (18, 397).
Kun, Béla, Nr. 40, S. 462 (14, 298), Nr. 62, S. 746.
Landler, Eugen, Nr. 3, S. 19 (2, 28), Nr. 6, S. 43 (3, 44), Nr. 53, S. 633 (19, 413).
Magyar, L., Nr. 49, S. 578 (17, 362).
Rákos, Franz, Nr. 35, S. 405 (12, 244), Nr, 59, S. 704 (22, 489).
Rakosi, Mathias, Nr. 46, S. 537 (16, 324).
Révai, J., Nr. 12, S. 109 (4, 73), Nr. 25, S. 274 (8, 160).
Réz, Andreas, Nr. 77, S. 947 (26, 588).
Varga, Eugen, Nr. 9, S. 88 (4, 67), Nr. 16, S. 178 (6, 122), Nr. 21, S. 232 (7, 133), Nr. 23, S. 252 (8, 157), Nr. 25, S. 280 (8, 171), Nr. 32, S. 355 ff, Nr. 50, S. 592 (18, 394), Nr. 76, S. 933.

Sachregister.

Weltpolitik.

Allgemeines.

	Nr.	S.	Nr.	S.
Der Internationale Bauernrat an die Arbeiter und Bauern der ganzen Welt . .	6	24	(2	38)
Der Internationale Bauernrat an die Bauern und Arbeiter der ganzen Welt	16	177	(6	122)
Zu den Ereignissen in Albanien	77	943	(26	578)
A.				
Die Absetzung des Kalifen und der englische Imperialismus	33	383	(11	215)
Kreibich, Karl.				
Die nationale und die Kolonialfrage auf dem V. Weltkongreß	72	897	(25	567)
Lenin, W. I.				
Skizze der Thesen über die Aufgabe unserer Delegation im Haag	51	601	(18	369)
Nguyen-ai-Quac.				
Indochina und der Stille Ozean	30	340	(10	202)
Radek, Karl.				
Die Nationalfrage im Südosten Europas .	45	526	(16	323)
Roy, M. N.				
Die Abschaffung des Kalifats	34	391	(11	225)
Seyen, Chac.				
Der französische Imperialismus in China	61	726	(23	511)
Sinowjew, G.				
Die internationale Lage	11	101		
Die Hauptmomente der gegenwärtigen internationalen Lage	50	581	(18	370)
Teodori, G. I.				
Wie sie abrüsten	59	713	(22	499)
Varga, Eugen.				
Der Sinn des Gutachtens der Sachverständigenkommission	50	592	(18	394)

Ruhr.

Der Kampf der Kommunistischen Jugend Frankreichs gegen die Ruhrbesetzung .	59	711	(22	496)
Gensen.				
Die Bedeutung des Mainzer Kommunistenprozesses	72	889	(25	557)
Hansen.				
Micum, Zechenkapital und Ruhrproletariat	45	526	(16	326)
und	46	539	(16	326)
Maslowski, Peter.				
Vor einem gewaltigen Sturm an der Ruhr	43	510	(15	312)
Der gewaltige Kampf der Ruhrbergarbeiter	59	701	(22	491)
Rhenanus, Oskar.				
Der Kampf um den Achtstundentag im rheinisch-westfälischen Industriebezirk	12	103	(4	69)
S., Kl.				
Die Bergarbeiterfrauen im Ruhrkampf	60	721	(22	494)
Wujowitsch.				
Die Arbeit der KJ. in der Ruhrarmee . .	52	621	(19	411)
Zink, W.				
Die Parlamentswahlen im Saargebiet . . .	16	172	6	107)

Deutschland.

Abusch, Alexander.				
Der Wahlkampf in Thüringen	14	151	(5	88)
Ergebnisse der Thüringer Landtagswahlen	21	231	(7	151)
Die Kämpfe in Bayern	30	341	(10	202)
Böttcher, Paul.				
Große Koalition in Sachsen	3	17	(2	25)
Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Sachsen	9	86	(4	63)
Die KPD. und das Ergebnis der Reichstagswahlen in Sachsen	61	727	(25	512)
Dörr, Max.				
Amtliche Zahlen über die Not des deutschen Proletariats	9	67	(4	60)
Erikus.				
Die Justiz in der Ebert-Republik	14	152	(5	89)
Frank, Karl.				
Die deutsche Reichtagswahl — ein Fiasko der Völkischen?	54	650	(20	447)
Hansen.				
Micum, Zechenkapital und Ruhrproletariat I und II	45	526	(16	326)
und	46	539	(16	327)
Höllein, Emil.				
Die Thüringer Landtagswahlen	23	251	(8	153
M., A.				
Nach den Wahlen in Deutschland . . .	53	629	(19	406)
Maslow.				
Die Wahlergebnisse in Deutschland . .	56	669	(21	456)
Maslowski, Peter.				
Der Aufmarsch zum Wahlkampf in Deutschland	44	517	(15	309)
Rosenberg, Arthur.				
Marx, Herriot und die KPD.	75	517	(26	577)
Steffen, E.				
Der Kampf des Ludwighafener Chemieproletariats	47	552	(17	352)
Stoecker, Walter.				
Die Reichstagswahlen in Deutschland . .	40	455	(14	282)
Wa., F.				
Die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes in Deutschland . . .	25	272	(8	154)
Wagner, Ehrenfried.				
Das Kinderelend deutscher Barrikadenkämpfer	4	27	(2	34)

Äussere Politik.

(Nach Ländern.)

AMERIKA:				
Pepper, John.				
Amerika und die deutsche Frage . . .	4	25	(2	30)
Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko in Sicht	18	194	(6	109)
DEUTSCHLAND:				
Das Vorgehen der Polizei gegen die Handelsvertretung der U. d. SSR. in Berlin	56	678	(21	466)
Eberlein, Hugo.				
Der Polizeieinbruch in die Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion . .	53	630	(19	406)
Steklow, J.				
Genug der Scherze!	54	643	(20	431)
Ungar, Ludwig.				
Der Polizeiangriff auf die Berliner Handelsvertretung der SSSR.	54	644	(20	432)
ENGLAND:				
Beschluß des II. Kongresses der SSSR. zur Anerkennung der Sowjetunion durch England	21	230	(7	131)

	Nr.	S.	Nr.	S.
Die Londoner Konferenz der Sowjetunion mit England (Wortlaut der Rede des Genossen Rakowski)	49	572	(17	348)
B., J.				
Englands Politik in Arabien	36	415	(12	243)
Radek, Karl.				
Die Anerkennung der SSSR. durch die englische Regierung	19	203	(7	125)
FRANKREICH:				
Frankreich als Helfer der englischen Unterdrücker in den Kolonien	27	295	(9	179)
Gegen die Einmischung Poincarés! (Wortlaut der Note Tschitscherins an die französische Regierung)	49	573	(17	353)
Kreibich, Karl.				
Der französisch-tschechoslowakische Vertrag	15	161	(5	81)
ITALIEN:				
Masci, G.				
Italien und Jugoslawien	9	85	(4	62)
Radek, Karl.				
Nach England — Italien	223	250	(8	151)
Stefanski.				
Zur jugoslawisch-italienisch-nationalen Frage	43	772	(23	510)
JUGOSLAWIEN:				
Masci, G.				
Italien und Jugoslawien	9	85	(4	62)
Stefanski.				
Zur jugoslawisch-italienisch-nationalen Frage	63	772	(23	510)
MEXIKO:				
Pepper, John.				
Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko in Sicht	18	194	(6	109)
RUMÄNIEN:				
Timescu, U.				
Zu den Wiener Verhandlungen der Sowjetunion mit Rumänien	39	446	(13	264)
Nach dem Abbruch der Wiener Verhandlungen der Sowjetunion mit Rumänien	43	509	(15	308)
TSCHECHOSLOWAKEI:				
Kreibich, Karl:				
Der französisch-tschechoslowakische Vertrag	15	161	(5	81)

Revolutionäre Bewegung in den Kolonien:

	Nr.	S.	Nr.	S.
Offener Brief der Kommunistischen Partei Indiens an Mr. Ramsay Macdonald, Lord Olivier, die Arbeiterregierung und die britische Arbeiterklasse	38	431	(13	260)
Murphy, J. T.				
Der Sturz des blutigen Smuts	50	587	(18	376)
Radek, Karl.				
Die englische Arbeiterpartei zerstört nichts	35	403	(12	237)
Roy, Evelyn.				
Wird die britische Arbeiterpartei dafür einstehen?	52	620	(19	409)
Roy, M. N.				
Die Strömungen im indischen Nationalismus	4	27	(2	34)
Der Kommunismus in Indien unter Anklage	40	458	(14	286)
Die Arbeiterparteiregierung an der Arbeit	42	497	(14	267)
Wie Macdonald indischen Revolutionären antwortet. „An J. Ramsay Macdonald"	46	537	(16	324)
Die britische Justiz unter der Arbeiterregierung	61	729	(23	514)
Die indische Politik der englischen Arbeiterparteiregierung. Offener Brief an Ramsay Macdonald	68	836	(24	533)
Trotzki, L.				
Die Aussichten und Aufgaben der Kommunisten im Osten	59	705	(22	484)

Innere Politik.

(Nach Ländern.)

	Nr.	S.	Nr.	S.
AMERIKA:				
Amter, I.				
Die wirtschaftliche und politische Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika	64	769	(23	506)
Klassenkämpfe unter den amerikanischen Negern	68	834	(24	532)
ARABIEN:				
B., J.				
Die Klassenkämpfe innerhalb der arabischen nationalen Bewegung	54	658	(20	435)
BELGIEN:				
Jacquemotte, J.				
Brief aus Belgien	18	194	(6	108)
BULGARIEN:				
Dimitrow, G.				
Die Lage in Bulgarien	44	516	(15	309)
Die Lage in Bulgarien	57	687	(21	463)
DEUTSCHLAND:				
Siehe Rubrik „Deutschland" (auch Rubrik „Ruhr").				
ENGLAND:				
Askew, J. B.				
Perspektiven der englischen Arbeiterregierung	29	329	(9	175)
Lada, W.				
Die englische Arbeiterpartei und der Lokomotivführerstreik	16	175	(6	115)
Leckie, Jack, V.				
Die Arbeiterpartei am Scheidewege	2	11	(1	5)
Macdonalds Rüstungspolitik	43	507	(15	306)
Murphy, J. T.				
Die englische Arbeiterparteiregierung in Nöten	40	456	(14	282)
Der Kampf der englischen Arbeiterregierung für die Stabilisierung des Kapitalismus	47	550	(17	349)
Der Sturz des blutigen Smuts	50	587	(18	376)
Newbold Walton T. J.				
Ministerpräsident Ramsay Macdonald	21	227	(7	127)
Roy, Evelyn.				
Wird die britische Arbeiterregierung dafür einstehen?	52	620	(19	409)
Radek, Karl.				
Die englische Arbeiterpartei zerstört nichts	35	403	(12	237)
Roy, M. N.				
Indien und die englische Abeiterregierung	27	291	(9	173)
Die kapitalistische Offensive in Indien	35	406	(12	247)
Der Kommunismus in Indien unter Anklage	40	458	(14	286)
Die Arbeiterparteiregierung an der Arbeit	42	497	(14	287)
Wie Macdonald indischen Revolutionären antwortet	46	537	(16	324)
Die britische Justiz unter der Arbeiterregierung	61	729	(23	514)
Die indische Politik der englischen Arbeiterparteiregierung. (Offener Brief an Ramsay Macdonald	68	636	(24	533)
Thalheimer, A.				
Die liberale Arbeiterregierung Englands	19	204	(7	127)

	Nr.	S.	Nr.	S.
Treint, Albert.				
Die Arbeiterparteiregierung in England und die Kommunisten	38	434	(13	261)
und	39	447	(13	561)
FINNLAND:				
Manner, K.				
Die Parlamentswahlen in Finnland	51	601	(18	377)
FRANKREICH:				
Vor den Kammerwahlen in Frankreich.	1	3	(1	6)
Albert, R.				
Die Scheindemission Poincarés	42	495	(14	283)
Nach den französischen Wahlen	55	657	(20	434)
In Erwartung des Ministeriums Herriot-Léon Blum	57	685	(21	457)
Nguyen-ai-Quac.				
Ergebnisse der französischen Kolonialpolitik	54	645	(20	436)
Rappoport, Charles.				
Der Wahlkampf in Frankreich. Der Aufmarsch der Parteien	36	413	(12	240)
Renoult, Daniel.				
Millerand geht —, der Millerandismus kehrt wieder	68	833	(24	529)
Treint, Albert.				
Bürgerliche Blocks und der Anarchismus in Frankreich	14	147	(5	82)
GRIECHENLAND:				
Stawrides, El.				
Die politische Krise in Griechenland	14	146	(5	85)
INDIEN:				
Roy, M. N.				
Neue Strömungen im indischen Nationalismus	4	27	(2	34)
Indien und die englische Arbeiterregierung	27	291	(9	173)
Die kapitalistische Offensive in Indien	35	406	(12	247)
ITALIEN:				
Grieco, Ruggiero.				
Die Parlamentswahlen in Italien	15	161	(5	83)
Die Parlamentswahlen in Italien	18	193	(6	106)
Die Parlamentwahlen in Italien. (Warum sich die Kommunisten an der Wahl beteiligen werden)	29	330	(9	178)
Masci, G.				
Brief aus Italien	1	6	(1	20)
Die Wahlen in Italien	44	515	(15	305)
Sinowjew, G.				
An die italienischen Arbeiter	21	235	(7	140)
JAPAN:				
Alexejew, S.				
Das neue Kabinett in Japan	75	918	(25	579)
Michajlow, M.				
Die Ergebnisse der Wahlkampagne in Japan	59	703	(22	488)
JUGOSLAWIEN:				
Radovanovits, Lj.				
Die innerpolitische Krise Jugoslawiens	35	404	(12	242)
Sandomirskij, G.				
Stefan Raditsch und seine Partei	77	944	(26	579)
Stefanski.				
Zur politischen Lage in Jugoslawien	60	718	(22	487)
MEXIKO:				
Ferid, Ali.				
Die Petroleumrevolution in Mexiko	15	163	(5	93)
ÖSTERREICH:				
Friedländer, Paul.				
Das Attentat auf den österreichischen Bundeskanzler Seipel	43	771	(22	509)
Grün, Josef.				
Die „Sanierung" Österreichs und das Proletariat	42	496	(14	285)
PALÄSTINA:				
B., J.				
Selbstherrschaft in Palästina	21	230	(7	130)
POLEN:				
Die Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Polen	60	717	(22	482)
RUMÄNIEN:				
Petroseanu, E. O.				
Die Lage in Rumänien	66	798	(24	531)
S., W.				
Brief aus Bessarabien	34	394	(11	217)
Timescu, U.				
Die Lage in Rumänien	25	271	(8	151)
SPANIEN:				
B., J.				
Brief aus Spanien	5	35	(3	43)
SÜDAFRIKA:				
Murphy, J. T.				
Der Sturz des blutigen Smuts	50	587	(18	376)
TSCHECHOSLOWAKEI:				
Grimmichová, Mila.				
Der Riß im Lager der tschechoslowakischen Regierungskoalition	57	686	(21	462)
Kreibich, Karl.				
Machtkampf, Korruption und Kommunistenhetze in der Tschechoslowakei.	36	411	(12	238)
Rakosi, Mathias.				
Die Lehren der Wahlen in Karpathorußland	46	537	(16	324)
Tausik, Hermann.				
Der Wahlkampf in Karpathorußland.	33	384	(11	215)
Die Antwort der Bevölkerung Karpathorußlands an die tschechoslowakische Regierung	56	674	(21	464)
Vanek, M.				
Die Parlaments- und Senatswahlen in Karpathorußland	36	414	(12	240)
UNGARN:				
Landler, Eugen.				
Das „konsolidierte" Horthy-Ungarn	3	19	(2	28)
und	6	43	(3	44)
Rákos, Franz.				
Die „Justizreform" gegen die Arbeiterbewegung in Ungarn	59	704	(22	489)

Weltwirtschaft.

(Nach Verfassern.)

Nearing, Scott.				
Die Petroleumfrage	14	153	(5	92)
Schlesinger, Gustav.				
Der Spekulationskapitalismus als jüngste Phase der kapitalistischen Entwicklung.	63	774	(23	515)
Varga, Eugen.				
Das Weltwirtschaftsjahr 1923	9	88	(4	67)
Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im vierten Vierteljahr 1923	32	355	ff.	
Über die ökonomische Weltlage	76	933		

Wirtschaft.

(Nach Ländern.)

AMERIKA:				
Amter, I.				
Die wirtschaftliche und politische Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika	64	769	(23	506)
Browder, Earl R.				
Die Lage in Amerika	34	393	(11	216)

	Nr.	S.	Nr.	S.
BELGIEN:				
P., D.				
Der Rückgang des belgischen Franken . .	18	163	(5	91)
DEUTSCHLAND:				
Dörr, Max,				
Amtliche Zahlen über die Not des deutschen Proletariats	9	87	(4	60)
Ferid, Ali.				
Industrie und Landwirtschaft in Deutschland	14	153	(5	90)
Fink, G.				
Soll das Defizit Deutschlands durch Steuern oder durch Inflation gedeckt werden?	1	4	(1	7)
Sadoul, Jacques.				
Der Franken und die Mark	38	450	(13	268)
Varga, Eugen.				
Das Problem der Stabilisierung der Mark	21	232	(7	133)
und	23	252	(8	157)
ENGLAND:				
Bittel, Karl.				
Die russisch-englischen Wirtschaftsbeziehungen	3	21	(2	30)
Murphy, J. T.				
Die Finanzlage Englands	77	942	(26	584)
FRANKREICH:				
Die französische Staatsschuld	6	49	(3	43)
Die finanzielle Situation Frankreichs . .	45	528	(16	329)
Louzon, R.				
Die Währungskrise in Frankreich . . .	38	436	(13	208)
O., Ch.				
Die Lage des Mittelstandes in Frankreich	5	37	(3	47)
Sadoul, Jacques.				
Die Krankheit des französischen Franken	18	196	(6	111)
Die Krankheit des französischen Franken. (Die Wirkung auf die Innenpolitik Frankreichs)	25	269	(8	149)
Die Krankheit des französischen Franken	29	333	(9	128)
Die Krankheit des Franken. (Die Wirkung auf die Außenpolitik Frankreichs) . .	31	350	(10	200)
Der Franken und die Mark	38	450	(13	268)
JAPAN:				
Matow, A.				
Die wirtschaftliche Lage in Japan nach der Erdbebenkatastrophe im September 1923	66	799	(24	537)
ÖSTERREICH:				
Friedländer, Paul				
Österreichs Sanierung und Zolltarif . .	77	947	(26	586)
Grün, Josef.				
Die „Sanierung" Österreichs und das Proletariat	42	496	(14	285)
Kulcsar, I. und L.				
Industrie- und Finanzkapital in Österreich	55	660	(20	437)
Industrie- und Finanzkapital in Österreich nach dem großen Wiener Börsenkrach	68	839	(24	536)
SCHWEIZ:				
Zuercher.				
Die Wirtschaftslage in der Schweiz und die Aufgaben der Arbeiterklasse . . .	16	173	(6	112)
SYRIEN:				
B., J.				
Die Zerstückelung des syrischen Wirtschaftsgebietes	46	541	(18	331)
UNGARN:				
Landler, Eugen.				
Das ungarische Sanierungsgesetz. Die Macdonald-Masaryk-Horthy-Koalition .	53	633	(19	413)
Rákos, Franz.				
Ungarn vor der „Sanierung"	35	405	(12	244)
Révai, J.				
Wirtschaftliches aus Ungarn	25	274	(8	160)

Genossenschaftsbewegung.

	Nr.	S.	Nr.	S.
An die Genossenschaften aller Länder .	18	198	(6	118)
An die Genossenschaftsabteilungen aller Sektionen der KI., an alle kommunistischen Genossenschafter	35	408	(12	250
Albert, R.				
Mit Hilfe der Genossenschaften gegen das Privatkapital	61	732	(23	518)
Schröder, Otto.				
Ein genossenschaftlicher Ernährungskongreß in Deutschland	3	16	(2	26)
Die „Harmonie" der deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften . . .	29	331	(9	179)
Die Situation im Internationalen Genossenschaftsbund	54	647	(20	441)

Arbeiterbewegung.

Allgemeines.

An die Seeleute aller Länder!	19	214	(7	147)
An die Fabrikarbeiter aller Länder! . .	40	465	(14	302)
Der 1. Mai — das Fest der Arbeiter und Bauern	51	615	(18	403)
Heraus zur internationalen Solidarität mit den deutschen Bergarbeitern . .	56	677	(21	469)
Albert, R.				
1. Mai 1924	49	576	(17	360)
Alexander, G. G. L.				
Ein Proletarischer Gesundheitstag . . .	2	10	(1	2)
Hardy, George.				
Internationale Solidarität und internationale Forderungen der Seeleute . . .	50	593	(18	396)
Hirla, G.				
Die internationale Sportbewegung und der 1. Mai	43	512	(15	315)
Leder, Z.				
Der Achtstundentag und die Internationale der Ausbeuter	29	276	(8	163)
„Rhetorik und Tatsachen"	36	416	(12	245)
Leonhard.				
Heran an die Arbeiterinnen	51	611	(18	397)
Sinowjew, G.				
Maifeier 1924	51	613	(18	399)

(Nach Ländern.)

AMERIKA:				
Die 15. Generalversammlung der IWW. (Industriearbeiter der Welt)	38	451	(13	270)
Amter, I.				
Ein kommunistisches Tageblatt in englischer Sprache in Amerika	15	165	(5	97)
Klassenunterschiede unter den amerikanischen Negern	68	834	(24	532)
Browder, Earl R.				
Neue Pläne der Klassenarbeitsgemeinschaft in den Vereinigten Staaten Nordamerikas	3	22	(2	31)
Die Lage in Amerika	34	393	(11	216)
Pepper, John.				
Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten von Amerika	42	499	(14	290)
BELGIEN:				
An das deutsche, französische und belgische Proletariat	55	659	(20	433)
Jacquemotte, J.				
Brief aus Belgien	18	194	(6	108)
BULGARIEN:				
Auf zur Verteidigung der bulgarischen Arbeiter und Bauern!	44	521	(15	319)
DEUTSCHLAND:				
An die deutschen Arbeiter!	23	259	(8	171)
An die kämpfenden Fabrikarbeiter Deutschlands!	40	465	(14	302)

	Nr.	S.	Nr.	S.
An die klassenbewußten Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands!	54	654	(20	451)
An das deutsche, französische und belgische Proletariat!	55	659	(20	433)
Höllein, Emil.				
Die neuen Hungergehälter der Beamten in Deutschland	1	1	(1	2)
Der Lohnsteuerskandal in Deutschland	12	104	(4	65)
Lada, W.				
Die Auswirkungen der Weimarer Konferenz	1	5	(1	8)
Die Kämpfe der Metallarbeiter in Rheinland-Westfalen und in Berlin	9	89	(4	70)
Die Betriebsrätewahlen in Deutschland und die Amsterdamer	34	395	(11	218)
Mein, Hans.				
Der Kampf um die Arbeitszeit	75	919	(26	581)
Rhenanus, Oskar.				
Wo stehen wir?	6	41	(3	41)
Der Kampf um den Achtstundentag im rheinisch-westfälischen Industriebezirk	12	106	(4	69)
S., D.				
Der Raub des Achtstundentages und die Frauen	30	343	(10	207)
Sturm, Hertha.				
Die Frau als Vorkämpferin gegen die deutsche Hungersnot	18	200	(6	120)
Wessel.				
Der Kampf der deutschen Eisenbahner	45	530	(16	331)
ENGLAND:				
Egon.				
Die Lage im englischen Bergbau	59	709	(22	490)
Lada, W.				
Die englische Arbeiterpartei und der Lokomotivführerstreik	16	175	(6	115)
Murphy, J. T.				
Die englische Arbeiterregierung in Nöten	40	456	(14	282)
FRANKREICH:				
An das deutsche, französische und belgische Proletariat!	55	659	(20	433)
An das Proletariat Frankreichs! An das Proletariat der ganzen Welt!	59	715	(22	502)
ITALIEN:				
Grieco, Ruggiero.				
Arbeiterkämpfe und faschistische Gewerkschaften in Italien	2	12	(1	9)
Nin, A.				
Das Italien von heute	66	807	(24	549)
JAPAN:				
Das EKKI. an die Arbeiter und Bauern Japans	61	735	(23	520)
MEXIKO:				
Goldschmidt, Alfons.				
Brief aus Mexiko	25	272	(8	152)
ÖSTERREICH:				
Sawko, Ladislaus.				
Massenkundgebung der Wiener Arbeiterschaft gegen den weißen Terror in Polen	43	314	(15	318)
Wertheim, Johannes.				
Die Lehrerbewegung in Österreich	49	575	(17	356)
SCHWEIZ:				
Bodenmann, N.				
Die Volksabstimmung über die Arbeitszeit in der Schweiz	27	296	(9	183)
Weber, A.				
Die Unternehmerattacke auf den Achtstundentag in der Schweiz	23	256	(8	165)
SPANIEN:				
Maurin, J.				
Der Zusammenbruch des spanischen Anarcho-Syndikalismus	36	418	(12	247)
TSCHECHOSLOWAKEI:				
Frauenarbeit in der Tschechoslowakei	54	646	(20	440)
Grimmichová, Mila.				
Der internationale Frauentag und der Stand der kommunistischen Frauenbewegung in der Tschechoslowakei	47	554	(17	357)
Heller, Otto.				
Ein Kampf um den Achtstundentag in der Tschechoslowakei	38	437	(13	269)
Neue Arbeiterkämpfe in der Tschechoslowakei	49	575	(17	355)
UNGARN:				
B., L. F.				
Märzauftakt in Ungarn	36	420	(12	252)
Streiks, Aussperrungen usw.				
DEUTSCHLAND:				
Die Unterstützungen der kämpfenden deutschen Bergarbeiter durch die RGI. und die russischen Gewerkschaften	60	720	(22,	493)
H., A.				
Der Kampf der Hamburger Hafenarbeiter	46	542	(16	332)
Hardy, George.				
Der Kampf der deutschen Seeleute in den britischen Häfen	18	198	(6	114)
Heckert, Fritz.				
Der Kampf der Berliner Metallarbeiter	5	32	(3	43)
Lada, W.				
Die Kämpfe der Metallarbeiter in Rheinland-Westfalen und in Berlin	9	89	(4	70)
Steffen, E.				
Der Kampf des Ludwigshafener Chemie-Proletariats	47	552	(17	352)
Thomas, Wendelin.				
Nach dem Streik der deutschen Seeleute in den britischen Häfen	31	351	(10	205)
Wessel.				
Der Kampf der deutschen Eisenbahner	45	530	(16	331)
ENGLAND:				
Ashleigh, Charles.				
Der Eisenbahnerstreik in England	14	154	(5	93)
Hardy, George.				
Der Kampf der deutschen Seeleute in den britischen Häfen	18	198	(6	114)
Der Streik der britischen Dockarbeiter	23	255	(8	164)
Lada, W.				
Die englische Arbeiterpartei und der Lokomotivführerstreik	16	175	(6	115)
Murphy, J. T.				
Streikbewegungen in England	15	164	(5	95)
HOLLAND:				
Bouwman, E.				
Der Streik im Rotterdamer Hafen	47	553	(17	355)
INDIEN:				
Roy, Evelyn.				
Einige Feststellungen zum Textilarbeiterstreik in Bombay	45	530	(16	334)
Roy, M. N.				
Der Textilarbeiterstreik in Bombay	33	388	(11	225)
ÖSTERREICH:				
Haidt, Ernst.				
Nach dem Streik der Bankbeamten in Österreich	33	387	(11	224)
L., P.				
Der Streik der Bankbeamten in Österreich	25	278	(8	165)
UNGARN:				
Király, Albert.				
Der Kampf der Budapester Buchdrucker	50	594	(18	397)

Gewerkschaftsbewegung.

Allgemeines.

	Nr.	S.	Nr.	S.
Die II. Lehrer-Internationale	38	437	(13	271)
Sollen Revolutionäre in reaktionären Gewerkschaftsverbänden arbeiten? (Aus Lenin: Kinderkrankheiten des Kommunismus.)	44	523	(16	339)
Losowski, A.				
Die Gegenwart und die unmittelbare Zukunft der Gewerkschaften und Betriebsräte	19	206	(7	134)
und	21	233	(7	136)
Die russischen Verbände auf dem Kongreß der Amsterdamer Internationale	69	849	(25	560)
Fortsetzung	72	891	(25	891)
Schluß	75	587	(26	587)

(Nach Ländern.)

AMERIKA:

Amter, I.
- Die 15. Generalversammlung der IWW. (Industriearbeiter der Welt) — 38 451 (13 270)
- Der Kongreß der Vereinigten Bergarbeiter Amerikas — 40 461 (14 291)

ARGENTINIEN:

Ghioldi, Rodolfo.
- Aus der argentinischen Gewerkschaftsbewegung — 54 646 (20 439)
- Die Strategie der argentinischen Gewerkschaftsführer — 64 775 (23 517)

DEUTSCHLAND:
- Ein historisches Dokument. (Offener Brief der VKPD. vom 8. Januar 1921 an ADGB., Afa, usw.) — 64 774 (23 516)
- Resolution des EKKI. zur Arbeit der KPD. in der Gewerkschaftsbewegung — 25 275 (8 162)
- Resolution zur Gewerkschaftsfrage. Die gegenwärtige Lage in der deutschen Gewerkschaftsbewegung und die nächsten Aufgaben der KPD. — 51 609 (18 388)

Enderle, August.
- Der Kongreß des deutschen Metallarbeiterverbandes — 34 397 (11 222)

Heckert, Fritz.
- Die Gewerkschaftsspalter in Deutschland am Werke — 16 174 (6 113)

Lada, W.
- Die Auswirkungen der Weimarer Konferenz — 1 5 (1 8)
- Zum Gewerkschaftsproblem in Deutschland — 44 518 (15 311)

Richter, Rudolf.
- Zum Verbandstag der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten Deutschlands — 52 623 (19 415)

Schröder, Otto.
- Die „Harmonie" der deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften — 29 531 (9 179)

ENGLAND:

Loeber, W. C.
- Der Wirrwarr bei den britischen Eisenbahnergewerkschaften — 27 296 (9 184)

FRANKREICH:

Gueux, Victor.
- Der französische revolutionäre Metallarbeiterverband vor großen Kämpfen — 25 407 (12 246)

Losowski, A.
- Zwei französische Kongresse — 27 293 (9 176)

HOLLAND.

H., M.
- Das Nationale Arbeitssekretariat (NAS.) und die KP. Hollands — 65 810 (24 541)

	Nr.	S.	Nr.	S.

ITALIEN.

Grieco, Ruggiero.
- Der internationale Verband der Seeleute und die Faschisten — 6 50 (3 50)

Nin, A.
- Der nächste Kongreß des italienischen Gewerkschaftsbundes — 56 670 (21 470)
- Die Gewerkschaftsorganisationen in Italien — 68 840 (24 540)

Réz, Andreas.
- Die faschistische Gewerkschaftsbewegung in Italien — 77 947 (26 588)

JAPAN.
- Ein Schreiben der RGI. an die japanischen Gewerkschaften — 61 731 (23 522)

RUMÄNIEN.

Timescu, U.
- Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung in Rumänien — 29 334 (9 184)

RUSSLAND.

Schwarz, Georg.
- Brief aus Sowjetrußland (Allrussischer Kongreß der Lebensmittelarbeiter — 68 838 (24 536)

UNGARN.

Király, Albert.
- Die Landeskonferenz der ungarischen Gewerkschaften — 43 510 (15 313)

Rote Gewerkschafts-Internationale.

Allgemeines.

Die Einberufung des III. Weltkongresses der RGI.	42	505	(14	208)
Die RGI. an die französischen Arbeiter	50	600	(18	401)
Die Rote Gewerkschafts-Internationale an die Kommunistische Internationale	33	389	(11	233)
Die Tagesordnung des III. Weltkongresses der RGI.	56	679	(21	473)
Die Unterstützungen der kämpfenden deutschen Bergarbeiter durch die RGI. und die russischen Gewerkschaften	60	720	(22	493)
Ein Schreiben der RGI. an die japanischen Gewerkschaften	61	731	(23	552)
Vertagung des III. Weltkongresses der RGI.	54	650	(20	447)
Losowski, A.				
„Taktlosigkeit, Frechheit und Unverschämtheit" der RGI.	66	806	(24	549)

Aufrufe der RGI.

An die Proletarier aller Länder!	4	30	(2	37)
An alle der RGI. angeschlossenen Organisationen	30	344	(10	207)
An die Arbeiter aller Länder!	21	237	(7	146)
An die Bergarbeiter aller Länder!	55	662	(20	438)
An die deutschen Arbeiter!	23	259	(8	171)
Der 18. März, ein internationaler Roter Hilfstag	33	390	(11	234)
Der 1. Mai, ein Tag des proletarischen Protestes und Kampfes	50	599	(18	401)
Heraus zur internationalen Solidarität mit den deutschen Bergarbeitern!	56	677	(21	469)
An das Proletariat Frankreichs, an das Proletariat der ganzen Welt!	59	715	(22	502)
An die Arbeiter-, Bauern- und revolutionären Organisationen der ganzen Welt!	4	39	(2	37)

Frauenbewegung.

	Nr.	S.	Nr.	S.
An die Proletarierinnen, die schaffenden Frauen der ganzen Welt!	30	344	(10	207)
Frauenarbeit in der Tschechoslowakei. (Mitgeteilt vom Internationalen Frauensekretariat)	54	646	(20	440)
Grimmichová, Mila.				
Der internationale Frauentag und der Stand der kommunistischen Frauenbewegung in der Tschechoslowakei	47	554	(17	357)
Die Konferenz der kommunistischen Frauen der Tschechoslowakei	77	949	(26	590)
Hsiany, K. G.				
Zur Frauenbewegung in China	3	23	(2	32)
Leonhard.				
Heran an die Arbeiterinnen!	51	611	(18	397)
Rubiner, Frida.				
Brief aus Sowjetrußland. (Der Internationale Frauentag 1924.)	36	416	(12	244)
S. D.				
Der Raub des Achtstundentages und die Frauen	30	343	(10	203)
S., Kl.				
Die Bergarbeiterfrauen im Ruhrkampf	60	721	(22,	494)
Smidowitsch, S.				
Der Internationale Kommunistische Frauentag in Rußland	35	407	(12	248)
Sturm, Hertha.				
Die Frau als Vorkämpferin gegen die deutsche Hungersnot	18	200	(6	120)
Zetkin, Clara.				
Der Internationale Kommunistische Frauentag 1924	18	191	(6	116)
und	19	203	(7	168)
Heraus zum Internationalen Kommunistischen Frauentag 1924!	29	327	(9	185)
Die Aufgaben der Dritten Internationalen Konferenz der Kommunistinnen	65	802	(24	542)
und	72	893	(25	563)

Jugendbewegung.

An alle kommunistischen Jugendverbände!	33	389	(11	226)
An das Proletariat Frankreichs, an das Proletariat der ganzen Welt!	59	715	(22	502)
An die arbeitende Jugend in Stadt und Land, im Orient und in den Kolonien! An alle jungen Soldaten, Matrosen. An die kommunistischen Jugendorganisationen!	47	549	(17	359)
An die werktätige Jugend der ganzen Welt!	16	176	(6	117)
Bereitet den X. Internationalen Jugendtag vor!	72	896	(25	566)
Der 8. Reichskongreß der Kommunistischen Jugend Deutschlands	57	689	(21	472)
Der Kampf der Kommunistischen Jugend Frankreichs gegen die Ruhrbesetzung	59	711	(22	496)
Die Stellung der Kommunistischen Jugendinternationale zur Frage der Betriebszellen	46	544	(16	342)
Einberufung des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Jugendinternationale	45	531	(16	335)
Das EK. der KJI. zu dem Mord an dem polnischen Jugendgenossen Engel	60	723	(22	501)
Gegen den faschistischen Terror in Jugoslawien	75	925	(26	595)
Resolution des EK. der KJI. über die Kriegsgefahr und die Aufgaben der KJI.	45	531	(16	335)
Vorbereitungen zum IV. Weltkongreß der KJI.	75	922	(26	591)
Schüller, R.				
Lenin und die Kommunistische Jugendinternationale	17	190		
Der weiße Terror gegen die kommunistische Jugend	40	461	(14	295)
Die Hauptergebnisse der Tätigkeit der KJI. seit dem III. Weltkongreß	75	922	(26	591)
Unger, Otto.				
Die Aufgaben des IV. Weltkongresses der KJI.	60	721	(22	495)
Wagner, Ehrenfried.				
Die Jugend und die Rote Hilfe	25	280	(8	169)
Wujowitsch.				
Die Arbeit der KJ. in der Ruhrarmee	52	621	(19	411)

Kommunistische Internationale.

Lenin-Würdigung.

Brief des EK. der KI. und des Vollzugsbüros der RGI. an die Familie des Genossen Lenin	16	177	(6	119)
Der Leninismus und die Kommunistische Internationale	76	931		
Die russischen Anarcho-Kommunisten am Grabe Lenins	25	273	(8	157)
Eine Lenin-Bibliothek in Amerika	38	438	(13	273)
Lenin in deutscher Sprache	34	402	(11	236)
Bucharin, N.				
Lenin, der Genosse	19	210	(7	142)
Ejow, E.				
Lenin, der Feind der Bürokratie	19	211	(7	143)
F., P.				
J. R. Becher: „Am Grabe Lenins“	61	736	(23	527)
Gorbunow, N.				
Wie Lenin arbeitete	19	210	(7	143)
Lenins Gehalt	19	211	(7	143)
Julius.				
Lenin	10	93		
Lenin und die marxistische Methode	14	145	(5	80)
Kamenjew, L.				
Lenin, der Führer, auf den es ankam	19	213	(7	145)
Koltsow, M.				
Lenins letzte Behausung	19	212	(7	144)
Die letzte Fahrt	19	212	(7	144)
Kryjanowski, G.				
Der Machtrausch lag Lenin fern	19	212	(7	145)
Kun, Béla.				
Die Anfangsarbeiten der Lenin-Propaganda	40	462	(14	298)
Liadow, M.				
Lenin, der Mensch	19	210	(7	142)
Lomow, A.				
Lenins praktischer Blick	19	211	(7	144)
Paul, Eugen.				
Lenin — Leben und Werk	60	724	(22	503)
Pawlowsky, E.				
Lenin und der Leninismus	17	188		
Preobraschenski, E.				
Lenins Tod befestigt die Einheit der Kommunistischen Partei Rußlands	19	212	(7	145)
R., F.				
Brief aus Sowjetrußland. (Lenin-Weihe zur Eröffnung des XIII. Parteitages der RKP.)	61	730	(23	515)
Radek, Karl.				
Die letzte politische Lehre Lenins	52	625	(19	418)
Drei Nachrufe über Lenin	30	345	(10	209)
und	31	353	(10	210)
Lenins Leben und Werk	17	182		
Schüller, R.				
Lenin und die Kommunistische Jugendinternationale	17	190		
Semaschko, N.				
Die Ursachen von Lenins Tod	19	212	(7	144)
Sinowjew, G.				
Der Tod Lenins und die Aufgaben seiner Schüler	15	159	(5	78)
Lenin und die Arbeiter	18	199	(6	119)
Sechs Tage, die wir nie vergessen werden	17	179		
Thalheimer, A.				
Lenin	14	144	(5	89)

	Nr.	S.	Nr.	S.
Trotzki, L.				
Ade, Iljitsch! Ade, Führer!	14	144	(5	77)
Der Philister über den Revolutionär	52	617	(19	421)
Werheim, Hilde.				
Lenin-Hefte	35	410	(12	255)
(Allgemeines.)				
An alle Kommunistischen Parteien! An alle Proletarier! An alle Kolonialsklaven!	28	303		
An die Reichskonferenz der Kommunistischen Partei Frankreichs	59	711	(22	497)
Beschluß des Präsidiums des EKKI. über den Lyoner Kongreß der KPF.	23	258	(8	169)
Botschaft des Exekutivkomitees der KI. an die KPF.	25	278	(8	167)
und	27	299	(9	188)
Das EKKI. an die Arbeiter und Bauern Japans	61	735	(23	520)
Das EKKI. an die Zentrale der KPF.	54	649	(20	442)
Das Präsidium des EKKI. an die Zentralkomitees aller Sektionen	23	257	(8	167)
Das Präsidium des EK. der Komintern an alle Sektionen	23	258	(8	167)
Der Fall Bombacci. (Resolution des Präsidiums des EKKI.)	39	453	(13	272)
Der erste Brief des EKKI. an den Parteitag der KPD.	48	562		
Der zweite Brief des EKKI. an den Parteitag der KPD.	48	565		
Die Fälscherbande der internationalen Konterrevolution an der Arbeit. (Das Sekretariat des EKKI.)	69	838	(25	558)
Die Komintern zu dem Wahlerfolge der KPD.	54	648	(20	442)
Einleitung zur Instruktion für die kommunistischen Fraktionen in den außerhalb der Partei stehenden Arbeiter-Massenorganisationen und Organen	24	263		
Instruktionen für die kommunistischen Fraktionen in den außerhalb der Partei stehenden Arbeiter-Massenorganisationen und Organen	24	264		
Leitsätze über die Agrarfrage	28	322		
Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale	28	319		
Leitsätze über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur	28	314		
Leitsätze und Ergänzungsthesen über die National- und Kolonialfrage	28	319		
Resolution der Exekutive der KI. über die Organisation der Betriebszellen	24	261		
Resolution des EK. der Komintern zur Arbeit der KPD. in der Gewerkschaftsbewegung	25	275	(8	162)
Statutenentwurf der Kommunistischen Internationale	61	734	(23	520)
Albert, R.				
Die III. Internationale	28	308		
Dombal, T.				
Die Kommunistische Internationale und die Bauernschaft	39	453	(13	276)
Eberlein, Hugo.				
Spartacus und die III. Internationale	28	306		
Franklin, Pierre.				
Eine internationale kommunistische Konferenz über das Sachverständigengutachten	53	635	(19	415)
Lenin.				
Die III. Internationale, ihr Platz in der Geschichte	28	304		
Maslow, A.				
Die Parteitagsbeschlüsse der KPD., ihre Anwendung, ihr Nutzen für die Internationale	52	624	(19	417)
Sinowjew, G.				
Das erste Jahrfünft der Komintern	31	347	(10	197)
(Fortsetzung)	33	379	(11	226)
(Schluß)	34	399	(11	226)
Fünf Jahre (Der Gründungskongreß der Komintern)	36	418	(12	250)
Trotzki, L.				
Die Aussichten und die Aufgaben der Kommunisten im Osten	59	705	(22	484)
Woitinski, G.				
Die Kommunistische Internationale und der Osten	28	309		
(Nach Sektionen.)				
AMERIKA:				
Amter, I.				
Ein kommunistisches Tageblatt in englischer Sprache in Amerika	15	165	(5	97)
Der 3. Kongreß der Arbeiterpartei Amerikas	27	297	(9	187)
Sinowjew, G.				
An die amerikanischen Kommunisten	2	12	(1	12)
BALKANFÖDERATION:				
Aufruf der Kommunistischen Balkanföderation	36	421	(12	254)
An alle Proletarier und werktätigen Bauern in den Balkanländern	52	627	(19	424)
An die Arbeiter und Bauern der Balkanländer und Italiens	69	853	(25	572)
An die klassenbewußte Arbeiter- und Bauernschaft, an alle unterdrückten Nationalitäten der Balkanländer!	53	638	(19	423)
Die Balkankonferenz	9	91	(4	71)
Die Kommunistische Balkanföderation zu den Vorfällen in der KPB.	3	24	(2	33)
Gegen den faschistischen Terror in Jugoslawien	75	925	(26	595)
BULGARIEN:				
Erklärung der Kommunistischen Partei Bulgariens	2	16	(1	19)
DEUTSCHLAND:				
Der erste Brief des EKKI. an den Parteitag der KPD.	48	562		
Der Frankfurter Parteitag der KPD.	51	603	(18	382)
Der Kampf gegen das zweite Versailles	77	945	(26	580)
Der Oktoberrückzug und die Lage in der KPD. (Sitzung des EKKI. vom Januar 1924)	37	423		
Der zweite Brief des EKKI. an den Parteitag der KPD.	48	565		
Die Demonstrationsparole der KPD. für den 1. Mai	47	556	(17	360)
Die Frankfurter Tagung der KPD.	50	595	(18	377)
Die Komintern zu dem Wahlerfolge der KPD.	54	648	(20	442)
Die KPF. zur Lage in der deutschen und russischen Partei	42	503	(14	296)
Ein bürgerliches Urteil über die „aufgelöste" KPD.	5	34	(3	45)
Ein historisches Dokument (Offener Brief der VKPD. an ADGB., Afa. usw.)	64	774	(23	516)
Einige Ergänzungen zum Artikel des Genossen Sinowjew: „Zur Lage in der KPD."	55	664	(20	445)
Pressestimmen zu den Thesen des EK. der Komintern über die Lehren der deutschen Ereignisse	27	295	(9	180)
Resolution der Brünner Reichskonferenz der KPTsch. zur russischen und deutschen Frage	53	636	(19	418)
Richtlinien der Mittelgruppe der KPD. für die Ausarbeitung der taktischen Resolution und des Aktionsprogramms auf dem Parteitag	41	475		
Richtlinien zur Reorganisation der KPD.	24	265		
Zur Lage in der KPD. (Thesen des Polbüros)	6	51	(3	51)
Brandler:				
Thesen zur Oktoberniederlage und zur gegenwärtigen Lage	5	40	(3	51)

	Nr.	S.	Nr.	S.
Fischer, Ruth:				
Der Kampf um die Kommunistische Partei	41	479		
Hörnle, Edwin.				
Um die Rolle der Partei	41	469		
Maslow, A.				
Die Aufgaben der KPD. und die Aufgabe der KPD.	41	477		
Die Parteitagsbeschlüsse der KPD., ihre Anwendung, ihr Nutzen für die Internationale	52	624	(19	417)
Radek und Sinowjew.				
Die Lage in Deutschland und die KPD. (Erklärung)	19	213	(7	141)
Schumann, Georg.				
Die KPD. als kommunistische Massenpartei	68	841	(24	545)
Sinowjew, G.				
Die Lage in Deutschland und die KPD.	16	167	(6	102)
Die Lehren der deutschen Ereignisse und die Taktik der Einheitsfront	22	239		
Der Oktoberrückzug und die Lage in der KPD.	37	423		
Zur Lage in der KPD.	48	559		
Der Wahlsieg der Kommunisten und die weiteren Aufgaben der KPD.	54	641	(20	430)
Sommer.				
Was trennt uns vom Parteizentrum?	41	485		
Stoecker, Walter.				
Die Lage in der deutschen Partei	41	467		
Die KPD. zu den Ergebnissen der russischen Parteidiskussion	39	149	(13	271)
Thalheimer, A.				
Über die gegenwärtige Lage in der KPD.	2	1	(1	1)
Thesen zur Oktoberniederlage und zur gegenwärtigen Lage	5	40	(3	51)
Über die Thesen der Mehrheit der Zentrale der KPD.	12	107	(4	71)
Ein Warnungssignal	41	488		
Trotzki, L.				
Über die Oktoberereignisse in Deutschland	53	632	(19	408)
ENGLAND:				
Die englische Arbeiterparteiregierung und die Kommunistische Partei Englands	21	235	(7	140)
Murphy, J. T.				
Der VI. Parteitag der Kommunistischen Partei Englands	69	850	(25	567)
FRANKREICH:				
An die Reichskonferenz der Kommunistischen Partei Frankreichs	59	711	(22	497)
Aufruf der Kommunistischen Partei Frankreichs gegen die Regierungserklärungen des Herriot-Kabinetts	77	950	(26	594)
Beschluß des Präsidiums des EKKI. über den Lyoner Kongreß der KPF.	25	258	(8	169)
Botschaft des EKKI. an die Kommunistische Partei Frankreichs	25	278	(8	167)
und	27	299	(9	188)
Das EKKI. an die Zentrale der KPF.	54	649	(20	442)
Der Kampf gegen das zweite Versailles	77	945	(26	580)
Die Kommunistische Partei Frankreichs zur Lage in der deutschen und russischen Partei	42	503	(14	296)
Jacques.				
Der Kongreß der Kommunistischen Partei Frankreichs	6	51	(3	51)
Der Lyoner Kongreß der KPF.	14	156	(5	96)
Treint, Albert.				
Die Arbeiterparteiregierung und die Kommunisten	38	434	(13	261)
GRIECHENLAND:				
Stawrides, El.				
Die Entwicklung der Kommunistischen Partei Griechenlands	20	335	(9	190)
HOLLAND:				
H., M.				
Das nationale Arbeitssekretariat (NAS.) und die KP. Hollands	66	801	(24	541)
Vanter, Gerard.				
Der 15. Parteitag der KP. Hollands	54	649	(20	444)
INDIEN:				
Offener Brief der Kommunistischen Partei Indiens an Macdonald, Lord Olivier, die Arbeiterregierung und die britische Arbeiterklasse	38	431	(13	260)
Offener Brief der KP. Indiens an die Delegierten zur Yorker Jahreskonferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei	49	577	(17	361)
Roy, M. N.				
Der Kommunismus in Indien unter Anklage	40	458	(14	286)
ITALIEN:				
Grieco, Ruggiero.				
Warum sich die Kommunisten an der Wahl beteiligen werden	29	330	(9	178)
KANADA:				
Spector, M.				
Der 3. Parteitag der revolutionären Arbeiterpartei Kanadas	60	717	(22	497)
NORWEGEN:				
Die norwegische Arbeiterpartei und die Komintern	64	776	(23	521)
ÖSTERREICH:				
Neurath, A.				
Der Parteitag der KPÖ.	38	438	(13	272)
RUMÄNIEN:				
Die KP. Rumäniens an die Arbeiter- und Bauernorganisationen der Welt	46	545	(16	342)
SCHWEIZ:				
Die KP. der Schweiz zur Diskussion in der RKP. Resolution zur Diskussion in der russischen Frage	55	664	(20	444)
TSCHECHOSLOWAKEI:				
Eine Reichskonferenz der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei	46	544	(16	337)
Resolution der Brünner Reichskonferenz der KPTsch. zur russischen und deutschen Frage	53	636	(19	418)
Hula, B.				
Die Brünner Reichskonferenz der KPTsch.	65	663	(20	442)
RUSSLAND:				
Die nächsten wirtschaftlichen Aufgaben der KP. Rußlands	6	44	(3	53)
Aus dem Rundschreiben des EKKJI. über die innere Lage der RKP.	42	501	(14	293)
Der Ausschluß der Angelika Balabanowa	47	556	(17	362)
Die KJI. an den 13. Parteitag der RKP.	61	732	(23	518)
Die Kommunistische Partei Frankreichs zur Lage in der deutschen und russischen Partei	42	505	(14	296)
Resolution der Brünner Reichskonferenz der KPTsch. zur russischen und deutschen Frage	53	636	(19	418)
Die KP. der Schweiz zur Diskussion in der RKP. Resolution zur Diskussion in der russischen Frage	55	664	(20	444)
Preobraschenski, E.				
Lenins Tod befestigt die Einheit der Kommunistischen Partei Rußlands	19	212	(7	145)
Rubiner, Frida.				
Brief aus Sowjetrußland. (Massenzustrom zu der RKP.)	25	273	(8	150)

	Nr.	S.	Nr.	S.
Sinowjew, G.				
Das „Leninsche Aufgebot" und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Rußlands	38	443	(13	258)
Smidowitsch, G.				
Der internationale Kommunistische Frauentag in Rußland	35	407	(12	248)
Stoecker, Walter.				
Die KPD. zu den Ergebnissen der russischen Parteidiskussion	39	149	(13	271)

Die russische Parteidiskussion.

Die russische Parteidiskussion	7	53
Kamenjew.		
Referat und Schlußwort auf der Versammlung der Funktionäre der Moskauer Organisation (am 11. Dezember 1923)	7	53
Stalin.		
Über die Aufgaben der Partei	7	60
Sinowjew.		
Rede auf der Parteikonferenz des Petersburger Bezirkes	7	63
Trotzki.		
Der neue Kurs	8	70
Stalin.		
Über die Diskussion, über Genossen Rafael, über die Artikel der Genossen Preobraschenski und Sapronow und über das Schreiben des Genossen Trotzki	8	72
Sinowjew, G.		
Über den Kampf um die Partei	8	76
Rykow.		
Referat in der Versammlung des Parteizellenbüros und der aktiven Parteiarbeiter der Organisation am 29. Dezember 1923	13	112
Trotzki, L.		
„Der neue Kurs"	13	122
Nieder mit der Fraktionsmacherei!	13	128
Krupskaja-Lenin, N.		
Näher zur Arbeitermasse!	13	138
Die wirtschaftliche Resolution des Genossen Ossinki	13	139
Die Parteiorganisation in der Diskussion	13	140
Die Resultate der Diskussionen in der Provinz	13	142
Thesen des Genossen Molotow über die aktuellen Fragen des Parteiaufbaues	58	696
Sinowjew, G.		
Bericht in der Sitzung der Exekutive der KI., vom 6. Januar 1924	20	215
Über die Ergebnisse der Diskussionen und über die kleinbürgerlichen Tendenzen in der RKP.	14	148 (5 86)

Die XIII. Parteikonferenz der RKP.

Sitzung des Plenums des Zentralkomitees der RKP.	11	95
Eröffnungssitzung	11	95

Die wirtschaftspolitischen Aufgaben der Sowjetunion.

Rykow, Referat	11	96

Diskussion.

Pjatakow	11	96
Lutowinow	11	97
Preobraschenski	11	97
Krassin	11	97
Molotow	11	97
Jewdokimow	11	97
Kassior	11	97
Kamenjew	11	97
Larin	11	97
Pjatakow	11	98
Rykow, Schlußwort	11	98

Der Organisationsaufbau der RKP.

Stalin, Referat	11	98

Diskussion.

Preobraschenski	11	99
Lominadse	11	99
Rjasanow	11	99
Jaroslawski	11	99
Sapronow	11	99
Radek	11	100
Tarchanow	11	100
Ryndin	11	100
Stalin, Schlußwort	11	100
Das ZK. des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands zur Parteidiskussion in der RKP.	11	100

Die internationale Lage.

Sinowjew, Referat	11	101
Radek, Erklärung	11	101
Resolution über die Ergebnisse der Diskussion und über die kleinbürgerlichen Tendenzen in der RKP.	14	148

Abstimmungen.

Kamenjew, Schlußrede	11	102
Sinowjew, G., Ausführlicher Bericht des Referates über die internationale Lage	26	281

Der XIII. Parteitag der RKP.

(Telegraphische Berichte.)

Eröffnungssitzung	62	738

Der politische Bericht des ZK.

Sinowjew, Referat	62	738

Der Organisationsbericht des ZK.

Stalin, Referat	62	739

Diskussion.

Krassin	62	739
Trotzki	62	740
Uglanow	62	740
Iwanow	62	740
Sacharow	62	740
Larin	62	740
Ruchimowitsch	62	740
Preobraschenski	62	740
Rudzutak	62	740
Kamenew	62	740
Ein Vertreter der Jugendzentrale	62	741
Jaroslawski	62	741
Lenin-Krupskaja	62	741
Stalin, Schlußwort	62	741
Sinowjew, Schlußwort	62	741
Resolution zum Bericht des Zentralkomitees	62	742
Abstimmung	62	743

Die Tätigkeit der Zentralkontrollkommission.

Kujbyschew, Referat	62	743

Die Tätigkeit der RKP.-Delegation im EKKI.

Bucharin, Referat	62	744

Diskussion.

Radek	62	744
Manuilski	62	744
Souvarine	62	745
Bucharin, Schlußwort	62	745
Resolution über die Tätigkeit der RKP.-Delegation im EKKI.	62	745

Referate über Innenhandel und Genossenschaftswesen.

Kamenjew	62	740
Krischanowski	62	746
Andrejew	62	746

Das Marx-Engels-Institut und das Lenin-Institut.

Rjasanow	62	746
Kamenjew	62	746
Wahl des Zentralkomitees	62	746
Sinowjew, Schlußrede	62	746
Kun, Béla, Die Lehren einer Abstimmung	62	746
Sinowjew, G.. Der XIII. Parteitag der RKP.	58	643

Der XIII. Parteitag der RKP.

(Ausführliche Berichte.)

	Nr.	S.
Der politische Bericht des Zentralkomitees.		
Sinowjew, Referat	63	749
Der Organisationsbericht des ZK.		
Stalin, Referat	65	782
Diskussion.		
Krassin	65	787
Trotzki	65	790
Uglanow	65	794
Guly	65	795
Iwanow	65	795
Sacharow	65	796
Larin	65	796
Ruchimowitsch	67	809
Gnutenkow	67	809
Preobraschenski	67	810
Rudzutak	67	811
Kamenjew	67	813
Tschaplin	67	817
Jaroslawski	67	818
Krupskaja	67	819
Droschin	67	819
Stalin, **Schlußwort**	67	820
Sinowjew, **Schlußwort**	67	823
Resolution zum Bericht des Zentralkomitees	67	830
Die Tätigkeit der RKP.-Delegation im EKKI.		
Bucharin, Referat	71	865
Diskussion.		
Radek	71	871
Manuilski	71	876
Souvarine, Erklärung	71	876
Bucharin, **Schlußwort**	71	876
Resolution über die Tätigkeit der RKP.-Delegation im EKKI.	71	878
Resolution über die Arbeit im Dorfe	71	878
Resolution über das Genossenschaftswesen	71	883
Zetkin, Clara, Ansprache auf dem XIII. Parteitag der RKP.	66	805 (24, 545)
Sinowjew, Die Ergebnisse des XIII. Parteitages der RKP.	73	879

Sitzungen der Erweiterten Exekutive.

	Nr.	S.	Nr.	S.
Sitzung der Erweiterten Exekutive der KI.	40	455	(14	296)
Vertagung der Sitzung der Erweiterten Exekutive	53	629	(19	415)
Telegraphischer Bericht über die Sitzung der Erweiterten Exekutive vom 12. Juni 1924	76	929		
Ausführlicher Bericht über die Sitzung der Erweiterten Exekutive vom 12. Juni 1924	70	857		

Der V. Weltkongress der Kommunistischen Internationale.

	Nr.	S.	Nr.	S.
Einberufung des V. Weltkongresses der KI.	40	455	(14	296)
Die Tagesordnung des V. Weltkongresses der KI.	43	507	(15	315)
Die Tagesordnung des V. Weltkongresses der KI.	44	520	(15	315)
Sinowjew, G., Zum V. Weltkongreß der KI.	46	535	(16	321)
Vertagung des V. Weltkongresses der KI.	53	629	(19	415)
(Telegraphische Berichte.)				
Eröffnungssitzung	76	930		
Der Leninismus und die KI.	76	930		

	Nr.	S.
Bericht über die Tätigkeit und Taktik der Exekutive.		
Sinowjew, Referat	76	931
Die Weltwirtschaftslage.		
Varga, Referat	76	933
Diskussion.		
Treint (Frankreich)	76	934
Arbeiter (Deutschland)	76	934
Brown (England)	76	934
Jacquemotte (Belgien)	76	934
Petrowski (Rußland)	76	934
Roy (Indien)	76	934
Rossi, Erklärung der Bordiga-Gruppe	76	934
Smeral (Tschechoslowakei)	76	935
Radek	76	935
Ruth Fischer (Deutschland)	76	935
Wenzel, Erklärung der Minderheit der KPTsch.-Delegation	76	936
Boschkowitz, Erklärung der Balkanföderation	76	936
Hrsl (KJ. der Tschechoslowakei)	76	936
Brandler (Deutschland)	76	936
Nguyen-ai-Quac (Indochina)	76	937
Thalheimer (Deutschland)	76	937
Kleine (Deutschland)	76	937
Schüller (KJI.)	76	937
Rienzi (Minderheit der ital. Delegation)	76	937
Thälmann (Deutschland)	76	937
Bucharin (Sowjetunion)	76	938
Brown (England)	76	938
Krajewski (Polen)	76	938
Kolarow (Bulgarien)	76	938
Lenski (Polen)	76	938
Neurath (Tschechoslowakei)	76	938
Pepper (Amerika)	76	938
Dunne (Amerika)	76	938
Chasseigne (KJV. Frankreichs)	76	938
Zetkin, Clara (Deutschland)	76	938
(Ausführliche Berichte.)		
Eröffnungssitzung.		
R., F., Die Eröffnungsfeier im Großen Theater	74	907
Kolarow	74	908
Miljutin	74	908
Sinowjew	74	908
Rykow	74	912
Losowski	74	912
Gebhardt	74	912
Aufruf an die Rote Armee, die Rote Flotte und die Rote Luftflotte	74	912
Protestresolution gegen den Weißen Terror	74	913
Aufruf an die Brudervölker des Ostens	74	913
Brudergruß an die Genossen des Leninaufgebotes	74	914
Lenin und die Komintern.		
Magyar, Ludwig, Der Kongreßtag des Leninismus	74	915
Kalinin	74	915
Severing	74	916
Roy	74	916

Aufrufe der KI.

	Nr.	S.	Nr.	S.
An alle Kommunistischen Parteien, an alle Proletarier, an alle Kolonialsklaven!	28	303		
An das Proletariat Frankreichs, an das Proletariat der ganzen Welt!	59	715	(22	502)
An die Arbeiter-, Bauern, und revolutionären Organisationen der ganzen Welt!	4	30	(2	37)
An die Arbeiter, werktätigen Bauern und unterdrückten Völker der ganzen Welt!	51	614	(18	402)
An die Kriegsopfer und ehemaligen Frontkämpfer des Weltkrieges. (Das Exekutivkomitee der IAC.)	72	898	(25	569)
An die Werktätigen der ganzen Welt!	49	579	(17	164)
Auf zur Verteidigung der bulgarischen Arbeiter und Bauern!	24	521	(15	319)
Das EKKI. an die Arbeiter und Bauern aller Länder	36	420	(12	253)

	Nr.	S.	Nr.	S.
Der 18. März — ein Internationaler Roter Hilfstag	34	401	(11	234)
Die englische Arbeiterparteiregierung und die Kommunistische Partei Englands (Resolution des EKKI.)	21	235	(7	140)
1. Mai 1924!	47	547	(17	358)
Manifest der Kommunistischen Internationale an das Proletariat der ganzen Welt	28	311		
Heraus zur internationalen Solidarität mit den deutschen Bergarbeitern!	56	677	(21	469)
Gegen den französischen Imperialismus — für das Volk Syriens!	57	692	(21	477)

Rote Sport-Internationale.

Einberufung des III. Kongresses der Roten Sport-Internationale (RSI.)	59	713	(22	499)
Hirla, G.				
Die internationale Sportbewegung und der 1. Mai	43	512	(15	315)
Reussner, Fritz.				
Die Einheit der internationalen Arbeiter-, Turn- und Sportbewegung	45	532	(16	336)
Die Rote Sport-Internationale auf dem Wege zur Weltorganisation	59	712	(22	498)

Sowjetrussland.

Allgemeines.

Eine Informationsstelle für russische Kunst und Wissenschaft in Moskau	52	626	(19	419)
Friedländer, Paul.				
Die Organisation der Bildungsarbeiter und Wissenschaftler in Sowjetrußland	52	622	(19	412)
Kalaschnikow.				
Die Ausbildung der Lehrerschaft in der Sowjetunion	50	591	(18	394)
Lipschitz.				
Der Kampf gegen die Verwahrlosung von Kindern in der Sowjetunion	47	553	(17	354)
Moskwa, M.				
Die Arbeiterkorrespondenten in Rußland	30	342	(10	204)
Majerova, Marie.				
Rot und Golden	75	923	(26	593)
Peluso, Edmondo.				
Die Solidarität der russischen Arbeiter	44	521	(18	318)
R., F.				
Brief aus Sowjetrußland. (Leninweihe zur Eröffnung des 13. Parteitages der RKP.)	61	730	(23	515)
Brief aus Sowjetrußland. (Moskau vor dem V. Weltkongreß der KI.)	69	848	(25	559)
Rubiner, Frida.				
Brief aus Sowjetrußland. (Sowjetrussischer Journalismus.)	34	396	(11	221)
Brief aus Sowjetrußland. (Der internationale Frauentag 1924)	36	416	(12	244)
Brief aus Sowjetrußland. (Das Revolutionsmuseum in Leningrad.)	42	498	(14	288)
Serge, Victor.				
Der russische Arbeiter als Journalist	59	708	(22	489)
Trotzki, L.				
Sechs Jahre Rote Armee	30	339	(10	203)

Äußere Politik.

Die Sowjetunion und die kapitalistischen Mächte. I. Die Sowjetunion und Frankreich (Interwiew „Prawda" mit Tschitscherin). II. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika (Erklärung der Arbeiterpartei Amerikas)	5	36	(3	46)
Beschluß des II. Kongresses der SSSR. zur Anerkennung der Sowjetunion durch England	21	230	(7	131)
Die Londoner Konferenz der Sowjetunion mit England. (Wortlaut der Rede des Genossen Rakowski.)	49	572	(17	348)
Gegen die Einmischung Poincarés. (Wortlaut der Note Tschitscherins an die französische Regierung.)	49	573	(17	353)
Das Vorgehen der Polizei gegen die Handelsvertretung der U. d. SSR. in Berlin	56	678	(21	466)
Die Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Polen. (Wortlaut der Note Tschitscherins an die polnische Regierung.)	60	717	(22	482)
Eberlein, Hugo.				
Der Polizeieinbruch in die Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion	53	630	(19	406)
Lenin, W.				
Skizze der Thesen zur Frage über die Aufgabe unserer Delegation im Haag	51	601	(15	369)
Nguyen-ai-Quac.				
Die Sowjetunion und die Kolonialvölker	46	540	(16	328)
Radek, Karl.				
Die Anerkennung der SSSR. durch die englische Regierung	19	203	(7	125)
Nach England — Italien	23	250	(8	151)
Raskolnikow, A.				
Die Sowjetunion und Afganistan	4	26	(2	28)
Rubiner, F.				
Die Antwort des Moskauer Proletariats auf den Vorstoß der deutschen Reaktion gegen die Sowjetunion	56	676	(21	468)
Rykow, A. I.				
Die aktuellen Aufgaben der Innen- und Außenpolitik der SSSR.	23	249	(8	155)
Sinowjew, G.				
Die Verhandlungen zwischen England und der U. d. SSR.	56	671	(21	459)
Steklow, J.				
Genug der Scherze!	54	643	(20	431)
Timescu, U.				
Zu den Wiener Verhandlungen der Sowjetunion mit Rumänien	39	446	(13	264)
Nach dem Abbruch der Verhandlungen der Sowjetunion mit Rumänien	43	509	(15	308)
Tschitscherin, G.				
Das Abkommen zwischen der Sowjetunion und China	66	797	(23	530)
Unger, Ludwig.				
Der Polizeiangriff auf die Berliner Handelsvertretung der SSSR.	54	644	(20	432)

Innere Politik.

Die Begnadigung der Sozialrevolutionäre	12	106	(4	64)
Rubiner, Frida.				
Brief aus Sowjetrußland. (Die Nep auf der Anklagebank)	38	434	(13	267)
Brief aus Sowjetrußland. (Das Gesicht der Konterrevolution.)	49	574	(17	353)
Rykow, A. I.				
Die aktuellen Aufgaben der Innen- und Außenpolitik der SSSR.	23	249	(8	155)
Serge, Victor.				
Kerkermeister des Zaren vor dem Moskauer Revolutionstribunal	18	195	(6	110)
Ein Provokateur und Proletarierverräter vor dem revolutionären Tribunal	76	944	(26	538)

Wirtschaft.

Albert, R.				
Mit Hilfe der Genossenschaften gegen das Privatkapital	61	732	(23	518)
Bittel, Karl.				
Die russisch-englischen Wirtschaftsbeziehungen	3	21	(2	30)
Boross, L. F.				
Das Orientierungsbudget für das Jahr 1923/24	29	332	(9	181)
Erikus.				
Der wirtschaftliche Aufschwung in Rußland	40	459	(14	289)
Ossinski.				
Wirtschaftspolitische Resolution	13	139		

	Nr.	S.	Nr.	S.
Rubiner, Frida.				
Brief aus Sowjetrußland. (Die Einführung eines wertbeständigen Geldes)	33	386	(11	221)
Rykow.				
Die wirtschaftspolitischen Aufgaben der Sowjetunion	11	96		

Aus dem Lager der Gegner.

Die II. Internationale.

Ein Dokument der Angst	59	715	(22	501)
Dimitrow.				
Eine sozialistische Balkankonferenz . .	43	514	(15	316)
Frölich, Paul.				
Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie	72	890	(25	570)
Magyar, L.				
Der Parteitag der SP. Ungarns . . .	49	578	(17	362)
Neurath, Alois.				
Eine denkwürdige Proklamation der II. Internationale	39	452	(13	274)
Otto.				
Die terroristische Tätigkeit der georgischen Menschewiki	23	258	(8	169)

Die Amsterdamer.

Wie die Reformisten den 1. Mai sabotieren	57	688	(21	471)
B., J.				
Ein Debüt der Amsterdamer in Asien	59	710	(22	493)
E., A.				
Der Wiener Kongreß der Amsterdamer .	66	800	(24	539)
Enderle, August.				
Der Kongreß der Amsterdamer in Wien	61	725	(23	505)
Amsterdams Kampf gegen den Krieg .	64	777	(23	523)
Heckert.				
Die Gewerschaftsspalter in Deutschland am Werke	16	174	(6	113)
Lada, W.				
Die Betriebsratswahlen in Deutschland und die Amsterdamer	34	395	(11	218)
Losowski, A.				
Die russischen Verbände auf dem Kongreß der Amsterdamer Internationale	69	849	(25	560)
Fortsetzung	72	891	(25	891)
Schluß	75	921	(26	587)
Schwarz, Georg.				
Die Spaltungstaktik der Amsterdamer .	34	397	(11	224)
Trotzki, L.				
Die Amsterdamer Internationale und der Krieg	69	864	(25	553)
Vanter, Gerard.				
Die Meinung Finnens	42	500	(11	292)

Faschismus.

(Nach Ländern.)

AMERIKA.

Browder, Earl, R.				
Der Faschismus in den Vereinigten Staaten	2	15	(1	19)

DEUTSCHLAND.

Koenen, Wilh.				
Der Faschistenvorstoß in Halle . . .	56	681	(21	476)
Malepartus.				
Der Hitler-Prozeß in München . . .	38	432	(13	265)

ITALIEN.

Bombacci.				
Die Krise des Faschismus	72	888	(23	555)
Grieco, Ruggiero.				
Arbeiterkämpfe und faschistische Gewerkschaften in Italien	2	12	(1	9)
Der italienische Verband der Seeleute und die Faschisten	6	50	(3	50)
Nicci.				
Der politische Meuchelmord an dem italienischen Abgeordneten Matteotti	72	887	(23	555)
Réz, Andreas.				
Die faschistischen Gewerkschaften in Italien	77	947	(26	588)

JUGOSLAWIEN.

Gegen den faschistischen Terror in Jugoslawien	75	925	(26	595)
Iwanowitsch.				
Die Gewaltherrschaft in Jugoslawien .	69	847	(25	558)
M.				
Der Faschismus in Jugoslawien . . .	12	109	(4	73)

POLEN.

Domski, L.				
Der Faschismus in Polen	14	157	(5	98)

Weisser Schrecken.

Allgemeines.

Rappoport, Charles.				
Die Herrschaft des Mordes	1	7	(1	21)
Schüller, R.				
Der weiße Terror gegen die Kommunistische Jugend	40	461	(14	295)

(Nach Ländern.)

ÄGYPTEN:

Raskolnikow, F.				
Die Zerschlagung der Kommunistischen Partei Ägyptens	47	556	(17	363)

BULGARIEN:

A., R.				
Die Greueltaten der faschistischen Regierung an den Volksmassen in Bulgarien	1	8	(1	23)

ESTLAND:

P.				
Die neueste Offensive gegen die Arbeiterklasse Estlands	30	344	(10	208)

MEXIKO:

Stirner, A.				
Schandtaten der Konterrevolution in Mexiko	40	463	(14	299)

POLEN:

Das EK. der KJI zu dem Mord an dem polnischen Jugendgenossen Engel . . .	60	723	(22	501)
Ein Angriff der polnischen Reaktion auf die westukrainische Arbeiterbewegung	45	533	(16	338)
Domski, L.				
Polnische Behörden morden politische Gefangene	31	352	(10	208)
Die Welle des weißen Terrors in Polen	66	807	(24	550)
Sawko, Ladislaus.				
Massenkundgebung der Wiener Arbeiterschaft gegen den weißen Terror in Polen	43	314	(15	318)

RUMÄNIEN:

L., D.				
Der weiße Terror in Rumänien	53	637	(19	419)
Receanu, Ovid.				
Standrecht und allgemeines Chaos im faschistischen Rumänien	47	551	(17	351)

SPANIEN:

Vergesset nicht Mateu und Nicolau! . . .	1	7	(1	22)
Es gilt, in letzter Stunde Shum zu retten!	43	513	(15	317)
Quinet, M.				
Es gilt, den Henkern in Spanien einen großen revolutionären Künstler zu entreißen!	29	337	(9	193)

Aus den Kasematten der Bourgeoisie.

	Nr.	S.	Nr.	S.
Anläßlich des Prozesses gegen die am Krakauer Aufstand Beteiligten	75	926	(29	596)
Der Kampf des deutschen Proletariats um seine politischen Gefangenen	47	556	(17	363)
Gensen.				
Die Bedeutung des Mainzer Kommunistenprozesses	72	889	(25	557)
Király, Albert.				
Was bedeutet die Horthy-Amnestie?	18	201	(6	121)
Serge, Victor.				
Für Unamuno, ja. Aber für die anderen?	40	464	(14	300)
Wagner, Ehrenfried.				
Erich Mühsam in Lebensgefahr	56	680	(21	475)
Amnestiekämpfe	75	925	(26	595)

Rote Hilfe.

Der 18. März, Ein Internationaler Roter Hilfstag (RGI.)	33	390	(11	234)
Der 18. März, Ein Internationaler Roter Hilfstag (EKKI.)	34	401	(11	234)
Der Kampf des deutschen Proletariats um seine politischen Gefangenen	47	556	(17	363)
Vergesset nicht die Opfer des Kampfes!	52	626	(19	420)
Wagner, Ehrenfried.				
Das Kinderelend deutscher Barrikadenkämpfer	4	27	(2	34)
Ein Jahr „Rote Hilfe“	14	156	(5	97)
Die Jugend und die Rote Hilfe	25	280	(8	169)
Der 18. März — Internationaler Tag der Roten Hilfe	33	389	(11	234)
Der 18. März — für die Rote Hilfe ein Schritt vorwärts	45	534	(16	338)

Deutschlandhilfe.

Die Arbeiterhilfe für Deutschland	2	14	(1	11)
Sammelt für den Kampf des deutschen Proletariats!	19	206	(7	132)
Russisches Hilfswerk für die deutschen Gelehrten	19	214	(7	146)
An alle Organisationen und Komitees der IAH. An die Arbeiter und Werktätigen der ganzen Welt!	56	680	(21	473)
Alexander, G. G. L.				
Der deutsche Reichskongreß der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH.)	38	438	(13	273)
L., G. G.				
Kunstausstellung der helfenden Künstler der IAH.	30	346	(10	212)
Münzenberg, Willi.				
Drei Jahre Internationale Arbeiterhilfe (IAH.)	57	690	(21	474)
Nemo.				
Die russische Liga zur Unterstützung von Kindern der Werktätigen Deutschlands	21	236	(7	145)
Sturm, Hertha.				
Die Frau als Vorkämpferin gegen die deutsche Hungersnot	18	200	(6	120)

Nachrufe.

Brief des EK. der KI. und des Vollzugsbüros der RGI. an die Familie des Gen. Lenin	16	177	(6,	119)
Die russischen Anarcho-Kommunisten am Grabe Lenins	25	273	(8	157)
Die Beisetzung des Genossen Blagoew	57	690	(21	473)
Beileidstelegramme des EKKI. zum Tode des Genossen Blagoew	59	712	(22	498)
Dimiter S. Popow (Nachruf)	38	440	(13	276)
Dimitri Blagoeff (Nachruf)	54	653	(20	450)
J. K. Lutowinow (Nachruf)	56	682	(21	477)
Viktor Pawlowisch Nogin (Makar) (Nachruf)	60	723	(22	501)
David Ivon Jones (Nachruf)	69	852	(25	572)
Radek, Karl.				
Zum Tode des Expräsidenten Wilson	21	228	(7	128)
Stinnes	50	388	(18	391)

Proletarische Kunst.

Dunois, Amadeus.				
Der Komponist, der „Internationale“, Peter Degeyter	68	841	(24	546)
Koritschoner, Franz.				
Béla Uitz: „Die Ludditenbewegung“	42	505	(14	301)
Wallenius, Allan.				
Die Kinematographie im Dienste der proletarischen Revolution	54	652	(20	448)

Unsere Probleme.

Sollen Revolutionäre in reaktionären Gewerkschaftsverbänden arbeiten? (Aus: Lenin, die Kinderkrankheiten des Kommunismus)	44	523	(16	339)
Kreibich, Karl.				
Die nationale Frage und die Kolonialfrage auf dem V. Weltkongreß	72	897	(25	567)
Lenin, W. I.				
Notizen eines Publizisten. Über die Ersteigung hoher Berge, über die Schädlichkeit der Verzweiflung, über den Nutzen des Handels, über das Verhältnis zu den Menschewiki usw.	49	569	(17	345)
Lothar.				
Die Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien	23	259	(8	170)
Pawlowitsch, M.				
Der kommende Krieg	64	778	(23	524)
Radek, Karl.				
„Die Taktik der Einheitsfront“	69	855	(25	573)
Sinowjew, G.				
Probleme der deutschen Revolution	5	33	(3	59)

Buchbesprechungen und Buchanzeigen.

Lenin in deutscher Sprache	34	402	(11	236)
Eine Leninbibliothek in Amerika	38	438	(13	273)
Die Kommunistische Internationale, Nr. 31/32	49	579	(17	365)
Die „Internationale“, Heft 7/8	55	668	(20	456)
Heft 10/11 und 12 der „Internationale“	66	808	(24	552)
Nr. 12 und 13 der „Internationale“	75	928	(26	600)
Alexander, G. G. L.				
Wir Intellektuellen und der Faschismus	9	91	(4	75)
Holitscher, A., und Zweig, St.: Franz Masereel	18	202	(6	123)
Publikationen des Neuen Deutschen Verlages	29	338	(9	196)
„Die Rote Reihe“	44	522	(15	320)
Barthel, Max.				
Weiskopf, F. C. „Es geht eine Trommel“	57	692	(21	480)
Cs., Chr.				
Swirski, A. J.: „Schwarze Leute“	64	780	(23	528)
Cs., K.				
Russische Erzählungen	15	166	(5	100)
Pawel Dorochow: Golgatha	36	422	(12	255)
Drahn, Ernst.				
Karl Liebknecht: Schriften und Reden	4	31	(2	39)
F., P.				
J. R. Becher: „Am Grabe Lenins“	61	736	(23	527)
Leo Lania: „Gewehre auf Reisen“	66	808	(24	552)

	Nr.	S.	Nr.	S.
Friedländer, Paul.				
Henry Ford: „Mein Leben und Werk“	40	465	(14	302)
Brügel, Ludwig: „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie“	47	557	(17	366)
E. I. Gumbel: „Verschwörer“	54	654	(20	454)
„Die Beschlüsse des Frankfurter Parteitages“	55	666	(20	451)
Upton Sinclair: „Der Parademarsch“	68	843	(24	550)
M., Lu.				
Demjan Bjedny: „Die Hauptstraße“	53	640	(19	428)
Lu Märten.				
Trotzki: „Literatur und Revolution“	56	682	(21	478)
Müller, Karl.				
„Wir Intellektuellen und der Faschismus“	23	260	(8	172)
Neurath, A.				
Bulletin der Balkanföderation	14	158	(5	99)
„Die Gesellschaft“	46	545	(16	343)
Obitz, G.				
Die Kommunistische Internationale, Nr. 28/30	34	402	(11	235)
Paul, Eugen.				
Georg Tscharmann: „Der Weg der Intellektuellen“	52	627	(19	427)
Sosnowski: „Taten und Menschen“	55	667	(20	453)
Lenin: Leben und Werk	60	724	(22	503)
Die „Kommunistische Internationale“, Nr. 33	75	927	(26	597)
Elementarbücher des Kommunismus	77	951	(26	598)
R., I.				
Bibliographie des wissenschaftlichen Sozialismus 1914—1922	21	238	(7	148)
Révai, J.				
Erwin Szabó: „Soziale und Parteikämpfe in der 48/49er ungarischen Revolution“	12	109	(4	75)
F. Runge.				
Luise Strong: „Das erstemal in der Geschichte“	59	716	(22	503)
Schreiber, Dina.				
Alexander, G. G. L.: „Kämpfende Frauen“	56	674	(21	479)
Serge, Victor.				
Trotzki: „Die Geburt der Roten Armee“	38	441	(13	278)
Stern, Viktor.				
Max Adler: „Die Staatsauffassung des Marxismus“	27	301	(9	193)
Varga, E.				
Schriften zur Währungsfrage	16	178	(6	122)
Price, Philipps M.: „Deutschland im Übergang“	25	280	(8	171)
Wertheim, Hilde.				
Lenin-Hefte	35	410	(12	255)
Wertheim, Johannes.				
„Die proletarische Opposition in der Genossenschaftsbewegung	44	520	(15	314)
„Arbeiterliteratur“	51	616	(18	404)
Schriften zur deutschen Wahlkampagne	54	655	(20	452)

Sonderausgaben.

Als Sonderausgaben sind im Laufe des ersten Halbjahres 1924 die folgenden Nummern erschienen:

Russische Parteidiskussion I . . . 7
Russische Parteidiskussion II . . . 8
Lenin . . . 10
XIII. Konferenz der RKP. . . . 11
Russische Parteidiskussion III . . . 13
Lenin-Würdigung . . . 17
Russische Parteidiskussion IV . . . 20
Die Lehren der deutschen Ereignisse . . . 22
Organisation der Betriebszellen und Reorganisation der KPD. 24
Zum 5. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Internationale . . . 28
Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im vierten Vierteljahre 1923 . . . 32
Der Oktoberrückzug und die Lage in der KPD. (Rede des Genossen Sinowjew in der Sitzung der Exekutive der Komintern — Januar 1924.) . . . 37
Die Lage in der KPD. . . . 41
Das EKKI. zur Lage in der KPD. . . . 48
Der XIII. Parteitag der RKP. . . . 58, 62, 63, 65, 67, 71 und 73
Sitzung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale . . . 70
Der V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 74 und 76

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl“, Wien, IX., Berggasse 31.

3 0000 108 665 617